C/2024/2130

15.3.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110458

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2130)

Datum der Annahme der Entscheidung	29.2.2024
Nummer der Beihilfe	SA.110458
Mitgliedstaat	Rumänien
Region	Nord-Est, Sud-Est, Vest, Sud-Vest Oltenia, Sud-Muntenia, Ilfov, Centru, Nord-Vest
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Modification of the State aid scheme with the objective of supporting investments in the industrial value chain of production and/or assembly and recycling of photovoltaic batteries, cells and panels, SA 102924 (2022/N)
Rechtsgrundlage	Draft Order of the Minister of Energy on the amendment of Order No 55/13.1.2023 of the Minister of Energy approving the „State aid scheme aimed at supporting investments in the industrial value chain of production and/or assembly and recycling of batteries, photovoltaic batteries cells and panels“
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Regionale Entwicklung (einschließlich der territorialen Zusammenarbeit), Umweltschutz
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 284 212 670 RON Jährliche Mittel: 1 284 212 670 RON
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 31.12.2024
Wirtschaftssektoren	Rückgewinnung sortierter Werkstoffe, Herstellung von Batterien und Akkumulatoren, Herstellung von sonstigen elektrischen Ausrüstungen und Geräten a. n. g.
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Energy 39-41 Academiei str., sector 1, Bucharest
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA

C/2024/2127

15.3.2024

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.111997

(C/2024/2127)

Datum der Annahme der Entscheidung	8.2.2024
Nummer der Beihilfe	SA.111997
Mitgliedstaat	Rumänien
Region	Rumänien
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Instituirea unei scheme de ajutor de stat pentru sprijinirea întreprinderilor care își desfășoară activitatea în domeniul producției primare de produse agricole vegetale, ca urmare a agresiunii Rusiei împotriva Ucrainei
Rechtsgrundlage	Proiect de Ordonanță privind instituirea unei scheme de ajutor de stat pentru sprijinirea întreprinderilor care își desfășoară activitatea în domeniul producției primare de produse agricole vegetale, ca urmare a agresiunii Rusiei împotriva Ucrainei
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 1 200 000 000 RON
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 30.6.2024
Wirtschaftssektoren	Anbau einjähriger Pflanzen
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministerul Agriculturii și Dezvoltării Rurale Blvd. Carol I; nr. 2-4; Sector 3; București
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA

C/2024/2210

15.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11331 — ACES / PREZERO / ENAGAS RENOVABLE / PREZERO BIOMETANO)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2210)

Am 28. Februar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11331 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/2202

15.3.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses

(Sache M.11426 – PLATINUM EQUITY / KOHLER ENERGY)

Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2202)

1. Am 7. März 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates [1] bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

— Platinum Equity Group („Platinum Equity“, USA),

— Kohler Energy (Vereinigte Staaten), kontrolliert von Kohler Co. (Vereinigte Staaten).

Platinum Equity Group wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die Kontrolle über die Gesamtheit von Kohler Energy übernehmen.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

— Platinum Equity Group ist auf Zusammenschlüsse, Übernahmen und die Führung von Unternehmen spezialisiert, die Dienstleistungen und Lösungen in breit gefächerten Bereichen wie Informationstechnologie, Telekommunikation, Logistik sowie Metalldienstleistungen, -herstellung und -vertrieb anbieten.

— Kohler Energy ist ein verarbeitendes Unternehmen, das industrielle Energiesysteme, Antriebstechnologien und Energielösungen für Wohngebäude anbietet.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen [2] infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11426 – PLATINUM EQUITY / KOHLER ENERGY

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

[1] ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).
[2] ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

C/2024/2188

15.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11440 — CLEARLAKE / INSIGHT / ALTERYX)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2188)

Am 8. März 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11440 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

C/2024/2209

15.3.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11458 — MEIF7 / INFRACAPITAL / LMI)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/2209)

Am 26. Februar 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ([1]) entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

— der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (https://competition-cases.ec.europa.eu/search). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,

— der Website EUR-Lex (http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11458 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

([1]) ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2204

15.3.2024

MITTEILUNG DER KOMMISSION

Europäische Kulturhauptstadt 2028

(C/2024/2204)

Die Kulturhauptstadt Europas 2028 in einem EFTA-/EWR-Land, Kandidatenland oder potenziellen Kandidatenland ist Skopje.

C/2024/1934

15.3.2024

Euro-Wechselkurs ([1])

14. März 2024

(C/2024/1934)

1 Euro =

	Währung	Kurs		Währung	Kurs
USD	US-Dollar	1,0925	CAD	Kanadischer Dollar	1,4725
JPY	Japanischer Yen	161,70	HKD	Hongkong-Dollar	8,5455
DKK	Dänische Krone	7,4568	NZD	Neuseeländischer Dollar	1,7748
GBP	Pfund Sterling	0,85420	SGD	Singapur-Dollar	1,4567
SEK	Schwedische Krone	11,2245	KRW	Südkoreanischer Won	1 441,24
CHF	Schweizer Franken	0,9616	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,3659
ISK	Isländische Krone	148,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,8564
NOK	Norwegische Krone	11,4670	IDR	Indonesische Rupiah	17 040,71
BGN	Bulgarischer Lew	1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,1195
CZK	Tschechische Krone	25,198	PHP	Philippinischer Peso	60,503
HUF	Ungarischer Forint	394,90	RUB	Russischer Rubel	
PLN	Polnischer Zloty	4,2935	THB	Thailändischer Baht	39,002
RON	Rumänischer Leu	4,9710	BRL	Brasilianischer Real	5,4237
TRY	Türkische Lira	35,0946	MXN	Mexikanischer Peso	18,2308
AUD	Australischer Dollar	1,6529	INR	Indische Rupie	90,5220

([1]) *Quelle*: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2086

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. OKTOBER 2016

(C/2024/2086)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 24. bis 27. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode . . . 3
2. Mitteilung des Präsidenten . . . 3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 3
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 3
5. Antrag auf Aufhebung der Immunität . . . 4
6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll . . . 4
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll . . . 4
8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll . . . 4
9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll . . . 4
10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll . . . 4
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll . . . 4
12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 4

Inhalt Seite

13. Arbeitsplan 4

14. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (Aussprache) 6

15. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (Aussprache) 16

16. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (kurze Darstellung) 37

17. Menschenrechte und Migration in Drittländern (kurze Darstellung) 41

18. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (kurze Darstellung) 46

19. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (kurze Darstellung) 50

20. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (kurze Darstellung) 57

21. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (kurze Darstellung) 61

22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung 66

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 73

24. Schluss der Sitzung 73

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. OKTOBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 6. Oktober 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Wie Sie sicherlich alle inzwischen wissen, kam es am Donnerstag der vergangenen Sitzungswoche, dem 6. Oktober, zu einem bedauerlichen Zwischenfall, in den zwei Abgeordnete unseres Hauses verwickelt waren.

Ich habe den Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex der Mitglieder gebeten, die Angelegenheit zu untersuchen. Der Ausschuss wird nach Anhörung der betroffenen Mitglieder eine Empfehlung zum weiteren Verfahren aussprechen. Ich werde Sie hierüber im Laufe dieser Woche informieren.

Es handelt sich um den Vorgang, den Sie alle in den Medien gesehen haben, in den der Abgeordnete Woolfe in sehr unangenehmer Weise hineingezogen wurde. Ich darf Sie an dieser Stelle auf Artikel 11 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung hinweisen, der besagt: „Das Verhalten der Mitglieder ist geprägt von gegenseitigem Respekt".

Ich glaube, dass wir uns alle mit gutem Recht davon überzeugen konnten, dass in diesem Fall der gegenseitige Respekt wohl ein bisschen zu kurz gekommen ist, und dass sich jeder Abgeordnete in diesem Haus an die Grundsätze zu halten hat. Ich hoffe auch, dass ein physischer Angriff auf einen Abgeordneten ein Zwischenfall bleibt, den man als eine einmalige Entgleisung bezeichnen kann.

Ich werde Sie über den Fortgang der Angelegenheit und die Schlussfolgerungen des Beratenden Ausschusses unterrichten.

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Antrag auf Aufhebung der Immunität

6. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

9. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

10. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

13. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 20. Oktober 2016 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag: keine Änderungen.

Dienstag:

Aufgrund der Schließung des Flughafens von Malta beantragt die S&D-Fraktion, zwei Tagesordnungspunkte miteinander zu tauschen: Der Bericht des Kollegen Sant über das Europäische Semester, der zurzeit als zweiter Punkt am Vormittag vorgesehen ist, soll als vierter Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung gesetzt werden. Ebenso sollen die Erklärungen des Rates und der Kommission zur inneren Sicherheit in der EU vom vierten Punkt am Nachmittag als zweiter Punkt auf den Vormittag gesetzt werden. Also: Tausch Bericht Sant und Erklärungen des Rates und der Kommission zur inneren Sicherheit.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io capisco benissimo la posizione e la situazione per l'aeroporto di Malta e per l'incidente che c'è stato e quella del relatore che giustamente vuole intervenire in Plenaria. Il problema è che spostando il discorso al pomeriggio su una discussione così importante come quella di semestre si vanno a ridurre considerevolmente i tempi di parola. Ecco, sulle questioni di governance, questo Parlamento dovrebbe discuterne ampiamente e tutti i gruppi politici dovrebbero avere tempo per farlo, in questo modo vengono dimezzati i tempi, in quanto, ad esempio, io ero relatore all'interno della discussione e mi è stato dimezzato il tempo di parola. Quindi, sono a favore di spostarlo, però non di dimezzare i tempi se questo appunto implica lo spostamento e per questo sono contrario se viene mantenuta questa linea, grazie

Der Präsident. – Ich gehe davon aus, dass der Antrag der S&D-Fraktion nicht bedeuten sollte, dass die Redezeit gekürzt wird, sondern dass wir unter Beibehaltung normaler Redezeiten beide Punkte tauschen. Dann wäre Ihrem Ansinnen auch Rechnung getragen.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, je constate que nous avons à l'ordre du jour du mardi trois votes qui portent sur des levées d'immunité parlementaire de collègues: M. Le Pen, M. Borghezio et M[me] Collins. Ce sont des décisions d'une extrême gravité et extrêmement importantes. Or je constate, une fois de plus, qu'il n'est pas prévu que l'on puisse débattre de ces questions en plénière. Je le regrette vivement parce que dans tous les autres parlements que je connais et, en tout cas, dans mon parlement national, tel ne serait pas le cas.

Cette absence de débat a d'ailleurs pour conséquence qu'il n'est même pas possible de faire connaître son point de vue par une explication de vote orale. Je considère qu'il s'agit là d'une situation extrêmement regrettable et extrêmement grave qui est relativement nouvelle. Ce n'était pas le cas autrefois dans ce Parlement, où j'ai participé à de nombreux débats sur des questions de levée ou de maintien ou de garantie d'immunité parlementaire. Cela traduit, d'une façon générale, les restrictions au droit et à la protection des députés pour lesquelles, je me permets de vous le rappeler, j'ai déjà obtenu que la Cour de justice de Luxembourg condamne notre institution. Je l'ai obtenu à regret, mais je l'ai obtenu sans équivoque dans le passé.

Je souhaiterais donc que ces questions soient déplacées à la prochaine session, de telle façon qu'un débat puisse s'ouvrir sur chacune de ces immunités.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Gollnisch! Sie irren sich: Die Verfahren bei der Aufhebung von Immunitäten erfolgen immer gleich. Der hier eingegangene Antrag einer Staatsanwaltschaft auf Aufhebung einer Immunität wird hier im Plenum verkündet und dann unmittelbar an den Rechtsausschuss überwiesen. Das ist der erste Schritt.

Der Rechtsausschuss benennt einen Berichterstatter oder eine Berichterstatterin, der oder die das Dossier prüft. Über die Inhalte und die Gründe, die für oder gegen eine Empfehlung des Rechtsausschusses ans Plenum sprechen, wird im zuständigen Ausschuss – das ist der Rechtsausschuss – intensiv diskutiert, und zwar auf der Grundlage der Empfehlungen des Berichterstatters. Dann kommt der Rechtsausschuss zu einer Schlussfolgerung, nämlich entweder die Aufhebung zu empfehlen oder eben zu empfehlen, die Immunität nicht aufzuheben. Über genau diese Empfehlung wird ohne Aussprache hier im Plenum abgestimmt.

Das ist das ganz normale, übliche Verfahren, das übrigens ohne Ansehen der Person oder der Fraktionszugehörigkeit für jeden Abgeordneten oder jede Abgeordnete gleich Anwendung findet.

Mittwoch: keine Änderung.

Donnerstag:

Die Fraktion der Grünen hat beantragt, den Punkt am Donnerstagnachmittag „Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit“ auf den Vormittag zu verschieben und dort als zweiten Punkt der Tagesordnung zu behandeln.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, j'ai beau être belge et francophone, je ne vais pas vous parler du CETA. Je voudrais donc, en effet, soutenir cette demande. Autant notre groupe estime, quand l'ordre du jour est plein, qu'il faut utiliser le jeudi après-midi, mais ce n'est pas le cas cette fois-ci. Nous avons parfaitement le temps de mener le débat sur le changement de l'heure d'hiver à l'heure d'été le matin. Ce n'est donc pas que nous manquons de temps. De plus, je rappelle que cette assemblée est souveraine pour l'organisation de son ordre du jour qu'elle adopte selon l'article 152, paragraphe 1.

Par conséquent, puisque c'est possible, que cela peut se faire sans trop de problèmes, quitte à commencer éventuellement à 8 h 30, nous demandons à avancer le débat de l'après-midi au matin.

Der Präsident. – Herr Lamberts, haben Sie einen anderen Punkt, den Sie für den Donnerstagnachmittag vorschlagen wollen?

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, rien ne nous oblige à remplir l'ordre du jour du jeudi après-midi. Selon nous, aucune obligation légale ne s'impose au Parlement. Le Parlement est souverain pour l'organisation de ses travaux.

Anne Sander (PPE). – Monsieur le Président, je ne suis évidemment pas d'accord. Je crois que nous avons de nombreux travaux qui nécessitent que nous poursuivions le jeudi après-midi.

Je voudrais d'ailleurs poser la question suivante: si notre ordre du jour nous permet de raccourcir la semaine de session à Strasbourg et que l'emploi du temps de notre Parlement n'est pas suffisamment chargé, ne devrions-nous pas nous interroger pour supprimer finalement les mini-sessions additionnelles à Bruxelles?

Der Präsident. – Das ist natürlich der Evergreen überhaupt. Wir haben feste Regeln einzuhalten. Es gibt auch absolute Urteilssprüche des Europäischen Gerichtshofes, an deren Einhaltung wir gebunden sind. Die sehen einen klaren Ablauf vor.

Ich mache das mal praktisch. Sie haben völlig Recht, Herr Lamberts. Natürlich ist das Plenum souverän, über die Tagesordnung zu entscheiden, so, wie es entscheiden will. Es könnte aber theoretisch jemand hingehen und sagen: Ich möchte, dass der Mittwochvormittag kein Sitzungstag mehr ist. Das könnten wir theoretisch hier beschließen. Ich wäre aber verpflichtet, es durchzuführen. Und deshalb: Natürlich können wir über die Struktur der Tagesordnung souverän entscheiden, aber nicht über die Sitzungszeiten selbst. Insofern bitte ich um Kenntnisnahme genau dieser auch von der Konferenz der Präsidenten so vorgeschlagenen Tagesordnung.

Gleichwohl ist der Antrag von Herrn Lamberts gestellt. Wir stimmen jetzt darüber ab.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

14. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Kaja Kallas im Namen des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsrahmen der Europäischen Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (COM(2013)0884 – C7-0461/2013 – 2013/0432(COD)) (A8-0239/2016).

Kaja Kallas, *rapporteur.* – Mr President, I would like first to thank all the colleagues, and especially the shadow rapporteurs, who have worked on this file for the very constructive manner in which we have dealt with it.

The Customs Union is not talked about enough but remains one of the successes of the European Union. We should not take it for granted, and we should not think there is no room for improvement. An important piece of the Customs Union is, for instance, missing: we have the same rules but we handle matters in a completely different way when companies or individuals break these common rules.

It might not have been such a big problem before, because some Member States have big ports while some other countries have smaller trade flows and less resources to control. But the modernised Customs Code brought about a trade facilitation measure with the Authorised Economic Operator status, which can be lost if a company commits a serious repeated infringement. A company might lose its status in country A, while still working in country B. This will create distortion of the market and unfair competition. In addition, in the digital age, we have to have the objective of creating new opportunities for small and medium-sized enterprises.

My goal in this report was quite different from the approach taken by the Commission as my focus was on improving compliance businesses with sometimes very complex rules, so that the system leads to fewer infringements and not more. Sanctions are the last resort when there is a lack of compliance, but the starting point cannot be that all companies are intending to break the rules. We need to treat the companies as partners. Circumstances matter and need to be acknowledged. So this has to be taken into account while determining the sanction.

I am really against the strict liability regime that is in place in several countries; it simply deters compliance. A strict liability regime also means that no degree of guilt needs to be determined, which raises a serious question of whether it respects the presumption of innocence. There should be a mix of non-criminal and criminal sanctions when it comes to infringements of customs law and there should be a greater effort by the Member States and the Commission to improve compliance, improve businesses' knowledge of customs legislation.

Last, but not least, it is very important to make sure that the system is fair and proportionate. It is not a fair system if you are a small company trading high-value goods and the sanctions kill your business because of your type of trade. Sanctions need to be about the consequences of the infringement and not strictly about the value of the goods.

I am very happy that Parliament has decided to take this file seriously. It is a very different matter in the Council, where they refuse convergence of a sanction system as a principle. Therefore, I hope that the Council will be a bit more constructive and will decide to work on this important pillar of the Customs Union, that is in compliance with European Union law.

Puhetta johti ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all I would to thank Mrs Kaja Kallas for her work, and the work of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO), on the Commission's proposal to set up a legal framework for customs infringements and sanctions.

I am happy to note that the Commission and Parliament share common objectives. These objectives are to ensure a proper enforcement of EU customs law and to provide a level playing field for our economic operators. Since the internal market was set up, EU customs legislation has been fully harmonised in a single legal act. However, the consequences of violating the common rules vary across the Customs Union. They depend on the 28 different legal orders and the administrative or judicial traditions of the Member States.

In the absence of a common approach, there is a patchwork of responses to those who break the rules. Currently, Member States have widely different definitions for customs infringements and apply different types and levels of sanctions. Sanctions for certain infringements range from small fines in some Member States to imprisonment in others. The financial threshold for deciding whether an infringement is criminal or not ranges from EUR 266 to EUR 50 000, according to the country where it occurs. National time limits for sanctioning customs offences also vary widely – from one to 30 years – while some Member States have no time limit at all. This results in a lack of legal certainty for businesses, possible competitive distortions in the internal market and unfair advantages for those who breach the law where sanctions are the lowest. This in turn impacts negatively on revenues and the enforcement of policies, such as consumer protection or agriculture, when goods are imported or exported. It also raises questions about the uniformity of the Customs Union, which is a key obligation of the EU as a WTO member.

The legislative proposal follows the adoption of the Union's custom code, which came into force last May and which streamlines and modernises European customs rules and procedures. It is about building a common understanding among all Member States on how customs laws should be enforced. It is about trust and cooperation among EU Member States' customs administrations with different administrative cultures and legal orders but the same mission. This is why we need an effective, proportionate and decisive system for customs infringements and sanctions in the European Union. For such a system to be efficient and credible, there needs to be a common framework established at EU level.

Nevertheless, this is politically sensitive for some Member States, as it touches upon their national competences. Therefore I must express my gratitude to the rapporteur, Mrs Kallas, who, together with the shadow rapporteurs, came up with the proposal for amendments, which in many cases actually improve the text proposed by the Commission. I also understand that the first reading has not yet been completed. I am happy to say that the Commission finds many of the proposed amendments acceptable, although there is certainly room for discussion around the exact wording needed to ensure legal clarity and consistency in this complex field.

Nevertheless, there are some issues of concern, and I will briefly mention some of them. For example, in the view of amendments proposed by IMCO to limit the scope of the directive to non-criminal offences, the definition of the scope and the links to criminal law should be further clarified to ensure legal certainty. In addition, this Directive may not be the best instrument to impose reporting obligations on the Commission on aspects of customs enforcement that do not stem from this directive.

However, at this stage I wish to reiterate the Commission's flexibility and availability to discuss the improvements, as long as they maintain the objectives of, and add value to, the proposal. I would like to thank once again Parliament, and especially Mrs Kallas and IMCO, for the constructive approach to the proposal.

Franck Proust, *rapporteur pour avis de la commission du commerce international*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, en tant que rapporteur pour avis de la commission du commerce international, je me félicite que nous ayons pu participer à l'examen de questions douanières réservées habituellement à la commission IMCO. Cette approche a été à la fois efficace et complémentaire.

Il est important de prendre en compte la place du marché intérieur dans un contexte mondial, car nos partenaires ont déjà pointé les incohérences de notre marché intérieur. Nous pouvons nous en inspirer. En effet, bien que l'union douanière soit considérée comme l'épine dorsale du marché unique, il n'y a toujours pas d'approche intégrée. Vouloir rapprocher des définitions et des sanctions en matière d'infractions douanières, quelle bonne idée ! Surtout en 2016. On devrait dire: «Il était temps»!

Cependant, le sujet est coincé entre la compétence exclusive de l'Union européenne en matière douanière et le principe de subsidiarité des sanctions judiciaires ou administratives des États. Cet équilibre doit donc être préservé. Or, le manque de vision de certains politiques en Europe, qui ne comprennent pas les enjeux auxquels nous devons faire face aujourd'hui, est effarant.

Seule l'Union européenne peut élaborer une approche commune pour mettre en application la législation douanière, n'en déplaise à M. Magnette, qui cherchera peut-être à compliquer la facilitation des échanges que nous mettons en place. Plus sérieusement, nous devons mettre en place une grande stratégie qui donne une orientation, un cap au monde économique de l'Union européenne. Ce type d'initiative est utile pour apporter de la cohérence à la fois au marché intérieur et à notre commerce extérieur.

Nos douanes font un travail formidable. Elles doivent pouvoir compter sur une structure flexible et sur un cadre rigoureux, qui n'est pas uniforme en Europe.

Soutenons ce genre d'initiative dont les objectifs de simplification, d'harmonisation, de justice et de fermeté doivent être mis en avant pour mieux faire comprendre les enjeux de l'Union européenne.

Andreas Schwab, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich natürlich bei der Berichterstatterin und bei den Schattenberichterstattern für die hervorragende Arbeit bedanken.

Ich glaube, es sind erhebliche Verbesserungen am Text gelungen, die Frau Kallas für das Parlament im federführenden Binnenmarktausschuss in Zusammenarbeit mit Franc Proust vom Ausschuss für internationalen Handel hinbekommen hat. Die Prinzipien, die der Kollege Proust gerade ausgeführt hat - Vereinfachung, Harmonisierung und weniger Bürokratie – sind Prinzipien, denen wir uns voll und ganz verschreiben können.

Was wir allerdings im ursprünglichen Text der Kommission zu kritisieren hatten, war die Gefahr, dass am Ende das Zollrecht nicht zu einer harmonisierten vereinfachten Lösungsbox für Unternehmer wird, die globale Märkte erobern wollen, sondern zu einem bürokratischen Monster, das am Ende das Risiko, strafrechtliche verschuldensunabhängige Sanktionen zu erleiden, erheblich erhöht hat. Hier haben wir im Ausschuss die notwendigen Änderungen erreicht. Dafür danke ich allen, und ich hoffe, dass wir dafür auch eine breite Mehrheit bekommen können.

Ich glaube, dass es zum Zweiten auch unter dem Gesichtspunkt der Bürokratie wichtig war, dass wir uns darauf einigen konnten, dass keine Mindestsanktionsgrenzen bei geringfügigen Verstößen entstehen sollten. Auch das ist aus unserer Sicht absolut in Übereinstimmung mit der WTO-Entscheidung, die Grundlage für die Erarbeitung bei der Europäischen Kommission war und deren prinzipielle Notwendigkeit wir im Parlament auch ausdrücklich anerkennen.

Was die Umsetzung der Richtlinie zu den Zollrechtsverletzungen und Sanktionen betrifft, müssen wir jetzt beachten, dass die derzeit in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlichen Zollsysteme, deren Harmonisierung durch die andauernde Umsetzung des Unionszollkodex ja ohnehin ansteht, eine Hürde darstellen können. Ich möchte die Kommission an der Stelle noch einmal dringend darum bitten, hier eine Gesamtstrategie zu entwickeln, bei der alle Mitgliedstaaten entsprechend ihrer zollrechtlichen Verpflichtungen auch ihre Verantwortung wahrnehmen.

Virginie Rozière, *au nom du groupe S&D*. – Madame la Présidente, je voudrais remercier la rapporteure et tous les rapporteurs fictifs avec qui le travail mené sur ce dossier a été très efficace et très fructueux. C'était d'autant plus difficile qu'il s'agissait d'un sujet très technique sur lequel les compromis ont parfois été difficiles à obtenir, mais nous avons vraiment travaillé dans un état d'esprit très constructif. Je pense que nous pouvons nous réjouir du résultat obtenu.

Nous avions accueilli la proposition de la Commission avec bienveillance parce que l'union douanière est la colonne vertébrale du marché intérieur, l'autre face du marché intérieur. C'est l'une des premières politiques harmonisées de l'Union européenne et l'adoption du code des douanes constitue le signal d'une intégration encore plus poussée en la matière. Pourtant, même s'il s'agit d'une politique très intégrée de l'Union européenne, des incohérences subsistent, en particulier pour ce qui est des sanctions. Car nous sommes devant le paradoxe suivant: les règles peuvent être identiques, mais selon le pays dans lequel vous accomplissez vos formalités douanières, vous pouvez, si vous enfreignez les règles, encourir des peines qui vont d'une simple amende dans un État membre à une peine de prison dans un autre État membre. On voit bien que cette situation d'incohérence et de disparités entraîne des possibilités de concurrence douanière entre les États au niveau non pas des règles mais des sanctions qui s'y rattachent. Par conséquent, pour empêcher ce contournement des règles communes du marché intérieur, qui entraîne plusieurs centaines de millions d'euros de manque à gagner en raison des fraudes, il nous semble absolument nécessaire d'harmoniser les sanctions. À cet égard, nous avons donc obtenu, selon moi, un très bon compromis qui permet d'éviter cette concurrence déloyale entre les États membres. Nous avons précisé et renforcé la base juridique. Nous avons clarifié des définitions, en particulier les notions de négligence ou de caractère intentionnel de la faute. Nous avons également clarifié un certain nombre de points sur la nature des sanctions. Nous avons écarté les sanctions pénales qui restent de la compétence exclusive des États membres, qui pourront en introduire s'ils le souhaitent. Enfin, nous avons aligné les sanctions et les seuils sur la directive sur la protection des intérêts financiers dans l'Union européenne. Cette harmonisation est, à mon sens, bienvenue.

Quant au mode de détermination du montant des sanctions, je pense aussi que le compromis que nous avons atteint est satisfaisant, avec un plancher pour les infractions graves et un mode de calcul basé sur le montant des droits pour garantir une proportionnalité de la sanction. Mais je pense que nous aurions pu aller un peu plus loin, sur ce point, en précisant certains critères pour garantir le côté dissuasif de l'instrument.

Nous soutenons aussi la possibilité laissée aux États membres d'introduire d'autres sanctions que des amendes, comme la suspension du statut d'opérateur économique ou la révocation d'une autorisation d'importation.

En outre, la proposition de la Commission a été renforcée par l'introduction d'une différence entre infraction majeure et mineure, en fonction de facteurs objectifs et de facteurs de contexte pour pouvoir préserver les PME, dont les infractions seraient non intentionnelles en raison d'une méconnaissance des règles douanières.

Enfin, nous saluons l'introduction d'une procédure de règlement amiable et le maintien du délai de quatre ans pour la prescription.

L'harmonisation des sanctions douanières est de toute évidence indispensable pour mieux lutter contre la fraude, mieux garantir le respect des règles européennes et aussi mieux alimenter le budget de l'Union européenne pour lequel les droits de douane sont l'une des rares ressources propres.

Dans ce contexte, on peut déplorer que le travail n'ait pas commencé au Conseil. Ce dossier est, à ce titre, malheureusement emblématique des contradictions trop fréquentes entre le discours des États membres, de manière générale, et les positions qui sont prises au Conseil. Dans le cas des sanctions douanières comme dans le cas d'autres politiques, à savoir les politiques fiscales ou sociales, on voit bien que le manque d'harmonisation qui induit une situation de concurrence entre États est délétère, nuit à l'application des règles communes et prive les citoyens de ressources légitimes.

Le Parlement a donc maintenant une position solide, une position cohérente qui, selon moi, constitue une bonne base de travail. Il appartient maintenant au Conseil de prendre ses responsabilités et d'avancer dans le sens d'une harmonisation des sanctions douanières.

Je remercie encore la rapporteure et mes collègues pour l'excellent travail accompli et je souhaite que le Conseil avance rapidement sur ce dossier.

Daniel Dalton, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank the shadows but also particularly Kaja Kallas for her efforts to try and shape a better and more viable proposal. I know she has put a lot of work in and she has made the proposal better, especially in areas where it was inflexible and legally indefensible, like the presumption of innocence. However, despite her efforts, the ECR cannot support it.

The proposal seeks to do two things. One: to set a common approach for defining what a customs infringement is; two: to set common sanctions for those infringements. Now my Group can see the benefit of a common understanding and the need to reduce the complexity of different customs rules, but we disagree that this necessitates a mandatory set of harmonised Union sanctions.

This is a major infringement on subsidiarity, especially as there is little justification for such a move. I have yet to see a viable reason for the proposal. There is no evidence that importers calculate which Member State is the least onerous in terms of sanctions before they import into it. Even Parliament's Research Services' appraisal of the Commission impact assessment was unable to find any evidence of this.

However, when we look at the details of the proposal they are even more problematic. The Commission wants to treat a small or medium-sized company, or a home business, with no experience of customs rules, that accidently infringes those rules just as harshly as a multinational corporation with decades of knowledge and hundreds of staff. That is wrong. It risks killing the rapidly growing online cross-border trade and runs directly contrary to the Commission's aims in creating the digital single market.

At its heart, the original proposal was too prescriptive and inflexible, giving customs regimes no room to use common sense and to examine intent and capabilities when assessing infringement. This should be up to the Member States.

Now on customs sanctions, my Group cannot therefore agree with the rapporteur where she has gone beyond the Commission in some respects, particularly in Articles 11 and 12, with specific figures for specific infringements.

However, to conclude: greater consistency of custom rules for ease of trade, yes; prescriptive one-size-fits-all sanctions that infringe national sovereignty and Member States' legal systems and risk killing the digital single market, no, and therefore the ECR Group cannot support it.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kiitoksia kaikille erittäin rakentavasta yhteistyöstä tämän tärkeän asian parissa. Pidän myönteisenä komission yritystä puuttua yhtenäisen tullialueemme heikkouteen eli havaittuihin tullirikoksiin ja niistä seuranneisiin rangaistuksiin. Rikkomuksista rankaiseminen jätettiin tullilainsäädännössä kansallisvaltioiden lainsäätäjien käsiin, ja valitettavasti se on johtanut siihen, että vaihtelevat rangaistuskäytännöt eri EU-valtioissa ovat houkutelleet yrityksiä myös tullishoppailuun, ja sitä kautta markkinat vääristyvät asiansa hyvin ja lainmukaisesti hoitavien yritysten tappioksi.

Kun olemassa on yhteinen tapa tulkita, mikä on tullirikkomus, samoin kuin yhtenäinen rangaistusseuraamuskäytäntö, se lisää mielestäni tuonnin ja viennin läpinäkyvyyttä ja kaikenlaista tehokkuutta myös Euroopan unionissa ja laittaa kaikenkokoiset yritykset hieman paremmin samalle viivalle. Me tarvitsemme oikeudenmukaisen pelikentän myös tähän tulliasiaan, ja kannatan sitä erityisen lämpimästi. Pidän siitä, että esittelijä on nähnyt suuresti vaivaa löytääkseen yhteneviä ratkaisuja.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, a cosa serve vivere in una comunità se le regole non sono le stesse per tutti? L'Unione europea è anche un'unione doganale: non ci sono frontiere tra i paesi, ma solo frontiere esterne, quindi una merce che entra alla dogana romena arriva senza controlli nel mercato italiano e viceversa. Per questo è importante che le dogane europee applichino procedure, controlli e sanzioni simili. Il Parlamento sta per approvare a larga maggioranza una direttiva per armonizzare proprio il quadro delle sanzioni doganali.

Attualmente chi non rispetta le regole deve pagare una multa e se questa multa varia a seconda del paese, ovviamente, farà entrare le merci dove paga di meno in caso venga «pizzicato». Bisogna quindi armonizzare le sanzioni: il Parlamento in questo è quasi unanime, ma alcuni Stati dell'Est guidati dalla Germania e dall'Olanda fanno blocco perché non hanno intenzione di cambiare le cose, o meglio, perché non cambiare a loro conviene.

La questione delle dogane però non si riduce soltanto alla questione delle sanzioni, anche i controlli e le procedure dovrebbero essere armonizzati, per questo in commissione INTA sarò relatrice di un grande processo di riflessione sul futuro delle dogane europee e credo che lo sblocco di questo dossier sia essenziale per poter continuare. Francamente mi sono stancata, e come me credo anche tanti, tanti cittadini, di un'Europa dove tutti mangiano, ma solo qualcuno pagano il conto. Un'Europa solidale soltanto quando le conviene: economia, immigrazione, tassazione e adesso dogane. È il momento di dire basta a chi usa l'Unione soltanto per i suoi interessi.

Mylène Troszczynski, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, cette directive ambitionne de fixer un cadre juridique commun aux États membres de l'Union européenne afin de gommer les disparités entre les différents régimes nationaux qui sont appliqués. En d'autres termes, il s'agit d'harmoniser les applications nationales de la législation douanière pour achever de mettre en œuvre l'union douanière.

Les disparités nationales dans la mise en œuvre de cette union douanière ont effectivement une incidence sur l'égalité des conditions de concurrence, en ce sens qu'elles fournissent un avantage à ceux qui ne respectent pas la législation dans un État membre dont le régime des sanctions douanières est plus indulgent. Le risque pour les contrevenants n'est donc pas le même en fonction de la porte d'accès au marché intérieur unique.

Ces distorsions de concurrence sont factuellement monnaie courante au sein de ce marché intérieur unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique. Les Français en font chaque jour l'amère expérience. En somme, le schéma est simple. Les États membres continuent de transposer les directives européennes dans les lois nationales selon leurs propres intérêts. Alors que j'y vois un acte patriote, M^me^ la rapporteure explique quant à elle que certains États membres traînent des pieds. Pour la Commission et les institutions européennes, en revanche, c'est le péché mortel. Il faut au contraire plus d'Europe.

Malgré la crise économique de la zone euro, l'amplification de la crise migratoire, le rejet évident de cette conception de la construction européenne par les peuples d'Europe, comme en témoignent le Brexit ou le rejet du CETA par la Belgique, la Commission Juncker préconise encore et toujours plus d'intégration. Comme dit le proverbe *errare humanum est, perseverare diabolicum*, l'erreur est humaine, l'entêtement est diabolique.

Ce projet chimérique d'un marché unique harmonisé homogène se fracasse sur les réalités économiques, politiques, géographiques et donc nationales. Je trouve que c'est une excellente nouvelle pour l'avenir.

Roberta Metsola (PPE). – Nixtieq nibda billi nagħmel referenza għat-traġedja li ġrat dalgħodu f'Malta fejn ajruplan żgħir iġġarraf hekk kif ħalla pajjiżna. Il-ħames persuni ta' nazzjonalità Franċiża li kienu abbord kollha mietu. L-ewwel rapporti mill-Gvern Malti jindikaw li dawn il-persuni kienu qed jaħdmu fuq operazzjoni tad-dwana. Il-ħsibijiet u t-talb tiegħi huma mal-vittmi ta' din it-traġedja u mal-familjari tagħhom. Grazzi ukoll lis-sokkorrituri li kienu fil-post minnufih u għamlu kull ma setgħu biex jimmaniġġjaw is-sitwazzjoni.

Biex ngħaddi fuq id-dibattitu ta' llum, ir-rapport li għandna quddiemna jinkludi titjib pożittiv mill-proposta oriġinali tal-Kummissjoni Ewropea. Nixtieq nirringrazzja partikularment lir-relatriċi u x-Shadows kollha għall-kooperazzjoni tajba li kellna biex qegħdin fejn wasalna llum.

Ħafna mill-punti li l-Grupp tagħna dejjem saħaq fuqhom ġew inklużi fil-pożizzjoni tal-Parlament Ewropew. Issa huwa ċar li infrazzjonijiet doganali jistgħu jiġu mħarrka darba biss. Neħħejna kull referenza għall-ksur doganali b'responsabbiltà stretta, xi ħaġa li kienet tmur kontra l-preżunzjoni tal-innoċenza. Il-fatt li sanzjonijiet doganali, fil-maġġorparti tagħhom, ser ikunu marbuta mal-valur tad-dazju li ma jkunx tħallas u mhux mal-valur tal-merkanzija, huwa pass pożittiv għall-SMEs, speċjalment dawk li jinnegozjaw b'merkanzija ta' valur għoli, kif ukoll it-tneħħija ta' kull referenza għal-livell minimu ta' sanzjonijiet fil-każ ta' infrazzjonijiet hekk imsejħa minuri, hija xi ħaġa li aħna sħaqna fuqha.

Biex nikkonkludi, it-test li għandna quddiemna illum mhux perfett. Wieħed mit-tħassib tiegħi huwa li għad hemm nuqqas ta' ċarezza fejn l-Istati Membri jistgħu jimponu sanzjonijiet kriminali jekk il-liġijiet nazzjonali hekk jipprovdu. M'għandix dubju li din ser tiġi diskussa mal-Kunsill, meta u jekk tittieħed deċiżjoni biex imexxu dan id-dossier 'il quddiem.

Evelyne Gebhardt (S&D). – Frau Präsidentin! Wie meine Kollegin Virginie Rozière vorhin sagte, ist dieser Berichtsentwurf, der gemacht wurde, eine gute Grundlage für die weitere Arbeit, und ich würdige genauso die Arbeit von Frau Kallas in diesem Bereich.

Es scheint so etwas Technisches zu sein, aber hat ganz weit reichende politische Aussagen, die auch damit verbunden sind. Und in der Tat, wir haben einen Binnenmarkt. Das Zollrecht ist eine europäische Zuständigkeit, und dennoch haben wir in diesem Bereich immer noch die Kleinstaaterei. Das ist etwas, was eigentlich unerträglich ist. Deswegen ist es richtig und gut, dass die Europäische Kommission uns die Gelegenheit gegeben hat dafür zu sorgen, dass endlich gemeinsame Definitionen geschaffen werden, und dass auch im Bereich der Sanktionen und beim Vorgehen in diesen Bereichen gemeinsame Maßstäbe gesetzt werden. Das ist absolut notwendig, wenn wir dafür sorgen wollen, dass nicht wie bisher ein Flickenteppich an Regelungen, gerade was Sanktionen angeht, besteht und dadurch auch die Unternehmen, die eben nicht das Recht als das oberste Prinzip haben, eben die Gelegenheit erhalten, Forum-Shopping zu machen – sich den Staat herauszusuchen, in dem es am einfachsten ist, auch Missstände durchzusetzen.

Das ist etwas, das ist unerträglich. Deswegen sage ich auch den Kollegen, die gemeint haben, dass wir da jetzt Subsidiarität haben müssten: Das ist falsch, schlicht und einfach falsch. Wir müssen gemeinsame Regeln schaffen, damit dieser Binnenmarkt auch tatsächlich ein Binnenmarkt ist und die Außengrenzen auch gemeinsame Außengrenzen und der Markt, der Handel, den wir mit der Außenwelt haben, auch ein gemeinsamer Markt ist, damit wir in der Europäischen Union auch wirklich das Bestmögliche daraus schaffen können und eben zur Kleinstaaterei Nein sagen.

Ich sage den Mitgliedstaaten ganz klar: Bitte hört damit auf, sondern setzt euch zusammen und sorgt dafür, dass wir auch wirklich gemeinsame Politik – auch in diesem Bereich – gestalten.

Margot Parker (EFDD). – Madam President, Britain and other nations suffer from the restrictions imposed by the Customs Union. As a member in our current standing Britain is unable to make its own trade deals and has to rely on unelected bureaucrats to negotiate on behalf of the whole of Europe. Just look at how this has worked out. TTIP is over, and CETA is on the rocks, with years and years of negotiating and nothing to show for it. Yet we hear scare stories from some who seem willing to make economic sacrifices to spite the will of the British people. May I remind those people that the impact which this could have on the EU and its businesses is enormous. In fact, experts have said that a failure by the EU to successfully negotiate a free trade deal with Britain could cost European Union exporters up to 13 billion a year.

Amongst the doom and gloom, however, is an exciting future for Britain. Since the vote our government has begun informal trade talks with prospering nations from around the world including Australia, New Zealand, India and many many more. This is Britain's chance to set a future precedent for other nations who are also considering leaving the European Union – free trade, cooperation without the necessity of a political union.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök asszony! Először is szeretnék a jelentéstevőnek gratulálni, mert nagyon jó megközelítéssel állt a témához, és nagyon jó javaslatot is fogalmazott meg, ami a közös jövőbeli együttműködésünknek, mármint a tagállami együttműködésnek nagyon jó kiindulási pontja lehet. Mindenki arról beszél – és abszolút egyetértek, az én kiindulási pontom is az – hogy a belső piac védelme érdekében elengedhetetlen az, hogy minden olyan esetben, amikor a vámügyi szabályaink, a közös szabályaink sérülnek, akkor fel kell lépni. Ezt kívánja a pénzügyi érdekeinknek a közös védelme, és ezt kívánja az együttműködés is.

Ugyanakkor nagyon változatos, azt is mondhatnám, nagyon színes képet alkotnak a tagállami eljárási gyakorlatok, ami nem helyes. Úgy vélem, hogy ez a paletta, ez oly széles, és lehetőséget ad a csalásra, hogy mindenféleképpen szűkíteni kell. Abszolút támogatni tudom azt a harmonizált rendszert, annak a kialakítását, ami alkalmas arra, hogy a bürokráciát csökkentse, alkalmas arra, hogy sokkal jobban el tudjunk igazodni ebben a rendszerben, és alkalmas arra is, hogy meg tudjuk különböztetni azt, hogy ha valaki véletlenül sértette meg a jogszabályt, vagy éppen tudatosan és sorozatosan teszi ezt. Jó lenne tudni azt is, hogy ez egységes büntetési tételt jelent-e majd a tagállamokban. Gratulálok a jelentéstevőnek, és természetesen a jelentést támogatni fogom.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Vicepresidente, l'obiettivo primario di questa direttiva è l'armonizzazione a livello di Unione europea delle differenti norme nazionali relative alle infrazioni e alle conseguenti sanzioni doganali. La scarsa efficacia dei controlli doganali in punti di entrata chiave del mercato unico, infatti, favorisce oggi la circolazione di beni non conformi alla legge in tutto il territorio dell'Unione. Alcuni importanti porti marittimi d'Europa costituiscono, ad esempio, un approdo troppo facile per merci contraffatte.

La realizzazione di una vera unione doganale è ostacolata dalla frammentazione e eterogeneità delle norme e standard che impediscono il corretto funzionamento del mercato unico europeo e mettono a rischio cittadini e consumatori. A questo proposito valutiamo positivamente che la determinazione delle sanzioni sia collegata, ove possibile, al principio del dazio evaso a garanzia di una maggiore corrispondenza alla gravità della violazione. Il futuro dell'economia europea dipenderà molto da come il nostro continente riuscirà ad intessere relazioni commerciali con altre aree del globo. Tutto ciò presuppone però un quadro giuridico che sia pienamente complementare con i principi e le migliori pratiche dell'OMC che, da una parte, faciliti gli scambi con i paesi terzi e che, dall'altra, garantisca la repressione di tutte quelle attività illecite che mettono a rischio la nostra sicurezza e la nostra competitività.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já nejsem příznivcem zbytečných právních předpisů přijímaných EU. Zastávám princip subsidiarity, ale musím říci, že v tomto případě jsem přesvědčen, že přijetí právní úpravy má svůj smysl.

Ve chvíli, kdy zde máme jednotné celní území, kdy zde platí jednotné celní hmotné právo, kdy zde platí celní kodex, pak je podle mého názoru logické, že zde má být také jedna úprava sankcí, které budou platit na celém území EU. Zkrátka a dobře, za konkrétní delikt má být na celém území EU, pokud možno, stejná sankce. Je to základní princip právního státu. Za podobný delikt má být podobná sankce. Takže to je důvod, proč já tu úpravu podporuji, proč s myšlenkou souhlasím, byť jsem obecně zdrženlivý k nové evropské legislativě.

Podíváme-li se na konkrétní provedení, pak musím říci, že ten návrh, který předložila Komise, bohužel příliš dobrý není a tady stejně jako moji předřečníci chválím aktivitu zvláště zpravodajky výboru IMCO, které se podle mě podařila celá řada právních problémů té právní úpravy odstranit. S tím textem, který vzešel z výboru IMCO, já souhlasím. Alespoň jedna věc: sankce má být uložena za zaviněné jednání, objektivní odpovědnost, která byla v původním návrhu Komise, je podle mého názoru absolutně nepřijatelná a výrazně poškozovala podnikatele. Takže možná by to chtělo, pane komisaři, do budoucna kvalitnější legislativu, kterou zde navrhujete.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președinte, domnule comisar, vreau să încep prin a felicita raportoarea și raportorii din umbră și, sigur, și poziția colegilor care au luat cuvântul. Nici eu nu cred că putem vorbi de o uniune vamală atunci când avem o legislație pe deplin armonizată în întreaga Uniune Europeană, însă aplicarea și, mă rog, verificarea respectării normelor vamale și impunerea sancțiunilor ține de fiecare stat în parte. Și știm acum concret că avem diferențe - și diferențe mari, nu foarte mici. Acest lucru, din punctul meu de vedere, îi dezavantajează în primul rând pe cei mici, întreprinderile mici și mijlocii. Se completează aceleași formalități, aceleași documente, operatorul economic trebuie să facă aceiași pași, dar, în momentul în care trece printr-o vamă sau alta, sancțiunea este diferită în situația în care la un control lucrurile nu sunt în regulă. De aceea, eu sprijin principiul luării acțiunilor menite să conducă la un anumit nivel de aliniere în cele douăzeci și opt de state, pentru că de aceea avem o piață unică, să avem proceduri, sigur, naționale, dar să fie armonizat nivelul sancțiunilor pentru încălcările vamale.

Cred că acest lucru oferă o securitate juridică pentru întreprinderi și ar putea crea condiții mai echitabile, care să încurajeze întreprinderile, în special IMM-urile, să investească în toate statele membre și să stimuleze creșterea economică. Personal, am făcut și eu amendamente și sper ca acest raport să fie votat și să facem pași, pentru că nu cred că terminăm cu uniunea vamală doar cu acest raport. Și mai cred, în același timp, că statele membre trebuie, și este și rolul Comisiei, să adopte o transparență mai mare și să vedem o mai bună aplicare a legislației vamale. Până la urmă, trebuie să mergem toți spre măsuri care să îmbunătățească și conformarea companiilor la respectarea a legislației vamale, dar să nu încurajăm trecerea doar a anumitor frontiere doar pentru faptul că sancțiunile sunt mai mici. Susțin raportul și o felicit pe doamna Callas.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Madam President, as we know, the aim of this proposal was to harmonise the approach to the enforcement of customs legislation and particularly to sanctions for infringements. At the moment, customs rules across the EU are the same under the Union's Customs Code, but when those rules are infringed, enforcement follows 28 different sets of legal rules and administrative traditions. That creates inconsistency within Member States and can generate uncertainty for businesses. I am happy with the text that we are going to vote on this week. First of all, there will be no fixed minimum sanction for minor infringements, and secondly, for both minor and serious infringements, the financial fine should be imposed as a percentage of the duties evaded. The report also allows for the possibility, where the nature and the gravity of infringements so require, for Member States to impose criminal sanctions in accordance with national laws instead of non-criminal sanctions as provided for by the directive . I believe that with this text we are ready for further negotiations with the Council and the Commission.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è importante che ci sia così larga condivisione, come il Commissario ha sentito, sul tema che stiamo discutendo, perché io credo che l'Unione doganale sia oggettivamente un pilastro del mercato unico.

Discutiamo in altri momenti e per altri provvedimenti dell'importanza di dare a questa parte del mondo regole che siano convergenti, superando le differenze che storicamente si son portate fino ai giorni nostri in ogni singolo paese e soprattutto cerchiamo di rendere visibile un'idea di Unione europea nella quale le diversità vengono superate. Una delle diversità più pesanti e più pericolose è proprio quella, che ancora permane, ma che cerchiamo di superare, delle differenze per quanto riguarda l'individuazione delle infrazioni doganali e poi delle sanzioni che ogni paese decide di applicare come vuole. Il passo in avanti che ci proponiamo è per questa ragione di grandissima importanza.

Vorrei ricordare che le sanzioni hanno due effetti positivi. Il primo è quello etico: chi sbaglia deve pagare e deve pagare in proporzione dell'errore che commette oppure della violazione che scientemente mette in campo. Dall'altra parte la sanzione ha un valore deterrente: chi è orientato a far male, sa che deve pagare, per questa ragione qualche volta cambia la direzione. Un'ultima considerazione: bisogna fare in fretta. La condizione attuale è tale che produce alterazioni nella concorrenza, esattamente come la mancanza di comportamenti uniformi in materia fiscale.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, sebbene l'unione doganale sia considerata uno dei fondamenti dell'Unione europea, nonché il pilastro del mercato unico, non esiste ancora un approccio integrato in materia di applicazione della normativa doganale, comprese le sanzioni. Attualmente si registrano, infatti, in caso di violazione difformità anche rilevanti nell'applicazione delle sanzioni all'interno del mercato unico.

L'istituzione di un quadro giuridico relativo alle infrazioni e alle sanzioni doganale è fondamentale per migliorare la convergenza degli approcci degli Stati membri in fatto di applicazione della normativa doganale dell'Unione europea. Tuttavia, molto dipenderà da come gli Stati membri interpreteranno la direttiva. Il monitoraggio in tempo reale sull'osservanza delle norme svolto tramite tecnologie informatiche richiede una stretta collaborazione tra gli operatori per garantire la piena conformità, nonché l'attuazione, da parte degli Stati membri delle disposizioni sui sistemi elettronici contenute nel Codice doganale dell'Unione. Occorre che gli Stati membri rispettino l'impegno di prendere parte a un sistema comune di gestione dei rischi: si tratta di uno dei pilastri dell'approccio comune in assenza del quale non può costruirsi un efficiente sistema sanzionatorio comune.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο τρόπος λειτουργίας και ελέγχου των τελωνειακών αρχών αποτελεί σημαντικό παράγοντα για την ομαλή λειτουργία ενός κράτους και την εύρυθμη λειτουργία της εσωτερικής αγοράς. Τα κράτη μέλη της Ένωσης οφείλουν να πράξουν το καθήκον τους και να καταπολεμήσουν την απάτη στον τελωνειακό τομέα, συμβάλλοντας με τον τρόπο αυτό στην επίτευξη του στόχου της εσωτερικής αγοράς για διάθεση ασφαλών προϊόντων με γνήσια πιστοποιητικά προέλευσης και την καταπολέμηση των φαινομένων του ντάμπινγκ και της αναζήτησης ευνοϊκότερης δικαιοδοσίας.

Δεν είναι λίγες οι φορές στις οποίες είδαμε προϊόντα να βαφτίζονται εγχώρια και να κυκλοφορούν αθρόα στις εθνικές αγορές. Στην Ελλάδα έχουν σημειωθεί πάρα πολλές περιπτώσεις παράνομων ελληνοποιήσεων προϊόντων, τα οποία περνούν πλέον τα σύνορα, βαφτίζονται ελληνικά, με αποτέλεσμα οι ήδη εξαθλιωμένοι από το μνημόνιο Έλληνες αγρότες να βλέπουν τα δικά τους προϊόντα να σαπίζουν. Είναι γνωστές οι αθρόες κάθε χρόνο ελληνοποιήσεις αμνοεριφίων από τα Σκόπια, όπως επίσης είναι γνωστό ότι λάδι από την Τυνησία βαφτίζεται ελληνικό. Απαιτείται λοιπόν η λήψη μέτρων για να σταματήσουν αυτές οι παρανομίες.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, želim naravno odmah na početku podržati izvještaj svoje kolegice, gospođe Kallas. Uvjeren da je ona, uočivši ovaj apsurd u svom izvještaju, da imamo zajednički carinski zakonik, ali da istovremeno svaka država sama sankcionira prekršitelje, odnosno ima svoje sankcije, 28 različitih zakonodavstava po tom pitanju. Definitivno sam siguran da je upravo jedinstveno carinsko tržište i taj dio veliki uspjeh Europske unije i po tome je prepoznata. Zato maksimalno to podržavam.

Ono što želim dodatno naglasiti, što naravno u ovom izvještaju nije vidljivo, je potreba da pokušamo prevladati probleme s kojima ćemo se suočavati s proširenjem Europske unije na jugoistoku Europe. Dakle, ja pozivam da se može uključiti i to u izvještaj i da se razgovara o tome kako pregovarati sa zemljama koje će ući u Europsku uniju za pet, sedam, deset godina i da se u tim pregovorima pokuša također učiniti sve da nemamo dodatne muke po pitanju različitosti zakonodavstava.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, μετά την εφαρμογή της Συνθήκης του Σένγκεν και βάσει της ιδρυτικής πράξης της Ένωσης ως Ευρωπαϊκής Οικονομικής Κοινότητας, το διασυνοριακό εμπόριο ακόμα αντιμετωπίζει τις στρεβλώσεις ενός πολύπλοκου μηχανισμού τελωνειακής νομοθεσίας. Είκοσι οχτώ διαφορετικά κράτη μέλη εφαρμόζουν αυστηρότητα κατά το δοκούν και επιβάλλουν διαφορετικές κυρώσεις. Αυτό όμως έχει άμεσο αντίκτυπο στο διασυνοριακό εμπόριο, με αποτέλεσμα την απώλεια εσόδων από τα κράτη μέλη. Το φαινόμενο αυτό είναι ιδιαίτερα αισθητό στις χώρες όπου εισάγονται προϊόντα προερχόμενα από χώρες εκτός Ένωσης και μετέπειτα μεταφέρονται στην υπόλοιπη Ευρώπη διασχίζοντας σύνορα κρατών μελών. Η Ένωση απέτυχε στις εξετάσεις επί των μειζόνων ζητημάτων: την οικονομία, το διασυνοριακό εμπόριο, τη λαθρομετανάστευση, την αντιμετώπιση της τρομοκρατίας. Τα κράτη μέλη, με εθνικιστικές κυβερνήσεις που θα διασφαλίζουν τα εθνικά τους σύνορα απαλλαγμένες από ιδεοληψίες και αγκυλώσεις, θα μπορέσουν να συνεργαστούν με σκοπό την αύξηση της αποτελεσματικότητας των τελωνειακών ελέγχων στα εμπορεύματα και να πατάξουν τη διαφυγή των εσόδων.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, thank you very much for this debate. The Commission remains open to further work on this directive and to clarify the points where necessary. I think today's debate clearly showed that the European Commission and Parliament share the same objectives to have a level playing field and to ensure uniform application of EU Customs Code.

Kaja Kallas, *rapporteur*. – Madam President, I would like to thank all the colleagues who spoke on this matter. I agree with Mr Proust and Mr Schwab that we need a clear vision from the Commission: a strategy that includes the single market, the Customs Union and trade policy. In a world where everything is moving to be digital, it is very important that we make the rules very simple. We should also make sure that the authorities act as partners to the micro-businesses and not as obstacles.

On the inter-link between the administrative and criminal sanctions, the Commission wants to have more clarity. However, I point out that in the Commission's proposal the Member States could do whatever they wanted, so that was not clear either. In my report we do clarify that we need a harmonised approach towards the non-criminal sanctions, and we only leave room for the criminal sanctions if they need to be dissuasive.

We certainly need to support the Commission in the discussions with the Council to ensure that the criminal sanctions are not used for anything else than serious infringements. Regarding the ECR's comments: they raised the issue that the bureaucracy is a problem. Of course we agree, but don't you think that having 28 sets of different rules is a bigger problem for the micro-businesses than to have one set of rules? We definitely want to diminish the bureaucracy here.

Finally, I really ask the Council to do some work on this file, as we have addressed very many issues that were Member States' concerns in this report: for example, the strict liability issue. So the ball is in the Council's court.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan huomenna tiistaina 25.10.2016.

15. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Richard Howittin ulkoasiainvaliokunnan puolesta laatima mietintö EU:n Iranin-strategiasta ydinsopimuksen jälkeen (2015/2274(INI) (A7-0286/2016).

Richard Howitt, *rapporteur*. – Madam President, the Iran Nuclear Agreement was a big achievement for European and international diplomacy. It is an important signal that nuclear non-proliferation is possible in our world. The EU strategy which followed, fully supported by my report, is about Europe fully upholding our obligations under that agreement.

To do so, I support the opening of an EU delegation in Tehran and cooperation on maritime security in the Persian Gulf as a concrete step towards a new regional security structure for the whole region; setting the aim for a partnership and cooperation agreement for a bilateral investment treaty and of Iran joining the World Trade Organisation. Supporting the major deal for Airbus and efforts for banks themselves to support the lifting of sanctions; to restore our own interparliamentary dialogue with the Majlis.

Colleagues, this is a balanced and inclusive report incorporating 22 compromise paragraphs from no less than 139 amendments from different Members of this Parliament. I thank the shadows, and Mr Brok in particular, for their cooperation.

On human rights: the human rights NGO Reprieve called the language of my report 'excellent'. Human Rights Watch said: it is 'good language'. The words 'human rights' actually appears 34 times in my report. By focusing on ending the death penalty for children and for all drug offenses I am supporting efforts which are already under way in Iranian society itself and that I dearly hope will actually be agreed.

Those who say that my report 'is not human rights enough' simply impugn my own integrity and contradict the human rights organisations themselves. They knowingly imperil the leverage that we do have with Iran and make the improvements in human rights, which they say you want, less, not more, likely. They should examine your own conscience before you repeat that claim.

My report clearly called for non-interference in other countries and an end to support for armed groups. It specifically supports respect for peace and security for Israel and for Palestinians. It suggests that Europe can play a greater role in de-escalating tension between Tehran and Riyadh, and that this is the essential part of bringing to an end the terrible conflicts which afflict Iran's neighbours. There are those in this Chamber who want greater one-sided criticism of Iran's regional role. They say they are against proxy wars but you yourselves are acting as proxies; don't do it.

For those that are using this debate to wage these arguments, but who do so actually seeking to oppose the nuclear agreement: be honest in saying so. I will be honest with you about the consequences of the agreement's collapse: a nuclear arms race in the Middle East, heightened security fears, undermining reformists and shifting power to hardliners here and there, a return to sanctions in which ordinary innocent people in Iran are impoverished and lose hope, a potentially fatal attack on diplomatic attempts to end suffering, death and destruction in the bloody civil wars in Syria and in Yemen. Indeed, an attack on the very principle that diplomacy and negotiated agreement itself could be successful in our troubled world.

My report stands for peace, an active diplomatic role for Europe, and a belief that by identifying common interest where it exists, that it is possible to build on it. I ask for your support.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Madam President, I am honoured to be here today and thank you for the opportunity to discuss Iran this evening. This is a timely debate falling almost precisely on the first anniversary of the adoption of the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), which took place on 18 October 2015. It is important to recall that day, because it was one of the milestones of the nuclear agreement and an important step in restoring trust with Iran. The implementation day which occurred a few days later, after the IAEA confirmed Iran's compliance with its nuclear commitments, triggered the lifting of sanctions and effectively opened up the possibility to begin a new chapter in our bilateral relations.

In this context, I thank Mr Richard Howitt for his work on the report on the EU strategy towards Iran after the nuclear agreement, which I see as a valuable contribution in this latest stage of the European Union's relations with Iran.

This Parliament has shown a strong interest and active support throughout the negotiations of the nuclear deal with Iran. Today, one year after the JCPOA was adopted, I also welcome the broad support you are giving to our policy of balance and incremental engagement with Iran. We believe that this approach reflects the new state of European Union-Iran relations after the nuclear deal, as the title of Parliament's report that will be voted on tomorrow aptly points out.

The European Union has played a crucial role in the context of the JCPOA. We were perceived by all sides as an honest broker throughout the whole of the negotiations, and the High Representative and her representatives were entrusted with the role of coordinator of the Joint Commission which today oversees the implementation of the agreement. This is of value in itself, and we need to fulfil this role effectively, because our interests are also at stake, in particular the sustainability of the JCPOA.

Sustainability is crucial for the deal to hold, but sustainability can only be ensured if all sides properly implement the JCPOA and if the Iranian people, who strongly backed the deal, can feel its economic benefits and reconnect with the international community. The good news is that the implementation is on track. Iran has been delivering on its nuclear commitments and, since implementation day, the IAEA has issued three positive reports confirming this. But as I said, sustainability requires firm and longstanding adherence throughout the lifetime of the agreement.

The European Union has delivered on all its commitments. We have lifted the agreed economic and financial nuclear-related sanctions. We have gone beyond that and conducted an extensive outreach to our economic operators, informing them about and clarifying the new regulatory framework.

The initial reluctance by the financial and banking sector and wider business community to re-engage is a natural phenomenon, given that companies need to feel comfortable and confident to come back and invest in Iran again. The remaining United States primary sanctions – and we had a debate on this in July — and the poor business environment in Iran, are additional factors for hesitation. Iran also needs to do its part in terms of increasing transparency in its financial system and improving its efforts as regards anti-money laundering and counter-financing of terrorism framework and institutions.

Iran's commitment to take the necessary measures to comply with the Action Plan or the Financial Action Task Force is a step in the right direction. The European Union stands ready to share expertise with the Iranian authorities on this matter.

The nuclear deal has opened the door for renewed bilateral European Union-Iran cooperation. In fact we are already using the opportunities and have started working together in some areas of mutual interest. Commissioner Stylianides is in Iran, as we speak, to address the issue of Afghan refugees and access to humanitarian relief in the countries of the region affected by conflict.

Commissioner Bieńkowska was in Tehran last week with European Union business representatives and launched a European Union-Iran industrial dialogue. Just a few weeks ago, we received a high-level visit from Iran on the environment, and we agreed to launch cooperation on environmental protection. I know these are important issues for some of you.

On trade-related issues, our commercial exchanges went up by 42%, compared with the same period last year. And we have also been supportive of Iran's accession to the WTO, because we see a clear advantage in having Iran playing along with internationally-agreed rules.

The European Union has established cooperation also in other areas such as energy and nuclear safety, but also in education, culture and research. Indeed, our engagement allows us to foster people-to-people contacts. The young people of Iran are Iran's wealth, and investing in them means investing in the future of the country. We have therefore increased exchanges of students through Erasmus+ and of scientists and researchers in Horizon 2020.

Let me stress again that, while we proceed with this level of engagement, we do not lose sight of the issues where we do not see eye to eye. On the contrary, engagement in areas of mutual interest allows us to open channels of communication to address areas where we have differences. Human rights remain an obvious area of concern. The high number of executions and the restrictions to civil freedoms are worrying, and regular public statements are released in this respect. This is why when we negotiated a joint statement with Iran on the future of our relations, adopted last April during the visit of the High Representative to Iran, we said very clearly that human rights have to be an integral part of it, and this is materialising.

A dedicated delegation from the Iranian judiciary system will come to Brussels in early November, in the framework of the political dialogue, to hold exploratory talks on human rights. This will happen for the first time in more than 10 years. We also have differences with Iran on some regional issues where Iran's behaviour has not changed and remains problematic. We have been clear in calling for tangible steps that can lead to more constructive regional relations, in particular in the case of Syria.

High Representative Mogherini has been in regular touch with Foreign Minister Zarif on the European Union's humanitarian initiative and with a view to laying the ground for the resumption of an inclusive and Syrian-led political process under the auspices of the United Nations.

At the same time, we need to be aware of the domestic and political scene in Iran. The situation remains polarised, and a return to a period of confrontation with the international community is still favoured by some forces. Parliament's report on the European Union strategy towards Iran after the nuclear deal also needs to be seen in this light. It should be a contribution to our renewed balanced engagement.

I should not end without mentioning the important role that parliamentary contacts can play in fostering closer relations and conveying a message on these different issues. We now have a new Majlis in Iran after the February parliamentary elections. Engagement with parliamentarians is an important complement to the official diplomatic channels. When the High Representative visited Iran in April with a group of Commissioners, she framed our future relation as the 'Four Cs' dialogue: comprehensive in scope; cooperative where there is mutual interest; critical when we disagree, but constructive in nature. I am glad that the current text of the European Parliament resolution is endorsing this approach. I can only reiterate our willingness to continue working closely with you towards this goal in respect of the different mandate and functions of the institution.

Marietje Schaake, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade*. – Madam President, together with shadow rapporteurs from the Committee on International Trade – and I would like to thank them – we focused on the trade and investment aspects of EU-Iran relations one year after the important JCPOA, otherwise known as the Iran Nuclear Deal, which of course must be implemented. Since then, several delegations travelled to Iran to explore the potential, which in theory is huge. But both the Iranian people and EU companies learned that doing business, in practice, in Iran is not only a matter of lifting sanctions, and it is not as easy as it seems. The high levels of corruption, the grey economy, as well as terror financing but also the lack of a truly private sector, with up to 70% state-controlled, make it difficult to do business, and trade and investment must of course be done according to the law and benefit the population, which has suffered enough and continues to suffer. The human capital is Iran's most valuable asset, so imagine what is possible when development goes hand in hand with human rights and fundamental freedoms, when labour rights are improved – including for women – and when environmental protection is upgraded. We must bring Iran under the rules-based system according to the Financial Action Task Force against money laundering and where possible explore the WTO path.

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Möglichkeit, für meine Fraktion einige Worte zu sagen.

Der Hauptgrund für diese Vereinbarung ist, keine weiteren Atomwaffenstaaten zu haben. Ich glaube, das ist gelungen, und gerade die Europäische Union hat mit Federica Mogherini und Helga Schmid einen großen Anteil daran, dass dies geleistet worden ist. Die gesamte Weltgemeinschaft möchte diese Vereinbarung haben. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat das einstimmig unterstützt. Wir sollten uns in dieser Frage in die Weltgemeinschaft eingliedern, damit der Nichtverbreitungspakt wirklich Glaubwürdigkeit hat.

Wenn der Iran Atomwaffen bekommt, wird es kein Halten mehr geben. Das ist, glaube ich, unsere zuvörderste Verantwortung. Im Übrigen ist dieser Vertrag kündbar, wenn der Iran sich nicht an die Vorschriften hält, die Sanktionen können wieder eingeführt werden. Das ist alles im Vertrag geregelt, sodass wir auch da keine Sorge zu haben brauchen. Natürlich ist es wichtig, dass der Iran im Laufe der Zeit auch bestimmte Bedingungen erfüllt.

Deswegen bin ich Herrn Howitt – für den das offensichtlich der letzte Bericht ist hier in diesem Haus, weil er das Haus verlässt. Ich bedaure, dass du deine Entscheidung so getroffen hast. Ich hätte gern mit dir weiter zusammengearbeitet. – dankbar, dass in diesen Bericht, sicherlich nach langen Debatten zwischen den Fraktionen, inzwischen die Fragen der Menschenrechte, die Fragen der Nichthinnehmbarkeit der Todesstrafe, die Fragen der Verhaftungen, die aus politischen und sonstigen Gründen stattfinden, die Benachteiligung religiöser Minderheiten eingeflossen sind. Es ist auch deutlich gemacht worden, dass wir den Iran und Saudi-Arabien auffordern, mit ihrem Stellvertreterkrieg aufzuhören und keine terroristische Organisationen zu fördern – die Hisbollah ist ausdrücklich genannt worden – und auch die Finanzkreisläufe in diesem Bereich entsprechend zu stoppen.

Ich finde es wichtig, dass in dieser Frage auch klargestellt ist, dass die Sicherheit Israels für uns eine wesentliche Frage ist. Das kann man sicherlich auch noch stärken. Jedenfalls ist dies ein wichtiger Punkt, der deutlich macht, dass wir nicht unsere Werte aufgeben.

Wir wollen keine Atomwaffen. Deswegen ist der Deal wichtig. Wir wollen die ökonomischen Chancen dieser Vereinbarung nutzen, daran soll gearbeitet werden. Da gibt es noch viele Nachteile, die Frau Schaake benannt hat. Wir sollten die Frage unseres Kampfes gegen Terror, für Menschenrechte, gegen Todesstrafe, für religiöse Minderheiten jetzt zum Ausdruck bringen. Das wird mit diesem Bericht getan, und deswegen wird meine Fraktion diesen Bericht unterstützen.

Victor Boștinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, a year ago I was very glad to see a breakthrough in the Iranian nuclear deal. The EU played an important role in this success. I trust the deal can be beneficial for all parties involved. This is significant progress for the security, stability and development of the entire region, but it still remains extremely important for it to be implemented thoroughly and in good faith by all partners as soon as possible. We should not forget that this deal goes beyond its technical details. It has already been celebrated by the Iranian people, who consider that this could represent a step forward in improving their living standards. It is essential for both sides to deliver on that. Only a successful implementation will allow us to show the benefits of multilateral diplomacy over the policy of obstructionism and confrontation.

One of our main worries is the fact that, in spite of the partial lifting of sanctions, EU companies are still facing great difficulty in accessing the Iranian market. This is mostly due to the fact that many American financial sanctions are still in place and have an extraterritorial impact. As far as I am aware of them, I share some of the concerns of my colleagues towards Iran, notably the ones linked to the use of ballistic missiles and human rights abuses and violations, including the use of the death penalty in Iran.

It is important to use all channels, in cooperation with the United States, to find and address at least a temporary solution to the difficulties faced by our companies. It is important to engage Iran in order to work together towards improving the environment for human rights and equally to win more regional stability and prosperity. Having said this, I will conclude with an important call on Iran to stop its interference in other countries in the region and to refrain from supporting armed groups, in particular its support for the Syrian regime, Hamas, al-Nusra and Hezbollah, and to play a more positive and constructive role in bringing back peace to the Middle East.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, reaching an agreement with Iran last summer regarding its nuclear ambitions was a major diplomatic success for the European Union and US foreign-policy interests. The combined sanctions regime proved very effective in putting pressure on the economy and resulted in bringing the Tehran regime, and its electorate, to the conclusion that the country needed to reform and a government that was willing to be able to engage with the West and negotiate a deal.

The Iranian Government is not one that we in Europe share common values with. I too condemn its atrocious human rights abuses, including internationally banned juvenile executions, its sectarian politics, its development of a ballistic missile system, its interventionist regional policies in Syria, Yemen, Bahrain and Lebanon that are often counterproductive. These are differences that we should and will continue to voice our disapproval of and to argue that the peoples of Iran deserve and are capable of better.

Such concerns, however, should not dictate a policy of total disengagement. The negotiations were a final attempt to prevent Iran from acquiring nuclear weapons, and in turn hastening an inevitable nuclear arms race in the Persian Gulf region, without the use of force.

Many have argued that a military solution was, and remains, the one and only solution in the long term. The military experts have made it clear that such a policy would be hugely difficult to achieve without paying a huge personal price. This is nothing to say of the subsequent fallout which, I have no doubt, would be very damaging politically in an already volatile region.

This deal is only welcomed as a pragmatic one and its rejection would play right into the hands of regime hardliners. It does not mean that we have reached the end of the road. Close scrutiny that the terms are being adhered to and the will to reimpose sanctions at the slightest of violations are of utmost importance. It is unknown where this deal will take us over the next decade but I personally remain hopeful that it can build trust and allow time for a new political landscape to develop from that ancient Persian culture and to emerge from that.

I too would like to take this opportunity to extend my thanks to Richard Howitt. We come from very different political families, we have disagreed on many things, Richard, over many years, but I too would like to wish you luck in the next chapter of your life.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, it has been over a year since the nuclear deal was concluded, but of course it is better late than never to have the European Parliament's opinion as well.

Our Group welcomes the successful lead by the High Representative/Vice President and her team – consisting mostly of females – and the success of EU common diplomacy and international cooperation at times when this is more necessary but most rare. I have shared my thoughts on trade and investment and the possibilities offered when the deal is implemented. So now let us focus with equal resolve on the many remaining problems in our relationship: human rights and fundamental freedoms, from the high levels of executions – even of minors – to the torture in Iran's notorious prisons. Witness the lack of a fair trial for suspects and the general absence of equal rights for women, ethnic and religious minorities, and LGTBIs – and the list goes on, extending to the lack of free expression for journalists, academics, artists, people in general and politicians with critical views. Instead of making the lives of Iranian people better, the regime spends billions on supporting the Assad regime in its cowardice, murder and bombing of innocent people.

Focusing on our shared objective of fighting Daesh cannot hide the real differences between us. The EU lists the military wing of Hezbollah as a terror group; Iran supports it.

President, excuse me, it's my understanding that I have 2.5 minutes. Am I wrong?

Thank you, President.

The EU lists the military wing of Hezbollah as a terror group. Iran supports it. The emphasis on these key topics was lacking in the report, and we found it important to strongly and unequivocally condemn human rights violations and the damaging role that the Islamic Republic plays in the region.

Now this is not, Mr Howitt, an attack on the nuclear deal, its implementation or you personally. It is merely a matter of differences of opinion and priorities, which I think is entirely normal in a democracy.

My Group calls on Iran to be a part of the solution to the war in Syria and – as we are also asking of Saudi Arabia – to halt interference in the affairs of neighbouring partners, recognise Israel and stop denying the Holocaust. We should work together where possible on the basis of clear benchmarks, and we need an EU delegation on the ground.

Our Group sees opportunity to cooperate on environmental protection, on which what little civil society remains in Iran is bravely pushing for more action. We believe that people-to-people contact through exchanges is key, but people must be able to return safely to Iran when they have dual nationality. People-to-people connections also take place online. Therefore, the emergence of a free and open Internet in Iran, one that is not nationally and centrally monitored and censored, is key for young people likewise to come out of isolation.

I want to stress that it is time for a real step out of the dark, out of isolation, and that includes free and fair elections. Our Group seeks to balance this report and hopes that our key amendments will be adopted: otherwise, unfortunately, we will not be able to support this resolution.

Σοφία Σακοράφα, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. –Κυρία πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, η συμφωνία του περασμένου έτους και η άρση των κυρώσεων για το πυρηνικό πρόγραμμα έβγαλαν το Ιράν από την απομόνωση που του είχε επιβάλει η Δύση. Περιμένουμε από το Ιράν να αξιοποιήσει εποικοδομητικά τον σημαντικό ρόλο που διαδραματίζει, όχι μόνο στη Μέση Ανατολή αλλά παγκόσμια, συνεισφέροντας στην ειρήνη, τη σταθερότητα και την ανάπτυξη. Από αυτήν την άποψη, η συμμετοχή του Ιράν στην επίλυση των συγκρούσεων και των πολιτικών κρίσεων είναι απαραίτητη και κρίνεται συνεχώς.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να αναπτύξει με το Ιράν έναν ανοιχτό, ειλικρινή, φιλόδοξο, πολυεπίπεδο, διατομεακό διάλογο σε κλίμα οικοδόμησης αμοιβαίας εμπιστοσύνης και σεβασμού, στη βάση της αξιολόγησης των κοινών συμφερόντων αλλά και των διαφορών, κατά τρόπο που να ωφελεί τόσο τον ιρανικό λαό όσο και τους λαούς της Ευρώπης. Σε αυτόν τον διάλογο έχουμε χρέος ως ευρωβουλευτές να συνεισφέρουμε ενεργά, και όχι μόνο στο στενό κοινοβουλευτικό πλαίσιο. Έχουμε χρέος να θέσουμε στον πυρήνα του διαλόγου και της συνεργασίας μας ζητήματα που αφορούν στην ασφάλεια και στην ευημερία των λαών μας, να εμβαθύνουμε σε έναν ειλικρινή και παραγωγικό διάλογο για τα ανθρώπινα δικαιώματα, να στηρίξουμε τις προσπάθειες για μεγαλύτερο έλεγχο στη διακίνηση όπλων, νόμιμη και μη, ώστε να μπει ένα τέλος στην αυξανόμενη στρατιωτικοποίηση της περιοχής. Έχουμε χρέος να διευρύνουμε τη συνεργασία μας σε όλους τους τομείς: του πολιτισμού, της εκπαίδευσης, του εμπορίου, της ενέργειας, της περιβαλλοντικής αειφορίας. Μια πολυεπίπεδη συνεργασία η οποία θα πρέπει να βασίζεται στον αμοιβαίο σεβασμό των διεθνών προτύπων και των αρχών.

Τέλος, κύριοι συνάδελφοι, οφείλουμε να ασκήσουμε πίεση στους εταίρους μας, τις ΗΠΑ, ώστε να αρθούν οι μονομερείς πρωτογενείς κυρώσεις εναντίον του ιρανικού λαού. Όχι μόνο επειδή στραγγαλίζουν τις ευρωπαϊκές επιχειρήσεις που θέλουν να επενδύσουν στο Ιράν, αλλά πρώτα και κύρια για τον αρνητικό αντίκτυπο που έχουν στα ανθρώπινα δικαιώματα και ιδιαίτερα στο δικαίωμα του ιρανικού λαού στη διατροφή, στην υγεία και στην ανάπτυξη.

Προσωπικά, θεωρώ ότι η σημερινή έκθεση είναι ισορροπημένη και απαντά στις περισσότερες από τις προκλήσεις για την παραπέρα ανάπτυξη των σχέσεών μας με το Ιράν, και σε αυτό φυσικά συνέβαλε πολύ θετικά ο κύριος Howitt.

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Dieser Bericht ist ein Ausdruck des Willens der Europäischen Union, mit der Islamischen Republik Iran zusammenzuarbeiten.

Der Bericht ist eine Kehrtwende in der Politik: weg von einer Politik der Isolation, hin zu einer Politik des Dialogs und der Annäherung. Das Nuklearabkommen ist ein Hoffnungsschimmer für viele Iranerinnen und Iraner, die sehnsüchtig auf eine Öffnung ihres Landes warten und vor allem auf eine Verbesserung ihrer gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Situation.

Ich darf einfach daran erinnern, dass es im Iran eine hohe Arbeitslosigkeit gibt und dass Teile der Bevölkerung in einer wirtschaftlich nicht sehr guten Situation leben. Da wird mir oft entgegengehalten, dass die Verbesserung dieser Dinge die alleinige Verantwortung der jeweiligen Regierung ist. Ich habe diese Meinung nicht, denn aus unserer eigenen Geschichte wissen wir, dass politischer Dialog und die daraus resultierende praktische und wirtschaftliche Kooperation sehr viel bessere Ergebnisse liefern kann als eine Politik der Isolation.

Die iranische Regierung hat mit dem Abschluss und mit der Einhaltung dieses Abkommens gezeigt, dass sie willens ist, mit uns zusammenzuarbeiten. Wie es sich in einem Gespräch mit dem Vize-Außenminister ergeben hat, hat es den Iran große Überwindung gekostet, diejenigen Teile des Nuklearvertrags zu akzeptieren, die sich eben nicht auf die kriegerische Nutzung der Kernenergie beziehen, sondern auf die kommerzielle Nutzung. Auch hier hat die iranische Regierung nachgegeben und ist unseren Forderungen nachgekommen.

Jetzt sind wir an der Reihe. Wir müssen das anerkennen und fördern, was sich im Iran an positiver, an etwas liberalerer Entwicklung zeigt. Trotzdem ist es klar, dass wir weit davon entfernt sind, im Iran selbst ideale Zustände zu haben. Deswegen hat der Bericht eine ganze Reihe von Forderungen, die sehr deutlich, sehr klar sind. Ich möchte nur einige herausholen, die mir persönlich besonders wichtig sind.

Wir fordern die möglichst sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere natürlich auch derjenigen, die doppelte Staatsbürgerschaft haben. Wir fordern die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und vor allem der internationalen Arbeits-, Sozial- und Umweltnormen. Das ist etwas, dass gerade die Sozialnormen oft nicht eingehalten sind, was stark betont werden muss. Wir fordern die iranische Justiz auf, das Recht auf faire und ordnungsgemäße Verfahren sicherzustellen. Wir fordern, dass der Umweltschutz und die Förderung einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung, möglichst auch in europäischer Zusammenarbeit, vorangetrieben werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Umweltkatastrophe um den Urmiasee herum aufmerksam machen, eine Katastrophe, die sich weit über die Grenzen des Iran hinaus auswirkt. Dann –es ist ja schon öfter erwähnt worden – fordern wir den Iran auf, ein Moratorium für die Todesstrafe einzuführen. Der Iran ist, gemessen an seiner Bevölkerungszahl, weltweit das Land mit der höchsten Rate von Hinrichtungen.

Der Bericht weist meiner Meinung nach in die richtige Richtung, kann eine Menge an Verbesserungen erwirken, und deswegen hoffe ich, dass er morgen mit großer Mehrheit angenommen wird.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, the Iranian nuclear agreement represented possibly one of the biggest shifts in Western-Middle Eastern relations for decades. Whilst the full repercussions of the nuclear agreement, as well as whether all sides can stick to it, remain to be seen, what is beyond doubt is that the agreement gives us further grounds to continue dialogue and continue building up mutual trust and respect.

If this is to prove fruitful, it must be done through existing international institutions and multilateral and bilateral dialogue. In this report, however, I must especially question its aim of an EU strategy. Once again the EU is showing its immaturity when it comes to diplomacy. I believe that the too much, too quickly approach taken in this report may actually prove to be counterproductive in the long term. As we all know, trust can take decades to build but be broken far more quickly.

I believe that the comments in this report on Syria are pointless. Middle Eastern diplomacy is – to make an obvious understatement – complex, with the multifaceted interests of major players globally and regionally. All parties represent legitimate national concerns, and it is only by coming to a reasonable accommodation that a lasting peace can be found. In short, I would suggest that we build slowly on the success of the dialogue before the nuclear deal. Let us agree where we can agree and agree to discuss differences where we can.

However, whilst my own concerns over the Iranian stance towards Israel remain relevant and topical in this context, let us not pressure Iran with an all-encompassing agreement that we know would be doomed to failure. For once let us stop posturing and see if we can actually bring some stability to the region. I would also like to pay tribute to Richard. Richard, you and I disagree on pretty much everything, but I think that the Foreign Affairs Committee will be a different place without you, certainly from a British viewpoint. I wish you all the very best for your future outside Parliament.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, pour une fois, nous devons constater qu'un parlementaire européen a fait un rapport qui essaie d'approcher le réel. C'est suffisamment rare pour être souligné. Il faut dire que, l'Amérique ayant exceptionnellement revisité sa politique, il ne nous restait qu'à suivre – c'est encore ce que nous faisons de mieux – les États-Unis, telle une Europe dépendante obéissant au maître.

Toutefois, il semble que cet apaisement ne soit pas du goût de tout le monde. Il se trouve plusieurs de mes collègues pour se plaindre et tenter de nuire malgré tout à l'Iran et aux relations que nos États doivent entretenir avec ce grand pays. Les va-t-en-guerre sont là. Plus ils sont issus, d'ailleurs, de petites puissances, plus ils sont souvent arrogants.

On nous parle des capacités militaires iraniennes qui nous inquiètent. Les armées de mercenaires que l'Arabie saoudite envoie au Yémen ne semblent pas, en revanche, nous inquiéter. Deux poids, deux mesures. On nous parle de la dureté de l'Iran à l'égard du trafic de drogue qui nous émeut, mais savons-nous qu'il y a entre 1,2 et 3 millions de toxicomanes en Iran sur une population qui n'atteint pas les 80 millions d'habitants? Savons-nous que l'Iran a perdu près de 4 000 douaniers dans sa guerre contre la drogue? Enfin, nous rappelons-nous que l'Iran est un État souverain qui peut décider de son système pénal? Deux poids, deux mesures également si on regarde la Turquie.

Enfin, on nous parle des droits de l'homme comme une incantation mais s'indigne-t-on autant en face du Qatar et de l'Arabie saoudite?

L'Iran est un partenaire incontournable. En remettant en cause les accords internationaux d'État à État, nous risquons de menacer, une fois de plus, la stabilité régionale et internationale. Soutenons ce rapport! C'est très important, car il va dans le bon sens. L'Iran apportera sa contribution à la stabilité régionale et Israël doit être rassuré par un soutien total du Parlement et de nos États.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, δεν υπάρχει αμφιβολία ότι η συμφωνία της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με το Ιράν σχετικά με το πυρηνικό πρόγραμμα της χώρας είναι μία σημαντική επιτυχία της εξωτερικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ενώσεως και απελευθέρωσε το πεδίο της συνεργασίας των δύο πλευρών σε διαφόρους τομείς. Το Ιράν είναι η δεύτερη οικονομική δύναμη στον χώρο της Μέσης Ανατολής και σημαντικός παράγοντας στο εμπόριο της ενεργείας, διότι είναι η δεύτερη χώρα στον κόσμο σε αποθέματα φυσικών αερίων και η τετάρτη σε πετρέλαιο. Κατά συνέπεια η συνεργασία της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με το Ιράν σε διαφόρους τομείς, όπως στο εμπόριο, στη βιομηχανία, στην ενέργεια είναι προς το συμφέρον των χωρών της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, ούτως ώστε να μην εξαρτώνται από έναν προμηθευτή στον τομέα της ενεργείας.

Από πολιτικής απόψεως η συμφωνία αυτή είναι σημαντική και επετεύχθη, διότι, επιτέλους, η Ευρωπαϊκή Ένωση αποφάσισε να διαφοροποιηθεί στην εξωτερική πολιτική από εκείνη των Ηνωμένων Πολιτειών. Έτσι, μετά την πυρηνική συμφωνία, ήρε τις κυρώσεις κατά του Ιράν, κάτι το οποίο δεν έκαναν οι Ηνωμένες Πολιτείες, με αποτέλεσμα, σε συνδυασμό και με το ότι οι συναλλαγές με το Ιράν πραγματοποιούνται σε δολάρια, να υπάρχει πρόβλημα στις συναλλαγές της Ευρωπαϊκής Ενώσεως με το Ιράν που πρέπει να γίνονται σε ευρώ. Τέλος το Ιράν μπορεί να αποτελέσει σημαντικό παράγοντα σταθεροποίησεως στον χώρο της Μέσης Ανατολής, αλλά παράλληλα οφείλει να βελτιώσει και τα ανθρώπινα δικαιώματα και να καταργήσει τη θανατική ποινή στους νέους κάτω των δεκαοκτώ ετών και κυρίως στα παιδιά.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, la première version du texte du rapport de Richard Howitt avait l'air d'avoir été rédigée pour faire plaisir à Téhéran et j'avais critiqué ce penchant pro-chiite qu'avait pris le rapporteur socialiste. De même, nous étions nombreux à penser que le rapport n'était pas suffisamment incisif, en particulier sur la question des droits de l'homme.

Le texte issu de la commission des affaires étrangères que nous avons devant nous est plus équilibré et je tiens à remercier notre rapporteur du groupe PPE, Elmar Brok, pour ses efforts de recadrage du rapport.

Je suis particulièrement heureux de constater qu'un certain nombre de mes amendements ont été pris en compte, notamment ceux qui visaient à donner plus de tranchant à des questions comme la prise en compte des lignes directrices de l'Union européenne sur les droits de l'homme dans ses relations avec l'Iran ou encore la peine de mort. La peine de mort était considérée dans la première version de ce rapport comme une simple question de différence entre nous et l'Iran. Or, on le sait, c'est une question de principe fondamental pour l'Union.

Le rapport a été amélioré, mais j'aurais aimé y voir une condamnation très forte des appels répétés de l'Iran à la destruction d'Israël, une condamnation claire de son déni de l'holocauste, une condamnation claire du soutien de Téhéran au régime de Bachar Al-Assad ainsi que la dimension nécessaire des critères sur les droits de l'homme qui semblent pour l'instant tabou pour Richard Howitt.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, o acordo nuclear com o Irão é decisivo, todos o esperamos, para a segurança e não proliferação a nível regional e global, resultado de negociações históricas em que as diplomacias europeia e americana se empenharam.

Abriu-se assim uma nova página nas relações União Europeia-Irão que não pode secundarizar a necessidade de diálogo numa área em que europeus e autoridades iranianas mantêm substanciais divergências, no respeito pelos direitos humanos, incluindo os direitos das mulheres, no uso e abuso da pena de morte e outros tratamentos degradantes.

Esse diálogo não é inútil, tem de ser franco, vigoroso, criativo: não cai em saco roto junto de um governo que está pressionado internamente por uma sociedade jovem, educada e desejosa de reintegração na comunidade internacional.

Oportunidades económicas e de comércio são potenciadoras também de maior intercâmbio entre os povos europeu e iraniano. O levantamento das sanções contra o Irão abre o mercado iraniano a empresas e investimento europeus. Porém, é preciso ainda que o Irão se comprometa e invista em cumprir as recomendações do Grupo de Ação Financeira Internacional para criar um ambiente económico transparente e responsável.

Mas sejamos claros: restringir o relacionamento euro-iraniano a objetivos económicos e comerciais é falhar estrategicamente. O Irão é potência regional que deve ser encorajada a desempenhar um papel na resolução de conflitos e não a agravá-los. O Irão pode ajudar a pôr fim à guerra na vizinha Síria, mas hoje combate ao lado da Rússia, para preservar o tirano Assad, à custa do massacrado povo sírio.

A União Europeia devia utilizar um novo relacionamento com o Irão e com outros atores regionais no sentido de dissuadir o confronto sectário Sunni-Shiita sobretudo alimentado pela Arábia Saudita, o Qatar e a Turquia de Erdogan.

Uma solução que dê paz e futuro aos sírios e a todos os povos na região é a única forma de a Europa e o Irão protegerem a sua própria segurança.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Pani Przewodnicząca! Na tle takich dokumentów jak raport Ban Ki-moona przedstawiony we wrześniu Zgromadzeniu Ogólnemu, rezolucja Kongresu Stanów Zjednoczonych czy liczne raporty think tanków, sprawozdanie, które Richard Howitt przedstawia Parlamentowi Europejskiemu, wydaje się niedostatecznie zrównoważone. Jako Polka szanuję i cenię Irańczyków, moje uwagi odnoszą się do reżimu Republiki Iranu. W 1988 r. doszło do masowych egzekucji przeciwników politycznych, tak masowych, że nosiły charakter ludobójstwa. Osoby odpowiedzialne za te morderstwa pełnią obecnie wysokie funkcje, a egzekucje przeciwników politycznych de facto trwają po dziś dzień, podobnie jak egzekucje osób młodocianych. Rolę Iranu, zarówno w regionie jak i globalnie, trudno określić jako stabilizującą. Ciąży na tym kraju zarzut finansowania terroryzmu. Kolegom, którzy kierują się wizją wymiany handlowej, chciałam przypomnieć, że sektor gospodarczy w Iranie jest zdominowany przez Gwardię Rewolucyjną, a takie organizacje jak FATF doradzają najwyższą ostrożność w podejmowaniu tego typu relacji.

Gérard Deprez (ALDE). – Madame la Présidente, chers collègues, bien sûr, je me félicite que l'accord intervenu sur le nucléaire iranien semble réellement respecté. Bien sûr, je reconnais que cet accord ouvre de nouvelles possibilités et entraînera des avantages pour les deux parties en ouvrant le marché iranien aux entreprises européennes. Bien sûr, je veux ouvrir nos frontières aux jeunes Iraniens. Mais, Madame la Présidente, chers collègues, ce n'est pas parce que le régime iranien a cessé d'être un délinquant nucléaire que nous devons lui octroyer un prix d'honorabilité démocratique et humaniste. À mes yeux, l'ouverture aux échanges et à de nouvelles formes de coopération économique, que je soutiens, doit aller de pair avec des progrès réels dans le domaine des droits de l'homme.

Je rappelle que l'Iran est aujourd'hui le champion du monde toutes catégories pour ce qui est du nombre d'exécutions par rapport au nombre d'habitants. Je rappelle que l'Iran exécute des mineurs, violant ainsi la convention des Nations unies relative aux droits de l'enfant, qu'il a pourtant signée et qui interdit l'application de la peine capitale aux jeunes délinquants. Je rappelle que le régime iranien ne reconnaît pas l'Holocauste. Je rappelle qu'en Iran, toutes les femmes sont des citoyennes de seconde zone. Je rappelle, enfin, que l'actuel ministre de la justice s'est dit publiquement fier d'avoir pris part, en 1988, à la décision d'exécuter des milliers de prisonniers politiques. Personnellement, je qualifie ces exécutions de masse de crimes contre l'humanité.

Alors, Madame la Présidente, chers collègues, coopérer avec l'Iran, oui, fermer les yeux non!

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, the presence of nuclear weapons makes this world an unnecessarily dangerous and volatile place. The EU's strategies towards Iran should adhere to this basic concept. Iran stands as an example of how, ostracised by the international community, sanction states are driven away from international cooperation into a cave of isolationism.

Despite this, and unlike Israel, Iran became a signatory to the Nuclear Non-Proliferation Treaty. The sheer duplicity of nuclear-armed Western states criticising Iran for pursuing such objectives, while they sit on stockpiles of nuclear armaments capable of obliterating the earth several times over, would be comical if it was not so repulsive and dangerous.

Of course, the most vocal opponent of Iran's nuclear ambition was Israel; a nation with a non-declared stockpile of nuclear weapons, some of which it tried to sell to apartheid South Africa. All states in all regions should encourage and advance nuclear disarmament. The EU and Iran should ensure the terms of the agreement are fulfilled and all EU Member States should also begin unilateral nuclear disarmament and encourage non-EU nuclear-armed states to do likewise.

Sinn Féin, for our part, will ensure that we promote universal nuclear disarmament as a means to remove these immoral, military, useless and potentially Armageddon-creating weapons. To this end we will work to uphold Ireland's neutrality and to oppose the British Government's drive to renew its trident weapons of mass destruction. I also want to acknowledge the work of Richard Howitt and to wish him well in the future.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo sul nucleare iraniano è sicuramente un grande successo diplomatico che riporta al tavolo delle negoziazioni un attore regionale fondamentale per gli equilibri dell'intero Medio Oriente, come l'Iran, forse uno dei pochi successi di questi ultimi anni. E il nostro sarà un voto senz'altro favorevole, un voto di incoraggiamento ai passi avanti che l'attuale esecutivo guidato da Haroni sta compiendo nel paese. Un voto che però non dimentica la grave situazione dei diritti umani, che non dimentica l'uso della pena di morte anche su minori, seppure, ricorda, che non è sicuramente il paese con il più alto numero al mondo, quello è la Cina, ma pare che tanti se ne dimentichino quando si parla di esempio del MES Cina; non dimentica neanche la censura e non dimentica la negazione l'Olocausto. Però, serve un'attitudine positiva, un'attitudine che ha portato alla conclusione del trattato stesso, un'attitudine che dobbiamo preservare affinché prevalga l'ala moderata nella sua battaglia contro l'ala conservatrice.

Edouard Ferrand (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, le rapport proposé présente des points de vue assez intéressants mais ne va pas, à certains égards, au bout de sa logique. Il ne s'agit pas de donner un blanc-seing à la République islamique d'Iran, loin de là. Toutefois, à partir du moment où l'on prête une attention particulière à ce point essentiel qu'est la lutte contre l'État islamique, il est clair que l'Iran devient un partenaire essentiel dans ce combat contre le terrorisme, ce qui n'est malheureusement pas le cas d'un certain nombre d'États d'Europe qui sont, justement, demeurés muets par rapport à cette lutte contre l'État islamique.

Je mets également en garde ici contre les initiatives hypocrites des États-Unis qui, quand il s'agit de certaines entreprises européennes, veulent maintenir un embargo. À partir du moment où l'Iran applique pleinement et réellement les accords de Genève, les sanctions doivent être corrélativement et proportionnellement levées à l'encontre de cet État.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Czy Państwo nie widzicie, że jesteście śmieszni? Unia Europejska, która ma siedem lat za sobą i trzydzieści miliardów długów, kłopoty wewnętrzne i zewnętrzne, poucza państwo, które ma cztery tysiące lat tradycji o tym, co ma robić? Pouczacie Iran, że ma znieść karę śmierci i przestrzegać konstytucji, a przecież konstytucja Iranu nakazuje stosowanie kary śmierci. Mówicie, że muszą się pozbyć atomu, ale przecież znamy państwa na przykład Pakistan, Izrael, Ameryka, które mają broń jądrową i są całkiem cywilizowane. Mówicie, że Iran ma znieść karę śmierci, ale przecież znamy państwa takie jak USA, Japonia – bardzo cywilizowane – które mają karę śmierci, bo macie mentalność kolonialną. Tak samo, jak żeście sto lat temu pouczali Afrykańczyków, jak mają żyć, tak samo pouczacie teraz dumnych Persów, jak mają żyć. Oni tego nie muszą na szczęście wysłuchiwać.

A co byście powiedzieli, gdyby Iran zrobił konferencję, przeczytał te dokumenty Unii Europejskiej i powiedział, że Unia musi przywrócić karę śmierci, żeby stać się znowu państwem cywilizowanym? A kto wam powiedział, że wartości unijne są lepsze niż wartości irańskie? Kto wam powiedział? Jesteście imperialistami, którzy nie tolerują odmienności, a poza tym sądzę, że Unia Europejska musi zostać zniszczona.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Porozumienie nuklearne z Iranem to była dobra wiadomość wśród wielu bardzo złych wiadomości z tego regionu i z całego otoczenia Unii Europejskiej. Dobra wiadomość to nie był tylko sam „deal", ale proces implementacji, który był procesem budowy zaufania pomiędzy partnerami. Bezsporna w tym zasługa External Action Service. Cała wiedza, jaką zgromadziłem jako szef delegacji do spraw Iranu w Parlamencie Europejskim, mówi mi, że nie ma lepszej metody wspomagania sił, które nazywamy reformatorskimi, niż otwieranie Iranu na świat i współpraca na możliwie szerokich polach. Nie ma lepszej możliwości. Zaświadcza o tym także nowa kompozycja „match list", czyli Parlamentu Europejskiego sformowanego już po zawarciu porozumienia. Teraz ważne jest, aby przeciętny człowiek, „man in the street", w Teheranie odczuł skutki tego otwarcia w swoim poziomie życia.

Oczywiście nie jest łatwo znaleźć punkt równowagi pomiędzy interesami geopolitycznymi, gospodarczymi i obroną wartości, z których nigdy nie zrezygnujemy. Sprawozdanie pana Howitta jest szukaniem tej równowagi. Wskazuje pola współpracy – czyli gospodarka z nazwaniem wąskiego gardła, jakim są usługi bankowe, ochrona środowiska, energetyka, walka z przemytem narkotyków – ale mówi też o różnicach i nazywa je po imieniu: liczebność wyroków kary śmierci, potraktowanie mniejszości etnicznych i religijnych, niezadowalająca rola Iranu jako stabilizatora regionu. Jestem głęboko przekonany, że w relacjach z Iranem szanse przeważają nad zagrożeniami.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie al relatore Howitt, intervengo per esprimere il mio appoggio a una relazione che va nella giusta direzione: si tratta di una proposta equilibrata che va letta e considerata in tutti i suoi punti, paragrafi, direi virgole comprese. Una presa di posizione del Parlamento europeo che sostiene il lavoro prezioso dell'Alto rappresentante Federica Mogherini che definì l'accordo sul nucleare, di cui questa relazione in qualche modo è figlia, un segno di speranza per il mondo in un tempo in cui la speranza sembra essere in crisi. Quell'accordo è basato sul rispetto delle regole su cui bisogna vigilare attentamente.

Ma non basta, bisogna ora creare un clima di fiducia reciproco fra Iran e Unione europea. Le relazioni devono essere sviluppate attraverso un dialogo a più livelli che coinvolga contatti politici, diplomatici, economici, accademici, tecnici, interpersonali, che comprendono gli attori della società civile, le ONG e i sostenitori dei diritti umani. Un dialogo, si diceva, di ampio respiro, aperto, franco, critico, quando necessario. Abbiamo interessi economici comuni, penso in particolare alla lotta contro i cambiamenti climatici. L'Iran è al secondo posto livello mondiale per riserve di gas, al quarto per petrolio. La cooperazione energetica può svolgere un ruolo significativo nella diversificazione delle fonti di approvvigionamento per l'Unione europea. L'Unione può affiancare l'Iran nelle sue diverse sfide ambientali, fra cui la scarsità d'acqua, la lotta contro la desertificazione.

Investiamo con fiducia nei giovani europei ed iraniani per avvicinare le società e le culture, aumentando gli scambi fra studenti e ricercatori. Voglio leggere infine testualmente l'invito del Parlamento europeo contenuto nella relazione: «invita all'Iran a rispettare, tutelare e osservare gli impegni assunti nell'ambito della Costituzione della Repubblica islamica dell'Iran, del Patto internazionale sui diritti politici e civili, della Convenzione sui diritti del fanciullo, del Patto internazionale sui diritti economici, sociali e culturali, rispettando libertà di espressione, di opinione, di associazione, di pensiero, di coscienza, di religione senza discriminazione etnica o sociale o di orientamento sessuale». Su queste basi – ho finito Presidente – è possibile lavorare insieme per garantire pace, stabilità in Medio Oriente, combattere il terrorismo e prevenire la tragedia di milioni di profughi.

Mark Demesmaeker (ECR). – Collega's, ik zeg het maar meteen. Ik ben niet van plan mijn fiat te geven aan een verslag als dat in de handen van een theocratisch regime in Iran gebruikt kan en zál worden als een propaganda-instrument.

We hebben jaren over de nucleaire overeenkomst onderhandeld en ondertussen hebben we een dramatische stijging gezien van het aantal executies in Iran. Volgens de Verenigde Naties zijn er vorig jaar alleen al zo'n 1 000 mensen opgehangen. Dat is het hoogste aantal terechtstellingen per capita in de wereld.

Iran is ook recordhouder van het aantal executies van minderjarigen. Jazeker, onder druk van de strenge sancties van de Europese Unie werd Iran gedwongen om zijn nucleaire ambities terug te schroeven en om de nucleaire overeenkomst te aanvaarden, wat nodig is. Maar laten we niet naïef zijn. Dit betekent niet dat we nu plots te maken krijgen met een meer gematigd regime. De dagelijkse realiteit bewijst het tegendeel.

Een voorbeeld? Dezelfde functionarissen die in 1988 30 000 politieke gevangenen lieten executeren en daarmee een van de zwaarste misdaden tegen de menselijkheid begingen, bezetten nu nog altijd topposities in het huidige regime. Een daarvan is de huidige minister van Justitie. Hij verklaarde onlangs zelfs dat hij trots is op de rol die hij speelde bij het bloedbad!

We zien ook de destructieve rol van Iran in de conflicten in de regio. Iran levert de financiële middelen, de wapens en de militieleden voor z'n oorlogen bij volmacht in Syrië, in Irak, in Jemen, in Libanon en op andere plaatsen. Als Iran eindelijk een verantwoordelijke staat wil zijn waar ook wij zaken mee kunnen doen, dan moet het in de eerste plaats stoppen met dat soort schurkengedrag.

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, há cerca de um ano atrás foi alcançado um acordo histórico com o Irão que representou um marco na luta contra a proliferação nuclear e um passo importante para tornar o mundo num local mais seguro.

Com o levantamento das sanções económicas e financeiras, relacionadas com o programa nuclear do Irão, a Europa tem procurado aproveitar as oportunidades de que um mercado com 80 milhões de pessoas representa, nem que para tanto tenha que fechar os olhos às constantes violações dos direitos humanos do regime ditatorial dos ayatolas.

Mas se é verdade que a Europa tudo faz para beneficiar dessas oportunidades, não deixa de ser menos verdade que a expansão das relações institucionais e comerciais deve ser estritamente condicionada aos progressos alcançados pelo Irão no campo da defesa dos direitos humanos.

Entendo, por isso, que a moção de resolução relativa ao Irão que foi votada este mês pela Comissão dos Assuntos Externos do Parlamento Europeu não traduz essa condicionalidade e mantém uma inaceitável postura do *business as usual* face a um regime opressor que sistematicamente manipula o processo democrático, detém um triste recorde de violações dos direitos humanos, é líder mundial das execuções *per capita* e de menores de 18 anos de idade, e é repressor de mulheres e de minorias religiosas.

Por tudo isto, Sr. Howitt, entendo que é nossa obrigação fazer com que esta resolução não se torne num mero instrumento de propaganda política para o regime teocrático de Teerão, que, sendo um regime que necessita deste nível de violência para reprimir os seus próprios cidadãos, mostra grandes fragilidades para se poder tornar num verdadeiro parceiro diplomático e económico credível e confiável para a União Europeia.

Caros colegas, os direitos humanos não são negociáveis, eles fazem parte da nossa responsabilidade coletiva enquanto seres humanos e europeus!

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, noin 30 vuotta sitten 30 000 poliittista vankia, mukana tuhansia naisia, teloitettiin Iranissa. Osa teloitetuista oli vain 15-vuotiaita, osa raskaana. Näihin rikoksiin syyllisiä on edelleen johtavissa toimissa, ja he jopa kehuskelevat ylpeinä näistä tekemisistään. Tällaiset henkilöt on välittömästi tuotava kansainvälisen tuomioistuimen eteen, eikä tällaista voida vain katsella sivusta, vaikka aikaa on kulunut.

On ymmärrettävä, että ei ole kyse vain ydinaseista. Kun lisäämme yhteistyötä, on meidän johdonmukaisesti vaadittava ihmisoikeuksien kunnioittamista. Yhteistyö hyödyttää kaikkia vain silloin, jos se tehdään oikeista lähtökohdista. Emme saa hylätä Iranin kansaa päästäksemme maan valtaville markkinoille. Emme, vaikka jotkut muut maat toimisivat toisin. Raha ei saa mennä demokratian ja ihmisoikeuksien edelle.

Meidän on muistettava, että uskonnollisten äärikonservatiivien valta on sementoitu iranilaiseen järjestelmään eikä demokraattisia uudistuksia voi viedä läpi ilman sen hyväksyntää. Iran ei ole ainoa epädemokraattinen ja ihmisoikeuksia polkeva valtio Lähi-idässä. EU:n pitää olla tasapuolinen. Vakautta voidaan rakentaa ainoastaan nykyistä johdonmukaisimmalla toiminnalla. Lännen on vihdoin pantava ihmisoikeudet ja rauhan rakentaminen kaikkien valtapelien edelle.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Nach Abschluss des Nuklearabkommens braucht die EU nun eine neue Strategie gegenüber dem Iran, denn das Abkommen bietet eine Chance für Reformen auf politischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Ebene. Der Europäische Auswärtige Dienst trägt dem bereits Rechnung mit der Einrichtung einer Iran Task Force und der Eröffnung einer EU-Delegation in Teheran.

Von besonderer Wichtigkeit sind jetzt aber die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Hier eröffnet sich großes Potenzial für europäische Unternehmen. Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres wurde im Kontext des Abkommens das Handelsvolumen zwischen dem Iran und Europa um 43 % erhöht, 30 iranische Banken haben sich dem SWIFT angeschlossen.

Die iranische Regierung ist sehr ambitioniert und verfolgt das Ziel, ein jährliches Wirtschaftswachstum von acht Prozent zu erreichen. Dazu braucht das Land ausländische Direktinvestitionen. In den kommenden zehn Jahren werden allein 1 000 Milliarden Euro in den Ausbau der Infrastruktur investiert.

Der Iran ist auch die zweitgrößte Volkswirtschaft im Nahen und Mittleren Osten, und für die kommenden zwei Jahre wird mit einer Vervierfachung des aktuellen Handelsvolumens zwischen der EU und dem Iran gerechnet. Die EU war vor den Sanktionen der größte Handelspartner des Irans, und es muss jetzt unser Ziel sein, dass die EU diese Topposition wieder einnimmt.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony! 2015 júliusában került sor a nukleáris megállapodás megkötésére Iránnal. Sajnos a szankciók feloldása azonban lassan és csak részben történt meg. Elsősorban az Egyesült Államok akadályozta a banki hitelezési együttműködést. Idézek a jelentésből: „A közös érdekek és különbségek realisztikus felmérésére van szükség." Igen, a különbséget is reálisan kell fölmérni, hogy egy más kultúrájú, más értékrendű országról van szó. A legtöbb kritika Iránt a kábítószeres bűncselekmények miatti kivégzések miatt éri. Vegyük figyelembe azonban az ország veszélyeztetettségét: az ópiumlefoglalások 86%-a Iránban történik. Egy módosító javaslat azt tartalmazza, hogy a gazdasági együttműködés feltétele a halálbüntetés eltörlése legyen. Ha ezt megszavazza ez a Parlament, akkor legyen következetes, és azonnal szüntesse be az Egyesült Államokkal a TTIP-tárgyalást, mert az Egyesül Államok államainak többségében most is van halálbüntetés.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora Presidenta, el acuerdo de Viena sobre el programa nuclear de Irán ha abierto una nueva etapa en las relaciones de este país con la Unión Europea y con la comunidad internacional en general. La completa implementación del acuerdo debe seguir siendo una prioridad para nosotros, si bien su progresivo cumplimiento hace posible avanzar hacia una relación bilateral más amplia y constructiva.

Las verificaciones realizadas por el Organismo Internacional de la Energía Atómica nos permiten, hoy por hoy, trabajar sobre nuevos ámbitos de cooperación y aprovechar las oportunidades que se presentan, desde el diálogo político al comercio y las inversiones, pasando por la energía y el medio ambiente. Un diálogo en el que no debemos olvidar nuestros principios, por lo que también deben estar presente los derechos humanos, como usted mismo hace unos minutos nos confirmaba, señor Comisario.

Por otra parte, la importancia de Irán en el marco regional es evidente: su concurso es fundamental en la solución de las distintas crisis que vive en estos momentos Oriente Próximo. En particular, me refiero al conflicto en Siria y a la lucha contra el Dáesh.

Irán debe tener una actitud más constructiva en la búsqueda de la paz en Siria y también en la lucha contra el terrorismo; debe usar su ascendencia sobre algunos de los grupos y países que actúan en la región para evitar una escalada aún mayor de los conflictos regionales.

Necesitamos que Irán contribuya a la seguridad de la región y a la de los países que la integran, incluido Israel. No caben excepciones.

Irán, sobre la base del cumplimiento del acuerdo de Viena, tiene que seguir continuando ganándose la simpatía de la comunidad internacional y contribuir activamente a la paz, superando enfrentamientos religiosos y luchas por la hegemonía regional que están desgarrando Oriente Próximo y la comunidad musulmana.

Frédérique Ries (ALDE). – Madame la Présidente, ce n'est pas vraiment un rappel au règlement.

Je viens d'avoir une intervention, celle de mon collègue Millán Mon, sans aucune traduction en français. Je ne sais pas si c'est un problème avec l'espagnol ou la cabine française, mais j'aimerais comprendre et entendre la suite de notre débat.

President. — OK, we will try to get information, but now I will give the floor to Mr Mamikins.

Andrejs Mamikins (S&D). – Madam President, colleagues, Commissioner, I would like to thank rapporteur Mr Richard Howitt for a very balanced report. This report stresses all the positive changes that have happened in Iran recently, outlining future cooperation between the EU and Iran. But from the other side it contains criticisms and highlights the challenges that we face.

In spite of some unsolved problems, I would like to say that it is a success story for our diplomacy. In the last year Iranian and European diplomacy managed to raise our relations from a very low point and to give our relations a positive trend.

Iran is our partner in the fight against ISIS and al-Nusra, which are designated terrorist organisations by the United Nations Security Council. The European Parliament should play an important role in the process of establishing a friendly cooperation framework with Iran in which we can receive positive results in the issues we are interested in or resolve problems we are concerned about. In this way we should be wise and patient and try to avoid the temptation to use offensive language. Why? Because emotional criticism will lead us to the opposite direction. It helps Iranian conservatives, who are very strong and who resist any improving relations with the Western world.

I do not think that this is what we really want. That is why I would like to invite you to support Richard Howitt's balanced and wise approach.

Bas Belder (ECR). – Dit verslag pretendeert een EU-strategie voor Iran te geven. Hoe is dat echter mogelijk wanneer de leidende politieke krachten van de Islamitische Republiek Iran volledig buiten beschouwing blijven? Denk aan opperste leider Khamenei en de Iraanse Revolutionaire Garde. Mijnheer Howitt, een onbegrijpelijke omissie!

Dit verslag vormt één groot pleidooi voor *"business as usual"* met Iran. De grootste profiteur van dit beleid zal echter niet de bevolking zijn maar de Iraanse Revolutionaire Garde, op grond van zijn dominante en verheven positie in 's lands economie. De destabiliserende, revolutionaire rol van dit machtsmiddel bij uitstek van opperste leider Khamenei, in de regio en daarbuiten, is evident. Opnieuw, een onbegrijpelijke omissie!

Dit verslag verzwijgt de Iraanse vernietigingsdrang jegens de Joodse staat Israël. Het verzwijgt ook de Iraanse ontkenning en zelfs ridiculisering van de Holocaust. Mijn amendementen, mijnheer de rapporteur, moffelde u weg, u verwierp ze: een min erbij! Voor de derde keer: een onbegrijpelijke, immorele omissie. Collega's, steun daarom het corrigerende amendement van mevrouw Schaake, dat ik zelf ook heb ondertekend.

Mevrouw de voorzitter, dit verslag geeft geen EU-strategie voor Iran. Het is politieke fictie. Het spoort de EU en haar lidstaten juist aan de ingeslagen, heilloze dwaalweg richting Teheran te vervolgen. De schade en schande voor de Europese Unie en voor de ondersteuners van dit verslag zal, vrees ik, niet gering zijn!

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, señor Comisario, el acuerdo con Irán es un hito importantísimo, estamos de acuerdo. Pero este éxito diplomático, Señorías, no nos olvidemos, se ha hecho tratando con un Estado, con un régimen de terror. Un régimen fundamentalista, que sigue ejecutando de manera sistemática, que niega el Holocausto, que ejecuta a niños y que además perpetra de manera diaria la tortura.

Yo creo en el futuro de Irán porque creo en los iraníes. Conozco muy bien su amor por la libertad y su coraje milenario y por eso sé que un día se librarán de la tiranía de los clérigos.

Yo apoyo la iniciativa de la Alta Representante Mogherini y aplaudo su excelente trabajo diplomático.

Pero estoy absolutamente en contra de cualquier forma de apaciguamiento como el que pretende propagar la extrema izquierda, como mis colegas de Podemos. ¿Cuánto dinero ha recibido su líder de los mulás? ¿Cuánta financiación para «producción de televisión» recibe cada semana de parte de un Estado que financia el terrorismo? ¿Por qué su líder no denuncia las ejecuciones y torturas en Irán? ¿Por qué su líder no condena y denuncia públicamente la violación sistemática de los derechos de la mujer o la atroz persecución y ejecución de homosexuales?

Hay quien está deseando aceptar el dinero de la tiranía iraní para sus propios fines. Es más, hay quien lo ha aceptado para financiar su propaganda, pero los europeístas, no podemos vender nuestros principios. No, Señorías, no podemos.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, el acuerdo nuclear firmado entre Irán y los miembros del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas en 2015 es una muy buena noticia. Fue una buena noticia para las relaciones internacionales. Solo que hay que comparar cómo se trataron las armas de destrucción masiva en Irak —sin diplomacia, sin hacer caso a los relatores o a los investigadores de las Naciones Unidas — y qué ha ocurrido cuando se ha puesto en marcha la diplomacia.

Es una buena noticia también para la estabilidad de la región y es una buena noticia para la no proliferación nuclear — algo que se debería aplicar también a Israel, que tiene más de trescientas cabezas nucleares, que incumple también los derechos humanos, y nadie le dice nada—.

Pero en este informe de estrategia de la Unión Europea con Irán volvemos a caer en los errores que enfangan las relaciones internacionales: no se pide el levantamiento total de las sanciones estadounidenses —sanciones unilaterales, extraterritoriales, que afectan también a empresas de la Unión, pero que afectan, sobre todo, al pueblo iraní—.

Poner a Hizbulá al nivel de Al Nusra es una locura o una miopía. ¿Por qué? Porque Hizbulá es una organización político-militar que forma parte del Gobierno libanés —tiene varios ministros—. Y, además, a la parte política no la hemos incluido en esas organizaciones terroristas. Y Al Nusra es Al Qaeda. No lo olvidemos, por favor.

Cuando se pide el respeto de los derechos humanos —refugiados, peticiones de asilo—, podemos estar de acuerdo, pero quizás primero tengamos que aplicárnoslo a nosotros antes de dar lecciones.

En resumen, señor Howitt, no es un mal informe pero, a mi juicio, se queda a un paso de lo que debería ser la base para un buen entendimiento entre naciones soberanas.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Ich halte diese Entschließung für eine Zumutung für den Iran.

Herr Howitt hat zu Recht darauf verwiesen, dass es einmal ein Prinzip der Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Völker gab. Ich denke, an 34 Stellen halten wir hier dem Iran etwas vor, was wir sonst den anderen Ländern nicht vorhalten. Wie weit sind wir denn mit den USA? Mehrere Kollegen haben es angesprochen: Dort gilt nicht nur die Todesstrafe – in Israel gilt die Todesstrafe übrigens auch –, nein, in beiden Ländern praktiziert man auch die Tötung von Menschen, von Ausländern im Ausland ohne Gerichtsverfahren, ohne faires Verfahren, ohne Rechtstaatlichkeit, und niemand sagt, wir können mit diesen Staaten nicht verhandeln. Wie sieht es denn mit Saudi-Arabien aus? Wie sieht es aus: Wir kaufen Autos aus Südkorea und Japan, obwohl es dort die Todesstrafe gibt.

In Ziffer 34 wird die vollständige Achtung der Souveränität aller Staaten in der Region gefordert. Fangen wir doch mit der EU an! Unsere Flugzeuge verletzen doch Tag für Tag die vollständige Souveränität in dieser Region.

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, like most of us I also welcome the nuclear agreement signed with Iran. After the agreement we need to find a way to reengage Iran with the international community. First of all we need to work on political engagement in Iran. Here we can contribute with inter-parliamentary dialogue between the European Parliament and the Majlis.

Before strengthening economic and trade ties, however – and I want to emphasise this – we have to make sure that Iran is fully respecting international standards, especially those concerning human rights. This includes changing the policy of the Iranian regime towards the death penalty, especially in cases of the execution of juveniles. It needs to be clear that the EU stands on the side of respect for human rights and human life. This has been central to EU human rights and foreign policy, and it has to stay like that in our future relations with Iran.

Although I believe that opening relations with Iran can be beneficial for the Middle East region and the EU, we have to remain vigilant in areas of security and the fight against terrorism. Relations with Iran are still very fragile. The EU can be an important partner for Iran; however, we will need to find mutual understanding beyond the use of nuclear energy.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come è stato ricordato da molti colleghi, l'accordo firmato nel luglio del 2015 rappresenta un'opportunità unica per provare ad inserire l'Iran in un contesto internazionale. Non possiamo perdere questa occasione, perché senza l'Iran non ci sarebbe la possibilità concreta di creare una struttura di sicurezza in quella parte del mondo. Non sarà facile. I temi da affrontare sono quelli che sono stati ricordati, alcuni dei quali sono già stati positivamente risolti almeno nel primo impatto, e altri, invece, dovranno essere nuovamente ripercorsi per arrivare a delle soluzioni definitive.

Personalmente credo che per quanto concerne il tema dei diritti umani, questo sia oggettivamente la priorità del nostro lavoro futuro. Ciò che riguarda la pena capitale, la condizione dei minori e delle donne, la libertà di espressione e di religione, sono la chiave di volta di un assetto futuro che sia non soltanto condivisibile, ma che abbia i tratti e le caratteristiche di una civiltà che aiuta a garantire la sicurezza non soltanto a casa sua, ma per l'intero mondo. Dunque, su questo bisognerà lavorare. Bisogna però apprezzare i passi in avanti che anche su questi aspetti delicati sono stati fatti. La relazione ha per questo un tratto positivo che va riconosciuto e dovrà essere approvata con convinzione.

Vorrei aggiungere, da ultimo, che bisognerà poi che ci concentiamo nel futuro sul rapporto tra i parlamenti degli Stati europei e quello iraniano: non basta soltanto la relazione che si è già creata, bisogna consolidare anche altre ipotetiche relazioni che saranno utili per il nostro futuro.

Frédérique Ries (ALDE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, j'ai bien entendu notre rapporteur, M. - Howitt, et je le remercie pour ce travail dont on mesure bien ici la complexité et l'ampleur. Mais on a l'impression, tout de même, que l'on a fait un peu comme si les relations entre l'Union européenne et l'Iran étaient d'ores et déjà parfaitement normalisées après l'accord de Vienne. Les 51 paragraphes que compte le rapport sont à l'avenant, empreints d'un optimisme qui me paraît souvent démesuré et même, parfois, d'angélisme.

Certes, le pays s'ouvre. Il se rouvre, dirai-je, aux échanges, à la coopération, au tourisme même, mais je n'en oublie pas son côté pile. La République islamique, quoi qu'en dise son président Rohani, reste – et ce sont les faits rapportés par toutes les ONG présentes sur le terrain – une théocratie totalitaire qui ne connaît point les droits de l'homme.

Le paragraphe 41, à cet égard, est explicite: l'Iran détient un triste record, celui du plus grand nombre d'exécutions par habitant dans le monde. C'est également, comme cela a été dit ici, le dernier pays à mettre à mort des mineurs délinquants, ce qui est une violation flagrante du droit international et de nos valeurs fondamentales en Europe, tout comme les dénis de justice, le sort réservé aux femmes, la négation institutionnalisée de l'Holocauste, l'appel à la destruction d'Israël – pas un mot ici – et le pilotage à Beyrouth du Hezbollah, organisation terroriste qui joue un rôle de premier plan en Syrie aux côtés du régime de Damas.

Autant de raisons pour lesquelles je serai dans l'incapacité, demain, de voter ce rapport si la série d'amendements que j'ai déposée avec mon groupe et une série d'autres d'ailleurs, dont j'ai entendu parler aujourd'hui, ne sont pas acceptées.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, I would like to thank you, Commissioner Cañete, for your balanced and critical approach to this topic. First of all, we need to face some basic facts. For example, just now, Narges Mohammadi, a family mother and leader of Iran's human rights centre, was sentenced additionally for sixteen years' imprisonment for her human rights activities. Iran continues to rank first in the world considering executions per capita. The Iranian regime has been and continues to be one of the main sources of export of terrorism in the region and has contributed heavily in the emergence of Daesh.

These are some facts why the current EU approach can be seen as premature and unbalanced, where EU values and fundamental rights of Iranians are sidelined. The main EU asset is our economic potential, which mullahs desperately need to keep riding on the tiger. But the only way to have a positive impact is firm conditionality between economic relations and credible progress in respect of basic human rights. This is a key moment – conditionality – which this report lacks, with all due respect to our colleague Howitt for his serious work.

Iran continues to be one of the most brutal regimes in the world. And one fact: the current Minister of Justice has turned out to be responsible for the mass murders of 34 000 political prisoners in 1988. He claims he is proud of it. We cannot make deals with a person who has bloody hands.

Therefore I agree with colleague Schaake that if the ALDE amendments will not be adopted tomorrow, then it will be very difficult to vote for this report.

Jaromír Štětina (PPE). – Vážené dámy, vážení pánové, zítra budeme společně

schvalovat zprávu o strategii EU vůči Íránu po jaderné dohodě. V bodu 12 hovoříme o íránském lidu. Apelujeme na EU, aby v zájmu zlepšení životních podmínek íránských občanů rozvíjela hospodářskou spolupráci s jejich zemí.

Já bych rád apeloval na to, abychom na íránské občany mysleli prvotně v jiných ohledech. Opětovné navázání vztahů musí na íránské straně představovat příležitost a přínos nejenom pro vládní garnituru a byznys, ale také a především pro politické vězně. Pro obyčejné lidi, jejichž příbuzní byli v posledních letech nespravedlivě popraveni. Pro nejbližší těch, kteří jsou k podobnému trestu nespravedlivě odsouzeni nyní. Obávám se, že pokud je naším partnerem země, jež má nejvyšší počet poprav na hlavu na světě, vyplatí se být velmi obezřetní.

A nyní mi, dámy a pánové, dovolte, abych mluvil anglicky.

I want to commemorate 30 000 political prisoners in Iran who were murdered between August and October 1988. This is a crime against humanity that has remained unpunished. Those who committed those crimes are still at the top of the regime. Therefore, colleagues, please support the amendments to this report.

Lars Adaktusson (PPE). – Mr President, it was with great concern that I read the rapporteur's original report. Not even once in the text was Iran condemned for its human rights abuses. Not even once was the support for terrorists mentioned. The Iranian policy of anti-Semitism and of calling for the destruction of Israel was completely left out. In the lead-up to the vote in the Committee on Foreign Affairs, Iranian embassies sent me and other Members of this Parliament a letter, a letter in which the agents of the regime expressed their great satisfaction with Mr Howitt's report. In fact the ambassadors representing one of the world's most brutal dictatorships expect us as Members of Parliament to support this text. At the same time, Iranian state media have reported that the EU will now, through this report, give its support to the regime and its actions.

The compromise amendments make the report slightly better, and I would like to thank the EPP shadow rapporteur, Mr Brok, for his efforts, but this Parliament has a long tradition of placing human rights at the very core of its relations with other countries. For that reason, I have decided to vote tomorrow for the amendments tabled by the ALDE Group, which will make the report somewhat more balanced.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). – Domnule președinte, salut și eu acordul nuclear cu Iranul și sunt de acord că relația economică cu Iranul este foarte importantă, iar investițiile europene sunt cruciale pentru a pune în valoare potențialul său economic. Se știe, cooperarea economică este cea mai rapidă cale prin care pot fi generate schimbări pozitive într-o societate și reprezintă, într-adevăr, o ușă deschisă pentru îmbunătățirea situației drepturilor omului și a respectului față de dreptul internațional, mai ales că ne referim la Iran, un stat condus de un regim totalitar. Sunt absolut necesare implementarea unor măsuri clare economice, într-o economie transparentă, anticorupție și garantarea drepturilor și libertăților civile.

În același timp, o abordare a relației cu Iranul exclusiv din punct de vedere economic, așa cum reflectă acum acest raport, este contraproductivă pe termen lung și nerealistă. În raport, se ignoră abuzurile și se trec cu vederea încălcările flagrante ale drepturilor omului. Această abordare cred că aduce deservicii cetățenilor iranieni, dar și relației pe termen lung între noi și Iran. Ca europarlamentar și european nu vreau ca dublul standard să devină o constantă a politicii noastre atât în interiorul Uniunii, cât și în afara acesteia. Regimul totalitar din Iran refuză să își recunoască greșelile și să implementeze reforme reale, fapt care ridică foarte multe semne de întrebare cu privire la viitorul relației între Iran și Uniunea Europeană. Discursul agresiv practicat de Teheran, mai ales în relație cu Israelul, și sprijinul acordat unor organizații teroriste nu oferă partenerilor internaționali garanția necesară pe o temă atât de sensibilă cum este cea nucleară. Vă mulțumesc.

Anna Záborská (PPE). – Mr President, I fear that, without the amendments by our colleagues Mr Deprez and Mrs Schaake, the resolution on relations between the EU and the Islamic Republic of Iran would resemble a document by some European-Iranian chamber of commerce.

In this Parliament we regularly adopt urgent resolutions on unjustly imprisoned activists and victims of state violence. We award the Sakharov Prize for Freedom of Thought. We would expect that, if we decided to take a stand concerning the Islamic Republic of Iran, we would harshly condemn the executions of thousands of women and young people, we would draw more attention to how the Iranian regime is persecuting people for their beliefs and, in particular, we would demand an investigation into the 1988 massacre in which the regime executed more than 30 000 political prisoners.

I understand that in politics it is sometimes necessary to show goodwill despite reservations, but even then we must not cross the red line that separates politics and diplomacy from faceless cynicism. That line is called human dignity. A state that does not respect human dignity can hardly become a trusted partner.

Fernando Ruas (PPE). – Senhor Presidente, neste dossiê difícil, gostaria apenas de deixar três ideias. Uma primeira, para me congratular pela assinatura deste acordo. Este plano de ação pode representar um marco importantíssimo no caminho para a estabilização política de uma região que tem sido marcada pela instabilidade e também pela existência de inúmeros conflitos que teimam em manter-se e em provocar um elevado nível de sofrimento a diversos povos deste amplo território.

Em segundo lugar, gostaria de lembrar todos aqueles que rejeitam aproximações graduais, em que a mudança e a solidariedade se vão construindo passo a passo e à medida das realizações concretas e do estabelecimento de laços de confiança, de compreensão, de aceitação mútuos, que a nossa União Europeia foi projetada exatamente nestes moldes pelos pais fundadores, afirmando isto mesmo Robert Schuman na sua conhecida declaração.

E é por isto e por acreditar que a mudança se opera mais facilmente, mais rapidamente e mais solidamente através da aproximação e não através da condicionalidade cega, da pura imposição, da absoluta negação do paternalismo eivado de preconceitos culturais, que concordo, genericamente, com a posição adotada pela Comissão AFET.

Antes de terminar, gostaria de sublinhar que existem princípios universais sobre os quais não podemos transigir e a pena de morte é um deles. Inseri diversas alterações neste sentido e é por isso que insisto em plenário, apesar de já estar escrito na resolução, pedindo uma vez mais aos responsáveis iranianos que, como medida de demonstração do seu empenho nesta aproximação entre os nossos povos, imponham imediatamente uma moratória à execução das condenações à pena de morte no seu país.

Adam Szejnfeld (PPE). – Panie Przewodniczący! Omawiamy dzisiaj sprawozdanie, które dotyczy bardzo trudnej kwestii. Z jednej strony oczywiście jest ono skutkiem podpisanego rok temu w Wiedniu porozumienia z Iranem, skutkiem czego eliminujemy, mam nadzieję, jedno z państw, które może posiadać broń jądrowa i zagrażać innym.

Z drugiej strony to porozumienie – i poświęcono temu dużo czasu – daje szansę na nasilenie współpracy gospodarczej między Unią Europejską a Iranem. Jest to sprawa niebywale ważna dla obu stron, także narodu irańskiego i narodów naszych państw członkowskich. Jednym i drugim potrzebna jest dywersyfikacja chociażby źródeł energii: gazu, ropy. To porozumienie daje ogromne możliwości w zakresie wzajemnych inwestycji, które idą być może nie w setki miliardów euro, ale nawet w biliony. Natomiast są wartości ważniejsze niż rozwój gospodarczy, a nawet niż nowe miejsca pracy, i tą najwyższą wartością jest niewątpliwie pokój. Iran nie jest jednak państwem, które do tej pory stwarzało bezpieczeństwo, wręcz przeciwnie, był to kraj, który zagrażał bezpieczeństwu w regionie i na świecie.

Uważam więc, że trzeba dążyć do realizacji tego porozumienia i wzrostu wymiany gospodarczej, wymiany handlowej, wymiany inwestycji, ale też czujnie badać stan realizacji po stronie irańskiej. Państwo to bowiem żyje na bakier z wartościami, które są istotne dla naszej cywilizacji, w związku z czym dopóty nie będzie gwarantowało pokoju regionie i na świecie, dopóki sprawy gospodarcze nie będą mogły przeważać nad naszą współpracą.

Urmas Paet (ALDE). – Mr President, the expansion of economic relations with Iran cannot come at the cost of ignoring other things that are of core value to the European Union. The improvement of the human rights situation is a must. Iran must improve the state of women's rights, freedom of expression and abolish the death penalty.

Iran has joined the UN Convention on the Rights of the Child, under which it has the obligation to stop the execution of juvenile offenders. So this is what it must do: stop executing children. Iran also has to release all political prisoners and others that are unjustly detained. The harassment of journalists and the prosecution of Iranian dual nationals has to stop. It is important to guarantee access to fair trial, access to a lawyer and that there will be an end to the systematic torture in prisons.

The abolition of the death penalty is a key objective of EU human rights and foreign policy, and we cannot forget that in our relations with Iran. Iran has an important influence in the region, so it can – and should – play a stabilising role in the region. We call on Iran to play a constructive role in solving the political crisis in Syria and in Iraq, and so on, and cooperate with the EU in countering terrorism and violent extremism in the region.

Interventi su richiesta

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as a member of the Iranian delegation, I have had ample opportunities to have delegations coming, under our chairman Lewandowski, to discuss many of the issues raised here this evening. I think, on balance, we are getting the right approach. We have to say that the nuclear agreement – and the European Commission played a very important part in it – was one of the great achievements in recent times. That probably, and COP21, were the two greatest national agreements in recent times.

Iran has come a long way, because they stepped back from the nuclear armament because they trusted those of us who were involved in negotiating. Now we have to deliver in terms of economic cooperation but also, as has been pointed out very strongly, a very firm hand must be held with them with regard to human rights and especially the death penalty, which is over-used, without any doubt (if it can ever be justified), in their state.

So I think we are on the right track, but economic cooperation and human rights together is the best way forward.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, lo storico accordo sul nucleare, firmato lo scorso anno a Vienna, ha rappresentato un traguardo importante per la diplomazia internazionale e per il processo di distensione dei rapporti tra Iran e Occidente. Un risultato notevole per la diplomazia multilaterale e per quella europea in particolare, ottenuto anche grazie, e forse soprattutto, al lavoro e alla tenacia dell'Alto rappresentante per la politica estera Federica Mogherini. Un risultato che deve consentire non solo un miglioramento sensibile delle relazioni Unione europea - Iran, ma anche la promozione della stabilità in tutta la regione. Se rispettato, quest'accordo può rappresentare una valida guida su cui costruire una nuova stagione di relazioni di pace tra l'Unione europea e l'Iran, in passato importante partner commerciale, ma affinché ciò possa accadere è fondamentale che l'Iran promuova la nuova stagione di rispetto dei diritti e delle libertà, partendo proprio da una moratoria delle esecuzioni capitali.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το Ιράν μπορεί να αποτελέσει έναν σημαντικό εταίρο για τα κράτη μέλη της Ένωσης, καθώς αποτελεί μια οικονομία με μεγάλες δυνατότητες, αλλά και έναν εν δυνάμει πόλο σταθερότητας στην ευρύτερη περιοχή, υπό τον όρο όμως ότι θα σέβεται απόλυτα τα ανθρώπινα δικαιώματα. Άλλωστε η Ευρώπη ήταν ο πρώτος εμπορικός εταίρος του Ιράν πριν από την εφαρμογή των κυρώσεων. Η άρση των κυρώσεων προσφέρει λοιπόν σημαντικές ευκαιρίες. Η Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης οφείλει να εργαστεί παραγωγικά, με στόχο την πλήρη αποκατάσταση των σχέσεων, με αμεροληψία και με μόνο γνώμονα τα συμφέροντα των πολιτών. Πρέπει να δώσει έμφαση στις προτεραιότητες που διαμορφώνονται στις δημόσιες και στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, όχι μόνο στον τομέα της ενέργειας αλλά και σε άλλους τομείς. Ειδικότερα πρέπει να μελετηθούν οι δυνατότητες συνεργασίας στον τομέα των κατασκευών, διότι το Ιράν είναι μια χώρα που γνωρίζει ραγδαία ανάπτυξη, ενώ, από την άλλη πλευρά, σε χώρες όπως η Ελλάδα, ο κλάδος των κατασκευών είναι αυτός που έχει πληγεί περισσότερο λόγω της οικονομικής κρίσης και των πολιτικών λιτότητας. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει λοιπόν να ενθαρρύνει την εξωστρέφεια, όχι μόνο στα λόγια και όχι μόνο εκεί που συμφέρει τις γερμανικές πολυεθνικές.

Julie Ward (S&D). – Mr President, colleagues, tomorrow, 25 October, will be the second anniversary of the death of Reyhaneh Jabbari, executed for defending herself against sexual assault by an agent of the Iranian regime when she was 19 years old. We mourn her still, and so in her name I urge the EU External Action Service to set out a clear human rights framework as part of the EU's engagement with the Iranian Government going forward from this report. There must be a human rights impact assessment, benchmarks and a framework for monitoring and evaluation. This must cover ongoing human rights violations such as the use of torture, the imprisonment of political activists and human rights defenders, and the need to prohibit the execution of children and work towards the elimination of the death penalty. Real progress must be made on women's rights and the criminalisation of gender-based violence, such as acid attacks on women. The External Action Service must engage constructively with the Iranian authorities on human rights, put them at the core of the process and strive to achieve meaningful progress for people on the ground. Finally, I would like to call on the Iranian Government to free the Anglo-Iranian mother Nazanin Zaghari-Ratcliffe, who has been imprisoned and detained since April this year.

(Fine degli interventi su richiesta)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, this has been a very useful exchange and I thank the honourable Members for speaking so clearly. From this debate I conclude that we all share a common interest in ensuring that the joint comprehensive plan of action works for all sides and ultimately that balanced bilateral relations can lead to Iran's reintegration into the international community, politically, economically and socially, as well as to building a more constructive real environment.

Let me reiterate that we are set to pursue this agenda of balance and incremental engagement, contingent upon the implementation of the joint comprehensive plan of action. But we know that implementation is an ongoing task and we need to be diligent and vigilant in our joint efforts throughout the lifetime of the agreement.

Many Members have referred to the important issue of human rights. Major differences on some issues persist, but we have an opportunity to engage with an influential political player, not least on issues on which we disagree. Human rights remain a matter of concern for the European Union, especially the high number of executions, including those of juvenile offenders and political prisoners.

I would like to close by expressing, once again, my appreciation of Parliament's role in bringing this important issue to the agenda. I would like, finally, also to repeat my thanks to Mr Howitt for all the work that he has done on this report. We wish him every success in the future.

Richard Howitt, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank Mr Brok, Mr Tannock, Mr Carver, Ms Anderson, Mr Castaldo, Mr Lewandowski, Mr Mamikins, Mr Cofferati, Mr Kelly and Mr Caputo for their very kind words. I appreciate it. Thank you to Mr Buchner and others who have mentioned the issue of dual nationals. I have myself met the relatives of Mr Foroughi and Ms Zaghari-Ratcliffe and we do call for their – and others' – release in paragraph 47.

I have not engaged with the far right in 22 years and I will not start debating with them now, but I do take the questions from PPE and ALDE colleagues seriously. To my friends in the ALDE Group and with greatest respect to Ms Schaake, you say you support the nuclear agreement and the High Representative, yet you submit amendments that you know will undermine it. You have even rejected the compromise that I have offered you on the Holocaust, and you should think again about that.

You say that my report is lacking on human rights and on ending support for Hezbollah. There are 34 references to human rights. In reality, is there any number which would be high enough for you? Ending support for Hezbollah is there in paragraph 34. You cite free and fair elections, the justice system and the treatment of women, yet it is all there: paragraphs 39, 46 and 49. The truth is that I believe you are against the agreement and, if your Group votes against the report, I have to say that I believe it is you who are being illiberal, not me.

To Mr Preda, my report is strictly balanced in seeking to reject sectarianism and to support reconciliation between Tehran and Riyadh. For you to suggest that my Group is itself sectarian is beneath you. As fellow direct colleagues in this Parliament's Subcommittee on Human Rights, you know that I support human rights benchmarks, but choose to say otherwise. Look at my support for a return to a human rights dialogue and also for assessing investment according to the UN Guiding Principles on Business and Human Rights. When Mr Adaktusson says that my original draft did not have human rights at all – it is just wholly false. I have asked you to examine your consciences and you should do so before saying that.

To Mr Belder, sovereignty for Israel as well as other countries in the Middle East is there – in paragraphs 34 and 35 – and you should remember that I personally was author of the written declaration on responsibility for the Holocaust. To many Members, I am interested in how often the words 'propaganda for a theocratic regime' have been repeated across this debate. It does point to the lobbying interest behind many of the criticisms aired. To my friend, Ms Ries, the step-by-step process I describe in paragraph 4 is hardly what you called normalisation.

Mr Kelam paid me a compliment, for which I thank him, but he and others who referred to ISIS-Daesh must recognise that they are just as much an enemy of Iran as to us. To Mr Ruas and all who referred to the death penalty, I reiterate that my report clearly states that Iran has the highest per capita execution rate, that we oppose the death penalty and call for an immediate moratorium. I understand that you want to be associated with these calls, but this report hardly needs amendment to achieve them.

Finally, I remember sitting in an Embassy of a Member State in the Middle East, being told that the bombing of Iran was more likely than not. Another Middle East war with all the consequences. European diplomacy has helped avert that terrible fate and we should be very careful in this Parliament about acting irresponsibly in a way that could jeopardise it.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 25 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Санкциите бяха сериозно политическо лицемерие и двоен стандарт. ЕС продължава да търгува със Саудитска Арабия и Турция, където драстичните нарушения на човешките права са кърваво всекидневие. Подписването на споразумението с Иран е огромна стъпка напред в нормализирането на отношенията ни с тази държава. Иран е държава с огромен икономически потенциал и дълбоки традиции, единствената стабилна държава във взривоопасен регион. Иран може да бъде важен партньор на ЕС. Тази нормализация на отношенията трябва да бъде основана на взаимно уважение и зачитане на вътрешния ред и правото на всяка суверенна държава да гради своето общество на основата на своите традиции. Всяко т.нар. „всеобхватно споразумение“ с Иран, което ще изисква от страната да промени своето устройство и традиции или да изостави своите интереси в региона и на международната сцена, е напълно неприемливо, неуважително и е обречено на провал. Такъв провал не е в интерес на ЕС, а само и единствено на опасните и диктаторски режими в Турция и Саудитска Арабия. Именно затова ще гласувам против тази резолюция.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – The latest events show that the relationship between the EU and Iran has reached a detente. Iran is the second-largest economy in the Middle East with an estimated nominal GDP of 397 billion USD in 2015. EU trade with Iran currently stands at USD 8 billion and is expected to quadruple in the next two years. Half of Iranian households' energy needs are met by natural gas. Iran has on average 300 days of sunshine per year; we need to take into consideration the potential of developing renewable energies in Iran. Iran's ratification of the rights of the child prohibits child executions and Iran must ensure that that child execution, arbitrary and political executions stop. I also believe that joining the extractive transparency initiative is an effective measure. EU relationships with Iran must come with shared values on people's rights, with freedom for those politically detained, with real justice for the dead and with stopping the dictatorship. Any dictatorship based on fear and injustice is meant to fail. My call to the Iranian leadership is to stop the abuses and the imprisonment of the political opponents and to build a society based on freedom. Only free people can take a country forward.

16. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (kurze Darstellung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Laura Ferrara, a nome della commissione per le libertà civili, la giustizia e gli affari interni, sulla lotta contro la corruzione e il seguito dato alla risoluzione della commissione CRIM (2015/2110(INI)) (A8-0284/2016).

Laura Ferrara, *relatrice*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Parlamento europeo oggi compie un significativo passo in avanti. Per combattere efficacemente la diffusione di corruzione e criminalità organizzata occorreva instaurare un dibattito a livello europeo, volto introdurre normative e misure di contrasto comuni in tutti gli Stati membri. Quest'Europa ha avuto, infatti, una grave colpa: ha relegato la lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, anche di stampo mafioso, a confini strettamente nazionali. La mancanza di consapevolezza della portata transnazionale di tale fenomeno ha così garantito gioco facile alla mafia e, più in generale, alle organizzazioni criminali che, avvalendosi anche della corruzione, hanno individuato nuovi business infiltrandosi nella gestione dei centri di accoglienza dei migranti o accaparrandosi gare d'appalto finanziate con fondi europei o investendo nelle principali piazze finanziarie, beneficiando così della mancanza di riconoscimento della pericolosità del fenomeno associazionistico in alcuni Stati membri.

Tutto ciò richiede urgenti e incisivi interventi normativi a livello europeo al fine di arrestare la diffusione delle organizzazioni criminali nel continente, combattere i reati più comunemente commessi dalle mafie e impedire le infiltrazioni delle associazioni a delinquere nell'economia legale. Il Parlamento europeo sta facendo con grande impegno e convinzione la sua parte, tra mille difficoltà che nascono soprattutto dalle differenze culturali e giuridiche, dai pregiudizi esistenti nei confronti delle diverse forme di organizzazioni criminali radicate negli Stati membri. Durante la scorsa legislatura è stata aperta la strada che oggi stiamo portando a termine, non solo per introdurre una nozione comune di reato di associazione a delinquere di stampo mafioso, ma soprattutto per adottare una strategia condivisa ed efficace

di contrasto alla criminalità organizzata, alla corruzione e al riciclaggio.

L'auspicio è quello che anche le altre istituzioni europee comprendano pienamente la reale pericolosità di tali fenomeni ormai transnazionali, che non si concentrino solo sui reati fine ma si prenda la consapevolezza della pericolosità che deriva dall'appartenenza all'associazione. Fenomeni che non intaccano solamente l'economia legale, ma che intaccano l'intera convivenza civile su cui si fonda l'Unione europea.

Cari colleghi, permettetemi di ringraziare innanzitutto i colleghi relatori ombra per l'ottima collaborazione e per le interessanti e produttive discussioni che si sono tenute durante tutte le riunioni. Permettetemi di ringraziare anche il Centro di ricerca del Parlamento europeo per lo studio sui costi del mancato intervento dell'Unione europea in materia di lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata, che è stato fondamentale per darci degli spunti e delle basi obiettive per procedere alla stesura della relazione. Un grazie va ad Eurojust che ha risposto al questionario che avevamo inviato fornendoci delle importanti informazioni su come migliorare la cooperazione e lo scambio delle informazioni tra Stati membri. Un altro grazie va ad Europol per i numerosi confronti che sono intercorsi e per le preziose informazioni fornite, in particolare sugli aspetti più pratici relativi al coordinamento tra le diverse procedure dei singoli paesi e su come poter superare le difficoltà incontrate. Un grazie va alla Commissione europea che si è resa sempre disponibile per confronti e dibattiti in tema di lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata.

Un grazie va a quei cittadini che hanno contribuito alla stesura della relazione su internet e in particolare sul portale Rousseau del Movimento 5 Stelle, interessandosi così in prima persona e fornendoci importanti suggerimenti. Ringrazio, poi, tutti i colleghi che hanno presentato numerosi emendamenti alla relazione a riprova anche del fatto che il tema sia estremamente sentito a livello transnazionale e non sia un fenomeno di caratura nazionale. Ringrazio i relatori dei pareri delle commissioni DEVE e CONT e ringrazio, permettetemi di ringraziare, tutti i collaboratori, giovani e meno giovani, e tutti gli staff che, credendo nel lavoro portato avanti, hanno contribuito con passione ai lavori di questa relazione.

Interventi su richiesta

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la criminalità organizzata rappresenta senza dubbio una minaccia di tipo globale e come tale richiede una risposta congiunta e ben calibrata da parte dell'Unione europea e degli Stati membri. A causa dell'evoluzione del *modus operandi* delle organizzazioni criminali non è ancora acquisita la piena consapevolezza della complessità di tale fenomeno e del pericolo derivante dalle infiltrazioni nel tessuto economico imprenditoriale e istituzionale e politico degli Stati membri. Alcuna legislazione europea dovrebbe dunque essere interpretata in modo da circoscrivere l'attività degli informatori. Questi ultimi infatti ricoprono un ruolo principe nella lotta alla corruzione e il loro operato è di fondamentale importanza per prevenire o scoprire gli atti illeciti. È di fondamentale importanza che l'Unione europea insista sul contrasto al reato associativo e che, nel quadro di un'autentica e completa strategia europea anticorruzione, siano concentrati sforzi e risorse sulla lotta al riciclaggio, alla corruzione e alla tratta di essere umani.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κάθε χρόνο χάνονται 70 εκατομμύρια ευρώ από τη φοροδιαφυγή και τη φοροαποφυγή των πολυεθνικών. Σημαντικό στοιχείο για τη λανθασμένη πολιτική γραμμή που ακολουθεί η Ένωση αποτελεί και το γεγονός ότι μεγάλες επιχειρήσεις σε χώρες με υψηλή φορολογία πληρώνουν κατά μέσο όρο 30% λιγότερους φόρους σε σύγκριση με τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Χαρακτηριστικό παράδειγμα αποτελεί η Ελλάδα. Πολυεθνικές που δραστηριοποιούνται στη χώρα καταφέρνουν να αποφύγουν την καταβολή φόρων, καταφεύγουν σε φορολογικούς παραδείσους όπως το Λουξεμβούργο, ενώ ταυτόχρονα οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις κλείνουν η μία μετά την άλλη, μια και επιβάλλεται πλέον αβάσταχτη φορολογία από τους δανειστές.

Επιπλέον θα πρέπει να επαναπροσδιοριστεί ο ρόλος της OLAF, ούτως ώστε να γίνει πιο αποτελεσματικός και να χτυπηθεί η φοροδιαφυγή και η φοροαποφυγή. Τέλος, προκειμένου η Ευρωπαϊκή Ένωση να συμβάλει στην καταπολέμηση της φοροδιαφυγής, θα πρέπει να πάψει να στηρίζεται στα περίφημα πρότυπα του ΟΟΣΑ, τα οποία, ως γνωστόν, επιτρέπουν την ύπαρξη γκρίζων ζωνών, με αποτέλεσμα τη διευκόλυνση της φοροδιαφυγής και φοροαποφυγής των πολυεθνικών.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, borba protiv korupcije uvijek, svugdje i stalno. Podržavam ovo izvješće, jer cilja na ono što želimo: pokušati iskorijeniti korupciju u javnim službama Europske unije. Želim iskoristiti ovu priliku i podcrtati snažnu borbu protiv korupcije koja se već godinama vodi u Hrvatskoj. Trebamo isticati pozitivna iskustva. Rad USKOK-a, rad DORH-a, rad MUP-a u Hrvatskoj znači iskorjenjivanje korupcije, i to na visokoj razini.

I mislim da je važno da se takve stvari nađu također u izvješćima, jer znamo što znači jugoistok Europe i moguća korupcija na visokim razinama u raznim zemljama i zemljama kandidatkinjama. Piše se o tome, govori se o tome, ali ja želim ovdje upozoriti da upravo trajna borba protiv korupcije može biti jedino efikasna, ako je počinjemo od najviših nivoa, a u ovom slučaju to je Europska unija.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Parlamento europeo con la relazione dell'onorevole Ferrara riaccende i riflettori su un fenomeno, la corruzione, che ha ampliato le proprie zone di influenza superando i confini nazionali. La commissione CRIM ha contribuito a portare il dibattito sulla lotta alla corruzione sulla scena internazionale, fornendo indicazioni chiare sugli interventi legislativi da adottare. Ma quelle risposte che ci attendiamo dall'Unione si potranno avere solo partendo da una definizione comune di criminalità organizzata, essenziale per dare efficacia agli strumenti legislativi esistenti e a quelli futuri.

Oggi operiamo in un contesto disomogeneo non solo dal punto di vista della definizione della fattispecie, ma anche delle disposizioni per la lotta al fenomeno addirittura assenti in alcuni paesi, cosa che rende più difficile l'azione di contrasto a criminalità organizzata e corruzione. Sono convinta che la questione vada affrontata nell'ambito della cooperazione in materia penale all'interno dell'Unione lavorando sul riconoscimento reciproco degli ordini di sequestro e di confisca. E per colpire il vero centro di interesse della criminalità organizzata, l'azione più concreta è rappresentata dal congelamento e dalla confisca dei beni provenienti dal reato, anche se purtroppo oggi molti Stati non hanno ancora recepito la relativa direttiva del 2014.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! A rapportőr okkal hívja fel a figyelmet annak fontosságára, hogy megelőzzük a szervezett bűnözés és korrupció beépülését az egyes államok jogrendjébe és természetesen gazdaságába. Látni kell azonban, hogy a jelenlegi európai jog- és eszközrendszer nem képes kezelni azt a jelenséget, amikor a korrupciót egy adott politikai rezsim, illetve kormányzat a saját hatalma, és a vezetők személyes gazdagodása érdekében saját maga teszi rendszerszerűvé, öncélú jogszabályokkal körülbástyázva, mintegy legitimálva a kvázi állami korrupciós hálót.

Ma a legnyilvánvalóbb módon Magyarország gazdasága szenved ettől, amire az uniós jogrend nem talál érdemi választ. Például az OLAF hiába vizsgál és tár fel egy európai forrásokat is érintő korrupciós ügyletet, ha azt éppen annak a nemzeti hatóságnak, ügyészi szervezetnek kell további intézkedésre átadni, amelynek vezetője adott esetben rokonsága révén személyes haszonélvezője a bűncselekményeknek.

Az Európai Ügyészség felállítása persze fontos és sürgető feladat, amely részben választ adhat az ilyen jogi kihívásokra, de az ilyen kormányokkal szemben csak az Európai Tanács teljes egységét és politikai eltökéltségét feltételező közös tagállami fellépés lehet eredményes.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, agradeço a Laura Ferrara este seguimento da resolução sobre o crime de 2013, reiterando o apelo à adoção de um plano de ação europeu de combate à criminalidade organizada, corrupção e branqueamento de capitais.

Não basta adotar legislação e ratificar tratados, precisamos de um plano concertado entre a Comissão e os Estados-Membros, de carácter multidisciplinar e holístico, que envolva as várias agências de combate ao crime, mas também as administrações dos Estados-Membros, os Parlamentos e a sociedade civil.

É preciso fomentar a confiança mútua e agilizar procedimentos de cooperação transfronteiriça. Exigimos a publicação do segundo relatório UE-anticorrupção, ainda sem data prevista. O acompanhamento das recomendações do relatório deve ser integrado nas recomendações do Semestre Europeu.

Por outro lado, as próprias instituições da União Europeia devem submeter-se à avaliação de integridade. A adesão da União ao Grupo de Estados Contra a Corrupção (GRECO) deve avançar quanto antes.

(Fine degli interventi su richiesta)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the rapporteur, Mrs Laura Ferrara, for this report and all the shadows and associated committees for their contribution. The Commission has closely followed the discussions, as well as the work of the Special Committee on Organised Crime, Corruption and Money-Laundering in the past and the Parliament resolution that followed. It was a source of inspiration for the Commission's European agenda on security last year. The Agenda on Security identifies three priorities: the fight against terrorism and radicalisation, the fight against organised crime, and the fight against cybercrime. We must continue to move ahead on all three priorities of the Agenda on Security, and your report points up some of the key actions.

The Commission, together with Parliament and the Council, have made significant progress on key files relevant for the important areas covered by the report. To name but a few: the adoption of the European Union PNR Directive and adoption of the new European Union Data Protection Package in April earlier this year; the new Europol regulation adopted in May; and the new CEPOL regulation providing for better opportunities to train law enforcement that entered into force in July 2016. Good progress has been made on the Commission's proposal of last year for a directive on combatting terrorism, and we should be able to reach an agreement before the end of this year. The Action Plan on Wildlife Trafficking adopted in February this year and, last but not least, advancing negotiations on a European Public Prosecutor's Office to defend the financial interests of the European Union, which will enable Eurojust to focus on the fight against terrorist threats or other serious organised crimes.

There is not enough time to comment on each recommendation of the report at hand. Therefore, let me stress the ongoing and planned work in support of some of them. On money laundering: the fight against terrorist financing and money laundering is a high priority for the Commission. A new proposal to reinforce the fourth Anti-Money Laundering Directive was tabled on 5 July 2016. As announced in the Action Plan on Strengthening the Fight against Terrorist Financing, we would propose by the end of the year a number of legislative proposals, such as a proposal for a directive on criminal offences and sanctions for money laundering, a proposal on illegal cash movement, a proposal on mutual recognition of confiscation and freezing orders of criminal assets to ensure efficient cross-border cooperation.

On the links between organised crime and terrorism, the Commission Action Plan on Terrorist Financing, adopted on 2 February 2016, acknowledges the close link between terrorist financing and organised crime. It announces a wide range of measures to cut terrorists off from their sources of revenue and to trace them through financial activities.

On the call for the European Union framework on corruption, the Commission takes very seriously the fight against corruption and will continue to work with Member States' authorities, including on experience-sharing in relation to integrity policies. This goes in parallel with our work in the framework of the European Semester of Economic Governance. At this stage the Commission is working with Member States to follow up and take forward the conclusions of the first anti-corruption report and will inform Parliament by the end of the year how the Commission sees this work progressing.

To conclude, the Commission welcomes the report and will take its recommendations closely into account. We will continue to update Parliament and the Council twice a year, as foreseen in the European Agenda on Security.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 25 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR), *kirjallinen*. – Olen varsin tyytyväinen siihen, että Laura Ferraran mietinnössä on huomioitu ne vakavat riskit, joita aiheutuu, jos rikollisjärjestöt soluttautuvat kansallisvaltioiden sosiaaliseen, taloudelliseen, liiketoiminnalliseen, poliittiseen ja institutionaaliseen rakenteeseen. Rikollisjärjestöillä on usein käytössään paljon rahaa, jota ne voivat ohjata esimerkiksi merkittävien poliitikkojen vaalikampanjoiden rahoittamiseen. Jos samat rahoittajatahot toimivat usein samojen poliitikkojen vaalikampanjoiden rahoittajina, syntyy automaattisesti rahan vastaanottajille kiitollisuudenvelkaa tukijoitaan kohtaan. Vaalikampanjan rahoittajat saattavat odottaa vastapalveluksia tukemiltaan poliittisilta puolueilta ja niiden läpimenneiltä ehdokkailta. Vastapalvelukset voivat olla mieluisan lainsäädännön valmistelua, toimialakohtaisia verohelpotuksia, tehokkaita asemakaavoja, erityisetuja, parhaita kauppapaikkoja jne. Siksi onkin erittäin tär-

keää, että kaikki poliittinen vaalirahoitus on mahdollisimman läpinäkyvää.

Suomessa vaalirahoituslakia uudistettiin muutama vuosi sitten. Aukotonta siitä ei tullut, sillä lukuisat suuret vaalikampanjat jäävät edelleen täysin pimentoon. Esimerkiksi vuoden 2014 europarlamenttivaalien vaalirahoitusilmoituksen viranomaisille jättää vain valitut 13 europarlamentaarikkoa ja varasijoille jääneet 7 ehdokasta. Suomessa tämä tarkoittaa sitä, että 251 ehdokkaasta vain 20 jättää vaalirahoitusilmoituksen. Samanaikaisesti julkisuudelta täysin pimentoon jää suuria vaalikampanjoita, joissa rahaa kuluu lehtitietojen mukaan jopa yli 100 000 euroa. Pääsääntöisesti vaalikampanjoiden rahoittajat jäävät salaisuudeksi. Sama ongelma koskettaa myös eduskuntavaaleja. Tässä yhteydessä on syytä muistaa, että europarlamentti- ja eduskuntavaaleissa ehdokkaaksi pääsevät yleensä pitkän poliittisen uran tehneet henkilöt. Monet heistä ovat osallistuneet paikallis- ja valtakunnanpolitiikkaan, joten heillä on usein myös vaikutusvaltaa päätöksenteossa.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Organizirani kriminal, korupcija in pranje denarja ne ogrožajo le svobode gospodarske dejavnosti in konkurenčnosti, temveč predvsem varnost in svobodo vseh državljank in državljanov. Če se želimo tako na evropski kot na nacionalni ravni uspešno zoperstaviti tem grožnjam, ki nas hromijo, ne smemo več odlašati s primernimi ukrepi.

Zaradi čezmejne razsežnosti kriminalnih združb potrebujemo enotno opredelitev kaznivih dejanj ter tesno sodelovanje med nacionalnimi organi in agencijami Evropske unije. Ustanovitev Evropskega javnega tožilstva, neodvisnega od nacionalnih vlad in institucij EU, je pravi korak v smeri učinkovitejšega boja proti korupciji.

17. Menschenrechte und Migration in Drittländern (kurze Darstellung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Marie-Christine Vergiat, a nome della commissione per gli affari esteri, sui diritti umani e la migrazione nei paesi terzi (2015/2316(INI)) (A8-0245/2016).

Marie-Christine Vergiat, *rapporteure*. – Monsieur le Président, je voudrais tout d'abord remercier tout particulièrement les rapporteurs fictifs qui m'ont accompagnée sur ce rapport, leurs assistants et les conseillers des groupes ainsi que Marion, ma propre collaboratrice, sans qui ce rapport n'aurait pu se faire. Nous y travaillons depuis près d'un an, leur soutien m'a été précieux malgré les vicissitudes que nous avons traversées, dont la pire a été ce que j'appellerais l'épreuve des langues. En sous-commission DROI, les traductions sont en partie confiées à des services extérieurs, ce qui doit coûter relativement cher; on devrait en attendre un service rendu à la hauteur. Or, ce fut une horreur. Nous avons découvert que certaines d'entre elles étaient des traductions automatiques. C'est pourquoi, Monsieur le Président, je demande instamment que les instances ad hoc du Parlement européen fassent une enquête en la matière.

Ce rapport porte sur les droits de l'homme et la migration dans les pays tiers et ne porte donc pas sur les politiques migratoires de l'Union. Notre Parlement a fait un rapport sur ce sujet, celui de M^me^ Metsola et de M^me^ Kyenge, adopté à une large majorité, et en élabore un autre sur les politiques extérieures. Nous nous sommes donc concentrés sur la situation dans les pays tiers, avec la volonté de resituer les migrations dans leur contexte mondial.

Ce rapport insiste sur l'évolution des politiques migratoires, de plus en plus mondialisées mais aussi régionalisées, ainsi que sur leurs causes, de plus en plus multiples et complexes: 244 millions de migrants internationaux, soit 3,3 % de la population mondiale contre 2,9 % en 1990; 80 % des mouvements se font désormais entre pays aux frontières communes, et de plus en plus Sud-Sud. La plupart des pays du monde sont aujourd'hui des pays d'origine, de transit, de destination, y compris en Europe. Ces migrations concernent de plus en plus de femmes et d'enfants, et notamment des mineurs isolés et, donc, autant de personnes vulnérables qui ont droit à une protection particulière sur les routes de plus en plus dangereuses des migrations. Ils sont aussi de plus en plus diplômés: déjà 59 millions en 2010, et c'est l'Afrique qui paie le plus lourd tribut à cette fuite des cerveaux.

La question des réfugiés a une place toute particulière dans ce rapport. Le nombre de personnes déracinées, réfugiées et déplacées atteint désormais 65 millions selon le Haut Commissariat pour les réfugiés, avec une augmentation de 10 % en un an, surtout du nombre de déplacés.

Dans nos propositions, nous avons voulu partir du respect des droits de l'homme, tels qu'ils sont reconnus et protégés par les conventions internationales, et voir comment l'Union européenne, dans ses politiques de partenariat avec les pays tiers, peut agir pour un meilleur respect des droits de l'homme, y compris en montrant l'exemple sur son territoire et en faisant respecter les conventions internationales ad hoc.

La convention internationale sur la protection des droits de tous les travailleurs migrants et des membres de leur famille n'a été signée par aucun État membre de l'Union européenne. Tous les migrants ont des droits, quelle que soit leur situation, comme le dit régulièrement le rapporteur spécial chargé des migrants à l'ONU. Partir du respect des droits de l'homme, cela veut dire, par exemple, refuser les réadmissions forcées de migrants vers les pays où ils risquent mauvais traitements et tortures; refuser les expulsions collectives et les refoulements qui sont contraires au droit international; respecter le droit au regroupement familial et le droit de quitter un pays, y compris le sien, et de pouvoir y revenir, et ce dans tous les pays du monde.

Ce ne sont là que quelques exemples. Un tel souhait peut paraître un vœu pieux. Certains disent ici que ce rapport serait trop progressiste. Nous avons considéré majoritairement, au sein de la commission des affaires étrangères, que l'Union européenne devrait œuvrer davantage dans ce domaine, en travaillant avec ses principaux partenaires à la mise en œuvre de législations respectueuses des droits des migrants, en commençant par le droit d'asile.

Il nous semble que l'IEDDH est un bon instrument pour avancer et qu'il serait temps d'adopter des lignes directrices spécifiques pour les droits des migrants. Nous savons tous que les questions migratoires prennent une place croissante dans les dialogues de l'Union européenne avec les pays tiers. Nous savons aussi qu'une part croissante de ces politiques échappe au contrôle du Parlement. C'est pourquoi ce rapport propose notamment d'évaluer et de suivre tous les accords et fonds en ce domaine, en commençant par l'accord UE-Turquie et les processus de Khartoum et de Rabat.

Beaucoup d'autres sujets sont traités dans ce rapport, je ne peux les développer et je le regrette. Je terminerai, encore une fois, en remerciant tous ceux et, surtout, toutes celles – puisque la très grande majorité des rapporteurs fictifs étaient des femmes – qui y ont contribué.

Le Président. – M[me] Vergiat, je vais répondre à la question que vous avez posée. Le problème de traduction était connu de tous, mais je vais informer aussi la présidence de votre demande, à savoir vérifier encore une fois ce qui s'est passé.

Interventions à la demande

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, l'eccezionale ondata migratoria che investe l'Europa richiede risposte urgenti, concrete e in linea con la gravità della situazione: è il momento che gli Stati membri dell'Unione lavorino per dare un orizzonte strategico all'Europa, favorendo una politica integrata europea sul fenomeno migratorio. La maggior parte di queste persone sono costrette a fuggire dal proprio paese a causa di conflitti, persecuzioni, violazioni dei diritti umani e situazioni di miseria e spesso sono costrette anche a subire, nel percorso migratorio verso i paesi di transito, violenze di vario genere. È indispensabile migliorare lo scambio di buone prassi con i paesi terzi fornendo formazione di operatori umanitari, affinché possano identificare in modo più efficace le peculiarità, i contesti di provenienza e le varie esperienze dei migranti, in particolare quelli più vulnerabili. Insomma, è necessario che l'Unione europea, se davvero vuole affrontare in modo adeguato e coerente il problema della migrazione, riesca a costruire una vera *partnership* comune con i paesi terzi.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είναι δεδομένο ότι στο πρώτο μισό του αιώνα που διανύουμε θα γνωρίσουμε πρωτοφανείς μετακινήσεις πληθυσμών. Η δήθεν φιλανθρωπία που οδηγεί τους ανθρώπους να ζουν στοιβαγμένοι σε ακατάλληλους καταυλισμούς, όπως στα νησιά του Αιγαίου ή στη ζούγκλα του Καλαί, είναι στην πραγματικότητα απάνθρωπη και εξυπηρετεί μονάχα το κοινωνικό ντάμπινγκ που επιχειρούν οι πολυεθνικές. Για αυτό και πρέπει να αλλάξουν εδώ και τώρα οι αναποτελεσματικοί και άδικοι κανόνες του Δουβλίνου ΙΙΙ. Ειδικότερα, πρέπει να καταργηθούν άμεσα οι διατάξεις περί χώρας πρώτης εισόδου, που η γερμανική κυβέρνηση επιθυμεί να εφαρμόσει ξανά, τώρα που εισπράττει τον λογαριασμό της ανεύθυνης μεταναστευτικής της πολιτικής, μιας μεταναστευτικής πολιτικής της οποίας το βάρος επιχειρεί να φορτώσει στην Ελλάδα, επιστρέφοντας πίσω πρόσφυγες από τη Γερμανία. Έτσι σχεδιάζει, μια και στην Ελλάδα βρίσκει πάντα μια πρόθυμη κυβέρνηση του χεριού της, μια κυβέρνηση που τώρα μόλις κατάλαβε, έναν χρόνο μετά, ότι δεν εφαρμόζονται οι μετεγκαταστάσεις. Και όλα αυτά, ενώ κάποιοι προσπαθούν να δημιουργήσουν ένα κλίμα de facto ακύρωσης της γραπτής συμφωνίας για τις μετεγκαταστάσεις. Επομένως, πρέπει να απαιτήσουμε μετεγκαταστάσεις εδώ και τώρα για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες και ισότιμη κατανομή μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Δεν θα πρέπει ο ελληνικός λαός να πληρώσει τις αντιπαραθέσεις και την κοντόφθαλμη πολιτική των κρατών μελών της Ένωσης.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, ono što želim istaknuti iz ovog izvještaja je činjenica da uz migraciju i migrante imamo ključni problem odljeva mozgova iz siromašnih zemalja, zemalja u razvoju. To je trajno uništavanje znanja, uništavanje neke zemlje kada mladi ljudi i obrazovani ljudi, ne moraju biti samo mladi, odlaze iz tih zemalja i te reperkusije ćemo tek osjetiti. To će stvoriti dodatne probleme i dodatne jazove u tim zemljama.

Znam da izvještaj nije vezan za trenutnu situaciju oko migrantske politike Europske unije, ali želim naglasiti još jedno dobro iskustvo koje Hrvatska ima u odnosima i sa Srbijom i s ostalima na zapadnobalkanskoj ruti, ali želim prosvjedovati protiv ponovnog dizanja žice na granici između Hrvatske i Slovenije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a maioria deste Parlamento Europeu prossegue a sua ação de branqueamento das responsabilidades e consequências das políticas da União Europeia nos fenómenos das migrações.

Internamente, intensifica-se, fruto das vossas políticas de austeridade e empobrecimento, do exterior, a gravíssima crise humanitária com centenas de milhares de refugiados que fogem da fome, da miséria, da perseguição e da guerra.

Oculta o papel da UE, dos EUA e da NATO na desestabilização do Médio Oriente e do Norte de África, nomeadamente impondo a guerra e a destruição. Prosseguem a defesa da Europa Fortaleza, da militarização da resposta humanitária, da política de retorno e externalização de fronteiras, da criminosa política europeia de migração que faz levantar muros da vergonha e mantém aprisionados dezenas de milhares de refugiados nas condições mais deploráveis e que faz milhares de mortos no Mediterrâneo. Políticas racistas e xenófobas que alimentam na Europa a extrema-direita e o fascismo.

A União Europeia é, hoje, uma referência internacional, uma referência na violação do Direito Internacional e dos direitos humanos.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, for me the most important accent on the report of Madam Vergiat is that it is based on the human rights-based approach to migration: it sees migrants as rights holders, and it equally emphasises our needs to respect our international obligations.

The second most important – and timely – point is that development cooperation should not be conditional on cooperation on migration-related issues, and I believe that we are now witnessing a very dangerous tendency in the EU financing instruments, which more and more divert aid towards security and towards preventing migration. Unfortunately we are witnessing this in many EU funding instruments at the moment, and this has to be dealt with.

Lastly, I would like to say that Madam Vergiat also made a reference to another report which is coming from the Foreign Affairs Committee. I do not understand why we have to produce another report after this one.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in realtà io avevo chiesto la parola per il punto precedente, la relazione della collega Ferrara. Però, bene, approfitto che me l'ha data per fare i complimenti alla collega Vergiat per il buon lavoro fatto, che è un lavoro che si va ad aggiungere ad altri che sono usciti già alla commissione LIBE in tema d'immigrazione, lavori che sono stati approvati, lavori anche sostenuti dalla commissione che però, purtroppo, non si sono mai risolti in niente di concreto. E noi, ancora oggi, dopo tanti dibattiti e dopo tanti atti approvati ci ritroviamo sempre con lo stesso problema: con l'incapacità di avere delle decisioni univoche, come Unione europea, e subendo quindi le decisioni dei singoli Stati. Detto questo, io ringrazio la relatrice per l'ottimo lavoro svolto.

(Fine degli interventi su richiesta)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all, allow me to congratulate the rapporteur on this comprehensive, balanced and deep analysis of the issue of human rights and migration in third countries.

No state or organisation can escape from its obligations under international human rights law to protect and ensure respect for the human rights of migrants, irrespective of their status. We live in a world of seven billion people, with dramatic demographic imbalances, where inequalities are still growing. Migration is here to stay. Migration is the new normal and is now an integral part of our political dialogue with partners, very much in line with the global strategy.

It took a while before Europe accepted its responsibilities, but we are finally doing so. Since 2015 our vessels have saved hundreds of thousands of lives in the Mediterranean. Operation Sophia is disrupting the traffickers' networks and bringing the smugglers to justice.

In Turkey, in Lebanon and in Jordan we are helping over half a million Syrian children go back to school. The protection of the most vulnerable – the women and children – is at the core of our action in each and every initiative we take. We remain the largest development donor and humanitarian actor. We are, despite criticism, leading by example.

Faced with so much human suffering, we need to respond and we are responding. But we know there is no quick fix to the issue of migration. Our new Partnership Framework (PF) approach reflects just this fact. It is an ambitious and innovative comprehensive approach, fully embedding migration in our overall foreign policy. It is not, as some wrongly believe, only about return or readmission. It is also about countering migrant smuggling and, not least, addressing the root causes of migration. The approach, being tailor-made and holistic, uses all our high-level instruments and leverage to achieve our goals. In fact it represents a new methodology based on genuine partnership.

The partnership addresses everything from security, return, readmission, resilience and job creation to infrastructure, investments and border management. First of all the PF approach, well received by our partners, has created a positive momentum in our dialogue with the countries in question. They do not see it either as us imposing a unilateral agenda; they do not see it as return becoming the only objective of our cooperation; and, rightly so, because the PF approach is indeed about mutually beneficial partnership and it marks a new way of engaging with our partner countries. The results we see are twofold, both in terms of better understanding European Union priorities and willingness to cooperate in practice and in terms of the specific tangible outcomes as you will have seen in the report of the EUCO.

Of course we do not operate in a political vacuum and European Union action must be seen as part of the bigger picture. The United Nations migration-related events during the UN General Assembly gave high visibility and great political momentum to the migration dossier. The New York Declaration for Refugees and Migrants, adopted at the United Nations Summit on 19 September 2016 by all 193 United Nations Member States, forms an important step in providing for a global political framework to address large movements of refugees and migrants in all aspects. We are pleased to see the notion of responsibility-sharing and the importance of international cooperation in response to migration and refugee flows reflected in the outcome.

The establishment of a global compact for refugees and a global compact for safe, orderly and regular migration in the coming two years will be an important next step in moving this important agenda forward. The outcome documents closely reflect the European Union priorities and policies. We reaffirm our commitment to ensuring effective implementation of the political declaration and reaffirm our engagement in the upcoming negotiation of the global compact for migration, to be concluded by 2018.

The European Union was able to transmit a positive narrative and show in New York that it has done more than anyone else to address migratory challenges, as well as to demonstrate its commitment towards the principle of global responsibility-sharing through the partnership framework approach, supported by the new innovative European External Investment Plan. We shall now capitalise on this positive momentum and continue to show a strong, united European Union position also in the follow-up and the shaping of the future two global United Nations compacts.

All Member States therein also expressed their intention to expand the number and ranges of legal powers available for refugees to be admitted to or resettled in their territory. The Union Resettlement Framework the Commission proposed could facilitate this. This is about developing a harmonised approach to resettlement at European Union level, to provide safe pathways to Europe for people in need of protection, replacing irregular and dangerous migrant crossings and preventing the smugglers from taking advantage of the most vulnerable.

The contributions of each Member State under the annual Union resettlement plan will depend on Member States' contribution and engagement in the committee. We need the full support of Member States on this. We also need a robust asylum system that will be able to face, not only the challenges of today, but also those in the years to come. Keeping the status quo of our asylum system was not an option. The Commission has put all the elements on the table to reform it. Now it is time for the co-legislators to show their commitment to finding a long-term sustainable solution.

The inclusion of migration in the recently adopted 2030 Sustainable Development Agenda is therefore an important milestone. In this context the European Union continues to promote a development-oriented approach towards forced displacement. We want to increase the self-reliance and resilience of refugees in their host communities with the aim of ending dependence on humanitarian aid. Facilitating migration and improving migration policies, as called for in the 2013 Sustainable Development Goals, will allow livelihoods to be improved and will enhance access for refugees to education, job markets, health and housing.

As set out in the European Action Plan on Human Rights and Democracy 2015-2019 and in line with the global approach to migration and mobility in the European Agenda on Migration, the European Union and its Member States are committed to enhancing human rights safeguards in all migration and mobility dialogues and cooperation frameworks with third countries and migration-related agreements, processes and programmes.

In line with the European Union Action Plan, the European Union also continues to address the issue of statelessness in relations with priority countries, namely speaking out on situations of statelessness that manifest an immediate and human rights problem and supports the UNHCR's mandate and activities. Migration and the fight against terrorism remain overwhelmingly the main priorities for European Union action, as confirmed at the informal GAC of 24-25 July this year.

The updated European Union Syria/Iraq regional strategy includes important projects in the fields of humanitarian aid, resilience and stabilisation. It calls for the respect of human rights and accountability, peace-building, gender and minority issues and condemns violations of international humanitarian law, the atrocities, killings and human rights abuses that Daesh is perpetrating.

Within the Gender Action Plan GAP II in European Union external relations for the period 2016-2020, gender is placed at the centre of all forms of European Union external relations. It commits the European Union to implementing actions ensuring girls' and women's physical and psychological integrity, promoting their economic and social rights. Together with like-minded partners, the European Union will work for the elimination of all forms of violence against women, including sexual and gender-based violence in conflict and for ending impunity. All perpetrators must be brought to justice.

As Ms Vergiat rightly pointed out, access to effective remedies for victims of migration-related human rights abuses is an issue on which further progress is still required. In this context, I would like to point out that the right to effective remedy is one of the issues dealt with in the new regulation on the European Border and Coast Guard. This regulation respects fundamental rights and observes the principles recognised by Articles 2 and 3 of the TEU and reflected in the Charter. In particular, it seeks to ensure full respect for human dignity, liberty and security. Return of irregular migrants who do not have the right to stay in the European Union to their home countries in full respect of the principle of non-refoulement is an essential part of the European Union's comprehensive efforts to address migration.

In the implementation of the European Union Action Plan on return, the European Union seeks to be compliant with international human rights standards, in particular the Charter of Fundamental Rights of the European Union, the European Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, the 1951 United Nations Refugee Convention and its 1967 Protocol.

A holistic approach to migration and the cross-cutting principle of non-discrimination are the conditions for the effective respect of the human rights of migrants. Our community needs to be based on integration and diversity and on the inclusion of social, cultural, linguistic and religious minorities. Xenophobia, discrimination, violence and hate speech have no place.

Let me thank the honourable Members once again for this important contribution to the debate on human rights and migration in third countries and for your excellent report.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 25 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Kryzys migracyjny cechuje się dynamizmem, wymaga elastyczności i umiejętności modyfikacji naszej polityki. Z satysfakcją obserwuję dzisiaj zmianę pierwotnego stanowiska Niemiec i pozostałych państw Europy Zachodniej, które dostrzegły naiwność swoich pierwszych fatalnych posunięć: bezkrytycznego przyjmowania dowolnej liczby migrantów i forsowania programu przymusowych relokacji uchodźców do wszystkich państw UE. Lepiej późno niż wcale – chociaż Polska, Czechy czy Węgry powinny usłyszeć dzisiaj przeprosiny od tych, którzy jeszcze rok temu nazywali nas „egoistami", którzy „nie dojrzeli do Europy". Na tym tle, przedłożone sprawozdanie zadziwia swoją nieaktualnością. Sprawozdawca nie rozróżnia między uchodźcami i migrantami zarobkowymi, domaga się dalekiej unijnej ingerencji w systemy prawne państw członkowskich, lansuje potrzebę tworzenia „legalnych szlaków migracyjnych" oraz krytykuje mechanizm readmisji na granicach UE, wzywając do „nadania pierwszeństwa powrotom dobrowolnym nad powrotami przymusowymi". Tym samym sprawozdawca faktycznie apeluje, by UE zaprosiła na swoje terytoria tylu migrantów, ilu zechce tu przybyć, oraz by musiała zapewnić im opiekę socjalną, edukację i pracę.

Grupa ECR nie może podpisać się pod taką nieroztropnością. Wyrażamy solidarność z osobami, które są zmuszone do opuszczenia swojego państwa z powodu konfliktów, prześladowań czy skrajnego ubóstwa – jednakże rozwiązania trwającego kryzysu proponowane przez sprawozdawcę są krokiem wstecz i pokazują, że ostrzegawczy przykład „dżungli" w Calais niektórych niczego nie nauczył.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – Langzaam maar zeker zien we de laatste maanden dat de prioriteiten van het Europees buitenlandbeleid aan het verschuiven zijn. Waar de bescherming van mensenrechten en het versterken van de rechtsstaat belangrijke uitgangspunten zijn in onze samenwerking met derde landen, lijkt de focus zich nu steeds meer te verleggen naar het tegenhouden van migratie. Daarom roep ik de Commissie en onze ministers van Buitenlandse Zaken op om niet alleen met een anti-migratiebril naar ons buitenlandbeleid te kijken, maar om solidariteit te tonen met de landen in de regio die miljoenen vluchtelingen hebben opgevangen. Zo moet Europa haar humanitaire plicht nakomen door de meest kwetsbare vluchtelingen in die landen een veilige en legale route naar de EU te bieden door middel van grootschalige hervestiging. Niet als beloning voor het betreffende land, maar vanwege de bittere noodzaak.

18. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (kurze Darstellung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Ignazio Corrao, a nome della commissione per gli affari esteri, sulla responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi (2015/2315(INI)) (A8-0243/2016).

Ignazio Corrao, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, con questa relazione il Parlamento europeo è chiamato a prendere posizione su una questione urgente e a dare avvio a un percorso normativo che porti a risposte concrete ed efficaci in materia. Il tema della responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi, ancora regolate da norme poco efficaci, tocca molto dei molti dei diritti fondamentali dell'uomo, come la protezione della salute e dell'ambiente o i diritti dei lavoratori, dei minori e delle donne.

Tra gli obiettivi principali che ci siamo posti con questa relazione, spicca quello di far sì che si agisca in modo urgente, coerente, continuativo ed efficace a tutti i livelli, affrontando concretamente i problemi giuridici derivanti dalla dimensione multinazionale delle imprese e del loro operato. Da tale dimensione dipende, tra l'altro, la frequente incertezza circa l'attribuzione delle responsabilità per le violazioni dei diritti umani e proprio da ciò discende troppo spesso l'impunità per gli autori di tali violazioni.

La relazione che sto presentando in Aula quest'oggi e che mi ha visto impegnato durante l'ultimo anno chiede a gran voce l'introduzione di norme vincolanti che ribadiscano il dovere per le imprese di rispettare i diritti umani ovunque e comunque. Chiede l'introduzione di norme che ribadiscano l'obbligo per gli Stati di proteggere, nell'ambito della propria giurisdizione, le persone fisiche che abbiano subito o che possano subire violazioni dei diritti umani, anche quando compiute al di fuori del proprio territorio. Chiediamo, dunque, agli Stati membri di stabilire norme chiare, volte a garantire che le imprese domiciliate nel loro territorio, che comunque operino nell'ambito della loro giurisdizione, rispettino i diritti umani in tutte le loro attività e in ogni paese e contesto in cui operano.

Ribadiamo con forza che, laddove siano lamentate gravi violazioni dei diritti umani, gli Stati membri debbano garantire alle vittime l'accesso a un ricorso effettivo, così come chiesto più volte da tutte le ONG e da tutti gli esponenti della società civile e accademica che abbiamo coinvolto durante la fase preparatoria della relazione. Chiediamo inoltre la creazione di norme penali minime che definiscano fattispecie e sanzioni anche per quei casi di violazione dei diritti umani ad opera di imprese che presentino una dimensione transnazionale.

Voglio, da ultimo, porre l'accento su una delle tante misure a costo zero, ma estremamente efficaci proposte nella relazione a mia firma. Mi riferisco alla creazione di un marchio europeo «*abuse free*» che potrebbe rappresentare un grande cambiamento nella cultura d'impresa. Un marchio concesso alle imprese che volontariamente lo chiedano e che decidano quindi di sottoporsi a controlli efficaci e stringenti compiuti da organi indipendenti. In tal modo i consumatori saranno in grado di scegliere consapevolmente.

Tutte queste tematiche sono state al centro di un lungo, costruttivo ed appassionato dibattito tra le parti politiche. Sono fiero del fatto che una relazione su un tema potenzialmente così divisivo sia stato approvato in commissione affari esteri, quasi all'unanimità. A tal proposito ringrazio ancora i relatori ombra per il loro prezioso contributo e per la volontà mostrata in questi mesi di voler partecipare alla redazione di una buona relazione parlamentare su una tematica così importante.

Infine, ci tengo a ringraziare tutti gli attivisti del Movimento 5 stelle a tutti i cittadini che hanno voluto partecipare alla redazione di questa relazione. Grazie al sistema operativo Rousseau, un sistema che permette agli iscritti di partecipare alla vita politica in rete, tanti cittadini hanno avuto la possibilità di conoscere questo progetto di relazione e di esprimere la loro opinione. Tutte le loro osservazioni pervenute sono state attentamente vagliate e alcune di esse si sono trasformate in emendamenti a mia firma e sono state inserite nel testo votato in commissione. È la democrazia diretta, il cittadino che si trasforma in istituzione e partecipa alla costruzione di una legge o di una relazione d'iniziativa.

Questa relazione sarà votata domani da quest'Aula nell'auspicio che sia solo l'inizio di un vero cammino verso un'efficace e concreta lotta contro le violazioni dei diritti umani commesse dalle imprese in paesi terzi.

Interventi su richiesta

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Sprawozdanie pana posła Corrao jest ważnym głosem w międzynarodowej debacie o społecznej odpowiedzialności przedsiębiorstw. Nie po raz pierwszy zresztą, również i na tej sali, ta debata przynosi efekty, bowiem pięć lat temu przyjęte zostały przez ONZ jednomyślnie wytyczne w sprawie biznesu i praw człowieka. W tej chwili trwa trudny proces wdrażania tych wytycznych i zgodzimy się, że Unia wraz z działającymi przedsiębiorstwami jest tutaj swoistym liderem. W ślad za tą rezolucją rozpoczęła pracę otwarta międzyrządowa grupa robocza do spraw prawnie wiążącego międzynarodowego instrumentu w tym zakresie i myślę, że co do zasady należy pozytywnie ocenić rozwiązania o zasięgu międzynarodowym, a nie tylko wyłącznie europejskim, bo wtedy tylko możemy mówić o ich skutecznym funkcjonowaniu. Należy też zwrócić uwagę, że nie należy przykładać jednej miary do wszystkich kategorii przedsiębiorstw, że to stwierdzenie „one size fits all" tutaj nie pasuje, że największe korporacje międzynarodowe mają tu więcej obowiązków niż przedsiębiorstwa małe i średnie.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, purtroppo, direi periodicamente, vengono scoperti casi di violazione dei diritti umani in paesi terzi da parte di imprese multinazionali e fra queste anche gruppi europei; circostanza questa particolarmente grave, perché essendo l'Unione europea fondata, fra gli altri, sul rispetto dei diritti umani, le imprese europee dovrebbero dare l'esempio a livello mondiale in materia di responsabilità aziendale. Condivido il documento. Mi rammarico solamente che il testo non abbia ancor più approfondito il tema dello sfruttamento del lavoro minorile, ancora largamente diffuso in alcune regioni del mondo. Da uno studio di *Amnesty International* emerge, ad esempio, che 16 multinazionali che vendono prodotti elettronici risultano clienti di aziende

che producono batterie utilizzando il cobalto proveniente dalle miniere della Repubblica democratica del Congo, nella quale lavorano circa 40.000 bambini. È necessario, quindi, che tutte le imprese, europee e non, esercitino la cosiddetta «*due diligence*» e che tutti i paesi dettino regole chiare per il rispetto dei diritti umani nelle attività d'impresa.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων από εταιρείες προκαλούν παγκόσμια ανησυχία. Όλο και περισσότερες επιχειρήσεις μεταφέρουν τα εργοστάσιά τους σε τρίτες χώρες, εκμεταλλευόμενες τα φτηνά εργατικά αλλά και ανύπαρκτα εργασιακά δικαιώματα. Ο σεβασμός των ανθρωπίνων δικαιωμάτων συνιστά ηθικό καθήκον και νομική υποχρέωση των εταιρειών και της διοίκησής τους, ανεξαρτήτως του χώρου δραστηριοποίησής τους. Δεν είναι λίγα τα φαινόμενα όπου διεθνείς εταιρείες υπερηφανεύονται για δήθεν εταιρική κοινωνική ευθύνη, ενώ ταυτόχρονα αποκομίζουν κέρδη από χαμηλό λειτουργικό κόστος, λόγω της εκμετάλλευσης της παιδικής εργασίας.

Η προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα για όλα τα κράτη μέλη και την Ένωση. Διαπιστώνουμε όμως ότι, παρά την ανακοίνωση της επιτροπής για την εταιρική κοινωνική ευθύνη από το 2011, αρκετά κράτη μέλη δεν έχουν ακόμη καθορίσει εθνικά πλαίσια πολιτικών για την προώθηση της εταιρικής ευθύνης ούτε έχουν δημοσιεύσει τα σχέδιά τους για τις επιχειρήσεις και τα ανθρώπινα δικαιώματα. Αν θέλει η Ευρωπαϊκή Ένωση περισσότερη εταιρική ευθύνη, θα πρέπει να πάψει να συντηρεί την εταιρική ανευθυνότητα και να κρύβεται πίσω από το δάχτυλό της. Θα πρέπει να καταπολεμήσει το κοινωνικό ντάμπινγκ και τη φοροαποφυγή και να περιορίσει τη δραστηριότητα των επιχειρήσεων που δεν σέβονται τους κανόνες για την προστασία της εργασίας.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Mr President, responsible business conduct can no longer be ignored, that is for sure, and I believe that the discussion on sustainable supply chains is here to stay, and the EU also must act accordingly.

Last month we discussed the case of Andy Hall, a British human rights defender and defender of migrants' rights in Thailand, and we saw that companies are ready to take responsibility, and they should be grateful for researchers and civil society organisations who inform them about wrongdoings and breaches of human rights in their supply chains. We have very good examples: the UK law on modern slavery is excellent, the French initiative on due diligence on supply chains as well. I would like to ask Commissioner Cañete if the EU is coming out with the promised action plan on responsible business conduct that we have been awaiting for months and months.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, abordando uma questão pertinente e justa, o relatório parte de uma premissa errada, a de que é possível humanizar o capitalismo. É na natureza do sistema capitalista, na sua vertente predatória e de exploração, que está a raiz do problema.

As grandes empresas e multinacionais exploram, direta ou indiretamente, em nome do lucro e de forma ávida, os recursos naturais dos povos de países terceiros, sem quaisquer pruridos de cometer os mais hediondos crimes ambientais contra as populações ou de explorar desumanamente trabalhadores.

Passam despercebidas ou são inexistentes referências à necessidade de elevação dos direitos dos trabalhadores, da regulação do trabalho, de uma melhor distribuição da riqueza ou do papel soberano dos Estados em protegerem os trabalhadores, povos e recursos da exploração do grande capital monopolista. Referência ausente também, a da necessidade de políticas comerciais que não se constituam como novos instrumentos neocoloniais, antes respeitem a soberania dos Estados e assentem no efetivo benefício mútuo entre partes iguais.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel 2016 i diritti dei lavoratori nel mondo risultano indeboliti, non solo per il peggioramento delle condizioni di lavoro, ma anche per la restrizione alla libertà di espressione e di riunione. Un tema, quello dello sfruttamento del lavoro, che coinvolge le responsabilità dei governi e delle imprese, queste ultime spesso colpevoli di gravissime violazioni dei diritti dei lavoratori. In Medio Oriente e in Africa milioni di lavoratori vivono in condizioni di schiavitù. In molti paesi extraeuropei lavoratrici e lavoratori non beneficiano del diritto di sciopero, subiscono limitazioni nella libertà di espressione e di riunione e spesso sono vittime di violenza fisica e di minaccia. L'Unione europea deve operare affinché il commercio e i diritti umani possano entrambi rafforzarsi. La comunità imprenditoriale, in particolare nei paesi terzi, è tenuta a rispettare i diritti umani in tutte le declinazioni. L'Unione deve essere capace di stabilire una politica commerciale e di investimento con i paesi terzi basata non solo sulle esigenze di mercato, ma anche sui valori etici.

(Fine degli interventi su richiesta)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, first of all allow me to congratulate Mr Corrao for this comprehensive, balanced, deep analysis of the issue of corporate social responsibility in third countries.

As the Council Conclusions of June 2016 show, business and human rights is a priority for the European Union. This year the Council also adopted Conclusions on Responsible Global Value Chains. As set out in the European Union Action Plan on Human Rights and Democracy 2015-2019, the European Union's Member States are committed to make an advance on business and human rights.

Corporate respect for human rights is indispensable. As you do in your report, we consistently call on all business enterprises, both transnational and domestic, to integrate human rights due diligence into their operations, to better identify, prevent, and mitigate human rights risks.

The European Union supports the United Nations Guiding Principles. The proper implementation is good for the European Union and good for business. The European Union Member States have taken the lead internationally on developing and adopting national action plans to implement the Guiding Principles. As you rightly point out, Mr Corrao, access to effective remedies for victims of business-related human rights abuses is an issue on which further progress is still required.

In this context, I am pleased that the European Union Fundamental Rights Agency is currently working on an expert opinion on how to lower barriers for access to remedy at the European Union level.

I also welcome the recent adoption of the Council of Europe's Committee of Ministers' Recommendations on Human Rights and Business with a particular focus on access to remedy. The European institutions and Member States need to implement these recommendations. Furthermore, the European Union welcomes the initiative on enhancing accountability and access to remedy of the UN Office of the High Commissioner for Human Rights. This may provide best practices that can be implemented at the European Union and Member State level, including on improved cooperation between states in cross-border cases.

As regards our external policy, in line with the Action Plan on Human Rights and Democracy, the EEAS and the Member States will continue to raise business and human rights in their contacts with third countries. This also includes human rights dialogues, as well as dedicated seminars and financial support aimed at the development of the national action plans on business and human rights. Also important is the need to build capacity, both within European Union delegations and Member States' embassies, to work effectively on business and human rights issues, including providing support to human rights defenders working on corporate accountability.

As regards the legally-binding instrument on business and human rights, the European Union has followed carefully the preparation of the Intergovernmental Working Group in Geneva. Since the start, we made our participation in the working group dependent on two principled conditions: first, ensuring that the scope of the discussion is not limited to transnational corporations, and second, making sure that the implementation of UNGPs is not undermined. This position was supported by a range of countries across different regions and by a number of civil society organisations.

In the run-up to the next meeting of the Intergovernmental Working Group on 24 October, the European Union has been actively engaged with the Chair-rapporteur and with all regional political groups with a view to addressing these issues and finding a solution that would entitle the European Union to provide a more active contribution to the works of the group.

I am pleased to inform the honourable Members that the European Union requests have been met by the Chair-rapporteur. The European Union therefore took the decision to participate in the Intergovernmental Working Group. The debate is now now open, and your contributions on how to improve the international legal framework for the protection of human rights in the context of corporate activities are all the more precious.

There was a direct question from Ms Hautala. What I can tell you is that the preparation of a paper on the Commission policy document on corporate social responsibility is currently ongoing.

Finally, let me thank you again for this important contribution to the debate on business and human rights and for an excellent report that represents a reference for our work.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 25 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – Este relatório, no qual trabalhei como relator-sombra em nome do S&D, é um relatório de teor claramente progressista, que procura responder aos desafios colocados no campo dos direitos humanos pela transnacionalização da atividade empresarial, incluindo de empresas europeias, em relação às quais temos, obviamente, uma responsabilidade acrescida.

Apela à inclusão sistemática de cláusulas sobre direitos humanos nos tratados comerciais celebrados entre a UE e países terceiros.

Apela à implementação a nível mundial dos Princípios Orientadores da ONU sobre Negócios e Direitos Humanos.

Apela a um maior empenhamento da UE no tratado internacional vinculativo que está a ser negociado na ONU.

Sublinha que as multinacionais devem ser legalmente responsabilizadas sempre que das suas operações em países terceiros resultem abusos de direitos humanos, e que têm o dever de compensar as vítimas desses abusos.

Incorpora recomendações de grande relevância, como a criação de um certificado da UE para produtos cuja produção não tenha envolvido abusos de direitos humanos.

Por sugestão minha, ficou vertido no relatório que tal certificado discrimine positivamente as empresas, habilitando-as a benefícios.

Em suma, este excelente relatório apresenta reflexões e propostas muito válidas para enfrentar alguns efeitos negativos da globalização, merecendo, quanto a mim, o apoio desta câmara.

19. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (kurze Darstellung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di András Gyürk, a nome della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia, sulla strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas (2015/2059(INI)) (A8-0278/2016).

András Gyürk, *előadó*. – Elnök Úr, tisztelt Biztos Úr, Képviselőtársaim! Engedjék meg, hogy jelentéstevői kötelezettségemnek eleget téve bemutassam Önöknek a cseppfolyósított földgázról és földgáztárolásról szóló jelentést. Büszkén mondhatom, hogy az árnyék-jelentéstevőkkel közösen sikerült egy olyan átfogó keretrendszert kialakítanunk, amely hosszú távon is képes lesz előremozdítani az európai gázpiacok fejlődését, és támogatja az ellátásbiztonságot.

Ez a stratégia nem önmagában álló, hanem szervesen illeszkedik a Parlament korábbi határozatai által felépített rendszerbe. Összhangban van az energiauniós csomag célkitűzéseivel, és figyelembe veszi a gázpiaci téli csomag többi jelentését. Úgy gondolom, hogy csak ezen keretek tiszteletben tartásával szabad nekifogni egy ilyen munkának, mi pedig ennek megfelelően cselekedtünk.

A jelentés elkészítésekor a következő célok lebegtek a szemünk előtt: élénkítsük a piaci versenyt a fogyasztói árak leszorításáért, támogassuk az ellátásbiztonságot a diverzifikáció növelésével, és végül, de nem utolsó sorban mindig tartsuk szem előtt a fenntarthatóságot.

A jelentés megannyi jelentős témát körüljár, de engedjék meg, hogy kiemeljem azokat, amelyek véleményem szerint a legfontosabbak ezek közül: elsőként természetesen a kiszolgáltatott tagállamok helyzete kell, hogy rendezésre kerüljön. Elengedhetetlen, hogy kimutassuk szolidaritásunkat azokkal a tagállamokkal szemben, amelyeknek nincs alternatív lehetőségük és kizárólag egy helyről képesek földgázt beszerezni. Megfelelő tározói kapacitás ideig-óráig segíthet ezeknek az országoknak, de hosszú távú megoldást kizárólag a forrásdiverzifikáció jelenthet, amelynek kiváló eszköze lehet a cseppfolyósított földgáz.

A második jelentős kérdéskör az infrastruktúra. Annak érdekében, hogy javítani tudjuk a meglévő eszközök kihasználtságát, elsőként el kell végeznünk az elszigetelt hálózatok összekötését. Az Európai Bizottság kiemelt projektjeinek listája olyan beruházásokat tartalmaz, amelyek képesek lennének létrehozni ezeket a kapcsolatokat, és feloldanák a legproblémásabb szűkületeket. Összefoglalva: annak érdekében, hogy igazán ki tudjuk használni a meglévő beruházásokat, először el kell végeznünk azokat, amelyek elmaradtak.

Harmadikként pedig ki kell emelni, hogy a fizikai infrastruktúra, a hardver önmagában elégtelen a szoftver nélkül. A szoftverek ez esetben pedig a tarifák, a szabványok, az eljárásrendek. Ezek összehangolása legalább olyan fontos, mint a fizikai összeköttetés.

Az említett témák mellett foglalkoztunk továbbá a cseppfolyósított földgáz közlekedésben és dekarbonizációban betöltött szerepével, illetve az Európai Unió lehetőségeivel a nemzetközi földgázpiac aktív szereplőjeként.

Befejezésül szeretném kifejezni legőszintébb köszönetemet mindazok számára, akik hozzájárultak ehhez a jelentéshez, különös tekintettel az árnyék-jelentéstevőkre. Úgy vélem, hogy a frakciók együttműködése nélkül nem tudtunk volna ilyen sokat elérni.

Tisztelt Képviselőtársaim! Hiszem, hogy ezt a jelentést érdemes támogatni, ugyanis a szöveg merít minden politikai frakció indítványaiból – és magában foglalva mindegyikük gondolatvilágát, úgy mondhatjuk tehát, hogy valódi kompromisszumról van szó – amely egyben egy újabb biztos lépés a közös cél, az energiaunió irányába. Köszönöm szépen a figyelmüket!

Interventi su richiesta

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πραγματικά οφείλω να συγχαρώ και να αποδώσω δίκαιον έπαινο στον εισηγητή αυτής της πραγματικά ολοκληρωμένης, αποτελεσματικής και ολιστικής έκθεσης για τα ενεργειακά, στον αγαπητό συνάδελφο, τον András Gyürk, ο οποίος ουσιαστικά άγγιξε όχι μόνο το ζήτημα του φυσικού αερίου, αλλά ευρύτερα και τα ζητήματα της ενεργειακής στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης καθώς και το θέμα της Ενεργειακής Ένωσης. Υιοθετώ και στηρίζω αυτήν την έκθεση όχι μόνο γιατί μέσα στους ενεργειακούς της σχεδιασμούς περιλαμβάνει και τη δική μου πατρίδα, την Κύπρο, αλλά και ευρύτερα τη Μεσόγειο, που είναι σημαντικότατος παίκτης σήμερα, για να μπορέσει να ολοκληρωθεί το ζήτημα της ενεργειακής αυτάρκειας, του ενεργειακού εφοδιασμού και της ενεργειακής ενίσχυσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά, ταυτόχρονα, γιατί προτείνει και λύσεις όσον αφορά τον τερματικό σταθμό υγροποιημένου φυσικού αερίου, καθώς ουσιαστικά μια μικρή χώρα όπως η Κύπρος δεν μπορεί από μόνη της να επενδύσει και να φτιάξει ένα τόσο μεγάλο έργο και, για αυτό, απευθύνεται στο Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων, το οποίο είναι σημαντικό να αξιοποιηθεί για αυτούς τους σχεδιασμούς.

Απευθυνόμενος στον Επίτροπο που παρευρίσκεται εδώ θα ήθελα να επισημάνω ότι τώρα είναι η ευκαιρία να αξιοποιήσουμε το Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων για την ενεργειακή αυτάρκεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και η Ανατολική Μεσόγειος, όπως και άλλες περιοχές, προσφέρονται προς αυτήν την κατεύθυνση. Ταυτόχρονα, κλείνοντας, θέλω να χαιρετίσω την αναφορά που γίνεται στην έκθεση ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση μπορεί να καταστεί πρωταγωνιστής στις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, να αξιοποιήσει το 100% των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας, να πατάξει την ενεργειακή φτώχεια και να διασφαλίσει ουσιαστικά αυτό το βασικό ανθρώπινο δικαίωμα, δηλαδή η ενέργεια να αποτελεί κτήμα του κάθε ευρωπαίου πολίτη.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, thank you, Commissioner. From a small country to another small country – Malta. I would speak from the point of view of Malta because, yes, we do understand that, to reach the EU's energy and climate targets by 2030 (but most of all provide affordable energy), liquefied natural gas should be considered as an alternative fuel solution, particularly for certain Member States.

LNG not only cuts down radically CO_2 emissions but is also a transitory link between the current fuel-based system and the futures' low carbon energy and transport scenarios, including also for vehicles and maritime vessels.

Coming from Malta, I believe that there is a clear potential for synergies – which are yet to be exploited – between the gas-rich North African region and the European Union. It is positive that this strategy acknowledges that LNG and gas storage will contribute towards ending energy isolation, which affects Member States, including Malta – more so since it is a key objective of the EU's Energy Union that all Member States have access to liquid gas markets. This is a mature technology where the global market is still booming, and the EU and its Member States should not stay behind.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ήρθε η ώρα να κοστολογηθούν οι απώλειες οι οποίες έχουν δημιουργηθεί και δρομολογηθεί λόγω της ιδεοληπτικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το θέμα της αγοράς φυσικού αερίου. Υπάρχουν περισσότεροι από 20 τερματικοί σταθμοί, πολλοί εκ των οποίων χρηματοδοτήθηκαν με χρήματα των φορολογουμένων, τελικά όμως χρησιμοποιείται μόνο το 20% των δυνατοτήτων των σταθμών αυτών και κάποιοι από αυτούς δεν λειτουργούν καν. Αυτό συμβαίνει για έναν πολύ απλό λόγο: το υγροποιημένο φυσικό αέριο παραμένει ακριβότερο από άλλες εναλλακτικές. Μόνη λύση για να μειωθούν επαρκώς οι τιμές θα μπορούσε να είναι η μαζική αύξηση εισαγωγών αερίου από τη Βόρεια Αμερική, αλλά αυτό είναι αντίθετο στις οικολογικές αξίες που έχουν θεσπιστεί στην Ευρωπαϊκή Ένωση, μια και το αέριο προέρχεται από την καταστροφική δραστηριότητα του «fracking».

Κύριοι της Επιτροπής, οφείλετε να αναγνωρίσετε επιτέλους ότι ο πρωταρχικός στόχος της ανάπτυξης του υγροποιημένου φυσικού αερίου ήταν και παραμένει γεωπολιτικός. Εκεί οφείλεται και η αρχική αποτυχία της πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η ανάπτυξη των υποδομών υγροποιημένου φυσικού αερίου μπορεί να γίνει αποδοτική, αρκεί η Ευρωπαϊκή Ένωση να εγκαταλείψει τις νεοφιλελεύθερες ιδεοληψίες και τις γεωπολιτικές της παρωπίδες.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, uvjeren sam da je konačno jedino ispravno rješenje energetska unija, a u tom kontekstu naravno i solidarnost sa zemljama koje imaju energetskih problema. Definitivno sam jedan od onih zagovornika koji vide LNG kao nešto što može razriješiti niz problema, konkretno na Jadranu.

Znamo da Hrvatska ima ozbiljan veliki projekt LNG terminala na otoku Krku kojega se, istinabog, radi već dva desetljeća ne baš najuspješnije, ali vjerujem da su zadnji koraci učinjeni, ono što je i sama Komisija pokazala podupirući taj projekt, da će se napokon i LNG na Krku ostvariti. Za to je, kao što znamo, izniman interes i drugih susjednih država. Međutim, stvari moramo postaviti realno ekonomski, pa djelomično i politički, ako želimo da taj projekt zaista uspije.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ήθελα πρώτα να συγχαρώ τον εισηγητή András Gyürk για τη δουλειά που έχει κάνει. Η στρατηγική για το LNG πρέπει να συμβάλει στη μείωση της εξάρτησης από τους αγωγούς και στη διαφοροποίηση των πηγών και των οδών εφοδιασμού για την καταπολέμηση πρώτιστα της ενεργειακής φτώχειας, αλλά και για την ενίσχυση της ενεργειακής ασφάλειας. Για να επιτευχθεί όμως αυτό, είναι σημαντικό να αξιοποιηθούν οι εγχώριες πηγές ενέργειας. Χαιρετίζουμε λοιπόν την αναφορά της έκθεσης στην ανάγκη να στηριχθεί η αξιοποίηση των κοιτασμάτων στην κυπριακή Αποκλειστική Οικονομική Ζώνη και ευρύτερα στην Ανατολική Μεσόγειο, καθώς και η δημιουργία ενός τερματικού LNG στην Κύπρο. Είναι αναγκαίο η πρόταση αυτή να εισακουστεί. Και είναι ανάγκη, κύριε Επίτροπε, να δώσει άμεσα η Ένωση οικονομική αλλά και τεχνική υποστήριξη για την υλοποίηση των αναγκαίων υποδομών. Εξίσου σημαντικό είναι να στηριχτούν οι χώρες που αποτελούν ενεργειακές νησίδες, όπως η Κύπρος και η Μάλτα, ώστε να αρθεί η ενεργειακή τους από απομόνωση.

Δυστυχώς όμως οι θετικές προτάσεις στην έκθεση ακυρώνονται από τα μέτρα που προωθούνται για την επιβολή μιας κοινής ενεργειακής πολιτικής η οποία θα περιορίζει την κυριαρχία και την ευελιξία των κρατών και θα καθιστά την ενέργεια εργαλείο εξυπηρέτησης των αναγκών της αγοράς μέσω των συμφωνιών τύπου TTIP. Για την GUE/NGL, η στρατηγική για το LNG πρέπει να ενισχύει την εθνική ευελιξία, να προωθεί τις δημόσιες υποδομές με περιβαλλοντικά πρότυπα και να διασφαλίζει το δικαίωμα για ισότιμη και φθηνή πρόσβαση στην ενέργεια.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, poštovani povjereniče Cañete, koristim priliku da kažem kako podržavam ovu europsku strategiju LNG-a i skladišta plina. Smatram da je to jako važno za tranziciju Europske unije prema nisko ugljičnom društvu.

Međutim, ono na što bih htio skrenuti pažnju je da smo mi definirali neke svoje ciljeve potpisivanjem Pariškog sporazuma, da smo to ugradili u rezolucije Europskog parlamenta kao ciljeve koje bi trebali postići do 2030. s pogledom na 2050. godinu, i da moramo upozoriti države članice kako prelazak na prirodni plin kao zamjenu za ugljen nije rješenje, jer to je samo 40 % smanjenja emisija i nećemo postići ciljeve koje smo obećali, zapravo potpisali u Pariškom sporazumu.

Smatram da je regionalan pristup jako važan i potpuno ga podržavam i upravo u tom kontekstu je terminal LNG na otoku Krku važan za izgradnju jer će konačno osigurati da jugoistok Europe ima diversifikaciju opskrbe i da ne ovisi samo o jednom opskrbljivaču prirodnog plina. Skrećem pažnju da je pored energetike i sektor transporta jako važan i da je jako važno povezati ovu strategiju LNG-a sa strategijom transporta.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, quero agradecer ao Colega Gyürk pelo seu trabalho nesta estratégia tão importante e, enquanto relatora do parecer na Comissão dos Transportes, obviamente que não podia deixar esta oportunidade de referir a importância do gás natural liquefeito para o transporte marítimo e para os veículos pesados como um combustível alternativo.

É essencial criar uma rede de infraestruturas de abastecimento e armazenamento, mas que não exclua os portos marítimos das ilhas, como referido na diretiva de combustíveis alternativos.

A solução passa também pela construção de infraestruturas de pequena escala e a utilização dos navios de cabotagem regular. Por isso, e tal como referido também neste relatório, propus a criação de um projeto comum, de corredores azuis de GNL para as ilhas, para as regiões ultraperiféricas do Atlântico, nomeadamente para a Madeira e para os Açores, e para que seja possível adaptar os portos, trabalhar as ligações marítimas e a reconversão dos navios.

Peço, por isso, também ao Senhor Comissário uma atenção especial e que se comprometa a apoiar e a disponibilizar fundos para a concretização deste projeto que é, sem dúvida, de interesse para Portugal mas também, sem dúvida, de interesse para a União Europeia.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, o gás natural liquefeito é uma componente muito importante para garantir a diversificação e a segurança energética e apoiar uma transição sustentável para um modelo baseado em energias renováveis e limpas. Fui relator na Comissão ENVI e o parecer destaca a otimização das redes existentes, a importância de apoiarmos a transição energética e, em particular, de descarbonizarmos os transportes pesados e os transportes marítimos.

Esta estratégia tem que estar alinhada com o Acordo de Paris e é muito importante aproveitar o GNL para esta questão dos transportes, dos transportes marítimos e dos transportes pesados. Por isso, queria salientar a recomendação neste relatório para que o arquipélago dos Açores, devido à sua localização geográfica, tenha uma estação de combustível para as rotas transatlânticas de transporte marítimo e é também muito importante que, nos seus vários instrumentos de financiamento, a Comissão Europeia preveja o financiamento de projetos deste tipo.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, η ενεργειακή ασφάλεια, η ενεργειακή επάρκεια και η χαμηλότερη τιμή για τους καταναλωτές είναι πράγματι οι πυλώνες για τους οποίους οφείλουμε να εργαζόμαστε. Όμως πρέπει να είμαστε ταυτόχρονα και ρεαλιστές. Σε πολλά κράτη μέλη, όπως στην πατρίδα μου την Ελλάδα, είμαστε εξαρτημένοι από έναν και μόνο προμηθευτή για το φυσικό αέριο και έτσι είναι απαραίτητο να έχουμε μεγαλύτερη πρόσβαση σε υγροποιημένο φυσικό αέριο. Είναι επίσης μια ευκαιρία να δώσουμε πρόσβαση στους καταναλωτές σε φθηνή ενέργεια, καθώς, λόγω της υπερπροσφοράς του LNG, έχει μειωθεί σημαντικά η τιμή του. Παράλληλα όμως, πρέπει να δημιουργήσουμε και να ενισχύσουμε αμέσως υποστηρικτικές υποδομές αγωγών που θα συνδυάζουν όλες τις μορφές φυσικού αερίου. Ένα τέτοιο παράδειγμα, και θα ήθελα να το ακούσετε αγαπητοί συνάδελφοι, είναι το έργο της ΔΕΠΑ για την Κεντρική και Ανατολική Μακεδονία και τη Θράκη· ένα έργο που μπορεί να δώσει φυσικό αέριο σε πρωτεύουσες νομών, σε μικρότερες πόλεις, σε βιομηχανικές ζώνες, σε μία από τις πιο φτωχές ενεργειακά περιοχές στην Ελλάδα και στην Ευρώπη· ένα έργο μήκους 1.128 χιλιομέτρων, που θα επεκτείνει την ενεργειακή αγορά της Ελλάδας κατά 0,4 δισεκατομμύρια κυβικά εκατοστά και θα προσελκύσει επενδυτές. Χρειαζόμαστε τη στήριξη όλων των χρηματοδοτικών εργαλείων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ώστε να δώσουμε στους Έλληνες καταναλωτές φθηνότερη ενέργεια.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, κατ αρχήν συγχαρητήρια στον εισηγητή για αυτήν την καλή και πράγματι σφαιρική εργασία. Με δεδομένες τις ενεργειακές ανάγκες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, την επιδίωξη για μείωση της εξάρτησης από έναν προμηθευτή και γεωγραφική διαφοροποίηση και τέλος τα σοβαρά προβλήματα ασφάλειας που υπάρχουν, αποτελεί επιτακτική ανάγκη η αξιοποίηση τόσο των πόρων εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά ειδικότερα - και αναφέρεται αυτό στην έκθεση - των εγχώριων φυσικών πόρων ενέργειας και, ειδικά, των κοιτασμάτων που βρίσκονται στην Ανατολική Μεσόγειο και εντός της κυπριακής Αποκλειστικής Οικονομικής Ζώνης.

Επίσης είναι σημαντική η δημιουργία τερματικού σταθμού υγροποίησης φυσικού αερίου στην Κύπρο. Τέλος, η Κύπρος παρέχει τη δυνατότητα συνεργειών μαζί με το Ισραήλ, τον Λίβανο και την Αίγυπτο. Και η χρήση του λεγόμενου σχεδίου Juncker μπορεί να θέσει σε προτεραιότητα μια χώρα μικρή όπως η Κύπρος, η οποία είναι και σε οικονομική κρίση, για να μπορέσει να αξιοποιήσει τα φυσικά της κοιτάσματα. Και τέλος, αγαπητέ Πρόεδρε, μια τελευταία παρατήρηση: η Κύπρος και η Μάλτα είναι απομονωμένες χώρες και θα πρέπει να βοηθηθούν.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, and thank you for taking us all in the catch-the-eye, because this is a very important topic for us, especially those who come from small countries like mine – Ireland, which is an island. With the exception of the temporary supply of gas from the Corrib gas field, we are totally dependent on our gas coming from one interconnector from the United Kingdom. What is going to happen us if and when the United Kingdom leaves the European Union?

For that reason LNG is so important to us, and there are proposals to build a terminal in Shannon, which has been very much helped by many of the far-sighted policies of Commissioner Cañete, and also the good work here of my colleague, Mr Gyürk.

Without doubt it is essential for us to diversify supply, secure supply and, of course, also avail of cheaper prices as a result of it. As has been said, we want to be the renewable capital of the world, but at the same time they are intermittent, and gas is the ideal backup to renewables. So it is a win-win, but we have to get LNG into as many countries in Europe as possible.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'adozione di una strategia dell'Unione europea in materia di gas naturale liquefatto tenderebbe a realizzare una rapida transizione verso un sistema dell'energia sostenibile, sicuro e competitivo e porre fine alla dipendenza da fornitori di gas esterni. In questa valutazione, però, non è secondaria la considerazione che le infrastrutture per il GNL esistenti nell'Unione europea sono nettamente sottoutilizzate e che la domanda di gas continua ad essere sovrastimata. Occorrerebbe effettuare valutazioni di impatto ex ante sull'effettivo valore aggiunto della costruzione di nuove infrastrutture per il trasporto e lo stoccaggio di GNL, tenendo conto delle potenzialità dell'ottimizzazione dell'uso efficiente e sicuro delle infrastrutture di stoccaggio esistenti, compreso lo stoccaggio del gas. Ritengo che l'Unione europea e i suoi Stati membri dovrebbero concentrare la loro attenzione maggiormente sulle risorse rinnovabili e sul miglioramento dell'efficienza energetica, cercando di trarre il massimo vantaggio dalla capacità di produzione rinnovabile e limitando gli investimenti per nuove infrastrutture per il trasporto e lo stoccaggio di GNL alle zone di scarsa interconnessione e all'approvvigionamento degli Stati membri più vulnerabili.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, o gás natural liquefeito pode ter um papel importante na mitigação dos efeitos do gás de estufa e na realização de esforços de descarbonização contemplados no acordo alcançado na COP 21, onde, como sabemos, os transportes marítimos ficaram fora da equação. Esse apelo deve ser considerado transitório e não deve abrandar nem substituir os investimentos no desenvolvimento das energias renováveis e no abandono das energias fósseis, e deve questionar o uso da fraturação hidráulica em larga escala para a extração de gás natural, dados os efeitos ambientais negativos no local.

No entanto, estou em crer que esta aposta, enquanto transitória e a prazo, pode constituir para Europa mais uma solução alinhada com os desafios deste século e uma oportunidade para promover o desenvolvimento económico sustentado.

Por isso, saliento e registo como muito positiva a referência ao desenvolvimento de rotas marítimas em que o arquipélago dos Açores, dada a sua localização geoestratégica no centro do Atlântico, pode constituir um ponto-chave no abastecimento de navios mercantes com gás natural liquefeito.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Úr! Annak ellenére, hogy a jelentéstevő által jelzett célokkal többé-kevésbé egyet lehet érteni, jómagam azért roppant kevésnek tartom benne a fenntarthatósági vagy az energiahatékonysági logikát, és különösen hiányolom a kellő kiállást, hogy a jövőt egy karbonmentes és ha lehet atomenergiamentes energiahasználatra kellene alapoznunk.

Ugyanakkor van egy sor rendezetlen kérdés: ki állja a különböző költségeket? Én például nem értek egyet a jelentésnek azzal az ajánlásával, amely szerint az Uniónak kell biztosítani a szükséges infrastruktúrát. Hogy egy példát is hozzak: Magyarország, az én hazám, ahonnan jövök, jelen pillanatban az Orbán-kormánynak egy mondatban összefoglalható az energiapolitikája: oroszoktól kell vásárolni földgázt, és oroszoktól kell vásárolni orosz hitelből orosz atomerőművet. Na, most ez így messzemenőleg szembemegy az európai stratégiákkal, s mindaddig, amíg az energiamix egyféle szent tehénként tagországi hatáskörbe van utalva, addig ezeknek az itt alkotott stratégiáknak viszonylag kicsi az értelme és hatékonysága. Ugyanakkor egy ajánlás még, amennyiben likvidgázról beszélünk, ebben az esetben az eredetre nagyon oda kell figyelni, nehogy palagázból legyen ez a likvidgáz.

(Fine degli interventi su richiesta)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking this House, and in particular the rapporteur, Mr Gyürk, for his important work on this crucial file. The Commission is fully in line with these conclusions and is ready to act upon the specific challenges highlighted in the report. As the report rightly outlines, this study can have a transformative effect on reinforcing our energy security and boosting our competitiveness by providing access to liquid hubs and a diverse range of gas sources. But before I go into some of the detail, I think it is worth recalling some of the principles which underpin our strategy.

First, the diversification of the natural gas supply is a strategic objective of the European Union as domestic production declines further down the road. The Commission's LNG and gas storage strategy aims to exploit the potential of liquefied natural gas and gas storage to make the European Union gas system more diverse and flexible, thus contributing to the key Energy Union objective of a secure, resilient and competitive gas supply.

LNG can also bring benefits in terms of competitiveness as gas markets become exposed to more competition from international suppliers. In some cases the impact can be significant, as in the case of Lithuania. Furthermore, LNG also has the potential in some cases to reduce environmental impacts, especially in the transport sector. Let me reiterate: the European Union's LNG strategy was conceived with our Paris climate commitments in mind. The truth is that natural gas is likely to remain an important source for our energy mix as one possible solution for a flexible energy system which includes responsive generation, demand response, grids and storage.

As we work on decarbonising our economy, renewables will become more prominent in the European Union's energy mix, while gas will maintain its role with around 24-25%, pushing out other more polluting fossil fuels. That is why achieving our goals on diversity of gas supplies in every European Union Member State or liquid competitive markets and in meeting the needs of citizens and industry is of cardinal importance.

We pursue this diversification objective on three priority axes: opening the southern gas corridor, developing an east Mediterranean gas hub, and taking the opportunity provided by the positive developments of the global LNG market. These axes together will considerably contribute to increased competition and a downward pressure on European gas prices. We believe that a functioning and fully-integrated liquid market is the best way to achieve our gas security objectives by making the European Union attractive for suppliers and keeping prices under control through enhanced competition. That is why this strategy focuses on completing the internal gas market, both in terms of infrastructure as well as market rules, in order to provide diversification to the most vulnerable regions of the European Union.

Now on to some of the specific points raised in the report. We welcome that Mr Gyürk's report also acknowledges the importance of the established regional high-level groups in these vulnerable regions. It is only through targeted action and cooperation that we can best meet the needs of each region. These same groups are also best placed to discuss the prioritisation of infrastructure projects that can address the particular challenges. There is a successful CESEC high-level group that brings together Member States and Energy Community Countries in central and south-east Europe, has identified six key priority projects and already approve an action plan of regulatory solutions that we propose in our LNG strategy to make them happen. The BEMIP high-level group is working on a similar action plan that we will deliver before the end of the year, but I could also mention the work of the South-West High Level Group in the Iberian Peninslua.

On stranded assets, let me say that we are fully aware of the risks here, given today's constantly changing environment. We need to be mindful of which infrastructure investment we follow through and should focus on only delivering those infrastructure projects that are absolutely essential to security of supply. This is also what we propose in this strategy. A limited number of key infrastructure mainly aiming at connecting to existing import terminals and a storage capacity and one LNG terminal in south-east Europe that will serve the whole region. Here we rely on the results of existing regional cooperation. The projects put forward in the strategy have all been agreed beforehand under the three high-level groups I mentioned before.

On climate and sustainability, I fully support the report's conclusions. We need to look at both the opportunities and challenges in the LNG value chain. On this point, let me stress that the Commission will work closely with international partners to reduce methane slip in the overall LNG chain. This is absolutely crucial to ensure that the positive aspects of using LNG will not be compromised by the adverse effects of methane slip.

As mentioned in the report, we should also highlight the potential of renewable sources of gas, also in the form of liquefied biogas. These sources can often utilise existing infrastructure, extending their useful lifetime further into the future. The strategy also recognises the great potential of LNG in the transport sector, in particular in maritime and heavy road transport, where it can replace more polluting fuels. Mr Gyürk's report also highlights the potential of small-scale LNG for local industry in islands, where gas can replace oil as a fuel for power generation or feedstock.

On storage, let me say that it needs to be able to compete on a level playing field. Operators should be able to easily develop the more flexible products to match market needs. Barriers to cross-border access should be eliminated and real cooperation on the efficient use for both business user and possibility of supply purposes should be stressed. In this regard you will be happy to hear that discussions on the gas tariff network codes have finished and the special role of LNG in the European Union market is well reflected in them.

Finally, let me turn to the international aspects rightly given prominence in the report. The study, which foresees the European Union as the second largest LNG importer in the world, will play a proactive role in the international efforts to promote a liquid and transparent global LNG market. We will work with our international partners to promote gas trading rules that lead to more flexibility and the convergence of global gas markets. LNG trade is already a subject in our energy dialogues with important consumers such as Japan and current and future suppliers such as the Gulf countries, the United States and Canada, and this will be a step up in the future.

Honourable Members, allow me to finish by once again by thanking the rapporteur and by stressing the importance the Commission attaches to this strategy. It can have a significant impact across all five dimensions of the Energy Union, and I look forward to working with the European Parliament to make that happen.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani, martedì 25 ottobre, alle 12.00.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Strategia Unii Europejskiej dotycząca LNG oraz magazynowania gazu jest ważnym działaniem na rzecz poprawy bezpieczeństwa i stabilności w zakresie energii. Chciałbym podkreślić, że jednym z najważniejszych wyzwań stojących przed Unią Europejską w ramach wspólnej polityki energetycznej jest zapewnienie wszystkim obywatelom oraz podmiotom gospodarczym ciągłego i konkurencyjnego dostępu do energii, w tym gazu ziemnego. Od lat zmagamy się z problemem różnic w cenach gazu na poszczególnych rynkach Unii Europejskiej. W Europie Środkowej ceny gazu są wyższe nawet o 23 %, a rynek w tych państwach jest zbyt słabo połączony wewnętrznie. Nie możemy mówić o bezpieczeństwie energetycznym, kiedy wiele państw członkowskich jest uzależnionych od jednego dostawcy, doświadczając przy tym problemów takich jak dyskryminacja cenowa czy zaburzenia w dostawach. Kluczową kwestią rozwiązującą te problemy jest zdywersyfikowanie dostaw gazu m.in. poprzez wykorzystanie LNG, a także rozwój infrastruktury przesyłowej i magazynowej. Pragnę zaznaczyć, że bezpieczeństwo energetyczne zależy nie tylko od konkurencji rynkowej, ale także od ustawodawstwa na poziomie Unii Europejskiej i porozumień strategicznych.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – La estrategia europea para el gas natural y el GNL, no debe basarse en una sustitución del carbón por otro combustible fósil que sigue emitiendo CO_2 y sobre todo metano, más de 80 veces peor que el CO_2 para el calentamiento global. La Comisión ha pretendido desde hace años imponer el uso del gas en toda Europa, como un simple cambio de combustible, inflando predicciones de consumo sin tener en cuenta la mejora de la eficiencia energética ni la penetración de renovables. Esto ha traído como consecuencia exceso de inversión en instalaciones usadas al 25 % de su capacidad en Europa. Países como España tienen plantas que se cerraron en mismo día de su inauguración. Los importantes acuerdos del Clima, ratificados por la Unión, deben ser la base de toda estrategia energética, donde se debe anteponer la eficiencia energética y el uso de energías limpias a cualquier desarrollo de fuentes de energía con combustibles fósiles. El gas natural podría ser un respaldo transitorio para la entrada de renovables en los mix energéticos de Europa, pero se convertirá en un impedimento al desarrollo de las energías limpias si se promociona de manera cortoplacista como reducción de emisiones de C02.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – Having an adequate strategy for liquefied natural gas and gas storage is of key importance to Europe's energy security. Some Member States, such as Lithuania, have rightfully invested in a new LNG terminal, thereby decreasing their dependency on Russian gas, whereas others are wasting money on foolishly increasing their dependency on such an unreliable source. Russia has demonstrated on countless occasions that it is not a reliable partner to the EU and does not hesitate to wield energy as a political weapon. It would be extremely irresponsible to jeopardise our citizens' wellbeing by subjecting their energy security to the whims of the Kremlin. We must therefore strongly oppose the doubling of the North Stream pipeline. The current pipeline is used in only half of its capacity; therefore, the only reason to double it is to divert all gas transit away from Ukraine in order to further destabilise the country. Furthermore, we currently lack sufficient interconnections for that gas to make its way back to our eastern Member States; North Stream 2 would therefore put them in a much more precarious position. Some of those states are also landlocked, which further impedes their access to LNG brought in by ships.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

20. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Isabelle Thomas w imieniu Komisji Rybołówstwa pt. „W jaki sposób ujednolicić kontrole rybołówstwa w Europie?" (2015/2093(INI)) (A8-0234/2016).

Isabelle Thomas, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, sur les quais des ports de pêche, les informations se propagent plus vite que sur les ondes, que ce soit pour critiquer les dernières réglementations ou pour commenter les prix de la pêche du jour. Écouter les quais permet souvent d'identifier de possibles dysfonctionnements de nos politiques. Or, depuis plusieurs années, et quel que soit le pays de l'Union européenne, on entend partout sur les quais la même rengaine: celle qui raconte que le contrôle des pêches serait moins sévère chez les voisins que chez soi.

Une rumeur n'a certes jamais signifié qu'il y avait un fond de vérité, mais sa persistance méritait que l'on approfondisse la question. J'ai donc mené l'enquête avec l'appui de mes collègues de la commission de la pêche du Parlement et rédigé, sur cette base, un rapport d'initiative. En effet, ce sentiment d'iniquité dû à l'application différenciée du règlement selon le pays pose la question non seulement de l'efficacité mais aussi de la crédibilité de l'Union européenne. Le règlement est censé s'appliquer à tous et il n'est pas acceptable que ce ne soit pas de manière identique. Le respect de la règle conditionne pourtant les résultats de durabilité et de modernité de l'activité de pêche.

Dans ce rapport, j'ai souhaité analyser les failles de la réglementation et de son application, failles qui conduisent à ce sentiment d'injustice. Le deuxième objet de ce rapport est de proposer des solutions pour harmoniser le contrôle de la politique commune de la pêche, dont je rappelle qu'elle est censée représenter l'une des politiques les plus intégrées en Europe.

Je me réjouis bien sûr du travail constructif mené en commission, où la contribution de chacun a permis de dresser un panorama presque complet de la situation du contrôle en Europe. Je remercie bien sûr plus particulièrement les rapporteurs fictifs.

Ce rapport souligne le caractère caméléon du règlement «contrôle» au sens où, selon la couleur du pays, il s'applique différemment, qu'il s'agisse du champ d'application du règlement de contrôle ou des procédures et des stratégies.

Ce rapport révèle également que chaque État membre met en place ses propres référentiels de formation des contrôleurs, que les formations des pêcheurs sont disparates et qu'il n'existe d'ailleurs pas toujours de formation au contrôle.

Le mandat trop limité de l'agence de contrôle des pêches, dont le rôle principal devrait être, justement, d'harmoniser les pratiques, est aussi mis en lumière. Il apparaît donc pertinent de créer une formation européenne des contrôleurs et d'élaborer un référentiel unique en matière de contrôle.

La formation à destination des pêcheurs devrait également être renforcée. Il convient aussi d'européaniser les procédures et de renforcer le rôle de l'agence de Vigo en augmentant ses moyens et en élargissant son champ d'application.

Il me semble en outre urgent que les procédures de contrôle soient transparentes et standardisées, et que les différents corps de contrôle se coordonnent au sein d'une même zone géographique.

Mais le dysfonctionnement le plus grave, c'est que les États membre peuvent transposer différemment la réglementation du fait d'un grand nombre de dispositions facultatives à l'intérieur même du règlement «contrôle» ainsi que de l'inapplicabilité de certaines d'entre elles, ce qui peut mener à une interprétation subjective des contrôleurs.

Il sera donc incontournable de supprimer les mentions facultatives et de clarifier mais aussi de simplifier la législation communautaire existante lors de la prochaine révision du règlement «contrôle».

Les procédures juridictionnelles et les sanctions sont, elles aussi, différentes à travers l'Union. Pour une même infraction, la sanction peut être de nature administrative ou pénale. Il apparaît légitime de mettre en œuvre à l'avenir un règlement où la même sanction sera appliquée pour la même infraction et d'introduire des mesures incitatives.

Par ailleurs, les instruments, outils et moyens financiers utilisés pour réaliser les contrôles varient, eux aussi, d'un État membre à l'autre. D'ailleurs, le point le plus urgent, d'après les contrôleurs que nous avons entendus de tous les pays, concerne les données et la compatibilité des instruments.

Les bases de données utilisées par les États membres ne font pas toujours l'objet d'un partage, pourtant indispensable à l'évaluation des risques et à la stratégie de contrôle.

Je terminerai par la question de la plaisance, qui sera mise à l'épreuve durant les votes de cette semaine. Si nous voulons parvenir à l'adéquation entre les droits de pêche et l'état de la ressource halieutique, il est primordial que cette activité aussi soit contrôlée.

Rappelons que nous sommes à quelques encâblures de la révision du règlement sur le contrôle des pêches annoncée par la Commission. Je ne doute pas que les préconisations adoptées par le Parlement seront prises en compte dans la future proposition.

Pytania z sali

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I must say I learned an awful lot from listening to the rapporteur, Ms Thomas, and I congratulate her and thank her for what she said, because I have had several queries from fishermen and women in Ireland about the exact issues that she raised. And she explained why it is so: it is because the laws are transposed differently; there are voluntary aspects to it. Training is different for inspectors across Europe; training is different for fishermen; the penalties are different. Now, for what is called a common fisheries policy, that makes absolutely no sense. But it does explain the fact that, in my country at least, many of the fishing communities feel that the inspectorates especially go overboard and that these issues are probably gold-plated at national level. So there is need for harmonisation across Europe, and I think she has put her finger on the exact difficulty we have, and if we do that, then we can have a better and more equal system. I will just give you just one example. Recently dolphins were found dead off the Irish coast with ropes tied onto them, and the feeling is that the big super-trawlers are getting away with it while the smaller people are being pursued.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, é realmente importante criar uma estratégia para que o controlo das atividades da pesca na Europa se torne mais eficiente e mais justo. Como realça a relatora, a nossa Colega Isabelle Thomas, e que aproveito para congratular pelo trabalho realizado, há diferenças significativas na abordagem legal e o preço final entre os diversos Estados-Membros e que promovem injustiças e incompreensão.

Para além da harmonização a nível nacional, há outros instrumentos que poderão parcialmente mitigar este problema. Por exemplo, há que estabelecer propostas formativas com génese na Agenda Europeia de Controlo das Pescas a utilizar pelas pensões nacionais e regionais.

Parece-me também muito interessante reforçar a utilização de novas tecnologias e a cooperação internacional, incluindo a de países terceiros.

Por todas estas razões, irei apelar ao voto positivo do relatório proposto e volto a felicitar a relatora.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η διασφάλιση ουσιαστικού ελέγχου των αλιευτικών δραστηριοτήτων είναι προϋπόθεση για την εξασφάλιση μιας βιώσιμης εκμετάλλευσης των θαλάσσιων πόρων, αλλά και για να υπάρξουν ισότιμοι όροι ανταγωνισμού μεταξύ των στόλων της Ένωσης. Προκειμένου να υπάρξει αυτός ο ανταγωνισμός και να διασφαλιστεί η ισότητα στη μεταχείριση των αλιέων, προτείνει η Ευρωπαϊκή Ένωση τη ρύθμιση ενός κοινού κανονισμού ελέγχου της αλιείας.

Ωστόσο, σε χώρες όπως η Ελλάδα, όπου οι αλιείς βιώνουν τις συνέπειες του αγροτικού μνημονίου της τρόικας, η Ένωση κάθε άλλο παρά ενισχύει τον αλιευτικό τομέα. Οι φορομπηχτικές πολιτικές, κύριε Vella, που επιβάλλει η Επιτροπή μέσω της τρόικας οδηγούν τους παράκτιους αλιείς στην υποβάθμιση, ενώ ο πρωτογενής τομέας πλήττεται όλο και περισσότερο. Είναι επομένως αναγκαίο η Ένωση να δώσει έμφαση στην ενίσχυση της γαλάζιας οικονομίας, στην αύξηση της χρηματοδότησης στον αλιευτικό τομέα, ενώ σε σχέση με την Ελλάδα, κύριε Vella, θα πρέπει επιτέλους να μπει φραγμός στη φορομπηχτική πολιτική που πλήττει τα εισοδήματα και τα συμφέροντα των αλιέων και τους έχει φτωχοποιήσει.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, desetljećima slušam kako se međusobno optužujemo na Jadranu. Uglavnom, naravno, mi smo iz Hrvatske vrlo nezadovoljni s onim što su desetljećima radili talijanski ribari, a sada u sjevernom Jadranu je naravno velika gužva, jer imamo i slovenske ribare i hrvatske ribare i talijanske ribare, a ribe je malo, školjaka je malo, more je malo, a potražnja za ribom je vrlo velika.

Zato podržavam ovo izvješće jer govori o tim problemima na jedan vrlo jasan i otvoren način, o delikatnim temama, jer ribari su, naravno, naša velika briga i definitivno sam siguran da je jedinstvena ribarska politika, a s druge strane i ono što mi želimo učiniti kad govorimo o nadzoru ribarstva, pravi put. Moramo zaštititi ribare, ali moramo zaštititi i ribe da bi ti isti ribari mogli dugo obavljati svoj posao.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, povjereniče Vella, smatram da je ova tema jako važna zbog toga što zajednička ribarska politika sigurno treba definirati održivi razvoj ribarstva u Europskoj uniji i pogotovo onih država članica koje posjeduju to bogatstvo, ali i tradiciju.

Tu bih htio skrenuti pažnju na to da zapravo u okviru te zajedničke ribarske politike ne smijemo zaboraviti na to da bi ona zapravo trebala na neki način biti i usmjerena na to da imamo dijelove koji su orijentirani na tradicionalno ribarstvo, koje trenutačno u toj zajedničkoj ribarskoj politici nije prepoznato. Postoje određene kategorije naših ribara koji su upravo tim jednim zajedničkim rješenjem i ugroženi jer im ono zapravo predstavlja egzistenciju, odnosno egzistenciju njihovih obitelji.

Zbog toga smatram da je jedna zajednička platforma na kojoj treba graditi kontrolu svakako dobrodošla, ali da treba uvažavati i specifičnosti pojedinih država članica koje su već tradicionalno orijentirane na ribarstvo.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, è fondamentale assicurare un controllo efficace delle attività di pesca per garantire uno sfruttamento sostenibile delle risorse biologiche marine e per mantenere condizioni di parità tra le flotte dell'Unione europea. Purtroppo va evidenziato che le diversità dei campi di applicazione dei controlli e i luoghi in cui essi vengono eseguiti determinano di fatto effetti discriminatori relativamente ai controlli. In alcuni Stati membri sono previsti controlli dal pescherecio alla tavola, in altri invece vengono controllati solo alcuni anelli della catena escludendo, ad esempio, il trasporto delle catture o la ristorazione.

Esistono troppe disposizioni sul controllo delle attività di pesca, al punto che alcune di esse risultano addirittura contraddittorie, così come sono previste troppe deroghe ed eccezioni. Auspicabile sarebbe dunque una semplificazione e rivisitazione del regolamento 1224, al fine di istituire un regime di controllo comunitario per garantire il rispetto delle norme della politica comune della pesca e di migliorare l'attuazione delle norme nei vari Stati membri favorendo innanzitutto una maggiore armonizzazione delle stesse. Congratulazioni alla relatrice, Isabelle Thomas.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, razgovarajući s ribarima često čujem kako se žale da se njihovo zanimanje kontrolira više no bilo koje drugo. Također, u pojedinim državama članicama kontrole ribarstva su puno strože u odnosu na susjedne države članice.

Neke članice provode kontrole počevši od ribolovnog alata pa do konzumacije, dok ostale naglasak stavljaju samo na neke dijelove opskrbnog lanca. Potrošači imaju pravo na informacije o podrijetlu hrane. Stoga smatram da bi odgovarajući sustav kontrole poboljšao sljedivost proizvoda ribarstva i povećao razinu povjerenja potrošača.

Zbog osjećaja nepravde potrebno je uskladiti kontrole ribarstva unutar Europske unije, respektirajući interese i nadležnosti pojedinih država članica. Prisutan osjećaj nepravde u sektoru ribarstva umanjio bi se pojednostavljenjem i poboljšanjem zakonodavstva Unije te smanjenjem postojećeg administrativnog opterećenja.

(Koniec pytań z sali)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, we greatly appreciate the report by Isabelle Thomas and the work of the rapporteur, the shadows and their teams.

Effective fisheries control is indispensable if we want to improve the governance of the oceans and we, the European Union, can only make a credible case for effective controls outside the EU if our own record is clean. Therefore the Commission is now evaluating the regulation on control of fisheries for assessing its implementation and the impact on the common fisheries policy five years after its entry into force. This makes the report very well timed and useful, as it complements the work carried out by the Commission. The findings and recommendations of the report will feed into our own work and will be taken into consideration in conceiving the next actions needed for improving the current system of control of fisheries.

The regulation on control of fisheries, which entered into force in 2010, changed significantly the previous control system, introducing the use of new technologies, a new management system and new principles and obligations. Thanks to this reform, the fishery control system has improved, and this has led to an overall increase in compliance with the common fisheries policy. However, if some good results have been achieved, still more should be done. Preliminary assessment of the regulation on control of fisheries shows that, while there is a good legal framework, improvements can be made, particularly on its implementation by the Member States.

In brief, the report stresses that the different implementation in the Member States and their diverse commitment in its application hinder – as was said by a number of speakers – the level playing field among operators and therefore their confidence in the system and respect of the rules. The implementation by Member States greatly differs in the sanctioning system and control procedures and methods in the management of control, the training of inspectors, technologies and tools used, IT development and data sharing and exchange. All these have been noted.

The principles embedded in the report go very much in the same direction as the Commission's policy. We all recognise that having a uniform and harmonised control system of fisheries contributes to ensuring a level playing field of operators across Europe. This is important, not only in terms of treatment, but in the very end fundamental for ensuring sustainable fishing.

Compliance with the common fisheries policy (CFP) cannot be achieved without awareness and support from fishermen and, in order to achieve this, we need to have their trust and cooperation. We agree with the report on the importance of continuing to fight illegal fishing and to strengthen the quality, completeness and reliability of catch data. We also agree on the underlying need to strengthen collaboration between Member States themselves and also between Member States, the Commission and the European Fisheries Control Agency, including the need to share control data in real time.

The contribution of the European Fisheries Control Agency to the level playing field in the control of fisheries is critical. Their activities and operational coordination, development of standards and training are greatly appreciated by all stakeholders. Compliance with the rules of the common fisheries policy is improving. Its enforcement relies on a comprehensive and sound control system with dissuasive, proportionate and effective sanctions applied by Member States.

So effective actions by Member States remain essential. Let me thank you once again for this report and the fruitful discussion. We look forward to further working with the Parliament in a good spirit of cooperation.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – This report was drafted in preparation of the forthcoming Control Regulation. In brief it could be said that controls are part of the regulatory conditions under which the exploitation of the fish resources may be conducted. Therefore it is important to ensure effective controls of fisheries activities in order to guarantee sustainable exploitation of living marine resources and maintain a level playing field among EU fleets. In that context Member States should ensure effective implementation of the Control Regulation. As we know the significant improvement in the control regime has been made thanks to the current legislation in force. That not only proves that European regulations make sense but also are crucial in combating degradation of our environment.

There is one point I truly want to underline: controls should not be intended as a measure where fishers are treated as criminals. The prime function of controls should be to increase compliance to agreed management measures by increasing deterrence and voluntary compliance and thus decreasing violations. A balance between enforcement and voluntary compliance should be achieved for each fishery. Participatory management involving fishers and other interested parties is a key tool required by all fisheries (artisanal, small-scale and commercial) in order to ensure an increase in compliance.

21. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Tomasza Piotra Porębę w imieniu Komisji Transportu w sprawie usprawnienia połączeń i poprawy dostępności infrastruktury transportowej w Europie Środkowo-Wschodniej (2015/2347(INI)) (A8-0282/2016).

Tomasz Piotr Poręba, *sprawozdawca*. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Bardzo się cieszę, jestem bardzo rad, że dzisiaj tu, na forum Parlamentu Europejskiego, mogę przedstawić sprawozdanie dotyczące zwiększenia dostępności komunikacyjnej Europy Środkowo-Wschodniej. Myślę, że wszyscy, jak tutaj na tej sali siedzimy, zgodzimy się, że jeżeli w ostatnich latach – nie ma wątpliwości – doszło do integracji na poziomie politycznym w Unii Europejskiej, to jednak ta integracja na poziomie transportowym wciąż wymaga bardzo dużo wysiłku i pozostawia bardzo dużo do życzenia. To sprawozdanie traktuje właśnie o tym, pozycjonuje, wskazuje najbardziej strategiczne połączenia transportowe: drogowe, kolejowe, lotnicze, które w najbliższych latach Unia Europejska i kraje członkowskie leżące na jej wschodniej flance powinny budować i w które powinny być inwestowane europejskie środki.

Ale ktoś zada pytanie, jaka powinna być główna idea tego unijnego projektu, jakie kierunki powinny być w sposób szczególny brane pod uwagę? Otóż, w moim przekonaniu, wschodnia flanka wymaga mocnego doinwestowania w transport w kierunkach z północy na południe. To jest strategiczny kierunek, na którym w sposób szczególny powinniśmy się koncentrować. Bo czymże jest zwiększenie dostępności komunikacyjnej? Myślę, że każdy z państwa wie – mówią o tym badania, mówią o tym różne analizy, raporty – że to wzrost konkurencyjności, że to napływ inwestycji zagranicznych, że to wzrost, Drodzy Państwo, poczucia bezpieczeństwa, o czym bardzo często również w moich rozmowach wspominali komisarze Unii Europejskiej. Tak, poczucia bezpieczeństwa na wschodniej flance Unii Europejskiej, bo lepiej skomunikowana, dobrze zorganizowana sieć połączeń, dobrze skomunikowana wschodnia Europa to Europa bezpieczniejsza.

Jakie najważniejsze szlaki komunikacyjne, w które będziemy inwestować, powinniśmy inwestować w najbliższych latach, pozwoliłem sobie przedstawić w moim sprawozdaniu? Bez wątpienia, Drodzy Państwo, jest to szlak Rail Baltica i Via Baltica, łączący kraje bałtyckie, przez Polskę, z południowym zachodem Europy. Na pewno Via Carpatia – projekt, o który zarówno ja, jak i wielu moich kolegów zabiegamy przez ostatnie lata. To projekt kluczowy dla mieszkańców wschodniej flanki Unii Europejskiej, projekt, który ma szansę przyspieszyć jej rozwój, projekt, który ma szansę dać poczucie bezpieczeństwa mieszkańcom Europy Wschodniej, w tym Polski, w tym mojego regionu Podkarpacia. Mieszkańcy Rzeszowa, Niska, Stalowej Woli, Barwinka, Krosna czekają na tę drogę. Bez tej drogi wyrównanie szans rozwojowych nie będzie możliwe – nie doszlusujemy, nie dołączymy do zachodniej Europy bez tej drogi, bez drogi Via Carpatia.

Ale w moim sprawozdaniu wskazuję też ważne, istotne połączenia rzeczne, udrożnienie połączeń między Łabą, Odrą i Dunajem, między Dunajem a Renem, wskazuję istotne, ważne, potrzebne w przyszłości do inwestowania kierunki towarowe: Szlak Bursztynowy, szlak jedenasty, który ma wszelkie możliwości usprawnić rozwój i polepszyć rozwój, wymianę handlową między Polską, Węgrami Słowacją czy Słowenią. To są, Drodzy Państwo, te zapisy, które w tym sprawozdaniu się znajdują i które – tak jak powiedziałem – mają strategiczny charakter i taki bardzo, ale to bardzo, przemyślany format uzgodniony w dużej części również zarówno między grupami politycznymi, jak i z Komisją Europejską.

I na koniec, Drodzy Państwo, chcę podziękować kontrsprawozdawcom, sprawozdawcom z innych grup politycznych, którzy ze mną współpracowali nad tym sprawozdaniem. Jestem bardzo z tej współpracy zadowolony. Myślę, że wspólnie osiągnęliśmy znakomity efekt w postaci tego sprawozdania, które – powtarzam – ma szansę być strategicznym dokumentem na przyszłość dla Unii Europejskiej, jeżeli chodzi o rozwój transportu w jej wschodniej części.

Pytania z sali

Andor Deli (PPE). – Mr President, first I would like to thank the rapporteur and the other shadows for the very fruitful cooperation during the preparation of the report. It was evident from the beginning that despite the different political and geographical backgrounds, everybody was focusing on the interests of the CEE region.

The transport infrastructure in Central and Eastern Europe has undergone substantial modernisation with the help of the EU since the accession of the new Member States. Now it is obvious that we need a further boost to improve cross-border connectivity along the north-south direction in order to facilitate job creation and provide economic growth throughout the region, with special attention to projects such as Rail Baltica or Via Carpatia.

Creating viable transport ties will additionally contribute to sustainability and security along the outer borders of the EU towards the east and towards the Western Balkans as well. Finally, it is also essential to exploit synergies in funding between the different financial instruments of the European Union without losing sight of the principle of sustainability.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con gli orientamenti TEN-T di un meccanismo per collegare l'Europa sono state gettate le basi per l'attuazione della politica UE in materia di infrastrutture di trasporto per l'arco temporale 2020-2030. Gli Stati membri dell'Unione europea dovranno, dunque, cooperare in maniera proficua per ultimare la rete centrale strategica entro il 2030 e quella globale entro il 2050. Persistono, tuttavia, gravi lacune in termini di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto in tutta l'Unione europea centrale e orientale ed è importante risolvere tale problematica in tempi brevi, in particolar modo nelle zone rurali e nelle regioni di confine, cercando di arginare così il progressivo calo della popolazione. Ritengo che i collegamenti di trasporto sostenibili debbono essere intesi come un fattore di promozione della sicurezza e della stabilità del confine orientale dell'Unione europea e dei Balcani occidentali. Per raggiungere gli obiettivi previsti dal TEN-T vanno realizzati i collegamenti mancanti e, conseguentemente, eliminati gli ostacoli per i passeggeri e per le merci.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα πρώτα απ' όλα να συγχαρώ τον εισηγητή, τον κύριο Poręba, για την εισήγηση την οποία έκανε. Οι μεταφορές αποτελούν βασικό πυλώνα της οικονομίας μας, συνεισφέροντας 548 δισεκατομμύρια ευρώ και εξασφαλίζοντας περισσότερες από 11 εκατομμύρια θέσεις εργασίας. Οι μεταφορές όμως ταυτόχρονα ευθύνονται και για το 25% των εκπομπών αερίων του θερμοκηπίου, με πάνω από το 70% να προέρχεται από τις οδικές μεταφορές. Για τον λόγο αυτό, η Ευρωπαϊκή Ένωση οδηγείται πλέον σε εναλλακτικές μεταφορές, σε μέσα μαζικής μεταφοράς και ιδίως στον σιδηρόδρομο. Η ενίσχυση των σιδηροδρομικών μεταφορών θα επιφέρει σημαντική μείωση των κλιματικών επιπτώσεων, της ατμοσφαιρικής ρύπανσης, καθώς και των τροχαίων ατυχημάτων. Σύμφωνα με τα τελευταία στατιστικά, πάνω από 26.000 άνθρωποι έχασαν τη ζωή τους στους δρόμους της Ευρώπης το περασμένο έτος, αριθμός που σημειώνει αύξηση για πρώτη φορά μετά το 2001. Επομένως, εκτός από τη δημιουργία νέων υποδομών, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να επενδύσει στον

εκσυγχρονισμό, στην περάτωση των υφιστάμενων υποδομών και στην ενίσχυση των ελέγχων, προκειμένου να μειωθούν τα οδικά ατυχήματα, καθώς και να λάβει μέτρα για τη στήριξη των οδικών μεταφορών και των μεταφορέων.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Herr talman! Om jag istället för att resa hit från Sverige kom med tåg från min andra hemstad, Sarajevo i Bosnien, skulle denna resa ta 48 timmar. Jag är väldigt tacksam att jag är svensk parlamentariker. Det är extremt mycket enklare att vara det.

Det här är naturligtvis orimligt. Brist på tåg- och vägförbindelser har skapat stora – enorma – kommunikationsproblem i östra Europa och har hindrat ekonomisk utveckling, skadat jobben, minskat rörligheten av varor, tjänster och människor och skadat turismen, skapat problem med energitillgången och försämrat klimatproblematiken. Därför måste vi göra något åt det.

Jag är väldigt glad att kommissionen redan har föreslagit ett paket, det är bara att välkomna. Men jag hoppas att det ska komma mer och hoppas att insatserna ska ske snabbt och att pengarna så småningom ska bli fler, så att utvidgningen i östra Europa blir mer omfattande och att uppföljningen sker tillräckligt ofta, så att resor i regionen inte längre känns som en absurditet.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, koristim priliku zahvaliti izvjestitelju zbog toga što je u svom izvješću zbilja istaknuo vrlo važnu temu koja je za sve države članice i njihove građane jako važna, a to je prometna i transportna infrastruktura. Pogotovo što je istaknuo važnost regionalne željeznice, odnosno povezivanja među državama članicama koje trenutačno nedostaje i što je zapravo jako važno ne samo za promet, nego za razvoj poduzetništva i gospodarstva, odnosno gospodarske suradnje, prekogranične suradnje između tih država.

Također bih zahvalio što je u svoje izvješće uvrstio i to da treba jačati biciklističku mrežu EuroVelo koja je također jedna dobra alternativa, odnosno slijed prema održivom transportu.

Vezući se na tu željezničku infrastrukturu, evo osvrnuo bih se na onu interrail kartu koja bi se trebala mladima za 18. rođendan dijeliti da mogu besplatno putovati Europom i vjerujem da će upravo to pokazati kako mladi u jugoistočnoj Europi zapravo nemaju mogućnost da putuju željeznicom jer željeznica praktički postoji, ali željeznica 19. stoljeća.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, prometno povezivanje srednje i istočne Europe jedan je od najvećih infrastrukturnih izazova s kojima se Europska unija danas suočava.

Višedesetljetno zanemarivanje ključne prometne infrastrukture u nekadašnjim komunističkim državama, kao i izostanak strateškog planiranja u njihovom prometnom povezivanju sa susjedima zbog izolacionističke prirode bivših režima, ostavili su trag koji moramo izbrisati želimo li ujednačeni razvoj cijele Europske unije.

Kolega Poreba odradio je sjajan posao s ovim izvješćem i pokazao kako ovaj dom može predvoditi procese koji će dovesti do boljeg povezivanja država članica i lakšeg protoka ljudi i roba. Bez toga, uostalom, nikad nećemo moći iskoristiti sav potencijal jedinstvenog tržišta pa je ovo izvješće iznimno važno i u tom kontekstu.

Posebno pozdravljam preporuku o uvrštavanju hrvatske luke Rijeka u koridor Baltik – Jadran. Nadam se da će Komisija prepoznati važnost takvog poteza koji je od posebnog interesa i za Hrvatsku i za Europsku uniju.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, zemlje srednje i istočne Europe se susreću sa sličnim prometnim problemima kao i ostale zemlje Europske unije, samo što su ti problemi još teži. To znači zanemarenost željezničkog prometa, zanemarenost riječnog prometa, pogotovo kada se ima na pameti da Dunav prolazi kroz istočnu Europu i da jedan od koridora Rajna – Dunav prolazi, dakle, kroz istočnu Europu. Da ne spominjem da gotovo niti jedna zračna luka nema priključak na željezničku mrežu.

Zato sam pozvao zemlje da bolje međusobno surađuju i Komisiju da ih na neki način potiče na bolju suradnju kako bi se njihove razlike premostile i tako Europa bila bolje povezana. Važnost ovoga izvješća je zbog toga što se ono nastavlja na zemlje zapadnog Balkana koje su postale dio te mreže, a njihovo povezivanje će biti prometno povezivanje, što će značiti bolju povezanost s Europom i međusobno bolje razumijevanje.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, neću govoriti o velikim temama, govorit ću i zahvaliti se što je prihvaćen amandman gospodina Radoša i mene te je na taj način potencijalno sada i riječka luka postala dio mreže TEN-T. To je nešto što je od iznimne važnosti za transport na sjevernom Jadranu.

Želim govoriti o jednom malom detalju jer te mreže TEN-T završavaju negdje i ponekad dvadeset, pedeset kilometara rješava povijesni problem i zato želim naglasiti problem izolacije u željezničkom prometu grada Pule i istarskog poluotoka, gdje hrvatske željeznice ulaze u slovenske željeznice i nemaju direktni kontakt, nisu teritorijalno povezane. Pula ima plan napraviti morski putnički terminal, ima željezničku luku – idealan intermodalni promet se može stvoriti u ovom trenutku ako uključimo i željezničku liniju u mrežu TEN-T, a radi se o oko osamdeset kilometara.

Dakle, pozivam vas da razmislite i o tome, da i taj detalj riješimo i da onda imamo cijeli sjeverni Jadran uključen u koridore TEN-T.

(Koniec pytań z sali)

Karmenu Vella, *Member of the Commission*. – Mr President, on behalf of my colleague, Commissioner Violeta Bulc, I would first of all like to congratulate the Committee on Transport and Tourism (TRAN) and specifically the rapporteur, Mr Poręba, on taking the initiative to present this report, which highlights the importance of connectivity across the EU.

The Commission has continuously promoted the improvement of physical connections between the Member States. They are crucial for fostering cohesion, for the proper functioning of the internal market and for generating economic growth and employment. This is the cornerstone of the TEN-T policy framework renewed in 2013. The TEN-T policy and its corridors take into consideration the specific needs of Central and Eastern European states to improve their connection with the rest of Europe.

I would just mention the North Sea-Baltic Corridor that integrates the Rail Baltica project or the Rhine-Danube Corridor that emphasises the development of the Danube. We welcome the report, acknowledging the hard work of the European coordinators in developing their corridors and strongly supporting their efforts. The Commission will continue to concentrate its efforts on the effective delivery of the priorities identified in the TEN-T framework. The process of reviewing this policy framework will start in 2023 only, to allow the stability needed for the corridors to be completed. As experience shows, there is still an unequal development of transport infrastructure across the individual modes, with great priority still being given to roads when allocating national and local public funds. The Commission will therefore continue to prioritise sustainable modes of transport in line with the objectives of our Transport White Paper and our commitment to combating climate change.

We acknowledge the need to continue providing funding support for the development of rail or inland waterways infrastructure in Central and Eastern European Member States. The European Union will continue to support relevant investments through the European Fund for Strategic Investments (ESIF) and the Connecting Europe Facility (CEF). The CEF uptake in the cohesion Member States has been exemplary after the second call. Several national envelopes have already been entirely used. The third call, launched on 13 October, will be an occasion for the other cohesion Member States to fully absorb their respective allocations.

However, since the pipeline of projects is well beyond the possibilities offered by the CEF budget, we welcome the report's call to mobilise further the key players to find additional sources of funding for key projects. We need to keep mobilising Central and Eastern European countries to fully use the potential of the opportunities offered by the Investment Plan for Europe. This is the new way forward for financing the infrastructure projects. We will thus continue to work closely with the EIB on the appropriate geographical coverage of the EFSI.

Finally, the Commission acknowledges the high complexity of the regulatory, administrative and permitting procedures entailed by the implementation of the transport projects. This particularly impacts infrastructure projects with a cross-border dimension. The Commission is therefore currently working on identifying solutions to streamline procedures and facilitate project implementation, thus generating more investment in the transport sector.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni a tárgyalt jelentés. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti. A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról-délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról. Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keret biztosítottnak látszik.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Kvalitné dopravné spojenia majú zásadný význam pre podporu podnikania, hospodárskeho rastu a súvisiacu tvorbu pracovných príležitostí. Ide o zvyšovanie kvality života našich občanov. Už roky počúvajú od rôznych vlád napríklad o potrebe dobudovania diaľničnej infraštruktúry. Situácia sa v poslednom čase nepochybne zlepšila. V porovnaní s okolitými štátmi je to však stále nepostačujúce. Nevyhnutná je aj výraznejšia podpora lepšieho vzájomného prepojenia dopravných sietí medzi štátmi V4, ako aj v celom regióne strednej a východnej Európy. Vyžaduje si to zintenzívnenie vzájomnej spolupráce a značné investície. Okrem štrukturálnych a investičných fondov na to Európska únia ponúka viaceré finančné mechanizmy. Tie možno využiť napríklad prostredníctvom Európskej investičnej banky, Európskej banky pre obnovu a rozvoj či Európskeho fondu pre strategické investície. Okrem prepájania cestnej a železničnej dopravnej infraštruktúry či podpory lokálnych letísk má región strednej a východnej Európy výrazný potenciál aj z hľadiska rozvoja vodnej dopravy.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Dostęp do wysokiej jakości połączeń infrastrukturalnych i transportowych ma nie tylko kluczowe znaczenie dla rozwoju gospodarczego Europy i zapewnienia spójności społecznej, ekonomicznej i terytorialnej, ale ma także olbrzymi wpływ na proces budowania idei silnej zjednoczonej Unii Europejskiej oraz dobrze funkcjonującego wspólnego rynku. Dzięki funduszom unijnym w krajach nowej Unii bardzo dużo się zmieniło – infrastruktura transportowa została w olbrzymim stopniu zmodernizowana, a przepływ towarów, ludzi i usług diametralnie się zwiększył. Niemniej jednak ze względu na uwarunkowania historyczne i geograficzne nadal widoczne są ogromne różnice w rozwoju gospodarczym między wschodem a zachodem Europy. Dlatego bardzo istotne jest, abyśmy w planach inwestycyjnych dotyczących wzmacniania nowoczesnego, konkurencyjnego i zasobooszczędnego europejskiego systemu transportowego uwzględnili przygraniczną część wschodniej Europy – zwłaszcza w kontekście zapewnienia dostępu do nowoczesnej infrastruktury kolejowej i drogowej – co pozwoliłoby na przyspieszenie rozwoju, wzrost inwestycyjnej atrakcyjności tego obszaru, spadek bezrobocia na tym terenie, a także wzmocnienie bezpieczeństwa na granicy.

Dlatego też zwracam się do Komisji Europejskiej, aby w swoich planach w zakresie przyszłej polityki transportowej w większym stopniu uwzględniła Europę Środkowo-Wschodnią.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Трансевропейската транспортна мрежа TEN-T предоставя основна инфраструктура за стимулиране на европейския туризъм. Развитието на туризма в Европа зависи основно от капацитета на държавите членки да инвестират в ифраструктура и в създаване на сигурен и безопасен транспорт за своите туристи. За България, развитието на железопътна и пътна инфраструктура и насърчаването на мултимодалния транспорт са от ключово значение за развитието на туризма. Изграждането на интермодален транспорт за достигане до туристически дестинации ще създаде по-лесен достъп до повече обекти и ще спомогне за по-разнообразна целева група от туристи. Важно е да се таргетират „умни инвестиции“, основаващи се на реалистични възможности за финансиране.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Raportul privind situația infrastructurii și conectivității din Europa Centrală și de Est reprezintă un pas important în direcția îmbunătățirii sistemului de transport la nivel european, recunoscând că există un decalaj semnificativ între estul și vestul continentului. Se trage astfel un semnal de alarmă cu privire la efectele pe care aceste diferențe de dezvoltare le au asupra economiei întregii Uniuni și asupra viitorului politicilor de coeziune. Reprezentând jumătate din Europa, țările din est au nevoie de sprijinul tehnic și financiar al executivului european pentru a facilita implementarea planurilor de infrastructură. De aceea, Comisia trebuie să vină cu o strategie clară pentru Europa Centrală și de Est care să integreze planurile mari de infrastructură, luând în considerare atât discrepanțele de la

o regiune la alta, cât și nevoia unei mai bune cooperări între autoritățile naționale și instituțiile de la Bruxelles. Parlamentul European își exprimă sprijinul pentru o astfel de strategie și se recomandă crearea unei linii bugetare pentru infrastructura est europeană și pentru sporirea capacității administrative. Totodată, este necesară utilizarea corespunzătoare a fondurilor structurale și de coeziune. Pe fondul unei absorbții slabe a acestora, solicit ca țări precum România să primească asistență tehnică pentru elaborarea de proiecte și utilizarea instrumentelor financiare.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Visokokakovostne prometne povezave so temeljnega pomena za gospodarski razvoj v Evropi in za kakovost življenja evropskih državljanov. Prometna infrastruktura je v večini regij osrednjega in vzhodnega dela EU, v primerjavi z drugimi evropskimi regijami, še vedno manj razvita.

Povezanost in dostopnost prometne infrastrukture v tem delu pa je eden od ključnih načinov za uresničitev ciljev kohezijske politike. Tudi Slovenija je ena od držav, ki ima še kar nekaj nerešenih izzivov v zvezi z dostopnostjo ter povezanostjo prometne infrastrukture in bi se morala osredotočiti na odpravo vrzeli.

S tem ne bi omogočili zgolj nemotenega prometa, ampak bi zagotovili tudi nove poslovne priložnosti. Države članice in Komisija bi morale pri izvajanju projektov prometne infrastrukture zagotoviti tudi sinergijo in medsebojno dopolnjevanje sredstev iz instrumenta Connecting Europe, evropskih strukturnih in investicijskih skladov ter instrumentov Evropske investicijske banke in Evropske banke za obnovo in razvoj, da se bosta bistveno izboljšali njihova uporaba in diverzifikacija, saj gre za projekte, ki zahtevajo velike naložbe. Hkrati bi s tem krepili gospodarstvo in ustvarjali nova delovna mesta.

22. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są jednominutowe wystąpienia w znaczących kwestiach politycznych (art. 163 Regulaminu).

Iuliu Winkler (PPE). – Elnök Úr! Nem csak árvák lehetnek árvák. Ha egy gyermek testi, lelki, szellemi, fizikai integritása veszélyben van, akkor az a gyermek árva. Ebben az esetben egy civil vagy állami szervezetnek segítenie kell rajta.

„Minden gyermeknek joga van, hogy a kortársaival hasonló körülmények között nőjön fel" – mondta Böjte Csaba atya, a dévai Szent Ferenc Alapítvány vezetője azon a konferencián, amelyet az Európai Parlamentben, Brüsszelben szerveztem meg „Jó gyakorlatok a gyermekvédelem és a szociális szolgáltatások területén" címmel. Mindamellett, hogy a szociális rendszer működtetése tagállami kompetencia, Romániában sürgősen át kell venni az európai jó gyakorlatokat, mert ezek segítségével lehet megoldani azokat a rendellenességeket, amelyekkel az erdélyi magyar civil és egyházi szervezetek küszködnek. Az államnak segíteni, nem pedig akadályozni kell ezek nemes tevékenységét.

Tibor Szanyi (S&D). – Mr President, for many people in Europe and all over the world, the company name IronFX became a synonym for fraud. The number of complaints about withdrawal issues against IronFX has escalated over this year as the cyberspace foreign exchange trading company refuses to pay clients' deposits and profits for months. In such cases regulators will typically suspend the licence of the company until the discrepancies are corrected. Although IronFX was fined EUR 350 000 by the Cyprus Securities and Exchange Commission, it still operates, while the number of ongoing disputes and legal cases against the company continues to grow.

To a previous written question regarding this case, the Commission acknowledged that it had also received several complaints and said that although it does not have investigatory powers, it had asked the Cypriot authorities for more information on the matter. Europe has already seen the results of inadequate consumer protection in the field of financial services. Unfortunately the situation for small investors on the financial market is still particularly vulnerable. Therefore I call on all the authorities concerned, at national and European level, to fully commit themselves to protecting the rights of European consumers and small investors and to launch a detailed investigation into the IronFX case.

Urszula Krupa (ECR). – Panie Przewodniczący! W czasie debaty o prawach kobiet nie dopuszczono mnie do głosu, dlatego chciałabym w ramach wystąpień jednominutowych jako wieloletni nauczyciel akademicki i lekarz przypomnieć, że poczęte dziecko nie jest częścią ciała kobiety (jak głoszą niektóre panie przedstawicielki narodów Europy, które nie powinny przekazywać na forum Parlamentu Europejskiego nieprawdziwych informacji), kiedy już naukowo udowodniono, że w chwili zapłodnienia wraz połączeniem materiału genetycznego kobiety i mężczyzny powstaje nowy organizm, odmienny genetycznie od matki i od ojca, posiadający inny kod DNA, a nawet inny kolor włosów, skóry czy grupy krwi, a nawet skłonności do niektórych chorób. Dziecko jako odrębna istota ludzka nie jest jakimś nowotworem, który trzeba usunąć jako zagrażający życiu, ale jest potomkiem rodziców, którzy nie mają żadnego prawa decydować o pozbawieniu życia swojego dziecka na jakimkolwiek etapie jego rozwoju.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, kolegice i kolege, više puta sam naglašavao važnost koju integracija zemalja zapadnog Balkana u Europsku uniju ima za te zemlje, ali i za samu Europsku uniju, i to činim i sada. Uz sve standardne poteškoće koje se vrlo sporo rješavaju, najnoviji događaji ne bude optimizam.

To je ilegalni referendum koji je proveden u Republici Srpskoj, najava sličnih referenduma uključujući i onaj o odcjepljenju Republike Srpske, zatim nepriznavanje rezultata izbora od dijela opozicije u Crnoj Gori, a naravno ne budi optimizam ni najava druge zajedničke vojne vježbe Srbije i Rusije na teritoriju Srbije.

Pozdravljam aktivnosti Komisije, posebice povjerenika Hahna i Visoke predstavnice Mogherini, ali jednako tako pozivam Vijeće i Europski parlament na više političkih napora za stabilizaciju prilika na zapadnom Balkanu da taj prostor bude prostor mira i stabilnosti, a ne izvora nestabilnosti za Europu.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, na sexta-feira, no início da décima legislatura do Parlamento galego, em Santiago de Compostela, trabalhadoras e trabalhadores de Isolux Corsan e dos bancos Pastor e Popular erguiam a sua voz contra os processos de regulação de emprego que vão deixar sem trabalho 500 pessoas na Galiza e mais de 3 400 no Estado espanhol. Isto contradiz as promessas repetidas do Sr. Juncker, nesta Câmara, em relação a reduzir o desemprego.

Pedimos à Comissão Europeia e a este Parlamento que intervenha para pôr fim aos abusos das empresas amparadas pelas reformas laborais e para que ponham em prática medidas para acabar com estas situações graves e injustas e totalmente injustificadas que destroem emprego, aumentam o risco de pobreza e exclusão social e aumentam também a precariedade laboral. No Estado espanhol, nesta altura, uma em cada cinco pessoas trabalhadoras recebe menos de 300 euros.

Marcellesi, Florent (Verts/ALE). – Señor Presidente, Señorías, me gustaría dar las gracias a Valonia. A pesar de las presiones de la Comisión Europea, soy la voz de millones de personas en Europa que no aceptamos acuerdos comerciales que estén por encima de la democracia, de nuestros derechos y del planeta, como es el caso del CETA (AECG) entre Europa y Canadá.

Además, lo confieso, envidio a Valonia, una región donde quien decide sobre el CETA es su Parlamento. Porque en España quien ha firmado el CETA ha sido un Gobierno en funciones, sin ningún debate democrático en nuestro Congreso.

Además, un Gobierno con doble rasero: mientras firma el CETA, se declara incompetente para ratificar el unánime Acuerdo sobre el Clima de París. No es extraño. El CETA aumentaría radicalmente las emisiones de CO_2. Así las cosas, no se puede estar al mismo tiempo a favor del CETA y del clima, a favor de las multinacionales y de la gente, servir a los mercados y a la democracia.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, 10 000 migrant children are missing in Europe, say Europol. Many are in the hands of criminal gangs and traffickers, and it is the free movement of people that facilitates victims being moved across borders. Much more needs to be done and, of course, UKIP wants to help the vulnerable children at risk in Calais. But the pictures we initially saw of very mature-looking adults being brought into Britain really shows how little the Tories care about public feeling towards open-door immigration. Was it too much to ask to bring in actual young girls and boys, to help them and to reassure the British public? Clearly, the British Prime Minister does not want to control immigration or to have proper checks. Last year, a government report stated that nearly 100 000 children in the UK were in temporary housing after being made homeless. The Tories should put the needs of our own children first before opening the door to the rest of the world. Only UKIP will get control of our borders in a fair and ethical way.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, après le Brexit, l'Union européenne n'est plus qu'un tigre de papier auquel les peuples et les nations résistent ouvertement. Le peuple hongrois dit «non!» à sa politique de répartition des migrants. Les peuples français et allemands paralysent les négociations du TAFTA. C'est aujourd'hui au tour de la Wallonie – trois millions d'habitants – de jouer le village d'Astérix en bloquant l'adoption du CETA. Elle bloque cet accord parce qu'elle ne veut pas du libre-échange mondialisé et inhumain qu'il incarne. Elle le bloque parce qu'elle ne veut pas que, demain, les multinationales puissent attaquer les États devant un tribunal de quinze juges ultralibéraux qui seront à leur solde.

J'exprime mon soutien au peuple wallon qui incarne, en la circonstance, l'âme de la liberté européenne. L'ogre européen a dévoilé sa nature totalitaire en méprisant sa résistance et en lui adressant un ultimatum. Tenez bon, amis wallons! Face à l'Union européenne, vous faites revivre l'esprit des Grecs de l'Antiquité qui repoussèrent l'assaut de l'Empire perse.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, 2016 could well be remembered as the year of the populist, or maybe I should say the year of the destroyer, because there is not much difference between populism, as we see it, and destruction.

Brexit is an example: the motivating factor was to destroy the European Union and give the United Kingdom supposedly back its sovereignty. The result: sterling has dropped 18%; inflation on the rise; companies either leaving or planning to leave the United Kingdom; in my country, the threat to the peace process, which has been underwritten by the European institutions for so many years. The same is happening in America, with Mr Trump and his populism, talking about banning Mexicans and Islamists and building walls, appealing to the lowest common denominator.

Even here in Europe, we have it with CETA: the best trade agreement ever done, with one of the finest democracies in the world, and we cannot get through a local parliament, based again on unfounded fears. It is time to end populism.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, преговорите по CETA с Канада бяха приключени преди повече от две години. За това време Европейската комисия получи ясен сигнал от европейците, че механизми като арбитражните съдилища, съществуващи в сегашния си вид, не са приемливи.

Въпреки това обаче пак пред нас стои същият този механизъм в същата тази форма, нежелана от европейците. Със своето решение от миналата седмица валонският парламент се оказа единственият, който се вслушва в искането на своите граждани, и това е похвално.

Канада е петият най-голям производител на ГМО храни в света. В тази реалност на свободна търговия това ще доведе до навлизането на ГМО продукти и суровини без знанието и желанието на европейците.

Канада още продължава да изисква и дискриминира мои съграждани, що се касае до визите. Безотговорно е, ако страната, чиито граждани пътуват безвизово в целия Европейски съюз и която иска задълбочаване на отношенията си с Европа, обвързва безвизовия режим с подписване на CETA.

И от тази гледна точка призовавам българския премиер да не подписва споразумението с Канада.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, поводът за това изказване е поредната провокация, извършена от турския президент Реджеп Таип Ердоган. Освен че непрекъснато провокира българската държавна граница с нелегални емигранти, които напоследък откриваме и във влакови товарни композиции, г-н Ердоган произнесе за втори път една реч, с която пряко заяви териториални претенции към държави, които са членки на Европейския съюз и НАТО. Говорим за Република България и Република Гърция.

Поименно бяха споменати градовете Кърджали и Солун, които са част от територите на България и на Гърция. Ердоган спомена, че не можел да говори със сърцето си и да не прави разлика между Одрин, Кърджали, Солун, Скопие и други градове. Това за нас е непреодолима, невъзможна териториална претенция. Ние остро възразяваме на това поведение и се чудя защо другите колеги от останалите групи не осъждат тези преки териториални претенции. Това поведение на турския диктатор е още един повод на кажем, че Турция няма място в Европейския съюз, защото не е европейска държава.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, želim upozoriti Komisiju na alarmantno stanje u pojedinim zemljama zapadnog Balkana. Nezakoniti referendum u Bosni i Hercegovini, pokušaj državnog udara u Crnoj Gori, odnosi između Crne Gore zbog stanja na Kosovu i zbog onoga što opozicija čini na Kosovu, da ne govorimo o stanju u FYROM-u, odnosno u Makedoniji.

Međutim, to nije sve. Imamo problem na zapadnom Balkanu gdje jedna članica Europske unije, Slovenija, u ovom trenutku iz njoj poznatih razloga, ponovno diže zid, žicu prema Hrvatskoj, odnosno na hrvatsko-slovenskoj granici. Hrvatska prema Srbiji i prema Bosni i Hercegovini nije dizala zid, nije dizala žicu, niti za vrijeme prošle lijeve vlade niti namjerava sada prema najnovijim izjavama koje smo čuli od vladinih predstavnika.

Pitam se je li Komisija svjesna da je to dodatno dolijevanje ulja na vatru na takozvanu zapadnobalkansku migrantsku rutu, na jedan potpuno neprihvatljiv način.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, la semana pasada, en el CIE de Aluche, en Madrid, treinta y nueve personas se rebelaban contra su encarcelamiento. Esta semana, decenas de personas se han puesto en huelga de hambre en el CIE de Barcelona pidiendo su libertad.

En los CIE, las condiciones de vida son inhumanas, pero creo que hoy no toca exigir, aquí, que les pongan letrinas en la celda para que no tengan que cagar y mear en bolsas por la noche; no toca pedir que no haya violencia sexual contra las internas; o que no se les deje morir como sucedió con Samba Martine. Y no lo vamos a hacer porque no queremos unos CIE en mejores condiciones: simplemente, no queremos CIE.

Son cárceles en las que se encierra a personas que no han cometido ningún delito. Simplemente están ahí por no tener papeles, porque esta Europa ha decidido que no tienen nombre y que su único apellido es el de «ilegal». Están encerradas por una falta administrativa; están encerradas porque no murieron en el Mediterráneo; porque no fueron deportadas a Turquía o porque no se las devolvió en caliente en Melilla.

Solo hay una cosa que se debe hacer con los CIE: cerrarlos, para siempre.

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, buonasera Commissario Vella, sono contenta che sia qui questa sera perché vorrei parlare di accesso alla giustizia ambientale, partire da un caso concreto. Il 5 ottobre il tribunale amministrativo della regione Lombardia ha dichiarato inammissibile il ricorso dell'associazione cittadini Zibido San Giacomo contro un provvedimento che autorizza la costruzione di un pozzo per l'esplorazione di idrocarburi. Il giudice ha eccepito l'inammissibilità del ricorso per difetto di interesse e di legittimazione attiva, contestando il carattere occasionale dell'associazione e il fatto che essa non appare rappresentativa della comunità locale. Questo approccio riprende un orientamento giurisprudenziale piuttosto stringente. Tuttavia, omette ogni riferimento ai requisiti previsti dalla legge italiana che le associazioni devono soddisfare per ottenere uno *standing* davanti alla Corte. Pertanto, io mi chiedo, e vi chiedo, e le chiedo Commissario, quale spazio riconosciamo alle istanze ambientaliste che vengono dal basso e l'accesso alla giustizia ambientale in Europa è veramente garantito, perché evidentemente in Italia, ad oggi non è così.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, v záplavě aktuálních zpráv bychom neměli zapomínat na dlouhodobé výzvy, proto chci připomenout, že za dva dny, 27. října, je den, který je organizací UNESCO věnovaný audiovizuálnímu kulturnímu dědictví. Toto dědictví má pro nás obrovskou hodnotu jak uměleckou v případě filmů, tak historickou v případě záznamů o událostech 20. století. Tyto materiály ale podléhají zkáze a jejich ochrana, archivace a kvalitní digitalizace by měla být tedy pro nás důležitou prioritou. Na jejich ochranu bychom neměli zapomínat.

V současné době v Evropském parlamentu projednáváme revizi směrnice o audiovizuálních službách, v rámci které řešíme také podporu evropských děl. Chceme zvýšit zastoupení evropské tvorby pro poskytovatele audiovizuálních služeb také na vyžádání, nejen pro rozhlas a televizi. A to z 10 na 20 %. Myslíme si, že je naší povinností nastavit pravidla tak, abychom v Evropě podpořili a motivovali tvůrce ke vzniku kvalitních audiovizuálních děl, která budou tradičními pokračovateli v bohatém evropském kulturním dědictví.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da una recente analisi dell'Osservatorio nazionale sulla salute delle regioni italiane emerge il triste primato della Campania come regione con l'aspettativa di vita più bassa d'Italia: ben due anni in meno rispetto alla vita media nazionale. Le cause principali di questo triste fenomeno sono da rinvenirsi nell'enorme diffusione dell'obesità infantile, nelle emergenze ambientali e negli scarsi investimenti in assistenza sanitaria, spesso legati a sperequazioni economiche esistenti tra le varie regioni italiane. Ma in Campania si registra anche la spesa sanitaria pro capite più bassa d'Italia a causa di un assurdo criterio di ripartizione del fondo sanitario nazionale basato sull'età media della popolazione regionale, che premia le regioni con un'età media più elevata e penalizza fortemente la Campania, ovvero la regione più giovane d'Italia. Un vero e proprio paradosso. Chiedo alla Commissione di avviare un programma di monitoraggio permanente per le aree europee a maggior rischio di esclusione, coinvolgendo il Parlamento e gli organi competenti degli Stati membri, così da consentire il miglior coordinamento possibile di tutti i soggetti chiamati a intervenire per l'attuazione di efficaci politiche integrate nelle aree depresse.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στα «hotspots» των νησιών του Αιγαίου έχει φτάσει στο απροχώρητο. Οι συγκρούσεις μεταξύ των προσφύγων και των παράνομων μεταναστών είναι πλέον στην ημερήσια διάταξη. Αυτή τη στιγμή έχουν εγκλωβιστεί στα νησιά του Αιγαίου πάνω από 14.000 πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες. Ταυτόχρονα, η Τουρκία υποθάλπει τη λειτουργία δουλεμπορικών κυκλωμάτων που φέρνουν πρόσφυγες όχι μόνο στα νησιά του Αιγαίου αλλά και στον Έβρο, στη Θράκη. Στο πρόσφατο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο υπήρξε πλήρης αποτυχία να δοθεί λύση στο προσφυγικό και να απαλλαγεί η Ελλάδα από το άχθος των χιλιάδων προσφύγων που κατακλύζουν κάθε γωνιά της χώρας. Από τις 66.400 μετεγκαταστάσεις προσφύγων που υποτίθεται ότι θα πραγματοποιούνταν από την Ελλάδα στις χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, έχουν γίνει εδώ και ένα χρόνο μόνο 5.200. Πού θα πάει αυτή η κατάσταση; Πότε θα αρχίσει η δρομολόγηση των 6.000 μετεγκαταστάσεων μηνιαίως; Η φτωχοποιημένη Ελλάδα δεν αντέχει πλέον άλλους πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες, δεν αντέχει τα παιχνίδια του σουλτάνου, δεν ανέχεται την προκλητικότητα της Τουρκίας, δεν ανέχεται την αδιαφορία των Βρυξελλών και την υποκρισία των δήθεν εταίρων μας.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Herr talman! Innan den rättsvidriga folkomröstningen i Bosnien hotade EU-representanter med sanktioner mot de politiker som driver folkomröstningen. Kommissionärerna Mogherini och Hahn tyckte att folkomröstningen utmanar Bosniens suveränitet och integritet. Flera medlemsländer fördömde det också. Men sedan genomförde man folkomröstningen ändå, trots allt.

Och hur blev då EU:s reaktion? Blev det några sanktioner? Blev det några konsekvenser, några straff som man har hotat med? Ingenting.

Det enda som man kom överens är uttalandet från rådet, där man beklagar denna folkomröstning. Beklagar! Som om det vore en detalj. En felsägning. Man driver landet till splittring och rådet beklagar det?

Hotar man med något och sedan inte genomför det förlorar man auktoritet och skickar en signal om att man kan strunta i vad EU säger. Det är precis vad som har hänt. Separatistvågen sveper över Bosnien och hotar landets europeiska framtid, men EU tittar på.

Min fråga till kommissionären är: Kommer kommissionen att agera innan det blir för sent?

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, there is one thing for sure after today's Downing Street meeting: there is nothing united about the Kingdom. It is potentially breaking up from inside out.

The Good Friday Agreement was voted overwhelmingly by 90% of the people of Ireland in two referendums. The Irish Government repealed Articles 2 and 3 of its Constitution, letting go of its territorial right to the north of Ireland, and the British Government fully repealed the Government of Ireland Act, which was the Act that had partitioned Ireland. As co-guarantors of the Good Friday Agreement, the two Member States – the two governments – built into the Good Friday Agreement the principle of consent.

Well, the people in the north of Ireland did not give their consent to be dragged out of the EU. Fifty-six percent of the people voted to remain and the British Government is telling us that is going to lead the process of negotiations, that it will be between it and the EU and no one else, and the rest of us will do as we are bid. I don't think so, Theresa! What we are saying to the EU is that you have invested politically, financially and economically into the peace process in the north of Ireland; do not abandon the people of the north of Ireland or the peace process.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio leggervi, colleghi, alcuni numeri riguardanti un'importante regione d'Italia e d'Europa che tutti conoscete, la Sicilia: ci sono 780 milioni di euro del FESR 2007-2013 non ancora certificati, il 56% di disoccupazione giovanile, 8.000 richieste di esecuzione di sfratto, 10.000 abitanti che lasciano l'isola ogni anno, 4.673 chiusure di attività commerciali, 500 euro per un volo per la Sicilia da Milano, in pratica di più che andare in Giappone da Milano. Per rimettere in cammino la Sicilia ci si dovrebbe occupare in maniera seria di questi numeri che ho appena elencato, programmando nel migliore dei modi e utilizzando in modo efficace tutte le risorse disponibili. Invece, in una situazione del genere, le proposte del governo regionale e nazionale sono a dir poco esilaranti: si propone come soluzione all'isolamento la costruzione del ponte sullo Stretto, opera dai costi allucinanti che piuttosto che unire due coste unirebbe, così come dice don Ciotti, due cosche con una terza magari composta da élite colletti bianchi pronti a trarne altro vantaggio economico. Bisogna monitorare e rispettare i diritti dei siciliani.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, în 1921 se înființa, la București, Institutul de seruri și vaccinuri Ioan Cantacuzino, un centru științific ce a jucat un rol extrem de important în sănătatea românilor. Zeci de generații au primit imunitate în fața bolilor prin vaccinurile preparate la Institutul Cantacuzino, cunoscute și apreciate în întreaga lume. La nivelul Uniunii Europene, Institutul Cantacuzino face parte din rețeaua strategică de care depinde reacția promptă a Europei în fața unei epidemii generalizate sau a unui atac cu arme biologice.

Stimați colegi, după 95 de ani, Institutul Cantacuzino trage să moară, cauzele fiind managementul defectuos, lipsa de interes a actualului guvern și interesele afacerilor imobiliare. Ridic problema în fața dumneavoastră pentru că trebuie găsită o soluție împotriva unui dezastru previzibil care, în cazul unei pandemii continentale, îi poate pune atât pe români, cât și pe ceilalți europeni într-o situație fără ieșire. Simt că nu aș onora cum se cuvine profesia mea de medic, dar nici pe medicii specialiști ce activează în Cantacuzino, dacă aș trece cu vederea dezastrul desființării Institutului Cantacuzino. Acest eveniment trebuie oprit, pentru a preveni consecințe dezastruoase pe viitor și vă rog să mă susțineți în demersul meu de a explica actualului guvern consecințele acestui faliment.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, imagínense por un segundo un gasoducto debajo de la Torre Eiffel, o un gasoducto atravesando el Coliseo romano. ¿Se lo imaginan? Yo no. Y mucha gente tampoco.

Al igual que no nos imaginamos la extracción y el almacenamiento de gas debajo del Parque Nacional de Doñana. Pero Gas Natural sí se lo imagina. Y para ello cuenta con el visto bueno del Gobierno de España, que para eso da futuro a ex ministros del PP y del PSOE, como el otra vez famoso Felipe González.

Doñana es patrimonio de la humanidad. Y Doñana forma parte de la red de espacios protegidos de la Unión Europea. Protéjanlo, Señorías. Alberga especies únicas, como el lince ibérico, y es clave para la economía de 200 000 personas de la región.

Pedimos desde aquí a las instituciones europeas que no se duerman —que cada día cuenta—, que detengan ya las obras ilegales de Doñana, al menos de manera cautelar, hasta que se concluya el informe de impacto medioambiental íntegro —como manda la ley— y se evalúen las alternativas al almacenamiento de gas en el subsuelo de Doñana, que existen.

Andrejs Mamikins (S&D). – Godātie kolēģi! Pamatojoties uz lūgumrakstu, kuru parakstījuši vairāk nekā 20 000 Latvijas un Igaunijas iedzīvotāju, Eiropas Parlamenta Lūgumrakstu komiteja nākamā gada janvārī organizēs speciālu noklausīšanos, kur viena no galvenajām tēmām būs tā saucamo Igaunijas un Latvijas nepilsoņu stāvoklis. Tie ir cilvēki, lielākā daļa no kuriem visu mūžu nodzīvojuši šajās valstīs un pat tur piedzima.

Jau ceturtdaļu gadsimta gandrīz 15 % no Latvijas iedzīvotājiem un 8 % no Igaunijas iedzīvotājiem nav tiesību piedalīties vēlēšanās, tai skaitā arī Eiropas Parlamenta vēlēšanās. Lūgumrakstā tiek ietverts aicinājums izbeigt netaisnību pret šiem cilvēkiem, ļaujot tiem vismaz balsot Eiropas Parlamenta vēlēšanās.

Eiropas Parlaments beidzot ir vismaz sācis ievērot nekārtību pašmājās, jo nesen apspriestie tiesiskuma pārkāpumu jautājumi Ungārijā un Polijā ir radījuši precedentu. Līdz ar to ir laiks uzsākt nopietnu diskusiju Eiropā arī par Latvijas un Igaunijas nepilsoņiem.

Emilian Pavel (S&D). – Vă mulțumesc, domnule președinte, stimați colegi, permiteți-mi să încep prin a felicita din Parlamentul European succesul în cadrul EU Code Week 2016 de săptămâna trecută a uneia dintre cele mai bune școli din România. Este vorba despre Colegiul Național Emanuil Gojdu din Oradea, al cărui absolvent sunt și eu. Într-o singură săptămână, aproape toți elevii acestui liceu, peste o mie la număr, au participat la activitățile de coding organizate de catedra de informatică. Felicitări, dragi elevi, felicitări, dragi profesori. Code Week 2016 este o acțiune desfășurată la nivel european, anul acesta în perioada 15-23 octombrie. Ea promovează importanța dezvoltării abilităților digitale și a cunoștințelor de coding, indiferent de vârstă. Știm cu toții, deja, că abilitățile digitale vor deveni la un moment dat obligatorii pentru oricine va dori să se integreze cu succes pe piața muncii. Împreună cu abilitățile necesare însă în secolul al XXI-lea, precum spiritul de inițiativă, gândirea analitică sau creativitatea, cunoștințele de coding reprezintă o nouă alfabetizare. Îi rog pe toți colegii deputați și pe alți politicieni europeni din tot sufletul să încurajeze astfel de inițiative.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I have just returned from a fact-finding mission in Turkish Kurdistan where I talked to communities living in a climate of fear and repression in Diyarbakir, Mardin and on the border with Syria. I saw the terrible state-sponsored destruction of the historic district of Sur, where dozens of young Kurds burned to death in basements. I talked to bereaved mothers in Nusaybin whose sons and daughters had perished because of the state's attacks on its own citizens, their bodies torn apart, impossible to identify. Many are still missing. I met the distraught families of teachers whose loved ones have been sacked, intimidated and imprisoned for attending union meetings. I met democratically elected politicians – many of them women like myself – but who have been stripped of office due to trumped up charges because of their Kurdish identity and their political affiliation. I met Yazidi refugees cared for, not by the state, but by the Kurdish community, all wondering when the world will remember them.

Independent media is being silenced and shut down in Turkey, and journalists and academics arrested, tried and imprisoned. The country is in the grip of a terrible dictatorial man. Erdogan is messing with democracy because he is afraid of democracy. The June elections proved that there is a multiplicity of voices in Turkey and many of these belong to diverse ethnic groups and progressive forces. It is time for the EU to recognise the true reality of the Turkish State and demand human rights norms for everyone.

Victor Negrescu (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte. În anul 2019, România va deține președinția Consiliului Uniunii Europene. Acest moment este unul important, pentru că, pentru o perioadă, țara mea va putea să stabilească agenda europeană. În lumina interesului din ce în ce mai mare purtat viitorului Republicii Moldova, reiterez speranța mea ca anul 2019 să devină momentul în care vor începe negocierile de aderare la Uniunea Europeană. Nu este vorba despre simple intenții, ci despre ținte care se pot materializa cu un efort mare și multă muncă la nivelul guvernului și societății din Republica Moldova. De aceea, sunt bucuros că Partidul Social Democrat a propus pe locul întâi pentru Camera Deputaților la alegerile parlamentare care vor avea loc în luna decembrie un tânăr medic stomatolog din Republica Moldova, coordonator al „PES activists diaspora", pe domnul Veaceslav Șaramet. Prin exemple pozitive, prin acțiuni ferme pro-europene, putem face ca viața cetățenilor din România și Republica Moldova să fie mai bună, iar legăturile care ne unesc să fie mai strânse ca niciodată și, de ce nu, în Uniunea Europeană.

(Aplauze)

Przewodniczący. – Zamykam dyskusję nad tym punktem porządku dnia.

23. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

24. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.55)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2087

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. OKTOBER 2016

(C/2024/2087)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 24. bis 27. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 5
2. Änderung der Tagesordnung . . . 5
3. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache) . . . 5
4. Innere Sicherheit in der EU – bisherige Fortschritte bei der Umsetzung der erlassenen Sicherheitsmaßnahmen und künftige Herausforderungen (Aussprache) . . . 28
5. Abstimmungsstunde . . . 41
   - 5.1. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Dänemark (A8-0289/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.2. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Dänemark (A8-0288/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.3. Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0281/2016 - Bodil Valero) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.4. Mitgliedstaaten, die hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffen bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht sind (A8-0292/2016 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen (A8-0301/2016 - Evelyn Regner) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.6. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Jane Collins (A8-0297/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung) . . . 42
   - 5.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Mario Borghezio (A8-0312/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung) . . . 42

Inhalt Seite

5.8. Statistik des Eisenbahnverkehrs - Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle (A8-0300/2016 - Michael Cramer) (Abstimmung) . . . 42

5.9. Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0298/2016 - Bas Eickhout) (Abstimmung) . . . 42

5.10. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas) (Abstimmung) . . . 42

6. Begrüßung . . . 43

7. Abstimmungsstunde (Fortsetzung) . . . 43

7.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016: Sicherheit der Organe (A8-0295/2016 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung) . . . 43

7.2. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (A8-0286/2016 - Richard Howitt) (Abstimmung) . . . 43

7.3. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (A8-0284/2016 - Laura Ferrara) (Abstimmung) . . . 43

7.4. Menschenrechte und Migration in Drittländern (A8-0245/2016 - Marie-Christine Vergiat) (Abstimmung) . . . 43

7.5. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (A8-0243/2016 - Ignazio Corrao) (Abstimmung) . . . 44

7.6. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (A8-0278/2016 - András Gyürk) (Abstimmung) . . . 44

7.7. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (A8-0234/2016 - Isabelle Thomas) (Abstimmung) . . . 44

7.8. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (A8-0282/2016 - Tomasz Piotr Poręba) (Abstimmung) . . . 44

7.9. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (A8-0283/2016 - Sophia in 't Veld) (Abstimmung) . . . 44

8. Stimmerklärungen . . . 44

8.1. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Dänemark (A8-0289/2016 - Claude Moraes) . . . 45

8.2. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Dänemark (A8-0288/2016 - Claude Moraes) . . . 65

8.3. Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0281/2016 - Bodil Valero) . . . 86

8.4. Mitgliedstaaten, die hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffen bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht sind (A8-0292/2016 - Iskra Mihaylova) 112

8.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen (A8-0301/2016 - Evelyn Regner) . 145

8.6. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Jane Collins (A8-0297/2016 - Tadeusz Zwiefka) . . . 157

Inhalt Seite

8.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Mario Borghezio (A8-0312/2016 - Angel Dzhambazki) . . . 169

8.8. Statistik des Eisenbahnverkehrs - Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle (A8-0300/2016 - Michael Cramer) . . . 181

8.9. Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0298/2016 - Bas Eickhout) . . . 207

8.10. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas) . . . 229

8.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016: Sicherheit der Organe (A8-0295/2016 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) . . . 257

8.12. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (A8-0286/2016 - Richard Howitt) . . . 281

8.13. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (A8-0284/2016 - Laura Ferrara) . . . 320

8.14. Menschenrechte und Migration in Drittländern (A8-0245/2016 - Marie-Christine Vergiat) . . . 359

8.15. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (A8-0243/2016 - Ignazio Corrao) . . . 398

8.16. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (A8-0278/2016 - András Gyürk) . . . 430

8.17. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (A8-0234/2016 - Isabelle Thomas) . . . 467

8.18. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (A8-0282/2016 - Tomasz Piotr Poręba) . . . 496

8.19. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (A8-0283/2016 - Sophia in 't Veld) . . . 532

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll . . . 575

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll . . . 575

11. Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 (Aussprache) . . . 575

12. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (Aussprache) . . . 591

13. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (Aussprache) . . . 604

14. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 105 Absatz 6 und Artikel 106 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll . . . 626

15. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (Aussprache) . . . 626

16. Paket zur Unternehmensbesteuerung (Aussprache) . . . 641

Inhalt Seite

17. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Aussprache) 654

18. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (Aussprache) 661

19. Transfette (Aussprache) 669

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 677

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 678

22. Schluss der Sitzung 678

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. OKTOBER 2016

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La séance est ouverte à 9 heures)

2. Änderung der Tagesordnung

La Présidente. – J'ai une annonce à faire en accord avec les groupes politiques. Je vous soumets cette proposition de modification de l'ordre du jour.

En raison de son adoption en commission des budgets hier soir, le rapport de M. Negrescu sur la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, à la suite d'une demande présentée par l'Estonie, est ajouté au vote de mercredi.

Y a-t-il des objections? Il n'y en a pas.

3. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur le rapport de Sophia in 't Veld, au nom de la commission des libertés civiles, de la justice et des affaires intérieures, contenant des recommandations à la Commission sur la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux (2015/2254(INL)) (A8-0283/2016).

Sophia in 't Veld, *rapporteur.* – Madam President, I am very pleased that we are having this debate here today because we have travelled quite a road since we decided a year and a half ago to draw up this legislative initiative report. First of all, I would like to thank all the shadow rapporteurs and my co-rapporteur on the Committee on Constitutional Affairs (AFCO). These are not just hollow words; I think that we have had a very fruitful and constructive cooperation, and the result of that cooperation is before you and will, hopefully, command a large majority when we vote later today. I note that the only party that is actively campaigning against my report is the Front National, which I find reassuring in a way.

The European Commission will today present its working programme for 2017. Commissioner Timmermans always says that the European Commission has to be big on big things, and I very much agree with that. But I do think that democracy, the rule of law and fundamental rights are a big thing.

We Europeans have something to be proud of: we have been leading for many decades in the area of democracy, the rule of law and fundamental rights, so we have a heritage that we can be proud of. So let us now take the opportunity to further deepen and strengthen that culture of democracy, the rule of law and fundamental rights in the European Union as a whole, because the EU is more than the sum of Member States. Democracy, the rule of law and fundamental rights (or DRF, if I may coin a new abbreviation in EU jargon) is key to the functioning of the European Union. It is key to policy areas like police and justice cooperation, and asylum and refugee policies, but also the internal market and, as we have seen recently, international trade.

We are all aware of the so-called Copenhagen dilemma. In other words, when a country wants to join the European Union, it has to meet the highest standards – but Member States of the European Union cannot be held to those standards. We do not really have sufficient means to enforce our standards of democracy, the rule of law and fundamental rights, but we do feel that the need for a mechanism for upholding DRF is growing. One of our colleagues, Viviane Reding, who was a Commissioner at the time for that purpose, took the first steps to the creation of the rule of law framework, which is now triggered by Mr Timmermans. We have seen the creation of the Rule of Law Dialogue in the Council, the creation of the friends of the Rule of Law Group in the European Council, and Mr Timmermans, when you were still a Minister of foreign affairs in the Netherlands, you yourself called for the creation of a rule of law mechanism.

We have the European Commission Rule of Law Framework, and that is very important. I think it is very good that you have triggered it in the case of Poland, but that same case also illustrates the weaknesses and the shortcomings of that mechanism, and therefore the European Parliament has proposed the DRF pact. The principles, I hope, will find their way into the proposals that the Commission will, hopefully, put forward. The principles are that the pact, or the mechanism, should be applied to all Member States equally. They should all be assessed on the same basis, and also the EU institutions. It should be a permanent mechanism and not crisis-driven, as we have now in the case of Poland.

There should be ongoing monitoring. It should be objective, evidence-based, and not politically motivated, and it should also be building on existing instruments and be realised under the current treaties. Finally, our mechanism foresees close involvement of the national parliaments.

I am very much looking forward to the debate, and I very much hope that the European Commission will join the big majority in the European Parliament and come forward with proposals that build on the report that we will adopt today.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank Parliament for today's debate on the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. In particular, I would like to thank the rapporteur, Sophia in 't Veld, for her personal engagement and the important work that has gone into the preparation of the report. She is passionate about this and we could see her passion reflected in the report.

We can all fully agree on the objective underlying the report, which is to ensure that our common values and rules are respected and, if need be, enforced. The key issue for discussion is not about the objective itself but about the best means to achieve that objective. There is much in the report I can fully agree with, such as the suggestion to follow an inclusive approach with all stakeholders – EU institutions, Member States and civil society.

The idea of an interparliamentary dialogue between the European Parliament and national parliaments equally merits support. National parliaments are involved in many of the rule of law related problems that we witness in Member States today. We need to work towards a common understanding of our values at national and at European level. This interparliamentary dialogue could, as a first step, lead to a discussion on the different options and means which are currently on the table to ensure that our common values are respected and enforced. The Commission and I assume that the Council will want to be involved as well.

However, there are also a number of points in the report on which I have questions and I would very much like to hear your views. For instance, I have questions about the need and the feasibility of an annual report and a policy cycle prepared by a committee of experts. I also have doubts about the feasibility of an interinstitutional agreement on this matter. Some elements of the proposed approach, such as the central role attributed to an independent expert panel in the proposed pact, also raise questions of legality, institutional legitimacy and accountability. Moreover, from a practical and political point of view, it may also be very difficult to find common ground on such an interinstitutional agreement between all the parties concerned.

I hope we can all agree that a long institutional debate on new mechanisms is the last thing we need right now. We have a range of existing tools and actors that already provide a set of complementary and effective means to address rule of law issues. Duplication of existing mechanisms is something I think we should avoid, and if I understood Mrs in 't Veld's introduction correctly, this is something she wants to avoid as well. As you know, in March 2014 the Commission adopted a rule of law framework. We are currently applying this framework in the case of Poland for the first time. Mrs in 't Veld referred to this.

The Commission takes protecting the rule of law very seriously. We are grateful for the support Parliament has shown in its resolution of 14 September and we need that support if we are to be successful in our approach. The Commission also organises an annual fundamental rights colloquium, involving European institutions, Member States, international organisations and civil society. This year the colloquium will take place on 17 and 18 November and will be devoted to the topic of media pluralism and democracy.

As you know – and as Mrs in 't Veld mentioned – in December 2014 the Council established a rule of law dialogue to debate rule of law issues and – as Mrs in 't Veld has said – in a previous capacity as Foreign Minister, I was one of the people who took the initiative, together with the Foreign Ministers of Denmark, Germany and Finland. We also have a number of other actors, apart from the Council – the Council of Europe, the Venice Commission, the Agency for Fundamental Rights and a host of NGOs active in the field of fundamental rights. They all contribute to the monitoring of the rule of law, democracy and fundamental rights in our Member States. We should make their contributions stronger. We should also make the best possible use of these existing instruments, evaluate them, look where we see deficiencies and then take steps towards the creation of a new mechanism – only after that evaluation, I would say.

I very much look forward to hearing your views. Let me assure you that the Commission will examine your request for a proposal very carefully, in line with Article 225 of the Treaty, and give this report the serious response it deserves. But let me also stress again what I think is crucial. We need to avoid division around our common values as clearly set out in the Treaties and work with our various partners to build a consensus. Protecting the fundamental values of the Union is a collective responsibility of all institutions. The existing treaties give us the tools so let us use them. At the end of the day, this is a very political process.

But let me repeat here what I said last week in the committee discussion we had on that in the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE). Without full integral application of the rule of law across the European Union, the European Union is doomed because the rule of law is the fundament upon which this construction is built. If we disregard the rule of law, there is nothing to keep the European Union together, other than naked power politics. That will be to the detriment of the smaller, of the minorities, of the weaker, and of the individual citizens. We cannot let that happen.

György Schöpflin, *rapporteur for the opinion of the Committee on Constitutional Affairs*. – Madam President, thank you Vice-President and also incidentally very much my thanks to the rapporteur and everybody else who has worked very hard on this dossier. A human rights mechanism has three necessary conditions to meet if it is to be successful, and this is what I would very much like to see myself.

First of all, it must have a legal base, giving it immunity from political interference. It follows that this mechanism will only acquire legitimacy if it is not used to target Member States in order to punish them.

Secondly, the mechanism must be completely even-handed as between Member States. The slightest hint of different treatment will delegitimise it, so no cherry picking, no opportunistic targeting. This, of course, will require continuous monitoring.

The third is consistency of implementation, but here a balance has to be struck between subsidiarity and all European practice. Too much of the latter runs a danger of centralisation – the Jacobin temptation. If the Jacobins get their way, there is no chance at all that the rule-of-law culture will take root in the European Union.

Frank Engel, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to start by expressing my sincere thanks to the rapporteur Mrs in 't Veld for a remarkably inclusive approach that she has had throughout this process and which has allowed maximum convergence throughout this Parliament on a text which I believe is fundamental.

It is even more fundamental if I hear the First Vice-President of the Commission, Mr Timmermans, telling us that there may be difficulty to find common ground on the topic throughout the institutions. That to me is the best proof that this is exactly the moment in which we need to kick off a process of engagement towards finding a veritable and a true European logic of governance, because we may not be there yet, as we discover far too often when we see governance trends in certain European countries, as has been the case over the last month and as may be the case again.

Who, at the end of the day, is going to protect us from what happened in the inter-war period – when one country after another, for reasons of their own, drifted off into extremely problematic governmental orientations – with what we have now. With the generalised unanimity requirement that is on the table to engage whatsoever with respect to any sort of state, we would be doing essentially nothing and that would be dramatic.

It would be dramatic as a sign to the millions of Europeans who nowadays look towards Europe and to this House as the only – the only – buoy of stability; if it is about guaranteeing that elections in the future change policies, yes, but not the nature of their state. This is something that is aimed at ensuring continuity of statehood, of institutions, of impartiality of state against electoral result, if need be, and against those who believe that saving the Occident is more important than saving their own citizens from arbitrary governance.

This is a necessary mechanism. This is something that we can now embrace. This is something that we now should embrace and this is something for which Parliament has taken time to converge towards but it is good that it has finally done so.

Monika Flašíková Beňová, *za skupinu S&D*. – Ďakujem veľmi pekne pani predsedajúca, pán komisár. Rovnako by som sa rada poďakovala v prvom rade pani spravodajkyni, ale aj celému tímu tieňových spravodajcov za vynikajúcu prácu, ktorú sme spoločne na mnohých stretnutiach odviedli.

Pani spravodajkyňa predkladá maximum možného, toho, čo potrebujeme, a toho, čo je odpoveďou aj na vystúpenie Vás, pán Timmermanns. Spomínali ste, čo všetko už dnes Európska komisia, a vôbec európske inštitúcie majú k dispozícii. Ale výsledok je taký, že to všetko nefunguje, a preto je tu táto správa, a preto je tu aj tento nový návrh.

V súčasnosti existuje niekoľko negatívnych legislatív, ktoré sú pripravované vo viacerých členských štátoch Európskej únie. Spomínalo sa tu už Poľsko, v minulosti to bolo aj Maďarsko. Ich dôsledkom však je, že ohrozujú a podkopávajú ochranu základných práv občanov právneho štátu. A musím Vám povedať, že úprimne budem veľmi dôsledne sledovať, ako sa začne alebo ako sa skončí Vami začatá procedúra proti Poľsku, pretože som v tomto skôr pesimistická. Ide aj o zmeny mediálnych zákonov, novelu zákona o civilnej službe, či nedostatočnú ochranu pre základné práva LGBTI a mnohé iné.

Existujúci kontrolný mechanizmus a pravidelné hodnotiace nástroje Európskej komisie vrátane mechanizmus spolupráce a overovania, protikorupčné správy a monitoring médií, ktoré už dnes existujú a ktoré ste aj Vy sám spomínali, sú zavedené do praxe a pritom nedokážu v dostatočnej miere garantovať dostatočnú ochranu základných práv a hodnôt, ktoré Európska únia vyznáva.

Európska únia momentálne teda nemá žiadny právne záväzný mechanizmus, ktorý by dokázal úspešne monitorovať súlad legislatív členských štátov s únijnými hodnotami a základnými hodnotami. Aj keď existujú nástroje, ktoré ste spomínali, v súčasnosti nedokážu tak upozorniť na vážne riziko poškodenia základných práv a slobôd a musíme sa zamerať na jasnú a presnú definíciu kritérií, ktoré budú pre porušovateľov dostatočne záväzné a budú zároveň aj odrádzajúce, aby sa v budúcnosti promptnejšie mohlo zabrániť narušovaniu právneho štátu, základných práv.

Chcela by som sa zároveň poďakovať tým, ktorí – aj keď vedia, že táto správa by mohla byť možno ešte prísnejšia, možno tvrdšia – chápu, že v takomto širokom kvóre, ktoré tu máme, sme hľadali naozaj maximum možného, a verím, že túto správu podporia.

Kazimierz Michał Ujazdowski, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca! Jestem wielkim zwolennikiem rządów prawa i wolnościowej tradycji prawnej, ale nie mogę poprzeć sprawozdania pani poseł in 't Veld.

Europa potrzebuje autentycznego dobrowolnego dialogu w tej sprawie, dialogu opartego na zaufaniu, na wymianie doświadczeń, skupionego wokół tego, co podstawowe, ale także wykorzystującego dobry dorobek prawny poszczególnych państw Unii Europejskiej. To sprawozdanie daje nam natomiast mechanizm arbitralny, nadzorczy, permanentny i przy ryzyku stronniczej interpretacji samej koncepcji rządów prawa. W trakcie prac nad sprawozdaniem zgłaszałem propozycje, które bardziej odpowiadały właśnie idei zaufania, wzajemnego zaufania i dialogu między państwami. Chciałem, aby odbywała się coroczna konferencja ogólnoeuropejska z udziałem instytucji europejskich i rządów.

Chcę też zwrócić uwagę, odpowiadając na głos mojej poprzedniczki, która domagała się mechanizmu wiążącego i skutecznego, że taki mechanizm określony jest przez traktat lizboński. To sama Rada Unii Europejskiej ma prawo oceniać naruszenia ze strony poszczególnych państw i to jest mechanizm legalny i wiążący. Powinniśmy unikać działań bez podstawy prawnej i które mnożą brak zaufania między państwami – dlatego też nie mogę poprzeć tego sprawozdania.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE.* – Señora Presidenta, no nos conformamos con situaciones aparentemente confortables. El Pacto de la Unión Europea sobre la democracia, el Estado de Derecho y los derechos fundamentales, que llamaremos DRF en adelante, es pensar a lo grande, señor Timmermans.

A mí la verdad es que me satisface mucho poder agradecer a la señora in 't Veld el trabajo que viene realizando desde hace años. Hay un largo camino recorrido hasta este informe y va a haber un largo camino que recorrer desde la votación, hoy, por parte de la Comisión y espero que liderada por el señor Timmermans.

Nos sacudimos la autosatisfacción de que sí, de que somos europeos, de que hemos edificado un periodo largo de paz y prosperidad, de que tenemos sólidos valores. Pero, mire, yo nací en un lugar donde los sólidos valores de paz y convivencia no existían, donde se perseguía por tener ideas distintas, donde el Estado de Derecho estaba dado la vuelta.

Y necesitamos estos mecanismos porque-como dice un intelectual español— la crisis que estamos viviendo no se limita al pavoroso desorden de nuestro sistema financiero o a la ruptura de un modelo de crecimiento económico. Sufrimos también las consecuencias de una pérdida de pulso con respecto a nuestros valores. Y por eso es bueno actualizar; y por eso es bueno plantearnos estos problemas; y por eso es muy bueno que la señora in 't Veld haya tenido el coraje y el entusiasmo de sacudirse la aspereza que solemos tener en estas instituciones.

Es necesario este tipo de mecanismos. Hoy se inicia una parte del camino que ustedes van a tener que recorrer y, si no lo hacen, nosotros vamos a estar vigilantes para decirles que deben realizarlo.

Mire, puede ocurrir que haya sociedades que confirmen con sus votos a los corruptos, a los negacionistas e incluso a los asesinos. Nosotros no queremos un enfoque ni permisivo ni indiferente. Queremos —como ha dicho el señor Schöpflin —, sin oportunismo, un mecanismo con criterios objetivos, con colaboración de todos los agentes y de la sociedad civil.

Señor Timmermans, vamos a pasarle la pelota en un rato.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io ringrazio Sophia 't Veld, la sua risoluzione è importante perché per la prima volta non ci occupiamo dei diritti fuori dall'Unione ma ci domandiamo se noi stessi rispettiamo la *rule of la*w che pretendiamo incarnare. Il nuovo meccanismo ha tale scopo e per questo lo giudico positivo, dall'inizio della grande crisi non si parla d'altro che di fare i compiti a casa, ma i compiti sono solo economici quasi mai la democrazia costituzionale figura tra i doveri primari.

Spero che il meccanismo sposti un po' gli accenti, che aiuti a riconoscere gli effetti dell'austerità su diritti, come quello alla salute, al lavoro, a istituzioni trasparenti e incolpabili. Un meccanismo simile mancava. L'articolo 7 del trattato è inutilizzabile perché in mano ai governi, dunque non imparziale. Nel negoziato ho chiesto che le istituzioni europee siano vagliate come gli Stati. Il risultato mi soddisfa solo in parte, perché tale vigilanza è promessa ma non garantita. Presenteremo emendamenti che aggiungano queste garanzie. Le istituzioni europee sono viste dai cittadini con sfiducia crescente perché opache e intrusive, se mostrassimo vigilanza autentica nei loro confronti questo meccanismo che sta nascendo sarebbe meno sospettabile di interferenza nelle politiche degli Stati.

Ulrike Lunacek, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr erster Vizepräsident der Kommission, werte Damen und Herren! Wie oft hören wird derzeit, dass die europäischen Werte in Gefahr sind! Wenn es dann aber passiert – so wie jetzt mit dem Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegenüber Polen –, dann heißt es: Nein, die EU darf das nicht. Das Einschreiten der Europäischen Union ist negativ. Wir wollen das nicht, wir wollen unsere Souveränität bewahren.

Ganz viele Regierungen und auch viele in der Bevölkerung vergessen darauf, dass wir diese europäischen Werte gemeinsam geschaffen haben – die Grundrechtecharta, da haben damals alle zugestimmt. Und das müssen wir verteidigen. Es ist uns in der Vergangenheit nicht gelungen, mit den Verfahren, die es gibt, ein Wir-Gefühl zu erzeugen; dass nicht mehr mit dem Zeigefinger auf einen Staat, eine Regierung gezeigt wird, sondern dass wir gemeinsam sagen: Wir wollen das ändern, denn wir wollen nicht, dass Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in Gefahr sind.

Es ist mir auch wichtig, mit diesem Bericht, mit dieser Forderung jetzt klarzumachen, dass das nicht nur gegen die sogenannten neuen Mitgliedstaaten geht – also Polen und Ungarn. Es gibt auch in den alten Mitgliedstaaten Dinge, die nicht in Ordnung sind: der Ausnahmezustand in Frankreich, das Demonstrationsverbot in Spanien oder vor einigen Jahren unter Berlusconi die Medienmacht des Herrn Premierministers damals. Das war auch nicht in Ordnung.

Wir brauchen so einen gemeinsamen Pakt. Wir müssen das gemeinsam angehen. Nur so wird es uns gelingen, die Bürgerinnen und Bürger wieder davon zu überzeugen, dass diese Union auch für sie da ist und nicht nur für einige wenige.

Es freut mich, dass es gelungen ist, diesen Bericht so zu machen. Es ist schade, dass uns dieses Ampelsystem mit den Farben nicht gelungen ist. Das wäre wichtig für die Sichtbarkeit. Aber es freut mich auch, dass wir hier im Ausschuss und hoffentlich auch heute zu Mittag wirklich eine breite Mehrheit gefunden haben, und die einzigen, die wirklich massiv dagegen waren, die ENF war.

Ich möchte mich bei Sophia in 't Veld herzlich bedanken – ja, auch für deinen Mut und deine Leidenschaft, das hier weiterzubringen – aber auch bei allen anderen Schattenberichterstattern. Es war wirklich eine super Kooperation. Und an Herrn Timmermans: Folgen Sie dem, was Sophia in 't Veld gemacht hat. *Dare to think big*! Haben Sie den Mut, mit dem Europäischen Parlament diesen Weg weiterzugehen!

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bene, innanzitutto desidero ringraziare anch'io la collega Sophia in 't Veld per l'ottimo lavoro e tutti i colleghi e i relatori ombra. Ne avevamo già discusso durante la relazione sullo stato dei diritti fondamentali nell'Unione europea, di cui sono stata relatrice, e già in quella sede si era convenuto sul fatto che fosse necessario questo meccanismo. Fosse necessario perché, nonostante l'antica tradizione dell'Europa nel campo della tutela dei diritti fondamentali, nonostante lo Stato di diritto, i diritti fondamentali, la Carta dei diritti fondamentali, che è stata adottata, ecco, purtroppo, sono diversi gli attori istituzionali e diverse le organizzazioni non governative che continuano a denunciare le numerose violazioni che avvengono sul territorio europeo. È evidente che non è necessaria una duplicazione di meccanismi, non è necessario qualcosa di nuovo, ma non è necessario qualcosa di nuovo nel momento in cui ciò che esiste funziona.

Ad oggi se queste violazioni continuano a perpetrarsi, è evidente che qualcosa non va ed è evidente che abbiamo bisogno di qualcosa di diverso. Questo meccanismo è necessario perché bisogna prevenire. Quando si parla di diritti fondamentali non possiamo attendere che avvenga la violazione per poi intraprendere delle iniziative, bisogna prevenire e bisogna tutelare i diritti fondamentali su tutto il territorio europeo. È per questo che esprimo il pieno sostegno a questa relazione, mi complimento ancora una volta con la collega e penso che sia estremamente importante avere un meccanismo di questo tipo per dare concretezza a ciò che è scritto nei trattati.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, l'article 7 du traité sur l'Union européenne prévoit un mécanisme de sanctions contre les États membres qui ne respecteraient pas les droits de l'homme. Le rapport in 't Veld prétend aujourd'hui le compléter.

Ce rapport pose à la fois un problème juridique et un problème politique. Le problème juridique vient de ce qu'il bouleverse l'article 7. Comme le service juridique du Conseil l'a expliqué dans un avis du 27 mai 2014, l'article 7 donne en effet au Conseil, et à lui seul, le pouvoir de constater qu'un État membre viole les droits de l'homme. Or, le rapport in 't Veld méconnaît cette compétence exclusive du Conseil en voulant donner à la Commission de Bruxelles un pouvoir de constatation concurrent par l'adoption de rapports et de recommandations.

D'autre part, le rapport in 't Veld pose surtout un problème politique en portant un nouveau coup à la souveraineté des États. Il permet en effet à des experts sans légitimité démocratique de noter les États comme des enfants selon trois degrés de notation symbolisés dans sa présentation initiale par un jeu de trois couleurs: vert pour les bons élèves, jaune pour ceux qui peuvent mieux faire et rouge pour ceux qui doivent être sanctionnés. Or, les États qui doivent être sanctionnés sont évidemment, dans l'esprit du rapport in 't Veld, ceux qui osent résister au diktat de l'Union européenne. Le rapport ne s'en cache même pas puisqu'il vise ouvertement à punir deux États: la Hongrie, coupable de résister à la politique migratoire de l'Union, et la Pologne, coupable de refuser de se laisser dicter sa politique familiale par le lobby LGBTI.

Le rapport in 't Veld constitue donc une étape supplémentaire dans la marche forcée vers la soviétisation de l'Union. C'est pourquoi j'ai déposé un amendement de rejet de ce texte liberticide.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, le rapport de M[me] in 't Veld repose sur une formidable contradiction. Il s'agit de mettre sous surveillance les démocraties européennes au nom de la démocratie, de faire surveiller les gouvernements légitimement élus par des experts à la légitimité suspecte, le tout en mettant en place, au nom des traités, un mécanisme qui est en lui-même, comme il vient d'être dit, une violation des traités. C'est la doctrine Brejnev de la souveraineté limitée, revisitée, appuyée par les prétendus libéraux, les verts, les socialistes, les démocrates-chrétiens, les communistes, tous unis.

M. Juncker, je crois, avait déclaré après la victoire de Syriza en Grèce en janvier 2015: «Il ne peut y avoir de choix démocratique contre les traités européens», signifiant clairement qu'aucun changement de gouvernement ne pourrait induire de changement de politique.

C'est à la Hongrie et à la Pologne qu'il s'agit aujourd'hui de s'en prendre, non parce que les droits de l'homme y seraient quotidiennement ou systématiquement violés, mais pour punir ces deux pays d'avoir élu des gouvernements sceptiques sur les bienfaits de la folle politique européenne de redistribution forcée de millions de prétendus réfugiés.

La vraie menace pour la démocratie, ce sont les institutions européennes, qui méprisent l'expression des peuples qui n'acceptent pas de se soumettre à l'Europe de Bruxelles ni

au mondialisme.

Hier, on faisait revoter par les parlements des textes rejetés par les peuples. Aujourd'hui, on explique à ces mêmes parlements, quand ils tiennent compte des aspirations des citoyens, que leur seule option est de voter «oui» à un accord de libre-échange obscur négocié par la Commission. Je pense que demain ou après-demain, peut-être, on enverra les chars de l'OTAN en premier pour ramener l'ordre…

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Barbara Kudrycka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Dzisiaj już wiemy, że jeśli na przykład organizacja sądownictwa, zgodnie z zasadą pomocniczości, należy do wyłącznej kompetencji państwa członkowskiego, to można ją tak przeorganizować, że ograniczy się niezawisłość sędziowską, zlikwiduje praktycznie trójpodział władz, ograniczy wolne media czy bezstronność służby cywilnej. Dlatego proponowany mechanizm oceny demokracji, praworządności i praw podstawowych jest wołaniem Parlamentu o skuteczność działania instytucji europejskich wobec najpoważniejszych naruszeń w państwach członkowskich. Jest wołaniem o spełnienie nadziei tych Europejczyków, którzy tracąc szansę na ochronę swoich praw w kraju, oczekują skuteczniej ochrony od instytucji europejskich. I oczywiście projekt przewiduje w zasadzie nadmiar dialogu – dialog Parlamentu Europejskiego z parlamentami krajowymi, dialog międzyinstytucjonalny, dialog 28 ekspertów. Można dyskutować oczywiście, czy stosowanie mechanizmu oceny co roku ma sens, czy powinno to być realizowane rzadziej czy częściej, a zamiast panelu 28 ekspertów, czy nie wykorzystać na przykład doświadczenia i profesjonalizmu Komisji Weneckiej. Ale te sprawy właśnie w dialogu z pewnością mogą się utrzeć. Pamiętajmy, że bez demokracji nie byłoby Unii Europejskiej, dlatego Unia musi ją skutecznie gwarantować. Temu służy proponowany mechanizm.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, nós não podemos ter uma Europa que investe todas as suas energias na vigilância de umas décimas de défice orçamental mas fecha os olhos a gravíssimas violações do estado de Direito e dos direitos fundamentais que põem em causa os valores essenciais europeus. É por isso que precisamos, mesmo antes de qualquer revisão dos Tratados, de um mecanismo mais eficaz para prevenir, identificar e corrigir estas situações, indo mais longe do que o procedimento instituído, e bem, pela Comissão e que está a ser aplicado, pela primeira vez, no caso da Polónia.

O relatório que aqui discutimos propõe esse mecanismo, com uma avaliação regular e independente da situação do estado de Direito, que permita depois elaborar recomendações por país. Parece uma boa solução, desde que, e este ponto é fundamental, se garanta que é um mecanismo dirigido às violações graves e sistémicas dos direitos fundamentais e do estado de Direito e não se transforme numa invasão gratuita da margem de governação dos Estados-Membros…

(A Presidente retira a palavra ao orador)

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin! Herr Timmermans, Sie sagten zu Recht: *Without rule of law the European Union is doomed*.

Ich glaube aber auch, ohne Anstand ist die Europäische Union auch nicht zu halten. Der deutsche Präsident dieses Parlaments hat die Aktion des demokratisch gewählten Parlaments in Warschau einen Staatsstreich genannt.

Anstatt sich immer wieder mit Polen zu befassen, wie wäre es, wenn man sich einmal mit den zahlreichen Vertragsbrüchen der Eurogruppe – Stichwort: Maastricht – oder mit dem Vertragsbruch der deutschen Regierung – Stichwort: Dublin-Vertrag – befasst? Es sind immer wieder Deutsche, die meinen, sie müssen das Weltklima, den Euro und die Flüchtlinge der Welt retten.

Jetzt meinen sie, sie müssten die polnische Demokratie retten. Anstatt die Polen auf die Anklagebank zu setzen, sollte man die deutsche Regierung mal auf die Couch eines Psychologen legen.

Cecilia Wikström (ALDE). – Fru talman! Under de senaste åren har vi sett hur land efter land i vår union har nonchalerat medborgarnas rättigheter. Press- och yttrandefrihet, möjligheten att få älska den man vill och många av rättsstatens mest fundamentala principer har satts ur spel av maktfullkomliga och populistiska ledare i de olika länderna.

Så det verk som en gång byggde Europa starkt i ruinerna efter andra världskriget har börjat vittra och gå sönder. Människor ställs mot människor och populister och nationalister som vill dela upp oss, skilja oss åt och odla rädsla och misstänksamhet istället för att bygga tillit.

Vi liberaler har under många år och i alla olika länder drivit frågan om att få till en slags rättighetsmekanism som skulle bevaka att våra grundläggande rättigheter säkerställs. Därför är jag så klart väldigt lycklig och glad idag att min kollega, Sophia in 't Veld, kan presentera detta utmärkta betänkande.

Nu är det dock viktigt att kommissionen följer upp och ger konkreta lagförslag, så att vi kan gå vidare. För grundläggande rättigheter ska inte vara vackra ord på ett papper som man inte bryr sig om ute i medlemsländerna. Regeringarna måste nu faktiskt ta ansvar. För rättigheter betyder någonting i praktiken, och rättigheterna är den enskilda personens värn mot kollektivet.

Vi har åstadkommit mycket i Europa och nu tar vi nästa steg.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, quand on voit l'évolution de la confiance des citoyens dans les institutions européennes, on se prend à rêver d'une autre Europe basée non plus sur la concurrence libre et non faussée, mais sur le respect de la démocratie, de l'état de droit et des droits de l'homme, c'est-à-dire sur les soi-disant valeurs de l'Union européenne.

Cependant, dans la pratique, autant la Commission est prompte à rappeler les règles du pacte budgétaire au Portugal et à la Grèce notamment, et désormais celles du libre-échange à la Wallonie, autant quand la Pologne et la Hongrie, pour ne citer les exemples les plus spectaculaires, s'assoient sur les droits fondamentaux, la Commission tergiverse pour activer la moindre procédure d'infraction.

En résumé, on peut s'asseoir sur la démocratie et même aider à la bafouer, mais pas question de toucher au dogme de l'ultralibéralisme. C'est le fameux dilemme de Copenhague.

Ce rapport fait des propositions concrètes, mais je crains qu'il ne soit pas plus suivi d'effet que le rapport Tavarès, et je le regrette, M[me] in 't Veld.

Alors, oui, M. Timmermans, demandons leur avis aux ONG et agissons! Agissez enfin! Ne laissez plus les États bafouer l'état de droit!

Benedek Jávor (Verts/ALE). – Madam President, events in Hungary, Poland and some other Member States highlighted a significant loophole in the legal system of the European Union. There are no effective tools for gradual sanctioning the breaches of democracy, the rule of law and fundamental rights. Parliament has several times requested to change this situation, as in the Tavares report and the Ferrara report and on some other occasions as well, so it is clear that it is high time to create a new mechanism. But this is effective only if there is no room to apply them in a politically biased way. This has actually already happened. The Commission has started a rule of law procedure against Poland but failed to do the same against the Hungarian Government, although its action is gradually damaging democracy and political freedoms. Apparently it seems that political affiliation matters. Law and Justice in Poland are not members of the European People's Party, but Hungarian Fidesz is. Double standards clearly exist. This must be stopped. Any measures will make sense only if the political groups stop denying the obvious and stop protecting the unprotectable.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, this report calls for an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. It is an own-initiative report – an MEP's wish list. It has no legislative effect; it is just hot air. It was pointless to write and equally pointless to debate. However, Britain needs no lessons in democracy, the rule of law and fundamental rights. Britain had a democracy founded on parliamentary government that evolved over 800 years. Our democracy was undermined by transferring supremacy of law-making from our parliament to the European Union. We had the rule of law – our law – which evolved over a thousand years. The rule of our law was undermined by EU law and the supremacy of the European Court of Justice. We had fundamental rights, established under such things as Magna Carta, the common law, habeas corpus and the Bill of Rights. Our rights and freedoms are being destroyed by such things as the European Arrest Warrant that allows British citizens to be arrested, extradited and imprisoned in corrupt foreign countries merely on the basis of vague accusations without any supporting evidence. If the British people want their democracy, the rule of their law and their fundamental rights back, then we must leave the European Union as quickly as possible. Brexit means now, not in two and a half years' time or longer.

Gerolf Annemans (ENF). – Vormde het historisch verworven bestaan van westerse democratieën op ons Europees continent oorspronkelijk een stimulans om tot samenwerking te komen en samen te streven naar democratie in wat toen nog communistische dictaturen waren, dan is die samenwerking inmiddels totaal gedegenereerd. Terwijl de lidstaten elk van onderuit de bron van rechtsstatelijkheid en democratie zouden moeten zijn, worden ze nu onder de veredelde bureaucratische curatele van de Europese Unie geplaatst en worden de begrippen die de grondslag en rijkdom van de Europese samenwerking vormden, nu de gestandaardiseerde regels van Big Brother in de versie van de Europese Unie, een zogenaamd panel van deskundigen aan het hoofd van een EU-inquisitiesysteem.

De oorspronkelijke rijkdom van de mensenrechten en de democratie verwordt nu tot een wapen in uw EU-dictatuur. Daar kan ik onmogelijk aan meewerken.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο μηχανισμός της Ένωσης για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι άκυρος και παράνομος, διότι, αφενός, προβλέπεται στο άρθρο 7 της Συνθήκης, αφετέρου, παραβιάζει την αρχή των διοργανικών συμφωνιών. Αποτελεί μία ακόμη προσπάθεια από τους επαγγελματίες χειραγωγούς να ποδηγετήσουν τις εθνικές πολιτικές των κρατών μελών. Είναι απαράδεκτο και αντιδημοκρατικό να εκχωρείται αρμοδιότητα σε μια νέα αρχή να ελέγχει τα κράτη μέλη, αποτελεί δε κατασπατάληση πόρων, καθόσον ήδη υφίστανται διεθνείς οργανισμοί που ελέγχουν τις παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

Οι Επίτροποι Jourová και Timmermans έχουν πολλές φορές δηλώσει ότι δεν υφίστανται παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Παρά ταύτα, παρατηρείται μια συνεχής προσπάθεια πολιτικής επικυριαρχίας επί των κρατών μελών, ακριβώς όπως έγινε στην περίπτωση της Ελλάδος με την εφαρμογή μνημονίων διάσωσης ή στις περιπτώσεις της Πολωνίας και της Ουγγαρίας και των νόμιμων συνταγματικών τροποποιήσεων και δημοψηφισμάτων, αντίστοιχα. Μην ξεχνάτε ότι, κατά το άρθρο 4 της Συνθήκης, η Ένωση είναι υποχρεωμένη να σέβεται την εθνική ταυτότητα των κρατών μελών «που είναι συμφυής με τη θεμελιώδη πολιτική και συνταγματική τους δομή, στην οποία συμπεριλαμβάνεται η περιφερειακή και τοπική αυτοδιοίκηση».

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, pane místopředsedo Komise, právní stát, demokracie, základní práva jsou základními hodnotami naší unie. Jsou to tyto společné hodnoty, které drží naši unii pohromadě. K těmto hodnotám jsme se my sami dobrovolně přihlásili v zakládacích Smlouvách. Je proto třeba, abychom naše společné hodnoty pouze nedeklarovali, ale také na jejich základě konali. Legitimitě Evropské unie jistě neprospěje, pokud budeme existenci jejích základních hodnot zpochybňovat a pokud bude zřejmé, že nejsou k dispozici nástroje, jak tyto hodnoty prosazovat. Nejde o vnucování hodnot takříkajíc z Bruselu, ale o naplňování hodnot, jak jsou definovány ve Smlouvách.

Dovolte mi ale, abych vyjádřil určité pochybnosti zejména týkající se té části zprávy, která obsahuje doporučení pro možné budoucí změny Smluv. Myslím, že zde zacházíme až příliš daleko a některá z těchto doporučení jsou, podle mého názoru, v současné době příliš radikální a ve svém důsledku kontraproduktivní. Jsem toho názoru, že je třeba zvolnit a skutečně nejdříve důkladně zhodnotit možnosti stávajících, třeba i propojených mechanismů.

Tanja Fajon (S&D). – Madam President, first of all I would also like to thank Sophia in 't Veld and the other shadow rapporteurs. I agree with the First Vice-President that it is a very political process, and the rule of law is the key fundamental framework of our Union. If that fails, our democracy is seriously threatened.

I very much agree with my colleagues that we need to kick off by finding institutional agreement on establishing a mechanism like this that is in fact a manifestation of our common European values. Let me remind you, Commissioner Timmermans, that in 2013 you, together with your colleagues, wrote to the former President of the Commission, Mr Barroso, asking him for the establishment of such a mechanism that would protect our fundamental values. We have today an excellent chance to make it happen. In general, I do not support the idea of duplicating mechanisms with tools that already exist, but I do not feel that today we have such mechanisms that are effective.

Looking at the situation in Poland or Hungary, socialists and democrats have for a long time been pushing for the establishment of a democracy scoreboard. Today we ask the accession countries to meet the Copenhagen criteria, but the Member States can simply do whatever they want. So I very much support the idea of establishing such a mechanism on democracy that would stop various violations of the treaties, for example freedom of the media, which we heard mentioned several times. So this mechanism is really needed.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin! Liebe Bürgerinnen und Bürger, stellen Sie sich vor, das Europäische Parlament nutzt ein nicht vorhandenes Initiativrecht, um uns allen wieder einen neuen EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte aufs Auge zu drücken, der nichts anderes tut, als Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Ihre Grundrechte außer Kraft zu setzen. Klingt komisch, ist aber so.

Und wir werden morgen darüber abstimmen. Ich stimme dagegen. Ich widerspreche der Kollegin, die vor mir gesprochen hat. Die EU hat ausreichend Instrumente zum Schutz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Instrumente haben hohe Hürden – gut so! Es kann nicht sein, dass ein paar wenige ganze Länder brandmarken, nur weil ihnen deren rechter Nasenflügel nicht gefällt. Die ungarischen EVP-Kollegen wissen sicher, was ich meine.

Dieser Bericht ist eine neue Nebelbombe der Linksliberalen vorbei an den Bürgern. Ziel: Macht zementieren. Undemokratisch? Genau! Sie zerstören die Subsidiarität, stellen souveräne Staaten infrage, sie machen sich zum Steigbügelhalter von Euroskepsis und nationalistischen Tendenzen. Ihr Mechanismus gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte ist eine absolute Fehlkonstruktion.

Филиз Хюсменова (ALDE). – Днес в Европейския съюз изобилстват примерите за това колко ни е необходим механизмът, който обсъждаме. От ограничаването на медийната свобода и неоднозначни конституционни реформи, през дискриминацията по отношение на мобилността на работниците, до забраната за използване на майчин език в предизборните кампании.

Европа е на кръстопът и се нуждае от преосмисляне и избърсване на праха от ценностите, върху които е построена. Механизмът за демокрацията – принципите на правовата държава и основните права – би заредил рестарта, от който се нуждаем. Намирам за особено важно, че той ще замени и действащите на парче инструменти на ЕС, като Механизма за сътрудничество и проверка, който се прилага вече 10 години единствено по отношение на България и Румъния, с ясни и обективни критерии спрямо всички държави членки и така ще отстрани двойния стандарт при оценяването на двете държави.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta, en la Unión Europea hay leyes de primera, de las que ya se asegura la Comisión Europea que se cumplan, amenaza de expulsión de la zona del euro mediante; y hay leyes de segunda, que pueden ser incumplidas por los Estados miembros de forma sistemática sin que suceda absolutamente nada.

Por ejemplo, de primera es el Pacto por la Estabilidad y el Crecimiento, por el cual en el Estado español llevamos más de seis años sufriendo recortes en nuestros servicios públicos y por el cual ahora se nos exige un nuevo sacrificio de más de 5 000 millones de euros.

De segunda, o incluso de tercera, es la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea y, por eso, en el Estado español puede haber una «ley mordaza»; por eso, puede haber devoluciones en caliente en Ceuta y en Melilla; por eso, puede haber en Hungría leyes xenófobas, o restricción de los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres en Polonia o en Irlanda; o, por eso, puede haber leyes homófobas en Lituania.

Les importan más bien más poco los derechos fundamentales y creo que no es por falta de mecanismos, sino porque el respeto de los derechos fundamentales es contrario a sus políticas económicas y migratorias.

Diane James (EFDD). – Madam President, all too often what the EU has in mind is either obscure or opaque, ensuring that the media and Member States' citizens are left in the dark. Let us be absolutely clear about what we are talking about this morning. We are talking about a report that seeks to establish a group of so-called independent experts who will monitor Member States to ensure that they are upholding the values of EU Treaties. Seemingly there is nothing wrong with that, but in fact there is – and there is plenty.

Let me go through what is wrong. There is absolutely no legal nor Treaty mandate to establish this mechanism. The EU has therefore absolutely no right even to propose it. Thirdly, there is nothing that can be cited to justify or validate such a mechanism, and the timing should make everybody suspicious. Call me cynical, but might it just be a knee-jerk reaction to circumstances in Poland and Hungary – two Member States – probably two out of 28 that would like to do much the same – which are, quite rightly, exercising their sovereign right to curtail EU influence and control in the areas of democracy, rule of law and fundamental rights? That is what sovereign nationhood is all about. If the European Union really wishes to add more substance to accusations of covert federalism and emerging Big Brother statehood, then go ahead, but there is absolutely no way anybody who believes in democracy should support this.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, voyant les peuples d'Europe échapper à votre contrôle, de l'Angleterre à la Hongrie, voilà que vous les infantilisez et décidez de les placer sous tutelle. Votre prétendu mécanisme pour la démocratie, l'état droit et les droits fondamentaux mettra nos États sous le contrôle d'experts soi-disant indépendants, issus du Conseil de l'Europe, une organisation qui comprend des démocraties aussi exemplaires que la Turquie et l'Albanie.

Vous nous parlez sans cesse de démocratie, mais ce n'est plus dans vos bouches qu'une sorte de mantra que vous répétez pour mieux accuser vos adversaires de vos propres turpitudes; des adversaires que vous qualifiez de populistes parce qu'ils se font, eux, les porte-parole des peuples que vous ne voulez plus écouter.

La démocratie, c'est le pouvoir du peuple. La démocratie, c'est le droit des peuples à disposer d'eux-mêmes. Or, vous voulez supprimer l'article 51 de la charte des droits fondamentaux sur la subsidiarité et la souveraineté nationale.

Dimanche, notre ancien collègue, M. Duda, devenu président de la Pologne, célébrait avec le Premier ministre hongrois le soixantième anniversaire du soulèvement de Budapest contre la dictature communiste. Aujourd'hui, le moment est venu pour les peuples d'Europe de l'Est et de l'Ouest de se soulever contre la tyrannie de Bruxelles.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch klar ersichtlich, dass hier einseitig vorgegangen werden soll – gegen Polen, gegen Ungarn –, dass hier eine Lex Polen geschaffen werden soll von denen, die schweigen – über all das schweigen, was in Europa derzeit geschieht: in vielen Mitgliedsländern, wo Patrioten verfolgt werden, in Griechenland, wo Abgeordnete eingesperrt werden, wo Parteien verboten werden sollen. Allein in meinem Land, in der Bundesrepublik, sitzen 1 200 Patrioten nur wegen ihrer Meinung in den Gefängnissen.

Über diese Themen sprechen Sie nicht. Aber Sie wollen andere Staaten regulieren, weil Sie ihnen nicht die Unabhängigkeit gewährleisten wollen, dass sie die Zukunft ihres Volkes nach ihrer eigenen Fasson regeln. Hören Sie auf, sich einzumischen! Lassen Sie die Völker Völker sein und ihre innenpolitischen Dinge selber regeln!

Anna Záborská (PPE). – Únia nepotrebuje žiaden Pakt o demokracii, právnom štáte a základných právach. To všetko je v zmluvách, ktorými sa zaviazali členské štáty. Rovnako máme v zmluvách aj mechanizmus, ktorý rieši prípady, keď členský štát svoj záväzok nedodrží. Strážkyňou zmlúv je Komisia. Nie OSN, OECD, Rada Európy či profesijné a odvetvové združenia. Ak Komisia nadobudne presvedčenie o tom, že niektorý členský štát zmluvy porušil, má sa obrátiť na Európsky súdny dvor.

Môžeme sa baviť o tom, či Komisia dobre využíva svoje právomoci. Či sa z opatrnosti radšej snaží vyhnúť zásadnejším sporom alebo naopak, či príliš citlivo nereaguje na menej dôležité rozdiely v pohľade na demokraciu. Môžeme sa pýtať, prečo Komisia doteraz nepoužila v obžalobe proti členskému štátu ako právny základ článok 2 Zmluvy o EÚ. Prípadne požiadať o jej názor na možnosť vypracovať tzv. „združenú žalobu" s cieľom riešiť prípadný systémový problém v oblasti demokracie a právneho štátu v niektorom členskom štáte. Takáto debata by mala zmysel.

Ale nevymýšľajme nové štruktúry, mítingy, správy a komisie, ktorých výsledkom bude len veľa papierov a hodiny prázdneho rečnenia za peniaze daňových poplatníkov. Ja takýto nápad podporiť nemôžem.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Historiker werden vielleicht eines Tages sagen, dass der Initiativbericht von Sophia in 't Veld der Union in einer schwierigen Stunde ein wirksames Instrument der Stabilisierung in die Hände gegeben hat. Der LIBE-Ausschuss hat den Bericht mit deutlicher Mehrheit verabschiedet und einmal mehr gezeigt, dass die Mitglieder dieses Hauses fähig sind, substanzielle Kompromisse zu schließen.

Wenn man die politisch strittigen Anlassfälle einmal zur Seite stellt, dann zeigen sich zwei Problemkreise. Es gibt es zwar mit den Kopenhagen-Kriterien einen sehr strengen Mechanismus, Mitglied der Union zu werden. Ist dies einmal passiert, dann sind kaum adäquate Mittel vorhanden, eine Nichtbeachtung oder willentliche Verletzung zu ahnden, vor allem, wenn es um Demokratie, Rechtsstaat und Grundrechte geht. Die bestehenden Instrumente sind zu wenig zielgerichtet, um bedrohliche Entwicklungen schon in einem frühen Stadium zu beeinflussen. Wenn sie schließlich auf EU-Ebene landen, dann wird Kritik von den betroffenen Mitgliedstaaten oft als Bedrohung von außen stilisiert und eine Problemlösung sehr schwer.

Der Bericht schlägt eine Verzahnung bereits vorhandener Instrumente vor, setzt in einem frühen Stadium an und setzt alle Mitgliedstaaten – die alten und die neuen Mitgliedstaaten – auf eine gleiche Grundlage. Mit dem *Democracy Scoreboard* wird ein Format entwickelt, das Vergleichsmöglichkeiten eröffnet. Ich meine, dass das Ganze ein Schritt in Richtung Handlungsfähigkeit ist, und ich hoffe, dass die Kommission diese Chance erkennt und sie auch ergreift.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Autorka sprawozdania słusznie krytykuje obecną praktykę sprawdzania praworządności, pisząc, że w niektórych przypadkach niejednolite stosowanie takich instrumentów postrzegane jest przez wielu jako umotywowane politycznie, arbitralne i niesprawiedliwe wobec niektórych krajów. Tak właśnie jest. Także w Parlamencie Europejskim wielokrotnie arbitralnie, niesprawiedliwie i w sposób umotywowany politycznie atakowano niektóre państwa członkowskie, a oszczędzano inne, na przykład Holandię z jej nieludzkimi planami eutanazji. Postulowany przez to sprawozdanie zintegrowany mechanizm jest niezgodny z europejskimi traktatami i zasadą pomocniczości i służyłby nie tyle obronie demokracji, co zastąpieniu jej postdemokratyczną lewicową i liberalną merytokracją czego najlepszym wyrazem jest proponowany „areopakt" – ów reprezentatywny zespół niezależnych ekspertów do spraw demokracji, praworządności i praw podstawowych.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η πρόταση ψηφίσματος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για τη θέσπιση ενός μηχανισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης που θα εξετάζει, σε περιοδική βάση, την κατάσταση της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων στα κράτη μέλη έχει θετική αφετηρία, αφού αυτά είναι οι ιδρυτικές αρχές της Ένωσης. Ωστόσο, ο διάβολος κρύβεται στις λεπτομέρειες και η πρόταση περιέχει αδιευκρίνιστα σημεία. Χρειάζεται περαιτέρω εξειδίκευση ως προς τις εγγυήσεις αμεροληψίας του προτεινόμενου μηχανισμού και το είδος των τυχόν κυρώσεων σε βάρος κρατών μελών, όταν αυτά παραβιάζουν θεμελιώδη δικαιώματα των πολιτών.

Πρέπει ακόμη να αντιμετωπιστεί το ζήτημα των παραβιάσεων κοινωνικών, ιδίως, δικαιωμάτων, οι οποίες απορρέουν από τις απαιτήσεις των οργάνων της Ένωσης έναντι κρατών μελών στο πλαίσιο της δημοσιονομικής επιτήρησης. Παραδείγματος χάρη, οι ευρωπαϊκοί θεσμοί παρεμποδίζουν ουσιαστικά την ελληνική κυβέρνηση να εφαρμόσει δικαστικές αποφάσεις που κρίνουν αντισυνταγματικές κάποιες μειώσεις συντάξεων. Το ενδιαφέρον για τα δικαιώματα δεν πρέπει να είναι επιλεκτικό.

Mylène Troszczynski (ENF). – Madame la Présidente, Madame la rapporteure, vous appelez de vos vœux la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état droit et les droits fondamentaux. Il serait plus honnête de nommer les choses par leur nom plutôt que de dévoyer ces notions fondamentales.

Vous invoquez l'état de droit mais décrivez l'ingérence de l'Union européenne – ingérence de plus en plus rejetée par les peuples européens. Vous appelez au renfort de la démocratie en Europe, mais vous organisez la soumission de tous à des caprices tyranniques. Pensez-vous vraiment renforcer la démocratie en nommant un groupe d'experts chargés de juger si telle ou telle loi votée par des parlements nationaux souverains est conforme à votre idéal de démocratie? Les Polonais et les Hongrois vous répondent sèchement et rejettent votre tutelle. Est-ce votre conception de la démocratie que de nommer des juges turcs pour décider à la destinée de nos nations?

Chers collègues, ce texte est une trahison, trahison des peuples, de leur culture et de leur histoire. C'est une trahison à la mission qui est la nôtre au sein de cette assemblée, à savoir: servir et non asservir. Ne soumettez pas à l'ensemble de nos peuples vos fantasmes, les fantasmes d'un si petit nombre. Si tel devait être votre choix, ce serait une dérive dangereuse et inquiétante.

Cette initiative législative doit finir dans votre poubelle, Monsieur le Commissaire Timmermans.

Michał Boni (PPE). – Pani Przewodnicząca! Europa to nie tylko szanse jednolitego rynku, ale wspólne fundamenty. To obowiązek pilnować ich stabilności. Demokrację od dyktatury, czy wielką politykę od populistycznej małostkowości dzieli właśnie niezależne sądownictwo, swobody obywatelskie i bezstronność mediów.

Rozwiązania ze sprawozdania równo traktują wszystkie kraje, konsolidują, a nie powielają istniejące narzędzia, są w mandacie traktatowym. Nie naruszają zasady pomocniczości, bo istota swobód obywatelskich leży ponad granicami państw.

Demokracja to nie tylko wynik wyborów dający czasową przewagę zwycięzcom. Wygrane nie dają mandatu do podważania fundamentów. Dlatego ważny jest mechanizm mierzenia i oceniania, czy wszędzie demokracja i praworządność są pilnowane.

Ustanowienie Paktu na rzecz demokracji oraz porozumienie międzyinstytucjonalne jest tu kluczowe, by, pilnując suwerenności państw, nie dopuścić do łamania zasad, które są spoiwem Unii, by, oceniając sytuację w krajach przez ekspertów wskazanych przez krajowe parlamenty, dostrzegać zagrożenia i naruszenia, systemowe uchybienia, zapobiegać złym praktykom. Nie o kary tu chodzi, ale o mechanizm wczesnego ostrzegania i dialogu.

Rada, Komisja i Parlament Europejski potrzebują efektywnych i obiektywnych narzędzi w tym procesie.

Praca nad unijnym mechanizmem dopiero się zaczyna. Są ramy, procedury, terminy, narzędzia, obszary. Nie może zabraknąć woli politycznej.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Asszony! A demokrácia, a jogállamiság, az alapvető emberi jogok, az európai értékek az Európai Unió lényegét, talpazatát jelentik. Közhely, de mégis ki kell mondani, a jogállam nem elvont eszme, hanem az egyén és a közösségek jogainak legfontosabb garanciája. Amikor a jogállamiságot védjük, akkor az európai polgárok jogaiért és szabadságáért állunk ki. Ez a jelentés ebbe az irányba tett nagyon fontos lépés. Szükség van a meglévő eszközök hatékonyabb integrálására, illetve kiegészítésére, a folyamatos megfigyelésre és szükség esetén szankciókra.

Ugyanakkor én azok közé tartoztam, akik a jelenleginél kissé radikálisabb megfogalmazást és eljárást szerettek volna látni. Hiszen ma már vannak olyan tagállami kormányok, amelyek tudatosan szembefordulnak a közös európai értékekkel, amelyek kulturális ellenforradalmat hirdetnek meg, amelyek politikai játékszernek tekintik az igazságszolgáltatás függetlenségét, amelyek saját kényük és kedvük szerint értelmezik a jogállamiságot. Ezek a kormányok, az európai szélsőjobboldal a nyitott, befogadó, kulturálisan sokféle Európát akarják feldúlni, s helyette egy bezárkózó, nacionalista, autoriter világot akarnak teremteni. Nekünk politikai és morális kötelességünk megvédeni a jogállamiságot, a demokráciát, az alapvető jogokat, mert ha ezt nem tesszük, akkor egy napon majd azzal kell szembesülnünk, hogy saját magunk is hozzájárultunk az Európai Unió lerombolásához.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, demokracija i vladavina prava nisu građanima europskih država pale s neba. Stoljećima su ih gradili i usavršavali, često se i žrtvujući kako bi obranili svoja prava. Moderna vremena i strahovit tehnološki napredak donijeli su našim društvima neke nove izazove, ali to nije razlog zbog kojeg bismo trebali dozvoliti nepoštovanje temeljnih principa naše civilizacije.

Slažem se stoga da je naša obveza sačuvati demokratske procese i osigurati vladavinu prava, ali ne mislim da nam je zato potreban neki uniformiran mehanizam. Ne smijemo smetnuti s uma kako su države članice Europske unije nastale na različitim tradicijama i prošle različite razvojne putove te sukladno tome imaju drukčije načine zaštite ovih vrijednosti.

Uniforman mehanizam Europske unije za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava u ovom trenutku može samo pojačati jaz između nacionalne i europske razine upravljanja i zato mislim da je to korak u krivom smjeru.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Vice-Presidente Timmermans, caras e caros Colegas, o respeito pelo estado de Direito é um princípio basilar da União Europeia, exigimo-lo como condição de entrada na União, é um dos critérios de Copenhaga. Mas somos menos eficazes em assegurá-lo depois do Estado-Membro passar a Estado-Membro da União Europeia e sabemos que em diversos Estados este princípio atravessa momentos difíceis. É verdade que temos o artigo 7.º do Tratado da União, mas essa é uma situação limite e temos um conjunto de mecanismos, no Parlamento, na Comissão Europeia e no Conselho, de pouca consequência e nenhuma articulação.

A iniciativa que hoje discutimos constitui, por isso, um bom impulso que vai no bom sentido, apelando a uma atuação integrada daquelas três instituições. Mas ainda agora estamos a dar os primeiros passos do que será, certamente, um longo processo.

Felicito a relatora Sophia in 't Veld e o relator-sombra do PPE Frank Engel, entre outros, pelo empenho e pelo trabalho, mas sejamos claros desde o início, este não é um exercício de burocracia, não é um ataque à soberania dos Estados-Membros, não é certamente contra nenhum povo. Proteger o estado de Direito é defender todo e cada cidadão europeu, toda e cada uma das nacionalidades que fazem parte desta União. É reafirmar que a União não é apenas uma construção económica mas que tem valores e que os sabe preservar e defender.

Sylvia-Yvonne Kaufmann (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident Timmermans, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die EU-Kommission hat ein Verfahren gegen die polnische Regierung wegen der Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit im Land, eingeleitet. Gut so.

Doch im Fall von Ungarn hat sie bisher leider nicht die gleiche Entschlossenheit gezeigt – nicht gut, weil hier der Verdacht im Raum steht, die ungarische Regierung stünde unter dem Schutz ihrer Parteifreunde der EVP. Unabhängige Experten, objektive Kriterien und eine automatische Reaktion der EU-Kommission als Hüterin der Verträge sind daher der richtige Ansatz, um Parteipolitik bei dieser für die EU fundamentalen Frage außen vor zu lassen. Der Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte, den das Parlament vorschlägt, wird genau dem gerecht.

Ich will allerdings auch nicht verhehlen, dass der vorliegende Vorschlag weiterer Diskussionen bedarf. An der einen oder anderen Stelle sehe ich durchaus Verbesserungsbedarf. Nur ein Beispiel: Die vorgeschlagenen Indikatoren zur Messung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit etwa müssten präziser und trennschärfer formuliert werden. Die Zahl von 19 Indikatoren ist zudem recht hoch, während die gleichzeitig vorgeschlagene Schwelle für ein Eingreifen zu niedrig ist.

Dennoch, mit der Abstimmung zu dem Pakt wird das Parlament ein wichtiges Signal aussenden. Unsere gemeinsamen europäischen Werte dürfen nicht nur beim Beitrittsverfahren eines Landes auf dem Prüfstand stehen; sie müssen selbstverständlich auch nach dem Beitritt eines Landes zur Europäischen Union für jeden Mitgliedstaat gelten, und zwar gleichermaßen für alle.

Milan Zver (PPE). – Že dalj časa se zavzemam za vzpostavitev učinkovitega mehanizma spremljanja delovanja demokracije, pravne države in temeljnih pravic v državah članicah. Menim, da je politično neodvisen mehanizem eden od ključnih ukrepov za vladavino prava v Evropski uniji, da se več ne bi zlorabljali, zlasti v tranzicijskih, postsocialističnih državah.

Znano je, da so v Sloveniji, na primer, brez dokazov tri tedne pred parlamentarnimi volitvami zaprli prvaka opozicije Janeza Janšo, po volitvah in šestmesečnem zaporu pa ga oprali vseh obtožb. In zgodbe je konec. V takih hudih zlorabah bi morala Unija takoj reagirati, pa ni, ker baje nima ustreznega mehanizma.

S tem predlogom ga bo verjetno dobila, a je potrebno paziti, da se ga ne izrablja v politične namene, kot se je to že dogajalo v preteklosti na primeru v primeru Madžarske in še kje. Če nam bo spodletelo pri zagotavljanju nepristranskosti uporabe tega mehanizma, bodo državljani Evropske unije zavrnili takšno posredovanje Evropske unije, evroskepticizem pa se bo še naprej večal.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario Timmermans, ringrazio l'onorevole in 't Veld per la sua relazione su un tema così importante: l'Unione europea deve essere modello di valori di democrazia per tutti. Il riconoscimento dei diritti fondamentali, al quale molte paesi guardano con estremo interesse, si basa su una condizione essenziale, il rispetto dello Stato di diritto. E la Commissione europea ha la responsabilità di garantire che i valori fondanti dell'Unione siano rispettati, osservati e protetti in tutto il territorio europeo e da tutti gli Stati membri. L'approvazione di poche settimane fa del gratuito patrocinio è un esempio concreto del fatto che stiamo lavorando per costruire e rafforzare lo Stato di diritto all'interno dell'Unione e non possiamo permettere, visto anche il particolare momento politico, che venga minato il riconoscimento dei diritti fondamentali o che questi siano implementati a metà. Guardo quindi con favore ad un meccanismo indipendente che, sempre nell'ambito dei trattati, possa monitorare la situazione della democrazia, dello Stato di diritto e dei diritti fondamentali.

Alessandra Mussolini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io più sento alcuni colleghi, più sono a favore di questa relazione, anche perché non è che si può far parte dell'Unione europea quando c'è da prendere, mentre rendersi autonomi e indipendenti quando c'è da dare. Attualmente non c'è neanche duplicazione perché questo meccanismo sui diritti, sui diritti fondamentali e sulla democrazia è *on demand*, invece tradurre e spostare questo meccanismo in un meccanismo permanente che coinvolge la totalità degli Stati membri è già questo principio di imparzialità e di democrazia. Quindi, io credo che sia importante e fondamentale che l'Unione europea si doti di questo strumento, che poi può essere perfettibile, come sempre, ma occorre farlo, anche perché attualmente c'è la Commissione di Venezia, fanno parte in questa Commissione di Venezia 47 Stati. Quindi io credo che sia importante l'accettazione, fermo restando,

come ha detto Timmermans la criticità che c'è su questo gruppo di esperti.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! Herr kommissionär Timmerman! Jag skulle vilja börja med att tacka Sophia in 't Veld för ett mycket ambitiöst betänkande i en väldigt, väldigt viktig fråga. Jag tycker att det är bland den viktigaste frågan vi har framför oss.

Grundläggande rättigheter kallar vi det genom EU-systemet, och precis så är det. De mänskliga och medborgerliga rättigheterna är grunden. Därför måste också försvaret av dessa rättigheter gå före alla andra hänsyn. Tyvärr så ser vi ofta att det är tvärtom.

Därför är jag glad för att detta betänkande idag får oss att rikta strålkastarljuset mot grunden i EU-bygget: de fundamentala rättigheterna, där rättsstatliga principer är grunden också för demokratin.

Det talas väldig mycket om Polen och Ungern idag. Det är helt riktigt att utvecklingen har gått alldeles för långt åt fel håll i dessa länder. Jag anser att det måste inledas ett artikel 7-förfarande mot båda två om EU ska fortsätta att tas på allvar som försvarare av unionens egna grundläggande rättigheter. Det är viktigt att påminna om att brott mot de fundamentala rättigheterna kan förekomma i alla medlemsstater. Frankrike deporterar romer som är EU-medborgare. Sverige begränsar den fria rörligheten med gränskontroller. Tjeckien och Slovakien segregerar barn i skolorna.

År 2000 slutade EU:s sanktioner mot Österrike i fiasko. Nästan 17 år senare så står vi praktiskt taget i samma situation. Långt innan jag tog plats i Europaparlamentet så låg jag på Barrosso-kommissionen om kandidatländernas respekt för de mänskliga rättigheterna. Jag undrade hur kommissionen tänkte säkerställa att de nya medlemsländerna respekterar mänskliga rättigheter. Barroso svarade att det är mycket bättre om de är med.

Det är vår plikt att skydda de mänskliga rättigheterna.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Asszony! 2004 óta vagyok európai parlamenti képviselő, és sajnos azóta keserűen tapasztaltam meg, hogy a jogállamiságért, emberi jogokért való aggodalom meglehetősen kettős mércével méretik, napi politikai szándékok és erőviszonyok játékát képezi. Az elmúlt 13 évben például egyetlen komoly nemzeti kisebbséget ért jogsértés sem talált sem megértésre, sem visszhangra a Bizottságtól. Tagállami hatáskörre való hivatkozással igazolták a semmittevést.

Ugyanúgy nem került sor jogsértés megállapítására 2006-ban, épp 10 éve, amikor Budapesten békésen ünneplő emberekkel szemben követtek el atrocitást, brutális erőszakot, bizonyítottan, az akkor szocialista kormány emberei. Akkor az uniós döntéshozók nem aggódtak a magyar jogállam állapota miatt.

Ezzel ellentétben azóta sokszor jogállamisági hadjáratra kerül sor, amikor a politikai érdek éppen úgy kívánja, és lehet igaztalanul Magyarországot támadni, miközben egyetlen konkrét jogsértést sem tudnak felmutatni. Mindez azt bizonyítja, hogy amíg nincs egy objektív, konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig mindez, ez a mechanizmus is a kettős mérce táptalaja marad.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, chaque pays qui devient membre de l'Union européenne s'engage à respecter les fameux critères de Copenhague consacrés par les traités européens et la charte des droits fondamentaux. Ce n'est pas pour autant qu'il peut les oublier dès le lendemain de son adhésion, car l'Union des valeurs et du droit n'est pas à la carte. L'état de droit n'est pas un principe cosmétique mais un élément charnière sur lequel l'Union européenne s'est construite. Pourtant, celle-ci n'est pas dotée de dispositifs qui lui permettent d'assurer que l'état de droit est respecté en permanence par ses États membres.

Le mécanisme proposé par Sophia in 't Veld, que je soutiens pleinement, cherche à combler cette faille en instituant un contrôle systématique de la protection des droits fondamentaux au sein de l'Union. Il ne s'agit pas de sanctionner tel ou tel État mais de réfléchir à la mise en place d'une Europe positive, qui dialogue et qui protège.

Enfin, ce rapport n'est pas un texte législatif aux effets juridiques contraignants mais bien une initiative politique destinée à envoyer un message fort aux États membres et à la Commission. Les valeurs et les droits fondamentaux ne peuvent faire l'objet d'aucun compromis.

Jeroen Lenaers (PPE). – Voorzitter, net als u en de meeste collega's heb ik vorige week deze brief ontvangen: stem tegen het verslag-In 't Veld, want de EU probeert de politieke controle over de lidstaten over te nemen. De brief besluit ermee dat de stemming vanmiddag in onze eigen lidstaten gepubliceerd zal worden. Dat zal ongetwijfeld als een soort dreigement bedoeld zijn, maar het is juist een mooi stukje transparantie waar de anonieme briefschrijver zelf een voorbeeld aan had kunnen nemen.

Ik ga met heel veel plezier in mijn eigen lidstaat uitleggen waarom het zo belangrijk is dat fundamentele rechten in de EU op een structurele, objectieve, constructieve en evenwichtige wijze bespreekbaar gemaakt worden en waarom ze uit het domein van de bangmakerij en de taboesfeer van deze schrijver gehaald moeten worden. Laten we eerlijk zijn: als wij als Europese Unie – op het wereldtoneel en in onze directe omgeving – de rol van voorvechter van fundamentele vrijheden willen vervullen, dan moeten we allereerst onze eigen zaakjes op orde hebben.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony! A demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal kapcsolatos uniós paktum egy olyan integrált ellenőrzési mechanizmusról szólna, amely az összes tagállamra és a három fő intézményre vonatkozna. Egy ilyen mechanizmusra tulajdonképpen semmi szükség sem lenne, hiszen a tagállamok a csatlakozási tárgyalások során vállalták az alapvető emberi jogok, köztük a kisebbségek jogainak biztosítását.

A gyakorlat azonban azt mutatja, hogy a csatlakozás után súlyos visszarendeződés figyelhető meg ezen a területen. Az Európa Tanács monitoringjelentései, esetleg az Emberi Jogok Európai Bíróságának elmarasztaló ítéletei pedig semmilyen rendszerszintű következménnyel nem járnak. Az Unió tartva a tagállamok reakcióitól egyáltalán nem foglalkozott azokkal a teljesen nyilvánvaló jogsértésekkel.

Reméljük, hogy ezzel a mechanizmussal új korszak kezdődik, amely azon az alapelven alapul, hogy az EU teljes területén ugyanazok az alapjogok illetik meg az uniós polgárokat.

Емил Радев (PPE). – Г-жо Председател, Механизмът за демокрация, върховенство на закона и основни човешки права е изключително важен инструмент, който ще гарантира опазването на демократичните ценности, върху които е изграден Европейският съюз, във всички държави членки. Той ще гарантира равнопоставеност на държавите и предлага общоевропейски решения.

Вярвам, че този механизъм ще затвърди основите на демокрацията и по този начин ще успеем да се преборим с евроскептицизма и популизма от последните години. За моята страна България този механизъм е изключително важен, защото той не само ще замени наложения ни механизъм за сътрудничество и проверка, но и ще премахне и неоправданите стигми върху нас, породени от този вид дискриминация.

Механизмът за сътрудничество и проверка неоднократно е бил неправилно използван да бъдем сочени с пръст за проблеми, които съществуват във всички държави членки. Той е и напълно погрешна спънка пред членството ни в Шенген.

Затова вярвам, че Механизмът за демокрация и върховенство на закона със своите обективни критерии за оценка ще даде възможност да се видят реалните проблеми в Европейския съюз и всички ние чрез европейска подкрепа и солидарност ще разполагаме с лост за гарантиране на демокрацията в Европа.

Interventions à la demande

Marijana Petir (PPE). – Gospođo predsjednice, predloženi mehanizam Europske unije za demokraciju i vladavinu prava i temeljna prava nije u skladu s temeljnim ugovorima Europske unije, kao niti sa samim načelima Povelje Europske unije o ljudskim pravima koju predlaže kao pravnu osnovu za zakonodavne mjere, uključujući i sankcije državama članicama. Takvim se mehanizmom dovode u pitanje načelo supsidijarnosti i ovlasti Unije pa se samim time dovodi u pitanje poštovanje pravnog poretka od strane europskih institucija.

Odredbe Povelje o ljudskim pravima odnose se na institucije, tijela, urede i agencije Unije uz poštovanje načela supsidijarnosti te na države članice samo kada provode pravo Unije. Poveljom se ne proširuje područje primjene prava Unije izvan ovlasti Unije, ne uspostavlja se nova ovlast ni zadaća za Uniju, a ne mijenjaju se ni ovlasti i zadaće kako su utvrđene ugovorima. Mehanizam predložen ovim izvješćem nije prihvatljiv jer nije u skladu s temeljnim ugovorima Europske unije i s Poveljom Europske unije o ljudskim pravima te narušava načelo supsidijarnosti suverenih država članica.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, señor Vicepresidente, mi intervención se dirige a quienes protestan contra este necesario mecanismo del Estado de Derecho alegando falta de base jurídica o subsidiariedad para esconder sus prejuicios contra los fundamentos de la Unión Europea.

Porque el mecanismo del Estado de Derecho no es una amenaza a la tradición constitucional de ningún Estado miembro, sino una garantía de refuerzo del Derecho de la Unión, que es algo más que un mercado.

En esta Unión estamos viendo retrocesos pavorosos de la independencia judicial en algunos Estados miembros, del pluralismo democrático y del pluralismo informativo; o ataques contra los derechos sexuales y reproductivos de las mujeres. Y no digamos contra los derechos de los extranjeros, incluidos los derechos de los ciudadanos de los Estados miembros, en una ola de nacionalismo reaccionario y de populismo xenófobo, eurófobo y rampante.

Muchos tienen la impresión de que estamos ante una Unión Europea que castiga implacablemente una desviación de una centésima del déficit pero que ignora o da la espalda a los retrocesos o a la involución en los valores fundacionales de la Unión Europea. Y, por tanto, el Estado de Derecho no es una amenaza a la democracia, es una garantía.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Timmermans, όπως και εσείς γνωρίζετε, η δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα είναι άμεσα συνυφασμένα με την οικονομία και υπονομεύονται από τη φτώχεια και τον κοινωνικό αποκλεισμό. Αυτό ακριβώς συμβαίνει και στην Ελλάδα, όπου τρόικα και μνημόνιο έχουν οδηγήσει 3.885.000 Έλληνες να ζουν κάτω από τα όρια της φτώχειας, ενώ οι στρατιές των ανέργων αποτελούν ντροπή για το αποκαλούμενο «ευρωπαϊκό κοινωνικό μοντέλο».

Επιπλέον, κύριε Timmermans, στην Ελλάδα πρέπει να σταματήσει η συστηματική παραβίαση των κοινωνικών δικαιωμάτων των Ελλήνων πολιτών που αρνούνται για λόγους θρησκευτικής συνείδησης να λάβουν τον ΑΜΚΑ, τον Αριθμό Μητρώου Κοινωνικής Ασφάλισης, αρνούνται δηλαδή την αριθμοποίηση του προσώπου τους και τον προσδιορισμό τους βάσει ενός μοναδιαίου αριθμού. Η άρνησή τους αυτή τιμωρείται από το ελληνικό κράτος και πάνω από 100.000 Έλληνες πολίτες στερούνται πλέον ιατροφαρμακευτικής περίθαλψης, καθώς και καταβολής συντάξεων και άλλων επιδομάτων. Πρέπει το θέμα αυτό να σταματήσει, κύριε Timmermans, και θα σας στείλω σχετική επιστολή για το ζήτημα αυτό.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, quiero agradecer a Sophia in 't Veld su propuesta realista y realizable para poder mejorar la democracia en la Unión.

Es imprescindible un informe anual objetivo, independiente y abierto a la participación ciudadana sobre el tema, así como medidas de previsión y corrección, porque hay mucho que mejorar.

Creo que con mecanismos de diálogo previo de prevención sería más difícil que un gobierno europeo desoyese recomendaciones de las Naciones Unidas para reparar a víctimas de su propia dictadura; que un ministro de Interior conspirase para inventar expedientes penales contra sus rivales políticos; o que un presidente anunciase a un procesado por financiar ilegalmente el partido que comparten que le proporcionará jueces de confianza, y que tal promesa se cumpliese.

Señor Timmermans, todas estas cosas pasan hoy en un Estado miembro que, además, no respeta decisiones marco básicas para la creación de un espacio común de libertades, como el mutuo reconocimiento de penas, algo que ya podría corregirse con los mecanismos de hoy. Yo pensaba que en nuestra Unión estas cosas eran imposibles. Hay que conseguir que al menos tengan algún precio, y corregirlas.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, estamos perante mais um inaceitável assalto à soberania dos Estados, aprofundando os mecanismos de federalização da União Europeia.

Três notas: a primeira, a União Europeia não tem legitimidade para dar lições de democracia a quem quer que seja. O vosso conceito de democracia é, entre outros, o das sanções que, aliás, o relatório defende e profunda, é o da chantagem e das pressões. As negociações do CETA ou as ameaças de sanções a Portugal são disso bom exemplo.

A segunda: a intenção de harmonização dos chamados direitos fundamentais para países como Portugal, com uma Constituição progressista, constitui uma inaceitável pressão negativa, nivelando por baixo os padrões de direitos sociais e de trabalho.

A terceira: o enredo de tratados e legislação europeus são um obstáculo à legítima decisão soberana de cada povo decidir dos seus destinos, um obstáculo à efetiva implementação da Constituição portuguesa e das conquistas da revolução que o povo português, mais cedo que tarde, saberá retomar e impor, libertando-se do constrangimento dos tratados.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Maria Grapini (S&D). – Mulțumesc, domnule președinte, domnule comisar, de la bun început vreau să spun că susțin raportul și pactul pentru democrație. Toți spunem că Uniunea se întemeiază pe valorile respectării demnității umane, libertății, democrației, egalității, statului de drept. Statele membre ar trebui să dea exemplu.

Dar ce ne facem, domnule comisar, când oficialii unor țări acceptă discriminarea cu încălcarea drepturilor cetățenilor privind, de exemplu, circulația lucrătorilor, stigmatizând țările mai puțin dezvoltate? Ce ne facem, domnule comisar, cu un stat membru cum ar fi Olanda, țara din care veniți dumneavoastră, care de ani de zile se opune intrării României, Bulgariei și Croației în spațiul Schengen, pe motive politice, nu tehnice, discriminând cetățenii din țările excluse din spațiul Schengen? Același lucru se întâmplă cu MCV-ul pentru România și Bulgaria.

Ați cerut răspuns la unele propuneri din raport, domnule comisar. Vă răspund: da, trebuie să aveți un raport, dumneavoastră, Comisia, un raport anual în Parlamentul European. Noi reprezentăm cetățenii, am fost aleși să-i reprezentăm, dumneavoastră ați fost numiți ca să faceți ca Uniunea Europeană să devină o piață internă care apără drepturile cetățenilor din toate punctele de vedere. Asta așteaptă cetățenii din țara mea, și de aceea sunt de acord cu acest raport, ca un prim pas, și vom continua.

Ivo Vajgl (ALDE). – Podpiram to sijajno poročilo in podpiram ga v celoti. Omogočilo bo, da bomo bolj učinkovito nadzorovali uresničevanje in prakso rušenja fundamentalnih pravic v nekaterih naših članicah. Rad bi pa samo tem temeljnim vrednotam, o katerih govori poročilo in današnja razprava, dodal še eno.

Mislim, da je prav, da govorimo tudi o prizadevanjih za mir kot o aktivnosti v korist ene izmed fundamentalnih pravic ljudi, ki jih posebej zanima v času, ko imamo vojne povsod okoli nas, ko je postalo govorjenje o vojni skorajda govorjenje o neki realni perspektivi, ki nas čaka. Ljudi v Evropi je strah in za mir je treba narediti več.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, cuando en Estados como el español y otros los estándares de democracia son manifiestamente más bajos que los que la Unión Europea preconiza y en teoría defiende, es necesario actuar.

Y este informe, aunque mejorable, va en la buena dirección, por ejemplo cuando propone un grupo de expertos independiente y amplio para analizar y monitorizar a los Estados miembros. Pero no olvidemos que también las instituciones europeas son «monitorizables» y, por supuesto-como subraya mi colega Spinelli—, los derechos sociales y económicos.

Es hora de abandonar el doble rasero —según miremos fuera o dentro de la Unión—, y el informe marca el rumbo correcto en este punto. Lo mismo ocurre cuando acerca a la ciudadanía el acceso al Tribunal de Justicia de la Unión Europea.

Cualquier mecanismo que permita mejorar el funcionamiento de la Unión en términos de democracia es un paso adelante.

Y, señor Timmermans, si el marco actual funcionara, este informe no estaría hoy sobre su mesa.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το γεγονός και μόνο ότι αυτή τη στιγμή συζητούμε για την ανάγκη δημιουργίας ενός μηχανισμού για την προστασία της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου αποτελεί σαφή ομολογία ότι σε όλες σχεδόν τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως καταπατώνται οι βασικές αρχές επί των οποίων στηρίχθηκε η δημιουργία της. Ως γνωστόν, βεβαίως, η Ευρωπαϊκή Ένωση προσεγγίζει και το θέμα αυτό με τον εσφαλμένο τρόπο. Ενώ ανέχθηκε αυτή την κατάσταση αρχικά, τώρα επιδιώκει να δημιουργήσει ένα όργανο επιβολής της θελήσεως μιας ηγετικής ομάδας της Ευρωπαϊκής Ενώσεως στα κράτη μέλη της. Στόχος είναι, βεβαίως, η αφαίρεση αρμοδιοτήτων και ανεξαρτησίας από τα κράτη, τις οποίες η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει και υποχρεούται να σέβεται βάσει διεθνών νόμων και συνθηκών. Με την πιθανή δημιουργία αυτού του

μηχανισμού γίνεται μια προσπάθεια να νομιμοποιηθεί η στοχοποίηση διαφόρων κρατών και η επιβολή κυρώσεων σε αυτά. Τώρα έχουμε την Πολωνία και την Ουγγαρία, προηγουμένως είχαμε την Ελλάδα στην οποία, υπό μορφήν τιμωρίας, επιβλήθηκαν τα σκληρά μνημόνια. Η υποκρισία στην όλη υπόθεση φαίνεται από το γεγονός ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση συζητεί να…

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή.)

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a Europa que faz *bullying* a Portugal, Grécia e Espanha por décimas orçamentais e fecha os olhos diante da ofensiva contra direitos fundamentais de cidadãos imigrantes na Hungria e na Polónia falha clamorosamente. Um pacto interinstitucional para a democracia, estado de Direito e direitos fundamentais como proposto pela relatora Sophia in t'Veld é necessário. O estado de Direito, pedra base da legitimidade do projeto europeu, precisa de ser defendido com mecanismos robustos, supervisão e controlo para intervir e sancionar governos violadores. Só assim conseguiremos reconquistar a confiança dos cidadãos na Europa. Espero que Comissão e Conselho não bloqueiem esta proposta do Parlamento.

Branislav Škripek (ECR). – Súdny človek vidí, že tento návrh je založený na ideologickej zmene, a nie na spravodlivosti a demokratických mechanizmoch. Nie je možné trestať nedodržiavanie niekým stanovených hodnôt, pretože nadiktovanú vládu hodnôt sme napríklad my v Československu zažili v roku 1948 nástupom komunistickej vlády a skončilo sa to revolúciou v 89, čo bolo veľmi dobre. V Európskej únii mechanizmus ochrany demokracie už máme a dobre funguje. Poskytuje dobré limitácie, ak nastane nejaký problém, súdi vec na základe faktov, a nie ideológie.

Máme päť mechanizmov, ktoré dobre spolupracujú, a ďalší bude len komplikovať systém ich efektivitu a obmedzí, to čo môžu dosiahnuť, a vytvorí zmätok. My ďalší nástroj tohto návrhu nepotrebujeme, pretože vytvára obraz, že Európska únia chce viac kompetencií, chce viac autority, a niektoré vlády, ktoré môžu v Európe onedlho nastúpiť, napr. vo - Francúzsku, sa môžu z tohto skutočne potešiť, pretože im dá ďalší dôvod Európsku úniu opustiť. Ak chcete sankcionovať okuliarmi ideológie, potom z takéhoto spolku treba odísť. Ani ja tu nechcem zažiť ďalší február 1948 v Československu, lebo sme úniou spolupráce, a nie nútenia.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Mr President, everyone complains about Hungary and Poland, but the real issue is whether this House and the EU are ready to fight for fundamental rights in Western Europe as well.

In Spain the Constitutional Court is led by an ex-member of the Popular Party. Judicial independence is non-existent. In Spain, under Popular Party governments, newspapers have been closed and political parties have been banned. The former President of Catalonia, Artur Mas, is now facing a political trial for organising a symbolic vote on independence three years ago. And yesterday a pro-independence member of the town hall from Vic, Joan Coma, was sentenced to eight years in jail by Spanish justice merely because of a pro-Catalan independence speech in his town hall.

I hope that the mechanism will be established and that the EU will react to defend democracy everywhere in the EU.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, με πρόταση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, παρουσιάζεται άλλος ένας αντιδραστικός ευρωενωσιακός μηχανισμός. Στο όνομα της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου, η Ευρωπαϊκή Ένωση απεργάζεται μια βιομηχανία παραγωγής προσχημάτων για τις επερχόμενες ιμπεριαλιστικές της επεμβάσεις. Με σύστημα πλέον θα προωθήσει στάσεις, κυρώσεις και ωμές επεμβάσεις σε όσα κράτη μέλη θεωρεί πως δεν ευθυγραμμίζονται με τα σχέδιά της. Πρόκειται για εργαλείο πιέσεων και ανταγωνισμών που σε κάθε περίπτωση έχουν ως στόχο να είναι προετοιμασμένοι τόσο η Ευρωπαϊκή Ένωση όσο και τα μονοπώλια απέναντι σε κάθε κίνδυνο εξουσίας τους από τον λαϊκό παράγοντα. Για αυτό άλλωστε η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν θεωρεί παραβιάσεις τις διώξεις και απαγορεύσεις των κομμουνιστών σε σειρά κρατών μελών της, αποτέλεσμα της ανιστόρητης εξομοίωσης του κομμουνισμού με το τέρας του φασισμού, που υιοθετεί η Ευρωπαϊκή Ένωση. Αυτό είναι όμως και το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο: σερβιτόρος των πιο αντιδραστικών μηχανισμών επέμβασης, που οι λαοί με τους αγώνες τους μπορούν και πρέπει να αχρηστεύσουν παίρνοντας στα χέρια τους την εξουσία με αποδέσμευση από τις αλυσίδες της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nella Giornata europea della giustizia riscopriamo l'Unione fondata sullo Stato di diritto e il rispetto dei diritti fondamentali, valori assoluti che plasmano la cultura dei 28 Stati membri. Sussiste un rischio di grave violazione dello Stato di diritto nelle nostre democrazie, tanto che lo stesso principio è percepito non più come carattere identificativo di noi cittadini europei. Numerose sono le sentenze della Corte di giustizia che citano la Carta, da 43 nel 2011 a 210 nel 2014, e una chiara attività di supplenza della Corte e di una corrispondente responsabilità del legislatore europeo nazionale che fatica a ricollocare al centro della costruzione

giuridica dell'Unione i diritti fondamentali. Ben venga, quindi, la promozione di una proposta per un patto dell'Unione per promuovere buon governo, trasparenza e responsabilità, finalmente consapevole su democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I just want to make a few points. First of all, the realisation that free societies rest on a tripod – democracy, the rule of law and fundamental rights – pre-dates the European Union. It pre-dates the Treaty of Rome and is something that free European societies at the end of the 1940s came to realise as a consequence of what they had seen happening before and during the war, when democracy was used to impose tyranny and the rule of law was used to take away fundamental rights from individuals. So what I want to say is that when we talk about democracy, the rule of law and fundamental rights, we should make it very clear that this is what free societies are based upon, having been established at the end of the 1940s within the Council of Europe, when the Iberian Peninsula was suffering under dictatorship, the Iron Curtain was coming down and half of Europe was under Communist oppression. That is when free societies realised that we need to avoid the mistakes of the past and bring freedom to everyone – the tripod of democracy, the rule of law and fundamental rights. And whenever one tries to use democracy against the rule of law or against fundamental rights or vice versa things will go wrong: that, I believe, is the basis upon which we should found our work.

Because at the end of the day everyone in Europe belongs to a minority. Whether you are a minority or a majority depends only on your perspective. It depends on where you stand. At the end of the day in a democracy you may be in the majority today, but you will be in the minority tomorrow if the voters so decide. And if you use the majority to marginalise or push away the rights of the minority you might receive the same treatment yourself after the next round of elections. So we have a fundamental reason to fight for this tripod and the need is going to be permanent, because there are always going to be challenges.

Now, what do we need to reach that goal? That is the question that we need to discuss today. I have listened very carefully to all the points made today. After your vote we in the Commission will think about how we will react, but let me make it very clear that, to my mind, the goals which we share should not dictate the means that we use to reach those goals. We will be constructive in discussing the report with the European Parliament, but, speaking as a pragmatic man, I believe that we should work towards a position in which we can make sure that fundamental rights, the rule of law and democracy are protected everywhere in the European Union and look for the best means to do that.

I say this also against the backdrop of xenophobic incidents increasing across the European Union – east, west, north and south. I say this in a public debate which is turning sour in quite a number of Member States, putting minorities, and sometimes even majorities, on the receiving end. Women and political, ethnic, religious, and sexual minorities are all under pressure today, and we have the obligation to make sure that everyone's rights are protected.

Sophia in 't Veld, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank my colleagues for a very interesting debate and for all the support. I would just like to briefly say to that side of the House (which has largely disappeared incidentally): I have heard a lot of hysterical language about dictatorships and imposing values, tyranny, submission, treason. I would just like to point out that 28 countries decided to join the European Union voluntarily.

They signed up to the Treaties voluntarily and the Treaties include Article 2. For those who have read the articles: Article 1 in the Treaties basically says 'Hello, everybody' and then Article 2 is about what we are all about as a European Union – a community of values.

The irony is that we have endowed the European Union with the instruments to enforce all the other policy areas: competition policies, police and justice cooperation, foreign policies, etc. But our core values are not protected by instruments that are sufficiently strong to make sure that the values are upheld throughout the European Union.

I very much concur with what Commissioner Timmermans just said: it is all about the objectives and not so much about the means. But I do hope that I misunderstood when I thought I heard you say in your initial presentation, Commissioner Timmermans, that you think that the existing tools are sufficient, because there I disagree and I think that has been echoed by everybody in the House.

I think that we all expect that the mechanism you have triggered against the Polish Government is not, unfortunately, going to lead to an improvement in the situation in Poland. Nobody expects that by the end of this week the Polish Government is going to say: we are going to follow up on your recommendations. I would have hoped that they would, but they are probably not going to do that.

So we do need a mechanism that has a preventative arm that applies to all the Member States. I think that is really a key principle. Also, in response to your question: yes, I do think it should be on a regular, preferably an annual, basis and not be incident-driven, because if it is incident-driven then there is the inherent risk that decisions to intervene will be politically motivated, and we want to avoid that.

One final remark about the panel of independent experts: I hear people expressing concerns about this. I would recommend people read the text because it is very clear that the lead is with the Commission. The Commission will adopt the annual report but it will do so in consultation with the panel of independent experts that will be partly nominated by the Member States and partly by this Parliament.

Finally, I would like to remind the Commission, and colleagues, that it is not as if we are reinventing the wheel. We already have the justice scoreboard, the corruption report, the corruption and verification mechanism (CVM) for Bulgaria and Romania, the media pluralism monitor, the fundamental rights report, the reports on access to documents, the Schengen evaluations, etc. These mechanisms also include panels of independent experts and country-specific recommendations, so we are not inventing something new.

I look forward to the Commission's proposal. I hope that we can have a constructive dialogue, as we have had inside this House in the political groups, the same dialogue between the institutions and come up with something that will really serve democracy, the rule of law, and fundamental rights throughout the European Union.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Dienstag, 25. Oktober 2016, um 12.00 Uhr statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai bien entendu approuvé ce rapport d'initiative qui propose la création d'un mécanisme annuel de surveillance du respect des libertés fondamentales et de l'état de droit par les États membres et les institutions de l'Union.

À cette fin, le rapport invite la Commission à présenter, avant septembre 2017, un projet de pacte interinstitutionnel pour l'état de droit et les libertés fondamentales qui comprendrait: un rapport annuel sur la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux incluant des recommandations pays par pays, un débat interparlementaire annuel sur base de ce rapport, et des modalités de traitement des risques potentiels ou violations telles que prévues à l'article 7.

Les valeurs fondamentales contenues dans l'article 2 du Traité sont au coeur du projet européen. Chaque État membre se doit de les respecter. Les situations actuelles en Pologne ou en Hongrie démontrent qu'une surveillance permanente du respect de ces valeurs est nécessaire et l'application de ce rapport permettrait que ce soit le cas et donc que des réactions rapides puissent être posées. Il s'agit d'un enjeu vital pour l'avenir de l'Europe.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai entendu mes collègues dénoncer les dérives en Pologne, en Hongrie et si je partage certaines de leurs préoccupations, je m'étonne que notre honorable assemblée utilise exactement les méthodes qu'elle prétend dénoncer.

Comme vous, je suis très attaché au principe de la séparation des pouvoirs et c'est pourquoi, je ne peux comprendre que le Parlement européen, plutôt que de prôner le renforcement des institutions nationales ou de réfléchir à une utilisation plus coercitive et pertinente des instruments européens existants réclame de nouveaux droits qui mènent tout droit vers une concentration des pouvoirs. Le Parlement européen existe pour légiférer sur des sujets prioritaires pour les citoyens: l'emploi, la protection de nos frontières, l'environnement, la réindustrialisation, la reconquête économique et commerciale…

Ce serait se méprendre que de penser qu'il doit aussi être juge des Libertés et gardien des traités. Je pense que ce rapport ne répond pas aux demandes des citoyens qui réclament des mécanismes de contre-pouvoir nationaux stables et efficaces et non un renforcement de la surveillance systématique par des institutions européennes dans lesquels ils ne se reconnaissent pas. C'est pourquoi, si je comprends le principe, je ne peux soutenir un rapport dont la méthode préconisée est juridiquement contestable et inapplicable.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – 2010 óta számos uniós tagállamban szemtanúi lehettünk a demokratikus jogok visszarendeződésének. Egyes tagállamokban ez odáig fajult, ha most jelentkeznének uniós tagságért, szinte biztos, hogy nem kapnák azt meg. Be kell vallanunk, hogy ez váratlanul ért minket az Európai Unióban. Ezért nem is áll rendelkezésünkre megfelelő uniós jogi keret arra az esetre, ha egy már uniós tagállam letér a demokrácia útjáról, az uniós forrásokat csak saját maga gazdagítására használja. Ezért nem lehet halogatni egy európai demokrácia-ellenőrző mechanizmus létrehozását, amely megvédi az uniós állampolgárokat, ha kormányaik lábbal tiporják jogaikat.

Az Európai Unió jóval több mint gazdasági szövetség, mi az értékek közössége is vagyunk. Az EU nem valamiféle külső hatalom, hanem mi is vagyunk. Ha egy tagállami kormány hátat fordít ezeknek az értékeknek, az állampolgárok érdekében az EU-nak közbe kell avatkoznia. Nem politikai fegyverről van szó, hanem objektív követelményeken alapuló mechanizmusról, amely mindenkit – legyen bal- vagy jobboldali kormányról szó – ugyanolyan mértékben érint. Egy ilyen uniós alapjogi paktum elengedhetetlen az elmúlt évek történéseinek fényében.

Sirpa Pietikäinen (PPE), *kirjallinen*. – Meidän tulee varmistaa, että jäsenmaat noudattavat perusoikeuksia koskevia sitoumuksiaan. Perusoikeudet ovat luovuttamattomia ja jakamattomia. Niitä ei voi keneltäkään ottaa pois – ei viranomaisen päätöksellä eikä henkilön omalla suostumuksella. Oikeudet ovat myös jakamattomia. Oikeuksien pitäisi toteutua samanaikaisesti.

Tällä hetkellä EU:lla ei ole juridisia työkaluja puuttua perusoikeuksien mielivaltaiseen loukkaamiseen jäsenmaissa. Mietintö demokratiaa, oikeusvaltiota ja perusoikeuksia koskevan EU:n järjestelmän perustamisesta kiinnittää huomiota tähän epäkohtaan. Meidän tulee seurata perusoikeuksien toteutumista jäsenmaissa. Tarvitsemme mekanismin, jolla EU voi tarkastella demokratiaan, oikeusvaltioon ja perusoikeuksiin kohdistuvia vakavia uhkia tai niiden riskiä.

Perusoikeusasiakirjan sitovuus ja syrjintäkielto tulee lisäksi ulottaa kaikille elämän osa-alueille hyväksymällä yhdenvertaisuusdirektiivi. Esimerkiksi kaupunkiympäristöjen, terveydenhuollon tai koulutuksen esteettömyys tulee varmistaa. Syrjintäkiellon tulee ulottua koskemaan sellaisia syrjinnän muotoja kuten esimerkiksi ikää tai vammaisuutta. On kaikkien etujen mukaista pystyä varmistamaan, että jäsenmaat kunnioittavat yhteisiä arvoja ja perusoikeuksia.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Fontos és már nagyon időszerű ez a jelentés, hiszen ez a Parlament és a Juncker-bizottság megalakulása óta adós a közös európai demokratikus normákat megsértő tagállami kormányokkal szembeni hatékony fellépés jogalapjának megteremtésével. Szintén osztozunk a frusztrációban, amely sajnos éppen az én országom vezetésével szembeni tehetetlenségünkben jelent meg a legmarkánsabban, hiszen az Orbán-kormány sorozatos jogsértéseit, az európai normákat és saját polgárai alapvető jogait semmibe vevő politikáját az EU – megfelelő uniós jogalap és mechanizmus, illetve alkalmasint politikai szándék híján – mindmáig képtelen megakadályozni és szankcionálni. Éppen ezért szorgalmazom, hogy a tervezett új mechanizmust létrehozó jogszabály és intézményközi megállapodás adjon hathatós uniós választ az Orbán-rezsim cinikus jogi trükközéseire is: kezelje azt a helyzetet, ahol az adott kormányzat a jelentős parlamenti többségét a jogsértések elleplezését, vagy utólagos legalizálását célzó jogszabály-, sőt alkotmánymódosításokra használja.

Megjegyzem, hogy egy másik hasonló kihívás is áll előttünk: az EU-nak a jelenleginél sokkal hatásosabb közös eszközökre volna szüksége a rendszerszerű tagállami kormányzati korrupció elleni fellépésben is; sajnálatos módon Orbánia ezen a téren is élen jár és szégyenletes példákkal szolgál.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone Pirmininke, Europos tradicijos teisinės valstybės ir pilietinių teisių srityje turi labai ilgą istoriją, kadangi jų ištakos siekia Atėnų demokratijos ir romėnų teisių laikus.

Europos Sąjunga užrašė teisinės valstybės taisykles savo sutartyse. Gaila, kad į jas nebuvo įtrauktos nuorodos į krikščioniškąsias Europos šaknis, apie kurias tiek daug kalbėjo įkūrėjai Schuman, Adenauer, De Gasperi. Būtent todėl ES išgyvena vertybių ir pagarbos teisėms krizę, nes prarado tinkamą atskaitos tašką, kuris egzistavo Europos Bendruomenės formavimo metu. Sutartys yra bedvasės, todėl nereikia stebėtis, kad tiek daug valstybių narių bei jų piliečių nepriima technokratinio taisyklių ir reglamentų, numatytų ES sutartyse, vykdymo.

Pasiūlymai, pateikiami pranešime, kurie ES institucijų, ypač Europos Komisijos, pagalba bando valstybėms narėms primesti lemiamą žodį dėl klausimų, susijusių su vertybėmis ir normomis, nėra geras sprendimas. Atskirų valstybių visuomenėms turi būti palikta galimybė apsispręsti dėl savo likimo per referendumus ar konstitucijos persvarstymą be perdėto kišimosi iš išorės. Jeigu Sąjunga nori išgyventi dabartinę krizę, privalo gerbti visų valstybių narių tautinę tapatybę, kuri yra šių valstybių pagrindinis istorinis ir kultūrinis paveldas. Ir, kas svarbiausia, norėdama saugoti teisinės valstybės taisykles Sąjunga, o ypač Komisija, negali pažeisti įstatymų, su kuo susidūrėme Vengrijos ir Lenkijos atvejais.

4. Innere Sicherheit in der EU – bisherige Fortschritte bei der Umsetzung der erlassenen Sicherheitsmaßnahmen und künftige Herausforderungen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Thema Innere Sicherheit in der EU – bisherige Fortschritte bei der Umsetzung der erlassenen Sicherheitsmaßnahmen und künftige Herausforderungen (2016/2955(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, before I start I would like to say how much we are looking forward to cooperating with the Commissioner. It is the first occasion that we have had to meet here in the margins of this important debate. Commissioner, your portfolio is extremely important for the Security Union and we, as a Presidency, are very keen to work together with you.

Honourable Members, many thanks for giving us the opportunity to express the views of the Council on this very important issue. I would like to start by recalling what the honourable Members Hohlmeier and Gonzales Pons have mentioned recently, to the effect that we have managed within the last year 'remarkable legislative progress' to prevent and fight terrorism. I think this is very important and should be recognised right at the beginning.

But, of course, the urgency of putting in place measures to prevent and fight terrorism, while maintaining an open and free society, has only increased following the many attacks which have taken place since then. Even if security is, let me say, primarily the Member States' responsibility, political expectations for the EU and its citizens to deliver and ensure security are very high.

The first point I want to make is on information exchange. The Council is highly committed to implementing the renewed Internal Security Strategy for the years 2015-2020, and one of the most important elements here is improving information exchange and accessibility, especially by ensuring the interoperability of different information systems.

The Council in June endorsed a roadmap on information exchange and information management in the Justice and Home Affairs area, and will regularly review its implementation. It contains 50 practical short and medium-term actions and long-term orientations. Their aim is to make sure that practitioners, such as policemen and border guards, have speedy and effective access to high quality information. A number of actions of the roadmap will be taken forward by the High-Level Expert Group on information systems and interoperability. This group will play an important role in developing a long-term vision for the future architecture of the EU information systems and databases by ensuring their interoperability.

While of course we should never be complacent, I daresay that there has been substantive progress over the past year. Let me give you two examples: (1) via the Europol Information System (EIS) and (2) the Schengen Information System. In the EIS, the number of terrorism-related objects has increased in the third quarter of this year by 20% (to a total of over 13 000) in comparison to the second quarter. The number of searches, and this is important, conducted in the EIS in the third quarter sets a new record, and brings the total number of searches performed this year to more than one million for the first time in the history of the system.

As for the Schengen Information System (SIS), the number of alerts on persons under Article 36 of the SIS II Decision has nearly doubled since 2014, reaching almost 90 000. As regards information sharing by the security services, Europol has created the possibility for counter-terrorism units to communicate bilaterally using the secure information exchange network, SIENA, and is now upgrading it to EU confidential level.

The European Counter Terrorism Centre (ECTC) has been operational since January 2016 and is also contributing to stepping up information-sharing and operational cooperation.

The second point, on radicalisation: this must obviously be addressed, primarily by the Member States, but also, in order to be effective, by coordinated support at European level in accordance with the Treaties. As a follow-up to the Commission communication of June this year, the Education Council that will take place in November will adopt conclusions on preventing radicalisation leading to violent extremism. These conclusions reflect the broad approach that we need to take and highlight also the preventive role of education and youth work. Another important conference will be organised by the Radicalisation Awareness Network (RAN), in cooperation with the Commission, and it will also take place in November.

Furthermore, it is crucial to focus on online initiatives and the work of the Europol Internet Referral Unit. Cooperation with service providers has proven successful, and approximately 90% of the content considered illegal was taken down by service providers. We look forward to the new initiatives of the EU Internet Forum to be launched by the Commission in December this year. In order to fight online radicalisation, nevertheless, we need to build the most effective partnership between government and industry.

I would like to mention two more issues very quickly – I am aware of the time limit, but it is important. First, on the victims of terrorism, the recent terrorist attacks have once again reminded us that our emergency services must be prepared for rapid and efficient interventions in very difficult security conditions. This requires enhanced cooperation between different actors at national and EU level, including emergency and security services.

Terrorist attacks are likely to cause a high number of victims requiring very specific medical treatment, not to mention psychological support which has to be provided, not only to survivors, but also to the families of the victims and to the witnesses of the events. I could continue on this but I would like to say we are paying attention also to the consequence management of terrorist attacks. Let me remind you of the Union Civil Protection Mechanism which was adopted in 2013.

Secondly, and this is my last point, on irregular migratory flows, which is also very important in the current context of the migratory crisis, the Council has, in particular via the Integrated Political Crisis Response mechanism, worked intensively with relevant Member States, the Commission and EU agencies, to ensure an adequate response to the possible abuse of refugee and migration routes by terrorists. Of course, the most important points when it comes to the current routes are in Greece and Italy, but there are different types of security checks going on here and they are conducted in the various places on the work floor in these hotspots.

One of the priorities in this area was the recruitment by Europol of national police officers who will be deployed together with Europol officers in the Greek hotspots, and also in Italy, as soon as possible.

Mr President, I took a bit longer than expected, but this is a very complex issue. There are many more important elements that should be mentioned, but this was the most important part, which I wanted to share with you.

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, I am very glad to be here this morning to discuss the first of a series of monthly reports on progress towards building an effective and sustainable Security Union. I hope this will become a regular fixture for future plenaries. My colleague Dimitris Avramopoulos would very much like to have been here this morning, but he sends his apologies.

So this first report looks at the period from the Commission's April 2016 communication, which also launched the Security Union, up until October, and it focuses on home and justice areas in particular. In future, the scope of these reports will be broader, given the cross-cutting nature of the Security Union, which is, as you know, an initiative that encompasses a broad swathe of the Commission's work. Indeed it brings together more than 20 directorates-general. President Juncker's idea when he created this role was to drive the delivery of work in this vital area, and I will work with my colleagues across the Commission to make sure that we deliver what we have all signed up to, to plug the gaps, and to make sure that our response keeps pace with the constantly shifting threats we face.

We need to act simultaneously on two fronts. First, to close down the space in which terrorists and criminals operate and to deny them the means they use – money, munitions, movement. This also includes working on prevention of terrorism and working to counter radicalisation. Second, to build our resilience, to strengthen our information systems by making them more joined up, and to reinforce our critical infrastructure, particularly our transport, energy and cyber security, which are too often targeted by terrorists and criminals. As I have said before, all of this only works if it respects our fundamental rights and values. These are the very rights and values that terrorists in particular are setting out to destroy.

In terms of the fight against terrorism, I welcome the commitment of this Parliament to conclude as soon as possible the negotiations on the counter-terrorism directive. I would like also to assure you of my strong support for your efforts to finalise the work on systematic checks on external borders. It is important that we do this, given the risks associated with the possible return of foreign fighters.

As regards the means used to support terrorism, I am glad the co-legislators have started work on the amendments to the Fourth Anti-Money Laundering Directive. The majority of measures in the action plan against the illicit trafficking and use of firearms and explosives have now been implemented or are in hand. The implementing regulation on firearms deactivation entered into force in April this year and will cut substantially access for terrorists to such firearms. But I wanted to add that the co-legislators now urgently need to close the remaining gaps in the trilogue, which I think is taking place today, to reach agreement on the revision of the Firearms Directive, to take military assault weapons off the streets. It is nearly a year since the Paris attacks. The Commission produced its proposals rapidly and they have been thoroughly discussed. Our citizens will simply not understand a continuing delay.

Fighting terrorism also means tackling the causes of terrorism, including radicalisation. We have to fight ideas with ideas. Identifying and taking down terrorist propaganda is vital, as has been said, but developing persuasive counter-narratives that offer a clear alternative vision, backed up by opportunities and incentives, is the only way of tapping into the same idealism which radicalisation exploits. We have to target the people the recruiters are targeting and offer them a different and better path. That means education, employment and inclusion. The Commission is helping – funding work on counter-narratives through the RAN, through targeted use of Erasmus+, the Youth Guarantee, and financial support through the European Social Fund.

Tackling this challenge takes time. I visited Mechelen, near Brussels, earlier earlier this month, a place with similar demographics to Molenbeek – but in the case of Mechelen there are no foreign fighters. This reflects 15 years' worth of investment led by grassroot initiatives, combining a tough approach on law enforcement with sustained work on prevention and deradicalisation that has given young people a greater sense of self-worth and a greater sense of their community. I am happy that this long-term sustained approach is shared by Parliament, and I am looking forward to contributing to the debate which the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) will hold on combating radicalisation later in November.

As well as taking the fight to terrorists and criminals, we need to build our resilience, to protect our citizens and our society, to strengthen our information systems, as has been mentioned, to reinforce our infrastructure, to reduce vulnerabilities. This means work on the interoperability of our information systems, where will be accelerating the work of the High Level Experts Group to produce an interim report and actions before Christmas. It also means developing a system of robust risk analysis, security research and the systematic cooperation between law enforcement agencies and the private sector.

During my hearing I was very clear about the need to ensure appropriate implementation of what we have already agreed. We have got to deliver what we agreed, however hard and occasionally unglamorous that may be. The Commission is ready to support national authorities with technical assistance, exchange of best practice and, in many cases, financially, but Member States need to do their part. The PNR Directive is a case in point. This is a key instrument in the fight against terrorism, with the transposition deadline of May 2018. Few Member States yet have in place the necessary infrastructure to handle the data. A number have plans and projects underway, but 11 Member States have yet to start work.

In other cases where the deadline for Member States' transposition has already passed, the Commission will not hesitate to launch infringements – as was the case this September, when for the first time the Commission initiated infringement procedures for non-transposition of elements of the Prüm Network.

Finally, let me stress another recurring theme. We need to make full use of the existing instruments we have at our disposal. Our agencies need to be strengthened and their support should be better used. For example, after the Paris attacks, Europol assigned 60 officers to support the French and Belgian investigations in Taskforce Fraternité. Data provided to Europol by Belgium and France enabled it to come up with 800 intelligence leads and more than 1 600 leads on suspicious financial transactions. Eurojust also played a key role in the aftermath of these attacks in what were legally complex cross-border investigations, and the new Europol regulation that will enter into application in May 2017 offers us new opportunities that we should seize.

I realise I have spoken for too long, but as you can see, this is a broad range of work that we are reporting on, and initiating a monthly reporting cycle should allow us to be able to discuss specific issues in more depth in the future and ensure that all institutions have an updated picture on the state of implementation of these important initiatives. Thank you for your attention and I look forward to hearing your views.

Monika Hohlmeier, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Ratspräsidentschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich erst einmal dafür, dass man zumindest zum ersten Mal den Eindruck hat, es kommt richtig was in Gang, da, wo wir Jahre vorher diskutiert haben über Informationsaustausch, über die Nutzung des SIS-Systems, dass tatsächlich die entsprechenden Personen oder auch Sachen eingetragen werden. Dass die Mitgliedstaaten sich gegenseitig besser informieren, dass Europol als Koordinationsstelle besser fungieren kann – das scheint Zug um Zug in Gang zu kommen und wird deutlich vollständiger.

Was mich immer wieder noch beschäftigt, ist im Zuge dessen, dass ich die Verhandlungen vielfach beobachte – ich nehme jetzt einmal meine eigene Terrorismusrichtlinie –, die Schwierigkeit, dass Mitgliedstaaten sich auf etwas verpflichten. Wenn ich zum Beispiel den Informationsaustausch nehme und dazu die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, relevante Informationen auszutauschen, so sind die Mitgliedstaaten bei der Verpflichtung nach wie vor sehr zurückhaltend.

Wenn ich an die Frage denke, wie wir damit umgehen, dass wir eine Unmenge an Waffen haben, die aus dem ehemaligen sogenannten Jugoslawienkrieg bis in die heutige Zeit hinein in den Terrorismus und den Waffenhandel hineinspielen – und das in unglaublichen Größenordnungen –, dann glaube ich, dass wir nicht nur den Waffenhandel insgesamt beobachten müssen, sondern vor allem auch das Darknet, und verhindern müssen, dass im Rahmen des Darknets Unmenge an Handel betrieben wird, den wir nicht haben wollen.

Birgit Sippel, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Zur Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität – einschließlich Terrorismus – braucht die Zusammenarbeit unserer Mitgliedstaaten den Austausch relevanter Informationen. Was hierzu gemeinsam beschlossen wird, muss aber auch überall umgesetzt werden. Ich erinnere – es wurde schon genannt – an den Prüm-Beschluss zum Austausch von Kfz- und DNA-Daten. Die Umsetzung sollte im August 2011 erfolgen. Hier musste die Kommission nun Vertragsverletzungsverfahren gegen 5 Mitgliedstaaten einleiten. Und auch in anderen Bereichen zeigt sich ein Mangel an Umsetzung und Informationsaustausch.

Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir den Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Anwendung beschlossener Maßnahmen setzen. Doch tatsächlich wird lieber immer Neues gefordert. Beispiel: Europäische Fluggastdatensammlung – wahnsinnig wichtig, oder vielleicht doch nicht. Denn derzeit sind 11 Mitgliedstaaten nicht in der Lage, die Umsetzungsfrist 2018 einzuhalten.

Ich selbst halte diese Richtlinie in ihrer beschlossenen Form für grundrechtswidrig und komme damit auf eine weitere Herausforderung. Die Anschläge von Terroristen zielen auf unsere offenen Gesellschaften, auf Freiheit und Demokratie. Gerade diese aber gilt es, nachhaltig zu stärken und zu verteidigen. Massenhafte Sammlungen von immer mehr Daten setzen potenziell alle Bürger unter Verdacht. Die gleichzeitige Vernachlässigung von Datensicherheit und Datenschutz bietet Angriffsflächen für Kriminelle und gefährdet unsere Grundrechte. Insbesondere beim Thema Interoperabilität von Datensammlungen müssen deren Notwendigkeit und Fragen des Datenschutzes besonders sorgfältig geprüft werden.

Grundsätzlich birgt die Diskussion über immer neue Maßnahmen und immer mehr Überwachung die Gefahr, latent ein Gefühl steter Verunsicherung zu erzeugen. Auch das kann den Boden für rechtsextreme Kräfte – einschließlich Hass, Bedrohungen und Gewalt – nähren. Tatsächlich werden derzeit – wahrscheinlich nicht nur in Deutschland – Politiker und ihre Familien, ehrenamtlich tätige Bürger, Menschen mit Migrationshintergrund, Polizisten und viele andere von rechts massiv bedroht.

Die Tötung eines Polizisten letzte Woche in Bayern ist da nur ein erschreckender Beleg. Die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Terrorismus darf den Blick auf andere Herausforderungen nicht verbauen.

Die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und offenen Gesellschaften braucht nicht Aktionismus, sondern Augenmaß, denn wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, kann am Ende beides verlieren.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Als we spreken over veiligheid binnen de Unie, dan denk ik ook aan bepaalde gemarginaliseerde bevolkingsgroepen waarbinnen het fenomeen van moslimextremisme jammer genoeg prominent voorkomt, bijvoorbeeld jongeren uit risicobuurten, die worden aangezet door criminele vriendjes of charismatische geradicaliseerde figuren. Terrorisme volgt vaak uit criminaliteit, maar ook de gemeenschap en het identiteitsgevoel spelen een aanzienlijke rol. De terrorist Abdeslam, bijvoorbeeld, trok na de aanslag in Parijs richting Brussel en vond er prompt onderdak bij een gezin: bij een vader, moeder en zoon in Molenbeek. Daarom vroeg ik mij af hoe die gemeenschappen uit de marginaliteit kunnen worden gehaald.

Sinds 2005 ondersteunt de EU de lidstaten op systematische wijze bij hun inspanningen tegen gewelddadig extremisme. De veiligheidsagenda van 2015 bouwt daarop voort, waarna de Commissie midden 2016 zeven nieuwe prioriteiten lanceerde. Daarbij werd een *toolkit* aangekondigd om extremisme beter op te sporen en te bestrijden en zo onze maatschappij open, vrij en inclusief te houden. Het is belangrijk dat ook slachtoffers en gedesillusioneerde terroristen hierbij betrokken worden.

Dit zijn goede maatregelen, maar het beste middel voor een hechte samenleving is niettemin activatie en participatie in de vorm van taalopleidingen en trajectbegeleiding bij het vinden van werk. Verplichte inburgering is tevens een absoluut kernpunt in de strijd tegen terreur. In Brussel, bijvoorbeeld, is een inburgeringstraject nog steeds niet verplicht. Dit is te danken aan onze Franstalige PS-collega's. Alsof Europa alles kan oplossen met een toverstok!

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his update.

Commissioner, I very much welcome your intention of giving us a monthly update. On the evaluation, I also very much appreciate your emphasis on the need for evaluation of the implementation, and indeed the PNR case demonstrates that. Although I personally voted against the directive, I think it is extremely silly to pass laws which are not then implemented. I also wonder where the rush came from, if now the Member States are not acting six months after the adoption. I think we should also get a bit more information about the – in total now – EUR 130 million which are being spent on PNR.

But we should not only evaluate the implementation but also the effectiveness. If you compare it to the war on drugs, that has failed dramatically. Is the war on terror any more successful? I do not know, because we have passed so many laws and spent so much money, and the threat levels seem to be going up, not down. We seem to get less of a grip on the phenomenon, not more.

We should also evaluate the impact on fundamental rights and the rule of law, as you have mentioned. But I would also like to see included in your monthly updates the need for democratic and judicial oversight and more transparency and accountability, because I think that is sorely lacking. While defending our democracy and rule of law against terrorist attacks, we seem to be throwing the baby out with the bathwater. So I really hope that you are going to focus more on that.

Three final remarks. First of all, on prevention: I also welcome your statements on that, because I think that so far we have done a terrible job on prevention. I think we have made matters worse by creating deep divisions in society.

Secondly, we all agree on the urgent need for more information-sharing. But, as I said in the previous debate, information-sharing is a lot more than just interconnectivity. That is the technical side of things, but we now need to actually share information, and not on a voluntary, ad hoc, random basis, but systematically.

Finally, in the report that this House adopted in 2011, we stressed already very heavily the need to invest a lot more in what they call HUMINT – human intelligence, people on the ground. I think that the situation in Belgium and the investigation that they did has shown that the real problem is insufficient capacity. So, rather than spending zillions on megalomaniac IT systems, we should be investing in people on the ground.

Cornelia Ernst, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich war heute wirklich neugierig, was uns Rat und Kommission zu vermelden haben. Aber was Sie uns mitteilten, ist weder neu noch hat es irgendein System. Sie haben gar keine Strategie für innere Sicherheit. Denn dazu gehört als Mindestvoraussetzung die Evaluation aller bestehenden Sicherheitsinstrumente, ihre Prüfung auf Tauglichkeit, auf Erfolg, auf Zielgenauigkeit. Sie horten stattdessen Milliarden Daten für illustre Sicherheitsmaßnahmen, wie eine Elster glitzernde Gegenstände in ihrem Nest sammelt.

Und Sie glauben, viel hilft viel. Dabei krankt Ihre Politik wirklich an zwei grundlegenden Fehlern: Zum einen investieren Sie unglaublich wenig in den präventiven Bereich, von dem Sie zwar heute dankenswerterweise gesprochen haben, aber Sie setzen fast ausschließlich auf Repression. Beide – Prävention und Repression – stehen in keinem guten Verhältnis, und Sie tun auch nichts wirklich Relevantes zur Austrocknung der Finanzquellen des Terrorismus. Da ist Ihnen die Freundschaft zu Saudi-Arabien und all den anderen Diktatoren sehr viel mehr wert.

Zum anderen – und das ist mir ganz wichtig – haben Sie die Verhältnismäßigkeit zwischen Sicherheit und Grundrechten nicht auf Ihrer Agenda. Grundrechte wie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung werden bedenkenlos der Sicherheit geopfert, Milliarden Daten von Bürgern gespeichert und gefiltert, Grundsatzurteile des EuGH ignoriert, und der Bürger wird einfach nur eine Nebenfigur. Sie trauen dem Bürger nicht, verlangen aber, dass man Ihnen vertraut. Und das ist ein verhängnisvoller Fehler!

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, ce premier rapport sur les progrès accomplis en matière de sécurité a au moins un mérite: il illustre à merveille l'hypocrisie des États membres. Sur l'échange d'informations, le PNR ou la directive «antiterrorisme», les États jouent double jeu en permanence. Au printemps dernier, ils nous disaient qu'il était urgent d'adopter le PNR, nous traitant à demi-mot d'irresponsables.

Ce rapport révèle que presqu'aucun État membre n'a avancé dans sa mise en œuvre. Idem pour la directive «antiterroriste», sur laquelle nous travaillons actuellement. Alors que les États membres nous somment de l'adopter au plus vite et estiment que nous n'avons pas le temps d'effectuer mener une analyse d'impact, ces mêmes États souhaitent un délai de transposition de deux ans au lieu d'un. Il n'y a d'urgence que face aux caméras.

Ce rapport est bienvenu, mais quand la Commission se décidera-t-elle enfin à publier un rapport sur l'efficacité des instruments existants? Il serait utile de savoir ce qui fonctionne vraiment plutôt que d'accumuler les dispositifs, de criminaliser encore davantage des comportements et d'élargir sans cesse la collecte des données personnelles, et ce au détriment des libertés fondamentales.

Le rapport émis par le comité de surveillance de la police à l'intention des députés belges nous donne déjà des indices sur les défaillances à corriger. Nul manque de données, mais un manque criant de moyens. Plusieurs membres du commando de Paris avaient été identifiés mais n'ont pu faire l'objet d'un suivi adéquat faute de personnel ou de transmission d'informations entre les différents services.

Cessons de jeter de la poudre aux yeux! Ce dont nous avons vraiment besoin, c'est de renforcer la coopération entre États membres et de donner des moyens supplémentaires à la justice et à la police, qui en manquent cruellement.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a tutti noi sta a cuore la sicurezza interna dell'Unione. Eppure non possiamo fare a meno di dimenticare le falle nel sistema di scambio di informazioni tra autorità di polizia e autorità giudiziarie degli Stati membri che sono drammaticamente emerse dopo gli attentati di Parigi e di Bruxelles. Tante volte abbiamo sentito, anche in audizioni pubbliche, che i dati e le informazioni c'erano, ma poi lo scambio non ha funzionato. Ecco, come denunciato nella mia relazione sulla lotta contro la criminalità organizzata che verrà votata oggi, la cooperazione transfrontaliera di polizia e giudiziaria è caratterizzata da procedure eccessivamente lunghe e burocratiche, che ne ostacolano l'efficienza con conseguenze gravi in termini di sicurezza interna dell'Unione. Occorre, dunque, rafforzare la cooperazione, la condivisione delle informazioni tra Stati membri, garantendo delle procedure comuni, l'ammissibilità reciproca delle prove e utilizzando squadre investigative comuni. Infine, vorrei ricordare che i legami e la convergenza crescente tra terrorismo e criminalità organizzata costituiscono una minaccia sempre più grave per l'Unione e anche in questo senso è necessario rafforzare la lotta transnazionale al crimine organizzato.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ENF*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi discutiamo i progressi della sicurezza dell'Unione europea. Ma quali sono? Io non ne vedo neanche uno. Nell'ultimo anno il terrorismo islamico ha compiuto stragi e attentati in ogni angolo d'Europa. E qual è la vostra risposta? Zero, *nisba, nada*, praticamente niente! I servizi segreti di tutto il mondo ci dicono che tra i clandestini che sbarcano ogni giorno in Italia si nascondono terroristi islamici; e il governo Renzi, cosa fa? Dall'inizio dell'anno ha accolto 157.000 extracomunitari, due su tre sono clandestini non sono profughi. Ma vi sembra normale? Basta! I cittadini sono stanchi di essere presi in giro, sono stanchi di subire l'invasione di migliaia di clandestini che rubano, spacciano, delinquono. È un inferno! L'unica soluzione per riportare la sicurezza in Italia è fare quello che già fanno altri Stati europei: difendere i confini ed espellere i clandestini. Fermiamo l'invasione prima che sia troppo tardi!

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, υπάρχει εσωτερική ασφάλεια στην Ευρώπη;

Στην πραγματικότητα, κάθε ένα κράτος μέλος της Ένωσης έχει διαφορετικό επίπεδο εσωτερικής ασφάλειας, αναλόγως παραγόντων, η πλειονότητα των οποίων εξαρτάται από τις εσωτερικές συνθήκες του κάθε κράτους και τη μορφή της κοινωνίας του. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν έχει κάνει τίποτα παραπάνω από το να προσθέτει προβλήματα στις χώρες. Με πολλή μεγάλη ευκολία κάποιος μπορεί να ξεκινήσει από τα Βαλκάνια και να βρεθεί στη Δανία οδικώς, μεταφέροντας κάθε είδους παράνομο εμπόρευμα, από ναρκωτικά μέχρι όπλα, έτοιμα να χρησιμοποιηθούν σε τρομοκρατικές επιθέσεις. Οι δήθεν συνοριακοί έλεγχοι που έχουν επιβληθεί, εκτός από το να δημιουργούν κυκλοφοριακή συμφόρηση στα σύνορα, δεν εξυπηρετούν τίποτα παραπάνω, καθώς μόνο έλεγχοι δεν είναι.

Τέλος, πόσοι από εσάς εδώ μέσα μπορούν να πουν υπεύθυνα πως έχουμε δει το τέλος των τρομοκρατικών επιθέσεων; Ακόμα χειρότερα, πόσοι μπορούν να πουν ότι για τις προηγούμενες ή τις μελλοντικές τρομοκρατικές επιθέσεις είχαμε κάνει ή είμαστε έτοιμοι να κάνουμε ό,τι είναι δυνατό από πλευράς μας για να τις αποτρέψουμε; Δυστυχώς, η Ευρώπη αντιμετωπίζει ένα τεράστιο κενό ασφαλείας, κενό που δεν θα καλυφθεί εάν δεν είναι πρόθυμοι ορισμένοι να αφήσουν πίσω τους ιδεοληψίες και αγκυλώσεις, που δεν εξυπηρετούν σε τίποτα πλέον.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, είναι βέβαιο ότι έχουν γίνει βήματα, αλλά έχουμε πολύ δρόμο ακόμη μπροστά μας. Η άποψή μου είναι ότι πρέπει να εστιάσουμε στην επικαιροποίηση, στο «updating», της τρομοκρατίας και στην πρόληψη. Ποιοι είναι οι εχθροί μας; Πώς εξοπλίζονται; Πώς προσηλυτίζουν νέα μέλη; Από πού χρηματοδοτούνται; Πώς συνεργάζονται; Πώς οργανώνονται; Και η πρόβλεψη αφορά στους νέους στόχους και τις νέες απειλές για την Ευρωπαϊκή Ένωση και ολόκληρο τον πλανήτη. Ξέρουμε πολύ καλά ότι έχουμε μια ασύμμετρη απειλή, όπως ξέρουμε ότι είμαστε ευάλωτοι. Μόνος είπατε ότι υπάρχουν έντεκα κράτη μέλη που ακόμη δεν έχουν επαρκή ή καθόλου υποδομή για την εφαρμογή του PNR. Αυτό που ενδιαφέρει όμως την Ευρωπαϊκή Ένωση και εμάς εδώ είναι ποια κράτη μέλη δεν θέλουν, δεν έχουν τη βούληση ή είναι αδύναμα να εφαρμόσουν αυτά τα οποία αποφασίζουμε. Είναι βέβαιον, κύριε Επίτροπε, ότι οι πολιτικές που ασκούμε προσκρούουν σε κάποιες ιδεοληψίες που θέλουν να πιστεύουν ότι φαλκιδεύονται οι προσωπικές ελευθερίες με τα μέτρα ασφάλειας. Αυτό το οποίο πρέπει να καταλάβουμε όλοι είναι ότι, από οπουδήποτε και αν προέρχονται οι τρομοκράτες, η

απειλή αυτή αφορά στην Ευρωπαϊκή Ένωση, στην ευρωπαϊκή νοοτροπία, στον τρόπο σκέψης, και ότι η μεγαλύτερη ασφάλεια, η οργανωμένη ασφάλεια, είναι αυτή καθεαυτή που εξασφαλίζει την ελευθερία των πολιτών.

Tanja Fajon (S&D). – Varnost je vrednota, ki je evropskim državljanom zelo pomembna. V nedavni raziskavi Eurobarometra je več kot 80 odstotkov državljanov odgovorilo, da želijo več ukrepov na ravni Unije.

A varnost je zame večplastna: varnost pred nezdravo hrano, varovanje zasebnosti, neodvisnost medijev, učinkovita vladavina prava. In ne smemo pozabiti še na drugi vidik, in sicer na zaščito pred pretirano varnostjo, ki bi posegla v temeljne pravice.

Komisija je v svojem odzivu na teroristične napade odgovorila z vrsto novih ukrepov. Čeprav pozdravljam sorazmerne, resnično potrebne in učinkovite ukrepe, pa gredo številni tudi v smeri ogrožanja temeljnih pravic. In ocenjujem, da je zelo krhko razmerje med varnostnimi in ostalimi ukrepi v Uniji že porušeno.

Veliko več naporov moramo, kot ste sami omenili, nameniti v boj proti radikalizaciji mladih. Predmestja, kot so Moellenbeck, so velik izziv in v Evropski uniji imamo dobre prakse, Danska na primer, kako mladim pomagati, ki so potisnjeni na rob družbe.

Spoštovani komisar, ob najinem srečanju in v odboru LIBE ste se zavzeli za temeljit pregled in oceno učinkovitosti vseh obstoječih ukrepov na področju varnosti. V Evropskem parlamentu vas bomo držali za besedo – ta pregled še vedno pričakujemo.

In dokler ne bo sodelovanja med varnostno-obveščevalnimi službami, organi, policijo in pravosodjem nam nobeni novi ukrepi ne bodo pomagali. Enako velja tudi za nesmiselnno vzpostavljanje vrste baz zbiranja osebnih podatkov, če sistemi med seboj ne bodo povezani.

V Evropi nekako gradimo, te dni se zdi, trdnjavo, neprepustne meje. Prenavljamo azilni sistem, ki pa bo ljudem, potrebnim zaščite, povsem nedosegljiv. In gospod King, močno obžalujem, da bo Komisija danes sprejela pozitivno odločitev glede podaljšanja nadzora na notranjih mejah, čeprav sami priznavate, da zanje ne obstajajo utemeljeni razlogi.

Brezglavo hitenje in sprejemanje zakonodaje brez pravega učnika ne povečuje varnosti, pač pa zgolj občutek navidezne varnosti, ki ima lahko resne negativne posledice.

Monica Macovei (ECR). – Mulțumesc. Aș vrea să ne asumăm cu toții securitatea cetățenilor noștri și securitatea Uniunii Europene. Atacurile teroriste nu se vor opri, ci se vor intensifica.

S-a spus aici că PNR-ul nu se aplică de către statele membre. Vă aduc aminte că în acest Parlament am ținut PNR-ul, nu eu, ci colegi de ai mei, trei ani de zile, până l-am adoptat. Sigur că statele membre nu au stat degeaba și au făcut relații bilaterale între ele și și-au dat aceste date despre pasageri. Deci acesta nu este un argument.

Haideți să adoptăm legislația și să ne facem noi treaba, chiar dacă un stat membru nu-și face treaba, fiindcă noi vom fi răspunzători pentru asta. Comisarul pentru securitate Julian King, care este aici, și mă bucur de aceasta, a avertizat asupra riscului ca luptătorii ISIL să se îndrepte către Europa în atacul lor, în contextul bătăliei pentru Mosul.

În final, aș vrea să insist pe adoptarea anul acesta a Regulamentului de modificare a Schengen prin întărirea granițelor.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, bienvenu parmi nous et bon travail, car ce n'est pas le travail qui va vous manquer.

Premier chantier: la nécessaire, voire l'impérieuse interopérabilité entre les banques de données que nous avons créées. Dieu sait si nous en avons créé! Sans interopérabilité, c'est de l'argent perdu.

Deuxième chantier, M. le Commissaire: vous l'avez reconnu, il faut que les États membres respectent leurs engagements. C'est un scandale qu'il n'y ait à ce jour qu'un seul État membre qui ait un PNR pleinement opérationnel, et le paradoxe veut, M. le Commissaire, que ce soit celui de votre pays, qui vient de décider de quitter l'Union.

Troisième chantier: alors que le Parlement proposait un échange obligatoire des données PNR, les États membres ont préféré ne devoir échanger que les données qu'ils jugent pertinentes. Si les données relatives au terrorisme ne sont pas pertinentes en matière de sécurité, quelles données le seront?

Quatrième chantier, M. le Commissaire: vu le nombre de terroristes qui sont des citoyens de l'Union, il est nécessaire de renforcer les vérifications aux frontières extérieures de l'Union européenne. Ces contrôles sont d'autant plus nécessaires que l'on constate une forte augmentation de l'utilisation de fausses cartes d'identité. À ce propos, M. le Commissaire, j'attends avec impatience, et j'espère que vous vous en occuperez, une proposition de la Commission visant à l'harmonisation des éléments de sécurité des cartes d'identité européennes.

Cinquième chantier: d'après mes informations, la Commission va proposer très prochainement une révision du règlement sur le système d'informations Schengen. Ce sera l'occasion impérieuse d'améliorer la précision des signalements des personnes suspectées de terrorisme.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, las vallas de la Europa fortaleza no parecen ser suficientes para frenar el drama migratorio. Los intentos de llegar están lejos de disminuir, generando cada vez más muertos directamente relacionados con nuestra política de fronteras y de seguridad.

Un gran negocio de la xenofobia, del que se benefician a partes iguales la industria de defensa a un lado de la frontera y los traficantes de personas al otro.

Se produce entonces el milagro de la multiplicación de los controles fronterizos, y con ellos arrecian las declaraciones políticas que ligan migración irregular con delincuencia organizada, terrorismo o tráfico de seres humanos, alentando el populismo punitivo, como hemos visto en esta misma Cámara.

Así, la Europa fortaleza se constituye no solo en un proyecto racista vulnerador de derechos y libertades sino también en un gran negocio que no ha parado de crecer en los últimos años: el negocio de la xenofobia que se alimenta gracias a las estrategias de seguridad de esta Europa que mira hacia otro lado ante esta crisis.

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Ich möchte drei Punkte vorschlagen, um mehr Sicherheit in der Europäischen Union zu erreichen.

Erstens: Wir brauchen ein hohes Maß an gefühlter Sicherheit. Das ist ja das, was immer gewünscht wird, und das ist auch richtig. Wir brauchen eine Umgebung, in der sich die Menschen sicher fühlen können, und dazu gibt es viele kleine Maßnahmen, die man ergreifen kann. Man braucht Präsenz von bürgernaher Polizei, das gibt den Menschen ein Sicherheitsgefühl.

Zweitens: Wir brauchen eine effektive Sicherheitspolitik und effektive Sicherheitsmaßnahmen. Da zeigen die Studien eben ganz klar: Aufklärungsraten und Kriminalitätsstatistiken ie halten sich etwa auf gleicher Höhe, wenn wir weiterhin auf anlasslose Überwachung setzen, wenn wir auf Datensammlungen über Unverdächtige setzen. Wenn wir konkret ansetzen bei anlassbezogenen Ermittlungen, grenzübergreifenden Ermittlungen, da gibt es Verbesserungen, und wenn wir mehr in die Polizei investieren.

Letzter, dritter Punkt: strukturelle Sicherheit. Wir brauchen eine Umgebung einer offenen Gesellschaft, die Freiheitsrechte und Bürgerrechte verteidigt. Das schafft Sicherheit und eine sichere Infrastruktur – analog wie digital –, und dazu gehören Hintertüren definitiv nicht.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente, la Unión Europea está amenazada y tiene que protegerse, tiene que activar herramientas de prevención y de represión. La represión evita la impunidad.

La seguridad de los europeos debe ser una prioridad en las políticas de la Unión. Los ataques terroristas, la delincuencia organizada, el narcotráfico, el blanqueo, la corrupción, la trata y el tráfico ilícito nos ofrecen cada día letales escenarios que deben ser afrontados con determinación y con subordinación a nuestras leyes y a nuestras garantías.

Hemos puesto en marcha multitud de instrumentos y multitud de herramientas —se han referido todos ustedes a ellos —: desde el ECTC al EC3, Prüm, PNR, entradas y salidas, etcétera, etcétera. Yo creo, no obstante, que hay que activar inmediatamente y actualizar el llamado ciclo político. El ciclo político tiene cinco años y tiene que ser actualizado.

Señorías, los desafíos futuros están vinculados al incremento del terrorismo. Cuanto más debilitado esté el terror en los territorios ocupados y en los Estados fallidos, más golpeará objetivos occidentales. La seguridad de un Estado miembro es la seguridad de la Unión en su conjunto. Por lo tanto, debemos dar una respuesta global.

Pero antes que nada debemos decirnos la verdad: no tenemos una política de seguridad común; no tenemos una comunidad de inteligencia; no tenemos un espacio judicial común; no tenemos una política de defensa común. Nuestras fronteras son vulnerables. No tenemos un TFTP.

Largo camino por recorrer.

Muchos éxitos, señor Comisario.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, este primeiro relatório mensal pode ser uma boa iniciativa para darmos respostas eficazes ao imperativo da segurança dos nossos cidadãos que não pode ser alcançado sem cooperação europeia. Nesse sentido, estamos a negociar a diretiva de combate ao terrorismo, a quarta revisão da diretiva sobre branqueamento de capitais, a quinta em que reforçamos a Europol e a guarda costeira e de fronteiras, criámos o RAN e o Internet Fórum da União Europeia. Mas nada disso substitui o investimento que Comissão e Estados-Membros, estrangulados por autoinfligidas políticas de austeridade não têm feito em programas inteligentes e de proximidade de prevenção da radicalização.

Eu também visitei Mechelen, Comissário King, e de facto, quanto mais se destrói emprego jovem, quanto mais se destroem políticas sociais inclusivas, mais recrutas estão os Estados-Membros da União Europeia a oferecer a grupos extremistas violentos. Bem pode o Conselho preocupar-se com o retorno de *foreign fighters* ou a infiltração entre migrantes.

Os terroristas que nos golpearam em Paris ou Bruxelas eram de fabrico europeu. Acresce que, ao alimentar o negócio das redes de traficantes e criminalidade organizada associada pela falta de abertura de vias legais e seguras de acesso à Europa para refugiados imigrantes, acrescidas das graves violações de direitos humanos que os deixamos experimentar já em solo europeu, incluindo os milhares de menores não acompanhados desaparecidos, tudo isto só demonstra a incoerência, a inépcia das políticas ditas antiterroristas dos Estados-Membros.

Outros dois problemas fundamentais persistem: desde logo, a resistência de Estados em partilhar informação, em interoperacionalizar serviços, como referiu o Comissário King.

A Diretiva PNR, tantas vezes apresentada como um sucesso, é demonstrativa da falta de aplicação pelos Estados-Membros, a partilha de dados não é sequer obrigatória, o controlo de voos privados não se faz vinculativamente e depois há as questões da dimensão da política externa, como já foi referido por outros colegas.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, вътрешната сигурност в Европейския съюз в днешни дни е под безпрецедентна заплаха. Причината за това е сбърканата политика, водена от Европейската комисия и част от европейските държави. Дебатът е основно базово сбъркан, защото са подменени понятията и защото се водят празни приказки, породени вероятно от гузна съвест от колониалните времена.

Вътрешният ред и сигурността са под натиска на заплахата на ислямисткия тероризъм. Сгрешената политика, водена от Европейската комисия, нарича ислямисткия тероризъм „културно различие“. Европа отглежда, храни и издържа тези, които я нападат. Това е безпрецедентно и сериозна опасност.

Нужна ни е нова политика – политика на отблъскване на нелегалната емиграция, политика на наричане на нещата с истинските им имена, политика, която ясно да заяви и да разграничи нашествието и терора от човешките права. Нужно е ново поведение на всички европейски лидери.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Mr President, the EU has to ensure internal security and has to fight terrorism. This is undeniable, but in a democratic society this can only be done while keeping in mind the main goal of protecting and reinforcing civil liberties and the human rights of citizens. When we do not do so, we are falling into the trap set by terrorism, which plans to have us caught in fear, resentment and diminishing democracy. Has the EU really evaluated which of the security initiatives taken against terrorism really work and which do not? I am afraid this has not been done so far. It is urgent to do so. A lot has been said on this during this debate, but I would like to insist that we should only accept more security measures if they mean a better protection of freedom, not a disruption of it.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, boj proti terorismu a organizovanému zločinu nelze řešit jen na úrovni členských států, proto občané právem očekávají, že Evropská unie bude zajišťovat jejich bezpečnost z úrovně jejích pravomocí. V uplynulém období dvou let jsme přijali dvě nařízení, která umožňují shromažďování dat o cestujících, získávání informací o převodech peněžních prostředků, které by mohly sloužit k financování terorismu.

Na úrovni Europolu se násobí množství sdílených dat a vzniká středisko evropského boje proti terorismu. Jsme si vědomi nutnosti prevence, boje proti radikalizaci a také nutnosti netolerance projevů radikálního islámu, sledování obsahu na internetu, a proto chceme zabránit také jeho šíření prostřednictvím audiovizuálních služeb. Dámy a pánové, výčet těchto aktivit, které na úrovni Evropské unie podnikáme, není úplný, není dostatečný, ale je jasným signálem toho, že bezpečnost občanů je naší prioritou.

Jeroen Lenaers (PPE). – Allereerst wil ik commissaris King feliciteren met zijn benoeming. Ik ben blij dat we in de Europese Unie nu eindelijk een commissaris hebben die zich enkel en alleen met veiligheid bezighoudt. Dat is een belangrijk signaal over hoe hoog dit op onze prioriteitenlijst staat.

Ik heb drie punten, waarvan het eerste persoonsgegevens van passagiers (PNR) betreft. Ik ben oprecht verbaasd en teleurgesteld dat elf lidstaten nog steeds helemaal niks hebben gedaan om de PNR-richtlijn ten uitvoer te leggen. Je zou denken dat de noodzaak daartoe inmiddels toch wel duidelijk is. Helaas niet. Ik zou de commissaris dan ook willen vragen of hij het mogelijk acht om met de lidstaten die wel al grote stappen hebben gezet, op een bepaald moment te zeggen: wij beginnen alvast en de overige kunnen aansluiten wanneer ze daar klaar voor zijn?

Een tweede vraag: tijdens uw hoorzitting, mijnheer King, zei u dat als de Britse regering besluit tot een *opt out* op het nieuwe Europolmandaat, er ongewenste gaten zouden ontstaan in het Europese veiligheidsbeleid totdat er nieuwe afspraken kunnen worden gemaakt. Bent u bezig om, als voorbereiding daarop, in ieder geval vanuit de Europese Commissie ervoor te zorgen dat die gaten niet ontstaan en dat de 500 miljoen burgers op volledige veiligheid kunnen rekenen?

Laatste punt: criminele organisaties in de grensstreek. We zien steeds vaker dat criminelen onze grenzen nog steeds weten te vinden, ook al zijn ze op papier verdwenen. We moeten meer samenwerken, meer informatie uitwisselen en meer werk maken van grensoverschrijdende confiscatie en bevriezing van bezittingen. Ik zou ertoe willen oproepen het ook mogelijk te maken grensoverschrijdende onderzoeksteams permanent in te zetten om die structurele gevaren aan te pakken. Ik zou graag uw mening daarover willen horen.

Catch-the-eye-Verfahren

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le inchieste sugli attentati più recenti e le dichiarazioni del coordinatore antiterrorismo testimoniano che i processi di reclutamento, in particolare quelli online, si stanno accelerando. Quindi, oltre ad armonizzare il quadro di diritto penale, la vera sfida per un efficace contrasto al terrorismo sarà costituita dalla definizione di una strategia di lunga durata sulla prevenzione della radicalizzazione e la promozione dell'integrazione.

Ma più in generale, credo che tutte le problematiche legate alla sicurezza interna dell'Unione debbano essere affrontate con proposte legislative che impegnino gli Stati ad una concreta, reale cooperazione; penso, in particolare, allo scambio di informazioni – e questo anche nell'ambito della direttiva per il contrasto al terrorismo che, spero, possa consegnarci un testo che contribuisca a spezzare il legame esistente fra criminalità organizzata e gruppi terroristici sempre più consolidato. Necessario è l'aggiornamento della direttiva antiriciclaggio con norme che impediscano ai gruppi terroristici di finanziarsi e necessarie norme specifiche sulla confisca e il congelamento…

(Il Presidente interrompe l'oratrice)

Kinga Gál (PPE). – Mr President, 82% of Europeans believe that the Union should act more decisively against terrorism, according to our Eurobarometer Survey published this July. There are still many challenges ahead of us. Information exchange has to be stepped up, interoperability of the existing databases must be ensured. It is important that all persons crossing the European Union's external borders are checked against the relevant databases. In order to keep the Schengen system borderless, we have to prove to our citizens that we are in control of our external borders. More has to be done in order to prevent and fight radicalisation, which is due to failed integration, through the means of the Internet is occurring faster and faster. Security lies at the heart of the European project and there can be no freedom without security.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, veo una ventaja en la designación del Comisario King como responsable de Seguridad —habiendo ya un responsable de inmigración, el Comisario Avramopoulos—, y es decir con toda claridad que es falsa y profundamente perniciosa para la integración europea esa identificación falaz que pretende que la causa de la inseguridad es la inmigración.

Porque esos discursos que se escuchan aquí a menudo, en este Parlamento Europeo, se aproximan al que escuchamos en el debate constitucional y político de los Estados Unidos ante las elecciones, que protagoniza Donald Trump, que pretende que elevar una frontera o una valla o una barrera contra la inmigración es la garantía contra la inseguridad, mientras defiende la Segunda Enmienda, que ocasiona 30 000 muertos al año por armas de fuego en los Estados Unidos.

No, la causa del terrorismo en Europa no proviene de la inmigración. El terrorismo que más nos ha golpeado en Europa fue perpetrado por ciudadanos que llevaban pasaporte europeo, que residían en capitales europeas y que habitaban entre nosotros. Por lo tanto, la estrategia de seguridad tiene que estar perfectamente distinguida de la estrategia de inmigración.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Julian King, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this first opportunity, following the publication of the first of this series of monthly reports, to have this debate. If, as one or two people have said, this were to become a regular feature in plenary, as far as the Commission is concerned that would be very welcome.

A number of detailed points have been raised in discussion. I am obviously not going to be able to respond to all of those now, but we have taken very careful note and, through this iterative process of reporting and debating, I hope that we will be able to come back and address all of the points that have been raised. I will also have an opportunity myself to go into a little bit of detail on some of these points with the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) early in November.

As Mrs Fajon said, more than 80% of our citizens are looking for more reassurance from EU-level activity in support of our Member States on the security agenda. As Mr Albrecht said, people want to feel more secure and there are a range of things that we can do at EU level to help and support Member States. I am reassured that Mrs Hohlmeier thinks that we are starting to get some things done on terrorism, on cybercrime and on organised crime, as Mrs Ferrara underlined. We need to do what we have collectively agreed. I am in no doubt about that. As Mrs in 't Veld and Mr Deprez, among others, underlined, that is crucial not only because of the importance of the individual measures, but also to reassure people about the credibility of our work in this field.

I am also absolutely convinced that we need to focus on what works and that involves a critical assessment of what we have been doing. Mrs Joly and others underlined that. I take that very seriously. I gave a commitment during my appearance in front of the LIBE Committee that we would work on an evaluation of this policy area, and we will. I agree with Mrs Stevens, Mrs Gomes and others that we need to continue with an intelligent and sustained approach to prevention, as well as taking the fight to terrorism and serious criminality. In all of that I am completely committed to full respect for fundamental rights, because we have a clear objective. Our objective, as many of you have said, is to defend our open societies and that is to act grounded in the rule of law.

I will make two points in response to questions that have come up. On implementation and the particular case of the implementation of PNR underlined by Mrs Sippel and various others, we are not in infringement territory because the transposition date is Spring 2018, but we do need to work together with all the Member States to achieve the common shared objective of effective implementation by that date. To that end, I am going be producing an implementation roadmap in November, which will set out in concrete terms the steps that need to be taken and how we can work together to achieve them.

My last particular point has regard to a number of comments made this morning about the relationship between migration and terrorism. I want to agree one hundred percent with the last speaker, Mr López Aguilar. We should not conflate the challenges associated with migration, on the one hand, with terrorism and the problems it poses on the other. To do so is to play into the hands of Daesh.

Ivan Korčok, *amtierender Ratspräsident*. – Herr Präsident! Darf ich damit beginnen, wie ich mich gefreut habe, dass mehrere Abgeordnete einfach anerkannt haben, dass wir Fortschritte im legislativen Bereich gemacht haben. Das hat Frau Hohlmeier gesagt, und dafür möchte ich mich bedanken. Sei es im Bereich Informationsaustausch oder Interoperabilität – mehrmals wurde erwähnt, dass uns die Kommission auf monatlicher Basis eine Aktualisierung gibt, wo wir stehen. Das bringt mich aber dazu, dass ich auch die Stimmen sehr sorgfältig gehört habe, die darauf hingewiesen haben …

that the implementation is extremely important and therefore the Slovak Presidency wants to assure you that we will not allow ourselves any complacency in this area. That is why we are organising an extraordinary, or additional, Interior Council on 18 November where we will have an exchange of views and try to generate momentum in the whole complexity of this area of security union.

Secondly, radicalisation is extremely important too; we will put it on the agenda of the Educational Council. Here in the area of education I think we need to make progress to face and fight radicalisation. I know also about the interests of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) in having an exchange on radicalisation.

Finally, we are making very good progress when it comes to the directive on combating terrorism, with a good prospect that we will close it towards the end of our Presidency.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. – Są dwa wektory bezpieczeństwa UE, na które należy zwrócić uwagę: zarówno w kwestii wewnętrznej i zewnętrznej nie da się ich odseparować. W wymiarze wewnętrznym najważniejszym problem jest kryzys związany z kolejnymi falami uchodźców oraz atakami terrorystycznymi. Obie te kwestie są silnie powiązane z kwestiami bezpieczeństwa zagranicznego wokół granic UE. Są to bez wątpienia kwestia fatalnych w skutkach arabskich wiosen i decyzji władz Francji, Wielkiej Brytanii czy Włoch, aby wspierać rebeliantów.

Kolejnym równie ważnym czynnikiem jest wojna hybrydowa, którą Rosja wytoczyła Zachodowi. Nie myślę tu tylko o Ukrainie, lecz również o cyberatakach i dezinformacji skierowanej w kierunku krajów Europy Środkowo-Wschodniej, w tym mojej ojczyzny Polski. Dotychczas unijnym instytucjom nie udało się wypracować żadnego rozwiązania na jakiekolwiek z tych zagrożeń – i dobrze, bo takie rozwiązania powstają tylko w ramach państw członkowskich. Bezpieczeństwo było, jest i będzie nieodłączna domeną suwerennych państw. Wbrew marzeniom komunistów, eurosocjalistów i fanatyków europejskiej federacji wspólna polityka bezpieczeństwa nie istnieje.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně.* – Přijatá opatření pro zlepšení vnitřní bezpečnosti v EU nejsou veřejností dobře hodnocena. Body programu: informace o pohybu zahraničních teroristických bojovníků, prevence radikalizace a boj proti radikalizaci, sankce proti teroristům, lepší výměna informací a další jsou v pořádku, ale veřejnost negativně vnímá nesmyslnost dalšího z pokusů o kriminalizování držení střelných zbraní. Tento návrh vzbudil u sportovních střelců, myslivců a dalších profesních skupin mnoho oprávněných pochyb o jeho smyslu a účelu. Ochrana občanů a kritických infrastruktur se převtělila v investiční opatření na vstupu do některých veřejných budov. Ve Francii jsou doprovázena mimořádným stavem. V Belgii vidíme na řadě veřejných míst vojáky s automatickými zbraněmi. Úřady se stále snaží zasáhnout do svobody internetu a prohloubit sledování vlastních občanů. Domnívám se, že veřejnost vítá snahu zesílit boj proti financování terorismu a jakýkoliv náznak o posílení ochrany vnějších hranic EU. Na protiteroristických opatřeních je žádoucí spolupracovat nejen se zeměmi v oblasti Středozemního moře. Bez skutečně účinných kroků se totiž vnitřní bezpečnost států EU nezlepší. Komisař pro migraci, vnitřní věci a občanství říká, že EU má být pro své občany prostorem svobody, bezpečnosti a práva bez vnitřních hranic. Bohužel, kroky Evropského soudního dvora, národních soudů a Evropské komise vytvářejí z EU prostor bez vnějších hranic. To chceme?

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně.* – Tato zpráva představuje něco, co je pro současnou EU velmi důležité, ochranu našich evropských hodnot, demokracie, právního státu a základních práv. Na tom je založeno naše společenství a naše důvěra ve fungování Unie jako celku. Pokud tyto hodnoty nejsou dodržovány, musíme mít účinné nástroje, jak jejich dodržovaní zaručit. K tomu ale nesmí v žádném případě docházet na úkor suverenity členských států, na úkor jejich politické situace, na úkor jejich dobrovolnosti podílet se na projektu Evropské unie. Proto je pro mě v této zprávě zásadní otázka subsidiarity a suverenity členských států. Ty jsou v první instanci těmi, kdo za demokracii, právní stát a základní práva ve své zemi ručí. EU musí v této otázce hrát roli partnera a pomocníka, ne kontrolora, který bude členským státům nařizovat, co a jak dělat. To by bylo samo o sobě nedemokratické.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie.* – Rośnie w Unii zagrożenie terrorystyczne, co potwierdza liczba ofiar zamachów. Słusznie zatem zwiększyliśmy kompetencje Europolu i Eurojustu, gdyż skuteczniejsza walka z terrorystami wymaga ożywienia współpracy międzynarodowej. Pozostaje jednak problem kontroli efektywności nowo wprowadzanych rozwiązań. Dla przykładu, po długich dyskusjach zdecydowano, że państwa UE i Stany Zjednoczone będą się wymieniały automatycznie informacjami o pasażerach samolotów. Cóż się jednak dzisiaj okazuje – 11 z 28 państw członkowskich UE nie jest w stanie szybko – ze względów technicznych i organizacyjnych – przekazywać pozostałym państwom informacji o pasażerach samolotów. Powinno to skłaniać nas do ważnej refleksji. Zanim zdecydujemy się na kolejne rozszerzenie uprawnień policji i służb, sprawdźmy najpierw, jak wykorzystywane są dotychczasowe kompetencje. Klucz bowiem nie polega dzisiaj na mnożeniu instrumentów do walki z przestępcami, w tym z terrorystami, lecz na wdrożeniu i optymalnym wykorzystaniu rozwiązań już istniejących.

(Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen.)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

5. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

— Prima della votazione:

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, mon rappel au règlement se fonde sur l'article 150 de celui-ci et les articles 8 et 9 du protocole sur les immunités de l'Union européenne.

Monsieur le Président, je me plaignais hier de l'absence de débat dans les trois cas d'immunité parlementaire qui nous sont soumis. Mais aujourd'hui, c'est encore mieux, ou plutôt encore pire. J'apprends qu'il ne sera même pas possible de donner une explication de vote ni même d'exprimer une opinion dissidente sur les infamies dont se couvre la commission dont le rôle est pourtant de protéger la liberté d'expression des députés.

Je vous demande par conséquent, solennellement, de permettre qu'il y ait des explications de vote orales sur ces demandes de levée d'immunité parlementaire, qui sont un point essentiel dans la garantie de la liberté d'expression des députés de la part d'une institution qui se targue du respect des droits fondamentaux et qui prétend donner au monde entier des leçons dans ce domaine.

Le Président. – Monsieur le Député, hier, le Président a bien expliqué la procédure. Par conséquent, nous voterons et chacun votera comme il l'entend. Vous pouvez donc voter ce que vous voulez. C'est la plénière qui décidera de ce qu'il faut faire. Le Parlement choisira.

5.1. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Dänemark (A8-0289/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung)

5.2. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Dänemark (A8-0288/2016 - Claude Moraes) (Abstimmung)

5.3. Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0281/2016 - Bodil Valero) (Abstimmung)

5.4. Mitgliedstaaten, die hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffen bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht sind (A8-0292/2016 - Iskra Mihaylova) (Abstimmung)

5.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen (A8-0301/2016 - Evelyn Regner) (Abstimmung)

5.6. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Jane Collins (A8-0297/2016 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

5.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Mario Borghezio (A8-0312/2016 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)

5.8. Statistik des Eisenbahnverkehrs - Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle (A8-0300/2016 - Michael Cramer) (Abstimmung)

5.9. Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0298/2016 - Bas Eickhout) (Abstimmung)

5.10. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas) (Abstimmung)

(La proposta di rinvio in commissione è approvata)

Presidente. – Il turno di votazioni è sospeso.

6. Begrüßung

President. – It is my pleasure to welcome the members of a delegation from the US Congress who have taken their seats in the diplomatic gallery.

(Applause)

The delegation is in Strasbourg to meet with their counterparts from the European Parliament with the proposal of deepening their knowledge and understanding of our legislative and institutional procedures. I wish the delegation well for the remainder of their stay in the European Union.

Presidente. – Riprendiamo il turno di votazioni.

7. Abstimmungsstunde (Fortsetzung)

Presidente. – L'ordine del giorno reca il seguito del turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

7.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016: Sicherheit der Organe (A8-0295/2016 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung)

7.2. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (A8-0286/2016 - Richard Howitt) (Abstimmung)

— *Prima della votazione sul considerando A – terza parte*

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, já se trošku stydím za Evropský parlament. Nevím, jestli jste někdo četl ty texty, pro které jste hlasovali, ale zamítli jste třeba odmítnutí poprav pro mladistvé v Íránu, svobodnější volby nebo to, aby ekonomické zájmy a věci spojené s lidskými právy byly spojené dohromady. Dámy a pánové, můj dědeček byl v koncentračním táboře a já se stydím za to, že hlasujeme proti těmto pozměňovacím návrhům a navrhuji zamítnout tento návrh.

Presidente. – Onorevole, non era una richiesta all'ordine del giorno.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Mr President, I do not think it was clear to everybody whether we were voting on the third part of recital A or the final vote on the resolution. Can we take the vote again so that it is clear to everybody?

Presidente. – Lo aveva detto in maniera molto chiara, ma possiamo rivoltare, se c'è qualche dubbio. Se sullo schermo c'era scritto che c'era la votazione sulla risoluzione, possiamo votare sulla terza parte. Il voto è aperto.

7.3. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (A8-0284/2016 - Laura Ferrara) (Abstimmung)

7.4. Menschenrechte und Migration in Drittländern (A8-0245/2016 - Marie-Christine Vergiat) (Abstimmung)

— *Emendamento orale dopo il paragrafo 9.*

Michael Gahler (PPE). – Mr President, it is actually an oral amendment which is in line with the Council decisions. I will repeat, after paragraph 9: 'Calls for swift processing in collaboration with third countries of transit and origin and of return for those who do not qualify for asylum and protection in the EU'. That is the oral amendment after paragraph 9.

(L'emendamento orale non è accolto)

Michael Gahler (PPE). – Mr President, then we have after paragraph 10: 'Calls on key origin and transit countries for irregular migration to the EU to fully and effectively implement existing bilateral readmission agreements'. I hope at least 'existing bilateral admission readmission agreements' can be accepted.

(Brief comment by the President)

They are calling to disobey existing law. Let us be very clear: they call for disobeying existing legislation.

(L'emendamento orale non è accolto)

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Monsieur le Président, je remercie mon collègue Gahler de son intervention.

Je voudrais juste lui rappeler que nous ne sommes pas le Conseil mais le Parlement européen; que, dans mon rapport, nous répétons les positions du Parlement européen dans son ensemble; enfin, qu'il est membre de la commission des affaires étrangères. Par conséquent, il est bien tard pour se réveiller. M. Gahler aurait pu déposer des amendements en commission des affaires étrangères plutôt que de nous soumettre à ce débat.

Je remercie l'ensemble des collègues qui m'ont soutenue dans le cadre de ce rapport et je regrette les petites manigances de dernière minute.

7.5. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (A8-0243/2016 - Ignazio Corrao) (Abstimmung)

7.6. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (A8-0278/2016 - András Gyürk) (Abstimmung)

7.7. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (A8-0234/2016 - Isabelle Thomas) (Abstimmung)

7.8. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (A8-0282/2016 - Tomasz Piotr Poręba) (Abstimmung)

7.9. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (A8-0283/2016 - Sophia in 't Veld) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

Passiamo ora alle dichiarazioni di voto.

8. Stimmerklärungen

8.1. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Dänemark (A8-0289/2016 - Claude Moraes)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa decisione di consultazione autorizza la Danimarca a ricevere e trasmettere i dati personali in conformità della decisione 2008/615/GAI del Consiglio a fini di consultazione e confronto automatizzato di dati sul DNA, come parte di una più ampia cooperazione transfrontaliera alla lotta contro il terrorismo e la criminalità transnazionale. Tale procedura può avere luogo solo dopo l'attuazione nel diritto nazionale delle disposizioni generali in materia di protezione dei dati, che la Danimarca ha correttamente effettuato. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de todos estos mecanismos de intercambio de datos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. En consecuencia, mi voto de rechazo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report provides for the automated exchange of DNA data in Denmark. It calls for the unnecessary collection and sharing of personal data that is highly invasive, expensive and unwarranted in scope and nature. I therefore voted against this report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de décision d'exécution du Conseil qui vise à autoriser le Danemark à recevoir et à fournir des données à caractère personnel aux fins de la recherche et de la comparaison automatisées des données ADN au titre du traité de Prüm.

Le Danemark a en effet réalisé un projet pilote réussi et a respecté toutes les dispositions relatives à la protection des données. Nous estimons, à ce titre, que le Danemark est prêt à prendre part à ce traité.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων DNA στη Δανία, διότι πρόκειται για ένα σημαντικό βήμα στην προσπάθεια της διασυνοριακής συνεργασίας για την επιβολή του νόμου στην ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La transmission de données à caractère personnel prévue par ladite décision ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données. Le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et à celui concernant l'échange de données ADN. Un rapport général d'évaluation, comprenant un résumé des résultats du questionnaire, de la visite d'évaluation et de l'essai pilote relatif à l'échange de données ADN, a été présenté au Conseil. Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données ADN, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Ayant les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE, mais ne voulant pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dans la mesure où l'échange de données ADN est essentiel dans l'approfondissement de la coopération transfrontalière en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité. L'essai pilote réalisé avec les Pays-Bas s'est avéré concluant et me conforte dans ma décision.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Šiuo Tarybos įgyvendinimu sprendimo projektu siekiama, taikant automatizuotą DNR duomenų paiešką ir lyginimą, leisti Danijai gauti bei teikti asmens duomenis pagal sprendimą 2008/615/JHR. Tai leis gerinti bendradarbiavimą su kitomis šalimis dėl kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark. Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données énoncées au chapitre 6 de la décision 2008/615/JAI. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données ADN, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE, mais je me suis abstenu sur ce vote afin de ne pas émettre un vote qui paraîtrait hostile au Danemark.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui propose que le Danemark puisse participer à l'échange de données ADN dans le cadre de la convention de Prüm.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La decisión para el establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos dactiloscópicos en Dinamarca supone avanzar en el refuerzo de la cooperación transfronteriza en materia de aplicación de la ley en la Unión: la aplicación de la «Decisión Prüm» y el Modelo Europeo para el Intercambio de Información. Por lo tanto he votado a favor del mismo.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Moraes relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati sul DNA. Si tratta di un testo importante, che viene approvato in un momento in cui l'Europa si trova ad affrontare la minaccia crescente del terrorismo internazionale. Esso rappresenta un passo cruciale in vista del rafforzamento della cooperazione transfrontaliera in materia di indagini giudiziarie e prevenzione dei reati. La garanzia della protezione dei dati in Danimarca e i risultati raggiunti nel progetto pilota eseguito nello stesso paese confermano il giudizio positivo sulla proposta, che segnerà un potenziamento dell'azione di contrasto non solo alle attività terroristiche ma anche alla criminalità organizzata.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión Prüm, hemos votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – El combate contra la delincuencia organizada —no solo contra el terrorismo, sino contra otros fenómenos como el tráfico de seres humanos— requiere que optimicemos las posibilidades que hoy ofrecen la ciencia forense y la criminología. En este espacio de libertad y seguridad que es Europa, el intercambio automático de datos de los bancos de ADN, que facilita este objetivo, es una obligación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark. Cette transmission de données à caractère personnel prévue par la décision à l'examen ne peut avoir lieu qu'après une transposition dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données. La vérification doit tendre au respect de la condition mentionnée, conformément à un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote. Le Danemark a ainsi fait un essai pilote avec les Pays-Bas. Le 12 juillet dernier, le Conseil a conclu que le Danemark avait mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données et devrait donc être autorisé à recevoir et transmettre les données à caractère personnel.

Étant donné que j'ai les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN, j'ai décidé de m'abstenir pour ne pas émettre un vote hostile contre le Danemark.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sono convinta debba essere una delle nostre priorità combattere la criminalità organizzata e il terrorismo. Questo testo fa parte di quei provvedimenti atti a potenziare la cooperazione transfrontaliera e necessari per permettere alle forze di polizia di avere a disposizione nuovi e sempre più efficaci strumenti per contrastare ogni forma di criminalità, per questo motivo ho inteso sostenerlo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 29 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Dinamarca ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos relativos al ADN, Dinamarca debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos al ADN con Dinamarca, en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas automatinis keitimasis DNR duomenimis Danijoje. Tarybos darbo grupė parengia klausimyną dėl kiekvieno automatinio keitimosi duomenimis atvejo, ir kai valstybė narė mano, kad ji atitinka dalijimosi atitinkamos duomenų kategorijos duomenimis sąlygas, ji turi atsakyti į atitinkamo klausimyno klausimus. Danija atsakė į klausimyno apie duomenų apsaugą ir klausimyno apie keitimąsi DNR duomenimis klausimus. Tarybai buvo pateikta bendra įvertinimo ataskaita, kurioje apibendrinami keitimosi DNR duomenimis klausimyno, vertinimo vizito ir bandomojo sistemos patikrinimo rezultatai, todėl automatinės DNR duomenų paieškos tikslais Danija turėtų turėti teisę gauti bei teikti asmens duomenis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ta predlog o avtomatizirani izmenjavi podatkov o DNK na Danskem sem podprl, ker gre za nadaljnjo krepitev sodelovanja na področju kazenskega pregona in s tem večje varnosti državljanov EU, zlasti na področju terorizma in čezmejnega kriminala. Skupna baza podatkov DNK omogoča hitrejši dostop in s tem učinkovitejši pregled nad osumljenci kaznivih dejanj. Gre za natančno in varno tehnologijo identifikacije, ki ne dopušča zlorab.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Provedbeni nacrt Odluke Vijeća ima za cilj odobriti Danskoj primanje i dostavljanje osobnih podataka za svrhe automatiziranog traženja i usporedbe DNK podataka. S obzirom da je Danska pokrenula uspješan pilot projekt i ispunila sve odredbe o zaštiti osobnih podataka, smatram kako ispunjava sve uvjete za primjenu Ugovora iz Prüma.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je préconise la vertu de prudence sur ce dossier et j'émets donc les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE. Cela signifierait que le Danemark serait autorisé à recevoir et à transmettre des données ADN de ressortissants français et de ses propres ressortissants. C'est une question de principe que de protéger les informations ADN des citoyens que nous représentons. Cependant, je ne souhaite pas émettre de vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark. Je me suis donc abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the decision to launch an automated exchange of DNA data with Denmark. The goal consists of facilitating cross-border cooperation especially with regard to the fight against terrorism and cross-border crime. I believe this decision will also strengthen the cross-border law-enforcement cooperation in the EU.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La trasmissione di dati personali può avvenire solo dopo l'attuazione delle disposizioni relative alla protezione dei dati che si ritrovano nella disposizione della legislazione nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione. Tale disposizione non si applica agli Stati membri in cui la trasmissione di dati personali è stata già avviata a norma del trattato di Prüm (2005). La verifica per stabilire se vi siano le condizioni per lo scambio automatizzato di dati deve essere condotta sulla base di un rapporto di valutazione, che prevede un questionario sviluppato dal gruppo di lavoro del Consiglio sullo scambio automatizzato di dati, una visita di valutazione e un test pilota. La Danimarca ha completato il questionario sulla protezione dei dati e il questionario sullo scambio di dati sul DNA e ha effettuato con successo un'esperienza pilota con i Paesi Bassi. Inoltre, ha avuto luogo una visita di valutazione in Danimarca. Pertanto, si concorda sul fatto che sono state rispettate le condizioni che consentono al Consiglio di concludere che la Danimarca ha pienamente attuato le disposizioni generali relative alla protezione dei dati. Il Parlamento europeo approva il progetto del Consiglio in merito all'avvio dello scambio automatizzato di dati sul DNA in Danimarca.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prévoit le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données ADN avec le Danemark. Cette transmission de données à caractère personnel n'est envisageable qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données dans le droit national de l'État membre concerné. Or le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark remplissait les conditions nécessaires pour transmettre et recevoir ces données à caractère personnel. Néanmoins, nous exprimons les plus grandes réserves quant à l'échange automatisé de données ADN avec les autres États membres de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am acordat un vot favorabil raportului cu privire la Schimbul automatizat de date în ceea ce privește datele ADN în Danemarca deoarece consider că este necesară o schimbare automată a datelor pentru evitarea birocrației existente în acest moment în realizarea schimburilor, dar în special pentru reducerea timpului de schimb.

Articolul 39 alineatul 1 din Tratatul privind Uniunea Europeană, expus Comisiei prin forma actuală după modificarea avută prin Tratatul de la Amsterdam, cât și articolul 9 din Protocolul numărul 36 cu privire la dispozițiile tranzitorii, dar nu în ultimul rând și Decizia Consiliului prevăd intensificarea cooperării transfrontaliere, mai ales în domeniul combaterii terorismului, cât și a criminalisticii.

Raportul Comisiei pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne, informează Parlamentul cu privire la intențiile acestuia dacă se îndepărtează de la textul aprobat sau dacă intenționează să aducă modificări substanțiale la propunerea Comisiei.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che, ai fini dello scambio automatizzato di dati sul DNA, la Danimarca abbia pienamente attuato le disposizioni generali relative alla protezione dei dati previste al capo 6 della decisione 2008/615/GAI.

Alla luce dell'articolo 20 della decisione succitata, la relazione di valutazione deve essere effettuata sulla base di un questionario. Per quanto riguarda lo scambio automatizzato di dati, conformemente al capo 2 della decisione, la relazione di valutazione deve basarsi anche su una visita di valutazione e un'esperienza pilota.

Il questionario riguarda ciascuno degli scambi automatizzati di dati e deve essere completato dallo Stato membro quando si ritiene di poter soddisfare le condizioni preliminari per lo scambio di dati nella categoria pertinente. La Danimarca ha completato il questionario sulla protezione dei dati e il questionario sullo scambio di dati sul DNA. La Danimarca ha presentato la dichiarazione sugli schedari nazionali di analisi del DNA in conformità all'articolo 2, paragrafo 3, della decisione 2008/615/GAI del Consiglio.

La Danimarca ha realizzato con successo un'esperienza pilota con i Paesi Bassi. Una visita di valutazione, infatti, ha avuto luogo in Danimarca ed è stata redatta, al riguardo, una relazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. This implementing Council decision follows from the 2008 Prüm Decision on the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. The supply of personal data provided for under that Decision may not take place until the general provisions on data protection set out in that Decision. These include: (i) an evaluation report based on a questionnaire, (ii) an evaluation visit and (iii) a pilot run. Denmark has met these conditions. These two Council implementing Decisions authorise the automated exchange of DNA and dactyloscopic (fingerprints) data to and from Denmark. Sinn Fein has always voted against Prüm and its implementing decisions as it is based on a unilateral repressive and surveillance-based approach.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report which sets out the launch of automated data exchange with regard to DNA data in Denmark as a way of stepping up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con la presente decisione di consultazione si dà l'autorizzazione alla Danimarca di ricevere e trasmettere i dati personali in conformità della decisione 2008/615/GAI del Consiglio a fini di consultazione e confronto automatizzato di dati sul DNA. Come parte della decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, in particolare nella lotta contro il terrorismo e la criminalità transnazionale, la trasmissione di dati personali ai sensi della decisione 2008/615 può essere attuata solo dopo l'attuazione nel diritto nazionale sul territorio degli Stati membri interessati dalla trasmissione delle disposizioni generali in materia di protezione dei dati di cui alla presente decisione. Sulla base della relazione di valutazione generale, il Consiglio ha concluso, il 12 luglio 2016, che la Danimarca ha attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati. Il mio voto è stato favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Nel quadro del trattato di Prüm i paesi membri si sono impegnati per il rafforzamento della cooperazione transfrontaliera in materia di indagini giudiziarie e prevenzione dei reati. L'accordo introduce lo scambio automatizzato di dati sul DNA al fine di contribuire a contrastare terrorismo e criminalità organizzata, temi che rappresentano una delle priorità dell'azione dell'Unione in materia di sicurezza.

Ho ritenuto di votare a favore della proposta che garantisce alla Danimarca l'accesso a tali dati tramite un processo di ricerca automatizzato alla luce dei risultati raggiunti nel progetto pilota eseguito nel paese e della positiva valutazione ricevuta dalla Commissione europea in materia di protezione dei dati in Danimarca.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και θεωρούμε πως, για τους σκοπούς της αυτοματοποιημένης αναζήτησης δεδομένων DNA, η Δανία θα πρέπει να έχει το δικαίωμα να λαμβάνει και να παρέχει προσωπικά δεδομένα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων DNA στη Δανία εντάσσεται σε μια προσπάθεια εντατικοποίησης της συνεργασίας μεταξύ κρατών και υπηρεσιών για την καταπολέμηση της εγκληματικότητας και όχι μόνο. Θεωρώ πως, παρότι η αρχική σκέψη είναι θετική, οφείλουμε να είμαστε πολύ προσεκτικοί σε ό,τι αφορά την επεξεργασία και καταγραφή προσωπικών δεδομένων. Δεδομένου ότι κάτι τέτοιο δεν επιτυγχάνεται με την έκθεση αυτή, αποφάσισα να την καταψηφίσω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Parere positivo per questa relazione che persegue efficacemente il potenziamento della cooperazione transfrontaliera per la lotta al terrorismo e alla criminalità.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non posso che lodare un provvedimento atto al rafforzamento della cooperazione transfrontaliera: oggi più che mai è impensabile non annoverare tra le priorità dell'UE la lotta al terrorismo attraverso la più stretta collaborazione possibile tra gli Stati. Alla luce degli attacchi dell'ultimo anno, abbiamo avuto modo di appurare la flebilità del dialogo tra le autorità nazionali e, dunque, il bisogno di creare un flusso informativo inarrestabile tra di esse per prevenire ferite profondissime.

Attraverso questo provvedimento si assiste, perciò, all'aggiunta di un tassello al Trattato di Prüm, siglato nel 2005 e cui l'Italia ha aderito nel 2009. Effettivamente i miglioramenti posti allo scambio di dati e alla loro specificità non consentono soltanto una migliore identificazione di potenziali minacce, bensì permettono di estinguere casi irrisolti, oppure di dare un nome a vittime non identificate. Ciò stabilito, emerge come la trasmissione dei dati stessi sia necessaria, purché essa sia contemporaneamente proporzionata e fondata su circostanze particolari che diano motivo di pensare che saranno commessi reati. Lungi da noi operare scelte che possano in qualche modo limitare la libertà dei cittadini. In questa sede mi preme, infine, ricordare come proprio nello scorso giugno abbia preso a funzionare attivamente anche in Italia la Banca dati nazionale sul DNA.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to DNA data in Denmark and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão n.º 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, assim como é requisito de um resultado de maior confiança mútua. Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade e o respeito pelos direitos fundamentais.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados ADN, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados.

Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Dinamarca procedeu à sua correta implementação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché la Danimarca ha concluso positivamente il percorso di implementazione delle norme generali sulla *data protection* contenute nel capitolo VI della decisione 2008/615/GAI, ha provveduto a dimostrare che le condizioni contenute nel suddetto capitolo sono rispettate nell'ambito dello scambio automatico di dati, come previsto nel capitolo II della decisione, e ha ottenuto l'autorizzazione del Consiglio in materia di scambio automatico di dati sul DNA per fornire e ricevere dati personali secondo gli articoli 3 e 4 della decisione 2008/615/GAI.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de todos estos mecanismos de intercambio de datos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. En consecuencia, mi voto de rechazo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La cooperazione transfrontaliera in materia di applicazione della legge nell'UE, in particolare per la lotta contro il terrorismo, la criminalità transfrontaliera e la migrazione illegale, è un elemento essenziale per favorire l'attuazione dell'agenda europea in materia di sicurezza. Pertanto, ho accolto con favore la decisione del Consiglio sull'avvio dello scambio automatizzato di dati sul DNA in Danimarca. Il raffronto transfrontaliero dei dati dovrebbe aprire una nuova dimensione nella lotta alla criminalità e offrire agli Stati membri nuovi approcci alle indagini, permettendo loro di svolgere un ruolo cruciale nell'assistenza alle loro autorità, incaricate dell'applicazione della legge.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprawozdanie dotyczące zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych DNA w Danii z uwagi na jego szczegółowy, jak i techniczny charakter. Celem sprawozdania jest zapewnienie bezpieczeństwa w Europie, gdyż zautomatyzowana wymiana ma pomóc w walce z terroryzmem i przestępczością transgraniczną. Tak istotny w tej kwestii jest fakt, że Dania będzie dzielić się z krajami strefy Schengen danymi dotyczącymi kodów DNA, w związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of implementing Council Decision 2008/615/JHA 2007/0804(CNS) with regards to automated data exchange based on DNA data in Denmark.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte pour l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark. Afin de renforcer la coopération européenne dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, l'échange de ces données ADN est une source d'informations importante. Celui-ci doit toutefois bien évidemment se faire dans le strict respect des dispositions relatives à la protection des données personnelles.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission. La vérification doit s'effectuer sur la base d'un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, qui a obtenu les réponses nécessaires, sur une visite d'évaluation, qui a eu lieu au Danemark et sur un essai pilote, ce dernier ayant eu lieu avec les Pays-Bas. Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données énoncées au chapitre 6 de la décision 2008/615/JAI. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données ADN, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'Union européenne, néanmoins nous ne souhaitons pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark en tant qu'État. Aussi, je me suis abstenue sur ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων στο Παρίσι και στις Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου, ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων.

Édouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE, mais nous ne voulons pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência da entrada em vigor do Tratado (assinado entre a Bélgica, a Alemanha, a Espanha, a França, o Luxemburgo, os Países Baixos e a Áustria) relativo ao aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo, a criminalidade transfronteiras e a migração ilegal – o designado «Tratado de Prüm» – foi aprovada uma Decisão (2008/615/JAI do Conselho), em 2008, com o objetivo de incorporar o conteúdo do Tratado de Prüm no quadro jurídico da UE.

O relatório sobre o intercâmbio automatizado de dados ADN, na Dinamarca, insere-se neste quadro e nas graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», comportando graves riscos para os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e, até mesmo, da possibilidade da ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Propusemos alterações – rejeitadas pela maioria – que visavam proibir o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas, a filiação partidária ou sindical ou relativos à saúde ou à vida sexual.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato dei dati relativi al DNA di coloro che si muovono all'interno dell'area Schengen. Lo ritengo un passo molto importante nella cooperazione tra Stati membri per la lotta alla criminalità internazionale e al terrorismo, garantendo un'accelerazione e una maggiore sicurezza nell'utilizzo dei dati tra paesi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto konkrétnom prípade ide o ďalší z mnohých prvkov zvýšenia bezpečnosti občanov Európskej únie zavedením automatizovanej výmeny údajov o DNA s Dánskom. Nepôjde však o výmenu žiadnych dôverných súkromných informácií o jednotlivých občanoch, pretože výbor LIBE pamätal na to, aby bolo ochránené ich právo na súkromie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione nell'ottica del potenziamento della cooperazione transfrontaliera per la lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων. Για αυτούς τους λόγους την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The draft Council implementing Decision aims to authorise Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching of dactyloscopic (fingerprint) data under the Prüm Treaty.

Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, and the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm.

I therefore voted in favour of the report.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, convencido de la necesidad de continuar avanzando en la profundización de la cooperación transfronteriza, en particular en materia de lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza, y el acuerdo de intercambio automatizado de datos respecto a los datos del ADN en Dinamarca representa un paso en este sentido.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati sul DNA in quanto ultimo passaggio burocratico, affinché anche la Danimarca diventi parte della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera.

Tale decisione del Consiglio è al giorno d'oggi ancora più sentita, vista la nota necessità di aumentare la collaborazione tra le autorità investigative degli Stati membri nella lotta al terrorismo. Da questo punto di vista, la decisione di esecuzione del Consiglio completa un lungo iter procedurale, volto a valutare la conformità delle norme e delle procedure danesi alle regole sulla protezione dei dati, e che ha visto un questionario, una verifica in loco e infine un progetto pilota.

È fondamentale che tutti i paesi dell'UE collaborino tra loro nello scambio delle informazioni e dei dati, unica vera arma per lottare contro il terrorismo. Lo scambio di dati sul DNA è uno strumento importante per l'identificazione di potenziali criminali che usano documenti falsi e un'arma molto efficace contro il problema della contraffazione dei documenti identificativi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten mit Dänemark gestimmt, weil ich den Austausch von DNA-Materialien und anderen modernen Fahndungstechniken gerade im Einsatz gegen internationale Kriminalität für unabdingbar halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze den automatisierten Austausch von DNA-Daten mit Dänemark, da dadurch eine Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden in der EU herbeigeführt wird. Wir müssen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel effektiv nutzen, um grenzüberschreitende Kriminalität schnell und effizient zu bekämpfen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this consultation allowing Denmark to take part in Prüm, for the purpose of automated searching and comparison of DNA data.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión Prüm, hemos votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The Council stated that Denmark answered to the questionnaire prepared by the Council Working group regarding data protection and on DNA data exchange issues. After the evaluation report by the Council as well as the evaluation of Denmark's systems on data protection and DNA data exchange, it came to the conclusion that Denmark is granted the access on DNA data exchange.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόφαση του Συμβουλίου φαίνεται να αποδεικνύει ότι η Δανία έχει ένα αξιοπρεπές σύστημα για τη διασφάλιση των δεδομένων και, ως εκ τούτου, εξουσιοδοτεί την ανταλλαγή των προσωπικών δεδομένων (εν προκειμένω, των δεδομένων DNA) από και προς τη Δανία. Η Ομάδα μας γενικά τηρεί αρνητική στάση απέναντι στην απόφαση Prüm και τις εκτελεστικές της αποφάσεις, καθώς βασίζονται σε μια μονομερή κατασταλτική προσέγγιση και στην πεποίθηση ότι η συλλογή ολοένα και περισσότερων δεδομένων αποτελεί καλή αστυνόμευση. Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Council Implementing decision to launch the automated data exchange with regard to DNA data in Denmark. According to Decision 2008/615/JHA on the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, the supply of personal data provided for under that Decision may not take place until the general provisions on data protection set out in that Decision are adhered to. Council Decision 2008/616/JHA on the implementation of Decision 2008/615/JHA confirms that the above condition has been met with respect to automated data exchange on the basis of: (i) an evaluation report based on a questionnaire, (ii) an evaluation visit and (iii) a pilot run. Denmark completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on DNA data exchange. A successful pilot run was carried out by Denmark with the Netherlands. An evaluation visit also took place in Denmark. An overall evaluation report was presented in which the Council concluded, on 12 July 2016, that Denmark had fully implemented the general provisions on data protection. This implementing Decision aims to authorise Denmark to receive and supply personal data pursuant to Decision 2008/615/JHA as from the date of the entry into force of this Decision.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections against it.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition du Conseil consistant à mettre en place un échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark qui s'inscrit dans le cadre de la coopération transfrontière en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Je suis convaincu que la coopération renforcée des services répressifs nationaux est essentielle pour lutter contre ces phénomènes qui se propagent au-delà des frontières nationales et qui menacent l'intégrité de nos territoires.

Surtout, je réitère mon appel à la mise en œuvre immédiate de la décision Prüm par tous les États signataires qui permet l'échange de données ADN, des empreintes digitales et des plaques d'immatriculation des véhicules.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour. The initiative authorises Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching and comparison of DNA data under the Prüm Treaty, which establishes a legal framework to further develop cooperation among Member States in combating terrorism, cross-border crime and illegal immigration.

Denmark has fulfilled all the data protection provisions.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka o DNK-u u Danskoj, jer se time prihvaća Nacrt Vijeća. Razmjena podataka od posebne je važnosti pogotovo kada je riječ o prekograničnoj suradnji u pogledu suzbijanja terorizma i kriminala. Automatizirana razmjena podataka zemalja članica EU-a vodi ka snažnijem djelovanju Unije u navedenom području. Međutim, smatram da je nužno voditi posebnu brigu o zaštiti osobnih podataka i zaštiti prava svakog pojedinca.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Sur le fond, je suis opposé à la divulgation de données ADN de citoyens français au sein d'un système européen. Sur la forme, je déplorerais qu'un vote négatif soit interprété comme un signe de défiance par le peuple danois.

Ainsi, je me suis abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Launching of automated data exchange with regard to DNA in Denmark will contribute to more effective monitoring of movements within the European Union. It will authorise the state to receive and supply personal data and thus to help to prevent cross-border crime. With respect to current migration crisis and combating terrorism, I voted in favour of stepping up strengthening of EU's cross-border cooperation and achieving better control over European Union's territory.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes autorisant l'échange de données ADN au Danemark. Afin de renforcer l'efficacité de la coopération transfrontalière, notamment dans le cas de la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, cette autorisation était nécessaire. Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Bericht. Die Datenübermittlung von DNA-Daten bei der Aufklärung und der Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus ist absolut wünschenswert, und die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sollte gestärkt werden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report is aimed at strengthening unilateral repressive practice set up by Prüm Convention, consistently opposed by my political group. I voted against since the quantity of data does not necessarily make policy implementation better.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада за автоматизиран обмен на данни по отношение на ДНК данни в Дания, тъй като държавата е изпълнила изцяло общите разпоредби за защита на данните, от което следва да има правото да получава и предоставя лични данни. Смятам, че автоматизираният обмен ще подпомогне трансграничното сътрудничество, ще повиши сигурността и защитата на гражданите и ще подпомогне структурите за сигурност в борбата с трансграничната престъпност, и по-конкретно с лица, представляващи заплаха за националната сигурност, лица, извършващи незаконна дейност, и при злоупотреба с лични данни.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram projekt rezolucji ustawodawczej Parlamentu Europejskiego w sprawie projektu decyzji wykonawczej Rady z 2016 w sprawie rozpoczęcia w Danii zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych DNA. Decyzja jest zgodna z wcześniejszymi postanowieniami Rady w sprawie intensyfikacji współpracy transgranicznej w zwalczaniu terroryzmu i przestępczości transgranicznej. Uwzględnia także wcześniejszą rezolucję z 10 października 2013 roku w sprawie zacieśnienia współpracy w zakresie ścigania w UE oraz rezolucje Parlamentu Europejskiego z 2015 r w sprawie Europejskiej Agendy Bezpieczeństwa.

Współpraca w zakresie wymiany danych biometrycznych dobrze wpisuje się w projekty i rozpoczęte procesy wdrożenia w zakresie inteligentnych granic oraz wzmacnia możliwości kontroli w dobie ułatwionych przez rozwój technologii działań przestępczych polegających na podrabianiu dokumentów. Skuteczna kontrola osób podróżujących w wolnej od granic strefie euro jest z kolei istotna z perspektywy potrzeby zachowania najważniejszych wolności i wartości Unii Europejskiej, do których należy swoboda podróżowania i pracy w różnorodnych narodowościowo i kulturowo zespołach.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — Unfortunately, brutal terrorist attacks in Paris and Brussels showed that the EU has not been prepared to prevent the growing threat of cross border terrorism and crime. Therefore, in the aftermath of the attacks the EU has been actively trying to boost cross-border cooperation between its Member States. In this regard, it is very important to improve exchange of information and intelligence between law enforcement authorities of the Member States of the European Union for the purpose of detecting and investigating terrorism and terrorist activities. I warmly welcome automated data exchange with Denmark because this represents another step in combating cross-border terrorism and crime.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con riguardo alla relazione sullo scambio automatizzato di dati sul DNA in Danimarca, bisogna premettere che la trasmissione di dati personali può avvenire solo a seguito dell'attuazione delle disposizioni relative alla protezione degli stessi previste dalla legislazione nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione. In conformità dell'articolo 20 della decisione 2008/616/GAI, la verifica del rispetto delle condizioni sopraccitate deve avvenire sulla base di una relazione di valutazione che si fonda su un questionario. Tale questionario deve essere elaborato da un gruppo competente del Consiglio e deve riguardare ciascuno degli scambi automatizzati di dati, che sua volta verrà completato da uno Stato membro non appena questi ritenga che siano soddisfatte tutte le condizioni preliminari per lo scambio di dati. Sulla base delle direttive suindicate, il Consiglio ha concluso che, ai fini dello scambio automatizzato di dati sul DNA, la Danimarca ha pienamente attuato le disposizioni generali relative alla protezione dei dati, e pertanto il Parlamento approva il progetto del Consiglio. Pertanto, in ragione di tali motivazioni, sostengo la presente relazione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark. Le rapport constate que ce pays répond aux critères concernant la protection des données, sur la base d'un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote. J'ai les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'Union européenne, mais je ne veux pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce projet de décision prévoit de permettre la transmission de données à caractère personnel, après mise en œuvre dans le droit national des États concernés.

Le contrôle de ces dispositions s'effectue sur la base d'un rapport fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote.

Dans le cas présent, le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et l'échange de données ADN, un essai pilote a été réalisé avec les Pays-Bas et une visite d'évaluation a eu lieu. Le Conseil a donc conclu que le Danemark avait répondu aux exigences fixées.

Cependant, étant très réservé sur l'échanges de données ADN et à caractère personnel dans un système de l'UE, notamment pour les citoyens français, je me suis abstenu pour ne pas émettre un vote qui aurait pu être interprété comme hostile au Danemark.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe que aprueba el proyecto del Consejo sobre el establecimiento de un intercambio automatizado de datos en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo, en este caso con el ADN en Dinamarca.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. En consecuencia, mi voto de rechazo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo sobre el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo relativa al establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos del ADN en Dinamarca, se aprueba el proyecto del Consejo y se pide al mismo que se le informe y consulte sobre eventuales modificaciones que se hagan del texto.

El citado texto, aludiendo al hecho de que el Consejo haya concluido que Dinamarca ha puesto en marcha las disposiciones generales relativas a la protección de datos, autoriza a Dinamarca a recibir y transmitir datos de carácter personal con fines de consultación y comparación automatizadas de datos del ADN.

Doy mi voto favorable porque la cooperación en materia de lucha contra el terrorismo y la criminalidad transfronteriza se verá reforzada con esta medida.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se, protože chci ponechat na Dánsku, jak bude poskytovat dalším státům a přijímat od nich data o DNA, případně tato data uchovávat v souvislosti s vyšetřováním trestných činů.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of the proposal to launch the automated data exchange with regard to DNA data in Denmark. Denmark had fully implemented the general provisions on data protection. I fully support this suggestion.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δεδομένων DNA στη Δανία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

Ce texte a pour objectif l'accord du Parlement européen sur l'échange automatisé de données ADN au Danemark.

En réalité, il s'agit des données ADN des citoyens des États membres. Ce rapport touche ainsi directement la sécurité des données des citoyens français. C'est la raison pour laquelle nous avons émis de fortes réserves.

Il faut cependant noter que le Danemark a réalisé un essai pilote positif avec les Pays-Bas, ce qui nous pousse, en plus des relations diplomatiques entretenues avec le Danemark, à l'abstention.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to DNA data in Denmark. With the rise of terrorism and automated data exchange taking place over the last years in continental Europe, will be useful to have a database exchange, assisting in identifying potential dangerous people.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entwurf eines Durchführungsbeschlusses behandelt den Austausch von DNA-Daten bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen. Weiter werden diese Daten zur Terrorismusbekämpfung genutzt. Dänemark hat alle erforderlichen Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt. Daher stimme ich diesem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu sprendimui, kuriuo suteikiama teisė Danijai gauti priėjimą prie šiuo metu kuriamos ES duomenų bazės, kurioje automatiškai keičiamasi DNR duomenimis. Danijos prisijungimas pagerins teisėsaugos institucijų darbą tiriant ir užkardant nusikaltimus, visų pirma kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu srityje. 2015 m. duomenimis, Lietuva šio projekto rėmuose keičiasi turimais DNR duomenimis su 13 ES valstybių narių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit d'autoriser le Danemark à recevoir et transmettre les données à caractère personnel des citoyens, en l'occurrence les données ADN, de ses fichiers de police avec ceux d'autres États-Membres. La législation en vigueur comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage mais les failles de ces législations sont connues.

En France, la CNIL s'en est d'ailleurs inquiétée. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens européens et migrants. Ces données contenues par exemple sur les passeports biométriques sont par la suite croisés avec d'autres fichiers pour déterminer des «profils» de chaque citoyen.

Un Big Brother pour, soi-disant, lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis. Alors que malgré les révélations d'espionnage l'UE n'apporte aucune garantie. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce projet de décision prévoit de permettre la transmission de données à caractère personnel, après mise en œuvre dans le droit national des États concernés.

Le contrôle de ces dispositions s'effectue sur la base d'un rapport fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote.

Dans le cas présent, le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et l'échange de données ADN, un essai pilote a été réalisé avec les Pays-Bas et une visite d'évaluation a eu lieu. Le Conseil a donc conclu que le Danemark avait répondu aux exigences fixées.

Cependant, étant très réservée sur l'échanges de données ADN et à caractère personnel dans un système de l'UE, notamment pour les citoyens français, je me suis abstenue pour ne pas émettre un vote qui aurait pu être interprété comme hostile au Danemark.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente relatório é muito importante para o reforço da cooperação transfronteiriça em matéria de aplicação da lei na UE.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution because I believe Member States' individual law enforcement authorities require all the tools possible in order to increase the exchange of information and combat crime.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Dans le cadre de la lutte contre le terrorisme l'échange d'information est une nécessité. C'est donc avec conviction que je salue l'adoption de ce dossier qui vise à établir l'échange automatisé de données pour ce qui est des données ADN avec le Danemark.

Puisque les garanties en termes de protection de données sont suffisantes, les États doivent aujourd'hui collaborer davantage. L'information disponible dans un État peut parfois être une pièce maitresse dans l'enquête qui se déroule dans un autre État membre. Un tel accord aujourd'hui avec le Danemark ne peut donc qu'être salué.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozatra irányuló tervezetet dolgozott ki a DNS-adatok Dániával való automatizált cseréjének megindítására vonatkozóan. Az Európai Unióról szóló szerződés értemében a Tanács a tervezet elfogadása előtt konzultálni köteles a Parlamenttel. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous avons les plus grandes réserves sur l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'Union, même s'il n'y a pas lieu de soupçonner le Danemark d'utilisation abusive. Il est préférable de s'abstenir.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo o aprofundamento da cooperação transfronteiras, em especial no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Neste sentido, afigura-se fundamental o intercâmbio automático de dados ADN na Dinamarca.

Entendo que a presente decisão é um passo importante na colaboração transfronteiriça.

Assim sendo, o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados ADN na Dinamarca tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le Danemark a réalisé avec les Pays-Bas un essai pilote qui a été concluant sur l'échange de données à caractère personnel. Une visite d'évaluation a eu lieu au Danemark puis l'équipe d'évaluation néerlandaise a rédigé un rapport qu'elle a transmis au groupe de travail concerné du Conseil. Pour autant, nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données ADN au Danemark. En approuvant le projet du Conseil, le Parlement européen autorise le Danemark à recevoir et transmettre des données ADN avec ses partenaires afin de lutter plus efficacement contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore del provvedimento in merito al progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati sul DNA con lo scopo di agevolarne la circolazione ma garantendone comunque la sicurezza a tutela dei cittadini.

József Nagy (PPE), *írásban*. - A mai szavazás során két adatcserére irányuló megállapodás is zöld jelzést kapott. Örömmel fogadom a Dániával való daktiloszkópiai, valamint DNS-adatok automatizált cseréjét. Elengedhetetlennek tartom, hogy az Európai Unió tagállamai között gyors és hatékony adatcsere működjön. A terrorista és más szervezett bűnözőcsoportok elleni harcban csak egymásra számíthatunk. Az együttműködés a bűnüldöző szervek közötti információ megosztásnál kell, hogy kezdődjön.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report concerning the launch of automated data exchange with regard to DNA in Denmark that will improve cross-border law enforcement cooperation in combating terrorism.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da die Übermittlung von DNA-Daten (Erbinformationen, Gene) bei Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus meiner Meinung nach sehr wichtig ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Otsuse eesmärk on anda Taanile luba saada ja väljastada isikuandmeid DNA otsinguteks ja võrdlusteks, et tõhustada piiriülest võitlust terrorismi ja kuritegevusega.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È indubbio che, in materia di scambio di dati sensibili, sorgano problemi circa la sicurezza delle informazioni e la tutela delle persone direttamente interessate. Tuttavia, va considerato che uno scambio automatizzato, laddove correttamente eseguito, consentirebbe di facilitare e agevolare la circolazione di informazioni sensibili come nel caso a noi sottoposto. Pertanto, ho ritenuto opportuno esprimermi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Slažem se s time da Danska dobije ovlast od Vijeća kako bi mogla primati i slati osobne DNK podatke prema Odluci 2008/615/JHA. U izvješću se jasno vidi kako je ispunila sve preduvjete kako bi potvrdila ostvarenje generalnih sigurnosnih uvjeta za zaštitu tih istih podataka i to preko evaluacijskog izvješća baziranog na upitniku, evaluacijskog posjeta i početnog eksperimenta u kojem je razmijenila podatke s Nizozemskom.

Mogućnost automatizirane razmjene osobnih DNK podataka je veoma važna u raznim procesima, pogotovo kriminalnim, kako bi se preko tih podataka mogle lakše pronaći i identificirati tražene osobe te je tako od presudne važnosti u jačanju sigurnosti u cijeloj Europskoj uniji. Danska se tako može uključiti u europsku, ali i globalnu borbu protiv kriminala koja je zadaća svih zemalja članica u Europskoj Uniji.

Ako uzmemo u obzir aktualnu migrantsku krizu i još uvijek preslabo kontrolirani dolazak migranata u Europu, ovakva i slične sigurnosne mjere su izuzetno važne kako bi se sačuvala sigurnost europskih građana i identificiralo kriminalce.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – J'ai les plus grandes réserves en ce qui concerne l'échange de données personnelles de citoyens français dans un système de l'UE mais le Danemark a pris un certain nombre de précautions sur le sujet et je respecte ce pays démocratique. Dans ces conditions, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Namjera je nacrta provedbene odluke Vijeća autorizacija Danske pri primanju i dostavljanju osobnih podatka u svrhu automatiziranog pretraživanja i uspoređivanja DNK podataka, kako je definirano u sporazumu iz Prüma.

Danska je provela uspješan pilot projekt te ispunila sve mjere zaštite podataka. Komisija je ocijenila da je Danska spremna preuzeti obveze iz Prüma. Prihvaćam Nacrt Vijeća te pozivam Vijeće da se ponovno savjetuje s Parlamentom ako namjerava bitno izmijeniti tekst koji je Parlament prihvatio.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório insere-se no quadro das graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», configurando um ataque aos direitos, às liberdades e às garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e, até mesmo, da possibilidade da ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Em momento oportuno, apresentámos alterações que estabeleciam que «será proibido o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas ou a filiação partidária ou sindical ou que sejam relativos à saúde ou à vida sexual», proposta que a maioria do PE recusou.

Em coerência com as posições já assumidas no passado relativamente a este assunto, e por considerarmos que este mecanismo compromete os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos – a «luta contra o terrorismo» e a criminalidade começa no combate às causas, e nessas a UE tem responsabilidades que aqui não se reconhecem – , votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – The draft Council implementing Decision aims to authorise Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching and comparison of DNA data under the Prüm Treaty. I am happy to announce that Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm. With the successful pilot and no controversial issues within Parliament, I voted in favour of the proposal.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Ce rapport valide la proposition de décision d'exécution pour la transmission de données ADN depuis et vers le Danemark. C'est une étape d'envergure dans la lutte contre la criminalité, et précisément le terrorisme. Je soutiens cette décision. Je resterai attentif afin que tous les moyens soient mis en œuvre pour renforcer notre coopération en matière policière et judiciaire.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que considero serem positivas todas as formas de cooperação intra e inter-UE, especialmente em matéria de segurança e de combate ao terrorismo, desde que se respeitem os direitos fundamentais dos cidadãos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Autoriza-se apenas a Dinamarca a receber e a transmitir dados pessoais (ADN) nos termos da Decisão 2008/615 / JAI do Conselho a partir da data de entrada em vigor da presente decisão.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 29 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Dinamarca ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos relativos al ADN, Dinamarca debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos al ADN con Dinamarca, en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution concernant le projet de décision d'exécution du Conseil relatif au lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark. Dans le contexte de la lutte contre le terrorisme, un tel échange est primordial. Le Danemark ayant pleinement mis en œuvre la directive 2008/615/JAI qui contient notamment les conditions à remplir relatif à la protection des données, nous pouvons nous assurer que ces échanges respecteront toutes les règles européennes en vigueur.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas dėl automatinio keitimosi DNR duomenimis – svarbi priemonė, galinti padėti kovoje su nusikalstamumu bei terorizmu. Kartu noriu pabrėžti, jog svarbu užtikrinti, kad tokios priemonės, ilgainiui galinčios sukurti visų ES gyventojų asmens duomenų bazes, netaptų visuotinės kontrolės mechanizmu ar nebūtų naudojamos su žmogaus teisėmis ir laisvėmis nesuderinamais tikslais. Dabartinis susitarimo projektas sudaro pagrindą tikėtis, jog taip nebus, tačiau kartu noriu paraginti Europos Parlamentą sekti, kad svarstomas teisės aktas ir juo sukuriamas mechanizmas būtų naudojamas tik pirminiais – kovos su nusikalstamumu ir terorizmu – tikslais.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoiei o relatório do Parlamento Europeu relativo ao projeto de decisão do Conselho, que tem como principal objetivo iniciar o intercâmbio de dados no que diz respeito aos dados de ADN na Dinamarca.

Este projeto de Decisão de Execução do Conselho visa, para efeitos de consulta automatizada e comparação de dados de ADN, autorizar a Dinamarca a receber e a transmitir dados pessoais nos termos da Decisão 2008/615/JAI do Conselho relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, em particular no que respeita ao combate ao terrorismo e à criminalidade transfronteiriça, a partir da data de entrada em vigor da presente decisão.

Tendo em conta o relatório de avaliação global, no qual o Conselho concluiu que a Dinamarca implementou integralmente as disposições gerais relativas à proteção de dados que estão previstas na referida Decisão e que cumpriu com as demais condições nela previstas, não existem razões que obstem à aprovação deste relatório, pelo que votei a favor.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión Prüm, hemos votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de todos estos mecanismos de intercambio de datos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. En consecuencia, mi voto de rechazo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione del Consiglio tramite la quale si autorizza la Danimarca allo scambio automatizzato di dati sul DNA nell'area di cooperazione transfrontaliera, ritenendo che esso costituisca un importante strumento per combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie, ktoré schvaľuje návrh Rady týkajúci sa začatia automatickej výmeny údajov o DNA s Dánskom. Schválenie tohto návrhu pomôže posilniť cezhraničnú spoluprácu v oblasti uplatňovania práva v EÚ, preto podporujem povoliť automatické prijímanie a poskytovanie, vyhľadávanie a porovnávanie údajov o DNA v Dánsku.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Spustenie automatizovanej výmeny údajov o DNA medzi EÚ a Dánskom som podporila, pretože toto opatrenie prispeje k väčšie vnútornej bezpečnosti Únie. Toto vykonávacie rozhodnutie Rady súvisí s našou neustálou snahou zvyšovať cezhraničnú spoluprácu, obzvlášť v boji proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite. Rozhodnutie, ktoré v tejto veci EÚ doteraz uplatňovala, neumožňovalo výmenu týchto citlivých osobných údajov s Dánskom. Aby bolo možné zaviesť tento postup aj vo vzťahu k Dánsku, bolo potrebné, aby krajina splnila niekoľko podmienok. Dánsko tieto podmienky podľa správy naplnilo, vypracovalo dotazník o výmene údajov DNA a vykonalo pilotnú skúšku tohto systému v spolupráci s Holandskom. Keďže Dánsko implementovalo opatrenie v plnej miere, nevidím žiadne prekážky, ktoré by bránili uvedeniu tohto vykonávacieho rozhodnutia do praxe.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je bil pred kratkim seznanjen z avtomatsko izmenjavo podatkov, povezanih s podatki o DNK na Danskem. V skladu z drugim odstavkom 25. člena Sklepa Sveta št. 2008/615/JHA z dne 23. junija 2008 o pospešitvi čezmejnega sodelovanja pri boju proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu mora Svet soglasno odločiti, ali so pogoji, povezani z zaščito podatkov, izpolnjeni.

Evropski parlament je v preteklosti nasprotoval takšnemu pristopu (v primeru C-116/15 Parlament v. Svet pred Sodiščem EU), kjer je zagovarjal stališče, da mora Parlament glede tega podati svoje mnenje. Sodišče EU je odločilo, da mora Svet v vsakem takem primeru pridobiti privolitev Parlamenta.

Skupina Zeleni/ESZ je že v letu 2008 vztrajala glede vključitve standardov zaščite podatkov v odločitve Sveta in posvetovanja s Parlamentom. Glede na to, da so v tem primeru spoštovani vsi predpisani standardi izmenjave podatkov, sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Výmena údajov medzi policajnými a bezpečnostnými službami členských štátov prispeje k rýchlejšie odhaľovaniu páchateľov trestných činov a umožní tiež účinnejší boj proti terorizmu a kontrolu pohybu podozrivých osôb. Musíme si však byť istí, že takto zhromaždené údaje nebudú zneužité a prístup k nim budú mať len poverené osoby a inštitúcie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Aufnahme des automatisierten Austauschs von DNA-Daten in Dänemark" habe ich nicht zugestimmt. Während ein Datenaustausch im konkreten Fall zulässig sein kann, halte ich den automatisierten Austausch von Daten für zweifelhaft.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Učinkovita policijska suradnja jedna je od ključnih stavki postojanja Europske unije u pogledu slobode, sigurnosti i pravde koje počivaju na poštivanju temeljnih prava s ciljem sprečavanja, otkrivanja i istraživanja kaznenih djela u Europskoj uniji. Produbljivanje prekogranične suradnje značajno je u pogledu suzbijanja terorizma i prekograničnog kriminala.

Uzimajući u obzir Rezoluciju od 10. listopada 2013. o jačanju prekogranične suradnje na provođenju zakona u Europskoj uniji, primjene Odluke iz Prüma i europskog modela razmjene informacija, podržavam izvješće o Nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene podataka o DNK-u u Danskoj Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov o DNK na Danskem. Danska bo tako za namene avtomatiziranega iskanja in primerjave podatkov o DNK upravičena prejemati in pošiljati osebne podatke.

Če želimo izboljšati delovanje Evropske unije na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu, moramo obvezno poglobiti čezmejno sodelovanje. Danska je izpolnila vse pogoje, prav tako izvaja splošne določbe o varstvu podatkov ter je uspešno prestala evalvacijski obisk na Danskem.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόφαση του Συμβουλίου φαίνεται να αποδεικνύει ότι η Δανία έχει ένα αξιοπρεπές σύστημα για τη διασφάλιση των δεδομένων και, ως εκ τούτου, εξουσιοδοτεί την ανταλλαγή των προσωπικών δεδομένων (εν προκειμένω των δεδομένων DNA) από και προς τη Δανία. Η Ομάδα μας έχει σοβαρούς προβληματισμούς όσον αφορά την απόφαση Prüm και τις εκτελεστικές της αποφάσεις, καθώς βασίζονται σε μια μονομερή κατασταλτική προσέγγιση και στην πεποίθηση ότι η συλλογή ολοένα και περισσότερων δεδομένων αποτελεί καλή αστυνόμευση. Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, annak érdekében, hogy minél előbb alkalmazásra kerülhessen a bűnüldözés terén folyó európai együttműködés DNS-adatcserére vonatkozó szabályozása az EU tagállam Dánia vonatkozásában is. Meggyőződésem, hogy a nemzetközi szervezett bűnözés és a terrorizmus új fejleményei tükrében az európai intézményeknek és a tagállamoknak szorosabbá és hatékonyabbá kell tenniük együttműködésüket ezen az állampolgárok biztonsága szempontjából fontos területen.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Convenția Schengen asigură aplicarea principiului liberei circulații la nivelul Uniunii Europene, inclusiv în ceea ce îi privește pe cetățenii statelor membre. Cu toate acestea, aplicarea prevederilor Convenției în privința circulației persoanelor, respectiv a cetățenilor unor state terțe, poate pune o serie de probleme în asigurarea securității europene.

Se impune luarea unor măsuri de prevenție, printre care și schimbul de date personale privind ADN-ul între statele membre. Aplicarea măsurii respective trebuie, însă, să respecte drepturile și libertățile cetățenești care stau la baza proiectului european. Acceptarea Danemarcei în rândul statelor membre care au adoptat aceste măsuri este de natură să contribuie la consolidarea securității europene, mai ales după derularea cu succes a proiectului pilot privind protecția datelor. Consider că adoptarea actualului document este un pas înainte în vederea consolidării securității cetățenilor europeni.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte de mon éminent collègue Claude Moraes sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données ADN au Danemark.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – EU automated data exchange relating to DNA is used to step-up cross border cooperation, particularly in the combat against terrorism and cross-border crime. I voted in favour of the automated data exchange with regard to DNA in Denmark because it will allow for the searching and comparison of DNA data, authorising Denmark to receive and supply personal data from other EU participants. This effort will render Europe better equipped to tackle trans-border crime and terrorism and with better cooperation, will render Europe safer and more competent.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće o automatiziranoj razmjeni podataka o DNK-u u Danskoj koje je isključivo tehničke prirode. Naime, stupanjem na snagu odrednica ovog izvješća Danska će dijeliti podatke o DNK-u s članicama schengenskog prostora.

Smatram da će se na taj način ostvariti značajan napredak u borbi protiv terorizma s kojim se Europska unija suočava, ali i u borbi protiv prekograničnog kriminala. Na taj način bit će ostvarena automatizirana pretraga DNK profila te automatizirana usporedba DNK profila.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov o DNK na Danskem sem podprla. Danska je v skladu s členom 36(2) Sklepa 2008/615/PNZ obvestila generalni sekretariat Sveta o nacionalnih zbirkah podatkov o preiskavah DNK, za katere se uporabljajo členi 2 do 6 navedenega sklepa, ter o pogojih za avtomatizirano iskanje iz člena 3(1) navedenega sklepa.

Danska je izpolnila vprašalnik o varstvu podatkov in vprašalnik o izmenjavi podatkov o DNK. Danska je opravila uspešen preizkus z Nizozemsko. Na Danskem je bil opravljen evalvacijski obisk, o katerem je nizozemska ocenjevalna skupina pripravila poročilo o oceni in ga poslala ustrezni delovni skupini Sveta. Svet je 12. julija 2016 ugotovil, da Danska v celoti izvaja splošne določbe o varstvu podatkov iz poglavja 6 Sklepa 2008/615/PNZ.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión Prüm, hemos votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Je préconise la vertu de prudence sur ce dossier quant à l'échange de données ADN des citoyens français dans un système mis en place par l'UE. Cela signifierait que le Danemark serait autorisé à recevoir et à transmettre des données ADN des ressortissants français et de ses propres ressortissants.

C'est une question de principe que de protéger les informations ADN des citoyens que nous représentons. Cependant le Danemark étant en aucun cas un pays hostile politiquement ou géopolitiquement, je m'abstiens donc sur ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Skuteczne zwalczanie terroryzmu i przestępczości transgranicznej wymaga intensyfikacji współpracy między organami policyjnymi i sądowymi państw Unii Europejskiej. Rozpoczęcie w Danii zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych DNA pozwoli na dostęp online do bazy tego państwa. W ten sposób służy zacieśnianiu współpracy organów ścigania i skuteczniejszemu wykrywaniu przestępstw na obszarze Unii Europejskiej. Zagłosowałem więc za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Szükséges és fontos a határokon átnyúló bűnüldözési együttműködés megerősítése az Unióban. Ezért támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión Prüm, hemos votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favorablemente de este informe siguiendo las recomendaciones del comité de derechos y libertades.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to DNA data in Denmark. According to Article 25(2) of Decision 2008/615/JHA, the supply of personal data provided for under that Decision may not take place until the general provisions on data protection have been implemented in the national law of the territories of the Member States involved in such supply. The verification that the above condition has been met with respect to automated data exchange is to be done on the basis of an evaluation report based on a questionnaire, an evaluation visit and a pilot run. An evaluation visit has taken place in Denmark and a report on the evaluation visit has been produced by the Dutch evaluation team and forwarded to the relevant Council Working Group. The Council concluded that Denmark had fully implemented the general provisions on data protection. Therefore, Denmark should be entitled to receive and supply personal data pursuant to Articles 3 and 4 of Decision 2008/615/JHA.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión el Parlamento Europeo aprueba la propuesta de la Comisión que viene a adaptar el intercambio automatizado de datos respecto a los datos del ADN en Dinamarca, como consecuencia de los progresos en la profundización de la cooperación transfronteriza en materia de lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza así como la aplicación de la Decisión Prüm y el modelo europeo para el intercambio de información. Por ello creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de todos estos mecanismos de intercambio de datos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. En consecuencia, mi voto de rechazo.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ces deux rapports donnent approbation à l'échange automatisé de données à caractère personnel, d'ADN et d'empreintes digitales, elles-mêmes enregistrées de façon de plus en plus automatique dans les États parties au traité de Prüm.

Loin de mettre en place les consultations concertées entre autorités responsables au cas par cas qui devraient être la norme, il s'agit ici de comparaison automatisée de données personnelles, sans garde-fous nationaux.

Le risque de profilage est dès lors accru au prétexte de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Opposée à la multiplication des échanges de données surtout quand ils sont automatisés, je vote contre ces deux rapports et réaffirme la nécessité de protéger les données personnelles de toutes celles et de tous ceux qui vivent sur le territoire de l'UE et les principes de nécessité et de proportionnalité

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os relatórios agora em causa, sobre o intercâmbio automatizado de dados ADN e de dados dactiloscópicos, na Dinamarca, inserem-se neste quadro e nas graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», comportando graves riscos para os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e até mesmo da possibilidade de ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Em sede de comissão especializada, o PCP propôs que «será proibido o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas ou a filiação partidária ou sindical ou que sejam relativos à saúde ou à vida sexual».

Em coerência com as posições já assumidas no passado relativamente a este assunto, e por consideramos que este mecanismo compromete mais os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos do que promove a «luta contra o terrorismo» e a criminalidade, votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In Zeiten der Bedrohung durch internationalen Terrorismus und länderübergreifende Kriminalität ist ein Austausch von DNA-Daten innerhalb der Union notwendig und sinnvoll. Eine Prüfung, die sich auf einen Bewertungsbericht stützt, hat ergeben, dass Dänemark alle Kriterien erfüllt und die Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt hat. Außerdem wurde ein erfolgreicher Testlauf mit den Niederlanden durchgeführt. Ich habe daher dem Beschluss zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pána poslanca Moraes o návrhu vykonávacieho rozhodnutia Rady o začatí automatizovanej výmeny údajov o DNA s Dánskom som podporila. Išlo o správu technickej povahy, ktorá má za cieľ najmä uľahčiť spoluprácu s Dánskom v oblasti boja proti terorizmu a cezhraničnej trestnej činnosti. Myslím si, že vo svetle zhoršenej bezpečnostnej situácie a nedávnych útokov, ktoré sa v Európskej únii odohrali, je veľmi dôležité spájať svoje sily a snažiť sa o čo naúčinnejšiu prevenciu. Verím, že automatizovaná výmena údajov o DNA tomuto cieľu napomôže.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave podatkov o DNK na Danskem, ker podpiram prizadevanja za krepitev čezmejnega sodelovanja na področju kazenskega pregona v EU, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu.

8.2. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten mit Dänemark (A8-0288/2016 - Claude Moraes)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa decisione di consultazione autorizza la Danimarca a ricevere e trasmettere i dati personali in conformità della decisione 2008/615/GAI del Consiglio a fini di consultazione e confronto automatizzato di dati dattiloscopici (impronte digitali), come parte di una più ampia cooperazione transfrontaliera alla lotta contro il terrorismo e la criminalità transnazionale. Tale procedura può avere luogo solo dopo l'attuazione nel diritto nazionale delle disposizioni generali in materia di protezione dei dati, che la Danimarca ha correttamente effettuato. Per questi motivi ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos dactiloscópicos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. De ahí, mi voto negativo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report provides for the automated exchange of dactyloscopic (fingerprint) data in Denmark. It calls for the unnecessary collection and sharing of personal data that is highly invasive, expensive and unwarranted in scope and nature. We therefore voted against this report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de décision d'exécution du Conseil qui vise à autoriser le Danemark à recevoir et à fournir des données à caractère personnel aux fins de la recherche et de la comparaison automatisées des données ADN au titre du traité de Prüm.

Le Danemark a en effet réalisé un projet pilote réussi et a respecté toutes les dispositions relatives à la protection des données. Nous estimons, à ce titre, que le Danemark est prêt à prendre part à ce traité.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλοσκοπικών δεδομένων στη Δανία, διότι πρόκειται για ένα σημαντικό βήμα στην προσπάθεια της διασυνοριακής συνεργασίας για την επιβολή του νόμου στην ΕΕ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La transmission de données à caractère personnel dans le cadre de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données. Le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et à celui concernant l'échange de données dactyloscopiques. Le Danemark a réalisé un essai pilote avec l'Allemagne, qui a été concluant. Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark a pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données énoncées au chapitre 6 de la décision 2008/615/JAI. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données dactyloscopiques, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Ayant, avec mes collègues du Front national, les plus grandes réserves quant à l'échange de données à caractère personnel de citoyens français dans un système de l'UE, mais ne voulant pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this technically non-legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dans la mesure où l'échange de données dactyloscopiques est essentiel dans l'approfondissement de la coopération transfrontalière en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Šiuo Tarybos įgyvendinimu sprendimo projektu siekiama, taikant automatizuotą daktiloskopinių duomenų paiešką, leisti Danijai gauti bei teikti asmens duomenis pagal sprendimą 2008/615/JHR. Tai leis gerinti bendradarbiavimą su kitomis šalimis dėl kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark. Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark a pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données énoncées au chapitre 6 de la décision 2008/615/JAI. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données dactyloscopiques, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel. Je me suis abstenu sur ce vote afin de ne pas émettre un vote qui paraisse hostile au Danemark.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui propose que le Danemark puisse participer à l'échange d'empreintes digitales dans le cadre de la Convention de Prüm

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La decisión para el establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos dactiloscópicos en Dinamarca, supone avanzar en el refuerzo de la cooperación transfronteriza en materia de aplicación de la ley en la Unión: la aplicación de la «Decisión Prüm» y el Modelo Europeo para el Intercambio de Información. Por lo tanto he votado a favor del mismo.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Moraes relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici. Si tratta di un testo importante, che viene approvato in un momento in cui l'Europa si trova ad affrontare la minaccia crescente del terrorismo internazionale. Grazie ad esso sarà semplificata la procedura per la raccolta e lo scambio di informazioni su impronte digitali e palmari e sui loro modelli memorizzati e trattati grazie all'utilizzo di una banca dati automatizzata. Il testo rappresenta un passo cruciale in vista del rafforzamento della cooperazione transfrontaliera in materia di indagini giudiziarie e prevenzione dei reati, un risultato positivo sostenuto anche dalla garanzia della protezione dei dati in Danimarca e dai risultati da essa raggiunti nel progetto pilota. La proposta garantirà, senza dubbio, un potenziamento dell'azione di contrasto alle attività terroristiche e a quelle della

criminalità organizzata.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión de Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las Partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión de Prüm, he votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – El combate contra la delincuencia organizada —no solo contra el terrorismo, sino contra otros fenómenos como el tráfico de seres humanos— requiere que optimicemos las posibilidades que hoy ofrecen la ciencia forense y la criminología. En este espacio de libertad y seguridad que es Europa, el intercambio automático de datos de los bancos dactiloscópicos, que facilita este objetivo, es una obligación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark. Cette transmission de données à caractère personnel dans le cadre de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme ne peut avoir lieu qu'après une transposition dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission des dispositions générales relatives à la protection des données. Comme pour l'ADN, la vérification des conditions doit s'effectuer sur la base d'un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote. Le 12 juillet dernier, le Conseil a conclu que le Danemark avait mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données et qu'il devrait donc être autorisé à recevoir et transmettre les données à caractère personnel.

Étant donné que j'ai les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN, j'ai décidé de m'abstenir pour ne pas émettre un vote hostile contre le Danemark.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Sono convinta debba essere una delle nostre priorità combattere la criminalità organizzata e il terrorismo. Questo testo fa parte di quei provvedimenti atti a potenziare la cooperazione transfrontaliera e necessari per permettere alle forze di polizia di avere a disposizione nuovi e sempre più efficaci strumenti per contrastare ogni forma di criminalità, per questo motivo ho inteso sostenerlo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 29 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Dinamarca ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Dinamarca debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Dinamarca, en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas automatinis keitimasis daktiloskopiniais duomenimis Danijoje. Tarybos darbo grupė parengia klausimyną dėl kiekvieno automatinio keitimosi duomenimis atvejo, ir kai valstybė narė mano, kad ji atitinka dalijimosi atitinkamos duomenų kategorijos duomenimis sąlygas, ji turi atsakyti į atitinkamo klausimyno klausimus. Danija atsakė į klausimyno apie duomenų apsaugą ir klausimyno apie keitimąsi daktiloskopiniais duomenimis klausimus. Tarybai buvo pateikta bendra įvertinimo ataskaita, kurioje apibendrinami keitimosi daktiloskopiniais duomenimis klausimyno, vertinimo vizito ir bandomojo sistemos patikrinimo rezultatai. Taigi, 2016 m. liepos 12 d. Taryba padarė išvadą, kad Danija visiškai įgyvendino nustatytas bendrąsias nuostatas dėl duomenų apsaugos, todėl automatinės daktiloskopinių duomenų paieškos tikslais Danija turėtų turėti teisę gauti bei teikti asmens duomenis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podobno kot pri prejšnjem predlogu o izmenjavi podatkov o DNK sem podprl tudi izmenjavo daktiloskopskih podatkov, ker gre za nadaljnjo krepitev sodelovanja na področju kazenskega pregona in s tem večje varnosti državljanov EU, zlasti na področju terorizma in čezmejnega kriminala. Prstni odtisi so podobno kot DNK edinstveni pri vsaki osebi in s tem primerni za učinkovito identifikacijo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Provedbeni nacrt Odluke Vijeća ima za cilj odobriti Danskoj primanje i dostavljanje osobnih podataka za svrhe automatiziranog „otiska prsta" prema Ugovoru iz Prüma. S obzirom da je Danska pokrenula uspješan pilot projekt i ispunila sve odredbe o zaštiti osobnih podataka, smatram kako ispunjava sve uvjete za primjenu toga Ugovora.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Sur ce rapport concernant les échanges automatisés de données relatif aux données personnelles au Danemark, le principe de protection des données personnelles de nos concitoyens me paraît primordial. En effet il en va de la responsabilité de l'État de protéger ces données à caractère sensible des citoyens. S'il est important que des échanges ciblés aient lieu dans le cadre de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme, cela ne peut pas concerner tous nos concitoyens. Cependant je ne veux pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark. Je me suis donc abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I decided to support this resolution because it allows Denmark to exchange dactyloscopic data with the other EU Member States in order to facilitate cross-border judicial cooperation. I strongly believe this resolution, together with the one on the launch of automated data exchange with regard to DNA data, will improve the EU capacity to tackle terrorism and cross-border crime.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – A norma della decisione 2008/615/GAI del Consiglio, la trasmissione di dati personali può avvenire solo dopo l'attuazione delle disposizioni relative alla protezione dei dati di cui al capo 6 della decisione nella legislazione nazionale dei territori degli Stati membri interessati alla trasmissione. Tale disposizione non si applica agli Stati membri in cui la trasmissione di dati personali è stata già avviata a norma del trattato di Prüm (2005). La verifica del rispetto della condizione deve essere effettuata sulla base di una relazione di valutazione fondata su un questionario. Il questionario elaborato dal competente gruppo del Consiglio riguarda ciascuno degli scambi automatizzati di dati e deve essere completato da uno Stato membro non appena questi ritenga di soddisfare le condizioni preliminari per lo scambio di dati. La Danimarca ha completato il questionario sulla protezione dei dati e il questionario sullo scambio di dati dattiloscopici e ha effettuato con successo un'esperienza pilota con la Germania. Ha avuto anche luogo una visita di valutazione in Danimarca. Si concorda che la Danimarca ha pienamente attuato le disposizioni generali relative alla protezione dei dati e quindi il Parlamento europeo approva il progetto del Consiglio in merito allo scambio di dati dattiloscopici in Danimarca.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prévoit le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques avec le Danemark. Cette transmission de données à caractère personnel n'est envisageable qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données dans le droit national de l'État membre concerné. Or le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark remplissait les conditions nécessaires pour transmettre et recevoir ces données à caractère personnel. Bien que cette transmission de données relative aux données dactyloscopiques s'inscrive dans le cadre de la lutte contre le crime organisé et le terrorisme, nous exprimons les plus grandes réserves quant à l'échange de données à caractère personnel avec les autres États membres de l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Articolul 39 alineatul 1 din Tratatul privind Uniunea Europeană, expus Comisiei prin forma actuală după modificarea efectuată prin Tratatul de la Amsterdam, cât și articolul 9 din Protocolul numărul 36 cu privire la dispozițiile tranzitorii, dar nu în ultimul rând și Decizia Consiliului prevăd intensificarea cooperării transfrontaliere, mai ales în domeniul combaterii terorismului, cât și a criminalisticii.

Raportul Comisiei pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne, informează Parlamentul cu privire la intențiile acestuia dacă se îndepărtează de la textul aprobat sau dacă intenționează să aducă modificări substanțiale la propunerea Comisiei.

Am acordat un vot favorabil raportului cu privire la Schimbul automatizat de date în ceea ce privește datele dactiloscopice în Danemarca deoarece consider că este necesară o schimbare automată a acestor date pentru evitarea birocrației în realizarea schimburilor, dar în special pentru reducerea timpului de schimb.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto di esecuzione del Consiglio per l'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici. Parliamo delle immagini di impronte digitali e palmari e dei modelli di tali immagini che vengono memorizzati e trattati in una banca dati automatizzata.

Con il voto di oggi ci impegniamo a rafforzare la cooperazione transfrontaliera tra la polizia e le autorità giudiziarie dei paesi dell'Unione europea, con l'obiettivo di combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera in modo più efficace.

La Danimarca ha completato con successo il questionario sullo scambio automatizzato di dati, effettuando anche un'esperienza pilota con la Germania e attuando appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati stabilite nella decisione del Consiglio 2008/615/GAI. Pertanto, al fine di inserire anche la Danimarca nel sistema di ricezione e trasmissione di tali informazioni e dati, ho votato a favore del progetto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This implementing Council decisions follow from the 2008 Prüm Decision on the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime. The supply of personal data provided for under that Decision may not take place until the general provisions on data protection set out in that Decision. These include: (i) an evaluation report based on a questionnaire, (ii) an evaluation visit and (iii) a pilot run. Denmark has met these conditions. These two Council implementing Decisions authorise the automated exchange of DNA and dactyloscopic (fingerprints) data to and from Denmark. Sinn Fein has always voted against Prüm and its implementing decisions as it is based on a unilateral repressive and surveillance-based approach.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report in agreement with the Council position to the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark as a way of improving security in Europe and of stepping up cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con la presente decisione di consultazione si dà l'autorizzazione alla Danimarca a ricevere e trasmettere i dati personali in conformità della decisione 2008/615/GAI del Consiglio a fini di consultazione e confronto automatizzato di dati dattiloscopici (impronte digitali).

Come parte della decisione 2008/615/GAI sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, in particolare nella lotta contro il terrorismo e la criminalità transnazionale, la trasmissione di dati personali ai sensi della decisione 2008/615 può essere attuata solo dopo l'attuazione nel diritto nazionale sul territorio degli Stati membri interessati dalla trasmissione delle disposizioni generali in materia di protezione dei dati di cui alla presente decisione. Sulla base della relazione di valutazione generale il Consiglio ha concluso, il 12 luglio 2016, che la Danimarca ha attuato appieno le disposizioni generali relative alla protezione dei dati. Il mio voto è stato favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Nel quadro del trattato di Prüm i paesi membri si sono impegnati nel rafforzamento della cooperazione transfrontaliera in materia di indagini giudiziarie e prevenzione dei reati. L'accordo prevede lo scambio automatizzato di dati dattiloscopici, al fine di contrastare terrorismo e criminalità organizzata, temi prioritari nell'azione dell'Unione in materia di sicurezza.

Ho ritenuto di votare a favore della proposta che garantisce alla Danimarca l'accesso ai dati dattiloscopici tramite un processo di ricerca automatizzato alla luce dei risultati raggiunti nel progetto pilota eseguito nel paese e della positiva valutazione ricevuta dalla Commissione europea in materia di protezione dei dati in Danimarca.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Συμφωνούμε με την έκθεση, καθώς, για τους σκοπούς της αυτοματοποιημένης αναζήτησης δακτυλοσκοπικών δεδομένων, η Δανία δικαιούται να λαμβάνει και να παρέχει προσωπικά δεδομένα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλοσκοπικών δεδομένων στη Δανία εντάσσεται σε μια προσπάθεια εντατικοποίησης της συνεργασίας μεταξύ κρατών και υπηρεσιών για την καταπολέμηση της εγκληματικότητας και όχι μόνο. Θεωρώ πως, παρότι η αρχική σκέψη είναι θετική, οφείλουμε να είμαστε πολύ προσεκτικοί σε ό,τι αφορά την επεξεργασία και καταγραφή προσωπικών δεδομένων. Καθώς κάτι τέτοιο δεν επιτυγχάνεται με την έκθεση αυτή, αποφάσισα να την καταψηφίσω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Parere positivo per questa relazione che persegue efficacemente il potenziamento della cooperazione transfrontaliera per la lotta al terrorismo e alla criminalità.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Con grande favore accolgo l'avvio dello scambio dei dati riguardanti le impronte digitali, invero esso rappresenta un notevole progresso verso una nuova e incisiva pagina della sicurezza europea e auspico che i paesi membri ancora privi di tali misure ne velocizzino l'adozione. Tempo addietro appariva quasi fantascientifica la mera idea di banche dati automatizzate, per di più a livello europeo. Oggi, invece, queste rappresentano strumenti quotidiani in grado di consentire raffronti immediati e, di conseguenza, di sveltire indagini di notevole complessità. Grazie a uno scambio continuo ed efficace di dati su DNA e impronte digitali tra le autorità dei paesi membri, i cittadini potranno sentirsi più al sicuro in tutta l'Unione.

Ho votato a favore del provvedimento nella speranza che attraverso la visione di tali misure, estremamente pragmatiche, i cittadini possano comprendere come l'UE sia tutt'altro che un nemico da combattere o un delinquente impunito. Essa è foriera di pace stabile e duratura, oltre che fonte di responsi tangibili alle esigenze dei cittadini, dal momento che un'identificazione agevole e svelta di criminali non si riflette unicamente nella risoluzione di casi giudiziari, ma anche nella prevenzione di possibili minacce terroristiche.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A Decisão 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiras procede substantivamente à incorporação do Tratado de Prüm no ordenamento jurídico comunitário, mantendo o objetivo de estimular uma maior cooperação entre as forças de segurança dos Estados-Membros, especialmente através de uma maior troca de informação.

Como já afirmei diversas vezes, esta troca de informações é essencial no domínio da segurança, assim como é requisito de um resultado de maior confiança mútua.

Por isso, certos requisitos têm de ser respeitados, nomeadamente os princípios da necessidade e da proporcionalidade e o respeito pelos direitos fundamentais.

Assim, para que se verifique o intercâmbio automatizado de dados datiloscópicos, cada Estado-Membro deve assegurar que são implementadas as normas de proteção de dados.

Esta decisão do Conselho vem, corretamente, autorizar o início do intercâmbio automatizado, uma vez que a Dinamarca procedeu à sua correta implementação.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché la Danimarca ha implementato correttamente le norme generali in materia di *data protection* contenute nel capitolo VI della decisione 2008/615/GAI e ha dimostrato che le condizioni contenute nel suddetto capitolo vengono rispettate nell'ambito dello scambio automatizzato di dati in accordo con il capitolo II della decisione, ottenendo l'autorizzazione a inviare e ricevere dati personali in materia di ricerca automatizzate di dati dattiloscopici secondo l'articolo 9 della decisione 2008/615/GAI.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos dactiloscópicos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. De ahí, mi voto negativo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Per garantire una cooperazione internazionale efficiente è di fondamentale importanza poter scambiare informazioni precise in modo rapido ed efficace. Pertanto, ho accolto con favore la decisione del Consiglio sull'avvio dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici in Danimarca. Il raffronto transfrontaliero dei dati dovrebbe aprire una nuova dimensione nella lotta alla criminalità e offrire agli Stati membri nuovi approcci alle indagini, permettendo loro di svolgere un ruolo cruciale nell'assistenza alle loro autorità incaricate dell'applicazione della legge.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprawozdanie dotyczące zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych daktyloskopijnych w Danii z uwagi na jego konkretny, a zarazem techniczny charakter.

Cel, jaki stawia sobie sprawozdanie, jest bardzo ważny w kontekście zapewnienia bezpieczeństwa w Europie, gdyż wymiana, której dotyczy sprawozdanie, ma usprawnić walkę z terroryzmem i przestępczością transgraniczną. To ważne, że Dania wraz z krajami strefy Schengen będą dzielić się danymi daktyloskopijnymi, w związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of implementing Council Decision 2008/615/JHA 2007/0804(CNS) with regard to dactyloscopic data in Denmark.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le lancement de l'échange automatisé de données pour ce qui est des données dactyloscopiques, c'est-à-dire les empreintes digitales, au Danemark. L'échange au sein de l'Union européenne de données relatives aux empreintes digitales est un instrument important dans la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, notamment pour appréhender les terroristes et les individus dangereux. Cet échange doit toutefois évidemment s'opérer dans le respect des règles de protection des données personnelles.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La transmission de données à caractère personnel ne peut avoir lieu qu'après la mise en œuvre des dispositions générales relatives à la protection des données dans le droit national sur le territoire des États membres concernés par cette transmission. La vérification doit s'effectuer sur la base d'un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, qui a obtenu les réponses nécessaires, sur une visite d'évaluation, qui a eu lieu au Danemark et sur un essai pilote, ce dernier ayant eu lieu avec l'Allemagne.

Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données énoncées au chapitre 6 de la décision 2008/615/JAI. Dès lors, aux fins de la consultation automatisée de données ADN, le Danemark devrait être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel.

Nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données dactyloscopiques de citoyens français dans un système de l'Union européenne, néanmoins nous ne souhaitons pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark en tant qu'État. Aussi, je me suis abstenue sur ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων στο Παρίσι και στις Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου, ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'UE, mais nous ne voulons pas émettre un voté qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Na sequência da entrada em vigor do Tratado (assinado entre a Bélgica, a Alemanha, a Espanha, a França, o Luxemburgo, os Países Baixos e a Áustria) relativo ao aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo, a criminalidade transfronteiras e a migração ilegal – o designado «Tratado de Prüm» –, foi aprovada uma Decisão (2008/615/JAI do Conselho), em 2008, com o objetivo de incorporar o conteúdo do Tratado de Prüm no quadro jurídico da UE.

O relatório sobre o intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos, na Dinamarca, insere-se neste quadro e nas graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», comportando graves riscos para os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e, até mesmo, da possibilidade da ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Propusemos alterações – rejeitadas pela maioria – que visavam proibir o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas, a filiação partidária ou sindical ou relativos à saúde ou à vida sexual.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato dei dati relativi alle impronte digitali di coloro che si muovono all'interno dell'area Schengen. Lo ritengo un passo molto importante nella cooperazione tra Stati membri per la lotta alla criminalità internazionale e al terrorismo, garantendo un'accelerazione e una maggiore sicurezza nell'utilizzo dei dati tra paesi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Rovnako ako pri automatizovanej výmene údajov o DNA Dánsko pristúpilo k predmetnému mechanizmu na zväčšenie a zlepšenie výmeny informácií medzi jednotlivými členskými štátmi a pomohlo tak zvýšiť bezpečnosť obyvateľov Európskej únie. Nepôjde o výmenu žiadnych dôverných súkromných informácií o jednotlivých občanoch, pretože výbor LIBE pamätal na to, aby bolo ochránené ich právo na súkromie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione nell'ottica del potenziamento della cooperazione transfrontaliera per la lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου, ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων. Για αυτούς τους λόγους την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The draft Council implementing Decision aims to authorise Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching of dactyloscopic (fingerprint) data under the Prüm Treaty. Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm. I therefore voted in favour of the report.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, plenamente convencido de la necesidad de continuar avanzando en la profundización de la cooperación transfronteriza, en particular en materia de lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza, porque el acuerdo de intercambio automatizado de datos respecto a los datos dactiloscópicos en Dinamarca representa un paso positivo en la mejora de la seguridad colectiva de la UE.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici in quanto ultimo passaggio burocratico affinché anche la Danimarca diventi parte della decisione 2008/615/GAI del Consiglio sul potenziamento della cooperazione transfrontaliera, soprattutto nella lotta al terrorismo e alla criminalità transfrontaliera.

Tale decisione del Consiglio è al giorno d'oggi ancora più sentita, vista la nota necessità di aumentare la collaborazione tra le autorità investigative degli Stati membri nella lotta al terrorismo. Da questo punto di vista, la decisione di esecuzione del Consiglio completa un lungo iter procedurale, volto a valutare la conformità delle norme e delle procedure danesi alle regole sulla protezione dei dati, e che ha visto un questionario, una verifica in loco e infine un progetto pilota.

È fondamentale che tutti i paesi dell'UE, anche coloro che sono più lontani dall'idea di un'Europa federale come la Danimarca, collaborino tra loro nello scambio delle informazioni e dei dati, unica vera arma per lottare contro il terrorismo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten mit Dänemark gestimmt, da ich gerade im Kampf gegen internationale Kriminalität den Einsatz modernster Techniken für notwendig halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ebenso wie den Austausch von DNA-Daten unterstütze ich den Austausch von daktyloskopischen Daten in Dänemark. Auch hier gilt es, international agierende Kriminalität und international agierenden Terrorismus mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Der automatisierte Austausch von Fingerabdrücken sollte hierbei nur ein erster Schritt sein.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión de Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las Partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión de Prüm, he votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. After the revision of results submitted by Denmark for the Council, it was concluded that Denmark fulfilled all necessary criteria and is granted a permission regarding automated data exchange with regard to dactyloscopic data.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόφαση του Συμβουλίου φαίνεται να αποδεικνύει ότι η Δανία έχει ένα αξιοπρεπές σύστημα για τη διασφάλιση των δεδομένων και, ως εκ τούτου, εξουσιοδοτεί την ανταλλαγή των προσωπικών δεδομένων (εν προκειμένω, των δακτυλοσκοπικών δεδομένων) από και προς τη Δανία. Η Ομάδα μας γενικά τηρεί αρνητική στάση απέναντι στην απόφαση Prüm και τις εκτελεστικές της αποφάσεις, καθώς βασίζονται σε μια μονομερή κατασταλτική προσέγγιση και στην πεποίθηση ότι η συλλογή ολοένα και περισσότερων δεδομένων αποτελεί καλή αστυνόμευση. Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this Council implementing decision to launch the automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark. According to Decision 2008/615/JHA on the stepping up of cross-border cooperation, particularly in combating terrorism and cross-border crime, the supply of personal data provided for under that Decision may not take place until the general provisions on data protection set out in that Decision. Council Decision 2008/616/JHA on the implementation of Decision 2008/615/JHA confirms that the above conditions have been met with respect to automated data exchange on the basis of: (i) an evaluation report based on a questionnaire, (ii) an evaluation visit and (iii) a pilot run. Denmark completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on dactyloscopic data exchange. A successful pilot run has been carried out by Denmark with Germany. An evaluation visit also took place in Denmark. An overall evaluation report was presented in which the Council concluded that Denmark had fully implemented the general provisions on data protection. This draft Council implementing Decision aims, for the purposes of automated searching of dactyloscopic data, to authorise Denmark to receive and supply personal data pursuant to Decision 2008/615/JHA as from the date of the entry into force of this decision.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections against it.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition du Conseil consistant à mettre en place un échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark qui s'inscrit dans le cadre de la coopération transfrontière en matière de lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée.

Je suis convaincu que la coopération renforcée des services répressifs nationaux est essentielle pour lutter contre ces phénomènes qui se propagent au-delà des frontières nationales et qui menacent l'intégrité de nos territoires.

Surtout, je réitère mon appel à la mise en œuvre immédiate de la décision Prüm par tous les États signataires qui permet l'échange de données ADN, des empreintes digitales et des plaques d'immatriculation des véhicules.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Г-н Председател, подкрепям предложението за Решение на Съвета по отношение на започването на автоматизиран обмен на дактилоскопични и ДНК данни в Дания, тъй като по този начин ще бъде постигната по - добра синергия по отношение на обмена на информация. Казвайки това, искам да подчертая че смятам, че обменът на информация и сътрудничеството са точно толкова важни, колкото и събирането на данни и възможните мерки за подобряване на обмена на данни трябва да бъдат подкрепени при пълно зачитане на съществуващите разпоредби и съдебна практика по отношение на защитата на личните данни.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The initiative authorises Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching of dactyloscopic (fingerprint) data under the Prüm Treaty, which establishes a legal framework to further develop cooperation among Member States in combating terrorism, cross-border crime and illegal immigration.

Denmark has fulfilled all the data protection provisions.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Danskoj, jer se time prihvaća Nacrt Vijeća. Držim da je svakako potrebno uzeti u obzir potrebe pojedinca u okviru zaštite osobnih podataka. U tom kontekstu, automatizirana razmjena podataka doprinosi ojačanoj prekograničnoj suradnji i efikasnijem suzbijanju terorizma i kriminala, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Sur le fond, je suis opposé à la divulgation de données à caractère personnel de citoyens français au sein d'un système européen. Sur la forme, je déplorerais qu'un vote négatif soit interprété comme un signe de défiance par le peuple danois.

Dans cette optique, je me suis abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Zavedení automatizované výměny daktyloskopických dat v Dánsku opravňuje stát získávat a využívat osobní data, v tomto případě daktyloskopického charakteru. Vzhledem k současné migrační krizi a rovněž v návaznosti na zvýšenou teroristickou aktivitu je potřeba zlepšit přeshraniční spolupráci členských států Evropské unie a zkvalitnit jejich vzájemnou výměnu informací. Podpořil jsem tento návrh Rady, protože posílená možnost získávat a využívat osobní data pomůže Dánsku zefektivnit kontrolu nad jeho územím, potažmo v Evropské unii.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes autorisant l'échange d'empreintes digitales au Danemark. Afin de renforcer l'efficacité de la coopération transfrontalière, notamment dans le cas de la lutte contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière, cette autorisation était nécessaire.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Bericht. Die Datenübermittlung von Fingerabdrucks-Daten bei der Aufklärung und der Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus ist absolut wünschenswert, die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet sollte gestärkt werden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада за автоматизиран обмен на данни по отношение на дактилоскопични данни в Дания, тъй като държавата е изпълнила изцяло общите разпоредби за защита на данните, от което следва да има правото да получава и предоставя лични данни. Смятам, че автоматизираният обмен ще подпомогне трансграничното сътрудничество, ще повиши сигурността и защитата на гражданите и ще подпомогне структурите за сигурност в борбата с трансграничната престъпност, и по-конкретно с лица, представляващи заплаха за националната сигурност, лица, извършващи незаконна дейност, и при злоупотреба с лични данни.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram projekt rezolucji ustawodawczej Parlamentu Europejskiego w sprawie projektu decyzji wykonawczej Rady w sprawie rozpoczęcia w Danii zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych daktyloskopijnych z 2016 roku. Transgraniczna współpraca w zakresie wymiany danych jest koniecznym elementem zapewniania bezpieczeństwa, zwalczania terroryzmu i przestępczości transgranicznej.

Szczególnie w sytuacji szerokiego napływu do Europy osób bez dokumentów i zweryfikowanej tożsamości, a także pozostawania w niej dziesiątek tysięcy osób bez prawa pobytu, a więc i bez dostępu do systemów wsparcia i legalnego funkcjonowania na rynku, co naraża je na wpływy świata przestępczego, konieczne jest rozwijanie współpracy w zakresie wymiany danych. Odpowiedzialna i skuteczna kontrola jest konieczna do podejmowania adekwatnych polityk bezpieczeństwa w krajach członkowskich i utrzymania jednej z najważniejszej wartości Europy, jaką jest swobodny przepływ osób i różnorodność kulturowa

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La Danimarca, oltre ad aver completato il questionario sullo scambio automatizzato di dati sul DNA, ha anche completato il questionario sullo scambio automatizzato di dati dattiloscopici. Così come per lo scambio automatizzato di dati sul DNA, la Danimarca ha rispettato le condizioni previste e dettate dall'articolo 20 della decisione 2008/616/GAI, e sulla base di queste è stata presentata al Consiglio una relazione globale di valutazione che sintetizza i risultati del questionario, della visita di valutazione e dell'esperienza pilota in materia di scambio di dati dattiloscopici. Alla luce della corretta attività portata a termine da parte della Danimarca, il Parlamento ha deciso di approvare il progetto del Consiglio.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark. Le rapport constate que ce pays répond aux critères concernant la protection des données, sur la base d'un rapport d'évaluation fondé sur un questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote. J'ai les plus grandes réserves quant à l'échange de données ADN de citoyens français dans un système de l'Union européenne, mais je ne veux pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce projet de décision prévoit de permettre la transmission et l'échange de données à caractère personnel après mise en œuvre dans le droit national des États concernés.

Le contrôle de ces dispositions s'effectue sur la base d'un rapport fondé sur questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote.

Dans le cas présent, le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et l'échange de données dactyloscopiques, un essai pilote a été réalisé avec l'Allemagne et une visite d'évaluation a eu lieu. Le Conseil a donc conclu que le Danemark avait répondu aux exigences fixées.

Cependant, étant très réservé sur l'échange de données à caractère personnel dans système de l'UE, notamment pour les citoyens français, je me suis abstenu pour ne pas émettre un vote qui aurait pu être interprété comme hostile au Danemark.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe que aprueba el proyecto del Consejo sobre el establecimiento de un intercambio automatizado de datos en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo, en este caso sobre datos dactiloscópicos en Dinamarca.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos dactiloscópicos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. De ahí, mi voto negativo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente texto se aprueba el proyecto del Consejo relativo al establecimiento del intercambio automatizado de datos respecto a los datos dactiloscópicos en Dinamarca.

Así, el país, siempre persiguiendo fines de consultación automatizada de datos dactiloscópicos, queda autorizado a recibir y transmitir datos personales. No cabe olvidar que el propio Consejo comprobó que Dinamarca ha puesto en marcha todas las disposiciones generales relativas a la protección de datos.

Doy mi voto favorable a la propuesta de resolución ya que esta medida ayudará a aumentar la cooperación entre los Estados miembros en materia de lucha contra el terrorismo y la criminalidad transfronteriza.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se, protože chci ponechat na Dánsku, jestli bude poskytovat dalším státům a přijímat od nich data o otiscích prstů, případně tato data uchovávat v souvislosti s vyšetřováním trestných činů.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of the proposal to launch the automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark. A successful pilot run has been carried out by Denmark with Germany. I support this proposal.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έναρξη της αυτοματοποιημένης ανταλλαγής δακτυλοσκοπικών δεδομένων στη Δανία, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

Ce texte envisage une coopération entre les États membres dans le domaine de l'échange automatisé de données dactyloscopiques.

Le 12 juillet 2016, le Conseil a conclu que le Danemark avait pleinement mis en œuvre les dispositions générales relatives à la protection des données, et qu'il devrait ainsi être autorisé à recevoir et à transmettre des données à caractère personnel en provenance des autres États membres.

En effet, la coopération dans le domaine de l'échange de données dactyloscopiques est nécessaire pour améliorer l'efficacité de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme. Néanmoins, nous garderons des réserves quant à l'échange de données à caractère personnel des citoyens français dans un système de l'UE.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – I voted in favour of the Report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark. This proposal is important to enhance cross-border cooperation in the fight against terrorism and cross-border crime.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entwurf eines Durchführungsbeschlusses behandelt den Austausch von daktyloskopischen Daten bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen. Weiter werden diese Daten zur Terrorismusbekämpfung genutzt. Dänemark hat alle erforderlichen Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt. Daher stimme ich diesem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu sprendimui, kuriuo suteikiama teisė Danijai gauti priėjimą prie šiuo metu kuriamos ES duomenų bazės, kurioje automatiškai keičiamasi daktiloskopiniais duomenimis. Danijos prisijungimas pagerins teisėsaugos institucijų darbą tiriant ir užkardant nusikaltimus, visų pirma kovos su terorizmu ir tarpvalstybiniu nusikalstamumu srityje.

2015 m. duomenimis, Lietuva šio projekto rėmuose keičiasi turimais daktiloskopiniais duomenimis su 12 ES valstybių narių.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit d'autoriser le Danemark à recevoir et transmettre les données à caractère personnel des citoyens, en l'occurrence données dactyloscopiques, de ses fichiers de police avec ceux d'autres États-Membres. La législation comporte certes un point sur la protection des données et les limites de son usage mais les failles de ces législations sont connues.

En France, la CNIL s'est d'ailleurs inquiétée de cette législation. Et surtout, ce dossier participe d'une tendance générale de fichage aussi bien des délinquants que des citoyens européens et migrants. Ces données contenues par exemple sur les passeports biométriques sont par la suite croisés avec d'autres fichiers pour déterminer des «profils» de chaque citoyen.

Un Big Brother soi-disant pour lutter contre le terrorisme, un argument dont Snowden a largement démontré l'inefficacité. C'est surtout un moyen d'accroître les quantités de données sur les citoyens pour les mettre à disposition des États-Unis . Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce projet de décision prévoit de permettre la transmission et l'échange de données à caractère personnel après mise en œuvre dans le droit national des États concernés.

Le contrôle de ces dispositions s'effectue sur la base d'un rapport fondé sur questionnaire, une visite d'évaluation et un essai pilote.

Dans le cas présent, le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et l'échange de données dactyloscopiques, un essai pilote a été réalisé avec l'Allemagne et une visite d'évaluation a eu lieu. Le Conseil a donc conclu que le Danemark avait répondu aux exigences fixées.

Cependant, étant très réservée sur l'échanges de données à caractère personnel dans système de l'UE, notamment pour les citoyens français, je me suis abstenue pour ne pas émettre un vote qui aurait pu être interprété comme hostile au Danemark.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A aprovação deste relatório é muito importante para o aprofundamento da cooperação transfronteiras, em particular no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which allows Denmark to both provide and receive dactyloscopic data for use in criminal investigations as Denmark has fully implemented the general provisions on data protection.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Dans le cadre de la lutte contre le terrorisme l'échange d'information est une priorité. C'est donc avec conviction que je salue l'adoption de ce dossier qui vise à établir l'échange automatisé de données pour ce qui est des données dactyloscopiques avec le Danemark. Il s'agit là des données liées aux empreintes digitales d'une personne.

Puisque les garanties en termes de protection de données sont suffisantes, les États doivent aujourd'hui collaborer davantage. L'information disponible dans un État peut parfois être une pièce maitresse dans l'enquête qui se déroule dans un autre État membre. Un tel accord aujourd'hui avec le Danemark ne peut donc qu'être salué.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács végrehajtási határozatra irányuló tervezetet dolgozott ki a daktiloszkópiai adatok Dániával való automatizált cseréjének megindítására vonatkozóan. Az Európai Unióról szóló szerződés értemében a Tanács a tervezet elfogadása előtt konzultálni köteles a Parlamenttel. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Nous avons les plus grandes réserves sur l'échange de données dactyloscopiques (c'est-à-dire, des empreintes digitales) de citoyens français dans un système de l'Union, même s'il n'y a pas lieu de soupçonner le Danemark d'utilisation abusive. Il est préférable de s'abstenir.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Defendo o aprofundamento da cooperação transfronteiras, em especial no domínio da luta contra o terrorismo e a criminalidade transfronteiras.

Neste sentido, afigura-se fundamental o intercâmbio automático de dados dactiloscópicos na Dinamarca. Entendo que a presente decisão é um passo importante na colaboração transfronteiriça.

Assim sendo, o projeto de decisão de execução do Conselho relativa ao lançamento do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos na Dinamarca tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le Danemark a répondu au questionnaire concernant la protection des données et à celui concernant l'échange de données dactyloscopiques. Le Danemark a réalisé un essai pilote avec l'Allemagne, qui a été concluant. Cette transmission de données à caractère personnel dans le cadre de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme pourrait avoir un sens. Cependant, nous avons les plus grandes réserves quant à l'échange de données à caractère personnel de citoyens français dans un système de l'UE; échange de données qui ne garantirait pas forcément les libertés publiques. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données d'empreintes digitales au Danemark. En approuvant le projet du Conseil, le Parlement européen autorise le Danemark à recevoir et transmettre des données d'empreintes digitales avec ses partenaires afin de lutter plus efficacement contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espressa a favore del provvedimento in merito al progetto di decisione di esecuzione del Consiglio relativa all'avvio in Danimarca dello scambio automatizzato di dati dattiloscopici, poiché è importante agevolare e migliorare la circolazione dei dati ma allo stesso tempo garantire e tutelare sempre gli interessi dei nostri cittadini.

József Nagy (PPE), *írásban*. - A mai szavazás során két adatcserére irányuló megállapodás is zöld jelzést kapott. Örömmel fogadom a Dániával való daktiloszkópiai, valamint DNS-adatok automatizált cseréjét. Olyan veszélyek fenyegetik Európát, mint a terrorizmus, határokon átnyúló bűnözés, embercsempészet és még tovább sorolhatnám. A közös cél elérése egyértelműen közös fellépést igényel. Dánia hosszú évek óta tagja az Európai Uniónak és teljes bizalmamat élvezi.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report concerning the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic in Denmark that will improve cross-border law enforcement cooperation in combating terrorism.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch für diesen Bericht habe ich mich positiv ausgesprochen, da auch hier die Übermittlung von daktyloskopischen Daten bei der Aufklärung und Bekämpfung von Verbrechen und Terrorismus helfen kann.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on tõhustada piiriülest võitlust terrorismi ja kuritegevusega.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. Le tematiche legate allo scambio di dati sensibili sono da sempre argomento delicato poiché è necessario trovare un equilibrio tra la tutela della privacy delle persone direttamente interessate e il miglioramento del servizio in questione. Nel caso in cui tale equilibrio venga rispettato vi saranno notevoli vantaggi per la comunità. Pertanto, ho votato positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Razmjena daktiloskopskih podataka od presudne je važnosti u jačanju sigurnosti u cijeloj Europskoj uniji. Smatram kako daktiloskopski podatci dostupni u nacionalnim bazama otisaka prstiju trebaju biti dostupni svim državama članicama Europske unije za pregled i pretraživanje te se između država treba vršiti konstantna razmjena daktiloskopskih podataka, jer bi se ovim činom izbjegle dugotrajne istrage i potrage za krivcima za određene zločine.

Ovakva razmjena bi uspješno pomogla otkrivanju i sprječavanju organiziranog kriminala koji je sve više i više prisutan u Europi te terorizma koji je nažalost postao globalna prijetnja. Danska se tako može uključiti u europsku, ali i globalnu borbu protiv kriminala koja je zadaća svih zemalja članica u Europskoj Uniji. Ako uzmemo u obzir aktualnu migrantsku krizu i još uvijek preslabo kontrolirani dolazak migranata u Europu, s kojima dolaze i oni koji predstavljaju sigurnosnu prijetnju za EU-u, ovakva i slične mjere su izuzetno važne kako bi se sačuvala sigurnost europskih građana i identificiralo kriminalce te posebno moguće teroriste.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – J'ai les plus grandes réserves en ce qui concerne l'échange de données personnelles de citoyens français dans un système de l'UE mais le Danemark a pris un certain nombre de précautions sur le sujet et je respecte ce pays démocratique. Dans ces conditions, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Namjera je Nacrta provedbene odluke Vijeća autorizacija Danske pri primanju i dostavljanju osobnih podatka u svrhu automatiziranog pretraživanja daktiloskopskih podataka (otisci prstiju), kako je definirano u sporazumu iz Prüma.

Danska je provela uspješan pilot projekt te ispunila sve mjere zaštite podataka. Komisija je ocijenila da je Danska spremna preuzeti obveze iz Prüma. Prihvaćam nacrt Vijeća te pozivam Vijeće da se ponovno savjetuje s Parlamentom ako namjerava bitno izmijeniti tekst koji je Parlament prihvatio.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O presente relatório insere-se no quadro das graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», configurando um ataque aos direitos, às liberdades e às garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e, até mesmo, da possibilidade da ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Em momento oportuno, apresentámos alterações que estabeleciam que «será proibido o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas ou a filiação partidária ou sindical ou que sejam relativos à saúde ou à vida sexual», proposta que a maioria do PE recusou.

Em coerência com as posições já assumidas no passado relativamente a este assunto, e por considerarmos que este mecanismo compromete os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos – a «luta contra o terrorismo» e a criminalidade começa no combate às causas, e nessas a UE tem responsabilidades que aqui não se reconhecem –, votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – The draft Council Implementing Decision aims to authorise Denmark to receive and supply personal data for the purposes of automated searching of dactyloscopic, otherwise known as fingerprint, data under the Prüm Treaty. I am again happy to announce that Denmark has run a successful pilot project and fulfilled all the data protection provisions, and the Commission has evaluated the results and found Denmark ready to take part in Prüm. So, with the successful pilot and no controversial issues within Parliament, I voted in favour of the proposal.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Ce rapport valide la proposition de décision d'exécution pour la transmission d'empreintes digitales depuis et vers le Danemark. C'est une étape d'envergure dans la lutte contre la criminalité, et précisément le terrorisme. Je soutiens cette décision. Je resterai attentif afin que tous les moyens soient mis en œuvre pour renforcer notre coopération en matière policière et judiciaire.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs voted against this technically non legislative consultation. UKIP believe that agreements on data exchange should be made on a bilateral basis by sovereign nations.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que considero serem positivas todas as formas de cooperação intra e inter UE, especialmente em matéria de segurança e de combate ao terrorismo, desde que se respeitem os direitos fundamentais dos cidadãos.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Autoriza-se apenas a Dinamarca a receber e a transmitir dados pessoais (dactiloscópicos) nos termos da Decisão 2008/615/JAI do Conselho a partir da data de entrada em vigor da presente decisão.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – De conformidad con el artículo 25, apartado 2, de la Decisión 2008/615/JAI, la transmisión de datos de carácter personal en virtud de dicha Decisión solo podrá iniciarse cuando en el territorio de los Estados miembros que participen en dicha transmisión se hayan incorporado al Derecho interno las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de dicha Decisión.

El 29 de julio de 2015, el Consejo concluyó que Dinamarca ha aplicado plenamente las disposiciones generales en materia de protección de datos establecidas en el capítulo 6 de la Decisión 2008/615/JAI. Por consiguiente, a efectos de la consulta automatizada de datos dactiloscópicos, Dinamarca debe quedar habilitada para recibir y transmitir datos de carácter personal en virtud del artículo 9 de la Decisión 2008/615/JAI.

Por ello, he votado favorablemente este informe necesario para dar la aprobación al intercambio de datos relativos a huellas dactilares con Dinamarca, en el contexto de la cooperación transfronteriza en la lucha contra el terrorismo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de résolution qui concerne le projet de décision d'exécution du Conseil relatif au lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark. Cette disposition répond pleinement à l'objectif d'approfondissement de la coopération transfrontalière en vue de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière contenu dans la directive 2008/615/JAI.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Susitarimas dėl automatinio keitimosi daktiloskopiniais duomenimis – svarbi priemonė, galinti padėti kovoje su nusikalstamumu bei terorizmu. Kartu noriu pabrėžti, jog svarbu užtikrinti, kad tokios priemonės, ilgainiui galinčios sukurti visų ES gyventojų asmens duomenų bazes, netaptų visuotinės kontrolės mechanizmu ar nebūtų naudojamos su žmogaus teisėmis ir laisvėmis nesuderinamais tikslais. Dabartinis susitarimo projektas sudaro pagrindą tikėtis, jog taip nebus, tačiau kartu noriu paraginti Europos Parlamentą sekti, kad svarstomas teisės aktas ir juo sukuriamas mechanizmas būtų naudojamas tik pirminiais – kovos sus nusikalstamumu ir terorizmu – tikslais.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O objetivo do presente relatório é o de iniciar o intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos na Dinamarca.

O papel do Parlamento Europeu nesta matéria é de consulta não vinculativa, antes da adoção do ato pelo Conselho.

Subjacente a este relatório está a Decisão 2008/615/JAI relativa ao aprofundamento da cooperação transfronteiriça, sobretudo no que respeita ao combate ao terrorismo e à criminalidade transfronteiras, mediante o fornecimento de dados pessoais através deste intercâmbio de dados, feito com base num relatório de avaliação prévio em forma de questionário, uma visita de avaliação e um ensaio-piloto.

Tendo em conta que a Dinamarca cumpriu com estas três condições e que, no relatório de avaliação global, o Conselho concluiu que este país tinha implementado integralmente as disposições gerais relativas à proteção de dados previstas na Decisão acima referida, não existem razões que obstem à aprovação da decisão do Conselho de autorizar a Dinamarca a receber e a transmitir dados pessoais, através do intercâmbio automatizado de dados dactiloscópicos.

Atento o exposto, votei a favor deste relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión de Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las Partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión de Prüm, he votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos dactiloscópicos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. De ahí, mi voto negativo.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione del Consiglio tramite la quale si autorizza la Danimarca allo scambio automatizzato di dati dattiloscopici nell'area di cooperazione transfrontaliera, ritenendo che esso costituisca un importante strumento per combattere il terrorismo e la criminalità transfrontaliera.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za toto uznesenie, ktoré schvaľuje návrh Rady týkajúci sa začatia automatickej výmeny daktyloskopických údajov s Dánskom. Schválenie tohto návrhu pomôže posilniť cezhraničnú spoluprácu v oblasti uplatňovania práva v EÚ, preto podporujem povoliť automatické prijímanie a poskytovanie, vyhľadávanie a porovnávanie daktyloskopických údajov v Dánsku.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som spustenie automatizovanej výmeny daktyloskopických údajov medzi EÚ a Dánskom, keďže toto opatrenie súvisí aj s automatizovanou výmenou údajov DNA a má prispieť k väčšie vnútornej bezpečnosti Únie. Toto vykonávacie rozhodnutie Rady nadväzuje na snahu rozširovať cezhraničnú spoluprácu, obzvlášť v boji proti terorizmu a cezhraničnej kriminalite. Rozhodnutie, ktoré v tejto veci EÚ doteraz uplatňovala, neumožňovalo výmenu týchto citlivých osobných údajov s Dánskom. Aby bolo možné zaviesť tento postup aj vo vzťahu k Dánsku, bolo potrebné, aby krajina splnila niekoľko podmienok. Dánsko tieto podmienky podľa správy naplnilo, vypracovalo dotazník o výmene daktyloskopických údajov a vykonalo pilotnú skúšku tohto systému v spolupráci s Nemeckom. Keďže Dánsko implementovalo opatrenie v plnej miere, nevidím žiadne prekážky, ktoré by bránili uvedeniu tohto vykonávacieho rozhodnutia do praxe.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski parlament je bil pred kratkim seznanjen z avtomatsko izmenjavo daktiloskopskih podatkov na Danskem. V skladu z drugim odstavkom 25. člena Sklepa Sveta št. 2008/615/JHA z dne 23. junija 2008 o pospešitvi čezmejnega sodelovanja pri boju proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu mora Svet soglasno odločiti, ali so pogoji, povezani z zaščito podatkov, izpolnjeni.

Evropski parlament je v preteklosti nasprotoval takšnemu pristopu (v primeru C-116/15 Parlament v. Svet pred Sodiščem EU), kjer je zagovarjal stališče, da mora Parlament podati mnenje glede tega. Sodišče EU je odločilo, da mora Svet v vsakem takem primeru pridobiti privolitev Parlamenta.

Skupina Zeleni/ESZ je že v letu 2008 vztrajala glede vključitve standardov zaščite podatkov v odločitve sveta in posvetovanja s Parlamentom. Glede na to, da so v tem primeru spoštovani vsi predpisani standardi izmenjave podatkov, sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Voľný pohyb osôb v rámci Európskej únie so sebou prináša aj cezhraničnú kriminalitu. Rýchla výmena údajov medzi policajnými službami prináša ich efektívnejšie vyšetrenie a je jedným z faktorov zvyšovania dôvery občanov v európsky projekt a štátne inštitúcie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Aufnahme des automatisierten Austauschs daktyloskopischer Daten in Dänemark“ habe ich nicht zugestimmt.

Während ein Datenaustausch im konkreten Fall zulässig sein kann, halte ich den automatisierten Austausch von Daten für zweifelhaft.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Učinkovita policijska suradnja jedna je od ključnih stavki postojanja Europske unije u pogledu slobode, sigurnosti i pravde koje počivaju na poštivanju temeljnih prava s ciljem sprečavanja, otkrivanja i istraživanja kaznenih djela u Europskoj uniji. Produbljivanje prekogranične suradnje značajno je u pogledu suzbijanja terorizma i prekograničnog kriminala.

Uzimajući u obzir Rezoluciju od 10. listopada 2013. o jačanju prekogranične suradnje na provođenju zakona u Europskoj uniji, primjene Odluke iz Prüma i europskog modela razmjene informacija, podržavam izvješće o Nacrtu provedbene odluke Vijeća o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka u Danskoj Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave daktiloskopskih podatkov na Danskem. Danska bo tako upravičena prejemati in pošiljati osebne podatke za namene avtomatiziranega iskanja daktiloskopskih podatkov.

Pozdravljam, da Danska v celoti izvaja splošne določbe o varstvu podatkov, kar je še posebej občutljivo področje. Danska je uspešno izpolnila vprašalnik, prestala evalvacijski obisk nemške ocenjevalne skupine ter preizkus izmenjave daktiloskopskih podatkov.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόφαση του Συμβουλίου φαίνεται να αποδεικνύει ότι η Δανία έχει ένα αξιοπρεπές σύστημα για τη διασφάλιση των δεδομένων και, ως εκ τούτου, εξουσιοδοτεί την ανταλλαγή των προσωπικών δεδομένων (εν προκειμένω, των δακτυλοσκοπικών δεδομένων) από και προς τη Δανία. Η Ομάδα μας έχει σοβαρούς προβληματισμούς όσον αφορά την απόφαση Prüm και τις εκτελεστικές της αποφάσεις, καθώς βασίζονται σε μια μονομερή κατασταλτική προσέγγιση και στην πεποίθηση ότι η συλλογή ολοένα και περισσότερων δεδομένων αποτελεί καλή αστυνόμευση. Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását, annak érdekében, hogy minél előbb alkalmazásra kerülhessen a bűnüldözés terén folyó európai együttműködés daktiloszkópiai adatcserére vonatkozó szabályozása az EU tagállam Dánia vonatkozásában is. Meggyőződésem, hogy a nemzetközi szervezett bűnözés és a terrorizmus új fejleményei tükrében az európai intézményeknek és a tagállamoknak szorosabbá és hatékonyabbá kell tenniük együttműködésüket ezen, az állampolgárok biztonsága szempontjából fontos területen.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. — Adoptarea Convenției Schengen constituie una dintre principalele realizări ale procesului de integrare europeană. Asigurarea liberei circulații la nivelul Uniunii Europene, inclusiv în ceea ce îi privește pe cetățenii statelor membre, este un câștig cert. Cu toate acestea, aplicarea prevederilor Convenției referitoare la circulației persoanelor, inclusiv a cetățenilor unor state terțe, poate pune o serie de probleme în asigurarea securității europene. Din acest motiv se impune luarea unor măsuri de prevenție, printre care și amprentarea și schimbul de date de acest tip între statele membre.

Aplicarea măsurii respective trebuie să respecte drepturile și libertățile cetățenești care stau la baza construcției europene. Acceptarea Danemarcei în rândul statelor membre care au adoptat aceste măsuri este de natură să contribuie la consolidarea securității europene, incluzând această țară nordică între părțile la Convenția Prüm. Din aceste motive, consider că adoptarea actualului document este necesară și constituie un pas înainte în vederea întăririi securității europene în ansamblul său.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte sur le projet de décision d'exécution du Conseil concernant le lancement de l'échange automatisé de données relatif aux données dactyloscopiques au Danemark, suivant par là-même les recommandations de mon collègue Claude Moraes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In the aim of stepping-up cross border cooperation, particularly in the combat against terrorism and cross-border crime, the automated exchange of data, particularly regarding dactyloscopic data is essential. I voted in favour of the automated exchange of dactyloscopic data, or fingerprints in Denmark because it will allow for the searching and comparison of fingerprint data among participating states, authorising Denmark to receive and supply personal data from other EU participants. This effort will render Europe better equipped to tackle trans-border crime and terrorism.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za izvješće o pokretanju automatizirane razmjene daktiloskopskih podataka između Danske i država koje pripadaju schengenskom prostoru. Usvajanjem ove uredbe sve zemlje na koje se odnosi morat će osigurati dostupnost referentnih podataka iz datoteka nacionalnih automatiziranih sustava za prepoznavanje otisaka.

Držim da će se na taj način ostvariti iskorak u prevenciji i istraživanju kaznenih djela. Na taj način bit će omogućena automatizirana pretraga daktiloskopskih podataka te je jasno određeno da referentni podaci trebaju uključivati samo daktiloskopske podatke i referentni broj.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave daktiloskopskih podatkov na Danskem sem podprla. Člen 20 Sklepa Sveta 2008/616/PNZ določa, da se preverjanje, ali je zgoraj navedeni pogoj v zvezi z avtomatizirano izmenjavo podatkov v skladu s poglavjem 2 Sklepa 2008/615/PNZ izpolnjen ali ne, opravi na podlagi poročila o oceni, ki je oprto na vprašalnik, evalvacijskega obiska in preizkusa.

Danska je izpolnila vprašalnik o varstvu podatkov in vprašalnik o izmenjavi daktiloskopskih podatkov. Na Danskem je bil opravljen evalvacijski obisk, o katerem je nemška ocenjevalna skupina pripravila poročilo o oceni in ga poslala ustrezni delovni skupini Sveta.

Celovito poročilo o oceni, v katerem so povzeti rezultati vprašalnika, evalvacijskega obiska in preizkusa izmenjave daktiloskopskih podatkov, je bilo predloženo Svetu. Svet je 12. julija 2016 sklenil, da Danska v celoti izvaja splošne določbe o varstvu podatkov iz poglavja 6 Sklepa 2008/615/PNZ.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión de Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las Partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión de Prüm, he votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne les échanges automatisés de données relatifs aux données personnelles au Danemark. Le principe de protection des données personnelles de nos concitoyens est primordial mais il en va de la responsabilité de l'État de protéger ces données. S'il est important que des échanges ciblés aient lieu dans le cadre de la lutte contre la criminalité organisée et le terrorisme cela ne peut pas concerner tous les citoyens français.

Cependant je ne veux pas émettre un vote qui pourrait être considéré comme hostile au Danemark. Je choisis donc l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Skuteczne zwalczanie terroryzmu i przestępczości transgranicznej wymaga intensyfikacji współpracy między organami policyjnymi i sądowymi państw Unii Europejskiej. Rozpoczęcie w Danii zautomatyzowanej wymiany danych w odniesieniu do danych daktyloskopijnych pozwoli na dostęp online do bazy tego państwa. W ten sposób służy zacieśnianiu współpracy organów ścigania i skuteczniejszemu wykrywaniu przestępstw na obszarze Unii Europejskiej. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Szükséges és fontos a határokon átnyúló bűnüldözési együttműködés megerősítése az Unióban. Ezért támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Los informes de Moraes hacen referencia a la aplicación a Dinamarca la Decisión 2008/615/JHA del Consejo (Decisión de Prüm); un marco legal para profundizar la cooperación entre los Estados miembros en la lucha contra el terrorismo, la delincuencia transfronteriza y la inmigración ilegal. Más concretamente, prevé el intercambio entre las Partes contratantes de perfiles de ADN, datos dactiloscópicos, registros de matriculación de vehículos y datos personales y no personales relacionados con la cooperación policial transfronteriza. La finalidad de la Decisión Prüm es intensificar y acelerar el intercambio de información entre autoridades. Dinamarca ha cumplido, según el Consejo, los requisitos establecidos para aplicar dicho marco legal (informe y visita de evaluación, y ensayo piloto) como para concluir que aplica plenamente las disposiciones generales sobre protección de datos. Sin embargo, siguiendo el criterio del GUE en lo referente a la Decisión de Prüm, he votado en contra, por cuanto es un tratado que, ya de partida, se negoció y se adoptó de una forma poco transparente y sin un control democrático serio, y profundiza el conflicto en el que se pretende reforzar la seguridad en detrimento de la libertad.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favorablemente de este informe siguiendo las recomendaciones del comité de derechos y libertades.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the draft Council implementing decision on the launch of automated data exchange with regard to dactyloscopic data in Denmark. According to Article 25(2) of Council Decision 2008/615/JHA, the supply of personal data provided for under the Decision may not take place until the provisions on data protection set out in Chapter 6 of the Decision have been implemented in the national law of the territories of the Member States involved in such supply. The Council must unanimously decide whether this condition has been met. Denmark has completed the questionnaire on data protection and the questionnaire on dactyloscopic data exchange. I voted in favour because, according to the Council, for the purposes of automated data exchange with regard to dactyloscopic data, Denmark has fully implemented the general provisions on data protection of Chapter 6 of Decision 2008/615/JHA.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta decisión el Parlamento Europeo aprueba la propuesta de la Comisión que viene a adaptar el intercambio automatizado de datos respecto a los datos dactiloscópicos en Dinamarca, como consecuencia de los progresos en la profundización de la cooperación transfronteriza en materia de lucha contra el terrorismo y la delincuencia transfronteriza, así como, la aplicación de la Decisión Prüm y el modelo europeo para el intercambio de información. Por ello creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he opuesto y he votado en contra de este mecanismo de intercambio de datos dactiloscópicos, debido a la ausencia de salvaguardas efectivas que garanticen el derecho fundamental a la privacidad en este tipo de intercambios. Con esta votación, se pretende incorporar a Dinamarca a un sistema en el que los diferentes cuerpos de seguridad de los Estados miembros intercambian datos de la ciudadanía sin ningún tipo de control ni transparencia judicial o política, propiciándose el almacenamiento de datos de carácter privado y almacenándose los de personas que no han cometido delito alguno ni son sospechosas de ello. De ahí, mi voto negativo.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ces deux rapports donnent approbation à l'échange automatisé de données à caractère personnel, d'ADN et d'empreintes digitales, elles-mêmes enregistrées de façon de plus en plus automatique dans les États parties au traité de Prüm.

Loin de mettre en place les consultations concertées entre autorités responsables au cas par cas qui devraient être la norme, il s'agit ici de comparaison automatisées de données personnelles, sans gardes fous nationaux.

Le risque de profilage est dès lors accru au prétexte et de lutter contre le terrorisme et la criminalité transfrontalière.

Opposée à la multiplication des échanges de données surtout quand ils sont automatisés, je vote contre ces deux rapports et réaffirme la nécessité de protéger les données personnelles de toutes celles et de tous ceux qui vivent sur le territoire de l'UE et les principes de nécessité et de proportionnalité

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os relatórios agora em causa, sobre o intercâmbio automatizado de dados ADN e de dados dactiloscópicos, na Dinamarca, inserem-se neste quadro e nas graves medidas securitárias que têm vindo a ser implementadas a coberto da dita «luta contra o terrorismo», comportando graves riscos para os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos.

Em causa está o aprofundamento do quadro para a cooperação policial, de operações conjuntas, de assistência mútua e, até mesmo, da possibilidade da ação de serviços policiais de um Estado-Membro no território de um outro, assim como o intercâmbio de um vastíssimo conjunto de informações, nomeadamente de dados pessoais.

Em sede de comissão especializada, o PCP propôs que «será proibido o tratamento de dados pessoais que revelem a origem racial ou étnica, as opiniões políticas, as crenças religiosas ou filosóficas ou a filiação partidária ou sindical ou que sejam relativos à saúde ou à vida sexual.»

Em coerência com as posições já assumidas no passado relativamente a este assunto, e por consideramos que este mecanismo compromete mais os direitos, as liberdades e as garantias dos cidadãos do que promove a «luta contra o terrorismo» e a criminalidade, votámos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In Zeiten der Bedrohung durch internationalen Terrorismus und länderübergreifende Kriminalität ist ein Austausch daktyloskopischer Daten (Fingerabdrücke) innerhalb der Union notwendig und sinnvoll. Eine Prüfung, die sich auf einen Bewertungsbericht stützt, hat ergeben, dass Dänemark alle Kriterien erfüllt und die Datenschutzbestimmungen vollständig umgesetzt hat. Außerdem wurde ein erfolgreicher Testlauf mit Deutschland durchgeführt. Ich habe daher dem Beschluss zugestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pána poslanca Moraes o návrhu vykonávacieho rozhodnutia Rady o začatí automatizovanej výmeny daktyloskopických údajov s Dánskom som podporila. Opäť, ako aj v prípade správy o automatizovanej výmene údajov o DNA, aj tu išlo o správu technickej povahy, ktorá má za cieľ najmä uľahčiť spoluprácu s Dánskom v oblasti boja proti terorizmu a cezhraničnej trestnej činnosti. Myslím si, že vo svetle zhoršenej bezpečnostnej situácie a nedávnych útokov, ktoré sa v Európskej únii odohrali, je veľmi dôležité spájať svoje sily a snažiť sa o čo najúčinnejšiu prevenciu. Verím, že automatizovaná výmena daktyloskopických údajov bude tomuto cieľu napomáhať.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o začetku avtomatizirane izmenjave daktiloskopskih podatkov na Danskem, ker podpiram prizadevanja za poglobitev čezmejnega sodelovanja na področju kazenskega pregona v EU, zlasti na področju boja proti terorizmu in čezmejnemu kriminalu.

8.3. Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte (A8-0281/2016 - Bodil Valero)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – I cittadini cinesi devono essere in possesso di un visto quando viaggiano verso l'area Schengen nello stesso modo in cui i cittadini dell'UE hanno bisogno di un visto per entrare in Cina. L'accordo stabilisce l'esenzione dal visto per tutti i cittadini dell'UE titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. Ho quindi votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Lamentando que sea una medida que sólo beneficia a una minoría de personas en posesión de este tipo de pasaportes diplomáticos, he votado a favor de este acuerdo entre la Unión y China, debido a que entendemos que deben siempre reducirse las trabas que impiden el acceso efectivo al derecho al libre movimiento.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport prévoyant l'accord relatif à l'exemption de visas de court séjour entre l'U.E et la Chine pour les titulaires d'un passeport diplomatique, le rapporteur ouvrant clairement la voie à une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. Cette décision ne souhaite aucunement entraver les bonnes relations entre nos deux territoires mais il convient de soulever une problématique à laquelle la France et nos amis européens ont à faire face: l'espionnage industriel de nos fleurons, débouchant à de la contrefaçon à grande échelle et à une concurrence accrue dans des domaines auparavant réservés.

En effet, la Chine s'illustre en matière d'espionnage économique: un exemple récent nous montre comment chez Areva deux stagiaires de l'empire du milieu ont pu photocopier des milliers de documents, la direction ne découvrant la fuite qu'à cause d'une trop grande consommation de papier. Internationalisation oblige, les grands groupes emploient de plus en plus de stagiaires étrangers et le gouvernement a décidé d'en profiter. Par conséquent, il convient de garder un œil attentif sur les allers et venues de nos compatriotes respectifs, entre les territoires composants l'Union européenne et celui de la République populaire de Chine.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This recommendation is to allow a waiver of visas for holders of diplomatic passports from China, allowing them to stay in the EU for short periods without a visa.

While these short-term visa waivers can be useful, due to the serious questions raised about China's human rights record, we voted to abstain.

It should be noted that these waivers would only apply to diplomatic passport holders, so they will not affect the ability for the likes of NGOs to travel visa free.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette recommandation. L'exemption de visa pour les détenteurs de passeports diplomatiques représente un pas en avant dans l'établissement d'une exemption de visa réciproque complète pour les détenteurs de passeports ordinaires. L'abolition des visas réduira le temps d'attente devant les consulats et les coûts associés aux déplacements.

Il facilitera les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier des liens économiques, culturels, scientifiques et autres, et intensifiera les contacts entre les personnes. En tout état de cause, la libéralisation des visas devra aller de pair avec des améliorations en ce qui concerne les droits de l'homme et les libertés fondamentales en Chine.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας για την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης βραχείας διαμονής για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων, διότι αποτελεί ένα σημαντικό βήμα στο μέλλον για την καθιέρωση της πλήρους και αμοιβαίας απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης και για τους κατόχους κοινών διαβατηρίων, δεδομένου ότι αποφέρει απτά οφέλη σε διάφορους τομείς, όπως η οικονομία, οι επιστήμες και ο πολιτισμός.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Kommission hatte am 15. Dezember 2015 einen Vorschlag für den Rat entworfen, welcher ihn am 26. Januar 2016 annahm. Die Verhandlungen begannen am 21. September dieses Jahres, und ein Beschluss wird für den 3. November erwartet. Es handelt sich hierbei um einen visumfreien Aufenthalt in China für alle EU-Bürger, die Inhaber eines Diplomatenpasses oder eines Laissez-Passer der EU sind, wie auch für Bürger aus China, die Inhaber eines gültigen Diplomatenpasses sind und die europäischen Boden bereisen wollen. Die Maximaldauer des Aufenthaltes ohne Visum beträgt 90 Tage innerhalb einer 180-Tagesperiode. Ich unterstütze diesen Vorschlag, da durch die Aufhebung der Visumpflicht die direkten persönlichen Kontakte einfacher werden, was eine wesentliche Voraussetzung für eine stetige Entwicklung der wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen und auch anderer Bindungen darstellt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La décision proposée vise l'approbation au nom de l'Union de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique.

L'accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et en faveur des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante.

Le rapporteur espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. On est en plein délire idéologique: «Elle devrait faciliter les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier de liens économiques, culturels, scientifiques et autres, et intensifier les contacts entre les peuples.»

Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière sensible. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai décidé de voter pour ce texte car il facilitera les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier de liens économiques, culturels, scientifiques et autres.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Atsižvelgiant į tai, jog ES ir Kinijos dialogas migracijos ir judumo klausimais yra pagrindas, kuriuo remdamosi abi šalys keičiasi nuomonėmis ir aptaria galimybę bendradarbiauti, 2013 m. buvo sutarta pradėti derybas dėl abipusio bevizio režimo diplomatinių pasų turėtojams. Pritariu, kad panaikinus vizas bus sugaištama mažiau laiko konsulatuose ir sumažės su keliavimu susijusios išlaidos. Taip pat bus sudarytos sąlygos betarpiam žmonių bendravimui, o tai yra esminė tolygaus ekonominių, kultūrinių, mokslinių ryšių vystymosi sąlyga.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une recommandation sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord entre l'Union européenne et la République populaire de Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique.

L'accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et en faveur des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante.

J'ai voté contre ce rapport car si nous ne sommes pas opposés à de bonnes relations diplomatiques avec la Chine, il y a aujourd'hui trop de problèmes d'espionnage industriel pour que nous puissions prendre plus de risques. Par ailleurs, cet accord s'inscrit dans une folle politique de libéralisation tous azimuts des visas, que je condamne avec d'autant plus de force que nous traversons une terrible crise migratoire.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord qui prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et en faveur des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – China es uno de los países a cuyos nacionales se exige la posesión de un visado cuando viajan a la zona de Schengen. El Acuerdo establece la exención de visados para los ciudadanos de la Unión titulares de un pasaporte diplomático válido o de un salvoconducto de la Unión, así como, para los ciudadanos de China titulares de un pasaporte diplomático válido que viajen al territorio de la otra Parte contratante, cuando la estancia no sea superior a 90 días por cada período de 180 días.

Con este informe en el cual he votado a favor, se acoge con satisfacción el Acuerdo que permite avanzar en las relaciones entre ambos países. A fin de garantizar la igualdad de trato, en el artículo 6 del Acuerdo se señala que China solamente podrá suspender o denunciar el Acuerdo con respecto a todos los Estados miembros de la Unión y, a su vez, ésta solamente podrá suspender o denunciar el Acuerdo con respecto a todos los Estados miembros.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Valero sull'accordo UE-Perù sull'esenzione dal visto per i soggiorni di breve durata per i titolari di passaporti diplomatici. Il testo stabilisce un'esenzione per i cittadini dell'Unione e per i cittadini cinesi che si recano nel territorio dell'altra parte contraente per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. Essa riguarda solo le persone in possesso di passaporti diplomatici o di lasciapassare UE in corso di validità, consentendo di ridurre i loro tempi d'attesa presso i consolati e di abbassare i costi connessi ai viaggi. Sebbene si tratti di una misura che coinvolge solo un ristretto gruppo di utilizzatori, sono convinto che essa possa aprire la strada a una più intensa collaborazione nella speranza di poter stipulare, in futuro, un accordo che abbia come oggetto l'esenzione dal visto per i possessori di passaporti ordinari. La Cina rappresenta un partner economico fondamentale e un attore globale di importanza crescente e un rafforzamento dei rapporti non può che essere un risultato positivo in vista di un sempre più proficuo dialogo politico

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque consideramos que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos representa un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios. La importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles como reducir el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos, facilitar los contactos entre ciudadanos y favorecer el desarrollo estable de las relaciones. Además, este acuerdo tiene de positivo que incluye también a los titulares de un salvoconducto («laissez-passer») de la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte concerne l'approbation, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. La rapporteure du texte espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera un progrès vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa pour une durée maximale de 90 jours sur toute une période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants chinois. Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière sensible et j'ai donc décidé de voter contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Questo accordo stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE, e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. Visto il campo di applicazione, non si rilevano criticità e ho quini inteso votare in suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – China es uno de los países cuyos nacionales necesitan estar provistos de un visado para entrar en la Unión. Recíprocamente, los ciudadanos europeos también necesitan cumplir con el trámite de visado para viajar a China. En 2013 se estableció un diálogo sobre movilidad, orientado a la consecución de exención mutua del requisito de visado para quienes ostenten un pasaporte diplomático. El acuerdo alcanzado con China refiere a estancias de corta duración de un máximo de 90 días en un periodo de 180 días para los ciudadanos europeo o chinos que estén en posesión de un pasaporte diplomático.

He votado en favor de este acuerdo pues supone un primer paso hacia la eliminación progresiva del requisito de visados. La facilitación en este ámbito es positiva, porque permite eliminar requisitos onerosos para los viajeros y contribuye a mejorar el contacto entre personas, lo que a su vez ayuda a un florecimiento de la economía, la cultura, la investigación científica y el comercio. Sin embargo, el avance hacia una liberalización plena estará siempre supeditado a los progresos que China pueda hacer en materia de derechos humanos y libertades públicas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos dėl Tarybos sprendimo dėl Europos Sąjungos ir Kinijos Liaudies Respublikos susitarimo dėl trumpalaikių vizų režimo panaikinimo diplomatinių pasų turėtojams. Pagal Tarybos reglamentą (EB) Nr. 539/2001 Kinija yra viena iš šalių, kurios piliečiai, vykdami į Šengeno erdvę, privalo turėti vizą. Į Kiniją vykstantys ES piliečiai taip pat turi turėti vizą. Be to, 2015 m. spalio 12 d. Kinijoje oficialiai pradėjo veikti Vizų informacinė sistema (VIS) ir nuo tos dienos visi Kinijos pareiškėjai, teikdami prašymą gauti Šengeno vizą, turi pateikti savo biometrinius duomenis.

ES ir Kinijos dialogas migracijos ir judumo klausimais yra pagrindas, kuriuo remdamosi abi šalys keičiasi nuomonėmis ir aptaria galimybes bendradarbiauti su savo atitinkama migracijos politika susijusiais abipusio intereso klausimais.

Šis dialogas pradėtas 2013 m. spalio mėn. ir jį plėtojant buvo sutarta pradėti derybas dėl susitarimo dėl abipusio bevizio režimo diplomatinių pasų turėtojams. Šiuo tikslu 2015 m. rugsėjo 14 d. Taryba priėmė sprendimą, kuriuo įgaliojo Komisiją pradėti derybas ir aptarti derybinius nurodymus dėl susitarimo dėl trumpalaikių vizų režimo panaikinimo diplomatinių pasų turėtojams.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Egyetértek azzal, hogy Kínával, a világ egyik vezető gazdasági nagyhatalmával az EU tagállamainak hatékony kapcsolatokat kell fenntartania. A ma elfogadott ajánlás az Európai Unió és a Kínai Népköztársaság közötti, a diplomata-útlevéllel rendelkező személyek rövid távú tartózkodására jogosító vízumok alóli mentességről szóló megállapodásról hozzájárul a Kínával való diplomácia kapcsolatok elmélyítéséhez.

A megállapodás értelmében Kína területére bármely 180 napos időszakon belül legfeljebb 90 napig vízummentesen utazhatnak be az Unió azon polgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel vagy uniós „laissez-passer"-val rendelkeznek, valamint hasonló körülmények között utazhatnak be az Unió területére Kína azon állampolgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel rendelkeznek.

A megállapodás újabb szintre emeli az EU–Kína kapcsolatokat, ezért szavazatommal támogattam az ajánlás elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ta sporazum med EU in Kitajsko glede vizumske ureditve sem podprl, ker so vizumi za ljudi z diplomatskim potnim listom nepotrebni in ovirajo migracije tako iz EU na Kitajsko kot obratno.

Ravno pred letom dni sem imel precej slabo izkušnjo pri pridobivanju vizuma, čeprav naj tega kot imetnik slovenskega diplomatskega potnega lista sploh ne bi potreboval. Žal je bil postopek veliko daljši in bolj zapleten, kot bi si človek želel.

Z odpravljanjem vizumskih ovir se povečuje učinkovitost medsebojnega sodelovanja med državami članicami EU in Kitajsko, kjer je gospodarsko sodelovanje že tako močno. Z odpravo vizumov se bo zmanjšal čakalni čas na konzulatih in vsi s tem povezani stroški. Olajšani bodo tudi neposredni stiki med ljudmi v diplomatskih krogih.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Kina je jedna od zemalja koja s Europskom unijom ima uređen vizni režim te se ovim Sporazumom predviđa bezvizni režim za građane Unije koji imaju važeću diplomatsku putovnicu ili EU putni list, kao i za građane Kine s važećom diplomatskom putovnicom na teritoriju Europske unije, za razdoblje od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Est proposée par ce texte l'approbation, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. La rapporteure espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. Je ne suis, bien évidemment, pas opposée aux relations diplomatiques mais au regard des problèmes d'espionnages industriels, ce sujet est sensible. J'ai donc voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution supporting the results of the negotiation of the agreement between the European Union and the People's Republic of China regarding the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports. This decision has been taken in order to facilitate the travel of diplomats and strengthen the development of friendly relations between the EU and China.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'accordo tra l'UE e la Cina per l'esenzione reciproca dal visto per i titolari di passaporti diplomatici per soggiorni di breve durata è stato siglato dai capi negoziatori di UE e Cina il 3 e il 4 novembre 2015. Esso stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. Nell'accordo si tiene conto della situazione specifica del Regno Unito e dell'Irlanda che, pertanto, non parteciperanno all'accordo. Inoltre, una dichiarazione comune allegata fa riferimento a Norvegia, Islanda, Svizzera e Lichtenstein, le cui autorità sono invitate a concludere accordi con la Cina sull'esenzione dal visto. L'accordo contempla anche disposizioni in merito a Francia e Paesi Bassi, per cui esso si applica unicamente ai territori europei di questi due Stati membri. Il Parlamento europeo approva la conclusione di tale accordo poiché esso faciliterà il contatto tra le persone e ciò è fondamentale per lo sviluppo di legami economici, culturali, scientifici e di altra natura.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à donner l'approbation du Parlement européen concernant l'accord avec la Chine sur l'exemption des visas de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. Concrètement, cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union et des ressortissants chinois titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité sur le territoire de l'autre partie contractante.

D'une part, cet accord constitue une étape vers l'exemption totale de visa en faveur des ressortissants chinois, ce qui renforcera l'immigration légale en Europe. D'autre part, il n'est pas du tout opportun de ratifier un tel accord à l'heure où la Chine est suspectée d'espionnage industriel dans les États membres de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Conform Regulamentului Consiliului nr. 539/2001, China este una dintre țările terțe ai căror cetățeni sunt nevoiți să dețină o viză atunci când doresc să călătorească în spațiul Schengen. Aceeași regulă se aplică și cetățenilor din UE care doresc să pătrundă pe teritoriul Chinez. De asemenea, dialogul dintre UE și China cu privire la migrație și mobilitate constituie cadrul în care părțile terțe efectuează schimburi de bune practici și posibilități de cooperare cu privire la chestiunile de interes comun.

Conform deciziei Consiliului din 14 septembrie 2015, Comisia este autorizată să negocieze pentru încheierea unui acord de exonerare de obligația de a deține viză de scurtă durată pentru persoanele diplomatice, astfel că acest acord duce la un progres în ceea ce privește instituirea unei exonerări reciproce totale de obligația de a deține viză pentru toate persoanele care dețin pașapoarte obișnuite.

Am votat în favoarea raportului privind Acordul UE-China cu privire la exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere pentru titularii de pașapoarte diplomatice deoarece va reduce în mod considerabil atât timpul petrecut pentru a obține viza, cât și costurile aferente călătoriei.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore dell'accordo che stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte.

Auspico che l'esenzione dal visto per i titolari di passaporti diplomatici rappresenti un passo avanti verso l'istituzione di un'esenzione reciproca totale dal visto per i titolari di passaporti ordinari. L'importanza della liberalizzazione dei visti è considerevole, poiché essa porta vantaggi tangibili.

L'abolizione dei visti ridurrà i tempi di attesa presso i consolati e i costi legati ai viaggi e faciliterà il contatto tra le persone, condizione essenziale per il costante sviluppo di legami economici, culturali, scientifici e di altra natura, così come per l'intensificazione dei contatti tra i cittadini.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing.* – I abstained on this report. Under Council Regulation (EC) No 539/2001, China is among those countries whose nationals are required to hold a visa when travelling to the Schengen area. EU citizens also need a visa to enter China. The Migration and Mobility Dialogue between the EU and China is the framework under which both parties exchange views and discuss possibilities for cooperation on issues of mutual interest on their respective migration policies. This Dialogue was established in October 2013, and it was agreed to initiate negotiations for a reciprocal visa-waiver agreement for holders of diplomatic passports, and it resulted in an agreement in November 2015.

The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

While I am in favour of reducing restrictions on travel but have serious concerns about China's human rights situation, I did not vote in favour but abstained.

James Carver (EFDD), *in writing.* – UKIP MEPs have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

David Casa (PPE), *in writing.* – I gave my consent for an agreement to provide for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other Contracting Party, for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This agreement was made possible under the aegis of the Migration and Mobility Dialogue between the EU and China. This is the framework under which both parties exchange views and discuss possibilities for cooperation on issues of mutual interest on their respective migration policies.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nell'ambito del dialogo su migrazione e mobilità tra l'UE e la Cina sono stati avviati i negoziati per l'esenzione reciproca dal visto per i titolari di passaporti diplomatici e lo scorso 25 novembre è stato concluso l'accordo. Secondo lo stesso, fino a un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni, i titolari di passaporti diplomatici non necessitano di visto. Il Parlamento è chiamato a dare la sua approvazione e ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'accordo, per il quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini cinesi titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni.

Credo che tale esenzione dal visto, pur riguardando una porzione limitata di utilizzatori, possa rappresentare un passo avanti verso la possibile futura istituzione di un'esenzione reciproca totale anche per i titolari di passaporti ordinari. È chiaro, infatti, che l'abolizione dei visti, oltre a promuovere l'interazione tra le culture (condizione essenziale per lo sviluppo di legami economici, culturali o scientifici), permetterà di ridurre i tempi d'attesa presso i consolati e di abbassare i costi connessi ai viaggi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς θεωρούμε πως η ελευθέρωση των θεωρήσεων είναι εξαιρετικά σημαντική, δεδομένου ότι φέρει απτά οφέλη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Σύσταση σχετικά με τη συμφωνία μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας για την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης βραχείας διαμονής για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων είναι μια θετική προσπάθεια περαιτέρω υποστήριξης των σχέσεων και της συνεργασίας των δύο μερών. Για αυτό και αποφάσισα να την υπερψηφίσω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – È attraverso un voto favorevole che esterno la mia posizione in merito a tale accordo dal momento che ritengo vitale per l'UE il conseguimento di relazioni sempre più precise e salde con la Repubblica popolare cinese. In tal senso condivido l'istituzione di un comitato misto di esperti per la gestione dell'accordo, che si rende opportuno specialmente considerando le scarse informazioni sulle procedure per il rilascio dei passaporti diplomatici cinesi e sul numero degli stessi. In ogni caso, l'accordo siglato consentirà una riduzione dei tempi di attesa presso i consolati e dei costi a ciò connessi, ma soprattutto faciliterà il contatto tra le persone. Si tratta perciò di un'occasione non indifferente per rendere costante lo sviluppo di legami economici, culturali e scientifici tra i due paesi. Concentrandosi su tale orientamento, mi duole particolarmente notare la mancata adesione dell'Irlanda e del Regno Unito, che sembra voler confermare in ogni modo la propria volontà di allontanamento dall'UE oltre che, in questo contesto, una via isolazionista.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and the People's Republic of China on the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Para atravessar a fronteira externa da União Europeia, os nacionais de países terceiros necessitam de ser titulares de um visto, neste caso de curta duração.

No entanto, são já muitos os países que estão isentos dessa obrigação, por cumprirem um conjunto de critérios aprovados em 2001 e 2014 pelo Parlamento Europeu e pelo Conselho e que incluem o respeito pelos direitos fundamentais, a segurança do sistema de emissão de vistos ou risco de imigração ilegal.

A isenção de vistos, neste caso, apenas se aplica, contudo, aos titulares de passaporte diplomático.

Ao Parlamento Europeu compete dar a sua aprovação ao acordo, que fica assim dada. Voto a favor da celebração deste acordo com a República Popular da China.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché l'accordo fra UE e Cina rappresenta un passo avanti nei rapporti intercorrenti fra le due parti e una facilitazione per coloro che possiedono un passaporto diplomatico europeo o cinese o un lasciapassare europeo. Secondo l'accordo, coloro che posseggono i suddetti documenti si potranno recare nel territorio delle parti contraenti senza dover richiedere un visto per un massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. In allegato all'accordo è presentata una dichiarazione per l'interpretazione di questo periodo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono espresso favorevolmente nei confronti di questo accordo circa l'esenzione dal visto per i titolari di passaporto diplomatico qualora si preveda un soggiorno di breve durata, ovvero non superiore ai 180 giorni. Si tratta di un accordo che assicura piena par condicio tra rappresentanti europei e cinesi, che permetterà uno snellimento e una velocizzazione delle procedure burocratiche ogniqualvolta si riveli necessario spostarsi dall'Europa verso la Cina e viceversa nel caso di un incarico diplomatico in loco.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Lamentando que sea una medida que sólo beneficia a una minoría de personas en posesión de este tipo de pasaportes diplomáticos, he votado a favor de este acuerdo entre la Unión y China, debido a que entendemos que deben siempre reducirse las trabas que impiden el acceso efectivo al derecho al libre movimiento.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'agevolazione degli spostamenti attraverso il riconoscimento ai titolari di passaporti diplomatici e di lasciapassare dell'UE di condizioni di ingresso di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata non può che favorire i rapporti tra la Cina e l'Unione europea sulla base di principi di uguaglianza e reciprocità. Pertanto, ho inteso votare positivamente alla presente risoluzione, che potrebbe rappresentare un apripista verso l'istituzione di un'esenzione reciproca totale dal visto per i titolari di passaporti ordinari.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – China se numără printre țările ai căror cetățeni trebuie să obțină o viză atunci când călătoresc în Spațiul Schengen. De asemenea, cetățenii Uniunii au nevoie de viză pentru a putea intra pe teritoriul Chinei. Prezentul acord stabilește posibilitatea de a călători fără viză pentru cetățenii Uniunii Europene titulari ai unui pașaport diplomatic valabil sau ai unui permis UE de liberă trecere, precum și pentru cetățenii Chinei titulari ai unui pașaport diplomatic.

Am votat pentru acest raport, care poate deveni un prim pas către libera circulație între China și UE. Această eliminare a vizelor va duce la reducerea timpului de așteptare în fața consulatelor, precum și la o scădere a costurilor călătoriei.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem zalecenie dotyczące umowy między UE a Chińską Republiką Ludową w sprawie zniesienia wiz krótkoterminowych dla posiadaczy paszportów dyplomatycznych, ponieważ w mojej ocenie z tej umowy płyną same korzyści. To bardzo ważne, żeby partnerem na wielu płaszczyznach UE były Chiny. Umożliwienie ruchu bezwizowego dla posiadaczy paszportów dyplomatycznych byłoby niewątpliwie pomocne w utrzymywaniu kontaktów pomiędzy tymi krajami. W związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other Contracting Party, for a maximum period of 90 days in any 180-day period. I am in favour of this recommendation as visa liberalisation brings tangible benefits. Both European and Chinese diplomats would benefit from the short-stay visa waiver as until now China has been among those countries whose nationals are required to hold a visa when travelling to the Schengen area and EU citizens also need a visa to enter China.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Although I am supportive of an EU-China Agreement on the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports, the UK does not participate in the Schengen Area or the visa-free area. It believes that the Schengen Member States are best placed to determine these policies and therefore I abstained with the rest of the UK delegation.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la conclusion de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. En effet, un tel accord permettra de renforcer nos échanges et nos relations diplomatiques avec la Chine tout en mettant en place une exemption de visas limitée et encadrée. Seuls les titulaires d'un passeport diplomatique seront alors exemptés de visas pour un séjour d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte visait à approuver l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique, pour une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours. Le texte y voit une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport.

Il s'agirait notamment de «faciliter les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier de liens économiques, culturels, scientifiques» . Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques, mais eu égard aux risques d'espionnage, notamment en matière industrielle, j'ai voté contre.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted for this agreement. I approve of the visa-free travel for holders of diplomatic passports.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας και η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική στο πλαίσιο διπλωματικών ανταλλαγών και επισκέψεων.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A China é um dos países cujos nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen. Os cidadãos da UE também necessitam de visto para entrar na China. O Conselho adotou uma decisão que autoriza a Comissão a encetar negociações e a abordar as diretrizes de negociação para a celebração de um acordo sobre a isenção de visto de curta duração para titulares de passaportes diplomáticos.

O acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A abolição dos vistos reduzirá o tempo de espera em frente dos consulados e os custos associados às deslocações. Facilitará o contacto entre pessoas – uma condição essencial para o desenvolvimento estável dos laços económicos, culturais e científicos, assim como de outros laços, já que intensifica o contacto entre as pessoas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière sensible.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Em conformidade com o Regulamento (CE) n.º 539/2001 do Conselho, a China é um dos países cujos nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen.

Os cidadãos dos Estados-Membros da UE também necessitam de visto para entrar na China. Além disso, o Sistema de Informação sobre Vistos (VIS) entrou oficialmente em funcionamento a 12 de outubro de 2015, na China. Desde então, todos os requerentes da China devem fornecer os seus dados biométricos aquando do pedido de um visto Schengen.

Neste contexto, em 14 de setembro de 2015, o Conselho adotou uma decisão que autoriza a Comissão Europeia a encetar negociações e a abordar as diretrizes de negociação para a celebração de um acordo sobre a isenção de visto de curta duração para titulares de passaportes diplomáticos.

O acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos dos Estados-Membros da União Europeia, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

Votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo tra Unione europea e Repubblica popolare cinese in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata per i titolari di passaporti diplomatici, poiché alimenta il dialogo, ormai avviato, su migrazione e mobilità tra UE e Cina.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Už od roku 2013 rokuje Európska únia s Čínou o recipročnej dohode, ktorá prinesie zrušenie vízovej povinnosti pre držiteľov diplomatických pasov. Predmetná dohoda umožní občanom Európskej únie, ktorí sú držiteľmi platných diplomatických pasov alebo preukazov Európskej únie, a občanom Číny, ktorí sú držiteľmi platných diplomatických pasov, cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. K dohode je pripojené spoločné vyhlásenie týkajúce sa výkladu uvedeného obdobia 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'esenzione del visto per soggiorni di breve durata per i titolari di passaporti diplomatici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη συμφωνία ΕΕ-Κίνας, καθώς η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας και η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική στο πλαίσιο διπλωματικών ανταλλαγών και επισκέψεων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The significance of visa liberalisation is considerable as it brings tangible benefits. The visa waiver for holders of diplomatic passports represents a step forward in the establishment of full reciprocal visa waiver for holders of ordinary passports. The significance of visa liberalisation is considerable as it brings tangible benefits.

The abolishment of visas will reduce the waiting time in front of consulates and the costs associated with the travelling. It will facilitate people-to-people contact – an essential condition for the steady development of economic, cultural, scientific and other ties as well as it will intensify contacts between people. Of course, visa liberalisation should go hand-in-hand with improvements in respect of human rights and fundamental freedoms.

I therefore voted in favour of the recommendation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A mai napon elfogadásra kerülő ajánlás az Európai Unió és a Kínai Népköztársaság közötti, a diplomata-útlevéllel rendelkező személyek rövid távú tartózkodására jogosító vízumok alóli mentességről szóló megállapodásról hozzájárul a Kínával való diplomácia kapcsolatok elmélyítéséhez.

A megállapodás értelmében Kína területére bármely 180 napos időszakon belül legfeljebb 90 napig vízummentesen utazhatnak be az Unió azon polgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel vagy uniós „laissez-passer"-val rendelkeznek, valamint hasonló körülmények között utazhatnak be az Unió területére Kína azon állampolgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel rendelkeznek.

A megállapodás újabb szintre emeli az EU–Kína kapcsolatokat, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom az ajánlás elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación que establece la exención de visados para los ciudadanos de la Unión Europea titulares de un pasaporte diplomático válido o de un salvoconducto de la Unión, así como para los ciudadanos de China titulares de un pasaporte diplomático válido que viajen al territorio de la otra parte, cuando la estancia no sea superior a 90 días por cada período de 180 días. Espero que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos represente un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios, ya que la importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles para todos los ciudadanos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione del Consiglio relativa alla conclusione, a nome dell'Unione europea, dell'accordo tra l'Unione europea e la Repubblica popolare cinese in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata per i titolari di passaporti diplomatici, perché penso che sia un primo passo importante che migliora le relazioni tra le parti e porta benefici tangibili e immediati ai cittadini di entrambi i blocchi.

Penso che l'esenzione dal visto per i titolari di passaporto diplomatico che si recano nel territorio della controparte per un periodo inferiore ai 90 giorni faciliti di molto il lavoro diplomatico, evitando le estenuanti procedure burocratiche davanti ai consolati. Questa misura può dunque essere una prima sperimentazione per arrivare in futuro all'eliminazione dei visti per i cittadini ordinari, permettendo quindi di sviluppare legami culturali, economici, scientifici più stretti tra Cina e UE. Resta ovviamente alta la nostra attenzione al tema della tutela dei diritti umani in Cina e penso che la liberalizzazione dei visti dovrà procedere di pari passo con dei progressi in quest'area da parte delle autorità di Pechino. Su questo il Parlamento vigilerà attentamente.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den sehr technischen Beschluss über das Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt. Die kleine Zahl der Betroffenen erfährt dadurch eine Erleichterung im regelmäßigen diplomatischen Kontakt, von dem umgekehrt auch europäische Verantwortliche profitieren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – This report ratifies an agreement signed in March 2016, which provides for visa-free travel for the citizens of the Union and for the citizens of China, holders of a valid diplomatic passport or EU laissez-passer, when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. I voted in favour thereof.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque consideramos que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos representa un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios. La importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles como reducir el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos, facilitar los contactos entre ciudadanos y favorecer el desarrollo estable de las relaciones. Además, este acuerdo tiene de positivo que incluye también a los titulares de un salvoconducto («laissez-passer») de la Unión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is simply ratifying an agreement that was signed in March 2016.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. In the context of the EU-China Mobility and Migration Dialogue, the EU and the People's Republic of China agreed on a cooperation package of measures in the area of irregular migration and visa policy, including a reciprocal visa waiver agreement for holders of diplomatic passports. Negotiations on the Agreement were opened on 21 September 2015 and were successfully finalised.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Κίνα είναι μεταξύ εκείνων των χωρών οι υπήκοοι των οποίων υποχρεούνται να διαθέτουν θεώρηση όταν ταξιδεύουν στον χώρο Σένγκεν. Το ίδιο ισχύει και για τους πολίτες της ΕΕ όταν επιθυμούν να εισέλθουν στην Κίνα. Η εν λόγω συμφωνία προβλέπει ταξίδια χωρίς βίζα για τους πολίτες της ΕΕ οι οποίοι κατέχουν διπλωματικό διαβατήριο ή άδεια διέλευσης της ΕΕ και το ίδιο ισχύει για τους πολίτες της Κίνας όταν ταξιδεύουν στο έδαφος του άλλου συμβαλλόμενου μέρους, για μέγιστο χρονικό διάστημα 90 ημερών ανά περίοδο 180 ημερών. Η κατάργηση, λοιπόν, των θεωρήσεων για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων αποτελεί ένα θετικό βήμα για την καθιέρωση της πλήρους απαλλαγής από την υποχρέωση της αμοιβαίας θεώρησης για κατόχους κοινών διαβατηρίων. Για αυτούς τους λόγους, υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the agreement between the European Union and the People's Republic of China on the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. This is significant and will bring tangible benefits to both sides. The fact that the proposed agreement also covers, for the first time, the holders of European Union's 'laissez-passer' is very welcome. I believe that this represents a step forward in the establishment of full reciprocal visa waiver for holders of ordinary passports. It will facilitate people-to-people contact – an essential condition for the steady development of economic, cultural, scientific and other ties and will intensify contacts between people. I also believe that visa liberalisation should go hand-in-hand with improvements in respect of human rights and fundamental freedoms. However, I was happy that the rapporteur queried the practice of signing visa waiver agreements and applying them provisionally before the European Parliament has approved them.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections against it.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Г-н Председател, подкрепям споразумението между Европейския съюз и Китай за премахването на визите за краткосрочен престой за притежателите на дипломатически паспорти, тъй като постигнатото съгласие е в интерес на Съюза и удовлетворява заложените от Съвета преговорни цели.

Споразумението предвижда премахването на визите за посещения на ЕС за краткосрочен период единствено по отношение на притежателите на дипломатически паспорти и съдържа необходимите защитни механизми по отношение на случаите на злоупотреба. Към това трябва да се добави и фактът, че то предвижда реципрочно премахване на визите за притежатели на европейски дипломатически паспорти. От страна на ЕС, според Комисията, това касае между 100 и 120 хиляди паспорта в обръщение, а от Китайска страна данните са за 30 хиляди паспорта в обръщение.

Ето защо смятам, че споразумението ще благоприятства взаимоотношенията между Китай и Европейския Съюз, което допълнително обуславя подкрепянето му.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The visa waiver for holders of diplomatic passports represents an important first step in the establishment of full reciprocal visa waiver for holders of ordinary passports. I believe that the significance of visa liberalisation is considerable as it brings substantial benefits.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o Nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma između Europske unije i Narodne Republike Kine o izuzeću od obveze posjedovanja vize za kratkotrajni boravak za nositelje diplomatskih putovnica, jer se time daje suglasnost za sklapanje sporazuma.

Sporazum, koji omogućuje putovanje na području druge ugovorne strane u trajanju od najviše 90 dana, zasigurno će pojednostaviti, barem djelomično, pojedine procedure i skratiti čekanja. Liberalizacija viznog režima, koja nije dostignuta u potpunosti, donosi pojedine pogodnosti kao što su su stabilan razvoj turističkih, kulturnih i gospodarskih veza, te se njome omogućuje stvarna korist. Svakako treba uzeti u obzir i poštovanje ljudskih prava i temeljnih sloboda pri sklapanju takvih sporazuma, te stoga podržavam ovu preporuku.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il me semble que cet accord va dans le sens d'une exemption définitive et réciproque des visas. Je ne m'oppose pas au contact entre les peuples, intention louable et souhaitable, mais aux modalités telles que décrites dans cette proposition. De plus, on ne peut ignorer le risque d'espionnage, notamment industriel, que ferait peser sur nos entreprises un tel accord avec la Chine.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Občané Čínské lidové republiky potřebují pro vstup do schengenského prostoru víza, stejně tak jako občané Evropské unie jsou povinni obstarat si vízum pro pobyt na čínském území. V rámci vyjednávání Evropské unie s Čínou o spolupráci v oblasti migrace a mobility jsou obě strany vzájemně nakloněny budoucí spolupráci a shodují se, že zrušení krátkodobých víz pro diplomaty představuje společný zájem obou zemí. Rozhodnutí Rady navrhuje zrušení bezvízové povinnosti pro dobu 90 dnů v období maximálně 180 po sobě jdoucích dnů pro vlastníky diplomatických pasů. Hlasoval jsem pro doporučení zrušit tato víza, protože představuje zjednodušení administrativy v diplomatických stycích mezi Čínskou lidovou republikou a Evropskou unií.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Bodil Valero relatif à la dispense de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique dans le cadre de l'accord UE-Chine. Cette exemption se formalisera par une durée de séjour maximale de 90 jours sur le territoire. Cette disposition permettra de faciliter et d'accroitre les échanges diplomatiques avec notre partenaire chinois, et ainsi de renforcer la coopération économique, culturelle et scientifique entre nos des deux régions.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα τη συμφωνία απαλλαγής από την υποχρέωση θεώρησης βραχείας διαμονής για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων μεταξύ ΕΕ και Κίνας. Η συμφωνία προβλέπει ταξίδια χωρίς βίζα για τους πολίτες της Ένωσης οι οποίοι κατέχουν ισχύον διπλωματικό διαβατήριο ή άδεια διέλευσης (laissez-passer) της Ευρωπαϊκής Ένωσης και για τους πολίτες της Κίνας που κατέχουν ισχύον διπλωματικό διαβατήριο όταν ταξιδεύουν στο έδαφος του άλλου συμβαλλόμενου μέρους, για μέγιστο χρονικό διάστημα 90 ημερών ανά περίοδο 180 ημερών.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den vorliegenden Bericht. Die Kompetenz, visafreie Kurzaufenthalte zu genehmigen, soll weiterhin bei den Mitgliedstaaten liegen. Außerdem würde eine Zustimmung einen weiteren Schritt in Richtung Visaliberalisierung für Inhaber gewöhnlicher Pässe darstellen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is simply ratifying an agreement that was signed in March 2016.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since removal of any travel formalities is bilaterally beneficial both for our and third countries' citizens. Introduction of visa waiver for European and Chinese diplomats will contribute to creating an atmosphere of trust and confidence between EU and its strategic partner PRC.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям проекта на решение на Съвета за сключване от името на Европейския съюз на Споразумението между Европейския съюз и Китайската народна република за премахването на визите за краткосрочен престой за притежателите на дипломатически паспорти.

Споразумението е в подкрепа на стратегическото ни партньорство с Китай и ще улесни двупосочния обмен и по-тясното сътрудничество, а също така е и израз на добра воля от двете страни. Премахването на визите ще намали времето за чакане пред консулствата и разходите, свързани с пътуването. То ще улесни контактите между хората — важно условие за стабилното развитие на икономическите, културните, научните и други връзки.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other Contracting Party, for a maximum period of 90 days in any 180-day period. Looking from this perspective, it can be argued that the agreement has great importance since it has been the first international agreement between the EU and China in the field of Home Affairs. In light of this, the agreement represents a real opportunity for both sides to develop economic, cultural, scientific and other ties between them. Therefore, I fully support it. Last but not least, I would like to stress strongly that visa liberalisation should go hand-in-hand with improvements in protection and promotion of human rights and fundamental freedoms.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il sistema di informazione visti (VIS) è entrato in vigore in Cina nell'ottobre del 2015. Da tale data tutti i richiedenti cinesi sono tenuti a fornire i propri dati biometrici dal momento in cui effettuano richiesta per poter accedere all'area Schengen. L'accordo in questione stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni. Il Parlamento europeo, sulla base degli orientamenti che l'accordo esprime, dà la sua approvazione alla conclusione del medesimo.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord UE-Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'UE titulaires d'un passeport diplomatique et des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique.

Dans son texte, la rapporteure M^{me} Valero espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. Ceci est tout simplement absurde. Je ne suis pas opposée aux relations diplomatiques, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière sensible.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette décision vise à exempter les Chinois titulaires d'un passeport diplomatique de visa de court séjour. Le rapporteur a exprimé le souhait que cette avancée puisse tendre vers une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires de passeport classique.

Je ne suis évidemment pas opposé aux relations diplomatiques avec la Chine, mais au regard des différentes affaires d'espionnages industriel et de la direction vers laquelle tend cet accord, j'ai donc voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – China es uno de los países cuyos nacionales necesitan estar provistos de un visado para entrar en la Unión. Recíprocamente, los ciudadanos europeos también necesitan cumplir con el trámite de visado para viajar a China. En 2013 se estableció un diálogo sobre movilidad, orientado a la consecución de exención mutua del requisito de visado para quienes ostenten un pasaporte diplomático. El acuerdo alcanzado con China refiere a estancias de corta duración de un máximo de 90 días en un periodo de 180 días para los ciudadanos europeo o chinos que estén en posesión de un pasaporte diplomático.

He votado en favor de este acuerdo pues supone un primer paso hacia la eliminación progresiva del requisito de visados. La facilitación en este ámbito es positiva, porque permite eliminar requisitos onerosos para los viajeros y contribuye a mejorar el contacto entre personas, lo que a su vez ayuda a un florecimiento de la economía, la cultura, la investigación científica y el comercio. Sin embargo, el avance hacia una liberalización plena estará siempre supeditado a los progresos que China pueda hacer en materia de derechos humanos y libertades públicas.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este acuerdo entre la Unión y China, porque considero que está en el interés común de ambos el facilitar las relaciones políticas de alto nivel, en este caso, con la exención de visados para estancias de corta duración de titulares de pasaportes diplomáticos.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente recomendación sobre el proyecto de Decisión del Consejo relativa a la celebración, en nombre de la Unión Europea, del Acuerdo entre la Unión Europea y la República Popular China sobre exención de visados para estancias de corta duración de titulares de pasaportes diplomáticos, establece la exención de visados tanto para los ciudadanos de la Unión como de China titulares de un pasaporte diplomático para estancias no superiores a 90 días por cada período de 180 días.

Cabe recordar que a los nacionales de China se les exige un visado para entrar en la zona Schengen y, por otra parte, a los ciudadanos de la Unión se les exige otro para entrar en China. Doy mi voto favorable a la recomendación.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro. Tato dohoda umožňuje osobám s diplomatickým pasem z EU bezvízovou návštěvu Číny v délce až 90 dnů a osobám s diplomatickým pasem z Číny bezvízovou návštěvu schengenského prostoru EU. Pokud se taková dohoda osvědčí, může se bezvízový styk rozšířit na další občany a lidé tak budou moci snadněji cestovat mezi EU a Čínou za účelem turistiky i obchodu.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for citizens of the European Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other Contracting Party. It is very important to make easier travelling between EU and China.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Súhlasím s dohodu, ktorá občanom EÚ a Číny, ktorí sú držiteľmi diplomatických pasov, umožňuje cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Táto dohoda sa netýka Spojeného kráľovstva a Írska a v prípade Francúzska a Holandska sa vzťahuje iba na európske územia týchto krajín.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη σύσταση σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λαϊκής Δημοκρατίας της Κίνας σχετικά με την απαλλαγή από την υποχρέωση θεώρησης για βραχείες διαμονή για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif l'approbation de l'accord entre l'Union européenne et la Chine sur l'exemption de visa. Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours pour les titulaires d'un passeport diplomatique en provenance de la Chine et des États membres de l'UE.

La rapporteur du texte se félicite que l'exemption de visa de court séjour (pour les diplomates) puisse un jour évoluer en la libéralisation complète de visa entre la Chine et les pays européens pour les titulaires d'un passeport classique. Nous nous opposons bien évidemment à ce concept.

En effet, même si nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques avec la Chine, nous restons méfiants envers une telle libéralisation.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al acuerdo entre la Unión Europea y la República Popular China sobre exención de visados para estancias de corta duración de titulares de pasaportes diplomáticos.

Este acuerdo supone un apoyo a nuestra asociación estratégica con China, al mismo tiempo que facilita los intercambios recíprocos y una cooperación más estrecha y constituye un gesto de buena voluntad por ambas partes.

Además, la abolición de los visados reducirá el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos y facilitará e intensificará los contactos entre ciudadanos, aspectos que fomentarán el desarrollo estable de las relaciones económicas, culturales, científicas y de otro tipo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss eines Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte stellt einen Eingriff in die Kompetenzen der Mitgliedsstaaten dar. Daher lehne ich diesen Entwurf ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavu už pranešimą, nes tikiuosi, kad diplomatinių pasų turėtojams taikomas bevizis režimas bus žingsnis į priekį siekiant visiško abipusio bevizio režimo paprastų pasų turėtojams. Liberalizuoti vizų režimą labai svarbu. Panaikinus vizas bus sugaištama mažiau laiko konsulatuose ir sumažės su keliavimu susijusios išlaidos. Bus sudarytos sąlygos betarpiam žmonių bendravimui, o tai yra esminė tolygaus ekonominių, kultūrinių, mokslinių ryšių vystymosi sąlyga.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Après des années de négociations, l'UE vient enfin de lever l'obligation de visa pour les diplomates chinois. Cet accord est réciproque. Les européens disposant d'un passeport diplomatiques pourront également se rendre sans visa en Chine. Je rejoins les critiques de la rapporteure sur la procédure de ces négociations bilatérales portées par la Commission au nom des États Membres.

Elle dénonce notamment l'application provisoire de l'accord avant l'approbation du Parlement européen, ce qui démontre le peu de cas fait au respect de la démocratie par l'UE. Elle dénonce enfin le fait que le Parlement ne soit pas informé de la progression de ces négociations bilatérales, ce qui serait même contraire aux Traités.

Je vote néanmoins pour cet accord puisqu'il va faciliter les échanges, la coopération et la confiance mutuelle entre nos États et la Chine en abandonnant une exigence indélicate et vexatoire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette décision vise à exempter les Chinois titulaires d'un passeport diplomatique, de visa de court séjour. Le rapporteur a exprimé le souhait que cette avancée puisse tendre vers une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires de passeport classique.

Je ne suis évidemment pas opposée aux relations diplomatiques avec la Chine, mais au regard des différentes affaires d'espionnages industriel et de la direction vers laquelle tend cet accord, j'ai donc voté contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

É necessária a aprovação do PE a este acordo, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union who hold a diplomatic or laissez-passer and for the citizens holding a diplomatic passport from China when travelling in the other's territory for a maximum period of 90 days in any 180-day period. I chose to support this resolution as it is an opportunity to enhance cooperation.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'approbation donnée par le Parlement européen à l'accord UE-Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. Il s'agit là d'une étape supplémentaire dans le dialogue entre l'Union européenne et la Chine sur les questions de mobilité.

Plus généralement, cet accord d'exemption de visa devrait permettre de renforcer les liens qui existent entre les deux parties. Les sujets d'intérêt mutuel pour l'Union et la Chine recouvrant de nombreux enjeux et thématiques, il est essentiel d'approfondir notre partenariat et de maintenir avec la Chine un dialogue continu.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács 2015. szeptember 14-i határozatával hatalmazta föl a Bizottságot, hogy tárgyalásokat kezdjen a Kínai Népköztársasággal, és tárgyalási irányelveket dolgozzon ki a diplomata-útlevéllel rendelkező személyek rövid távú tartózkodására jogosító vízumok alóli mentességről szóló megállapodásra vonatkozóan. A tárgyalások szeptember 21-én kezdődtek meg, és írásbeli jegyzékváltás formájában zajlottak. A felek 2015. november 3-án, illetve 4-én parafálták a megállapodást. A Tanács 2016. január 26-án határozatot fogadott el a megállapodás ratifikálásáról, ehhez azonban meg kell szereznie az Európai Parlament egyetértését.

A megállapodás értelmében a másik szerződő fél területére bármely 180 napos időszakon belül legfeljebb 90 napig vízummentesen utazhatnak be az Unió azon polgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel vagy uniós „laissez-passer"-val rendelkeznek, valamint Kína azon állampolgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel rendelkeznek. Az Egyesült Királyságra és Írország nem vonatkoznak a megállapodás rendelkezései, Franciaország és Hollandia esetében pedig csak a két állam európai területeire kell alkalmazni őket.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament értsen egyet a megállapodás megkötésével. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La décision proposée vise l'approbation, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique.

L'accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute une période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et en faveur des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante. La rapporteure espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera un progrès vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière sensible. Aussi le vote sera-t-il défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

Espero que este acordo, além de facilitar o intercâmbio e uma cooperação mais estreita com a República Popular da China, seja um avanço quanto ao estabelecimento de uma plena e recíproca isenção de visto para os titulares de um passaporte comum.

Subscrevo a posição do relator sobre a abolição dos vistos, que irá reduzir o tempo de espera e as burocracias, e facilitará os laços económicos, culturais e científicos.

Contudo, é importante ressalvar que a liberalização do regime de vistos deve ser acompanhada de melhorias em matéria de respeito pelos direitos humanos e pelas liberdades fundamentais.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La décision proposée vise à l'approbation, au nom de l'Union, de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques et à leur amélioration, mais vu les problèmes d'espionnage industriel notamment, il s'agit d'une matière trop sensible pour exempter de visa les titulaires d'un passeport diplomatique. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the Union and for the citizens of China, holders of a valid diplomatic passport or EU laissez-passer, when travelling to the territory of the other Contracting Party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution législative sur le projet de décision du Conseil concernant la conclusion, au nom de l'Union européenne, de l'accord entre l'Union européenne et la République populaire de Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. En approuvant cet accord, le Parlement européen facilite le déplacement en Chine des citoyens européens titulaires d'un passeport diplomatique. Réciproquement, il facilite le déplacement dans l'Union européenne des ressortissants chinois titulaires d'un passeport diplomatique.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché l'accordo fra l'Unione europea e la Cina in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata rappresenta un passo in avanti nei rapporti fra le due parti che ne agevola sia la comunicazione che la collaborazione. L'accordo stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Kínára az Európai Unió egyik kiemelkedően fontos kereskedelmi partnereként tekintünk. Mára már mindennapi életünk részét képezik a kínai gyárakból származó termékek. A vízummentességi egyezmény egy olyan diplomáciai előrelépés, ami pozitív eredményeket hozhat a gazdasági, kulturális és nemzetközi együttműködés jegyében. A vízummentességnek köszönhetően fellendülhet a kölcsönös párbeszéd és akár regionális szinten is erősödhetnek az EU–Kína kapcsolatok. Sok országgal kötöttünk már vízummentességi megállapodást, amik azóta is remekül működnek és meggyőződésem, hogy Kína esetében sem lesz ez másképp.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report that will provide visa-free travel for both citizens of the EU and China holding a diplomatic passport when travelling to each other's territory for a period of maximum 90 days during any 180 day period.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot acest raport care aprobă negocierile de fond desfășurate între Comisia Europeană și Republica Populară Chineză cu privire la renunțarea la necesitatea de a deține vize de scurtă durată pentru titularii de pașapoarte diplomatice sau permise UE de liberă trecere. Îl consider un pas înainte extrem de important pentru relațiile dintre UE și Republica Populară Chineză și sper că va fi urmat de negocieri cu privire la îmbunătățirea respectării drepturilor omului și a libertăților fundamentale și de negocieri privind posibilitatea eliminării complete a vizelor.

Susțin, în același timp, poziția raportoarei privind importanța transparenței acestor negocieri în viitor și includerea Parlamentului European pe parcursul acestor discuții, pentru a asigura buna colaborare și cooperare dintre instituțiile europene.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da die Kompetenzen bei den Mitgliedstaaten selbst liegen sollten. Eine Zustimmung wäre meiner Meinung nach ein weiterer Schritt in Richtung Visaliberalisierung für Inhaber gewöhnlicher Pässe.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Jäin erapooletuks. Leian, et ajastus ei ole selliseks sammuks veel õige.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα τη συμφωνία μεταξύ ΕΕ - Κίνας, η οποία προβλέπει ταξίδια χωρίς βίζα για τους πολίτες της Ένωσης, οι οποίοι κατέχουν ισχύον διπλωματικό διαβατήριο ή άδεια διέλευσης (laissez-passer) της Ευρωπαϊκής Ένωσης, και για τους πολίτες της Κίνας, που κατέχουν ισχύον διπλωματικό διαβατήριο, για μέγιστο χρονικό διάστημα 90 ημερών ανά περίοδο 180 ημερών, μιας και μέσω της κατάργησης των θεωρήσεων θα μειωθούν τόσο ο χρόνος αναμονής μπροστά από τα προξενεία όσο και οι δαπάνες που συνδέονται με το ταξίδι. Η κατάργηση αυτή θα διευκολύνει την διαπροσωπική επαφή των πολιτών, η οποία αποτελεί απαραίτητη προϋπόθεση για την σταθερή ανάπτυξη οικονομικών, πολιτιστικών, επιστημονικών και άλλων δεσμών, που θα εντείνουν τις επαφές μεταξύ των λαών.

Φυσικά, η ελευθέρωση των θεωρήσεων θα πρέπει να συνοδεύεται από βελτιώσεις στο θέμα του σεβασμού των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και των θεμελιωδών ελευθεριών.

Η κατάργηση των θεωρήσεων για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων αποτελεί ένα βήμα προς τα εμπρός στην καθιέρωση της πλήρους απαλλαγής από την υποχρέωση αμοιβαίας θεώρησης για κατόχους κοινών διαβατηρίων.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. L'accordo tra l'UE e la Cina in materia di esenzione dal visto per soggiorni di breve durata risulta essere un importante passo in avanti per rinsaldare i rapporti tra l'Europa e la Repubblica popolare cinese. Il visto per i titolari di passaporti diplomatici renderebbe più agevole la comunicazione e la collaborazione tra le due potenze. Con la presente proposta ci si augura che l'esenzione dal visto per i titolari di passaporti diplomatici sia solo il primo punto per l'istituzione di un'esenzione reciproca totale dal visto per i titolari di passaporti ordinari. Pertanto, ho votato positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — China is a major partner of the European Union. As a member of the delegation for China I supported this agreement, because I believe that the abolishment of visas will facilitate and intensify people-to-people contact (an essential condition for the steady development of economic, cultural, scientific and other ties) and reduce the waiting time in front of consulates.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Narodna Republika Kina jedan je od najvećih industrijskih proizvođača na svijetu i globalni ekonomski faktor. Time su diplomatski odnosi između Europske unije i Narodne Republike Kine od izuzetne važnosti. Bitno je njegovati dobre odnose, ali isto tako i uspostaviti čim jednostavniji i efikasniji oblik diplomatskog djelovanja.

Zato podržavam ovaj Sporazum koji omogućuje putovanje i kratkotrajni boravak bez vize u periodu od 90 dana za stanovnike Unije koji imaju važeću diplomatsku putovnicu ili EU putni list te stanovnike Kine koji imaju važeću diplomatsku putovnicu dok putuju na teritorij ostalih država koje obuhvaća Sporazum. Ovaj je Sporazum veoma važan iskorak u smjeru jednostavne i efikasne diplomacije. Potpomaže, čak intenzivira kontakt čovjeka prema čovjeku koji je esencijalan za stalan razvitak ekonomskih, kulturalnih, znanstvenih i drugih veza.

Ovaj je Sporazum važan, ali nije završena priča, već je prvi korak prema konačnome cilju - ukidanju vize i za vlasnike običnih putovnica. Ovakvo bi ukidanje otvorile izuzetne poslovne i turističke potencijale. Budući da dolazim iz zemlje kojoj je turizam jedna od najrazvijenijih grana, znam koliko je turistička otvorenost bitna i za cijelu Europsku uniju te se nadam ovakvom konačnom rezultatu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La décision proposée vise l'approbation au nom de l'Union de l'accord entre l'Union européenne et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique. Le rapporteur espère que l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique.

On est en plein délire idéologique: «Elle devrait faciliter les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier de liens économiques, culturels, scientifiques et autres, et intensifier les contacts entre les peuples.» Nous ne sommes pas opposés aux relations diplomatiques mais il est indispensable de garder le contrôle des frontières et des personnes qui les franchissent dans le contexte mondial actuel. Je vote donc contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pozdravljam činjenicu da su predloženim sporazumom prvi put obuhvaćeni nositelji propusnice EU-a. Potičem tijela članica EFTA-e da sklope slične uvjete kao u tom Sporazumu. Sporazumom se osniva Zajednički odbor te skrećem pozornost na činjenicu da Europsku uniju u Zajedničkom odboru za upravljanje Sporazumom predstavlja samo Europska komisija.

Europski parlament mogao bi sudjelovati u radu Zajedničkog odbora ili barem primati redovite obavijesti o ishodu sastanaka. Izražavam nadu da je ovo korak naprijed u pogledu ostvarivanja potpunog uzajamnog izuzeća za nositelje običnih putovnica. Liberalizacija viznog režima od velike je važnosti, jer se njome omogućuje stvarna korist. Smanjit će se vrijeme čekanja pred konzulatima, kao i troškovi povezani s putovanjem.

Njome će se olakšati međuljudski kontakti, što je ključan uvjet za stabilan razvoj gospodarskih, kulturnih, znanstvenih i ostalih veza, a također će se doprinijeti intenziviranju kontakata među ljudima. Liberalizacija viznog režima trebala bi se, naravno, provoditi istodobno s uvođenjem poboljšanja u području poštovanja ljudskih prava i temeljnih sloboda.

Kao član Odbora za vanjske poslove, smatram da bi za Prijedlog trebalo dati suglasnost, jer se njime podržava naše strateško partnerstvo s Kinom, olakšava dvosmjerna razmjena i bliža suradnja te je on izraz dobre volje obiju strana.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Em conformidade com o Regulamento (CE) n.º 539/2001 do Conselho, a China é um dos países cujos nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen. Os cidadãos da UE também necessitam de visto para entrar na China. Além disso, o Sistema de Informação sobre Vistos (VIS) entrou oficialmente em funcionamento em 12 de outubro de 2015, na China. Desde então, todos os requerentes da China devem fornecer os seus dados biométricos aquando do pedido de um visto Schengen.

Neste contexto, em 14 de setembro de 2015, o Conselho adotou uma decisão que autoriza a Comissão a encetar negociações e a abordar as diretrizes de negociação para a celebração de um acordo sobre a isenção de visto de curta duração para titulares de passaportes diplomáticos.

O acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

Votámos favoravelmente.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – China still belongs among those countries whose nationals are required to hold a visa when travelling to the Schengen area, while EU citizens also need a visa to enter China. I must stress as a Social Democrat that the significance of visa liberalisation is considerable, as it brings tangible benefits. The October 2013 mobility dialogue has resulted in the Council adopting a decision authorising the Commission to open negotiations and address negotiating plans for a short-stay visa waiver agreement for holders of diplomatic passports. The Council decision now requires the consent of the European Parliament. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period. The abolishment of visas will facilitate people-to-people contact, which is an essential condition for the steady development of economic, cultural, scientific and other ties as well. However, I would like to point out on this occasion that visa liberalisation should go hand-in-hand with needed improvements in respect of human rights and fundamental freedoms.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Cina è annoverata tra i paesi i cui cittadini devono essere in possesso di un visto quando viaggiano verso l'area Schengen. I cittadini dell'Unione europea, a loro volta, hanno bisogno di un visto per entrare in Cina. Inoltre, il sistema europeo d'informazione sui visti (VIS) è diventato ufficialmente operativo in Cina il 12 ottobre 2015 e da tale data tutti i richiedenti cinesi sono tenuti a fornire i propri dati biometrici all'atto della domanda di visto per l'area Schengen. L'accordo stabilisce l'esenzione dal visto per i cittadini dell'Unione europea titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità o di un lasciapassare dell'UE e per i cittadini della Cina titolari di un passaporto diplomatico in corso di validità che si recano nel territorio della controparte per un periodo massimo di 90 giorni su un periodo di 180 giorni.

Il relatore accoglie favorevolmente il fatto che la proposta di accordo riguardi, per la prima volta, anche i titolari del lasciapassare dell'Unione europea. L'abolizione dei visti ridurrà i tempi di attesa presso i consolati e i costi legati ai viaggi, facilitando anche il contatto tra le persone, condizione essenziale per il costante sviluppo di legami economici, culturali, scientifici e di altra natura. Ho votato a favore dell'approvazione di questa raccomandazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – UE i Chiny rozpoczęły dialog w zakresie migracji i mobilności w 2013 r. W tym kontekście proponowany jest obecnie ruch bezwizowy dla posiadaczy paszportów dyplomatycznych. Rada zatwierdziła już umowę w styczniu 2016 r. Zgodnie z umową ruch bezwizowy jest dozwolony przez okres nieprzekraczający 90 dni w każdym okresie 180-dniowym. Środek dotyczy strefy Schengen i nie ma zastosowania w przypadku Zjednoczonego Królestwa i Irlandii. W przypadku Francji i Niderlandów umowa ma zastosowanie jedynie do terytoriów europejskich. Zarówno Chiny, jak i UE mogą zawiesić stosowanie umowy lub ją wypowiedzieć jedynie dla wszystkich państw członkowskich UE łącznie. Oznacza to, że nie będą możliwe sytuacje takie, jak w przypadku USA i Kanady, które wymagają wiz tylko od niektórych, nie wszystkich, państw członkowskich UE. Umowa dotyczy wszystkich posiadaczy paszportów dyplomatycznych, łącznie z posłami do Parlamentu Europejskiego posiadającymi paszporty dyplomatyczne. Niniejszym poparłem zalecenie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il prévoit une exemption de visa pour les courts séjours des diplomates chinois en France et en Europe, mais aussi des diplomates européens en Chine. C'est une nécessité pour faciliter nos relations diplomatiques.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Atualmente, e em conformidade com o Regulamento (CE) n.º 539/2001 do Conselho, a China é um dos países cujos nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen. Os cidadãos da União Europeia (UE) também necessitam de visto para entrar na China.

O presente acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da UE, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

É de referir que o Reino Unido e a Irlanda não participam no Acordo celebrado, não estando sujeitos às disposições do mesmo. O relator alerta que a abolição dos vistos reduzirá o tempo de espera em frente dos consulados e os custos associados às deslocações.

Votei favoravelmente, porque as disposições do presente relatório facilitarão o contacto entre pessoas, condição necessária para um desenvolvimento estável dos laços económicos, culturais e científicos.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against giving consent to this legislative agreement. UKIP do not support the EU making agreements with third countries, particularly when this concerns the issue of migration.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia, portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

A abolição dos vistos reduzirá o tempo de espera em frente dos consulados e os custos associados às deslocações. Facilitará o contacto entre pessoas – uma condição essencial para o desenvolvimento estável dos laços económicos, culturais e científicos, entre outros.

Obviamente, a liberalização do regime de vistos deve ser acompanhada de melhorias em matéria de respeito dos direitos humanos e das liberdades fundamentais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – China es uno de los países cuyos nacionales necesitan estar provistos de un visado para entrar en la Unión. Recíprocamente, los ciudadanos europeos también necesitan cumplir con el trámite de visado para viajar a China. En 2013 se estableció un diálogo sobre movilidad, orientado a la consecución de exención mutua del requisito de visado para quienes ostenten un pasaporte diplomático. El acuerdo alcanzado con China refiere a estancias de corta duración de un máximo de 90 días en un periodo de 180 días para los ciudadanos europeo o chinos que estén en posesión de un pasaporte diplomático.

He votado en favor de este acuerdo pues supone un primer paso hacia la eliminación progresiva del requisito de visados. La facilitación en este ámbito es positiva, porque permite eliminar requisitos onerosos para los viajeros y contribuye a mejorar el contacto entre personas, lo que a su vez ayuda a un florecimiento de la economía, la cultura, la investigación científica y el comercio. Sin embargo, el avance hacia una liberalización plena estará siempre supeditado a los progresos que China pueda hacer en materia de derechos humanos y libertades públicas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport par lequel le Parlement européen donne son approbation à la conclusion d'un accord entre l'Union européenne et la République populaire de Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique.

Cet accord prévoit un régime de déplacement sans obligation de visa d'une durée maximale de 90 jours sur toute période de 180 jours en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité qui se rendent sur le territoire de l'autre partie contractante.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – ES ir Kinijos dialogas migracijos ir judumo klausimais yra labai svarbus procesas, kurį plėtoti yra abiejų pusių interesas. Sveikinu ir pritariu abiejų šalių iniciatyvai nebereikalauti trumpalaikių vizų iš diplomatinių pasų turėtojų. Kartu labai apgailestauju dėl to, kad Europos Sąjungos derybininkai nesugebėjo išsiderėti, jog ES piliečiai Kinijoje galėtų lankytis be vizų. Gerai žinau ir džiaugiuosi, kad Kinija savo iniciatyva leidžia ES piliečiams naudotis iki 5 parų bevizio tranzito galimybe tam tikruose mietuose, tačiau esu įsitikinęs, jog platesniam abiejų ekonomikos polių dialogui yra būtinas bevizis režimas, bent jau ES piliečiams. To ir raginu siekti Europos Komisiją.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A China é um dos países cujos seus nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen e vice-versa.

Em 2013, iniciou-se um Diálogo sobre Migração e Mobilidade entre a UE e a China, tendo em vista a conclusão de um acordo de reciprocidade sobre a isenção de visto para os titulares de passaportes diplomáticos.

Esse acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livre-trânsito e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para território da União Europeia, por um período máximo de 90 dias (em cada período de 180 dias).

Votei a favor desta recomendação, por concordar com o colega relator relativamente à importância da isenção de visto enquanto um importante passo na facilitação e aproximação do contacto entre pessoas – uma condição essencial para o desenvolvimento estável dos laços diplomáticos e intergovernamentais (e obviamente culturais) e também a redução do tempo de espera nos consulados, bem como os custos associados a estas deslocações.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque consideramos que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos representa un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios. La importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles como reducir el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos, facilitar los contactos entre ciudadanos y favorecer el desarrollo estable de las relaciones. Además, este acuerdo tiene de positivo que incluye también a los titulares de un salvoconducto («laissez-passer») de la Unión.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen EU-China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte gestimmt.

Das Abkommen ermöglicht Bürgern der EU, welche ein gültigen Diplomatenausweis oder einen Laissez-passer der EU besitzen, einen Aufenthalt von bis zu 90 Tagen ohne Visum. Dies gilt ebenfalls für chinesische Bürger, welche einen gültigen Diplomatenausweis beim Besuch des Landes, mit dem das Abkommen verhandelt wurde, vorweisen können.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Lamentando que sea una medida que sólo beneficia a una minoría de personas en posesión de este tipo de pasaportes diplomáticos, he votado a favor de este acuerdo entre la Unión y China, debido a que entendemos que deben siempre reducirse las trabas que impiden el acceso efectivo al derecho al libre movimiento.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – L'accordo tra l'Unione europea e la Cina che prevede l'esenzione dal visto per i titolari di passaporti diplomatici per soggiorni di breve durata, pari ad un massimo di 90 giorni, potrebbe costituire una misura efficace per rafforzare il partenariato strategico tra i due paesi. La liberalizzazione di tali visti potrebbe infatti facilitare gli scambi bilaterali e i contatti tra le persone, consentendo di sviluppare importanti legami economici, culturali e scientifici. Ho deciso pertanto di esprimermi a favore.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the EU-China Agreement on the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports. The agreement provides for visa-free travel for the citizens of the European Union and for the citizens of China, holders of a valid diplomatic passport or EU laissez-passer, when travelling to the territory of the other contracting party for a maximum period of 90 days in any 180-day period.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem uzatvorenie dohody medzi Čínou a EÚ o zrušení vízovej povinnosti pri krátkodobých pobytoch. Táto dohoda umožňuje občanom Únie, ktorí sú držiteľmi platných diplomatických pasov alebo preukazov EÚ, a občanom Číny, ktorí sú držiteľmi platných diplomatických pasov, cestovať bez víz na územie druhej zmluvnej strany na obdobie najviac 90 dní v rámci akéhokoľvek 180-dňového obdobia. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Dohodu o zrušení vízovej povinnosti medzi EÚ a Čínou som privítala. Zastávam názor, že vízová liberalizácia prináša hmatateľné výsledky a je veľmi prínosná pre zlepšovanie vzájomných vzťahov medzi krajinami. Rovnako sa po konzultácii vyjadrili aj jednotlivé členské štáty v práci pracovnej skupiny pre azyl a migráciu. Občania EÚ, ako aj občania Číny, ktorí sú držiteľmi diplomatických pasov, budú mať nadobudnutím platnosti tejto dohody možnosť vstupovať na územie EÚ alebo Číny na obdobie 90 dní. Podporila som túto dohodu aj preto, že ide o prvý krok na ceste k úplnému recipročnému zrušeniu vízovej povinnosti. Toto zrušenie vízovej povinnosti na diplomatickej úrovni naznačuje zlepšovanie vzťahov medzi európskymi krajinami a Čínou. Popritom zrušenie víz skráti čakacie doby pred konzulátmi a zníži náklady spojené s cestovaním. Navyše sa uľahčia a zintenzívnia medziľudské kontakty. Komisia by však mala vziať do úvahy výhrady výboru AFET, ktorý sa domnieva, že EÚ by mala mať viac informácií o vydávaní diplomatických vzťahov a o počte potenciálnych držiteľov týchto pasov v Číne. Každopádne verím, že táto iniciatíva je dobrým signálom, a dúfam, že bude viesť k prehĺbeniu vzájomných vzťahov.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Kitajski diplomati bodo lahko potovali v Schengensko območje brez vizumov, prav tako pa bodo na Kitajsko lahko brez vizuma potovali tudi diplomati Evropske unije. Čeprav ostajajo pomisleki glede človekovih pravic na Kitajskem, je tovrsten sporazum znak za prvi korak proti brezvizumskemu režimu s Kitajsko v prihodnosti.

Sporazum določa potovanje brez vizumov za vse državljane Evropske unije in državljane Ljudske republike Kitajske z diplomatskim potnim listom. V obeh primerih to velja za obdobje do 90 dni v kateremkoli 180-dnevnem obdobju.

Odprava vizumov za diplomate bo znižala določene stroške in omogočila lažje opravljanje njihovih nalog. Sprememba se mi zdi dobrodošla in korak na poti proti lažjemu vizumskemu režimu za vse državljane EU, zato sem priporočilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Čína je pre Európu významný obchodný partner. Vítam zjednodušenie vzájomného styku v prípade držiteľov diplomatických pasov, no Európska únia by sa mala snažiť podobné typy dohôd uzatvoriť s čo najväčším počtom krajín, ak od nich nehrozí bezpečnostné riziko.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Entwurf eines Beschlusses des Rates über den Abschluss des Abkommens zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen von der Visumpflicht für Kurzaufenthalte im Namen der Europäischen Union" habe ich nicht zugestimmt.

Ich sehe keinen Grund dafür, die Inhaber von Diplomatenpässen besser als andere Bürger zu behandeln. Wenn ein Staat die Voraussetzungen erfüllt, die an eine Befreiung von der Visumpflicht zu stellen sind, dann sollte dies für alle Bürger gelten und nicht bloß für eine ausgewählte privilegierte Gruppe.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U rujnu 2015. godine Vijeće je ovlastilo Komisiju da započne pregovore i razmatranje pregovaračkih smjernica za Sporazum o izuzeću iz obveze posjedovanja vize za kratkotrajan boravak za nositelje diplomatskih putovnica.

Konkretno, time se nositeljima propusnice Europske unije te građanima Europske unije i Kine s valjanom diplomatskom putovnicom omogućuje putovanje bez vize na područje druge ugovorne strane u trajanju od najviše 90 dana u bilo kojem razdoblju od 180 dana. Ovakav pristup svakako olakšava administrativne poteškoće, smanjuje troškove te olakšava mobilnost i putovanja. To je korak više u pogledu jačanja međunarodnih i strateških odnosa s Kinom.

Podržavam preporuku o Nacrtu odluke Vijeća o sklapanju, u ime Europske unije, Sporazuma između Europske unije i Narodne Republike Kine o izuzeću od obveze posjedovanja vize za kratkotrajni boravak za nositelje diplomatskih putovnica Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi sporazuma med Evropsko unijo in Ljudsko republiko Kitajsko o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje za imetnike diplomatskih potnih listov v imenu Evropske unije.

S sporazumom bomo nadgradili strateško partnerstvo s Kitajsko ter omogočili dvostranske izmenjave in tesnejše sodelovanje. Sporazum tako omogoča državljanom EU in Kitajske, da potujejo na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnes udělení souhlasu ze strany Evropského parlamentu s návrhem rozhodnutí Rady o uzavření Dohody mezi EU a Čínou o zrušení vízové povinnosti pro krátkodobé pobyty pro držitele diplomatických pasů. Tento souhlas je udělen poté, co členské státy s návrhem této dohody vyslovily souhlas. Tomuto souhlasu předchází ze strany členských států posouzení všech rizik souvisejících se zavedením bezvízového režimu pro držitele určitého druhu cestovního dokladu včetně posouzení kvality zabezpečení cestovních dokladů druhé smluvní strany proti padělání. Domnívám se, že uzavření bezvízového režimu pro držitele diplomatických pasů je standardním krokem v rámci mezinárodních vztahů a je tak možno jej sjednat i s Čínou. Navíc v situaci, kdy se jedná o dohodu reciproční a její případné vypovězení ze strany Číny je možno provést pouze vůči všem členským státům EU najednou.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Κίνα είναι μεταξύ εκείνων των χωρών οι υπήκοοι των οποίων υποχρεούνται να διαθέτουν θεώρηση όταν ταξιδεύουν στο χώρο Σένγκεν. Το ίδιο ισχύει και για τους πολίτες της ΕΕ όταν επιθυμούν να εισέλθουν στην Κίνα. Η εν λόγω συμφωνία προβλέπει ταξίδια χωρίς βίζα για τους πολίτες της ΕΕ οι οποίοι κατέχουν διπλωματικό διαβατήριο ή άδεια διέλευσης της ΕΕ και το ίδιο ισχύει για τους πολίτες της Κίνας όταν ταξιδεύουν σε κράτη μέλη, για μέγιστο χρονικό διάστημα 90 ημερών ανά περίοδο 180 ημερών. Η κατάργηση των θεωρήσεων για τους κατόχους διπλωματικών διαβατηρίων αποτελεί ένα θετικό βήμα για την καθιέρωση της πλήρους απαλλαγής από την υποχρέωση της αμοιβαίας θεώρησης για κατόχους κοινών διαβατηρίων. Για αυτούς τους λόγους, υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Κίνα αποτελεί στρατηγικό εταίρο της Ρωσίας και η στενή επιχειρησιακή συνεργασία της ΕΕ με την Κίνα είναι σημαντική στο πλαίσιο διπλωματικών ανταλλαγών και επισκέψεων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a parlamenti ajánlást az EU és a KNK közötti megállapodásra vonatkozó tanácsi határozattervezetről, amelynek értelmében a jövőben a diplomata-útlevéllel (vagy uniós laissez-passer-val) rendelkező személyek rövid távon (max. 90 nap) vízum nélkül tartózkodhatnak egymás területén, ami minden bizonnyal kedvező hatással lesz majd a politikai, kereskedelmi és üzleti kapcsolatok kölcsönösen előnyös fejlődésére. Fontosnak tartanám ugyanakkor, hogy az ilyen típusú és súlyú megállapodások megkötése előtt a Tanácsnak az Európai Parlament hozzájárulását is el kelljen nyernie. Ilyen megközelítésben nem osztom a jelentéstevő azon reményét, hogy a diplomata-útlevéllel rendelkezőkre vonatkozó könnyítés automatikusan előkészíti a magánútlevelekre vonatkozó hasonló vízummentes szabályozást. Tekintettel az EU-kínai kapcsolatok terén érvényesülő számos más szempontra, egy ilyen lépés szerintem majd az EP újabb politikai mérlegelésének tárgyát kell, hogy képezze.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Relațiile Uniunii Europene cu Republica Populară Chineză au cunoscut o dezvoltare constantă în ultimele decenii în toate domeniile. În ciuda acestui fapt, cetățenii celor două părți au încă nevoie de vize atunci când călătoresc pe teritoriul celeilalte. În vederea remedierii acestui impediment, în octombrie 2013 a fost deschis un dialog asupra mobilității, în vederea renunțării reciproce la vize. Doi ani mai târziu, Consiliul a autorizat Comisia să negocieze un acord privind eliminarea vizelor de scurtă ședere pentru deținătorii pașapoartelor diplomatice. Acest pas vine în continuarea intensificării bunelor relații dintre corpurile diplomatice ale celor două părți și este de natură să contribuie la un dialog aprofundat privind domeniile de cooperare.

Parlamentul European, în calitate de reprezentant direct al cetățenilor europeni este chemat să aprobe acest acord. Implementarea acestei măsuri este de natură să constituie doar o etapă în direcția eliminării totale a vizelor pentru resortisanții celor două părți, atunci când condițiile concrete o vor permite. Eliminarea vizelor va contribui în mod direct la creșterea contactelor nemijlocite dintre cetățenii celor două părți și la dezvoltarea relațiilor economice, culturale, științifice și de altă natură. Este vorba despre o măsură salutară, pe care o susțin fără rezerve.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. L'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique représentera un progrès vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique. L'assouplissement du régime des visas est une évolution d'une importance considérable, car elle apporte des bénéfices tangibles.

La suppression de l'obligation de visa réduira le temps d'attente devant les consulats et les coûts associés à un déplacement. Elle facilitera les contacts entre les peuples, condition essentielle au développement régulier de liens économiques, culturels, scientifiques et autres, et intensifiera les contacts entre les peuples. Bien entendu, l'assouplissement du régime de visa doit aller de pair avec des progrès dans le domaine des droits de l'homme et des libertés fondamentales, comme l'exige l'article 1er du règlement (CE) no 539/2001 du Conseil.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In the context of the EU-China Mobility and Migration Dialogue (2013), the EU and China cooperation package included a reciprocal visa waiver agreement for holders of diplomatic passports. The agreement is to provide visa-free travel for citizens of the EU holding diplomatic passports, as well as a EU laissez-passer for citizens of China holding a diplomatic passport. I voted in favour of the agreement because of I recognise the importance of the project to support the bilateral dialogue and the strong momentum to advance EU-China cooperation on migration and mobility issues.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Sporazum između Europske unije i Narodne Republike Kine o izuzeću od obveze posjedovanja vize za kratkotrajni boravak za nositelje diplomatskih putovnica. Ovim izuzećem građanima Europske unije i državljanima Kine koji imaju valjanu diplomatsku putovnicu, kao i građanima Europske unije koji posjeduju propusnicu EU-a, omogućuje se putovanje bez vize u države druge ugovorne strane kako bi se smanjilo vrijeme čekanja pred konzulatima.

Sporazumom je određeno da putovanje bez vize može trajati najviše 90 dana, a vjerujem da će se njegovom primjenom smanjiti troškovi putovanja i olakšati međuljudski kontakti. Iako je sporazum sklopljen na neodređeno vrijeme, izrazito važna odredba je da se može u cijelosti ili djelomično suspendirati zbog javnog poretka, zaštite nacionalne sigurnosti ili zaštite javnog zdravlja, nezakonite imigracije ili nakon ponovnog uvođenja obveze posjedovanja vize od strane neke od ugovornih stranaka.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek sklepa Sveta o sklenitvi sporazuma med Evropsko unijo in Ljudsko republiko Kitajsko o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje za imetnike diplomatskih potnih listov v imenu Evropske unije sem podprla.

Državljani EU potrebujejo vizum za vstop na Kitajsko. Sporazum državljanom Unije, ki imajo veljaven diplomatski potni list ali prepustnico EU, in državljanom Kitajske, ki imajo veljaven diplomatski potni list, omogoča potovanje brez vizuma na ozemlje druge pogodbenice za največ 90 dni v katerem koli 180-dnevnem obdobju.

Sporazumu je priložena skupna izjava o razlagi tega 90-dnevnega obdobja v katerem koli 180-dnevnem obdobju. S sporazumom se ustanovi skupni odbor strokovnjakov za njegovo upravljanje. Z odpravo vizumov se bodo zmanjšali čakalni čas na konzulatih in stroški, povezani s potovanji. Olajšani bodo neposredni stiki med ljudmi, ki so bistven pogoj za stabilen razvoj gospodarskih, kulturnih, znanstvenih in drugih vezi, hkrati pa se bodo stiki med njimi okrepili.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque consideramos que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos representa un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios. La importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles como reducir el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos, facilitar los contactos entre ciudadanos y favorecer el desarrollo estable de las relaciones. Además, este acuerdo tiene de positivo que incluye también a los titulares de un salvoconducto («laissez-passer») de la Unión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise l'approbation de l'accord entre l'UE et la Chine relatif à l'exemption de visa de court séjour pour les titulaires d'un passeport diplomatique.

Le rapporteur espère que l'exemption de visa représentera une avancée vers la réalisation d'une exemption totale et réciproque des visas pour les titulaires d'un passeport classique.

Compte tenu des problèmes d'espionnage industriel notamment, cette exemption de visa paraît quelque peu prématurée. Je vote donc contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Umowę w sprawie zniesienia wiz krótkoterminowych dla posiadaczy paszportów dyplomatycznych możemy uznać za jeden z owoców dialogu, jaki Unia Europejska i Chiny prowadzą od 2013 roku w zakresie migracji i mobilności. Warto podkreślić, że na mocy tego porozumienia Chiny nie będą mogły zawiesić lub wypowiedzieć ruchu bezwizowego tylko w stosunku do wybranych państw członkowskich UE. Rada zatwierdziła umowę w styczniu 2016 r. Uważam, że Parlament Europejski powinien wyrazić zgodę na zawarcie tej umowy, tym bardziej że obejmuje ona wszystkich posiadaczy paszportów dyplomatycznych.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A megállapodás arról rendelkezik, hogy a másik szerződő fél területére bármely 180 napos időszakon belül legfeljebb 90 napig vízummentesen utazhatnak be az Unió azon polgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel vagy uniós „laissez-passer"-val rendelkeznek, valamint Kína azon állampolgárai, akik érvényes diplomata-útlevéllel rendelkeznek. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque consideramos que la exención de visados para los titulares de pasaportes diplomáticos representa un progreso hacia la instauración de la plena reciprocidad en la exención de visados para los titulares de pasaportes ordinarios. La importancia de la liberalización del régimen de visados es considerable, dado que sus ventajas son tangibles como reducir el tiempo de espera ante los consulados y los costes asociados a los desplazamientos, facilitar los contactos entre ciudadanos y favorecer el desarrollo estable de las relaciones. Además, este acuerdo tiene de positivo que incluye también a los titulares de un salvoconducto («laissez-passer») de la Unión.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour. Diplomats from China will be able to travel to the Schengen area without visas, and the EU diplomats - to China. Although the concerns about human rights in China remain significant, I regard this agreement as a first step towards visa-free regime with China for all citizens.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement between the European Union and the People's Republic of China on the short-stay visa waiver for holders of diplomatic passports. China is among those countries whose nationals are required to hold a visa when travelling to the Schengen area. EU citizens also need a visa to enter China. The Migration and Mobility Dialogue between the EU and China is the framework under both parties exchange views and discuss possibilities for cooperation on issues of mutual interest on their respective migration policies. The agreement provides for visa-free travel for citizens of the Union holding a valid diplomatic passport or an EU laissez-passer and for citizens of China holding a valid diplomatic passport when travelling to the territory of the other Contracting Party, for a maximum period of 90 days in any 180-day period. I voted in favour because I believe that waiver for holders of diplomatic passports represents a step forward in the establishment of full reciprocal visa waiver for holders of ordinary passports.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Desde la convicción de que posibilitar que aquellos ciudadanos con pasaporte diplomático puedan viajar sin visado (durante un período máximo de 90 días en cualquier período de 180) facilitará e intensificará el contacto directo entre personas y reducirá el tiempo de espera frente a los consulados; de manera que contribuya, en última instancia, al desarrollo efectivo de las relaciones económicas, culturales, científicas y de otra índole entre la Unión y China, he emitido un voto favorable.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Lamentando que sea una medida que sólo beneficia a una minoría de personas en posesión de este tipo de pasaportes diplomáticos, he votado a favor de este acuerdo entre la Unión y China, debido a que entendemos que deben siempre reducirse las trabas que impiden el acceso efectivo al derecho al libre movimiento.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport donne une recommandation d'approbation de l'exemption réciproque de visa, pour une durée maximale de 90 jours, en faveur des citoyens de l'Union titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité ou d'un laissez-passer de l'Union et en faveur des ressortissants de la Chine titulaires d'un passeport diplomatique en cours de validité, accordée entre les deux parties.

Cette pratique est conforme aux pratiques diplomatiques.

Je tiens néanmoins à dénoncer, même si c'est pour la forme, le fait que cet accord soit, comme d'autres, mis en oeuvre avant même de recevoir la recommandation du Parlement européen le concernant. Le parlement européen ne devrait pas être une caisse d'enregistrement et il est utile de le rappeler

Je m'étonne aussi de découvrir que certains de mes collègues sont plus chatouilleux sur les questions de droits de l'Homme quand il s'agit de libéralisation de visas diplomatiques pour la Chine que quand il s'agit de libre échange ou d'externalisation des flux migratoires avec d'autres pays peu connu pour respecter ces mêmes droits.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Em conformidade com o Regulamento (CE) n.º 539/2001 do Conselho, a China é um dos países cujos nacionais devem ser portadores de visto quando viajam para o espaço Schengen. Os cidadãos da UE também necessitam de visto para entrar na China. Além disso, o Sistema de Informação sobre Vistos (VIS) entrou oficialmente em funcionamento em 12 de outubro de 2015, na China. Desde então, todos os requerentes da China devem fornecer os seus dados biométricos aquando do pedido de um visto Schengen.

O acordo prevê a isenção de visto para os cidadãos da União Europeia portadores de passaportes diplomáticos válidos ou de livres-trânsitos da UE, e para os nacionais chineses titulares de passaportes diplomáticos que viajem para o território da outra Parte Contratante, por um período máximo de 90 dias por cada período de 180 dias.

Votámos a favor.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Kompetenz über Visabestimmungen sollte grundsätzlich bei den Mitgliedstaaten liegen. Ein solches Abkommen würde einen weiteren Schritt in Richtung europäisch-zentraler Visaliberalisierung – auch für Inhaber gewöhnlicher Pässe – darstellen. Ich habe diesen Bericht daher abgelehnt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea Parlamentului European referitoare la proiectul de decizie a Consiliului privind încheierea, în numele Uniunii Europene, a acordului dintre Uniunea Europeană și Republica Populară Chineză privind exonerarea de obligația de a deține viză de scurtă ședere pentru titularii de pașapoarte diplomatice.

Acordul UE-China stabilește posibilitatea de a călători fără viză pentru cetățenii UE titulari ai unui pașaport diplomatic valabil sau ai unui permis UE de liberă trecere, precum și pentru cetățenii Chinei titulari ai unui pașaport diplomatic, atunci când călătoresc pe teritoriul celeilalte părți contractante pentru o ședere de maximum 90 de zile pe durata oricărei perioade de 180 de zile. La acord este anexată o declarație comună privind interpretarea acestui termen de 90 de zile în decursul oricărei perioade de 180 de zile.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Dohodu medzi Európskou úniou a Čínou o zrušení vízovej povinnosti som podporila. Samozrejme, nejde o dohodu o úplnom zrušení víz, ale bude sa týkať výlučne krátkodobých (maximálne 90-dňových) pobytov a výlučne držiteľov diplomatických pasov. Rozhovory vedúce k tejto dohode začali už v roku 2013 a členské štáty v rámci Rady dohodu začiatkom tohto roka taktiež odobrili. Myslím si preto, že dohoda splnila všetky požiadavky na jej uzavretie a pomôže pri udržiavaní diplomatických stykov medzi členskými štátmi EÚ a Čínou.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za odobritev sklenitve sporazuma med Evropsko unijo in Ljudsko republiko Kitajsko o odpravi vizumske obveznosti za kratkoročno bivanje za imetnike diplomatskih potnih listov v imenu Evropske unije.

Upam, da odprava vizumske obveznosti za imetnike diplomatskih potnih listov napoveduje vzpostavitev popolne vzajemne odprave vizumske obveznosti tudi za imetnike navadnih potnih listov. Menim, da je liberalizacija vizumskega režima zelo pomembna, saj spodbuja stabilen razvoj gospodarskih, kulturnih, znanstvenih in drugih vezi med EU in Kitajsko.

8.4. Mitgliedstaaten, die hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffen bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht sind (A8-0292/2016 - Iskra Mihaylova)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di relazione prevede l'estensione dei meccanismi di cofinanziamento a Grecia e Cipro (per via delle loro difficoltà relative alla crisi) relativamente ai programmi FESR e FSE oltre il 2016 e sino a chiusura programmazione, ma senza nessuna modifica dell'entità degli stanziamenti. Ho perciò votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We voted against this legislative report because we do not feel that British taxpayers' money should be used to prop up vanity and propaganda projects in Europe. We note that the alleged financial difficulties in southern Europe that are being used to justify this additional support are largely to blame on the EU and its failing and doomed Euro currency. We fail to see how the EU, which created this mess, could possibly solve it.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque su ejecución práctica contribuye a reducir ligeramente las consecuencias de los recortes aplicados en Estados miembros como Grecia o Chipre y que han afectado de modo extremo a las clases socioeconómicas más vulnerables. Con esta modificación del Reglamento se incrementan los pagos para los Estados miembros que sufren dificultades presupuestarias. Aunque es una medida insuficiente supone un paliativo, y ésta debe ser la orientación que tomen las instituciones para mitigar los efectos de la crisis económica y no la aplicación de sanciones y la suspensión de pagos con las que el Consejo y la Comisión amenazan a España y Portugal.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – Au regard de leur endettement, les États membres concernés par ce texte sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance de la croissance économique.

Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement) mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens dans le cadre des politiques d'austérité imposées par la commission. Enfin, je me suis abstenu sur ce texte car, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report, which supports amending the regulation on financial management for Member States experiencing serious difficulties with financial stability where this is affecting these countries' ability to co-fund regional projects. Specifically, it addresses temporarily increasing payments under ESIF programmes for Greece and Cyprus. This 'top-up' doesn't affect the overall ESIF allocations in 2014-2020.

For Greece, because of the ongoing difficulty it is facing with implementing the austerity measures of the 'economic adjustment programme', it allows interim payments 10 percent above the co-financing rate for the ERDF, ESF, Cohesion Fund, EAFRD and EMFF.

While Cyprus exited its 'adjustment programme' in March, the report also recognises the ongoing fragility of the economy of Cyprus, and therefore extends a co-financing rate of 85 percent for all operational programmes supported by the ERDF and ESF in Cyprus until the closure of those programmes.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit une prorogation de 85% du financement jusqu'à la fin de l'exercice 2014-2020 des aides apportées à Chypre et à la Grèce. Nous ne devons pas oublier la récente crise financière et économique exerce une pression sur les économies nationales. Les budgets nationaux sont sous pression. Par conséquent, dans de nombreux États membres, les investissements des Fonds structurels européens demeurent fondamentaux pour la survie de ces économies.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. — Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1303/2013 του Συμβουλίου όσον αφορά ορισμένες διατάξεις σχετικά με τη χρηματοοικονομική διαχείριση για ορισμένα κράτη μέλη που αντιμετωπίζουν ή απειλούνται από σοβαρές δυσκολίες όσον αφορά τη χρηματοοικονομική τους σταθερότητα, διότι θεωρώ ότι αποτελεί μια ευνοϊκή εξέλιξη, δεδομένης της πίεσης που δέχονται οι εθνικές οικονομίες των κρατών μελών λόγω της οικονομικής κρίσης.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Gemäß Dachverordnung sollte die EU-Kommission vor dem 30. Juni 2016 u.a. die sogenannte Aufstockung, die im Jahr 2010 für die Mitgliedstaaten mit den größten Haushaltsschwierigkeiten eingeführt wurde, prüfen. Das heißt, diejenigen Mitgliedstaaten, die Anpassungsprogramme durchführen oder seit 2007 eines durchführen mussten, erhalten auf Antrag zusätzliche Zahlungen in Höhe von 10 % auf alle gemeldeten Ausgaben und während der Durchführung des Programms weiterhin Zahlungen, die 10 % über dem maximalen Kofinanzierungssatz liegen. Dies ermöglicht es, EU-Zahlungen im Vergleich zum ursprünglichen Finanzierungsplan vorzuziehen. Zwar führt dies zu einer Verringerung des Gesamtfinanzvolumens für das jeweilige Land, jedoch unterstütze ich diesen Vorschlag, da er zusätzliche Liquidität zur Fortführung bzw. Beendigung bereits laufender Projekte ermöglicht, zu einer Verringerung der erforderlichen nationalen Ergänzungsfinanzierung und somit zu einer Entlastung der nationalen Haushalte führt und die Gefahr, Mittel zu verlieren, verringert.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – C'est dans un contexte de politique d'austérité que le règlement nº 1303/2013 prévoit d'accorder une majoration du taux de cofinancement des États ayant bénéficié d'une assistance financière de la part de l'Union européenne après le 31/12/2013. La proposition actuelle permettrait à la Commission européenne de continuer à effectuer des paiements majorés en faveur de tout État membre bénéficiant d'une assistance financière après le 30/06/2016 sans pour autant modifier la dotation globale des Fonds ESI pour la période 2014/2020.

Ces majorations concernent la Grèce qui poursuit son programme d'ajustement et Chypre qui bénéficie jusqu'au 30 juin 2017 d'un taux de cofinancement exceptionnel de 85% pour tous les programmes opérationnels issus du FEDER et du FSE. Endettés, ces États membres sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance économique.

Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement) mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens.

Enfin, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents. Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because it makes it easier for the EU to fund struggling EU countries.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport car la proposition de la Commission apporte une solution précise et neutre sur le plan budgétaire aux problèmes temporaires de liquidités rencontrés par deux États membres.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Finansų ir ekonomikos krizės laikotarpiu valstybės narės ėmėsi griežto taupymo priemonių, kad subalansuotų savo biudžetus. Ypač didelės ekonominės problemos jaučiamos Graikijoje ir Kipre. Todėl tokioje situacijoje reikia užtikrinti pagrindines ES finansavimo priemones, o svarbiausia Europos struktūrinių ir investicijų fondų (ESIF) įgyvendinimą. Bendrųjų nuostatų reglamento (BNR) 24 straipsnio ir 120 straipsnio 3 dalies tikslas – padėti valstybėms narėms, patiriančioms laikinų biudžeto sunkumų ir gaunančioms finansinę paramą, kuo geriau pasinaudoti investavimo galimybėmis, numatytomis pagal Europos struktūrinius ir investicijų fondus 2014-2020 m. programavimo laikotarpiu.

Todėl pritariu, kad, atsižvelgiant į ekonominę padėtį atitinkamose valstybėse, laikotarpis, per kurį gali būti teikiama papildoma parama, galėtų būti pratęstas.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a strukturális alapok társfinanszírozására vonatkozó rendelkezések módosításáról szól. A módosítás annak érdekében történik, hogy a pénzügyi nehézségekkel küzdő gyengébben fejlett államok társfinanszírozását a szokásos 50 százalékról 10 százalékponttal megemelje.

Az európai strukturális alapokra vonatkozó rendelet szerint átmeneti költségvetési nehézségekkel küzdő országok esetében a társfinanszírozást ilyen mértékben meg lehet emelni, de egyes esetekben a társfinanszírozás szintje ennél magasabb is lehet. Görögország a kiigazítási program hatálya alatt áll, és így részesül 2018 harmadik negyedévéig az ehhez kapcsolódó pénzügyi támogatásban. Mivel azonban Görögországnak pénzügyi stabilitása tekintetében még mindig komoly nehézségekkel kell szembenéznie, az átmeneti költségvetési nehézségekkel küzdő tagállamok esetében a kifizetések megemelésének alkalmazását meg kell hosszabbítani.

Ciprus kiigazítási programja 2016 márciusában véget ért. Ugyanakkor Ciprus gazdasági helyzete továbbra is bizonytalan, amit lassú növekedési rátája, csökkenő beruházásai, magas munkanélküliségi rátája és pénzügyi szektorának ingatagsága is tükröz. A nemzeti költségvetésre nehezedő nyomás enyhítése és az igencsak kívánatos beruházások felgyorsítása érdekében a támogatott ciprusi programok esetében a 85%-os társfinanszírozási arány alkalmazását az operatív program lezárásáig meg kell hosszabbítani.

Megítélésem szerint a megemelt társfinanszírozás indokolt, mert ezek az országok eddig is komoly áldozatokat hoztak, hogy az Unió vezetése irreális gazdaságpolitikai elvárásainak megfeleljenek, ezért támogattam az indítványt.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Au regard de leur endettement, ces États membres sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance de la croissance économique. Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement) mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens.

Enfin, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France qui subiront des retards de paiement encore plus importants. Je me suis abstenu sur ce rapport qui ne propose pas de solution viable.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Jusqu'au 30 juin 2016, les États membres connaissant des difficultés budgétaires temporaires et ayant bénéficié d'une assistance financière pouvaient demander à bénéficier d'une augmentation de 10 points de pourcentage au-dessus du taux de cofinancement habituellement applicable dans le cadre des fonds structurels et d'investissement européens (Fonds ESI: FEDER, FSE, Fonds de cohésion, FEADER et FEAMP).

Afin de garantir que les États membres connaissant des difficultés budgétaires temporaires puissent poursuivre la mise en œuvre des programmes relevant des Fonds ESI, le Parlement européen propose notamment de couvrir la période allant jusqu'au 30 juin de l'année qui suit l'année civile au cours de laquelle l'État membre cesse de recevoir une aide financière, permettant ainsi d'étendre la période d'éligibilité jusqu'à un maximum de 18 mois.

Au vu des difficultés que rencontre l'Europe à récupérer des conséquences de la crise financière et économique de 2007 et de la nécessité de faire de l'Union Européenne un projet davantage axé sur la solidarité entre États membres, j'ai voté en faveur de ce texte.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – In un momento difficile dal punto di vista politico per l'UE, impegnata ad affrontare l'esito del voto in Gran Bretagna e la grave crisi dei migranti, alcuni Stati membri si trovano ancora a risentire dei pesanti effetti della crisi economica e finanziaria che ha sconvolto il mondo a partire dal 2008. Il problema del debito crescente e il susseguirsi di manovre di austerità, adottate per risanare i bilanci, hanno aggravato una situazione già complessa che per essere risolta richiederebbe non solo procedure di risanamento dei bilanci ma soprattutto investimenti per sostenere la crescita e l'occupazione.

Ho votato a favore della relazione Mihaylova perché ritengo fondamentale garantire agli Stati membri che si trovano in gravi difficoltà un aiuto finanziario per sfruttare al meglio le opportunità di investimento offerte dai fondi SIE. Ad oggi solo la Grecia beneficia di un programma di assistenza. Con l'approvazione della modifica al regolamento (UE) 1303/2013 l'estensione di tale disposizione si applicherà anche a paesi come Cipro, Irlanda, Romania e Portogallo. Si tratta di misure necessarie e che non incideranno sul bilancio dell'Unione perché l'aumento temporaneo degli stanziamenti sarà compensato da una riduzione dei pagamenti verso la conclusione dei programmi 2014-2020.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de la Comisión, ya que es una solución temporal para paliar los problemas de liquidez de los Estados miembros, en concreto la Comisión propuso modificar el Reglamento relativo a la gestión financiera de los Estados miembros que sufren graves dificultades con respecto a su estabilidad financiera. La crisis financiera y económica ha ejercido presión sobre las economías nacionales y los Estados miembros han adoptado medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Dado que los presupuestos nacionales están bajo tensión, puede ser difícil para los países que experimentan dificultad presupuestaria encontrar fondos suficientes para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Estamos de acuerdo con esta solución específica y presupuestariamente neutra a los problemas transitorios de liquidez a que se enfrentan Grecia y Chipre. En momentos de gran presión sobre los presupuestos propios de estos Estados, hay que hacer todo lo posible por que sus restricciones no afecten a su capacidad de participar en programas europeos especialmente centrados en políticas de desarrollo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Avec les politiques d'austérité voulues par la Commission européenne et la limitation des investissements de fait, de nombreux pays ne parviennent plus à cofinancer les projets admissibles à l'obtention des Fonds structurels européens. Le règlement (UE) nº 1303/2013 prévoit d'accorder une majoration du taux de cofinancement des États ayant bénéficié d'une assistance financière de la part de l'Union européenne après le 31 décembre 2013. La proposition actuelle permettrait à la Commission européenne de continuer à effectuer des paiements majorés en faveur de tout État membre bénéficiant d'une assistance financière après le 30 juin 2016 sans pour autant modifier la dotation globale des Fonds ESI pour la période 2014/2020, en ce qui concerne notamment la Grèce et Chypre.

Bien que ces majorations soient bonnes à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies de ces pays; elles rendent les pays plus dépendants et engendrent des retards de paiement encore plus importants pour d'autres pays comme la France. Je me suis donc abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante l'obiettivo della relazione sia aumentare lo stanziamento di fondi UE per i paesi membri in difficoltà di bilancio, questa proposta non risolve il problema di base che si chiama euro. Fino a che gli Stati membri saranno imprigionati nei vincoli della moneta unica, una moneta sbagliata che soffoca i nostri imprenditori e i risparmiatori, qualsiasi tentativo di alleggerimento del fardello euro sarà insufficiente. L'unica soluzione è tornare alle monete nazionali per far ripartire la nostra economia. Per questi motivi ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera y económica ha sometido a presión a las economías nacionales, y los Estados han recurrido a medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. En este contexto, resulta imprescindible garantizar una óptima ejecución de los Fondos Europeos. Con los presupuestos nacionales sometidos a presión, puede resultar difícil para los países que experimentan dificultades presupuestarias encontrar suficientes fondos para la cofinanciación nacional de los proyectos.

El artículo 24 y el artículo 120, apartado 3, del Reglamento sobre Fondos Europeos se crearon para ayudar a aquellos Estados que atraviesan dificultades presupuestarias transitorias.

En la actualidad, Grecia es el único país acogido a un programa de ayuda financiera. Dado que la situación económica de Grecia sigue siendo muy frágil, la Comisión ha propuesto prorrogar las disposiciones relativas al complemento. Por otro lado, Chipre ha venido sufriendo dificultades económicas y una reducción de las inversiones durante un período prolongado, por lo que se le concedió un mayor porcentaje de cofinanciación —del 85 %— entre el 1 de enero de 2014 y el 30 de junio de 2017, cuya prórroga se propone asimismo hasta el cierre de los programas del período 2014-2020.

He votado a favor de esta propuesta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas Bendrųjų nuostatų reglamentas (BNR), pagal kurį Komisijai sudaromos sąlygos valstybėms, patiriančioms ekonominių sunkumų, mokėti didesnius mokėjimus (vadinamuosius papildomus mokėjimus). Finansų ir ekonomikos krizė – našta nacionalinėms ekonomikoms, taigi valstybės narės ėmėsi griežto taupymo priemonių, kad subalansuotų savo biudžetus. Šiomis aplinkybėmis svarbu užtikrinti sklandų pagrindinės ES finansavimo priemonės, o būtent Europos struktūrinių ir investicijų fondų (ESIF), įgyvendinimą. Kadangi nacionaliniams biudžetams tenka didelė našta, valstybėms, patiriančioms biudžeto sunkumų, gali būti sudėtinga rasti pakankamai lėšų regioninės politikos projektų nacionaliniam bendram finansavimui.

Bendrųjų nuostatų reglamento tikslas – padėti valstybėms narėms, patiriančioms laikinų biudžeto sunkumų ir gaunančioms finansinę paramą, kuo geriau pasinaudoti investavimo galimybėmis, numatytomis pagal Europos struktūrinius ir investicijų fondus 2014-2020 m. programavimo laikotarpiu.

Pagal šį teisės aktą išaiškinta, kad Komisija atliks peržiūrą iki 2016 m. birželio 30 d. ir kad, jei reikėtų atsižvelgiant į ekonominę padėtį atitinkamose valstybėse, laikotarpis, per kurį gali būti teikiama papildoma parama, galėtų būti pratęstas. 2016 m. birželio 27 d. Komisija pateikė Europos Parlamentui ir Tarybai teisėkūros pasiūlymą dėl minėto pratęsimo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezték. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – To poročilo sem podprl, ker je izvajanje programov evropskih strukturnih in investicijskih skladov zahtevno, potrebna pa je tudi večja fleksibilnost in možnost hitrejšega odziva Komisije.

Predlog se mi zdi sorazmeren predvsem zaradi ponekod še vedno trajajoče krize in posledično še vedno potrebnih dodatnih prizadevanj za izboljšanje tega mehanizma. Dokler države članice kažejo napredek pri odpravi proračunskega primanjklja in je razviden napor k izboljšanju stanja javnih financ, jim lahko namenimo tudi nekaj več časa za odpravo pomanjkljivosti.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Nedavna financijska i gospodarska kriza stavila je velik pritisak na nacionalne ekonomije te su nacionalni proračuni prenapregnuti. U mnogim zemljama članicama, investicije europskih strukturnih i investicijskih fondova su glavni, ako ne i jedini izvor ulaganja.

Međutim, za zemlje s proračunskim deficitom, teško je uopće pronaći sredstva za nacionalno sufinanciranje projekata kohezijske politike. Stoga, podržavam ovo Izvješće o financijskoj pomoći zemljama članicama s proračunskim deficitom.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Nous nous trouvons ici face à une situation de pompier pyromane: après avoir mis à genoux les économies de Chypre et de la Grèce, les autorités européennes se préoccupent, dans ce règlement, d'augmenter les taux de cofinancement applicables aux fonds structurels européens pour ces pays.

Cependant, comme je suis favorable à ce que l'on vienne en aide à ces peuples pris en otages je ne voterai pas contre.

Je me suis donc abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I decided to support this resolution on the proposal to amend EU Regulation No 1303/2013 because I think it is important to financially sustain Member States which have temporary budgetary difficulties. Indeed, this resolution proposes to increase payments from the European Structural and Investment Funds by 10 percentage points. In particular, I believe that Greece needs our solidarity and the EU has to commit to helping it in its economic recovery.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il perdurare della crisi economica e finanziaria apertasi a livello globale nel 2008 grava sulle risorse finanziarie nazionali mentre gli Stati membri perseguono le necessarie politiche di risanamento di bilancio. In tale contesto è particolarmente importante, in termini di investimenti a favore della crescita e dell'occupazione, garantire che l'attuazione dei programmi che ricevono il sostegno a titolo dei fondi SIE (Fondi strutturali e di investimento europei) sia agevole. Al momento attuale, invece, tale attuazione è difficile sia per problemi procedurali, sia a causa dei problemi di liquidità derivanti dal risanamento di bilancio. Ciò vale particolarmente per gli Stati membri più colpiti dalla crisi che hanno ricevuto un sostegno finanziario tramite un programma di aggiustamento. Sarebbe forse di aiuto se si istituisse a livello di Unione europea un meccanismo temporaneo che consenta alla Commissione di aumentare i rimborsi sulla base delle spese certificate nel quadro dei fondi SIE e di riconoscere un tasso di cofinanziamento maggiore per tutti i programmi operativi dei paesi in difficoltà che ricevono il sostegno del FESR e del FSE.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Sous la pression de la Commission européenne, les États membres mettent en œuvre des plans d'austérité en vue de réduire leur déficit budgétaire à 3% du PIB. Austérité qui a provoqué une chute de l'investissement public en particulier dans les pays du sud de l'Europe qui ne parviennent plus à cofinancer les projets d'investissement public éligibles à l'obtention des fonds structurels européens.

C'est dans ce contexte que ce rapport demande la prolongation du mécanisme visant à majorer les taux de cofinancement dans les États membres bénéficiant d'une assistance financière après le 30 juin 2016. Seuls la Grèce et Chypre sont concernés par ce dispositif. Bien que ces majorations puissent s'avérer bénéfiques à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économiques grecque et chypriote mais les rendront au contraire dépendantes des fonds structurels européens.

Par ailleurs, à crédits de paiement constants, ce mécanisme accentuera les retards de paiement dans les autres États membres au détriment des bénéficiaires des fonds structurels. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Chiar dacă au trecut câțiva ani de la criza economică care a afectat toate statele lumii, aceasta încă mai exercită o presiune asupra economiilor naționale. Statele membre UE sunt nevoite să ia măsuri de austeritate pentru a-și echilibra bugetele, fiind necesară punerea în aplicare a fondurilor structurale și de investiție europene. Aceste fonduri sunt necesare în condițiile în care bugetele naționale se află sub presiune, iar țările întâmpină probleme în găsirea fondurilor suficiente pentru cofinanțarea proiectelor din cadrul politicii regionale.

Modificarea cuantumului plăților ar putea fi foarte benefică statelor care se confruntă cu dificultăți economice, modificare care implică o creștere temporară a creditelor de plată.

Am acordat un vot favorabil raportului privind anumite state membre care se confruntă cu dificultăți grave sau sunt amenințate de astfel de dificultăți cu privire la stabilitatea lor financiară deoarece consider că este necesar ca UE să vină în ajutorul tuturor statelor membre care se confruntă cu instabilitate financiară, fapt benefic în primul rând pentru statele care necesită aceste credite, dar, nu în ultimul rând, este benefic pentru UE.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – După această perioadă de criză financiară și economică în care statele membre au luat măsuri de austeritate pentru a-și echilibra bugetele, este nevoie ca UE să pună în aplicare principalul său instrument de finanțare: fondurile structurale și de investiții europene (fondurile ESI) pentru a le ajuta în cadrul politicii regionale.

Pe lângă România, alte patru state membre (Irlanda, Portugalia, Cipru și Grecia) au fost eligibile pentru o mărire a plății în temeiul articolului 24 din Regulamentul (UE) nr. 1303/2013. România, Irlanda, Portugalia și Cipru și-au finalizat programele de ajustare economică. Dintre acestea, doar Grecia face încă obiectul unui program de ajustare și beneficiază de asistență financiară conexă până în al treilea trimestru al anului 2018.

Ținând seama de faptul că Grecia se confruntă în continuare cu dificultăți grave în ceea ce privește stabilitatea sa financiară, ar trebui prelungită durata aplicării unei măriri a cuantumului plăților pentru statele membre care se confruntă cu dificultăți bugetare temporare. Prin urmare, susțin propunerea Comisiei fără amendamente în cadrul unei proceduri accelerate.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della modifica al regolamento (UE) 1303/2013 relativo alla gestione finanziaria per alcuni Stati membri che consente a paesi che si trovano maggiormente in difficoltà finanziarie di usufruire di un maggior sostegno da parte dell'Europa. In un questo periodo di grave crisi economica, è importante garantire loro la necessità di un'agevole attuazione dei fondi strutturali e di investimento europei.

La modifica del regolamento in questione consente di aumentare i cosiddetti «reintegri» a favore di quei paesi che necessitano di ritrovare stabilità finanziaria come Cipro, Irlanda, Romania e Portogallo. In questo momento solo la Grecia beneficia di un programma di assistenza finanziaria e pertanto l'estensione di tali disposizioni si applicherà anche ai paesi sopraindicati.

Sostenere gli sforzi di risanamento e di investimento permetterà a questi paesi di avere più tempo a disposizione per raggiungere il pareggio di bilancio, gestire efficientemente i progetti di finanziamento garantiti dall'UE e portare a un maggiore sviluppo dell'economia nazionale. Le modifiche non incideranno sul bilancio UE, in quanto l'aumento temporaneo degli stanziamenti di pagamento sarà compensato da una riduzione dei pagamenti verso la fine dei programmi 2014-2020.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. The Commission proposed amending the regulation relating to financial management for Member States experiencing serious difficulties with respect to their financial stability. As national budgets are under strain, it may be hard for countries experiencing budgetary difficulty to find sufficient funds for national co-financing of regional policy projects. The proposed regulation allows the Commission to make increased payments under ESIF programmes to these countries. At the request of a Member State, interim payments may be increased by 10 percentage points above the co-financing rate applicable to each priority for the European Regional Development Fund (ERDF), European Social Fund (ESF) and the Cohesion Fund, or to each measure for the European Agricultural Fund for Rural Development (EAFRD) and the European Maritime and Fisheries Fund (EMFF). The 'top-up' does not change the overall ESIF allocations in 2014-2020.

This concerns the case of Greece. For the case of Cyprus, the Commission proposed that the period of eligibility for Cyprus for the co-financing rate of 85% will continue until the closure of the 2014-2020 programmes. This will give Cyprus more time to balance its budget and at the same time run the ERDF and ESF projects.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We voted against this legislative report because we do not feel that British taxpayers' money should be used to prop up vanity and propaganda projects in Europe. We note that the alleged financial difficulties in southern Europe that are being used to justify this additional support are largely to blame on the EU and its failing and doomed Euro currency. We fail to see how the EU, which created this mess, could possibly solve it.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the extension of the provisions for financial assistance after coming under economic adjustment programmes due to the persistent fragile nature of the economies of both Cyprus and Greece. I believe that the Commission proposal is a focused and budget-neutral solution to the temporary liquidity problems faced by both EU Member States. I therefore voted in favour of the Commission proposal without any amendment.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che accoglie, senza emendamenti, la proposta della Commissione di modificare gli articoli 24 e 120 del regolamento sulle disposizioni comuni, proponendo l'estensione del *top-up* del cofinanziamento a Grecia e Cipro (per via delle loro difficoltà relative alla crisi) per i programmi FESR e FSE oltre il 2016 e sino a chiusura programmazione.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με τη χρηματοοικονομική διαχείριση για ορισμένα κράτη μέλη που αντιμετωπίζουν ή απειλούνται από σοβαρές δυσκολίες όσον αφορά τη χρηματοοικονομική τους σταθερότητα. Τα τελευταία χρόνια η Ευρώπη έχει έρθει αντιμέτωπη με τις δυσκολίες της οικονομικής κρίσης και όλοι μας έχουμε αντιληφθεί τη σπουδαιότητα ανάλογων καταστάσεων. Οφείλουμε να υποστηρίζουμε κράτη μέλη τα οποία απειλούνται από χρηματοοικονομική αστάθεια. Ως εκ τούτου, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Votare favorevolmente all'estensione dei pagamenti intermedi dei fondi strutturali e di investimento europei (SIE) agli Stati membri versanti in una perdurante e onerosa difficoltà di bilancio rappresenta una scelta da cui discostarsi non è un'opzione. Infatti, la crisi che ormai da anni pervade l'UE va debellata quanto prima con ogni mezzo. Dunque, agevolare l'attuazione dei fondi SIE, il principale strumento di finanziamento di cui dispone l'Unione, è un imperativo categorico, a patto che non venga modificato l'insieme degli stanziamenti previsti per il periodo 2014-2020.

Parimenti, se è vero ciò, come ben enunciato dal provvedimento, va altrettanto riconosciuto come un sostegno finanziario a medio e lungo termine sia realizzabile solo se accompagnato da programmi di aggiustamento macroeconomici adeguati. Di conseguenza, condivido, in linea con quanto previsto dallo stesso regolamento (UE) n. 1303/2013 che il sostegno dell'Unione agli Stati richiedenti non sia superiore alla spesa pubblica di questi ultimi, dal momento che mettere un paese nelle condizioni di camminare sulle proprie gambe non deve significare viziarlo pagandone debiti pregressi o riforme per lo sviluppo inattuate.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 1303/2013 as regards certain provisions relating to financial management for certain Member States experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A crise económica e financeira exerceu forte pressão sobre as economias nacionais tendo os Estados-Membros adotado medidas de ajustamento para equilibrar os respetivos orçamentos.

Com a pressão sobre os orçamentos nacionais, poderá ser difícil aos países em dificuldades orçamentais disporem de recursos suficientes para o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional.

Nesse sentido, com as alterações introduzidas ao Regulamento n.º 1303/2013 é concedida ajuda aos Estados-Membros que enfrentem dificuldades orçamentais temporárias.

O objetivo é aumentar os pagamentos a um Estado-Membro no âmbito de um programa de ajustamento, mediante a aplicação de um complemento de 10 pontos percentuais às taxas de cofinanciamento aplicáveis às prioridades dos programas.

É igualmente proposta alteração ao período durante o qual o país beneficia de assistência financeira e é elegível para pagamentos complementares.

Para o período de 2014-2020, a Comissão propôs a continuidade da elegibilidade de um Estado-Membro até 30 de junho do ano seguinte ao ano civil em que o Estado-Membro deixa de receber assistência financeira.

O aumento do cofinanciamento terá um efeito positivo nas economias dos Estados-Membros em causa, que ficam em condições de mobilizar mais recursos para complementar os esforços de investimento.

Pelo exposto, apoiei o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto l'articolo 24 del RDC consente alla Commissione di aumentare i pagamenti dei programmi dei fondi SIE, i cosiddetti reintegri, a favore dei paesi che incontrano difficoltà di bilancio. La crisi finanziaria ed economica ha messo a dura prova le economie nazionali e gli Stati membri hanno adottato misure di austerità per riequilibrare i loro bilanci. A fronte di questa situazione, è importante garantire un'agevole attuazione dei principali strumenti di finanziamento dell'UE, i Fondi strutturali e di investimento europei (fondi SIE), a fronte anche di bilanci nazionali che sono sotto pressione e che rendono problematico, per i paesi che si trovano in difficoltà finanziarie, reperire fondi sufficienti per il cofinanziamento nazionale dei progetti di politica regionale.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque su ejecución práctica contribuye a reducir ligeramente las consecuencias de los recortes aplicados en Estados miembros como Grecia o Chipre y que han afectado de modo extremo a las clases socioeconómicas más vulnerables. Con esta modificación del Reglamento se incrementan los pagos para los Estados miembros que sufren dificultades presupuestarias. Aunque es una medida insuficiente supone un paliativo, y ésta debe ser la orientación que tomen las instituciones para mitigar los efectos de la crisis económica y no la aplicación de sanciones y la suspensión de pagos con las que el Consejo y la Comisión amenazan a España y Portugal.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Criza financiară și economică exercită o presiune asupra economiilor naționale, iar statele membre au luat măsuri de austeritate pentru a-și echilibra bugetele, ducând la dificultăți bugetare pentru a găsi suficiente fonduri în vederea cofinanțării proiectelor din cadrul politicii regionale. Țări precum Grecia, Cipru, Irlanda, România și Portugalia au fost eligibile pentru plățile suplimentare în perioada 1 ianuarie 2014 - 30 iunie 2016. Grecia este singura țară în care este aplicat în momentul de față un program de asistență financiară, celelalte depășind perioada de aplicare.

Am votat pentru modificarea perioadei în care o țară care primește asistență financiară este eligibilă pentru plățile suplimentare. Acest lucru va putea duce la mărirea capacității administrative de a realiza o absorbție mai mare a fondurilor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem wniosek dotyczący rozwiązania problemu w państwach członkowskich, które borykają się z poważnymi trudnościami w zakresie stabilności finansowej lub są nimi zagrożone. Biorąc pod uwagę konsekwencje kryzysu finansowego i gospodarczego, z jakim przyszło zmierzyć się państwom członkowskim, tak ważne staje się sprawne wdrożenie europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. Uważam, że zaproponowane rozwiązanie, które nie wpłynie na zmianę w rocznych pułapach wieloletnich ram finansowych w odniesieniu do zobowiązań i płatności, jest najlepszą odpowiedzią na tymczasowe problemy z płynnością w państwach członkowskich.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as the financial and economic crisis has put pressure on national economies. Therefore, it is important to ensure the smooth implementation of the main EU funding tool, the European Structural and Investment Funds (ESIF). In many Member States, investments by the European Structural and Investment Funds are the main source of investment, and thus we must ensure a beneficial implementation of the Fund.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La relazione accoglie senza emendamenti la proposta della Commissione di permettere a cinque Stati membri (Romania, Irlanda, Portogallo, Cipro e Grecia) di beneficiare di un aumento dei pagamenti poiché in fase di realizzazione di programmi di aggiustamento economico. In pratica si propone l'estensione del *top-up* del cofinanziamento per i programmi FESR e FSE oltre il 2016 e sino a chiusura programmazione, ma senza nessuna modifica per il budget comunitario.

Pertanto, accolgo con favore la proposta della Commissione europea, e quindi anche la relazione della relatrice, cosi come avevo fatto d'altronde l'anno scorso per il provvedimento di anticipo del prefinanziamento alla Grecia. In un momento così difficile, un tasso di cofinanziamento più alto è fondamentale per finanziare quegli investimenti pubblici che possono aiutare il paese e la popolazione e queste proposte della Commissione vanno nella direzione giusta.

Il Movimento Cinque Stelle si è sempre mostrato favorevole a misure di questo tipo, dando voce alle necessità dei cittadini e appoggiando i governi che la sanno ascoltare. La lotta all'austerità è una delle nostre priorità contro la miopia europea e, come prevedevamo, i fatti ci stanno dando ragione.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La situation financière de Chypre et de la Grèce est telle que sans assistance de la part de l'Union européenne, la pérennité de projets, cofinancés par ces États et des Fonds européens, ne serait plus assurée. Afin de préserver ces projets, j'ai voté en faveur du rapport sur la gestion financière de certains États membres qui connaissent de graves difficultés ou une menace de graves difficultés quant à leur stabilité financière. Il est prévu que la hausse temporaire des paiements de l'Union, liée à cette aide supplémentaire, soit compensée par une diminution des paiements avant 2020.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezték. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, és rendes körülmények között az ERFA–ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ugyanakkor tekintettel arra, hogy Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, és hosszú ideje csökken a beruházások mértéke, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban magasabb, 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárultáig, mivel úgy látja, hogy a ciprusi gazdasági helyzet tovább romlott.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - A pénzügyi, gazdasági válság a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezte. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. Görögország az egyetlen ország, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, és rendes körülmények között az ERFA–ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ugyanakkor tekintettel arra, hogy Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban magasabb, 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárultáig, mivel úgy látja, hogy a ciprusi gazdasági helyzet tovább romlott.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – À la demande de la Commission européenne, les États membres appliquent des politiques d'austérité visant à réduire leurs déficits publics à 3% du PIB, provoquant un repli de l'investissement public, notamment en Grèce, au Portugal et à Chypre. Ces pays ne parviennent plus à cofinancer les projets éligibles à l'obtention des fonds européens. C'est dans ce contexte que le règlement nº 1303/2013 prévoit d'accorder une majoration du taux de cofinancement des États ayant bénéficié d'une assistance financière de la part de l'UE après le 31/12/2013.

Le texte permettrait à la Commission de continuer à effectuer des paiements majorés en faveur de tout État membre bénéficiant d'une assistance financière après le 30/06/2016 sans pour autant modifier la dotation globale des Fonds ESI pour 2014/2020.

Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels de ces économies (déficit de compétitivité, surendettement). Elles visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens.

Enfin, à crédits de paiement constants, ces majorations se feront au détriment des pays comme la France, qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents. Aussi, je me suis abstenue.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση. Αν και η έκθεση αφορά ουσιαστικά την Ελλάδα, είμαστε αντίθετοι σε κάθε βοήθεια εκ μέρους της Ένωσης, η οποία βοήθεια μας βάζει ακόμα πιο βαθιά στα δίχτυα του Μνημονίου. Όταν λέμε πως είμαστε εναντίον του Μνημονίου, είμαστε εναντίον όλου του Μνημονίου, ακόμα και των ελάχιστων θετικών προβλέψεων που απορρέουν από αυτό.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programok társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. A Ciprust, Írországot, Portugáliát és Romániát segítő pénzügyi támogatási programok ezen időszak alatt lejártak, Görögország az egyetlen ország, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is igen sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, és rendes körülmények között az ERFA–ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, és hosszú ideje csökken a beruházások mértéke, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárultáig.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A crise económica e financeira exerceu pressão sobre as economias nacionais e os Estados-Membros no sentido de adotar medidas de austeridade para equilibrar os seus orçamentos.

Neste contexto, é importante assegurar a correta execução do principal instrumento de financiamento da UE, os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI). Com os orçamentos nacionais sobre pressão, poderá ser difícil para os países em dificuldades orçamentais encontrar recursos suficientes para o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional.

A legislação indica claramente que a Comissão procederia a um reexame antes de 30 de junho de 2016 e que, caso a situação económica dos países em causa assim o exigisse, o prazo para a prestação de apoio adicional seria prorrogável.

A Comissão apresentou ao Parlamento Europeu e ao Conselho uma proposta legislativa relativa a essa prorrogação, com a qual concordo por ser uma solução precisa e neutra do ponto de vista orçamental para os problemas de liquidez temporários com que se deparam dois Estados-Membros.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: au regard de leur endettement, ces États membres sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance de la croissance économique. Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement) mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens. Enfin, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A crise económica e financeira, como resultado da aplicação das políticas da UE, tem colocado em causa a capacidade dos Estados para responderem às exigências de cofinanciamento dos fundos estruturais e de investimento – que são, aliás, o único vetor (insuficiente) de investimento económico e social na maioria destes países.

Neste contexto, a pedido de um Estado-Membro, os pagamentos intermédios podem ser aumentados em 10 pontos percentuais acima da taxa de cofinanciamento aplicável a cada prioridade para o Fundo Europeu de Desenvolvimento Regional (FEDER), o Fundo Social Europeu (FSE), o Fundo de Coesão, o Fundo Europeu Agrícola de Desenvolvimento Rural (FEADER) e o Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e da Pesca (FEAMP).

A medida é de teor idêntico à já anteriormente adotada para os países intervencionados pela troica. Agora aplica-se exclusivamente à Grécia e a Chipre.

Votámos favoravelmente, muito embora consideremos que esta medida se poderia alargar a outros países.

Naturalmente que se trata, todavia, de um mero paliativo que não resolve a questão de fundo que se prende com os constrangimentos que impedem fluxos adequados de investimento nestes países. Esses constrangimentos – cuja remoção é cada vez mais necessária – prendem-se com as políticas e os instrumentos de submissão dos Estados pela UE, de que o Euro e a União Económica e Monetária são exemplo maior.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – La crisi economica e finanziaria ha posto una considerevole pressione sulle economie nazionali degli Stati membri dell'Unione europea, obbligando questi ultimi a intraprendere misure di austerità per risanare i bilanci. In questa situazione delicata, ritengo essenziale che l'UE garantisca un'adeguata attuazione dei principali strumenti di finanziamento europei, ovvero i Fondi strutturali e di investimento europei. Ho votato a favore della relazione perché propone delle modifiche che potranno aumentare il livello di stanziamenti di pagamento, fornendo un aiuto concreto ai problemi di liquidità di alcuni Stati membri, e allo stesso tempo non andrebbero ad alterare in maniera profonda il bilancio dell'Unione.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto, nonostante alcuni passaggi positivi, resto ancora convinto che le misure necessarie da prendere siano quelle che riguardano il superamento della moneta unica.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση A8-0292/2016. Αν και αφορά ουσιαστικά την Ελλάδα, είμαι αντίθετος σε κάθε βοήθεια εκ μέρους της Ένωσης, η οποία βοήθεια μας βάζει ακόμα πιο βαθιά στα δίχτυα του Μνημονίου. Όταν λέμε πως είμαστε εναντίον του Μνημονίου, είμαστε εναντίον όλου του Μνημονίου, ακόμα και των ελάχιστων θετικών προβλέψεων που απορρέουν από αυτό.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The recent financial and economic crisis puts pressure on national economies. National budgets are under strain. Consequently, in many Member States, investments by the European Structural and Investment Funds are the main or sole source of investment. However, for countries experiencing budgetary deficits, it might be difficult to find funds for the national co-financing of cohesion policy projects. Articles 24 and 120(3) of the Common Provisions Regulation (CPR) intend to help Member States receiving financial assistance and experiencing budgetary deficits. Article 24 allows for so-called 'top-ups' – increased payments under ESIF.

Currently, only Greece has a financial assistance programme in place under Article 24 of the CPR. Given the fragile economic state of Greece, the Commission proposed the continuation of top-up provisions which would otherwise have stopped if the Commission had not come forward with a legislative proposal before the end of the accounting year (30 June 2016).

After a review, the Commission had to come up with a proposal for a possible extension of co-financement rate for Cyprus before 30 June 2016. The legislative proposal foresees the extension of 85% of co-financement until the end of 2014-2020 financial period. I supported the proposal in the Plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések nyomás alá helyezték a nemzeti költségvetéseket. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. A Ciprust, Írországot, Portugáliát és Romániát segítő pénzügyi támogatási programok ezen időszak alatt lejártak, Görögország az egyetlen ország, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is igen sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezték. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. A Ciprust, Írországot, Portugáliát és Romániát segítő pénzügyi támogatási programok ezen időszak alatt lejártak, Görögország az egyetlen ország, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is igen sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que la crisis financiera y económica ha sometido a una gran presión a las economías nacionales, y los Estados miembros han recurrido a medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. En esta situación de especial necesidad, es importante garantizar la buena ejecución del principal instrumento de financiación de la Unión —los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos—, ya que, con los presupuestos nacionales sometidos a presión, puede resultar difícil para los países que experimentan dificultades presupuestarias encontrar suficientes fondos para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional. A petición de un Estado miembro, los pagos intermedios pueden incrementarse en diez puntos porcentuales por encima del porcentaje de cofinanciación aplicable a cada prioridad, lo que es de vital importancia en aquellos Estados que están sufriendo las consecuencias de los ajustes presupuestarios.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di regolamento (UE) n. 1303/2013 del Parlamento europeo e del Consiglio recante disposizioni comuni relative agli Stati membri in difficoltà finanziaria, per fare fronte ai problemi di liquidità particolarmente avvertiti in taluni Stati membri per effetto della crisi economica e finanziaria e favorire l'attuazione dei programmi previsti nel quadro dei fondi strutturali e d'investimento europei (fondi SIE), poiché in taluni Stati membri essi rappresentano le uniche fonti di investimento possibili.

Nello specifico, gli articoli 24 e 120 del regolamento (UE) n. 1303/2013 possono essere usati per aiutare gli Stati membri che stanno attraversando difficoltà temporanee di bilancio e che ricevono conseguentemente aiuto finanziario a sfruttare al massimo le opportunità di investimento offerte dai fondi SIE e attuare i programmi che si sono prefissi, erogando fondi ai progetti, attraverso un aumento della quota cofinanziato dalla Commissione europea.

Ho sostenuto con forza la proposta della commissione per lo sviluppo regionale di accogliere la proposta della Commissione di prolungare l'ammissibilità della Grecia per i pagamenti integrativi per un certo periodo e l'estensione di queste disposizioni a tutti gli Stati membri che dovessero necessitare e beneficiare di un'assistenza finanziaria dopo essere entrati a far parte di un programma di aggiustamento economico.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 zu bestimmten Vorschriften für die finanzielle Abwicklung in Bezug auf bestimmte hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedrohte Mitgliedstaaten gestimmt, der eine Zurückweisung des Vorschlags der Kommission in erster Lesung verlangt. Die Kommission will sich hier Freiräume jenseits der parlamentarischen Kontrolle geben, die ich so nicht mittragen werde.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich erachte europäische Solidarität in Krisenzeiten als besondere Errungenschaft unserer Wertegemeinschaft. Eine solche Solidarität spiegelt sich unter anderem in der Gewährung von höheren Zahlungen an Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltschwierigkeiten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposed modifications because the legislation might temporarily increase payment appropriations, which would be offset by lower payments towards the end of the 2014-2020 programmes. There should not be any changes to the multiannual financial framework annual ceilings for commitments and payments, which are set out in Annex I to Regulation 1311/2013.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché questa è la politica di coesione che vogliamo e che riconosciamo e per cui lavoriamo. Il cofinanziamento è un aspetto determinante dell'uso, del buon uso soprattutto, dei fondi strutturali. Sono tante le amministrazioni locali che incontrano enormi difficoltà a mettere la loro parte di finanziamento nei progetti da realizzare con i fondi strutturali. Aumentare i tassi di cofinanziamento per quei paesi che sono in maggiori difficoltà economiche vuol dire metterli nelle condizioni di poter fare gli investimenti necessari per la crescita, investimenti che senza la politica di coesione non verrebbero mai realizzati.

È una misura importante, ma dobbiamo andare oltre. Il prossimo passo deve essere lo scorporo del cofinanziamento dal patto di stabilità, per sciogliere davvero le catene delle amministrazioni e rilanciare gli investimenti. E proprio chi, come me, intende la politica di coesione a servizio dei territori che ne hanno bisogno non può che condannare a priori la possibilità che la Commissione «sanzioni» Spagna e Portogallo con la sospensione dei fondi strutturali per punirli del loro deficit eccessivo. La politica di coesione non è un'arma in mano alla Commissione, ma un diritto, un privilegio dell'essere Stati membri di un'Unione che deve essere coerente e coraggiosa.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Faisant le constat des difficultés budgétaires et financières rencontrées par certains États membres dans le cofinancement des projets relevant du développement régional, le rapport propose de majorer les paiements faits aux États membres engagés dans un programme d'ajustement après le 30 juin 2016 et de prolonger le taux exceptionnel de cofinancement de 85 % dans le cadre du FEDER et du FSE à Chypre jusqu'à la clôture des programmes de la période 2014-2020.

Il apparaît cependant que ces mesures ne résolvent en rien les problèmes structurels rencontrés par la Grèce et Chypre, mais risquent surtout de les rendre plus dépendants encore aux fonds structurels européens. Par ailleurs, les autres États membres risquent d'avoir à subir les conséquences de ces majorations.

Pour ces raisons, Je me suis abstenue sur ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de la Comisión, ya que es una solución temporal para paliar los problemas de liquidez de los Estados miembros, en concreto La Comisión propuso modificar el Reglamento relativo a la gestión financiera de los Estados miembros que sufren graves dificultades con respecto a su estabilidad financiera. La crisis financiera y económica ha ejercido presión sobre las economías nacionales y los Estados miembros han adoptado medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Dado que los presupuestos nacionales están bajo tensión, puede ser difícil para los países que experimentan dificultad presupuestaria encontrar fondos suficientes para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposed modifications because the legislation might temporarily increase payment appropriations, which would be offset by lower payments towards the end of the 2014-2020 programmes. There should not be any changes to the Multiannual Financial Framework annual ceilings for commitments and payments, which are set out in the Annex I of Regulation 1311/2013.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il doit permettre d'aider les pays rencontrant de réelles difficultés budgétaires à utiliser au mieux les fonds structurels. En effet, la crise met à rude épreuve les budgets nationaux, menaçant, dans certains États membres, le cofinancement de projets de politique régionale. Il faut donc éviter la double peine pour ces États, l'investissement permis par les fonds européens étant souvent un élément clé pour la croissance.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The current proposal would allow the Commission to continue making increased payments to any Member State which will benefit from financial assistance after 30 June 2016 for the period it will be under this support mechanism, without modifying the overall the European Structural and Investment Funds allocation in 2014-2020. Until now programme implementation has been often challenging, not least as a result of the liquidity problems resulting from fiscal consolidation. This is particularly the case for those Member States which have been most affected by the crisis.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések a nemzeti költségvetéseket komoly nyomás alá helyezték. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. A Ciprust, Írországot, Portugáliát és Romániát segítő pénzügyi támogatási programok ezen időszak alatt lejártak, Görögország az egyetlen tagállam, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is igen sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, így az ERFA–ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ugyanakkor tekintettel arra, hogy Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, és hosszú ideje csökken a beruházások mértéke, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban magasabb, 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárulásáig, mivel a ciprusi gazdasági helyzet tovább romlott.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην έκθεση παρέχεται ουσιαστικά στήριξη στη νομοθετική πρόταση του Συμβουλίου, η οποία θα επιτρέψει στη Κύπρο να εφαρμόσει το μέγιστο ποσοστό συγχρηματοδότησης 85% αντί 50% λόγω της εύθραυστης κατάστασης της οικονομίας μας. Παράλληλα, εισηγείται την αύξηση των ενδιάμεσων πληρωμών κατά 10% σε χώρες όπως η Ελλάδα. Για αυτούς τους λόγους, υπερψηφίσαμε την έκθεση

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was very happy to support the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 1303/2013 as regards certain provisions relating to financial management for certain Member States experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability. The proposal for a regulation amends the Common Provision Regulation of European Structural and Investment Funds, with the aim of increasing the co-financing rate for interim payments from 85% to 95% (top-up) for Greece and from 50% to 85% for Cyprus regarding funds from ERDF and ESF until both programmes close. I am happy that the Commission proposal is focused and neutral in terms of budget and will help to solve temporary liquidity problems faced by the two Member States. Thankfully, there is no impact on the MFF annual ceilings for commitments and payments.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Legislativbericht der bulgarischen Abgeordneten Iskra Mihaylova von der liberalen ALDE-Fraktion sieht höhere Zahlungen für Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vor. So sollen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über dem für jede EFRE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Priorität oder jede ELER- und EMFF-Maßnahme geltenden Kofinanzierungssatz aufgestockt werden können. Dafür soll die entsprechende Verordnung Nr. 1303/2013 des Rates geändert werden. Ein solches Vorgehen ist grundsätzlich kritisch zu betrachten, da der Schwerpunkt nicht auf notwendige Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der Haushaltskonsolidierung, dem Bereitstellen professioneller Verwaltungskapazitäten und der Umsetzung nachhaltiger Projekte und Programme gelegt wird. Vielmehr wird wie bei EFSI versucht, mit mehr Geld bestehende Strukturprobleme in den Mitgliedstaaten auszugleichen. Ein solches Vorgehen ist nicht seriös, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt Zakonodavne rezolucije Europskog Parlamenta o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1303/2013 u pogledu određenih odredaba povezanih s financijskim upravljanjem za određene države članice koje su u poteškoćama ili kojima prijete ozbiljne poteškoće u odnosu na njihovu financijsku stabilnost, s obzirom da zbog financijskih poteškoća u kojima se nalaze Grčka i Cipar kojima nedostaju sredstva za javne investicije, tim zemljama se omogućavaju povoljniji uvjeti korištenja sredstava iz europskih strukturnih i investicijskih fondova.

Primjerice stopa sufinanciranja kod projekata za Cipar umjesto 50 % iznosi 85 %, dok kod Grčke taj postotak iznosi 95 %. Takva mjera bi ostala do kraja programskog perioda 2014.-2020.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les États membres sont dans une telle situation d'endettement qu'il leur est difficile de relancer la croissance économique par le biais d'investissements publics. D'ailleurs, cette politique n'aurait pour seul effet que de renforcer la dépendance des économies les plus fragiles aux fonds structurels européens, et ne résoudraient pas les lacunes profondes des États bénéficiaires. Enfin, ces majorations ne doivent pas se faire au détriment des autres économies qui accusent déjà des retards de paiement.

En conséquence, je me suis abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o návrhu nařízení Evropského parlamentu a Rady pozměňujícím nařízení EU o přezkumu zvýšených záloh na dividendy z evropských strukturálních a investičních fondů. Zpráva se zaměřuje na finanční řízení některých členských států EU, které prožívají či jim hrozí vážné obtíže co do finanční stability. Přivítal jsem tento návrh, protože nabízí rozpočtově neutrální východisko z dočasných problémů s likviditou těchto zemí.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Iskra Mihaylova relatif à la prorogation de l'aide accordée aux États rencontrant des difficultés financières temporaires. Certains États membres comme la Grèce et Chypre ne sont en effet pas en mesure de trouver les ressources suffisantes pour le cofinancement national de projets de la politique régionale européenne. Or, des dispositifs sont prévus dans les règlements afin d'aider les États membres en difficulté financière à maximiser les opportunités offertes par les fonds européens.

Le rapport Mihaylova reprend ainsi à son compte la proposition de la Commission européenne pour faire en sorte que les fonds européens ne soient pas perdus pour les pays en difficulté, notamment en majorant les taux de co-financement sans impacter le budget européen. Cette proposition est en effet neutre sur le plan budgétaire.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η χρηματοπιστωτική και οικονομική κρίση ασκεί πιέσεις στις εθνικές οικονομίες και τα κράτη μέλη έχουν λάβει μέτρα λιτότητας προκειμένου να ισοσκελίσουν τους προϋπολογισμούς τους. Σημαντικό είναι, στην κατάσταση αυτή, να διασφαλιστεί η ομαλή εφαρμογή του κύριου χρηματοδοτικού μηχανισμού της ΕΕ, δηλαδή των Ευρωπαϊκών Διαρθρωτικών και Επενδυτικών Ταμείων (ΕΔΕΤ). Υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση, καθώς στηρίζω τις λεγόμενες «συμπληρωματικές» πληρωμές, στο πλαίσιο των προγραμμάτων των ΕΔΕΤ, σε χώρες που αντιμετωπίζουν οικονομικές δυσκολίες.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Da es sich um eine budgetneutrale Lösung handelt, um temporäre Liquiditätsprobleme bei der Finanzierung von regional wichtigen Projekten und Förderungen aus den ESI-Fonds abzufedern, stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the proposed modifications because the legislation might temporarily increase payment appropriations, which would be offset by lower payments towards the end of the 2014-2020 programmes. There should not be any changes to the Multiannual Financial Framework annual ceilings for commitments and payments, which are set out in the Annex I of Regulation 1311/2013.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Legislativbericht der bulgarischen Abgeordneten Iskra Mihaylova von der liberalen ALDE-Fraktion sieht höhere Zahlungen für Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vor. So sollen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über dem für jede EFRE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Priorität oder jede ELER- und EMFF-Maßnahme geltenden Kofinanzierungssatz aufgestockt werden können. Dafür soll die entsprechende Verordnung Nr. 1303/2013 des Rates geändert werden. Ein solches Vorgehen ist grundsätzlich kritisch zu betrachten, da der Schwerpunkt nicht auf notwendige Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der Haushaltskonsolidierung, dem Bereitstellen professioneller Verwaltungskapazitäten und der Umsetzung nachhaltiger Projekte und Programme gelegt wird. Vielmehr wird wie bei EFSI versucht, mit mehr Geld bestehende Strukturprobleme in den Mitgliedstaaten auszugleichen. Ein solches Vorgehen ist nicht seriös, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság és az azt követő megszorító intézkedések a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezték. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat az, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében a közös rendelkezésekről szóló rendelet (CPR) 24. cikke és 120. cikke értelmében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, és rendes körülmények között az ERFA és ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ugyanakkor tekintettel arra, hogy Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, és hosszú ideje csökken a beruházások mértéke, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban magasabb, 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárultáig, mivel úgy látja, hogy a ciprusi gazdasági helyzet tovább romlott.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада с предложението за регламент относно финансовото управление за определени държави членки, които изпитват сериозни затруднения във връзка с финансовата си стабилност или са застрашени от такива затруднения. Смятам, че увеличеното съфинансиране от страна на ЕС ще подпомогне държавите, които изпитват бюджетни затруднения, да отделят средства за допълнителни инвестиции по проекти на регионалната политика и ще окаже положителен ефект върху икономиката на тези страни.

В условията на финансовата и икономическата криза държавите са принудени да предприемат мерки за финансови ограничения, за да стабилизират националните си бюджети. Допълнително финансиране от страна на Комисията ще подпомогне държавите, които все още изпитват големи икономически затруднения и са изправени пред риск да не могат да се възползват пълноценно от европейските структурни и инвестиционни фондове.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — In caso di difficoltà temporanee di bilancio in cui gli Stati membri possono venire a trovarsi, si prevede la possibilità di poter sfruttare appieno le opportunità di investimento offerte dai fondi strutturali di investimento europei. Al fine di assicurare l'utilizzo efficace di tali fondi, si prevede la possibilità per la Commissione di integrare i pagamenti in un dato periodo temporale, ad esempio dal 1º gennaio 2014 al 30 giugno 2016 per quei paesi che hanno ricevuto assistenza finanziaria a partire dal 21 dicembre 2013.

Nel caso della Grecia, in cui la situazione economica è ancora molto fragile, la Commissione propone di prolungare la sua ammissibilità per i pagamenti integrativi. Poiché le modifiche che vengono proposte al rapporto di compressione (RDC) non comportano alcun onore aggiuntivo per il bilancio dell'UE, e in ragione del fatto che questi fondi mirano a ridurre il gap fra le regioni più avanzate e quelle meno avanzate, sono favorevole alla loro previsione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur les États membres qui connaissent de graves difficultés ou une menace de graves difficultés quant à leur stabilité financière. Ce rapport propose de poursuivre la politique visant à majorer les taux de cofinancement en faveur des États membres bénéficiant d'une assistance financière (Grèce et Chypre). Ceci peut être positif à court terme, mais ne s'attaque pas aux racines des problèmes économiques (surendettement, déficit de compétitivité). A crédits de paiement constants, ces majorations risquent d'accroître les retards de paiement dans les autres États membres, notamment en France.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre des politiques d'austérité mises en place par l'UE et visant à réduire le déficit public des États à 3% du PIB, certains États n'arrivent plus à cofinancer les projets éligibles aux fonds structurels européens. C'est pourquoi ce règlement prévoit, notamment pour la Grèce et Chypre, qui ont déjà bénéficié d'une assistance financière de l'UE, un taux de cofinancement exceptionnel de 85% pour les programmes opérationnels issus du FEDER et du FSE.

Même si ces aménagements peuvent-être bénéfiques à court terme, ils ne s'attaquent aucunement aux problèmes structurels de ces États (surendettement, déficit de compétitivité, etc…). De plus, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres, dont la France.

Par conséquent, je me suis abstenu sur cette proposition de règlement.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque su ejecución práctica contribuye a reducir ligeramente las consecuencias de los recortes aplicados en Estados miembros víctimas de programas de ajuste dirigidos por la Troika, como en este caso Grecia y Chipre (y, anteriormente, Rumanía, Irlanda y Portugal), al disminuir los requisitos de cofinanciación de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos. Cabe recordar el efecto perverso de estos requisitos, ya que en muchas ocasiones han impedido que los fondos europeos lleguen allí donde son más necesarios, pues las autoridades nacionales (o regionales) no disponen de recursos suficientes para cubrir su parte.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo, éste aprueba la posición en primera lectura del Consejo sobre la propuesta de modificación del Reglamento (UE) n.º 1303/2013.

Las modificaciones tienen el objetivo de ayudar a aquellos Estados miembros que están pasando por dificultades presupuestarias transitorias y que reciben ayuda financiera para que éstos puedan aprovechar lo máximo posible las oportunidades de inversión que aportan los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos en el período de programación 2014-2020. En ese sentido, se permite aumentar el porcentaje de cofinanciación, lo que puede redundar en resultados positivos como mejorar el saneamiento presupuestario y los esfuerzos de inversión.

Doy mi voto favorable ya que es una solución concreta que ayudará a los Estados miembros en dificultades.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Legislativbericht der bulgarischen Abgeordneten Iskra Mihaylova von der liberalen ALDE-Fraktion sieht höhere Zahlungen für Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vor. So sollen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über dem für jede EFRE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Priorität oder jede ELER- und EMFF-Maßnahme geltenden Kofinanzierungssatz aufgestockt werden können. Dafür soll die entsprechende Verordnung Nr. 1303/2013 des Rates geändert werden. Ein solches Vorgehen ist grundsätzlich kritisch zu betrachten, da der Schwerpunkt nicht auf notwendige Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der Haushaltskonsolidierung, dem Bereitstellen professioneller Verwaltungskapazitäten und der Umsetzung nachhaltiger Projekte und Programme gelegt wird. Vielmehr wird wie bei EFSI versucht, mit mehr Geld bestehende Strukturprobleme in den Mitgliedstaaten auszugleichen. Ein solches Vorgehen ist nicht seriös, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Návrh zvyšuje dotace ze strukturálních fondů státům EU, které se dostaly do problémů s předlužením a berou od EU půjčky (jako např. Řecko). Podíl příspěvků z fondů EU na financování projektů se jim zvyšuje o 10 procent. Podle mě, jestliže spolufinancování programů EU žene země do předlužení, pak se má zvýšit podíl plateb z fondů EU a zmenšit podíl spolufinancování z národních zdrojů pro všechny státy, a ne jen pro Řecko. Nepodporuju návrhy, které jsou ve prospěch jedněch na úkor českého daňového poplatníka.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Criza financiară exercită în continuare o presiune asupra economiilor naționale. Sub această presiune, țările se confruntă cu dificultăți în accesul la fondurile structurale și de investiții europene. Dacă fondurile nu sunt absorbite, statele membre pot primi un ajutor financiar suplimentar. Comisia realizează o evaluare și, dacă situația economică din țările în cauză justifică acest lucru, ajutorul financiar este extins.

Grecia, Cipru, Irlanda, Romania și Portugalia au fost eligibile pentru ajutoare financiare extinse în perioada 1 ianuarie 2014 - 30 iunie 2016. Ajutorul financiar pentru toate aceste țări, în afară de Grecia, a expirat.

Susțin acest raport care conține propunerea Comisiei deoarece el propune modificarea duratei în care o țară este eligibilă pentru plăți suplimentare. Comisia mai propune ca statele membre să continue să fie eligibile până la data de 30 iunie a anului următor anului calendaristic în care acestea încetează să primească asistență financiară.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The aim of proposal is to help those Member States mostly affected by the financial crisis to be able to continue with the implementation of the programmes on the ground, hence injecting funds into the economy. I welcome the Commission proposal as a focussed and budget-neutral solution to the temporary liquidity problems faced by two Member States.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Cieľom nariadenia je pomoc a podpora niektorým členským krajinám pri realizácii projektov financovaných zo štrukturálnych fondov. Ide o krajiny s rozpočtovými problémami, ku ktorým patria Grécko, Cyprus, Írsko, Rumunsko a Portugalsko. Na základe tohto nariadenia sa im na ich požiadanie môže zvýšiť podpora o 10 % nad mieru spolufinancovania pri projektoch financovaných z Európskeho sociálneho fondu, Európskeho fondu regionálneho rozvoja a Kohézneho fondu, alebo na každé opatrenie pre Európsky poľnohospodársky fond pre rozvoj vidieka a Európsky námorný a rybársky fond. Táto dodatočná pomoc pomôže riešiť závažné hospodárske problémy týchto krajín spojené s finančnou a hospodárskou krízou.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1303/2013 του Συμβουλίου όσον αφορά ορισμένες διατάξεις σχετικά με τη χρηματοοικονομική διαχείριση για ορισμένα κράτη μέλη που αντιμετωπίζουν ή απειλούνται από σοβαρές δυσκολίες όσον αφορά τη χρηματοοικονομική τους σταθερότητα, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

Cette proposition de règlement prévoit une augmentation du taux de cofinancement, ainsi que de paiements intermédiaires des fonds structurels pour la Grèce et Chypre. Ces deux pays bénéficient d'une assistance financière de la part de l'Union européenne depuis 2013, suite aux difficultés financières causées par la crise économique de 2008 et la mise en place de la politique européenne d'austérité.

Sans cette augmentation, la Grèce et Chypre ne sont pas capables d'utiliser les fonds structurels qui leur sont accordés et de financer des investissements publics.

En revanche, cela reste une solution à court-terme et risque de rendre les économies grecques et chypriotes encore plus dépendantes aux fonds européens. Par ailleurs, cette augmentation, qui se déroule sans changement du budget annuel, peut retarder les paiements pour les autres États membres, notamment la France.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório apoia a proposta da Comissão em alterar o Regulamento relativo à gestão financeira dos Estados-Membros com dificuldades graves no que diz respeito à sua estabilidade financeira, como uma solução orçamental neutra para os problemas temporários de liquidez enfrentados pelos dois Estados-Membros, Grécia e Chipre. Na medida em que os orçamentos nacionais estão sob tensão, torna-se difícil, senão impossível, para os países com dificuldades orçamentais encontrar fundos suficientes para cofinanciamento nacional dos projetos de política regional. Por estas razões e com os regulamentos propostos, a Comissão terá permissão para aumentar os pagamentos sob programas ESIF para países que estão em dificuldades económicas. Votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La crisis financiera y económica ha sometido a presión a las economías nacionales y los Estados miembros han recurrido a medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Con los presupuestos nacionales sometidos a presión, puede resultar difícil para los países que experimentan dificultades presupuestarias encontrar suficientes fondos para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Mi apoyo a la modificación del Reglamento (UE) n.º 1303/2013 en lo que se refiere a una serie de disposiciones relativas a la gestión financiera para determinados Estados miembros que sufren o corren el riesgo de sufrir graves dificultades en relación con su estabilidad financiera ya que de esta forma podremos garantizar la buena ejecución del principal instrumento de financiación de la Unión, como son los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Budgetprobleme einzelner Mitgliedsstaaten, welche das ESIF-Programm umsetzten. Dieses ESIF-Programm unterstützt, vor allem Projekte im ländlichen Raum. Hier handelt es sich um eine budget-neutrale Lösung. Daher unterstütze ich diesen Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau siūlomoms reglamento pataisoms, nes jos padės valstybėms narėms, patiriančioms laikinų biudžeto sunkumų ir gaunančioms finansinę paramą, kuo geriau pasinaudoti investavimo galimybėmis.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'article 24 et l'article 120, paragraphe 3, du règlement sur les dispositions communes (RDC) ont été conçus pour aider les États membres qui rencontrent des difficultés financières temporaires. Le texte proposé vise à étendre ces dispositions financières spécifiques pour la Grèce et Chypre du fait qu'elles soient confrontées à une situation économique difficile.

La proposition prévoit notamment la possibilité d'augmenter les paiements intermédiaires de 10 % au-dessus du taux de cofinancement applicable aux différents fonds européens (FEDER, FSE, Fonds de cohésion, FEADER, FEAMP). Elle permet également aussi une augmentation du taux de cofinancement de 85% (au lieu de 50%) dans le cadre du FEDER et du FSE jusqu'à la clôture des programmes.

Il s'agit certes d'un aménagement et non pas d'une modification de l'enveloppe financière attribuée à ces deux États membres mais je note que ces dispositions pourront être appliquée à d'autres pays qui connaitraient la même situation. Je vote pour ce texte afin que ces dispositions rentrent en vigueur le plus rapidement possible

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Dans le cadre des politiques d'austérité mises en place par l'UE et visant à réduire le déficit public des États à 3% du PIB, certains États n'arrivent plus à cofinancer les projets éligibles aux fonds structurels européens. C'est pourquoi ce règlement prévoit, notamment pour la Grèce et Chypre, qui ont déjà bénéficié d'une assistance financière de l'UE, un taux de cofinancement exceptionnel de 85% pour les programmes opérationnels issus du FEDER et du FSE.

Même si ces aménagements peuvent-être bénéfiques à court terme, ils ne s'attaquent aucunement aux problèmes structurels de ces États (surendettement, déficit de compétitivité, etc…). De plus, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres, dont la France.

Par conséquent, je me suis abstenue sur cette proposition de règlement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A prolongada crise financeira e económica colocou sob pressão os recursos financeiros nacionais, visto que os Estados-Membros adotam as políticas necessárias de consolidação orçamental.

Neste contexto, assegurar a boa execução dos programas apoiados pelos FEEI (Fundo Europeus Estruturais e de Investimento) é de especial importância para o investimento no crescimento e no emprego. A presente proposta permitirá à Comissão continuar a efetuar pagamentos mais elevados aos Estados-Membros que beneficiam de assistência financeira após 30 de junho de 2016, durante o tempo em que beneficiar deste mecanismo de apoio, sem alterar a dotação global dos FEEI em 2014-2020.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution, as it is essential that members of the Union show solidarity in times of difficulty. The proposed measures would allow Cyprus and Greece to be given top-ups to enable European Structural and Investment Funds to be sufficiently co-financed and bring the most benefit to citizens.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Pour faire face à la crise économique et financière, les EM ont dû adopter des mesures d'austérité. Or, les pays qui ont des difficultés budgétaires (Grèce et Chypre) ont également des difficultés à trouver les ressources nécessaires pour assurer le cofinancement national de projets de politique régional qui permettent de fournir une assistance à l'économie réelle.

Afin de ne pas porter atteinte au bon fonctionnement des Fonds structurels et d'investissement européens, le règlement sur les dispositions communes autorise la commission à procéder à des paiements complémentaires en augmentant ces derniers de 10% au-dessus du taux de cofinancement applicable aux fonds européens (FEDER, FSE, fonds de cohésion, FEADER, FEAMP), sans pour autant modifier la dotation globale des fonds ESI.

Il prévoit pour Chypre une augmentation du taux de cofinancement de 85% au lieu de 50% du FEDER et du FSE pour la période 2014-2020. En rehaussant les taux de cofinancements, nous aidons d'autant ces pays à réaliser des investissements, propices à la relance et créateurs d'emploi. Je soutiens ce rapport qui veut aider la Grèce et Chypre, actuellement en manque de liquidités, et au-delà tout État membre qui se retrouverait dans la même situation.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak az 1303/2013/EU rendeletnek egyes, a pénzügyi stabilitás vonatkozásában komoly nehézségekkel küzdő vagy komoly nehézségek által fenyegetett tagállamok pénzügyi irányításával kapcsolatos rendelkezések tekintetében történő módosítására. A Regionális Fejlesztési Bizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament első olvasatban módosított formában fogadja el a rendelettervezetet. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La proposition permettrait à la Commission européenne de continuer à effectuer des paiements majorés en faveur de tout État membre bénéficiant d'une assistance financière après le 30 juin 2016 sans pour autant modifier la dotation globale des Fonds ESI pour la période 2014/2020. Ces majorations concernent la Grèce, qui poursuit son programme d'ajustement, et Chypre, qui bénéficie jusqu'au 30 juin 2017 d'un taux de cofinancement exceptionnel de 85 % pour tous les programmes opérationnels issus du FEDER et du FSE. Au regard de leur endettement, ces États membres sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance de la croissance économique. Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement), mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes des Fonds structurels européens. À crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres, tels que la France, qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents. Je m'abstiens.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A crise económica e financeira forçou os Estados-Membros a adotarem medidas de austeridade para equilibrarem os seus orçamentos.

O principal instrumento de financiamento da UE, os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI), necessitam de cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional, e com os orçamentos nacionais sobre pressão, alguns Estados Membros encontram dificuldades orçamentais para encontrar recursos suficientes.

Entendo que a presente proposta de alteração à legislação poderá aumentar provisoriamente as dotações para pagamentos, o que seria compensado por uma diminuição dos pagamentos no final dos programas de 2014-2020.

Subscrevo a posição da relatora no sentido de que a proposta da Comissão vai ao encontro de solucionar os problemas de liquidez temporários com que se deparam dois Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1303/2013 prévoit d'accorder une majoration du taux de cofinancement des États ayant bénéficié d'une assistance financière de la part de l'Union européenne après le 31 décembre 2013. À crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France, qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents. De plus, ces majorations ne régleront rien puisque l'euro et l'austérité, responsables des difficultés économiques de ces États, sont maintenus en l'état. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte au sujet de la modification du règlement (UE) nº 1303/2013 en ce qui concerne certaines dispositions ayant trait à la gestion financière pour certains États membres connaissant ou risquant de connaître de sérieuses difficultés du point de vue de leur stabilité financière. Ce texte, neutre sur le plan budgétaire, a pour objectif d'aider les États membres tels que la Grèce ou Chypre qui rencontrent des difficultés financières à mettre en œuvre au niveau national les projets cofinancés par des fonds européens. Concrètement, il s'agit de majorer pour ces pays le taux de cofinancement européen appliqué aux projets FEDER, FSE et Fonds de cohésion. Cela permettra de relancer des projets à l'arrêt en raison des difficultés rencontrées pour mobiliser des fonds nationaux.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Articles 24 and 120(3) of the Common Provisions Regulation (CPR) were designed, following the financial and economic crisis that has put pressure on EU Member States' economies, to offer support to help take advantage of the investment opportunities given by the European Structural and Investment Funds during the 2014-2020 programming period. I am in favour of this report, which will extend the provisions for making increased payments under ESIF programmes to Member States experiencing economic difficulties.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – В резултат на наложената на европейско равнище политика на „затягане на коланите" голяма част от държавните инвестиции в държави членки, изпитващи бюджетни затруднения, бяха прекратени. На този фон европейските структурни и инвестиционни (ЕСИ) фондове се превърнаха в основен мотор на икономиката на тези страни, в които частният сектор отказва да инвестира след идването на световната финансова и икономическа криза.

Смятам, че ако ЕС иска да излезе от кризата, в която се намира, то той трябва да предоставя адекватна помощ на държавите членки, а не да ги изоставя във времена на трудности. На мнение съм, че евентуалното спиране на ЕСИ фондовете в икономики, които вече почти десетилетие изпитват сериозни финансови затруднения, не само ще задълбочи кризата в тези страни, но и ще предизвика верижна реакция в други части на Европа.

Именно заради това подкрепям измененията на член 24 и член 120 на Регламент (ЕС) № 1303/2013, които не прекъсват ЕСИ фондовете за държавите членки, изпитващи временни бюджетни затруднения, а напротив, спомагат за максималното оползотворяване на възможностите за инвестиране, предоставени през програмния период 2014-2020 г.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da es sich hier um eine budgetneutrale Lösung handelt, um temporäre Liquiditätsprobleme für diese regional sehr wichtigen Projekte und Förderungen abzufedern.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa struktuuri- ja investeerimisfondid on mõeldud regionaalpoliitika edendamiseks ning liikmesriikidel on võimalus kandideerida eeldusel, et neil on ka riiklik kaasrahastus tagatud. Resolutsioon võimaldab komisjonil kohandada fondide rahastusreeglite kriteeriume, et finantskriisis rohkem kannatanud liikmesriigid saaksid toetustele paremini kandideerida.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι χώρες που αντιμετωπίζουν δημοσιονομικές δυσκολίες δυσκολεύονται να διαθέσουν επαρκή κονδύλια για τη συγχρηματοδότηση έργων περιφερειακής πολιτικής.

Τα άρθρα 24 και 120 παράγραφος 3 του κανονισμού περί κοινών διατάξεων έχουν στόχο την παροχή αρωγής σε κράτη μέλη τα οποία αντιμετωπίζουν δημοσιονομικές δυσκολίες και λαμβάνουν οικονομική βοήθεια.

Η τροποποίηση της χρονικής περιόδου, κατά την οποία μία χώρα που λαμβάνει οικονομική βοήθεια θα είναι επιλέξιμη για τις συμπληρωματικές πληρωμές και το γεγονός ότι ένα κράτος μέλος συνεχίζει να είναι επιλέξιμο μέχρι την 30ή Ιουνίου του έτους, μετά το ημερολογιακό έτος κατά το οποίο σταματά να λαμβάνει οικονομική βοήθεια μέσω προγράμματος μακροοικονομικής προσαρμογής, είναι βήματα προς την σωστή κατεύθυνση.

Στην Κύπρο, η οποία υπό κανονικές συνθήκες θα λάμβανε το 50% της συγχρηματοδότησης για τα προγράμματα ΕΤΠΑ & ΕΚΤ, παρέχεται ποσοστό συγχρηματοδότησης 85%, επειδή αντιμετωπίζει οικονομικές δυσκολίες και μείωση επενδύσεων.

Η αυξημένη συγχρηματοδότηση θα επηρεάσει θετικά την κυπριακή οικονομία, καθώς έτσι θα μειωθούν τα ποσά που διατίθενται για την εθνική συγχρηματοδότηση και θα υποστηριχθούν οι προσπάθειες για δημοσιονομική εξυγίανση και επενδύσεις.

Για αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η διαδικαστική τροποποίηση του κανονισμού για τα ευρωπαϊκά ταμεία χρηματοδότησης για χώρες που αντιμετωπίζουν «σοβαρές οικονομικές δυσκολίες», όπως η Ελλάδα και η Κύπρος, δεν αφορά κάποια αύξηση της χρηματοδότησης, αλλά την επίσπευση προγραμματισμένων για αργότερα πληρωμών. Πρόκειται για μια ακόμη διευκόλυνση για τους επιχειρηματικούς ομίλους στους οποίους κατά βάση κατευθύνονται τα ευρωπαϊκά κονδύλια - που προέρχονται από τη άγρια φοροαφαίμαξη των λαών - μέσω διαφόρων προγραμμάτων και ταμείων (Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης, Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Ταμείο, Ταμείο Συνοχής κ.α.), παρέχοντάς τους άμεση ρευστότητα για επενδύσεις και αύξηση της κερδοφορίας τους. Οι θριαμβολογίες των αστικών κομμάτων αποτελούν πρόκληση. Οι εργαζόμενοι, οι άνεργοι έχουν πείρα: η απορρόφηση κονδυλίων, στην οποία η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ έχει μάλιστα μεγάλες επιδόσεις, φουσκώνουν τους λογαριασμούς των επιχειρηματικών ομίλων με επιδοτήσεις, ζεστό χρήμα για την κερδοφορία τους, ενώ ο λαός υποφέρει. Όσο για τις θέσεις εργασίας που επικαλούνται, αν και εφόσον αυτές δημιουργούνται, προσφέρουν τις γνώριμες

θέσεις εργασιακής γαλέρας με ελαστική απασχόληση και ψίχουλα της τάξης των 400 - 500 EUR, τρίμηνες - πεντάμηνες συμβάσεις (voucher) με ακόμη λιγότερα και χωρίς ασφάλιση. Για αυτό ο λαός δεν έχει τίποτα να περιμένει από την ΕΕ και τις κυβερνήσεις και πρέπει να παλέψει ενάντια στην πολιτική τους που γεννά και αναπαράγει την εκμετάλλευση και τη γενικευμένη επίθεση στα εργατικά λαϊκά δικαιώματα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We voted against this legislative report because we do not feel that British taxpayers' money should be used to prop up vanity and propaganda projects in Europe. We note that the alleged financial difficulties in southern Europe that are being used to justify this additional support are largely to blame on the EU and its failing and doomed Euro currency. We fail to see how the EU, which created this mess, could possibly solve it.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È indubbio che la crisi economica abbia pesantemente intaccato le risorse finanziarie nazionali e abbia costretto gli Stati dell'Unione ad attuare politiche di risanamento di bilancio. Risulta fondamentale, in tale contesto, perseguire un programma che favorisca la crescita e l'occupazione. La presente proposta fornirebbe risorse finanziarie supplementari consentendo così la necessaria flessibilità di bilancio e facilitando la realizzazione dei programmi SIE (fondi strutturali e di investimento europei). Pertanto, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Among my priorities is the promotion of funding and investment opportunities for projects in the Member States. In this regard I consider it important to ensure the smooth implementation of one of the main EU funding tools, the European Structural and Investment Funds (ESIF). For this and other reasons I supported the Commission's proposal.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Svima je jasno koliko je financijska kriza pogodila Europsku uniju, ali i svaku pojedinu zemlju članicu. Izvršila je osobit pritisak na nacionalna gospodarstva i države članice su bile primorane poduzeti mjere štednje kako bi uravnotežile svoje proračune. Najbolji oblik pomoći oštećenim gospodarstvima su glavni alati financiranja Europske unije - Europski strukturni i investicijski fondovi (ESIF) te se njihova nesmetana provedba mora garantirati.

No, za zemlje koje još uvijek prolaze kroz proračunske teškoće, može biti teško pronaći dovoljno sredstava za nacionalno sufinanciranje projekata regionalne politike. U tome im je potrebna pomoć. Zato su bitni članak 24. i članak 120. stavak 3. Zajedničke odredbe Uredbe (CPR) koji su dizajnirani kako bi države članice, koje su podvrgnute privremenim proračunskim teškoćama i primanju financijske pomoći, dobile veći dio investicijskih mogućnosti koje pružaju ESIF fondovi u programskom razdoblju 2014.-2020.

Vidljivo je razumijevanje Unije za probleme pojedinih zemalja članica, jer zakonodavstvo kaže kako će se, u slučaju upitne i zabrinjavajuće financijske situacije u pojedinim zemljama članicama, vremenski okvir za davanje dodatne financijske potpore moći proširiti. Pozdravljam ovo izvješće i nadam se kako će pomoć zemljama članicama i dalje biti prioritet Unije. Za to se svakako vrijedi boriti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sous la pression de la Commission européenne, les gouvernements des États membres mettent en place des politiques d'austérité afin de réduire leur déficit public à 3 % du PIB, ce qui a provoqué une chute de l'investissement public, notamment en Grèce, au Portugal et à Chypre, où les autorités nationales ne parviennent plus à cofinancer les projets éligibles à l'obtention des fonds structurels européens. Le règlement nº 1303/2013 prévoit d'accorder une majoration du taux de cofinancement des États ayant bénéficié d'une assistance financière de la part de l'Union européenne après le 31/12/2013. Au regard de leur endettement, ces États membres sont dans l'incapacité de financer les investissements publics propices à la relance de la croissance économique. Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote (déficit de compétitivité, surendettement) mais visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens. Enfin, à crédits de paiement constants, ces majorations seront effectuées au détriment des autres États membres tels que la France, qui subiront des retards de paiement encore plus conséquents. Dans ces conditions, je préfère donc m'abstenir car je désapprouve cette politique insensée mais ne souhaite pas pénaliser les peuples que l'UE fait souffrir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Financijska i gospodarska kriza opteretila je nacionalna gospodarstva te su države članice uvele mjere štednje kako bi uravnotežile svoje proračune. Budući da su nacionalni proračuni opterećeni, državama koje imaju proračunske poteškoće možda je teško pronaći dovoljno sredstava za nacionalno sufinanciranje projekata u području regionalne politike.

Zabrinut sam zbog toga što države članice dosada u okviru ovog programskog razdoblja nisu u dovoljnoj mjeri iskoristile sredstva iz europskih strukturnih i investicijskih fondova te pozdravljam svaki pokušaj jamčenja većih i bržih nadoknada državama članicama. Prepoznajem pozitivan učinak koji bi povećanje sufinanciranja imalo na gospodarstva predmetnih država članica, koje bi mogle izdvojiti više sredstava za dodatna ulaganja.

Pozdravljam prijedlog Komisije koji smatram usmjerenim i proračunski neutralnim rješenjem za privremene probleme s likvidnošću s kojima se te dvije države članice suočavaju. Jasno je da bi povećana stopa sufinanciranja pozitivno utjecala na ciparsko gospodarstvo, jer bi se time smanjili iznosi namijenjeni nacionalnom sufinanciranju i stoga podržala financijska konsolidacija i investicijski napori.

Cipar će imati više vremena za postizanje uravnoteženog proračuna, a istovremeno će moći uspješno provoditi projekte u okviru EFRR-a i ESF-a. Međutim, od iznimne je važnosti da predmetne države članice obuhvaćene prijedlogom raspolažu dostatnim administrativnim kapacitetom kako bi ostvarile rezultate u skladu s povećanjem sredstava.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Kryzys finansowy i gospodarczy spowodował presję na gospodarki krajowe, a państwa członkowskie podjęły środki oszczędnościowe w celu zrównoważenia swoich budżetów. W tej sytuacji ważne jest zapewnienie sprawnego wdrożenia głównego narzędzia finansowego UE, a mianowicie europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. Proponowane zmiany w ustawodawstwie mogą spowodować tymczasowy wzrost środków na płatności, który zostałby zrównoważony przez mniejsze płatności pod koniec realizacji programów na lata 2014-2020. Nie powinno to pociągnąć za sobą zmian w rocznych pułapach wieloletnich ram finansowych w odniesieniu do zobowiązań i płatności, które określono w załączniku I do rozporządzenia (UE) nr 1311/2013. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Ce rapport valide une proposition législative de la Commission visant à faciliter un mécanisme de soutien supplémentaire dans la mise en place de la politique régionale de l'Union pour les pays qui connaissent de graves difficultés financières. Ceux-ci n'ont pas suffisamment de moyens pour cofinancer ces programmes. Si aucune décision n'était prise, la politique régionale n'aurait décliné que partiellement dans ces territoires. Je suis heureux d'avoir voté pour ce rapport, dont l'impact budgétaire final est neutre.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O recente contexto de crise económica e financeira exerceu pressão sobre as economias nacionais e obrigou os Estados-Membros (EM) a adotar medidas de austeridade de forma a equilibrar os seus orçamentos.

Assegurar a correta execução do principal instrumento de financiamento da UE, os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI), tornou-se uma tarefa de crucial importância, pois, devido à pressão existente sobre os orçamentos nacionais dos países em maiores dificuldades, estes poderiam não encontrar suficientes recursos para garantir o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional.

A alteração do Regulamento (UE) n.º 1303/2013 permitirá que alguns pagamentos intermédios possam ser aumentados, assim como o período durante o qual os países que beneficiem de assistência financeira sejam elegíveis para o pagamento complementar.

A presente proposta visa ser uma forma justa e neutra do ponto de vista orçamental em facilitar que as economias mais abaladas por conjeturas económicas extraordinárias superem os seus problemas de liquidez e usufruam da melhor forma dos programas comunitários.

Por se tratar de uma medida que exprime bem o termo «solidariedade europeia» em matéria económica e por, infelizmente, conhecermos bem a realidade que esta alteração visa colmatar, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We voted against this legislative report because we do not feel that British taxpayers' money should be used to prop up vanity and propaganda projects in Europe. We note that the alleged financial difficulties in southern Europe that are being used to justify this additional support are largely to blame on the EU and its failing and doomed Euro currency. We fail to see how the EU, which created this mess, could possibly solve it.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por reconhecer que a crise económica e financeira exerceu pressão sobre as economias nacionais e que os Estados-Membros adotaram medidas de austeridade para equilibrar os seus orçamentos.

Neste contexto, é importante assegurar a correta execução do principal instrumento de financiamento da UE – os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI).

Com os orçamentos nacionais sobre pressão, poderá ser difícil para os países em dificuldades orçamentais encontrar recursos suficientes para o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional.

As alterações propostas à legislação poderão aumentar provisoriamente as dotações para pagamentos, o que seria compensado por uma diminuição dos pagamentos no final dos programas de 2014-2020.

Não deverá haver quaisquer alterações nos limites máximos anuais do quadro financeiro plurianual para as dotações de autorização e de pagamento.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A recente crise económica e financeira colocou pressão sobre as economias nacionais e os seus orçamentos. Consequentemente, em muitos Estados-Membros, os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento são a principal ou a única fonte de investimento.

A Comissão do Desenvolvimento Regional aceitou a proposta da Comissão enquanto solução orçamental neutra para ultrapassar os problemas de liquidez nos Estados-Membros e assim ajudar os Estados mais afetados pela crise financeira a continuar com os programas de implementação no terreno através da injeção de fundos na economia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La crisis financiera y económica ha sometido a presión a las economías nacionales, y los Estados han recurrido a medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. En este contexto, resulta imprescindible garantizar una óptima ejecución de los Fondos europeos. Con los presupuestos nacionales sometidos a presión, puede resultar difícil para los países que experimentan dificultades presupuestarias encontrar suficientes fondos para la cofinanciación nacional de los proyectos.

El artículo 24 y el artículo 120, apartado 3, del Reglamento sobre Fondos Europeos se crearon para ayudar a aquellos Estados que atraviesan dificultades presupuestarias transitorias.

En la actualidad, Grecia es el único país acogido a un programa de ayuda financiera. Dado que la situación económica de Grecia sigue siendo muy frágil, la Comisión ha propuesto prorrogar las disposiciones relativas al complemento. Por otro lado, Chipre ha venido sufriendo dificultades económicas y una reducción de las inversiones durante un período prolongado, se le concedió un mayor porcentaje de cofinanciación del 85 %, entre el 1 de enero de 2014 y el 30 de junio de 2017, que se propone asimismo prolongar hasta el cierre de los programas del período 2014-2020.

He votado a favor de esta propuesta.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution relative au règlement modifiant le règlement (UE) nº 1303/2013 du Conseil qui concerne certaines dispositions ayant trait à la gestion financière pour certains États membres qui connaissent de graves difficultés ou une menace de graves difficultés quant à leur stabilité financière. En effet, comme le souligne la rapporteure, il s'agit d'une solution précise et neutre sur le plan budgétaire aux problèmes temporaires de liquidités rencontrés par la Grèce et Chypre.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Šis trumpas, tačiau itin reikalingas reglamentas padės su sunkumais susiduriančioms valstybėms narėms subalansuoti savo viešuosius finansus. Tai ypač svarbu turint omenyje, jog Europos Sąjungos investicijos yra bendrafinansuojamos valstybių narių, kurios neretai iš pradžių investuoja savo lėšas ir tik paskui atgauna dalį jų iš ES fondų. Tai sukuria dideles biudžetines įtampas, ypač tokiose šalyse kaip Kipras, kuris ne tik kenčia nuo finansinių sunkumų, tačiau ir dėl savo ekonominio išsivystymo lygio perėjo iš vienos sanglaudos politikos šalių grupės į kitą.

Todėl palaikau šį teisės aktą kaip europinio solidarumo pavyzdį ir precedentą, kuriuo, tikiuosi, galės pasinaudoti ir kitos su sunkumais susiduriančios ES valstybės narės.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os orçamentos nacionais de alguns Estados-Membros encontram-se sobre pressão na sequência da crise económica e financeira e as consequentes medidas de austeridade tomadas com vista a equilibrar os seus orçamentos, tornando-se difícil para esses países encontrar recursos suficientes para o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional.

Assim, é importante assegurar a correta execução do principal instrumento de financiamento da UE – os Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEI).

Os artigos 24.º e 120.º, n.º 3, do Regulamento Disposições Comuns (RDC), foram concebidos para ajudar os Estados-Membros que enfrentam dificuldades orçamentais temporárias e que beneficiam de assistência financeira para explorar as oportunidades de investimento oferecidas pelos FEEI.

A Comissão Europeia aferiu se a situação económica dos países em causa exigia uma prorrogação de prazo para a prestação de apoio adicional, tendo posteriormente apresentado uma proposta legislativa com alterações que aumentarão provisoriamente as dotações para pagamentos no caso da Grécia e a taxa de cofinanciamento para 85% no caso do Chipre, eventualmente dando acesso ao Fundo de Coesão no caso de o Rendimento Nacional Bruto *per capita* nominal do Chipre ser inferior a 90 % da média.

Por concordar com a proposta apresentada pela Comissão, votei a favor deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui modifie le règlement (UE) nº 1303/2013 relatif à la gestion financière de certains États membres qui connaissent de graves difficultés quant à leur stabilité financière.

Aujourd'hui, certains États membres rencontrent des difficultés budgétaires et ne sont plus en mesure d'assurer le co-financement national de projets liés à la politique de cohésion, anciennement politique régionale. Il est important de souligner que le droit européen prévoit la possibilité pour les institutions européennes d'aider les États membres en difficulté financière.

Ce texte vise à proroger le délai pour l'octroi d'un soutien supplémentaire par la Commission. Ainsi, grâce à ce rapport, la Commission pourra compléter les paiements à un État membre dans le cadre d'un programme d'ajustement, en ajoutant jusque 10 points de pourcentage aux taux de co-financement applicables aux priorités des programmes du Fonds social européen, du Fonds européen de développement régional ou encore du Fonds de cohésion.

Il est important de préciser que cette prorogation n'a pas d'impact budgétaire.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de la Comisión, ya que es una solución temporal para paliar los problemas de liquidez de los Estados miembros, en concreto La Comisión propuso modificar el Reglamento relativo a la gestión financiera de los Estados miembros que sufren graves dificultades con respecto a su estabilidad financiera. La crisis financiera y económica ha ejercido presión sobre las economías nacionales y los Estados miembros han adoptado medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Dado que los presupuestos nacionales están bajo tensión, puede ser difícil para los países que experimentan dificultad presupuestaria encontrar fondos suficientes para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Vorschlag der Kommission zur finanziellen Abwicklung hinsichtlich in ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffenen bzw. von gravierenden Schwierigkeiten bedrohten Mitgliedstaaten gestimmt.

Die Verordnung zielt darauf ab, Mitgliedstaaten, die mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten zu kämpfen haben und finanziellen Beistand erhalten, so zu unterstützen, damit die von den ESI-Fonds gebotenen Investitionsmöglichkeiten optimal genutzt werden können.

Dies ist vor allem seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wichtig, um eine reibungslose Durchführung der wichtigsten Finanzinstrumente der EU sicherzustellen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque su ejecución práctica contribuye a reducir ligeramente las consecuencias de los recortes aplicados en Estados miembros como Grecia o Chipre y que han afectado de modo extremo a las clases socioeconómicas más vulnerables. Con esta modificación del Reglamento se incrementan los pagos para los Estados miembros que sufren dificultades presupuestarias. Aunque es una medida insuficiente supone un paliativo, y ésta debe ser la orientación que tomen las instituciones para mitigar los efectos de la crisis económica y no la aplicación de sanciones y la suspensión de pagos con las que el Consejo y la Comisión amenazan a España y Portugal.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the proposed modifications because the legislation might temporarily increase payment appropriations, which would be offset by lower payments towards the end of the 2014-2020 programmes. There should not be any changes to the multiannual financial framework annual ceilings for commitments and payments, which are set out in Annex I to Regulation 1311/2013.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Finančná a ekonomická kríza vytvorila tlak na národné ekonomiky, a preto členské štáty museli zaviesť úsporné opatrenia na vyrovnanie svojich rozpočtov. V tejto situácii bolo dôležité zabezpečiť hladkú implementáciu hlavného nástroja financovania EÚ – európskych štrukturálnych a investičných fondov. Keďže štáty sa podieľajú na financovaní projektov, bolo potrebné zaviesť možnosť zvýšiť mieru spolufinancovania zo strany Európskej komisie (na určité obdobie) pre štáty, ktoré mali závažné ťažkosti v súvislosti s ich finančnou stabilitou. Toto obdobie sa na základe tohto uznesenia v prípade Cyprusu predĺžilo. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Zmeny, ktoré sme vo Výbore pre regionálny rozvoj prijali, sú rozpočtovo neutrálnym riešením pre členské krajiny ohrozené nedostatkom likvidity. Tak ako vo výbore REGI, aj v plenárnej sále som hlasovala za úpravu podmienok čerpania štrukturálnych a investičných fondov (EŠIF) pre určité krajiny EÚ. Dôsledky finančnej a ekonomickej krízy stále dopadajú na národné ekonomiky a národné rozpočty sú napäté. Preto sme sa rozhodli uvoľniť podmienky čerpania EŠIF pre Rumunsko, Írsko, Portugalsko, Cyprus a Grécko. Navýšením platieb pre tieto krajiny sa do ich ekonomík dostane viac prostriedkov na investičné stimuly, keďže zdroje z EŠIF stále zostávajú hlavným investičným nástrojom v týchto štátoch. Úpravami spoločných ustanovení EŠIF chceme zvýšiť podiel financovania projektov z európskych zdrojov tak, aby krajiny s rozpočtovými deficitmi nemuseli vyčleňovať ďalšie prostriedky zo svojho rozpočtu na spolufinancovanie kohéznej politiky. Zvýšené platby budú pokračovať pre Grécko, ktoré stále podlieha programu finančnej asistencie. V prípade Cypru, ktorý je zaradený do kategórie rozvinutých regiónov a mal by tak nárok iba na 50-percentné spolufinancovanie, dôjde k navýšeniu tejto úrovne na 85 percent do júna budúceho roka. Nestabilná ekonomická situácia v niektorých členských krajinách je stále zdrojom obáv, preto je potrebné, aby sme investície nasmerovali tam, kde sú najviac potrebné.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Nekatere države članice imajo še vedno finančne težave, zato je podaljšanje dodatnega financiranja teh članic v skladu s prilagoditvenimi programi in nadaljevanje višjih stopenj sofinanciranja za Ciper dobrodošlo, saj bo omogočalo več kot potrebne investicije.

Za zagotovitev črpanja sredstev iz Evropskih strukturnih in investicijskih skladov (ESIF) je Komisiji dovoljeno tako imenovano dopolnjevanje finančnih sredstev od 1. januarja 2014 do 30. junija 2016 za države, ki so bile prejemnice finančne pomoči po 21. decembru 2013.

V skladu s temi pravili je bilo do takšne finančne pomoči upravičenih pet držav – Ciper, Grčija, Irska, Portugalska in Romunija. Grčija je ostala vključena v program vse do konca junija, medtem ko bo dodatno financiranje iz omenjenega programa do 30. junija 2017 na voljo le še Cipru.

Komisija bo morala medtem analizirati določila in podati nov predlog, v kolikor bi bilo to potrebno. Menim, da je dodatno financiranje za Ciper upravičeno, saj temelji na jasnih pravilih in načelih, postavljenih s strani Komisije, prav tako pa se tovrstno dodatno financiranje uporabi le v izjemnih primerih. Iz teh razlogov sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Legislativbericht der bulgarischen Abgeordneten Iskra Mihaylova von der liberalen ALDE-Fraktion sieht höhere Zahlungen für Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vor. So sollen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über dem für jede EFRE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Priorität oder jede ELER- und EMFF-Maßnahme geltenden Kofinanzierungssatz aufgestockt werden können. Dafür soll die entsprechende Verordnung Nr. 1303/2013 des Rates geändert werden. Ein solches Vorgehen ist grundsätzlich kritisch zu betrachten, da der Schwerpunkt nicht auf notwendige Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der Haushaltskonsolidierung, dem Bereitstellen professioneller Verwaltungskapazitäten und der Umsetzung nachhaltiger Projekte und Programme gelegt wird. Vielmehr wird wie bei EFSI versucht, mit mehr Geld bestehende Strukturprobleme in den Mitgliedstaaten auszugleichen. Ein solches Vorgehen ist nicht seriös, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Nutná miera solidarity s členskými štátmi, ktoré sa boria s finančnými problémami, nesmie ísť nad rámec nevyhnutnosti a dočasnosti. Každý štát je za svoje financie zodpovedný sám a Európska únia by ich mala skôr povzbudzovať k realizácii potrebných reforiem a k zodpovednej rozpočtovej politike.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Rates hinsichtlich bestimmter Vorschriften für die finanzielle Abwicklung in Bezug auf bestimmte hinsichtlich ihrer Finanzstabilität von gravierenden Schwierigkeiten betroffene bzw. von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedrohte Mitgliedstaaten“ habe ich nicht zugestimmt.

Dabei geht es um finanzielle Erleichterungen durch die Hintertür, um den Umfang der nötigen Finanzhilfen im Rahmen von Rettungsprogrammen niedriger erscheinen zu lassen bzw. um einen schnelleren Ausstieg aus diesen Programmen durch Anschlussfinanzierungen auf anderem Wege zu erreichen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U jeku gospodarske krize te opterećenja nacionalnih proračuna, financijska stabilnost nastoji se osigurati sredstvima za financiranje projekata regionalne politike. Člankom 24. Uredbe o zajedničkim odredbama Komisija, na zahtjev države članice suočene s gospodarskim poteškoćama, može povećati plaćanja takozvanim dodatnim financiranjem u okviru programa prilagodbe namijenjenog državama članicama uz primjenu dodatnih deset postotnih bodova iznad stope sufinanciranja koja se primjenjuje na svaki prioritet EFRR-a, ESF-a i Kohezijskog fonda ili na svaku mjeru Europskog poljoprivrednog fonda za ruralni razvoj i Europskog fonda za pomorstvo i ribarstvo.

Zbog nestabilne i osjetljive gospodarske situacije Grčke kao i ostalih država članica kojima će zatrebati financijska pomoć, Komisija predlaže produživanje razdoblja za dodatno financiranje. Podržavam izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EU) br. 1303/2013 u pogledu određenih odredaba povezanih s financijskim upravljanjem za određene države članice koje su u poteškoćama ili kojima prijete ozbiljne poteškoće u odnosu na njihovu financijsku stabilnost.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe glede nekaterih določb o finančnem upravljanju za nekatere države članice, ki imajo ali jim grozijo resne težave v zvezi z njihovo finančno stabilnostjo.

S predlogom Komisije bomo tako omogočili dodatno financiranje države članice, ki bo imela težave s finančno stabilnostjo, v okviru programov evropskih strukturnih in investicijskih skladov. Predlog Komisije proračunskih posledic ne bo imel, saj bi se ob koncu programskega obdobja 2014-2020 izravnal z nižjimi plačili.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην έκθεση παρέχεται ουσιαστικά στήριξη στη νομοθετική πρόταση του Συμβουλίου, η οποία θα επιτρέψει στη Κύπρο να εφαρμόσει το μέγιστο ποσοστό συγχρηματοδότησης 85% αντί 50% λόγω της εύθραυστης κατάστασης στην οποία βρίσκεται η κυπριακή οικονομία. Η έκθεση εισηγείται επίσης την αύξηση των ενδιάμεσων πληρωμών κατά 10% σε χώρες όπως η Ελλάδα. Για τους λόγους αυτούς, υπερψηφίσαμε την έκθεση

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Αν και η έκθεση αφορά ουσιαστικά την Ελλάδα, είμαστε αντίθετοι σε κάθε βοήθεια εκ μέρους της Ένωσης, η οποία βοήθεια μας βάζει ακόμα πιο βαθιά στα δίχτυα του Μνημονίου. Όταν λέμε πως είμαστε εναντίον του Μνημονίου, είμαστε εναντίον όλου του Μνημονίου, ακόμα και των ελάχιστων θετικών προβλέψεων που απορρέουν από αυτό.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A pénzügyi, gazdasági válság a nemzeti költségvetéseket nyomás alá helyezte. A költségvetési problémákkal küzdő országok számára gondot okozhat, hogy elegendő forrást biztosítsanak a kohéziós politikai programokhoz szükséges nemzeti társfinanszírozáshoz. A kohéziós alapok zökkenőmentes felhasználása érdekében segítséget kapnak azon tagállamok, melyek ideiglenes költségvetési nehézségekkel küzdenek, és pénzügyi segítséget kapnak.

2014. január 1. és 2016. június 30. között Görögország, Ciprus, Írország, Románia és Portugália volt jogosult e kiegészítő támogatásra. Görögország az egyetlen ország, amely jelenleg is a támogatási program kedvezményezettje. Tekintve, hogy Görögország gazdasági helyzete továbbra is sérülékeny, a Bizottság javasolta a kiegészítő támogatás folytatását.

Ciprus a jelenlegi kohéziós politikában fejlettebb régiós besorolást kapott, és rendes körülmények között az ERFA–ESZA programokhoz 50%-os társfinanszírozásban részesülne. Ugyanakkor tekintettel arra, hogy Ciprus gazdasági nehézségekkel küzd, a CPR 120. cikkének 3. bekezdése alapján a 2014. január 1. és 2017. június 30. közötti időszakban magasabb, 85%-os társfinanszírozást kap. A Bizottság úgy határozott, hogy javasolja a 85%-os társfinanszírozásra való jogosultság meghosszabbítását a 2014-2020-as időszak programjainak lezárultáig, mivel úgy látja, hogy a ciprusi gazdasági helyzet tovább romlott.

Mivel a Bizottság javaslata célzott és költségvetési szempontból semleges megoldást jelent az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő tagállamok számára, szavazatommal támogattam a parlamenti jelentést a plenáris szavazás során.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel egyetértek azzal, hogy a pénzügyi és gazdasági válságok meglehetősen nagy nyomás alá helyezik a tagállamokat és ebben az esetben az összeurópai érdekeket kell szem előtt tartani. A válságok miatt sok tagállamban az Európai Strukturális és Beruházási Alap az egyetlen beruházási forrás, emellett a kohéziós politika projektjeinek nemzeti társfinanszírozása is gondot jelenthet.

A jelentés az 1303/2013/EU rendelet egyes rendelkezéseit módosítja, amely a pénzügyi stabilitás vonatkozásában komoly nehézségekkel küzdő vagy komoly nehézségek által fenyegetett tagállamok pénzügyi irányításával kapcsolatos. A rendelet 24. cikke szerint több tagállam volt jogosult megemelt fizetésre, amelyek közül már csak Görögország áll a kiigazítási program hatálya alatt 2018 végéig. Mindezen módosításokkal biztosítani tudjuk az EU legfőbb finanszírozási eszközének, az európai strukturális és beruházási alapoknak a (esb-alapok) zökkenőmentes végrehajtását, mindemellett a változtatások célzottak és költségvetési szempontból semleges megoldást jelentenek az ideiglenes likviditási problémákkal küszködő két tagállam számára.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Criza financiară și economică prin care au trecut statele Uniunii Europene în ultimii ani a dus la vulnerabilizarea unora dintre acestea și la necesitatea susținerii lor de către Uniune. Pentru multe dintre ele, Fondurile Structurale și de Investiții Europene (ESI) reprezintă principalul instrument de finanțare. În vederea asigurării unui impact cât mai mare al acestor fonduri a fost adoptat Regulamentul privind dispozițiile comune (RDC). În cazul în care situația economică din țările respective persistă, măsurile de sprijin suplimentar pot fi prelungite, iar cuantumul plăților poate fi mărit. A fost cazul pentru Grecia, Cipru, Irlanda, România și Portugalia în intervalul 2014-2016.

În prezent, Grecia e singura țară în care se mai aplică un astfel de program, întrucât situația sa economică este încă foarte fragilă. Totuși, și în cazul Ciprului s-ar justifica aplicarea unor asemenea măsuri, datorită dificultăților economice și scăderii drastice a investițiilor. Pentru că suplimentarea temporară a creditelor de plată va avea loc în intervalul 2014-2020, impactul bugetar va fi minimalizat spre sfârșitul intervalului. Este o măsură binevenită pentru a gestiona problemele temporare de lichiditate ale celor două state. Susțin adoptarea documentului de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La crise économique et financière a mis sous pression les économies nationales, et les États membres ont adopté des mesures d'austérité pour équilibrer leurs budgets. Dans cette situation, il importe de garantir la mise en œuvre sans heurts du principal instrument financier de l'Union, les Fonds structurels et d'investissement européens (Fonds ESI). Alors que les budgets nationaux sont mis à rude épreuve, il peut s'avérer difficile pour les pays rencontrant des difficultés budgétaires de trouver les ressources suffisantes pour le cofinancement national de projets de politique régionale. Les modifications législatives proposées seront susceptibles de donner lieu à une augmentation temporaire des crédits de paiement, laquelle serait compensée par des paiements minorés vers la fin des pro-

grammes de la période 2014-2020. Il ne devrait pas y avoir de changement dans les plafonds annuels du cadre financier pluriannuel établis pour les engagements et les paiements.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The proposal for a regulation relating to financial management for certain Member States experiencing, or threatened with, serious difficulties with respect to their financial stability aims to increase co-financing by the European Structural and Investment Funds to 95% for Greece and to 85% for Cyprus. I voted in favour of the proposal because I believe that the EU's initiative to support regional development in Member States experiencing, or threatened with, serious financial difficulties, such as Greece and Cyprus, is a vital aspect of what the EU stands for in terms of integration and cooperation.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog da se državama članicama koje se suočavaju s privremenim proračunskim poteškoćama produži financijska pomoć koju primaju, kako bi na najbolji način iskoristile prilike za ulaganja koje nude europski strukturni i investicijski fondovi.

U ovom se konkretnom slučaju to odnosi na Grčku i Cipar. Naime, uvjete za dodatno financiranje u razdoblju od 1. siječnja 2014. do 30. lipnja 2016. godine ispunile su Rumunjska, Irska, Portugal, Cipar i Grčka. S obzirom da se Grčka i dalje suočava s ozbiljnim poteškoćama u odnosu na svoju financijsku stabilnost, a gospodarstvo Cipra je još uvijek nestabilno i obilježava ga spora stopa rasta, pad ulaganja, visoka stopa nezaposlenosti i opterećen financijski sektor, Europska komisija je predložila produljenje trajanja financijske pomoći tim državama članicama.

Smatram da su predložene mjere izuzetno korisne budući da predstavljaju dugoročna rješenja kojima se nastoji smanjiti pritisak na nacionalne proračune i ubrzati potrebna ulaganja, te pozdravljam činjenicu da prijedlog neće utjecati na financijski proračun Europske unije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 1303/2013 glede nekaterih določb o finančnem upravljanju za nekatere države članice, ki imajo ali jim grozijo resne težave v zvezi z njihovo finančno stabilnostjo, sem podprla.

V času varčevanja je pomembno, da se zagotovi gladko izvajanje najpomembnejšega finančnega orodja EU – evropskih strukturnih in investicijskih skladov. Člen 24 Uredbe o skupnih določbah Komisiji omogoča, da državam, ki so v finančnih težavah, nameni več sredstev (tako imenovano dodatno financiranje) v okviru programov evropskih strukturnih in investicijskih skladov.

Vmesna plačila se lahko na zahtevo države članice zvišajo za 10 odstotnih točk nad stopnjo sofinanciranja, ki se uporablja za vsako prednostno nalogo iz določenih skladov. Dodatno financiranje ne spremeni skupne dodelitve sredstev iz evropskih strukturnih in investicijskih skladov za obdobje 2014-2020.

Ciper ima v sedanji kohezijski politiki status razvitejše regije in bi v normalnih okoliščinah zanj veljala 50 % stopnja sofinanciranja za programe, ki se sofinancirajo iz ESRR in ESS. Predlagane spremembe zakonodaje lahko začasno povečajo odobritve plačil, kar bi se ob koncu programskega obdobja 2014-2020 izravnalo z nižjimi plačili.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de la Comisión, ya que es una solución temporal para paliar los problemas de liquidez de los Estados miembros, en concreto la Comisión propuso modificar el Reglamento relativo a la gestión financiera de los Estados miembros que sufren graves dificultades con respecto a su estabilidad financiera. La crisis financiera y económica ha ejercido presión sobre las economías nacionales y los Estados miembros han adoptado medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Dado que los presupuestos nacionales están bajo tensión, puede ser difícil para los países que experimentan dificultad presupuestaria encontrar fondos suficientes para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Legislativbericht der bulgarischen Abgeordneten Iskra Mihaylova von der liberalen ALDE-Fraktion sieht höhere Zahlungen für Mitgliedstaaten mit vorübergehenden Haushaltsschwierigkeiten im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik vor. So sollen auf Ersuchen eines Mitgliedstaats Zwischenzahlungen um 10 Prozentpunkte über dem für jede EFRE-, ESF- und Kohäsionsfonds-Priorität oder jede ELER- und EMFF-Maßnahme geltenden Kofinanzierungssatz aufgestockt werden können. Dafür soll die entsprechende Verordnung Nr. 1303/2013 des Rates geändert werden. Ein solches Vorgehen ist grundsätzlich kritisch zu betrachten, da der Schwerpunkt nicht auf notwendige Maßnahmen der Mitgliedstaaten bezüglich der Haushaltskonsolidierung, dem Bereitstellen professioneller Verwaltungskapazitäten und der Umsetzung nachhaltiger Projekte und Programme gelegt wird. Vielmehr wird wie bei EFSI versucht, mit mehr Geld bestehende Strukturprobleme in den Mitgliedstaaten auszugleichen. Ein solches Vorgehen

belohnt schlechte Wirtschaftspolitik, weshalb ich diesen Bericht ablehne.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte prévoit d'accorder des aides et des dérogations dans le système de régulation financier européen aux États membres qui connaissent de graves difficultés quant à leur stabilité financière. Bien que ces majorations puissent s'avérer positives à court terme, elles ne résolvent en rien les problèmes structurels des économies grecque et chypriote notamment.

Elles visent au contraire à les rendre encore plus dépendantes aux fonds structurels européens.

Par conséquent, j'ai choisi l'abstention pour ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Kryzys ekonomiczny zachwiał równowagą gospodarek państw członkowskich Unii Europejskiej. Mimo polityki oszczędności wiele z nich wciąż boryka się, przynajmniej przejściowo, z poważnymi trudnościami w zakresie stabilności finansowej i wymaga wsparcia. Powinniśmy w tym celu uruchomić środki pochodzące z funduszy strukturalnych i inwestycyjnych.

Proponowane zmiany rozporządzenia zapewnią tymczasowy wzrost środków na płatności. Jednocześnie takie posunięcie nie powinno pociągnąć za sobą negatywnych zmian w rocznych pułapach wieloletnich ram finansowych. Wzrost zostanie zrównoważony przez mniejsze płatności pod koniec realizacji programów na lata 2014-2020, pozostanie więc neutralny dla budżetu. Wobec powyższych argumentów zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A pénzügyi és gazdasági válság nyomást gyakorolt a nemzeti gazdaságokra és a tagállamok megszorító intézkedéseket vezettek be költségvetéseik egyensúlyban tartása érdekében. Ebben a helyzetben fontos biztosítani az EU legfőbb finanszírozási eszközének, az európai strukturális és beruházási alapoknak a (esb-alapok) zökkenőmentes végrehajtását. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de la Comisión, ya que es una solución temporal para paliar los problemas de liquidez de los Estados miembros, en concreto La Comisión propuso modificar el Reglamento relativo a la gestión financiera de los Estados miembros que sufren graves dificultades con respecto a su estabilidad financiera. La crisis financiera y económica ha ejercido presión sobre las economías nacionales y los Estados miembros han adoptado medidas de austeridad para equilibrar sus presupuestos. Dado que los presupuestos nacionales están bajo tensión, puede ser difícil para los países que experimentan dificultad presupuestaria encontrar fondos suficientes para la cofinanciación nacional de los proyectos de política regional.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, esperando que la herramienta pueda ser de utilización inmediata para los Estados en situaciones de dificultades financieras.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) No 1303/2013 as regards certain provisions relating to financial management for certain Member States experiencing or threatened with serious difficulties with respect to their financial stability. The financial and economic crisis has put pressure on national economies, and Member States have undertaken austerity measures to balance their budgets. In this situation, it is important to ensure the smooth implementation of the main EU funding tool, the European Structural and Investment Funds (ESIF). Article 24 of the CPR allows the Commission to make increased payments under ESIF programmes – so-called 'top-ups' – to countries which are experiencing economic difficulties. The Commission is also proposing a modification to the to the time period over which a country receiving financial assistance is eligible for the top-up that might temporarily increase payment appropriations, which would be offset by lower payments towards the end of the 2014-2020 programmes. I voted in favour because I believe that the proposal is a focused and budget-neutral solution to the temporary liquidity problems faced by certain Member States.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La crisis económica y financiera ha aumentado la presión sobre los Estados miembros para equilibrar sus presupuestos. A la luz de esta situación, es importante asegurar la implementación efectiva de la principal herramienta de financiación de la Unión, materializada en los Fondos Estructurales y de Inversión. Esta regulación fue diseñada para ayudar a los Estados que atravesaban dificultades presupuestarias temporales y recibiendo asistencia financiera a sacar el máximo partido a las oportunidades de inversión ofrecidas por la Unión en el período 2014-2020. Por todo ello, voto a favor de la propuesta de la Comisión.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque su ejecución práctica contribuye a reducir ligeramente las consecuencias de los recortes aplicados en Estados miembros como Grecia o Chipre y que han afectado de modo extremo a las clases socioeconómicas más vulnerables. Con esta modificación del Reglamento se incrementan los pagos para los Estados miembros que sufren dificultades presupuestarias. Aunque es una medida insuficiente supone un paliativo, y ésta debe ser la orientación que tomen las instituciones para mitigar los efectos de la crisis económica y no la aplicación de sanciones y la suspensión de pagos con las que el Consejo y la Comisión amenazan a España y Portugal.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A crise económica e financeira e as medidas de austeridade têm colocado em causa a capacidade dos estados em responder ao cofinanciamento dos fundos estruturais e de investimento – que são, aliás, o único vetor de investimento económico e social na maioria destes países.

Neste contexto, a pedido de um Estado-Membro, os pagamentos intermédios podem ser aumentados em 10 pontos percentuais acima da taxa de cofinanciamento aplicável a cada prioridade para o Fundo Europeu de Desenvolvimento Regional (FEDER), o Fundo Social Europeu (FSE) e o Fundo de Coesão ou para o Fundo Europeu Agrícola de Desenvolvimento Rural (FEADER) e o Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e da Pesca (FEAMP).

Esta medida é francamente positiva, pois, como foi referido, permitirá manter o fluxo dos fundos de coesão, que são ainda as únicas fontes de investimento que os estados têm.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag beinhaltet eine budgetneutrale Lösung, mit der temporäre Liquiditätsprobleme für regional sehr wichtige Projekte und Förderungen abgefedert werden sollen. Auch Österreich profitiert von diesem Fonds sehr stark, weshalb ich dem Antrag zugestimmt habe.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la propunerea de regulament al Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (UE) nr. 1303/2013 în ceea ce privește anumite dispoziții referitoare la gestiunea financiară pentru anumite state membre care se confruntă cu dificultăți grave sau sunt amenințate de astfel de dificultăți cu privire la stabilitatea lor financiară.

Criza financiară și economică exercită o presiune asupra economiilor naționale, iar statele membre au luat măsuri de austeritate pentru a-și echilibra bugetele. În condițiile în care bugetele naționale sunt puse sub presiune este important să se găsească soluții pentru cofinanțarea proiectelor din cadrul politicii regionale.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. — Η διαδικαστική τροποποίηση του κανονισμού για τα ευρωπαϊκά ταμεία χρηματοδότησης για χώρες που αντιμετωπίζουν «σοβαρές οικονομικές δυσκολίες», όπως η Ελλάδα και η Κύπρος, δεν αφορά κάποια αύξηση της χρηματοδότησης αλλά την επίσπευση προγραμματισμένων για αργότερα πληρωμών. Πρόκειται για μια ακόμη διευκόλυνση για τους επιχειρηματικούς ομίλους στους οποίους κατά βάση κατευθύνονται τα ευρωπαϊκά κονδύλια - που προέρχονται από τη άγρια φοροαφαίμαξη των λαών - μέσω διαφόρων προγραμμάτων και ταμείων (Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης, Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Ταμείο, Ταμείο Συνοχής κ.α.), παρέχοντάς τους άμεση ρευστότητα για επενδύσεις και αύξηση της κερδοφορίας τους. Οι θριαμβολογίες των αστικών κομμάτων αποτελούν πρόκληση. Οι εργαζόμενοι, οι άνεργοι έχουν πείρα: η απορρόφηση κονδυλίων, στην οποία η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ έχει μάλιστα μεγάλες επιδόσεις, φουσκώνουν τους λογαριασμούς των επιχειρηματικών ομίλων με επιδοτήσεις, ζεστό χρήμα για την κερδοφορία τους, ενώ ο λαός υποφέρει. Όσο για τις θέσεις εργασίας που επικαλούνται, αν και εφόσον αυτές δημιουργούνται, προσφέρουν τις γνώριμες θέσεις εργασιακής γαλέρας με ελαστική απασχόληση και ψίχουλα της τάξης των 400 - 500 EUR, τρίμηνες - πεντάμηνες συμβάσεις (voucher) με ακόμη λιγότερα και χωρίς ασφάλιση. Για αυτό, ο λαός δεν έχει τίποτα να περιμένει από την ΕΕ και τις κυβερνήσεις και πρέπει να παλέψει ενάντια στην πολιτική τους, που γεννά και αναπαράγει την εκμετάλλευση και τη γενικευμένη επίθεση στα εργατικά λαϊκά δικαιώματα.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Mihaylova por concordar com a proposta orçamental da Comissão para resolver os problemas temporários de liquidez com que se deparam os Estados-Membros com graves dificuldades de estabilidade financeira.

Defendo nesta matéria que se disponibilizem apoios para que os países em dificuldades orçamentais possam encontrar recursos suficientes para o cofinanciamento nacional dos projetos no domínio da política regional, nomeadamente através de pagamentos complementares.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (EU) št. 1303/2013 glede nekaterih določb o finančnem upravljanju za nekatere države članice, ki imajo ali jim grozijo resne težave v zvezi z njihovo finančno stabilnostjo.

Zakonodajni predlog omogoča nadaljevanje finančne pomoči Cipru in Grčiji, ki se soočata finančnimi težavami in padci naložb. Finančna sredstva, ki bodo namenjana za nacionalno sofinanciranje projektov s področja regionalne politike, so proračunsko nevtralna rešitev začasnih likvidnostnih težav omenjenih držav članic.

8.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen (A8-0301/2016 - Evelyn Regner)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Jean-Marie Le Pen è accusato di aver pubblicamente incitato all'odio razziale in un video pubblicato su Internet il 6 giugno 2014. Considerando che non sussiste alcun nesso fra la dichiarazione controversa e le funzioni parlamentari di Jean-Marie Le Pen e che pertanto egli non ha agito nell'esercizio delle sue funzioni di deputato al Parlamento europeo, il relatore ha richiesto la revoca dell'immunità parlamentare per questo procedimento penale. Condividendo l'opinione del relatore, ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP decided to vote to waive the immunity of Jean-Marie Le Pen, because the decision made by Patrick Bruel – who is a French singer and who is Jewish – not to perform in a town that has a National Front mayor was met by Mr Le Pen with the following comment, 'That does not surprise me. Listen, we'll put them all in the oven together next time'. Mr Bruel believes that these words were aimed at 'the Jewish community', suggesting that some of its members should be eliminated in the same way as had been practised in the Nazi regime. It is important to maintain an element of free speech, but this comment is unacceptable.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a Jean-Marie Le Pen puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones claramente nazifascistas. A pesar de que el propio Le Pen ha querido apelar a su inmunidad parlamentaria, los hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, ya que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted to waive immunity in this instance. The MEP in question was recorded making violently anti-Semitic remarks in a 2014 video. Sinn Féin stands against racism and hate speech of any kind. The waiver will allow the National Office for Vigilance against Anti-Semitisim in France to bring a case against him.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de M. Le Pen. L'immunité des députés au Parlement européen repose sur les principes et les valeurs des traités de l'Union européenne. Le discours de haine viole clairement ces principes et ces valeurs. Le discours de haine ne peut être justifié par la liberté d'expression. Les déclarations en question ne peuvent en aucune façon être interprétées comme liées à l'accomplissement du mandat parlementaire de M. Le Pen et ne peuvent donc pas et ne doivent pas être protégées.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée d'immunité de Jean-Marie Le Pen. Les poursuites dont il fait l'objet en France relèvent du délit d'opinion et l'interprétation de ses propos confine au ridicule. En votant pour la levée d'immunité, le Parlement européen a démontré une fois de plus que son attachement à la liberté d'expression variant au gré des circonstances et des couleurs politiques est une illusion.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Jean-Marie Le Penn is accused of publicly inciting racial hatred. There is no connection between the statement in question and his work as a Member of the European Parliament and he was therefore not acting in his capacity as an MEP.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Paryžiaus apeliacinio teismo generalinė prokurorė 2016 m. kovo 14 d. perdavė prašymus atšaukti Jeano-Marie Le Peno imunitetą, kurie susiję su dviem Paryžiaus Apygardos teisme ikiteisminio tyrimo teisėjų nagrinėjamomis bylomis dėl rasinės neapykantos skatinimo (2211/15/21 ir 2226/15/9), susijusiomis su tais pačiais faktais, ir kurie buvo paskelbti 2016 m. birželio 8 d. plenariniame posėdyje. Europos Parlamento nariai iš esmės turi teisę į saviraiškos laisvę, tačiau ši teisė nesuteikia laisvės šmeižti, įžeidinėti, kurstyti neapykantą ar įžeisti garbę arba reikšti nuomones, kuriomis pažeidžiamas Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos 21 straipsnis. Todėl nuspręsta atšaukti Jeano-Marie Le Peno imunitetą.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la demande de levée d'immunité parlementaire de Jean-Marie Le Pen introduite par la Procureure générale près la Cour d'appel de Paris pour incitation à la haine raciale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de retirar la inmunidad parlamentaria de Jean-Marie Le Pen, acusado actualmente de incitar al odio racial en varias ocasiones fuera de su actividad parlamentaria. La justicia francesa solicitó al Parlamento Europeo suspender este privilegio al estar acusado de proferir en 2014 una serie de insultos a varios artistas, entre ellos al cantante judío Patrick Bruel, del que dijo: «La próxima vez, con una carga de horno será suficiente».

Es la cuarta vez, desde que entró en la Eurocámara en 1984, que se le retira su inmunidad parlamentaria. La inmunidad parlamentaria no puede ser utilizada para la difamación, y mucho menos para incitar al odio racial y la xenofobia.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho votato a favore della richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Jean-Marie Le Pen. La richiesta è stata presentata da due giudici istruttori del Tribunale di Parigi in relazione a un presunto reato: il deputato è stato accusato di aver pubblicamente incitato all'odio razziale in un video pubblicato su Internet il 6 giugno 2014. La Commissione ha verificato la non sussistenza di alcun nesso fra la dichiarazione controversa e le funzioni parlamentari di Jean-Marie Le Pen e, non sospettando la presenza di *fumus persecutionis*, ha deciso di revocarne l'immunità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Totalmente de acuerdo con las valoraciones jurídicas que, garantizando el principio de no perjudicar la actividad política del diputado en cuestión, permiten investigar un presunto delito de incitación al odio racial. Los hechos a investigar nada tienen que ver con el mandato de diputado como tal. El tipo penal a investigar es especialmente preocupante en el momento en que vivimos y merece la máxima atención para prevenir delitos más graves.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la decisión de suspender la inmunidad parlamentaria de Jean-Marie Le Pen a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que dos jueces de instrucción del Tribunal de Primera Instancia de París han solicitado tal suspensión en relación con una presunta infracción penal —Jean-Marie Le Pen está acusado de haber incitado públicamente al odio racial en una grabación de vídeo publicada el 6 de junio de 2014 en internet— y que no existe relación alguna entre la opinión expresada y las funciones parlamentarias de Jean-Marie Le Pen, por lo cual no hay ningún indicio que permita albergar sospechas fundadas de *fumus persecutionis*, es decir, de intención de perjudicar la actividad política del diputado.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas prašymas atšaukti Jeano-Marie Le Peno (Jean-Marie Le Pen) imunitetą. Du Paryžiaus apygardos teismo ikiteisminio tyrimo teisėjai pateikė prašymą atšaukti Jeano-Marie Le Peno parlamentinį imunitetą dėl įtarimų vykdžius nusikalstamą veiką. Jean-Marie Le Pen kaltinamas tuo, kad 2014 m. birželio 6 d. internete paviešintame vaizdo įraše skatino rasinę neapykantą. Dėl to, kad tarp ginčijamų Jeano-Marie Le Peno pareiškimų ir jo parlamentinės veiklos nėra jokio ryšio, jis neveikė kaip Europos Parlamento nario pareigas vykdantis asmuo.

Taigi, Europos Parlamentas nusprendžia atšaukti Jeano-Marie Le Peno imunitetą ir paveda Pirmininkui nedelsiant perduoti šį sprendimą ir atsakingo komiteto pranešimą Prancūzijos valdžios institucijoms.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam zahtjev za ukidanje imuniteta Jean-Marieju Le Penu.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted to waive immunity in this instance. The MEP in question was recorded making violently anti-Semitic remarks in a 2014 video. Sinn Féin stands against racism and hate speech of any kind. The waiver will allow the National Office for Vigilance against Anti-Semitism in France to bring a case against him.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to vote to waive the immunity of Jean-Marie Le Pen, because the decision made by Patrick Bruel – who is a French singer and who is Jewish – not to perform in a town that has a National Front mayor was met by Mr Le Pen with the following comment, 'That does not surprise me. Listen, we'll put them all in the oven together next time'. Mr Bruel believes that these words were aimed at 'the Jewish community', suggesting that some of its members should be eliminated in the same way as had been practised in the Nazi regime. It is important to maintain an element of free speech, but this comment is unacceptable.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Jean-Marie Le Pen è accusato di aver pubblicamente incitato all'odio razziale in un video pubblicato su Internet. Poiché non sussiste alcun nesso fra la dichiarazione controversa e le funzioni parlamentari di Jean-Marie Le Pen e pertanto egli non ha agito nell'esercizio delle sue funzioni di deputato al Parlamento europeo, ho votato a favore della revoca dell'immunità parlamentare.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Jean-Marie Le Pen, καθώς κατηγορείται ότι, σε βιντεοσκόπηση που αναρτήθηκε στις 6 Ιουνίου 2014 στο Διαδίκτυο, προέβη δημοσίως σε υποκίνηση σε φυλετικό μίσος.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Jean-Marie Le Pen. Καθώς η αίτηση άρσης της ασυλίας αφορούσε δραστηριότητες εκτός του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the request for waiver of the immunity of Jean-Marie Le Pen and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della richiesta di revoca di immunità poiché il reato contestato all'on. Jean Marie Le Pen è avvenuto al di fuori dell'espletamento delle funzioni da deputato europeo e, essendo l'immunità garantita dal Parlamento europeo per atti, opinioni e attività durante l'espletamento delle sue funzioni, non vi erano valide ragioni a mantenere l'immunità del deputato.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a Jean-Marie Le Pen puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones claramente nazifascistas. A pesar de que el propio Le Pen ha querido apelar a su inmunidad parlamentaria, los hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, ya que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della revoca dell'immunità parlamentare dell'onorevole Jean-Marie Le Pen per incitamento all'odio razziale in un video pubblicato su Internet. Infatti, sebbene l'articolo 26 della Costituzione francese e l'articolo 8 del protocollo n. 7 sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea tutelino il diritto alla libertà di espressione dei deputati al Parlamento nell'esercizio delle loro funzioni, ritengo che tale diritto vada interpretato alla luce dei valori e degli obiettivi dei trattati europei. Pertanto, le libertà di opinione e di espressione non possono rappresentare una licenza di calunnia, diffamazione, incitamento all'odio o affermazioni infamanti, in violazione dell'articolo 21 della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za wnioskiem o uchylenie immunitetu Jean-Marie Le Pena, ponieważ w ten sposób chcę wyrazić dezaprobatę dla zachowania tego europosła. Dopuszczenie się takich czynów jak podburzanie do dyskryminacji, szerzenie nienawiści oraz stosowanie przemocy w stosunku do osoby lub grupy osób z powodu ich pochodzenia czy przynależności do grupy etnicznej jest po prostu niegodne i niedopuszczalne. Jean-Marie Le Pen jest oskarżony o publiczne podburzanie do nienawiści wobec osób na tle rasowym, a jako dowód w sprawie przedstawiono nagranie video opublikowane w internecie w dniu 6 czerwca 2014 roku. Mimo że opisana sytuacja nie ma ścisłego związku z pełnieniem funkcji posła do Parlamentu Europejskiego, w mojej opinii takie zachowania należy potępić i w związku z tym zagłosowałem za wnioskiem o uchylenie immunitetu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of Jean-Marie Le Pen as there is a request for the waiver of his parliamentary immunity by the Examining Magistrates at the Paris Regional Court.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Jean-Marie Le Pen a bâti sa carrière sur la mystification et l'outrance. Il est aujourd'hui rattrapé par des propos incitant à la haine raciale diffusés sur internet. C'est bien évidemment contraire à l'esprit de la construction européenne – basée sur des messages de paix et de fraternité entre les peuples – au lendemain de la Seconde Guerre mondiale. C'est à la lumière des valeurs, des objectifs et des principes des traités européens que nous avons voté sa levée d'immunité.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για τη γνώμη του. Θεωρούμε πως η δίωξη εις βάρος του κ. Le Pen είναι πολιτικής φύσεως.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Jean-Marie Le Pen é acusado de ter incitado publicamente ao ódio racial numa gravação vídeo publicada em 6 de junho de 2014 na Internet, não existindo um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares de Jean-Marie Le Pen e, por conseguinte, Jean-Marie Le Pen não agiu no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Por isso, concordo com o pedido de levantamento da imunidade parlamentar.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório diz respeito a um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do deputado Jean Marie Le Pen, no âmbito de uma ação judicial intentada junto do Tribunal de Primeira Instância de Paris.

O motivo prende-se com uma acusação de incitamento à discriminação, ao ódio e à violência, com respeito a uma pessoa ou grupo de pessoas, tendo em conta a sua origem étnica, nacional, racial ou a sua religião.

A 6 de Junho 2014, Le Pen respondeu às declarações de Patrick Bruel, um cantor que disse que não atuaria nas cidades que tivessem um presidente da Frente Nacional, dizendo: «Isso não me surpreende. Ouça, nós vamos colocá-los todos no forno juntos na próxima vez.»

O direito à liberdade de expressão de que gozam, por princípio, os deputados ao Parlamento Europeu não significa que possam difamar, caluniar, incitar ao ódio ou proferir alegações difamatórias.

Considera-se que as deploráveis declarações proferidas – que qualificam a personagem, o seu partido e projeto político – e o processo em si não têm qualquer conexão com o estatuto e a atividade parlamentar do deputado Le Pen.

Estamos de acordo com o levantamento da imunidade parlamentar.

Quanto ao resto (que não cabe no âmbito deste relatório): ao caixote do lixo da História o que de lá não deve nunca mais sair!

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Jean-Marie Le Pen. Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για την γνώμη του. Θεωρώ πως η δίωξη εις βάρος του κ. Le Pen είναι πολιτικής φύσεως.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Hate speech clearly violates these principles and values, and cannot be justified by freedom of expression. The statements in question can in no way be construed as being linked to fulfilment of the mandate, and therefore cannot and should not be protected.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-Marie Le Pen gestimmt, der Grundlage für ein transparentes, gerechtes Verfahren ist.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported the request to waive immunity as I agree with the reasons set out in the proposal.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive immunity.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Jean-Marie Le Pen was accused of promoting racial hatred in an online video on 6 June 2014. Due to the fact that there is no connection between the issue of Jean-Marie Le Pen's statements and his parliamentary activity, he did not act as a Member of the European Parliament. That is why the European Parliament should decide to waive Jean-Marie Le Pen's immunity and instruct its President to forward the decision and the report by the committee to the French authorities.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Marieju Le Penu, zbog toga što je riječ o govoru mržnje te radi toga što nema poveznice između njegovih javnih izjava i parlamentarnih aktivnosti.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décision sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Jean-Marie Le Pen. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation. L'examen de l'affaire a montré que les faits reprochés à M. Le Pen étaient sans lien avec son mandat parlementaire, permettant ainsi la levée de son immunité parlementaire.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the request as I agree with the reasons for the proposal to waive immunity.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour, since parliamentary immunity is aimed solely at ensuring the smooth and uninterrupted work of MEPs and not at granting them a licence for crime (hate speech). Any abuse of immunity jeopardises the legitimacy of granting this very special status.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a Jean-Marie Le Pen puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones claramente nazifascistas. Le Pen ha querido apelar a su inmunidad parlamentaria, pero los hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, por lo que he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Vyšetrovací sudcovia v Paríži požiadali EP o zbavenie imunity poslanca za Francúzsko Jeana-Marieho Le Pena, a to v súvislosti s jeho konaniami vo veci podnecovania k rasovej nenávisti.

Požiadavka a návrh sú v súlade s Rokovacím poriadkom EP a Protokolom o výsadách a imunitách EÚ.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση για την άρση της ασυλίας του Jean-Marie Le Pen, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Le Pen, in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione super partes. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e, di conseguenza, continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Europos Parlamento nariai negali būti apklausiami, sulaikomi ar traukiami atsakomybėn dėl einant pareigas pareikštos nuomonės ar balsavimo, tačiau ši teisė nesuteikia laisvės šmeižti, įžeidinėti, kurstyti neapykantą ar įžeisti garbę.

Paryžiaus apygardos teismo ikiteisminio tyrimo teisėjai pateikė prašymą atšaukti Jeano-Marie Le Peno parlamentinį imunitetą, nes jam pareikšti kaltinimai, kad 2014 m. internete paviešintame vaizdo įraše jis skatino rasinę neapykantą. Atsižvelgiant į tai, bei į faktą, kad tarp ginčijamų Jeano-Marie Le Peno pareiškimų ir jo parlamentinės veiklos nėra jokio ryšio, jis neveikė kaip Europos Parlamento nario pareigas vykdantis asmuo, pritariu EP siūlymui atšaukti Jeano-Marie Le Peno imunitetą ir tokiu būdu sudaryti teisėsaugos institucijoms sąlygas ištirti bylą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport demande la levée de l'immunité de Jean-Marie Le Pen. En effet, le député d'extrême-droite est poursuivi pour «incitation publique à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'égard d'une personne ou d'un groupe de personnes en raison de leur origine ou appartenance ou non-appartenance à un groupe ethnique, de la nation, la race ou la religion» à la suite d'une vidéo diffusée sur le site du Front National. Dans la vidéo incriminée, M. Le Pen déclare au sujet de Patrick Bruel, qui a annoncé ne pas vouloir chanter dans les villes ou la mairie est au FN, «Cela ne me surprend pas. Écoutez, la prochaine fois on en fera une fournée». Étant donné qu'il n'existe aucun lien entre la déclaration contestée et le travail parlementaire de Jean-Marie Le Pen et que, aux yeux de la loi française, l'antisémitisme n'est pas une opinion mais un délit, je vote pour la levée de l'immunité.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa.

No caso em apreço, o deputado europeu Jean-Marie Le Pen é acusado de ter incitado publicamente ao ódio racial numa gravação vídeo publicada em 6 de junho de 2014 na Internet.

Não existe um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares de Jean-Marie Le Pen e, por conseguinte, Jean-Marie Le Pen não agiu no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Não existe qualquer indicação de suspeita de *fumus persecutionis*, ou seja, de tentativa de prejudicar as atividades parlamentares de Jean-Marie Le Pen.

Voto, assim, a favor do levantamento da imunidade de Jean-Marie Le Pen.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Deux demandes de levée de l'immunité parlementaire de Jean-Marie Le Pen, de la part de la Procureure générale près la Cour d'appel de Paris, ont été formulées en rapport avec deux procédures en instance devant les juges d'instruction du Tribunal de grande instance de Paris pour incitation à la haine raciale. Jean-Marie Le Pen s'est en effet livré à des attaques antisémites dans un enregistrement vidéo publié le 6 juin 2014 sur internet. Considérant que le délit présumé à l'origine de la poursuite ne concerne pas un avis ou un vote émis par le député dans l'exercice de ses fonctions de membre du Parlement européen, au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne, et considérant également que rien ne porte à soupçonner un fumus persecutionis, j'ai décidé de voter en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Jean-Marie Le Pen.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A párizsi területi bíróság előtt azzal vádolják Jean-Marie Le Pent, hogy egy az interneten 2014. június 6-án közzétett videofelvételen fajgyűlöletre uszító nyilvános felhívást tett. A párizsi területi bíróság két vizsgálóbírája ezért Jean-Marie Le Pen parlamenti mentelmi jogának felfüggesztését kérte.

A Jogi Bizottság jelentésében megállapítja, hogy nincs összefüggés a vitatott kijelentés és Jean-Marie Le Pen parlamenti tevékenysége között, ezért Jean-Marie Le Pen nem az európai parlamenti képviselői feladatainak ellátása során járt el, továbbá nem áll fenn annak gyanúja, megkísérelték volna Jean-Marie Le Pen parlamenti munkáját akadályozni. Mindennek okán azt javasolja, hogy a Parlament Jean-Marie Le Pen mentelmi jogát függessze föl. A javaslatot támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez decorridos todos os trâmites legais exigidos e pelo facto do delito em causa não estar, de forma alguma, relacionado com o desempenho das funções de deputado, e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Támogattam azt a döntést, ami szerint Jean-Marie Le Pen mentelmi joga hamarosan felfüggesztésre kerül majd. Nem tartom helyesnek, hogy egy európai parlamenti képviselő nyilvánosan hívja fel fajgyűlöletre a követőit, porba tiporva ezzel a hosszú évek során felépített európai normákat. Bízom benne, hogy az illetékes hatóságok legjobb belátásuk szerint fogják elbírálni ezt az ügyet, amit így már az európai parlamenti mentelmi jog sem akadályozhat.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report in accordance with the evaluation made by the Legal Affairs Committee.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen die Aufhebung der Immunität von Herrn Jean-Marie Le Pen ausgesprochen, da eine freie Meinungsäußerung nicht zu einer Aufhebung der Immunität führen darf.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την αίτηση άρσης ασυλίας του Jean-Marie Le Pen, ώστε αυτός να μπορέσει να δικαστεί από την Γαλλική Δικαιοσύνη για δηλώσεις του που θεωρήθηκε ότι υποκινούν το φυλετικό και ρατσιστικό μίσος.Όπως πολύ σωστά επισημαίνει η Επιτροπή Νομικών Θεμάτων, η οποία συνέταξε την έκθεση περί της άρσης ασυλίας του Jean-Marie Le Pen, οι Ευρωβουλευτές απολαύουν κατ' αρχήν του δικαιώματος της ελευθερίας της έκφρασης, χωρίς ωστόσο το δικαίωμα αυτό να τους επιτρέπει να διατυπώνουν υβριστικούς, συκοφαντικούς και δυσφημιστικούς ισχυρισμούς, να υποκινούν σε μισαλλοδοξία ή να προβαίνουν σε μειωτικούς για την τιμή και την υπόληψη ενός ατόμου ισχυρισμούς ή σε κάθε άλλη δήλωση που είναι αντίθετη με το άρθρο 21 του Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to vote to waive the immunity of Jean-Marie Le Pen, because the decision made by Patrick Bruel – who is a French singer and who is Jewish – not to perform in a town that has a National Front mayor was met by Mr Le Pen with the following comment, 'That does not surprise me. Listen, we'll put them all in the oven together next time'. Mr Bruel believes that these words were aimed at 'the Jewish community', suggesting that some of its members should be eliminated in the same way as had been practised in the Nazi regime. It is important to maintain an element of free speech, but this comment is unacceptable.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Imuniteti zastupnika u Europskom Parlamentu se temelje na principima i vrijednostima ugovora Europske unije. Govor mržnje jasno krši te principe i vrijednosti. Ne može ga se tolerirati pod slobodom izražavanja.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Pede-se o levantamento da imunidade parlamentar do deputado Jean-Marie Le Pen, no âmbito de uma ação judicial intentada junto do Tribunal de Primeira Instância de Paris por infração penal: acusação de incitamento à discriminação, ao ódio e à violência com respeito a uma pessoa ou grupo de pessoas tendo em conta a sua origem étnica, nacional, racial ou a sua religião.

A 6 de Junho 2014, Jean-Marie Le Pen respondeu através de diferentes plataformas *online* às declarações de Patrick Bruel, um cantor, que disse que não atuaria nas cidades que tivessem um presidente da Frente Nacional.

Jean-Marie Le Pen respondeu: «Isso não me surpreende. Ouça, nós vamos colocá-los todos no forno juntos na próxima vez.»

O direito à liberdade de expressão de que gozam, por princípio, os deputados ao Parlamento Europeu não significa que possam difamar, caluniar, incitar ao ódio, ao racismo e à xenofobia, ou proferir alegações difamatórias ou qualquer outra afirmação suscetível de infringir o artigo 21.º da Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia.

Considera-se que as declarações proferidas e o processo em si não têm qualquer conexão com o estatuto e a atividade parlamentar no PE, nem se suspeita que se trate de perseguição política.

O relator propõe que se levante a imunidade, análise que acompanhamos.

Votámos favoravelmente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – «On fera une fournée la prochaine fois». Voici les propos tenus par Jean-Marie Le Pen en juin 2014 en réponse aux positions de célébrités françaises qui avaient indiqué leur souhait de quitter la France en cas, un jour, de victoire du Front national. J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Le Pen: il s'agit d'une procédure classique, examinée par la commission des affaires juridiques du Parlement européen, qui a estimé que les propos tenus ne s'inscrivaient pas dans le cadre des fonctions de député européen du leader extrémiste. Ainsi, la levée de son immunité, pour les besoins de la procédure judiciaire en France, est donc une étape normale.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP decided to vote to waive the immunity of Jean-Marie Le Pen, because the decision made by Patrick Bruel – who is a French singer and who is Jewish – not to perform in a town that has a National Front mayor was met by Mr Le Pen with the following comment, 'That does not surprise me. Listen, we'll put them all in the oven together next time'. Mr Bruel believes that these words were aimed at 'the Jewish community', suggesting that some of its members should be eliminated in the same way as had been practised in the Nazi regime. It is important to maintain an element of free speech, but this comment is unacceptable.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – A Procuradora-Geral do Tribunal de Recurso de Paris solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Jean-Marie Le Pen, deputado ao Parlamento Europeu, no contexto de dois processos pendentes junto de juízes de instrução do Tribunal Regional de Paris por incitamento ao ódio racial.

Jean-Marie Le Pen é acusado de ter incitado publicamente ao ódio racial numa gravação vídeo publicada em 6 de junho de 2014 na Internet, mas não existe um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares de Jean-Marie Le Pen e, por conseguinte, Jean-Marie Le Pen não agiu no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consiste em prejudicar a atividade política do deputado, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade ao deputado Jean-Marie Le Pen.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O Tribunal de Primeira Instância de Paris solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Jean-Marie Le Pen, no âmbito de uma alegada infração penal.

Jean-Marie Le Pen é acusado de ter incitado publicamente ao ódio racial numa gravação vídeo publicada a 6 de junho de 2014 na Internet.

Não existindo um nexo entre a opinião expressa e as funções parlamentares de Jean-Marie Le Pen, o Parlamento Europeu decide proceder ao levantamento da imunidade de Jean-Marie Le Pen.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la decisión de suspender la inmunidad parlamentaria de Jean-Marie Le Pen a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que dos jueces de instrucción del Tribunal de Primera Instancia de París han solicitado tal suspensión en relación con una presunta infracción penal -Jean-Marie Le Pen está acusado de haber incitado públicamente al odio racial en una grabación de vídeo publicada el 6 de junio de 2014 en internet- y que no existe relación alguna entre la opinión expresada y las funciones parlamentarias de Jean-Marie Le Pen, por lo cual no hay ningún indicio que permita albergar sospechas fundadas de *fumus persecutionis*, es decir, de intención de perjudicar la actividad política del diputado.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Jean-Marie Le Pen, afin que la justice française puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les faits incriminés (propos nauséabonds incitant à la haine raciale tenus dans une vidéo) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de M. Le Pen. La liberté d'expression ne permet en aucun cas de proférer des affirmations diffamantes, portant atteinte à l'honneur. Du reste, cette demande de levée d'immunité n'est pas motivée par une quelconque volonté d'entraver le travail parlementaire de l'intéressé.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Kaltinimai neapykantos kurstymu yra itin rimti, ypač tada, kai jie teikiami Europos Parlamento nariui. Negalime leisti, kad europinis imunitetas padėtų slėptis nuo atsakomybės už neapykantos kurstymą, ypač kai yra tokius kaltinimus pagrindžianti filmuota medžiaga. Todėl balsuoju už ir tikiuosi, kad Prancūzijos teisėsauga sparčiai išaiškins šių kaltinimų pagrįstumą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Procuradoria-Geral do Tribunal de Recurso de Paris apresentou, em 14/03/16, dois pedidos de levantamento da imunidade parlamentar do Eurodeputado Jean-Marie Le Pen, relacionados com dois processos em que o mesmo é acusado de incitamento ao ódio racial, numa gravação vídeo publicada em 06/06/14 na Internet.

Atentas as disposições do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os demais instrumentos legislativos em causa e o relatório da Comissão de Assuntos Jurídicos, que subscrevo, considero não existir um nexo de causalidade entre a opinião expressa na referida gravação e as funções parlamentares desempenhadas no Parlamento Europeu, pelo que, não existindo também qualquer indício de perseguição ou intenção de prejuízo das suas funções parlamentares, votei a favor deste relatório de levantamento da imunidade do colega Jean-Marie Le Pen.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a Jean-Marie Le Pen puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones claramente nazifascistas. A pesar de que el propio Le Pen ha querido apelar a su inmunidad parlamentaria, los hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, ya que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh rozhodnutia Európskeho parlamentu o žiadosti o zbavenie imunity Jeana-Marieho Le Pena, pretože dvaja vyšetrovací sudcovia prvostupňového súdu v Paríži požiadali o zbavenie imunity v súvislosti s údajným spáchaním trestného činu, ktorého sa údajne dopustil v súvislosti s podnecovaním k rasovej nenávisti. Jean-Marie Le Pen čelí obvineniu, že vo videozázname, ktorý bol 6. júna 2014 zverejnený na internete, verejne vyzýval na rasovú nenávisť. Keďže tieto sporné vyjadrenia Jeana-Marieho Le Pena nijako nesúvisia s jeho parlamentnou funkciou, a teda Jean-Marie Le Pen nevystupoval ako poslanec Európskeho parlamentu pri výkone svojho mandátu, a keďže neexistuje žiadne podozrenie z pokusu brániť Jeanovi-Mariemu Le Penovi v jeho práci poslanca, rozhodli sme sa menovaného poslanca zbaviť imunity, aby orgány činné v trestnom konaní mohli prípad riadne vyšetriť.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Primer zadeva evropskega poslanca Jean-Marie Le Pena in obravnava zahtevi za odvzem imunitete, ki ju je francoska generalna državna tožilka 14. marca 2016 posredovala pritožbenemu sodišču v Parizu.

V Parizu tako potekata dva postopka pred preiskovalnim sodnikom na okrožnem sodišču zaradi nagovarjanja k rasnemu sovraštvu. V skladu z osmim členom Protokola o privilegijih in imunitetah Evropske unije se zoper člana Evropskega parlamenta ne sme začeti preiskava, ne sme biti priprt, niti se zoper njega ne sme začeti sodni postopek, zaradi mnenja ali glasu, ki ga je izrekel pri opravljanju svojih dolžnosti.

Tovrstna absolutna imuniteta poslancev se nanaša na mnenja, ki jih ti izrazijo na uradnih sejah Parlamenta, prav tako pa tudi na mnenja, ki jih izrazijo drugje, če seveda obstaja povezava med izraženim mnenjem in poslanskimi dolžnostmi. Med sporno izjavo in parlamentarnimi dolžnostmi gospoda Le Pena ni nikakršne povezave, zato poročilo predlaga odvzem imunitete.

Sklepanje Evropskega parlamenta v tem poročilu se mi zdi popolnoma pravilno. Menim, da tovrstnega izražanja sovraštva poslanska imuniteta vsekakor ne sme pokrivati, zato sem poročilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je neprípustné, aby sa člen Európskeho parlamentu dopúšťal urážania občanov na základe ich rasy, náboženstva či presvedčenia. Proti takýmto prejavom musíme nekompromisne bojovať na národnej aj na európskej úrovni.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Zastupnici u Europskom parlamentu na području vlastite države članice uživaju imunitet jednak imunitetu priznatom članovima parlamenta te države. Dva istražna suca Visokog suda u Parizu podnijela su zahtjev za ukidanje imuniteta Jean-Marieju Le Penu zbog sporne rasističke izjave u videozapisu objavljenom 6. lipnja na internetu.

S obzirom da sporna izjava nije povezana s parlamentarnom dužnošću Jean-Marie Le Pena, jer nije djelovao u okviru obnašanja svojih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Marie Le Penu Odbora za pravna pitanja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για την γνώμη του. Θεωρούμε πως η δίωξη εις βάρος του κ. Le Pen είναι πολιτικής φύσεως.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de ce député afin qu'il puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of Jean-Marie Le Pen. Mr Le Pen suggested in an Internet video, published on his own website and on YouTube, 'putting them all in the oven together next time' when asked about the Jewish French singer Patrick Bruel. As there was no link between his public statements and his parliamentary activities, I believe that his immunity should be waived. Furthermore, the incitement to racial hatred was not covered by the freedom of expression clause.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Francuski zastupnik Jean-Marie Le Pen optužen je da je u video isječku objavljenom na internetu počinio kazneno djelo poticanja na diskriminaciju, mržnju ili nasilje prema osobi ili skupini ljudi na osnovi njihova podrijetla ili pripadnosti određenoj etničkoj skupini, naciji, rasi ili religiji.

S obzirom da podignuta optužba u vezi video isječka objavljenog na internetu 6. lipnja 2014. godine nije povezana s njegovim položajem zastupnika u Europskom parlamentu, odnosno nema izravne ili očite veze s obnašanjem njegovih dužnosti zastupnika, podržavam mišljenje izvjestitelja da se zastupniku Le Penu ukine imunitet te da mu se osigura pošteno i nepristrano suđenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o zahtevi za odvzem imunitete Jean-Marieju Le Penu sem podprla. Preiskovalna sodnika okrožnega sodišča v Parizu sta zahtevala, da se poslancu Le Penu zaradi domnevne storitve kaznivega dejanja odvzame poslanska imuniteta.

Poslanci Evropskega parlamenta načeloma uživajo pravico do svobode izražanja, hkrati pa ta pravica ne pomeni, da jim je dovoljeno klevetati, obrekovati, spodbujati k sovraštvu ali podajati trditve, ki škodijo ugledu, ali druge izjave, ki so v nasprotju s členom 21 Listine Evropske unije o temeljnih pravicah.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wobec podejrzenia popełnienia czynu karalnego postanowiłem przychylić się do wniosku złożonego przez sędziów śledczych przy Sądzie Wielkiej Instancji w Paryżu. Immunitet poselski jest dodatkowym zabezpieczeniem wolności słowa, tak by postępowania sądowe nie blokowały odważnej pracy parlamentarnej aktywnych posłów. Ale korzystanie z tej wolności ma miejsce w określonych granicach, które wyznacza poszanowanie praw i wolności innych osób.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A párizsi területi bíróság két vizsgálóbírója egy feltételezett bűncselekmény kapcsán kérte Jean-Marie Le Pen parlamenti mentelmi jogának felfüggesztését. Megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de levantar su inmunidad parlamentaria, como en todos los casos de este tipo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request to waive the immunity of Jean-Marie Le Pen. Two examining magistrates at the Paris Regional Court have requested the waiver of the parliamentary immunity of Jean-Marie Le Pen in connection with an alleged criminal offence. Jean-Marie Le Pen is accused of having publicly incited racial hatred in a video clip published on the internet on 6 June 2014. The purpose of Protocol on the Privileges and Immunities of the European Union is to ensure that Members of the European Parliament have the right to freedom of expression, but this right does not provide a carte blanche for slander, defamation, incitement to hatred or libellous assertions or any other statement which infringes Article 21 of the Charter of Fundamental Rights of the European Union. I voted in favour of the Report because I think that there is no connection between the statement at issue and the parliamentary work of Jean-Marie Le Pen, and there is no evidence suggesting an attempt to prevent Jean-Marie Le Pen from performing his parliamentary work.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a Jean-Marie Le Pen puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones claramente nazifascistas. A pesar de que el propio Le Pen ha querido apelar a su inmunidad parlamentaria, los hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, ya que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'immunité parlementaire ne sert pas à protéger des crimes de droit commun.

Jean-Marie Le Pen est accusé d'incitation publique à la discrimination, à la haine ou à la violence à l'égard d'une personne ou d'un groupe de personnes en raison de leur l'origine ou de leur appartenance ou non-appartenance à un groupe ethnique, de leur nation, leur race ou leur religion.

Il est coutumier du fait et a déjà été condamné à onze reprises pour des faits similaires à ceux invoqués.

Le Parlement européen est très vigilant en ce qui concerne les demandes de levée d'immunité parlementaire et veille à une stricte application des règles en ce domaine quelles que soient les appartenances politiques, ce dont je me félicite.

J'ai donc voté pour la levée de l'immunité de Jean-Marie Le Pen conformément à la proposition de la commission juridique du Parlement et à la demande du Parquet de Paris.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A imunidade parlamentar pretende garantir o direito à liberdade de expressão de que gozam, por princípio, os deputados ao Parlamento Europeu.

Todavia, este direito não significa que possam difamar, caluniar, incitar ao ódio ou proferir alegações difamatórias ou qualquer outra afirmação suscetível de infringir o artigo 21.º da Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia.

Neste caso em concreto, Jean-Marie Le Pen é acusado de ter incitado publicamente ao ódio racial numa gravação vídeo publicada em 6 de junho de 2014 na Internet.

Neste sentido, apoiamos o levantamento da imunidade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Nachdem kein unmittelbarer und offenkundiger Zusammenhang zwischen den Äußerungen und den politischen Pflichten von Jean-Marie Le Pen besteht, habe ich gegen den Antrag und somit für den Schutz der Immunität gestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – V tomto prípade je pán poslanec Le Pen obvinený z podnecovania diskriminácie, nenávisti alebo násilia voči osobe alebo skupine na základe ich pôvodu, alebo príslušnosti k etnickej skupine, národu, rase alebo náboženstvu. Prípad sa mal stať prostredníctvom videa, ktoré bolo v roku 2014 uverejnené na internete. Správa preto navrhovala zbavenie pána poslanca imunity. V týchto prípadoch sa pri hlasovaní riadim všeobecnými podmienkami, za ktorých môže poslanec Európskeho parlamentu požívať poslaneckú imunitu, a to vtedy, pokiaľ sa prípad stal už v čase, keď bol poslancom, a ak súvisí s výkonom jeho mandátu. Keďže v tomto prípade je zrejmé, že daný incident s výkonom mandátu nesúvisí, hlasovala som za správu, ktorá zbavenie imunity navrhovala.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za zahtevo za odvzem imunitete Jean-Marieju Le Penu. Poslanec evropskega parlamenta je v kazenskem postopku zaradi domnevne izvršitve kaznivega dejanja nagovarjanja k rasnemu sovraštvu.

Zahtevo za odvzem imunitete Jean-Marieju Le Penu podpiram, ker – kot ugotavlja Poročilo – ne obstaja nikakršna povezava med sporno izjavo in parlamentarnimi dolžnostmi Jean-Marieja Le Pena in ni znakov za sum, da gre za poskus oviranja parlamentarnega dela Jean-Marieja Le Pena. Poslanska imuniteta iz člena 8 Protokola velja le za mnenja, ki jih poslanec Evropskega parlamenta izreče pri opravljanju svojih dolžnosti.

8.6. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Jane Collins (A8-0297/2016 - Tadeusz Zwiefka)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La questione del mantenimento dell'immunità di Jane Collins, deputata dell'UKIP, è stata sollevata in seguito a un procedimento penale di diffamazione per delle dichiarazioni rilasciate dalla medesima circa uno scandalo riguardante abusi di minori avvenuto nella provincia inglese di Rotherham. Nello specifico, avrebbe accusato i deputati laburisti Kevin Barron, John Healey e Sarah Champion di essere a conoscenza dello scandalo prima che questo fosse stato reso pubblico dalla stampa, venendo in seguito querelata dai tre deputati laburisti per diffamazione. Per questi motivi, ho deciso di votare contro.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La eurodiputada Jane Collins está siendo sujeta a un procedimiento civil en el Reino Unido por unas declaraciones realizadas en su circunscripción que no se encuentran cubiertas por el artículo 8 del Protocolo, es decir, que no tienen conexión con su actividad parlamentaria. Por este motivo, he votado a favor de la suspensión de los privilegios y de la inmunidad parlamentaria de Jane Collins.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted to waive the immunity of this UKIP MEP, who is accused of making defamatory and libellous statements against three Labour MPs with regard to an ongoing criminal and administrative inquiry. As the statements were not made in the course of this MEP's parliamentary duties, I voted to waive her immunity so that parties could be given the opportunity to establish the truth and clear their names, if need be by due process of law.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de Jane Collins. L'immunité des députés au Parlement européen repose sur les principes et les valeurs des traités de l'Union européenne. La liberté d'expression ne peut et ne doit pas aller au-delà de ces valeurs.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le 26 septembre 2014, Jane Collins, une candidate du UKIP alors député européenne a émis des propos considérés comme diffamatoires par les requérants. En l'espèce, certains dirigeants du parti travailliste auraient été informés de crimes pédophiles et n'y auraient donné aucune suite. Ses propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir toute personnalité politique. Cependant, compte tenu de la gravité des accusations portées et du fait que M^{me} Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen, je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – My colleague Jane Collins was acting in her capacity as an MEP when raising concerns in relations to child abuse in Rotherham. Rotherham falls into the European constituency she represents. Furthermore it is said that Jane Collins was not acting in her professional capacity as an MEP but was merely a UK Parliamentary candidate in the run up to the UK General Election in May 2014. This was not the case as she was not selected to stand as a UK Parliamentary candidate until January 2015.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2016 m. gegužės 11 d. plenariniame posėdyje Pirmininkas pranešė, kad jis gavo Jane Collins 2016 m. gegužės 3 d. prašymą ginti jos imunitetą.

Remiantis 2015 m. balandžio 29 d. teisėjo M. D. J. Warby nutartimi pakeistu ieškinio paaiškinimu, J. Collins 2014 m. rugsėjo 26 d. JK Nepriklausomybės partijos konferencijoje Donkasteryje pasakė ir paskelbė kalbą, kuri buvo paskelbta žiniasklaidoje ir plačiojoje visuomenėje (įskaitant tiesioginę renginio transliaciją per BBC Parlamentui skirtą televizijos kanalą) ir kurioje įžeidžia ieškinį pateikusių Jungtinės Karalystės parlamento narių garbę ir orumą. Atsižvelgiant į tai, kad nėra tiesioginės ir akivaizdžios sąsajos tarp ginčijamų teiginių ir Jane Collins, kaip Europos Parlamento narės, pareigų, nes jie nesusiję su jos veikla būnant Europos Parlamento nare ar Europos Sąjungos politikos sritimis ir buvo pareikšti vykstant nacionalinėms politinėms diskusijoms, todėl nuspręsta neginti Jane Collins privilegijų ir imunitetų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ses propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir toute personnalité politique. Cependant, compte tenu de la gravité des accusations portées et du fait que M[me] Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen, j'ai décidé de m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté le rapport de la commission des affaires juridiques qui propose de ne pas défendre les privilèges et immunités de Madame Collins.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho sostenuto la posizione espressa dal relatore Zwiefka di rifiutare la richiesta di difesa dei privilegi e delle immunità di Jane Collins. Si tratta di una richiesta presentata nel quadro del procedimento civile pendente nei suoi confronti davanti alla Queen's Bench Division della High Court di Londra e legato a una denuncia per diffamazione e calunnia durante una conferenza di partito. Secondo la commissione, le dichiarazioni di Jane Collins non presentano alcun nesso diretto ed evidente con le sue funzioni di deputato al Parlamento europeo, essendo state pronunciate nel contesto di un dibattito politico nazionale. Le dichiarazioni contestate non risultano pertanto tutelate dall'articolo 8 del protocollo sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Las conductas a investigar están relacionadas con una demanda por difamación y calumnia relativa a determinadas acusaciones que Jane Collins efectúo en una conferencia del UKIP. Collins afirmó que algunos diputados británicos estaban al corriente de muchos de los detalles de la explotación sexual de menores que tuvo lugar en Rotherham a lo largo de dieciséis años —periodo durante el que un número estimado de 1 400 menores fueron violados, golpeados, sometidos con alcohol y drogas y amenazados con violencia— y que no intervinieron para evitarlo. La inmunidad no procede en este caso, porque las declaraciones nada tienen que ver con el mandato de Collins como eurodiputada. Procede además propiciar que los acusados de tan graves delitos tengan la oportunidad de reponer su honor en sede judicial.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur cette demande de défense des privilèges et immunités de Jane Collins, candidate de l'UKIP et députée européenne, à cause de propos considérés comme diffamatoires par les requérants, tenus le 26 septembre 2014 et selon lesquels certains dirigeants du parti travailliste auraient été informés de crimes pédophiles mais n'y auraient donné aucune suite. Ses propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir toute personnalité politique. Néanmoins, compte tenu de la gravité des accusations portées et du fait que M[me] Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européenne, j'ai privilégié la prudence.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que el Parlamento decide no amparar los privilegios e inmunidades de la diputada Jane Collins a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos. La diputada Jane Collins habló, publicó y provocó la difusión en los medios de comunicación y para el público en general de expresiones difamatorias contra los diputados al Parlamento del Reino Unido durante una conferencia celebrada por el partido UKIP en Doncaster, hechos por los que está siendo investigada por la Corte Suprema de Londres. Estos hechos no guardan una relación directa y manifiesta con su actividad parlamentaria en el Parlamento Europeo, por lo que no procede defender la inmunidad de la diputada.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas prašymas ginti Europos Parlamento narės Jane Collins privilegijas ir imunitetus. Jane Collins paprašė ginti jos privilegijas ir imunitetus Londono aukščiausiojo teismo Karališkajame skyriuje nagrinėjamoje civilinėje byloje prieš ją. Ši prašymo dalis susijusi su aplinkybe, kad Jane Collins tariamai jau sutrukdyta vykti į Parlamento susitikimus, paskiriant prieš ją pradėtos bylos nagrinėjimo teisme posėdžius. Taip pat tai susiję su tuo, kad Jane Collins pateiktas civilinis ieškinys Jungtinėje Karalystėje dėl žalos (įskaitant didelę žalą), padarytos šmeižtu ir įžeidimais, taip pat ieškinys prieš ją dėl veiksmų nutraukimo, reikalaujant nustoti kartoti teiginius, kurie yra užginčyti. Kadangi nėra tiesioginės ir akivaizdžios sąsajos tarp ginčijamų teiginių ir Jane Collins, kaip Europos Parlamento narės, pareigų, nes jie nesusiję su jos veikla būnant Europos Parlamento nare ar Europos Sąjungos politikos sritimis ir buvo pareikšti vykstant nacionalinėms politinėms diskusijoms, Europos Parlamentas nusprendžia neginti Jane Collins privilegijų ir imunitetų.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Jane Collins.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Jane Collins est accusée d'avoir tenu des propos diffamatoires pour avoir déclaré que certains dirigeants du parti travailliste étaient informés de crimes pédophiles sans engager de poursuite judiciaire. Certes, ces propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir tous les députés européens et toutes les personnalités politiques. Néanmoins, compte tenu de la gravité des accusations portées par Jane Collins et compte tenu du fait qu'elle a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne sans lien direct et évident avec son mandat de député européen, je me suis abstenu sur sa demande de défense des privilèges et immunités.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted to waive the immunity of this UKIP MEP, who is accused of making defamatory and libellous statements against three Labour MPs with regard to an ongoing criminal and administrative inquiry. As the statements were not made in the course of this MEP's parliamentary duties, I voted to waive her immunity so that parties could be given the opportunity to establish the truth and clear their names, if need be by due process of law.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων, που αποφασίζει να μην υπερασπισθεί τα προνόμια και τις ασυλίες της Jane Collins.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με την αίτηση προστασίας της ασυλίας και των βουλευτικών προνομίων της Jane Collins αφορούσε ζητήματα που προέκυψαν εκτός των δραστηριοτήτων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Καθώς θεωρώ πως οφείλουμε να σεβόμαστε τις διαδικασίες της δικαιοσύνης, τάχθηκα υπέρ της άρσης της ασυλίας.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the request for defence of the privileges and immunities of Jane Collins and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché il reato contestato all'on. Jane Collins, ovvero diffamazione e calunnia con danni aggravati, è avvenuto all'interno della conferenza di partito dell'Ukip del 26 settembre 2014 e considerando che l'immunità parlamentare di deputato europeo derivante dall'articolo 8 del Protocollo viene applicata solo alle opinioni espresse durante l'espletamento delle sue funzioni, non vi erano valide ragioni per difendere i privilegi e le immunità dell'onorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La eurodiputada Jane Collins está siendo sujeta a un procedimiento civil en el Reino Unido por unas declaraciones realizadas en su circunscripción que no se encuentran cubiertas por el artículo 8 del Protocolo, es decir, que no tienen conexión con su actividad parlamentaria. Por este motivo, he votado a favor de la suspensión de los privilegios y de la inmunidad parlamentaria de Jane Collins.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'immunità parlamentare conferita dall'articolo 8 del protocollo si applica solo alle opinioni espresse dai deputati al Parlamento europeo nell'esercizio delle loro funzioni. Pertanto, ho inteso votare favorevolmente alla presente decisione, poiché non essendovi alcun nesso diretto ed evidente tra le dichiarazioni contestate e le funzioni di Jane Collins in quanto deputato al Parlamento europeo, dette dichiarazioni, pronunciate nel contesto di un dibattito politico nazionale, non sono correlate né alla sua attività di deputato al Parlamento europeo né alle politiche dell'Unione europea.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem wniosek o skorzystanie z przywilejów i immunitetu przez Jane Collins, która została oskarżona o zniesławienie trzech przedstawicieli Partii Pracy (Sarah Champion, John Healey i Kevin Barron). Wypowiedź Pani Collins dotyczyła faktu, że według jej informacji wiedzieli oni o sprawie wykorzystywania seksualnego nieletniego dziecka, ale nie poczynili żadnych działań ze względu na poprawność polityczną, ich tchórzostwo oraz egoizm. Opisana sytuacja miała miejsce w 2014 roku, w związku z tym zniesławienie nie wiąże się z pełnieniem obowiązków eurodeputowanej przez panią Collins. W związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I agree that there is no direct, obvious connection between the proceedings in question and her duties as Member of the European Parliament, as they do not relate to her activity as a Member of the European Parliament and were made in the context of national political debate.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le 26 septembre 2014, Jane Collins, une candidate du parti britannique UKIP, alors députée européenne, a tenu des propos considérés comme diffamatoires par les requérants. En l'espèce, certains dirigeants du parti travailliste auraient été informés de crimes pédophiles et n'y auraient donné aucune suite. Ces propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir toute personnalité politique. Cependant, compte tenu de la gravité des accusations portées et du fait que M[me] Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen, j'ai préféré m'abstenir.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η Ευρωβουλευτής κατέδειξε ένα κατά συρροή ειδεχθές έγκλημα, για το οποίο η κυβέρνηση του Ηνωμένου Βασιλείου, οι αστυνομικές αρχές αλλά και οι πολιτικοί φορείς αδιαφορούσαν και εθελοτυφλούσαν για ίδιες σκοπιμότητες και για λόγους πολιτικής ορθότητας. Η προστασία των παιδιών και των γυναικών από κτήνη σαν και αυτά που κατέδειξε η κυρία Collins είναι καθήκον όλων.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Jane Collins alega que, por causa del procedimiento judicial incoado contra ella, se le ha impedido viajar a reuniones del Parlamento Europeo, contraviniendo así el artículo 7 del Protocolo. No obstante dicha alegación no es admisible, porque no se aplica a las restricciones que resulten de las actuaciones judiciales.

El artículo 8 del Protocolo, señala que los diputados al Parlamento Europeo no podrán ser buscados, detenidos ni procesados por las opiniones o los votos por ellos emitidos en el ejercicio de sus funciones. Sin embargo, las declaraciones impugnadas no están vinculadas con su actividad como diputada al Parlamento Europeo o con las políticas de la Unión, y se efectuaron en el contexto de un debate político nacional. Por consiguiente, no hay motivo alguno para amparar la inmunidad de Jane Collins.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Durante uma conferência do partido UKIP em Doncaster, Jane Collins proferiu, publicou e provocou a divulgação junto dos meios de comunicação social e do público em geral de palavras difamatórias contra os demandantes, deputados ao Parlamento do Reino Unido.

Jane Collins alegou que os demandantes tinham conhecimento de muitos dos aspetos relativos à exploração sexual de crianças que teve lugar em Rotherham ao longo de um período de dezasseis anos, durante o qual cerca de 1 400 crianças foram violadas, espancadas, submetidas a álcool e drogas e violentamente ameaçadas por homens de origem asiática, mas optaram deliberadamente por não intervir, permitindo antes que os abusos prosseguissem.

Os demandantes solicitam uma indemnização por danos, incluindo danos agravados, causados por alegada calúnia e difamação, bem como uma injunção que impeça novas publicações.

Jane Collins foi convidada a pronunciar-se perante a Comissão dos Assuntos Jurídicos, mas elegeu Jim Carver, deputado ao Parlamento Europeu, para a representar. No entanto, perante os argumentos apresentados, não existe qualquer fundamento para defender a imunidade de Jane Collins.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: l'affaire concerne des propos tenus dans le cadre d'une campagne électorale interne au Royaume-Uni.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório diz respeito a um pedido de defesa da imunidade por parte da deputada Jane Collins, devido a uma ação civil intentada contra si no Reino Unido e que a tem impedido de se deslocar às sessões plenárias no Parlamento Europeu.

O que a deputada em apreço pretende que seja defendido, para além da sua imunidade, é a liberdade de circulação para poder estar presente no Parlamento e desempenhar as funções para as quais foi eleita.

A queixa por calúnia e difamação diz respeito a acusações feitas por Jane Collins num discurso, numa conferência do partido, divulgadas aos meios de comunicação e ao público em geral (inclusivamente através da transmissão em direto do acontecimento no canal de televisão do parlamento da BBC).

De acordo com a jurisprudência do Tribunal de Justiça, as declarações feitas por deputados ao Parlamento Europeu no exterior das instalações do Parlamento Europeu são consideradas como sendo feitas no exercício das suas funções apenas se corresponderem a uma avaliação subjetiva que tenha uma conexão direta e óbvia com o exercício dessas funções.

Considerando que não existe conexão direta e óbvia entre as declarações controversas e as funções de Jane Collins enquanto deputada ao Parlamento Europeu, o relator propôs não defender os privilégios e imunidades da deputada.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η Ευρωβουλευτής κατέδειξε ένα κατά συρροή ειδεχθές έγκλημα, για το οποίο η κυβέρνηση του Ηνωμένου Βασιλείου, οι αστυνομικές αρχές αλλά και οι πολιτικοί φορείς αδιαφορούσαν και εθελοτυφλούσαν για ίδιες σκοπιμότητες και για λόγους πολιτικής ορθότητας. Η προστασία των παιδιών και των γυναικών από κτήνη σαν και αυτά που κατέδειξε η κυρία Collins είναι καθήκον όλων. Για αυτό καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την υπεράσπιση των προνομίων και ασυλιών της Jane Collins.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Freedom of speech cannot go beyond these values.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Jane Collins gestimmt, denn Hintergrund zur Anfrage auf Aufhebung ihrer Immunität ist ein politischer Streit mit Mitgliedern anderer Parteien, der nicht auf diese Weise ausgetragen werden muss.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Freedom of speech cannot go beyond these values – for these reasons I voted for the waiver of immunity.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted against the request. The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Hate speech clearly violates these principles and values, and cannot be justified by freedom of expression.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Jane Collins, MEP, asked the European Parliament to defend her privileges and immunities in view of the civil case brought against her at the Royal Section of the Supreme Court in London. This application is related to the fact that Jane Collins would allegedly be prevented from going to meetings in the European Parliament because the trial hearings had deliberately been scheduled for the same time. However, in the absence of a direct and clear connection between the impugned statements and the duties of Jane Collins as a Member of the European Parliament, given that the statements do not relate to her activities as an MEP or to the European Union's policies and were made in a national political debate, the European Parliament should decide not to defend Jane Collins's privileges and immunities.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Jane Collins, jer se time odlučuje ne zaštititi povlastice i imunitete spomenute zastupnice. U ovom slučaju radi se o navodnoj kleveti i uvredi, te sporne izjave dane su izvan Europskog parlamenta i nisu povezane sa zastupničkim aktivnostima zastupnice Collins niti s europskim politikama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Bien que la teneur des propos tenus par Jane Collins puisse être condamnable, notamment selon les principaux intéressés, l'eurodéputée a le droit de faire usage de sa liberté d'expression, d'autant que l'affaire s'est produite lors d'un événement politique interne à son pays, sans rapport avec le mandat de parlementaire européen.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tadeusz Zwiefka sur la demande de défense des privilèges et immunités parlementaires de Jane Collins. La commission des affaires juridiques a estimé que, dans la mesure où le tribunal chargé de l'affaire dans laquelle M^me^ Collins a été mise en cause n'a pas demandé la levée de son immunité et où les faits étaient sans lien avec son mandat parlementaire, la défense des privilèges et de l'immunité de M^me^ Collins n'était pas justifiée.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Beibehaltung der Immunität von Kollegin Collins. Der Sachverhalt ist, wie vom Ausschuss dargelegt, keiner, der eine Aufhebung rechtfertigen würde.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted against the request. The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Hate speech clearly violates these principles and values, and cannot be justified by freedom of expression.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of not defending Jane Collins's immunity, since MEPs should benefit from their immunity in so far as the necessity of referring to it is directly connected with their rights and obligations at the EP.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Jane Collins ayant tenu des propos considérés comme diffamatoires, une demande de levée de son immunité a été émise.

Compte tenu des accusations émises et du fait que ces propos ont été tenus durant une campagne électorale interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct avec l'exercice du mandat de parlementaire européen, je me suis abstenu.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La eurodiputada Jane Collins está siendo sujeta a un procedimiento civil en el Reino Unido por unas declaraciones realizadas en su circunscripción que no se encuentran cubiertas por el artículo 8 del Protocolo, es decir, que no tienen conexión con su actividad parlamentaria. Por este motivo, he votado a favor de la suspensión de sus privilegios e inmunidad parlamentaria.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V súlade s Rokovacím poriadkom EP a Protokolom o výsadách a imunitách EÚ požiadala poslankyňa Spojeného kráľovstva Jane Collinsová o ochranu. Občianskoprávne konanie, ktoré sa vedie proti nej v Londýne, sa týka náhrady škody vrátane náhrady nemajetkovej ujmy za údajnú urážku na cti a ohováranie. Keďže toto konanie sa netýka výkonu funkcie poslankyne EP a netýka sa ani politík EÚ, EP nemôže udeliť ochranu výsad a imunít.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της απόφασης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων να μην υπερασπισθεί τα προνόμια και τις ασυλίες της Jane Collins στην υπό κρίση έκθεση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

En 2014, Jane Collins a déclaré, dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, que certains cadres du Parti travailliste auraient été informés de crimes pédophiles, et que ces derniers n'auraient pas donné suite. Cette déclaration est considérée comme diffamatoire et est la cause de la demande de levée d'immunité. Si nous défendons la liberté d'expression, droit fondamental des plus absolus, la gravité des accusations, ainsi que l'absence de «lien direct et évident avec son mandat» nous poussent à l'abstention.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Europos Parlamento nariai negali būti apklausiami, sulaikomi ar traukiami atsakomybėn dėl einant pareigas pareikštos nuomonės ar balsavimo, tačiau ši teisė nesuteikia laisvės šmeižti, įžeidinėti, kurstyti neapykantą ar įžeisti garbę.

Europos Parlamento narei Jane Collins Jungtinėje Karalystėje yra pateiktas civilinis ieškinys dėl žalos (įskaitant didelę žalą), padarytos šmeižtu ir įžeidimais vykstant nacionalinėms politinėms diskusijoms. Atsižvelgiant į tai, jog nėra tiesioginės ir akivaizdžios sąsajos tarp ginčijamų teiginių ir Jane Collins, kaip Europos Parlamento narės, pareigų, nes jie nesusiję su jos veikla būnant Europos Parlamento nare ar Europos Sąjungos politikos sritimis, pritariu EP siūlymui atšaukti Jane Collins imunitetą ir tokiu būdu sudaryti teisėsaugos institucijoms sąlygas ištirti bylą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité de Jane Collins. En effet, cette députée anglaise du parti indépendantiste UKIP est poursuivie pour diffamation et calomnie devant la High Court de Londres pour des propos qu'elle a tenus lors d'un congrès de son parti. Elle a accusé trois membres du parti travailliste d'avoir été au courant des affaires d'abus sur des enfants dans la ville de Rotheram et de n'avoir rien dit. Considérant que l'immunité des députés européens s'applique aux opinions exprimées par les membres du Parlement européen seulement dans l'exercice de leurs fonctions, ce qui n'est pas le cas ici, le rapport demande la levée de l'immunité. Étant donné la gravité des accusations, je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Jane Collins ayant tenu des propos considérés comme diffamatoires, une demande de levée de son immunité a été émise.

Compte tenu des accusations émises et du fait que ces propos ont été tenus durant une campagne électorale interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct avec l'exercice du mandat de parlementaire européen, je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do deputado europeu é da competência do Parlamento Europeu, e essa independência não pode ser posta em causa.

No caso em apreço, a deputada europeia Jane Collins é objeto de uma ação civil, no Reino Unido, de indemnização por danos, incluindo danos agravados, causados por alegada calúnia e difamação, bem como de um pedido de injunção para que não repita as declarações controversas.

Não existe qualquer conexão direta e óbvia entre as declarações controversas e as funções de Jane Collins enquanto deputada ao Parlamento Europeu, uma vez que não estão relacionadas com a sua atividade enquanto deputada ao Parlamento Europeu nem com as políticas da União Europeia e foram proferidas no contexto do debate político nacional.

Voto, assim, a favor do levantamento da imunidade de Jane Collins.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — M^{me} Collins fait l'objet d'une action civile devant la High Court de Londres pour diffamation et calomnies. Étant donné qu'elle a tenu des propos diffamatoires en dehors du Parlement européen et que ceux-ci ne relèvent pas de ses activités en tant que députée européenne ou des politiques européennes, j'ai décidé de voter en faveur de la levée de son immunité parlementaire.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Jane Collins képviselő kérte kiváltságainak és mentelmi jogának a londoni legfelsőbb bíróság Queen's Bench tanácsában folyamatban lévő büntetőeljárással összefüggésben való fenntartását. Kérelmében hivatkozik arra, hogy az ellene indított bírósági eljárások ütemezésével megakadályozták abban, hogy elutazzon parlamenti ülésekre, a Jogi Bizottság azonban jelentésében rámutat, hogy az Európai Unió kiváltságairól és mentességeiről szóló 7. jegyzőkönyv Collins képviselő által hivatkozott cikke nem alkalmazandó a jogi eljárásokból eredő korlátozásokra.

A képviselő hivatkozik továbbá arra, hogy feladataik ellátása során kifejtett véleményük vagy leadott szavazatuk miatt az európai parlamenti képviselők ellen nem folytatható vizsgálat, nem vehetők őrizetbe, és nem vonhatók bírósági eljárás alá. A Jogi Bizottság jelentésében ezzel kapcsolatban megállapítja, hogy a Jane Collins ellen az Egyesült Királyságban becsületsértés és rágalmazás miatt elszenvedett károkért benyújtott polgári jogi kereset a képviselő által egy pártkonferencián megfogalmazott vádakat érinti. A Jogi Bizottság szerint ezért a vitatott nyilatkozatok és Jane Collins európai parlamenti képviselői feladatai között nincs közvetlen és nyilvánvaló kapcsolat, mivel nem az Európai Parlament képviselőjeként folytatott tevékenységéhez vagy az Európai Unió politikáihoz kapcsolódnak. Mindezekre tekintettel azt indítványozza, hogy a Parlament Jane Collins kiváltságait és mentelmi jogát ne tartsa fenn.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le 26 septembre 2014, Jane Collins, candidate du UKIP alors députée européenne, a émis des propos considérés comme diffamatoires par les requérants. En l'espèce, certains dirigeants du parti travailliste auraient été informés de crimes pédophiles et n'y auraient donné aucune suite. Ses propos s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression dont doit pouvoir jouir toute personnalité politique. Cependant, compte tenu de la gravité des accusations portées et du fait que M[me] Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen, l'abstention sera privilégiée.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez que o delito em causa não está, de forma alguma, relacionado com o desempenho das funções de deputado, e por não existir prova ou suspeita de que, na origem da ação penal, se encontre a intenção de prejudicar politicamente o deputado em causa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – M[me] Collins a tenu ses propos dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report in accordance with the evaluation made by the Legal Affairs Committee.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – M[me] Collins est accusée de diffamation pour avoir porté de très graves accusations dans le cadre d'une campagne interne au Royaume-Uni, donc sans lien direct et évident avec son mandat de parlementaire européen. Compte tenu de la gravité des faits mais en l'absence de lien avec le mandat, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zastupnički se imunitet u skladu s člankom 8. Protokola primjenjuje isključivo na mišljenja koja zastupnici u Europskom parlamentu izražavaju pri obnašanju svojih dužnosti. Prema sudskoj praksi Suda Europske unije, za izjave koje su zastupnici u Europskom parlamentu dali izvan Europskog parlamenta smatra se da su iznesene pri obnašanju njihovih dužnosti isključivo ako je riječ o izjavama koje izražavaju subjektivno mišljenje na izravan i očit način povezano s obavljanjem tih dužnosti.

Međutim, ne postoji izravna poveznica između spornih izjava i dužnosti Jane Collins kao zastupnice u Europskom parlamentu, jer su iznesene u kontekstu nacionalne političke rasprave. Članak 9. navodi da tijekom zasjedanja Europskog parlamenta njegovi članovi uživaju na državnom području svoje države imunitet priznat članovima Parlamenta te države. Pojedinačni zastupnici Parlamenta Ujedinjene Kraljevine nemaju imunitet od kaznenih ili građanskih postupaka.

Podrazumijeva se da se članak 9. Povelje o pravima ne može primijeniti na Jane Collins upućivanjem na članak 9. Protokola, jer je članak 9. Povelje o pravima funkcionalno jednak članku 8. Protokola, međutim, namijenjen je isključivo za zaštitu zastupnika u nacionalnim parlamentima. Stoga članak 9. Protokola nije primjenjiv. Imunitet zastupnika u Europskom parlamentu se temelji na principima i vrijednostima ugovora Europske unije. Sloboda govora ne smije zanemariti i prekoračiti te vrijednosti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório refere-se ao pedido de defesa da imunidade da deputada Jane Collins, devido a uma ação civil intentada contra si no Reino Unido.

Trata-se de uma ação civil de indemnização por danos, incluindo danos agravados, causados por alegada calúnia e difamação, bem como de um pedido de injunção para que não repita as declarações controversas.

Jane Collins terá feito declarações numa conferência do seu partido, divulgadas aos meios de comunicação, em que alegou que os deputados do Parlamento Britânico tinham conhecimentos detalhados relativos a um caso prolongado de violência física e exploração sexual de mais de mil crianças, em Rotherham, por homens de origem asiática, optando deliberadamente por não intervir, atuando por motivos de correção, cobardia ou egoísmo político e tornando-se cúmplices dos perpetradores.

A imunidade parlamentar conferida pelo artigo 8.º do Protocolo é aplicável a opiniões emitidas por deputados ao PE apenas no exercício das suas funções.

Não parece existir qualquer conexão direta e óbvia entre as declarações controversas e as funções de Jane Collins enquanto deputada ao PE, pois foram proferidas no contexto do debate político nacional.

O relator propõe não defender a defesa da imunidade e privilégios.

Acompanhamos a proposta, pelo que votámos favoravelmente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Cette procédure classique est d'abord examinée en commission des affaires juridiques (JURI) avant d'être votée en plénière. Dans ce cas, la commission JURI n'a pas recommandé la défense des privilèges et de l'immunité de la parlementaire.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Considerando que Jane Collins apresentou um pedido, em 3 de maio de 2016, o qual foi comunicado em sessão plenária, em 11 de maio de 2016, com vista à defesa dos seus privilégios e imunidades no âmbito da ação civil intentada contra si junto da Queen's Bench Division da High Court de Londres, o qual está relacionado com o facto de ter sido alegadamente impedida de se deslocar às reuniões parlamentares devido às audiências agendadas no âmbito dos processos contra si intentados.

Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputada ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consiste em prejudicar a atividade política da deputada, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade à deputada Jane Collins.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Jane Collins solicitou a defesa dos seus privilégios e imunidades no contexto de uma ação civil apresentada contra si junto da Queen's Bench Division da High Court de Londres.

A queixa por calúnia e difamação diz respeito a acusações efetuadas por Jane Collins durante uma conferência do partido.

Por isso mesmo, o Parlamento Europeu decide não defender os privilégios e imunidades de Jane Collins.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que el Parlamento decide no amparar los privilegios e inmunidades de la diputada Jane Collins a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos. La diputada Jane Collins habló, publicó y provocó la difusión en los medios de comunicación y para el público en general de expresiones difamatorias contra los diputados al Parlamento del Reino Unido durante una conferencia celebrada por el partido UKIP en Doncaster, hechos por los que está siendo investigada por la Corte Suprema de Londres. Estos hechos no guardan una relación directa y manifiesta con su actividad parlamentaria en el Parlamento Europeo, por lo que no procede defender la inmunidad de la diputada.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de Madame Jane Collins afin que la justice britannique puisse effectuer son travail dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les déclarations mises en cause (M^{me} Collins est soupçonnée de diffamation et de calomnie) n'ont pas de lien direct avec la fonction de députée européenne de Madame Collins, puisque les propos ont été tenus lors d'un congrès de son parti national, et qu'ils ne sont pas motivés par une quelconque volonté de nuire.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu siūlomai rezoliucijai, kuria Europos Parlamentas atsisako ginti Jane Collins imunitetą ir privilegijas Londono teisime. Šiuo atveju Jane Collins yra kaltinama už šmeižtą, o ir pats Jungtinėje karalystėje vykstantis teismo procesas nekliudo jai atlikti savo, kaip Europos Parlamento narės pareigų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório refere-se ao pedido de defesa da imunidade parlamentar solicitado pela eurodeputada Jane Collins, relativa a uma queixa apresentada contra si, que deu origem a uma ação judicial no Reino Unido, solicitando uma indemnização por danos agravados, causados por uma alegada calúnia e difamação que a mesma proferiu em direto, no canal de televisão do parlamento da BBC.

Com base no relatório e na proposta de decisão apresentado pela Comissão dos Assuntos Jurídicos do Parlamento Europeu, com a qual concordo, não estão reunidos os pressupostos para defesa da sua imunidade parlamentar, nomeadamente no que respeita aos artigos 7.º, 8.º e 9.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, o que equivale a dizer que a deputada em causa não foi impedida, como alega, de se deslocar às reuniões parlamentares, não efetuou, com conexão óbvia e direta, as alegadas declarações no âmbito do exercício das suas funções parlamentares, nem goza de imunidade relativamente ao processo de que é alvo enquanto membro do Parlamento do Reino Unido e, por conseguinte, enquanto deputada ao Parlamento Europeu, pelo que, atento o supraexposto, votei a favor deste relatório, que conclui pela improcedência do pedido de defesa da sua imunidade parlamentar.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La eurodiputada Jane Collins está siendo sujeta a un procedimiento civil en el Reino Unido por unas declaraciones realizadas en su circunscripción que no se encuentran cubiertas por el artículo 8 del Protocolo, es decir, que no tienen conexión con su actividad parlamentaria. Por este motivo, he votado a favor de la suspensión de los privilegios y de la inmunidad parlamentaria de Jane Collins.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Poslankyňa EP Jana Collinsova požiadala Európsky parlament o ochranu svojich výsad a imunít v súvislosti s občianskoprávnym konaním, ktoré sa proti nej vedie na súde v Londýne. V spojenom Kráľovstve sa vedie občianskoprávne konanie o náhradu škody vrátane náhrady spôsobenej nemajetkovej ujmy za údajnú urážku na cti a ohováranie, ktoré Jane Collinsová vzniesla na straníckej konferencii. Vyjadrenia poslancov EP mimo priestorov EP sa považujú za vyjadrenia pri výkone poslaneckých úloh len vtedy, ak tieto vyjadrenia zodpovedajú subjektívnemu názoru, ktorý priamo a zjavne súvisí s výkonom týchto úloh. A keďže neexistuje žiadna priama zjavná súvislosť medzi tvrdeniami, ktoré sú predmetom sporu a úlohami Jane Collinsovej ako poslankyne EP, lebo sa netýkajú činnosti poslankyne Európskeho parlamentu ani politík EÚ a boli prednesené v kontexte národnej politickej diskusie, rozhodli sme sa neochrániť výsady a imunity Jane Collinsovej.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Primer zadeva evropsko poslanko Jane Collins iz vrst skupine Evropa svobode in neposredne demokracije (EFDD). Poslanka Collins je zahtevala zaščito svojih privilegijev in imunitete v zvezi s civilnim postopkom zoper njo na višjem sodišču v Londonu *(High Court of Justice, Queen's Bench Division)*, saj zaradi narokov v sodnem postopku ni mogla potovati na parlamentarne seje.

Sodni postopek se vodi zaradi domnevnega klevetanja in obrekovanja ter se nanaša na obtožbe, ki jih je Jane Collins izrekla na kongresu stranke v Veliki Britaniji. Poslanska imuniteta po pravilih Evropskega parlamenta, natančneje osmega člena Protokola, velja le za mnenja, ki jih je poslanec Evropskega parlamenta izrekel pri opravljanju svojih dolžnosti.

Iz vseh teh razlogov predlog sklepa predlaga, da se odloči, da se ne zaščiti privilegijev in imunitete poslanke Collins. Menim, da morajo biti poslanci v okviru imunitete zaščiteni v skladu s pravili. Ker v tem primeru ne gre za takšno situacijo, sem predlog podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Každý poslanec Európskeho parlamentu nesie plnú a osobnú zodpovednosť za svoje činy a výroky, ktoré prezentuje mimo parlamentnej pôdy, a to podľa príslušnej národnej legislatívy. Každý poslanec má zároveň právo brániť sa proti obvineniam na súde.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Protiv Jane Collins vodi se građanski postupak pred Administrativnim vijećem Visokog suda u Londonu kao privatna tužba u okviru koje se traži odšteta za navodnu klevetu i uvredu iznesenu na konferenciji stranke, uključujući kaznenu odštetu.

Međutim, zastupnički imunitet se u skladu s člankom 8. Protokola primjenjuje isključivo na mišljenja koja zastupnici u Europskom parlamentu izražavaju pri obnašanju svojih dužnosti, čime nisu obuhvaćene sporne izjave, stoga se zahtjev Jane Collins za zaštitu njezinih povlastica i imuniteta ne prihvaća. Podržavam izvješće o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Jane Collins Odbora za pravna pitanja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Ευρωβουλευτής κατέδειξε ένα κατά συρροή ειδεχθές έγκλημα, για το οποίο η κυβέρνηση του Ηνωμένου Βασιλείου, οι αστυνομικές αρχές αλλά και οι πολιτικοί φορείς αδιαφορούσαν και εθελοτυφλούσαν για ίδιες σκοπιμότητες και για λόγους πολιτικής ορθότητας. Η προστασία των παιδιών και των γυναικών από κτήνη σαν και αυτά που κατέδειξε η κυρία Collins είναι καθήκον όλων.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de ce député afin qu'il puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the request to refuse the defence of the privileges and immunities of Jane Collins. Ms Collins accused Labour Party members of knowing about systematic sexual abuse of minors taking place in their community without taking appropriate steps to remedy it. Her statements were made at the UKIP party conference and aired live on the BBC. As a result, Ms Collins is being sued for aggravated damages for alleged libel and slander. Because the statements were made outside the premises of the European Parliament and do not relate to her activity as an MEP or to EU policies, I do not believe that she should be covered by such privileges and immunities.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta zastupnici Jane Collins protiv koje je podignuta optužnica za klevetu. Zastupnica Collins je 2014. godine na konferenciji izjavila da su tri zastupnika britanskog Parlamenta, Sarah Champion, John Healy i Kevin Barron 16 godina znali za skandal seksualnog iskorištavanja djece u Rotherhamu, no nisu ništa učinili po tom pitanju.

Zastupnici Champion, Healy i Barron tvrde da je zastupnica Collins navedene optužbe izrekla kako bi nanijela štetu njihovom političkom ugledu te ih diskreditirala na njihovim pozicijama. Budući da zahtjev za ukidanje imuniteta zastupnici Collins nema izravne ili očigledne veze s njezinom pozicijom zastupnice u Europskom parlamentu, smatram da se ovaj zahtjev treba odobriti uz uvjet da se zastupnici Collins treba osigurati pošteno i nepristrano suđenje, kao i svim drugim građanima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o zahtevi za zaščito privilegijev in imunitete Jane Collins sem podprla. Jane Collins je zahtevala zaščito svojih poslanskih privilegijev in imunitete v zvezi s civilnim postopkom zoper njo pred višjim sodiščem v Londonu *(High Court of Justice, Queen's Bench Division)*.

Jane Collins je navedla, da zaradi narokov v sodnem postopku zoper njo ni mogla potovati na parlamentarne seje. Zahteva se nanaša na zaščito pravice poslanca Evropskega parlamenta iz člena 7 Protokola, ta pa se ne uporablja za omejitve, ki izhajajo iz sodnih postopkov, saj to urejajo posebna pravila iz členov 8 in 9 Protokola, zato zahteva za zaščito poslanskega privilegija na podlagi sklicevanja na člen 7 Protokola ni dopustna.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Posłance do Parlamentu Europejskiego Jane Collins postawiono zarzut zniesławienia i oszczerstwa w przemówieniu, które wygłosiła podczas kongresu partyjnego. Jane Collins uznała, że toczące się przeciwko niej postępowanie cywilne uniemożliwiło jej wyjazdy na posiedzenia parlamentarne. Zdaniem posłanki naruszało to art. 7 Protokołu w sprawie przywilejów i immunitetów UE, w związku z czym złożyła wniosek o skorzystanie z uprawnień wskazanych w Protokole. Należy jednak zauważyć, że art. 7 nie stosuje się do ograniczeń wynikających z postępowania sądowego, a więc wniosek posłanki na tej podstawie był niedopuszczalny.

W sprawie Jane Collins nie ma także podstaw do zastosowania art. 8 i 9 Protokołu. Ochroną przysługującą na mocy art. 8 objęte są tylko opinie wyrażone w czasie wykonywania obowiązków służbowych posła. Wypowiedź Jane Collins nie miała związku z jej działalnością w Parlamencie Europejskim, została sformułowana w krajowej debacie politycznej. Posłance nie przysługiwała także ochrona na podstawie art. 9. Zgodnie z nim podczas sesji PE jego członkowie korzystają na terytorium swojego państwa z immunitetów przyznawanych członkom krajowego parlamentu, przy czym członkom parlamentu Zjednoczonego Królestwa nie przysługuje immunitet od postępowania karnego lub cywilnego.

W konsekwencji brak jest podstawy prawnej do skorzystania przez Jane Collins z immunitetu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Jane Collins 2016 májusában kérte kiváltságainak és mentelmi jogának a londoni Legfelsőbb Bíróság Queen's Bench tanácsában folyamatban lévő büntetőeljárással összefüggésben való fenntartását. A frakció döntésének megfelelően megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de levantar su inmunidad parlamentaria, al tratarse de una denuncia por una acción que no puede entenderse como propia de su actividad parlamentaria.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for defence of the privileges and immunities of Jane Collins. Jane Collins has requested the defence of her parliamentary privileges and immunities in connection with civil proceedings against her before the Queen's Bench Division of the High Court in London. The claim of libel and slander concerns accusations which Jane Collins made at a party conference. Jane Collins has allegedly been prevented from travelling to parliamentary meetings by the scheduling of the court proceedings being brought against her. However, the parliamentary immunity conferred by Article 8 of the Protocol applies to opinions expressed by Members of the European Parliament only in the performance of their duties. I voted in favour because I am of the opinion that there is no direct, obvious connection between the contested statements and Jane Collins's duties as a Member of the European Parliament, as they do not relate to her activity as a Member of the European Parliament or to the policies of the European Union and were made in the context of national political debate.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La eurodiputada Jane Collins está siendo sujeta a un procedimiento civil en el Reino Unido por unas declaraciones realizadas en su circunscripción que no se encuentran cubiertas por el artículo 8 del Protocolo, es decir, que no tienen conexión con su actividad parlamentaria. Por este motivo, he votado a favor de la suspensión de los privilegios y de la inmunidad parlamentaria de Jane Collins.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A imunidade parlamentar pretende garantir o direito à liberdade de expressão de que gozam, por princípio, os deputados ao Parlamento Europeu.

Todavia, este direito não significa que possam difamar, caluniar, incitar ao ódio ou proferir alegações difamatórias. A queixa em causa tem a ver com calúnia e difamação e diz respeito a acusações efetuadas por Jane Collins durante uma conferência do partido.

Uma vez que as declarações feitas por deputados ao Parlamento Europeu no exterior das instalações do Parlamento Europeu não podem ser consideradas como feitas no exercício das suas funções, apoiamos a decisão de não defender os privilégios e imunidades de Jane Collins.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Jane Collins übermittelte am 11. Mai 2016 im Plenum einen Antrag auf Schutz ihrer Vorrechte und ihrer Immunität im Zusammenhang mit einem bei einem Verwaltungsgericht in London gegen sie anhängigen Zivilverfahren. Nachdem kein unmittelbarer und offenkundiger Zusammenhang zwischen den Äußerungen und den politischen Pflichten besteht, habe ich gegen den Antrag und somit für den Schutz der Immunität gestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Pani poslankyňa Collins požiadala o ochranu svojej poslaneckej imunity v konaní, v rámci ktorého je stíhaná za ohováranie. Prípad sa stal v roku 2014 a je zrejmé, že nesúvisí s výkonom jej poslaneckého mandátu ako poslankyne Európskeho parlamentu. V týchto prípadoch sa pri hlasovaní riadim všeobecnými podmienkami, za ktorých môže poslanec Európskeho parlamentu požívať poslaneckú imunitu, a to vtedy, pokiaľ sa prípad stal už v čase, keď bol poslancom a súvisí s výkonom jeho mandátu. Keďže v tomto prípade je zrejmé, že daný prípad s výkonom mandátu nesúvisí, hlasovala som v prospech správy, ktorá navrhovala imunitu pani Collinsovej nechrániť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za zahtevo za odvzem imunitete evropske poslanke Jane Collins. Poslanka je v sodnem postopku zaradi domnevnega klevetanja in obrekovanja.

Zahtevo za odvzem imunitete Jane Collins podpiram, ker – kot ugotavlja poročilo – ni neposredne, očitne povezave med spornimi izjavami Jane Collins in njenimi nalogami poslanke Evropskega parlamenta, saj niso povezane z njenimi dejavnostmi poslanke Evropskega parlamenta ali politikami Evropske unije. Poslanska imuniteta velja le za mnenja, ki jih poslanka Evropskega parlamenta izreče pri opravljanju svojih dolžnosti.

8.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Mario Borghezio (A8-0312/2016 - Angel Dzhambazki)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'eurodeputato Mario Borghezio ha richiesto al Parlamento europeo la difesa della propria immunità nei confronti di un procedimento avviato dal Tribunale di Milano, sezione penale, per il reato di «discriminazione, odio o violenza per motivi razziali, etnici, nazionali o religiosi» previsto dall'articolo 1(a), legge 205/1993. In particolare, l'on. Borghezio è stato accusato di aver diffuso idee fondate sull'odio razziale durante la trasmissione radiofonica «La Zanzara» nei confronti della deputata Cecilia Kyenge. Ho votato in favore della revoca.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP decided not to vote on this issue. Whilst the words mentioned by Mr Borghezio were abhorrent, the Court of Milan has failed to follow due process in staying the proceedings brought against Mr Borghezio until the vote in Plenary has taken place.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Mario Borghezio, puesto que ha sido denunciado en Italia por sus declaraciones claramente racistas respecto a la entonces ministra italiana de integración. Estas declaraciones por parte de Borghezio no son un hecho aislado, sino la expresión de su deplorable posición racista y ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones a la xenofobia, al racismo y al odio.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted to waive the immunity of this MEP, who made a series of racial slurs following the appointment of a Congolese-born Minister for Integration in Italy. It is unacceptable for statements inciting racial or ethnic hatred to be made by anyone, most of all in the public sphere. For these reasons, we voted in favour of waiving immunity.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité de Mario Borghezio. L'immunité des députés au Parlement européen repose sur les principes et les valeurs des traités de l'Union européenne. Le discours de haine viole clairement ces principes et ces valeurs et ne peut être justifié par la liberté d'expression. En outre, les déclarations en question ne peuvent en aucune façon être interprétées comme liées à l'accomplissement du mandat de M. Borghezio et ne peuvent donc pas et ne doivent pas être protégées.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Mario Borghezio, invité à une émission radiophonique satirique en sa qualité de député européen, a commenté les compétences de la ministre de l'intégration italienne, dont le portefeuille englobait certains aspects de la politique d'immigration. Il est accusé d'y avoir véhiculé des idées fondées sur la supériorité et la haine raciale ou ethnique.

La question migratoire est au cœur de ses activités parlementaires comme peuvent en témoigner ses travaux européens. M. Borghezio a donc agi dans l'exercice de ses fonctions de député européen. D'autre part, il est important de restituer ses paroles dans leur contexte. Le député s'est exprimé à l'occasion d'un débat entre responsables politiques lors d'une émission satirique. De plus, il s'est excusé publiquement d'avoir blessée M^{me} Kyenge. En conséquence, son propos s'inscrit dans le cadre strict de la liberté d'expression selon la jurisprudence CEDH.

En outre, sur le plan de la procédure interne, le parquet n'a pas fait de demande de levée d'immunité au Parlement européen et le Tribunal de Milan n'a même pas tenu compte de la procédure engagée devant lui. Cette démarche est extrêmement choquante et vient prouver l'existence d'un fumus persecutionis. Par conséquent, j'ai voté contre la levée d'immunité.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote for technical legal reasons.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Mario Borghezio 2016 m. sausio 5 d. pateikė prašymą ginti jo privilegijas ir imunitetus Milano teisme nagrinėjamoje baudžiamojoje byloje. Remiantis prokuratūros pateiktu pranešimu, M. Borghezio įtariamas per radijo laidą propagavę idėjas, pagrįstas viršenybe ir rasine bei etnine neapykanta. Iš bylos faktų, kurie paaiškėjo iš Teisės reikalų komitetui pateiktų dokumentų ir per prieš tai vykusį klausymą, matyti, kad interviu metu padaryti M. Borghezio pareiškimai nėra tiesiogiai ir akivaizdžiai susiję su jo, kaip Europos Parlamento nario, veikla. Kadangi šiais pareiškimais pažeistas Europos Sąjungos pagrindinių teisių chartijos 21 straipsnis, taigi negalima laikyti, kad jie padaryti vykdant Europos Parlamento nario pareigas, todėl nuspręsta neginti Mario Borghezio imuniteto ir privilegijų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La question migratoire est au cœur de nos activités parlementaires. En l'espèce, la déclaration incriminée a un lien direct et évident avec cette thématique. M. Borghezio peut donc être considéré comme ayant agi dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen, et c'est pourquoi je me suis opposé à la levée de son immunité parlementaire. Il est également à noter qu'un autre homme politique a fait des déclarations pouvant être considérées comme bien plus graves contre M[me] Kyenge et que l'affaire a pourtant été classée.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté le rapport de la commission des affaires juridiques qui propose de ne pas défendre les privilèges et immunités de Monsieur Borghezio.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He apoyado la solicitud de retirar la inmunidad parlamentaria del eurodiputado de la Liga Norte Mario Borghezio. Está siendo investigado por las autoridades italianas por unas declaraciones racistas contra la Ministra de Integración italiana, Cécile Kyenge.

Estas declaraciones fueron realizadas fuera de su actividad parlamentaria y, por tanto, no pueden ser amparadas por su inmunidad parlamentaria para evitar a la justicia italiana. Este privilegio no está diseñado para proteger a los diputados ultras de sus comentarios racistas y xenófobos.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica, ho sostenuto la posizione espressa dal relatore Dzhambazki di rifiutare la richiesta di difesa dei privilegi e delle immunità di Mario Borghezio. Si tratta di una richiesta presentata nel quadro del procedimento penale pendente dinanzi al tribunale di Milano, nel quale l'onorevole è accusato di aver propagandato, nel corso di un programma radiofonico, idee fondate sulla superiorità e sull'odio razziale o etnico. Secondo la commissione, le dichiarazioni non presentano alcun nesso diretto ed evidente con le funzioni di deputato al Parlamento europeo, essendo state pronunciate come commento alla nomina di un nuovo membro del governo italiano, il neoeletto ministro dell'integrazione. Le dichiarazioni contestate non risultano pertanto tutelate dall'articolo 8 del protocollo sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Calificar a un Gobierno de gabinete «bonga bonga» para desprestigiar a una ministra de color que participa en el mismo o decir de ella que puede ser «una buena ama de casa, pero no ministra» no tiene nada que ver con la función de un eurodiputado. El caso Borghezio cumple los requisitos legales para que se le levante la impunidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai soutenu la défense de l'immunité parlementaire de mon collègue Mario Borghezio, député européen italien de la ligue de Nord et membre de mon groupe ENF, au nom de la défense de la liberté d'expression. Mario Borghezio, invité à une émission radiophonique satirique en sa qualité de député européen, a commenté les compétences de la ministre de l'intégration italienne, dont le portefeuille englobait certains aspects de la politique d'immigration. Il est accusé d'y avoir véhiculé des idées fondées sur la supériorité et la haine raciale ou ethnique. Le député s'est exprimé à l'occasion d'un débat entre responsables politiques lors d'une émission satirique. De plus, il s'est excusé publiquement d'avoir blessée M[me] Kyenge. En conséquence, son propos s'inscrit dans le cadre strict de la liberté d'expression (voir jurisprudence de la CEDH). En outre, sur le plan de la procédure interne, le parquet n'a pas fait de demande de levée d'immunité au Parlement européen et le Tribunal de Milan n'a même pas tenu compte de la procédure engagée devant lui. Cette démarche est extrêmement choquante et vient prouver l'existence d'un fumus persecutionis.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que el Parlamento decide no amparar los privilegios e inmunidades de Mario Borghezio a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el Ministerio Fiscal del Tribunal de Milán ha iniciado un procedimiento penal contra Mario Borghezio en el que se le acusa de haber defendido en un programa de radio ideas basadas en la superioridad o el odio racial o étnico, manifestaciones realizadas en relación con el nombramiento y la competencia de un nuevo miembro del Gobierno italiano —la entonces nueva ministra de Integración— y que no guardan una relación directa y manifiesta con su actividad parlamentaria.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas prašymas ginti Europos Parlamento nario Mario Borghezio privilegijas ir imunitetus. Remiantis prokuratūros pateiktu pranešimu, M. Borghezio įtariamas per radijo laidą propagavę idėjas, pagrįstas viršenybe ir rasine bei etnine neapykanta, – už tokį elgesį pagal Italijos įstatymus yra numatoma atsakomybė. Minėtoje radijo laidoje Mario Borghezio buvo paprašytas pakomentuoti naujos Italijos vyriausybės narės, t. y. naujosios integracijos ministrės paskyrimą ir kompetenciją. Iš bylos faktų, kurie paaiškėjo iš Teisės reikalų komitetui pateiktų dokumentų ir per prieš tai vykusį klausymą, matyti, kad interviu metu padaryti M. Borghezio pareiškimai nėra tiesiogiai ir akivaizdžiai susiję su jo, kaip Europos Parlamento nario, veikla. Taigi, Europos Parlamentas nusprendžia neginti Mario Borghezio imuniteto ir privilegijų.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Marija Borghezija.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Mario Borghezio est accusé d'avoir véhiculé des idées fondées sur la haine raciale ou ethnique lors d'une émission radiophonique satirique. Ces propos s'inscrivent dans le cadre d'un commentaire sur les compétences de la Ministre de l'intégration italienne dont le portefeuille englobe certains aspects de la politique d'immigration. Or la question migratoire est au cœur de ses activités parlementaires comme en témoigne ses travaux européens. Il apparait donc évident que Mario Borghezio a agi dans l'exercice de ses fonctions de député européen. L'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne rappelle bien que les députés européens ne peuvent être poursuivis en raison des propos et des votes émis dans l'exercice de leurs fonctions. Enfin, nous soulignons que le parquet n'a même pas formulé de demande de levée d'immunité au Parlement européen. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre la demande de levée de l'immunité parlementaire de Mario Borghezio.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted to waive the immunity of this MEP, who made a series of racial slurs following the appointment of a Congolese-born Minister for Integration in Italy. It is unacceptable for statements inciting racial or ethnic hatred to be made by anyone, most of all in the public sphere. For these reasons, I voted in favour of waiving immunity.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP decided not to vote on this issue. Whilst the words mentioned by Mr Borghezio were abhorrent, the Court of Milan has failed to follow due process in staying the proceedings brought against Mr Borghezio until the vote in Plenary has taken place.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Mario Borghezio ha richiesto al Parlamento europeo la difesa della propria immunità nei confronti di un procedimento avviato dal Tribunale di Milano per il reato di «Discriminazione, odio o violenza per motivi razziali, etnici, nazionali o religiosi» previsto dall'articolo 1(a) della legge 205/1993. In particolare, è stato accusato di aver diffuso idee fondate sull'odio razziale durante la trasmissione radiofonica «La Zanzara'» nei confronti della deputata Kyenge. Considerando che non sussiste alcun nesso fra la dichiarazione controversa e le funzioni parlamentari, ho votato a favore della revoca dell'immunità parlamentare.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων, που αποφασίζει να μην υπερασπιστεί τα προνόμια και τις ασυλίες του Mario Borghezio.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με την αίτηση προστασίας της ασυλίας και των βουλευτικών προνομίων του Mario Borghezio αφορούσε ζητήματα που προέκυψαν εκτός των δραστηριοτήτων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Καθώς θεωρώ πως οφείλουμε να σεβόμαστε τις διαδικασίες της δικαιοσύνης, τάχθηκα υπέρ της άρσης της ασυλίας.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the request for defence of the privileges and immunities of Mario Borghezio and noted no objections.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Mario Borghezio, puesto que ha sido denunciado en Italia por sus declaraciones claramente racistas respecto a la entonces ministra italiana de integración. Estas declaraciones por parte de Borghezio no son un hecho aislado, sino la expresión de su deplorable posición racista y ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones a la xenofobia, al racismo y al odio.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della sospensione dell'immunità dell'eurodeputato Mario Borghezio, in linea con la risoluzione relativa alla decisione del Parlamento europeo di non difendere i suoi privilegi e le sue immunità. Infatti ritengo, da una parte, che il fatto che le dichiarazioni di natura discriminatoria rese dall'onorevole Borghezio nel corso di un'intervista radiofonica non hanno alcun collegamento con le sue attività parlamentari escluda la possibilità di beneficiare dell'immunità a norma dell'articolo 8 del Protocollo n. 7 e del parere della Corte di giustizia, e, dall'altra, che tali dichiarazioni rivolte al neoeletto Ministro per l'Integrazione e fondate sulla superiorità e sull'odio razziale o etnico, oltre a essere punibili ai sensi dell'articolo 1, lettera a), della legge italiana n. 205/1993, siano inadeguate alla dignità del Parlamento stesso.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem wniosek o skorzystanie z przywilejów i immunitetu poselskiego przez Maria Borghezia, w związku z postępowaniem karnym toczącym się przeciwko niemu we Włoszech. Postępowanie to dotyczy wypowiedzi, w której Mario Borghezio przejawiał postawę rasistowską oraz szerzył nienawiść, przez co znieważył pana Kashetu (urodzonego w Kongo), który został powołany na stanowisko Ministra Integracji we Włoszech. Z racji tego, że wypowiedź ta miała miejsce w 2013 roku, nie ma związku z pełnieniem przez Maria Borghezia obowiązków eurodeputowanego. W związku z tym zagłosowałem za wnioskiem o skorzystanie z przywilejów i immunitetu poselskiego przez tego europosła.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Mario Borghezio, invité à une émission radiophonique satirique en sa qualité de député européen, avait commenté les compétences de la ministre italienne Kyenge en charge de l'intégration et de certains aspects de la politique d'immigration. On lui a reproché d'y avoir véhiculé des idées fondées sur la supériorité raciale ou ethnique. Or, la question migratoire est au cœur de ses activités parlementaires. M. Borghezio peut donc être considéré comme ayant agi dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen. Or, les députés européens «ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions». D'autre part, M. Borghezio s'est excusé publiquement d'avoir pu blesser M^{me} Kyenge. Son propos s'inscrit donc dans le cadre strict de la liberté d'expression. Enfin, le parquet italien n'a pas fait de demande de levée d'immunité et le Tribunal de Milan n'a même pas tenu compte de la procédure engagée devant lui. Il est à noter qu'un autre homme politique a fait des déclarations pouvant être considérées comme bien plus graves contre M^{me} Kyenge et que l'affaire a pourtant été classée. Aussi, j'ai voté contre la levée de l'immunité de Monsieur Borghezio.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για τη γνώμη του ή για τον τόνο της φωνής του. Θεωρούμε πως η δίωξη εις βάρος του κ. Borghezio είναι πολιτικής φύσεως.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – EL diputado al Parlamento Europeo, Mario Borghezio, ha solicitado el amparo de su inmunidad parlamentaria, en relación con un procedimiento penal en curso ante el Tribunal de Milán; que, según la notificación efectuada por el Ministerio fiscal, al señor Borghezio se le acusa de haber defendido en un programa de radio ideas basadas en la superioridad o el odio racial o étnico.

De los hechos del presente asunto, se desprende que las declaraciones hechas por Mario Borghezio durante la entrevista no guardan una relación directa y manifiesta con su actividad parlamentaria, y no puede, por tanto, considerarse que Mario Borghezio actuara en el ejercicio de sus funciones como diputado al Parlamento Europeo, por lo cual, el Parlamento Europeo decide no amparar los privilegios e inmunidades de Mario Borghezio.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire: la démarche vient prouver l'existence d'un fumus persecutionis.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mario Borghezio solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar, no âmbito da ação penal pendente no Tribunal de Milão.

De acordo com o despacho de acusação do Ministério Público, o deputado Borghezio terá defendido ideias baseadas na superioridade e no ódio racial ou étnico durante um programa de rádio, comportamento que é punível nos termos da lei italiana.

O artigo 8.º do Protocolo n.º 7 refere que «os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções».

Durante o programa de rádio em questão, Mario Borghezio foi convidado a pronunciar-se sobre a nomeação e a competência de um novo membro do Governo italiano, designadamente a nova Ministra da Integração. Foram opiniões expressas relativas à situação política nacional.

São declarações deploráveis – à medida do personagem que as profere – que não têm um nexo direto e óbvio com as suas atividades parlamentares.

Concordamos com o levantamento da imunidade.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για την γνώμη του ή για τον τόνο της φωνής του. Θεωρώ πως η δίωξη εις βάρος του κ. Borghezio είναι πολιτικής φύσεως. Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αίτηση για την υπεράσπιση των προνομίων και ασυλιών του Mario Borghezio.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Hate speech clearly violates these principles and values, and cannot be justified by freedom of expression.

The statements in question can in no way be construed as being linked to fulfilment of the mandate, and therefore cannot and should not be protected.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Mario Borghezio gestimmt, in dem wir festlegen, die Immunität und die Vorrechte von Mario Borghezio nicht zu schützen, und damit den Weg ebnen für eine Reihe offener Verfahren gegen ihn.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament has decided not to defend the privileges and immunities of Mario Borghezio, MEP. According to a report, Mario Borghezio was asked on a radio show to comment on the appointment and competence of the new Minister for Integration in the new Italian Government. Given his comments during the show, he is suspected of having promoted ideas based on superiority and racial and ethnic hatred – and under Italian law can be held liable for such behaviour. Mr Borghezio's statements did not appear to relate to him as a Member of the European Parliament.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Marija Borghezija, jer se time odlučuje ne zaštititi imunitet i povlastice dotičnog zastupnika. Gospodin Borghezio je u svojim izjavama navodno zagovarao ideje koje su utemeljene na superiornosti, te rasnoj i etičkoj mržnji, a takve izjave nikako ne priliče političkom dijalogu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La déclaration de M. Borghezio a un rapport direct avec ses activités parlementaires et son statut de député: dès lors, il est protégé par l'article 8 du protocole nº 7. Par ailleurs, les propos de M. Borghezio, pour lesquels il s'est publiquement excusé auprès de Mme Kyenge, ont été tenus à l'occasion d'une émission télévisée satirique. C'est donc en jouissant de son droit à la liberté d'expression que M. Borghezio est sous le coup d'une procédure scandaleuse que le Parquet et le Tribunal eux-mêmes n'ont pas choisi d'engager contre lui.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Angel Dzhambazki sur la demande de défense des privilèges et immunités parlementaires de Mario Borghezio. La commission des affaires juridiques a estimé que, dans la mesure où le tribunal chargé de l'affaire dans laquelle M. Borghezio a été mis en cause n'a pas demandé la levée de son immunité et où les faits étaient sans lien avec son mandat parlementaire, la défense des privilèges et de l'immunité de M. Borghezio n'était pas justifiée.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die Beibehaltung der Immunität des Kollegen Borghezio. Der Sachverhalt ist, wie vom Ausschuss dargelegt, keiner, der eine Aufhebung rechtfertigen würde.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted against the request. The immunity of the Members of the European Parliament is based on the principles and values of the European Union Treaties. Hate speech clearly violates these principles and values, and cannot be justified by freedom of expression.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of not defending Mario Borghezio's immunity, since a Parliament representing half a billion Europeans has a strong moral obligation to fight against racism, discrimination and hate speech.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Mario Borghezio, invité à débattre avec d'autres responsables politiques lors d'une émission radiophonique satirique, en sa qualité de député européen, est accusé d'avoir véhiculé des idées haineuses.

Concrètement, il s'est moqué des compétences de la ministre de l'immigration, laquelle a prétendu qu'il faisait allusion à ses origines. M. Borghezio s'est d'ailleurs excusé publiquement d'avoir blessé la ministre en question. Les propos de M. Borghezio ont donc été tenus dans le cadre de l'exercice de son mandat. De plus, le parquet n'a pas fait de demande de levée de l'immunité au Parlement européen et le tribunal de Milan n'a pas tenu compte de la procédure engagée.

J'ai donc voté pour la demande de défense de l'immunité parlementaire de Mario Borghezio.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Mario Borghezio, puesto que ha sido denunciado en Italia por sus declaraciones claramente racistas respecto a la entonces ministra italiana de integración. Estas declaraciones por parte de Borghezio no son un hecho aislado, sino la expresión de su deplorable posición racista y ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones a la xenofobia, al racismo y al odio.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Taliansky poslanec Mario Borghezia požiadal o ochranu svojich výsad a imunít v súvislosti s trestným konaním vedeným v Miláne, ktoré sa týka jeho myšlienok založených na nadradenosti a rasovej alebo etnickej nenávisti, vyjadrených v rozhlasovom vysielaní vo vzťahu k vymenovaniu novej členky talianskej vlády.

Podľa rozhodnutia Súdneho dvora sa imunita podľa Protokolu o ochrane výsad a imunít vzťahuje len na prípady pri výkone úloh europoslanca, čo teda predpokladá požiadavku spojitosti medzi vyjadreným názorom a poslaneckými úlohami. Preto nemôžem súhlasiť, aby EP udelil ochranu imunity poslancovi.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της απόφασης της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων να μην υπερασπισθεί τα προνόμια και τις ασυλίες του Mario Borghezio στην υπό κρίση έκθεση.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire.

Mario Borghezio fait l'objet d'une levée d'immunité suite aux propos tenus en tant que député européen lors d'une émission satirique. Ces propos visaient les compétences de la ministre de l'intégration italienne au sujet de la politique migratoire. Or, la question migratoire est, comme en témoigne ses travaux au Parlement européen, au cœur de son activité: il a donc agi dans l'exercice de ses fonctions. L'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne dispose que «les membres du Parlement européen ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions».

Par ailleurs, ses propos, qui ont été prononcés lors d'une émission satirique et ont fait l'objet d'excuses publiques pour avoir blessé la ministre, s'inscrivent dans le cadre de la liberté d'expression.

Enfin, le parquet n'a pas fait de demande d'immunité au Parlement européen et le tribunal de Milan n'a pas tenu compte de la procédure, deux faits qui prouvent l'existence d'une présomption suffisamment sérieuse et précise que la procédure a été engagée dans l'intention de nuire à l'activité politique du député qui, comme par hasard, fait partie du groupe ENL.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Europos Parlamento nariai negali būti apklausiami, sulaikomi ar traukiami atsakomybėn dėl einant pareigas pareikštos nuomonės ar balsavimo, tačiau ši teisė nesuteikia laisvės šmeižti, įžeidinėti, kurstyti neapykantą ar įžeisti garbę. Milano teismo nagrinėjamoje baudžiamojoje byloje EP narys M. Borghezio įtariamas per radijo laidą propagavę idėjas, pagrįstas viršenybe ir rasine bei etnine neapykanta. Atsižvelgiant į tai, pritariu EP siūlymui atšaukti M. Borghezio imunitetą ir tokiu būdu sudaryti teisėsaugos institucijoms sąlygas ištirti bylą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité de Mario Borghezio. En effet, ce député italien de la ligue du Nord est accusé d'avoir véhiculé des idées fondées sur la supériorité et la haine raciale ou ethnique au cours d'une émission radiophonique. Je considère que ces déclarations n'ont pas été faites dans l'exercice des fonctions parlementaires et qu'elles ne sont donc pas couvertes par l'immunité parlementaire. De plus, comme elles constituent manifestement un délit raciste et pas une simple opinion politique, je vote pour la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Mario Borghezio, invité à débattre avec d'autres responsables politiques lors d'une émission radiophonique satirique, en sa qualité de député européen, est accusé d'avoir véhiculé des idées haineuses.

Concrètement, il s'est moqué des compétences de la ministre de l'immigration, laquelle a prétendu qu'il faisait allusion à ses origines. M. Borghezio s'est d'ailleurs excusé publiquement d'avoir blessé la ministre en question. Les propos de M. Borghezio ont donc été tenus dans le cadre de l'exercice de son mandat. De plus, le parquet n'a pas fait de demande de levée de l'immunité au Parlement européen et le tribunal de Milan n'a pas tenu compte de la procédure engagée.

J'ai donc voté pour la demande de défense de l'immunité parlementaire de Mario Borghezio.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato de deputado europeu é da competência do Parlamento Europeu, e essa independência não pode ser posta em causa.

No caso em apreço, durante um programa de rádio, o deputado Mario Borghezio foi convidado a pronunciar-se sobre a nomeação e a competência de um novo membro do Governo italiano, designadamente a nova Ministra da Integração.

As declarações alegadamente proferidas excedem o tom geralmente utilizado num debate político e, além disso, são duma natureza profundamente contrária ao caráter parlamentar.

As declarações são contrárias ao disposto no artigo 21.º da Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia e, por isso, não se pode considerar que foram feitas no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu.

Voto, assim, a favor do levantamento da imunidade de Mario Borghezio.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Monsieur Mario Borghezio a été accusé d'avoir diffusé des idées fondées sur la supériorité et la haine raciale ou ethnique au cours d'une émission de radio, un comportement réprimé par la loi italienne nº 205/1993. C'est dans ce contexte que M. Mario Borghezio a fait une demande de défense de son immunité parlementaire le 5 janvier 2016. Conformément à l'article 8 du protocole nº 7, les députés au Parlement européen ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis en raison des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions. Cependant, il a été demandé à Mario Borghezio de commenter la nomination et les compétences d'un nou-

veau membre du gouvernement italien, déclarations qui n'ont pas de lien direct et évident avec ses activités parlementaires. Porter atteinte à l'intégrité d'une personne est incompatible avec nos valeurs humanistes et démocratiques européennes et bafoue d'autant la charte des droits fondamentaux de l'Union européenne. C'est pourquoi j'ai décidé de voter pour la levée de l'immunité de M. Mario Borghezio.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Mario Borghezio képviselőt a milánói bíróság előtt folyamatban lévő büntetőeljárásban azzal vádolják, hogy felsőbbrendűségen és faji vagy etnikai gyűlöleten alapuló nézeteket osztott meg egy rádióműsorban. A képviselő arra hivatkozva kérte az ügyben kiváltságainak és mentelmi jogának fenntartását, hogy feladataik ellátása során kifejtett véleményük vagy leadott szavazatuk miatt az Európai Parlament tagjai ellen nem folytatható vizsgálat, nem vehetők őrizetbe, és nem vonhatók bírósági eljárás alá. A Jogi Bizottság azonban jelentésében megállapítja, hogy az interjú során állítólag tett kijelentések nem állnak közvetlen és nyilvánvaló kapcsolatban a képviselő parlamenti tevékenységével, továbbá ellentétesek az Európai Unió Alapjogi Chartájának 21. cikkével, és ezért nem tekinthetők úgy, hogy azokat az Európai Parlament egy képviselője hivatali tisztségének gyakorlása során tette. Ennélfogva tehát nem vélelmezhető, hogy Mario Borghezio a szóban forgó ügyben európai parlamenti képviselői tisztségét gyakorolta, ezért azt javasolja, hogy mentelmi jogát és kiváltságait a Parlament ne tartsa fönn.

A jelentés ugyanakkor javasolja, hogy a Parlament fejezze ki rosszallását, amiért a milánói bíróság elutasította a Borghezio úrral szembeni eljárás felfüggesztését, holott értesült arról, hogy a képviselő kiváltságai és mentességei fenntartására irányuló, a Parlament eljárási szabályzata szerinti eljárás van folyamatban.

Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – M. Borghezio a tenu des propos dans le cadre d'une émission satirique, qui lui valent d'être poursuivi alors qu'il semble manifeste qu'il s'agit là d'une procédure abusive à connotation politique. En conséquence, le vote sera contre la demande de levée d'immunité.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O presente relatório merece o meu voto favorável, uma vez que o delito em causa não está, de forma alguma, relacionado com o desempenho das funções de deputado – por não ter um nexo direto e óbvio com as suas atividades parlamentares.

Subscrevo a posição do relator, ao lamentar que o Tribunal de Milão, contrariando a jurisprudência do Tribunal de Justiça nesta matéria, se tenha recusado a suspender o processo intentado contra o deputado Borghezio.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La liberté d'expression d'un parlementaire doit pouvoir être protégée, c'est la raison pour laquelle j'ai voté contre.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report in accordance with the evaluation made by the Legal Affairs Committee.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP decided not to vote on this issue. Whilst the words mentioned by Mr Borghezio were abhorrent, the Court of Milan has failed to follow due process in staying the proceedings brought against Mr Borghezio until the vote in Plenary has taken place.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le député s'est exprimé à l'occasion d'un débat entre responsables politiques lors d'une émission satirique. De plus, il s'est excusé publiquement d'avoir pu blesser M^me^ Kyenge. En conséquence, son propos s'inscrit dans le cadre strict de la liberté d'expression. En outre, sur le plan de la procédure interne, le parquet n'a pas fait de demande de levée d'immunité au Parlement européen et le Tribunal de Milan n'a même pas tenu compte de la procédure engagée devant lui. La démarche de levée d'immunité est donc choquante et vient prouver l'existence d'un fumus persecutionis. Enfin, il est à noter qu'un autre homme politique a fait des déclarations pouvant être considérées comme bien plus graves contre M^me^ Kyenge et que l'affaire a pourtant été classée. Dans ces conditions, je vote donc contre le rapport demandant la levée d'immunité de M. Borghezio.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Činjenice iz predmeta upućuju na to da izjave koje je zastupnik izrekao tijekom intervjua nisu u izravnoj vezi s njegovim parlamentarnim aktivnostima te potencijalno premašuju ton uobičajene političke rasprave i nisu u skladu s duhom Parlamenta. Imunitet zastupnika u Europskom parlamentu se temelji na principima i vrijednostima ugovora Europske unije.

Sloboda govora ne smije zanemariti i prekoračiti te vrijednosti. Sud je Europske unije potvrdio da u slučaju postupaka pokrenutih protiv zastupnika u Europskom parlamentu pred nacionalnim sudom i obaviještenosti tog suda o pokretanju postupka za zaštitu povlastica i imuniteta tog zastupnika taj sud mora zaustaviti sudske postupke i zatražiti od Parlamenta da što prije objavi svoje mišljenje.

Sud je u Milanu, pred kojim je pokrenut sudski postupak protiv g. Borghezija, odbio zaustaviti postupak i naredio da se on nastavi unatoč zahtjevu g. Borghezija na temelju mjerodavne sudske prakse Suda Europske unije. Žalim zbog toga što je sud u Milanu unatoč mjerodavnoj sudskoj praksi Suda Europske unije odbio zaustaviti postupak te očekujem od talijanskih tijela da uvijek poštuju načelo Suda Europske unije u vezi s obvezom nadležnog suda da zaustavi sudski postupak ako se podnese zahtjev za zaštitu povlastica i imuniteta zastupnika u Europskom parlamentu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Mario Borghezio solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar, no âmbito da ação penal pendente no Tribunal de Milão.

Durante o programa de rádio em questão, o deputado Mario Borghezio foi convidado a pronunciar-se sobre a nomeação e a competência de um novo membro do Governo italiano, designadamente a nova Ministra da Integração.

Foram expressas opiniões relativas à situação política nacional, que incluíram a defesa de ideias de superioridade racial, a defesa do ódio racial ou étnico, difundindo consciente e livremente visões racistas e xenófobas, e promovendo a discriminação.

Estas declarações não têm um nexo direto e óbvio com as suas atividades parlamentares. São ainda declarações contrárias ao disposto no artigo 21.º da Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia.

A avaliação da comissão competente, que acompanhamos, vai no sentido de não defender a imunidade, por concluir que não se pode considerar que as declarações expressas tenham sido feitas no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu.

Não acompanhamos a crítica feita no relatório ao Tribunal de Milão de que, segundo a legislação comunitária, deveria ter sido suspenso o processo, porquanto entendemos tratar-se de um órgão de soberania que não se deve subjugar a qualquer decisão do Tribunal de Justiça Europeu, órgão supranacional que não reconhecemos.

Votámos favoravelmente.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Cette procédure classique est d'abord examinée en commission des affaires juridiques (JURI) avant d'être votée en plénière. Dans ce cas, la commission JURI n'a pas recommandé la défense des privilèges et de l'immunité du parlementaire.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP decided not to vote on this issue. Whilst the words mentioned by Mr Borghezio were abhorrent, the Court of Milan has failed to follow due process in staying the proceedings brought against Mr Borghezio until the vote in Plenary has taken place.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – O Ministério Público de Itália solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Mario Borghezio, deputado ao Parlamento Europeu, no âmbito da instauração de um processo de inquérito relativo a um alegado delito.

A ação intentada prende-se com o discurso que proferiu num programa de rádio onde defendeu ideias baseadas no ódio racial e na superioridade da raça.

Tendo em conta que o procedimento judicial não diz respeito a opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu e que não há razão para supor que a intenção subjacente à ação judicial consiste em prejudicar a atividade política do deputado, este pedido, que votei favoravelmente, decide levantar a imunidade ao deputado Mario Borghezio.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Um Tribunal italiano pediu o levantamento da imunidade parlamentar de Mario Borghezio por declarações de alegado «discurso de ódio».

O discurso de ódio viola os princípios e valores europeus. O Parlamento Europeu decide pela recusa da defesa da imunidade parlamentar.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que el Parlamento decide no amparar los privilegios e inmunidades de Mario Borghezio a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el Ministerio Fiscal del Tribunal de Milán ha iniciado un procedimiento penal contra Mario Borghezio en el que se le acusa de haber defendido en un programa de radio ideas basadas en la superioridad o el odio racial o étnico, manifestaciones realizadas en relación al nombramiento y la competencia de un nuevo miembro del Gobierno italiano —la entonces nueva ministra de Integración— y que no guardan una relación directa y manifiesta con su actividad parlamentaria.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Mario Borghezio afin que la justice italienne puisse effectuer son travail dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les faits incriminés (déclarations supposées discriminatoires faites durant une interwiew radio) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de Monsieur Borghezio et ne sont pas motivés par une quelconque volonté de nuire. Il est essentiel de rappeler que le droit à la liberté d'expression ne permet pas tout; et en aucun cas de proférer des affirmations diffamantes fondées sur la haine raciale.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu siūlomai rezoliucijai, kuria Europos Parlamentas atsisako ginti kolegos Mario Borghezio imunitetą ir privilegijas Milano teisime. Šiuo atveju Maria Borghezio yra kaltinamas už šmeižtą, o ir pats Italijoje vykstantis teismo procesas nekliudo jam atlikti savo, kaip Europos Parlamento nario, pareigų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório refere-se ao pedido de defesa da imunidade parlamentar solicitado pelo eurodeputado Mario Borghezio, na sequência de uma ação penal intentada contra si junto do Tribunal de Milão, por defender ideias baseadas na superioridade e no ódio racial durante um programa de rádio, o que é suscetível de constituir um crime, punível ao abrigo da lei italiana.

Atento o teor do relatório, as declarações proferidas pelo eurodeputado dizem respeito a opiniões alegadamente discriminatórias, contrárias àquilo que deve constituir o espírito parlamentar e do que se encontra consagrado no artigo 21.º da Carta dos Direitos Fundamentais da União Europeia, não se podendo considerar que as mesmas tivessem sido proferidas no exercício das suas funções enquanto deputado ao Parlamento Europeu.

Face ao exposto, considero que não é defensável a manutenção da sua imunidade parlamentar no caso concreto, pese embora deva lamentar o incumprimento do Tribunal de Milão quanto à recusa da suspensão do processo contra o deputado, contrariando aquilo que é a jurisprudência assente do Tribunal de Justiça nesta matéria, esperando que se trate de um caso isolado e não recorrente no futuro.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Mario Borghezio, puesto que ha sido denunciado en Italia por sus declaraciones claramente racistas respecto a la entonces ministra italiana de integración. Estas declaraciones por parte de Borghezio no son un hecho aislado, sino la expresión de su deplorable posición racista y ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones a la xenofobia, al racismo y al odio.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Poslanec Európskeho parlamentu Mario Borghezio požiadal o ochranu svojej parlamentnej imunity v súvislosti s trestným konaním na súde v Miláne, keďže podľa oznámenia prokuratúry Mario Borghezio v rozhlasovom vysielaní údajne vyjadroval myšlienky založené na nadradenosti a rasovej alebo etnickej nenávisti, čo je v zmysle talianskeho zákona trestné. Skutkové okolnosti veci – ako vyplýva z dokumentov poskytnutých Výboru pre právne veci a z vypočutia v tomto výbore, ukazujú, že vyhlásenia, ktoré Mario Borghezio počas rozhovoru predniesol, nemajú žiadnu priamu ani jednoznačnú spojitosť s jeho parlamentnou činnosťou. Tieto vyhlásenia sú svojou povahou neparlamentné a sú v rozpore s Chartou základných práv Európskej únie, a preto ich nemožno považovať za výroky vyslovené pri výkone úloh poslanca Európskeho parlamentu. Z tohto dôvodu sme hlasovaním rozhodli neochrániť imunitu a výsady poslanca EP Maria Borghezia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poslanec Mario Borghezio je zahteval zaščito svoje poslanske imunitete v skladu z 8. in 9. členom Protokola št. 7 v zvezi s kazenskim postopkom pred sodiščem v Milanu, saj naj bi poslanec v radijski oddaji zagovarjal zamisli o večvrednosti in rasnem ali etničnem sovraštvu, kar je v Italiji kaznivo dejanje.

Sodišče je razsodilo, da ne gre za situacijo, ko bi poslanec mnenja izrazil pri opravljanju svojih dolžnosti, niti ni nobene povezave med njegovimi mnenji in parlamentarnimi dolžnostmi, ki jih opravlja v Evropskem parlamentu. Takšne izjave zlasti ne pritičejo tonu, ki ga je mogoče srečati v političnih razpravah v Evropskem parlamentu, in so poleg tega po svoji naravi povsem v nasprotju s tem, za kar bi se predstavniki evropskih državljanov morali zavzemati.

Ker menim, da poslanec Borghezio nedvomno ni ravnal v okviru svojih dolžnosti poslanca Evropskega parlamenta, sem glasoval za poročilo, ki predlaga, da se njegove imunitete in privilegijev ne zaščiti.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – V Európskej únii sú všetky prejavy rasovej nenávisti neprípustné. O to viac, ak sa ich dopúšťa člen Európskeho parlamentu, ktorý tým znižuje vážnosť a povesť celej inštitúcie.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Protiv Marija Borghezija vodi se kazneni postupak pred sudom u Milanu zbog navodnog zagovaranja ideja utemeljenih na superiornosti i rasnoj ili etničkoj mržnji iznesenih u okviru radijskog programa. Sporne izjave suprotne su članku 21. Povelje Europske unije o temeljnim pravima te su potpuno nepovezane s vrijednostima koje zagovara Europski parlament, stoga se ne može tvrditi da su izrečene tijekom obavljana dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu.

Zbog toga zahtjev Marija Borghezija za zaštitom njegovih povlastica i imuniteta ne može biti prihvaćen. U skladu s tim podržavam izvješće o zahtjevu za zaštitom povlastica i imuniteta Marija Borghezija Odbora za pravna pitanja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ελευθερία του λόγου και της σκέψης είναι αναφαίρετα δικαιώματα του ανθρώπου. Δεν είναι δυνατόν εν έτει 2016 να διώκεται άτομο για την γνώμη του ή για τον τόνο της φωνής του. Θεωρούμε πως η δίωξη εις βάρος του κ. Borghezio είναι πολιτικής φύσεως.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de ce député afin qu'il puisse s'expliquer devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the request to refuse the defence of the privileges and immunities of Mario Borghezio. Mr Borghezio is facing criminal proceedings pending before the Court of Milan, as, during a radio programme, he allegedly advocated ideas founded on superiority and racial or ethnic hatred, and that is punishable under Italian law. The statements made by Mr Borghezio exceeded the tone generally tolerated in political debate and were profoundly un-parliamentary in nature and contrary to Article 21 of the EU Charter of Fundamental Rights. They cannot, therefore, have been made in the performance of the duties of a Member of the European Parliament.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće kojim se odbija dati imunitet talijanskom zastupniku Mariju Borgheziju. Zastupnik Borghezio optužen je za promoviranje mržnje i rasizma u radijskoj emisiji 29. travnja 2013. godine. Navodno je svojim govorom napao gospođu Kyenge Kashetu, rođenu u Kongu, koja je bila imenovana ministricom integracije u Italiji. Optužen je da je izrekao mišljenja koja se smatraju neugodnima i uvredljivima.

Iako zastupnici Europskog parlamenta imaju pravo na slobodu izražavanja, smatram da se ta sloboda ne odnosi na klevetu, poticanje na mržnju i pogrdne tvrdnje. Budući da optužbe nemaju direktne i očite veze s obnašanjem njegovih aktivnosti zastupnika u Europskom parlamentu, glasovala sam za oduzimanje zastupničkog imuniteta zastupniku Borgheziju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o zahtevi za zaščito privilegijev in imunitete Maria Borghezia sem podprla. Mario Borghezio je zahteval zaščito svoje poslanske imunitete v skladu s členoma 8 in 9 Protokola št. 7 v zvezi s kazenskim postopkom pred sodiščem v Milanu.

Mario Borghezio je po navedbah iz obvestila urada državnega tožilstva v radijski oddaji zagovarjal zamisli o večvrednosti in rasnem ali etničnem sovraštvu, kar je po členu 1(a) italijanskega zakona št. 205/1993 kaznivo dejanje.

Sodišče je razsodilo, da mora evropski poslanec, da bi zanj veljala imuniteta, mnenje izraziti pri opravljanju svojih dolžnosti, s čimer se zahteva povezava med izraženim mnenjem in parlamentarnimi dolžnostmi, ter da mora biti ta povezava neposredna in očitna.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu poparłem sprawozdanie. Celem przepisów regulujących przywileje i immunitety posłów do Parlamentu Europejskiego jest m.in. zagwarantowanie, że nie będzie wobec nich prowadzone dochodzenie, postępowanie sądowe ani że nie będą oni zatrzymani z powodu opinii lub stanowiska zajętego w czasie wykonywania obowiązków służbowych. Wynika z tego jasno, że wolność słowa jest chroniona, ale tylko wówczas, gdy zachodzi związek między danym zachowaniem a działalnością parlamentarną. Zdaniem sądu we Włoszech podczas audycji radiowej poseł do PE Mario Borghezio dopuścił się wygłaszania poglądów rzekomo świadczących o nienawiści rasowej i etnicznej. W świetle włoskiego prawa stanowi to czyn karalny i podstawę do wszczęcia postępowania karnego. Wypowiedź była zarazem sprzeczna z zakazem dyskryminacji określonym w Karcie Praw Podstawowych UE. Nie można zatem przyjąć, że poglądy Mario Borghezio zostały wygłoszone w ramach wykonywania obowiązków służbowych posła.

Uważam więc, że w toczącym się przeciwko niemu postępowaniu karnym nie powinien korzystać z immunitetu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Mario Borghezio a milánói bíróságon folyamatban lévő (RGNR No 41838/13 és RG GIP No 12607/14 számú) büntetőeljárásaival összefüggésben kérte saját kiváltságainak és mentelmi jogának fenntartását. A frakció döntése értelmében támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de levantar su inmunidad parlamentaria, al tratarse de una denuncia por una acción que no puede entenderse como propia de su actividad parlamentaria.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the request for defence of the privileges and immunities of Mario Borghezio. A Member of the European Parliament, Mario Borghezio, has requested the defence of his parliamentary immunity under Articles 8 and 9 of Protocol No 7, in connection with criminal proceedings pending before the Court of Milan. According to the notice served by the Public Prosecutor's Office, Mr Borghezio is alleged to have advocated ideas founded on superiority and racial or ethnic hatred during a radio programme. The Court of Justice has held that, in order to enjoy immunity, an opinion must be expressed by a Member of the European Parliament in the performance of his duties, thus entailing the requirement of a link between the opinion expressed and the parliamentary duties, and that link must be direct and obvious. However, during the radio programme in question, Mario Borghezio was asked to comment on the appointment and competence of a new member of the Italian Government. I voted in favour because I believe that the facts of the case indicate that the statements he made during the interview have no direct and obvious connection with his parliamentary activities.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de Mario Borghezio, puesto que ha sido denunciado en Italia por sus declaraciones claramente racistas respecto a la entonces ministra italiana de integración. Estas declaraciones por parte de Borghezio no son un hecho aislado, sino la expresión de su deplorable posición racista y ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones a la xenofobia, al racismo y al odio.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A imunidade parlamentar pretende garantir o direito à liberdade de expressão de que gozam, por princípio, os deputados ao Parlamento Europeu.

Todavia, este direito não significa que possam difamar, caluniar, incitar ao ódio ou proferir alegações difamatórias.

A queixa em causa está relacionada com o facto de o deputado Borghezio ter defendido ideias baseadas na superioridade e no ódio racial ou étnico durante um programa de rádio.

Uma vez que as declarações feitas por deputados ao Parlamento Europeu no exterior das instalações do Parlamento Europeu não podem ser consideradas como feitas no exercício das suas funções, apoiamos a decisão de não defender os privilégios e imunidades do Deputado Borghezio.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Nachdem festgestellt wurde, dass kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den fragwürdigen Äußerungen, die während eines Interviews mit einem Radiosender fielen, und der parlamentarischen Tätigkeit besteht, habe ich gegen den Antrag und somit für den Schutz seiner Immunität und seiner Vorrechte gestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Pán poslanec Borghezio požiadal o ochranu poslaneckej imunity v súvislosti s trestným konaním vedeným proti nemu v Taliansku. V rámci tohto trestného konania je obvinený z podporovania nenávisti a rasizmu, keďže v roku 2013 v tomto duchu komentoval nomináciu talianskej ministerky pre integráciu. V týchto prípadoch sa pri hlasovaní riadim všeobecnými podmienkami, za ktorých môže poslanec Európskeho parlamentu požívať poslaneckú imunitu, a to vtedy, pokiaľ sa prípad stal už v čase, keď bol poslancom, a súvisí s výkonom jeho mandátu. Keďže v tomto prípade je zrejmé, že daný incident nemá žiadnu zjavnú súvislosť s jeho parlamentnými aktivitami, hlasovala som za správu, ktorá navrhovala jeho parlamentnú imunitu nechrániť.

8.8. Statistik des Eisenbahnverkehrs - Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle (A8-0300/2016 - Michael Cramer)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La proposta di relazione ha ad oggetto la modifica del regolamento (CE) n. 91/2003 relativo alle statistiche dei trasporti ferroviari. Le modifiche riguardano l'ottimizzazione dell'uso delle informazioni esistenti che possono essere utilizzate a fine statistico. Si stabilisce quindi che la Commissione, dopo aver consultato la commissione sul sistema statistico europeo, debba inviare una relazione al Parlamento europeo e al Consiglio entro il 31 dicembre 2020 e ogni quattro anni successivi all'implementazione del regolamento. La Commissione dovrà tenere in considerazione tutte le informazioni rilevanti fornite dagli Stati membri e relative alla qualità e ai metodi utilizzati. La raccolta dei dati e la loro diffusione verrà effettuata da Eurostat in concerto con la Commissione, a cui spetta il compito di definirne le modalità tramite atti delegati. Condividendo l'importanza del monitoraggio e della raccolta dei dati in questo importante settore, ho votato negativamente all'emendamento di rigetto.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted for the rejection amendment on this legislative motion for a resolution. By the EU's own admission, the EU has spent millions on the ERTMS deployment without any concrete results, due to irregular deployment and delays in the deployment. Therefore, we cannot allow the EU to put legislation in place and still waste the taxpayers' money.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte ferroviario en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Pese a mis reservas sobre el uso de estos datos, pues temo que sirvan como apoyo técnico a las medidas liberalizadoras del paquete ferroviario de la Unión, considero que no hay motivo para oponerse a su recolección denegando su aprobación parlamentaria.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This is an ordinary legislative procedure, at second reading, amending the existing regulation to update and simplify the existing legal framework for European statistics on rail transport, including increasing the collection of general statistics (not personal data) on the transport of goods and passengers by rail, and on rail safety, and establishing cooperation agreements to this end.

This report is a technical part of the fourth railway package, which, as a whole, moves towards a single more competitive, liberalised railway sector and aims to replace national vehicle authorisation and safety authorities with a single European Railway Agency, among other things.

While Sinn Féin is opposed to the fourth railway package, this change to the regulation deals solely with general statistics that will contribute to safety and transport planning, and we therefore voted to support it.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord conclu avec le Conseil qui veillera à ce que les données collectées par l'Agence ferroviaire européenne (ERA) ou par la DG MOVE puissent être utilisées à des fins statistiques et être facilement accessibles au public.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de transport fret et passagers mais aussi en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union. Il n'a que peu d'intérêt mais le passage devant le Parlement est obligatoire. Il n'y a pas de raison majeure de s'y opposer mais aucune non plus de voter favorablement à ce rapport qui n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. Les députés UKIP ont toutefois proposé un amendement de rejet se fondant sur le refus de principe que l'UE se mêle des statistiques en matière ferroviaire, ce qui est légitime. J'ai donc voté en faveur de cet amendement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this proposal to reject the European Council's position. By their own admission the EU has spent millions on the ERTMS deployment without any concrete results due to irregular deployment and delays in the deployment.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Taryba ir Parlamentas susitarė, kad veiksmingiausias ir ekonomiškiausias būdas išvengti dvigubo Eurostato, Komisijos ir Europos Sąjungos geležinkelių agentūros darbo yra stiprinti šių institucijų darbą ir užtikrinti, kad su ES politika susiję statistikos duomenys būtų nesunkiai prieinami ES piliečiams ir suinteresuotosioms šalims. Šie susitarimo memorandumai – ne tik svarbios priemonės esamos informacijos naudojimui optimizuoti ir administracinei naštai mažinti; jas taikant būtų užtikrinti ir teisėkūros institucijų iškelti reikalavimai, susiję su geresniu geležinkelių transporto statistikos naudojimu. Pagal juos visų kategorijų vartotojai gaus lengvai prieinamus duomenis ir patikimą informaciją apie pažangą ES geležinkelio sektoriaus politikos srityje.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je ne vois pas de raison majeure de m'y opposer mais aucune non plus de voter en faveur de ce rapport qui ne me paraît rien apporter de positif au secteur ferroviaire français: je me suis donc abstenu.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition législative visant notamment à étendre le champ d'application du règlement relatif aux statistiques des transports par chemin de fer afin de couvrir les données sur les infrastructures, en particulier le déploiement du système européen de gestion du trafic ferroviaire (ERTMS), qui était l'une des priorités du réseau transeuropéen de transport (RTE-T), car il est extrêmement important d'avoir une vision claire du développement de l'ERTMS dans l'Union européenne. En effet, l'Union a dépensé des millions d'euros pour financer ce type d'infrastructure sans aucun résultat concret à ce jour, le système n'étant pas opérationnel en Europe en raison d'irrégularités et de retards de déploiement.

Le Parlement européen a également décidé qu'Eurostat devrait publier les données sur les gares accessibles aux personnes à mobilité réduite et aux personnes handicapées, ainsi que sur l'utilisation des infrastructures ferroviaires transfrontalières. Après négociation entre le Parlement et le Conseil, il a également été décidé de renforcer la coopération entre Eurostat, la Commission et l'Agence ferroviaire européenne afin d'éviter un chevauchement entre leurs activités.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – A pesar de las discrepancias iniciales entre el Parlamento y el Consejo, finalmente se ha llegado un acuerdo entre ambas instituciones por lo que he votado a favor de este informe.

Tras el acuerdo se garantizaba la solicitud del Parlamento de que el público pueda acceder a dichos datos con facilidad. Se ha añadido además un nuevo considerando en el que se hace hincapié en la necesidad de una cooperación estrecha entre la Comisión y las entidades competentes para proporcionar a los ciudadanos de la Unión y a otras partes interesadas información útil y de fácil acceso sobre la seguridad del transporte ferroviario y en la interoperabilidad del sistema ferroviario.

El Parlamento decidió además que Eurostat debía facilitar los datos estadísticos disponibles sobre las estaciones que proporcionan acceso sin barreras a las personas con movilidad reducida y las personas con discapacidad, así como, sobre el uso de infraestructuras ferroviarias transfronterizas.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Cramer relativa alle statistiche dei trasporti ferroviari. Si tratta di un testo importante che nasce dall'accordo tra Parlamento e Consiglio sul tema della raccolta dei dati relativi alle merci, ai passeggeri e agli incidenti ferroviari. In base al testo, le modifiche al regolamento esistente porteranno all'estensione del campo di applicazione delle statistiche dei trasporti ai dati sulle infrastrutture, rendendo finalmente possibile una valutazione dello sviluppo del sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS), ad oggi dimostratosi inefficace per ritardi e irregolarità di applicazione. Punto cruciale è il rafforzamento della cooperazione tra Commissione, Eurostat e Agenzia ferroviaria europea, al fine di garantire dati statistici relativi alla politiche dell'UE facilmente accessibili ai cittadini e a tutte le parti interessate. La firma dei due protocolli d'intesa tra Eurostat e Commissione e tra Eurostat e AFE, dimostra l'impegno in questa direzione e garantise non solo l'ottimizzazione dell'uso delle informazioni esistenti ma anche una riduzione degli oneri amministrativi.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Reglamento que sienta las bases para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías y pasajeros por ferrocarril en el conjunto de la Unión, así como de los accidentes que se produzcan y otras incidencias graves. La doble finalidad es generar bases de datos fiables y comparables y simplificar la tarea de recolección-sistematización de las autoridades competentes en los Estados miembros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyamos este informe porque derriba una barrera más de las que sutilmente siguen fragmentado nuestra Unión e impiden evaluar adecuadamente los resultados de nuestras inversiones estratégicas y mejorar los resultados de nuestras políticas. Los datos sobre los resultados reales del despliegue de la red ERTMS o los de accidentalidad ferroviaria deben servir a este objetivo y hay que ponerlos a disposición de la ciudadanía y de las partes interesadas. Que resolver este problema haya requerido una larga y dura negociación habla de lo necesitados que estamos de un verdadero liderazgo europeísta.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte pour seconde lecture concerne la collecte de statistiques des transports par chemin de fer, en ce qui concerne notamment la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. Ce rapport n'évoque pas les actes délégués de la Commission et n'a que peu d'intérêt, mais comme il n'y aucune raison majeure de s'y opposer, j'ai décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non ho inteso sostenere col mio voto la proposta di reiezione presentata.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución legislativa, por la cual el Parlamento aprueba la Posición del Consejo en primera lectura con vistas a la adopción del Reglamento por el que se modifica el Reglamento (CE) n.º 91/2003 relativo a las estadísticas sobre transporte ferroviario, en lo que respecta a la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes.

Tras largas negociaciones, el Consejo y el Parlamento acordaron que la forma más eficiente y rentable de evitar la duplicación de trabajo entre Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión Europea era reforzar la cooperación entre estas instituciones y garantizar que los datos estadísticos relativos a las políticas de la Unión sean de fácil acceso para los ciudadanos y las partes interesadas, cooperación que se ha traducido en la firma de dos memorandos de entendimiento entre Eurostat y la Comisión (27.4.2016) y entre Eurostat y la AFE (12.5.2016).

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos dėl Tarybos pozicijos, siekiant priimti Reglamentą dėl geležinkelių transporto statistikos nuostatos, susijusios su krovinių, keleivių ir eismo įvykių duomenų rinkimu. Per svarstymus su Taryba Europos Parlamentas nusprendė, kad reglamento dėl geležinkelių transporto statistikos taikymo sritis turėtų būti išplėsta įtraukiant duomenis apie infrastruktūrą, pirmiausia apie Europos geležinkelių eismo valdymo sistemos (ERTMS), kuri buvo vienas iš transeuropinio transporto tinklo (TEN-T) prioritetų, dislokavimą. Parlamentas pabrėžė, kad nepaprastai svarbu susidaryti aiškų įspūdį, kaip Sąjungoje vystoma ERTMS, nes ES yra išleidusi milijonus eurų šio tipo infrastruktūrai finansuoti, tačiau dėl nenuoseklaus dislokavimo ir vėlavimo dislokuoti jokių konkrečių rezultatų techninių sistemos naudojimo reikalavimų požiūriu iki šiol nėra. Parlamentas taip pat nusprendė, kad Eurostatas turėtų pateikti statistikos duomenis apie stotis, kurias be kliūčių gali pasiekti riboto judumo asmenys ir neįgalieji, taip pat apie tarpvalstybinių geležinkelio infrastruktūrų naudojimą.

Kalbant apie nelaimes, kurias Komisija pasiūlė išbraukti iš reglamento taikymo srities, Parlamentas laikėsi nuomonės, kad statistika apie geležinkelio nelaimes turėtų toliau priklausyti reglamento taikymo sričiai, o pastaroji netgi būti išplėsta įtraukiant nelaimes ir incidentus, susijusius su pavojingų krovinių vežimu, ir nelaimes pervažose. Parlamento manymu, labai svarbu, kad ES piliečiams būtų nesunkiai – pagal vieno langelio principą – prieinami duomenys, susiję su ES politikos įgyvendinimu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, mint például az ERTMS rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, akadálymentes állomások, vagy éppen a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdése. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi.

Az Európai Unió több millió eurót költött az ERTMS vasúti rendszer életbe léptetésére, több-kevesebb sikerrel. Ezért fontos, hogy valós képet kapjunk azokról a vasúti szakaszokról, amelyeken a rendszer működik, és amelyeken a közeljövőben bevezethető.

A mozgássérültek szempontjából nagyon fontos az akadálymentes állomások listája, amelyhez elengedhetetlenek megbízható statisztikai adatok.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében. Ennek köszönhetően a Bizottság majd fejleszteni tudja a vasúti közlekedésbiztonság ellenőrzését. Az együttműködés lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítsék egymás adatait, és ne alakuljon ki duplicitás az adatgyűjtés folyamatában, illetve hogy ez ne jelentsen túlzott adminisztratív terhet egyik intézménynek sem.

Ezek tükrében szavazatommal támogattam a jogszabály elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o statistici željezničkog prijevoza u vezi s prikupljanjem podataka o robi, putnicima i nesrećama.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si les accidents de transport ferroviaire me soucient beaucoup, je ne vois pas l'utilité de traiter ces questions au niveau européen plutôt que de chaque État membre. Par conséquent, même si je pense que ce rapport est animé de bonnes intentions, j'ai voté pour l'amendement de rejet de la proposition déposé par le groupe EFDD.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In prima lettura, il Parlamento ha deciso che il campo di applicazione del regolamento riguardante le statistiche dei trasporti ferroviari dovrebbe essere esteso ai dati sulle infrastrutture, in particolare all'applicazione del sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS). Il Parlamento ha sottolineato che era estremamente importante avere una visione chiara dello sviluppo dell'ERTMS nell'Unione e ritiene che sia molto importante che i cittadini europei abbiano un facile accesso ai dati relativi all'attuazione delle politiche dell'UE. Per evitare la duplicazione del lavoro tra Eurostat, Commissione e Agenzia ferroviaria europea (AFE), è necessario rafforzare la cooperazione tra queste istituzioni e garantire che i dati statistici relativi alle politiche dell'UE siano facilmente accessibili per i cittadini e le parti interessate. Un accordo su una semplificazione del regolamento concernente le statistiche dei trasporti ferroviari è stato possibile dopo la firma di due protocolli d'intesa tra Eurostat e Commissione e tra Eurostat e AFE. Questi protocolli d'intesa sono strumenti importanti per l'ottimizzazione dell'uso delle informazioni esistenti e la riduzione degli oneri amministrativi e sono utili per soddisfare i requisiti per quanto riguarda un miglior uso delle statistiche dei trasporti ferroviari.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport octroie à la Commission le pouvoir de collecter les données statistiques sur les marchandises, les voyageurs et les accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union européenne. Nous ne voyons aucun inconvénient à ce que l'Union collecte des statistiques en vue de réaliser des études sur l'efficacité des systèmes ferroviaires nationaux. Cependant, nous soulignons que ce texte n'évoque pas clairement les actes délégués à la Commission, c'est-à-dire les pouvoirs qui découlent d'une autorisation explicite issue des textes législatifs adoptés par le Parlement et le Conseil. Par ailleurs, ce rapport n'apportera rien de positif au transport ferroviaire français. J'ai donc voté en faveur de la proposition de rejet.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della modifica del regolamento in questione perché migliora, tramite una serie di provvedimenti, gli strumenti volti allo sviluppo delle statistiche dei trasporti ferroviari.

In primis, estende il campo di applicazione delle statistiche dei trasporti ai dati sulle infrastrutture e rende finalmente concreta in termini di operabilità l'applicazione del sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS), che ad oggi si è dimostrata inefficace a causa di ritardi e irregolarità di applicazione.

In secondo luogo, autorizza la pubblicazione dei dati statistici sulle stazioni da parte di Eurostat senza barriere architettoniche, al fine di facilitare l'accesso alle persone disabili e quindi non in grado di usufruire del servizio.

Infine, prevede una stretta collaborazione tra Eurostat e l'Agenzia ferroviaria europea (AFE) al fine di garantire il miglioramento delle statistiche sugli incidenti ferroviari, includendo gli incidenti che si verificano con il trasporto di merci pericolose e che coinvolgono i passaggi a livello.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This is an ordinary legislative procedure, at second reading, for amending the existing regulation to update and simplify the existing legal framework for European statistics on rail transport, including increasing the collection of general statistics (not personal data) on the transport of goods and passengers by rail, and on rail safety.

The changes include establishing appropriate cooperation agreements between the Commission and relevant entities. Data collection requirements are set out for Member States.

This report is a technical part of the fourth railway package, which, as a whole, moves towards a single more competitive, liberalised railway sector, which Sinn Fein opposes. However, I am not opposed to the collection of statistics.

I voted against the UKIP amendment to reject this report (only that amendment was put to the vote).

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for the rejection amendment on this legislative motion for a resolution. By the EU's own admission, the EU has spent millions on the ERTMS deployment without any concrete results, due to irregular deployment and delays in the deployment. Therefore, we cannot allow the EU to put legislation in place and still waste the taxpayers' money.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of approving a first-reading agreement with the Council of Ministers once it had been accepted that the most efficient and cost-effective way to avoid overlapping between Eurostat, the Commission and the European Railway Agency (ERA) would be to strengthen cooperation between those institutions and ensure that statistical data related to EU policies would be easily accessible to EU citizens and stakeholders. This was possible only after the signing of two memoranda of understanding (MoUs), which are especially important instruments, as they will also enable better use to be made of rail transport statistics. These will provide all categories of users with easily accessible data and reliable information on the progress of European policies in the rail sector.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La proposta mira a emendare un precedente regolamento con l'obiettivo di ottimizzare l'utilizzo delle informazioni usabili a fine statistico. La Commissione ha il ruolo principale insieme a Eurostat e ogni quattro anni deve compilare una relazione sull'implementazione del regolamento stesso. Non ho avuto dubbi nel votare a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Una buona raccolta dati sulle merci, i passeggeri e gli incidenti e l'elaborazione di statistiche mirate sono strumenti necessari per permettere un puntuale monitoraggio dei trasporti ferroviari. Solo tramite un adeguato monitoraggio possiamo individuare le sfide più importanti da affrontare nel settore e realizzare una strategia comune sui trasporti. Ritengo, in particolare che tali statistiche siano essenziali per rafforzare l'azione europea in materia di sicurezza nei trasporti.

Pertanto, credo che la Direzione generale della Mobilità e dei Trasporti della Commissione europea e l'Agenzia ferroviaria europea debbano estendere il campo di raccolta dei dati al fine di includere informazioni puntuali sulle infrastrutture e in particolare sull'applicazione del sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS).

Apprezzo che la relazione inviti Eurostat a presentare e a rendere di pubblico dominio i dati sulle stazioni ferroviarie che forniscono assistenza alle persone con disabilità o mobilità ridotta. Mi auguro che Eurostat e l'Agenzia ferroviaria europea possano rafforzare ulteriormente la loro collaborazione per garantire coerenza nella metodologia di raccolta e di analisi dei dati.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Πιστεύουμε ότι η Eurostat θα πρέπει να διαθέτει στατιστικά δεδομένα για σταθμούς άνευ εμποδίων που είναι προσβάσιμοι σε άτομα μειωμένης κινητικότητας και άτομα με αναπηρίες, καθώς και για τη χρήση διασυνοριακών σιδηροδρομικών υποδομών. Όσον αφορά τα ατυχήματα, οι στατιστικές για τα σιδηροδρομικά ατυχήματα θα πρέπει να παραμείνουν εντός του πεδίου εφαρμογής του κανονισμού, το οποίο μάλιστα πρέπει να επεκταθεί ώστε να συμπεριλάβει ατυχήματα και συμβάντα που αφορούν τη μεταφορά επικίνδυνων εμπορευμάτων και ατυχήματα που αφορούν ισόπεδες διαβάσεις. Θεωρούμε επίσης ότι η Eurostat και ο Οργανισμός Σιδηροδρόμων της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να συνεργάζονται στενά για τη βελτίωση των στατιστικών σχετικά με τα σιδηροδρομικά ατυχήματα και να μεριμνούν, ειδικότερα, για τη διασφάλιση της μεθοδολογικής συνέπειας όσον αφορά τα δεδομένα για ατυχήματα σε άλλα μέσα μεταφοράς.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta poiché si tratta di un provvedimento tecnico molto semplice, che è però rimasto arenato per due anni a causa del rifiuto degli Stati membri di pubblicare i dati delle statistiche dei trasporti ferroviari (RTS).

Ritengo indispensabile la disponibilità di questi dati, specifici, dettagliati e tempestivi e necessarie le statistiche dei trasporti ferroviari di merci e passeggeri, allo scopo di monitorare e sviluppare la politica comune dei trasporti. Considerando inoltre che gli incidenti sono divenuti un problema prioritario nella politica dei trasporti dell'Unione europea, insieme agli altri effetti indesiderati del trasporto (come inquinamento ed emissioni di CO_2), ritengo essenziale raccogliere e diffondere i dati in materia di incidenti, decessi, lesioni gravi e danni provocati all'ambiente relativi a tutte le modalità di trasporto.

Decido quindi di appoggiare questa proposta con l'obiettivo di semplificare e ottimizzare l'attuale quadro giuridico delle statistiche europee dei trasporti ferroviari e allinearlo al nuovo contesto istituzionale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 91/2003 on rail transport statistics, as regards the collection of data on goods, passengers and accidents, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O objetivo do presente relatório é alterar o Regulamento n.º 91/2003, com vista a atualizar, simplificar e otimizar o quadro normativo em vigor das estatísticas europeias sobre transportes ferroviários.

Apoio a presente recomendação, para segunda leitura, pois a criação de um verdadeiro mercado interno europeu ao nível dos transportes é fundamental para a revitalização do sector ferroviário que contribuirá para tornar os serviços de transporte ferroviário de mercadorias e passageiros mais competitivo e atrativo, bem como para aumentar a sua quota anual de transporte.

Para desenvolver e acompanhar a política comum de transportes, a Comissão Europeia necessita de dados estatísticos detalhados sobre o transporte ferroviário de mercadorias e de passageiros. Nesse sentido, foram assinados dois memorandos de entendimento: um entre o Eurostat e a Comissão Europeia e outro entre o Eurostat e a Agência Ferroviária Europeia. Estes dois memorandos são importantes para a otimização do uso da informação existente e para a redução da carga administrativa, satisfazendo igualmente os requisitos dos colegisladores no que respeita à melhor utilização das estatísticas dos transportes ferroviários.

Estas estatísticas permitirão a todas as categorias de utilizadores o acesso facilitado e fiável dos dados sobre os progressos das políticas europeias no sector ferroviário.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente raccomandazione perché attraverso il rafforzamento della cooperazione fra Eurostat, la Commissione e l'Agenzia ferroviaria europea (AFE), realizzata con due protocolli di intesa riguardanti l'ottimizzazione delle informazioni già in possesso delle autorità e la diminuzione degli oneri amministrativi, si potrebbe riuscire ad offrire a tutte le categorie di utenti interessati una gamma di statistiche e dati facilmente accessibili sullo stato delle politiche europee per il settore ferroviario.

Il compromesso è stato raggiunto dopo una serie di lunghe trattative, in cui il Parlamento europeo ha portato avanti la propria posizione volta a una maggiore trasparenza dei dati sul settore ferroviario, che dovrebbero includere fra gli altri anche quelli relativi alle infrastrutture come il sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS), quelli relativi alle stazioni senza barriere architettoniche per i disabili e le persone a mobilità ridotta e le statistiche relative agli incidenti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte ferroviario en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Pese a mis reservas sobre el uso de estos datos, pues temo que sirvan como apoyo técnico a las medidas liberalizadoras del paquete ferroviario de la Unión, considero que no hay motivo para oponerse a su recolección denegando su aprobación parlamentaria.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La disponibilità di dati statistici dettagliati e tempestivi sui trasporti ferroviari è sempre più importante, considerata l'adozione da parte della Commissione di politiche basate su dati concreti e la necessità di controllare i progressi compiuti nel conseguimento degli obiettivi fissati nel Libro bianco sui trasporti del 2011.

Votando a favore di questa risoluzione, intendo sostenere l'adozione di un regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio in materia di raccolta dei dati sulle merci, i passeggeri e gli incidenti ferroviari. Approvo le priorità individuate dal Parlamento rispetto al controllo della regolare applicazione del sistema europeo di gestione del traffico ferroviario a bordo (ERTMS) e alla pubblicazione dei dati Eurostat sulle stazioni senza barriere architettoniche e sugli incidenti ferroviari, anche quelli relativi al trasporto di merci pericolose. Infine, sostengo gli sforzi delle Istituzioni europee al fine di evitare la duplicazione del lavoro (per quanto concerne la raccolta dati e gli oneri amministrativi) tra Eurostat, la Commissione e l'Agenzia ferroviaria europea (AFE) e di rendere i dati statistici relativi alla politiche dell'UE fruibili ai cittadini e alle parti interessate dell'UE.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw wnioskowi w sprawie gromadzenia danych dotyczących towarów, pasażerów i wypadków w ramach transportu kolejowego. W tym temacie należy dokonać wyważenia pomiędzy zapewnieniem większego bezpieczeństwa pasażerów i samej kolei a nadmiernym obciążaniem państw członkowskich, na które narzuca się obowiązek gromadzenia danych. W moim odczuciu z treści wniosku wynika, że istnieje duże ryzyko nadmiernego obciążania państwa, a jestem przeciwnikiem biurokracji. Te argumenty przeważyły przy podejmowaniu przeze mnie decyzji, żeby zagłosować przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this recommendation for second reading on the Council position with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament as regards the collection of data on goods, passengers and accidents, is it updates, simplifies and optimises the existing legal framework for European statistics on rail transport. This data would also help to develop the common transport policy.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte sur les statistiques des transports par chemin de fer, qui a pour objectif global d'améliorer la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. Les accords signés entre Eurostat et la Commission ainsi qu'entre Eurostat et l'Agence ferroviaire européenne ont permis de mettre en place une nouvelle répartition des tâches efficace pour la collecte de statistiques. Afin de pouvoir bien veiller à l'application des politiques européennes ferroviaires existantes et de mieux préparer les prochaines politiques, notamment sur la sécurité des passagers, il est indispensable que le cadre légal soit modifié pour prendre en compte ces évolutions institutionnelles.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, mint például az ERTMS rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, akadálymentes állomások, vagy éppen a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdése. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát, szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében, mégpedig, hogy minél pontosabbak, átláthatóbbak legyenek a vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok illetve, hogy az összegyűjtött adatok könnyen összehasonlíthatók legyenek más közlekedési módokkal. Mindezekhez szükséges volt két Egyetértési Memorandum aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között, ami lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítik egymás adatait és nem alakul ki duplicitás az adatgyűjtés folyamatában, illetve hogy ez nem jelent túlzott adminisztratív terhet egyik intézménynek sem.

Ezek tükrében a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal én is támogattam a jogszabály elfogadását.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che l'accesso ai dati sul trasporto ferroviario debba essere una priorità per la rete transeuropea dei trasporti (TEN-T). A livello economico ha il vantaggio di migliorare gli scambi commerciali e favorire lo sviluppo delle imprese e i servizi ai cittadini. A livello sociale, la pubblicazione dei dati statistici sulle strutture ferroviarie agevola l'accesso delle persone a mobilità ridotta e disabili, nonché l'uso delle infrastrutture ferroviarie transfrontaliere. Accolgo con favore l'indicazione del Parlamento sulla collaborazione dell'Eurostat e dell'Agenzia ferroviaria per migliorare le statistiche sugli incidenti ferroviari. Questi motivi mi hanno spinto a votare a favore.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret et de transport de passagers mais également en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union européenne. Il n'y a pas plus de raison de s'y opposer que de voter favorablement à ce rapport qui n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. Aussi, je me suis abstenue.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I voted in favour of the report. Although the negotiations took a while, a firm position on not extending the categories for data collection etc. was successfully upheld. This enabled us to prevent the Commission's proposal from exceeding its scope. I support the agreement to improve access to available data through better cooperation and statistical activities.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε τη Σύσταση. Η θέση του Συμβουλίου παραδίδει υπερ-αρμοδιότητες στην Επιτροπή και ταυτόχρονα δεν διασφαλίζει πως τα στατιστικά στοιχεία θα συλλέγονται με τον καλύτερο δυνατό και πιο άμεσα αξιοποιήσιμο τρόπο.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Az Európai Unió több millió eurót költött az ERTMS vasúti rendszer életbe léptetésére, több-kevesebb sikerrel. Valós képet kell kapjunk azokról a vasúti szakaszokról, amelyeken a rendszer működik, és amelyeken a közeljövőben bevezethető.

A mozgássérültek szempontjából fontos az akadálymentes állomások listája, amelyhez elengedhetetlenek megbízható statisztikai adatok.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát, szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében, mégpedig, hogy minél pontosabbak, átláthatóbbak legyenek a vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok illetve, hogy az összegyűjtött adatok könnyen összehasonlíthatók legyenek más közlekedési módokkal. Ennek köszönhetően a Bizottság majd fejleszteni tudja a vasúti közlekedésbiztonság ellenőrzését.

Mindezekhez szükséges volt két egyetértési memorandum aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között, ami lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítsék egymás adatait és elkerüljék a dupla adatgyűjtést, illetve hogy ez ne jelentsen túlzott adminisztratív terhet.

Ezek tükrében a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jogszabály elfogadását.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Es de vital importancia disponer de una visión clara del desarrollo del Sistema de Gestión del Tráfico Ferroviario Europeo en la Unión, ya que ésta ha hecho una fuerte inversión para financiar este tipo de infraestructuras.

El Consejo y el Parlamento conjuntamente, acordaron que la forma más eficiente y rentable de evitar la duplicación de trabajo entre Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión Europea (AFE) era reforzar la cooperación entre estas instituciones y garantizar que los datos estadísticos relativos a las políticas de la Unión fueran de fácil acceso para los ciudadanos y las partes interesadas.

Los resultados obtenidos son importantes instrumentos para optimizar el uso de la información existente y la reducción de la carga administrativa, y también satisfacen las exigencias planteadas por los colegisladores en lo que respecta a un mejor uso de las estadísticas sobre transporte ferroviario, proporcionando a todas las categorías de usuarios datos de fácil acceso e información fiable sobre el avance de las políticas europeas en el sector ferroviario.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu decidiu que o âmbito de aplicação do Regulamento relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deveria ser alargado, por forma a incluir dados sobre as infraestruturas, nomeadamente sobre a implantação do Sistema Europeu de Gestão do Tráfego Ferroviário (ERTMS), porque considerou ser imperativo ter uma visão clara do desenvolvimento deste sistema na União Europeia, dado que esta gastou milhões de euros no financiamento deste tipo de infraestruturas sem qualquer resultado concreto, até ao momento, em termos de operabilidade do sistema em toda a Europa, devido à implantação irregular e aos atrasos da mesma.

O Parlamento decidiu igualmente que o Eurostat deve disponibilizar dados estatísticos sobre estações sem barreiras, acessíveis a pessoas com mobilidade reduzida e a pessoas com deficiência, assim como sobre o uso de infraestruturas ferroviárias transfronteiriças.

O Parlamento acredita que é de extrema importância os cidadãos da UE terem um acesso fácil – como um balcão único – aos dados relacionados com a aplicação das políticas da UE.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: il n'a que peu d'intérêt mais le passage devant le Parlement est obligatoire. Il n'y a pas de raison majeure de s'y opposer mais aucune non plus de voter favorablement à ce rapport qui n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico (embora não possa ser isolado de um dado contexto e de opções políticas), de comunicação das informações relativas aos transportes ferroviários pelos Estados-Membros à Comissão, no que respeita a mercadorias, passageiros e acidentes, permitindo uma análise supranacional ao setor – também em comparação com outros meios de transporte – e operacionalizar o «sistema ferroviário europeu», na esteira do 4.º Pacote Ferroviário.

Reconhecendo que a troca de informações estatísticas poderá ajudar ao desenvolvimento dos sistemas ferroviários e que, estando asseguradas questões como privacidade, é uma questão admissível (ou até desejável), o contexto em que aqui é proposto merece o nosso repúdio, sendo os sucessivos pacotes ferroviários o principal instrumento da política da UE que promoveu a privatização e a total desorganização das empresas responsáveis pelo transporte ferroviário; que promoveu a desregulamentação do trabalho e o aumento da exploração laboral no sector; que resultou no aumento do tarifário para os utilizadores e na degradação das infraestruturas e redução da segurança ferroviária.

No documento existem referências que estão em conformidade com esta política e com as opções centralizadoras que lhe subjazem, como o reforço do papel e da ação da Agência Ferroviária Europeia no domínio da segurança.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Občania Európskej únie musia mať v budúcnosti jednoduchý prístup k údajom týkajúcim sa vykonávania politík Európskej únie. Dohoda o zjednodušení nariadenia o štatistike železničnej dopravy bola možná až po podpise dvoch memoránd o porozumení, a to medzi Eurostatom a Komisiou a medzi Eurostatom a ERA. Tieto memorandá nie sú len dôležitými nástrojmi umožňujúcimi optimalizáciu využívania existujúcich informácií a zníženie administratívnej záťaže, ale zároveň spĺňajú požiadavky spoluzákonodarcov týkajúce sa lepšieho využívania štatistiky železničnej dopravy. Všetky kategórie používateľov môžu ich prostredníctvom získať ľahko prístupné údaje a spoľahlivé informácie o pokroku európskych politík v oblasti železničnej dopravy.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la proposta di reiezione in quanto sono d'accordo con il testo presentato in prima lettura.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς η θέση του Συμβουλίου παραδίδει υπεραρμοδιότητες στην Επιτροπή και ταυτόχρονα δεν διασφαλίζει πως τα στατιστικά στοιχεία θα συλλέγονται με τον καλύτερο δυνατό και πιο άμεσα αξιοποιήσιμο τρόπο.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The agreement reached with the Council will ensure that data collected by the European Railway Agency (ERA) or by DG MOVE can be used for statistical purposes and made easily available to the public.

It was linked to the signing of an amendment to the Memorandum of Understanding (MoU) between Eurostat and the ERA regarding the transfer of data on rail transport safety and interoperability.

An MoU between Eurostat and DG MOVE to identify the main European statistics needed for the programming and implementation of EU mobility and transport policies was also signed before the agreement was reached.

I supported the recommendation in plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, mint például az egységes európai vasútiközlekedés-irányítási (ERTMS) rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, akadálymentes állomások, vagy éppen a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdése. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió több millió eurót költött az ERTMS vasúti rendszer életbe léptetésére, több-kevesebb sikerrel. Ezért fontos, hogy valós képet kapjunk azokról a vasúti szakaszokról, amelyeken a rendszer működik, és amelyeken a közeljövőben bevezethető.

A mozgássérültek szempontjából nagyon fontos az akadálymentes állomások listája, amelyhez elengedhetetlenek megbízható statisztikai adatok.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében, mégpedig azért, hogy minél pontosabbak, átláthatóbbak legyenek a vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok, illetve hogy az összegyűjtött adatok könnyen összehasonlíthatók legyenek más közlekedési módokkal. Ennek köszönhetően a Bizottság majd fejleszteni tudja a vasúti közlekedésbiztonság ellenőrzését.

Mindezekhez szükséges volt két egyetértési megállapodás aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között, ami lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítsék egymás adatait, és ne alakuljon ki duplicitás az adatgyűjtés folyamatában, illetve hogy ez ne jelentsen túlzott adminisztratív terhet egyik intézménynek sem.

Ezek tükrében a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal én is támogattam a jogszabály elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación en el ámbito de aplicación del Reglamento relativo a las estadísticas sobre transporte ferroviario, que debe ampliarse para incluir datos sobre las infraestructuras, en particular el despliegue del Sistema de Gestión del Tráfico Ferroviario Europeo (ERTMS), que es una de las prioridades de la red transeuropea de transporte. Es de vital importancia disponer de una visión clara del desarrollo del ERTMS en la UE. Del mismo modo, es clave trabajar de la forma más eficiente y rentable para evitar la duplicación de trabajo entre Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión Europea, reforzar la cooperación entre estas instituciones y garantizar que los datos estadísticos relativos a las políticas de la Unión sean de fácil acceso para los ciudadanos y las partes interesadas.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über die Empfehlung für die zweite Lesung zur „Statistik des Eisenbahnverkehrs – Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle" enthalten, da ich zwar die Notwendigkeit der Erfassung der Daten sehe, in diesem Fall aber nicht überzeugt bin, dass dies mit den notwendigen Schritten einer Entbürokratisierung einhergeht.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this regulation, which increases the availability of clear and transparent data on the performance of European goods and passenger railway services. Such information is vital to ensure continued improvements to safety, accessibility and general performance of rail services across the EU. The new rules will simplify data collection procedures and reduce overlapping between statistical agencies, enhancing the quality of data available without imposing any additional burdens on Member States.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Reglamento que sienta las bases para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías y pasajeros por ferrocarril en el conjunto de la Unión, así como de los accidentes que se produzcan y otras incidencias graves. La doble finalidad es generar bases de datos fiables y comparables y simplificar la tarea de recolección-sistematización de las autoridades competentes en los Estados miembros.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this regulation, as it increases the availability of clear and transparent data on the performance of European goods and passenger railway services. Such information is vital to ensure continued improvements to safety, accessibility and general performance of rail services across the EU. The new rules will simplify data collection procedures and reduce overlapping between statistical agencies, enhancing the quality of data available without imposing any additional burdens on Member States.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation. The European Parliament has decided that the scope of the regulation on rail transport statistics should be expanded to include data on infrastructure because it is extremely important to get a clear impression of how the EU has developed the European rail traffic management system. Also, Parliament has stated that statistics on rail accidents should remain within the scope of the regulation, which can even be extended to include accidents involving dangerous goods and disasters. It is important that EU citizens should have easy access to data related to the implementation of EU policies.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, például az ERTMS rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, az akadálymentes állomások, valamint a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdését. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi.

Az Európai Unió több millió eurót költött az ERTMS vasúti rendszer életbe léptetésére, több-kevesebb sikerrel. Ezért fontos, hogy valós képet kapjunk azokról a vasúti szakaszokról, amelyeken a rendszer működik, és amelyeken a közeljövőben bevezethető.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is rendkívül fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát, szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében. Ez a közös cél a pontosabb, átláthatóbb vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok gyűjtése, illetve az összegyűjtött adatok könnyebb összehasonlíthatóbbá tétele más közlekedési módokkal.

Mindezekhez szükséges volt két egyetértési memorandum aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között, ami lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítsék egymás adatait, ezáltal elkerülve a duplicitást az adatgyűjtés folyamatában.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted against an amendment to reject this report and close the legislative procedure. Thankfully, this was defeated in plenary and the second reading was successful. The existing legislative framework (Regulations (EC) Nos 91/2003, 1192/2003, and 332/2007) for the generation of Union rail transport statistics sets up a double system, offering the possibility for 'detailed reporting' and 'simplified reporting'. The data collected contain information on passenger and goods transport, as well as on traffic flows and accidents. The Commission proposal's primary aim is to update, simplify and optimise the existing system. That information is necessary to monitor and develop the EU transport policy. Having sound rail transport statistics is necessary and important for monitoring rail transport and its development. I welcome the simplification of the reporting procedure and favour the extension of data collection to include rail infrastructure. The text agreed in the trilogue is accompanied by an amendment to the existing Memorandum of Understanding between Eurostat and the European Railway Agency, to include statistics on the deployment of the European Rail Traffic Management System (ERTMS), and by a Memorandum of Understanding between EUROSTAT and DG Move to ensure that there is better data sharing and no duplication of data collection.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This agreement will ensure that data collected by the European Railway Agency or by DG MOVE can be used for statistical purposes and made easily available to the public.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe o statistici željezničkog prijevoza u vezi s prikupljanjem podataka o robi, putnicima i nesrećama, jer podržavam pojednostavljenje postupka izvješćivanja i proširenje prikupljanja podataka i na željezničku infrastrukturu.

Smatram da je nužno da se građanima omogući jednostavan i lak pristup podacima o provedbi politika EU-a, te stoga podržavam ovu preporuku za drugo čitanje.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition ne présente selon moi aucun intérêt significatif propre à favoriser le secteur du transport ferroviaire en France, bien que le fond ne soit pas critiquable. Toutefois, je fais le choix de soutenir l'amendement du groupe EFDD visant à s'opposer à la volonté de l'Union européenne de s'immiscer dans les affaires statistiques du transport ferroviaire des États membres.

J'ai donc voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this proposal because I am of the view that statistics on rail transport should be open to EU citizens. Improving the accessibility of data on goods, passengers and accidents will not only provide all categories of users of rail transport with trustworthy information, which will enable them to observe the progress of European policies in the rail sector, but also allow stakeholders to better evaluate developments in the sector and react accordingly. For instance, statistics can bring useful evidence-based information to survey rail safety.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Michael Cramer relatif à la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. Ce texte soutient la collaboration entre Eurostat et l'Agence ferroviaire européenne pour améliorer les statistiques relatives aux accidents ferroviaires et assurer une cohérence dans la méthodologie adaptée aux autres modes de transport.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. — Η επέκταση του κανονισμού ώστε να περιλαμβάνει στατιστικά στοιχεία σχετικά με τα ατυχήματα που συμβαίνουν στις σιδηροδρομικές μεταφορές είναι επιβεβλημένη. Επιπρόσθετα είναι επιβεβλημένη η επέκταση των στατιστικών στοιχείων ώστε να περιλαμβάνονται δεδομένα που αφορούν στην ευκολία προσβασιμότητας στις σιδηροδρομικές μεταφορές από άτομα με ειδικές ανάγκες.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht billigt die Ratsposition zur schon bestehenden Verordnung und fordert eine Erweiterung des Geltungsbereichs der Eisenbahnverkehrsstatistik, sodass auch Infrastrukturdaten und Daten über Unfälle und Zwischenfälle aufgenommen werden. Die Ergebnisse der Verhandlungen kann man durchaus begrüßen. Das Sammeln und Auswerten von Daten für das europäische Eisenbahnsystem könnte notwendigen Handlungsbedarf bei Investitionen aufzeigen. Aus diesem Grund stimme ich für die Annahme der Ratsposition.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this regulation, as it increases the availability of clear and transparent data on the performance of European goods and passenger railway services. Such information is vital to ensure continued improvements to safety, accessibility and general performance of rail services across the EU. The new rules will simplify data collection procedures and reduce overlapping between statistical agencies, enhancing the quality of data available without imposing any additional burdens on Member States.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE), *schriftlich*. – Gute Gesetzgebung muss auf ausreichenden, verlässlichen und korrekten Zahlen und Fakten basieren. Antworten auf Fragen, ob bereits geschaffene Gesetzgebungen eingehalten werden und ausreichend sind, bzw. welche „Lücken" noch gefüllt werden müssen, bedürfen solcher Angaben. Leider sind die EU-Mitgliedstaaten bisher häufig nicht willens oder nicht in der Lage, solche Daten zur Verfügung zu stellen.

Dabei muss der Schienenverkehr nach wie vor seine Attraktivität und Effizienz steigern, um von BürgerInnen und Unternehmen besser genutzt zu werden. Deshalb ist es wichtig, Aspekte wie die Anzahl an Fahrgästen sowie die Angaben zur Barrierefreiheit an Bahnhöfen zu erfassen. Zur Entwicklung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnraumes ist selbst die Anwendung von ERTMS von Bedeutung. Um ein sicheres Transportmittel noch sicherer zu machen, sind auch Daten zu Unfällen und Beinahe-Unfällen von Bedeutung.

Erfreulich ist, dass durch die beiden Absichtserklärungen zwischen einerseits Eurostat und der EU-Kommission und andererseits Eurostat und der Europäischen Eisenbahnagentur ERA die jahrelangen Verhandlungen endlich zum Ende gekommen sind. Weniger erfreulich ist allerdings die Tatsache, dass diese Erklärungen überhaupt notwendig waren, um eine Einigung zu erzielen.

Ich begrüße den heute verabschiedeten Text, da er die Anforderungen an die Lieferung von Daten und deren Nutzung vereinfacht, den Verwaltungsaufwand verringert und somit die europäische Statistik des Eisenbahnverkehrs optimiert.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, mint például az ERTMS rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, akadálymentes állomások, vagy éppen a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdése. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi.

Az Európai Unió több millió eurót költött az ERTMS vasúti rendszer életbe léptetésére, több-kevesebb sikerrel.

A mozgássérültek szempontjából nagyon fontos az akadálymentes állomások listája, amelyhez elengedhetetlenek megbízható statisztikai adatok.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát, szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében, mégpedig, hogy minél pontosabbak, átláthatóbbak legyenek a vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok illetve, hogy az összegyűjtött adatok könnyen összehasonlíthatók legyenek más közlekedési módokkal.

Mindezekhez szükséges volt két egyetértési megállapodás aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között.

Ezek tükrében a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal én is támogattam a jogszabály elfogadását.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution because there is no doubt that the EU needs statistics and data on transport infrastructure and rail transport of passengers as well as on rail accidents in order to ensure the monitoring and development of the common transport policy and preparatory measures in the field of transport safety. I warmly welcome the signing of the two memoranda of understanding (MoUS) between Eurostat and the Commission (27 April 2016) and between Eurostat and the ERA (12 May 2016). MoUs are important instruments for optimising the use of existing information and avoiding overlapping between Eurostat, the Commission and the European Railway Agency (ERA). They will ensure that statistical data related to EU policies are easily accessible to EU citizens and stakeholders.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La corrente proposta si pone l'obiettivo di modificare il regolamento (CE) n. 91/2003 al fine di aggiornare, facilitare e ottimizzare l'esistente quadro giuridico per le statistiche europee sul trasporto ferroviario, allineandolo al nuovo contesto istituzionale. Si tratta di un sistema di gestione, controllo e protezione del traffico ferroviario e relativo segnalamento a bordo, progettato con lo scopo di sostituire i molteplici sistemi di circolazione e sicurezza delle ferrovie europee, garantendo nuove reti ferroviarie ad alta velocità. Con questa misura il Parlamento ha voluto anche sottolineare l'importanza di avere una visione chiara sullo sviluppo di ERTMS/ETCS *(European Rail Traffic Management System/ European Train Control System)*, per i quali sono state investite molte risorse. Voto pertanto a favore della relazione del collega Cramer.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je soutiens le rapport sur les statistiques des transports par chemin de fer concernant la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de transport fret et passagers, mais aussi en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une autorisation donnée à la Commission pour collecter des données statistiques en matière de transport ferroviaire de fret et de passagers ainsi qu'en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau de l'Union. Il n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. Les anglais du groupe EFDD (Europe de la liberté et de la démocratie directe) ayant proposé un amendement de rejet, j'ai voté POUR cet amendement (et donc contre le rapport).

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque tiene como misión actualizar el marco y adaptar las nuevas disposiciones en materia de actos delegados y de ejecución respecto al transporte ferroviario.

El Parlamento demandó que se mantuviese en el reglamento la recopilación de datos estadísticos sobre accidentes. También introducir nuevos datos y variables como es el número de kilómetros de red con el sistema ERTMS, kilómetros de líneas transfronterizas abandonadas para que fuesen recogidas estadísticamente y que esta información fuese disponible al público. Además, con el objeto de evitar duplicidades entre Eurostat, los Estados miembros y la Agencia Ferroviaria de Seguridad Ferroviaria, se han firmado dos Memorandos de entendimiento.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte ferroviario en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Pese a mis reservas sobre el uso de estos datos, pues temo que sirvan como apoyo técnico a las medidas liberalizadoras del paquete ferroviario de la Unión, considero que no hay motivo para oponerse a su recolección denegando su aprobación parlamentaria.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo, éste aprueba la Posición del Consejo en primera lectura sobre la modificación del Reglamento (CE) n.º 91/2003 relativo a las estadísticas sobre transporte ferroviario, en lo que respecta a la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes.

Tras negociar largamente con el Consejo, se ha concluido en un acuerdo que busca aliviar la carga de trabajo de Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión Europea (AFE) mediante la cooperación entre estas instituciones, así como con la garantía de que los datos concernientes a las políticas de la Unión sean más accesibles a estas instituciones y ciudadanos.

Mi voto es favorable ya que la posición del Parlamento ha sido respetada, de tal modo que, por ejemplo, las estadísticas sobre accidentes ferroviarios se mantienen en el ámbito de aplicación del Reglamento e incluso se amplían a los incidentes de transporte de mercancías peligrosas y accidentes en pasos a nivel.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – It is very important to get statistics on the transport of goods and passengers by rail in order to monitor and develop the common transport policy. To this end it is necessary to update, simplify and optimise the existing legal framework for European statistics on rail transport and to align it with the new institutional context.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την τροπολογία με την οποία το Κοινοβούλιο απορρίπτει τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 91/2003 για τις στατιστικές σχετικά με τις σιδηροδρομικές μεταφορές, όσον αφορά τη συλλογή στοιχείων για εμπορεύματα, επιβάτες και ατυχήματα.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte.

Ce texte permet à la Commission d'établir des statistiques dans le domaine du transport de fret et de passagers, et des accidents ferroviaires dans le réseau de l'Union. Ce texte n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français et impose un nouveau passage obligatoire devant le Parlement, ce à quoi nous nous opposons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Los ciudadanos de la Unión deben tener un acceso fácil, a través de una ventanilla única, a los datos relativos a las políticas de la Unión.

En esta línea, apoyo la modificación del reglamento relativo a las estadísticas sobre transporte ferroviario, en lo que respecta a la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes, con la que se fomenta la colaboración entre diversas entidades como Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión.

Con este nuevo planteamiento se podrá optimizar el uso de la información existente y la reducción de la carga administrativa, al mismo tiempo que permitirá el acceso a los datos e información fiable sobre el avance de las políticas europeas en el sector ferroviario.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 91/2003 για τις στατιστικές σχετικά με τις σιδηροδρομικές μεταφορές. Οι στατιστικές για τα ατυχήματα θα πρέπει να μείνουν εντός του πεδίου εφαρμογής του κανονισμού, το οποίο καλό θα είναι να επεκταθεί και να περιλαμβάνει και ατυχήματα και περιστατικά που αφορούν τη μεταφορά επικίνδυνων εμπορευμάτων και ατυχήματα που αφορούν ισόπεδες διαβάσεις. Θα ήθελα να τονίσω ότι είναι σημαντικό να υπάρχει σαφής εικόνα της ανάπτυξης του ERTMS στην ΕΕ, καθώς η ΕΕ έχει δαπανήσει εκατομμύρια ευρώ για να χρηματοδοτηθούν υποδομές αυτού του τύπου.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um die erste Lesung für den Erlass einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 91/2003 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle. Dieser Bericht ist zu begrüßen, da die Erfassung von Daten Handlungsbedarf anzeigen und die Auswirkungen von Investitionen zeigen bzw. relativieren kann.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pranešimui dėl reglamento pakeitimų geležinkelių transporto statistikos srityje. Remiantis šiais pakeitimais, reglamento taikymo sritis turėtų būti išplėsta įtraukiant duomenis apie infrastruktūrą, pirmiausia apie Europos geležinkelių eismo valdymo sistemos (ERTMS), kuri buvo vienas iš transeuropinio transporto tinklo (TEN-T) prioritetų, dislokavimą. Tai padės susidaryti aiškų įspūdį, kaip Sąjungoje vystoma ERTMS, nes ES yra išleidusi milijonus eurų šio tipo infrastruktūrai finansuoti, tačiau dėl nenuoseklaus dislokavimo ir vėlavimo dislokuoti jokių konkrečių rezultatų techninių sistemos naudojimo reikalavimų požiūriu iki šiol nėra.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit ici, concrètement, de la mise en œuvre du volet «technique» du 4e paquet ferroviaire. Ce rapport vise à simplifier et à améliorer les statistiques européennes sur les transports par chemin de fer. Mais la finalité de ces statistiques est explicitée par la Commission: «le principal objectif de la politique de l'UE en matière de transports consiste à mettre en place un marché intérieur en élaborant des politiques communes visant à promouvoir un degré élevé de compétitivité». C'est une mauvaise logique: les statistiques doivent privilégier les données importantes pour la sécurité des usagers et la bifurcation écologique des transports (en intégrant, par exemple, les statistiques sur le ferroutage). Ce n'est pas le cas ici. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une autorisation donnée à la Commission pour collecter des données statistiques en matière de transport ferroviaire de fret et de passagers ainsi qu'en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau de l'Union. Il n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. Les Anglais du groupe EFDD ayant proposé un amendement de rejet, j'ai donc voté pour cet amendement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O objetivo principal da política de transportes da União Europeia é criar um mercado interno, promovendo políticas comuns que incentivem um nível de competitividade elevado e o desenvolvimento harmonioso, equilibrado e sustentável das atividades económicas.

A criação de um verdadeiro mercado interno é fundamental para a revitalização do setor ferroviário e irá contribuir para tornar os serviços de transporte ferroviário de mercadorias e de passageiros mais competitivo e atrativo e aumentar a sua quota modal de transporte.

O objetivo da presente proposta é, portanto, alterar o Regulamento (CE) n.º 91/2003, com vista a atualizar, simplificar e otimizar o quadro normativo em vigor das estatísticas europeias sobre transportes ferroviários e harmonizar o referido regulamento com o novo contexto institucional.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this legislative resolution going to a second reading, as the measures will lead to better use of the data collected and reduce the administrative burden on the institutions responsible whilst also ensuring that there will be no overlapping.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'accès, le plus complet qu'il soit, des parties prenantes de l'Union et de nos citoyens aux données statistiques relatives aux politiques de l'Union est l'une des priorités du Parlement européen. Celui-ci a donc décidé d'étendre le champ d'application du règlement relatif aux statistiques des transports par chemin de fer, modifiant ainsi le règlement (CE) nº 91/2003, afin de couvrir les données concernant davantage de champs, tels que les infrastructures, les voyageurs et les accidents liés au transport ferroviaire.

J'estime qu'il essentiel que tous les citoyens et parties prenantes impliqués, de près ou de loin, dans le secteur des transports par chemin de fer soient en droit de connaître, par exemple, l'état actuel du déploiement du système européen de gestion du trafic ferroviaire – projet que l'Union européenne a tant financé.

Ils sont également en droit de consulter les archives des accidents ferroviaires ou de s'informer sur les infrastructures disponibles, dans chaque gare européenne, pour les personnes à mobilité réduite. Ceci en vue de disposer, à terme, d'une vision claire des infrastructures et politiques existantes dans le domaine ferroviaire de l'Union.

C'est la raison pour laquelle je me prononce en faveur de l'extension du règlement relatif aux statistiques des transports par chemin de fer.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a vasúti közlekedés statisztikájáról szóló 91/2003/EK rendelet árukra, utasokra és balesetekre vonatkozó adatgyűjtés tekintetében történő módosítására tett javaslatot a Parlamentnek és a Tanácsnak. A Parlament első olvasatban jelentős módosításokkal fogadta el a Bizottság javaslatát. Ennek nyomán előbb informális háromoldalú egyeztetésre, majd informális tárgyalásokra került sor egy korai második olvasatbeli megállapodás elérése céljából. Végül 2016. május 24-én, a második informális háromoldalú egyeztetés során jutott megállapodásra a Parlament és a Tanács tárgyalócsoportja az ügyet illetően. A tárgyalások eredményét tartalmazó szöveget a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság 2016. június 15-én hagyta jóvá, jelentésében azt javasolva a Parlamentnek, hogy a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával értsen egyet.

A jelentésben javasolt módon szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Em primeira leitura, o Parlamento Europeu decidiu que o âmbito de aplicação do Regulamento relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deveria ser alargado, por forma a incluir dados sobre as infraestruturas, nomeadamente sobre a implantação do Sistema Europeu de Gestão do Tráfego Ferroviário (ERTMS).

Decidiu igualmente que o Eurostat deve disponibilizar dados estatísticos sobre estações sem barreiras, acessíveis a pessoas com mobilidade reduzida e a pessoas com deficiência, assim como sobre o uso de infraestruturas ferroviárias transfronteiriças, e, no que respeita a acidentes, o Parlamento defendeu a ideia de que as estatísticas relativas aos acidentes ferroviários deverão ser mantidas dentro do âmbito de aplicação do Regulamento e deverão passar a contemplar acidentes e incidentes que envolvam o transporte de mercadorias perigosas e acidentes ocorridos em passagens de nível.

Defendo o reforço da cooperação entre o Eurostat, a Comissão e a Agência Ferroviária Europeia, de modo assegurar que os dados estatísticos relacionados com as políticas da UE sejam facilmente acessíveis aos cidadãos da UE e que os processos sejam mais eficientes e eficazes em termos de custos para evitar a duplicação de trabalho.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de transport de fret et de passagers, mais aussi en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire des États membres. Il n'y a pas de raison majeure de s'y opposer bien que ce rapport n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. J'ai donc voté pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – This regulation increases the availability of clear and transparent data on the performance of European goods and passenger railway services. Such information is vital to ensure continued improvements to safety, accessibility and general performance of rail services across the EU. The new rules will simplify data collection procedures and reduce overlapping between statistical agencies, enhancing the quality of data available without imposing any additional burdens on Member States.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la modification du règlement (CE) nº 91/2003 relatif aux statistiques des transports par chemin de fer, en ce qui concerne la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. L'objectif est de simplifier et d'optimiser la collecte, au niveau européen, de données statistiques sur le transport ferroviaire. Ces statistiques sont nécessaires pour permettre à la Commission de mieux évaluer et d'adapter la politique européenne de transport, en particulier dans le domaine majeur de la sécurité du rail.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Mindig is nagyon fontosnak tartottam az olyan döntések támogatását, amelyek közvetlenül könnyítik meg az európai polgárok mindennapjait. A közlekedéssel kapcsolatos adatok összegyűjtése és feldolgozása lehetővé teszi a hatékony és pontos stratégiai tervek kidolgozását, amelyek a megfelelő területekre összpontosítva nagyban hozzájárulnak ahhoz, hogy az Európai Unió egy jó közlekedési hálózattal rendelkezzen. Az ilyen statisztikák segítségével válik például követhetővé a vasút kihasználtsága az egyes régiókban, az eredmények pedig rámutatnak a fennálló hiányosságokra és szükséges változtatásokra. Megint csak a 18 éveseknek szánt ajándék Interrail-jegyeket hozom fel példának. Mi köthetné össze jobban az európaiakat annál, mint hogy minden tagállam egy karnyújtásnyira legyen tőlük?

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report, which will enable cooperation between Eurostat, the Commission, and the European Railway Agency (ERA), ensuring that statistical data related to EU policies are easily accessible to EU citizens and stakeholders.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Основен стремеж на европейската политика спрямо железопътния транспорт е установяването на бърз, безопасен, сигурен и енергийно-ефективен превоз, удобен за пътниците и осигуряващ добри условия за развитието на европейската промишленост, която създава работни места и икономически просперитет. За да се реализира тази цел, ЕС трябва да анализира определено количество данни, които ще послужат за изготвянето на рационализирана стратегия, която взема предвид развитието на железопътния транспорт в различните държави членки.

В този контекст, основен мотив за изменението на регламента е опростяването на събирането на данни с цел намаляване на ненужно дублираща се статистика. По този начин работата по събиране на данни ще се разпредели по-ефективно между държавите членки, националните статистически органи, представителите на железопътния сектор, както и компетентните европейски органи. Това от своя страна ще съпътства по-бързото изготвяне на рационализирана стратегия за железопътния транспорт в ЕС.

Дадох подкрепата си за изменението на този регламент, защото смятам, че рационализирането на европейската стратегия за железопътния транспорт ще спести финансови средства, които до този момент не са използвани оптимално.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da bereits umfassende Investitionen in Infrastrukturen getätigt wurden, ohne bisher konkrete Ergebnisse zu bekommen. Das Sammeln und Auswerten von Daten für das europäische Eisenbahnsystem zeigt eindeutigen Handlungsbedarf, und die Auswirkungen von Investitionen müssen transparent dargelegt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Koostöö raudtee statistika jagamisel komisjoni, Eurostati ja Euroopa Raudteeagentuuri vahel on oluline, et raudteevõrgustik areneks efektiivsemalt ning info raudteeveo, puuetega inimeste juurdepääsu ja üldiste õnnetusjuhtumite kohta oleks jagatud ja kättesaadav liikmesriikide vahel. Hääletus oli üles seatud kui raportit mitte toetav, mis oleks pidurdanud selle jõustumist.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Visų pirma, būtina dėti didesnes pastangas siekiant sukurti tinkamai funkcionuojančią vidaus rinką, kuri padėtų atgaivinti geležinkelio sektorių. Krovininio ir keleivinio geležinkelio paslaugos turi tapti konkurencingesnės ir patrauklesnės. Jos taip pat turėtų būti kuo labaiu įtraukiamos į įvairiarūšio vežimo sektorių.

Tam, kad bendra transporto politika būtų tinkamai stebima ir plėtojama ir kartu sukuriama bendra geležinkelių erdvė, būtina gauti teisingus ir objektyvius krovinių ir keleivių vežimo geležinkeliais statistikos duomenis. Siekiant sumažinti administracinę naštą, statistiniai duomenys turi būti skaidrūs, vieši ir prieinami visuomenei. Be to, reikėtų atnaujinti, optimizuoti ir kuo labiau supaprastinti geležinkelių transporto Europos statistikos teisinę sistemą, kad ji būtų lanksti ir galėtų tinkamai prisitaikyti prie besikeičiančių sąlygų.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η απόφαση του Κοινοβουλίου να επεκτείνει το πεδίο εφαρμογής για τις στατιστικές σχετικά με τις σιδηροδρομικές μεταφορές, ούτως ώστε να συμπεριλαμβάνει δεδομένα για τις υποδομές και ειδικότερα για το σχέδιο ανάπτυξης του Ευρωπαϊκού Συστήματος Διαχείρισης Κυκλοφορίας Σιδηροδρόμων (ERTMS), όπως επίσης να υπάρχει σαφής εικόνα της ανάπτυξης του ERTMS, καθώς η ΕΕ έχει δαπανήσει εκατομμύρια ευρώ για χρηματοδότηση υποδομών αυτού του τύπου χωρίς να έχει υπάρξει, μέχρι στιγμής, συγκεκριμένο αποτέλεσμα από την άποψη της λειτουργικότητας του συστήματος, λόγω παρατυπιών και καθυστερήσεων στην ανάπτυξη του συστήματος, και η απόφαση του Κοινοβουλίου ότι η Eurostat θα πρέπει να διαθέτει στατιστικά δεδομένα για σταθμούς άνευ εμποδίων που είναι προσβάσιμοι σε άτομα μειωμένης κινητικότητας και άτομα με αναπηρίες, καθώς και για τη χρήση διασυνοριακών σιδηροδρομικών υποδομών είναι προς την σωστή κατεύθυνση έτσι ώστε να υπάρχει μια καλύτερη ανάλυση όλων των στοιχείων και καλύτερη χρήση των στατιστικών.

Σημαντικό επίτευγμα αποτελεί η ενίσχυση της συνεργασίας ανάμεσα σε Eurostat, Επιτροπή και Οργανισμό Σιδηροδρόμων Ευρωπαϊκής Ένωσης (ERA), με σκοπό να διασφαλιστεί ότι οι Ευρωπαίοι πολίτες και άλλοι ενδιαφερόμενοι έχουν εύκολη πρόσβαση σε δεδομένα που σχετίζονται με τις πολιτικές της ΕΕ.

Για αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for the rejection amendment on this legislative motion for a resolution. By the EU's own admission, the EU has spent millions on the ERTMS deployment without any concrete results, due to irregular deployment and delays in the deployment. Therefore, we cannot allow the EU to put legislation in place and still waste the taxpayers' money.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerata la posizione del Consiglio relativa all'adozione di un regolamento riguardante le statistiche dei trasporti ferroviari per quanto riguarda la raccolta dei dati relativi alle merci, ai passeggeri e agli incidenti, ritengo che tali protocolli possano essere di notevole utilità. Si tratta, infatti, di protocolli d'intesa finalizzati all'ottimizzazione dell'uso delle informazioni esistenti e la riduzione degli oneri amministrativi comportando vantaggi per la comunità. Pertanto, ho votato a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report, as I believe that good statistics will help create a well-functioning common transport policy and system. I supported a solution based largely on the signing of two memoranda of understanding, i.e. (1) between Eurostat and the European Railway Agenda and (2) between Eurostat and DG MOVE, in order to guarantee the availability of data on ERTMS, the accessibility of stations to persons with reduced mobility and disabled persons, and on cross-border sections.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Željeznički prijevoz veliko je bogatstvo Europske unije. Najjednostavniji je i najjeftiniji način prijevoza te tako daje veliku mobilnost građanima Europske unije, ali i onima izvan nje. Zato je potrebno voditi stalnu brigu o kvaliteti željezničkog prijevoza te o potrebama korisnika kako bi se učinkovitost tog prijevoza dovela do maksimuma.

Podržavam preporuku u vezi s prikupljanjem podataka o robi, putnicima i nesrećama, jer ide upravo u spomenutom smjeru. Prikupljanje podataka i statistika o putovanju putnika i dobara željezničkim prijevozom nužna je kako bi se nadogradio, pojednostavio i optimizirao postojeći zakonski okvir za europsku statistiku o željezničkom prijevozu. Kvalitetni podaci omogućuju pravovremeno i učinkovito djelovanje prema poboljšanju infrastrukture, organizacije i općenito željezničkih usluga.

Kako bi se postigla što veća točnost podataka, a time i čim bolja usluga korisnicima, potrebna je suradnja između Komisijinih službi i drugih nadležnih tijela što ova preporuka potiče. Također, dobra statistika bi omogućila Komisiji da nadzire i razvija zajedničku politiku prijevoza te elemente prijevoza koji se nalaze u politikama povezanima s regijama i trans-europskim mrežama. Jasno je vidljivo je kako je korist od prihvaćanja ove preporuke mnogostruka.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport veut permettre à la Commission de collecter les données statistiques en matière de transport de fret et de passagers mais aussi en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union. Il n'évoque pas les actes délégués de la Commission. Il n'a que peu d'intérêt, mais le passage devant le Parlement est obligatoire.

Je n'ai pas de raison majeure de m'y opposer mais aucune, non plus, de voter en faveur de ce rapport qui n'apporte rien de positif au transport ferroviaire français. En revanche, je soutiens l'amendement proposé par le groupe EFDD qui refuse d'accorder ce pouvoir supplémentaire à la Commission.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Od najveće je važnosti imati jasnu viziju razvoja ERTMS-a u Uniji budući da EU ulaže milijune eura u financiranje tog tipa infrastrukture, ali zasad bez konkretnih rezultata u pogledu operabilnosti navedenog sustava u Europi zbog nepravilne primjene i kašnjenja u primjeni. U svrhu djelotvorna i isplativa načina izbjegavanja preklapanja posla Eurostata, Komisije i Europske agencije za željeznice, treba jačati suradnju među tim institucijama i osigurati laku dostupnost statističkih podataka o politikama EU-a građanima i dionicima u Europskoj uniji.

Smatram da je vrlo važno da građani EU-a imaju lak pristup podacima o provedbi politika EU-a koji bi bili dostupni na jednom mjestu. Sporazum o pojednostavljenju Uredbe o statistici željezničkog prijevoza postao je moguć tek nakon potpisivanja dvaju memoranduma te oni nisu samo važni instrumenti za optimizaciju upotrebe postojećih informacija i smanjenje administrativnog opterećenja, nego se njima ispunjavaju i uvjeti suzakonodavaca u pogledu bolje upotrebe statističkih podataka o željezničkom prijevozu.

Time će se svim kategorijama korisnika omogućiti lako dostupni podaci i pouzdane informacije o napretku ostvarenom europskom politikom u željezničkom sektoru.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico, de comunicação das informações relativas aos transportes ferroviários pelos Estados-Membros à Comissão, no que respeita a mercadorias, passageiros e acidentes, permitindo uma análise supranacional ao sector – também em comparação com outros meios de transporte – e operacionalizar o «sistema ferroviário europeu», na esteira do 4.º Pacote Ferroviário.

Reconhecemos que a troca de informações estatísticas poderá ajudar ao desenvolvimento dos sistemas ferroviários, desde que sejam asseguradas questões como a privacidade.

O que nos preocupa é o contexto desta proposta, que merece o nosso repúdio por este ser um dos pilares da política da UE que promoveu a privatização e a total desorganização das empresas responsáveis pelo transporte ferroviário; que promoveu a desregulamentação do trabalho e o aumento da exploração laboral no sector; que resultou no aumento do tarifário para os utilizadores e na degradação das infraestruturas e redução da segurança ferroviária.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'obiettivo di questa proposta è quello di modificare il regolamento (CE) n. 91/2003 al fine di aggiornare, semplificare e ottimizzare il quadro giuridico esistente per le statistiche europee sul trasporto ferroviario e allinearlo con il nuovo contesto istituzionale. Ritengo molto utile fornire i decisori politici di dati numerici attendibili in maniera tale da agevolare il loro lavoro nell'interesse della politica europea dei trasporti. Pertanto, ho votato a favore.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui met à jour et simplifie le cadre légal des statistiques européennes en matière de transport ferroviaire. Ceci est d'une importance capitale, notamment pour veiller et préparer au mieux les nouvelles législations sur la sécurité ferroviaire. Établir des données fiables et rapidement accessibles permettra aussi aux citoyens et aux autorités de mieux comprendre l'évolution du transport ferroviaire dans leurs territoires.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta prevê que o âmbito de aplicação do Regulamento (EC) n.º 91/2003 relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deve ser alargado, de forma a atualizar, simplificar e otimizar o quadro jurídico em vigor.

O Parlamento Europeu e o Conselho concordaram em que a forma mais eficiente e eficaz em termos de custos para evitar a duplicação de trabalho entre o Eurostat, a Comissão e a Agência Ferroviária Europeia é reforçar a cooperação entre estas instituições e assegurar que os dados estatísticos relacionados com as políticas da UE sejam facilmente acessíveis aos cidadãos da UE e às partes interessadas.

Tal foi possível após a assinatura de dois memorandos de entendimento entre o Eurostat e a Comissão (27-04-2016) e entre o Eurostat e a AFE (12-05-2016).

Estes memorandos de entendimento são instrumentos importantes para a otimização do uso da informação existente e para a redução de carga administrativa. As estatísticas dos transportes ferroviários são necessárias para a Comissão monitorizar e desenvolver uma política de transportes comum, assim como para conceber políticas regionais e de redes transeuropeias.

Apoio a presente proposta.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted for the rejection amendment on this legislative motion for a resolution. By the EU's own admission, the EU has spent millions on the ERTMS deployment without any concrete results, due to irregular deployment and delays in the deployment. Therefore, we cannot allow the EU to put legislation in place and still waste the taxpayers' money.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, por considerar que o âmbito de aplicação do Regulamento relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deveria ser alargado, por forma a incluir dados sobre as infraestruturas, nomeadamente sobre a implantação do Sistema Europeu de Gestão do Tráfego Ferroviário (ERTMS), uma das prioridades da rede transeuropeia de transportes (RTE-T).

O Parlamento salientou que era imperativo ter uma visão clara do desenvolvimento do ERTMS na União Europeia, dado que esta gastou milhões de euros no financiamento deste tipo de infraestruturas sem qualquer resultado concreto, até ao momento, em termos de operabilidade do sistema em toda a Europa, devido à implantação irregular e aos atrasos da mesma.

O Conselho e o Parlamento reconheceram que a forma mais eficiente e eficaz em termos de custos para evitar a duplicação de trabalho entre o Eurostat, a Comissão e a Agência Ferroviária Europeia é reforçar a cooperação entre estas instituições e assegurar que os dados estatísticos relacionados com as políticas da UE sejam facilmente acessíveis aos cidadãos da UE e às partes interessadas.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O PE decidiu que o âmbito de aplicação do Regulamento relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deveria ser alargado, por forma a incluir os dados sobre as infraestruturas, nomeadamente sobre a implantação do Sistema Europeu de Gestão do Tráfego Ferroviário (ERTMS), uma das prioridades da rede transeuropeia de transportes (RTE-T).

O Parlamento Europeu salientou que era imperativo ter uma visão clara do desenvolvimento do ERTMS na União Europeia, dado que esta gastou milhões de euros no financiamento deste tipo de infraestruturas sem qualquer resultado concreto, até ao momento, em termos de operabilidade do sistema em toda a Europa, devido à implantação irregular e aos atrasos da mesma.

O PE acredita que é de extrema importância os cidadãos da UE terem um acesso fácil – como um balcão único – aos dados relacionados com a aplicação das políticas da UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución legislativa por la cual el Parlamento aprueba la Posición del Consejo en primera lectura con vistas a la adopción del Reglamento por el que se modifica el Reglamento (CE) n.º 91/2003 relativo a las estadísticas sobre transporte ferroviario, en lo que respecta a la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes.

Tras largas negociaciones, el Consejo y el Parlamento acordaron que la forma más eficiente y rentable de evitar la duplicación de trabajo entre Eurostat, la Comisión y la Agencia Ferroviaria de la Unión era reforzar la cooperación entre estas instituciones y garantizar que los datos estadísticos relativos a las políticas de la Unión sean de fácil acceso para los ciudadanos y las partes interesadas, cooperación que se ha traducido en la firma de dos memorandos de entendimiento entre Eurostat y la Comisión (27.4.2016) y entre Eurostat y la AFE (12.5.2016).

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la modification du règlement relatif aux statistiques des transports par chemin de fer, en ce qui concerne la collecte de données sur les marchandises, les voyageurs et les accidents. Cette collecte de données est notamment importante en vue de permettre à la Commission d'assurer la préparation et le suivi des actions de l'Union dans le domaine de la sécurité des transports. Pour adopter les politiques les plus appropriées à ce propos, il est crucial de disposer de données fiables et de qualité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Džiaugiuosi, kad nesunkiai sutapo Parlamento, Tarybos pozicijos dėl Geležinkelio statistikos reglamentavimo derinimo. Išties, priėmus šį dokumentą sumažės statistikos rinkimo darbo apimtis, nes Geležinkelio agentūra ir Eurostatas nebeturės atlikti to paties darbo. Kartu gerai, jog tokios svarbios užduoties, kaip informacijos apie avarijas rinkimas, apimtis nebuvo sumažinta. Tikiu, jog šis dokumentas tiesiogiai prisidės tiek prie geresnio reguliavimo, tiek ir prie geresnių geležinkelių Europoje kūrimo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu decidiu, em primeira leitura, que o âmbito de aplicação do Regulamento relativo às estatísticas dos transportes ferroviários deveria ser alargado, de forma a incluir dados sobre as infraestruturas, nomeadamente sobre a implantação do Sistema Europeu de Gestão do Tráfego Ferroviário (ERTMS) – uma das prioridades da rede transeuropeia de transportes (RTE-T).

De facto, trata-se de um Sistema onde foi investido um avultado valor e que, até à data não apresentou qualquer resultado concreto, devido a atrasos e irregularidades na sua implantação, mas que se considera de extrema importância para os cidadãos da UE terem um acesso rápido, facilitado e fiável aos dados relacionados com a aplicação das políticas europeias.

Para tal, deverá haver uma maior cooperação e estreitamento na coerência metodológica entre o Eurostat e a Agência Ferroviária Europeia (AFE) no que aos dados de acidentes em outros meios de transporte diz respeito, o que foi possível graças à assinatura de dois memorandos de entendimento (entre o Eurostat e a Comissão Europeia e o Eurostat e a AFE) que permitiu chegar a um acordo de simplificação do Regulamento, indo ao encontro dos objetivos propostos pelos colegisladores no seguimento de dois trílogos informais, pelo que votei a favor deste Relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Reglamento que sienta las bases para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías y pasajeros por ferrocarril en el conjunto de la Unión, así como de los accidentes que se produzcan y otras incidencias graves. La doble finalidad es generar bases de datos fiables y comparables y simplificar la tarea de recolección-sistematización de las autoridades competentes en los Estados miembros.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht über die Statistik des Eisenbahnverkehrs zwecks der Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle zugestimmt, da diese den existierenden Rechtsrahmen für europäische Statistiken vereinfacht, optimiert und aktualisiert.

Die Statistiken sind notwendig, um den Eisenbahnverkehr zu überwachen und weiterzuentwickeln. Dies gilt auch für den Bereich der Eisenbahnsicherheit und ermöglicht der EU-Kommission eine bessere Überwachung und Einführung von Maßnahmen.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This regulation increases the availability of clear and transparent data on the performance of European goods and passenger railway services. Such information is vital to ensure continued improvements to safety, accessibility and general performance of rail services across the EU. The new rules will simplify data collection procedures and reduce duplication of work by different statistical agencies, enhancing the quality of data available without imposing any additional burdens on Member States.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o pozícii Rady v prvom čítaní na účely prijatia nariadenia EP a Rady, ktorým sa mení nariadenie č. 91/2003 o štatistike železničnej dopravy, pokiaľ ide o zber údajov o tovare, osobách a nehodách. Parlament v prvom čítaní rozhodol, že rozsah pôsobnosti o štatistike železničnej dopravy by sa mal rozšíriť o údaje o infraštruktúre, pretože EÚ vynaložila milióny eur na financovanie tohto druhu infraštruktúry. Parlament tiež rozhodol, že Eurostat by mal poskytnúť údaje o bezbariérových staniciach prístupných pre osoby so zníženou pohyblivosťou a osoby so zdravotným postihnutím, ako aj o využívaní cezhraničnej železničnej infraštruktúry. Rada a parlament sa nakoniec dohodli, že duplicite práce medzi Eurostatom, Komisiou a Európskou železničnou agentúrou sa dá najúčinnejšie a nákladovo najefektívnejšie zabrániť tým, že sa posilní spolupráca medzi týmito tromi inštitúciami a zabezpečí sa jednoduchý prístup občanov EÚ a zainteresovaných strán k štatistickým údajom týkajúcim sa politík EÚ.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska komisija je pred kratkim predlagala spremembo Uredbe 91/2003/ES, hkrati pa oblikovala skupna pravila za vodenje statistik na področju železniškega prometa. Cilj spremembe uredbe je v poenostavitvi zbiranja in posredovanja podatkov (s strani držav članic) o dobrinah in potnikih, ki potujejo po železnicah.

Statistiko o nesrečah naj bi v skladu z uredbo vodila Evropska agencija za železniški promet. Uredba razširja obveznosti držav o obveščanju glede tipov lokomotiv, ki vozijo na določenih relacijah, o potniških tokovih ter tudi o dostopnosti železniške infrastrukture za invalidne osebe in osebe z zmanjšano mobilnostjo.

Komisija bi morala v prihodnosti okrepiti svoje delo v zvezi s podatki o potnikih na določenih relacijah, zato da bi lahko v prihodnosti integrirala železniške poti v regionalnih in čezmejnih območjih, kjer obstajajo manjkajoče povezave.

Menim, da je napredek na tem področju potreben, prav tako bi morali v okviru Evropske unije bolje izkoristiti potenciale, ki jih ponujajo železnice, zato sem priporočilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Rozvoj železničnej dopravy je jedným z dôležitých faktorov pri napĺňaní cieľov Európskej komisie reindustrializovať Európu, prepojiť regióny, zvýšiť mobilitu pracovných síl a znížiť znečisťovanie ovzdušia exhalátmi z áut a kamiónov. Na to, aby sme mohli prijímať účinnú legislatívu, potrebujeme spoľahlivé údaje o skutočnom stave v tomto odvetví dopravy.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Kako bi se izbjeglo neučinkovito preklapanje poslova Eurostata, Komisije i Europske agencije za željeznice važno je jačanje suradnje među institucijama, što uključuje i lakšu dostupnost statističkih podataka građanima Europske unije.

Ovime se optimizira upotreba postojećih informacija te se nastoji smanjiti administrativno opterećenje dok se svim dionicima omogućavaju lako dostupni podaci te informacije o napretku ostvarenom europskom politikom u željezničkom sektoru.

Glasovanje za drugo čitanje o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe (EZ) br. 91/2003 o statistici željezničkog prijevoza u vezi s prikupljanjem podataka o robi, putnicima i nesrećama Odbora za promet i turizam je odgođeno za sljedeću plenarnu sjednicu Europskog parlamenta.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o statistiki železniškega prevoza glede zbiranja podatkov o blagu, potnikih in nesrečah.

Podpiram predlagani kompromis med Komisijo in Evropskim parlamentom, s katerim se bomo izognili podvajanju dela med Eurostatom, Komisijo in Evropsko železniško agencijo, hkrati pa okrepili sodelovanje med njimi in s tem statistične podatke o politikah EU približali državljanom EU.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η θέση του Συμβουλίου παραδίδει υπερ-αρμοδιότητες στην Επιτροπή και ταυτόχρονα δεν διασφαλίζει πως τα στατιστικά στοιχεία θα συλλέγονται με τον καλύτερο δυνατό και πιο άμεσα αξιοποιήσιμο τρόπο.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A vasúti közlekedés statisztikájáról szóló rendelet 2014-es felülvizsgálatánál az Európai Parlament több fontos elemet is beleszőtt a joganyagba, mint például az ERTMS rendszerrel felszerelt pályaszakaszok, az akadálymentes állomások, vagy éppen a balesetekről gyűjtött statisztikai adatok kérdését. A ma jóváhagyott jelentés az intézményközi egyeztetések pozitív eredményeit tükrözi.

A mozgássérültek szempontjából nagyon fontos az akadálymentes állomások listája, amelyhez elengedhetetlenek megbízható statisztikai adatok.

Az Európai Bizottsággal ellentétben a Parlament úgy gondolja, hogy a vasúti balesetekről szóló adatok gyűjtése is elengedhetetlen és fontos, külön figyelmet szentelve a veszélyes anyagok szállításánál történt balesetekre. Ahhoz, hogy csökkenteni tudjuk a vasúti közlekedésben történő balesetek halálos áldozatainak számát, szükséges, hogy fejleszteni tudjuk az adatgyűjtési rendszert. Nélkülözhetetlen a tagállamok, illetve az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) együttműködése a közös cél elérése érdekében, mégpedig, hogy minél pontosabbak, átláthatóbbak legyenek a vasúti közlekedésről szóló statisztikai adatok illetve, hogy az összegyűjtött adatok könnyen összehasonlíthatók legyenek más közlekedési módokkal.

Mindezekhez szükséges volt két egyetértési memorandum aláírása az Eurostat és a Bizottság, valamint az ERA és a Bizottság között, ami lehetővé teszi, hogy az érintett felek kiegészítsék egymás adatait és ne alakuljon ki duplicitás az adatgyűjtés folyamatában.

Ezek tükrében a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal én is támogattam a jogszabály elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a vasúti közlekedés statisztikájáról szóló jogalkotási állásfoglalás-tervezetét, amely megerősíti az Eurostat, a Bizottság és az Európai Vasúti Ügynökség közötti együttműködést, biztosítva ezzel az uniós politikákra vonatkozó statisztikai adatokhoz való könnyebb hozzáférést az uniós polgárok számára.

Üdvözlendő, hogy az Eurostat és a Bizottság, valamint az Eurostat és az Európai Vasúti Ügynökség között létrejövő egyetértési megállapodások, a meglévő információk felhasználásának optimalizálásával és az adminisztratív terhek csökkentésével hozzájárulnak majd a vasúti közlekedés statisztikájának jobb felhasználásához, illetve könnyebb elérhetőségéhez.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin ALDE:n yhtenäisen linjan mukaisesti suosituksen puolesta, sillä selkeät tilastot auttavat rautatieliikenteen kehitystä sekä ovat tärkeä perusta EU-maiden yhteistyölle.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – Parliament has reached an agreement with the Council ensuring that data collected by the European Railway Agency (ERA) or by DG MOVE can be used for statistical purposes and also made available to the public. The agreement is linked to two memoranda of understanding signed by Eurostat with the ERA and DG MOVE.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte. Après de longues négociations, le Conseil et le Parlement européen se sont mis d'accord sur le fait que la manière la plus efficace et la moins coûteuse d'éviter un chevauchement entre les activités d'Eurostat, de la Commission et de l'Agence ferroviaire européenne était de renforcer la coopération entre ces institutions et de garantir que les données statistiques liées aux politiques de l'Union soient facilement accessibles aux citoyens et aux parties prenantes de l'Union.

Un accord sur la simplification du règlement relatif aux statistiques des transports par chemin de fer n'a été possible qu'après la signature de deux protocoles d'accord, l'un entre Eurostat et la Commission (le 27 avril 2016) et l'autre entre Eurostat et l'Agence ferroviaire européenne (le 12 mai 2016). Ces protocoles d'accord ne sont pas seulement des instruments importants pour optimiser l'utilisation des informations existantes et réduire la charge administrative, ils répondent aussi à la nécessité soulevée par les colégislateurs de faire un meilleur usage des statistiques des transports par chemin de fer. Toutes les catégories d'usagers bénéficieront ainsi de données facilement accessibles et d'informations fiables sur l'évolution des politiques européennes dans le secteur ferroviaire.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported the agreement reached with the Council and the Commission. The text aims to update the current legislative framework and facilitates the collection of data on rail transport, all of which is necessary for better planning and law-making in the transport sector.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješćem o statistikama željezničkog prijevoza u vezi s prikupljanjem podataka o robi, putnicima i nesrećama pojednostavljuju se pravila za prikupljanje statističkih podataka o željezničkom prometu Europske unije te potiče uska suradnja Eurostata i Europske agencije za željeznice kako bi se izbjeglo dupliciranje rada između tih tijela.

Ovim prijedlogom poboljšava se dostupnost željezničkih postaja osobama s ograničenom pokretljivošću i osobama s invaliditetom bez prikupljanja dodatnih podataka, odnosno bez nametanja dodatnih opterećenja državama članicama i ostalim relevantnim sudionicima te se ujedno želi postići smanjenje administrativnih prepreka. Zbog toga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta (ES) št. 91/2003 z dne 16. decembra 2002 o statistiki železniškega prevoza glede zbiranja podatkov o blagu, potnikih in nesrečah sem podprla.

Področje uporabe uredbe o statistiki železniškega prevoza je potrebno razširiti na podatke o infrastrukturi, zlasti o vzpostavitvi evropskega sistema za upravljanje železniškega prometa (ERTMS), ki je ena od prednostnih nalog pri vseevropskem prometnem omrežju (TEN-T).

Izredno pomembno je, da imajo državljani EU lahek dostop, po sistemu „vse na enem mestu", do podatkov o izvajanju politik EU. Svet in Parlament sta se po dolgih pogajanjih dogovorila, da je najbolj učinkovit in stroškovno ugoden način, da se prepreči podvajanje dela med Eurostatom, Komisijo in Evropsko železniško agencijo, okrepitev sodelovanja med temi institucijami in zagotovitev lahke dostopnosti statističnih podatkov o politikah EU za državljane EU in deležnike.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Reglamento que sienta las bases para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías y pasajeros por ferrocarril en el conjunto de la Unión, así como de los accidentes que se produzcan y otras incidencias graves. La doble finalidad es generar bases de datos fiables y comparables y simplificar la tarea de recolección-sistematización de las autoridades competentes en los Estados miembros.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de transport de fret et de passagers, mais aussi en matière d'accidents sur l'ensemble du réseau ferroviaire de l'Union.

Il n'est pas problématique que la Commission collecte ces données.

J'ai donc voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Większa ilość danych statystycznych może przyczynić do lepszego planowania polityki transportowej oraz do zwiększenia bezpieczeństwa kolei. Z drugiej strony należy zachować równowagę między tymi korzyściami a ewentualnym obciążeniem państw członkowskich i respondentów, które wynika z gromadzenia dodatkowych danych. Wypracowany kompromis przewiduje, że nie będą gromadzone żadne nowe kategorie danych. Ułatwiony zostanie za to dostęp do tych danych, które już istnieją i które dotyczą na przykład dostępności stacji dla osób niepełnosprawnych oraz osób o ograniczonej sprawności ruchowej. Z uwagi na powyższe zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Hosszas tárgyalásokat követően a Tanács és a Parlament egyetértett abban, hogy az Eurostat, a Bizottság és az Európai Vasúti Ügynökség (ERA) közötti párhuzamos munkavégzés elkerülésének a legeredményesebb és leginkább költséghatékony módja az, ha megerősítik az együttműködést ezen intézmények között, és biztosítják, hogy az uniós politikákra vonatkozó statisztikai adatok könnyen hozzáférhetőek legyenek az uniós polgárok és az érdekelt felek számára. Az EFDD vonatkozó javaslatát nem támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este Reglamento que sienta las bases para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías y pasajeros por ferrocarril en el conjunto de la Unión, así como de los accidentes que se produzcan y otras incidencias graves. La doble finalidad es generar bases de datos fiables y comparables y simplificar la tarea de recolección-sistematización de las autoridades competentes en los Estados miembros.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado en contra de la única enmienda con el objetivo de que el texto quedara aprobado.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 91/2003 on rail transport statistics, as regards the collection of data on goods, passengers and accidents. At first reading Parliament decided that the scope of the regulation on rail transport statistics should be extended to cover data on infrastructure. Parliament stressed that it was of the utmost importance to have a clear view on the development of ERTMS in the Union, as the EU has spent millions of euros to fund this type of infrastructure without any concrete result so far in terms of operability of the system. Parliament was also of the opinion that Eurostat and the European Railway Agency should closely cooperate in improving statistics on rail accidents and in particular ensure the methodological consistency with regard to accident data on other modes of transport. I voted in favour because I believe that it is very important that EU citizens have easy access to data related to the implementation of EU policies.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte ferroviario en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Pese a mis reservas sobre el uso de estos datos, pues temo que sirvan como apoyo técnico a las medidas liberalizadoras del paquete ferroviario de la Unión, considero que no hay motivo para oponerse a su recolección denegando su aprobación parlamentaria.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico, de comunicação das informações relativas aos transportes ferroviários pelos Estados-Membros à Comissão, no que respeita a mercadorias, passageiros e acidentes, permitindo uma análise supranacional ao sector – também em comparação com outros meios de transporte – e operacionalizar o «sistema ferroviário europeu», na esteira do 4.º Pacote Ferroviário.

Reconhecemos que a troca de informações estatísticas poderá ajudar ao desenvolvimento dos sistemas ferroviários, desde que sejam asseguradas questões como a privacidade.

O que nos preocupa é o contexto desta proposta, que merece o nosso repúdio por este ser um dos pilares da política da UE que promoveu a privatização e a total desorganização das empresas responsáveis pelo transporte ferroviário; que promoveu a desregulamentação do trabalho e o aumento da exploração laboral no sector; que resultou no aumento do tarifário para os utilizadores e na degradação das infraestruturas e na redução da segurança ferroviária.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch Billigung der vorliegenden Ratsposition wird die bestehende Verordnung (EG) Nr. 91/2003 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs im Hinblick auf die Erfassung von Daten über Güter, Fahrgäste und Unfälle dahingehend geändert, dass der Geltungsbereich der Statistik des Eisenbahnverkehrs erweitert wird (u. a. werden Infrastrukturdaten und Daten über Unfälle und Zwischenfälle aufgenommen). Die Verhandlungen haben gezeigt, dass es wichtig ist ein klares Konzept für die Entwicklung des ERTMS (Europäisches System für Management und Steuerung des Eisenbahnverkehrs auf den Strecken der Transeuropäischen Netze) zu haben, da bereits umfassende Investitionen in Infrastrukturen getätigt wurden, ohne bisher konkrete Ergebnisse zu bekommen. Durch Absichtserklärungen der involvierten Schlüsselakteure EuroStat, Kommission und ERA (Eisenbahnagentur der Europäischen Union) sind die beteiligten Unterhändler des Rates und des EP der Meinung, unnötige Doppelarbeiten wirksam verhindern zu können. Die Ergebnisse der Verhandlungen kann man durchaus begrüßen. Das Sammeln und Auswerten von Daten für das europ. Eisenbahnsystem könnte Handlungsbedarf anzeigen und die Auswirkungen von Investitionen zeigen bzw. relativieren. Ich habe daher gegen den Abänderungsantrag gestimmt, damit der Ratsbeschluss angenommen wird.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea pentru a doua lectură referitoare la poziția în primă lectură a Consiliului în vederea adoptării regulamentului Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr. 91/2003 privind statisticile din transportul feroviar, în ceea ce privește colectarea datelor privind mărfurile, călătorii și accidentele.

În primă lectură, Parlamentul a decis că domeniul de aplicare a Regulamentului privind statisticile din transportul feroviar ar trebui extins pentru a cuprinde datele privind infrastructura, în special datele privind introducerea sistemului european de management al traficului feroviar, care a fost una dintre prioritățile rețelei transeuropene de transport - TEN-T.

După negocieri, Consiliul și Parlamentul au căzut de acord cu privire la simplificarea Regulamentului privind statisticile din transportul feroviar.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El objetivo de esta propuesta es modificar el Reglamento (CE) n.º 91/2003 con el fin de actualizar, simplificar y optimizar el marco jurídico existente para las estadísticas europeas sobre el transporte ferroviario y para alinearlo con el nuevo contexto institucional.

Estas estadísticas son necesarias para que la Comisión pueda supervisar y desarrollar la política común de transportes, así como los elementos de transporte en las políticas relativas a las regiones y a las redes transeuropeas.

La seguridad ferroviaria se beneficia de estas estadísticas para que la Comisión pueda preparar y supervisar la acción de la Unión en el ámbito de la seguridad del transporte, elemento muy importante en la Unión.

Mi voto es a favor de la propuesta, ya que considero que es fundamental la armonización del marco jurídico a nivel europeo y a nivel internacional. Una propuesta que facilite y simplifique los procedimientos, siempre es positiva para los ciudadanos europeos.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem rozporządzenia w sprawie statystyki transportu kolejowego w Unii Europejskiej. W obecnej perspektywie finansowej słusznie kładziemy nacisk na inwestycje dotyczące kolejnictwa. Powinny one odciążyć komunikację drogową i chronić środowisko poprzez poprawę płynności transportu kolejowego. Ta rosnąca skala inwestycji, sięgająca dziesiątków miliardów euro w Unii Europejskiej, wymaga także kontroli sposobu wydatkowanych środków, co bez rzetelnej statystyki nie jest możliwe. Wydaje się jednak, że gromadzone informacje nie mogą dotyczyć wyłącznie liczby przewożonych pasażerów i transportowanych towarów. Równie istotne byłyby dane o infrastrukturze, w szczególności o systemie zarządzania ruchem kolejowym. Poprawa w tym obszarze ma zasadnicze znaczenie dla operacyjności systemu transportu kolejowego w Europie. Kolejnym problemem są inwestycje transgraniczne, poprawiające ruch kolejowy między państwami. Wydaje się zatem, że w ramach statystyki trzeba wydzielić specjalną część dotyczącą inwestycji w transgraniczną infrastrukturę kolejową.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh odporúčania k pozícii Rady na účely prijatia nariadenia, ktorým sa menia pravidlá o štatistike železničnej dopravy, pokiaľ ide o zber údajov o tovare, osobách a nehodách, som podporila. Cieľom tohto návrhu je najmä zjednodušenie pravidiel pre generovanie štatistík železničnej dopravy, a teda redukcia bremena ležiaceho v tejto oblasti na členských štátoch. V tomto prípade už išlo o niekoľký pokus v rámci procesu prijatia nových pravidiel. Myslím si, že pôvodné požiadavky, ako boli predložené Komisiou, neboli nastavené v súlade s princípom proporcionality. Požadovali totiž zbieranie množstva údajov, ktoré by zaťažili členské štáty bez toho, aby výsledné štatistiky preukazovali významnú efektívnosť. Samozrejme, je možné, že by malou mierou prispeli k lepšiemu plánovaniu a vyššej úrovni železničnej dopravy, nemyslím si však, že by námaha, ktorú by na vytváranie týchto štatistík museli členské štáty vynaložiť, bola porovnateľná s výsledkom. Práve preto som s prvými zneniami nariadenia nesúhlasila. Po tom, čo však rokovania o konečnom texte vyústili v súčasný kompromis, podľa ktorého nebudú zhromažďované žiadne dodatočné dáta, som sa rozhodla správu podporiť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta (ES) št. 91/2003 o statistiki železniškega prevoza glede zbiranja podatkov o blagu, potnikih in nesrečah.

Strinjam se s stališčem Parlamenta, da je potrebno omogočati državljanom EU lahek dostop, po sistemu „vse na enem mestu“, do podatkov o izvajanju politik EU. Predlagana uredba o statistiki železniškega prevoza omogoča, da bodo imele vse skupine uporabnikov lahko dostopne podatke in zanesljive informacije o napredku evropskih politik v železniškem sektorju, med drugim tudi statistične podatke o postajah brez ovir, dostopnih osebam z zmanjšano mobilnostjo in invalidom, ter o uporabi čezmejne železniške infrastrukture

8.9. Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse) (A8-0298/2016 - Bas Eickhout)

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — This was a second reading and no vote was required. The UK has a derogation (exemption) in regards to inland waterways, because there is no international or transit inland waterways transport, only national transport. If, however, the UK was not exempt, UKIP would vote against this legislation because it is allowing the Commission to utilise delegated powers.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte de mercancías por vías navegables interiores, en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Por ello, no me he opuesto a su aprobación parlamentaria.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord conclu avec le Conseil qui veillera à ce que les données collectées par l'Agence ferroviaire européenne (ERA) ou par la DG MOVE puissent être utilisées à des fins statistiques et soient facilement accessibles au public.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. Le texte redéfinit aussi la nature et la portée des actes délégués de la Commission dans ce domaine.

Ce rapport n'a que peu d'intérêt, mais le passage devant le Parlement est obligatoire. Que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas un problème. Les actes délégués sont plus problématiques mais restent en l'espèce de portée et de durée limitées. Étant donné que cela concerne un pouvoir réglementaire de la Commission contre lequel les députés FN sont opposés par principe, ceux-ci ne peuvent voter en faveur de ce rapport secondaire. Mais, s'agissant d'une seconde lecture sans amendement de rejet, ce rapport a été adopté sans vote.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report was approved without a vote.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission compétente au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Per pirmąjį svarstymą Parlamentas išplėtė reglamento dėl krovinių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos taikymo sritį, įtraukdamas keleivių vežimą. Parlamento nuomone, sėkminga politika, siekiant stiprinti vidaus vandenų laivybą transporto sektoriuje, turėtų būti pagrįsta patikima statistika, kuri apimtų ir prekių, ir keleivių vežimą. Išplėtus šiuo metu galiojančio reglamento taikymo sritį, vežimui vidaus vandens keliais būtų taikomos tokios pat sąlygos, kaip ir jūrų, oro ir kelių transporto sektoriams, kuriuose renkami statistikos duomenys apima ir prekes, ir keleivius. Be to, Parlamentas apribojo ir geriau apibrėžė Komisijai suteikiamus įgaliojimus.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote: que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas a priori un problème, sinon que cela revient à accorder plus de pouvoir aux bureaucrates de Bruxelles, au détriment de notre souveraineté.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette texte visant à étendre le champ des statistiques des transports par voies navigables intérieures au transport de passagers, et non plus seulement de marchandises, et à déterminer et encadrer les pouvoirs de la Commission en ce qui concerne l'adoption d'actes délégués en la matière.

Tout comme mes collègues de la commission des transports et du tourisme, je pense en effet que, pour que notre politique visant à renforcer le rôle de la navigation intérieure dans le secteur des transports soit efficace, elle se doit de reposer sur des statistiques fiables pour le transport de marchandises comme de passagers.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha più volte sottolineato come il successo di una politica volta a potenziare il ruolo della navigazione interna nel settore dei trasporti debba fondarsi sull'uso di statistiche affidabili, che comprendano sia le merci sia il trasporto passeggeri. Il mio sostegno alla relazione Eickhout relativa alle statistiche sui trasporti di merci per vie navigabili interne muove proprio da questa convinzione.

Le modifiche proposte al regolamento pongono infatti la navigazione interna su un piano di parità con i settori del trasporto marittimo, aereo e stradale per quanto riguarda la raccolta dati. Secondo le disposizioni approvate, la Commissione dovrà in primo luogo sviluppare una metodologia per compilare statistiche sul trasporto di passeggeri per vie navigabili interne, avviare poi studi pilota per verificare la fattibilità delle nuove raccolte di dati e presentarli al Parlamento e al Consiglio. Il testo prevede inoltre una limitazione dei poteri della Commissione in materia di adozione di atti delegati, riservandoli solo per adeguare il regolamento ai cambiamenti in materia di codifica e nomenclatura a livello internazionale e per aumentare le soglie.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Muy similar al anterior, este Reglamento se diseña para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías en las aguas interiores del conjunto de la Unión. También he votado a favor.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Otro logro para evaluar, medir e ir construyendo el conocimiento necesario para que un verdadero sistema de intermodalidad inteligente para el movimiento de personas y mercancías sea posible. El éxito de la política de fomento del papel de la navegación interior dentro del sector de los transportes debía basarse en unas estadísticas fiables que abarcasen tanto el transporte de mercancías como el de pasajeros. El transporte por vías navegables interiores debe estar a estos efectos en pie de igualdad con el transporte marítimo, aéreo y por carretera, sectores en los que se recogen datos estadísticos, tanto para las mercancías como para los pasajeros. Esto persigue este informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures doit permettre à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. Ce rapport redéfinit aussi la nature et la portée des actes délégués de la Commission en ce domaine. C'est un rapport avec peu d'intérêt; le fait de disposer d'outils statistiques en matière de navigation par la Commission n'est pas un souci, mais les actes délégués sont plus problématiques puisqu'il s'agit là d'un pouvoir réglementaire contre lequel je m'oppose par principe. J'ai donc décidé de m'abstenir.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il provvedimento oggetto di voto è ben ponderato e non presenta criticità evidenti, ho quindi inteso votare in suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución legislativa, por la cual el Parlamento aprueba la Posición del Consejo en primera lectura con vistas a la adopción del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo, por el que se modifica el Reglamento (CE) n.º 1365/2006 sobre estadísticas del transporte de mercancías por vías navegables interiores, por lo que se refiere a la atribución de competencias delegadas y de ejecución a la Comisión para la adopción de algunas medidas.

De esta forma se adaptan las nuevas disposiciones existentes en el Tratado de Lisboa al tiempo que se desarrolla una nueva metodología para elaborar estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores y se limitan los poderes de la Comisión para adoptar actos delegados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos dėl Tarybos pozicijos, siekiant priimti Reglamentą dėl krovinių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos nuostatų.

Per svarstymus su Taryba Europos Parlamentas išplėtė reglamento dėl krovinių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos taikymo sritį įtraukdamas keleivių vežimą. Parlamento nuomone, sėkminga politika, siekiant stiprinti vidaus vandenų laivybą transporto sektoriuje, turėtų būti pagrįsta patikima statistika, kuri apimtų ir prekių, ir keleivių vežimą. Išplėtus šiuo metu galiojančio reglamento taikymo sritį, vežimui vidaus vandens keliais būtų taikomos tokios pat sąlygos, kaip ir jūrų, oro ir kelių transporto sektoriams, kuriuose renkami statistikos duomenys apima ir prekes, ir keleivius. Europos Parlamentas taip pat pritarė, kad Komisijai suteikiamų deleguotųjų ir įgyvendinimo įgaliojimų klausimu reglamento nuostatos būtų suderintos su Sutarties nuostatomis. Tačiau Parlamentas apribojo ir geriau apibrėžė Komisijai suteikiamus įgaliojimus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózásnak több országban jelentős a szerepe a vasút és a közutak tehermentesítésében, a balesetek számának csökkentésében és a környezetkímélő áruszállításban. E szerepének az erősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellett az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében szintén az áru- és a személyszállítás tekintetében is gyűjtenek adatot. Ezzel a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedhet.

Ezért szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o statistici prijevoza robe na unutarnjim vodnim putovima.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je ne vois pas d"inconvénient à ce que la Commission dispose d'éléments statistiques, je suis plus réservée quant à l'intérêt des actes délégués de la Commission en ce domaine, étant donné que je considère que les États membres sont les mieux placés pour s'occuper des voies navigables intérieures. Il n'y avait pas de vote final sur ce texte car il s'agissait d'une seconde lecture.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In prima lettura, il Parlamento ha esteso il campo di applicazione del regolamento riguardante le statistiche sui trasporti di merci per vie navigabili interne al trasporto passeggeri. L'ampliamento del campo di applicazione del regolamento in vigore avrebbe posto la navigazione interna su un piano di parità con i settori del trasporto marittimo, aereo e stradale, rispetto ai quali i dati statistici vengono raccolti sia per le merci che per i passeggeri. Il Parlamento e il Consiglio hanno concordato nel considerare il trasporto di passeggeri per vie navigabili interne nel quadro del regolamento e hanno definito i primi passi verso l'integrazione delle statistiche sui dati di trasporto passeggeri. La Commissione dovrà sviluppare una metodologia per compilare statistiche sul trasporto di passeg-

geri per vie navigabili interne e dovrà avvierà studi pilota facoltativi per verificare la fattibilità delle nuove raccolte di dati. Il finanziamento di tali progetti pilota dovrebbe essere sostenuto dal bilancio dell'UE. Il Parlamento e il Consiglio hanno convenuto di limitare i poteri della Commissione all'adozione di atti delegati, adottati solo per adeguare il regolamento ai cambiamenti in materia di codifica e nomenclatura a livello internazionale. Il Parlamento europeo ha approvato la posizione del Consiglio in prima lettura senza modifiche.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport octroie à la Commission européenne le pouvoir de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. Nous ne voyons aucun inconvénient à ce que l'Union européenne dispose d'outils statistiques en matière de navigation en vue de réaliser des études sur l'efficacité des systèmes de transport fluvial dans les États membres.

Néanmoins, ce rapport redéfinit la nature et la portée des actes délégués à la Commission, c'est-à-dire les pouvoirs qui découlent d'une autorisation explicite issue des textes législatifs adoptés par le Parlement et le Conseil. Bien que leur portée reste limitée, ces actes délégués donnent la possibilité à la Commission d'ajouter de nouvelles règles ou de modifier certains aspects d'un acte législatif. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla raccomandazione in questione poiché ritengo che il successo di una politica intesa a potenziare il ruolo della navigazione interna nel settore dei trasporti debba basarsi su statistiche affidabili che riguardano sia le merci che il trasporto passeggeri.

L'ampliamento del campo di applicazione del regolamento in vigore pone la navigazione interna su un piano di parità con i settori del trasporto marittimo, aereo e stradale, rispetto ai quali i dati statistici vengono raccolti sia per le merci che per i passeggeri.

La Commissione, in collaborazione con gli Stati membri, svilupperà una metodologia per compilare statistiche sul trasporto di passeggeri per vie navigabili interne e avvierà studi pilota facoltativi per verificare la fattibilità delle nuove raccolte di dati. Il finanziamento di tali progetti pilota dovrebbe essere sostenuto dal bilancio dell'UE.

Il Parlamento e il Consiglio hanno convenuto di limitare i poteri della Commissione in materia di adozione di atti delegati. Tali atti dovrebbero essere adottati soltanto per adeguare il regolamento ai cambiamenti in materia di codifica e nomenclatura a livello internazionale e per aumentare le soglie. La durata della delega è stata limitata, pertanto, a cinque anni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. An existing directive lays down conditions and technical requirements for issuing navigation certificates for inland waterway vessels valid on all Community inland waterways, including the Rhine. The collection of statistical data is important in creating a sound basis for future decisions regarding the inland waterway transport sector. The data are needed to assess passenger vessel traffic – which has increased over the last few years, in particular on the Danube – as well as the technical improvements to vessels leading to 'cleaner ships'.

The rapporteur proposed to take this opportunity to extend the regulation's scope to include additional variables on the transport of passengers, the modernisation of the fleet and inland waterway infrastructure. There was general agreement that it was important for the sector not to be overburdened by the increased data to be provided, and that there should be an assessment of data collected within other frameworks in order to avoid duplication. The first reading was in March 2014, and ongoing negotiations were pursued through trilogues until July this year.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This was a second reading and no vote was required. The UK has a derogation (exemption) in regards to inland waterways, because there is no international or transit inland waterways transport, only national transport. If, however, the UK was not exempt, UKIP would vote against this legislation because it is allowing the Commission to utilise delegated powers.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of a first-reading agreement with the Council of Ministers following an agreement to consider the transport of passengers by inland waterway within the scope of the regulation and to integrate statistics on passenger transport into the regulation. The Commission, in cooperation with Member States, will develop a methodology for compiling statistics on passenger transport by inland waterway. It will also launch voluntary pilot studies to test the feasibility of the new data collection systems. And finally, it will submit the results of those studies to Parliament and the Council and consider whether to propose a revision of the regulation. I agree that the financing of the pilot projects should be supported by the EU budget.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il regolamento riguarda l'elaborazione di statistiche sul trasporto merci attraverso le vie di navigazione interne. Il Parlamento e il Consiglio hanno concordato che il trasporto passeggeri attraverso vie interne dovesse essere trattato all'interno di tale regolamento e hanno dunque definito i primi passaggi per integrare le statistiche sul trasporto passeggeri. Ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Πιστεύουμε ότι μια επιτυχημένη πολιτική για την ενίσχυση του ρόλου της εσωτερικής ναυσιπλοΐας εντός του τομέα των μεταφορών θα πρέπει να στηρίζεται σε αξιόπιστες στατιστικές που καλύπτουν τόσο τη μεταφορά εμπορευμάτων όσο και τη μεταφορά επιβατών. Η διεύρυνση του πεδίου του υφιστάμενου κανονισμού θα τοποθετούσε τις εσωτερικές πλωτές μεταφορές σε θέση ισότιμη με τους τομείς των θαλάσσιων, αεροπορικών και οδικών μεταφορών, για τους οποίους συλλέγονται στατιστικά δεδομένα που αφορούν τόσο τα εμπορεύματα όσο και τους επιβάτες.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché ritengo vada nella giusta direzione. È infatti necessario conformare i poteri e le competenze conferiti alla Commissione, che si è impegnata a esaminare gli atti legislativi che non sono stati adattati alla procedura di regolamentazione con controllo prima dell'entrata in vigore del trattato di Lisbona.

Reputo opportuno conferire alla Commissione il potere di adottare atti delegati, al fine di adeguare la soglia della copertura statistica dei trasporti per vie navigabili interne e di adeguare le definizioni esistenti e adottare definizioni supplementari, nonché al fine di adeguare il campo di osservazione della rilevazione dei dati e il contenuto degli allegati.

Ritengo inoltre fondamentale attribuire alla Commissione competenze di esecuzione al fine di garantire condizioni uniformi concernenti le disposizioni per la trasmissione dei dati alla Commissione stessa, nonché al fine di sviluppare e pubblicare prescrizioni e criteri metodologici intesi a garantire la qualità dei dati ottenuti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 1365/2006 on statistics on goods transport by inland waterway as regards the conferral of delegated and implementing powers on the Commission for the adoption of certain measures, and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O papel do sector dos transportes por vias navegáveis interiores deve ser reforçado e, para tal, a União Europeia e os Estados-Membros precisam de estatísticas fiáveis para desenvolver políticas específicas adequadas.

Acompanho a intenção de alargamento do âmbito do presente regulamento ao transporte de passageiros. Assim, este sector estará em pé de igualdade com o transporte rodoviário, aéreo e marítimo, em que os dados estatísticos já são recolhidos tanto para mercadorias como para passageiros.

Entendo que o desenvolvimento conjunto de metodologias entre a UE e os Estados-Membros para a recolha de dados estatísticos é positivo, bem como a realização de estudos-piloto voluntários que atestem a eficácia dessas metodologias. A realização destes estudos, que integram o transporte transfronteiriço, prossegue um importante objetivo de diversificação dos instrumentos estatísticos. Depois de apresentados os resultados dos estudos-piloto, entendo que o debate deve ser retomado, em linha com o que é proposto.

No plano político, recordo que este regulamento é um dos primeiros atos legislativos enquadrados no Acordo Interinstitucional «Legislar Melhor». Integra, a meu ver, um conjunto de atos que devem servir para avaliar a oportunidade deste Acordo, no futuro.

Pelo exposto, apoio o presente projeto de resolução.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione perché attraverso l'inserimento delle statistiche relative al trasporto di passeggeri nel regolamento sulle statistiche dei trasporti di merci per vie navigabili interne si avrà una raccolta globale di dati maggiormente affidabile che contribuirà all'obiettivo di potenziare il ruolo della navigazione interna nel settore dei trasporti. Il Parlamento e il Consiglio hanno elaborato un programma per l'integrazione dei dati statistici sui passeggeri nel regolamento che verrà attuato attraverso la definizione da parte della Commissione, di concerto con gli Stati membri, di una metodologia per la raccolta dei dati e in un secondo tempo con l'avviamento di studi pilota da parte della Commissione per verificare la nuova raccolta dati. La Commissione, infine, presenterà il risultato degli studi al Parlamento e il Consiglio vaglierà la possibilità di una proposta di revisione del regolamento. Inoltre, il Parlamento ed il Consiglio hanno concordato di limitare l'adozione di atti delegati da parte della Commissione all'adeguamento del regolamento ai cambiamenti in materia di codifica e nomenclatura a livello internazionale e per aumentare le soglie. La durata della delega sarà limitata a cinque anni.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte de mercancías por vías navegables interiores, en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Por ello, no me he opuesto a su aprobación parlamentaria.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il successo di una politica intesa a potenziare il ruolo della navigazione interna nel settore dei trasporti deve essere basato su statistiche affidabili che comprendano sia le merci che il trasporto passeggeri. L'ampliamento del campo di applicazione del regolamento in vigore pone la navigazione interna su un piano di parità con i settori del trasporto marittimo, aereo e stradale, rispetto ai quali i dati statistici vengono raccolti sia per le merci che per i passeggeri. La proposta di allineare il regolamento (CE) n. 1365/2006 al trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE) per quanto riguarda i poteri delegati e le competenze di esecuzione conferiti alla Commissione permetterebbe l'adeguamento della soglia della copertura statistica dei trasporti per le vie navigabili e garantirebbe condizioni uniformi concernenti le disposizioni per la trasmissione dei dati.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W kwestii sporządzania statystyk dotyczących transportu towarów wodami śródlądowymi zagłosowałem za. Celem wniosku jest dostosowanie przepisów dotyczących komitologii zawartych w rozporządzeniu (WE) nr 1365/2006 do aktów delegowanych i wykonawczych. W mojej ocenie to ważne, aby podjąć próbę dostosowania przepisów do aktów delegowanych, jak i wykonawczych. Z zadowoleniem przyjmuję fakt, że zgodnie z ustaleniami dokonanymi między organami Unii Europejskiej przeprowadzenie badań pilotażowych (dokonywanych w celu oceny wykonalności oraz kosztów przeprowadzenia takiego badania) będzie dobrowolne. Jestem przekonany, że takie rozwiązanie jest korzystne dla gospodarki transportowej UE, w związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this recommendation as goods and passenger data would strengthen the statistical coverage of inland waterways transport, with a view to ensuring uniform conditions on the arrangements for transmitting data to Eurostat.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur les statistiques du transport de marchandises par voies navigables intérieures. Le transport de passagers par voies navigables intérieures est encore trop peu développé. Afin de concevoir des stratégies permettant d'accroître cette activité, nous devons disposer de statistiques fiables. Il est donc essentiel d'intégrer le transport de passagers au champ d'application du règlement sur les statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures. Pour que cette intégration se déroule de manière juste et optimale, il est important que la constitution d'une méthodologie statistique relative au transport de passagers se fasse progressivement et que les pouvoirs délégués à la Commission soient strictement encadrés.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózás szerepének a megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében az áru- és a személyszállítás tekintetében szintén gyűjtenek adatot.

A Parlament és a Tanáccsal abban is megegyeztek, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy többévi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union européenne. Ce rapport redéfinit également la nature et la portée des actes délégués de la Commission dans ce domaine.

Ce rapport présente peu d'intérêt mais son approbation par le Parlement est obligatoire. Que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas un problème. Les actes délégués sont néanmoins problématiques bien qu'ils restent, en l'espèce, de portée limitée quant à leur durée et leurs effets. Je me suis toutefois abstenue, étant opposée au pouvoir réglementaire de la Commission de manière générale.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε τη Σύσταση. Είμαστε αντίθετοι στην παράδοση επιπλέον αρμοδιοτήτων για μια ακόμη φορά στην Επιτροπή, η οποία άλλωστε δεν έχει δείξει μέχρι σήμερα ιδιαίτερες ικανότητες.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A belvízi hajózás szerepének megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében szintén az áru- és a személyszállítás tekintetében is gyűjtenek adatot.

A Parlament, közösen a Tanáccsal, abban is megegyeztek, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a delegált aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy több évi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El Parlamento considera que una política exitosa para mejorar la función de la navegación interior en el sector del transporte debe basarse en datos estadísticos fiables que abarquen tanto mercancías como pasajeros.

El Parlamento y el Consejo acordaron en considerar el transporte de pasajeros por vías navegables interiores en el marco del Reglamento.

Por otro lado, en una primera etapa, la Comisión, en cooperación con los Estados miembros, desarrollará una metodología para compilar estadísticas sobre el transporte de pasajeros por vías navegables interiores. En una segunda etapa, la Comisión pondrá en marcha estudios piloto voluntarios para probar la viabilidad de las nuevas colecciones de datos. Como paso final, la Comisión presentará los resultados de estos estudios al Parlamento y al Consejo para considerar hacer una propuesta de revisión de la regulación.

La financiación de los proyectos piloto deberá ser apoyada por el presupuesto de la Unión.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu alargou o âmbito de aplicação do regulamento relativo às estatísticas do transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores ao transporte de passageiros, considerando que uma política bem-sucedida para reforçar o papel da navegação interior no setor dos transportes deve ser baseada em estatísticas fiáveis que incluam tanto o transporte de mercadorias, como o transporte de passageiros.

Numa primeira fase, a Comissão, em cooperação com os Estados-Membros, desenvolverá uma metodologia para compilar as estatísticas sobre os transportes de passageiros por vias navegáveis interiores.

Numa segunda fase, a Comissão irá lançar estudos-piloto voluntários para testar a viabilidade da nova recolha de dados.

Por último, a Comissão apresentará o resultado destes estudos ao Parlamento e ao Conselho e ponderará a apresentação de uma proposta de revisão do regulamento.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention. Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. La question concerne un pouvoir réglementaire de la Commission contre lequel les députés FN sont opposés par principe: ils ne peuvent voter en faveur de ce rapport secondaire.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico (embora não suscetível de ser isolado de um dado contexto político), acerca da comunicação das informações relativas ao transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores.

Reconhece-se que a troca de informações estatísticas poderá ser importante para assegurar o desenvolvimento desta via de transporte, ao mesmo tempo que a necessidade de recolha e facultação de informação por parte dos operadores não se torna um fardo.

Esta via de transporte é, em alguns contextos, estratégica, necessitando de ser promovida. A obtenção e disponibilização (podendo nalguns casos admitir-se ser necessária a centralização) de dados e informações estatísticas pode ser importante para tal.

No entanto, o contexto de desenvolvimento está inserido nas estratégias de transportes da UE, que visam a sua liberalização e a imposição de modelos de gestão às diversas realidades. Mesmo num contexto em que as atribuições da Comissão Europeia foram limitadas pelo Parlamento Europeu, sobejam as preocupações decorrentes das opções políticas fundamentais que enformam a abordagem da UE a estas temáticas.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς είμαι αντίθετος στην παράδοση επιπλέον αρμοδιοτήτων για μια ακόμη φορά στην Επιτροπή, η οποία άλλωστε δεν έχει δείξει μέχρι σήμερα ιδιαίτερες ικανότητες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – By 645 votes to 24, with 3 abstentions, Parliament adopted a legislative resolution on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council on statistics on goods transport by inland waterway as regards conferring delegated and implementing powers upon the Commission for the adoption of certain measures on statistical coverage. In order to strengthen the statistical coverage of inland waterway transport, Parliament stated that data collected must deal with both goods and passengers.

The agreement reached with the Council took on board the EP position. The Transport Committee fully endorsed the compromise text.

I therefore voted in favour.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózás szerepének megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát – a teherszállítás mellet – az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében az áru- és a személyszállítás tekintetében is gyűjtenek adatot.

A Parlament abban is megegyezett a Tanáccsal, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy több évi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózás szerepének a megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak, és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében az áru- és a személyszállítás tekintetében szintén gyűjtenek adatot.

A Parlament és a Tanáccsal abban is megegyeztek, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy többévi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la Recomendación que define los primeros pasos hacia la integración de las estadísticas sobre datos de transporte de pasajeros en el Reglamento. En primer lugar, la Comisión, en cooperación con los Estados miembros, desarrollará una metodología para elaborar estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores. En una segunda etapa, la Comisión pondrá en marcha estudios piloto para evaluar la viabilidad de las nuevas recopilaciones de datos. El éxito de la política de fomento del papel de la navegación interior dentro del sector de los transportes debe basarse en unas estadísticas fiables que abarquen tanto el transporte de mercancías como el de pasajeros.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del Parlamento europeo relativa alla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio che modifica il regolamento (CE) n. 1365/2006 relativo alle statistiche sui trasporti di merci per vie navigabili interne, per quanto riguarda il conferimento alla Commissione di poteri delegati e competenze di esecuzione ai fini dell'adozione di alcune misure, perché ritengo questo un provvedimento che va nella direzione del completamento del mercato unico.

Data l'importanza della navigazione interna per l'economia di molti Stati membri, è infatti importante disporre di una metodologia statistica uniforme e di dati certi per poter poi prendere le giuste scelte politiche. La posizione del Parlamento di includere in tali raccolte statistiche sia i dati relativi alle merci che quelli relativi ai passeggeri è condivisibile e sono lieta che il Consiglio l'abbia accettata pienamente. Tocca ora alla Commissione sviluppare una metodologia per compilare statistiche sul trasporto di passeggeri per vie navigabili interne, verificarne la fattibilità ed eventualmente proporre una proposta di revisione del regolamento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über die Empfehlung für die zweite Lesung zur „Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen (delegierte Befugnisse und Durchführungsbefugnisse)" enthalten, da ich zwar die Notwendigkeit solcher Datenerfassung sehe, allerdings nicht überzeugt bin, dass das parallel begleitet ist von Maßnahmen der Entbürokratisierung.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on statistics on goods transport by inland waterway. Parliament sought to extend the scope of the regulation to include passenger transport. To test the viability of widening the scope, the Commission has agreed to launch voluntary pilot studies for the collection of relevant passenger data. Pending the results of those studies the Commission will consider whether to amend the regulation to cover passenger services. Parliament has also limited, and given a better definition of, the powers conferred on the Commission by delegated and implementing acts.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Muy similar al anterior, este Reglamento se diseña para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías en las aguas interiores del conjunto de la Unión. También he votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, as the agreement defines the first steps towards integration of passenger transport statistics.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózás szerepének megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák nem megfelelőek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében szintén az áru- és a személyszállítás tekintetében gyűjtenek adatot.

A Parlament, a Tanáccsal közösen, abban is megegyezett, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a delegált aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Úgy gondolom, fontos volt, hogy több évnyi közös munka után elfogadásra került ez a rendelet, amely az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazásával elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report at second reading, as did most Members of Parliament, although no official vote was recorded. This regulation aims to amend Regulation (EC) No 1365/2006 on statistics of goods transport by inland waterways as regards conferring of delegated and implementing powers upon the Commission for the adoption of certain measures. It is now proposed to:

— empower the Commission to adopt delegated acts in order to adapt the threshold for statistical coverage of inland waterways transport, to adapt the definitions and adopt additional definitions, as well as to adopt delegated acts in order to adjust the scope of data collection and the content of the annexes;

— confer implementing powers on the Commission with a view to ensuring uniform conditions concerning the arrangements for transmitting data to the Commission (Eurostat), including data interchange standards, and for the dissemination of results by the Commission (Eurostat), and to developing and publishing methodological requirements and criteria designed to ensure the quality of the data produced, in accordance with the examination procedure laid down in Article 5 of Regulation (EU) No 182/2011.

Following the first-reading vote, Parliament added a request for new data collection covering passengers, in addition to the data on goods transported, which are already collected under the regulation currently in force.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – A successful policy to increase the role of inland navigation within the transport sector should focus on reliable statistics including both goods and passenger transport. This will put inland waterway transport on an equal footing with the maritime, air and road transport sectors, for which statistical data are collected, both for goods and passengers. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe o statistici prijevoza robe na unutarnjim vodnim putovima u vezi s dodjelom delegiranih i provedbenih ovlasti Komisiji radi donošenja određeni mjera, jer se time prihvaća stajalište Vijeća u prvom čitanju.

Smatram da je potrebno ojačati ulogu unutarnje plovidbe unutar prijevoznog sektora kako bi se prijevoz na unutarnjim vodnim putovima doveo u ravnopravan položaj. Povrh toga, podržavam ograničenje ovlasti Komisije oko donošenja delegiranih akata, te stoga podupirem ovu preporuku za drugo čitanje.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Je ne m'oppose pas à la collecte d'outils statistiques mis à disposition de la Commission pour un réseau de navigation. En revanche, il n'est pas question de soutenir un renforcement du pouvoir réglementaire relevant de la Commission.

Je me suis abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – I voted in favour of this regulation because I think that it is important to create statistical standards for high-quality data collection to enhance the role of inland navigation within the transport sector and to help to foster EU's inland waterway transport. This regulation ensures that high-quality data based on reliable statistics on inland navigation will be available to support EU efforts to create conditions for its optimal development.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Bas Eickhout relatif au transport de marchandises par voies navigables intérieures. Par ce vote, le Parlement et le Conseil conviennent de prendre en compte le transport de passagers par voies maritimes intérieures dans le cadre de l'établissement des statistiques. Cette initiative permet de mettre sur un pied d'égalité le transport par voies navigables intérieures et le transport maritime, aérien ou routier pour lesquels des données statistiques sont déjà recueillies.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς.* — Η επέκταση του πεδίου του κανονισμού ώστε να συμπεριλαμβάνονται στοιχεία μεταφοράς επιβατών εσωτερικής ναυτιλίας είναι ιδιαίτερα κομβική εξέλιξη, κυρίως, για κράτη όπως η Ελλάδα με μεγάλη μετακίνηση επιβατών μέσω θαλάσσης. Οι πολιτικές οι σχετικές με την εσωτερική μετακίνηση επιβατών μέσω θαλάσσης θα πρέπει να βασίζονται σε ένα ισχυρό υπόβαθρο ποσοτικών δεδομένων, που δυστυχώς μέχρι τώρα έλειπε. Πρέπει βεβαίως να εξεταστεί κατά πόσον η μεθοδολογία περισυλλογής στοιχείων που προτείνεται ανταποκρίνεται στις ειδικές ανάγκες.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der vorliegende Bericht weitet die Sammlung statistischer Daten auf den bisher von der Datensammlung ausgenommenen Güter- und Personenverkehr auf Binnenwasserwegen aus. Das Sammeln und Auswerten von Daten für den Verkehr auf europäischen Binnenwasserwegen könnte notwendigen Handlungsbedarf bei Investitionen anzeigen und auch das Potenzial dieser oft übersehenen Transportwege. Deshalb stimme ich für die Annahme der Ratsposition.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – I voted in favour of the report, as the agreement defines the first steps towards integration of passenger transport statistics.

Ádám Kósa (PPE), *írásban.* – A belvízi hajózás szerepének a megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak, és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében az áru- és a személyszállítás tekintetében szintén gyűjtenek adatot.

A Parlament és a Tanáccsal abban is megegyeztek, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a felhatalmazáson alapuló jogi aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy több évi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour, since the recommendation is coming at the right time to respond to the new challenges related to increased passenger vessel traffic and the public demand for safer environment-friendly transport.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con la proposta del collega Bas Eickhout il Parlamento ha chiesto di estendere il campo di applicazione del regolamento inerente alle statistiche sui trasporti di merci per vie navigabili interno anche al trasporto passeggeri. Prevedere l'estensione del campo di applicazione del regolamento in vigore significherebbe portare la navigazione interna a uno stato egualitario con i settori del trasporto marittimo, aereo e stradale, rispetto ai quali i dati statistici vengono raccolti sia per le merci, che per i passeggeri. Il Parlamento e il Consiglio hanno concordato nel considerare il trasporto di passeggeri per vie navigabili interne nel quadro del regolamento. Pertanto, sostengo l'adozione del provvedimento.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je ne soutiens pas le rapport sur les statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures (pouvoirs délégués et compétences d'exécution). Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union.

Il redéfinit aussi la nature et la portée des actes délégués de la Commission dans ce domaine.

Que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas un problème. Les actes délégués sont plus problématiques. Il s'agit d'un pouvoir réglementaire de la Commission auquel je suis, comme tous les députés du FN, opposée.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une autorisation donnée à la Commission pour collecter des données statistiques en matière de transport fluvial de fret sur l'ensemble du réseau de navigation de l'Union.

Ces actes délégués constituent un pouvoir réglementaire de la Commission, auquel les députés Front National sont opposés par principe. Par conséquent, je me suis abstenu sur ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este reglamento que tiene como objetivo mejorar el marco que regula las estadísticas del transporte de mercancías por vías navegables. El acuerdo prevé que la Comisión, en cooperación con los Estados miembros, desarrollará una metodología para elaborar estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores y en un segundo momento, pondrá en marcha estudios piloto para evaluar la viabilidad de las nuevas recopilaciones de datos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte de mercancías por vías navegables interiores, en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Por ello, no me he opuesto a su aprobación parlamentaria.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo, éste aprueba la Posición del Consejo en primera lectura sobre la modificación del Reglamento (CE) n.º 1365/2006 sobre estadísticas del transporte de mercancías por vías navegables interiores, por lo que se refiere a la atribución de competencias delegadas y de ejecución a la Comisión para la adopción de algunas medidas.

Así, de ahora en adelante, la Comisión, con la colaboración de los Estados miembros, elaborará estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores y estudios para evaluar la viabilidad de estas informaciones, para después presentar los resultados de estos estudios al Parlamento y el Consejo. Asimismo, hemos acordado limitar los poderes de la Comisión para adoptar actos delegados, de tal forma que la duración de estos poderes se limita a cinco años, a la par que disminuye el ámbito de acción de la Comisión en lo que atañe a la materia del Reglamento.

Mi voto es favorable porque se ha respetado la posición del Parlamento.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – In order to strengthen the statistical coverage of inland waterway transport, Parliament stated that data collected must deal with both goods and passengers. I support this proposal.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1365/2006 για στατιστικές σχετικά με μεταφορές εμπορευμάτων μέσω εσωτερικών πλωτών οδών όσον αφορά την ανάθεση κατ' εξουσιοδότηση και εκτελεστικών αρμοδιοτήτων στην Επιτροπή για την έκδοση ορισμένων μέτρων, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Ce texte permet à la Commission d'établir des statistiques dans le domaine du transport de marchandises par voies navigables intérieures, ce à quoi nous ne nous opposons pas.

En revanche, il redéfinit la nature et la portée des actes délégués de la Commission et, même s'ils restent limités (durée et portée), nous nous opposons au pouvoir règlementaire de la Commission.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El éxito de la política de fomento del papel de la navegación interior dentro del sector de los transportes, debe basarse en unas estadísticas fiables que abarquen tanto el transporte de mercancías como el de pasajeros y que le coloquen en situación de igualdad respecto al transporte marítimo, aéreo y por carretera.

Por ello, apoyo la ampliación del ámbito de aplicación del Reglamento sobre estadísticas del transporte de mercancías por vías navegables interiores al transporte de pasajeros, así como el desarrollo de una metodología para elaborar estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores y la puesta en marcha de estudios piloto para evaluar la viabilidad de las nuevas recopilaciones de datos.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1365/2006 για στατιστικές σχετικά με μεταφορές εμπορευμάτων μέσω εσωτερικών πλωτών οδών όσον αφορά την ανάθεση κατ' εξουσιοδότηση και εκτελεστικών αρμοδιοτήτων στην Επιτροπή για την έγκριση ορισμένων μέτρων, γιατί πιστεύω ότι μια επιτυχημένη πολιτική για την ενίσχυση του ρόλου της εσωτερικής ναυσιπλοΐας εντός του τομέα των μεταφορών θα πρέπει να στηρίζεται σε αξιόπιστες στατιστικές που καλύπτουν τόσο τη μεταφορά εμπορευμάτων όσο και τη μεταφορά επιβατών. Πρέπει να σημειωθεί ότι η διεύρυνση του πεδίου του υφιστάμενου κανονισμού θα τοποθετούσε τις εσωτερικές πλωτές μεταφορές σε θέση ισότιμη με τους τομείς των θαλάσσιων, αεροπορικών και οδικών μεταφορών, για τους οποίους συλλέγονται στατιστικά δεδομένα που αφορούν τόσο τα εμπορεύματα όσο και τους επιβάτες.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um ein Regulativ für die statistische Erfassung des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen. Da eine derartige Erfassung für die meisten anderen Bereiche im Transportsektor bereits stattfindet, begrüße ich diesen Standpunkt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP pranešimą, kuriame pritariama Tarybos pozicijai išplėsti reglamento dėl krovinių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos taikymo, įtraukiant keleivių vežimą. Parlamento nuomone, sėkminga politika, siekiant stiprinti vidaus vandenų laivybą transporto sektoriuje, turėtų būti pagrįsta patikima statistika, kuri apimtų ir prekių, ir keleivių vežimą. Išplėtus šiuo metu galiojančio reglamento taikymo sritį, vežimui vidaus vandens keliais būtų taikomos tokios pat sąlygos, kaip ir jūrų, oro ir kelių transporto sektoriams, kuriuose renkami statistikos duomenys apima ir prekes, ir keleivius.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce texte de la Commission a pour objectif essentiel de donner de nouvelles compétences à la Commission (actes délégués et actes d'exécution) dans le domaine des statistiques des transports de marchandises et de passagers par voies navigables intérieures.

Il s'appuie sur le traité de Lisbonne contre lequel je me suis battu et que le peuple français a refusé par référendum à une majorité de près de 55 %. Nicolas Sarkozy a imposé ce nouveau traité aux Français, contre la volonté qu'ils avaient exprimée par les urnes. Pas plus que je ne tolérais ce piétinement de la souveraineté populaire en 2009, je n'en tolère les effets en 2014, fût-ce sur un sujet purement statistique et technique. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est une autorisation donnée à la Commission pour collecter des données statistiques en matière de transport fluvial de fret sur l'ensemble du réseau de navigation de l'Union.

Ces actes délégués concernent un pouvoir réglementaire de la Commission, contre lequel les députés FN sont opposés par principe. Par conséquent, je me suis abstenue sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – No contexto do alinhamento do Regulamento (CE) n.º 1365/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 6 de setembro de 2006, relativo às estatísticas do transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores, pelas novas regras do TFUE, há que acautelar as competências de execução atualmente conferidas à Comissão por esse regulamento, conferindo à Comissão poderes para adotar atos delegados e/ou de atos de execução.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution, as I support Parliament's efforts to include inland waterway passenger transport in the regulation on inland waterway goods transport. Parliament is striving to ensure that inland navigation can play a larger part in the transport network and statistical information would help in that endeavour.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La présente résolution modifie le règlement (CE) nº 1365/2006 sur les statistiques relatives aux voies navigables intérieures par l'extension des données issues du domaine de la navigation intérieure, non plus essentiellement au transport des marchandises, mais également au transport des passagers. De la sorte, le transport par voies navigables intérieures serait mis sur un pied d'égalité avec le transport maritime, aérien et routier, secteurs dans lesquels des données statistiques sont recueillies tant pour les marchandises que pour les passagers. Nous considérons qu'une pleine efficacité dans le secteur de la navigation intérieure ne peut être atteinte que pour autant que celui-ci repose sur des statistiques fiables pour le transport de marchandises comme de passagers. Nous souhaitions également limiter les pouvoirs de la Commission en ce qui concerne l'adoption d'actes délégués en vertu de l'accord interinstitutionnel «Mieux légiférer».

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Úspešná politika posilňujúca postavenie vnútrozemskej plavby v odvetví dopravy by mala by mala byť založená na spoľahlivých štatistických údajoch, ktoré zahŕňajú ako prepravu tovaru, tak aj osôb. Aktualizáciou súčasného nariadenia by sa vnútrozemská vodná doprava dostala na rovnakú úroveň ako letecká, námorná a cestná doprava, kde sa už podobné štatistické údaje zhromažďujú. Štatistiky umožnia Komisii monitorovať a ďalej rozvíjať spoločnú dopravnú politiku. Komisia by mala právomoc prijímať delegované akty v tejto oblasti počas 5 rokov.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a belvízi áruszállítással kapcsolatos statisztikákról szóló 1365/2006/EK rendeletnek bizonyos intézkedések elfogadása érdekében a Bizottságra ruházandó felhatalmazáson alapuló és végrehajtási hatáskörök tekintetében történő módosítására tett javaslatot a Parlamentnek és a Tanácsnak. A Parlament első olvasatban jelentős módosításokkal fogadta el a Bizottság javaslatát. Ennek nyomán előbb informális háromoldalú egyeztetésre, majd tárgyalásokra került sor egy korai második olvasatbeli megállapodás elérése céljából. A Parlament és a Tanács tárgyalócsoportja végül írásbeli eljárás során, 2016. május 11-én jutott megállapodásra az ügyet illetően. A tárgyalások eredményét tartalmazó szöveget a Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság 2016. május 24-én hagyta jóvá, jelentésében azt javasolva a Parlamentnek, hogy a Tanács első olvasatban elfogadott álláspontjával értsen egyet.

A jelentésben javasolt módon szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. Il redéfinit aussi la nature et la portée des actes délégués de la Commission en ce domaine. Que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas un problème. Les actes délégués sont plus problématiques mais restent en l'espèce limités quant à leur durée et à leur portée. Étant donné qu'ils concernent un pouvoir réglementaire de la Commission auquel les députés FN sont opposés par principe, ceux-ci ne peuvent voter en faveur de ce rapport secondaire.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Em primeira leitura, o Parlamento Europeu alargou o âmbito de aplicação do regulamento relativo às estatísticas do transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores ao transporte de passageiros.

O Parlamento apoiou igualmente o alinhamento do regulamento pelas disposições do Tratado (artigos 290.º e 291.º) no que diz respeito aos poderes delegados e às competências de execução atribuídas à Comissão. No entanto, o Parlamento limitou e definiu melhor os poderes atribuídos à Comissão.

Defendo a integração das estatísticas sobre dados relativos ao transporte de passageiros no âmbito do regulamento. Saliento ainda que este regulamento é um dos primeiros atos legislativos a implementar as disposições relativas aos atos delegados, em sintonia com o Acordo Interinstitucional «Legislar melhor».

Pelo exposto, a presente recomendação tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne des États membres. Ce rapport n'a que peu d'intérêt, n'apporte rien aux réseaux fluviaux des États membres, mais le passage devant le Parlement est obligatoire. Les actes délégués prévus par le texte sont plus problématiques, mais restent en l'espèce de portée limitée, bien qu'ils donnent un pouvoir réglementaire à la Commission. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. At first reading, Parliament sought to extend the scope of the regulation to include passenger transport, on the grounds that statistical data in this area could be truly useful only if they covered goods and passenger services. Including both types of services would also put inland waterways on the same footing as other transport modes, for which statistics on goods and passenger services are collected as standard. To test the viability of widening the scope, the Commission has agreed to launch voluntary pilot studies for the collection of relevant passenger data. Pending the results of those studies it will consider whether to amend the regulation to cover passenger services. Parliament has also limited, and given a better definition of, the powers conferred on the Commission by delegated and implementing acts.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la modification du règlement (CE) nº 1365/2006 relatif aux statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures, en ce qui concerne l'attribution de pouvoirs délégués et de compétences d'exécution à la Commission en vue de l'adoption de certaines mesures. L'objectif est d'améliorer au niveau européen la collecte de données statistiques sur les flux de marchandises transportées par voies navigables, mais aussi de permettre le lancement dans les États membres volontaires d'études pilotes sur le transport de passagers via ces mêmes voies.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report, which will develop a methodology for compiling statistics on passenger transport by inland waterway. The Commission will also launch voluntary pilot studies to test the feasibility of the new data collection system. Following the submission of those studies to Parliament and the Council, they will consider them when revising the regulation on statistics on goods transport by inland waterway.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Изменението на Регламент (ЕО) № 1365/2006 ще насърчи събирането на статистически данни не само за превоза на товари по вътрешни водни пътища, но и за превоза на пътници. Събирането на статистически данни за превоза на пътници е важно допълнение, тъй като то ще допринесе за изследването на развитието на вътрешния воден транспорт и по-специално на речния туризъм.

До този момент изследването на вътрешния воден транспорт остава недоразвито в сравнение с други видове транспорт като морския, въздушния и автомобилния. По този начин надеждността на речния туризъм като икономически отрасъл също остава неразкрита. Това поставя в особена ситуация моята страна България, която е основна част от паневропейски транспортен коридор №7, който минава през речния канал Рейн – Майн – Дунав.

България има 471 км участък от река Дунав, който минава през редица красиви български градове и предоставя възможност за международни пътувания. Въпреки това, липсата на статистически данни за превоза на пътници в Европа по вътрешни водни пътища пречи на моята страна да анализира подробно възможностите, които могат да бъдат извлечени от развитието на речния туризъм. Именно поради тази причина заставам зад изменението на този регламент.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului privind statisticile transportului de mărfuri pe căi navigabile interioare deoarece acesta încheie procedura de modificare a regulamentului în domeniu, extinzând, în același timp, aplicarea acesteia la transportul de pasageri. Obligativitatea colectării datelor privind transportul de pasageri pe căi navigabile interioare este un pas important în consolidarea rolului acestui tip de transport în raport cu cel maritim, aerian și rutier.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ein Regulativ der statistischen Erfassung des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen ist meiner Meinung nach zu begrüßen, da eine derartige Erfassung in den meisten Bereichen von Transport bereits stattfindet. Aus diesem Grund habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Määruse täiendamine seab siseveetranspordi mere-, õhu- ja raudteetranspordi sektoriga võrdsele alusele, mis annavad võimaluse koguda statistikat kaupade ja reisijate kohta. Eesmärgiks on üleliiduline parem läbipaistvus tänu usaldusväärsetele statistilistele andmetele.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Manau, kad vidaus vandenų laivyba gali tapti stipria ir konkurencinga transporto sektoriaus dalimi tik pagrįsta patikimais ir objektyviais statistiniais duomenimis. Todėl labai svarbu užtikrinti, kad būtų renkami statistiniai duomenys ir apie gabenamas prekes, ir apie keleivius. Labai svarbu užtikrinti, kad visoje ES būtų taikoma bendra keleivių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos kaupimo metodika. Todėl turėtų būti nustatoma kokybės ataskaitoms taikoma tvarka, jų struktūra, periodiškumas ir palyginamumo elementai.

Siekiant užsibrėžtų tikslų įgyvendinimo, Komisijai turi būti suteikiami deleguotieji ir įgyvendinamieji įgaliojimai, tačiau kartu būtina apibrėžti jų taikymo sritį ir trukmę. Deleguotieji aktai turėtų būti priimami tik siekiant suderinti reglamentą su tarptautinio lygmens kodavimo ir nomenklatūros, taip pat ribinių verčių pasikeitimais.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This was a second reading and no vote was required. The UK has a derogation (exemption) in regards to inland waterways, because there is no international or transit inland waterways transport, only national transport. If, however, the UK was not exempt, UKIP would vote against this legislation because it is allowing the Commission to utilise delegated powers.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerata la posizione del Consiglio relativa all'adozione di un regolamento riguardante le statistiche dei trasporti di merci per vie navigabili interne, ritengo che tali protocolli d'intesa siano finalizzati all'ottimizzazione dell'uso delle informazioni esistenti e la riduzione degli oneri amministrativi comportando vantaggi per la comunità. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europa obiluje rijekama i kanalima pogodnima za razvijanje prijevoznog sektora. Unutarnji vodni putovi u velikom dijelu našeg kontinenta imaju snažan izravan utjecaj na gospodarsku aktivnost, ali naravno da ne smijemo zanemariti ni njihov potencijal u području prijevoza putnika. Svaka se politika razvijanja nekog područja treba temeljiti na pouzdanim statistikama, pa je tako i za jačanje putničkog prijevoza potrebno raspolagati preciznim podacima o ovom aspektu unutarnje plovidbe.

Parlament je prema tome u prvom čitanju odlučio proširiti područje primjene Uredbe o statistici prijevoza roba na unutarnjim vodnim putovima i na prijevoz putnika, a sada su dogovoreni koraci za razrađivanje konkretne metodologije o prikupljanju podataka te procjenjivanju njihove provedivosti.

Smatram da prijevozu na unutarnjim vodama moramo osigurati ravnopravne temelje s onima za morski, zračni i cestovni prijevozni sektor za koje se statistički podaci prikupljaju i za robu i za putnike. Podržavam današnji prijedlog te se nadam da će rezultati njegove provedbe u konačnici dovesti i do snažnijeg razvitka ovog oblika putničkog prijevoza.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation interne de l'Union. Il redéfinit aussi la nature et la portée des actes délégués de la Commission dans ce domaine. Ce rapport n'a que peu d'intérêt mais le passage devant le Parlement est obligatoire. Que la Commission dispose d'outils statistiques en matière de navigation n'est pas un problème. Les actes délégués sont plus problématiques mais restent en l'espèce limités quant à leur durée et à leur portée. Dans ces conditions, je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament je u prvom čitanju smatrao da bi se uspješna politika jačanja uloge unutarnje plovidbe unutar prijevoznog sektora trebala temeljiti na pouzdanoj statistici kojom se obuhvaća prijevoz robe i putnika. Širenjem područja primjene postojeće Uredbe, prijevoz na unutarnjim vodnim putovima doveo bi se u ravnopravan položaj sa sektorima morskog, zračnog i cestovnog prijevoza.

Parlament i Vijeće složili su se oko toga te su odredili prve korake prema uključivanju statističkih podataka o prijevozu putnika u Uredbu. Prvo, Komisija će u suradnji s državama članicama razraditi metodologiju prikupljanja statističkih podataka o prijevozu putnika na unutarnjim vodnim putovima. U drugom koraku Komisija će pokrenuti dobrovoljne pilot-studije kako bi se ispitala izvedivost novih načina prikupljanja podataka te će rezultate tih studija dostaviti Parlamentu i Vijeću, te će razmotriti podnošenje prijedloga za reviziju Uredbe.

Financiranje tih pilot-projekata trebalo bi poduprijeti sredstvima iz proračuna EU-a. Parlament i Vijeće složili su se oko ograničavanja ovlasti Komisije za donošenje delegiranih akata. Delegirani akti trebali bi se donositi samo za prilagodbu Uredbe promjenama u označavanju i nomenklaturi na međunarodnoj razini te povećanje pragova. Trajanje delegiranja ograničeno je na pet godina.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico, de comunicação das informações relativas ao transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores.

Esta via de transporte é, em alguns contextos, estratégica, necessitando de ser promovida. A centralização de dados e informações estatísticas pode ser importante para tal.

No entanto, o contexto de desenvolvimento está inserido nas estratégias de transportes da UE, que visam a sua liberalização e a imposição de modelos de gestão às diversas realidades.

Mesmo num contexto em que as atribuições da Comissão foram limitadas pelo Parlamento, entende-se que se deva ter alguma precaução.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – In prima lettura il Parlamento europeo ha esteso il campo di applicazione del regolamento relativo alle statistiche sui trasporti di merci per vie navigabili interne. In seguito, il Parlamento e il Consiglio hanno concordato nel considerare il trasporto di passeggeri per vie navigabili interne nel quadro del suddetto regolamento. Inoltre, le due Istituzioni hanno definito i primi passi verso l'integrazione delle statistiche relative ai dati di trasporto passeggeri. Si tratta di un buon accordo che riflette l'interesse generale del settore dei trasporti per vie navigabili. Per questo motivo, ho deciso di votare in favore dell'approvazione di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui visait à valider des discussions interinstitutionnelles pour mettre à jour les méthodes de collecte de données sur les marchandises par voies navigables intérieures.

Nous avons notamment souhaité avancer l'idée d'inclure des statistiques sur les passagers transportés par voies navigables intérieures. Un accord a été trouvé sur les modalités (études pilotes).

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O alargamento do âmbito do atual regulamento prevê colocar o transporte por vias navegáveis interiores em pé de igualdade com o transporte rodoviário, aéreo e marítimo, setores para os quais os dados estatísticos são recolhidos tanto para mercadorias, como para passageiros.

Desta feita, foram definidos os primeiros passos no sentido da integração das estatísticas sobre dados relativos ao transporte de passageiros no âmbito do regulamento, por via de uma metodologia para compilar estatísticas, como pelo lançamento de estudos-piloto voluntários para testar a viabilidade da nova recolha de dados.

Considero que, para uma política que tenha o objetivo de reforçar o papel da navegação interior no setor dos transportes ser bem-sucedida, esta deve basear-se em estatísticas fiáveis que incluam tanto o transporte de mercadorias como o transporte de passageiros.

Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This was a second reading and no vote was required. The UK has a derogation (exemption) in regards to inland waterways, because there is no international or transit inland waterways transport, only national transport. If, however, the UK was not exempt, UKIP would vote against this legislation because it is allowing the Commission to utilise delegated powers.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, uma vez que o Parlamento Europeu alargou o âmbito de aplicação do regulamento relativo às estatísticas do transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores ao transporte de passageiros.

Uma política bem-sucedida para reforçar o papel da navegação interior no setor dos transportes deve ser baseada em estatísticas fiáveis que incluam tanto o transporte de mercadorias, como o transporte de passageiros.

O alargamento do âmbito do atual regulamento colocaria o transporte por vias navegáveis interiores em pé de igualdade com o transporte rodoviário, aéreo e marítimo, setores para os quais os dados estatísticos são recolhidos tanto para mercadorias, como para passageiros.

Numa primeira fase, a Comissão, em cooperação com os Estados-Membros, desenvolverá uma metodologia para compilar as estatísticas sobre os transportes de passageiros por vias navegáveis interiores.

Numa segunda fase, a Comissão irá lançar estudos-piloto voluntários para testar a viabilidade da nova recolha de dados.

Por último, a Comissão apresentará o resultado destes estudos ao Parlamento e ao Conselho e ponderará a apresentação de uma proposta de revisão do regulamento.

O financiamento desses projetos-piloto deve estar a cargo do orçamento da UE.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Eickhout sobre estadísticas del transporte de mercancías por vías navegables interiores, pues con él se mejorará el marco que regula las citadas estadísticas, ejerciendo un impacto mínimo en nuestro país. Con él, se adaptan las nuevas disposiciones existentes en el Tratado de Lisboa, y se incluye el desarrollo de una metodología que elabora estadísticas sobre el transporte de viajeros por vías navegables interiores y la puesta en funcionamiento de estudios para evaluar la viabilidad de estas recopilaciones de estadísticas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la modification du règlement relatif aux statistiques des transports de marchandises par voies navigables intérieures, qui concerne l'attribution de pouvoirs délégués et de compétences d'exécution à la Commission en vue de l'adoption de certaines mesures. Cette modification a pour objectif d'aligner le règlement sur le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne en ce qui concerne l'attribution de pouvoirs délégués et de compétences d'exécution à la Commission en vue de l'adoption de certaines mesures.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vertinu teigiamai, jog per pirmąjį svarstymą Parlamentui pavyko išplėsti reglamento dėl krovinių vežimo vidaus vandenų keliais statistikos taikymo sritį, įtraukiant ir keleivių vežimą. Mano nuomone, sėkminga politika, skirta stiprinti vidaus vandenų laivybą transporto sektoriuje, turėtų būti pagrįsta patikima statistika, kuri apimtų ir prekių, ir keleivių vežimą. Išplėtus šiuo metu galiojančio reglamento taikymo sritį, vežimui vidaus vandens keliais būtų taikomos tokios pat sąlygos, kaip ir jūrų, oro ir kelių transporto sektoriams, kuriuose renkami statistikos duomenys apima ir prekes, ir keleivius.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em primeira leitura, o Parlamento Europeu alargou o âmbito de aplicação do regulamento relativo às estatísticas do transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores ao transporte de passageiros.

O Parlamento Europeu considera que uma política bem-sucedida para reforçar o papel da navegação interior no setor dos transportes deve ser baseada em estatísticas fiáveis que incluam tanto o transporte de mercadorias, como o transporte de passageiros.

O alargamento do âmbito do atual Regulamento colocará o transporte por vias navegáveis interiores em pé de igualdade com o transporte rodoviário, aéreo e marítimo, setores para os quais os dados estatísticos são recolhidos tanto para mercadorias, como para passageiros.

O Parlamento e o Conselho decidiram, de comum acordo, considerar o transporte de passageiros por vias navegáveis interiores no âmbito deste Regulamento.

Assim, na sequência da aprovação da posição do Parlamento em primeira leitura, em março de 2014, e da decisão da Comissão dos Transportes e do Turismo (TRAN) de dar início às negociações, em outubro de 2014, foi organizado um trílogo informal em novembro do mesmo ano, tendo-se chegado posteriormente a um acordo através de um procedimento escrito.

Por concordar com este relatório, votei a favor.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Muy similar al anterior, este Reglamento se diseña para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías en las aguas interiores del conjunto de la Unión. También he votado a favor.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Vereinbarung über Statistiken des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen gestimmt.

Im Vorschlag der Kommission wurde vor allem das Thema von Pilotstudien adressiert, welche von den Mitgliedstaaten freiwillig ausgeführt werden sollen, um Daten im Rahmen der Verordnung über Güterverkehr auf Binnenwasserstraßen zur Verfügung zu stellen.

Das Ziel der Studien ist es, die Umsetzbarkeit dieser neuen Datensammlungen, die Kosten der Datenerhebungen und die Qualität der Statistiken zu beurteilen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte de mercancías por vías navegables interiores, en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Por ello, no me he opuesto a su aprobación parlamentaria.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on statistics on goods transport by inland waterway. Parliament has sought to extend the scope of the regulation to include passenger transport. To test the viability of widening the scope, the Commission has agreed to launch voluntary pilot studies for the collection of relevant passenger data. Pending the results of those studies it will consider whether to amend the regulation to cover passenger services. Parliament has also limited, and given a better definition of, the powers conferred on the Commission by delegated and implementing acts.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o pozícii Rady v prvom čítaní na účely prijatia nariadenia EP a Rady, ktorým sa mení nariadenie č. 1365/2006 o štatistike prepravy tovaru po vnútrozemských vodných cestách, pokiaľ ide o prenesenie delegovaných a vykonávacích právomocí na Komisiu s cieľom prijať určité opatrenia. Úspešná politika posilňujúca úlohu vnútrozemskej plavby v odvetví dopravy by mala byť založená na spoľahlivých štatistických údajoch, ktoré zahŕňajú tak prepravu tovaru, ako aj prepravu cestujúcich. Rozšírením rozsahu pôsobnosti súčasného nariadenia by sa vnútrozemská vodná dopravy dostala na rovnakú úroveň s odvetviami námornej, leteckej a cestnej dopravy, pri ktorých sa zbierajú štatistické údaje týkajúce sa tovaru a cestujúcich. Komisia v spolupráci s členskými štátmi najprv vytvorí metodiku zhromažďovania štatistických údajov o preprave cestujúcich po vnútrozemských vodných cestách. Potom Komisia spustí dobrovoľné pilotné štúdie, ktorými sa overí realizovateľnosť nového zberu údajov. Napokon Komisia predloží výsledky, na základe ktorých sa zváži revízia nariadenia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Komisija je predlagala spremembo Uredbe 1365/2006/ES v zvezi s statistiko o kopenskih plovnih poteh in prevozu dobrin po le-teh. Pri prvi obravnavi v Evropskem parlamentu je bila predlogu dodana ideja o spremljanju statistike potniškega prometa na omenjenih poteh (zlasti na trajektih, ki plujejo po rekah).

V skladu s spremenjeno uredbo naj bi se zbirali tudi podatki o čistoči plovnih poti, ladij ter čezmejnem prometu po plovnih poteh. Evropski parlament Komisiji priporoča, naj pripravi študijo o uporabnosti podatkov o potnikih (za ladje in trajekte) ter o čezmejnem prometu na splošno.

Komisija bo najprej v sodelovanju z državami članicami razvila metodologijo za zbiranje statistike o potniškem prometu, nato pa bo začela s pilotnimi študijami glede izvedljivosti zbiranja vseh podatkov o potnikih.

Končne izsledke študij bo Evropska komisija posredovala Evropskemu parlamentu in Svetu, ki bosta predlagala spremembe. Mislim, da je Komisija v tem delu zastavila dober načrt za nadaljnje vodenje statistike in morebitne prihodnje spremembe, zato sem priporočilo podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Rovnako ako rozvoj železničnej dopravy je aj rozvoj vodných ciest spôsobom, ako zvýšiť objem prepravovaného tovaru pri súčasnom znižovaní vypúšťania exhalátov. Aby sme mohli efektívne alokovať finančné zdroje na modernizáciu existujúcich a vytyčovanie nových vnútrozemských vodných spojení, musíme poznať súčasný stav vyťaženosti a objemu prevážaného tovaru.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe o statistiki prevoza blaga po celinskih plovnih poteh glede prenosa delegiranih in izvedbenih pooblastil na Komisijo za sprejetje nekaterih ukrepov.

Po prvi obravnavi, v kateri je Evropski parlament dosegel razširitev področja uporabe uredbe o statistiki prevoza blaga po celinskih plovnih poteh za potniški promet, sta Parlament in Svet določila prve korake za vključevanje statističnih podatkov o prevozu potnikov v uredbo.

Komisija bo tako razvila metodologijo za zbiranje podatkov ter začela pilotne študije glede izvedljivosti novih zbirk podatkov.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είμαστε αντίθετοι στην παράδοση επιπλέον αρμοδιοτήτων για μια ακόμη φορά στην Επιτροπή, η οποία άλλωστε δεν έχει δείξει μέχρι σήμερα ιδιαίτερες ικανότητες.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A belvízi hajózás szerepének megerősítését célzó politikának tárgyilagos, összehasonlítható és megbízható statisztikai adatokon kell alapulnia. A belvízi szállítással kapcsolatos, jelenleg érvényes statisztikák elégtelenek ahhoz, hogy iránymutatást nyújtsanak és értékelést tegyenek lehetővé ezen ágazat uniós szakpolitikájáról.

Az Európai Parlament első olvasatban kiterjesztette a rendelet hatályát a teherszállítás mellet az utasszállításra is. Ezzel a belvízi szállítást egyenrangúvá tette a tengeri hajózással, a légi és közúti közlekedési szektorral, amelyek esetében szintén az áru- és a személyszállítás tekintetében is gyűjtenek adatot.

A Parlament a Tanáccsal abban is megegyezett, hogy szabályozzák a Bizottság hatáskörét a delegált aktusok elfogadása terén, amelyek érvényességét 5 évben határozták meg.

Örülök, hogy több évi munka után elfogadásra került ez a rendelet, és hiszem azt, hogy az összegyűjtött statisztikai adatok alkalmazása elősegíti, hogy a belvízi közlekedés biztonsága és hatékonysága jelentősen növekedjen.

Ezért a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a rendelet elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament korábban, első olvasatban támogatta a belvízi hajókra vonatkozó EU-n belüli műszaki követelmények egységes alkalmazásával kapcsolatos állásfoglalást. Ebben az állásfoglalásban az Európai Parlament kérte az Európai Bizottságot, hogy terjessze ki a belvízi áruszállítással kapcsolatos statisztikákról szóló rendelet hatályát a személyszállításra is.

Osztom azt a véleményt, mely szerint a belvízi hajózás szerepének a közlekedési ágazatban történő megerősítését célzó sikeres politikának az áru- és a személyszállításra vonatkozó adatokat is magában foglaló, megbízható statisztikákon kell alapulnia. Ennek tükrében megállapodás született a Tanáccsal is, így az illetékes szakbizottság teljes mértékben támogatta a kompromisszumos szöveget. Ami a folyamatot illeti, meg kell határozni a személyszállítási statisztikai adatok rendeletbe való integrálásának első lépéseit. Ennek érdekében a Bizottság a tagállamokkal együttműködve kialakít egy módszert a statisztikai adatok begyűjtésére, majd a Bizottság önkéntes kísérleti projekteket indít az újfajta adatgyűjtés megvalósíthatóságnak tesztelésére. Mindezek után a Bizottság elküldi e projektek eredményeit a Parlamentnek és a Tanácsnak, és fontolóra veszi a rendelet felülvizsgálatára irányuló javaslat benyújtását. Mindezek tükrében szavazatommal támogattam az ajánlást.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin ALDE:n yhtenäisen linjan mukaisesti suosituksen puolesta, sillä sisävesiliikenteen tavarakuljetuksien tilastot valottavat tavaran liikkuvuutta EU-alueella ja tilastot ovat tärkeä perusta toiminnalle.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – Parliament overwhelmingly endorses the proposal for a regulation on statistics on goods transported by inland waterway. This will strengthen the statistical coverage of inland waterway transport, particularly if the data collected deal with both goods and passengers.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé pour ce texte. Le Parlement et le Conseil sont convenus de prendre en compte le transport de passagers par voies maritimes intérieures dans le cadre du règlement. Ils ont défini les premières étapes en vue de l'intégration des données statistiques relatives au transport de passagers dans le règlement. Premièrement, la Commission, en coopération avec les États membres, élaborera une méthodologie pour l'établissement de statistiques relatives au transport de passagers par voies navigables intérieures. Ensuite, la Commission lancera des études pilotes sur la base du volontariat afin d'évaluer la faisabilité de cette nouvelle collecte de données. Enfin, la Commission présentera les résultats de ces études au Parlement et au Conseil et envisagera de formuler une proposition quant à la révision du règlement. Ces projets pilotes devraient être financés à partir du budget de l'Union.

Le Parlement et le Conseil sont convenus de limiter les pouvoirs de la Commission en ce qui concerne l'adoption d'actes délégués. Les actes délégués devraient uniquement être adoptés afin d'adapter le règlement aux modifications des codes et de la nomenclature à l'échelle internationale et d'augmenter les seuils. La durée de la délégation a été limitée à cinq ans.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported the agreement reached with the Council and the Commission. The updated regulation aims to align current legislation with the most recent developments and so enables the Commission to take the necessary measures to ease the data collection process in the inland waterway sector, for instance by adapting existing definitions.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za izvješće o statistici prijevoza robe na unutarnjim vodnim putovima budući da se na taj način ostvaruju temelji za razvoj te vrste prometa. Podržavam prijedlog kojim se ostvaruje prilagodba postojećih definicija i prilagodba opsega prikupljanja podataka i sadržaja priloga, a kroz proširenje područja primjene na prijevoz putnika ova vrsta prijevoza bit će u ravnopravnom položaju s ostalim prometnim sektorima.

Pregovorima između Europskog parlamenta i Vijeća dogovoreno je da će Komisija u suradnji s državama članicama razraditi metodologije prikupljanja statističkih podataka o prijevozu putnika na unutarnjim vodnim putovima te pokrenuti dobrovoljne pilot-studije kako bi se ispitala izvedivost novih načina prikupljanja podataka. Držim da je na taj način uzeta u obzir ravnoteža između potreba korisnika i smanjeno povećanje opterećenja na nacionalnoj razini.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe (ES) št. 1365/2006 o statistiki prevoza blaga po celinskih plovnih poteh glede prenosa delegiranih in izvedbenih pooblastil na Komisijo za sprejetje nekaterih ukrepov sem podprla.

Parlament je razširil področje uporabe uredbe o statistiki prevoza blaga po celinskih plovnih poteh na potniški promet. Parlament je menil, da mora uspešna politika za krepitev vloge celinske plovbe v prevoznem sektorju temeljiti na zanesljivih statističnih podatkih, ki zajemajo prevoz blaga in potnikov.

Razširitev področja uporabe obstoječe uredbe bi prevoz po celinskih plovnih poteh izenačila s pomorskim, zračnim in cestnim prometnim sektorjem, za katere se statistični podatki zbirajo za blago in potnike. Parlament in Svet sta se strinjala, da spada prevoz potnikov po celinskih plovnih poteh v okvir uredbe.

Parlament in Svet sta soglašala, da se omejijo pristojnosti Komisije za sprejemanje delegiranih aktov. Delegirane akte bi bilo treba sprejeti samo za prilagoditev uredbe spremembam kodiranja in nomenklature na mednarodni ravni ter povečanje pragov. Trajanje prenosa pooblastila je omejeno na pet let.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Muy similar al anterior, este Reglamento se diseña para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías en las aguas interiores del conjunto de la Unión. También he votado a favor.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport permet à la Commission de collecter les données statistiques en matière de fret fluvial sur l'ensemble du réseau de navigation intérieur de l'Union. Il n'est pas problématique que la Commission collecte ces informations. Cependant, je suis opposée au volet concernant le pouvoir réglementaire de la Commission pour les actes délégués.

Je choisis donc l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Parlament és a Tanács megegyezett abban, hogy fontolóra veszik a belvízi személyszállításnak a rendelet keretébe való bevonását. Meghatározták a személyszállítási statisztikai adatok rendeletbe való integrálásának első lépéseit. Első lépésként a Bizottság a tagállamokkal együttműködve kialakít egy módszert a belvízi személyszállítás statisztikáinak begyűjtésére. Második lépésként a Bizottság önkéntes kísérleti projekteket indít az újfajta adatgyűjtés megvalósíthatóságnak tesztelésére. Végezetül a Bizottság elküldi e projektek eredményeit a Parlamentnek és a Tanácsnak, és fontolóra veszi a rendelet felülvizsgálatára irányuló javaslat benyújtását. Támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Muy similar al anterior, este Reglamento se diseña para mejorar la recolección de datos sobre transporte de mercancías en las aguas interiores del conjunto de la Unión. También he votado a favor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. — He votado a favor de este informe técnico.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EC) No 1365/2006 on statistics of goods transport by inland waterways as regards the conferral of delegated and implementing powers on the Commission for the adoption of certain measures. At first reading Parliament extended the scope of the regulation on statistics on goods transport by inland waterway to include passenger transport. Broadening the scope of the existing regulation would put inland waterway transport on an equal footing with the maritime, air and road transport sectors, for which statistical data are collected both for goods and passengers. Parliament and the Council have agreed to limit the powers of the Commission to adopt delegated acts, which should be adopted only to adapt the regulation to changes in coding and nomenclature at international level and to increase thresholds. I voted in favour because I believe that a successful policy to enhance the role of inland navigation within the transport sector should be based on reliable statistics encompassing both goods and passenger transport.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El objetivo de la propuesta de la Comisión es poner el Reglamento (CE) n.º 1365/2006 en línea con el Tratado de Funcionamiento de la Unión en esta materia. Destaca la introducción de una nueva provisión para estudios piloto que puede poner en marcha la Comisión, 36 meses después de la entrada en vigor de este reglamento, estudios piloto voluntarios que pueden llevar a cabo los Estados miembros con el objetivo de determinar la factibilidad de las nuevas recopilaciones de datos, los costes de éstas y su calidad estadística. Así, he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe completa y mejora las estadísticas sobre transporte de mercancías por vías navegables interiores, en el ámbito de la recogida de datos sobre mercancías, pasajeros y accidentes. Por ello, no me he opuesto a su aprobación parlamentaria.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um texto essencialmente técnico, de comunicação das informações relativas ao transporte de mercadorias por vias navegáveis interiores.

Esta via de transporte é, em alguns contextos, estratégica, necessitando de ser promovida. A centralização de dados e informações estatísticas pode ser importante para tal.

No entanto, o contexto de desenvolvimento está inserido nas estratégias de transportes da UE, que visam a sua liberalização e a imposição de modelos de gestão às diversas realidades.

Mesmo num contexto em que as atribuições da Comissão foram limitadas pelo Parlamento, entende-se que se deva ter alguma precaução.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ein Regulativ der statistischen Erfassung des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen ist zu begrüßen, da eine derartige Erfassung in den Bereichen See-, Luft- und Straßenverkehr bereits stattfindet und eine erfolgreiche Politik zur Stärkung der Rolle der Binnenschifffahrt im Verkehrssektor auf verlässlichen statistischen Daten beruhen sollte. Ich habe daher diesem Bericht zugestimmt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat recomandarea pentru a doua lectură referitoare la poziția în primă lectură a Consiliului în vederea adoptării unui regulament al Parlamentului European și al Consiliului de modificare a Regulamentului (CE) nr. 1365/2006 privind statistica transportului de mărfuri pe căi navigabile interioare în ceea ce privește acordarea de competențe delegate și de executare Comisiei pentru adoptarea anumitor măsuri.

În prima lectură, Parlamentul a extins domeniul de aplicare al Regulamentului privind statistica transportului de mărfuri pe căi navigabile interioare pentru a include transportul de pasageri. Parlamentul a considerat că o politică reușită de consolidare a rolului navigației interioare în cadrul sectorului transporturilor ar trebui să se bazeze pe statistici fiabile, care să includă atât transportul de mărfuri, cât și transportul de pasageri. Parlamentul și Consiliul au fost de acord să țină seama de transportul de pasageri pe căi navigabile interioare în cadrul regulamentului.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – El principal problema abordado en los debates interinstitucionales fue la introducción de estudios piloto y su naturaleza. Este tipo de estudios se han propuesto como una solución de compromiso, en respuesta a la petición del Parlamento Europeo de incluir variables adicionales sobre el transporte de pasajeros por vías navegables interiores del Reglamento.

Los estudios piloto son voluntarios y se llevarán a cabo por los Estados miembros que proporcionen datos, dentro del ámbito del presente Reglamento, sobre la disponibilidad de datos estadísticos relacionados con el transporte de pasajeros por vías navegables interiores, incluyendo los servicios de transporte transfronterizo.

Los nuevos artículos sobre los estudios de posibilidad/piloto, los informes sobre la aplicación y el ejercicio de las competencias delegadas por la Comisión, fueron apoyadas por la mayoría de los grupos políticos.

Por lo tanto, mi voto es a favor de este informe ya que considero que es una iniciativa que propicia el transporte de mercancías, y por lo tanto el comercio europeo.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da mora uspešna politika za krepitev vloge celinske plovbe v prevoznem sektorju temeljiti na zanesljivih statističnih podatkih, ki zajemajo prevoz blaga in potnikov.

Razširitev področja uporabe obstoječe uredbe bi prevoz po celinskih plovnih poteh izenačila s pomorskim, zračnim in cestnim prometnim sektorjem, za katere se statistični podatki zbirajo za blago in potnike.

8.10. Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen (A8-0239/2016 - Kaja Kallas)

Dichiarazioni di voto orali

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho votato a favore di questa relazione perché l'Unione doganale è un grande vantaggio per l'Unione europea ed è uno strumento necessario per il mercato unico. È un ulteriore passo avanti, ma molto deve essere ancora fatto. Le dogane sono le porte della nostra Unione. Purtroppo, l'impressione è che, però, non siano abbastanza controllate. La politica commerciale europea è molto controversa. I regimi dazi agevolati o addirittura a dazio zero concessi ad alcune merci di paesi terzi rischiano di provocare gravi danni al mercato europeo se alle dogane non verranno controllati con rigore e fatti rispettare i limiti già molto permissivi. È una mia battaglia di qualche mese fa a far conoscere i dati precisi dei quantitativi, ad esempio, di pomodori marocchini entrati in Europa dalla Spagna. È stata una guerra dei numeri tra la Commissione, le associazioni sindacali, i governi, i produttori, eppure le dogane dovrebbero registrare tutto. È giusto cercare di unificare le sanzioni in caso di infrazioni, ma prima di questo bisogna intensificare i controlli e produrre dei dati certi.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, when we have left the European Union we want, of course, to be good neighbours and keeping elements of the current Customs Union regime may be a part of that. For example, remaining part of the common regime on things like veterinary checks and anti-counterfeiting measures and so on.

But it must surely be clear even to people who voted 'remain' in the UK that it is necessary for us now to opt out of the common external tariff. Any doubt on that score has been removed by the vote in the Wallonian and now the Brussels regional parliaments. If the European Union cannot sign trade deals with the 165 states and territories in the world which will account for some 95% of growth in the 21st century, what is it for?

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante l'unione doganale sia considerata uno dei fondamenti dell'Unione europea e la spina dorsale del mercato unico, ad oggi non esiste un approccio integrato in materia di sanzioni. Nel mercato unico ci troviamo spesso di fronte alle stesse regole, ma quando queste regole vengono infrante, le sanzioni applicate nei 28 Stati membri differiscono in maniera significativa. Di recente, la Corte di giustizia ha affermato che le divergenze a livello di sanzioni hanno un effetto equivalente alle restrizioni quantitative. Questa relazione mira quindi a uniformare il sistema sanzionatorio in questo campo. Ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP opposes the ongoing harmonisation practices by the EU. Furthermore, UKIP supports the right for sovereign nations to have control over sanctions on customs infringements.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que en última instancia representa un impulso al mercado interior a través de la armonización de las barreras arancelarias. El informe busca una mejora del funcionamiento de las sanciones aplicadas, para evitar diferentes tipos de *dumping* al mercado europeo, con la selección del país de importación en función de sus regímenes de sanción. Esto, desde el punto de vista técnico, está plenamente justificado, sin embargo, en un contexto de desarrollo de ambiciosos acuerdos comerciales, esta directiva puede suponer un refuerzo para la aplicación de acuerdos comerciales que van en contra de los intereses de los trabajadores europeos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en este informe.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – La directive en question souhaite fixer un cadre juridique commun aux 28 membres de l'Union européenne pour gommer les disparités entre les différents régimes juridiques appliqués et ainsi contribuer à une égalité de traitement entre les opérateurs économiques de l'UE.

La Commission s'arrogerait ici le droit de définir la nature des infractions, de déterminer leurs caractères mineurs ou majeurs, et s'arroge le contrôle et la supervision de l'application de la règlementation par les États membres.

Je me suis positionné contre dans la mesure où les problématiques liées au marché intérieur suivent toujours les mêmes logiques. Les États membres ont un cadre règlementaire commun (UE) mais l'application des lois (transposition des directives…) est très disparate selon les États, en fonction des intérêts des uns ou des (in)capacités économiques et politiques des autres.

C'est ainsi que les distorsions de concurrence sont factuellement monnaie courante au sein même du marché intérieur unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique.

La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse donc inéluctablement sur les réalités nationales et géographiques.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition qui a pour but d'améliorer la lutte contre les violations de la législation de l'Union en matière douanière.

Dans l'UE, bien que la législation douanière soit pleinement harmonisée depuis près de 45 ans, son application et la mise en place de sanctions relèvent du droit national des États membres. Il est essentiel de combler l'écart entre les différents régimes juridiques européens par le biais d'une plateforme commune de règles et d'améliorer les conditions de concurrence entre les opérateurs économiques de l'Union douanière. Les sanctions divergentes posent, en effet, des problèmes aux opérateurs économiques, et créent des coûts de mise en conformité inégaux et une charge administrative qui rendent certains États membres plus «attrayants» que d'autres.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για το ενωσιακό νομικό πλαίσιο για τις τελωνειακές παραβάσεις και τις σχετικές κυρώσεις, διότι με τη συγκεκριμένη πρόταση θα γεφυρωθεί το χάσμα μεταξύ των διαφόρων νομικών συστημάτων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objectif du rapport est d'harmoniser les mises en œuvre nationales et les différentes applications de la législation douanière communautaire, elle-même déjà harmonisée dans le cadre de l'Union douanière. L'application de cette législation et l'imposition légale de sanctions relève encore des États membres et apparaissent très disparates. La directive veut fixer un cadre juridique commun aux 28 membres de l'UE pour gommer les disparités entre les différents régimes juridiques appliqués et ainsi contribuer à une égalité de traitement entre les opérateurs économiques de l'UE.

La Commission s'arrogerait ici le droit de définir la nature des infractions et leurs caractères mineurs ou majeurs, ainsi que le contrôle et la supervision de l'application de la règlementation par les États membres. Les États membres ont un cadre règlementaire commun mais l'application des lois (transposition des directives…) est très disparate selon les États, en fonction des intérêts des uns ou des (in)capacités économiques et politiques des autres. Les distorsions de concurrence sont monnaie courante au sein du marché unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique.

La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques. J'ai donc voté contre ce rapport.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Nors muitų sąjunga laikoma vienu iš Europos Sąjungos kertinių akmenų ir bendros rinkos stuburu, vis dar nėra vienodo požiūrio į muitų teisės aktų, taip pat sankcijų vykdymo užtikrinimą. Tai reiškia, kad taisyklės yra tokios pačios, tačiau, kai jos pažeidžiamos, taikomos sankcijos labai skiriasi, t. y. bendrovė už tą patį pažeidimą vienoje šalyje įgaliotojo ekonominės veiklos vykdytojo statusą gali prarasti, o kitoje valstybėje narėje – ne. Dėl šių skirtumų trūksta administracijų tarpusavio pasitikėjimo, o muitinių pasitikėjimas ir bendradarbiavimas yra itin svarbus, kad būtų gerai administruojama muitų sąjunga ir ginami ES finansiniai interesai.

Todėl pritariu teisės reikalų komiteto nuomonei, kad direktyvos teisinis pagrindas dėl Sąjungos muitų teisės pažeidimų ir sankcijų teisinėje sistemoje turėtų būti SESV 33 ir 114 straipsniai, kurie padėtų pašalinti laisvo prekių judėjimo arba laisvės teikti paslaugas kliūtis arba konkurencijos iškraipymus ir pagerintų muitinės įstaigų bendradarbiavimo sistemą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP opposes the ongoing harmonisation practices by the EU. Furthermore, UKIP supports the right for sovereign nations to have control over sanctions on customs infringements.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La directive veut fixer un cadre juridique commun aux 28 (27) membres de l'Union européenne pour gommer les disparités entre les différents régimes juridiques appliqués et ainsi contribuer à une égalité de traitement entre les opérateurs économiques de l'UE. La Commission s'arrogerait ici le droit de définir la nature des infractions, de déterminer leurs caractères mineurs ou majeurs, et s'arroge le contrôle et la supervision de l'application de la règlementation par les États membres. Voilà pourquoi j'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Dans l'état actuel de l'Union douanière européenne, «passer la Douane» coûte plus ou moins cher, en termes de risques encourus, en fonction des États membres, car les sanctions appliquées par les États de l'UE peuvent aller d'une simple amende à une peine d'emprisonnement.

Au vu de l'urgence d'harmoniser les sanctions douanières au niveau européen, afin notamment d'éviter les risques de «dumping» et d'assurer que les sanctions imposées soient dissuasives, efficaces et proportionnées, j'ai décidé de voter en faveur de ce rapport visant à amender la proposition de la commission en la matière. Il est notamment proposé de définir au mieux la liste des infractions, leur qualification en infractions majeures ou mineures, et les sanctions pénales ou non pénales applicables en fonction de la nature et de la gravité de l'infraction.

Mes collègues ont estimé que cette directive devrait également couvrir les obligations des États membres envers les partenaires commerciaux de l'Union européenne, ainsi qu'envers l'Organisation mondiale du commerce et l'Organisation mondiale des douanes, en vue d'établir un marché intérieur homogène et performant tout en facilitant le commerce et en assurant la sécurité.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'unione doganale e la politica commerciale costituiscono due elementi fondamentali dell'Unione europea che detiene, proprio per questo, una competenza esclusiva in tali materie. Benché si tratti di elementi portanti dello stesso mercato unico, ad oggi manca un approccio integrato sia in materia di applicazione della normativa doganale sia in materia di sanzioni doganali. Questo fenomeno genera non solo disparità al momento della fissazione dei dazi, ma rappresenta un rischio per le imprese che operano nel mercato europeo.

La relazione Kallas, che oggi ho sostenuto, affronta il tema del quadro giuridico da adottare mirando alla creazione di un approccio integrato in materia di applicazione della normativa doganale, comprendendo la dimensione sanzionatoria. La definizione di norme comuni, chiare e trasparenti, rappresenterà un passo avanti cruciale per rafforzare l'unione doganale e garantire al contempo il rispetto delle regole internazionali. Il codice doganale UE agevolerà il commercio e migliorerà la conformità delle pratiche amministrative doganali dei paesi membri.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe que pretende crear un marco jurídico para las infracciones y sanciones aduaneras. Apoyo algunos de los compromisos del informe, ya que mejoran significativamente la mala propuesta de la Comisión. Sin embargo, varias cuestiones siguen siendo preocupantes. En primer lugar, no apoyo la armonización completa, que era el resultado de la votación final. La relación fija sanciones mínimas y máximas y enumera posibles circunstancias agravantes y atenuantes. Por otra parte, el texto no sólo contiene una lista exhaustiva de las infracciones, sino que también determina cómo los jueces deben calcular las multas. Los efectos de esta propuesta para los sistemas penales nacionales no han sido lo suficientemente estudiados.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la ponente, la Sra. Kallas su trabajo para que este informe haya salido adelante. Un informe muy importante sobre el marco jurídico de la Unión, para las infracciones y sanciones aduaneras. Nuestro mercado interior y único es uno de los pilares de la Unión y hay que seguir reforzándolo. Por ello he votado a favor del acuerdo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Vote final reporté, j'avais prévu de voter contre.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En el informe sobre el marco jurídico de la Unión para las infracciones y sanciones aduaneras se fija el objetivo de acabar con la brecha existente entre los diferentes regímenes jurídicos de los Estados miembros, creando una plataforma común de reglas para la aplicación e imposición de las sanciones, a fin de evitar costes de cumplimento desiguales y las cargas administrativas que difieren entre los Estados miembros. De este modo se mejorará la igualdad de condiciones entre los operadores económicos de la Unión.

Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama Europos Sąjungos muitų teisės pažeidimų ir sankcijų teisinė sistema.

Europos Komisija 2013 m. gruodžio 13 d. paskelbė pasiūlymą dėl Direktyvos dėl Sąjungos muitų teisės pažeidimų ir sankcijų teisinės sistemos. Nors muitų sąjunga laikoma vienu iš Europos Sąjungos kertinių akmenų ir bendros rinkos stuburu, vis dar nėra vienodo požiūrio į muitų teisės aktų, taip pat sankcijų, vykdymo užtikrinimą. Tai reiškia, kad taisyklės yra tokios pačios, tačiau, kai jos pažeidžiamos, taikomos sankcijos labai skiriasi. Muitų sąjunga ir prekybos politika priklauso išskirtinei Europos Sąjungos kompetencijai, todėl tik ES gali sukurti bendrą požiūrį, pagal kurį užtikrinamas muitų teisės aktų įgyvendinimas. Valstybės narės įsipareigojo siekti dviejų tikslų, visų pirma: tokio efektyvaus muitinių administracijų tarpusavio sąveikos ir veikimo, lyg jos būtų viena administracija, užtikrinant kontrolę, kuri duotų vienodus rezultatus ir paramą teisėtai verslo veiklai, tačiau taip pat užtikrinant reikiamą Sąjungos finansinių interesų apsaugą. Tačiau yra pakankamai aišku, kad netaikant integruoto požiūrio į vykdymo užtikrinimą, įskaitant sankcijas, neįmanoma padaryti taip, kad valstybių narių muitinių administracijos veiktų kaip viena, visų pirma atsižvelgiant į didelius valstybių narių sankcijų sistemų skirtumus, kurie parodyti Projekto grupės muitinės sankcijų klausimais 2010 m. ataskaitoje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće koje je kompromis u rješavanju pitanja poput različitih sankcija koje predstavljaju probleme u gospodarskim subjektima, međunarodnim trgovinskim odnosima, stvaranju nejednakih troškova usklađenosti i administrativnog tereta koji bi mogao napraviti neke države članice više „atraktivnima".

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je suis consciente que les disparités de sanctions infligées aux contrevenants aux règles douanières selon les États entraînent des disparités de concurrence, il n'en reste pas moins que je suis fermement opposée à ce que la Commission s'arroge le droit de contrôler et de superviser l'application de cette réglementation par les États membres. C'est plus dans la recherche de coopération entre les États membres que se trouve la solution.

Par conséquent, j'ai voté contre la proposition de la Commission.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In base ai trattati, l'unione doganale e la politica commerciale sono di competenza esclusiva dell'Unione europea. Tuttavia, senza un approccio integrato per quanto concerne l'applicazione delle norme, ivi comprese le sanzioni, non è possibile che le amministrazioni doganali degli Stati membri agiscano come un'unica amministrazione, soprattutto alla luce delle loro notevoli differenze tra i sistemi sanzionatori. Questo è un limite importante a cui è necessario ovviare dotando l'UE di un codice doganale che agevoli il commercio e migliori la conformità delle pratiche amministrative doganali dei paesi membri. Sostenibilità e proporzionalità devono essere i criteri fondanti del codice doganale. Le sanzioni devono essere proporzionate e per questo non possono basarsi sul valore delle merci perché ciò potrebbe portare a un sistema sproporzionato in base al quale un'infrazione di lieve entità commessa in relazione a una merce di grande valore potrebbe provocare conseguenze disastrose per l'impresa. Dobbiamo piuttosto collegare l'entità della sanzione alle conseguenze finanziarie dell'infrazione. Le autorità doganali dovrebbero inoltre tenere conto delle spese del contenzioso, in particolare per le piccole e medie imprese e, conseguentemente, prevedere la possibilità di una procedura di transazione, che dovrebbe essere definita in modo da garantire la coerenza in tutta l'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette directive vise à harmoniser la façon dont les États membres mettent en œuvre la législation douanière communautaire. Pour y parvenir, cette directive fixe un cadre juridique commun aux 28 États membres de l'Union afin de réduire les disparités entre les différents régimes juridiques ; disparités qui occasionneraient des distorsions de concurrence au sein du marché unique. D'une part, la Commission européenne s'arrogerait, par le biais de cette directive, le droit de définir la nature des infractions, le droit de déterminer leur degré d'importance et le droit de contrôler l'application de la réglementation dans chaque État membre. D'autre part, les distorsions de concurrence relevant des disparités entre les régimes juridiques nationaux sont bien moins nocives que celles issues du dumping social, environnemental et fiscal que pratiquent certains États membres au sein même de l'Union européenne. Dumping qui contribue à accélérer la désindustrialisation dans les pays occidentaux avec comme conséquence l'accroissement du chômage, de la pauvreté et des inégalités sociales. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della direttiva in questione che fornisce un approccio integrato in materia di applicazione della normativa doganale, comprese le sanzioni.

Senza un approccio comune non è possibile che le amministrazioni doganali degli Stati membri agiscano come un'unica amministrazione, soprattutto alla luce delle notevoli differenze tra i sistemi sanzionatori degli Stati membri. Dette differenze creano una mancanza di fiducia reciproca tra le amministrazioni, mentre la fiducia e la cooperazione tra le autorità doganali sono essenziali per la buona gestione dell'unione doganale e la tutela degli interessi finanziari dell'UE.

La direttiva mira ad armonizzare l'applicazione della normativa doganale, a garantire un'uniforme attuazione del regime sanzionatorio e a consentire che gli operatori economici concorrano a condizioni di parità nell'Unione europea. Sul dossier non è stato espresso il voto finale perché è stato dato mandato al gruppo negoziale del Parlamento europeo per cercare di trovare un accordo in prima lettura in sede di trilogo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report on the grounds that it amounts to a transfer of justice powers away from Member States and to the Commission.

The underlying concern behind this Commission proposal is an assumption that different customs sanctions regimes in the 28 Member States create distortions and, in particular, encourage importers to operate in those Member States with the lowest penalties. This concern is shared by some WTO members, who claim there can be no customs union without a unified sanctions system. The Council stalled the proposal which was presented by the Commission two years ago.

The Committee on the Internal Market amended the Commission proposal on several points, the key one being that the Commission proposal tried to harmonise both administrative and criminal sanctions, while Parliament only proposes administrative sanctions and leaves criminal sanctions subject to national legislation. However, the text also determines how judges should calculate the fines, leaving no judicial discretion. The effects of this proposal on national criminal systems are not sufficiently investigated, but are likely to be significant. As I believe justice powers must remain as a competence of the Member States, I voted against the overall report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP opposes the ongoing harmonisation practices by the EU. Furthermore, UKIP supports the right for sovereign nations to have control over sanctions on customs infringements.

David Casa (PPE), *in writing*. – The aim of this proposal is to harmonise the approach to the enforcement of Customs legislation, particularly for infringements sanctions. The European Parliament and the EPP in particular sought to change significantly the initial Commission proposal in terms of its scope, category of infringements and corresponding sanctions. I voted in favour of the report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante l'Unione doganale sia considerata uno dei fondamenti dell'Unione europea, non esiste un approccio integrato in materia di sanzioni. Recentemente la Corte europea di giustizia ha affermato che le divergenze a livello di sanzioni hanno un effetto equivalente alle restrizioni quantitative ed è quindi stata preparata una proposta da parte della Commissione. Il Parlamento (me compreso) si è espresso a larga maggioranza in modo favorevole, ma è noto come il file incontri invece forti resistenze in Consiglio da parte di alcuni Stati membri.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'unione doganale e la politica commerciale sono i pilastri del nostro mercato unico europeo. Un regime doganale efficiente richiede regole chiare, trasparenza e un approccio integrato. Credo che la proposta di direttiva sul quadro giuridico dell'Unione relativo alle infrazioni e alle sanzioni doganali vada in questa direzione, mirando proprio alla creazione di un approccio integrato in materia di applicazione della normativa doganale, sanzioni comprese. Ho votato a favore della relazione perché ritengo che le differenze esistenti tra le sanzioni doganali a livello nazionale siano sostanzialmente delle considerevoli restrizioni all'integrazione del sistema doganale: in un sistema basato su norme comuni non è ammissibile che gli Stati membri applichino sanzioni diverse. In ultimo, la convergenza tra i sistemi sanzionatori è necessaria non solo per consentire all'UE di rispettare gli obblighi esterni, specialmente nel quadro dell'accordo generale sulle tariffe doganali e sul commercio (GATT), ma anche per contrastare efficacemente le violazioni alle norme europee.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως τα κράτη μέλη έχουν δεσμευθεί να εργαστούν για την επίτευξη διάδρασης, καθώς και για την απόδοση των τελωνειακών διοικήσεων κατά τρόπο αποτελεσματικό ως εάν αποτελούσαν μια ενιαία διοίκηση, διασφαλίζοντας ελέγχους με ισότιμα αποτελέσματα και την υποστήριξη της επιχειρηματικής δραστηριότητας, αλλά επίσης και για την προστασία των οικονομικών συμφερόντων της Ένωσης. Ωστόσο, είναι σαφές ότι χωρίς μια ολοκληρωμένη προσέγγιση κατά την εφαρμογή, δεν είναι δυνατόν για τις τελωνειακές διοικήσεις των κρατών μελών να δρουν ως μια οντότητα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με το ενωσιακό νομικό πλαίσιο για τις τελωνειακές παραβάσεις και τις σχετικές κυρώσεις. Η έκθεση αυτή περιέχει ορισμένα θετικά στοιχεία για την καλύτερη συνεργασία μεταξύ των μελών της Ένωσης, αλλά και τους αποτελεσματικότερους ελέγχους και τις κυρώσεις. Παρ' όλα αυτά θεωρώ πως δεν έχουν επιλυθεί ζητήματα που προκύπτουν από την πλήρη εναρμόνιση και τον συντονισμό των υπηρεσιών, ενώ παράλληλα επιβάλλει συγκεκριμένο τρόπο σκέψης και αντιμετώπισης των παραβιάσεων, γεγονός που αφαιρεί δυνατότητες από τα κράτη μέλη. Για αυτό τον λόγο, αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo alla proposta avanzata per l'armonizzazione in merito alle infrazioni e alle sanzioni doganali poiché era inammissibile assistere a una politica doganale comune non scortata dall'applicazione delle stesse pene. Viene così ad essere raggiunto un approccio comunitario che consentirà l'eliminazione di disparità capaci di compromettere il regolare funzionamento del mercato interno. Inoltre, in questo modo si consentirà maggiore certezza anche per le nostre imprese: considerando il mondo odierno in cui lo scambio con l'estero è elemento imprescindibile del successo, conoscere a fondo le sanzioni applicabili ai traffici diventa essenziale. A tal proposito, mi preme ricordare come il PPE abbia intrapreso una vera e propria battaglia affinché le sanzioni non siano connesse al valore delle merci, bensì siano proporzionate al valore dei dazi evasi. Inoltre, sono previste sanzioni non penali in relazione alle infrazioni doganali, mentre ne sono previste di carattere penale laddove la natura e la gravità della circostanza lo richiedono. Unitamente a quanto finora esposto, viene ad essere introdotta anche una scala di sanzioni commisurate alla gravità dell'infrazione stessa, tuttavia si richiede un impegno da parte degli Stati membri perché le autorità predisposte siano quanto più competenti nel decidere al momento opportuno.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the decision not to vote on the legislative resolution on this matter.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Embora a legislação aduaneira se encontre plenamente harmonizada e seja competência exclusiva da União, a imposição de sanções às infrações situa-se no âmbito do Direito nacional dos Estados-Membros, coexistindo 28 diferentes conjuntos de regras jurídicas e diferentes tradições administrativas, ou seja, os Estados-Membros podem impor as sanções que lhes pareçam adequadas às violações de determinadas obrigações decorrentes da legislação aduaneira harmonizada da União.

Com esta nova Diretiva, pretende-se harmonizar esse quadro de execução, de modo a haver uma abordagem integrada no que respeita à execução das normas aduaneiras, o que, aliás, decorre das obrigações externas a que a UE está vinculada no âmbito do Acordo Geral sobre Pautas Aduaneiras.

Apoio o Relatório Kallas, que considero ter conseguido uma abordagem equilibrada na matéria, respeitando o princípio da subsidiariedade, enveredando por uma lógica da proporcionalidade das sanções, evitando-se o critério baseado no valor das mercadorias.

Garante-se, assim, mais segurança jurídica e transparência para os operadores, reduzindo-se os riscos de distorção do mercado e garantindo-se mais convergência nos sistemas sancionatórios dos Estados-Membros.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze den in dem Bericht gefundenen Ansatz, die unterschiedlichen nationalen Regelungen in einem gemeinsamen Rechtsrahmen zusammenzufassen. Um die Schwierigkeiten zu lösen, die bei der Durchsetzung der einheitlichen zollrechtlichen Vorschriften entstehen, bedarf es eines einheitlichen Sanktionskatalogs. Dabei lege ich großen Wert darauf, dass nicht über das notwendige Maß hinaus in den Gestaltungsspielraum der Mitgliedstaaten eingegriffen wird.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore degli emendamenti che migliorano la proposta di direttiva in quanto ritengo importante l'azione intrapresa che ha quale obiettivo principale quello di armonizzare l'approccio relativo alle infrazioni e alle sanzioni doganali in modo da dare maggiore certezza normativa alle imprese puntando su sanzioni proporzionate ai dazi evasi tutelando così maggiormente anche le PMI.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe debido a que en última instancia representa un impulso al mercado interior a través de la armonización de las barreras arancelarias. El informe busca una mejora del funcionamiento de las sanciones aplicadas, para evitar diferentes tipos de *dumping* al mercado europeo, con la selección del país de importación en función de sus regímenes de sanción. Esto, desde el punto de vista técnico, está plenamente justificado, sin embargo, en un contexto de desarrollo de ambiciosos acuerdos comerciales, esta directiva puede suponer un refuerzo para la aplicación de acuerdos comerciales que van en contra de los intereses de los trabajadores europeos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en este informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'attuale disparità tra gli ordinamenti giuridici degli Stati membri in materia di infrazioni e sanzioni doganali non solo incide sulla gestione ottimale dell'unione doganale, ma impedisce anche la realizzazione di condizioni di concorrenza eque per gli operatori economici in quanto si ripercuote sul loro accesso alle semplificazioni e alle agevolazioni doganali. Pertanto ritengo che l'istituzione di un quadro giuridico comune per il trattamento delle infrazioni doganali e delle relative sanzioni colmerebbe il divario fra regimi giuridici diversi attraverso una piattaforma normativa comune e contribuirebbe in tal modo a raggiungere la parità di trattamento fra gli operatori economici nell'UE, nonché l'efficace tutela degli interessi finanziari dell'Unione e l'applicazione della legislazione in materia doganale.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw dyrektywie dotyczącej unijnych ram prawnych w odniesieniu do naruszeń przepisów prawa celnego oraz sankcji, ponieważ zawiera ona elementy, które są sprzeczne z zasadami lepszego stanowienia prawa. W kontekście nakładania sankcji innych niż karne celem dyrektywy jest zbliżenie przepisów ustawowych, wykonawczych i administracyjnych państw członkowskich. W moim odczuciu tekst dyrektywy nie spełnia zamierzonego celu, a ponadto uważam, że wdrożenie nowych zasad mogłoby skutkować problemami praktycznymi oraz brakiem elastyczności w kontaktach pomiędzy państwami członkowskimi a partnerami handlowymi. Z wymienionych powodów zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Despite the positive improvement noted in the amendments to the proposed Directive on the Union Legal Framework for Customs Infringements and Sanctions, there are still a number of serious problems that are still evident. There is also lack of clarity as to the cases wherein Member States can impose criminal sanctions. These problems pose various difficulties that require the introduction of new systems in the Maltese legal system. For these reasons I voted against the Commission proposal and in favour of referring back the report to Committee.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report, for although it is an improvement on the Commission proposal, it still proposes a harmonised sanctions regime across all 28 Member States of the EU, removing the possibility for national authorities to address infringements on a case by case basis, as the UK is currently free to do. There is a very real risk that the punitive and inflexible regime proposed in this report would damage trade, particularly amongst SMEs. For these reasons I cannot support this report.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Je soutiens la proposition de directive du Parlement européen et du Conseil sur le cadre juridique de l'Union régissant les infractions douanières et les sanctions qui y sont applicables. Il est inadmissible que la sanction d'une infraction douanière dans l'Union dépende de la frontière où elle a été commise. De plus, l'existence de différents régimes est un frein à la coopération entre services douaniers nationaux. Elle instaure de potentielles différences de traitement qui entachent la confiance mutuelle entre les États membres. Avec un cadre commun régissant les infractions douanières, les différents services de douanes des États membres opéreront à l'intérieur d'un même système, leur permettant de coopérer de façon optimale.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'union douanière constitue l'une des premières garanties du marché unique européen, avec son tarif douanier commun vis-à-vis des pays tiers. Ses règles touchent à tous les volets de la politique commerciale, comme les échanges préférentiels, les contrôles sanitaires et environnementaux, les politiques communes en matière d'agriculture et de pêche, ainsi que la protection de nos intérêts économiques au moyen d'instruments non tarifaires et de mesures de politique extérieure. Ces règles communes doivent être appliquées par tous les États membres. Il subsiste néanmoins des disparités entre les États membres quant aux procédures de contrôles douaniers, à la définition des infractions douanières, à la nature juridique de ces infractions, ou aux sanctions appliquées, qui peuvent aller de la simple amende à une peine d'emprisonnement. Ces disparités peuvent menacer les intérêts des Européens. C'est pour-

quoi l'harmonisation et la simplification de ces règles au niveau européen vont dans le bon sens.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'objectif de cette directive est d'harmoniser les mises en œuvre nationales et les différentes applications de la législation douanière communautaire, elle-même déjà harmonisée dans le cadre de l'Union douanière. L'application de cette législation et l'imposition légale de sanctions relève encore des États membres et apparaissent très disparates. Ces disparités nationales fournissent un avantage à ceux qui ne respectent pas la législation dans un État membre dont le régime de sanctions douanières est indulgent. La Commission européenne souhaite donc définir la nature des infractions, déterminer leurs caractères mineurs ou majeurs et, enfin, contrôler et superviser l'application de la règlementation par les États membres. Or celle-ci est très disparate selon les États, eu égard aux intérêts des uns ou des capacités économiques et politiques des autres. Les distorsions de concurrence sont monnaie courante au sein même du marché intérieur unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique. La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих доклада относно предложението за директива на Европейския парламент и на Съвета относно законодателната рамка на Съюза в областта на митническите нарушения и наказания, защото, въпреки че директивата представлява стъпка напред, като въвежда повече гъвкавост към първоначалното предложение, съм силно скептичен към подхода, по който Европейската комисия е избрала да действа.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι αποκλίσεις μεταξύ των τελωνειακών καθεστώτων των κρατών μελών υπάρχουν προφανώς για να εξυπηρετούνται τα συμφέροντά τους, δεδομένων των διαφορετικών συνθηκών που ισχύουν σε κάθε χώρα.

Προτεραιότητα δεν πρέπει να έχουν οι οικονομικοί φορείς και η ανταγωνιστικότητα, αλλά η προστασία των εθνικών οικονομιών και των καταναλωτών.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Embora a União Aduaneira seja considerada como um dos fundamentos da União Europeia e a espinha dorsal do mercado único, continua a não existir uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções. Isto significa que as normas são as mesmas mas, quando estas normas são infringidas, as sanções aplicadas variam consideravelmente.

Caso as diferenças entre os sistemas sancionatórios dos Estados-Membros persistam, isto poderá eventualmente significar que uma empresa pode perder o estatuto de operador económico autorizado num determinado país ao mesmo tempo que, para a mesma infração, outra empresa que opere noutro Estado-Membro não perderá esse estatuto.

Por isso, o presente relatório clarifica o âmbito de aplicação da diretiva para assegurar que só as infrações cometidas por negligência ou intencionalmente constituem infrações, removendo, assim, o elemento da responsabilidade objetiva que não requer um grau de culpa.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta pretende estabelecer um quadro jurídico comum para o tratamento das sanções aduaneiras, com vista a colmatar as diferenças entre os vários regimes jurídicos dos Estados-Membros, tendo igualmente como objetivo o reforço das regras comuns no que diz respeito à execução da legislação aduaneira.

Atualmente, ainda não existe uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções. Isto significa que, apesar de as normas serem as mesmas, as sanções aplicadas, em resultado da infração das normas, variam entre Estados-Membros. Tal situação pode implicar que uma empresa pode perder o estatuto de operador económico autorizado num determinado país ao mesmo tempo que, para a mesma infração, outra empresa que opere noutro Estado-Membro não perderá esse estatuto.

A nossa posição é indissociável da posição que assumimos anteriormente, na Assembleia da República, aquando do processo de escrutínio e verificação do princípio da subsidiariedade por parte dos parlamentos nacionais. Com efeito, consideramos que a proposta viola os princípios da subsidiariedade e da proporcionalidade, razão pela qual votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Jednotný trh má pre Európsku úniu nesmierny potenciál do budúcnosti. Problém je však v tom, že pravidlá majú byť pre všetkých účastníkov rovnaké, avšak sankcie pri porušení pravidiel sa výrazne líšia. Bez integrovaného postupu na presadzovanie vrátane sankcií nie je možné, aby colné správy členských štátov postupovali jednotne, najmä vzhľadom na výrazné rozdiely medzi sankčnými systémami členských štátov. Je to stále viac relevantné vzhľadom na nárast elektronického obchodu, najmä mikropodnikov a jednotlivcov, ktoré si vyžadujú väčšiu právnu istotu, pokiaľ ide o súlad systémov a väčšiu transparentnosť pri riešení porušení rôznymi colnými orgánmi. S cieľom zaistiť, aby sankcie boli účinné, primerané a odrádzajúce, musíme ponechať otvorené dvere pre colné orgány, aby posudzovali relevantné okolnosti, a na tomto základe rozhodovali o najvhodnejšej sankcii, pretože takýto postup sa ukázal ako účinný prostriedok na zníženie výskytu nesúladu.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Οι αποκλίσεις μεταξύ των τελωνειακών καθεστώτων των κρατών μελών υπάρχουν προφανώς για να εξυπηρετούνται τα συμφέροντά τους δεδομένων των διαφορετικών συνθηκών που ισχύουν σε κάθε χώρα.

Προτεραιότητα δεν πρέπει να έχουν οι οικονομικοί φορείς και η ανταγωνιστικότητα, αλλά η προστασία των εθνικών οικονομιών και των καταναλωτών. Για τον λόγο αυτό καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για το ενωσιακό νομικό πλαίσιο για τις τελωνειακές παραβάσεις και τις σχετικές κυρώσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The main objectives of the proposal are to bridge the gap between different legal regimes through a common platform of rules and to enhance the level playing field between economic operators in the Customs Union. To this end, it includes a common list of infringements and establishes a common scale of administrative sanctions. Having divergent sanctions poses problems to economic operators, to international trade relations (pressure from WTO is quoted in the impact assessment), and creates uneven compliance costs and administrative burden that could make some Member States more 'attractive' (forum shopping). I voted in favour of the report.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az elmúlt években számomra bebizonyosodott, hogy egy harmonizált szankcionálási rendszer megalkotása a hatékony közös fellépés érdekében elkerülhetetlenné vált. Az előadó javaslatai mindenképp egyszerűsítik és harmonizálják a vámeljárási szankciókat, a vámeljárások egyszerűsödésének és harmonizációnak köszönhetően pedig csökkenhetnek az európai, s köztük a magyar vállalkozásokra nehezedő adminisztratív és költségterhek.

A felsorolt okokból kifolyólag szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que la unión aduanera es uno de los fundamentos de la Unión y la columna vertebral del mercado único. No obstante, pese a su importancia, todavía no existe un enfoque integrado para la ejecución de la legislación aduanera, incluidas las sanciones. Esto significa que las normas son las mismas pero, cuando se infringen dichas normas, las sanciones aplicadas difieren de forma significativa. La unión aduanera y la política comercial son competencias exclusivas de la Unión, por lo que solo la Unión puede desarrollar un enfoque común para la ejecución de la legislación aduanera. Sin un enfoque integrado para la ejecución, incluidas las sanciones, no es posible que las administraciones aduaneras de los Estados miembros actúen como una sola entidad, particularmente a la vista de las significativas diferencias entre los sistemas de sanciones de los distintos Estados miembros. El Código aduanero de la Unión exige a los Estados miembros que establezcan sistemas de sanciones aduaneras efectivas, proporcionadas y disuasorias. En consecuencia, la Directiva debe aspirar a mejorar la convergencia de los planteamientos de los Estados miembros para cumplir la legislación aduanera de la Unión.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsrahmen der Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen gestimmt, da er den Entwurf der Kommission in seiner aktuellen Form ablehnt und unnötige Verschärfungen verlangt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Union legal framework for customs infringements and sanctions, as with the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. It is imperative that Member States do not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Le rapport de M[me] Kallas est l'exemple typique de la dérive forcément centralisatrice de l'Union européenne.

L'Union européenne est une union douanière: les règles douanières sont communautaires et fixent un cadre légal aux contrôles et à la coopération entre administrations nationales. Cette règlementation étant fondée sur des directives, donc sur une obligation de résultats, son application, comme les sanctions en cas d'infraction, relèvent en revanche des États (liberté de moyens). En conséquence, la définition desdites infractions et de leur sanction peut varier d'un État à l'autre en fonction des systèmes juridiques et des pratiques administratives. Cela créerait, d'après la Commission, des distorsions de concurrence entre opérateurs de commerce international.

Pour remédier à cela, on propose aujourd'hui des définitions européennes, c'est-à-dire une harmonisation du droit pénal et administratif, ce qui va bien au-delà des prérogatives de la Commission. Le tout, de surcroît, pour se conformer à l'article X paragraphe 3 des accords du GATT qui exigent une application uniforme, par chacune des parties, de sa règlementation douanière.

Je ne peux pas voter une harmonisation illégitime sous diktat international.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe que pretende crear un marco jurídico para las infracciones y sanciones aduaneras. Apoyo algunos de los compromisos del informe, ya que mejoran significativamente la mala propuesta de la Comisión. Sin embargo, varias cuestiones siguen siendo preocupantes. En primer lugar, no apoyo la armonización completa, que era el resultado de la votación final. La relación fija sanciones mínimas y máximas y enumera posibles circunstancias agravantes y atenuantes. Por otra parte, el texto no sólo contiene una lista exhaustiva de las infracciones, sino que también determina cómo los jueces deben calcular las multas. Los efectos de esta propuesta para los sistemas penales nacionales no han sido lo suficientemente estudiados.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece este important să se aducă clarificări cu privire la domeniul de aplicare al Directivei privind cadrul juridic al UE referitor la încălcările dispozițiilor vamale și la sancțiunile aferente.

Este important sa ne asigurăm că numai încălcările comise din neglijență sau cu intenție constituie încălcări, de aceea definiția comportamentului neglijent are un rol esențial în prezenta directivă. În ceea ce privește sancțiunile, este important să avem aceleași sancțiuni în cele 28 de state. Cred că este necesar să nu existe o disproporționalitate a sancțiunilor aplicate la același tip de greșeală. Trebuie să nu mai permitem indirect dirijarea mărfurilor doar spre anumite puncte de frontieră, unde sancțiunile sunt mai mici sau chiar inexistente. Prin propunerile raportului putem asigura că întreprinderile respectă mai bine Codul vamal european și putem asigura și o creștere a concurenței corecte pe piața internă.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. With the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. Member States should not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was very happy to support this report on the Union legal framework for customs infringements and sanctions. The proposal aims to establish a framework for breaches of the Union's customs legislation and provide for penalties applicable where there are infringements. Despite the fact that customs legislation is fully harmonised, its enforcement and the lawful imposition of sanctions lie within the ambit of Member States' national law. Within the EU, the different enforcement of customs legislation makes the effective management of the Customs Union harder. For economic operators, the differences in the treatment of infringements of Union customs legislation have an impact on the level playing field, thus providing an advantage for those who breach the law in a Member State with lenient legislation for customs sanctions. Unfortunately, Member States have not been very receptive to the Commission proposal. Thankfully, the rapporteur has tried to find a broad compromise on these issues and I was happy that her proposal provides for the imposition of non-criminal sanctions for the customs infringements set out in the draft law, which clarifies the interlink between this proposal and the PIF Directive. In addition, Member States would be entitled to impose criminal sanctions, in accordance with national laws and EU law.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Diese Richtlinie dient der Verhängung von nichtstrafrechtlichen Sanktionen für Zollverstöße durch Angleichung der Gesetze in den Mitgliedstaaten.

Es wurde nach der Annahme angedeutet, dass die verschiedenen Sanktionsregelungen in den 28 Mitgliedstaaten Verzerrungen verursachen und Importeure dazu ermutigen, in den Staaten mit den niedrigsten Strafen („forum shopping") zu operieren. Diese These wird jedoch nicht von der Mehrheit der EU-Staaten, Experten/Handelsvertreter geteilt.

Denn Artikel 42 des Zollkodex der Union , vereinbart im Jahr 2013, enthält bereits Bestimmungen bezüglich angemessener und abschreckender Zollstrafen und derzeit sehen die Mitgliedstaaten keinen Mehrwert, einen neuen Vorschlag einzuführen. Dieser fordert bei Zollverstößen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Wie diese aussehen, bleibt den EU-Staaten selbst überlassen. Nationale Souveränität ist nach der Meinung der Kommission hier das Corpus Delicti. Probleme, die sich hinsichtlich einer Harmonisierung ergeben, sind z. B. die fehlende Flexibilität. Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe Strafzahlungen zu leisten sind. Kooperation statt Zwang sollte hier im Vordergrund stehen.

Die vorgeschlagene Richtlinie ist nicht für diesen Zweck geeignet, da derartige Bestimmungen bereits existieren und weil eine Vielzahl von Elementen den EU-Grundsätzen der besseren Rechtsetzung zuwiderlaufen.

Ich habe diesem Dossier auf Grund der oben genannten Gründe nicht zugestimmt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Having divergent sanctions poses problems to economic operators and to international trade relations and creates administrative burdens. This report is a compromise text that aims at addressing these issues. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam da se Nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Direktive Parlamenta i Vijeća o pravnom okviru Unije za carinske prekršaje i sankcije uputi natrag u nadležni odbor, slijedom stava ALDE grupe i izvjestiteljice.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'UE est encore une fois confrontée à l'épreuve de la dure réalité. Si un même cadre règlementaire régit tous les États membres, les lois s'appliquent à eux de manière différente, étant entendu qu'ils sont de constitution économique, politique, sociale, environnementale et financière variée. Ainsi, la promotion illusoire d'un marché intérieur unique et harmonisé achoppe sur une hétérogénéité de particularités nationales.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o návrhu směrnice Evropského parlamentu a Rady o právním rámci Unie o sledování porušování práv a sankcích v oblasti cel vzhledem k tomu, že věřím, že je potřeba nadále posilovat jednotný trh a celní unii, jeden ze základů Evropského společenství. Je potřeba zavést integrovaný přístup k vynucování celních právních předpisů a sankcí, a tím prohloubit harmonizaci administrativních a právních zvyklostí členských států Evropské unie.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Kaja Kallas relatif aux infractions douanières et aux sanctions applicables en la matière. J'ai tenu à soutenir ce rapport qui vise à mettre en place un cadre juridique harmonisé mettant fin aux disparités entre les différents opérateurs économiques pour protéger plus efficacement les intérêts financiers de l'Union.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have voted for the report by Ms Kallas as the Customs Union which is considered as one of the foundations of the European Union, and the backbone of the Single Market, still suffers from no integrated approach for the enforcement of customs legislation, including sanctions. This means that the rules are the same but when those rules are infringed, the sanctions applied significantly differ. This report moves in the right directions taking into consideration the requirements of the Union Customs Code, while facilitating and improving compliance and respecting the principle of proportionality.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. With the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. Member States should not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Diese Richtlinie dient der Verhängung von nichtstrafrechtlichen Sanktionen für Zollverstöße durch Angleichung der Gesetze in den Mitgliedstaaten.

Es wurde nach der Annahme angedeutet, dass die verschiedenen Sanktionsregelungen in den 28 Mitgliedstaaten Verzerrungen verursachen und Importeure dazu ermutigen, in den Staaten mit den niedrigsten Strafen („forum shopping") zu operieren. Diese These wird jedoch nicht von der Mehrheit der EU-Staaten, Experten/Handelsvertreter geteilt.

Denn Artikel 42 des Union-Zollkodex, vereinbart im Jahr 2013, enthält bereits Bestimmungen bezüglich angemessener und abschreckender Zollstrafen und derzeit sehen die Mitgliedstaaten keinen Mehrwert, einen neuen Vorschlag einzuführen. Dieser fordert bei Zollverstößen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Wie diese aussehen, bleibt den EU-Staaten selbst überlassen. Nationale Souveränität ist nach der Meinung der Kommission hier das Corpus Delicti. Probleme, die sich hinsichtlich einer Harmonisierung ergeben, sind z. B. die fehlende Flexibilität. Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe Strafzahlungen zu leisten sind. Kooperation statt Zwang sollte hier im Vordergrund stehen.

Die vorgeschlagene Richtlinie ist nicht für diesen Zweck geeignet, da derartige Bestimmungen bereits existieren und weil eine Vielzahl von Elementen den EU-Grundsätzen der besseren Rechtsetzung zuwiderlaufen.

Ich habe diesem Dossier auf Grund der oben genannten Gründe nicht zugestimmt.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Одобрявам предложението за директива относно законодателната рамка на Съюза в областта на митническите нарушения и наказанията.

Спрямо вътрешното законодателство митническите нарушения в 28-те държави членки се третират по 28 различни начина. Това води до загуби на приходи за държавите членки и нарушения на търговията. Подкрепям намерението в настоящата директива да бъде определен списък на действията, които да бъдат считани за нарушения на митническо законодателство на Съюза, защото това ще гарантира прозрачността и правилното функциониране на вътрешния пазар.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because there is a real need for EU's legal framework for customs infringements and sanctions. This need has been dictated by the fact that there is still no integrated approach for the enforcement of customs legislation, which consequently means that the rules are the same but when those rules are infringed, the applied sanctions significantly differ in Member States. Undoubtedly, these differences create a lack of mutual trust among Member States' administrations, which is not good for the functioning of the Customs Union and the Single Market. Therefore, the EU should develop a common approach that enforces Customs legislation. Importantly, a proportionate system of sanctions should be in place in order to ensure that customs legislation is fully and correctly enforced. Last but not least, the EU should urge Member States to work towards improvement of the interaction and performance of customs administrations, ensuring controls with equivalent results and protection of the financial interests of the Union.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Le misure contenute nella proposta mirano ad armonizzare le regole sulle infrazioni e le sanzioni dogali. Attualmente le norme sono applicate in egual modo in tutta l'UE, ma non sono ancora state previste delle norme volte a regolamentare le infrazioni e le sanzioni, generando uno stato di incertezza per le imprese. Si ritiene, pertanto, necessaria la convergenza tra i sistemi sanzionatori, per consentire all'UE di rispettare gli obblighi esterni ad essa incombenti in virtù dell'accordo generale sulle tariffe doganali e sul commercio (GATT). In quest'ottica si inserisce la proposta della Commissione la quale mira a generare un approccio comune in questa direzione. Durante il negoziato interno al Parlamento abbiamo assistito a diversi dibattiti sulla formulazione di questa proposta, ma sostengo il testo finale posto al voto. Ritengo, infatti, che al fine di garantire che le sanzioni siano efficaci, proporzionate e dissuasive, sia importante lasciare alle autorità doganali un margine sufficiente per valutare le circostanze del caso.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Lors de la mandature précédente, j'avais été rapporteure du règlement sur le code des douanes de l'Union, véritable cadre de la régulation des flux de marchandises en Europe, que nous avons voulu à la fois plus moderne et plus simple, et d'une efficacité accrue en matière de sécurité. Néanmoins, du fait de divergences dans la compréhension et la mise en œuvre de ses dispositions qui relèvent de chacune des vingt-huit autorités douanières nationales, l'effectivité de cette réforme que j'ai portée aurait pu être marquée par de nombreuses incohérences au sein de l'union douanière et des incertitudes pour les entreprises. En votant en faveur du rapport Kallas, nous avons ainsi signifié notre volonté d'aboutir à une meilleure lisibilité des règlements douaniers, en définissant clairement les infractions et en instaurant un barème commun et plus juste de sanctions.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le cadre juridique de l'Union régissant les infractions douanières et les sanctions qui y sont applicables. Les problématiques liées au marché intérieur suivent toujours les mêmes logiques. Les États membres ont un cadre règlementaire commun (UE) mais l'application des lois (transposition des directives…) est très disparate selon les États, en fonction des intérêts des uns ou des (in)capacités économiques et politiques des autres.

Les distorsions de concurrence sont monnaie courante au sein même du marché intérieur unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique.

La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette directive vise à harmoniser les mises en œuvre nationales et les applications de la législation douanière communautaire. Cependant, cette harmonisation ne prend aucunement en compte les réalités sociales, environnementales, financières, économiques ou politiques des États.

J'ai donc voté contre cette proposition législative.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que en última instancia representa un impulso al mercado interior a través de la armonización de las barreras arancelarias. El informe busca una mejora del funcionamiento de las sanciones aplicadas, para evitar diferentes tipos de *dumping* al mercado europeo, con la selección del país de importación en función de sus regímenes de sanción. Esto, desde el punto de vista técnico, está plenamente justificado, sin embargo, en un contexto de desarrollo de ambiciosos acuerdos comerciales, esta directiva puede suponer un refuerzo para la aplicación de acuerdos comerciales que van en contra de los intereses de los trabajadores europeos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en este informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Diese Richtlinie dient der Verhängung von nichtstrafrechtlichen Sanktionen für Zollverstöße durch Angleichung der Gesetze in den Mitgliedstaaten.

Es wurde nach der Annahme angedeutet, dass die verschiedenen Sanktionsregelungen in den 28 Mitgliedstaaten Verzerrungen verursachen und Importeure dazu ermutigen, in den Staaten mit den niedrigsten Strafen („forum shopping") zu operieren. Diese These wird jedoch nicht von der Mehrheit der EU-Staaten, Experten/Handelsvertreter geteilt.

Denn Artikel 42 des Zollkodex der Union, vereinbart im Jahr 2013, enthält bereits Bestimmungen bezüglich angemessener und abschreckender Zollstrafen und derzeit sehen die Mitgliedstaaten keinen Mehrwert, einen neuen Vorschlag einzuführen. Dieser fordert bei Zollverstößen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Wie diese aussehen, bleibt den EU-Staaten selbst überlassen. Nationale Souveränität ist nach der Meinung der Kommission hier das Corpus Delicti. Probleme, die sich hinsichtlich einer Harmonisierung ergeben, sind z. B. die fehlende Flexibilität. Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe Strafzahlungen zu leisten sind. Kooperation statt Zwang sollte hier im Vordergrund stehen.

Die vorgeschlagene Richtlinie ist nicht für diesen Zweck geeignet, da derartige Bestimmungen bereits existieren und weil eine Vielzahl von Elementen den EU-Grundsätzen der besseren Rechtsetzung zuwiderlaufen.

Ich habe diesem Dossier auf Grund der oben genannten Gründe nicht zugestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Návrh zpřísňuje celní režim a dovozcům tak budou hrozit vyšší sankce v případě opomenutí a nesprávného vyplnění či odevzdání formulářů a nakládání se zbožím. Jsem zastáncem volného obchodu a ne vyšších trestů za dovoz zboží.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Despite the fact that customs legislation is fully harmonised, its enforcement and the lawful imposition of sanctions lie within the ambit of Member States' national law. The proposal sets a common legal framework for the treatment of customs infringements and sanctions. It aims to bridge the gap between different legal regimes through a common platform of rules and thus contribute to an equal treatment between economic operators in the EU, as well as the effective protection of the Union's financial interests and law enforcement in the field of customs.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Colná únia a obchodná politika patria do výlučnej právomoci EÚ. Pretrvávajúce rozdiely v oblasti colnej správy a prístupu pri uplatňovaní a presadzovaní colných predpisov v jednotlivých členských krajinách spôsobujú určitú nedôveru medzi členskými krajinami.

V záujme právnej istoty všetkých dotknutých subjektov je preto nutné vytvoriť jednotný systém pri uplatňovaní predpisov, a to vrátane oblasti sankcií. Jednotný systém pomôže zvýšiť dodržiavanie a rešpektovanie platných noriem. Preto podporujem návrh smernice Európskeho parlamentu a Rady o právnom rámci Únie pre porušenia colných predpisov a sankcie, ktorý stanovuje jednotný mechanizmus sankcií pri porušení colných predpisov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Δεν στηρίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για το ενωσιακό νομικό πλαίσιο για τις τελωνειακές παραβάσεις και τις σχετικές κυρώσεις, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Il existe aujourd'hui une différence de traitement des infractions douanières, entraînant une inégalité des conditions de concurrence. Au vu des applications très disparates des sanctions douanières, ce texte prévoit d'harmoniser les législations nationales et la législation communautaire en fixant un cadre juridique commun aux 28 États membres.

La Commission aurait alors toute latitude pour déterminer la nature des infractions, leurs caractères mineurs ou majeurs et, enfin, le contrôle et la supervision de l'application de la règlementation par les États membres.

Ainsi, l'Union européenne se retrouve encore une fois face aux problématiques qu'elle crée de son propre chef ! Elle prévoit des cadres communs, mais l'application est disparate selon les États membres, en fonction des intérêts des uns ou des (in)capacités économiques et politiques des autres. La mise en œuvre d'un marché unique harmonisé et homogène est une illusion que nous dénonçons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Aunque se considera que la unión aduanera es uno de los fundamentos de la Unión y la columna vertebral del mercado único, todavía no existe un enfoque integrado para la ejecución de la legislación aduanera, incluidas las sanciones.

Este aspecto cobra especial relevancia ante el incremento del comercio electrónico, que requiere una mayor seguridad jurídica y mayor transparencia en el tratamiento de las infracciones por las diferentes autoridades aduaneras.

Por eso, apoyamos un marco jurídico común, que permita que las administraciones aduaneras interactúen y funcionen tan eficazmente como si fueran una administración única, garantizando la realización de controles con resultados equivalentes y el apoyo de la actividad empresarial legítima, así como la protección de los intereses financieros de la Unión.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – In diesem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates geht es um Zollrechtsverletzungen und Sanktionen in Bezug über den Rechtsrahmen der Europäischen Union. Die Harmonisierung der Sanktionsmaßnahmen auf EU-Ebene betrachte ich als kritisch. Daher habe ich gegen diesen Vorschlag gestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP siūlomus direktyvos pakeitimus dėl Sąjungos muitų teisės pažeidimų ir sankcijų teisinės sistemos. EK pasiūlyme nustatoma bendra muitų teisės pažeidimų vertinimo ir sankcijų teisinė sistema, kuria išdėstomos bendros taisyklės ir taip panaikinamos dėl teisinių režimų skirtumų atsiradusios spragos. Taip prisidedama prie vienodo ekonominės veiklos vykdytojų vertinimo ES bei stiprinama veiksminga Sąjungos finansinių interesų apsauga ir teisės vykdymo užtikrinimas muitinės srityje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'union douanière n'a pas d'approche intégrée pour la mise en application de sa législation douanière. Cela signifie que les règles sont les mêmes mais que, lorsqu'il y a infraction à ces règles, les sanctions appliquées diffèrent considérablement. Ce qui encourage les importateurs à opérer dans les États membres dont les peines sont les plus faibles, créant ainsi une distorsion du marché. Pour y remédier, la Commission a proposé en 2013 une directive sur le cadre juridique de l'Union régissant les infractions douanières et les sanctions qui y sont applicables. Le rapport qui nous est soumis améliore la proposition de la Commission en distinguant les sanctions administrative et les sanctions pénales qui restent soumises aux législations nationales. Mais, au final, la directive empiète largement sur le pouvoir judiciaire. La directive fixe des sanctions minimales et maximales, énumère les circonstances aggravantes et atténuantes possibles. Elle détermine également la façon dont les juges devront calculer les amendes, ne laissant aucune marge de manœuvre aux institutions judiciaires. Pour ces raisons, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette directive vise à harmoniser les mises en œuvre nationales et les applications de la législation douanière communautaire. Cependant, cette harmonisation ne prend aucunement en compte les réalités sociales, environnementales, financières, économiques ou politiques des États.

J'ai donc voté contre cette proposition législative.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Embora a União Aduaneira seja considerada como um dos fundamentos da União Europeia e a espinha dorsal do mercado único, continua a não existir uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções. Isto significa que as normas são as mesmas mas, quando estas normas são infringidas, as sanções aplicadas variam consideravelmente. É necessária convergência entre os sistemas sancionatórios para a UE poder cumprir as suas obrigações externas no âmbito do Acordo Geral sobre Pautas Aduaneiras e Comércio (GATT). Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – As the EPP Shadow Rapporteur on this file, I voted in favour of the amendments put forward by the Committee on the Internal Market aimed at improving the text of this proposal, such as by removing the possibility of strict liability customs infringements in line with the presumption of innocence principle.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Si l'union douanière est bien à la base de la construction européenne et du marché intérieur, on ne peut que déplorer l'absence d'une approche intégrée pour la mise en application de la législation en la matière. Dès lors, si la législation douanière est la même partout, les sanctions applicables en cas d'infraction peuvent diverger d'un État membre à l'autre. Il va sans dire que les importateurs choisiront l'État membre qui lui est le plus favorable, créant de la sorte des distorsions de marché. Ce dumping douanier, néfaste aux intérêts financiers de l'UE, s'inscrit en violation de l'esprit du traité. C'est pourquoi je suis favorable à la directive sur le cadre juridique de l'Union régissant les infractions douanières et les sanctions qui y sont applicables. Il s'agit avant tout d'harmoniser les systèmes de sanctions et, par conséquent, d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A vámunió az Európai Unió egyik alappillére, az egységes piac gerince. Ennek ellenére továbbra sincs integrált megközelítés a vámjogszabályok végrehajtása, köztük a szankciók kiszabása tekintetében, azaz, bár a szabályok ugyanazok, de megsértésük esetén az alkalmazott szankciók jelentősen eltérnek. Ezek az eltérések aláásák az Európai Unió területén működő gazdasági szereplők közötti egyenlő versenyfeltételeket, ugyanis oda vezethetnek, hogy egy vállalat az egyik országban elveszítheti engedélyezett gazdálkodói jogállását, egy másik tagállamban, ugyanazon jogsértést elkövető másik vállalat viszont nem.

Az Európai Bizottság ezért 2013. december 13-án javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak a vámjogszabályok megsértésére és szankciókra vonatkozó uniós jogi keretről szóló irányelv elfogadására. A Bizottság javaslatát benyújtotta a Parlamenthez. A litván és a svéd parlament indokolással ellátott véleményt terjesztett elő, amelyek szerint a jogalkotási aktus tervezete nem egyeztethető össze a szubszidiaritás elvével.

A Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság, konzultálva az Európai Gazdasági és Szociális Bizottsággal, jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament első olvasatban 42 módosítással fogadja el a Bizottság javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'objectif de la directive est d'harmoniser les mises en œuvre nationales et les différentes applications de la législation douanière communautaire, elle-même déjà harmonisée dans le cadre de l'Union douanière. La directive veut donc fixer un cadre juridique commun aux 28 membres de l'Union européenne pour gommer les disparités entre les différents régimes juridiques appliqués et, ainsi, contribuer à une égalité de traitement entre les opérateurs économiques de l'UE. La Commission s'arrogerait ici le droit de définir la nature des infractions, de déterminer leurs caractères mineurs ou majeurs, et s'arroge le contrôle et la supervision de l'application de la règlementation par les États membres. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Não obstante a legislação aduaneira estar harmonizada e integrada no âmbito das competências da União Europeia, a faculdade de adotar medidas legislativas no que diz respeito às sanções e infrações aduaneiras continua a ser da competência dos Estados-Membros.

Defendo que a base jurídica adequada para a proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho relativa ao quadro jurídico da União respeitante às infrações à legislação aduaneira e respetivas sanções deve ser constituída pelos artigos 33.º e 114.º do TFUE.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le texte n'a finalement pas été soumis au vote, ce dernier ayant été reporté.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – With the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. Member States should not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la proposition de directive du Parlement européen et du Conseil sur le cadre juridique de l'Union régissant les infractions douanières et les sanctions qui y sont applicables. Si, dans toute l'Union européenne, les règlements douaniers sont d'ores et déjà harmonisés (code des douanes de l'Union), il n'en va pas de même pour leur application par les 28 États membres. La directive propose par exemple un barème commun de sanctions liées aux infractions douanières, tout en préservant le pouvoir d'appréciation et la souveraineté des États.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La crescita degli scambi commerciali ha reso sempre più necessario reprimere le infrazioni doganali. L'Unione europea gode di una completa armonizzazione in materia di legislazione doganale, la cui applicazione però, che include anche le imposizioni di sanzioni doganali, resta una responsabilità degli Stati membri. Sosteniamo la relazione in questione poiché mira, tra le altre cose, a riconciliare i diversi regimi legali attraverso una piattaforma di regole comuni e a migliorare l'equità dell'arena competitiva tra i diversi attori economici operanti. Riteniamo che questo testo sia un buon compromesso, in quanto esplicita una lista di infrazioni comuni e stabilisce una scala comune per quanto riguarda le sanzioni amministrative. La presenza di sanzioni divergenti è profondamente problematica sia per gli operatori stessi, sia per le relazioni commerciali in generale, poiché crea, all'interno dell'unione doganale possibilità di arbitraggio in termini di costi amministrativi impari tra Stati membri, rendendo alcuni più attrattivi di altri. La relazione proposta è volta ad evitare proprio questi squilibri.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – One of the foundations of the European Union as well as the backbone of the Single Market is the European Customs Union. I am in favour of this report that reiterates the need for an integrated approach with regard to the enforcement of Customs legislation as well as the standardization of applied sanctions when the rules are infringed.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul meu de astăzi Raportul referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului privind cadrul juridic al Uniunii referitor la încălcările dispozițiilor vamale și la sancțiunile aferente.

Consider că asigurarea aplicării uniforme a sancțiunilor pentru nerespectarea legislației vamale este extrem de importantă pentru toți operatorii din UE, dar și pentru stabilitatea și predictibilitatea piețelor. Discrepanțele ce apar între diversele state membre destabilizează piața competițională, oferind avantaje doar unora dintre operatori. Acest lucru creează neîncredere între administrațiile statelor membre, dar și la nivelul companiilor sau al micilor întreprinzători, în ceea ce privește capacitatea UE de a asigura o competiție corectă.

Susțin, așadar, acest raport care sprijină adoptarea unei directive de armonizare a sancțiunilor nepenale aplicate în cazul încălcării legislației vamale.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu představující dohody EP a Rady ve 2. čtení. Vlivem tlaku EP byl vypouštěn prvek objektivní odpovědnosti, jenž nevyžaduje míru zavinění. Směrnice by však měla stanovit rámec, který zajistí, že členské státy budou jednotně vnímat polehčující a přitěžující okolnosti, od dobrovolného informování o porušení až po odmítnutí spolupráce. Ustanovení o objektivní odpovědnosti jsou s tímto přístupem v rozporu a navíc zpochybňují některé základní právní zásady, jako je presumpce neviny, neboť nevyžadují prvek zavinění, za nějž je ukládána sankce. Je podstatné, že směrnice sbližuje jiné než trestněprávní sankce, zatímco úprava trestněprávních sankcí je ponechána na členských státech.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Das Zollrecht ist bereits harmonisiert und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Europäischen Union. Eine Harmonisierung der Sanktionsmaßnahmen auf europäischer Ebene wäre kritisch zu betrachten, da die Umsetzung der Richtlinien von Staat zu Staat variiert und sich die wirtschaftlichen Interessen der verschiedenen Mitgliedsstaaten stark unterscheiden. Aus diesem Grund habe ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP opposes the ongoing harmonisation practices by the EU. Furthermore, UKIP supports the right for sovereign nations to have control over sanctions on customs infringements.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della proposta in esame in quanto concordo pienamente nel considerare un problema la disparità negli ordinamenti giuridici degli Stati membri. Tale disparità, riguardante le infrazioni e le sanzioni, non solo va ad incidere sulla gestione ottimale dell'unione doganale, ma va ad impedire anche la realizzazione di condizioni di concorrenza eque per gli operatori. Non bisogna sottovalutare che, a causa di questa disparità di trattamento, si viene a determinare una mancanza di trasparenza riguardo alla tipologia e alla modalità con la quale le sanzioni vengono applicate nei diversi Stati membri. Pertanto, ho votato positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it aims to harmonise the approach for the enforcement of Customs legislation, particularly for infringement sanctions. This will help remove the inconsistency within the EU Customs Union and uncertainty for businesses. The EP report provides more flexibility to Member States and their Customs authorities, as following EPP suggestion the report foresees the possibility for the Member States to impose criminal sanctions, in accordance with national laws, instead of non-criminal sanctions provided by the Directive where the nature and gravity of the infringement so requires.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pravni okvir Unije za carinske prekršaje i sankcije je posebno važan u današnjem vremenu u kojem povećanje e-trgovine, posebice mikropoduzeća, zahtijeva veću zakonsku sigurnost kako na nju ne bi toliko utjecali različiti carinski autoriteti i uprave. Iako bi već i sad carinska pravila trebala biti svugdje ista, kad se suočimo s kršenjem tih pravila, javlja se velika razlika u kažnjavanju.

Stoga je nužno identificirati carinske obaveze kojima bi se dala posebna pozornost i zaštita kroz osnivanje nekaznenih sankcija za eventualno kršenje tih obaveza. Takve bi obveze bile usklađene na području Europske unije te bi se njima smanjila „provalija" između pojedinih nacionalnih provedbi zakona i uspostavila zajednička platforma pravila.

To bi doprinijelo jednakom i fer odnosu prema svim ekonomskim faktorima u Europskoj uniji te bi se u isto vrijeme zaštitili i ekonomski interesi Europske unije. Podržavam ovaj prijedlog jer smatram kako će usklađivanje carinskih prekršaja i pogotovo sankcija za te prekršaje doprinijeti ostvarivanju pravednosti i temeljnih „sloboda" Europske unije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les problématiques liées au marché intérieur suivent toujours les mêmes logiques. Les États-membres ont un cadre règlementaire commun (UE) mais l'application des lois (transposition des directives…) est très disparate selon les États, en fonction des intérêts des uns ou des (in)capacités économiques et politiques des autres. Les distorsions de concurrence sont factuellement monnaie courante au sein même du marché intérieur unique, qu'elles soient de nature sociale, environnementale, financière, économique ou politique. La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques. Je me prononce donc contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La legislazione doganale dell'Unione europea è completamente armonizzata da quasi 45 anni ormai, la sua implementazione e l'applicazione delle relative sanzioni, però, continua a essere di competenza degli Stati membri. Le differenze nelle tradizioni giuridiche degli Stati membri hanno così determinato una grande difformità nei modi in cui le infrazioni vengono sanzionate nei vari paesi e, di conseguenza, una distorsione della concorrenza che va a penalizzare alcune imprese più di altre, in particolare le piccole e medie imprese. L'unione doganale è uno dei successi più importanti, anche dal punto di vista simbolico, dell'UE. Sarebbe però un errore considerarla come compiuta, quando invece è necessario procedere nel senso dell'armonizzazione delle definizioni delle infrazioni, delle relative sanzioni e della cooperazione tra le agenzie doganali degli Stati membri. L'obiettivo deve essere quello di migliorare la trasparenza e la chiarezza del sistema, garantendo che tutti gli operatori economici siano sottoposti alle stesse condizioni, come è giusto che sia in un vero e proprio mercato unico. Sostengo quindi questa risoluzione e confido che anche il Consiglio possa seguirne l'indirizzo politico e l'approccio costruttivo.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Svrha ove Direktive treba biti usklađivanje nekaznenih sankcija u slučaju kršenja carinskog zakonodavstva radi postizanja najprikladnijeg okvira za povećanje sukladnosti i smanjenje broja prekršaja. Iako se carinska unija smatra jednim od temelja Europske unije i okosnicom jedinstvenog tržišta, i dalje ne postoji integrirani pristup provedbi carinskog zakonodavstva, uključujući sankcije.

To znači da su pravila ista, ali se u slučaju kršenja tih pravila korištene sankcije znatno razlikuju. Jasno je da bez integriranog pristupa carinske uprave članica ne mogu djelovati kao jedna. Razlike stvaraju manjak uzajamnog povjerenja između uprava, koje je ključno za dobro upravljanje carinskom unijom. Ako razlike između sustava sankcioniranja u državama članicama budu i dalje prisutne, jedno poduzeće moglo bi izgubiti status ovlaštenoga gospodarskog subjekta u jednoj državi, dok ga drugo poduzeće za isti prekršaj ne bi izgubilo u drugoj državi članici.

To postaje sve važnije s obzirom na porast e-trgovine, posebice u slučaju mikropoduzeća i pojedinaca. Isto tako moramo spriječiti fenomen tzv. potrage za najpovoljnijom jurisdikcijom. Kako bi se zajamčilo da su sankcije učinkovite, proporcionalne i odvraćajuće, važno je carinskim tijelima ostaviti mogućnost da procijene relevantne okolnosti te na temelju te procjene donesu odluku o najprikladnijoj sankciji. Moramo se pridržavati međunarodnih obveza preuzetih u okviru WTO-a.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta de diretiva pretende estabelecer um quadro jurídico comum para o tratamento das sanções aduaneiras com vista a colmatar as diferenças entre os vários regimes jurídicos dos Estados-Membros, tendo igualmente como objetivo o reforço das regras comuns no que diz respeito à execução da legislação aduaneira.

Atualmente, ainda não existe uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções. Isto significa que, apesar de as normas serem as mesmas, as sanções aplicadas, em resultado da infração das normas, variam entre Estados-Membros. Tal situação pode implicar que uma empresa pode perder o estatuto de operador económico autorizado num determinado país ao mesmo tempo que, para a mesma infração, outra empresa que opere noutro Estado-Membro não perderá esse estatuto.

O relatório acompanha a posição da Comissão, que viola os princípios da subsidiariedade e da proporcionalidade. Acresce que, em matéria de Direito Penal, há uma explícita interferência na soberania do Estado Português, consagrada na Constituição da República Portuguesa.

Pelo exposto, o voto contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Sebbene l'unione doganale sia considerata uno dei fondamenti dell'Unione europea, nonché un pilastro del mercato unico, non esiste ancora un approccio integrato in materia di applicazione della normativa doganale per quanto concerne le sanzioni. Ciò significa che le norme sono le stesse ma che, in caso di violazione, le sanzioni applicate differiscono in modo significativo. L'unione doganale e la politica commerciale sono di competenza esclusiva dell'Unione europea, ragion per cui soltanto l'UE può mettere a punto un approccio comune che garantisca l'applicazione della normativa doganale. La presente relazione chiarisce il campo di applicazione della direttiva nell'ottica di garantire che solo le infrazioni commesse per negligenza o intenzionalmente siano considerate infrazioni penali, eliminando in questo modo il meccanismo contorto della responsabilità oggettiva, che non prevede alcun elemento di colpa. Pertanto, le infrazioni commesse intenzionalmente possono essere sanzionate penalmente al di sopra di una soglia specifica onde consentire agli Stati membri di adottare misure che risultino sufficientemente dissuasive per punire i comportamenti fraudolenti. Concordo con il relatore sulla necessità di inserire la proposta di direttiva nel contesto dell'accordo sull'agevolazione degli scambi. Ho votato a favore dell'approvazione di questa proposta di direttiva.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – En tant que rapporteur pour avis de la commission du commerce international, je me félicite du fait que nous ayons pu participer sur des questions douanières, réservées habituellement à la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs. Cette approche a été efficace et complémentaire. J'ai voté pour ce rapport car il est en effet important de prendre en compte la place du marché intérieur dans un contexte mondial. Car nos partenaires ont déjà pointé les incohérences de notre marché intérieur. Nous pouvons nous en inspirer. Nous allons mettre en place une grande stratégie de lutte contre les infractions qui donne une orientation, un cap au monde économique de l'Union européenne. Ce type d'initiative est utile pour apporter de la cohérence à la fois au marché intérieur, mais également à notre commerce extérieur. Car nos douanes font un travail formidable mais doivent pouvoir compter sur une flexibilité et une rigueur qui n'est pas uniforme en Europe. Soutenons ce genre d'initiatives avec, pour objectifs, la simplification, l'harmonisation, la justice et la fermeté, qui doivent être mises en avant pour mieux faire comprendre les enjeux de l'Union européenne.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No seguimento da proposta de Diretiva da Comissão Europeia, publicada a 13 de dezembro, está em discussão a alteração do quadro jurídico da União respeitante às infrações à legislação aduaneira e respetivas sanções.

Apesar de a União Aduaneira ser considerada como grande pilar do mercado único e um dos fundamentos da União Europeia (UE), continua a não existir uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções.

Sendo a União Aduaneira e a política comercial competências exclusivas da UE, só esta pode desenvolver uma abordagem comum com vista à aplicação da legislação aduaneira.

As diferenças a nível de sanções geram uma falta de confiança mútua entre as administrações e comprometem as condições equitativas para os operadores económicos da UE. As mesmas têm sido consideradas pelo Tribunal de Justiça como medidas com um efeito equivalente a restrições equitativas.

Pelas razões acima enumeradas, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this legislative report. UKIP opposes the ongoing harmonisation practices by the EU. Furthermore, UKIP supports the right for sovereign nations to have control over sanctions on customs infringements.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar imperativo que, em casos idênticos de infração de normas aduaneiras, as sanções devem também ser idênticas. As diferenças entre os sistemas sancionatórios dos Estados-Membros geram uma falta de confiança mútua entre as administrações, quando a confiança e a cooperação entre autoridades aduaneiras é fulcral para uma boa gestão da União Aduaneira e para a proteção dos interesses financeiros da UE. Além disso, comprometem as condições equitativas para os operadores económicos na União Europeia.

A fim de assegurar que as sanções são efetivas, proporcionais e dissuasivas, importa deixar uma margem suficiente para que as autoridades aduaneiras possam avaliar as circunstâncias pertinentes e, com base nestas, decidir sobre a sanção mais apropriada, dado que tal revelou ser um meio eficaz para reduzir os casos de não conformidade.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, embora a União Aduaneira seja considerada um dos fundamentos da União Europeia e a espinha dorsal do mercado único, continua a não existir uma abordagem integrada da execução da legislação aduaneira, nomeadamente das sanções. Isto significa que as normas são as mesmas mas, quando estas normas são infringidas, as sanções aplicadas variam consideravelmente.

Sem uma abordagem integrada, não é possível que as administrações aduaneiras dos Estados-Membros atuem em uníssono, em especial tendo em conta as diferenças significativas entre os sistemas sancionatórios dos Estados-Membros. Estas diferenças geram uma falta de confiança mútua entre as administrações, quando a confiança e a cooperação entre autoridades aduaneiras é fulcral para uma boa gestão da União Aduaneira e para a proteção dos interesses financeiros da UE. Além disso, comprometem as condições equitativas para os operadores económicos na União Europeia.

Caso as diferenças entre os sistemas sancionatórios dos Estados-Membros persistam, isto poderá significar que uma empresa pode perder o estatuto de operador económico autorizado num determinado país ao mesmo tempo que, para a mesma infração, outra empresa que opere noutro Estado-Membro não perderá esse estatuto.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – En el Informe sobre el Marco jurídico de la Unión para las infracciones y sanciones aduaneras, se fija el objetivo de acabar con la brecha existente entre los diferentes regímenes jurídicos de cada uno de los Estados miembros, creando una plataforma común de reglas para la aplicación e imposición de las sanciones, para evitar los costos de cumplimento desiguales y las cargas administrativas que difieren entre los Estados miembros. De este modo se mejorarán la igualdad de condiciones entre los operadores económicos de la Unión. Por todo ello he votado a favor de este informe.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Svarstomas klausimas dėl ES muitų teisės sistemos pažeidimų ir sankcijų teisinės sistemos yra tikrai sudėtingas ir panašu, kad kompromiso tarp abiejų teisėkūros proceso dalyvių dar kurį laiką nerasime. Kartu tikiuosi, jog Taryba su Komisija įsiklausys į ES piliečių atstovų argumentus, ypač susijusius su poreikiu stiprinti valstybių narių muitinių sistemų harmonizavimą, vienodinti sankcijų už pažeidimus taikymą.

Kartu noriu pareikšti abejonę ir dėl pakankamai griežtos Parlamento pozicijos tikslingumo, ypač reikalaujant, jog valstybės narės įgautų galimybę pagal nacionalinės teisės aktus ir Sąjungos teisę taikyti baudžiamąsias, o ne nebaudžiamąsias sankcijas, kai to reikia dėl atitinkamo pažeidimo pobūdžio ir sunkumo, siekiant, kad taikomos sankcijos būtų atgrasomos, veiksmingos ir proporcingos. Manyčiau, kad Komisijos pasiūlymas, numatantis išsamią bausmių gradaciją buvo kur kas labiau subalansuotas.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Ce rapport prévoit une harmonisation des sanctions douanière dans l'Union européenne. L'union douanière est l'un des piliers du marché intérieur et l'une des plus anciennes politiques intégrées de l'Union européenne. Pourtant, elle souffre d'un paradoxe: si les règles sont communes, leur infraction ne conduit pas aux mêmes sanctions selon les États membres. Cette situation de grande disparité conduit donc à une fraude plus difficile à contrôler ainsi qu'à des pratiques de dumping douanier. Il en résulte un manque à gagner pour le budget européen. Ainsi, en harmonisant les sanctions, l'on contribue à équilibrer et à améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Ce rapport envoie donc un signal fort quant à la position du Parlement sur ce dossier, alors que le Conseil se montre réticent. Pour toutes ces raisons, j'ai soutenu ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente este relatório relativo a uma proposta de diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho que visa criar um quadro jurídico integrado em matéria de infrações à legislação aduaneira, e mais concretamente, no que se refere às sanções que, ao contrário das normas inscritas no Código Aduaneiro Europeu, variam significativamente entre os diversos Estados-Membros.

Trata-se de uma competência exclusiva da UE em matéria comercial, na qual se procura alcançar um melhor desempenho e maior eficácia das administrações aduaneiras, garantindo, em simultâneo, a proteção dos interesses financeiros da União.

Nessa medida, fui naturalmente favorável a uma proposta cujo objetivo principal é promover uma convergência entre os sistemas sancionatórios no domínio aduaneiro, para que a UE possa também cumprir as suas obrigações externas no âmbito do GATT - Acordo Geral sobre Pautas Aduaneiras e Comércio.

Paralelamente, o presente relatório vem também clarificar o âmbito de aplicação da diretiva, sobretudo ao nível da definição, tipificação e grau de responsabilidade das sanções.

E com isso será possível simplificar e uniformizar o sistema de sanções e infrações no domínio aduaneiro, tornando-o mais coerente, eficaz e credível no conjunto dos Estados-Membros.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur l'harmonisation de l'approche relative à l'application de la législation douanière, particulièrement en ce qui concerne les sanctions des infractions. En effet, malgré l'existence du code des douanes de l'Union européenne entré en vigueur en 2015, l'application de la législation répond à des procédures administratives différentes dans les 28 États membres.

Cela entraîne une incohérence dans l'application de la législation européenne ainsi qu'une incertitude permanente menaçant les entreprises.

Cette nouvelle directive est donc importante pour consolider l'Union douanière qui est l'un des éléments fondateurs et centraux de l'Union européenne.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe que pretende crear un marco jurídico para las infracciones y sanciones aduaneras. Apoyo algunos de los compromisos del informe, ya que mejoran significativamente la mala propuesta de la Comisión. Sin embargo, varias cuestiones siguen siendo preocupantes. En primer lugar, no apoyo la armonización completa, que era el resultado de la votación final. La relación fija sanciones mínimas y máximas y enumera posibles circunstancias agravantes y atenuantes. Por otra parte, el texto no sólo contiene una lista exhaustiva de las infracciones, sino que también determina cómo los jueces deben calcular las multas. Los efectos de esta propuesta para los sistemas penales nacionales no han sido lo suficientemente estudiados.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über Zollrechtsverletzungen und Sanktionen gestimmt, da dieser für eine Harmonisierung der zollrechtlichen Vorschriften und Sanktionen in den 28 Mitgliedstaaten ist.

Um Probleme der Uneinheitlichkeit innerhalb der Zollunion der EU und Unsicherheit für Unternehmen zu vermeiden, hat die Kommission eine gemeinsame Staffelung von Sanktionen im Zusammenhang mit Rechtsverletzung festgelegt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que en última instancia representa un impulso al mercado interior a través de la armonización de las barreras arancelarias. El informe busca una mejora del funcionamiento de las sanciones aplicadas, para evitar diferentes tipos de *dumping* al mercado europeo, con la selección del país de importación en función de sus regímenes de sanción. Esto, desde el punto de vista técnico, está plenamente justificado, sin embargo, en un contexto de desarrollo de ambiciosos acuerdos comerciales, esta directiva puede suponer un refuerzo para la aplicación de acuerdos comerciales que van en contra de los intereses de los trabajadores europeos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en este informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the 'Union legal framework for customs infringements and sanctions', as with the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. Member States should not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Hoci sa colná únia považuje za jeden zo základov Európskej únie a základný kameň jednotného trhu, stále neexistuje jednotný prístup k presadzovaniu colných predpisov vrátane sankcií. Je potešiteľné, že pravidlá presadzovania colných predpisov vrátane sankcií sú v rámci EÚ rovnaké, no za vážny nedostatok považujem to, že neexistuje jednotný prístup na presadzovanie týchto pravidiel. Mrzí ma, že tieto rozdiely narušujú podmienky pre mnohé hospodárske subjekty v EÚ a sú citeľné aj v oblasti rovnakých podmienok, ktoré sú základom vnútorného trhu. Myslím si, že je nevyhnutné pristúpiť k náprave a riešeniu problémov vyplývajúcich z rozdielnosti systémov upravujúcich colné priestupky a ďalšie sankcie v rámci európskeho trhu. Aj keď sme záverečné hlasovanie posunuli na neskôr, verím, že na základe nových ustanovení sa nám podarí posilniť nielen colné predpisy a sankcie, ale aj odstrániť narušenie vnútorného trhu tým, že vo všetkých členských štátoch EÚ sa bude uplatňovať jednotný súbor pravidiel. Očakávam, že colné správy členských štátov v prípadoch porušenia colných predpisov budú postupovať jednotne, čím sa dosiahne rovnaká úroveň výsledkov kontrol a podpora legitímnej obchodnej činnosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo o predlogu direktive o pravnem okviru Unije za carinske kršitve in sankcije ima za cilj poenotenje administrativnih taks in glob v povezavi s carino v EU.

Poročilo si prizadeva za maksimalno harmonizacijo na tem področju, saj so z vidika nacionalnih ureditev carinske kršitve in sankcije zelo različno urejene ter so tako v različnih državah članicah kršitve obravnavane kot kazenske sankcije ali pa kot prekrški.

Predlog direktive poziva k oblikovanju lestvice sankcij, ki bi izražale težo carinskih kršitev. Splošni cilj direktive, ki ga zagovarja poročilo, naj bi bil zagotoviti učinkovito izvrševanje carinske zakonodaje Evropske unije, zato poročilo poziva Komisijo k predložitvi poročila o vidikih carinske zakonodaje na ravni Unije.

Namen direktive je okrepiti pravilno delovanje notranjega trga, določiti okvir za kršitve carinske zakonodaje ter predpisati naložitev nekazenskih sankcij zanje s približevanjem določb, ki jih predpisujejo pravna ureditev in upravni ukrepi posameznih držav članic. Ker poročilo izpostavlja nekatere pomembne točke carinske ureditve, ki jih pozdravljam, sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Diese Richtlinie dient der Verhängung von nichtstrafrechtlichen Sanktionen für Zollverstöße durch Angleichung der Gesetze in den Mitgliedstaaten.

Es wurde nach der Annahme angedeutet, dass die verschiedenen Sanktionsregelungen in den 28 Mitgliedstaaten Verzerrungen verursachen und Importeure dazu ermutigen, in den Staaten mit den niedrigsten Strafen („forum shopping") zu operieren. Diese These wird jedoch nicht von der Mehrheit der EU-Staaten, Experten/Handelsvertreter geteilt.

Denn Artikel 42 des Zollkodex der Union, vereinbart im Jahr 2013, enthält bereits Bestimmungen bezüglich angemessener und abschreckender Zollstrafen und derzeit sehen die Mitgliedstaaten keinen Mehrwert, einen neuen Vorschlag einzuführen. Dieser fordert bei Zollverstößen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Wie diese aussehen, bleibt den EU-Staaten selbst überlassen. Nationale Souveränität ist nach der Meinung der Kommission hier das Corpus Delicti. Probleme, die sich hinsichtlich einer Harmonisierung ergeben, sind z. B. die fehlende Flexibilität. Mitgliedstaaten können selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe Strafzahlungen zu leisten sind. Kooperation statt Zwang sollte hier im Vordergrund stehen.

Die vorgeschlagene Richtlinie ist nicht für diesen Zweck geeignet, da derartige Bestimmungen bereits existieren und weil eine Vielzahl von Elementen den EU-Grundsätzen der besseren Rechtsetzung zuwiderlaufen.

Ich habe diesem Dossier auf Grund der oben genannten Gründe nicht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Jednotný európsky trh je založený na spoločnej colnej politike voči tretím krajinám. Na jeho ochranu je dôležité mať účinné a rýchlo aplikovateľné spoločné predpisy vrátane sankčných mechanizmov za ich porušovanie.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Rechtsrahmen der Europäischen Union in Bezug auf Zollrechtsverletzungen und Sanktionen" habe ich nicht zugestimmt.

Der Richtlinienvorschlag verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip, worauf die Parlamente von Schweden und Litauen mit Recht in ihrer Stellungnahme hingewiesen haben.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija može razviti zajednički pristup provedbi carinskog zakonodavstva kroz interakciju i djelovanje carinskih uprava na jednako djelotvoran način kao da je riječ o jednoj upravi, jer je carinsko zakonodavstvo u nadležnosti Europske unije. Međutim, donošenje zakonodavnih mjera u pogledu carinskih prekršaja i sankcija i dalje je u nadležnosti država članica.

Takve razlike uzrok su nepovjerenju i nedovoljnoj suradnji između uprava koje posljedično narušavaju jednake uvjete za sve gospodarske subjekte u Europskoj uniji. Tako bi, na primjer, neka tvrtka mogla izgubiti status ovlaštenog gospodarskog subjekta u jednoj državi, dok ga tvrtka u drugoj državi za isti prekršaj ne gubi.

Stoga, treba nastojati preobraziti pristup država članica kod provedbe carinskog zakonodavstva Europske unije. Podržavam izvješće o prijedlogu Direktive Europskog parlamenta i Vijeća o pravnom okviru Unije za carinske prekršaje i sankcije Odbora za unutarnje tržište i zaštitu potrošača.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o pravnem okviru Unije za carinske kršitve in sankcije. Poleg enakih pravil glede izvrševanja carinske zakonodaje potrebujemo tudi enake sankcije, ki morajo ob kršitvah pravil biti enotne.

Kljub velikim prizadevanjem držav članic po boljšem sodelovanju in uspešnosti carinskih uprav ter zagotavljanju kontrole z enakovrednimi rezultati, ne bomo dosegli takega napredka, kot bi ga, če bi imeli celoviti pristop k izvrševanju, vključno s sankcijami. Verjamem, da bomo s to direktivo pomembno prispevali k harmonizaciji sankcij v primeru kršitev carinske zakonodaje.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι αποκλίσεις μεταξύ των τελωνειακών καθεστώτων των κρατών μελών υπάρχουν προφανώς για να εξυπηρετούνται τα συμφέροντά τους δεδομένων των διαφορετικών συνθηκών που ισχύουν σε κάθε χώρα.

Προτεραιότητα δεν πρέπει να έχουν οι οικονομικοί φορείς και η ανταγωνιστικότητα, αλλά η προστασία των εθνικών οικονομιών και των καταναλωτών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a vámjogszabályok megsértésére és a vámjogi szankciókra vonatkozó uniós jogi keretről szóló jelentést, amelynek célja, hogy vámjogszabályok végrehajtása, köztük a szankciók kiszabása tekintetében felszámolja a tagállamok közötti különbségeket.

Sajnálatos, hogy annak ellenére, hogy az EU egyik alappillére a vámunió, ugyanazon szabályok megsértését eltérő mértékű szankciókkal sújtják az Unión belül. Továbbá a jelentéshez hasonlóan komoly problémának tartom a közigazgatási szervek közti bizalomhiányt, amely szintén a különbségekből ered.

A nagyobb jogbiztonság és tisztességes verseny megteremtése érdekében a tagállamok vámhatóságainak egységes felépítésére van szükség a szankció terén is, csak ily módon kerülhető el a versenytorzulás és védhető hatékonyan az unió pénzügyi érdeke.

Ezért támogatandó a jelentés által előirányzott integrált szabályok bevezetése a vámuniós szankciókat tekintve az arányosságra tett javaslatokat is figyelembe véve.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea vamală este considerată a fi o componentă esențială a Uniunii Europene și pieței unice. Cu toate acestea, în prezent nu există o abordare integrată cu privire la respectarea legislației vamale care să includă și aplicarea de sancțiuni, acest domeniu variind în funcție de legislația națională. Întrucât reglementarea uniunii vamale și a politicii vamale reprezintă o competență exclusivă a Uniunii, este nevoie de o abordare unitară a respectării legislației vamale, care să asigure condiții de concurență echitabile pe teritoriul acesteia. Adoptarea unei astfel de abordări este conformă și cu obligațiile asumate de UE în cadrul OMC în privința adoptării unor sisteme de sancționare convergente.

Propunerea Comisiei solicită statelor membre să aibă sisteme vamale de sancționare eficiente, proporționale și disuasive, convergente prin aplicarea unui cod vamal modernizat și folosirea mijloacelor electronice. Aceste măsuri ar încuraja comerțul și creșterea conformității, ar asigura sancțiuni proporționale cu taxele eludate și ar face distincție între sancțiunile penale și cele civile. Totuși, autoritățile vamale ar fi singurele în măsură să decidă aplicarea unor circumstanțe atenuante sau agravante în administrarea sancțiunilor, ceea ce ridică problema încrederii reciproce între statele membre. Întrucât această chestiune trebuie tranșată, susțin retrimiterea raportului în comisia competentă pentru ajustare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Kallas. L'union douanière et la politique commerciale sont des compétences exclusives de l'Union européenne. Dès lors, seule l'Union européenne peut élaborer une approche commune pour mettre en application la législation douanière. Les États membres se sont engagés à œuvrer à deux objectifs en particulier: veiller à ce que les administrations douanières interagissent et s'acquittent de leurs tâches aussi efficacement que si elles constituaient une seule administration, afin de garantir des contrôles donnant lieu à des résultats équivalents, et un appui aux activités économiques légales, mais également assurer la protection nécessaire des intérêts financiers de l'Union. Cependant, il est tout à fait clair que, sans une approche intégrée de la mise en application de la législation, y compris au moyen de sanctions, il n'est pas possible pour les administrations douanières des États membres d'agir comme si elles constituaient une seule administration, compte tenu notamment des différences importantes que présentent les systèmes de sanctions des États membres.

Ces différences créent un manque de confiance mutuelle entre les administrations, alors que la confiance et la coopération entre autorités douanières sont essentielles pour la bonne administration de l'union douanière et la protection des intérêts financiers de l'Union européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The proposal for the Union legal framework for customs infringements and sanctions aims to establish a framework for breaches of the Union's customs legislation and provide for penalties applicable where there are infringements. Although customs legislation is fully harmonised, its enforcement and the lawful imposition of sanctions lie within the competence of Member States' national law, rendering the effective management of the Customs Union much more difficult to harmonise. For economic operators, the differences in the treatment of infringements of Union customs legislation have an impact on the level playing field, thus providing an advantage for those who breach the law in a Member State with more lenient legislation for customs sanctions. I voted in favour of the proposal because I believe that in a true single market, we cannot let companies face different treatments depending on the country where they will be sanctioned. In the single EU market, the law should be the same for everyone.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La lotta contro le violazioni della legislazione doganale dell'Unione è diventata centrale con l'aumento degli scambi a livello importante con la crescita del commercio internazionale. Nell'UE, nonostante il fatto che la normativa doganale sia pienamente armonizzata, la sua applicazione e l'imposizione di sanzioni legali sono di competenza nazionale. Per questo accolgo con favore questa proposta che mira a colmare il divario tra i diversi regimi giuridici, attraverso la creazione di una piattaforma comune di regole e il miglioramento delle parità di condizioni tra gli operatori economici nell'Unione doganale.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ova direktiva omogućuje nametanje sankcija za carinske prekršaje približavanjem odredbi koji se nalaze u zakonima, propisima i pravilnicima individualnih država članica Unije. Ista je predložena zbog pretpostavke da različiti režimi sankcioniranja carinskih prekršaja, koji su na snazi u 28 različitih država članica, stvaraju konfuziju koja omogućuje da uvoznici posluju uz najblaže kazne.

Zajedno s većinom država članica, stručnjacima i predstavnicima legitimnih trgovinskih organizacija, ne slažem se s navedenom konstatacijom. Budući da članak 42. Carinskog zakona Unije iz 2013. na izričiti način propisuje proporcionalne carinske sankcije u državama članicama, ne vidim dodatnu vrijednost koju bi Unija mogla pružiti državama članicama niti samim dionicima trgovinske razmjene putem ovoga prijedloga.

Naprotiv, implementacija istoga samo bi mogla dovesti do problema u praksi, posebice vezano uz pomanjkanje fleksibilnosti koju mnoge države članice svakodnevno koriste u kontaktu sa svojim trgovinskim partnerima. Slijedom logike, prijedlog je rezultirao izričitim protivljenjem 15 od 28 država članica Unije u Vijeću.

Iako je prvotni prijedlog ublažen te modificiran zahtjevom da se traži samo harmonizacija maksimalnog nivoa sankcija, glasovala sam protiv jer se uvijek protivim ovakvim pokušajima Komisije koji podrivaju oba elementarna principa na kojima se temelji Europska unija.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog o vrnitvi direktive Evropskega parlamenta in Sveta o pravnem okviru Unije za carinske kršitve in sankcije na odbor sem podprla.

Carinska unija velja za enega od temeljev Evropske unije ter za hrbtenico enotnega trga, vendar še vedno nimamo povezanega pristopa k izvrševanju carinske zakonodaje, vključno s sankcijami. To pomeni, da so pravila enaka, vendar se sankcije, sprejete ob njihovih kršitvah, zelo razlikujejo.

Carinska unija in trgovinska politika sta v izključni pristojnosti Evropske unije, zato lahko skupen pristop za izvrševanje carinske zakonodaje razvije le EU. Če bi razlike med sistemi sankcioniranja v državah članicah ostale, bi to na koncu pomenilo, da lahko podjetje v eni državi zaradi kršitve izgubi status pooblaščenega gospodarskega subjekta, drugo podjetje, ki deluje v drugi državi članici, pa ga zaradi enake kršitve ne bi izgubilo.

Da bi zagotovili sorazmeren sistem sankcij, višina sankcij ne more temeljiti na vrednosti blaga. Sankcije bi morale temeljiti na višini utajenih dajatev, saj bi morale biti povezane s finančnimi posledicami kršitve. Namen te direktive bi moral biti harmonizacija nekazenskih sankcij v primeru kršitev carinske zakonodaje kot najprimernejšega okvira za izboljšanje skladnosti in zmanjšanje števila kršitev.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe que pretende crear un marco jurídico para las infracciones y sanciones aduaneras. Apoyo algunos de los compromisos del informe, ya que mejoran significativamente la mala propuesta de la Comisión. Sin embargo, varias cuestiones siguen siendo preocupantes. En primer lugar, no apoyo la armonización completa, que era el resultado de la votación final. La relación fija sanciones mínimas y máximas y enumera posibles circunstancias agravantes y atenuantes. Por otra parte, el texto no sólo contiene una lista exhaustiva de las infracciones, sino que también determina cómo los jueces deben calcular las multas. Los efectos de esta propuesta para los sistemas penales nacionales no han sido lo suficientemente estudiados.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Diese Richtlinie dient der Verhängung von nichtstrafrechtlichen Sanktionen für Zollverstöße durch Angleichung der Gesetze in den Mitgliedstaaten.

Der Europäische Rat vertritt die Meinung, dass die verschiedenen Sanktionsregelungen in den 28 Mitgliedstaaten Verzerrungen verursachen und Importeure dazu ermutigen, in den Staaten mit den niedrigsten Strafen („forum shopping“) zu operieren. Diese These wird jedoch nicht von der Mehrheit der EU-Staaten, Experten/Handelsvertreter geteilt.

Artikel 42 des Zollkodex der EU, vereinbart im Jahr 2013, enthält bereits Bestimmungen bezüglich angemessener und abschreckender Zollstrafen. Dieser fordert bei Zollverstößen wirksame, verhältnismäßige und abschreckende Sanktionen. Wie diese aussehen, bleibt den EU-Staaten selbst überlassen. Während die Mitgliedstaaten keinen Mehrwert sehen, einen neuen Vorschlag einzuführen, ist nationale Souveränität nach der Meinung der Kommission hier das Corpus Delicti.

Ich stelle mich in dieser Frage an die Seite der Mitgliedstaaten und spreche mich für höhere Flexibilität aus. Es besteht die Gefahr der Überregulierung, und eine Vielzahl von vorgeschlagenen Elementen laufen den EU-Grundsätzen der besseren Rechtsetzung zuwider. Aus diesen Gründen habe ich den Bericht abgelehnt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans la logique de la mise en œuvre du marché unique à travers l'harmonisation des sanctions douanière pour favoriser une meilleure concurrence sur le marché.

Il apparaît clairement que ces différences juridiques en matière de sanctions douanières sont dues aux différences intrinsèques entre les pays de l'Union européenne.

De plus, les distorsions de concurrence sont factuellement monnaie courante au sein même du marché intérieur unique. La mise en œuvre chimérique d'un marché intérieur unique harmonisé et homogène se fracasse sur les réalités nationales et géographiques.

J'ai voté contre ce texte.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A vámunió és a kereskedelmi politika az Európai Unió kizárólagos hatáskörébe tartozik, ezért csak az EU dolgozhat ki közös megközelítést a vámjogszabályok érvényesítéséhez. A tagállamok kötelezettséget vállaltak arra, hogy két cél elérésére törekednek, különös tekintettel arra, hogy a vámhatóságok közötti kapcsolattartás és a vámhatóságok teljesítménye olyan hatékony legyen, mintha egy közös szervként működnének, azonos eredményeket hozó ellenőrzéseket biztosítva és támogatva a jogszerű üzleti tevékenységet, valamint megfelelően védve az Unió pénzügyi érdekeit. Elég egyértelmű ugyanakkor, hogy a végrehajtás, köztük a szankciók integrált megközelítése nélkül nem kivitelezhető a tagállamok vámhatóságainak egységes fellépése, különös tekintettel a tagállamok szankcionáló rendszerei közötti jelentős eltérésekre – amint erre a vámjogi szankciókkal foglalkozó projektcsoport 2010. évi jelentése is rávilágított. A jelentést támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe que pretende crear un marco jurídico para las infracciones y sanciones aduaneras. Apoyo algunos de los compromisos del informe, ya que mejoran significativamente la mala propuesta de la Comisión. Sin embargo, varias cuestiones siguen siendo preocupantes. En primer lugar, no apoyo la armonización completa, que era el resultado de la votación final. La relación fija sanciones mínimas y máximas y enumera posibles circunstancias agravantes y atenuantes. Por otra parte, el texto no sólo contiene una lista exhaustiva de las infracciones, sino que también determina cómo los jueces deben calcular las multas. Los efectos de esta propuesta para los sistemas penales nacionales no han sido lo suficientemente estudiados.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de las enmiendas, lo que supondrá que el informe vuelva al comité y se continúe con el triálogo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the Union legal framework for customs infringements and sanctions. The European Commission published a proposal for a Directive on the Union legal framework for customs infringements and sanctions on 13 December 2013. Although the Customs Union is considered as one of the foundations of the European Union, and the backbone of the single market, there is still no integrated approach for the enforcement of Customs legislation. This means that the rules are the same but when those rules are infringed, the sanctions applied significantly differ, which creates a lack of mutual trust between administrations and undermines a level playing field for economic operators in the European Union. Should the differences remain, it will eventually mean that a company might lose the AEO status in one country whereas for the same infringement, another company operating in another Member State would not lose it. I voted in favour because I believe that Member States should ensure that persons dealing with customs and trade are actively informed on how to comply and how to maintain compliance with customs legislation.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En la actualidad, la legislación aduanera es común a todo el territorio de la Unión. Sin embargo, en caso de incumplimiento, las normas aplicables se corresponden con los 28 marcos distintos que rigen en cada Estado miembro. A fin de establecer un marco común del derecho sancionador europeo, este texto supone dar un paso más hacia la armonización en esta área. En tanto en cuanto, dicha armonización supondrá que los operadores de comercio exterior dispongan de un mayor conocimiento sobre las consecuencias jurídicas de sus actos en toda la Unión Aduanera, he votado afirmativamente.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que en última instancia representa un impulso al mercado interior a través de la armonización de las barreras arancelarias. El informe busca una mejora del funcionamiento de las sanciones aplicadas, para evitar diferentes tipos de *dumping* al mercado europeo, con la selección del país de importación en función de sus regímenes de sanción. Esto, desde el punto de vista técnico, está plenamente justificado, sin embargo, en un contexto de desarrollo de ambiciosos acuerdos comerciales, esta directiva puede suponer un refuerzo para la aplicación de acuerdos comerciales que van en contra de los intereses de los trabajadores europeos. Es por esto por lo que he decidido abstenerme en este informe.

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – Hoewel de N-VA het principe van een meer uniform kader voor de bestraffing van soortgelijke inbreuken op de douanewetgeving in de EU genegen is, kan de delegatie zich niet vinden in de concrete uitwerking daarvan zoals voorgeschreven door dit verslag. De N-VA-delegatie vindt dit een gemiste kans. Er blijven vele vragen en onduidelijkheden bestaan, bijvoorbeeld over het toepassingsgebied van de richtlijn en de juridische grondslag ervan.

De N-VA apprecieert de inspanningen die de rapporteur van de Commissie interne markt en consumentenbescherming (IMCO) in het Europees Parlement geleverd heeft, onder andere om tot een minimumregeling voor sancties te komen. Desalniettemin kan de N-VA zich niet vinden in het Commissievoorstel dat de basis vormt voor het IMCO-document. Ze ziet zich dan ook genoodzaakt tegen dit document te stemmen.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of the report on the Union legal framework for customs infringements and sanctions, as with the growth of international trade it becomes vital for Union customs legislation to be fully and properly enforced across Member States. Member States should not leave any loopholes, which can make it easier for criminals to avoid adhering to EU customs legislation.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de diretiva foi publicada pela Comissão Europeia em janeiro de 2013 e pretende estabelecer um quadro jurídico comum para o tratamento das sanções aduaneiras, com vista a colmatar as diferenças entre os vários regimes jurídicos dos Estados-Membros, tendo igualmente como objetivo o reforço das regras comuns no que diz respeito à execução da legislação aduaneira.

Ao abrigo do princípio da subsidiariedade e da proporcionalidade, somos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In diesem Vorschlag wird die Vereinheitlichung der Sanktionssysteme hinsichtlich des Zollsystems der Mitgliedstaaten gefordert. Das Zollrecht ist bereits harmonisiert und fällt in den Zuständigkeitsbereich der Union. Eine Harmonisierung der Sanktionsmaßnahmen auf EU-Ebene ist aber kritisch zu betrachten, weil sich die Umsetzung der aktuell bestehenden EU-Richtlinie durch die Mitgliedstaaten aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Interessen stark unterscheidet. Daher habe ich den Bericht abgelehnt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat Raportul Parlamentului European cu privire la cadrul juridic al Uniunii referitor la încălcările dispozițiilor vamale și la sancțiunile aferente.

Uniunea vamală și politica comercială țin exclusiv de competența Uniunii Europene; prin urmare, UE este singura care poate dezvolta o abordare comună de asigurare a respectării legislației vamale. Statele membre și-au luat angajamentul de a depune eforturi în special în vederea îndeplinirii a două obiective: asigurarea unei interacțiuni și a unor rezultate ale administrațiilor vamale la fel de eficiente ca în situația în care acestea ar reprezenta o singură administrație, asigurarea unor controale cu rezultate echivalente și susținerea activităților comerciale legale, dar și a protecției necesare a intereselor financiare ale Uniunii. Cu toate acestea, fără o abordare integrată față de asigurarea respectării legislației, care include aplicarea de sancțiuni, administrațiile vamale ale statelor membre nu pot acționa în mod unitar, în special având în vedere diferențele majore dintre sistemele de sancționare din statele membre, evidențiate de raportul realizat de Grupul de proiect privind sancțiunile vamale în 2010. Comisia Europeană a publicat, la 13 decembrie 2013, o propunere de directivă privind cadrul juridic al Uniunii referitor la încălcările dispozițiilor vamale și la sancțiunile aferente.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tento návrh, jehož účelem je harmonizovat přístup členských států k vynucování celních předpisů a sankcí. Vzhledem k tomu, že v Evropské unii funguje jednotná celní unie, jsem přesvědčen, že by měly existovat i jednotné celní sankce, které budou totožné pro všechny členy EU. Domnívám se, že zmíněný návrh povede k vytvoření více srozumitelných a transparentních podmínek, a to zejména pro malé a střední podniky, které tvoří páteř evropské ekonomiky.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De Europese Commissie is van mening dat aanvullende wetgeving bij een onderwerp dat tot de bevoegdheid van de Unie behoort, automatisch aan de subsidiariteitstoets voldoet. De PVV is het daar niet mee eens, evenmin als de parlementen van Zweden en Litouwen. De PVV heeft dan ook tegengestemd.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu týkajúcu sa návrhu smernice o právnom rámci Únie pre porušenia colných predpisov a sankcie som nepodporila. Táto smernica má umožniť uloženie netrestných sankcií za porušenia colného práva, a to zbližovaním práva členských štátov. Smernica bola pôvodne navrhnutá ako reakcia na to, že rôzne režimy členských štátov by mohli spôsobovať obchádzanie práva, keďže dovozcovia by si mohli cielene ako krajinu svojej oficiálne činnosti vybrať ten štát, ktorý ukladá najnižšie sankcie. Podľa môjho názoru je však už toto potenciálne obchádzanie pravidiel dostatočne ošetrené v súčasnom colnom kódexe, a preto si myslím, že prijímanie ďalšej legislatívy je zbytočné a v rozpore so snahami o zjednodušovanie práva Európskej únie. Práve preto si myslím, že nová smernica by nepriniesla žiadne inovatívne riešenie, a teda ani žiadnu pridanú hodnotu. Naviac mám za to, že niekoľko jej prvkov je v rozpore s právom Európskej únie.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o pravnem okviru Unije za carinske kršitve in sankcije.

Predlog direktive, ki vsebuje ukrepe za poenotenje pravnih ukrepov v primeru carinskih kršitev notranjega trga, podpiram, ker zaradi razlik med pravnimi sistemi držav članic prihaja do pomanjkanja preglednosti o tem, kako se sankcionirajo kršitve oziroma se ne sankcionirajo, kar ogroža delovanje notranjega trga.

8.11. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016: Sicherheit der Organe (A8-0295/2016 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In seguito agli attentati del novembre 2015 a Parigi e del marzo 2016 a Bruxelles, tutte le istituzioni europee hanno riesaminato le loro esigenze in materia di sicurezza nel breve e medio termine. Il progetto di bilancio rettificativo n. 3 per l'esercizio 2016 propone quindi di rafforzare il bilancio per la sicurezza del personale - incrementando la sicurezza informatica e la sicurezza globale degli edifici - per un totale di 15,8 milioni di euro. Per il Parlamento europeo, si vogliono creare 35 nuovi posti per l'assunzione di agenti di sicurezza supplementari al fine di fornire protezione armata nei punti strategici nelle tre sedi di servizio. Pur consapevole dell'importanza di un tema tanto delicato quale quello della sicurezza, desta tuttavia parecchie perplessità la decisione del Parlamento europeo che, dopo gli autisti, vorrebbe internalizzare anche queste 35 nuove unità, inquadrandole come funzionari. A mio avviso la sicurezza delle istituzioni andrebbe garantita dai paesi che le ospitano e che traggono notevole vantaggio dalla loro presenza; inoltre, anche come preparazione professionale, parrebbe più sensato rivolgersi a personale addestrato o eventualmente agenzie di sicurezza certificate. Per questi motivi ho espresso voto contrario.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this binding motion for a resolution. The motion was to give consent to the Commission proposal. The Commission proposal was to spend an extra EUR 15.8 million on security provisions for EU institutions. Some of the provisions were not objectionable, such as extra CCTV and x-ray machines. However, the only security proposal for the European Parliament was to create posts for 35 EU officials who will be armed and deployed within Parliament. If there is to be external security, it should be through professional private contractors or nation-state security, not through arming EU officials. The proposal would mean the acquisition of 7 new armoured vehicles for the European External Action Service and spending money on securing the private lodgings of EU Commissioners.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Aun valorando positivamente la internalización parcial del servicio de seguridad de las instituciones, rechazo que estos cambios sigan condicionados a un objetivo lineal de recortes y a nuevas externalizaciones que afectan al conjunto de trabajadores del Parlamento Europeo. Considero, además, que la discrecionalidad con la que vienen tomándose las medidas sobre seguridad en el Parlamento debería revisarse y en consecuencia, he votado en contra de esta propuesta.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — In principle we support the safety of ordinary employees and workers, in this context the institutions and the Brussels attacks earlier this year. However there were too many questions regarding this file and not enough answers.

There was no access to detailed information nor was there any open or participative debate provided to the European Parliament, under the argument that there were 'security issues'.

This was a major concern in the BUDG Committee. Despite several attempts to try to discuss the matter in a more open framework the administration willingly refused to disclose information.

The few details disclosed were that the Belgian authorities had been asked, that they informed that security inside the Union institutions was not their competence, nor were they willing or able (legally and financially) to ensure it. The other Member States supported Belgium authorities' position, and they decided that the institutions should develop their security service.

We are not favourable to any armed individuals inside the institutions, or the Institutions themselves militarizing what is effectively a security force that is potentially really only directly accountable to the institutions rather than the public.

This is why we voted against.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 qui fait référence aux nouveaux besoins de sécurité identifiés par les institutions de l'UE à la suite des récentes attaques terroristes.

Il propose de renforcer le budget de la sécurité d'un montant total de 15,8 millions d'euros dans les écoles européennes, le Parlement, la Commission, la Cour de justice, la Cour des comptes européenne, le Comité économique et social européen, le Comité des régions et le Service européen pour l'action extérieure.

En ce qui concerne le Parlement européen, le projet de budget rectificatif vise à créer 35 postes permanents supplémentaires pour le recrutement d'agents de sécurité. Ces postes doivent être exemptés de l'objectif de réduction de 5 % du personnel, car ils correspondent à une nouvelle activité.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Ασφάλεια των θεσμικών οργάνων, διότι μέσω αυτής προτείνεται η ενίσχυση του προϋπολογισμού για θέματα ασφαλείας ύστερα από τις τελευταίες τρομοκρατικές επιθέσεις.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 propose de renforcer le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016, pour un montant de 15,8 millions d'euros. 3,5 millions d'euros pour la protection des écoles européennes, 200 000 euros pour le Parlement européen et le recrutement de 35 nouveaux agents de sécurité afin de fournir une protection armée des points sensibles sur les trois sites du Parlement, 5 millions d'euros pour la sécurisation des immeubles et du personnel de la Commission. Enfin, 2,5 millions sont accordés pour le service européen pour l'action extérieure, 2,1 pour la Cour des comptes, 1,8 pour la CJUE… Le financement de ces crédits supplémentaires est toutefois assuré par un redéploiement des crédits disponibles de la ligne opérationnelle d'ITER et ce, pour éviter toute incidence globale au niveau des paiements. Je me suis abstenue sur ce texte, considérant qu'il risque de conduire à terme à une augmentation de postes permanents même si le risque terroriste venait à diminuer largement.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The majority of this amending budget is extra money for CCTV, X-ray machines and security personnel. The total cost of this is EUR 15.8 million. However I am concerned at the security measure proposing to hire 35 armed guards to be deployed within the Parliament. These 35 armed guards will me be from outside professional private contractors or the Belgian security forces but they will be EU officials carrying weapons. The cost for this is budgeted at EUR 225 383.

This amending budget also proposes spending EUR 1.75 million to acquire seven new armoured vehicles for the European External Action Service. There is also a provision on 'securing the private lodgings of several EU College members' - EU Commissioners.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce budget rectificatif car il est nécessaire, compte tenu des attentats survenus au cœur des institutions européennes en mars 2016, de revoir les besoins des différentes institutions en matière de sécurité.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Taisomojo biudžeto projekto Nr. 3/2016 tikslas – sukurti 35 papildomus nuolatinius etatus siekiant Europos Parlamente įdarbinti papildomų saugumo darbuotojų. Nesenai įvykę teroro išpuoliai paskatino Europos Sąjungos institucijas peržiūrėti savo saugumo poreikius ir nustatyti, ar papildomų lėšų reikia jau 2016 metais. Taisomojo biudžeto pakeitimo projekte Nr. 3/2016 siūloma padidinti saugumo biudžetą iš viso 15,8 mln. eurų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce texte risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, un coût qui serait alors reporté chaque année, même en cas de diminution du risque terroriste. Par ailleurs, il aurait été possible de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'UE. Cependant, considérant qu'il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubriques sans impulsions budgétaires nouvelles, j'ai décidé de m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cet ajustement budgétaire qui propose de relever d'un montant total de 15,8 millions d'euros le budget consacré à la sécurité des écoles européennes, du Parlement européen, de la Commission, de la Cour de justice, de la Cour des comptes européenne, du Comité économique et social européen, du Comité des régions et du Service européen pour l'action extérieure.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Gli attentati terroristici che hanno sconvolto l'Europa negli ultimi due anni, e in particolare quello che ha colpito la capitale belga il 22 marzo scorso, hanno portato le istituzioni dell'UE a riesaminare le rispettive esigenze in materia di sicurezza. Ho votato a favore della relazione Fernandes-Deprez perché ritengo fondamentale rafforzare, in questo contesto, il bilancio per la sicurezza all'interno delle istituzioni. Grazie all'approvazione del bilancio rettificativo n. 3/2016 saranno infatti prese misure aggiuntive in materia di sicurezza e saranno assunti in maniera permanente nuovi agenti di sicurezza.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este proyecto de presupuesto rectificativo, que pretende destinar una partida a la contratación de 35 nuevos puestos de personal de seguridad armados después de los ataques recibidos en la Unión Europea. Si bien, la seguridad es necesaria, pienso que hay otro tipo de medidas para garantizarla sin tener que recurrir a la militarización de todas las instituciones.

Como se recoge en el informe este proceso de contratación se hizo sin contar con el Parlamento adecuadamente. Además de ceñirse estrictamente al aumento de seguridad solo por el aumento del personal armado para vigilar las instituciones europeas, sin tener en cuenta el resto de sociedad civil que también está expuesta a estos ataques, o la seguridad en infraestructuras.

Es por esto que no apoyo este informe por su enfoque exclusivamente securitario, y opino que hay que atajar estos peligros desde un enfoque más inclusivo y que prevenga y solucione desde el origen los conflictos, y no resulte en una militarización de nuestro entorno.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el proyecto de presupuesto rectificativo relacionado a la seguridad en las instituciones. Había que tomar ciertas decisiones que conllevaban ciertos cambios y he visto bien la propuesta que nos ha llegado de la comisión de presupuesto. Por ello he apoyado el informe tal y como se ha presentado y he votado en contra de las 3 enmiendas presentadas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne le projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 et propose de renforcer le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, suite aux attentats de Paris et de Bruxelles. Le montant est évalué à 15,8 millions d'euros au total, assuré par un redéploiement des crédits disponibles de la ligne opérationnelle d'ITER. On ne peut voter contre, au nom de la sécurité, mais ce texte risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminue. Néanmoins, ce rapport n'a aucune incidence budgétaire et j'ai donc décidé de m'abstenir.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo presenti nel testo passaggi condivisibili, le modalità che hanno portato a questa decisione e alcune scelte che ritengo discutibili, mi hanno spinta ad esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución mediante la cual el Parlamento aprueba la Posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 3/2016, por el que se aumenta en 15,8 millones de euros el presupuesto destinado a garantizar la seguridad en las Escuelas Europeas, el Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el Tribunal de Justicia, el Tribunal de Cuentas Europeo, el Comité Económico y Social Europeo, el Comité de las Regiones y el Servicio Europeo de Acción Exterior, a la vista de las nuevas necesidades detectadas tras los últimos ataques terroristas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama Tarybos pozicija dėl Europos Sąjungos 2016 finansinių metų Taisomojo biudžeto projekto, kuris konkrečiai yra susijęs su institucijų saugumu. Pagal šį Taisomojo biudžeto projektą siūloma biudžetą, skirtą saugumui užtikrinti Europos mokyklose, Europos Parlamente, Europos Komisijoje, Teisingumo Teisme, Europos Audito Rūmuose, Europos ekonomikos ir socialinių reikalų komitete, Regionų komitete ir Europos išorės veiksmų tarnyboje, padidinti iš viso 15,8 mln. EUR. Taisomojo biudžeto projekto tikslas – sukurti 35 papildomus nuolatinius etatus siekiant Europos Parlamente įdarbinti papildomų saugumo darbuotojų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

Az Európai Parlament plenáris ülése tudomásul veszi a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet, annak a Bizottság által benyújtott formájában, valamint jóváhagyja az erről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ta predlog spremembe proračuna sem odločno podprl, saj so nedavni teroristični dogodki zahtevali večje izdatke za zagotovitev potrebne varnosti in so potrebni za nadaljnje prizadevanje pri odpravi teh varnostnih tveganj. Dodatni argument je predvideno zmanjšanje obsega zaposlenih Evropske unije za 5 %, kar pa ne sme veljati za varnostno osebje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o nacrtu izmjena proračuna br. 3/2016 koje se odnosi na nove sigurnosne potrebe identificirane od strane institucija EU-a nakon nedavnih terorističkih napada.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis très favorable au renforcement de la sécurité des institutions européennes, cibles évidentes du terrorisme.

Je pense néanmoins qu'on aurait pu réaliser cet objectif sans créer des postes pérennes. En effet, si, pour cet exercice, cela n'a pas d'incidence sur la globalité du budget, il n'en sera pas de même pour les exercices suivants.

Pour toutes ces raisons, je me suis abstenue.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on Amending budget No 3/2016 of the European Union for the financial year 2016 because it proposes to reinforce the expenditure for security of both European schools and institutions. We are facing hard times after the terrible terrorist attacks that held in Paris and in Brussels and mainly for that reason I think right security provisions have to be taken.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In seguito agli attentati che hanno colpito la Francia e il Belgio, tutte le istituzioni hanno riesaminato le loro esigenze in materia di sicurezza nel breve e medio termine. Il progetto di bilancio per il 2017 contiene elementi aggiuntivi relativi alla sicurezza per quasi tutte le istituzioni. In alcuni casi, tuttavia, la necessità di accelerare il rafforzamento delle misure e degli impianti di sicurezza richiede lo stanziamento di risorse supplementari già nel 2016. Il progetto di bilancio rettificativo (PBR) n. 3 per l'esercizio 2016 propone di rafforzare il bilancio per la sicurezza per un totale di 15,8 milioni di EUR. Questo porta a un aumento delle spese non dissociate nel bilancio 2016 per la rubrica 5 (Amministrazione). Tuttavia, si propone di riassegnare i necessari stanziamenti di pagamento alla linea operativa ITER della rubrica 1a, per evitare conseguenze sul livello globale dei pagamenti. Se tali investimenti supplementari potranno essere eseguiti nel 2016, la richiesta di bilancio per il 2017 potrà essere mantenuta quasi allo stesso livello. Poiché lo scopo di questo PBR è rappresentato dagli stanziamenti non dissociati, tale importo deve corrispondere agli impegni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif n° 3/2016 vise à renforcer, à hauteur de 15,8 millions d'euros, le budget dédié à la sécurité dans de nombreuses institutions européennes, à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016. Certes, le financement de ces crédits supplémentaires est assuré par un redéploiement des crédits disponibles afin d'éviter toute incidence globale au niveau des paiements. Néanmoins, ce projet de budget rectificatif préconise de recruter de nouveaux agents de sécurité. Or, la création de nouveaux postes permanents occasionnera un coût qu'il faudra supporter chaque année. Il aurait été, à ce titre, préférable de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs. Je me suis tout de même abstenu sur ce texte dont l'objectif est de renforcer la sécurité au sein des institutions européennes.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Pe fondul atacurilor teroriste recente, au fost identificate noi nevoi în materie de securitate, fiind necesară atribuirea de resurse financiare suplimentare, chiar și în cursul exercițiului 2016.

Proiectul de buget rectificativ nr. 3/2016 prevede, așadar, consolidarea bugetului pentru securitate prin alocarea unei sume suplimentare totale de 15,8 milioane de euro care urmează a fi folosită pentru măsuri de securitate în diverse instituții europene precum Comisia Europeană, Comitetul Economic și Social European, Curtea de Conturi Europeană. De asemenea, proiectul de buget rectificativ prevede crearea de 35 de posturi permanente pentru a facilita recrutarea unui număr suplimentar de agenți de securitate în cadrul Parlamentului European.

M-am exprimat în favoarea proiectului de buget rectificativ nr. 3/2016 deoarece consider crucială alocarea resurselor necesare pentru a consolida securitatea instituțiilor europene și a răspunde provocărilor actuale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che i recenti attacchi terroristici abbiano indotto le istituzioni dell'UE a riesaminare le rispettive esigenze in materia di sicurezza e a identificare il fabbisogno di ulteriori risorse già nel 2016. Il bilancio rettificativo n. 3/2016 propone, pertanto, di rafforzare il bilancio della sicurezza per un importo totale di 15,8 milioni di euro, da erogare per le Scuole europee, il Parlamento europeo, la Commissione europea, la Corte di giustizia, la Corte dei conti europea, il Comitato economico e sociale europeo, il Comitato delle regioni e il Servizio europeo per l'azione esterna. Il bilancio rettificativo n. 3/2016 prevede, inoltre, la creazione di 35 posti permanenti addizionali per l'assunzione di agenti di sicurezza supplementari presso il Parlamento europeo. Tali posti, riguardando una nuova attività, dovrebbero essere mantenuti nel bilancio 2017, ed essere, pertanto, esclusi dall'obiettivo di riduzione del 5 % dell'organico.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. While of course I support the safety of employees and workers in the institutions given the context of the Brussels attacks earlier this year, I do not believe an increase in armed security in the institutions is an appropriate or effective solution. Further, at the Budget committee level, there was no access to detailed information on this proposal nor was there any open or participative debate about the proposal and its effect.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding motion for a resolution. The motion was to give consent to the Commission proposal. The Commission proposal was to spend an extra EUR 15.8 million on security provisions for EU institutions. Some of the provisions were not objectionable, such as extra CCTV and x-ray machines. However, the only security proposal for the European Parliament was to create posts for 35 EU officials who will be armed and deployed within Parliament. If there is to be external security, it should be through professional private contractors or nation-state security, not through arming EU officials. The proposal would mean the acquisition of 7 new armoured vehicles for the European External Action Service and spending money on securing the private lodgings of EU Commissioners.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this amending budget as I believe in the current security system within the institutions needs to be reinforced. The budget for security of several institutions was reviewed after the aftermath of the Paris and Brussels terrorist attacks of November 2015 and March 2016 respectively.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In seguito agli attentati del novembre 2015 a Parigi e del marzo 2016 a Bruxelles, le istituzioni europee hanno riesaminato le loro esigenze in materia di sicurezza. Il progetto di bilancio rettificativo n. 3 per l'esercizio 2016 propone di rafforzare il bilancio per la sicurezza per un totale di 15,8 milioni di euro. Vengono incrementate tanto la sicurezza informatica quanto quella globale degli edifici. Per il Parlamento europeo viene richiesta la creazione di 35 nuovi posti di agenti di sicurezza supplementari attivi nelle tre sedi. L'impatto sul bilancio generale è neutrale, poiché le risorse aggiuntive provengono da un trasferimento di una linea di bilancio sottoutilizzata, ma la proposta prevede che le nuove unità di sicurezza vengano inquadrate come funzionari delle istituzioni europee. Sarebbe invece giusto, e probabilmente anche più sicuro, che la sicurezza delle istituzioni fosse garantita dai paesi che le ospitano - che traggono notevole vantaggio dalla loro presenza - tramite il ricorso a personale addestrato o agenzie di sicurezza certificate. Ho quindi votato contro la proposta.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Alla luce dei tragici attacchi terroristici avvenuti nell'Unione europea nell'arco di quest'anno e, in particolare, del drammatico attentato avvenuto a Bruxelles il 22 marzo 2016, che ha rappresentato un attacco al cuore dell'Europa, la sicurezza è diventata una priorità fuori e dentro le istituzioni europee. L'Unione europea è tenuta, pertanto, a riesaminare le proprie esigenze in materia di sicurezza e a identificare il fabbisogno di ulteriori risorse all'interno delle sue strutture. Per questo motivo ho ritenuto di votare a favore della relazione che rafforza il bilancio per la sicurezza all'interno delle istituzioni.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση, καθώς είναι σαφές ότι, ειδικά μετά τις πρόσφατες τρομοκρατικές επιθέσεις, τα θεσμικά όργανα της Ένωσης αναγκάστηκαν να αναθεωρήσουν τις ανάγκες τους όσον αφορά την ασφάλεια και κρίνεται ότι χρειάζονται πρόσθετοι πόροι ήδη από το 2016.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Ασφάλεια των θεσμικών οργάνων. Είναι γεγονός πως η έκθεση αυτή έχει θετική βάση και στοχεύει στην αναβάθμιση των συνθηκών ως προς την ασφάλεια των οργάνων της Ένωσης. Καθώς, όμως, υπάρχουν συγκεκριμένα σημεία τα οποία δεν είναι ξεκάθαρα, ενώ παράλληλα δεν δόθηκαν λεπτομερείς αναφορές για ζητήματα, όπως ο τρόπος επιλογής και οι δυνατότητες των υπηρεσιών ασφαλείας, αποφάσισα να απέχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione che ha l'obiettivo di aumentare di 15,8 milioni di euro il bilancio corrente. Se da un lato tra le misure finanziate spiccano interventi utili sulla sicurezza, dall'altro ci sono molte perplessità sulla decisione di effettuare assunzioni aggiuntive tramite contratti esternalizzati.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Una fredda mattina di gennaio, l'Europa si è risvegliata riscoprendo dopo anni cosa significassero paura e orrore; in un venerdì sera di metà novembre, essa ha poi vissuto in diretta le mattanze del Bataclan; infine, agli albori della primavera ha assistito inerte alle vite recise a Zaventem. Ci siamo, improvvisamente, accorti di una vulnerabilità sopita sotto la coltre della nostra cultura e della nostra civiltà. Attraverso il mio voto favorevole all'aumento degli stanziamenti per la sicurezza delle istituzioni, spero che la prevenzione di possibili attacchi terroristici ci riporti ad una condizione di serenità. Il fabbisogno di ulteriori risorse si rende, così, imprescindibile e, di conseguenza, il rafforzamento pari a EUR 15,8 milioni inevitabile. Del suddetto ammontare la parte più ingente verrà destinata alle scuole europee affinché si possa garantire un ambiente il più sereno e sano possibile a tutti coloro che decidono di crescere abbracciando il nostro patrimonio culturale. Inoltre, colgo l'occasione per augurare buon lavoro ai 35 nuovi agenti di sicurezza supplementari assunti dal Parlamento europeo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Council position on Draft amending budget No 3/2016 of the European Union for the financial year 2016: Security of the Institutions and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo prevê um reforço global de 15,8 milhões de euros para questões de segurança nas instituições europeias. A parcela particular destinada ao Parlamento Europeu (cerca de 200 mil euros) destina-se, em grande medida, à contratação de mais 35 agentes de segurança, o que se revela uma exceção ao objetivo de redução de pessoal em 5 % dos efetivos.

Congratulo-me com o reforço de 3,5 milhões de euros para a segurança das escolas europeias.

Contudo, entendo que o reforço do investimento em segurança e o aumento do número de efetivos nesta área deve prosseguir um objetivo de eficácia de meios e procurar não prejudicar o acesso dos cidadãos europeus às instituições.

No que respeita ao Parlamento Europeu, espero que este reforço de efetivos permita incrementar a celeridade na receção de convidados e visitantes, melhorar o sistema de acreditação e assegurar a abertura e o acesso alargado às instalações da parte dos cidadãos.

Entendo fundamental assegurar a segurança de todos quantos trabalham ou visitam as instituições europeias e que o reforço dos meios deve salvaguardar as boas condições de trabalho e de receção de convidados.

Pelo exposto, apoio o presente relatório dos colegas José Manuel Fernandes e Gérard Deprez.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto si è reso necessario rafforzare il bilancio per la sicurezza di diverse istituzioni comunitarie anche a seguito degli attacchi terroristici del novembre 2015 a Parigi e di quelli del marzo 2016 a Bruxelles.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Aun valorando positivamente la internalización parcial del servicio de seguridad de las instituciones, rechazo que estos cambios sigan condicionados a un objetivo lineal de recortes y a nuevas externalizaciones que afectan al conjunto de trabajadores del Parlamento Europeo. Considero, además, que la discrecionalidad con la que vienen tomándose las medidas sobre seguridad en el Parlamento debería revisarse y en consecuencia, he votado en contra de esta propuesta.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Gli attentati hanno colpito nel cuore dell'Europa, a Bruxelles, capitale europea con tutte le sue istituzioni. È pertanto necessario investire in maggiore sicurezza nei luoghi delle istituzioni europee in tutte le sue sedi. Voto a favore di questo testo che rimarca la necessità di maggior personale per la sicurezza in tutte le istituzioni, e in particolare al Parlamento europeo. La sfida al terrorismo deve essere vinta sul piano dell'integrazione sociale e culturale nel lungo termine, senza dubbio l'intelligence è la chiave per il suo successo, ma nel breve periodo le istituzioni hanno il dovere di proteggere i dipendenti nella loro quotidianità.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem budżet korygujący PBK 3/2016 dotyczący bezpieczeństwa instytucji UE w kontekście niedawnych ataków terrorystycznych w Europie. Moim zdaniem kwestia bezpieczeństwa jest bezsprzecznie najistotniejsza, w związku z tym uważam, że kwota 15,8 mln EUR przeznaczona na wzmocnienie instytucji, sprzęt oraz szkolenia zwiększające bezpieczeństwo jest odpowiednia. Zagłosowałem za, ponieważ zapewnienie bezpieczeństwa tak naprawdę nie ma ceny, szczególnie kiedy obecnie zaistniała konieczność wzmocnienia środków bezpieczeństwa instytucji UE.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, since, following the recent terror attacks, I believe that we need to reinforce the security of the institutions including European Schools, the Parliament, the Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

Az Európai Parlament plenáris ülése tudomásul veszi a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet, annak a Bizottság által benyújtott formájában, valamint jóváhagyja az erről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 propose de renforcer les crédits alloués à la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016, pour un montant de 15,8 millions d'euros. Il s'agit de la protection des écoles européennes, des trois sites du Parlement européen (Bruxelles, Strasbourg, Luxembourg) et de la Commission. Si l'on ne peut pas voter contre ce texte, au risque d'être accusé d'avoir cherché à compromettre la sécurité des institutions européennes, celui-ci risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminuait. Par ailleurs, il aurait été possible de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'UE. Cependant, considérant qu'il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubriques sans impulsions budgétaires nouvelles, il est envisageable de s'abstenir sur ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Според мен увеличаването на бюджета за сигурността на служителите на европейските институции е оправдано. До момента аз лично не смятам, че институциите са добре пазени, и ако средствата са причина за това, то нека заделим малко повече. Разбира се, нека обаче ги използваме правилно и да проследим тяхното приложение. Дадени средства без контрол лесно се губят. Ще гласувам и за по-голям бюджет за сигурността на всеки един гражданин, защото виждаме, че днес това е едно от нашите основни предизвикателства. По-доброто решение обаче винаги ще бъде да изкореним проблема, за което аз и моята партия се борим много усилено.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η επίτευξη υψηλού επιπέδου ασφαλείας στις εγκαταστάσεις και τους χώρους των ευρωπαϊκών οργανισμών επιτυγχάνεται με την αγαστή συνεργασία των υπηρεσιών ασφαλείας και προστασίας του κράτους που τους φιλοξενεί και των αντίστοιχων υπηρεσιών των οργανισμών και όχι με την πρόσληψη επιπλέον προσωπικού.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

Az Európai Parlament plenáris ülése tudomásul veszi a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet, annak a Bizottság által benyújtott formájában, valamint jóváhagyja az erről szóló tanácsi álláspontot.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os recentes ataques terroristas obrigaram as Instituições da União a rever as suas necessidades no domínio da segurança e a identificar, já em 2016, os recursos adicionais necessários.

Ora, a proposta presente prevê o reforço em 15,8 milhões de euros do orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa.

Esta alteração permitirá criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu, lugares esses que devem ser mantidos no orçamento para 2017 e isentos do objetivo de reduzir em 5 % os efetivos, uma vez que se destinam a uma nova atividade.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: considérant qu'il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubrique sans impulsions budgétaires nouvelles, il est envisageable de s'abstenir sur ce texte.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe o reforço do orçamento para a segurança das instituições da UE.

Este reforço visa melhorar as infraestruturas, reforçar a segurança IT, o treino e o recrutamento de pessoal. Em relação ao Parlamento Europeu, mediante proposta do Secretário-Geral e da Mesa, são criados 35 postos de trabalho permanentes adicionais para o recrutamento de agentes de segurança adicionais, devendo ser estes postos mantidos no orçamento de 2017 e isentos da meta de redução de pessoal de 5 %, uma vez que correspondem a uma nova atividade.

A Comissão Europeia propõe para compensar o aumento de 15,8 milhões de euros em apropriações no título H5 uma redução do mesmo montante da rubrica ITER.

Na sequência dos atentados terroristas ocorridos em Bruxelas, as autoridades competentes foram convidadas a propor a internalização de serviços anteriormente externalizados.

Pela nossa parte, sempre defendemos a internalização dos serviços, desde logo por razões que se prendem com os direitos dos trabalhadores e a prevenção de situações de exploração e precariedade.

Durante a discussão na Comissão dos Orçamentos, o nosso grupo clarificou que era contra quaisquer indivíduos armados no interior das instituições. Ademais, defendeu a internalização de vários outros serviços (incluindo, entre outros, intérpretes, tradutores, engenheiros de TI).

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quando ritengo necessario incrementare il livello di sicurezza delle istituzioni europee per tutelare innanzitutto chi ci lavora, ma anche il loro valore simbolico. L'attentato terroristico che ha colpito Bruxelles lo scorso 22 marzo nella stazione di Maalbeek a pochi metri dalle sedi del PE, della Commissione UE, e del Comitato delle regioni, è la prova di come le istituzioni siano un obiettivo sensibile da parte dei terroristi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Pri tomto konkrétnom návrhu opravného rozpočtu ide o návrh posilniť rozpočet na bezpečnosť v európskych školách, Európskom parlamente, Európskej komisii, na Súdnom dvore Európskej únie, Európskom dvore audítorov, v Európskom hospodárskom a sociálnom výbore a vo Výbore regiónov a navýšiť ho o celkovú sumu 15,8 milióna EUR. Pôjde aj o vytvorenie 35 dodatočných pracovných miest na nábor zamestnancov bezpečnostnej služby v Európskom parlamente.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dal testo in quanto contesto alcuni punti riguardante l'aumento di bilancio per la sicurezza, ma concordo invece sul tema della sicurezza dei bambini nelle scuole europee.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Ασφάλεια των θεσμικών οργάνων, καθώς η επίτευξη υψηλού επιπέδου ασφάλειας στις εγκαταστάσεις και τους χώρους των ευρωπαϊκών οργανισμών διασφαλίζεται με την αγαστή συνεργασία μεταξύ των υπηρεσιών ασφαλείας και προστασίας του κράτους που τους φιλοξενεί και των αντίστοιχων υπηρεσιών των οργανισμών και όχι με την πρόσληψη επιπλέον προσωπικού.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Draft amending budget No 3 for the year 2016 refers to new security needs identified by the EU institutions following the recent terror attacks.

It proposes to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the Parliament, the Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service.

As far as the European Parliament is concerned, the Draft amending budget aims to create 35 additional permanent posts for the recruitment of security agents. These posts should be exempt from the 5% staff reduction target, as they correspond to a new activity.

I am in favour of Draft amending budget 3/2016.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

A közelmúltban bekövetkezett terrortámadások fényében indokoltnak látom új biztonsági intézkedések bevezetését és szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

Az Európai Parlament plenáris ülése tudomásul veszi a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet, annak a Bizottság által benyújtott formájában, valamint jóváhagyja az erről szóló tanácsi álláspontot. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, considerando que los atentados terroristas han inducido a las instituciones de la Unión a revisar sus necesidades en materia de seguridad y a determinar ya en 2016 sus necesidades de recursos adicionales. El proyecto de presupuesto rectificativo propone aumentar en 15,8 millones EUR el presupuesto para la seguridad en las Escuelas Europeas, el Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el Tribunal de Justicia, el Tribunal de Cuentas Europeo, el Comité Económico y Social Europeo, el Comité de las Regiones y el Servicio Europeo de Acción Exterior.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016: Sicherheit der Organe gestimmt, da ich die Notwendigkeit einer Anpassung der Sicherheitsmaßnahmen an die gestiegenen Anforderungen nach den Anschlägen von Paris und Brüssel sehe. Gleichzeitig betone ich im Fall des Europäischen Parlaments, dass ich die Brüsseler Gebäude in ihrer aktuellen Lage für weiterhin komplett ungeeignet halte, um den notwendigen Sicherheitsaspekten zu genügen. Ich fordere einen Komplettumzug des Europäischen Parlaments in das deutlich sicherere und besser gelegenere Straßburg.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Auf Grund der erhöhten Gefahr von Terroranschlägen gegen Einrichtungen der Europäischen Union wird der Berichtigungshaushaltsplan Nr. 3/2016 um insgesamt 15,8 Millionen Euro aufgestockt. Die aus diesen Mitteln finanzierten Sicherheitsmaßnahmen werden in Zukunft europäische Einrichtungen, wie zum Beispiel Europäische Schulen, das Europäische Parlament und alle weiteren EU-Organe schützen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Following a recent review of security following the recent terror attacks, draft amending budget No 3/2016 proposes to reinforce the security budget by EUR 15.8m in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. Security is of paramount importance, and I duly voted in favour.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este proyecto de presupuesto rectificativo que pretende destinar una partida a la contratación de 35 nuevos puestos de personal de seguridad armados, después de los ataques recibidos en la Unión Europea. Si bien, la seguridad es necesaria, pienso que hay otro tipo de medidas para garantizarla sin tener que recurrir a la militarización de todas las instituciones.

Como se recoge en el informe este proceso de contratación se hizo sin contar con el Parlamento adecuadamente. Además de ceñirse estrictamente al aumento de seguridad solo por el aumento del personal armado para vigilar las instituciones europeas, sin tener en cuenta el resto de sociedad civil que también está expuesta a estos ataques, o la seguridad en infraestructuras.

Es por esto que no apoyo este informe por su enfoque exclusivamente securitario, y opino que hay que atajar estos peligros desde un enfoque más inclusivo y que prevenga y solucione desde el origen los conflictos, y no resulte en una militarización de nuestro entorno.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which proposes to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. This is in response to a recent review of security following the terrorist attacks.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament approves that the budget to secure of the institutions should be reinforced by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service in order to raise the level of security against such threats as terrorists attacks.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A közelmúltban végrehajtott európai terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti szükségleteket.

A 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezet ennek következtében a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban.

Az Európai Parlament plenáris ülése tudomásul veszi a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet, annak a Bizottság által benyújtott formájában, valamint jóváhagyja az erről szóló tanácsi álláspontot.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Council amendment to the budget to increase the security of the institutions. The recent terror attacks have led the Union institutions to review their security needs and to identify the need for additional resources already in 2016. Draft amending budget No 3/2016 consequently proposed to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. I believe this is required and that all institutions should be adequately secured. In particular, the amendment aims to create 35 additional permanent posts for the recruitment of additional security agents in the European Parliament. These posts should be maintained in the 2017 budget and exempt from the 5% staff reduction target, as they correspond to a new activity.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Mit dem dritten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr sollen Mittel um 15,8 Mio. EUR aufgestockt und 35 neue Stellen geschaffen werden, um nach den Terroranschlägen der vergangenen Monate in verschiedenen europäischen Städten die Sicherheit in den Europäischen Institutionen zu erhöhen. Da es sich um eine unvorhergesehene neue Ausgabe handelt, ist die EKR-Fraktion für diesen Berichtigungshaushaltsplan. Entsprechend habe ich dem Bericht meine Zustimmung gegeben.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I am in favour of Draft amending budget 3/2016, which refers to new security needs identified by the EU institutions following the recent terror attacks.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 3/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Sigurnost institucija, zbog toga što su teroristički napadi doveli u pitanje sigurnost svih građana.

U tom kontekstu smatram da su dodatni resursi posebno važni kada je riječ o europskim školama. Držim da sve izmjene proračuna, pa i ova br. 3/2016, moraju biti u konačnici dobro promišljene, transparentno provedene, učinkovite i u skladu s realnim potrebama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce projet rectificatif risque, à mon sens, d'augmenter le coût de la sécurisation de nos institutions par une hausse des effectifs et d'en répercuter le coût année après année. Il aurait été préférable de procéder à une meilleure affectation du personnel. Toutefois, je n'entends pas voter contre une mesure se souciant de la sécurité des institutions, même si sa gestion budgétaire est perfectible.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – In view of recent terror attacks, I believe it is crucial that European Union's institutions review their security need and identify the urgency for additional resources already in 2016. The budget for security must be reinforced with regard to new activities connected to tackling terrorism threat, like for example the demand of the recruitment of additional security agents. That is why I supported this report.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues José Manuel Fernandes et Gérard Deprez sur la sécurité des institutions. Suite aux tragiques attaques de Paris et de Bruxelles, il était important que nous renforcions la sécurité des bâtiments publics de l'Union qui sont des cibles potentielles. Ce rapport permet de renforcer le budget de la sécurité de plusieurs institutions européennes, pour un montant total de 15,8 millions d'euros.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Έχοντας υπόψη τις τελευταίες τρομοκρατικές επιθέσεις, είναι επιβεβλημένη η αύξηση των μέτρων ασφαλείας για τους εργαζόμενους στα κτίρια της Ευρωπαϊκής Ένωσης και, επομένως, η μετακίνηση κονδυλίων του προϋπολογισμού στην ασφάλεια των θεσμικών οργάνων είναι απολύτως αναγκαία.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht geht davon aus, dass – obwohl überall in den Mitgliedstaaten Kürzungen erfolgen – mehr Geld in die Hand genommen werden muss, um das Sicherheitsbedürfnis der Institutionen zu stillen. Dabei patrouillieren bereits Soldaten vor den Gebäuden, welche mit schusssicheren Eingängen gesichert sind. Ebenso soll mehr Sicherheitspersonal eingestellt, während das operative Personal der Institutionen um fünf Prozent gekürzt werden soll. Die Mittel, welche dafür aufgewendet werden, fehlen in der ursprünglich vorgesehenen Budgetverteilung, da sie aus anderen Budgetlinien umgeschichtet werden müssen. Im Sinne einer angemessenen Haushaltsführung und eines vernünftigen Sicherheitskonzepts lehne ich daher den vorliegenden Vorschlag ab.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Mit dem dritten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr sollen Mittel um 15,8 Mio. EUR aufgestockt und 35 neue Stellen geschaffen werden, um nach den Terroranschlägen der vergangenen Monate in verschiedenen europäischen Städten die Sicherheit in den Europäischen Institutionen zu erhöhen. Da es sich um eine unvorhergesehene neue Ausgabe handelt, ist die EKR-Fraktion für diesen Berichtigungshaushaltsplan. Entsprechend habe ich dem Bericht meine Zustimmung gegeben.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 25. října 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o návrhu opravného rozpočtu č. 3/2016: bezpečnost orgánů EU. Jedná se o krok, který zvyšuje prostředky v rozpočtové kapitole rozpočtu EU věnované bezpečnostním opatřením v institucích EU. Potřeba posílení bezpečnosti v institucích EU přišla především poté, co se začaly v médiích objevovat zprávy, že někteří z údajných pachatelů teroristických útoků v Paříži a Bruselu pracovali dříve v institucích EU jako zaměstnanci externích společností a dodavatelů služeb. V návaznosti na to byly příslušné orgány požádány, aby navrhly internalizaci některých outsourcovaných služeb, aby již nikdy nedošlo k tomu, že je budou v těchto institucích vykonávat neprověřené osoby. Tyto prostředky jsou určeny zejména ke zlepšení infrastruktury, k posílení zabezpečení IT, ke školení a k náboru nových interních pracovníků. Vzhledem k tomu, že toto rozumné snižování bezpečnostní rizika podporuji, avšak nepodporuji

již další navyšování rozpočtu a vyznávám názor, že současný rozpočet je potřeba především očistit od nepotřebné agendy ve prospěch těch potřebných, jako je právě bezpečnost, musela jsem se u konečného hlasování bohužel zdržet.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — I supported Draft amending budget No 3/2016 because it proposes to reinforce the security budget by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. There is no doubt that the budget for security should be increased particularly in the wake of the November 2015 attacks in Paris and those of March 2016 in Brussels. Another argument in support for security budget increase is the fact that EU institutions have reviewed their security needs and have found security lapses that should be addressed in short to medium term.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il bilancio rettificativo n. 3/2016 prevede uno storno di stanziamenti a valere sul bilancio europeo del 2016 per rafforzare il bilancio della sicurezza e per adeguare le risorse al fabbisogno delle istituzioni europee. A seguito degli attacchi terroristici degli ultimi mesi, ritengo necessario incrementare le misure di sicurezza anche nelle nostre istituzioni, che sono sì un luogo di lavoro, ma dove accogliamo migliaia di cittadini europei in visita ogni anno. Voto pertanto a favore dello storno.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le projet de budget rectificatif nº 3/2016: sécurité des institutions. Ce projet de budget rectificatif propose de renforcer le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016, pour un montant de 15,8 millions d'euros. La répartition s'effectue comme suit: 3,5 millions d'euros pour la protection des écoles européennes, 200 000 euros pour le Parlement européen et le recrutement de 35 nouveaux agents de sécurité afin de fournir une protection armée des points sensibles sur les trois sites du parlement, 5 millions d'euros pour la sécurisation des immeubles et du personnel de la Commission. Enfin, 2,5 millions sont accordés pour le Service européen pour l'action extérieure, 2,1 pour la Cour des comptes, 1,8 pour la CJUE, etc. Assurer la sécurité de tous ces endroits est très important, mais ce texte risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, un coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminuait.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette rectification budgétaire numéro 3 pour l'année 2016 est consacrée au renforcement des moyens accordés à la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, pour un montant de 15,8 millions d'euros, par le biais d'un redéploiement de crédits disponibles. Même si cette modification n'a pas d'incidence sur le volume global du budget, il est à craindre que les postes créés de nouveaux agents de sécurité soient reportés chaque année, même en cas de diminution du risque terroriste.

Par conséquent, je me suis ABSTENU sur ce projet de budget rectificatif.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De derde aanpassing van de begroting 2016 voorziet in 15,8 miljoen EUR om de veiligheid van de Europese instellingen te verbeteren. Hiervan is 3,5 miljoen EUR bestemd voor de Europese scholen, 5 miljoen EUR voor de Europese Commissie en 0,2 miljoen EUR voor het Europees Parlement. In het Europees Parlement zullen 35 gewapende veiligheidsagenten worden opgesteld die gewapende bijstand kunnen leveren vanuit drie strategisch gekozen posten in het gebouw.

De bijkomende 35 nieuwe veiligheidsagenten vertegenwoordigen ongeveer 5% van het totaal aan personeel van DG Safe van het EP. De Parlementsleden van de N-VA gaan akkoord met de versterking van de gebouwen van de Europese instellingen zodat er in een noodgeval gewapend kan worden ingegrepen door de veiligheidsdiensten. Verder blijft de N-VA voorstander van de uitvoering van de vermindering met 5% van het personeel van alle Europese instellingen, overeenkomstig de afspraken die binnen het meerjarig financieel kader 2013-2020 zijn gemaakt.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe que propone reforzar el presupuesto para la seguridad en las Escuelas Europeas, el Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el Tribunal de Justicia, el Tribunal de Cuentas Europeo, el Comité Económico y Social Europeo, el Comité de las Regiones y el Servicio Europeo de Acción Exterior, tal y como fue revisado después de los ataques de noviembre de 2015 en París y en Bruselas este año.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Aun valorando positivamente la internalización parcial del servicio de seguridad de las instituciones, rechazo que estos cambios sigan condicionados a un objetivo lineal de recortes y a nuevas externalizaciones que afectan al conjunto de trabajadores del Parlamento Europeo. Considero, además, que la discrecionalidad con la que vienen tomándose las medidas sobre seguridad en el Parlamento debería revisarse y en consecuencia, he votado en contra de esta propuesta.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente propuesta de resolución del Parlamento Europeo se aprueba la posición del Consejo sobre el proyecto rectificativo n.º 3/2016, en el que se propone aumentar en 15,8 millones de euros el presupuesto para la seguridad en diversas instituciones europeas, como es el caso del Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el Tribunal de Justicia, el Tribunal de Cuentas Europeo, el Comité Económico y Social Europeo, el Comité de las Regiones, el Servicio Europeo de Acción Exterior, así como en las Escuelas Europeas.

Voto a favor de la propuesta de resolución ya que los recientes atentados terroristas nos han inducido a revisar nuestra seguridad y, tras una adecuada evaluación, a concluir en la necesidad de recursos adicionales.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Mit dem dritten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr sollen Mittel um 15,8 Mio. EUR aufgestockt und 35 neue Stellen geschaffen werden, um nach den Terroranschlägen der vergangenen Monate in verschiedenen europäischen Städten die Sicherheit in den Europäischen Institutionen zu erhöhen. Da es sich um eine unvorhergesehene neue Ausgabe handelt, ist die EKR-Fraktion für diesen Berichtigungshaushaltsplan. Entsprechend habe ich dem Bericht meine Zustimmung gegeben.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of reinforcing the budget for security in several of the EU institutions.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Návrh zvyšuje výdaje Evropského parlamentu, Komise a dalších institucí EU na nové kamery a bezpečnostní rámy o 16 milionů EUR a navrhuje najmutí dalších 35 ozbrojených pracovníků EP, aniž by EU musela snížit o 35 počet pracovníků v jiných oblastech. Navýšené výdaje jsou na úkor členských států, proto jsem hlasoval proti.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Susțin acest raport deoarece avem nevoie de mai multă siguranță pentru cetățenii europeni și pentru toate persoanele aflate pe teritoriul Europei.

Atacurile teroriste din acest an ne-au demonstrat mai multe lucruri: (a) statele membre (SM) care nu trimit la timp sau deloc informații corecte și complete în bazele de date europene (SIS,VIS, EURODAC), la Europol sau către statele cu care au relații bilaterale în aceste domenii; (b) o mare parte dintre SM care asigură frontiera externă a Uniunii nu au resursele necesare și echipe pregătite pentru a face față crizei migrației și a refugiaților.

În aceste condiții și în contextul adoptării recente a unor reguli pentru aplicațiile mobile pentru granițe, întărirea granițelor, cumpărarea de echipamente în aeroport și la celelalte granițe, avem nevoie de măsuri suplimentare.

Proiectul de buget rectificativ nr 3/2016 prevede acordarea de 15,8 milioane EUR pentru măsuri suplimentare de securitate. Din această sumă, 3,5 milioane EUR vor merge la Școlile Europene, 5 milioane la Comisie și 0,2 milioane la Parlament.

Această sumă de bani permite recrutarea unui număr de 35 de posturi permanente suplimentare de agenți de securitate în instituții.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Following the November 2015 attacks in Paris and those of March 2016 in Brussels, all institutions have reviewed their security needs in the short to medium term. Draft amending budget No 3 for the year 2016 proposes to reinforce the budget for security for a total of EUR 15.8 million. I support the position that we have to find additional money for security.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Teroristické útoky v Únii, a zvlášť v sídle jej orgánov otvorili aj otázku dostatočnej bezpečnosti a dostatočných zdrojov na ich ochranu.

Týmto návrhom sa posilňuje rozpočet na bezpečnosť v európskych školách, Európskom parlamente, Európskej komisii, na Súdnom dvore, Európskom dvore audítorov, v Európskom hospodárskom a sociálnom výbore, vo Výbore regiónov a v Európskej službe pre vonkajšiu činnosť celkom o sumu 15,8 milióna EUR.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 3/2016 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016: Ασφάλεια των θεσμικών οργάνων, διότι είναι καθήκον του κράτους στο οποίο εδρεύουν τα όργανα της ΕΕ να εξασφαλίζει με δικό του κόστος την ασφάλεια των μελών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και των υπαλλήλων της ΕΕ και να μην μετακυλίει το εν λόγω κόστος στον προϋπολογισμό της Ένωσης και κατ' επέκταση στους Ευρωπαίους φορολογούμενους. Επιπλέον, επισημαίνεται ότι τα κράτη στα οποία εδρεύουν όργανα της ΕΕ αποκομίζουν αυξημένα οικονομικά πλεονεκτήματα λόγω της εκεί εγκατάστασης των εν λόγω οργάνων της ΕΕ.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

Ce texte propose de renforcer le budget de la sécurité de plusieurs institutions européennes, suite aux attentats de 2015 et de 2016. Le montant envisagé est de 15,8 millions d'euros. Nous sommes bien évidemment favorables à la mise en place de mécanismes efficaces de lutte contre le terrorisme mais nous sommes opposés à la création de postes permanents car le coût serait alors reporté chaque année, quelles que soient les circonstances. Cependant, il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubriques: il n'y a pas de nouvelles impulsions budgétaires. Je me suis ainsi abstenu.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório afirma a necessidade da internalização dos serviços da UE. Os fundamentos das medidas recomendadas neste relatório não são, em minha opinião, os mais corretos. Contudo, a internalização dos serviços beneficia mais os trabalhadores do que a terceirização dos mesmos, garantindo-lhes condições de vida decentes, assim como a prevenção de situações bem conhecidas de exploração e precariedade. Abstive-me.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al incremento en 15,8 millones de euros del presupuesto para la seguridad en las instituciones europeas para potenciar la vigilancia ante la amenaza de atentados terroristas. Esta partida permitirá además la creación de 35 puestos permanentes para la contratación de agentes de seguridad adicionales en el Parlamento Europeo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier geht es um den Haushaltsberichtigungsbudget 3/2016, welches die Sicherheit der europäischen Institutionen betrifft. Diese Institutionen wären z.B. europäische Schulen, das Parlament, die Kommission, der EUGH, der Rechnungshof, etc. Die dafür notwendigen Mittel sollen durch Budgetumschichtungen generiert werden. Wünschenswert wäre, wenn die Europäische Union insgesamt mehr Wert auf Sicherheit und nicht nur bei den eigenen Institutionen fordern und umsetzten würde. Daher habe ich negativ abgestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Tarybos siūlomiems biudžeto pakeitimams, kuriais skiriama daugiau lėšų ES institucijų Briuselyje saugumui užtikrinti, atsižvelgiant į 2016 m. vykusius teroristinius išpuolius ir augantį ekstremistinių aktų pavojų.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce budget rectificatif de l'UE pour 2016 vise à dégager des moyens supplémentaires pour la sécurité des institutions européennes dans le contexte de menace terroriste, en particulier en France et en Belgique. La nécessité d'assurer la sécurité des institutions et de ceux qui y travaillent peut difficilement être contestée sur le fond. Mais pourquoi n'a-t-elle pas été prise en compte avant, dès l'adoption du budget 2016 et a fortiori dans les deux budgets modificatifs déjà votés en 2016? La menace terroriste était malheureusement déjà connue. Je déplore donc une fois de plus l'imprévision budgétaire dont fait preuve l'UE. Avec comme premiers responsables la Commission qui prépare son budget et le Conseil qui l'adopte. Obnubilés par des critères dogmatiques d'austérité, les budgets proposés ne répondent pas aux urgences les plus élémentaires du moment. Je déplore également que l'Union ne se préoccupe ici que de traiter les symptômes du terrorisme plutôt que de tarir ses causes géopolitiques. Néanmoins, pour ne priver les institutions et leurs employés d'aucune protection utile, je vote néanmoins pour ce rapport.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette rectification budgétaire numéro 3 pour l'année 2016 est consacrée au renforcement des moyens accordés à la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, pour un montant de 15,8 millions d'euros, par le biais d'un redéploiement de crédits disponibles. Même si cette modification n'a pas d'incidence sur le volume global du budget, il est à craindre que les postes créés de nouveaux agents de sécurité soient reportés chaque année même si le risque terroriste diminuait.

Par conséquent, je me suis abstenue sur ce projet de budget rectificatif.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Na sequência dos ataques de Paris, em novembro de 2015, e de Bruxelas, em março de 2016, todas as instituições procederam a uma revisão das suas necessidades de segurança a curto e médio prazo.

O projeto de orçamento para 2017 inclui elementos suplementares relacionados com a segurança para quase todas as instituições. No entanto, em alguns casos, a necessidade de acelerar o reforço das medidas de segurança e instalações exige recursos suplementares já em 2016.

O presente projeto de orçamento retificativo (POR) n.º 3 para o exercício de 2016 propõe reforçar o orçamento para a segurança num total de 15,8 milhões de euros. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the amendments to increase the budget to heighten security at the Union's institutions following the terrorist attacks in Paris and Brussels.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du budget rectificatif visant à assurer la sécurité des institutions européennes et de son personnel. À la lumière des derniers attentats, nous avons dû revoir à la hausse nos besoins en matière de sécurité et ressources humaines. Dans ce cadre, 35 postes permanents supplémentaires seront créés pour le recrutement de nouveaux agents de sécurité au PE. Cet ajustement de 15,8 millions d'euros se justifie amplement car il s'agit de protéger non seulement les institutions européennes se situant en Belgique et en France, mais aussi les écoles européennes et l'ensemble du personnel qui travaille au sein de ces institutions.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2016. június 30-án nyújtotta be 3/2016. számú költségvetés-módosítási tervezetét, amely a legújabb terrortámadásokra tekintettel a biztonsági költségvetés összesen 15,8 millió euróval való növelését javasolja az Európai Iskolákban, az Európai Parlamentben, az Európai Bizottságban, a Bíróságon, az Európai Számvevőszéken, az Európai Gazdasági és Szociális Bizottságban, a Régiók Bizottságában és az Európai Külügyi Szolgálatban. A Tanács ezzel kapcsolatos álláspontját 2016. október 11-én fogadta el. A Költségvetési Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament vegye tudomásul a 3/2016. sz. költségvetés-módosítási tervezetet annak a Bizottság által benyújtott formájában, és hagyja jóvá az erről szóló tanácsi álláspontot.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 propose de renforcer le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'UE, à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016, pour un montant de 15,8 millions d'euros. Le financement de ces crédits supplémentaires est assuré par un redéploiement des crédits disponibles de la ligne opérationnelle d'ITER et ce, pour éviter toute incidence globale au niveau des paiements. Si on ne peut se permettre de voter contre ce texte, il risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminuait. Il aurait été possible de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'UE. Cependant, considérant qu'il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubrique sans impulsions budgétaires nouvelles, il appellera notre abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a posição do relator relativamente à revisão das necessidades das Instituições Europeias, no domínio da segurança, na sequência dos mais recentes ataques terroristas, e a identificar, ainda em 2016, os recursos adicionais necessários.

Defendo a proposta de reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa, assim como a proposta de criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu.

Pelo exposto, o presente relatório tem o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 propose de renforcer d'un montant de 15,8 millions d'euros le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'Union à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016. Ce texte risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, un coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminue. Pour garantir une nécessaire sécurité, il était possible de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'Union. C'est pourquoi je me suis abstenue.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which proposes to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. This is in response to a recent review of security following the terrorist attacks.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur le projet de budget rectificatif nº 3/2016 de l'Union européenne pour l'exercice 2016: sécurité des institutions. À la suite des attentats de Paris et de Bruxelles, le texte prévoit de renforcer à hauteur de 15,8 millions d'euros (dont 200 000 euros pour le Parlement européen) le budget consacré à la sécurité de plusieurs institutions européennes particulièrement menacées.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that will reinforce the budget for security for the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the European Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of Regions and the European External Action Service following recent terror attacks that have led these institutions to review their security needs.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da hier einfach mehr Geld in die Hand genommen wird, um Leute einzustellen, die von der 5 %-Regelung nicht betroffen sind. Im Hinblick auf den neuen Fahrerdienst wird das Geld anderswo fehlen und muss auch von sonst irgendwo herbeigeschafft werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Viimastest terrorirünnakutest tulenevalt tugevdati institutsioonide turvameetmeid, mis nõuab muudatusi 2016 aasta eelarves.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Atsižvelgiant į buvusius teroristinius išpuolius bei jų grėsmę ateityje, institucijų saugumui turi būti skiriamas tinkamas dėmesys. Manau, kad pasiūlymas sukurti papildomus nuolatinius saugos darbuotojų etatus yra netikslingas. Be to, labai svarbu, kad Parlamentas tinkamai ir solidariai su kitomis institucijomis laikytųsi darbuotojų mažinimo 5 proc. tikslo. Todėl siekiant užtikrinti maksimalų saugumo lygį, turėtų būti sudaromi nauji saugumo susitarimai dėl stebėjimo Sąjungos pastatų viduje ir išorėje vykdymo, o visi papildomi darbuotojai turėtų būti įdarbinami sudarant išorės sutartis.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding motion for a resolution. The motion was to give consent to the Commission proposal. The Commission proposal was to spend an extra EUR 15.8 million on security provisions for EU institutions. Some of the provisions were not objectionable, such as extra CCTV and x-ray machines. However, the only security proposal for the European Parliament was to create posts for 35 EU officials who will be armed and deployed within Parliament. If there is to be external security, it should be through professional private contractors or nation-state security, not through arming EU officials. The proposal would mean the acquisition of 7 new armoured vehicles for the European External Action Service and spending money on securing the private lodgings of EU Commissioners.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della proposta in esame. I recenti avvenimenti, mi riferisco in particolare agli attacchi terroristici sul suolo europeo, hanno fatto sì che le istituzioni dell'UE riesaminassero le rispettive esigenze in materia di sicurezza, andando a rafforzare il bilancio in tale settore. Considerando, quindi, tali priorità le istituzioni hanno apportato alcune modifiche al bilancio prevedendo la creazione di 35 posti permanenti per l'assunzione di agenti di sicurezza presso il Parlamento europeo. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prioritet Europske unije je sigurnost njenih građana. Ona je svakako višedimenzionalna, no u zadnje vrijeme čini se da joj najviše prijete terorističke aktivnosti. Ova se tvrdnja pokazala točnom kod terorističkih napada na Pariz 2015. i Brussels 2016. koji su prisilili sve institucije da pregledaju svoje sigurnosne potrebe u relativno kratkom roku.

Tako nacrt proračuna za 2017. uzima u obzir dodatne sigurnosne potrebe skoro svih institucija. Ipak, na nekim institucijama potrebno je ranije djelovanje i ubrzanje pojačanja sigurnosnih mjera. Podržavam nacrt rebalansa proračuna br. 3. za 2016. godinu jer on pokazuje brigu o našoj sadašnjosti, ali i o budućnosti. Proračun ne izdvaja značajnija sredstva samo za institucije koje se tiču Komisije i Parlamenta, već i za sudstvo, što pokazuje brigu za sadašnjost i skladno uređenje odnosa unutar EU-a.

Posebice podupirem brigu za budućnost koja je jasno vidljiva u izdvojenim sredstvima za poboljšanje sigurnosti europskih škola. Uzalud nam je sva sigurnost europskih institucija, ako ne zaštitimo naše najmanje i najranjivije. O njima trebamo u svakoj situaciji voditi posebnu brigu i štititi ih od svih nedaća.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget rectificatif nº 3 pour l'année 2016 propose de renforcer le budget de la sécurité de nombreuses institutions de l'UE à la suite des attentats survenus à Paris en novembre 2015 et à Bruxelles en mars 2016 pour un montant de 15,8 millions d'euros. Le texte risque de conduire à la création de postes permanents par le recrutement de nouveaux agents de sécurité, un coût qui serait alors reporté chaque année, même si le risque terroriste diminuait. Par ailleurs, il aurait été possible de réaffecter le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'UE. Cependant, considérant qu'il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubrique sans impulsions budgétaires nouvelles et que la sécurité est à l'heure actuelle un enjeu majeur, je ne rejette pas ce texte et préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zbog nedavnih terorističkih napada institucije Unije su preispitale svoje sigurnosne potrebe i pritom utvrdile da su dodatni resursi potrebni već u 2016. godini. Predloženo je da se proračun za sigurnost u europskim školama, Europskom parlamentu, Europskoj komisiji, Sudu Europske unije, Europskom revizorskom sudu, Europskom gospodarskom i socijalnom odboru, Odboru regija i Europskoj službi za vanjsko djelovanje poveća za ukupni iznos od 15,8 milijuna EUR.

Želi se uspostaviti 35 dodatnih stalnih radnih mjesta u Europskom parlamentu za zapošljavanje dodatnog sigurnosnog osoblja. Parlament u potpunosti poštuje svoju izjavu o smanjenju osoblja za 5 % koja je priložena zajedničkim zaključcima o proračunu za 2016.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016 propõe reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa. Tem por objetivo criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu.

Este orçamento retificativo visa reforçar a política securitária da UE, incutindo o medo e desvalorizando por completo a necessidade de atacar os problemas pela base. Resolvam-se os problemas no Médio Oriente, acabando com a ajuda aos grupos terroristas e ao regime criminoso de Israel e a paz certamente regressará ao continente europeu com o fim dos atentados.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Projekt budżetu korygującego (PBK) nr 3 za 2016 r. dotyczy bezpieczeństwa instytucji UE w świetle niedawnych ataków terrorystycznych w Europie. PBK nr 3/2016 jest zabiegiem technicznym przewidującym 15,8 mln EUR na wzmocnienie instytucji, w tym sprzęt oraz szkolenia służące zapewnieniu bezpieczeństwa. Z kwoty tej 3,5 mln EUR zostanie przeznaczone na szkoły europejskie, 5 mln EUR na Komisję Europejską, a 0,2 mln EUR na Parlament Europejski. Wzmocnienie Parlamentu polega na zatrudnieniu 35 dodatkowych pracowników ochrony zapewniających zbrojną ochronę strategicznych punktów w budynkach Parlamentu. Chociaż kwota 15,8 mln EUR z tytułu płatności może zostać przeniesiona z innej linii budżetowej, powiązane środki na zobowiązania muszą zostać pokryte z marginesu w sekcji administracyjnej budżetu UE ze względu na wyższą niż przewidywano waloryzację wynagrodzeń i emerytur w ubiegłym roku. Mając na względzie konieczność wzmocnienia środków bezpieczeństwa instytucji UE, poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui propose de renforcer le budget dédié à la sécurité de certaines institutions européennes. Il est normal que les citoyens et les personnels de ces institutions, notamment à Bruxelles par exemple, soient davantage protégés.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os recentes ataques terroristas obrigaram as Instituições da União a rever as suas necessidades no domínio da segurança, assim como discutir e identificar os recursos adicionais necessários.

O projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016 prevê adicionar recursos no domínio da segurança às seguintes instituições: Escolas europeias, Parlamento Europeu, Comissão Europeia, Tribunal de Justiça Europeu, Tribunal de Contas Europeu, Comité Económico e Social Europeu, Comité das Regiões e Serviço Europeu de Ação Externa.

Concordo que o maior reforço incida sobre as escolas europeias, visto que a educação e a formação dos jovens europeus não pode ser afetada por falta de segurança.

No que toca ao aumento de fundos para a segurança no Parlamento Europeu, que terá por objetivo a contratação de 35 novos agentes permanentes, considero que se trata de um aumento responsável e adequado e que garantirá mais segurança não só aos muitos funcionários desta instituição como também a milhares de visitantes que mensalmente por cá passam.

Apoio vivamente o relatório dos colegas José Manuel Fernandes e Gérard Deprez.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this binding motion for a resolution. The motion was to give consent to the Commission proposal. The Commission proposal was to spend an extra EUR 15.8 million on security provisions for EU institutions. Some of the provisions were not objectionable, such as extra CCTV and x-ray machines. However, the only security proposal for the European Parliament was to create posts for 35 EU officials who will be armed and deployed within Parliament. If there is to be external security, it should be through professional private contractors or nation-state security, not through arming EU officials. The proposal would mean the acquisition of 7 new armoured vehicles for the European External Action Service and spending money on securing the private lodgings of EU Commissioners.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que os recentes ataques terroristas obrigaram as Instituições da União a rever as suas necessidades no domínio da segurança e a identificar, já em 2016, os recursos adicionais necessários para o combate ao terrorismo.

Uma das propostas passa por reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa.

E tem por objetivo criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu, considerando que esses lugares devem ser mantidos no orçamento para 2017 e isentos do objetivo de reduzir em 5 % os efetivos, uma vez que se destinam a uma nova atividade.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Os recentes ataques terroristas obrigaram as Instituições da União a reverem as suas necessidades no domínio da segurança e a identificarem, já em 2016, os recursos adicionais necessários.

Por conseguinte, o projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016 propõe reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa.

Tem ainda por objetivo criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu. O relatório do Parlamento Europeu aprova a posição do Conselho sobre o projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución mediante la cual el Parlamento aprueba la posición del Consejo sobre el sobre el proyecto de presupuesto rectificativo n.º 3/2016, por el que se aumenta en 15,8 millones de euros el presupuesto destinado a garantizar la seguridad en las Escuelas Europeas, el Parlamento Europeo, la Comisión Europea, el Tribunal de Justicia, el Tribunal de Cuentas Europeo, el Comité Económico y Social Europeo, el Comité de las Regiones y el Servicio Europeo de Acción Exterior a la vista de las nuevas necesidades detectadas tras los últimos ataques terroristas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le projet de budget rectificatif nº 3/2016 car les récents attentats terroristes ont incité les institutions de l'Union à revoir leurs besoins en matière de sécurité. Ce budget propose notamment le recrutement de 35 agents de sécurité au Parlement européen. Il est nécessaire que des moyens supplémentaires soient dégagés en termes de sécurité pour s'adapter à une nouvelle réalité. Le Parlement européen est un endroit particulièrement visité et il est essentiel que les personnes qui y travaillent ou y passent un moment se trouvent en sécurité. Ceci est tout aussi valable pour les autres institutions telles que les écoles européennes, la Commission, la Cour de justice, la Cour des comptes européenne, le Comité économique et social européen, le Comité des régions et le Service européen pour l'action extérieure, pour lesquelles le présent texte appelle à affecter des moyens supplémentaires à la sécurité.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Abejoju šio teisės akto reikalingumu. Sutinku, teroro aktai Prancūzijoje ir Belgijoje sukėlė tam tikrą susirūpinimą viešuoju saugumu, bet tuo užsiima nacionalinės institucijos. Ir užsiima sėkmingai. Tikrai nemanau, kad reikia kurti kažkokią europinę RES institucijų saugumo tarnybą ar net švaistyti laiką diskutuojant apie tai, kai yra ir svarbesnių darbų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os recentes ataques terroristas levaram a que as Instituições da União Europeia revissem as suas necessidades no domínio da segurança e, consequentemente, identificassem os recursos adicionais necessários para assegurar que todas as condições (logísticas, materiais, humanas, orçamentais ou outras) estão garantidas no que a esta importante condição diz respeito.

O projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016 propõe reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa.

Para além disso, este relatório prevê criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu (considerando que esses lugares devem ser mantidos no orçamento para 2017 e isentos do objetivo de reduzir em 5 % os efetivos).

Uma vez que se trata de uma questão que visa salvaguardar a segurança de todos os funcionários (e visitantes) das Instituições Europeias, bem como assegurar o regular funcionamento e ambiente dominante nas mesmas, votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este proyecto de presupuesto rectificativo, que pretende destinar una partida a la contratación de 35 nuevos puestos de personal de seguridad armados después de los ataques recibidos en la Unión. Si bien, la seguridad es necesaria, pienso que hay otro tipo de medidas para garantizarla sin tener que recurrir a la militarización de todas las instituciones.

Como se recoge en el informe este proceso de contratación se hizo sin contar con el Parlamento adecuadamente. Además de ceñirse estrictamente al aumento de seguridad solo por el aumento del personal armado para vigilar las instituciones europeas, sin tener en cuenta el resto de sociedad civil que también está expuesta a estos ataques, o la seguridad en infraestructuras.

Es por esto que no apoyo este informe por su enfoque exclusivamente securitario, y opino que hay que atajar estos peligros desde un enfoque más inclusivo y que prevenga y solucione desde el origen los conflictos, y no resulte en una militarización de nuestro entorno.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans zur Sicherheit der EU-Organe gestimmt, welcher nach den Pariser Attacken 2015 und den Anschlägen in Brüssel 2016 vorgelegt wurde. Die Gesamtsumme von 15,8 Millionen Euro wird auf die verschiedenen europäischen Institutionen aufgeteilt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Aun valorando positivamente la internalización parcial del servicio de seguridad de las instituciones, rechazo que estos cambios sigan condicionados a un objetivo lineal de recortes y a nuevas externalizaciones que afectan al conjunto de trabajadores y trabajadoras del Parlamento Europeo. Considero, además, que la discrecionalidad con la que vienen tomándose las medidas sobre seguridad en el Parlamento debería revisarse y en consecuencia, he votado en contra de esta propuesta.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Alla luce dei recenti attacchi terroristici in Europa, rafforzare le misure di sicurezza delle istituzioni dell'UE diventa una necessità. Ho deciso pertanto di approvare il bilancio rettificativo, il quale rafforza il bilancio per la sicurezza per un importo totale di 15,8 milioni di euro che saranno investiti, ad esempio, nell'assunzione di agenti supplementari, nell'acquisto di dispositivi e nella formazione, al fine di migliorare la messa in sicurezza delle istituzioni europee.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of Draft amending budget No 3/2016: Security of the Institutions. It proposes to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. This is in response to a recent review of security following the terrorist attacks.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – The more the European Union tries to combat terrorism, the higher the risk to become a target for counterattack. Especially the European Institutions, which symbolise the EU and it is Member States approach to combat terrorism. After the recent terrorist attacks the need for additional security expenditures arose. This was not expected in 2015, but it is a reality now in 2016. Therefore I was in favour to support increasing the budget, for the purpose of strengthening security.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia EP o pozícii Rady k návrhu opravného rozpočtu EÚ č. 3/2016 na rozpočtový rok 2016: Bezpečnosť inštitúcií. Nedávne teroristické útoky viedli inštitúcie EÚ k preskúmaniu ich bezpečnostných potrieb a identifikácii potreby dodatočných zdrojov už v tomto roku. Z tohto dôvodu opravný rozpočet č. 3 na rok 2016 navrhuje posilniť rozpočet na bezpečnosť v európskych školách, Európskom parlamente, Komisii, na Súdnom dvore, Európskom dvore audítorov, v Európskom hospodárskom a sociálnom výbore, vo Výbore regiónov a v Európskej službe pre vonkajšiu činnosť o celkovú sumu vo výške 15,8 milióna eur. Cieľom opravného rozpočtu je najmä vytvoriť 35 dodatočných stálych pracovných miest pre nábor ďalších zamestnancov bezpečnostnej služby v EP. Súčasne by sa tieto miesta mali zachovať aj v rozpočte v roku 2017 a tiež by mali byť vyňaté z cieľa znížiť počet zamestnancov o 5 %, pretože zodpovedajú novej činnosti a novej situácii, ktorá si vyžaduje takúto úpravu rozpočtu aj počtu pracovníkov.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Osnutek spremembe proračuna št. 3/2016 predlaga okrepitev proračuna za varnost v znesku 15,8 milijona evrov za Evropske šole, Evropski parlament, Komisijo, Sodišče EU, Evropsko računsko sodišče, Evropski ekonomsko-socialni odbor, Odbor regij in Evropsko službo za zunanje delovanje.

Osnutek se v Evropskem parlamentu osredotoča na ustanovitev 35 novih delovnih mest z oboroženimi varnostniki, pri čemer je eno izmed glavnih in perečih vprašanj pravni status dodeljenih varnostnikov.

Varnostniki naj bi ostali zaposleni v Parlamentu tudi v prihodnjih letih, kljub temu da je bil pred časom sprejet načrt za zmanjšanje zaposlenih v Evropskem parlamentu za 5 %. Ker gre tukaj za novo dejavnost, naj ne bi šlo za nespoštovanje izjave o petodstotnem zmanjšanju. Ker mislim, da v Evropskem parlamentu ni potrebe po oboroženih varnostnikih, sem glasoval proti poročilu.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Mit dem dritten Berichtigungshaushalt zum laufenden Haushaltsjahr sollen Mittel um 15,8 Mio. EUR aufgestockt und 35 neue Stellen geschaffen werden, um nach den Terroranschlägen der vergangenen Monate in verschiedenen europäischen Städten die Sicherheit in den Europäischen Institutionen zu erhöhen. Da es sich um eine unvorhergesehene neue Ausgabe handelt, ist die EKR-Fraktion für diesen Berichtigungshaushaltsplan. Entsprechend habe ich dem Bericht meine Zustimmung gegeben.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Teroristické hrozby, ktoré sú nielen fyzického, ale aj kybernetického charakteru, zvýšili nároky na bezpečnosť európskych inštitúcií. Zdroje, ktoré budú v rámci navýšenia pridelené, však musia byť použité efektívne s dlhodobým pozitívnym dosahom bez obmedzenia plynulého chodu inštitúcií a ich otvorenosti smerom k verejnosti.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Standpunkt des Rates zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3/2016 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2016: Sicherheit der Organe" habe ich nicht zugestimmt.

Der Berichtigungshaushaltsplan sieht vor, 35 zusätzliche Dauerplanstellen für die Einstellung zusätzlicher Sicherheitsbediensteter im Europäischen Parlament zu schaffen. Dabei sollen diese Stellen vom Ziel der Verringerung des Personalbestands um 5 % ausgenommen werden. Die geforderten Stellen mögen sinnvoll sein, können im Rahmen des bestehenden Stellenplans besetzt werden bzw. ersetzen Stellen im entsprechenden Bereich des bestehenden Stellenplans.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – S obzirom da je opći proračun Europske unije za 2016. financijsku godinu konačno donesen 25. studenog 2015. godine, te nedavne terorističke napade, institucije Europske unije revizijom sigurnosti potreba utvrdile su nedostatak dodatnih resursa već u 2016. godini.

Nacrtom izmjene proračuna br. 3/2016 predloženo je da se proračun za sigurnost u europskim školama, Europskom parlamentu, Europskoj komisiji, Sudu Europske unije, Europskom revizorskom sudu, Europskom gospodarskom i socijalnom odboru, Odboru regija i Europskoj službi za vanjsko djelovanje poveća za ukupni iznos od 15,8 milijuna eura.

Podržavam izvješće o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 3/2016 Europske unije za financijsku godinu 2016.: Sigurnost institucija.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016: varnost institucij. V luči spremenjene varnostne situacije, nestabilne soseščine in zadnjih terorističnih napadov, ki smo jim bili priča v Evropi, moramo povečati skrb za varnost.

Podpiram dodelitev dodatnih sredstev za varnost za skupni znesek v višini 15,8 milijona evrov za varnost institucij. S tem bomo ustvarili 35 stalnih delovnih mest za zaposlitev dodatnih varnostnikov v Evropskem parlamentu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η επίτευξη υψηλού επιπέδου ασφάλειας στις εγκαταστάσεις και τους χώρους των ευρωπαϊκών οργανισμών διασφαλίζεται με την αγαστή συνεργασία μεταξύ των υπηρεσιών ασφαλείας και προστασίας του κράτους που τους φιλοξενεί και των αντίστοιχων υπηρεσιών των οργανισμών και όχι με την πρόσληψη επιπλέον προσωπικού.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam az Európai Parlament egyetértő állásfoglalását a 2016. évre vonatkozó uniós költségvetés módosításáról olyan értelemben, hogy az európai intézmények biztonságának megerősítése érdekében 15,8 millió euró kerüljön erre a területre átcsoportosításra, továbbá a többlet munkaerő-igényre való tekintettel a biztonsági személyzetet illetően az intézmények mentesüljenek az 5% létszámcsökkentési előírás alól.

Úgy vélem, a közelmúltban Brüsszelben és másutt Európában történt terrorcselekmények, valamint ezek kapcsán az európai intézmények (köztük az EP), munkatársaik és objektumaik fenyegetettségének megnövekedése egyértelműen indokolja a megfelelő kiegészítő biztonsági intézkedéseket, illetve az ezekhez szükséges költségvetési forrás biztosítását.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Creșterea în intensitate a fenomenului terorist la nivel global se repercutează direct asupra vieții fiecărui cetățean european. Atentatele care au avut loc la Bruxelles în luna martie a acestui an, chiar în apropierea instituțiilor europene, au demonstrat nevoia de a întări securitatea acestora. Uniunea Europeană, ca proiect politic ce sprijină drepturile și libertățile fundamentale, statul de drept, democrația, prosperitatea și deschiderea economică, a devenit o țintă directă a acestor grupuri radical-extremiste, al căror singur scop este răspândirea fricii, ignoranței și urii la nivel mondial.

În acest context, instituțiile Uniunii au nevoie, în mod concret, de sporirea dispozitivului de securitate prin alocarea de la buget a unei sume suplimentare totale de 15,8 milioane de euro în vederea unor măsuri adecvate în cadrul Parlamentului European, Comisiei Europene, Curții de Justiție, Curții de Conturi Europene, Comitetului Economic și Social, Comitetului Regiunilor și Serviciului European de Acțiune Externă. În cadrul Parlamentului European este vorba despre crearea unui număr suplimentar de 35 de posturi permanente de agenți de securitate, care nu intră sub incidența dispozițiilor de reducere cu 5 % a efectivului de personal.

Consider că aceste măsuri sunt binevenite și susțin această inițiativă atât de necesară.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Gérard Deprez après en avoir longuement parlé avec lui ce matin encore. Ce rapport est relatif à la position du Conseil sur le projet de budget rectificatif nº 3/2016 de l'Union européenne pour l'exercice 2016: sécurité des institutions.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Nedavni teroristički napadi diljem Europe te u neposrednoj blizini institucija Europske unije doveli su do preispitivanja sigurnosti institucija. Komisijin Nacrt izmjene proračuna Europske unije za sigurnost institucija predlaže dodatna sredstva za zapošljavanje dodatnog sigurnosnog osoblja u raznim institucijama kao što su europske škole, Europski parlament te Europska komisija.

Odbor za proračune Europskog parlamenta predložio je odobravanje nacrta Komisije bez ikakvih promjena. Budući da se slažem da je potrebno dodatno pojačati sigurnosne mjere u institucijama Europske unije, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 3/2016 za proračunsko leto 2016 o varnosti institucij sem podprla. Po napadih v Parizu novembra 2015 in marca 2016 v Bruslju so vse institucije ponovno preučile svoje potrebe na področju varnosti v kratkoročnem in srednjeročnem obdobju.

Predlog proračuna za leto 2017 vključuje dodatne elemente v zvezi z varnostjo za skoraj vse institucije. V nekaterih primerih pa je treba varnostne ukrepe in naprave okrepiti že prej, zato se zahtevajo dodatna sredstva že za leto 2016. V predlogu spremembe proračuna (PSP) št. 3 za leto 2016 se predlaga okrepitev proračuna za varnost v skupni višini 15,8 milijona EUR.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este proyecto de presupuesto rectificativo que pretende destinar una partida a la contratación de 35 nuevos puestos de personal de seguridad armados, después de los ataques recibidos en la Unión Europea. Si bien, la seguridad es necesaria, pienso que hay otro tipo de medidas para garantizarla sin tener que recurrir a la militarización de todas las instituciones.

Como se recoge en el informe este proceso de contratación se hizo sin contar con el Parlamento adecuadamente. Además de ceñirse estrictamente al aumento de seguridad solo por el aumento del personal armado para vigilar las instituciones europeas, sin tener en cuenta el resto de sociedad civil que también está expuesta a estos ataques, o la seguridad en infraestructuras.

Es por esto que no apoyo este informe por su enfoque exclusivamente securitario, y opino que hay que atajar estos peligros desde un enfoque más inclusivo y que prevenga y solucione desde el origen los conflictos, y no resulte en una militarización de nuestro entorno.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce texte prévoit la création de nouveaux postes attribués à de nouveaux agents de sécurité pour les institutions européennes en raison des risques liés au terrorisme. Il s'agit d'un redéploiement des crédits entre rubriques sans impulsions budgétaires nouvelles et il est factuel que l'Union européenne ne peut se le permettre en ces temps de crise économique et de surendettement des États. Il aurait été en plus possible de réajuster le personnel sans augmentation des effectifs des institutions de l'UE.

J'ai choisi l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wobec nasilających się ataków terrorystycznych w Europie, w tym również w Brukseli, należy również wzmocnić środki bezpieczeństwa w budynkach instytucji unijnych. Dodatkowi pracownicy, a także sprzęt i szkolenia, zapewnią lepszą ochronę najważniejszych miejsc. Sam projekt budżetu korygującego jest zabiegiem czysto technicznym. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A legújabb terrortámadások arra késztették az uniós intézményeket, hogy már 2016-ban felülvizsgálják a biztonsági igényeiket és azonosítsák a további erőforrások iránti igényeiket. A jelentést megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este proyecto de presupuesto rectificativo que pretende destinar una partida a la contratación de 35 nuevos puestos de personal de seguridad armados, después de los ataques recibidos en la Unión Europea. Si bien, la seguridad es necesaria, pienso que hay otro tipo de medidas para garantizarla sin tener que recurrir a la militarización de todas las instituciones.

Como se recoge en el informe este proceso de contratación se hizo sin contar con el Parlamento adecuadamente. Además de ceñirse estrictamente al aumento de seguridad solo por el aumento del personal armado para vigilar las instituciones europeas, sin tener en cuenta el resto de sociedad civil que también está expuesta a estos ataques, o la seguridad en infraestructuras.

Es por esto que no apoyo este informe por su enfoque exclusivamente securitario, y opino que hay que atajar estos peligros desde un enfoque más inclusivo y que prevenga y solucione desde el origen los conflictos, y no resulte en una militarización de nuestro entorno.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against as I do not see the need for recruiting armed security guards in the EP. I also deplore the opacity of the procedure from the initial request to the start of the recruitment process.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council position on Draft amending budget No 3/2016 of the European Union for the financial year 2016: Security of the Institutions. Recent terror attacks have led the Union institutions to review their security needs and to identify the need for additional resources already in 2016. Draft amending budget No 3/2016 consequently proposes to reinforce the budget for security by a total amount of EUR 15.8 million in the European Schools, the European Parliament, the European Commission, the Court of Justice, the European Court of Auditors, the European Economic and Social Committee, the Committee of the Regions and the European External Action Service. In addition, it aims to create 35 additional permanent posts for the recruitment of additional security agents in the European Parliament.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Siguiendo lo acordado tras los ataques terroristas de noviembre de 2015 en París y marzo de 2016 en Bruselas, apoyo con mi voto la propuesta referida a reforzar la partida presupuestaria destinada a garantizar la seguridad en las instituciones europeas.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Aun valorando positivamente la internalización parcial del servicio de seguridad de las instituciones, rechazo que estos cambios sigan condicionados a un objetivo lineal de recortes y a nuevas externalizaciones que afectan al conjunto de trabajadores del Parlamento Europeo. Considero, además, que la discrecionalidad con la que vienen tomándose las medidas sobre seguridad en el Parlamento debería revisarse y en consecuencia, he votado en contra de esta propuesta.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O projeto de orçamento retificativo n.º 3/2016 propõe reforçar em 15,8 milhões de euros o orçamento para a segurança das Escolas Europeias, do Parlamento Europeu, da Comissão Europeia, do Tribunal de Justiça, do Tribunal de Contas, do Comité Económico e Social Europeu, do Comité das Regiões e do Serviço Europeu para a Ação Externa. Tem por objetivo criar mais 35 lugares permanentes para o recrutamento de novos agentes de segurança do Parlamento Europeu.

Este orçamento retificativo visa reforçar a política securitária da UE, incutindo o medo e desvalorizando por completo a necessidade de atacar os problemas pela base. Resolvam-se os problemas no Médio Oriente, acabando com a ajuda aos grupos terroristas e ao regime criminoso de Israel e a paz certamente regressará ao continente europeu com o fim dos atentados.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Entwurf sieht eine nachträgliche Umschichtung des Haushaltsberichtigungsbudgets 3/2016 vor. Das Budget für Sicherheitsmaßnahmen soll bereits in diesem Jahr um 15,8 Millionen Euro aufgestockt werden. Dies würde auf lange Sicht erhebliche Mehrkosten nach sich ziehen. Daher habe ich diesen Bericht abgelehnt.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – A seguito degli attentati di Parigi e Bruxelles, tutte le istituzioni europee hanno riesaminato le loro esigenze in materia di sicurezza nel breve e medio termine. Il progetto di bilancio rettificativo n. 3 per l'esercizio 2016 propone di rafforzare il bilancio per la sicurezza per un totale di 15,8 milioni di euro. Vengono in particolare incrementate la sicurezza informatica e la sicurezza globale degli edifici, per tutelare al meglio il personale che lavora all'interno delle istituzioni UE. Per il Parlamento europeo si vogliono creare 35 nuovi posti per l'assunzione di agenti di sicurezza supplementari al fine di fornire protezione armata nei punti strategici all'interno degli edifici nelle tre

sedi di servizio. L'impatto sul bilancio generale è neutrale, poiché le risorse aggiuntive provengono da un trasferimento di una linea di bilancio sottoutilizzata. Pur consapevole che la sicurezza delle istituzioni necessiti di particolare attenzione, non mi trovo d'accordo sul fatto che il Parlamento, dopo gli autisti, voglia ora internalizzare anche queste 35 nuove unità, che saranno ufficialmente inquadrati come funzionari delle Istituzioni europee. A mio avviso la sicurezza delle istituzioni andrebbe garantita dai paesi che le ospitano o eventualmente da agenzie di sicurezza certificate che forniscano personale addestrato.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De Europese instellingen bestemmen nog meer geld voor hun eigen beveiliging, terwijl zij op geen enkele wijze de toenemende onveiligheid door open grenzen serieus nemen of erkennen dat de islam de inspiratiebron is voor het hedendaagse terrorisme. Het is niet meer dan terecht dat de instellingen dezelfde onveiligheid ondergaan als de burger op straat meemaakt. De PVV heeft tegen deze begroting gestemd.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Túto správu týkajúcu sa malej zmeny rozpočtu na rok 2016 som podporila. Dodatok k rozpočtu sa týkal oblasti bezpečnosti budov európskych inštitúcií a bol navrhnutý najmä ako dôsledok zhoršenej bezpečnostnej situácie a teroristických útokov v Paríži a Bruseli na konci minulého a začiatku tohto roka. Podľa tohto dodatku budú poskytnuté dodatočné financie na posilnenie strategických bodov európskych inštitúcií a v praxi budú použité na bezpečnostné vybavenie a výcvik bezpečnostných agentov. Keďže si myslím, že bezpečnostnú situáciu nie je možné vo svetle spomínaných útokov podceňovať, s prijatím dodatočných bezpečnostných opatrení súhlasím.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Predlog spremembe proračuna št. 3/2016: varnost institucij. Predlog spremembe proračuna št. 3/2016 predvideva povečanje proračuna za varnost pred terorističnimi napadi za skupni znesek 15,8 milijona EUR, ki ga bodo porabile evropske institucije za zagotovitev varnosti svojih zaposlenih.

8.12. Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens (A8-0286/2016 - Richard Howitt)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval proti této zprávě na rozdíl od většiny kolegů v mé frakci, a proto využívám možnosti vysvětlit svou pozici. Já se domnívám, že tato strategie, tato zpráva je příliš vstřícná vůči íránskému režimu. Domnívám se, že bylo chybou, že jsme odmítli celou řadu pozměňovacích návrhů, které jasně upozorňovaly na to, jak jsou lidská práva v Íránu porušována, a jsem přesvědčen, že zde zvítězila snaha a touha po tom posílit obchodní vztahy s Íránem oproti ochraně lidských práv a svobod, a to je pro mě velký problém. Já jsem nehlasoval proto, aby se Írán stal členem WTO, myslím si, že v tuto chvíli pro to nejsou podmínky. Podíváme-li se například na množství poprav v Íránu včetně popravovaných dětí, pak si myslím, že není možné Írán brát jako zemi, která je standardním státem s nějakými principy demokracie a ochrany lidských práv. Patří ke třem státům ve světě, kde je nejvíce využíván trest smrti, proto jsem byl proti této zprávě.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, what was the signature act of the Iranian revolution? It was the siege of the US embassy, right? Think of how extraordinary that was. I mean if the United States were to invade Cuba tomorrow we would expect diplomats to be peacefully evacuated through neutral third countries. The seizure of a legation building was sending out the clearest message imaginable: your notions of territorial jurisdiction and national sovereignty do not apply to us. And sure enough, the ayatollahs went on as they had started, refusing to recognise any notion of law between nations and sponsoring terrorist movements from the khanates of the old Silk Road to as far afield as Buenos Aires.

When you have a State that refuses by definition to operate within the norms of the comity of nations, that rejects the whole principle of national sovereignty, you cannot expect to do deals with it as you would a functioning civil state. And I cannot resist making the point that when you reject national sovereignty outright you set yourself on a very dangerous path. Almost every tyranny has begun by refusing to accept the legitimacy of national democracy.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as a Member of the Iranian delegation it was a pleasure to attend the debate here last night and indeed to observe the very pertinent and proper concerns expressed by Members regarding human rights in Iran. Having said that, it is also important to recognise the progress made and the road which Iran has travelled in getting the nuclear accord, so for that reason, as we move forward, we have to engage with Iran and develop trade relations so that economically it can benefit.

History shows that where there is economic benefit there is a greater tendency to move towards human rights so the two can go in tandem: economic relations being developed between the EU and Iran, but also, as many amendments pointed out today, their need to reform, especially in relation to human rights and the death penalty.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, i já se řadím k té menší skupině členů mé frakce, kteří hlasovali proti této zprávě. Domnívám se, že samozřejmě je povinností diplomacie jednat, odstraňovat rozpory a dosahovat určitých dohod, kompromisů. Nicméně nejsem si jistý, zda tato dohoda reálné kompromisy a reálné přínosy skutečně pro Evropskou unii a vůbec pro celý svět přináší. Možná, že byla trochu předčasná. Rúhání je na Západě líčen jako představitel liberálního proudu v Íránu, ale když se podíváte na reálná čísla, tak je vlastně, pokud jde třeba o počty popravených, ještě horší než děsivý prezident Ahmadínežád. Já jsem plně přesvědčen, že tato dohoda, která byla učiněna, byla předčasná a myslím si, že zpráva byla jednostranně zaměřena na to, aby podpořila tuto dohodu a objektivně nezhodnotila všechny fakty.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione affronta il futuro dei rapporti EU-IRAN a seguito del cosiddetto «accordo nucleare» (JCPOA). Si è optato per un approccio costruttivo senza punire eccessivamente il paese per l'ancora critica situazione dei diritti umani, sperando che un rapporto ricevibile dal governo iraniano sia più utile all'ala moderata nella sua battaglia contro la parte di governo conservatrice e possa quindi nel medio periodo portare a reali progressi sul versante dei diritti umani e delle libertà civili nel paese. Ho votato favorevolmente per i seguenti motivi: l'Iran ha finora rispettato pienamente l'accordo nucleare e si intravede la prospettiva di un reale cambiamento.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not support the development of an EU foreign policy and such does not recognise the legitimacy of the EU to engage in diplomatic relations with Iran. UKIP rejects the notion that the Iranian nuclear deal was a 'success for EU diplomacy' and opposes its attempted use by the EU as a justification for the further development of an EU foreign policy. Furthermore, trade policy should be a matter for Member States and not the EU Commission.

There are serious human rights concerns, both domestically in Iran and throughout the Middle East, propagated by the Iranian regime proxies. We have supported articles that purely discuss human rights and rejected those that contain calls for the EU to take action. This is more effectively left to appropriate international institutions and individual states.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende definir la estrategia de la Unión sobre Irán tras el acuerdo nuclear que se firmó en 2015, un acuerdo permanente entre las partes para levantar las sanciones impuestas a Irán por parte de los Estados Unidos, la Unión y las Naciones Unidas, y por su parte, Irán limita su programa nuclear a largo plazo.

El informe tiene elementos positivos, pero también negativos, como es el no pedir el levantamiento total de las sanciones norteamericanas o que, como es habitual en los informes y resoluciones de la Unión, se ve la hipocresía de pedir que se respeten los derechos humanos de los refugiados y peticionarios de asilo, cuando en su propio territorio la Unión los vulnera sistemáticamente.

A pesar de esto, he votado a favor ya que el informe apoya una vuelta a la diplomacia activa y a la cooperación con Irán, basada en el respeto mutuo de las normas y principios internacionales, y recuerda que «no se pretende injerir en las elecciones políticas internas de un país». Además, el informe sostiene que Irán puede ejercer de actor mediador para buscar una solución pacífica al conflicto sirio. Por todo ello, mi voto ha sido positivo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We support dialogue and the normalisation of diplomatic relations with Iran and the fact that this report reiterated support for human rights and for Iran to take steps to address this where it is lacking. However there were still a number of problems with this report which raised significant concerns.

The report also called for the liberalisation of Iranian economy as member of the WTO, there was too much ambiguity regarding what this would entail alongside the section regarding forging a bilateral investment treaty with Iran, considering the controversy around CETA and TTIP around the influence corporate investors will have with the introduction of ISDS, we could not blindly support this report and abstained instead.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté avec mes collègues socialistes en faveur du rapport Howitt sur la stratégie européenne vis-à-vis de l'Iran.

Nous partageons l'essentiel des recommandations du rapport, qui pose les bases de la réintégration de l'Iran dans la communauté internationale. L'Union européenne doit faire preuve d'ouverture, tout en restant lucide sur la situation régionale et interne de l'Iran.

C'est pourquoi nous avons voté en faveur de l'amendement conditionnant explicitement le développement des relations économiques à des progrès dans le domaine des droits de l'homme, des droits des femmes et de la liberté d'expression. Cette conditionnalité vient compléter celle relative au respect de l'accord nucléaire.

Notre ligne est claire: toutes nos relations avec les pays de la région doivent avoir pour objectif le respect, la sécurité et la sûreté des populations du Moyen-Orient et d'Europe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία, διότι τονίζει την ανάγκη να ανταποκριθεί το Ιράν στις διεθνείς δεσμεύσεις του σε διάφορους τομείς, όπως για παράδειγμα τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der *Joint Comprehensive Plan of Action* (JCPOA) ist ein guter Schritt in Richtung gegenseitiger Diplomatie, und beide Seiten sind nun für die erfolgreiche Umsetzung des Aktionsplans verantwortlich. Jegliche Außenbeziehung, die die Stabilität und somit auch die Sicherheit fördert, sollte unterstützt werden. Daher stimme ich für diesen Aktionsplan.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport du Parlement européen a été élaboré pour répondre à l'accord Irano-américain sur le nucléaire. Comme tous les textes européens concernant les questions des affaires étrangères, ce rapport constitue une atteinte à la souveraineté des États. Toutefois, il faut souligner que le représentant Howitt (travailliste britannique) a commis un rapport relativement honnête, notamment sur les questions des droits de l'homme. Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. I do not support the European Council's decision to lift all nuclear related sanctions again Iran. I voted in favour of Amendment 9 of the report calling for the immediate release of all political prisoners and others unjustly detained. The amendment calls for fair trials and due process standards to be upheld including access to a solicitor, access to doctors and an end to the systematic torture in prisons.

The Iranian Government needs to reform and engage positively with the International community to build mutual trust.

UKIP does not support the development of an EU foreign policy and such does not recognise the legitimacy of the EU to engage in diplomatic relations with Iran. UKIP rejects the notion that the Iranian nuclear deal was a 'success for EU diplomacy' and opposes its attempted use by the EU as a justification for the further development of an EU foreign policy.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – À la suite de l'accord sur le nucléaire iranien et des évolutions politiques internes en Iran, des possibilités de réformes et d'amélioration des relations avec l'Union européenne s'offrent désormais à ce pays. Cette amélioration passe notamment par une meilleure coopération sectorielle permettant, in fine, d'assurer la sécurité régionale ainsi qu'un meilleur respect des droits de l'homme. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce texte.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – O acordo nuclear com o Irão constituiu uma lufada de ar fresco nas relações entre o Ocidente e este país tão relevante do ponto de vista geoestratégico e geopolítico. Configura indubitavelmente um ponto de viragem na diplomacia europeia e um contributo de grande importância para a estabilização da região.

Tão importante quanto esse acordo, é agora consolidar um diálogo franco e estabelecer relações bilaterais baseadas na confiança mútua, que possam lançar as bases de uma cooperação a longo prazo. A abertura de uma delegação da UE em Teerão será uma peça-chave nesse processo.

O presente relatório define importantes linhas de orientação que vão ao encontro destes objetivos, reiterando, ao mesmo tempo, a oposição firme da União Europeia à pena de morte, pelo que suscita a minha adesão.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Kadangi Irano Islamo Respublika įvykdė savo įsipareigojimus pagal Bendrą visapusišką veiksmų planą, Tarybos sprendimu buvo panaikintos visos prieš šalį taikytos su branduoliniais bandymais susijusios sankcijos. Todėl pritariu, kad būtų atnaujinami santykiai su Iranu bei kuriama nauja bendradarbiavimo strategija. Taip pat turi būti ir toliau aiškiai ir principingai kovojama dėl mirties bausmės panaikinimo Irane, kad užtikrintume ES žmogaus teisų ir užsienio politikos tikslus.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Egyértelmű és megalapozott érdek az Európai Unió és Irán közötti kapcsolatok bővítésének elősegítése. Az ország újból belép a nemzetközi gazdasági vérkeringésbe, és a piac újraosztásakor az EU, valamint tagállamai nem maradhatnak ki. A jelentés kiegyensúlyozott megközelítést alkalmaz az eredmények elismerése és a szükséges, elsősorban emberi jogi területen megfogalmazott bírálatok és elvárások aránya tekintetében. A jelentés fontos megállapítása, hogy a kapcsolatok fokozatos bővítésének a közös érdekek és különbségek realisztikus felmérésén kell alapulnia. A különbség elfogadása annak tudomásul vételét is jelenti, hogy az európaitól eltérő kultúrájú, vallású és hagyományú népről van szó. A jelentés elfogadását támogattam.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui rappelle tout d'abord que la décision du Conseil de lever toutes les sanctions liées au nucléaire à l'encontre de l'Iran permettait la reprise de contacts avec ce pays. Mais le rapport souligne que la progression future des relations entre l'Union et l'Iran devrait aller de pair avec l'application de l'accord sur le nucléaire. Il appelle à veiller au respect des lignes directrices de l'Union en matière de droits de l'homme et, notamment, à un moratoire immédiat sur l'application de la peine de mort en Iran.

Le rapport demande par ailleurs à l'Iran de prendre des mesures de lutte contre la corruption et pour respecter les recommandations du GAFI concernant des questions comme l'interruption des flux financiers aux organisations terroristes.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – EL Parlamento Europeo ha rechazado incorporar en el informe la defensa de los principales valores y principios que representan a la Unión. El Parlamento ha rechazado incorporar unos párrafos que expresaban la preocupación por el alto número de ejecuciones o el llamamiento a liberar a los prisioneros políticos. Tampoco ha querido incorporar un llamamiento a que la ampliación de las relaciones económicas entre la Unión e Irán vaya acompañada de mejoras en el ámbito de los derechos humanos, los derechos de las mujeres y la libertad de expresión, así como de la abolición de la pena de muerte. Estos principios son esenciales y condicionaban mi línea de voto. Por ello he votado en contra de este informe.

El acuerdo nuclear con Irán es un hito muy importante. Pero no podemos olvidar que seguimos tratando con un régimen de terror. Un régimen fundamentalista que practica la tortura sistemática, niega el Holocausto y ejecuta niños. Yo creo en el futuro de Irán porque creo en los iraníes. Pero estoy absolutamente en contra de cualquier forma de apaciguamiento con el régimen y de renunciar a la defensa de los valores fundamentales que representan a la Unión, la defensa de los derechos humanos

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'accordo sul nucleare iraniano ha rappresentato un punto di svolta storico nelle relazioni tra il paese asiatico e gli altri Stati, un passaggio cruciale che assume un valore ancora maggiore data l'importanza geopolitica e strategica dell'Iran nella regione mediorientale. La relazione Howitt, che oggi ho sostenuto, definisce i passi successivi che l'Unione europea deve compiere per rendere ancora più proficua questa fase. Il testo indica infatti numerose aree che dovrebbero essere prese in considerazione per avviare una fruttuosa cooperazione con l'Iran: commercio, sviluppo, sicurezza, protezione dell'ambiente e istruzione. Si tratta solo di alcuni dei settori principali in cui essa potrebbe dispiegare i propri effetti positivi. Alle grandi opportunità deve però legarsi, come sottolineato nel testo, una ferma condanna delle costanti violazioni dei diritti umani. L'impegno dell'Unione deve oggi essere quello di rafforzare la cooperazione e il dialogo politico per favorire l'affermazione dello Stato di diritto in Iran.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que considero va en el sentido de la construcción de una agenda común y normalizada entre la Unión e Irán, basada en el respeto a la soberanía, el multilateralismo en la resolución de diferendos, la búsqueda conjunta de procesos que conduzcan al avance en el respeto a los derechos humanos, el desarrollo sustentable y sostenible del pueblo iraní y la paz y la seguridad para todos los pueblos de Oriente Próximo. Me opongo, sin embargo, a la consideración de Irán como fuente de inestabilidad regional, al establecimiento de relaciones guiadas predominantemente por criterios mercantiles, a la presentación de la liberalización comercial *per se* como panacea para la consecución del desarrollo de pueblos como el iraní (que participan en condiciones asimétricas y subordinadas en el mercado global) y al uso de energías fósiles y nuclear como bases de la matriz productiva y energética de cualquier país.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Voilà un rapport équilibré et de bon sens. L'Iran est un grand pays et l'héritier de cette grande civilisation perse qui, dans les années à venir, peut et doit jouer un rôle de première importance au Moyen-Orient afin de contrebalancer l'influence prépondérante des pays sunnites du monde musulman. Oui, l'accord sur le nucléaire doit faire rentrer l'Iran dans le concert des nations. Oui, une grande économie comme celle d'Iran doit pouvoir adhérer à l'OMC. Saluons cette ouverture, même si tout n'est pas parfait aujourd'hui à Téhéran. Le rapporteur a raison de montrer du doigt les imperfections du système politique et juridique iranien. Certes, l'Iran n'est pas encore un État de droit tel que nous le concevons. Trop de prisonniers politiques croupissent encore dans les geôles iraniennes. Mais en va-t-il autrement des autres pays de la région? L'Arabie saoudite, notre grand «allié», est-elle un État de droit? Et le Yémen? Et la Turquie? Et le Qatar?

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al Sr. Howitt su trabajo para que esta resolución haya sido votada y aprobada hoy. Es muy importante el signo que el Parlamento ha dado hoy. Soy firmante de algunas enmiendas donde se pide el respeto a los derechos humanos y el final del acoso que sufren las mujeres y los niños. Pero también pienso que hay que ayudar a Irán en sus pasos a dejar de lado el aislamiento.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo sulla strategia dell'UE nei confronti dell'Iran dopo l'accordo nucleare contiene alcuni spunti positivi, tuttavia permangono diverse evidenti criticità, ho pertanto preferito esprimermi con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för resolutionen.

Jag anser att kärnteknikavtalet med Iran är en politisk och diplomatisk framgång. Avtalet minskar spänningarna i regionen och ökar möjligheterna att verka för fred och säkerhet.

Samtidigt vill jag understryka de allvarliga brott som sker mot de mänskliga rättigheterna i Iran. Det handlar bland annat om dödsstraff, tortyr, allvarlig diskriminering av kvinnor på många områden, allvarliga inskränkningar av yttrande- och mötesfriheten, inte minst riktat mot fackliga organisationer. EU och dess medlemsländer måste i den nyupptagna dialogen med Iran tydligt protestera mot dessa allvarliga brott mot mänskliga rättigheter och ställa krav på demokratisering. EU:s handelspolitik skulle, bara om den är kopplad till tydliga krav, kunna bidra till en sådan utveckling i Iran.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución sobre la estrategia de la UE en relación con Irán tras el acuerdo nuclear alcanzado hace ya un año con la comunidad internacional, que pone en valor el Plan de Acción Integral Conjunto como un logro importante para la diplomacia multilateral y para la diplomacia europea que permitirá no solo mejorar notablemente las relaciones entre Irán y la Unión, sino también fomentar la estabilidad en toda la región.

Además de reconocer el exitoso papel desempeñado por la Vicepresidenta Mogherini, la Resolución trata desde una amplia perspectiva la situación de los derechos humanos en Irán, posicionando a la Unión en contra de la pena de muerte existente en el país así como en contra de las múltiples violaciones de derechos humanos cometidas en el mismo: detenciones de personas con doble ciudadanía de la Unión e iraní, discriminación de género, incumplimiento de los derechos de las minorías, conculcación de la libertad de expresión, etc…

Solicitamos que se declare una moratoria de la pena de muerte, al tiempo que apoyamos una cooperación plena por parte de Irán con todos los mecanismos de protección de los derechos humanos de las Naciones Unidas y pedimos la liberación de todos los presos políticos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama Europos Sąjungos strategija Irano atžvilgiu po susitarimo dėl branduolinės programos. Bendras visapusiškas veiksmų planas, kitaip vadinamas susitarimu su Iranu dėl branduolinės programos, buvo didelis Europos diplomatijos laimėjimas ir dabar turėtų ne tik labai pagerėti ES ir Irano santykiai, bet ir atsirasti daugiau stabilumo visame regione. Dabar abi pusės yra atsakingos už tai, kad būtų užtikrintas griežtas ir visapusiškas jo įgyvendinimas. Parlamentas teigia, kad svarbu plėtoti ES ir Irano santykių parlamentinį aspektą ir palankiai vertina atnaujintą ES ir Irano politinį dialogą, įskaitant žmogaus teisių klausimus. Be to, skatina plėtojant dialogą žmogaus teisių klausimais ateityje įtraukti teisminių institucijų, saugumo pajėgų ir pilietinės visuomenės atstovus. Europos Parlamentas mano, kad visiškas santykių normalizavimas gali įvykti tik lygiagrečiai toliau įgyvendinant Bendrą visapusišką veiksmų planą, pasitelkiant reguliarų ir nepertraukiamą dialogą ir kad neatidėliotinas prioritetas turėtų būti ES ir Irano santykių aprėpties plėtimas tose srityse, dėl kurių esama bendro sutarimo.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére. Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot azok végrehajtására nézve.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – S predloženo strategijo EU do Irana se strinjam, ker je jedrski sporazum ustrezno stabiliziral odnose z Iranom in poskrbel za povečanje varnosti v širši regiji. Gre za velik mednarodni uspeh Evropske unije, katerega se Iran drži in s tem kaže svoja lojalna prizadevanja.

Nadaljnje sodelovanje in dostop evropskih produktov na prej zaprti Iranski trg pa bo omogočil rast BDP in s tem povečanje blaginje tako Evropejcem kot Irancem. Kljub temu pozorno opazujemo, kaj se v tej državi dogaja na področju spoštovanja človekovih pravic. Sicer tudi osebno obsojam zaskrbljujoč trend kazenskih usmrtitev v tej državi.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o strategiji EU-a prema Iranu nakon nuklearnog sporazuma. S&D grupa je bila na čelu EU-a u normalizaciji odnosa s Iranom. U skladu s tim pristupom, podržavam vodeću ulogu Federice Mogherini u nadzoru provedbe nuklearnog sporazuma, izgradnji povjerenja i proširenja odnosa u područjima od zajedničkog interesa.

Isto tako, treba vršiti daljnji pritisak na Iran da izvršava međunarodne obveze o ljudskim pravima, da drastično smanji broj pogubljenja ljudi i radi na oslobađanju svih političkih zatvorenika.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on the EU strategy toward Iran after the nuclear agreement with the aim of strengthening our political dialogue and developing both trade and sectoral cooperation in specific fields such as energy, environment, aviation safety and migration. Secondly, I believe Iran might play a constructive role in solving the political crisis in Iraq, Yemen, Syria, Lebanon and Afghanistan. Lastly, I am glad that data concerning the characteristics of Iranian university's students proved that the majority of them are women and I am glad that the President Rohani promised to present a charter for citizens' rights. Nevertheless, I am still concerned about the practice of death penalty by Iran and I stand up for its abolition.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il piano d'azione che ha portato all'accordo sul nucleare con l'Iran è stato un successo importante della diplomazia e dell'approccio multilaterale al problema. Una componente significativa del merito per questo risultato è dell'Unione europea che, sin da subito, ha posto come principi fondanti della sua azione un atteggiamento pacifico e negoziale e la volontà di stabilizzare l'intera area. Oggi dobbiamo procedere lungo questa linea, vigilando su coloro che vorrebbero minare la pace e gli accordi raggiunti, e considerando perciò tutte le parti come responsabili di garantirne una rigorosa e piena attuazione. Per questo fine è positiva l'istituzione della commissione congiunta, composta di rappresentanti dell'Iran e del gruppo E3/UE+3 (Cina, Francia, Germania, Federazione russa, Regno Unito e Stati Uniti con l'Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza) ed è necessario sostenere pienamente la rappresentanza europea nel ruolo di coordinatore della commissione congiunta col compito di vigilare sull'applicazione di tutti i termini dell'accordo. Sono anche significative l'apertura al commercio con l'UE da parte dell'Iran e le opportunità di investimento e sviluppo che si aprono per le nostre imprese nel Paese che possono dar luogo ad un partenariato reciprocamente vantaggioso sul medio e lungo periodo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport se félicite du succès de l'accord sur le nucléaire iranien et invite l'Union européenne à intensifier ses relations commerciales avec l'Iran. Certes, nous nous réjouissons de la levée de l'embargo iranien et de l'amélioration des relations diplomatiques et économiques entre l'Iran et les pays occidentaux. Néanmoins, il est indispensable de rappeler que le plan d'action global commun résulte principalement des négociations bilatérales entre les États-Unis et l'Iran. L'Union européenne avait d'ailleurs démontré une fois de plus qu'elle n'avait aucune légitimité diplomatique en matière de politique étrangère. Par ailleurs, ce rapport porte atteinte à plusieurs reprises à la souveraineté de l'Iran, qui est notamment invité à appliquer un moratoire sur la peine de mort et à libéraliser son économie afin d'accélérer son adhésion à l'Organisation mondiale du commerce. Je me suis tout de même abstenu sur ce texte qui envisage avec sérénité l'avenir des relations entre l'Union européenne et l'Iran.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Acordul nuclear iranian reprezintă o realizare de o mare importanță pentru diplomația multilaterală și pentru diplomația europeană, care favorizează consolidarea relațiilor dintre Uniunea Europeană și Iran, dar și contribuie la promovarea stabilității în regiune.

Consider că relațiile Uniunii cu Iran trebuie să evolueze în același timp cu implementarea acordului nuclear, fiind nevoie de o reînnoire a relațiilor dintre statele membre și Iran.

Salut deschiderea în relațiile cu Iran, exprimându-mă în favoarea Raportului referitor la strategia Uniunii față de Iran în urma încheierii acordului nuclear, deoarece consider că această consolidare a parteneriatului dintre UE și Iran va aduce o serie de beneficii importante pentru ambele părți, atât din punctul de vedere al aspectelor comerciale și economice, cât și din punctul de vedere al stabilității în regiune.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'accord sur le nucléaire en Iran et les évolutions politiques internes du pays offrent à l'Union européenne et à l'Iran l'occasion d'entamer une coopération plus importante dans divers domaines. Cette collaboration devra aller de pair avec la mise en œuvre de l'accord sur le nucléaire. Il est en effet important que cet accord soit correctement appliqué par les parties prenantes. Il est également primordial que davantage de progrès et de réformes politiques soient mises en place en Iran, notamment en ce qui concerne les droits de l'homme et l'interdiction de la peine de mort. J'ai voté en faveur de ce rapport, mais j'ai voté contre certains amendements concernant les droits de l'homme. Même si certains d'entre eux reflètent ma position sur les droits de l'homme et la peine de mort, leur substance est déjà reprise dans le texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla strategia dell'UE nei confronti dell'Iran dopo l'accordo nucleare perché l'accordo raggiunto lo scorso anno rappresenta un risultato importante che va salvaguardato e monitorato affinché sia rispettato fino in fondo. Tuttavia a una nuova stagione di relazioni e di pace tra l'Unione europea e l'Iran deve seguire necessariamente un nuovo corso che il paese dovrà intraprendere in tema di rispetto dei diritti e delle libertà individuali. Per questo è necessario che l'Europa condanni con forza il frequente ricorso alla pena capitale in Iran e chieda una moratoria immediata delle esecuzioni capitali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Sinn Féin supports dialogue and the normalisation of diplomatic relations with Iran, one of the main premises of this report. The report also reiterated support for human rights and called for Iran to take steps to address this where it is lacking. However there were a number of problems with this report which raised significant concerns.

It called for the liberalisation of Iranian economy as member of the WTO, alongside a call for forging a bilateral investment treaty with Iran. Due to the strongly neoliberal aspects of the report, I did not vote in favour but abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not support the development of an EU foreign policy and such does not recognise the legitimacy of the EU to engage in diplomatic relations with Iran. UKIP rejects the notion that the Iranian nuclear deal was a 'success for EU diplomacy' and opposes its attempted use by the EU as a justification for the further development of an EU foreign policy. Furthermore, trade policy should be a matter for Member States and not the EU Commission.

There are serious human rights concerns, both domestically in Iran and throughout the Middle East, propagated by the Iranian regime proxies. We have supported articles that purely discuss human rights and rejected those that contain calls for the EU to take action. This is more effectively left to appropriate international institutions and individual states.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report encouraging a renewed relationship between the EU and Iran to ensure a more stable region and effective implementation of the nuclear deal without compromising on the human rights situation in Iran concerning amongst others the detention of political prisoners and women's rights. Parliament believes all sides are now responsible for ensuring the strict and full implementation of the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA).

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo sul nucleare iraniano è sicuramente un grande successo diplomatico che riporta al tavolo delle negoziazioni un attore regionale fondamentale per gli equilibri dell'intero Medio Oriente, come l'Iran, forse uno dei pochi successi di questi ultimi anni. Il mio voto, infatti, è stato favorevole: un voto di incoraggiamento ai passi avanti che l'attuale esecutivo guidato da Haroni sta compiendo nel paese. Un voto che però non dimentica la grave situazione dei diritti umani, che non dimentica l'uso della pena di morte anche su minori, seppure, ricorda, che non è sicuramente il paese con il più alto numero al mondo, quello è la Cina, ma pare che tanti se ne dimentichino quando si parla di esempio del MES Cina; non dimentica neanche la censura e non dimentica la negazione l'Olocausto. Ritengo però che serva un'attitudine positiva, un'attitudine che ha portato alla conclusione del trattato stesso, un'attitudine che dobbiamo preservare affinché prevalga l'ala moderata nella sua battaglia contro l'ala conservatrice.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Ho convintamente sostenuto la relazione Howitt perché credo che sia stato un risultato notevole per la diplomazia europea responsabile di garantirne una rigorosa e piena attuazione degli accordi stipulate, ma anche per mantenere lo spirito dei negoziati vantaggioso per le popolazioni dell'Iran e dell'Unione europea. La relazione è frutto di un lungo lavoro fatto in Commissione esteri ed è stata approvata secondo lo spirito di compromesso tra i principali gruppi politici del Parlamento. Mi auguro che l'approvazione di questa relazione contribuisca a favorire la graduale espansione della cooperazione in un clima di fiducia, soprattutto a beneficio delle popolazioni dell'Iran e dell'Unione europea.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted against this resolution because I did not find it enough balanced. Yes, there is a progress in our relation with Iran, there is a deal reached in the area of nuclear, but this does not mean we should be blind to the fact that human rights are not fully respected in this country. The EU should remain critical on these issues and not to pretend the problems do not exist. They did not disappear after the nuclear agreement was reached.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione contiene il contributo del Parlamento europeo allo sviluppo dei rapporti tra Unione europea e Iran, a un anno dal raggiungimento dell'accordo sul nucleare siglato tra il paese mediorientale e la comunità internazionale. La relazione, per la quale ho espresso voto favorevole sostiene l'accordo, che è un esempio di dialogo multilaterale, raggiunto grazie al contributo della vicepresidente Mogherini che aveva il compito, non facile, di supervisionare e implementare l'esito dei negoziati. Sono convinta che la cooperazione con l'Iran offra un grande potenziale in settori quali il commercio, la protezione ambientale, la sicurezza aerea e gli scambi accademici. Mi compiaccio che la relazione abbia colto la necessità di distendere i rapporti diplomatici tra Iran e Arabia Saudita al fine di stabilizzare la situazione politica in Medio Oriente. Auspico, però, che l'inizio di una cooperazione duratura possa rappresentare il punto di partenza per un deciso miglioramento della situazione dei diritti umani nel paese. In Iran si riportano ancora troppi casi di esecuzioni, di detenzione di prigionieri politici e di altre gravi forme di violazione dei diritti umani.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και επικροτούμε το άνοιγμα των σχέσεων με το Ιράν. Ταυτόχρονα, επισημαίνουμε ότι η ανάπτυξη των σχέσεων ΕΕ-Ιράν πρέπει να συμβαδίζει με την εφαρμογή της πυρηνικής συμφωνίας (JCPOA), ενώ υπενθυμίζουμε ότι, σύμφωνα με τα όσα προβλέπει η συμφωνία, η μη εφαρμογή της εκ μέρους του Ιράν μπορεί να οδηγήσει στην επαναφορά των κυρώσεων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης για τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία. Θεωρώ πως οφείλουμε να είμαστε προσεκτικοί στις κινήσεις μας και, καθώς οι προτάσεις της συγκεκριμένης έκθεσης κινούνται προς τη σωστή κατεύθυνση, αποφάσισα να την υπερψηφίσω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Esprimo il mio voto favorevole in merito agli accordi conseguiti, riconosco come non sia stato facile e auspico che il testo adottato possa permettere di raggiungere in toto gli obiettivi posti da entrambe le parti. Il piano d'azione congiunto globale, ossia l'accordo internazionale sull'energia nucleare stipulato con l'Iran a Vienna il 14 luglio 2015, rappresenta una svolta storica nelle relazioni diplomatiche, nonché un successo del modus operandi europeo. Tutto ciò sarà vero soltanto se si svilupperà un contatto rigoroso su questioni multilaterali con attori della società civile e delle ONG dal momento che una crescita dei rapporti commerciali è imprescindibile dal completamento delle riforme promesse dall'Iran. Si verranno ad aprire nuovi fecondi sbocchi per le nostre imprese soltanto se la Repubblica islamica d'Iran attiverà una liberalizzazione del proprio sistema economico (attualmente il 70% dell'economia è in mano allo Stato). Va considerato come le occasioni di investimento siano presenti in più ambiti, in primis quello energetico dato il grande potenziale rivestito dalle energie rinnovabili. Per quanto attiene, invece, il ruolo di stabilizzatore delle regione affidato all'Iran, esso rappresenta un bisogno impellente dell'intera comunità internazionale che potrà, comunque, realizzarsi soltanto grazie all'adozione di riforme su diritti umani e libertà fondamentali operati dalla Repubblica islamica.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A celebração do Plano de Ação Conjunto Global (PACG ou Acordo Nuclear) deve prosseguir o importante objetivo de bloqueio ao empoderamento militar nuclear do Irão, mas também deve compreender uma dimensão genérica que permita estabelecer relações mais próximas no plano político, económico (comercial) ou de segurança e estabilidade regional.

Manifesto-me frontalmente contra a aplicação da pena de morte, seja em termos absolutos, seja no que diz respeito à sua aplicação específica a menores de dezoito anos.

Acredito na relevância do estabelecimento de uma delegação da UE em Teerão, como forma de melhorar a perceção do povo iraniano sobre a UE e incrementar a cooperação sectorial.

No plano económico, pese embora a dimensão do mercado iraniano, não podemos desconsiderar a urgência do combate ao fluxo de financiamento a organizações terroristas, a salvaguarda dos direitos fundamentais dos trabalhadores (essencial para um apoio à adesão do país à OMC) ou a necessidade da abertura da Internet.

Recordo que as oportunidades no campo da energia devem ter em consideração preocupações ambientais.

Concordo globalmente com a resolução proposta, mas teria apreciado que ela fosse mais forte na defesa dos direitos fundamentais, pelo que me abstive na votação final.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto ritengo che l'accordo nucleare (JCPOA) con l'Iran sia stato un risultato importante per la diplomazia europea e che ora sia responsabilità anche dell'Europa non solo garantirne una piena attuazione, ma anche sostenere l'apertura di relazioni UE-Iran a vantaggio di entrambe le parti rafforzando la cooperazione bilaterale e multilaterale in un clima di fiducia reciproca.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe pretende definir la estrategia de la Unión sobre Irán tras el acuerdo nuclear que se firmó en 2015, un acuerdo permanente entre las partes para levantar las sanciones impuestas a Irán por parte de los Estados Unidos, la Unión y las Naciones Unidas, y por su parte, Irán limita su programa nuclear a largo plazo.

El informe tiene elementos positivos, pero también negativos, como es el no pedir el levantamiento total de las sanciones norteamericanas o que, como es habitual en los informes y resoluciones de la Unión, se ve la hipocresía de pedir que se respeten los derechos humanos de los refugiados y peticionarios de asilo, cuando en su propio territorio la Unión los vulnera sistemáticamente.

A pesar de esto, he votado a favor ya que el informe apoya una vuelta a la diplomacia activa y a la cooperación con Irán, basada en el respeto mutuo de las normas y principios internacionales, y recuerda que «no se pretende injerir en las elecciones políticas internas de un país». Además, el informe sostiene que Irán puede ejercer de actor mediador para buscar una solución pacífica al conflicto sirio. Por todo ello, mi voto ha sido positivo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accordo sul programma nucleare dell'Iran ha permesso di riaprire le relazioni diplomatiche e commerciali tra l'Iran e la comunità internazionale, grazie alla revoca di tutte le sanzioni relative al nucleare nei confronti della Repubblica iraniana a seguito dell'attuazione degli impegni assunti nell'accordo. Questo consentirà non solo un miglioramento dei rapporti UE-Iran dal punto di vista politico, economico e culturale, ma rafforzerà anche il ruolo del paese in merito alla stabilizzazione a livello regionale. Tale maggiore spazio di cooperazione tra Iran e UE per affrontare le questioni di reciproco interesse, però, non deve trascurare il rispetto dei diritti umani. Ho votato a favore di questa risoluzione, perché, da una parte, tiene conto delle opportunità di cooperazione tra UE e Iran - ad esempio, promozione del dialogo interparlamentare, istituzione da parte del SEAE di una task force iraniana per coordinare le diverse linee di azione dell'Iran, contributo alla sicurezza energetica dell'UE e aumento degli scambi commerciali per raggiungere l'obiettivo dell'Iran di un tasso annuale di crescita pari all'8%; dall'altra, reitera l'opposizione dell'Unione europea alla pena capitale, a prescindere dai casi e dalle circostanze, e sottolinea che l'abolizione di tale pratica è un obiettivo chiave della politica estera e dei diritti umani dell'UE.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Acordul nuclear iranian a reprezentat o realizare remarcabilă pentru diplomația europeană în special, care nu doar a îmbunătățit relațiile dintre UE și Iran, dar a și contribuit la promovarea stabilității în întreaga regiune. Ridicarea tuturor sancțiunilor vizând activitățile nucleare impuse Republicii Islamice Iran permite relansarea cooperării cu Iran, fapt ce va crea oportunități și beneficii pentru ambele părți implicate.

Relațiile UE-Iran trebuie să se dezvolte concomitent cu aplicarea acordului nuclear. Iranul are a doua cea mai mare economie din Orientul Mijlociu, cu un PIB nominal estimat la 397 miliarde USD în 2015, iar comerțul UE-Iran, în prezent, se ridică la aproximativ 8 miliarde USD, estimându-se că acesta va crește de patru ori în următorii doi ani.

Am votat pentru respectarea angajamentului luat față de Iran prin ridicarea sancțiunilor economice și financiare, fapt care va duce și la soluționarea crizei de securitate din regiune.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A jelentés átfogóan ismerteti az EU–Irán kapcsolatokat számos szempont alapján. Az iráni nukleáris megállapodást és az iráni belpolitikai fejleményeket követően – a Parlament úgy véli – most lehetőség nyílik az országban a reformokra és az Európai Unióval ápolt kapcsolatok javítására.

Az EU és Irán úgy döntött, hogy konstruktív módon néz szembe a mindkét felet érintő kérdésekkel; ezért a Parlament olyan uniós stratégiára szólít fel, amely újból bevonja Iránt az együttműködésbe, amely kezdetben bizalomerősítő intézkedésekre épülhet. A kölcsönös bizalom helyreállítását célzó stratégia részeként elengedhetetlen az EU és Irán közötti kapcsolatok parlamenti dimenziójának kiépítése.

Annak ellenére, hogy a jövőbeli kapcsolatok fejlődése bíztató irányt vesz, pl. a Parlament támogatja Irán WTO-tagságát, az állásfoglalás megfogalmazza, hogy a fellendülő gazdasági kapcsolatok és együttműködés mellett napirenden kell tartani a társadalmi-gazdasági kérdéseken túl, a jogállamiság, demokrácia és emberi jogok témakörét; ezen belül a halálbüntetés kérdését.

Továbbá az EP aggodalmát fejezi ki amiatt is, hogy növekszik azoknak a száma, akiket bebörtönöznek egy vallási kisebbségi csoporthoz való tartozásuk vagy hitük miatt; ezért felszólítja az iráni hatóságokat a vallási és etnikai kisebbségek jogainak tiszteletben tartására és törvényi védelmére.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw sprawozdaniu, które w moim odczuciu określa strategię UE wobec Iranu po zawarciu porozumienia w sprawie energii jądrowej w sposób niedokładny i niejasny. Uważam, że w przypadku tak ważnych kwestii nie można pozwolić sobie na pójście na kompromisy. UE w zamian za zniesienie drastycznych sankcji wobec Iranu otrzymała od Iranu obietnicę ograniczenia działań stwarzających zagrożenie jądrowe. Nie rozumiem optymizmu, z jakim sprawozdawca ocenia rolę UE w kwestii ustaleń jądrowych jak i stosunków z tym krajem. Mając też ma uwadze sytuację na Bliskim Wschodzie, łamanie praw człowieka i konflikty regionalne, zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which provides a balanced message about the EU's relations with Iran. I believe that this report will offer the required support to HR Mogherini during her overseeing of the implementation of the nuclear deal, trust-building and expansion of relations in areas of mutual interest. However, we must ensure that Iran lives up to its international commitments on human rights. Having said that, we need to make sure that the number of executions in this country are addressed and all political prisoners released.

Arnaud Danjean (PPE), *par écrit*. – Ce projet de rapport a pour objectif de normaliser les relations entre l'Union européenne et l'Iran après la signature des accords de Vienne sur le nucléaire, en juillet 2015.

Le rapport tel qu'il a été voté est bon, équilibré et relativement complet. Il présente des recommandations pour un dialogue politique renforcé, une coopération économique et commerciale, une meilleure coopération en matière de sécurité régionale au Moyen-Orient et des négociations sur les questions sociales, comme l'état de droit, la démocratie et les droits de l'homme.

Les onze amendements que j'ai déposés, portant notamment sur le régime iranien en place et la politique étrangère de l'Iran, ont été adoptés en commission des affaires étrangères et ont permis d'améliorer significativement le contenu du texte.

Lors du vote en séance plénière, je n'ai pas voté en faveur de certains amendements relatifs aux droits de l'homme. En effet, la plupart de ces amendements sont déjà intégrés plusieurs fois dans le texte. Les autres n'ont nullement vocation à être repris dans ce type de rapport.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La firma dello storico accordo nucleare con l'Iran – indiscusso successo della diplomazia europea e frutto del lavoro svolto dall'Alto rappresentante Federica Mogherini – ha portato ad una graduale normalizzazione e a un sensibile miglioramento delle relazioni bilaterali tra UE e Iran. Un accordo che ha avuto anche il merito di riaprire il mercato iraniano alle imprese europee, soprattutto per quelle italiane che si sono mosse con anticipo nei mesi immediatamente successivi alla rimozione delle sanzioni. In questo nuovo scenario, che auspico consentirà un ulteriore rafforzamento della cooperazione economica a reciproco vantaggio e di accresciuta stabilità regionale, l'Unione dovrà essere abile a sfruttare le numerose possibilità e opportunità che ci vengono offerte – al momento gli scambi commerciali dell'UE con l'Iran si attestano a 8 miliardi di dollari, ma si prevede che nei prossimi due anni quadruplicheranno il loro valore assoluto. In modo particolare il nostro paese, forte di legami di amicizia e di consolidati rapporti commerciali, potrà così avere l'ambizione di tornare ad essere il primo partner commerciale dell'Iran.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la stratégie de l'Union européenne à l'égard de l'Iran après l'accord sur le nucléaire signé le 14 juillet 2015. Tout en rappelant nos inquiétudes et nos divergences sur la peine de mort, notamment pour les mineurs, et sur les droits de l'homme, ce rapport pose les bases des futures relations entre l'Union européenne et l'Iran et identifie les priorités communes, à savoir renforcer le dialogue politique, les échanges commerciaux et la coopération dans le domaine de l'énergie, la sécurité aérienne, les migrations, les questions régionales, la lutte contre la drogue ou encore l'éducation, la recherche et l'innovation.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – „Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően" című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térsége stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére.

Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot végrehajtásukra nézve.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La strategia riconosce i vantaggi economici e politici per l'Iran e l'UE in seguito all'accordo nucleare iraniano e alla sospensione delle sanzioni. La linea dell'Alto rappresentate dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sostiene contemporaneamente l'avanzamento degli scambi economici e il rispetto dei diritti umani, soprattutto in merito alla pena di morte. L'Iran è infatti il paese con il più alto tasso pro-capite di esecuzioni nel mondo, che pratica l'impiccagione degli omosessuali e la lapidazione delle donne. La strategia chiede la soppressione della pena di morte per i minori e i trafficanti di droga. Per questi motivi ho votato a favore della strategia.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu la version finale de ce rapport, qui pose un certain nombre de principes dans l'encadrement des relations de l'Union européenne avec l'Iran après l'accord sur le nucléaire, la question des droits de l'homme, du respect des femmes et de la liberté d'expression ayant pu être introduite au terme de la rédaction parlementaire. L'Iran est un acteur central dans la région. Il doit pouvoir constituer, au-delà du simple statut de partenaire économique et commercial, un facteur de stabilité et une puissance de paix, mais sa gouvernance doit évoluer vers une véritable république qui ne soit pas sous l'influence des religieux au pouvoir.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – Je n'ai pu voter en faveur du rapport sur la stratégie de l'Union européenne à l'égard de l'Iran après l'accord sur le nucléaire, car ce rapport était tout à fait déséquilibré.

Bien sûr, nous devons nous féliciter de l'accord intervenu sur le nucléaire, qui est une belle réussite de la diplomatie multilatérale, et de la diplomatie européenne en particulier. Bien sûr, cet accord entraînera des avantages pour les deux parties, en offrant aux entreprises européennes la perspective d'accéder à nouveau au marché iranien. Mais ce n'est pas parce que le régime iranien a cessé d'être un délinquant nucléaire que nous devons lui octroyer un prix d'honorabilité démocratique et humaniste. L'Iran est aujourd'hui le champion du monde en ce qui concerne le nombre d'exécutions par rapport à sa population. Sous la présidence M. Rouhani, plus de 2700 prisonniers ont été exécutés. L'Iran exécute des enfants, en violation de la convention des Nations unies relative aux droits de l'enfant, qu'il a signée et qui interdit l'application de la peine capitale aux jeunes délinquants. Et je ne peux comprendre que les députés du Parlement européen aient pu voter contre un amendement visant à le dénoncer. Coopérer avec l'Iran, oui, fermer les yeux, non!

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — La signature de l'accord sur le nucléaire en 2015 par l'Iran a marqué un tournant dans les relations entre ce pays et la communauté internationale. L'Union doit profiter de cette occasion pour jeter les bases d'un partenariat renouvelé avec Téhéran. Le dialogue doit être complet, coopératif, critique et constructif. L'Union a l'occasion de renouer et de développer ses relations économiques, commerciales et énergétiques avec l'Iran. Une normalisation des relations diplomatiques avec le gouvernement iranien permettrait d'encourager le pays à soutenir les initiatives internationales visant à trouver des solutions politiques aux conflits de cette région. L'Iran y est un acteur influent et sa médiation pourrait se révéler précieuse dans la résolution de la crise syrienne.

Il ne s'agit pas pour autant d'omettre que l'Iran ne respecte toujours pas à ce jour ses obligations en matière de respect des droits de l'homme. 966 exécutions y ont été recensées en 2015, dont certaines concernaient des individus mineurs au moment des faits, ce qui va à l'encontre de la convention internationale relative aux droits de l'enfant, dont l'Iran est pourtant partie prenante.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport constitue la réaction du Parlement européen à l'accord irano-américain sur le nucléaire. Il porte atteinte à notre souveraineté, au même titre que tous les autres rapports de l'Union européenne relatifs aux affaires étrangères. Je me suis néanmoins abstenue, eu égard à la rare honnêteté de ce rapport sur le fond du sujet.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подписването на споразумението с Иран е огромна стъпка напред в нормализирането на отношенията ни с тази държава. Напълно подкрепям вдигането на санкциите срещу Иран. Тези санкции бяха израз на слугинската външна политика на ЕС, подкрепяща не интересите на държавите – членки на ЕС, а тези на САЩ и Израел.

Въпреки това реших да гласувам против резолюцията относно стратегията на ЕС по отношение на Иран след ядреното споразумение, тъй като не съм съгласен с някои крайни твърдения в текста, като например, че трябва да се подпише всеобхватно споразумение с Иран, с което да изискваме от страната да приеме западните норми и ценности и да промени своето устройство и традиции. Видяхме до какво доведе налагането на западните ценности на държави като Афганистан, Ирак, Либия и в момента това се случва в Сирия.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο τρόπος με τον οποίο θέλει η Ένωση να αναπτύξει τις σχέσεις με το Ιράν είναι εσφαλμένος και εξυπηρετεί κυρίως εταιρικά συμφέροντα και όχι τα συμφέροντα των κρατών μελών και των πολιτών τους. Η Ένωση πρέπει να απέχει από παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Θεωρούμε πως οι υποδείξεις σχετικά με το σύστημα δικαιοσύνης και τον τρόπο λειτουργίας του διαδικτύου στο Ιράν είναι παραπάνω από περιττές. Οι διεθνείς σχέσεις είναι ένα κομμάτι το οποίο πρέπει να χειρίζονται τα κράτη μέλη μόνα τους, καθώς τα συμφέροντα μεταξύ τους διαφέρουν ποικιλοτρόπως.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére. Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot azok végrehajtására nézve.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Reconheço que o acordo sobre o programa nuclear iraniano em 2015 constituiu um marco histórico no relacionamento do país com o Ocidente. No entanto, há ainda muito a fazer naquele país, nomeadamente em questões relacionadas com a pena de morte, com a estabilidade militar daquela região, com os direitos, as liberdades e as garantias.

Os passos dados até agora não são suficientes para que a UE aprofunde os seus laços comerciais e políticos com o Irão. A resolução das catástrofes humanitárias e dos conflitos latentes naquela região é condição imprescindível para se avançar com negociações e conversões.

Voto, por isso, contra.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: ce rapport constitue, comme tous les rapports de l'UE sur les affaires étrangères, une atteinte à la souveraineté des États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório versa sobre as relações entre a UE e o Irão após o acordo nuclear celebrado. Há cerca de um ano, o Irão assinou um acordo sobre o programa nuclear iraniano com seis potências (EUA, França, Grã-Bretanha, Rússia, China, Alemanha) que permitiu o levantamento das pesadas sanções impostas. Os EUA mantêm o bloqueio.

O Irão é um país de enorme importância geoestratégica. Exerce influência no Médio Oriente e na região do Golfo. É a segunda maior economia do Médio Oriente e Norte de África. Tem as segundas maiores reservas de gás do mundo e as quartas maiores de petróleo. Tem ainda um potencial enorme para a exploração de energia solar, interesses que movem a UE.

Apesar de acompanharmos o relatório no que à necessidade de estabelecer de relações diz respeito, distanciamo-nos da visão de ingerência e interferência externas a que o relatório procura condicionar essas relações: reformas estruturais, judiciais, democráticas. Uma visão que visa alimentar pelo exterior, mudanças de regime, que têm como objetivo não os interesses e as legítimas aspirações do povo iraniano, mas cumprir os objetivos económicos e políticos da UE para desestabilizar e controlar o Médio Oriente. Acresce o total branqueamento da realidade e distintas responsabilidades e papéis dos intervenientes nos conflitos daquela região.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario alla presente risoluzione in quanto ritengo che l'accordo sul nucleare concluso fra Unione Europea e Iran non presenti sufficienti elementi di chiarezza sull'impatto che esso possa determinare nel Medio Oriente, con particolare riferimento al conflitto tra Iran e Arabia Saudita, quello siriano e le relazioni con Israele.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná správa predstavuje príspevok Európskeho parlamentu k vývoju vzťahov medzi Európskou úniou a Iránom po podpísaní prelomovej dohody o používaní nukleárnych zbraní medzi Iránom a medzinárodným spoločenstvom minulý rok. Musíme sa zamerať na oblasti, v ktorých môžu Európska únia a Irán v budúcnosti spolupracovať. Ide najmä o oblasť obchodu, ochrany životného prostredia, bezpečnosti letectva a mnohé iné. Irán a Saudská Arábia musia v budúcnosti pracovať na zlepšení vzťahov a deeskalácii napätia. Je veľmi dôležité, aby sme sa spoločnými silami zamerali aj na situáciu dodržiavania základných ľudských práv v Iráne, ako aj na ukončenie zneužívania inštitútu trestu smrti a obmedzenie množstva popráv. Irán by mal rešpektovať a v najväčšej možnej miere spolupracovať s mechanizmami OSN na garanciu ochrany ľudských práv.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο τρόπος με τον οποίο θέλει η Ένωση να αναπτύξει τις σχέσεις με το Ιράν είναι εσφαλμένος και εξυπηρετεί κυρίως εταιρικά συμφέροντα αντί τα συμφέροντα των κρατών μελών και των πολιτών τους. Η Ένωση πρέπει να απέχει από παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Θεωρώ πως οι υποδείξεις σχετικά με το σύστημα δικαιοσύνης και τον τρόπο λειτουργίας του διαδικτύου στο Ιράν είναι παραπάνω από περιττές. Οι διεθνείς σχέσεις είναι ένας τομέας τον οποίο πρέπει να χειρίζονται τα κράτη - μέλη μόνα τους, καθώς τα συμφέροντα μεταξύ τους διαφέρουν ποικιλοτρόπως. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We must be at the forefront of the EU's normalisation of relations with Iran. In line with this approach, we should support the leading role the HR/VP Mogherini in overseeing the implementation of the nuclear deal, trust-building and expansion of relations in areas of mutual interest. At the same time, we should emphasise the need for Iran to live up to its international commitments on human rights, and in particular, drastically reduce the number of executions and release all political prisoners.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére. Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját.

A jelentés a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot azok végrehajtására nézve. Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – „Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően" című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térsége stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére.

Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt, és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot végrehajtásukra nézve.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el Plan de Acción Integral Conjunto, fue un logro importante para la diplomacia multilateral y para la diplomacia europea que permitirá no solo mejorar notablemente las relaciones entre Irán y la Unión, sino que también fomenta la estabilidad en toda la región. Todas las partes deben ahora velar por el cumplimiento estricto de los acuerdos alcanzados. A partir de este momento, debemos afrontar de manera constructiva las cuestiones que nos preocupan a ambas partes, fomentando la confianza mutua para allanar el camino, para una cooperación más significativa a largo plazo, siempre actuando en pro de la defensa de los intereses y valores de la Unión, en particular, el respeto de la democracia, el Estado de derecho y los derechos humanos en Irán.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio il collega Howitt per aver redatto questa importante relazione sullo sviluppo delle relazioni Europa-Iran dopo l'accordo sul nucleare di un anno fa. Vorrei sottolineare e ricordare anche io l'importante lavoro di Federica Mogherini come presidente della commissione congiunta incaricata di valutare l'attuazione dell'accordo. Nella relazione rapporto si evidenziano le diverse possibili aree di cooperazione con l'Iran, in particolare il commercio, l'ambiente, l'università, la sicurezza dell'aviazione. Questi settori di cooperazione tuttavia non devono essere sviluppati senza nascondere o celare i numerosi casi di violazione dei diritti umani denunciati in Iran: fa bene quindi la relazione Howitt a chiedere un impegno concreto per l'attuazione degli standard internazionali, in particolare sui diritti delle opposizioni, dei detenuti oltre che una moratoria sulla pena di morte.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla strategia dell'UE nei confronti dell'Iran dopo l'accordo nucleare perché ritengo questo un accordo storico, fondamentale e decisivo per la pace nel mondo. Ritengo, infatti, che il contributo dell'UE al raggiungimento dell'accordo e il lavoro dell'Alto rappresentante Federica Mogherini siano stati decisivi per arrivare a quest'esito positivo. Condivido, quindi, l'idea ivi contenuta che tale accordo rappresenti un successo della diplomazia multilaterale, anche se deve essere implementato, tuttavia può aprire la via a una forte cooperazione tra l'Iran e l'UE in molti settori, quali le fonti energetiche, gli scambi commerciali, le questioni ambientali, la sicurezza aerea. L'Iran è infatti la seconda economia del Medio Oriente, e gli investimenti europei saranno fondamentali per accelerare la transizione del paese. Non dimentichiamo però il problema della sicurezza e degli equilibri della regione e perciò invito l'Iran e l'Arabia Saudita ad avviare un dialogo per la pace, evitando ogni forma di ostilità e ponendo fine alle atrocità commesse in varie aree del Medio Oriente. Chiediamo infine fortemente all'Iran, come condizione irrinunciabile di ogni ulteriore avvicinamento, maggiore attenzione al rispetto dei diritti umani, delle libertà e dei diritti civili, e continueremo attentamente a vigilare su questi comportamenti.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht über die Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens gestimmt. Zwar begrüße ich die erfolgreichen Bemühungen des EAD und der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik in diesem internationalen Prozess und erkenne sie an – ich würde sogar sagen: Europa war hier weit vor Amerika über Jahre in einer konstruktiv führenden Rolle –, dennoch teile ich die absolute Zustimmung zum Verhandlungsergebnis nicht. Es bleiben Probleme, die wir bei aller wirtschaftlichen und politischen Entspannung mit dem Iran weiter verfolgen müssen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße eine engere Zusammenarbeit zwischen dem Iran und der Europäischen Union. Nachdem die iranische Regierung durch die Unterzeichnung des Nuklearabkommens den Weg frei gemacht hat für eine engere Partnerschaft, sollte die Europäische Union die historische Chance erkennen und nutzen und den Iran als Partner anerkennen. So sollte ein weiterer politischer Dialog mit dem Iran geführt werden, indem auch Menschenrechtsverletzungen und die Abschaffung der Todesstrafe im Iran eine zentrale Rolle spielen sollten. Des Weiteren sind durch die Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran neue Handels- und Investitionsmöglichkeiten für europäische Konzerne im Iran entstanden, die wahrgenommen werden sollten. Eine weitere enge Zusammenarbeit der Europäischen Union und des Irans ist auch im Bereich einer regionalen Sicherheitsstrategie vonnöten.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it endorses a step-by-step reopening of political, economic and human rights relations between Europe and Iran, and states that the European Union should play an enhanced diplomatic role to de-escalate tensions between Tehran and Riyadh, and promote the idea of a new regional security structure for the Middle East, one based on the Organisation for Security and Co-operation in Europe (OSCE) model in Europe.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que considero va en el sentido de la construcción de una agenda común y normalizada entre la Unión e Irán, basada en el respeto a la soberanía, el multilateralismo en la resolución de diferendos, la búsqueda conjunta de procesos que conduzcan al avance en el respeto a los derechos humanos, el desarrollo sustentable y sostenible del pueblo iraní y la paz y la seguridad para todos los pueblos de Oriente Próximo. Me opongo, sin embargo, a la consideración de Irán como fuente de inestabilidad regional, al establecimiento de relaciones guiadas predominantemente por criterios mercantiles, a la presentación de la liberalización comercial *per se* como panacea para la consecución del desarrollo de pueblos como el iraní (que participan en condiciones asimétricas y subordinadas en el mercado global) y al uso de energías fósiles y nuclear como bases de la matriz productiva y energética de cualquier país.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it endorses a step-by-step reopening of political, economic and human rights relations between Europe and Iran, and says the European Union should play an enhanced diplomatic role to de-escalate tensions between Tehran and Riyadh, and promote the idea of a new regional security structure for the Middle East based on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) model in Europe.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la stratégie de l'Union à l'égard de l'Iran après l'accord sur le nucléaire. Cet accord est une réussite notable de la diplomatie multilatérale, et de la diplomatie européenne en particulier, qui va permettre d'améliorer les relations UE-Iran, mais également de participer à la stabilité dans toute la région. Toutes les parties sont désormais responsables de sa mise en œuvre stricte et complète; je souhaite qu'il soit appliqué scrupuleusement. La coopération UE-Iran, notamment dans le domaine de l'énergie, doit avoir comme objectif systématique d'améliorer les bénéfices environnementaux, sociaux et économiques aussi bien en Iran que dans l'UE. Bien que je condamne le recours fréquent de l'Iran à la peine de mort et à d'autres pratiques bafouant les droits de l'homme, il est indispensable de construire un vrai dialogue entre l'UE et l'Iran. Enfin, je tiens à préciser que j'ai voté contre certains amendements déposés par d'autres groupes politiques car ils ne faisaient que reprendre ce qui était déjà dans le rapport, notamment concernant la défense des droits de l'homme.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The Iran Nuclear Deal was a notable achievement for multilateral diplomacy, and for European diplomacy in particular. The report stresses that trade and renewed access to the global rule-based trading system is a potential way to break Iran's isolation, and that trade could be an important tool for strengthening the political dialogue and stimulating cooperation among countries in the region, with a view to increasing regional development, employment and stability in the wider region.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater välkomnar förra årets kärnteknikavtal med Iran som ett viktigt steg mot att göra regionen och världen till en säkrare plats. Vi tycker att det är viktigt att EU på ett ansvarsfullt sätt nu stakar ut vilka förutsättningar som finns, och vilka krav som bör ställas, för att en konstruktiv framtida relation med landet ska vara möjlig. Därför valde vi att rösta för betänkandet om en strategi gentemot Iran efter uppgörelsen.

Vi vill understryka att respekten för mänskliga rättigheter ovillkorligen måste komma i första hand och alltid vara vägledande i EU:s samtliga relationer med tredje länder, något som betänkandet om Iran också tog fasta på. Eftersom vi gjorde bedömningen att flera av ändringsförlagen, trots deras fokus på mänskliga rättigheter, inte tillförde betänkandet något nytt utan snarare upprepade vad som redan fanns i texten valde vi dock att inte rösta för dessa.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére. Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά τη στρατηγική της ΕΕ έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία. Η συμφωνία αποτελεί μια θετική εξέλιξη, την οποία έχουμε εξάλλου χαιρετίσει. Τασσόμαστε υπέρ μιας στενότερης σχέσης ΕΕ και Ιράν, χωρίς ωστόσο να παραβλέπουμε την κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην χώρα, τη χρήση της θανατικής ποινής, την καταπάτηση της ελευθερίας της άποψης και τις πολιτικές διώξεις. Είναι ζητήματα πολύ σοβαρά, στα οποία δεν χωρούν οποιεσδήποτε υποχωρήσεις χάριν των όποιων εμπορικών και οικονομικών συμφερόντων. Τηρήσαμε αποχή στην συγκεκριμένη έκθεση, γιατί σε πολλά σημεία της επιχειρείται να εξυπηρετήσει ακριβώς αυτά τα συμφέροντα και όχι μια σχέση που θα είναι επωφελής για τον λαό του Ιράν.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted against this report for a number of reasons. Overall, the compromises do not reflect the present reality in Iran. Likewise, there is a clear lack of balance in tone and substance when it comes to serious problems such as human rights violations, corruption, and the role of Iran in the region, in particular concerning its support for the Assad regime. Instead, there is too much emphasis on trade and investment, especially since there is already an opinion from Committee on International Trade covering those aspects in detail. I, along with my colleagues in ALDE, submitted a number of amendments to the report aimed at rebalancing the text and putting more emphasis on human rights, stronger condemnation of Iran's negative role in the Middle East (particularly in Syria). Unfortunately, these amendments did not pass and therefore I was unable to support the report. Additionally, the wording on the death penalty, free and fair elections, protection of religious minorities and torture should be much stronger.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht, der die künftige Ausrichtung der EU-Strategie gegenüber dem Iran skizziert, enthält einige positive Elemente wie die Bedeutung der sektoralen Zusammenarbeit und die Stabilisierung der Rolle Irans in der Region. Doch aufgrund der abgründigen Menschenrechtsverletzung im Iran und der bedingungslosen Unterstützung des Assad-Regimes im Syrienkrieg habe ich zusammen mit anderen Abgeordneten der Allianz für Fortschritt und Aufbruch beschlossen, gegen den Bericht zu stimmen.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam PROTIV Izvješća o strategiji EU-a prema Iranu nakon nuklearnog sporazuma (2015/2274(INI)), slijedeći stav ALDE grupe, s obzirom da dokument nije uvažio neke prijedloge koji su bitni za ALDE grupu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – A l'instar de tous les rapports de l'Union européenne ayant trait aux affaires étrangères, celui-ci porte atteinte à la souveraineté des États membres et de l'Iran. Je note toutefois le travail honnête fourni par M. Howitt qui ne manquera pas de susciter des controverses.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Richard Howitt sur la stratégie de l'UE à l'égard de l'Iran suite à l'accord sur le nucléaire. Ce texte est un premier pas vers une normalisation des relations avec l'Iran pour une meilleure mise en œuvre de l'accord sur le nucléaire iranien signé en 2015. Je soutiens cette initiative qui atteste de la volonté de l'UE d'approfondir et d'élargir ses relations avec l'Iran dans de nombreux domaines sans laisser toute la place à nos concurrents. L'accord prévoit ainsi une coopération économique et commerciale renforcée, une meilleure coopération en matière de sécurité régionale et des négociations sur les questions sociales à l'instar des droits de l'homme, condition sine qua non pour la signature de ce texte.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have supported Mr Howitt's approach as it is important for the EU to show a common and harmonised strategy towards Iran after the nuclear agreement. It is important that the rule of law and democratic principles are respected and that political dialogue is enforced for further developments. The respect of human rights is to be safeguarded and promoted. Relative reforms are welcome and that spirit should be part of all deals, trade or FDI-related, and international cooperation.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Bericht. Er ist ein wichtiger und richtiger Schritt, die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Iran weiter zu normalisieren, zu vertiefen und das wirtschaftliche Potenzial in gegenseitigem Interesse bestmöglichst zu heben.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – The religious dictatorship of Iran has a long track record of deception, breaking its international commitments and trying to obtain weapons of mass destruction.

Therefore, any initiative to radically normalise relations with such a regime must be based on clear conditionality between developing economic relations on one hand and Iran's progress in the field of human rights on the other hand.

This crucial nexus was absent from the report in question. It remained unbalanced, full of wishful thinking and overdue optimism. Advancing first and foremost the economic interests will result in benefits for big EU companies and help Iran's regime to survive, but can do little if anything to guarantee civil rights and rule of law. It is ironic that the rapporteur has tried to associate sound criticism of the report with 'lobbying interests'. The opposite could be more true. The impact of powerful lobbyists might have made the text so ambiguous and generous for clerical dictators that any serious demands for genuine change in their behaviour on human rights were watered down.

Therefore, after five amendments submitted by 76 Members were narrowly defeated, I had no option but to remain in harmony with my better conscience and to vote against the report.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it endorses a step-by-step reopening of political, economic and human rights relations between Europe and Iran, and says the European Union should play an enhanced diplomatic role to de-escalate tensions between Tehran and Riyadh, and promote the idea of a new regional security structure for the Middle East based on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) model in Europe.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Při hlasování o strategii EU vůči Íránu po jaderné dohodě jsem hlasovala pro. Írán je druhou největší ekonomikou oblasti Blízkého východu a pro stabilitu regionu je klíčové, aby se rozvíjely vzájemné dobré vztahy mezi EU a Íránem. Tento dialog otevírá prostor pro debaty o demokratickém vedení země, o lidských právech a společné vizi možné budoucí spolupráce. Všeobecně se otevírá prostor pro komunikaci na mnoha úrovních se zemí, která byla doposud izolována, a to vnímám jako dobrý krok. Írán navíc může být klíčovým partnerem při řešení konfliktů v Sýrii a Jemenu, a i proto je dobré rozvíjet vzájemné vztahy.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – „Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően" című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére.

Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt, és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot végrehajtásukra nézve.

Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Jelentős változások történtek Iránban, melyek hatására sokat javult az ország nemzetközi megítélése. A korábbi nagyfokú elszigeteltség helyett manapság valóságos verseny tapasztalható az EU, az USA, Kína és Oroszország között, hogy ki tud jobb gazdasági és politikai kapcsolatokat kiépíteni Iránnal. Mindenki ott tolakszik a piac újraosztásakor. Mindez érződik a jelentés hangvételén is, mely a többnyire mérsékelt és valós alapú kritika mellett baráti hangot üt meg. Az még várat magára, hogy a sokezer éves kulturális alapokkal rendelkező egykori regionális nagyhatalom elfoglalja az őt megillető helyét, de járhatónak tűnő kompromisszumos úton haladnak.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Смятам, че Съвместният всеобхватен план за действие (СВПД), известен още като Споразумението във връзка с ядрената програма на Иран, е забележително постижение, което трябва не само да доведе до чувствително подобряване на отношенията ЕС–Иран, но също и да насърчи стабилността в целия регион. И двете страни трябва да работят в тясно сътрудничество по двустранни и многостранни въпроси за гарантиране на повече стабилност в региона и ефективно изпълнение на споразумението във връзка с ядрената програма. Считам, че отношенията между ЕС и Иран следва да бъдат развити чрез многопластов диалог, включващ политически, дипломатически, икономически, академични и междуличностни контакти, които включват представители на гражданското общество и защитници на правата на човека.

Търговията и подновеният достъп до световната търговска система предоставят възможност за преодоляване на изолацията на Иран. Това може да бъде важен инструмент за укрепване на политическия диалог и стимулиране на сътрудничеството между държавите в региона, с оглед ускоряване на регионалното развитие и увеличаване на заетостта и стабилността в по-широкия регион.

Призовавам за пълно равенство между половете, приветствам опитите за изготвяне на закон за закрила на жените от насилие и се надявам, че новоизбраният парламент ще разгледа законодателство, което изцяло криминализира насилието срещу жени.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Без съмнение завършването на ядреното споразумение с Иран е голям успех за международната общност. От една страна, то представлява триумф на дипломацията над разпространението на ядрено оръжие, а от друга, служи като добра основа за развитие на сътрудничеството и конструктивния диалог между Европейския съюз и Иран.

В действителност Европейският съюз и Иран могат да си сътрудничат в редица области, като акцент може да се постави върху развитието на търговията. За нейното насърчаване обаче са нужни конкретни стъпки. Необходимо е Иран да работи и да се фокусира върху зачитането на правата на човека, подобряването на положението на етническите малцинства, гарантирането на свободния достъп до интернет и премахването на смъртното наказание. В допълнение, страната трябва да наблегне над реформите, като либерализира своята икономика и подобри бизнес климата в страната.

Вярвам, че в дългосрочен план задълбочаването на отношенията между ЕС и Иран ще допринесе за насърчаването на мира и стабилността в целия регион, включително за решаването на военните конфликти в Сирия и Йемен.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con la presente relazione il Parlamento incoraggia l"Unione a creare un rapporto di fiducia con l'Iran, che porti ad una cooperazione basata su interessi comuni, e ribadisce la necessità, da parte di tutti gli Stati membri, di lavorare a stretto contatto con l'Iran, così da creare una relazione stabile mirata all'efficace attuazione dell'accordo nucleare. Inoltre, la relazione mette in evidenza l'attuale situazione dell'Iran, ricordando che il paese ospita il maggior numero di rifugiati al mondo e, con riferimento alla recente relazione delle Nazioni Unite, esprimendo preoccupazioni sul grado di tutela dei diritti umani e chiedendo che vengano attuate le misure proposte dall'Assemblea generale dell'ONU e rispettate le leggi internazionali. A seguito di quanto esposto, voto a favore della relazione del collega Howitt.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à impulser une nouvelle dynamique dans les relations entre l'Union européenne et l'Iran. Cela nous permettra, à terme, de renforcer nos liens avec ce pays sur le plan économique et commercial. Il me semble important de souligner que cette relation, franche, n'occultera pas les sujets sur lesquels nous avons des divergences profondes, en ce qui concerne par exemple les droits de l'Homme.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Iran s'est progressivement imposé comme un acteur incontournable du Moyen-Orient. Puissance démographique et énergétique de la région, l'Iran réussi le tour de force de traiter en même temps avec les États-Unis en Irak et avec les Russes en Syrie. Son positionnement ne va pas sans critique, mais de Damas en Syrie à Sanaa au Yémen, en passant par le Hezbollah au Liban, L'Iran fait partie de la solution politique aux conflits en cours.

La levée progressive des sanctions suite à l'accord sur le nucléaire lui permet son retour sur la scène internationale et à terme c'est un immense marché qui peut se rouvrir aux entreprises européennes. Cet enthousiasme commercial ne doit cependant pas faire oublier les avancées nécessaires sur les droits de l'homme et une responsabilisation de l'Iran sur la scène diplomatique. Ce grand pays doit désormais utiliser son statut renouvelé de puissance régionale pour stabiliser la région et des avancées doivent avoir lieu au niveau des droits de l'homme.

C'est pourquoi, si j'ai soutenu le texte, j'ai également soutenu les amendements demandant la libération des prisonniers politiques, l'arrêt des exécutions de mineurs, et un lien entre amélioration des droits de l'Homme et relations économiques.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende definir la estrategia de la Unión sobre Irán tras el acuerdo nuclear que se firmó en 2015, un acuerdo permanente entre las partes para levantar las sanciones impuestas a Irán por parte de los Estados Unidos, la Unión y las Naciones Unidas, y por su parte, Irán limita su programa nuclear a largo plazo.

El informe tiene elementos positivos, pero también negativos, como es el no pedir el levantamiento total de las sanciones norteamericanas o que, como es habitual en los informes y resoluciones de la Unión, se ve la hipocresía de pedir que se respeten los derechos humanos de los refugiados y peticionarios de asilo, cuando en su propio territorio la Unión los vulnera sistemáticamente.

A pesar de esto, he votado a favor ya que el informe apoya una vuelta a la diplomacia activa y a la cooperación con Irán, basada en el respeto mutuo de las normas y principios internacionales, y recuerda que «no se pretende injerir en las elecciones políticas internas de un país». Además, el informe sostiene que Irán puede ejercer de actor mediador para buscar una solución pacífica al conflicto sirio. Por todo ello, mi voto ha sido positivo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente resolución del Parlamento Europeo se resalta la nueva oportunidad para entablar reformas en Irán y mejorar sus relaciones con la Unión después de la celebración del acuerdo nuclear y los cambios internos en el país.

Esas relaciones han de buscar la aplicación efectiva del mencionado acuerdo y de permitir que éste garantice una región más estable. Así, propone que el comercio puede servir tanto como para finalizar el aislamiento internacional de Irán, como para reforzar el diálogo político e incentivar la cooperación entre los países de la región, con miras en el desarrollo regional, empleo y estabilidad en toda la región. No obstante, en este nuevo marco que se abre en las relaciones entre ambas entidades, la Unión no puede renunciar a sus valores y debe seguir fomentando los derechos humanos, la democracia, el Estado de derecho y la abolición de la pena de muerte. Subrayo la demanda del Parlamento para que algunos representantes del régimen iraní dejen de atacar con sus declaraciones a Israel.

Doy mi voto favorable al informe, porque podremos mejorar las relaciones comerciales con la segunda mayor economía de Oriente Próximo y proteger la inversión europea, sin dejar de lado nuestros valores, que seguiremos defendiendo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht, der die künftige Ausrichtung der EU-Strategie gegenüber dem Iran skizziert, enthält einige positive Elemente wie die Bedeutung der sektoralen Zusammenarbeit und die Stabilisierung der Rolle Irans in der Region. Doch aufgrund der abgründigen Menschenrechtsverletzung im Iran und der bedingungslosen Unterstützung des Assad-Regimes im Syrienkrieg habe ich zusammen mit anderen Abgeordneten der Allianz für Fortschritt und Aufbruch beschlossen, gegen den Bericht zu stimmen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of improving EU relations with Iran to strengthen stability in the region and to ensure the effective implementation of the Nuclear Deal.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva „vyzývá EU a její členské státy, aby s cílem povzbudit obchod, financování projektů a investování v Íránu prozkoumaly možnosti používání záruk za vývozní úvěry." Jsem proti státním zárukám za soukromé investice v zahraničí. Tento typ záruk motivuje firmy, aby riskovaly na úkor daňového poplatníka. Zpráva „vyzývá Komisi, aby zvýšila objem prostředků vynakládaných na účast íránských studentů na programu Erasmus." Nevidím jediný důvod, proč by evropský daňový poplatník měl dotovat cesty íránských studentů do škol v EU.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I would like to thank rapporteur Richard Howitt for a very balanced report. This report stresses all positive changes that have happened in Iran recently and outlines future cooperation between EU and Iran but, on the other side, it contains criticisms and highlights the challenges that we face. In spite of some unsolved problems, I would like to say that it is a success story for our diplomacy. In recent years European and Iranian diplomacy managed to raise our relations from a very low point and to give them a positive trend. The European Parliament should play an important role in the process of establishing friendly cooperation framework with Iran in which we can achieve positive results in the issues we are interested in or resolve problems we are concerned about. In this way we should be wise and patient and try to avoid a temptation to use offensive language.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Jadrová dohoda s Iránom z júla 2015, ktorou sa zrušili sankcie voči Iránu a Irán sa zaviazal dlhodobo obmedziť svoj jadrový program, zároveň otvorila priestor pre EÚ na intenzívnejšie vzťahy s touto krajinou, ktoré prispejú k presadzovaniu mieru a dodržiavaniu ľudských práv a slobôd. Spolupráca s Iránom môže pomôcť riešiť konflikt v Sýrii a súčasne riešiť boj proti terorizmu pochádzajúcemu z afrického kontinentu. Politickým dialógom bude možné posunúť aj spoluprácu v oblasti obchodu a hospodárstva.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte. Par cette proposition de résolution, le Parlement européen se félicite d'un «grand succès de la diplomatie européenne», à savoir l'accord sur le nucléaire iranien. Nous témoignons donc encore une fois de l'imprudence de l'Union européenne qui semble ignorer que les affaires étrangères restent de la compétence des gouvernements nationaux. La résolution constitue donc une atteinte à notre souveraineté. Par ailleurs, cet accord, conclu par les États-Unis, ne vise que leurs propres intérêts.

En revanche, le rapporteur a rédigé un rapport relativement honnête en ne se soumettant pas à la pression des libéraux et des Verts sur la question des droits de l'Homme.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la estrategia de la Unión en relación con Irán, tras el acuerdo nuclear que favorecerá la cooperación y nuevas oportunidades y ventajas para ambas partes, estableciendo la posibilidad de volver a abrir el mercado iraní a las empresas europeas.

Tenemos que avanzar en este sentido ya que la consideración de Irán como un actor clave en el mercado internacional de la energía permitirá generar sinergias para que la Unión pueda avanzar en su apuesta por diversificar los recursos energéticos y desarrollar nuevas soluciones tecnológicas, energías renovables y eficiencia energética.

Asimismo, trabajaremos para lograr un crecimiento integrador y equilibrado desde el punto de vista del género en Irán, además de defender la abolición de la pena de muerte y la liberación de los presos políticos.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entwurf für eine Entschließung des Europäischen Parlaments zur Strategie der EU gegenüber dem Iran ist ein wichtiger und richtiger Schritt zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und dem Iran. Daher habe ich diesem Entwurf einer Entschließung zugestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En juillet 2015, les membres du Conseil de sécurité de l'ONU et l'Iran sont enfin parvenus à un accord. Il prévoit la levée des sanctions imposées à l'Iran par les États-Unis, l'Union européenne et les Nations unies; en contrepartie, l'Iran restreint son programme nucléaire. Ce rapport soutient l'accord et la normalisation des relations avec l'Iran. Bien sûr, l'objectif est de favoriser l'entrée des compagnies européennes sur ce nouveau marché, en particulier dans l'énergie et le transport. Je regrette qu'il ne demande pas la même chose aux États-Unis et se félicite de l'accord iranien avec Boeing ou encore soutienne l'adhésion du pays à l'OMC! Ce rapport, certes, soutient fermement un dialogue renforcé avec l'Iran, mettant fin à l'isolement international d'un acteur régional clef dans la lutte contre le terrorisme et l'extrémisme en Syrie, en Irak et en Arabie Saoudite. Mais il reste inefficace et muet sur les agissements de la république islamiste contre les libertés individuelles et sur sa participation aux causes de guerre au Moyen-Orient. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O Plano de Ação Conjunto Global (PACG), também conhecido como acordo nuclear com o Irão, constituiu uma realização notável para a diplomacia multilateral, e para a europeia em particular, e deve permitir não apenas uma melhoria substancial das relações entre a UE e o Irão, mas também a promoção da estabilidade em toda a região. Todas as partes têm agora a responsabilidade de garantir a sua aplicação plena e estrita. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this report on the Union's strategy towards Iran following the Joint Comprehensive Plan of Action. It is important that we acknowledge the diplomatic success of the JCPOA and build upon its successes in the hope of bringing stability to the region as a whole.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het nucleaire akkoord met Iran was een belangrijk keerpunt in de betrekkingen van het land met de rest van de wereld. Iran was immers de richting ingeslagen van een nucleaire wedloop. Dankzij volgehouden diplomatieke druk en economische sancties heeft Iran uiteindelijk haar nucleaire plannen opgeborgen. Het opheffen van de sancties en het herstel van betrekkingen tussen Iran en het Westen opent mogelijkheden in het belang van beide partijen. Een gezonde democratie is echter niet de vrucht van het welslagen van een efficiënte economie alleen. Het bouwen aan vertrouwen met Iran omvat méér dan het louter oppikken van economische relaties. Meer handel tussen de EU en Iran betekent niet dat we mogen wegkijken van het gebrek aan democratie, van schrijnende schendingen van de mensenrechten en van het feit dat de regio nog elke dag geteisterd wordt door dood en vernieling. De opstellers van dit verslag hebben de kans onbenut gelaten om krachtiger signalen uit te sturen met betrekking tot het

naleven van de mensenrechten, de afschaffing van de doodstraf, de vijandige uitlatingen over Israël en de noodzaak zich constructief in te zetten voor stabiliteit in de regio. Dit alles is onvoldoende gebeurd en daarom heeft dit verslag mijn goedkeuring niet gekregen.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Külügyi Bizottság jelentésében rámutat, hogy az iráni nukleáris megállapodást és az iráni belpolitikai fejleményeket követően lehetőség nyílik az országban a reformokra és az Európai Unióval ápolt kapcsolatok javítására. Ennek érdekében azt javasolja, hogy a Parlament üdvözölje az iráni nukleáris megállapodás létrejöttét, és indítványt tesz a Parlament állásfoglalására az EU Iránnal kapcsolatos stratégiájának kidolgozása során fölmerülő politikai, kereskedelmi és gazdasági, továbbá az ágazati együttműködés, a regionális biztonság, a jogállamiság, a demokrácia és emberi jogok kérdéseiben. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a posição de que a decisão do Conselho de levantar todas as sanções relacionadas com o domínio nuclear impostas à República Islâmica do Irão, em consequência da aplicação dos compromissos assumidos no âmbito do Plano de Ação Conjunto Global, permite reatar relações com o Irão e criará oportunidades e vantagens ao proporcionar a possibilidade de reabrir o mercado iraniano às empresas europeias.

As várias declarações da UE ao Irão focaram os laços comerciais e económicos. Defendo que o comércio e o acesso ao comércio global regulado são uma forma potencial de romper o isolamento do Irão e podem constituir um instrumento importante para reforçar o diálogo político e estimular a cooperação entre os países da região, com vista a aumentar o desenvolvimento regional, o emprego e a estabilidade em toda a região.

É importante salientar que o Irão necessita de um crescimento inclusivo, mantendo o equilíbrio entre homens e mulheres. É vital conceder uma atenção especial à situação das mulheres no Irão, uma vez que são alvo de uma discriminação legal, bem como às mulheres europeias que se deslocam ao Irão, as quais podem ser dissuadidas de viajar para o Irão devido à obrigação de usarem símbolos religiosos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport constitue une atteinte à notre souveraineté, comme tous les rapports de l'Union relatifs aux affaires étrangères. Toutefois, il faut souligner que le député Howitt a rendu un rapport relativement honnête. J'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which provides political endorsement to the strategy which led to the nuclear agreement (the JCPOA) and the reopening of EU-Iran relations which is integral to that agreement. The report endorses a step-by-step reopening of political, economic and human rights relations between Europe and Iran, and says the European Union should play an enhanced diplomatic role to de-escalate tensions between Tehran and Riyadh, and promote the idea of a new regional security structure for the Middle East based on the Organization for Security and Co-operation in Europe (OSCE) model in Europe.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte équilibré sur la relation entre l'Union européenne et l'Iran à la suite de l'accord trouvé sur le nucléaire iranien. La résolution souligne d'une part les nombreux progrès réalisés par l'Iran pour normaliser sa relation avec l'UE et retrouver une place au sein de la communauté internationale. Elle condamne d'autre part avec une grande fermeté, à travers des amendements que j'ai soutenus, les appels à la destruction d'Israël lancés par certains dirigeants iraniens. Elle plaide en faveur du droit des femmes et contre la peine de mort. Enfin, je me suis opposée à plusieurs amendements introduits par les libéraux, y compris sur les droits des femmes, au seul motif que leur contenu figurait déjà dans le texte initial.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la relazione sulla strategia dell'UE nei confronti dell'Iran dopo l'accordo nucleare. L'accordo costituisce un traguardo importante per diplomazia multilaterale, che deve favorire, nel rispetto dei patti, uno sviluppo delle relazioni dell'Iran con i paesi contraenti, oltre che promuovere una rinnovata stabilità geopolitica nella regione; In particolare, accogliamo con favore l'istituzione della commissione congiunta, composta di rappresentanti dell'Iran e del gruppo E3/UE+3 (Cina, Francia, Germania, Federazione russa, Regno Unito e Stati Uniti con il vicepresidente della Commissione/alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza). L'Unione europea riconosce che la revoca delle sanzioni è condizione necessaria alla definizione di una nuova era delle relazioni diplomatiche ed economiche con l'Iran. In tale contesto prende atto degli orientamenti dettagliati forniti sulla portata delle sanzioni revocate e di quelle che rimangono in vigore. Perché l'Iran possa beneficiare pienamente della revoca delle sanzioni è inoltre importante che superino gli ostacoli relativi alla politica economica e di bilancio, al contesto imprenditoriale e allo Stato di diritto. Con questo voto, il Parlamento europeo ribadisce il proprio impegno per sviluppare ulteriormente le relazioni con l'Iran.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Az Iránnal kötött nukleáris egyezmény az Európai Unió külpolitikáját erősíti. A partnerség számtalan lehetőséget kínál mindkét félnek. Gyakran felmerülő téma az Európai Unió egyetlen beszállítótól való energiafüggősége, ami Irán segítségével megváltozhatna, hiszen az ország a világ egyik legnagyobb gáz- és olajkészletével rendelkezik. Bízom benne, hogy sikeresen haladunk majd tovább a jól működő partnerség felé vezető úton, és sikerül Iránt arra motiválnunk, hogy az alapvető emberi jogok betartásában is megpróbálja elérni az EU által tartott szintet. Határozottan kell az ország tudtára adnunk, hogy ez a megállapodás egyik alapfeltétele.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that calls for the improvement of EU-Iran relations following the nuclear agreement, providing stability across the whole region. The lifting of all nuclear-related sanctions against the Islamic Republic of Iran is the result of the successful implementation of its commitments under the Joint Comprehensive Plan of Action, thus creating new opportunities and benefits for both sides.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport deoarece consider că textul acestuia este în totală contradicție cu starea precară a democrației din Iran și evită reflectarea încălcărilor repetate în ceea ce privește respectarea drepturilor omului de către autoritățile naționale. Consider de neacceptat ca, într-un document al Parlamentului European, prin folosirea unui ton atât de îngăduitor la adresa regimului de la Teheran, să fie ignorate toate incidentele grave petrecute în ultimii ani în această țară și să fie uitat faptul că multe dintre acestea continuă și în ziua de astăzi.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zdržel jsem se hlasování o strategii EU vůči Íránu po jaderné dohodě, neboť neprošly návrhy poukazující na porušování lidských práv v Íránu. Mezi ně patří vyjádření maximálního znepokojení nad vysokým počtem poprav mladistvých, připomenutí závazků Íránu podle Úmluvy OSN o právech dítěte, která zakazuje použití trestu smrti u mladistvých pachatelů, a požadavek, aby byly všem mladistvým pachatelům, kteří v současnosti čekají na vykonání trestu smrti, zmírněny rozsudky. Považuji za velmi nešťastné a nezdůvodnitelné, že Parlament tyto návrhy nepodpořil.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da dieses Abkommen ein wichtiger Schritt ist, um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und dem Iran normalisieren zu können.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Iraani tuumakokkulepe annab küll võimaluse parandada ELi–Iraani suhteid ja tagada suurema stabiilsuse kogu piirkonnas, kuid suhete paranemise tingimuseks on ka Iraani inimõiguste olukorra muutumine paremuse poole. See hõlmab nii naiste õigusi, väljendusvabaduse tagamist kui ka surmanuhtluse kaotamist. Praegune raport on inimõiguste ja ka muude oluliste teemade osas nõrk ning keskendub liigselt majandussuhete edendamisele ja mitte inimõiguste olukorrale.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Iranas yra svarbus ES partneris. Todėl būtina nuolat plėtoti ES ir Irano santykius, pagristus bendradarbiavimu ir abipusiu interesu. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas tokioms sritims, kaip prekyba, energetika, žmogaus teisės, bendradarbiavimas civiliniame branduoliniame sektoriuje, migracija, aplinka, kova su tarptautinėmis grėsmėmis, pavyzdžiui, narkotikais, humanitarinis bendradarbiavimas, transportas, moksliniai tyrimai, švietimas, kultūra ir regioniniai klausimai. Atsižvelgiant į tai, svarbu įgyvendinti plataus masto strategiją, pagal kurią santykiai būtų užmezgami laipsniškai ir būtų visapusiški. Ši strategija turėtų padėti spręsti prekybos, ekonomikos ir socialinius klausimus, užtikrintų tinkamą sektorių bendradarbiavimą, regioninį saugumą, teisinės valstybės, demokratijos ir pagarbos žmogaus teisėms principų įgyvendinimą.

Pažymėtina, kad Iranui įgyvendinus susitarimo dėl branduolinės programos nuostatas, Tarybos priimtas sprendimas panaikinti visas prieš šalį taikytas su branduoliniais bandymais susijusias sankcijas sudarys sąlygas atnaujinti santykius su Iranu ir suteiks galimybių ir naudos abiem pusėms.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση καλεί να καταβληθούν προσπάθειες για τη μείωση των εντάσεων μεταξύ Τεχεράνης και Ριάντ, αλλά και για την κατάργηση της θανατικής ποινής.

Πολλοί πίστευαν ότι η χώρα ανέπτυσσε πυρηνικό πρόγραμμα, κάτι που το ίδιο το Ιράν αρνείται. Επίσης, υπήρχαν εχθρικές δηλώσεις για το Ισραήλ και άλλες χώρες, ενώ η κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και της δημοκρατίας ήταν τραγική.

Δεν έχουν βελτιωθεί τα πάντα. Ωστόσο, το Ιράν βρίσκεται στον σωστό δρόμο. Έχουν αρχίσει να εκλέγονται πρόσωπα με μεταρρυθμιστικές ιδέες. Υπήρξε η συμφωνία για τα πυρηνικά, που αποτελεί κορυφαία νίκη για την ευρωπαϊκή διπλωματία, αλλά και μια ευκαιρία για να ξαναγίνει το Ιράν μέλος της διεθνούς κοινότητας, δείχνοντας σεβασμό στο διεθνές δίκαιο.

Είναι πιθανό να υπάρχουν κέρδη και για τα ανθρώπινα δικαιώματα. Δυνάμεις μέσα στο Ιράν πιέζουν για τον σεβασμό τους και ελπίζουμε ότι η έκθεσή μας θα αποτελέσει και αυτή μοχλό πίεσης προς την ίδια κατεύθυνση. Είμαστε ξεκάθαρα ενάντια στη θανατική ποινή και μόνο ο τερματισμός των εκτελέσεων για αδικήματα που σχετίζονται με ναρκωτικά μπορεί να μειώσει τον αριθμό των εκτελέσεων έως και 80%.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η έκθεση αντικατοπτρίζει τους σφοδρούς ανταγωνισμούς ανάμεσα σε αστικές τάξεις και τμήματα του κεφαλαίου στο εσωτερικό της ΕΕ, καθώς και με άλλα ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες, ιδίως τις ΗΠΑ, τη Ρωσία, αλλά και την Κίνα για τον έλεγχο αγορών, ενεργειακών πηγών, πρώτων υλών και δρόμων μεταφοράς ενέργειας στην ευρύτερη περιοχή της Μ. Ανατολής, που συνδέονται και με τη στάση τους απέναντι στο Ιράν, στο φως της συμφωνίας για το πυρηνικό του πρόγραμμα. Το ευρωκοινοβούλιο εκφράζει τις επιδιώξεις ευρωενωσιακών μονοπωλίων να αξιοποιήσουν τη συμφωνία για ομαλοποίηση των πολιτικών σχέσεων ΕΕ-Ιράν, που θα διευκολύνει τη διείσδυσή τους στην αγορά του Ιράν. Τα χαρακτηριστικά αυτά της ιρανικής καπιταλιστικής οικονομίας, που βασίζονται στην άγρια εκμετάλλευση της εργατικής τάξης του Ιράν, αποτελούν πόλο έλξης για τα μονοπώλια στην ΕΕ. Αυτό άλλωστε τονίζει η έκθεση καταστρώνοντας ένα σχεδιασμό διείσδυσής τους με άμεσες ξένες επενδύσεις, επικεντρώνοντας μάλιστα σε συγκεκριμένους τομείς, όπως αυτοκινητοβιομηχανία, κατασκευή αεροσκαφών, ενεργειακές υποδομές, ΑΠΕ κλπ. Από την άλλη τα «ανθρώπινα δικαιώματα», όπως τα αντιλαμβάνεται η ΕΕ, θα συνεχίσουν να αποτελούν πρόσχημα πολιτικών πιέσεων που θα διευκολύνει τις βλέψεις των επιχειρηματικών ομίλων. Οι λαοί από τέτοιους ανταγωνισμούς και συμφωνίες δεν έχουν τίποτα να περιμένουν. Για αυτό πρέπει να δυναμώσουν την πάλη τους απέναντι στον κοινό εχθρό, τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative. Je partage l'analyse selon laquelle l'Union européenne doit renforcer son action diplomatique pour favoriser une désescalade des tensions entre l'Iran et l'Arabie Saoudite, en vue notamment d'une résolution de la guerre civile en Syrie. Il me semble essentiel également de renforcer le dialogue entre l'UE et l'Iran sur la question des droits de l'homme, avec notamment pour objectif prioritaire de mettre fin à la peine de mort. Au regard des efforts déployés par l'Union européenne pour parvenir à un accord sur le nucléaire avec l'Iran, nous disposons maintenant des canaux de discussion pour une relation constructive entre l'UE et l'Iran.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not support the development of an EU foreign policy and such does not recognise the legitimacy of the EU to engage in diplomatic relations with Iran. UKIP rejects the notion that the Iranian nuclear deal was a 'success for EU diplomacy' and opposes its attempted use by the EU as a justification for the further development of an EU foreign policy. Furthermore, trade policy should be a matter for Member States and not the EU Commission.

There are serious human rights concerns, both domestically in Iran and throughout the Middle East, propagated by the Iranian regime proxies. We have supported articles that purely discuss human rights and rejected those that contain calls for the EU to take action. This is more effectively left to appropriate international institutions and individual states.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerata la portata dell'accordo nucleare con l'Iran, volto al miglioramento delle relazioni con suddetto paese, mi compiaccio nel notare che tale accordo abbia anche la finalità di promuovere la stabilità in tutta la regione. Non bisogna sottovalutare che l'Iran è la seconda economia del Medio Oriente e il ripristino dell'accesso al sistema mondiale di scambi commerciali disciplinato da regole generali può diventare un modo per rompere l'isolamento dell'Iran e che gli scambi commerciali possono diventare un importante strumento per consolidare il dialogo politico e stimolare la cooperazione tra i paesi della regione.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this strategy as I believe that the Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), was a notable achievement for multilateral diplomacy, and for European diplomacy in particular. The strategy can help promote stability across the whole region while at the same time it makes a substantial improvement in EU-Iran relations possible. With this report, Parliament calls on the Government of Iran to address the substantive concerns on the situation of human rights in Iran, as well as the specific calls to action found in resolutions of the UN General Assembly.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kod glasovanja o ovoj rezoluciji moramo dobro razmisliti o političkoj poruci koju našim činom želimo poslati te o tome kako će se našu današnju odluku primiti ljudi diljem Europe, ali i u samome Iranu. Sigurna sam da se svi slažemo kako moramo ohrabrivati nastavak obnavljanja odnosa Europske unije i država članica s Iranom, ali nipošto nam se ne smije dogoditi da kod razmišljanja o ekonomskom razvitku zaboravimo na one vrijednosti koje se nalaze u samim temeljima naše zajednice.

Razvijanje gospodarskih odnosa Unije i Irana mora biti proces koji će ići paralelno s odvijanjem nuklearnog sporazuma, ali se ne smije zaboraviti niti napredak koji će Iran pokazivati na poljima ljudskih prava, ženskih prava, slobode izražavanja i zabrane smrtne kazne. Unatoč porukama ohrabrenja oko iranskog napretka na ovim područjima koje mi u Europi smatramo prioritetnima, nisam uvjerena da izuzetno ohrabrujući ton predložene rezolucije o strategiji EU-a prema Iranu nakon nuklearnog sporazuma odgovara trenutnom stanju u toj državi, te sam stoga tijekom glasovanja bila suzdržana.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne n'a aucune légitimité pour s'occuper de diplomatie. En raison de ce principe, je m'oppose à ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zajednički sveobuhvatni akcijski plan značajno je postignuće multilateralne, naročito europske, diplomacije, koje bi trebalo omogućiti bitno poboljšanje odnosa između EU-a i Irana te poticanje stabilnosti u čitavoj regiji. Pozdravljam uspostavu Zajedničke komisije koja se sastoji od predstavnika Irana i predstavnika zemalja skupine E3/EU+3.

Podržavam Visoku predstavnicu Unije u ulozi koordinatorice Zajedničke komisije, čija je provedba i dalje od presudne važnosti. Iran ima brojno, relativno visokoobrazovano i mlado stanovništvo, te je njegov sastav BDP-a među najraznovrsnijima u regiji, potrebna su mu brojna ulaganja. EU je bio glavni trgovinski partner Irana te bi se trebalo težiti povratku na tu poziciju, stoga podupirem širenje trgovinskih odnosa EU-a s Iranom.

Pozivam Komisiju da razmotri načine na koje bi se mogle ojačati veze kako bi se Iran bolje uskladio s pravilima WTO-a i kako bi se zaštitila europska ulaganja. Energetska suradnja može imati važnu ulogu u povećanju diversifikacije izvora opskrbe energijom u EU-u i smanjenju ovisnosti država članica o jednom dobavljaču. No, Iran ima najvišu razinu izvršenja smrtne kazne po glavi stanovnika na svijetu. Snažno se protivim smrtnoj kazni te je njeno ukidanje glavni cilj politike EU-a o ljudskim pravima i njegove vanjske politike.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório versa sobre as relações entre a UE e o Irão após o acordo nuclear celebrado. Há cerca de um ano, o Irão assinou um acordo sobre o programa nuclear iraniano com seis potências (EUA, França, Grã-Bretanha, Rússia, China, Alemanha) que permitiu o levantamento das pesadas sanções impostas. Os EUA mantêm o bloqueio.

O Irão é um país de enorme importância geoestratégica. Exerce influência no Médio Oriente e na região do Golfo. É a segunda maior economia do Médio Oriente e Norte de África. Tem as segundas maiores reservas de gás do mundo e as quartas maiores de petróleo. Tem ainda um potencial enorme para a exploração de energia solar, interesses que movem a UE.

Apesar de acompanharmos o relatório no que à necessidade de estabelecer de relações diz respeito, distanciamo-nos da visão de ingerência e interferência externas a que o relatório procura condicionar essas relações: reformas estruturais, judiciais, democráticas. Uma visão que visa alimentar pelo exterior, mudanças de regime, que têm como objetivo não os interesses e as legítimas aspirações do povo iraniano, mas cumprir os objetivos económicos e políticos da UE para desestabilizar e controlar o Médio Oriente. Acresce o total branqueamento da realidade e distintas responsabilidades e papéis dos intervenientes nos conflitos daquela região.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Uzavření dohody o íránském jaderném programu následované částečným zrušením sankcí a relativní pozitivní vnitřní vývoj v této zemi otevřely dveře ke zlepšení vzájemných vztahů mezi EU a Íránem. Schválená strategie představuje další krok směrem k vytvoření ambiciózního programu dvoustranných vtahů mezi EU a Íránem. Domnívám se, že pouze díky rozvoji vzájemné důvěry bude možné překonat doposud převládající antagonismy. Tato strategie by měla vést k nalezení cesty, jak prolomit izolacionismus Íránu. Důležitými prostředky k dosažení tohoto cíle jsou zejména rozvíjení parlamentního rozměru vztahů a vzájemné spolupráce v řadě oblastí zahrnujících obchodní vztahy, boj s terorismem, odvětvovou spolupráci a v neposlední řadě také regionální bezpečnost. Právě u tohoto tématu je nutné zmínit naši klíčovou roli v podpoře stability regionu a ujistit naše další dlouhodobé partnery v regionu o naší trvající podpoře. Ochota Íránu vést s EU politický dialog na téma lidských práv je jedním ze zásadních prvků, zejména s ohledem na fakt, že tato země stále patří mezi ty, které v určitých případech používají trest smrti. Společná strategie by měla v budoucnosti Íránu poskytnout dostatečnou odbornou pomoc k reformě jeho soudního systému. Tento krok by mohl napomoci k nalezení alternativních forem trestů, zejména u méně závažných deliktů nebo činů spáchaných mladistvými.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione sottolinea che l'UE e l'Iran hanno deciso di affrontare le questioni di reciproco interesse in maniera costruttiva e che intendono aprire la strada per una cooperazione di lungo termine. L'eredità rivoluzionaria dell'Iran e la sua natura di repubblica islamica, nonché le principali differenze esistenti in termini di sistemi politico-istituzionali, non devono rappresentare un ostacolo all'apertura e alla ricerca di un dialogo franco e diretto, e alla ricerca di un terreno comune su questioni relative alla democrazia, allo Stato di diritto e ai diritti umani. A tal scopo, occorre evidenziare come la cooperazione UE-Iran nella lotta al terrorismo e all'estremismo violento rappresenti una parte estremamente importante del dialogo politico tra le due parti. Sono fiducioso in merito alla possibilità che l'accordo sul nucleare possa aprire la strada per una cooperazione intesa a risolvere le crisi nella regione Medio Oriente. Per questo motivo ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W stosunkach między UE, jej państwami członkowskimi i społecznością międzynarodową a Iranem następuje powolna odwilż po tym, jak w lipcu 2015 r. z sukcesem dokonano ustaleń dotyczących ambicji jądrowych tego państwa. Negocjacje między Iranem a grupą P5+1, rozpoczęły się w 2006 r., jednak ostatnio stały się bardziej intensywne, w wyniku czego niedawno zawarto porozumienie. Grupa P5+1chciała ograniczyć działania Iranu stwarzające zagrożenie jądrowe. Na mocy porozumienia z Wiednia irański program jądrowy wykreślono z wykazu działań niebezpiecznych. Pozostaje jednak niejasne, w jaki sposób ustalenia te wpłyną na szersze problemy regionalne występujące na Bliskim Wschodzie, obejmujące wojnę zastępczą między Iranem a Arabią Saudyjską, konflikt wyznaniowy między szyitami a sunnitami, konflikt w Syrii, a także stosunki z Izraelem.

W sprawozdaniu komisji AFET wyrażono uznanie dla UE, w szczególności ze względu na jej rolę w ustaleniach dotyczących kwestii jądrowych, a ocena stosunków z Iranem jako podmiotem regionalnym jest w zamyśle sprawozdawcy pozytywna. UE dokonała szybkiego postępu w kierunku normalizacji stosunków z Iranem pomimo ogólnych zastrzeżeń co do panującej w tym państwie sytuacji w zakresie praw człowieka, a także co do jego roli w konflikcie regionalnym. Należałoby jednak zapewnić bardziej precyzyjne odzwierciedlenie stosunków między UE a Iranem. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – En tant que rapporteur pour le PPE sur le sujet en commission du commerce international, je suis très sensible à la question des relations avec l'Iran. Ce pays représente un formidable potentiel pour nos entreprises. D'ailleurs, beaucoup ne s'y sont pas trompées et ont déjà remporté de nombreux contrats. En cela, il est important de continuer à investir ce marché pour l'accompagner vers le retour à une normalité de nos relations. Cela ne veut pas dire être naïf et fermer les yeux sur la situation des droits de l'homme en général et des droits de la femme en particulier. Mais notre rôle est d'être présent comme nous l'avons longtemps été dans ce pays. À ce titre, une question doit vite être réglée: celle des lois extraterritoriales américaines qui entravent les investissements européens. Il est injuste que les États-Unis puissent punir des entreprises européennes pour des investissements que les entreprises américaines font elles-mêmes! Je souligne la très grande qualité du rapport de mon collègue Pierre Lellouche à l'Assemblée nationale sur ce sujet des lois extraterritoriales.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Entendo que, apesar da matriz revolucionária do Irão e do seu carácter de república islâmica, assim como no que toca às profundas diferenças ao nível do sistema político-institucional entre o Irão e a UE, estas não devem constituir um entrave à abertura e ao diálogo sobre diferentes matérias.

O Plano de Ação Conjunto Global (PACG), também conhecido como acordo nuclear com o Irão, estabelece uma realização notável para a diplomacia multilateral, e para a europeia em particular. Este deve permitir não apenas uma melhoria substancial das relações entre a UE e o Irão, mas também a promoção da estabilidade em toda a região.

Saliento que todas as partes têm agora a responsabilidade de garantir a aplicação plena e estrita do PACG, sendo que a não aplicação deste pelo Irão levará à reintrodução das sanções levantadas.

O desenvolvimento das relações UE-Irão deve prosseguir, havendo muito espaço para entendimento e cooperação em matérias como o diálogo político, as questões económicas, a cooperação setorial e segurança regional. No âmbito das questões socioeconómicas, primado do Direito, democracia e direitos humanos, tenho de destacar a importância em acabar com a aplicação da pena de morte.

Pelo acima exposto, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. UKIP does not support the development of an EU foreign policy and such does not recognise the legitimacy of the EU to engage in diplomatic relations with Iran. UKIP rejects the notion that the Iranian nuclear deal was a 'success for EU diplomacy' and opposes its attempted use by the EU as a justification for the further development of an EU foreign policy. Furthermore, trade policy should be a matter for Member States and not the EU Commission.

There are serious human rights concerns, both domestically in Iran and throughout the Middle East, propagated by the Iranian regime proxies. We have supported articles that purely discuss human rights and rejected those that contain calls for the EU to take action. This is more effectively left to appropriate international institutions and individual states.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que o Plano de Ação Conjunto Global (PACG), também conhecido como acordo nuclear com o Irão, constituiu uma realização notável para a diplomacia multilateral, e para a europeia em particular, e deve permitir não apenas uma melhoria substancial das relações entre a UE e o Irão, mas também a promoção da estabilidade em toda a região, sendo que todas as partes têm agora a responsabilidade de garantir a sua aplicação plena e estrita.

As relações entre a UE e o Irão devem ser desenvolvidas por meio de um diálogo a vários níveis que conjugue contactos políticos, diplomáticos, económicos, académicos, técnicos e interpessoais, e que incluam intervenientes da sociedade civil, ONG e defensores dos direitos humanos. Um alargamento das relações entre a UE e o Irão em benefício mútuo de ambas as partes, com base numa avaliação realista dos interesses comuns e das diferenças, e tendo em vista encorajar uma expansão gradual da cooperação num clima de reforço da confiança, acima de tudo para beneficiar os povos do Irão e da UE.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Les députés ont adopté ce midi, par 456 voix contre 174 et 67 abstentions, une résolution à laquelle je m'oppose en l'état, qui vise à définir la stratégie européenne à l'égard de l'Iran après l'accord sur le nucléaire.

Entré en vigueur le 16 janvier 2016, après douze ans de négociations entre l'Iran, l'Union européenne et les cinq membres permanents du Conseil de sécurité de l'ONU, cet accord lève les sanctions imposées à l'Iran par les grandes puissances en contrepartie d'une restriction de son programme nucléaire à long terme.

Malgré l'adoption de certains amendements que j'ai co-signés, en particulier sur la réalité des droits de l'homme et des prisonniers politiques en Iran, la persistance de la négation de la Shoah et de l'État d'Israël par les autorités iraniennes, et leur soutien à l'organisation terroriste Hezbollah, la résolution du Parlement européen reste déséquilibrée sur le ton et au fond. Elle est un blanc-seing accordé à l'Iran et il est regrettable que les perspectives économiques promises par une levée des sanctions prennent le pas sur les réalités politiques et géopolitiques de la région. Il est à craindre qu'une telle attitude contribue à isoler l'Union européenne sur la scène internationale.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Sem dúvida que este acordo com o Irão foi um acontecimento notável para a diplomacia multilateral, e para a diplomacia europeia em particular, e deve representar uma melhoria substancial nas relações entre a UE e o Irão e na promoção da estabilidade em toda a região.

A decisão do Conselho de levantar as sanções contra o Irão, na sequência deste acordo, possibilitará a criação de oportunidades e benefícios para ambos os lados através da reabertura do mercado iraniano para os negócios e investimentos europeus.

Todavia, não posso deixar de referir que este é também um sinal de abertura e uma oportunidade para que o Irão progrida, de forma clara e substancial, no respeito pelos direitos humanos, pela democracia, pelo Estado de Direito e pela igualdade dos géneros.

É assustador o número de cidadãos iranianos executados no Irão, muitos deles menores de idade. A UE deve ser intransigente no respeito pelos direitos humanos, inclusive no âmbito dos seus acordos comerciais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que supone un mayor desarrollo de las relaciones UE-Irán un año después del acuerdo nuclear entre la comunidad internacional e Irán. El informe describe las áreas de posible cooperación con Irán, como el comercio, la protección del medio ambiente, la seguridad de la aviación, los intercambios académicos, etc. Y se ocupa ampliamente de la situación regional en el Medio Oriente, enviando el mensaje, especialmente a Irán y Arabia Saudí, acerca de la necesidad de apaciguar las tensiones y llevar a cabo una normalización diplomática.

Además, el informe cubre la situación de los derechos humanos en Irán, haciendo hincapié en la oposición de la Unión a la pena de muerte y se critica a Irán por el muy elevado número de ejecuciones y otras violaciones de los derechos humanos, como detenciones de ciudadanos dobles UE-iraní, la discriminación de género, los derechos de las minorías, la libertad de expresión, etc. El informe pide específicamente a Irán que coopere plenamente con los mecanismos de derechos humanos de la ONU.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport Howitt qui encourage l'Union européenne à faire de nouveaux efforts dans ses relations avec l'Iran. Il est toujours plus urgent d'assurer la sécurité pour l'ensemble du Moyen-Orient et cela passe certainement aussi par l'accord encourageant conclu sur le nucléaire iranien. Le traité universel d'interdiction des essais nucléaires, vérifiable au niveau international, est le meilleur moyen d'interdire les essais et toute autre explosion nucléaire et la coopération entre l'UE et l'Iran permettra de garantir la mise en œuvre pleine et entière du plan d'action global commun.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – ES strategija Irano atžvilgiu tarsi mėgina suderinti du nesuderinamus dalykus – nubausti teokratinį režimą už žmogaus teisių pažeidimus, atgrasyti nuo karinės ekspansijos, kartu paskatindama žmogiškuosius ryšius su šia sena ir itin įdomia civilizacija. Pritariu strategijos projektui. Netgi pasakyčiau, kad joje galėjo būti daugiau dėmesio skiriama žmogiškųjų ryšių plėtrai, kartu, žinoma, nurodant, kad ES netoleruos agresyvios užsienio politikos ir žmogaus teisių pažeidimų šalies viduje.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa sobre a assinatura do Acordo Nuclear com o Irão suscitou um sem número de reações em sentidos opostos nesta Câmara.

Sendo um dossiê difícil, não foi fácil para o relator/relatores-sombra a obtenção de um texto minimamente consensual que pudesse reunir o máximo de apoio por parte dos Deputados. Congratulo-os, por isso, pelo resultado de 456 votos a favor.

Tive a possibilidade de intervir em plenário e de propor 10 alterações ao Relatório que vi inseridas no texto final. Considero ainda que se atingiu um texto bastante equilibrado, de acordo com o princípio da «mudança pela aproximação», que me parece ser a forma mais eficaz para atingirmos a estabilização política de uma região marcada pela existência de inúmeros conflitos que teimam em manter-se, provocando um elevado nível de sofrimento a diversos povos deste amplo território.

Apesar de acreditar que a mudança se opera mais fácil, rápida e solidamente através da aproximação e não através da condicionalidade cega, julgo que não devemos transigir nos princípios em que acreditamos, pelo que insisto, pedindo mais uma vez ao Irão que, como demonstração do seu empenho neste Acordo, imponha imediatamente uma moratória à execução das condenações à morte no seu país.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui définit les axes de la stratégie de l'Union européenne à l'égard de l'Iran après la signature de l'accord sur le nucléaire le 15 juillet 2015. Il faut souligner que cet accord constitue une avancée de la diplomatie européenne, et permet l'ouverture des relations entre l'Union européenne et l'Iran.

Ce rapport rappelle que la progression des relations entre l'Union et l'Iran doit aller de pair avec l'application de cet accord. Cet accord est une occasion de renforcer la coopération entre les deux partenaires en matières économique, commerciale ou encore énergétique. Le développement des relations entre l'Union et l'Iran doit également avoir comme objectif prioritaire la stabilisation de la région.

Il est essentiel qu'un dialogue politique franc, structuré et régulier soit mis en place pour aborder l'ensemble de ces secteurs de coopération.

J'ai également soutenu ce rapport parce qu'il appelle non seulement à la mise en place en Iran d'un moratoire sur la peine de mort, notamment pour les mineurs, mais aussi parce qu'il condamne les violations des principes démocratiques, de l'état de droit et des droits fondamentaux, en particulier concernant la situation des femmes.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que considero va en el sentido de la construcción de una agenda común y normalizada entre la Unión e Irán, basada en el respeto a la soberanía, el multilateralismo en la resolución de diferendos, la búsqueda conjunta de procesos que conduzcan al avance en el respeto a los derechos humanos, el desarrollo sustentable y sostenible del pueblo iraní y la paz y la seguridad para todos los pueblos de Oriente Próximo. Me opongo, sin embargo, a la consideración de Irán como fuente de inestabilidad regional, al establecimiento de relaciones guiadas predominantemente por criterios mercantiles, a la presentación de la liberalización comercial *per se* como panacea para la consecución del desarrollo de pueblos como el iraní (que participan en condiciones asimétricas y subordinadas en el mercado global) y al uso de energías fósiles y nuclear como bases de la matriz productiva y energética de cualquier país.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – My vote in favour of the Howitt resolution on the EU strategy towards Iran after the nuclear agreement is conditioned by the following considerations. Nothing in the text should be understood now or in the future as tending to encourage the EU or its Member States to include regime change as a component of their policy towards Iran. Evident or implied criticism of the Iranian Government's internal and external policies should be taken as defining the parameters within which the European Union will undertake cooperation on all fronts with Iran. In no way should it be taken to mean that the EU proposes to intervene in Iran's internal processes to influence decisions and policies there. Even when the EU makes critical submissions to the Iranian authorities about their decisions and policies, such submissions will be made in good faith. It is up to the Iranian people to decide about their national systems.

Where in the past, the European Union and its Member States have supported or been a party to policies that were intended to promote regime change, results have been disastrous, both for the countries concerned and for Europe. The examples of Iraq and Libya stand out in this context.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens gestimmt, da dieser eine enge Zusammenarbeit zwischen EU und Iran bezüglich einer effektiveren Umsetzung des Nuklearabkommens fördert.

Der gemeinsame umfassende Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) wird vom Parlament als ein bemerkenswerter Erfolg angesehen, vor allem was die europäische und multilaterale Diplomatie betrifft.

Laut den Vereinbarungsbedingungen kann es beim Scheitern der Umsetzung des Aktionsplans zu einer Wiedereinführung von Sanktionen kommen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende definir la estrategia de la Unión sobre Irán tras el acuerdo nuclear que se firmó en 2015, un acuerdo permanente entre las partes para levantar las sanciones impuestas a Irán por parte de los Estados Unidos, la Unión y las Naciones Unidas, y por su parte, Irán limita su programa nuclear a largo plazo.

El informe tiene elementos positivos, pero también negativos, como es el no pedir el levantamiento total de las sanciones norteamericanas o que, como es habitual en los informes y resoluciones de la Unión, se ve la hipocresía de pedir que se respeten los derechos humanos de los refugiados y peticionarios de asilo, cuando en su propio territorio la Unión los vulnera sistemáticamente.

A pesar de esto, he votado a favor ya que el informe apoya una vuelta a la diplomacia activa y a la cooperación con Irán, basada en el respeto mutuo de las normas y principios internacionales, y recuerda que «no se pretende injerir en las elecciones políticas internas de un país». Además, el informe sostiene que Irán puede ejercer de actor mediador para buscar una solución pacífica al conflicto sirio. Por todo ello, mi voto ha sido positivo.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Toto uznesenie Európskeho parlamentu je podľa môjho názoru príliš pozitívne, čo sa týka budúcich vzťahov medzi Iránom a EÚ. Neodráža presne postoj Iránu a jeho konanie voči krajinám na Blízkom a Strednom východe vrátane Izraela a voči západným demokraciám. Hlasoval som preto proti.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Napriek tomu, že v Iráne nie je demokracia a Irán nemá otvorenú trhovú ekonomiku, privítala som zrušenie všetkých sankcií voči Iránskej islamskej republike súvisiace s jadrovým programom, pretože týmto sa vytvárajú nové možnosti spolupráce a opätovného otvorenia iránskeho trhu európskym podnikom. Už dnes je obchod EÚ s Iránom na úrovni zhruba 8 miliárd USD a v ďalších rokoch sa očakáva jeho zvýšenie na štvornásobok. Za veľmi pozitívne považujem výsledky, ktoré sa v súčasnosti už dosiahli v rámci spoločného komplexného akčného plánu, napr. zvýšenie objemu obchodu medzi Iránom a EÚ počas prvých šiestich mesiacov roku 2016 o 43 % v porovnaní s rovnakým obdobím roku 2015. Aj keď dohoda o jadrovom programe Iránu obmedzuje hrozbu využitia jadrových zbraní Iránom a vďaka dohode sa otvorili možnosti pre lepšie hospodárske vzťahy s touto krajinou, nesmieme zabúdať na to, že Irán si drží prvé miesto vo svete nielen v popravách, ale aj vo väznení novinárov či v popravách mladistvých. Keďže neboli schválené odseky 40a a 41a, ktoré práve upozorňujú na väznenie mladistvých a porušovanie ľudských práv a práv žien, návrh uznesenia som nepodporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo poskuša vzpostaviti sodelovanje in poiskati nove načine povezovanja med Evropsko unijo in Iranom. Ton poročila je v veliki meri drugačen, kot je bil v poročilu, ki je bilo pripravljeno aprila 2014, saj v Evropskem parlamentu še vedno obstajajo velike razlike med mnenji in odnosom različnih poslanskih skupin do Irana.

Poročilo poudarja dosežke Celovitega akcijskega načrta (JCPOA) na področju multilateralne diplomacije in evropske diplomacije v splošnem. Hkrati pojasnjuje, da bi moral razvoj odnosov med Evropsko unijo in Iranom napredovati vzporedno z implementacijo nuklearnega dogovora, ki temelji na celovitem, sodelovalnem in konstruktivnem dialogu med obema stranema.

Poročilo pozdravlja ustanovitev skupine za Iran v okviru Evropske službe za zunanje delovanje (EEAS) ter priprave za odprtje delegacije EU v Teheranu. Obenem poročilo naslovi tudi kritike glede ureditve in prakse na določenih področjih v Iranu – predvsem glede svobode izražanja in veroizpovedi, delavskih pravic, korupcije in pranja denarja, pomanjkanja političnega pluralizma in podobno.

Iran igra pomembno vlogo v regiji, zato je podpora njegovim pozitivnim prizadevanjem pomembna. Menim, da je potrebno graditi na odnosih s tretjimi državami, zato sem glasoval za poročilo.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht, der die künftige Ausrichtung der EU-Strategie gegenüber dem Iran skizziert, enthält einige positive Elemente wie die Bedeutung der sektoralen Zusammenarbeit und die Stabilisierung der Rolle Irans in der Region. Doch aufgrund der abgründigen Menschenrechtsverletzung im Iran und der bedingungslosen Unterstützung des Assad-Regimes im Syrienkrieg habe ich zusammen mit anderen Abgeordneten der Allianz für Fortschritt und Aufbruch beschlossen, gegen den Bericht zu stimmen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Jadrová dohoda s Iránom je veľkým prielomom v oblasti medzinárodnej bezpečnostnej politiky. Európska únia sa musí podieľať na kontrole plnenia jej ustanovení a zároveň sa chopiť obchodných príležitostí, ktoré sa otvárajú po zrušení sankcií.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur „Strategie der EU gegenüber dem Iran nach dem Abschluss des Nuklearabkommens“ habe ich nicht zugestimmt.

Ich begrüße den Ansatz, die Beziehungen zum Iran zu verbessern. Erstens ist es jedoch nicht die Aufgabe der EU, außenpolitische Beziehungen an Stelle der Nationalstaaten zu knüpfen. Ich missbillige zweitens, dass der Europäische Auswärtige Dienst diesbezüglich bereits institutionelle Änderungen vornimmt. Zudem insistiert der Bericht drittens auf innenpolitischen Reformen, die – so sehr ich sie teilweise begrüßen mag, etwa wenn es um die Kritik an der im Iran verübten Todesstrafe geht – nicht Gegenstand der außenpolitischen Beziehungen der EU sein sollten. Nicht zuletzt fordert der Bericht viertens auch ein Handels- und Investitionsabkommen der EU mit dem Iran, wofür der EU die Kompetenz fehlt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Provedbom obveza iz Zajedničkog sveobuhvatnog akcijskog plana, poznatog i kao iranski nuklearni sporazum uslijedilo je ukidanje sankcija čime je omogućeno obnavljanje suradnje s Iranom. Ekonomske koristi otvaranja iranskog tržišta europskim tvrtkama su obostrane uz jamstvo sve veće stabilnosti u regiji.

Iran kao drugo najveće gospodarstvo Bliskog istoka važan je trgovinski partner Europske unije. Dodatno će institucionalne promjene poticati bolju informiranost javnosti o EU-u te razumijevanje u pogledu kulture, ljudskih prava te okolišne održivosti. Naglašava se i važnost razvoja parlamentarne dimenzije odnosa između EU-a i Irana usmjeren prema suzbijanju terorizma.

Dodatno u političkom dijalogu EU-a s Iranom može se tražiti konstruktivna uloga rješavanja političke krize u Iraku, Jemenu, Siriji, Libanonu i Afganistanu kako bi što više poštivalo međunarodno pravo i diplomacija temeljena na političkim prioritetima. Podržavam izvješće o strategiji EU-a prema Iranu nakon nuklearnog sporazuma Odbora za vanjske poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o strategiji EU do Irana po jedrskem sporazumu. V interesu Evropske unije in njenih državljanov so dobri in konstruktivni odnosi z državami v bližnji in daljni soseščini. Kljub iskrenemu dialogu med EU in Iranom pri zadevah, povezanih z demokracijo, pravno državo in človekovimi pravicami, pa ne smemo nehati opozarjati na nesprejemljive prakse Irana.

Podatek, da ima Iran najvišjo stopnjo usmrtitev na prebivalca v svetu, kar je posledica smrtne kazni za kazniva dejanja, je zares zaskrbljujoč. Na to ne smemo nehati opozarjati.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά τη στρατηγική της ΕΕ έναντι του Ιράν μετά την πυρηνική συμφωνία. Η συμφωνία αποτελεί μια θετική εξέλιξη, την οποία έχουμε εξάλλου χαιρετίσει. Τασσόμαστε υπέρ μιας στενότερης σχέσης ΕΕ και Ιράν, χωρίς ωστόσο να παραβλέπουμε την κατάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην χώρα, τη χρήση της θανατικής ποινής, την καταπάτηση της ελευθερίας της άποψης και τις πολιτικές διώξεις. Είναι ζητήματα πολύ σοβαρά, στα οποία δεν χωρούν οποιεσδήποτε υποχωρήσεις χάριν των όποιων εμπορικών και οικονομικών συμφερόντων. Τηρήσαμε αποχή στην συγκεκριμένη έκθεση, γιατί σε πολλά σημεία της επιχειρείται να εξυπηρετήσει ακριβώς αυτά τα συμφέροντα και όχι μια σχέση που θα είναι επωφελής για τον λαό του Ιράν.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο τρόπος με τον οποίο θέλει η Ένωση να αναπτύξει τις σχέσεις με το Ιράν είναι εσφαλμένος και εξυπηρετεί κυρίως εταιρικά συμφέροντα αντί τα συμφέροντα των κρατών μελών και των πολιτών τους. Η Ένωση πρέπει να απέχει από παρεμβάσεις στα εσωτερικά τρίτων χωρών. Θεωρούμε πως οι υποδείξεις σχετικά με το σύστημα δικαιοσύνης και τον τρόπο λειτουργίας του διαδικτύου στο Ιράν είναι παραπάνω από περιττές. Οι διεθνείς σχέσεις είναι ένας τομέας τον οποίο πρέπει να χειρίζονται τα κράτη - μέλη μόνα τους, καθώς τα συμφέροντα μεταξύ τους διαφέρουν ποικιλοτρόπως.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére.

Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot azok végrehajtására nézve. Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal elfogadtam a jelentést, amely egyértelműen pozitív megközelítéssel elemzi a Teherán és a nemzetközi közösség között az iráni nukleáris kapacitásról – az EU, illetve az EKSZ tevékeny közreműködésével – létrejött megállapodás utáni helyzetet, az Unió és Irán közötti viszony politikai és gazdasági kilátásait. Egyetértek azzal, hogy a szankciók feloldása különösen kereskedelmi és energetikai téren nyit új perspektívát az együttműködésre.

Ugyanakkor fontosnak tartom az Unió szempontjából a feltételesség megjelenítését a jelentésben, ami az iráni kormányzat belső politikai gyakorlatát, mindenekelőtt a halálbüntetést és a kisebbségekkel való bánásmódot illeti. Ezzel együtt szívesen láttam volna az EU, illetve az EP részéről az európai normák szerinti változások határozottabb számonkérését az iráni vezetéstől, többek között Teherán regionális szerepe, Izrael-ellenessége, antiszemitizmusa, valamint az emberi jogok, ezen belül a kisebbségek és a nők helyzete kérdéseiben.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Dzięki porozumieniu jądrowemu z Iranem z lipca 2015 roku i wewnętrznej sytuacji politycznej w tym kraju, zaistniała niezwykła szansa na reformy i poprawę stosunków z Unią Europejską. Z jednej strony europejscy przedsiębiorcy po 10 latach całkowitego zamrożenia relacji handlowych będą mogli inwestować w Iranie, z drugiej natomiast udało nam się wyeliminować państwo, które może posiadać broń jądrową.

Ponadto Iran dysponuje jednymi z największych na świecie złóż ropy i gazu, a pogłębienie współpracy energetycznej między Unią a Republiką Irańską może odegrać istotną rolę w dywersyfikacji źródeł dostaw energii do UE i w ograniczeniu zależności energetycznej państw członkowskich od jednego dostawcy – Rosji.

W sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego słusznie jednak zwrócono uwagę na konieczność stałego monitorowania sytuacji w Iranie, zwłaszcza w zakresie przestrzegania praw człowieka, zasad demokracji i państwa prawa. Uważam bowiem, że istnieją wartości ważniejsze niż rozwój gospodarczy i wzrost inwestycji – są nimi niewątpliwie pokój i bezpieczeństwo.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta, sillä ALDE:n linja oli mielestäni realistinen. Siinä huomioidaan hyvin realististen suhteiden aikaansaaminen, jolloin kuitenkin voidaan nostaa ongelmakysymyksiä pinnalle. Iranin kauppakumppanuus on EU:lle tärkeä, mutta on tärkeää huomioida Iranin demokratia- ja ihmisoikeuskysymyksetkin.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În urmă cu un an a fost semnat acordul istoric privind programul nuclear iranian, între comunitatea internațională și autoritățile de la Teheran. Uniunea Europeană a avut un rol determinant în acest sens, prin contribuția esențială adusă de Înaltul Reprezentant pentru Afaceri Externe, Federica Mogherini, la eforturile de mediere.

Semnarea acordului constituie premisa esențială a normalizării relațiilor dintre UE și statele membre și Iran, actor foarte important în regiunea Orientului Mijlociu. Potențialul de extindere a cooperării între cele două părți include domenii cheie, cum ar fi comerțul, protecția mediului, aviația, securitatea (inclusiv componenta energetică), schimburile academice. În același timp, Iranul joacă un rol important în stabilizarea situației regionale din Orientul Mijlociu, alături de Arabia Saudită.

Totuși, există și o serie de domenii în care regimul de la Teheran mai are probleme, cu precădere cele care țin de respectarea drepturilor omului. Astfel, UE este îngrijorată de numărul mare de execuții cauzate de menținerea pedepsei cu moartea, de arestarea persoanelor cu cetățenie dublă (iraniană și a unor state UE), de discriminarea de gen, nerespectarea drepturilor minorităților și a libertății de exprimare. În vederea remedierii situației e nevoie de o cooperare aprofundată între Iran și structurile ONU pentru apărarea drepturilor omului. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je soutiens le rapport Howitt. Le plan d'action global commun, également connu sous le nom d'accord sur le nucléaire iranien, est une réussite notable de la diplomatie multilatérale et de la diplomatie européenne en particulier, en ce qu'elle devra permettre non seulement une amélioration sensible des relations UE-Iran mais également la promotion de la stabilité dans toute la région. J'estime que toutes les parties sont désormais responsables de sa mise en œuvre stricte et complète. Je me félicite de la création de la commission paritaire composée de représentants de l'Iran et de l'E3/UE+3 (Chine, France, Allemagne, Fédération de Russie, Royaume-Uni et États-Unis, avec la VP/HR). Je soutiens pleinement la haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité

dans son rôle de coordinatrice de la commission paritaire établie dans le cadre du plan d'action global commun, dont la mise en œuvre stricte et complète revêt une importance capital.

J'ai néanmoins déposé des amendements pour mettre en avant les problèmes des droits humains et d'égalité des genres!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Following the Iran Nuclear Deal and the internal political developments in Iran, there is now an opportunity for reforms in the country and for improvement of its relations with the European Union. However, I am of the opinion that overall the compromises in the agreement do not reflect the present reality in Iran. There is a clear lack of balance in tone and substance when it comes to serious problems such as human rights violations, corruption, and the role of Iran in regional conflicts, in particular concerning its support for the Assad regime. That is why I voted against this text.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Après l'accord sur le nucléaire conclu par l'Iran avec les grandes puissances, il était nécessaire que l'Union Européenne revisite sa stratégie avec ce pays.

Si la rédaction initiale souffrait d'un déséquilibre sur le fond en édictant une coopération sans condition, d'une part il rendait l'Union Européenne seule responsable du respect de l'accord sur le nucléaire, et d'autre part la coopération économique ne comprenait aucune conditionnalité. Par ailleurs, les parties du texte concernant le respect des droits humains en Iran et la sécurité régionale étaient moins développés que celles sur la coopération économique.

Le rapport présenté au vote du Parlement a renforcé la partie sur les droits humains et sur la sécurité régionale et certaines responsabilités quant au rôle de l'Iran dans la région et la situation des droits de l'homme ont été rappelées.

Notre groupe a également ajouté des amendements sur les prisonniers politiques et sur la surveillance des médias, réequilibrant et renforçant la résolution du rapporteur, et j'ai donc voté pour ce rapport.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'instaurazione di relazioni più costruttive con l'Iran deve essere regolata dai progressi compiuti dal paese su questioni di interesse regionale come la guerra civile in Siria e la lotta contro tutte le forme di terrorismo e le cause di tale fenomeno, ma anche in ambiti quali lo sviluppo economico, gli accordi commerciali, lo Stato di diritto e la promozione dei diritti umani. In particolare questo ultimo aspetto mi preoccupa dato che non mi risultano progressi su questo tema. Mi auguro che venga fatta una profonda riflessione su questo aspetto.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az EU Iránnal kapcsolatos stratégiája a nukleáris megállapodást követően című jelentés rámutat arra, hogy a megállapodás a nemzetközi, illetve az európai diplomácia jelentős eredménye, amely az egész Közel-Kelet és Perzsa-öböl térség stabilitásának előmozdítását teszi lehetővé. Ugyanakkor viszont azt is hangsúlyozza, hogy amennyiben Irán nem hajtja végre a megállapodást, sor kerülhet a szankciók újbóli bevezetésére.

Az emberi jogok tiszteletben tartásának területén a jelentés megismétli az Uniónak a halálbüntetéssel szembeni szilárd és elvi álláspontját. Ennek értelmében a halálbüntetés gyakori alkalmazása miatt erőteljesen elmarasztalja Iránt és felszólítja arra, hogy azonnal hirdessen moratóriumot azok végrehajtására nézve. Tekintettel arra, hogy a jelentés hosszú távú célja Irán nemzetközi elszigetelődésének feloldása, szavazatommal támogattam azt.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Odnos Europske unije, njenih država članica, te međunarodne zajednice, vezano uz Iran pomaknuo se s mrtve točke nakon uspješnog dogovora na temu ambicija nuklearnog naoružavanja. Pregovori između Europske unije, Irana i grupe P5+1 najmoćnijih sila svijeta (SAD, Rusija, Kina, Njemačka, Francuska i Velika Britanija), počeli su 2006., a intenzivirani su u posljednje vrijeme.

Cilj pregovora bilo je ograničavanje vrlo osjetljivih aktivnosti Irana vezano uz nuklearno naoružavanje, u zamjenu za skidanje ograničavajućih sankcija. Dok svesrdno podupirem napore Unije, te njenu ulogu u pregovorima o sprječavanju daljnjeg nuklearnog naoružavanja Irana, istodobno moram naglasiti da rezolucija usvojena u Odboru za vanjske poslove Europskog parlamenta nažalost nije stavila dovoljan naglasak na konstantno kršenje ljudskih prava u Iranu.

Primjeri istoga su egzekucije maloljetnika, planirana zabrana vožnje bicikla u javnosti ženama, nemogućnost ambasadora za ljudska prava Ujedinjenih naroda da uđe na teritorij Irana te mnogi drugi. Pozivam Europsku uniju da uloži veće napore u rješavanju ovih i sličnih pitanja.

Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o strategiji EU do Irana po jedrskem sporazumu sem podprla. Skupni načrt ukrepanja, poznan tudi kot jedrski dogovor z Iranom, je še posebej lep dosežek multilateralne diplomacije in še posebej evropske diplomacije, ki bi moral ne samo občutno izboljšati odnose med EU in Iranom, ampak tudi spodbujati stabilnost v celotni regiji.

EU in Iran sta se odločila, da bosta vprašanja v skupnem interesu obravnavala konstruktivno. Strategija EU za obnovljene stike z Iranom najprej temelji na ukrepih za krepitev zaupanja na tehničnih področjih, ki bi ustvarili pozitivne vzorčne primere za skupno delo EU in Irana ter omogočili pomembnejše dolgoročno sodelovanje.

Sklep Sveta o odpravi vseh z jedrsko energijo povezanih sankcij zoper Islamsko republiko Iran na podlagi izvajanja obveznosti iz skupnega celovitega načrta ukrepanja omogoča ponovno sodelovanje z Iranom in bo ustvaril priložnosti in koristi za obe strani, saj bo zagotovil potencial za ponovno odprtje iranskega trga evropskim podjetjem.

Vrednost trgovine EU z Iranom znaša približno 8 milijard USD in naj bi se v naslednjih dveh letih povečala za štirikrat.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que considero va en el sentido de la construcción de una agenda común y normalizada entre la Unión e Irán, basada en el respeto a la soberanía, el multilateralismo en la resolución de diferendos, la búsqueda conjunta de procesos que conduzcan al avance en el respeto a los derechos humanos, el desarrollo sustentable y sostenible del pueblo iraní y la paz y la seguridad para todos los pueblos de Oriente Próximo. Me opongo, sin embargo, a la consideración de Irán como fuente de inestabilidad regional, al establecimiento de relaciones guiadas predominantemente por criterios mercantiles, a la presentación de la liberalización comercial *per se* como panacea para la consecución del desarrollo de pueblos como el iraní (que participan en condiciones asimétricas y subordinadas en el mercado global) y al uso de energías fósiles y nuclear como bases de la matriz productiva y energética de cualquier país.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wskutek silnej presji społeczności międzynarodowej władze Iranu zgodziły się podjąć negocjacje, których celem jest ograniczenie programu jądrowego tego państwa. Do przyjęcia tych ustaleń oraz normalizacji stosunków z Iranem przyczyniły się w istotnym stopniu państwa członkowskie Unii Europejskiej. Mimo tych osiągnięć wciąż powinniśmy monitorować zagrożenie jądrowe ze strony tego kraju oraz dążyć do tego, aby stosunki Unii Europejskiej z Iranem były wyważone, przejrzyste i oparte na faktycznych podstawach. Parlament Europejski jako forum wymiany poglądów i debaty międzynarodowej nie powinien rezygnować z formułowania zasadnych zastrzeżeń, zwłaszcza w przypadku łamania praw człowieka oraz wobec eskalacji konfliktów na Bliskim Wschodzie. Potrzebne są również zalecenia dotyczące dalszego postępu stosunków między Unią Europejską a tym krajem. Sprawozdanie nie spełnia tych oczekiwań. Dlatego zagłosowałem przeciw rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Tanács határozata, amely szerint a közös átfogó cselekvési tervben vállalt kötelezettségek végrehajtása eredményeként fel kell oldani az Iráni Iszlám Köztársaság elleni összes nukleáris vonatkozású szankciót, lehetőséget kínál az Iránnal való kapcsolatok újbóli felvételére, valamint alkalmat és előnyöket teremt mindkét félnek azáltal, hogy lehetőséget ad az európai vállalatok számára az iráni piac újbóli megnyitására. A végszavazásnál az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que considero va en el sentido de la construcción de una agenda común y normalizada entre la Unión e Irán, basada en el respeto a la soberanía, el multilateralismo en la resolución de diferendos, la búsqueda conjunta de procesos que conduzcan al avance en el respeto a los derechos humanos, el desarrollo sustentable y sostenible del pueblo iraní y la paz y la seguridad para todos los pueblos de Oriente Próximo. Me opongo, sin embargo, a la consideración de Irán como fuente de inestabilidad regional, al establecimiento de relaciones guiadas predominantemente por criterios mercantiles, a la presentación de la liberalización comercial *per se* como panacea para la consecución del desarrollo de pueblos como el iraní (que participan en condiciones asimétricas y subordinadas en el mercado global) y al uso de energías fósiles y nuclear como bases de la matriz productiva y energética de cualquier país.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on EU strategy towards Iran after the nuclear agreement. The Joint Comprehensive Plan of Action (JCPOA), otherwise known as the Iran Nuclear Deal, was a notable achievement for multilateral diplomacy and for European diplomacy in particular, which should not only make a substantial improvement in EU-Iran relations possible but also help to promote stability across the whole region. All sides are now responsible for ensuring its strict and full implementation. Iran has the second-largest gas reserves in the world and the fourth-largest oil reserves and energy cooperation can play a significant role in diversifying the sources of energy supply to the EU and reducing Member States' energy dependency on single suppliers, thereby contributing to the EU's energy security. I voted in favour because I believe that the nuclear deal opens the possibility for cooperation in resolving the region's security crisis. Moreover, I am of the opinion that Iran can and should play a stabilisation role in the region.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe pretende definir la estrategia de la Unión sobre Irán tras el acuerdo nuclear que se firmó en 2015, un acuerdo permanente entre las partes para levantar las sanciones impuestas a Irán por parte de los Estados Unidos, la Unión y las Naciones Unidas, y por su parte, Irán limita su programa nuclear a largo plazo.

El informe tiene elementos positivos, pero también negativos, como es el no pedir el levantamiento total de las sanciones norteamericanas o que, como es habitual en los informes y resoluciones de la Unión, se ve la hipocresía de pedir que se respeten los derechos humanos de los refugiados y peticionarios de asilo, cuando en su propio territorio la Unión los vulnera sistemáticamente.

A pesar de esto, he votado a favor ya que el informe apoya una vuelta a la diplomacia activa y a la cooperación con Irán, basada en el respeto mutuo de las normas y principios internacionales, y recuerda que «no se pretende injerir en las elecciones políticas internas de un país». Además, el informe sostiene que Irán puede ejercer de actor mediador para buscar una solución pacífica al conflicto sirio. Por todo ello, mi voto ha sido positivo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my EPLP colleagues, I voted in favour of this report because it emphasises EU-Iran relations must be re-established, based on a clear understanding of where there are common interests but also where there is disagreement. It also supports the establishment of an EU delegation in Tehran, as well as re-establishing an interparliamentary dialogue with the Iranian Parliament.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Nous avions voté 11 résolutions sur la situation des droits de l'homme en Iran durant la dernière mandature. Pas une sous celle-ci.

Les possibilités commerciales et énergétiques qui s'ouvrent à l'UE du fait de la levée des sanctions survenues entretemps ne sont sûrement pas étrangères à cette nouveauté.

Ce rapport, qui porte sur la stratégie de l'UE avec l'Iran après l'accord sur le nucléaire, a le mérite de détailler la situation catastrophique des droits de l'homme dans le pays. Il insiste en particulier sur la nécessité de lier la reprise des relations à un dialogue sur les droits de l'homme auquel participeraient des représentants du pouvoir judiciaire, des forces de sécurité et la société civile.

Il n'est pas possible de nier le rôle de l'Iran dans cette région du monde et je dirai même justement qu'il est de l'intérêt de l'UE de mieux équilibrer ses relations au moyen orient.

J'ai donc voté pour, mais je m'étonne du vote négatif de certains de mes collègues habituellement moins attachés aux droits de l'homme en espérant voir affichée la même volonté quant au respect des droits de l'homme dans le cadre des relations entretenues avec d'autres pays de la région comme l'Arabie saoudite, par exemple. Mais je ne me fais guère d'illusions.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Há cerca de um ano, o Irão assinou um acordo sobre o programa nuclear iraniano com mais seis potências (EUA, França, Grã-Bretanha, Rússia, China, Alemanha). Este acordo chamado JCPOA (sigla em inglês) permitiu o levantamento das sanções impostas pelos EUA e pela União Europeia. Essas sanções tiveram impactos negativos na economia e na vida deste país. É preciso ainda referir que o Irão já se pronunciou, em sede das Nações Unidas, de que não está de maneira nenhuma a beneficiar já deste levantamento das sanções e que os EUA ainda não cumpriram o acordado.

Somos a favor da normalização das relações diplomáticas com o Irão, numa base de respeito mútuo pela soberania dos Estados. Não acompanhamos em absoluta qualquer deriva paranoica e securitária relativamente ao Irão que só contribui para evitar qualquer esforço de estabilização da região.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das mit dem Iran geschlossene Nuklearabkommen ist eine Chance für die Förderung von innerstaatlichen Reformen und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten und dem Iran. Die Islamische Republik ist ein wichtiger Akteur im Nahen und Mittleren Osten und spielt bei der Bekämpfung des radikalen Islamismus im Irak und Syrien und der Wiederherstellung von Stabilität in der Region eine entscheidende Rolle. Deswegen habe ich dem Entwurf zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della strategia dell'UE nei confronti dell'Iran dopo l'accordo nucleare. In particolare, questa relazione è un contributo ulteriore allo sviluppo delle relazioni UE-Iran. La relazione supporta fortemente il piano come esempio di diplomazia multilaterale di successo. La relazione delinea le aree di possibile cooperazione con l'Iran, come il commercio, la tutela dell'ambiente, la sicurezza aerea, gli scambi accademici, ecc. Soffermandosi sulla situazione dei diritti umani in Iran, la relazione condanna la pena di morte come contraria ai principi comunitari; critica l'elevato numero di esecuzioni; nonché le violazioni dei diritti umani come l'arresto di cittadini con doppia cittadinanza, le discriminazioni di genere, i diritti delle minoranze, la libertà d'espressione, ecc. Infine, invita l'Iran a collaborare pienamente col meccanismo dei diritti umani delle Nazioni Unite.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Der zur Abstimmung stehende Bericht enthält trotz einer grundsätzlich positiven Beurteilung der Perspektiven für eine Annäherung zwischen der EU und Iran zahlreiche Zumutungen an die Adresse Teherans, die in den Beziehungen zu einem souveränen Staat nichts verloren haben. Vorschriften im Bereich „Menschenrechte", demokratische Binnenentwicklung etc. sind vonseiten der EU nicht angebracht, so lange auch in EU-Ländern im Umgang mit politischen Dissidenten immer wieder Grundrechte verletzt werden: In mindestens zwei EU-Ländern sind Verbotsverfahren gegen politische Parteien anhängig, in der Bundesrepublik Deutschland wird jährlich in weit über 10.000 Verfahren gegen patriotische Bürger ermittelt, mindestens 1200 deutsche Patrioten befinden sich wegen Meinungs- und Gesinnungsdelikten in Haft. Demokratie-Belehrungen an die Adresse Teherans verbieten sich vor diesem Hintergrund.

Auch wegen ihrer geradezu unerträglichen Unausgewogenheit ist die Position der EU inakzeptabel: Auch in den USA und in Israel ist die Todesstrafe Gesetz, ohne dass sich die EU an die Adresse dieser Länder Forderungen nach ihrer Abschaffung erlaubt. In beiden Ländern ist die ungesetzliche Tötung von Menschen ohne jedes Gerichtsverfahren gang und gäbe, ohne dass die EU dies durch Sanktionen sanktioniert.

Um nichtsdestoweniger der Hoffnung auf eine positive Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der EU und Iran Ausdruck zu geben, wurde dem Bericht – unter Vorbehalten – zugestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Dobrze, iż porozumienie zawarte z Iranem w sprawie energii jądrowej zostało wyposażone w mechanizmy kontroli sprawdzające, czy wywiązuje się on ze swoich zobowiązań. Jednak pomimo starań dyplomacji UE, samo porozumienie nie obejmuje niestety spraw związanych z ochroną praw człowieka. Dlatego bardzo dobrze, iż zostały one podniesione w przyjętej właśnie strategii. Zaznacza ona wyraźnie, iż Unia będzie prowadziła dialog z Iranem dotyczący ochrony praw człowieka, co ułatwić ma otwarcie delegatury UE w Teheranie. W ramach tego dialogu natomiast UE dołoży wszelkich starań, aby Iran zaniechał stosowania kary śmierci. Już nawet samo jej zniesienie tylko za przestępstwa związane z narkotykami zmniejszyłoby liczbę egzekucji nawet o 80 %. Dlatego ważne jest, żeby wykorzystać dostępne dzięki przyjętej właśnie strategii płaszczyzny dialogu do przekonania Iranu, aby ten zaniechał swoich dotychczasowych praktyk.

Z powyższych względów głosowałem za przyjęciem strategii UE wobec Iranu po zawarciu porozumienia w sprawie energii jądrowej, ponieważ uważam ją za szansę nie tylko dla Iranu, który na pewno skorzysta na otwarciu się na świat, ale także dla samej UE głęboko przywiązanej do idei upowszechniania ochrony praw człowieka na świecie.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Iran's nuclear deal with the international community was a welcome step in de-escalating what could have turned into a dangerous conflict. The agreement has the potential to bring further stability to the region if all sides cooperate with the long-term interests of the region's peoples in mind. This means that the EU and its Member States must put human rights at the core of the process, and engage in dialogue with Iran in order to bring about clear improvements in human rights conditions and an end to gross violations in Iran, including imprisonment of activists and human rights defenders, executions of minors, the systematic use of torture, and tolerance of gender-based violence. This must come about with clear human rights impact assessments, benchmarks and a monitoring framework, and full cooperation with UN mechanisms. Business and economic cooperation must go hand in hand with progress on human rights.

I voted in favour of this report, while actively working to include in it more compelling language on human rights with a clearer assessment of the current human rights situation, by supporting the amendments brought to the Plenary. The EEAS must see this report as a mandate to engage Iran on these issues.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against the resolution because the approach towards Iran is not realistic considering the remaining challenges in Iran and there is no mention of the situation in Syria. The overall resolution is too positive and lacks a balance on Iran's role in the region. There is too strong an emphasis on trade, disregarding human rights. It calls for cooperation between universities without mentioning the lack of academic freedom and is too vague with regard to juvenile executions.

However, I am in favour of a dialogue concerning human rights and I support the immediate release of all political prisoners and others unjustly detained. I agree with open dialogues for nuclear safety and on energy diversification. I agree with condemning the fuelling of conflicts and the support of armed groups by Iran.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La relazione approvata oggi affronta il futuro dei rapporti EU-IRAN a seguito del cosiddetto accordo nucleare (JCPOA). Il relatore ha scelto di redarlo in modo costruttivo sperando che un rapporto ricevibile dal governo iraniano sia più utile all'ala moderata nella sua battaglia contro la parte di governo conservatrice e possa quindi nel medio periodo portare a reali progressi sul versante diritti umani e libertà civili nel paese. L'Iran ha finora rispettato pienamente l'accordo nucleare e si intravede la prospettiva di un vero cambiamento nel caso l'UE la comunità internazionale siano in grado di valorizzare il momento positivo nelle relazioni bilaterali creatosi in seguito al JCPOA. I riferimenti alla situazione diritti umani sono presenti, e se è vero che avrebbero potuto essere più netti e incisivi, ritengo che il relatore sia nel giusto quando afferma come questo sia il momento di costruire, e non di distruggere, per ottenere nel futuro quello che le tante critiche del passato non sono riuscite a realizzare. Per tutte queste ragioni ho deciso di esprimere il mio voto favorevole.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo necessario continuare ad avere un dialogo costruttivo con Iran. Purtroppo bisogna costatare che finora il ruolo dell'UE è stato troppo debole. Per sfruttare l'enorme potenziale di questo rapporto bilaterale, Iran e UE hanno bisogno di avviare un dialogo strategico che deve andare oltre gli aspetti di facciata. È nell'interesse di entrambe le parti sviluppare una più stretta cooperazione in settori quali l'ambiente, la gestione della migrazione, i trasporti e l'energia, l'istruzione e le questioni umanitarie. C'è soprattutto in ballo la necessità di avviare e sostenere un dialogo su una nuova architettura di sicurezza per il Medio Oriente. La questione dei diritti umani è una questione di vitale importanza che deve essere affrontata in tutte le sedi possibili. Non è accettabile ignorare il preoccupante uso della pena di morte, la persecuzione delle minoranze, gli arresti degli attivisti e la discriminazione nei confronti delle donne. Personalmente spero che l'apertura dell'Iran a una dimensione internazionale possa essere di stimolo al miglioramento della situazione interna e credo che sia fondamentale instaurare un approccio strutturato, e privo di atteggiamenti paternalistici, per arrivare a una cooperazione più proficua anche su questi temi.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση αντικατοπτρίζει τους σφοδρούς ανταγωνισμούς ανάμεσα σε αστικές τάξεις και τμήματα του κεφαλαίου στο εσωτερικό της ΕΕ, καθώς και με άλλα ιμπεριαλιστικά κέντρα και ισχυρές καπιταλιστικές χώρες, ιδίως τις ΗΠΑ, τη Ρωσία, αλλά και την Κίνα για τον έλεγχο αγορών, ενεργειακών πηγών, πρώτων υλών και δρόμων μεταφοράς ενέργειας στην ευρύτερη περιοχή της Μ. Ανατολής, που συνδέονται και με τη στάση τους απέναντι στο Ιράν, στο φως της συμφωνίας για το πυρηνικό του πρόγραμμα. Το ευρωκοινοβούλιο εκφράζει τις επιδιώξεις ευρωενωσιακών μονοπωλίων να αξιοποιήσουν τη συμφωνία για ομαλοποίηση των πολιτικών σχέσεων ΕΕ-Ιράν, που θα διευκολύνει τη διείσδυσή τους στην αγορά του Ιράν. Τα χαρακτηριστικά αυτά της ιρανικής καπιταλιστικής οικονομίας που βασίζονται στην άγρια εκμετάλλευση της εργατικής τάξης του Ιράν αποτελούν πόλο έλξης για τα μονοπώλια στην ΕΕ. Αυτό άλλωστε τονίζει η έκθεση καταστρώνοντας ένα σχεδιασμό διείσδυσής τους με άμεσες ξένες επενδύσεις, επικεντρώνοντας μάλιστα σε συγκεκριμένους τομείς, όπως αυτοκινητοβιομηχανία, κατασκευή αεροσκαφών, ενεργειακές υποδομές, ανανεώσιμες πηγές ενέργειας κλπ. Από την άλλη τα «ανθρώπινα δικαιώματα», όπως τα αντιλαμβάνεται η ΕΕ, θα συνεχίσουν να αποτελούν πρόσχημα πολιτικών πιέσεων, που θα διευκολύνει τις βλέψεις των επιχειρηματικών ομίλων. Οι λαοί δεν έχουν τίποτα να περιμένουν από τέτοιους ανταγωνισμούς και συμφωνίες. Για αυτό πρέπει να δυναμώσουν την πάλη τους απέναντι στον κοινό εχθρό, τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Strategii EU vůči Íránu jsem se rozhodl nepodpořit. Evropská unie by se dle mého názoru měla vůči Íránu stavět do více vyhraněné pozice, a to především v otázce dodržování lidských práv. Předložená strategie však postrádá hlubší odkazy právě na lidská práva a její výsledná podoba má podle mě vůči Íránu dokonce lehce vstřícné ladění, což nepovažuji za příliš šťastné. Mám tím na mysli především vyjádření podpory Íránu k přijetí do Světové obchodní organizace.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Po úspešnom uzavretí dohody medzi Európskou úniou a Iránom týkajúcej sa nukleárneho programu sa vzťahy medzi Iránom a medzinárodným spoločenstvom pomaly zlepšujú. V dôsledku následného zrušenia sankcií voči tejto krajine sa rokovania medzi EÚ a Iránom ešte viac zintenzívnili. Práve preto sa správa zaoberala ideálnou podobou, ktorú by vzťahy medzi Iránom a Európskou úniou mali postupne nadobudnúť. Správa vyzdvihuje význam vzťahov s Iránom, ako aj celkovú úlohu Iránu v nastolení mieru, stability a bezpečnosti v regióne, s čím plne súhlasím. Avšak nevenuje až taký priestor otázkam porušovania ľudských práv v Iráne, pričom, podľa mňa, by si ho zaslúžili. V tejto krajine sa totiž ešte stále vykonáva množstvo popráv, a to aj žien a mladistvých, pričom veľké percento týchto popráv je vykonávaných ako tresty za drogovú trestnú činnosť. V uznesení sme preto Irán vyzvali na okamžité moratórium na trest smrti, na ukončenie mučenia, popráv mladistvých, ale aj zmenu zákona v prospech úplného zrušenia trestu smrti za drogovú trestnú činnosť. Keďže v správe sa nám nepodarilo presadiť viacero pozmeňujúcich návrhov, ktoré by riešili potláčanie práv žien či politickú slobodu, v záverečnom hlasovaní som finálnu podobu správy nepodporila.

8.13. Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung (A8-0284/2016 - Laura Ferrara)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tuto zprávu, ale mám tam dva body, se kterými nesouhlasím, proto využívám tohoto institutu, abych jasně řekl, že dohoda je pro mě z 90 % přijatelná, je dobré, že bojujeme proti korupci a posilujeme spolupráci mezi jednotlivými členskými státy, ale jak už jsem naznačil, mám dvě námitky. Za prvé se nedomnívám, že je správné to, co dohoda obsahuje, to znamená sjednocování trestního práva hmotného na evropské úrovni. Osobně si myslím jako člověk, který se tomuto tématu v minulosti hodně věnoval, že se jedná do určité míry o iluzi. A dále pak nesouhlasím s tou částí tohoto materiálu, která podporuje úřad evropského žalobce. Ale ta většina toho dokumentu je dobrá, posílí boj proti korupci, proto jsem i přes tyto dvě námitky tento materiál nakonec podpořil.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, man is fallen. Some people in every society and every system will give into temptation. Corruption is, if you like, not a product of politics, it is the normal state of affairs. The amazing thing is that in Western, democratic societies we have found ways to constrain it and to incentivise people not just systematically to loot the state. But one thing we know is that you diminish the capacity for corruption when you take decisions as closely as possible to the people that they affect.

This is the fundamental problem with our structures here and in Brussels. It is not that the European Union attracts bad people – of course, it attracts some bad people like everywhere else. It is that there is such a distance between people and decision-makers; there is such a tenuous link between taxation representation and expenditure that the system encourages, at best, negligent spending and, at worst, straightforward graft. The solution of course is to push powers downwards and outwards to national or local authorities, or better yet to individual citizens.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, condivido la risoluzione in quanto credo che il tema della corruzione sia un tema fondamentale per il futuro dei popoli europei e perché condivido l'approccio complessivo presente in questa risoluzione sul tema della lotta alla corruzione, intesa come lotta alla criminalità organizzata ma anche come grande questione sociale. Il tema della lotta alla corruzione ha delle conseguenze sociali importantissime, lo vediamo anche nelle esperienze di antimafia sociale che si sono sviluppate nel mio paese, l'Italia. Alcune proposte concrete. Noi chiediamo che la Commissione pubblichi la sua seconda relazione sulla lotta alla corruzione, che è attesa per l'inizio del 2016 ma non è ancora pervenuta. Chiediamo che in tale relazione vi sia un cambio di impostazione e venga presa in considerazione anche la partecipazione diretta delle istituzioni europee e non solo dei singoli Stati membri, così come chiediamo l'istituzione della *european public prosecutor*.

Monica Macovei (ECR). – Crima organizată, frauda, spălarea de bani, corupția amenință economia europeană. Tot acestea sunt și canale de finanțare a terorismului.

Frauda împotriva bugetului Uniunii Europene, despre care discutăm în fiecare an, trebuie să fie infracțiune în toată Europa. La fel trebuie să fie infracțiune TVA-ul caruselului cu bani europeni. De aceea, avem nevoie rapid de instituția procurorului european, pentru că la nivelul statelor membre aceste infracțiuni nu sunt anchetate și nu sunt urmate de condamnări cam la același nivel. Sunt suișuri și coborâșuri, cifre foarte diferite. Sper ca, cel târziu, în viitoarele săptămâni, deci ultimele din acest an, să avem un răspuns clar pentru finalizarea negocierilor cu privire la instituția procurorului european.

Încă un lucru: e necesară armonizarea perioadelor de prescripție pentru investigarea și pentru condamnarea acestor fapte de corupție, spălare de bani și fraudă. Dacă îmi permiteți o ultimă propoziție, statele care afirmă că nu au corupție, mint, pentru că au corupție, dar n-o investighează. Mulțumesc.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, is dócha gur maith an teideal é seo: troid i gcoinne na caimiléireachta, agus gan dabht, is troid é, agus troid is dócha nach mbuafar go deo, ach caithfimid ár ndícheall a dhéanamh. Agus is minic, go háirithe ar an Déardaoin, bímid ag caint anseo faoi chaimiléireacht agus ag cur isteach ar chearta daonna trasna an domhain uilig, agus a lán eiseamláirí de sin. Ach taobh amuigh den Aontas tá caimiléireacht ann freisin. I gcuid de na stáit, i mbaill den stáit, lucht gnó agus mar a chonaiceamar le déanaí, fiú amháin i ngluaiseachtaí spóirt. Chonaiceamar é maidir leis na Cluichí Oilimpeacha. Chonaiceamar é maidir le FIFA. Dá bhrí sin, tá sé ceart dúinn troid ina coinne, chun Cothrom na Féinne a thabhairt do gach uile dhuine agus go háirithe na daoine atá ag briseadh an dlí chun iad a stopadh. Go raibh maith agat, a Uachtaráin.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, tuto zprávu jsem podpořil, byť považuji boj proti korupci do jisté míry za politický fetiš. Myslím si, že lidstvo bojuje tak dlouho s korupcí, že toto je jeden z nejdelších bojů, které vede, a ty výsledky jsou poměrně rozporuplné, ale to jenom na okraj. Já se rovněž připojuji k těm, kteří podporují posílenou spolupráci členských států. Samozřejmě měli bychom v boji proti korupci vidět především možnost, jak co nejvíce zprůhlednit rozhodovací procesy, otevřít je. A jak také mít předvídatelná pravidla, protože pokud platí princip právní jistoty, tak potom se samozřejmě těžko bude uplácet, pokud víte, jak určitý rozhodovací proces dopadne. A připojuji se ke svému kolegovi Pospíšilovi, protože i já mám dlouhodobé výhrady vůči sjednocení trestního práva hmotného, to už by potom zbývalo jenom sjednocení přímých daní a to už je jenom krůček k federaci a rovněž k úřadu evropského žalobce.

Branislav Škripek (ECR). – Som rád, že sme dnes mali možnosť vyjadriť sa k boju proti organizovanej trestnej činnosti. Korupcia či pranie špinavých peňazí je ako mor, ktorý sa proste šíri v našich krajinách a, žiaľ, u nás sa vôbec nevyhýba našim najväčším politickým špičkám.

Preto by som chcel z tohto miesta zdôrazniť, že je nemysliteľné, aby bola táto oblasť jednou z hlavných priorít slovenského predsedníctva v Rade Európskej únie a súčasne aby naši slovenskí vládni predstavitelia sami čelili oprávneným podozreniam z korupcie najvyšších rozmerov na domácej pôde. Takíto predstavitelia asi naozaj nemajú čo viesť členský štát EÚ a už vôbec nemajú žiadne morálne právo hovoriť o boji proti korupcii na úrovni EÚ.

Stotožňujem sa preto s návrhom na prijatie osobitných právnych predpisov na prevenciu a obmedzenie činnosti politikov, ktorí síce nie sú členmi zločineckých organizácií, ale podporujú ich na rôznych úrovniach predložených v tomto uznesení. Zároveň je však potrebné dodržiavať princíp subsidiarity, preto som sa pri záverečnom hlasovaní zdržal.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione formula proposte e raccomandazioni alle istituzioni europee e agli Stati membri per rafforzare le azioni di contrasto alla corruzione e alla criminalità organizzata, tra cui: la richiesta di definire a livello europeo l'associazione a delinquere di stampo mafioso, sull'esempio dell'articolo 416 bis del codice penale italiano; il riconoscimento del ruolo fondamentale dei *whistleblower* nella lotta alla corruzione e alle pratiche scorrette; la richiesta agli Stati membri e alla Commissione di migliorare e assicurare la trasparenza negli appalti pubblici attraverso l'istituzione di un sistema informatico per gli appalti (e-procurement), creando liste nere in cui inserire società con provati legami con la criminalità organizzata, favorendo la rotazione di funzionari pubblici e impedendo di partecipare a elezioni o lavorare nella pubblica amministrazione a coloro che sono stati condannati per crimini legati alla criminalità organizzata o alla corruzione; misure per lottare contro i paradisi fiscali; inasprimento delle pene e introduzione di nuove categorie di reato all'interno dei c.d. crimini ambientali. Per questi motivi ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe Ferrara es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. Whilst UKIP of course supports the continued fight against corruption and crime, we do not endorse the competencies of the EU to do this. More specifically, UKIP opposes further EU legislation and the expansion of Europol and, lastly, rejects calls for a European Public Prosecutor's Office. UKIP MEPs have also voted against the EU calling for Member States to legislate on mandatory rules concerning the right to stand for election or work in public administrations. UKIP believe that it is not for the EU to dictate how Member States should run elections or who they may – or may not – employ in public administrative roles.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de mi posición contraria a la creación de una Fiscalía Europea que generaría un sistema paralelo de justicia sin tan siquiera unos recursos físicos que le den soporte, he votado a favor de esta resolución. Lo he hecho porque entiendo que contiene propuestas muy positivas en la lucha contra la corrupción y el crimen organizado. Se proponen medidas efectivas a los Estados y la Unión para la prevención de diferentes delitos que se llevan a cabo por la laxitud de las administraciones, como delitos de carácter fiscal, el tráfico de seres humanos, o los de carácter medioambiental. Además de ello, se proponen medidas punitivas específicas como la prohibición de trabajar en las instituciones públicas a personas condenadas por delitos de corrupción o lavado de dinero, lo que valoro de manera muy positiva, de ahí mi voto favorable.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report has significant positives in relation to fighting corruption, protecting whistle-blowers, the seizure of criminal assets, clamping down on tax havens and promoting fair trials. However, its references to the creation of a single European Public Prosecutors Office and its conclusion that no-one with a 'serious' criminal conviction can serve as an MEP make it impossible to support. We therefore abstained on this vote.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de ce rapport à une large majorité: l'Europe se doit d'avoir une stratégie globale soutenue pour faire face à la prévalence croissante du crime organisé et de la corruption dans les États membres de l'UE.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την καταπολέμηση της διαφθοράς και τη συνέχεια που δόθηκε στο ψήφισμα της επιτροπής CRIM, διότι αναφέρεται στην εισαγωγή επιπρόσθετων νομοθετικών διατάξεων για την κάλυψη πιθανών κενών στην καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της διαφθοράς και στοχεύει στη βελτίωση της διασυνοριακής συνεργασίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les idées et les recommandations présentées dans la résolution du 23 octobre 2013 sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Il demande en particulier l'adoption d'un plan d'action européen visant à lutter contre ces crimes qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace. Le texte fait une analyse pertinente de l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes, ainsi que des liens entre la criminalité organisée et le terrorisme, la traite des hommes, etc. Cependant, plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la corruption, comme si l'UE était un État), etc. En outre, il est également dit que «le manque de canaux migratoires légaux et les barrières faisant obstacle à l'accès à la justice figurent parmi les principales causes de la traite des êtres humains» . La criminalité organisée est en quelque sorte instrumentalisée pour renforcer l'UE et encourager davantage l'immigration extra-européenne. J'ai donc bien évidemment voté contre ce texte.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car j'estime qu'il est aujourd'hui nécessaire d'adopter un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent, doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Korupcijos ir pinigų plovimo mastas siekia 5 proc. pasaulio metinio BVP ir besivystančiose šalyse lėšos, kurias pasiglemžė neteisėti finansų srautai (NFS), įskaitant korupciją, maždaug 10 kartų viršija šioms šalims skirtos oficialios paramos vystymuisi (OPV) sumą. Todėl pritariu, kad ES turi padėti besivystančioms ar skurstančioms šalims prioritetine tvarka taikyti kovos su korupcija ir organizuotu nusikalstamumu priemones ir kurti stiprias vietos ir nacionalines sistemas bei institucijas korupcijos problemai spręsti vadovaujantis jų vystymosi darbotvarkėmis, t. y. sukurti nepriklausomas ir kompetentingas reguliavimo ir teisėsaugos sistemas bei mokesčių institucijas, tačiau taip pat remti NVO, nepriklausomą žiniasklaidą ir parlamentus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. Whilst UKIP of course supports the continued fight against corruption and crime, we do not endorse the competencies of the EU to do this. More specifically, UKIP opposes further EU legislation and the expansion of Europol and, lastly, rejects calls for a European Public Prosecutor's Office. UKIP MEPs have also voted against the EU calling for Member States to legislate on mandatory rules concerning the right to stand for election or work in public administrations. UKIP believe that it is not for the EU to dictate how Member States should run elections or who they may – or may not – employ in public administrative roles.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les idées et les recommandations présentées dans sa résolution du 23 octobre 2013 sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Il demande en particulier l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent, qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace. En outre, il est également dit que «le manque de canaux migratoires légaux et les barrières faisant obstacle à l'accès à la justice figurent parmi les principales causes de la traite des êtres humains» . C'est ainsi que la criminalité organisée se trouve instrumentalisée pour renforcer l'UE et encourager davantage l'immigration extra-européenne: j'ai donc, bien sûr, voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment approuvé ce rapport d'initiative qui réclame un véritable plan européen contre le crime organisé, la fraude et la corruption.

En matière de corruption, la Commission est invitée à établir des listes noires d'entreprises ayant des liens avec le crime organisé et engagées dans des activités de corruption. Elles ne pourraient plus pouvoir opérer en lien avec les autorités publiques.

De même, le rapport souligne la nécessité de disposer d'outils efficaces pour geler les avoirs des groupes criminels et les réutiliser à des fins sociales. La Commission est notamment invitée à élaborer une proposition pour la reconnaissance mutuelle des décisions de confiscation des avoirs.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Este informe contiene una serie de medidas de vital importancia para luchar contra la corrupción y el crimen organizado. Desde un llamamiento a una mayor cooperación en el ámbito penal hasta un apoyo abierto a la constitución de la Fiscalía Europea.

Pedimos medidas legislativas urgentes e incisivas a nivel comunitario para dotar a las fuerzas de seguridad con las herramientas necesarias. Destacar la instauración de un sistema completo de contratación pública electrónica para toda la Unión a fin de reducir el riesgo de corrupción. La elaboración de «listas negras» de empresas que tengan vínculos probados con la delincuencia organizada o implicadas en prácticas corruptas. Normas obligatorias para inhabilitar a los condenados por actividades relacionadas con la delincuencia organizada, el blanqueo de capitales, la corrupción, tanto para concurrir a las elecciones como para trabajar para las administraciones, incluidas las instituciones y agencias de la Unión. Un sistema común para la confiscación de activos de organizaciones criminales y extender su uso para fines sociales, como compensación a familias y empresas afectadas por las prácticas criminales o corruptas. Debemos avanzar hacia más Europa, porque el crimen no entiende de fronteras.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La criminalità organizzata costituisce sempre di più, grazie alla sua adattabilità e alla tendenza a diversificare le proprie attività, una minaccia globale che richiede un intervento forte da parte dell'Unione europea e dei suoi Stati membri. Al di là dei pericoli più grandi per l'ordine pubblico legati alle manifestazioni di violenza tipiche delle organizzazioni criminali, risulta particolarmente dannosa la penetrazione criminale nell'economia legale che si realizza anche attraverso lo sviluppo di condotte corruttive nei confronti dei funzionari e la conseguente infiltrazione nelle istituzioni e nella pubblica amministrazione. La relazione Ferrara, che oggi ho sostenuto, ribadisce la necessità di adottare un piano d'azione europeo per l'eliminazione della criminalità organizzata, della corruzione e del riciclaggio di denaro. A tal fine occorrono non solo risorse finanziarie adeguate e personale qualificato ma anche un approccio globale e integrato al problema. Bisogna assicurare il recepimento e la corretta trasposizione delle norme esistenti, monitorarne l'applicazione e valutarne l'efficacia. La legislazione esistente deve essere rivista al fine di introdurre sanzioni effettive, proporzionate e dissuasive ed è infine necessario precisare le definizioni comuni dei reati e metodi comune per il sequestro di beni.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que ha incorporado importantes enmiendas en temas de transparencia, aspectos ambientales de la corrupción, una mejor comunicación de las autoridades judiciales, la necesidad de abordar la explotación laboral de los migrantes y otras cuestiones relevantes. El texto final es equilibrado en su redacción final en los puntos más sensibles como el uso de internet o los vínculos entre crimen organizado y terrorismo. Entre los aspectos más positivos del Informe, destacan: 1) Un llamamiento a la Unión para convertirse en miembro del GRECO y a la Comisión Europea para publicar su Informe Anticorrupción (incluyendo una sección sobre las instituciones de la Unión) y proponer una legislación adecuada; 2) Necesidad de una legislación que fortalezca los derechos de los sospechosos y garantías para un juicio justo; 3) Llamamiento a la Comisión para que presente una propuesta legislativa sobre protección de testigos y *whistleblowers* antes de finales de 2017; 4) Pide a la Unión y a los Estados miembros que refuercen las medidas para localizar, congelar y confiscar el producto del delito y para prohibir el acceso de las empresas fraudulentas a los procedimientos de contratación pública europea; 5) Una

declaración firme contra los paraísos fiscales.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyamos este informe porque aporta una visión europea a la lucha contra la corrupción, una de las lacras más destructivas instaladas en algunos Estados miembros. Establece garantías para la correcta transposición de la normativa europea, marca prioridades, establece mejoras en la coordinación policial y judicial contra la corrupción, medidas preventivas para evitar la infiltración en la economía legal y métodos comunes para la incautación de bienes obtenidos fruto de operaciones corruptas, todo ello en línea con propuestas nuestras presentadas en anteriores informes sobre el estado de los derechos fundamentales en la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la lutte contre la corruption et le suivi de la résolution de la commission CRIM, et rappelle les idées et les recommandations présentées dans la résolution du Parlement européen du 23 octobre 2013 sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Ce rapport demande notamment l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent, qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace. L'analyse est pertinente mais la solution est européiste, au détriment d'une coopération entre États membres. Ici, le rapport instrumentalise la criminalité pour renforcer l'UE et encourager d'avantage d'immigration extra-européenne. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante sia in molti punti condivisibile, la relazione sulla lotta contro la corruzione e il seguito dato alla risoluzione della commissione CRIM contiene tuttavia alcune importanti criticità che mi hanno portata ad esprimermi con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Även om jag röstade för detta betänkande stöder jag inte förslaget som handlar om Europeiska åklagarmyndigheten. Inte heller stöder jag kravet på obligatoriska regler som fastslår att dömda personer inte ska få ta politiska uppdrag eller arbeta inom offentlig förvaltning. Den sortens åtgärder ska ses som ytterligare en sanktion, något som normalt sett endast utfärdas tillfälligt i domstol. Annars straffas de dömda personerna två gånger, vilket strider mot den så kallade *ne bis in idem*-principen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama kovos su korupcija ir tolesnių veiksmų, susijusių su CRIM komiteto rezoliucija, tema. Europos Parlamentas primena, kad valstybės narės, siekdamos kovoti su organizuotu nusikalstamumu, korupcija ir pinigų plovimu, turėtų perkelti bei taikyti esamas priemones Europos Sąjungos ir tarptautiniu lygmeniu. Parlamentas prašo Komisijos kuo greičiau užbaigti tokių priemonių perkėlimo priemonių vertinimą, išsamiai informuoti jį apie rezultatus ir, jei reikia, pradėti pažeidimo tyrimo procedūras. Be to, ragina valstybes nares tinkamai perkelti į nacionalinę teisę Europos Parlamento ir Tarybos direktyvą dėl Europos tyrimo orderio baudžiamosiose bylose, kaip svarbiausią priemonę stiprinant policijos ir teismų bendradarbiavimą Europos Sąjungoje. Europos Parlamentas apgailestauja, kad Komisija dar nepaskelbė savo 2-osios kovos su korupcija ataskaitos, kurią ji turėjo paskelbti 2016 m. pradžioje. Taigi, jis prašo Komisiją ją pateikti kuo greičiau ir pabrėžia, kad kovos su korupcija ataskaitoje turėtų būti ne tik apžvelgiama padėtis valstybėse narėse, bet ir Europos Sąjungos institucijoms skirtas skyrius.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint az annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ta predlog za boj proti korupciji sem podprl, saj korupcija in ostali organizirani kriminal pomembno posegata v našo demokratično družbo. Organizirani kriminal je velikokrat čezmejen in s tem dobro prilagojen različnim pravnim sistemom in zato je potreben usklajen skupen odziv na ravni Evropske unije, da ga preprečimo.

Potrebna je zagotovitev pravilnega prenosa obstoječih pravil, spremljanje njihovega izvajanja in ocenjevanje njihove učinkovitosti. Za uspešnost tega načrta pa je treba zagotoviti ustrezna finančna sredstva in usposobljeno osebje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće, koje ponovno ističe sadržaj i preporuke iz svoje Rezolucije o organiziranom kriminalitetu, korupciji i pranju novca. Potrebno je što skorije usvajanje europskog akcijskog plana protiv organiziranog kriminala, korupcije i pranja novca te je potrebno izdvojiti adekvatna financijska sredstva uz kvalificirano osoblje kako bi bio što učinkovitiji.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, ce à quoi je m'oppose fermement. Je me suis donc opposée à ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I cast my vote for this resolution on the fight against corruption because it reiterates the recommendations expressed in the 2013 CRIM resolution which I share. In particular, it calls for the adoption of a European Action Plan to eradicate organised crime, which I think should be adequately financed. Furthermore, it calls on the Commission to initiate infringement proceedings in case European and international instruments have not been adopted by the Member States. Indeed, I strongly believe that a serious approach to the fight against crime has to be adopted and a more coordinated response by the EU and the Member States needs to be delivered.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La criminalità organizzata, la corruzione e il riciclaggio di denaro hanno una dimensione transnazionale e comprendono una vasta gamma di attività criminali. Per sradicare tale dimensione bisogna introdurre banche dati nazionali, il sostegno di strumenti UE e un piano d'azione europeo ed è necessaria una partecipazione attiva da parte delle organizzazioni internazionali e regionali, nel settore pubblico e privato, basata sulla trasparenza e sulla responsabilità reciproca. Attualmente, la corruzione rappresenta uno dei principali ostacoli allo sviluppo, soprattutto nei paesi in via di sviluppo, in cui si appropria di molti dei finanziamenti che questi ricevono. L'Unione europea dovrebbe assumere un ruolo più attivo nel fornire assistenza finanziaria e tecnica a questi paesi, sviluppando una strategia forte e completa per la gestione del rischio di corruzione in essi. Gli Stati membri devono sfruttare appieno le misure già previste contro tali crimini ed è essenziale promuovere tecniche investigative comuni. Devono essere compiuti progressi sulla cooperazione internazionale per combattere il traffico di esseri umani da cui la criminalità trae grandi profitti. La trasparenza è lo strumento più efficace per combattere abusi e frodi; pertanto, bisogna migliorare la legislazione rendendo obbligatoria la pubblicazione dei dati relativi a tutti i beneficiari di fondi UE.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans le cadre de la résolution du 23 octobre 2013 et préconise d'élaborer un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Certes, ce rapport formule une analyse pertinente de l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes. Cependant, au lieu d'encourager les États membres à renforcer leur coopération dans la lutte contre le crime organisé, l'Union européenne préfère comme d'habitude créer des structures bureaucratiques, coûteuses au contribuable et dont l'efficacité reste à démontrer. Par ailleurs, ce rapport utilise le crime organisé comme un prétexte pour renforcer le pouvoir des institutions européennes. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Crima organizată reprezintă una dintre principalele amenințări de la nivel global. Organizațiile constituite din grupuri infracționale și-au intensificat activitățile ilegale în ultimii ani, fiind nevoie de noi acțiuni pentru sancționarea acțiunilor acestora.

Drept urmare, e necesară crearea unui cadru pentru transpunerea corectă a normelor existente, monitorizarea și evaluarea eficacității lor. Astfel, statele membre ar trebui să transpună toate instrumentele existente la nivel european și internațional în cadrul luptei împotriva infracționalității organizate, corupției și spălării banilor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că e necesară o abordare multidisciplinară pentru prevenirea și combaterea criminalității organizate și, totodată, realizarea unui parteneriat consolidat între autoritățile naționale și agențiile UE relevante.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Corupția constituie o amenințare pentru democrație, pentru supremația dreptului, a echității sociale și a justiției, erodează principiile unei administrații eficiente, subminează economia de piață și pune în pericol stabilitatea instituțiilor statale. Majoritatea acțiunilor anticorupție s-au concretizat, în principal, în măsuri de combatere, punitive, al căror efect nu a fost, nici pe departe, cel scontat.

Politica globală anticorupție trebuie să se exprime, în modul cel mai eficient, printr-un plan de acțiune european pentru eradicarea infracționalității organizate, corupției și spălării banilor.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul pentru „combaterea corupției și acțiunile subsecvente rezoluției CRIM". Eradicarea corupției va stimula activitatea economică. Prin aceasta, Uniunea Europeană va deveni mai puternică, piața economică a statelor membre mai atractivă pentru investitorii străini, vor crește veniturile în sectorul privat, se va îmbunătăți calitatea serviciilor prestate populației și va deveni posibilă promovarea mai eficientă a politicii sociale, dezvoltarea sistemului de ocrotire a sănătății și a celui educațional.

Derularea acestor acțiuni este imposibilă fără o susținere adecvată din partea Comisiei care trebuie să propună măsuri legislative care să umple orice lacune care ar putea exista în ceea ce privește lupta împotriva infracționalității organizate și a corupției și să îmbunătățească cooperarea judiciară transfrontalieră.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che le organizzazioni criminali abbiano modificato il proprio modo di lavorare e si avvalgano ora del supporto di professionisti, istituti bancari, funzionari e politici che, pur non essendo affiliati all'organizzazione criminale, ne supportano a vari livelli le attività. La pericolosità della forza intimidatrice derivante dalla semplice appartenenza a un'associazione non rappresenta una priorità relativamente alla lotta contro i «reati-fine», reati in vista dei quali l'associazione è stata creata. Ciò ha lasciato un vuoto normativo e operativo a livello europeo, facilitando le attività transnazionali dei gruppi criminali organizzati. L'attuale ciclo politico dell'UE per la lotta contro la criminalità organizzata deve, pertanto, porre l'accento sul contrasto al reato associativo e prevedere la punibilità dell'appartenenza a un'associazione a delinquere indipendentemente dalla consumazione dei reati fine. Tra le priorità, al fine di porre in essere un'autentica strategia europea anticorruzione, occorre inserire anche la lotta al riciclaggio, alla corruzione e alla tratta di esseri umani. Bisogna rafforzare la cooperazione tra polizia giudiziaria transfrontaliera ed agevolare la condivisione delle informazioni a livello di Stati membri tramite Europol ed Eurojust, assicurando, così, un impiego maggiore delle squadre investigative comuni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This non-legislative report contains a call for the EU to become a member of GRECO and for the Commission to publish its Anti-Corruption Report (including a section on the EU Institutions) and to propose adequate legislation. It stresses the need for legislation that would strengthen the rights of suspects and guarantees for fair trials; calls on the Commission to submit a legislative proposal protecting witnesses and whistleblowers before the end of 2017; calls on the EU and the Member States to strengthen measures to trace, freeze and confiscate proceeds of crime and to ban fraudulent companies from European public procurement procedures; and contains a clear statement against tax havens.

However, it also calls for the permanent loss of the right to be elected as MEP once convicted for a serious crime. I believe this is an additional sanction that can only be imposed by the courts in individual cases, and after careful consideration of all circumstances.

The report also emphasises membership of a criminal organisation instead of the focus remaining on the actual acts performed. It also contains references to the proposal for a European Public Prosecutor, which I oppose.

These concerns led me to abstain on the report while recognising its many positive aspects.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. Whilst UKIP of course support the continued fight against corruption and crime, we do not endorse the competencies of the EU to do this. More specifically, UKIP opposes further EU legislation and the expansion of Europol and, lastly, rejects calls for a European Public Prosecutors Office. UKIP MEPs have also voted against the EU calling for Member States to legislate on mandatory rules concerning the right to stand for election or work in public administrations. UKIP believe that it is not for the EU to dictate how Member States should run elections or who they may – or may not – employ in public administrative roles.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I attach great importance in the fight against corruption and crime. As a representative of EU citizens I take every opportunity to ensure that this principle is upheld in particular in my country. The draft report analyses the current situation in the EU regarding the fight against crime and makes proposals for combatting new forms of crimes with European instruments. The focus is amongst others on public officials and corruption, whistle-blower protections and use of EU funds.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'ottima relazione della collega parte dalla base costituita dal risultato della commissione speciale CRIM, che tra 2012 e 2013 aveva lavorato per identificare le azioni necessarie per combattere la criminalità organizzata a livello europeo. La relazione, partendo dagli aspetti a cui ancora non è stata data attuazione, si concentra sui maggiori aspetti prioritari per l'attuale momento storico e formula proposte e raccomandazioni. Tra queste, la richiesta di definire a livello europeo l'associazione a delinquere di stampo mafioso e il riconoscimento del ruolo fondamentale dei *whistleblower* nella lotta alla corruzione, misure per lottare contro i paradisi fiscali e la compilazione di una *black list* delle società con provati legami con la criminalità organizzata per migliorare il sistema della gestione degli appalti pubblici. Ho votato sicuramente a favore.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europa-Parlamentet bakker op om at bekæmpe korruption, hvidvaskning af penge og organiseret og grænseoverskridende kriminalitet, også gennem europæisk samarbejde.

Der er dele af forslaget, der falder ind under det danske retsforbehold, og andre, som vi mener, bør høre under medlemsstaternes kompetence, såsom hvornår borgere kan stille op til offentlige embeder i egne lande, og hvor længe tjenestemænd kan bestride disse. Ligeledes støtter vi ideen om en europæisk anklagemyndighed, så længe det er til bekæmpelse af svig mod EU's finansielle interesser.

Samlet set mener vi dog, at betænkningen sender et rigtigt signal om bekæmpelse af kriminalitetstyper som nævnt ovenfor, og vi har derfor valgt at stemme for betænkningen i dens helhed.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως το οργανωμένο έγκλημα συνιστά παγκόσμια απειλή και ότι, ως τέτοια, απαιτεί κοινή και συντονισμένη απάντηση εκ μέρους της ΕΕ και των κρατών μελών της.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία επί της έκθεσης σχετικά με την καταπολέμηση της διαφθοράς και τη συνέχεια που δόθηκε στο ψήφισμα της επιτροπής CRIM έρχεται σε μια περίοδο που όλοι αντιλαμβανόμαστε τη σπουδαιότητα της καταπολέμησης της διαφθοράς στον δημόσιο αλλά και τον ιδιωτικό τομέα. Παρότι πρέπει να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί στον καταλογισμό ευθυνών αλλά και στις κυρώσεις που επιβάλλονται, θεωρώ πως η υιοθέτηση κανόνων που λειτουργούν προς όφελος του δημοσίου συμφέροντος είναι αναγκαία περισσότερο από ποτέ. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la risoluzione perché penso che la lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata sia imprescindibile. La criminalità organizzata rappresenta una minaccia endemica e globale, un cancro con metastasi diffuse ovunque che richiede una terapia congiunta, celere ed efficace tramite risorse finanziarie adeguate e risorse umane competenti. Rinnovo l'invito alla Commissione a pubblicare al più presto la seconda relazione sulla corruzione includendo anche un focus sulle istituzioni europee per verificarne e monitorarne la presenza. Parallelamente, ritengo che sia nei doveri della Commissione redigere uno studio approfondito in merito alle legislazioni più avanzate sulla lotta alla criminalità organizzata e sulla corruzione in modo tale da elaborare mezzi normativi europei più efficienti e all'avanguardia. Coerentemente con quanto da me votato, sono profondamente convinto dell'incremento degli investimenti legati alla cultura della legalità non solo per rendere le generazioni future più consapevoli del problema e dunque migliori, ma allo stesso tempo per sensibilizzare ai danni umani, sociali ed economici comportati dai fenomeni in questione. Quanto finora esposto diverrà possibile unicamente con l'adozione di un quadro legislativo irrobustito e accompagnato da una vigorosa cooperazione giudiziaria e di polizia basata su una quanto più svelta e attiva cooperazione transfrontaliera.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the fight against corruption and follow-up of the CRIM resolution and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O combate ao crime organizado foi, desde muito cedo, uma prioridade para a União Europeia. Necessariamente, é parte fulcral no âmbito da cooperação judicial e policial em matéria penal, cuja origem está no acordo de Schengen e na livre circulação. Resulta também evidente que, em particular nos últimos 15 anos, o crime organizado ganhou uma nova dimensão, entre outras, tornou-se mais transfronteiriço, faz maior recurso às novas tecnologias.

Esta resolução, que apoio e voto favoravelmente, resulta do trabalho que desde 2011 tem vindo a ser desenvolvido pelo Parlamento neste domínio. São diagnosticados novos problemas, por exemplo no que respeita ao uso indevido de fundos, mas também novos caminhos, nomeadamente no que respeita aos crimes ambientais.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — A pesar de mi posición contraria a la creación de una Fiscalía Europea que generaría un sistema paralelo de justicia sin tan siquiera unos recursos físicos que le den soporte, he votado a favor de esta resolución. Lo he hecho porque entiendo que contiene propuestas muy positivas en la lucha contra la corrupción y el crimen organizado. Se proponen medidas efectivas a los Estados y la Unión para la prevención de diferentes delitos que se llevan a cabo por la laxitud de las administraciones, como delitos de carácter fiscal, el tráfico de seres humanos, o los de carácter medioambiental. Además de ello, se proponen medidas punitivas específicas como la prohibición de trabajar en las instituciones públicas a personas condenadas por delitos de corrupción o lavado de dinero, lo que valoro de manera muy positiva, de ahí mi voto favorable.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Crima organizată reprezintă o amenințare globală, care necesită un răspuns comun, coordonat de către UE și de statele sale membre. Grupurile infracționale organizate au demonstrat o tendință și o capacitate deosebită de a-și diversifica activitățile, adaptându-se, astfel, la factorul geografic și la contexte economice și sociale diferite, exploatând slăbiciunile și vulnerabilitățile acestora, acționând simultan pe piețe diferite și profitând de diferențele dintre dispozițiile legislative din sistemele juridice ale statelor membre.

Infracționalitatea organizată, corupția și spălarea banilor constituie amenințări grave pentru economia UE, reducând în mod semnificativ veniturile fiscale ale statelor membre, dar și ale UE în ansamblu. Reevaluarea cadrului legislativ pentru a putea umple orice lacună reprezintă o prioritate. Fenomenul criminalității organizate are o dimensiune transfrontalieră și necesită o cooperare mai eficientă la nivelul UE.

Am votat pentru crearea unui sistem adecvat la nivelul UE pentru schimbul de informații între autoritățile judiciare din interiorul Uniunii.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Nie popieram sprawozdania dotyczącego walki z korupcją i działań następczych w związku z rezolucją komisji CRIM, ponieważ w mojej ocenie działania te są niezgodne z zasadą pomocniczości. Od zawsze jestem przeciwnikiem pomysłu utworzenia urzędu Prokuratury Europejskiej oraz członkostwa UE w Grupie Państw Przeciwko Korupcji. Frakcja, do której należę, zaproponowała szereg poprawek w tej kwestii, ale zostały one odrzucone, w związku z tym zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as we need to recognise the importance of having an effective strategy which is backed up by a serious action plan to tackle organised crime and corruption, which is infiltrating many levels of society in the EU. I am in favour of the specific areas requiring action listed in this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Whilst I am strongly in favour of measures to combat heinous crimes such as human trafficking, and serious organised crime, I cannot support that the establishment of the European Public Prosecutors' Office is required to achieve this; instead we should use existing agencies such as Eurojust and Europol to achieve the same aims. We should resist moving towards an EU system that encroaches on national criminal justice systems.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur la lutte contre la corruption et le suivi des recommandations formulées par la commission spéciale sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux au cours du dernier mandat, qui dresse un plan d'action complet de mesures à mettre en œuvre pour combattre la criminalité organisée en Europe. Certes, je regrette que comme bien trop souvent dans les textes qui ne sont pas juridiquement contraignants, certains groupes politiques préconisent des mesures parfois irréalistes et qui mettent à mal le principe de subsidiarité en Europe. Toutefois, de nombreuses propositions de ce texte sont cruciales à une période où la criminalité organisée et le blanchiment d'argent profitent particulièrement aux organisations terroristes qui font peser une menace sécuritaire lourde sur nos États membres. Aussi, je réaffirme notamment mon soutien à la création d'un Parquet européen efficace en Europe, mais également le devoir qu'ont les États membres d'intensifier la coopération policière et judiciaire transfrontalière et les échanges d'informations entre eux et par l'intermédiaire d'Europol et d'Eurojust.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la lutte contre la corruption. Je pense en effet qu'il est essentiel de mettre en place des mesures européennes pour combattre la criminalité organisée, la corruption et le blanchissement d'argent, car ces pratiques ne prennent pas en compte les frontières. Elles sont un véritable fléau pour nos sociétés et il est urgent de prendre des mesures efficaces pour les éradiquer.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni, és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Ce rapport d'évaluation sur l'état de la criminalité organisée, de la corruption et du blanchiment d'argent en Europe dresse un tableau alarmant de la situation au sein de l'Union. C'est pourquoi les États membres doivent se saisir rapidement du chantier de la moralisation de la vie publique. Une partie de la réponse à apporter se situe au niveau européen; les organisations criminelles ne devraient plus pouvoir tirer parti du manque de coordination entre les États membres. Les agences européennes telles que Frontex, Europol et Eurojust doivent être dotées de moyens suffisants pour pouvoir lutter contre ces réseaux. Et un parquet européen chargé de combattre les infractions portant atteinte aux intérêts financiers de l'Union, comme prévu par les traités communautaires, doit être mis en place rapidement.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les idées et les recommandations présentées dans la résolution du 23 octobre 2013 relative à la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Il demande notamment l'adoption d'un plan d'action européen dans le cadre de cette triple lutte, avec des ressources financières suffisantes et un personnel qualifié. Le texte est lucide sur l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes, ainsi que les liens entre la criminalité organisée, le terrorisme et la traite des hommes. Cependant, au lieu d'encourager une coopération renforcée entre les États dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, ou encore, pour l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la corruption) comme si l'UE était un État. En outre, le rapport déplore «le manque de canaux migratoires légaux» comme cause de la traite des êtres humains. La criminalité organisée n'a pas à être instrumentalisée pour renforcer l'UE et encourager davantage l'immigration extra-européenne. Aussi, j'ai voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих доклада на колегата Ferrara относно борбата срещу корупцията и действията, произтичащи от резолюцията на специалната комисия по организираната престъпност, корупцията и изпирането на пари, тъй като в него се съдържат някои точки, с които не мога да се съглася. Една от тях е призивът за конкретни действия на равнище ЕС, които според мен са в разрез с принципа на субсидиарност.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το οργανωμένο έγκλημα έχει διασυνοριακή διάσταση και περιλαμβάνει μια σειρά από διάφορες εγκληματικές δραστηριότητες, μεταξύ άλλων, τη διακίνηση ναρκωτικών, τη διακίνηση μεταναστών, τη νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες και τη διακίνηση παραποιημένων προϊόντων, πυροβόλων όπλων, άγριας πανίδας και πολιτιστικών αγαθών:

Η έκθεση αποτυγχάνει να θέσει ένα σωστό πλαίσιο, όπως έχουν αποτύχει και οι συναφείς διεθνείς συμβάσεις και πρωτοβουλίες που αποσκοπούν στην καταπολέμηση της διαφθοράς και των παράνομων χρηματοοικονομικών ροών, αφού δεν κατορθώνουν να παράγουν συγκεκριμένα αποτελέσματα στο στάδιο της εφαρμογής τους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A korrupció elleni küzdelem, valamint az annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Jag kan i stort ställa mig bakom detta betänkande som trycker på vikten av att motverka organiserad brottslighet, korruption och penningtvätt. I förslaget till betänkande fanns det dock i punkt 42b skrivningar om att människor som har funnits skyldiga till de brott som tas upp i denna resolution inte skulle kunna ställa upp som kandidater i val eller få arbeta för en offentlig institution. För mig är den ordning vi har i Sverige vad gäller möjligheter att ställa upp som kandidat i val och söka offentlig tjänst bra och återspeglar väl min principiella ståndpunkt. Därför röstade jag nej till punkt 42b.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A adoção de um plano de ação europeu para erradicar a criminalidade organizada, a corrupção e o branqueamento de capitais deve estar nas prioridades da UE, o qual, para ser eficaz, deve dispor de recursos financeiros adequados e de pessoal qualificado.

A luta contra a fraude, a corrupção e o branqueamento de capitais deve ser uma prioridade política das instituições da União e, por este motivo, a cooperação policial e judiciária entre os Estados-Membros é fundamental.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la corruption, comme si l'UE était un État), etc.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um relatório sobre a luta contra a fraude, a corrupção e o branqueamento de capitais, que abrange sectores como a contrafação, o tráfico de droga, o jogo e a viciação de resultados desportivos, os paraísos fiscais, os crimes contra o ambiente, a cibercriminalidade, a criminalidade organizada e o terrorismo e o tráfico de seres humanos e de migrantes. Em traços gerais, este relatório considera que deve ser uma prioridade política da UE a cooperação policial e judiciária entre os Estados-Membros.

Concordando com a necessidade imperiosa de combater os tipos de criminalidade acima enunciados, discordamos, no essencial, da abordagem adotada pelo relatório e das soluções avançadas, sem prejuízo de medidas concretas pontuais que se afiguram pertinentes.

O relatório omite – e outra coisa não seria de esperar - a íntima relação que existe entre o sistema capitalista, as políticas que o suportam e o conjunto de fenómenos de criminalidade mencionados.

A opção é outra: mais integração no domínio da justiça e no domínio policial, áreas que tocam no âmago da soberania e da independência dos Estados, com novos passos na amputação de parcelas dessa soberania, para concentrar poder nos estruturas supranacionais da UE, controladas pelas grandes potências e ao serviço de agendas reacionárias e retrógradas, restritivas de direitos, liberdades e garantias.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná správa nadväzuje na správu Európskeho parlamentu z minulého legislatívneho obdobia o organizovanom zločine, korupcii a praní špinavých peňazí. Hlavným odkazom tejto správy je, že Európska únia musí zvýšiť svoje úsilie v boji proti korupcii, organizovanému zločinu a praniu špinavých peňazí. V budúcnosti sa musíme spoločnými silami zamerať na vytvorenie legislatívneho nástroja, ktorý sa úspešne vysporiada s kriminálnymi organizáciami, a zamyslieť sa takisto nad tým, či bude bankám, ktorým sa dokáže pranie špinavých peňazí, odobratá licencia, prípadne či by mal v budúcnosti Európsky prokurátor vyšetrovať organizovaný zločin.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto, nonostante molti passaggi positivi, rimangono ancora alcuni punti critici, come la depenalizzazione delle droghe leggere e il plauso all'istituzione della procura europea.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Το οργανωμένο έγκλημα έχει διασυνοριακή διάσταση και περιλαμβάνει μια σειρά από διάφορες εγκληματικές δραστηριότητες, συμπεριλαμβανομένων της διακίνησης ναρκωτικών, της διακίνησης μεταναστών, της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες και της διακίνησης παραποιημένων προϊόντων, πυροβόλων όπλων, άγριας πανίδας και πολιτιστικών αγαθών.

Η έκθεση αποτυγχάνει να θέσει ένα σωστό πλαίσιο, όπως έχουν αποτύχει και οι πιο συναφείς διεθνείς συμβάσεις και πρωτοβουλίες που αποσκοπούν στην καταπολέμηση της διαφθοράς και των παράνομων χρηματοοικονομικών ροών, αφού δεν κατορθώνουν να παράγουν συγκεκριμένα αποτελέσματα στο στάδιο της εφαρμογής τους. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την καταπολέμηση της διαφθοράς και τη συνέχεια που δόθηκε στο ψήφισμα της επιτροπής CRIM.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This own-initiative report is a follow-up to the Parliament report adopted in the last legislature on organised crime, corruption and money laundering (the 'CRIM' Report). The report was drafted in anticipation of the Commission's 2nd Anti-Corruption Report (still not published), takes a fresh look at the recommendations set out in the CRIM Report, and seeks to draw conclusions on the recommendations which were followed up and those which were not.

At a time when all the talk is of a 'terrorist threat', it is crucial not to forget the importance of having a serious strategy backed up by serious action to tackle the growing prevalence of organised crime and corruption infiltrating many levels of society in the EU.

I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni, és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni, és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que la delincuencia organizada, la corrupción y el blanqueo de dinero suponen amenazas graves para la economía de la Unión al reducir significativamente la recaudación fiscal de los Estados miembros y de la Unión en conjunto. Debemos desarrollar una legislación europea eficaz y de vanguardia en materia de lucha contra la delincuencia organizada y la corrupción. El fenómeno de la delincuencia organizada, la corrupción y el blanqueo de dinero tiene por lo general una dimensión transfronteriza que requiere la estrecha cooperación entre las autoridades nacionales competentes y entre las autoridades nacionales y las agencias pertinentes de la Unión.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Con l'approvazione della relazione della collega Ferrara, cui ho offerto il mio pieno sostegno, il Parlamento europeo compie un ulteriore passo avanti nella lotta alla corruzione e alla criminalità organizzata. In un momento così delicato per l'Europa come quello che stiamo vivendo, in cui ci confrontiamo con la minaccia terroristica, è urgente fare i conti con le nostre inadeguatezze e le lacune in materia di sicurezza e, nonostante i grandi passi avanti registrati, spingere sull'acceleratore integrità, reclamando azioni di controllo preventivo più larghe e severe, il rafforzamento delle cooperazione giudiziaria e delle forze di polizia e la massima trasparenza e tracciabilità nelle operazioni economiche, per arginare fenomeni di riciclaggio e di permeabilità criminale. La corruzione è una minaccia, che oltretutto costa all'Europa circa 120 miliardi l'anno: l'UE non può aspettare, ma deve rispondere urgentemente con un piano solido, omogeneo e condiviso.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla lotta contro la corruzione e il seguito dato alla risoluzione della commissione CRIM, perché ritengo che dare un seguito al lavoro di ricerca e di sintesi attraverso il relazione finale della commissione CRIM adottata dal PE nel corso della passata legislatura, sia significativo dell'importanza che il PE attribuisce alla lotta alle mafie e al crimine organizzato. Lo scopo principale della criminalità organizzata è il profitto; pertanto è di fondamentale importanza che gli organi di contrasto possano disporre delle capacità necessarie per colpire i canali di finanziamento, spesso indissociabili della corruzione, dalla frode, dalla contraffazione e dal contrabbando. Ho condiviso, pertanto, la necessità di fare della lotta alla criminalità una priorità e per fare ciò l'Europa ha bisogno di una struttura operativa per la lotta contro la criminalità organizzata e la corruzione, ma soprattutto è necessario creare un quadro giuridico più forte e in cui le priorità siano definite in correlazione con le politiche europee di prevenzione della criminalità e con quelle economiche, sociali, occupazionali e dell'istruzione, garantendo una piena integrazione del Parlamento europeo. Infine ho condiviso l'invito alla Commissione a elaborare norme minime concernenti la definizione dei reati e delle sanzioni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung gestimmt. Bekämpfung von Korruption und volle Steuergerechtigkeit können nur grenzübergreifend erreicht werden, und die EU muss hier eine aktive Rolle spielen – zum Wohl ihrer Bürger und des ehrbaren Mittelstands.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Arbeit des Sonderausschusses gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche (CRIM) muss auch nach dessen Auslaufen fortgeführt werden. Dem Bericht von Frau Ferrara kommt insofern besondere Bedeutung zu, da er die aktuelle Situation der Europäischen Union im Kampf gegen Korruption in den Mitgliedstaaten, organisiertes Verbrechen und Umweltverbrechen beleuchtet.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the fight against corruption and follow-up of the CRIM Committee resolution, as it reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché ci consente di riportare l'attenzione su alcune delle piaghe più terribili che affliggono i nostri territori: la corruzione e la criminalità organizzata. È giusto che le istituzioni europee continuino il percorso iniziato con CRIM (la commissione speciale sul crimine organizzato, la corruzione e il riciclaggio di denaro) e a fare di più e meglio per una più efficiente cooperazione giudiziaria e di polizia a livello dell'UE, un quadro legislativo più forte, una più efficiente cooperazione giudiziaria e di polizia a livello dell'UE, e ancora per colpire il patrimonio delle organizzazioni criminali e favorirne il riutilizzo sociale, così come per prevenire l'infiltrazione della criminalità organizzata e della corruzione nell'economia legale. Attendiamo allora dalla Commissione la pubblicazione della sua seconda relazione sulla lotta alla corruzione e chiediamo con forza lo stanziamento di risorse adeguate per il piano d'azione europeo per l'eliminazione della criminalità organizzata, della corruzione e del riciclaggio di denaro. Inoltre, e concludo, abbiamo necessità di investire di più, anche come singoli Stati membri, nella costruzione di una vera cultura della legalità che sia pervasiva nelle nostre società, perché solo così potremo prevenire l'insorgere di quelle zone grigie in cui la criminalità organizzata da sempre prospera.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que ha incorporado importantes enmiendas en temas de transparencia, aspectos ambientales de la corrupción, una mejor comunicación de las autoridades judiciales, la necesidad de abordar la explotación laboral de los migrantes y otras cuestiones relevantes. El texto final es equilibrado en su redacción final en los puntos más sensibles como el uso de internet o los vínculos entre crimen organizado y terrorismo. Entre los aspectos más positivos del Informe, destacan: 1) Un llamamiento a la Unión para convertirse en miembro del GRECO y a la Comisión Europea para publicar su Informe Anticorrupción (incluyendo una sección sobre las instituciones de la Unión) y proponer una legislación adecuada; 2) Necesidad de una legislación que fortalezca los derechos de los sospechosos y garantías para un juicio justo; 3) Llamamiento a la Comisión para que presente una propuesta legislativa sobre protección de testigos y *whistleblowers* antes de finales de 2017; 4) Pide a la Unión y a los Estados miembros que refuercen las medidas para localizar, congelar y confiscar el producto del delito y para prohibir el acceso de las empresas fraudulentas a los procedimientos de contratación pública europea; 5) Una declaración firme contra los paraísos fiscales.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as it reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering, and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States. It also calls for the Commission to complete an assessment of the measures taken to transpose these instruments and recommends that the EU become a member of the Council of Europe's anti-corruption monitoring body, GRECO.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. I support the establishment of a specialist Europol unit to combat organised criminal groups which operate in several sectors at the same time. Also, the Member States should set up secure and effective mechanisms in the current institutional framework to ensure that investigations into organised crime are properly coordinated and that mutual trust among law enforcement authorities in the Member States is fostered.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater röstade för betänkandet om bekämpning av korruption och uppföljning av resolutionen från det särskilda utskottet för frågor om organiserad brottslighet, korruption och penningtvätt.

Punkt 42.b föreslår ett förbud för personer dömda för vissa brott eller som deltagit i organiserad brottslighet från att arbeta i offentlig förvaltning i medlemsstaterna och ställa upp i allmänna val.

Vi förstår att tanken bakom förslaget är bekämpa korruption och hindra inflytande för organiserad brottslighet i folkvalda församlingar, vilket är ett problem i vissa medlemsstater. Vi anser dock att regler för vem som får ställa upp i allmänna val bör bestämmas i medlemsstaterna. Rent principiellt anser vi även att det är viktigt att personer dömda för brott kan få en andra chans.

Vi avstod därför i omröstningen om denna punkt, men röstade för betänkandet i slutomröstningen.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint az annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni, ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül kiemelt jelentőségű a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozása, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αυτή αποτελεί την αναγκαία παρακολούθηση του ψηφίσματος που εγκρίθηκε τον Οκτώβριο του 2013 για το οργανωμένο έγκλημα, τη διαφθορά και το ξέπλυμα χρημάτων. Περιέχει θετικά και αρνητικά στοιχεία. Μερικές από τις καλές συστάσεις που περιλαμβάνονται στην έκθεση είναι το γεγονός ότι ζητείται από την ΕΕ να γίνει μέλος της GRECO και από την Επιτροπή να δημοσιεύσει την έκθεσή της για την καταπολέμηση της διαφθοράς και να προτείνει την κατάλληλη νομοθεσία. Αναφέρει την ανάγκη για νομοθεσία, η οποία θα ενισχύσει τα δικαιώματα των υπόπτων καθώς και τις εγγυήσεις για δίκαιη δίκη, και απαιτεί από την Επιτροπή να υποβάλει νομοθετική πρόταση προστασίας των μαρτύρων και των πληροφοριοδοτών πριν το τέλος του 2017. Ωστόσο, τρία βασικά ζητήματα που αναφέρονται στην έκθεση τείνουν να είναι ανησυχητικά. Πρώτον, η μόνιμη απώλεια του δικαιώματος να εκλεγεί κάποιος ως ευρωβουλευτής, αφού καταδικαστεί μια φορά για κακούργημα, δεύτερον, οι αναφορές στην ανάγκη να δίδεται μεγαλύτερη έμφαση στη συμμετοχή σε εγκληματική οργάνωση από ό, τι στο έγκλημα, και τρίτον οι αναφορές για την Ευρωπαϊκή Εισαγγελία. Για αυτούς τους λόγους, τηρήσαμε αποχή.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support this motion. As a member of the European Parliament's ITCO interest group, I believe it is vital to ensure the correct transposition of existing rules, monitor their application and assess whether they are effective. Further, I support the adoption of a European Action Plan to eradicate organised crime, corruption and money laundering, which should have adequate financial resources and qualified staff in order to be effective.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report mirrors the topics and the recommendations of the October 2013 resolution, which was the result of the special committee on organised crime. Several aspects of the report were positive, such as the call for measures against human trafficking and more transparency of EU funds. However, there are many elements in the report that are alarming in terms of subsidiarity and respect for national competences, which is why I have voted against it.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Г-н Председател, подкрепям доклада относно борбата срещу корупцията и действията свързани с борбата срещу организираната престъпност и изпирането на пари, тъй като считам, че наистина се нуждаем от преразглеждане на съществуващото законодателство за борба с организираната престъпност и корупцията с цел оптимизирането му, от повече полицейско и правосъдно сътрудничество на европейско равнище, подобряване на споделянето на информация между правораздавателните служби и Европол и от създаване на ефективна европейска прокуратура с ясно дефинирани правомощия в подкрепа на националните власти.

Според доклада, за 2014 г. засечените нередности по отношение на европейския бюджет възлизат на 538 милиона евро. Тази стойност отразява само реално извършените нередности и не отчита отрицателното влияние на явления като корупция, пране на пари, избягване на данъчно облагане.

Ето защо отново призовавам Съвета да разгледа оставащите спорни точки и да приеме решение по предложението за създаване на Европейска прокуратура, предложението за директива относно борбата с измамите, засягащи финансовите интереси на Съюза и предложението за регламент относно Агенцията за сътрудничество в областта на наказателното правосъдие Евроюст.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport care atrage atenția asupra importanței sistemului juridic în prevenirea crimei organizate, a corupției și a spălării banilor. Acest raport evidențiază necesitatea aplicării de acțiuni urgente de reglementare la nivel european privind răspândirea corupției și a organizațiilor criminale la nivel înalt. Obiectivele generale ale raportului vizează să asigure existența unor norme în domeniu și solicită o abordare mai holistică a crimei organizate și a corupției.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o borbi protiv korupcije i daljnjem postupanju nakon rezolucije Odbora CRIM, jer smatram da je organizirani kriminal globalna prijetnja i da kao takva zahtijeva zajednički i koordinirani odgovor EU-a i njegovih država članica.

Ovo Izvješće pozdravlja osamnaestomjesečni program Vijeća EU-a za nizozemsko, slovačko i malteško predsjedništvo u kojem je sveobuhvatan i integriran pristup organiziranom kriminalu visoko na popisu prioriteta, te ističe da borba protiv prijevara, korupcije i pranja novca mora biti politički prioritet institucija EU-a, i stoga je ključna suradnja između policije i pravosudnih tijela država članica. EU treba usvojiti akcijski plani protiv organiziranog kriminala, korupcije i pranja novca kojemu su potrebna prikladna financijska sredstva i kvalificirano osoblje kako bi bio učinkovit.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je salue la qualité du rapport de M[me] Ferrara traitant de l'ampleur de la criminalité organisée, quelle qu'en soit sa forme, et de ses liens avec le terrorisme ou la traite humaine. Néanmoins, la solution qu'il prône m'apparaît fausse et manipulatoire: au lieu d'encourager la coopération entre les États membres, ce rapport souhaite confier au seul bénéfice de l'UE la gestion de cette lutte d'où, par exemple, la création d'un Parquet européen et l'adhésion de l'UE, telle un État, au Groupe d'États contre la corruption. Enfin, je dénonce l'instrumentalisation scandaleuse du crime organisé pour justifier une consolidation de l'UE et accroître l'immigration.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Organizovaný zločin je globální hrozbou, proto vyžaduje adekvátní koordinovanou odpověď Evropské unie a jejích členských států. Korupce a praní špinavých peněz v EU i ve světě obecně se stále rozrůstají, což má zřetelný dopad na bezpečnost občanů Evropské unie a podnikání v Evropě. Podpořil jsem usnesení o boji proti korupci, protože je potřeba zamezit daňovým únikům a jsem přesvědčen, že kroky v něm navržené povedou k eliminaci organizovaného zločinu, který korupce a praní špinavých peněz představují.

Eva Joly (Verts/ALE), *par écrit*. – Le rapport sur la lutte contre la corruption et le suivi de la résolution CRIM est très positif dans son ensemble. Je souhaite simplement expliquer pourquoi j'ai voté contre le paragraphe 42, point b), de ce rapport. Bien que je soutienne l'idée d'interdire, pour un certain temps, aux personnes condamnées pour corruption d'exercer une fonction publique ou de se faire élire, le texte du paragraphe 42, point b), n'est malheureusement pas suffisamment clair et précis.

En effet, tel qu'il est rédigé, il s'applique également aux personnes «ayant participé» à des actes relevant de la corruption, ce qui ne correspond nullement à une catégorie bien définie et nuit ainsi à la sécurité juridique. Il aurait été plus juste de limiter cette proposition aux seules personnes «condamnées» pour des faits de corruption ou de criminalité organisée.

En outre, le libellé du paragraphe 42, point b), n'est pas suffisamment précis en ce qu'il risque de concerner toute personne faisant l'objet d'une condamnation, que celle-ci soit liée ou non à la corruption. Une telle lecture du texte pourrait par exemple empêcher certains militants écologistes ou syndicalistes de se faire élire ou d'exercer une fonction publique, ce qui est évidemment trop restrictif et contraire au but recherché.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *in writing*. – Although I voted in favour of this report, I do not support the proposals concerning the Office of the European Prosecutor. Nor do I support the call for mandatory rules establishing that convicted persons should not be eligible to stand for election or to work in or for the public administration. This type of measure should be seen as an additional sanction, normally only imposed for a limited time by the court. Otherwise, the convicted persons are punished twice which is a violation of the 'ne bis in idem' principle.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Laura Ferrara relatif aux suites apportées au rapport sur la criminalité organisée. Ce rapport adopté en mai 2016 formule des propositions pour les nouvelles formes de crimes, la protection des lanceurs d'alerte et les crimes environnementaux. Par ce vote, il est demandé à ce que soit adopté un plan d'action européen concret pour éradiquer la criminalité organisée, le blanchiment d'argent et la corruption.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση της συναδέλφου Ferrara, διότι η καταπολέμηση της απάτης, της διαφθοράς και της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες πρέπει να αποτελεί πολιτική προτεραιότητα των θεσμικών οργάνων της ΕΕ. Για τον λόγο αυτόν, η αστυνομική και δικαστική συνεργασία ανάμεσα στα κράτη μέλη είναι θεμελιώδους σημασίας. Στην έκθεση υπενθυμίζεται ότι τα κράτη μέλη, στο πλαίσιο της καταπολέμησης του οργανωμένου εγκλήματος, της διαφθοράς και της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, θα πρέπει να μεταφέρουν στο εθνικό τους δίκαιο και να εφαρμόσουν τα υφιστάμενα μέσα σε ενωσιακό και διεθνές επίπεδο.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zum vorliegenden Bericht. Er beinhaltet zwar grundsätzlich zutreffende Feststellungen und Schlussfolgerungen zu den Wurzeln und Bekämpfungsmöglichkeiten organisierter Kriminalität und Korruption, jedoch habe ich weiterhin Bedenken in Hinblick auf Einrichtung und Beschleunigung der Arbeit einer Europäischen Staatsanwaltschaft.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as it reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering, and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States. It also calls for the Commission to complete an assessment of the measures taken to transpose these instruments and recommends that the EU become a member of the Council of Europe's anti-corruption monitoring body, GRECO.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europa-Parlamentet bakker op om at bekæmpe korruption, hvidvaskning af penge og organiseret og grænseoverskridende kriminalitet, også gennem europæisk samarbejde.

Der er dele af forslaget, der falder ind under det danske retsforbehold, og andre, som vi mener, bør høre under medlemsstaternes kompetence, såsom hvornår borgere kan stille op til offentlige embeder i egne lande, og hvor længe tjenestemænd kan bestride disse. Ligeledes støtter vi ideen om en europæisk anklagemyndighed, så længe det er til bekæmpelse af svig mod EU's finansielle interesser.

Samlet set mener vi dog, at betænkningen sender et rigtigt signal om bekæmpelse af kriminalitetstyper som nævnt ovenfor, og vi har derfor valgt at stemme for betænkningen i dens helhed.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Při hlasování o zprávě o boji proti korupci a dalších krocích v návaznosti na usnesení CRIM jsem se zdržela hlasování. Důvodem k tomu byly pozměňovací návrhy 51 až 54 týkající se zřízení Úřadu evropského veřejného žalobce, které během hlasování nakonec bohužel prošly. Stejně jako Česká republika tak i já dlouhodobě nesouhlasím s prezentovanou koncepcí toho, jak má být tento úřad zřízen, Česká republika pak dokonce na tento návrh vystavila tzv. žlutou kartu v rámci systému předběžného varování členkých států. Jako celek však považuji předloženou zprávu o boji proti korupci za poměrně solidní, avšak v souvislosti s výše zmíněným bylo nemožné pro mě zprávu úplně podpořit.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Hazámban vajmi kevés eredményt tudnak felmutatni az erre hivatott ellenőrző szervek a korrupcióval szembeni harcuk kapcsán, ami nem is igazán meglepő, tekintettel a személyi összefonódásokra és a sajátos kormányzati szisztémára. A közbeszerzési eljárások nyertesei gyakorta előre megjósolhatók.

Ugyanakkor a korrupció elleni harc keretében létrehozandó Európai Ügyészség miatt merül fel dilemma az állásfoglalási javaslat támogatásával kapcsolatban, miközben inkább egy olyan szervezetre volna szükség, amely a tagországokban a korrupcióellenes fellépést elszabotáló vezető tisztségviselők törvényes úton való felelősségre vonását tenné lehetővé. Nem lehet megalkuvás abban a kérdésben, hogy a korrupcióval szembeni harchoz hatékony eszközökre és megingathatatlan elszántságra van szükség.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах за приемането на предложението за създаването на регламент относно борбата срещу корупцията и действията, произтичащи от резолюцията на специалната комисия по организираната престъпност, корупцията и изпирането на пари, тъй като споделям виждането, че е необходимо ревизиране на законодателната рамка, чрез което да бъдат преодолени евентуалните пропуски в борбата с организираната престъпност и корупцията, както и да се подобри трансграничното съдебно сътрудничество. Наложително е въвеждането на ефективни, пропорционални и възпиращи санкции срещу незаконно придобиване на всякакъв вид финансова и/или материална облага.

Организираната престъпност, корупцията и изпирането на пари обикновено имат трансгранично измерение, което изисква тясно сътрудничество между компетентните национални органи и между националните органи и съответните агенции на ЕС, и регламентът ще способства за засилено полицейско и съдебно сътрудничество на европейско равнище.

Приетият регламент създава реални условия за предотвратяване на проникването на организираната престъпност и корупцията в законната икономика и призовава за въвеждането в целия ЕС на всеобхватна система за „електронни обществени поръчки“ с цел да се намали рискът от корупция в областта на обществените поръчки.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Transnational organised crime and corruption constitute major global issues. Looking from this perspective, the fight against both issues should be a top priority for the EU and its Member States. We should adopt and support common European Action Plan for fighting organised crime and corruption. There are several reasons for this. Firstly, the European Action Plan for fighting organised crime and corruption will facilitate effectively police and judicial cooperation between Member States. Secondly, it will break down national boundaries recognising the added value that the European legislation have. Thirdly, it will provide law enforcement authorities at European level with the necessary tools to properly fight organised crime group across Europe. Last but not least, in order our fight against organised crime and corruption to be effective, the Member States should set up secure and effective mechanisms in the current institutional framework to ensure that investigations into organised crime are properly coordinated and that mutual trust among law enforcement authorities in the Member States is fostered.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Siamo tutti d'accordo sulla necessità incrementare i nostri sforzi per la lotta contro la corruzione e la criminalità. La proposta di risoluzione del Parlamento oggi approvata è il risultato delle analisi effettuate dalla commissione CRIM sulla situazione europea, e, allo stesso tempo, contiene una serie di proposte per nuove politiche e azioni. Tra le varie raccomandazioni si chiede di rivedere la legislazione europea contro la corruzione; di creare delle norme europee per la confisca dei beni delle organizzazioni criminali e per la protezione dei cosiddetti *whistleblower*; di istituire un'unita specializzata di Europol per contrastare i gruppi criminali; di stilare una lista di tutte le aziende che hanno commesso dei reati e fare in modo che vengano escluse da ogni legame con la pubblica amministrazione e i fondi europei; di stabilire delle leggi che vietino la candidatura politica e l'impiego nella pubblica amministrazione da parte di soggetti condannati per reati di corruzione. Un invito a definire una serie di misure che mirano a contrastare fortemente la corruzione, il cui peso non grava solo sulle nostre istituzioni, ma anche su tutti i cittadini dell'Unione.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la lutte contre la corruption et suivi de la résolution de la commission CRIM. Ce rapport demande l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent, qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace.

Le texte fait une analyse pertinente de l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes, ainsi que des liens entre la criminalité organisée et le terrorisme, la traite des hommes, etc.

Cependant, plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la corruption, comme si l'UE était un État), etc. En outre, il est également dit que «le manque de canaux migratoires légaux et les barrières faisant obstacle à l'accès à la justice figurent parmi les principales causes de la traite des êtres humains» . La criminalité organisée est en quelque sorte instrumentalisée pour renforcer l'UE et encourager l'immigration extra-européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objectif de lutter contre la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Cependant, cet objectif est détourné pour promouvoir l'UE, au détriment des coopérations renforcées entre États Membres.

Cette instrumentalisation de la lutte contre la criminalité organisée m'a conduit à voter contre ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente informe se señala la gravedad de la corrupción, un fenómeno que se va adaptando a nuevas actividades, a distintos sectores geográficos, económicos y sociales y a nuevos mercados, y que causa graves estragos en la economía. Concretamente, se recuerda que en el 2014 se señalaron como fraudes al presupuesto europeo 1 649 irregularidades por un valor de 538,2 millones de euros.

En ese sentido, pedimos en este informe a la Comisión que revise la legislación existente para establecer sanciones eficaces, proporcionadas y disuasorias, clarificar definiciones comunes de los delitos y, para dar ejemplo de transparencia, incluir en su informe sobre la lucha contra la corrupción a las instituciones europeas.

Doy mi voto favorable al informe porque para acabar con la lacra de la corrupción es esencial fomentar una cultura de la legalidad y favorecer un mayor intercambio de informaciones relativas al fraude entre los Estados miembros.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that looks for new ways to combat crime using European instruments.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Usnesení považuji za právně diletantské a odporující principům právního státu. Usnesení „vyzývá členské státy, aby přijaly zvláštní právní předpisy a vhodná opatření k předcházení a potírání činnosti odborníků, bankovních institucí, úředníků a politiků na všech úrovních, kteří sice nejsou členy zločineckých organizací, ale na různých úrovních tuto činnost podporují". V tomto ohledu „vyzývá k uložení trestních sankcí pro manažery a banky, které byly zapojeny do případů, u nichž bylo prokázáno praní velkého objemu peněz." Trestní sankce mají být ukládány soudem na základě práva, a ne na základě ad hoc usnesení Evropského parlamentu. Manažer nebo bankéř jako kdokoliv jiný mají být odsouzeni, pokud spáchali trestný čin, a ne na základě vágního usnesení „o zapojení do případů."

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The fight against fraud, corruption and money laundering must be a political priority for the EU institutions. It is necessary to fill gaps that may exist in the fight against organised crime and corruption and to improve cross-border judicial cooperation.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Korupcia poškodzuje ekonomiku a hospodárstvo členských štátov a EÚ, je zdrojom nelegálnych príjmov a zároveň poškodzuje hospodársku súťaž a podnikateľské prostredie. Boj proti podvodom, korupcii a praniu špinavých peňazí preto musí byť prioritou. Formy a spôsoby tejto trestnej činnosti sa neustále menia a sú čoraz viac sofistikovanejšie. Preto Komisia musí preskúmať platné právo a vypracovať štúdiu o v súčasnosti najprepracovanejších a najpokrokovejších právnych predpisoch v oblasti boja proti organizovanej trestnej činnosti a korupcii tak, aby táto štúdia mohla byť základom na prijatie účinnej a modernej európskej legislatívy v tejto oblasti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την καταπολέμηση της διαφθοράς και τη συνέχεια που δόθηκε στο ψήφισμα της επιτροπής CRIM, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte demande l'adoption d'un plan d'action européen visant à combattre et à supprimer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent. Ce plan devrait alors être doté des ressources financières suffisantes et de personnels qualifiés. L'analyse sur l'étendue de la criminalité est pertinente mais nous nous opposons aux solutions européistes, là où une coopération renforcée entre les États membres permettrait à la fois une meilleure efficacité et la garantie du respect des souverainetés étatiques. Par exemple, le texte souhaite la création d'un Parquet européen et l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la corruption), ce à quoi nous nous opposons.

Enfin, il est fait mention du «manque de canaux migratoires légaux» . Il y a une instrumentalisation de la criminalité organisée pour renforcer l'UE, et encourager toujours plus d'immigration extra-européenne.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the fight against corruption and follow-up of the CRIM resolution. Organised crime, corruption, fraud, and money laundering, among others, are serious issues that need to be tackled effectively as their impact is affecting European nationals and businesses alike.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório surge no seguimento da resolução adotada em outubro de 2013, relativa ao crime organizado, à corrupção e ao branqueamento de capitais. O relatório fornece recomendações sobre as medidas e iniciativas a tomar em matéria de transparência, aspetos ambientais da corrupção, melhor comunicação entre as autoridades judiciais, necessidade de abordagem da exploração do trabalho de migrantes, maior proteção de testemunhas e denunciantes, bem como outras questões relevantes neste âmbito. No entanto, o estabelecimento de regras compulsórias para que pessoas acusadas de algum crime ou ofensa pública não possam concorrer a cargos públicos após o cumprimento da sua pena é um argumento pernicioso. Neste caso, pessoas como Nelson Mandela nunca poder-

iam chegar ao poder. Abstive-me.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La erradicación de la delincuencia organizada, la corrupción y el blanqueo de dinero son aspectos prioritarios, por lo que voto a favor de la puesta en marcha de medidas que permitan avanzar en esta línea. Para ello, debemos trabajar en la transposición de las normas en vigor para evaluar su eficiencia. Asimismo, abogamos por luchar contra los delitos de asociación y para ello pedimos la creación de una unidad especializada de Europol para combatir a los grupos de delincuencia organizada activos en distintos sectores. También apostamos por una cooperación judicial y policial más eficaz dentro de los países de la Unión, así como, medidas que impidan el acceso de la delincuencia organizada y de la corrupción a la economía legal.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht behandelt die Bekämpfung von Korruption und die Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung. Der Bericht enthält zutreffende Feststellungen und Schlussfolgerungen betreffend der organisierten Kriminalität, Korruption und deren Bekämpfung. Jedoch beinhaltet der Bericht auch einige Punkte, wie z.B. die Errichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft, welche ich kritisch betrachte. Daher habe ich mich enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP parengtą pranešimą, kuriame apžvelgiamos svarbiausios problemos, kylančios kovoje su korupcija. Šiame pranešime ne tik atkreipiamas dėmesys į nusikalstamų grupuočių veiklos metodus, bet ir raginama Komisija bei valstybės narės imtis konkrečių veiksmų – įsteigti specialų Europolo padalinį, skirtą kovoti su organizuotomis nusikalstamomis grupėmis, kurios vienu metu veikia įvairiuose sektoriuose.

Pritariu pranešimo nuostatoms, kuriose raginama peržiūrėti esamus teisės aktus siekiant nustatyti veiksmingas, proporcingas ir atgrasančias sankcijas; parengti būtiniausius standartus, susijusius su nusikalstamų veikų nustatymu ir sankcijomis; užkirsti kelią nusikalstamoms organizacijoms ir korupcijai patekti į teisėtą ekonomiką.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport demande l'adoption «d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent».

Ce rapport contient de bons éléments. Il encourage les États membres à mettre en place un programme de protection européenne pour les lanceurs d'alerte et les témoins à charge. Il recommande l'adhésion de l'Union européenne au Groupe d'États contre la corruption (GRECO).

En revanche, il réclame aussi la mise en place d'un parquet européen, énième instance supranationale à laquelle je suis opposé. Enfin, surtout, il ne dit pas un mot des cas de conflit d'intérêts pouvant faire suspecter des cas de corruption au sein même des institutions européennes, que ce soit le cas des anciens commissaires José Manuel Barroso et Neelie Kroes ou encore le rôle de l'actuel président de la Commission, Jean-Claude Juncker, dans le système de fraude fiscale en place au Luxembourg. Je m'abstiens sur ce texte hypocrite

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objectif de lutter contre la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Cependant, cet objectif est détourné pour promouvoir l'Union, au détriment des coopérations renforcées entre États membres.

Cette instrumentalisation de la lutte contre la criminalité organisée m'a conduite à voter contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Pretende-se um empenhamento mais firme da UE para obter melhores resultados na luta contra a corrupção. A elaboração de uma verdadeira estratégia de prevenção prioritária de combate à corrupção passa pela intensificação da cooperação policial e judiciária através da troca de informações entre autoridades nacionais, por uma maior atenção no domínio da adjudicação de contratos públicos e das parcerias público-privadas, seja pelo combate à corrupção no desporto, criminalizando a manipulação de eventos desportivos e reforçando a luta contra as apostas ilegais no domínio das competições desportivas; ainda, regulamentação da atividade lobista e a sua relação com as entidades oficiais; a consciência de que estão à disposição novos instrumentos de criminalidade organizada; o surgimento de novos fenómenos de criminalidade organizada, designadamente de natureza económica, com recurso a associações transfronteiriças, o que impõe a dotação dos meios tecnológicos, técnicos, logísticos e financeiros necessários para a sua deteção e combate, de forma articulada entre os Estados-Membros.

Cabe agora à Comissão Europeia desenvolver uma proposta legislativa no sentido do apelo firme do Parlamento Europeu ao combate à corrupção e à criminalidade organizada.

Votei favoravelmente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it calls for the Union to increase its efforts to combat corruption, organised crime, fraud and money laundering which remain a priority. We need greater cooperation between security services and law enforcement across the Union, this is a point that I have long supported and will continue to push for. I also support the rapporteur's call for the Commission to release its second anti-Corruption report.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Tout comme pour la lutte contre le terrorisme, il est essentiel de renforcer nos moyens pour lutter efficacement contre la criminalité organisée, et ce d'autant plus que les deux sont intrinsèquement liés. En octobre 2013, la Parlement européen avait formulé une série de recommandations relatives à la lutte contre la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux.

Aujourd'hui, beaucoup reste à faire. Les députés européens attendent toujours un réel plan d'action européen doté de moyens ambitieux. Des actions concrètes doivent encore être prises. À titre d'exemple, Europol doit se doter le plus rapidement possible d'une unité spéciale dans la lutte contre les groupes criminels organisés actifs dans plusieurs secteurs.

Les États membres doivent, tout comme dans le cadre de la lutte contre le terrorisme, échanger davantage les données dont ils disposent. On peut citer notamment l'absence d'échange automatique des données PNR qui serviront également pour lutter contre la criminalité organisée. Enfin, le Parlement européen a insisté une fois de plus sur la nécessité de créer un Parquet européen ambitieux qui, à terme, devra lutter contre la criminalité transfrontalière. Il s'agit d'un engagement fort alors que nous négocions avec le Conseil pour garantir l'indépendance et l'efficacité du futur Parquet européen.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *in writing*. — Although I voted in favour of this report, I do not support the proposals concerning the Office of the European Prosecutor. Nor do I support the call for mandatory rules establishing that convicted persons should not be eligible to stand for election or to work in or for the public administration. This type of measure should be seen as an additional sanction, normally only imposed for a limited time by the court. Otherwise, convicted persons are punished twice, which is a violation of the 'ne bis in idem' principle.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentése rámutat: a szervezett bűnözés globális fenyegetést jelent, és ezáltal közös és összehangolt választ igényel az Európai Unió és tagállamai részéről. Áttekinti a szervezett bűnözés, ehhez kapcsolódóan pedig a korrupció, a pénzmosás és a csalás elleni küzdelemről szóló nemzetközi egyezményeket, továbbá az Unió különböző intézményei által e tárgyban hozott döntéseket és javaslatokat. Sürgeti a meglévő jogszabályok megfelelő átültetését, végrehajtásuk ellenőrzését és hatékonyságuk értékelését, továbbá a hatékony küzdelemhez hiányzó jogszabályok mielőbbi megalkotását. Szigorúbb jogszabályi keret megalkotását, hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködést, a szervezett bűnözés és a korrupció legális gazdaságba való beszivárgásának megelőzését tartja szükségesnek, és rendkívüli fontosságot tulajdonít az Európai Ügyészség mielőbbi fölállításának és megfelelő hatáskörrel történő fölruházásának. Külön kitér a hamisítás, a kábítószer-kereskedelem, a fogadások, a mérkőzések eredményének tiltott befolyásolása, az adóparadicsomok, a környezetet károsító bűncselekmények, a terrorizmus, valamint az emberkereskedelem és embercsempészet kérdéseire.

Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les idées et les recommandations présentées dans la résolution du Parlement européen du 23 octobre 2013 sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment de capitaux. Il demande l'adoption d'un plan d'action européen sur ces questions, qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace. Le texte fait une analyse pertinente de l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes, ainsi que des liens entre la criminalité organisée et le terrorisme, la traite des hommes, etc. Cependant, plutôt que d'encourager une coopération entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'UE au GRECO (Groupe d'États contre la Corruption, comme si l'UE était un État), etc. En outre, il est également dit que «le manque de canaux migratoires légaux et les barrières faisant obstacle à l'accès à la justice figurent parmi les principales causes de la traite des êtres humains». La criminalité organisée est en quelque sorte instrumentalisée pour renforcer l'UE et encourager davantage l'immigration extra-européenne. Notre vote sera défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O crime organizado tem uma dimensão transnacional e abarca vários tipos de atividades criminosas, tais como o tráfico de droga, o contrabando de migrantes, o branqueamento de capitais e o tráfico de mercadorias de contrafação, de armas de fogo, de fauna selvagem e de bens culturais.

A Agenda 2030 para o Desenvolvimento Sustentável reconhece a necessidade de combater a corrupção em todas as suas formas e insta os Estados-Membros a eliminarem os fluxos financeiros ilícitos, o suborno e a corrupção, e a criarem instituições eficazes, responsáveis e transparentes.

Defendo que a UE deve impor uma forte vontade política na luta contra a evasão e o planeamento fiscais, em conformidade com o princípio da coerência das políticas para promover o desenvolvimento, consagrado no artigo 208.º do TFUE.

É fundamental os países em desenvolvimento reforçarem a transparência e a responsabilização nos contratos de recursos, nas auditorias e nos relatórios financeiros das empresas, assim como na cobrança e na afetação de receitas, no quadro da sua agenda de combate à corrupção.

A UE deve reforçar a assistência que presta aos países ricos em recursos com vista à aplicação dos princípios da Iniciativa para a Transparência das Indústrias Extrativas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'Union au GRECO, etc. J'ai donc voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering, and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States. It calls for the Commission to complete an assessment of the measures taken to transpose these instruments and recommend that the EU become a member of the Council of Europe's anti-corruption monitoring body, GRECO (Group of States against Corruption).

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la lutte contre la corruption et le crime organisé au sein de l'Union. Le texte appelle à l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent. En effet, la législation de l'Union européenne doit absolument s'adapter pour mieux faire face aux nouvelles formes de criminalité organisée et bien souvent transfrontalières.

József Nagy (PPE), *írásban*. - A jelentés elfogadása mellett szavaztam, hiszen elítélem a korrupció minden formáját. Egy olyan problémáról van szó, ami nagyban érinti a visegrádi négyeket, köztük Szlovákiát is. Ha megnézzük a legkorruptabb európai uniós országok listáját, gyorsan tudatosítjuk, hogy évről évre igen csak magasan helyezkedünk rajta el. A korrupció elleni harcot mindig mindenütt támogatom, és úgy gondolom, hogy a határokon átnyúló, egységes európai uniós fellépés ebben az esetben is eredményes lehet.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that reiterates the need of a common and coordinated European Action Plan to combat organised crime, corruption and money laundering.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на г-жа Ferrara, защото организираната престъпност представлява глобална заплаха за европейските граждани, изискваща общ, координиран отговор от страна на ЕС и неговите държави членки. Организираните престъпни групи имат разнообразни дейности, като едно от основните им качества е бързата адаптация към различни географски, икономически и социални условия и техните слабости.

Голяма част от незаконните приходи от престъпления биват изпирани в европейската икономика. Трябва да се отбележи, че корупцията и изпирането на пари обикновено имат трансгранично измерение, което изисква тясно сътрудничество между компетентните национални органи, а също така и между националните органи и съответните агенции на ЕС. Създаването на Европейска прокуратура би допринесло за борбата с корупцията в ЕС и за контрола на злоупотребите с финансовите интереси на ЕС.

Фалшифицирането на различни продукти в ЕС, трафикът на наркотици, укриването на данъци и организираната престъпност и тероризъм са само част от дейностите на организираните престъпни групи, срещу които трябва да противодействаме. България е една от държавите, които отчитат все още висок процент на организирана престъпност, нивото на корупция също остава завишено. Ето защо считам, че е необходим мултидисциплинарен подход и изработването на ефективно и новаторско европейско законодателство за справянето с тези предизвикателства.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Sunt în favoarea acestui raport privind combaterea corupției la nivelul statelor membre și al instituțiilor europene deoarece am susținut și susțin faptul că lupta împotriva corupției trebuie să aibă loc în limitele statului de drept atât în România, cât și în restul statelor membre. De asemenea, apreciez faptul că acest raport reușește să prezinte implicațiile și ramificațiile dezastroase pe care le are corupția pentru stabilitatea economică și politică a unui stat și pentru asigurarea unei competiții corecte pe diversele piețe. Implicațiile crimei organizate în diverse puncte cheie din sistemele politice, economice și judiciare ale unora dintre statele membre prin corupție pune în pericol întreg sistemul unui stat.

În acest sens, susțin cererea raportorului către Comisia Europeană de a prezenta cât mai curând raportul privind situația corupției din statele membre, dar și din cadrul instituțiilor europene.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o boji proti korupci, za zvlášť důležitou považuji tu její část, která upozorňuje na skutečnost, že korupce usnadňuje pronikání organizované trestné činnosti do legální ekonomiky, a to především prostřednictvím zadávání veřejných zakázek a partnerství veřejného a soukromého sektoru. Proto souhlasím s tím, aby v zájmu snížení rizika korupce ve veřejných zakázkách byl v celé EU uplatňován komplexní systém elektronického zadávání zakázek. Členské státy a evropské orgány by měly vytvořit „černou listinu" podniků, u nichž se prokáže existence vazeb na organizovaný zločin nebo zapojení do korupčních praktik, tyto podniky by měly být vyloučeny ze všech obchodních vztahů s veřejnou správou a z možnosti využívat fondů EU a na evropské úrovni by mělo docházet k automatické výměně příslušných informací.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich meiner Stimme enthalten, da der Bericht grundsätzlich zutreffende Feststellungen und Schlussfolgerungen betreffend die organisierte Kriminalität, Korruption und deren Bekämpfung enthält. Auch eine internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Schlepperkriminalität ist zu befürworten. Jedoch habe ich Bedenken betreffend die Errichtung und Beschleunigung der Europäischen Staatsanwaltschaft. Des Weiteren sind einige Punkte im Bericht, welche zu überarbeiten sind.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Piiriülese organiseeritud kuritegevuse ja korruptsiooniga võitlemiseks on vaja riikidevahelist koostööd. Raport nimetab mitmeid valdkondi ja teeb soovitusi tagamaks ELi tasemel koostööd sellise kriminaalse tegevusega võitlemiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Pažymėtina, kad pagrindinė atsakomybė už saugumą tenka valstybėms narėms, tačiau jos ilgiau nebegali savarankiškai užtikrinti saugumo.

Todėl pirmiausia reikia imtis bendrų ir koordinuotų veiksmų, kadangi organizuotas nusikalstamumas kelia grėsmę ne tik ES, bet ir visam pasauliui. ES vidaus ir pasaulio saugumas yra glaudžiai tarpusavyje susiję. Kova su organizuotu nusikalstamumu ir terorizmu yra bendra Europos atsakomybė. Todėl reikia užtikrinti tinkamą galiojančių teisės aktų perkėlimą į nacionalinę teisę, stebėti jų taikymą ir vertinti jų veiksmingumą. Kovojant su organizuotu nusikalstamumu ir korupcija, teisės aktų sistema turi būti patikimesnė bei tinkamai nustatyti prioritetai ir veiklos struktūra. Reikia skatinti veiksmingesnį teismų ir policijos bendradarbiavimą ES lygmeniu. ES turi suduoti stiprų smūgį nusikalstamų organizacijų paveldui ir paskatinti jų tolesnį panaudojimą socialiniams tikslams bei užkirsti kelią nusikalstamoms organizacijoms ir korupcijai patekti į teisėtą ekonomiką.

Atkreiptinas dėmesys į ypatingą Europos prokuratūros vaidmenį. Reikia kuo skubiau įsteigti nepriklausomą Europos prokuratūrą, kuri būtų apsaugota nuo politinės įtakos ir spaudimo.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το οργανωμένο έγκλημα συνιστά παγκόσμια απειλή και απαιτεί κοινή και συντονισμένη απάντηση εκ μέρους της ΕΕ και των κρατών μελών της. Επιπλέον, το οργανωμένο έγκλημα, η διαφθορά και η νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες απειλούν σοβαρά τόσο την οικονομία της ΕΕ, μειώνοντας σημαντικά τα φορολογικά έσοδα των κρατών μελών και της ΕΕ συνολικά, όσο και τον δημοκρατικό έλεγχο των δημόσιων έργων που χρηματοδοτεί η ΕΕ. Υπερψήφισα την έκθεση η οποία εστιάζει σε συγκεκριμένους τομείς όπου απαιτείται η κατά προτεραιότητα ανάληψη δράσης. Για παράδειγμα, απαιτούνται μέτρα για την ορθή μεταφορά των υφιστάμενων κανόνων, την παρακολούθηση της εφαρμογής τους και την αξιολόγηση της αποτελεσματικότητάς τους. Ζητείται επίσης η σύσταση μιας ειδικευμένης μονάδας της Ευρωπόλ για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος και της διαφθοράς, αυστηρότερο νομοθετικό πλαίσιο, καθώς

επίσης και αποτελεσματικότερη δικαστική και αστυνομική συνεργασία σε ενωσιακό επίπεδο. Τονίζεται ακόμη η σημασία της πρόληψης της διείσδυσης του οργανωμένου εγκλήματος και της διαφθοράς στη νόμιμη οικονομία και ο ρόλος της Ευρωπαϊκής Εισαγγελίας στην καταπολέμηση της διαφθοράς στην ΕΕ. Τέλος, η κατάσχεση των περιουσιακών στοιχείων εγκληματικών ομάδων στην ΕΕ και η διευκόλυνση της επαναχρησιμοποίησής τους για κοινωνικούς σκοπούς θα αποτελούσε αποτρεπτικό μέτρο για τους εγκληματίες.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση για την καταπολέμηση της διαφθοράς, με πρόσχημα τα υπαρκτά και σε κάθε περίπτωση καταδικαστέα φαινόμενα του οργανωμένου εγκλήματος, της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, των φορολογικών παραδείσων, της διακίνησης των ναρκωτικών, της διακίνησης ανθρώπων κ.α. προωθεί την ενίσχυση της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας (Europol και Eurojust) και της Ευρωεισαγγελίας, γιγαντώνοντας το τεράστιο πλέγμα των μηχανισμών καταστολής, ανταλλαγής πληροφοριών και παρακολούθησης, σε βάρος του εργατικού λαϊκού κινήματος. Είναι δε χαρακτηριστικό ότι για την υπό σύσταση Ευρωεισαγγελία που γίνεται με τη βολική δικαιολογία της «καταπολέμησης της οικονομικής απάτης σε βάρος της ΕΕ», ήδη με την έκθεση ζητείται η επέκταση των αρμοδιοτήτων της και για την «καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος».

Η διαφθορά, οι φορολογικοί παράδεισοι, οι οικονομικές και άλλες απάτες είναι σύμφυτες με το καπιταλιστικό κέρδος και την καπιταλιστική οικονομία που το υπηρετεί και που η ΕΕ όσο και οι συγκροτούμενοι μηχανισμοί της όχι μόνο αφήνουν ανέγγιχτα αλλά με όλους τους τρόπους τα πριμοδοτούν και τα αναπαράγουν.

Αποδεικνύεται ότι οι εργαζόμενοι πρέπει να μην εφησυχάζουν και να είναι σε ετοιμότητα, δυναμώνοντας την πάλη τους ενάντια σε παλιούς και νέους κατασταλτικούς μηχανισμούς που θωρακίζονται, την ίδια την ΕΕ και τον πραγματικό αντίπαλο που αυτοί υπηρετούν, τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. Whilst UKIP of course support the continued fight against corruption and crime, we do not endorse the competencies of the EU to do this. More specifically, UKIP opposes further EU legislation and the expansion of Europol and, lastly, rejects calls for a European Public Prosecutors Office. UKIP MEPs have also voted against the EU calling for Member States to legislate on mandatory rules concerning the right to stand for election or work in public administrations. UKIP believe that it is not for the EU to dictate how Member States should run elections or who they may – or may not – employ in public administrative roles.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto doveroso pronunciarmi a favore della proposta in esame, in quanto concordo pienamente con il collega nel considerare che la criminalità organizzata rappresenta globale e, quindi, richiede una risposta congiunta da parte dell'Unione europea. Considerando che i gruppi criminali, talvolta, partecipano alla vita amministrativa e politica con la finalità di accedere alle risorse finanziarie a disposizione della pubblica amministrazioni. Ritengo, quindi, che gli Stati membri debbano intensificare i propri sforzi per combattere questo fenomeno negativo, coordinandosi in maniera tale da dare una risposta congiunta ed efficace. Convinto, inoltre, che spetti all'Unione il compito di promuovere la lotta alla criminalità organizzata promuovendo una maggiore collaborazione tra i suoi membri, ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — I supported this report as corruption and organised crime in the European Union is a major problem that holds back the development of the national and EU initiatives and the well-being of EU citizens. This report analyses the current situation in the EU regarding the fight against crime and makes proposals for combating new forms of crimes with European instruments.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam ovo izvješće, jer smatram da je borba protiv organiziranog kriminala, koji je posebice povezan s poreznim prijevarama, pranjem novca i korupcijom, izuzetno važna. Organizirani kriminal je potrebno promatrati u njegovoj aktualnoj povezanosti sa specifičnim područjima: kriminal koji uzima maha u trenutnoj migrantskoj krizi; korupcija i kriminal kod upotrebe javnih sredstava; zaštita svjedoka i onih koji su u uskoj suradnji sa sudskim procesom i još na mnogim područjima.

Države članice i Europska komisija imaju zakonsku obvezu boriti se s prijevarama i organiziranim kriminalom. To se najbolje može postići uz otvorenost i suradnju kako bi države članice mogle podijeliti vlastite dobre prakse za borbu s kriminalom. Te prakse treba uklopiti u Europski plan za iskorjenjenje organiziranog kriminala, korupcije i pranja novca te osigurati adekvatna sredstva za provedbu istog.

Osim napora država članica i pomoći Unije njima, potrebna je provjera i efikasno motrenje poreznih prijevara na međunarodnoj razini kako bi se osiguralo fer poslovanje i financijsko natjecanje između legalnih tijela, a iskorijenilo kriminalno djelovanje koje šteti apsolutno svima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport rappelle les idées et les recommandations présentées dans la résolution du 23 octobre 2013. Il demande en particulier l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent, qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace.

Le texte fait une analyse pertinente de l'étendue de la criminalité organisée sous toutes ses formes, ainsi que des liens entre la criminalité organisée et le terrorisme, la traite des êtres humains, etc. Cependant, plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres dans la lutte contre la criminalité organisée, le rapport préconise, sans surprise, toujours plus d'Europe.

Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, pour l'adhésion de l'Union au GRECO (Groupe d'États contre la corruption, comme si l'Union était un État), etc. En outre, il est également dit que «le manque de canaux migratoires légaux et les barrières faisant obstacle à l'accès à la justice figurent parmi les principales causes de la traite des êtres humains». La lutte contre la criminalité organisée est ainsi instrumentalisée pour renforcer l'Union et mettre en place des procédures favorisant encore plus l'immigration. Dans ces conditions, je vote contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – È fondamentale tenere alta l'attenzione sul contrasto alle attività del crimine organizzato, alla corruzione e al riciclaggio, assicurando una strategia e un'azione efficace su queste tematiche sensibili, per evitare che la loro influenza si espanda nell'economia e in tutta la società europea. In un momento di difficoltà economiche e quando tutta l'attenzione sembra focalizzata sulla minaccia terroristica, abbassare la guardia su questi problemi sarebbe imperdonabile. Constato perciò con piacere che, come dimostra questa relazione, ci sia un ampio consenso riguardo alla necessità di dare un nuovo impulso alla lotta contro la corruzione, il crimine organizzato e il riciclaggio di denaro sporco, assicurando che le regole siano applicate e migliorate, eliminando le scappatoie esistenti. Mi auguro quindi che vengano sviluppati in breve tempo strumenti legislativi efficaci e adeguati per la lotta contro la criminalità di stampo mafioso, capaci di impedire la complicità delle banche nelle operazioni di riciclaggio e che, allo stesso tempo, si istituisca e si dia attuazione alla tanto attesa, quanto fondamentale, procura europea.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prvi korak u borbi protiv korupcije je prenošenje i primjena postojećih instrumenata za borbu protiv raznih oblika kriminala u nacionalno zakonodavstvo država članica. Upravo to je razlog poziva Komisiji da čim prije izvrši ocjenjivanje mjera za prenošenje takvih instrumenata, da izvijesti Parlament o rezultatima tog ocjenjivanja i da pokrene postupke zbog povrede ukoliko je potrebno.

Organizirani kriminal, korupcija i pranje novca često prelaze granice jedne zemlje te je zbog toga potrebna suradnja između nadležnih nacionalnih tijela te između nacionalnih tijela i relevantnih agencija EU-a. Važno je da Komisija poduzme konkretne mjere za poboljšanje europske suradnje u tom području. Potrebno je istaknuti i podržati i odredbu Rezolucije koja se tiče oduzimanja imovine zločinačkih skupina i poticanje njezina ponovnog korištenja u socijalne svrhe. Smatram kako je Ured europskog javnog tužitelja također važan element u borbi protiv korupcije.

U Rezoluciji je upućen poziv za uspostavljanje Ureda europskog javnog tužitelja koji je neovisan od nacionalnih vlada i institucija EU-a te zaštićen od političkog utjecaja i pritiska te se traži od Komisije da borbu protiv organiziranog kriminala uvrsti među njegove ovlasti. Iako je opravdano da je terorizam danas u posebnom fokusu, ne smije se zaboraviti na važnost borbe protiv organiziranog kriminala i korupcije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório desenrola-se a pretexto de justos valores como o combate à fraude, à corrupção e ao branqueamento de capitais, que abrange sectores como a contrafação, o tráfico de droga, o jogo e a viciação de resultados desportivos, os paraísos fiscais, os crimes contra o ambiente, a cibercriminalidade, a criminalidade organizada e o terrorismo e a criminalidade organizada e o tráfico de seres humanos e de migrantes.

No entanto, transforma a cooperação policial e judiciária entre Estados-Membros no aprofundamento de uma visão federalista e securitária, prosseguindo as políticas da União Europeia na matéria. Assim se justifica o apelo a uma maior especialização da EUROPOL e um maior recurso a agências como o EUROJUST, a CEPOL ou a Rede Europeia de Formação Judiciária.

Valida o registo de PNR, que rejeitamos e contra o qual votámos, tal como promove a valorização e a maior capacidade da Procuradoria Europeia, outro instrumento supranacional que não acompanhamos, na medida em que contribui para a perda de soberania dos Estados-Membros em matéria de justiça.

Pelo exposto, o voto contra.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I am pleased that this report recaps the Parliament report adopted in the last legislature on organised crime, corruption and money laundering (the 'CRIM' Report) by taking a fresh look at the recommendations set out in the CRIM Report, and seeks to draw conclusions on the recommendations which were followed up and those which were not. It was drafted in anticipation of the Commission's 2nd Anti-Corruption Report and is split into eight sections which deal with a specific aspect of combating corruption and organised crime and calling for specific actions or responses. The sections include also the importance of the European Public Prosecutor's Office (EPPO) which has been strongly promoted by our group. I would also like to stress the importance of calling for a specific instrument to tackle 'mafia-style' criminal organisations and compromised on the legal basis for establishing an EPPO.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La criminalità organizzata rappresenta una minaccia globale che, come tale, richiede una risposta congiunta e coordinata da parte dell'UE e dei suoi Stati membri. Purtroppo, oggi, manca ancora una piena consapevolezza della complessità del fenomeno associativo di stampo mafioso e del pericolo derivante dalle infiltrazioni delle associazioni criminali nel tessuto sociale, economico-imprenditoriale, politico e istituzionale degli Stati membri. Con la presente risoluzione si invita la Commissione a proporre, sulla base della valutazione del recepimento e dell'applicazione delle norme esistenti, interventi normativi volti a colmare eventuali lacune nella lotta contro la criminalità organizzata e a migliorare la cooperazione giudiziaria transfrontaliera. Ritengo prioritario avviare azioni concrete in vista di un miglior coordinamento europeo nella lotta contro la criminalità organizzata, la corruzione e il riciclaggio di denaro, nonché per una maggiore sensibilizzazione circa i danni sociali ed economici arrecati da tali fenomeni. La lotta contro la criminalità organizzata deve essere perseguita con determinazione dalle istituzioni comuni europee. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Komisja powołana w marcu 2013 r. miała w swojej gestii analizę przestępczości zorganizowanej w Europie, ocenę realizacji polityki UE w zakresie zwalczania przestępczości zorganizowanej i zbadanie roli unijnej agencji spraw wewnętrznych. Rezultatem prac był raport, który został przyjęty przez Parlament Europejski w dniu 23 października 2013 r.

Nowe sprawozdanie z inicjatywy własnej, które jest następstwem wcześniejszego dokumentu roboczego, podkreśla istotę i zalecenia określone w rezolucji z dnia 23 października 2013 r., koncentrując się na konkretnych działaniach priorytetowych. W raporcie istnieje kilka aspektów godnych poparcia, takich jak zwiększenie wymiany informacji i współpracy organów ścigania, lepsza ochrona tzw. sygnalistów „whistle-blowers", większa przejrzystość i możliwość prześledzenia środków unijnych, powiązania między przestępczością zorganizowaną i terroryzmem lub wezwanie do szczególnych środków w celu zwalczania handlu ludźmi.

Sprawozdanie wzywa jednakże do podjęcia konkretnych działań na poziomie UE, które nie są zgodne z zasadą subsydiarności, mianowicie szybkiego utworzenia urzędu Prokuratury Europejskiej, zalecenie, aby UE została członkiem Grupy Państw Przeciwko Korupcji (GRECO) ustanowionej przez Radę Europy lub wezwanie do działań UE w sprawie ponownej dystrybucji aktywów przestępstwa na jego ponowne wykorzystanie do celów społecznych. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La corruption, la criminalité organisée et le blanchiment d'argent doivent être éradiqués au sein de l'Union européenne. C'est dans cet esprit que j'ai voté pour ce rapport qui demande l'adoption d'un plan d'action européen de lutte contre ces fléaux.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 25 de outubro de 2011, o Parlamento Europeu (PE) adotou um relatório sobre o crime organizado, no seguimento do qual foi criada uma comissão especial cujo fim seria analisar o crime organizado na Europa. O *output* dessa comissão especial resultou num relatório que foi adotado pelo PE em outubro de 2013, a que o presente relatório dá continuidade.

A criminalidade organizada constitui uma ameaça global e requer, por conseguinte, uma resposta conjunta e coordenada por parte da UE e dos seus Estados-Membros. Torna-se, assim, necessário que todos os Estados-Membros garantam a transposição adequada das disposições em vigor, acompanhem a sua aplicação e avaliem a sua eficácia.

A relatora constata que os fenómenos da criminalidade organizada, da corrupção e do branqueamento de capitais têm, muitas vezes, uma dimensão transfronteiriça, tornando-se, assim, necessária uma cooperação policial e judiciária mais eficaz a nível europeu. A corrupção, em particular no domínio da adjudicação de contratos públicos e das parcerias público-privadas, faculta canais privilegiados para a infiltração da criminalidade organizada na economia legal.

Voto favoravelmente pois acredito que o presente ciclo político deve incluir entre as suas prioridades a luta contra o branqueamento de capitais, a corrupção e o tráfico de seres humanos.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. Whilst UKIP of course support the continued fight against corruption and crime, we do not endorse the competencies of the EU to do this. More specifically, UKIP opposes further EU legislation and the expansion of Europol and, lastly, rejects calls for a European Public Prosecutors Office. UKIP MEPs have also voted against the EU calling for Member States to legislate on mandatory rules concerning the right to stand for election or work in public administrations. UKIP believe that it is not for the EU to dictate how Member States should run elections or who they may – or may not – employ in public administrative roles.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que não existe, ainda hoje, uma plena consciência da complexidade do fenómeno da criminalidade organizada e do perigo decorrente das infiltrações das associações criminosas no tecido social, económico, empresarial, político e institucional dos Estados-Membros.

Os grupos criminosos organizados revelaram uma tendência e uma grande facilidade em diversificar as suas atividades, adaptando-se aos diferentes contextos territoriais, económicos e sociais, e tirando proveito das suas fraquezas e vulnerabilidades, atuando, simultaneamente, em diversos mercados e explorando a disparidade entre as disposições legislativas dos ordenamentos jurídicos dos Estados-Membros para fazer prosperar as suas atividades e maximizar os lucros.

A criminalidade organizada, a corrupção e o branqueamento de capitais constituem graves ameaças para a economia da UE, reduzindo significativamente as receitas fiscais dos Estados-Membros e da UE no seu conjunto, assim como para a fiabilidade dos projetos financiados pela UE, uma vez que as organizações criminosas operam em vários setores, muitos dos quais sujeitos a controlo governamental.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Esta resolução reitera as ideias e as recomendações formuladas na sua resolução, de 23 de outubro de 2013, sobre a criminalidade organizada, a corrupção e o branqueamento de capitais.

Reitera, em particular, o seu apelo à adoção de um plano de ação europeu para erradicar a criminalidade organizada, a corrupção e o branqueamento de capitais, o qual, para ser eficaz, deve dispor de recursos financeiros adequados e de pessoal qualificado.

Manifesta o desejo de centrar a sua atenção em domínios específicos que requerem uma intervenção prioritária no contexto atual: - Garantir a transposição adequada das disposições em vigor, acompanhar a sua aplicação e avaliar a sua eficácia; - Prioridades e estrutura operacional para a luta contra a criminalidade organizada e a corrupção; - Um quadro legislativo mais sólido; - Uma cooperação policial e judiciária mais eficaz a nível europeu; - Apreender os bens das organizações criminosas e fomentar a sua reutilização para fins sociais; - Prevenir a infiltração da criminalidade organizada e da corrupção na economia legal; - Criação de uma Procuradoria Europeia; - Domínios específicos de intervenção (contrafação, tráfico de droga, paraísos fiscais, crimes contra o ambiente, cibercriminalidade, criminalidade organizada e terrorismo).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El crimen organizado, el lavado de dinero y la corrupción transnacional son fenómenos criminales en aumento en la Unión. El informe FERRARA es importante porque analiza qué recomendaciones de las señaladas por la Comisión anticorrupción del Parlamento Europeo (CRIM) han sido llevadas a la práctica y qué está pendiente.

El informe es muy completo y consta de ocho secciones. Cada una de ellas aborda un aspecto específico de la lucha contra la corrupción y el crimen organizado y pide que se lleven a cabo acciones específicas para lograrlo. Estos puntos incluyen el control de la trasposición de las normas en vigor y su grado de aplicación, la estructura operacional que adopta la lucha contra el crimen organizado y la corrupción, la necesidad de fortalecer el marco jurídico de lucha contra la corrupción, una cooperación judicial y policial más efectiva, el decomiso de los bienes de las organizaciones criminales, impedir que el crimen organizado penetre la economía formal, el establecimiento de la Fiscalía Europea como herramienta para luchar contra este fenómeno y la identificación de áreas que requieran mayor desarrollo normativo. El informe ha querido identificar ámbitos concretos de falla en el sistema legal de prevención de la corrupción para adoptar medidas para remediarlo cuanto antes.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En votant en faveur de ce rapport, le Parlement européen demande de nouvelles règles pour lutter contre le crime organisé et la corruption. Je me réjouis particulièrement du fait que cette résolution ait été adoptée à une très large majorité. En effet, s'il s'agit d'une résolution non contraignante, le large soutien qu'elle a reçu obligera notamment la Commission européenne à la prendre avec le plus grand sérieux.

Parmi les idées soulevées dans ce texte, je note notamment cette nouvelle demande du Parlement européen de pouvoir lancer une initiative législative afin de protéger les lanceurs d'alerte. Il est urgent que l'Union européenne puisse se doter de l'arsenal législatif nécessaire pour pouvoir protéger ces citoyens.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Korupcija yra esminė bet kokios administracijos problema. Gero valdymo plėtra neįmanoma nepažabojus korupcijos. Stebėtina, jog iki šiol ES, deklaruodama gerą valdymą kaip savo prioritetą, dar nėra prisijungusi bent jau prie GRECO grupės.

Visapusiškai palaikau svarstomą dokumentą. Manau, jog pažanga šioje srityje, tiek valstybių narių, tiek ir ES lygmeniu, turėtų tapti reguliariu Parlamento darbotvarkės klausimu, svarstomu bent kartą metuose.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório de iniciativa da colega Laura Ferrara diz respeito à luta contra a corrupção e o seguimento dado à resolução da Comissão Especial sobre a Criminalidade Organizada, a Corrupção e o Branqueamento de Capitais.

Todos sabemos que a corrupção e a criminalidade organizada assumem uma dimensão universal e constituem uma ameaça global à segurança dos cidadãos, dos territórios e do tecido social, económico, político e institucional dos diversos países, exigindo uma resposta concertada por parte da UE e dos Estados-Membros.

É nesse contexto de fragilidade que apoio veementemente as propostas constantes deste relatório, sobre aquelas que devem constituir as prioridades da UE e a estrutura operacional para a luta contra a criminalidade organizada e a corrupção, bem como para a implementação de um quadro legislativo mais robusto e eficaz e uma cooperação policial e judiciária mais competente e atuante a nível europeu.

Uma palavra de apreço pela ideia de apreender os bens das organizações criminosas e fomentar a sua reutilização para fins sociais, bem como pela ideia de criar uma Procuradoria Europeia independente dos governos nacionais e das instituições europeias.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan de la mise en œuvre des recommandations de 2013 du Parlement européen sur la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment des capitaux.

Ce rapport demande à la Commission européenne de garantir la bonne transposition des législations existantes, de contrôler leur application et d'évaluer leur efficacité. Ce texte appelle à l'élaboration de règles minimales relatives à la définition des délits tels que la corruption, la participation à des organisations criminelles ou encore le blanchiment d'argent ainsi que les sanctions qui y sont liées.

Dans ce sens, il est crucial et urgent que la coopération judiciaire et policière à l'échelle de l'Union soit plus efficace. Les États membres devraient ainsi introduire, utiliser et échanger toutes les données jugées nécessaires concernant des personnes condamnées pour une infraction liée à la criminalité organisée.

Enfin, j'ai soutenu ce rapport car il appelle à la mise en place de mesures visant directement les organisations criminelles tels que le gel et la confiscation des produits du crime.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que ha incorporado importantes enmiendas en temas de transparencia, aspectos ambientales de la corrupción, una mejor comunicación de las autoridades judiciales, la necesidad de abordar la explotación laboral de los migrantes y otras cuestiones relevantes. El texto final es equilibrado en su redacción final en los puntos más sensibles como el uso de internet o los vínculos entre crimen organizado y terrorismo. Entre los aspectos más positivos del Informe, destacan: 1) Un llamamiento a la Unión para convertirse en miembro del GRECO y a la Comisión Europea para publicar su Informe Anticorrupción (incluyendo una sección sobre las instituciones de la Unión) y proponer una legislación adecuada; 2) Necesidad de una legislación que fortalezca los derechos de los sospechosos y garantías para un juicio justo; 3) Llamamiento a la Comisión para que presente una propuesta legislativa sobre protección de testigos y *whistleblowers* antes de finales de 2017; 4) Pide a la Unión y a los Estados miembros que refuercen las medidas para localizar, congelar y confiscar el producto del delito y para prohibir el acceso de las empresas fraudulentas a los procedimientos de contratación pública europea; 5) Una declaración firme contra los paraísos fiscales.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokraterne i Europa-Parlamentet bakker op om at bekæmpe korruption, hvidvaskning af penge og organiseret og grænseoverskridende kriminalitet, også gennem europæisk samarbejde.

Der er dele af forslaget, der falder ind under det danske retsforbehold, og andre, som vi mener, bør høre under medlemsstaternes kompetence, såsom hvornår borgere kan stille op til offentlige embeder i egne lande, og hvor længe tjenestemænd kan bestride disse. Ligeledes støtter vi ideen om en europæisk anklagemyndighed, så længe det er til bekæmpelse af svig mod EU's finansielle interesser.

Samlet set mener vi dog, at betænkningen sender et rigtigt signal om bekæmpelse af kriminalitetstyper som nævnt ovenfor, og vi har derfor valgt at stemme for betænkningen i sin helhed.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Bekämpfung von Korruption und Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung gestimmt.

Der Berichtsentwurf enthält Vorschläge, welche von der Arbeit eines Sonderausschusses über organisierte Gewalt, Korruption und Geldwäsche übernommen wurden.

Die Vorschläge nehmen Bezug auf die Bekämpfung von Kriminalität mit europäischen Instrumenten und basieren auf einer Analyse der aktuellen Situation in Europa.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de mi posición contraria a la creación de una Fiscalía Europea que generaría un sistema paralelo de justicia sin tan siquiera unos recursos físicos que le den soporte, he votado a favor de esta resolución. Lo he hecho porque entiendo que contiene propuestas muy positivas en la lucha contra la corrupción y el crimen organizado. Se proponen medidas efectivas a los Estados y la Unión para la prevención de diferentes delitos que se llevan a cabo por la laxitud de las administraciones, como delitos de carácter fiscal, el tráfico de seres humanos, o los de carácter medioambiental. Además de ello, se proponen medidas punitivas específicas como la prohibición de trabajar en las instituciones públicas a personas condenadas por delitos de corrupción o lavado de dinero, lo que valoro de manera muy positiva, de ahí mi voto favorable.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the report on the Fight against corruption and follow-up of the CRIM Committee resolution, as it reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Napriek tomu, že na medzinárodnej a európskej úrovni sú veľmi dômyselne spracované právne rámce, korupcia v mnohých európskych krajinách sa stáva kritickým bodom pre ich ekonomický a demokratický vývoj. Za znepokojujúce považujem najmä to, že krajiny s netransparentnými vzťahmi a vysokou mierou korupcie dosahujú horšie hospodárske výsledky a ich ekonomika je ľahšie zraniteľná. Žiaľ, tento nežiaduci jav oslabuje dôveru verejnosti vo verejné a v demokratické inštitúcie, zvyšuje nerovnosti, ktoré neúmerne postihujú najchudobnejších a najzraniteľnejších, posilňuje násilie a neistotu a znižuje účinnosť rozvojovej pomoci. Veľmi ma mrzí, že najvýznamnejšie medzinárodné dohovory a iniciatívy zamerané na boj proti korupcii a nezákonným finančným tokom neprinášajú vo fáze vykonávania konkrétne výsledky. Podporila som uznesenie, lebo organizovanú trestnú činnosť vnímam ako globálnu hrozbu a ako-taká si vyžaduje spoločnú a koordinovanú reakciu zo strany EÚ a jej členských štátov. Od členských štátov očakávam, že v záujme účinnejšieho boja s korupciou budú ešte lepšie uplatňovať právne nástroje zamerané na boj proti korupcii, ktoré už na európskej a medzinárodnej úrovni boli prijaté.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo o boju proti korupciji in nadaljnjih korakih predstavlja odziv na končno resolucijo, ki je bila sprejeta s strani posebnega odbora na temo organiziranega kriminala, korupcije in pranja denarja oktobra 2013.

Na to poročilo gledam pozitivno, saj med drugim poziva k vzpostavitvi močnega in neodvisnega urada evropskega javnega tožilca, ki bi imel jasno določene zadolžitve, sprejetju zakonodajnega predloga o evropskem okviru za zaščito žvižgačev do konca leta 2017 ter k poudarku na področju okoljskih kaznivih dejanjih.

Med konkretnimi zadevami, ki jih omenja poročilo, lahko najdemo tudi okvir za nadzor nad vladavino prava, bolj sistematično izmenjavo podatkov, povezanih z organiziranim kriminalom, ki deluje čezmejno, zaplembo premoženja kaznivega izvora, implementacijo instrumentov za spremljanje javnih naročil in oblikovanje tako imenovane črne liste dobaviteljev, ki so bili vpleteni v organizirani kriminal ali koruptivne prakse. Poročilo vsebuje pomembne poudarke, zato sem glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Boj proti korupcii musí byť jednou z priorít vnútornej politiky Európskej únie. Musíme dôkladne a efektívne kontrolovať nakladanie s európskymi zdrojmi, najmä na národnej úrovni. Dôležitou súčasťou boja proti korupcii je aj identifikácia a sledovanie finančných tokov, ktoré môžu pochádzať z takejto činnosti.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie in het Europees Parlement verwelkomt elk voorstel dat bijdraagt tot de uitbouw van een veiligheidscultuur. Hoewel in dit verslag goede punten worden aangehaald, noteren wij vooral een aantal probleempunten. Onze voornaamste zorg is daarbij het hoofdstuk omtrent de oprichting van een Europees Openbaar Ministerie (EPPO). Hier stemmen wij telkens tegen, onder meer omdat dit het derde agentschap in zijn soort zou zijn, met verkwisting van belastinggeld tot gevolg. Ook is op heden onduidelijk wat de bevoegdheid van dit agentschap zou zijn. In deze resolutie breidt men bovendien de bevoegdheid uit van fraudebestrijding naar georganiseerde misdaad. Dit is een aantasting van de soevereiniteit van de lidstaten die daaromtrent bevoegd zijn. De N-VA heeft deze elementen gewichtig genoeg bevonden om zich te onthouden bij de stemming over dit voorstel.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur „Bekämpfung von Korruption und zur Weiterbehandlung der CRIM-Entschließung“ habe ich nicht zugestimmt.

Das EU-Parlament bekräftigt darin seine Forderung nach der – so schnell wie möglich unter Beteiligung so vieler Mitgliedstaaten wie möglich zu beschließenden – Errichtung einer effizienten Europäischen Staatsanwaltschaft, die von den einzelstaatlichen Regierungen und den EU-Organen unabhängig und vor politischer Einflussnahme und politischem Druck geschützt ist.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Organizirani kriminal danas je jedan od najozbiljnijih globalnih problema koji zahtjeva koordinirane odgovore zbog složenosti fenomena zločinačkih udruženja, odnosno izmjene načina djelovanja, diversificiranja aktivnosti prilagodbom na različite društvene kontekste te prijetnje za gospodarstvo u pogledu smanjenja poreznih prihoda država članica i odgovornosti javnih projekata financiranih sredstvima EU-a.

Zbog toga je važno usvajanje europskog akcijskog plana protiv organiziranog kriminala, korupcije i pranja novca kao i integrirani pristup država članica uz usku suradnju policije i pravosudnih tijela u suzbijanju prijevare, korupcije i pranja novca koji trebaju biti politički prioriteti institucija Europske unije. Podržavam izvješće o borbi protiv korupcije i daljnjem postupanju nakon rezolucije Odbora CRIM (2015/2110(INI)) Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o boju proti korupciji in nadaljnjih korakih na podlagi resolucije odbora CRIM. Organizirani kriminal, korupcija in pranje denarja ne ogrožajo le svobode gospodarske dejavnosti in konkurenčnosti, temveč predvsem varnost in svobodo vseh državljank in državljanov.

Če se želimo tako na evropski kot na nacionalni ravni uspešno zoperstaviti tem grožnjam, ki nas hromijo, ne smemo več odlašati s primernimi ukrepi. Zaradi čezmejne razsežnosti kriminalnih združb potrebujemo enotno opredelitev kaznivih dejanj ter tesno sodelovanje med nacionalnimi organi in agencijami Evropske unije.

Ustanovitev Evropskega javnega tožilstva, neodvisnega od nacionalnih vlad in institucij EU, je pravi korak v smeri učinkovitejšega boja proti korupciji

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση περιέχει θετικά και αρνητικά στοιχεία. Μερικές από τις καλές συστάσεις που περιλαμβάνονται στην έκθεση είναι ότι ζητείται η ΕΕ να γίνει μέλος της GRECO και η Επιτροπή να δημοσιεύσει την έκθεσή της για την καταπολέμηση της διαφθοράς και να προτείνει την κατάλληλη νομοθεσία. Επίσης αναφέρεται η ανάγκη για νομοθεσία η οποία θα ενισχύσει τα δικαιώματα των υπόπτων καθώς και τις εγγυήσεις για δίκαιη δίκη, και απαιτείται από την Επιτροπή να υποβάλει νομοθετική πρόταση προστασίας των μαρτύρων και των πληροφοριοδοτών πριν από το τέλος του 2017. Ωστόσο, δύο βασικά ζητήματα που αναφέρονται στην έκθεση είναι ιδιαίτερα ανησυχητικά. Κατά πρώτον, οι αναφορές στην ανάγκη να δίδεται μεγαλύτερη έμφαση στη συμμετοχή σε εγκληματική οργάνωση από ό, τι στο ίδιο το έγκλημα, και, επίσης, οι αναφορές για τη σύσταση Ευρωπαϊκής Εισαγγελίας, η οποία να αποτελεί το κεντρικό στοιχείο στην καταπολέμηση της διαφθοράς, γεγονός που συνεπάγεται εκχώρηση ολοένα και περισσότερων εξουσιών και αρμοδιοτήτων που έχουν σήμερα τα κράτη μέλη στην ΕΕ. Για αυτούς τους λόγους, τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το οργανωμένο έγκλημα έχει διασυνοριακή διάσταση και περιλαμβάνει μια σειρά από διάφορες εγκληματικές δραστηριότητες, συμπεριλαμβανομένων της διακίνησης ναρκωτικών, της διακίνησης μεταναστών, της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες και της διακίνησης παραποιημένων προϊόντων, πυροβόλων όπλων, άγριας πανίδας και πολιτιστικών αγαθών.

Η έκθεση αποτυγχάνει να θέσει ένα σωστό πλαίσιο, όπως έχουν αποτύχει και οι πιο συναφείς διεθνείς συμβάσεις και πρωτοβουλίες που αποσκοπούν στην καταπολέμηση της διαφθοράς και των παράνομων χρηματοοικονομικών ροών, αφού δεν κατορθώνουν να παράγουν συγκεκριμένα αποτελέσματα στο στάδιο της εφαρμογής τους.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A korrupció elleni küzdelem, valamint az annak minden formája elleni fellépés rendkívüli relevanciával bír egy demokratikus államban. A korrupciót hosszú távon lehet csak eredményesen kezelni és ezért nagyon fontos, hogy a tagállamok végrehajtsák az ezen a téren vállalt kötelezettségeiket.

A korrupció elleni küzdelemről és a CRIM bizottság állásfoglalásának nyomon követéséről szóló jelentés számos fontos témával foglalkozik. Ezek közül különösen egyetértek a hatékonyabb uniós szintű rendőrségi és igazságügyi együttműködés fontosságának hangsúlyozásával, ugyanis a korrupció és a pénzmosás rendszerint határokon átnyúló dimenzióval is rendelkezik. A számítógépes bűnözés külön fellépést igénylő területként való megjelölése is üdvözlendő, ugyanis az internet gyors fejlődése miatt a kiberbűnözés számos bűnszervezet számára jelentős jövedelemforrássá vált. Egyetértek azzal, hogy ezen a területen meg kell erősíteni az uniós szabályozást, valamint a tagállamok és az uniós ügynökségek közötti együttműködést, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogatom a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, figyelemmel arra, hogy az okkal hívja fel a figyelmet annak a fontosságára, hogy megelőzzük a szervezett bűnözés és korrupció beépülését az egyes államok jogrendjébe és nemzetgazdaságába. A jelentés ugyanakkor arra is rávilágít, hogy a jelenlegi európai jog és eszközrendszer nem képes kezelni azt a jelenséget, amikor a korrupciót egy adott politikai rezsim, illetve kormányzat a saját hatalma és a vezetők személyes gazdagodása érdekében saját maga teszi rendszerszerűvé, öncélú jogszabályokkal körülbástyázva, mintegy legitimálva a kvázi-állami korrupciós hálót. Magyar szocialista, ellenzéki képviselőként ez fontos szempont számomra, hiszen ma a legnyilvánvalóbb módon Magyarország gazdasága szenved ettől a jelenségtől, amire az uniós jogrend még nem talált érdemi választ. A javasolt intézkedések közül az európai ügyészség felállítása különösen fontos

és sürgető feladat, amely részben választ adhat az ilyen jogi kihívásokra, de megítélésem szerint az ilyen kormányokkal szemben a jövőben is csak az Európai Tanács teljes egységét és politikai eltökéltségét feltételező közös tagállami fellépés lehet eredményes. Abban bízom, hogy a most elfogadott jelentés is hozzájárul ennek felismeréséhez.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta, sillä se oli selkeä ja johtaa korruption torjuntaa oikeaan suuntaan. On tärkeää huomioida korruptio niin EU:n yhteistyössä ulkoisten sidosryhmien kanssa kuin rajojen sisäpuolellakin omissa instituutioissamme.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha approvato una relazione 5 stelle della nostra collega Laura Ferrara. La relazione si concentra su alcuni aspetti prioritari per l'attuale momento storico e formula proposte e raccomandazioni alle istituzioni europee e agli Stati membri per rafforzare le azioni di contrasto alla corruzione e alla criminalità organizzata. La relazione chiede per la prima volta nella storia di introdurre a livello europeo il reato di associazione a delinquere di stampo mafioso sull'esempio dell'articolo 416 bis del codice penale italiano per combattere i reati legati alle mafie. Una nostra proposta sul *daspo* ai condannati è stata approvata dal Parlamento europeo: chiede che non possano candidarsi a elezioni o a lavorare nella pubblica amministrazione (incluse le istituzioni, gli organismi e le agenzie dell'UE) coloro che siano stati condannati per crimini legati alla criminalità organizzata, riciclaggio di denaro, corruzione o altri reati gravi contro la pubblica amministrazione. Ritengo che l'approvazione di questa relazione sia un grande successo del movimento che sta dimostrando di portare l'onesta e la lotta alla mafia e alla corruzione anche nelle istituzioni europee. Il mio voto è stato quindi positivo.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – In order to step up the fight against corruption, organised crime and money-laundering, the report tries to ensure that rules that already exist are enforced, to close loopholes in existing legislative frameworks and to request a more holistic approach to organised crime and corruption. Although some issues in the report were controversial, such as the need for a specific instrument to tackle 'mafia-style' criminal organisations – an idea that the S&D Group sympathises with – all major political parties gave the green light to the report during the compromise phase. I support this report, as I believe that it is very important to have a serious strategy backed up by a plan of action in order to tackle the growing prevalence of organised crime and corruption in the EU. Although the focus today is on terrorist threats, the danger of organised crime and corruption should not be ignored.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé pour le texte. Soulignons que le cycle actuel d'élaboration des politiques de l'Union en matière de lutte contre la criminalité organisée devrait faire une plus grande place à la lutte contre le délit d'association, et non uniquement à la lutte contre les délits en vue desquels une association a été créée. Nous estimons notamment qu'il est nécessaire de prévoir la possibilité de sanctionner une association de malfaiteurs indépendamment des délits commis.

Rappelons qu'il convient également d'inscrire parmi les priorités de ce cycle politique la lutte contre le blanchiment, contre la corruption et contre la traite des êtres humains, dans le cadre d'une véritable stratégie européenne de lutte contre la corruption.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In autumn 2013, the temporary committee on organised crime, corruption and money laundering (CRIM) adopted a final report that made a number of recommendations on actions and initiatives to be taken by the European Parliament. The CRIM committee report identified 21 concrete measures to fight organised crime and corruption, which need to be implemented in the period of 2014-2019. I voted in favour of the CRIM report, which will strive to improve available legal tools in the fight against corruption and organised crime. I believe that in forging a stronger link between organised crime and corruption, and law enforcement and prevention, as well as enhancing existing laws and rule, the EU can combat the dangers of the former. Organised crime is a global threat, which therefore necessitates a common, coordinated response by the EU and its Member States

Eleni Theocharous (ECR), *in writing*. – Increased information sharing and law enforcement cooperation, better protection of whistle-blowers, greater transparency and traceability of EU funds, links between organised crime and terrorism as well as the need for specific measures to combat trafficking of human beings are important measures in order to address the current situation regarding the fight against crime and are necessary in combatting new forms of crimes in the European Union

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le attività del Parlamento europeo in materia di lotta contro la criminalità rappresentano un tassello fondamentale per rispondere in maniera efficace al fenomeno della criminalità organizzata. Si tratta di una minaccia globale e come tale richiede una risposta congiunta e adeguata da parte dell'Unione europea e degli Stati membri. La commissione CRIM ha contribuito ad ampliare il dibattito sulla lotta alla corruzione a livello internazionale, fornendo indicazioni chiare sugli interventi legislativi da adottare. Nell'UE è essenziale stabilire una definizione comune di criminalità organizzata per dare efficacia agli strumenti legislativi esistenti e a quelli futuri, non si tratta di perseguire il reato in un dato stato, si tratta di contrastare fenomeni complessi che non sono limitati ai confini nazionali di questo o quello Stato membro. Manca ancora una definizione omogenea delle fattispecie di reato, in molti paesi non esistono disposizioni in materia di lotta alla criminalità organizzata ed è evidente che ogni azione di contrasto a livello europeo e internazionale sembra inattuabile. È necessario che l'Unione europea insista sul contrasto al reato associativo e che, nel quadro di un'autentica e completa strategia europea, gli sforzi e le risorse sulla lotta al riciclaggio, alla corruzione e alla tratta di essere umani devono essere comuni.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Parėmiau rezoliuciją dėl kovos su korupcija ir tolesnių su tuo susijusiu veiksmų. Tam yra keletas priežasčių, svarbiausia iš jų yra organizuoto nusikalstamumo augimas, kuris šiandien kelia pasaulinę grėsmę ir reikalauja bendrų ir suderintų valstybių narių veiksmų Europos Sąjungoje. Atminkime, kad ši nusikaltimo rūšis paveikia daugiausia ekonominius klausimus ir korupciją tarp pareigūnų. Todėl Europos institucijos turėtų įtraukti teisines ir politines priemones, leidžiančias geriau keistis informacija tarp šalių ir turėtų skatinti bendrą požiūrį dėl kovos su vadinamuoju tarpvalstybiniu nusikalstamumu.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – U prošlom parlamentarnom mandatu Europski parlament usvojio je izvješće o organiziranom kriminalu – navedeno je tražilo osnivanje posebnog odbora koji će analizirati kriminalne djelatnosti u Europskoj uniji (CRIM) i ulogu agencija za unutarnje poslove.

Nakon ulaska Republike Hrvatske u Europsku uniju i sama sam dobila čast da budem članica odbora CRIM-a te sam svjedočila finalnom izglasavanju izvješća u odboru i na plenarnoj sjednici.

Izvješće na vlastitu inicijativu koje je trenutni predmet glasovanja predstavlja osvrt na srž i najbitnije preporuke odbora CRIM-a, fokusirajući se posebice na one aspekte izvješća koje se trenutno smatraju prioritetnima.

Podupirem i držim korisnim mnoge pozive sadržane u izvješću, kao što su poziv na pojačano dijeljenje informacija između država članica, suradnja u provođenju zakona, bolja zaštita „zviždača", veća transparentnost i mogućnost praćenja i nadzora novca iz europskih fondova, analiziranje spona između organiziranog kriminala i terorizma itd.

Međutim, ne mogu poduprijeti konstantne pozive na konkretno djelovanje na nivou Europske unije, kao što je poziv na brzo osnivanje ureda Europskog javnog tužitelja te poziv na redistribuciju zaplijenjene imovine iz kriminalnih aktivnosti za socijalne svrhe na nivou Europske unije jer isti predstavljaju grubo kršenje principa supsidijarnosti.

Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o boju proti korupciji in nadaljnjih korakih na podlagi resolucije odbora CRIM sem podprla. Organizirani kriminal pomeni grožnjo in zahteva skupen in usklajen odziv EU in njenih držav članic.

Organizirane kriminalne združbe z veliko lahkoto spreminjajo svoje dejavnosti in se prilagajajo različnim ozemeljskim, gospodarskim in socialnim območjem ter izkoriščajo njihove pomanjkljivosti in slabosti tako, da sočasno delujejo na različnih trgih in izkoriščajo različne zakonodaje posameznih držav članic za razvoj svoje dejavnosti in povečanje dobička.

Organizirani kriminal, korupcija in pranje denarja resno ogrožajo gospodarstvo EU, saj bistveno zmanjšujejo davčne prihodke držav članic in EU kot celote, ogrožajo pa tudi zaupanje v javne projekte, ki jih financira EU, saj hudodelske združbe delujejo v različnih sektorjih, pri čemer so številni med njimi pod vladnim nadzorom.

Leta 2014 je bilo zabeleženih 1649 goljufij v zvezi z evropskim proračunom v višini 538,2 milijona EUR. Države članice bi morale sprejeti in uporabljati obstoječe instrumente na evropski in mednarodni ravni na področju boja proti organiziranemu kriminalu, korupciji in pranju denarja. Pomembna je usklajenost notranjih in zunanjih politik EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que ha incorporado importantes enmiendas en temas de transparencia, aspectos ambientales de la corrupción, una mejor comunicación de las autoridades judiciales, la necesidad de abordar la explotación laboral de los migrantes y otras cuestiones relevantes. El texto final es equilibrado en su redacción final en los puntos más sensibles como el uso de internet o los vínculos entre crimen organizado y terrorismo. Entre los aspectos más positivos del Informe, destacan: 1) Un llamamiento a la Unión para convertirse en miembro del GRECO y a la Comisión Europea para publicar su Informe Anticorrupción (incluyendo una sección sobre las instituciones de la Unión) y proponer una legislación adecuada; 2) Necesidad de una legislación que fortalezca los derechos de los sospechosos y garantías para un juicio justo; 3) Llamamiento a la Comisión para que presente una propuesta legislativa sobre protección de testigos y *whistleblowers* antes de finales de 2017; 4) Pide a la Unión y a los Estados miembros que refuercen las medidas para localizar, congelar y confiscar el producto del delito y para prohibir el acceso de las empresas fraudulentas a los procedimientos de contratación pública europea; 5) Una declaración firme contra los paraísos fiscales.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Organised crime is a global threat that requires a common strategy to confront it successfully, as organised crime, corruption and money laundering pose serious threats to the economy of the Union by significantly reducing tax revenues of Member States.

It is therefore important that all Member States transpose and implement as quickly as possible the existing instruments at European level, such as the Fourth Directive against money laundering.

We need judicial cooperation at European level, fraud prevention, a European Public Prosecutor and to define the specific fields of action. I hope this proposal and its multidisciplinary approach serves to effectively prevent and combat organised crime.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport demande l'adoption d'un plan d'action européen visant à éradiquer la criminalité organisée, la corruption et le blanchiment d'argent; plan qui devrait être doté des ressources financières suffisantes et de personnel qualifié pour être efficace.

Cependant, plutôt que d'encourager une coopération renforcée entre les États membres, le rapport préconise des solutions européistes. Il plaide notamment pour la création d'un Parquet européen, et insiste sur le fait que le trop petit nombre de canaux migratoires engendre trop de clandestinité. Il faut donc plus de canaux officiels, et donc plus d'immigration.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko rezolucji. Przedłożone sprawozdanie podkreśla potrzebę lepszej wymiany informacji i współpracy organów ścigania, większej przejrzystości środków unijnych, przyjrzenia się powiązaniom między przestępczością zorganizowaną i terroryzmem oraz skuteczności w zwalczaniu procederu handlu ludźmi. Sygnalizowane kwestie są bez wątpienia istotne.

Sprawozdanie wzywa jednak zarazem do podjęcia bardzo konkretnych działań na poziomie Unii Europejskiej. Wśród nich należy przede wszystkim wymienić apel o przyspieszenie prac nad powołaniem Prokuratury Europejskiej, a także zalecenie, aby Unia Europejska została członkiem Grupy Państw Przeciwko Korupcji (GRECO) ustanowionej przez Radę Europy. Wykonywanie kompetencji przez UE również w tym obszarze wymaga poszanowania zasady pomocniczości i uprawnień Państw Członkowskich.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A szervezett bűnözés elleni küzdelemmel kapcsolatos jelenlegi uniós szakpolitikai ciklusban nem csak az úgynevezett nyereségvágyból elkövetett bűncselekmények (olyan bűncselekmények, amelyek elkövetésére az ilyen szervezeteket létrehozták), hanem a bűnszövetkezetben elkövetett bűncselekmények (bűnszövetkezethez való tartozás) elleni fellépésre is hangsúlyt kellene fektetni. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que ha incorporado importantes enmiendas en temas de transparencia, aspectos ambientales de la corrupción, una mejor comunicación de las autoridades judiciales, la necesidad de abordar la explotación laboral de los migrantes y otras cuestiones relevantes. El texto final es equilibrado en su redacción final en los puntos más sensibles como el uso de internet o los vínculos entre crimen organizado y terrorismo. Entre los aspectos más positivos del Informe, destacan: 1) Un llamamiento a la Unión para convertirse en miembro del GRECO y a la Comisión Europea para publicar su Informe Anticorrupción (incluyendo una sección sobre las instituciones de la Unión) y proponer una legislación adecuada; 2) Necesidad de una legislación que fortalezca los derechos de los sospechosos y garantías para un juicio justo; 3) Llamamiento a la Comisión para que presente una propuesta legislativa sobre protección de testigos y *whistleblowers* antes de finales de 2017; 4) Pide a la Unión y a los Estados miembros que refuercen las medidas para localizar, congelar y confiscar el producto del delito y para prohibir el acceso de las empresas fraudulentas a los procedimientos de contratación pública europea; 5) Una declaración firme contra los paraísos fiscales.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this INI report about the fight against corruption which is a follow-up to the final resolution adopted by the CRIM special committee in October 2013. It calls for important points such as setting up a strong independent EPPO with a clear competence in dealing with VAT fraud cases; adopting a legislative proposal on a European protection framework for whistle-blowers before the end of 2017; or focusing on environmental crimes.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of report on the fight against corruption and follow-up of the CRIM resolution. Organised crime is a global threat which therefore necessitates a common, coordinated response by the EU and its Member States. Nonetheless, we still do not fully understand the complex issue of organised crime and the danger arising from the infiltration of criminal associations into the social, economic, business, political and institutional fabric of the Member States. The report underlines that the phenomena of organised crime, corruption and money laundering usually have a cross-border dimension that requires close cooperation between the competent national authorities and between national authorities and the relevant EU agencies. As part of the fight against organised crime, corruption and money laundering the Member States should transpose and apply existing EU and international instruments. I voted in favour because I believe that there is a strong need for a multidisciplinary approach to prevent and combat organised crime effectively.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de informe actualiza la situación de la lucha contra el crimen en la Unión, a partir de las recomendaciones emitidas por la Comisión Especial CRIM, en base a las que se propone un nuevo marco regulatorio que aproveche los instrumentos disponibles a nivel europeo para combatir el crimen. Compartiendo el llamamiento que dicha propuesta hace a una mayor cooperación en el ámbito penal (en particular, en las áreas de terrorismo, cibercrimen y contrabando), a nuevas formas de lucha contra la corrupción y al apoyo a la constitución de la Fiscalía Europea, he decidido votar afirmativamente.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de mi posición contraria a la creación de una Fiscalía Europea que generaría un sistema paralelo de justicia sin tan siquiera unos recursos físicos que le den soporte, he votado a favor de esta resolución. Lo he hecho porque entiendo que contiene propuestas muy positivas en la lucha contra la corrupción y el crimen organizado. Se proponen medidas efectivas a los Estados y la Unión para la prevención de diferentes delitos que se llevan a cabo por la laxitud de las administraciones, como delitos de carácter fiscal, el tráfico de seres humanos, o los de carácter medioambiental. Además de ello, se proponen medidas punitivas específicas como la prohibición de trabajar en las instituciones públicas a personas condenadas por delitos de corrupción o lavado de dinero, lo que valoro de manera muy positiva, de ahí mi voto favorable.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today I voted for the report on the fight against corruption and follow-up of the CRIM Committee resolution, as it reiterates the recommendations set out in the 2013 resolution on organised crime, corruption and money laundering and calls for the transposition and application of existing anti-corruption instruments by Member States.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport fait une série de propositions fortes que je soutiens résolument. Parmi elles, je citerai la recommandation de d'adhésion de l'UE au GRECO en tant que membre effectif, l'insistance sur le fait que les institutions de l'Union doivent montrer l'exemple en matière de transparence et veiller à ce que des sanctions effectives et dissuasives existent en la matière et la nécessité de mieux réglementer le lobbying. Je me félicite en outre tout particulièrement que le texte demande une proposition législative pour la protection des lanceurs d'alerte avant la fin 2017.

Si toutes ces propositions expliquent que j'aie voté pour ce texte, je tiens néanmoins à exprimer mes réticences quant à la possibilité évoquée de sanctionner une association de malfaiteurs indépendamment des délits commis car elle est propice à bien des dérives. Je mets aussi en garde contre le risque accru de sous-utilisation des fonds européens si les enquêtes préalables préconisées par ce rapport étaient mises en œuvre. Quant à la proposition d'encourager la rotation des fonctionnaires sous prétexte de prévenir la corruption, elle me semble parfaitement inefficace.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este é um relatório sobre a luta contra a fraude, a corrupção e o branqueamento de capitais, que abrange sectores como a contrafação, o tráfico de droga, o jogo e a viciação de resultados desportivos, os paraísos fiscais, os crimes contra o ambiente, a cibercriminalidade, a criminalidade organizada e o terrorismo e a criminalidade organizada e o tráfico de seres humanos e de migrantes. Em traços gerais, este relatório considera que deve ser uma prioridade política da União Europeia a cooperação policial e judiciária entre os Estados-Membros.

Concordando com a posição de princípio acerca da necessidade de uma maior cooperação entre Estados no combate a estes fenómenos, não partilhamos do rumo que, por um lado, centraliza o combate em estruturas supranacionais e, por outro, não coloca em causa os efeitos das políticas de liberalização em curso, designadamente ao nível do sistema financeiro e do mercado de capitais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich enthält der Bericht zutreffende Feststellungen und Schlussfolgerungen betreffend organisierte Kriminalität, Korruption und deren Bekämpfung. Kritisch betrachtet werden muss aber die Forderung nach der zügigen Einrichtung einer „Europäischen Staatsanwaltschaft". Die Errichtung einer europäischen Staatsanwaltschaft als institutionelles Zentrum einer europäischen Strafverfolgung geht einen Weg der weiteren Vereinheitlichung und Zentralisierung. Die Befugnis zur Verfolgung von Straftaten sollte ausschließlich bei den Nationalstaaten liegen (Strafverfolgung als Monopol des Staates). Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because it stresses the necessity of a common and coordinated response by the EU and its Member States to this issue. This is very important since criminal organisations have changed their modus operandi, availing themselves of the support of professionals and so demonstrating a high degree of adaptability. As a liberal, I believe in the pure values and strengths of a clean democracy, so I stand against corruption at any level.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Podporila som dané uznesenie o boji proti korupcii a organizovanému zločinu, pretože tieto ilegálne činnosti predstavujú vážnu hrozbu pre efektívne fungovanie európskeho hospodárstva. Je dôležité, aby sme sa vyhradili voči všetkým formám tejto organizovanej trestnej činnosti, pretože v konečnom dôsledku sú to peniaze daňových poplatníkov, ktoré sa strácajú. Musíme si uvedomiť, že tieto trestné činnosti majú vo väčšine prípadov cezhraničný charakter, a preto je potrebná užšia kooperácia jednotlivých vnútroštátnych orgánov pre boj proti organizovanému zločinu. Spolupráca policajných a justičných orgánov na úrovni EÚ musí byť nielen samozrejmá a efektívna, ale aj odbremenená od zdĺhavých byrokratických postupov. Zároveň však nesmieme zabúdať ani na prevenciu na školách a formovať mládež v duchu čestnosti a spravodlivosti. Nakoniec hodnotím pozitívne i sociálny rozmer tohto uznesenia, pretože myslí i na rodiny obeti a ich odškodnenie.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de informe es un llamamiento a una mayor cooperación en el ámbito penal, a nuevas normas en la lucha contra la corrupción, un apoyo abierto a la constitución de la Fiscalía Europea, con ámbitos específicos que requieren especial apoyo, entre los que aparece el terrorismo, el cibercrimen y el contrabando, así como el apoyo a países terceros.

España siempre ha sido especialmente activa en la consecución de una transposición lo más rápida posible y en el apoyo a la Fiscalía Europea, y debe continuar siendo así.

Por esto, mi voto es a favor de este informe, ya que es fundamental avanzar en materia de corrupción y que haya una mayor comunicación y conexión a nivel internacional.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση για την καταπολέμηση της διαφθοράς με πρόσχημα τα υπαρκτά και σε κάθε περίπτωση καταδικαστέα φαινόμενα του οργανωμένου εγκλήματος, της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, των φορολογικών παραδείσων, της διακίνησης των ναρκωτικών, της διακίνησης ανθρώπων κ.α. προωθεί την ενίσχυση της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας (Europol και Eurojust) και της Ευρωεισαγγελίας, γιγαντώνοντας το τεράστιο πλέγμα των μηχανισμών καταστολής, ανταλλαγής πληροφοριών και παρακολούθησης, σε βάρος του εργατικού λαϊκού κινήματος. Είναι δε χαρακτηριστικό ότι για την υπό σύσταση Ευρωεισαγγελία, που γίνεται με τη βολική δικαιολογία της «καταπολέμησης της οικονομικής απάτης σε βάρος της ΕΕ», ήδη με την έκθεση ζητείται η επέκταση των αρμοδιοτήτων της και για την «καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος».

Η διαφθορά, οι φορολογικοί παράδεισοι, οι οικονομικές και άλλες απάτες είναι σύμφυτες με το καπιταλιστικό κέρδος και την καπιταλιστική οικονομία που το υπηρετεί και που η ΕΕ όσο και οι συγκροτούμενοι μηχανισμοί της όχι μόνο αφήνουν ανέγγιχτα αλλά με όλους τους τρόπους τα πριμοδοτούν και τα αναπαράγουν.

Αποδεικνύεται ότι οι εργαζόμενοι πρέπει να μην εφησυχάζουν και να είναι σε ετοιμότητα, δυναμώνοντας την πάλη τους ενάντια σε παλιούς και νέους κατασταλτικούς μηχανισμούς που θωρακίζονται, την ίδια την ΕΕ και τον πραγματικό αντίπαλο που αυτοί υπηρετούν, τα μονοπώλια και την εξουσία τους.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, jelikož jsem přesvědčen, že je správným krokem k účinnému boji proti korupci. Praní špinavých peněz a organizovaný zločin jsou bezpochyby témata, která mají národní přesah, a proto se o nich musí debatovat na celoevropské úrovni. Považuji za nutné a žádoucí, aby členské státy spolupracovaly a společně sdílely jednak společnou strategii, ale i nástroje pro boj proti korupci, tak jako navrhuje tato zpráva.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie o boji proti korupcii a nadviazaní na uznesenie osobitného výboru pre organizovanú trestnú činnosť, korupciu a pranie špinavých peňazí (CRIM) som nepodporila. Tento špeciálny výbor bol založený v roku 2012 na základe správy o organizovanom zločine, ktorú prijal Európsky parlament. Hlavnou úlohou tohto výboru je analyzovať organizovaný zločin v Európe, ako aj hodnotiť implementáciu európskych politík v tejto oblasti. Súčasná správa o boji proti korupcii analyzovala najmä škodlivosť organizovanej trestnej činnosti, korupcie a prania špinavých peňazí a navrhovala možné spôsoby, ako proti tejto trestnej činnosti bojovať. Súhlasím s tým, že správa nabádala členské štáty na efektívnejšiu výmenu informácií, lepšiu spoluprácu pri vymáhaní práva, zabezpečenie ochrany oznamovateľov či transparentnosť eurofondov. Na druhej strane však správa zachádzala podľa môjho názoru v niektorých otázkach až priďaleko. Zaoberala sa napríklad aj legalizáciou mäkkých drog ako jedného z riešení drogovej trestnej činnosti či redistribúciou peňazí pochádzajúcich z trestných činov na sociálne účely. Vzhľadom na tieto výhrady som sa preto nakoniec rozhodla hlasovať proti nej.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o boju proti korupciji in nadaljnjih korakih na podlagi resolucije odbora CRIM. Organiziran kriminal pomeni grožnjo in zahteva skupen in usklajen odziv EU in njenih držav članic, zato podpiram prizadevanja za vzpostavitev celovitega in učinkovitega zakonodajnega okvirja, ki bo terjal dejavno udeležbo mednarodnih in regionalnih organizacij, državnih akterjev, zasebnega sektorja in civilne družbe v boju proti organiziranemu kriminalu.

8.14. Menschenrechte und Migration in Drittländern (A8-0245/2016 - Marie-Christine Vergiat)

Dichiarazioni di voto orali

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie per avermi dato di nuovo la parola. Io ho votato a favore di questa relazione perché il Parlamento europeo deve continuare a esprimersi su una situazione che non fa altro che creare vittime. Il flusso di migranti diretti verso l'Europa negli ultimi anni ha messo in grande difficoltà il nostro sistema d'accoglienza, ha sovraesposto alcuni paesi, come il mio, e li ha costretti a sforzi economici importanti. In altri paesi, invece, ha determinato la nascita e, purtroppo, il progressivo incremento di movimenti populisti e nazionalisti. Questo è l'aspetto più pericoloso: cedere alla paura e alla irrazionalità, individuando nel più debole il nemico. La risposta all'emergenza migranti – che non è più emergenza, dato che è quotidianità – esiste e questo Parlamento l'ha ribadita più volte: accordi con i paesi africani di cooperazione e partenariato per intervenire sulle cause e redistribuzione dei migranti che arrivano sulle nostre coste nei 28 Stati membri. La risposta non sono gli sgombri forzati come è successo a Calais, non sono muri e filo spinato, come in Ungheria. Non è questa l'Europa. L'Europa è quella della mia regione, la Sicilia: l'Europa dell'accoglienza, e ci aspettiamo che ci sia anche un'Europa della solidarietà, della condivisione.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho votato convintamente a favore della relazione della collega Vergiat, in quanto credo che questa relazione ponga finalmente la questione dell'approccio alla sfida migratoria collocando come asse prioritario il tema del rispetto dei diritti umani e non la repressione, i respingimenti, gli sgomberi come quelli che purtroppo stanno accadendo proprio in questi giorni a Calais. Credo che l'accordo stipulato con la Turchia sia l'emblema, la traduzione dell'approccio sbagliato dell'Unione europea sulla questione dei migranti. In questo momento assistiamo al moltiplicarsi delle denunce delle organizzazioni umanitarie contro il trattamento delle autorità turche nei confronti dei profughi. Per noi la strada è l'apertura dei secure passage, l'apertura dei corridoi umanitari, a partire da quelli che già vengono costruiti dal basso, come il progetto di Mediterraneo hope ci ha dimostrato.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu nepodpořil, a proto také tady vystupuji a vysvětluji, že to, že jsem proti této zprávě, neznamená, že bych nechtěl pomáhat uprchlíkům a nerespektoval ochranu lidských práv. Ale konkrétní věci v té zprávě mě vedly k tomu, že ji nelze podporovat, protože ta zpráva je plná různých nerealizovatelných utopistických myšlenek. Jedna věc je solidarita a pomoc uprchlíkům a druhá věc je konkrétní text tohoto návrhu, který obsahuje takové věci, jako například bod 32, kde se doporučuje, aby migranti byli zapojeni do všech procesů přijímání sociálních a politických rozhodnutí. To se ale domnívám, dámy a pánové, že nijak nesouvisí se solidaritou. Jedna věc je pomáhat těm, kteří přijdou o domov, a druhá věc je, že možnost zapojování do rozhodování v daných zemí mají občané, kteří platí daně a jsou občany dané země. Stejně tak nesouhlasím s věcmi, jako že nelegální uprchlíci si mohou zakládat odborové organizace. A to je celá řada věcí, proč nemohu tuto zprávu podporovat.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko temu sprawozdaniu, ponieważ tu jest ogromna hipokryzja, gdzie się wyraża zaniepokojenie z powodu praktyk dyskryminacyjnych, które zbyt często dotyczą niektórych mniejszości społeczno-kulturowych, a na przykład nie propagujemy tego u nas, gdzie ludzie tacy jak pan Jean-Marie Le Pen są co chwilę ciągani przed sądy za swoje wypowiedzi zgodne ze swoimi przekonaniami. Ja uważam, że jeżeli spotyka się wypowiedzi bardzo ostro antyrosyjskie, a wszystkie narody powinny być traktowane tak samo, to wypowiedzi antysemickie muszą być traktowane równie dobrze jak wypowiedzi antyrosyjskie. Wszystkie narody powinny być traktowane jednakowo i dlatego głosowałem przeciwko temu sprawozdaniu.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Detta betänkande om mänskliga rättigheter och migration i tredjeländer innehåller flera delar som jag stöder, däribland fokuset på kvinnor och barns utsatta situation samt vikten av internationellt ansvar gentemot offer för krig och konflikt. Jag valde även att gå emot min egen partigrupp och rösta för skrivningar om legala vägar för migration. Dock finns ett antal mycket problematiska resonemang i texten. Det görs för det första ingen tydlig distinktion mellan begreppen ”migrant” och ”flykting”, vilket understryks av att EPP-förslag som stöder återsändande av personer som bedöms sakna skyddsbehov avslagits tidigare under processen. Detta är olyckligt då en tydlighet kring definitionen av vem som är flykting samt att en generös flyktingpolitik inte omfattar ekonomisk migration är en förutsättning för en hållbar migrationspolitik och en generös flyktingpolitik. Jag röstade därför emot betänkandet i slutomröstningen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione di iniziativa affronta il fenomeno dei flussi migratori nei paesi terzi in modo coerente ed equilibrato, in una prospettiva d'insieme che tiene conto della dimensione umana, tra cui anche l'aspetto positivo riguardo all'evoluzione demografica e allo sviluppo economico. L'approccio basato sui diritti umani è messo in risalto anche attraverso la richiesta agli Stati membri di ratificare tutte i principali strumenti internazionali relativi ai diritti umani e di applicare le norme relative ai diritti dei migranti ivi contenute. Nella relazione si sottolinea come l'apertura di canali sicuri e legali di migrazione rappresenti il mezzo migliore per prevenire il traffico e la tratta di esseri umani. Per questi motivi ho votato favorevolmente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The report contains various issues with which we cannot agree, such as the creation of migration channels into the EU. It also supports EU NAVFOR and freedom of movement, to which we are opposed. We are, however, supportive of various humanitarian aspects, but believe that the current EU approach is misguided. Support for genuine refugees would be best served with increased support as close to the country of origin as possible, to facilitate their quick return to their home country once the immediate danger has passed.

There is already a well-established and supported international regime for refugees, which should be adhered to, in particular in that asylum should be granted in the first safe country.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que la derecha ha tratado de imponer en el informe el blanqueamiento de las violaciones sistemáticas de derechos humanos de las personas migrantes que se dan en la Unión, como los retornos al país de origen contra la voluntad de la persona migrante, esto ha sido rechazado y he podido votar a favor del informe. El mismo recoge una serie de elementos positivos, que apuntan a las causas sistémicas de las migraciones y a la necesidad de una política migratoria basada en los derechos humanos y en las vías legales y seguras de acceso. También he votado a favor del informe, porque supone una crítica al actual modelo de la Unión de externalización de fronteras y de gestión de la migración por parte de terceros países, un modelo que rechazo completamente, además de proponer medidas efectivas para el libre acceso de las personas migrantes a los derechos sociales y laborales y los servicios públicos de los países en los que residen. De ahí mi apoyo al informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report addresses the issue of human rights and migration in third countries. It is a good, solid, report on the rights of migrants.

The report aims to address the root causes of migration, notes the importance of both physical and psychological violence suffered by migrants, including gendered violence. It highlights the importance of family reunification and of migrant children, especially the vulnerable situation of the many unaccompanied child refugees currently in Europe and elsewhere.

It also highlights the importance of recognising migrants' qualifications obtained in their countries of origin to help them find employment and better integrate.

The report also recalls the importance of identifying and addressing the situation of stateless persons, amongst many other important points.

This is an important report, focussing on appropriately understanding and meeting the needs of migrants and refugees, therefore we voted in favour.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution dans laquelle le Parlement fait part de sa profonde préoccupation vis-à-vis des graves violations des droits de l'homme subies par de nombreux migrants dans de nombreux pays de transit ou de destination. Nous appelons les gouvernements à tout mettre en œuvre pour que la dignité et les droits de l'homme des migrants soient respectés.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. — Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη μετανάστευση σε τρίτες χώρες, διότι αναφέρεται σε σημαντικά θέματα, όπως η βελτίωση της ποιότητας της ζωής των μεταναστών και η οικονομική και πολιτιστική ανεξαρτησία τους, μέσω της πρόσβασής τους τόσο στην υγειονομική περίθαλψη όσο και σε προγράμματα κατάρτισης και απασχόλησης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Par ce rapport, l'Union européenne, fidèle en cela à ses mauvais principes, cherche à imposer aux pays non membres mais contraints de subir les effets de la politique allemande d'immigration à adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins. Avec mes collègues du Front national, j'estime qu'il s'agit là de la part de l'UE d'une atteinte grave à la souveraineté des États tiers et des États membres. C'est pourquoi je me suis logiquement opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. This report is an unnecessary duplication of efforts already undertaken at UN level, who have already agreed Guiding Principles on this issue, unanimously agreed by all members. There are calls within the report for the creation of more EU legislation. I am supportive of the overall objectives in improving human rights but the EU is creating an unnecessary duplication.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Nepaisant pasaulinės ekonomikos krizės, JT duomenimis tarptautinės migracijos srautai didėja, todėl tarp kilmės, tranzito ir atvykimo šalių tarpusavio bendradarbiavimas ir keitimasis informacija ir gerąja patirtimi yra būtini siekiant užkirsti kelią neteisėtai migracijai ir prekybai žmonėmis.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A francia kommunista képviselő előterjesztése az emberi jogok és migráció harmadik államokbeli helyzetéről feltétlenül bevándorlópárti megközelítést mutat. Mindent ebből a szempontból vizsgál, a teljes és legális migráció útjának megteremtését szorgalmazza, és csak halványan utal arra, hogy az embercsempészettel szemben fel kell lépni és a gyökérokokat kellene helyben kezelni. Abból a téves tételből indul ki, hogy a gazdasági bevándorlás alapvető emberi jog. Megpróbálja ezen a téves nemzetközi jogi alapon minden gazdasági migránsra is kiterjeszteni a menekült fogalmát és az ehhez kapcsolódó jogok körét, illetve ezt tovább szélesíteni kívánja, amely újabb terhek özönét rakná az európai nemzetállamokra. Szélsőségesen migránspárti szemlélettől áthatott jelentés, amely semmit nem old meg, a már nyilvánvalóan megbukott „Willkommenskultur" frázisait puffogtatja, érdemben semmi újtat nem tartalmaz. Minden benne van, ami jellemzi a hagyományos európai nemzetek felszámolásának tervét.

Az előzőekre tekintettel a jelentést elutasítottam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'Union de contraindre les pays non membres de l'UE à subir les effets de la politique allemande d'immigration et à adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins. J'ai voté contre car il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers, de la même façon que l'Union porte en d'autres circonstances atteinte à la souveraineté des États membres, au nom d'une folle politique immigrationniste.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport d'initiative qui rappelle que la majorité des migrants au niveau mondial sont accueillis par les pays en développement.

Il souligne tout d'abord aux États leurs obligations internationales en matière de migration ainsi que d'abolition des cadres juridiques punitifs qui pénalisent la migration. Il rappelle la vulnérabilité particulière de certains groupes de migrants comme les femmes et les jeunes filles non accompagnées, les enfants migrants, les personnes âgées, les personnes handicapées ou encore les migrants LGBTI.

Le rapport insiste sur la nécessité pour l'Union de renforcer ses politiques favorables à la paix et à la stabilité dans les régions où la guerre et les conflits entraînent d'énormes flux migratoires. Il rappelle par ailleurs toute l'utilité des programmes de réinstallation et souligne ainsi toute l'importance de l'aide au développement.

Enfin, les députés demandent à l'Union d'adopter des lignes directrices spécifiques en matière de droits des migrants en complément de ses lignes directrices sur les droits de l'homme.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe del que he sido co-ponente. El informe destaca la importancia que tiene la integración de los migrantes en los países de acogida, así como que se respeten sus derechos más básicos, es decir, la sanidad, la educación y el hogar. Respecto a este punto, el informe habla de la importancia de evitar las prácticas discriminatorias en el acceso al mercado de trabajo.

Por otro lado, hay párrafos que aluden a la violencia de género, y a la situación de especial vulnerabilidad de algunos grupos, como niños y mujeres.

Por último, quería destacar los párrafos que hablan de la movilidad de los migrantes. El informe apuesta por canales de inmigración legales y seguros.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La migrazione rappresenta un fenomeno complesso e multidimensionale, una realtà globale che oggi coinvolge circa 244 milioni di persone. Sono diversi i fattori che generano e condizionano i flussi migratori ma una loro attenta analisi consente di anticiparne le conseguenze e predisporre politiche adeguate. La relazione Vergiat, che oggi ho sostenuto, affronta proprio il tema della migrazione collegandolo efficacemente con quello dei diritti umani. L'UE deve garantire la tutela dei diritti dei migranti per essere veramente credibile in sede di discussione sulla migrazione e sui diritti umani nei paesi terzi. Rispondere alla crisi dei migranti significa infatti oggi lottare in primo luogo per il rispetto dei loro diritti, stabilendo contemporaneamente misure e politiche adeguate per la gestione dei flussi. Si deve favorire l'integrazione puntando sull'istruzione e il lavoro, riconoscendo e prevenendo quelle forme di discriminazione e violenza a cui vengono sottoposte le donne e le persone LGBTI. L'Unione europea ha il dovere di operare positivamente per eliminare le cause profonde delle crisi migratorie e per farlo deve necessariamente resistere alle spinte populiste che oggi si manifestano in molti dei suoi Stati membri. La sola via possibile per rafforzare la sua azione di politica estera è quella della solidarietà.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un informe de iniciativa propia, realizado desde nuestro grupo y que aborda de manera necesaria y urgente la crisis humanitaria que vive la Unión como consecuencia de conflictos, violencia y represión en países de origen de flujos de movilidad forzada. El informe llama sin paliativos a cumplir los Convenios internacionales, especialmente aquellos en materia de derechos humanos, de asilo y refugio, así como a atender de manera integral, urgente y con suficientes medios, por parte de los Estados miembros y del ejecutivo comunitario, el conjunto de problemas y vulnerabilidades de diferente índole, del que son víctimas las personas en movilidad hacia y al interior de la Unión, desde una aproximación basada en los derechos humanos.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Ce n'est pas en créant des voies légales d'immigration supplémentaires – il en existe dans tous les pays de l'Union – que l'Europe saura maîtriser les flux migratoires que l'ancien président français Valéry Giscard d'Estaing, père spirituel de la Constitution européenne avortée, a qualifié un jour d'invasion. Voilà pourquoi ce rapport pêche par un angélisme dont ne veulent plus nos citoyens. Même à gauche, de plus en plus de voix se lèvent pour dire que les migrants n'ont pas seulement des droits, mais aussi des devoirs. La rapporteure semble vivre sur une autre planète, même si elle ose avancer timidement que nous devons créer les conditions nécessaires pour permettre aux réfugiés de rester à proximité de leur pays d'origine et qu'il faut s'en prendre aux racines des causes de la migration. Les migrants sont les premières victimes, ils doivent vivre comme des déracinés dans une culture qui n'est pas la leur et on ne leur donne aucun moyen de l'acquérir.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la Sra. Vergiat su labor en este informe sobre los derechos humanos y migración en terceros países. Se ha trabajado muy duro para llegar hasta el pleno y en dicho informe hay puntos muy importantes que me han llevado a votar a favor de la misma por muy ajustada que haya sido la votación final.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport de la députée communiste M[me] Vergiat concerne les droits de l'homme et les migrations dans les pays tiers. Il s'agit pour l'Union Européenne de forcer les pays non membres de l'Union à subir les effets de la politique allemande d'immigration. Il s'agit d'une atteinte à la souveraineté des États tiers autant qu'à celle des États membres. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sui diritti umani nei paesi terzi rappresenta la solita pubblicità a favore dell'accoglienza indiscriminata di varie tipologie di migranti, la maggior parte dei quali non scappa da nessuna guerra o persecuzione. Si tratta del solito show buonista di quelle forze politiche che pretendono di aiutare il resto del mondo ma non si interessano minimamente dei problemi dei cittadini europei, sempre più preda della disoccupazione e della povertà, conseguenze della crisi economica. Io invece da sempre mi batto per aiutare i nostri cittadini, per far sì che questa Unione cambi marcia e si occupi prima della nostra gente e poi del resto del mondo. Per questi motivi mi sono espressa con un voto negativo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariama žmogaus teisių ir migracijos padėtis trečiosiose šalyse. Europos Parlamentas reiškia solidarumą su žmonėmis, priverstais palikti savo šalį, be kita ko, dėl konfliktų, persekiojimų, žmogaus teisių pažeidimų ir ypač didelio skurdo. Taip pat reiškia susirūpinimą dėl sunkių žmogaus teisių pažeidimų, kuriuos daug migrantų patiria daugelyje tranzito ar kelionės tikslo šalių. Parlamentas pabrėžia, kad Europos Sąjunga ir jos valstybės narės turi rodyti pavyzdį propaguodamos ir apsaugodamos migrantų žmogaus teises, visų pirma savo teritorijoje, kad jomis būtų galima pasitikėti, kai bus svarstomi migracijos ir žmogaus teisių klausimai trečiosiose šalyse. Parlamentas primena, kaip svarbu nustatyti asmenis be pilietybės, kad jiems būtų galima suteikti tarptautinės teisės aktuose nustatytą apsaugą, todėl primygtinai ragina valstybes parengti bepilietybės nustatymo procedūras ir keistis tarpusavyje gerąja patirtimi, įskaitant gerąją teisės aktų bei praktikos, susijusių su naujai atsirandančių vaikų bepilietybės atvejų prevencija, taikymo patirtį. Be to, atkreipia dėmesį į tai, kad Europos Sąjunga turi nuolat spręsti bepilietybės problemą – tai turi būti jos išorės santykių politikos dalis, ypač atsižvelgiant į tai, kad bepilietybė yra viena iš pagrindinių priverstinės migracijos priežasčių.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés véleményem szerint túlzó, a befogadó országok anyagi lehetőségeit túlhaladó elvárásokat fogalmaz meg a migránsok kezelésével kapcsolatban. Nem tesz éles különbséget a gazdasági migránsok és a háborús övezetekből érkező menekültek között. Ezzel tulajdonképpen ösztönzi a gazdasági migrációt. Ugyanakkor fontos előremutató kérdéseket vet fel, de egyelőre a probléma megoldása még távolinak látszik. Mindezek figyelembe vételével, az EPP-vel összhangban, a jelentés elfogadását nem tudtam támogatni.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'exiger des États membres qu'ils fassent pression sur les États non membres mais contraints pour qu'ils adoptent à leur tour les normes européennes en matière de droits des clandestins. Je suis fermement opposée à cette atteinte majeure à la souveraineté de ces États tiers, de même qu'à celle portant sur la souveraineté des États membres.

Par conséquent, j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on human rights and migration in third countries because I wanted to express my solidarity with persons who are forced to leave their countries. Moreover, I share with my colleagues the concern regarding human rights violations which are occurring especially in countries of transit. Thus, the Parliament stressed with this resolution the need to lead by example in the promotion of the human rights of migration in order to be credible in discussing with third countries.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le persone costrette a fuggire dal proprio paese a causa di conflitti, persecuzioni, violazioni dei diritti umani, carestie o di una situazione di profonda indigenza economica, devono essere trattati con rispetto e dignità sia nei paesi di transito che in quelli di destinazione. Siamo ben consapevoli che soltanto stabilizzando le aree d'origine dei flussi migratori si potrà arrestare – o quantomeno attutire – il fenomeno e che questo richiederà tempi lunghi: tuttavia questo non può essere un alibi per abbassare i nostri standard e non tutelare la dignità personale di chi si reca da noi in condizione di oggettivo bisogno. L'Unione europea deve rafforzare la propria politica estera per essere maggiormente presente nelle aree di crisi e attivarsi direttamente per evitare il divampare dei focolai di instabilità regionale, e deve al contempo tradurre in fatti concreti i propri auspici sulla gestione comune del fenomeno, la ripartizione delle quote dei migranti e l'azione coordinata di uomini e mezzi per gestire a livello europeo e, auspicabilmente in un futuro prossimo anche federale, questa grande sfida del Terzo Millennio.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – En totale violation de la souveraineté des États non membres de l'Union européenne, ce rapport vise à contraindre les pays tiers à prendre leur part de responsabilité dans la répartition des migrants clandestins présents notamment en Italie et en Grèce. L'Union européenne n'a aucune légitimité pour imposer aux États membres sa folle politique migratoire, politique qui relève d'ailleurs exclusivement des compétences des gouvernements nationaux. L'Union européenne n'a donc par conséquent aucun pouvoir pour contraindre les autorités nationales d'un pays tiers d'accepter des quotas de migrants clandestins. J'ai donc voté contre ce rapport scandaleux qui porte gravement atteinte à la souveraineté des pays tiers.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sui diritti umani e la migrazione nei paesi terzi perché è necessario dare risposte risolutive per far fronte all'eccezionale ondata migratoria. L'Europa ha bisogno di mettere in campo una politica integrata sul fenomeno migratorio. La maggior parte di queste persone sono costrette, nel loro percorso migratorio attraverso i paesi di transito, a subire gravi violazioni dei diritti umani. È indispensabile migliorare lo scambio di buone prassi con i paesi terzi fornendo formazione agli operatori umanitari affinché possano identificare in modo più efficace le varie caratteristiche, i vari contesti di provenienza e le esperienze dei migranti, in particolare dei più vulnerabili. Insomma è necessario che l'Unione europea riesca a costruire una vera partnership comune con i paesi terzi se vuole affrontare in modo adeguato e coerente il problema.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The report contains various issues with which we cannot agree, such as the creation of migration channels into the EU. It also supports EU NAVFOR and freedom of movement, to which we are opposed. We are, however, supportive of various humanitarian aspects, but believe that the current EU approach is misguided. Support for genuine refugees would be best served with increased support as close to the country of origin as possible, to facilitate their quick return to their home country once the immediate danger has passed.

There is already a well-established and supported international regime for refugees, which should be adhered to, in particular in that asylum should be granted in the first safe country.

David Casa (PPE), *in writing*. – I agree on the importance of upholding the rights of migrants and fro states to recognise their obligations under international law, but in this particular report I was unable to vote in favour of the text as I felt it did not go far enough in terms of, amongst others, effectively implementing existing bilateral readmission agreements for those who do not qualify for asylum and protection in the EU.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione della collega Vergiat sottolinea che l'UE e i suoi Stati membri devono dare l'esempio nel promuovere e nel tutelare i diritti umani dei migranti, in particolare all'interno dei loro confini, per essere credibili in sede di discussione sulla migrazione e sui diritti umani nei paesi terzi. Nel testo si sottolinea, inoltre, come l'apertura di canali sicuri e legali di migrazione rappresenti il mezzo migliore per prevenire il traffico e la tratta di esseri umani e che le strategie per lo sviluppo devono riconoscere la migrazione e la mobilità come motori di sviluppo sia del paese ospitante che del paese di origine attraverso le rimesse economiche e gli investimenti. Il mio voto è stato positivo.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – There is a lot of good things raised in this report, however I could not support it as a whole. The reason is very simple, I keep saying it over and over again. The migration problem cannot be solved by imposing quotas, it has to be tackled in a much more comprehensive manner. I see some positive movements in this direction on the EU level, however they were not fully reflected in the present report.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, analizza le principali cause dei fenomeni migratori di massa a cui assistiamo oggi giorno, e formula alcune condivisibili raccomandazioni volte a migliorare le condizioni di ricezione di tali popolazioni. Ad oggi, infatti, circa 65 milioni di profughi sono costretti a lasciare i propri paesi di origine per motivi umanitari legati a conflitti armati o semplicemente a causa delle drammatiche condizioni di povertà. Ritengo che l'Unione europea, che si fonda sul rispetto dei diritti umani consacrati nell'apposita Carta dei diritti, debba impegnarsi affinché ai migranti venga garantita un'accoglienza dignitosa, con una attenzione alle persone più vulnerabili, quali i minori, soprattutto non accompagnati, che hanno diritto a una protezione specifica poiché spesso vittime, ancora più indifese, dei trafficanti e delle organizzazioni criminali. A tal fine mi sembra indispensabile che tutti gli Stati membri dell'Unione ratifichino le convenzioni e i trattati, dando attuazione alle norme in materia di diritti dei migranti. Mi compiaccio del fatto che la relazione introduca specifiche disposizioni volte a migliorare la qualità di vita dei migranti dando loro accesso al sistema sanitario, a corsi di formazione e al mercato del lavoro al fine di favorirne l'integrazione e l'inclusione nella società civile.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς αυτή περιλαμβάνει αρκετά σημεία τριβής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη μετανάστευση σε τρίτες χώρες. Ιδιαίτερα μετά το ξέσπασμα της προσφυγικής κρίσης, έχει καταστεί σε όλους εμφανές πόσο σημαντικό είναι να πρωτοστατήσει η Ευρώπη σε ζητήματα προστασίας και υποστήριξης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, ιδιαίτερα για άτομα τα οποία αναγκάζονται να μεταναστεύσουν. Καθώς η έκθεση αυτή σχετίζεται άμεσα με ανάλογα ζητήματα, θεωρώ πως έχει θετικά στοιχεία και, για αυτόν τον λόγο, την υπερψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto assolutamente negativo per questa relazione che sostiene l'importanza della migrazione per contrastare la crisi demografica e come strumento per risolvere i problemi legati alle carenze nel mercato del lavoro. La relazione a mio avviso è totalmente priva di logica ed improntata su una visione non realistica della società contemporanea.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di risoluzione in quanto reputo che la relazione sia poco chiara e che non tenga conto di molti aspetti che riguardano la situazione dei migranti. Concordo sul fatto che particolare attenzione dovrebbe essere riservata alla garanzia dei diritti dei gruppi vulnerabili quali le donne, i minori, le persone con disabilità e le persone anziane, che sono maggiormente vulnerabili a tutti i tipi di pericolo, ossia la violenza, la tratta o l'abuso, senza tralasciare però tutte le altre categorie di persone. Non ritengo necessario attribuire una maggiore importanza alle associazioni di migranti poiché l'integrazione dovrebbe avvenire a livello sociale, senza passare necessariamente attraverso i programmi di sviluppo in seno alle comunità, inoltre non concordo con la creazione e l'applicazione di meccanismi di protezione dei migranti in transito e in situazioni di emergenza ai confini dell'UE. Considero poco utile alleviare il debito dei paesi colpiti da povertà in quanto non sarebbe necessariamente finalizzato a sviluppare politiche pubbliche che garantiscano il rispetto dei diritti umani. Non si dovrebbe considerare la migrazione come uno strumento per risolvere specifici problemi legati alle carenze esistenti nel mercato del lavoro, in quanto ciò porterebbe alla disoccupazione dei giovani europei.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia tem um compromisso de solidariedade para com todos aqueles que são forçados a abandonar o seu país por força de conflitos armados, perseguições políticas, violações dos direitos humanos e pobreza extrema. Os direitos dos migrantes, seja nos países de trânsito ou nos de destino, devem ser respeitados.

Acompanho a preocupação com a situação das pessoas apátridas e a necessidade de uma maior eficácia na sua identificação e proteção.

Entendo que os mecanismos de atribuição do direito de asilo sejam mais céleres, eficazes e concertados. Neste sentido, defendo a partilha de boas práticas das administrações nacionais, a formação dos funcionários e um sistema equilibrado de troca de informações. Os Estados-Membros devem cumprir as obrigações do Direito Internacional e os compromissos europeus nesta matéria.

Partilho a preocupação com segmentos específicos como as mulheres e as crianças. O combate a todas as formas de violência (sobretudo sexual) deve ser prioritário, bem como a luta contra o tráfico de seres humanos e a escravatura.

Defendo que a questão das migrações deve ser tomada em conta na política externa da UE, nomeadamente na política de vizinhança, nas relações UE-ACP e na ajuda ao desenvolvimento.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Sappiamo bene che ultimamente l'Unione europea sta affrontando gravi difficoltà per quanto concerne la cosiddetta «questione migranti». C'è bisogno di ricordare a tutti il preciso ruolo che l'Europa dovrebbe svolgere e che ancora stenta a ricoprire. La nostra credibilità viene meno, se esistono all'interno dei nostri confini situazioni limite o gravi violazioni dei diritti umani. Per questo motivo approvo la relazione Vergiat. Situazioni come quella che si è creata a Calais, per fare un esempio su tutti, non possono essere accettate. Non possiamo parlare di tutela e promozione dei diritti umani quando non riusciamo ad assicurarlo all'interno dei nostri stessi confini. Per raggiungere tale obiettivo, per dare una risposta concreta, dobbiamo fare in modo che gli Stati ratifichino tutte le convenzioni e i trattati internazionali in materia di diritti umani. Bisogna aprire rotte sicure e legali di migrazione. Bisogna lavorare per impedire la tratta di esseri umani e fermare le rotte illegali finora battute. Bisogna cambiare atteggiamento nei confronti del fenomeno migratorio in sé e per sé, riconoscerlo come motore di sviluppo e non come ostacolo ad esso. Sviluppo non solo per il paese ospitante, ma anche per quello di origine.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — A pesar de que la derecha ha tratado de imponer en el informe el blanqueamiento de las violaciones sistemáticas de derechos humanos de las personas migrantes que se dan en la Unión, como los retornos al país de origen contra la voluntad de la persona migrante, esto ha sido rechazado y he podido votar a favor del informe. El mismo recoge una serie de elementos positivos, que apuntan a las causas sistémicas de las migraciones y a la necesidad de una política migratoria basada en los derechos humanos y en las vías legales y seguras de acceso. También he votado a favor del informe, porque supone una crítica al actual modelo de la Unión de externalización de fronteras y de gestión de la migración por parte de terceros países, un modelo que rechazo completamente, además de proponer medidas efectivas para el libre acceso de las personas migrantes a los derechos sociales y laborales y los servicios públicos de los países en los que residen. De ahí mi apoyo al informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I diritti sanciti dalla Dichiarazione universale dei diritti umani sono universali e indivisibili e vanno di pari passo al diritto di tutti gli uomini alla mobilità. Pertanto, ogni individuo ha facoltà di decidere di lasciare il paese in cui si trova ed esercitare le proprie scelte migratorie in modo dignitoso, senza subire trattamenti che penalizzano i diritti umani, come la detenzione arbitraria, il respingimento in paesi terzi dove esiste il rischio reale di maltrattamenti e torture, le forme di lavoro forzato e/o condizioni degradanti di lavoro nei paesi di provenienza e di arrivo, la ghettizzazione dei migranti nelle aree urbane e il mancato accesso all'istruzione. Votando a favore di questa risoluzione, ho inteso riconoscere la necessità che l'UE e i suoi Stati membri tutelino i diritti umani di migranti, richiedenti asilo, apolidi, sfollati e rifugiati - soprattutto all'interno dei propri confini e in particolare per quanto riguarda le categorie vulnerabili (donne, minori e LGBT) - per essere credibili in sede di discussione sulla migrazione e sui diritti umani nei paesi terzi. Inoltre, l'UE può contribuire positivamente a eliminare le cause profonde delle crisi che provocano i massicci flussi migratori e amplificare il potenziale della migrazione legale come fattore di sviluppo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Migrația reprezintă un fenomen global și multidimensional cauzat de o serie de factori negativi, dar care poate să-și pună amprenta asupra evoluției demografice și a dezvoltării economice. În acest context, Uniunea Europeană, dar și statele sale membre trebuie să ofere un exemplu de promovare și apărare a drepturilor omului. Respectarea dreptului migranților, indiferent de statutul acestora, reprezintă o prioritate pentru Uniune.

Am votat pentru o mai strânsă cooperare cu organizațiile internaționale competente în ceea ce privește apărarea drepturilor migranților. Identificarea de măsuri specifice ce pot fi luate de către guverne pentru a mări potențialul migrației legale este necesară pentru stimularea dezvoltării.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu praw człowieka i migracji w państwach trzecich, ponieważ w mojej ocenie sprawozdanie to nie rozwiązuje problematycznych kwestii, a wręcz przeciwnie jeszcze bardziej komplikuje sprawę. Uważam, że jest to temat bardzo istotny, który wymaga dogłębnej analizy. Nie można do niego podchodzić w sposób nieodpowiedzialny, co w moim odczuciu ma miejsce w sprawozdaniu w odniesieniu do kwestii bezpiecznej i legalnej drogi dostępu dla migrantów, trwałych i obowiązkowych programów relokacji oraz łączenia rodzin. Jeśli nie ma się konkretnego pomysłu, jak rozwiązać tę kwestię, nie należy nawet podejmować próby dyskusji. W związku z tym zagłosowałem przeciwko.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Migration is a global, multidimensional phenomenon caused by a wide variety of factors, I have always advocated the need to analyse and address the main root causes of migration in third countries. We need to address the human rights protection gap and this is why I am in favour of this report as it recognises that various challenges and risks in respecting the rights of migrants exist within the context of the current crisis such as segregation within hosting and detention, recognition for LGBTI refugees, access to employment and training, training for social skills, integration measures, economic and cultural dependence and voluntary returns. As in line with my position I voted against reference to abortion in this report.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Con questa risoluzione, il Parlamento europeo ha nuovamente confermato il suo impegno nella tutela dei diritti umani e, in particolare, delle condizioni dei lavoratori nei paesi terzi. In maniera sempre più evidente, infatti, la globalizzazione del commercio e l'apertura di filiali in tutti i continenti, hanno fatto sì che le imprese divenissero attori di primo piano nel garantire il rispetto dei diritti umani attraverso la promozione e la tutela di siffatti diritti all'interno delle proprie realtà produttive. In tale contesto, quindi, le regole e la cooperazione internazionali sono fondamentali per evitare violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Per questa ragione, il Parlamento ha esortato le istituzioni europee ad adottare ulteriori misure che vadano in tal senso, nonché ha ricordato agli attori societari la loro responsabilità nel rispetto i diritti umani nelle loro operazioni a livello mondiale, indipendentemente dalla localizzazione degli utenti e dal rispetto da parte dello Stato ospitante dei propri obblighi in materia di diritti umani.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai rejeté ce texte, sans valeur législative contraignante, sur les droits de l'homme et la migration dans les pays tiers. Ce rapport présente en effet le défaut majeur de ne pas faire de distinction entre les réfugiés, les demandeurs d'asile et les migrants, alors que ces statuts confèrent des droits et des obligations différents. Ce texte, défendu par les groupes de gauche, formule alors une série de propositions idéologisées qui sont en inadéquation avec les réalités de la crise migratoire en Europe. Nous avons toujours défendu, et nous continuons à défendre, le respect des droits de l'homme en toute circonstance et notamment en matière de migration. Mais les propositions de ce texte encourageant le regroupement familial, critiquant le retour forcé des migrants en situation irrégulière ou encore appelant à ouvrir de manière large les voies de migration légale en Europe, vont à l'encontre de mes convictions politiques.

Martina Dlabajová (ALDE), *písemně*. – Tato zpráva se týká především migrace ve třetích zemích, mimo území EU. Vítám zaměření i na tyto otázky a také důraz, který zpráva klade na intergování imigrantů a na zajištění základní potřebné péče. Nesouhlasím ovšem zcela s doporučením, aby byli migranti zapojeni ve všech sociálních a politických rozhodovacích procesů. Postup integrace odlišných kultur a prostředí je náročný a dlouhý a okamžité zapojení migrantů do rozhodovacích procesů cílového státu není šťastné. Dlouhodobě také nepodporuji různé formy povinných přerozdělovacích mechanismů, ke kterým tato zpráva vyzývá. Z těchto důvodů jsem hlasovala proti zprávě.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte est une conséquence de la politique allemande en matière d'immigration. Il vise à contraindre les pays tiers à adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins. Il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers autant que des États membres. Aussi, j'ai voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против доклада относно правата на човека и миграцията в трети държави. В него се съдържат множество проблематични точки, с които няма как да се съглася. Сред основите проблеми е пълната липса на разграничаване между понятията „мигрант“ и „бежанец“. Те по никакъв начин не са взаимно заменими и е недопустимо да се слага знак на равенство. На няколко пъти в текста се наблюдава, че права, които обикновено се дават на „бежанци“, са разширени така, че да се отнасят и за мигранти, като същевременно не се прави разлика между легални и нелегални такива. Докладът също така призовава за създаването на „сигурни и легални“ маршрути за миграция. Европа не може да си позволи насърчаване на миграцията, тъй като много държави и в момента имат големи проблеми със социалната система, системите за сигурност и др.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η μετανάστευση δεν είναι ανθρώπινο δικαίωμα, αλλά σύμπτωμα ενός ελαττωματικού οικονομικού συστήματος και της αδυναμίας εξεύρεσης εργασίας στην χώρα καταγωγής. Η Ένωση θα πρέπει να βρει τρόπους να εξασφαλίσει το δικαίωμα στην εργασία και στην αξιοπρεπή ζωή για όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Όσα γράφονται στην έκθεση, αντί να αντιμετωπίζουν το πρόβλημα, το ενισχύουν, με αποτέλεσμα να δημιουργείται ένας φαύλος κύκλος.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A migração é um fenómeno mundial e multidimensional, que tem na sua origem diversas causas, como as condições económicas, as condições sociais e políticas, as condições de trabalho, as situações de violência, a situação em matéria de segurança, a paulatina degradação do meio ambiente e o agravamento das catástrofes naturais. Atualmente, cerca de 244 milhões de pessoas são consideradas migrantes internacionais.

Por isso, concordo com a tomada de medidas para combater as redes de introdução clandestina de migrantes, a criação de vias legais e seguras, nomeadamente através de corredores humanitários, para as pessoas em busca de proteção internacional, o estabelecimento de programas de reinstalação permanentes e obrigatórios e a concessão de vistos humanitários às pessoas que fogem de zonas de conflito, a melhoria do funcionamento dos «centros de registo» e dos pontos de entrada nas fronteiras externas da União e a criação de ferramentas eficazes para a coordenação, o alinhamento dos fluxos de informações, a recolha, o cruzamento e a análise de dados.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers autant que des États membres.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda a questão da violação dos direitos humanos – como é costume – em «países terceiros», já que tal não é coisa que se use discutir em relação à União Europeia, e não por falta das ditas violações.

O relatório contém elementos positivos. Faz referências e insta à aplicação dos Princípios Orientadores das Nações Unidas sobre Empresas e Direitos Humanos. Insta à aplicação do Pacto Global das Nações Unidas, processos em curso no seio da ONU que valorizamos.

A orientação geral é responsabilizar mais as empresas por violações de direitos humanos.

Na ausência de uma abordagem global da responsabilização das empresas em termos de direitos humanos, o relatório enfatiza a responsabilidade moral que as empresas devem ter no campo dos direitos humanos; propõe medidas no plano legislativo e jurídico que protejam as vítimas e que contribuam para a reparação das mesmas; sublinha o dever de os Estados de cumprirem os direitos humanos e de as empresas estabelecidas em território europeu respeitarem os direitos humanos; valoriza os quadros legislativos que, neste campo, já evoluíram; apela ao cumprimento dos direitos humanos nas Empresas do Estado.

O conjunto de bondosas recomendações assentará na pia convicção, de que o relatório está imbuído, de que é possível humanizar o capitalismo. Esta é a sua maior limitação.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Rastúci počet utečencov na celom svete je zatienený ešte väčším počtom vysídlených osôb v rámci hraníc krajiny. Tieto osoby by nemali byť diskriminované len preto, že sa pokúsili zaistiť si bezpečie bez prekročenia medzinárodných hraníc, a zdôrazňuje preto, že by sa mali dodržiavať práva vysídlených osôb vrátane prístupu k zdravotnej starostlivosti a vzdelaniu. V poslednom čase sa množia prípady svojvoľného zadržiavania migrantov a utečencov a zlé zaobchádzanie s nimi. Zadržiavanie treba obmedziť na absolútne nevyhnutné prípady a za každých okolností treba zaručiť vhodné ochranné opatrenia vrátane prístupu k primeraným súdnym konaniam. Všeobecne sa nálada a situácia s migrantmi dostáva do nezvládnuteľnej roviny a prenikajú viaceré správy o zlom zaobchádzaní a o napätí a nedodržiavaní základných ľudských práv.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione, la solita retorica pro-immigrazione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η μετανάστευση δεν είναι ανθρώπινο δικαίωμα, αλλά σύμπτωμα ενός ελαττωματικού οικονομικού συστήματος και της αδυναμίας εξεύρεσης εργασίας στην χώρα καταγωγής. Η Ένωση θα πρέπει να βρει τρόπους να εξασφαλίσει το δικαίωμα στην εργασία και στην αξιοπρεπή ζωή για όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Όσα γράφονται στην έκθεση, αντί να αντιμετωπίζουν το πρόβλημα, το ενισχύουν, με αποτέλεσμα να δημιουργείται ένας φαύλος κύκλος. Για τον λόγο αυτό και την καταψηφίζω.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this report as I support a Europe-wide cooperation style agreement rather than forcing Member States to accept migrants when they do not have the capacity to do so.

Additionally, the UK's decision to take the most vulnerable refugees is a fairer solution than letting migrants walk across half the continent to seek asylum.

Europe needs a more flexible approach for different Member States and a firm but fair policy on who to accept. This report does not deliver that.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report makes an analysis of the main root causes of the migration phenomena in third countries and stresses that according to the UNHRC, the 65 million displaced people are affected by humanitarian conflicts resulting from conflicts and worldwide economic situation and that they should see their dignity and human rights respected. Members call on governments to address the human rights protection gap, which migrants continue to face and to abolish punitive legal schemes which criminalise migration.

The report also underlines that 'the concept of safe countries of origin' should not prevent individual assessments of asylum application and asks for migrants who need international protection to be identified and for their application to be considered. Moreover a call is made on States to ratify all international treaties and conventions and to apply the standards applicable to migrants' rights which may be found in a variety of legal international instruments.

I supported the adoption of this report in the plenary.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe pese a considerar que los derechos humanos son inherentes a todos los seres humanos, sin distinciones. La migración es un fenómeno global y multidimensional, que tiene su origen en múltiples causas como las condiciones económicas, sociales y políticas, las condiciones laborales, la violencia y la seguridad, así como la progresiva degradación del medio ambiente. Este fenómeno debe abordarse de forma coherente y equilibrada, dentro de una perspectiva global en la que se tenga en cuenta su dimensión humana. Debemos tener presente que según las Naciones Unidas, actualmente cerca de 244 millones de personas son consideradas migrantes internacionales. Por lo tanto, es fundamental disponer de mecanismos eficaces de supervisión y control de la entrada y salida de extranjeros, así como de análisis y previsiones de los efectos de la migración, como base para la elaboración de toda política de gestión del fenómeno migratorio.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Trovo molto importante l'approvazione di questa relazione, che delinea la posizione generale del Parlamento europeo su un tema prioritario come quello di salvaguardare, nella complessità del fenomeno dei flussi migratori, la sicurezza, la dignità e il rispetto dei diritti dei migranti, troppo spesso violate. L'Europa ribadisca il suo ruolo e i suoi valori fondanti, vegliando affinché i richiedenti aiuto e accoglienza, che fuggono da conflitti, degrado e povertà, possano trovare nell'Unione accoglienza e possibilità di accesso all'istruzione e alle cure sanitarie e occasioni per un'integrazione sociale, equa e indiscriminata.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sui diritti umani e la migrazione nei paesi terzi perché ne condivido l'impianto e il contento, e mi unisco all'invito rivolto agli Stati membri di fare di più in termini di solidarietà e accoglienza. Sono d'accordo con l'analisi fatta sulle cause del fenomeno migratorio, un fenomeno duraturo che continuerà finché non saremo in grado di assicurare una vita felice e dignitosa in determinate realtà nel mondo. E condivido ancor di più il richiamo a garantire il rispetto dei diritti umani e la dignità dei trattamenti per i migranti che giungono sulle nostre coste, applicando appieno le convenzioni internazionali e garantendo soprattutto la sicurezza dei bambini. Vi è ancora infatti in alcuni Stati, anche dell'UE, una criminalizzazione del fenomeno migratorio che si accompagna a un uso spregiudicato della forza e a condotte disumane nei confronti dei richiedenti asilo e dei rifugiati, e che l'UE non può più tollerare. Importante inoltre il richiamo specifico alla condizione delle donne, che hanno maggiori difficoltà ad integrarsi nella società ospitante: è importante quindi prevedere politiche di formazione professionale, linguistica e sociale per permettere alle donne migranti di trovare subito un lavoro.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht über die Menschenrechte und die Migration in Drittländern gestimmt. Er wird nicht im Ansatz den bestehenden Problemen gerecht und setzt vollkommen falsche Akzente.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich erachte die Definition von „sicheren Herkunftsländern“ als wichtigen Schritt in der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Da der Bericht das Konzept der „sicheren Herkunftsländer“ ablehnt, kann ich diesem nicht zustimmen.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Le titre du rapport de M[me] Vergiat est un prétexte pour chanter les louanges de l'immigration, chance tout à la fois pour les migrants eux-mêmes, pour les pays d'accueil et les pays d'origine.

Son axiome de base est: «Toute personne a le droit de quitter tout pays, y compris le sien».

Il est vrai que les dictatures, notamment les dictatures communistes, ont toujours étroitement limité la possibilité d'obtenir des passeports à une poignée d'apparatchiks, l'immense majorité de la population étant en quelque sorte assignée à résidence.

Mais la liberté de voyager n'est pas un droit absolu à émigrer et à aller s'installer là où l'on veut pour y bénéficier des très nombreux droits répertoriés par M[me] Vergiat (formation, emploi, logement, santé, etc.). Les sociétés occidentales submergées ne peuvent d'ores et déjà plus faire face. M[me] Vergiat préconise que les pays en développement qui accueillent des populations déplacées s'alignent sur les règlementations laxistes et outrageusement généreuses de l'Union européenne, alors même qu'ils peinent à garantir ces droits à leurs propres citoyens. Je réclame pour eux ce que je réclame pour mon pays: le droit de choisir d'accueillir ou pas des migrants et de pratiquer des différences de traitement en faveur de leurs nationaux.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un informe de iniciativa propia, realizado desde nuestro grupo y que aborda de manera necesaria y urgente la crisis humanitaria que vive la Unión como consecuencia de conflictos, violencia y represión en países de origen de flujos de movilidad forzada. El informe llama sin paliativos a cumplir los Convenios internacionales, especialmente aquellos en materia de derechos humanos, de asilo y refugio, así como a atender de manera integral, urgente y con suficientes medios, por parte de los Estados miembros y del ejecutivo comunitario, el conjunto de problemas y vulnerabilidades de diferente índole, del que son víctimas las personas en movilidad hacia y al interior de la Unión, desde una aproximación basada en los derechos humanos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it addresses challenges linked to migration in third countries and focuses on the respect of their human rights, such as children's and women's rights, non-discrimination, LGBTI rights, right to work. It makes clear recommendations, suggesting reintegration programmes for migrants returning to countries of origin, safe and legal migration channels and improving 'hot spots' at EU external borders.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted against the report. I express my deep concern at the dramatic challenges and grave human rights violations faced by many migrants in numerous countries of transit or destination. I believe that the EU and its Member States must lead by example in promoting and protecting the human rights of migrants, in particular within their own borders, in order to be credible when discussing migration and human rights in third countries. The report did not present well situation of children in the light of human rights in third world countries which deserves in-depth analysis.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση εμπεριέχει πολλά σημαντικά στοιχεία και σε αρκετά κάνει κριτική και σε υφιστάμενες πολιτικές της ΕΕ. Η έκθεση τονίζει ότι η μετανάστευση είναι παγκόσμιο και πολυδιάστατο φαινόμενο και ότι τα ανθρώπινα δικαιώματα είναι πανανθρώπινα και χωρίς διακρίσεις. Παρουσιάζει τη συνολική εικόνα που έχει σήμερα η μετανάστευση, με περίπου 244 εκατομμύρια άτομα να θεωρούνται διεθνείς μετανάστες. Επίσης δίνει και τη διάσταση για τους εγχώριους μετανάστες. Σημαντικό είναι ότι η έκθεση καταπιάνεται και με τα ζητήματα ένταξης των μεταναστών στις τοπικές κοινωνίες, καθώς επίσης και προγράμματα επανένταξης στις χώρες προέλευσής τους. Για αυτούς τους λόγους, θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της υπερψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Given the role that fundamental rights play within the EU, increasing globalisation and internationalisation of business activities and supply chains will make the role that corporations play in ensuring respect for human rights more important. Therefore, there is a urgent need to act in a continuous, effective and coherent manner at all levels, including national, European and international, in order to effectively address human rights abuses by international corporations, especially those based in the EU. I think it is imperative there are judicial, administrative, legislative or other appropriate means, that when such human rights violations occur and that those affected have access to an effective remedy, when a corporation based in the given states holds, directs or controls companies that are responsible for human rights violations in other countries. Accordingly, I have voted in favour of the above resolution.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der linken Abgeordneten Marie-Christine Vergiat enthält einige positive Elemente. So hält der Text fest, dass Menschenrechte für alle Geltung haben und die EU unter anderem dem Schutz von Frauen und Minderjährigen gegen Gewalt sowie der Bekämpfung des Menschenhandels hohe Priorität einräumen sollte. Allerdings enthält der Bericht eine Vielzahl von nicht akzeptablen Passagen. So wird keine klare Unterscheidung zwischen verfolgten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten gemacht. Ausschließlich die Rechte von Migranten – etwa auf Bildung und Arbeit sowie auf Familienzusammenführungen – werden betont, nicht aber deren Pflichten. Zudem wird das Märchen, wonach die internationale Migration als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in europäischen Staaten verwendet werden kann und angeblich dazu beiträgt, das Demographieproblem in Europa zu lösen, erneut aufgeführt. Zudem wird unbesehen tatsächlicher Verhältnisse pauschal unterstellt, Migranten würden einen Beitrag zum kulturellen Reichtum in Europa leisten. Als Höhepunkt wird in Ziffer 4 gar in Abrede gestellt, dass es so etwas wie eine illegale Migration überhaupt geben könne. Der Bericht ist damit gespickt von linksgrüner Ideologie, welche geltendes Recht am liebsten geflissentlich ignorieren, die Pflicht zur Eigenverantwortung in Abrede stellen und ein nicht zu finanzierendes Schlaraffenland auf Kosten der Steuerzahler errichten möchte. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de M[me] Vergiat qui ne remplit pas ses objectifs et multiplie les incantations mais ne propose pas de solution acceptable et réaliste.

Plutôt que d'insister sur la nécessaire coopération entre l'UE et les pays tiers dans la résolution des conflits et le développement, ce rapport se concentre sur les mesures que les États membres de l'Union devraient prendre pour garantir l'accueil des migrants sur leur territoire.

En outre, M[me] Vergiat confond migrant, demandeur d'asile et réfugié, érigeant l'ensemble des catégories en victimes que nos pays seraient en devoir d'accueillir et d'intégrer pour la simple raison que la migration a une influence positive sur nos sociétés confrontées par ailleurs à un problème démographique.

Je passe également les préconisations en matière d'immigration légale, de regroupement familial et d'intégration avec des propositions telles que la traduction du contrat de travail dans une langue que le migrant comprend, l'association des migrants à l'ensemble des processus de prise de décisions sociales et politiques ou la reconnaissance automatique des qualifications…

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o ljudskim pravima i migracijama u trećim zemljama, jer migracijski tokovi, koji su svakodnevno u sve većem porastu, imaju važne gospodarske, društvene i političke posljedice na matične i na odredišne zemlje migranata. Europska unija i njezine države članice moraju pružati primjer kad je riječ o promicanju i zaštiti ljudskih prava migranata, osobito unutar vlastitih granica, kako bi mogli biti vjerodostojni sudionici rasprave o migracijama i ljudskim pravima u trećim zemljama.

Ovo Izvješće, koje podržavam, prepoznaje trud koji su treće zemlje uložile u prihvaćanje migranata i izbjeglica te ističe da su sustavi podrške tih zemalja suočeni s velikim izazovima, koji mogu ozbiljno ugroziti zaštitu sve većeg broja raseljenih stanovnika.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il est de mon devoir de condamner cette proposition qui sape la souveraineté des États, membres ou non. Ces derniers ont le droit, et même le devoir, de choisir et de diriger leur destinée.

J'ai voté contre.

Agnes Jongerius (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-delegatie heeft zich onthouden van stemming over het verslag "Mensenrechten en migratie in derde landen". Uiteraard zijn wij voor de bescherming van mensenrechten wereldwijd, en mag het EU-migratiebeleid niet in strijd zijn met het internationaal en Europees recht, zoals bijvoorbeeld het vluchtelingenverdrag van 1951.

Dit verslag is echter inconsistent omdat het geen verschil lijkt te maken tussen migranten en vluchtelingen. In onze ogen is dit onderscheid wel belangrijk. Om het draagvlak te bewaken voor de bescherming van vluchtelingen – die door oorlog, geweld en vervolging uit hun thuisland zijn verdreven – is het belangrijk dat er ook een effectief terugkeerbeleid is voor migranten die geen recht op asiel hebben, en vooral met economische motieven naar Europa zijn gekomen.

Door dit gebrek aan nuance konden wij niet instemmen met dit verslag. Omdat we het wel eens zijn met de oproep om de mensenrechten bij het migratiebeleid niet uit het oog te verliezen, lag de keuze om ons van stemming te onthouden het meest voor de hand.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de ma collègue Marie-Christine Vergiat relatif aux droits de l'homme et aux migrants. Le texte qui nous était soumis souffrait de trop de propos démagogiques et d'une absence de propositions concrètes et réalistes pour permettre à l'Union de concilier la protection des droits de l'homme dans les pays tiers et la lutte contre l'immigration illégale.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I have supported the report of MEP Vergiat as it is of utmost importance to make sure that the human rights of migrants and refugees are respected across Europe. What is equally important is that the Member States understand the complexity of the issue and cooperate, so as to help the Member States receiving the refugees and immigrants by allowing the relocation mechanism to function. It is a collective approach that we need to adopt.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den vorliegenden Bericht. Er geht von der Annahme aus, dass illegale Migration am besten reduziert wird, indem man sie legalisiert und somit das Problem massenhafter illegaler Grenzübertritte in legale umwandelt. Außerdem fordert er eine Steigerung des Einflusses von NGOs aus dem Asylbereich beim Erstellen von Maßnahmen und Gesetzesvorschlägen.

Othmar Karas (PPE), *schriftlich*. – Der zur Abstimmung gestandene Bericht ist insgesamt unausgewogen. Der wichtigen Differenzierung von „Migration" und „Flucht" wurde nicht ausreichend Rechnung getragen. Auch wurden die Begrifflichkeiten immer wieder vertauscht und missverständlich verwendet. Insbesondere bei einer komplexen und vielschichtigen Thematik wie den Migrations- und Flüchtlingsherausforderungen ist eine präzise und differenzierte Auseinandersetzung von hoher Bedeutung. Für einen ausgewogeneren Bericht fehlt zudem die Referenz zur rechtmäßigen Rückführung von denjenigen Personen, die keinen positiven Asylbescheid oder Recht auf internationalen Schutz erhalten. Ebenso wurde außer Acht gelassen, dass auch den Herkunfts- und Transitländern eine Verantwortung bei der effektiven Umsetzung bestehender bilateraler Rückübernahmeabkommen zukommt. Darüber hinaus fehlen Hinweise auf die Bedeutung der europäischen Grenz- und Küstenwache für ein effektives Außengrenzmanagement, auf die Wichtigkeit der Schaffung einer gemeinsamen EU-Liste sicherer Herkunftsländer sowie auf die Auswirkungen der Migration auf den Arbeitsmarkt. Um den Bericht ausgewogener zu gestalten, hat die EVP-Fraktion bei der Plenarabstimmung zahlreiche gesonderte und getrennte Abstimmungen beantragt. Herr Abgeordneter Michael Gahler hat zusätzlich zwei mündliche Änderungsanträge betreffend die Bedeutung von Rückführungen und Umsetzung bilateraler Rückübernahmeabkommen eingebracht. Da der Ausgang dieser Abstimmungen den Text insgesamt nicht verbessern konnte und die mündlichen Anträge von Herrn Gahler nicht angenommen wurden, habe ich mich dazu entschieden, gegen den Bericht zu stimmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it addresses challenges linked to migration in third countries and focuses on the respect of their human rights, such as children's and women's rights, non-discrimination, LGBTI rights, right to work. It makes clear recommendations, suggesting reintegration programmes for migrants returning to countries of origin, safe and legal migration channels and improving 'hot spots' at EU external borders.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der linken Abgeordneten Marie-Christine Vergiat enthält einige positive Elemente. So hält der Text fest, dass Menschenrechte für alle Geltung haben und die EU unter anderem dem Schutz von Frauen und Minderjährigen gegen Gewalt sowie der Bekämpfung des Menschenhandels hohe Priorität einräumen sollte. Allerdings enthält der Bericht eine Vielzahl von nicht akzeptablen Passagen. So wird keine klare Unterscheidung zwischen verfolgten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten gemacht. Ausschließlich die Rechte von Migranten – etwa auf Bildung und Arbeit sowie auf Familienzusammenführungen – werden betont, nicht aber deren Pflichten. Zudem wird das Märchen, wonach die internationale Migration als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in europäischen Staaten verwendet werden kann und angeblich dazu beiträgt, das Demographieproblem in Europa zu lösen, erneut aufgeführt. Zudem wird unbesehen tatsächlicher Verhältnisse pauschal unterstellt, Migranten würden einen Beitrag zum kulturellen Reichtum in Europa leisten. Als Höhepunkt wird in Ziffer 4 gar in Abrede gestellt, dass es so etwas wie eine illegale Migration überhaupt geben könne. Der Bericht ist damit gespickt von linksgrüner Ideologie, welche geltendes Recht am liebsten geflissentlich ignorieren, die Pflicht zur Eigenverantwortung in Abrede stellen und ein nicht zu finanzierendes Schlaraffenland auf Kosten der Steuerzahler errichten möchte. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A délszláv háború kapcsán találkoztunk valódi menekültekkel. Jöttek Magyarországra az idősek, a nők és a gyerekek. A férfiak a hazájukat védték, ezért nem jöttek. Pénzük alig volt, hiszen háborús övezetben nincs eladható ingóság, ingatlan. Bármilyen lakhatásnak, ételnek, ruhának őszintén örültek. Nem követelőztek, nem fenyegetőztek, nem szemeteltek. Csendben, szerényen elfogadták, amit kaptak. Nem akarták ránk erőszakolni a saját szokásaikat. A vallásukat pláne nem. Ahol tudtak segítettek. Majd amikor eljött az idő, hogy visszatérhettek a saját hazájukba, hálával búcsúztak tőlünk. Ilyenek a valódi menekültek.

A mostani migránsokra aligha illenek a fentiek, tehát a jelentéssel nagyon nagy bajok vannak. Mint ahogy nagyon nagy bajok vannak és lesznek a 80%-ban fiatal férfiakból álló, menekültnek álcázott csapatokkal. Tudja azt valaki, hogy közülük hányan követtek el háborús, vagy köztörvényes bűncselekményeket? Felelősséget vállal értük az, aki behívta őket? Vagy legalább olvasta a Genfi Egyezmény vonatkozó passzusait?

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, in recent years, many people have been forced to leave their countries and become migrants on account of conflicts, extreme poverty and particularly human rights violations. Far more disturbing, however, is the fact that as migrants they continue to face human rights violations in numerous countries of transit or destination. The EU and its Member States should lead by example in promotion and protection of the human rights of migrants, notably within their own borders, in order to be credible partners when discussing migration and human rights with third countries. Therefore, the EU should identify specific actions that Member States should take to combat xenophobia and to facilitate social integration of migrants. With regard to human rights and migration in third countries, the EU should use various policy instruments in its relations with developing countries in order to protect human rights/rights of migrants there. In this context, the EU and its Member States should incorporate migration issues as a component of the political dialogue with third countries. The EU also should provide technical assistance to improve national and local human rights/migrants policies in third countries. Last but not least, the EU should work actively with NGOs and civil society in third countries.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il fenomeno della migrazione è un fenomeno globale, non solo europeo, che è stato scatenato da vari fattori tra cui le condizioni economiche, sociali, politiche, lavorative, di sicurezza e ambientali nel mondo. L'UE tutta, e non solo gli Stati di frontiera, ha la responsabilità di affrontare il problema, soprattutto dal punto di vista umano, unendo però alla protezione dei diritti fondamentali, la necessità di garantire la sicurezza dei nostri cittadini. La relazione del Parlamento, approvata oggi mette in evidenza la difesa dei diritti dei migranti, tra cui quello di lasciare il proprio paese e l'accesso alla giustizia e a un ricorso effettivo. Essa si concentra sulle violenze causate a donne e bambini, chiedendo l'implementazione di politiche migratorie sensibili ai diritti dei gruppi più vulnerabili; ricorda che i diritti economici, sociali e culturali dovrebbero essere garanti a tutti i migranti in egual modo, e sottolinea che il concetto di «paese sicuro» non dovrebbe essere discriminatorio per nessun migrante al momento della richiesta di asilo politico. Si chiede, dunque, che ogni Stato si assuma le sue responsabilità e che riconosca i suoi obblighi di diritto internazionale, per un'Europa solidale e sicura.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – L'immigration est de plus en plus un phénomène Sud-Sud et le nombre de réfugiés en nette augmentation. C'est sur les réfugiés que s'est concentré le rapport sur les migrations hors d'Europe. Plutôt que de sous-traiter la gestion des flux migratoire à nos voisins en fermant les yeux sur le respect des droits de l'homme , le rapport prône d'ouvrir les yeux et de montrer l'exemple.

Nous proposons: la signature par tous les États membres de la convention internationale sur la protection des droits des travailleurs migrants et de leur famille; le refus des réadmissions forcées; le refus des expulsions collectives; le respect du droit au regroupement familial et le droit de quitter un pays et d'y revenir; un travail de fond avec nos partenaires à la mise en œuvre de législations respectueuses des droits des migrants.

Ce dernier point est crucial dans l'accord UE-Turquie et les suivants qui s'en inspirent. C'est pourquoi nous demandons un travail de suivi et d'évaluation de ces accords par le Parlement, pour s'assurer du respect des droits fondamentaux, alors que ces accords sont souvent écrits de façon à éviter tout contrôle parlementaire. J'ai donc bien évidemment soutenu ce rapport.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Droits de l'homme et migration dans les pays tiers» . Il s'agit pour l'Union européenne de forcer les pays non membres de l'UE mais contraints de subir les effets de la politique d'immigration de l'Allemagne à adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins. Il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers autant que des États membres. Ceci est inacceptable.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à faire adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins par les États non membres de l'UE. En plus d'être un rapport immigrationniste, il porte une atteinte évidente à la souveraineté des États non membres. J'ai fermement et logiquement voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que la derecha ha tratado de imponer en el informe el blanqueamiento de las violaciones sistemáticas de derechos humanos de las personas migrantes que se dan en la Unión, como los retornos al país de origen contra la voluntad de la persona migrante, esto ha sido rechazado y he podido votar a favor del informe. El mismo recoge una serie de elementos positivos, que apuntan a las causas sistémicas de las migraciones y a la necesidad de una política migratoria basada en los derechos humanos y en las vías legales y seguras de acceso. También he votado a favor del informe, porque supone una crítica al actual modelo de la Unión de externalización de fronteras y de gestión de la migración por parte de terceros países, un modelo que rechazo completamente, además de proponer medidas efectivas para el libre acceso de las personas migrantes a los derechos sociales y laborales y los servicios públicos de los países en los que residen. De ahí mi apoyo al informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der linken Abgeordneten Marie-Christine Vergiat enthält einige positive Elemente. So hält der Text fest, dass Menschenrechte für alle Geltung haben und die EU unter anderem dem Schutz von Frauen und Minderjährigen gegen Gewalt sowie der Bekämpfung des Menschenhandels hohe Priorität einräumen sollte. Allerdings enthält der Bericht eine Vielzahl von nicht akzeptablen Passagen. So wird keine klare Unterscheidung zwischen verfolgten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten gemacht. Ausschließlich die Rechte von Migranten – etwa auf Bildung und Arbeit sowie auf Familienzusammenführungen – werden betont, nicht aber deren Pflichten. Zudem wird das Märchen, wonach die internationale Migration als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in europäischen Staaten verwendet werden kann und angeblich dazu beiträgt, das Demographieproblem in Europa zu lösen, erneut aufgeführt. Zudem wird unbesehen tatsächlicher Verhältnisse pauschal unterstellt, Migranten würden einen Beitrag zum kulturellen Reichtum in Europa leisten. Als Höhepunkt wird in Ziffer 4 gar in Abrede gestellt, dass es so etwas wie eine illegale Migration überhaupt geben könne. Der Bericht ist damit gespickt von linksgrüner Ideologie, welche geltendes Recht am liebsten geflissentlich ignorieren, die Pflicht zur Eigenverantwortung in Abrede stellen und ein nicht zu finanzierendes Schlaraffenland auf Kosten der Steuerzahler errichten möchte. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Usnesení „vyzývá všechny státy, aby uznaly svoji povinnost v oblasti azylu a migrace vyplývající z mezinárodního práva a aby přijaly vnitrostátní právní předpisy nezbytné pro účinné provádění těchto závazků“. Považuji to za tlak EU na členské státy, aby se podrobily migračním kvótám. Usnesení „požaduje podporu pro spuštění specifických mechanismů sociálně-právní ochrany pro migranty a žadatele o azyl LGBTI“. Nevidím důvod, proč by gayové, lesby, bisexuálové, transsexuálové a intersexuálové z řad migrantů měli mít specifické mechanismy sociálně-právní ochrany v EU. Nevidím důvod, proč by někomu měl být udělován přednostně azyl jen proto, že prohlásí, že je bisexuál. Nesouhlasím ani s výzvou, aby EU definovala pojem „klimatický uprchlík“ a dávala automaticky azyl někomu jen kvůli tomu, že v jeho zemi je horko.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – UNHRC estimates there are 65.3 million displaced and over 10 million stateless people worldwide. According to the UN, there are 244 million international migrants. Migration is therefore a global issue.

Significantly, migration is a human right enshrined in the Geneva Convention and UNDHR. However, many refugees, asylum seekers and irregular migrants are criminalised and penalised.

Development aid is key to tackling the migration crisis. Member States should honour their pledge of 0.7 GNI for development aid. This aid should consider the root causes of migration and its global context. The flow of migration is largely within the global south, with most refugees hosted by developing countries. Therefore, aid should address sources of conflict and migration in host and transit countries, and mostly in the countries of origin of the migrants.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – In order to address the human rights protection gap which migrants face, we urged national governments and parliaments to abolish punitive legal schemes which criminalise migration. We requested the implementation of short, medium and long-term solutions to ensure safe conditions for migrants.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Právny rámec ochrany migrantov je v EÚ daný vnútroštátnym, únijným a medzinárodným právom, ktorými sú členské krajiny viazané.

Podľa odhadu Úradu vysokého komisára OSN pre utečencov existuje prinajmenšom 10 miliónov osôb bez štátnej príslušnosti, pričom nestabilita najmä v rozvojových krajinách v spojení s humanitárnou krízou postihuje viac ako 65 miliónov utečencov a vysídlených osôb. Vzhľadom na súčasný vývoj vo svete predstavuje migrácia zároveň vysoké bezpečnostné riziko a prenikanie nezákonnej trestnej činnosti v podobe obchodovania s ľuďmi, prevádzačstvom, vykorisťovaním v práci. Zároveň z krajín EÚ dochádza k presídľovaniu obyvateľstva, čo bude mať negatívne dosahy na únik mozgov.

Migrácia tak ovplyvňuje hospodársky a sociálny stav krajín, z ktorých migranti prichádzajú, a súčasne aj cieľových krajín.

Podporujem návrh, ktorý zdôrazňuje potrebu dodržiavania ľudských práv a zároveň dôsledných postupov členských krajín pri udeľovaní azylu tak, aby boli chránené bezpečnostné, hospodárske a ekonomické záujmy krajín Únie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη μετανάστευση σε τρίτες χώρες, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte apporte la preuve que l'Union européenne ne veut plus seulement contrôler les États membres et interférer dans leurs affaires internes mais également décider des affaires des pays tiers, et surtout imposer sa vision de la politique migratoire. Ce texte mentionne notamment les «normes en termes de droits des migrants clandestins». C'est la même vision que celle que la Commission essaie de nous imposer depuis des années, et à laquelle nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour on the report on corporate liability for serious human rights abuses in third countries. I agree that any activity in which the EU is involved should always be done in accordance with the core values and principles on which the EU is founded upon. The protection of human rights is one of the top priorities indeed.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório constitui um documento importante e necessário para a salvaguarda dos direitos humanos dos migrantes, na medida em que os direitos humanos são direitos inerentes a todos os seres humanos, sem qualquer distinção. O relatório apela a que os Estados-Membros ratifiquem todos os tratados e todas as convenções internacionais em matéria de direitos humanos e que apliquem as normas relativas aos direitos dos migrantes, designadamente o direito à saúde, à educação e ao alojamento, bem como a proteção acrescida das crianças e jovens desacompanhados. Votei a favor.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Dado el creciente peso que está tomando el fenómeno de la migración, apoyo el informe sobre derechos humanos y migración en terceros países, en el que se establece que tanto la Unión como sus Estados miembros se conviertan en ejemplo en el fomento y la protección de los derechos humanos de los migrantes, independientemente de su estatus.

Para ello, desde la Unión debemos impulsar la cooperación en materia de defensa de los derechos de los migrantes con las organizaciones internacionales competentes, especialmente en los países más afectados, con el fin de garantizar una acogida digna y respetando sus derechos.

Además, debemos incidir en aunar esfuerzos para luchar contra el tráfico de migrantes.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Τάσσομαι υπέρ του ψηφίσματος για τα ανθρώπινα δικαιώματα και τη μετανάστευση σε τρίτες χώρες και εκφράζω την αλληλεγγύη μου προς τα άτομα που αναγκάζονται να εγκαταλείψουν τη χώρα τους, μεταξύ άλλων, λόγω συγκρούσεων, διώξεων, παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ανέχειας, και τονίζω ότι η ΕΕ και τα κράτη μέλη της πρέπει να αποτελούν παράδειγμα όσον αφορά την προώθηση και την προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων των μεταναστών, ιδίως εντός των συνόρων τους, προκειμένου να διασφαλίσουν την αξιοπιστία τους στο πλαίσιο της συζήτησης για τη μετανάστευση και τα ανθρώπινα δικαιώματα σε τρίτες χώρες.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht von Marie-Christine Vergiat befasst sich nur oberflächlich mit den Perspektiven zu Drittländern und weist gravierende Mängel auf. Daher habe ich diesen Bericht abgelehnt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP parengtą pranešimą, kuriame apžvelgiama žmogaus teisių ir migracijos trečiosiose šalyse padėtis. Šiame pranešime analizuojama daug įvairių problemų – kova su kontrabandininkais ir prekiautojais žmonėmis, migrantų ir žmonių be pilietybės, nelydimų mažamečių ir vaikų pažeidžiamumo, išnaudojimo klausimai.

Pritariu nuostatoms, kuriomis raginama efektyviau koordinuoti ir vertinti įvairių ES finansinių priemonių įgyvendinimą, jų poveikį ir tęstinumą – šios priemonės dabar yra paskirstytos įvairiose srityse, pvz., migracijos politikos, tarptautinio vystomojo bendradarbiavimo, išorės politikos, kaimynystės politikos ir humanitarinės pagalbos srityse, o jas įgyvendinant 2004-2014 m. laikotarpiu daugiau nei 400 projektų įgyvendinimui sutelkta daugiau kaip 1 mlrd. EUR.

Pasisakau už tai, kad susitarimuose su trečiosiomis šalimis turi būti numatyta, jog didelė šios paramos dalis turi būti skirta tam, kad būtų įveikta migraciją lemianti socialinė, ekonominė ir politinė krizė. Tai padėtų sumažinti migracijos srautus Europos Sąjungos sienų link.

Taip pat esu už tai, kad būtų stiprinama ES išorės sienų apsauga ir kontrolė ir už tai atsakingų ES institucijų – FRONTEX bei EASO – vaidmuo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport sur les droits des migrants dans les pays tiers prend bonne note de la responsabilité de l'Union européenne, en particulier par sa politique commerciale, dans l'aggravation des conflits et des inégalités dans le monde qui génèrent les flux migratoires actuels. A fortiori, avec le réchauffement climatique, ces flux nécessitent une réponse globale et pérenne. Le rapport rappelle également la nécessité pour les États membres de l'Union d'honorer leurs engagements et responsabilités internationales et d'assurer un accueil digne et humain, loin des conditions de la «jungle» de Calais. Il souligne les politiques d'inclusion et d'intégration par l'apprentissage de la langue du pays d'accueil ou encore le respect du droit du travail. La droite a tout de même réussi à introduire une demande de renforcement de Frontex et du renvoi de migrants en ponctionnant sur les fonds d'aide au développement. Dans ces conditions, en dépit du travail effectué par la rapporteure je ne peux voter pour. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à faire adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins par les États non membres de l'UE.

En plus d'être un rapport immigrationiste, il porte une atteinte évidente à la souveraineté des États non membres. J'ai donc voté contre celui-ci.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A migração é um fenómeno mundial e multidimensional, que tem na sua origem diversas causas, como as condições económicas (incluindo as alterações em matéria de distribuição da riqueza e de integração económica regional e mundial), as condições sociais e políticas, as condições de trabalho, as situações de violência, a situação em matéria de segurança, a paulatina degradação do meio ambiente e o agravamento das catástrofes naturais.

Este fenómeno deve ser tratado de modo coerente e equilibrado, de acordo com uma perspetiva global que tenha em conta a sua dimensão humana, nomeadamente o seu impacto positivo na evolução demográfica e no desenvolvimento económico.

Devem os Estados-Membros dar o exemplo ao garantirem a promoção e a proteção dos direitos humanos dos migrantes, nomeadamente no interior das suas próprias fronteiras, para que tenham credibilidade em debates sobre migração e direitos humanos nos países terceiros.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I could not support the final version of this text as essential amendments regarding readmission agreements and the safe return of those who do not qualify for asylum and protection in the Union were not adopted.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le droit de quitter son pays est consacré à l'article 13 de la Déclaration universelle des droits de l'homme. Les aspects internes et externes de la politique migratoire sont étroitement liés. Si l'Europe doit prendre ses responsabilités, les pays d'origine doivent prendre les leurs. Il s'agit de répondre ensemble aux défis communs de sécurité et de développement. Il n'y aura pas de développement sans une paix durable et sans sécurité comme il n'y aura pas de développement social, humain et économique sans prospérité. Il ne suffit pas seulement de réinstaller les réfugiés ou de répondre à leur besoins essentiels. Il est davantage nécessaire de lancer des actions dans les pays d'origine

afin de renforcer la résilience, d'améliorer la stabilité et d'encourager le développement. N'oublions pas qu'1 % de croissance en Afrique rapporte plus que la totalité de l'aide publique au développement. Il est évident que le commerce, s'il est accompagné de politiques nationales et d'aides pour le commerce, est un moteur de croissance. En ce qui concerne le fonds d'affectation spéciale d'urgence pour l'Afrique, doté initialement de 1,8 milliard d'euros par la Commission, il est urgent que les États membres et les autres donateurs remplissent leurs engagements visant à doubler ces montants.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Migrácia je v súčasnosti často diskutovaným fenoménom, ktorý ovplyvňujú rôzne faktory, či už sú to hospodárske, sociálne a politické podmienky, alebo podmienky týkajúce sa práce, násilia, bezpečnosti, zhoršujúceho sa životného prostredia v danej krajine. Práva migrantov sú právne zakotvené v medzinárodných dohovoroch a ich uznávanie je nevyhnutné. Migranti majú právo, aby neboli vrátení do krajiny, kde im hrozí zlé zaobchádzanie a mučenie; je potrebné dodržiavať ich práva na prístup k spravodlivosti. Obzvlášť zraniteľnou skupinou medzi migrantmi a častejšie medzi utečencami sú ženy a deti, staršie osoby a zdravotne postihnutí. Jednotlivé členské štáty by mali v otázke migrantov a utečencov zaviesť komplexné národné migračné politiky, s dôrazom na problematiku pohlavia, v záujme bezpečnosti týchto osôb. Právo na vzdelanie, prácu a rodinný život podporujú sebestačnosť migrantov a utečencov a ich rýchlejšie začlenenie. Dobre organizovaná konkrétna reakcia štátov v oblasti migrácie môže byť príležitosťou, ako pre jednotlivcov, tak aj pre krajiny. Migrácia je dynamický prvok, ak ho Európa dokáže efektívne zvládnuť, môže byť protiváhou demografickej krízy, ktorému postupne čelia mnohé krajiny. Na druhej strane sa Európa musí sústrediť na pomoc pri riešení sociálnych, hospodárskych a politických kríz, ktoré migráciu vyvolávajú, čo by zároveň prispelo k zastaveniu migračných tokov smerujúcim k hraniciam EÚ.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Külügyi Bizottság állásfoglalás-tervezete a migrációs válság kezelése során fölmerülő emberi jogi problémákat tekinti át. Nagy hangsúlyt helyez a migráns és a menekült fogalmának határozott megkülönböztetésére, fölhívja a figyelmet a két kategória összemosásából adódó emberi jogi problémákra. Igyekszik kíméletlenül szembenézni a migránsok jogainak tiszteletben tartása során felmerülő kihívásokkal és kockázatokkal. Fölhívja az Unió szerveit, hogy a migránsok és menekültek jogait különálló elemként tűzzék az érintett harmadik országokkal folytatott párbeszédek napirendjére, a kiszolgáltatott helyzetben lévő emberek és a migránsok jogainak védelme terén tevékenykedő nem kormányzati szervezetek, emberijog-védők, újságírók és ügyvédek védelmét célzó európai projektek finanszírozását pedig kezeljék kiemelten.

A tervezetet támogattam szavazatommal.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de forcer les pays non membres de l'Union à adopter les normes européennes relatives aux droits des clandestins, sur un modèle laxiste. Il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers sur des questions qui relèvent, plus que toute autre, de leur responsabilité. Le vote est bien entendu négatif.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O artigo 13.º da Declaração Universal dos Direitos do Homem das Nações Unidas consagra a migração como um direito humano. A comunidade internacional deveria respeitar esta disposição, assim como quaisquer obrigações internacionais pertinentes relativas a refugiados e migrantes e a reconhecer o contributo positivo dos refugiados e dos migrantes para as nossas sociedades, beneficiando os países de destino, os países de trânsito e os países de origem, incluindo os países em desenvolvimento.

É urgente criar mecanismos de combate às violações dos direitos humanos a que estão expostos os migrantes, as quais são particularmente graves em situações provocadas por desafios à segurança e catástrofes naturais.

Defendo a necessidade de uma forte sensibilização, especialmente nos países de destino, para combater a xenofobia e facilitar a integração social dos migrantes.

Saliento a importância de reforçar a garantia dos direitos dos grupos vulneráveis, como as mulheres, as crianças, as pessoas LGBT, as pessoas com deficiência e os idosos, que são especialmente vulneráveis a todos os tipos de riscos, nomeadamente à violência, ao tráfico de seres humanos e aos abusos.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'Union de forcer les États non membres à subir les effets délétères de la politique allemande d'immigration et à adopter les normes européennes laxistes en matière d'immigration.

De plus, il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers autant qu'à celle des États membres. J'ai donc voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which addresses challenges linked to migration in third countries and focuses on the respect of their human rights, such as children's and women's rights, non-discrimination, LGBTI rights, right to work. The report makes a clear distinction between migrants, asylum-seekers and refugees. The report focuses particularly on problems linked to statelessness of migrants and on humanitarian conditions in of origin and transit countries.

The rapporteur makes clear recommendations, suggesting reintegration programmes for migrants returning to countries of origin, safe and legal migration channels and improving 'hot spots' at EU external borders .

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport confus, fourre-tout et complètement déconnecté des réalités sur les droits de l'homme et les migrations dans les pays tiers. Le texte soutenait notamment que les variations des flux migratoires entraînent d'importantes retombées économiques, sociales et politiques, que les migrants en situation irrégulière sont ceux qui ont le plus besoin d'une protection ou encore que les migrants contribuent à accroître la diversité et la richesse culturelle des pays d'accueil.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando la portata del fenomeno, che oggi coinvolge 65 milioni di rifugiati e circa 244 milioni di migranti; considerando la complessità dei flussi e, in particolare la loro natura transnazionale, valutato l'ampio spettro delle cause, dal cambiamento climatico alla guerra, e il loro comune denominatore, la fame e la disperazione; esprimiamo un voto favorevole sulla presente relazione. Il testo, tenendo conto del carattere multidimensionale della migrazione, promuove un approccio olistico che ben bilancia le questioni legate alla dignità umana con i principi di sicurezza. Condividiamo, inoltre, la forte preoccupazione per il rispetto dei diritti fondamentali e le condizioni umanitarie a cui i migranti sono sottoposti nei paesi di transito e, a tal riguardo, auspichiamo la ratifica e il rispetto delle convenzioni internazionali. Ciò considerato, riconosciamo la grande prova di solidarietà sostenuta da alcuni di questi paesi in via di sviluppo. Ribadiamo, poi, la grande importanza dell'inclusione della dimensione di genere nelle politiche migratorie. Le donne, soprattutto le giovani, sono, infatti, esposte a un maggiore tasso di rischio e violenza. Essendo la fascia più vulnerabile a gravidanze precoci, matrimoni forzati, abusi sessuali e fisici, e prostituzione, rimarchiamo la necessità di una tutela e di un'assistenza, soprattutto in materia sanitaria, specializzata.

József Nagy (PPE), *írásban*. - A harmadik országok és a migráció kapcsolatában hatalmas problémákkal nézünk szembe, melyeket megfelelő módszerekkel kell kezelnünk. Nem támogatom azt, hogy a fejlesztési segélyek kikényszerítésével kiszolgáljuk a háborús helyzeteket és a humanitárius katasztrófákat. Az emberi jogok tiszteletben tartása az Európai Unió egyik alapköve, melyet közvetítenünk kell a harmadik országok irányában is, és amikor erre szükségük van, támogatnunk kell ezeket az országokat. Ehhez azonban hatékony és legfőképpen hatásos módszerekre és eszközökre van szükség.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that stresses that human rights are essential to all human beings regardless of their ethnicity or religion, following the migration of persons that have been forced to leave their countries due to conflicts, persecution, violations of human rights and/or extreme poverty.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Acest raport evidențiază dificultățile pe care le întâmpină migranții atât în țările lor de origine, motiv pentru care sunt constrânși să caute refugiu în alte state, cât și în țările de tranzit și cele de destinație. Dreptul internațional în general și drepturile omului în mod special prevăd dreptul oricărei persoane de a beneficia de statutul de migrant atunci când situația o cere și susțin prin votul meu de astăzi apelul atât către statele membre UE, cât și către comunitatea internațională de a depune eforturi suplimentare pentru protejarea acestor oameni și asigurarea respectării drepturilor pe care le au.

De asemenea, așa cum subliniază și raportul, foarte mulți dintre migranți ajung să tranziteze sau se opresc în țări aflate în curs de dezvoltare, care întâmpină dificultăți majore în gestionarea acestor fluxuri. În acest sens, consider că sprijinirea acestor state în asigurarea unui tratament adecvat tuturor migranților trebuie să continue să fie o prioritate.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem zprávu o lidských právech a migraci ve třetích zemích, neboť podle mého názoru zašla řada návrhů, které EP podpořil, příliš daleko. Zpráva mimo jiné požaduje příliš širokou ochranu a podporu migrace, včetně té, která není legální. Příkladem je zdůraznění nezbytnosti uznání práva všech migrantů, včetně nelegálních migrantů, vytvářet organizace na ochranu práv pracovníků, například odbory, a stát se jejich členy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da eine weitere Besserstellung von Migranten und Asylanten gefordert wird und dies eine erhebliche Gefahr für unsere Gesellschaft und Sozialsysteme darstellt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Raport keskendub inimõiguste tagamisele nende puhul, kes on sunnitud oma kodudest erinevatel põhjustel lahkuma ning mujal riigis varjupaika otsima. Kutsutakse üles tühistama migratsiooni kriminaliseerimist riikides ning pöörama tähelepanu ka sisepõgenike suurele arvule. Erilist tähelepanu vajavad nõrgemas olukorras olevad inimesed, nagu naised, lapsed ja puuetega inimesed. Lahendus ülemaailmsele rändeprobleemile saab olla vaid rahu nimel töötamises välispoliitikas ning ELil on siin suur roll. On äärmiselt oluline, et nii ÜRO liikmed, EL kui ka ELi liikmesriigid oma rahalisi lubadusi humanitaarabi vallas täidaksid ning ELi liikmesriigid panustaksid 0,7% oma RKTst arenguabile.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Kiekviena valstybė narė pirmiausia turi tinkamai pasirūpinti savo piliečiais, suteikti jiems tinkamas gyvenimo sąlygas, socialinę, sveiktos apsaugą. Sąjunga ir jos valstybės narės turi rodyti pavyzdį propaguodamos ir apsaugodamos migrantų žmogaus teises, tačiau tai negali būti daroma piliečių ir nacionalinių interesų sąskaita. Reikia nedelsiant pakeisti požiūrį į migracijos politiką, siekiant sumažinti migracijos mastus. Būtina imtis realių veiksmų pašalinti pagrindines krizių priežastis, sukeliančias tokius masinės migracijos reiškinius. Taipogi, perskirstant po ES šalis atbėgėlius, tikslinga atsisakyti kvotų politikos. ES privalo stiprinti savo išorės sienas, siunčiant aiškią žinią ekonominiams migrantams iš trečiųjų šalių, kad jos bus uždarytos. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas migrantų grąžinimui į kilmės šalis, kur jie gali būti priimami visiškai saugiai, visapusiškai gerbiant visas jų pagrindines ir procedūrines teises.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η παρατεταμένη αστάθεια και οι συγκρούσεις σε ορισμένες περιοχές ευθύνονται για μια ανθρωπιστική κρίση που πλήττει περισσότερους από 65 εκατομμύρια πρόσφυγες και εκτοπισμένους, σύμφωνα με την Ύπατη Αρμοστεία των Ηνωμένων Εθνών για τους Πρόσφυγες. Η έκθεση καλεί όλες τις κυβερνήσεις να καταπολεμήσουν την έλλειψη προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, με την οποία βρίσκονται αντιμέτωποι οι μετανάστες, όπως επίσης τις καλεί να καταργήσουν τα τιμωρητικά νομικά πλαίσια που χαρακτηρίζουν τη μετανάστευση ποινικό αδίκημα. Επιπλέον, ζητεί από τα κράτη να κυρώσουν όλες τις διεθνείς συνθήκες και συμβάσεις για τα ανθρώπινα δικαιώματα και να εφαρμόσουν τα πρότυπα που σχετίζονται με τα δικαιώματα των μεταναστών και τα οποία βρίσκονται σε μια σειρά από νομικά μέσα. Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα την έκθεση, η οποία επιπλέον δίνει έμφαση στους τρόπους βελτίωσης της ποιότητας ζωής των μεταναστών, όπως και της οικονομικής και πολιτιστικής τους ανεξαρτησίας, μέσω της πρόσβασης στην ιατρική φροντίδα, στην απασχόληση και στην κατάρτιση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση καταγράφει διαπιστώσεις για την κόλαση που βιώνουν πρόσφυγες και μετανάστες, προσπαθώντας να ξεφύγουν από τη φωτιά του πολέμου που η ΕΕ και οι σύμμαχοι και ανταγωνιστές της προκαλούν. Αναφέρεται στη σωματική και ψυχολογική βία, σε περιορισμούς και εμπόδια στην αξιοπρεπή στέγαση και σίτιση, σε διακρίσεις με βάση τη θρησκεία, τη γλώσσα κλπ, σε παραβιάσεις του εργατικού δικαίου, στη δυσκολία πρόσβασης στην εκπαίδευση και πλήθος άλλων, χωρίς συγκεκριμένα μέτρα, έστω και για την ανακούφιση των προσφύγων και μεταναστών. Η πολιτική όμως της ΕΕ τους εμποδίζει να φτάσουν στον τελικό προορισμό τους, αποτελώντας βούτυρο στο ψωμί και για τους φασίστες, προκειμένου να ρίχνουν το ρατσιστικό δηλητήριό τους. Από αυτή τη σκοπιά είναι ανέξοδες οι εκκλήσεις της έκθεσης προς τα κράτη μέλη, για να αποτελούν «παράδειγμα» όσον αφορά τον σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, όταν με τις αποφάσεις της ΕΕ και των κρατών μελών της ΕΕ έχουν κλείσει τα σύνορα, με αποτέλεσμα πάνω από 60.000 πρόσφυγες και μετανάστες να βρίσκονται εγκλωβισμένοι σε άθλιες συνθήκες διαβίωσης στην Ελλάδα, την Ιταλία. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε λευκό, τονίζοντας την ανάγκη να δυναμώσει η πάλη των λαών ενάντια στους κατασταλτικούς μηχανισμούς της ΕΕ, στις συμφωνίες «Δουβλίνο» και «Σένγκεν», στον απαράδεκτο εγκλωβισμό που βιώνουν οι πρόσφυγες και μετανάστες.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The report contains various issues with which we cannot agree, such as the creation of migration channels into the EU. It also supports EU NAVFOR and freedom of movement, to which we are opposed. We are, however, supportive of various humanitarian aspects, but believe that the current EU approach is misguided. Support for genuine refugees would be best served with increased support as close to the country of origin as possible, to facilitate their quick return to their home country once the immediate danger has passed.

There is already a well-established and supported international regime for refugees, which should be adhered to, in particular in that asylum should be granted in the first safe country.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur considerando che la crisi dei rifugiati è una della principali sfide che l'Unione europea sta affrontando e che il problema delle gravi violazioni dei diritti umani subite da numerosi migranti nei diversi paesi di transito o di destinazione solleva particolare preoccupazione. Ritengo che le variazioni dei flussi migratori, in particolare in periodi di crisi, comportano notevoli ricadute economiche, sociali e politiche sia nei paesi di origine che in quelli di destinazione dei migranti. Pur rilevando l'importanza che riveste il suddetto argomento e, ammettendo che seguirò con interesse lo sviluppo di tale tematica, non ritengo che la presente obiezione corrisponda al mio pensiero e dunque ho espresso voto negativo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o ljudskim pravima i migracijama u trećim zemljama fokusira se na pronalaženje odgovarajućeg rješenja za učestalo kršenje prava migranata trećih zemalja. Nesumnjivo je da se danas sve više smanjuju razlike između migranata i izbjeglica te da zbog njihovog velikog broja diljem svijeta možemo govoriti i o globalnoj krizi koja utječe na EU-u, ali isto tako izaziva i humanitarnu krizu zemljama u razvoju koje često nisu spremne na posljedice koje ovakva kriza donosi sa sobom.

Slažemo se da je potrebna solidarnost i suosjećanje sa žrtvama prisilnih migracija, ali i poduzimanje akcija koje će pružiti konkretan odgovor na ovaj problem. Naši postupci moraju biti vođeni kvalitetnom analizom postojeće situacije i konsenzusom oko željenog stanja u budućnosti. Po ovom se pitanju očekuje iskrena suradnja Europske unije, država, članica, nevladinih organizacija i boraca za ljudska prava te na kraju i svih građana Europske unije.

Iako je ova rezolucija na tragu pružanja pravih odgovora, moram nažalost reći da sam zabrinuta zbog nekih njezinih dijelova te smatram da u cjelini ne daje pravi odgovor na ove velike izazove našeg vremena pa je stoga nisam podržala.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte a pour objectif que l'UE puisse forcer les pays non membres mais contraints de subir les effets de la politique allemande d'immigration à adopter les normes européennes en termes de droits des clandestins. Il s'agit bien évidemment d'une atteinte majeure à la souveraineté des États tiers autant que des États membres et je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Condivido pienamente la preoccupazione espressa nella relazione, relativamente alla grave situazione che milioni di persone devono affrontare a causa di conflitti, persecuzioni, violazioni dei diritti umani ed estrema povertà che li inducono ad abbandonare i propri paesi e ad intraprendere lunghi e pericolosi viaggi, durante i quali, spesso subiscono ulteriori abusi. Mi associo all'appello perché siano rispettati i loro diritti umani e dignità, e perché l'Unione europea sia la prima a dare il buon esempio. L'unica vera strategia che può produrre effetti positivi sul lungo termine è quella di promuovere un vero sviluppo economico, sociale e democratico dei paesi d'origine, affrontando così le cause profonde che spingono milioni di persone a emigrare. Allo stesso tempo, siamo tenuti ad assicurare, sulla base dei trattati internazionali e in nome dei nostri stessi valori, una vita dignitosa e indipendente ai profughi e ai migranti che arrivano in Europa. È nostro dovere garantire accesso alle cure sanitarie, all'istruzione, alla formazione e al mercato del lavoro, a cominciare dalle categorie più vulnerabili come donne, bambini e disabili, a cui va prestata particolare attenzione, promuovendo percorsi inclusivi e di emancipazione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Većinu izbjeglica i migranata na svijetu prihvaćaju upravo zemlje u razvoju. Iako je trud koji su treće zemlje uložile u prihvaćanje migranata i izbjeglica neosporan te su zemlje suočene s velikim izazovima zbog kojih je upitna adekvatna zaštita sve većeg broja migranta.

Važno je da Europska Unija i države članice rade na rješavanju raznih uzroka koji dovode do masovnih migracija. Također je važno da države članice ratificiraju sve međunarodne sporazume i konvencije o ljudskim pravima i da primjenjuju norme koje se odnose na migrante i koje su sadržane u brojnim pravnim instrumentima. Pristup zdravstvenoj zaštiti, zaposlenju i osposobljavanju ključni su ciljevi koje države domaćini trebaju promicati.

Dvije skupine migranata su posebno osjetljive, djeca bez pratnje te žene. Djeca bez pratnje imaju pravo na dodatnu razinu međunarodne zaštite te se mora osigurati spajanje s obitelji kad god je to moguće. Osobito su ugrožene i žene odnosno djevojke jer su najizloženije trgovini ljudima, ali se i najteže integriraju. Potrebno je uložiti veće napore za osnaživanje migrantica, pružajući im potrebno znanje i društvene vještine, kao i mogućnost učenje jezika što je izuzetno važno za sociokulturno uključivanje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda um dos problemas que marca, na atualidade, a crise do capitalismo e a crise na e da União Europeia: a crise humanitária e as grosseiras violações de direitos em território europeu. Com vários pontos positivos, o relatório revela insuficiências e está comprometido por um conjunto de referências negativas que a direita e a social-democracia viriam a impor, ainda que não na extensão que desejariam. O resultado da votação é disso expressão.

Omitem-se as causas dos problemas e as responsabilidades, diretas e indiretas, na sua origem. A UE, com os EUA e a NATO, é responsável pela desestabilização de todo o Médio Oriente e Norte de África, alimentando os grupos extremistas, que agora, em nome da luta contra o «terrorismo», dizem combater.

Tolda-se com uma muito ligeira crítica à Europa Fortaleza, ao mesmo tempo que considera necessário o reforço da segurança e da gestão das fronteiras, nomeadamente da Frontex. Saúda a missão EURONAVFOR MED e o seu papel no combate ao tráfico de migrantes e apela a que se intensifiquem estas missões. Uma análise da qual nos distanciamos veementemente, pelo que a realidade que retrata tem de criminoso, imbuída da visão securitária da UE.

Os elementos positivos que dele constam, bem como a sua origem, justificam uma abstenção.

Kati Piri (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-delegatie heeft zich onthouden van stemming over het verslag "Mensenrechten en migratie in derde landen". Uiteraard zijn wij voor de bescherming van mensenrechten wereldwijd, en mag het EU-migratiebeleid niet in strijd zijn met het internationaal en Europees recht, zoals bijvoorbeeld het vluchtelingenverdrag van 1951.

Dit verslag is echter inconsistent omdat het geen verschil lijkt te maken tussen migranten en vluchtelingen. In onze ogen is dit onderscheid wel belangrijk. Om het draagvlak te bewaken voor de bescherming van vluchtelingen – die door oorlog, geweld en vervolging uit hun thuisland zijn verdreven – is het belangrijk dat er ook een effectief terugkeerbeleid is voor migranten die geen recht op asiel hebben, en vooral met economische motieven naar Europa zijn gekomen.

Door dit gebrek aan nuance konden wij niet instemmen met dit verslag. Omdat we het wel eens zijn met de oproep om de mensenrechten bij het migratiebeleid niet uit het oog te verliezen, lag de keuze om ons van stemming te onthouden het meest voor de hand.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Migrace je celosvětový a velice komplexní problém, který má rozličný původ vycházející například z nevyhovujících hospodářských podmínek, ale také z násilného a konfliktního prostředí. Zpráva UNHCR odhaduje, že více než 65 milionů lidí muselo uprchnout ze své země původu z důvodu nestability nebo humanitární krize zapříčiněné vnitřními konflikty. Uvědomuji si, že na tento problém nelze najít jednoduchá řešení. Naopak je třeba přijmout opatření, která budou účinná z dlouhodobého hlediska. Přijatá zpráva se snaží adresovat důležitý aspekt migrační krize týkající se respektování důstojnosti a lidských práv uprchlíků a vyzývá členské státy, aby zrušily trestně právní režimy kriminalizující migraci. Dále také klade velký důraz na nutnost individuálního posouzení každé žádosti a identifikaci migrantů žádajících o mezinárodní ochranu a její následné poskytnutí. Práva uprchlíků by rovněž měla být zajištěna skrze zlepšení kvality jejich života, a to zejména prostřednictvím jejich přístupu ke zdravotní péči, vzdělání a zaměstnanosti. V tomto ohledu je nutné věnovat pozornost zejména těm nejslabším, a tedy ženám a dětem, jejichž počet mezi migranty a uprchlíky neustále stoupá. Ačkoliv se všemi výše uvedenými požadavky plně souhlasím, nemohu podpořit text znovu se odvolávající na povinný distribuční mechanismus a oslabující podle mého názoru návratovou politiku. Právě z těchto důvodu jsem se zdržel hlasování.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Anche io condivido le preoccupazioni espresse dal relatore per le sorti delle persone costrette a fuggire dal proprio paese a causa di conflitti, persecuzioni, violazioni dei diritti umani e di una situazione di miseria. Reputo necessario, infatti, che gli Stati membri rispettino la dignità e i diritti umani di tutti i migranti.Ma il testo proposto dal relatore fornisce una lettura del fenomeno migratorio diametralmente opposta rispetto alla mia e a quella del mio gruppo politico. Secondo il relatore, infatti, l'UE non dovrebbe stipulare accordi di riammissione con i paesi terzi e non dovrebbe subordinare i suoi finanziamenti in materia di cooperazione allo sviluppo all'effettiva collaborazione da parte degli Stati beneficiari nel controllo delle frontiere e nel contrasto dell'emigrazione

illegale. A mio avviso, invece, l'UE è una delle regioni del mondo che più sta facendo in termini di accoglienza e solidarietà e il doveroso rispetto dei diritti dei migranti non deve lasciare alcuno spazio alla confusione tra richiedenti asilo e migranti economici e alla concezione che l'emigrazione vada sempre accettata e che essa sia un fenomeno sempre positivo. Per tutte queste ragioni ho votato contro questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – To sprawozdanie sprawozdawczyni z grupy GUE Marie-Christine Vergiat zawiera kilka problematycznych kwestii. Prawie całkowite pomieszanie terminów „migrant" i „uchodźca". W kliku miejscach prawa zazwyczaj przyznawane uchodźcom rozszerzono na szerszą kategorię migrantów, przy czym nie rozróżniono migrantów legalnych i nielegalnych. Sprawozdanie brnie w kontrowersyjne dyskusje nad takimi kwestiami jak powroty i readmisja oraz polityka integracyjna i polityka rynku pracy, które wykraczają poza zakres kompetencji komisji. W sprawozdaniu apeluje się o „bezpieczne i legalne" drogi dostępu dla migrantów. Wzywa się również do stworzenia „trwałych i obowiązkowych programów relokacji". Apeluje się w nim o pełnię praw, w tym w zakresie mieszkania i kształcenia, dla nielegalnych migrantów oraz o uznawanie ich kwalifikacji, oraz o łączenie rodzin „w tym z przyczyn ekonomicznych" oraz „włącznie ze słabiej wykwalifikowanymi migrantami".

Jest też kilka pozytywnych elementów, takich jak właściwe sformułowania dotyczące poświęcenia szczególnej uwagi prawom kobiet, dzieci i innych najbardziej narażonych grup czy dotyczące finansowania dla UNHCR, FAO i innych organizacji pomagających udzielać schronienia uchodźcom w pobliżu ich państwa pochodzenia. Jednak nie równoważą one faktu, że w innych obszarach przekroczona została „nieprzekraczalna granica". Niezwykle ważne jest utrzymanie różnicy między terminem „migrant" i terminem „uchodźca". Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Protéger les droits des individus migrants est important. Mais ce sont les États membres, et surtout les pays tiers, qui doivent respecter les principes fondamentaux auxquels ils ont souscrit dans le cadre du droit international. Ce rapport, dont le vote a été reporté plusieurs fois, n'est véritablement pas abouti dans le sens où des imprécisions majeures rythment sa rédaction. Migrant, demandeur d'asile, réfugié, sont confondus. Par souci de cohérence, et comme l'a fait le groupe PPE dans son ensemble, j'ai voté contre ce rapport d'initiative.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Segundo as Nações Unidas, atualmente, cerca de 244 milhões de pessoas são consideradas migrantes internacionais. Há que considerar a migração como um fenómeno mundial e multidimensional, que tem na sua origem diversas causas, como as condições económicas (incluindo as alterações em matéria de distribuição da riqueza e de integração económica regional e mundial), as condições sociais e políticas, as condições de trabalho, as situações de violência e, claro, a situação em matéria de segurança.

Considero que o referido fenómeno deve ser tratado de modo coerente e equilibrado, de acordo com uma perspetiva global que tenha em conta a sua dimensão humana.

Manifesto a minha solidariedade para com as pessoas que são forçadas a abandonar o respetivo país devido a conflitos, perseguições, violações dos direitos humanos e situações de pobreza extrema.

Também denoto a minha profunda preocupação perante as graves violações dos direitos humanos de que são alvo muitos migrantes nos países de trânsito ou de destino.

No entanto, não considero que o presente relatório inclua as disposições mais adequadas para lidar com o referido fenómeno. Pelo conseguinte, o meu voto não é favorável ao presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The report contains various issues with which we cannot agree, such as the creation of migration channels into the EU. It also supports EU NAVFOR and freedom of movement, to which we are opposed. We are, however, supportive of various humanitarian aspects, but believe that the current EU approach is misguided. Support for genuine refugees would be best served with increased support as close to the country of origin as possible, to facilitate their quick return to their home country once the immediate danger has passed.

There is already a well-established and supported international regime for refugees, which should be adhered to, in particular in that asylum should be granted in the first safe country.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que a UE deve mostrar a sua solidariedade para com as pessoas que são forçadas a abandonar o respetivo país devido a conflitos, perseguições, violações dos direitos humanos e situações de pobreza extrema, entre outros fatores.

A União e os seus Estados-Membros devem dar o exemplo, ao garantirem a promoção e a proteção dos direitos humanos dos migrantes, nomeadamente no interior das suas próprias fronteiras, evitando as graves violações dos direitos humanos de que são alvo muitos migrantes nos países de trânsito ou de destino, para que tenham credibilidade em debates sobre migração e direitos humanos nos países terceiros.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le conflit syrien nous le rappelle chaque jour, à la guerre civile s'ajoute une crise humanitaire sans précédent avec environ 7,6 millions de personnes déplacées à l'intérieur du pays et 4,2 millions de réfugiés dans les pays voisins.

C'est dire si le monde est aujourd'hui confronté à la réalité migratoire, puisque selon l'ONU, presque 244 millions de personnes sont considérées comme des migrants internationaux. Victimes de conflits, de persécutions, de violations des droits de l'homme et, plus largement, de toute forme de situation de misère.

Un problème complexe qui concerne l'Union européenne en tant que terre d'accueil, mais aussi et avant tout les pays tiers, objet du rapport Vergiat que j'ai soutenu comme une majorité de députés européens ce midi.

Au delà du constat que dresse la résolution quant à la distinction difficile à établir entre réfugiés, demandeurs d'asile et migrants, le texte précise ce qui devrait être fait et ne l'est toujours pas. Cela concerne en priorité l'ouverture de voies sûres et légales de migration comme moyen de prévenir le trafic et la traite des êtres humains, ainsi que l'attention particulière que l'Union devrait accorder aux droits des migrants dans le cadre des stratégies par pays en matière de droits de l'homme.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Enquanto relatora-sombra neste relatório, as minhas preocupações focalizaram-se em alguns pontos essenciais: 1. Garantir a educação das crianças nos países e centros de acolhimento; 2. Garantir que os direitos das mulheres são respeitados nos países e centros de acolhimento e que a perspetiva de género se torne transversal a todas as relações com os migrantes; 3. Clarificar o impacto que os migrantes podem ter no desenvolvimento regional e no relançar social e económico da União Europeia; 4. Garantir a segurança dos europeus e dos migrantes através da implementação de corredores migratórios seguros; 5. Fazer depender a ajuda económica aos países terceiros dos progressos registados na melhoria da qualidade de vida das suas populações e dos migrantes que acolhem; 6. Assegurar a não discriminação e a igualdade perante a lei e a igual proteção da lei; 7. Promover os direitos sociais básicos dos imigrantes, nomeadamente: direito a abrigo, direito aos cuidados de saúde, direito a condições de trabalho justas, direito de organização, direito à educação e formação, direito a uma subsistência mínima, direito a uma vida familiar, direito à integridade física e moral e direito a ajuda legal; 8. Prevenir e eliminar movimentos clandestinos e o tráfico de trabalhadores migrantes, particularmente os não documentados.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque reclama de forma contundente y firme la defensa y protección efectiva de los derechos humanos de todas las personas que se ven forzadas, por diversas causas, a migrar.

El texto finalmente aprobado —a pesar del voto contrario de los grupos de la derecha— hace especial hincapié en medidas especiales de protección para los más vulnerables, en particular, mujeres y niños, y pide mejoras para la integración de migrantes en los países de acogida y su acceso a servicios básicos y el mercado laboral.

Aborda además de forma específica la situación de refugiados y desplazados internos —más de 65 millones de personas en la actualidad— cuya dignidad y derechos humanos son violados de forma flagrante, e insiste en que no hay mejor medio para prevenir el tráfico y la trata de seres humanos que la apertura de vías seguras y legales para la migración.

Asimismo, este informe pide a la Unión y a sus Estados miembros que den ejemplo en el fomento y protección de los derechos humanos de los migrantes, especialmente en el interior de sus fronteras, si pretenden tener credibilidad en los debates sobre migración y derechos humanos con terceros países.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution sur les droits de l'homme et la migration dans les pays tiers car il s'agit d'une question essentielle. Malgré le fait que celle-ci contienne plusieurs répétitions et ne soit pas agencée de la manière la plus pertinente, elle pointe justement l'urgence de mettre en place des voies de migration légales et attire l'attention sur la nécessité pour l'Union européenne de respecter le droit des migrants et d'inclure cette thématique dans sa politique extérieure.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Žmogaus teisių sąvoka išties tampa labai abejotina, kai nebelieka valstybės – kai atskiras žmogus ištirpsta neramumų sukeltos migracijos bangose. Todėl tarptautinei bendruomenei tenka svarbus uždavinys – pasiekti, kad nepriklausomai nuo tarptautinės padėties pamatinė ES vertybė – žmogaus teisės – liktų apsaugota.

Pritariu parengtam pranešimui. Kartu dar norėčiau atkreipti dėmesį, jog visgi daugiau dėmesio reiktų skirti ne ligos gydymui, o prevencijai. Todėl turėtume daugiau kalbėti apie tai, kaip ES galėtų padėti išvengti konfliktų ar juos sureguliuoti. Tada mažiau dėmesio bus galima skirti ir pabėgėlių klausimams – vien dėl to, kad sumažės pabėgėlių.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apesar de reconhecer boa vontade e boas intenções no relatório hoje aprovado apenas por 6 votos (339 a favor, 333 contra e 25 abstenções), votei contra, seguindo a linha definida pelo meu Grupo Politico, em virtude de diversas emendas por nós propostas e que considerámos fundamentais para o equilíbrio, para a exequibilidade e para a concretização prática da resolução, não terem sido aprovadas.

Não quero, contudo, deixar de sublinhar que acredito, tal como é descrito no relatório, que uma resposta concreta, bem organizada e adequada em matéria de migração constitui uma oportunidade para os migrantes e para os diversos países envolvidos.

Julgo também, concordando com a relatora, que essa resposta se deve basear nos princípios da erradicação da pobreza, do desenvolvimento sustentável, do respeito pelos direitos e dignidade dos migrantes e assentar numa estreita colaboração entre os países de origem, trânsito e destino da emigração.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un informe de iniciativa propia, realizado desde nuestro grupo y que aborda de manera necesaria y urgente la crisis humanitaria que vive la Unión como consecuencia de conflictos, violencia y represión en países de origen de flujos de movilidad forzada. El informe llama sin paliativos a cumplir los Convenios internacionales, especialmente aquellos en materia de derechos humanos, de asilo y refugio, así como a atender de manera integral, urgente y con suficientes medios, por parte de los Estados miembros y del ejecutivo comunitario, el conjunto de problemas y vulnerabilidades de diferente índole, del que son víctimas las personas en movilidad hacia y al interior de la Unión, desde una aproximación basada en los derechos humanos.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Menschenrechte und die Migration in Drittländern gestimmt.

Das Parlament weist auf die schwierige Situation von Frauen und minderjährigen Migranten hin, welche häufig Opfer von Gewalt werden. Auch wird darin bekräftigt, dass die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte allen Personen ungeachtet ihres Migrationsstatus zugestanden werden sollten.

Der Zugang zu Beschäftigung und Ausbildungsmöglichkeiten werden als Schlüssel für die Inklusion von Migrantinnen genannt.

Außerdem werden die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, ihre finanziellen Zusagen für humanitäre Hilfe in Syrien zu erfüllen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que la derecha ha tratado de imponer en el informe el blanqueamiento de las violaciones sistemáticas de derechos humanos de las personas migrantes que se dan en la Unión, como los retornos al país de origen contra la voluntad de la persona migrante, esto ha sido rechazado y he podido votar a favor del informe. El mismo recoge una serie de elementos positivos, que apuntan a las causas sistémicas de las migraciones y a la necesidad de una política migratoria basada en los derechos humanos y en las vías legales y seguras de acceso. También he votado a favor del informe, porque supone una crítica al actual modelo de la Unión de externalización de fronteras y de gestión de la migración por parte de terceros países, un modelo que rechazo completamente, además de proponer medidas efectivas para el libre acceso de las personas migrantes a los derechos

sociales y laborales y los servicios públicos de los países en los que residen. De ahí mi apoyo al informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the Report on Human rights and migration in third countries. Among other things, the report addresses challenges linked to migration in third countries and focuses on the respect of their human rights, such as children's and women's rights, non-discrimination, LGBTI rights, and right to work.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – I voted against this report because it dismissed the principle of subsidiarity in many places, and sought to impose migrant policies on all Member States without consistency. Throughout the report there was inconsistency between the words 'migrant' and 'refugee'. It is a vital distinction for us to maintain the security of Europe, whilst offering real help to those who truly need it.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Všeobecné ľudské práva a demokraciu považujem za základné hodnoty Únie a základné zásady a ciele vonkajšej činnosti. Napriek tomu, že na medzinárodnej úrovni, ako aj na regionálnej úrovni, najmä v rámci Európskej únie (EÚ), existuje rad nástrojov na ochranu ľudských práv migrantov, ktoré upravujú práva a povinnosti migrantov, aj ja osobne som sa stretla s tým, že ľudské práva migrantov sú hrubo porušované. Odmietanie zdravotnej starostlivosti, právnej pomoci, nedostatočná možnosť žiadateľov o azyl a posúdenia svojho statusu, nedostatočná životná úroveň – to sú len niektoré chýbajúce základné garancie na dodržiavanie ľudských práv migrantov, utečencov a žiadateľov o azyl. Pri záverečnom hlasovaní som návrh uznesenia nepodporila, pretože neboli schválené niektoré návrhy, ktoré by prispeli k zlepšeniu ľudských práv. Očakávam, že počas slovenského predsedníctva sa zabezpečí, aby dohodnuté opatrenia v oblasti premiestnenia boli vykonávané účinne a v plnom súlade s právnymi predpismi v oblasti ľudských práv. Rovnako očakávam, že migračné dohody s tretími krajinami nebudú ignorované a spolupráca EÚ s tretími krajinami bude vykonávaná v súlade s ľudskými právami EÚ.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Usnesení o právech a migraci ve třetích zemích jsem v konečném hlasování nepodpořila.

Iniciativa Evropského parlamentu, která vyjadřuje znepokojení nad závažným porušováním lidských práv, jemuž v tranzitních či cílových zemích čelí mnoho migrantů, by mohla být užitečným apelem, pokud by neobsahovala návrhy, které porušují princip subsidiarity.

Souhlasím s tím, že je třeba respektovat důstojnost a lidská práva každé lidské bytosti, tedy i migrantů a uprchlíků, a všemi možnými způsoby předcházet nelegální migraci a obchodování s lidmi. Musím však bohužel konstatovat, že zpráva, jejímž hlavním účelem by mělo být výše uvedené, obsahuje řadu nadbytečných doporučení, se kterými souhlasit nemohu. Zpráva kupříkladu věnuje zvláštní pozornost specifickým skupinám, jako je LGBTI, snaží se o začlenění genderových otázek do migračních politik či žádá zavedení stálých a povinných programů pro přesídlování. Zpráva ve svém textu mnohdy navíc nevhodným způsobem užívá a zaměňuje od sebe dva odlišné pojmy „migrant" a „uprchlík", což v jejím celkovém kontextu může působit zmatečně. Pasáže textu, kde se hovoří o sociálních a ekonomických právech migrantů, lze číst i tak, že vybízí k plošnému vyplácení sociálních dávek všem migrantům, což není přijatelné.

O obsahu celého textu vypovídá rovněž fakt, že usnesení bylo podpořeno jen velmi těsnou většinou 339 ku 333 hlasům.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo predstavlja prvi pravi poskus prispevanja k zelo pereči razpravi o migracijah v Evropski uniji. Osredotoča se na pravice migrantov v tretjih državah in sredstva za spoštovanje teh pravic v okviru politik Evropske unije in v širših mednarodnih prizadevanjih.

Poročilo predstavlja napredek na tem področju, saj se osredotoča na pristop, ki temelji na človekovih pravicah, hkrati pa poudarja, da so migracije v splošnem pozitiven fenomen, saj mobilnost poganja razvoj tako v državah, iz katerih migranti odidejo, kot tudi v državah, v katere pridejo.

Migracije predstavljajo kompleksen in večstranski pojav, kar zahteva celovit pristop pristojnih organov in večine družbe. Poročilo poudarja, da morajo države članice spoštovati svoje mednarodne obveznosti v razmerju do migrantov, njihovo dostojanstvo pa postaviti v ospredje migrantske politike.

Evropski parlament poziva, naj bo bolj vključen v pregled evropskih politik na tem področju, in poudarja pomembnost vključevanja civilne družbe v implementacijo samih politik. Ker menim, da migracije predstavljajo velik izziv, hkrati pa priložnost za Evropsko unijo, in ker gre za zelo uravnoteženo in napredno poročilo, sem se odločil, da poročilo podprem.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der linken Abgeordneten Marie-Christine Vergiat enthält einige positive Elemente. So hält der Text fest, dass Menschenrechte für alle Geltung haben und die EU unter anderem dem Schutz von Frauen und Minderjährigen gegen Gewalt sowie der Bekämpfung des Menschenhandels hohe Priorität einräumen sollte. Allerdings enthält der Bericht eine Vielzahl von nicht akzeptablen Passagen. So wird keine klare Unterscheidung zwischen verfolgten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten gemacht. Ausschließlich die Rechte von Migranten – etwa auf Bildung und Arbeit sowie auf Familienzusammenführungen – werden betont, nicht aber deren Pflichten. Zudem wird das Märchen, wonach die internationale Migration als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in europäischen Staaten verwendet werden kann und angeblich dazu beiträgt, das Demographieproblem in Europa zu lösen, erneut aufgeführt. Zudem wird unbesehen tatsächlicher Verhältnisse pauschal unterstellt, Migranten würden einen Beitrag zum kulturellen Reichtum in Europa leisten. Als Höhepunkt wird in Ziffer 4 gar in Abrede gestellt, dass es so etwas wie eine illegale Migration überhaupt geben könne. Der Bericht ist damit gespickt von linksgrüner Ideologie, welche geltendes Recht am liebsten geflissentlich ignorieren, die Pflicht zur Eigenverantwortung in Abrede stellen und ein nicht zu finanzierendes Schlaraffenland auf Kosten der Steuerzahler errichten möchte. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia presadzuje dodržiavanie ľudských práv nielen vnútri, ale aj navonok. Zlepšovanie situácie migrantov a vnútorne presídlených osôb v tretích krajinách má priamy vplyv na znižovanie nelegálnej migrácie do Európskej únie a stabilizáciu jej bezprostredného susedstva.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu den „Menschenrechten und der Migration in Drittländern“ habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht vermischt Asyl und Migration. Er fordert – neben vielen anderen Dingen – dass für Personen, die internationalen Schutz suchen, legale und sichere Einreisewege geschaffen werden, auch mittels humanitärer Korridore. Er fordert zudem, dass Programme zur dauerhaften und verpflichtenden Neuansiedlung aufgelegt werden.

Er fordert nicht zuletzt, dass Personen, die aus Krisengebieten fliehen, humanitäre Visa ausgestellt werden, auch damit sie die Möglichkeit haben, in ein Drittland einzureisen, um dort einen Asylantrag zu stellen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Prema procjeni UN-a međunarodne su migracije u porastu. Promjene u migracijskim tokovima imaju važne gospodarske, društvene i političke posljedice koliko na polazišne toliko i na odredišne zemlje migranata.

Integracija migranata u smislu obrazovanja, prilike za rad i spajanja obitelji jedan je od najvažnijih uvjeta za postizanje punog potencijala života u društvu te izbjegavanja izoliranih i nestabilnih četvrti za migrante jednako koliko je važno usmjeriti se na rješavanje ekonomskih i političkih kriza koje uzrokuju migracije u trećim zemljama.

Međutim, politika prihvata i integracije u isto vrijeme ne smije biti destruktivna za život odredišne zemlje migranta s obzirom da otvaranje migracijskih puteva nije prikladno rješenje bez učinkovite i usklađene migracijske politike razvoja. Stoga, ne podržavam izvješće o ljudskim pravima i migracijama u trećim zemljama Odbora za vanjske poslove.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Nepodpořil jsem přijetí zprávy o lidských právech a migraci ve třetích zemích, jelikož se shodně s některými částmi zprávy domnívám, že migrace je komplexní problém, ale již se neshoduji s mnoha dalšími východisky i návrhy uvedených řešení. Domnívám se, že je v dnešní době migrační krize, která v tuto chvíli zasahuje zejména oblast Středomoří, především třeba rozlišovat mezi migrací v nejširším slova smyslu a pohybem lidí, z nichž mnohým je poté udělena mezinárodní ochrana ať už v podobě azylu nebo doplňkové ochrany. Ženevskou konvenci je třeba uplatňovat. Domnívám se ale, že například citovat část Všeobecné deklarace lidských práv, která mluví o tom, že „každý má právo opustit kteroukoli zemi, i svou vlastní" a „vrátit se do své země" je třeba vykládat ve světle například naší zkušenosti s omezováním svobody pohybu v socialistickém Československu, nikoli jako právo kohokoli pohybovat se všude bez ohledu například na vízovou povinnost, dobu pobytu apod. Tyto výklady nijak nepřispějí k uplatňování práva na azyl u těch, kteří na něj mají nárok.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση εμπεριέχει πολλά σημαντικά στοιχεία και κάνει σωστή κριτική σε πολιτικές που προωθεί η ΕΕ. Σίγουρα θα μπορούσαν να υπάρχουν ζητήματα στα οποία να είναι πιο έντονη, π.χ. όσον αφορά τον αρνητικό ρόλο που διαδραμάτισαν οι ΗΠΑ και ορισμένα κράτη μέλη, ώστε να οδηγηθούμε στη σημερινή προσφυγική κρίση. Επίσης, θα έπρεπε να ήταν πιο έντονη η κριτική έναντι των πολιτικών που προωθεί η ΕΕ προς την κατεύθυνση μιας Ευρώπης-φρούριο. Ωστόσο υπερψηφίσαμε την έκθεση λόγω της σωστής κριτικής που ασκεί σε αρκετά σημεία και λόγω των θετικών μέτρων που προωθεί στην αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η μετανάστευση δεν είναι ανθρώπινο δικαίωμα, αλλά σύμπτωμα ενός ελαττωματικού οικονομικού συστήματος και της αδυναμίας εξεύρεσης εργασίας στην χώρα καταγωγής. Η Ένωση θα πρέπει να βρει τρόπους να εξασφαλίσει το δικαίωμα στην εργασία και στην αξιοπρεπή ζωή για όλους τους πολίτες των κρατών μελών. Όσα γράφονται στην έκθεση, αντί να αντιμετωπίζουν το πρόβλημα, το ενισχύουν, με αποτέλεσμα να δημιουργείται ένας φαύλος κύκλος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a harmadik országokban az emberi jogok és a migráció helyzetéről szóló jelentést, amely átfogó képet ad a migrációhoz kapcsolódó kihívásokról. A jelentés helyesen emlékeztet arra, hogy a világon a menekültek és migránsok nagy részét fejlődő országok fogadják be, ami nagy nyomást jelent ezen országok támogatási rendszerére. Üdvözlöm a jelentéstevő felhívását, hogy a tagállami kormányok és a nemzeti parlamentek számolják fel a migránsokat kriminalizáló, büntető jellegű jogi kereteket, és rövid, közép- és hosszú távú megoldásokat alkalmazzanak a migránsok biztonságának garantálása érdekében.

Szavazatom mérlegelésekor a jelentés migráns gyermekek védelmével foglalkozó részei nagy szerepet játszottak. A szöveg több aspektusból is számba veszi a migráns gyermekek, lányok és nők jólétével kapcsolatos aggodalmakat is.

Továbbá dicséretes, hogy a jelentés szól az éghajlatváltozás jelentette veszélyről is. Szintén szorgalmazom, hogy az Unió és tagállamai az éghajlatváltozás elleni küzdelem keretében támogassák a legkevésbé fejlett országokat annak érdekében, hogy ezekben az országokban ne súlyosbodjon a nyomor, és ne gyorsuljon fel a környezeti nehézségek miatt lakóhelyük elhagyására kényszerülők számának növekedése.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Migracja jest zjawiskiem ogólnoświatowym i wielowymiarowym o znaczących konsekwencjach ekonomicznych, politycznych i społecznych. Ostatni, największy po II wojnie światowej kryzys migracyjny w znaczący sposób wpłynął na funkcjonowanie zarówno Unii Europejskiej, jak i poszczególnych jej krajów.

Konieczne jest zatem, aby w obliczu tak ważnych wyzwań, Parlament przyjął swoje jednoznaczne i zdecydowane stanowisko. Niestety zaprezentowane sprawozdanie zawiera wiele nieczytelnych zapisów, nierealnych celów i jest niemalże całkowicie pozbawione planów i priorytetów mających przeciwdziałać obecnej sytuacji w Europie i w jej najbliższym sąsiedztwie.

Pomimo, że w sprawozdaniu słusznie zwrócono uwagę m.in. na powinności państw członkowskich w zakresie praw imigrantów, czy problem przemocy wobec kobiet i dzieci migrujących do Unii Europejskiej, dokument zawiera także postanowienia dotyczące obowiązku uznawania kwalifikacji zdobytych przez migrantów w państwach, z których pochodzą czy zapewnienia pracy, co wydaje się życzeniami niemożliwymi do zrealizowania.

W związku z tym zdecydowałem się zagłosować przeciwko sprawozdaniu.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – ALDE:n linja oli mielestäni tasapainoinen, ja siksi äänestin mietinnön puolesta. Ihmisoikeuskysymykset ovat tärkeitä, ja niiden merkitys kasvaa muuttoliikkeen kasvaessa, ja niihin tulee puuttua EU-tasolla.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Migrația, în general, reprezintă un fenomen global, multidimensional generat de o multitudine de cauze (economice, sociale, politice), care produce și efecte pozitive, fiind rezultatul globalizării și al interdependențelor piețelor. Abordat din perspectivă umană, migrația contribuie la evoluții demografice și la creștere economică și socială, dacă sunt respectate drepturile fundamentale ale celor care migrează. Din acest considerent, politicile privind migrația trebuie să contribuie la integrarea deplină în comunitățile din țările gazdă a migranților, astfel încât acestea să poată beneficia de potențialul lor (social, cultural, economic, creativ). Desigur, aceste politici naționale trebuie să fie coerente și cuprinzătoare, luând în considerare toate dimensiunile și implicațiile fenomenului migrației, rezultat al cooperării și conlucrării tuturor celor interesați în acest complex fenomen.

Paul Tang (S&D), *schriftelijk*. – De PvdA-delegatie heeft zich onthouden van stemming over het verslag "Mensenrechten en migratie in derde landen". Uiteraard zijn wij voor de bescherming van mensenrechten wereldwijd, en mag het EU-migratiebeleid niet in strijd zijn met het internationaal en Europees recht, zoals bijvoorbeeld het vluchtelingenverdrag van 1951.

Dit verslag is echter inconsistent omdat het geen verschil lijkt te maken tussen migranten en vluchtelingen. In onze ogen is dit onderscheid wel belangrijk. Om het draagvlak te bewaken voor de bescherming van vluchtelingen – die door oorlog, geweld en vervolging uit hun thuisland zijn verdreven – is het belangrijk dat er ook een effectief terugkeerbeleid is voor migranten die geen recht op asiel hebben, en vooral met economische motieven naar Europa zijn gekomen.

Door dit gebrek aan nuance konden wij niet instemmen met dit verslag. Omdat we het wel eens zijn met de oproep om de mensenrechten bij het migratiebeleid niet uit het oog te verliezen, lag de keuze om ons van stemming te onthouden het meest voor de hand.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report underlines the need for urgent action to address all human rights violations faced by migrants, which are most acute in situations of pressure due to security challenges and natural disasters. According to the UNHRC, the 65 million displaced people are affected by humanitarian conflicts resulting from violent conflicts and worldwide economic situations. The report asks the European Union and its Member States to lead by example in promoting and protecting the human rights of migrants, notably within their own borders, and to systematically incorporate migration issues as a component of their political dialogue with all countries. The report calls on the EU to provide technical assistance to improve national and local migrant integration policies and to step up its foreign policies in bringing peace and stability to those areas where war and conflict trigger enormous migration flows to the European Union. I support this report as we need as much visibility and acknowledgement as possible towards the issue of human rights violations faced by migrants, as well as solutions to what triggers the enormous flows of migration to the European Union.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de ma collègue, même si je regrette certains compromis passés avec un PPE peu constructif. Par ce texte, le Parlement fait part de sa solidarité envers les personnes qui sont obligées de quitter leur pays en raison de conflits, de persécutions, de violations des droits de l'homme et d'une situation de misère, parmi d'autres facteurs. Il fait part aussi de sa profonde préoccupation vis-à-vis des graves violations des droits de l'homme subies par de nombreux migrants dans de nombreux pays de transit ou de destination.

Soulignons enfin qu'une attention toute particulière doit être portée à la dignité et aux droits de l'homme des migrants.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Migration is a global, multidimensional phenomenon caused by a wide variety of factors, such as economic conditions, social and political conditions, labour conditions, violence, security, and environment. If the EU and its Member States must lead by example in protecting the human rights of asylum seekers, economic migrants must be return to their country when their security is guaranteed. However, in this report, all the dimensions and the complexity of the migration issues are not covered and I believe that this report does not reflect the reality. If I believe that the EU, in keeping with its own value and norms, has the obligation to play a strong role in the protection of human rights, the migration phenomenon must be addressed in a coherent, balanced manner, based on a comprehensive approach, which is here not the case and this is the reason why I voted against this report.

Eleni Theocharous (ECR), *in writing*. – The international community is currently faced with one of its biggest challenges with regards to the migration crisis. People are forced to flee their homes on account of conflicts, persecutions, human rights' violations and extreme poverty. The EU and its Member States should set the example in promoting full respect of human rights and human dignity and should be at the forefront in protecting those more vulnerable. Women and children migrants are subjected to extreme violence and discrimination and to that end a gender sensitive migration policy is needed. Economic, social and cultural rights should be enjoyed by everybody, regardless of migration status whereas access to employment and trainings are important for the inclusion and empowerment of migrant women.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption du rapport de Marie-Christine Vergiat sur les droits de l'homme et les migrations dans les pays tiers. Ce rapport propose une approche humaniste de l'Union Européenne, respectueuse de ceux qui fuient leur pays du fait de la guerre ou de la misère.

En réaffirmant la nécessité de protéger les droits des migrants et de leurs familles, notamment en leur assurant un accueil digne, ce rapport exige que l'Union Européenne et ses États membres les protègent en les accueillant de manière décente.

Il insiste sur la protection des personnes les plus fragiles (femmes, minorités) et propose également un accompagnement à l'emploi, afin d'assurer aux migrants une intégration pleine et entière dans les pays d'accueil.

Alors que les drames humains se multiplient, notamment en Méditerranée, j'espère que ce rapport constituera une première étape vers une nouvelle stratégie européenne sur les migrations, qui aboutira à terme à la révision des règles de Dublin II.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La complessità del tema migratorio è ampiamente riconosciuta, così come ampiamente riconosciuti sono i limiti degli interventi a seguito di normative incomplete, nonostante gli impegni dichiarati dalle istituzioni. Il flusso di migranti diretti verso l'Europa negli ultimi anni ha messo in grande difficoltà il nostro sistema di accoglienza e ha sovraesposto diversi paesi. Occorre una risposta forte e una risposta che sia prima di tutto europea. Ritengo inaccettabile che ci siano paesi che si chiamino fuori. Dobbiamo allo stesso tempo agire concordando accordi di cooperazione e partenariato con i paesi terzi per intervenire sulle cause del problema.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv izvješća jer isto sadrži brojne problematične zahtjeve.

Neprihvatljiva mi je konstantna konfuzija između termina „migrant" i „izbjeglica" koja se provlači kroz cijelo izvješće na način da se prava, koja se u normalnim okolnostima dodjeljuju izbjeglicama, šire na puno opsežniju kategoriju migranata – a da se pri tome ne radi distinkcija između legalnih i ilegalnih migranata. Jedina iznimka je amandman ECR grupe koji od donositelja političkih odluka izričito zahtjeva distinkciju između pojmova izbjeglica i migrant.

Osim što izvješće zadire duboko u sfere koje nisu pod ingerencijom Odbora za vanjske poslove te Odbora za ljudska prava Europskog parlamenta kao što su politike tržišta rada, također poziva na uspostavu sigurnih i legalnih migrantskih ruta, stalne i obvezne sheme alokacije te puna socijalna prava za migrante.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o človekovih pravicah in migracijah v tretjih državah nisem podprla. Migracije so svetoven in večrazsežnosten pojav, ki ga povzročajo najrazličnejši dejavniki, kot so ekonomske razmere, socialne in politične razmere, delovni pogoji, nasilje in varnostne razmere, postopno slabšanje okolja in pogostost naravnih nesreč.

Trenutno skoraj 244 milijonov ljudi velja za mednarodne migrante, med begunci pa je vedno več žensk in otrok. Z mednarodnimi migracijami je možno odpraviti pomanjkanje specifične delovne sile na trgu dela. Ustrezne politike sprejemanja in vključevanja zagotavljajo, da migranti ne trpijo prekomernih ali daljših posledic travm, s katerimi so se številni srečali.

Socialno-kulturni razvoj je odvisen od vključevanja, za katerega so potrebna odločna prizadevanja tako migrantov, ki si morajo želeti prilagoditi gostiteljski družbi, ne da bi morali pri tem nujno opustiti svojo prvotno kulturno identiteto, kakor tudi institucij in skupnosti v državah gostiteljicah, ki morajo biti pripravljene sprejemati migrante in izpolnjevati njihove potrebe.

Odprtje varnih in zakonitih migracijskih poti je najboljši način za boj proti tihotapljenju ljudi in trgovini z ljudmi, razvojne strategije pa bi morale priznavati migracije in mobilnost kot gonilo razvoja, saj se prek nakazil in naložb spodbuja razvoj tako v državi gostiteljici kot v državi izvora.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un informe de iniciativa propia, realizado desde nuestro grupo y que aborda de manera necesaria y urgente la crisis humanitaria que vive la Unión como consecuencia de conflictos, violencia y represión en países de origen de flujos de movilidad forzada. El informe llama sin paliativos a cumplir los Convenios internacionales, especialmente aquellos en materia de derechos humanos, de asilo y refugio, así como a atender de manera integral, urgente y con suficientes medios, por parte de los Estados miembros y del ejecutivo comunitario, el conjunto de problemas y vulnerabilidades de diferente índole, del que son víctimas las personas en movilidad hacia y al interior de la Unión, desde una aproximación basada en los derechos humanos.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der linken Abgeordneten Marie-Christine Vergiat enthält einige positive Elemente. So hält der Text fest, dass die EU dem Schutz von Frauen und Minderjährigen gegen Gewalt sowie der Bekämpfung des Menschenhandels hohe Priorität einräumen sollte. Der Bericht enthält aber auch eine Vielzahl von nicht akzeptablen Passagen. So wird keine klare Unterscheidung zwischen verfolgten Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wirtschaftsmigranten gemacht. Ausschließlich die Rechte von Migranten – etwa auf Bildung und Arbeit sowie auf Familienzusammenführungen – werden betont, nicht aber deren Pflichten. Zudem wird das Märchen, wonach die internationale Migration als Instrument zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in europäischen Staaten verwendet werden kann und angeblich dazu beiträgt, das Demographieproblem in Europa zu lösen, erneut aufgeführt. Zudem wird unbesehen tatsächlicher Verhältnisse pauschal unterstellt, Migranten würden einen Beitrag zum kulturellen Reichtum in Europa leisten. Als Höhepunkt wird in Ziffer 4 gar in Abrede gestellt, dass es so etwas wie eine illegale Migration überhaupt geben könne. Der Bericht ist damit gespickt von linksgrüner Ideologie, welche geltendes Recht am liebsten geflissentlich ignorieren, die Pflicht zur Eigenverantwortung in Abrede stellen und ein nicht zu finanzierendes Schlaraffenland auf Kosten der Steuerzahler errichten möchte. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this resolution and want to make reminder that this text calls on states to recognise their obligations under international law with regard to asylum and migration and to enact national laws for the effective implementation of those obligations.

It recalls that migrants have the right not to be sent to countries where they risk ill-treatment and torture; recalls that collective expulsions and push-back are prohibited under international law; expresses concern at the treatment of migrants who are forcibly returned to their countries of origin or to third countries without adequate follow-up of their situation.

It calls for the EU and the international community to identify specific measures that governments can take to increase the potential of legal migration as a development enabler; stresses that political leadership and strong advocacy are required, especially in destination countries, to combat xenophobia and to facilitate the social integration of migrants.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'exiger des États membres qu'ils fassent pression sur les États non membres afin qu'ils adoptent à leur tour les normes européennes en matière de droits des clandestins. Je suis fermement opposée à cette atteinte majeure à la souveraineté de ces États tiers de même qu'à celle portant sur la souveraineté des États membres. Par conséquent, je vote contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Skala kryzysu migracyjnego powoduje, że nie możemy stracić z pola widzenia problemu przestrzegania praw człowieka w przypadku uchodźców. Zgadzam się, że wśród nich szczególną uwagę należy zwrócić na kobiety i dzieci. Wsparcia finansowego wymagają również organizacje, które pomagają tym osobom. Obok tych trafnych uwag sprawozdanie zawiera szereg kwestii budzących moje wątpliwości.

Po pierwsze zaciera granicę między „uchodźcami" a „migrantami". Po drugie nie koncentruje się na podstawowych kwestiach, ale ujmuje również takie zagadnienia jak polityka integracyjna i polityka rynku pracy. Przykładem jest apel o pełnię praw, w tym mieszkanie i kształcenie, także dla nielegalnych migrantów. Ponadto w sprawozdaniu wzywa się do stworzenia trwałych i obowiązkowych programów relokacji. Postulaty te są zbyt daleko idące i niejasne, dlatego zagłosowałem przeciw rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A migráció globális és sokdimenziós jelenség, amelynek számtalan oka van, többek között a gazdasági körülmények (például a javak elosztásának és a gazdasági integrációnak az alakulása regionális és globális szinten), a társadalmi és politikai viszonyok, a munkával, az erőszakkal és a biztonsággal kapcsolatos helyzet, a környezet állapotának fokozatos romlása és a természeti katasztrófák egyre súlyosabbá válása. A jelentést az S&D-frakció döntésének megfelelően támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un informe de iniciativa propia, realizado desde nuestro grupo y que aborda de manera necesaria y urgente la crisis humanitaria que vive la Unión como consecuencia de conflictos, violencia y represión en países de origen de flujos de movilidad forzada. El informe llama sin paliativos a cumplir los Convenios internacionales, especialmente aquellos en materia de derechos humanos, de asilo y refugio, así como a atender de manera integral, urgente y con suficientes medios, por parte de los Estados miembros y del ejecutivo comunitario, el conjunto de problemas y vulnerabilidades de diferente índole, del que son víctimas las personas en movilidad hacia y al interior de la Unión, desde una aproximación basada en los derechos humanos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which constitutes the first real attempt by the PE to contribute to the EU-wide, vivid debate on the issue of migration (following a recent DROI report on trafficking in human beings). It aims to focus on the rights of migrants in third countries and on means to uphold these rights in EU policies and broader international efforts.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on human rights and migration in third countries. Migration is a global, multidimensional phenomenon caused by a wide variety of factors, such as economic conditions (including changes in wealth distribution and regional and global economic integration), social and political conditions, labour conditions, the situation with regard to violence and security, the gradual deterioration of the environment and the aggravation of natural disasters. Therefore, this phenomenon must be addressed in a coherent, balanced manner, on the basis of a comprehensive approach which takes account of its human dimension, including the positive impact it has on demographic trends and economic development. The report calls for the EU and its Member States to ensure efficient and effective Policy Coherence for Development and to prioritise respect for human rights in their migration policy in relation to third countries. The report equally underlines that migration and development are linked and that development cooperation in the field of education, health, labour law, poverty reduction, human rights, democratisation and post-conflict reconstruction are key factors in preventing forced migration. I voted in favour because I believe that development assistance programmes should not be used for purely migration and border management purposes.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que la derecha ha tratado de imponer en el informe el blanqueamiento de las violaciones sistemáticas de derechos humanos de las personas migrantes que se dan en la Unión, como los retornos al país de origen contra la voluntad de la persona migrante, esto ha sido rechazado y he podido votar a favor del informe. El mismo recoge una serie de elementos positivos, que apuntan a las causas sistémicas de las migraciones y a la necesidad de una política migratoria basada en los derechos humanos y en las vías legales y seguras de acceso. También he votado a favor del informe, porque supone una crítica al actual modelo de la Unión de externalización de fronteras y de gestión de la migración por parte de terceros países, un modelo que rechazo completamente, además de proponer medidas efectivas para el libre acceso de las personas migrantes a los derechos sociales y laborales y los servicios públicos de los países en los que residen. De ahí mi apoyo al informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Today I voted for the report on human rights and migration in third countries. Among other things, the report addresses challenges linked to migration in third countries and focuses on the respect of their human rights, such as children's and women's rights, non-discrimination, LGBTI rights, and right to work.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Käsiteltäessä mietintöä ihmisoikeuksista ja muuttoliikkeestä kolmansissa maissa äänestin lopuksi tyhjää. Kokonaisuudessaan mietintö sisälsi paljon tärkeitä näkemyksiä ihmisoikeuskysymyksistä ja myös muuttoliikkeen juurisyistä, mutta kokonaisuutena mietinnön hyväksymistä en voinut kannattaa.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório incide sobre um dos problemas que atualmente marca o contexto de crise do capitalismo e, em particular, a crise na e da União Europeia. O relatório em si possui algumas insuficiências, nomeadamente numa incompleta identificação das causas e dos responsáveis dessas causas: o sistema capitalista e as potências imperialistas, onde se inserem os EUA e a UE. Nas causas, pode naturalmente inserir-se a guerra, onde necessariamente também terá que haver uma crítica à NATO. A componente de crítica às políticas da UE em matéria de migração está ausente e bem sabemos o papel que a UE tem tido nesta questão.

Ao abordar-se a migração europeia sem especificar as causas dessa migração e as pesadas responsabilidades que tem a política da UE nessa matéria, nomeadamente com a sua política económica e financeira, os pactos de assistência financeira, o relatório acaba por passar ao lado do essencial, muito embora contenha aspetos importantes que justificam a nossa abstenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht benennt Handlungsempfehlungen für Drittländer im Umgang mit Migration und Flucht und zielt dabei grundsätzlich auf die Steigerung von Migration, die Legitimierung illegaler Migration sowie auf eine Steigerung des Einflusses von NGOs aus dem Asylbereich ab. Daher habe ich den Bericht abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del report sui diritti umani e la migrazione nei paesi terzi. Il rapporto ricorda agli attori aziendali la loro responsabilità a rispettare i diritti umani in tutte le loro operazioni globali, indipendentemente da dove si trovino i loro utenti e indipendentemente dal fatto che lo Stato ospitante rispetti le proprie obbligazioni nella tutela dei diritti umani. In questo rapporto si ribadisce ancora una volta il sostegno ai principi guida delle Nazioni Unite e la loro applicazione a livello mondiale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to thank the authors of this report. It sets out a humane and compassionate strategy on migration and asylum. EU Member State governments, including the Tory government in the UK, should take notice and adopt this approach, instead of talking about macabre dental checks for children.

This shows that EU institutions set out a plan, and national governments must therefore take action. Refugees are often subject to horrific abuse on their journeys, particularly vulnerable families, women and children. The EU and Member States must cooperate with third countries to provide capacities to deal effectively with refugees, while upholding their fundamental human rights and provide access to education, healthcare, and economic inclusion. We need to make sure that EU actions are in no way implicated in human rights violations in third countries, and that we continue to promote conflict resolution, sustainable development and dialogue to bring peace to war-torn regions.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution, since in the liberal view, human rights and a well-managed migration process, are fundamental for the progression of society as a whole. Changes in migration flows, especially in times of crisis, have far-reaching economic, social, and political repercussions for migrants' countries of origin and for their countries of destination, so it is really important to focus on this issue. This is one of the priorities of the EU and our Union will show again the great values of which it is made of. I agree with the resolution since it calls on states to recognise their obligations under international law with regard to asylum and migration and to enact national laws for the effective implementation of those obligations.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Problematika migrácie je stále aktuálna a prináša zo sebou mnohé otázky. Utečenecká kríza, ktorej čelíme, nemá v krátkodobej histórii obdobu a aj preto by sme sa mali vystríhať akéhokoľvek zjednodušovania tejto problematiky. Prvý a zásadný problém vidím v samotnej definícii migrant a utečenec. Zdá sa mi, že toto uznesenie nedostatočne rozlišuje medzi týmito dvomi odlišnými pojmami. Na druhej strane kategorizujeme migrantov v tejto správe na viaceré skupiny, ktoré disponujú odlišnými právami. Pri posudzovaní žiadateľov o azyl by sa pritom malo vychádzať z princípu rovnosti. Každopádne je potrebné si uvedomiť, že utečenecká kríza má i rozmer sociálny. V rámci solidarity je prijímanie migrantov správnym rozhodnutím, na druhej strane v rámci EÚ neexistujú minimálne sociálne štandardy, ktoré by garantovali pomoc obyvateľom EÚ ohrozených chudobou. Táto situácia vytvára v spoločnosti napätie, pretože vzniká dojem, akoby žiadateľ o azyl bol postavený nad občana EÚ.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση καταγράφει διαπιστώσεις για την κόλαση που βιώνουν πρόσφυγες και μετανάστες, προσπαθώντας να ξεφύγουν από τη φωτιά του πολέμου που η ΕΕ και οι σύμμαχοι και ανταγωνιστές της προκαλούν. Αναφέρεται στη σωματική και ψυχολογική βία, σε περιορισμούς και εμπόδια στην αξιοπρεπή στέγαση και σίτιση, σε διακρίσεις με βάση τη θρησκεία, τη γλώσσα κλπ, σε παραβιάσεις του εργατικού δικαίου, στη δυσκολία πρόσβασης στην εκπαίδευση και πλήθος άλλων, χωρίς συγκεκριμένα μέτρα, έστω για την ανακούφιση των προσφύγων και μεταναστών. Η πολιτική όμως της ΕΕ τους εμποδίζει να φτάσουν στον τελικό προορισμό τους, αποτελώντας βούτυρο στο ψωμί και για τους φασίστες, προκειμένου να ρίχνουν το ρατσιστικό δηλητήριό τους. Από αυτή τη σκοπιά είναι ανέξοδες οι εκκλήσεις της έκθεσης προς τα κράτη μέλη για να αποτελούν «παράδειγμα» όσον αφορά τον σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, όταν με τις αποφάσεις της ΕΕ και των κρατών μελών της ΕΕ έχουν κλείσει τα σύνορα, με αποτέλεσμα πάνω από 60.000 πρόσφυγες και μετανάστες να βρίσκονται εγκλωβισμένοι σε άθλιες συνθήκες διαβίωσης στην Ελλάδα, την Ιταλία. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ ψήφισε λευκό, τονίζοντας την ανάγκη να δυναμώσει η πάλη των λαών ενάντια στους κατασταλτικούς μηχανισμούς της ΕΕ, στις συμφωνίες «Δουβλίνο» και «Σένγκεν», στον απαράδεκτο εγκλωβισμό που βιώνουν οι πρόσφυγες και μετανάστες.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem se rozhodl nepodpořit. Rád bych podotknul, že se zpráva nezabývá migrační politikou EU jako takovou, ale migrační politikou přímo ve třetích zemích. To by samo o sobě nebyl žádný problém. Zpráva však obsahuje četná opatření a postupy, které nejsou reálně proveditelné a nemá tak de facto žádný přínos. Zároveň jde zpráva v oblasti problematiky lidských práv a migrace až příliš do hloubky, a neodpovídá dle mého názoru tomu, jak by měl probíhat dialog mezi Evropskou unií a třetími zeměmi.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pána poslanca Vergiat o ľudských právach a migrácii v tretích krajinách som nepodporila. Hoci sa správa zaoberala témou, ktorá je vo svetle súčasnej utečeneckej krízy veľmi významná a je potrebné o nej diskutovať, nemyslím si, že táto správa splnila svoj účel. Chaotický text v mnohých častiach nedokázal významovo oddeliť pojmy utečenec a migrant a na niekoľkých miestach odkazoval na povinný relokačný systém, s ktorým nesúhlasím. A hoci správa obsahovala aj pozitívne prvky, ako napríklad zlepšovanie fungovania tzv. „hotspotov", vylepšenú kooperáciu medzi štátmi a dôležitými medzinárodnými organizáciami či špeciálny dôraz na zraniteľné skupiny, nemyslím si, že splnila svoj účel a priniesla pridanú hodnotu. Práve preto som sa rozhodla v záverečnom hlasovaní hlasovať proti nej.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Vergiat por partilhar da análise e propostas efetuadas no que toca aos direitos humanos e migração em países terceiros.

Destaco que a noção de «país seguro» e «país de origem seguro» não devem impedir o exame individual dos pedidos de asilo, pelo que é necessário que seja garantido, em todas as circunstâncias, o tratamento dos pedidos de asilo por parte dos migrantes.

Sublinho neste relatório as recomendações de ações de formação, treino vocacional e de competências sociais para a integração dos migrantes na sociedade.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o človekovih pravicah in migracijah v tretjih državah nisem podprl.

Migracije so svetoven in večrazsežnosten pojav, ki ga povzročajo najrazličnejši dejavniki, kot so ekonomske razmere, socialne in politične razmere, delovni pogoji, nasilje in varnostne razmere, postopno slabšanje okolja in pogostost naravnih nesreč. Ker predlog resolucije ne prinaša konkretnega, dobro organiziranega in primernega odgovora na migracijska vprašanja, ga nisem podprl.

8.15. Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern (A8-0243/2016 - Ignazio Corrao)

Dichiarazioni di voto orali

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señor Presidente, el informe Corrado debería ir mucho más lejos en la promoción de instrumentos vinculantes de control y sanción de las empresas que vulneran los derechos humanos en el mundo. Los mecanismos existentes en la actualidad se basan en la voluntariedad y no son suficientes.

Es fundamental asegurar la coherencia en las políticas de la Unión Europea y no firmar tratados comerciales que contengan mecanismos judiciales privados de resolución de diferencias entre inversores y Estados, como sí que los tienen y contienen el CETA (AECG) y el TTIP (ATCI).

Echamos en falta también una mayor referencia a la responsabilidad de las instituciones financieras que dan soporte a las empresas transnacionales en paraísos fiscales salpicados con escándalos como los papeles de Panamá.

En estos momentos tiene lugar en las Naciones Unidas la segunda sesión del grupo de trabajo que se encuentra elaborando un instrumento internacional jurídicamente vinculante para establecer responsabilidades sobre las empresas transnacionales y controlar el poder corporativo. He podido participar y creo que la Unión Europea y, de manera específica, el Parlamento y la Comisión deberían tomar buena nota de los trabajos de este grupo y apoyar sus recomendaciones y propuestas, y no seguir metiendo palos en la rueda.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli, io ho votato con convinzione a favore di questa risoluzione, così come diceva il collega precedente, sono assolutamente a favore del lavoro che le Nazioni Unite stanno portando avanti per un trattato vincolante che sancisca l'obbligo per le imprese multinazionali di agire responsabilmente e assicurare il loro contributo allo sviluppo sostenibile. Questo è un nodo che è fondamentale per l'opposizione ai grandi trattati di commercio di nuova generazione come TTIP e CETA, ci auguriamo che la resistenza della Vallonia e l'opposizione di milioni di cittadini al CETA venga rispettata. Sono stata relatrice in questo Parlamento di una relazione che metteva al centro proprio il tema di una simmetria fra il carattere vincolante della protezione del diritto degli investimenti e degli investitori nei trattati di commercio e il carattere non vincolante nella difesa dei diritti umani, nella difesa dei diritti del lavoro, degli standard ambientali. Questo Parlamento, come quella relazione dice, deve sollecitare sempre di più la Commissione a rendere vincolante il rispetto dei diritti umani, vincolante il rispetto del lavoro e degli standard ambientali.

Monica Macovei (ECR). – Mulțumesc. Am văzut imagini cutremurătoare de la fabricile din India, China sau Cambodgia, acolo unde sunt întreprinderi europene de modă, de exemplu. Ce am văzut acolo: am văzut practic sclavie, îi putem spune sclavie modernă, dar tot sclavie rămâne. Am văzut oameni care muncesc 18 ore pe zi, uneori fără salariu, și oameni care sunt bătuți atunci când protestează.

Să nu se înțeleagă că sunt împotriva corporațiilor, e vorba de respectarea drepturilor omului în corporații, nu numai în Europa, ci și atunci când lucrează în state din afara Europei. Sigur că n-o să putem reglementa salariul minim sau nu putem impune întreprinzătorilor câți oameni să dea afară sau câți să păstreze. Dar putem să impunem respectarea drepturilor omului pentru cei care lucrează. Trebuie să reamintim că principiile Națiunilor Unite și ale OCDE în ceea ce privește drepturile omului trebuie aplicate nediscriminatoriu în întreaga lume, nu numai în Europa. Mulțumesc.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione affronta gli aspetti legati ai diritti umani, al lavoro e alla protezione ambientale. Sono state introdotte norme che ribadiscono il dovere per le imprese di rispettare i diritti umani e la conseguente sanzionabilità in concreto della loro violazione, anche quando essa avvenga al di fuori del territorio dell'UE. Si chiede agli Stati membri di stabilire requisiti chiari in merito alla necessità che le società domiciliate nel loro territorio e/o nella loro giurisdizione rispettino i diritti umani in tutte le loro operazioni e in ogni paese e contesto in cui operano. Un altro importante punto della relazione riguarda la proposta di creazione di un marchio *abuse free* (prodotto senza commettere abusi) a livello di Unione, a cui si potrebbe adire su base volontaria, sottoposto al monitoraggio di un organismo indipendente disciplinato da norme rigorose e dotato di poteri ispettivi, competente a verificare e certificare che non siano state commesse violazioni in nessuna fase della catena di produzione del prodotto in questione. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. This report is an unnecessary duplication of efforts already undertaken by the UN, who have already agreed on guiding principles on the matter, unanimously agreed by all members. There are calls within the report for the creation of more EU legislation. We are supportive of the overall objectives in improving human rights, but believe that the EU is an unnecessary duplication.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el texto reconoce la responsabilidad de las empresas y manifiesta su preocupación por las violaciones de los derechos humanos cometidas en terceros países, e insta a la acción continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, también a nivel nacional, europeo e internacional, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas internacionales.

También realiza explícitamente llamamientos dirigidos a las empresas, europeas y no europeas, sobre su deber de respetar los derechos humanos, y llamamientos dirigidos a la Unión y a los Estados miembros sobre su deber de garantizar y proteger los derechos humanos. De forma precisa requiere a la Unión, a los Estados miembros, a los terceros países y a todas las autoridades nacionales e internacionales que adopten, de forma urgente y lo más generalizada posible, instrumentos vinculantes destinados a la protección efectiva de los derechos humanos, por lo que he votado a favor.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report, which focuses on making corporations that are in any way connected to the EU more socially responsible. Positive aspects of the report include support for the mandatory labelling of conflict-related goods, national responsibility for corporate activity in third countries, national responsibility to rectify or remedy human rights violations in their territory, an acknowledgement of the differences facing SMEs and multinational corporations, restrictions on dual use products, and a consistent recognition of the principle of subsidiarity.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me suis exprimé en faveur de ce rapport dans lequel nous rappelons aux entreprises les responsabilités qui leur incombent en matière de respect des droits de l'homme dans l'ensemble de leurs activités à l'échelle mondiale, indépendamment du lieu où se trouvent leurs utilisateurs.

La protection des droits de l'homme doit continuer d'être une priorité pour les États membres et l'Union européenne elle-même.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, διότι καλεί όλες τις εταιρείες, ευρωπαϊκές ή μη, να δείξουν τη δέουσα προσοχή σε θέματα ανθρωπίνων δικαιωμάτων, καθώς και να ενσωματώσουν σχετικά ευρήματα στις εσωτερικές τους πολιτικές με την ανάλογη διάθεση πόρων.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport se saisit du thème de la responsabilité des entreprises pour étendre le pouvoir l'Union européenne sur la politique de nos firmes. Le libre-échange imposé par l'UE aux États membres comme aux États tiers a eu plus de conséquences négatives en termes de droits humains (réapparition d'une certaine forme d'esclavage) et sociaux que la politique des firmes de nos États. Aussi ai-je voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. The report contains various issues with which I cannot agree, such as the creation of migration channels into the EU. It also supports EUNAV FOR and freedom of movement, to which I am opposed. I am supportive of various humanitarian aspects, but believe that the current EU approach is misguided. Support for genuine refugees would be best served with increased support as close to the country of origin as possible, to facilitate their quick return to their home country once the immediate danger has passed.

There is already a well-established and supported international regime for refugees, which should be adhered to, in particular that asylum should be granted in the first safe country.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car j'estime que la mondialisation et l'internationalisation croissantes des activités commerciales et des chaînes d'approvisionnement vont accroître l'importance du rôle des entreprises dans la garantie du respect des droits de l'homme et créer une situation dans laquelle les normes, les règles et la coopération internationales sont cruciales pour éviter toute violation de ces droits par des entreprises dans des pays tiers.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl bendrovių atsakomybės už rimtus žmogaus teisių pažeidimus trečiosiose šalyse. Akcinės bendrovės yra vienos iš pagrindinių ekonomikos globalizacijos, finansinių paslaugų veikėjų ir tarptautinės prekybos dalyvių ir privalo laikytis visų taikomų ir galiojančių teisės aktų ir tarptautinių susitarimų ir gerbti žmogaus teises. Todėl pritariu, kad ES ir valstybės narės turėtų ir toliau siekti tikslo užtikrinti geriausią žmogaus teisių apsaugą, pasitelkdamos efektyviausias priemones, o ne tik perkraudamos jas administracinėmis ir biurokratinėmis formaliomis taisyklėmis.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car le libre-échange que l'Europe impose aux États membres comme aux États tiers a eu bien plus de conséquences négatives en termes de droits humains et sociaux que n'importe laquelle de nos entreprises.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai bien entendu approuvé ce rapport qui demande à l'Union et aux États membres de définir des règles précises énonçant clairement que les entreprises établies sur leur territoire et/ou placées sous leur juridiction soient tenues de respecter les droits de l'homme dans leurs activités, y compris en dehors de l'Union.

Pour sensibiliser davantage les producteurs et les consommateurs, le rapport suggère la création d'un label d'identification volontaire au niveau de l'Union attestant du respect des droits de l'homme.

Ce label serait assorti d'un organe de suivi indépendant et doté de pouvoirs d'inspection dont le rôle serait de vérifier et de certifier qu'aucune violation n'a été commise lors des différentes étapes de la chaîne de fabrication des produits concernés.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La relazione Corrao, che oggi ho sostenuto con il mio voto, affronta il tema della responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Senza ombra di dubbio le società internazionali costituiscono oggi uno dei motori principali della globalizzazione, promuovendo gli scambi commerciali e lo sviluppo di servizi finanziari su scala globale, esse svolgono un ruolo cruciale nel sistema economico grazie alla loro attività che deve però sempre tener conto del rispetto delle norme internazionali e dei diritti umani. Purtroppo non sono mancati, nel corso del tempo, episodi gravi che hanno visto le imprese essere responsabili di violazioni dei diritti umani e incidere sui diritti di categorie vulnerabili. Il testo approvato oggi interviene rifacendosi ai principi guida delle Nazioni Unite in materia di attività economiche e diritti umani e ribadendo la necessità per le imprese europee operanti nei paesi terzi di rispettare le norme internazionali. L'Europa deve farsi carico di questo tema promuovendo un'azione di sensibilizzazione delle proprie imprese; la politica commerciale e d'investimento nei paesi terzi deve fondarsi sui valori etici promuovendo la responsabilità sociale delle imprese.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor, no sin reconocer que el mismo hubiera debido ir mucho más lejos en la promoción de instrumentos vinculantes de control y sanción de las empresas que vulneran los derechos humanos. Los mecanismos existentes en la actualidad se basan en la voluntariedad y no son suficientes. Por ello, es imprescindible avanzar hacia una responsabilidad solidaria de las empresas matrices a lo largo de toda la cadena de valor; es necesario asegurar la coherencia en las políticas de la Unión y no firmar tratados comerciales que contengan mecanismos opacos y para-judiciales de resolución de diferencias entre inversores y Estados. Echamos en falta una mayor referencia a la responsabilidad de las instituciones financieras, que dan soporte a las transnacionales y a la necesidad de atender específicamente el derecho al acceso a la justicia de las más vulnerables. Deberíamos además, tal y como propusimos en enmiendas, impulsar la creación de una agencia de la Unión para la supervisión de la actividad de las empresas transnacionales en terceros países, y procedimientos de sanción en caso de delitos, para poner en el centro de la acción de la Unión la protección de los derechos humanos y medioambientales, antes que los beneficios empresariales.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyamos la mayor parte de las medidas que figuran en este informe para que haya un sistema efectivo de control y sanciones contra las empresas que, en el ejercicio de su actividad en países terceros, cometan violaciones de los derechos humanos. En particular, subrayamos nuestro acuerdo con la creación de etiquetas que garanticen a los consumidores que lo que compran está libre de este tipo de conductas y que ayudarán a extender el debate social y la conciencia sobre este problema.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport du député EFDD Corrao traite de la responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers. En réalité, il s'agit pour l'UE d'utiliser le thème porteur de la responsabilité des entreprises pour étendre son pouvoir sur la politique de nos firmes. Si le sujet est sensible, le libre-échange imposé par l'UE aux Etats a eu plus de conséquences néfastes en terme de droits humains et sociaux que la politique des firmes de nos Etats. Néanmoins, j'ai voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante qualche passaggio condivisibile, la relazione in oggetto potrebbe aprire a future criticità, per questo motivo ho preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – A pesar de que en los últimos años se han producido algunos avances (Principios rectores sobre las empresas y los derechos humanos de las Naciones Unidas), sigue sin existir un régimen vinculante que dé respuesta a la indefensión en casos de violaciones de los derechos humanos por parte de las empresas. La globalización de las actividades económicas hace cada vez más necesario establecer unas normas comunes.

Este informe aborda la necesaria responsabilidad de las empresas en relación con el respeto de los derechos humanos en sus actividades internacionales, con independencia del nivel de cumplimiento existente allí donde están presentes.

En este sentido, apoyamos el Grupo de trabajo creado en el seno de las Naciones Unidas para la preparación de un futuro tratado internacional vinculante sobre empresas y derechos humanos. Pedimos a la UE mayor coherencia y el desarrollo y la aplicación efectiva de los compromisos internacionales en este ámbito, y mayores esfuerzos a las empresas en la aplicación de la diligencia debida en materia de derechos humanos, así como mayor transparencia en sus actividades.

Por estos motivos, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariama bendrovių atsakomybė už rimtus žmogaus teisių pažeidimus trečiosiose šalyse.

Europos Parlamentas pažymi, kad didėjanti verslo veiklos ir tiekimo grandinių globalizacija ir tarptautinimas prisidės prie to, kad vaidmuo, kurį akcinės bendrovės atlieka užtikrindamos, kad būtų laikomasi žmogaus teisių, taps vis svarbesnis ir sukurs situaciją, kurioje tarptautinės normos, taisyklės ir bendradarbiavimas yra esmingai svarbūs, siekiant išvengti akcinių bendrovių ir verslo įmonių trečiosiose šalyse daromų žmogaus teisių pažeidimų. Parlamentas yra labai susirūpinęs, kai asmenys, akcinės bendrovės, nevalstybiniai subjektai ir valstybės trečiosiose šalyse vykdo žmogaus teisių pažeidimus, įskaitant ir tuos, kurie padaromi dėl akcinių bendrovių ir verslo įmonių valdymo sprendimų. Be to, primena įmonių subjektams jų atsakomybę, vykdant savo pasaulinio masto veiksmus, paisyti žmogaus teisių, nepaisant jų naudotojų buvimo vietos ir nepriklausomai nuo to, ar priimančioji šalis laikosi savo įsipareigojimų, susijusių su žmogaus teisėmis.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint az üzleti tevékenységek és az ellátási láncok fokozódó globalizációja és nemzetközivé válása miatt a nemzetközi vállalatoknak az emberi jogok tiszteletben tartásának biztosítása tekintetében játszott szerepe fontosabbá válik és olyan helyzet alakul ki, ahol döntő fontosságú a nemzetközi normák, szabályok és együttműködés megléte ahhoz, hogy elkerüljék a harmadik országokbeli emberi jogi visszaéléseket. Sajnos a harmadik országokban még követnek el emberi jogi jogsértéseket, melyek többek között egyes uniós vállalatok és üzleti vállalkozások vezetői döntései miatt, valamint magánszemélyek, nem állami szereplők és államok miatt következnek be.

A jelentés emlékezteti a vállalati szereplőket arra, hogy globális tevékenységeik során tiszteletben kell tartaniuk az emberi jogokat, függetlenül attól, hogy a felhasználók hol élnek, valamint attól, hogy a fogadó tagállam betartja-e saját emberi jogi kötelezettségeit. Ezért folyamatosan, hatékonyan és egységesen kell fellépni valamennyi szinten – a nemzeti, európai és nemzetközi szintet is beleértve – a nemzetközi vállalatok által elkövetett emberi jogi visszaélések azonnali hatékony kezelése, valamint a vállalatok és magatartásuk területen kívüli dimenziójából adódó jogi problémák és az azzal kapcsolatos bizonytalanság hatékony kezelése érdekében. A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće, u kojemu se podsjeća korporativne aktere na njihovu odgovornost da poštuju ljudska prava tijekom vlastitih globalnih operacija, bez obzira na to gdje se njihovi korisnici nalaze i neovisno o tome da li država domaćin ispunjava svoje vlastite obveze u zaštiti ljudskih prava.

Kao i ostali europski parlamentarci, duboko sam zabrinuta zbog slučajeva kršenja ljudskih prava počinjenih u trećim zemljama, uključujući i neke korporacije i poslovne subjekte iz EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Je suis très concernée par les conditions de vie dans le tiers monde. Cependant, je dénonce l'hypocrisie des institutions européennes, qui feignent de découvrir le problème des atteintes aux droits de l'homme en occultant le fait que le libre-échange qu'elles ont contribué à généraliser en est la cause principale. Nos entreprises ne sont nullement responsables de cet état de fait.

Par conséquent, je vote contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on corporate liability for serious human rights abuses in third countries because I believe both states and companies play an important role in ensuring the protection of human rights. Therefore, this resolution commits the Parliament to pushing the EU, the Member States and third countries to adopt binding instruments devoted to the effective protection of human rights.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – È oggi un'urgente necessità l'azione continuativa dell'UE nella promozione e nella tutela dei diritti umani, in modo che essa sia efficace e coerente a tutti i livelli, sia a livello nazionale, che europeo e internazionale, per affrontare efficacemente le violazioni dei diritti umani da parte delle società internazionali nel momento in cui si verificano e per affrontare i problemi giuridici derivanti dalle dimensioni extraterritoriali delle società e del loro comportamento, come pure la relativa incertezza riguardo all'attribuzione delle responsabilità per le violazioni dei diritti umani. La globalizzazione, l'internazionalizzazione del commercio e della produzione, assieme alla creazione di posti di lavoro di nuovo tipo non possono essere un alibi per tacere delle condizioni di vita degli abitanti dei paesi terzi. Se l'Europa vuole continuare ad essere il leader mondiale nella difesa dei diritti individuali deve anche portare avanti la sua azione di sensibilizzazione delle proprie imprese e di tutela dei diritti tramite gli accordi di partenariato e la propria influenza politica globale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport engage la responsabilité des entreprises des États membres de l'Union européenne dans les cas de violations des droits de l'homme dans les pays tiers. Certes, il est proprement scandaleux que des grands groupes, implantés dans les États membres, aient recours à des sous-traitants peu scrupuleux en matière de respect des droits de l'homme. Il est en effet de leur devoir de s'assurer que toutes les parties prenantes, en particulier leurs fournisseurs, respectent au minimum la législation du travail en vigueur dans le pays de production. Si nous dénonçons depuis de nombreuses années cet esclavage moderne, nous n'exonérons pas l'Union européenne de toute responsabilité dans ces cas de violations des droits de l'homme dans les pays tiers. En multipliant les traités de libre-échange et les concessions tarifaires avec des pays qui pratiquent le dumping social et environnemental, l'Union européenne incite nos entreprises qui subissent la concurrence internationale déloyale à relocaliser leur activité dans ces États. En découle ainsi une harmonisation vers le bas des systèmes de protection sociale et des conditions de travail des salariés. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Există o serie de acte cu caracter obligatoriu care se adresează întreprinderilor și care prevăd respectarea unor seturi de valori fundamentale în domeniul drepturilor omului, dar și în ceea ce privește standardele de muncă. În contextul în care intensificarea fenomenului mondializării activităților comerciale va genera o extindere a rolului jucat de corporații în privința asigurării respectării drepturilor omului, e nevoie de noi reglementări pentru a proteja drepturile angajaților în țările terțe.

Au fost semnalate o serie de cazuri de încălcare a drepturilor omului în țările terțe, motiv pentru care e nevoie de actualizarea cadrului juridic și îmbunătățirea reglementărilor existente pentru a preveni și a sancționa cazurile de încălcări grave ale drepturilor omului.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider esențială luarea unor măsuri imediate în vederea identificării unor soluții eficiente la abuzurile comise de corporațiile internaționale în legătură cu drepturile omului.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Odată cu încheierea crizei economice, sectorul corporațiilor s-a extins din ce în ce mai mult pentru a face față noilor cereri, având ca și consecință creșterea cererii de forță de muncă, inclusiv pentru lucrători din țările din afara Uniunii Europene.

Spre deosebire de lucrătorii detașați din țările membre ale UE, cei din țările terțe nu beneficiază de prevederile legislației muncii în vigoare. Acest lucru creează confuzie în ceea ce privește atât drepturile acestor persoane, cât și obligațiile angajatorilor lor.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul pentru „răspunderea întreprinderilor pentru încălcări grave ale drepturilor omului în țări terțe". Este nevoie de instrumente obligatorii pentru protecția efectivă a drepturilor omului în acest domeniu și să se asigure că sunt respectate pe deplin toate obligațiile naționale și internaționale care decurg din normele internaționale menționate în respectivul raport.

Cetățenii detașați din țări terțe trebuie să beneficieze de aceleași drepturi și condiții. Solicit adoptarea principiilor directoare ale ONU, menționând că aceste principii directoare au fost aprobate în unanimitate de ONU, cu sprijinul deplin al statelor membre ale UE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Quello dello sfruttamento del lavoro è un tema che coinvolge le responsabilità dei governi ma anche delle imprese, spesso colpevoli di gravissime violazioni dei diritti dei lavoratori. In molti paesi extraeuropei ancora si registrano gravissime situazioni di sfruttamento del lavoro, anche minorile, con limitazioni nella libertà di espressione e di riunione. In molti casi addirittura i lavoratori sono vittime di violenza fisica e di minacce. La comunità imprenditoriale, nei paesi terzi, è tenuta a rispettare i diritti umani in tutte le declinazioni e l'Unione deve essere capace di stabilire una politica commerciale e di investimento con i paesi terzi basata anche sui valori etici e non solo sul mercato.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this very good report that focuses on making corporations which are in any way connected to the EU more socially responsible. Positive aspects include support for the mandatory labelling of conflict-related goods, national responsibility for corporate activity in third countries, national responsibility to rectify or remedy human rights violations in their territory, an acknowledgement of the differences facing SMEs and multinational corporations, restrictions on dual use products and a consistent recognition of the principle of subsidiarity.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. This report is an unnecessary duplication of efforts already undertaken by the UN, who have already agreed on guiding principles on the matter, unanimously agreed by all members. There are calls within the report for the creation of more EU legislation. We are supportive of the overall objectives in improving human rights, but believe that the EU is an unnecessary duplication.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I recognise the major importance of corporate responsibility to ensure that there are no human rights abuses when conducting operations in third countries. I believe that transparency and communication regarding measures taken to avoid human rights abuses in third countries are important in order to allow proper democratic oversight. It is important, though, that policies address company size and their coping mechanisms together with those companies dealing in raw materials from conflict-affected areas.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Attraverso questa relazione il collega Ignazio Corrao ha voluto far sì che l'Europa e gli Stati membri agiscano in modo urgente, continuativo ed efficace a tutti i livelli, al fine di affrontare i problemi giuridici derivanti dalle dimensioni extraterritoriali delle società e del loro comportamento, così come la relativa incertezza riguardo all'attribuzione delle responsabilità per le violazioni dei diritti umani. In particolare, nella relazione si chiede agli Stati membri di stabilire requisiti chiari in merito alla necessità che le società domiciliate nel loro territorio e/o nella loro giurisdizione rispettino i diritti umani in tutte le loro operazioni e in ogni paese e contesto in cui operano. Si chiede altresì l'introduzione di norme che ribadiscano il dovere per le imprese di rispettare i diritti umani e la sanzionabilità in concreto della loro violazione. Grazie alla presente relazione il Movimento 5 Stelle getta le basi per la rimozione delle cause che provocano i flussi migratori non controllati. Il mio voto è stato senza dubbio favorevole.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και επαναλαμβάνουμε την επείγουσα ανάγκη για ανάληψη δράσης με συνεχή, αποτελεσματικό και συνεκτικό τρόπο σε όλα τα επίπεδα, μεταξύ δε άλλων, σε εθνικό, ευρωπαϊκό και διεθνές επίπεδο, για την αποτελεσματική αντιμετώπιση των παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων από εταιρείες.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες αποτελεί συνέχεια της προσπάθειας προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων από την πλευρά της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Η αναγνώριση εταιρικών ευθυνών σε τρίτες χώρες είναι ένα σημαντικό βήμα για την περαιτέρω προστασία των πολιτών και, για αυτό τον λόγο, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione che, pur perseguendo validi obiettivi sulla tutela dei diritti dei lavoratori che operano nei paesi terzi, appare nell'insieme delle azioni da intraprendere troppo centralizzato a livello di Commissione europea.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Da europeo e da italiano esprimo il mio consenso alla risoluzione dal momento che non solo il rispetto della dignità umana rappresenta uno dei principi fondanti dell'UE, ma anche per la mia profonda condivisione di quanto esposto dall'articolo 41 della nostra Costituzione, ossia che l'iniziativa economica «non più svolgersi in contrasto con l'utilità sociale o in modo da recare danno alla sicurezza, alla libertà, alla dignità umana». In secondo luogo, le nostre imprese non producono o esportano soltanto merci, in quanto nel loro operare esternano gli stessi ideali europei: i prodotti sono accompagnati da un intrinseco bagaglio culturale comunitario. Di conseguenza, gli attori economici europei hanno il dovere morale di rispettare i diritti umani nelle loro operazioni in paesi terzi al fine di renderle scevre dallo sfruttamento del lavoro o delle risorse. Non bisogna dimenticare che un'attività economica può avere successo unicamente rispettando e includendo coloro che vi partecipano, pertanto l'impegno etico rientra nella catena del valore prospettando l'utilizzo di nuovi percorsi e leve competitive coerenti con uno sviluppo sostenibile per la collettività. Dunque è necessario adottare quanto prima delle linee guida sulla trasparenza e delle misure per evitare la violazione dei diritti umani nei paesi terzi.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on corporate liability for serious human rights abuses in third countries and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A salvaguarda dos direitos fundamentais dos trabalhadores ou de todos aqueles que, de alguma forma, participam na cadeia de produção é uma obrigação da União e de todos os seus Estados-Membros, seja no espaço da UE ou fora dele.

No plano internacional, congratulo-me com a adoção dos Princípios Orientadores das Nações Unidas, mas destaco a importância dos trabalhos para a celebração de um Tratado das Nações Unidas sobre empresas e direitos humanos, com carácter vinculativo. A UE tem um papel determinante a desempenhar neste contexto, como na inclusão de preocupações com esta matéria nos seus acordos de comércio.

Entendo os instrumentos baseados na Responsabilidade Social das Empresas (RSE) como forma de defender os direitos humanos em países terceiros, por isso defendo que sejam reforçados e que tenham em conta a especificidade das pequenas e médias empresas. Devemos procurar maior eficácia e não uma sobrecarga de normas burocráticas.

Advogo que a responsabilidade não é apenas jurídica, mas também moral, pelo que defendo a existência de processos de recurso efetivo em caso de violações dos direitos humanos em países terceiros por empresas europeias.

Registo, com agrado, a preocupação com a rotulagem dos «minerais de conflito».

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto ritengo che le società rivestano oggi un ruolo centrale e sempre più crescente nel garantire il rispetto dei diritti umani in quanto gli stessi accordi commerciali possono contribuire a rafforzare anche le disposizioni sui diritti umani. È importante che le imprese, europee e non europee, esercitino *due-diligence* in materia di diritti umani integrandone poi i risultati con le politiche e le procedure interne attribuendo anche adeguate risorse al fine di assicurarne l'attuazione. La trasparenza e la comunicazione circa le misure adottate per evitare le violazioni dei diritti umani nei paesi terzi sono fondamentali per garantire un adeguato controllo e consentire ai consumatori di effettuare scelte sempre più consapevoli.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor porque el texto reconoce la responsabilidad de las empresas y manifiesta su preocupación por las violaciones de los derechos humanos cometidas en terceros países, e insta a la acción continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, también a nivel nacional, europeo e internacional, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas internacionales.

También realiza explícitamente llamamientos dirigidos a las empresas, europeas y no europeas, sobre su deber de respetar los derechos humanos, y llamamientos dirigidos a la Unión y a los Estados miembros sobre su deber de garantizar y proteger los derechos humanos. De forma precisa requiere a la Unión, a los Estados miembros, a los terceros países y a todas las autoridades nacionales e internacionales que adopten, de forma urgente y lo más generalizada posible, instrumentos vinculantes destinados a la protección efectiva de los derechos humanos, por lo que he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La crescente globalizzazione e internazionalizzazione delle attività commerciali e delle catene di approvvigionamento ha reso più importante il ruolo svolto delle società nel garantire il rispetto dei diritti umani. Le imprese sono tenute ad accettare, sostenere e attuare, nell'ambito della propria sfera di influenza, un insieme di valori fondamentali in materia di diritti umani, norme di lavoro, ambiente e lotta alla corruzione, impegnandosi a favore di tali principi e integrandoli nelle loro attività commerciali su base volontaria. Ho accolto positivamente la presente risoluzione poiché ritengo che l'impegno spontaneo e non vincolante delle società non sia di per sé sufficiente e necessiti di essere affiancato da norme vincolanti e applicabili volte a evitare violazioni dei diritti umani in Stati terzi. Da questo punto di vista, credo che il mix intelligente di strumenti normativi e di azioni volontarie permetta di strutturare un'azione continuativa, efficace e coerente a tutti i livelli nazionale, europeo e internazionale, per affrontare efficacemente le violazioni dei diritti umani da parte delle società internazionali e per superare i problemi giuridici derivanti dalle dimensioni extraterritoriali delle società.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este fondată pe valorile respectului pentru demnitatea umană, libertate, democrație, egalitate, statul de drept, precum și pe drepturile persoanelor. Intensificarea fenomenului de internaționalizare a activităților comerciale a mărit importanța rolului corporațiilor privind asigurarea și respectarea drepturilor omului. Statele și întreprinderile au roluri diferite, dar complementare în ceea ce privește protecția acestor drepturi.

Am votat pentru adoptarea în regim de urgență a unor instrumente obligatorii privind protecția efectivă a drepturilor omului și asigurarea pe deplin a tuturor obligațiilor naționale și internaționale. Cooperarea cu partenerii internaționali, pentru a se asigura, prin mijloace legislative, judiciare, administrative sau prin alte mijloace adecvate, acces victimelor la o cale de atac eficientă, este necesară.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowałem wstrzymać się od głosu w sprawie sprawozdania dotyczącego odpowiedzialności przedsiębiorstw za poważne naruszenia praw człowieka w państwach trzecich. Oczywiście zgadzam się z tym, że przestrzeganie praw człowieka powinno stanowić główną wartość dla wszystkich państw członkowskich. Celem sprawozdania jest zachęcenie państw członkowskich do zapewnienia przestrzegania takich praw jak prawa człowieka, standardy pracy i środowiska oraz walka z korupcją przez przedsiębiorstwa. Jednakże w moim odczuciu w sprawozdaniu zostały poruszone kwestie, które wykraczają poza materię sprawozdania. W związku z tym, wstrzymałem się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it calls on the corporate actors to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations. We need to address all types of human rights abuses in third countries. I fully support the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights and their worldwide implementation. Each and every single life must be protected and not subject to a business enterprise management decision.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers. La promotion et la mise en application des droits de l'homme ne sont pas des devoirs qui incombent uniquement aux institutions publiques. Le secteur privé est aussi l'ambassadeur des valeurs de l'Union européenne à l'étranger. Il est donc important, pour nous Européens, de faire en sorte que nos entreprises respectent les valeurs universelles des droits de l'homme indépendamment du lieu où elles exercent leurs activités. Je considère que le principe de la responsabilité sociale des entreprises, qui veut que les entreprises entreprennent de façon volontaire des mesures pour garantir le respect des droits de l'homme à l'étranger, établit une fondation solide pour des pratiques morales des entreprises et j'encourage son développement.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione per porre fine ai casi di violazione dei diritti umani provocate da società e imprese nonché per sensibilizzare i cittadini sulla «responsabilità delle imprese» non solo nel settore economico, ma anche politico e giuridico. Accolgo con favore le politiche commerciali europee nei paesi in via di sviluppo che contribuiscono al rafforzamento del sistema commerciale, promuovendo contemporaneamente i diritti umani e la protezione ambientale.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le respect des droits de l'homme est une obligation morale et juridique qui doit s'imposer aux entreprises européennes et à leurs dirigeants, quel que soit l'endroit où ils opèrent, la taille de l'entreprise ou son secteur d'activité. En cas de non-respect, il faut garantir aux victimes issues de pays tiers des voies de recours judiciaires, administratives ou législatives. Les futurs accords commerciaux avec des États tiers devraient également comprendre un passage rappelant leurs obligations sociales aux entreprises.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'UE d'instrumentaliser la thématique de la responsabilité des entreprises dans le but d'étendre son pouvoir. Bien que le sujet soit sensible, il faut garder à l'esprit que le libre-échange que l'Europe impose aux États membres comme aux États tiers a eu plus de conséquences négatives en termes de droits humains et sociaux que la politique des firmes de nos États. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες είναι ένα πολύ σημαντικό ζήτημα, για το οποίο, όμως, δεν ευθύνονται οι εταιρείες. Οι λίγες περιπτώσεις που όντως υπάρχουν παραβιάσεις με εταιρική ευθύνη γίνονται πάντα με την ανοχή διεφθαρμένων κρατικών ή τοπικών αρχών και, στις πλείστες περιπτώσεις, οι εταιρείες που σχετίζονται με τέτοιου είδους πρακτικές είναι πολυεθνικές. Δεν είναι δυνατόν να καλούνται να αναλάβουν ευθύνη μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που εισάγουν προϊόντα από άλλες χώρες με διαδικασίες που, σε πολλές περιπτώσεις, γίνονται εξ αποστάσεως. Αν θέλει η Ένωση να καταπολεμήσει τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, μπορεί να σταματήσει τις ενθαρρυντικές χρηματοδοτήσεις καταπιεστικών και εγκληματικών καθεστώτων, όπως αυτά της Τουρκίας, των κατεχομένων της Κύπρου, της Σαουδικής Αραβίας και της Σουαζιλάνδης.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Um rótulo de identificação que indique o respeito pelos direitos humanos em toda a cadeia de produção de um produto é uma das propostas incluídas no relatório de iniciativa do Parlamento Europeu sobre a responsabilidade das empresas por violações graves dos direitos humanos em países terceiros.

A União Europeia assume-se como uma defensora dos direitos humanos e uma legislação que obrigasse as empresas europeias a respeitar os direitos humanos no estrangeiro enviaria uma forte mensagem ao mundo.

O relatório baseia-se nos Princípios Orientadores das Nações Unidas sobre Empresas e Direitos Humanos, focando-se no respeito pelos direitos humanos em todas as cadeias de produção, distribuição e exploração dos recursos naturais em países terceiros, especialmente em países em desenvolvimento.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le libre-échange que l'Europe impose aux États membres comme aux États tiers a eu plus de conséquences négatives en termes de droits de l'homme (réapparition de l'esclavage) et sociaux que la politique des firmes de nos États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda um dos problemas que marca, na atualidade, a crise do capitalismo e a crise na e da União Europeia: a crise humanitária e as grosseiras violações de direitos em território europeu. Com vários pontos positivos, o relatório revela insuficiências e está comprometido por um conjunto de referências negativas que a direita e a social-democracia viriam a impor, ainda que não na extensão que desejariam. O resultado da votação é disso expressão.

Omitem-se as causas dos problemas e as responsabilidades, diretas e indiretas, na sua origem. A UE, com os EUA e a NATO, é responsável pela desestabilização de todo o Médio Oriente e Norte de África, alimentando os grupos extremistas, que agora, em nome da luta contra o «terrorismo», dizem combater.

Tolda-se com uma muito ligeira crítica à Europa Fortaleza, ao mesmo tempo que considera necessário o reforço da segurança e da gestão das fronteiras nomeadamente da FRONTEX. Saúda a missão EURONAVFOR MED e o seu papel no combate ao tráfico de migrantes e apela a que se intensifiquem estas missões. Uma análise da qual nos distanciamos veementemente, pelo que a realidade que retrata tem de criminoso, imbuída da visão securitária da UE.

Os elementos positivos que dele constam, bem como a sua origem, justificam uma abstenção.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες είναι ένα πολύ σημαντικό ζήτημα για το οποίο όμως δεν ευθύνονται οι εταιρείες. Οι λίγες περιπτώσεις που όντως υπάρχουν παραβιάσεις με εταιρική ευθύνη γίνονται πάντα με την ανοχή διεφθαρμένων κρατικών ή τοπικών αρχών και στις πλείστες περιπτώσεις οι εταιρείες που σχετίζονται με τέτοιου είδους πρακτικές είναι πολυεθνικές. Δεν είναι δυνατόν να καλούνται να αναλάβουν ευθύνη μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που εισάγουν προϊόντα από άλλες χώρες με διαδικασίες οι οποίες σε πολλές περιπτώσεις γίνονται εξ αποστάσεως. Αν θέλει η Ένωση να καταπολεμήσει τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, μπορεί να σταματήσει τις ενθαρρυντικές χρηματοδοτήσεις καταπιεστικών και εγκληματικών καθεστώτων, όπως αυτά της Τουρκίας, των κατεχομένων της Κύπρου, της Σαουδικής Αραβίας και της Σουαζιλάνδης. Για αυτούς τους λόγους καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations.

I am deeply concerned by cases of human rights violations committed in third countries, including as a result of some EU corporations and business enterprises management decisions. In this report, we strongly reiterate our support for the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights (UNGPs) and their worldwide implementation and call for 'companies, whether European or not, to carry out human rights due diligence' as well as for the allocation of sufficient resources for this purpose.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, considerando que la Unión se fundamenta en los valores de respeto de la dignidad humana, libertad, democracia, igualdad, Estado de Derecho y respeto de los derechos humanos, y que su acción en la escena internacional (incluida su política comercial) ha de basarse en estos principios. La violación de los derechos humanos por parte de algunas empresas es un problema a escala mundial, pese a que todas las empresas del mundo tienen la obligación de respetar los derechos humanos, al igual que las instituciones europeas tienen como principal obligación regular la responsabilidad de las empresas que tienen conexiones con la Unión. Desde las instituciones de la Unión debemos de actuar de manera continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas, desde que se producen, y de abordar los problemas jurídicos derivados de la dimensión extraterritorial de las empresas y de su gestión.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La globalizzazione del mercato e l'internazionalizzazione delle attività economiche, genera una serie di preoccupazioni rispetto alla responsabilità delle aziende nei casi di grave violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Vogliamo che l'Europa sia motore ed esempio in fatto di salvaguardia dei diritti dell'uomo e che sia vigile e pronta ad intervenire, anche con sanzioni, ove si riscontrassero abusi o infrazioni. Il mio sostegno in favore della relazione del collega Corrao è pertanto pieno e convinto

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi poiché con essa il PE ha voluto ricordare agli imprenditori le loro responsabilità in materia di rispetto dei diritti umani nelle loro azioni a livello globale, a prescindere dal luogo in cui sono ubicate le loro attività imprenditoriali. Il Patto globale delle Nazioni Unite stabilisce che le imprese sono tenute ad accettare, sostenere e attuare, nell'ambito della propria sfera d'influenza, un insieme di valori fondamentali in materia di diritti umani, norme di lavoro, ambiente e lotta alla corruzione, e sono tenute a implementare di tali principi integrandoli nelle loro attività commerciali. Per questo motivo ho condiviso fortemente l'invito alla Commissione a presentare a breve una proposta legislativa in materia di controllo dell'esportazione dei prodotti a duplice uso, in quanto le tecnologie create dalle società continuano a essere la causa di violazioni dei diritti umani in tutto il mondo. Così come l'invito rivolto all'UE e agli Stati membri a stabilire norme chiare in base alle quali le società stabilite nel loro territorio o nella loro giurisdizione rispettino i diritti umani in tutte le loro operazioni e in ogni paese.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion habe ich mich bei der Abstimmung zum „Bericht über die Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern" enthalten. Grundsätzlich unterstütze ich das Ansinnen einer stärkeren, weltweiten unternehmerischen sozialen Verantwortung sehr. Allerdings kann ich dem Bericht nicht in allen Punkten folgen und halte manch vorgeschlagene Maßnahme für nicht zielführend.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Europäische Unternehmen müssen in einer globalen Welt verstärkt ihrer Sorgfaltspflicht gegenüber Arbeitnehmern in Drittstaaten gerecht werden. So gilt es dem Leitprinzip der Vereinten Nationen zu folgen und Menschenrechtsverletzungen bei Arbeitnehmern in Drittstaaten gegenüberzutreten. Eine solche Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen bei Arbeitnehmern in Drittstaaten kann erfolgreich durch internationale Handelsabkommen, die international Normen implementieren, bekräftigt werden.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché la protezione dei diritti umani, una priorità da sempre nella storia dell'UE, non può essere in alcun modo subordinata ad altre finalità. Per questo chiediamo venga rispettata dai paesi terzi, vogliamo evitare che siano proprio imprese europee a farsi fautrici di violazioni dei diritti umani. Faticosamente si è fatto strada a livello mondiale il concetto di responsabilità sociale d'impresa, che resta tuttavia da inquadrare ancora meglio a livello legislativo nazionale ed europeo, con particolare riferimento alle PMI, così essenziali per il tessuto economico dei nostri paesi. Ho votato quindi a favore del testo che stiamo discutendo anche perché chiede di tenere debitamente conto della globalizzazione e delle necessità di internazionalizzazione delle imprese, fenomeni di per sé positivi se debitamente inquadrati in un'ottica di incremento del commercio su scala mondiale e di rispetto dei diritti umani. Quest'ultimo non può in alcun modo soffrire della dimensione transazionale di una casistica ormai nota ed è quindi corretta e necessaria la richiesta che quest'oggi rivolgiamo alla Commissione affinché provveda a stabilire le norme minime per la definizione dei reati e delle relative sanzioni in questo ambito.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport prétend vouloir responsabiliser les multinationales sur le respect des droits de l'homme dans les pays tiers.

Là encore, il y a un cynisme évident puisque le libre-échange et donc la délocalisation des productions dans des pays à faible coût de main d'œuvre et aux exigences sociales moindres sont grandement encouragés par les politiques européennes.

Parce qu'il est hors de question qu'un tel rapport serve de caution morale à un système qui est intrinsèquement violateur des droits de l'homme, j'ai voté contre ce rapport.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Tout le monde se souvient de l'émoi soulevé par l'effondrement du Rana Plaza en 2013 au Bangladesh, faisant plus d'un millier de morts parmi les employés d'usines textiles travaillant pour des marques européennes. Les entreprises, peu regardantes sur les conditions de travail et de salaire pratiquées par leurs sous-traitants, comme les autorités bangladaises, usant de la faiblesse de leur réglementation pour attirer les investissements étrangers, sont certes responsables. On pense aussi aux exploitations minières ou aux déforestations massives, qui détruisent des écosystèmes mais aussi des modes de vie.

Mais la cause première de ce type de situations, c'est la mondialisation sauvage, la course effrénée à la rentabilité et au moindre coût. Les entreprises jouent, parfois cyniquement, avec les règles d'un système que vous soutenez et que vous souhaitez développer en multipliant les accords commerciaux. Exode rural alimentant l'esclavage moderne de petites mains sous-payées là-bas, chômage de masse et paupérisation ici. La violence économique et sociale imposée aux populations par votre libre-échangisme forcené est terrifiante.

Certes, appeler à la responsabilité des entreprises est dans l'air du temps. Mais si l'on ne change pas les règles du jeu, tout cela ne restera que de la poudre aux yeux.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor, no sin reconocer que el mismo hubiera debido ir mucho más lejos en la promoción de instrumentos vinculantes de control y sanción de las empresas que vulneran los derechos humanos. Los mecanismos existentes en la actualidad se basan en la voluntariedad y no son suficientes. Por ello, es imprescindible avanzar hacia una responsabilidad solidaria de las empresas matrices a lo largo de toda la cadena de valor; es necesario asegurar la coherencia en las políticas de la Unión y no firmar tratados comerciales que contengan mecanismos opacos y para-judiciales de resolución de diferencias entre inversores y Estados. Echamos en falta una mayor referencia a la responsabilidad de las instituciones financieras, que dan soporte a las transnacionales y a la necesidad de atender específicamente el derecho al acceso a la justicia de las más vulnerables. Deberíamos además, tal y como propusimos en enmiendas, impulsar la creación de una agencia de la Unión para la supervisión de la actividad

de las empresas transnacionales en terceros países, y procedimientos de sanción en caso de delitos, para poner en el centro de la acción de la Unión la protección de los derechos humanos y medioambientales, antes que los beneficios empresariales.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — S'assurer que celui qui nous vend un produit n'a pas de sang sur les mains, c'est en ce sens que j'ai voté pour cette résolution. J'ai soutenu ce texte pour que le Parlement se fasse entendre autour de la création d'un label d'identification volontaire au niveau de l'Union, attestant du respect des droits de l'homme pour les produits fabriqués dans les pays tiers. Ce label devra être assorti d'un organe de suivi indépendant régi par des règles strictes et doté de pouvoirs d'inspection. Les produits auxquels ce label aura été accordé devraient bénéficier d'avantages particuliers. Avec mes collègues, nous invitons la Commission européenne à lancer une campagne de promotion de ce label. Plus généralement, l'Union européenne et les États membres doivent définir des règles précises énonçant clairement que les entreprises établies sur leur territoire et/ou placées sous leur juridiction sont tenues de respecter les droits de l'homme dans leurs activités. Il nous faut une cohérence politique en matière d'entreprises et de droits de l'homme, en particulier pour ce qui a trait à la politique commerciale de l'UE.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. Increasing globalisation and internationalisation of business activities and supply chains will make the role that corporations play in ensuring respect for human rights more important and create a situation in which international norms, rules and cooperation are crucial to avoid human rights abuses in third countries.

However, I am very concerned by cases of human rights violations committed in third countries, including of some EU corporations and business enterprises management decisions. If companies are found to have caused or contributed to harm, they should take moral but also legal responsibility and must provide effective remedy processes for the individuals and communities affected.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, διότι θεωρούμε ότι είναι ένα πρώτο βήμα προς τη σωστή κατεύθυνση. Σε αυτήν εμπεριέχονται σημαντικές παράμετροι, τις οποίες θα πρέπει να ακολουθήσουν τόσο η Επιτροπή όσο και τα κράτη μέλη. Επιπρόσθετα, η έκθεση αναδεικνύει τις υποχρεώσεις των εταιρειών που δραστηριοποιούνται στο εξωτερικό και θα πρέπει να σέβονται τα ανθρώπινα δικαιώματα σε όλο τα φάσμα των δραστηριοτήτων τους. Παρά τη θετική μας στάση, εκφράζουμε την αντίθεσή μας στο γεγονός ότι στην έκθεση απουσιάζει οποιαδήποτε κριτική στις ίδιες τις εμπορικές συμφωνίες που συνάπτει η ΕΕ, οι οποίες, σε πολλές περιπτώσεις, εκ της φύσεως τους, παραβιάζουν βασικά ανθρώπινα δικαιώματα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Migration is a global, multidimensional, multifaceted and cross-cutting phenomenon caused by a wide variety of factors, such as economic conditions (including changes in wealth distribution and regional and global economic integration), social and political conditions, labour conditions, violence and security conditions, as well as the gradual degradation of the environment and the growing virulence of natural disasters. The Union must adopt specific guidelines on the rights of migrants to complement its guidelines on human rights. There should be advocated close cooperation, to defend migrants' rights, with the appropriate international organisations and other institutions. These measures are essential now, more than ever as a result of the migrant crisis throughout Europe.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Menschenrechte sind ein wichtiges Gut, das alle europäischen Institutionen – nicht zuletzt das Europäische Parlament – weltweit wahren und beschützen müssen. Dazu stehe ich als Abgeordneter der Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Allerdings gehen viele der formulierten Forderungen in dem Bericht an der täglichen Praxis vorbei und erfüllen so nicht den gewünschten Zweck für eine gezielte und deutliche Ächtung von Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten. Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung enthalten.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o korporativnoj odgovornosti za ozbiljne povrede ljudskih prava u trećim zemljama, jer su upravo korporacije jedan od glavnih aktera gospodarske globalizacije, financijskih usluga i međunarodne trgovine te su dužne poštovati sve primjenjive zakone i međunarodne sporazume na snazi, a prije svega poštovati ljudska prava.

Trgovina i ljudska prava mogu se međusobno podupirati, a poslovna zajednica može imati i važnu poticajnu ulogu u promicanju ljudskih prava, demokracije, standarda zaštite okoliša i odgovornog poslovanja. EU ima vodeću ulogu u pregovorima o nizu inicijativa za globalnu odgovornost i njihovu provedbu, a te su inicijative tijesno povezane s promicanjem i poštovanjem međunarodnih standarda.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il me semble que la politique de libre-échange imposée par l'Union européenne à ses États membres est bien plus préjudiciable aux droits de l'homme que la politique menée par nos entreprises. L'UE ne doit pas faire usage de ce prétexte pour accroître son emprise sur ces mêmes entreprises.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Corporations, as major players in economic globalisation, financial services and international trade, have a moral duty and a legal obligation to respect human rights. Clauses on corporate liability for human rights violations should be included in EU trade and investment agreements. This is part of EU action to ensure effective protection of human rights also in the context of business activity. An independent body should verify and certify that no abuse has occurred at any stage of the production chain and consequently certify the product by so called 'abuse-free' label, an important one for the reputation of our companies. I see this report as a positive step towards a new way of approaching the exploitation of resources all over the world, especially in developing countries.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ignazio Corrao sur la responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers. J'ai tenu à soutenir cette initiative mettant en avant l'engagement volontaire des entreprises pour la mise en place d'une responsabilité sociale en accord avec les principes directeurs des Nations unies. Le rapport aborde également le sujet important de l'instauration d'un devoir de diligence qui incombe aux entreprises utilisant des matières premières provenant de zones de conflit.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – It is important to protect the citizens of any country from human right abuses, even more when the initiator is a company. As the European Union we have tried to always get better with regard to respect for human rights. Corporate liability should be considered as the bare minimum for such occasions and this report moves to the right direction.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Menschenrechte sind ein wichtiges Gut, das alle europäischen Institutionen – nicht zuletzt das Europäische Parlament – weltweit wahren und beschützen müssen. Dazu stehe ich als Abgeordneter der Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Allerdings gehen viele der formulierten Forderungen in dem Bericht an der täglichen Praxis vorbei und erfüllen so nicht den gewünschten Zweck für eine gezielte und deutliche Ächtung von Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten. Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung enthalten.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Při hlasování o odpovědnosti podniků za závažné porušování lidských práv ve třetích zemích jsem hlasovala pro. Téma dodržování lidských práv je dlouhodobě tematikou, kterou se snažím prosazovat, a tato zpráva není výjimkou. Navíc dlouhodobě pracuji na tématu odpovědnosti nadnárodních korporací a zabývám se i problémy, které to způsobuje ve třetích zemích. Porušování lidských práv ze strany nadnárodních firem je velice častým jevem a legislativa směřující k omezení tohoto chování je velice vítána i mezi většinou mých kolegů. V první řadě musíme zajistit, aby k porušování lidských práv nedocházelo na území států EU, ale nesmíme zapomínat na celosvětovou působnost nadnárodních korporací a pokračovat v našem úsilí a toto téma neustále rozvíjet.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Ha távolra tekintünk, Bangladesben 3 könnyűipari tömegbalesetben 1500-an haltak meg, jórészt az embertelen foglalkoztatási körülményekkel ok-okozati összefüggésben. Ha a legszűkebb környezetemben értékelem a helyzetet, akkor megdöbbentő, hogy a kolontár-devecseri vörösiszap tragédia kapcsán, mely Európa szívében 10 halálos áldozatot követelt és százak váltak földönfutókká, mind a mai napig senkit sem vontak felelősségre és az anyagi kártérítés is akadozik, holott már 6 év eltelt azóta.

A jelentés egyértelműen jó szándékú és előremutató, bizonyos esetekre megoldásokat kínál, így támogatandó. Jóval keményebb eszközökkel is fel kellene lépni a mindenáron való profithajhászás ellen, de az már egy másik történet.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно корпоративната отговорност при сериозни нарушения на правата на човека в трети държави.

Чрез този доклад се насърчава приемането на ръководните принципи на ООН и се подкрепя прилагането им в световен мащаб. Смятам, че е важно дружествата да прилагат ръководните принципи на ООН, включително чрез установяването на политики за надлежна проверка и предпазни мерки за управление на риска, както и чрез предоставянето на ефективни средства за правна защита, когато дейността им е довела до или допринесла за неблагоприятни последици за правата на човека.

Считам, че е необходимо държавите членки да възприемат последователен, всеобхватен, ефективен и обвързващ подход в своята законодателна дейност, така че да изпълнят задължението си за предотвратяване, разследване и санкциониране на нарушенията на правата на човека, извършени от корпорации, попадащи под тяхна юрисдикция, включително такива, които са извършени в трети държави, и за обезщетяване на жертвите.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution. There are reports that stress that transnational corporations and other business enterprises may at times cause or contribute to human rights violations in third countries, particularly affecting vulnerable groups such as minorities, indigenous people, women and children. Unfortunately, nowadays human rights violations by corporations are a worldwide concern. It is important to note that many transnational corporations, whether European or not, operating in third countries, have substantial business operations in Europe and/or may be owned by European corporations, have assets or goods in Europe, or control other corporations in Europe, or receive investments or use the financial services of institutions in Europe.

In this context, the EU and the Member States should lay down clear rules setting out that companies established in their territory or under their jurisdiction must respect human rights throughout their operations, in every country and context in which they operate, and in relation to their business relationships, including outside the EU. Thus, in this manner, the EU will have a leading role in setting up of clear liability standards for corporate involvement in human rights abuses.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea è stata fondata sul rispetto dei diritti umani, della dignità umana, della libertà e della democrazia, e come tale dobbiamo fare in modo che tali valori vengano rispettati in tutti gli ambiti della vita dei cittadini. Nel caso specifico è essenziale ricordare che le imprese hanno l'obbligo di rispettare un insieme di valori fondamentali in materia di diritti umani, norme di lavoro, rispetto per l'ambiente, lotta contro la corruzione e responsabilità sociale. Talvolta, però, assistiamo ad alcune violazioni di tali doveri. La proposta del Parlamento, dunque, sottolinea il ruolo sempre più importante delle società nel garantire il rispetto dei diritti umani e l'attuazione delle norme internazionali, e riconosce l'importanza del concetto di responsabilità sociale per le imprese, accogliendo con favore la costante crescita di attuazioni basate sull'impegno volontario delle imprese. Ribadisce, inoltre, l'implementazione da parte degli Stati membri dei principi guida delle Nazioni Unite in materia di attività economiche e diritti umani e chiede di prestare maggiore attenzione a quelle aziende che utilizzano materie prime che provengono da zone di conflitto. Alla luce di quanto esposto, voto a favore della relazione sulle responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «La responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers». Il s'agit pour l'Union européenne d'utiliser le thème porteur de la responsabilité des entreprises pour étendre son pouvoir sur les politiques des firmes françaises et européennes. Le libre-échange que l'Union européenne impose aux États membres comme aux États tiers a eu plus de conséquences négatives en termes de droits humains et sociaux que la politique des firmes européennes.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tend à utiliser le thème de la responsabilité des entreprises pour étendre son pouvoir sur la politique de nos entreprises. Le libre-échange imposé par l'UE aux États membres et non membres ayant de fortes conséquences négatives sur nos entreprises et nos emplois, je me suis opposé à ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque aborda la necesaria responsabilidad de las empresas en relación al respeto de los derechos humanos en sus actividades internacionales, con independencia del nivel de cumplimiento de dichos derechos por parte de los gobiernos de los países terceros donde están presentes.

No existe un régimen vinculante que dé respuesta a la indefensión que se produce en la mayor parte de las ocasiones cuando una compañía se ve envuelta en graves violaciones de derechos humanos. La globalización de las actividades económicas hace cada vez más necesario establecer unos estándares y normas comunes a nivel internacional. Por ello, el informe pide a las empresas mayores esfuerzos en la aplicación de la diligencia debida en materia de derechos humanos así como mayor transparencia en sus actividades. Mientras pide a los Estados miembros y a la Unión, mayor coherencia, y el desarrollo y aplicación efectiva de los compromisos internacionales en este ámbito.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el texto reconoce la responsabilidad de las empresas y manifiesta su preocupación por las violaciones de los derechos humanos cometidas en terceros países, e insta a la acción continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, también a nivel nacional, europeo e internacional, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas internacionales.

También realiza explícitamente llamamientos dirigidos a las empresas, europeas y no europeas, sobre su deber de respetar los derechos humanos, y llamamientos dirigidos a la Unión y a los Estados miembros sobre su deber de garantizar y proteger los derechos humanos. De forma precisa requiere a la Unión, a los Estados miembros, a los terceros países y a todas las autoridades nacionales e internacionales que adopten, de forma urgente y lo más generalizada posible, instrumentos vinculantes destinados a la protección efectiva de los derechos humanos, por lo que he votado a favor.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En la presente resolución sobre la responsabilidad de las empresas por violaciones graves de los derechos humanos en terceros países, se recuerdan los principios en los que se asienta la Unión, entre ellos el respeto de la dignidad humana y el respeto de los derechos humanos, y que su puesta en escena internacional ha de basarse en esos principios. En ese sentido, conviene señalar que la Unión ha desempeñado un papel esencial en la negociación e implantación de una serie de iniciativas de respeto mundial, tendentes al fomento y al respeto de las normas internacionales protectoras de derechos humanos. Pero, ante el reto que supone la globalización e internacionalización de las actividades empresariales y las cadenas de suministro, los rápidos progresos tecnológicos y a la multitud de obstáculos a la hora de acceder a vías de recurso judiciales a los que se enfrentan las víctimas de violaciones de derechos humanos que implican a empresas internacionales, la Unión debe actuar de manera continuada, eficaz y coherente. Doy mi voto favorable ya que algunas de las medidas apuntadas, como legislar a nivel nacional disponiendo que las empresas establecidas en ese territorio han de respetar los derechos humanos en sus operaciones, puede contribuir a perseguir el objetivo de garantizar los derechos humanos.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Menschenrechte sind ein wichtiges Gut, das alle europäischen Institutionen – nicht zuletzt das Europäische Parlament – weltweit wahren und beschützen müssen. Dazu stehe ich als Abgeordneter der Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Allerdings gehen viele der formulierten Forderungen in dem Bericht an der täglichen Praxis vorbei und erfüllen so nicht den gewünschten Zweck für eine gezielte und deutliche Ächtung von Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten. Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung enthalten.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which acknowledges the contribution of corporations in ensuring international norms and upholding human rights.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Usnesení „vyzývá EU a členské státy, aby stanovily jasná pravidla, že společnosti sídlící na jejich území nebo spadající do jejich jurisdikce musí při své činností dodržovat lidská práva ve všech zemích a v jakémkoli kontextu, v němž působí." Členské státy EU nemůžou být zpovědny za něco, co nemají šanci zjistit nebo ovlivnit. Za dodržování zákonů a lidských práv musí být zodpovědné státy, kde dané firmy působí, a ne státy, odkud firmy pocházejí. Usnesení dále „vyzývá Komisi, aby bezodkladně předložila legislativní návrh na kontrolu vyváženého zboží dvojího užití, protože technologie vyráběné evropskými společnostmi dosud na celém světě zapříčiňují porušování lidských práv." Nesouhlasím s takovýmto omezením exportu. Firma, která exportuje kupř. kamery nebo mikrofony nemůže být zodpovědná za to, jestli nebude takové zboží zneužito vládou třetí země k porušování lidských práv na soukromí. Usnesení dále „důrazně vyzývá Komisi, aby zahájila kampaň pro celou EU, v níž představí a podpoří štítek ‚abuse-free' a bude apelovat na evropské spotřebitele, aby volili výrobky a společnosti, jež toto označení získaly". Nesouhlasím s tím, aby EU dělala jakoukoliv kampaň propagující informační štítky na zboží za peníze daňových poplatníků.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The European Parliament reaffirmed the urgent need to act in a continuous, effective and coherent manner at all levels, including national, European and international, in order to effectively address human rights abuses by international corporations when they appear. I welcome the Commission's active cooperation with the participation of Parliament and the Council together with other international bodies to achieve a fundamental convergence of CSR initiatives in the long term and the exchange and promotion of good corporate practice regarding CSR.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte développe plusieurs aspects positifs, notamment la lutte contre l'esclavage moderne dans les pays en développement. En revanche, il vise à étendre le pouvoir de l'UE sur les entreprises européennes. Pour atteindre cet objectif, le Parlement européen utilise un prétexte, celui de la nécessité d'augmenter le niveau de la responsabilité des entreprises dans le cadre du respect des droits de l'homme dans les pays tiers, ce à quoi nous nous opposons.

Enfin, nous ne devrons pas oublier que le libre-échange imposé par l'UE aux États membres et aux États tiers, en ne permettant aucune forme de protectionnisme, a plus de conséquences négatives en termes de droits de l'homme et de droits sociaux que la politique des firmes de nos États.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La globalización y la internacionalización de las actividades empresariales y las cadenas de suministro hacen que las empresas jueguen un papel fundamental a la hora de velar por el respeto de los derechos humanos.

Por ello, apoyo la propuesta dirigida a evitar las violaciones en esta materia que se producen en terceros países, haciendo hincapié en la importancia de la responsabilidad social de las empresas, teniendo en cuenta las necesidades específicas de las pymes.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Dans un environnement économique mondialisé, où la division internationale du travail s'est installée, les biens traversent plusieurs d'étapes de fabrication, dans ce que l'on appelle les «chaînes de valeur globales». Cette complexification se traduit par un contrôle public plus lâche, qui ne peut se résoudre que par une plus grande responsabilisation des acteurs impliqués. Dans ce contexte, le rapport Corrao, que j'ai soutenu, souligne à raison la responsabilité de certaines entreprises dans les violations de droits de l'homme dans les pays tiers. À cela, le texte oppose de nouveau le concept du «devoir de vigilance».

Si la responsabilité sociale des entreprises doit devenir juridiquement contraignante (par exemple, en étant systématiquement incluse dans le texte des accords commerciaux), à l'autre bout de la chaîne, l'information des consommateurs finaux se révèle tout aussi cruciale. C'est ainsi que, à l'instar de ce que le rapport propose, je suis un fervent soutien d'un étiquetage plus fidèle des produits de consommation, via des labels «sans maltraitance» ou, à l'inverse, des étiquettes indiquant la provenance de produits issus d'une «zone de conflit». À l'heure de la société de l'information, il est parfaitement légitime de prôner une meilleure traçabilité.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες και επιβεβαιώνω την επείγουσα ανάγκη για ανάληψη δράσης με συνεχή, αποτελεσματικό και συνεκτικό τρόπο σε όλα τα επίπεδα, μεταξύ δε άλλων, σε εθνικό, ευρωπαϊκό και διεθνές επίπεδο, για την αποτελεσματική αντιμετώπιση των παραβιάσεων των ανθρωπίνων δικαιωμάτων από εταιρείες. Επιπλέον, καλώ τις εταιρείες, ευρωπαϊκές ή μη, να εφαρμόσουν τη δέουσα επιμέλεια για τα ανθρώπινα δικαιώματα και να ενσωματώσουν τα σχετικά ευρήματα στις εσωτερικές πολιτικές και διαδικασίες τους, με την ανάλογη διάθεση πόρων και ανάθεση εξουσιών με τη δέουσα εφαρμογή.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht versucht, Unternehmen stärker in die Pflicht bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten zu nehmen. Die Verletzung von Menschenrechten soll gerichtlich einfacher durchgesetzt werden können und die Sanktionsmöglichkeiten für Unternehmen sollen verschärft werden. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Je me félicite de ce rapport qui demande aux États de participer activement aux travaux de l'ONU en faveur d'un traité international contraignant les multinationales à respecter les droits de l'homme. Je reviens justement de Genève où se déroule actuellement la deuxième réunion du groupe de travail sur ce traité.

Je déplore le vote de l'Union européenne au moment de la décision de former ce groupe de travail. Je dénonce l'obstruction sournoise opérée par l'Union européenne, avec une demande risible d'inclure «toutes les entreprises» venant d'une entité qui s'interdit elle-même l'harmonisation sociale.

Le rapport souligne la responsabilité des États à faire respecter les normes internationales par les entreprises européennes, y compris quand elles opèrent dans des pays tiers. Il insiste enfin sur les moyens de recours juridiques pour les victimes de ces violations ou les associations les défendant, en envisageant aussi la «responsabilité pénale personnelle» d'un PDG. Je regrette cependant que le rapport ne demande pas l'établissement d'un tribunal international sous juridiction onusienne pour juger ces violations des droits de l'homme et ces crimes écologiques, comme je l'ai moi-même défendu devant l'ONU. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tend à utiliser le thème de la responsabilité des entreprises pour étendre son pouvoir sur la politique de nos entreprises. Le libre-échange imposé par l'UE aux États membres et non membres ayant de fortes conséquences négatives sur nos entreprises et nos emplois, je me suis opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE assenta nos valores do respeito pela dignidade humana, pela liberdade, pela democracia, pela igualdade, pelo Estado de Direito e pelos direitos humanos, incluindo os direitos das pessoas pertencentes a minorias, e a sua ação na cena internacional (incluindo a política comercial) «assenta [nestes] princípios».

As empresas são um dos principais agentes da globalização económica, dos serviços financeiros e do comércio internacional, e é-lhes exigido o respeito por toda a legislação aplicável e pelos tratados internacionais vigentes, e o respeito pelos direitos humanos.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as it acknowledges that corporations must play a leading role in protecting human rights due to the nature of international trade and global supply chains. The report notes the importance of the adoption of the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights whilst calling for corporations to carry out regular due diligence to flag any possible human rights abuses within their operations.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Ik heb dit verslag goedgekeurd omdat het inhoudelijk aansluit op de eerdere initiatieven die ik in het Parlement heb genomen met betrekking tot de noodzaak verplichte zorgvuldigheidseisen en een regelgevend kader vast te leggen voor de ontginning en de bevoorradingsketens van zogenaamde conflictmineralen en bodemschatten uit risicogebieden. In dit verslag worden aanbevelingen geformuleerd om het maatschappelijk verantwoord ondernemen in een globaliserende economie doeltreffend te verwezenlijken, en daarmee sluit het aan op mijn ambitie dat mensenrechtenschendingen door ondernemingen op doeltreffende en samenhangende wijze worden belet en voorkomen. In dit verband moet vooruitgang worden geboekt met betrekking tot de werkzaamheden voor een bindend VN-verdrag inzake het bedrijfsleven en de mensenrechten. Ook verdient het aanbeveling dat de EU, haar lidstaten en andere landen in het geval van mensenrechtenschendingen afdwingbare handelsregels hanteren voor internationale bedrijven. Bedrijven die vandaag al hun bedrijfsactiviteiten voeren volgens de principes van maatschappelijk verantwoord ondernemen, winnen niet alleen aan maatschappelijk belang, maar versterken ook het vertrouwen van hun klanten en van de consument.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság, valamint az emberi jogok tiszteletben tartásának értékein alapul és nemzetközi fellépéseit (a kereskedelempolitikát is beleértve) is ezek az elvek vezérlik. A Külügyi Bizottság állásfoglalás-tervezete ugyanakkor rámutat, hogy az üzleti vállalkozások, köztük az Európai Unión belüli üzleti vállalkozások is, időnként emberi jogi visszaéléseket okoznak, illetve hozzájárulnak azokhoz, és hatást gyakorolnak a kiszolgáltatott csoportok, például a kisebbségek, az őslakos népek, a nők és gyermekek jogaira, illetve hozzájárulnak a környezeti problémákhoz. Fölhívja ezért a figyelmet a vállalatok, a tagállamok és a Bizottság kötelezettségeire az emberi jogok védelme területén, és sürgeti nevezetteket az emberi jogok megvédéséhez szükséges lépések megtételére.

A tervezetet megszavaztam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le libre-échange que l'Europe impose aux États membres comme aux États tiers a des conséquences très négatives pour les droits humains (réapparition de l'esclavage sous une forme moderne) et sociaux.

Ces questions de violation insupportable des droits de l'homme doivent cependant être réglées par les États, seuls acteurs légitimes; et ce rapport constitue donc une atteinte à leur souveraineté. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur la responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers. La résolution rappelle aux entreprises multinationales leur devoir moral et juridique de veiller au respect des droits de l'homme dans le cadre des activités qu'elles mènent dans les pays extérieures à l'Union européenne, mais aussi le devoir qu'ont les États membres de faire respecter cette obligation.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Coniugare le esigenze economiche con quelle di dare lavoro alle imprese e promuovere occupazione sono priorità delle nostre scelte politiche. Allo stesso tempo, è un dovere morale mettere in campo la protezione e la promozione dei diritti umani anche nei luoghi di lavoro. Per questo ho accolto con favore la proposta per una maggiore responsabilizzazione delle imprese a tutela dei diritti umani nei paesi terzi, in particolare dei diritti delle categorie vulnerabili, come minoranze, donne e bambini. La protezione della dignità dell'uomo deve essere, infatti, inderogabile in tutta la catena di produzione e di distribuzione, sia in Europa sia nei paesi dove le imprese europee estendono le loro attività, e le istituzioni europee, nel quadro delle proprie competenze, devono agire per garantire che sia rispettata. La proposta di un'etichetta *abuse free label* per i produttori che si fanno garanti di questi diritti può rappresentare un incentivo per il consumatore che, scegliendo, vuole essere confermato che ci sia questo tipo di impegno. Alla responsabilità sociale di impresa, vanno però affiancate scelte chiare delle istituzioni politiche, le quali devono agire coordinando le esigenze dei settori produttivi con le diverse realtà degli Stati membri, perché i diritti umani vengano in ogni caso salvaguardati.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Sajnos nem csak a harmadik országokra jellemző, hogy vállalatok által elkövetett súlyos emberi jogi visszaéléseknek lehetünk szemtanúi, esetek tömkelegével találkozhatunk az EU-n belül is, mégis üdvözlöm és támogatom a jelentést, mivel úgy gondolom, hogy a harmadik országokban működő nagyvállalatok emberi jogi alapú megközelítése hozzájárulhat ahhoz, hogy visszaszorítsuk ezeket a jogsértéseket. Intézkedéseket kell hoznunk, melyek például megakadályozzák és felszámolják az emberkereskedelmet és az embercsempészetet, mivel ezek a bűncselekmények súlyos károkat okoznak és mélységesen sértik az áldozatok emberi jogait.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that calls on corporations, following the globalisation of business activities and supply chains, to ensure respect for human rights and create a situation where international norms, rules and cooperation are crucial in order to avoid cases of human rights abuses in third countries.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o odpovědnosti podniků za závažné porušování lidských práv ve třetích zemích, která vychází ze zjištění, že některá porušování lidských práv jsou zapříčiněna chováním obchodních společností. Proto je namístě výzva směřující k EU a členským státům, aby stanovily jasná pravidla, že společnosti sídlící na jejich území nebo spadající do jejich jurisdikce musí při své činností dodržovat lidská práva ve všech zemích a v jakémkoli kontextu, v němž působí, a v souvislosti se svými obchodními vztahy včetně vztahů mimo EU.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da einer möglichen Verbesserung der globalen Menschenrechtssituation nichts entgegenzusetzen ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Inimõiguste järgimine ja tagamine on elementaarne ja kohustuslik ka ettevõtete puhul nii Euroopas kui ka kolmandates riikides. Paraku see nii ei ole. Raport näeb ette erinevaid soovitusi olukorra parandamiseks nii liikmesriikidele kui ka komisjonile, muuhulgas õigusaktide vastuvõtmine, toodete päritolu ja valmistamisviisi märkimine, miinimumkaristuse kehtestamine, õigusabile juurdepääsu tagamine jne.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Būtina griežtinti bendrovių atsakomybę už rimtus žmogaus teisių pažeidimus trečiosiose šalyse. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas Jungtinių Tautų verslo ir žmogaus teisių pagrindinių principų įgyvendinimui visame pasaulyje. Be to, labai svarbu, kad kiekviena valstybė narė tinkamai įgyvendintų savo pareigą paisyti žmogaus teisių ir tinkamai jas ginti.

Atkreiptinas dėmesys į įmonių socialinės atsakomybės svarbą. Įmonės turėtų prisiimti ne tik moralinę, bet ir teisinę atsakomybę ir tinkamai įgyvendinti restituciją, kompensaciją, reabilitaciją ir garantiją, kad žala nepasikartos. Komisija taip pat turėtų imtis skubių veiksmų nustatyti privalomas taisykles bei sankcijų taikymo ir stebėsenos mechanizmus.

Kiekvienas prekybos ir investicijų susitarimas turi būti vertinamas atsižvelgiant į jo poveikį žmogaus teisėms. Be to, į šiuos susitarimus turi būti įtraukiamos nuostatos dėl žmogaus teisių bei garantijos, sušvelninančios galimas grėsmes ir neigiamus padarinius.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι εταιρείες συγκαταλέγονται στους σημαντικότερους παράγοντες της οικονομικής παγκοσμιοποίησης, των χρηματοοικονομικών υπηρεσιών και του διεθνούς εμπορίου. Συνεπώς, πρέπει να τηρούν όλη την ισχύουσα και εφαρμοστέα νομοθεσία και όλες τις ισχύουσες και εφαρμοστέες συνθήκες και να σέβονται τα ανθρώπινα δικαιώματα, λαμβάνοντας υπόψη ότι το εμπόριο και τα ανθρώπινα δικαιώματα αλληλοενισχύονται. Λαμβανομένου υπόψη ότι η επιχειρηματική κοινότητα είναι υποχρεωμένη να σέβεται τα ανθρώπινα δικαιώματα, έχει, ενδεχομένως, να διαδραματίσει και έναν σημαντικό ρόλο στην παροχή θετικών κινήτρων για την προώθηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, της δημοκρατίας, των περιβαλλοντικών προτύπων και της εταιρικής ευθύνης. Οι επιχειρήσεις καλούνται να ενστερνισθούν, να υποστηρίξουν και να εφαρμόσουν, εντός του πεδίου επιρροής τους, μια δέσμη θεμελιωδών αξιών όσον αφορά τα ανθρώπινα δικαιώματα, τα εργασιακά πρότυπα, το περιβάλλον, την καταπολέμηση της διαφθοράς, καθώς και να δεσμευτούν για την τήρηση αυτών των αξιών.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση αναθέτει στις ίδιες τις επιχειρήσεις την ευθύνη της προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στις δραστηριότητές τους, στο πλαίσιο της εταιρικής κοινωνικής ευθύνης, με λίγα λόγια, «βάζει τον λύκο να φυλάει τα πρόβατα». Καλλιεργείται η αντίληψη ότι οι περισσότερες επιχειρήσεις είναι «καλές» και δεν παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα και, για αυτό, κατά προτεραιότητα, προτείνονται διαδικασίες εθελοντικής «αυτορρύθμισης» των επιχειρήσεων, με δημιουργία μηχανισμών δήθεν «εκτίμησης κινδύνων» κ.α. Οι εκκλήσεις της έκθεσης προς τους επιχειρηματικούς ομίλους και τα κράτη μέλη για σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι άνευ αντικειμένου, καθώς κριτήριο σε κάθε περίπτωση αποτελεί η μέγιστη δυνατή κερδοφορία. Οι δε προτάσεις για εισαγωγή και προώθηση του σήματος «χωρίς παραβιάσεις» εξασφαλίζουν πρόσθετη δωρεάν διαφήμιση στα προϊόντα τους και νέα προνόμια. Αποκρύπτεται ότι, την ίδια ώρα, οι επιχειρήσεις αυτές θα συνεχίσουν να ιδιοποιούνται τον πλούτο που παράγουν οι εργαζόμενοι για τη δική τους κερδοφορία

και ότι αυτή η εκμετάλλευση των εργαζομένων είναι «νόμιμη» για την ΕΕ και τις αστικές κυβερνήσεις που υπηρετούν τα μονοπώλια και τα συμφέροντά τους. Για αυτό, οι λαοί πρέπει να τους ανατρέψουν για να υπερασπιστούν το πιο θεμελιώδες δικαίωμά τους, που είναι να ζουν χωρίς να γίνονται αντικείμενο εκμετάλλευσης, χωρίς να τους κλέβουν τον μόχθο, με τη δική τους εξουσία και οικονομία, με αποδέσμευση από την ΕΕ.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. This report is an unnecessary duplication of efforts already undertaken by the UN, who have already agreed on guiding principles on the matter, unanimously agreed by all members. There are calls within the report for the creation of more EU legislation. We are supportive of the overall objectives in improving human rights, but believe that the EU is an unnecessary duplication.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerati i valori sui quali si fonda l'Unione europea e che il suo intervento sulla scena internazionale si basa su tali principi, ho ritenuto doveroso esprimermi a favore della proposta in esame. Nel panorama economico internazionale le imprese risultano tra i principali attori della globalizzazione economica e degli scambi e, di conseguenza, sono tenute a rispettare tutte le leggi e i trattati internazionali applicabili e vigenti e i diritti umani. Tuttavia, le imprese, in alcune situazioni, possono talvolta essere responsabili o contribuire alle violazioni dei diritti umani e incidere sui diritti delle categorie vulnerabili. Poiché le tematiche legate allo sviluppo e alla promozione dei diritti umani sono di fondamentale importanza in tutte le politiche dell'Unione, ritengo che un intervento sia necessario. Pertanto, ho votato a favore.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The report highlights the increasing role of corporations in ensuring respect for human rights. It acknowledges that trade agreements can contribute to reinforcing the global rules-based trading system as well as human rights provisions. In this regard it recognises the major importance of corporate social responsibility and welcomes the growing use of instruments based on companies' self-commitment. For this among other reasons I supported the report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće, jer je nužno osvijestiti da je zaštita ljudskih prava na tržištu rada ključna kako bi se ostvarila dvostruka korist - bolja radna učinkovitost radnika u procesu rada, ali i osjećaj samopoštovanja i dostojanstva svakog radnika. Europska unija je promotor zaštite ljudskih prava, pogotovo prava radnika. Smatram da je važno budno nadgledati provođenje i zaštitu prava radnika, posebice u velikim korporacijama.

Demokratski nadzor mora postojati i potrebno je uspostaviti jasan zakonodavni okvir na razini unije, ali i zemalja članica, kojim će se sankcionirati bilo kakav pokušaj ili utvrđeno kršenje ljudskih prava u korporativnoj djelatnosti. Sve veća globalizacija i internacionalizacija poslovnih aktivnosti i lanaca opskrbe čine važnijom ulogu korporacija u jamčenju poštovanja ljudskih prava te vode do stanja u kojem su međunarodne norme, pravila i suradnja presudni za sprječavanje povreda ljudskih prava u trećim zemljama.

Dosljedan pravni sustav, koji uključuje propise kojima se uređuje pristup pravosuđu, nadležnost, priznavanje i izvršenje sudskih odluka u građanskim i trgovačkim stvarima, mjerodavno pravo i pravosudna pomoć u prekograničnim situacijama koje uključuju treće zemlje jedini su obećavajući smjer budućeg djelovanja Europske unije u području zaštite ljudskih prava i prava radnika.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Sous couvert de mieux contrôler le respect des droits de l'homme par les entreprises dans les pays tiers, il s'agit une nouvelle fois d'un texte portant gravement atteinte à la souveraineté des États. Si elle voulait réellement lutter contre les abus de pouvoir venant des multinationales, l'UE aurait mieux fait de refuser les tribunaux d'arbitrage privés dans le CETA et le TAFTA… Mais ce n'est pas son objectif car seul l'affaiblissement des États l'intéresse. Cette instrumentalisation hypocrite des droits de l'homme à des fins inavouables est inacceptable. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La protezione dei diritti umani deve essere una priorità per l'Unione europea e per i suoi Stati membri. E il suo ruolo internazionale, politica commerciale inclusa, deve ispirarsi ai valori del rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia, dell'uguaglianza e dello Stato di diritto. In questo contesto l'adozione dei principi guida delle Nazioni Unite in materia di attività economiche e diritti umani va salutata, quindi, come un passo avanti molto positivo e condivido l'invito rivolto alle imprese, europee e non solo, ad adeguarsi a tali principi, assicurandone l'attuazione. Le imprese figurano tra i principali attori della globalizzazione economica, finanziaria e commerciale e per questo motivo possono svolgere un ruolo importante nella promozione dei diritti umani, della democrazia e delle norme ambientali. Il commercio e i diritti umani possono, e devono, rafforzarsi a vicenda. Mi auguro che l'Europa e le sue imprese riescano davvero a dare il buon esempio e ad indicare agli altri la strada migliore, garantendo trasparenza e responsabilità, nell'interesse dei lavoratori, dei consumatori e delle stesse imprese. Per tutti questi motivi ho votato a favore di questa relazione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – S obzirom na ozbiljnu zabrinutost zbog slučajeva povreda ljudskih prava u trećim zemljama, među ostalima onih koji su posljedica odluka rukovodstva nekih korporacija i poduzeća EU-a, smatram da je bilo važno upozoriti na odgovornost korporacija da poštuju ljudska prava u svojim globalnim aktivnostima, bez obzira na to gdje se njihovi korisnici nalaze te neovisno o tome ispunjava li država domaćin svoje obveze u pogledu ljudskih prava. Ovim je izražena velika potpora Europskog Parlamenta Vodećim načelima Ujedinjenih naroda o poslovanju i ljudskim pravima te njihovoj implementaciji.

Pozvana su društva, neovisno o tome jesu li europska ili ne, da pružaju dužnu pažnju zaštiti ljudskih prava te da svoje zaključke uključe u interne politike i procedure i u skladu s time dodijele resurse i ovlasti i propisno ih primjenjuju. S druge strane pozvana je i Komisija da pokrene kampanju širom EU-a kojom bi se uvela i promicala oznaka „etičnog poslovanja" te bi se za proizvode kojima bude dodijeljena oznaka „etičnog poslovanja" davale olakšice.

Europske korporacije bi implementacijom Vodećih načela Ujedinjenih naroda o poslovanju i ljudskim pravima trebale bit primjer svima drugima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Abordando uma questão pertinente e justa, o relatório parte da premissa errada de que é possível humanizar o capitalismo. É na natureza do sistema capitalista, na sua vertente predatória e de exploração, que está a raiz do problema. As grandes empresas e as multinacionais exploram, direta ou indiretamente, em nome do lucro e de forma ávida, os recursos naturais dos povos de países terceiros, sem quaisquer pruridos de cometer os mais hediondos crimes ambientais, contra as populações, ou de explorar desumanamente trabalhadores.

Não se estranha que passem despercebidas ou inexistentes referências à necessidade de elevação dos direitos dos trabalhadores, da regulação do trabalho, de uma melhor distribuição da riqueza, ou do papel soberano dos Estados em protegerem os trabalhadores, povos e recursos da exploração do grande capital monopolista. Referência ausente também, a da necessidade de políticas comerciais que não se constituam como novos instrumentos neocoloniais, antes respeitem a soberania dos Estados e assentem num efetivo benefício mútuo entre partes iguais.

Valorizamos as referências e o apelo à aplicação dos Princípios Orientadores das Nações Unidas sobre Empresas e Direitos Humanos, bem como do Pacto Global das Nações Unidas, princípios às quais a prática das políticas da UE escapa, porquanto a sua natureza de classe lhe é contrária.

Pelo exposto, a abstenção.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – We have to regularly keep corporate actors reminded of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located or whether or not the host state meets its own human rights obligations.

I, along with my colleagues, have repeatedly pointed out cases of human rights violations committed in third countries, including as a result of some EU corporations' and business enterprises' management decisions. I strongly support this report that strongly reiterates all MEPs' support for the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights (UNGPs) and their worldwide implementation and calls for 'companies, whether European or not, to carry out human rights due diligence' as well as for the allocation of sufficient resources for this purpose.

Our Group tabled amendments insisting on the responsibility of European enterprises and on the lead by example that European corporates could take by implementing the UNGPs, and I am pleased that the voting went satisfactorily.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Al fine di preservare il ruolo guida dell'Unione europea nel rispetto dei diritti umani, compresi quelli delle persone appartenenti a minoranze, ritengo doveroso sottolineare l'importanza della responsabilità sociale delle imprese. La relazione in oggetto sottolinea con forza che il rispetto dei diritti umani è un dovere morale e un obbligo giuridico delle imprese e dei loro dirigenti e che esso dovrebbe essere integrato in una prospettiva economica di lungo termine, ovunque le imprese europee operino e a prescindere dalle loro dimensioni o dal settore industriale. Ciò premesso, considero con favore la proposta di inserire le responsabilità relative al rispetto dei diritti umani nei requisiti contrattuali vincolanti tra le imprese e i loro fornitori. Di conseguenza, ho votato a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu I. Corrao przytoczono wytyczne ONZ dotyczące biznesu i praw człowieka oraz zmienione wytyczne OECD dla przedsiębiorstw wielonarodowych, zgodnie z którymi korporacje prowadzące działalność w krajach trzecich powinny dobrowolnie przestrzegać wartości w dziedzinie praw człowieka, standardów pracy, środowiska i walki z korupcją.

W sprawozdaniu uznano, że prawa człowieka to podstawowe wartości UE i jej państw członkowskich. Głównym celem sprawozdania jest skłonienie państw członkowskich do stosowania tych praw w stosunku do przedsiębiorstw, których właściciele znajdują się w państwach członkowskich, które mają siedzibę w państwach członkowskich lub które w znacznej części prowadzą tam swoją działalność. Ponownie podkreśla się potrzebę rozwiązania problemów prawnych i kwestii niepewności co do tego, gdzie leży odpowiedzialność za naruszanie praw człowieka.

Przypomina się również, że przedsiębiorstwa powinny brać na siebie odpowiedzialność prawną. Wzywa się UE, państwa członkowskie, państwa trzecie i wszystkie organy krajowe i międzynarodowe do przyjęcia w trybie pilnym i w jak najszerszym zakresie wiążących instrumentów służących skutecznej ochronie praw człowieka w tej dziedzinie, oraz aby nadały priorytetowe znaczenie niezwłocznemu ustanowieniu obowiązku należytej staranności w dziedzinie praw człowieka dla przedsiębiorstw, które są własnością państwa lub są kontrolowane przez państwo. Niestety stwierdzenia te w większości są niejednoznaczne. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui rappelle le rôle important que les entreprises peuvent jouer dans la garantie du respect des droits de l'homme dans les pays tiers. À ce titre, le commerce international et les accords commerciaux peuvent contribuer à renforcer des règles fondamentales relatives aux droits de l'homme. Pour certains, le commerce serait un danger permanent. Selon moi, c'est un outil de politique étrangère efficace permettant de combiner intérêts et valeurs européennes. Le problème des entreprises utilisant des matières premières provenance de zones de guerre ou de conflit (or, étain, tantale, tungstène par exemple) est aussi abordé dans ce rapport. Dans ce cadre, les contrôles des importations de minerais et de métaux doivent être renforcés.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Preocupam-me as violações dos direitos humanos cometidas por empresas a nível mundial, visto que estas são um dos principais agentes da globalização económica, dos serviços financeiros e do comércio internacional, devendo-lhes ser exigido o respeito por toda a legislação aplicável e pelos tratados internacionais vigentes.

A comunidade empresarial não só deve respeitar os direitos humanos como também deve ter um papel importante na oferta de incentivos para os promover, assim como a democracia, as normas ambientais e a responsabilidade social.

Porque a UE assenta nos valores do respeito pela dignidade humana, pela liberdade, pela democracia, pela igualdade, pelo Estado de Direito e pelos direitos humanos, e porque as empresas devem seguir os mesmos valores, apoio a presente proposta de resolução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. This report is an unnecessary duplication of efforts already undertaken by the UN, who have already agreed on guiding principles on the matter, unanimously agreed by all members. There are calls within the report for the creation of more EU legislation. We are supportive of the overall objectives in improving human rights, but believe that the EU is an unnecessary duplication.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que as violações dos direitos humanos cometidas por empresas são um motivo de preocupação a nível mundial e que todas as empresas do mundo têm o dever de respeitar os direitos humanos, ao mesmo tempo que as instituições europeias têm como dever principal regulamentar a responsabilidade das empresas que têm uma ligação com a UE.

Infelizmente, as violações dos direitos humanos cometidas por empresas são constantes e continua a não existir uma abordagem holística global para a responsabilidade das empresas em matéria de violações dos direitos humanos.

Por sua vez, a UE tem desempenhado um papel de liderança na negociação e na execução de uma série de iniciativas de responsabilidade mundial, que estão aliadas à promoção e ao respeito pelas normas internacionais.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. –Continua a não existir uma abordagem holística global para a responsabilidade das empresas em matéria de violação dos direitos humanos.

As empresas devem adotar, apoiar e aplicar um conjunto de valores fundamentais em matéria de direitos humanos, normas laborais, ambiente e luta contra a corrupção, comprometendo-se em relação a esses valores e integrando-os nas suas atividades empresariais numa base voluntária.

As empresas são os principais agentes de globalização económica e é-lhes exigido o respeito por toda a legislação aplicável e pelos tratados vigentes. O comércio e os direitos humanos podem reforçar-se mutuamente.

As empresas europeias a operar dentro da UE e em países terceiros devem dar o exemplo no que se refere ao respeito pelos direitos humanos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – A pesar de que en los últimos años se han producido algunos avances (Principios Rectores sobre las Empresas y los derechos humanos de Naciones Unidas), sigue sin existir un régimen vinculante que dé respuesta a la indefensión en casos de violaciones de derechos humanos por parte de las empresas. La globalización de las actividades económicas hace cada vez más necesario establecer unas normas comunes.

Este informe aborda la necesaria responsabilidad de las empresas en relación al respeto de los derechos humanos en sus actividades internacionales, con independencia del nivel de cumplimiento existente allí donde están presentes.

En este sentido apoyamos el Grupo de Trabajo creado en el seno de Naciones Unidas para la preparación de un futuro Tratado Internacional vinculante sobre empresas y derechos humanos. Pedimos a la Unión mayor coherencia y el desarrollo y aplicación efectiva de los compromisos internacionales en este ámbito, y mayores esfuerzos a las empresas en la aplicación de la diligencia debida en materia de derechos humanos, así como mayor transparencia en sus actividades.

Por estos motivos, he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution sur la responsabilité des entreprises dans les violations graves des droits de l'homme dans les pays tiers car la mondialisation et l'internationalisation croissante des activités commerciales et des chaînes d'approvisionnement accroissent le rôle des entreprises dans la garantie du respect des droits de l'homme. Les entreprises européennes (et les autres) ainsi que les États membres doivent s'assurer de manière conjointe que les droits de l'homme sont respectés dans les pays tiers. Dans ce contexte, la résolution plaide pour l'adoption d'instruments contraignants visant à protéger ces droits.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Įsipareigojusi ginti žmogaus teises, Europos Sąjunga negali ignoruoti pasitaikančių faktų, kai jas trečiosiose šalyse pažeidinėja Europos kompanijos. Taip ne tik paminama pati žmogaus teisių sąvoka, tarsi parodant, kad egzistuoja dviejų rūšių žmonės, bet ir kliudoma darniai tų šalių plėtrai, tik nedemokratiniai režimai gali toleruoti transnacionalinių korporacijų daromus žmogaus teisių pažeidimus.

Sveikinu parengtą pranešimą ir jam pritariu. Manau, jog šia tema reikia šviesti tiek Europos visuomenę, tiek ir visą pasaulį. Nuošalyje negalima palikti ir tų pačių didžiųjų korporacijų – juk daugeliu atvejų žmogaus teisių pažeidimai jų filialuose trečiosiose šalyse yra ir pačių įmonių nepakankamo socialinio atsakingumo bei atitinkamo vietinio teisinio reguliavimo trūkumo padarinys.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A globalização e a internacionalização crescentes das atividades empresariais e das cadeias de abastecimento, além de tornarem ainda mais importante o papel desempenhado no assegurar do respeito pelos direitos laborais, trazem responsabilidades acrescidas no respeito pelos Direitos Humanos, pelo que a criação de normas, regras e cooperação a nível internacional são absolutamente cruciais para este fim.

Este relatório propõe medidas com vista ao respeito pelos Direitos Humanos e a evitar a sua violação em países terceiros como resultado de eventuais decisões de gestão de empresas, indivíduos, intervenientes não estatais ou entidades governamentais da União Europeia, relembrando as responsabilidades que estas entidades têm no realizar das suas operações.

Duas das propostas elencadas, com as quais concordo, afirmam que: os Acordos de Comércio são fundamentais no reforço do sistema mundial de comércio, baseado em valores que primam pelo respeito da dignidade humana; ainda, que o comércio deve evoluir a par dos valores, tal como recentemente referido pela Comissão na sua nova estratégia comercial intitulada «Comércio para Todos».

Considerando que a universalidade e a indivisibilidade dos direitos do Homem e das liberdades fundamentais, bem como o respeito pela dignidade da pessoa humana são valores fundamentais que defendemos, obviamente votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor, no sin reconocer que el mismo hubiera debido ir mucho más lejos en la promoción de instrumentos vinculantes de control y sanción de las empresas que vulneran los derechos humanos. Los mecanismos existentes en la actualidad se basan en la voluntariedad y no son suficientes. Por ello, es imprescindible avanzar hacia una responsabilidad solidaria de las empresas matrices a lo largo de toda la cadena de valor; es necesario asegurar la coherencia en las políticas de la Unión y no firmar tratados comerciales que contengan mecanismos opacos y para-judiciales de resolución de diferencias entre inversores y Estados. Echamos en falta una mayor referencia a la responsabilidad de las instituciones financieras, que dan soporte a las transnacionales y a la necesidad de atender específicamente el derecho al acceso a la justicia de las más vulnerables. Deberíamos además, tal y como propusimos en enmiendas, impulsar la creación de una agencia de la Unión para la supervisión de la actividad de las empresas transnacionales en terceros países, y procedimientos de sanción en caso de delitos, para poner en el centro de la acción de la Unión la protección de los derechos humanos y medioambientales, antes que los beneficios empresariales.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über die Verantwortlichkeit von Unternehmen für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern gestimmt, da diese durch den globalen Handel eine immer bedeutendere Rolle im Bereich der sozialen Verantwortung spielen.

Ein wichtiger Bestandteil dieses Berichts ist die Festlegung internationaler Normen und Regeln. Handelsabkommen können dazu beitragen, das globale Handelssystem sowie Menschenrechtsklauseln zu stärken. Transparenz und Kommunikation im Hinblick auf Maßnahmen zur Verhinderung von Menschenrechtsverstößen in Drittstaaten sind von Bedeutung, wenn es eine wirkliche demokratische Kontrolle geben soll.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el texto reconoce la responsabilidad de las empresas y manifiesta su preocupación por las violaciones de los derechos humanos cometidas en terceros países, e insta a la acción continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, también a nivel nacional, europeo e internacional, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas internacionales.

También realiza explícitamente llamamientos dirigidos a las empresas, europeas y no europeas, sobre su deber de respetar los derechos humanos, y llamamientos dirigidos a la Unión y a los Estados miembros sobre su deber de garantizar y proteger los derechos humanos. De forma precisa requiere a la Unión, a los Estados miembros, a los terceros países y a todas las autoridades nacionales e internacionales que adopten, de forma urgente y lo más generalizada posible, instrumentos vinculantes destinados a la protección efectiva de los derechos humanos, por lo que he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the Report on corporate liability for serious human rights abuses in third countries. The report reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This report is on corporate liability for serious human rights abuses in third countries. I fully support human rights; however, as they are not specified I cannot support just the concept, as that may include so-called rights I do not support. As the report also called for binding mechanisms, I abstained.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mnoho korporácií pôsobiacich na medzinárodnej úrovni, či už európskych alebo v rámci Únie, ktoré pôsobia v tretích krajinách, má sústredené významné podnikateľské činnosti alebo sídlo v Európe. Aj keď je dodržiavanie ľudských práv morálnou a zákonnou povinnosťou korporácií a ich manažmentu a malo by byť začlenené do dlhodobej hospodárskej perspektívy, a to bez ohľadu na miesto ich činnosti, ich veľkosť či priemyselné odvetvie, sme často svedkami porušovania ľudských práv, ktoré predstavujú celosvetový problém. Mrzí ma, že ešte stále chýba globálny celostný prístup, pokiaľ ide o zodpovednosť podnikov za porušovania ľudských práv a obete porušovania ľudských práv medzinárodnými spoločnosťami tak často čelia mnohým prekážkam v prístupe k súdnej náprave vrátane procesných prekážok prípustnosti a zverejňovania dôkazov. Podporila som uznesenie, lebo verím, že aj vďaka

prijatým opatreniam sa EÚ a jej členské štáty budú usilovať o dosiahnutie čo najlepšej ochrany ľudských práv, a nie len preťažením podnikov administratívnymi a byrokratickými formálnymi pravidlami. Očakávam, že Komisia spolu so všetkými zainteresovanými stranami dôkladne preskúma existujúce prekážky justície v konaniach na súdoch členských štátov týkajúcich sa údajného porušovania ľudských práv, ktorého sa v zahraničí dopustili podniky, ktoré sídlia v EÚ, a následne prijmú účinné opatrenia na odstránenie, prípadne zmiernenie týchto prekážok.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Človekove pravice so v okviru globalnega poslovanja velikih korporacij velikokrat spregledane. Pomembno je, da se naporom Združenih narodov, ki so na tem področju izdali že več priporočil in zavez, pridruži tudi Evropska unija.

Poročilo poudarja pravne obveznosti korporacij pri spoštovanju človekovih pravic pri njihovem delovanju, ne glede na njihovo lokacijo. Besedilo identificira večje število resnih izzivov odgovornosti družb in navede več priporočil in zahtev Evropske unije, predvsem s področja dostopa do pravnega varstva za žrtve zlorab s strani družb.

Poročilo omeni, da nezavezujoče iniciative na tem področju ne predstavljajo aktivnosti, ki bi prinašale zadostne rezultate. Zaradi pospešene globalizacije postaja vedno bolj pomembno zagotoviti spoštovanje človekovih pravic tudi v okviru ekstrateritorialnih dimenzij, kjer se pojavljajo nove in nove težave z vidika pravne ureditve.

Poročilo obenem poziva korporacije, naj tudi same dvignejo predvsem standarde nadzora. Omenjeno je tudi obžalovanje glede obstruktivnega ravnanja nekaterih držav članic v razmerju do prizadevanja k zavezujočemu sporazumu ZN o podjetništvu in človekovih pravicah. S poročilom sem zadovoljen in sem ga podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Menschenrechte sind ein wichtiges Gut, das alle europäischen Institutionen – nicht zuletzt das Europäische Parlament – weltweit wahren und beschützen müssen. Dazu stehe ich als Abgeordneter der Allianz für Fortschritt und Aufbruch. Allerdings gehen viele der formulierten Forderungen in dem Bericht an der täglichen Praxis vorbei und erfüllen so nicht den gewünschten Zweck für eine gezielte und deutliche Ächtung von Menschenrechtsverletzungen in Drittstaaten. Deswegen habe ich mich bei der Abstimmung enthalten.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je v našom bezprostrednom záujme, aby boli ľudské práva dodržiavané aj v tretích krajinách. Má to totiž priamy vplyv na stabilitu okolitých regiónov, od ktorej sa odvíja početnosť nelegálnej migrácie a stupeň bezpečnostného ohrozenia Európy.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. The liability of corporations for serious human rights abuses in third countries is a serious matter, which has already been addressed by the United Nations. Those who wish to go beyond the current framework can do so via inter-governmental agreements. Therefore EU commentary, instruction, or regulation is unnecessary in this area.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Korporacije su kao jedan od glavnih aktera gospodarske globalizacije dužne poštivati međunarodne sporazume. Internacionalizacijom poslovnih aktivnosti uloga korporacija u jamčenju poštovanja ljudskih prava bit će sve značajnija u pogledu društveno odgovornog poslovanja te će međunarodne norme, pravila i suradnja biti presudni za sprečavanje povreda ljudskih prava u trećim zemljama.

Jednako tako važno je zajamčiti usklađenost politika o poduzetništvu i ljudskim pravima na svim razinama, unutar i među institucijama Europske unije i njezinih država članica. Europska unija se temelji na vrijednostima poštivanja ljudskih prava, stoga, podržavam Izvješće o korporativnoj odgovornosti za ozbiljne povrede ljudskih prava u trećim zemljama Odbora za vanjske poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o odgovornosti gospodarskih družb za hude kršitve človekovih pravic v tretjih državah. Podpiram poročilo, ki poudarja, da potrebujemo stalne, učinkovite in dosledne ukrepe na vseh ravneh, da bi lahko učinkovito obravnavali kršitev človekovih pravic s strani mednarodnih družb.

Gospodarske družbe si morajo prizadevati, da v svoje politike vključijo skrbnost na področju človekovih pravic. Če želimo omogočiti ustrezen nadzor, potrebujemo preglednost in obveščanje o ukrepih, ki so bili sprejeti za preprečevanje kršitev človekovih pravic v tretjih državah.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση σχετικά με την εταιρική ευθύνη για σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, διότι θεωρούμε ότι είναι ένα πρώτο βήμα προς τη σωστή κατεύθυνση. Στην έκθεση εμπεριέχονται σημαντικές θετικές παράμετροι, τις οποίες θα πρέπει να ακολουθήσουν τόσο η Επιτροπή όσο και τα κράτη μέλη. Επιπρόσθετα, η έκθεση αναδεικνύει τις υποχρεώσεις των εταιρειών που δραστηριοποιούνται στο εξωτερικό και θα πρέπει να σέβονται τα ανθρώπινα δικαιώματα σε όλο τα φάσμα των δραστηριοτήτων τους. Εν τούτοις, παρά τη θετική μας στάση, εκφράζουμε την αντίθεσή μας στο γεγονός ότι στην έκθεση απουσιάζει οποιαδήποτε κριτική στις ίδιες τις εμπορικές συμφωνίες που συνάπτει η ΕΕ, οι οποίες, σε πολλές περιπτώσεις, εκ της φύσεως τους, παραβιάζουν βασικά ανθρώπινα δικαιώματα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες είναι ένα πολύ σημαντικό ζήτημα για το οποίο όμως δεν ευθύνονται οι εταιρείες. Οι λίγες περιπτώσεις που όντως υπάρχουν παραβιάσεις με εταιρική ευθύνη γίνονται πάντα με την ανοχή διεφθαρμένων κρατικών ή τοπικών αρχών και στις πλείστες περιπτώσεις οι εταιρείες που σχετίζονται με τέτοιου είδους πρακτικές είναι πολυεθνικές. Δεν είναι δυνατόν να καλούνται να αναλάβουν ευθύνη μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που εισάγουν προϊόντα από άλλες χώρες με διαδικασίες οι οποίες σε πολλές περιπτώσεις γίνονται εξ αποστάσεως. Αν θέλει η Ένωση να καταπολεμήσει τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε τρίτες χώρες, μπορεί να σταματήσει τις ενθαρρυντικές χρηματοδοτήσεις καταπιεστικών και εγκληματικών καθεστώτων, όπως αυτά της Τουρκίας, των κατεχομένων της Κύπρου, της Σαουδικής Αραβίας και της Σουαζιλάνδης.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Przedsiębiorstwa należą do grupy najważniejszych podmiotów w globalizacji gospodarki, usługach finansowych i w handlu międzynarodowym, dlatego z coraz większą starannością powinniśmy przyglądać się ich działaniom zarówno w kraju i Unii Europejskiej, ale także poza granicami Wspólnoty.

Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego podkreśla rosnącą rolę korporacji w zapewnieniu poszanowania praw człowieka w państwach trzecich, zaznaczając jednocześnie, że umowy handlowe mogą przyczynić się do wzmocnienia globalnych zasad i praw człowieka. W dokumencie szczególną uwagę poświęcono także społecznej odpowiedzialności przedsiębiorstw i coraz częstszym, dobrowolnie podejmowanym zobowiązaniom firm w tym zakresie.

Dokument PE wzywa także UE i państwa członkowskie do ustanowienia jasnych zasad stanowiących, że przedsiębiorstwa mające siedzibę na ich terytorium lub podlegające ich jurysdykcji muszą przestrzegać praw człowieka we wszystkich swoich działaniach, w każdym kraju i w każdym kontekście prowadzenia działalności, w tym poza UE.

Zdecydowałem się zagłosować za sprawozdaniem w sprawie odpowiedzialności przedsiębiorstw za poważne naruszenia praw człowieka w państwach trzecich.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – EU-tasolla on tärkeää puuttua ihmisoikeusrikkomuksiin ja saattaa niiden rikkojat vastuuseen. Mietintö oli omasta mielestäni mutkaton, ja noudatin ALDE:n selkeää kantaa puoltamalla sitä.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione del collega Ignazio Corrao che affronta gli aspetti legati ai diritti umani, al lavoro e alla protezione ambientale. La relazione ha tra gli obiettivi principali quello di far sì che l'Europa e gli Stati membri agiscano in modo urgente, continuativo ed efficace a tutti i livelli, nell'affrontare i problemi giuridici derivanti dalle dimensioni extraterritoriali delle società e del loro comportamento, come pure la relativa incertezza riguardo all'attribuzione delle responsabilità per le violazioni dei diritti umani. La relazione chiede agli Stati membri di stabilire requisiti chiari in merito alla necessità che le società domiciliate nel loro territorio e/o nella loro giurisdizione rispettino i diritti umani in tutte le loro attività e in ogni paese e contesto in cui operano come anche di garantire alle vittime l'accesso a un ricorso effettivo. Un altro importante punto della relazione riguarda la proposta di creazione di un marchio «*abuse free*» (prodotto senza commettere abusi) a livello di Unione, cui si potrebbe aderire su base volontaria, e sottoposto al monitoraggio di un organismo indipendente. Grazie a questo rapporto, il Movimento 5 Stelle getta le basi per la rimozione delle cause che provocano i flussi migratori non controllati.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Pactul global al ONU (cu cele 10 principii) cerea întreprinderilor acceptarea, sprijinirea și aplicarea în mediul lor de acțiune a unui set de valori fundamentale în ceea ce privește drepturile omului, standardele de muncă, mediul și combaterea corupției, fapt ce contribuie la acceptarea lor de către mediul socio-economic și, implicit, la dezvoltarea lor susținută.

Însă, de-a lungul timpului, nu de puține ori corporațiile au provocat sau au contribuit la încălcări ale drepturilor omului, mai ales ale unor grupuri vulnerabile: minorități, populații indigene, femei, copii, sau la afectarea/distrugerea mediului înconjurător.

Cum datorită globalizării și internaționalizării afacerilor rolul jucat de corporații în dezvoltarea societății omenești este tot mai mare, necesitatea unui demers continuu, eficace și coerent la toate nivelurile (național, european, internațional) în vederea găsirii de soluții eficace la abuzurile comise de corporații se completează cu utilizarea unor instrumente ce pot stimula responsabilitatea socială a corporațiilor. Astfel, Pactul global al ONU, standardul ISO 26000 privind responsabilitatea socială, Declarația tripartită a OIM de stabilire a principiilor privind întreprinderile multinaționale și politica socială și orientările OCDE pentru întreprinderile multinaționale reprezintă instrumente eficiente și adecvate.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report tackles the deep concern regarding human rights violations committed in third countries, including due to some EU corporations' and business enterprises' management decisions, as well as by individuals, non-state actors and states. The report reminds corporate actors of their responsibility to respect human rights throughout their global operations, regardless of where their users are located and independently of whether the host state meets its own human rights obligations. I support this report, as I believe that breaches of human rights by EU corporations, and others, in third countries are unacceptable and are contrary to the fundamental principles of the European Union. Furthermore, I would like to highlight the importance of the United Nations Guiding Principles on Business and Human Rights (UNGPs) and their worldwide implementation and call on 'companies, whether European or not, to carry out human rights due diligence' as well as the allocation of sufficient resources for this purpose.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen mettra au vote ce midi sa proposition en faveur de règles européennes claires pour exiger des entreprises établies dans les États membres de l'Union européenne ou sous leur juridiction à l'étranger qu'elles respectent les droits de l'homme dans toutes leurs activités mondiales.

Nous proposons également un label certifiant le respect des droits de l'homme dans les pays tiers lors de la fabrication d'un produit. L'objectif est clairement de faire la promotion des entreprises propres, par opposition à celles, encore trop nombreuses, qui sont peu scrupuleuses des conditions de travail de leurs ouvriers à travers le monde.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on corporate liability for serious human rights abuses in third countries deals with several issues related to the responsibility of corporations to comply with the applicable laws and respect human rights, including, inter alia, global responsibility, positive incentives in terms of promoting human rights, liability of EU corporations, extra-territorial dimensions of companies, criminal liability, as well as the creation of a certified 'abuse-free' product label at EU level.

I voted in favour of the report because the EU's founding values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, need to be reflected in its action on the international scene, including its trade policy, and should be guided by these principles.

Eleni Theocharous (ECR), *in writing*. – Respect of human rights is a core value of the European Union and to that end corporations have an increasing role in ensuring respect for human rights, abiding by international norms and rules applicable for everybody. Trade agreements can contribute to reinforcing the global rules-based trading system as well as human rights provisions. In this regard corporate social responsibility is highly important whereas worldwide implementation of the United Nation Guiding Principles (UNGPs) can be an effective tool.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le imprese hanno largamente beneficiato della globalizzazione dell'economia, creando posti di lavoro e garantendo profitti e acquisendo potere e influenza in molti paesi in via di sviluppo. Questi aspetti positive si accompagnano purtroppo a evidenti violazioni dei diritti umani che hanno acuito la condizione di povertà e di sopruso cui molte persone sono soggette. È compito anche dell'Unione europea promuovere politiche che consentano di creare strumenti efficaci per chiamare le aziende a rispondere del loro operato o garantire la tutela e la protezione dei lavoratori. Dobbiamo lavorare su una normativa che garantisca che esse siano chiamate a rispondere dell'impatto delle loro attività.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Primarni fokus ovoga izvješća nalazi se u pozivu da korporacije koje posluju u trećim zemljama dobrovoljno prigrle vrijednosti koje se tiču ljudskih prava, standarda radnih uvjeta, zaštite okoliša te borbe protiv korupcije.

Izvješće sadrži potpuno legitimne pozive koje svesrdno podupirem kao što su preuzimanje pravne odgovornosti kompanija u smislu omogućavanja procesa obeštećivanja individualnih te kolektivno oštećenih prava, usvajanje pravno obvezujućih instrumenata posvećenih efektivnoj i efikasnoj zaštiti ljudskih prava, potreba ispravljanja pravne nesigurnosti vezano uz to gdje točno počinje odgovornost za kršenje ljudskih prava itd.

Međutim, ono s čime se nipošto ne mogu složiti je poziv da se sve predložene legitimne pozive realizira preko zakonodavstva institucija EU-a. Navedeno smatram potpuno nepotrebnim kršenjem principa supsidijarnosti jer se regulacijom ovog problema na razini Unije neće ostvariti nikakva dodatna vrijednost za individualne države članice Unije.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o odgovornosti gospodarskih družb za hude kršitve človekovih pravic v tretjih državah sem podprla. EU temelji na vrednotah spoštovanja človekovega dostojanstva, svobode, demokracije, enakosti, pravne države in spoštovanja človekovih pravic, vključno s pravicami pripadnikov manjšin.

Kršitve človekovih pravic s strani gospodarskih družb so svetovni problem, vse gospodarske družbe na svetu bi morale te pravice spoštovati, hkrati pa je glavna dolžnost evropskih institucij, da odgovornost tistih družb, ki so povezane z EU, uredijo z zakoni in predpisi.

Še vedno ni celovitega svetovnega pristopa k odgovornosti gospodarskih družb za kršitve človekovih pravic in žrtve kršitev človekovih pravic, v katere so vpletena mednarodna podjetja, se soočajo s številnimi ovirami pri dostopu do pravnih sredstev.

Nujno so potrebni stalni, učinkoviti in dosledni ukrepi na vseh ravneh, tudi na nacionalni, evropski in mednarodni, da bi lahko učinkovito obravnavali kršitve človekovih pravic s strani mednarodnih družb in pravna vprašanja, ki izhajajo iz ekstrateritorialne razsežnosti podjetij in njihovega ravnanja, ter z njimi povezano negotovost v zvezi s tem, kdo je odgovoren za kršitve človekovih pravic.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor, no sin reconocer que el mismo hubiera debido ir mucho más lejos en la promoción de instrumentos vinculantes de control y sanción de las empresas que vulneran los derechos humanos. Los mecanismos existentes en la actualidad se basan en la voluntariedad y no son suficientes. Por ello, es imprescindible avanzar hacia una responsabilidad solidaria de las empresas matrices a lo largo de toda la cadena de valor; es necesario asegurar la coherencia en las políticas de la Unión y no firmar tratados comerciales que contengan mecanismos opacos y para-judiciales de resolución de diferencias entre inversores y Estados. Echamos en falta una mayor referencia a la responsabilidad de las instituciones financieras, que dan soporte a las transnacionales y a la necesidad de atender específicamente el derecho al acceso a la justicia de las más vulnerables. Deberíamos además, tal y como propusimos en enmiendas, impulsar la creación de una agencia de la Unión para la supervisión de la actividad de las empresas transnacionales en terceros países, y procedimientos de sanción en caso de delitos, para poner en el centro de la acción de la Unión la protección de los derechos humanos y medioambientales, antes que los beneficios empresariales.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Dans ce rapport, il s'agit pour l'Union européenne d'utiliser le thème porteur de la responsabilité des entreprises pour étendre son pouvoir sur les politiques commerciales de nos firmes.

L'Union européenne souhaite simplement voiler le fait que sa politique de libre-échange à outrance cause bien plus de dégâts en termes de droits de l'homme et sociaux que les actions des firmes de nos États.

Je me suis donc opposée à ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Zgodnie z wytycznymi ONZ dotyczącymi biznesu i praw człowieka oraz wytycznymi OECD dla przedsiębiorstw wielonarodowych, korporacje prowadzące działalność w krajach trzecich powinny dobrowolnie przestrzegać wartości w dziedzinie praw człowieka i standardów pracy. Przedłożone sprawozdanie zmierza do tego, aby skłonić państwa członkowskie Unii Europejskiej do egzekwowania przestrzegania tych praw i standardów przez przedsiębiorstwa, których właściciele znajdują się w państwach członkowskich, które mają siedzibę w państwach członkowskich lub które w znacznej części prowadzą tam swoją działalność.

Sprawozdanie zawiera jednak szereg postulatów ogólnych i niejednoznacznych, między innymi wzywa UE, państwa członkowskie, państwa trzecie i wszystkie organy krajowe i międzynarodowe do przyjęcia w trybie „pilnym" i „w jak najszerszym zakresie" wiążących instrumentów służących skutecznej ochronie praw człowieka w tej dziedzinie. Problematyczny wydaje się również sam tytuł sprawozdania. Z uwagi na te wątpliwości postanowiłem wstrzymać się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság, valamint az emberi jogok – ideértve a kisebbségekhez tartozó személyek jogait – tiszteletben tartásának értékein alapul. Nemzetközi fellépéseit (a kereskedelempolitikát is beleértve) is ezek az elvek vezérlik. A jelentést támogattam.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on corporate liability for serious human rights abuses in third countries. The report underlines that the EU is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. Corporations are one of the major players in economic globalisation, financial services and international trade and are required to comply with all applicable laws and international treaties in force and to respect human rights.

The report underlines that the business community, while obliged to respect human rights, may also have an important role to play in offering positive incentives in terms of promoting human rights, democracy, environmental standards and corporate responsibility. I voted in favour because I believe that the full observance of human rights in the production chain is fundamental and not just a matter of choice for consumers.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe anima a distintos actores involucrados en la relación empresas - derechos humanos a poner en marcha iniciativas y medidas en relación a la prevención de violaciones de los derechos en el ámbito empresarial a nivel mundial, destacando la necesidad del acceso a remedios efectivos. Asimismo, propone avanzar hacia la adopción de instrumentos legalmente vinculantes o implementar un nuevo etiquetado voluntario que demuestre la trazabilidad del respeto a los derechos humanos en toda la cadena productiva. A lo largo del texto se reconoce la importancia que tiene la responsabilidad social corporativa y se aplaude el creciente uso de instrumentos basados en los compromisos adquiridos por las propias compañías. Compartiendo la necesidad de prevenir los abusos en materia de derechos humanos, he votado a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque el texto reconoce la responsabilidad de las empresas y manifiesta su preocupación por las violaciones de los derechos humanos cometidas en terceros países, e insta a la acción continuada, eficaz y coherente a todos los niveles, también a nivel nacional, europeo e internacional, con el fin de luchar eficazmente contra las violaciones de los derechos humanos cometidas por empresas internacionales.

También realiza explícitamente llamamientos dirigidos a las empresas, europeas y no europeas, sobre su deber de respetar los derechos humanos, y llamamientos dirigidos a la Unión y a los Estados miembros sobre su deber de garantizar y proteger los derechos humanos. De forma precisa requiere a la Unión, a los Estados miembros, a los terceros países y a todas las autoridades nacionales e internacionales que adopten, de forma urgente y lo más generalizada posible, instrumentos vinculantes destinados a la protección efectiva de los derechos humanos, por lo que he votado a favor.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Les entreprises multinationales ont beaucoup influencé les évolutions du droit international.

Le respect des droits de l'homme était bien loin de leurs préoccupations.

Je suis donc ravie de voir un rapport du Parlement européen souligner que les initiatives facultatives du secteur privé en la matière ne sont pas suffisantes et demander sans restriction de travailler à un traité des Nations unies contraignant.

Je me félicite en outre de l'insistance du texte sur le devoir de diligence dans la chaîne d'approvisionnement (qu'il faut faire appliquer de toute urgence, notamment en ce qui concerne les «minerais du sang») et sur la nécessité de garantir un accès effectif à la justice aux victimes.

Je déplore néanmoins que le texte ne demande pas la gratuité des démarches pour lesdites victimes alors que l'on sait que ce sont d'abord des questions financières qui les entravent.

Je déplore aussi qu'il ne soit nulle part question de mettre en place un mécanisme obligeant les tribunaux d'arbitrage à se soumettre à la suprématie des droits de l'homme.

Je vote donc pour ce rapport en espérant un rôle positif de l'UE à l'ONU, elle qui a longtemps refusé de participer aux travaux dans ce domaine.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Conselho do Conselho de Direitos Humanos das Nações Unidas (CDH) aprovou, em 26 de junho de 2014, o lançamento do processo de desenvolvimento de novas normas internacionais vinculativas sobre as empresas multinacionais e os direitos humanos. Esta iniciativa visa acabar com a impunidade das multinacionais quanto às violações dos direitos humanos, direta ou indiretamente causadas por suas atividades, e assegurar o acesso à justiça para as vítimas.

Fica-nos a dúvida sobre a importância atribuída às PME, bem com a definição de um rótulo de bom comportamento atribuído pela Comissão Europeia, a quem não reconhecemos legitimidade política e moral em matéria de direitos humanos e empresas multinacionais.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht sieht Sanktionsmöglichkeiten für Unternehmen vor, die für schwere Menschenrechtsverletzungen in Drittländern verantwortlich sind. Die Einhaltung von Menschenrechten soll zudem zukünftig einfacher gerichtlich durchsetzbar sein. Angesichts einer möglichen Verbesserung der globalen Menschenrechtssituation habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla responsabilità delle imprese per gravi violazioni dei diritti umani nei paesi terzi. Considerando che l'UE si fonda sui valori del rispetto della dignità umana, della libertà, della democrazia e dell'uguaglianza e considerando che i principi guida delle Nazioni Unite in materia di attività economiche e diritti umani valgono per tutti gli Stati e tutte le imprese nazionali e transnazionali, ritengo sia compito delle istituzioni europee disciplinare la responsabilità degli attori economici che non rispettano i diritti umani. La proposta di risoluzione invita la Commissione a effettuare un esame approfondito, in consultazione con tutte le parti interessate, comprese la società civile e le imprese, degli ostacoli giuridici esistenti nei casi portati davanti ai tribunali degli Stati membri per presunte violazioni dei diritti umani commesse all'estero da imprese stabilite nell'UE e invita il Consiglio e la Commissione ad agire conformemente all'articolo 83 TFUE, al fine di stabilire norme minime relative alla definizione dei reati e delle sanzioni in sfere di criminalità particolarmente grave che presentano una dimensione transnazionale.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – We live in a world dominated by large international corporations, and where many of our products, from the mobile phones in our pockets to the food in our supermarkets, and the clothes we wear come at the expense of enormous suffering, cruelty and abuse of human rights.

This report is an important step forward in creating a corporate culture in which violations of human rights are simply unacceptable. Companies must play by rules that uphold human decency and basic dignity. As a supporter of the Alternative Trade Mandate, I believe that our economy must not put profit ahead of people and planet. I have also chosen to use a Fairphone (which is made without conflict minerals) and would recommend colleagues to do the same.

Whilst corporations must do more, Member States must create due diligence and reporting rules, and also introduce criminal liability for companies operating under their jurisdiction that violate human rights in other countries. The international community must do more and move towards a binding treaty on business and human rights. I urge the EU national governments to work towards that goal.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution, since I want these rules to become binding and enforceable towards corporations, and since EU technologies are still causing human rights violations.

The EU is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities. I strongly believe in these values and as a liberal, I believe that everyone should be treated fairly, also in the working environment. I agree that a global holistic approach to corporate liability for human rights abuses is still lacking.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Jedným z celosvetových problémov súčasnosti je i otázka porušovania ľudských práv zo strany podnikov a korporácií v tretích krajinách. EÚ je založená v prvom rade na hodnotách demokracie, slobody a úcty k ľudskej dôstojnosti a dodržiavaní ľudských práv ako vo sfére politickej, tak i obchodnej. Osobitným problémom je zodpovednosť za porušovanie ľudských práv a právne ťažkosti vyplývajúce z extrateritoriálneho rozmeru podnikov a korporácií. Preto treba prijať také opatrenia, ktoré budú smerovať ku koherentnému, trvalému a efektívnemu spôsobu riešenia otázky porušovania ľudských práv na vnútroštátnej, európskej, ale i medzinárodnej úrovni. Náležitú pozornosť je treba upriamiť na malé a stredné podniky (MSP), ktoré pôsobia na regionálnej a miestnej úrovni. Je žiaduce, aby politiky Únie v oblasti sociálnej zodpovednosti podnikov, zohľadňovali špecifické potreby MSP a riadili sa myšlienkou „myslieť najskôr v malom".

Je isté, že obchod a ľudské práva sa nevylučujú, práve naopak – musia sa navzájom podporovať. Samotná globalizácia ešte podčiarkuje dôležitosť korporácií pri dodržiavaní ľudských práv. Som ale presvedčená, že dodržiavanie ľudských práv korporáciami by nemalo byť len povinnosťou vyplývajúcou z legislatívy, ale v prvom rade by malo ísť o morálnu povinnosť každého manažmentu. Preto tomuto uzneseniu vyjadrujem svoju podporu.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Este informe plantea diversas iniciativas en materia de empresas y derechos humanos. Propone diferentes medidas dirigidas a prevenir las violaciones de estos derechos en el ámbito empresarial a nivel mundial. En esta serie de acciones estarían involucradas los Estados miembros, la Comisión, el SEAE y las propias empresas.

A pesar de que las medidas propuestas ya están llevándose a cabo en distintos niveles de la Unión, este informe plantea otras nuevas especialmente centradas en conseguir un remedio efectivo ante una posible vulneración de derechos y a obtener un control integral de la situación en toda la cadena productiva.

Por supuesto comparto la necesidad de implementar las medidas necesarias para proteger a los ciudadanos de posibles abusos por parte de las empresas y por todo esto, voto a favor de este informe.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση αναθέτει στις ίδιες τις επιχειρήσεις την ευθύνη της προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στις δραστηριότητές τους, στο πλαίσιο της εταιρικής κοινωνικής ευθύνης, με λίγα λόγια, «βάζει τον λύκο να φυλάει τα πρόβατα». Καλλιεργείται η αντίληψη ότι οι περισσότερες επιχειρήσεις είναι «καλές» και δεν παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα και, για αυτό, κατά προτεραιότητα, προτείνονται διαδικασίες εθελοντικής «αυτορρύθμισης» των επιχειρήσεων, με δημιουργία μηχανισμών δήθεν «εκτίμησης κινδύνων» κ.α. Οι εκκλήσεις της έκθεσης προς τους επιχειρηματικούς ομίλους και τα κράτη μέλη για σεβασμό των ανθρωπίνων δικαιωμάτων είναι άνευ αντικειμένου, καθώς κριτήριο σε κάθε περίπτωση αποτελεί η μέγιστη δυνατή κερδοφορία. Οι δε προτάσεις για εισαγωγή και προώθηση του σήματος «χωρίς παραβιάσεις» εξασφαλίζουν πρόσθετη δωρεάν διαφήμιση στα προϊόντα τους και νέα προνόμια. Αποκρύπτεται ότι, την ίδια ώρα, οι επιχειρήσεις αυτές θα συνεχίσουν να ιδιοποιούνται τον πλούτο που παράγουν οι εργαζόμενοι για τη δική τους κερδοφορία και ότι αυτή η εκμετάλλευση των εργαζομένων είναι «νόμιμη» για την ΕΕ και τις αστικές κυβερνήσεις, που υπηρετούν τα μονοπώλια και τα συμφέροντά τους. Για αυτό, οι λαοί πρέπει να τους ανατρέψουν, για να υπερασπιστούν το πιο θεμελιώδες δικαίωμά τους που είναι να ζουν χωρίς να γίνονται αντικείμενο εκμετάλλευσης, χωρίς να τους κλέβουν τον μόχθο, με τη δική τους εξουσία και οικονομία, με αποδέσμευση από την ΕΕ.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Zprávu jsem se rozhodl svým hlasem podpořit. Vhodně podle mě přispívá k debatě o společenské odpovědnosti podniků, a to především těch nadnárodních, které často mají své pobočky a výrobní závody právě ve třetích zemích. Považuji za podstatné, aby všude po světě byla dodržována lidská práva a byly stanoveny závazné normy pro zaměstnavatele, které by jasně vyžadovaly respektování lidských práv. Právě zaměstnavatelé mohou často velmi efektivně a účelně bojovat proti jejich porušování.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Porušovanie ľudských práv zo strany korporácií predstavuje významný problém napriek tomu, že všetky spoločnosti vo svete majú povinnosť dodržiavať ľudské práva a začleniť základné zásady a hodnoty v oblasti ľudských práv do svojich činností. Práve preto sme sa touto témou zaoberali v správe o zodpovednosti podnikov za vážne porušovania ľudských práv v tretích krajinách. V rámci nej sme korporáciám pripomenuli, že v súčasnom globalizovanom a internacionalizovanom podnikateľskom prostredí sa ich úloha pri ochrane ľudských práv ešte zvyšuje a že za každé ich porušenie by mali byť schopné prevziať zodpovednosť. Zároveň sme ich vyzvali, aby v prípade, že spôsobia škodu, zabezpečili účinný prostriedok nápravy a zaručili neopakovanie sa porušovania práv. Som presvedčená, že ide o tému, ktorá si zasluhuje primeranú pozornosť, a preto som správu svojim hlasom podporila.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Corrao por entender ser fundamental o respeito das regras de direitos humanos por parte de multinacionais com operações globais, onde quer que operem, independentemente do local onde estão sediadas.

Sublinho a grande importância da responsabilidade social das empresas, sobretudo a prática de integrar a responsabilidade de respeitar os direitos humanos nos requisitos contratuais vinculativos entre as empresas e os seus clientes e fornecedores, sejam estes empresas ou particulares.

Neste contexto, destaco ainda o trabalho iniciado para a elaboração de um Tratado das Nações Unidas sobre empresas e direitos humanos, com caráter vinculativo, em que espero que a UE e os Estados-Membros participem de forma construtiva.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o odgovornosti gospodarskih družb za hude kršitve človekovih pravic v tretjih državah. Kršitve človekovih pravic s strani gospodarskih družb so svetovni problem in vplivajo na pravice ranljivih skupin, kot so manjšine, avtohtoni prebivalci, ženske in otroci, ali prispevajo k okoljskim problemom.

Na žalost še vedno ni celovitega svetovnega pristopa k odgovornosti gospodarskih družb za kršitve človekovih pravic. Menim, da kršitve človekovih pravic zahtevajo učinkovita pravna sredstva, zato je potrebno z nacionalno kot z mednarodno zakonodajo zagotoviti pravičnejši in učinkovitejši sistem pravnih sredstev za obravnavanje kršitev človekovih pravic, ki so jih zagrešila podjetja, k čemur poziva tudi poročilo, ki sem ga podprl.

8.16. EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas (A8-0278/2016 - András Gyürk)

Dichiarazioni di voto orali

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi abbiamo votato una relazione sulla strategia europea sul gas naturale liquido e sullo stoccaggio. Ma, in termini pratici, di cosa abbiamo parlato? Del fatto che importeremo gas liquido naturale dagli Stati Uniti d'America, con la scusa che così facendo saremo certi di non restare al freddo. Peccato che dati incontrovertibili ci dicono che: 1) la domanda di gas in Europa è in calo e che le infrastrutture sono sottoutilizzate, 2) il bacino del Mediterraneo può e deve divenire leader globale dello sviluppo di risorse energetiche *carbon free*, 3) non possiamo tralasciare i pericoli per l'ambiente per la salute umana, causati da rigassificatori e attività di stoccaggio, 4) esistono specifici obiettivi COP21 che impongono l'abbandono dei carburanti fossili. Ciononostante la Commissione usa l'EFSI ,il Fondo europeo per gli investimenti strategici, per grandi progetti, a tutto vantaggio delle multinazionali del gas. Noi crediamo invece che sia urgente e prioritario concentrare tutti gli sforzi, politici ed economici, a sostegno delle energie rinnovabili, dell'efficientamento energetico e della sostenibilità. Per questo il nostro voto è stato negativo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, nos oponemos a este informe porque nos oponemos a los intereses de las grandes gasísticas que quieren especular con nuestros territorios, nuestra factura energética y nuestro clima.

En mi país, España, son múltiples los conflictos abiertos por culpa de los planes de Europa para hacer llegar el gas americano extraído mediante fracturación hidráulica o el gas licuado de Qatar a nuestros territorios.

Tenemos los ejemplos de Castor, que vamos a pagar entre todos, y de Doñana, donde está en peligro un importantísimo patrimonio agroambiental, un asunto con respecto al cual esta misma semana la Comisión se ha lavado las manos, para hacerle el juego a Gas Natural.

Pero también gasoductos como el Midcat, infraestructuras de almacenaje en zonas urbanas, la sobrecapacidad de centrales como la de Castejón. Todas ellas infraestructuras peligrosas e inútiles que solo añaden otro sobrecoste ficticio a las facturas energéticas para beneficio de los grandes oligopolios energéticos y en claro perjuicio de las personas.

Seán Kelly (PPE). – As a member of the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) and coming from a small island nation, this is a very important topic for me. I attended the debate here last night and I would like to commend both the rapporteur, Mr Gyürk, and Commissioner Cañete for their help in developing a very sensible strategy on liquefied natural gas (LNG) for the European Union.

Obviously the Russian developments, especially in Ukraine, woke us all up to how unreliable a partner it was and it is obviously not sensible to be depending on a partner like Russia for the majority of our gas. Also, of course, the availability of LNG means that we should avail of that opportunity as well to bring down prices and to improve security.

Of course, where we are concerned in Ireland, the fact now that the United Kingdom will be leaving the European Union; it is not sensible that we should be largely dependent on a connector from the United Kingdom. So these measures and the development of LNG in Shannon in Ireland would be of major importance and I thank the Commission particularly for their support of that.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione è favorevole alle energie fossili e trascura completamente le questioni di dipendenza strategica e *lock-in* infrastrutturale, reso ancora più perverso dal notevole grado di sottoutilizzazione delle strutture europee ora esistenti (in media corrispondente al 25%). Inoltre si basa su proiezioni di consumo UE di gas fornite fondamentalmente da *ENTSOG*, manifestamente esagerate, criticate in tal senso anche dalla Corte dei conti. Il gas viene presentato come combustibile relativamente pulito, trascurando in tal modo i problemi derivanti dalle fughe con il corrispondente contributo all'effetto serra, e i grandi problemi rappresentati dai metodi di estrazione non convenzionale. Per questi motivi ho espresso voto contrario.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — Today UKIP voted against this non-legislative report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. The report urges Member States to fully implement the Third EU Energy Package. UKIP rejects the implementation of EU energy policy legislation, it is the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que esta apuesta estratégica de la Unión sobre el gas natural licuado, supone un refuerzo de la dependencia energética y de la destrucción ambiental. En lugar de reforzar la apuesta por las energías renovables y fuentes indígenas de producción energética, la Unión continúa en la senda del acaparamiento global de recursos, la misma lógica del petróleo aplicada al gas. Otro aspecto es la importación de gas a través de destructivas técnicas como el *fracking*, pero no es más grave que los conflictos internacionales desarrollados en torno a este recurso, cuya licuefacción permite su transporte a través de infraestructuras de menor dimensión. El gas es un combustible fósil con gran nivel de emisiones y solo beneficia a las grandes multinacionales que controlan su distribución. Debido a que necesitamos una transición equilibrada de la producción energética de la Unión hacia las energías renovables, es por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this motion for resolution which seeks to boost the use of liquefied natural gas in Europe. I believe that it had an unbalanced promotion of the use of fossil gas which poses a serious threat for climate change and LNG should not benefit from taxpayers' money. I was particularly concerned that this motion calls for the elimination of all barriers to global free trade in LNG including in TTIP whilst also welcoming the Commission's work towards removing export restrictions on US gas to Europe. Shale gas, which accounts for more than half of US gas production, is very controversial in Europe and in Ireland, where widespread opposition has been voiced.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport.

Je salue la communication de la Commission intitulée «Une stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz». En effet, un marché intérieur de l'énergie intégrant pleinement le GNL et le stockage du gaz ne peut que jouer un rôle favorable à la réalisation de l'objectif final d'une Union de l'énergie résiliente.

Je regrette cependant dans ce rapport la référence au partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (TTIP) sur l'énergie et les matières premières pour la sécurité énergétique de l'Union. Je m'y suis d'ailleurs opposé.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου, διότι η αύξηση του υγροποιημένου αερίου στην παγκόσμια αγορά είναι μια καλή ευκαιρία για να διαφοροποιήσει η ΕΕ τον ενεργειακό εφοδιασμό της.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die volle Integration von Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas werden in Zukunft massiv zum Ziel einer krisenfesten Energieunion beitragen. Hierfür sollte marktgestützten Lösungen und der Nutzung bestehender Flüssiggas-Infrastruktur Vorrang gewährt werden. Vor allem ist eine sorgfältige Analyse der Alternativen und Optionen für die Versorgung mit Flüssigerdgas auf regionaler Ebene einer Entscheidung über neue Infrastruktur vorzuziehen. Somit würde die bestehende Infrastruktur effizienter genutzt werden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte est très clairement favorable à la filière du gaz – seule énergie fossile acceptable à long terme – dont le développement devrait permettre une transition écologique en douceur, avec de bonnes perspectives économiques à la clef, notamment en termes d'emplois non délocalisables avec le biométhane. Le texte insiste à juste titre sur les opportunités du GNL comme carburant de substitution dans les transports routier et maritime. Néanmoins, outre l'ingérence dans notre politique énergétique avec renforcement du pouvoir de la Commission et de ses agences, outre la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique, ce rapport, qui parle à quatre reprises de «diplomatie énergétique» de l'UE, semble surtout le résultat d'orientations géopolitiques en opposition avec celles défendues par le Front national. La «solidarité» invoquée à plusieurs reprises semble devoir se faire à tout prix avec des États qui font tout pour nous couper de ce partenaire aussi naturel que stratégique qu'est la Russie. Ou comment passer d'une dépendance relative au gaz russe à une allégeance aux États-Unis (et au Qatar) en faisant particulièrement appel au gaz de schiste américain via le TAFTA, explicitement cité à plusieurs reprises. C'est pourquoi, j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Although the report states that the elimination of regulatory obstacles would greatly improve the liquidity of Gas markets the report urges Member States to fully implement the Third EU Energy Package. I am in favour of transparency and eliminating EU regulation but I do not believe that the Third EU Energy Package will benefit the UK.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui s'inscrit selon moi dans le processus de transition rapide vers un système énergétique durable de l'Union et de fin de la dépendance à l'égard des fournisseurs de gaz extérieurs.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategijos. Vis dar kelia susirūpinimą dujų importas iš Rusijos į ES, kuris 2015 m. buvo 7 proc. didesnis nei 2014 metais. Vienas iš ES SGD naudojimo ir dujų laikymo strategijos tikslų yra įgyvendinti ES užmojį greitai pereiti prie tvarios, saugios ir konkurencingos energetikos sistemos elementų ir nebebūti priklausomiems nuo išorės dujų tiekėjų. Tai yra itin svarbus dalykas mažinant priklausomybę nuo Rusijos dujų.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Outre l'ingérence dans notre politique énergétique avec renforcement du pouvoir de la Commission et de ses agences, outre la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique, ce rapport, qui parle à quatre reprises de «diplomatie énergétique» de l'UE, semble surtout le résultat d'orientations géopolitiques qui ne sont pas les nôtres et qui prennent le pas sur toute autre considération. D'où l'appel constant à la diversification des sources d'approvisionnement.

Si ce texte n'est pas aussi caricaturalement anti-russe que put l'être celui d'Algirdas Saudargas sur la «sécurité énergétique» (étonnamment rejeté en juin 2015 grâce à l'adoption in extremis d'un amendement en faveur d'un moratoire sur le gaz de schiste), la «solidarité» – également invoquée à plusieurs reprises – semble devoir se faire à tout prix avec des États qui font tout pour nous couper de ce partenaire aussi naturel que stratégique qu'est la Russie. Ou comment passer d'une dépendance (toute relative) au gaz russe – reposant sur des contrats à long terme où fournisseurs et clients sont mutuellement captifs et donc interdépendants – à une allégeance aux États-Unis (et au Qatar) en faisant particulièrement appel au gaz de schiste américain via le PTCI/TTIP/TAFTA, explicitement cité à plusieurs reprises.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui rappelle tout d'abord que la stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz constitue un élément de l'Union de l'énergie. Il demande une meilleure utilisation des capacités existantes de gaz naturel liquéfié et de stockage de gaz, une coopération accrue pour bâtir de nouvelles installations et un soutien renforcé pour les régions les moins connectées afin de diversifier les sources d'approvisionnement.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – El mercado de gas natural licuado (GNL) a nivel mundial se encuentra en una fase de fuerte dinamismo. Se espera que el suministro global de GNL aumente en un 50 % hacia 2020. La Unión puede beneficiarse de la expansión del mercado global de GNL para reforzar su seguridad de suministro de gas y su competitividad. Pero siempre respetando al máximo la protección medioambiental y la independencia gasística. Por eso este informe recoge una serie de medidas en este sentido. De entre las enmiendas que he impulsado me gustaría destacar la incorporación de la necesidad de cumplir con los objetivos de reducción de gases de efecto invernadero, eficiencia energética y energías renovables expresados en el Acuerdo de París y la Hoja de Ruta de la Energía de la Unión. Al mismo tiempo el llamamiento para concienciar a los foros mundiales sobre libre comercio respecto de los efectos medioambientales, climáticos y sociales del GNL. Asimismo, el informe expresa el potencial beneficio que para la seguridad energética podría tener el ATCI, ya que al eliminar las restricciones a la importación pueden aumentar considerablemente las opciones de suministro de gas de la Unión. El informe es completo y por eso he votado a favor del mismo.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Gyürk sulla strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio di gas. Si tratta di un testo importante che tocca il tema cruciale dell'approvvigionamento energetico e dello sviluppo della strategia europea in materia di energia. Già oggi diversi Stati membri dell'UE si trovano ad avere una dipendenza completa dalle importazioni di gas, una condizione generata sia dal numero limitato di fornitori sia dalla mancanza di rotte di approvvigionamento alternative. Nel prossimo futuro si stima che tale dipendenza sia destinata a crescere, occorre per questo motivo che l'azione europea venga diretta da un lato a perseguire attivamente lo sviluppo delle proprie risorse di gas convenzionali interne, come quelle scoperte a Cipro, dall'altro a favorire la rapida transizione verso un sistema sicuro e sostenibile dell'energia. Solo attraverso la creazione di un'effettiva Unione dell'energia, dotata di un mercato unico dell'energia e una politica energetica comune, sarà possibile garantire una reale sicurezza energetica del continente.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe de iniciativa propia sobre gas natural licuado (GNL) y el almacenamiento del gas, porque promueve, sobre las bases de funcionamiento del mercado, la construcción de nuevos terminales de GNL, de gaseoductos y de almacenamiento de gas. Por lo tanto, la promoción del uso del gas es contradictorio con los objetivos climáticos de la Unión, dado que el gas natural emite metano, un gas que tiene un potencial de calentamiento 86 veces mayor que el CO_2.

La seguridad energética de los países del Este y Bálticos no pasa por sustituir las importaciones de gas ruso por gas que provenga de otros países supuestamente más seguros (incluso a veces proveniente del *fracking)* sino por una apuesta clara por el mejoramiento de la eficiencia energética y el desarrollo de las renovables.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Este informe insiste en la necesidad de racionalizar las inversiones en infraestructuras para esta fuente de energía alternativa, algunas de las cuales están ahora sobredimensionadas, y señala la potencialidad de este combustible para aliviar la dependencia del mercado europeo y disminuir las emisiones de gases de efecto invernadero. Igualmente compartimos las especiales menciones que se hacen sobre la utilidad de esta fuente en el transporte marítimo. También compartimos la necesidad de subrayar el papel de la Unión, como segundo comprador en el mercado mundial, en el ámbito del comercio de este combustible.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur une stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz est fortement orienté en faveur du gaz. En effet, c'est la seule énergie fossile acceptable à long terme dont le développement devrait permettre une transition écologique en douceur, avec de belles perspectives économiques à la clef, notamment pour les emplois non délocalisables avec le biométhane. Le texte parle surtout du GNL, notamment des interconnexions et du stockage, mais il insiste aussi sur le GNL comme carburant de substitution, comme le BGL et le GNC. Il s'agit aussi de renforcer la diversification des sources d'approvisionnement.

Cependant, ce texte marque une ingérence dans notre politique énergétique avec le renforcement du pouvoir de la Commission et de ses agences, outre la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique. De plus, ce texte souhaite moins de dépendance au gaz russe mais plus vers les États-Unis et le Qatar, en faisant appel notamment au gaz de schiste (voir TAFTA). J'ai donc décidé de voter contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto sostenuto nella relazione sulla strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas e ritengo che con essa ci si muova ancora di più verso l'obiettivo di promuovere un'Unione europea dell'energia, un ulteriore tentativo di controllo dall'alto delle istituzioni sui nostri territori. Per questi motivi il mio voto su questo testo è stato contrario.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Comparto la visión equilibrada sobre la estrategia de la UE para el gas natural licuado que adoptamos en la Comisión ITRE. El informe refleja tanto la situación como el potencial del GNL, tomando en consideración su contribución a la seguridad del suministro energético en Europa y los beneficios de un mercado más competitivo. Además, la estrategia del GNL resulta especialmente relevante desde la perspectiva de sus cualidades a la hora de reducir los impactos ambientales actuales, como combustible alternativo en transporte, calefacción y electricidad.

Entiendo que el GNL, en tanto que fuente de energía con emisiones sumamente inferiores a las del resto de combustibles fósiles y de otras fuentes de gas natural, no debería verse penalizado con etiquetas que planteen sospechas sobre su carácter limpio, cuestionando las oportunidades y ventajas de nuestras empresas a nivel mundial, si bien la posible importación de GNL proveniente de la fracturación hidráulica merece una atención más pormenorizada en el marco de nuestros acuerdos internacionales.

En definitiva, considero que Europa debe desarrollar una apuesta firme por el GNL, al tratarse de una fuente de energía beneficiosa para el medio ambiente, la economía y la sociedad europea, por lo que el informe ha merecido mi voto a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamos Europos Sąjungos suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategijos.

Europos Parlamentas palankiai vertina Komisijos komunikatą „ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategija“ bei mano, kad visiškai suskystintų gamtinių dujų naudojimą ir dujų laikymą integruojanti energijos vidaus rinka atliks svarbų vaidmenį siekiant galutinio tikslo – atsparios energetikos sąjungos. ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategija yra vienas iš energetikos sąjungos, kurios tikslas yra įgyvendinti ES užmojį greitai pereiti prie tvarios, saugios ir konkurencingos energetikos sistemos, elementų, ir kad vienas iš jos tikslų – nebebūti priklausomiems nuo išorės dujų tiekėjų. Parlamentas pabrėžia, jog vienas iš energetikos sąjungos tikslų yra pasiekti, kad ES taptų pasaulio lydere atsinaujinančiosios energijos srityje. Be to, Parlamentas laikosi nuomonės, kad efektyviausiai energetinis saugumas gali būti užtikrintas geriau koordinuojant nacionalinę energetikos politiką, sukuriant tikrą energetikos sąjungą su bendra energijos rinka ir bendra energetikos politika bei valstybėms narėms tarpusavyje bendradarbiaujant šioje srityje laikantis solidarumo ir pasitikėjimo principų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La ratificazione degli accordi di Parigi ha creato le premesse per la transizione energetica globale, rendendo dunque irreversibile la svolta verso un'economia a basse emissioni di carbonio. In questo periodo di transizione, l'adozione di una strategia comune in materia di energia aiuterebbe a sostenere una rapida transizione a un sistema dell'energia sostenibile, sicuro e competitivo, limitando la dipendenza da fornitori esterni di gas. Nell'ottica di sfruttare le risorse interne all'Unione per una maggiore autosufficienza energetica, la relazione presentata oggi dal Parlamento europeo sottolinea il fatto che il gas naturale liquefatto rappresenta un'opportunità per l'Europa in termini di maggiore competitività sul breve termine. Sfruttare il potenziale del GNL e del suo stoccaggio renderebbe il sistema europeo più diversificato e flessibile e contribuirebbe ad una fornitura di gas affidabile, anche per le regioni più vulnerabili sotto il profilo energetico. Per raggiungere l'obiettivo, una maggiore collaborazione e solidarietà tra gli Stati membri, nonché un uso più efficiente e sicuro delle infrastrutture e dei terminal esistenti, sono necessari.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o strategiji EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina. Porast LNG-a na globalnom tržištu je dobra prilika za EU da preinači svoju opskrbu energijom.

Međutim, smatram kako je LNG samo privremeno rješenje, dok nam je prijeko potrebno dugoročno smanjivanje ovisnosti od plina unutar EU-a kako bi se smanjile emisije stakleničkih plinova i kako bi se došlo do klimatskih i energetskih ciljeva Unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Certaines des idées développées dans ce rapport sont intéressantes, notamment l'intérêt de convertir de l'électricité en gaz pendant les périodes de surproduction, mais ses orientations géopolitiques sont très partisanes et très favorables au rapprochement avec les États-Unis plutôt qu'avec la «méchante» Russie. Ce rapport prône aussi la libéralisation du marché de l'énergie et la montée en puissance du pouvoir de la Commission sur les États membres en la matière, ce que je combats.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this resolution on an EU strategy for liquefied natural gas and gas storage with the aim of developing a resilient Energy Union. Indeed, the Energy Union has the objective to make the EU more independent from the dependence on external gas suppliers. As a matter of fact, this resolution supports the integration of LNG and gas storage within the framework of the internal energy market and I strongly believe better coordination of national energy policies is needed in order to achieve it.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il gas può svolgere nei prossimi decenni un ruolo significativo nel sistema energetico dell'Unione, nella produzione industriale e come fonte di riscaldamento negli edifici e a sostegno delle energie rinnovabili, in attesa che l'UE raggiunga i suoi obiettivi riguardanti le emissioni di gas serra, l'efficienza energetica e le energie rinnovabili e realizzi la transizione verso un'economia a basse emissioni di carbonio, in cui il ruolo del gas diminuirà gradualmente a favore delle energie pulite. Oggigiorno tuttavia diversi paesi membri hanno una dipendenza dal gas di provenienza estera che supera il 90% del loro fabbisogno medio annuale: questo pone gravi limiti sia in termini di sicurezza geopolitica, che strategici, che economici e ambientali. Per questo è da accogliere con favore ogni azione in grado di diminuire la dipendenza estera e di efficientare i metodi e i mezzi di approvvigionamento. Colmare le lacune infrastrutturali per lo stoccaggio del gas e il trasporto del gas liquefatto naturale è un passaggio fondamentale per rafforzare l'Unione e incrementare la solidarietà e l'efficienza energetica. Gli Stati membri devono sostenere questo processo, promuovendo l'azione della Commissione, il completamento delle reti transfrontaliere del gas e l'applicazione dell'ultimo pacchetto di accordi per la realizzazione del mercato unico dell'energia.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport insiste sur la nécessité de saisir les opportunités qu'offrent le gaz naturel liquéfié, le biogaz liquéfié ainsi que le gaz naturel compressé. Le développement de ces carburants de substitution, utilisables notamment dans les transports routier et maritime, pourrait en effet permettre d'achever la transition écologique en douceur avec à la clef de belles perspectives économiques, notamment en matière de création d'emplois. Certes, nous partageons la plupart des constats énoncés dans ce texte et nous sommes également favorables à une diversification intelligente de nos sources d'approvisionnement en gaz. Néanmoins, nous nous sommes opposés à ce rapport qui constitue une atteinte à la souveraineté des États membres en matière de politique énergétique. Ingérence de l'Union européenne à laquelle s'ajoutent des orientations géopolitiques visant clairement à marginaliser la Russie de nos relations commerciales en vue d'accroitre notre dépendance énergétique à l'égard du gaz de schiste américain. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Gazul natural lichefiat are un rol semnificativ în cadrul sistemului energetic al Uniunii, în producția industrială, ca sursă de încălzire a clădirilor, precum și ca sprijin pentru energia din surse regenerabile. Astfel, strategia Uniunii Europene pentru gazul natural lichefiat și pentru stocarea gazelor urmărește să concretizeze intenția Uniunii de a trece la un sistem energetic sustenabil, sigur, dar și să limiteze dependența față de furnizorii externi de gaze naturale.

Așadar, unul dintre principalele obiective în ceea ce privește uniunea energetică este de a transforma Uniunea în liderul mondial al energiilor din surse regenerabile, tocmai pentru a evita dependența de un singur furnizor de energie și, totodată, pentru a asigura securitatea energetică.

Strategia UE pentru gazul natural lichefiat și pentru stocarea gazelor are menirea de a accelera procesul privind atingerea obiectivului primordial, și anume de a realiza o uniune energetică rezilientă, motiv pentru care m-am exprimat în favoarea acestei inițiative.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – UE are ambiția de a face tranziția către un sistem energetic durabil, sigur și competitiv, care să trateze eficiența energetică în calitate de sursă de energie în sine și să dezvolte sursele de energie cu emisii reduse de carbon. Printre comunicările Comisiei, ultima din februarie privind strategia UE pentru gazul natural lichefiat și pentru stocarea gazelor vine să ajute la concretizarea acestui deziderat.

Securitatea energetică poate fi asigurată cel mai eficient printr-o mai bună coordonare a politicilor energetice naționale, prin instituirea unei uniuni energetice reale, cu o piață unică a energiei și o politică energetică comună, precum și prin cooperarea între statele membre în acest domeniu, în conformitate cu principiul solidarității și cel al încrederii.

Susțin acest raport deoarece consider că UE ar trebui să lucreze îndeaproape cu partenerii săi internaționali și în cadrul forurilor internaționale pentru a asigura o piață liberă, lichidă și transparentă în domeniul GNL peste tot în lume.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che esprime la posizione del Parlamento in merito alla strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto (GNL) e stoccaggio del gas presentata dalla Commissione lo scorso febbraio. La relazione sottolinea i benefici derivanti dall'utilizzo di GNL per una rapida transizione verso un sistema dell'energia sostenibile, sicuro e competitivo e per porre fine alla dipendenza dai fornitori di gas esterni. Tuttavia, rileva alcuni aspetti critici, tra i quali quello infrastrutturale, evidenziando la necessità di fare un'attenta analisi delle alternative e delle opzioni riguardanti la fornitura di GNL in una prospettiva regionale e in un'ottica di sostenibilità ambientale, prima di decidere la realizzazione di nuove infrastrutture, al fine di migliorare la

sicurezza energetica e garantire un uso quanto più efficiente possibile delle infrastrutture esistenti. Inoltre, prende atto del fatto che le infrastrutture per il GNL esistenti nell'UE sono nettamente sottoutilizzate e che la domanda di gas nell'UE continua a essere sovrastimata. Invita, quindi, ad una pianificazione per le infrastrutture del gas basata su una riduzione della domanda.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. This report sees Liquefied Natural Gas (LNG) as the panacea for Europe's energy issues and is particularly problematic when it comes to its paragraphs on trade, calling for a strong energy chapter in TTIP for a global LNG market, which means in practice that the US will be exporting its fracked gas into Europe.

This report welcomes the Commission proposal on an energy security package, and the EU Energy Union concept is the premise for creating a common LNG strategy. It suggests that LNG and gas storage will facilitate a quick transition to a sustainable, secure and competitive energy market and end dependence on external gas suppliers, as some countries – including Ireland – are still dependent on a single supplier. It calls for the building of new LNG terminals and gas storage facilities, which also means building more supporting pipeline infrastructure.

My GUE/NGL colleagues and others attempted to include aspects on access to energy, affordability of energy, energy as a public social good and the need to tackle energy poverty, objecting to further liberalisation and calling for a ban on hydraulic fracturing. However, none of these were included in the final report, while references to TTIP in relation to energy and trade remain.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. The report urges Member States to fully implement the Third EU Energy Package. UKIP rejects the implementation of EU energy policy legislation, it is the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Report as I am convinced amongst others that safety rules and impact assessments are paramount where LNG (Liquefied Natural Gas) storage is concerned. I also agree that the added value of any new LNG infrastructure must first be ascertained. This is particularly important within Malta's context whereby it is becoming increasingly clear that the new gas tanker which will be used as an LNG storage for the new gas power station is both unnecessary and less cost-effective than just using the recently built electricity interconnector which connects Malta to the European grid and the proposed gas pipeline project which will connect the island state of Malta to mainland Europe.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto è a favore delle energie fossili e trascura completamente le questioni di dipendenza strategica. Inoltre si basa su proiezioni di consumo nell'UE di gas fornite fondamentalmente da *ENTSO gas,* fortemente criticate dalla Corte dei conti che le ha giudicate assolutamente esagerate. Il gas viene presentato come combustibile relativamente pulito, trascurando i problemi legati alle fughe e al conseguente fortissimo effetto serra; non si tengono inoltre in considerazione gli aspetti relativi ai metodi di estrazione non convenzionale. Non ho potuto che esprimere un voto contrario al rapporto.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – This report on a very important topic of energy security presents broad set of measures we need to consider in order to keep the EU regions energetically safe and stable. There is a need to diversify our resources in order to mitigate risks linked to the fact that some Member States are fully or largely dependent only on one supplier. This, in future, can turn into a very negative surprise. However, I have abstained at the final vote, as I am missing some parts of the strategy that I find important, such as better use of existing critical energy infrastructure or better links on the North-South basis.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione contiene il contributo del Parlamento per definire una strategia europea per il gas naturale liquefatto (GNL) e per il suo stoccaggio. L'incremento della produzione di GNL previsto per i prossimi anni e la conseguente diminuzione del prezzo, possono infatti rappresentare un'opportunità per l'Unione in materia di sicurezza energetica che dobbiamo cogliere. Potrebbero così beneficiarne quegli Stati membri che hanno una sola fonte di approvvigionamento energetico. Ho ritenuto di votare a favore della relazione perché, per rendere l'Europa un mercato attrattivo per i fornitori, dobbiamo impegnarci affinché l'Unione sia provvista di infrastrutture adeguate. Se riusciremo a raggiungere questo obiettivo potremo ricavarne anche un vantaggio ambientale, considerato che i GNL potranno affiancarsi alle fonti rinnovabili per sostituire efficacemente carburanti convenzionali, per il trasporto sia stradale che marittimo, più inquinanti.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υιοθετώ και στηρίζω αυτήν την έκθεση όχι μόνο γιατί μέσα στους ενεργειακούς της σχεδιασμούς περιλαμβάνει και τη δική μου πατρίδα, την Κύπρο, αλλά και ευρύτερα τη Μεσόγειο, που είναι σημαντικότατος παράγοντας σήμερα, για να μπορέσει να ολοκληρωθεί το ζήτημα της ενεργειακής αυτάρκειας, του ενεργειακού εφοδιασμού και της ενεργειακής ενίσχυσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά, ταυτόχρονα, γιατί προτείνει και λύσεις όσον αφορά τον τερματικό σταθμό υγροποιημένου φυσικού αερίου, καθώς ουσιαστικά μια μικρή χώρα, όπως η Κύπρος, δεν μπορεί μόνη της να επενδύσει και να φτιάξει ένα τόσο μεγάλο έργο και, για αυτό, απευθύνεται στο Ευρωπαϊκό Ταμείο Στρατηγικών Επενδύσεων, το οποίο είναι σημαντικό να αξιοποιηθεί για αυτούς τους σχεδιασμούς.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου δεν καταφέρνει να αναδείξει την ανάγκη πρόσβασης των πολιτών στα συγκεκριμένα φυσικά αγαθά ως ζήτημα κοινωνικό. Ιδιαίτερα, υπό το πρίσμα της οικονομικής κρίσης που βίωσαν εκατομμύρια Ευρωπαίοι πολίτες τα τελευταία χρόνια, οφείλουμε να τονίζουμε την ανάγκη μιας κοινωνικής πολιτικής ενάντια σε συντηρητικές επιλογές. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να απέχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo per questa relazione del pacchetto energia proposto dalla Commissione europea. Nel dossier in esame le solite Agenzie europee avranno potere esclusivo in tema di gas, inoltre il testo è caratterizzato da un forte approccio russofobico.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Data la fondatezza del disporre di una politica lungimirante in ambito energetico e climatico, voto favorevolmente alla relazione. L'UE si è impegnata alla Conferenza sul clima di Parigi di ridurre le emissioni di gas serra del 40% entro il 2030 e compatibilmente con tali obiettivi una strategia sul gas naturale liquefatto (GNL) e sullo stoccaggio del gas rappresenta un'occasione vera e propria per l'Europa. Infatti, è stato stimato come la dipendenza dalle importazioni di gas naturale andrà aumentando e a tal riguardo il GNL permetterebbe di ottenere maggiore competitività dal momento che spingerebbe al ribasso i prezzi del gas naturale e di rafforzare la sicurezza dell'approvvigionamento. Tuttavia, va riconosciuto come attualmente il mercato interno energetico europeo sia tutt'altro che integrato a causa di interconnessioni insufficienti. Pertanto, vanno rinnovate o implementate le infrastrutture già esistenti a livello regionale per la conversione in GNL e lo stoccaggio del gas così come, sempre in una dimensione regionale, vanno predisposte alternative ai GNL laddove debbano essere realizzate nuove entità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto condivido la strategia che l'UE sta portando avanti in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas in quanto un mercato interno dell'energia che affronti questi aspetti integrandoli in modo sempre più efficace potrà portare al raggiungimento dell'obiettivo di un'UE energeticamente resiliente, sicura, competitiva e integrata anche grazie a un utilizzo più efficace delle strutture regionali esistenti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del presente informe, debido a que esta apuesta estratégica de la Unión sobre el gas natural licuado, supone un refuerzo de la dependencia energética y de la destrucción ambiental. En lugar de reforzar la apuesta por las energías renovables y fuentes indígenas de producción energética, la Unión continúa en la senda del acaparamiento global de recursos, la misma lógica del petróleo aplicada al gas. Otro aspecto es la importación de gas a través de destructivas técnicas como el *fracking*, pero no es más grave que los conflictos internacionales desarrollados en torno a este recurso, cuya licuefacción permite su transporte a través de infraestructuras de menor dimensión. El gas es un combustible fósil con gran nivel de emisiones y solo beneficia a las grandes multinacionales que controlan su distribución. Debido a que necesitamos una transición equilibrada de la producción energética de la Unión hacia las energías renovables, es por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas è uno degli elementi dell'Unione dell'energia, che mira a dare espressione concreta all'ambizione dell'UE di realizzare una rapida transizione verso un sistema dell'energia sostenibile, sicuro e competitivo e a porre fine, inoltre, alla dipendenza dai fornitori di gas esterni. Ritengo che il gas naturale liquefatto, le interconnessioni e lo stoccaggio del gas siano elementi importanti e possano contribuire a eliminare qualsiasi tipo di isolamento energetico degli Stati membri e delle regioni. In quest'ottica è ancor più importante sostenere i paesi maggiormente vulnerabili negli sforzi volti a diversificare le loro fonti e rotte di approvvigionamento attraverso la creazione di nuovi terminali GNL, di sistemi di distribuzione e di interconnessione che possano garantire la sicurezza delle rotte di approvvigionamento marittimo e rafforzare la sicurezza energetica degli Stati membri riducendo la domanda mediante misure di efficienza.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Strategia Uniunii Europene privind gazul natural lichefiat și stocarea acestuia prezintă unul din elementele uniunii energetice, care își propune trecerea rapidă la un sistem energetic sustenabil, sigur și competitiv, care să nu mai depindă de furnizorii externi de gaze naturale. Această securitate energetică poate fi asigurată printr-o mai bună coordonare a politicilor energetice naționale, dar și printr-o politică energetică comună. Toți cetățenii UE trebuie să aibă acces la o aprovizionare sigură cu energie, la prețuri accesibile. În anul 2015, importurile de gaze din Rusia au fost cu 7 % mai mari decât în anul 2014 ,iar 41 % din importurile de gaz în anul 2015 au provenit din Rusia.

Stocarea gazului natural lichefiat, precum și o eficiență mărită și utilizarea energiei din surse regenerabile, pot juca un rol vital în reducerea dependenței de gazul rusesc. Am votat pentru asigurarea finanțării necesare cercetării tehnologiilor ce utilizează gazul natural lichefiat, astfel, ca în viitor, să reducem și emisiile globale de CO_2, SOx și NO_x.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie strategii UE na rzecz skroplonego gazu ziemnego i składowania gazu zdecydowałem się zagłosować przeciw. Moim zdaniem strategia powinna koncentrować się na zagadnieniach związanych z LNG oraz magazynowaniem gazu, które są pomocne w tworzeniu silnej unii energetycznej, a w praktyce nawiązuje ona do wiążących celów energetycznych i klimatycznych na rok 2030. Co w mojej ocenie ma na celu podważenie przyszłej roli LNG i magazynowania gazu, w związku z tym zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. — I voted in favour of this report since it lays down the EU's strategy when it comes to LNG. LNG is the ideal transitory fuel for a number of Member States that need to move from a fossil-fuel based economy to a non-pollutant source of energy. LNG is a cleaner source of energy for a number of countries which are until today dependant on coal or Heavy Fuel Oil. We need to make sure to move away from pollutant energy sources and diversify our energy supply to ensure energy security and these points are all acknowledged in the report.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu le rapport sur la stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié (GNL) et le stockage du gaz. L'Union européenne doit promouvoir des solutions crédibles pour répondre à ses engagements internationaux de réduction de ses émissions de gaz à effet de serre. Le GNL fait partie de ces alternatives viables. Les faibles émissions de gaz à effet de serre du GNL en font un bon combustible de transition pour les transports ainsi que la production de chaleur et l'électricité. Dans la lignée de ce rapport, je considère que les citoyens de l'Union bénéficieront d'autant plus des avantages du GNL si les États membres coopèrent et inscrivent leurs réflexions sur l'apprivoisement, le transit et le stockage du GNL dans un cadre européen.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose de mettre en place un marché intérieur de l'énergie intégrant le gaz naturel liquéfié (GNL). Il s'agit d'un gaz refroidi à -161°C, condensé à l'état liquide et qui présente donc des avantages en terme de stockage, de transport, et de respect de l'environnement. Le rapport défend notamment une politique énergétique en faveur de l'utilisation de gaz naturels, à travers l'exploitation des ressources internes de l'UE. Il propose des mesures concrètes comme par exemple le développement d'infrastructures de ravitaillement GNL, tant pour les navires que pour les véhicules.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — D'après l'Agence internationale de l'énergie, la consommation de gaz naturel à l'échelle mondiale devrait augmenter de 50 % d'ici 2035. Les Européens doivent donc intensifier leurs efforts pour aller vers un système énergétique plus durable, sûr et compétitif. Cela réduira notre dépendance vis-à-vis des pays tiers en gaz naturel et permettra de développer l'utilisation des énergies renouvelables, secteur d'avenir. L'Union doit toutefois veiller à ce qu'une telle transition ne s'accompagne pas d'une hausse des coûts pour les consommateurs.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte est favorable à la filière du gaz, énergie fossile acceptable et offrant de belles perspectives, notamment en termes d'emplois non délocalisables avec le biométhane. Il encourage notamment la conversion d'électricité en gaz pour éviter de perdre la production excédentaire d'électricité et insiste à juste titre sur les opportunités du GNL comme carburant de substitution dans les transports routier et maritime. Toutefois, ce texte semble préférer nous faire passer d'une relative dépendance au gaz russe à une allégeance aux États-Unis (et au Qatar) en faisant particulièrement appel au gaz de schiste américain via le PTCI/TTIP/TAFTA, explicitement cité à plusieurs reprises. Bien qu'étant du Fidesz, Gyürk et son staff se sont d'ailleurs montrés clairement hostiles à l'ENL. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, διότι, με την εξαίρεση ελαχίστων σημείων, δεν είναι προς το συμφέρον των ευρωπαϊκών λαών, αλλά, αντίθετα, προωθεί την περαιτέρω ρήξη με τη Ρωσία, αντιλαϊκές συμφωνίες με τις Η.Π. Α. και, εν γένει, κινείται στο ίδιο πλαίσιο των αδιέξοδων πολιτικών που ακολουθούνται γενικότερα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report because I am opposed to the import of fracked gas and because the report is very supportive of LNG expansion while neglecting the reality of climate change. It is in contradiction with the Paris Agreement and does not recognise the urgent need to phase out fossil fuels. In Wales there is huge opposition to fracking and many of my constituents have written to me expressing their concerns and opposition to this report.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Detta initiativbetänkande tar viktiga steg mot ett hållbart, säkert och konkurrenskraftigt energisystem inom unionen. Det fastslår även vikten av att komma ifrån beroendet av extern gastillförsel, som indirekt kan bidra till geopolitiska spänningar.

Det är essentiellt att EU inte förhindrar framväxten av andra typer av energislag, däribland biogas, för att ta yttligare steg mot en grön omställning. Tillgången till LNG och förbättrad infrastruktur kan även bidra till ekonomisk gagn då utbudet på marknaden i nuläget möjliggör konkurrenskraftiga energipriser. Priser som kan stimulera medlemsländer att ta nödvändiga steg i rätt riktning.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O arquipélago dos Açores, devido à sua localização geográfica, pode funcionar como uma importante estação de combustível para as rotas transatlânticas de gás natural liquefeito. Por isso, a Comissão deve disponibilizar fundos de apoio a projetos europeus com esta finalidade e que crie um projeto comum de «corredores azuis de GNL para ilhas» no setor marítimo.

O relatório destaca a importância de encontrar opções de aprovisionamento de energia, eficientes em termos de custos e sustentáveis do ponto de vista ambiental, para aumentar a segurança a longo prazo do aprovisionamento na Península Ibérica e noutros pontos da Europa, que não estão suficientemente ligados ao mercado interno da energia ou nele integrados e merecem o pleno apoio da UE em nome do princípio da solidariedade.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la «solidarité» – également invoquée à plusieurs reprises – semble devoir se faire à tout prix avec des États qui font tout pour nous couper de ce partenaire aussi naturel que stratégique qu'est la Russie.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório – sobre a Estratégia da UE de Gás Natural Liquefeito e de Armazenamento de Gás – está perfeitamente enquadrado no chamado Mercado Único da Energia e naqueles que são os objetivos que o inspiram.

Defende o reforço do papel da Agência de Cooperação dos Reguladores da Energia (ACER).

Explana os interesses geoestratégicos da UE do ponto de vista de domínio de rotas de abastecimento e pontos de produção energética.

Defende a eliminação de barreiras à integração de mercados, ou seja, à criação do mercado único da energia, ou seja, ao abrir de portas à concentração monopolista à escala europeia no sector.

Defende a convergência dos mercados mundiais do gás, posição indissociável dos esforços que vêm sendo empreendidos no domínio comercial, através dos acordos de livre comércio e investimentos, designadamente com os EUA e o Canadá (TTIP e CETA).

São caminhos e opções dos quais fundamentalmente divergimos e aos quais nos opomos.

Sem prejuízo do reconhecimento do papel do Gás Natural Liquefeito num futuro cabaz energético e de orientações que possam vir a ser prosseguidas no plano nacional a esse respeito, razão que nos levou a votar favoravelmente as alterações relativamente ao papel de Portugal (e particularmente das suas Regiões Autónomas, no caso dos Açores), votámos contra o relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di votare contro la presente risoluzione in quanto ritengo che il testo, così come presentato, possa indebolire il ruolo futuro del gas naturale liquefatto e dei depositi di gas. Infatti, la relazione presenta al suo interno diversi riferimenti a parametri climatici ed energetici vincolanti, posti come obiettivi minimi per il 2030, che non rientrano nell'ambito e negli scopi prefissati dalla relazione stessa e che pertanto ne minano l'intento e la portata.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Predmetná správa Európskeho parlamentu je odpoveďou na komunikáciu Európskej komisie z februára tohto roka, keď predstavila stratégiu Európskej únie pre skvapalnený zemný plyn a jeho skladovanie. Globálne zásoby skvapalneného plynu sa v budúcnosti dramaticky zvýšia a jeho cena pôjde v dôsledku nadmerného zásobenia výrazným spôsobom nadol, preto bude veľmi dôležité aby si členské štáty, ktoré sú závislé od jedného dodávateľa, hľadali do budúcnosti alternatívu. V budúcnosti sa musíme zamerať na efektívne a obnoviteľné zdroje v oblasti investícií do skvapalneného plynu v Európskej únii, ale takisto nesmieme zabudnúť ani na to, že má potenciál a využitie takisto ako fosílne palivo.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione in quanto erano necessari dei miglioramenti su determinati temi trattati.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου, καθώς —με την εξαίρεση ελαχίστων σημείων— δεν είναι προς το συμφέρον των ευρωπαϊκών λαών, αλλά, αντίθετα, προωθεί την περαιτέρω ρήξη με την Ρωσία και αντιλαϊκές συμφωνίες με τις Η.Π.Α. και, γενικότερα, κινείται στο ίδιο πλαίσιο των αδιέξοδων πολιτικών που ακολουθεί γενικότερα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The global supply of LNG is expected to increase dramatically in the next few years (50%) and consequently the price of it will most likely go down, which according to the Commission represents a major opportunity for the EU, particularly when it comes to gas security and resilience, and especially for those Member States currently heavily reliant on a single supplier, and hence vulnerable to supply disruptions. The report recommends that in order to exploit the full potential of LNG and to make the EU an attractive market for suppliers, the Union needs to ensure that the necessary infrastructure is in place. However, as existing LNG infrastructure in the EU is currently heavily underused, the report underlines the need to, before supporting new regasification terminals and from a cross-border perspective, promote the most efficient use of existing LNG terminals, also to avoid technology lock-in or stranded assets in fossil fuel infrastructure. The EU should also step up its efforts to cooperate closely with international partners to promote free, liquid and transparent global LNG markets.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. A földgáz szerepe – részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt – várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que el gas puede desempeñar una función importante en el sistema energético de la Unión durante las próximas décadas, en la producción industrial y como fuente de calor en los edificios y apoyo a las energías renovables, al tiempo que la Unión cumple sus ambiciosos objetivos en materia de emisiones de gases de efecto invernadero, eficiencia energética y energías renovables, y efectúa la transición hacia una economía hipocarbónica, en la que el papel del gas debe de ir disminuyendo gradualmente en favor de las energías limpias. El gas natural licuado representa una oportunidad para Europa tanto en términos de aumento de la competitividad, ejerciendo una presión a la baja sobre los precios del gas natural, como de aumento de la seguridad del abastecimiento, siendo este último punto de gran importancia dada la actual situación geopolítica y la alta dependencia de ciertos países del gas ruso. No hay duda de que la Unión debe ser capaz de aprovechar plenamente las ventajas de un mercado interior de la energía integrado, por lo que es de vital importancia apoyar decididamente las interconexiones, como MidCat, y la aplicación completa del tercer paquete energético.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho condiviso la risoluzione del Parlamento europeo su una strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas perché ritengo questo un tema chiave per il futuro energetico dell'UE, viste le crescenti rigidità e difficoltà internazionali e la necessità di onorare l'accordo di Parigi e di mettere in campo politiche coerenti in favore della lotta al riscaldamento globale. Il gas naturale liquefatto può sostituire i combustibili fossili ed è dunque importante che l'UE si doti, come chiesto dalla Commissione, di una sua strategia che permetta di diversificare i fornitori e le fonti di approvvigionamento, problema grave soprattutto in alcuni paesi. Penso tuttavia che questa scelta non può confliggere con l'esigenza di evitare insediamenti nelle aree a più alto valore ambientale e paesaggistico già classificate come siti di interesse comunitario, ne debba nuocere agli investimenti in energie rinnovabili. Condivido infine la posizione del gruppo S&D sul tema delle infrastrutture. Indubbiamente il gas naturale liquefatto necessita infrastrutture e tecnologie adeguate, ma gli Stati membri dispongono di varie strutture che devono essere sfruttate appieno, anche in modo congiunto e a livello transfrontaliero, prima di costruire nuove infrastrutture che possono dannose per l'ambiente e scontentare i cittadini.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den „Bericht über die EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas" gestimmt und bekräftige damit meine Position, die sich gegen jedwede Verpflichtung oder Empfehlung zum Einsatz der sogenannten Fracking-Technologie in den Mitgliedstaaten richtet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Für eine krisenfeste, europaweite Energieversorgung ist die Bereitstellung und Nutzung von Flüssiggas unablässig. Die in dem Bericht betonten regionalen Lösungsansätze und die Nutzung von vorhandenen Infrastrukturen unterstütze ich dabei besonders.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this strategy for liquefied natural gas and gas storage as it is an important pillar to strengthen the EU's energy security. While increasing security of energy supply, the EU strategy for LNG should crucially fit into the wider European climate and energy targets and priorities, and correspond to the COP21 agreement, putting a focus on reducing demand, improving energy efficiency and phasing out fossil fuels.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. –Voto en contra del informe de iniciativa propia sobre gas natural licuado (GNL) y el almacenamiento del gas, porque promueve, sobre las bases de funcionamiento del mercado, la construcción de nuevos terminales de GNL, de gaseoductos y de almacenamiento de gas. Por lo tanto, la promoción del uso del gas es contradictorio con los objetivos climáticos de la Unión, dado que el gas natural emite metano, un gas que tiene un potencial de calentamiento 86 veces mayor que el CO_2.

La seguridad energética de los países del Este y Bálticos no pasa por sustituir las importaciones de gas ruso por gas que provenga de otros países supuestamente más seguros (incluso a veces proveniente del *fracking)* sino por una apuesta clara por el mejoramiento de la eficiencia energética y el desarrollo de las renovables.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this strategy for liquefied natural gas and gas storage as it is an important pillar to strengthen the EU's energy security. I strongly believe that the EU energy security strategy should be based on development of renewable and energy efficiency and fit into the wider European climate and energy targets and priorities, and correspond to the COP21 agreement; I believe that LNG should only be considered as a transitional fuel and that we should not lock ourselves in the development of stranded assets.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui demande une stratégie de l'Union européenne pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz. Notre marché intérieur de l'énergie doit intégrer pleinement le GNL et le stockage du gaz jouera un rôle important dans la réalisation de l'objectif final d'une Union de l'énergie résistante aux imprévus géopolitiques. La priorité doit être donnée aux solutions basées sur le marché et à l'utilisation d'infrastructures GNL existantes au niveau régional. Enfin, il est important de respecter l'objectif de la diversification des sources d'approvisionnement pour permettre à l'UE d'être plus indépendante.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The EU strategy for LNG and gas storage is one element of the Energy Union, which aims to gives concrete expression to the EU's ambition to bring about a quick transition to a sustainable, secure and competitive energy system, and also aims to end dependence on external gas suppliers. Therefore it is crucial that LNG and storage operators, in cooperation with national regulatory authorities, would develop new flexible products and services, compliant with the EU current legislation, in order to make LNG regasification and storing more attractive and maximise the utilisation of existing LNG and storage facilities.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Under omröstningen för betänkandet om en EU-strategi för flytande naturgas och lagring av gas röstade vi bland annat för de skrivningar som berör Nord Stream 2. Vi delar generellt den oro som uttrycks i betänkandet vad gäller de konsekvenser för försörjningstrygghet, säkerhetspolitik och EU:s energipolitik som Nord Stream 2-projektet kan medföra. Därför är det viktigt att detta beaktas i betänkandet.

Vi valde också att lägga ner våra röster vad gäller skrivningar i betänkandet som refererar till möjligheter att öka energihandelsförbindelserna med USA, bland annat genom TTIP. TTIP-förhandlingarna är pågående förhandlingar, vi inte vet hur ett eventuellt färdigt avtal kommer att se ut, och en stor del av USA:s gas är skiffergas som utvinns genom hydraulisk spräckning, vilket kan ha en stor negativ inverkan på naturen. Ett ökat utbud av flytande gas på den globala marknaden inger möjligheter att diversifiera EU:s energiförsörjning, men samtidigt vill vår delegation understryka vikten av att på lång sikt minska EU:s beroende av gas för att nå klimat- och energimålen.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην έκθεση περιλαμβάνονται θετικές αναφορές. Υπογραμμίζεται πως πρέπει να στηριχτεί τόσο η αξιοποίηση των κοιτασμάτων στην κυπριακή ΑΟΖ όσο και η δημιουργία τερματικού σταθμού υγροποίησης στην Κύπρο. Επίσης τονίζεται η ανάγκη να διασφαλιστεί το δικαίωμα πρόσβασης σε οικονομικά προσιτή ενέργεια και να καταπολεμηθεί η ενεργειακή φτώχεια. Εν τούτοις περιλαμβάνονται και αρνητικές αναφορές. Ενώ σήμερα η χάραξη ενεργειακής πολιτικής εμπίπτει στις αρμοδιότητες των κρατών, επιδιώκεται να έχει η ΕΕ κοινή ενεργειακή πολιτική και να εκφράζεται με μια φωνή, κάτι που θα εξυπηρετεί βέβαια συγκεκριμένα συμφέροντα. Προβληματική είναι επίσης η πρόταση για θεσμική σύγκλιση και συνέργεια της εξωτερικής πολιτικής της Ένωσης με την κοινή ενεργειακή πολιτική η οποία επιδιώκεται να επιβληθεί στα κράτη. Στόχος είναι να καταστεί η ενέργεια εργαλείο της εξωτερικής πολιτικής και όχι μέρος μιας αναπτυξιακής πολιτικής για βελτίωση της ποιότητας ζωής. Δεν θέλουμε η ενέργεια να εξυπηρετεί τις ανάγκες της αγοράς με συμφωνίες τύπου TTIP, όπως προτείνεται στην έκθεση, ούτε να αξιοποιείται για την ενδυνάμωση των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Παλεύουμε ώστε η ενέργεια να διασφαλιστεί ως δημόσιο κοινωνικό αγαθό, στο οποίο όλοι θα έχουμε ισότιμη και φτηνή πρόσβαση. Ζητάμε ενισχυμένο κρατικό έλεγχο, δημόσιες υποδομές και διεθνείς συνεργασίες στη βάση αμοιβαίου οφέλους, ισοτιμίας και αλληλεγγύης. Για τους λόγους αυτούς, τηρήσαμε αποχή.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I acknowledge the need to make the EU gas system more diverse and flexible and develop a strategy that aims at lessening EU gas dependency in the long term, as well as the need to promote, before supporting new regasification terminals, the most efficient use of existing LNG terminals from a cross-border perspective, so as to avoid technology lock-in or stranded assets in fossil fuel infrastructure and ensure that consumers do not have to bear the costs of any new projects. Further, the cross-border accessibility of gas storage is one of the key tools to implement the principle of energy solidarity during gas shortages and emergency crises. Therefore, I voted in favour of the above motion.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Als een van de rijkste continenten en een van de hoofdveroorzakers van klimaatverandering draagt Europa een extra grote verantwoordelijkheid om het voortouw te nemen in het terugdringen van de uitstoot van broeikasgassen. De Partij voor de Dieren vindt dat Europa af moet van haar verslaving aan fossiele brandstoffen. Een gezonde toekomst ligt in duurzame, gedecentraliseerde energievoorziening. Een EU-strategie voor vloeibaar aardgas en gasopslag past daar niet bij.

Er wordt in deze strategie vooral gesproken over de liberalisering van de energiemarkt, terwijl de negatieve gevolgen van (vloeibaar) aardgas en gasopslag niet worden benoemd. Als inwoner van de provincie Groningen in Nederland weet ik dat de gevolgen van gaswinning desastreus kunnen zijn. Wekelijks worden we geconfronteerd met aardbevingen die worden veroorzaakt door de gaswinning. Dit zorgt voor veel schade aan gebouwen en onverkoopbare en onveilige huizen. Aardgas is geen onschuldige transitiebrandstof. De gaskraan moet zo snel mogelijk dicht. Daarom zal ik tegen dit voorstel stemmen.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The increase of liquefied natural gas on the global market is a good opportunity for the European Union to diversify its energy supply. As liquefied natural gas is only an interim solution, the EU needs to diminish its gas dependency in the long run. The aim is to reduce greenhouse gas emissions and to reach its climate and energy targets.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o strategiji EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina (2016/2059(INI)) s obzirom na to da unutarnje energetsko tržište uključivanjem ukapljenog prirodnog plina i skladištenja plina ima značajnu ulogu u postizanju otporne energetske unije.

Strategija EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina je jedan od elemenata energetske unije u ostvarivanju održivog, sigurnog, konkurentnog i neovisnog energetskog sistema. Strategija EU-a za ukapljeni prirodni plin mora biti usklađena s okvirnom strategijom za otpornu energetsku uniju te doprinijeti većoj sigurnosti opskrbe energijom, dekarbonizaciji, dugoročnoj održivosti gospodarstva te povoljnim cijenama energenata.

Potrebna je veća suradnja između zemalja članica osobito u izgradnji novih terminala, infrastrukturnoj povezanosti i boljem iskorištenju postojećih potencijala osobito na način da se osigura opskrba onih zemalja koje ovise o jednom načinu opskrbe. Treba ostvariti prekograničnu suradnju i kod sektora skladištenja plina. Potrebno je nastaviti izgradnju unutarnjeg tržišta plina i ukidati postojeće zapreke.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je tiens le recours à la filière du gaz comme un moyen tout indiqué de favoriser une transition écologique moins tumultueuse et des potentialités économiques bien réelles, notamment à travers le biométhane. Encourager la diversification des sources d'approvisionnement est une priorité. Malgré ses bonnes intentions, notamment sur le gaz naturel liquéfié (GNL), ce rapport n'est pas satisfaisant. Il n'est pas question d'accroître le pouvoir d'ingérence de la Commission, de libéraliser plus que de raison le marché de l'énergie, ni de donner naissance à une soi-disant diplomatie énergétique dont le caractère géopolitique serait le seul, sinon le principal moteur. Tout est fait pour nous éloigner de la Russie, partenaire autant stratégique que naturel, et de substituer à notre soi-disant dépendance en gaz russe une véritable soumission aux États-Unis, via le futur traité transatlantique, vecteur du gaz de schiste.

J'ai voté contre.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *in writing*. – The INI report on an EU strategy for liquefied natural gas and gas storage was adopted today (415+/225-/15). Greens/EFA voted against the report as it is very much in favour of expansion of LNG and related infrastructure. Such developments – based on distorted projections – would result in stranded assets and lock the EU into carbon intense infrastructure. This would create unnecessary costs and delays in achieving energy transition and the decarbonisation of energy systems in the EU.

The Gyürk report also urges the establishment of new markets for LNG and the elimination of market barriers to a global free trade, which would lead to increased imports of fracked gas, regardless of the clear negative effects on the environment. Continued reliance on fossil fuels is also in conflict with the EU's commitments made in Paris as part of the new global climate agreement. Unfortunately, progressive text proposals, such as on methane leakage and sustainable production conditions, were not included in the final report.

In short, we voted against the report because it neglects the context of the EU energy and climate targets and the urgent need to tackle climate change and to phase out fossil fuels.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου, διότι υπενθυμίζει ότι η στρατηγική της ΕΕ για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου είναι ένα από τα στοιχεία της Ενεργειακής Ένωσης που μετουσιώνουν τη φιλοδοξία της ΕΕ να εξελιχθεί σύντομα σε βιώσιμο, ασφαλές και ανταγωνιστικό ενεργειακό σύστημα, καθώς και διότι αποσκοπεί στο να δοθεί τέλος στην εξάρτηση από εξωτερικούς προμηθευτές φυσικού αερίου και τονίζει ότι ένας από τους στόχους της Ενεργειακής Ένωσης είναι να καταστεί η ΕΕ παγκόσμιος ηγέτης στις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Obecnie dużo dyskutuje się na temat nieodnawialnej energii oraz jej wyczerpujących się zasobów. Szacuje się, że najpopularniejsze złoża, takie jak ropa naftowa oraz węgiel kamienny, skończą się ok. roku 2040. Stąd zwiększa się zużycie gazu ziemnego, którego wykorzystanie na dzień dzisiejszy stanowi jedynie 20 % całego zapotrzebowania energetycznego na świecie, a jego pokłady wciąż nie są do końca wyeksploatowane. Występuje on zwykle w towarzystwie innych kopalin, ale może też pojawiać się samodzielnie. Najwięcej gazu ziemnego występuje w Rosji oraz na terenie Zatoki Perskiej.

Jednocześnie Unia Europejska chce ograniczyć emisję gazów cieplarnianych, które powodują globalne ocieplenie oraz zapewnić sobie stały dostęp do energii, dzięki czemu przestanie być zależna od importu. Rozwiązaniem pośrednim jest wykorzystanie gazu skroplonego (LNG), dzięki czemu koszty transportu, jak również magazynowania, znacznie spadną. Jest to o tyle istotne, że obecny system rurociągowy na terenie Europy nie jest w pełni ujednolicony, przez co nie można wykorzystać całkowitego potencjału tej kopaliny. Ponadto, skroplona forma jest dużo bardziej przyjazna środowisku naturalnemu.

Aby tego dokonać konieczna jest całkowita integracja polityk energetycznych poszczególnych państw członkowskich Unii oraz zapewnienie stabilnych dostaw gazu.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen den vorliegenden Bericht. Mir ist die Bedeutung von LNG für die Diversifizierung der europäischen Gasversorgung durchaus bewusst, doch muss die Versorgung auf Basis von marktwirtschaftlich tragfähigen Projekten geschehen. Nord Stream II ist ein solches Projekt, das rein von Unternehmen projektiert, finanziert und gebaut wird, ohne Inanspruchnahme öffentlicher Gelder. Die offen zur Schau gestellte politische Ablehnung gegenüber diesem Projekt hat mich dazu bewogen, den Bericht insgesamt abzulehnen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this strategy for liquefied natural gas and gas storage as it is an important pillar to strengthen the EU's energy security. While increasing security of energy supply, the EU strategy for LNG should crucially fit into the wider European climate and energy targets and priorities, and correspond to the COP21 agreement, putting a focus on reducing demand, improving energy efficiency and phasing out fossil fuels.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 25. října 2016 jsme na plenárním zasedání hlasovali o zprávě o strategii EU pro zkapalněný zemní plyn a skladování plynu. Diskutovaný návrh je další z řady snah EU o vytvoření pomalu budované energetické unie. Tentokrát tedy směřuje k definování jednotné strategie všech členských států EU pro LNG. Dlouhodobě jsem velmi zdrženlivá, co se týče budování jednotné energetické unie, neboť se domnívám, že záležitost energetiky, energetického mixu a bezpečnosti patří pouze do výlučných pravomocí jednotlivých členských států. Nicméně snažím se být k této otázce velmi otevřená. Předložený návrh směřuje k jednotnému trhu s plynem, což nemusí být a priori špatná věc. Zároveň však návrh zmiňuje transatlantické obchodní partnerství, se kterým hluboce nesouhlasím. K tomu navíc jako většina dokumentů k energetické unii opomíjí zásadní otázky přístupu k energii a její dostupnost, nepovažuje energii za veřejný statek sociálního charakteru a nesnaží se bojovat s tzv. energetickou chudobou, což je u komodity, jako je plyn, jehož cena je pořád v mnoha státech sociálně citlivou otázkou, zásadním pochybením. Navíc se návrh velmi benevolentně staví k otázce plynu vzniklého tzv. hydraulickým štěpení, které ničí jak naše vody, tak biodiverzitu a celkově životní prostředí. Ze všech těchto důvodů jsem se tedy při hlasování zdržela.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamosenergia-termelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósított földgáz behozatala megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra – valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Számos környezetvédelmi problémával találkozunk, melyek jelentős részét éppen a fosszilis tüzelőanyagok okozzák. Mégis meg kell különböztetni ezen belül a földgáz felhasználását, mert kevés szennyezőanyagot tartalmaz az olajhoz, kőszénhez képest, így égetésekor nem, vagy kevéssé terheli környezetünket nehézfémekkel, kénvegyületekkel, nitrogén-oxidokkal, mikro-szemcsés korommal. Ezért is és diverzifikációs szempontokból is a jelentés tartalmaz támogatható elemeket a cseppfolyósított földgáz, az LNG kapcsán.

Elfogadhatatlan viszont az a megközelítése, hogy Ukrajna földgázzal való ellátásnak terhét az Unió adófizetőinek vállára kívánja helyezni akként, hogy vegyünk drága USA eredetű LNG-t az olcsó orosz gáz helyett és azzal lássuk el ne csak az ukrán lakosságot, hanem még az iparvállalataikat is, hogy azok konkurenciát jelenthessenek az EU-s petrolkémiai cégeknek.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Стратегията на ЕС за втечнения природен газ и неговото съхранение има значима роля при постигането на крайната цел за изграждане на европейски енергиен съюз. Имайки предвид факта, че вносът на газ от Русия е със 7% по-висок през 2015 г. отколкото през 2014 г., както и че през 2015 г. 41% от вноса на природен газ от държави извън ЕС е бил от Русия, е необходимо да бъдат въведени ефективни решения за намаляването на зависимостта от руския газ. ЕС и особено Източна Европа се нуждаят от диверсификация на енергийните доставки, а това може да се постигне посредством по-добро съгласуване на националните политики в областта на енергетиката и създаването на енергиен съюз с единен енергиен пазар и обща външна политика.

Смятам, че е важно преди да се окаже подкрепа на нови терминали за ре-газификация, да се насърчи най-ефективното използване на съществуващите терминали за втечнен природен газ (LNG).

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The EU is the largest energy importer in the world, importing more than half (54%) of the energy it consumes. This means the EU continues to be highly dependent on gas and oil imports from authoritarian regimes. Therefore, the establishment of an Energy Union is an important step on the road to achieve energy security through diversification of energy sources and energy routes to Europe. In a long term perspective, the establishment of the Energy Union will ensure that all EU citizens have secure, equal and affordable energy supply. In this context, the current developments on global liquefied natural gas (LNG) markets present a major opportunity for the EU to deliver lower energy costs, security and resilience to EU consumers.

Therefore, the EU should focus its efforts on promotion and development of new LNG terminals, distribution systems, interconnectors, transmission corridors and storage stations. LNG is a particularly important element for the establishment of the Energy Union and will contribute significantly towards ending any kind of energy isolation or dependence of the EU Member States and EU regions.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione sulla strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas fa parte del pacchetto che delinea il futuro della politica energetica dell'UE, presentato a febbraio dalla Commissione europea. La relazione sostiene che la promozione di un mercato interno dell'energia che integri il gas naturale liquefatto e lo stoccaggio del gas consentirà di conseguire gli obiettivi di un'Unione dell'energia resiliente. Sottolinea, inoltre, la necessità di prendere provvedimenti basati sul mercato e sull'utilizzo delle già esistenti infrastrutture regionali di gas naturale liquefatto e spiega che per garantire un utilizzo più efficace delle infrastrutture dovrebbe essere effettuata un'analisi attenta delle opzioni alternative di fornitura di gas naturale liquefatto. Il tema dell'energia e della diversificazione delle fonti di approvvigionamento sono temi centrali in questo momento, in cui si delineano le politiche per i prossimi decenni, dove saremo impegnati ad applicare le normative per ridurre le emissioni di gas serra e nella lotta contro il cambiamento climatico. La nostra politica energetica ha bisogno di puntare su un sistema integrato, sicuro, competitivo e sostenibile. E questa strategia deve farne parte.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz. Outre l'ingérence dans la politique énergétique des États membres, avec renforcement du pouvoir de la Commission européenne et de ses agences, outre la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique, ce rapport, qui parle à quatre reprises de «diplomatie énergétique» de l'UE, semble surtout le résultat d'orientations géopolitiques discutables. Le texte préconise une allégeance aux États-Unis (et au Qatar) en faisant particulièrement appel au gaz de schiste américain via le TAFTA, explicitement cité à plusieurs reprises.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, plutôt favorable à la filière du gaz, traite plus particulièrement du secteur du gaz naturel liquéfié et en particulier des interconnexions et des capacités de stockage. Il promeut la conversion d'électricité en gaz ainsi que l'utilisation du GNL comme carburant pour les transports routiers et maritimes.

Outre l'ingérence de l'UE en matière de politique énergétique, ainsi que sa volonté de libéralisation du marché énergétique, ce rapport traite de la «diplomatie énergétique» de l'UE et semble être le résultat de stratégies géopolitiques qui ne sont pas forcément celles des États, et qui bénéficient donc à d'autres puissances tels que les États-Unis avec le gaz de schiste.

Pour ces raisons, je me suis opposé à ce rapport.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Teniendo en cuenta los recientes compromisos medioambientales de la Unión, entre los que destaca reducir las emisiones de gases de efecto invernadero para el año 2050 entre un 80 % y un 95 % por debajo de los niveles de 1990, el gas licuado puede ser un actor clave en el sistema energético de la Unión durante las próximas décadas, mientras que ésta efectúa su transición hacia una economía hipocarbónica en la que las energías limpias desempeñen una función fundamental.

En este contexto, la resolución insta a la Comisión y a los Estados miembros a promover e incentivar un uso mejor y más eficaz de las infraestructuras existentes, así como diversificar y flexibilizar el sistema gasístico de la Unión con miras a lograr un suministro de gas seguro, resiliente y competitivo.

Doy mi voto favorable a la resolución ya que ante los retos que nos enfrentamos en materia medioambiental, es esencial elaborar una estrategia tendente a reducir la dependencia de gas de la Unión a largo plazo, para alcanzar nuestros niveles de emisiones deseados para 2050; en ese sentido, el gas natural licuado es un buen instrumento de transición.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support this report as natural gas has an important role to play in our energy mix in the medium term.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zkapalněný zemní plyn je technologie, která umožňuje transport plynu využitelného k dopravě i výrobě elektřiny. Tato technologie se využívá a rozšiřuje přirozeně a nepotřebujeme na to strategii EU. Nesouhlasím s výzvou, aby EU a členské státy vytvářely „pobídky" pro distribuci zkapalněného bioplynu. Má-li být bioplyn jako obnovitelný zdroj konkurenceschopný, musí se na trhu uplatnit i bez dotací a daňových úlev, jinak hrozí, že podpora bioplynu skončí stejně jako podpora solárních a větrných elektráren – tedy obří zátěží pro spotřebitele a daňové poplatníky.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The further diversification of the EU's natural gas supply remains a key objective, particularly as domestic production in the EU will continue to decline in coming decades. But this diversification is not the aim. From my point of view the real aim has to be a low energy price for consumers. It is the real test of new initiatives.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – La sécurité des approvisionnements énergétiques de l'UE est un sujet d'une importance capitale. Afin d'y contribuer, ce rapport revient sur les principaux piliers de la stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié (GNL) et le stockage du gaz, présentée récemment par la Commission.

La réponse que ce rapport apporte sur ces problématiques n'est que partiellement satisfaisante. Son contenu est certes positif lorsque, rappelant les engagements pris avec l'accord sur le climat de Paris, il fait référence aux objectifs contraignants répétés par le Parlement européen pour 2030 en termes d'énergies renouvelables, d'efficience énergétique et de réduction d'émissions.

Néanmoins, je ne peux souscrire à certains passages, notamment celui concernant l'ouverture d'un chapitre sur l'énergie et les matières premières dans l'accord de libre-échange UE-USA actuellement en cours de négociation. Soucieux de l'incidence négative sur l'environnement qu'engendrent les pétroles et gaz de schistes développés outre-Atlantique, je m'abstiens sur ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική της ΕΕ για το υγροποιημένο φυσικό αέριο και την αποθήκευση φυσικού αερίου για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. — Am votat pentru raportul referitor la gazul natural lichefiat deoarece viitoarea strategie europeană în acest domeniu reprezintă una din axele Uniunii energetice. UE necesită eliminarea dependenței de furnizorii externi de gaze naturale și de construirea unui sistem energetic sustenabil, sigur și competitiv. De aceea, consider că dublarea capacității conductei Nord Stream ar avea un efect negativ asupra Uniunii energetice, a necesității asigurării independentei energetice de monopolul rusesc. Acest proiect nu trebuie să beneficieze nici de sprijin financiar european, nici de derogări ale legislației europene.

UE trebuie să se focalizeze asupra implementării integrale ale celui de al treilea pachet energetic și asupra consolidării unei rețele de gaze bine interconectate pe piețele de gaze, pentru a asigura o piață unică integrată.

Pentru proiectele de interes comun, Comisia trebuie să includă pe deplin țările balcanice în planificarea reconstrucției viitoare a conductei de gaze și a rețelei TEN-E.

Referitor la regiunea Mării Negre, aceasta trebuie să joace un rol cheie pentru proiecte de infrastructură de importanță strategică pentru aprovizionarea cu GNL în UE. UE trebuie să confere acestei regiuni importanța geostrategică cuvenită pentru asigurarea securității energetice și pentru diversificarea aprovizionării cu energie de la Marea Caspică, din Orientul Mijlociu și din Asia Centrală.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Cette proposition de résolution pose plusieurs problèmes. Tout d'abord, elle souhaite imposer aux États membres des orientations géopolitiques en termes de sécurité énergétique. L'Union européenne cherche à s'ingérer dans notre politique en imposant la libéralisation systématique du marché de l'énergie et en décidant quelles sources nous pouvons utiliser. Ce ne sont pas nos choix. Ils ne sont pas non plus alignés avec les intérêts vitaux de la France.

Ensuite, ce texte cherche à renforcer le pouvoir de la Commission et de ses agences. Elle parle même de la «diplomatie énergétique» de l'UE!

Enfin, ce texte se positionne très clairement contre la Russie en proposant de passer d'une dépendance au gaz russe à une allégeance aux États-Unis (et au Qatar), en faisant particulièrement appel au gaz de schiste américain via les accords de libre-échange, notamment le TTIP (ou TAFTA), ce à quoi nous nous opposons fermement.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on an EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. Gas plays a strategic role in the EU energy system that aims to reach energy security.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende traçar uma estratégia da UE para o gás natural liquefeito (GNL) e o armazenamento de gás, a qual se estrutura basicamente no pacote de segurança energética, apresentado em 16 de fevereiro de 2016 pela Comissão. Este pacote consubstancia propostas para a UE estar preparada para possíveis interrupções de fornecimento de energia, com o intuito de tornar a UE um mercado atraente para os fornecedores de gás. Este relatório não responde cabalmente a questões importantes, como seja o acesso à energia, a acessibilidade da energia, a energia como um bem público social, a necessidade de combater a pobreza energética. Votei contra.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Un mercado interior de la energía que integre plenamente el gas natural licuado y las instalaciones de almacenamiento contribuirá de forma significativa a que la Unión se convierta en líder mundial de las energías renovables.

Por eso, apoyo la estrategia de la Unión para el gas natural licuado y su almacenamiento, que permitirá llevar a cabo una transición rápida a un sistema energético sostenible, seguro y competitivo y acabar con la dependencia de los proveedores de gas externos. Para ello, deberemos completar las infraestructuras pendientes, potenciar el mercado interior del gas e incidir en el uso del gas natural licuado como combustible alternativo en el transporte, la producción de calor y la electricidad.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas hat einen soliden Grundgedanken. Jedoch stimme ich der Strategie in einigen Punkten nicht zu. Daher habe ich mich gegen diese EU-Strategie entschieden.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategiją. Suskystintos gamtinės dujos (SGD) suteikia galimybę Europai mažinant gamtinių dujų kainą didinti konkurencingumą ir tiekimo saugumą. SGD ir dujų laikymo vaidmuo kartu su didesniu vartojimo efektyvumu ir atsinaujinančiųjų energijos išteklių naudojimu yra itin svarbus mažinant priklausomybę nuo Rusijos dujų.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le gaz naturel représente actuellement environ un quart de la consommation énergétique intérieure brute de l'UE. Ce rapport fait la promotion du gaz naturel liquéfié (GNL) et de la libéralisation du marché de l'énergie. Il vise principalement à diversifier les fournisseurs extérieurs de l'Union en réponse à la préoccupation de la Commission sur la part du gaz russe dans les importations européennes (41 % en 2015). Ainsi il «se félicite du travail effectué par la Commission en vue de lever les restrictions sur les exportations de gaz américain à destination de l'Union» alors qu'il s'agit principalement de gaz de schiste dont l'extraction entraine de nombreux problèmes environnementaux. Enfin, il se félicite de la future conclusion du TTIP et de son chapitre sur l'énergie et les matières premières, auquel je suis opposé. Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, plutôt favorable à la filière du gaz, traite plus particulièrement du secteur du gaz naturel liquéfié et en particulier des interconnexions et des capacités de stockage. Il promeut la conversion d'électricité en gaz ainsi que l'utilisation du GNL comme carburant pour les transports routiers et maritimes.

Outre l'ingérence de l'UE en matière de politique énergétique, ainsi que sa volonté de libéralisation du marché énergétique, ce rapport traite de la «diplomatie énergétique» de l'UE et semble être le résultat de stratégies géopolitiques qui ne sont pas forcément celles des États et qui bénéficient donc à d'autres puissances tels que les États-Unis avec le gaz de schiste.

Ce sont donc pour ces raisons que je me suis opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O gás pode desempenhar um importante papel no sistema energético da UE nas próximas décadas – no setor da produção industrial como fonte de aquecimento em edifícios e em apoio às energias renováveis – enquanto a UE cumpre os seus objetivos em matéria de emissões de gases com efeito de estufa, eficiência energética e energias renováveis e procede à transição para uma economia hipocarbónica, em que o papel do gás diminuirá gradualmente em favor de energias não poluentes.

A Estratégia da UE de GNL e de Armazenamento de Gás constitui um dos elementos da União da Energia que se propõe traduzir em termos concretos a ambição da UE de transitar rapidamente para um sistema energético sustentável, seguro e competitivo, e que visa igualmente pôr termo à dependência de fornecedores de gás externos.

É de salientar que um dos objetivos da União da Energia é fazer da UE o líder mundial em matéria de energias renováveis. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that calls for a Union-wide strategy for LNG. The report focuses on permanent facilities for the safe storage of LNG and emphasises the need for safety. It also emphasises the need for impact assessments before any facilities are constructed and calls for stringent safety measures to be place when this fuel is stored.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De EU heeft de ambitie om op termijn wereldleider te worden op het gebied van duurzaam energiegebruik. Dat doet ze gefaseerd, onder meer door een schokbestendige energie-unie te ontwikkelen waar ook vloeibaar gas en gasopslag deel van uitmaken. Een EU-strategie voor vloeibaar gas en de opslag hiervan is ook van vitaal belang om onze energie-afhankelijkheid ten opzichte van buitenlandse leveranciers te verminderen. Op die manier garanderen we dat de factuur voor de klant betaalbaar blijft. Maar aardgas blijft een fossiele brandstof en het gebruik ervan draagt bij tot de opwarming van ons klimaat. Daarom heb ik met enkele collega's het initiatief genomen voor een aantal amendementen bij dit verslag waarin de energie-uitdaging in de bredere milieucontext wordt geplaatst. In die

amendementen benadrukken we dat het EU-energiebeleid in overeenstemming moet zijn met de milieu-akkoorden van Parijs. De ambitie is om de opwarming van de aarde te beperken tot 1,5° C. Door de nadruk te leggen op de vermindering van de vraag, de optimalisering van de energie-efficiëntie en het geleidelijk afbouwen van het gebruik van fossiele brandstoffen, dus ook van gas, zetten we de Europese klimaat- en energiedoelen kracht bij.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Stratégia EÚ pre skvapalnený zemný plyn a skladovanie plynu je súčasťou balíka legislatívnych návrhov v oblasti energetickej politiky únie, ktorý Európska komisia predložila začiatkom roka 2016. Stratégia vytyčuje ciele, ktorých dosahovanie tvorí súčasť budovania odolnej energetickej únie, ktorá by bola dostatočne konkurencieschopná voči americkým, ázijským a arabským trhom a zabezpečovala by bezpečnú a dostupnú energiu, šetrnú voči životnému prostrediu. Trh so skvapalneným plynom nie je zatiaľ na území EÚ dostatočne rozvinutý, preto je nutné, aby Únia intenzívne plnila plány v oblasti dobudovávania chýbajúcej infraštruktúry či efektívneho využívania existujúcej infraštruktúry. Situácia je podobná, pokiaľ ide o skladovanie plynu – zefektívnenie tejto oblasti je ambíciou niekoľkých z balíka Projektov spoločného záujmu, ktoré využívajú prostriedky zo strategických fondov EÚ. Ak správne vidím ladenie Stratégie smerom k podpore vývoja a aplikácie obnoviteľných zdrojov energie, keďže práve tie majú v roku 2100 tvoriť 100 % európskej produkcie, zemný plyn je považovaný len za prechod z ťažkých fosílnych palív k čistejším zdrojom energie. Predkladanú správu podporujem.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Ipari, Kutatási és Energiaügyi Bizottság állásfoglalás-tervezete a földgáz, ezen belül a cseppfolyósított földgáz és annak tárolása szerepét tekinti át az Európai Unió energiapolitikájában, különös tekintettel az Unió energiafüggőségére, az ellátás biztonságára, az energiaszegénységre, az üvegházhatású gázok kibocsátásának célul kitűzött mérséklésére, és a karbonszegény gazdaságra történő áttérésre. Számba veszi a földgáz tárolására és a cseppfolyósított földgáz visszaalakítására szolgáló európai infrastruktúrát. Sürgeti az energia, különösen a meg nem újuló energia fölhasználását mérséklő energiaunió megvalósításához szükséges lépések megtételét.

Az állásfoglalás tervezetét megszavaztam, bár hiányoltam belőle a meg nem újuló energia fölhasználásának visszaszorítását célzó határozottabb intézkedések szorgalmazását.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Outre l'ingérence dans notre politique énergétique avec le renforcement du pouvoir de la Commission et de ses agences, outre la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique, ce rapport, qui parle à quatre reprises de «diplomatie énergétique» de l'Union, semble surtout le résultat d'orientations géopolitiques qui ne sont pas les nôtres et qui prennent le pas sur toute autre considération. C'est pourquoi j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this strategy for liquefied natural gas and gas storage as it is an important pillar to strengthen the EU's energy security. While increasing security of energy supply, the EU strategy for LNG should crucially fit into the wider European climate and energy targets and priorities, and correspond to the COP21 agreement, putting a focus on reducing demand, improving energy efficiency and phasing out fossil fuels.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la relazione del Parlamento sul pacchetto presentato dalla Commissione europea in materia di sicurezza energetica che contiene le proposte necessarie per preparare l'Europa alla transizione energetica globale, inoltre presenta nuovi strumenti per poter affrontare possibili interruzioni dell'approvvigionamento energetico. La questione della sicurezza energetica rappresenta la base sulla quale poi poter costruire una strategia dell'energia per l'Unione, nonché una delle priorità di questo parlamento e delle Commissione Juncker. L'insieme di norme presentate dalla Commissione contiene una vasta serie di misure per rafforzare la resilienza dell'UE nel caso in cui le forniture di gas dovessero interrompersi. Tra le misure più rilevanti si annovera una diminuzione della domanda di energia, un incremento della produzione di energia europea, un ulteriore investimento in un mercato dell'energia funzionante e perfettamente integrato, oltre che la diversificazione delle fonti di approvvigionamento, delle rotte e dei fornitori. Il pacchetto di misure è importante perché viene presentato in seguito all'adozione della Convenzione di Parigi del 12 dicembre 2015, un accordo globale per la lotta al cambiamento climatico. Con l'approvazione di questa misura, il Parlamento ribadisce il suo impegno per il rispetto dell'ambiente e la tutela dell'ecosistema terrestre.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that aims to make the EU gas system more diverse and flexible, contributing to the Energy Union objective of a secure, resilient and competitive gas supply, thus taking full advantage of the potential of liquefied natural gas (LNG) and gas storage.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul de astăzi raportul privind strategia UE pentru gazul natural lichefiat deoarece consider că această resursă este vitală pentru securitatea energetică a întregii Uniuni. Obiectivele privind reducerea gazelor cu efecte de seră până în 2050, creșterea dependenței de importuri pentru unele dintre statele membre până aproape de 100 % și numărul limitat de furnizori disponibili pentru aceste gaze sunt provocări foarte mari pentru multe state membre.

În acest context, consider că dezvoltarea și punerea în funcțiune a unei strategii la nivelul UE, care să integreze în totalitate atât sistemele de transport, cât și pe cele de stocare a GNL, este o prioritate pentru UE. De asemenea, integrarea GNL la nivelul Uniunii va permite o gestionare mai bună pe termen lung a resurselor disponibile în acest moment și va oferi o poziție de negociere mai bună privind importurile de gaze, ceea ce va permite o scădere a prețurilor și un număr mai mare de furnizori din surse sigure.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Souhlasím s autory zprávy, že dostupnost zkapalněného zemního plynu včetně podpůrné infrastruktury plynovodů by mohla výrazně zlepšit stávající situaci v oblasti bezpečnosti dodávek, nejen pokud jde o fyzické, ale také o hospodářské podmínky, což by přispělo také ke konkurenčnějším cenám energie. Ruku v ruce s tím by mělo jít zajištění větší diverzifikace a pružnosti plynárenské soustavy EU. Přitom spíše než výstavbu nových terminálů na znovuzplyňování by bylo vhodné podporovat co nejefektivnější využívání stávajících terminálů LNG, které mohou být využívány i přeshraničně, abychom se vyhnuli riziku vytváření překážek pro využívání technologií pro nefosilní zdroje.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da einige Teile im Bericht enthalten sind, welchen ich nicht zustimmen kann. Eine Strategie für Flüssigerdgas und für die Speicherung macht wirtschaftlich keinen Sinn, wenn Russland direkt daneben ist. Man müsste alle Pipelines hinführen, da das Land keine Tiefseehäfen hat.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Oluline on kiirendada ELi liikmesriikide omavaheliste energiaühenduste rajamist ning mitmekesistada erinevaid energiaallikaid, mis aitaks vähendada sõltuvust ELi välistest pakkujatest.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. ES turi būti įgyvendinta bendra ir patikima suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategija, kuri padėtų pašalinti energetinę izoliaciją ir ilguoju laikotarpiu sumažintų ES dujų priklausomybę.

Visų pirma, reikia geriau koordinuoti nacionalinę energetikos politiką, kadangi tolesnė energetikos politikos integracija yra naudinga visoms valstybėms narėms, atsižvelgiant į jų bei piliečių interesus.

Pažymėtina, jog reikia kuo efektyviau išnaudoti jau esamus ir planuojamus statyti SGD terminalus. Siekiant užtikrinti dujų tiekimo saugumą, konkurencingumą ir tiekimo sistemos atsparumą, reikia įvairinti ES dujų sistemą, padaryti ją lankstesnę.

Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas Baltijos jūros dugnu nutiesto „Nord Stream“ dujotiekio pajėgumo dvigubinimo projektui ir jo grėsmei visam ES energetikos saugumui.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το φυσικό αέριο αποτελεί μια ευέλικτη εφεδρική πηγή στις ανανεώσιμες πηγές κατά την παραγωγή ηλεκτρικής ενέργειας και η ΕΕ πρέπει να επιδιώκει ενεργά την ανάπτυξη των εγχώριων πόρων συμβατικού φυσικού αερίου της, όπως είναι εκείνοι που ανακαλύφθηκαν στην Κύπρο. Είναι σημαντικό να προωθηθεί μια ολοκληρωμένη πρόταση για την αξιοποίηση των εγχώριων πηγών ενέργειας, όπως, για παράδειγμα, των κοιτασμάτων φυσικού αερίου στην κυπριακή ΑΟΖ, και να στηριχτεί η δημιουργία ενός τερματικού σταθμού υγροποίησης φυσικού αερίου στην Κύπρο, έτσι ώστε να αξιοποιηθούν τα κοιτάσματα της ευρύτερης περιοχής. Η εν λόγω έκθεση θα διαδραματίσει κεφαλαιώδη ρόλο για την επίτευξη του τελικού στόχου μιας ανθεκτικής Ενεργειακής Ένωσης. Επίσης, ζητούμε να τεθεί σε προτεραιότητα η παραγωγή φυσικού αερίου στις περιοχές της Μεσογείου, του Εύξεινου Πόντου και της Κασπίας, καθώς και η διασύνδεση περίκλειστων χωρών της Κεντρικής και Νοτιοανατολικής Ευρώπης.

Τέλος, η χρήση τεχνολογίας υγροποιημένου φυσικού αερίου μικρής κλίμακας σε ορισμένους τομείς, όπως οι μεταφορές μεγάλων αποστάσεων ή οι βιομηχανικές εφαρμογές υψηλής απόδοσης, θα μπορούσε να συνεισφέρει στους στόχους της πολιτικής για το κλίμα.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η έκθεση υπηρετεί την ενίσχυση της εσωτερικής καπιταλιστικής αγοράς ενέργειας στην ΕΕ και των ομίλων που δραστηριοποιούνται στον σχετικό τομέα. Αποτυπώνει τις σοβαρές αντιθέσεις των αστικών τάξεων των κρατών μελών και μονοπωλιακών ομίλων, ιδίως απέναντι στη Γερμανία, σε σχέση και με τους διεθνείς προσανατολισμούς των «ενεργειακών συμμαχιών» τους. Η πλειοψηφία των πολιτικών εκπροσώπων του κεφαλαίου στο Ευρωκοινοβούλιο εμφανίζεται να στηρίζει την τάση απεξάρτησης από το ρωσικό αέριο με στροφή σε εισαγωγές από τις ΗΠΑ, για αυτό, και επιτίθεται στο «Nord Stream», τον υποθαλάσσιο αγωγό Ρωσίας – Γερμανίας, που εξυπηρετεί τους επιχειρηματικούς ομίλους των χωρών αυτών. Ανάλογη αντίθεση εκφράζεται αυτήν την περίοδο και για τον ρωσοτουρκικό αγωγό φυσικού αερίου. Οι επενδύσεις σε μεταφορά, διανομή, αποθήκευση, υποδομές, σταθμούς επαναεριοποίησης κλπ με επίκεντρο τη Νοτιοανατολική Μεσόγειο και τα διασταυρούμενα επιχειρηματικά σχέδια αποτελούν ταυτόχρονα νέα κερδοφόρα πεδία για μονοπώλια, όπως και η χρήση υγροποιημένου φυσικού αερίου στις μεταφορές, κυρίως θαλάσσιες (αλλά και χερσαίες). Προϋποθέτουν κατασκευή πολλών και μεγάλων υποδομών, ζητήματα που απασχολούν σοβαρά και το εφοπλιστικό κεφάλαιο που βλέπει σε αυτά νέους τομείς κερδοφόρας δράσης. Την ίδια στιγμή, η ενέργεια μετατρέπεται σε πανάκριβο, απλησίαστο εμπόρευμα για τους εργαζόμενους, αποδεικνύοντας το τεράστιο χάσμα που χωρίζει τα λαϊκά συμφέροντα και τους σχεδιασμούς ΕΕ και αστικών κυβερνήσεων, που μοναδικό γνώμονα έχουν τα κέρδη των μονοπωλίων.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. The report urges Member States to fully implement the Third EU Energy Package. UKIP rejects the implementation of EU energy policy legislation, it is the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta del collega poiché ritengo che il gas può svolgere nei prossimi decenni un ruolo significativo nel sistema energetico dell'Unione, nella produzione industriale e come fonte di riscaldamento negli edifici e a sostegno delle energie rinnovabili. Considerato che l'UE non è ancora in grado di sfruttare i benefici di un mercato interno dell'energia integrato a causa della mancanza di interconnessioni sufficienti e di sufficiente coerenza nonché a causa dell'incompleta attuazione del terzo pacchetto energia. Tenendo conto che il gas liquefatto rappresenta una grande opportunità per l'UE in termini di maggiore competitività, ho deciso di esprimermi votando a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Izvješće o strategiji EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina. Smatram kako je budućnost europske energetske politike u korištenju energije iz obnovljivih izvora energije koja ne nastaje korištenjem fosilnih goriva i energije, koja će po primjerenim cijenama biti dostupna našim građanima. Međutim, do ostvarivanja toga cilja na kojemu valja aktivno raditi potrebno je osmisliti načine koje će europsko tržište energije činiti neovisnim korištenjem različitih izvora dobave energenata i od što više različitih dobavljača.

LNG vidim kao jednu od opcija koju treba imati na umu. Republika Hrvatska ima potencijala za eksploataciju plina iz Jadrana što već godinama uspješno radi u suradnju s Italijom. Hrvatska na otoku Krku predlaže lokaciju za izgradnju LNG terminala. Na taj način može osigurati siguran prihvat i transport tog energenta u području srednje Europe. Također, naše mogućnosti podzemnog skladištenja prirodnoga plina također nisu zanemarive, kako za stabilnost domaćeg sustava opskrbe, tako i za potrebe susjednih država članica.

Upravo zbog ovih prilika koje predlaže ova Strategija EU-a tražim od novoizabranih hrvatskih vlasti da što prije započnu s izradom nove energetske strategije kako bi se Hrvatska u potpunosti uskladila s potrebama današnjice i uključila u aktualne tokove europske energetske i klimatske politike.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Voilà un texte très clairement favorable à la filière du gaz, dont le développement devrait permettre une transition écologique en douceur, avec de belles perspectives économiques à la clef, notamment en termes d'emplois non délocalisables grâce au biométhane. En l'occurrence, le rapport traite plus spécifiquement du secteur du GNL, en particulier les interconnexions et les capacités de stockage. Il s'agit également de renforcer la diversification des sources et des routes d'approvisionnement; or le GNL offre d'autant plus de flexibilité. Néanmoins, le renforcement du pouvoir de la Commission et de ses agences en matière de politique énergétique me paraît contraire aux intérêts de la France, de même que la volonté systématique de libéraliser le marché énergétique. Par ailleurs, le rapport parle à quatre reprises de «diplomatie énergétique» de l'UE: des orientations géopolitiques que je conteste prennent donc le pas sur toute autre considération. Pour toutes ces raisons, je vote contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Plin će još desetljećima imati važnu ulogu u energetskom sustavu EU-a. Energetskoj sigurnosti doprinijeti će bolja koordinacija nacionalnih energetskih politika, uspostava prave energetske unije s jedinstvenim energetskim tržištem i zajedničkom energetskom politikom. Za funkcioniranje energetske unije važna je dobra povezanost članica u pogledu plinovoda i elektroenergetskih mreža.

Potrebno je pružiti potporu najugroženijim državama kako bi diversificirale svoje izvore i opskrbne pravce. EU isto tako treba aktivno težiti razvoju vlastitih konvencionalnih izvora plina, poput onih koji su otkriveni na Cipru. Važno je oslabjeti ovisnost EU-a o uvozu energenata iz autoritarnih režima koji krše ljudska prava, u skladu s temeljnim vrijednostima EU-a. Značajne rezerve plina u zemljama sjeverne Afrike i nedavna otkrića u istočnom Sredozemlju toj regiji pružaju priliku da se prometne u dinamično središte za transport plina u Europu. Razvoj novih mogućnosti UPP-a u Sredozemlju može biti osnova za infrastrukturno čvorište.

EU, kao drugi najveći svjetski uvoznik ukapljenog prirodnog plina na svijetu, mora imati proaktivniju ulogu u međunarodnoj energetskoj diplomaciji, razvoju propisa te poticati fleksibilnost i konvergenciju globalnih tržišta plina. Konačni je cilj realizirati našu težnju za brzim prelaskom na održiv, siguran i konkurentan energetski sustav te okončati ovisnost o emisijama stakleničkih plinova. Želimo postati svjetski predvodnik u području obnovljive energije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório é sobre a Estratégia da UE de Gás Natural Liquefeito e de Armazenamento de Gás e espelha os aspetos mais negativos do Mercado da Energia da União. Ou seja, privilegia o domínio dos monopólios privados, sempre com chorudos apoios públicos, e não tem como matriz fundamental o controlo público destes setores fundamentais como forma de garantir uma gestão sustentável dos recursos e um acesso equitativo a este bem fundamental. Por outro lado, insiste no afrontamento da Federação Russa, em vez de compreender a necessidade de diálogo político e respeito pela soberania dos Estados.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Zemní plyn má veliký potenciál v rámci energetického systému EU a hraje důležitou roli v průmyslové výrobě. Podpořil jsem zprávu o strategii pro zkapalněný zemní plyn, jelikož tato strategie představuje jeden z prvků navrhované energetické unie. Jedná se tak o další krok směrem k vytvoření energetického systému, jež by byl udržitelný, bezpečný a konkurenceschopný. K tomu, aby bylo tohoto cíle dosaženo, je potřeba plně využít potenciálu LNG a zatraktivnit unijní trh pro dodavatele. Klíčovým aspektem zprávy je zejména doporučení týkající se vytvoření potřebné infrastruktury, ale také důraz na využívání již stávajících terminálů LNG. EU by se rovněž měla více zaměřit na úzkou spolupráci s mezinárodními partnery s cílem podporovat volný a transparentní celosvětový obchod s LNG. Zkapalněný zemní plyn má také velký potenciál stát se alternativním palivem, které nahradí více znečišťující konvenční paliva, a to jak v silniční, tak námořní dopravě. Přestože však zemní plyn představuje čistější variantu v komparaci s ostatními palivy a představuje flexibilní zálohu pro produkci elektřiny, neměl by se stát plnohodnotnou náhradou obnovitelných zdrojů. Důvodem je, že není zcela neškodný pro životní prostředí a je i nadále třeba snižovat na minimum přechodné emise metanu, jež se uvolňují v průběhu jeho celého životního cyklu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione accoglie con favore la comunicazione della Commissione dal titolo «Una strategia dell'UE in materia di gas naturale liquefatto e stoccaggio del gas»; essa ritiene che un mercato interno dell'energia che integri appieno il gas naturale liquefatto e lo stoccaggio del gas avrà un ruolo significativo per il raggiungimento dell'obiettivo ultimo di un'Unione dell'energia resiliente. Ritengo che il tema della sicurezza energetica debba rappresentare la chiave di volta delle politiche energetiche nazionali e della strategia comune dell'UE e che la cooperazione tra gli Stati membri in questo settore debba essere applicata in conformità con i principi di solidarietà e fiducia. Reputo necessario che il Parlamento approvi la seguente relazione in quanto sono convinto che un mercato interno dell'energia che integri appieno il gas naturale liquefatto e lo stoccaggio del gas avrà certamente un impatto positivo sull'economia e le politiche industriali dell'UE. Pertanto, ho votato a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – To sprawozdanie z własnej inicjatywy opiera się na komunikacie Komisji zatytułowanym „Strategia UE dla skroplonego gazu ziemnego i magazynowanie gazu". Powinno być traktowane jako przewodnik z zestawem najważniejszych instrumentów, jak odblokować potencjał LNG i magazynowania gazu, aby osiągnąć cel silnej unii energetycznej i ukończyć budowę wewnętrznego rynku energii.

Podczas negocjacji udało się zachować zrównoważony kompromis, który koncentruje się na zagadnieniach związanych z LNG oraz magazynowaniem gazu. S&D, ALDE i Zieloni próbowali rozszerzyć zakres niniejszego sprawozdania poprzez dodanie wątków z zakresu efektywności energetycznej, odnawialnych źródeł energii oraz gazu łupkowego. Celem było rozszerzenie zakresu tego sprawozdania, aby podważyć przyszłą rolę LNG i magazynowania gazu. Chociaż tekst przyjęty w komisji ITRE jest wyważony, wciąż obecne są nawiązania do wiążących celów energetycznych i klimatycznych na rok 2030. Niniejszym nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Musím z tohoto místa ocenit, že usnesení obsahuje kritiku navyšování kapacity plynovodu Nord Stream. I proto toto usnesení v hlasování podporuji.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le gaz naturel liquéfié (GNL) est un gaz naturel refroidi, ce qui facilite son stockage et son transport, un tiers du gaz mondial transitant sous forme de GNL. Ses avantages sont multiples: problématiques géopolitiques diminuées car le GNL ne transite pas par les gazoducs traditionnels, réduction de l'isolement et de la dépendance énergétique, propreté accrue lorsque l'on parle de carburant (moins de CO_2, de SOx et de NO_x). J'ai voté pour ce texte, qui démontre qu'un marché intérieur de l'énergie intégrant pleinement le GNL participera à l'émergence d'une Union de l'énergie efficace.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório sobre a estratégia da União Europeia de Gás Natural Liquefeito e de Armazenamento de Gás enquadra-se na comunicação, de fevereiro de 2016, da Comissão Europeia, no âmbito do pacote energético de inverno.

De forma a assegurar o cumprimento do objetivo de uma União da Energia resiliente, o relator acredita que um mercado único de energia deve integrar o gás natural liquefeito e o armazenamento de gás. A prioridade deve ser criar soluções assentes no mercado e utilizar as infraestruturas de gás natural liquefeito existentes a nível regional.

Acredito que a forma mais eficaz de garantir a segurança energética passa por uma melhor coordenação das políticas energéticas nacionais, assim como pelo estabelecimento de uma verdadeira União da Energia, dotada de um verdadeiro mercado único da energia, e de uma política energética comum, bem como pela cooperação entre os Estados-Membros nesta matéria, em conformidade com os princípios da solidariedade e da confiança.

Apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against this non-legislative report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. The report urges Member States to fully implement the Third EU Energy Package. UKIP rejects the implementation of EU energy policy legislation, it is the cause of our current damaging and counter-productive energy policy.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente por considerar que o gás natural liquefeito (GNL) proporciona uma oportunidade à Europa, tanto em termos de aumento da competitividade, exercendo uma pressão descendente sobre os preços do gás natural, como de aumento da segurança do aprovisionamento e constitui também, uma reserva flexível em relação às energias renováveis no contexto da produção de eletricidade.

A evolução registada atualmente nos mercados internacionais de GNL demonstra que a oferta excedentária provocou uma redução dos preços, constituindo uma oportunidade para oferecer energia a menores custos aos consumidores da UE através de abastecimentos de gás mais baratos. Acresce ainda que o relatório defende uma estação de abastecimento de GNL nos Açores, o que reforçou o meu voto positivo.

A forma mais eficaz de garantir a segurança energética passa por uma melhor coordenação das políticas energéticas nacionais e pelo estabelecimento de uma verdadeira União da Energia, dotada de um genuíno mercado único da energia, e de uma política energética comum, bem como pela cooperação entre os Estados-Membros nesta matéria, em conformidade com os princípios da solidariedade e da confiança.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Disons-le d'emblée, il est regrettable que l'Union européenne n'utilise que 20 % de sa capacité d'importation de gaz naturel liquéfié (GNL). Diversifier ses sources d'approvisionnement s'avère toujours un choix gagnant à terme.

Certes, il existe des raisons objectives à cette situation, telle que la répartition inégale des emplacements des terminaux méthaniers sur le territoire européen. Cela ne doit pas empêcher l'Union de se doter d'une véritable stratégie pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz. Un choix politique à concrétiser si elle veut être plus compétitive et moins dépendante demain, en particulier vis-à-vis du gaz russe.

Le rapport Gyürk adopté ce midi souligne d'ailleurs l'importance pour l'Union d'amorcer cette transition rapide vers un système énergétique durable. Mais cette course au GNL ne doit pas se faire sans précaution ni maîtrise. Nous savons tous que le gaz naturel est un combustible fossile qui peut émettre des quantités importantes de méthane nocives pour la couche d'ozone. Voilà une raison, s'il en est, d'inscrire la stratégie de l'Union de l'énergie dans le cadre plus général des objectifs de l'accord de Paris sur le climat, en mettant l'accent sur la réduction de la demande et l'amélioration de l'efficacité énergétique.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Comparto la visión equilibrada sobre la estrategia europea para el gas natural licuado (GNL) que adoptamos en la Comisión ITRE. El informe refleja tanto la situación como el potencial del GNL, tomando en consideración su contribución a la seguridad de suministro energético en Europa y los beneficios de un mercado más competitivo. Además, la estrategia del GNL resulta especialmente relevante desde la perspectiva de sus cualidades a la hora de reducir los impactos ambientales actuales, como combustible alternativo en transporte, calefacción y electricidad.

Entiendo que el GNL, en tanto que fuente de energía con emisiones sumamente inferiores a las del resto de combustibles fósiles y de otras fuentes de gas natural, no debería de verse penalizado con etiquetas que planteen sospechas sobre su carácter limpio, cuestionando las oportunidades y ventajas de nuestras empresas a nivel mundial. Si bien la posible importación de GNL proveniente del «*fracking*» merece una atención más pormenorizada en el marco de nuestros acuerdos internacionales.

En definitiva, considero que Europa debe desarrollar una apuesta firme por el GNL, al tratarse de una fuente de energía beneficiosa para el medio ambiente, la economía y la sociedad europea. Por lo que el informe ha merecido mi voto a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport relatif à la stratégie de l'Union européenne pour le gaz naturel liquéfié qui émet une série de recommandations à cet effet. Je profite néanmoins de l'occasion pour donner à nouveau ma position en ce qui concerne le gaz de schiste. En l'état, je m'oppose fermement à l'extraction de ce gaz étant donné les effets néfastes pour l'environnement et les citoyens.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Klausimas turi dvejopą reikšmę. Viena vertus, patį pranešimą reiktų vertinti kaip parašytą iš grynai ekonominės perspektyvos, neatsižvelgiant į gamtinių dujų naudojimo didėjimo daromą poveikį aplinkai. Gaila, kad pranešėjas nesugebėjo atsižvelgti į konstruktyvius Žaliųjų pasiūlymus.

Kita vertus, pranešime yra akcentuojama labai svarbi energetinės nepriklausomybės problematika, įvardijamos gamtinių dujų rinkos kūrimo perspektyvos. Tai yra itin svarbu nuo likusios ES vis dar atskirtoms energetinėms rinkoms, tokioms kaip Baltijos šalys.

Dėl tokios takoskyros tarp neatsakingo pranešėjo požiūrio į klausimo poveikį aplinkai, tačiau kartu labai teisingo požiūrio į gamtinių dujų rinkos aktualijas negaliu balsuoti nei prieš, nei už ir todėl susilaikau.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório versa sobre a Estratégia da União Europeia para o Gás Natural Liquefeito e para o Armazenamento de Gás.

Especificamente sobre o caso dos Açores que, pela sua condição e importância geoestratégica, pode vir a revelar-se como uma importante localização para a implementação de uma estação de combustível para as rotas transatlânticas de gás natural liquefeito e é esse, justamente, o propósito deste relatório, no qual o Parlamento Europeu vem solicitar à Comissão a disponibilização de verbas para apoio a projetos europeus que sejam capazes de criar um projeto comum de corredores azuis de GNL para as ilhas.

Em termos de estratégia europeia nesta área, realça-se a importância de adotar soluções alternativas ao atual fornecimento de energia, com boa relação custo-eficiência e ambientalmente sustentáveis. É igualmente importante frisar que estas soluções garantirão o fornecimento a longo prazo em todo o continente europeu e muito particularmente na Península Ibérica e, assim, minorar o isolamento energético atualmente existente.

Nessa medida, considero que o GNL poderá funcionar como uma boa solução de combustível alternativo, seja ao nível marítimo, seja ao nível rodoviário, contribuindo também para minorar as emissões de gases nocivos para a atmosfera, pelo que votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. –Voto en contra del informe de iniciativa propia sobre gas natural licuado (GNL) y el almacenamiento del gas, porque promueve, sobre las bases de funcionamiento del mercado, la construcción de nuevos terminales de GNL, de gaseoductos y de almacenamiento de gas. Por lo tanto, la promoción del uso del gas es contradictorio con los objetivos climáticos de la Unión, dado que el gas natural emite metano, un gas que tiene un potencial de calentamiento 86 veces mayor que el CO_2.

La seguridad energética de los países del Este y Bálticos no pasa por sustituir las importaciones de gas ruso por gas que provenga de otros países supuestamente más seguros (incluso a veces proveniente del *fracking)* sino por una apuesta clara por el mejoramiento de la eficiencia energética y el desarrollo de las renovables.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas gestimmt, da ein Energiebinnenmarkt, bei dem Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas voll integriert sind, für das Ziel einer krisenfesten Energieversorgung eine wesentliche Rolle spielen wird. Priorität hat die Nutzung der schon existierenden Flüssiggasinfrastruktur auf regionaler Ebene.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que esta apuesta estratégica de la Unión sobre el gas natural licuado, supone un refuerzo de la dependencia energética y de la destrucción ambiental. En lugar de reforzar la apuesta por las energías renovables y fuentes indígenas de producción energética, la Unión continúa en la senda del acaparamiento global de recursos, la misma lógica del petróleo aplicada al gas. Otro aspecto es la importación de gas a través de destructivas técnicas como el *fracking*, pero no es más grave que los conflictos internacionales desarrollados en torno a este recurso, cuya licuefacción permite su transporte a través de infraestructuras de menor dimensión. El gas es un combustible fósil con gran nivel de emisiones y solo beneficia a las grandes multinacionales que controlan su distribución. Debido a que necesitamos una transición equilibrada de la producción energética de la Unión hacia las energías renovables, es por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in favour of this strategy for liquefied natural gas and gas storage as it is an important pillar to strengthen the EU's energy security. While increasing security of energy supply, the EU strategy for LNG should crucially fit into the wider European climate and energy targets and priorities, and correspond to the COP21 Agreement, putting a focus on reducing demand, improving energy efficiency and phasing out fossil fuels.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Vo februári tohto roku prišla Komisia so stratégiou pre skvapalnený zemný plyn a skladovanie plynu, ktorá nadväzuje na odhady, podľa ktorých sa má v najbližších rokoch až zdvojnásobiť globálna ponuka skvapalneného zemného plynu. Keďže mnohé krajiny EÚ ešte stále nemajú diverzifikované svoje energetické zdroje, túto stratégiu som podporila. LNG plyn môže pre EÚ predstavovať príležitosť na zlepšenie bezpečnosti dodávok plynu a zvýšenie odolnosti v prípadoch jeho nedostatku. Na druhej strane by si mali byť členské štáty vedomé toho, že LNG je len dočasným riešením. Európa bude v dlhodobom horizonte potrebovať znížiť svoju závislosť na spotrebe plynu, aby EÚ naplnila klimatické a energetické ciele, ku ktorým sa v Parížskej klimatickej dohode zaviazala. Samotná stratégia pre skvapalnený plyn predpokladá, že Komisia bude podporovať zriadenie centier pre skladovanie plynu, napríklad v oblasti Stredozemného mora. Investovať by sa tak malo do LNG a plynovej infraštruktúry. S LNG sa tiež počíta ako s alternatívnym palivom, ktoré by mohlo nahradiť konvenčné fosílne palivá v cestnej, ale aj námornej doprave. Prvoradé však bude, aby bola Európa na nárast dodávok LNG pripravená. Preto bude nevyhnutné zlepšiť využitie súčasnej plynovej infraštruktúry a pripraviť priestor na jej rozšírenie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Področje upravljanja naravnih virov, predvsem goriv, je zelo pomembno za okolje. Poročilo v velikem delu zanemarja realnost in ne pripomore k načrtovanemu postopnemu opuščanju uporabe fosilnih goriv.

Ravno nasprotno – spodbuja širjenje uporabe in skladiščenja plina in povezane infrastrukture, ki predstavlja veliko finančno breme za javne blagajne po celotni Evropski uniji. V duhu nedavno podpisanega pariškega podnebnega sporazuma bi morala celotna Evropa stopiti korak naprej in se osredotočiti na okoljsko vzdržne vire ter posledično investirati v „evropsko energetsko tranzicijo".

Strategija EU za utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina je del t.i. plinskega paketa, ki ga je objavila Evropska komisija februarja 2015. Poročilo se osredotoča bolj ali manj na načrt Komisije, ki plin obravnava kot okoljsko vzdržen in trajnosten vir, ne omenja pa pariškega podnebnega sporazuma ter ciljev Evropske unije na področju energetike in okolja. Zaradi navedenega sem glasoval proti poročilu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Je našou prioritou hľadať nové, efektívne a ekologické energetických surovín a znižovať tak našu závislosť na Rusku. Musíme budovať nové prečerpávacie terminály, zásobníky a investovať do rozvoja infraštruktúry a penetrácie automobilov na tento typ pohonu v Európskej únii.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu einer „EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas" habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht basiert auf der Annahme, dass der CO_2-Ausstoß wegen des angeblich menschengemachten Klimawandels reduziert werden müsse. Außerdem stuft der Bericht es als besorgniserregend ein, dass 2015 7 % mehr Gas als 2014 aus Russland eingeführt wurde und dass 2015 41 % der Gaseinfuhren aus Drittländern aus Russland kamen, während er gleichzeitig darauf hinweist, dass der Weltmarktpreis für Flüssiggas verhältnismäßig hoch war und die für Flüssiggas benötigten Terminals kaum ausgelastet waren. Im Grunde geht es darum, die teurere Marktalternative Flüssiggas zu verbilligen, um weniger Gas aus Russland zu importieren.

Daraus zieht der Bericht dann die falsche Schlussfolgerung, die fehlenden Infrastrukturvoraussetzungen zu subventionieren. Bei allem Verständnis für Gegenmaßnahmen gegen einen etwaigen Monopolanbieter sind Subventionen jedoch der falsche Schluss.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija drugi je najveći svjetski uvoznik ukapljenog prirodnog plina na svijetu, stoga je proaktivnija politika u međunarodnoj energetskoj diplomaciji te bolja koordinacija nacionalnih energetskih politika važna u svrhu jednake cjenovne pristupačnosti opskrbe energijom.

Strategija EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina doprinosi cilju Europske unije za što skorijim prelaskom na održiv, siguran i konkurentan energetski sustav kao i nastojanju da EU postane što konkurentnija u području obnovljive energije na svjetskoj razini. Podržavam izvješće o strategiji EU-a za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina Odbora za industriju, istraživanje i energetiku.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o strategiji EU za utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina. Podpiram strategijo Komisije, ki uporabo utekočinjenega zemeljskega plina podpira kot alternativno gorivo konvencionalnemu gorivu v prometu, ki je večji onesnaževalec.

Podpiram mnenje Odbora za transport in turizem, ki poudarja, da bi morala biti strategija EU za utekočinjeni zemeljski plin skladna z okvirno strategijo za odporno energetsko unijo in da bi morala podpirati večjo zanesljivost oskrbe z energijo.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. –Στην έκθεση περιλαμβάνονται θετικές αναφορές. Υπογραμμίζεται πως πρέπει να στηριχτεί η αξιοποίηση των κοιτασμάτων στην κυπριακή ΑΟΖ και η δημιουργία τερματικού σταθμού υγροποίησης στην Κύπρο. Επίσης τονίζεται η ανάγκη να διασφαλιστεί το δικαίωμα πρόσβασης σε οικονομικά προσιτή ενέργεια και να καταπολεμηθεί η ενεργειακή φτώχεια. Εν τούτοις περιλαμβάνονται και αρνητικές αναφορές. Ενώ σήμερα η χάραξη ενεργειακής πολιτικής εμπίπτει στις αρμοδιότητες των κρατών, επιδιώκεται να έχει η ΕΕ κοινή ενεργειακή πολιτική και να εκφράζεται με μια φωνή, κάτι που θα εξυπηρετεί βέβαια συγκεκριμένα συμφέροντα. Προβληματική είναι επίσης η πρόταση για θεσμική σύγκλιση και συνέργεια της εξωτερικής πολιτικής της Ένωσης με την κοινή ενεργειακή πολιτική η οποία επιδιώκεται να επιβληθεί στα κράτη. Στόχος είναι να καταστεί η ενέργεια εργαλείο της εξωτερικής πολιτικής και όχι μέρος μιας αναπτυξιακής πολιτικής για βελτίωση της ποιότητας ζωής. Δεν θέλουμε η ενέργεια να εξυπηρετεί τις ανάγκες της αγοράς με συμφωνίες τύπου TTIP, όπως προτείνεται στην έκθεση, ούτε να αξιοποιείται για την ενδυνάμωση των κυρίαρχων κύκλων της ΕΕ. Παλεύουμε ώστε η ενέργεια να διασφαλιστεί ως

δημόσιο κοινωνικό αγαθό, στο οποίο όλοι θα έχουμε ισότιμη και φτηνή πρόσβαση. Ζητάμε ενισχυμένο κρατικό έλεγχο, δημόσιες υποδομές και διεθνείς συνεργασίες στη βάση αμοιβαίου οφέλους, ισοτιμίας και αλληλεγγύης. Για τους λόγους αυτούς, τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση, με την εξαίρεση ελαχίστων σημείων, δεν είναι προς το συμφέρον των ευρωπαϊκών λαών, αλλά, αντίθετα, προωθεί την περαιτέρω ρήξη με την Ρωσία και αντιλαϊκές συμφωνίες με τις Η.Π.Α. και, γενικότερα, κινείται στο ίδιο πλαίσιο των αδιέξοδων πολιτικών που ακολουθεί γενικότερα.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam jelentést, mivel azzal egyetértek, hogy a cseppfolyós földgáz csökkenti a hagyományos földgázcsatornáktól való függőségünket, azonban attól tartok, hogy a megközelítés csak rövidtávú megoldást kínál. Úgy vélem, hogy alapvetően a karbonmentes energiatermelést és az energiahatékonyságot kellene erősítenünk. Egyetértek azzal, hogy EU-szinten foglalkozzunk a témával, azonban a jelentés nem fogalmaz egyértelműen. Egyrészt EU-szintű fellépést, beruházást sürget, másrészt csak alkalmanként int óvatosságra. Kevésnek tartom benne a fenntarthatósági vagy az energiahatékonysági logikát, még akkor is, ha ez némileg a végleges szavazáskor pozitív irányba változott (pl. a párizsi klímaegyezmény jobb hangsúlyozása révén). A néhány szállítótól való függés csökkentése szükséges, és árcsökkenéshez is vezethet. Nem értettem egyet a jelentés azon ajánlásával, amely szerint az Uniónak kell biztosítania a szükséges infrastruktúrát. Úgy gondolom, hogy felesleges euró-milliárdokat költenünk olyan projektbe, amely valószínűleg néhány évtized múlva kiváltható megújuló energiaforrásokkal. A fosszilis energiába fektetés helyett az alternatív energiaforrásokra kellene fordítani forrásainkat!

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W lutym 2016 r. Komisja Europejska opublikowała w ramach pakietu na rzecz zrównoważonego bezpieczeństwa energetycznego komunikat w sprawie strategii UE dotyczącej skroplonego gazu ziemnego i magazynowania gazu. Komisja uważa, że poprawa dostępu państw członkowskich UE do importu skroplonego gazu ziemnego, jak również efektywniejsze transgraniczne magazynowanie gazu pomoże zwiększyć bezpieczeństwo dostaw i zmniejszyć zależność od gazu pochodzącego od jednego dostawcy oraz umożliwi państwom członkowskim czerpanie korzyści z niskich światowych cen LNG. W sprawozdaniu PE dotyczącym unijnej strategii na rzecz skroplonego gazu ziemnego słusznie zwrócono uwagę na konieczność tworzenia wewnętrznego rynku czy na zacieśnienie współpracy z partnerami międzynarodowymi w celu stworzenia prawdziwego globalnego rynku LNG.

Parlament odniósł się do potrzeby nowej infrastruktury ostrożniej niż Komisja w swoim wniosku. Odnotowano ryzyko powstania aktywów osieroconych, nadwyżki pojemności magazynowej i dodatkowych zdolności importowych. W sprawozdaniu wyrażono szczególne zaniepokojenie zależnością UE od gazu z Rosji i krytycznie oceniono proponowany projekt Nord Stream II. Kluczowym elementem budowania bezpieczeństwa energetycznego Unii Europejskiej powinno być zmniejszenie uzależnienia Europy od importu energii, zwłaszcza z jednego, wschodniego kierunku. W takiej sytuacji trudno uznać gazociąg Nord Stream II za inwestycję zgodną z interesami Wspólnoty, fundamentami unii energetycznej oraz Europejską Strategią Bezpieczeństwa Energetycznego.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto è a favore delle energie fossili e trascura completamente le questioni di dipendenza strategica, e di *lock-in* infrastrutturale, reso ancora più perverso dal notevole grado di sottoutilizzo delle strutture europee ora esistenti e che in media vengono usate al 25%. Si basa inoltre su proiezioni di consumo nell'UE di gas fornite fondamentalmente da *ENTSO gas*, manifestamente esagerate, criticate in tal senso addirittura dalla Corte europea dei conti. Alimenta speranze in un ipotetico rifiorire del mercato USA del *shale gas* che permetta di inondare il mercato europeo. Presenta il gas come combustibile relativamente pulito, trascurando i problemi delle fughe con il corrispondente (molto rinforzato) effetto serra, e i grandi problemi dei metodi di estrazione non convenzionale. In sintesi, la relazione è semplicemente inavvicinabile, che motiva il nostro fermo voto contrario.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este unul dintre principalii consumatori de energie la nivel mondial. În aceste condiții, statele membre au nevoie de o combinație cât mai eficientă de surse de energie, care include și gazul natural lichefiat (GNL). Această sursă este în plină ascensiune în ultimii ani, oferind cantități apreciabile la un preț din ce în ce mai mic și cu un efect poluant redus.

UE dispune de o infrastructură semnificativă de gazoducte, depozite de stocare și terminale de regazeificare, dar este nevoie de eficientizarea și de completarea ei acolo unde este nevoie, pentru a permite tuturor statelor membre un acces facil la această resursă și pentru a evita dependența de o singură sursă de energie sau vulnerabilitatea față de schimbările de pe piețele internaționale. Utilizarea GNL ar duce și la înlocuirea combustibililor poluanți tradiționali în cadrul transporturilor rutiere și maritime.

UE ar putea promova la nivel internațional o piață liberă, funcțională și transparentă a GNL. În același timp, însă, acest lucru nu trebuie să afecteze dezvoltarea surselor de energie regenerabilă și obiectivul Uniunii de a reduce emisiile de gaze poluante. Cred că este o evoluție importantă a acestui domeniu, oferind o soluție temporară de înlocuire a resurselor de energie poluante.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté, en définitive, en faveur de la proposition sur une stratégie de l'Union pour le gaz naturel liquéfié et le stockage du gaz. Je me suis néanmoins prononcé contre les paragraphes et amendements qui faisaient la promotion de l'extraction et de l'importation du gaz de schiste.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In February 2016 the Commission published a communication on an 'EU strategy for liquefied natural gas (LNG) and gas storage' as part of its sustainable energy security package. The Commission considers that improving the access of EU Member States to imports of LNG, as well as developing more effective cross-border gas storage, would help to increase security of gas supply, reduce dependence on a single supplier, and allow the EU to take advantage of low global prices for LNG. I consider the EP report by András Gyurk to be a balanced and comprehensive one. I however do not support plenary Amendment 2, which calls for complete phasing out of gas in the long term. I consider gas to a be an important part of the EU's energy mix. Moreover, gas can play a big role as a flexibility option complementary to development of RES. Therefore I decided to abstain in the final vote.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Discutere di energia e promuovere politiche europee di sviluppo e coordinamento sono azioni centrali per la sicurezza dell'approvvigionamento e la lotta al cambiamento climatico. Quando investiamo in energia stiamo investendo nel nostro futuro. Il gas naturale liquefatto, considerate le sue peculiari caratteristiche è stato oggetto di un incremento d'interesse sempre maggiore dal punto di vista commerciale e geopolitico. Per questa ragione ritengo fondamentale che l'UE si doti una strategia in materia. Ritengo anche che un mix energetico sostenibile a lungo termine, oltre alle rinnovabili, non potrà che prevedere anche il gas naturale, che per le sue caratteristiche e per la sua ampia disponibilità è fondamentale per il pieno raggiungimento degli obiettivi climatici post COP21.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A Nemzetközi Energiaügynökség szerint az elkövetkező évtizedekben eljöhet a földgáz aranykora. Részben a nemzetközi piac fejlődése, részben pedig a földgáz előnyös tulajdonságai miatt, a földgáz szerepe várhatóan nőni fog a nemzeti energiamixekben. Mint a legtisztább fosszilis energiaforrás, képes kiváltani a sokkal inkább szennyező tüzelőanyagokat mind a villamos energiatermelésben, mind a közlekedésben, ezáltal hozzájárulva a dekarbonizációhoz.

A cseppfolyósítottföldgáz-behozatal megoldást jelenthet az Unión belüli kitermelés várható jelentős csökkenésére, illetve forrásdiverzifikációt eredményezhet azon tagállamokban, amelyek egy beszállítótól függnek.

A cseppfolyósított földgázra és a földgáztárolásra vonatkozó uniós stratégia az energiaunió téli csomagjába tartozik. Célja a földgázrendszer diverzifikáltabbá és rugalmasabbá tétele, ezáltal hozzájárulva egy biztonságosabb, kiszámíthatóbb és versenyképesebb földgázellátáshoz.

A jelentés rámutat, hogy a meglévő infrastruktúra kihasználtságának növelése elsődleges prioritás, de ahol szükséges, el kell végezni a szükséges új beruházásokat is. A hatékonyság növelése érdekében kiemelt figyelmet kell szentelnünk az európai gáztárolóknak. Szükséges továbbá a kapcsolódó vezetékhálózat kiépítése és kétirányúsítása – különös tekintettel a hiányzó interkonnektorokra –, valamint megfelelő szállítási tarifák alkalmazása. A szükséges fejlesztések által a fogadó országokon kívül is lehetne a gázdiverzifikáció és a gázverseny előnyeit élvezni.

A jelentés elfogadásával az Európai Parlament kinyilvánította, hogy kulcsfontosságú a kiszolgáltatott tagállamok helyzetének rendezése.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješće o strategiji Europske unije za ukapljeni prirodni plin i skladištenje plina sadrži mnogo korisnih odrednica kao što su povećanje energetske sigurnosti, integracija europskog energetskog tržišta, energetska učinkovitost, dekarbonizacija gospodarstva te istraživanje, inovacije i konkurentnost.

Također, slažem se s prepoznavanjem važnosti uporabe prirodnog plina kao alternativnog goriva u prometu te s pozivom na usku suradnju nacionalnih i regionalnih operatora kako bi se poboljšala multifunkcionalnost i iskoristivost infrastrukture u pomorskim i riječnim lukama.

No ne mogu se složiti s pozivom da se postave obvezujući klimatski i energetski ciljevi za 2030. godinu. Budući da ciljeve prema kojima bi se emisije stakleničkih plinova u Europskoj uniji smanjile za 40%, udio obnovljive energije bi iznosio najmanje 30%, a energetska učinkovitost bi se povećala za 40% smatram neostvarivima, glasovala sam suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o strategiji EU za utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina sem podprla. Notranji energetski trg bo v celoti vključeval utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina, imel bo pomembno vlogo pri doseganju končnega cilja trdne energetske unije.

Strategija EU za utekočinjeni zemeljski plin mora biti skladna z okvirno strategijo za trdno energetsko unijo in mora torej podpirati večjo zanesljivost oskrbe z energijo, razogljičenje, dolgoročno trajnost gospodarstva ter zagotavljanje dostopnih in konkurenčnih cen energije.

Plinski sistem EU mora postati bolj raznolik in prožen, kar bi prispevalo h ključnemu cilju energetske unije, torej zanesljivi, odporni in konkurenčni oskrbi s plinom. Parlament poziva Komisijo, naj razvije strategijo za dolgoročno zmanjšanje odvisnosti EU od uvoza plina, ki bo odražala njeno zavezo za zmanjšanje emisij toplogrednih plinov za 80–95 % do leta 2050 glede na ravni leta 1990.

Utekočinjeni zemeljski plin ima potencial alternativnega goriva v cestnem in pomorskem prometu in bi širša uporaba utekočinjenega zemeljskega plina pri prevozu blaga, zlasti širša uporaba motorjev na utekočinjeni zemeljski plin v pomorskem prometu, lahko prispevala k zmanjšanju svetovnih emisij CO_2, SOx in NO_x.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe de iniciativa propia sobre gas natural licuado (GNL) y el almacenamiento del gas, porque promueve, sobre las bases de funcionamiento del mercado, la construcción de nuevos terminales de GNL, de gaseoductos y de almacenamiento de gas. Por lo tanto, la promoción del uso del gas es contradictorio con los objetivos climáticos de la Unión, dado que el gas natural emite metano, un gas que tiene un potencial de calentamiento 86 veces mayor que el CO_2.

La seguridad energética de los países del Este y Bálticos no pasa por sustituir las importaciones de gas ruso por gas que provenga de otros países supuestamente más seguros (incluso a veces proveniente del *fracking)* sino por una apuesta clara por el mejoramiento de la eficiencia energética y el desarrollo de las renovables.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. — Plně podporuji využití LNG jako alternativního zdroje dodávek plynu, který přispívá k energetické bezpečnosti EU. Bohužel, přijatá zpráva obsahuje odkaz na závazné energeticko-klimatické cíle a další elementy znamenající posun směrem od balancované zprávy. Proto jsem ji nemohl podpořit.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support this proposal for a more competitive energy strategy in Europe, as the diversification of energy sources and the interconnection of gas infrastructures will make a single integrated market and therefore the harmonisation of tariffs and reduction invoices to consumers.

It is therefore important that all Member States comply with the third energy package, especially in the security of gas storage. In this sense I hope that this proposal will avoid any other case in Europe as the 'Castor project', that seem to not comply environmental or seismic regulations, and even that, this useless gas storage will have to be paid by Spanish consumers.

To be successful, Member States have to finish the remaining infrastructure, invest more in R&D for LNG is an alternative fuel for transport, heat and electricity and complete the internal gas market: commercial, legal and regulatory aspects.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Dans ce texte, le rapporteur fait de bonnes recommandations, comme celle de favoriser les sources énergétiques intérieures ou celle de favoriser les biogaz liquéfiés.

Cependant, le rapporteur précise que l'Union européenne doit décider de notre politique énergétique au nom d'une diplomatie énergétique. Cela est inadmissible et des plus critiquables, d'autant plus que cette diplomatie énergétique vise le gaz de schiste américain et le gaz naturel liquéfié qatarien contre les sources russes, sources historiques et fiables.

J'ai donc voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Funkcjonowanie terminali LNG jest istotnym budulcem wewnętrznego rynku energii w Unii Europejskiej, zapewniając jeszcze jedno źródło dostaw gazu ziemnego. W ten sposób wzrasta bezpieczeństwo energetyczne państw członkowskich i ich obywateli. Potencjał tkwiący w LNG pokazują już działające terminale między innymi w Kłajpedzie i Świnoujściu.

Wypracowanie spójnej strategii UE dla skroplonego gazu ziemnego i magazynowania jest więc potrzebne. Nie można jednak nie zauważyć, że analizowane sprawozdanie wykracza poza ten cel, nawiązując do wiążących celów energetycznych i klimatycznych na rok 2030. Z tego powodu postanowiłem zagłosować przeciwko sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Minden uniós polgár számára biztosítani kell a hozzáférést a biztonságos és megfizethető energiaellátáshoz. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. –Voto en contra del informe de iniciativa propia sobre gas natural licuado (GNL) y el almacenamiento del gas, porque promueve, sobre las bases de funcionamiento del mercado, la construcción de nuevos terminales de GNL, de gaseoductos y de almacenamiento de gas. Por lo tanto, la promoción del uso del gas es contradictorio con los objetivos climáticos de la Unión, dado que el gas natural emite metano, un gas que tiene un potencial de calentamiento 86 veces mayor que el CO_2.

La seguridad energética de los países del Este y Bálticos no pasa por sustituir las importaciones de gas ruso por gas que provenga de otros países supuestamente más seguros (incluso a veces proveniente del *fracking)* sino por una apuesta clara por el mejoramiento de la eficiencia energética y el desarrollo de las renovables.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report, which I believe is strongly neglecting reality (Paris Agreement, structural shift in gas demand due to successful EE/RES policies). Instead of tackling the truly needed phase out of fossil fuels, it very much promotes the expansion of liquefied natural gas and related infrastructure and supports paying for it out of tax payers' pockets. Continued reliance on fossil fuels, like coal and gas, unnecessarily delays and makes much more expensive the transition to a renewable and efficient energy future.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Природният газ ще има важна роля поне в близките десетилетия за енергетиката и индустрията на ЕС, интегрирането на ВЕИ и преминаването към нисковъглеродна икономика, базирана на чисти енергийни източници.

Зависимостта на ЕС от внос на природен газ расте и за осигуряването на енергийната сигурност са необходими алтернативни източници и пътища за доставка. В областта на транспорта без природния газ едва ли ще бъде извършен екологичен пробив. Това налага да погледнем по стратегически начин на втечнения газ и на газовите хранилища като елемент от нашата сигурност, конкурентоспособност и управляемост на енергийната ни зависимост. Затова подкрепям изцяло предложените в доклада идеи за отчитане на достъпността до терминали за втечнен газ в трансграничните инфраструктурни газови проекти на ЕС, за най-ефективно използване на съществуващата инфраструктура, за регионален и географски балансиран подход в приоритизирането на проектите.

Очевидно е, че няма нито да намалим зависимостта си от доминиращия доставчик, нито ще можем да изградим пазар с конкурентни възможности, ако втечненият газ и хранилищата не започнат да играят по-силна роля в създаването на единния газов пазар.

Подкрепям и силните текстове, свързани с потенциала на втечнения газ като алтернативно гориво за наземния и водния транспорт, което може лесно да допринесе за намаляване на вредните емисии от транспорта.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on EU strategy for liquefied natural gas and gas storage. Gas can play an important role in the EU energy system for the coming decades, in industrial production and as a source of heat in buildings and as a support to renewable energy while the EU meets its targets on greenhouse gas emissions, energy efficiency and renewables and makes the transition to a low-carbon economy in which the role of gas will gradually decrease in favour of clean energies.

The report underlines that all EU citizens must have access to a secure and affordable energy supply and that an EU strategy for liquefied natural gas must be consistent with the framework strategy for a resilient Energy Union, so as to contribute to increased security of energy supply, decarbonisation, the long-term sustainability of the economy and the delivery of affordable and competitive energy prices. I voted in favour because I believe that finding cost-efficient and environmentally sustainable solutions should be a key principle in reaching the EU and regional optimum.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El mercado de gas natural licuado a nivel mundial atraviesa una fase de alto dinamismo, esperándose que el suministro global de esta forma de energía aumente en un 50 % hacia 2020. Además, las condiciones de suministro están cambiando de contratos a largo plazo indexados al precio del petróleo hacia mercados al contado y con precios referenciados. De la expansión del mercado del gas puede beneficiarse la Unión, en aras de reforzar su seguridad de suministro y su competitividad. Para aprovechar su pleno potencial, este documento sugiere completar las infraestructuras comunitarias de gas, de forma que todos los Estados miembros puedan acceder a él, así como trabajar en la conformación del mercado interior del gas, al tiempo que promueve mercados globales libres, líquidos y transparentes. Desde la plena consideración de que la integración de mercados ofrece ventajas potenciales para la seguridad de suministro, así como para la convergencia de precios regionales de la energía, apoyo con mi voto avanzar hacia un mercado interno de gas plenamente funcional e integrado.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que esta apuesta estratégica de la Unión sobre el gas natural licuado, supone un refuerzo de la dependencia energética y de la destrucción ambiental. En lugar de reforzar la apuesta por las energías renovables y fuentes indígenas de producción energética, la Unión continúa en la senda del acaparamiento global de recursos, la misma lógica del petróleo aplicada al gas. Otro aspecto es la importación de gas a través de destructivas técnicas como el *fracking*, pero no es más grave que los conflictos internacionales desarrollados en torno a este recurso, cuya licuefacción permite su transporte a través de infraestructuras de menor dimensión. El gas es un combustible fósil con gran nivel de emisiones y solo beneficia a las grandes multinacionales que controlan su distribución. Debido a que necesitamos una transición equilibrada de la producción energética de la Unión hacia las energías renovables, es por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Anneleen Van Bossuyt (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie heeft zich onthouden van stemming over het Gyürk-verslag. De delegatie is ervan overtuigd dat LNG de volgende jaren een cruciale rol zal spelen in de Europese energie-unie. Ten eerste om de energiezekerheid te garanderen. LNG stelt ons in staat om meer te diversifiëren met betrekking tot onze energieleveranciers, en vormt voor minder bereikbare regio's een goed alternatief voor andere conventionele energiebronnen. Ten tweede wil de delegatie het belang van LNG en gas benadrukken voor de omschakeling naar een koolstofarme maatschappij. Gas en LNG hebben, indien ze goed aangewend worden, significante milieuvoordelen in vergelijking met meer vervuilende conventionele bronnen, zoals steenkool.

Helaas gaat de tekst in tegen de afspraken in de Raad over de 2030-doelstellingen. Door de lat onrealistisch hoog te leggen, toont het Parlement hoe weinig voeling het heeft met de huidige economische, globale en maatschappelijke realiteit. Bovendien wordt het Nord Stream 2-project opnieuw op de korrel genomen, terwijl al heel duidelijk gesteld is dat hierbij geen Europese regels worden overtreden. Het gaat louter over een commercieel akkoord tussen verschillende private bedrijven.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Mietintö nesteytettyä maakaasua ja kaasun varastointia koskevasta EU:n strategiasta oli tänään äänestyksessä. Kannatan fossiilisista polttoaineista luopumista pitkällä aikavälillä, mutta mietinnössä esitettiin kaasun käytön lopettamista pitkällä aikavälillä sisältäen myös Suomelle tärkeän biokaasun. Tätä esitystä en voinut kannattaa. Niin ikään mietinnössä esillä olleeseen Nord Stream 2 -hankkeeseen suhtaudun ympäristökysymyksenä, jonka mukaisesti myös äänestin. Omat kantani eivät voittaneet sisältökysymyksissä, joten tästä syystä äänestin loppuäänestyksessä tyhjää.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório é sobre a Estratégia da UE de Gás Natural Liquefeito e de Armazenamento de Gás e espelha os aspetos mais negativos do Mercado da Energia da União. Ou seja, privilegia o domínio dos monopólios privados, sempre com chorudos apoios públicos, e não tem como matriz fundamental o controlo público destes setores fundamentais como forma de garantir uma gestão sustentável dos recursos e um acesso equitativo a este bem fundamental. Por outro lado, persiste nesta histeria contra a Federação Russa, em vez de compreender a necessidade de diálogo político e respeito pela soberania dos Estados.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht hat hier zwei Kernaspekte. Zum einen soll die grenzüberschreitende Erschließung von Gaslagern eines der Schlüsselinstrumente für die Umsetzung des Grundsatzes der Energiesolidarität bei Gasmangel und Notstandskrise werden. Zweitens sollen Strategien zur Unterstützung von Einrichtungen gefunden werden, die in Zukunft genutzt werden können, um die Übertragung und Speicherung von Erdgas zu bewältigen. Da ich aber die kritische Haltung, vor allem gegenüber dem „Nordstream Projekt", für eine durchaus schlechte Lösung halte, da meiner Meinung nach Russland gerade in Fragen des Handels mit Flüssiggas ein wichtiger Partner bleibt, habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Dyskutowana na sesji plenarnej strategia jest bardzo ważnym krokiem w kierunku utworzenia sprawnie funkcjonującej unii energetycznej, projektu którego zresztą Polska była jednym z pomysłodawców. Jestem bardzo zadowolony, iż wyraźnie podkreśla ona zagrożenie, jakie niesie ze sobą potencjalne podwojenie pojemności gazociągu Nord Stream, ponieważ zwiększy to tylko zależność UE od jednego dostawcy gazu – Rosji.

Mając to na uwadze, skroplony gaz ziemny (LNG) stanowi szansę na zdywersyfikowanie dostaw gazu i tym samym zwiększenie bezpieczeństwa energetycznego UE. Nowa unijna strategia ma na celu ułatwić budowę nie tylko terminali LNG, ale także pomocniczej infrastruktury rurociągowej pomiędzy poszczególnymi państwami członkowskimi, będącej jednym z kluczowych narzędzi wdrażania zasady solidarności energetycznej w okresach niedoboru gazu. 195 takich projektów natomiast zostało określonych przez Komisję jako przedmiot wspólnego zainteresowania, które będą mogły być wspierane finansowo przez Europejski Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych.

Jest to przede wszystkim istotne dla państw członkowskich z regionów Europy środkowej, wschodniej i południowej, które – w przeciwieństwie do państw z zachodniej części UE – nie mają rozbudowanej infrastruktury LNG, a tym samym są uzależnione najczęściej od jednego dostawcy i narażone na zakłócenia dostaw gazu. W związku z powyższym w dzisiejszym głosowaniu poparłem strategię UE dotyczącą skroplonego gazu ziemnego i magazynowania gazu.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I support the creation of an Energy Union and the integration of an energy policy. I support the reduction of gas dependency and the cutting of CO_2 emissions. Moreover there have to be binding climate and energy targets and Ukraine should become more independent from Russian gas, possibly through switching to LNG. Investments for LNG infrastructures should be private and there should be a full implementation of the third energy package. I agree with the EU's more active engagement in energy diplomacy. Gas is a really important resource and widely used in the region. That's why a common plan and discussion are really important.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione la relazione sulla strategia europea per il gas naturale liquefatto e lo stoccaggio di gas. Con questa strategia, intendiamo garantire l'accesso ai mercati del gas liquido a tutti gli Stati membri, ampliando in modo considerevole la gamma dei fornitori di gas. Si cerca quindi di perfezionare la sicurezza energetica europea, in primo luogo diversificando ulteriormente le nostre fonti di approvvigionamento e, in secondo luogo, garantendo adeguata flessibilità al sistema tramite l'utilizzo dei meccanismi di stoccaggio. Ritrovo, nel testo approvato dall'aula, numerose priorità del gruppo S&D come la necessità di garantire un utilizzo più efficiente delle infrastrutture esistenti e l'esigenza di evitare attivi non recuperabili (i cosiddetti «*Stranded Asset*») ossia investimenti infrastrutturali che perdono prematuramente di valore perché obsoleti e non performanti. Concludo, riaffermando la mia perplessità, riscontrabile anche nel rapporto approvato, riguardo al progetto di raddoppio del gasdotto *Nord Stream*. Progetto che a mio modo di vedere aumenterebbe la dipendenza europea dal gas russo mettendo in discussione la nostra sicurezza degli approvvigionamenti energetici.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση υπηρετεί την ενίσχυση της εσωτερικής καπιταλιστικής αγοράς ενέργειας στην ΕΕ και των ομίλων που δραστηριοποιούνται στον σχετικό τομέα. Αποτυπώνει τις σοβαρές αντιθέσεις των αστικών τάξεων των κρατών μελών και μονοπωλιακών ομίλων, ιδίως απέναντι στη Γερμανία, σε σχέση και με τους διεθνείς προσανατολισμούς των «ενεργειακών συμμαχιών» τους. Η πλειοψηφία των πολιτικών εκπροσώπων του κεφαλαίου στο Ευρωκοινοβούλιο εμφανίζεται να στηρίζει την τάση απεξάρτησης από το ρωσικό αέριο με στροφή σε εισαγωγές από τις ΗΠΑ, για αυτό και επιτίθεται στο «Nord Stream», τον υποθαλάσσιο αγωγό Ρωσίας – Γερμανίας, που εξυπηρετεί τους επιχειρηματικούς ομίλους των χωρών αυτών. Ανάλογη αντίθεση εκφράζεται αυτήν την περίοδο και για τον ρωσοτουρκικό αγωγό φυσικού αερίου. Οι επενδύσεις σε μεταφορά, διανομή, αποθήκευση, υποδομές, σταθμούς επαναεριοποίησης κλπ με επίκεντρο τη Νοτιοανατολική Μεσόγειο και τα διασταυρούμενα επιχειρηματικά σχέδια αποτελούν ταυτόχρονα νέα κερδοφόρα πεδία για μονοπώλια, όπως και η χρήση υγροποιημένου φυσικού αερίου στις μεταφορές, κυρίως θαλάσσιες (αλλά και χερσαίες). Προϋποθέτουν κατασκευή πολλών και μεγάλων υποδομών, ζητήματα που απασχολούν σοβαρά και το εφοπλιστικό κεφάλαιο, που βλέπει σε αυτά νέους τομείς κερδοφόρας δράσης. Την ίδια στιγμή η ενέργεια μετατρέπεται σε πανάκριβο, απλησίαστο εμπόρευμα για τους εργαζόμενους, αποδεικνύοντας το τεράστιο χάσμα που χωρίζει τα λαϊκά συμφέροντα και τους σχεδιασμούς ΕΕ και αστικών κυβερνήσεων, που μοναδικό γνώμονα έχουν τα κέρδη των μονοπωλίων.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De EU-strategie om geld te besteden voor gasopslag ondergraaft de in het Verdrag gegarandeerde vrijheid van lidstaten om zelf hun 'energiemix' te bepalen. Begroting maakt immers een integraal onderdeel van die vrijheid uit. De PVV heeft dan ook tegen gestemd.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správa o stratégii Európskej únie pre skvapalnený zemný plyn a skladovanie plynu vo veľkej časti súvisí s problémom, s ktorým sa stretávame čoraz viac, a to so zabezpečením odolnej energetickej únie. Členské štáty by v ideálnom prípade mali mať viac zdrojov energií a nemali by byť závislé na jedinom zahraničnom dodávateľovi. Práve preto správa prináša otázky týkajúce sa skvapalneného zemného plynu. Tento môže ako alternatíva k tradičným energetickým zdrojom priniesť nielen väčšiu energetickú diverzitu, ale aj environmentálne udržateľný energetický zdroj. Práve preto si myslím, že by sme sa mali minimálne pričiniť o kvalifikovanú diskusiu na túto tému a dôkladne zvážiť všetky jej klady a zápory za súčasného zabezpečenia najvyššej ochrany životného prostredia.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Gyürk, para o qual apresentei várias propostas aprovadas enquanto relator da estratégia da UE de gás natural liquefeito e de armazenamento de gás no âmbito da Comissão do Ambiente, da Saúde e da Segurança Alimentar, no sentido de garantir a diversificação e a segurança energética e apoiar uma transição sustentável para um modelo energético baseado em energias renováveis e limpas.

Neste domínio, saliento a recomendação que apresentei para o relatório para que o Arquipélago dos Açores, devido à sua localização geográfica, possa funcionar como uma importante estação de combustível para as rotas transatlânticas de transporte marítimo e que a Comissão disponibilize fundos de apoio a projetos europeus como o citado e crie um projeto comum de corredores azuis de GNL para as ilhas.

Destaco ainda as alterações apresentadas pelo grupo socialista com o intuito de alinharem o relatório com as metas estabelecidas em Paris e a descontinuação progressiva da utilização de gás natural para alcançar esses objetivos, sem prejuízo da aposta contínua no biogás que deverá ter um papel determinante no futuro cabaz energético da UE. Lamento que a redação das alterações não tenha sido mais explícita nesse sentido.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Con questa relazione il Parlamento esorta la Commissione europea a ridurre la dipendenza dell'UE dall'approvvigionamento di gas nel lungo periodo. La relazione è tuttavia a favore dell'impiego delle energie fossili e trascura completamente di considerare tutte le questioni di dipendenza strategica geopolitica e di *lock-in* infrastrutturale. La relazione stessa è stata concepita partendo dalle proiezioni di consumo nell'UE di gas fornito in prevalenza da *ENTSO gas*, le stesse che sono state fortemente criticate dalla Corte dei conti per l'esagerazione nei numeri. Il gas viene presentato come un combustibile relativamente pulito senza considerare tutto il problema creato dalle fughe che aumentano in modo marcato l'effetto serra e i metodi di estrazione non convenzionale come il *fracking*, che certo non si possono definire sostenibili. Un'impostazione di questo tipo non poteva che trovare il mio voto sfavorevole.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o strategiji EU za utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina.

Kot ugotavlja Poročilo, EU še vedno ni zmožna v celoti izkoristiti prednosti integriranega notranjega energetskega trga, in sicer tako zaradi nezadostnih povezav in usklajenosti kot zaradi nepopolnega izvajanja tretjega energetskega svežnja.

Strategija EU za utekočinjeni zemeljski plin in skladiščenje plina je eden od elementov energetske unije, katere namen je hiter prehod EU na trajnosten, zanesljiv in konkurenčen energetski sistem. Poročilo med drugim poziva k pametnim naložbam v energetskem sektorju, optimalnemu izkoriščanju obstoječih terminalov za utekočinjeni zemeljski plin in dograditvi manjkajoče infrastrukture.

8.17. Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa (A8-0234/2016 - Isabelle Thomas)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – A qualche mese dalla revisione del regolamento sul controllo della pesca l'obiettivo del rapporto d'iniziativa è quello di formulare la posizione del Parlamento europeo sul tema. Esistono profonde diversità di controllo tra gli Stati membri, ma anche tra le diverse zone di pesca, che contribuiscono a creare una sensazione d'ingiustizia tra gli operatori del settore. A tal riguardo la relatrice propone diverse misure, tra cui una maggior formazione dei pescatori in tema di controllo e sanzioni, la necessità di rendere più omogenei ed efficaci – anche attraverso l'utilizzo di nuove tecnologie – i controlli contro la pesca illegale, l'importanza della raccolta di dati di qualità e una generale semplificazione delle norme. Per questi motivi ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque llama la atención sobre la necesidad de homogeneizar los controles de la pesca en la Unión, estableciendo un marco de referencia único, y promoviendo que para idénticas infracciones se apliquen idénticas sanciones en todos los Estados miembros.

El control de la pesca en la Unión difiere de unos Estados miembros a otros, con diferencias en los procedimientos y tipos de sanciones aplicadas para el mismo tipo de infracciones —en unos casos de orden administrativo y en otros de carácter penal—, diferencias en cuanto al nivel de los recursos utilizados, falta de inspectores especializados, bases de datos no siempre intercambiables entre Estados miembros, etc.

La falta de tratamiento homologado de los controles de pesca genera un cierto sentimiento de ineficacia e injusticia en el sector. Para solventarlo, entre otras medidas, este informe propone la adopción de unos criterios de control comunes, reforzar el papel de la Agencia Europea de Pesca, el uso de mayores recursos y medios más modernos que doten a las inspecciones de mayor eficacia o la promoción de una formación europea de inspectores y pescadores.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We voted against this non-legislative report because 'one size does not fit all' and it will extend the EU's Kafkaesque fisheries bureaucracy to anglers and recreational fishing.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe presentado por la Comisión de Pesca para la aprobación por parte del pleno del Parlamento Europeo contiene numerosos aspectos positivos: el reconocimiento del tratamiento discriminatorio en cuanto a la realización de controles dentro del sector, la no adecuación de algunas de las normas europeas a la realidad, la defensa de inspecciones regionales o de comunidad autónoma para las aguas interiores, inspecciones nacionales de pesca marítima en aguas de hasta 12 millas náuticas e inspecciones de la Unión para el resto de las aguas.

Sin embargo, me he abstenido puesto que el informe tiene varios aspectos que plantean preocupaciones e interpretaciones ambiguas, como los relacionados con el uso de nuevas tecnologías para la monitorización; la introducción de un sistema de sanciones basado en puntos, con implicaciones en las licencias de pesca. Al mismo tiempo, el informe refleja una alta centralización y una definición a nivel comunitario de las medidas técnicas y políticas relacionadas con los controles en lugar de la cooperación entre los Estados miembros, por lo que no he podido votar a favor.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We abstained on supporting the inclusion of the reference to the impact of recreational fisheries into the revised Control Regulation as it raised concerns as it is not clear what that would entail. The report also states that it is against any mandatory video surveillance on board for all vessels.

While we believe that small-scale local fishermen are being criminalised by the state, especially in light of the unjustifiable raid earlier last month on fishermen in Castletowenbere in Cork, and that they should be excluded from such mandatory surveillance considering their low impact on stocks, we have still nonetheless called for increased surveillance regarding foreign operators of large scale industrial vessels such as supertrawlers fishing in Irish waters, so we cannot support that wording within the report.

The report also reflects a high centralisation and an EU-level definition of the technical and political measures related to controls, which I oppose, rather than cooperation between Member States. These are the reasons why we abstained on the final vote.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Il est fréquent d'entendre les pêcheurs déplorer que les contrôles des pêches soient moins stricts chez les voisins. Ce sentiment d'injustice pose une question essentielle. Alors que la règlementation est européenne, comment accepter que son application ne le soit pas?

À quelques mois de la révision du règlement sur le contrôle des pêches, il était utile que le Parlement européen s'empare de ce sujet. L'objectif est de souligner les failles dans l'application des règles qui conduisent à un sentiment d'iniquité et de proposer des solutions pour harmoniser le contrôle de la politique commune de la pêche, politique parmi les plus intégrées en Europe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. — Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το πώς θα καταστούν ομοιόμορφοι οι έλεγχοι της αλιείας στην Ευρώπη, διότι θεωρώ ότι πρέπει να καταστεί προτεραιότητα μια απλούστερη, πιο ολοκληρωμένη και με συνεπείς κανόνες νομοθεσία, η οποία ταυτόχρονα θα στοχεύει στην αύξηση της διαφάνειας, της συνεργασίας, της καινοτομίας και της προστασίας των εργασιακών και περιβαλλοντικών προτύπων.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Es besteht eine Notwendigkeit zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle, um die lebenden Meeresschätze nachhaltig zu bewirtschaften und gleiche Wettbewerbsbedingungen unter den Flotten der EU zu gewährleisten. Dieser Bericht wurde zur Vorbereitung der demnächst anstehenden Kontrollverordnung ausgearbeitet und fordert u.a. die Mitgliedstaaten auf, die wirksame Umsetzung der Kontrollverordnung sicherzustellen. Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da die Kooperation zwischen den lokalen, regionalen und nationalen Behörden und den EU-Agenturen wichtig ist, um die Kontrolle wirksamer zu gestalten. Was der Harmonisierung der Kontrollfähigkeiten immer noch im Wege steht, ist die mangelnde Interoperabilität zwischen den auf nationaler Ebene gesammelten Daten. In Zukunft sollte der Datenaustausch in Echtzeit und in Absprache mit der EFCA und den Mitgliedstaaten erfolgen. Dazu sollte auch das Mandat der EFCA gestärkt werden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Certaines propositions du rapport sont positives: c'est le cas par exemple de la mise en œuvre de sanctions économiques, comme l'interdiction de sortie en mer, plutôt que pénales, des contrôles équivalents sur les produits importés et sur les bateaux des pays tiers pêchant dans les eaux européennes, des formations communes des inspecteurs de pêche, de l'amélioration de l'information des pêcheurs, de l'échange de données dans tous les pays membres ou encore de l'intégration d'un représentant du Parlement européen au sein de l'AECP.

D'autres propositions sont au contraire inacceptables: c'est le cas de la généralisation d'un permis à points, même harmonisé, et de l'augmentation du budget de l'AECP, principalement pour recruter de nouveaux agents. Il est à craindre que beaucoup de propositions valables ne soient jamais appliquées (par exemple les contrôles équivalents sur les produits importés), tandis que les propositions les plus contraignantes le seront. D'une manière générale, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: ceux-ci, entre les multiples déclarations, les instruments électroniques et satellitaires, les contrôles à bord ou au débarquement, sont très surveillés. Aussi ai-je voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The title of this report says it all. Fisheries should not be under EU control and one size certainly does not suit UK fishermen. The report also wishes to bring in uniform regulation across the EU for recreational fishing.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La politique commune de la pêche est l'une des politiques les plus intégrées en Europe. J'ai voté en faveur de ce texte car le contrôle des pêcheurs en Europe doit être fait de façon homogène afin d'être efficace.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl žuvininkystės kontrolės suvienodinimo Europoje. Žvejai dažnai skundžiasi, kad žuvininkystės kontrolė jų atžvilgiu yra daug griežtesnė negu kitų žvejų atžvilgiu – kitoje valstybėje narėje arba vykdant kitos rūšies žvejybą. Todėl pritariu, kad ES žuvininkystės taisyklės turi būti vienodai taikomos visiems žvejams. Taip pat būtina išplėsti kontrolę, kad ji apimtų visą gamybos gandinę, o inspektavimą jūroje paskirti vienai institucijai, kad būtų išvengta pasikartojančios kontrolės.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Már 2009 óta létezik az EU halászatának ellenőrzési rendszerét szabályozó rendelet, mely elvben az EU egész területére érvényes. Ennek egységesítése, paragrafusainak minden tagállamban megvalósuló azonos értelmezése azonban mindeddig elmaradt.

A jelentéstevő bejárta az EU leginkább érintett tagállamainak kikötőit és halászati intézményeit Olaszországtól Franciaországig, Spanyolországtól Belgiumon át Németországig. A terepen összegyűjtött tapasztalatai egy igen gyakorlatorientált jelentést eredményeztek a halászati ellenőrzések azonos szintű értelmezése érdekében.

A halászat folytatásának, az eszközhasználat megfelelőségének, a halászati termékek minőségi ellenőrzésének és a termékpálya egyéb elemeinek az ellenőrzése a tagállamokban igen eltérő képet mutat. A szigor és következetesség tekintetében is igen jelentős eltérések tapasztalhatók, csakúgy mint a szankciók alkalmazásakor. A halászok munkájuk során különböző kikötőkben megfordulva bőrükön tapasztalják a szabályok eltérő értelmezését, alkalmazását. Ez igazságérzetüket bántva azt eredményezi, hogy nem veszik komolyan azok betartását.

A jelentés mindezen tapasztalatok alapján megfelelő alaposságú és gyakorlatorientált megoldási javaslatokat ad az EU-n belüli halászati tevékenység ellenőrzési rendszerének egységesítése érdekében, így annak elfogadását támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – D'une manière générale, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: ceux-ci, entre les multiples déclarations, les instruments électroniques et satellitaires, les contrôles à bord ou au débarquement, sont très surveillés et encadrés au détriment de leur activité, ce à quoi je ne peux être favorable.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport d'initiative qui présente des pistes pour améliorer les contrôles de pêche en Europe. Il demande notamment une formation au niveau européen des contrôleurs et un référentiel unique en matière de contrôle. Il souligne également l'importance d'une harmonisation des sanctions.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il settore della pesca rappresenta uno dei primi ad essere interessato a una gestione sostenibile dei mari e degli oceani, per questo motivo risulta cruciale una sua partecipazione piena e attiva nella definizione delle norme relative ai controlli. Troppo spesso si assiste ad episodi che dimostrano come sussista tra i pescatori la convinzione che vi sia un trattamento discriminatorio per quanto attiene alla regolarità, alla frequenza, alla durata, al rigore, all'accuratezza, all'efficacia e ai metodi dei controlli sulla pesca in Europa e in particolare nei diversi Stati membri. La relazione Thomas, che oggi ho sostenuto con il mio voto, affronta questo tema chiedendo alla Commissione di garantire un recepimento uniforme e corretto della legislazione esistente. Occorre una più stretta cooperazione tra gli Stati membri per realizzare un'efficace armonizzazione dei controlli, bisogna rafforzare il mandato dell'agenzia europea di controllo della pesca e garantire una migliore formazione e informazione dei pescatori. Solo agendo sui diversi piani sarà infatti possibile rendere il sistema più funzionale ed equo.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo que el informe aboga por simplificar y perfeccionar la legislación de la Unión, así como por reducir la carga administrativa, reivindicación histórica de nuestras gentes del mar, señala que una cooperación más estrecha entre los Estados miembros, exige que, en esta revisión, las instituciones europeas y el sector pesquero trabajen conjuntamente, especialmente el sector de la pesca costera, artesanal y tradicional cuya protección y promoción debe ser el objetivo de toda nueva legislación.

Como también defiende la imposición de las sanciones más elevadas en el caso de la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada o la inclusión del impacto de la pesca recreativa en la revisión del Reglamento de control, todos ellos objetivos de nuestros pescadores, aboga por el control efectivo de la trazabilidad de nuestros productos en toda la cadena y un mayor control del pescado de importación, adecuándose a los parámetros de la Unión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Este informe aborda uno de los nudos gordianos a los que se enfrentan los pescadores europeos: el marasmo de normas, la heterogeneidad en el control y las sanciones, la necesidad de mejorar las estadísticas para poder prevenir con campañas de inspección las conductas ilegales más habituales o perniciosas y la necesidad de que se sancione del mismo modo a todos por las mismas infracciones. Armonización normativa, formación compartida, mejores medios y enfoques adecuados para las diferentes casuísticas son las bases de unas mejoras que compartimos y apoyamos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport de la députée socialiste Isabelle Thomas se propose de rendre homogène les contrôles de pêche en Europe. Actuellement, le contrôle de la pêche n'étant pas harmonisé au niveau européen, les États membres ont toute liberté pour organiser eux-mêmes les contrôles.

Selon M^me^ Thomas, le règlement «Contrôle» est trop complexe et offre trop de possibilités aux États membres de l'adapter, de l'interpréter ou d'opérer des choix. Il ne s'applique pas partout de la même manière en Europe, ce qui produit un sentiment d'injustice chez les pêcheurs. Ainsi, elle veut généraliser le permis à points et renforcer le budget de l'Agence européenne de contrôle des pêches pour recruter de nouveaux agents. Il y a des points positifs (points 55, 69, etc.) mais beaucoup sont inacceptables: permis à points généralisé et harmonisé (point 15), budget AECP en hausse (point 45). On risque de voir les propositions contraignantes appliquées mais, comme d'habitude, pas les bonnes mesures comme, par exemple, les contrôles équivalents sur les produits importés. En l'état, j'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Thomas su come rendere omogenei i controlli della pesca in Europa è ben strutturata e condivisibile. Ritengo sia importante cercare di rendere più chiara e meno onerosa la burocrazia per gli operatori della pesca, che negli ultimi anni stanno vivendo un periodo di forte crisi economica. Ho quindi voluto sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El control de la pesca en la Unión difiere de unos Estados miembros a otros, con diferencias en los procedimientos y tipos de sanciones aplicadas para el mismo tipo de infracciones —en unos casos de orden administrativo y en otros de carácter penal—, diferencias en cuanto al nivel de los recursos utilizados, falta de inspectores especializados, bases de datos no siempre intercambiables entre Estados miembros, etc.

Para solventarlo, entre otras medidas, se propone la adopción de unos criterios de control comunes, reforzar el papel de la Agencia Europea de Control de la Pesca, el uso de mayores recursos y medios más modernos que doten a las inspecciones de mayor eficacia o la promoción de una formación europea de inspectores y pescadores.

En definitiva, apoyo el enfoque de la ponente de este informe en aras de una homogeneización de los controles de pesca en la Unión, estableciendo un marco de referencia único. Y, especialmente, que para idénticas infracciones se apliquen idénticas sanciones en todos los Estados miembros, acabando así con el sentimiento de ineficacia e injusticia que se genera en el sector.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamos Europos Sąjungos suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategijos.

Europos Parlamentas palankiai vertina Komisijos komunikatą „ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategija“ bei mano, kad visiškai suskystintų gamtinių dujų naudojimą ir dujų laikymą integruojanti energijos vidaus rinka atliks svarbų vaidmenį siekiant galutinio tikslo – atsparios energetikos sąjungos. ES suskystintų gamtinių dujų naudojimo ir dujų laikymo strategija yra vienas iš energetikos sąjungos, kurios tikslas yra įgyvendinti ES užmojį greitai pereiti prie tvarios, saugios ir konkurencingos energetikos sistemos, elementų, ir kad vienas iš jos tikslų – nebebūti priklausomiems nuo išorės dujų tiekėjų. Parlamentas pabrėžia, jog vienas iš energetikos sąjungos tikslų yra pasiekti, kad ES taptų pasaulio lydere atsinaujinančiosios energijos srityje. Be to, Parlamentas laikosi nuomonės, kad efektyviausiai energetinis saugumas gali būti užtikrintas geriau koordinuojant nacionalinę energetikos politiką, sukuriant tikrą energetikos sąjungą su bendra energijos rinka ir bendra energetikos politika bei valstybėms narėms tarpusavyje bendradarbiaujant šioje srityje laikantis solidarumo ir pasitikėjimo principų.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće u kojemu se pridaje najveći prioritet za kontrolu ribarstva u cilju postizanja ciljeva reforme CFP. Predstojeća revizija mora postaviti učinkovita pravila koja će spriječiti, otkriti i sankcionirati povrede CFP-a, s naglaskom na veće usklađivanje i povećanu suradnju u uspostavi transparentnih, standardiziranih postupaka kontrole. Važna uloga EFCA-e mora se također priznati i putem dovoljne raspodjele resursa.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport présente des points intéressants, par exemple l'introduction de l'interdiction de sortie en mer comme sanction à la place d'une sanction pénale, mais, par contre, il met en avant des éléments inacceptables comme le permis à points généralisé.

Surtout, il préconise un renforcement du budget de l'Agence européenne de contrôle des pêches pour recruter de nouveaux agents.

Tout cela s'inscrit dans une logique de renforcement du contrôle des pêcheurs européens, qui pourtant ressentent déjà très mal les contrôles actuels.

L'intention du rapport d'appliquer des sanctions équivalentes aux produits importés ou aux bateaux des pays tiers opérant dans les eaux européennes ressemble plus à des vœux pieux qu'à des propositions efficaces.

Par conséquent, j'ai voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on how to make fisheries controls in Europe uniform because I think the current available data do not allow the EU institutions to review the Control Regulation. Indeed, some Member States have still to properly implement it and we still face different approaches in control activities. Moreover, the lack of transparency between Member States does not help to improve the control mechanisms. In this regard, I believe that control requirements should be complied with in an equivalent manner in the Member States in order to make these controls uniform as much as possible.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – I controlli sulla pesca sono fondamentali per raggiungere gli obiettivi della riforma della PCP. Vi sono, tuttavia, enormi differenze nel campo di applicazione di controllo e nelle procedure tra gli Stati membri. Il mandato dell'Agenzia europea di controllo della pesca per realizzare progetti comuni è limitato, il suo bilancio è insufficiente. Gli strumenti e le risorse finanziarie utilizzate per effettuare i controlli variano da uno Stato membro all'altro; i regolamenti sono recepiti in modo diverso nelle legislazioni nazionali; le sanzioni e i procedimenti giudiziari sono molto diversi; i dati non sono sempre condivisi e accessibili; la formazione per i pescatori e gli ispettori varia e deve essere rafforzata. Questi sono i punti salienti di questo importante rapporti di iniziativa approvato a larga maggioranza.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à harmoniser au niveau européen les contrôles de pêche. Jusqu'à présent, la complexité de l'ancien règlement donnait aux États membres la possibilité d'interpréter et d'adapter les règles encadrant les contrôles de pêche. Pour remédier à ce problème, ce rapport préconise de généraliser le permis à points et de renforcer le budget de l'Agence européenne de contrôle des pêches (AECP), notamment en vue de recruter de nouveaux agents. Ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs. Bien que nous soyons favorables à la création de formations communes en faveur des inspecteurs de pêche ainsi qu'aux échanges de données entre les États membres, nous craignons fortement que ce rapport renforce les contraintes qui pèsent sur nos pêcheurs. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Există o serie de neînțelegeri și nemulțumiri în rândul pescarilor din Europa, care se simt discriminați față de ceilalți pescari din alte state membre, care sunt supuși unor controale mai puține rigide. Astfel, a fost ridicată problema aplicării unitare a legislației pentru a spori eficiența, dar și pentru a oferi un tratament egal tuturor pescarilor din Europa.

Astfel, s-au constatat o serie de obstacole care stau în calea armonizării, cum ar fi: diversitatea domeniilor de aplicare ale controalelor, procedurile și metodele de control diferite pentru aproape fiecare stat membru, dar și sancțiuni care diferă semnificativ pentru aceeași prevedere încălcată. În consecință, prezenta inițiativă urmărește să identifice într-o manieră exhaustivă lacunele în aplicarea normelor care generează sentimente de nedreptate în rândul pescarilor, dar și stabilirea unor soluții în vederea armonizării controlului politicii comune în domeniul pescuitului.

Am votat favorabil prezentul raport deoarece consider necesară eliminarea tuturor diferențelor în ceea ce privește implementarea controalelor în domeniul pescuitului în Europa, în vederea asigurării unui tratament egal și nediscriminatoriu în rândul tuturor pescarilor.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Thomas qui fait un état des lieux sur les contrôles des activités de pêche. Il souligne les progrès importants réalisés dans l'harmonisation des contrôles mais souligne certaines limites. Le rapport appelle à davantage de coopération entre États membres pour renforcer l'harmonisation en matière de contrôles et de sanctions. J'estime que la diversité des sanctions selon les pays est source d'injustice pour les pêcheurs. Le rapport développe également certaines pistes d'amélioration pour rendre plus homogènes les contrôles, notamment en matière de technologies de contrôle, de formation des contrôleurs et de collecte des données. Le rapport précise en outre qu'une réforme en profondeur du règlement contrôle (CE) nº 1224/2009 n'est pas souhaitable car ce règlement est une base solide. Les améliorations, certes nécessaires, ne peuvent venir que d'une meilleure coopération entre États membres. De plus, une révision substantielle serait une porte ouverte à un affaiblissement, voire à une renationalisation des règles existantes, ce qui n'est pas souhaitable.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione per garantire il rispetto dei requisiti in materia di controlli delle attività di pesca che deve essere equivalente nei vari Stati membri. È frequente sentire i pescatori lamentarsi del fatto che il controllo della pesca è molto più rigoroso nel loro paese che presso i loro vicini, che si tratti di un altro Stato membro o di un'altra zona di pesca. Questa sensazione di ingiustizia solleva un autentico problema: quello dell'omogeneità dell'applicazione della normativa, e quindi della sua efficacia. Infatti, il sospetto che le norme non siano applicate ovunque con lo stesso rigore è accompagnato dal rischio che si giunga a una situazione in cui la norma non è più rispettata perché non è la stessa per tutti. La relazione approvata oggi permette di individuare nell'applicazione delle norme le carenze che portano a questa sensazione di ingiustizia, proponendo in particolare di semplificare e quindi di rivedere rapidamente il regolamento europeo n. 1224/2009 che istituisce un regime di controllo comunitario per garantire il rispetto della politica comune della pesca, concentrandosi in primo luogo su una migliore attuazione delle norme nei vari Stati membri, in particolare tramite la ricerca di una maggiore armonizzazione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. It proposes real non-discriminatory treatment within the fisheries sector, more cooperation between Member States, expanding the controls (e.g. monitoring) to cover the entire production chain, increasing traceability. It calls for the standardisation of proportional and non-discriminatory sanctions to act as a deterrent, and states that preference should be given to incentives in order to prevent infringements, rather than sanctions. I support the majority of the content of the report but I oppose the call for a higher level of EU centralisation and an EU-level definition of the technical and political measures related to controls rather than cooperation between Member States.

There are also references to the use of new technologies for monitorisation; the introduction of a points-based sanctions system, with implications for the fishing licences. The report opposes any mandatory video surveillance on board for all vessels, but Sinn Féin has called for increased surveillance regarding foreign operators of large-scale industrial vessels fishing in Irish waters, so I do not support that proposal. For these reasons I abstained on the final vote.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We voted against this non-legislative report because 'one size does not fit all' and it will extend the EU's Kafkaesque fisheries bureaucracy to anglers and recreational fishing.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it stresses the importance of ensuring the effective control of fishing activities in order to guarantee sustainability of living marine resources and maintain a level playing field among EU fleets. This can only be achieved through the effective implementation of the EU Control Regulation. There has been significant improvement in the control regime, but more needs to be done especially in fisheries control operations and the sharing of data by Member States in real time in particular during control operations conducted by European Fisheries Control Agency (EFCA).

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Al fine di appianare le profonde diversità esistenti tra i vari Stati membri nel campo dei controlli di pesca, la presente relazione propone diverse misure, quali una maggior formazione dei pescatori sulle questione del controllo e delle sanzioni, la necessità di rendere più omogenei i controlli sulla pesca e le sanzioni, l'importanza della raccolta dati di qualità e l'utilizzazione delle nuove tecnologie per aumentate l'efficacia dei controlli. Molti degli emendamenti presentati dal MoVimento 5 Stelle sono stati accolti nel testo, tra questi i più importanti sono la necessità di semplificare le misure tecniche che molto speso rendono difficile non solo la loro comprensione ma anche il controllo e l'applicazione; le norme relative a controlli più semplici, esaurienti e coerenti; l'importanza di rafforzare e potenziare i controlli al fine di combattere la pesca illegale e di rafforzare la qualità dei dati raccolti. Ho espresso voto favorevole.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il controllo delle attività della pesca deve mirare alla creazione di un sistema incisivo e uniforme in materia. È perciò imperativo che l'applicazione delle norme comuni e il loro monitoraggio siano omogenei in tutta l'Unione al fine di garantire uniformità nei livelli di controlli e nelle sanzioni. Mi compiaccio che la relazione abbia evidenziato l'importanza della semplificazione e della trasparenza nel controllo delle attività della pesca. Solo una legislazione semplificata e chiara in materia di procedure di controllo può assicurare un'efficace lotta contro la pesca illegale, che così tanto danneggia il nostro prezioso ecosistema marino. Spero che la revisione del regolamento sul controllo sarà frutto di una costruttiva collaborazione tra la Commissione europea e l'Agenzia europea di controllo della pesca (EFCA), il cui ruolo ritengo debba essere rafforzato. Importante, infine, è la promozione di un sistema di monitoraggio moderno dove l'uso delle nuove tecnologie di trasmissione dell'informazione e di comunicazione in tempo reale possa migliorare la sorveglianza marittima. Sulla base di queste osservazioni, ho ritenuto di sostenere la relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε τη σημασία που έχει η διασφάλιση ουσιαστικού ελέγχου των αλιευτικών δραστηριοτήτων για την εξασφάλιση της βιώσιμης εκμετάλλευσης των έμβιων θαλάσσιων πόρων και τη διατήρηση ισότιμων όρων ανταγωνισμού μεταξύ των στόλων της ΕΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρά την κοινά αποδεκτή ανάγκη ποιοτικότερων και αποτελεσματικότερων ελέγχων στον τομέα της αλιείας, η έκθεση σχετικά με το πώς θα καταστούν ομοιόμορφοι οι έλεγχοι της αλιείας στην Ευρώπη δεν καταφέρνει να αναλύσει το πώς θα αφομοιωθούν νέες τεχνικές ελέγχων με τη χρήση νέων τεχνολογιών, καθώς και το πώς θα μπορέσουν τα κράτη μέλη να διατηρήσουν τη δυνατότητα αυτών των ελέγχων. Καθώς λοιπόν υπάρχουν κενά σημεία στην έκθεση, αποφάσισα να απέχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Positivo il voto su questa relazione che intende alleggerire e armonizzare gli aspetti burocratici legati agli operatori del settore ittico. Il testo presenta anche importanti misure per armonizzazione i controlli sulla pesca illegale.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La condivisione del provvedimento nasce dall'auspicio di una svolta nell'ambito ittico: troppo frequentemente i nostri pescatori vengono penalizzati dalla scarsa normativa presente in paesi confinanti. Il nostro *made in Italy* rappresenta non solo un mercato molto cospicuo, bensì un'eccellenza vera e propria anche grazie alla legislazione, talvolta fin troppo stringente, cui bisogna sottostare. Tuttavia, per non assistere a penalizzazioni o distorsioni in ambito concorrenziale, è essenziale un'armonizzazione dei controlli per garantire uno sviluppo sostenibile in linea con un elevato livello di tutela e di miglioramento della qualità dell'ambiente. Il conseguimento di metodi di controllo regolari, frequenti, rigorosi e accurati rappresenta una priorità specialmente alla luce dei rischi identificati connessi con l'accesso, spesso negato, di ispezione alle navi straniere. Non di rado, quest'ultimo aspetto ha reso ardui i controlli sulla pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata oltre a intralciare le ispezioni su violazioni già rilevate (è stato stimato come i tassi di infrazione siano nettamente superiori in mare che a terra). Dunque attraverso un'armonizzazione dei controlli si ricerca una maggiore sicurezza per produttori e prodotti europei accompagnata, per di più, da uno sfruttamento sostenibile delle risorse biologiche marine e dal mantenimento delle condizioni di parità tra le flotte europee.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on how to make fisheries controls in Europe uniform and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto nel testo si evidenzia l'importanza di garantire un controllo efficace delle attività di pesca per garantire uno sfruttamento sostenibile delle risorse marine viventi. Viene inoltre ribadita l'importanza di rafforzare il mandato dell'EFCA al fine di creare operazioni di controllo sulla pesca che consentano un'azione coordinata ed efficace da parte delle autorità locali, regionali, nazionali e dalle agenzie comunitarie che svolgono funzioni di guardia costiera a livello europeo cercando anche di arrivare a una condivisione in tempo reale dei dati raccolti tra le varie autorità competenti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe presentado por la Comisión de Pesca para la aprobación por parte del pleno del Parlamento Europeo contiene numerosos aspectos positivos: el reconocimiento del tratamiento discriminatorio en cuanto a la realización de controles dentro del sector, la no adecuación de algunas de las normas europeas a la realidad, la defensa de inspecciones regionales o de comunidad autónoma para las aguas interiores, inspecciones nacionales de pesca marítima en aguas de hasta 12 millas náuticas e inspecciones de la Unión para el resto de las aguas. Sin embargo, me he abstenido puesto que el informe tiene varios aspectos que plantean preocupaciones e interpretaciones ambiguas, como los relacionados con el uso de nuevas tecnologías para la monitorización; la introducción de un sistema de sanciones basado en puntos, con implicaciones en las licencias de pesca. Al mismo tiempo, el informe refleja una alta centralización y una definición a nivel comunitario de las medidas técnicas y políticas relacionadas con los controles en lugar de la cooperación entre los Estados miembros, por lo que no he podido votar a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il settore della pesca risente della mancanza di omogeneità d'applicazione della normativa in materia di controllo nei singoli Stati membri, che, alimentata da una sensazione di ingiustizia, mina il rispetto della norma stessa. Ritengo che per la conservazione delle risorse comuni sia indispensabile garantire che le norme dell'UE in materia di pesca siano correttamente rispettate, che i contingenti nazionali di cattura non siano superati e che gli Stati membri adottino un approccio comune al controllo della pesca. Credo pertanto che, in vista della revisione del regolamento sul controllo, sia necessario stabilire effettive norme volte a prevenire, individuare e sanzionare le violazioni del regolamento stesso, focalizzandosi su una maggiore armonizzazione e su una accresciuta cooperazione che stabilisca procedure di controllo standardizzate.

Andi Cristea (S&D), *în scris.* – Fiecare stat membru aplică proceduri de control diferite. Chiar dacă există un formular standard pentru constatarea încălcărilor de la bordul unei nave, procedurile de control variază. Instrumentele, echipamentele și mijloacele financiare folosite pentru a efectua controale variază, de asemenea, de la un stat membru la altul. Pescarii se plâng deseori că sunt supuși unui control mult mai strict decât vecinii lor dintr-un alt stat membru sau chiar mai riguros decât în oricare domeniu. Am votat pentru punerea în aplicare a unui program european de formare a inspectorilor care să elaboreze un cadru de referință unic în materie de control, dar și pentru standardizarea procedurilor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie w sprawie sposobu ujednolicenia kontroli rybołówstwa w Europie, ponieważ proponowane rozwiązanie w tej kwestii jest zgodne z poszanowaniem kompetencji krajowych. Istnieje potrzeba ujednolicenia tej kwestii, na co uwagę zwracają rybacy, w odniesieniu do nierównego traktowania w sferze systematyczności, częstotliwości, surowości, trwania, dokładności, skuteczności i metod kontroli rybołówstwa w Europie. Cel, jaki stawia sobie powyższe sprawozdanie, jest ambitny. Z jednej strony jest nim zidentyfikowanie uchybień w stosowaniu przepisów, które prowadzi do poczucia nierówności, oraz zaproponowanie rozwiązań służących zwiększeniu kontroli w ramach wspólnej polityki rybołówstwa. Z wymienionych powodów zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it stresses the importance to enforce EU regulations where there is a lack of transparency between Member States that prevents the illegal importation of fish. I voted in favour of a more uniform fisheries controls in Europe which takes into consideration the environment and fish stocks.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I support this report, which ensures a level playing field for fishermen in the EU. UK fishermen play by the rules and make sure that they fish their quota in the right place with the right equipment. When the rules are broken, the UK authorities can and do impose large fines or other penalties. When fishermen in other Member States break the rules, we expect that the same should happen.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur l'homogénéisation des contrôles de pêche en Europe. Nous nous devons de réagir au cri d'alarme des pêcheurs qui perçoivent la réglementation européenne comme une source d'injustice. Bien plus que la règlementation européenne, c'est la non-homogénéité de son application qui est à l'origine de ce dysfonctionnement. Il revient au Parlement européen de venir à bout de cette situation en harmonisant les sanctions, en s'assurant de leur application et en simplifiant la règlementation européenne.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le secteur européen de la pêche est le quatrième producteur mondial avec 6,4 millions de tonnes de poissons par an et emploie 350 000 personnes. Si la politique commune de la pêche est l'une des politiques les plus intégrées en Europe, les contrôles de pêche ne sont pas suffisamment harmonisés. Le champ d'application, la formation des pêcheurs, les procédures et les sanctions diffèrent d'un État membre à l'autre. Il faut donc simplifier le cadre existant et développer des procédures standardisées. L'Union doit œuvrer pour faire de la pêche un secteur durable.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à homogénéiser les contrôles de pêche, qui sont actuellement organisés par les États membres eux-mêmes. Certaines propositions sont positives, comme l'idée de sanctions économiques, comme l'interdiction de sortie en mer, plutôt que pénales. De même, des contrôles équivalents sur les produits importés et sur les bateaux des pays tiers pêchant dans les eaux européennes, des formations communes des inspecteurs de pêche, l'amélioration de l'information des pêcheurs, l'échange de données entre pays membres ou l'intégration d'un représentant du Parlement européen au sein de l'AECP sont positifs. D'autres propositions sont inacceptables, comme la généralisation d'un permis à points, même harmonisé, et l'augmentation du budget de l'AECP, principalement pour recruter de nouveaux agents. Il est à craindre que nombre de propositions valables ne soient jamais appliquées tandis que les propositions les plus contraignantes le seront. Ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs, qu'il s'agisse des multiples déclarations, de l'usage d'instruments électroniques et satellitaires, des contrôles à bord ou au débarquement. Aussi j'ai préféré voter contre ce texte.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted for this report. I welcome the fact that it proposes to simplify and improve EU legislation in order to make it easier to enforce existing rules and tackle the current shortcomings. As it is, the current situation demands a number of improvements, especially when it comes to scope, training, control procedures and sanctions. Because the report correctly recognises the importance of Member States in all of these matters, I have voted in favour.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι έλεγχοι στην αλιεία είναι μεγάλης σημασίας για την πάταξη των αρνητικών φαινομένων αυτής της ζωτικής δραστηριότητας. Πρέπει να παταχθεί η παράνομη αλιεία, καθώς και η ανεξέλεγκτη αλιεία σε εποχές αναπαραγωγής, ούτως ώστε να διαφυλαχθούν οι γόνοι και οι θαλάσσιοι πληθυσμοί. Σε καμία περίπτωση, όμως, δεν πρέπει να συγκριθεί η ερασιτεχνική και από την ακτή αλιεία με την επαγγελματική αλιεία μαζικής κλίμακας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Ez a nem jogalkotási jelentés elsősorban a tengerrel rendelkező EU-tagországok halászati ellenőrzéseinek összehangolásáról szól. Az uniós jogszabályok egységes alkalmazásának és ez által hatékonyságának kérdése kiemelten fontos a számomra. Így kell ennek lennie minden uniós tagállamban.

Szavazatommal támogattam a Thomas-jelentés megszavazását.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet ger rekommendationer för hur kontroll av EUs regler för fiske ska ske mer enhetligt på unionens alla fiskare. Rekommendationerna gäller även fritidsfiskare och det är viktigt, för fritidsfisket i vissa delar av unionen har stor påverkan på lokala fiskbestånd. Betänkandet uppmanar kommissionen att ta hänsyn till detta i kommande lagstiftning. Det innebär inte att den administrativa bördan för svenska fritidsfiskare på något sätt kommer att öka.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Os pescadores nos vários países da UE devem ter um tratamento igualitário com uma aplicação uniforme das inspeções. A harmonização das inspeções para que haja igualdade de condições entre todas as atividades de pesca, um alargamento dos controlos a toda a cadeia de produção e a criação de um «currículo de base» de formação dos inspetores são algumas medidas que eu defendo devem ser adotadas.

Concordo ainda com a criação de mecanismos de financiamento destinados a aumentar o uso de tecnologias de baixo custo, a fim de permitir o controlo voluntário e aumentar a monitorização e a segurança dos pescadores, especialmente na pesca artesanal em pequena escala.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: d'une manière générale, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: ceux-ci, entre les multiples déclarations, les instruments électroniques et satellitaires, les contrôles à bord ou au débarquement, sont très surveillés.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os controlos de pesca da UE visam a sustentabilidade biológica, lutando contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada (INN).

A revisão do PCP descontextualizou algumas questões relacionadas com os controlos, que ficaram ultrapassados. Efetivamente, há necessidades específicas para fazer pesca controlada mais uniforme, no sentido em que este sector é mais controlado do que qualquer outro sector ou profissão; e que as regras não se aplicam uniformemente entre os diferentes tipos de pesca ou mesmo entre diferentes Estados-Membros, criando várias contradições entre os pescadores, no que respeita à regularidade, frequência, duração, severidade, rigor, eficácia e métodos de controlo das pescas na Europa.

O relatório destaca várias questões que podem contribuir para um tratamento não discriminatório no sector, para a eficácia dos controlos e para a sustentabilidade dos recursos marinhos.

No entanto, o relatório tem vários aspetos que suscitam preocupações e interpretações ambíguas, como os relacionados com a utilização de novas tecnologias para a monitorização; a introdução de um sistema de sanções baseado em pontos, com implicações nas licenças de pesca.

Ao mesmo tempo, o relatório reflete uma alta centralização e uma definição a nível da UE das medidas técnicas e políticas relacionadas com os controlos, em vez de cooperação entre Estados-Membros, pelo que não pode ser apoiado globalmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente risoluzione in quanto essa mira a uniformare i controlli riguardo la pesca in Europa pur nel rispetto delle competenze nazionali. La relazione ha il duplice obiettivo di identificare i limiti di coerenza ed efficacia del sistema di controllo per la pesca nell'UE e di proporre soluzioni per migliorarne l'uniformità.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Kontrola rybolovu v Európe je nevyhnutná na dosiahnutie spoločných cieľov spoločnej rybnej politiky. Bohužiaľ existujú veľmi veľké rozdiely v oblasti kontroly, rôznych procedúr a stratégií naprieč členskými štátmi a regiónmi. Mandát a finančné prostriedky Európskej agentúry pre kontrolu rybolovu sú nedostatočné, v dôsledku čoho nemôže vykonávať ambicióznejšie projekty. Táto správa by preto mala slúžiť pre Európsku komisiu ako nevyhnutné minimum pri reforme kontrolného nariadenia, ktoré pripravuje na rok 2017. Európska komisia by sa mala zamerať na zjednodušenie legislatívy, a na jasné a zrozumiteľné stanovenie kontrolných štandardov a aplikáciu modernej technológie, ako aj lepšiu koordináciu a transparentnosť.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che è volta ad armonizzare e ad alleggerire gli aspetti burocratici per gli operatori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με το πώς θα καταστούν ομοιόμορφοι οι έλεγχοι της αλιείας στην Ευρώπη, καθώς οι έλεγχοι στην αλιεία είναι μεγάλης σημασίας για την πάταξη των αρνητικών φαινομένων αυτής της ζωτικής δραστηριότητας. Πρέπει να παταχθεί η παράνομη αλιεία, καθώς και η ανεξέλεγκτη αλιεία σε εποχές αναπαραγωγής, ούτως ώστε να διαφυλαχθούν οι γόνοι και οι θαλάσσιοι πληθυσμοί. Σε καμία περίπτωση όμως δεν πρέπει να συγκριθεί η ερασιτεχνική και από την ακτή αλιεία με την επαγγελματική αλιεία μαζικής κλίμακας.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report which paves the way for a review of the legislation covering fishery controls. UK fishermen play by the rules and it is only right that Spanish, Portuguese and every other Member State implement the rules in the same way. If they don't, there is no point in having a Common Fisheries Policy.

This report calls for a level playing field so that fishermen across the EU can safely know they are not being undermined by their neighbours. This is something that I strongly support.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We must attach utmost priority to fisheries controls in order to achieve the objectives of the CFP Reform. The forthcoming revision of the Control Regulation must set effective rules able to prevent, detect and sanction infringements of the CFP, focusing on greater harmonisation and increased cooperation establishing transparent, standardised control procedures. The important role of EFCA must be acknowledged, including through the allocation of sufficient resources.

Member States are responsible for the implementation of the Control Regulation; closer cooperation between Member States as well as coordination with EFCA and the European Commission is thus crucial for the further harmonisation of effective controls.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe no debido a que no esté de acuerdo con la homologación de los controles de pesca en Europa, sino debido a que no se ha tenido en cuenta a la hora de realizar dicha homologación las diferencias existentes entre la pesca realizada en el Océano Atlántico y la realizada en el Mar Mediterráneo. No podemos tratar realidades tan alejadas de manera conjunta, debemos tener presente que las problemáticas en una y otra zona distan mucho de ser parecidas. Las normas deben aplicarse con el mismo rigor, pero teniendo siempre presente que lo que es beneficioso para la pesca en el Atlántico no ha de serlo obligatoriamente en el Mediterráneo.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il piano di armonizzazione dei sistemi di controllo della politica comune della pesca europea ha introdotto misure generali di omogeneità normativa, molto importanti per questo settore, lasciando però un elevato numero di disposizioni facoltative o passibili di essere reinterpretate da paese a paese, originando numerose e notevoli differenze rispetto a formazione, procedure di controllo e addirittura sanzioni tra i diversi paesi membri. Generando soprattutto una generale sfiducia in merito al regolamento (CE) 1224/2009 per la diversisità di applicazione e interpretazione cui si prestava. Appoggio pienamente pertanto una revisione dell'attuale legislazione, che si fondi su principi più chiari, accessibili ed equanimi, prevedendo maggiore certezza nelle disposizioni, un'armonizzazione concreta in materia di strumenti e tecnologie comuni cui far riferimento e soprattutto uniformità in materia di formazione e di principi sanzionatori.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul come rendere omogenei i controlli sulla pesca in Europa perché penso sia giusto ascoltare le voci e le preoccupazioni dei pescatori in merito alla difformità dei controlli e credo che la prossima revisione del regolamento controlli sia la giusta sede per arrivare a una maggiore omogeneità della materia nell'UE. A fronte di un regolamento che disciplina la materia a livello europeo, permangono infatti troppe differenze tra gli Stati membri nelle modalità e nella messa in pratica dei controlli, nel grado di profondità degli stessi rispetto alla catena ittica e nella tipologia di sanzioni previste nei vari ordinamenti. Condivido, perciò, la richiesta di utilizzare l'imminente revisione del regolamento controlli per semplificare la normativa e ridurre la burocra-

zia, rafforzare la lotta alla pesca illegale, migliorare e uniformare la formazione dei pescatori e degli ispettori, anche coinvolgendo i GAC e le autorità locali e regionali, di estendere i controlli a tutta la filiera e promuovere un consumo consapevole nei ristoranti. Controlli e sanzioni omogenee in tutta l'UE metteranno fine alle preoccupazioni dei pescatori e permetteranno di compiere un altro passo in avanti verso un mercato davvero unico.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Europaabgeordneter für Mecklenburg-Vorpommern habe ich heute für den „Bericht über Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa" gestimmt, weil ich überzeugt bin: Einen nachhaltigen Erhalt unserer Fischbestände können wir nur durch effektive Kontrollen garantieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Als Berichterstatter für den Nordseeplan ist mir die Harmonisierung von Kontrolltätigkeiten im Fischereisektor ein besonderes Anliegen. Hier müssen gemeinsame operative Kontrolltätigkeiten geschaffen und eine wirksame Koordinierung der lokalen, regionalen, nationalen und supranationalen Behörden implementiert werden. Dazu zählt vor allem auch eine Harmonisierung der Datenerhebung und die Bereitstellung von Daten in Echtzeit. Des Weiteren muss die Europäische Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) weiter gestärkt werden, sodass diese supranationale Behörde gemeinsame Kontrolltätigkeiten harmonisieren kann.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted for the European Parliament resolution on how to make fisheries controls in Europe uniform. The report advocates harmonising the scope of controls, increasing training opportunities for inspectors and fishermen, standardising sanctions, and investing more in technologies and the EFCA budget. It will create a level playing field for fishermen across the EU and improve respect for controls.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché risponde alla necessità di dare risposte concrete ai pescatori, che sono una delle categorie che maggiormente risente dei vincoli imposti dalle politiche europee. Ma i pescatori lamentano soprattutto che questi vincoli non siano applicati in maniera uguale in tutti gli Stati. Ci sono differenze notevoli nei sistemi di controllo o nelle sanzioni, per esempio, e questo aumenta il senso di frustrazione e di ingiustizia. Se la normativa è europea, allora deve essere uguale per tutti e deve avere gli stessi effetti su tutti i pescatori. L'Europa deve quindi fare uno sforzo in più per omogeneizzare oltre che gli obblighi, la loro applicazione.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo que el informe aboga por simplificar y perfeccionar la legislación de la Unión, así como por reducir la carga administrativa, reivindicación histórica de nuestras gentes del mar, señala que una cooperación más estrecha entre los Estados miembros, exige que, en esta revisión, las instituciones europeas y el sector pesquero trabajen conjuntamente, especialmente el sector de la pesca costera, artesanal y tradicional cuya protección y promoción debe ser el objetivo de toda nueva legislación.

Como también defiende la imposición de las sanciones más elevadas en el caso de la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada o la inclusión del impacto de la pesca recreativa en la revisión del Reglamento de control, todos ellos objetivos de nuestros pescadores, aboga por el control efectivo de la trazabilidad de nuestros productos en toda la cadena y un mayor control del pescado de importación, adecuándose a los parámetros de la Unión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it will create a level playing field for fishermen across the EU and improve respect for controls.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à assurer un contrôle efficace des activités de pêche pour garantir l'exploitation durable des ressources marines vivantes et préserver l'égalité de traitement des flottes européennes. Pour cela, il est important de mieux appliquer la législation existante. Le texte prévoit notamment un renforcement des contrôles afin d'empêcher l'importation de poissons d'origine illicite, non déclarée et non réglementée, une amélioration de la formation et de l'information à destination des pêcheurs ou encore la mise en place de mécanismes de financement pour accroître l'utilisation de nouvelles technologies à faible coût.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. It is important to ensure effective control of fisheries activities in order to guarantee sustainable exploitation of living marine resources and maintain a level playing field among EU fleets. Therefore it is necessary to clarify, classify and establish standards for fishing in the different maritime areas.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report looks at how to make fisheries controls more uniform in the EU while still taking into account national competences. Since the report comes up with good proposals, such as reduction of administrative burden and simplification of EU legislation, I have voted in favour of it.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, care reflectă prioritățile privind cererea de norme mai simple, mai cuprinzătoare și mai coerente. De asemenea, sunt pentru o mai mare transparență, cooperare și inovare. În plus, s-a pus accentul pe un tratament egal și nediscriminatoriu, precum protecția standardelor de muncă și de mediu și stabilirea de norme eficiente de prevenire, detectare și sancționare ale încălcărilor PCP, creându-se astfel o armonizare și cooperare sporită, dar și proceduri transparente și standardizate de control.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće „Kako uskladiti nadzor ribarstva u Europi?" u cilju poboljšanja nejednakosti koje se u europskom ribarstvu javljaju u pogledu pravilnosti, učestalosti, trajanja, strogosti, temeljitosti, djelotvornosti i metodama kontrole ribarstva. Napori za kontrolu ribarstva trebali bi obvezno uključivati potpuno i aktivno sudjelovanje sektora ribarstva. Ovo Izvješće poziva države članice da zajamče učinkovitu provedbu Uredbe o kontroli kako bi se osiguralo učinkovito iskorištavanje živih morskih resursa i očuvali ravnopravni uvjeti za sve flote EU-a.

Svakako prostora za napredovanje ima i to u pojednostavljenju i poboljšanju zakonodavstva Unije te pokušaju smanjenja administrativnog opterećenja. Revizijom Uredbe Vijeća, koja se uskoro očekuje, stavit će se naglasak na bolju provedbu normi u različitim državama članicama, posebno zalaganjem za veću usklađenost, pod uvjetom da se pojednostavljenje temelji na čvrstom postojećem okviru kontrole te da se njime ne smanjuju najviši standardi u pogledu zaštite na radu, zaštite okoliša, sindikalne ili socijalne zaštite.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Comme à l'accoutumée, le bon est ici voisin du mauvais. Si je soutiens la préférence affichée pour les sanctions économiques plutôt que pénales, ou encore le contrôle des navires de pêche extra-communautaires évoluant dans nos eaux, je juge irrecevables les propositions de renforcement du budget de l'Agence européenne de contrôle des pêches et la généralisation d'un permis à points. On en vient même à douter de l'application des idées les plus bénéfiques, comme les contrôles équivalents sur les produits importés, un sort que ne partageront évidemment pas les propositions les plus contraignantes. Toute cette logique va dans le sens d'une surveillance accrue des pêcheurs, sans réelle contrepartie satisfaisante.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu týkající se sjednocení kontrol rybolovu vzhledem k aktuálnímu nedostatečnému přístupu národních inspekcí k relevantním informacím. Současná frustrace rybářů vyplývá z přesvědčení, že pravidla kontrol rybolovu nejsou aplikována v členských státech rovným způsobem. Harmonizace povede ke zlepšení konkurenčního prostředí v rybolovu a k modernizaci vysokých standardů rybolovné politiky EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Isabelle Thomas relatif à l'homogénéisation des contrôles de pêche en Europe. Le système actuellement en place repose sur le suivi et l'analyse des informations relatives à la gestion de la pêche. Or, le manque de coordination entre les données recueillies à l'échelle nationale constitue un frein important. Je soutiens ce texte qui vise à harmoniser ces données avec un partage en temps réel pour les opérations réalisées par l'autorité compétente (l'Agence européenne de contrôle des pêches) en collaboration avec les États membres. Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση, διότι στηρίζω την ομοιόμορφη εφαρμογή των κανονιστικών διατάξεων και, κατά συνέπεια, την αποτελεσματικότητα των κανόνων ελέγχων της αλιείας στην Ευρώπη. Είναι απολύτως απαραίτητο να θεσπιστεί μια ευρωπαϊκή κατάρτιση των ελεγκτών και να αναπτυχθεί ένα ενιαίο πλαίσιο αναφοράς στον τομέα του ελέγχου. Θα πρέπει επίσης να ενισχυθεί η κατάρτιση για τους αλιείς.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – W Unii Europejskiej obowiązuje jednakowe prawo dotyczące rybaków. Jednak skarżą się oni, że zasady nie są respektowane tak samo w każdym kraju i czasem kontrola połowów odbywa się bardziej, a czasem mniej rygorystycznie. Istnieją obawy, że ustalone procedury nie zawsze są stosowane, przez co może dochodzić do nieścisłości. Należy zatem podjąć odpowiednie działania, aby wspólną politykę rybołówstwa usprawnić.

Głównym powodem kontrowersji jest fakt, że w różnych krajach liczba kontroli na poszczególnych etapach nie jest taka sama: w niektórych regionach występują one na każdym szczeblu, a w innych pojawiają się sytuacje, gdy kontrola na drodze „od morza do talerza" występuje tylko raz.

Proponowanym rozwiązaniem w tej sprawie jest uproszczenie wspólnego prawa tak, aby było proste i zrozumiałe dla każdego, dzięki czemu nie będzie dochodziło do rozbieżności. Na terenie całej Wspólnoty zarówno rybacy, jak i kontrolerzy powinni być poddani kompleksowym szkoleniom. Tworzenie baz danych pozwoli na kontrolę aktualnego statusu rybołówstwa i uzyskanie wiedzy w tym zakresie. Należy też podjąć działania w celu zharmonizowania procedur w całej Europie i wzmocnienia roli Europejskiej Agencji Kontroli Rybołówstwa (EFCA). Zwłaszcza na tych wszystkich obszarach połowowych, na których połowy obejmują gatunki poniżej maksymalnego podtrzymywalnego połowu (MSY). Natomiast w razie niestosowania się do obowiązujących przepisów sankcje powinny być jednakowe dla wszystkich.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it will create a level playing field for fishermen across the EU and improve respect for controls.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Élelmezési szempontból igen fontosak a tengeri halak és a tenger gyümölcsei, melyek egészséges fehérjeforrást jelentenek az uniós népesség számára. Ennek azonban számos feltétele van, ezért már 2009 óta létezik az EU halászatának ellenőrzési rendszerét szabályozó rendelet, melynek egységesítése, paragrafusainak minden tagállamban megvalósuló azonos értelmezése eddig elmaradt. Dicséretes módon a jelentéstevő közvetlen tapasztalatokra tett szert, bejárva az EU leginkább érintett tagállamainak kikötőit és halászati intézményeit. Személyesen meghallgatta a halászokat és az adminisztratív szakembereket is és az így megszerzett tudás birtokában egy igen korrekt, gyakorlatias hozzáállású jelentést tett le az asztalra, melyet csak támogatni lehet.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада за това как да се стандартизира контролът върху риболова в Европа. Трябва да се подчертае важността на това да се осигури ефективен контрол на риболовните дейности с цел гарантиране на устойчивата експлоатация на живите морски ресурси и поддържане на еднакви условия на конкуренция. Необходимо е държавите членки да гарантират ефективното прилагане на Регламента относно контрола.

От ключово значение е въвеждането на европейско обучение за инспекторите и изготвянето на единен модел в областта на контрола. Обучението на рибарите също следва да се засили. То би могло да бъде насърчавано и провеждано чрез техните професионални организации, за да се подобри разбирането на смисъла на правилата и контрола и ползата от тях и да се повиши културата на спазването им. Необходимо е и създаването на онлайн бази данни, които да направят правилата достъпни и разбираеми за всички.

Считам, че рибните търгове играят жизненоважна роля в промишлеността за производство на морски храни и имат централна роля при контролирането на разтоварената риба.

Амбициозната борба на ЕС срещу незаконния, недекларирал и неурегулиран риболов в целия свят трябва да бъде съчетана с ефективно прилагане на Регламента относно контрола в нашите собствени води.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La pesca rappresenta una fonte di reddito importante per molti paesi europei. Talvolta, però, la stessa normativa europea, sembra essere applicata in modo diverso a seconda del singolo Stato. Ad esempio, in materia di controlli, alcuni Stati prevedono controlli lungo l'intera filiera, mentre in altri Stati i controlli avvengono solo in alcune fasi della catena produttiva. Tali differenze possono mettere in dubbio sia la credibilità dell'UE, sia la stessa efficacia della normativa. Con il voto di oggi abbiamo chiesto di uniformare le norme europee in materia di pesca, come per esempio sulla dimensione delle maglie delle reti, sulle procedure di controllo, sulle catture nonché sulle stesse sanzioni in caso di violazioni. In vista della prossima revisione sul regolamento dei controlli, abbiamo chiesto una maggiore attenzione a questo tema al fine di eliminare le differenze esistenti tra i paesi membri dell'UE.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Comment rendre homogènes les contrôles de pêche en Europe?». Ce texte comporte des propositions inacceptables, comme le permis à points, même harmonisé, et l'augmentation du budget de l'AECP pour recruter de nouveaux agents.

Il y a quelques bonnes propositions, qui ne seront cependant jamais appliquées, comme les contrôles équivalents sur les produits importés.

Plus largement, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: déclarations, instruments électroniques et satellitaires, contrôles à bord ou au débarquement, etc.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le rapport propose des pistes de réflexion pour l'homogénéisation de la pêche au niveau européen. Il est constaté que le règlement «contrôle» est trop complexe et offre trop de possibilités d'adaptation aux États membres.

Pour remédier à cela, le rapporteur propose une série de mesures encore plus contraignantes qui s'inscrivent dans une logique de surveillance renforcée des pêcheurs qui le sont, selon nous, déjà suffisamment.

J'ai logiquement voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque llama la atención sobre la necesidad de homogeneizar los controles de la pesca en la Unión, estableciendo un marco de referencia único, y promoviendo que para idénticas infracciones se apliquen idénticas sanciones en todos los Estados miembros.

El control de la pesca en la Unión difiere de unos Estados miembros a otros, con diferencias en los procedimientos y tipos de sanciones aplicadas para el mismo tipo de infracciones —en unos casos de orden administrativo y en otros de carácter penal—, diferencias en cuanto al nivel de los recursos utilizados, falta de inspectores especializados, bases de datos no siempre intercambiables entre Estados miembros, etc.

La falta de tratamiento homologado de los controles de pesca genera un cierto sentimiento de ineficacia e injusticia en el sector. Para solventarlo, entre otras medidas, este informe propone la adopción de unos criterios de control comunes, reforzar el papel de la Agencia Europea de Pesca, el uso de mayores recursos y medios más modernos que doten a las inspecciones de mayor eficacia o la promoción de una formación europea de inspectores y pescadores.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe presentado por la Comisión de Pesca para la aprobación por parte del pleno del Parlamento Europeo contiene numerosos aspectos positivos: el reconocimiento del tratamiento discriminatorio en cuanto a la realización de controles dentro del sector, la no adecuación de algunas de las normas europeas a la realidad, la defensa de inspecciones regionales o de comunidad autónoma para las aguas interiores, inspecciones nacionales de pesca marítima en aguas de hasta 12 millas náuticas e inspecciones de la Unión para el resto de las aguas.

Sin embargo, me he abstenido puesto que el informe tiene varios aspectos que plantean preocupaciones e interpretaciones ambiguas, como los relacionados con el uso de nuevas tecnologías para la monitorización; la introducción de un sistema de sanciones basado en puntos, con implicaciones en las licencias de pesca. Al mismo tiempo, el informe refleja una alta centralización y una definición a nivel comunitario de las medidas técnicas y políticas relacionadas con los controles en lugar de la cooperación entre los Estados miembros, por lo que no he podido votar a favor.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente propuesta de resolución tiene como objetivo abordar diferentes propuestas de métodos o soluciones para mejorar la armonización del control de la política común pesquera, así como identificar las deficiencias en la aplicación de las normas de ésta.

Actualmente, existe una considerable diversidad de los ámbitos de aplicación del control, los procedimientos y las estrategias de la política común pesquera. Un ejemplo es el hecho de que una misma infracción se castiga de manera distinta, ya que puede haber sido calificada la sanción como penal o administrativa. Todo esto genera un sentimiento de injusticia en los pescadores, y hace cuestionarse la eficacia de la normativa aplicada.

Doy mi voto a favor de la propuesta porque armonizar el ámbito de aplicación refuerza la eficacia del derecho de la Unión y, por consecuente, ayuda a conseguir el objetivo de garantizar la explotación sostenible de los recursos marinos vivos y, por otra parte, el de la lucha de la Unión contra la pesca ilegal a escala mundial.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of this report that addresses the lack of consistent information across the EU due to differences in collecting information in each Member State.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se, protože Česká republika nemá moře a nechal jsem tedy na zástupcích ostatních států, aby rozhodli o regulaci rybolovu.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – It is important to ensure effective control of fisheries activities in order to guarantee sustainable exploitation of living marine resources. Control procedures must be transparent, even-handed and standardised, allowing Member States to be put on an equal footing as regards controls on their fishermen, and rules on control should be simpler, and more comprehensive and consistent.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Kontrola rybolovu sa dotýka nielen hospodárstva, eonomiky a rozpočtu dotknutých členských krajín. Zo správy vyplýva jednoznačne potreba zjednotenia právnej úpravy v oblasti referenčného rámca kontroly, odbornej prípravy inšpektorov rybolovu, zavedenia jednotnej metodiky a postupov pri kontrole vrátane využitia moderných technológií a stanovenia jednotných sankcií. Pritom je dôležité z pohľadu zberu údajov postupovať koordinovane a racionalizovať operácie.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – À quelques mois de la révision du règlement sur le contrôle des pêches, il était essentiel que le Parlement européen s'empare de la question de l'harmonisation des procédures de ces contrôles au sein de l'Union. L'objectif de ce rapport est de souligner les failles dans l'application des règles qui conduisent à un sentiment d'iniquité entre pêcheurs de différents pays de l'UE et de proposer des solutions pour harmoniser le contrôle de la politique commune de la pêche, politique parmi les plus intégrées en Europe.

Le rapport appelle notamment à la création d'une formation européenne des contrôleurs tout en soulignant que l'Agence de contrôle des pêches devra être renforcée et voir son champ d'action étendu.

Enfin, le rapport met en lumière, dans le cadre des procédures juridictionnelles, l'urgence d'harmoniser les sanctions selon l'infraction et d'introduire des mesures incitatives.

La mise en œuvre de ces propositions simples et homogènes contenues dans ce rapport permettra, j'en suis convaincu, de rendre les contrôles plus efficaces et acceptables par tous. Je vote donc en faveur de ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το πώς θα καταστούν ομοιόμορφοι οι έλεγχοι της αλιείας στην Ευρώπη, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. En l'état, les États membres organisent eux-mêmes les contrôles de pêche car ils ne sont pas harmonisés au niveau européen. Il existe un règlement, dit «contrôle», mais ce dernier est trop complexe et souffre de nombreuses interprétations, créant ainsi plusieurs injustices.

Certains aspects du texte sont positifs (sanctions économiques, plus de contrôles, de formations, etc.), mais il généralise le permis à points et renforce le budget de l'Agence européenne de contrôle des pêches (AECP), ce à quoi nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on how to make fisheries controls in Europe uniform. Equal treatment is something fishermen have been complaining about in terms of application of regulations, and the EU should work on this issue to work on the feeling of injustice, giving also as always a relevant importance to transparency.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa uma maior harmonização dos controlos da pesca na Europa, visto as regras não serem aplicadas uniformemente entre os tipos de pesca ou, até mesmo, entre os Estados-Membros e destacou várias questões, que podem contribuir para um tratamento mais real e não discriminatório no sector, para a eficácia dos controlos e para a sustentabilidade dos recursos marinhos. No entanto, o relatório tem vários aspetos que suscitam preocupações e interpretações ambíguas, como os relacionados com a utilização de novas tecnologias para a monitorização, a introdução de um sistema de sanções baseado em pontos, com implicações nas licenças de pesca, refletindo uma alta centralização na UE quanto à definição das medidas técnicas e políticas relacionadas com os controlos, em vez de uma cooperação entre Estados-Membros. Abstive-me.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – La política pesquera común es una de las más integradas de Europa pero todavía adolece de deficiencias, como las provocadas como consecuencia de las diferencias que existen por Estados en la aplicación de los controles, lo que genera una situación de injusticia en el sector.

Voto a favor de llevar a cabo una homogeneización de los controles de pesca en Europa, que permita además identificar las deficiencias en la aplicación de las normas y mejorar la armonización de los controles, tanto en lo que a los procedimientos se refiere como en la formación y las sanciones.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με τους ομοιόμορφους ελέγχους της αλιείας στην Ευρώπη οι οποίοι θα επιτρέπουν τον προσδιορισμό κοινών στρατηγικών, τη βελτιστοποίηση της αποτελεσματικότητας και την καλύτερη στόχευση των τύπων αλιείας, των σκαφών ή των πρακτικών που ενέχουν τον μεγαλύτερο κίνδυνο. Είναι, επομένως, αναγκαίο να συλλέγονται από τα κράτη συμβατά δεδομένα και να εξασφαλίζεται η διαβίβασή τους στην ξηρά.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo – kaip suvienodinti žuvininkystės kontrolę Europoje, kuriam pritarė ir EP. Žuvininkystės sektorius yra vienas svarbiausių sektorių, suinteresuotų tvariu jūrų ir vandenynų valdymu.

ES taisyklės valstybėse narėse taikomos iš esmės skirtingai, kadangi kiekviena valstybė narė turi savo atskirą teisinę sistemą ir jų administracinės struktūros skiriasi, ir šie skirtumai neišvengiamai atsispindi. Todėl siekiant sugriežtinti į ES įvežamų produktų, gautų vykdant neteisėtą nedeklaruojamą žvejybą, kontrolę būtina užtikrinti vienodą žvejybos kontrolės lygį visose valstybėse narėse, vienodinant teisinę bazę.

EP ragina valstybes nares ir atitinkamas jų jūrų žvejybos kontrolės institucijas suburti specializuotų žvejybos inspektorių grupes, skatinti didesnį valstybių narių bendradarbiavimą, siekiant keistis informacija, kontrolės metodais bei duomenimis. EP mano, kad valstybės narės, Europos žuvininkystės kontrolės agentūra ir Komisija turi glaudžiau bendradarbiauti ir koordinuoti veiksmus.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport pointe les failles de la politique commune de pêche. En effet, si les règles sont les mêmes pour tous, chaque État membre applique des procédures de contrôle différentes. Et de la même manière, les procédures juridictionnelles et les sanctions sont différentes à travers l'Union européenne: ainsi, pour une même infraction, la sanction peut être de nature administrative ou pénale. Le rapport vise donc à homogénéiser ces procédures de contrôle et de sanctions. Il préconise de rendre l'échange de données obligatoire en ce qui concerne la pêche illicite, non déclarée et non réglementée. Il promeut l'utilisation des nouvelles technologies pour accroitre l'efficacité des contrôles tout en précisant s'opposer à la vidéosurveillance obligatoire sur les navires. Certains points font encore débat, tel que la mise en place d'un système de sanctions financières (via une interdiction temporaire de pêche) à points, dont les modalités ne permettent pas d'assurer un traitement égal entre les différents opérateurs. Néanmoins, je vote pour ce texte, qui va dans le sens de la lutte contre la pêche illégale et non déclarée.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport propose des pistes de réflexion pour l'homogénéisation de la pêche au niveau européen. Il est constaté que le règlement «contrôle» est trop complexe et offre trop de possibilités d'adaptation aux États membres.

Pour remédier à cela, le rapporteur propose une série de mesures encore plus contraignantes qui s'inscrivent dans une logique de surveillance renforcée des pêcheurs qui le sont, selon nous, déjà suffisamment.

Je me suis donc opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É muito importante assegurar um controlo eficaz das atividades de pesca, a fim de garantir a exploração sustentável dos recursos marinhos vivos e manter a igualdade de condições entre as frotas da UE. A luta da UE contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada (INN) em todo o mundo deve ser acompanhada por uma execução efetiva do Regulamento «Controlo» nas nossas próprias águas. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it call for the Union's fisheries rules to be applied in a fair and just matter to all our citizens engaged in fishing activity through the elimination of disparities between Member States, a core curriculum for inspectors and sharing of information that is compatible across the Union.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'adoption par le Parlement européen de cette résolution relative à l'homogénéisation des contrôles de pêche à travers l'Europe. Les procédures d'inspection souffrent trop souvent de divergences susceptibles d'entrainer des discriminations lors de leur mise en œuvre par les États membres. Le Parlement appelle donc à uniformiser davantage les méthodes nationales de contrôle. Il propose notamment d'harmoniser les sanctions en cas d'infractions (entre autres en ce qui concerne le caractère pénal ou administratif de ces sanctions) ou encore de mettre en place une formation uniformisée pour les inspecteurs de pêche à l'échelle européenne. Ces recommandations du Parlement européen devraient être prises pleinement en compte afin d'éviter tout sentiment de discrimination dans le chef de certains pêcheurs.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — V rámci jednotlivých členských štátov EÚ existujú veľké rozdiely v rozsahu kontroly, postupov a stratégii v oblasti rybolovu. Je potrebné určiť nedostatky pri uplatňovaní pravidiel, ktoré vyvolávajú pocit nespravodlivosti medzi rybármi, a navrhnúť riešenia na zlepšenie harmonizácie kontroly spoločnej rybárskej politiky, ktorá je pritom jednou z najintegrovanejších politík v Európe. Správa obsahuje niekoľko konštatovaní o prekážkach harmonizácie, zároveň však obsahuje návrhy do budúcna, ktoré je potrebné uviesť do praxe, aby bola harmonizácia efektívna. Tieto návrhy zahŕňajú zjednodušenie právnych predpisov Spoločenstva, vypracovanie jednotného referenčného rámca v oblasti kontroly, odbornú prípravu inšpektorov a rybárov, ktorá je v jednotlivých členských štátoch odlišná. Je treba zabezpečiť efektívnu konzultáciu s poradnými výbormi, ktorá v súčasnosti existuje iba *pro forma*, poskytnúť finančnú podporu na výskum a inovácie, čím sa prispeje k celkovej modernizácii politiky kontroly. V neposlednom rade, na výkon kontroly je potrebný zber údajov, pretože tie umožňujú vymedziť stratégie, optimalizovať účinnosť a lepšie sa zamerať na rybolov, plavidlá a praktiky predstavujúce najväčšie riziko.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le contrôle de la pêche n'étant pas harmonisé au niveau européen, les États membres ont toute liberté pour organiser eux-mêmes les contrôles. Le rapport Thomas propose des pistes de réflexion pour homogénéiser les contrôles. Certaines propositions du rapport sont positives: c'est le cas, par exemple, de la mise en œuvre de sanctions économiques et non pénales, comme l'interdiction de sortie en mer, des contrôles équivalents sur les produits importés et sur les bateaux des pays tiers pêchant dans les eaux européennes, des formations communes des inspecteurs de pêche, de l'amélioration de l'information des pêcheurs, de l'échange de données dans tous les pays membres ou encore de l'intégration d'un représentant du Parlement européen au sein de l'AECP.

D'autres propositions sont au contraire inacceptables: c'est le cas de la généralisation d'un permis à points, même harmonisé, et de l'augmentation du budget de l'AECP, principalement pour recruter de nouveaux agents. Il est à craindre que beaucoup de propositions valables ne soient jamais appliquées (par exemple, les contrôles équivalents sur les produits importés), tandis que les propositions les plus contraignantes le seront. D'une manière générale, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs. Mon vote est défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques bonnes propositions telles que les contrôles équivalents sur les produits importés (qui ne seront par ailleurs jamais appliquées), ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs et dommageable pour leur activité: déclarations, instruments électroniques et satellitaires et contrôles multiples. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which will create a level playing field for fishermen across the EU and improve respect for controls. Among other things, the report advocates harmonising the scope of controls, increasing training opportunities for inspectors and fishermen, standardising sanctions, and investing more into technologies and the EFCA budget. Advisory committees will be completely involved in this process.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte sur les moyens de rendre homogènes les contrôles de pêche en Europe. Le rapport souligne l'importance d'assurer un contrôle efficace des activités de pêche afin de garantir l'exploitation durable des ressources marines vivantes et de préserver l'égalité de traitement des flottes européennes. Le texte rappelle par ailleurs l'importance de renforcer le mandat de l'Agence européenne de contrôle des pêches (AECP) afin de mettre place des actions opérationnelles conjointes de contrôle des pêches permettant de coordonner efficacement l'activité des multiples autorités locales, régionales, nationales et des agences européennes exerçant des fonctions de garde-côtes au niveau européen.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Considerando che l'efficacia delle normative comunitarie è dirittamente proporzionale all'omogeneità della loro implementazione da parte degli Stati membri; valutate le preoccupazioni e le lamentele espresse dai pescatori a tal riguardo e, in particolare, relativamente alle distorsioni alla concorrenza provocate da applicazioni diverse di una stessa norma; soppesata la gravità di una potenziale frattura interna al mercato comune; condividiamo l'auspicio che la Commissione europea, in procinto di proporre una riforma del regolamento sul controllo della pesca, individui le eventuali carenze nell'applicazione della normativa vigente e promuova un'effettiva armonizzazione nell'ambito della politica comune della pesca, una delle sfere che hanno goduto maggiormente dell'integrazione europea. Condividiamo, inoltre, l'assunto secondo il quale l'obiettivo di integrazione non possa prescindere da una formazione comune dei rappresentanti delle agenzie preposte ai controlli, da maggiore trasparenza e reperibilità dei dati, per esempio attraverso la messa online di siti informativi e banche dati, e da una più efficacie concertazione con le associazioni di categoria. Sosteniamo, poi, un rafforzamento dell'agenzia europea per la pesca che, per altro, a oggi, gode di fondi troppo limitati. Ribadiamo, infatti, che un maggiore coordinamento non può che passare attraverso una rinnovata centralità dell'agenzia comune preposta.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this motion for a resolution that calls for the standardisation of fisheries controls among EU Member States. The controls will become more effective following investments of actors in compatible modern technologies such as satellite tracking of vessels. The motion for a resolution also stresses the need for the standardisation of sanctions through the creation of a judge specialising in maritime matters in each Member State.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейските рибари са най-заинтересованата страна от устойчивото управление на живите морски ресурси в моретата и океаните, чието възпроизвеждане е застрашено в текущите условия на свръхулов. Въпреки това нелоялната пазарна конкуренция в риболовния сектор, която се изразява в незаконен, недекларириан и нерегулиран риболов, прави бъдещето на поминъка на европейския рибар несигурно. Поради тази причина давам своята подкрепа за тази резолюция, която цели да засили и стандартизира контрола върху риболова в Европа чрез настояването за укрепване на мандата на Европейската агенция за контрол на рибарството.

За да се намали опасността от изчезване на морски видове, породена от незаконния, недекларириан и нерегулиран риболов, Европейската агенция за контрол на рибарството трябва да бъде способна да прилага общи стандарти за контрол, инспекции и надзор и да улеснява оперативното сътрудничество между държавите членки чрез съвместни планове за разполагане. Тази резолюция прави крачка в подобна насока, насърчавайки прилагането на „учебната програма“ на Агенцията за обучението на инспектори по риболов, която стандартизира обучението и процедурите за контрол в този сектор и ще служи за еталон на страните, които искат впоследствие да обучат свои инспектори по риболов.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul de astăzi acest raport de inițiativă, la care am lucrat în calitate de raportor din umbră, deoarece consider că documentul subliniază importanța uniformizării anumitor aspecte ale controalelor în domeniul pescuitului în Europa. În același timp, este foarte important ca această uniformizare să permită un anumit grad de flexibilitate pentru autoritățile statelor membre, pentru ca acestea să poată alege cele mai eficiente și mai corecte metode de control, în funcție de specificul zonelor și al tipurilor de pescuit.

Având în vedere că aceste controale au rolul de a proteja consumatorii, de a proteja mediul și pentru a asigura o competiție corectă în acest domeniu, aștept cu interes viitorul raport al Comisiei Europene privind starea sistemului de control în domeniul pescuitului pentru a putea lucra la îmbunătățirea acestuia.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da einige Passagen im Text Mängel aufweisen, denen ich nicht zustimmen kann.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin, raportööri eesmärk oli teha kindlaks puudujäägid kalanduseeskirjade kohaldamisel ning teha ettepanekud ühise kalanduspoliitika kontrolli ühtlustamise parandamiseks.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Έχουν εντοπιστεί μεγάλες διαφορές μεταξύ των εθνικών μεθόδων ελέγχου, των κυρώσεων και της χρήσης των τεχνολογιών. Ωστόσο, οι ευρωπαϊκοί κανόνες για την αλιεία πρέπει να εφαρμόζονται ομοιόμορφα σε όλα κράτη μέλη, έτσι ώστε να αντιμετωπίζονται δίκαια όλοι οι Ευρωπαίοι αλιείς. Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία θέτει το ζήτημα της ομοιόμορφης εφαρμογής των κανονιστικών διατάξεων και, κατά συνέπεια, της αποτελεσματικότητά τους. Οι διαδικασίες επιθεώρησης, π.χ. για τα μεγέθη των διχτυών και των αλιευμάτων, θα πρέπει να τυποποιηθούν σε επίπεδο ΕΕ, όπως και οι κυρώσεις για παρόμοιες παραβάσεις. Στην έκθεση τονίζεται ότι οι ευρωπαϊκές χώρες δεν έχουν τα ίδια πρότυπα κατάρτισης και ζητείται να εφαρμοστεί από την Ευρωπαϊκή Υπηρεσία Ελέγχου της Αλιείας και τα ιδρύματα κατάρτισης στα κράτη μέλη ένα ενιαίο βασικό ευρωπαϊκό πρόγραμμα κατάρτισης για τους επιθεωρητές αλιείας.

Απώτερος στόχος αποτελεί η βελτίωση της εναρμόνισης του ελέγχου της κοινής αλιευτικής πολιτικής, που παραμένει, ωστόσο, μία από τις πλέον ολοκληρωμένες πολιτικές στην Ευρώπη.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car les recommandations inscrites participeront selon moi à faciliter le travail des pêcheurs européens, notamment à ce qu'ils puissent mieux connaitre la législation européenne en vigueur. Il faut souligner les principales recommandations du rapport: l'élargissement du rôle de l'Agence européenne de contrôle des pêches, l'homogénéisation des procédures et des sanctions, la meilleure coordination des corps de contrôle et le partage accru des données, la création d'une formation européenne des contrôleurs et le renforcement des formations à destination des pêcheurs, la simplification de la législation communautaire pour être plus accessible aux professionnels et éviter les différences d'interprétations selon les États, le renforcement des contrôles de la pêche de plaisance.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We voted against this non-legislative report because 'one size does not fit all' and it will extend the EU's Kafkaesque fisheries bureaucracy to anglers and recreational fishing.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della proposta in esame, in quanto concordo pienamente nel considerare necessario rendere omogenei i controlli sulla pesca in Europa. Considerato che, al di là delle possibili varianti regionali, esistono differenze sostanziali fra gli Stati membri a livello dell'applicazione delle normative europee e che il campo di applicazione del regolamento (CE) n. 1224/2009 del Consiglio che istituisce un regime di controllo comunitario è l'Unione europea. Risulta, quindi, indispensabile un intervento con il fine di garantire un applicazione omogenea dei controlli in tutto il territorio dell'Unione. Pertanto, ho votato positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam znatno poboljšanje kontrola koje je omogućeno donošenjem danas važeće Uredbe o kontroli, zajedno s Uredbom o nezakonitom, neprijavljenom i nereguliranom ribolovu. To je poboljšanje ostvareno konsolidacijom mnogo zasebnih uredbi, uvođenja mogućnosti korištenja novih tehnologija, preliminarnih radnji za usklađivanje sankcija, pojašnjenja uloge Komisije i država članica, poboljšanja sljedivosti i drugih prednosti.

Želim ovdje naglasiti kako na prihvaćanje zakonodavstva EU-a od strane ribara utječe i njihov stav o tome smatraju li učinke provedbe zakonodavstva poštenima, a nametnute propise smislenima. Ne smijemo zaboraviti niti na nužnu kompatibilnost između Uredbe i obrazaca tradicionalnog ribolova te ribolovne prakse koja se provodi. Upravo zato me brine osjećaj nepravde koji dijele mnogobrojni ribari u EU-u. To postavlja teško pitanje o jedinstvenoj primjeni propisa te shodno tome o njihovoj učinkovitosti. Upitno je primjenjuju li se propisi s jedinstvenom strogošću. Ako ne, to je zabrinjavajuće, jer tada ista pravila ne vrijede za sve.

Stoga je nužno identificirati nedostatke u provođenju pravila koja dovode do tog osjećaja nepravde i predložiti rješenja za poboljšanje standardizacije kontrole zajedničke ribarske politike. S obzirom na izvješće kojim je izvjestiteljica identificirala samu srž problema, a zahvaljujući njezinim radu u koji je uključila široki krug različitih dionika, podržala sam ovo izvješće.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Selon Isabelle Thomas, le règlement «contrôle» est trop complexe et offre trop de possibilités aux États membres de l'adapter. Il ne s'applique pas partout de la même manière, ce qui produit un sentiment d'injustice. Certaines propositions du rapport sont positives: mise en œuvre de sanctions économiques (interdiction de sortie en mer) plutôt que pénales, contrôles équivalents sur les produits importés et sur les bateaux des pays tiers pêchant dans les eaux européennes, formations communes des inspecteurs de pêche, amélioration de l'information des pêcheurs… D'autres sont au contraire inacceptables: généralisation d'un permis à points, même harmonisé, augmentation du budget de l'AECP, principalement pour recruter de nouveaux agents. Je crains que beaucoup de propositions valables ne soient jamais appliquées (par exemple les contrôles équivalents sur les produits importés), tandis que les propositions les plus contraignantes le seront. D'une manière générale, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: ceux-ci, entre les multiples déclarations, les instruments électroniques et satellitaires, les contrôles à bord ou au débarquement, sont très surveillés. Pour ces raisons, je vote contre le rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nalazimo bitne razlike u primjeni europskih propisa u državama članicama. Postoji stvarna nejednakost, ili je osjećaju ribari, u pogledu kontrole ribarstva u Europi. Ako zaista postoji sumnja da se pravila ne primjenjuju svugdje jednako strogo, postoji bojazan da bismo se mogli naći u situaciji u kojoj se ona više ne poštuju, jer ne vrijede za sve jednako.

Na prihvaćanje uredbe od strane ribara utječe i njihov stav o tome smatraju li učinke provedbe poštenima, a nametnute propise smislenima te kompatibilnima s tradicionalnim ribolovom. Potrebno je i odstraniti izostanak povjerenja i transparentnosti među samim državama članicama, što je jedan od glavnih razloga nedijeljenja podataka. Važno je ojačati ulogu EFCA-e, a posebno njezin proračun, nadležnosti i ljudske resurse.

Na razini EU-a mora se uvesti homogeno osposobljavanje inspektora u području ribarstva koje će provoditi EFCA i institucije za osposobljavanje u državama članicama. Uporaba novih tehnologija za praćenje i prijenos podataka u stvarnom vremenu te komunikaciju od ključne su važnosti za poboljšanje pomorskog nadzora.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Os controlos de pesca da UE visam a sustentabilidade biológica, lutando contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada (INN).

A revisão da PCP descontextualizou algumas questões relacionadas com os controlos, que ficaram ultrapassados. Efetivamente, há necessidade de haver um controlo mais uniforme, uma vez que as regras não se aplicam uniformemente entre os diferentes tipos de pesca ou mesmo entre diferentes Estados-Membros. Isto vai criando contradições entre os pescadores, no que respeita à regularidade, frequência, duração, severidade, rigor, eficácia e métodos de controlo das pescas na Europa.

No entanto, o relatório tem vários aspetos que suscitam preocupações e interpretações ambíguas, como os relacionados com a utilização de novas tecnologias para a monitorização e a introdução de um sistema de sanções baseado em pontos, com implicações nas licenças de pesca.

Ao mesmo tempo, o relatório reflete uma alta centralização e uma definição a nível da UE das medidas técnicas e políticas relacionadas com os controlos, em vez de cooperação entre Estados-Membros, pelo que não pode ser apoiado globalmente.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Rybářské kontroly jsou důležitým nástrojem k dosažení cílů reformy společné rybářské politiky. Navzdory faktu, že je rybářská politika jednou z nejvíce integrovaných unijních politik, panují v jednotlivých členských státech obrovské rozdíly, a to zejména v rozsahu a postupech při kontrolách. Mimo to se také liší finanční prostředky a nástroje využívané k provedení jednotlivých kontrol a rozdílné jsou i postihy a soudní řízení. Hlavní zodpovědnost za dodržování evropských standardů v oblasti kontrol a inspekce a za koordinování činnosti mezi jednotlivými státy nese Evropská agentura pro kontrolu rybolovu. V současnosti je však její mandát omezen a její pravomoci a finanční prostředky nejsou dostatečné. Proto velice oceňuji práci své kolegyně Isabelle Thomasové, jenž je zpravodajkou této zprávy, která absolvovala řadu setkání, v rámci nichž dokumentovala stávající situaci v jednotlivých státech, a definovala poté hlavní překážky ke sjednocení kontroly rybolovu. Domnívám se, že právě přímé rozhovory s rybáři, zástupci Evropské agentury pro kontrolu rybolovu, ale i s vnitrostátními a regionálními inspektory jsou zásadní pro realistické zhodnocení situace a následné vytvoření efektivního kontrolního rámce.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione di iniziativa è stata redatta in preparazione del prossimo cosiddetto «regolamento sul controllo» (regolamento (CE) n. 1224/2009 che istituisce un regime di controllo comunitario per garantire il rispetto delle norme della politica comune della pesca) che dovrebbe essere presentato dalla Commissione nella seconda metà del 2017. Nel testo della proposta si evidenzia l'importanza di garantire un controllo efficace delle attività di pesca al fine di garantire lo sfruttamento sostenibile delle risorse marine viventi e mantenere la parità di condizioni di lavoro tra le flotte europee. Si invitano, inoltre, gli Stati membri dell'Unione europea a garantire l'effettiva attuazione del regolamento sul controllo attualmente in vigore. La pesca è un'attività di grande importanza in particolare per le isole del Mediterraneo. I pescatori sono portatori di conoscenze e tradizioni che meritano grande attenzione da parte del legislatore europeo. Ciò premesso, ho votato a favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – To sprawozdanie z własnej inicjatywy koncentruje się na kwestii ujednolicenia kontroli rybołówstwa przy jednoczesnym poszanowaniu kompetencji krajowych. Cel przedmiotowego sprawozdania jest dwojaki: zidentyfikowanie uchybień w stosowaniu przepisów, które prowadzą do tego poczucia nierówności, i zaproponowanie rozwiązań służących zwiększeniu stopnia harmonizacji kontroli w ramach wspólnej polityki rybołówstwa.

Wielokrotnie poruszana była kwestia braku możliwości zastosowania niektórych przepisów rozporządzenia Rady (WE) nr 1224/2009 w praktyce, czy to ze względu na niewielką możliwość dostosowania przepisów do realiów, czy to ze względu na występowanie w nich sprzeczności. Sprawozdanie to zawiera szereg wniosków dotyczących czynników utrudniających osiągnięcie spójności. Propozycje zawarte w sprawozdaniu końcowym obejmują: apel o uproszczenie i udoskonalenie prawodawstwa UE, a także o zmniejszenie obciążenia administracyjnego w drodze przewidzianego na 2017 r. przeglądu rozporządzenia Rady (WE) nr 1224/2009 w sprawie kontroli rybołówstwa; podkreślenie różnorodnych zakresów stosowania kontroli oraz różnic między poszczególnymi miejscami kontroli; apel do Europejskiej Agencji Kontroli Rybołówstwa o przeznaczenie większych zasobów na zapewnienie stosowania wspólnych norm w dziedzinie kontroli, inspekcji i nadzoru oraz ułatwienie współpracy operacyjnej między państwami członkowskimi dzięki wspólnym planom rozmieszczenia. Z tych powodów poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui évoque le manque d'harmonisation européenne des sanctions pénales et administratives, qui relèvent de la compétence nationale, lorsqu'il s'agit du contrôle de pêche en Europe. Bien que des progrès aient été réalisés depuis 2009 (date de mise en œuvre du règlement (CE) nº 1224/2009), des pistes d'amélioration grâce à la formation des contrôleurs, aux nouvelles technologies de contrôle ou encore à la collecte des données doivent être mises en œuvre.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Infelizmente, a dúvida sobre a eficácia e a homogeneidade da aplicação de algumas regulamentações comunitárias ainda persiste, sendo os representantes do setor das pescas um dos frequentes questionadores.

O presente relatório antecede a próxima revisão do regulamento relativo ao controlo das pescas e realça a importância em assegurar um controle eficaz das atividades pesqueiras, de forma a garantir uma exploração sustentável dos recursos marítimos, igualdade de procedimentos entre as frotas dos diferentes membros, assim como assegurar a implementação efetiva do regulamento do controlo de pescas.

Realço três propostas da relatora: a primeira referente à simplificação da legislação comunitária de forma a acabar com o «efeito matrioska» presente nesta matéria, a segunda no que toca a europeizar os procedimentos e reforçar o papel da AECP (Agência de Controlo das Pescas), nomeadamente através do reforço dos seus meios e do seu âmbito de ação. A terceira proposta, que acho importante, visa compatibilizar e harmonizar os dados recolhidos.

Por defender um tratamento justo e igual entre os pescadores europeus, aceito a presente proposta de resolução.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We voted against this non-legislative report because 'one size does not fit all' and it will extend the EU's Kafkaesque fisheries bureaucracy to anglers and recreational fishing.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que a homogeneidade da aplicação da regulamentação e a sua eficácia são fundamentais para o sector das pescas. Se é possível suspeitar que as regras não são aplicadas com o mesmo rigor, é de recear que cheguemos a uma situação em que as regras deixem de ser respeitadas pelo facto de não serem iguais para todos.

A modernização das frotas seria uma mais-valia para o sucesso desta medida, dotando os intervenientes de capacidades úteis para o controlo de irregularidades. Paralelamente, urge defender os pescadores das Regiões Ultraperiféricas, pois com as suas extensas ZEE e com as limitações dos Estados-Membros em fiscalizá-las, estes saem tremendamente prejudicados. Há, portanto, que aumentar as ações de controlo e fiscalização nas ZEE das RUP, tal como defendi numa alteração a este relatório e que foi aprovada pelo Parlamento Europeu.

Neste sentido, os meios orçamentais disponíveis, nomeadamente através do Fundo Europeu dos Assuntos Marítimos e das Pescas (FEAMP), devem ser coerentes com os objetivos do controlo e permitir fomentar a investigação e a inovação. É através destes instrumentos que a política de controlo no seu conjunto poderá ser modernizada. Lamentavelmente, o FEAMP é claramente insuficiente para as necessidades do sector.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Comment rendre homogènes les contrôles de pêche en Europe? Vaste question à laquelle le Parlement européen a essayé d'apporter une réponse ce midi en approuvant le rapport Thomas.

La situation actuelle n'est pas satisfaisante dans la mesure où il existe une iniquité réelle ou ressentie par les pêcheurs lorsqu'il s'agit de facteurs aussi variés que la régularité, la rigueur, la durée, l'intensité, l'efficacité et les méthodes des contrôles de la pêche en Europe.

Parmi les obstacles à des contrôles efficaces, le texte pointe avec à-propos le fait que certains États membres organisant des contrôles de l'engin à l'assiette et d'autres uniquement sur certains maillons de la chaîne, en excluant par exemple la partie transport ou restauration.

La solution prônée par les députés européens est donc d'étendre les inspections pour qu'elles couvrent toute la chaine de production et d'assigner les contrôles en mer à une seule entité administrative nationale.

Réaliste, le Parlement européen demande aussi et avant tout la mise en œuvre intégrale du règlement (CE) nº 1224/2009 relatif au contrôle de pêche. Il insiste également pour plus de flexibilité en ce qui concerne l'application de l'obligation de débarquement qui constitue un changement radical pour les pécheurs.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A harmonização da legislação sobre controlos de pesca na Europa e os processos de controlo têm de ser transparentes e uniformes. Os diferentes organismos de controlo devem procurar coordenar as suas atividades. As sanções devem ser iguais para todos.

O primeiro passo é criar uma função de juízes especializados em assuntos marinhos em cada Estado-Membro. Para que os controlos se tornem mais eficazes, é também necessário tornar os meios de financiamento, nomeadamente o FEAMP, mais coerentes com os objetivos do controlo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El control de la pesca en la Unión difiere de unos Estados miembros a otros, con diferencias en los procedimientos y tipos de sanciones aplicadas para el mismo tipo de infracciones —en unos casos de orden administrativo y en otros de carácter penal—, diferencias en cuanto al nivel de los recursos utilizados, falta de inspectores especializados, bases de datos no siempre intercambiables entre Estados miembros, etc.

Para solventarlo, entre otras medidas, se propone la adopción de unos criterios de control comunes, reforzar el papel de la Agencia Europea de Pesca, el uso de mayores recursos y medios más modernos que doten a las inspecciones de mayor eficacia o la promoción de una formación europea de inspectores y pescadores.

En definitiva, apoyo el enfoque de la ponente de este informe en aras de una homogeneización de los controles de pesca en la Unión, estableciendo un marco de referencia único. Y, especialmente, que para idénticas infracciones se apliquen idénticas sanciones en todos los Estados miembros. Acabando así con el sentimiento de ineficacia e injusticia que se genera en el sector.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution du Parlement européen, qui avance plusieurs pistes pour rendre les contrôles de la pêche homogènes. S'inscrivant dans le contexte de la révision du règlement du contrôle des pèches, ce texte propose par exemple d'harmoniser le champ d'application de la législation communautaire existante ainsi que des sanctions ou de mettre en place de véritables formations européennes pour les contrôleurs. Ces différentes recommandations vont dans le bon sens: instaurer une véritable égalité entre tous les pêcheurs européens.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Žuvininkystės kontrolės suvienodinimo klausimas yra itin aktualus, nes jame matoma tiek Šiaurės–Pietų, t. y. turtingesnių ir labiau pažengusių, tiek Rytų–Vakarų, t. y. senųjų ir naujųjų ES narių, takoskyra. Esu įsitikinęs, kad kuo spartesnis šios ekonominės veiklos suvienodinimas, kartu užtikrinant ir aplinkosauginį žvejybos komponentą, tokį kaip žuvų neršto režimo laikymasis ir kontrolė, tinklų ir kitų žvejybos priemonių vienodas reglamentavimas, kartu numatant lankstumo galimybes specifinėms teritorijoms ir akvatorijoms, ženkliai prisidėtų prie vieningesnės Europos kūrimo.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório foi redigido tendo em conta a preparação do próximo regulamento de controlo de pescas.

A relatora salienta a importância em assegurar um controlo eficaz das atividades piscatórias, para garantir a exploração sustentável dos recursos marinhos, mantendo a igualdade de condições entre frotas. Para tal, instam-se os Estados-Membros a assegurar a aplicação efetiva do regulamento de controlo.

Saúdo a melhoria significativa no regime de controlo graças ao atual regulamento associado com o regulamento de Pesca Ilegal, Não Declarada e Não Regulamentada (IUU), sem contudo esquecer a disparidade entre os diferentes locais de inspeção e o carácter discriminatório por vezes resultante no controlo das pescas.

O texto deste relatório reitera a importância de reforçar o mandato da Agência Europeia de Controlo de Pescas (EFCA), a fim de criar operações de controlo de pesca conjuntas que permitirão uma ação coordenada eficiente pelas (muitas) autoridades locais, regionais e nacionais, assim como pelas agências da UE que exerçam funções similares.

A falta de interoperabilidade entre dados recolhidos a nível dos Estados-Membros tem que ser considerada como um elemento-chave para esta desejada maior harmonização, pelo que é importante compartilhar dados em tempo real.

Por concordar com as propostas efetuadas, votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo que el informe aboga por simplificar y perfeccionar la legislación de la Unión, así como por reducir la carga administrativa, reivindicación histórica de nuestras gentes del mar, señala que una cooperación más estrecha entre los Estados miembros, exige que, en esta revisión, las instituciones europeas y el sector pesquero trabajen conjuntamente, especialmente el sector de la pesca costera, artesanal y tradicional cuya protección y promoción debe ser el objetivo de toda nueva legislación.

Como también defiende la imposición de las sanciones más elevadas en el caso de la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada o la inclusión del impacto de la pesca recreativa en la revisión del Reglamento de control, todos ellos objetivos de nuestros pescadores, aboga por el control efectivo de la trazabilidad de nuestros productos en toda la cadena y un mayor control del pescado de importación, adecuándose a los parámetros de la Unión.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu den Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa gestimmt.

Wirksame Kontrollen von fischereilichen Tätigkeiten müssen etabliert werden, um eine nachhaltige Bewirtschaftung lebender Meeresschätze zu gewährleisten. Das Parlament ruft die Mitgliedstaaten dazu auf, eine effektive Umsetzung der Kontrollverordnung sicherzustellen.

Das Mandat der EFCA soll gestärkt werden, um gemeinsame operative Kontrolltätigkeiten im Fischereisektor durchführen zu können. Dies soll auch durch die Harmonisierung im Datenaustausch zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe presentado por la Comisión de Pesca para la aprobación por parte del pleno del Parlamento Europeo contiene numerosos aspectos positivos: el reconocimiento del tratamiento discriminatorio en cuanto a la realización de controles dentro del sector, la no adecuación de algunas de las normas europeas a la realidad, la defensa de inspecciones regionales o de comunidad autónoma para las aguas interiores, inspecciones nacionales de pesca marítima en aguas de hasta 12 millas náuticas e inspecciones de la Unión para el resto de las aguas.

Sin embargo, me he abstenido puesto que el informe tiene varios aspectos que plantean preocupaciones e interpretaciones ambiguas, como los relacionados con el uso de nuevas tecnologías para la monitorización; la introducción de un sistema de sanciones basado en puntos, con implicaciones en las licencias de pesca. Al mismo tiempo, el informe refleja una alta centralización y una definición a nivel comunitario de las medidas técnicas y políticas relacionadas con los controles en lugar de la cooperación entre los Estados miembros, por lo que no he podido votar a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla necessità di garantire l'applicazione uniforme a livello europeo delle norme in materia di pesca. Purtroppo le procedure per le ispezioni e i controlli, il livello di infrazione e le sanzioni variano da uno Stato membro all'altro. È inevitabile che tale discrepanza metta a rischio non solo l'efficacia della normativa europea, ma anche le condizioni di parità tra le flotte dell'UE. Vorrei sottolineare che la differenziazione sui controlli non riguarda solo la pesca, ma tutta la filiera del settore ittico. Mi auguro che, a tal proposito, la prossima revisione della regolamentazione punti anche a fornire al consumatore le informazioni appropriate sui prodotto ittici che vengono serviti al ristorante. Allo stato attuale infatti, solo alcuni Stati membri organizzano controlli dal peschereccio alla tavola, mentre altri controllano unicamente determinati anelli della catena escludendo, ad esempio, la parte trasporto o la ristorazione. È importante inoltre capire se le norme non vengono rispettate per inadempienza o perché l'attuale complessità e l'elevato numero di disposizioni talvolta contraddittorie ne pregiudicano la reale applicabilità.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for a European Parliament resolution on how to make fisheries controls in Europe uniform. Among other things, the report advocates harmonising the scope of controls, increasing training opportunities for inspectors and fishermen, standardising sanctions, and investing more in technologies and the EFCA budget. It will create a level playing field for fishermen across the EU and improve respect for controls.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Toto uznesenie EP zdôrazňuje okrem iného potrebu zabezpečiť účinnú kontrolu rybolovných činností s cieľom zaručiť udržateľné využívanie živých morských zdrojov a zachovať rovnaké podmienky medzi flotilami EÚ. Taktiež žiada, aby sa vytvoril systém monitorovania, prenosu informácií a analýzy údajov, ktorý by bol kompatibilný v celej Únii. Podporujem toto uznesenie. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď na základe súčasného nariadenia o kontrole v kombinácii s nariadením o nenahlásenom a neregulovanom rybolove (NNN) došlo k významnému zlepšeniu, existuje skutočná alebo rybármi pociťovaná nespravodlivosť, že aj po zohľadnení možných regionálnych rozdielov existujú medzi členskými štátmi značné rozdiely v uplatňovaní európskych právnych predpisov, najmä tých, ktoré vychádzajú z nariadenia o kontrole. Napriek tomu, že každý členský štát má svoj vlastný charakteristický právny systém, ako aj rozličné administratívne a justičné štruktúry, tieto systémy v mnohých prípadoch vedú k vzniku rôznych nezrovnalostí a nespravodlivosti medzi jednotlivými členskými štátmi. Podporila som uznesenie, lebo považujem za správne, aby sa Výbor pre rybárstvo zaoberal nedostatkami, ktoré vyvolávajú pocit nespravodlivosti, a na základe prijatých návrhov a opatrení zlepšia harmonizáciu

kontroly spoločnej rybárskej politiky, ktorá je jednou z najintegrovanejších politík v Európe. Verím, že zjednodušením a zlepšením právnych predpisov Únie, ako aj znížením administratívneho zaťaženia dôjde k lepšiemu odhaľovaniu a postihovaniu porušenia spoločnej rybárskej politiky.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo je osredotočeno na neenotno prakso glede pogostosti, trajanja, strogosti, temeljitosti, učinkovitosti in metod izvajanja nadzora ribištva v Evropski uniji ter potrebo po enakem in nediskriminatornem obravnavanju v vseh državah članicah.

Ribiški sektor predstavlja ogromen delež trajnostnega upravljanja morja in oceanov ter je tako izjemnega pomena za prihodnost našega okolja. Prav zaradi tega je potrebno zagotoviti dejanski nadzor nad ribiškimi dejavnostmi z namenom trajnostne uporabe živih morskih virov in ohranitvijo enakih pogojev glede nadzora.

Poročilo poziva države članice, naj zagotovijo učinkovito izvajanje uredbe o nadzoru, in poudarja, da bi moral biti boj Evropske unije proti nezakonitemu, neprijavljenemu in zakonsko neurejenemu ribolovu po svetu bolj ambiciozen in sovpadati z učinkovitim izvajanjem uredbe o nadzoru v njenih vodah.

Tudi ribiči sami sprejemajo pravila, če menijo, da so ta pravična, smiselna in združljiva z ribiško prakso. Prav iz tega vidika mora Evropska unija poskrbeti za pravila, ki bodo usklajena tako z ribiško skupnostjo, kot tudi s trajnostno naravnanim ribolovom. Menim, da poročilo predstavlja korak naprej na tem področju, zato sem ga podprl.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über „Möglichkeiten zur Vereinheitlichung der Fischereikontrolle in Europa“ habe ich nicht zugestimmt.

Eine einheitliche Fischereiaufsicht lehne ich ab. Die zielt darauf ab, europaweit die Kontrolle durch Vereinheitlichung der jeweiligen Behördenstruktur aufeinander abzustimmen. Die EU sollte nicht regeln, wie Mitgliedstaaten die Aufsicht behördlich durchsetzen und ob dies etwa durch eine oder mehrere Behörden passiert.

Die geforderte Schaffung einheitlicher Ausbildungspläne für Fischereiinspektoren innerhalb der EU ist nur ein Beispiel für die in diesem Bericht geforderte überschießende Bürokratie.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Upitno je jesu li metode kontrole ribarstva odnosno primjene propisa u Europskoj uniji jednake i djelotvorne. Različiti pravni sustavi država članica uzrok su nejednakih upravnih ili kaznenih sankcija za nepridržavanje pravila Zajedničke ribarstvene politike. Navedena situacija može uzrokovati veliko nezadovoljstvo ribara koje će rezultirati njihovim negativnim stavom o poštenosti i smislenosti nametnutih propisa te osjećajem da se njihov zanat kontrolira više od ostalih.

Stoga je između ostalog važno pojednostaviti zakonodavstvo Europske unije, smanjiti administrativno opterećenje, pojačati suradnju među državama članicama te homogeno provoditi zakonodavstvo. Podržavam izvješće o tome kako uskladiti nadzor ribarstva u Europi Odbora za ribarstvo.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o tem, kako poenotiti nadzor ribištva v Evropi. Nad ribiškimi dejavnostmi potrebujemo nadzor, s katerim bomo zagotavljali trajnostno uporabo živih morskih virov in ohranjanje enakih pogojev za vse flote v Evropski uniji. Države članice so tiste, ki morajo učinkovito izvajati uredbo o nadzoru.

Poročilo pravilno ugotavlja, da bi moral ambiciozen boj Evropske unije proti nezakonitemu, neprijavljenemu in zakonsko neurejenemu ribolovu po svetu sovpadati z učinkovitim izvajanjem uredbe o nadzoru v njenih vodah, hkrati pa je treba pojasniti, klasificirati in določiti standarde za ribolov na različnih morskih območjih.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι έλεγχοι στην αλιεία είναι μεγάλης σημασίας για την πάταξη των αρνητικών φαινομένων αυτής της ζωτικής δραστηριότητας. Πρέπει να παταχθεί η παράνομη αλιεία καθώς και η ανεξέλεγκτη αλιεία σε εποχές αναπαραγωγής, ούτως ώστε να διαφυλαχθούν οι γόνοι και οι θαλάσσιοι πληθυσμοί. Σε καμία περίπτωση όμως δεν πρέπει να συγκριθεί η ερασιτεχνική και από την ακτή αλιεία με την επαγγελματική αλιεία μαζικής κλίμακας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely szerint egyszerűbb, átfogóbb és egységesebb szabályokra van szükségünk a közös halászati politikában, főként az átláthatóság, együttműködés, innováció és az egyenlő bánásmód területén. Jelenleg a halászati ellenőrzés tagállamonként, halászterületenként változó és a jelentés ezen széttagoltság megszüntetésére tesz javaslatokat. Az EU-ban biztosítanunk kell a jogszabályok egységes alkalmazását, mivel anélkül hatékonysági kérdések merülnek fel. Egyes tagállamokban például egyetlen felügyelet végzi az ellenőrzéseket a halászati eszközöktől egészen a fogyasztóig, míg máshol több hatóság létezik egyidejűleg e feladatok ellátására. Elsőbbséget kell szentelnünk az egységes ellenőrzési rendszernek, hogy elérjük a közös halászati politika célkitűzéseit. Az ellenőrzési rendelet soron következő felülvizsgálata hatékony szabályokat kell, hogy felállítson, hogy egységesen legyen képes megakadályozni, felderíteni és szankcionálni a visszaéléseket. Egyetértek azzal, hogy ebben a folyamatban nagyobb szerepet kell, hogy kapjon az Európai Halászati Ellenőrző Hivatal. Mindezekhez fontos, hogy közelebbi együttműködés alakuljon ki a tagállamok, a Hivatal és az Európai Bizottság között.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je partage l'avis de ma collègue Isabelle Thomas sur ce dossier. Il est fréquent d'entendre les pêcheurs déplorer que le contrôle des pêches soit bien plus strict chez eux que chez leurs voisins, que ce soit dans un autre État membre ou dans une autre pêcherie. Les pêcheurs disent également partout qu'ils pratiquent la profession la plus contrôlée entre toutes. Ce sentiment d'injustice pose une vraie question: celle de l'homogénéité de l'application de la réglementation et, donc, de son efficacité. Car s'il est possible de suspecter que les règles ne sont pas appliquées avec la même rigueur, il est à craindre que nous en arrivions à une situation où la règle n'est plus respectée au motif qu'elle n'est pas la même pour tous.

L'objectif est double: identifier les failles dans l'application des règles qui conduisent à ce sentiment d'iniquité et proposer des solutions pour améliorer l'harmonisation du contrôle de la politique commune de la pêche, pourtant une des politiques les plus intégrées en Europe.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU fisheries Control Regulation (2010) modernised the EU's approach to fisheries by creating a common fisheries policy. In particular, it brought the system into line with the strong measures the Union had adopted at international level in 2008 to combat illegal, unreported and unregulated fishing. However, at the national level, Member States and their fisheries control authorities are responsible for the implementation of the policies. The report pointed to several areas for revision, including the necessity to respect the fishery rules, ensuring that all Member States are on a level playing field with regard to respecting the rules, the prevention of inequality or mistrust among the Member States, the creation of culture of compliance, and the need to improve uniformity. I voted in favour of the report because better implementation, cooperation and, where needed, homogenisation of control standards is a far better option that allowing further derogations from the current fisheries controls in the EU.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – L'adoption de mon rapport à une très forte majorité envoie un signal fort à la Commission européenne sur les préconisations du Parlement européen quant à l'exigence d'harmonisation du contrôle des pêches en Europe. Des solutions sont notamment avancées en ce qui concerne les différences de transposition, de référentiels, de sanctions, de formation, de données et de financement.

La Commission européenne devra tenir compte des points soulevés dans sa future proposition de révision du règlement contrôle.

La question du contrôle de la pêche de plaisance proposé dans le rapport a fait l'objet d'un vote spécifique en plénière. Ce vote a rassemblé une forte majorité pour figurer désormais dans le texte. Toutefois, je regrette que mes collègues du groupe des Verts se soient abstenus sur cette proposition car, aujourd'hui, la pêche de plaisance représente pour certaines espèces plus d'un tiers des volumes pêchés chaque année. Elle n'est pourtant pas contrôlée et la mortalité occasionnée n'est pas prise en compte dans l'évaluation annuelle de l'état des stocks. Il s'agit donc d'une véritable mesure de protection de la ressource.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – I controlli sulla pesca sono fondamentali per raggiungere gli obiettivi della riforma della PCP. Vi sono, tuttavia, enormi differenze nel campo di applicazione dei controlli, le procedure e le strategie di tutti gli Stati membri e le regioni sono spesso differenti. Il mandato dell'Agenzia europea di controllo della pesca per la realizzazione di progetti comuni è limitato e il suo bilancio è insufficiente. Gli strumenti e le risorse finanziarie utilizzate per effettuare i controlli variano da uno Stato membro a un altro, i regolamenti sono recepiti in modo diverso nella legislazione nazionale, le sanzioni e procedimenti giudiziari differiscono in maniera sostanziale, i dati non sono sempre condivisi né accessibili e la formazione per i pescatori e gli ispettori è differente e deve essere rafforzata. Queste le carenze evidenziate in questa relazione di iniziativa, è pertanto auspicabile che si proceda, in breve tempo, alla sempli-

ficazione della legislazione, alla stesura di norme uniche di controllo, all'utilizzo di tecnologie moderne che consentano un migliore coordinamento, una maggiore trasparenza e la creazione di banche dati online e siti web pubblici. Condivisibile e assolutamente prioritario è infine il richiamo alla necessità di migliorare il programma di formazione europeo per gli ispettori e di fornire una formazione adeguata per i pescatori.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Izvješće poštuje princip supsidijarnosti – fokus izvješća je na tome kako učiniti ribarske kontrole u Europi ujednačenima, a da se istodobno poštuju nacionalne kompetencije. U Uniji postoji percepcija nepravde vezano uz pravilnost, učestalost, ozbiljnost, trajanje, ustrajnost i efektivnost metoda ribarskih kontrola u Europi te je upravo stoga cilj ovog izvješća identificiranje navedenih nedostataka i provođenja pravila koja dovode do ovakvog osjećaja nepravde te predlaganje rješenja pomoću kojih će se kontrole standardizirati unutar zajedničke ribarstvene politike Unije.

Budući da su prijedlozi koje izvješće sadrži u skladu s principom proporcionalnosti te da provođenje istih potencijalno može dovesti do značajnog smanjenja administrativnog tereta, glasovala sam za.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije o tem, kako poenotiti nadzor ribištva v Evropi, sem podprla. Ribiči se pogosto pritožujejo, da je nadzor ribolova pri njih precej strožji kot pri njihovih sosedih, pa naj bo to druga država članica ali drugo ribolovno območje.

Poleg tega trdijo, da opravljajo najbolj nadzorovan poklic od vseh. Ob tem občutku nepravičnosti se dejansko postavlja vprašanje o enotnosti uporabe pravil in njihovi učinkovitosti. Veljavno zakonodajo Unije bi bilo treba poenostaviti, najprej z revizijo Uredbe Sveta (ES) št. 1224/2009, ki je predvidena v letu 2017. Struktura sedanje uredbe je preveč zapletena.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor porque entiendo que el informe aboga por simplificar y perfeccionar la legislación de la Unión, así como por reducir la carga administrativa, reivindicación histórica de nuestras gentes del mar, señala que una cooperación más estrecha entre los Estados miembros, exige que, en esta revisión, las instituciones europeas y el sector pesquero trabajen conjuntamente, especialmente el sector de la pesca costera, artesanal y tradicional cuya protección y promoción debe ser el objetivo de toda nueva legislación.

Como también defiende la imposición de las sanciones más elevadas en el caso de la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada o la inclusión del impacto de la pesca recreativa en la revisión del Reglamento de control, todos ellos objetivos de nuestros pescadores, aboga por el control efectivo de la trazabilidad de nuestros productos en toda la cadena y un mayor control del pescado de importación, adecuándose a los parámetros de la Unión.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Ce rapport propose d'homogénéiser les contrôles de pêche en Europe. Il avance pour cela des propositions inacceptables: la généralisation d'un permis à points, même harmonisé, et de l'augmentation du budget de l'AECP, principalement pour recruter de nouveaux agents.

De plus, ce rapport s'inscrit dans une logique de surveillance toujours plus étroite des pêcheurs: ceux-ci, entre les multiples déclarations, les instruments électroniques et satellitaires, les contrôles à bord ou au débarquement, sont trop surveillés.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie.* – Obciążenia i kontrole, z jakimi zmagają się rybacy w Europie, znacznie różnią się w zależności od danego państwa członkowskiego. Różnice w zakresie częstotliwości, czasu trwania i metod kontroli prowadzą do poczucia nierównego traktowania w tym sektorze. Dotychczasowa praktyka w ramach obowiązywania rozporządzenia Rady (WE) nr 1224/2009 wskazuje, że niektóre przepisy nie są realizowane w dostateczny sposób. Dotyczy to m.in. procedur kontrolnych, systemu sankcji, sposobu gromadzenia danych.

W sprawozdaniu zidentyfikowano istniejące uchybienia oraz słusznie zaproponowano większą harmonizację kontroli w ramach wspólnej polityki rybołówstwa. Uproszczenie prawodawstwa poprzez wspólne normy kontroli, inspekcji i nadzoru, zmniejszenie obciążeń dla rybaków, zamiar zacieśnienia współpracy operacyjnej między państwami członkowskimi oraz przegląd stosowania rozporządzenia zaplanowany na 2017 rok to kroki w dobrym kierunku. W głosowaniu poparłem rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Gyakran lehet hallani a halászoktól azt a panaszt, hogy a halászati ellenőrzés náluk sokkal szigorúbb volt, mint a szomszédaiknál, függetlenül attól, hogy ez utóbbi egy másik tagállamban vagy egy másik halászterületen történt. A halászok mindenütt azt állítják továbbá, hogy valamennyi szakma közül az övék a leginkább ellenőrzött. Ez az igazságtalanságérzet valódi kérdést vet fel: mégpedig a jogszabályok egységes alkalmazásának és ezáltal hatékonyságának kérdését. Mivel feltehető, hogy a szabályokat nem azonos szigorral alkalmazzák, félő, hogy olyan helyzet áll elő, amelyben a szabályt, arra való hivatkozással, hogy nem azonos mindenki számára, nem fogják betartani. A jelentést megszavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor porque entiendo que el informe aboga por simplificar y perfeccionar la legislación de la Unión, así como por reducir la carga administrativa, reivindicación histórica de nuestras gentes del mar, señala que una cooperación más estrecha entre los Estados miembros, exige que, en esta revisión, las instituciones europeas y el sector pesquero trabajen conjuntamente, especialmente el sector de la pesca costera, artesanal y tradicional cuya protección y promoción debe ser el objetivo de toda nueva legislación.

Como también defiende la imposición de las sanciones más elevadas en el caso de la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada o la inclusión del impacto de la pesca recreativa en la revisión del Reglamento de control, todos ellos objetivos de nuestros pescadores, aboga por el control efectivo de la trazabilidad de nuestros productos en toda la cadena y un mayor control del pescado de importación, adecuándose a los parámetros de la Unión.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of better controls on fisheries and equivalent levels of control for all fish (imported fish, EU-caught fish both inside the EU and elsewhere, etc.).

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on how to make fisheries controls in Europe uniform. The fisheries sector is a major stakeholder in the sustainable management of the seas and oceans. However, there is a need for stricter checks on products coming into the EU from illegal, unreported and unregulated fisheries and a need to guarantee an equivalent level of control on such fishing in all Member States. The report stresses the importance of ensuring effective control of fisheries activities in order to guarantee sustainable exploitation of living marine resources and maintain a level playing field among EU fleets. I voted in favour because I believe that it is necessary to clarify, classify and establish standards for fishing in the different maritime areas.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – A pocos meses de la revisión del Reglamento sobre el control de la pesca, este dictamen de iniciativa pide avanzar hacia una aplicación igualitaria del control que establezca los mismos procedimientos y sanciones en toda la Unión. Para conseguirlo es crucial que los Estados miembros desarrollen las capacidades suficientes para compartir información en tiempo real. Por el análisis en profundidad que del tema se efectúa a lo largo de todo el texto, he considerado conveniente votar a favor del mismo.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe presentado por la Comisión de Pesca para la aprobación por parte del pleno del Parlamento Europeo contiene numerosos aspectos positivos: el reconocimiento del tratamiento discriminatorio en cuanto a la realización de controles dentro del sector, la no adecuación de algunas de las normas europeas a la realidad, la defensa de inspecciones regionales o de comunidad autónoma para las aguas interiores, inspecciones nacionales de pesca marítima en aguas de hasta 12 millas náuticas e inspecciones de la Unión para el resto de las aguas.

Sin embargo, me he abstenido puesto que el informe tiene varios aspectos que plantean preocupaciones e interpretaciones ambiguas, como los relacionados con el uso de nuevas tecnologías para la monitorización; la introducción de un sistema de sanciones basado en puntos, con implicaciones en las licencias de pesca. Al mismo tiempo, el informe refleja una alta centralización y una definición a nivel comunitario de las medidas técnicas y políticas relacionadas con los controles en lugar de la cooperación entre los Estados miembros, por lo que no he podido votar a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os controlos de pesca da UE visam a sustentabilidade biológica, lutando contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada (INN).

A revisão da PCP descontextualizou algumas questões relacionadas com os controlos, que ficaram ultrapassados. Efetivamente, há necessidade de haver um controlo mais uniforme, uma vez que as regras não se aplicam uniformemente entre os diferentes tipos de pesca ou mesmo entre diferentes Estados-Membros. Isto vai criando contradições entre os pescadores, no que respeita à regularidade, frequência, duração, severidade, rigor, eficácia e métodos de controlo das pescas na Europa.

No entanto, o relatório tem vários aspetos que suscitam preocupações e interpretações ambíguas, como os relacionados com a utilização de novas tecnologias para a monitorização e a introdução de um sistema de sanções baseado em pontos, com implicações nas licenças de pesca.

Ao mesmo tempo, o relatório reflete uma alta centralização e uma definição a nível da UE das medidas técnicas e políticas relacionadas com os controlos, em vez de cooperação entre Estados-Membros, pelo que não pode ser apoiado globalmente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Zwar hat der Bericht einige gute Vorschläge, wie die gleichwertige Kontrolle importierter Produkte, doch zielt er schlussendlich auf eine Erhöhung des Haushaltes der Fischereiagentur ab und vor allem auf weitere verschärfte Regulierungen gegenüber den Fischern, die hier auch deutlich technologisch aufrüsten müssen. Da mir dieser Schritt unüberlegt und vor allem momentan undurchführbar scheint, habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pani poslankyne Thomasovej o kontrolách rybolovu v Európe som podporila. V súčasnosti v dôsledku nekonzistentnej legislatívy totiž dochádza k výrazným rozdielom na poli vykonávania kontrol rybolovu. Stáva sa tak, že v niektorých krajinách sa tieto kontroly vykonávajú iba povrchovo, niekde ich vykonávajú rozličné orgány a niekde sú až neprimerane prísne. V dôsledku toho dochádza k diskriminácii rybárov a rybárskych lodí a sťažnostiam na postupy jednotlivých orgánov. Práve preto sa správa zaoberala otázkou, akým spôsobom je možné dosiahnuť, aby tieto kontroly mali jednotnú úroveň a nedochádzalo k tak markantným rozdielom. Uznesenie som podporila aj preto, lebo je potrebné kontrolovať rybárske aktivity tak, aby sme dosiahli čo najvyššiu ochranu životného prostredia a udržateľný rybolov ako taký. Okrem toho som uvítala, že správa vyzýva na zjednodušenie európskej legislatívy a zmenšenie administratívneho bremena.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Thomas por estar de acordo com a posição apresentada em relação aos controlos de pesca na Europa a montante da quarta revisão da Política Comum das Pescas.

Este relatório consubstancia já um parecer preliminar do que poderá ser a posição do Parlamento Europeu nesta matéria, focando-se sobretudo na simplificação da legislação, num conjunto único de normas de controlo, nas novas tecnologias, numa melhor coordenação entre Estados-Membros, na transparência, na criação de bases de dados em linha e sítios web públicos e na formação dos pescadores e dos inspetores.

Para tanto, destaca-se o apelo ao reforço dos controlos com vista a impedir a importação de peixe proveniente da pesca ilegal, nomeadamente mediante a criação de equipas nacionais na área da informação, dotadas de inspetores especializados no domínio das pescas.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo „Kako poenotiti nadzor ribištva v Evropi?“. Poročilo poudarja pomen zagotavljanja učinkovitega nadzora ribolovnih dejavnosti, da se zagotovi trajnostno izkoriščanje živih morskih virov in ohrani enake konkurenčne pogoje flote EU, ter poziva države članice, naj zagotovijo učinkovito izvajanje uredbe o nadzoru.

Strinjam se, da je treba zagotoviti skladnost enotnega trga v vseh državah članicah z vzpostavitvijo enakih zahtev za nadzor, z enotno kakovostno ravnjo pri notranjem in zunanjem nadzoru v državah članicah, ne glede na meje, kjer proizvodi vstopajo v EU.

8.18. Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa (A8-0282/2016 - Tomasz Piotr Poręba)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože úlohou Evropské unie mimo jiné má být propojování jednotlivých regionů a zemí EU. Co se týče dopravní infrastruktury, to je logické, ale ujal jsem se vysvětlování z toho důvodu, že jsem se zdržel u bodu 56, který hovoří o úplné splavnosti řeky Labe. Její splavnost je důležitá pro propojování zemí střední Evropy. Jako český poslanec musím říci, že to téma není takto jednoduché, jak vypadá ten bod. Je to téma složitější, ve veřejné debatě, která probíhá kolem splavování Labe, stojí na jedné straně ekologové, na druhé straně stojí ti, kteří chtějí řeku splavnit. Myslím si, že Evropský parlament nemůže takto bez informací učinit v této věci jednoznačné rozhodnutí. Proto jsem se zdržel a doufám, že v České republice ta debata bude pokračovat na základě nejen politických, ale i odborných argumentů tak, aby byla poskytnuta dostatečná ochrana české přírodě.

Remo Sernagiotto (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che oggi il Parlamento europeo abbia perso un'occasione importante. Io ho votato contro la relazione finale, dopo che sono stati votati da un partito che mi stupisce molto, signor Presidente, vorrei raccontare un po' di storia: solo una stima la fa la commissione per i trasporti aveva votato a favore dell'inserimento della programmazione dei corridoi che agganciassero quella provincia di Belluno con il resto d'Europa, ma oggi in Aula e ieri pomeriggio la prima relazione di voto era favorevole del Partito popolare e poi due ore dopo l'ha cambiata.

Ma chi ha votato contro? Io non posso arrabbiarmi con il resto dei paesi che hanno fatto legittimamente i loro interessi, signor Presidente. Evitare che molti soldi arrivino in Italia, arrivino nel Nordest dell'Italia che si collega perfettamente col centro orientale della mobilità europea. Hanno festeggiato. Ma chi ha fatto tutto questo? L'onorevole Gardini. Guarda caso, il capogruppo di Forza Italia e capo delegazione in Europa di Forza Italia, collegato al Partito popolare, ha votato contro e si è adoperata per votare contro gli interessi legittimi dell'Italia. Io credo che questo sia un atto gravissimo. Mi dispiace, signor Presidente, perché so che è finito il mio tempo, ma questo non è un atto così grave rispetto al mio paese e alla mia terra.

Monica Macovei (ECR). – Repetăm până când se întâmplă. Infrastructura de transport trebuie să fie conectată și accesibilă pentru a crea locuri de muncă, pentru a crește economia și pentru a crește competiția. Reamintesc Comisiei obligația de a fi prevăzută în Carta Albă de a transfera 30 % din transportul rutier pe distanțe mai lungi de 300 de kilometri către transportul feroviar și către cel fluvial, pe căile navigabile, și asta până în 2030. Potențialul de transport pe căi navigabile interioare regiunii ar trebui să fie utilizat mai mult, în special de-a lungul Dunării. Apoi, trebuie luată în considerare posibilitatea de a deschide coridorului Rin-Dunăre către nord, prin Via Carpathia. Și patru, solicit includerea acestui proiect, Via Carpathia, în rețeaua centrală TEN-T pentru a-i asigura o finanțare corespunzătoare din partea Uniunii Europene. Mulțumesc.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Tale relazione sottolinea la necessità di migliorare la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture per il trasporto allocate nelle regioni centrali e orientali dell'Unione. Viene data priorità al settore del trasporto stradale e della sua sicurezza. Per quanto riguarda il trasporto ferroviario, invece, si sottolinea l'importanza prioritaria della sua modernizzazione per ridurre, tra gli altri, l'impatto climatico, l'inquinamento atmosferico e il numero di incidenti. In tema di navigazione viene chiesto il potenziamento dei porti dell'Adriatico settentrionale. Vengono altresì individuati gli strumenti finanziari necessari, tra cui rientrano il CEF, i Fondi strutturali e d'investimento europei, lo strumento di assistenza preadesione e i fondi della BEI e della BERS. Per questi motivi ho votato a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to reject this non-legislative resolution as the EU should not be making decisions that affect the transport policy of Member States.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La privatización de las infraestructuras y la apertura de los mercados periféricos a los productos de las economías centrales son los dos principales ejes de la política de transportes de la Unión. Así es, también, en este informe, por lo que he votado en contra.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report outlined a range of suggestions to modernise and enhance the connectivity and accessibility of transport infrastructure from and within Central and Eastern parts of the EU.

It has some positive features, including reiterating the TEN-T objectives of bridging missing links, removing bottlenecks, and ensuring seamless connections for long-distance and regional transport, particularly in cross-border regions, for passengers and freight.

However, attempts to improve the report in committee by including pro-social and pro-environment elements were rejected and overall the report is highly focused on economic growth and competitiveness, heavy infrastructure and subordinating all transport modes 'without exception' to the needs of competitiveness and the single market. The report also repeatedly promotes the use of Public-Private Partnerships in developing transport infrastructure, and its reference to TEN-T is limited to the core network, with a heavy focus on growth rather than meeting social need.

For these reasons, we voted against this report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Les infrastructures de transport dans la région de l'Europe centrale et orientale se sont grandement améliorées au cours des dernières années, mais il reste encore beaucoup à faire, notamment en ce qui concerne le développement des corridors de base du RTE-T et du réseau global.

Ce rapport couvre tous les modes de transport et met l'accent sur le transport multimodal, soulignant non seulement la nécessité d'achever de grands projets d'infrastructure routière, mais aussi le transport ferroviaire à grande vitesse, la navigation intérieure et l'amélioration des liaisons entre aéroports régionaux.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη βελτίωση της διασύνδεσης και της προσβασιμότητας των υποδομών μεταφορών στην Κεντρική και Ανατολική Ευρώπη, διότι θεωρώ ότι η αποκατάσταση των ελλειπόντων συνδέσμων και η ευρύτερη βελτίωση των υποδομών μεταφοράς θα έχουν απτά οφέλη τόσο στην κινητικότητα των επιβατών και των εμπορευμάτων όσο και στην ενίσχυση της ασφάλειας των ανατολικών συνόρων της ΕΕ.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Transportinfrastruktur in Zentral- und Osteuropa ist durch die Unterstützung der EU wesentlich verbessert und modernisiert worden. Allerdings herrscht weiterhin Verbesserungsbedarf, was grenzüberschreitende Verbindungen in Nord-Süd-Richtung zwischen diesen Mitgliedstaaten betrifft. Da Verbesserungen an Verkehrsinfrastrukturen stets umfangreiche Investitionen erfordern, müssen die Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa und die Kommission die uneingeschränkte Koordinierung auf allen Ebenen der Verkehrspolitik und der Projektplanung unbedingt weiter intensivieren. Außerdem ist von grundlegender Bedeutung, bei der Finanzierung sämtliche Synergien zwischen den europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds), der Fazilität „Connecting Europe", den Mitteln der Europäischen Investitionsbank (EIB) und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zu nutzen. Dasselbe gilt für die rechtzeitige Inanspruchnahme der Mittel des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI), die für die nähere Zukunft zur Verfügung gestellt werden. Ich begrüße diesen Bericht, da er einen Beitrag dazu leisten kann, bestimmte Probleme in Angriff zu nehmen, die bei der Entwicklung der verschiedenen Verkehrsträger zu Land, zur See und in der Luft in den mittleren und östlichen Gebieten der EU anzutreffen sind.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale présente certes des points positifs, comme la nécessité d'une meilleure utilisation des financements européens, d'une transparence accrue, d'un allègement administratif, de plus de fonds consacrés à l'entretien des infrastructures existantes, d'une répartition plus logique des aéroports régionaux, de favoriser les entreprises locales lors de la construction d'infrastructures, de veiller à ne pas oublier les populations les plus isolées…

Mais dans le même temps, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, se préoccupe de pistes cyclables et de transports urbains, encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission, occulte les prises de participation et investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés en Europe centrale et orientale et souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE.

J'ai donc voté contre ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This is a report that does not directly affect the UK but it is the EU making decisions that will affect other Member States with minimal consultation of National Governments.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Les liaisons de transport de grande qualité sont fondamentales pour les activités économiques de l'Europe et pour la qualité de vie de nos citoyens. Il est donc pour cela nécessaire que les États membres rassemblent leurs ressources et coopèrent dans le but de poursuivre le développement du réseau transeuropéen de transport (RTE-T). C'est la raison pour laquelle j'ai décidé d'approuver ce texte.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Transporto infrastruktūros jungtys ir prieinamumas turi didelį poveikį ekonomikos augimui, jos konkurencingumui, užimtumui ir ES bei jos regionų teritorinei sanglaudai. Pritariu, kad EP turėtų palaikyti šio transeuropinio transporto tinklo (TEN-T) kūrimo procesą ir toliau spręsti su transporto infrastruktūros jungtimis ir prieinamumu ES Vidurio ir Rytų Europos dalyje susijusias neišspręstas problemas, sujungiant Estiją, Latviją, Lietuvą, Lenkiją, Čekijos Respubliką, Slovakiją, Vengriją, Slovėniją, Kroatiją, Rumuniją ir Bulgariją. Aišku viena, kad valstybės narės ir Komisija visų pirma turi sutelkti dėmesį į tai, kaip nutiesti trūkstamas jungtis, pašalinti kliūtis ir užtikrinti tiek keleiviams vežti, tiek kroviniams skirtas vientisas jungtis.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques points positifs, ce projet préconise l'élargissement de l'espace Schengen, se préoccupe de pistes cyclables et de transports urbains, encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission, occulte les investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés en Europe centrale et orientale, souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE…

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui insiste sur la nécessité d'améliorer le maillage et l'accessibilité des infrastructures de transport en provenance, à destination ou à l'intérieur des régions centrale et orientale de l'Union, en prenant en considération les besoins de l'économie et les principes du développement durable.

Il rappelle à cet effet les objectifs du réseau transeuropéen de transport (RTE-T) qui consistent à établir des liaisons manquantes, supprimer les goulets d'étranglement et assurer des connexions sans rupture pour les transports régionaux et à longue distance, notamment dans les régions transfrontalières, pour le trafic de voyageurs et le fret.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que busca alcanzar unas conexiones de transporte de alta calidad en la región central y este de Europa. El texto considera que unas redes de transporte de fácil acceso y bien conectadas, que abarquen las dimensiones locales, regionales, nacionales y transfronterizas del transporte de pasajeros y de mercancías, son esenciales para promover la cohesión económica, social y territorial dentro de los Estados miembros y entre los Estados miembros de la Unión. De este modo, la mejora de las conexiones facilitaría el desarrollo económico de estas regiones europeas que presentan los índices de pobreza más altos de la Unión.

Dentro de este informe, he votado en contra de aquellos puntos donde se prioriza la creación de un nuevo corredor europeo que comunique directamente la plataforma portuaria de Venecia con el nordeste de Europa. Este nuevo corredor es contrario a los intereses españoles que se centran en dar prioridad al corredor central y al corredor mediterráneo, ambos necesarios para mejorar las conexiones con el resto de Europa y promover el desarrollo económico de nuestro país.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho sostenuto la relazione Poręba sul miglioramento della connessione e dell'accessibilità dell'infrastruttura di trasporto nell'Europa centrale e orientale. Si tratta di un tema cruciale per il futuro dell'Unione che vede oggi coesistere le avanzate reti della zona centrale del continente con quelle poco sviluppate delle regioni orientali. Il deficit infrastrutturale si presenta come deficit di opportunità per territori che sono in realtà dotati del potenziale per attrarre investimenti e contribuire alla crescita economica di tutta l'UE. Il testo, ribadendo gli obiettivi della rete transeuropea dei trasporti, sottolinea quindi la necessità per l'Unione di creare nuove infrastrutture e di investire nella modernizzazione e nel completamento di quelle già esistenti. L'accessibilità e la connettività costituiscono un elemento cruciale per la crescita economica, la competitività, l'occupazione e la coesione territoriale, per questo motivo occorre una pianificazione dei progetti coordinata dagli Stati membri e un miglior uso delle politiche e degli strumenti esistenti per la cooperazione regionale. L'utilizzo delle strategie macroregionali dell'UE può offrire un quadro di governance innovativo per affrontare le nuove sfide che la politica dei trasporti si trova davanti a sé e per garantire il definitivo superamento delle dannose disparità esistenti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe versa sobre las lagunas y deficiencias que aún persisten en la red de transporte de la Unión en Europa central y oriental, pese a las inversiones realizadas y los avances obtenidos. Aunque hay algunos puntos positivos —coherencia entre instrumentos financieros de la Unión, multimodalidad o desarrollo infraestructura ciclista— he votado en contra, porque el único criterio que se propone para identificar y evaluar las carencias en infraestructuras es potenciar el mercado único, el desarrollo económico y la competitividad de las empresas en los mercados transnacionales. En consecuencia, las referencias a los criterios de cohesión social o de sostenibilidad ambiental son meramente testimoniales. Además, aboga por relanzar algunas grandes infraestructuras transfronterizas que cuentan con fuerte oposición de las comunidades locales afectadas.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur le renforcement du maillage et de l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale fait le point sur les financements européens destinés aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale, et adresse plusieurs recommandations à la Commission.

De nombreuses infrastructures de transports en Europe de l'Est sont vétustes ou dangereuses. L'UE a lancé un appel à projets de 7,6 milliards d'euros (dont 6,5 millions d'euros pour les pays d'Europe centrale et orientale, et aussi pour le Portugal et la Grèce). Plusieurs points négatifs apparaissent dans ce rapport: l'intérêt accru de l'UE pour les pistes cyclables (adieu principe de subsidiarité), la volonté de sauver à tout prix l'espace Schengen non-viable dès l'origine, et même de l'étendre à la Roumanie et à la Bulgarie, la volonté d'étendre les financements européens aux pays non-membres de l'UE des Balkans et à l'Ukraine, et la promotion des macro-régions, perçues comme des nouvelles formes de gouvernances idéales. Enfin, le rapport oublie aussi l'expansion de l'influence chinoise en Europe centrale et orientale. Des points sont certes positifs mais, au vu des éléments négatifs développés précédemment, j'ai décidé de voter contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo sul miglioramento della connessione e dell'accessibilità dell'infrastruttura di trasporto nell'Europa centrale e orientale è in larga parte condivisibile. Ritengo fondamentale garantire alle imprese italiane efficienti collegamenti con l'Est europeo, data l'importanza degli scambi commerciali tra la nostra industria e quei territori. Un miglioramento delle vie di comunicazione tra il Nord Italia, soprattutto quelle del Nordest, favorirebbe l'attività delle nostre imprese, per le quali i territori del Centro e Est Europa rappresentano i naturali mercati di esportazione. Per questi motivi ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa mediante el cual el Parlamento solicita a la Comisión Europea una mayor atención de la UE a los proyectos de mejora de la conectividad y accesibilidad en la Europa central y oriental, una ayuda administrativa adicional para que puedan beneficiarse de los Fondos Estructurales y del Mecanismo «Conectar Europa»; se pide que la financiación de los proyectos se centre principalmente en construir los enlaces pendientes, eliminar cuellos de botella y garantizar unas conexiones sin fisuras para pasajeros y mercancías.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas transporto infrastruktūros Vidurio ir Rytų Europoje jungties ir prieigos pagerinimas.

Kokybiškos transporto magistralės yra itin svarbios norint vykdyti ekonominę veiklą Europoje ir užtikrinti mūsų piliečių gyvenimo kokybę. Lengvai prieinami ir gerai sujungti transporto tinklai, kuriais atsižvelgiama į vietos, regioninius, nacionalinius ir tarpvalstybinius keleivių vežimo ir krovinių gabenimo aspektus, yra ekonominės, socialinės ir teritorinės sanglaudos ES valstybėse narėse ir tarp jų skatinimo pagrindas. Europos lygmeniu transeuropiniu transporto tinklu (TEN-T) siekiama plėsti integruoto daugiarūšio vežimo tinklą visoje ES, tokiu būdu skatinant nacionalinių tinklų sujungimą ir sąveikumą bei prieigą prie šio tinklo.

2013 m. parengus TEN-T gaires ir Europos infrastruktūros tinklų priemonę, buvo nustatyti ES transporto infrastruktūros politikos įgyvendinimo pagrindiniai ramsčiai iki 2020 metų. Rengdamos ir įgyvendindamos projektus, valstybės narės ir ES turės sutelkti savo išteklius ir glaudžiai bendradarbiauti siekiant, kad iki 2030 m. būtų užbaigtas strateginis pagrindinis tinklas, o iki 2050 m. – visa apimantis susisiekimo tinklas. Europos Parlamentas mano, kad dabar yra būtent tas laikas, kai Parlamentas turėtų palaikyti šio transeuropinio transporto tinklo kūrimo procesą ir toliau spręsti su transporto infrastruktūros jungtimis ir prieinamumu ES Vidurio ir Rytų Europos dalyje susijusias neišspręstas problemas, sujungiant Estiją, Latviją, Lietuvą, Lenkiją, Čekijos Respubliką, Slovakiją, Vengriją, Slovėniją, Kroatiją, Rumuniją ir Bulgariją.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Poročilo sem podprl, ker povezanost in dostopnost prometne infrastrukture močno vplivata na gospodarsko rast in konkurenčnost gospodarstva ter na zaposlovanje in teritorialno kohezijo v EU in njenih regijah.

Sistem prometnih povezav pa v določenih primerih zastaja in povzroča omejitve. Z nadaljnjim vlaganjem in razvijanjem prometne infrastrukture lahko pomembno pomagamo prebivalcem in podjetjem v teh regijah. Za učinkovito črpanje teh sredstev pa bo potrebna transparentnost in dobro pripravljeni projekti.

Predvsem vzhodna Evropa ima resne težave pri prehodu na železnice, saj zaostaja z vzpostavitvijo moderne železniške infrastrukture. Tu bi morala Evropska komisija nadaljevati s spodbudami in pomočjo državam v zaostanku, sicer ne moremo pričakovati vzpostavitve učinkovitega evropskega železniškega omrežja v naslednjih dveh desetletjih.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće u kojem se navodi kako se prometna infrastruktura u cijeloj srednjoj i istočnoj Europi tijekom posljednjih godina uvelike poboljšala, ali isto tako još puno treba biti učinjeno, posebice na razvoju TEN-T osnovnih koridora i sveobuhvatne mreže.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Si je suis consciente qu'il faudrait améliorer les infrastructures des pays d'Europe centrale toujours aussi vétustes malgré les sommes considérables déjà englouties par les fonds européens, je reste fermement opposée à l'élargissement de l'espace Schengen et à la gouvernance macrorégionale de l'UE prônée par ce rapport.

En outre, je suis opposée à l'idée d'associer les pays des Balkans et l'Ukraine à la politique des transports de l'UE.

J'ai donc voté contre.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on improving the connection and accessibility of transport infrastructure in Central and Eastern Europe bearing in mind that the transport infrastructures in most of these regions are still underdeveloped compared with those of other EU countries. Furthermore, I believe the macro-regional EU strategies offer an innovative governance framework for tackling these challenges by ensuring better transport conditions. As a matter of fact, this resolution recognises the role of regions in the development of transport infrastructures.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Collegamenti di trasporto di elevata qualità sono fondamentali per le attività economiche europee e per la qualità della vita dei cittadini. L'obiettivo della rete transeuropea di trasporto (TEN-T) è quello di sviluppare una rete di trasporto multimodale integrata a livello UE. Il Parlamento europeo deve mantenere vivo lo slancio di questo nuovo processo TEN-T e affrontare le sfide in materia di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto negli Stati membri dell'area centrale e orientale, che hanno subito miglioramenti e ammodernamenti dal periodo precedente l'adesione fino a oggi, ma in cui sono ancora presenti gravi lacune. Queste vanno colmate per incentivare la crescita economica e le opportunità di lavoro per cittadini e imprese. Inoltre, il mantenimento di collegamenti di trasporto sostenibili dovrebbe essere inteso come un fattore sempre più importante per promuovere la stabilità e la sicurezza del confine orientale dell'UE e dei Balcani occidentali. In tale contesto, gli Stati membri e la Commissione devono realizzare i collegamenti mancanti e garantire collegamenti senza ostacoli. È fondamentale che gli Stati membri dell'Europa centrale e orientale e la Commissione intensifichino il coordinamento in tutte le fasi della politica di trasporto e di pianificazione dei progetti, siccome sono richiesti continui investimenti significativi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative dresse un constat des financements européens destinés aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale et énonce une série de recommandations pour développer les réseaux de transport dans ces pays, qu'ils soient membres de l'Union, candidats à l'adhésion ou pays tiers bénéficiant de la politique de voisinage.

La succession de vœux pieux formulés dans ce rapport, tels que l'amélioration de l'utilisation des financements, l'accroissement de la transparence dans l'attribution des fonds ou encore l'allégement des contraintes administratives, ne masque pas la nocivité de certaines propositions. Ce rapport encense en effet la gouvernance macro-régionale promue par la Commission tout en occultant la portée des investissements chinois dans cette région.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Activitățile economice din Europa depind într-o măsură semnificativă de legăturile existente de transport de foarte bună calitate. De asemenea, în vederea stimulării coeziunii economice, sociale și teritoriale în statele membre, e necesară existența unor rețele de transport bine conectate și accesibile. Rețeaua transeuropeană de transport (TEN-T) reprezintă un prim pas în promovarea interconectării și interoperabilității rețelelor naționale. Este necesar să fie continuată dinamica acestui nou proces TEN-T, pentru a soluționa problemele referitoare la accesibilitatea și conectivitatea infrastructurii de transport din statele membre din Europa Centrală și de Est.

Cu toate că au fost realizate anumite progrese privind modernizarea și îmbunătățirea infrastructurii de transport a statelor membre din centrul și estul Europei, încă există obstacole mari privind accesibilitatea și conectivitatea infrastructurii de transport. Drept urmare, m-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că este un instrument esențial în vederea îmbunătățirii conectării și accesibilității infrastructurii de transport din Europa Centrală și de Est și va avea un impact pozitiv în ceea ce privește creșterea economică și stimularea investițiilor.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Transporturile constituie fundamentul oricărei economii. Integrarea piețelor, creșterea economică și activitatea transporturilor sunt activități strâns legate. În UE, legăturile eficace la nivelul transporturilor au facilitat crearea și integrarea pieței interne. Mai trebuie făcute însă eforturi în vederea legării eficiente a sistemelor de transport din vestul Europei cu cele din centrul și estul Europei, pentru a menține creșterea economică și oportunitățile de ocupare a forței de muncă pentru cetățeni și întreprinderi la un nivel cât mai ridicat cu putință.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul pentru îmbunătățirea conectării și accesibilității infrastructurii de transport din Europa Centrală și de Est. Consider că este momentul pentru o schimbare, în vederea dezvoltării unor noduri de transport ce reprezintă un element esențial pentru interconectarea transporturilor pe distanțe lungi, regionale și urbane, promovând astfel eficiența, intermodalitatea și dezvoltarea mediului de afaceri regional. În zonele urbane, facilitarea mersului pe jos și a mersului cu bicicleta ar trebui să devină o parte integrantă a mobilității urbane și a proiectelor de infrastructură. Este de reamintit faptul că, pentru îmbunătățirea infrastructurii de transport, trebuie utilizate la timp toate mijloacele puse la dispoziție de Fondul european pentru investiții strategice.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla relazione in questione perché ritengo che la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture di trasporto hanno un impatto importante sulla crescita economica, sull'occupazione e sulla coesione territoriale dell'UE. L'Europa centrale e orientale è una parte essenziale del mercato unico europeo ed è dotata del giusto potenziale per attrarre investimenti e contribuire, così, alla crescita economica di tutta l'UE. Al fine di concorrere al meglio allo sviluppo del mercato unico, le modalità di trasporto in toto dovrebbero contribuire al rafforzamento della competitività, dell'intermodalità e della transizione ecologica. Il ricorso ai finanziamenti dell'UE deve riflettere, pertanto, le effettive necessità di investimento per il completamento della rete centrale TEN-T nella regione entro il 2030. Oltre alla necessità di creare nuove infrastrutture, l'Europa, deve investire nella modernizzazione e nel completamento delle infrastrutture di trasporto già esistenti. Grazie alla sua posizione geografica strategica, l'Europa centrale e orientale può divenire un importante centro logistico e uno snodo di comunicazione fondamentale tra Europa e Asia.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report. It outlines a range of suggestions to modernise and enhance the connectivity and accessibility of transport infrastructure from and within Central and Eastern parts of the EU. On the one hand, it reiterates the TEN-T objectives of bridging missing links, removing bottlenecks, and ensuring seamless connections for long-distance and regional transport, particularly in cross-border regions, for passengers and freight.

However, my GUE/NGL colleagues attempted to improve the report in committee by including pro-social and pro-environment elements but this was rejected and overall the report is highly focused on economic growth and competitiveness, heavy infrastructure and subordinating all transport modes 'without exception' to the needs of competitiveness and the single market. The report also repeatedly promotes the use of public-private partnerships in developing transport infrastructure, and its reference to TEN-T is limited to the core network (again a heavy focus on growth rather than social need). For these reasons I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject this non-legislative resolution as the EU should not be making decisions that affect the transport policy of Member States.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I agree that a further boost is necessary to improve the cross-border connectivity in the north-south direction between the EU Member States in Central and Eastern Europe. Although a lot has been done in terms of modernisation and improvements since membership, there is still room for further improvement. This can be achieved through a balance of using different modes of land, water and air transport, including the promotion of inter-modality through hubs, ports and reassessing cross-border rail connections.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione del collega Poręba mira a migliorare la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture per il trasporto in direzione, in provenienza e all'interno delle regioni centrali e orientali dell'UE, investendo nella modernizzazione e nel completamento delle infrastrutture di trasporto esistenti. Vengono affrontati le diverse criticità divise per modalità di trasporto a partire da quello stradale, per il quale si evidenzia il bisogno di una migliore rete di infrastrutture lungo il confine orientale dell'UE. Si prende in considerazione il fattore della sicurezza stradale. Alla luce di quanto esposto, ho votato a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Collegamenti di trasporto di elevata qualità e senza inutili ostacoli sono fondamentali per lo sviluppo economico e per la qualità della vita dei nostri cittadini europei. Le infrastrutture di trasporto nel territorio dell'Unione sono indubbiamente migliorate nell'arco degli ultimi decenni, contribuendo alla ricostruzione dei collegamenti negli Stati membri dell'Europa centrale e orientale. Ciò nonostante, molto deve ancora essere fatto per colmare le lacune in termini di accesso e connessione di alcune regioni. È evidente che tali sfide richiedono piani di investimenti costanti e significativi nonché un adeguato coordinamento in tutte le fasi della politica di trasporto e di pianificazione dei progetti. In tal senso, credo che la rete transeuropea di trasporto (TEN-T) sia uno strumento importante che può promuovere non solo l'interconnessione e il coordinamento delle reti nazionali ma, più in generale, rilanciare crescita e sviluppo sui territori europei, specialmente nelle aree rurali e più remote. Ho votato a favore della

relazione perché orientata verso principi di sostenibilità e di accessibilità nello sviluppo delle infrastrutture di trasporto.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως οι οικονομικές δραστηριότητες στην Ευρώπη και η ποιότητα ζωής των πολιτών μας εξαρτώνται σε μεγάλο βαθμό από τους υψηλής ποιότητας συγκοινωνιακούς συνδέσμους. Τα δίκτυα μεταφορών –με καλές συνδέσεις που εξυπηρετούν τις επιβατικές και εμπορευματικές συγκοινωνίες σε τοπικό, περιφερειακό, εθνικό και διασυνοριακό επίπεδο– καθώς και η εύκολη πρόσβαση σε αυτά αποτελούν κινητήρια δύναμη για την ενίσχυση της οικονομικής, κοινωνικής και γεωγραφικής συνοχής εντός και μεταξύ των κρατών μελών στην ΕΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για τη βελτίωση της διασύνδεσης και της προσβασιμότητας των υποδομών μεταφορών στην Κεντρική και Ανατολική Ευρώπη. Είναι γεγονός πως καλούμαστε να στηρίξουμε τους τομείς αυτούς στη συγκεκριμένη περιοχή, με στόχο την ανάπτυξη και τη βελτίωση των υποδομών. Το γεγονός όμως πως η έκθεση αυτή εστιάζει σχεδόν αποκλειστικά σε ζητήματα οικονομικής φύσεως, αγνοώντας την ανάγκη να εξετάσουμε τις κοινωνικές προεκτάσεις και τις ανάγκες των πολιτών και, κυρίως, των εργαζομένων, με οδήγησε στην απόφαση να καταψηφίσω την έκθεση.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in oggetto, che si occupa di temi infrastrutturali importanti, anche relativi all'Est padano.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione in quanto reputo che sia fondamentale garantire collegamenti di trasporto di qualità, che rappresentano una risorsa per incrementare le attività economiche e la qualità di vita dei cittadini. Le reti dovrebbero essere facilmente accessibili e ben collegate e dovrebbero includere una dimensione locale, regionale, nazionale e transfrontaliera del trasporto passeggeri e merci.

Grazie all'aiuto dell'UE le infrastrutture di trasporto hanno subito miglioramenti e ammodernamenti significativi, ma nonostante i progressi compiuti esistono ancora delle lacune in termini di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto in tutta l'Europa centrale e orientale. Pertanto occorre realizzare i collegamenti mancanti, eliminare le strozzature e garantire collegamenti senza ostacoli sia per i passeggeri sia per le merci.

Credo che la cooperazione nell'ambito delle strategie macroregionali dell'UE potrebbe risultare utile per affrontare questioni legate alla politica dei trasporti che non possono essere risolte dai singoli Stati membri.

Tutti gli sforzi dovrebbero avvenire nel quadro di un approccio orientato ai risultati e al rendimento, ricercando soluzioni di trasposto economicamente vantaggiose e rispettose dell'ambiente.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto ritengo che sia fondamentale continuare a perseguire il processo TEN-T con l'obiettivo di migliorare sempre di più l'accessibilità e la connettività delle infrastrutture di trasporto negli Stati membri dell'area centrale e orientale dell'UE anche al fine di migliorare la stabilità e la sicurezza dei confini.

Un importante aiuto in questa direzione può essere fornito anche dalla cooperazione nell'ambito delle strategie macroregionali dell'UE: attraverso l'utilizzo del meccanismo di governance innovativo si potrebbe facilitare la soluzione di questioni ancora aperte di politica dei trasporti, che non possono essere risolte dai singoli Stati membri.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La privatización de las infraestructuras y la apertura de los mercados periféricos a los productos de las economías centrales son los dos principales ejes de la política de transportes de la Unión. Así es, también, en este informe, por lo que he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'accessibilità e l'interconnessione delle infrastrutture di trasporto nell'Europa centrale e orientale sono ancora poco sviluppate rispetto a quelle di altre regioni europee. Tuttavia, la costruzione di nuovi trasporti di lunga distanza, regionali e urbani, e l'ammodernamento di quelli già esistenti sono priorità per lo sviluppo equo e sostenibile dei territori europei e del mercato unico dell'UE, in termini di occupazione, crescita e competitività economica. Quindi, rappresentano mezzi primari per raggiungere gli obiettivi della politica di coesione.

Ho votato a favore di questa relazione perché condivido gli aspetti evidenziati. Tra questi, soprattutto la necessità del ricorso ai finanziamenti europei in linea con l'obiettivo di completamento della rete trans-europea dei trasporti (TEN-T) nella regione entro il 2030 e con gli impegni derivanti dal Libro bianco del 2011 sui trasporti fino al 2020; in particolare, un utilizzo più efficiente delle politiche e degli strumenti esistenti per la cooperazione regionale, quali la cooperazione territoriale europea (CTE), Interreg e i gruppi europei di cooperazione territoriale (GECT), per eliminare le strozzature tra le regioni nel sistema di trasporto transfrontaliero. È importante anche promuovere le potenzialità che offrono i progetti ibridi di partenariato pubblico-privato collegando le fonti di finanziamento europee con le risorse pubbliche e private.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Asigurarea unui transport de foarte bună calitate este esențial pentru calitatea vieții cetățenilor Uniunii, dar și pentru activitatea economică. Interconectarea rețelelor naționale reprezintă viitorul transportului în interiorul Uniunii. Proiectele de refacere a legăturilor înspre și dinspre statele occidentale ale UE trebuie extins și pentru țări ca Estonia, Letonia, Lituania, Polonia, Republica Cehă, Slovacia, Ungaria, Slovenia, Croația, România și Bulgaria. Pentru realizarea acestui proiect, este esențial ca statele membre din Europa Centrală și de Est și Comisia să-și intensifice coordonarea deplină în toate etapele elaborării politicii în domeniul transporturilor și a planificării proiectelor. Am votat pentru dezvoltarea acestui proiect cu beneficii atât pentru securitatea regională, cât și pentru mobilitatea și bunăstarea cetățenilor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprawozdanie dotyczące usprawnienia połączeń i poprawy dostępności infrastruktury transportowej w Europie Środkowo-Wschodniej, ponieważ jest ono nowatorskie oraz kompleksowe i jest w pełni poświęcone rozwojowi infrastruktury transportowej w Centralnej i Środkowo-Wschodniej Europie (EŚW). To ważne, że zostały zawarte w nim konkretne wytyczne i zalecenia dotyczące kierunku rozwoju infrastruktury, obszarów wsparcia oraz konieczności realizacji konkretnych projektów w regionie EŚW (budowa Rail Baltica, drogi Via Carpathia, rozwój wschodniej części EUSALP, utworzenie nowego korytarza europejskiego). Z wymienionych wyżej powodów zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The report provides input for addressing the development of the different modes of land, water and air transport in the Central and Eastern EU, including the promotion of inter-modality through hubs and in ports and the need for redressing cross-border passenger rail connections. I am in favour of this report as it aims to improve the accessibility and connection of transport infrastructure which recognises the need of cycling provisions in new road development, protection of the environment and biodiversity while including measures to reduce road accidents.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le renforcement du maillage et de l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale.

Le sous-développement des réseaux de transports dans les États membres d'Europe centrale et orientale est un frein à leur croissance économique ainsi qu'à celle du marché intérieur. Afin de renforcer la convergence des économies et la cohésion sociale entre les États membres de l'Union, il est nécessaire de promouvoir une coopération accrue entre la Commission européenne et les États membres d'Europe centrale et orientale pour la création d'un réseau de transport interconnecté et accessible sur l'ensemble du territoire.

Alors que la majorité des efforts ont pour l'instant porté sur l'axe Est-Ouest, il me semble particulièrement important de mettre l'accent sur les réseaux de transport reliant le Nord au Sud de l'Europe centrale et orientale.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés. A kelet–nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak–déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte présente des points positifs, comme la nécessité d'une meilleure utilisation des financements européens, d'une transparence accrue, d'un allègement administratif, de l'augmentation des fonds consacrés à l'entretien des infrastructures existantes, d'une répartition plus logique des aéroports régionaux ou du soutien aux entreprises locales lors de la construction d'infrastructures.

Néanmoins, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen et encense la gouvernance macro-régionale défendue par la Commission. De même, il occulte la question des investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens alloués aux pays d'Europe centrale et orientale et souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE. Aussi ai-je préféré voter contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно подобряването на свързаността и достъпността на транспортната инфраструктура в Централна и Източна Европа. Това е първият подробен документ, изцяло посветен на транспортната инфраструктура в Централна и Източна Европа. Важно е да се обръща еднакво внимание на всички транспортни коридори, независимо в кой район на Европа се намират, за да се стимулира техният потенциал.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, διότι προωθεί την εκτέλεση έργων σε ήδη ανεπτυγμένες χώρες, όπως η Γερμανία, ενώ δίνει πολύ μικρή βαρύτητα σε χώρες που έχουν πραγματικά ανάγκη κατασκευής έργων υποδομής.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La importancia de la mejora de la conexión y accesibilidad de la infraestructura de trasporte para las actividades económicas en Europa y para la calidad de vida de nuestros ciudadanos es fundamental, por ello debemos contar con unas conexiones de transporte de alta calidad, de fácil acceso y bien conectadas que abarquen las dimensiones locales, regionales, nacionales y transfronterizas del transporte de pasajeros y de mercancías.

Las infraestructuras de transporte en los Estados miembros de esta parte de la Unión, sin duda han sido objeto de una modernización y mejora considerables, y son esenciales para promover la cohesión económica, social y territorial dentro de los Estados miembros y entre los Estados miembros de la Unión.

Desafortunadamente persisten importantes lagunas en la accesibilidad y conectividad de las infraestructuras de transporte en todo el territorio de la Unión central y oriental que deben suplirse el máximo posible para poder mantener unas conexiones de transporte sostenibles, entendiendo las mismas como un factor cada vez más importante para el aumento de la estabilidad y la seguridad de la frontera oriental de la Unión y en los Balcanes Occidentales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O acesso imediato a redes de transportes dotadas de boas ligações que abranjam as dimensões local, regional, nacional e transfronteiras do transporte de passageiros e mercadorias está no centro da promoção da coesão económica, social e territorial nos Estados-Membros da UE e entre si. Os Estados-Membros e a UE terão de reunir os seus recursos e cooperar estreitamente na conceção e na execução de projetos com vista a concluir a estratégica rede principal até 2030 e a rede global até 2050.

Os Estados-Membros e a Comissão devem, em primeiro lugar, concentrar-se em colmatar as ligações em falta, eliminar os estrangulamentos e assegurar ligações sem descontinuidades, tanto para o transporte de passageiros como de mercadorias, cumprindo, deste modo, os objetivos da RTE-T. No entanto, estes esforços no sentido de concluir os corredores principais devem também estimular o desenvolvimento da rede global, proporcionando uma ligação às regiões vizinhas, nomeadamente nas regiões transfronteiriças, e conseguir, deste modo, a consolidação dos corredores da rede.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission, occulte les investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés en Europe centrale et orientale, souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE…

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A existência de infraestruturas e sistemas de transportes de qualidade é uma garantia para o desenvolvimento dos países e para a melhoria da qualidade de vida das populações. A ligação e a interoperacionalidade entre os sistemas de transportes, dentro de um país ou entre diversos países, é também um elemento facilitador de desenvolvimento e do estabelecimento de relações comerciais e de comunicação sociocultural.

Os países da Europa Central e Oriental têm todo o direito a um desenvolvimento pleno e a aproveitar os instrumentos disponíveis para garantir uma maior coesão.

Este relatório, no entanto, enfatiza estratégias e instrumentos que representam interesses contrários aos dos povos – dos vários Estados-Membros e não apenas dos visados.

Desde logo, no centro dos objetivos do relatório está a intenção de aprofundamento do mercado único. Mais do que melhorar a operacionalidade dos transportes na Europa Central e Oriental, importa alargar o mercado dos monopólios europeus a esta macrorregião. Ao mesmo tempo, procura antecipar futuros alargamentos (Balcãs Ocidentais, Ucrânia), expandindo o sistema de transportes para que a entrada no mercado único se faça fluidamente.

Paralelamente, apela a que a forma de materialização das infraestruturas seja realizada através do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos (FEIE), das possibilidades oferecidas pelos projetos híbridos no âmbito de parcerias público-privadas.

Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la presente relazione poiché ritengo che essa si ponga come obiettivo il miglioramento e lo sviluppo delle infrastrutture di trasporto della sola Europa centro-orientale, escludendo di fatto di porre in essere gli stessi sforzi per le linee di trasporto che collegano Est-Ovest e Nord-Sud, fra i quali rientrerebbero il completamento dell'autostrada A27 e il miglioramento della rete di trasporto stradale italo-austriaca.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Kvalitné dopravné spojenia majú zásadný význam pre podporu podnikania, hospodárskeho rastu a súvisiacu tvorbu pracovných príležitostí. Ide o zvyšovanie kvality života našich občanov. Už roky počúvajú od rôznych vlád napríklad o potrebe dobudovania diaľničnej infraštruktúry. Situácia sa v poslednom čase nepochybne zlepšila. V porovnaní s okolitými štátmi je to však stále nepostačujúce. Nevyhnutná je aj výraznejšia podpora lepšieho vzájomného prepojenia dopravných sietí medzi štátmi V4, ako aj v celom regióne strednej a východnej Európy. Vyžaduje si to zintenzívnenie vzájomnej spolupráce a značné investície. Okrem štrukturálnych a investičných fondov na to Európska únia ponúka viaceré finančné mechanizmy. Tie možno využiť napríklad prostredníctvom Európskej investičnej banky, Európskej banky pre obnovu a rozvoj či Európskeho fondu pre strategické investície. Okrem prepájania cestnej a železničnej dopravnej infraštruktúry či podpory lokálnych letísk má región strednej a východnej Európy výrazný potenciál aj z hľadiska rozvoja vodnej dopravy.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione in quanto concordo sulla necessità del miglioramento della connessione e dell'accessibilità delle infrastrutture.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη βελτίωση της διασύνδεσης και της προσβασιμότητας των υποδομών μεταφορών στην Κεντρική και Ανατολική Ευρώπη, καθώς προωθεί την εκτέλεση έργων σε ήδη ανεπτυγμένες χώρες, όπως η Γερμανία, ενώ δίνει πολύ μικρή βαρύτητα σε χώρες που έχουν πραγματικά ανάγκη την κατασκευή έργων υποδομής.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Transport infrastructure across the Central and Eastern Europe region has greatly improved over recent years but much more needs to be done, particularly on developing the TEN-T core corridors and comprehensive network. The benefits of bridging missing links and improving connectivity can extend to passengers and freight, supporting passenger mobility, trade, economic development, tourism and enhancing the security of the eastern border of the EU. This report covers all modes of transport and emphasises multimodal transport, stressing the need not only for major road infrastructure projects to be completed but high-speed rail, inland waterway navigation and improved connections between regional airports. Full use should be made of available financial support, particularly from CEF and EFSI. I voted in favour of the report.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrái – az EU segítségével – jelentős korszerűsítéseken és fejlesztéseken estek át. Ugyanakkor mostanáig – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. A ma elfogadott jelentés ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendüléséhez járulhat hozzá.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását is felveti a jelentés. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról.

Ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén.

Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que es fundamental contar con unas conexiones de transporte de alta calidad para el desarrollo económico y social en Europa. Unas redes de transporte de fácil acceso y bien conectadas que abarquen las dimensiones locales, regionales, nacionales y transfronterizas del transporte de pasajeros y de mercancías son esenciales para promover la cohesión económica, social y territorial dentro de los Estados miembros y entre los Estados miembros de la Unión. Por lo tanto, es el momento de abordar los desafíos pendientes en relación con la accesibilidad y conectividad de las infraestructuras de transporte en los Estados miembros de la parte central y oriental de la Unión, uniendo Estonia, Letonia, Lituania, Polonia, la República Checa, Eslovaquia, Hungría, Eslovenia, Croacia, Rumanía y Bulgaria.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La coesione e lo sviluppo economico-sociale passano attraverso un rafforzamento dell'accessibilità e della connettività delle infrastrutture di trasporto. Perché una rete solida di collegamenti accessibili ed estesi per il trasporto merci incoraggia le attività commerciali e quindi la crescita, promuove la mobilità occupazionale e personale, moltiplica le opportunità di integrazione sociale e professionale e incentiva il turismo e l'economia. Investire in connettività e mobilità significa dunque mettere in rete esperienze e conoscenze, contrastare l'emarginazione e la povertà, rafforzare la cooperazione e abbattere gli ostacoli fisici per agevolare la mobilità anche delle persone con disabilità. Condivido pienamente pertanto l'idea di una crescita inclusiva e sostenibile promossa dalla relazione «Miglioramento della connessione e dell'accessibilità dell'infrastruttura di trasporto nell'Europa centrale e orientale».

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul miglioramento della connessione e dell'accessibilità delle infrastrutture di trasporto nell'Europa centrale e orientale perché ritengo fondamentale che l'Europa abbia dei collegamenti tra gli Stati membri di elevata qualità e modernità, che garantiscano il miglioramento della qualità della vita dei nostri cittadini da una parte e il raggiungimento degli obiettivi ambientali dell'UE dall'altra.

I Fondi strutturali hanno svolto un ruolo propulsivo per l'ammodernamento dei collegamenti ferroviari, navali e stradali nell'Europa centrale e orientale, permettendo a diversi Stati di compiere un notevole balzo in avanti nella qualità e quantità delle proprie infrastrutture di trasporto. Restano tuttavia ancora alcune lacune, e l'UE deve impegnarsi per realizzare i collegamenti mancanti, investendo il più possibile su modalità di trasporto a basso impatto ambientale.

Resto convinta che il completamento del programma TEN-T e gli investimenti pubblici nel settore dei trasporti siano una chiave importantissima ai fini della crescita intelligente e sostenibile, perché creano posti di lavoro nel breve periodo, determinando nel contempo effetti positivi in diversi altri settori dell'economia, e hanno un impatto immediato sulla stessa immagine dell'UE agli occhi dei suoi cittadini.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der parlamentarischen „Disability Intergroup" habe ich heute für den „Bericht über die Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa" gestimmt. Barrierefreiheit ist eine Herausforderung für ganz Europa und muss im Grunde grenzübergreifend nach denselben Standards gelten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstützte die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa. Die Reisefreiheit und die freie Beweglichkeit von Personen und Gütern ist eine zentrale Säule der Europäischen Union. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass dieses Grundrecht allen Menschen in unserer Gemeinschaft zugutekommt. Der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur stellt hierbei einen wichtigen ersten Schritt dar.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted for a European Parliament resolution on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe (CEE). To date, most of the transport infrastructure projects planned to be financed by the European Fund for Strategic Investments (EFSI) are found in Western Europe. This report aims to address that imbalance, by stating that capacity building and technical assistance is required; and that the Commission should encourage investors to support project platforms that focus on CEE transport infrastructure projects.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Il mio voto va a sostegno di questa relazione per il miglioramento delle reti transeuropee di trasporto affinché i nostri paesi siano sempre più connessi e le diseguaglianze tra le nostre regioni si assottiglino, restando coerente con le indicazioni che stiamo dando come Parlamento europeo per la revisione della politica di coesione.

Il 2030, anno indicato come termine ultimo per la realizzazione della rete centrale strategica, deve necessariamente essere l'obiettivo imprescindibile del nostro lavoro tanto sui territori interessati da questo provvedimento quanto nel Parlamento europeo, dove dobbiamo continuare a sollecitare le istituzioni competenti a realizzare i progetti concordati e sostenuti dall'Unione, soprattutto nelle zone di confine, che altrimenti continueranno a non vedere i benefici sociali e commerciali dell'integrazione a livello europeo.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – La lecture du rapport Poreba me laisse perplexe. J'avoue en effet ne pas tout comprendre.

L'Union européenne apporte son financement depuis une trentaine d'années aux réseaux de transport des pays d'Europe centrale et orientale, aujourd'hui devenus membres de l'UE. Cependant, ces réseaux sont toujours vétustes et incomplets. Combien a été investi et pour quelle efficacité?

Compte tenu des ressources limitées, faut-il moderniser l'existant ou se jeter dans de nouvelles liaisons? On explique aux gouvernements de ces pays quels projets ils doivent privilégier, prétendument en fonction des besoins de leurs économies. Mais en réalité, les projets évoqués sont moins structurants pour ces territoires que pour le marché unique, où il est important d'optimiser la chaîne logistique d'une production disséminée au gré des coûts.

On prétend vouloir privilégier les PME, mais on tait les contraintes réglementaires européennes et l'attrait des Chinois pour ces marchés publics, même s'il est vrai que le sujet est moins d'actualité qu'il y a quatre ou cinq ans.

Si on ajoute les références à Schengen, aux pistes cyclables, l'association de pays non membres de l'UE et la petite charge contre la Russie (le gazoduc Nord Stream qui boucherait les ports comme la Sardine à Marseille), on comprendra que je n'ai pas voté pour ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe versa sobre las lagunas y deficiencias que aún persisten en la red de transporte de la Unión en Europa central y oriental, pese a las inversiones realizadas y los avances obtenidos. Aunque hay algunos puntos positivos —coherencia entre instrumentos financieros de la Unión, multimodalidad o desarrollo infraestructura ciclista— he votado en contra, porque el único criterio que se propone para identificar y evaluar las carencias en infraestructuras es potenciar el mercado único, el desarrollo económico y la competitividad de las empresas en los mercados transnacionales. En consecuencia, las referencias a los criterios de cohesión social o de sostenibilidad ambiental son meramente testimoniales. Además, aboga por relanzar algunas grandes infraestructuras transfronterizas que cuentan con fuerte oposición de las comunidades locales afectadas.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece are o deosebită importanță pentru îmbunătățirea conectivității și accesibilității infrastructurii de transport din Europa Centrală și de Est. Fondurile structurale și de investiții europene (fondurile ESI) au fost principala sursă de investiții în transportul public în Europa Centrală și de Est, iar Mecanismul pentru interconectarea Europei (MIE) reprezintă un instrument important de finanțare pentru dezvoltarea în continuare a infrastructurii de transport din regiune ca parte a coridoarelor rețelei centrale TEN-T.

Disparitățile în materie de dezvoltare și calitate a infrastructurii între regiunea Europei Centrale și de Est și restul Europei pot fi reduse doar printr-o strategie clară, concretă și integrată la nivelul UE. De asemenea, la construirea și modernizarea infrastructurii rutiere din Europa Centrală și de Est ar trebui să se țină seama de nevoile cicliștilor, deoarece dezvoltarea infrastructurii pentru biciclete în țările din Europa Centrală și de Est va crește gradul de siguranță, va reduce numărul de victime în accidente rutiere și va îmbunătăți calitatea vieții și starea de sănătate a populației din Uniunea Europeană.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it focuses on how EU funding can be better utilised to address disparities in infrastructure development between Central and Eastern Europe (CEE) countries and the rest of the EU. The report calls for Member States and the Commission to focus on completing TEN-T corridors, bridging missing links, removing bottlenecks and improving connections between different modes of transport in CEE countries.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. It is the right time for the European Parliament to keep up the momentum of the new TEN-T process and further address open challenges regarding the accessibility and connectivity of the transport infrastructure in the Member States of the Central and Eastern European part of the EU, bringing together Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, the Czech Republic, Slovakia, Hungary, Slovenia, Croatia, Romania and Bulgaria. The transport infrastructure in Member States of this part of the EU has certainly undergone substantial modernisation and improvements, with constant help by the EU, from the pre-accession period to date.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája – az EU folyamatos segítségével – jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a nagyobb hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése is, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából fontos továbbá, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti.

Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban. A jelentés ugyancsak kiemeli a tagjelölt országok irányába történő kapcsolatfejlesztést, legyen szó Ukrajnáról vagy a nyugat-balkáni országokról.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The need to enhance the connectivity and accessibility of the infrastructure for transport to, from and within the Central and Eastern parts of the EU is central in facilitating the free movement of persons throughout the Union. Therefore, EU funding must reflect the real investment needs for completing the TEN-T core network by 2030 in the region. Moreover, the EU should not only create new infrastructure but also invest in the modernisation and completion of existing transport infrastructures. This should include investments in rail, road and marine transport. This would open up the enormous potential to further economic engagement in Central and Eastern Europe.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o poboljšanju povezanosti i dostupnosti prometne infrastrukture u srednjoj i istočnoj Europi (2015/2347(INI)), s obzirom da je potrebno poboljšati povezanost i dostupnost infrastrukture za promet prema srednjem i istočnom dijelu EU-a, kao i unutar tih dijelova. Prometna povezanost je esencijalna za gospodarski razvoj. U tom smislu treba koristiti postojeće planove razvoja TEN-T mreže, uključujući i širenje te mreže prema zapadnom Balkanu.

Osim izgradnje nove infrastrukture, EU treba ulagati u modernizaciju i dovršavanje postojeće prometne infrastrukture. Potrebno je iskoristiti pozitivne efekte sinergije dostupnih sredstava i instrumenata Europskih strukturnih i investicijskih fondova, Europskog fonda za strateške investicije, sredstava EIB-a i EBRD-a. Treba snažnije aktivirati Europsku teritorijalnu suradnju kao i modele Europske grupe za teritorijalnu suradnju. Pozitivno je aktiviranje 11 milijardi eura sredstava kohezijske politike putem Instrumenta za povezivanje Europe.

Pozdravljam činjenicu da Izvješće ističe važnost europskih makroregionalnih strategija, kako onih koje su u provedbi kao i onih koje se planiraju s ciljem bolje povezanosti, kao i potrebu smanjenja razlike u kvaliteti prometne infrastrukture razvijenijih regija i onih slabije razvijenih regija EU-a. Želim podsjetiti da je prilikom pripreme ovog dokumenta usvojen amandman koji sam predložio zajedno s kolegom Jozom Radošem o uključenju luke Rijeka u TEN-T koridor Baltik-Jadran.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – On retient de ce rapport des propositions intéressantes et sensées, à savoir par exemple un meilleur usage des financements européens, la simplification administrative, l'attention portée à un meilleur entretien des infrastructures, ou encore l'intégration des entreprises locales aux projets.

Ces aspects positifs sont annulés par d'autres propositions bien plus contestables promouvant l'élargissement de l'espace Schengen, la gouvernance macro-régionale, la sollicitation masquée d'investissements chinois pour le financement des infrastructures ou l'association d'États extra-européens à la politique communautaire des transports, mesures auxquelles je m'oppose.

J'ai choisi de voter contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported the report on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe because high quality transport links are fundamental for the economic activities in Europe and for the quality of life of our citizens. Transport networks have to cover the local regional, national and cross-border dimensions, because only a well-connected Europe will achieve economic, social and territorial cohesion in and between Member States in the EU.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Tomasz Poreba sur les infrastructures de transport en Europe centrale et orientale.

Le réseau transeuropéen de transport s'inscrit en effet dans le cadre du bon fonctionnement du marché intérieur et du renforcement de la cohésion économique et sociale.

Or, de graves insuffisances subsistent en matière d'accessibilité et de maillage à travers l'Europe centrale et orientale, c'est pourquoi le rapport préconise notamment de mieux relier les régions transfrontalières. Ces mesures participent à stimuler l'emploi et à créer de nouveaux débouchés pour les entreprises de ces régions, et plus globalement pour les entreprises européennes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Οι οικονομικές δραστηριότητες στην Ευρώπη και η ποιότητα ζωής των πολιτών μας εξαρτώνται σε μεγάλο βαθμό από τους υψηλής ποιότητας συγκοινωνιακούς συνδέσμους. Σε επίπεδο ΕΕ, το διευρωπαϊκό δίκτυο μεταφορών (ΔΕΔ-Μ) στοχεύει στην ανάπτυξη ενός ενιαίου δικτύου μεταφορών πολλαπλών μέσων σε όλη την έκταση της ΕΕ, το οποίο θα προωθεί τη διασύνδεση και διαλειτουργικότητα των εθνικών δικτύων, καθώς και την πρόσβαση των τελευταίων σε αυτό. Υπερψήφισα την έκθεση.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu diesem Bericht. Er vertritt die Ansicht, dass momentan der richtige Zeitpunkt dafür ist, dass das Europäische Parlament den Schwung des neuen TEN-V-Prozesses aufgreift und bewahrt sowie tiefer auf noch ungelöste Probleme in den Bereichen Zugänglichkeit und Anbindung der Verkehrsinfrastruktur in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU eingeht. Es stimmt jedoch, dass Zugänglichkeit und Anbindung der Verkehrsinfrastruktur in der gesamten zentralen und östlichen EU noch äußerst lückenhaft ist und Verbindungen geschlossen werden müssen, um Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsmöglichkeiten für Bürger und Unternehmen in möglichst großem Umfang zu bewahren.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it focuses on how EU funding can be better utilised to address disparities in infrastructure development between Central and Eastern Europe (CEE) countries and the rest of the EU. The report calls for Member States and the Commission to focus on completing TEN-T corridors, bridging missing links, removing bottlenecks and improving connections between different modes of transport in CEE countries.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zpráva o zlepšování propojení a přístupnosti dopravní infrastruktury ve střední a východní Evropě se sice věnovala velmi důležitému tématu, avšak chyběl jí onen potřebný balanc. Od samého počátku to vypadalo, že polský zpravodaj chce v prvé řadě oslavovat polské úspěchy a lobbovat za polské národní potřeby v této oblasti. Jsem sice ráda, že zpráva připomíná, že rozvoj přeshraničních silnic má zásadní význam pro usnadnění spolupráce mezi lidmi a podniky v příhraničních regionech, a že vyzývá členské státy, aby pokračovaly v modernizaci silnic, budování chybějících spojení a bezpečných a přístupných parkovacích ploch a aby posílily regionální a místní propojení sítě TEN-T, protože zapojení do sítě TEN-T je důležitým základem hospodářského růstu regionálních středisek, ale od podobné zprávy bych očekávala mnohem více. Proto jsem se během hlasování zdržela.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról-délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért a Magyar Néppárti Delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно подобряването на връзките и достъпността на транспортната инфраструктура в Централна и Източна Европа. Подобряването на свързаността в Централна и Източна Европа е не само необходимо, но и задължително, като се имат предвид принципите на устойчивото развитие в контекста на нуждите от инвестиции за завършване на основната мрежа TEN-T до 2030 г. в региона. Това ще помогне да се използват по-добре и съществуващите политики и инструменти за регионално сътрудничество като европейското териториално сътрудничество (ETC), Interreg и Европейските групи за териториално сътрудничество (ЕГТС).

Държавите членки, гарантиращи висока степен на прозрачност и контрол над изразходваните средства на ЕС, трябва също така да бъдат насърчавани да приемат или да продължат да прилагат мерки за преминаване към по-екологични възможности за транспорт.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Connectivity and accessibility of transport infrastructure have a major impact on the economic growth, economic competitiveness, employment and territorial cohesion of the EU and its regions. Unfortunately, nowadays Central and Eastern Europe's transport infrastructure is still undeveloped and significantly lags behind the one in Western Europe. Undeveloped infrastructure is one of the reasons why Central and Eastern EU Member States have slow economic growth and have not been attractive for foreign investors. Therefore, the EU has been providing financial help to its Central and Eastern Member States in order to improve and develop transport infrastructure. In this regard, there are several important points and priorities that should be taken into account. Firstly, Member States in Central and Eastern Europe should foster coordination and synergy between European Structural and Investment (ESI) Funds, the Connecting Europe Facility (CEF), Horizon 2020, the European Fund for Strategic Investments (EFSI) and EIB and EBRD resources when implementing projects. Secondly, Member States should develop North-South transparent corridors and extend TEN-T corridors, in particular projects such as Via Carpathia and Rail Baltica. Thirdly, Member States in Central and Eastern Europe should improve connections between different transport modes in order to reduce prices for passenger and freight transport and to take into account ecological and social concerns.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La promozione delle politiche di coesione (economica, sociale e territoriale) comincia proprio dall'efficace funzionamento delle reti di trasporto nei vari Stati membri, che devono offrire reti accessibili e ben collegate per il trasporto dei passeggeri e delle merci. Tra gli strumenti operativi vi sono il progetto di una rete transeuropea di trasporto «TEN-T» e il «Meccanismo per collegare l'Europa» (CEF), che ha lo scopo di sviluppare una rete di trasporto multimodale integrata a livello europeo e di attuare le politiche UE sulle infrastrutture di trasporto.

Tali iniziative mirano a terminare la rete centrale strategica entro il 2030 e la rete globale entro il 2050, progetti che saranno possibili solo tramite il contributo e la collaborazione di tutti gli Stati membri. Il Parlamento chiede, quindi, che si continui a supportare questo processo e ad affrontare le sfide in materia di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto degli Stati membri, che hanno già visto un miglioramento notevole, ma che necessitano ancora di un ulteriore sviluppo in termini di crescita economica e lavorativa, nonché di accessibilità e connettività delle infrastrutture.

La mobilità è essenziale per lo sviluppo, ed è per tali ragioni che esprimo parare favorevole sul miglioramento della connessione e dell'accessibilità dell'infrastruttura di trasporto nell'Europa centrale e orientale.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Renforcer le maillage et l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale».

Ce rapport présente certes des points positifs, mais il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, se préoccupe de pistes cyclables et de transports urbains, encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission européenne, occulte les investissements et prises de participation chinoises visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés en Europe centrale et orientale, souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE…

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un point d'étape sur les financements européens consacrés aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale. Une série de recommandations à la Commission sont émises en vue du développement des transports des pays concernés, qu'ils soient membres ou non de l'UE.

Cependant, ce texte préconise l'extension de l'espace Schengen, promeut les gouvernances macro-régionales, omet l'existence des investissements chinois dans les régions concernées et ne fait pas de point précis sur l'efficience des fonds européens versés en Europe centrale et orientale.

J'ai donc voté CONTRE ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe, porque las infraestructuras de transporte en la mayor parte de las regiones de las partes central y oriental de la Unión han permanecido poco desarrolladas en comparación con las de otras regiones europeas. Dichas infraestructuras han sido objeto de una modernización y mejora considerables con ayuda constante de la Unión, pero a pesar de estos avances, persisten importantes lagunas en la accesibilidad y conectividad de las infraestructuras de transporte en todo el territorio de la Unión central y oriental.

Este informe pretende dar una serie de orientaciones políticas a la Comisión en relación a la política de infraestructuras y transportes. Pide en concreto una mayor atención de la Unión a los proyectos en esta zona, una ayuda administrativa adicional para que puedan beneficiarse de los Fondos Estructurales y CEF, que la financiación de los proyectos se centre principalmente en construir los enlaces pendientes, eliminar los cuellos de botella y garantizar unas conexiones sin fisuras para pasajeros y mercancías.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La privatización de las infraestructuras y la apertura de los mercados periféricos a los productos de las economías centrales son los dos principales ejes de la política de transportes de la Unión. Así es, también, en este informe, por lo que he votado en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente informe se busca impulsar el proceso de la red transeuropea de transporte (RTET-T), en especial en lo que concierne al fomento de la interconexión y accesibilidad de las infraestructuras de transporte en los Estados miembros de la parte central y oriental de la Unión, uniendo Estonia, Letonia, Lituania, Polonia, la República Checa, Eslovaquia, Hungría, Eslovenia, Croacia, Rumanía y Bulgaria.

Para ello, aboga por completar los corredores principales e impulsar la conexión transfronteriza norte-sur entre los Estados miembros de la Europa central y oriental, lo que proporcionaría nuevas oportunidades de empleo y empresas.

Doy mi voto favorable al informe, porque con unas conexiones de transporte de alta calidad mejoraremos el nivel de vida de nuestros ciudadanos, a la par que fomentaremos la cohesión económica, social y territorial dentro de los Estados miembros y entre ellos.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of improving accessibility and transport infrastructure to improve connections from one Member State to another.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Rozvoj silniční a železniční sítě je věcí jednotlivých členských států. Nesouhlasím s výzvou, aby „členské státy ještě více podporovaly digitalizaci a automatizaci všech druhů dopravy" a aby v té souvislosti „investiční infrastrukturní projekty zahrnovaly dopravní řešení, která omezí riziko úmrtí a vážných zranění v důsledku dopravních nehod". Považuji to za výzvu k nepřiměřené kontrole řidičů ze strany státu. EU by toto měla nechat na jednotlivých členských státech. Sledování řidičů pomocí kamer a digitalizace může podle mě vést k větší šikaně řidičů pro bagatelní překročení rychlosti a k tomu, že řidiči budou v permanentním strachu sledovat vlastní rychlost více než okolí a bezpečnost jízdy.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – We think that the EU needs to enhance the connectivity and accessibility of the infrastructure for transport to, from and within the central and eastern parts of the EU, taking into account the needs of the economy and the principles of sustainable development. Parliament considered that the use of EU funding must reflect the real investment needs for completing the TEN-T core network by 2030 in the region.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Οκτωβρίου 2016, απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης, διότι η έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte dresse un bilan des financements européens destinés aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale et propose plusieurs recommandations.

Il présente quelques points positifs (meilleure utilisation des financements européens, transparence accrue, allègement administratif, entreprises locales favorisées, etc.), mais comporte trop de points négatifs: plus de financements malgré leur inefficacité, volonté de sauver à tout prix l'espace Schengen (pourtant en échec total).

Ce texte prévoit même de l'étendre à la Roumanie et à la Bulgarie, et insiste sur la nécessité d'étendre les financements européens aux pays des Balkans non membres de l'UE, ainsi qu'à l'Ukraine, ce à quoi nous nous opposons.

Enfin, ce texte ne traite pas de la question du développement de l'influence chinoise en Europe (hormis une allusion au point 26). Cette expansion en Europe centrale et orientale prend de l'ampleur par le biais d'investissements et de politiques de coopération dans le domaine des infrastructures de transport. L'objectif est de déverser sur le marché des États membres des produits asiatiques, ce que nous désapprouvons.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Europa necesita contar con conexiones de transporte de alta calidad para desarrollar su actividad económica, mantener la calidad de vida de sus ciudadanos y promover la cohesión económica, social y territorial de los Estados miembros.

Mi apoyo a que se avance en el desarrollo de la red transeuropea de transporte, con el fin de completar la red estratégica principal antes de 2030 y la global antes de 2050 a través de medidas que permitan corregir las lagunas de accesibilidad y conectividad de las infraestructuras de transporte en la Unión central y oriental. Asimismo, comparto la necesidad de incidir de forma urgente en las zonas rurales, así como mejorar la conectividad transfronteriza en dirección norte-sur.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht handelt von der Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa. Diesem Bericht würde ich zustimmen, wenn er nicht einige kritische Punkte beinhalten würde. Daher habe ich mich enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP parengtą pranešimą dėl transporto infrastruktūros jungčių ir prieinamumo Vidurio ir Rytų Europoje. Transporto infrastruktūros jungtys ir prieinamumas turi didelį poveikį ekonomikos augimui, jos konkurencingumui. Kadangi gerinant transporto infrastruktūrą ir toliau reikės didelių investicijų, svarbu, kad valstybės narės Vidurio ir Rytų Europoje ir Komisija dar labiau sustiprintų visapusišką transporto politikos ir projekto planavimo visais etapais koordinavimą.

Taip pat svarbu išnaudoti visas Europos struktūrinių ir investicijų fondų ir Europos infrastruktūros tinklų priemonės finansavimo sinergijas bei Europos investicijų banko ir Europos rekonstrukcijos ir plėtros banko lėšas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport vise à renforcer le maillage et l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale. Pour ce faire, il préconise un meilleur emploi des instruments de coopération régionale et des fonds européens dans la mise en œuvre des projets d'infrastructure de transport.

Mais le rapport reste centré sur un objectif de compétitivité et de croissance. Ainsi, il juge «prioritaire pour le développement socioéconomique de la partie orientale de la région alpine l'achèvement de l'autoroute italienne A27 à destination de l'Autriche». Il encourage également les «États membres à recourir aux partenariats public-privé» qui permettent de «réduire les risque pour le secteur privé», même s'il prend la peine de souligner que «la rentabilité d'une voie de transport ne peut être le seul critère d'évaluation de son utilité».

Enfin, si quelques éléments sont concédés aux modes de transport non polluants, des cyclistes au transport ferroviaire, la dimension environnementale reste tout à fait secondaire.

Je vote contre ce rapport qui ne prend pas la mesure des enjeux.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un point d'étape sur les financements européens consacrés aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale. Une série de recommandations à la Commission sont émises en vue du développement des transports des pays concernés, qu'ils soient membres ou non de l'UE.

Cependant, ce texte préconise l'extension de l'espace Schengen, promeut les gouvernances macro-régionales, omet l'existence des investissements chinois dans les régions concernées et ne fait pas de point précis sur l'efficience des fonds européens versés en Europe centrale et orientale.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A ligação e a acessibilidade das infraestruturas de transportes têm grande impacto no crescimento económico, no emprego e na coesão territorial da UE e das suas regiões.

A Europa Central e Oriental são uma parte essencial do mercado único europeu, que têm o potencial de atrair investimento e de contribuir para o crescimento económico em toda a UE.

Todos os modos de transporte, sem exceção, devem contribuir para reforçar a competitividade, a intermodalidade e a transição ecológica, com vista a melhor servir o desenvolvimento do mercado único.

A melhoria da ligação e da acessibilidade das infraestruturas do transporte na Europa Central e Oriental constitui um meio para atingir os objetivos da política de coesão, em especial no que respeita ao desejável desenvolvimento económico das regiões fronteiriças.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this report which calls for the TEN-T network to continue to tackle the connectivity challenges of Central and Eastern European Member States. The report highlights gaps in the transport network that need to be overcome in order to facilitate economic growth in the region and across the Union. It also flags inland waterways as a transport network that should be used to a greater extent.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le renforcement du maillage et de l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale est essentiel pour les nouveaux États membres. L'interconnexion permettrait d'améliorer l'intégration entre le Nord et le Sud de l'Europe pour développer la croissance économique et l'emploi. Aller vers plus d'infrastructures de transport en Europe centrale et orientale signifie une nette amélioration du bien-être des populations et le développement des PME.

Néanmoins, je ne pense pas qu'il faille donner priorité à la création d'un nouveau corridor reliant directement la plateforme portuaire de Venise au Nord-Est de l'Europe. De même je ne juge pas prioritaire l'achèvement de l'autoroute italienne A27 à destination de l'Autriche. Par contre, je reste convaincu de la nécessité de concentrer nos efforts sur l'établissement de liaisons manquantes, sur la suppression des goulets d'étranglement et sur la mise en place de connexions sans rupture. C'est de cette façon que nous pourrons atteindre les objectifs du RTE-T.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Dopravná infraštruktúra v strednej a východnej Európe prešla od predvstupového obdobia zásadnou modernizáciou. Ťažiskom zlepšenia však boli projekty, ktoré obnovovali spojenia so západnými krajinami Európy. Týmto regiónom v súčasnosti prechádza 5 dopravných koridorov: Severné more-Pobaltie; Pobaltie-Jadran; Stredozemie; Porýnie-Podunajsko a Orient-Východné Stredozemie. Kvalitné dopravné prepojenia majú zásadný vplyv na hospodársku činnosť v Európe a kvalitu života jej občanov. Toto je obzvlášť dôležité vyzdvihnúť v prípade krajín strednej a východnej Európy, kde je častým fenoménom pracovná migrácia do západnejších krajín. Je potrebné prekonať nedostatky súvisiace s dostupnosťou a prepojením dopravnej infraštruktúry, aby bolo možné v čo najväčšej miere zachovať hospodársky rast a pracovné príležitosti pre občanov a podniky (najmä vo vidieckych a pohraničných oblastiach). V opačnom prípade bude aj naďalej v týchto regiónoch dochádzať k odlivu obyvateľstva. Zlepšenie dopravnej infraštruktúry je finančne náročným procesom, je preto kľúčové zintenzívniť koordináciu vo všetkých etapách dopravnej politiky a plánovania projektov medzi členskými štátmi strednej a východnej Európy a Európskou komisiou a efektívne využiť všetky dostupné synergie vo financovaní z rôznych fondov, ktoré EÚ ponúka (EŠIF, fondy EIB a EBOR, FSI). Tie otázky dopravnej politiky, ktoré členské štáty nedokážu zvládnuť jednotlivo, by sa mohli riešiť spoluprácou v rámci makroregionálnych stratégií. Za daný návrh hlasujem kladne.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság tervezete az Észtország, Lettország, Litvánia, Lengyelország, Csehország, Szlovákia, Magyarország, Szlovénia, Horvátország, Románia és Bulgária közlekedési infrastruktúrájának hozzáférhetőségével és összekapcsolhatóságával kapcsolatos kihívásokra hívja föl a figyelmet. E tagállamok közlekedési infrastruktúrája a csatlakozás előtti időszaktól kezdve a mai napig az Unió folyamatos segítségével jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át, ennek ellenére súlyos hiányosságok tapasztalhatóak az Unió középső és keleti része közlekedési infrastruktúrájának hozzáférhetősége és összekapcsolhatósága tekintetében. A jelentés szerint a tagállamoknak és a Bizottságnak a hiányzó kapcsolatok kiépítésére, a szűk keresztmetszetek felszámolására, valamint az akadálymentes kapcsolatok biztosítására kellene összpontosítaniuk. Minthogy a közlekedési infrastruktúra fejlesztése nagy beruházásokat igényel, a közép- és kelet-európai tagállamoknak és a Bizottságnak fokozniuk kell az együttműködést a közlekedéspolitika és a projekttervezés valamennyi szakaszában.

A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale présente certes des points positifs, comme la nécessité d'une meilleure utilisation des financements européens et d'une transparence accrue, un allègement administratif, plus de fonds consacrés à l'entretien des infrastructures existantes, une répartition plus logique des aéroports régionaux, le besoin de favoriser les entreprises locales lors de la construction d'infrastructures et de veiller à ne pas oublier les populations les plus isolées, etc. Mais, dans le même temps, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, se préoccupe de pistes cyclables et de transports urbains, encense la gouvernance macrorégionale promue par la Commission, occulte les investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés en Europe centrale et orientale, ou, encore, souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE. Vote défavorable à ce titre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale présente des points positifs comme une transparence accrue, un allègement administratif, une répartition plus logique des aéroports régionaux, la valorisation des entreprises locales lors de la construction d'infrastructures, l'assurance de ne pas oublier les populations les plus isolées, etc. Toutefois, dans le même temps, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission, etc. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which focuses on how EU funding can be better utilised to address disparities in infrastructure development between Central and Eastern Europe (CEE) countries and the rest of the EU. The report calls for Member States and the Commission to focus on completing TEN-T corridors, bridging missing links, removing bottlenecks and improving connections between different modes of transport in CEE countries.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au renforcement du maillage et de l'accessibilité des infrastructures en Europe centrale et orientale. L'objectif de ce texte est de poursuivre le processus déjà engagé en matière d'infrastructures et d'accessibilité des transports dans les pays d'Europe centrale et orientale et notamment en Estonie, en Pologne, en République tchèque, en Slovaquie, en Hongrie, en Slovénie, en Croatie et en Roumanie.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Igazán nagy örömmel fogadtam a jelentést, hiszen itt most rólunk van szó. Ezzel a jelentéssel olyan irányba tettünk lényeges előrelépést, ami otthonunkra, Szlovákiára is közvetlen hatással lesz majd. Az Európai Parlament is tudatosítja a közép- és kelet-európai országok lemaradását a közlekedési infrastruktúra terültén. Ennek most megpróbálunk véget vetni és jobb összeköttetést biztosítani Európa többi részével, ami egyaránt járul majd hozzá a gazdasági fejlődéshez, a turizmus fellendüléséhez és új munkahelyek kialakulásához. Ha visszatekintünk a múltba, felismerjük a lemaradás okát, a kommunista rendszerek támogatták az ország elszigetelődését.

Az Európai Unió alapelve ennek a teljes ellentétje, a szabad határok és a tagállamok közti fizikai összeköttetés, aminek kialakítására most minden szükséges eszköz a rendelkezésünkre áll. Ez nem is jöhetne jobbkor, tekintettel arra a néppárti javaslatra, ami szerint minden fiatalt az Európai Unió 18. születésnapjára egy ingyenes Interrail vasúti bérlettel ajándékozna meg. Az ötlet azon a gondolaton alapszik, hogy a fiatalok megismerjék az egyes tagállamokat, személyes tapasztalatot szerezzenek a különböző kultúrákkal és felismerjék az EU fontosságát.

Nem maradhat ki ebből Közép- és Kelet-Európa sem, szeretnénk elérni, hogy a közlekedés ide, valamint innen is egyszerű és kényelmes legyen.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report that will address the challenges regarding the accessibility and connectivity of the transport infrastructure in the Member States of the Central and Eastern European part of the EU, that will bring together Romania, Estonia, Latvia, Lithuania, Poland, the Czech Republic, Slovakia, Hungary, Slovenia, Croatia, and Bulgaria.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Заставам зад този доклад относно подобряването на връзките и достъпността на транспортната инфраструктура в Централна и Източна Европа заради подкрепата, която той отдава на развитието на железопътния транспорт в региона на моята страна, България. Вземайки предвид, че железопътната мрежа в Централна и Източна Европа е значително по-слабо развита от тази в останалите европейски региони, смятам, че нейната модернизация трябва да представлява основен приоритет за ЕС.

Развитието на железопътния транспорт в тази част на Стария континент ще окаже положително влияние на промишлеността, товарните превози, качеството на обществените услуги и туризма. Това от своя страна ще създаде условия за икономически растеж и множество работни места в страни като България.

Още повече, освен икономически ползи, подобрението на железопътната инфраструктура в региона ще увеличи мобилността на европейските граждани от различни държави членки, което ще благоприятства равнището на социално сближаване в ЕС. Накрая, важно е също така да се отбележи, че железопътният транспорт е един от най-екологичните видове транспорт и неговото развитие трябва да съпровожда всяка икономика, която се стреми да бъде устойчива.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece interconectarea și accesibilitatea infrastructurilor de transport dintre Europa Centrală și cea de Est sunt elemente esențiale pentru dezvoltarea spațiului UE. Mă gândesc în primul la avantajele pe care le poate avea țara mea. Proiecte importante precum Via Carpatica, Rail Baltica și Baltic-Adriatic trebuie susținute în continuare de la Bruxelles, deoarece acestea vor ajuta toate comunitățile pe care le vor interconecta și vor contribui în mod substanțial la dezvoltarea regiunilor și a statelor membre. De asemenea, am votat pentru includerea în acest raport a amendamentelor privind importanța accelerării și dezvoltării proiectului Via Carpatica, pe care îl consider foarte important pentru dezvoltarea României, prin conectarea la infrastructurile majore ale Uniunii.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zlepšení propojení a přístupnosti dopravní infrastruktury ve střední a východní Evropě je velmi potřebné, neboť dopravní infrastruktura ve většině regionů střední a východní části EU je v porovnání s dopravní infrastrukturou v jiných evropských regionech nadále nedostatečně rozvinutá. V této souvislosti je třeba zintenzivnit práce na důležitých projektech jako Via Carpatia a Rail Baltica a také vybudování východního a východo-středomořského koridoru, baltsko-jadranského koridoru a jadransko-jónského koridoru. Zdržel jsem se však při odděleném hlasování o podpoře úplné splavnosti Labe, neboť mám značné pochybnosti o ekologické udržitelnosti i ekonomické smysluplnosti takového řešení.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich meiner Stimme enthalten, da der Bericht grundsätzlich sehr gute Ansätze verspricht, ich jedoch nicht beurteilen kann, ob einige europäische geografische Gebiete, die Gegenstand der EU-Strategie für den Alpenraum sind, aufgrund ihrer Randlage in Bezug auf den skandinavisch-mediterranen Korridor auf der Strecke entlang der Brennerautobahn schwerwiegende sozioökonomische Probleme haben.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Transporditaristu hea ühendatus ja juurdepääsetavus mõjutab märkimisväärselt ELi majanduskasvu, konkurentsivõimet, tööhõivet ja territoriaalset ühtekuuluvust. Raport võtab arvesse liikmesriikide majanduslikku olukorda ja säästva arengu põhimõtteid ning keskendub Kesk- ja Ida-Euroopa kehvemini ühendatud aladele ning olukorra paremaks muutmisele, kaasates endaga nii maantee- ja raudteetranspordi, siseveeteed, meresadamad ja lennujaamad.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι οικονομικές δραστηριότητες στην Ευρώπη και η ποιότητα ζωής των πολιτών μας εξαρτώνται σε μεγάλο βαθμό από τους υψηλής ποιότητας συγκοινωνιακούς συνδέσμους. Τα δίκτυα μεταφορών –με καλές συνδέσεις που εξυπηρετούν τις επιβατικές και εμπορευματικές συγκοινωνίες σε τοπικό, περιφερειακό, εθνικό και διασυνοριακό επίπεδο– καθώς και η εύκολη πρόσβαση σε αυτά αποτελούν κινητήρια δύναμη για την ενίσχυση της οικονομικής, κοινωνικής και γεωγραφικής συνοχής εντός και μεταξύ κρατών μελών στην ΕΕ.

Παρά την πρόοδο αυτή, συνεχίζουν να υφίστανται σοβαρά κενά ως προς την προσβασιμότητα και συνδεσιμότητα των υποδομών μεταφορών σε όλη την κεντρική και ανατολική ΕΕ. Τα κενά αυτά θα πρέπει να καλυφθούν προκειμένου να διατηρηθούν η οικονομική μεγέθυνση και οι ευκαιρίες απασχόλησης για πολίτες και επιχειρήσεις στο μεγαλύτερο δυνατό εύρος. Ιδιαίτερα επείγουσα ανάγκη για μια τέτοια παρέμβαση έχουν οι (ανατολικές) παραμεθόριες περιοχές, οι οποίες, σε διαφορετική περίπτωση, θα συνεχίσουν να χάνουν τους πληθυσμούς τους. Επιπροσθέτως, η διατήρηση αειφόρων συγκοινωνιακών συνδέσμων θα πρέπει να θεωρηθεί ως όλο και πιο σημαντικός παράγοντας για την ενίσχυση της σταθερότητας και ασφάλειας των συνόρων της ΕΕ στην ανατολική Ευρώπη και τα δυτικά Βαλκάνια.

Για όλους αυτούς του λόγους, υπερψήφισα την εν λόγω πρόταση ψηφίσματος.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject this non-legislative resolution as the EU should not be making decisions that affect the transport policy of Member States.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno votare a favore della proposta in esame tenendo presente l'impatto che la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture di trasporto hanno sulla crescita economica e sulla competitività economica. Allo stesso modo, l'esistenza di collegamenti di trasporto transfrontalieri ben sviluppati è essenziale per la competitività regionale nonché per favorire l'espansione delle PMI nelle zone di confine e l'inclusione sociale delle popolazioni più vulnerabili e isolate. Nella convinzione che misure più rigorose siano necessarie nel settore in esame, ritengo necessario esprimere voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a European citizen and representative from Bulgaria I supported this INI report as I believe that there is a need for further boost to improve the cross-border connectivity along the north-south direction between the Member States in Central and Eastern Europe. Furthermore, it should also be recognized that the region's potential for inland waterway transport ought to be further utilised, especially along the Danube river. There is also significant potential for further developing shipping to the maritime ports in the Baltic and Black Seas, not least in the energy sector.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prometni potencijal i razvoj prometne infrastrukture u svrhu ravnomjernog i održivog rasta i razvoja gospodarstva u ovim dijelovima Europske unije izuzetno je važan. Pitanje razvoja kvalitetnih prometnih pravaca i koridora s kompatibilnom međudržavnom mrežom važno je i za osiguranje sigurnosti vanjskih granica. Hrvatska mora biti uključena u ključne prometne tokove, a to će postati još važnije u perspektivi proširenja Europske unije prema jugoistočnoj Europi, nakon čega ima priliku pozicionirati se kao važna tranzitna točka.

Ono što smatram da bi trebalo osnažiti je poticaj nacionalnim vladama za što veće iskorištavanje sredstava i osmišljavanje projekata i strategija koje prate temeljne smjernice prometne politike EU-a. Hrvatska je u tom pogledu napravila minimalne napore, potrebno je u koracima jačati prekograničnu suradnju i motivirati nadležna ministarstva i agencije da se više pozabave ovim pitanjem. Razvoj željezničkog prometa povoljno utječe i na razvoj brojnih drugih industrija.

Nužno je osmisliti politike kojima će se vratiti putnike u željeznički promet te, u široj slici, raditi na paralelnom razvoju svih načina prijevoza ljudi i roba, a ne fokusirati se samo na jedan tip prometa. U Hrvatskoj je dominantan cestovni promet, malo je ulaganja učinjeno u svrhu obnavljanja željezničke infrastrukture, ali u širem europskom pristupu postoji pozitivna perspektiva budućih promjena.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale présente quelques points positifs, puisqu'il demande une meilleure utilisation des financements européens, une transparence accrue, un allègement administratif, des fonds consacrés à la l'entretien des infrastructures existantes, une répartition plus logique des aéroports régionaux, un avantage pour les entreprises locales lors de la construction d'infrastructures, une attention aux populations les plus isolées…

Mais dans le même temps, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen, se préoccupe de pistes cyclables et de transports urbains (contre le principe de subsidiarité), encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission, occulte les investissements chinois visant à développer les infrastructures de transport d'Europe centrale et orientale, reste évasif sur l'efficacité réelle des fonds européens versés dans cette zone, souhaite associer davantage l'Ukraine et les Balkans occidentaux à la politique des transports de l'UE…

C'est pour ces raisons que je vote contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prometna infrastruktura u državama članicama srednje i istočne Europe u velikoj je mjeri modernizirana uz konstantnu pomoć EU-a, ali je i dalje nedovoljno razvijena u usporedbi s onom iz drugih europskih regija. Poboljšanje prometne infrastrukture i povezanosti u tom dijelu EU-a važno je za stabilnost, gospodarski razvoj, za razvoj turističkog sektora, mobilnost putnika, trgovinu, regionalnu suradnju, ali i sigurnost granica.

Ovo izvješće obuhvaća sve vrste prometa te ističe multimodalni promet. U izvješću je naglasak stavljen upravo na projekte kojima će se obnoviti veze prema zapadu EU-a te na razvoj glavnih TEN-T koridora. Preporučuje se bolje iskorištavanje postojećih izvora financiranja razvoja prometne infrastrukture, kao što su europski strukturni i investicijski fondovi (ESI) te Instrument za povezivanje Europe (CEF). Vezano uz željeznički promet, smatram da je potrebno istaknuti inicijativu Shift2Rail za povećanje konkurentnosti i efikasnosti, posebno u području teretnog prijevoza.

Pri izgradnji i modernizaciji cestovne infrastrukture trebalo bi ići za takvim rješenjima kojima se smanjuje rizik od smrti ili teških ozljeda te koja uzimaju u obzir i potrebe biciklista. Povrh svega ne smije se zanemariti ni okoliš. Poboljšanje prometne infrastrukture može imati pozitivan utjecaj na okoliš i na energetsku učinkovitost prometa. Daljnji razvoj prometa treba uključivati rješenja u kojima se u obzir uzima i okoliš.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A existência de infraestruturas e sistemas de transportes de qualidade é uma garantia para o desenvolvimento dos países e para a melhoria da qualidade de vida das populações. A ligação entre os sistemas de transportes, dentro de um país ou entre diversos países, é também um elemento facilitador de desenvolvimento e do estabelecimento de relações comerciais e de comunicação sociocultural. Os países da Europa Central e Oriental têm todo o direito a um desenvolvimento pleno e a aproveitar os instrumentos disponíveis para garantir uma maior coesão.

Este relatório, no entanto, enfatiza estratégias e instrumentos que representam interesses que contrariam os interesses dos povos do espaço da UE, não apenas dos países em causa.

Desde logo, no centro dos objetivos do relatório, está a necessidade de uma maior inclusão destes países no mercado único, a necessidade de garantir a competitividade regional e o repúdio à colocação de barreiras à livre circulação de mercadorias. Estes objetivos revelam que, mais que melhorar a operacionalidade dos transportes na Europa Central e Oriental, importa alargar as privatizações, as PPP e o mercado dos monopólios europeus a esta macrorregião.

Face ao exposto, não podemos apoiar este relatório.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem tuto zprávu na téma nedostatečné dopravní infrastruktury ve střední a východní Evropě, neboť tato skutečnost se odráží v našich každodenních životech. Dobře propojené dopravní sítě představují klíčový prvek pro prosazování hospodářské, sociální a územní soudržnosti mezi členskými státy. Ačkoliv došlo v této oblasti k velkému pokroku, a to zejména v obnově spojení vedoucích do západních zemí EU a z nich, ve státech východní a střední Evropy se stále můžeme setkat s mnoha nedostatky. Přijatá zpráva se vztahuje na všechny druhy dopravy, ale klade patřičný důraz zejména na multimodální dopravu. Je klíčové dokončit velké projekty týkající se silniční infrastruktury, vysokorychlostních železnic, vnitrozemských vodních cest a zlepšit spojení mezi regionálními letišti. Jsem rád, že Evropský parlament si uvědomuje potřebu věnovat značnou pozornost právě střední a východní Evropě, a věřím, že tyto potřeby zohlední i při budoucím stanovování priorit pro financování z evropských strukturálních a investičních fondů.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Tra gli obiettivi che l'Europa deve perseguire vi è senz'altro il potenziamento dei collegamenti di trasporto. La promozione della coesione economica, sociale e territoriale all'interno e tra gli Stati membri dell'UE si fonda su reti di trasporto facilmente accessibili e ben collegate, che includano la dimensione locale, regionale, nazionale e transfrontaliera del trasporto passeggeri e merci. A livello di Unione, l'obiettivo della rete trans-europea di trasporto (TEN-T) è quello di sviluppare una rete di trasporto multimodale integrata a livello di UE, promuovendo l'interconnessione e l'interoperabilità delle reti nazionali nonché l'accesso a tale rete.

Ritengo giusto associarmi alla posizione del relatore, laddove ritiene che sia arrivato il momento che il Parlamento europeo continui ad affrontare le sfide ancora aperte in materia di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto negli Stati membri dell'area centrale e orientale. Nonostante i progressi compiuti, ritengo siano ancora presenti gravi lacune in termini di accessibilità e connettività delle infrastrutture di trasporto in tutta l'Unione europea centrale e orientale. Occorre, pertanto, colmare tali lacune al fine di incentivare il più possibile la crescita economica e le opportunità di lavoro per cittadini e imprese. Per queste ragioni ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les réseaux de transport dans les États membres de l'Europe centrale et orientale ont été grandement développés grâce au soutien de l'Union européenne, avec en ligne de mire l'objectif de relier toujours plus efficacement entre eux tous les territoires d'Europe.

Cette stratégie de construction d'infrastructures permet aussi le maintien et l'émergence d'une zone de stabilité à l'est des frontières de l'UE.

Dès lors, j'ai voté pour ce rapport qui insiste sur la nécessité de renforcer l'amélioration de la connectivité transfrontalière entre États membres d'Europe centrale et orientale, particulièrement dans une logique nord-sud.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – É um facto que a ligação e a acessibilidade das infraestruturas de transportes têm grande impacto no crescimento económico, no emprego e na coesão territorial da UE e das suas regiões. A Europa Central e Oriental são uma parte essencial do mercado único europeu, que têm o potencial de atrair investimento e de contribuir para o crescimento económico em toda a UE.

Todos os modos de transporte, sem exceção, devem contribuir para reforçar a competitividade, a intermodalidade e a transição ecológica, com vista a melhor servir o desenvolvimento do mercado único.

Torna-se, assim, importante reforçar a ligação e a acessibilidade das infraestruturas de transportes com destino às zonas central e oriental da UE ou provenientes dessas zonas e, inclusive, no seu interior, tendo em conta as necessidades da economia e os princípios do desenvolvimento sustentável.

Os Estados-Membros e a Comissão devem, em primeiro lugar, concentrar-se em colmatar as ligações em falta, eliminar os estrangulamentos e assegurar ligações sem descontinuidades tanto para o transporte de passageiros como de mercadorias.

Porque considero importante a execução de projetos na área dos transportes, com vista a concluir a estratégica rede principal até 2030 e a rede global até 2050, votei favoravelmente no presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to reject this non-legislative resolution as the EU should not be making decisions that affect the transport policy of Member States.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar que a ligação e a acessibilidade das infraestruturas de transportes têm grande impacto no crescimento económico, no emprego e na coesão territorial da UE e das suas regiões. A Europa Central e Oriental são uma parte essencial do mercado único europeu, que têm o potencial de atrair investimento e de contribuir para o crescimento económico em toda a UE.

Todos os modos de transporte, sem exceção, devem contribuir para reforçar a competitividade, a intermodalidade e a transição ecológica, com vista a melhor servir o desenvolvimento do mercado único.

Continuam a faltar boas ligações de transportes, nomeadamente ligações ferroviárias, que atravessem as fronteiras nacionais em boa parte dos Estados-Membros da Europa Central e Oriental.

Esta ineficiência das ligações entre os diferentes modos de transporte e a falta de estruturas de rede entre o transporte básico e geral significam que não existe suficiente interoperabilidade entre os diferentes modos de transporte, quando essa interoperabilidade não só reduziria os preços do transporte de passageiros e de mercadorias e melhoraria a flexibilidade dos serviços de transporte, mas também ajudaria a reduzir preocupações de natureza ecológica e social.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A existência de ligações de transportes de elevada qualidade é fundamental para as atividades económicas na Europa e para a qualidade de vida dos nossos cidadãos. O acesso imediato a redes de transportes dotadas de boas ligações que abranjam as dimensões local, regional, nacional e transfronteiras do transporte de passageiros e mercadorias está no centro da promoção da coesão económica, social e territorial nos Estados-Membros da UE e entre si.

Esta é a altura certa para o PE manter o ritmo deste novo processo da Rede Transeuropeia de Transportes e continuar a enfrentar os desafios em aberto no que respeita à acessibilidade e à ligação das infraestruturas de transportes nos Estados-Membros das zonas central e oriental da UE, aproximando a Estónia, a Letónia, a Lituânia, a Polónia, a República Checa, a Eslováquia, a Hungria, a Eslovénia, a Croácia, a Roménia e a Bulgária.

Apesar dos progressos, subsistem graves lacunas em termos de acessibilidade e ligação das infraestruturas de transportes ao longo das zonas central e oriental da UE, principalmente nas zonas mais rurais. Estas lacunas necessitam de ser colmatadas, a fim de promover o crescimento económico e as oportunidades de emprego para os cidadãos e as empresas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de iniciativa mediante el que el Parlamento solicita a la Comisión una mayor atención de la Unión a los proyectos de mejora de la conectividad y accesibilidad en la Europa central y oriental, una ayuda administrativa adicional para que puedan beneficiarse de los Fondos Estructurales y del Mecanismo Conectar Europa, que la financiación de los proyectos se centre principalmente en construir los enlaces pendientes, eliminar cuellos de botella y garantizar unas conexiones sin fisuras para pasajeros y mercancías.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le renforcement du maillage et de l'accessibilité des infrastructures de transport en Europe centrale et orientale. Il est effectivement important de permettre aux citoyens européens de disposer d'une infrastructure de qualité pour se déplacer partout en Europe.

Parmi les recommandations exprimées dans ce rapport, je soulignerai la nécessité d'une planification coordonnée de projets par et entre les États membres ou encore d'un meilleur usage des instruments pour la coopération régionale.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pranešimo tekstas tarsi savaime motyvuoja jį palaikyti. Vidurio ir Rytų Europa, deja, dar negali pasigirti tokios kokybės transporto infrastruktūra, kokią turi Vakarų Europa. Ir natūralu, kad ES parama čia yra itin vertinga. Kita vertus, įsiskaičius į pranešimą aiškėja, jog juo yra siūlomi ganėtinai keisti projektai, tokie kaip magistralių tiesimas gerai išsivysčiusioje Italijoje, magistralių tiesimas per saugomas teritorijas ir daug kitų labai neaiškias perspektyvas galinčių sąlygoti veiklų.

Todėl aš susilaikau nuo paramos šiam pranešimui, kartu pažymėdamas, jog jame itin teisingai atspindėtas poreikis pabaigti šiuo metu pradėtas transporto jungtis, tokias kaip Rail Baltica, o jo kokybę gerokai sumažino didelis entuziazmas naujų magistralių statybos atžvilgiu.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A existência de ligações de transportes de elevada qualidade é fundamental para as atividades económicas europeias e para a qualidade de vida dos cidadãos. O acesso a redes de transportes com boas ligações a nível local, regional, nacional e transfronteiriço para o transporte de passageiros e mercadorias é essencial para a concretização de uma maior coesão económica, social e territorial nos Estados-Membros e dentro da própria União Europeia (UE).

A Rede Transeuropeia de Transportes (RTE-T) pretende desenvolver uma rede multimodal integrada à escala europeia que promova a interligação e a interoperabilidade das redes nacionais.

As infraestruturas de transportes nos Estados-Membros da Europa Central e Oriental foram objeto de uma modernização e de melhorias graças à ajuda europeia desde o período de pré-adesão.

Contudo, apesar dos progressos registados, subsistem lacunas em termos de acessibilidade e ligação das infraestruturas ao longo destas regiões. Essas lacunas necessitam de ser colmatadas, a fim de assegurar o crescimento económico e maximizar as oportunidades de emprego pelo que os Estados-Membros e a Comissão devem promover a execução das ligações em falta, eliminar os estrangulamentos e assegurar ligações sem descontinuidades, tanto para o transporte de passageiros como de mercadorias, cumprindo assim os objetivos da RTE-T.

Por concordar com as propostas elencadas, votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe versa sobre las lagunas y deficiencias que aún persisten en la red de transporte de la Unión en Europa central y oriental, pese a las inversiones realizadas y los avances obtenidos. Aunque hay algunos puntos positivos —coherencia entre instrumentos financieros de la Unión, multimodalidad o desarrollo infraestructura ciclista— he votado en contra, porque el único criterio que se propone para identificar y evaluar las carencias en infraestructuras es potenciar el mercado único, el desarrollo económico y la competitividad de las empresas en los mercados transnacionales. En consecuencia, las referencias a los criterios de cohesión social o de sostenibilidad ambiental son meramente testimoniales. Además, aboga por relanzar algunas grandes infraestructuras transfronterizas que cuentan con fuerte oposición de las comunidades locales afectadas.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Verbesserung der Anbindung und der Barrierefreiheit der Verkehrsinfrastruktur in Mittel- und Osteuropa gestimmt, da der Erhalt und Ausbau der Transportanbindungen ein wichtiger Faktor für die Stabilität und Sicherheit an den osteuropäischen Grenzen sowie zu den Westbalkanstaaten ist.

Die Verkehrsinfrastruktur in den Mitgliedstaaten dieser Region hat eine wesentliche Modernisierung und Verbesserung durchlebt, welche konstant von der EU gefördert wurde.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Zprávu poslance Poręby jsem podpořila. V současné době chybí dostatečné propojení dopravní infrastruktury v regionu střední a východní Evropy, proto podporuji výzvu, aby se členské státy zaměřily na odstraňování úzkých míst a chybějících úseků hlavní sítě TEN-T, která má být dokončena do roku 2030. Dále pan zpravodaj ve své zprávě upozorňuje na důležitost koordinovaného přístupu členských států, které by měly konzultovat své hlavní dopravní plány se sousedními členskými státy. Tento přístup podle mého názoru může pomoci propojování chybějících přeshraničních úseků. K dokončení hlavní sítě TEN-T je zapotřebí zajistit dostatečné finanční prostředky, a proto jsem ráda, že zpráva v tomto ohledu vyzývá Komisi, aby zajistila součinnost a vzájemné doplňování finančních prostředků v rámci evropských fondů, protože to je pro členské státy v našem regionu klíčové.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La privatización de las infraestructuras y la apertura de los mercados periféricos a los productos de las economías centrales son los dos principales ejes de la política de transportes de la Unión. Así es, también, en este informe, por lo que he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for a European Parliament resolution on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe. To date, most of the transport infrastructure projects planned to be financed by European Fund for Strategic Investments (EFSI) are found in Western Europe. In order to address this imbalance, the report states that capacity building and technical assistance is required and that the Commission should encourage investors to support project platforms that focus on CEE transport infrastructure projects.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Prepojenie a dostupnosť dopravnej infraštruktúry má významný vplyv na hospodársky rast, hospodársku konkurencieschopnosť, zamestnanosť a územnú súdržnosť EÚ a jej regiónov. Je nutné riešiť naliehavú potrebu zlepšiť infraštruktúru cestnej siete pozdĺž východnej hranice EÚ, t. j. od Estónska cez Lotyšsko, Litvu, Poľsko, Slovensko, Maďarsko, Rumunsko a Bulharsko až po Grécko. V súvislosti s tým by sa mali vyčleniť aj primerané rozpočtové prostriedky na projekt Via Carpatia, čo plne podporujem. Hlasoval som za.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď dopravná infraštruktúra v členských štátoch strednej a východnej časti EÚ spájajúcej Estónsko, Lotyšsko, Litvu, Poľsko, Českú republiku, Slovensko, Maďarsko, Slovinsko, Chorvátsko, Rumunsko a Bulharsko prešla od predvstupového obdobia až po súčasnosť podstatnou modernizáciou, v porovnaní s ostatnými európskymi regiónmi ju stále môžeme považovať za nedostatočnú. S poľutovaním musím priznať, že v mnohých stredoeurópskych a východoeurópskych členských štátoch ešte stále chýbajú kvalitné dopravné spojenia a taktiež aj neefektívne prepojenia rôznych druhov dopravy. Myslím si, že tieto nedostatky v cezhraničných dopravných prepojeniach sa podstatnou mierou podpisujú pod nedostatočnú regionálnu konkurencieschopnosť a slabšiu ekonomickú výkonnosť niektorých členských štátov. Podporila som uznesenie, lebo som presvedčená, že iba dobre rozvinuté cezhraničné prepojenia v strednej a východnej Európe dokážu zabezpečiť stabilitu, hospodársky rozvoj, regionálnu spoluprácu a bezpečnosť dopravných podmienok na vnútornom trhu. Verím, že aj na základe týchto prijatých opatrení dôjde k zlepšeniu dopravnej politiky v strednej a východnej Európe, ktorú jednotlivé členské štáty nemôžu zvládnuť jednotlivo.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo se osredotoča na sofinanciranje projektov s področja prometa v državah članicah, ki ležijo v srednji in vzhodni Evropi.

Poudarek je predvsem na projektih, ki niso trajnostno naravnani, kot npr. projekt Alemania, cestni koridor, ki naj bi povezal severovzhod Italije s severom Evrope, ali pa projekt Via Carpatica na jugovzhodu Bolgarije, kateremu nasprotujejo lokalne skupnosti, ter povečanju financiranja za regionalna letališča.

Menim, da je potrebno povezanost in dostopnost infrastrukture za prevoz v osrednjem in vzhodnem delu Evropske unije izboljšati, vendar na boljši in drugačen način kot narekuje omenjeno poročilo. Upoštevati je potrebno lokalne skupnosti, okolje in trajnostni razvoj.

Razvoj prometnih vozlišč za vsako ceno ne sme biti cilj Evropske unije, temveč je potrebno prometno infrastrukturo oblikovati trajnostno, kar posledično pomeni tudi dolgoročne pozitivne finančne posledice. Iz navedenih razlogov sem glasoval proti poročilu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Dopravné spojenie má zásadný vplyv na hospodársku činnosť v rámci Európy. Musíme úzko spolupracovať na vytváraní a realizácii projektov súvisiacich s prepojením infraštruktúry členských štátov strednej a východnej Európy v čo možno najširšej miere, najmä v oblastiach s vidieckym charakterom a v pohraničných regiónoch, aby sa zachoval hospodársky rast a pracovné príležitosti pre občanov a podniky.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe.

In an alternative dimension the EU might actually be capable of effectively and efficiently redistributing wealth for infrastructure projects. And the alternate me might pause for a second to consider if the EU should be involved in such projects. Ultimately, the alternate me would reject such intervention because infrastructure spending is not the EU's prerogative.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Visokokvalitetna prometna infrastruktura jedan je od generatora gospodarskog rasta, stoga je razvoj integrirane multimodalne prometne odnosno transeuropske prometne mreže (TEN-T) diljem Europe važan. Europski strukturni i investicijski fondovi mogu se koristiti u svrhu razvoja postojeće infrastrukture srednje i istočne Europe kako bi se zajamčio potpun i jednak pristup jedinstvenom tržištu s ciljem poticanja gospodarskih aktivnosti Europske unije.

Važno je naglasiti i razvoj koridora s ciljem povezivanja sjeverne i jugoistočne Europe te proširenje koridora TEN-T na zemlje kandidatkinje zapadnog Balkana kako bi se stvorile nove poslovne mogućnosti te poticala trgovinska razmjena. Podržavam izvješće o poboljšanju povezanosti i dostupnosti prometne infrastrukture u srednjoj i istočnoj Europi Odbora za promet i turizam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o boljši povezanosti in dostopnosti prometne infrastrukture v srednji in vzhodni Evropi. Pri izboljšanju povezanosti in dostopnosti prometne infrastrukture v srednji in vzhodni Evropi ne smemo pozabiti na potrebe gospodarstva in načela trajnostnega razvoja.

Slabša povezanost in dostopnost prometne infrastrukture imata negativen vpliv na gospodarsko rast in konkurenčnost gospodarstva ter na zaposlovanje in teritorialno kohezijo v Evropski uniji in njenih regijah.

Pozdravljam priporočilo, naj se obstoječe politike in instrumenti za regionalno sodelovanje bolje izkoristijo za okrepitev čezmejnega prometa med regijami in za odpravo ozkih grl.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem dnes pro zprávu o zlepšení propojení a dostupnosti dopravní infrastruktury ve střední a východní Evropě, která zdůrazňuje, že je třeba zlepšit propojení a přístupnost infrastruktury pro dopravu směrem do středních a východních částí EU, směrem z nich i uvnitř nich. Tato zpráva podporuje modernizaci silnic, budování chybějících spojení a bezpečných a přístupných parkovacích ploch, a to v rámci sítě TEN-T. Rozvoj dopravních uzlů je klíčovým prvkem pro propojení dálkové, regionální a městské dopravy, a v důsledku toho i pro podporu účinnosti, intermodality a rozvoje podnikání na regionální úrovni, a to i s přihlédnutím k rozsáhlým možnostem digitalizace, díky níž lze zvýšit výkonnost celého logistického řetězce. Dále zdůrazňuje, že evropské strukturální a investiční fondy mohou být využity na budování chybějících propojení v příhraničních oblastech ve střední a východní Evropě a vyzývá středoevropské a východoevropské členské státy, aby zajistily vysokou míru transparentnosti a důslednou kontrolu vynakládání prostředků EU.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση προωθεί την εκτέλεση έργων σε ήδη ανεπτυγμένες χώρες, όπως η Γερμανία, ενώ δίνει πολύ μικρή βαρύτητα σε χώρες που έχουν πραγματικά ανάγκη την κατασκευή έργων υποδομής.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Csatlakozásuktól kezdve napjainkig az Unió keleti részén fekvő tagállamok közlekedési infrastruktúrája az EU folyamatos segítségével kétségkívül jelentős korszerűsítésen és fejlesztéseken esett át. Ugyanakkor – történelmi és földrajzi okokból – a nyugati tagállamokból érkező, illetve az azokba irányuló összeköttetések újjáépítését célzó projektekre esett a hangsúly. Ezt hivatott megváltoztatni és némiképp ellensúlyozni az elfogadott jelentés. A kelet-nyugati közlekedési tengely mellett azonban rendkívül fontos az észak-déli összeköttetés fejlesztése, amely elsősorban a közép-kelet-európai tagállamok gazdasági fellendülését eredményezheti.

A jelentés egyedülálló a maga nemében, hiszen egységes formában, egy dokumentumban foglalkozik a régión belüli kihívásokkal és a jövőbeni lehetőségekkel a közúti, vasúti, vízi és légi forgalom, valamint az ezek közötti átjárhatóság területén. Magyarország szempontjából jelentős az a tény is, hogy több, hazánkat is érintő lehetőség kiaknázását felveti. Ilyen többek között a Via Carpathia projekt továbbfejlesztése és útvonalának kiépítése az ország keleti felén északról-délre végighaladva, mely kiemelt helyet kapott a dokumentumban.

Az ambiciózus célok eléréséhez szükséges pénzügyi keretet az európai strukturális és beruházási alapok, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz (CEF), az Európai Beruházási Bank (EBB) és az Európai Újjáépítési és Fejlesztési Bank (EBRD) forrásai, illetve az Európai Stratégiai Beruházási Alap eszközei és az ezek közötti szinergiák kiaknázása biztosítja.

Ezért a magyar néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a közép- és kelet-európai közlekedési infrastruktúra összekapcsolódásának és hozzáférhetőségének fejlesztéséről szóló jelentést. Egyetértek azzal a megállapítással, hogy a jó minőségű közlekedési összeköttetések alapvető fontosságúak Európa gazdasági tevékenysége, valamint a polgárok életminősége szempontjából. A könnyen megközelíthető, jó összeköttetésekkel rendelkező közlekedési hálózatok valóban elengedhetetlenek az Unió tagállamain belüli és azok közötti gazdasági, társadalmi és területi kohézió előmozdítása számára.

Üdvözlöm, hogy a jelentés figyelmet szentel a kerékpárosok, valamint a ritkán lakott és nehezen megközelíthető régiók lakosságának szükségletei és a környezetbarátabb közlekedési lehetőségek irányába mutató intézkedéseknek. Egyetértek továbbá a vasútvonalak illetve a belvízi szállítás korszerűsítésére tett javaslatokkal.

A jelentéshez hasonlóan támogatom, hogy a gazdasági szükségleteket és a fenntartható fejlődés elveit figyelembe véve fokozzuk az Unió középső és keleti részébe irányuló, onnan kiinduló és azon belüli közlekedési infrastruktúra összekapcsolhatóságát és hozzáférhetőségét, kiemelt szerepet biztosítva a tagjelölt országokkal folytatott koordinációnak.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Transport to swego rodzaju krwiobieg gospodarki. Bez sprawnie działającego systemu przemieszczania osób i towarów oraz bez możliwości zmiany lokalizacji świadczenia usług nie ma mowy o wyraźnym wzroście gospodarczym. Transport poprzez swoją specyfikę zbliża też do siebie rynki, zapewniając firmom możliwość wymiany towarów, usług, ale także i doświadczenia z otoczeniem zewnętrznym.

Niestety, infrastruktura transportowa w większości państw Europy Środkowo-Wschodniej, mimo inwestycji poczynionych dzięki środkom pochodzącym z europejskich funduszy strukturalnych, nadal jest znacznie słabiej rozwinięta niż w innych częściach Unii Europejskiej. Wśród priorytetów powinny znaleźć się inwestycje służące w szczególności uzupełnianiu brakujących połączeń, usuwaniu wąskich gardeł i zapewnieniu płynnych połączeń w pasażerskim i towarowym transporcie dalekobieżnym i regionalnym.

Aby ułatwić realizację projektów transportowych, Komisja Europejska i poszczególne państwa członkowskie powinny dążyć do usprawnienia i uproszczenia procedur przetargowych, wydania wytycznych dotyczących formuły partnerstwa publiczno-prywatnego, a także do uproszczenia procedur wydawania zezwoleń. Tylko w takich warunkach możliwe będzie efektywne wykorzystanie dostępnych środków finansowych.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – ALDE:n linja mietinnön suhteen oli mutkaton, joten äänestin sen puolesta. On tärkeää luoda ja ylläpitää mahdollisuuksia liikkuvuuteen EU-alueella ja siten panostaa laadukkaaseen ja laajaan infrastruktuuriin.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Cunoscut este faptul că în Europa Centrală și de Est infrastructura de transport în majoritatea regiunilor este insuficient dezvoltată comparativ cu cea a altor regiuni europene și că nu se poate vorbi despre creștere economică, dezvoltare durabilă, competitivitate economică, coeziune teritorială și creșterea ocupării forței de muncă fără o îmbunătățire a conectivității și accesibilității infrastructurii de transport. Mai mult decât atât, realizarea obiectivelor politicii de coeziune, în special în ceea ce privește dezvoltarea economică dorită a regiunilor de frontieră, nu este posibilă fără îmbunătățirea conectivității și accesibilității infrastructurii de transport din Europa Centrală și de Est.

Evident, diferențele în ceea ce privește dezvoltarea cantitativă și calitativă a infrastructurii între regiunea Europei Centrale și de Est și restul Europei pot fi reduse doar printr-o strategie clară, concretă și integrată la nivelul UE, contribuind astfel la dezvoltarea turismului, a pieței muncii, a pieței bunurilor și serviciilor și, implicit, a tuturor sectoarelor economice.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The report on the situation of connectivity in Central and Eastern Europe is a first and major step towards reducing the significant disparities accumulated between this region and the west. It recognises that, despite efforts undertaken by the Commission through its Cohesion policy, several Eastern Member States are lagging behind in terms of infrastructure projects and attracting the EU funds available for these. In light of this, the report is proposing that the Commission comes with a strategy for Central and Eastern Europe, integrating all large infrastructure projects, taking into account both the differences between various regions and the long-term objectives of the EU. At the same time it proposes means by which European traffic can be diverted towards more transport modes, taking thus into consideration environmental concerns and congestion problems. Not least, the present report brings a new perspective to tourism by soliciting that European infrastructure projects be connected with tourism objectives, underlining the close relationship between this industry and transport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il s'agit, pour le Parlement européen, du moment opportun pour poursuivre sur la lancée de ce nouveau processus du RTE-T et s'atteler plus avant aux défis existants en matière d'accessibilité et de maillage des infrastructures de transport dans les États membres d'Europe centrale et orientale, en réunissant l'Estonie, la Lettonie, la Lituanie, la Pologne, la République tchèque, la Slovaquie, la Hongrie, la Slovénie, la Croatie, la Roumanie et la Bulgarie.

Le rapport peut apporter des éléments de réponse à certaines questions relatives au développement de différents modes de transport terrestre, par voie d'eau ou voie aérienne dans les États d'Europe centrale et orientale, notamment le soutien de l'intermodalité via les plaques tournantes et les ports ou la nécessité de rétablir les liaisons ferroviaires transfrontalières pour le transport de passagers.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the connection and accessibility of transport infrastructure in Central and Eastern Europe. The report points at the specific development of transport infrastructure in the region and underlines, among other things, the need to promote intermodality as well as cross-border connections in the region. In particular, I supported the provisions inviting the Member States and the Commission to ensure synergies and mutual complementarity of the funding instruments used in the region in order to improve their utilisation.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Parėmiau europarlamentaro Porębos pranešimą, nes jis vienareikšmiškai rekomenduoja gerinti transporto infrastruktūrą Vidurio ir Rytų Europoje, į kurią taip pat įeina ir Lietuva. Transporto plėtra yra labai svarbi mūsų piliečių gyvenimo kokybei bei efektyviam prekių judėjimui. Pranešimas teisingai ragina EP didinti teisėkūros proceso tempą siekiant gerinti esamus ir sukurti naujus susisiekimus nuo Estijos per Lietuvą ir Lenkiją iki Rumunijos ir Bulgarijos. Šios srities atkūrimas yra būtinas siekiant pagerinti šiuo metu neefektyvias tarpvalstybines jungtis. Tuo pačiu bus pagerintas susisiekimas ir priėjimas prie teritorijų, įsikūrusių rytiniuose Sąjungos regionuose. Bendradarbiavimas pagal makroregionų strategijas tikrai padės išspręsti daugelį problemų transporto politikos srityje.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće kolege iz redova Europskih konzervativaca i reformista jer isto stremi poboljšati prometnu povezanost srednje i istočne Europe sa sjeverom i zapadom. Ujedno ulaže napore i u poboljšanje prometne infrastrukture istočne i srednje Europe, što će imati potencijalno pozitivan utjecaj i na hrvatske prometnice.

Izvješćem je Europski parlament po prvi puta dao precizne upute i preporuke Europskoj komisiji za razvoj prometne infrastrukture srednje i istočne Europe, kao i svoju potporu specifičnim projektima u toj regiji u kojoj i dalje postoje ozbiljni nedostatci u dostupnosti i povezanosti prometne infrastrukture.

Pri stvaranju uputa nije zanemaren niti jedan aspekt te je izvješćem obuhvaćen cestovni promet, željeznički promet, unutarnji plovni putovi te morske i zračne luke, a pri izgradnji i modernizaciji cestovne infrastrukture naglašeno je da u obzir treba uzeti potrebe biciklista, odnosno važnost biciklističke infrastrukture.

S obzirom na stanje hrvatskih prometnica smatram da je izuzetno bitno prevladati te nedostatke kako bi se ojačala stabilnost i ostvario gospodarski razvoj i regionalna suradnja na tom području.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o boljši povezanosti in dostopnosti prometne infrastrukture v srednji in vzhodni Evropi sem podprla. Visokokakovostne prometne povezave so temeljnega pomena za gospodarske dejavnosti v Evropi in za kakovost življenja naših državljanov.

Zlahka dostopna in dobro povezana prometna omrežja z lokalno, regionalno, nacionalno in čezmejno razsežnostjo potniškega in tovornega prometa so osnova za spodbujanje ekonomske, socialne in teritorialne kohezije v državah članicah EU in med njimi.

Na ravni EU je namen vseevropskega prometnega omrežja (TEN-T) razviti integrirano vseevropsko multimodalno prometno omrežje, spodbujati povezovanje in interoperabilnost nacionalnih omrežij, pa tudi dostop do njih. S smernicami za razvoj omrežja TEN-T in instrumentom za povezovanje Evrope (IPE), ki je bil vzpostavljen leta 2013, sta že dobro pripravljena glavna stebra za izvajanje politike EU za prometno infrastrukturo do sredine 20-ih let 21. stoletja.

Države članice in EU bodo morale združiti svoje vire in tesno sodelovati pri vzpostavljanju in izvajanju projektov za dokončno oblikovanje strateškega osrednjega omrežja do leta 2030 in celovitega omrežja do leta 2050.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe versa sobre las lagunas y deficiencias que aún persisten en la red de transporte de la Unión en Europa central y oriental, pese a las inversiones realizadas y los avances obtenidos. Aunque hay algunos puntos positivos —coherencia entre instrumentos financieros de la Unión, multimodalidad o desarrollo infraestructura ciclista— he votado en contra, porque el único criterio que se propone para identificar y evaluar las carencias en infraestructuras es potenciar el mercado único, el desarrollo económico y la competitividad de las empresas en los mercados transnacionales. En consecuencia, las referencias a los criterios de cohesión social o de sostenibilidad ambiental son meramente testimoniales. Además, aboga por relanzar algunas grandes infraestructuras transfronterizas que cuentan con fuerte oposición de las comunidades locales afectadas.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support and welcome infrastructure which has European added value and improves single market functioning.

I have always fought for the removal of bottlenecks which are both physical and legal barriers to the completion of the EU single market.

I am, however, asking the Commission to always submit all infrastructure projects for a cost benefit analysis; projects should be co-financed only if they pass that cost benefit test.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport relatif aux infrastructures de transport en Europe centrale et orientale présente des points positifs, comme une meilleure utilisation des fonds européens, une transparence accrue des services de transport, un allégement administratif et une répartition plus logique des aéroports régionaux.

Cependant, il préconise l'élargissement de l'espace Schengen et il encense la gouvernance macro-régionale promue par la Commission.

J'ai voté CONTRE ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W dotychczasowej działalności Parlamentu Europejskiego brakowało dokumentu, który w kompleksowy sposób ujmowałby rozwój infrastruktury transportowej w Europie Środkowo-Wschodniej. Z aprobatą przyjąłem więc sprawozdanie na ten temat.

Dokument będący przedmiotem sprawozdania nie tylko omawia kierunki rozwoju oraz obszary wsparcia, ale również wskazuje konkretne projekty, które wymagają realizacji. Konieczne inwestycje dotyczą połączeń kolejowych, drogowych i wodnych, które zwiększą możliwości transportowe i komunikacyjne całego regionu Europy Środkowej i Wschodniej. W ten sposób umocnienie i rozwój sieci transeuropejskich umożliwi obywatelom Unii, podmiotom gospodarczym oraz wspólnotom lokalnym i regionalnym pełne czerpanie korzyści z ustanowienia obszaru bez granic wewnętrznych, o czym mowa w art. 170 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej. Z powyższych powodów głosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A jó minőségű közlekedési összeköttetések alapvető fontosságúak Európa gazdasági tevékenységei, valamint a polgárok életminősége szempontjából. Az utas- és áruszállítás helyi, regionális, nemzeti és határokon átnyúló dimenzióit is magába foglaló, könnyen megközelíthető, jó összeköttetésekkel rendelkező közlekedési hálózatok elengedhetetlenek az Unió tagállamain belüli és azok közötti gazdasági, társadalmi és területi kohézió előmozdítása számára. Támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe versa sobre las lagunas y deficiencias que aún persisten en la red de transporte de la Unión en Europa central y oriental, pese a las inversiones realizadas y los avances obtenidos. Aunque hay algunos puntos positivos —coherencia entre instrumentos financieros de la Unión, multimodalidad o desarrollo infraestructura ciclista— he votado en contra, porque el único criterio que se propone para identificar y evaluar las carencias en infraestructuras es potenciar el mercado único, el desarrollo económico y la competitividad de las empresas en los mercados transnacionales. En consecuencia, las referencias a los criterios de cohesión social o de sostenibilidad ambiental son meramente testimoniales. Además, aboga por relanzar algunas grandes infraestructuras transfronterizas que cuentan con fuerte oposición de las comunidades locales afectadas.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the report, with promotes all possibilities for co-financing transport projects in CEEC Member States, with the focus on non-sustainable projects such as the Alemania project, a road corridor that should link North-East Italy with the North of Europe, or the Via Carpathica, with contested projects through natural areas in South-West Bulgaria, or more finances for regional airports.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on improving the connection and accessibility of the transport infrastructure in Central and Eastern Europe. The report stresses the need to enhance the connectivity and accessibility of the infrastructure for transport to, from and within the central and eastern parts of the EU, taking into account the needs of the economy and the principles of sustainable development. It equally underlines the importance of coordinated project planning by and among Member States, taking into account as far as possible national master transport plans and coordination with candidate countries. I voted in favour because I believe that this is the right time for the European Parliament to further address open challenges regarding the accessibility and connectivity of the transport infrastructure in the Member States of the Central and Eastern European part of the EU. Quality transport links are fundamental for the economic activities in Europe and for the quality of life of our citizens.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Las infraestructuras de transporte en los Estados miembros de esta zona de la Unión han experimentado una modernización y un desarrollo sustanciales, valiéndose de una línea comunitaria de ayuda constante, que se extiende desde los años previos a su adhesión a la Unión hasta la actualidad. Sin embargo, por razones tanto geográficas como históricas, el foco ha estado puesto en la reconstrucción de las conexiones que comunicaban estos territorios con la Europa occidental. Para impulsar la estabilidad y la seguridad en la frontera este de la Unión, así como en los Balcanes occidentales, es necesario mantener vías de transporte efectivas. En apoyo a la necesidad de mejorar la conectividad en este sentido, he votado a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La privatización de las infraestructuras y la apertura de los mercados periféricos a los productos de las economías centrales son los dos principales ejes de la política de transportes de la Unión. Así es, también, en este informe, por lo que he votado en contra.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Je partage bien des objectifs énoncés dans ce texte. Je citerai notamment la nécessité d'améliorer le maillage et l'accessibilité des infrastructures de transport, l'impératif de lier ces travaux à une transition écologique plus poussée et à l'insertion sociale des populations vulnérables sur le plan économique, ou encore l'importance d'établir les liaisons manquantes.

Je m'étonne dès lors que ce texte ne dénonce à aucun moment la logique de libéralisation des transports à l'œuvre dans le RTE-T. Car partout où elle est à l'œuvre, la recherche de rentabilité amène les investisseurs à diminuer le maillage de transports publics en commun et donc à faire fi des impératifs d'accessibilité pour toutes et tous, et même de transition écologique (les modes de transports favorisés étant souvent individuels et toujours plus polluants).

Il y a aussi urgence à mettre un terme et a minima à réévaluer certains grands projets dont la pertinence au fil du temps est de moins en moins démontrée. Ils peuvent dès lors s'avérer inutiles voire dangereux, en plus de coûts exorbitants incompréhensibles en période de «restrictions» budgétaires.

J'ai donc voté contre ce texte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A existência de infraestruturas e sistemas de transportes de qualidade é uma garantia para o desenvolvimento dos países e para a melhoria da qualidade de vida das populações. A ligação entre os sistemas de transportes, dentro de um país ou entre diversos países, é também um elemento facilitador de desenvolvimento e do estabelecimento de relações comerciais e de comunicação sociocultural. Os países da Europa Central e Oriental têm todo o direito a um desenvolvimento pleno e a aproveitar os instrumentos disponíveis para garantir uma maior coesão.

Este relatório, no entanto, enfatiza estratégias e instrumentos que representam interesses que contrariam os interesses dos povos do espaço da UE, não apenas dos países em causa. Desde logo, no centro dos objetivos do relatório, está a necessidade de uma maior inclusão destes países no mercado único, a necessidade de garantir a competitividade regional e o repúdio à colocação de barreiras à livre circulação de mercadorias. Estes objetivos revelam que, mais que melhorar a operacionalidade dos transportes na Europa Central e Oriental, importa alargar as privatizações, as PPP e o mercado dos monopólios europeus a esta macrorregião.

Face ao exposto, não podemos apoiar este relatório.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige gute Ansätze hinsichtlich ungelöster Probleme in den Bereichen der Zugänglichkeit und Anbindung der Verkehrsinfrastruktur in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Allerdings wird auch die unbedingte Notwendigkeit offener Binnengrenzen betont, was in Zeiten irregulärer Migration und „Asyl-Shoppings" innerhalb der EU nicht länger vertretbar ist. Ich habe mich daher meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul miglioramento della connessione e dell'accessibilità dell'infrastruttura di trasporto nell'Europa centrale e orientale.

Considerando che la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture di trasporto influenzano notevolmente la crescita e la competitività economica, l'occupazione e la coesione politica e territoriale, questa relazione sottolinea la necessità di migliorare i collegamenti mancanti nelle regioni dell'Europa centrale e orientale, garantendo lo sviluppo dei corridoi TEN-T e promuovendo l'estensione della connettività a passeggeri e merci.

La relazione prende in considerazione tutti i mezzi di trasporto, auspicando non solo la creazione di grandi progetti di infrastrutture ma anche il miglioramento del sistema ferroviario interno, aereo e navale. Si sottolinea inoltre la necessità di rispettare la tutela dell'ambiente e della biodiversità e si chiedono misure utili e urgenti per l'eliminazione delle discriminazioni nei confronti delle persone con disabilità causate da barriere architettoniche nella gestione dei trasporti.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la îmbunătățirea conectării și accesibilității infrastructurii de transport din Europa Centrală și de Est. Legăturile de transport de foarte bună calitate sunt esențiale pentru activitățile economice în Europa și pentru calitatea vieții cetățenilor noștri. La baza încurajării coeziunii economice, sociale și teritoriale în statele membre ale UE și între acestea se află rețelele de transport ușor accesibile și bine conectate, care să includă dimensiunea locală, regională, națională și transfrontalieră a transportului de marfă și de călători.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem podpořil svým hlasem. Úroveň dopravní infrastruktury ve střední a východní Evropě jednoznačně zaznamenala v posledních dekádách jednoznačný posun vpřed, a to do velké míry kvůli finančním prostředkům z EU. Rozhodně však i nadále existuje prostor pro zlepšení, a to především co se týče modernizace stávající infrastruktury, doplnění chybějících spojení a dalších prvků v rámci sítě TEN-T. Rozvoj infrastruktury v oblasti střední a východní Evropy považuji za důležitý nejen kvůli zlepšení situace na úrovni jednotlivých členských států, ale také proto, že se jedná o důležitý faktor v rámci posilování bezpečnosti a stability východní hranice EU.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správa pána poslanca Poręby nadväzovala na schôdzu v parlamentnom Výbore pre dopravu a cestovný ruch (TRAN), ktorá sa zaoberala zlepšovaním prepojenia a dostupnosti infraštruktúry v strednej a východnej Európe. Ide o vôbec prvý komplexný dokument, ktorý sa touto témou zaoberá a ktorý zároveň dáva Európskej komisii detailné odporúčania. Správa v prvom rade identifikuje súčasný stav dostupnosti infraštruktúry v strednej a východnej Európe a jeho nedostatky. V nadväznosti na tieto zistenia navrhuje možné riešenia, zdôrazňuje už existujúce projekty, ktoré by bolo potrebné rozšíriť a podporiť, a možnosti financovania týchto projektov. Keďže si myslím, že situácia v oblasti prepojenia a dostupnosti dopravy v regióne, ku ktorému patrí aj Slovenská republika, v súčasnosti zaostáva za západnými štandardmi, čo je vidieť najmä v odľahlých oblastiach, správe som dala svoj hlas. Verím, že zlepšenie dopravnej infraštruktúry a úspešné ukončenie projektov pomôže v lepšom prepájaní Európy, ale bude medziiným znamenať aj väčšie možnosti na poli zamestnanosti a tvorby pracovných miest.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – La connettività e l'accesso alle infrastrutture di trasporto hanno un grande impatto sulla crescita e lo sviluppo del territorio, soprattutto se ben integrati in una connessione senza interruzioni a livello europeo. Ad oggi, però, si riscontra l'arretratezza delle reti infrastrutturali dell'Europa centrale e orientale rispetto a quelle di altre regioni dell'UE.

È perciò necessario agire, nell'interesse ultimo del consumatore, per lo sviluppo della rete infrastrutturale dove se ne verifichino carenze, sia a livello ferroviario che stradale, fluvio-marittimo e aereo, con lo scopo di raggiungere gli obiettivi TEN-T e creare opportunità per PMI e *start-up*. La rete, inoltre, non deve svilupparsi seguendo unicamente il criterio della redditività, ma deve altresì costituire un valido supporto logistico per il trasporto di persone e merci senza soluzione di continuità attraverso tutto il continente europeo.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*.— La relazione evidenzia la necessità di migliorare la connettività e l'accessibilità delle infrastrutture per il trasporto in direzione, in provenienza e all'interno delle regioni centrali e orientali dell'UE, investendo nella modernizzazione e nel completamento delle infrastrutture di trasporto esistenti. Vengono affrontate le diverse criticità divise per modalità di trasporto, a partire da quello stradale, per il quale si evidenzia il bisogno di un miglioramento della rete di infrastrutture lungo il confine orientale dell'UE in modo tale che risponda ai requisiti previsti per la sicurezza stradale.

Per quanto riguarda il trasporto ferroviario si sottolinea l'importanza della modernizzazione e della manutenzione delle linee ferroviarie. Si intende perseguire una crescita coerente e sostenibile del trasporto su rotaia che aiuti a conseguire una riduzione dell'impatto climatico, dell'inquinamento atmosferico e del numero di incidenti stradali.

Per gli aeroporti regionali si chiede che la realizzazione di nuove infrastrutture dipenda dalla domanda di traffico e che l'utilizzo di fondi dell'UE sia strettamente limitato a progetti economicamente validi e sostenibili. Questi sono gli elementi che mi hanno portato a dare voto favorevole alla relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o boljši povezanosti in dostopnosti prometne infrastrukture v srednji in vzhodni Evropi.

Prometna infrastruktura je v večini regij osrednjega in vzhodnega dela EU v primerjavi z drugimi evropskimi regijami še vedno manj razvita. Ker povezanost in dostopnost prometne infrastrukture močno vplivata na gospodarsko rast in konkurenčnost gospodarstva ter na zaposlovanje in teritorialno kohezijo v EU in njenih regijah, je potrebno, da se izboljšata povezanost in dostopnost infrastrukture za prevoz do osrednjega in vzhodnega dela EU, iz njih in znotraj njih.

Obenem je treba upoštevati potrebe gospodarstva in načela trajnostnega razvoja ter vzpostaviti manjkajoče povezave, odpraviti ozka grla in zagotoviti nemotene povezave za prevoz na dolge razdalje in regionalni promet.

8.19. EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte (A8-0283/2016 - Sophia in 't Veld)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem nepodpořil nakonec po dlouhém uvažování tuto zprávu. Na jedné straně považuji téma lidských práv a demokracie za klíčové téma Evropské unie, ale ten návrh, jak byl navržen, je podle mého názoru špatný a dobré úmysly zde, jak se říká, dláždí cestu do pekel. Zkrátka a dobře zavést nový mechanismus kontrolování států a nové cesty, jak byrokraticky vynucovat na jednotlivých členských státech lidská práva a demokracii, podle mého názoru v praxi nebude fungovat a povede to k jediné věci, že se soudržnost Evropské unie do budoucna bude oslabovat. A říkám to s vědomím toho, jak je agenda lidských práv a demokracie strašně důležitá a je třeba o tom permanentně mluvit zde na půdě Parlamentu a činit vše pro zlepšování demokracie a lidských práv v Evropě. Ale nemá to být touto cestou, nemá to jít cestou byrokratizace, kdy anonymní úředníci budou hodnotit jednotlivé suverénní státy a pak jim případně ukládat sankci. To je proti suverenitě jednotlivých členských států Evropské unie.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, le rapport in 't Veld prétend mettre les gouvernements sous tutelle au nom de la protection des droits fondamentaux. En fait, il procède d'une logique orwellienne car il propose exactement le contraire, en réalité, de ce qu'il affiche au nom des principes. La vérité, c'est que les lois liberticides se sont multipliées en Europe. Il y a des centaines de prisonniers d'opinion aujourd'hui en Allemagne. Dans mon pays, la France, en vertu des lois liberticides, par exemple la loi Pleven, quiconque parle d'immigration pour en dire autre chose que du bien peut être poursuivi pour racisme ou xénophobie; quiconque prétend examiner librement l'histoire contemporaine peut être poursuivi pour révisionnisme ou négationnisme; quiconque ne donne pas dans l'adulation du lesbianisme, de l'homosexualité ou du transsexualisme peut être poursuivi pour homophobie.

Ce rapport est par conséquent un monument d'hypocrisie. Avant de chercher la paille dans l'œil des Hongrois, on ferait mieux de chercher la poutre qui est ici, dans l'œil de la plupart des membres de ce Parlement.

Monica Macovei (ECR). – De multă vreme vorbim despre un mecanism care să verifice statul de drept și respectarea drepturilor omului, respectarea legii în statele membre. Este necesar un astfel de mecanism și eu sunt total pentru a-l implementa. E vorba de un mecanism de monitorizare, de urmărire dar și de corecție, evident, pentru că acesta este scopul, să corectăm ce nu merge bine, și de sancționare, dacă este cazul. Și vorbim de statele unde democrația este încă fragilă - cum sunt statele post-comuniste - în principal despre acestea. Mă bucur că Parlamentul nu e singur în această luptă, că vor fi și organizații neguvernamentale, că vor fi și experți independenți în respectarea legii și în respectarea drepturilor omului. De asemenea, dacă mecanismul de sancționare a acestor state care nu respectă standardele democrației și domnia legii propus de Comisie va conduce și la economisirea de bani, așa cum arată raportul, atunci vom atinge două obiective.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko temu sprawozdaniu z uwagi na Kartę Praw Podstawowych. W odróżnieniu od większości tu obecnych, ja pochodzę z kraju komunistycznego, mam 74 lata, większość czasu żyłem w kraju komunistycznym, gdzie zmuszano mnie do czytania Karola Marksa. I ponieważ czytałem Karola Marksa, to chcę Państwa zapewnić, że Karol Marks powiedziałby, że Karta Praw Podstawowych idzie za daleko w budowie komunizmu. A ponieważ nie lubię komunizmu, głosowałem przeciwko.

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP firmly rejects the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. UKIP believe that this mechanism is a severe infringement of national sovereignty. UKIP also vehemently opposes calls in this report for the EU to accede to the ECHR.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La falta de garantías del cumplimiento de los derechos fundamentales, tal y como aparecen recogidos en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, firmada por todos los Estados miembros es una realidad en el conjunto de los Estados miembros. En el Estado español, el Gobierno la incumple reiteradamente en cuestiones como la libertad de expresión y protesta, ante la pasividad de las instituciones europeas. Por ende, apoyo cualquier mecanismo que apueste por el cumplimento de estos derechos y permita que se fiscalice la acción de los Estados miembros, por lo que he votado a favor.

Sin embargo, entiendo que el mecanismo propuesto es claramente insuficiente, y aunque apoyo la elaboración de informes parlamentarios al respecto y que se potencie el papel de la Defensora del Pueblo, no puedo creer que esto realmente vaya a solucionar la honda problemática actual. La Unión no puede pretender hoy lavarse la cara y posar como un espacio donde se garantizan los derechos fundamentales, por lo que este mecanismo tendrá un papel exclusivamente cosmético, a no ser que vaya acompañado por una voluntad política de democratización que hoy no existe entre las autoridades comunitarias.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report proposes creating a pact on democracy, the rule of law and fundamental rights across the EU prior to any future treaty change. While some of the language looks positive, with references to fundamental rights, its implementation would actually have serious consequences for national sovereignty as it empowers the Commission to further interfere in national affairs. For example, the report refers to protecting the 'common values of the Union', and suggests the Commission assumes responsibility to 'correct breaches of Union values.'

The report also suggests that the European Court of Justice should monitor legislation from Member States, in addition to its remit of examining adherence to EU law in relation to the Treaties. The mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights is described as 'a tool for compliance with the enforcement of the Charter and Treaties', and affords the Commission 'appropriate binding and corrective mechanisms' that go beyond Article 7 TEU.

Attempts to have EU institutions included in such scrutiny also failed, securing only a voluntary opt-in. As the negative implications for sovereign governments are too great, we voted against this report.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. L'Union européenne est bien plus qu'un simple marché: c'est une communauté de valeurs, consacrées par les traités! Parmi elles, le respect de l'état de droit constitue la clé de voûte de la démocratie et de la protection des droits fondamentaux; il doit s'inscrire dans chacune des mesures entreprises par l'UE et ses États membres.

L'Union doit enfin se doter d'une gouvernance démocratique aussi solide que sa gouvernance économique. Ainsi, je me félicite de cette résolution qui propose d'instaurer un mécanisme d'évaluation annuel du respect de l'état de droit, de la démocratie et des droits fondamentaux, par les États membres et les trois institutions principales de l'UE.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης που περιέχει συστάσεις προς την Επιτροπή σχετικά με τη θέσπιση μηχανισμού της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα, διότι θεωρώ πως είναι επιτακτική ανάγκη να υιοθετηθεί ένα πλαίσιο που να επιτρέπει στην ΕΕ να αντιμετωπίσει όχι μόνο τις παραβιάσεις σε συγκεκριμένες νομοθεσίες της, αλλά και σοβαρότερες απειλές για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit diesem Bericht gibt das EU-Parlament Empfehlungen an die Kommission mit dem Ziel weiter, einen rechtlich verbindlichen Mechanismus mit jährlicher Berichterstattung zur Einhaltung der Werte und Grundrechte der EU durch die Mitgliedstaaten einzusetzen. Dieser Mechanismus soll objektive Richtwerte enthalten und ein klares und schrittweises Verfahren zur Behebung von Verstößen gegen die Grundrechte oder die Rechtsstaatlichkeit festlegen. Der Vorschlag des Parlaments zielt zudem darauf ab, bereits bestehende ähnliche Vorgaben in einem einzigen EU-Instrument zusammenzufassen.

Ich unterstütze die Gründung eines Mechanismus auf europäischer Ebene, denn der Mechanismus kann darüber hinaus ein wirksames Instrument zur Überwachung der Länder sein, die der EU neu beitreten möchten.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'UE pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». Il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts (1 magistrat par État membre, plus 10 «experts» désignés par le Parlement européen) fera un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission.

Le rapport préconise l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe (dont la Turquie et l'Albanie sont membres).

Le texte préconise aussi une révision du traité qui permettrait à un tiers des députés au Parlement européen de saisir la Cour de justice après l'adoption définitive d'un texte et avant sa mise en œuvre. Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres. Même le gouvernement français a déclaré que la proposition n'était pas conforme aux traités!

Je me suis bien évidemment opposée à ce texte dangereux.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative report. Member States have already handed over control of their laws, fisheries, defence and finances to unelected and unaccountable European bureaucrats. Is it really wise to hand over control of Member States mechanisms for democracy? I believe this is a dangerous proposal and an infringement of national sovereignty.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport d'initiative législatif de Sophie in 't Veld invitant la Commission à soumettre une proposition pour un mécanisme objectif et non politisé, afin de protéger la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux (DEF).

Je crois en effet que les Européens ont été parmi les premiers à lutter pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux. Cet héritage nous oblige à renforcer leurs protections dans l'ensemble de l'Union, qui est une communauté de principes et de valeurs.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Currently there are insufficient instruments to ensure that the core European values laid out in Article 2 of the Treaty on European Union are upheld. When countries join the EU it is ensured that they adhere to the EU values, but as illustrated by the recent developments in Poland and Hungary, once they are members there is no mechanism to guarantee that these values continue to be maintained. Therefore, there is a need to establish a mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. This mechanism will oversee the implementation of EU values and will help prevent and correct any breaches made by Member States. This mechanism must be applied to all Member States equally, it should be a permanent mechanism, objective and evidence-based, and finally, there needs to be close involvement of Member State governments. This DRF pact will lead to a more united European Union as it will strengthen the common core values shared among the Member States.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD-delegatie ondersteunt het principe en het doel van het mechanisme maar heeft zich uiteindelijk toch onthouden omdat er een aantal bepalingen zijn opgenomen die indruisen tegen de werking van het Nederlandse rechtssysteem. Het nieuwe agentschap kan wat ons betreft niet (mede)bepalen wat een Europese en wat een nationale bevoegdheid is (interpretatie van artikel 2 VWEU).

We zijn tegen het verlenen van directe en rechtstreekse toegang tot het Europees Hof aan alle natuurlijke en rechtspersonen. We willen de normale rechtsgang via de nationale rechter in stand houden.

Tot slot steunen we het idee niet om met slechts een derde van de stemmen van het EP een wetgevingstraject stil te kunnen leggen omwille van een prejudiciële toetsing bij het Hof.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES demokratijos, teisinės valstybės ir pagrindinių teisių mechanizmo sukūrimo. Nors Europa turi gilias tradicijas demokratijos, teisinės valstybės ir piliečių laisvių srityje, tačiau į Komisijos, kuri yra Sutarčių sergėtoja, pastangas priminti kuriai nors valstybei narei jos įsipareigojimus reaguojama nenoriai arba visiškai atsisakoma pripažinti bendrai sutartas taisykles ir ES įgaliojimus, užtikrinant, kad šių taisyklių būtų laikomasi. ES turi įvairių priemonių, kuriomis gali užtikrinti demokratijos, teisinės valstybės principų ir pagrindinių teisių laikymąsi, tačiau priemonių taikymo sritis yra ribota ir pačios priemonės neveiksmingos. Todėl pritariu, kad būtina sukurti sistemą, kuri ES suteiktų galimybių spręsti ne tik konkrečių ES teisės aktų pažeidimų klausimus, bet ir pavojaus

demokratijai, teisinei valstybei ir pagrindinėms teisėms (rizikos) atvejus.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentésben javasoltak az EU tagállamok feletti politikai dominanciájának új formáját valósítanák meg. „Független szakértők" testülete bélyegezhetné meg őket, ha például lakosságuk népszavazás vagy alkotmánymódosítás útján védené meg magát az uniós intézmények érzékeny területeken hozott döntéseivel szemben. Az indítvány elfogadása azt jelezi, hogy az EP többsége semmit sem tanult a Brexitből, tovább akarja folytatni szuverén országok belügyeibe való beavatkozást. A jelentésre természetesen nemmel szavaztam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP firmly rejects the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. UKIP believe that this mechanism is a severe infringement of national sovereignty. UKIP also vehemently opposes calls in this report for the EU to accede to the ECHR.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'UE pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Je m'oppose à ce rapport qui préconise aussi l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme mais aussi du Conseil de l'Europe (qui comporte la Turquie, l'Albanie, etc).

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai bien entendu approuvé ce rapport d'initiative qui propose la création d'un mécanisme annuel de surveillance du respect des libertés fondamentales et de l'état de droit par les États membres et les institutions de l'Union.

À cette fin, le rapport invite la Commission à présenter, avant septembre 2017, un projet de pacte interinstitutionnel pour l'état de droit et les libertés fondamentales qui comprendrait:

— un rapport annuel sur la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux incluant des recommandations pays par pays,

— un débat interparlementaire annuel sur base de ce rapport,

— des modalités de traitement des risques potentiels ou violations telles que prévues à l'article 7.

Les valeurs fondamentales contenues dans l'article 2 du traité sont au cœur du projet européen. Chaque État membre se doit de les respecter.

Les situations actuelles en Pologne ou en Hongrie démontrent qu'une surveillance permanente du respect de ces valeurs est nécessaire et l'application de ce rapport permettrait que ce soit le cas et donc que des réactions rapides puissent être posées.

Il s'agit d'un enjeu vital pour l'avenir de l'Europe.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución para la creación de un mecanismo de la Unión para la democracia, el Estado de Derecho y los derechos fundamentales. Los valores y principios fundacionales deben ser aplicados también dentro de nuestra Unión. En la actualidad, no contamos con los instrumentos necesarios para lograrlo de la misma manera que exigimos su cumplimiento en el exterior.

Teniendo en cuenta el debilitamiento de la democracia y el Estado de Derecho en países como Polonia o Hungría, es necesario adoptar mecanismos como éste que refuercen el cumplimiento de los derechos fundamentales y eviten cualquier tipo de deriva autoritaria dentro de la Unión.

El mecanismo incluido en esta Resolución contiene diversos instrumentos y disposiciones para lograr los objetivos comentados. En especial, destaco la solicitud de suprimir del artículo 51 de la Carta de los Derechos Fundamentales (CDFUE) y que la Carta pase a ser una Declaración de Derechos de la Unión. De esta forma, se reforzaría la aplicación de la CDFUE en todas las acciones y cuerpo normativo de la Unión. Desde mi actividad parlamentaria siempre he abogado por adoptar una aplicación del artículo 51 que permita a la Unión garantizar el cumplimiento de los derechos fundamentales.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La democrazia, l'uguaglianza, lo Stato di diritto e il rispetto dei diritti fondamentali costituiscono valori fondanti dell'Unione europea, iscritti nei trattati e promossi nell'azione quotidiana delle istituzioni UE. I recenti sviluppi in alcuni Stati membri e lo stesso avanzamento del processo di integrazione hanno però dimostrato la presenza di lacune in questo campo, inefficienze che rendono necessario rivedere e integrare gli attuali meccanismi al fine di garantire che i principi dei trattati siano osservati, protetti e promossi in tutta l'Unione.

La relazione della collega Sophia in 't Veld, che ho sostenuto con il mio voto, chiede la conclusione di un Patto dell'Unione sulla democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali, sotto forma di accordo interistituzionale, per facilitare la cooperazione delle istituzioni e degli Stati membri nell'ambito dell'articolo 7 TUE. Il Patto dovrebbe prevedere sanzioni che possano fungere da deterrente efficace per prevenire le violazioni nonché un monitoraggio periodico sulla compatibilità degli accordi internazionali ratificati dagli Stati e dall'Unione recanti disposizioni di diritto primario e derivato. Queste misure dovrebbero essere adottate in previsione di una sempre più necessaria riforma dei trattati che vada ad approfondire l'integrazione politica e al contempo a rafforzare le tutele dei cittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de este informe, porque considero positivamente la mayor parte de las propuestas contenidas en el informe y en el anexo. Considero que a pesar de que el informe final ha sido debilitado en su contenido en relación al original, las recomendaciones que emite avanzan en la vía de una mayor cohesión europea en materia de mantenimiento y supervisión de los derechos fundamentales de la Unión.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Comme dans *1984*, le roman prémonitoire de George Orwell, l'Union va enfin avoir son ministère de vérité. De quoi s'agit-il ici? Nous allons créer un mécanisme pour la démocratie afin de poursuivre des États souverains qui auraient l'outrecuidance de croire que, dans les domaines régaliens de la politique, ils auraient le droit de défendre les intérêts de leurs peuples. Pour cela, il faudra abolir, comme ce rapport le préconise, l'article 51 de la charte des droits fondamentaux sur la subsidiarité et la souveraineté nationale. Le rapport veut que l'UE demande à adhérer à la Cour européenne des droits de l'homme (CEDH) alors que cette Cour est une institution du Conseil de l'Europe (47 pays et pas l'ensemble des 27 États de l'UE). Ainsi, la CEDH deviendrait l'instance juridique suprême de l'Union, avec tutelle sur la Cour de justice de l'Union européenne. De plus, ce mécanisme pour la démocratie va inclure de soi-disant experts dont certains seraient des juges non européens (de la Turquie? de la Russie? du Maroc?) qui, sur base d'anonymat, pourront évaluer et condamner des États démocratiques et souverains. Avec la pensée unique comme juge suprême.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Hace falta un mecanismo realista, vinculante y objetivo para corregir problemas de calidad democrática que se producen en Estados miembros de la UE que no admitiríamos en un Estado candidato a ingresar en nuestra Unión. Si queremos ser referencia en esta materia en el mundo, tenemos que ser ejemplares y ahora, lamentablemente, en algunos Estados hay muchas oportunidades de mejora en aspectos tales como la independencia judicial, el pluralismo mediático o el respeto de los derechos de las minorías. El ingreso en la UE es voluntario, pero incluye un catálogo de obligaciones en materia de derechos y libertades que es una de nuestras señas de identidad. ¡Conservémoslo!

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis farouchement opposée à ce rapport qui, contrairement à ce qu'indique son nom, représente un véritable danger pour la démocratie dans les État membres. L'Union européenne, qui ne supporte pas la contradiction, cherche à museler toute voix dissidente par la sacro-sainte parole de soi-disant «experts» qui seront en mesure de «juger» voire de sanctionner chaque nation européenne ayant le malheur de ne pas aller dans le sens des institutions bruxelloises, comme elles tentent déjà de l'instaurer avec les «sanctions» à l'égard de la Hongrie et de la Pologne.

Pire, des États non membres de l'UE mais parties intégrantes d'autres institutions comme le Conseil de l'Europe seront en mesure de se faire grand magistrat à l'égard des États membres: on sera ainsi ravi de subir les «bons conseils» en matière de démocratie et de respect des droits de l'homme de la part de l'Albanie ou encore de la Turquie… (sic!)

Quand on pense que même le gouvernement français, pourtant à la botte de ce super État fédéral qui n'en est pas un, juge la proposition contraire aux traités européens, on comprend que l'heure est grave.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non sono per nulla d'accordo con l'ennesimo tentativo da parte delle istituzioni europee di scardinare i principi della democrazia, dello Stato di diritto e dei diritti fondamentali, che ogni Stato membro dovrebbe poter gestire da sé. Un'Unione seria e rispettosa della sovranità dei propri paesi membri non tenta di esercitare un controllo totale su di essi; al contrario s'impegna a garantire il principio di sussidiarietà, indispensabile per permettere agli Stati di svolgere le loro funzioni a servizio dei cittadini. Per questi motivi non ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för betänkandet.

Huvudtanken i betänkandet är att EU-kommissionen bör inrätta en bindande mekanism som på årlig basis avlägger rapporter om hur demokratiska principer, rättsstatsprincipen och de mänskliga rättigheterna efterlevs i EU-länderna. Målet är en övervakning av utvecklingen i EU-länderna så att inte demokratin undergrävs. Den nya EU-mekanismen skulle också medföra möjligheten till återkommande debatt inom EU-institutionerna och de nationella parlamenten om demokratin, rättsstatsprincipen och grundläggande rättigheter.

Jag vill understryka att det enbart är dessa demokratins kärn- och strukturfrågor som övervakningen ska gälla. Avsikten är att inget medlemsland i EU ska kunna inskränka demokratin och/eller undergräva rättsstatens funktion.

Däremot ska varje medlemsland självklart ha full frihet att utveckla den ekonomiska och sociala politik som landets regering, efter demokratiska och fria val, har fått mandat att föra.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Tratado establece la responsabilidad de la UE para promover y proteger las bases constitucionales compartidas por los Estados miembros en el ámbito de los derechos fundamentales. Sin embargo, en la práctica, se han identificado problemas de eficacia, competencia e idoneidad a la hora de aplicarlas.

El Parlamento plantea la posibilidad de articular los instrumentos existentes para hacerlos efectivos y desarrollar un mecanismo jurídico que permita supervisar el cumplimiento de los principios que rigen la democracia en la UE mediante un sistema de monitorización, notificación y sanciones, los actuales Marco sobre el Estado de Derecho de la Comisión y Diálogo sobre el Estado de Derecho del Consejo, además del reforzar el denominado «cuadro de indicadores» y la inclusión de un Pacto para la democracia.

Las sanciones y los procedimientos de infracción que se derivasen de posibles incumplimientos podrían coadyuvar a la activación del artículo 7 del Tratado, que prevé un mecanismo sancionador que permite al Consejo suspender ciertos derechos que se derivan de la aplicación de los Tratados, incluido el derecho de voto en el Consejo cuando quede acreditada una «violación grave».

Por estos motivos, he votado a favor de esta propuesta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas ES demokratijos, teisinės valstybės ir pagrindinių teisių mechanizmo sukūrimas. Europa turi gilias tradicijas demokratijos, teisinės valstybės ir piliečių laisvių srityje. Be to, demokratija, teisinė valstybė ir pagrindinės teisės yra ir Europos Sąjungos Sutarčių pirmuosiuose straipsniuose įtvirtinti pagrindiniai principai ir tikslai, taip pat vieni iš narystės ES kriterijų.

Kalbant apie esminius klausimus, Europos Sąjunga taiko daugybę priemonių, kuriomis užtikrinama, kad būtų laikomasi jos teisės aktų ir Sutarčių. Europos Komisija gali nurodyti valstybėms narėms pakoreguoti savo biudžetus, visuomeninės sveikatos sistemas ar sprendimus dėl mokesčių, kad jie atitiktų ES teisę. Tokiais atvejais valstybės narės nesiginčija, kad pagal ES sutartis jos privalo laikytis ES teisės. Tačiau kai kalbama apie Sutartyse nustatytus įsipareigojimus demokratijos, teisinės valstybės ir pagrindinių teisių srityse, padėtis yra kitokia. Į Europos Komisijos, kuri yra Sutarčių sergėtoja, pastangas priminti kuriai nors valstybei narei jos įsipareigojimus reaguojama nenoriai arba visiškai atsisakoma pripažinti bendrai sutartas taisykles ir ES įgaliojimus užtikrinti, kad šių taisyklių būtų laikomasi. Iki šiol Komisijos veiksmai šiuo klausimu buvo nedrąsūs ir jų ne visada buvo imamasi. Todėl būtina sukurti sistemą, kuri ES suteiktų galimybių spręsti ne tik konkrečių ES teisės aktų pažeidimų klausimus, bet ir pavojaus demokratijai, teisinei valstybei ir pagrindinėms teisėms (rizikos) atvejus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Ameddig nincs egy objektív és az összes tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az – épp aktuális – pártpolitikai játszmák részét fogja képezni és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ker so demokracija, načelo pravne države in temeljne pravice velikega pomena za prebivalstvo Evropske unije, je treba nadaljevati prizadevanja za zaščito temeljnih vrednot in načel, ki omogočajo razmah demokracije in zagotavljajo varstvo temeljnih pravic.

Zato sprejeta resolucija med drugim poziva Komisijo, naj vzpostavi konstruktivni dialog s civilno družbo, pozdravlja reformo Sodišča za postopno povečanje števila sodnikov na sodišču in poziva, naj se pripravi denarna subvencija v zvezi z demokracijo na lokalni ravni.

Iz teh razlogov tudi moja podpora omenjenemu Poročilu o mehanizu EU za demokracijo, načelo pravne države in temeljne pravice.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Europskim vrijednostima je dana najveća važnost u ugovorima te smatram kako je krajnje vrijeme da dobiju, također, najveću važnost i u praksi.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'Union pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'Union pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts (un magistrat par état membre auquel s'ajoutent dix «experts» désignés par le Parlement européen) fera un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission.

Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres et la démocratie de façon générale. Ce texte est par ailleurs contraire aux traités européens, ce que le gouvernement français a également relevé.

Je me suis évidemment opposé à ce texte inique.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this resolution that has the aim of listing our recommendations to the Commission upon the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. Indeed, a proposal is expected from the Commission by September 2017 for the conclusion of a Union Pact on democracy, the rule of law and fundamental rights. This is an interinstitutional agreement aimed at facilitating cooperation with regard to these matters. I voted in favour because I shared the recommendations listed in the resolution.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha sancito la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali (DRF) nei suoi trattati e nei criteri per l'adesione all'UE. La Commissione ha il potere di far rispettare agli Stati membri il diritto dell'Unione secondo i trattati UE. Per questo compito sono previsti diversi strumenti, anche se questi presentano spesso lacune, sono inadeguati o inefficaci. È quindi necessaria l'istituzione di un meccanismo UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali, che sia imparziale e affidabile e che venga applicato in modo equo da tutti gli Stati membri.

Un Patto europeo per la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali può essere adottato sotto forma di accordo interistituzionale. Quest'accordo dovrebbe mirare a stabilire le modalità per una collaborazione ottimale tra le istituzioni UE e gli Stati membri, integrando ed allineando i meccanismi esistenti e fornendo un meccanismo di revisione integrato che prevenga le violazioni e il mancato rispetto del DRF.

Il rispetto dello Stato di diritto è il presupposto per la tutela dei diritti fondamentali ed è di particolare importanza nell'ambito dell'Unione poiché è anche un prerequisito per difendere tutti i diritti e gli obblighi derivanti dai trattati e dal diritto internazionale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux. Ce mécanisme permettrait en réalité à l'Union européenne de sanctionner ou de prendre le contrôle politique des États membres dont les gouvernements ne respecteraient pas son interprétation de la démocratie.

Ainsi, chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel réalisé par des experts, désignés arbitrairement par le Parlement européen.

Par ailleurs, ce rapport préconise l'adhésion de l'Union européenne à la Convention européenne des droits de l'homme, renforçant ainsi l'influence et le poids de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe. Il s'agit une fois de plus d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres qui seront désormais contraints de respecter la sacro-sainte vision européenne de la démocratie.

Enfin, nous soulignons que cette proposition n'est pas en totale conformité avec les traités européens. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Son intention est louable, mais ses propositions ne sont ni réalistes, ni raisonnables. Je suis évidemment en faveur d'un mécanisme global de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux, mais il doit être pragmatique et respecter le principe de subsidiarité. Ce rapport ouvre une porte dangereuse en donnant beaucoup de poids à des organisations de la société civile au détriment de la démocratie représentative.

Le rapport propose également de supprimer l'article 51 de la charte des droits fondamentaux, ce qui revient à conférer à l'Union une large partie de la compétence en matière de droits fondamentaux et nie le principe de subsidiarité.

Je considère que le mécanisme prévu à l'article 7 du TUE est un instrument suffisant pour constater qu'il existe un risque clair de violation grave par un État membre des valeurs de démocratie et de l'état de droit, et mettre éventuellement en place une large gamme de sanctions. Je rappelle que le Parlement a le pouvoir de déclencher cet article en proposant au Conseil de constater qu'il existe un risque clair de violation grave par un État membre des valeurs de démocratie et de l'état de droit.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho dato il mio voto positivo alla relazione recante raccomandazioni alla Commissione sull'istituzione di un meccanismo dell'UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali.

Credo che il principio dello Stato di diritto e quello del rispetto dei diritti fondamentali siano valori da tutelare in misura maggiore di quanto non si faccia oggi, di fronte alle possibili violazioni degli stessi principi che avvengono proprio nelle nostre democrazie occidentali.

Va sottolineato che i corollari della certezza del diritto, della tutela «sostanziale» degli stessi e della effettività della tutela sono espressione congiunta e connaturata dei diritti fondamentali stessi.

Aspirare ad una effettività della tutela è quindi compito non solo del potere giudiziario, ma innanzitutto del legislatore, nazionale e UE, che deve porre basi normative corrette e coerenti per «ricollocare al centro» della costruzione giuridica dell'Unione i diritti fondamentali.

Ho quindi dato il mio voto favorevole alla proposta di un patto dell'Unione per innalzare il livello di consapevolezza su questi temi e promuovere il buon governo, la trasparenza e la responsabilità in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This non-legislative report was initiated following the EP resolution on the situation in Hungary on 10 June 2015 that had called for a Commission proposal on the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights, as a tool for compliance with and enforcement of the Charter and Treaties as signed by all Member States.

The origin of this proposal is to tackle the limitations (or inoperability) of the current rule of law mechanism, mainly Article 7 TEU. This report recommends, until a possible Treaty change, that the Commission by September 2017 submit a proposal for the conclusion of an EU Pact for Democracy, the Rule of Law and Fundamental Rights (DRF). It will take the form of an interinstitutional agreement. The report also suggests that the ECJ should monitor legislation from Member States when the ECJ's remit is to examine adherence to EU law in relation to the Treaties.

While I strongly support the promotion of fundamental rights in the EU, I am opposed to such a significant transfer of powers away from Member States towards the Commission, which is why I voted against the report.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP firmly rejects the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. UKIP believe that this mechanism is a severe infringement of national sovereignty. UKIP also vehemently opposes calls in this report for the EU to accede to the ECHR.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as the mechanism which is being proposed within this report to monitor Member States' compliance with democracy, rule of law and fundamental rights falls within the framework of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU). Under the Treaty, the European Union has a duty to protect its constitutional basis and core values, shared among all its Member States. The failure of the EU to uphold its own rules, and the perception there are no common European values, are also undermining mutual trust and a reliable, stable legal framework, essential for a well-functioning EU in all policy areas.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Con la presente relazione si raccomanda l'istituzione di un meccanismo europeo per la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali. A tal fine si chiede alla Commissione di presentare, entro settembre 2017, una proposta per un accordo interistituzionale che istituisca un patto europeo per i diritti fondamentali al fine di facilitare la cooperazione tra le istituzioni dell'Unione europea e gli Stati membri nonché di integrare e allineare i diversi meccanismi esistenti. Il mio voto è stato favorevole.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe there is a case for considering a mechanism through which democracy, rule of law and human rights are monitored. These are a very core value of the EU and should be duly respected, these are the values the EU is known for on international level. The Pact should prevent or correct potential breaches of these values and would allow much-needed discussion over it. I also believe there is room for imposing sanctions in case the democratic principles are not respected.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Demokrati, retsstatsprincippet og grundlæggende rettigheder er fundamentet for optagelse i EU. Desværre ser vi for ofte, at medlemsstater slækker på kravene, når de er blevet optaget. Principper som ytrings-, presse- og forsamlingsfrihed skal medlemsstaterne ikke kunne vælge til og fra ud fra politisk overbevisning. Det er grundstenen i det europæiske samarbejde. Derfor har de danske socialdemokrater også støttet betænkningen. En sådan EU-mekanisme eller andre instrumenter, der styrker disse rettigheder, skal naturligvis tilføre en merværdi i forhold til det arbejde, FN, Europarådet og EU allerede udfører, og ligge inden for EU's kompetence. Det er dog vigtigt, vi finder nye redskaber uden en traktatændring, da en traktatændring ikke er realistisk lige foreløbig, og vi er heller ikke helt enige i de foreslåede ændringer. Den lovgivende magt ligger hos regeringer, parlamenter og Europa-Kommissionen. Den ligger ikke hos EU-domstolen, og derfor støtter vi ikke, at en tredjedel af MEP'erne skal kunne sende vedtagne lovforslag til

prøvelse hos EU-domstolen. Derudover vil vi gerne understrege, at vi allerede i dag har et system, hvor borgere i EU kan indbringe sager om urimelige foranstaltninger til domstolene, inklusiv EU-domstolen. I dag foregår det bare gennem det nationalt domstolssystem, og sådan mener vi også, det bør være i fremtiden.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υποστηρίζουμε την έκθεση και υπογραμμίζουμε πως η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ενσωματώσει τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα στις βασικές της αρχές και στους στόχους που ορίζονται στα πρώτα άρθρα των Συνθηκών, καθώς και στα κριτήρια προσχώρησης στην ΕΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με τη θέσπιση μηχανισμού της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα έχει μια κατ' αρχήν θετική αφετηρία. Χρειάζεται όμως περαιτέρω εξειδίκευση ως προς τις εγγυήσεις αμεροληψίας του προτεινόμενου μηχανισμού και το είδος των τυχόν κυρώσεων εις βάρος κρατών μελών, όταν αυτά παραβιάζουν τα θεμελιώδη δικαιώματα των πολιτών. Πρέπει ακόμη να αντιμετωπισθεί το ζήτημα των παραβιάσεων που απορρέουν από τις απαιτήσεις των οργάνων της Ένωσης έναντι των κρατών μελών. Καθώς λοιπόν θεωρώ πως υπάρχουν σημαντικά κενά στην πρόταση, αποφάσισα να απέχω κατά την ψηφοφορία.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario per il dossier in oggetto. Il testo non rispetta il principio di sussidiarietà a discapito degli Stati membri.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso con favore di fronte ad un provvedimento il cui iter è stato alquanto travagliato. Avere un meccanismo comune in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali riflette necessità concrete di molti paesi membri, in particolar modo la tutela di tali ideali è radice della fiducia dei cittadini verso le istituzioni. Pertanto, un meccanismo di controllo è auspicabile a livello tanto nazionale quanto europeo, tuttavia esso rischia di recare con sé grovigli contorti per quanto concerne la commissione di esperti indipendenti che verranno chiamati a esprimere valutazioni. In ogni caso, attraverso la presente relazione si palesa fiducia nella Commissione in merito al conseguimento di analisi snelle e ben chiare per attuare in toto la salvaguardia dello Stato di diritto e l'efficacia dei sistemi giudiziari indipendenti. Mi preme, per l'appunto, ribadire fermamente come in tal modo si potrà oltretutto, rendere i cittadini interamente consci dei propri diritti in quanto europei e, dunque, ripristinare la fiducia riposta nelle istituzioni. Conseguentemente, applicare le riforme strutturali per superare questo momento di crisi diventerà più agevole in un clima di dialogo sereno.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I support the report with recommendations to the Commission on the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A oportunidade desta proposta não podia ser maior. É claro para todos que há uma contradição entre o nível das exigências que colocamos aos países candidatos e o facto de certos Estados-Membros colocarem em causa elementos nucleares do Estado de Direito.

Mas que modelo adotar? Por um lado, há vantagens num acordo institucional: não exigiria alterações aos tratados, poderá trazer maior coerência e eficácia à atuação de Parlamento, Conselho e Comissão (que, hoje, têm cada um o seu mecanismo). Por outro lado, há questões relativas ao seu funcionamento que necessitarão de ser afinadas, a começar pela composição do painel de peritos. Mas também aponta soluções que podem traduzir-se numa melhoria imediata: recomeçar o processo de adesão da União à Convenção dos Direitos do Homem do Conselho da Europa ou dar mais meios ao Tribunal de Justiça da União Europeia, aumentando, assim, a sua capacidade de resposta.

Esta é, sem dúvida, uma boa iniciativa, que defende as boas causas e que agora dá os primeiros passos do que será, dada a sua sensibilidade e complexidade, um processo longo.

Voto, por isso, favoravelmente este relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze diese Initiative. Die EU basiert auf einer gemeinsamen Werteordnung. Und diese Werte müssen wir verteidigen – nach außen und auch nach innen. Schwere Verstöße gegen die rechtsstaatliche Ordnung dürfen nicht ohne Antwort bleiben. Das vorgeschlagene interinstitutionelle Abkommen ist hier das richtige Instrument.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto l'accordo proposto stabilisce modalità utili per facilitare la cooperazione tra le istituzioni dell'UE e i suoi Stati membri integrando e armonizzando alcuni meccanismi già esistenti. Il nuovo quadro unico che sarà attuato dovrà essere oggettivo, basato su elementi concreti, rivolto a tutti gli Stati membri in modo giusto ed equo e dovrà includere sia la dimensione preventiva sia quella correttiva.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *in writing*. – I supported the report to make monitoring of fundamental rights and the rule of law across the EU more efficient, by building on existing tools and strengthening them, without a formal revision of the Treaties. It is important to be able to react quickly when there is a serious risk of breach of fundamental rights or the rule of law in Member States. The interinstitutional agreement proposed allows a debate to be opened at a much earlier stage in order to find a solution, before having to arrive at the nuclear bomb of Article 7 of the Treaties. I also support that the Commission remains solely responsible for drafting the annual report on fundamental rights and the rule of law and for triggering any further step in the procedure against Member States. The European Parliament will also be able to play a role in the monitoring mechanism within its mandate and without becoming a Tribunal, differently from what we have seen in previous proposals.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Un meccanismo che possa dedicarsi interamente alla salvaguardia dei valori democratici, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali potrebbe rivelarsi determinante nel dirimere o, meglio ancora, prevenire possibili violazioni in tale ambito. Quindi mi sembra doveroso almeno tentare, assicurandosi che il meccanismo, una volta avviato, rispetti a pieno le idee che hanno portato alla sua creazione, senza trasformarsi in un'entità sovrastatale inutile, ma in qualcosa che riesca veramente a fornire un valido appoggio cui tutti gli Stati membri possano fare riferimento. Assicurandosi inoltre, che agisca parallelamente e congiuntamente agli organismi statali propri di ciascuno Stato membro in un clima di armonica e reciproca collaborazione, senza che uno pesti i piedi dell'altro. E ovviamente, assicurando la sua integrità e imparzialità, senza prestarsi a strumentalizzazioni politiche di alcun tipo. Se tutto ciò verrà rispettato fino in fondo: io approvo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La falta de garantías del cumplimiento de los derechos fundamentales, tal y como aparecen recogidos en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, firmada por todos los Estados miembros es una realidad en el conjunto de los Estados miembros. En el Estado español, el Gobierno la incumple reiteradamente en cuestiones como la libertad de expresión y protesta, ante la pasividad de las instituciones europeas. Por ende, apoyo cualquier mecanismo que apueste por el cumplimento de estos derechos y permita que se fiscalice la acción de los Estados miembros, por lo que he votado a favor.

Sin embargo, entiendo que el mecanismo propuesto es claramente insuficiente, y aunque apoyo la elaboración de informes parlamentarios al respecto y que se potencie el papel de la Defensora del Pueblo, no puedo creer que esto realmente vaya a solucionar la honda problemática actual. La Unión no puede pretender hoy lavarse la cara y posar como un espacio donde se garantizan los derechos fundamentales, por lo que este mecanismo tendrá un papel exclusivamente cosmético, a no ser que vaya acompañado por una voluntad política de democratización que hoy no existe entre las autoridades comunitarias.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea si fonda su valori comuni, quali la democrazia, lo Stato di diritto e il rispetto dei diritti fondamentali, che rappresentano una condizione preliminare per un'Unione ben funzionante basata sulla fiducia reciproca. Tuttavia, oggi, i nostri valori fondamentali non sono sufficientemente protetti da strumenti efficaci che ne garantiscano la tutela in tutta l'Unione europea. A fronte della mancanza di un'azione coerente, sembra quanto mai necessaria l'istituzione di un meccanismo dell'UE nuovo e più efficace. Pertanto ho accolto con favore la presente proposta di iniziativa legislativa per l'istituzione di un meccanismo UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali, vincolante, che monitori e riferisca annualmente sulle violazioni dei principi democratici, dello Stato di diritto e dei diritti fondamentali negli Stati membri, che includa dei parametri di riscontro oggettivi e stabilisca un approccio graduale per porre rimedio alle violazioni.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Europa are o lungă tradiție în privința democrației, a statului de drept și a drepturilor cetățenilor, începând cu democrația ateniană, urmată de dreptul roman. Deși UE dispune actualmente de câteva instrumente pentru a asigura respectarea principiilor democrației, statului de drept și drepturilor fundamentale, există în continuare lacune. Este imperios necesară adoptarea unui cadru care să permită UE să abordeze nu numai anumite încălcări ale legilor sale, ci și riscurile grave aduse democrației, statului de drept și drepturilor fundamentale. Am votat pentru adoptarea unui Pact al UE pentru democrație, statul de drept și drepturile fundamentale, pact care va duce la respectarea valorilor fundamentale ale UE și în plan practic, nu doar teoretic. O serie de măsuri nelegislative suplimentare, pentru a asigura o viziune globală asupra respectării valorilor pe care se întemeiază UE, sunt necesare în comple-

tarea acestui pact.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Az Európai Parlament demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal foglalkozó uniós mechanizmusra vonatkozó javaslata alapvetően egy pozitív elképzelésnek mondható, hiszen mindannyiunk érdekében áll a demokrácia és jogállamiság, valamint az alapvető jogok védelme, ugyanakkor úgy gondolom, az ilyen lényeges és átfogó témakörrel foglalkozó dokumentumokban mindig ott van a veszélye annak, hogy nem a megfelelően töltenék be szerepüket.

Egy nemzeti kisebbség képviselőjeként egyben örülök annak, hogy az Európai Parlament ilyen nagy fába vágta a fejszéjét, és egy átfogó mechanizmusra tesz javaslatot a többi intézmény és a tagállamok felé, másrészt viszont elégedetlenségemet fejezem ki azzal kapcsolatban, ahogyan az őshonos kisebbségeket ért jogsértések felett máig behunyja a szemét az EU. Nem látok garanciát arra, hogy mindez megváltozhatna bármilyen mechanizmus hatására is, ha azt csupán politikai érdekek és nem szakmailag alátámasztott érvek, valamint a Szerződésekben foglalt jogok védelme iránti elkötelezettség vezérlik.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw utworzeniu unijnego mechanizmu dotyczącego demokracji, praworządności i praw podstawowych, ponieważ w mojej ocenie jest to niezgodne z zasadą przyznania kompetencji i zasadą subsydiarności. Celem istnienia takiego mechanizmu byłaby kontrola stosowania demokracji, praworządności, praw podstawowych w państwach członkowskich i instytucjach. Zostało potwierdzone przez ekspertów, że takie działania wykraczają poza uprawnienia Parlamentu, które zostały mu nadane przez traktaty. Nigdy nie będę popierał działań, które są niezgodne z podstawą istnienia UE, w związku z tym zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that every citizen in the European Union deserves a solid democracy safeguarded by rule of law and fundamental rights. However, I have reservations on particular aspects of the report which devalue and even impinge upon the principle of subsidiarity already enshrined within the European Union's Treaty and Charter of Fundamental Rights. This is why I also voted against the deletion of article 51 of the Charter of Fundamental Rights as the Charter and national systems of fundamental rights. Furthermore, in cases where national systems hold certain fundamental rights to a higher regard than the EU Charter, such a policy implication would decrease the level of protection for citizens.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – Despite fully supporting the rule of law and protecting fundamental rights in the UK and across the EU, I am unable to support this report due to serious concerns that the proposed system would be overly bureaucratic, would make what should be an objective assessment into a political point-scoring exercise and because a political institution, such as the European Parliament, is not best placed to address issues related to fundamental rights in Member States.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre ce texte, sans valeur législative contraignante, sur la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux.

Si l'actualité récente nous a démontré qu'il est essentiel que l'Union européenne renforce ses instruments existants pour protéger l'état de droit en Europe, je n'ai pas pu soutenir les dispositions de ce texte qui vont à l'encontre du principe de souveraineté des États membres et du principe de subsidiarité en Europe. Les propositions sur une éventuelle modification des traités pour modifier les modalités de saisine de la Cour de Justice de l'UE sont ainsi particulièrement inquiétantes.

Je regrette que les négociations entre les groupes politiques n'aient pas permis d'aboutir à un texte réaliste et équilibré afin de protéger réellement l'état de droit et les droits fondamentaux en Europe.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose de renforcer les mécanismes existants pour éviter les dérapages en matière de droits fondamentaux. Pour cela, il veut mettre en place des outils qui permettent d'évaluer tous les ans le respect de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux dans les États membres et les institutions européennes.

Ce projet est pour moi important, puisqu'il s'agit de défendre le respect des valeurs fondamentales de l'Union, mais j'ai voté contre ce rapport car les méthodes qu'il propose ne sont pas à même de répondre au projet.

En effet, dans la proposition qui est faite, il n'y a pas de séparation des pouvoirs, puisque le Parlement européen est à la fois le législateur et dans le même temps en charge de surveiller et de contrôler les États.

De plus, les grands absents de ce processus sont les institutions nationales, ce qui n'est pas acceptable. Ces dernières ont pour moi davantage de compétences pour exercer ce contrôle et bénéficient d'une plus grande légitimité aux yeux des citoyens.

Les évolutions proposées dans ce rapport sont donc pertinentes, mais elles manquent de réalisme.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Ameddig nincs egy objektív és a 27 tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az – épp aktuális – pártpolitikai játszmák részét fogja képezni és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Alors que la Commission tance sans états d'âme ceux qui au sein de l'Union ne respectent pas, qui, le dogme de la concurrence libre et non faussée, qui, les critères de convergence, elle reste singulièrement muette ou désarmée face aux atteintes faites aux droits fondamentaux. Ce rapport est une première pierre à la mise en place d'un mécanisme visant à préserver la démocratie.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — L'Union européenne veille au respect des principes inhérents à la démocratie, à l'état de droit et aux droits fondamentaux, en son sein ou sur la scène internationale. Ces valeurs communes sont consacrées dans le traité et dans la charte des droits fondamentaux de l'UE.

Il existe depuis 2009 une procédure permettant à la Commission européenne d'interpeller un État membre qui violerait ces principes, mais ce mécanisme est difficile à mettre en œuvre. Au regard des récentes atteintes aux pouvoirs de la Cour constitutionnelle en Pologne ou à la liberté de la presse en Hongrie et en Croatie, l'Union devrait adopter un instrument plus ambitieux et plus flexible.

La procédure existante doit être plus contraignante, avoir des critères clairement définis et son déclenchement doit reposer sur des preuves concrètes de manquements aux droits fondamentaux. C'est tout le sens du pacte européen en matière de droits fondamentaux que le Parlement européen appelle de ses vœux.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Ameddig nincs egy objektív és a 27 tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az – épp aktuális – pártpolitikai játszmák részét fogja képezni és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'UE pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas sa propre définition de ces trois principes.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts produira un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission. Le texte préconise également l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe, dont la Turquie et l'Albanie font partie.

Le paragraphe 20 préconise notamment une révision du traité qui permettrait à un tiers des députés au Parlement européen de saisir la Cour de justice, après l'adoption définitive d'un texte et avant sa mise en œuvre.

Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres. Même le gouvernement français, socialiste, a déclaré que la proposition n'est pas conforme aux traités. Aussi ai-je voté contre.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Не подкрепих доклада с препоръки към Комисията за създаване на механизъм на ЕС за демокрацията, принципите на правовата държава и основните права, защото смятам, че предложените в него идеи за промени на договорите де факто са в разрез с принципа на субсидиарност. Освен това имам опасения, че така предложените механизми могат да бъдат използвани за политически натиск върху суверенните държави членки.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο μηχανισμός της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι άκυρος και παράνομος, διότι, αφενός, προβλέπεται στο άρθρο 7 της Συνθήκης, αφετέρου, παραβιάζει την αρχή των διοργανικών συμφωνιών.

Αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια από τους επαγγελματίες χειραγωγούς να ποδηγετήσουν τις εθνικές πολιτικές των κρατών μελών. Είναι απαράδεκτο και αντιδημοκρατικό να εκχωρείται σε μια νέα αρχή η αρμοδιότητα να ελέγχει τα κράτη μέλη, αποτελεί δε κατασπατάληση πόρων, καθόσον ήδη υφίστανται διεθνείς οργανισμοί που ελέγχουν τις παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal foglalkozó uniós mechanizmus létrehozásáról szóló jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság és az emberi jogok – a kisebbségekhez tartozó személyek jogait is beleértve – tiszteletben tartásának értékein alapul. Ez az Unión belül egyik előfeltétele a kölcsönös elismerésnek és bizalomnak, emeli ki a dokumentum. Annak ellenére, hogy ez az uniós mechanizmus jogilag nincsen kellőképpen megalapozva, tekintettel azonban arra, hogy a Magyarország határain kívül élő magyar közösségek kisebbségi és nyelvi jogainak a védelmére is megfelelő keretet biztosíthat, a jelentést szavazatommal támogattam.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Comissão deve apresentar, até setembro de 2017, uma proposta para a criação de um «Pacto da União para a Democracia, o Estado de Direito e os Direitos Fundamentais» que inclua uma dimensão preventiva e corretiva, um ciclo semelhante ao Semestre Europeu de coordenação das políticas orçamentais e relatórios específicos por país.

O novo mecanismo europeu, que integraria e complementaria os mecanismos existentes, deve basear-se em elementos concretos, avaliar em termos equitativos e não deve ser sujeito a influência externa, nomeadamente do ponto de vista político. Deve ser aplicável tanto aos Estados-Membros como às instituições europeias e ser baseado numa abordagem gradual, incluindo uma vertente preventiva e outra corretiva.

A avaliação do estado da democracia, do Estado de direito e dos direitos fundamentais nos Estados-Membros e a elaboração de projetos de recomendações específicas por país devem ser efetuadas por um painel de peritos independentes.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: en réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe a criação de um mecanismo da UE para a democracia, o Estado de direito e os direitos fundamentais, sob a forma de um acordo interinstitucional que prevê medidas entre as instituições da UE e os Estados-Membros, no âmbito do artigo 7.º do Tratado da UE, cuja revisão é proposta «a fim de tornar as sanções contra qualquer Estado-Membro relevantes e aplicáveis».

A proposta de revisão do artigo 7.º pretende ir além da atual medida prevista de suspensão do direito de voto no Conselho, para que possam também ser aplicadas «sanções financeiras ou a suspensão do financiamento da União».

Daria para rir se não fosse muito sério. A UE a erigir-se em referência e, ao mesmo tempo, em árbitro no que respeita à democracia, ao Estado de direito e aos direitos humanos. Deplorável. Estamos perante um monumento ao cinismo e à hipocrisia. Obviamente, votámos contra.

Registamos, sem surpresa de maior, que PS e PSD votaram a favor deste relatório, enquanto CDS e BE se abstiveram. No voto relativo à proposta de revisão do artigo 7.º do TUE, que inclui a possibilidade de impor sanções financeiras, PS, PSD, CDS e BE votaram favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la presente relazione in quanto ritengo che nei trattati vigenti non esista alcuna solida base giuridica per un meccanismo relativo alla democrazia, allo Stato di diritto e ai diritti fondamentali. L'articolo 7 TUE è sufficiente in tal senso, in quanto conferisce al Consiglio dell'UE la facoltà di valutare i rischi in materia. Il meccanismo proposto eccede il mandato previsto dai trattati e costituisce un abuso dell'istituto degli accordi interistituzionali. Tali accordi sono istituiti per promuovere la cooperazione tra le istituzioni dell'UE nell'ambito delle attuali competenze, e non per creare nuovi poteri (articolo 295 TFUE).

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia sa vďaka princípu solidarity snaží pomáhať svojim členským štátom pri napĺňaní cieľov v oblasti ekonomickej, sociálnej či kultúrnej. Zároveň by mala byť spoločenstvom, ktoré napriek pretrvávajúcim rozdielom spája rešpekt voči rovnakým hodnotám. Ich dodržiavanie však niektoré krajiny a najmä ich vládni predstavitelia, v snahe súperiť s narastajúcim populizmom a extrémizmom, akoby prestali považovať za dôležité. Medzi základné hodnoty, na ktorých EÚ stojí, patrí úcta k ľudskej dôstojnosti, demokracia, rovnosť, právny štát, rešpektovanie ľudských práv a sloboda. Sloboda však vonkoncom neznamená možnosť bezohľadného šírenia strachu a podporovania nenávistných ideológií, pre ktoré v minulosti v Európe zomierali milióny ľudí. Tak si to dnes, bohužiaľ, niektorí ľudia mylne predstavujú. Sloboda je však predovšetkým o zodpovednosti a vzájomnej tolerancii. Európska únia má svoje konkrétne nástroje na presadzovanie dohodnutých právnych predpisov a zmlúv. V praktických záležitostiach, akými sú pravidlá hospodárskej súťaže, obchodná či menová politika, s ich dodržiavaním nie sú veľké problémy. Situácia sa však zhoršuje v prípade demokratických pravidiel, právneho štátu či dodržiavania základných práv. Ich spochybňovanie však populizmus a extrémizmus v Európe neoslabuje.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione in quanto si impone un ulteriore controllo e perdita di sovranità a danno degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο μηχανισμός της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι άκυρος και παράνομος, διότι, αφενός, προβλέπεται στο άρθρο 7 της Συνθήκης, αφετέρου, παραβιάζει την αρχή των διοργανικών συμφωνιών. Καταψηφίζω λοιπόν την παρούσα έκθεση, καθώς αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια από τους επαγγελματίες χειραγωγούς να ποδηγετήσουν τις εθνικές πολιτικές των κρατών μελών. Είναι απαράδεκτο και αντιδημοκρατικό να εκχωρείται αρμοδιότητα σε μια νέα αρχή να ελέγχει τα κράτη μέλη, αποτελεί δε κατασπατάληση πόρων, καθόσον ήδη υφίστανται διεθνείς οργανισμοί που ελέγχουν τις παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Even if the EU has several existing instruments at its disposal to ensure the principles on democracy, the rule of law and fundamental rights are upheld, substantial gaps remain and in practice, such instruments are often limited in scope, inadequate and ineffective, or they are unlikely to be used. In some cases, their uneven application is perceived by many as politically motivated, arbitrary and unfairly targeting certain countries. There is no integrated mechanism for the systematic, impartial and complete monitoring of all EU Member States and institutions.

Therefore it is imperative to adopt a framework that enables the EU to address not only infringements to specific EU laws, but also (risk of) serious threats to democracy, the rule of law and fundamental rights. European values are given the highest importance in the Treaties, it is high time they also got the highest importance in practice.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Ameddig nincs objektív és a 27 tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az épp aktuális pártpolitikai játszmák részét fogja képezni, és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal foglalkozó uniós mechanizmus létrehozásáról szóló jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság és az emberi jogok – a kisebbségekhez tartozó személyek jogait is beleértve – tiszteletben tartásának értékein alapul. Ez az Unión belül egyik előfeltétele a kölcsönös elismerésnek és bizalomnak, emeli ki a dokumentum.

Annak ellenére, hogy ez az uniós mechanizmus jogilag nincsen kellőképpen megalapozva, tekintettel azonban arra, hogy a Magyarország határain kívül élő magyar közösségek kisebbségi és nyelvi jogainak a védelmére is megfelelő keretet biztosíthat, a jelentést szavazatommal támogattam.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que la Unión ha consagrado la democracia, el Estado de derecho y los derechos fundamentales en sus principios y objetivos fundamentales, en los primeros artículos de los Tratados y en los criterios de adhesión a la Unión. Si bien la Unión tiene a su disposición varios instrumentos para garantizar la defensa de los principios en materia de democracia, Estado de derecho y derechos fundamentales, siguen existiendo lagunas importantes y, en la práctica, esos instrumentos a menudo tienen un alcance limitado. Por ello, es imperativo adoptar un marco que permita a la Unión hacer frente no solo a los casos de incumplimiento de normativas específicas de la Unión, sino también, a las amenazas graves o riesgos de amenazas graves para la democracia, el Estado de derecho y los derechos fundamentales. El acuerdo interinstitucional propuesto tiene por objeto establecer modalidades que faciliten la cooperación de las instituciones de la Unión y sus Estados miembros, en el marco del artículo 7 del TUE, integrando, adaptando y complementando los mecanismos existentes.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – È molto importante il testo votato oggi sul nuovo meccanismo di tutela dei diritti umani. La nuova Commissione europea si era impegnata all'inizio del mandato a presentare uno strumento che permettesse all'Europa di agire per rispondere ai numerosi episodi di involuzione nel rispetto dei diritti umani in alcuni paesi membri. Come avviene per i parametri economici o ambientali, l'Europa deve giustamente poter istituire un sistema di controllo del rispetto degli obblighi che derivano per gli Stati membri dal rispetto del trattato di Lisbona e della Carta annessa sui diritti fondamentali. L'azione europea è stata finora anzi molto timida in questo. Ora la Commissione, con il pieno sostegno della commissione per le libertà pubbliche del Parlamento, introduce un indicatore di osservazione e valutazione con criteri definiti, sottoposti al giudizio di esperti ed entità indipendenti nominati dal Parlamento europeo. Il Parlamento sarà vigile nel verificare che la democrazia e lo Stato di diritti siano consoni in tutta Europa ai valori su cui l'UE si fonda.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione recante raccomandazioni alla Commissione sull'istituzione di un meccanismo dell'UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali perché ritengo che sia necessario creare uno strumento politicamente neutro, imparziale ma efficace ed effettivo per garantire il rispetto dello stato di diritto, delle libertà fondamentali e dei valori di democrazia, pace, libertà e solidarietà umana su cui si fonda l'UE. Le recenti discussioni tra la Commissione e alcuni governi hanno infatti dimostrato che l'UE, nonostante le previsioni e le procedure dei Trattati, non ha strumenti effettivi, al di là della pressione diplomatica, per sanzionare comportamenti contrari ai propri valori. Questo mette in crisi i valori stessi e apre la strada al ritorno di ideologie e fenomeni che pensavamo ormai scomparsi. La proposta del Parlamento, che dovrà essere ora discussa con gli Stati membri, rappresenta una buona base di partenza: sono favorevole sia all'introduzione di un meccanismo di controllo e allerta preventiva sia alle sanzioni in caso di violazioni riscontrate da parte della Commissione. Indicatori pratici in grado di misurare il rispetto dei valori europei analizzati da esperti indipendenti permetteranno infatti di evitare qualsiasi accusa di politicizzazione sulle singole questioni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute absolut bewusst gegen den „Bericht mit Empfehlungen an die Kommission zur Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte" gestimmt, denn dieses Instrument meint genau das Gegenteil: Es hebelt die Subsidiarität aus, missachtet Mitgliedstaaten und Regionen, entmachtet nationale und regionale Parlamente – und ist nur gut für die, deren Demokratieverständnis bereits bei der Meinung der Anderen endet. Europa hat gute, funktionierende und parlamentarisch kontrollierte Instrumente, um wirklich gefährlichen Tendenzen auf der nationalen Ebene zu begegnen. Zudem wüsste ich nicht, was in diesem Fall das Instrument eines INL-Berichtes rechtfertigt. Hier wird offensichtlich Machtmissbrauch auf Kosten der Freiheit, der Subsidiarität und der Bürger betrieben. Mit Verlaub aber eine Schande, was die Kollegin in 't Veld uns da vorgelegt hat.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte stellen drei zentrale Gründungssäulen dar, auf denen die Europäische Union beruht. Diese europäischen Werte sind unabänderliche, unverhandelbare und unumstößliche Bestandteile unserer Wertegemeinschaft.

Daher ist es unbedingt notwendig, einen europäischen Rahmen festzulegen, diese Werte zu schützen und jedwede Verstöße gegen diese Grundrechte zu ahnden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Along with my Labour colleagues, I support efforts to promote and secure the rule of law across the EU. It is therefore very important that existing mechanisms are used effectively to promote better dialogue with Member States and the EU. This will contribute to a more streamlined approach to upholding fundamental rights and the rule of law. Furthermore, we support the role of the European Parliament in maintaining and continuing the debate on the rule of law and fundamental rights across the EU. As we believe that the focus should be on the improvement of existing mechanisms, I abstained from this vote.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho voluto esprimere voto favorevole a questa relazione in quanto ci offre l'occasione di ribadire ancora una volta che cosa significhi realmente l'identità europea: vuol dire rispetto della democrazia, dello Stato di diritto e dei diritti fondamentali, indicati tra gli obiettivi e i principi su cui si fonda la nostra Unione. Da questi non possiamo prescindere. Ne chiediamo il rispetto ai nostri partner commerciali, agli Stati che compongono il vicinato europeo; non possiamo allora essere noi a rinunciarvi. Ci appelliamo a tutti gli Stati membri affinché seguano le indicazioni che vengono dalla Commissione europea in questo senso. Ad oggi, non esiste nemmeno un accordo tra noi per il monitoraggio sistematico, imparziale e completo di tutti gli Stati membri dell'UE e delle sue istituzioni. Dobbiamo quindi provvedere a questo e all'elaborazione di un quadro più ampio che consenta di contrastare, sul nostro territorio, nelle nostre democrazie, le gravi minacce allo Stato di diritto e ai diritti fondamentali che possono esistere.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport propose la conclusion d'un pacte de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux, qui serait acté par un rapport annuel et des débats interparlementaires afin d'évaluer le respect de ces valeurs par les États membres.

Compte tenu de la vision très idéologue de ces valeurs par l'Union européenne et la plupart des groupes politiques qui y siègent, cette proposition apparaît comme une énième volonté d'ingérence dans la gouvernance des États membres.

Soucieuse de la souveraineté de la France, et parce que l'Union européenne est sans doute la plus grande menace actuelle pour la démocratie et les droits fondamentaux, j'ai voté contre ce rapport que même le gouvernement français estime contraire aux traités.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de este informe, porque considero positivamente la mayor parte de las propuestas contenidas en el informe y en el anexo. Considero que a pesar de que el informe final ha sido debilitado en su contenido en relación al original, las recomendaciones que emite avanzan en la vía de una mayor cohesión europea en materia de mantenimiento y supervisión de los derechos fundamentales de la Unión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs support efforts to promote and secure rule of law across the EU. It is important that the existing mechanisms in place are used effectively to promote better dialogue with Member States and the EU as this will contribute to a more streamlined approach to upholding fundamental rights and rule of law. In addition, Labour MEPs support the role of the European Parliament in maintaining the debate on rule of law and fundamental rights across the EU. Labour MEPs abstained from the vote, as we believe that efforts should focus on improving existing mechanisms.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Le principe de subsidiarité auquel je tiens pour que l'Europe soit efficace y est remis en cause. Certes, il est indispensable de garantir la démocratie et les libertés fondamentales en Europe, mais la méthode prescrite n'est pas la bonne!

En l'occurrence, la mise en place d'un mécanisme d'évaluation de tous les États membres et de sanctions dans le domaine des droits fondamentaux outrepasse les compétences européennes. Chaque État membre exerce un contrôle démocratique sur son territoire et l'Union européenne n'a aucun mandat en la matière pour imposer ses choix.

Enfin, le rapport recommande la modification éventuelle des traités, en particulier les modalités de saisine de la Cour de justice de l'UE: cette demande est excessive au regard du fonctionnement actuel de la Cour, qui est satisfaisant.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — Pour entrer dans l'UE, les pays candidats doivent respecter l'état de droit, la démocratie et les droits fondamentaux. Pourtant, au sein de l'UE, le respect de ces principes est difficile à surveiller et faire appliquer. Les outils créés par l'Union, tels que l'article 7 du TUE ou le mécanisme de l'état de droit, peuvent intervenir trop tardivement, être difficilement applicables, voire être incompris. Les cas hongrois et polonais nous l'ont montré.

Le Parlement européen propose donc que l'UE se dote d'un mécanisme d'évaluation régulière du respect de l'état de droit, des droits fondamentaux et de la démocratie dans les États membres et les trois institutions principales de l'UE. Incluant des interlocuteurs et experts pertinents et basé sur des critères objectifs, ce pacte est conçu comme un préalable à l'article 7 et suggère une activation plus facile de sanctions — notamment financières.

J'ai soutenu ce rapport car il est indispensable de ne pas transiger avec les règles de l'état de droit, d'autant plus quand le respect des règles économiques fait l'objet de contrôles européens rodés et récurrents. Je salue également le fait que ce rapport propose une campagne de sensibilisation destinée aux citoyens et résidents européens concernant leurs droits fondamentaux.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The new EU mechanism should ensure that all EU Member States respect the values enshrined in the EU Treaties and set clear, evidence-based and non-political criteria for assessing their records on democracy, rule of law and fundamental rights (DRF) in a systematic way and on an equal footing. Therefore the aim is to incorporate existing DRF tools in a single instrument and ensure that they are used to the full.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater stödde betänkandet om rekommendationer till kommissionen om inrättande av en EU-mekanism för demokrati, rättsstatlighet och grundläggande rättigheter.

Det är oerhört viktigt att vi inom EU får bättre verktyg för att kunna agera när en medlemsstat systematiskt bryter mot värdena i EU:s fördrag och kränker grundläggande rättigheter.

Vi ser samtidigt problem med delar i betänkandet som föreslår möjliga fördragsförändringar. Två av dessa förslag skulle fundamentalt förändra den konstitutionella ordningen i Europa. Relationen mellan nationella konstitutioner och EU:s fördrag skulle ändras och EU:s behörighet skulle utvidgas.

Det var tyvärr inte möjligt att endast rösta mot dessa förslag och vi lade därför ner våra röster i omröstningarna om punkt 20, strecksatserna 6–7 samt punkt 20, strecksatserna 1–3.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Ameddig nincs egy objektív és a 27 tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az – épp aktuális – pártpolitikai játszmák részét fogja képezni és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a magyar néppárti delegáció tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση προβλέπει τη θέσπιση ενός μηχανισμού της ΕΕ για την εποπτεία των κρατών μελών σε σχέση με τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα. Παρόλο που ο μηχανισμός στοχεύει πρωτίστως στην πρόληψη των παραβιάσεων και της μη συμμόρφωσης προς τις αρχές της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων, προβλέπεται ρητά ότι θα παρέχονται τα μέσα για να επιβάλλονται διορθωτικά μέτρα και κυρώσεις εις βάρος των κρατών μελών. Βασική αδυναμία της έκθεσης είναι το γεγονός ότι η άσκηση εποπτείας επί της δράσης των οργάνων της ΕΕ δεν είναι ούτε επαρκώς αυστηρή ούτε σαφώς καθορισμένη, σε σχέση μάλιστα με την αντίστοιχη δομή-διαδικασία που προτείνεται για τα κράτη μέλη. Πέραν των τριών θεσμών, τα άλλα όργανα και σώματα της ΕΕ εκφεύγουν της εποπτείας και του ελέγχου. Δεν προβλέπεται η δυνατότητα του Δικαστηρίου της ΕΕ να παρεμβαίνει στις αποφάσεις που λαμβάνονται στη βάση του άρθρου 7 ΣΕΕ, ενώ επίσης δεν υπάρχουν σαφείς αναφορές σχετικά με τα κοινωνικά δικαιώματα ως αναπόσπαστο τμήμα των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Το όλο ζήτημα της δημιουργίας ενός τέτοιου μηχανισμού προσεγγίζεται μέσα από τη γενικότερη τοποθέτηση επί του ζητήματος παραχώρησης περαιτέρω εξουσιών στην ΕΕ και συρρίκνωσης της κυριαρχίας των κρατών μελών. Για αυτούς τους λόγους, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this motion. The values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities, are cornerstones of the functioning of the European Union and therefore should be protected at an institutional level. In particular, I believe that the European Parliament and the national parliaments should play a key role in measuring the progress of, and monitoring the compliance with, the shared values of the Union. The pact on DRF would allow for country-specific recommendations, an annual inter-parliamentary debate and arrangements for remedying possible risks and breaches in fundamental rights, all of which would strengthen the core principles that bind the Union.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll Wege aufzeigen, wie die EU ihre Werte gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Europäische Union soll gemäß diesem Vorschlag die Oberaufsicht über den Umgang mit Grundwerten bekommen. Die genannten Werte sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Rechte von Minoritäten. Gleichheit und Anti-Diskriminierung werden besonders hervorgehoben und sollen nach einer zukünftigen Revision der Europäischen Verträge per Mehrheitsbeschluss durchsetzbar sein.

Man möchte die Rechte der EU ganz explizit erweitern, um Mitgliedstaaten durch Strafen oder deren Androhung „präventiv und korrektiv" zum Einlenken bewegen zu können. Neben den verankerten Prinzipien der Proportionalität und Subsidiarität setzt man in diesem Text gleichberechtigt auf das Prinzip der „Notwendigkeit". „Notwendigkeit" ist ein Gummi-Begriff, mit dem man alles begründen kann.

Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Die Gefahr ist sehr hoch, dass die EU so EU-konformes Verhalten erzwingen kann. Bereits heute entscheidet der EuGH einseitig pro-EU und pro-Euro. Durch die Ausweitung von Grundrechten in immer weitere Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsmärkte, reißt die EU weitere Politikfelder an sich und das Prinzip der Subsidiarität wird immer mehr beschädigt.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Si, sur le principe, je partage les préoccupations exprimées face aux dérives constatées dans certains États membres comme la Pologne et suis convaincu qu'une réflexion sur les moyens de garantir la démocratie et les libertés fondamentales en Europe est nécessaire, je suis en revanche plus réservé sur la méthode prescrite.

La proposition votée aujourd'hui est juridiquement «peu crédible». Le Parlement européen insiste, par exemple, sur le principe de la séparation des pouvoirs, mais dans le même temps, il s'arroge le droit de surveiller et de sanctionner les États membres tout en continuant à exercer son rôle de législateur.

Outre le «pacte pour la Démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux», le rapport recommande la modification éventuelle des traités, en particulier les modalités de saisine de la Cour de justice de l'UE, qui affaiblirait le rôle des autorités judiciaires nationales, entraverait le processus décisionnel européen et menacerait le principe de subsidiarité.

À mon sens, c'est une faute de croire que les citoyens réclament une surveillance permanente de la part d'institutions dans lesquelles ils se reconnaissent peu. Ce qu'on nous demande, c'est de garantir le bon fonctionnement des institutions nationales, en particulier des parlements nationaux, pas de s'y substituer.

Jan Huitema (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD-delegatie ondersteunt het principe en het doel van het mechanisme maar heeft zich bij de eindstemming toch onthouden omdat er een aantal bepalingen zijn opgenomen die indruisen tegen het Nederlandse rechtssysteem. Het nieuwe agentschap kan wat ons betreft niet (mede)bepalen wat een Europese en wat een nationale bevoegdheid is (interpretatie van artikel 2 VWEU). We zijn tegen het verlenen van directe en rechtstreekse toegang tot het Europees Hof aan alle natuurlijke en rechtspersonen. We willen de normale rechtsgang via de nationale rechter in stand houden. Tot slot steunen we het idee niet om met slechts een derde van de stemmen van het EP een wetgevingstraject stil te kunnen leggen omwille van een prejudiciële toetsing bij het Hof.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. – Instytucje Unii Europejskiej nie mają żadnych praw traktatowych do oceniania suwerennych państw członkowskich. Takich praw nie ma Parlament i bez zmian traktatowych nie można ich wprowadzić. Państwo źle odczytują dotychczasowe zapisy, co wyraźnie było widać podczas debat dotyczących mojego kraju – Polski.

Po Brexicie zauważyć można większą panikę wśród unijnych federalistów, boją się oni utraty swojej siły politycznej oraz totalnych porażek wyborczych, dlatego pilnie szukają narzędzi obronnych. Chcą powstrzymać falę, która ogarnia dziś Europę i zapowiada koniec panowania poprawności politycznej i skorumpowanej kasty finansowo-rządowej. Stąd powstają takie kwiatki jak głosowane sprawozdanie posłanki in 't Veld. Proponuje się w nim m.in. sankcje jako skuteczny środek odstraszający, a instytucje unijne wyrastają na strażnika, policjanta, prokuratora i sędziego, który ma walczyć o przestrzeganie praw unijnych. Scenariusz i język jak z książki Orwella „1984".

Wybory z 2014 roku wyraźnie pokazały, że obywatele państw członkowskich UE mają już dość integracji europejskiej i nie chcą projektu pogłębionej UE. Projektu, którego realizacji ma służyć głosowane sprawozdanie.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće s preporukama Komisiji o uspostavi mehanizma EU-a za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava (2015/2254(INL)) s obzirom na to da je neophodno usvojiti okvir kojim se Uniji omogućuje da se bavi kršenjem zakonodavstva EU-a te ozbiljnim prijetnjama demokraciji, vladavini prava i temeljnim pravima koje je EU uvrstila u svoja ključna načela i ciljeve u prvim člancima Ugovora te u kriterijima za članstvo u EU-u.

Ovime se poziva na osnivanje mehanizma EU-a za godišnju provjeru stanja temeljnih prava u državama članicama te se ukida aktualni krizni „ad hoc" pristup kod uočenih kršenja demokracije, vladavine prava i temeljnih prava. Nadalje želi se premostiti jaz između nadzora u zemljama kandidatkinjama i nedostatka učinkovitih alata za članice EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Il y a un certain danger à voir le rapport s'engager dans la voie d'une plus grande emprise politique de l'UE sur les États membres récalcitrants au regard de son interprétation des droits fondamentaux et de la démocratie. Je ferai seulement remarquer que le gouvernement français a lui-même rejeté cette proposition comme n'étant pas conforme aux traités européens et étant hostile à la souveraineté des États.

En conséquence, j'ai voté contre.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Gelet op de noodzaak van respect voor de mensenrechten en de fundamentele vrijheden, zowel binnen als buiten de EU, heb ik vóór het verslag gestemd. EU-initiatieven op dit gebied mogen echter de rechtsmacht van het Europese Hof voor de Rechten van de Mens en de overige werkzaamheden van de Raad van Europa op dit gebied niet ondermijnen.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de ma collègue Sophie In't Veld imposant à la Commission européenne la création d'un mécanisme européen pour la démocratie et l'état de droit, ayant pour objectif de mettre les États sous surveillance permanente, assorti de rapports annuels pouvant conduire la Commission à prononcer des sanctions à l'encontre d'États membres.

Je m'oppose à ce type de mécanisme moralisateur et contraire au droit de l'UE. En effet, en insistant sur la mise en place de ce dispositif, le Parlement s'autorise à surveiller et à sanctionner les États tout en étant législateur. C'est une interprétation du principe de séparation des pouvoirs peu crédible. Si la protection des droits fondamentaux est une cause importante, le principe de subsidiarité est un principe fondamental qui m'empêche de soutenir ce rapport.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – EH Bildu voted in favour of the report with recommendations to the Commission on the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights.

The main purpose of this report is to prevent and correct breaches of Union values and founding principles, namely democracy, the rule of law and fundamental rights. To this end, an annual report with country-specific recommendations is to be drawn up by the Commission, in consultation with a panel of independent experts.

EH Bildu welcomes the wide and varied composition of the panel, most of the aspects of the report and the enabling of citizens to bring actions before the CJEU for alleged violations of the Charter either by EU institutions or by a Member State. Nevertheless, the report could go further and include the monitoring of EU institutions and the assessment of economic and social rights.

GUE/NGL tabled 6 amendments to contribute to improve the report but all of them were rejected in plenary. Every mechanism aiming to scrutinise and assess the situation of democracy in Member States is a step forward for EH Bildu since the Spanish State has often shown itself to be below EU standards.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Οι προσπάθειες της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, ως θεματοφύλακα των Συνθηκών, να υπενθυμίσει σε κράτος μέλος τις δεσμεύσεις του αντιμετωπίζονται με απροθυμία ή σαφή άρνηση για αναγνώριση των από κοινού συμφωνηθέντων κανόνων και της δικαιοδοσίας της ΕΕ να επιβάλει τους εν λόγω κανόνες. Έως σήμερα, η παρέμβαση της Επιτροπής έχει αποδειχθεί ανεπαρκής και αυθαίρετη. Εξάλλου, τα ίδια τα θεσμικά όργανα της ΕΕ ορισμένες φορές δεν συμμορφώνονται με βασικές αρχές της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Ως εκ τούτου, αποτελεί επιτακτική ανάγκη να θεσπιστεί ένα πλαίσιο που να επιτρέπει στην ΕΕ να αντιμετωπίζει όχι μόνο τις παραβιάσεις συγκεκριμένων νόμων της ΕΕ αλλά επίσης (τον κίνδυνο) σοβαρών απειλών κατά της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Η προτεινόμενη διοργανική συμφωνία έχει ως σκοπό να θεσπίσει ρυθμίσεις που διευκολύνουν τη

συνεργασία των θεσμικών οργάνων της ΕΕ και των κρατών μελών της στο πλαίσιο του άρθρου 7 ΣΕΕ ενοποιώντας, ευθυγραμμίζοντας και συμπληρώνοντας τους υφιστάμενους μηχανισμούς. Επιπλέον, θα προβλέψει έναν ολοκληρωμένο μηχανισμό εξέτασης, που θα εφαρμόζεται σε όλα τα κράτη μέλη καθώς και στα τρία κύρια θεσμικά όργανα της ΕΕ.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Bericht ab. Nicht nur fordert er eine Überarbeitung der bestehenden Verträge, sondern spricht sich auch für finanzielle Sanktionen gegen Mitgliedstaaten beziehungsweise die Aussetzung der Finanzhilfen durch die Union aus, wenn Staaten die Kriterien der verschiedenen Pakte nicht einhalten. Gleichzeitig fordert er aber die Einrichtung eines Demokratiefonds für Organisationen, die Stipendien an lokale Akteure vergeben, die Projekte zu Grundrechten in der EU fördern – eine Aufgabe, die nicht in das Rahmenmandat der Kommission fällt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs support efforts to promote and secure rule of law across the EU. It is important that the existing mechanisms in place are used effectively to promote better dialogue with Member States and the EU as this will contribute to a more streamlined approach to upholding fundamental rights and rule of law. In addition, Labour MEPs support the role of the European Parliament in maintaining the debate on rule of law and fundamental rights across the EU. Labour MEPs abstained from the vote, as we believe that efforts should focus on improving existing mechanisms.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Demokrati, retsstatsprincippet og grundlæggende rettigheder er fundamentet for optagelse i EU. Desværre ser vi for ofte, at medlemsstater slækker på kravene, når de er blevet optaget. Principper som ytrings-, presse- og forsamlingsfrihed skal medlemsstaterne ikke kunne vælge til og fra ud fra politisk overbevisning. Det er grundstenen i det europæiske samarbejde. Derfor har de danske socialdemokrater også støttet betænkningen. En sådan EU-mekanisme eller andre instrumenter, der styrker disse rettigheder, skal naturligvis tilføre en merværdi i forhold til det arbejde, FN, Europarådet og EU allerede udfører, og ligge inden for EU's kompetence. Det er dog vigtigt, vi finder nye redskaber uden en traktatændring, da en traktatændring ikke er realistisk lige foreløbig, og vi er heller ikke helt enige i de foreslåede ændringer. Den lovgivende magt ligger hos regeringer, parlamenter og Europa-Kommissionen. Den ligger ikke hos EU-domstolen, og derfor støtter vi ikke, at en tredjedel af MEP'erne skal kunne sende vedtagne lovforslag til prøvelse hos EU-domstolen. Derudover vil vi gerne understrege, at vi allerede i dag har et system, hvor borgere i EU kan indbringe sager om urimelige foranstaltninger til domstolene, inklusiv EU-domstolen. I dag foregår det bare gennem det nationalt domstolssystem, og sådan mener vi også, det bør være i fremtiden.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll Wege aufzeigen, wie die EU ihre Werte gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Europäische Union soll gemäß diesem Vorschlag die Oberaufsicht über den Umgang mit Grundwerten bekommen. Die genannten Werte sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Rechte von Minoritäten. Gleichheit und Anti-Diskriminierung werden besonders hervorgehoben und sollen nach einer zukünftigen Revision der Europäischen Verträge per Mehrheitsbeschluss durchsetzbar sein.

Man möchte die Rechte der EU ganz explizit erweitern, um Mitgliedstaaten durch Strafen oder deren Androhung „präventiv und korrektiv" zum Einlenken bewegen zu können. Neben den verankerten Prinzipien der Proportionalität und Subsidiarität setzt man in diesem Text gleichberechtigt auf das Prinzip der „Notwendigkeit". „Notwendigkeit" ist allerdings ein Gummi-Begriff, mit dem man alles begründen kann.

Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Die Gefahr ist sehr hoch, dass die EU so zentralistisches Verhalten erzwingen kann. Bereits heute entscheidet der EuGH einseitig pro-Euro und für einen EU-Zentralismus. Durch die Ausweitung von Grundrechten in immer weitere Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsmärkte, reißt die EU weitere Politikfelder an sich und das Prinzip der Subsidiarität wird immer mehr beschädigt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Během hlasování o zprávě obsahující doporučení Komisi o vytvoření mechanismu EU pro demokracii, právní stát a základní práva jsem se rozhodla zdržet. Nejsem zcela přesvědčena, že Evropská unie potřebuje další expertní skupiny placené z peněz daňových poplatníků a navíc se domnívám, že tento mechanismus má být jakýmsi bičem na státy, s jejichž politikou orgány EU nesouhlasí. Jsem si plně vědoma, že například v Polsku dochází k demontáži právního státu, ale domnívá se, že je projevem politické slabosti, když z veřejných peněz budeme platit skupinu, která nám stejně poví, co už víme, avšak sami se tak zbavíme politické zodpovědnosti. Výběr těchto expertů se navíc může stát vysoce zpolitizovanou záležitostí, což by celé věci spíše uškodilo.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Ameddig nincs objektív és a 27 tagállam által közös konszenzussal elfogadott meghatározása a jogállamiság fogalmának, addig bármilyen jogállamisági mechanizmus az épp aktuális pártpolitikai játszmák részét fogja képezni, és kettős mércék táptalaja marad. Ezért a FIDESZ néppárti delegációjának tagjaként a jelentés ellen szavaztam.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Az ultraliberális körök demokráciaértelmezése igen sajátos, szerintük csak azok a népszavazások elfogadhatók, melyek az ő álláspontjukkal megegyező eredményt hoznak, de mert az ilyenek ritkák, legjobb, ha nincsenek is népszavazások. A sajtóban elért túlsúlyukkal gyakorta elnyomják a kritikus hangokat és véleményterrort tartanak fenn, durván manipulálva a közvéleményt, amint erről a híres német zsurnaliszta, Udo Ulfkotte tényfeltáró műveiből is bizonyságot nyerhettünk. Megengedhetetlen az ilyen tendenciák érvényesülése. Az Uniónak tiszteletben kell tartania a tagállamok nemzeti identitását, amely elválaszthatatlan része azok alapvető politikai és alkotmányos berendezkedésének.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада, съдържащ препоръки към Комисията относно създаването на механизъм на ЕС за демокрацията, принципите на правовата държава и основните права, тъй като Европейският съюз е заложил демокрацията, принципите на правовата държава и основните права в своите основни принципи и цели.

Общността разполага с широк набор от инструменти за прилагането на своите закони и договори, когато става дума за съществени въпроси, но не е такъв случаят, когато става въпрос за прилагане на задълженията по Договорите по отношение на демокрацията, принципите на правовата държава и основните права. Опитите на Комисията да напомни на държава членка за поетите от нея ангажименти често се посрещат с неохота или направо с отказ за признаване на общоприетите правила и на правомощието на ЕС да налага тяхното спазване и досега намесата ѝ е била плаха и произволна.

Въпреки че ЕС разполага с редица съществуващи инструменти за гарантиране на основните принципи и права, все още съществуват значителни празнини и на практика тези инструменти често се оказват ограничени по обхват, недостатъчни и неефективни или тяхното използване е малко вероятно.

Вместо да бъдат създавани нови процедури се предлага едно междуинституционално споразумение, което се основава на съществуващите инструменти, като неговият обхват ще бъде разширен чрез механизъм за докладване, нотифициране и налагане на санкции.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Днес повече от всякога ЕС се нуждае от всеобхватен механизъм, който да гарантира демокрацията, зачитането на човешките права, върховенството на закона и основните права и свободи на гражданите на Съюза.

Тази необходимост е продиктувана от текущото ниво на интеграция в ЕС и неотдавнашните събития в някои държави членки. В последните години се наблюдава негативна тенденция редица държави да нарушават правото на ЕС, с което де факто нарушават основните права и свободи на европейските граждани, които невинаги са напълно осведомени, а това представлява още по-сериозен проблем.

За съжаление и моята родина България не прави изключение. Заради недемократично законово ограничение в българския изборен кодекс аз самият бях глобен поради факта, че съм използвал няколко думи на майчин език по време на предизборна кампания в България. А правото на всеки гражданин на Съюза да изразява послания и становища на избран от него език следва да бъде гарантирано.

В този контекст напълно подкрепям създаването на въпросния механизъм на ЕС, защото той ще бъде гарант, че европейските граждани ще бъдат третирани равно, но и ще следи за прилагането на европейското право от държавите членки.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — In assenza di un meccanismo per il monitoraggio sistematico e imparziale nei confronti degli Stati membri e delle istituzioni, si chiede che venga adottato un quadro giuridico stabile ed efficace, che permetta la difesa delle norme e dei valori europei, fondamentali per un adeguato funzionamento dell'Unione in tutti gli ambiti politici. Il Parlamento propone, con il voto odierno, l'adozione di un accordo interistituzionale che faciliti la cooperazione tra le istituzioni dell'UE e gli Stati membri e che vada ad integrarsi con gli strumenti già esistenti. Tale accordo dovrà essere oggettivo, preventivo e correttivo, e dovrà prevedere un meccanismo di revisione da applicare in egual modo a tutti gli Stati membri ed alle istituzioni. È necessario che i diritti dei nostri cittadini e i valori dell'Unione vengano applicati con un approccio globale senza discriminazione alcuna, e per tali ragioni voto a favore della proposta del parlamento sul meccanismo UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – À la lumière des récentes polémiques, survenues notamment au sujet de la Hongrie et de la Pologne, concernant le respect de l'état de droit, nous avons débattu d'un rapport d'initiative proposant un mécanisme annuel qui aurait pour objet de vérifier le respect, par les États membres, de la démocratie et des droits fondamentaux.

Les mesures proposées par la rapporteure néerlandaise libérale visent à imposer une surveillance permanente et généralisée des États membres, par un comité d'experts nommés, et ce sur la base de critères manquant pour le moins de clarté, comme par exemple celui de «l'impartialité de l'État», qui n'est pas vraiment défini.

Cette conception d'une Europe donneuse de leçons et moralisatrice ne nous convient pas, même si, bien sûr, nous sommes partisans de l'état de droit et du respect des valeurs de la charte européenne des droits fondamentaux! Ce mécanisme-usine à gaz, dont l'idée a pourtant rallié une majorité de parlementaires, puisque le rapport de notre collègue néerlandaise a été adopté, nous semble être de nature à violer le principe de subsidiarité et être, en l'état, peu adéquat. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce rapport.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La Hongrie puis désormais la Pologne ont été le théâtre d'évolutions inquiétantes. Les gouvernements ultra-conservateurs à peine élus y ont systématiquement entamé une déconstruction des contre-pouvoirs institutionnels, et une mise au pas des médias.

Or, l'Union européenne est complètement impuissante devant ces évolutions: le seul outil dont elle dispose est la suspension des droits de vote au Conseil, c'est-à-dire de retirer à un gouvernement son pouvoir de peser sur les décisions européennes. Mais elle rechigne à l'utiliser car elle l'estime trop fort.

Connaissant cette hésitation, les apprentis autocrates n'hésitent pas à multiplier les provocations et à tester les réactions européennes.

Il est donc important de changer cette impunité. La proposition du Parlement européen de créer un mécanisme de surveillance de l'état de droit va dans ce sens. Ce mécanisme ferait un rapport annuel sur la situation de la démocratie, des droits fondamentaux et de l'état de droit, qui permettrait aux populations de disposer d'une évaluation indépendante des évolutions de leur démocratie. J'ai donc soutenu cette proposition.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux. En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts fera un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission.

Le rapport préconise aussi l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe, qui comporte la Turquie, l'Albanie, etc.

Le paragraphe 20 préconise notamment une révision du traité qui permettrait à un tiers des députés au Parlement européen de saisir la Cour de justice après l'adoption définitive d'un texte et avant sa mise en œuvre. Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres, notamment ceux qui ne respecteraient pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel par un panel d'experts qui fera un rapport à la Commission.

Même le gouvernement français a déclaré que la proposition n'est pas conforme aux traités. Il s'agit donc d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres, je ne pouvais que voter CONTRE.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que pretende desarrollar a nivel europeo un mecanismo jurídico que permita supervisar el cumplimiento de los principios que rigen la democracia en la Unión, que incluya sanciones y cuya aplicación esté al nivel de los valores que la Unión dice defender. Para lograrlo el informe plantea la posibilidad de articular los instrumentos existentes para hacerlos efectivos en la práctica, Para ello se complementaría con un sistema de monitorización, notificación y sanciones.

La puesta en marcha de este marco de actuación integrado ha suscitado controversia, puesto que quienes lo rechazan, dicen hacerlo sobre la base de la desconfianza que les merece el procedimiento en términos de objetividad, ecuanimidad e igualdad de trato.

Los socialistas estamos satisfechos con la inclusión del llamado «*scoreboard*» que pretende desarrollar una dimensión preventiva y de alerta temprana, así como, unos indicadores objetivos y contrastados, que permitan evaluar el desempeño de los Estados miembros de forma objetiva, convirtiéndose de eso modo, en un complemento efectivo de los instrumentos ya existentes.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La falta de garantías del cumplimiento de los derechos fundamentales, tal y como aparecen recogidos en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, firmada por todos los Estados miembros es una realidad en el conjunto de los Estados miembros. En el Estado español, el Gobierno la incumple reiteradamente en cuestiones como la libertad de expresión y protesta, ante la pasividad de las instituciones europeas. Por ende, apoyo cualquier mecanismo que apueste por el cumplimento de estos derechos y permita que se fiscalice la acción de los Estados miembros, por lo que he votado a favor.

Sin embargo, entiendo que el mecanismo propuesto es claramente insuficiente, y aunque apoyo la elaboración de informes parlamentarios al respecto y que se potencie el papel de la Defensora del Pueblo, no puedo creer que esto realmente vaya a solucionar la honda problemática actual. La Unión no puede pretender hoy lavarse la cara y posar como un espacio donde se garantizan los derechos fundamentales, por lo que este mecanismo tendrá un papel exclusivamente cosmético, a no ser que vaya acompañado por una voluntad política de democratización que hoy no existe entre las autoridades comunitarias.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En el presente informe se recuerda la importancia que tradicionalmente ha desempeñado y desempeña la Unión en los ámbitos de democracia, el Estado de derecho y los derechos de los ciudadanos. Así, los ha consagrado como los principios en los que se asienta, y los objetivos fundamentales que persigue. No obstante, y a pesar de la existencia de varios instrumentos para garantizar la defensa de la democracia, el Estado de derecho y los derechos fundamentales, siguen habiendo lagunas considerables, a lo que se añade el alcance limitado o ineficiente de los citados instrumentos. Cabe mencionar que no existe un mecanismo integrado para el seguimiento sistemático, imparcial y total de todos los Estados miembros y sus instituciones. La propia Unión ha tenido dificultades para defender sus propias reglas, lo que lastra la confianza mutua y entorpece la existencia de un marco jurídico fiable y estable. Todo esto denota que es importante adoptar criterios de referencia claros y objetivos que permitan hacer frente al incumplimiento de las normativas de la Unión, así como, a las amenazas para la democracia. Doy mi voto favorable al informe ya que el acuerdo interinstitucional propuesto en él es una buena medida para conseguir el mencionado objetivo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll Wege aufzeigen, wie die EU ihre Werte gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Europäische Union soll gemäß diesem Vorschlag die Oberaufsicht über den Umgang mit Grundwerten bekommen. Die genannten Werte sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Rechte von Minoritäten. Gleichheit und Anti-Diskriminierung werden besonders hervorgehoben und sollen nach einer zukünftigen Revision der Europäischen Verträge per Mehrheitsbeschluss durchsetzbar sein.

Man möchte die Rechte der EU ganz explizit erweitern, um Mitgliedstaaten durch Strafen oder deren Androhung „präventiv und korrektiv" zum Einlenken bewegen zu können. Neben den verankerten Prinzipien der Proportionalität und Subsidiarität setzt man in diesem Text gleichberechtigt auf das Prinzip der „Notwendigkeit". „Notwendigkeit" ist ein Gummi-Begriff, mit dem man alles begründen kann.

Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Die Gefahr ist sehr hoch, dass die EU so EU-konformes Verhalten erzwingen kann. Bereits heute entscheidet der EuGH einseitig pro-EU und pro-Euro. Durch die Ausweitung von Grundrechten in immer weitere Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsmärkte, reißt die EU weitere Politikfelder an sich und das Prinzip der Subsidiarität wird immer mehr beschädigt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported this report on the establishment of a mechanism to monitor Member States' compliance with democratic values and the rule of law.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s výzvou ke „zřízení nadace pro demokracii, která bude udělovat granty a podporovat místní subjekty, jež v rámci Unie prosazují demokracii, právní stát a základní práva". Považuji to za další dotování lidskoprávních organizací, které často prosazují své politické představy. Základním rámcem pro lidská a občanská práva jsou ústavy jednotlivých členských států. Demokracii a lidská práva nepodpoříme tím, že budeme určité subjekty dotovat.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – In my view the most important part of the report is the recommendation to adopt a Union Pact for democracy, the rule of law and fundamental rights that consists of: an annual report on democracy, the rule of law and fundamental rights with country-specific recommendations incorporating the reporting by the European Union Agency for Fundamental Rights, the Council of Europe, and other relevant authorities in the field; an annual inter-parliamentary debate on the basis of the European DRF Report; arrangements for remedying possible risks and breaches, as provided for by the Treaties, including the activation of the preventative or corrective arms of Article 7 TEU; DRF Policy Cycle within the Union institutions. But there is still a lack of enforcing mechanism. Without it effectiveness will be low.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Členské štáty sa spolu s Úniou hlásia k zásadám právneho štátu, demokracie a ochrany a dodržiavania základných práv. Tieto hodnoty sú zakotvené vo viacerých medzinárodných dohovoroch a zmluvách, ktoré majú rôznu právnu záväznosť. Niektoré zaväzujú všetky členské štáty a niektoré, ako napr. Charta základných práv EÚ, platia pre určité členské krajiny (Spojené kráľovstvo a Poľsko) len v takej miere, pokiaľ neprekračujú ich vnútroštátny štandard ochrany ľudských práv.

Udalosti v niektorých členských krajinách vyvolali oprávnene otázku vytvorenia minimálnej jednotnej právnej ochrany týchto hodnôt vrátane postupov pri ich prípadnom porušení. Som presvedčený, že takáto úprava nesmie zasahovať do suverenity členských krajín, musí byť v súlade s platným právom a musí byť výsledkom konsenzu všetkých členských štátov. Do riešenia tohto zásadného problému musia byť aktívne zapojené všetky kompetentné inštitúcie, Komisia, Rada a ďalšie európske aj vnútroštátne orgány.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – L'Union peine à garantir que ses principes fondateurs sont respectés en son sein. Elle dispose d'instruments inefficaces pour prévenir les violations des droits fondamentaux dans ses États membres. En témoigne l'exemple de la situation en Pologne, où la séparation des pouvoirs est fragilisée par la position du tribunal constitutionnel, qui se trouve dans l'incapacité de contrôler la conformité des lois dans ce pays. Si le respect des règles économiques et fiscales de l'Union est scruté de manière systématique et avec une minutie quasi-chirurgicale, le respect de l'état de droit devrait mériter à minima la même attention.

Ainsi, ce rapport d'initiative propose d'instaurer un mécanisme d'évaluation annuel — par un panel d'experts indépendants — du respect de l'état de droit, de la démocratie et des droits fondamentaux, par les États membres et les trois institutions principales de l'UE. Je vote en faveur de ce texte, car le mécanisme qu'il propose de créer représenterait un indéniable pas en avant pour la protection des droits fondamentaux et de la démocratie à l'échelle de l'Union.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση που περιέχει συστάσεις προς την Επιτροπή σχετικά με τη θέσπιση μηχανισμού της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte propose la création d'un mécanisme de l'Union pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». Le Parlement européen cherche ainsi à donner à la Commission des nouveaux outils pour prendre le contrôle politique des États membres en positionnant la Commission au-dessus des gouvernements nationaux. En effet, suite à la mise en place de ce mécanisme, chaque État Membre sera soumis à un contrôle annuel afin de vérifier s'il remplit les conditions de la démocratie, mais la démocratie selon l'interprétation des fonctionnaires européens…

Un rapport sur chaque État sera ensuite adopté par la Commission. Ce rapport est une attaque directe contre la souveraineté des États membres ou plutôt sur cette illusion de souveraineté qui nous reste après des décennies de soumission des gouvernements français aux technocrates de Bruxelles.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a un pacto de la Unión para la democracia, el Estado de derecho y los derechos fundamentales que permita hacer frente no solo a los casos de incumplimiento de normativas específicas de la Unión, sino también a las amenazas graves que puedan surgir.

Para ello, debemos trabajar en el establecimiento de modalidades que faciliten la cooperación de las instituciones de la Unión y sus Estados miembros y garanticen el mantenimiento de la larga tradición que tiene Europa en estos ámbitos.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα αυτό, γιατί είναι επιτακτική ανάγκη να θεσπιστεί ένα πλαίσιο που θα δίνει την ευκαιρία στην ΕΕ να αντιμετωπίζει παραβιάσεις και απειλές κατά της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Επιπλέον, θα πρέπει να ληφθούν πρόσθετα μη νομοθετικά μέτρα, προκειμένου να διασφαλιστεί μια ολοκληρωμένη προσέγγιση για την τήρηση των αρχών επί των οποίων βασίζεται η ΕΕ.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission fait scrupuleusement respecter les règles économiques austéritaires, mais rien n'est prévu pour le respect de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux, pourtant inscrits comme valeurs fondamentales dans les traités. Il existe bien l'article 7, mais sa procédure est longue et complexe.

Ce rapport propose donc un accord interinstitutionnel pour faire respecter ces principes. Si, depuis les débats sur la réforme constitutionnelle hongroise et les récentes réformes en Pologne, j'observe avec attention les suites, de crainte que ne soient confiés une fois de plus des pouvoirs discrétionnaires à la Commission européenne, je me félicite ici que cette évaluation fasse appel à des organes légitimes et indépendants (Conseil de l'Europe, ONU…), en plus de la consultation des parlements nationaux.

Concrètement, ce rapport ouvre la possibilité d'action en justice sur la légalité d'une coupe d'austérité prise par un État qui porterait atteinte à des droits sur l'accès à la santé par exemple. Je regrette que l'accord ne vise pas avec autant d'assiduité les organes européens, et notamment l'Eurogroupe, mais je vote néanmoins pour cette avancée pour les droits des citoyens si elle venait à voir le jour. La Commission a jusqu'à septembre 2017 pour l'enterrer ou l'altérer.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres, notamment ceux qui ne respecteraient pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel par un panel d'experts qui fera un rapport à la Commission. Même le gouvernement français a déclaré que la proposition n'est pas conforme aux traités. Il s'agit donc d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres, je m'y suis donc évidemment opposée.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A União Europeia funda-se nos valores do respeito pela dignidade humana, da liberdade, da democracia, da igualdade, do Estado de direito e do respeito pelos direitos humanos, incluindo os direitos das pessoas pertencentes a minorias, consagrados nos seus princípios e objetivos nucleares nos primeiros artigos do TUE, bem como nos critérios de adesão à União Europeia.

Vejo com bons olhos a criação de um mecanismo abrangente da União para a democracia, o Estado de direito e os direitos fundamentais que inclua todas as partes interessadas pertinentes. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported Parliament's call for a watchdog that will monitor the rule of law, democracy and fundamental rights within the Union. It is essential that the EU's core values are protected and respected.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me réjouis de l'adoption par le Parlement européen de ce rapport relatif à un mécanisme pour l'état de droit, la démocratie et les droits fondamentaux. Par ce vote, le Parlement lance un appel formel à la Commission pour qu'elle présente en septembre 2017 au plus tard une proposition visant à la création d'un tel mécanisme.

Cette initiative prend tout son sens au vu des dérives dans certains États membres et de la faiblesse manifeste des divers mécanismes déjà existants. Je n'ai de cesse de le répéter: l'Union a le devoir de surveiller le respect par ses États membres des droits fondamentaux et des valeurs de démocratie et d'état de droit inscrites dans nos traités.

Un tel mécanisme a le mérite d'institutionnaliser une surveillance continue et objective du respect de nos valeurs et permettrait donc de mettre systématiquement le doigt sur les éventuelles failles ou dérives dès qu'elles apparaissent. La Commission, en tant que gardienne des traités, doit à présent répondre aux attentes qui ont été formulées et lancer enfin le chantier tant attendu de l'Union de nos droits.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Európska únia je postavená na zásadách demokracie, právneho štátu a základných práv, je spoločenstvom hodnôt, avšak naďalej aj spoločenstvom suverénnych štátov, ktoré stojí na zásadách subsidiarity a proporcionality. Domnievam sa, že ustanoveniami navrhovaného mechanizmu EÚ pre demokraciu, právny štát a základné práva dochádza k porušeniu prvého princípu. Návrh prenecháva právomoc novej skupine „nezávislých odborníkov" na vyšetrovanie členských štátov, ktorá okrem iného zahŕňa aj medzinárodné organizácie ako OSN, OBSE a OECD; tie už disponujú mandátom na monitorovanie situácie v oblasti ľudských práv a demokracie. Uvedením mechanizmu do praxe by sa jednalo o duplicitu a zbytočné mrhanie financiami. Okrem toho pakt môže byť nástrojom na politickú nadvládu EÚ nad členskými štátmi. Podľa neho by totiž malo byť možné, aby boli štáty postihované na základe názoru „nezávislých odborníkov", ak sa ich obyvateľstvo chce chrániť pred rozhodnutiami inštitúcií EÚ v osobitne citlivých oblastiach, prostredníctvom referend alebo zmien ústavy. EÚ musí rešpektovať národnú identitu členských štátov, ktorá spočíva v ich základných politických a ústavných systémoch, vrátane regionálnych a miestnych samospráv. Preto hlasujem proti navrhovanej správe.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Gelet op de noodzaak van respect voor de mensenrechten en de fundamentele vrijheden, zowel binnen als buiten de EU, heb ik vóór het verslag gestemd. EU-initiatieven op dit gebied mogen echter de rechtsmacht van het Europese Hof voor de Rechten van de Mens en de overige werkzaamheden van de Raad van Europa op dit gebied niet ondermijnen.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság állásfoglalás-tervezete leszögezi: az Európai Unió értékek közössége; a Szerződések első cikkeibe felvette vezérlő alapelvei közé a demokráciát, a jogállamiságot és az alapvető jogokat, amik az uniós tagság feltételei is. Miközben azonban az Uniónak eszközök széles köre áll rendelkezésére jogszabályai és a Szerződések végrehajtására, a demokrácia, a jogállamiság és az alapvető jogok tekintetében a Szerződésben foglalt kötelezettségek érvényesítése esetében már nem ez a helyzet. Az Európai Bizottság ellenállásba vagy kifejezett elutasításba ütközik, amikor a közösen megállapított szabályok érvényesítéséről, illetve az Unió arra vonatkozó jogának elismeréséről van szó, hogy ezeket érvényre juttassa.

A jelentés ezért alapvető fontosságúnak tekinti egy olyan keret elfogadását, ami lehetővé teszi az EU számára, hogy ne csak konkrét uniós jogszabályok megsértésével foglalkozzék, hanem a demokráciát, a jogállamiságot és az alapvető jogokat érő súlyos fenyegetésekkel (azok kockázatával) is. Indítványozza tehát egy a demokráciára, a jogállamiságra és az alapvető jogokra irányuló európai uniós paktum elfogadását, intézményközi megállapodás formájában, az előterjesztés melléklete pedig konkrét javaslatot is tesz annak szövegére.

Az előterjesztést annál is nagyobb örömmel szavaztam meg, hogy magam már régóta szükségét érzem egy ilyen megállapodás tető alá hozásának.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'Union pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme créé pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas l'interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux voulue par Bruxelles.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts (un magistrat par État membre auquel s'ajoutent dix «experts» désignés par le Parlement européen) fera un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission.

Le rapport préconise aussi l'adhésion de l'Union à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe (qui comporte la Turquie, l'Albanie, etc.). Le paragraphe 20 préconise notamment une révision du traité qui permettrait à un tiers des députés au Parlement européen de saisir la Cour de justice après l'adoption définitive d'un texte et avant sa mise en œuvre. Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des états membres. Même le gouvernement français a déclaré que la proposition n'était pas conforme aux traités. Ce rapport ne peut que susciter une forte réprobation.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'Union pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'Union pour prendre le contrôle politique des États membres. Le rapport préconise aussi l'adhésion de l'Union à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe (qui comporte la Turquie, l'Albanie, etc.). Il s'agit donc d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres et j'ai voté contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs support efforts to promote and secure rule of law across the EU. It is important that the existing mechanisms in place are used effectively to promote better dialogue with Member States and the EU as this will contribute to a more streamlined approach to upholding fundamental rights and rule of law. In addition, Labour MEPs support the role of the European Parliament in maintaining the debate on rule of law and fundamental rights across the EU.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux. En effet, il y a dans ce rapport la présence de plusieurs dispositions qui visent à modifier les traités, et notamment la suppression de l'article 51 de la charte des droits fondamentaux qui délimite les compétences de l'Union en matière de justice. Cela porterait une grave atteinte au principe de subsidiarité et affaiblirait la justice des États membres.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Siamo favorevoli alla relazione recante raccomandazioni alla Commissione per istituire un meccanismo europeo in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali. Sebbene a questi valori sia data un'importanza fondamentale nei trattati, oggi esistono delle difficoltà nella loro concreta applicazione, come testimoniato da alcuni casi recenti, nei quali alcuni Stati membri, richiamati dalla Commissione a rispettare tali valori, si sono dimostrati riluttanti a riconoscerli. Questa iniziativa parlamentare è molto importante, in quanto è volta a dotare le istituzioni comunitarie di strumenti preventivi, sanzionatori e correttivi a possibili infrazioni che possono

minare valori europei fondamentali quali democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali. In particolare, considerando che queste questioni non sono facilmente misurabili, riteniamo che sia particolarmente rilevante il fatto che il gruppo dei Socialisti e Democratici sia riuscito a inserire nel testo l'idea di avere un gruppo di esperti indipendenti così da garantire la massima imparzialità nel contesto del cosiddetto *Democracy Scoreboard*, altro strumento suggerito nella relazione volto a valutare e monitorare la conformità degli Stati membri. Grazie a un pieno utilizzo degli strumenti già presenti, accanto alle aggiunte proposte dal testo, si genererebbe un sostanziale miglioramento del rispetto di valori così importanti per il nostro futuro.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Az Európai Unióban rendkívül fontos, hogy figyeljünk a jogállamiság, a demokrácia és az alapvető jogok megvalósulására ezért üdvözlöm a jelentést és nagyon örülök, hogy Uniós szinten is foglalkozunk a kérdéssel. Azt azonban nem hagyhatjuk figyelmen kívül, hogy az egyes tagállamoknak nem avatkozhatunk bele a saját, belső jogrendjébe, így például külső erőként nem kérdőjelezhetjük meg a nemzeti bíróságok működését, vagy a törvényhozói szerveik által kibocsátott és elfogadott törvényeket, mivel azzal súlyosan megszegnénk a szubszidiaritás kérdését. Ezt én sem támogatom.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report that calls for the adoption of a framework that will enable the EU to address infringements to specific EU laws, serious threats to democracy, the rule of law and fundamental rights.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията за създаване на междуинституционално споразумение за демокрацията, принципите на правовата държава и основните права, тъй като то ще гарантира спазването на тези принципи чрез представителна група от независими експерти, въз основа на количествен и качествен преглед на наличните данни и информация, предоставени от всички държави членки.

Наред с това, Пактът на ЕС за демокрацията предвижда и изготвянето на ежегоден годишен доклад за демокрацията, съдържащ специфични за всяка държава препоръки. Приемането на доклада слага началото на междупарламентарните разисквания, които имат за цел предприемането на действия във връзка с резултатите от европейския доклад за демокрацията. Въз основа на доклада Комисията може да реши да образува производство за „системно нарушение“ съгласно член 2 от ДЕС и член 258 от ДФЕС, като обедини няколко производства за установяване на нарушение.

Заставам зад резолюцията, защото считам че, Пактът на ЕС ще премахне скептицизма, отправен към моята държава като надежден партньор в бизнеса, и критичния поглед към настоящи несъответствия с правото на ЕС, съществуващи и в други държави членки.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece am considerat că este foarte important ca, în contextul numeroaselor dezbateri, uneori politicianiste, cu privire la respectarea sau nerespectarea anumitor proceduri democratice în statele membre, este normal să fie creat un mecanism uniform al UE pentru democrație, statul de drept și drepturi fundamentale. Deși consider că, aducând teme naționale la Bruxelles, forțăm instituțiile europene să intervină în proceduri interne ale statelor membre care nu sunt de competența UE, pentru a asigura o analiză imparțială a diverselor situații și pentru a asigura respectarea principiilor UE, susțin dezvoltarea acestui mecanism aplicabil tuturor statelor membre.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD-delegatie ondersteunt het principe en het doel van het mechanisme maar heeft zich bij de eindstemming toch onthouden omdat er een aantal bepalingen zijn opgenomen die indruisen tegen het Nederlandse rechtssysteem. Het nieuwe agentschap kan wat ons betreft niet (mede)bepalen wat een Europese en wat een nationale bevoegdheid is (interpretatie van artikel 2 VWEU).

We zijn tegen het in alle gevallen verlenen van directe en rechtstreekse toegang tot het Europees Hof aan alle natuurlijke en rechtspersonen. We willen de normale rechtsgang via de nationale rechter in stand houden.

Tot slot steunen we het idee niet om met slechts een derde van de stemmen van het EP een wetgevingstraject stil te kunnen leggen omwille van een prejudiciële toetsing bij het Hof.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Vertrag meiner Meinung nach dringend überarbeitet werden muss. Beispielsweise sind finanzielle Sanktionen gegen Mitgliedstaaten, die die Kriterien des EU-Paketes nicht einhalten, oder Aussetzung der Finanzhilfen durch die Union nicht enthalten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Arvestades ELis ja selle ümber toimuvaid arenguid ühiskondades, on oluline teadvustada ühiseid väärtusi, millele EL rajatud on. Raport soovitab luua mehhanismi, mis aitaks tagada demokraatia, õigusriigi ja põhiõiguste järgimist ka praktikas.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προτείνει τη δημιουργία ενός ευρωπαϊκού δεσμευτικού μηχανισμού που θα προβλέπει την ετήσια υποβολή έκθεσης για την κατάσταση της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων σε όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ. Ο μηχανισμός θα διασφαλίζει ότι όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ σέβονται τις αξίες που κατοχυρώνουν οι ευρωπαϊκές Συνθήκες και θα θέτει σαφή, τεκμηριωμένα και μη πολιτικά κριτήρια για την αξιολόγηση του ιστορικού των χωρών στους τομείς της δημοκρατίας, του κράτους δικαίου και των θεμελιωδών δικαιωμάτων. Ο μηχανισμός επιδιώκει να ενσωματώσει τα υπάρχοντα εργαλεία σε ένα ενιαίο μέσο και να διασφαλίσει την αποτελεσματική χρήση τους. Θέλει επίσης να γεφυρώσει το χάσμα που υπάρχει μεταξύ της παρακολούθησης του σεβασμού αυτών των αξιών από τις υποψήφιες προς ένταξη χώρες, από τη μία πλευρά, και της έλλειψης, από την άλλη, αποτελεσματικών μέσων παρακολούθησης του σεβασμού των ίδιων αξιών από εκείνες που είναι ήδη κράτη μέλη της ΕΕ. Δεν θέλουμε να μείνουμε στη θεωρία. Τα πρόσφατα γεγονότα στην Ουγγαρία και την Πολωνία απέδειξαν ότι η ΕΕ πρέπει να έχει στη διάθεσή της αποτελεσματικά εργαλεία, για να αντιμετωπίσει τις απειλές προς τις θεμελιώδεις αξίες της ΕΕ, απειλές οι οποίες υπονομεύουν τη δημοκρατία στις χώρες μας.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative. Aujourd'hui, aucun dispositif ne permet la surveillance systématique et complète des États membres et des institutions européennes en cas de violation des textes européens, de la démocratie, de l'état de droit ou des droits fondamentaux.

Je soutiens naturellement la proposition d'instaurer un mécanisme d'évaluation annuel du respect de l'état de droit, de la démocratie et des droits fondamentaux, par les États membres et les trois institutions principales de l'UE. Ce système évaluerait ainsi en permanence la situation de l'état de droit dans toute l'Union européenne.

Cette proposition représente un pas en avant pour la protection des droits fondamentaux et de la démocratie à l'échelle de l'UE!

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP firmly rejects the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. UKIP believe that this mechanism is a severe infringement of national sovereignty. UKIP also vehemently opposes calls in this report for the EU to accede to the ECHR.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della proposta in esame, in quanto concordo pienamente con la collega nel ritenere che lo Stato di diritto costituisce la colonna portante della democrazia liberale europea e rappresenta uno dei principi fondanti dell'Unione. Inoltre, tutti gli Stati membri e gli organismi dell'Unione hanno il dovere di rispettare, proteggere e promuovere tali principi e valori. Convinto, inoltre, che spetti all'Unione il compito di promuovere la salvaguardia della democrazie e dei diritti fondamentali, voto positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Democracy and rule of law and fundamental rights are core values for the EU. Given the challenges ahead of the Union we have observed that some Member States have weakened their promotion of these values. For this reason I voted in favour of this report, in line with the EPP's stance that the mechanism to be created must fit into the current Treaties' framework and must be legally sound.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Usporedba verzije Mehanizma Europske unije za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava koju danas imamo pred sobom i početnog dokumenta govori nam o razini nezadovoljstva koju je ovaj prijedlog izazvao kako diljem Europe, tako i među zastupnicima u Europskom parlamentu. Postignuti su brojni kompromisi, među kojima i oni koji se odnose na prijedloge koje sam i ja uputila u sklopu podnesenih amandmana, ali ne mogu se oteti dojmu da cilj ovog izvješća i dalje ostaje nepromijenjen.

Neprihvatljiv je ovakav pokušaj miješanja u unutarnje stvari država članica. Ugovor o Europskoj uniji jasno navodi da Unija poštuje jednakost država članica pred Ugovorima, kao i njihove nacionalne identitete, koji su neodvojivo povezani s njihovim temeljnim političkim i ustavnim strukturama, uključujući regionalnu i lokalnu samoupravu. Ne mogu podržati ovakav prijedlog Mehanizma Europske unije za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava budući da smatram kako nije u skladu s navedenim načelom i samim time Ugovorom o Europskoj uniji.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'UE pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux». En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Chaque État membre sera soumis à un contrôle annuel. Un panel d'experts (1 magistrat par EM, plus dix «experts» désignés par le Parlement européen) fera un rapport qui sera ensuite adopté par la Commission. Le rapport préconise aussi l'adhésion de l'UE à la Convention européenne des droits de l'homme, ce qui renforcera l'influence de la Cour européenne des droits de l'homme et du Conseil de l'Europe (qui comporte la Turquie, l'Albanie, etc.).

Le paragraphe 20 préconise notamment une révision du traité qui permettrait à un tiers des députés au Parlement européen de saisir la Cour de justice après l'adoption définitive d'un texte et avant sa mise en œuvre. Il s'agit d'une attaque en règle contre la souveraineté des États membres, et même le gouvernement français a déclaré que la proposition n'est pas conforme aux traités.

Il est évident que je vote résolument contre ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea dispone di molteplici strumenti per garantire il rispetto delle sue leggi e dei suoi trattati riguardo alle questioni economiche e di mercato. Non è così quando invece si tratta di far rispettare gli obblighi riguardanti la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali. La Commissione può richiedere agli Stati membri, ad esempio, l'aggiustamento dei bilanci quando questi non sono in linea con la normativa europea, e nessuno contesta il fatto che gli Stati siano tenuti a dare seguito alle indicazioni della Commissione. Quando invece si tratta del rispetto dei principi fondamentali su cui si fonda l'Unione, troppo spesso gli Stati membri sono riluttanti a seguire gli inviti della Commissione, nel suo ruolo di garante dei trattati, oppure si rifiutano apertamente. Tutto ciò determina un'erosione della fiducia reciproca e della fiducia dei cittadini nei confronti delle istituzioni. È perciò giunto il momento di elaborare una procedura sistematica, imparziale e completa che monitori e garantisca il rispetto dei valori fondanti dell'Unione, sia da parte degli Stati membri sia delle stesse istituzioni europee. Democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali sono in cima alle priorità stabilite nei trattati, ed ora che queste priorità vengano difese anche nella pratica.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Demokracija, vladavina prava i temeljna prava su ključna načela koja su navedena i u samim člancima ugovora kao i u kriterijima za članstvo u EU-u. Europska komisija ima pravo na intervenciju radi osiguravanja usklađenosti nacionalnih zakonodavstava s pravom EU-a, a države članice ne osporavaju činjenicu da ih ugovori EU-a obvezuju na osiguravanje usklađenosti.

Međutim, kada je riječ o provedbi obveza iz Ugovora u pogledu demokracije, vladavine prava i temeljnih prava intervencije Europske komisije su oprezne, proizvoljne te nailaze na opiranje ili potpuno odbijanje od strane država članica. Dodatni problem je što i same institucije EU-a ponekad nisu poštovale ključna načela demokracije, vladavine prava i temeljnih prava.

Upravo zbog toga je bilo potrebno stvoriti integrirani mehanizam za sustavno, nepristrano i potpuno praćenje svih država članica i institucija. Vrijeme je da se stvore adekvatni uvjeti za zaštitu temeljnih europskih vrijednosti u praksi. Smatram da je usvajanje Pakta EU-a za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava u obliku međuinstitucijskog sporazuma važan korak.

Novi jedinstveni okvir treba biti objektivan, treba se temeljiti na dokazima te se jednako i pravedno primjenjivati na sve države članice i uključivati preventivnu i korektivnu dimenziju. Njime će se omogućiti integrirani mehanizam revizije koji će se primjenjivati na sve države članice, kao i na tri glavne institucije EU-a.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos perante um inaceitável assalto à soberania dos Estados, de que nos distanciamos firmemente. Visa aprofundar os mecanismos de federalização da União Europeia e prevê a criação de um ciclo político para a democracia e estado de direito (naquela que é a sua aceção), à semelhança do semestre europeu; tornar o TUE e a CDFUE a base jurídica para medidas legislativas e rever o artigo 7.º do TUE, introduzindo sanções relevantes e aplicáveis contra qualquer Estado-Membro; suprimir o princípio da subsidiariedade da CDFUE; rever o requisito de unanimidade no Conselho em decisões que envolvam direitos fundamentais. Estes pontos legitimam as sanções e as inaceitáveis chantagens e pressões que pendem sobre Portugal.

As instituições da UE não são exemplo no que toca à democracia e direitos fundamentais. A harmonização destes constitui, para países como Portugal, uma inaceitável pressão negativa, nivelando por baixo os padrões de direitos sociais e de trabalho. O enredo de tratados e legislação europeus é, na verdade, um obstáculo à legítima decisão soberana de cada povo decidir dos seus destinos, um obstáculo à concretização da Constituição portuguesa e das conquistas da revolução que o povo português, mais cedo que tarde, saberá retomar e impor, libertando-se dos constrangimentos dos tratados. Votámos contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il rispetto dello Stato di diritto, all'interno dell'Unione, è una condizione essenziale per la protezione dei diritti fondamentali e per il rispetto di tutti i diritti e di tutti gli obblighi derivanti dai trattati e dal diritto internazionale. L'approccio proposto dal relatore sembra però dare adito a legittime preoccupazioni concernenti l'applicazione di un meccanismo comune dell'UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali, che potrebbe essere utilizzato impropriamente e a detrimento di alcuni Stati membri. Se così fosse gran parte dell'opinione pubblica europea sarebbe contraria all'instaurazione di un siffatto meccanismo. Inoltre, i sistemi di controllo dello Stato di diritto sono già parte integrante delle costituzioni di tutti gli Stati membri. Pertanto, ho deciso di astenermi.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Art. 7 Traktatu o Unii Europejskiej jest nieodpowiedni, ponieważ mechanizm prewencyjny i mechanizm sankcji, o których jest tam mowa, nie były dotąd nigdy uruchamiane, Parlament wspólnie z zespołem ekspertów składającym się z przedstawicieli organizacji pozarządowych, prawników i innych osób opowiedziałby się za ściganiem państw członkowskich winnych naruszenia wspólnych europejskich wartości. Do wniosku dołączony jest szczegółowy załącznik, w którym wyjaśniono, jaki mechanizm, zdaniem PE, powinien zostać zaproponowany we wniosku Komisji, łącznie ze zmianami w Traktatach – polegającymi przede wszystkim na skreśleniu zasady pomocniczości.

Sprawozdawczyni twierdzi, że zostaną osiągnięte oszczędności rzędu miliardów euro, jednocześnie jednak wniosek wyraźnie narusza zasadę pomocniczości i zasadę przyznania kompetencji. Szef Wydziału Prawnego Parlamentu Europejskiego stwierdził, że PE nie powinien proponować takiego mechanizmu, gdyż wykracza to poza uprawnienia wynikające z Traktatówtraktatów. Mimo to sprawozdawczyni kontynuuje procedurę, czekając na potwierdzenie lub zanegowanie tego faktu przez prawników Komisji. Niniejszym Z tego względu nie mogłem poprzeć sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Il faut avoir le courage de le dire: je ne critique pas les principes qui guident la rédaction de ce rapport, car il s'agit de valeurs fondamentales que nous partageons tous. Il ne s'agit véritablement pas ici d'être contre la démocratie, l'état de droit et encore moins contre les droits fondamentaux. Le choix de voter pour ou contre ce rapport doit être guidé par la cohérence et le respect des règles européennes décidées par les États membres.

Très clairement, le rapporteur (libéral) de ce texte a choisi de promouvoir des règles qui menaceraient l'équilibre institutionnel de l'Union européenne et imposeraient une surveillance généralisée et permanente des États membres. Cela va à l'encontre du principe de subsidiarité.

À l'heure où les détracteurs de l'Union européenne s'accroissent, il serait dommage de promouvoir une Union perçue comme donneuse de leçon aux États membres.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Podemos afirmar, de forma altiva, que a Europa tem uma longa tradição no domínio da democracia, do Estado de direito e dos direitos dos cidadãos. Fundamentando as suas raízes na democracia ateniense, na Magna Carta de 1215, na Declaração dos Direitos do Homem e do Cidadão de 1789, na Convenção Europeia dos Direitos do Homem e na Carta dos Direitos Fundamentais, a União Europeia consagrou a democracia, o Estado de direito e os direitos fundamentais (DED) nos seus princípios e objetivos principais inscritos nos primeiros artigos dos Tratados, bem como nos critérios de adesão à UE. Também nas suas políticas externas a UE salienta a importância dos direitos humanos e da governação democrática, promovendo-os assim em parcerias como por exemplo a ACP-UE.

No entanto, enquanto a UE dispõe de vários instrumentos para fazer cumprir as suas leis e tratados no que toca a questões materiais como orçamentos, programas de saúde pública ou decisões fiscais, o mesmo já não acontece no cumprimento das obrigações previstas no Tratado em matéria de democracia, Estado de direito e direitos fundamentais.

Torna-se importante adotar uma estrutura que permita à UE combater tanto as infrações à legislação específica da UE, como as ameaças graves à democracia, ao Estado de direito e aos direitos fundamentais. Voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this non-legislative report. UKIP firmly rejects the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. UKIP believe that this mechanism is a severe infringement of national sovereignty. UKIP also vehemently opposes calls in this report for the EU to accede to the ECHR.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption du rapport d'initiative sur le mécanisme de l'Union pour l'état de droit. Ce vote du Parlement européen représente une victoire pour l'Europe des valeurs et de la démocratie.

Être membre d'une équipe, cela signifie respecter ses règles. Autrement, c'est l'intégrité et la légitimité du collectif qui se retrouvent compromises. Aussi, adhérer à l'Union européenne implique «la présence d'institutions stables garantissant la démocratie, l'état de droit et les droits de l'homme». Ce sont des critères qui doivent être respectés au quotidien par les États membres. La réalité est malheureusement toute autre.

Pour cette raison, il est indispensable que l'Union se dote enfin d'un mécanisme évaluant en permanence le respect de l'état de droit par les États membres et les institutions européennes, de façon impartiale et indépendante, sans influence du pouvoir politique.

Il ne s'agit pas de réagir uniquement quand le mal est fait, mais aussi et surtout de prévenir des risques de menaces graves pour la démocratie et les droits fondamentaux.

L'Union ne peut rester uniquement un grand marché de biens et de services. C'est un espace politique qui porte en son cœur un idéal et des principes inhérents à son existence.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar imperativa a consagração da democracia, do Estado de direito e dos direitos fundamentais nos princípios e objetivos principais inscritos nos primeiros artigos dos Tratados, bem como nos critérios de adesão à UE. As tentativas de inclusão nos Tratados de uma referência às raízes judaico-cristãs da Europa saíram malogradas, mas demonstram que a União Europeia é vista como uma comunidade de valores. Nas suas políticas externas, a UE salienta a importância dos direitos humanos e da governação democrática e espera-se que os imigrantes que residem na Europa respeitem e adotem os nossos valores comuns.

Embora a UE disponha de vários instrumentos para garantir o respeito pelos princípios da democracia, do Estado de direito e dos direitos fundamentais, continuam a existir lacunas substanciais e, na prática, estes instrumentos evidenciam um alcance limitado, são inadequados e ineficientes, ou a sua aplicação é improvável. Deste modo, torna-se fundamental adotar uma estrutura que permita à UE combater tanto as infrações à legislação específica da UE, como as ameaças graves (e riscos de ameaças) à democracia, ao Estado de direito e aos direitos fundamentais.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A UE dispõe de uma ampla gama de instrumentos para fazer cumprir as suas leis e Tratados no que toca a questões materiais. Nesses casos, os Estados-Membros não questionam o facto de serem obrigados a respeitar o Direito da UE. O mesmo já não acontece quando se trata do cumprimento das obrigações previstas em matéria de democracia, Estado de direito e direitos fundamentais.

Embora a UE disponha de vários instrumentos para garantir o respeito por estes princípios, continuam a existir lacunas substanciais e, na prática, estes instrumentos evidenciam um alcance limitado. Não existe nenhum mecanismo integrado para uma monitorização sistemática, imparcial e completa de todos os Estados-Membros e das suas instituições.

Torna-se imperativo adotar uma estrutura que permita à UE combater tanto as infrações à legislação específica da UE, como as ameaças graves à democracia, ao Estado de direito e aos direitos fundamentais.

As falhas da UE na defesa das suas próprias normas e a perceção de que não existem valores europeus comuns estão também a minar a confiança mútua e o estabelecimento de um quadro jurídico estável e fiável, essencial para o bom funcionamento da UE em todos os domínios de intervenção.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Tratado establece la responsabilidad de la Unión para promover y proteger las bases constitucionales compartidas por los Estados miembros en el ámbito de los derechos fundamentales. Sin embargo, en la práctica, se han identificado problemas de eficacia, competencia e idoneidad a la hora de aplicarlas. El Parlamento plantea la posibilidad de articular los instrumentos existentes para hacerlos efectivos y desarrollar un mecanismo jurídico que permita supervisar el cumplimiento de los principios que rigen la democracia en la Unión mediante un sistema de monitorización, notificación y sanciones, los actuales «*Rule of Law Framework of the European Commission*» y el «*Rule of Law Dialogue*» del Consejo, además del reforzar el denominado «*scoreboard*» y la inclusión de un «Pacto sobre la Democracia».

Las sanciones y los procedimiento de infracción que se derivasen de posibles incumplimientos podrían coadyuvar a la activación del art. 7 del Tratado, que prevé un mecanismo sancionador que permite al Consejo suspender ciertos derechos que se derivan de la aplicación de los Tratados, incluido el derecho de voto en el Consejo cuando quede acreditada una «violación grave».

Por estos motivos, he votado a favor de esta propuesta.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport In 't Veld qui appelle la Commission européenne à mettre en place un mécanisme contraignant pour évaluer annuellement les manquements à la démocratie, à l'état de droit et aux libertés fondamentales dans l'Union européenne, car il est impératif d'adopter un cadre qui permette à l'Union de lutter non seulement contre les infractions à des dispositions législatives européennes précises, mais aussi contre les menaces graves pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux.

Les valeurs auxquelles les États membres souscrivent en adhérant à l'UE doivent être en tout point respectées. Trop d'écart de conduite sont à déplorer ces derniers temps. Les attaques à l'égard de la démocratie, à l'encontre d'ONG, de l'indépendance de la presse et de la justice sont tout simplement inacceptables. Les minimiser nuirait à la vision humaniste et aux valeurs européennes que j'entends défendre au sein du Parlement.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la création d'un mécanisme de l'Union pour la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux.

Plus qu'un marché unique, l'Union européenne est une communauté de valeurs qui a su installer durablement le respect de l'état de droit, clé de voûte de la démocratie. Pourtant, s'il existe des règles pour s'assurer que ce dernier est bien respecté, aucun mécanisme de suivi systématique et impartial n'existe. C'est l'objectif de ce rapport qui propose l'instauration d'un dispositif de surveillance annuel de l'état de droit, de la démocratie et des droits fondamentaux.

À la lumière de l'actualité récente en Pologne ou en Hongrie, un tel mécanisme permettrait de compléter le cadre existant et de mettre en œuvre plus efficacement l'article 7 du traité. Pour ce faire, le rapport prévoit des mécanismes correctifs et l'inclusion de la société civile, tout en respectant les principes de subsidiarité et de proportionnalité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A UE é, consabidamente, uma união regida pelos princípios da democracia, Estado de Direito e Direitos Fundamentais, tendo-os expressamente consagrados nos seus Tratados e constituindo critérios de adesão.

São vários os instrumentos de que dispõe para fazer cumprir as leis e tratados numa ampla gama de questões materiais que dizem respeito aos diversos domínios de competência da União, designadamente, em matéria fiscal, orçamental, saúde pública e emprego.

Porém, constata-se que o mesmo não se verifica no domínio da democracia, Estado de Direito e Direitos Fundamentais, onde os Estados-Membros e as instituições europeias, por vezes, têm dificuldade em respeitar os tratados e princípios fundadores, verificando-se lacunas substanciais quanto à sua adequação, eficiência, isenção, justeza e aplicabilidade.

Tal como refere a relatora, importa criar um mecanismo integrado de monitorização sistemática, integrada, imparcial e completa de todos os Estados-Membros e das suas instituições, capaz de combater as infrações à legislação europeia e as ameaças a estes princípios e valores de importância capital.

Atento o exposto, fui favorável à aprovação deste relatório, com vista à adoção de um Pacto da UE para a Democracia, o Estado de Direito e os Direitos Fundamentais, sob a forma de um acordo interinstitucional, nos moldes que foram propostos.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de este informe, porque considero positivamente la mayor parte de las propuestas contenidas en el informe y en el anexo. Considero que a pesar de que el informe final ha sido debilitado en su contenido en relación al original, las recomendaciones que emite avanzan en la vía de una mayor cohesión europea en materia de mantenimiento y supervisión de los derechos fundamentales de la Unión.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Demokrati, retsstatsprincippet og grundlæggende rettigheder er fundamentet for optagelse i EU. Desværre ser vi for ofte, at medlemsstater slækker på kravene, når de er blevet optaget. Principper som ytrings-, presse- og forsamlingsfrihed skal medlemsstaterne ikke kunne vælge til og fra ud fra politisk overbevisning. Det er grundstenen i det europæiske samarbejde. Derfor har de danske socialdemokrater også støttet betænkningen. En sådan EU-mekanisme eller andre instrumenter, der styrker disse rettigheder, skal naturligvis tilføre en merværdi i forhold til det arbejde, FN, Europarådet og EU allerede udfører, og ligge inden for EU's kompetence. Det er dog vigtigt, vi finder nye redskaber uden en traktatændring, da en traktatændring ikke er realistisk lige foreløbig, og vi er heller ikke helt enige i de foreslåede ændringer. Den lovgivende magt ligger hos regeringer, parlamenter og Europa-Kommissionen. Den ligger ikke hos EU-domstolen, og derfor støtter vi ikke, at en tredjedel af MEP'erne skal kunne sende vedtagne lovforslag til prøvelse hos EU-domstolen. Derudover vil vi gerne understrege, at vi allerede i dag har et system, hvor borgere i EU kan indbringe sager om urimelige foranstaltninger til domstolene, inklusiv EU-domstolen. I dag foregår det bare gennem det nationalt domstolssystem, og sådan mener vi også, det bør være i fremtiden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La falta de garantías del cumplimiento de los derechos fundamentales, tal y como aparecen recogidos en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, firmada por todos los Estados miembros es una realidad en el conjunto de los Estados miembros. En el Estado español, el Gobierno la incumple reiteradamente en cuestiones como la libertad de expresión y protesta, ante la pasividad de las instituciones europeas. Por ende, apoyo cualquier mecanismo que apueste por el cumplimento de estos derechos y permita que se fiscalice la acción de los Estados miembros, por lo que he votado a favor.

Sin embargo, entiendo que el mecanismo propuesto es claramente insuficiente, y aunque apoyo la elaboración de informes parlamentarios al respecto y que se potencie el papel de la Defensora del Pueblo, no puedo creer que esto realmente vaya a solucionar la honda problemática actual. La Unión no puede pretender hoy lavarse la cara y posar como un espacio donde se garantizan los derechos fundamentales, por lo que este mecanismo tendrá un papel exclusivamente cosmético, a no ser que vaya acompañado por una voluntad política de democratización que hoy no existe entre las autoridades comunitarias. Por ello me he abstenido.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – As a Labour MEP, I support efforts to promote and secure the rule of law across the EU. It is important that the existing mechanisms in place are used effectively to promote better dialogue with Member States and the EU as this will contribute to a more streamlined approach to upholding fundamental rights and the rule of law. In addition, I support the role of the European Parliament in maintaining the debate on the rule of law and fundamental rights across the EU. Myself and other Labour MEPs abstained from the vote, as we believe that efforts should focus on improving existing mechanisms.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – The Commission agreed with me that this mechanism was not needed, was an ideological imposition on all Member States, and most fundamentally lacked any legal basis in the Treaties. Having been adopted this has dealt a blow to true rule of law, because the mechanism itself ignores the Treaties and sovereign Member State competences. At a time of fragile union, this is another reason euroscepticism is at an all-time high.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia Európskeho parlamentu s odporúčaniami pre Komisiu o zriadení mechanizmu EÚ pre demokraciu, právny štát a základné práva. Európska únia zakotvila demokraciu, zásadu právneho štátu a základné práva medzi svoje základné zásady a ciele, ktoré sú vo všetkých zmluvách a patria aj medzi kritéria členstva v EÚ. Súčasne má EÚ dostatok nástrojov na presadzovanie svojich právnych predpisov a zmlúv. Komisia môže členským štátom zariadiť úpravu rozpočtu, systémov verejného zdravotníctva či daňových rozhodnutí, aby sa dosiahol súlad s právnymi predpismi EÚ. Aj napriek tomu existujú stále veľké medzery a v praxi majú tieto nástroje často obmedzený rozsah pôsobnosti, bývajú nedostatočné a neúčinné. Preto je nevyhnutné schváliť rámec, ktorý EÚ umožní riešiť nielen porušenia konkrétnych právnych predpisov EÚ, ale aj prípady vážneho ohrozenia demokracie, právneho štátu a základných práv. Cieľom navrhovanej medziinštitucionálnej dohody je stanoviť opatrenia, ktoré uľahčia spoluprácu inštitúcií EÚ a jej členských štátov.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Sama jsem zažila dobu nesvobody, a proto vím, že demokratické hodnoty, princip právního státu a lidská práva je třeba neustále chránit a starat se o to, aby nebyla porušována.

Přestože EU má na dodržování těchto hodnot právně zakotvené mechanismy, byla Evropskému parlamentu předložena zpráva poslankyně In't Veldové o vytvoření mechanismu EU pro demokracii, právní stát a základní práva. Tuto zprávu a její návrhy jsem nepodpořila z řady důvodů a uvedu alespoň některé.

V případech, kdy máme indicie o tom, že dodržování demokratických hodnot může být v určitém členském státě ohroženo, je třeba s takovým státem navázat konstruktivní diplomatický dialog a použít stávající nástroje dle zakládajících smluv. Tento proces také probíhá, viz aktuální situace v Polsku.

Víru a oddanost těmto zásadám musíme průběžně v občanech Unie pěstovat především formou vzdělávání a příkladným jednáním samotných evropských institucí. Vzdělávání, diplomatický dialog, eventuálně diplomatický tlak a ponechání času pro rozvinutí stávajících smluvních nástrojů ochrany těchto hodnot může být ve výsledku účinnější než vytváření nových a dalších mechanismů. Můžeme uvažovat o racionalizaci postupu, který jistě není bezchybný, ale ne způsobem, který navrhuje tato zpráva.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska unija temelji na vrednotah spoštovanja človekovega dostojanstva, svobode, demokracije, enakosti, pravne države in spoštovanja človekovih pravic, vključno s pravicami pripadnikov manjšin, ki so vključene med njena osrednja načela.

Institucije in organi Unije ter države članice bi morale spoštovati obveznosti in biti za zgled pri njihovem izpolnjevanju ter si prizadevati za skupno kulturo pomena pravne države. Evropski parlament do ustrezne spremembe Pogodb priporoča ustanovitev celovitega mehanizma Unije za demokracijo, pravno državo in temeljne pravice, ki bi vključeval vse ustrezne deležnike.

Parlament zato v poročilu prosi Komisijo, naj do septembra 2017 na podlagi 295. člena Pogodbe o delovanju Evropske unije predloži predlog za sklenitev pakta EU za demokracijo, pravno državo in temeljne pravice v obliki medinstitucionalnega sporazuma o določitvi ureditve, ki bi omogočala lažje sodelovanje institucij Unije in njenih držav članic na tem področju.

Glede na nedavno dogajanje na Madžarskem in Poljskem, kjer prihaja do vztrajnega nazadovanja nekaterih temeljnih svoboščin in nespoštovanja načela pravne države, sem poročilo podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – De EU moet alle inbreuken op de democratie, de rechtstaat en fundamentele rechten behandelen, ook deze die in de lidstaten gebeuren zonder strikte link met het secundaire recht van de EU. Recente gebeurtenissen in Hongarije, Polen en sommige andere lidstaten tonen echter dat er gaten zitten in de Europese wetgeving. Er is momenteel geen enkel instrument dat voldoet aan de legitieme eis van het Parlement om de bestaande procedures permanent te kunnen toepassen op alle lidstaten.

Daarom wordt in dit verslag een systeem van permanente monitoring van de situatie in de lidstaten voorgesteld, met een prominente rol voor onafhankelijke deskundigen. Dit deskundigenpanel zal worden opgericht onder controle van de Commissie en zal elk jaar een verslag voorstellen met de analyse van de situatie in alle lidstaten. Dit verslag moet dan worden goedgekeurd door de Commissie, waarna het debat wordt geopend in de Raad en het Parlement. De Commissie besluit dan of het nodig is de inbreukprocedure te starten.

Het in dit verslag voorgestelde systeem is een geschikt uitgangspunt voor goede onderhandelingen met de Commissie en de Raad van ministers. Het is een eerste stap in de juiste richting en daarom heeft het verslag mijn steun.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll Wege aufzeigen, wie die EU ihre Werte gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Europäische Union soll gemäß diesem Vorschlag die Oberaufsicht über den Umgang mit Grundwerten bekommen. Die genannten Werte sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Rechte von Minoritäten. Gleichheit und Anti-Diskriminierung werden besonders hervorgehoben und sollen nach einer zukünftigen Revision der Europäischen Verträge per Mehrheitsbeschluss durchsetzbar sein.

Man möchte die Rechte der EU ganz explizit erweitern, um Mitgliedstaaten durch Strafen oder deren Androhung „präventiv und korrektiv" zum Einlenken bewegen zu können. Neben den verankerten Prinzipien der Proportionalität und Subsidiarität setzt man in diesem Text gleichberechtigt auf das Prinzip der „Notwendigkeit". „Notwendigkeit" ist ein Gummi-Begriff, mit dem man alles begründen kann.

Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Die Gefahr ist sehr hoch, dass die EU so EU-konformes Verhalten erzwingen kann. Bereits heute entscheidet der EuGH einseitig pro-EU und pro-Euro. Durch die Ausweitung von Grundrechten in immer weitere Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsmärkte, reißt die EU weitere Politikfelder an sich und das Prinzip der Subsidiarität wird immer mehr beschädigt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európska únia vo svojich vonkajších politikách kladie dôraz na demokratickú správu vecí verejných, základné ľudské práva a právny štát. V súvislosti s migračnou politikou v Európe sa predpokladá, že budú rešpektované a prijímané spoločenské hodnoty, ktoré sú tu presadzované. Je potrebné prijať taký rámec, ktorý umožní Európskej únii riešiť nielen porušenia právnych predpisov Európskej únie, ale i prípady ohrozenia demokracie, základných ľudských práv a právneho štátu.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – In dit ALDE-initiatiefverslag wordt beoogd een EU-mechanisme voor de bescherming van mensenrechten te creëren in de vorm van een interinstitutioneel akkoord. Hoewel de N-VA akkoord kan gaan met het principe van een dergelijke doorgedreven monitoring, onthield zij zich van stemming. Dit mechanisme vindt immers geen grondslag in de Verdragen en kan geen grondslag vinden in technische interinstitutionele samenwerkingsakkoorden. Wij wijzen onder meer op artikel 7 VEU, met name wat betreft de exclusieve bevoegdheid van de Raad ter zake, waarmee in de resolutie geen rekening wordt gehouden. De manier waarop in onderhavige resolutie aan dit mechanisme wordt vormgegeven, leidt kortom tot een ernstige aantasting van de soevereine beslissingsbevoegdheid van de lidstaten en vormt een ongeoorloofde machtsuitbreiding voor het Parlement.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Angesichts deutlich steigender Tendenzen der direkten Demokratie will das EU-Parlament nun den Widerstand mancher Mitgliedstaaten gegen europäische Vorschriften in Wertefragen brechen. Dazu wurde am Dienstag ein „integrierter Mechanismus für die systematische, objektive und vollständige Überwachung aller Mitgliedstaaten der EU und ihrer Organe" verabschiedet. Jetzt richten „unabhängige Experten" und „Nichtregierungsorganisationen" über „Grundrechteverletzungen", noch bevor der Europäische Gerichtshof zum Zuge kommt. Damit ersetzt das EU-Parlament das ordentliche Vertragsverletzungsverfahren durch einen politisierten Parallelmechanismus. Noch weiter kann sich die politische Elite der EU von den Völkern Europas nicht entfernen. Alle Mitgliedstaaten müssen den gleichen Werten folgen, die politisch von der linken Mehrheit des EU-Parlaments mit Unterstützung der Christdemokraten von CDU und CSU vorgegeben werden. Das EU-Motto „In Vielfalt geeint" gilt nicht mehr. Außerdem forderte das EU-Parlament mit den Stimmen der Christdemokraten, das Subsidiaritätsprinzip abzuschaffen: Mitgliedstaaten sollen nicht mehr eigenständig die sie betreffenden Angelegenheiten in Wertefragen regeln. Die große Einheits-Koalition aus Grünen, Sozialdemokraten und den Christdemokraten hat dieser undemokratischen Überwachungskultur zugestimmt. Ich nicht.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Europska unija se temelji na vrijednostima demokracije, vladavine prava i temeljnih prava te bi institucije i tijela EU-a trebale poslužiti kao primjer. U Europskoj uniji ne postoji objedinjeni mehanizam sustavnog i nepristranog praćenja država članica i institucija, iako EU raspolaže brojim instrumentima za jamčenje poštovanja načela demokracije, vladavine prava i temeljnih prava.

Stoga, Europska unija treba međuinstitucijski sporazum koji integrira postojeće instrumente u cilju donošenja mjera za poboljšanje suradnje između institucija Europske unije i njezinih država članica u okviru članka 7. UEU-a. Podržavam izvješće s preporukama Komisiji o uspostavi mehanizma EU-a za demokraciju, vladavinu prava i temeljna prava Odbora za građanske slobode, pravosuđe i unutarnje poslove.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo s priporočili Komisiji o uvedbi mehanizma EU za demokracijo, načelo pravne države in temeljne pravice.

Podpiram poziv Komisiji, naj do septembra prihodnjega leta predloži predlog za sklenitev pakta EU za demokracijo, pravno državo in temeljne pravice, ki mora veljati enako za vse institucije in države članice, pri tem pa moramo upoštevati načelo sorazmernosti, subsidiarnosti in nujnosti.

Naloga Komisije je, da spremlja in ocenjuje pravilno izvrševanje prava Unije ter spoštovanje načel in ciljev Pogodb. Poleg preprečevanja in odpravljanja kršitev vrednot Unije potrebujemo tudi sankcije.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* –Η έκθεση προβλέπει τη θέσπιση ενός μηχανισμού της ΕΕ για την εποπτεία των κρατών μελών σε σχέση με τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα. Παρόλο που ο μηχανισμός στοχεύει πρωτίστως στην πρόληψη των παραβιάσεων, προβλέπεται ρητά ότι θα παρέχονται τα μέσα για να επιβάλλονται διορθωτικά μέτρα και κυρώσεις σε βάρος των κρατών-μελών.

Μια βασική αδυναμία της έκθεσης είναι ότι η άσκηση εποπτείας επί της δράσης των οργάνων της ΕΕ δεν είναι ούτε επαρκώς αυστηρή ούτε σαφώς καθορισμένη, σε σχέση μάλιστα με την αντίστοιχη δομή-διαδικασία που προτείνεται για τα κράτη μέλη. Επίσης δεν προβλέπεται η δυνατότητα του Δικαστηρίου της ΕΕ να παρεμβαίνει στις αποφάσεις που λαμβάνονται στη βάση του άρθρου 7 ΣΕΕ. Ούτε υπάρχουν σαφείς αναφορές σχετικά με τα κοινωνικά δικαιώματα ως αναπόσπαστο τμήμα των θεμελιωδών δικαιωμάτων, αναγνωρισμένα από διεθνείς και ευρωπαϊκές συμβάσεις και τα οποία κατά κανόνα εκφεύγουν από την προσέγγιση των οργάνων της ΕΕ για τα θεμελιώδη δικαιώματα.

Τέλος, το όλο ζήτημα της δημιουργίας μηχανισμού της ΕΕ για την εποπτεία των κρατών αποτελεί μέρος της γενικότερης προσπάθειας για παραχώρηση περαιτέρω εξουσιών στην ΕΕ και συρρίκνωση της κυριαρχίας των κρατών μελών. Επιπρόσθετα δε, τίθεται και η παράμετρος των πολιτικών σκοπιμοτήτων και της επιλεκτικότητας. Για αυτό, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Ο μηχανισμός της ΕΕ για τη δημοκρατία, το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα είναι άκυρος και παράνομος, διότι, αφενός, προβλέπεται στο άρθρο 7 της Συνθήκης, αφετέρου, παραβιάζει την αρχή των διοργανικών συμφωνιών. Αποτελεί μια ακόμη προσπάθεια από τους επαγγελματίες χειραγωγούς να ποδηγετήσουν τις εθνικές πολιτικές των κρατών μελών. Είναι απαράδεκτο και αντιδημοκρατικό να εκχωρείται αρμοδιότητα σε μια νέα αρχή να ελέγχει τα κράτη μέλη, αποτελεί δε κατασπατάληση πόρων, καθόσον ήδη υφίστανται διεθνείς οργανισμοί που ελέγχουν τις παραβιάσεις των θεμελιωδών δικαιωμάτων.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Annak érdekében, hogy alelnöki tisztségemből fakadó kötelezettségem miatt ne kerüljek önellentmondásba, azokban az esetekben, amikor a név szerinti, gombnyomásos szavazások során a frakció másképpen szavaz, mint a magyar képviselők, akkor közvetlenül nem veszek részt a szavazásban. Vagyis nem nyomom meg a szavazógombot, de feltett kézzel jelzem a néppárti frakciónak a korábban közösen eldöntött szavazási álláspontot. Jelen esetben is így jártam el.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert azt fontosnak és időszerűnek tartom, tekintettel arra, hogy az Európai Parlament és a Bizottság megalakulása óta adós a közös európai demokratikus normákat megsértő tagállami kormányokkal szembeni hatékony fellépés jogalapjának megteremtésével. Ennek hiánya sajnos éppen az én országom vezetésével szembeni uniós tehetetlenségben jelent meg a legmarkánsabban, hiszen az Orbán-kormány sorozatos jogsértéseit, az európai normákat és saját polgárai alapvető jogait semmibe vevő politikáját az EU – megfelelő uniós jogalap és mechanizmus, illetve alkalmasint politikai szándék híján – mindmáig képtelen megakadályozni és szankcionálni.

A jelentés kapcsán remélem és szorgalmazom, hogy a tervezett új mechanizmust létrehozó jogszabály és intézményközi megállapodás adjon hathatós uniós választ az Orbán-rezsim jogi trükközéseire is: kezelje azt a helyzetet, ahol az adott tagállam kormányzata a jelentős parlamenti többségét a jogsértések elleplezését, vagy utólagos legalizálását célzó jogszabály-, sőt alkotmánymódosításokra használja. A most elfogadott jelentés ösztönzést adhat az ezzel kapcsolatos további európai jogalkotói munka folytatásához.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Praworządność stanowi rdzeń europejskiej demokracji liberalnej i jest jedną z fundamentalnych zasad Unii Europejskiej wynikającą ze wspólnej wszystkim państwom członkowskim tradycji konstytucjonalizmu. Każdy kraj, który wyrazi chęć przystąpienia do Wspólnoty, musi spełniać najwyższe standardy w tej dziedzinie. Niestety, Unia Europejska nie dysponuje dzisiaj wystarczającymi narzędziami, aby zagwarantować przestrzeganie tych samych standardów przez państwa, które są już członkami Wspólnoty. To sytuacja trudna do zaakceptowania i całkowicie niezrozumiała dla Europejczyków.

Przedstawiona w sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego propozycja zawarcia przez unijne instytucje europejskiego paktu na rzecz demokracji, rządów prawa i praw podstawowych to niezwykle ważny wkład w toczącą się obecnie debatę dotyczącą potrzeby wypracowania nowych instrumentów z uwagi na fakt, że obecnie istniejące mechanizmy mają ograniczony zakres zastosowania, są nieodpowiednie i nieskuteczne.

Przyjęcie ram umożliwiających UE zajmowanie się nie tylko naruszeniami konkretnych przepisów UE, ale także ryzykiem poważnych zagrożeń dla praworządności, demokracji i praw podstawowych byłoby odpowiedzią na istniejące obecnie luki w ochronie wartości i zasad, na których oparta jest Wspólnota.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – L'Europe entretient une longue tradition dans le domaine de la démocratie, de l'état de droit et des droits des citoyens. Nées avec la démocratie athénienne, ces notions se retrouvent dans le droit romain, la Magna Carta de 1215, la déclaration des droits de l'homme et du citoyen de 1789, la convention européenne des droits de l'homme et, enfin, la charte des droits fondamentaux.

De plus, l'Union européenne les consacre parmi ses principes et objectifs essentiels, exposés dans les premiers articles des traités, et dans les critères d'adhésion à l'Union. Si les tentatives d'inclure dans les traités une référence aux racines judéo-chrétiennes de l'Europe ont été infructueuses, elles affirment néanmoins que l'Union est perçue comme une communauté partageant les mêmes valeurs. Dans ses actions extérieures, l'Union met en avant les droits de l'homme et la gouvernance démocratique, et il est demandé aux migrants qui arrivent en Europe de respecter et d'adopter nos valeurs communes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – While the EU has a several existing instruments to ensure the principles on democracy, the rule of law and fundamental rights are upheld, substantial gaps remain and in practice certain instruments are often limited in scope, inadequate and ineffective, or they are unlikely to be used. In some cases, their uneven application is perceived by many as politically motivated, arbitrary and unfairly targeting certain countries. Further, there is no integrated mechanism for the systematic, impartial and complete monitoring of all EU Member States and Institutions. The report outlines the establishment of a comprehensive Union mechanism for democracy, the rule of law and fundamental rights in the form of an interinstitutional agreement aligning and complementing existing mechanisms. I voted in favour of the report because I believe that it is of primary importance to reaffirm the common values on which the European project is based upon and to adopt a mechanism that will guarantee democracy, rule of law and fundamental rights are upheld in practice, not only on paper.

Eleni Theocharous (ECR), *in writing*. – The Commission should set up a binding EU mechanism to monitor and report annually on cases of breaches of human rights, democracy, rule of law and fundamental rights in EU Member States; a mechanism that should include objective benchmarks and lay down a gradual approach to remedying breaches. Our core values are currently not protected by instruments that are strong enough to make sure that these values are upheld throughout the entire European Union. This new EU mechanism should ensure that all EU Member States respect the values enshrined in the EU Treaties and set clear, evidence-based and non-political criteria for assessing their records on democracy, rule of law and fundamental rights in a systematic way and on an equal footing

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'Unione Europea deve avere come obiettivo l'essere all'avanguardia per quanto riguarda lo Stato di diritto e il rispetto dei diritti fondamentali. La creazione di un meccanismo globale dell'Unione per la democrazia, lo Stato di diritto e i diritti fondamentali sarà funzionale solo se le istituzioni collaboreranno fra loro e con la società civile per sviluppare e attuare una campagna di sensibilizzazione che consenta ai cittadini dell'Unione di appropriarsi pienamente dei propri diritti e che li informi dei loro diritti in materia di ricorso in sede giudiziaria e azione legale.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal foglalkozó uniós mechanizmus létrehozásáról szóló jelentés hangsúlyozza, hogy az Unió az emberi méltóság, a szabadság, a demokrácia, az egyenlőség, a jogállamiság és az emberi jogok – a kisebbségekhez tartozó személyek jogait is beleértve – tiszteletben tartásának értékein alapul. Ez az Unión belül egyik előfeltétele a kölcsönös elismerésnek és bizalomnak, emeli ki a dokumentum. Annak ellenére, hogy ez az uniós mechanizmus jogilag nincsen kellőképpen megalapozva, tekintettel azonban arra, hogy a Magyarország határain kívül élő magyar közösségek kisebbségi és nyelvi jogainak a védelmére is megfelelő keretet biztosíthat, a jelentést szavazatommal támogattam.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Snažno sam protiv izvješća koje svim silama nastoji promijeniti samu srž Ugovora o Europskoj uniji, zatirući princip supsidijarnosti.

Izvjestiteljica nastoji grubo zadirati u kompetencije individualnih država članica Unije te se pri tome ne libi čak niti prozivati kao neprimjerene članke u Ugovoru o Europskoj uniji, ponajprije članak 7., iz razloga što mehanizam sankcioniranja i kažnjavanja nikada nije aktiviran u praksi.

U izvješću je također svojski trud uložen u detaljno predlaganje i obrazlaganje mehanizama koji su primjereni za kažnjavanje „neposlušne djece", odnosno država članica koje se drznu prekršiti temeljne europske vrijednosti. Ili barem ono što određene grupacije u Europskom parlamentu drže za temeljne vrijednosti.

Izvješće mi neodoljivo miriše na mogućnost kažnjavanja Poljske i Mađarske, suverenih država članica koje na vlasti imaju legitimne i legalno izabrane predstavnike svojih nacija, što smatram apsolutno nedopustivim.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije s priporočili Komisiji o uvedbi mehanizma EU za demokracijo, načelo pravne države in temeljne pravice sem podprla.

Evropska unija je vključila demokracijo, pravno državo in temeljne pravice med svoja osrednja načela in cilje v prvih členih Pogodb ter v merila za članstvo v EU. Unija ima širok nabor instrumentov za izvrševanje svoje zakonodaje in Pogodb glede pomembnih vprašanj.

Čeprav ima EU na voljo več instrumentov za zagotavljanje spoštovanja načel demokracije, pravne države in temeljnih pravic, so še vedno prisotne precejšnje vrzeli, v praksi pa imajo ti instrumenti pogosto omejen obseg, so neustrezni in neučinkoviti ali pa je le malo verjetno, da se bodo uporabljali.

V nekaterih primerih je njihova neenaka uporaba po mnenju mnogih politično motivirana, samovoljna in nepravično usmerjena v nekatere države. Celovit mehanizem za sistematično, nepristransko in popolno spremljanje vseh držav članic in njihovih institucij ne obstaja.

Cilj predlaganega medinstitucionalnega sporazuma je določiti ureditve, ki bi omogočale lažje sodelovanje institucij EU in držav članic v okviru člena 7 PEU, ter povezale, uskladile in dopolnile obstoječe mehanizme. Poleg tega bo sporazum zagotovil celosten mehanizem za pregled, ki bo veljal za vse države članice in za tri glavne institucije EU.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de este informe, porque considero positivamente la mayor parte de las propuestas contenidas en el informe y en el anexo. Considero que a pesar de que el informe final ha sido debilitado en su contenido en relación al original, las recomendaciones que emite avanzan en la vía de una mayor cohesión europea en materia de mantenimiento y supervisión de los derechos fundamentales de la Unión.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht soll Wege aufzeigen, wie die EU ihre Werte gegenüber den Mitgliedstaaten durchsetzen kann. Die Europäische Union soll gemäß diesem Vorschlag die Oberaufsicht über den Umgang mit Grundwerten bekommen. Die genannten Werte sind Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Rechte von Minoritäten. Die Bereiche Gleichheit und Anti-Diskriminierung werden besonders hervorgehoben und sollen nach einer zukünftigen Revision der Europäischen Verträge per Mehrheitsbeschluss durchsetzbar sein.

Man möchte die Rechte der EU ganz explizit erweitern, um Mitgliedstaaten durch Strafen oder deren Androhung „präventiv und korrektiv" zum Einlenken bewegen zu können. Neben den in den EU-Verträgen verankerten Prinzipien der Proportionalität und Subsidiarität setzt man in diesem Text gleichberechtigt auf das Prinzip der „Notwendigkeit". „Notwendigkeit" ist ein Gummi-Begriff, mit dem man alles begründen kann.

Ich habe diesen Bericht abgelehnt. Die Gefahr ist sehr hoch, dass die EU so EU-konformes Verhalten erzwingen kann. Bereits heute entscheidet der EuGH einseitig pro-EU und pro-Euro. Durch die Ausweitung von Grundrechten in immer weitere Bereiche, wie beispielsweise die Arbeitsmärkte, reißt die EU weitere Politikfelder an sich und das Prinzip der Subsidiarität wird immer mehr beschädigt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The EU needs to stand up and defend fundamental rights inside the EU as well as outside. Everyone complains about Hungary and Poland, but the real issue is if this House and the EU are ready to fight for fundamental rights in Western Europe.

Spain is a case in point. During the past years, newspapers like *Egunkaria* have been closed; the former President of Catalonia is facing a political trial and disqualification from public office for organising a symbolic referendum on independence; and yesterday a pro-independence town hall member from Vic was asked to spend eight years in jail due to a pro-Indy speech in his own town hall. The Constitutional Tribunal of Spain is led by an ex-member of the PP, and judiciary independence is non-existent.

I hope that a mechanism will be established and the EU reacts to defend democracy everywhere in the Union.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient la création d'un mécanisme de l'UE pour «la démocratie, l'état de droit et les droits fondamentaux».

En réalité, il s'agit d'un mécanisme de l'UE pour prendre le contrôle politique des États membres qui ne respectent pas son interprétation de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux.

Pour cela le rapporteur propose que la Commission nomme un groupe de juges et d'experts extra-européens.

Ce texte est une attaque directe contre les États membres et je m'y suis opposée fermement.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw tej rezolucji. Jestem zwolennikiem rządów prawa i wolnościowej tradycji prawnej. W istocie, Unia Europejska potrzebuje prawdziwego dialogu, także w sprawie demokracji. Powinien on jednak opierać się na wymianie doświadczeń między Unią a państwami członkowskimi oraz budowaniu wzajemnego zaufania. Takiemu celowi dobrze służyłaby dobrowolna wspólna konferencja instytucji unijnych i rządów państw członkowskich.

Sprawozdanie przedstawia nam natomiast odmienny mechanizm, arbitralny i nadzorczy, który nie tylko wyrasta z braku zaufania do państw członkowskich, ale nie ma również podstawy traktatowej. Po drugie, stwarza ryzyko stronniczej interpretacji pojęcia rządów prawa poprzez powierzenie oceny komitetowi ekspertów bez mandatu demokratycznego. Po trzecie, w prawie pierwotnym istnieje już wiążący mechanizm, który umożliwia ocenę przestrzegania przez państwa członkowskie podstawowych wartości, na których oparta jest Unia. Na podstawie art. 7 Traktatu o Unii Europejskiej kompetencjami w tym zakresie dysponuje Rada.

Mechanizm, który ma służyć kontroli praworządności, a sam nie ma podstawy traktatowej ani należytej legitymizacji i stwarza równoległą procedurę obok istniejącego art. 7 TUE, nie zasługuje na aprobatę.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Miközben az Európai Uniónak számos eszköz áll rendelkezésére a demokráciával, a jogállamisággal és az alapvető jogokkal kapcsolatos elvek betartásának biztosítására, lényeges hiányosságok állnak fenn és a gyakorlatban ezek az eszközök alkalmazási körüket tekintve korlátozottak, nem megfelelőek és nem hatékonyak, illetve nem valószínű, hogy használják azokat. Az Orbán-kormány illiberális uralkodása szégyen Magyarországra és szégyen Európára. A felvilágosult európai közösségnek szüksége van olyan mechanizmusokra, amelyek kellő eszközt adnak a kezünkbe az alapértékeket semmibe vevő tagországi kormányokkal szemben. Ezt egykoron még a Fidesz is hangosan szorgalmazta. Akkor ellenzékben voltak, de most inkább Európa ellenzékét választják.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar a favor de este informe, porque considero positivamente la mayor parte de las propuestas contenidas en el informe y en el anexo. Considero que a pesar de que el informe final ha sido debilitado en su contenido en relación al original, las recomendaciones que emite avanzan en la vía de una mayor cohesión europea en materia de mantenimiento y supervisión de los derechos fundamentales de la Unión.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que retrata las amenazas de los Derechos fundamentales en la Unión.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report with recommendations to the Commission on the establishment of an EU mechanism on democracy, the rule of law and fundamental rights. Europe has a long tradition in the area of democracy, the rule of law and citizens' rights. The European Union has a wide range of instruments for the enforcement of its laws and Treaties when it comes to material issues. While the EU has several existing instruments at its disposal to ensure the principles of democracy, the rule of law and fundamental rights are upheld, substantial gaps remain, and in practice such instruments are often limited in scope, inadequate and ineffective, or they are unlikely to be used. In some cases, their uneven application is perceived by many as politically motivated, arbitrary and unfairly targeting certain countries. There is no integrated mechanism for the systematic, impartial and complete monitoring of all EU Member States and institutions. Therefore, I believe, it is imperative to adopt a framework that enables the EU to address not only infringements to specific EU laws, but also (risk of) serious threats to democracy, the rule of law and fundamental rights.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La falta de garantías del cumplimiento de los derechos fundamentales, tal y como aparecen recogidos en la Carta de Derechos Fundamentales de la Unión, firmada por todos los Estados miembros es una realidad en el conjunto de los Estados miembros. En el Estado español, el Gobierno la incumple reiteradamente en cuestiones como la libertad de expresión y protesta, ante la pasividad de las instituciones europeas. Por ende, apoyo cualquier mecanismo que apueste por el cumplimento de estos derechos y permita que se fiscalice la acción de los Estados miembros, por lo que he votado a favor.

Sin embargo, entiendo que el mecanismo propuesto es claramente insuficiente, y aunque apoyo la elaboración de informes parlamentarios al respecto y que se potencie el papel de la Defensora del Pueblo, no puedo creer que esto realmente vaya a solucionar la honda problemática actual. La Unión no puede pretender hoy lavarse la cara y posar como un espacio donde se garantizan los derechos fundamentales, por lo que este mecanismo tendrá un papel exclusivamente cosmético, a no ser que vaya acompañado por una voluntad política de democratización que hoy no existe entre las autoridades comunitarias.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport adopté à une large majorité par le Parlement européen propose l'instauration d'un mécanisme global pour s'assurer du respect de la démocratie, de l'état de droit et des droits fondamentaux au niveau de l'Union européenne, sous la forme d'un accord interinstitutionnel.

Ce mécanisme vise à surveiller le respect des objectifs démocratiques de l'Union par les États membres. Il prévoit des éléments de prévention et de sanction contre les violations des droits fondamentaux, un rapport public annuel européen incluant des recommandations spécifiques par pays, et un débat interparlementaire annuel sur la base dudit rapport.

Ce rapport – si ces préconisations étaient mises en œuvre – pourrait marquer une avancée pour tenter de permettre le respect des droits de l'Homme et de l'état de droit par les États membres de l'UE, surtout au vu de l'évolution inquiétante dans des pays comme la Hongrie et la Pologne, que le FN s'est permis de prendre comme exemple.

Je ne me fais guère d'illusion sur les évolutions tant le Conseil est plus que jamais fermé à tout contrôle interne des politiques des États membres en ce domaine, mais j'ai néanmoins choisi de soutenir la position du Parlement européen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Trata-se de mais um inaceitável assalto à soberania dos Estados. Não reconhecemos à União Europeia legitimidade para dar lições de democracia a quem quer que seja. O conceito de democracia da UE é o das sanções, que aliás o relatório defende e aprofunda, é o das chantagens e das pressões.

No caso de Portugal, com a nossa legislação, isto constituiria uma inaceitável pressão negativa, nivelando por baixo os padrões de direitos sociais e de trabalho. Tal constitui verdadeiramente o objetivo da UE, criando uma norma de direitos mínimos que exclua outros direitos fundamentais como sejam o direito à saúde, à educação ou ao trabalho digno.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht sieht ein System finanzieller Sanktionen gegen Mitgliedstaaten vor, die gegen die Kriterien des EU-Pakts verstoßen. Diese Art und Weise ist kein angemessenes oder zielführendes Mittel im Umgang mit den Nationalstaaten und sicher nicht mit dem demokratischen Verständnis unserer Gesellschaft vereinbar. Vielmehr zielt sie darauf ab, jedwede Kritik gegenüber EU-Institutionen bereits im Keim zu ersticken. Ich habe daher den Bericht abgelehnt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione recante raccomandazioni alla Commissione sull'istituzione di un meccanismo dell'UE in materia di democrazia, Stato di diritto e diritti fondamentali. La relazione sottolinea come l'UE abbia a disposizione una molteplicità di strumenti per l'applicazione delle sue leggi e dei trattati quando si tratta di questioni materiali (come l'adeguamento dei bilanci degli Stati membri o l'applicazione dei programmi specifici di salute pubblica), ma non abbia alcuna influenza circa la garanzia del rispetto dei valori democratici e dello Stato di diritto che dovrebbero essere comuni a tutti i paesi membri. Nonostante l'UE abbia diversi strumenti per procedere in questa direzione e per cercare di monitorare il rispetto dei principi comuni, questi risultano lacunosi, di portata limitata e inadeguati. La relazione ritiene indispensabile per l'UE dotarsi di un quadro normativo che le consenta di affrontare e condannare, anche attraverso l'applicazione di sanzioni, le violazioni dei diritti fondamentali e dei principi europei (ex articoli 2, 3 e 7 TUE) e chiede quindi alla Commissione di presentare entro settembre 2017 una proposta per la creazione di un meccanismo di controllo di questo tipo.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The situation of fundamental rights and democracy is under threat across Europe, with far-right populist movements gaining ground, including in the UK, and so the EU must mobilise to counter potential violations.

I welcome Parliament's call for the establishment of a European mechanism for fundamental rights and democracy, in order to ensure that these are upheld across the Union. Just as the European Semester aims to uphold common standards of economic policy, this mechanism must involve European institutions, national governments, and parliaments working to ensure that civil rights in the EU are upheld.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I agree that the Commission has to present by June 2017 a new draft agreement for the accession of the Union to the ECHR. I support the recommendation for Treaty changes. The Union is founded on the values of respect for human dignity, freedom, democracy, equality, the rule of law and respect for human rights, including the rights of persons belonging to minorities, enshrined in its core principles and objectives. These are all values that, as a liberal, I defend and support. I also agree with the fact that Union citizens and residents are not always sufficiently aware of all their rights as Europeans, and this resolution aims to make those also more transparent and clear.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pani poslankyne in 't Veld som nepodporila. Správa sa zaoberala zriadením špeciálneho mechanizmu EÚ pre demokraciu, právny štát a základné práva. Pani spravodajkyňa zároveň predložila konkrétne odporúčania Európskej komisii o tom, aké články zmlúv bude potrebné na účel zriadenia mechanizmu zmeniť. Mechanizmus má podľa nej zabezpečiť potrestanie členských štátov, ktoré porušujú spoločné európske hodnoty. V tomto prípade si však myslím, že Európsky parlament nemá v žiadnom prípade právomoc na to, aby takéto výzvy vôbec adresoval. Väčšina tejto správy je zároveň v rozpore s princípom subsidiarity a keďže zo zásady nesúhlasím s návrhmi, ktoré takýmto spôsobom zasahujú do právomocí členských štátov, hlasovala som aj proti tejto správe ako celku.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Veld por concordar com as considerações relativas à implementação dos valores europeus consagrados nos Tratados. Destaco em particular o apelo à criação de um mecanismo de avaliação democrática. Este mecanismo pretende monitorizar o respeito dos Estados-Membros pela democracia, pelo primado do Direito e pelos direitos fundamentais, da mesma forma que são avaliados os países candidatos a aderir à UE.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo s priporočili Komisiji o uvedbi mehanizma EU za demokracijo, načelo pravne države in temeljne pravice.

Že dalj časa se zavzemam za vzpostavitev učinkovitega mehanizma spremljanja delovanja demokracije, pravne države in temeljnih pravic v državah članicah. Menim, da je politično neodvisen mehanizem eden od ključnih ukrepov za vladavino prava v Evropski uniji, da se več ne bi zlorabljali, zlasti v tranzicijskih, postsocialističnih državah.

Pri tem pa je potrebno paziti, da se ga ne izrablja v politične namene, kot se je to že dogajalo v preteklosti v primeru Madžarske in še kje. Če nam bo spodletelo pri zagotavljanju nepristranskosti uporabe tega mehanizma, bodo državljani Evropske unije zavrnili takšno posredovanje Evropske unije, evroskepticizem pa se bo še naprej večal.

Zagotovitev pravne države in učinkovitih neodvisnih pravosodnih sistemov igra ključno vlogo pri ustvarjanju pozitivnega političnega okolja, s katerim se lahko povrne zaupanje v institucije ter tako tudi naložbam prijazno okolje in zagotavljanje večje regulativne predvidljivosti in trajnostne rasti.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

9. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 13.40, è ripresa alle 15.00)

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

10. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

11. Arbeitsprogramm der Kommission für 2017 (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Comisión sobre el programa de trabajo de la Comisión para 2017 (2016/2724(RSP)).

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I have just come from the College, where we agreed our Work Programme for 2017, and I am pleased to be here to present it to you straightaway this afternoon. The Work Programme is the Commission's commitment to you, and to Europeans, about what we will do in the coming year. There are no surprises in what we announce today. The Work Programme makes concrete the policy priorities that President Juncker set out in his State of the Union speech and which we confirmed in the letter of intent.

This is a focused agenda centred on the big things, a principle this Commission has applied since the start of the mandate. It reflects our commitment to the ten priorities on the basis of which you appointed us. Like you, we have listened closely to people's concerns. The challenges for our Union today are well known, and citizens feel them in their daily lives: jobs; inequality; the still nascent economic recovery that has yet to deliver for all; migration flows which have tested our external borders – and, I may add, our internal cohesion; the terrorist threat; ongoing instability in our neighbouring countries.

Europe cannot be the answer to all the problems, but Europe certainly needs to be part of the solution to the biggest and most pressing issues. Together, we have a shared responsibility to deliver where it matters most and where only working together can make a real difference. To protect Europeans' interests and quality of life, as well as the security, fairness and well-being of our societies; to empower citizens and give them a perspective for a sustainable future for themselves and their families and to defend people's rights – we already had a debate about that this morning.

The 21 new key initiatives we propose today are grounded on the ten priorities and the strategies we have presented to implement them. We commit to delivering on these proposals by the end of 2017. Our agenda has been enriched by our dialogue with this House, by the discussions we have had here in plenary and your resolution of July, as well as a day and a half of intensive and constructive exchanges between the College and the Conference of Committee Chairs, which I think was excellent.

It is also in line with the priorities identified by 27 Heads of State or Government in Bratislava. This broad degree of consensus about what we should be doing is very welcome indeed, but announcements and proposals are not what matter. Results do. We are therefore committed to working intensively and constructively with you and with the Member States in the Council to reach timely and ambitious agreements on the many proposals that we have already presented. We have listed the most important proposals, as we see them, in the Work Programme.

The new interinstitutional agreement on better lawmaking includes a commitment by the three institutions to agree a joint declaration, to be signed by the three Presidents, on priorities for the coming year. We look forward to working with you to jointly agree to move ahead quickly on the proposals that can make the most difference on the ground. We have already seen, with the European Border and Coast Guard and with European Fund for Strategic Investments, what we can achieve when we all put our full efforts into negotiations.

Agreeing proposals is just the start of the story. In the coming year, the Commission will put a particular emphasis on implementation and enforcement work, making sure that EU rules are properly applied and enforced across all policy areas, including the internal market and the environment. We will also continue our efforts to improve existing legislation and make it more fit for purpose, more proportionate, and better able to deliver on the policy goals it is supposed to achieve. In the next year we will integrate regulatory fitness in our key initiatives, as well as bring forward a further 18 refit proposals to improve existing law, taking into account the input we have had from stakeholders and Member States in the REFIT Platform. We have also published a short brochure which shows how REFIT is an integral part of delivering on our ten priorities. We are also proposing to withdraw some 19 pending proposals, which are outdated or are no longer needed for technical reasons, and to repeal 16 pieces of obsolete existing legislation.

Let me end by recalling what I said at the start. The focus of this Commission is squarely on delivery, but we cannot do it alone. This is a joint responsibility, a responsibility to ensure that our Union makes a real impact and protects, empowers and defends Europeans. This Commission looks forward to working with you in the next weeks and months to make that a reality through the results we deliver together. The last couple of years have been really encouraging for our mutual cooperation in many areas that are very important today.

József Szájer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, in thanking Vice-President Timmermans for his presentation of the Commission Work Programme 2017, I would like to follow from where he left off by saying that the Commission should not, and does not need to do it alone, because in Parliament this year there was an exemplary procedure for preparation of the Commission Work Programme 2017. Basically the Groups tabled in Parliament, in time to influence the Commission's decisions this October, the joint resolution on the principles of the Work Programme 2017.

I think also there are some new elements in this process because the new modified or modernised interinstitutional agreement is also something which is aimed at making the cooperation between the three institutions much better. I would like to underline that we would agree with the content which you presented, Mr Timmermans, and which was based very much on what we have been bringing together here in Parliament among the different political Groups.

I also agree, and my Group agrees too, with the method and the better law-making method, but in general, as well, that the Union should be big on big things and small on small things. The main important thing is that the single market is a great achievement and source of satisfaction but it still needs to be expanded and the digital dimension is where we should go the most.

Economic recovery, as you have mentioned, is still fragile. The strategic investment plan has already shown results and should be managed in the future in a more effective way. Conditions to modernise the labour market and facilitate mobility. And here is the issue of migration where we are still here, discussing what to do about the distribution of migrants inside and how to stop this crisis and how to create the necessary conditions.

Safeguarding European values is a daily task; it should be embedded in every act we do and stability and revitalisation are the two keywords which we consider most important and we support the Commission in achieving these goals.

Maria João Rodrigues, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, European citizens are requesting a European Union able to protect them, to empower them, and this is the title of the Commission's Work Programme. We believe that the Commission Work Programme this year cannot be defined as business as usual. Europe needs a new road map, and the Commission Work Programme is just a first step in this direction. We can recognise many of the concerns of the European Parliament strategic resolution adopted on 6 July, but let me underline the concerns which are not clear and not presented strongly enough in the Commission adopted document.

First of all on the social pillar. It is not enough to have a social pillar updating social standards. We need to have the means to really deliver on these social standards. Secondly, when it comes to growth, investment and jobs, it is not enough to speak about the European Fund for Strategic Investment and the Youth Guarantee. We need to have a much more comprehensive investment strategy led by Europe 2020 and sustainable development goals, and this should be translated into industrial and trade policy to be updated in Europe. This should be translated into a pro-growth economic policy; it must be translated into a Community budget with higher ceilings; and it should be translated into a proper fiscal capacity ensuring convergence inside the Eurozone. So these points must be more clearly committed by the Commission before Parliament.

Then of course, we believe that if we have strong internal cohesion with European citizens, it will be easier to deal with external challenges – hosting refugees, managing migration and addressing security concerns. We believe we do need these new tools for defence and security, but to have a proper road map in Rome, we need to go beyond the one which was sketched out in Bratislava. We need to put working and living conditions at the heart of a good road map for the European Union.

Vicky Ford, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, this annual debate gives us the time to identify the issues we face, decide what actions we need to take and which of those actions we should take together. We need to focus on what is needed, not just on what is urgent, and there are many issues. On the borders of Europe we see war and violence, precarious relationships with our neighbours, especially Russia. Many European countries have witnessed the horror of terrorism and many people are still facing real economic hardships.

Our leaders are changing too. We will soon have a new US President and then elections across much of Europe, so we will need new relationships. And then there is the issue of Brexit. A new relationship is needed between Britain and the EU. I hope it will be, I wish it to be, a cooperative one. There is a lot of work to be done.

On behalf of the Conservative Reformists there are areas where we do not agree with other colleagues in this Chamber. We do not support calls for increases to the EU budget, for more EU taxes, for an EU army or for more centralisation of decisions. But there are areas where we agree we need to work together – on fighting terror, on working with NATO on security and defence, on tackling the causes of the refugee crisis, on confronting climate change and reducing our carbon footprint, on re-energising trade relations in the single market.

In Europe we have spent 40 years tearing down barriers to trade. But now we face a real risk of a new era of protectionism. We must re-grab the conversation with the ordinary consumer on the benefits of trade and the single market for them, and not just focus on that border-crossing consumer elite. To the Commission I would say, please respect and reconsider where we disagree and work together where we agree. Recognise now that people do want greater control over the decisions that affect them, and some of our decisions are better left to national governments too.

Marcus Pretzell (ENF). – Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Wir diskutieren hier über das Arbeitsprogramm der Kommission und seit 15.08 Uhr haben Sie es in Ihrem E-Mail-Postfach.

Ich finde, das muss man auch einmal lobend erwähnen. Wir wissen jetzt, worüber wir hier debattieren. Herzlichen Dank an die Kommission dafür!

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I was much more privileged than that because I received it 13 minutes before the start of the debate, so I had much more time than you did to prepare for this debate.

I would like to start by noting that the Council, except for the honourable gentleman here, seems to be absent for the debate, although you refer specifically to the Bratislava declaration in the document on the priorities, so I think it would have been proper for the Council to be present in greater numbers. I always find this kind of debate very difficult because we talk about matters or issues that we all find very important, but for some reason I get the feeling that most citizens do not really care that much. I commend the European Commission for trying to cut red tape, focus on the essential, etc., but I wonder if that is really what citizens are lying awake over. Repealing a law for energy labels for vacuum cleaners, fine, but is that really what is keeping people awake at night? I think that people are terribly concerned about the way that the European Union is working and one of the things, I think, that should be at the top of the list is transparency and accountability. You mention it in the document and yet I know that in practice, when we ask for documents, when we want to get information – I am not talking about you personally, but within the Commission, the Council, and yes, the European Parliament too – there is still a culture of confidentiality and secrecy. If we really want to regain the trust of citizens, that is something that we should address and should, I think, really put at the top of our list.

Secondly, better law-making, in my view, is not only about cutting red tape and repealing legislation that is considered unnecessary. It also means passing legislation that will stand up in court. Now we have seen safe harbours and data retention scrapped, and as regards PNR and Canada we do not know. We see that the Council is now making all kinds of agreements with Turkey and other countries, and these seem to have no basis whatsoever in the Treaties. We do not know who anyone is accountable to; we do not know who is exercising oversight. That is not better law-making: it is terrible law-making. It is neither democratic nor transparent nor accountable. So if we really want to regain trust, those are the issues that we should be focusing on, and that includes ourselves: we can be critical of ourselves rather about subject headings.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, a resposta das instituições europeias à crise na e da União Europeia prossegue imersa em contradições, tendo como ponto comum o aprofundamento de divergência com os interesses e as aspirações dos povos e dos Estados. Fugas para a frente que se ensaiam, que aprofundam as vertentes neoliberal, federalista e militarista da União Europeia, visando aumentar ainda mais a concentração de poder económico e político no seu seio.

A vossa resposta põe em evidência duas realidades incontestáveis, a de que a União Europeia não é reformável e a da imperiosa necessidade de romper com as nossas políticas.

Garantir a reversibilidade dos tratados e a revogação do Tratado orçamental e do Tratado de Lisboa, criar um programa de apoio aos Estados-Membros que pretendam negociar a saída do euro, pondo termo à submissão e ao espartilho da moeda única, renegociar as dívidas soberanas, em boa parte ilegítimas, revogar a união bancária, retomar o controlo público da banca e de instrumentos soberanos de regulação da economia, recuperar para o setor público setores estratégicos da economia, defender e promover a produção nacional e os setores produtivos, valorizar o trabalho e os trabalhadores, defender uma política de justiça fiscal que alivia a carga sobre os rendimentos dos trabalhadores e do povo, rompendo com o escandaloso favorecimento do grande capital, defender o regime democrático no quadro da soberania dos Estados.

Apenas algumas propostas que a luta dos povos alcançará, possibilitando a construção de uma outra Europa, de cooperação, de paz, de solidariedade entre países soberanos e iguais em direitos.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for giving an overview of the Commission Work Programme for next year. Indeed, I also only received it 30 minutes before 3pm so I also had the privilege of a long reading time of more or less half an hour now.

Looking at what is on the table and what First Vice-President Timmermans was explaining to us in plenary, as to how we are going about things, I think we should just scrap this self-congratulatory tone. We are in a serious situation and still there are not so many people who feel involved and feel that the European Union is there on their behalf. I think that is still our biggest concern, for us all. We want a European Union that works for our citizens, for our consumers, and I think a lot of things need to be improved there. That is also why I get a bit tired when people say we have to focus on the big things: Europe should be big on the big things and small on the small things. Well let's just conclude today that we all agree on that. The political discussion is what you call big, and what I call big, or what someone else calls small, which I call big. That is a political discussion. Let's not hide as if a Commission work programme is a technical analysis. This is about priorities and political decisions, on where the European Union is focusing, and there are good things. If I look at what the Commission wants to do on the social pillar side, I think that looks good, but, how exactly is that going to look? Here I would like to subscribe to what my colleague from the S&D Group was saying. On the other and, if I look at the trade part, it is just business as usual, it is just continuing: 'we are doing a great job so we continue'. Well sorry, but maybe some people have noticed that there is a huge debate on which direction the EU is going with its trade deals. We are not discussing trade deals more. CETA stands for Comprehensive Economic and Trade Agreement. It is more than just a trade deal. That is why you are now having discussions with national parliaments. That is why there is now such a huge discussion, and the Commission is saying, we will just continue with it because it is working fine, which is just turning a blind eye to what is going on outside. I think that should be mentioned far more in the work programme.

The last point is on REFIT and this is a question to the Commissioner. I know there will be some discussions also on ecodesign and I know that you are a very good person who can convince people, so can you convince people also within your Commission how important it is to reduce our energy use? That is a big thing. With the vacuum cleaners we have saved energy equivalent to four coal-fired power plants. That is good for the environment, that is good for our economy, and it is good for our self-reliance on energy. That is what the Ecodesign Directive is about and I am sure that you can convey that message, rather than what a lot of tabloids are doing in portraying this as a regulatory burden, because I as a consumer do not mind what the rules are, but if in the end if I buy appliances that are much more energy efficient that is a good thing for us citizens.

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo gli attentati di Parigi e di Bruxelles, dopo la Brexit, dopo ciò che sta accadendo quotidianamente nel Sud Europa, dopo il no di alcuni giorni fa al CETA, non è più possibile guardare l'azione delle istituzioni europee come prima. Il segnale che ci è giunto ieri non è soltanto un segnale tecnico, limitato ad un accordo commerciale, è soprattutto un segnale politico e tra le istituzioni europee nessuna più di questo Parlamento deve coglierne la valenza. Esiste una volontà di cambiamento radicale delle istituzioni europee, che sempre più cittadini vogliono.

Qualunque sia la configurazione finale del *working program* 2017, non si potrà, quindi, non tener conto di alcuni aspetti. Innanzitutto l'emigrazione di massa: nelle ultime settimane le navi italiane hanno soccorso ventimila persone e l'attacco a Mosul aggraverà l'emergenza. I numeri non lasciano spazio a indecisioni e ancor meno si può mostrare indecisione quando è in gioco la sicurezza interna, perché la sicurezza è il primo diritto e il primo bisogno che i nostri cittadini ci chiedono di tutelare.

La Brexit ci insegna che il distacco tra politica e istituzioni non si supera né con i proclami, né con le minacce, i cittadini valutano altro. Otto anni di crisi economica inchiodano le istituzioni europee al loro fallimento nel ricostruire su basi più forti la casa comune europea. Signor Vicepresidente, io mi auguro che il suo impegno speso per un consenso interistituzionale abbia successo, lo dico davvero, ma vorrei che sapesse che a quel dialogo interi gruppi di deputati non hanno potuto partecipare appieno a causa del non rispetto della democrazia interna da parte dei gruppi più forti e chi si è assunto allora la responsabilità di escluderli, sappia che la voce dei cittadini, di tutti i cittadini, saprà sempre come farsi ascoltare.

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren! 2016 hieß es: Jetzt ist nicht die Zeit für *business as usual*. Die Antwort der Europäischen Kommission lautete: mehr Europäische Union, mehr Zentralisierung.

Sie haben keine Antworten gefunden auf die Migrationskrise. Sie haben keine Antworten gefunden, die die Außengrenzen wirklich gesichert hätten. Sie haben keine Antworten auf den Terror – der bis nach Brüssel reicht – gefunden, wenn man vielleicht davon absieht, dass Sie jetzt die Eingänge des Europäischen Parlaments sichern. Sie haben keine Antwort gefunden, die die Wirtschaft, besonders die mittelständische in Europa, zufriedengestellt hätte. Nein. Sie ächzt auch weiterhin unter immer mehr und anwachsender Bürokratie. Sie haben keine Antwort gefunden auf den Brexit, außer dass Sie die Briten beschimpft haben – aus Brüssel und Straßburg. Und Sie haben auch keine Antworten gefunden auf die gerechtfertigten Bedenken der europäischen Bevölkerung gegen CETA.

Wallonien hat Nein gesagt. Was fällt der Europäischen Kommission dazu ein? Ultimaten, Erpressung und Bestechung. Was ist die Zustimmung von Wallonien Ihnen wert? Was werden Sie ihnen anbieten, um letztlich Millionen Menschen in Europa wieder hinters Licht zu führen? Wenn Herr Timmermans sagt, die letzten Jahre machen ihm Mut, dann sollten Europas Bürger davor Angst haben.

Es ist nicht die Zeit für *business as usual* –auch 2017 nicht. Aber Veränderung geht nicht mit *people as usual*. Deshalb braucht Europa neue Ideen, braucht neue Köpfe. In Deutschland werden wir damit 2017 anfangen. Und das ist erst der Anfang!

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! Az Európai Bizottságnak meghatározó szerepe van két történelmi súlyú feladat megoldásában. Az egyik: kontinensünk Európaként való megtartása. Mert Európa nem csak egy földrajzi elnevezés: jelent minket, az itt élő embereket, múltunkat, történelmünket, identitásunkat. Lehet, és adott esetben kell is más földrészeken élők kultúráját, vallását tisztelni, de azt nem fogadhatjuk el, hogy milliószámra vándoroljanak be olyan emberek, akik agresszíven akarják érvényesíteni a saját szokásaikat, vallási előírásaikat.

A másik feladat Brexit után megtalálni az európai országok együttműködésének új formáját, mert teljesen világos, hogy ennek az együttműködésnek nincs alternatívája, de annak a folyamatnak, amely Lisszabon után egyre gyorsabban halad egy központosított állam létrehozása iránt, ennek kell, hogy legyen alternatívája, és ha ezt nem ismerik föl, akkor ez Európa széteséséhez fog vezetni.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais saluer l'adoption du programme de travail de 2017 par la Commission et dire que l'intitulé de ce programme est particulièrement bien choisi pour refléter les défis que nous devons relever actuellement.

Dans le domaine des relations extérieures, il faut rassurer les citoyens européens, répondre à leurs attentes par des actions cohérentes face à l'instabilité et aux conflits qui se multiplient dans notre voisinage, à l'Est ou au Sud. Plus que jamais, la défense et la promotion de la liberté, le soutien à nos alliés et la prévention des atrocités doivent être au cœur de nos actions dans notre voisinage.

En même temps, le processus d'élargissement doit continuer. Ce processus donne de l'espoir aux pays concernés et dissuade les velléités des puissances qui, à l'image de la Russie dans les Balkans ou bien en Moldavie, œuvrent à déstabiliser notre voisinage immédiat.

Par ailleurs, dans les mois qui viennent, la mise en œuvre du plan européen d'investissements externes sera cruciale. En reconnaissant le rôle central du secteur privé dans la création d'emplois, la croissance économique et les transformations sociétales plus larges, ce plan est une incarnation très concrète d'une Europe qui donne les moyens d'agir. Il représente aussi un espoir d'avoir enfin un cadre unique et cohérent pour stimuler les investissements en Afrique et dans notre voisinage ainsi que pour combattre la guerre, la pauvreté, l'absence d'infrastructures et la mauvaise gouvernance, qui menacent, au fond, la sécurité de nos citoyens.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, 2017 va a ser un año más, pero no debería ser un año cualquiera. Y no debería ser un año cualquiera porque está justamente a mitad del programa político y de la legitimidad de la Comisión y del Parlamento y, por tanto, empieza a ser el elemento fundamental de nuestro legado.

El legado que debe ser reconocido positivamente por los ciudadanos solo puede basarse en algunos puntos como, por ejemplo, proporcionar seguridad, que es una preocupación creciente de la ciudadanía, y, sobre todo, proporcionar protección sin proteccionismo. Protección sin proteccionismo significa trabajar por el crecimiento, la creación de empleo y oportunidades para los jóvenes. Me ha parecido leer que, de cara al Libro Blanco del próximo año en Roma, se pone el acento en la estabilidad cuando se trata de revisar el Pacto de Estabilidad y Crecimiento. Yo creo que donde hay que poner el acento es en el crecimiento, no tanto en la estabilidad.

En segundo lugar, hay que mejorar, también para los ciudadanos, su vida real, su vida social, su vida cotidiana. Y eso implica medidas concretas en lo que se refiere a la unión social.

El señor Timmermans ha hecho antes un cierto juego de conceptos que me parece muy apropiado, diciendo que «frente a la emigración hemos tenido que asegurar nuestras fronteras y responder a la cohesión interna». Pero la cohesión interna es sobre todo también la cohesión de la convergencia.

Si los ciudadanos europeos no perciben que la Unión Europea atribuye a todos unas oportunidades que les permitan vivir sin gran desigualdad, la Unión perderá legitimidad y, por tanto, debilitará su proyecto político.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Mój przedmówca mówił o legitymacji. Parlament Europejski ma jednak inną legitymację niż Komisja Europejska, bo Parlament Europejski pochodzi z wyborów, Komisja tej procedury nie przechodzi i myślę, że tym bardziej powinna wsłuchiwać się w głos obywateli, a jej przedstawiciele mówić z nieco większą skromnością. Mam poczucie pewnego déjà vu, bo ja co rusz słyszę od kolejnych przewodniczących Komisji Europejskiej kolejne deklaracje o walce z biurokracją czy z eurobiurokracją. Część tej biurokracji stanowi Komisja Europejska, może lepszą? Tym niemniej jednak jest to trochę walka z cieniem. Czekamy w tej kwestii na konkrety, a nie na slogany i hasła. Dzisiaj dla coraz bardziej krytycznych wobec Unii Europejskiej (niestety tak można powiedzieć) obywateli te hasła nie wystarczą.

Wreszcie naprawdę odkurzacze to nie jest rzecz, która może porwać obywateli Unii Europejskiej. A co do transparencji, to bardzo proszę, żeby w czasie najbliższego spotkania z przedstawicielami Rady panowie z Komisji zapytali, dlaczego Rada nie odpowiada na nasze pytania, pytania europosłów, odnośnie do budżetu Rady. Tak się dzieje od 7 lat.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Ön történész, ugye ezt tudjuk, és itt is utalt bizonyos történelmi távlatokra, főleg visszafele menően. De akkor én is hadd mondjak valamit, hogy Juncker úr 2006 tavaszán a Károly-díj átvételekor azt mondta, hogy vagy tíz éven belül megvalósul a szociális Európa, vagy ennek az integrációnak így vége. Ön szerint Juncker úr tévedett, vagy ennek van vége?

Ryszard Czarnecki (ECR), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Dziękuję za to pytanie panu posłowi Szanyi'emu, z którym często mamy różne poglądy, ale jednak zawsze z uwagą wysłuchuję tego, co mówi, bo warto go słuchać. Ja myślę, że akurat w tej sprawie warto poprzeć pana przewodniczącego Junckera, tylko należy się zapytać, co to może oznaczać w praktyce? Jest wyzwanie zwłaszcza dla młodych ludzi w Europie, także w moim kraju, których pierwszą pracą jest pójście do urzędu dla bezrobotnych. Ale pytanie, czy Komisja Europejska może ten problem realnie rozwiązać? I na koniec pamiętam inne słowa pana Junckera, który żartował, że kiedy zaczynają się problemy, trzeba kłamać. Ja myślę odwrotnie: zaczynają się problemy, trzeba mówić prawdę.

Rolandas Paksas (EFDD). – Pone pirmininke, Komisijos vicepirmininke. Keletas pasiūlymų, gal labiau kalėdinių.

Pirma. Tai Europos Sąjungos tapatybės krizės įveikimas. Nebegalima ilgiau stovėti kryžkelėje tarp federalistinės Europos Sąjungos ir nacionalinių valstybių Europos Sąjungos. Ir apsisprendimas turi būti greitas ir aiškus – būtina užmiršti bet kokias federalistines užmačias, atsisakyti globalizmo ideologijos ir pastangų tarsi su buldozeriu prastumti Europos valstybių piliečiams abejotinos vertės sprendimus.

Antra. Keisti požiūrį į migracijos politiką. Atsisakyti kvotų, perskirstant po Europos Sąjungos šalis atbėgėlius. Stiprinti Europos Sąjungos išorės sienas, siunčiant aiškią žinią, kad ekonominiams migrantams iš trečiųjų šalių jos bus uždarytos. Ir iš tikrųjų jas uždaryti.

Ir trečia. Demokratija nėra Briuselio institucijų diktatas Bendrijos narėms, prisidengiant neva rūpesčiu dėl jos likimo. Pasitikėjimo institucijomis atkūrimas, pasitikėjimo komisarais atkūrimas ir visuomenei naudingi sprendimai – tai būtų geriausia, ką Europos Komisija galėtų pradėti daryti net nelaukiant 2017 metų.

Mario Borghezio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quest'Unione europea che ci presenta un vasto programma, come l'avrebbe definito il generale De Gaulle vedendo il cartello «morte ai cretini». Io penso che parlarci di soluzione rapida del problema dell'immigrazione, di affrontare il problema della ricollocazione, quando tutti i telegiornali in tutta Europa attraverso *euronews*, ci danno le immagini di quello che sta avvenendo anche soltanto nelle coste italiane, dove ieri ne sono sbarcati 4.000 e tutti i giorni ne sbarcano da 500 a 700 a 1.000 e l'Europa si mostra incapace di affrontare seriamente.

Quindi questo è un programma del tutto illusorio partendo dall'immigrazione. D'altronde, se noi passiamo al tema internazionale, vediamo quello che intende fare la Commissione nei confronti dell'Africa, non vediamo misure serie, incisive, per esempio per l'applicazione degli accordi di Cotonou che prevedono l'obbligo per i paesi africani esportatori di immigrati di riprendersi i loro immigrati economici quando non hanno i requisiti. E invece questo non avviene perché l'Europa non conta niente.

Si spara a Mosul, si spara ad Aleppo, ci sono là interessi importanti di un'area strategica dal punto di vista anche economico e anche militare per i paesi membri dell'Unione europea, ma l'Europa dov'è? La signora Mogherini è sempre in viaggio, ci fa sempre sapere che ha degli ottimi rapporti, chiama amici tutti questi popoli, ma poi quando parla, e se parla, non se ne vedono i risultati, non si sente nemmeno rumore della sua voce. Allora basta con questa immigrazione clandestina! Diamo finalmente una realtà alla difesa delle frontiere esterne! Noi non vogliamo essere invasi!

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président de la Commission, dans l'histoire de notre continent, rarement les circonstances auront réclamé autant d'Union européenne. En effet, le plus grand danger qui nous menace, c'est celui de l'immobilisme, alors que chaque jour semble apporter une nouvelle crise et que la défiance est de plus en plus profonde. Pour cela, il faut donc que le programme de travail soit un programme de combat, combat pour la réindustrialisation de notre continent, la relance de l'économie et la lutte contre le chômage qui mine nos sociétés.

Je suis heureuse de voir que la Commission fait du secteur spatial l'une de ses priorités industrielles. L'utilisation des données spatiales et l'indépendance de notre accès à l'espace sont essentielles pour notre tissu industriel. Je mets également tous mes espoirs dans une défense européenne ou dans un plan ambitieux du numérique. Le combat doit aussi se jouer pour la convergence de nos économies et la protection de la zone euro. Dans ce domaine, il nous faut pallier le manque d'investissement chronique, malgré le plan Juncker sur notre continent, en renforçant l'union bancaire et celle des marchés des capitaux.

Je plaide aussi pour plus de justice fiscale et sociale. Les propositions de la Commission pour lutter contre la fraude fiscale et les paradis fiscaux vont dans ce sens.

Enfin, je dis qu'il faut mener le combat pour promouvoir des normes rigoureuses en matière de protection de l'environnement et de la santé. Sur ce point, je termine avec un regret parce qu'il s'agit là des biens les plus précieux de nos concitoyens et, malheureusement, l'on constate un manque flagrant de programme positif de la Commission en matière de santé, alors que tant de choses restent à accomplir dans la lutte contre le cancer et la résistance aux antimicrobiens ou encore pour faire de l'Europe un champion de la santé innovante. Tout cela participe à la croissance.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président de la Commission, je crois que vous êtes venu nous exposer le programme REFIT de la Commission européenne. Cela fait partie de votre mandat, mais ce n'est manifestement pas ce qui permettra de convaincre nos concitoyens que la Commission se préoccupe de ce qui les concerne ou de ce qui les inquiète.

Je laisserai de côté la façon dont vous gérerez la négociation du Brexit une fois que l'article 50 aura été mis sur la table par Theresa May, mais pour cette année 2017, personne ne peut, bien évidemment, passer sous silence l'enjeu de cette négociation.

Je voudrais insister sur trois priorités. La première, c'est la suite logique de la conférence de Paris et la nécessité de surdéterminer une stratégie d'investissement en faveur de la transition écologique. Vous avez entre les mains, pour l'année 2017, plusieurs outils qui vont vous permettre d'agir conformément à cet objectif. Je pense tout d'abord, bien sûr, au programme de renouvellement du plan d'investissement EFSI. Il faut, cette fois-ci, que vous écoutiez le Parlement européen pour en faire un outil au service de la transition écologique. C'est une stratégie que l'on doit retrouver aussi dans le pacte de croissance et de stabilité.

Deuxième priorité: l'achèvement de l'Union économique et monétaire, évidemment; je ne vous surprendrai pas. Mais le livre blanc dont la Commission européenne s'était fait attribuer la responsabilité dans le rapport des cinq présidents est devenu un rapport sur l'avenir de l'Union européenne. N'oubliez pas la priorité de l'Union économique et monétaire.

Dernier point, la politique commerciale, vous le voyez bien…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident Timmermans! Das Arbeitsprogramm der Kommission ist den Abgeordneten so kurzfristig zugestellt worden, dass keiner von uns das Programm hat lesen können, über das wir jetzt debattieren sollen.

Meine Frage an Sie ist: Sind Sie bereit, sich im Namen der Kommission vor dem Parlament für diese Missachtung des Parlaments zu entschuldigen? Ich glaube, das wäre ausgesprochen geboten, dass Sie das täten, denn das ist eine Missachtung des Parlaments, wenn wir die Unterlagen, über die wir debattieren sollen – so wichtige Unterlagen wie das Kommissionsprogramm –, nicht rechtzeitig bekommen.

Diese Art von Missachtung ist in gewisser Hinsicht bezeichnend für ein Demokratiedefizit, das wir an vielen Stellen in der Europäischen Union haben. Viele Länder, viele Menschen in Europa haben immer mehr das Gefühl, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird, ohne dass sie noch mitbestimmen können – und ich spreche für ein Land, das möchte keine Einlagensicherung haben, das möchte keine vergemeinschaftete Arbeitslosenversicherung haben, das möchte keine EU-Steuern haben, das möchte keine EU-Armee haben. Aber Sie und Ihre Kommission arbeiten zielstrebig auf genau das hin, und das ist die Missachtung, die auch im politischen Bereich durch diese Kommission ausgedrückt wird.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! Wir diskutieren über das Arbeitsprogramm der Kommission 2017. Auch wenn es schon angemerkt worden ist – gerne nochmal: Dieses Programm umfasst 50 Seiten: 20 Seiten Programm, 30 Seiten Anlagen, und es wurde uns exakt 10 Minuten vor Beginn der Debatte überlassen. Wir reden hier also über etwas, von dem wir gar nicht wissen was drinsteht.

Abgesehen davon: Das Arbeitsprogramm der Kommission sollte das Herzstück aller Debatten sein. Es geht um ihr Regierungsprogramm. Im Prinzip sollte dieser Raum voll sein, und wo stehen wir? Wir haben ein Plenum – es sind ungefähr 50 oder 60 Abgeordnete anwesend, gleichwohl 72 Dolmetscher, die hier übersetzen. 72 Dolmetscher für etwa 50 oder 60 Abgeordnete!

Sie wundern sich, warum Sie die Menschen verlieren. Sie wundern sich, warum Sie die Menschen immer weniger erreichen: weil hier Geisterdebatten geführt werden, mit den immer gleichen Phrasen, mit den immer gleichen Worthülsen, die leer sind. Und sie sind bewiesenermaßen leer, denn Sie wissen gar nicht, worüber Sie reden.

Ich bin die einzige, die nicht über das Programm phrast wie alle anderen hier. Ich stelle fest, dass ich über etwas nicht reden kann, was mir nicht vorliegt. Ich glaube, wenn Sie feststellen wollen, wie Sie die Menschen zurückgewinnen wollen: „Entbrüsseln" Sie sich.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Ten rok był i jest rokiem globalnych wyzwań, także w zakresie polityki rozwojowej, i trzeba nastawić się, że podobnie będzie w roku 2017. Kryzys migracyjno-uchodźczy jest zjawiskiem złożonym o rosnącej skali także dla Unii. Pojawiają się problemy związane ze złą sytuacją humanitarną w obozach dla uchodźców czy polityką readmisji oraz reintegracji imigrantów i uchodźców w krajach pochodzenia. Dlatego też należy działać u źródeł, czyniąc współpracę na rzecz rozwoju bardziej skuteczną i skoordynowaną oraz komplementarną wobec pozostałych unijnych instrumentów działań zewnętrznych.

Wrzesień 2016 to pierwsza rocznica przyjęcia Agendy 2030, w której kształtowaniu UE odegrała ważną rolę poprzez konsultacje publiczne, negocjacje i liczne badania. Ważne jest, aby Unia jeszcze bardziej wzmocniła działania na rzecz wdrażania i monitorowania tego globalnego zobowiązania, którego celem jest likwidacja ubóstwa i zagwarantowanie zrównoważonego rozwoju.

Rok 2017 zbliża nas także do przeglądu i zawarcia nowego partnerstwa z krajami AKP po roku 2020. Jest istotne, aby podczas negocjacji podkreślić kluczowe znaczenie dialogu politycznego, który dotychczas był niedostatecznie wykorzystywany i mało skuteczny, oraz skupić się na poprawie sytuacji praw człowieka, zasad demokratycznych i praworządności w krajach partnerskich poprzez włączenie i budowanie potencjału społeczeństwa obywatelskiego. Dla obecnych i przyszłych wyzwań polityczne granice nie mają znaczenia, mają one charakter trans- i ponadnarodowy. Dlatego Unia powinna jednak starannie opierać się na metodzie wspólnotowej, z drugiej jednak strony kontynuować współpracę z partnerami zewnętrznymi.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Menschen in der Europäischen Union haben Angst vor einer unkontrollierten gesellschaftlichen Entwicklung – sei es Globalisierung, sei es Digitalisierung, sei es die Frage ihrer sozialen Sicherung, sei es die Frage, wie Banken mit Geld umgehen und wie Konzerne ihr Leben bestimmen. Deswegen ist auch die zentrale Aufgabe der Europäischen Union, diesen Menschen wieder Sicherheit und Gestaltungskraft für ihre Zukunft zu geben, weil ansonsten Rechtspopulisten mit den Ängsten spielen können und Entwicklungen nach vorne bringen, die wir alle nicht wollen.

Deswegen glaube ich, dass es richtig ist, sich auf die zentralen Momente der Arbeit zu konzentrieren. Aber die müssen die soziale Sicherheit der Menschen in der Europäischen Union im Fokus haben, damit Rechtspopulisten keine Chance haben. In der Tat, Europa ist nicht das Problem. Der aufkommende Nationalismus in den Mitgliedstaaten ist das Problem, das wir angehen müssen.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, some two and a half years ago I had a very pleasant surprise when the Commissioner/Vice-President wanted to sit with me and discuss what the Commission Work Programme should be at that time. I have many members from my committee here, where I have led on the subsidiarity and proportionality, better law-making brief. I have been very prescriptive in my approach throughout that time but I find, based upon my national position as a British MEP, that I cannot be so prescriptive now.

Commissioner, you may recall that in the conversation we had at that time it was clear that the Europe and national state relationship was broken and that is what did it for us in the United Kingdom now. That is what must absolutely be fixed. I keep being told by colleagues that you Britishers cannot have à la carte Europe. Well, actually, colleagues, you have all got à la carte Europe. When Europe does something good, your national governments claim it for themselves. When Europe does something which is misreported, your national governments blame it on Europe, and unless you bridge that gap by making your parliaments directly a part of the decision-making process here in the European Union, I am afraid that bridge is going to get wider and wider and eventually, one by one, we will all fall in …

(The President cut off the speaker)

Wim van de Camp (PPE). – De heer Timmermans is bekend met de kreet "zonder transport staat alles stil". Ik dank hem voor het stuk dat ik snel even hebben kunnen scannen. Veel aandacht gaat terecht uit naar de decarbonisatie van de transportsector. Wij kennen de voorstellen van mevrouw Bulc. Die zijn nu opgenomen in het werkprogramma. Wij zullen daar als Europees Parlement driftig mee aan de slag gaan.

Toch mis ik een aantal onderdelen, al begrijp ik natuurlijk goed dat niet alles in deze brief kan staan. Voor het verslag van deze bijeenkomst wil ik daarom even aandacht vragen voor de algemene economische betekenis van de transportsector, de sociale thema's – er is immers veel te doen over sociale dumping in de transportsector –, en de grensbewaking. Schengen levert namelijk meer transportmoeilijkheden op. Het probleem Calais wordt, als het goed is, deze maand redelijk met de Franse regering tot een oplossing gebracht. Maar de transportsector staat ook voor veel innovatie en met name de concurrentie met de Amerikanen op het vlak van de zelfrijdende auto en met elkaar verbonden auto's.

Dat zijn allemaal thema's die ook hierbij aan de orde moeten komen. Tot slot IMO en IKO. Maar daar zullen wij verder over praten met de vakcommissaris.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi pare che a fronte della grave crisi che è sta attraversando l'Unione, del trauma di Brexit, dell'egoismo dei governi europei che pensano solo ai propri dibattiti nazionali e alle scadenze elettorali, di chi vuole i benefici di stare nell'UE, ma rifiuta di condividerne le responsabilità, di fronte a questo mi pare che il programma di lavoro della Commissione abbia ancora il sapore del *business as usual*, troppo timido sulla dimensione sociale dell'Unione, su cui pure la Commissione si era impegnata all'inizio del suo mandato, ma alle parole non sono ancora seguite proposte concrete per dare ai cittadini le risposte che si aspettano. Su asilo e immigrazione, si conferma l'approccio securitario che ha già fallito e si va verso una progressiva esternalizzazione delle nostre frontiere, creando un preoccupante filtro all'ingresso. Dove sono la solidarietà e quelle risposte comuni che questo Parlamento ha chiesto a più riprese per distribuire meglio le responsabilità tra Stati membri? Mi pare si scelga di assecondare gli egoismi di alcuni di questi. Ecco, non è così che salveremo l'Unione dalla disgregazione. Qualche passo avanti si è invece fatto sulla lotta contro elusione ed evasione fiscale, ma bisogna ancora insistere per far valere un principio semplice: che le tasse si pagano dove si fanno i profitti.

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident der Kommission! Die Kommission hat es schwer: Die Handlungsspielräume sind eng, die europäischen Staaten bremsen gewaltig – wir wissen das im Europäischen Parlament. Umso mehr brauchen wir *leadership* der Kommission, und das Zauberwort dafür ist Soziales, mit fünf Rufzeichen. Menschen wünschen Sicherheit, soziale Sicherheit. Das heißt, wie immer wir es auch nennen, fetten Sie die europäische soziale Säule auf, so gut es nur geht. Machen Sie etwas!

Und weiters: Setzen Sie die Einpersonengesellschaft auf die REFIT-Liste. Warum? Briefkastenfirmen muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Wir sehen das bei all den Panama-Papers, LuxLeaks, BahamasLeaks usw. Legen Sie einen Vorschlag zur Sitzverlegung von Unternehmenssitzen vor, damit wir eben dieses Briefkastenproblem nun endlich lösen können. Die Umsetzung und die Durchsetzung von EU-Recht ist wichtig, aber bei weitem nicht genug. Und schließlich: Vergessen Sie auch bitte die Whistleblower nicht.

Mercedes Bresso (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio anch'io ringraziare la Commissione per lo sforzo fatto per concentrare il proprio lavoro su priorità che rispondano in modo chiaro ai bisogni dei cittadini. Voglio ricordarne alcune. Innanzi tutto il lavoro che stiamo facendo al Parlamento con le tre relazioni sul futuro dell'Unione, che è finalizzato anche a aprire il dialogo con la Commissione sulla messa a giorno della relazione dei cinque presidenti. In secondo luogo, voglio ricordare un altro lavoro comune che dovremmo fare nel prossimo periodo, sarà quello sul registro di trasparenza e sull'implementazione dell'accordo interistituzionale su *better lawmaking* e, da ultimo, la necessità di dare risposte forti a temi quali migrazione, difesa, sicurezza, disoccupazione giovanile e il rilancio degli investimenti sul territorio europeo.

Agnes Jongerius (S&D). – De Commissie-Juncker kwam in de loop van dit jaar met het idee van de sociale pijler. Die sociale AAA-rating is inderdaad een goed en belangrijk principe, vooral in deze tijd. Maar als we nu diep in het werkprogramma van de Commissie duiken, dan vinden we er nog niet heel veel van terug. Het blijft bij korte verwijzingen naar mogelijke initiatieven. Maar het idee was toch om ons sociaal model te verankeren in het Europese acquis en te garanderen dat er sociale zekerheid zou zijn voor alle Europeanen en dat alle Europeanen ook recht zouden hebben op een leefbaar inkomen in alle lidstaten?

Een Nederlandse uitdrukking luidt: veel beloven en weinig geven doet de gek in vreugde leven. Dat zouden we volgens mij moeten voorkomen. Laten we die AAA-belofte aan de Europese bevolking wel inlossen. Dat kan, maar dan moet de Commissie wel met concrete voorstellen komen voor de sociale pijler.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Virginie Rozière (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, votre Commission prétend que les PME sont au cœur de ses préoccupations. Tant mieux, car ce Parlement vous a proposé, il y a un an, une mesure simple et efficace pour les soutenir: la reconnaissance des indications géographiques pour les produits artisanaux. Cela fait maintenant un an que nous attendons une proposition de la Commission.

Le textile, la céramique, la coutellerie et la pierre sont autant de secteurs et autant de PME qui attendent une protection efficace de la part de la Commission européenne. Ce sont autant d'emplois locaux qui pourraient être renforcés et une concurrence déloyale de produits provenant hors de l'Union européenne qui pourrait être évitée. C'est une demande récurrente des consommateurs qui attendent des certitudes sur les produits qu'ils achètent. C'est aussi une demande des citoyens qui veulent que la Commission européenne se préoccupe réellement de la situation des territoires et montre qu'elle comprend leurs attentes et qu'elle est au plus près du quotidien des citoyens et des entreprises.

Monsieur le Vice-président, nous attendons une proposition législative de la Commission. Nous comptons sur vous; faites en sorte que l'espoir ne devienne pas de l'impatience ou du ressentiment.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, pane místopředsedo, děkuji za sdělení vašich priorit pro nastávající období. Zejména bezpečnost, na kterou se chcete zaměřit, považuji také za prioritu. Velmi oceňuji směr Komise, která se chce zaměřit na provádění a implementaci stávajících směrnic. Myslím, že to je velmi správné rozhodnutí, a proto se Vás také chci zeptat a upozornit na to, že je v legislativním procesu revize směrnice o vysílání pracovníků. Bohužel je v tomto procesu právě ve chvíli, kdy probíhá implementace směrnice, která provádí směrnici z roku 1996, a tato implementace nebyla dokončena. Vážený pane místopředsed, já chci Komisi požádat, abyste zvážili, zda je rozumné provádět revizi směrnice, jejíž implementace nebyla dokončena. Je to myslím v rozporu s vaším záměrem soustředit se na implementaci, vyhodnotit a pak teprve provádět nové směrnice.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το πρόγραμμα εργασίας της Επιτροπής για το 2017 περιλαμβάνει μέτρα για την αντιμετώπιση των τρεχουσών προκλήσεων των κρατών μελών της Ένωσης σε διαφόρους τομείς, όπως η απασχόληση, η ανάπτυξη και οι επενδύσεις. Στα πλαίσια του προγράμματος εργασίας της Επιτροπής αναμένεται να υπάρξει χρηματοδότηση ύψους 8,5 δισεκατομμυρίων ευρώ για τον τομέα της καινοτομίας και της έρευνας, ενώ θα ληφθούν μέτρα για την ενίσχυση της απασχόλησης και την αντιμετώπιση της οικονομικής και προσφυγική κρίσης που πλήττει τα κράτη μέλη.

Ωστόσο, όπως φάνηκε και από το πρόγραμμα εργασίας το 2016, κύριε Timmermans, οι στόχοι της Επιτροπής για ανάπτυξη δεν απέδωσαν, με αποτέλεσμα σε ορισμένα κράτη μέλη του ευρωπαϊκού Νότου, και ιδίως στην Ελλάδα, να καταγράφονται ακόμη πιο υψηλά επίπεδα ανεργίας. Τα κονδύλια που δίνει η Ευρωπαϊκή Ένωση για την Ελλάδα είναι ψίχουλα μπροστά στις πραγματικές ανάγκες που υπάρχουν. Αντί λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση να τηρεί τους στόχους του προγράμματος εργασίας και να ενισχύει την ανάπτυξη και τις επενδύσεις, αυξάνει, δυστυχώς, με τη δράση της και την πολιτική λιτότητας και βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής που ακολουθεί, τα ποσοστά ανεργίας στην Ευρώπη.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, in a sense this is a programme for governance for 2017 and you would imagine that this place would be buzzing, alive with people. You would get more buzz out of a fly with one day to live! We have issues such as Brexit, we have trade deals – that you crave after, Mr Timmermans – that are falling apart all around your ears, we have a refugee crisis, we have a crisis in agriculture and we have a serious crisis of confidence within the EU institutions.

So, what do you do? With the people who were elected in this Parliament to represent the views of the people? You supply us with your programme for governance 15 minutes before we come in here! That is a complete and utter joke. How on earth can anyone have a debate with only 15 minutes to go through the information? I think I have heard longer standing Members at this stage joke about this. This is not a joke! If you want people to take the European Union seriously, if you are going to have a programme, give it to us more than 13 minutes before – but you do not care what we think and that is why you have done what you have done.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio naturalmente il Vicepresidente Timmermans per la volontà di dare delle indicazioni molto, diciamo, sintetiche e strategiche, però penso che il 2017 davvero non può essere un anno normale, sarà un anno molto speciale, non vorrei che fosse solo l'anno del Brexit, deve essere il sessantesimo anniversario dei trattati, e come tale, penso sia importante quello che sta facendo per il rilancio istituzionale, politico, economico. Metterei al centro i giovani. Inviterei anche la Commissione a considerare che l'anno prossimo sono due anniversari, 60 anni del trattato e i 30 anni di Erasmus. Mettiamo al centro la generazione dell'Erasmus per fare insieme un rilancio di fiducia nei cittadini di quello che deve essere l'Europa.

Credo che da questo punto di vista tra le dieci priorità sarà necessario inserire, oggi non c'è ancora di più, un tema senza il quale non c'è futuro nella prospettiva europea parlo delle politiche della cultura delle politiche per l'educazione e delle politiche per la coesione, quindi l'inclusione sociale e l'agenda sociale. Mi sembra anche importante che noi rispettiamo anche quanto ha detto Juncker - e chiudo - quando ha detto che la creatività, la cultura, gli autori sono i gioielli della corona. Siamo coerenti, inseriamo di più questo aspetto, questo settore strategico del *culture heritage*, dell'industria culturale creativa nelle politiche industriali, nelle politiche di crescita e nelle politiche anche di innovazione.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la spirale della crisi economica nella quale è precipitata l'Europa da oltre 8 anni continua a mordere e a rendere precaria la vita di milioni di cittadini europei. È ormai chiaro che trattasi di una crisi strutturale e come tale necessita di interventi immediati, concreti, ma anche innovativi. Occorre accelerare la transizione verso un modello di tipo circolare. L'occupazione resta la priorità assoluta, ma occorrono investimenti mirati in ricerca e nuove tecnologie per favorire una crescita sostenibile, ottimizzando l'uso delle risorse, avviando una moderna politica di coesione per il post 2020 che rispetti la vera natura di strumento di investimento e che valga effettivamente per tutte le regioni dell'Unione europea. Vanno rafforzate, per ottimizzarne l'uso, le sinergie tra i fondi strutturali e di investimento europei, il FEIS, e gli altri strumenti di finanziamento. Occorre, infine, agevolare l'accesso ai capitali da parte delle imprese, delle PMI e l'adozione di efficaci misure di protezione sociale affinché l'obiettivo della lotta alla povertà della strategia Europa 2020 non resti solo un buon proposito.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me start by making a comment on procedure. I came here immediately after the College decided on the Commission Work Programme. We immediately sent the Commission Work Programme to every single Member of Parliament and I immediately came here before going anywhere else – not talking to the press, not talking to anybody else – to make a statement on the Commission Work Programme out of respect for your Parliament and out of respect for your work. If you do not want that, just let us know and we will not do it. I will go and talk to the press and we can talk to each other later on. This is how I am trying to show respect for the European Parliament and give you, before anybody else, the Commission Work Programme.

Of course this is not the moment that we go through every detail of the Commission's Work Programme. I am not expecting you to have read everything in 15, 20 or 30 minutes. That is not the point. The point is that I believe that if we have a decision in the College on the Commission's Work Programme, you should be the first to hear about this and to be informed about this. I think this is a sign of respect and certainly not a sign of disrespect.

Secondly, on many of the things you said there will obviously be extensive debates in the months to come. But let me just pick up on some of the points that were made. This Commission is very much aware of the fact that people in Europe see Europe as a source of insecurity, as a source of injustice and as a source of globalisation that takes away their rights and that takes away the securities they had.

We need to change that paradigm into a different paradigm, where Europe can show that, by doing concrete things, we do indeed improve their lives, we do indeed improve employment, we do indeed improve Europe's competitive position worldwide and we do provide protection by being very concrete in concrete measures there where we have a competence at European level. That is what the Commission Work Programme is focused upon again this year.

My second point is that, in the preparation of the Commission Work Programme, we have gone extensively through debates with your Parliament, starting with the debate on and after the State of the Union address by President Juncker leading up to the letter of intent; comments were given and the discussion was held in the Conference of Committee Chairs. That went extremely well and what we see today is completely in line with what we have discussed before so there can be no huge surprises. Obviously, because you are a political institution with divergent political views, not everybody will be equally happy with the content of what we did. This is where we will come to the debate in the months to come with all my colleagues.

On transparency, perhaps we could work, for instance, on the interinstitutional agreement on the mandatory Transparency Register to improve transparency. Perhaps Ms in 't Veld can then convince her Group to vote for the Giegold report on this, which would help us to bring it forward. So, in that sense, we can continue to work together to improve transparency.

Yes, we need a pro-growth policy and, yes, everybody would agree worldwide that what Europe lacks most is investment. That is why the Commission Work Programme for next year puts a lot of emphasis on increasing the possibilities of investment, of increasing the possibilities – especially for the younger generation – for getting people to take up a job, to take up an internship, to take up a course of study, which has been a successful approach and we need to expand on that.

I can assure Mr Eickhout that I am not about self-congratulation. Frankly, I remove every sentence that says 'oh, we are so great' in any communication coming out of the Commission on my behalf. So do not worry about that. I know where we are. I think I was the first, also in my own country, to announce that I saw the extent of the problems that we are in. I have also said quite clearly that this is a project that could also fail if we are not very careful. So in that sense I am very far from being self-congratulatory. I think we have quite a number of issues we need to solve.

Indeed I believe eco-design makes a huge contribution to solving some of our issues and to getting our economy to where it is going to be completely sustainable and therefore very competitive in a world, in this fourth industrial revolution, which is changing very quickly to a sustainable economy. The quicker we do that and the more we invest in that, the better we will come out of this, also in terms of employment and competitiveness.

Of course, the issue of migration will be first and foremost on our minds in the year to come. That is beyond any doubt but, there again, everybody needs to accept their responsibility. This is somewhere where we cannot have a European Union of à la carte solidarity. If we have a problem that is faced by the Union as a whole, every single Member State will have to take their share of the responsibility in solving the problem. That is the gist of the proposals the Commission, in close collaboration with your Parliament, has made and will be continuing to make.

And there I like the phrase 'protection without protectionism', which is something I think could be the core of what we need to do. Europeans want more protection. They want to regain control of their destinies. That was the core of the debate during the Brexit campaign. That is what we see in every single Member State and we, with the limited possibilities we have, based on the competences we derive from the Treaty, should offer some solutions for the protection people are looking for. That is, I believe, the gist of the Commission Work Programme.

El Presidente. – Se cierra el debate.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – 2017 va a ser un año más pero no debería ser un año cualquiera, ya que se encuentra en la mitad del programa político de la Comisión Europea y del Parlamento Europeo. Va a marcar el inicio de nuestro legado. Un legado que debe tener en cuenta la seguridad, pero no solamente. Sobre todo, la Unión debe proporcionar protección sin proteccionismo mediante el crecimiento económico, la creación de empleo, y mayores oportunidades para los jóvenes. Hay que poner el acento en el crecimiento más que en la estabilidad para mejorar la vida cotidiana de nuestros ciudadanos. Esto sólo se conseguirá mediante medidas sociales. La cohesión interna necesaria no solo se consigue asegurando el control de las fronteras, sino que esa cohesión debe darse desde dentro de la Unión mediante la construcción de un proyecto interno común. Estamos a tiempo. Pedimos a la Comisión que haga efectiva las medidas que publica en el Programa de Trabajo Anual para el año próximo. Pero además, queremos más: en iniciativa joven, en economía circular, en el marco financiero plurianual, en el mercado único digital, en la fiscalización de las multinacionales, en la Unión Económica y Monetaria y, por supuesto, en el pilar social.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – 2017 va a ser un año más pero no debería ser un año cualquiera, ya que se encuentra en la mitad del programa político de la Comisión Europea y del Parlamento Europeo. Va a marcar el inicio de nuestro legado. Un legado que debe tener en cuenta la seguridad, pero no solamente. Sobre todo, la Unión debe proporcionar protección sin proteccionismo mediante el crecimiento económico, la creación de empleo, y mayores oportunidades para los jóvenes.

Hay que poner el acento en el crecimiento más que en la estabilidad para mejorar la vida cotidiana de nuestros ciudadanos. Esto sólo se conseguirá mediante medidas sociales. La cohesión interna necesaria no solo se consigue asegurando el control de las fronteras, sino que esa cohesión debe darse desde dentro de la Unión mediante la construcción de un proyecto interno común. Estamos a tiempo. Pedimos a la Comisión que haga efectiva las medidas que publica en el Programa de Trabajo Anual para el año próximo.

Pero además, queremos más: en iniciativa joven, en economía circular, en el marco financiero plurianual, en el mercado único digital, en la fiscalización de las multinacionales, en la Unión Económica y Monetaria y, por supuesto, en el pilar social.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *in writing*. – After repeated calls from Parliament that the Commission has so far ignored, it is a welcome development that the Commission's 2017 Work Programme includes the commitment that the scope for EU level action to protect whistle-blowers will be assessed this coming year.

In our crisis-stricken societies, the credibility of democracy is of utmost importance. While more than three out of every four EU citizens think that corruption is widespread in their country, and while the EU proclaims of itself that it wants to lead the world in liberties and justice, we cannot drag our feet any longer when it comes to protecting those who speak up at high personal risk to protect the public interest.

Whistle-blowing is an essential tool for maintaining accountability and integrity in both public and private sectors. That society owes protection and support to whistle-blowers has been recognised by soft law instruments adopted by international organisations to which most EU countries are parties. Yet, the protection of whistle-blowers throughout the EU is very uneven and scarce. There has been no shortage of pledges in recent years to change this situation. Now it is time for action. It is high time the Commission presented a legislative proposal!

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El programa de trabajo de la Comisión representa la triste constatación del poco interés que tiene esta institución en las preocupaciones del pueblo europeo. Empezando por el hecho de que ni siquiera este Parlamento ha recibido el documento que debía debatir con más de 10 minutos de antelación: como si les molestara que hubiera algún tipo de debate político sobre las propuestas que nos presentan. No veo ninguna propuesta realmente ambiciosa en los ámbitos donde una respuesta europea es más necesaria: la armonización fiscal y social en el continente. Por el contrario, la UE propone más liberalización financiera, el TTIP (ATCI), la profundización de la gobernanza económica y del mercado único… En definitiva, las mismas políticas que han vaciado la democracia

europea y han alimentado el dumping social entre Estados y la inestabilidad del sistema económico hasta su actual crisis. La UE ha pasado de reconocer su déficit democrático a alimentar una agenda postdemocrática, y no solo en su agenda interna. Su respuesta a la crisis migratoria, basada en negar derechos a los refugiados y una agenda imperialista cada vez más agresiva, es otra cara de la misma moneda, con la que Europa alimenta el populismo xenófobo que dice combatir.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Европейската комисия пое ангажимент да се съсредоточи върху важните въпроси и да се вслушва повече в притесненията на своите граждани през 2017 г. Работната програма, която Юнкер представи за следващата година, има амбицията да предприеме конкретни действия, които да доведат до осезаеми промени в живота на хората.

ЕС преминава през най-тежката икономическа криза от създаването си, която има и сериозно социално измерение. Днес повече от всякога в Съюза има неприемливо високи нива на безработица, бедност и социални неравенства, а младите хора нямат перспектива за развитие. Възстановяването на европейската икономика трябва на всяка цена да бъде балансирано с нуждата от повече социална Европа.

В тази връзка приветствам решението на Комисията за създаването на европейски стълб на социалните права. Крайно време е да се обърне подобаващо внимание на необходимостта от осигуряване на равновесие между личния и професионалния живот на работещите семейства.

Наред с това обаче, Комисията трябва да помисли и за конкретни действия за намаляване на детската бедност, осигуряване на равен достъп до качествено образование и предучилищна подготовка. В ЕС има 26 милиона деца в риск от бедност и социално изключване, а тази статистика е абсолютно несъвместима с претенциите ни за развитие и цивилизованост.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The Commission Work Programme for 2017 has a high and a low point. The high point forms part of the Youth Initiative, in itself a most worthwhile priority. The proposal to establish a European Solidarity Corps merits full support. It seeks to engage young people in worthwhile public initiatives from which they could learn social and technical skills, while understanding better today's realities in a changing Europe. One hopes that the scheme will operate on a devolved basis, drawing fully on national bodies involved in youth affairs. The worst that could happen to it is to be subsumed in the values and concerns of people living in the Brussels bubble. By contrast the proposal to work on a European Defence Action plan and a European Defence Fund is totally ill-advised. It is the kind of project that people in the Brussels bubble will dream of in their efforts to counter what they see as Europa fatigue. Besides having unintended consequences, some of them unknown, others dangerous, a so-called European defence capability, or even a start to it, will simply end up, sooner rather than later, reinforcing the wide scepticism about the European project that these people seek to contain.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Je to rok, kdy jsme zde v rámci stejné debaty o pracovním programu zdůraznili potřebu konečně aktivně řešit nerovnováhu v potravinářském dodavatelsko-odběratelském řetězci a vyzvali Komisi k akci. Výsledek? Komise opakovaně podpořila myšlenku seberegulace. V červnu letošního roku 600 poslanců tohoto pléna podpořilo zprávu kolegy Czesaka. Podle ní jsou obchodní praktiky mezi jednotlivými aktéry v potravinářském řetězci závažný problém, který vyžaduje legislativní opatření na evropské úrovni. Vyzvali jsme Komisi, aby předložila návrh, který bude definovat společné zásady v boji proti těmto praktikám. Reakce Komise na tuto výzvu s nebývale silným mandátem? Budeme situaci na trhu i nadále monitorovat. Vážený pane místopředsedo, postoj Komise v této věci je pro mne neakceptovatelný. Ignoruje nejen práci Evropského parlamentu, ale také brání nastavení spravedlivého konkurenčního prostředí a transparentních vztahů mezi výrobci, dodavateli a distributory potravin na vnitřním trhu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Oceňujem, že sa Európska komisia chce viac sústrediť na oblasti, ktoré prinesú Európskej únii viac pracovných miest a viac bezpečnosti. Osobitne dôležité je odhodlane pokračovať v obchodných rokovaniach s našimi partnermi a hľadať kompromisné a prijateľné riešenia. V bezpečnostnej oblasti vítam začatie prác na stratégii Európskej únie pre Sýriu a Afriku. Znamená to, že Európa má ambíciu stať sa globálnym aktérom a pozitívne zasahovať tam, kde sú zdroje nestability, migrácie a aktuálnych bezpečnostných hrozieb. Čo sa týka hrozieb, očakával by som, že Komisia bude klásť dôraz aj na východný vektor a pripraví plán pre vzťahy s krajinami Východného partnerstva a strategický plán postupu voči Rusku a jeho agresívnej politike.

Ivo Vajgl (ALDE), *pisno*. – Program dela Evropske komisije predstavlja politike, ki jim bo evropska komisija namenila posebno pozornost v prihajajočem letu. Vsekakor gre za pomemben nabor tem, za katere tudi sam menim, da je prav, da bodo obravnavane v letu 2017.

Vseeno bi želel izpostaviti, da program ni dovolj ambiciozen na področju demografskih sprememb, medgeneracijskega sodelovanja in pravic starejših. To so področja, ki jih program skoraj ne omenja oziroma jim namenja občutno premajhen pomen.

Zdi se mi nesprejemljivo, da v obdobju, ko se Evropa sooča s velikimi demografskimi spremembami, evropske institucije niso pripravljene nameniti več pozornosti staranju prebivalstva in sprejetju ukrepov, ki bodo pripomogli k zagotavljanju in ohranjanju osnovnega dostojanstva starejših generacij.

Še vedno pogrešamo strategijo, ki se bo odzvala na demografske spremembe na nivoju Evrope oziroma Evropske unije. In to kljub temu, da strokovnjaki opozarjajo, da brez ustreznih politik na področju medgeneracijskega sodelovanja lahko pričakujemo stalni konflikt med mladimi in starejšo populacijo.

Glede na navedeno, menim, da institucije Evropske unije zamujajo s potrebnimi ukrepi na področju demografskih sprememb. Zato pričakujem, da bo Evropska komisija v letu 2017 namenila tem področjem več pozornosti, kot jih predvideva program dela za 2017, gre namreč za problem strateške veljave.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Questo programma di azione per il 2017 conferma l'allarmante cecità della Commissione europea rispetto ai pressanti problemi politici, economici e sociali che da anni stanno destabilizzando l'Europa e la sua incapacità di individuare soluzioni concrete e adeguate. Al di là delle vuote e pompose dichiarazioni di intenti, questo programma si ostina infatti a riproporre la stessa miope e fallimentare strategia politica che ha condotto l'Unione europea nella più profonda crisi economica, politica e sociale sin dalla sua costituzione, senza metterne minimamente in discussione l'efficacia e senza ammettere, contro tutte le evidenze, i gravi errori compiuti sinora. È allarmante che la Commissione non consideri affatto prioritari i problemi relativi agli eccessivi squilibri macroeconomici e agli effetti asimmetrici tra Stati membri generati dalla moneta unica, alla deriva tecnocratica dei meccanismi decisionali, o all'assenza di legittimità democratica negli strumenti di coordinamento economico, o ancora la mancata riforma della finanza sulla base delle lezioni dalla crisi, e la scarsa considerazione dell'interesse generale dei cittadini europei nelle decisioni che determinano indirettamente le loro vite.

12. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Comisión sobre la Revisión intermedia del MFP (2016/2931(RSP)).

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, as you know, the Commission has tabled a proposal for mid-term review revision of the financial framework in mid--September. I would like to express our gratitude to Parliament and especially to the two rapporteurs for the own initiative report, Ms Thomas and Mr Olbrycht, as well as for the work you have done to prepare a draft resolution, which we are pleased to see incorporates many of the proposals the Commission has tabled. Thank you for that.

We all recognise that we are taking on this task at a time of multiple, successive and overlapping crises, and in that environment it is absolutely paramount for the European Union to demonstrate the capacity to act. In our proposal we focused on two dimensions of this capacity to act: the financial dimension (additional financial resources) and the flexibility aspect. I will go through those two in some detail.

In terms of beefing up our capacity to fund priorities with very strong focus on jobs and growth and dealing with migration, we are proposing to make EUR 6.3 billion available. This is funding for very important objectives. For example, more young people in regions affected by particularly high levels of unemployment to find targeted support for integrating or reintegrating into the labour market. For giving more young people the chance to participate in actions supported by Erasmus+. To allow the European Research Council to finance more high-quality projects in frontier research. They are also about achieving a more effective management of migration flows so we can help refugees to integrate in their host countries, secure a better control of our external borders, fight illegal immigration and address the root causes of migration.

But in itself this amount does not reflect the full level of the proposed refocusing of EU spending, because we have also taken a very careful look at how we can realign financial resources, for example, in our support for the Connecting Europe Facility, which has very broad endorsement here in Parliament. We have topped it up with EUR 400 million but we also are proposing to shift EUR 1 billion from financial instruments to grants under the transport strand of this facility. A big share of the proposed top-ups goes to instruments that have a significant multiplier or leverage effect: COSME, EFSI, the new European fund for sustainable development, the increased EIB external lending mandate, the Union's instrument for macro-financial assistance to our neighbouring countries. And we have done that looking into every possible source, but within the parameters agreed in the 2013 multiannual financial framework (MFF).

Secondly, on flexibility. Given that we continue to face a particularly volatile international environment, opting for an extension of flexibility is the responsible thing to do so we can act swiftly in crisis situations. This MFF runs until the end of 2020. This means more than four years still to go, with our existing flexibility already stretched to its limits. So for this reason we are proposing to double the size of the flexibility instrument and the emergency aid reserve, as well as to establish a European Union crisis reserve financed from decommitments we have fully taken on board, and that is a proposal from Parliament. And just to say that, if we had had this crisis reserve in place at the beginning of this MFF, it would have allowed us to finance the refugee facility for Turkey entirely. In other words, it would have avoided seeking complex, off-budget satellite solutions; we would have had the resources available to us.

Let me stress in closing that our proposals are not only about the tangible things I have described. We are making a very serious effort to simplify the rules by which the Union's programmes are implemented so as to reduce administrative burden for beneficiaries and public administrations, to make the EU funds more predictable and more flexible and the results of their deployment more visible to our people. We are, of course, at your disposal – Parliament, the Council – to engage so we can make the mid-term review a very prudent and helpful for the Union exercise. Of course, we look forward to the debate. We will be listening very carefully to all of you.

Jan Olbrycht, *w imieniu grupy PPE.* – Panie Przewodniczący! Rozporządzenie dotyczące wieloletniej perspektywy finansowej przewiduje po raz pierwszy obowiązek przeprowadzenia powyborczego przeglądu całej perspektywy finansowej. Ten obowiązek jest określony na czas roku 2016 i w związku z tym dzisiaj prowadzimy tę debatę.

Rozporządzenie przewiduje, że jeżeli przegląd wykaże konieczność dokonywania zmian, czyli tam gdzie jest to konieczne, należy przystąpić do zmiany, czyli do rewizji wieloletniej perspektywy finansowej. Parlament Europejski nie czekając na swoje traktatowe zobowiązania już wcześniej postanowił dokonać przeglądu po to, żeby skonstruować swoją propozycję dotyczącą perspektywy finansowej. Podkreślam to, ponieważ to nie jest tylko i wyłącznie kwestia ambicji Parlamentu Europejskiego, że chce żeby przeprowadzić rewizję, ale Parlament Europejski poprzez swoją Komisję Budżetową przeprowadził częściowy przegląd, zresztą przy pomocy Komisji Europejskiej. W wyniku naszych debat, wysłuchań publicznych, ale również informacji z Komisji Europejskiej, Komisja Budżetowa Parlamentu Europejskiego doszła do wniosku, że rewizja jest absolutnie konieczna, i w taki sposób skonstruowaliśmy naszą propozycję, którą przedłożyliśmy jako sprawozdanie z własnej inicjatywy. W naszej propozycji wyraźnie wskazujemy, że jest potrzeba przeprowadzenia rewizji dokonywania konkretnych zmian.

Z dużą satysfakcją przyjęliśmy informację, że Komisja rzeczywiście zgodziła się z naszą opinią i, przedstawiając swoją propozycję, zaproponowała również rewizję. Co prawda w niektórych sprawach oczekiwalibyśmy jeszcze większych czy znaczących propozycji zmian, jednakże uważamy, że jest to bardzo dobry punkt wyjścia do negocjacji. Oczekujemy w związku z tym, że Komisja Europejska również będzie starała się przekonać Radę, że to, co zaproponowała i o czym mówiła pani komisarz, czyli zmiany, które są zawarte zarówno w projekcie budżetu 2017, jak również w tzw. Omnibusie czyli zestawie zmian ustawowych, jak również w samej propozycji zmiany perspektywy finansowej, że ten cały kompleks zmian znajdzie swoje miejsce w ciągu najbliższych miesięcy.

My dostrzegamy, że te zmiany są zaproponowane w różnych miejscach, jesteśmy gotowi pracować w różnych obszarach również wiążąc te sprawy ze sobą. Jesteśmy w związku z tym gotowi do podjęcia natychmiast rozmów z Radą na temat stanowiska Rady, które będzie przedstawione Parlamentowi. Jesteśmy gotowi do tych rozmów, jesteśmy przygotowani, jesteśmy pełni dobrej woli, jeżeli chodzi o konieczność uregulowania niezbędnych zmian po to, żeby budżet funkcjonował prawidłowo.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Ashley Fox (ECR), *blue-card question*. – We are all aware of the pressures that the European Union is under and it is very important that these are met without asking the taxpayers for more money. Would Mr Olbrycht agree with me that the Court of Auditors has said that we would make a saving of EUR 110 million a year if this Parliament had only one seat, and would he agree with me that we should move as quickly as possible to having one seat and stop this foolish commute between Brussels and Strasbourg?

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowny Panie Pośle, nie usłyszałem pytania.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, I am very happy to repeat it. What I said was: that we are aware of the pressures that the European Union is under and that we should accommodate this without asking the taxpayers for more money. Is Mr Olbrycht aware of the report by the Court of Auditors that says that, were this Parliament to sit in only one seat, we would save EUR 110 million a year, and would he further agree with me that we should stop this silly commute between Brussels and Strasbourg every month?

Jan Olbrycht (PPE), *blue-card answer*. – With all respect, of course I did understand you; I just didn't find the question in your statement. You presented a statement concerning the situation. If you want my advice and my opinion about Strasbourg and Brussels, I think this is the Treaty agreement made between very serious states and governments many years ago, and I don't know if all the Member States wants to re-open the debate about the different institutions being in different countries. Maybe one day, but I don't think this is really the issue. So sorry I didn't answer your question, but I thought that you would want to just to make the statement.

Isabelle Thomas, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la Vice- présidente, mes chers collègues, j'aurais aimé pouvoir également saluer le Conseil, car nous débattons aujourd'hui d'une résolution qui répond au paquet législatif présenté par la Commission sur la révision du cadre financier pluriannuel, et parce que ce sera évidemment un partenaire essentiel.

Ce projet de révision de la Commission confirme la lucidité du Parlement quant à la nécessité de procéder à une véritable révision. Je vous en remercie, Madame la Vice- présidente. C'est une première budgétaire dans l'histoire de l'Union européenne et je salue la position de la Commission qui, comme le Parlement, constate après examen que l'on ne peut pas continuer avec le cadre actuel.

C'est une première victoire qui en appelle d'autres. Pourtant, il y a un absent de poids: le Conseil, qui devrait être parmi nous pour présenter sa position et écouter celle des parlementaires.

Le Conseil doit rapidement nous présenter sa position sans attendre le dernier jour de la conciliation, au risque de retarder la procédure budgétaire. Nous souhaitons donc pouvoir, sans tarder, nous asseoir ensemble autour d'une même table pour ouvrir ces négociations.

Que contient la résolution présentée demain au vote des parlementaires? Elle met en lumière une certaine convergence de vues des trois institutions sur les priorités de l'Union européenne: la lutte contre le chômage des jeunes, les mesures concernant les migrations et les réfugiés, la COP 21, les crises agricoles, le sous-investissement et la sécurité intérieure.

Le débat concerne les grandes priorités européennes. Or, ce débat n'est plus à faire. En effet, je crois qu'aujourd'hui, nous nous exprimons d'une même voix. La question maintenant est de savoir si l'on en reste à des déclarations ou si l'on se donne les moyens financiers.

Le projet de révision de la Commission apporte certaines solutions, notamment sur la flexibilité, qui permet une meilleure utilisation de l'ensemble des moyens du cadre financier. Arrachés de haute lutte par le Parlement européen lors des négociations de 2013, ces instruments de flexibilité se sont révélés salvateurs lors des premières années d'exécution du CFP pour faire face aux événements imprévus et aux crises que nous traversons. Comment aurait-on pu prévoir, en 2013, le phénomène migratoire actuel, le Brexit ou encore les nouveaux défis de sécurité intérieure?

Ces outils de flexibilité ont été très fortement sollicités et, sans révision, ils ne suffiront pas, tout simplement, à tenir les engagements que nous avons pris devant nos concitoyens européens.

Notre résolution accueille favorablement les propositions de la Commission concernant les extensions de flexibilité, même si nous pensons qu'il sera nécessaire d'aller plus loin, notamment pour le renforcement de la réserve d'aide d'urgence et de l'instrument de flexibilité.

En ce qui concerne la réserve de crise de l'Union, nous nous félicitons que cette idée, proposée par le Parlement – vous l'avez dit, Madame la Vice-présidente –, soit reprise par la Commission. Il faudra réfléchir encore à son périmètre et à son financement. La flexibilité budgétaire n'est ni un luxe ni un caprice, cela a été démontré. Il s'agit d'un outil performant, dans une programmation budgétaire de longue durée, qui vise à répondre à des situations que nous ne pouvons anticiper. Nous soutenons également les propositions d'utilisation des dégagements d'office à l'intérieur du budget européen. Ces crédits destinés à être dépensés au titre du budget de l'Union doivent logiquement être maintenus dans ce budget et ne pas en sortir. Quant aux paiements, nous l'avons dit en juillet, la politique de l'autruche nous conduirait à de graves déconvenues en fin de période. Nous devons assumer nos responsabilités. Il en va de la crédibilité des institutions européennes, mais, plus grave encore, de la situation des bénéficiaires, que ce soit les collectivités territoriales, les entreprises ou encore les étudiants jouissant de la mobilité Erasmus, qui se retrouveraient à attendre que l'Union européenne soit en mesure de payer les factures qui leur sont dues. Ce déficit caché, si je puis me permettre l'expression, est contraire au traité. La révision doit permettre de régler cette question par un calcul, hors des plafonds, des instruments spéciaux et par une nouvelle flexibilisation de la marge globale des paiements.

Les solutions sont sur la table et la discussion doit maintenant s'ouvrir avec un objectif commun: chaque facture de l'Union doit être payée en temps et en heure. Cependant, permettez-moi quand même de formuler quelques critiques. Nous regrettons notamment que le projet de la Commission ne propose pas de relever les plafonds de dépenses pour la rubrique 1a sur la compétitivité pour la croissance et l'emploi, la rubrique 1b sur la cohésion économique, sociale et territoriale et les rubriques 3 et 4. Il faut sortir de l'impasse des annonces sans financement. Je ne prendrai qu'un exemple: la lutte contre le chômage des jeunes. C'est une priorité partagée. La Commission vient d'évaluer positivement l'initiative pour l'emploi des jeunes, reconnue comme une réussite, pas totale mais ce n'est jamais le cas. Pourtant, alors que les six milliards de crédits de ce programme sont épuisés, la proposition de la Commission ne prévoit qu'un milliard d'euros de renforcement jusqu'à 2020. C'est notoirement insuffisant face au drame que vivent 25 % des jeunes Européens de moins de 25 ans. Il faut a minima ajouter le même montant, soit six milliards d'euros pour la fin de la période budgétaire.

Le débat sur le fond de la révision ne fait que commencer. Au Parlement, nous sommes prêts à ouvrir les négociations. Nous savons que la Commission l'est également. Nous n'attendons plus que le Conseil et, comme nous l'avons dit en juillet, et comme nous le réitérons dans la résolution qui, j'espère, sera votée demain, le Parlement souhaite conduire en parallèle les négociations sur le budget 2017 et la révision du cadre financier pluriannuel. La lettre rectificative n° 1 sur le budget 2017 le démontre: la révision aura nécessairement des conséquences sur le budget 2017. Ces deux dossiers doivent donc être négociés en même temps.

Madame la Présidente, il ne me reste que ma conclusion, si vous le permettez.

À cette fin, le Parlement s'est doté d'une équipe de négociation unique sur ces deux sujets. Nous avons notre mandat, adopté en juillet, que nous complétons aujourd'hui. C'est maintenant au Conseil d'accélérer. Il n'y a pas de temps à perdre pour nos concitoyens et pour l'Europe.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Eine Revision des MFR ist dringend erforderlich. Dies darf aber nicht dazu führen, dass wir reflexartig nach mehr Geld rufen. Wir müssen uns vergegenwärtigen: Sowohl die Mitgliedstaaten, insbesondere aber auch deren Bürger, sind nicht bereit, mehr Geld für die EU ausgeben zu wollen oder zu können. Wir müssen uns auch grundsätzlich fragen: Ist es denn überhaupt auch der richtige Weg, nach mehr Geld zu rufen? Wo ist denn der Beweis, dass wir mit mehr Geld und immer noch mehr Geld auch tatsächlich bessere Lösungen finden?

Stattdessen sollten wir uns fragen: Sollten wir nicht tatsächlich mal die Subsidiarität stärken und nur die Aufgaben in der EU angehen, die wir besser lösen können als die Mitgliedstaaten? Wenn wir das machen, dann kommen wir zu einem schlanken Budget, dann können wir auch neue Prioritäten setzen, die auf die neuen Herausforderungen reagieren können. Aber nicht einfach nur mehr Geld. Das wird letztlich zu Staatsmärkten führen und führt uns weg von einer freien Marktwirtschaft. Das sollten wir verhindern.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő! Egy nagyon gyors kérdésem lenne: Ön ellene van annak, hogy több pénzről beszéljünk. Az Európai Unió saját forrásainak kérdését Ön a több pénz, vagy máshova sorolja?

Bernd Kölmel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. — Vielen Dank für diese Nachfrage. Ich denke, die Eigenmittel kann man nicht losgelöst von dem Gesamtbudget betrachten. Letztlich ist die Frage, wie sich die EU finanziert, mit den Mitgliedstaaten zu regeln.

Uns geht es darum, dass wir insgesamt ein schlankes Budget haben sollten, egal wie wir es finanzieren. Die Bürger haben ein Recht darauf, dass wir künftig viel mehr ergebnisorientiert handeln, d. h., wir müssen messbare Ziele definieren, dann aber auch die Zielerreichung überprüfen. Das ist der entscheidende Faktor und nicht die Frage, wie wir irgendetwas finanzieren.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, je veux moi aussi, avant tout, féliciter les rapporteurs, nos deux collègues Jan Olbrycht et Isabelle Thomas, pour la qualité de leur travail. Comme mes collègues, je tiens aussi à saluer, Madame la Commissaire, la décision de la Commission de proposer une véritable révision du cadre financier pluriannuel.

Ce faisant, la Commission permet d'assouplir en partie tout au moins le corset véritablement étriqué de l'actuel cadre financier pluriannuel, qui a été négocié à une époque antérieure aux grands défis, notamment migratoires et sécuritaires, auxquels l'Union doit faire face aujourd'hui.

Certes, sur le fond, les propositions de la Commission restent quelque peu en deçà des attentes du Parlement européen, exprimées dans la résolution adoptée le 6 juillet de cette année et reprises dans la résolution que nous voterons demain.

Je pense en particulier à l'absence de toute référence à l'augmentation des plafonds, revendication qui occupe une place centrale dans la proposition de nos deux collègues et que nous soutenons.

Madame la Commissaire, vous avez évoqué davantage de flexibilité. J'espère que vous aurez raison, sans être sûr toutefois que cela suffira.

Je note en tout cas avec satisfaction que la proposition de la Commission prévoit des crédits plus importants pour l'investissement, une extension du fonds pour les investissements stratégiques, une prolongation de l'initiative pour l'emploi des jeunes et une réserve de crise indispensable.

Enfin, je veux apporter mon accord à la stratégie définie par nos deux collègues et soutenue par la commission des budgets, qui consiste à lier la négociation du cadre financier pluriannuel à la négociation du budget 2017.

M. Schulz vient d'écrire à ce sujet à M. Tusk et à M. Fico. Nous devons obtenir gain de cause. L'absence du Conseil aujourd'hui est déjà malheureusement un mauvais indicateur de cette volonté.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, vous tentez de faire mieux avec rien de plus. Il s'agit d'un exercice désespéré dans le cadre contraint du CFP. Vous y avez été poussée, il est vrai, par l'absence d'ambition au Conseil européen qui, malgré le Brexit, la crise des réfugiés et la désespérance des peuples européens, demeure convaincu qu'il ne faut rien changer.

Vous vous êtes aussi autocensurée en mettant sur la table une proposition a minima qui fait le deuil de vos propres ambitions européennes. Quant au Parlement européen, faute de savoir créer un véritable rapport de force politique avec le Conseil européen, il ne vous est pas non plus d'une très grande aide. Au final, nous nous retrouverons avec une vraie fausse révision quand il aurait fallu, au contraire, tout changer.

C'est donc à mes collègues du Parlement européen que je veux aussi adresser un message pour leur dire que nous devons avoir le courage…

(La Présidente retire la parole à l'orateur)

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, doy las gracias al señor Olbrycht y a la señora Thomas muy sinceramente.

Tenemos una oportunidad todos —Comisión, Consejo y Parlamento—, una doble oportunidad. La revisión de este marco financiero puede ser, debe ser el punto de inflexión positivo y visible que los ciudadanos europeos entiendan tanto como esperan. Deben ver, deben entender que Europa está reaccionando, que Europa afronta los retos que acaban de surgir y que Europa no se resigna, no se repliega en sus fronteras nacionales, sino que trabaja por el interés común.

Pero eso quiere decir aceptar, explicitar y afrontar desde el marco financiero también –no solo, pero también– los grandes retos, los grandes objetivos claramente planteados: el estímulo del crecimiento sostenible y de la convergencia entre los Estados miembros; la transición energética y los compromisos de la Conferencia de París; la cohesión social interna y la atención a inmigrantes y refugiados; la seguridad y una acción exterior común y potente, con voz propia, que nos haga respetar.

Digámoslo claro, señora Vicepresidenta y Comisaria Georgieva: con flexibilidad no basta. La flexibilidad al máximo no es sinónimo de la revisión que necesitamos. Lo dijimos en el informe, lo dijimos en julio, lo volvemos a decir ahora: necesitamos más para estos objetivos, en coherencia con lo que nos acaba de explicar el señor Timmermans en su programa de trabajo para este año.

De manera que la condición es esta: trabajar abierta y conjuntamente las tres instituciones para conseguir una revisión explícita y valiente del marco financiero. Para trabajar conjuntamente, no aceptaremos entrar en el presupuesto 2017 si no estamos de acuerdo claramente en cómo enfocamos, en cómo orientamos la revisión del marco financiero plurianual 2017-2020.

Ahí estaremos y este Parlamento está cumpliendo su papel. Lo hizo en julio y lo está haciendo ahora. Y vamos a llevar este objetivo hasta el final, hasta la última negociación del último día de este año, si conviene.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, any politician has to be an amazing contortionist because they have to be able to simultaneously sit on the fence and keep both ears to the ground. Well the European Union certainly knows how to tap dance.

Back in 2014 David Cameron came back from Brussels waving a piece of paper saying he had got a cut in the EU's long-term financial plan, the multiannual financial framework, but as usual it came with all sorts of caveats, and all sorts of ways were found to get around it: add to the EU's income by levying fines on Member States and create a flexibility instrument whose flexibility would put the best gymnast to shame.

Over the period of this framework, in real terms we are now talking about over one trillion euro – one trillion with a T – of taxes going to this monolith and spent so inefficiently. They are bending over backwards to get more of your money, but I cannot mix any more metaphors, because I am afraid my minute is up.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η συζήτηση για τα δημοσιονομικά πλαίσια στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο δεν είναι δημοκρατική λογοδοσία, όπως υπερηφανεύεστε. Είναι νομιμοποίηση τεράστιας αναδιανομής, κλοπής του λαϊκού μόχθου, με προϋπολογισμούς εξ ορισμού και αποδεδειγμένα αντιλαϊκούς, τέτοιους που και ο Juncker ομολόγησε ότι εκτόξευσαν ανεργία και φτώχεια. Κοροϊδεύετε όταν μιλάτε για χρήμα που δήθεν χαρίζει Ευρωπαϊκή Ένωση. Πηγή ενωσιακών και εθνικών προϋπολογισμών είναι οι φόροι που πληρώνουν οι λαοί. Κερδισμένοι είναι τα μονοπώλια, που απαλλάσσονται από φόρους, τους χαρίζονται δισεκατομμύρια σαν κίνητρα και για τα συμφέροντά τους γίνονται πόλεμοι με εκατομμύρια πρόσφυγες. Οι αντιθέσεις αφορούν ποιο κράτος, ποια μονοπώλια θα ενισχυθούν περισσότερο. Αυξημένος ή μειωμένος προϋπολογισμός, η μία ή η άλλη στόχευση σε κερδοφόρους τομείς, αυστηρό ή ευέλικτο σύμφωνο σταθερότητας, όλα έχουν μία προϋπόθεση: αναδιαρθρώσεις. Για κάθε ευρώ που πάει στα μονοπώλια, τσάκισμα μισθών, συντάξεων, κοινωνικών δικαιωμάτων. Όποιος, όπως ο ΣΥΡΙΖΑ, ισχυρίστηκε ότι Ευρωπαϊκή Ένωση αλλάζει, αποδείχθηκε εξίσου αντιλαϊκός. Μόνον ανατρέπεται, μαζί με τα μονοπώλια που τη δημιούργησαν.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, queria saudar a Comissária e dar-lhe os parabéns pela proposta que aqui nos apresenta, saudar também e congratular-me com o trabalho feito pelos relatores.

Esta proposta da Comissão Europeia é um bom ponto de partida para iniciarmos as negociações com o Conselho e esta revisão do Quadro Financeiro Plurianual é urgente. Prova-o a péssima execução dos Fundos Europeus.

As regiões e as autarquias precisam, os jovens estão à espera, a economia necessita e os fundos não chegam aos Estados-Membros. Temos complexidade, temos burocracia que impede a execução normal, a execução prevista. Precisamos de flexibilidade, precisamos de simplicidade.

Só este ano, são 7 300 milhões de euros que não foram executados e que vão ser devolvidos aos Estados-Membros. Da nossa parte estamos prontos, mas onde é que está o Conselho que devia estar sentado nesta discussão importante aqui neste hemiciclo?

É urgente, não podemos esperar mais, chega! Basta! Não podemos adiar. Temos um único objetivo, que é cumprir, e para tal temos de investir, temos de cumprir com as empresas, com os investigadores, com os agricultores, com as empresas e as pequenas e médias empresas, com as autarquias, com os jovens.

É pela economia que nós queremos a revisão, mas também pela credibilidade e pelo respeito aos cidadãos da União Europeia.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D). – Señora Presidenta, a la ya prolongada crisis económica con sus derivadas de falta de inversión pública y de alto desempleo, sobre todo juvenil, se han venido añadiendo estos últimos años —lo decía la Comisaria— una serie de crisis: la agrícola, la de refugiados, la de seguridad interna…

Durante la negociación de este marco financiero ya advertimos que íbamos a necesitar una revisión y lamentablemente el tiempo y estas crisis nos han dado la razón. Y en este sentido damos la bienvenida a la propuesta de revisión de la Comisión, que va por el camino adecuado. Creo que contiene propuestas interesantes, pero —también se ha dicho aquí — se queda un poco corta.

Y, mientras tanto, ¿dónde está el Consejo? De hecho no está ni siquiera presente en el debate. ¿No considera la situación de la Unión Europea lo suficientemente grave como para tener ya una propuesta sobre la que negociar? Porque, desde luego, no pretenderán financiar nuevas necesidades, seguir atendiendo a las necesidades anteriores y no modificar ni una sola coma del marco financiero. Yo no sé qué calculadora utilizan ellos pero desde luego con mi calculadora no nos salen las cuentas.

Es urgente que empecemos a negociar ya el marco financiero. Y es urgente que lo empecemos a negociar con el presupuesto de 2017. Y esto no es un capricho, ni siquiera es una amenaza, es una obviedad. No podemos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar. Y por si esto no era evidente para algunos, especialmente para el Consejo, la carta rectificativa de la Comisión lo clarifica aún más.

Hasta ahora, el Consejo nos ha pedido buena voluntad y el Parlamento Europeo siempre la ha tenido. Yo me pregunto: ¿Dónde está la buena voluntad del Consejo? Ni siquiera hoy ha venido a debatir ni a escuchar las propuestas de este Parlamento.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę na trzy kwestie. Po pierwsze, chcę wyraźnie podkreślić, że brak ze strony Komisji propozycji podwyższenia pułapów w obecnych WRF będzie zapewne przyczyną kłopotów w finansowaniu unijnych działań, głównie w dziale trzecim i czwartym, w związku z trwającym kryzysem imigracyjnym. Po drugie, należy pozytywnie przyjąć propozycje Komisji w zakresie odbudowy środków na program „Horyzont 2020", „Łącząc Europę", Erasmus+, COSME czy inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych, sumarycznie na kwotę 2,2 mld euro czy też dodatkowych środków na przedłużenie EFSI, a także zewnętrzne plany inwestycyjne w ramach partnerstwa w dziedzinie migracji na kwotę 1,6 mld euro. Wreszcie, po trzecie, z dezaprobatą należy przyjąć działania polegające na zmniejszeniu poziomu płatności w roku 2016 aż o kwotę 7,3 mld w przedstawionym przez Komisję budżecie korygującym nr 4 na 2016 r., ponieważ moim zdaniem doprowadzi to do nagromadzenia zaległości w nieuregulowanych rachunkach.

Jean Arthuis (ALDE). – Madame la Présidente, Madame la Vice-présidente, mes chers collègues, je m'étonne, à mon tour, de l'absence du Conseil. Je tiens à saluer le travail remarquable de nos corapporteurs, Isabelle Thomas et Jan Olbrycht. Ils posent ici, par voie de résolution, les principes fondamentaux de la négociation avec le Conseil.

Mon sentiment est que nous arrivons à la fin d'un cycle et que la révision du cadre financier pluriannuel doit mettre fin à deux hypocrisies.

La première concerne les leviers de flexibilité, les fameux instruments spéciaux. Lors des négociations sur les perspectives financières pour 2014-2020, il avait été convenu que ces instruments spéciaux, faisant face à des circonstances exceptionnelles et à des crises, seraient au-dessus des plafonds. Puis, à l'épreuve, nous nous sommes aperçus que le Conseil ne voulait pas admettre que, s'il y avait inscription au-dessus des plafonds pour les engagements, il devait y avoir corrélativement inscription au-dessus des plafonds pour les paiements. Le Conseil refuse cette version et c'est ainsi que l'on creuse le reste à liquider et que nous allons nous trouver demain face à une difficulté majeure.

La deuxième hypocrisie concerne la pratique visant à cacher notre impécuniosité en multipliant les satellites budgétaires: fonds Juncker pour les investissements stratégiques, facilités pour la Turquie et autres fonds fiduciaires. Cette pratique fait injure au principe d'unité budgétaire et a pour conséquence de créer un angle mort pour le contrôle parlementaire. La galaxie qui en résulte est un mirage.

La révision du cadre financier pluriannuel est l'occasion de remettre de l'ordre dans la maison budgétaire et d'insuffler de la sincérité dans un budget qui a perdu toute lisibilité. Prenons garde: une Union dont le budget n'est pas compréhensible par ses citoyens est une Union en danger. Il y a donc urgence à donner corps à l'intelligente proposition de révision de la Commission.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, cé go gcuirim fáilte roimh sholúbthacht agus simpliú an CAI (an Creat Airgeadais Ilbhliantúil), fós féin caithfidh mé a rá go bhfuilim imníoch. Ba chóir do chuspóirí agus tosaíochtaí na Parlaiminte díriú isteach ar chomhionannas agus ar chothromaíocht, chun tacú leo siúd is mó atá i mbaol inár sochaí.

Ní féidir linn leanúint ar aghaidh gan dealramh agus sinn ag dul ó ghéarchéim go géarchéim. Táim ag labhairt mar gheall ar Ghéarchéim na dTeifeach agus ar an nGéarchéim Dhéiríochta. Ní imeachtaí gan choinne a bhí sa dá scéal seo. Tá dualgas ar an gComhairle agus ar na rialtais fiú díriú isteach ar réitigh agus tá deis acu anois leis an athbhreithniú seo. Tá dualgas orthu a bheith freagrach agus éisteacht a thabhairt don Pharlaimint atá tar éis a rá arís agus arís eile go bhfuil riachtanas ann acmhainní fónta a chur ar fáil.

Níl aon infheistiú ann i dtaobh fostaíocht do dhaoine óga mar shampla, cé gur tosaíocht atá ann ag an gComhairle. Ar a laghad, tá dlúthpháirteachas á thaispeáint ag an bParlaimint i dtaobh glacadh leis na riachtanais atá ann chun leanúint ar aghaidh de bheith ag tacú leis an bPróiseas Síochána i dTuaisceart Éireann ag féachaint d'impleachtaí an Bhreatimeachta. Tá dualgas orainn anois dul i ngleic leis na mórphointí atá ag cruthú éagothromaíochta agus míchothromaíochta agus tá dualgas orainn stad a chur leo siúd a dteastaíonn uathu buiséad an Aontais Eorpaigh a ísliú.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Doamna comisar, v-ați confruntat în ultima perioadă în paralel cu două situații grele pentru bugetul european: crize, atât cea economică cât și criza refugiaților, și, în același timp, lipsa banilor pentru a face plățile către statele membre.

Propunerea pe care ați făcut-o încearcă să rezolve o parte din aceste probleme. Este o propunere curajoasă și vă felicit pentru acest lucru. Să vedem dacă scaunul de acolo, care nu e ocupat, va fi de acord.

Ați făcut un pas înainte pentru rezolvarea actualei crize și a unor alte posibile crize prin această readucere în buget a banilor dezangajați, lucru pe care noi îl cerem de foarte multă vreme. Și ați reușit, probabil, să faceți o situație mai ușoară. Însă nu în totalitate - vi s-a mai spus aici, acum sunt doar angajamentele, trebuie să rezolvați problema plăților.

Criza lipsei banilor se va repeta pentru că politica de coeziune va ajunge din nou în această situație. Deci trebuie să rezolvați în viitor și această problemă prin impunerea principiului foarte simplu dar foarte clar: Consiliul trebuie să plătească banii, toți banii pe care s-a angajat să-i plătească atunci când s-a stabilit bugetul în urmă cu ani de zile.

Monica Macovei (ECR). – Europa s-a confruntat în ultimii ani și se confruntă, mai ales acum, cu numeroase provocări și crize. Avem criza migrației, criza refugiaților și, de asemenea, provocările atacurilor teroriste, deci lupta împotriva terorismului. Un răspuns adecvat la aceste crize și la aceste provocări necesită, evident, o regândire a bugetului și o revizuire responsabilă a acelor finanțări din bugetul Uniunii. De asemenea, trebuie să dăm un semnal de responsabilitate față de cetățenii europeni și să ne reducem și noi cheltuielile în instituțiile europene.

Și eu salut propunerea Comisiei de a pune la dispoziție banii rămași în fostul exercițiu financiar, de a-i pune la dispoziție acum pentru aceste provocări pentru care nu erau bani în buget. Și, de asemenea, cer Consiliului să își asume responsabilitatea și să asigure un buget realist, credibil și coerent pentru anii care vin în care să prevadă toate aceste crize care puteau fi prevăzute la timpul lor.

Alain Lamassoure (PPE). – Madame le Président, je voudrais d'abord rendre hommage aux rapporteurs, Jan Olbrycht et Isabelle Thomas, pour la qualité de leur travail.

Nous le savions en 2013 et nous l'avions dit ici même. En décidant de réduire pendant sept ans le budget communautaire, le Conseil européen s'est interdit de financer toute politique nouvelle et a décidé qu'il n'y aurait aucun événement imprévu pendant sept ans. Cela restera dans les annales comme un sommet de la myopie politique.

Nous révisons ce cadre à mi-parcours. Allons-nous confirmer que le monde s'est arrêté jusqu'en 2020 et que l'émigration massive, les massacres terroristes, le Brexit, la révolution numérique, la COP21 et bientôt la 22, la guerre d'Ukraine, les crises agricoles n'ont pas eu lieu? Cette révision sera utile si elle permet au moins progressivement de revenir au bon sens européen et au bon sens tout court.

Premièrement, les politiques européennes doivent être financées par le seul budget européen; le président Arthuis l'a affirmé avec force.

Deuxièmement, le budget européen doit être financé par des ressources propres. Le groupe Monti, dans lequel nous travaillons, M[me] la Commissaire, finalisera ses propositions dans les prochains jours.

Troisièmement, quand les États membres font appel à l'Union, chacun, à Bruxelles et chez lui, doit veiller à ce que l'action européenne se traduise non par plus de dépenses, mais par moins de dépenses publiques totales et donc moins d'impôts. La mutualisation permet une plus grande efficacité pour un coût égal ou moindre; c'est ce qu'on appelle la subsidiarité.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Droga Kristalino! I Parlament Europejski wie, i Komisja wie, że ta rewizja budżetu to zarazem jest szansa i kłopot. Szansa dlatego, że rzeczywiście rewizja jest potrzebna chociażby po to, żeby sfinansować nowe potrzeby doskonale rozpoznane wynikające na ogół z nowych obietnic składanych przez Radę bez wskazania źródeł pochodzenia pieniędzy, ale także po to, żeby uniknąć dramatu budżetowego, który pamiętamy z końcówki poprzedniej perspektywy finansowej. Ale jest to kłopot zarazem dlatego, że Komisja przymuszona do złożenia propozycji w połowie roku 2016 niewiele wie o tym jak będzie wyglądała implementacja w następnych latach. Wiemy tylko tyle, że tym razem mamy większe opóźnienie niż kiedykolwiek. Jeden miliard euro wypłaconych tak zwanych płatności okresowych w zeszłym roku, bardzo skromne założenia co do płatności w przyszłym roku, to jest większe opóźnienie w implementacji niż kiedykolwiek i zatem jest w tym jeszcze pewien kłopot.

Dlatego chciałbym wyraźnie powiedzieć i do tego się ograniczyć, że rewizja to jest nie tylko szukanie pieniędzy na nowe rozpoznane potrzeby, bo w tym Komisja okazała się bardzo kreatywna. Chodzi również o to, żeby zapobiec tym dramatom, a mówię to jako uczestnik i świadek tego dramatu budżetowego z lat 2013-14, później 2015. To jest równolegle istotne zadanie, tylko nie wiem akurat jak się z tym Komisja upora, bo to jest nie tylko kwestia inwestycji, ale i wiarygodności Unii Europejskiej.

Inese Vaidere (PPE). – Godātie kolēģi!

Ārkārtas izdevumu finansēšana nedrīkst notikt uz Eiropas Savienības pamatpolitiku — kohēzijas un lauksaimniecības — rēķina. Ir būtiski saglabāt līdzsvaru starp ilgtermiņa prioritātēm un jaunajiem izaicinājumiem.

Konkurētspēja, izaugsme, nodarbinātība, drošība, ārējo robežu apsardzība, tie ir svarīgi jautājumi. Tāpēc ir nepieciešams gan saglabāt, gan arī rast papildu līdzekļus šīm jomām.

92 % no kopējā Eiropas Stratēģisko investīciju fonda nonākuši "vecajās" Eiropas valstīs — Vācijā, Francijā, Lielbritānijā, Itālijā, Spānijā. Tas vēl vairāk palielina nevienlīdzību. Jānodrošina, lai līdzekļi nonāktu arī līdz Austrumeiropai, tai skaitā Baltijas valstīm.

Ir jāveicina finanšu instrumentu izmantošana, tomēr būtiski ir saglabāt grantus, tas ir īpaši nozīmīgi mazajām valstīm.

Uzsvēršu, ka sagaidām arī, ka Komisija informēs Parlamentu par "Brexit" iespējamo ietekmi uz Eiropas budžetu.

„Catch the eye" eljárás

Μαρία Σπυράκη (PPE). –Κυρία Πρόεδρε, κυρία Αντιπρόεδρε της Επιτροπής, η αναθεώρηση του δημοσιονομικού πλαισίου 2014-2020, χωρίς να αλλάζει τα ποσά που αναλογούν στα κράτη μέλη, καλείται να απαντήσει σε προκλήσεις που προέκυψαν μετά τη σύνταξη του προϋπολογισμού. Με απλά λόγια, με τα ίδια χρήματα πρέπει να αναλάβουμε εξαιρετικές δράσεις. Το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο υιοθετεί την πρόταση της Επιτροπής για τη δημιουργία του αποθέματος για την αντιμετώπιση κρίσεων ως ειδικού εργαλείου με προφανείς στόχους την ανθρωπιστική κρίση και την κάλυψη των κενών στην ασφάλεια.

Όμως, η ανάγκη για αποτελεσματικότητα στη διάθεση των κονδυλίων είναι επιτακτική και σε αυτή πρέπει να απαντήσουμε. Είναι ενδιαφέρον ότι η Επιτροπή ενσωματώνει την ιδέα μας για τη χρήση των αδιάθετων κονδυλίων για την αντιμετώπιση των κρίσεων –και εδώ θα ήθελα ειδικά να αναφερθώ στη συμβολή του εισηγητή, του κυρίου Olbrycht–, αλλά φαίνεται ότι η χρηματοδότηση δεν αρκεί. Χρειάζεται να ελέγξουμε τον τρόπο, ώστε τα χρήματα των ευρωπαίων φορολογουμένων να μη χάνονται καθ οδόν και να θεραπεύουν τελικά, κατά το μέτρο του δυνατού, τις επιπτώσεις της προσφυγικής κρίσης.

Ζήτημα αποτελεσματικότητας τίθεται και στη διάθεση των πόρων για την αντιμετώπιση της νεανικής ανεργίας. Πραγματικά, το Interrail είναι ένας σπουδαίος τρόπος, φαίνεται όμως πως δεν είναι αρκετός. Η κατεύθυνση να μειώσουμε τις ασφαλιστικές εισφορές για τις επιχειρήσεις που προσλαμβάνουν…

(Η Πρόεδρος διακόπτει την ομιλήτρια)

Soraya Post (S&D). – Fru talman! Jag skulle vilja uppmana till ett större ansvar för en rättvisare fördelning av de resurser som EU bjuder på. Den senaste kommissionskommunikén om ungdomsgarantin och ungdomssysselsättningsinitiativet visar tydligt att vi behöver anstränga oss mycket mer för att nå människor som brottas med fattigdom, social exkludering, funktionsnedsättningar och diskriminering. Inkluderat romer.

Enligt en FRA-studie står 58 procent av de unga romerna utanför arbetsmarknaden, yrkespraktik och utbildningssystemet. Men den EU-fond som finns för att ge dessa ungdomar en chans till jobb och utbildning når inte denna grupp. Halvvägs genom den fleråriga budgetramen, MFF, är det avgörande att granska alla viktiga finansiella verktyg, t.ex. ESF, ERDF, Erasmus+ och *Creative Europe*, för att säkerställa att de som är i skriande behov av dessa program inte möter hinder.

Jag vill också att vi respekterar revisionsrättens nya rapport.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση χρειάζεται να αναθεωρήσει το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο, ώστε να μπορέσει να ανταποκριθεί στην πρόκληση της οικονομικής και προσφυγής κρίσης. Ειδικότερα, στο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο 2014-2020 το ανώτατο όριο δαπανών για την ενίσχυση της ανάπτυξης των κρατών της Ένωσης ανέρχεται σε 125,61 δισεκατομμύρια ευρώ, ενώ το ανώτατο όριο για τα θέματα ασφάλειας και ιθαγένειας ανέρχεται στα 15,69 δισεκατομμύρια ευρώ.

Ωστόσο, κυρία Georgieva, η έκταση της τρέχουσας οικονομικής και προσφυγικής κρίσης που πλήττει την Ευρώπη απαιτεί μεγαλύτερα ποσά δαπανών και δραστήριες λύσεις, για να μπορέσει να αντιμετωπιστεί επαρκώς. Απαιτεί άμεση εγκατάλειψη της λιτότητας, για να πάψουν οι στρατιές των ανέργων και η φτώχεια στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, καθώς και άμεση εφαρμογή των μετεγκαταστάσεων, για να αντιμετωπιστεί η προσφυγική κρίση. Τέλος, η αναθεώρηση του πολυετούς δημοσιονομικού πλαισίου θα πρέπει να αντικατοπτρίζεται και στον προϋπολογισμό της Ένωσης και θα πρέπει να αυξηθούν τα κονδύλια για την αντιμετώπιση της τρέχουσας οικονομικής και προσφυγής κρίσης.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, it makes total sense, obviously, to carry out a mid-term review with all that has happened in the last few years, much of it unexpected, some of it predictable, but in a lot of cases people did not listen. But the first thing you have got to do is to do the simple things. I think it says a lot about the European Union that it has become so complicated that apparently it is impossible not to do the simple thing of not travelling down here once every month, wasting time, wasting money, and, most importantly, wasting our ability to think, because while we are travelling all over Europe, we are not getting time to think about the problems of Europe and how to solve them. If we cannot solve something that is pretty much a drip in comparison to the flood that we are facing, then we would want to think about where we are going. We have got to stop travelling down here, because you cannot preach to anyone how they spend their money if you repeatedly do something stupid like this.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο ως μέσο έκφρασης της οικονομικής πολιτικής της Ένωσης είναι ένα μοντέλο αποτυχημένο. Το υφιστάμενο πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο έχει αποτύχει να αντιμετωπίσει προκλήσεις που εμφανίστηκαν στο πρώτο μισό της εφαρμογής του. Παρά την ορατή αποτυχία του, οι επικεφαλής των ευρωπαϊκών θεσμών, δυστυχώς, συνεχίζουν να το υποστηρίζουν και να το εφαρμόζουν. Είναι, αν μη τι άλλο, ανόητο να σχεδιάζεις την κατανομή των οικονομικών πόρων σε βάθος επταετίας, χρησιμοποιώντας ανώτατα όρια και επιβάλλοντας την τήρησή τους, ενώ ταυτόχρονα επιδιώκεις την ανάπτυξη και την καινοτομία. Αυτή η τακτική οδηγεί σε στρεβλώσεις των πολιτικών προτεραιοτήτων και των στρατηγικών στόχων, αλλά και στην υποτονική αντιμετώπιση των εμφανιζόμενων απειλών. Το υπάρχον πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο δεν έχει την ευελιξία και τη δομή να αντιμετωπίσει μια ένοπλη σύρραξη, παραδείγματος χάρη, μεταξύ μιας χώρας μέλους με μία υπό ένταξη τρίτη χώρα. Προφανέστατα, και μετά το Brexit, δεν διαθέτει μηχανισμό αντιμετώπισης μιας επιπλέον εξόδου κράτους μέλους από την Ένωση, αλλά και της κατάρρευσης της αλληλεγγύης εντός του ΝΑΤΟ, καταστάσεις οι οποίες είναι πιθανές και όχι απλά ενδεχόμενες.

Андрей Новаков (PPE). – Г-жо Председател, г-жо Вицепрезидент, мисля, че с предложения преглед на многогодишната финансова рамка европейският бюджет окончателно излиза от аварийната лента, в която беше. Не можем да подминем предложеното увеличение – 400 милиона повече за „Хоризонт“, 400 милиона повече за „Свързана Европа“, 200 милиона за COSME, 200 милиона за „Еразъм“, 1 милиард за „Заетост“.

Но както си държим очите отворени за всички тези хубави неща, които са предложени, ние трябва да погледнем и за опасностите, които надвисват над нас. Програмният период започна година и половина по-късно и през 2020 г. или регионите ще осъмнат със загубени пари, или с лоши проекти, които са подали от бързане да не загубят парите.

Аз мисля, че в този преглед трябва да предложим механизъм, с който да им осигурим време и пространство за маневри, така че да не загубят нито стотинка от парите, които сме договорили още през 2013 г. Това е опасност, която съществува, и аз мисля, че трябва да помислим за нея. В противен случай пари, за които сме се разбрали да отидат в най-нуждаещите се, в най-бедните региони на Европа, ще се окаже, че не могат да си ги вземат заради скъсените срокове.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io mi complimento con i colleghi relatori per quest'ottima relazione e anche sono felice delle aperture della Commissione in particolare sulla flessibilità e la riserva di fondi non spesi, anche se ritengo sia necessario allineare i negoziati del 2017 del bilancio con i negoziati per l'QFP per avere un quadro complessivo. Bene che ci sia un'attenzione forte sui giovani. Tre sottolineature: troppo poco 1 miliardo per l'aiuto all'*employment initiative* e i 200 milioni per Erasmus, benvenuti, ma certamente non sono un grandissimo contributo. Secondo: perché si pensa di aumentare giustamente il badget di Cosmos ed Erasmus e non di due programmi che sono straordinariamente importanti per l'innovazione, la crescita e il lavoro in particolare dei giovani? Parlo di Europa creativa, pensando a tutte le industrie culturali e audiovisive e anche il settore della cultura, e *Europe for citizens*. Penso che sia importante in questo momento sottolineare quanto le politiche inclusive e il rafforzamento dell'innovazione e della cittadinanza sono altrettanto importanti di altri programmi.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Uważam, że przedstawiony przez Komisję Europejską śródokresowy przegląd wieloletnich ram finansowych jest dobrym punktem wyjścia do dalszych prac. Niewątpliwie niełatwy okres kryzysu, któremu musi stawić czoło Unia Europejska, dobitnie uświadomił nam, jak bardzo potrzebna jest elastyczność budżetu pozwalająca na szybką reakcję i przeciwdziałanie niekorzystnym zjawiskom. Za ważne uważam zatem, między innymi, podwojenie instrumentu elastyczności oraz rezerwy na pomoc nadzwyczajną. Cieszy mnie również zapowiedź dalszego upraszczania przepisów czy też uruchomienie dodatkowych środków w wysokości ponad sześciu miliardów euro, między innymi na pobudzanie wzrostu gospodarczego i zatrudnienie oraz migrację i bezpieczeństwo. Chciałbym też przypomnieć, iż przegląd WRF nie dopuszcza naruszania kopert narodowych i uzgodnione kwoty dla poszczególnych państw muszą pozostać niezmienione.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la revisione del quadro finanziario pluriennale fornisce un'opportunità unica per rispondere alle difficoltà di bilancio che attualmente mettono a repentaglio la credibilità dell'Europa. I problemi della migrazione, di sicurezza interna, la crisi del settore agricolo, il persistente alto tasso di disoccupazione, soprattutto tra i giovani, richiedono l'adozione di misure adeguate e una notevole quantità di fondi aggiuntivi a carico del bilancio dell'Unione europea che nei primi anni dell'attuale quadro pluriennale finanziario non sono stati previsti a causa delle scarse risorse disponibili. Ora occorre che il Consiglio passi dalle parole ai fatti, garantendo un bilancio realistico, credibile, coerente e sostenibile per i prossimi anni del quadro pluriennale finanziario. La revisione dovrà mirare a garantire l'equilibrio tra il soddisfacimento delle priorità dell'Unione a lungo termine e la risposta alle nuove sfide emergenti, introducendo misure che rendano il bilancio più trasparente e accessibile per i cittadini europei.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, je voudrais, à mon tour, féliciter à la fois les rapporteurs, Jan Olbrycht et Isabelle Thomas, ainsi que M[me] la vice-présidente Georgieva pour avoir répondu à ce que je considère comme une exigence démocratique, puisque les élus de ce Parlement n'ont pas participé à la constitution même du cadre financier pluriannuel. Par conséquent, il était normal, me semble-t-il, que nous puissions aujourd'hui nous prononcer sur la modification de ce cadre.

En tout cas, j'espère que le Conseil suivra l'exemple tant du Parlement que de la Commission pour que la révision soit effective. Nous en avons besoin; l'Europe en a besoin; les politiques européennes en ont besoin. Aujourd'hui, il faut non seulement réviser ce cadre financier, mais aussi se placer dans la perspective d'un cadre financier pluriannuel au-delà de 2020 avec des ressources propres, comme l'a fort justement dit M. Lamassoure tout à l'heure.

A *„catch the eye"* eljárás vége

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank all who have taken part in this debate. It is a moment in the implementation of the multiannual financial framework (MFF) that we cannot possibly miss in terms of introducing adjustments that would allow us in the next four years to respond to priorities. We all agree on those priorities.

I heard in the debate those who say that our proposals go too far and I also heard in the debate those – and actually there were more voices in this category – who said that we are not going far enough. It is true that, when we look at the capacity to operate in a very tight budgetary environment in Member States, we know the restrictions that unanimity places on us when we go forward for the revision. The notion that some may have that we are going too far is understandable, but let me just remind all of us that our budget is just one percent of GNI and yet it has such a massively important purpose, especially in these very turbulent times.

Those who think that we are not going far enough have, of course, very legitimate reasons for saying that. It is true that we are still struggling to overcome the impact of a prolonged economic crisis, especially as it affects our youth. I just want to flag that, in addition to what we have in our proposal to address the most pressing needs of recovery and employment, we also have been able to provide three of the most affected countries – Italy, Greece and Spain – with a boost coming out of the adjustment of EUR 4.6 billion. I certainly hope that these countries will indeed direct as much as possible of this funding to tackle unemployment and all three also need to deal with the impact of migration.

Beyond the proposal there are some other elements that we should take into account. When we look into the viability of what we have put forward, actually we are convinced that it is possible to reach an agreement between the Council, Parliament and the Commission on a way forward. It is not only possible but is of paramount necessity, so that we can continue to function in a way that delivers to people.

I want to respond to two points that were made: one by Mrs Thomas on the importance of putting forward a more detailed proposal on how the new reserve could be created and what the implications may be. We agree with that and we have actually already offered during a presentation in a meeting of the General Affairs Council that we might elaborate a bit further on the link between the decommitments – how they may be made, how we guarantee that there would be no perverse incentive to have more decommitments – and, on the other hand, how high a limit would we set in order for the reserves to be used when it is indeed absolutely necessary? We will of course share this proposal with Parliament as well.

Secondly, a number of points were made with regard to payments. I could not agree more that, while we have got on top of the issue of insufficient payment appropriations in the past and we have cleared the bills that were to be paid, we are now unfortunately facing this year – and we expect the same next year – insufficient payments coming our way. Mr Novakov also made that point. We can only work as hard as possible to accelerate implementation and call on all of us to push all the buttons there are for this to happen.

We do have enough payment credits should we apply all the flexibility of the global margin for payments and should we reach an agreement on where the payment for the special instruments belongs – above the ceilings, as Parliament and the Commission have been arguing for, or under the ceilings? But this is work to be done in a pragmatic way to bring everybody together so we can have a review and revision that results in a more potent budget for the next four years in front of us.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament két költségvetési témában fogalmazza meg álláspontját. Sajnálatos, hogy mindkét EP javaslat kitart a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as többéves pénzügyi keret felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítést támogató döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyikeret-felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek. A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ez csak részben új forrás, nagyobb részben a kerettervben meglévő, fel nem használt költségvetési mozgástér és a tartalékok lemerítése. El kell kerüljük a korábbi hétéves pénzügyi keret alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a

megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk arra, hogy a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Три години след началото на настоящия програмен период Европа се намира в много по-различна ситуация, характеризирана от нови предизвикателства и приоритети. Днес многогодишната финансова рамка се прилага в контекста на миграционната криза, заплахите за вътрешната сигурност и все още неприемливо високите нива на младежка безработица, които изискват значително допълнително финансиране от европейския бюджет. За справянето с тези предизвикателства през последните години бяха мобилизирани специални инструменти, с което бяха изчерпани до краен предел възможностите на настоящата многогодишна финансова рамка. Всичко това показва, че средносрочният преглед на рамката е крайно навременен и необходим. Настоящите бюджетни затруднения допълнително застрашават доверието на гражданите в Европейския съюз, което и без това е силно разклатено. Затова е важно държавите членки да поемат своята отговорност и да подкрепят думите си с дела, като гарантират един предвидим и надежден бюджет на ЕС за оставащите години от текущия програмен период. В този контекст на средносрочния преглед сериозно следва да се разгледа и въпросът за попълване на европейския бюджет с истински автономни собствени ресурси, които да заменят сегашната система на национални вноски.

13. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Jens Geier és Indrek Tarand által a Költségvetési Bizottság nevében benyújtott Az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése – összes szakasz c. jelentésről folytatott vita. (A8-0287/2016). (11900/2016 – C8-0373/2016 – 2016/2047(BUD))

Jens Geier, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Georgieva, liebe Kristalina! Sehr geehrter Herr Minister Lesay, herzlich willkommen im Europäischen Parlament! Sie sind gerade bei der Aussprache über den mittelfristigen Finanzrahmen hier schmerzhaft vermisst worden.

Wissen Sie, wovon ich wirklich genug habe? Ich habe wirklich genug von der Haltung der Regierungen der Mitgliedstaaten, wenn es um die Finanzierung der Europäischen Union geht. Entweder wir folgen den Finanzministern, dann würden wir die Haushaltsansätze der Kommission kürzen, damit die EU spart und nicht so viel Geld ausgibt. Oder wir folgen den anderen Mitgliedern derselben Regierungen der Mitgliedstaaten, die beständig mehr von der EU und damit auch vom EU-Haushalt fordern und das garnieren mit der Forderung, die EU muss da groß sein, bei den großen Problemen.

Um dem Ganzen noch die Krone aufzusetzen: Die Mitgliedstaaten haben der aktuellen Haushaltssituation doch schon zugestimmt. Denn der mittelfristige Finanzrahmen legt die Obergrenzen fest und die Ziele, die finanziert werden sollen. Und weil das alles so ist, hat Präsident Schulz so Recht wenn er sagt, dass die Heuchelei in den Hauptstädten nicht zu übertreffen ist, wenn es um den europäischen Haushalt geht – in Brüssel zustimmen und diese Entscheidungen anschließend in den Hauptstädten kritisieren, so wird Euroskeptizismus produziert.

Also: Egal was wir tun, wir machen es immer falsch. Weil wir bei der Lesung für den Haushalt nicht den Finanzministern folgen, müssen wir uns jetzt wieder den Vorwurf gefallen lassen, wir gingen zu großzügig mit dem Geld der Steuerzahler um. Nein, Herr Minister, wir gehen nicht zu großzügig mit dem Geld um, wir wollen nur, dass die EU tatsächlich groß – und zwar so groß wie möglich – ist, wenn es um die Probleme geht, die der Rat der Europäischen Union ebenso zentral sieht wie wir: nämlich die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen und die Lösung der Flüchtlingskrise.

Und weil wir gerade dabei sind: Ich habe mir die Zahlen der letzten fünf Haushalte angesehen und den Vorschlag des Rats mit den Zahlen verglichen, die wir tatsächlich am Ende des Jahres in dem Haushaltsjahr gebraucht haben, und fünfmal lag der Rat zu kurz. Wir haben deutlich mehr Geld benötigt. Im sechsten Jahr wissen es die Finanzminister immer noch nicht besser.

Das EP wird morgen einen ambitionierten Haushaltsentwurf beschließen. Wir wollen zeigen, was getan werden kann, wenn man den Haushalt mobilisiert und die vorhandenen Möglichkeiten komplett nutzt. Wir schlagen vor, das Geld, das für die Garantie des Juncker-Plans benötigt wird, im Rahmen der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens zu mobilisieren. Und dafür setzen wir die Summen alle wieder ein, die für die Garantie herangezogen worden sind.

Damit finanzieren wir die Forschung und die Finanzierung von grenzüberschreitenden Verkehrswegen. Wir stellen Geld für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung. Während andere hier im Plenum bunte Luftballons steigen lassen und jedem Jugendlichen zum 18. Geburtstag ein Interrailticket versprechen, verstärken wir die Mittel für das Programm Erasmus, damit mehr Europäerinnen und Europäer die Nachbarstaaten kennenlernen können. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich bin sehr dafür, dass junge Menschen in der EU mobil sind und Erfahrungen im Ausland sammeln können. Aber es sollte finanzierbar sein.

Sollten wir im Rahmen der MFR-Revision tatsächlich also mehr zusätzliches Geld vom Rat bekommen – ich kann mir zehn bessere Dinge vorstellen, die man mit rund 1,5 Mrd. EUR tun kann, als Interrailtickets zu verteilen. Zum Beispiel: die europäische Jugendinitiative verstärken. Nach Anlaufschwierigkeiten zeigt diese nämlich positive Wirkung. 70 % der Jugendlichen, die an Maßnahmen teilgenommen haben, finden eine Anschlussbeschäftigung, die Jugendarbeitslosigkeit geht zurück, das Programm wirkt. Machen wir es stärker!

Indrek Tarand, *rapporteur*. – Madam President, the 2017 budget as proposed by the co-rapporteurs is stronger, greener and more democratic. Stronger because it includes several targeted top-ups: restore the EFSI, related cuts, move forward Horizon 2020, SMEs, Erasmus, LIFE+, the Youth Employment initiative and DCI, and more to tackle the migration crisis. Greener because it includes some targeted and specific increases for sustainable programmes such as LIFE+. After the ratification of the Paris Agreement, the EU should go much beyond these increases, but it is a first step in the right direction and I thank everyone who was involved. It is more democratic because it includes a reserve in the budget of the Commission in order to force the Commission to come up with a stricter code of conduct. After both *Barrosogate* and *Kroesgate*, EU citizens cannot simply accept that ex-Commissioners are not bound by strict rules and are not accountable anymore.

Colleague Geier mentioned Inter-rail and foresaw some other good uses for the money. I am obliged here to bring you the words of my honoured colleagues Rebecca Harms and Michael Cramer who think that mobility across borders is one of Europe's biggest tangible successes. We want to ensure that all European people can equally benefit from mobility across Europe and explore Europe first hand. To this end, we are asking the Commission to issue a competition for free Inter-rail vouchers that young people can apply for in European projects. Basically, I agree with Michael Cramer that there are better ways than that of spending EUR 1.5 billion, but for youngsters to see different European corners, to travel freely to meet each other, make love, not war, that is a good idea, I think.

I will skip the parts of the European Parliament's own budget because it is a delicate matter covered by a gentlemen's agreement which no one has ever seen and whose text no one has ever held in their hands – and I must say, Barroso was a gentleman, please don't interrupt me. The thing is, we have here a problem of calculation of the establishment plan which we agreed to reduce, and then we have the increase in political group staff which we do not count as staff, but to whom we apply the Staff Regulations. I must say that I was warned not to stick my nose too deeply into this issue if I want to have a political career, so let it be. Let's close my political career but I am against it.

A few words about other sections. As you know, we tried to take a position, and we will vote on it, to restore the budget line on other sections. However, I witnessed very recently a presentation of the Annual Report by the Court of Auditors in Brussels in the Committee on Budgetary Control, and I was absolutely pleased to see all of the national Members of the Court of Auditors sitting there in three rows, with their only duty being to applaud after Mr Lehne's presentation. That is not a well spent working day even though it is a very festive one, and if I see them here tomorrow, I will make a proposal to cut their budget. Thank you for giving me the floor and I will come back in the closing remarks.

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, it is my pleasure to attend the European Parliament's debate on the draft budget of the European Union for the financial year 2017. We have already had the occasion to exchange our views on the draft budget for 2017 on 13 September, when the Presidency had the honour to present to you the Council's position on the draft budget proposed by the Commission. On that occasion it was underlined that the main thrust of the Council's position was the prioritisation of EU expenditure. This means that we have to finance adequately investments to spur growth and jobs and to provide sufficient funding to tackle the still ongoing refugee, migration and security crisis. At the same time, it was the Council's explicit wish to create sufficient margins to enable us to cope with the unforeseen situations that we will certainly have to face in the course of the next year.

I take due note of the various amendments to the Council's position that you will probably debate today and intend to vote tomorrow. Please allow me to make just some preliminary remarks in this context. First of all, the Council is very concerned at the significant increases of appropriations proposed by Parliament, in some cases going beyond the ceilings fixed in the MFF. If we look at the details, the Council notes that substantial reinforcements are proposed for Horizon 2020 and the Connecting Europe Facility. These would bring us one year back, actually, to when negotiating the regulation establishing the European Fund for Strategic Investments, and this is not consistent with the agreement we reached together on this. As for the strengthening of the Youth Employment Initiative, the Council prefers not to pre-empt the Commission's examination on the best way to give continuity to the initiative, which indeed has made good progress this year.

As you are all aware, 2017 will be the last year to reach a target of reducing the staff of all institutions and other EU bodies by 5%. I am confident that Parliament also shares the same objective and agrees that it should be reflected in the next year's budget for every section. Overall, the difference between our respective positions totals EUR 6 billion in commitment appropriations and 4.2 billion in payment appropriations. We do need to work constructively during the conciliation procedure in order to bridge this gap. The Council is ready to stick to the calendar agreed between our institutions on the budget negotiations and to reach an agreement within the deadlines set out by the Treaty. The Council will do so in good faith and without setting any preconditions for these negotiations.

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the rapporteurs, Mr Geier and Mr Tarand, and Minister Lesay, for their opening comments.

As we all know, the budget proposal for 2017 was tabled back in June. It is a disciplined proposal focused on the two priorities that are defining the parameters of what we do: jobs, growth and investment, and migration, refugees and security. I want to thank Parliament and the Council for aligning with the Commission's proposal on the package of measures for migration and security. I would also like to welcome the amendments proposed by the Committee on Budgets to restore the cuts made by the Council in the readings. I hope that this will give us a chance to make progress in the negotiations to have the funding that is necessary. I also want to recognise that, on a number of items, the Parliament has gone further than the Commission's proposal – to reinforce appropriations to promote jobs and growth and also actions in the external domain.

This lifts us up above the ceilings and, from the perspective of the Commission, it would be important to address these amendments in the executability letter so that, ahead of the vote, we can make a sound judgment on how far it is practically possible to go.

I want to say a couple of words about Amending letter number one, since this has a direct relation to the draft 2017 budget. This has three main objectives. Firstly, to apply the assessment under the mid-term review and revision for reinforcement of some spending programs under Heading 1a. These are successful programmes. They contribute, in our view, to more dynamism in our economy, and the amount proposed is EUR 200 million plus EUR 500 million for the Youth Employment Initiative to be integrated in the course of the year. Secondly, to step up action on the external front to address the root causes of migration, and here we have EUR 750 million to support the partnership framework process – these are the so-called compacts – and EUR 250 million to provision the European Fund for Sustainable Development. We also, on the internal front, have proposed some adjustments in increased staffing for the European Counter Terrorism Centre within Europol. Thirdly, to update agriculture expenditure. We have announced EUR 500 million for our dairy sector. This is in addition to EUR 100 million that is already in the budget for certain fruits and vegetables. So we have these actions proposed. What would they mean? They would mean a recourse to the contingency margin for an amount of about EUR 1 billion, which would allow us to make use of the flexibility available in the current financial framework.

We have in this Amending letter a great deal of convergence with the amendments that were proposed by the Parliament. I will not list them, as I am sure you have recognised where this alignment has taken place. We believe that the necessity to apply judgment on the 2017 Budget, as we also debate on a separate, formally independent, track the midterm review and revision. This necessity is very obvious when we read the Amending letter number one.

What it means for us in the Commission is to state clearly that, while these two processes are separate, we have to be sure that they go on a parallel track in time so we can complete during the conciliation period our negotiations on the 2017 Budget.

Let me say just a word on payment appropriations: we provided you with the latest state of play just last week. Our best estimate is that the proposal from Parliament to restore most of the appropriations to the level of our draft budget are actually aligned with this most recent clear estimate.

In conclusion, we have work to do; so we will do our part to be available to provide detailed information to answer any requests that may come from Parliament and the Council. I hope that, as we do so, Parliament would be able to agree with the 2017 Budget without reserves. That would be very helpful, so as not to hinder implementation.

Finally, the clock is ticking and 16 November is approaching, so let us use this discussion productively to get a budget for our economy, for our people.

Neena Gill, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs.* – Madam President, I rise as the AFET rapporteur for the 2017 budget. The challenges we are facing across the globe are truly unprecedented. Whether it is about the struggle for democracy on our borders or conflict in Africa or increasing tensions in the South China Sea, these issues are closer to home than many realise, directly impacting our stability, trade relations and our jobs and growth.

No one country can tackle these on their own. So therefore I welcome that the Commission is focusing on stabilising our neighbourhood, tackling the root causes of migration in Africa and reinforcing its funding for Asia. Thank you for your presentation Commissioner. Let us not forget that these investments, if implemented with full respect for human rights, make a real difference in ensuring people have a future in their own region and managing the refugee crisis. The reason why the EU sometimes does not always make the impact is that Member States are constantly robbing Peter to pay Paul, and I would like the Presidency to take this message to Member States, that it is important that we work together to tackle many of the challenges that have been outlined.

Nirj Deva, *rapporteur for the opinion of the Committee on Development.* – Madam President, I will speak on behalf of the Committee on Development. Less than six months ago, this House backed my proposals to establish stronger ties between the EU development community, the DCI and the private sector, legislating a revolution in development financing and one not reliant on the age-old method of simply spending more of the taxpayers' money. At a stroke we turned 4.8 billion into 68 billion through leveraged finance with the private sector. Yet this budget, I seem to think, takes no account either of my report or of the state and aspirations of the Juncker plan. Far from encouraging public-private sector partnerships, we have chosen just to increase spending by a further 2.8 billion.

We have chosen – or it would appear that we have chosen – to ignore the manifest potential of the private sector to bridge an admittedly daunting funding gap, and to bring local expertise to our project. If the Juncker plan is to be anything but a fantasy in Mr Juncker's head, then the Commission must embrace fully the potential of private-public partnerships and the financial potential this begets. While recognising that increases to the migration asylum budget may help migrants, it will not stop migration. Migration will only be stopped by investing in those countries and eliminating poverty, and for that we need an enormous amount of money. And knowing that the Commissioner, Vice-President Georgieva's background is in development …

(The President cut off the speaker)

Martina Dlabajová, *navrhovatelka Výboru pro rozpočtovou kontrolu.* – Paní předsedající, paní komisařko, rok 2017 vidím z pohledu rozpočtu Evropské unie jako rok přelomový.

V prvé řadě bude rokem bilancování sedmiletého programového období. Budeme moci shromáždit relevantní data a vyhodnotit je. Musíme hledat reálnou přidanou hodnotu evropských projektů a při kontrole považuji za nezbytné se poučit z případných chyb a nedostatků a vyvodit z nich konkrétní důsledky.

Za druhé se bude jednat o rok, kdy začne vyjednávání o brexitu, rozpočet musí reagovat také na další výzvy, jako jsou výzva migrace, související spolupráce s Tureckem, potřeba investičního oživení v Evropě nebo riziko rozpadu jednotného vnitřního trhu.

Vedle těchto politických priorit musíme jak rozpočet, tak jeho kontrolu vyváženě zaměřit hlavně na výkonnost, přidanou hodnotu a simplifikaci.

Zaměření na výkonnost rozpočtu je hlavním doporučením Výboru pro rozpočtovou kontrolu. Zkusme tedy rok 2017 vnímat jako příležitost, která nám ukáže, kterým směrem by se rozpočet EU měl vydat v dalších letech.

Markus Ferber, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung hat nur mit einem ganz kleinen Budgetteil zu tun. Aber unser besonderes Augenmerk galt dabei den drei Aufsichtsbehörden, die wir im Wirtschafts- und Währungsausschuss zu begutachten haben.

Es war für mich als Berichterstatter im ECON interessant, dass die Bankenaufsicht und die Versicherungsaufsicht mehr Geld verlangt haben, während die Wertpapieraufsicht mit den Mitteln zufrieden war, die hier vorgeschlagen wurden. Ich bin etwas überrascht, Frau Kommissarin, dass die Kommission trotz mehrfacher Nachfrage bis heute nicht klären konnte, wie sich das vorgeschlagene Budget 2017 zum langfristigen Aufbauplan dieser drei Behörden verhält. Ich wäre da immer noch dankbar, wenn wir Zahlen vorgelegt bekommen würden.

Und ich möchte darauf hinweisen, dass wir bei der EBA darauf achten müssen, dass sie irgendwann London wird verlassen müssen und dass dies bereits jetzt in den Arbeiten berücksichtigt wird. Auch das sollte im Haushalt mit erwähnt werden.

Giovanni La Via, *relatore per parere della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare*. – Signora Presidente, signor Vicepresidente, onorevoli colleghi, come presidente e relatore della commissione ENVI ricordo l'importanza dell'attuazione di programmi pluriennali che ricadono sotto la nostra responsabilità: il terzo programma d'azione dell'Unione nel settore della sanità, il programma per l'ambiente e l'azione per il clima, le spese in tema di lotta al cambiamento climatico, anche alla luce dell'Aaccordo di Parigi e della successiva implementazione. Ritengo sia essenziale ripristinare i tagli effettuati dalla lettura del Consiglio e assicurare a tali programmi e linee d'intervento risorse adeguate, sia in termini d'impegno che di pagamento. Vorrei poi ricordare l'importanza di *Horizon 2020* per i progetti di ricerca nei settori dell'ambiente, del clima e della salute al fine di stimolare l'innovazione e sviluppare quella *green economy* che è essenziale in termini di occupazione e sviluppo. Infine, sottolineo il ruolo importante delle agenzie decentrate, essenziali per l'attuazione delle politiche e dei programmi dell'Unione e per le quali chiediamo il ripristino delle risorse, sia umane che finanziarie, per garantire i mezzi necessari a raggiungere gli obiettivi prefissati alle norme dell'Unione.

Liisa Jaakonsaari, *sisämarkkina- ja kuluttajansuojavaliokunnan lausunnon valmistelija*. – Arvoisa puhemies, Euroopan unioni on vaarassa näiden monien kriisin takia. Viimeisin on vapaakauppaa koskeva kriisi. Nyt pitäisi jokaisen ymmärtää, että näiden kriisien takana on tietty epävarmuus. Nyt juuri pitäisi panostaa sisämarkkinoihin, kasvuun ja työllisyyteen.

IMCOn lausunnon valmistelijana olen todella tyytyväinen siihen, että budjettivaliokunta on hyväksynyt monet IMCOn ajatukset. Ensinnäkin me emme hyväksy kasvun ikään kuin perusasioita, moottoreita, koskevia leikkauksia. Emme hyväksy pk-yrityksiä ja yrittäjyyttä koskettavia leikkauksia. Olen myös tyytyväinen siihen, että budjettivaliokunta on hyväksynyt IMCOn innovatiiviset pilottihankkeet, kuten algoritmihanke, pakettien jakelua koskeva hanke ja internetin esteettömyyttä koskeva hanke. Toivon, että nämä menevät läpi neuvostossa ja komissiossa.

Isabella De Monte, *relatrice per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le attuali priorità che caratterizzano la politica di trasporto dell'Unione, quale l'eliminazione delle strozzature della rete TEN-T e il completamento dei collegamenti mancanti, richiedono un rafforzamento del meccanismo per collegare l'Europa nel quadro della procedura di bilancio annuale per compensare i tagli decisi durante i negoziati sul Fondo europeo per gli investimenti strategici. Merita porre l'accento sulla necessità di sostenere la spesa dell'Unione europea per infrastrutture efficienti e modi di trasporto sostenibili, prestando attenzione anche alla riduzione della rumorosità. Occorre promuovere lo sviluppo del traffico ferroviario, marittimo e per vie navigabili interne quale alternativa al trasporto su

strada, sostenendo l'integrazione e l'interconnessione delle modalità di trasporto. Di fondamentale importanza, poi, il ruolo del turismo, per il quale dovrebbe essere introdotta una linea di bilancio diretta, data l'importanza di questo settore per le piccole e medie imprese e per l'occupazione.

Derek Vaughan, *rapporteur for the opinion of the Committee on Regional Development*. – Madam President, the Committee on Regional Development (REGI) believes that cohesion policy is still the best and most effective tool the EU has in terms of investment, so we were concerned when the Commission proposed cutting heading 1B by EUR 37.3 billion or 23.5%. The Commission argues that this is based on estimates coming from Member States, although I was surprised at those estimates because in 2017 I really believed that cohesion policy and the programmes would reach cruising speed after a very slow start.

We certainly believe that the additional EUR 199 million cut proposed by the Council is not helpful. Therefore the Committee on Regional Development would propose putting the draft budget level back as it was, as proposed by the Commission. We also feel that there is a need to monitor Member States and to help those Member States which have difficulty in reaching a decent absorption level.

Peter Jahr, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung*. – Frau Präsidentin! Zum Inhalt unserer Stellungnahme. Erstens: Europäische Agrarpolitik braucht Verlässlichkeit. Deshalb war es unser Ziel, das Agrarbudget stabil zu halten. Hier zeichnet sich – man könnte sagen leidlich – eine Übereinstimmung zwischen den europäischen Gremien ab.

Zweite Forderung: Wir wollten zusätzlich 600 Mio. EUR für das Krisenpaket zur Verfügung stellen. Die Kommission spricht hier von 500 Mio. EUR. Also könnte ich sagen: Auch hier zeichnet sich womöglich eine Einigung ab.

Die dritte Frage, für uns ganz wichtig: Der Disput ist immer mit der Gesellschaft. Sollte die Gesellschaft noch mehr Forderungen an die Landwirtschaft stellen, wie beispielsweise Zusatzforderungen in der Begrünung oder höhere Standards, dann müssen auch mehr Finanzen bereitgestellt werden.

Vierter Punkt: Wir müssen dafür kämpfen, dass eventuelle Margen im Agrarhaushalt erhalten bleiben, denn in der jetzt stattfindenden Votalität brauchen wir die Marge, um uns selbständig helfen zu können. Vielen Dank für die Zusammenarbeit.

Nils Torvalds, *rapporteur for the opinion of the Committee on Fisheries*. – Madam President, I can explain. I was the rapporteur on the Committee on Fisheries (PECH) and, at the same time, I was the shadow for Parliament's budget in the Committee on Budgets (BUDG). Therefore you have to give me almost two minutes.

First, about the fisheries policies: the common fisheries policy is going into action, so we need a decent budget. Therefore it is very important that the fisheries budget is up and running. Then, about the parliamentary part of the budget: on 14 April we voted in this room, and everybody should have known that we were about to vote – also the Secretary-General of Parliament. But what happened? On the same day we can see in the official paper of the European Union that he is disregarding the democratic procedures of this House and going his own way.

That is, of course, an old German sickness – *der Wille zur Macht* – so apparently he has read too much of Nietzsche in his youth. We think this is scandalous. This is not the way in which it should be done. So 14 April is not a good day for democracy; it has never been. If you check, Abraham Lincoln was shot on 14 April, and the guy who is building a Titanic bureaucracy for his own sake should remember that on 14 April the Titanic ran into an iceberg. Mr Welle: remember history.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *autor projektu opinii Komisji Kultury i Edukacji*. – Pani Przewodnicząca! Dziękuję bardzo za głos. Powiem o dwóch rzeczach: po pierwsze, chciałem wyrazić satysfakcję – po poradzeniu sobie z zaległościami płatniczymi i po poradzeniu sobie z pewnym kryzysem dotyczącym programu Erasmus+ na koniec debaty o kulturze mamy sytuację w miarę dobrą. Nie ma zaległości płatniczych, program Erasmus+ otrzymał dobre wsparcie, jak i również programy pilotażowe ładnie przeszły w Komisji Budżetowej. Chcę za to bardzo serdecznie podziękować. I druga rzecz kluczowa: otóż w pierwszym programie – programie inwestycyjnym Junckera – nie uwzględniano tych branży przemysłu, które były związane z kreatywnością. Dziś możemy powiedzieć, że zarówno rynek pracy dla ludzi młodych, przemysł kreatywny, czyli ten, który mieści się właśnie w obszarze kultury, zostały uwzględnione. Mam nadzieję, że programy pilotażowe będą rozwijane, a program Erasmus+, po pokonaniu bariery, którą pokonał w tym roku, nie będzie musiał pokonywać kolejnych.

Monica Macovei, *Raportoare pentru aviz, Comisia pentru libertăți civile, justiție și afaceri interne*. – Mulțumesc. Sper să transmitem astăzi și prin votul de mâine cetățenilor europeni un mesaj că suntem lucizi, că suntem responsabili - mai ales că vorbim despre banii lor - și asta în contextul în care stabilim prioritățile pentru anul 2017. Vorbim de prioritățile bugetare.

Mi-am ascultat colegii și, desigur, fiecare are câte un interes pe diverse industrii creative, locuri de muncă pentru tineri, și eu le am pe acestea, infrastructură și așa mai departe. Dar avem o singură plăcintă, adică un singur fond de bani, și nu putem să-l facem mai mare oricât am trage de el. Așa că cred că trebuie să ajungem toți la un acord cu privire la cum folosim banii mai bine și care sunt prioritățile.

A apărut și nevoia de a mobiliza pentru 2017 mai mulți bani pentru o reacție imediată la criza migrației, pentru lupta împotriva terorismului, pentru securitatea cetățenilor. Asta înseamnă fonduri noi și reorganizarea fondurilor existente. Și aici vreau să spun foarte pe scurt că și noi trebuie să facem economii în instituțiile europene, inclusiv în Parlament, și să demonstrăm transparență pentru toate cheltuielile și pentru fiecare euro pe care îl folosim.

György Schöpflin, *rapporteur for the opinion of the Committee on Constitutional Affairs*. – Madam President, the perspective of the Committee on Constitutional Affairs (AFCO) on the budget is overwhelmingly focused on aspects of governance, as you would expect. More support for the Europe for Citizens programme was one aspect of this. It is or should be common ground that the citizens of Europe are and feel themselves to be remote from the institutions of the EU. This is regrettable, given that the EU exercises considerable power in the citizen's name. More information, better communication, fostering participation, are steps in the right direction.

E-government is another area that demands attention as part of the Digital Agenda. An online EU citizenship offers considerable promise in enhancing civic activism and identification, not least with regard to the younger age cohorts. So overall, the financing of these activities can generate positive outcomes in European governance.

Siegfried Mureșan, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, dear Commissioner colleagues, the Parliament's position on the EU budget 2017 reflects two key priorities of the EPP Group. It is a budget which promotes growth and jobs through investment in innovation and infrastructure. We will only have more jobs if our economy is competitive, strong and trustworthy in the eyes of investors. At the same time, this budget will address the current migratory and security challenges that we are facing. How will we make Europe safer? How will we manage the refugees that came to Europe over the course of the past two years? And how will we stop illegal migration through, of course, making our external borders safer?

No matter how pressing these new challenges are, we will not compromise on the longstanding priorities of the Union, which are jobs and growth. This is why we proposed to restore the cuts made to Horizon 2020 and the Connecting Europe Facility, and we expect the Council to follow suit on this. We allocate more money for students, for researchers, for youth and for SMEs through the programmes Erasmus, COSME and the European Research Centre. We are glad to see that the Commission proposes exactly this in its amending letter number one – to allocate more money to these very categories which I just mentioned. The amending letter from the Commission shows that our reading anticipates the real needs of the EU budget. If new challenges which were not anticipated in 2013 when the MMF was agreed are to be addressed, new money is needed. New priorities should be financed with new money.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Jean-Paul Denanot, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, en tant que responsable des autres sections pour le compte du groupe S&D, mes contributions et celles de mes collègues sont allées dans le sens d'un budget équilibré mais offensif du point de vue politique.

Les moyens budgétaires sont, d'une certaine façon, le carburant politique du Parlement européen. Je demande donc à tous mes collègues d'appuyer cette démarche destinée à donner du poids au Parlement européen dans la gouvernance européenne. Le réveil du Parlement se fera à ce prix et notre institution jouera ainsi le rôle démocratique qui doit être le sien.

Bien entendu, pour ce qui est des questions administratives, les engagements de réduction devront être tenus, sans toutefois mettre en péril les diverses institutions représentatives. Je pense notamment au Conseil économique et social, qui veille aux questions sociales; au Comité des régions, qui veille aux questions territoriales; à la Cour de justice et à d'autres.

Enfin, les questions liées à la sécurité devront effectivement bénéficier des crédits nécessaires pour la protection à la fois des personnes et des biens.

En tant que membre de la commission des budgets, je souhaite rappeler que le budget ne doit pas être une affaire de spécialistes, mais qu'il doit être au cœur des politiques européennes. Négliger le budget, c'est négliger les politiques communautaires, déserter la sphère publique; c'est, finalement, abandonner les citoyens européens et l'idée même de l'Europe.

Le projet de budget 2017 tel qu'il a été adopté par la commission des budgets, qui utilise toutes les flexibilités, y compris la révision du CFP, est un budget qui pourrait nous convenir dans le contexte actuel et doit être pris en compte dans son intégralité par le Conseil – et j'insiste beaucoup sur ce point. Si tel n'était pas le cas, nous mettrions en péril les porteurs de projets relevant de la cohésion, les agriculteurs, concernés par la politique agricole commune, mais aussi l'existence même de l'Europe dans le monde, compte tenu notamment de la question des migrants. Enfin, nous ne prendrions pas en compte les problèmes de l'emploi, en particulier l'emploi des jeunes.

Toutefois, il ne faut pas perdre de vue la nécessité d'avoir de nouvelles ressources. Nous ne pouvons pas éternellement mettre en place de nouvelles politiques sans en assurer le financement. Le budget ne peut pas être un pot commun dans lequel chacun se sert mais que personne ne veut alimenter.

Bernd Kölmel, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! In diesem Haushaltsentwurf sind viele positive Bereiche enthalten. Beispielsweise ist es gut, dass wir für den Bereich Migration mehr Geld ausgeben, aber auch für die Sicherheit. Dennoch sind wir von der EKR-Fraktion nicht damit einverstanden, dass die Haushaltsmittel entgegen den Vorschlägen der Kommission und des Rates erhöht werden. Die Vorschläge des Parlaments sehen jetzt sogar vor, dass die Ausgabenlimits entgegen den Vereinbarungen von 2013 in einigen Linien überschritten werden.

Wir haben Einsparvorschläge im Volumen von über 500 Mio. EUR gemacht, die leider im Haushaltsausschuss nicht bewilligt wurden. Insbesondere sind wir der Meinung, dass man die Mittel für das Abkommen der EU mit der Türkei betreffend die Migrationskrise teilweise in die Reserven umbuchen sollte, denn wir müssen doch erst mal sehen, dass dieses Abkommen auch so umgesetzt wird und so ins Leben gesetzt wird, wie es vorgesehen ist. Das ist doch derzeit gar nicht der Fall. Wenn das aber nicht der Fall ist, dann sollten wir nicht einfach unbegrenzt, wie ursprünglich vorgesehen, diese Mittel einfach bezahlen.

Was wir insbesondere auch brauchen, ist mehr Transparenz für unseren Haushalt. Es ist nicht in Ordnung, dass wir mehr und mehr Finanzierungen über Sonderfonds machen, die dann nicht mehr der Kontrolle des Parlaments unterliegen. Es ist auch nicht in Ordnung, dass wir Finanzierungen machen, die über irgendwelche Hebelwirkungen der Europäischen Investitionsbank dazu führen sollen, dass aus einem Euro fünf, zehn oder gar zwanzig Euro existieren. Das führt nicht zu mehr Transparenz, sondern – im Gegenteil – eben zu mehr Intransparenz. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Kofinanzierungen, die wir machen, echte Kofinanzierungen sind und dass wir keine sogenannten 100-%-Kofinanzierungen haben. Das ist schon im Wort in sich völlig unschlüssig.

Schließlich müssen wir auch sehen, dass die Kürzung der Zahlungsmittel dazu führen kann, dass wir wieder zu dem Punkt kommen, unbezahlte Rechnungen zu haben. Denn wir haben über 25 Mrd. EUR Lücken zwischen den Zahlungsverpflichtungen und den Zahlungsmitteln. Das ist viel zu viel.

Gérard Deprez, *au nom du groupe ALDE.* – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, j'adresse, avant tout, mes félicitations à nos deux collègues rapporteurs, M. Geier et M. Tarand. Cela dit, je tiens à expliquer brièvement les raisons pour lesquelles le groupe ALDE apportera avec conviction son appui au projet de budget de l'Union européenne pour 2017.

Nous estimons en effet que le projet qui nous est soumis propose des améliorations budgétaires significatives pour relever les grands défis auxquels l'Union européenne doit faire face et qui sont autant d'objectifs nécessaires.

Il est nécessaire de relancer la croissance et l'investissement, en particulier en renforçant le soutien à Horizon 2020, au mécanisme pour l'interconnexion en Europe et au programme COSME, qui est stratégique pour les PME.

Il est nécessaire de soutenir les producteurs laitiers, victimes de la baisse des prix et de l'embargo russe.

Il est nécessaire d'adresser un message positif à la jeunesse européenne en soutenant résolument la prolongation de l'initiative pour l'emploi des jeunes et en augmentant les moyens d'Erasmus +.

Il est nécessaire de faire face avec efficacité et humanité à la crise migratoire. C'est pourquoi nous soutenons avec conviction le renforcement des moyens du Fonds AMIF et la création de l'instrument visant à fournir une aide humanitaire d'urgence au sein même de l'Union.

Il est nécessaire d'assurer un meilleur contrôle des frontières extérieures de l'Union. C'est pourquoi nous soutenons le renforcement des moyens de l'Agence européenne de garde-frontières et de garde-côtes.

Il est nécessaire d'intervenir davantage pour traiter les causes fondamentales des flux migratoires et stabiliser durablement les régions périphériques en proie à des convulsions violentes.

Enfin, il est nécessaire d'accroître notre vigilance pour prévenir et neutraliser les menaces terroristes. C'est pourquoi nous soutenons le renforcement des moyens attribués au Fonds pour la sécurité intérieure. Nous demandons également de renforcer les moyens humains et matériels mis à la disposition d'Europol. J'estime personnellement que, si nous voulons accroître son efficacité au maximum, pas moins de 90 personnes supplémentaires devraient pouvoir être engagées dans le courant de cette année.

Liadh Ní Riada, *thar ceann an Ghrúpa GUE/NGL.* – A Uachtaráin, mo bhuíochas leis an mbeirt rapóirtéirí chomh maith. Táimíd ag glaoch ar an gComhairle éisteacht leis an méid atá á rá sa teach seo le tamall fada anois. Cé go dtuigimid na dúshláin nua, ní féidir linn neamhaird a thabhairt ar an ngéarghá lenar dtosaíochtaí a neartú; is iad sin cruthú fostaíochta agus fás, infheistíocht phoiblí, tiomantas i dtaobh chuspóirí COP 21 agus aire a thabhairt do na glúine atá romhainn.

Deirtear go minic go bhfuil an Eoraip ag druidim i dtreo atá níos sóisialaí agus níos forchéimnithí. Ach is léir nach bhfuil. Tacaím leis an bplean chun cur le COSME, taighde agus fostaíocht don aos óg. Fós deir an Chomhairle go bhfuil an t-aos óg mar thosaíocht, ach níl aon mhaoiniú curtha ar fáil acu.

Táim ag glaoch ar an gComhairle a seasamh a athrú maidir leis an EMFF a ghearradh. Tá go leor ciorruithe déanta acu ar an EMFF cheana féin, agus tá ár bpobail cois cósta ag fáil bháis agus brostóidh na ciorruithe seo lena mbás. Tuigeann gach éinne anseo gur dhíoladar ár bpobal iascaireachta mar phraghas ar bhallraíocht in AE. Ba cheart é seo a aithint, agus cúram agus tacaíocht a chur ar fáil don earnáil agus do na pobail.

Táim ag glaoch ar an gComhairle na ciorruithe seo a chealú agus gach uirlis gur féidir a úsáid le dul i ngleic leis na riachtanais éagsúla. Ba chóir do na rialtais aitheantas a thabhairt don ghá a bhaineann le hinfheistíocht phoiblí, le cruthú fostaíochta, agus le tacú lenar gcomhlachtaí beaga. Ba chóir don gComhairle dul i ngleic leis na drochimpleachtaí atá agus a bheidh ag an mBreatimeacht. Ba chóir don gComhairle tacú leis an bpróiseas Síochána in Éirinn, agus le Comhaontú Aoine an Chéasta, atá anois faoi bhrú de dheasca an Bhreatimeachta. Is deis é seo dóibh seasamh i ndlúth-pháirtíocht ar son síochána, cobhsaíochta agus forbairt eacnamaíochta.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, anch'io voglio ringraziare i due relatori per il loro lavoro, però devo constatare che a mio avviso, purtroppo, anche quest'anno il bilancio dell'Unione europea è pieno di promesse e buoni propositi, che però non verranno mantenuti, a mio avviso come troppo spesso è accaduto in passato. Non credo e non penso che gli strumenti proposti contro le svariate crisi che oggi l'Unione europea sta affrontando siano risolutivi. Parlo ad esempio dei miliardi di euro che mettiamo a garanzia del fallimentare piano Juncker o delle centinaia di milioni di euro che abbiamo garantito al dittatore Erdogan per un accordo sui migranti che si è rivelato a dir poco inefficiente, per poi non parlare dei costi dell'immensa burocrazia di Bruxelles e del Parlamento europeo che non si vogliono tagliare. Beh, io credo che non sia questo l'approccio corretto da utilizzare nella definizione del bilancio e l'esempio che noi dobbiamo dare ai cittadini europei.

Stanisław Żółtek, *w imieniu grupy ENF*. – Panie Przewodniczący! Gdy ludzie mają wolność, to rodzice mają władzę w swoich rodzinach. Gdy ludzie wiedzą, że ich przyszłość zależy od nich samych, że urzędnicy nie wtrącają się w ich życie, to rozwija się gospodarka, rodzą się dzieci, a kraje stają się bogate i silne. Ale większość posłów, komisarzy i urzędników tego nie zauważa. Wcale nie twierdzę, że są złe intencje – nie, większość chce dobrze. Problem w tym, że ludzie zaraz po wyborze czy mianowaniu doznają olśnienia, nagle są mądrzy i uważają innych za zbyt głupich, by sami mogli o sobie decydować. Dlatego ten ogromny budżet i zwiększanie administracji. Dlatego moje i mojej grupy poprawki zmniejszające budżet są odrzucane. Stąd nakazy, zakazy, stąd demoralizujące programy pomocowe. Z tych programów nie skorzystają uczciwie pracujący, a jedynie cwani. Skorzystają ci, którzy umieją wypełnić papierki i podlizać się władzy. Nie widzimy, że odbieramy ludziom ochotę do pracy. Nie widzimy, że odbieramy ludziom chęć posiadania dzieci. Nie widzimy, że Europa umiera. Za kilka lat nie będzie Unii Europejskiej, tylko państwa islamskie. Ten budżet tak naprawdę to jedynie świadectwo pychy i pogardy dla ciężko pracujących porządnych ludzi, którzy muszą za niego zapłacić.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, μην απορείτε που τα εθνικιστικά κινήματα ενδυναμώνονται χρόνο με τον χρόνο στα περισσότερα κράτη μέλη και σε λίγο δεν θα αποτελούν μόνο κυρίαρχη τάση αλλά κυρίαρχη δύναμη. Η απόδειξη βρίσκεται σήμερα μπροστά σας: ένας προϋπολογισμός που βασίζεται σε αποτυχημένες πολιτικές, όπως αυτές του περίφημου σχεδίου Juncker, τη βίαιη μετεγκατάσταση και αφομοίωση των μεταναστών από χώρες της Ένωσης, την υποταγή στους εκβιασμούς της Τουρκίας και τη χρηματοδότησή της, ώστε να πνίγει ανθρώπινες ψυχές στο Αιγαίο προωθώντας τζιχαντιστές στο ευρωπαϊκό έδαφος, την αναγνώριση των κατοχικών δυνάμεων της Κύπρου ως τουρκοκυπριακής κοινότητας και τις προσλήψεις προσωπικού επ ωφελεία των πολιτικών ομάδων αυτού εδώ του Κοινοβουλίου, ενώ ταυτόχρονα επιβάλλει οριζόντια μείωση 5% στο υπόλοιπο προσωπικό. Είναι ένας προϋπολογισμός καταδικασμένος να αποτύχει και να συμπαρασύρει ολόκληρο το σαθρό οικοδόμημα της Ένωσης. Δυστυχώς, αυτοί που δεινοπαθούν από τις λανθασμένες πολιτικές σας είναι οι απλοί άνθρωποι. Σε αυτούς να πείτε αρχικά ένα μεγάλο συγγνώμη και στη συνέχεια να αποχωρήσετε, για το δικό τους καλό. Από εκεί και πέρα θα αναλάβουν οι εθνικιστές.

Jerzy Buzek (PPE). – Mr President, Madam Vice-President, sometimes we try to answer the question: should we give more funding to new challenges like refugees or terrorism, or to our long-term priorities? But they are not alternatives. We need to focus on both. Long-term strategy will give us tools to better tackle the challenges of today. From the point of the committee I chair, it is first of all competitiveness, growth and jobs. Secondly, innovative digitalised economy and energy security. It means, from the point of view of the budget, COSME for competitive SMEs – very important; Horizon 2020; leadership in technological progress; excellence; and the Connecting Europe Facility, digital progress and secure, affordable and clean energy. And let us underline that they are not just costs; they are our investment in the best future. So from the point of view at least of my committee, three of them are of crucial importance.

Vladimír Maňka (S&D). – Pred štyrmi rokmi nezamestnanosť mladých ľudí v Európe dosiahla strop. Ako socialisti a demokrati sme vtedy naštartovali úspešnú kampaň za záruku zamestnanosti pre mladých ľudí. S cieľom, aby každý mladý človek do štyroch mesiacov od ukončenia školy alebo od straty zamestnania dostal buď možnosť a ponuku zamestnania, alebo domácu alebo zahraničnú stáž, alebo možnosť vyučiť sa v odbore, ktorý je potrebný na trhu práce, alebo pokračovať v ďalšom vzdelávaní.

V mojej krajine, na Slovensku, až 86 % z tých, ktorí sa do neho zapojili, aj po jeho ukončení financovania zostali v zamestnaní a nezamestnanosť mladých sme znížili viac ako o jednu tretinu! V EÚ to boli milióny mladých ľudí, ktorým sme takto pomohli.

Vlani v novembri na zmierovacom konaní k rozpočtu sa nám v spoločnom vyhlásení EP, Rady a Komisie podarilo dosiahnuť dohodu, že Rada podporí pokračovanie projektu, ak sa projekt vyhodnotí a preukáže sa jeho úspešnosť. Telefonoval som vtedy priamo z rokovania, zo zmierovacieho konania môjmu ministrovi práce: „Koľko času potrebujete na vyhodnotenie?“ „Do Vianoc!“, povedal.

Európa to nakoniec vyhodnocovala o 10 mesiacov dlhšie, ako to reálne boli schopné urobiť jednotlivé krajiny. Dnes už máme výsledok vyhodnotenia – potvrdil úspech projektu.

Predseda Komisie Juncker v septembri vo svojom vystúpení vyjadril podporu mladým ľuďom. Ďakujem Vám, pani podpredsedníčka Komisie, že aj Vy sa k veci naozaj staviate veľmi pozitívne a hľadáte cestu, ako to zrealizovať.

Aj Európska rada minulý týždeň podporila posilnenie programov EÚ zameraných na podporu mladých ľudí.

Preto verím, že na zmierovacom konaní aj Rada podporí návrh Európskeho parlamentu a v budúcom roku bude projekt podpory zamestnanosti mladých pokračovať. Veď zamestnanosť je naozaj naša najväčšia priorita.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, this budget rightly prioritises jobs, growth, migration and security, and it will also give valuable help to farmers struggling with the effects of the Russian trade ban. That is both timely, appropriate and welcome. But I voice two concerns. First, while I support this additional expenditure, we do need greater clarity in some of the objectives of some of the programmes, and we certainly need greater reassurance of value for money. Second, we are answerable to the European taxpayers for the way we spend their money. So, rather than using this additional expenditure as a reason to demand a bigger budget, we ought to be maximising the use of flexibility and redeployment.

Jean Arthuis (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, je crois que le budget qu'a mis sur la table la Commission a fait l'objet de propositions de la commission des budgets. Je voudrais saluer le travail remarquable de nos rapporteurs, M. Geier et M. Tarand, que je remercie et félicite.

Cependant, veillons à ne pas chercher à faire promettre au budget ce qu'il n'a pas les moyens d'accomplir. Cela dit, Monsieur le Ministre, vous avez la présidence du Conseil ECOFIN et il ne vous a pas échappé que le projet de budget pour 2017, tel qu'il est présenté, tient compte d'une révision du cadre financier pluriannuel. Il constitue la première tranche de cette révision. Comment se fait-il, alors, que la révision relève d'un autre Conseil, celui des affaires générales?

Je voudrais vous mettre en garde, ainsi que la présidence slovaque, contre un risque, une menace de schizophrénie. Nous avons impérativement besoin de connaître la position du Conseil sur la révision du cadre financier pluriannuel.

Ne nous méprenons pas. Veillons à ce que ce budget soit sincère et que les priorités soient servies par des moyens appropriés. Méfions-nous, car cette galaxie budgétaire ne représente plus rien et est illisible pour nos concitoyens. Cette situation ne peut plus durer, car elle fragilise l'Union européenne.

Monsieur le Ministre, un simulacre de budget serait l'expression d'un simulacre d'Europe. Il convient de nous en préserver.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, como sabemos, Europa se enfrenta a una crisis inmensa de empleo y de inversión, a una crisis humanitaria vergonzosa y a una crisis medioambiental también muy urgente. Una situación que, en nuestra opinión, requiere repensar el modelo de la Europa que queremos. Pero, para eso, hace falta reaccionar y hace falta también aire nuevo. Esa ambición y necesidades hay que plasmarlas al final, también, en el presupuesto de la Unión Europea.

Frente a la propuesta de recorte de un 6,2 % de los compromisos de pago, por parte de la Comisión Europea, el Parlamento propone recortar un 5 %, una propuesta obediente con los poderosos y que solo se atreve a recortar un poquito menos y, además, por desgracia, empeñada en invertir más en «securizar» que en solidaridad y derechos, como estamos viendo en el mar Mediterráneo.

Y esto es también un mensaje para el Consejo Europeo: necesitamos más ambición presupuestaria, nuevas figuras fiscales que fomenten la igualdad y nuevas figuras de inversión que promuevan el empleo y la transición a un modelo más justo para todos los países. La próxima vez, vengamos con la pala de construir y no con la tijera de recortar.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, Parliament wants to reverse cuts to the EU budget and spend even more taxpayers' money on the European Union, but this is not rocket science, this is not like national budgets where cuts mean less money spent on services that actually matter and where austerity means harming the citizens of a country. What we are actually talking about here is victimless cuts. We have a chance to cut nonsense spending. We have proposed savings of three billion euro a year across 33 amendments, not one of which would harm the citizens of Europe one iota.

Scrap the funding for pan-European political parties, scrap the funding for pan-European political foundations. Let us stop sending taxpayers' money to Turkey to help it join the European Union. How about cutting our own pay and expenses here? Let us cut the budget for the ego trip that is the EU Jean Monnet Professors programme, and stop funding the propagandist House of History for which costs are still spiralling out of control and it has not even opened yet. We are proposing victimless cuts here but I am predicting that not one of them is going to pass.

Auke Zijlstra (ENF). – Elk parlement in de wereld heeft ieder jaar wel een opmerking bij de algemene begroting. Afhankelijk van je politieke kleur en je mate van blindheid voor de werkelijkheid heb je een opmerking of twee. Want het resultaat valt tegen, of het is toch niet helemaal wat de bedoeling was, of er is een betere besteding van het geld.

Maar er is één uitzondering in de wereld en dat is het Europees Parlement. Dit Parlement heeft in commissie besloten dat geen enkele uitgave naar beneden kan! Alles is blijkbaar perfect, niets wordt verkeerd besteed. Niet meer aankomen dus!

Dat, voorzitter, is een teken van geestelijke luiheid van een Begrotingscommissie die haar werk niet doet en van de overtuiging dat alles wat de EU doet, welgedaan is. En natuurlijk van een breed gedragen idee in dit Parlement dat belastinggeld gratis is. Voorzitter, dat geld is niet gratis. Gewone mensen moeten daar keihard voor werken… vooraleer het afgepakt wordt.

De EU verspilt geld als water en dat erkennen is een eerste stap. Maar dat is een stap die dit Parlement blijkbaar niet kan zetten.

Diane Dodds (NI). – Mr President, on 23 June the British people voted to leave the European Union. It was a decision that sent shockwaves across the world and should have sprung these institutions into action. Instead, in relation to this budget, it is a signal for just more of the same. Even though this budget will raise spending and reverse cuts, it is not sufficient for some of those in this House today that I have heard call for even more spending. The reality is that it will see hardworking families bear the pain of such decisions. There is no capacity for change. As my colleague Mr Torvalds indicated, it increases spending on administration and agencies and it cuts staff jobs only to create other jobs in new areas.

However, I do find the commitment to provide new funding for victims of terrorism positive. Just for the record of this House, since Mr Torvalds did mention the Titanic in his speech, I come from the constituency and represent the town that actually built the Titanic ship. It was a fine and noble idea to build the largest, most luxurious liner in the world and it was fine when it left Belfast, but it was poor guidance and lack of awareness that saw it hit an iceberg and sink with such disastrous consequences.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhor Presidente, o orçamento do próximo ano tem uma tarefa adicional: restaurar a confiança. E isso implica que se recupere o atraso enorme que existe nos pagamentos, o atraso enorme que existe na execução, melhor dizendo, do quadro financeiro plurianual.

Note-se que o orçamento retificativo n.º 4 devolve aos Estados-Membros 7 300 milhões de euros, mas as autorizações continuam lá e este montante tem de ser devolvido posteriormente ao orçamento da União Europeia. Isto significa que precisamos de flexibilidade, isto significa também que os instrumentos especiais, e o nome «especiais» indica isso, têm de ser contabilizados fora e acima dos tetos do quadro financeiro plurianual.

Este é um entendimento lógico e o entendimento único e possível, o entendimento legal que o Conselho também deveria seguir. Isto para dizer que é evidente que a proposta de orçamento para 2017 implica a revisão do quadro financeiro plurianual. E nós não podemos desperdiçar nem um único euro, nem podemos desperdiçar mais tempo. E não é aceitável que o Conselho neste momento ainda não esteja pronto para iniciar a discussão do quadro financeiro plurianual e a sua revisão, nem esteja pronto para iniciar o trabalho com o Parlamento relativamente à carta retificativa n.º 1, ou seja, para começar com a negociação do Orçamento de 2017.

Nós queremos crescimento, queremos emprego, queremos solidariedade e para tal precisamos de um orçamento que respeite os compromissos que foram assumidos.

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Dear colleague, you mentioned in fact the very important necessity to use the existing flexibility instruments under the current MFF, and I am asking you, do you not think that we should have even looked for a revision of the MFF in order to make the European Parliament priorities more clear?

José Manuel Fernandes (PPE), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Muito obrigado pela pergunta. É evidente que a proposta que temos em cima da mesa, da Comissão, é extremamente positiva. É um ponto de partida importante para a revisão do quadro financeiro plurianual precisamente para procurarmos mais flexibilidade, para podermos cumprir aquilo que o Conselho já aprovou e tantas vezes proclama, para que se tornem efetivas ações concretas para o emprego, para a solidariedade, para que o COSME avance, para que a investigação avance, para ajudar os jovens no seu primeiro emprego, para ajudar as pequenas e médias empresas, os agricultores e para que dos montantes que estavam disponíveis nenhum seja perdido.

Não podemos desperdiçar nem um único euro e para tal precisamos da flexibilidade no quadro financeiro, e para tal precisamos da revisão do quadro financeiro plurianual.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi permetto di ringraziare immediatamente il collega Geier per il lavoro, la commissione e la Commissaria che ci permettono con il loro lavoro, del relatore e della Commissione, di votare domani un buon bilancio che recupera dei fondi su *Horizon 2020* e quindi per le nostre aziende, per le nostre imprese, per le nostre università e gli enti di ricerca, le amministrazioni pubbliche, recupera dei fondi sull'occupazione giovanile, recupera dei fondi, spingendosi ai massimi del bilancio stesso, per il tema dell'immigrazione e dei migranti, recupera, nonostante tutto, i soldi anche per gli aiuti umanitari, la cooperazione e lo sviluppo. Insomma, abbiamo fatto il massimo, hanno fatto il massimo il relatore e la commissione con quello che avevano, con quello che c'era a disposizione. Come abbiamo sentito, come abbiamo visto, comunque, non era sufficiente quello che c'era e le risorse che ci sono.

Stiamo gestendo il quotidiano. Questo è il problema. Rischiamo di gestire il quotidiano e di non avere prospettive, di non avere visione, di non avere scenario. In realtà in quest'Aula, fra la Commissione e il Parlamento, prospettive, scenario e visione ci sono e stanno nell'intenzione di tenere unita la discussione sul bilancio del 2017 con la revisione del quadro finanziario pluriennale. Quindi spingerci fino al 2020. La mia domanda, la domanda che io faccio, è se il Consiglio è pronto, se i capi di Stato e di governo sono pronti ad affrontare insieme a noi non soltanto il quotidiano, ma uno scenario di più ampio respiro. Mi verrebbe da dire che noi non siamo degli amministratori di condominio che devono decidere le spese per il riscaldamento annuale, abbiamo un compito un pochino più alto, stiamo cercando di ristrutturare questo edificio che è l'Europa, dalle fondamenta. Allora, il Consiglio ci sta o non ci sta a fare questo duro lavoro insieme a noi per dare delle prospettive nuove, in particolare alle giovani generazioni?

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Zabierając głos w debacie dotyczącej budżetu na 2017 rok w imieniu polskiej delegacji w ECR chcę poprzeć stanowisko Komisji Budżetowej Parlamentu mówiące o konieczności cofnięcia cięć dokonanych w nim przez Radę, a także postulujące zwiększenie kwoty zobowiązań o ponad cztery miliardy euro i płatności o blisko dwa miliardy euro w stosunku do propozycji Komisji. Naszym zdaniem należy bowiem odbudować środki na programy „Horyzont 2020" i „Łącząc Europę", wcześniej zmniejszone w związku z finansowaniem tak zwanego planu Junckera, przekazać dodatkowe środki powiększające fundusze dla młodzieży, w tym Erasmus+, finansować tworzenie miejsc pracy i wzrostu gospodarczego, wyraźnie zwiększyć środki na działania w dziedzinie migracji, azylu i bezpieczeństwa, wreszcie przeznaczyć dodatkowe fundusze na pakiet środków nadzwyczajnych w sektorze mleczarskim. Popieramy także umieszczenie negocjacji dotyczących budżetu na 2017 rok w kontekście omawianej obecnie rewizji ram finansowych na lata 2014-2020, ponieważ oznacza to debatę budżetową z uwzględnieniem szerszych wyzwań, przed jakimi stoi Unia Europejska.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, estamos em presença mais uma vez de um orçamento que está completamente desfasado da realidade e das reais necessidades da União Europeia.

Numa União Europeia em profunda crise, cada vez mais desigual, persistem os elevados índices de pobreza e de desemprego, temos um orçamento curto, profundamente abalado na sua vertente distributiva e cada vez mais atrelado ao rumo agressivo e militarista da política externa da União Europeia.

Importa, por isso, reforçar este orçamento, mas não chega. É necessário colocar este orçamento ao serviço do desenvolvimento e da coesão social e territorial e reforçar os instrumentos especiais destinados, importa dizê-lo, a remediar os erros da nossa política externa, que estão na origem do embargo russo ou da crise dos refugiados.

Infelizmente esta proposta não aponta neste sentido. Vai antes no sentido da continuidade de orçamentos anteriores, condicionados todos eles por um quadro plurianual curto e ao serviço das políticas neoliberais da União Europeia e da sua deriva securitária.

Petr Mach (EFDD). – Pane předsedající, vážení kolegové, kdybych měl kouzelné sluchátko jako ve známé české pohádce pro děti, tak bych neváhal a volal bych po zrušení drtivé většiny výdajů v rozpočtu Evropské unie, protože je považuji za proplýtvané nebo za zbytečné. Když mluvím se zemědělci, tak říkají: my nechceme dotace, stačí, aby je neměl nikdo, a my budeme ve férové soutěži schopni soutěžit našimi zemědělskými produkty. Proč máme mít regionální dotace? Podívejte se na konkurenční organizaci Evropské sdružení volného obchodu. Jsou to země různé ekonomické úrovně, také mají odlehlé regiony. Myslíte si, že potřebují něco jako regionální, kohezní nebo strukturální dotace? Nepotřebují.

Já jsem si ale vědom toho, že nemám kouzelné tlačítko nebo sluchátko, že v tom hlasování to pravděpodobně většina z vás uvidí jinak, tak naše skupina předkládá alespoň určité minimum, o kterém si myslím, že byste se nad ním aspoň mohli zamyslet. Proč máme dávat peníze na propagaci měnové unie a eura? Každý ví, co je euro a jak se mu daří nebo nedaří. Navrhujeme zrušit tyto výdaje, navrhujeme zrušit výdaje na garance ve Fondu pro strategické investice, firmy se mají samy rozhodovat, zda budou investovat, ne Evropský parlament a tak dále.

Sophie Montel (ENF). – Monsieur le Président, le projet de budget que vous nous soumettez ne manque pas de paradoxes.

Vous souhaitez accroître l'effort en direction de l'emploi des jeunes, mais ce sont précisément vos politiques qui font que la zone euro connaît le plus fort taux de chômage des jeunes au monde.

Vous souhaitez aider le secteur agricole, mais ce sont justement vos politiques, entre fin des quotas laitiers et mise en concurrence effrénée, qui font qu'un agriculteur se suicide tous les deux jours en France.

Vous souhaitez également mettre quelques rustines sur le désastre migratoire que vous avez causé en laissant ouvertes les frontières de l'Europe. On note même que vous poussez le vice jusqu'à prévoir un budget pour l'intégration des migrants quand ceux-ci, nous avait-on dit, n'avaient pas vocation à rester chez nous.

Enfin, l'embryon d'une défense européenne est esquissé. Cependant, cette dernière attaque contre l'élément le plus fondamental de la souveraineté d'un État n'est jamais que le dernier soubresaut d'une institution mourante. L'Union européenne se meurt. Vive la France!

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Indrek Tarand (Verts/ALE), *blue-card question*. – Madam Montel, you said the budget is full of paradoxes. Can you explain me something? You made about 200 amendments to reduce the paradoxes, but as we in the Budget Committee voted for them, you left the Committee. So you didn't care – or do you?

Sophie Montel (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur, la réunion de la commission des budgets, à laquelle j'ai assisté hier, s'est éternisée puisque vous avez cru bon de faire une réunion des coordinateurs en plein vote. Excusez-moi, j'avais des rendez-vous urgents et je n'ai donc pas pu assister au vote sur mes amendements.

Je continuerai toutefois à produire des amendements visant à réduire les dépenses inconséquentes que vous faites dans ce budget.

Petri Sarvamaa (PPE). – Mr President, firstly, I want to thank the rapporteurs for their excellent work and Madam Vice-President for her constructive role. But I will donate my speaking time to the Council.

I have to say in all honesty that the Member States' attitude towards the European Union's budget is unsustainable during the times in which we are living. While the migration crisis, weak economic growth and the unpredictable security situation require concrete action, the Council is acting as if the world had never changed. It wants to cut next year's budget without giving much strategic consideration to our priorities and this simply does not make sense, especially now when money is tighter than ever before.

Budget negotiations should be seen as an opportunity to discuss what the EU really wants to achieve, to think about measurable goals and provide resources to achieve them. Our current situation needs therefore funding and cooperation, particularly in three areas. Jobs and growth cannot be achieved without research, development and innovation funding. The migration crisis is a reality, we simply have to deal with it and solve it. And thirdly defence – we have to start thinking seriously about it now, and the 25 million is just the beginning.

Stanisław Ożóg (ECR). – Panie Przewodniczący! Projekt budżetu, który obejmuje zwiększenie zobowiązań o 2,6% oraz zwiększenie płatności o 1,4% w stosunku do poprzedniego projektu, jest złym rozwiązaniem dla obywateli Unii. Dyscyplina budżetowa, która ma obowiązywać i obowiązuje poszczególne państwa członkowskie, nie obowiązuje w stosunku do budżetu Unii. Pytanie – dlaczego? Dlaczego nie szukamy oszczędności w wydatkach na biurokrację, w bieżących wydatkach na funkcjonowanie dwóch siedzib Parlamentu, agencji Unii Europejskiej, Parlamentu Europejskiego w różnych miejscach, kosztów związanych z różnymi misjami pracowników Parlamentu Europejskiego? Chętnie przyjrzałbym się też dokładniej kosztom reprezentacyjnym przewodniczącego Parlamentu Europejskiego. W kontekście ostatniego sprawozdania Europejskiego Trybunału Obrachunkowego, które mówi o niewłaściwym wydatkowaniu części środków budżetowych, chciałbym wyrazić nadzieję, że w następnych budżetach uwagi ETO będą brane pod uwagę.

Georg Mayer (ENF). – Herr Präsident! Herr Geier hat also genug, hat er uns heute zu Anfang der Debatte wissen lassen. Der Herr Berichterstatter hat genug davon, dass die Mitgliedstaaten immer wieder jammern, wenn sie immer mehr Mittel in den Haushalt der Union stecken sollen.

Herr Geier, wissen Sie, wer genug haben kann? In Europa genug haben können die Menschen, die diese Geldverschwendung hier bezahlen. Genug haben können die Menschen, die täglich ihre Arbeit draußen leisten, Steuern zahlen und das alles bezahlen.

Und Sie wissen es vielleicht nicht, aber in den Budgets der einzelnen Mitgliedstaaten – ich kann da von Österreich sprechen, sowohl im Bundes- als auch im Landesbudget – muss jeder Cent dreimal umgedreht werden, damit überhaupt noch ein Budget zustande kommt. Und Sie erlauben sich hier, nach immer mehr Geld zu fragen in diesem Budget 2017, das den Bedürfnissen der Migration und dem fehlenden Wirtschaftswachstum gerecht werden soll.

Was heißt denn „den Bedürfnissen der Migration"? Ist das die Neuansiedlungspolitik der Kommission, die für jeden Neuangesiedelten, also jeden Flüchtling, 10 000 EUR verspricht? Glauben Sie, dass wir damit das Schlepperwesen bekämpfen werden, Herr Geier?

Fehlendes Wirtschaftswachstum: Warum konzentrieren wir uns nicht auf den Kontinent, anstatt Knebelverträge wie TTIP und Ceta zu verhandeln? Warum tun wir das nicht?

Effiziente Mittelverwendung wäre das richtige Wort. Wir haben von der Geldverschwendung genug.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Jens Geier (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Mayer, kann es sein, dass Sie zu Beginn der Debatte nicht anwesend waren? Ich habe nämlich darauf hingewiesen, dass das Vorgehen der Regierungen der Mitgliedstaaten gegenüber dem Haushalt widersprüchlich ist, dass die Finanzminister argumentieren, wir geben hier zu viel Geld aus, während andere Minister – in Deutschland z. B. der für Entwicklungshilfe, der für Agrarpolitik und einige andere – immer wieder immer mehr von diesem Haushalt verlangen, ohne dass dem die notwendigen Mittel folgen.

Ich glaube, Sie haben eine für Ihre Fraktion typische Herangehensweise gewählt: sich ein Zitat raussuchen, polemisieren, aber nicht zuhören.

Georg Mayer (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Präsident! Mir ist jetzt nicht ganz klar, wo da die Frage war. Ich werde trotzdem versuchen, darauf zu antworten, was Herr Geier hier gesagt hat.

Herr Geier, ich kenne diese Argumentation – von Herrn Schulz, dem Präsidenten, auch von zu Hause –, das kennen wir doch alle. Am Ende bleibt stehen, Herr Geier: Sie und der Rest auf der anderen Seite regen sich darüber auf, dass diese Union zu wenig Mittel hat.

Wo ist Effizienz? Jeder Mitgliedstaat muss effizient mit den Mitteln handeln, muss ökonomisch mit den Mitteln handeln, die die Menschen zur Verfügung stellen. Man denkt hier nicht einmal daran – in diesem Haus und auch nicht im Rahmen der Kommission. Ich wiederhole: Zehntausend Euro Neuansiedlung für jeden, der sich in Europa ansiedelt, statt dass man das Problem von der richtigen Seite aufzöge.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, σε μια εποχή που πραγματικά επικρατεί ο λαϊκισμός και ο μηδενισμός, ακόμα και για την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση, οφείλουμε να αποδώσουμε τα εύσημα και τα συγχαρητήρια στους δύο εισηγητές και στην αντιπρόεδρο της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, την κυρία Georgieva, για την πραγματικά εξαίρετη εργασία, αλλά και σκληρή προσπάθεια ώστε ο προϋπολογισμός να καταστεί προϋπολογισμός της ανάπτυξης, προϋπολογισμός της απασχόλησης. Όλοι εμείς, και το αποδείξαμε στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται στις νέες θέσεις εργασίας, στους νέους ανθρώπους, στις δράσεις εκείνες που έχουν να κάνουν με την έρευνα, με την καινοτομία, που πραγματικά φέρνουν την Ευρώπη πιο μπροστά. Θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται σε μια πιο κοινωνική και πιο ανθρώπινη Ευρώπη. Θέλουμε επίσης να υπάρξει, κυρία Αντιπρόεδρε, μια πραγματική εκστρατεία και μια δυνατή προσπάθεια για να καταργήσουμε τη γραφειοκρατία. Η γραφειοκρατία αυτή τη στιγμή πλήττει και τον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά πλήττει ιδιαίτερα τους πολίτες, τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και το ίδιο το σύστημα. Χάνονται πάρα πολλά εκατομμύρια στον βωμό της γραφειοκρατίας, όπως χάνονται και οι ελπίδες και τα όνειρα πολλών ανθρώπων. Αυτή η Ευρωπαϊκή Ένωση, που πολλοί από πρωίας μέχρι νυκτός την κατηγορούν, είναι αυτή που εφάρμοσε το επαναστατικό μέτρο της κάρτας των νέων για το Interail. Και εγώ πιστεύω ότι μπορεί να προχωρήσει ακόμη ένα βήμα πιο μπροστά και να εφαρμόσει την κάρτα για free Wi-Fi, με την οποία θα μπορούν οι νέοι να απολαμβάνουν και αυτό το δικαίωμα. Θέλω να τονίσω ότι για τις μικρές και απομονωμένες χώρες και τις απομονωμένες περιοχές που βρίσκονται σε δυσμενή και μειονεκτική θέση έναντι όλων των άλλων χωρών, όπως είναι η πατρίδα μου η Κύπρος, πρέπει να υπάρχει ειδική πρόνοια, ειδική στήριξη και ειδική ενίσχυση γιατί πραγματικά και οι επιχειρήσεις τους και οι άνθρωποι, αλλά και οι ίδιες οι χώρες μειονεκτούν έναντι άλλων οι οποίες βρίσκονται σε πιο κεντρικά σημεία.

Στηρίζω την προσπάθεια αυτή του προϋπολογισμού, γιατί ανταποκρίνεται στις ελπίδες και στα όνειρα, ιδιαίτερα των νέων ανθρώπων, γιατί υπήρξε αύξηση για την απασχόληση των νέων, για τις δράσεις των νέων, για το Erasmus+, για τον κόσμο και για όλα αυτά που πραγματικά δίνουν ώθηση σε έναν προϋπολογισμό ανάπτυξης και απασχόλησης, σ' έναν προϋπολογισμό για την κοινωνική και την ανθρώπινη Ευρώπη.

Sander Loones (ECR). – Een begroting is een samenvatting van politieke keuzes. Wanneer ik naar deze begroting kijk, dan zie ik dat 2,7 procent besteed wordt aan veiligheid en burgerschap en 6,2 procent aan Europa en de wereld. Samen is dat nog geen 9 procent. Nog geen 9 procent van de totale Europese begroting gaat naar thema's die precies de prioriteit van vandaag en morgen zouden moeten zijn!

Hoe pakken we de veiligheidscrisis aan? Hoe zorgen we ervoor dat we de migratiecrisis onder controle krijgen? Hoe zorgen we ervoor dat de mensen zich weer beschermd weten en voelen in deze Europese Unie? Ik stel vast dat daar maar weinig Europese centen naar gaan, in elk geval niet voldoende. Ik wil dit Parlement dan ook oproepen om zich meer te concentreren op de prioriteiten die echt belangrijk zijn en waarmee wij echt het verschil kunnen maken. Helaas stel ik vast dat het hier vaak, of toch soms, ontbreekt aan de wil en de kracht om te kiezen voor verandering.

Lambert van Nistelrooij (PPE). – Mr President, Mr Vice-President of the Commission, Minister: let me make one point. You brought back the backlog from EUR 25 billion to some EUR 3.9 billion now. That is an enormous success, but my reflection today is that solving is one thing, but prevention is another. This is what brought us in the Committee on Regional Development (REGI) to an initiative to look deeper now, because now we have the first results of the partnership agreements and the new programme and we can see exactly what will happen in 2018, 2019 and 2020. We cannot go back to the Member States and say that they have to pay more money in later years. Now you are getting money back from the decommitments, and the net payers book in this money. So getting interest from our citizens needs a sustainable approach, and that is why a resolution is now being prepared in the Committee on Regional Development which will be brought to the plenary at the end of this year or the beginning next year. I would like to invite the Commissioner to come and debate in depth what is really happening. It is a late start, but the programmes will be there and the bills will be there. I thank you very much if you want to accept this invitation for this investment policy – one third of the EU budget: cohesion.

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für das Paket bedanken, das wir geschnürt haben, das in unsere Zukunft doch – glaube ich – wieder Optimismus bringt.

Das, was die Europäische Union braucht, ist wieder Vertrauen, Hoffnung und Strategien, die uns vorwärts bringen. Natürlich ist der Punkt Wachstum und Beschäftigung für uns vordringlich. Wenn man nimmt, dass wir jetzt mit 10,6 Mrd. EUR für Forschung und Innovation das Programm Horizon 2020 in den Mittelpunkt gestellt haben, sehen wir, dass wir ja derzeit die reale Welt in der virtuellen Welt spiegeln. Hier ist es notwendig, dass die nächste Generation mit *coding* und den Algorithmen und neuen Möglichkeiten umgehen lernt. Aus dieser Sicht begrüße ich sehr, dass hier ein absoluter Schwerpunkt gesetzt wurde.

Genauso wie beim Programm Erasmus+, wo es uns gelungen ist, das *Erasmus for Young Entrepreneurs*, also für Selbständigkeit, für kleine und mittlere Betriebe, jetzt nicht nur in Europa anzuwenden, sondern über die Grenzen Europas hinauszugehen – in die Wachstumsgebiete –, damit unsere Jugend lernen kann, wie man Arbeitsplätze schafft, wie man dementsprechend auch Wachstum generiert.

Der letzte und wichtigste Punkt für mich ist eigentlich: *Connecting Europe Facility*. Wir brauchen ganz einfach die 5G-Vorbereitung bis 2018. Wir brauchen den *fibre rollout*, und wir brauchen eine Frequenzharmonisierung.

Das kann mit diesem Budget passieren. Ich gratuliere der slowakischen Präsidentschaft, wenn sie mit uns in die Verhandlungen tritt. Wir gemeinsam gestalten die Zukunft.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Catherine Stihler (S&D), *blue-card question*. – I just wanted to ask Mr Rübig, as he mentioned the importance of coding and digital skills, how important that is for our citizens? I wonder if he would like to expand about the importance of EU code week that happened last week and how many of us in this Chamber took part in that, promoting digital skills and coding skills, the skills of just now and for our future?

Paul Rübig (PPE), *blue-card answer*. – Yes, thank you Mrs Stihler, I think that is exactly what we want – the coding week – but we have to do more in this area. So in this package which we have now on the table, we also have the science / media app, and I think we should come together with the young people and learn together with them – with young journalists, with opinion leaders, how to get the right framework for the next future. I think it should start immediately, and I thank you very much for supporting this activity.

Pytania z sali

Patricija Šulin (PPE). – Imamo predlog proračuna, ki kljub omejenim sredstvom uravnoteženo pokriva vse politične prioritete in zagotavlja sinergije med različnimi področji. Prva so naložbe za delovna mesta preko EFSI, ki že daje prve dobre rezultate, in preko pobude za zaposlovanje mladih.

Druga je soočanje z migrantsko krizo in zagotavljanje varnosti, denimo 7,5 milijonov evrov dodatnega financiranja za Europol in 25 milijonov evrov vredni pilotni projekt za izboljšanje raziskovalnih zmogljivosti na področju obrambe in sodelovanje med članicami. Gre za pomemben projekt s sinergijskimi učinki na področju obrambe in raziskav.

In kot tretje več sredstev za znanje v Obzorju 2020. Da bo Evropska unija dolgoročno inovativna in konkurenčna. Imamo torej predlog proračuna za izzive sedanjosti in prihodnosti. Gre za to, da obnovimo zaupanje v ljudi.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, o orçamento de 2017 acomoda, através da carta retificativa da Comissão Europeia, um orçamento suplementar para um pacote de ajudas ao sector leiteiro na Europa. É um pequeno passo no sentido de reequilibrar o mercado do leite, mas não podemos ficar-nos pelos paliativos.

Os produtores de leite sofreram um abaixamento do preço até níveis junto do limiar dos custos de produção, o que foi exacerbado pelo fim das quotas leiteiras e pelo embargo russo.

São urgentes medidas eficazes para prevenir e mitigar a crescente volatilidade dos preços do sector leiteiro e que permitam aos produtores garantir a viabilidade das produções, com o pagamento de um preço justamente remuneratório da atividade.

Agir sobre esta matéria é tão mais importante se queremos evitar corromper a base do tecido social e económico em zonas rurais, como as zonas de montanha e a região ultraperiférica dos Açores, com uma presença dominante da produção do leite e onde escasseiam atividades económicas alternativas.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, είναι βέβαιο ότι ο προϋπολογισμός της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017 πρέπει να ανταποκρίνεται στις ανάγκες της οικονομικής και της προσφυγικής κρίσης. Πρακτικά, ο προϋπολογισμός προβλέπει πιστώσεις ύψους 1,5 δισεκατομμυρίων ευρώ για την πρωτοβουλία για την απασχόληση των νέων και πιστώσεις ύψους 5,2 δισεκατομμυρίων ευρώ για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Όμως, κυρία Georgieva, το ξέρετε και εσείς, τα προβλήματα είναι ανυπέρβλητα και τα ποσά αυτά είναι ψίχουλα μπροστά στις πραγματικές ανάγκες που υπάρχουν.

Πάρτε, για παράδειγμα, την προσφυγική κρίση. Έχουμε τεράστιες προσφυγικές πιέσεις. Πάρτε, για παράδειγμα, την Ελλάδα. Υπάρχουν πάνω από 60.000 εγκλωβισμένοι πρόσφυγες και παράνομοι μετανάστες στην Ελλάδα. Η Ελλάδα ως κράτος έχει δαπανήσει μέχρι στιγμής 2,5 δισεκατομμύρια ευρώ. Τα ποσά που δίνει η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν φτάνουν. Πρέπει να υπάρξει αύξηση των κονδυλίων.

Πάρτε το θέμα της ανάπτυξης και της ανεργίας, τα θέματα του Νότου. Η απασχόληση πρέπει να ενισχυθεί. Υπάρχουν στρατιές ανέργων σε όλο τον ευρωπαϊκό Νότο και στην Ελλάδα. Αντιλαμβάνεστε ότι πρέπει να υπάρξει αύξηση κονδυλίων και, ιδίως, πρέπει να υπάρξει αλλαγή στρατηγικής, να σταματήσει η πολιτική της λιτότητας και, κυρίως, να σταματήσει αυτή η βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente, señor Ministro. Sinceramente, dudo de si prefiero el silencio ausente del Consejo en el debate sobre el marco financiero al no a casi todo que usted nos traslada.

Como decía la señora Georgieva, el marco financiero plurianual y el presupuesto de 2017 deben avanzar en paralelo y como buenas líneas paralelas deben acabar convergiendo. Pero no en el infinito, este año, dentro de un mes. 156 000 millones en la lectura del Consejo, 162 000 en la lectura del Parlamento. 6 000 millones de euros. Menos del 0,1 % del gasto público total europeo (Unión Europea y Estados miembros). Menos del 0,1 %.

¿Están ustedes convencidos de que la situación económica actual, la crisis de refugiados, la seguridad, el cumplimiento de los objetivos, el cambio climático o la Estrategia Europea de 2020 no merecen este 0,1 %? ¿Realmente piensan ustedes esto? ¿No necesitan este 0,1 %? Desde luego, necesitan esto y bastante más, pero al menos esto con toda seguridad.

Con la propuesta del Parlamento Europeo estamos en el mínimo aceptable, y no vamos a renunciar a ello. Hay que recuperar Horizonte 2020 y COSME y el MEC. Hay que dar continuidad a la Iniciativa de Empelo Juvenil. El presupuesto de 2017 tiene que ser el primero de la nueva esperanza europea, no la confirmación de una frustración acumulada durante años.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, it is pleasant to hear general approval for what has been proposed here for the 2017 budget and rightly so, I think, especially homing in on areas that will make a big difference to people's lives and promote jobs and growth, such as the Connecting Europe Facility, Erasmus+, Horizon 2020, which is vital of course, Cosme and indeed also, as mentioned just recently, coding and digital skills. I joined those hosting CoderDojo, a group of young people volunteering around Europe who are developing those necessary skills and that obviously is something that is going to be hugely beneficial as we become more digitised as a society.

One other point I would make though. All the good work that the European Union does is often not recognised where it matters most: among citizens. So maybe if we had a line there to counteract populism and promote what the European Union is actually doing, so that citizens will get the real picture and appreciate it, this would be a good idea.

President. – Thank you for this interesting proposal.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il bilancio 2017 deve riflettere e sostenere priorità quali il rilancio degli investimenti, in particolare per l'innovazione, la crescita e l'occupazione, perseguendo le riforme strutturali necessarie per modernizzare l'economia europea, conducendo politiche responsabili, incrementando la competitività e promuovendo la crescita delle piccole e medie imprese. L'Unione si confronta oggi con emergenze e sfide non prevedibili al momento dell'elaborazione del quadro finanziario pluriennale 2014-2020. Vanno assicurati, dunque, stanziamenti supplementari. Il bilancio 2017 deve soddisfare, per esempio, il fabbisogno legato alla sfida migratoria e alla lenta crescita dell'economia dovuta alla crisi economica. È preoccupante il persistere di elevati livelli di disoccupazione giovanile, per la quale vanno elaborate risposte efficaci e concrete ed è solo un primo passo l'aumento della dotazione dell'iniziativa per l'occupazione giovanile, IOG, al fine di consentire il proseguimento e l'accelerazione dell'iniziativa stessa.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam povjerenicu i predstavnike Vijeća. Predložene promjene u europskom proračunu za 2017. godinu itekako su dobre i zaista pokazuju da proračun može biti i mora biti fleksibilan i na tome čestitam Vama povjerenice, jer ste uspjeli unatoč vrlo ograničenim resursima staviti ipak i pokazati koliko možemo odgovoriti na izazove koji nas očekuju u 2017. godini.

U prvi plan je stavljena sigurnost, želi se postići značajno ubrzanje ulaganja u sprječavanje uzroka migrantske krize i upravo zbog toga su plaćanja povećana čak za 25,1 %. Isto tako povećani su iznosi, čuli smo i od kolega za Erasmus+, COSME, za novi Europski fond za strateška ulaganja, što je naravno važno za poticanje konkurentnosti, zapošljavanje mladih i sve ostalo.

Mene osobno, a i mnoge kolege koji su danas govorili, zabrinjava predloženo smanjenje plaćanja od 23,5 % za kohezijsku politiku. S tim se nikako ne možemo pomiriti. To su projekti u koje moramo ulagati odmah i moramo učiniti sve da se ubrza njihova provedba u praksi jer oni garantiraju zapošljavanje, rast i razvoj.

(Koniec pytań z sali)

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, allow me to make four points in closure from the side of the Commission. First, what I heard is broadly support for the priorities of the budget and clarity that we do need to stick to priorities to use money where it would matter the most. I can pledge that this is exactly what we intend to do.

Secondly, a concern expressed – and actually it came with the very last speaker as well – that what we see in budget 2017 in terms of speed of implementation of the new programmes is not going to be a satisfactory outcome unless actions are taken early. I agree very much that prevention is better than cure – much better to act early. I would be happy to come and engage in a debate. I can tell you that in the Commission we are spending quite a lot of time to see what more we can do to unleash the implementation of some programmes, working with Member States. We are very keen to see that especially those programmes where there is direct likely impact on jobs and growth are given a strong focus.

Thirdly, we are very mindful of the necessity to demonstrate impact and results. There was a mention of 86% of people getting into and staying in jobs in Slovakia. That is exactly what we concentrate on, and this is what the whole point of the budget focus on results is, and that is certainly having a transformative impact in the way we work.

Last but not least, we are very open to be critical of how we work, and this is why the focus on, for example, revision of the financial regulation, simplification, cutting red tape, making the budget more transparent – this is why we are so engaged with that. We are also constantly working on modernising the administration. For example, we carried out the synergies and efficiencies review that allowed us to identify over 600 posts in the Commission that, with a better organisation of work, can be then dedicated to top priorities and still meet our goal of 5% staff reduction completed by 2017.

Of course – sorry, I've run over time. I will stop right here with the hope that we will be able to deliver budget 2017 as scheduled on 16 November or 17 November in the morning at the latest.

President. – No deadline for you, Madam Commissioner, never. Thank you very much indeed.

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, thank you, honourable Members of the European Parliament, for all the comments made. I will try to quickly take at least some of them. First of all, I will say a few words on the treatment of the mid-term review or revision of the multiannual financial framework in the context of the negotiations related to the annual budget procedure.

First of all, I would like to stress that the multiannual financial framework on the one hand, and the annual budget procedure of the EU on the other hand, are governed by different Treaty articles, establishing notably different decision-making processes. The Council is fully aware that, pursuant to Article 312 of the Treaty, the consent of Parliament is required before any modification of the MFF regulation.

Concerning the review or revision of the MFF, the Council is diligently examining the various Commission proposals, and as far as the annual budgetary procedure is concerned – this being the file I am tasked to conduct – the Council is currently examining, besides the amendments of Parliament to the position of the Council, amending letter No 1 to the draft budget for 2017, adopted by the Commission last week. The Council will certainly have a position on all these various elements during the forthcoming conciliation procedure. The Council is aware that Parliament wishes to reach an agreement on the review or revision of the MFF before concluding the negotiations on the draft budget for 2017, and the Council is for keeping these two procedures separate. We should avoid any linkages that could render timely agreement of the draft budget for 2017 more difficult.

The second point I would like to make is on the amending letter. This was only presented by the Commission on Monday 17 October. The Council preparatory bodies are currently analysing the proposal in detail, but at the current stage there is no political agreement on it. The Presidency will endeavour to get a position on this letter of amendment before the first conciliation meeting with Parliament. Having analysed the mood of Member States on the letter of amendment, it is very likely that the Council will strongly distinguish between its regular components on the one hand, which address, for instance, Heading 2, and on the other hand, top-ups for 2017. These can be materialised only once we have a deal on the MFF mid-term review or revision.

The Council is of the view that we cannot prejudge the outcome of the MFF mid-term review or revision, and thus top-ups stemming from MFF revision could be addressed through a draft amending budget once there is a legal basis for additional appropriations.

By way of conclusion – I am running out of time – we have been listening carefully to the arguments raised during this debate, and I will inform my colleagues in the Council accordingly. The debate has certainly helped clarify the European Parliament's position and the issues that are the most important to you.

The Council will do its utmost in order to engage in fruitful negotiations, allowing us to come to an agreement on the 2017 Budget and all open budgetary questions within the deadlines foreseen by the Treaty.

Finally, let me stress that for the Council, the 2017 EU budget negotiations and the mid-term review or revision of the MFF are two different exercises which should be dealt with separately. As far as the mid-term review or revision of the MFF is concerned, the negotiations in the Council are held by the General Affairs Council.

Jens Geier, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Ich bedanke mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die hier auf konstruktive Weise über den Haushalt der Europäischen Union mitdiskutiert haben. Ich bedanke mich vor allen Dingen bei den Kolleginnen und Kollegen, die die Herangehensweise, die ich als Generalberichterstatter gewählt habe, unterstützt haben.

Ich will auf einen Punkt zurückkommen, der, glaube ich, in der Debatte eine etwas zu geringe Rolle gespielt hat. Die Kollegen aus dem außenpolitischen Ausschuss bzw. aus dem Ausschuss für Entwicklung haben es angesprochen, und ich will noch einmal darauf zurückkommen.

Eine Priorität kam in der Debatte ein bisschen zu kurz. Das ist die Frage: Wie bekämpfen wir die Flüchtlingskrise? Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich den Abänderungsvorschlag, den die Kommission gemacht hat. Frau Georgieva, ich glaube, dass dieser Abänderungsvorschlag sehr viele positive Ansätze enthält und dass wichtige Instrumente der Außen- und der Entwicklungspolitik verstärkt worden sind.

Aber ich will hier noch einmal ganz deutlich sagen: Was nicht geht, ist, dass zwei wichtige Instrumente der Außen- und Entwicklungspolitik der EU durch diesen Abänderungsvorschlag vernachlässig werden. Das Eine, was uns besonders am Herzen liegt, ist das UN-Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser. Also: Wir haben da eine deutliche Verstärkung gefordert; der Abänderungsvorschlag der Kommission berücksichtigt das nicht.

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Situation der palästinensischen Flüchtlinge in ihren Camps ebenfalls im Blick haben, denn wenn die Kinder dort nicht mehr beschult werden können, werden diese Menschen die Perspektive verlieren und werden sich in Richtung Europa aufmachen. Das ist eine Situation, die wir vermeiden möchten. Deswegen ist eine Stärkung von UNRWA unserer Meinung nach unerlässlich. Das gilt vergleichsweise dann auch für die humanitäre Hilfe.

Also: Sie sind als Kommissarin damit dafür auch verantwortlich. Ich weiß, dass Ihnen das am Herzen liegt. Ich mache mir große Sorgen, dass, wenn wir die Mittel für die humanitäre Hilfe der EU auf die ohnehin vorhandene Notreserve beschränken, wir uns dann in der humanitären Hilfe eigentlich ein wichtiges Instrument abschneiden. Hier wird das Europäische Parlament sicherlich nicht nachlassen, seine Forderung zu unterstützen. Wir sind bereit für die Verhandlungen. Lassen Sie uns reden!

Indrek Tarand, *rapporteur.* – Mr President, thanks to everyone who has been participating in this debate which has perhaps been very critical and that is why I would like to conclude with two more optimistic remarks.

First of all, I would like to congratulate the Slovak Presidency, which has taken a huge step towards understanding the complicated nexus between revision of the MFF and the 2017 budget. A week ago we were not that far advanced; now we are. Of course I agree that these are parallel processes but each railway has two parallel rails, otherwise the train cannot be driven on them.

Secondly, there is some good news I read in the Politico newspaper, where they say the parliament budgetary authorities are doing the right thing: hitting former Commissioners where it hurts, in the pocketbook. I am sorry, really, that it took so long and the involvement of bigwigs like Barroso and others to take us that far because I have for more than two years now been dealing with Mr Kallas's breaches – minor breaches – of the code of conduct: being a former Commisioner, being a special advisor to Commissioner Dombrovskis and being the lobbyist of a software company – all simultaneously. Of course, who would know better than he, because he was proud of presenting the transparent lobby register many years ago and, as an author, he obviously knows where the loopholes, the dark shades and all those areas are.

That is why I am absolutely confident that putting this money to reserve encourages the Commission, and Vice-President Georgieva is definitely made of different material from the above-mentioned. But you should look at it like the space programme. There are hundreds of useless satellites travelling around the Earth, many of them not functioning, many of them not taking signals anymore. So let us bring them down. That is the aim of a budget.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Bas Belder (ECR), *schriftelijk*. – De EU-begroting wordt in 2017 opnieuw hoger dan in voorgaande jaren. Dit keer stijgt ze met 4,4 %. De instellingen beroepen zich daarbij op nieuwe prioriteiten, waaronder de economie die moet worden aangezwengeld met overheidsuitgaven, listig getypeerd als investeringen. Daarnaast komt de migratiecrisis, die begrijpelijkerwijs voldoende middelen vergt. Prioriteitstelling leidt echter toch niet automatisch tot een hogere begroting? Ligt het niet in de rede niet-prioritaire uitgaven te verminderen? De Europese Rekenkamer pleitte voor deze thematische concentratie. Daarvan vinden we bitter weinig terug in de begroting.

De Europese Commissie heeft, net als de meeste EU-instellingen, werk gemaakt van de afgesproken personeelsreductie van 1 % per jaar. Het Europees Parlement doet alsof het zich daaraan houdt, maar maakt een uitzondering voor verschillende personeelscategorieën die groeien in omvang. Dat de stijging van de begroting met 3,4 % wordt verbloemd door versluierend taalgebruik in de resolutie, geeft geen fraai beeld van de wijze waarop de meerderheid denkt dit te kunnen verpakken. Dergelijke trucs wekken helaas de indruk dat de EU-instellingen weinig bereid zijn tot hervormingen waar burgers zich in herkennen. Iets waar de Britten het afgelopen jaar ongetwijfeld ook tegenop zijn gelopen. De Unie moet niet het beeld bevestigen dat zij onhervormbaar is, wil zij berekend zijn op de toekomst.

Arne Lietz (S&D), *schriftlich*. – Ich freue mich, dass im Haushalt für das Jahr 2017 das Budget für Humanitäre Hilfe sowie für Migration erhöht worden ist. Als besonders gut bewerte ich, dass insgesamt 4 % der Mittel in der Humanitären Hilfe bereits im Jahr 2016 in Bildung in den Krisenregionen und Flüchtlingscamps geflossen sind. Das war einst eine Forderung der europäischen S&D-Fraktion, die wir aufrechterhalten. Nur so können wir einer verlorenen Generation vorbeugen, die ansonsten keine Aussicht auf eine Ausbildung und Arbeit hat. Bildung ist der Schlüssel gegen Radikalisierung.

Deswegen fordere ich, dass die 4 % im Jahr 2017 mindestens eingehalten und erhöht werden. Darüber hinaus fordere ich die Mitgliedstaaten auf, sich unverzüglich erneut dem Ziel zu verpflichten, 0,7 % des BNE für die öffentliche Entwicklungshilfe bereitzustellen und einen Zeitplan vorzulegen, wie die Mittel stufenweise aufgestockt werden können, damit spätestens 2030 die 0,7 % erreicht werden.

Wenn wir Mittel für Entwicklungszusammenarbeit schnell und effizient einsetzen und dabei bestehende langfristige Programme nicht aushöhlen, tragen wir maßgeblich zur Reduzierung der Armut in den am wenigsten entwickelten Ländern bei. Das Geld darf natürlich nicht in die Hände der Diktatoren fließen, sondern muss Krankenhäusern, Schulen und Nichtregierungsorganisationen vor Ort zugutekommen.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Revizuirea cadrului financiar multianual nu trebuie să pună în pericol credibilitatea Uniunii Europene și trebuie să asigure echilibrul necesar între realizarea priorităților politice pe termen lung ale Uniunii și răspunsul la noile provocări. Consider că bugetul Uniunii trebuie să găsească și modalități pentru a finanța inițiative noi, fără a afecta programele în curs. Anumite proiecte pilot în domeniile cercetării și ale politicii de securitate și apărare comune au nevoie de fonduri suplimentare.

Este nevoie de o finanțare sustenabilă pentru implementarea politicii spațiale europene și punerea în folosință a sateliților Galileo și Copernicus, pentru a putea furniza servicii în cel mai scurt timp. Este, de asemenea, nevoie să se ia pe deplin în considerare analiza Comisiei privind demararea proiectelor pilot referitoare la tehnologiile spațiale inovatoare (deorbitare și materiale inovative în sectorul spațial) și fezabilitatea unei întreprinderi comune în domeniul spațial. Această nouă întreprindere comună ar contribui la dezvoltarea unor tehnologii revoluționare pentru următoarele generații de sateliți, precum și a infrastructurii satelitare în general, și, prin urmare, la o conturare clară a viitoarei strategii spațiale europene.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Bugetul UE trebuie să fie mai flexibil, pentru a putea să răspundă prompt la provocări precum șomajul ridicat în rândul tinerilor, criza refugiaților, terorismul sau criza din agricultură. Din fericire, fondul de coeziune nu este afectat și, implicit, nici fondurile europene disponibile României. Singura condiție este ca România să și acceseze acești bani, întrucât, deocamdată, autoritățile naționale bat pasul pe loc, ceea ce are consecințe grave asupra economiei noastre. Sunt bucuros că, în cadru bugetului pe anul viitor, sunt de asemenea prevăzute 3 milioane de Euro pentru două proiecte pilot, pe care le-am inițiat, ce vizează dezvoltarea sectorului digital și modernizarea industriei: *Digital Hubs Network* și *Digital Transformation of European Industry*. Sectorul digital reprezintă principalul pilon pentru dezvoltarea economică viitoare a UE, dar și a României. Proiectele inițiate de mine au rolul de a sprijini acest domeniu și cred că pot duce la eficientizarea industriei europene, precum și la dezvoltarea start-up-urilor și hub-urilor digitale. În ciuda potențialului ridicat în acest sector, România, dar și Europa de Est în general se află într-un decalaj față de vestul Europei care poate fi redus prin implementarea acestor proiecte.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – De afgelopen weken tekenden meer dan 62 000 mensen de petitie "EU: Don't invest in weapons" tegen subsidies voor een Europees militair onderzoeksprogramma, de zogenaamde voorbereidende actie inzake defensieonderzoek. De Europese groenen zullen morgen tijdens de stemming over de begroting 2017 inderdaad stemmen tegen geld voor dit programma. Welke projecten gesubsidieerd zullen worden is onbekend. Wie de eigendomsrechten zal krijgen is eveneens ongeweten. Deze cruciale beslissingen zullen pas genomen worden wanneer het Europees Parlement zijn fiat heeft gegeven. Bovendien leiden subsidies voor de wapenindustrie niet tot meer veiligheid. De Europese lidstaten stonden in de periode 2014-2015 volgens cijfers van SIPRI in voor 28 procent van alle wapenexport ter wereld. Deze wapens houden bloedige conflicten in stand in landen zoals Jemen en Syrië en zorgen wereldwijd voor onveiligheid. Ik roep de collega's dan ook op tegen dit subsidieprogramma voor de wapenindustrie te stemmen en dus vóór de amendementen 974 en 975 van item 02 04 77 03.

14. Delegierte Rechtsakte und Durchführungsmaßnahmen (Artikel 105 Absatz 6 und Artikel 106 Absatz 4 Buchstabe d GO): siehe Protokoll

15. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest sprawozdanie sporządzone przez Alfreda Santa w imieniu Komisji Gospodarczej i Monetarnej w sprawie europejskiego semestru na rzecz koordynacji polityki gospodarczej: realizacja priorytetów na rok 2016 (2016/2102(INI)) (A8-0309/2016).

Alfred Sant, *rapporteur*. – Mr President, may I start by thanking the shadow rapporteurs, assistants and all staff involved in the preparation of this draft report for the very good work. Even when they disagreed with the compromises reached, they all made extremely valid contributions to the work at hand.

The draft report presents the latest reflection on the state of European economies from the perspective of the European Commission's recommendations to Member States on how to run their national economic systems so as to deliver growth and stability. During the last two years, the Commission streamlined its recommendations in parts by making them leaner and more focused. The change in approach was commendable. The aim here has been to follow up on it by concentrating on a few themes rather than to stretch over the whole width of policy concerns that the European semester covers. For, with a few exceptions, the state of the European economy still remains less than satisfactory. While growth has now emerged, it remains uneven and sluggish, even as doubts persist about European competitiveness. While unemployment is retreating overall and new jobs are being created, the situation on the jobs market remains bleak, not least for young people. While the pessimism about the future that was prevalent a few years ago has

retreated, investment still is at historically low levels. The draft report considers this last concern as critical to the situation that we face.

No matter what policies are adopted, if the investment that is generated remains insufficient, economic performance will lag on all fronts. For this reason we have concentrated in this report on investment issues. It is true that on many areas of economic management, we have among us divergent views, but at the level of a desire to encourage greater investment in Europe, we all share a commitment to make this happen. The situation as of now is that there is a very significant shortfall in investment, both public and private, compared to what were used to in the not so distant past. To be sure, this investments debt is not happening just in Europe, but across the capitalist world. Still, it is of interest to us all to reflect about what can be done to reverse the trend.

Now personally I acknowledge the intellectual validity of arguments made by those who believe that current European governance structures, especially at the level of the eurozone, are sub-optimal. In and of themselves they serve to inhibit investment. So long as they prevail it is illusory to believe that significant long-term investment can be generated, so such arguments go. Nevertheless, the reality is that with the same existing governance structures, the European system has succeeded in the past to generate much higher levels of investment than at present. There is every reason, therefore, to seek to attain at least those past investment levels since experience shows they are attainable.

We have therefore sought to highlight those Commission recommendations, as well as the Commission's own initiatives, that focus on investment issues; there are quite a number. Naturally, within the boundary conditions for our discussions, these issues have to be framed coherently, with adherence to the rules of the Stability and Growth Pact, such as budgetary discipline, implemented with the appropriate flexibility that the same rules allow. Meanwhile, the need for ongoing structural reforms has to be underlined, on the understanding that such reforms must be sustainable and socially fair.

Beyond these considerations the need remains to show support for all growth-centred proposals that will increase the propensity to invest across the Union as a whole. Among others there are: proposals relating to access to equity and bank lending; to research and innovation; to education and training; to the promotion of SMEs; to EFSI and other funds that mobilise capital for new investment with a renewed structure aiming for a complete regional outreach of such funding; and on such lines also, the concept of green investment with environmental protection at its core.

However, one cannot avoid making a remark that has become almost ritualistic in Parliament reports on the Commission's country-specific recommendations, which is that these recommendations will remain less than effective if governments and stakeholders in the respective national economies do not feel committed to them – if they do not own them as the jargon goes. On this point, the draft report emphasises that in order to arrive at such a sense of ownership, sub-national and regional authorities should be brought fully into the process by which country-specific recommendations are envisaged. On the ground, these bodies are now responsible for 60% of public investment proposals. They also have an extensive interface with private investment across a wide range of economic sectors. I will surely be most interested, Mr President, to hear the views of all colleagues on the challenge of using investment that Europe faces.

Sofia Ribeiro, *relatora de parecer da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais*. – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente da Comissão, caros colegas, este Parlamento tem vindo a defender sucessivamente o primado social no processo do Semestre Europeu.

O processo de coordenação das políticas orçamentais e económicas da União deve colocar a economia ao serviço dos cidadãos, pelo que é assim extremamente importante que tenhamos introduzido no painel de avaliação macroeconómica três novos indicadores no domínio do emprego.

Mas fomos ainda mais longe, defendendo que estes indicadores estejam em pé de igualdade com os indicadores económicos existentes, garantindo que os desequilíbrios internos sejam mais bem avaliados e aumentando a eficácia das reformas estruturais.

Todo este processo deve visar a criação de emprego e a prosperidade das populações norteando-se pela necessária responsabilidade orçamental que garanta a sustentabilidade da Europa social, não colocando em risco as gerações mais jovens num processo de boa governação económica orientada para o crescimento, o que é incompatível com a aplicação de sanções a Portugal e Espanha que põem em causa a sua capacidade de investimento.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Mr President, thank you very much for holding this debate. I want to begin by reiterating the importance of the European Semester. It is indeed the framework within which we are coordinating our economic and fiscal policies.

The challenges are clear and you have identified them in your report: a deteriorating international environment, the legacy of the crisis, with high levels of debt and unemployment, and diverging economic and social performances amongst Member States.

An economically strong Europe is first of all a Europe that invests in infrastructure, in innovation, but of course, above all, in its people. The Council is now examining the proposal to extend the European Fund for Strategic Investments (EFSI), to agree promptly on its position in light of the evaluation expected next month.

It is a Europe that embraces the digital age to ensure that our industries are seizing the new opportunities of the digital world. It is also, of course, a Europe that is designed to meet the aspirations of its young generation. Therefore the Presidency intends to present the Council conclusions on youth employment in December, following the Commission Communication on the Youth Guarantee and Youth Employment Initiative.

Furthermore, I should mention other areas that are key, like the need to match the current needs of labour markets for a suitable set of skills and of course we are striving to ensure the rebuilding of trust in the future of the economic and monetary union. It is needless to stress, as the rapporteur has mentioned, that stability comes, of course, from respect for fiscal rules.

A lot can be achieved at European Union level, but what matters at the end of the day is the delivery by Member States. I want to underscore that the implementation of the country-specific recommendations is therefore critical. Like you, I fully support efforts to ensure greater national ownership, including the Commission's engagement with capitals to create a shared understanding of the challenges facing Member States.

The Council discussions at political level on the implementation of recommendations are very important in that respect. But it is through the involvement of a broad range of stakeholders that we can truly strengthen ownership. To that effect, discussions with national parliaments and today's debate are all essential contributions to build a common vision of a Europe that delivers hope and prosperity.

It is obvious that the reforms called for by the country-specific recommendations are substantial ones. They cannot be achieved in one year, even under the best economic conditions. But what matters is that all the stakeholders, as I have mentioned, are committed to these reforms so that they can yield long-term benefits.

Finally, I would like to recall that the revamp of the Semester introduced last year was also aimed at facilitating the implementation of the recommendations, for instance by focusing on a limited number of key priority areas. The early publication of country reports also allows for more comprehensive discussions at national level.

So I would end on a positive note by commending the Commission for this.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Mr Sant, the shadow rapporteurs and the rapporteurs from the committees for their engagement and dedication on this comprehensive report. The Commission welcomes this constructive contribution to the European Semester.

Democratic debate is an important element of the European Semester and today's debate is very timely as we will soon launch the next Semester and set out the economic policy priorities for the year ahead. The Commission shares many of the findings and concerns mentioned in the report. Indeed the recovery in the EU and the euro area is still fragile and large divergences persist across Member States. Our autumn forecast, coming at the beginning of November, will provide a detailed update of the economic situation and outlook. It is clear that the EU needs stronger and more inclusive growth. To achieve this we have to progress with our three policy priorities: boosting investment, continuing structural reforms and pursuing responsible fiscal policies. These three policy priorities will again be at the heart of the Annual Growth Survey which will be presented by mid-November.

Now I will come briefly to the topics of the three priorities. First, on investment, we fully agree that a resurge of investment is crucial to support the economic recovery and reap the EU's full growth potential. Despite low interest rates and ample liquidity, investment in Europe remains subdued. In that context, the Commission's investment plan provides a most needed boost for Europe's capacity to invest in future prosperity.

The projects so far approved for financing under the European Fund for Strategic Investment are expected to have mobilised around EUR 138 billion across 27 EU Member States. The Commission proposes to extend the duration of the Fund and to increase the financial capacity to at least half a trillion euro in investments by 2020. This would provide the necessary certainty to promoters and thus continued mobilisation of strategic investment. The Commission is also working to improve the overall investment environment, but it cannot succeed in this alone. All Member States must deliver on their side by stepping up their efforts to remove national obstacles to investment, as also stated in your report.

The Member States should improve their business and investment environment in areas like insolvency, public procurement, judicial systems and the efficiency of public administration or sector-specific regulations. These priorities are well reflected in the 2016 country reports and the subsequent country-specific recommendations (CSRs). The Commission shares your assessment that further measures are needed to increase financing opportunities for businesses and to reduce the levels of non-performing loans. The latter weigh on banks' earnings and their ability to finance new investment projects. The Commission is set to present a proposal on business restructuring and second chance, key elements of an appropriate insolvency framework.

I welcome your encouragement to address employment and social challenges and count on your support in delivering on these objectives. Structural reforms are essential to sustain the recovery and boost long-term growth. Economic change and reforms are not detrimental for our welfare: the opposite is true. Yet we need to pay attention not only to the benefits of reforms, but also the distribution of their impact across society. Increasing fairness and addressing inequalities is important, as significant employment and social challenges remain in spite of recent welcome improvements.

Let me recall that employment in the EU has increased; since its lowest level in mid-2013, almost 8 million people found jobs with 4.5 million in the euro area. The EU employment rate for those aged 20 to 64 years is now at about 71% – back to its 2008 level – but there are still very large disparities among Member States like Greece. In Greece it stands at 56% versus Sweden where it is 81%. Unemployment in the EU is at the lowest rate since March 2009 and stays at 8.6% with 1.6 million fewer unemployed people in the EU compared to the same time last year. Long-term unemployment and youth unemployment also continue to decrease.

Nevertheless, in August 2016, more than 4.2 million young people were unemployed and there were around 10 million long-term unemployed (unemployed for more than one year). While we are far from the Europe 2020 target of lifting at least 20 million people out of poverty or social exclusion by 2020, the number of people at risk of poverty or social exclusion is falling to the level of 2008 where we started off. Only last year, 3.5 million people came out of poverty.

Against this background, we emphasise the balance between flexibility and security in labour markets and we encourage the Member States to modernise their social safety nets and give a stronger role to activation measures. And we believe we need to go further. This is why we have launched a broad consultation on the European Pillar of Social Rights aimed at screening our *acquis* to see how we can modernise our labour market and social security systems and make sure that there are not only better opportunities for job creation but also better support for citizens.

A third element of our policy triangle is responsible fiscal policies, balancing the need to avoid pro-cyclicality on the one hand and reduce public debt on the other. The EU's average government deficit is forecast to continue decreasing this year and next. It is expected to stand at 2.1% of GDP in 2016 compared with 2.4% last year. The EU's average public debt to GDP ratio is forecast to stabilise at around 86% of GDP in the EU this year and to start to decline gradually in 2017. Here I am referring to the spring economic forecast; as I said, the autumn economic forecast will be available in the first half of November. At the same time, when the economic cycle is taken into account, the fiscal stance in the EU is considered to be slightly expansionary: the right balance between keeping public finances healthy, while also recognising the subdued economic context.

The Commission values your support for the changes and improvements introduced in the European Semester since 2015. We have streamlined and simplified it, improved its democratic accountability and strengthened its social dimension.

We now present country reports much earlier than in the past, allowing a substantial discussion with the Member States. Fewer country-specific recommendations compared to the past result from better prioritisation on areas that require urgent attention. Social priorities, including two issues linked to unemployment and social inclusion, now occupy a greater place. The same is true for education and its links with the labour market. We now publish country-specific recommendations for the euro area at the same time as the Annual Growth Survey, allowing all euro area countries to develop a common understanding of the key macroeconomic challenges.

We have strengthened the dialogue with the Member States, the European Parliament, national parliaments and social partners. Personally, I systematically visit Member States and engage in discussions with all key actors at the national level and my colleagues do the same.

But even if the Semester has been improved over the past years, the degree of implementation of CSRs remains low. In the spring we found that the Member States made 'limited to some progress' in addressing the issues identified in the CSRs issued in 2015. And this progress varied across policy fields: most significant progress was observed in the areas of financial services and actual labour market policies, while definitely much more was expected to ensure a business and employment-friendly environment. In order to support a stronger reform implementation, the Commission's Structural Reform Support Service stands ready to provide technical support upon request from a Member State. Our proposal for the Structural Reform Support Programme is now being discussed in the European Parliament. I trust in your support to bring it swiftly into place and make it available to all Member States in need.

The report we are discussing today also touches upon the Stability and Growth Pact and the 'flexibility' contained in its rules. The Commission will continue to use the 'flexibility' built into the Pact. This means, for example, taking into account the budgetary impact of the exceptional inflow of refugees or exceptional security needs. Let me also stress that a number of Member States benefit already from the 'flexibility' granted in relation to the implementation of major structural reforms and investment. The Commission will continue to apply these provisions where the conditions are fulfilled. However, all Member States should pursue responsible fiscal policies, in compliance with the Stability and Growth Pact, putting public finances on a sustainable track and addressing the still high public debt in many Member States.

All Member States could still step up efforts to achieve a more growth-friendly composition of public finances: make their tax systems fairer, more transparent and effective in providing incentives for job creation, and also ensure that the money is spent in the most effective way. The high tax wedge on labour should be addressed as it weighs on labour costs and reduces the net take-home pay for employees. Your report also points to this issue. Euro area Member States have submitted their draft budgetary plans as planned, by mid-October. The Commission is now analysing these plans and will come up with an assessment as required by the regulation.

We will table a comprehensive policy package in November. I am confident that it will provide an answer to many of your concerns. We will publish the Annual Growth Survey accompanied by a Draft Joint Employment Report and the Euro Area Recommendations. Under the macroeconomic imbalances procedure we will publish the Alert Mechanism Report. It will identify the Member States for an in-depth review in the context of the country reports.

Finally, as announced in President Juncker's State of the Union speech in March 2017, in time for the 60th anniversary of the Treaty of Rome, the Commission will set out a vision for the long term on how to strengthen and reform our economic and monetary union. You will, of course, be continuously involved in the European Semester, as will the national parliaments.

Catherine Stihler, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Internal Market and Consumer Protection*. – Mr President, thank you to our rapporteur, who mentioned the issues around investment and training, in particular digital skills, and then to the Council, who were saying about implementation. In particular I hope that will also involve infringement proceedings against Member States that do not implement rules that they have already signed up to.

I want to concentrate my time on the importance of the single market, critical to our economic success and therefore critical to European semester process. And why does this matter? Because we create one set of rules that covers 28 countries, that covers 500 million people. One set of rules, 28 countries, 500 million people, and that could be as diverse from public procurement to standardisation to mutual recognition of qualifications, to just mention a few issues. And why is that important? It is important to business because it creates certainty, and it is important to consumers because it guarantees quality. And that is why I find myself as a UK politician representing Scotland, it is such a tragedy at the moment that my country, the United Kingdom, could see itself pull itself out of the single market, a single market that it developed and shaped and helped to produce. And in Scotland alone – let me finish – the single market, our access to the single market guarantees 80 000 jobs in Scotland. 80 000 jobs are reliant on our access to the single market. That is why the single market matters. It matters to citizens to make it better, fairer and effective for all.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *autor projektu opinii Komisji Kultury i Edukacji*. – Panie Przewodniczący! Mamy bez wątpienia duży kłopot – ponad cztery miliony młodych ludzi bez pracy, wiele wiele milionów mających pracę tylko tymczasową i jeszcze wielu wielu więcej, którzy mają pracę niesatysfakcjonującą. Ale pojawienie się instrumentu na rzecz młodzieży cieszy. Cieszy dlatego, że jeżeli widzimy problem, to będziemy go w stanie rozwiązać. Chcę także podziękować za uwzględnienie opinii Komisji Kultury w tej debacie, bo to pokazuje, że elementy edukacji, elementy związane z kreatywnością rynku są po prostu zauważane, dostrzegane i nie są lekceważone. Czego nam potrzeba? Po pierwsze środków ułatwiających młodym ludziom start zawodowy, a także praktyki. Należy zwiększyć poziom finansowania, także takich programów jak Erasmus+. Trzeba także podnieść atrakcyjność programów i studiów w zakresie nauk ścisłych, technologii, inżynierii, matematyki, czyli wszystko to, co buduje szanse na większy, lepszy rozwój gospodarczy Europy.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Herr Ratspräsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Worum geht es denn beim Europäischen Semester? Es geht doch ganz banal – um das mal so zu sagen – darum, frühzeitig zu erkennen, ob es in den Mitgliedstaaten Fehlentwicklungen gibt, die dauerhaft dazu führen könnten, dass Staaten nicht mehr in der Lage sind, ihre Aufgaben selbst zu erfüllen. Deswegen bin ich der Kommission sehr dankbar, dass sie im Rahmen der länderspezifischen Empfehlungen das aufgegriffen hat, was wir auch als Parlament gefordert haben, nämlich eine Fokussierung auf wirklich wenige Punkte, und die aber auch deutlich anzusprechen.

Ich will mich ausdrücklich bei unserem Berichterstatter, dem Kollegen Sant, bedanken, der auch diese Idee mit aufgegriffen hat, zu fokussieren auf das, was wirklich im Rahmen des Semesterprozesses erreicht werden kann, und das auch zu tun.

Für uns als EVP-Fraktion ist der Dreiklang wichtig, Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit zu erreichen. Ich halte das für existenziell, wenn wir dauerhaft Beschäftigung nicht nur für junge Menschen, sondern für alle Menschen in der Europäischen Union schaffen wollen. Es geht darum, ein Umfeld zu schaffen, das Investitionen auslöst.

Ich bin sehr dankbar, Herr Vizepräsident, dass Sie nochmal darauf hingewiesen haben: Die Europäische Zentralbank hat ihre Aufgabe erfüllt. Aber in einer Reihe von Mitgliedstaaten ist eben noch nicht alles erfüllt, damit die niedrigen Zinsen der Notenbank auch als niedrige Zinsen in die Realwirtschaft fließen, um damit auch Investitionen auszulösen und Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Das lösen wir nicht dadurch, dass die öffentliche Hand alleine mehr Investitionen schafft. Und deswegen, Herr Kollege Sant, ist der Doppelklang private und öffentliche Investitionen wichtig, nicht nur öffentliche Investitionen.

Drittens ist es für uns als EVP wichtig, eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu führen, was das Kernelement des Europäischen Semesters ist. Und dabei gilt es, sich an den Starken zu messen und nicht an den Schwachen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő úr! Ön egyébként joggal szorgalmazza a tagállamok közötti gazdaságpolitikai együttműködést, de mi lehet annak a mágikus oka, hogy a legfontosabb egyik politika, az adópolitika tekintetében az Európai Unió nem képes előrébb lépni? Itt végül is egy olyan versenytorzító elemet hagyunk a rendszerben, ami tulajdonképpen ennek az egész Európai szemeszternek is majdhogynem az értelmét érinti. Magyarul: lát-e Ön esélyt arra, hogy adóharmonizáció tekintetében előrébb lépjünk?

Markus Ferber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich komme aus einem Mitgliedsland, wo Sie offene Türen einrennen, wenn es darum geht, bei der Steuerpolitik weitere Fortschritte zu erzielen, dass die Steuerschlupflöcher, die wir in einer Reihe von Mitgliedstaaten in Europa haben, auch gestopft werden. Insofern ist das ein Prozess, den wir sehr begrüßen. Wir werden ja als nächsten Tagesordnungspunkt auch das Thema einheitliche Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer haben, wo die Kommission ihre Beschlüsse von heute vorstellt.

Ich habe selber sowohl in den beiden TAXE-Ausschüssen als auch jetzt im Untersuchungsausschuss zu Panama genau diese Dinge mit vorangetrieben. Ich sehe nur nicht den Sachzusammenhang zum Europäischen Semester.

Sergio Gutiérrez Prieto, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Comisario, señores del Consejo, antes de intervenir en este debate he repasado las notas del año pasado, del mismo debate, sobre las recomendaciones específicas por país. Y, con ligeras diferencias, uno tiene la sensación de ser el protagonista de la película de Bill Murray *Atrapado en el tiempo* porque, con matices, de un año a otro, seguimos viviendo en la misma realidad en la que viven millones de ciudadanos: una recuperación que sigue siendo frágil, que sigue siendo lenta, que no llega a la inmensa mayoría de los ciudadanos, que perdura y hace que perduren las desigualdades a lo largo y ancho de la Unión Europea, especialmente en la zona euro.

Y esto se debe a que el Semestre Europeo tiene que consistir en algo más que en coordinar una lista de buenos deseos, de cosas que tendremos que implementar. Tiene que ser verdaderamente un conjunto de medidas que apliquemos con rapidez, con contundencia y con eficacia y, además, de manera justa porque, al final, el mayor problema que hemos detectado y llevamos detectando en este Parlamento Europeo es la desigualdad, que es además la causa común de casi todos los males que analizamos desde las instituciones europeas: del populismo, del euroescepticismo, incluso del proteccionismo —que hoy está aumentando en la Unión Europea en el rechazo, por ejemplo, de los acuerdos comerciales —, de las desigualdades que producen miedo, las desigualdades que producen parálisis y las desigualdades que producen eurofobia.

Y, por lo tanto, tenemos que hacer muchas más cosas de las que están en manos de los Estados miembros, fundamentalmente en lo que se refiere a tres aspectos: reducir las desigualdades mejorando la calidad del empleo, no solo creando empleos, sino mejorando la calidad, fundamentalmente los salarios.

Vivimos en un momento en el que además estamos viendo que el crecimiento proveniente de las exportaciones puede ralentizarse en los próximos tiempos. Y, por eso, no es una cuestión de justicia social, sino también de eficiencia económica, aumentar los salarios para mejorar la demanda interna y para aumentar la recuperación.

Necesitamos también una fiscalidad más justa que, como digo, grave no solo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital y redistribuya más la riqueza, por cierto, combatiendo también la pobreza.

Y por eso volvemos a decir hoy a los Estados miembros que es imprescindible que fijen ya una renta mínima a nivel de los Estados miembros para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en riesgo de exclusión social. Luchando contra la pobreza, luchando contra las desigualdades, haremos un mejor semestre económico, porque no solo estaremos aumentando la recuperación sino que haremos que esta sea más justa y más decente.

Joachim Starbatty, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Die Eurozone ist der Raum mit der geringsten Wachstumsrate und der höchsten Arbeitslosigkeit. Das ist das zentrale Problem, und wir haben das ja auch mit Herrn Sant diskutiert. Herr Sant war ein sehr fairer und offener Berichterstatter. Aber es gab einen zentralen Konflikt, den er selbst benannt hat. Nämlich, dass die Eurozone ein suboptimaler Währungsraum ist, oder wie ich es ausdrücke: Der Euro treibt die Mitglieder der Eurozone auseinander. In einigen Ländern ist der Euro überbewertet, in anderen ist er unterbewertet. In den unterbewerteten Ländern wird der Export subventioniert. In den Ländern mit überbewerteter Währung wird er besteuert. Es ist klar, dass hier nichts Ordentliches dabei herauskommen kann.

Es ist notwendig, dass wir ihn abwerten oder aufwerten müssten. Das geht aber nicht, stattdessen muss der Arbeitsmarkt für einen Ausgleich sorgen. Der Arbeitsmarkt ist das härteste Anpassungsinstrument, das wir kennen. Deswegen müssen wir zu einer anderen Politik übergehen. Wir müssen nicht mehr versuchen, die Eurozone zu retten, sondern Länder zu retten. Was ist dazu notwendig? Die Länder, die kein Wachstum haben, keine Beschäftigung haben, sollten aus der Währungsunion ausscheiden. Wir brauchen einen Schuldenschnitt, und wir brauchen eine Anschubfinanzierung.

Ich bin froh, dass die GUE-Fraktion einen entsprechenden Änderungsantrag – Änderungsantrag 19 – gemacht hat. Ich bin gespannt, wer aus diesem Hause diesem Änderungsantrag zustimmen wird. Ich frage bei der PPE-Fraktion nach, die ja doch für Wirtschaft und Freiheit sind, ob sie das unterstützt. Oder bei der ALDE-Fraktion. Ich bin gespannt, wer in diesem Hause morgen diesem Änderungsantrag der GUE-Fraktion zustimmen wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Marco Valli (EFDD), *Domanda «cartellino blu»*. – Signor Presidente, ringrazio il professor Starbatty per la sua spiegazione, che mi sembra molto autorevole, e volevo chiedergli – visto che lui è anche un esponente tedesco e quindi molto onesto intellettualmente a non difendere l'Unione economica monetaria – se a questo punto non conviene, piuttosto che andare verso un'integrazione molto difficile che continua a presentare gli stessi problemi, concordare insieme una disgregazione prima che avvenga in modo disordinato, grazie.

Joachim Starbatty (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Valli, Sie haben ja selbst Anträge eingereicht, die genau beschreiben, wo das Problem der Eurozone liegt. Wenn man einfach so weitermacht und nicht den Tatsachen ins Auge sieht, dann wird das Ende der Eurozone schlimm sein. Man muss darauf vorbereitet sein – wie Sie das auch in Ihren Anträgen gemacht haben – die Eurozone geordnet zu sortieren, um eben Europa und die Währungsunion langfristig zu stabilisieren. Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Ramon Tremosa i Balcells, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, in my Group we see with increasing preoccupation how the European Semester sinks into irrelevance. Our attitude as a European Chamber is not helping. We believe that this report is too inconcrete and too general – with nice words, yes, but nothing else. Today, the European Semester is complied with just as much as the OECD recommendations, which are morally voluntary.

The European Semester's rate of success at fully implementing recommended reforms is only 6%, an embarrassingly low figure. Moreover, the report refuses to signal what problems each Member State has. Without name and shame, or name and price, Member States will not react and will care even less about our reports. As long as the European Semester is not reformulated to be more specific, doing real country-by-country analyses, these reports have no point and do not give added value to the EU.

This is why, while agreeing with some of the nice words referred to above, my Group abstained in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) vote two weeks ago. For the vote of tomorrow I have recommended that my Group abstain again. However, as many amendments of my Group have not been included and considered in the compromises, some members of my Group will vote against this report.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señor Presidente, son tiempos de paradojas en los que muchos quieren convencernos de una cosa y de su contraria: que es posible defender los derechos laborales mientras se precariza el empleo; que se está a favor de los servicios públicos cuando se aplican recortes; que se puede ser oposición y a la vez valedor de los gobiernos y las políticas de austeridad.

Su grupo, el Grupo Socialdemócrata, lleva tiempo bailando sobre estas contradicciones, pero no es posible reformar lo irreformable, vestir de un halo de legitimidad a las normas antidemocráticas de la gobernanza europea.

Una jaula de hierro que culpa a los países periféricos de sus problemas económicos, forzándoles a empobrecer a su propia población, mientras eximen al marco europeo, y su enorme concentración de recursos en los países del centro, de cualquier responsabilidad en la actual crisis.

Un mecanismo al servicio de los capitales nacionales europeos, pues la degradación de los derechos laborales en cualquier país se extiende rápidamente de un lado al otro del continente, forzando a los trabajadores a competir entre ellos.

Las actuales políticas de austeridad amenazan no solo a la Unión Europea, sino a la propia democracia, y para salir de ellas son necesarias la cooperación y la armonización de los derechos sociales entre los distintos países europeos. Es eso seguramente. Estamos de acuerdo con el ponente. Donde diferimos es en que eso sea posible dentro de la gobernanza europea. Ese chantaje permanente por el que mi país, España, se arriesga a perder fondos europeos necesarios para su desarrollo.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE.* – Señor Presidente, lo primero, dar las gracias al señor Sant, ponente del informe. Lo más grave de todo el proceso del Semestre Europeo creo que es, en estos momentos, la falta de democratización, lo que explica en parte sus pobres resultados. Yo creo que tenemos un problema gravísimo y necesitamos asociar más a los Parlamentos nacionales y, evidentemente, asociar más a los agentes sociales, si no, esto será siempre visto como una imposición con resultados muy pobres. Los resultados están en aquellos países donde ha habido un memorándum y se ha forzado a hacer reformas absolutamente demenciales. Pero el Semestre Europeo evidentemente tiene un nivel de cumplimiento relativamente bajo. Primer problema.

Segundo problema. El enfoque de la política económica de los últimos años ha sido totalmente equivocado. De la tríada que siempre se nos presenta: inversión, reformas estructurales y consolidación fiscal, hemos tenido en los últimos años una consolidación fiscal a unos niveles suicidas. Solamente se ha rebajado ahora al final por las políticas del Banco Central Europeo. Se trata de unas reformas devaluativas que han tenido además un altísimo coste social y una inversión totalmente inexistente.

Creo que aquí el informe sí acierta en decir que necesitamos poner el foco en la inversión porque la ratio de inversión por PIB, que cayó muchísimo entre 2008 y 2013, solo ha remontado ligeramente a partir del año 2014, pero seguimos a unos niveles aún muy bajos: en la Unión Europea un 2,6 %, inferior a los niveles previos a la crisis. Y el FEIE no ha sido una respuesta a eso. Por lo tanto, yo creo que aquí, evidentemente, hay que hacer una llamada a aumentar la inversión pública a aquellos países con un amplio superávit comercial: que impulsen su demanda interna. El informe eso dice, y yo me alegro, y también una cosa muy importante, que es que tenemos que hacer un cálculo agregado de toda la zona del euro, de cuál es la situación fiscal de toda la zona del euro, no de los países uno por uno. Creo que eso es extremadamente importante. Hay que invertir en educación, capital humano, innovación e I+D, porque si la única estrategia de competitividad de la zona del euro es competir por salarios bajos, esto es un auténtico desastre.

Yo quiero aquí señalar que es muy importante defender la negociación colectiva y las rentas mínimas, y parar de una vez la competencia salarial a la baja —como señala también el informe—. Y simplemente me añado a lo que dijo el mismo Presidente del Banco Central Europeo: «Es momento de subir los salarios en la Unión Europea». Creo que eso debería quedar claro.

Y finalmente, la última cosa que quiero señalar es que en el informe no se ha recogido ninguna de las enmiendas que mi Grupo había presentado en relación con los indicadores medioambientales del Semestre que esta Cámara ha votado, y me gustaría hacer un llamamiento a que mañana esas enmiendas sean votadas favorablemente, porque esos indicadores son extremadamente importantes.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto, approfitto della presenza della Commissione e del Commissario per chiedergli cosa stanno aspettando a far rispettare le regole europee per quanto riguarda il surplus commerciale, visto che nell'Unione, in questa relazione anche è sancito, ci sono degli squilibri dovuti all'Unione economica e monetaria che non è completa. Questi squilibri generano un surplus commerciale eccessivo, sanzionato ed evidenziato anche dalle relazioni del Fondo Monetario e OCSE. Ecco, la Germania e Olanda hanno ripetutamente violato queste regole, però voi continuate a essere forti coi paesi deboli: blocchiamo i fondi a Spagna e Portogallo, rompiamo le scatole all'Italia, invece la Germania e l'Olanda continuano a fare questa distorsione.

In più, anche per quanto riguarda il deficit, se andiamo a vedere c'è il Presidente Juncker che va a dire che la Francia è la Francia e quindi può fare quello che vuole con le regole. Quindi le regole non funzionano, come non funziona il semestre. E posso capire la posizione dei tedeschi come Ferber, il collega che si è occupato con me della relazione, che sono a favore dell'austerità, a favore del patto di stabilità e crescita, ma non posso proprio capire come mai i socialisti sono ancora a favore di quello che c'è scritto in questa relazione, perché sempre il solito mantra da due anni a questa parte: più rigore, più austerità, più riforme, liberalizzazioni dei servizi, del mercato del lavoro, investimenti privati, svalutazioni dei salari, proteste.

Ma voi avete preso i voti per cambiare questo dogma relativo al patto di stabilità e crescita, avete preso i voti per fare una cosa, invece avete governanti come Renzi, in Italia, che vanno in giro a dire che vogliono cambiare le regole, poi c'è lo infilano in Costituzione nel 2012 sostenendo il pareggio di bilancio. Ulteriore riforma costituzionale adesso nel 2016 ancora i vincoli europei rimarcati in Costituzione. Ma cosa volete cambiare? Siete voi una cosa unica con questo progetto europeo che se non metterà al centro la discussione sull'euro e sugli squilibri, come ha detto Stiglitz, naufragherà e naufragherà purtroppo non ordinatamente. Bisogna mettersi d'accordo per trovare una soluzione per farlo in modo ordinato, altrimenti sarà un bel problema per tutti.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Die Botschaften, die aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung gekommen sind, sind aus meiner Sicht klar: Wir unterstützen die Prioritäten, die die Europäische Kommission diesem Europäischen Semester 2016 gegeben hat. Und wir betonen, dass die Koordinierung der Haushaltspolitiken in Europa besser funktionieren muss. Wir erinnern daran, dass dies der eigentliche Kern des Europäischen Semesters ist, und dass dieser Kern auch darüber entscheidet, wie glaubwürdig Europa Wirtschaftspolitik betreibt. Wir stellen auch klar, dass mehr Koordinierung nicht weniger Verantwortung bedeutet.

Die nationale Verantwortung der Mitgliedstaaten ist und bleibt ein Schlüssel in der europäischen Bewältigung der Wirtschaftskrise. Kontrolle und Eigenverantwortung gehören untrennbar zusammen. Wer aktuell mehr Europäisierung in der Fiskalpolitik einfordert, begibt sich in einen Konflikt mit dem Souveränitätsanspruch der Mitgliedstaaten. Das ist die Realität. Das ist die Realität unserer geltenden europäischen Verträge, und folglich gilt es, das bestehende System zu stärken, nämlich das System der Eigenverantwortung und der Kontrolle.

Das Europäische Semester muss hier zukünftig eine wichtigere Rolle spielen. Wir kritisieren seit langem, dass die Bindewirkung des Europäischen Semesters fehlt. Der neue Zyklus dieses Semesters beginnt nun bald. Als EVP-Fraktion setzen wir darauf, dass die Europäische Kommission die Instrumente, die sie zur Hand hat, auch konsistent und konsequent anwendet.

Ja! Europa befindet sich in nicht einfachen wirtschaftlichen Zeiten. Doch bringen uns weder Ablenkungsmanöver noch Verzögerungstaktiken weiter.

Wir müssen deswegen die Herausforderungen genau benennen, selbst wenn dies auch häufig eine unangenehme Aufgabe ist. Und wir müssen die Probleme bei der Wurzel angehen. Denn nur dann haben wir die Möglichkeit, sie am Ende auch dauerhaft zu lösen. Dafür plädiere ich: für die nun anstehende unabhängige Evaluierung der Haushaltspläne der Mitgliedstaaten.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente da Comissão, o relatório do nosso colega Alfred Sant tem razão no essencial. O investimento na Europa está aquém do necessário para um crescimento sustentável e inclusivo. É tempo de a política monetária do Banco Central Europeu ser acompanhada por uma política orçamental mais favorável ao crescimento.

Há neste relatório três mensagens que o Parlamento Europeu dirige a Comissão. A primeira é que a Comissão deve utilizar ao máximo a flexibilidade permitida pelas regras do euro. A segunda é que temos de reforçar o Plano Juncker, mas também garantir que ele beneficia as regiões menos desenvolvidas, em vez de agravar as divergências na Europa. E a terceira é que a Comissão deve ter em conta a posição deste Parlamento quando decidir sobre a suspensão dos fundos para Portugal e para Espanha.

Ora, a maioria deste Parlamento já se manifestou de forma clara contra essa suspensão que seria injusta, contraditória e contraproducente. No caso de Portugal, os fundos europeus são hoje responsáveis por 78 % do investimento público. Suspender os fundos é, por isso, suspender o crescimento. Seria uma injustiça, mas seria, além disso, um grave erro contra a economia e contra o projeto europeu.

Νότης Μαριάς (ECR). –Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με τη δέσμη μέτρων του Ευρωπαϊκού εξαμήνου για το 2016, κάθε κράτος μέλος της Ένωσης πρέπει να στοχεύει στην ενίσχυση της οικονομίας του και στην καταπολέμηση της ανεργίας. Ωστόσο, η μέχρι τώρα στάση της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου δεν βοηθάει καθόλου στην επίτευξη των στόχων του Ευρωπαϊκού εξαμήνου. Αντίθετα, η Ευρωπαϊκή Ένωση με τις πολιτικές λιτότητας που έχει επιβάλει έχει οδηγήσει στην αποδιάρθρωση των εργασιακών σχέσεων, στη μείωση των μισθών και των συντάξεων, στη διάλυση της απασχόλησης, καθώς και του κοινωνικού κράτους. Η εφαρμογή, επομένως, των στόχων του Ευρωπαϊκού εξαμήνου απέχει πολύ από την πραγματικότητα. Για να πετύχει ο στόχος της οικονομικής ανάπτυξης των κρατών μελών της Ένωσης θα πρέπει να εγκαταλειφθεί η μερκελική λιτότητα και το δρακόντειο σύμφωνο σταθερότητας που διέπουν όλες τις πολιτικές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, καθώς και η φορομπηχτικές πολιτικές που επιβάλλονται σε χώρες όπως η Ελλάδα και πρέπει πλέον, αντίθετα, να προωθηθεί η οικονομική ενίσχυση των ευρωπαϊκών χωρών με αξιοπρεπείς μισθούς και συνθήκες εργασίας και λήψη μέτρων για την ενίσχυση του τριπλού κοινωνικού Άλφα.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Afspraak is afspraak en regels zijn regels. Als we met elkaar afspreken dat we onze huishoudboekjes weer op orde gaan brengen en dat we structurele hervormingen nodig hebben om wereldwijd de concurrentie aan te kunnen, dan moeten we dat ook allemaal doen. Als lidstaten zich daar niet aan houden, dan is dat slecht voor het Europese draagvlak, maar vooral ook voor die landen zelf, want daarmee schuif je eigenlijk de rekening door naar je kinderen.

In die zin ben ik het eens met wat commissaris Dombrovskis heeft gezegd over investeringen. Maar ik wil er wel een waarschuwing bij geven: investeren is iets anders dan meer uitgeven. Onlangs zag ik bijvoorbeeld nog dat een lidstaat extra treinstellen aanschaft die hij eigenlijk niet nodig heeft, alleen maar om een noodlijdend bedrijf uit eigen land op de been te houden. Dat is wat mij betreft geen investering. Dat is domweg meer uitgeven en misschien zelfs wel een vorm van staatssteun.

Ik wil de commissaris dan ook oproepen om heel kritisch te blijven kijken naar alles wat onder investeringen wordt verstaan.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, para nós, o Semestre Europeu representa o principal entrave ao nosso desenvolvimento. Foram as exigências do euro impostas através do Semestre Europeu que estiveram na base de uma política de austeridade que representou para Portugal uma regressão de décadas em termos de investimento, de rendimento e de direitos sociais. Foram as regras do euro que estiveram na base de uma dívida que se tornou insustentável e que impediram políticas de relançamento da nossa economia com apoios efetivos aos setores produtivos fundamentais.

É o Semestre Europeu que está na base de uma operação em curso de chantagem intolerável à volta da nossa política orçamental. O relatório fala muito das recomendações por países, mas estas são muito claras: mais flexibilidade das leis laborais, mais privatizações nos transportes e congelamento dos salários. Não há racionalidade económica nesse Semestre Europeu. O Semestre Europeu, com o falso propósito de apoiar os países na sua política orçamental, representa antes um instrumento destinado a impor uma agenda neoliberal ao serviço do capital e que os povos irão, mais tarde ou mais cedo, rejeitar.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, first of all I must say that I consider the European Semester, and especially country-specific recommendations, as one of the key economic policies of the European Union, the policy that should contribute to the stability and growth of our economies. But this is also a policy that does not work properly. The policy is not delivering the goals and again I am speaking especially about country- specific recommendations.

I guess we all know the numbers. More than two thirds of recommendations are just ignored by the government. As a consequence we have economic growth that is too sluggish and below potential, we have unemployment that is too high, we have a lack of confidence in the economy and also a lack of confidence in the European Union. Last time, a year ago, when I was talking here, I had some doubts about the structure of the recommendations. This year I must say that I appreciate the work that has been done by the Commission. I reviewed a country-specific recommendation for countries that I know and I must say it is well done.

So where do we stand? We are in what is a quite a usual position for the European Union: we have a good, or at least reasonable, policy; we have all respect for that, and we have weak enforcement. The consequence is damage for all of us. I know it is a matter of subsidiarity but there is something we can do about it. We should focus on existing policy and implementation, and not invent more regulation, new policies and new reports. This will make life better for all of us.

Hugues Bayet (S&D). – Monsieur le Président, ce nouveau Semestre européen s'ouvre dans une atmosphère particulière. Va-t-on conclure un traité de libre-échange avec le Canada? On se pose la question. Nous savons que la Wallonie bloque et s'interroge.

Quel développement économique souhaitons-nous pour l'Union européenne? C'est exactement la même question que nous nous posons semestre après semestre, souvent malheureusement dans le vide, tant le credo économique semble imperturbable dans ses certitudes et bétonne une économie européenne au service des multinationales sous le sacro-saint dogme de l'austérité.

En Belgique, nous avons durement ressenti les résultats de cette manière de penser et de faire. Caterpillar a rayé en une journée des milliers d'emplois à Charleroi pour augmenter ses bénéfices, pourtant très confortables. Même manière de faire pour ING. Le banquier néerlandais a en effet supprimé des milliers d'emplois en Belgique pour rémunérer encore mieux ses actionnaires.

Pendant ce temps, qu'a-t-on fait pour les citoyens européens? On réduit de jour en jour les services publics, on manque d'investissement public productif partout en Europe et ce n'est pas moi qui le dit mais, par exemple, Matteo Renzi. En Italie, depuis 2008, l'investissement public a reculé de 43 % et c'est un problème. En France, les collectivités locales investissent autant qu'en 2006, soit un recul de dix ans; et en Belgique, on observe le même phénomène. Il est donc plus qu'urgent de relancer l'investissement public productif qui profite avant tout aux citoyens, mais aussi et surtout à l'économie.

Mon collègue Sant l'a dit: il faut revoir, comme le demandent de plus en plus d'acteurs, les normes comptables SEC 2010, qui empêchent les autorités publiques d'investir. Il faut créer un programme ambitieux d'investissements qui soit fondée sur l'innovation et les besoins réels comme la transition énergétique, la mobilité, l'emploi, la santé ou l'éducation et, enfin, mettre en place une fiscalité harmonisée en Europe pour lutter contre l'évasion fiscale. C'est de cette façon que nous nous en sortirons.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam potpredsjednika, predstavnike Europske komisije i Vijeća. Iz godine u godinu ponavljamo isto i znamo da su preduvjeti rasta i investicije strukturne reforme, pametna fiskalna konsolidacija koja ostavlja prostor inovacijama, istraživanju i razvoju promišljenim politikama koje pomažu poduzetničke projekte i podižu konkurentnost. Isto tako, konstatiramo da se specifične preporuke ne provode, da treba više sinergije i koordinacije između europskih politika i instrumenata i isto tako i s nacionalnim politikama i proračunom. Što nedostaje? Što treba za kvalitetnije rezultate i bolju provedbu?

Smatram da za bolju provedbu i konkretne rezultate u praksi trebamo: 1. više konkretnih primjera uspješnih promjena i razvojnih projekata u državama članicama koje ističemo i kojima potičemo sve države članice da naprave slične iskorake; 2: više mjerila po kojima ćemo pratiti uspješnost koordinacije nacionalnih politika i EU ciljeva; 3: više razmjene znanja i iskustava, ne samo između država članica, nego korištenje i uspješnih primjera izvan Europske unije.

Zato me raduje prijedlog Komisije i uvođenje programa podrške za provedbu strukturnih reformi. Ovo je važan korak kojim pomažemo odgovoriti državama članicama na pitanje kako dizajnirati i provesti reforme. Treba nam još praktičnih instrumenata i poticajnih mjera, ali u okviru postojeće regulative, kojima ćemo izgraditi povjerenje i pojasniti želju i volju za promjenu.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ačiū, ponia pirmininke. Iš tikrųjų, mes siekiame ekonomikos augimo, darbo vietų ir kokybiškų darbo vietų, ir tikslas yra vienas – kad mūsų Europos Sąjungos piliečiai, dirbdami kokybiškose normaliai apmokamo darbo vietose, galėtų išlaikyti save ir savo vaikus. Bet ar taip yra? Labai noriu atkreipti dėmesį į vieną rekomendaciją, kurios būtinai reikia, kaip mes Kovosime su vaikų skurdu. Net dvidešimt šeši milijonai Europos Sąjungos vaikų skursta. Ir tam nedelsiant mes turime sukurti vaikų garantija, kad kiekvienas mūsų vaikas turėtų tinkamą sveikatos priežiūrą, kad turėtų ugdymą, tinkamą priežiūrą, tinkamas galimybės ugdymui, deramam apgyvendinimui ir tinkamai mitybai. Tai labai konkretus siūlymas.

Antras konkretus siūlymas. Moterų skurdo įveikimas. Komisija iš tikrųjų turi pateikti rekomendacijas valstybėms narėms, kad moterys dirbdamas gautų, na, tokį pat atlyginimą kaip ir vyrai, nes jos dėl to labai nukenčia. Tai dvi konkrečias rekomendacijos, kurias labai prašau įvertinti.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα κατ αρχήν να ευχαριστήσω τον εισηγητή, γιατί αναγνωρίζουμε την προσπάθεια που έγινε για να φτάσουμε σε ένα συμβιβαστικό κείμενο. Όμως, πρέπει να επαναλάβουμε κάποια ζητήματα: Ποιος είναι ο στόχος που είμαστε εδώ και ιδίως στην ευρωζώνη; Να καταλήξουμε σε μια οικονομική σύγκλιση των οικονομιών και να έχουμε εμπλοκή των κρατών μελών στον σχεδιασμό των διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων. Και όσοι προβάλλουν τον ισχυρισμό ότι η διαχείριση της οικονομίας ενός κράτους μέλους είναι όπως η διαχείριση μιας εταιρείας, αυτό - για να μην πω ότι είναι αφέλεια ή σκόπιμη παραπλάνηση - είναι υπεραπλούστευση.

Αυτό με οδηγεί στο επόμενο σημείο το οποίο αφορά ιδιαίτερα την Επιτροπή: Μιλάμε για υπευθυνότητα και ανωμαλίες. Εφόσον η Επιτροπή θεωρεί ως ανωμαλία τα ελλείμματα των κρατών μελών θα πρέπει, κατ' ανάλογο τρόπο, να θεωρεί ως ανωμαλία και τα πλεονάσματα των κρατών μελών.

Και μια τελευταία παρατήρηση, κύριε Πρόεδρε. Η πρόσβαση στα διαρθρωτικά ταμεία δεν μπορεί να ισοδυναμεί με τιμωρία αφ' ης στιγμής οι αρχές που τα διέπουν είναι η αρχή της αλληλεγγύης και ο στόχος της κοινωνικής συνοχής.

Procedura „catch the eye"

Romana Tomc (PPE). – Evropa še vedno okreva po dolgotrajni gospodarski krizi, gospodarska rast namreč še vedno ni takšna, kot bi si jo želeli, in brezposelnost, posebej na nekaterih področjih, še vedno ostaja zelo visoka.

Potrebno je hitro in učinkovito ukrepanje, predvsem na tistih področjih, ki jih posebej izpostavlja to poročilo. Države članice po mojem mnenju še vedno premalo, nekatere vsaj, izkoriščajo priložnosti, ki jih ponujajo naložbeni skladi, predvsem EFSI. S tem bi omogočili veliko število novih delovnih mest in bolj dinamičen trg dela, boljše življenje našim državljanom in državljankam.

Zato pozivam Komisijo, naj se še bolj zavzame za spodbujanje tovrstnih naložb, države članice pa k temu, da prenehajo z birokratskimi ovirami. Opozorila bi pa samo še na nekaj, in sicer, da vedno znova pravim, da Komisija nima dovolj dobrih vzvodov, da bi tudi nadzirala obljube držav po reformnih ukrepih.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, the European semester at the process has prevented public investment at a time in Europe when we needed quite the opposite. We needed a Marshall Plan. We needed money put into our economies. We have an opportunity but were prevented from doing anything with this opportunity, and the opportunity is low interest rates. But there is another problem with this system, and when it comes to Ireland, the rules are enforced by the European Union, but when it comes to France and when it comes to Germany (and surpluses were mentioned earlier), there is nothing done, and this causes more problems than it solves. We have a homelessness problem in Ireland – we need massive public investment. As I have said already, we have low interest rates, so we are being forced to leave people homeless in Ireland, for children to live in car, for children to have to urinate in Coca Cola bottles and leave them outside the car, to be chased away by a parking attendant in the morning, because our government tells us: because of this abomination, we cannot break these rules. Break them – they are not good.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank you for this debate and as I said in my introductory remarks, from your report too we see that actually we share a number of concerns and a number of ways to address them.

A number of issues were raised during this debate, including how to facilitate investment and this is indeed one of the three priorities in our European Semester. The intention of the Commission is to continue to follow up on how we can promote investment through the Investment Plan for Europe, but also through the rules in the Stability and Growth Pact, which specifically allows for deviation from budgetary targets to promote more investment.

Issues related to the social dimension, dealing with the problems of poverty, of inequality, addressing the issues in our labour markets, are also featuring more prominently in the European Semester than was the case in previous years and the Commission intends to continue and follow up on this.

The question of current account surpluses was raised and this is indeed also the question which is being addressed by the Commission to countries like Germany and the Netherlands. It is something which is the reason why the Commission is pursuing in-depth reviews of the economies of those countries and also finding them to be experiencing macroeconomic imbalances. So this is certainly part of the picture.

In any case, the Commission intends to continue its work along the priority lines which have been set up, promoting investment, structural reforms and fiscally responsible policies.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, many thanks for this debate. This was indeed quite a valuable stock-taking where we could hear your views on how the European Semester is functioning and, above all, what we can achieve together within the European Semester when it comes to our common efforts to work on jobs and growth and economic prosperity.

Now we know where we are finding ourselves. First of all I would like to once again recall how much we value the revamped European Semester. I think that the changes the Commission introduced in 2015, last year, are very good because they help us better transform what we agree in the European Semester and then transform it into action at national level. I remember when the Semester started; it can hardly be compared in quality with the Semester that we are having right now.

Secondly, many of you have rightly pointed and appealed to Member States to better implement. This is once again well understood and legitimate. Nevertheless, I represent the Member States and you would agree with me that implementation is not a bureaucratic exercise. At the end of the day, it is hard to convince our people – our voters – to support reforms and structural reforms, how to observe fiscal rules that we have established ourselves, and this is very painful. So please understand why we have committed to better implement. At the same time, bear in mind that this is a very demanding process back home.

Lastly, I hope we will be able in the Council to draw on lessons from this year, this 2016 Semester, when preparing the next one. And the next one, I would like to announce, will be for the first time on the agenda of General Affairs Council in November.

Alfred Sant, *rapporteur*. – Mr President, I thank all participants in this debate for their very interesting contributions, as well as once again my friends and colleagues all the shadow rapporteurs. If anything, I hope that our work together in preparing for this report, as well as the debate in plenary, have served to underline once more the challenge of investment in Europe. When we talk about investment we are really talking about the future, for investment builds the foundations for future progress and for new achievements. We are also talking, however, about the present, for investment replaces and renews those resources which we need now to maintain the living standards of people.

When we say resources we mean material ones, human ones and those resources that relate to knowledge and techniques. The sad truth is that in Europe, as elsewhere, but certainly in Europe, investment in real terms has fallen well below the levels that it had reached, let us say, ten years ago. The shortfall covers both investment to replace what has been used up, as well as investment in new resources and utilities. Whatever our views about the available policy options, we have shown that we care about investment, that we consider it to be a priority. Perhaps there is also agreement that more must be done to promote and enhance it, though there is disagreement about how this challenge can be achieved.

I would like to acknowledge and support the emphasis that the Commission, in its initiatives and in its country-specific recommendations, has given to the topic of investment. Still, the Commission needs to do more, perhaps much more, and not simply by widening the EFSI instrument. It also needs, in my view, to affirm the need for more public investment that is sharper, better focused, better planned, better implemented. However, about this, not all agree.

Finally, I would think that from the debate that we have held on the country-specific recommendations, two other main issues can be underlined. First, there is the importance of allocating more resources to create a European investment culture, to renew investments in education and knowledge-based activities, not least in the digital field but also in the basic sciences, all tying into research and development as well as the quest for innovation. Secondly, there is the need to ensure that the country-specific recommendations are meaningful to all relevant actors so that they also own them. A central involvement should be given to subnational and to regional authorities.

Președinte. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc miercuri, 26 octombrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorgestellte Jahreswachstumsbericht über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik hebt in seiner Bestandsaufnahme der Wirtschaftslage in den Mitgliedstaaten einige durchaus verwertbare und nützliche Beobachtungen hervor. So werden im Rahmen des Europäischen Semesters nun drei Hauptprioritäten festgelegt, auf welche sich sowohl die Kommission als auch die Mitgliedstaaten konzentrieren, um das Wirtschaftswachstum wieder anzukurbeln. Es geht dabei um die Förderung von Investitionen, insbesondere in Innovation und Forschung sowie für KMU, die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen, um der anhaltenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, und um sozial ausgewogene Strukturreformen in Kombination mit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik.

In diesem Zusammenhang wird im Bericht ausdrücklich betont, dass die Anzahl der von der Kommission an die Mitgliedstaaten ausgesprochenen Empfehlungen sich künftig auf Schwerpunktthemen von makroökonomischer und sozialer Tragweite begrenzen soll. Des Weiteren wird die nationale Eigenverantwortung durch die Einbeziehung nationaler Parlamente sowie regionaler und lokaler Behörden gefordert und der Anspruch gestellt, die einzelnen nationalen Reformprogramme in den jeweiligen Parlamenten der Mitgliedstaaten einer ordnungsgemäßen demokratischen Kontrolle zu unterziehen.

Anzumerkende Kritikpunkte in diesem Bericht finden sich im Bereich der Schwerpunktsetzung, wo der Berichterstatter beispielsweise eine Vollendung der Bankenunion fordert, bei der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen, wo er der Europäischen Kommission weitere Befugnisse einräumt, und in der Migrationsfrage, durch die Arbeitsmigration einen Ausgleich zu den negativen Auswirkungen der Bevölkerungsalterung in den Mitgliedstaaten erkennt.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Dauerhaft kann es keine Wirtschafts- und Finanzunion ohne eine Sozialunion geben. Die soziale Dimension ist ausschlaggebend für die Zukunft Europas. Die hohe Zahl von prekärer Beschäftigung und Arbeitslosigkeit sowie die Senkung von Sozialstandards haben tiefe Gräben in Europa gegraben. Armut und soziale Ausgrenzung sind nach wie vor auf einem historischen Hoch. Prekäre Arbeitsbedingungen sind eher die Regel als die Ausnahme.

Die reine Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik reicht nicht aus, um diesen Problemen entgegen zu wirken. Wir müssen eine starke soziale Säule im Europäischen Semester verankern. Sozial- und Beschäftigungspolitik braucht genau die gleiche Verbindlichkeit wie die Finanzpolitik. Dazu müssen wir soziale Standards definieren, die für alle Arten von Beschäftigung gelten. Die soziale Säule muss die soziale Konvergenz wieder nach oben schrauben. Deshalb dürfen wir uns bei der sozialen Säule nicht nur mit einer Zusammenfassung bestehender Regeln zufrieden geben.

Auch der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort" muss endlich von der Kommission aufgenommen werden. Wenn wir der Schaffung von guten Arbeitsplätzen und damit dem Kampf gegen Armut oberste Priorität einräumen, dann gewinnen wir auch wieder das Vertrauen der Menschen in Europa.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Semestrul European a devenit un instrument pentru coordonarea politicilor economice ale statelor membre ale Uniunii Europene.

Semestrul European, ca proces, decurge bine până în momentul implementării. Aici încep problemele. Recent, Comisia Europeană a decis să nu propună sancțiuni pentru neîncadrarea a două state membre în graficul de reducere a deficitelor bugetare.

Din păcate, statele membre îndatorate, cu niveluri ale datoriei publice în jurul a sută la sută din produsul intern brut, iar unele cu mult peste sută la sută, cum sunt Grecia, Italia, Portugalia, nu doresc încă să acționeze hotărât pentru reducerea îndatorării. În acest fel, mențin starea de instabilitate pentru întreaga zonă euro.

În condițiile în care creșterea economică este încă anemică, reducerea datoriei publice necesită măsuri clare de restructurare a cheltuielilor publice, aducerea deficitelor bugetare sub control. Teoria că dacă cheltuiești mai mult, mărind datoria publică, vei obține o creștere economică care să te ajute, ulterior, să reduci datoria nu funcționează atunci când ești supra-îndatorat. Situația financiară din unele state membre este încă sustenabilă numai atât timp cât Banca Centrală Europeană menține neschimbate cele două politici de relaxare cantitativă și de dobânzi negative sau foarte mici.

16. Paket zur Unternehmensbesteuerung (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind pachetul privind impozitarea întreprinderilor (2016/2953(RSP)).

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, le Parlement européen et la Commission sont de solides alliés dans la volonté de réformer la fiscalité des entreprises en Europe et de le faire avec ambition et détermination.

La force avec laquelle vous vous êtes emparés de ce sujet, combinée à nos initiatives – que je crois ambitieuses –, ont déjà apporté des changements très significatifs. Aujourd'hui, nous sommes plus proches d'une fiscalité juste et efficace dans l'Union européenne qu'il y a deux ans et, à vrai dire, plus que jamais.

Nous avons fait avancer la transparence fiscale à pas de géant sur les pratiques des États membres comme sur celles des multinationales. Nous avons construit de nouvelles barrières contre la manipulation des assiettes imposables et le transfert des bénéfices au moyen de nouvelles règles anti- abus qui vont devenir contraignantes dans toute l'Union européenne.

Le paquet, que la Commission a adopté aujourd'hui, est bien plus qu'un simple train de mesures nouvelles. Il est davantage que le prolongement de ce que nous avons déjà fait ensemble. Il s'agit d'un cadre complet, structurel et structurant pour la fiscalité des entreprises en Europe, d'un cadre nouveau tourné vers l'avenir et dans lequel la fiscalité des entreprises sera par définition équitable et favorable à la croissance. Ce cadre permettra aux entreprises et aux investisseurs de développer leurs activités dans l'Union européenne, non pas grâce à des allégements fiscaux sélectifs ou à des rescrits fiscaux secrets mais, tout simplement, parce qu'ils bénéficieront d'un environnement fiscal qui sera simple, lisible, stable et aussi, bien sûr, favorable à l'activité économique. Pour moi, transparence et compétitivité vont de pair. Enfin, il s'agit d'un cadre dans lequel toutes les entreprises, les grandes comme les petites, paient leurs impôts là où elles réalisent leurs bénéfices et créent des richesses.

Au cœur du paquet adopté aujourd'hui se trouve un projet qui est – je le sais – fortement soutenu et même voulu par cette assemblée: la relance de l'assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés, à savoir l'ACCIS. L'ACCIS vise à taxer les entreprises d'une manière qui reflète le véritable esprit du marché unique, à savoir d'abord des règles uniformes pour le calcul des bénéfices imposables; ensuite, une déclaration d'impôt unique à remplir par l'intermédiaire d'un guichet lui aussi unique; enfin, un système de répartition des bénéfices entre les États membres qui peuvent ensuite les imposer à leurs taux nationaux. Les entreprises seront également récompensées pour leurs activités tournées vers la croissance grâce à d'importants éléments nouveaux dans cette version de l'ACCIS, car nous avons choisi – et je pense que c'était rationnel – de ne pas représenter le même texte qui a essuyé un refus de la part du Conseil, compte tenu des débats qui avaient eu lieu et aussi du nouveau contexte dans lequel nous travaillons. Nous avons mis en place une super déduction pour la recherche et le développement. Je tiens à souligner ce point parce que nous faisons vraiment, en ce domaine, un effort considérable et nous marquons une volonté tout à fait puissante pour la recherche et le développement. Autrement dit, les sociétés qui investissent dans la recherche et le développement seront en mesure de déduire de leur base imposable une fois et demie ce qu'elles auront dépensé. Cette incitation sera encore plus généreuse et ira jusqu'à 200 % pour les entreprises jeunes et innovantes – les start-up –, qui pourront déduire le montant des coûts exposés à cette hauteur.

Nous avons également introduit dans l'ACCIS une mesure qui favorisera le financement des entreprises sur les marchés des capitaux – ce qui est cohérent avec notre recherche d'un marché unique des capitaux – en corrigeant le biais qui existe aujourd'hui en faveur de l'endettement dans la majorité des régimes d'impôt des sociétés. L'objectif est de favoriser et de promouvoir des financements plus sains, des marchés de capitaux plus solides et une plus grande stabilité économique.

L'ACCIS aura aussi pour avantage d'éliminer de nombreux cas de double imposition. Toutefois, en attendant que cette assiette commune consolidée soit en place, nous aurons encore besoin, pour les sociétés ne relevant pas de l'ACCIS, d'une solution efficace. Il y a plus de 900 cas de double imposition qui font actuellement l'objet de contentieux dans l'Union européenne, ce qui génère bien sûr d'énormes coûts et beaucoup d'incertitude juridique pour les entreprises concernées. C'est pourquoi, aujourd'hui, nous proposons également un système amélioré de résolution des litiges de double imposition. Nous voulons garantir aux entreprises une solution, à terme, prévisible et définitive dans les cas où elles sont taxées plus d'une fois sur le même revenu.

L'ACCIS est un instrument puissant pour prévenir et contrer l'évasion fiscale des entreprises. Comme le Parlement européen nous l'a demandé, nous avons proposé que l'ACCIS soit obligatoire pour les plus grandes multinationales. L'ACCIS intégrera les mesures déjà adoptées par les États membres dans la directive contre l'évasion fiscale et, aujourd'hui, nous ajoutons à ces dispositions une dernière mesure pour lutter contre les dispositifs hybrides avec des pays tiers et donc en dehors de l'Union européenne.

Pourquoi relancer l'ACCIS? Je sais que ce Parlement a longtemps attendu ce projet et qu'il soutient depuis longtemps les avantages qui doivent en découler. Je sais aussi que les entreprises ont hâte de mettre en place ce dispositif aussi rapidement que possible. Et je peux comprendre que certains doutent des chances de succès de l'ACCIS, compte tenu de l'absence d'accord sur la proposition précédente.

Permettez-moi de tenter d'insuffler un peu d'optimisme sur ce point car, cette fois-ci, c'est différent. C'est différent parce que nous avons une meilleure proposition, une meilleure approche, un environnement politique plus favorable aussi, compte tenu de tous les événements qui se sont déroulés ces dernières années et des progrès qui ont déjà été faits en matière d'imposition des sociétés.

Notre proposition est renforcée. Son caractère obligatoire en fait un outil puissant de lutte contre l'évasion fiscale alors que les mesures d'incitation, que j'ai déjà évoquées, améliorent la capacité de notre fiscalité à soutenir l'emploi, la croissance et la stabilité.

Notre approche n'est pas seulement renforcée, elle est aussi plus pragmatique. Nous proposons une approche en deux étapes. D'abord, les États membres doivent définir l'assiette commune pour commencer à profiter rapidement des avantages qu'elle offre. Ensuite, la consolidation devra être mise en œuvre, elle aussi, rapidement. Je voudrais néanmoins souligner avec force – car je sais que c'est un sujet sur lequel on peut s'interroger et que ce peut être une tentation dans les discussions à venir au Conseil – que ces deux étapes sont étroitement liées. Pour la Commission, il n'est pas question d'abandonner ou de reporter sine die la consolidation qui, à elle seule, donnera toute sa portée à la base commune. C'est bien un accord global en deux phases que nous voulons et non pas une première phase, puis une autre qui serait reportée aux calendes grecques et risquerait d'être scindée.

J'ai pour objectif que cette consolidation soit en place en 2021 au plus tard. Je compte sur le Parlement européen pour continuer à faire pression sur nos États membres pour atteindre cet objectif parce que, comme je le disais, nous avons votre soutien, celui des entreprises et des ONG, mais la balle est, comme d'habitude, dans le camp des États membres.

J'en arrive à mon tout dernier point. Aujourd'hui, je crois que nous avons l'environnement sinon idéal, du moins optimal pour relancer l'ACCIS. Compte tenu de tous les avantages que présente ce projet, nous attendons des États membres qu'ils travaillent à adopter rapidement cette proposition.

Je conclurai en remerciant cet hémicycle pour ce soutien de longue date au projet ACCIS et en vous incitant – mais en est-il besoin? je sais bien que non – à jouer pleinement votre rôle et à peser dans l'adoption des propositions présentées aujourd'hui.

Aujourd'hui, nous avons l'occasion de construire une Europe plus équitable et plus stable ainsi qu'une fiscalité des sociétés plus compétitive en Europe pour le bien de nos citoyens, de nos entreprises et de notre Union dans son ensemble. Au moment où l'Europe est attaquée et où les populismes font flèche de tout bois, voilà un projet qui s'insère dans le cadre d'une démarche de fiscalité plus transparente et plus juste dont nos concitoyens comprennent à la fois la nécessité et l'utilité. C'est donc une belle preuve d'Europe de plus que je vous invite à soutenir.

Dariusz Rosati, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I welcome the Commission's proposal for a single set of corporate tax rules for doing business in the EU. The present situation with 28 different corporate tax systems co-existing within one single market is untenable. It puts an unnecessary administrative burden on companies, reduces their international competitiveness and creates ample opportunities for them to engage in aggressive tax planning practices.

Why would you oppose the harmonisation of national tax rates across the EU? There is clearly a need to harmonise national regulations in the area of corporate tax base. Firstly, we want to be serious about fighting tax avoidance and tax evasion in the EU. We want to make sure that taxes are paid where the value is created. That is why we need a common framework for corporate taxation that is simple, effective and transparent.

Secondly, we all want our companies to fully exploit the enormous potential of the single market. For that we need common European rules on corporate taxation, which would facilitate trade and investment across the EU, and eliminate unfair tax competition. That is why a European directive on common consolidated corporate tax base (CCCTB) is urgently needed.

Let me draw your attention to three interesting novelties that were mentioned by the Commissioner here. The first is the very generous tax treatment on R&D expenditure, the second is the preferential treatment of innovative start-ups, and the third is a rule against the debt-bias. All of them deserve our support. Commissioner, we are ready to work with you on this proposal.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, vous avez dit l'attachement de ce Parlement à ce projet et vous avez raison. Nous vous souhaitons d'avoir plus de chance que vos prédécesseurs qui, le 16 mars 2011, avaient mis la précédente proposition sur la table.

Vous l'avez rappelé, le contexte a peut-être changé. L'idée qu'il faut lutter contre l'évasion fiscale et que l'absence de base consolidée de l'impôt sur les sociétés favorise cette évasion fiscale a fait son chemin. L'idée qu'au fond, entre nos économies – puisqu'on nous parle toujours de compétition entre nos économies –, il vaut mieux savoir effectivement quels sont les impôts payés, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui.

La proposition que vous mettez sur la table nous semble une bonne base de discussion, mais vous avez anticipé les trois ou quatre points sur lesquels, bien évidemment, aux yeux du Parlement européen, il pourrait y avoir débat.

Vous avez insisté sur le fait que la consolidation se ferait en parallèle. Or, elle est l'essence même du projet, car c'est elle qui permet de lutter effectivement contre l'évasion fiscale. J'espère donc que ce Parlement sera le plus ferme possible pour s'assurer que les deux iront de pair.

En ce qui concerne la recherche et développement, vous avez mis en place – peut-être en vous inspirant d'exemples existants dans certains États membres – un projet innovant qui, je crois, peut favoriser une stratégie d'investissement dynamique à l'échelle européenne. Nous veillerons évidemment à ce que cela ne constitue pas une nouvelle poche d'évasion.

Vous avez défini un seuil de chiffre d'affaires à 750 millions d'euros, seuil obligatoire certes, mais vous pourrez peut-être vous attendre à ce que certains, dans ce Parlement, veuillent abaisser ce chiffre d'affaires pour élargir la base consolidée de cet impôt.

Enfin, évidemment, à un moment ou un autre, la question du taux minimal d'un impôt sur les sociétés reviendra, vous le savez. Soyez certain que ce Parlement, en tout cas le groupe des Socialistes et Démocrates, fera tout pour accompagner de la manière la plus fructueuse possible cette proposition, qui répond à un vrai besoin à la fois des entreprises, des États et de nos concitoyens.

Νότης Μαριάς, *εξ ονόματος της ομάδας ECR*. – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με μελέτες του ΟΟΣΑ, ο επιθετικός φορολογικός σχεδιασμός και οι πρακτικές φοροαποφυγής και φοροδιαφυγής που ακολουθούν πολλές επιχειρήσεις κοστίζουν στην παγκόσμια οικονομία απώλειες ύψους 100 έως 240 δισεκατομμυρίων δολαρίων ετησίως. Στην Ευρωπαϊκή Ένωση, οι απώλειες λόγω αυτής της διαδικασίας υπολογίζονται στα 50 με 70 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως.

Ήρθε η ώρα λοιπόν να δημιουργηθεί ένα δίκαιο φορολογικό σύστημα χωρίς γκρίζες ζώνες και πρακτικές τύπου «tax ruling» σε πανευρωπαϊκό επίπεδο. Θα πρέπει όλα τα κράτη μέλη της Ένωσης αναλάβουν μέτρα ώστε οι πολυεθνικές επιχειρήσεις να φορολογούνται στη χώρα όπου πραγματοποιούν τα κέρδη τους και να σταματήσουν να στρέφονται σε φορολογικούς παραδείσους όπως είναι η Ολλανδία ή το Λουξεμβούργο. Επίσης, θα πρέπει να πάψουν να χρησιμοποιούν την πρακτική των ενδοομιλικών συναλλαγών φοροαποφεύγοντας έτσι και στερώντας τους κρατικούς προϋπολογισμούς από τεράστια φορολογικά έσοδα. Οι χώρες της Ευρώπης δεν πρόκειται να μπουν στον δρόμο της ανάπτυξης όσο υπάρχουν εταιρείες που φοροαποφεύγουν και φοροδιαφεύγουν.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, when it comes to the issue of companies paying their fair share of corporation tax, we have made some progress at European level. We have the administrative cooperation directive and the anti-tax avoidance directive. Personally, I have supported country-by-country reporting since I came to this Parliament 12 years ago.

We also have BEPS, and today we have the latest proposals on CCCTB. Indeed, there are positive aspects to this proposal and it will help to further tackle tax evasion, but there is a price. Yes, tax rates will be untouched, but tax sovereignty will be eroded. Member States will no longer be able to decide what is deductible and what is non-deductible, for example. Ministers for finance will not be able to change certain tax provisions during budgets, even if they believe it will benefit their economy. So this proposal asks Member States to hand over significant new powers to the Commission.

The other issue that concerns me is where corporation tax will be paid. Has any analysis been done to see what countries will lose corporation tax revenue and what countries will gain corporation tax revenue under your apportionment model? This model means that Member States with small domestic markets like my own, Ireland, or the Netherlands, who have secured significant foreign direct investment, will lose out on corporation tax revenue. It is absolutely essential that figures are produced so that Member States know the extent of the changes. This proposal has merit, but there will be winners and losers. If you want agreement, Commissioner, I believe this issue has to be dealt with head on.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση με «γαλάζια κάρτα»*. – Πρέπει να ξεκαθαρίσουμε ότι είμαστε όλοι ενάντια στη φοροδιαφυγή και στη φοροαποφυγή. Κανένας από εμάς δεν θέλει να υπερασπιστεί όλους αυτούς που φοροδιαφεύγουν. Όμως, η Ευρωπαϊκή Ένωση θα παύσει να είναι χρηματοπιστωτικό κέντρο; Θα καταργήσουμε τις χώρες που παρέχουν με νόμιμους τρόπους χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες και ανταγωνίζονται χώρες εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης; Πώς θα μπορέσουμε να ελέγξουμε το σύστημα των κανόνων και των νόμων εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης και σε ποια μοίρα θα βρεθούν οι χώρες οι μικρές, όπως είναι η δικιά μου η πατρίδα και άλλες, που επένδυσαν στις χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες με νόμιμα μέσα και νόμιμους τρόπους; Και αν καταργηθεί η δυνατότητα να καθορίζεις φορολογικούς συντελεστές, που αυτό είναι καθ όλα νόμιμο, πώς μπορείς να ανταγωνιστείς ακόμα και τη Μεγάλη Βρετανία ή άλλες χώρες που θα βρεθούν εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης; Δεν μας ενδιαφέρει να παραμείνει η Ευρωπαϊκή Ένωση ανταγωνιστική στα χρηματοπιστωτικά;

Marian Harkin (ALDE), *blue-card answer*. – My reading certainly is that these proposals from the Commission do not touch our tax rates whatsoever. They have no impact on them. Member States are absolutely free to set their tax rates, and I think we are all happy about that.

You talk about how to make Europe a more attractive place. I think one of the issues that we have to face is that there are mismatches between different tax systems outside Europe and the European tax system, and we have to deal with that. I know the Commission have proposals on that. I have not had time to study them deeply but I hope they will work. I suppose my issue here is that we are giving up a certain amount of tax sovereignty and, if we do that, we have to be sure that the outcomes that are in place are fair to Member States and that Member States can live with them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Madam Harkin, just a quick question: surely the Irish Republic is making a great deal of money out of their differential tax rates? Would it not be in the best interests of the Irish Republic to join Great Britain in their Brexit with an Irexit?

Marian Harkin (ALDE), *blue-card answer*. – I think one of the reasons that the Irish economy is doing as well as it is at the moment is because those who invest in it know that we have 500 million customers that we can sell our goods to, and those 500 million customers reside in the EU. I think that is the reason why most Irish people, and indeed a majority in Northern Ireland, when they had an opportunity to vote, voted to remain in the EU. The EU has its challenges and I have articulated some of them here tonight. But I believe, for my country, access to that single market will help to drive our economic success, and I would not agree with Irexit.

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! McDonalds und Co verschieben etwa über künstliche Kredite oder Lizenzen Gewinne in Steuerparadiese. Die EU ist mit freiem Kapitalverkehr und 28 unterschiedlichen Steuergesetzen daher ein Paradies für Trickser.

Konzerne sind eine Einheit, egal wie viele Briefkästen oder Töchter sie haben. Es ist daher zweifellos sinnvoll, ihren Gewinn auf EU-Ebene zu ermitteln, die Konsolidierung, und nach realer wirtschaftlicher Aktivität zu verteilen. Die Kommission schafft jedoch mit diesem Vorschlag für eine CCCTB keine Steuergerechtigkeit.

So kann ein Unternehmen weiter bis zu 74 % der Profite einer anderen Firma beziehen, ohne dass diese zum Konzern zählen. Steueroasen außerhalb der EU werden mit diesem Vorschlag nicht angefasst, und auch sinnvolle Abwehrmaßnahmen wie Quellensteuern oder Schranken für Lizenzgebühren, die über die *Anti Tax Avoidance Directive* hinausgehen, werden mit diesem Vorschlag gar ausgeschlossen. Ohne Mindeststeuern droht zudem der Wettbewerb über die Sätze gar weiter angefacht zu werden.

Eine CCCTB ohne das zweite C der Konsolidierung gestattet zudem Verlustverrechnung ohne Gewinnzuteilung. Es sollte das eine nur mit dem anderen geben.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous nous réjouissons que la Commission ait enfin relancé le projet d'une assiette commune et consolidée pour l'impôt des sociétés. Ce projet est en rade depuis plus de cinq ans alors qu'il est probablement le meilleur moyen de s'assurer que les profits des entreprises sont payés dans les pays où ils sont réalisés.

Nous nous réjouissons en particulier que, conformément à la volonté de ce Parlement depuis 2012, la Commission ait prévu de rendre ce système obligatoire pour les plus grandes entreprises. J'espère, quant à moi, que la Commission mettra toute son énergie pour faire aboutir au plus vite ce dossier dans son intégralité, y compris le mécanisme d'allocation objective des profits entre les États membres. C'est une étape cruciale dans l'harmonisation fiscale de l'Union européenne.

Cependant, nous avons des raisons de nous inquiéter, car il semble bien qu'au sein de notre union, chers collègues, il existe une sorte de hiérarchie des priorités. En effet, quand il s'agit de conclure des traités de libre-échange, la Commission et le Conseil font preuve d'une détermination inébranlable afin d'aller le plus vite possible, quitte à user de l'intimidation pour faire rentrer dans le rang les États qui seraient un peu trop récalcitrants. Mais quand il s'agit de lutter contre l'évasion fiscale, la pression baisse subitement, comme par miracle, d'au moins dix crans. La marche forcée qui est de rigueur en matière de traités commerciaux cède soudain la place à une sorte de randonnée facultative.

La Wallonie est aujourd'hui sous pression maximale parce qu'elle met son véto à la signature d'un traité commercial taillé sur mesure pour les intérêts des multinationales, mais cela fait bientôt plus de cinq ans que l'Irlande, Malte, Chypre et le Royaume-Uni bloquent sans faire l'objet de la moindre pression le projet dont nous parlons ce soir.

C'est un peu comme si, quand un blocage sert les intérêts des multinationales, on fait profil bas, tandis que, quand un blocage s'oppose aux intérêts des multinationales, tous les moyens sont permis pour le lever.

Chers collègues, je pense qu'il est grand temps d'inverser cette hiérarchie.

President. – I would ask all colleagues for their understanding because we are still very behind, and I would ask you to refrain from asking … You have already had one blue card. I know, it was a different subject, but I would ask for your understanding. We have already lost a lot of time by asking you this. If Mr Lamberts is so disappointed, then I will let you ask him the question.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *ερώτηση με «γαλάζια κάρτα»*. – Πρέπει επιτέλους να κάνουμε έναν διαχωρισμό: η Κύπρος και η Μάλτα εφαρμόζουν πλήρως και απόλυτα όλους τους φορολογικούς κανόνες και τους κανόνες διαφάνειας σε πολύ πιο υψηλό βαθμό από ό,τι τους εφαρμόζουν άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Εξειδικεύτηκαν στις χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες. Όλα συντελούνται με νόμιμο τρόπο. Θα έρθουμε να στραγγαλίσουμε αυτές τις χώρες και ουσιαστικά να στραγγαλίσουμε και την Ευρωπαϊκή Ένωση πλήττοντας τον χρηματοπιστωτικό της τομέα εν ονόματι της πάταξης της φοροδιαφυγής; Εμείς είμαστε ενάντια στη φοροδιαφυγή και στη φοροαποφυγή. Άλλο το ένα, άλλο το άλλο. Και πιστεύω ότι πρέπει να είμαστε πολύ προσεκτικοί, γιατί στο τέλος θα καταστρέψουμε και αυτές τις χώρες, αλλά και την ίδια την Ευρωπαϊκή Ένωση που θα πάψει πλέον να είναι ένας ανταγωνιστικός χρηματοπιστωτικός εταίρος.

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Chers collègues, je pense que quand un État décide de baser sa compétitivité sur le seul argument de la compétition fiscale, il risque, en définitive, de perdre sur tous les tableaux. Ce ne peut être l'argument de vente pour attirer les multinationales.

Par contre, je suis persuadé que s'il nous faut une harmonisation des taux, la solution ne peut pas être la même pour tous. Autrement dit, certains pays qui, comme l'Irlande ou Chypre, sont défavorisés par la géographie, doivent pouvoir compenser, ne serait-ce que partiellement, ce désavantage géographique par un avantage fiscal. Toutefois, cela doit se faire de manière concertée entre les États membres

David Coburn (EFDD). – Mr President, Mr Moscovici is coming out again with the same old idea that was criticised in the past: to install a common consolidated corporate tax base. The Commission says this base is necessary to create a fairer taxation system with more transparency, but what it really means is the first step to supranational fiscal union.

Secondly, the Commission wants a common EU list of so-called non-cooperative tax jurisdictions. This is a system for blackmailing more competitive countries and making them fall into line. If you reduce tax competition between states there is no incentive to keep the public services efficient and the government will continue to plunder taxpayers' hard-earned money.

The good news for the UK taxpayer is that with a hard Brexit, out of the single market and fiscal union, the UK can reduce corporate tax to 10%, making us massively more competitive than the sclerotic overtaxed EU. Our Irish brethren are already doing this and may join us in our exit. I hope that Ms Harkin will perhaps see the logic of my argument.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais d'abord féliciter le Commissaire et la Commission puis les remercier d'avoir tenu les engagements pris aujourd'hui et pour demain en matière de consolidation.

Avoir une même définition du bénéfice imposable dans toute l'Union n'est pas une idée révolutionnaire, ni même un objectif nouveau. Le principe en était admis il y a près de vingt ans par tous les gouvernements, y compris, cher collègue Coburn, par le gouvernement britannique de l'époque. Cela paraissait une évidence pour le bon fonctionnement du grand marché. Mais il aura fallu le scandale Lux Leaks et la pression des opinions publiques pour que cette évidence sorte de l'oubli.

Nous disons oui à la concurrence fiscale au sein même de l'Union européenne mais dans la transparence, l'équité et la loyauté. Tel est l'objectif de votre projet.

L'expérience acquise dans la commission TAXE me conduit à formuler deux recommandations. J'adresse la première à notre Parlement: mettons à profit la relation que nous avons engagée avec les commissions compétentes des deux chambres du Congrès des États-Unis. Sur la fiscalité, c'est le Congrès qui décide et non l'administration. Or, la législation américaine est la première origine des montages d'optimisation fiscale.

Ensuite, j'émets un conseil à l'intention de nos gouvernements: notre fiscalité directe a un siècle de retard. Conçue pour l'économie industrielle du milieu du XXe, elle est inadaptée à l'ère de la mondialisation et de la numérisation.

Tous nos pays sont incités aujourd'hui à concentrer l'impôt sur les personnes et les entreprises qui ne peuvent pas s'expatrier facilement, c'est une erreur économique et une grave injustice sociale.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, tout d'abord je voudrais vous féliciter et saluer cette nouvelle initiative qui permettra de faire un pas de plus vers cette amélioration indispensable du système fiscal européen, notamment pour lutter contre la concurrence fiscale entre les États membres et, par conséquent, contre les pratiques massives d'évitement fiscal.

Je pense que cette directive est cruciale, car une multinationale pourra à l'avenir se conformer à un seul régime au sein de l'Union pour calculer son résultat imposable plutôt qu'à différents régimes propres à chacun des États membres dans lesquels elle exerce son activité.

L'ACCIS apporte une solution globale au problème actuel de la fiscalité des entreprises au sein de l'Union européenne et contribue à l'amélioration de l'environnement des entreprises dans notre marché unique en le rendant plus simple et moins onéreux pour les activités transfrontalières. L'ACCIS constitue surtout un instrument puissant pour lutter contre l'évasion fiscale des entreprises en supprimant les disparités entre les systèmes nationaux et en établissant des dispositions communes en matière de lutte contre l'évasion fiscale.

J'ajouterai quelques remarques, Monsieur le Commissaire. Cela a été dit, la Commission souhaite maintenant que les grands groupes souscrivent de manière obligatoire à l'ACCIS. C'est un premier progrès mais, malheureusement, comme ma collègue Pervenche Berès l'a dit, le seuil pour définir les grands groupes est de 750 millions d'euros. Nous plaidons évidemment pour le diminuer à 40 millions d'euros, comme c'est le cas d'ailleurs pour les banques. Si ce seuil n'est pas abaissé, de grandes entreprises comme, par exemple, Jeff de Bruges, chocolatier bien connu en France, ne serait pas considéré comme un grand groupe, alors qu'il est notoire que cette société fait pourtant plus de 600 millions de bénéfice par an et est implantée partout dans le monde. Je pense que nos citoyens ne comprendraient pas.

Je suis aussi un peu triste que la consolidation de l'assiette fiscale ne se fasse que dans un second temps. Un seul texte aurait été plus cohérent, mais nous comptons évidemment sur vous pour que ces deux textes soient votés ensemble.

Enfin, il est clair que pour les taux d'imposition, nous devons obligatoirement avoir une réflexion européenne, comme on le fait dans d'autres régions du monde, aux États-Unis par exemple. On pourrait très bien envisager un taux fixe européen et un taux variable limité.

Nous comptons sur vous, Monsieur le Commissaire, et nous espérons que le Conseil vous suivra dans cette thématique et toutes les bonnes propositions que vous mettez sur la table.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, o fardo fiscal não pode ficar apenas do lado dos trabalhadores e das pequenas e médias empresas e esta Comissão já tem uma marca muito forte de cedências às multinacionais.

Uma base de tributação comum como a que apresenta para as multinacionais no espaço europeu pode até ser uma boa ideia, mas é apenas uma boa ideia se, e só se, o objetivo for definir também uma taxa mínima decente. Caso contrário, esta regra poderá oferecer um modelo de tributação às grandes corporações que lhes permita comparar ainda melhor os diferentes países e promover ainda mais dumping fiscal e ainda mais evasão fiscal.

Por isso lhe peço, Senhor Comissário, se for para ser feito que seja feito a sério e que se lide também com a livre circulação dos capitais, portanto regulando-a, e que se lide com os paraísos fiscais, terminando com eles.

Não finjam, Senhor Comissário, sejam consequentes, ponham finalmente os cidadãos à frente das grandes corporações, seja na política fiscal, seja nos grandes acordos comerciais, como o CETA ou o TTIP. Os cidadãos agradeceriam seguramente porque não podem ter mais…

(A Presidente retira a palavra à oradora)

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, so far, the campaign for tax justice has been largely reactive. As politicians, we have reacted to the news about laughably small tax payments from companies like Apple, IKEA and McDonalds and we have been reacting to the outrage from those we represent about the way multinationals gain an unfair advantage in competitive markets, and that this deprives governments of revenue they need for public investment.

For many years, the Green Group has been campaigning for strong political action to achieve tax justice, so we are delighted to welcome the re-launch of the Commission's proposal for a Common Consolidated Corporate Tax Base and we welcome the message it sends: that the political institutions are listening to people again, and that they are not continuing to chase after corporations who are always one step ahead. This is the sort of action we need if we are to rebuild people's confidence, both in the European institutions and in our democratic politicians.

The way we currently tax companies, treating subsidiaries from the same company as if they are completely independent entities, does not reflect the reality of their operations. Implementing a common and consolidated system for taxing companies across the Union would be a crucial step towards ending tax avoidance by global corporations. But I would also stress, as other colleagues have done, the importance of moving towards a minimum corporate tax rate across our continent, bringing an end to the race to the bottom on tax rates.

My own country, the UK, is now at a crossroads. Will we follow Europe in promoting action to end corporate tax avoidance or follow the route being pushed by some hard-Brexit supporters and become one of the world's leading tax havens? It is clear that the public interest is best served by following the EU's ambitious lead on tax policy, and we must all work to ensure that Brexit does not encourage further tax competition between Member States.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Endlich: Wir kommen der Umsetzung unserer Forderungen einen großen Schritt näher.

Wir wollen auf der einen Seite, dass Steuern dort bezahlt werden, wo die wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet. Daher begrüßen wir als ersten Schritt den Vorschlag einer einheitlichen Körperschaftsbemessungsgrundlage und als zweiten Schritt die Gruppenbesteuerung. Wir benötigen überhaupt mehr gemeinsame Steuerpolitik. Denn nur mit mehr gemeinsamer Steuerpolitik, mehr Transparenz, *country-by-country reporting* und gemeinsamen Bemessungsgrundlagen können wir die Steuerschlupflöcher schließen, die die Unternehmen und manche Mitgliedstaaten nützen, und die Steuerflucht verhindern.

Ich appelliere an die Mitgliedstaaten, nicht weiter zu blockieren, endlich umzusetzen und uns zu zeigen, dass sie bereit sind, das zu tun, was die Bürgerinnen und Bürger verlangen und der Binnenmarkt braucht. Kehren Sie ab von der Einstimmigkeit und nehmen Sie die doppelte Mehrheit als Grundlage der Entscheidung über dieses Paket!

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, first of all I would like to thank the Commissioner very much for this very important corporate tax reform package. Tax should be paid where profits are made, and I think that is a really good guiding principle. In our single market, the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) is fundamental to an effective non-bureaucratic tax cooperation for our Member States, for our companies, and for growth and jobs in Europe. We need to get rid of the 28 Member States' different national systems that blur up things. It is also a crucial step to end big corporations' tax dodging in the EU and to deliver more tax justice for our citizens.

Tax avoidance and evasion is threatening our welfare state in Europe today by eroding the tax base. Tax dodging, illuminating massive tax injustices for our citizens and SMEs that pay their fair taxes, is destroying jobs and growth in Europe because of unfair competition and an unlevel playing field for companies in our single market. SMEs create more than eight out of ten jobs and should not be punished but rewarded in our market.

We have witnessed numerous scandals – LuxLeaks, Panama Papers, Bahamas Leaks – and this has revealed a corrupt and unfair tax system. This is only the tip of the iceberg. Therefore transparency, simple and better rules and effective cooperation need to replace this broken tax system. The European Parliament has applied real pressure to ensure this and several times asked for an effective CCCTB. This means that both the common corporate tax base and consolidation should be adopted as one package, and the threshold of EUR 750 million should be lowered to make the system more comprehensive and more effective.

I also very much welcome the simple and clear rules regarding R&D that in particular support SMEs and start-ups. It is really important that we should avoid the artificial profit shifting that we have seen in patent box systems in Europe. Finally, the European Parliament is ready to move fast on CCCTB, and Member States should support us and the Commission in that endeavour.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Madam President, we need to see maximum tax powers remain with national governments to ensure that they are held accountable for their decisions by their electorates. We also need to see effective international action against tax avoidance, one of the great global injustices of our time. But Commissioner, your proposal falls short. This proposal may, in fact, actually intensify the race to the bottom on corporate tax in the EU; it will not end international transfer pricing or the shifting of profits offshore.

Governments or the Commission saying that they are tackling tax avoidance is not the same thing as actually doing it. For example, many people believe that the infamous double Irish scam used by Google and Facebook and Microsoft is to be phased out by 2020, but reports of its death have been greatly exaggerated. Despite the spin, it is still in place for companies who set up a subsidiary in certain countries that Ireland has a tax treaty with, such as Malta, as these treaties override domestic law. This notorious tax loophole and all such vehicles need to end immediately as a first step to delivering tax justice.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señora Presidenta, que avancemos para evitar que las multinacionales hagan trucos fiscales intergrupo para no pagar impuestos es una buena noticia. Hay que ser ambiciosos en eso y que las multinacionales paguen lo que les corresponde.

Sobre la propuesta que nos presenta, señor Comisario, algunas cosas. Primero, ustedes lo hacen obligatorio para las multinacionales con ingresos de más de 750 millones de euros. Creemos que ese tope es demasiado elevado; probablemente en el Parlamento les vamos a pedir que rebajen eso.

Segundo, las deducciones en algunos casos son demasiado amplias: las deducciones por los costes de financiación de la deuda y del *equity*, demasiado amplias; las deducciones por las *start-up* de 200 % hasta 20 millones, demasiado amplias; y las deducciones por I+D+i de hasta 150 % hasta 20 millones, demasiado amplias también. Yo creo que esas deducciones deberían ser reducidas de una manera mucho más importante.

Y finalmente, señor Comisario, un tipo mínimo del impuesto de sociedades. Esa batalla, la Comisión no puede renunciar a darla, y el Parlamento y muchos de los Grupos en esta Cámara lo vamos a exigir. Sin un tipo mínimo del impuesto de sociedades, no seremos capaces de hacer frente al agujero que hoy es el impuesto de sociedades en la Unión Europea.

Peter Simon (S&D). – Frau Präsidentin! Es schon interessant zu sehen, wer sich heute hier Sorgen um eine faire Unternehmensbesteuerung macht. Es ist auch interessant zu sehen, wo die Kolleginnen und Kollegen herkommen. All denen kann ich aber nur entgegenhalten: Wer einen fairen Steuerwettbewerb will, der muss genau das unterstützen, was die EU-Kommission heute vorgeschlagen hat. Wir brauchen Transparenz, wir brauchen eine einheitliche gemeinschaftliche Körperschaftssteuerbemessungsgrundlage als Basis für jeglichen Wettbewerb.

Wer gegen diese Transparenz ist, dem kann es doch im Grunde eigentlich nur darum gehen, Intransparenz – die Mauschelei, die künstliches Kleinrechnen von Unternehmensgewinnen ermöglicht – weiter aufrecht zu erhalten. Wer es mit Fairness im Steuerwettbewerb ernst meint, kann nicht gegen Transparenz sein. Insofern ist das, was wir heute vorgelegt bekommen haben, ein allererster Schritt in einen fairen Steuerwettbewerb.

Die Frage der Höhe von Steuersätzen, die kommt als Folgefrage, und da müssen wir dann diskutieren. Als Zwischenschritt wird die Konsolidierung aber erforderlich sein. Da müssen wir als Signal, denke ich, heute an die Mitgliedstaaten aussenden, dass wir es nicht durchgehen lassen werden, dass dieses zweite Projekt von ihnen auf die lange Bank geschoben wird. Ich denke, wir sind hier gemeinsam gefordert, den Druck auf die Mitgliedstaaten aufrechtzuhalten.

Das einzige, was ich mit an diesem Dossier wünschen würde, wo wir noch deutlich tiefer hineingehen sollten, ist bei der Frage: Wen unterziehen wir einer gemeinsamen Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage? Da finde ich den Ansatz, lediglich die 1 900 größten Unternehmen mit 750 Mio. EUR Jahresumsatz zu nehmen, als zu kurz gegriffen. Hier möchte ich auffordern, ehrgeiziger zu sein. Wir sollten uns an die einheitliche Definition von Großunternehmen der EU halten – 40 Mio. EUR vom Jahresumsatz –, und dann haben wir alle relevanten Player …

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta; yo me sumo, Señorías, a la felicitación al Comisario y yo me sumo al apoyo que el Grupo Socialista le quiere dar, porque creo que armonizar las bases es fundamental en la justicia fiscal. Pero vamos a ser sinceros: tenemos dos problemas muy importantes.

El primero es que este Parlamento, Señorías, no tiene capacidad de decisión. Solo somos requeridos para hacer una consulta, porque quien va a decidir es el Consejo. El Parlamento solo emite una opinión y el Consejo —lo sabemos— lleva cinco años paralizando. Y aunque hay una alarma social, hay una oportunidad —coincidimos en esto—, pero creo que corremos el riesgo de que el Consejo interprete que la fiscalidad es de soberanía nacional y que no se admite ninguna intervención europea. Se considera que es necesaria la unanimidad para cualquier norma en esta materia, y este es un problema gravísimo.

Y el segundo problema es que aquí mismo, Señorías, tenemos que reconocer que hay muchas voces que reclaman que la fiscalidad es un factor legítimo de competencia entre los países, que se pueden atraer empresas y se puede atraer economía con impuestos más bajos. Esto está aquí, mucha gente lo piensa. Y hasta que no unifiquemos y efectivamente armonicemos la fiscalidad y renunciemos a la soberanía nacional, no habrá armonización de un tipo único, no habrá mercado único que funcione bien y no habrá justicia fiscal.

Catch-the-eye procedure

Romana Tomc (PPE). – Na letni ravni zaradi izogibanja plačevanju davkov, kot smo vsi ugotovili, izgubimo na milijarde eurov, ki bi jih lahko porabili v bolj koristne namene, za šolstvo, za zdravstvo, za ustvarjanje novih delovnih mest in za krepitev gospodarstva.

Storiti moramo vse, da bodo podjetja plačevala davke tam, kjer dejansko opravljajo gospodarsko dejavnost, in da bodo prispevala pravičen delež v davčno blagajno. Da bi imeli celovit pregled nad tem, kje podjetja dejansko plačujejo davke, pa je pomembno, da Evropa nastopi usklajeno, in ne z osemindvajsetimi različnimi pristopi.

Novi ukrepi, ki jih zajema sveženj Komisije bodo omogočili bolj usklajeno delovanje držav članic ter izmenjavo potrebnih podatkov. Še posebej pozdravljam današnji predlog Komisije, ki je končno predlagala konsolidirano davčno osnovo. To je mala zmaga, vendar korak v pravo smer.

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, la verdad es que algunos hemos vivido estupefactos cómo el Consejo se ha ido de este Pleno justo cuando empezaba este debate. Entraba el Comisario en la sala y el representante del Consejo se iba de este debate. Realmente esto es vergonzoso y espero que no sea un mal augurio para lo que nos queda por delante.

Señor Comisario, tiene usted el apoyo firme y sólido de todo el Grupo socialista. Esperamos que esta Cámara en los próximos meses sea capaz de estudiar, reflexionar y aportar nuevas ideas a esta iniciativa para hacer de verdad posible un impuesto de sociedades común en Europa. Y espero también que ese esfuerzo de esta Cámara y ese apoyo a la Comisión suponga que el Consejo venga aquí a dar la cara y que el Consejo acepte esta iniciativa que tanto necesitamos para construir la verdadera Europa de los ciudadanos, el verdadero futuro de la Unión Europea. Así que, ¡adelante!, esperemos contar con esa mejora en el Parlamento y discutamos después ese tipo mínimo, esa tasa mínima para un impuesto europeo también de sociedades.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, the interesting thing about coming in here today was that this particularly affects Ireland. It is no secret that it is a cornerstone of our economic policy for successive governments. Stone, though, is a bit of a strong word for it, because that stone is starting to be worn away.

When I came in here today I was expecting to see members of our government – MEPs from that party – coming in here to defend it, because it is a cornerstone of their policy. It was interesting to hear the Commissioner say at the beginning that we have a more favourable political environment. Well, Ireland and Irish people are seen as supportive of the EU project. It's strange, because a Member of the EPP has said that if you go ahead any further with this, they will get Ireland to pull out of the EU.

So it's interesting you say it is a more political favourable environment. I was wondering, until the President turned up, had we already Irexited, because none of them were here.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, Comissário Moscovici, esta proposta que o senhor diz ser melhor e diferente ressuscita a de 2011 sobre matéria coletável comum consolidada do imposto sobre sociedades, então enterrada pelo Reino Unido e pela Irlanda. Como os escândalos Lux Leaks e Panamá Papers e outros demonstram, a transferência de lucros das multinacionais priva Estados-Membros, como o meu, Portugal, de importantes receitas fiscais com grandes empresas a deslocalizar *holdings* para a Holanda, o Luxemburgo e outros paraísos fiscais para evitar pagar impostos.

A pseudossoberania fiscal no mercado interno de livre circulação tem agravado a divergência económica na zona euro e tornado insuportável a injustiça fiscal e social. Os Estados-Membros não podem mais bloquear um acordo nesta matéria que deve incluir o «C» de consolidação e a determinação de uma taxa mínima aplicável em toda a União Europeia.

Estamos consigo, Senhor Comissário, adiante.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo pacchetto si inserisce nel più ampio obiettivo di collegare la tassazione nel luogo in cui si verifica la reale attività dell'impresa. Le pratiche di elusione fiscale incidono direttamente sul funzionamento del mercato interno e creano fenomeni di concorrenza fiscale dannosa, mentre l'obiettivo del pacchetto è proprio quello di riallineare la tassazione delle imprese con i ricavi aziendali rilevanti del contribuente azienda, mentre è di oggi la notizia che la *Apple* continua ad espandere le sue attività fiscali in Irlanda. Nella consapevolezza che il rilancio del CCTB e l'ulteriore tentativo di legiferare in materia di imposta sulle società – ne sono convinto –rappresenta un necessario mezzo per armonizzare le regole con cui le aziende calcolano i loro imponibili in tutta l'Unione europea. Certo, l'elemento del consolidamento è l'aspetto più delicato della proposta, ma concordo sulla metodologia di ripartizione dei profitti basato sul lavoro, l'attività e le vendite.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Députés, je vous remercie de ce débat qui a démontré que nos objectifs sont les mêmes. J'ai écouté tout ce qui a été dit ici et je prends vraiment vos remarques pour un encouragement.

Nous voulons ensemble mettre en place une fiscalité des entreprises qui soit juste et efficace au sein de l'Union. L'ACCIS – et vous le mesurez tous – est vraiment un projet révolutionnaire qui réalisera le marché unique de la fiscalité des entreprises dont l'Union a tant besoin. Je compte vraiment sur votre soutien pour faire avancer ce dossier et je vous remercie déjà de l'avoir manifesté ici.

Certains d'entre vous ont soulevé la question de la souveraineté fiscale des États membres. C'est précisément ce que nous essayons de faire avec le paquet présenté aujourd'hui, à savoir restaurer la souveraineté fiscale des États membres.

Avec l'ACCIS, l'Union européenne, qui reste la première puissance commerciale du monde, pourra imposer ses règles fiscales à ces géants économiques que sont les multinationales plutôt que de se contenter, au mieux, de leur aumône. Ainsi, la souveraineté fiscale de tous les États membres sera rétablie. Elle ne doit pas être un mot, elle doit être une vérité.

Il n'y aura pas de gagnant ou de perdant. La base consolidée sera répartie selon des critères objectifs qui reflètent l'activité économique des sociétés. Le principe que nous défendons – vous savez que je le pousse méthodiquement dans tous les textes que je propose – est celui de la taxation effective selon lequel les profits doivent être taxés là où ils sont créés. C'est selon ce principe que nous avons structuré cette proposition.

J'entends ce que vous dites, les uns et les autres, sur les taux. Certains souhaitent que nous les harmonisions, d'autres les redoutent. En ma qualité, je dois faire la part du souhaitable et du possible. Je ne me prononce pas sur le souhaitable, mais je sais ce qui est possible compte tenu de la règle de l'unanimité. Je tiens donc à dire que nous ne toucherons pas aux taux – je le dis de la manière la plus claire – et que nous n'y toucherons jamais tant que les États membres, eux-mêmes, ne voudront pas le faire ou tant que la règle ne changera pas, mais je ne perçois pas d'appétit farouche pour les changements de traité en ce moment. Par conséquent, l'instrument le plus important, qui permet aux États de gérer leurs revenus fiscaux, restera intact. Cette proposition, qu'on s'en réjouisse ou non, n'est pas hostile à la compétition fiscale, qui est aussi un des éléments de l'attractivité, mais elle met en place, encore une fois, des règles de solidarité majeures.

Cette assemblée est appelée, à nos côtés, à jouer un grand rôle, son rôle habituel, non seulement de contrepoids mais vraiment d'impulsion politique vis-à-vis du Conseil. Je compte donc sur votre action continue et efficace pour aboutir vite sur ce dossier. Je dis «vite», mais je sais aussi que la discussion sera sûrement assez ardue, voire un peu longue. Nous avons toutefois des échéances qui ont été fixées (2019-2021) et viendront vite si l'on déclenche le compte à rebours.

Je compte sur vous comme vous pouvez compter sur moi.

President. – The debate is closed.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Hay que dar la bienvenida a este paquete sobre el impuesto de sociedades, que plantea a través de dos Directivas, armonizar la base y consolidarla. La propuesta original, de 2011, ha sido bloqueada en el Consejo por determinados Estados miembros, lo que es verdaderamente inaceptable. No se puede construir el mercado interior y asegurar la justifica fiscal si algunos Estados siguen pensando en utilizar sus regímenes fiscales para atraer artificialmente los beneficios generados en otra jurisdicción. La Comisión acierta en separar BICCIS en dos Directivas, ya que la consolidación de la base y la fórmula de atribución son sin duda los elementos más controvertidos. Pero basta con armonizar la base (fundamentalmente las deducciones), pues si no se aplica la misma fórmula de cálculo para liquidar el impuesto, se mantendrá el traslado artificial de beneficios. También es importante reducir el umbral aplicable de 750 millones de euros a 40. Debemos asegurarnos de que el Consejo hace su trabajo, de modo que uno o dos países no bloqueen estas medidas. Para los socialistas españoles la lucha contra la evasión y la elusión fiscal es una prioridad absoluta, que no debe ser menoscabada con base en una reivindicación anacrónica de la soberanía nacional.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Hay que dar la bienvenida a este paquete sobre el impuesto de sociedades, que plantea a través de dos Directivas, armonizar la base y consolidarla. La propuesta original, de 2011, ha sido bloqueada en el Consejo por determinados Estados miembros, lo que es verdaderamente inaceptable. No se puede construir el mercado interior y asegurar la justifica fiscal si algunos Estados siguen pensando en utilizar sus regímenes fiscales para atraer artificialmente los beneficios generados en otra jurisdicción. La Comisión acierta en separar BICCIS en dos Directivas, ya que la consolidación de la base y la fórmula de atribución son sin duda los elementos más controvertidos. Pero basta con armonizar la base (fundamentalmente las deducciones), pues si no se aplica la misma fórmula de cálculo para liquidar el impuesto, se mantendrá el traslado artificial de beneficios. También es importante reducir el umbral aplicable de 750 millones de euros a 40. Debemos asegurarnos de que el Consejo hace su trabajo, de modo que uno o dos países no bloqueen estas medidas. Para los socialistas españoles la lucha contra la evasión y la elusión fiscal es una prioridad absoluta, que no debe ser menoscabada con base a una reivindicación anacrónica de la soberanía nacional.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – Niniejszym chciałbym wyrazić aprobatę dla propozycji Komisji Europejskiej dotyczącej wspólnej skonsolidowanej podstawy opodatkowania firm (CCCTB). Jest ona ważnym krokiem we właściwym kierunku, jakim jest walka z unikaniem opodatkowania. Osobiście byłbym jednak za obniżeniem limitu obrotów firm, które podlegałyby przepisom, poniżej proponowanych 750 milionów euro. Uważam, że aktualny system jest niesprawiedliwy, ponieważ umożliwia wielkim, międzynarodowym korporacjom przenoszenie zysków tam, gdzie obowiązują najniższe stawki podatkowe, a podatki ściągane są z firm, które nie mają takiej możliwości.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Hay que dar la bienvenida a este paquete sobre el impuesto de sociedades, que plantea a través de dos Directivas, armonizar la base y consolidarla. La propuesta original, de 2011, ha sido bloqueada en el Consejo por determinados Estados miembros, lo que es verdaderamente inaceptable. No se puede construir el mercado interior y asegurar la justifica fiscal si algunos Estados siguen pensando en utilizar sus regímenes fiscales para atraer artificialmente los beneficios generados en otra jurisdicción. La Comisión acierta en separar BICCIS en dos Directivas, ya que la consolidación de la base y la fórmula de atribución son sin duda los elementos más controvertidos. Pero basta con armonizar la base (fundamentalmente las deducciones), pues si no se aplica la misma fórmula de cálculo para liquidar el impuesto, se mantendrá el traslado artificial de beneficios. También es importante reducir el umbral aplicable de 750 millones de euros a 40. Debemos asegurarnos de que el Consejo hace su trabajo, de modo que uno o dos países no bloqueen estas medidas. Para los socialistas españoles la lucha contra la evasión y la elusión fiscal es una prioridad absoluta, que no debe ser menoscabada con base a una reivindicación anacrónica de la soberanía nacional.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Der vorliegende Vorschlag der Kommission für eine einheitliche Methode zur Berechnung von Gewinnen ist ein erster wichtiger Schritt in Richtung Steuergerechtigkeit. Steuern müssen endlich dort gezahlt werden, wo die Gewinne erwirtschaftet werden. Um dieses Ziel wirklich zu erreichen, sehe ich noch Verbesserungsbedarf: Die Trennung der Bemessungsgrundlage von der Konsolidierung in zwei separate Richtlinien darf nicht dazu führen, dass die Konsolidierung auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird. Denn nur so können Gewinne auch dem Mitgliedsland zugerechnet werden, in dem sie entstehen.

Die gemeinsame Bemessungsgrundlage muss außerdem Hand in Hand mit EU-weiten Mindeststeuersätzen gehen. Aktuell beträgt die Körperschaftssteuer in Österreich 25 %, in Irland aber beispielsweise nur 12,5 %. Ohne Mindeststeuersätze können wir dem Steuerdumping kein Ende setzen.

Es sollen nur Unternehmen betroffen sein, deren Umsatz mehr als 750 Millionen Euro im Jahr beträgt. Damit wären nur 1,6 % der multinationalen Konzerne betroffen. Nicht zuletzt muss diese Schwelle daher deutlich niedriger angesetzt werden. Für eine faire Unternehmensbesteuerung braucht dieser Vorschlag also noch eine klare sozialdemokratische Handschrift.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Hay que dar la bienvenida a este paquete sobre el impuesto de sociedades, que plantea a través de dos Directivas, armonizar la base y consolidarla. La propuesta original, de 2011, ha sido bloqueada en el Consejo por determinados Estados miembros, lo que es verdaderamente inaceptable. No se puede construir el mercado interior y asegurar la justifica fiscal si algunos Estados siguen pensando en utilizar sus regímenes fiscales para atraer artificialmente los beneficios generados en otra jurisdicción. La Comisión acierta en separar BICCIS en dos Directivas, ya que la consolidación de la base y la fórmula de atribución son sin duda los elementos más controvertidos. Pero basta con armonizar la base (fundamentalmente las deducciones), pues si no se aplica la misma fórmula de cálculo para liquidar el impuesto, se mantendrá el traslado artificial de beneficios. También es importante reducir el umbral aplicable de 750 millones de euros a 40. Debemos asegurarnos de que el Consejo hace su trabajo, de modo que uno o dos países no bloqueen estas medidas. Para los socialistas españoles la lucha contra la evasión y la elusión fiscal es una prioridad.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A decisão de combater a fraude e a evasão fiscal é de louvar. Contudo, não pode deixar de trazer um forte travo a hipocrisia.

A fraude e a evasão fiscal são, em grande parte, legais. Usam instrumentos que foram contruídos deliberadamente pelos governos da União Europeia para servir os interesses das empresas multinacionais. Tal é o exemplo da Holanda, do Luxemburgo ou do Reino Unido, entre tantos outros, que centraram as suas políticas económicas na criação de condições para atrair capitais fictícios, favorecendo operações de pirataria fiscal junto de outros Estados nacionais.

Aos grandes anúncios da Comissão Europeia, face ao escândalo Lux Leaks, seguem agora medidas minimalistas, cujo alcance é duvidoso e que constituirão uma frustração junto daqueles que estão cansados deste escândalo e exigem medidas firmes.

Mas importa dizê-lo. Não haverá qualquer mudança se não forem questionados os fundamentos do sistema capitalista que promove a liberdade de circulação de capitais e a desregulamentação do sistema financeiro.

17. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (Aussprache)

President. – Because we are running a little over time I will not take blue-card interventions in this debate, and let's see how we progress.

Dita Charanzová, *rapporteur*. – Madam President, today marks a day when we can say that we are one step closer to dignity and respect for all of our citizens, including those with disabilities. This is because of the hard work of this House and thanks to the true leadership of the Dutch Presidency, which understood that this piece of legislation is vital.

Europe is now not only on the cusp of a digital revolution, but we are in the middle of it. It is the policy of the Union that every sector, both private and public, should be digital, and that by going digital we will renew growth in Europe and make life easier for our citizens. If our digital services are not accessible to all of our citizens, we are not helping them but are instead holding many back and introducing new barriers. There are more than 80 million Europeans with a disability. As we age, every one of us will have either a temporary or permanent disability at some point. This is as true for those digital natives among us as it is for those born before the internet. Making digital information accessible is as much in our own individual interest as that of society as a whole.

I am proud that, as of tomorrow, web accessibility will be the law of the land in Europe. Every government website and – maybe more importantly – every government application will have to be accessible. This law applies not only to the public, but also to internal government websites, meaning that it will help the millions of government employees with disabilities and help open new job opportunities for others. This law means that all online and digital forums and all payment systems will have to be accessible. It will end the outlandish situation whereby we require people to pay their taxes online, only to create a website that not all people can use. Today, we are saying that e-government must be open and service all citizens. For this reason, I am proud.

Is this the final step? No, Mr Commissioner, it is not. There are still some limitations to making this law proportional, but, if something is not accessible, governments will now be accountable to give a clear reason why it is not, and that reason cannot be that it would simply cost too much. Every citizen will have a right to challenge such a decision. It is also not the last step because the digital world is more than government websites alone. We still need a strong European Accessibility Act that covers both the digital and physical worlds. Parliament has a good voice for this in my colleague, Mr Løkkegaard. We need to adopt the Accessibility Act as soon as possible. When it has been adopted, the two combined will mean that we can say that we have served our citizens well and done everything we can to help all of them. I am proud to have my name attached to this legislation, and I look forward to its adoption tomorrow.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, let me thank those who made it possible from Parliament and the Council to get this directive finally close to adoption.

The Web Accessibility Directive is a major step towards an inclusive digital single market and digital society. As the European Union population ages and the number of people with disability is expected to increase to 120 million by 2020, the internet is an essential way to access and provide information and services. It is therefore more important than ever to make sure that everyone can benefit from it. The directive will make the internet more accessible, especially for people with disabilities. It will help people left behind in the digital society to have the same opportunities online to participate to a fuller extent in the digital society, and it will lead to a more independent life.

It will make websites and mobile apps easier to navigate, interact and use. People with disabilities, such as those with visual or hearing impairments, will be able to better access, perceive and understand digital information and services, for example through subtitles or audio descriptions.

the directive will not only benefit citizens, it will bring economic benefits to our societies as a whole. In particular the directive will benefit to market this with positive spill-over or effect, not only for public sector bodies but also for other players producing products and services relating to the accessibility of websites and mobile applications.

The directive shows the commitment of the European Union and its Member States to the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities in promoting access to new information and communications technologies and systems of public sector bodies. Since the adoption of the Commission's proposal four years ago, technological development has in the meantime required some adaptation. We welcome the work of Parliament and the Council to give a wider scope to the directive. Extending it to nearly all public sector bodies' websites and also covering mobile applications will make the directive more pervasive and future-proof.

The Commission will work to support the effective implementation of the directive. They count on the cooperation with Member States, a cooperation that has already been proven to be efficient in the past.

President, honourable Members, that you very much indeed for such excellent cooperation and for your attention.

Sabine Verheyen, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ein barrierefreier Zugang zu Websites öffentlicher Stellen ist für unsere Bürgerinnen und Bürger von großer Bedeutung, da immer mehr Serviceleistungen im öffentlichen Bereich online angeboten werden. Ich freue mich daher sehr, dass wir morgen endlich über dieses Thema abstimmen können. Die Einigung nach fast vier Jahren Beratungen und Verhandlungen ist mehr als überfällig.

In öffentlichen Einrichtungen und Kommunen wird zwar auch heute schon einiges getan, um im Zuge der Digitalisierung den barrierefreien Zugang zu Informationen und elektronischen Behördendiensten zu verbessern. Aber hier muss deutlich mehr getan werden, um Menschen mit Behinderungen gleichwertigen Zugang zu öffentlichen Diensten und Websites zu ermöglichen.

Mit dem nun vorliegenden Text haben wir einen ausgewogenen Kompromiss gefunden, der viel fordert, aber auch genügend Flexibilität bietet. So fallen beispielsweise alle Websites öffentlicher Stellen in den Anwendungsbereich der Richtlinie. Sehr wichtig war darüber hinaus auch die vollständige Einbeziehung von Apps öffentlicher Stellen, denn gerade Menschen mit Behinderungen nutzen ihre Smartphones verstärkt und brauchen somit barrierefreie Apps.

Im Gegenzug wurde eine klare und eindeutige Liste an Ausnahmen verhandelt und eine Unverhältnismäßigkeitsklausel eingeführt. Es war wichtig, darauf zu achten, dass nicht zu hohe Anforderungen gestellt werden, denn eine Reduzierung von Online-Inhalten und —Diensten aufgrund unverhältnismäßig hoher Anforderungen hätte einen negativen Einfluss auf alle europäischen Bürgerinnen und Bürger gehabt und nicht zu einer Verbesserung der Situation und zu fairer Teilhabe geführt.

Mit dem Verhandlungsergebnis konnte allen Seiten Rechnung getragen werden. Im Bereich des öffentlichen Rundfunks werden wir uns im Parlament dafür stark machen, dass entsprechende Forderungen zur Barrierefreiheit in der AVMD-Richtlinie verankert und zügig umgesetzt werden und wir hier einen deutlichen Schritt nach vorne kommen – im Sinne der Menschen mit Behinderungen.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ein Leben ohne Internet ist für uns heute nicht mehr vorstellbar. Freilich steht es nicht allen in gleicher Weise zur Verfügung; man nennt das *digital gap*. Es reicht auch nicht aus, einen Internetzugang zu haben, wenn man aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage ist, die Angebote auch entsprechend zu nutzen. Behinderte Menschen sind davon besonders betroffen. Für sie ist das Internet zudem oft ganz besonders essenziell. Es ist unverständlich, dass unsere Richtlinie so lange im Rat blockiert war.

Ich bin der damaligen niederländischen Präsidentschaft sehr dankbar, dass sie die Initiative ergriffen hat, und möchte mich auch ganz besonders bei der Berichterstatterin, Frau Charanzová, für ihr Verhandlungsgeschick und ihre Hartnäckigkeit bedanken.

Mit der neuen Richtlinie werden öffentliche Stellen wie Behörden, Gerichte, Polizei, Krankenhäuser, Universitäten oder Büchereien dazu verpflichtet, ihre Web-Angebote so zu konzipieren, dass sie für alle zugänglich und nutzbar sind. Damit wären die vier Kriterien des barrierefreien Internets erfüllt: Wahrnehmbarkeit, Bedienbarkeit, Verständlichkeit und Robustheit.

Ebenso wichtig wie der Zugang zu Websites ist es auch, Apps diskriminierungsfrei anwenden zu können. Das war einer der Erfolge des Parlaments in den Trilog-Verhandlungen.

Die Richtlinie, einmal umgesetzt, bedeutet für mehr als 80 Millionen körperlich oder altersbedingt beeinträchtigter Menschen eine große Erleichterung des Alltagslebens und eine Verbesserung ihrer Teilhabemöglichkeiten.

Besonders hervorzuheben ist auch die Einrichtung eines Feedback-Mechanismus, über den die Nutzer den öffentlichen Stellen Mängel der Websites oder mobiler Anwendungen hinsichtlich der Barrierefreiheit mitteilen können. Die Mitgliedstaaten müssen eine zuständige Behörde benennen, die die Einhaltung der Vorschriften überwachen und durchsetzen kann. Damit ist auch garantiert, dass das Ganze mehr ist als eine nette Absichtserklärung.

Unsere Richtlinie ist auch ein wichtiger Orientierungspunkt für die weitere Entwicklung des digitalen Binnenmarkts. Dies trifft besonders auch für die Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste zu.

Vicky Ford, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, in a digital age we need to make sure that online content and services are accessible to all, and ensure equality of access to the digital world, just as we have endeavoured to do in the physical world.

I would like to thank all my colleagues, especially the rapporteur, for their work on this file. I am pleased that we managed to get a more coherent text and a forward-looking approach, including a pathway to introduce the mobile apps into the scope. It is important that legislation does not unnecessarily become a burden on public sector bodies, which is why we also brought in the ability in certain cases for the on-demand system. It was very important that, where there are complaints, these are actually answered. I would like to thank the Commissioner for that.

In our Group, Helga Stevens MEP has been doing some incredibly impressive work to make sure that Parliament thinks very hard about accessibility in everything we do. I would like to thank the many organisations that helped with their advice on this work, and particularly, from the UK, the RNIB, the organisation for blind people. Thank you so much for your assistance.

Morten Løkkegaard, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I would first of all like to thank our rapporteur for the excellent work. As a rapporteur myself for the Accessibility Directive, I now have something good to build on, and, of course, I will try to do that. I will make the rest of my comments in Danish, since I also have a Danish audience.

Tak til ordføreren for veludført arbejde. Som sagt vil jeg prøve at bygge videre på det i det videre arbejde med tilgængelighedsdirektivet. Det handler om, som det også er blevet sagt tidligere fra andre, at have et velfungerende digitalt indre marked. Vi tilbringer jo alle størstedelen af vores tid på internettet, og derfor har det selvfølgelig også højeste prioritet for Den Liberale Gruppe, at alle mennesker får noget ud af det digitale indre marked. For eksempel at alle har lige adgang til offentlige myndigheders hjemmesider og apps, som det er blevet beskrevet. Forslaget er på den måde en vigtig brik for at nå et endnu større mål, nemlig at vi alle får tilgængelighed også som handicappede til ikke bare nettet, men også til de fysiske aktiviteter rundt omkring i Europa. Nu fortsætter arbejdet med tilgængelighed for handicappede. Det er vigtigt, at vi finder den delikate balance mellem et velfungerende indre marked og tilgængelighed for de mange millioner medborgere, som i dag kæmper med mangel på tilgængelighed. Jeg vil gøre mit for at afstedkomme denne delikate balance. Jeg glæder mig meget til arbejdet i den kommende tid.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, αυτή η πρόταση οδηγίας μας ενδιαφέρει ιδιαίτερα γιατί αφορά ογδόντα εκατομμύρια ανθρώπους. Ζητάμε να εφαρμοστεί γρήγορα, γιατί εμείς, οι άνθρωποι με αναπηρίες, πρέπει να έχουμε πρόσβαση στις ηλεκτρονικές σελίδες των δημόσιων φορέων για να ζητήσουμε ένα πιστοποιητικό, να προγραμματίσουμε μια επίσκεψη σε νοσοκομείο, να υποβάλουμε μια φορολογική δήλωση χωρίς ταλαιπωρία. Για πολλούς, όλα αυτά είναι αυτονόητα, αλλά σε εμάς, τα άτομα με αναπηρίες, τα πιο απλά πράγματα μοιάζουν με πολυτέλεια. Προτείνω στα μέλη της Επιτροπής να έρθουν λίγο στη θέση μας για να καταλάβουν πόσο έχουν καθυστερήσει την οδηγία που περιμένουμε από το 2012. Αν ένοιωθαν τις ανάγκες μας, θα ζούσαμε σε μια καλύτερη Ευρώπη.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Asszony! Tisztelt Biztos úr! A digitális társadalom korában elengedhetetlen az, hogy az interneten elérhető információk és az online szolgáltatások, különösen a közszektorban mindenki számára elérhetők és biztosítottak legyenek. Azt is mondhatnám, hogy akadálymentesen biztosítottak legyenek. Sajnos 80 millió olyan európai uniós polgár van körülbelül, aki nem élhet ezzel az előnnyel, nem élhet a digitális társadalom előnyével, sőt azt mondhatom, hogy halmozottan hátrányos lesz attól, hogy nem tudja ezeket az előnyöket elérni. Pedig célunk kellene hogy legyen, hogy mindenki számára elérhető legyen. 2016-ban arról beszélni, hogy vannak olyanok, akik nem tudják élvezni ezeket az előnyöket – azt gondolom – nagyon sürgősen megoldandó feladat. Éppen ezért gratulálok a jelentéstevőnek, én is sajnálom, hogy ily hosszú időnek kellett eltelni ahhoz, hogy ez a jelentés teljesülésbe menjen, és megoldandó feladatok helyett már megoldott feladatok közé soroljuk ezt a teljesítményünket is.

Vannak azonban még további feladatok. Tudom, hogy jó lépést tettünk és jó irányba tesszük meg most ezt a lépést, azonban sokszor azt is kell látni, hogy kevés a hardver, szoftver is szükséges hozzá, szakemberek, akik képesek arra, hogy segíteni tudjanak ezeknek az embertársainknak. Vannak még feladatok, amelyeket meg kell tennünk. Azt gondolom, ez a következő lépés lesz.

Olga Sehnalová (S&D). – Přístup k informacím a službám považujeme v dnešní digitalizující se společnosti za samozřejmost. Mezinárodní standardy internetové přístupnosti ale splňuje pouze třetina internetových stránek veřejného sektoru v EU.

V praxi je tedy pro řadu osob se zdravotním postižením, ale také např. pro seniory nemožné využít mnoha veřejných služeb online.

Přijetí tohoto návrhu významně zjednoduší přístupnost a využívání služeb pro znevýhodněné osoby a zlepší kvalitu jejich života. Chtěla bych vyzdvihnout roli EP v legislativním procesu. Podařilo se nám dosáhnout plného zpřístupnění internetových stránek, které spravuje veřejný sektor, včetně mobilních aplikací.

Jako stínová zpravodajka Evropského aktu přístupnosti věřím, že potvrzením tohoto textu náš závazek umožnit využívání běžných služeb a zboží evropským občanům bez rozdílu a na rovnoprávném základě nekončí. Právě přístup k některým klíčovým výrobkům a službám, který akt přináší, je dalším neméně důležitým předpokladem pro plnohodnotné zapojení všech občanů do společnosti. Nezapomínejme, že digitální vnitřní trh musíme vytvářet pro všechny občany EU.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Eerst en vooral zou ik Dita willen bedanken voor al het goede werk met betrekking tot dit dossier. Ik vind dat we met deze wetgeving erin zijn geslaagd aan te tonen dat Europa wel degelijk een meerwaarde kan bieden.

De twee belangrijkste successen zijn volgens mij de volgende. In de eerste plaats is het een toekomstgericht voorstel. We zijn wij erin geslaagd ervoor te zorgen dat niet alleen de websites maar ook de applicaties, de *apps*, toegankelijker zullen zijn. Op de tweede plaats denk ik dat wij een goed evenwicht hebben gevonden tussen enerzijds de toegankelijkheid en anderzijds het vermijden van disproportionele lasten voor overheidsinstanties. Toegankelijkheid heeft immers wel degelijk een kostprijs. Het is bijvoorbeeld niet redelijk aan een museum te vragen om al zijn archieven online toegankelijk te maken. Daarom hebben we gewerkt met een systeem op aanvraag. Mensen die bepaalde informatie online zouden willen, kunnen daarom vragen.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já naváži na své předřečníky, na kolegyni Sehnalovou z výboru atd., kdy stejně jako oni vnímám velká pozitiva tohoto návrhu. Zkrátka a dobře, pokud zde je hlavní agendou výboru IMCO pro toto volební období otázka možnosti zřízení digitálního trhu, pak je nutné si klást otázku, jak ten trh zřídit, aby byl přístupný pro občany. Řešit otázku přístupnosti, a to zvláště pro lidi, kteří trpí určitými vadami nebo mají určité zdravotní problémy.

O tomto je tento návrh, o tomto je tato směrnice a já ji velmi vítám a podporuji, protože pokud směrnice bude přijata, pak umožní zdravotně postiženým lidem lepší přístupnost k internetu a mobilním aplikacím, které vytvářejí veřejné instituce. Je to podle mého názoru mimořádně důležité, protože je třeba odstraňovat handicap zdravotně postižených a starších občanů, protože podle statistiky v tuto chvíli zdravotními problémy v EU trpí kolem 80 milionů lidí, ale očekává se, že do roku 2020 může určitým zdravotním handicapem trpět až 120 milionů lidí, tzn. má to svůj smysl.

Jedinou věc, kterou si dovolím vytknout tomuto návrhu, je podle mého názoru přílišná byrokratizace, co se týká povinných zpráv, které členské státy musí posílat do Bruselu Komisi a ta bude vyhodnocovat, zda země dodržují tuto směrnici či nedodržují.

Adam Szejnfeld (PPE). Pani Przewodnicząca! Równy dostęp obywateli do władzy publicznej, do instytucji publicznych to fundament demokracji i społeczeństwa obywatelskiego. Jest to niebywale ważne tak w świecie realnym, jak i w świecie wirtualnym, ale szczególnie istotne w dzisiejszych czasach, w czasach społeczeństwa informatycznego i szczególnie istotne, jeśli chodzi o osoby niepełnosprawne. Dla części bowiem z nich kontakt z władzą publiczną, z instytucjami publicznymi poprzez internet to jedyna w ogóle szansa na to, żeby mieć więź ze swoim państwem, swoją władzą czy z instytucją publiczną. Dlatego idea, która jest realizowana w projekcie, jest niebywale ważna i godna poparcia. Trzeba też pamiętać o tym, że ten świat wirtualny w dzisiejszych czasach – a w przyszłości pewnie jeszcze bardziej – będzie jedną z głównych płaszczyzn samorealizacji obywatela, dlatego finał tych prac jest istotny.

Warto jednak także pamiętać, że nie wolno zrównywać obowiązków państwa, instytucji publicznej z sektorem prywatnym i sprawy, o których dzisiaj rozmawiamy, muszą być zrealizowane i to skutecznie, jeżeli chodzi o instytucje i sektor publiczny, ale nie powinny być narzucone sektorowi prywatnemu.

Romana Tomc (PPE). – V Evropi živi štiridesetkrat več ljudi s posebnimi potrebami, kot ima prebivalcev moja država. S staranjem prebivalstva pa lahko pričakujemo, da se bo njihovo število v prihodnjih letih še povečevalo.

V današnji dobi, ko je internet postal naše glavno orodje za dostop do informacij, za komunikacijo in storitve na internetu, menim, da se glede dostopnosti za vse uporabnike, tudi za osebe s posebnimi potrebami, o tem sploh ne bi smeli več pogovarjati, to ne bi smelo biti več vprašanje.

Pri razvoju, ki smo ga doživeli in ki smo mu še vedno priča, je nedopustno, da tako velika skupina ljudi še nima enakega dostopa do digitalnih proizvodov in storitev. To jim seveda onemogoča enakopravno življenje, enakopravno sodelovanje pri izobraževanju v digitalni družbi in seveda tudi na trgu dela.

Zato zelo lepo, zelo toplo pozdravljam dejstvo, da bodo z določbami iz te direktive spletišča in mobilne aplikacije javnih organov morale izpolnjevati skupne evropske standarde dostopnosti. To je eden izmed bistvenih korakov za zagotavljanje enakosti in preprečevanje diskriminacije.

Catch-the-eye procedure

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι πάροχοι πληροφοριών και υπηρεσιών, όπως οι οργανισμοί του Δημοσίου, στηρίζονται όλο και περισσότερο στο Διαδίκτυο. Για τον λόγο αυτό είναι αναγκαίο να τηρούνται ορισμένες αρχές κατά τον σχεδιασμό, την κατασκευή και τη συντήρηση των ιστοτόπων, καθώς και των εφαρμογών για φορητές συσκευές, προκειμένου να καθίστανται περισσότερο προσβάσιμες στους χρήστες. Επιπλέον, θα πρέπει κάθε κράτος μέλος να βασίζεται στις συμφωνημένες απαιτήσεις προσβασιμότητας, ώστε να επωφεληθούν οι οργανισμοί του δημοσίου τομέα από τη φθηνότερη παροχή προϊόντων και υπηρεσιών που σχετίζονται με την προσβασιμότητα στο Διαδίκτυο. Τέλος, με αυτόν τον τρόπο, αναμένεται να επωφεληθούν και οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, οι οποίες ανήκουν στους προμηθευτές προσβάσιμων ιστοτόπων και εφαρμογών και, επομένως, να συμβάλουν με αυτό τον τρόπο στην οικονομική ανάπτυξη και στη δημιουργία θέσεων εργασίας εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, imam dugogodišnje iskustvo suradnje s građanima s invaliditetom i s posebnim potrebama ili s njihovim udrugama i moram reći, prisjećam se vremena kada su došli prvi telefoni i poslije kada su došli pametni telefoni, koliko je to radosti i sreće bilo za mnoge od njih. Isto tako, iskustvo vezano za servis javnog sektora, vezano za e-plaćanje ili e-komunikaciju je nešto što se pokazalo iznimno vrijednim.

Spojiti ovo u jednom ovakvom izvještaju je nešto što snažno podržavam i što želim poručiti kao osoba koja je već dvadesetak godina zaista pokušala učiniti baš nekako život lakšim i bez barijera, jer ovim sadašnjim načinom na koji namjeravamo kroz ovu direktivu stvoriti novu kvalitetu življenja, stvoriti inkluzivno društvo za osamdesetak milijuna ljudi koji imaju posebne potrebe u Europi, to je nešto što iziskuje potpunu i snažnu podršku svih nas.

Na kraju želim samo dodati ovo: sljedeći korak mora biti slobodan wi-fi za sve. To je Juncker najavio, moramo mu dati kompletnu podršku da se to i ostvari.

(End of catch-the-eye procedure)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, of course I agree with those very sensitive words said to us by Madam Kuneva. It is of course regrettable that our legislative process takes time but, as I already mentioned earlier, the web accessibility directive is a cornerstone of an inclusive digital single market.

Of course it demonstrates once more that co-legislators can work together to create a better Europe, enhancing social inclusion and eliminating barriers hampering competition, competitiveness and economic growth.

I would like to thank the rapporteur, Ms Dita Charanzová, and the shadow rapporteurs, for their dedicated and hard work to get the directive to this stage.

We look forward to the vote of adoption by Parliament and assure you that we are fully committed to helping and facilitating the implementation of the directive.

Dita Charanzová, *rapporteur*. – Madam President, Commissioner Andriukaitis, I think this debate has confirmed what I said at the beginning. We all believe that each individual must be treated with dignity and respect by our governments and our society. This will be endorsed tomorrow when both this legislation and a pilot project that supports it are adopted. EUR 600 000 will be available to make the web accessible, thanks to the Members of this House. I hope that the Commission will use this money wisely.

Let me end by thanking all the shadows and colleagues who expressed their views today. I would also like to thank everyone in this House who made this possible, especially the policy adviser of the ALDE Group, Thierry Masson, and my assistant Andrew Hillman, as well as the whole IMCO Secretariat and our Chair, Vicky Ford. I look forward to our Parliament continuing to be a voice for all the people of Europe, including persons with disabilities.

President. – The debate is closed.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Labai džiaugiuosi, kad pagaliau visos valstybės narės sutarė dėl šios itin svarbios direktyvos. Ministerijų, ligoninių, teismų ir kitų viešųjų įstaigų interneto svetainės ir mobiliosios programėlės taps prieinamesnės neįgaliesiems ir vyresnio amžiaus žmonėms. Naršyti internete jiems padės tokios pagalbinės priemonės kaip ekrano skaitytuvai, alternatyvus tekstas ar garsinė informacija.

Mes Europos Parlamente pasiekėme, kad naujosios taisyklės apimtų ir mobiliąsias programėles. Svetainėse turės būti skelbiama informacija apie jų atitikimą naujosioms ES taisyklėms, taip pat nurodoma, kuris turinys jų neatitinka ir kodėl. Naršytojai turės galimybę pranešti svetainių autoriams apie prieinamumo reikalavimų nesilaikymą. Dalis svetainių turinio, pavyzdžiui, programinės įrangos rinkmenų formatai, iš anksto įrašyti vaizdo ar garso klipai ar suarchyvuotas turinys, galės jų neatitikti, tačiau vartotojui paprašius ši informacija turės būti jam pateikta tinkamu būdu ir formatu. Ši nuostata dokumente atsirado irgi Parlamento dėka.

Kadangi taisyklės jau suderintos su ES Taryba, nebeliko kliūčių joms įsigalioti. ES valstybės turės per beveik dvejus metus perkelti šias taisykles į savo teisę. Iki tol sukurti tinklapiai turės būti pritaikyti prie naujųjų reikalavimų per dar dvejus metus, naujai sukurti tinklalapiai – per vienerius metus, o visos mobiliosios aplikacijos – per beveik trejus metus.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – Con la aprobación de esta directiva, conocida como Directiva Web, a partir de ahora, todos los sitios web y aplicaciones móviles, incluidos los documentos electrónicos y multimedia, de las autoridades públicas en Europa tienen que ser accesibles para una amplia gama de usuarios, incluyendo 80 millones de personas con discapacidad. Este es un hito crucial para lograr una sociedad digital integradora, en la que las personas con discapacidad y otros usuarios tienen acceso a los servicios en línea en igualdad de condiciones con otras personas, lo cual es un derecho consagrado en la CDPD de la ONU. La Unión debe asegurarse de su implementación a nivel nacional y que no se abuse de las excepciones previstas en el texto. Mediante la supervisión y presentación de informes a la Comisión y un grupo de expertos formado por las partes interesadas a nivel europeo, la Unión puede abordar más fácilmente los problemas en la aplicación y trabajar de manera más eficaz. Además, se debe continuar abogando por otra legislación pertinente o complementaria de la Unión, incluida la Ley europea de accesibilidad y la revisión de la Directiva de servicios de medios audiovisuales para garantizar que se abordará de forma adecuada lo que no está cubierto por la Directiva Web.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Örömmel állapítom meg, hogy a mai napon egy 4 éves munka zárulhat le és az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott jelentésemmel összhangban innovatív és tudásalapú gazdaságok már nem alakulhatnak ki a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Mint emlékezetes, az Európai Bizottság eredetileg egy sokkal korlátozottabb javaslatot tett le az asztalra, amit mi, itt a Parlamentben jelentősen kibővítettünk. Az eredetileg javasolt közszektorbeli szolgáltatások mellett immáron a közszolgáltatások széles körére is kiterjed a hatály. Nemcsak a weblapokra, hanem a mobilapplikációkra is vonatkoznak majd az akadálymentességet biztosító előírások, ugyanis szabványok használatát is előírja a jogszabály. Végezetül a fogyatékossággal élő emberek érdekképviseleti szervei is szerepet kapnak a végrehajtás során, amire bő két év, mintegy 21 hónap áll rendelkezésre. A munka nem ért véget: úton van az audiovizuális csomag és az European Accessibility Act.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – The digital single market aims at bringing people together. For many of us, going online is the quickest and most convenient way of getting informed. However this is not a reality for around one fifth of the EU population. A great deal of the public sector bodies' websites are not fit for use by people with disabilities, such as hearing and vision impairment.

The swift implementation of the Accessibility of public sector bodies' websites Directive will empower European consumers with disabilities to access information and public services available online. I invite the European Commission to keep a close eye on the process of implementation. At the same time, however this process should not pose disproportionate burden on EU Member States. The European Parliament managed to keep the text realistic and reasonable, which I believe will help the smooth work-on-the-ground of this Directive.

I would like to thank all colleagues involved in the negotiations, who managed to widen the scope to all public sector bodies and also to include the mobile sites and applications. This is a step towards enabling people with disabilities to access the public sector bodies' websites anywhere at any time and also a key step to future-proof this Directive.

18. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the recommendation for second reading from the Committee on Agriculture and Rural Development on protective measures against pests of plants (08795/2/2016 - C8-0364/2016 - 2013/0141(COD)) (Rapporteur: Anthea McIntyre) (A8-0293/2016).

Anthea McIntyre, *rapporteur.* – Madam President, plant health is a very important issue across the whole of Europe and the agreement that we have reached on protective measures against pests of plants is a really significant achievement. I would particularly like to pay tribute to my shadows and thank them for all their work, for their positive approach and for their cooperation over many months. This regulation will strengthen our phytosanitary security and our biodiversity through a proportionate and risk-based approach that provides quicker decision-making, faster action and better collaboration between Member States.

Our problem is that pests and diseases do not respect national borders. That is why it is so important to have an EU-wide agreement. At its most basic, this regulation aims first to prevent the entry of plant pests into the EU, then to eradicate harmful organisms when they are found to be present and, finally, to contain the spread of any outbreak when the first aim fails.

So this agreement updates rules that date back to 2000, in order to provide a modern, responsive and effective regime for plant health. It provides better protection at import, against high-risk trades, it provides increased surveillance and financial support, including better prioritisation of the most harmful of organisms, it introduces stricter eradication measures, it harmonises plant passports and it gives clearer rules for protected zones.

In 2015, the value of crop output in the EU amounted to over EUR 200 billion. It is a key sector for European agriculture and it represents the livelihood of thousands of farmers. We need only look at the devastation caused by Xylella fastidiosa to see both the socioeconomic and the environmental damage which can be caused by pests. Xylella has affected thousands of acres of olive groves in southern Member States and caused severe economic losses for farmers. Another example is Chalara or Ash dieback, which has spread rapidly across continental Europe. In the UK, this fungus was first confirmed in 2012 in trees growing in nurseries or in recently established plantations. It has spread so rapidly that it is estimated that 80 million ash trees could be affected.

It is crucial to protect EU agriculture, horticulture and forestry and as a continent our defences are only as strong as the weakest link. New pests and diseases are emerging all the time as a result of globalisation, climate change and the increasing volume of imports from new parts of the world. All this increases the risk of future outbreaks of harmful organisms. So the challenge of how best to respond to these risks has led to significant political differences amongst the Member States and across Parliament.

I believe the compromise we reached represents the best agreement possible to bridge these differences. It strikes the right balance between facilitating legitimate trade, on the one hand, and protecting the EU from pests from third countries, on the other. A new article was inserted, introducing the possibility of a preliminary assessment on the basis of which high-risk plants, plant products or other objects would be prevented from entering Union territory until a full risk assessment was carried out. Presuming the safeguards for defining high risk are appropriately applied, then the scope for introducing a closed system via the back door is negligible. I really strongly recommend this agreement to Parliament.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, I am very pleased to appear before the plenary here today with a view to successfully concluding our work on the regulation on protective measures against pests of plants, more commonly referred to as the plant health regulation.

This is a very important piece of legislation. It is the result of a great deal of hard work by Parliament, the Council and the Commission. Its outcome is, I believe, a credit to all three institutions. We all share a deep and common understanding of the fundamental importance of plant health and its link to the protection of our people's health, agriculture, food chain and environment. Furthermore, we collectively recognise that outbreaks of plant pest will occur from time to time. This is inevitable due to the intensification of global trade as well as climate change.

The case of the outbreak of xylella fastidiosa in Italy, France and, to a small extent, in Germany, is the most recent reminder of the serious threat that pests pose for our farmers, agricultural production, environment and the livelihoods of so many producers. Another example is the pine nematode outbreak in Portugal, affecting our forestry industry. We must ensure we are best prepared to deal with future outbreaks of plant pests and also make sure that our territory remains protected from the entry of non-European pests.

The new regulation has been drafted and negotiated while taking into account all of those concerns. In this view it will introduce more protective rules for the early detection and eradication of dangerous plant pests, if found present in EU territory, and more proactive tools and actions such as the prioritisation of pest action plans for eradication. Contingency plans and simulation exercises allow the European Union to adopt a more proactive policy against the entry of pests from other countries and the import of high-risk plants and plant products; harmonise and simplify the rules concerning certification of plants and plants products, thus facilitating their production, marketing and controls; and specify the responsibilities of the producers through legislation and authorisation before they produce, market and certify the health of their plants. All those new provisions are based on the concept that we have to do more in order to suffer less from the devastating effects of some plant diseases.

I take the opportunity to recall that Member States remain responsible for import controls and surveillance in their territories to avoid the presence of those pests. Therefore more resources need to be allocated by the Member States to cope with those important tasks. Otherwise this EU law will not bring the expected benefits. In the coming years the Commission will focus its inspection programme on import control audits and will check whether European Union plant health rules are implemented in the Member States in an effective and harmonised manner. All the elements included in this new framework are well thought out and have been thoroughly discussed with all interested parties.

I therefore look forward with both hope and expectation to a broad agreement and endorsement of this file. Our work will, of course, continue with the development of dedicated and implementing acts and through the practical implementation of new rules once agreed.

Pilar Ayuso, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta; señor Comisario; yo, ante todo, quiero dar las gracias a la ponente y a todos los ponentes alternativos y a todos los que han colaborado en este informe porque, realmente, ha sido el mejor acuerdo al que podíamos llegar.

Este Reglamento tiene un objetivo claro, que es proteger las producciones europeas de los organismos nocivos importados de otros países. Y es que la historia de la patología vegetal está llena de ejemplos de plantas portadoras sin síntomas —portadoras de enfermedades—, pero que, al ser importadas a otras latitudes, causan estragos en otras especies y en otros géneros.

Este riesgo se agrava por el mercado único, como muy bien ha dicho el Comisario, porque de un país se importa y otro cultivo sufre el daño. Como ejemplo tenemos la *Xylella fastidiosa* —que también usted ha mencionado—, que sigue afectando dramáticamente a Italia, Francia, y también a Alemania. Según todos los indicios, esta plaga llegó a Europa a través de una planta ornamental de café importada a través del puerto de Róterdam, en Holanda. Precisamente eso es lo que tratamos de evitar con las medidas preventivas de la lucha contra plagas importadas.

El nuevo Reglamento introduce un nuevo mecanismo para luchar contra los riesgos emergentes de epidemias desconocidas para la Unión Europea mediante aplicaciones de acciones temporales. Por todo lo expuesto, el texto que vamos a adoptar supone una mejora muy importante y yo le pido a todos los componentes del Parlamento que apoyen este texto, porque es el mejor de todos los posibles.

Paolo De Castro, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, Commissario, onorevoli colleghi, la progressiva apertura dei mercati, se da una parte può generare risultati positivi dal punto di vista economico e commerciale, porta purtroppo con sé anche una inevitabile globalizzazione delle malattie e degli organismi nocivi. Malattie che mettono seriamente a repentaglio la salute delle nostre piante, ponendo seri rischi per la biodiversità e di conseguenza per la competitività del nostro settore agricolo e forestale. Voglio quindi ringraziare, anche a nome della collega Viorica Dăncilă, la relatrice Anthea McIntyre per l'ottimo lavoro svolto e l'importante risultato ottenuto.

Il testo che stiamo per approvare garantisce infatti un alto livello di protezione e di sicurezza per tutta l'Unione contro l'importazione di organismi nocivi per i prodotti vegetali. Una protezione delle nostre frontiere che si rende sempre più indispensabile, anche in considerazione delle ultime vere e proprie epidemie scoppiate in Europa, come è stato citato il caso della zylella fastidiosa, che rischia di distruggere parte inestimabile dell'inestimabile patrimonio olivicolo dell'Italia meridionale, così come le problematiche relative punteruolo rosso delle palme o al cinipide del castagno, tutte conseguenze di una importazione incontrollata di piante e organismi infetti provenienti da paesi terzi che hanno trovato terreno fertile nel nostro territorio. Non si può quindi più aspettare. Questo nuovo regolamento è quanto mai necessario al fine di stabilire un regime fitosanitario in Europa capace di prevenire e di combattere efficacemente la diffusione di organismi nocivi.

Jan Huitema, *namens de ALDE-Fractie*. – Allereerst wil ik graag de rapporteur en mijn collega-schaduwrapporteurs bedanken voor het constructieve werk dat we geleverd hebben in het Europees Parlement. Ik wil echter ook graag kort uiteenzetten wat onze positie als ALDE-Fractie is, want handel brengt welvaart maar staat op alle mogelijke manieren onder druk. Het debat wordt met een hoop retoriek gevoerd, waarbij niet goed naar de inhoud wordt gekeken.

Sinds de jaren '70 beoordelen wij de invoer van planten uit derde landen op de eventuele risico's die daarmee gepaard gaan. Dat noemen we een open importsysteem. Hiermee vinden we een gezonde balans tussen de bescherming tegen plantziekten en het beschermen van onze belangrijke handelsbelangen. Al in mei 2013 wilde de Europese Commissie zwakheden binnen het huidige systeem aanpakken zonder het open importsysteem in gevaar te brengen. Het Europees Parlement wilde in april 2014 hetzelfde.

Door de uitkomst van de onderhandelingen nu is dit echter in gevaar: aangescherpte regels en vaag geformuleerde criteria bieden de mogelijkheid om de invoer van planten en plantaardige producten uit derde landen te verbieden, zonder daarbij de risico's voldoende te beoordelen. Met andere woorden: het kan dat we worden overgeleverd aan de willekeur van lidstaten die om politieke redenen import blokkeren.

Dit vind ik onacceptabel! Daarom heb ik namens de liberalen in het Europees Parlement een amendement ingediend om deze overeenkomst niet te steunen. Handelaren in invoerhavens zoals Schiphol en Antwerpen zullen bovendien te maken krijgen met administratieve rompslomp en hogere kosten. Dichte grenzen zullen plantenziekten in de EU helaas niet volledig buiten de deur houden, noch worden ze hiermee voorkomen.

Maria Lidia Senra Rodríguez, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, a globalização do comércio e as alterações climáticas estão fazendo com que novas pragas e doenças apareçam nos vegetais. A Xylella fastidiosa foi apenas um exemplo do que está a acontecer. É fundamental um controlo rigoroso e o seguimento do material vegetal que entra na União Europeia e, por isso, apoiamos este texto. Mas precisamos também de mecanismos para detetar a presença e o desenvolvimento de pragas de espécies invasoras que entram na União Europeia com as importações de outros produtos agrícolas, como aconteceu com a Vespa velutina.

É por isso que pedimos uma estratégia europeia na qual se conte com as agricultoras e os agricultores para deteção precoce, acompanhamento e investigação, e para estabelecer as ações necessárias para prevenir, erradicar e impedir que pragas de espécies invasoras se estendam. Ao mesmo tempo, pensamos que é necessário definir protocolos de atuação na luta contra as pragas e as espécies invasoras que protejam a saúde, o meio ambiente e as águas.

Florent Marcellesi, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, la propagación de la bacteria *Xylella fastidiosa* está destruyendo los olivos milenarios en Apulia y ahora se ha propagado a Córcega y Alemania. Como bien saben, es una de las plagas vegetales más destructivas que han llegado a Europa desde fuera de nuestras fronteras, pero no es la única.

Era necesario actualizar el Reglamento que previene la entrada de plagas y, por eso, saludamos esta propuesta en la que hemos trabajado, sobre todo mi compañero Jordi Sebastià, al que sustituyo, para que fuera lo más segura posible. Aun así, pedimos a la Comisión que no tarde una década en redactar los actos de ejecución del nuevo Reglamento para eximir las semillas de bajo riesgo, el intercambio de semillas entre agricultores y la conservación de la biodiversidad genética.

Las consecuencias de plagas como la mancha negra o el chancro de los cítricos son incalculables y nos preocupa muchísimo que últimamente la Comisión intente, a través de un acto de ejecución, modificar la Directiva 2000/29/CE, para limitar los controles de los cítricos que provengan de terceros países, lo que dejaría a nuestros productores indefensos.

Pido, pues, que se respete la intención del Reglamento que vamos a votar en esta sesión y que la Comisión no busque subterfugios para limitar los controles a la importación de cítricos. No olviden que debemos trabajar para proteger a nuestros productores. Eso es lo que ellos esperan de una Unión Europea para que esta vez no les falle.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, we are talking here about an EU-wide attempt to control pests of plants. Failure to control threats to plants and imported produce is well documented. WTO rules allow countries to ban imports on this basis. Member States have different priorities when it comes to deciding on invasive species control. Northern Finland and Cyprus are unlikely to sing from the same song sheet in this respect; the EU will, however, expect them to do so.

Controlling pests requires pesticides. The EU institutions are doing their best to reduce the active ingredients that may be used. The latest victim are the endocrine disruptors, and their demise will reduce the number of materials available from 400 to a little over 300, creating more pressure on those that remain to succumb to increasing resistance from the target pest. Whilst the green lobby might be happy with the situation, they have yet to demonstrate that endocrine disruptors are a proven hazard when used correctly. I have personally handled these products for very many years and, to the great disappointment the green lobby, I am still here.

Philippe Loiseau, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, l'Union européenne est aujourd'hui une passoire ouverte aux quatre vents. Dans cette zone ouverte, comment pourrait-on surveiller si des organismes se glissent dans les produits d'importation? Ce refus dogmatique de contrôler a en fait permis l'entrée d'organismes nuisibles aux végétaux.

Par le passé déjà, la mineuse de la tomate, ensuite le moucheron asiatique et, plus récemment, la Xylella fastidiosa ont pu coloniser nos territoires. Nous continuons pourtant à importer des produits originaires de pays qui n'ont pas notre confiance, qui n'ont ni nos normes ni notre exigence, et dont la gestion est plus qu'opaque. Alors, laissez les États décider!

Le risque d'isolement et l'esprit de coopération devraient suffire, selon moi, pour que chacun mette en place une politique sanitaire intelligente et sécurisante.

Nous disons «oui» à des contrôles accrus, à l'obligation de traçabilité que nous ne cessons de demander, à l'établissement d'une liste de pays potentiellement à risque, ainsi qu'à toutes ces mesures de précaution, surtout si elles sont décidées par les États souverains dans un esprit de coopération. Par contre, nous refusons que la Commission statue en distribuant les bons points et les punitions aux États ou aux régions.

Hélas, comme souvent avec l'UERSS, on s'attend au pire. On s'attend, en fait, à ce que les États soient escamotés au moment du débat, dépossédés de leur souveraineté au profit, bien sûr, de la Commission. C'est elle, la Commission, qui décrète le problème et décide de la solution. Dans le cas de la Xylella fastidiosa, elle a imposé l'arrachage des arbres malades à la région des Pouilles, à leurs voisins et aux voisins de leurs voisins. Cela n'en finit plus.

Bienvenue dans le meilleur des mondes où la Commission européenne non élue – je précise – est l'alpha et l'oméga de la politique de la santé.

Avec la Commission, c'est en fait toujours pareil: certains espèrent le meilleur, d'autres se préparent au pire.

Albert Deß (PPE). – Frau Präsidentin Mairead McGuinnes, Herr Kommissar Vytenis Andriukaitis, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach vielen Sitzungen und Trilog-Verhandlungen dürfen wir morgen über die europäische Gesetzgebung zur Pflanzengesundheit hier abstimmen, damit sie dann 2017 in Kraft treten kann. Ich bedanke mich bei der Berichterstatterin und allen Schattenberichterstattern und vor allem bei Kollegin Ayuso von meiner Fraktion, dass sie dieses Dossier bearbeitet hat.

Es ist uns im Agrarausschuss und im Europäischen Parlament innerhalb von zwei Jahren gelungen, eine zielgerichtete und ausgewogene Gesetzgebung zur Pflanzengesundheit auf den Weg zu bringen. Der neue Artikel 41a soll zur Bewältigung von Schädlingsrisiken durch Vorsorgemaßnahmen dienen. Es wird möglich sein, die gefährlichen Einfuhren nach einer vorläufigen Beurteilung unter Berücksichtigung bestimmter Kriterien bis zur vollständigen Risikobewertung auszusetzen.

Wichtig war die Anforderung, dass professionelle Betreiber, die Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse importieren, sowie Kunden von Postdiensten, Internetkunden und Fahrgäste, die riskante Pflanzen in ihrem Gepäck importieren, ein Zertifikat benötigen.

Wir haben durch die delegierten Rechtsakte die Möglichkeit, Herr Kommissar, weiter mitzuwirken. Ich darf Sie bitten, dass Sie dafür sorgen, dass dieser Vorschlag – wo ich davon ausgehe, dass er morgen mit großer Mehrheit hier verabschiedet wird – auch unbürokratisch umgesetzt wird.

Wir müssen vor allem auch darauf achten, dass für nicht professionelle Endverbraucher wie Hausgärtner nicht so strenge Kriterien angelegt werden, damit auch sie ihre Pflanzen in Zukunft beziehen können.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, yo quisiera sumarme a la felicitación de nuestra ponente, la señora McIntyre, y a la de todos los ponentes alternativos, en concreto mi compañera, la señora Dăncilă, que ha estado colaborando para llevar a cabo este buen acuerdo, el mejor acuerdo posible.

A mí me hubiese gustado poder llegar a una lista positiva en materia vegetal, pero entiendo que era necesario un acuerdo global para todos los países de la Unión Europea y, por tanto, este es mi acuerdo y este es un gran acuerdo.

Ahora los controles tienen que llevarlos a cabo los Estados miembros. Para ello son necesarios medios. Ahí no coincido con el señor Huitema, que dice que esto nos va a costar dinero; claro que cuesta dinero, pero es para la protección de los vegetales de la Unión Europea. Por tanto, espero que los Estados miembros atiendan a este nuevo Reglamento.

Y decirle una cosa, señor Comisario: no vayamos a modificar, vía anexos, algunos criterios que ahora se mejoran con este Reglamento. Lo digo por la modificación prevista en la Directiva 2000/29/CE en el caso de las naranjas para zumo. No vayamos a cambiar las reglas del juego.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi abbiamo nuove regole per frenare l'afflusso di parassiti come la xylella, forse anch'essa derivante da un aumento degli scambi commerciali e dal cambiamento climatico. Questo regolamento è passato, è un passo avanti per la tutela dell'agricoltura, delle sue tradizioni e dell'ambiente. Ciò grazie a misure preventive definite, a regimi d'importazione più stretti, a compensazioni proporzionali al reale valore delle piante distrutte e a condizioni restrittive per la salvaguardia dell'ambiente.

Ma l'emergenza xylella ha mostrato le contraddizioni della Commissione: da un lato le misure scellerate imposte all'Italia, prive di solide evidenze scientifiche, e dall'altro la risposta a una mia interrogazione del Commissario Vella, la quale chiarisce che, seppur imposto da Bruxelles, il piano fitosanitario dell'Italia doveva obbligatoriamente prevedere una valutazione ambientale strategica. Tutto questo non è mai stato fatto in Puglia, dimostrando che l'Italia non ha saputo difendere il proprio territorio e la Commissione non è stata garante delle sue direttive. Ringrazio la Commissione per la risposta e come la Francia, che non intende abbattere gli ulivi a Mentone, confermando così l'impraticabilità della decisione europea, andiamo avanti più forti nella difesa dei nostri ulivi.

Michel Dantin (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, à mon tour, je voudrais remercier l'équipe de négociation qui, autour de M[me] McIntyre, a fait preuve de beaucoup de patience parce qu'il y a bien longtemps que nous avons engagé la négociation de ce texte.

Ce texte me paraît nécessaire parce que l'opinion publique et nous-mêmes souhaitons moins d'utilisation de pesticides pour protéger nos cultures. La meilleure manière de protéger les cultures, c'est de ne pas les exposer à l'infection primaire. Or, pour qu'il n'y ait pas d'infection primaire, il faut que nous ayons des contrôles qui soient plus actifs dans les différentes circulations.

Cher collègue Huitema – mais vous êtes déjà parti –, je préfère en effet avoir des contrôles efficaces à l'aéroport d'Anvers plutôt que des agriculteurs qui restent les bras ballants devant des cultures infectées, incapables de les traiter parce que nous n'aurons pas de produit pour le faire et parce que la recherche ne va pas assez vite. On le voit bien avec Xylella. Le temps de la recherche n'est malheureusement pas le temps de l'infection, il est beaucoup plus long. Nous avons besoin de multiplier la recherche pour trouver des solutions, mais la mondialisation des échanges facilite l'infection. Plusieurs cas ont déjà été cités. On pourrait citer bien d'autres exemples, notamment les mouches sur les cerisiers et le problème du frelon asiatique qui véhicule également un certain nombre de maladies.

Par conséquent, nous aurons, me semble-t-il, une législation efficace, à partir de demain. Il faut la voter telle qu'elle a été négociée.

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin! Ich möchte mich an erster Stelle bei Frau McIntyre bedanken, die wirklich mit einer sehr guten Arbeit in Vorleistung gegangen ist, und ich hoffe, dass in der Kommission Herr Andriukaitis diese Arbeit aufnimmt und erfolgreich umsetzt.

Hier im Hause wurde schon mehrfach betont, dass der Klimawandel, die Globalisierung und natürlich auch die aktiven Reisetätigkeiten der Menschen eine ungewollte Folge mit sich gebrachthaben: eingeschleppte Pflanzenschädlinge aus Drittstaaten sind an vielen Stellen Europas zu erkennen. Es geht um gebietsfremde Pflanzenschädlinge, um Pflanzenschädlinge, die hier keine natürlichen Feinde haben. Es geht um Pflanzen, die keine Abwehrmechanismen haben, um diesen Schädlingen zu begegnen.

Wir haben ein klares Ziel, und ich glaube, das Ziel ist im Agrarausschuss eindeutig: Wir wollen ein Gleichgewicht in der Natur, wir wollen Naturgesundheit haben. Das bedeutet, dass wir an allen Ecken handeln müssen. Wir – die EU, das Parlament und die Kommission –machen morgen den Rechtsrahmen. Die Mitgliedstaaten sind verantwortlich, dass die Einfuhrkontrollen dann auch wirklich funktionieren.

Die Forst- und die Landwirtschaft fordern wir zu Mitarbeit auf. Privatpersonen müssen wir wirklich auch hier aus diesem Hause heraus um Verständnis bitten, wenn es manchmal zu Fällungen kommt– auch im privaten Bereich– zum Beispiel zum Fällen von Bäumen.

Pflanzengesundheit geht uns alle an. Hier dürfen wir keine Grenzen setzen.

Catch-the-eye procedure

Giovanni La Via (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, il voto di domani rappresenta un grande risultato per l'Europa, in quanto il rischio d'invasione di patogeni provenienti dai paesi terzi è sempre più alto. Negli ultimi anni abbiamo assistito alla distruzione di parte del nostro patrimonio produttivo ornamentale a causa di controlli poco rigidi e del mancato blocco delle importazioni, talvolta, quando necessario. Penso, ad esempio, a quanto successo con la xylella fastidiosa, a quanto successo col punteruolo rosso delle palme, a quanto rischia di succedere col citrus black spot sugli agrumi.

È arrivato il momento di cambiare marcia e sono certo che solo attraverso un'analisi più seria del materiale vegetale in ingresso nell'Unione europea possiamo evitare altri casi di invasione. Il nuovo passaporto delle piante, nuovo strumento del regolamento, garantirà che il materiale vegetale in ingresso nell'Unione europea sia esente da patogeni e quindi consentirà di ridurre notevolmente il rischio di importare organismi nocivi da paesi terzi, organismi che, vale la pena ricordare, rappresentano una vera minaccia per il nostro processo produttivo e comportano danni per i consumatori e per i produttori europei.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il nuovo regolamento rappresenta un importante passo in avanti nel contrasto agli organismi nocivi per le piante e quindi a tutela della biodiversità. La definizione degli organismi nocivi più pericolosi, detti da quarantena, la migliore suddivisione tra organismi nocivi prioritari, soggetti cioè a regole più severe in materia di eradicazione e di informazione al pubblico, e l'obbligo di registrazione per gli operatori professionali permetterà di garantire controlli più efficaci e una migliore tracciabilità.

Con questo regolamento, dunque, le attività connesse al commercio sia interno all'Unione, sia con i paesi terzi, vengono adeguate con una valutazione basata sul rischio. Trattasi, dunque, di regole idonee a frenare il crescente afflusso verso l'Unione europea degli organismi nocivi per le piante, così come ad esempio la xylella fastidiosa o il cinipide per il castagno. Va assolutamente favorita, infine, una sufficiente interconnessione, al momento non prevista, tra il regolamento in questione e le norme internazionali derivanti dagli accordi della Convenzione internazionale per la protezione delle piante.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η υγεία των φυτών αποτελεί βασικό παράγοντα για τη βιώσιμη και ανταγωνιστική γεωργία, τη δασοκομία και, γενικότερα, για τη βιοποικιλότητα των κρατών μελών της Ένωσης. Το ισχύον κανονιστικό πλαίσιο της Ένωσης για την υγεία των φυτών έχει ως στόχο την πρόληψη της εισόδου και της διασποράς επιβλαβών οργανισμών, οι οποίοι μπορεί να καταστρέψουν την ευρωπαϊκή γεωργία και δασοκομία. Πλην όμως, μέχρι σήμερα, δεν έχουμε δει τα επιθυμητά αποτελέσματα αυτής της πολιτικής. Ο μεγάλος όγκος εισαγωγών φυτικών ειδών από άλλες ηπείρους συνεπάγεται υψηλή πιθανότητα δημιουργίας εστιών επιβλαβών οργανισμών, ενώ η κλιματική αλλαγή επιτρέπει στους οργανισμούς αυτούς να επιβιώσουν στην Ευρώπη και καθιστά τις καλλιέργειες και τα οικοσυστήματα πιο ευάλωτα σε νέους επιβλαβείς οργανισμούς. Κλασικό παράδειγμα η Xylella, που κατέστρεψε χιλιάδες ελαιόδεντρα στην Ελλάδα και στην Ιταλία. Είναι επομένως αναγκαίο η Ένωση να λάβει μέτρα ώστε να τηρούνται οι ειδικοί περιορισμοί και οι απαιτήσεις κατά την εισαγωγή και διακίνηση φυτικών προϊόντων.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, plant health is a key factor in promoting the sustainable and competitive agricultural sector. We are all aware of the importance of making the EU better protected from the possible entrance of new pests that have devastating effects, such as those we have seen recently in Italy and Spain.

However, the result of negotiations is a system where it becomes so easy for Member States to impose bans on plants and plant products based on weak preliminary assessment. I firmly believe that it will make imports more difficult, will lead to the substantial increase of costs, trade distortions, threatening the EU trade in plants worth an estimated EUR 30 billion. There must be a balance between import restrictions and the protection of trade interests, otherwise we risk putting in force legislation which can be a clear signal of protectionism.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este processo de elaboração de um regulamento relativo a medidas de proteção contra as pragas dos vegetais encerra aspetos contraditórios. A prevenção e o combate das pragas é uma questão candente. Os modelos agrícolas dominantes baseados em monoculturas intensivas de cariz exportador diminui a resistência dos sistemas agrícolas às pragas e potenciam os seus efeitos devastadores, razão pela qual se impõe, antes de mais, um questionamento e abandono destes modelos, a par da rejeição de qualquer forma de privatização de recursos genéticos, nomeadamente através do patenteamento de sementes.

Pretender, a pretexto do combate às pragas, impor medidas de registo e certificação que, na prática, inviabilizam a atividade dos pequenos agricultores, a agricultura tradicional, as formas tradicionais de propagação não é aceitável. Pelo contrário, significaria comprometer, a prazo, uma resposta sustentável ao problema das pragas.

Já no que se refere à importação de material vegetal de países terceiros, aí justifica-se por inteiro o controlo fitossanitário rigoroso que elimine riscos de surtos futuros de doenças de plantas, com consequências agronómicas e ecológicas potencialmente devastadoras.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η υγεία των φυτών συνιστά σημαντικό παράγοντα διατήρησης των δασών, των θαμνωδών εκτάσεων και του δημοσίου και ιδιωτικού πρασίνου και συμβάλει τόσο στην ανάπτυξη της γεωργίας, όσο και στη διατήρηση των θέσεων εργασίας που συνδέονται με αυτές τις δραστηριότητες. Πρέπει να προστατεύσουμε τους παραγωγούς μας από την εισαγωγή, κυρίως από άλλες ηπείρους, επιβλαβών οργανισμών που πλήττουν τα ευρωπαϊκά δένδρα τα οποία δεν είναι τόσο ανθεκτικά σ αυτούς. Εάν λοιπόν καταστραφούν τα δένδρα, θα καταστραφεί η γεωργία, η δασοκομία, η κηπευτική. Πρέπει λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει τα απαραίτητα μέτρα ούτως ώστε να υπάρξει και νομική κάλυψη αλλά και πρακτική αντιμετώπιση του φαινομένου αυτού. Για αυτόν ακριβώς τον λόγο θα στηρίξω την πρόταση υπερψηφίζοντας τον προτεινόμενο κανονισμό δεδομένου ότι καλύπτει τις προϋποθέσεις αυτές και κινείται προς τη σωστή κατεύθυνση.

(End of catch-the-eye procedure)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you very much indeed for all your remarks. I would like to react to Florent Marcellesi, who asked about the Commission's timelines. The Commission is aware of the acts that it has to adopt after the regulation enters into force and also all the legal deadlines to adopt those acts. The Commission services are currently working on a timeline to ensure that all those acts are adopted in a timely manner. One of those acts will be a list of priority pests, which will be a delegated act.

I agree that we should prevent the entry of high-risk plants. The Commission, indeed, will have to adopt, within two years of the adoption of the regulation, a list of plants, including fruits and vegetables, the import of which will be banned until a full risk assessment proves that they are safe. It is still too early for the Commission to indicate the content of such a list. Of course, as I said, the Member States will have the essential role in controlling borders and putting the necessary resources in place.

Honourable Members, I am grateful to Parliament for its important contribution, its hard work and its constructive approach in the development of this file. In particular, I wish to thank the rapporteurs, Mr Fajmon under the previous term, and Ms McIntyre under the current term of the European Parliament, for reaching an agreement in the political negotiation. I also thank the shadow rapporteurs of the previous and current terms of the European Parliament and the teams involved in the negotiations for all the strenuous efforts they have made. I hope that we can now take the final step in bringing this important file to a successful and satisfactory conclusion.

Anthea McIntyre, *rapporteur*. – Madam President, let me thank everyone who has participated in this debate. I think we all recognise the importance of bio-security to the EU. This agreement modernises the regime, both for imports from third countries and for intra-EU movements of plants and plant products. It strengthens surveillance, eradication and containment and improves prevention at import. And it does this without needlessly burdening growers or the horticulture trade.

The strengthened surveillance elements in this agreement are particularly important. Currently, co-financing is limited to costs for eradication and containment but not surveillance. The new regime introduces annual surveys to check for the presence of pests and also the listing of a new category of union quarantine pests. For trade, the delegation of responsibilities to private operators to issue plant passports has been a major step forward. The new rules aim to restore trust in the system by harmonising the format for passport information and extending the scope to cover all plants for planting except for certain seeds.

This agreement has undergone years of negotiations. We adopted a first reading position in April 2014 and, thanks to the tireless work of the shadows, over seven trilogues, we finally reached agreement just before Christmas. The agreement we reached strikes the right balance: protecting trade while allowing us to respond to threats in a coordinated and effective way across the EU. It is crucial to protect European agriculture and forestry from pests and diseases, and it is essential to put in place this legislative framework with its new stronger provisions without further delay.

President. – The debate is closed.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Štetnici na bilju ne poznaju granice. Poznato je da su mnogobrojne šume kestena u Europi zaražene, poznata je katastrofa stabala maslina na jugu Italije i poznato je djelovanje štetnika na mnogim uvoznim biljkama. Nedovoljno kontrolirani uvoz zaraženih biljaka štetnicima koji u Europi nemaju prirodnog neprijatelja velika je opasnost za našu bioraznolikost. Podržavam mjere koje će uvesti više kontrole i više obaveza za uvoznike u pogledu jače fitosanitarne sigurnosti.

19. Transfette (Aussprache)

President. – The next item is the debate on

— the oral question to the Council on trans fats (TFAs) by Renate Sommer, Daciana Octavia Sârbu, Nikolay Barekov, Anneli Jäätteenmäki, Lynn Boylan, Martin Häusling, Piernicola Pedicini, and Mireille D'Ornano, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (O-000105/2016 - B8-1801/2016),

— the oral question to the Commission on trans fats (TFAs) by Renate Sommer, Daciana Octavia Sârbu, Nikolay Barekov, Anneli Jäätteenmäki, Lynn Boylan, Martin Häusling, Piernicola Pedicini, and Mireille D'Ornano, on behalf of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (O-000106/2016 - B8-1802/2016).

Before I give the floor to our speakers, may I just say that time is not on our side. I would ask every speaker to respect their speaking time, because it is an important debate and we want to make sure you have your point.

Giovanni La Via, *Autore*. – Signora Presidente, Commissario Andriukaitis, onorevoli colleghi, signor ministro, prendo la parola a nome dei 7 cofirmatari della risoluzione presentata a seguito di due interrogazioni con richiesta di risposta scritta. Gli acidi grassi trans, *trans fat acid*, sono grassi insaturi presenti in molti oli vegetali parzialmente idrogenati prodotti industrialmente. La legislazione sui TFA rappresenta una delle priorità per il Parlamento europeo, che ribadisce in questa sede la sua preoccupazione in merito ai rischi posti dai TFA per la salute umana. Il consumo di tali oli è associato infatti a un aumento del rischio di malattie cardiovascolari. Recentemente, infatti, è stato pubblicato uno studio in cui si mostra una correlazione significativa fra il consumo degli acidi grassi trans e gli eventi ischemici cerebrali. Esistono, inoltre, forti sospetti che tali acidi possano contribuire in larga misura a processi di arteriosclerosi e aumentare così i rischi di infarto del miocardio.

Il WHO e la FAO raccomandano di ridurre l'assunzione sotto all'1% dell'apporto calorico giornaliero attraverso la dieta, mentre l'EFSA, l'Autorità europea per la sicurezza alimentare, raccomanda che se ne assuma il meno possibile. Il Parlamento ritiene, pertanto, che non sia opportuno agire solo a livello nazionale e che sia necessaria un'azione da parte dell'Unione europea al fine di ridurre l'assunzione media degli acidi trans in modo significativo. Gli acidi grassi trans sono utilizzati dall'industria alimentare per le loro caratteristiche, conferendo ai prodotti la consistenza desiderata e garantendo una lunga durata del periodo di conservazione, ma rappresentano soprattutto un fattore produttivo poco costoso.

Gli alimenti attualmente prodotti con questi acidi sono principalmente alimenti consumati largamente tra i giovani. È proprio la mancanza di consapevolezza da parte dei consumatori in merito agli effetti negativi dei TFA sulla salute che rende l'etichettatura obbligatoria per tali acidi uno strumento importante, seppur incompleto. Invitiamo la Commissione europea a introdurre quanto prima un limite legale nell'Unione europea relativo al tenore di TFA industriali, sia come ingredienti, sia come prodotti finali in tutti i prodotti alimentari, al fine di ridurre l'assunzione da parte dell'intera popolazione.

Chiediamo, inoltre, che tale proposta sia accompagnata da una valutazione d'impatto che esamini i costi di riformulazione industriale da sostenere in caso di introduzione di un limite obbligatorio e il potenziale riversamento di tali costi sui consumatori. Infine, invitiamo la Commissione a collaborare con gli Stati membri per migliorare l'alfabetizzazione nutrizionale, incoraggiando i consumatori e consentendo loro di compiere scelte alimentari più salutari e impegnare l'industria per favorire una riformulazione in chiave salutare dei prodotti. Come rappresentanti dei cittadini, abbiamo l'obbligo di chiedere l'adozione di strumenti utili al fine di consentire ai consumatori di operare scelte più sane in merito agli alimenti che consumano e alla dieta in generale e che potrebbero promuovere l'offerta di opzioni alimentari più sane ai consumatori, compresa, in questo caso, la fornitura di informazione sui grassi trans o le restrizioni relative al loro uso.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, let me thank Parliament for the interest it has shown in this issue. You have been involved in highlighting all the scientific, practical and political aspects, and the consequences of an excessive consumption of trans-fatty acids or trans fats in the Union. The Council fully agrees that the risks entailed by excessive consumption of trans fats in the Union, and in particular the increased risk of coronary heart disease among the population, raises a serious public health problem. Preventive measures aimed at avoiding chronic diseases and at promoting healthy lifestyles, including incentives to healthier diets and processed food reformulation, are topics that have been the subject of many discussions by the Union health ministers in recent years. Again, a few days ago at the meeting organised by the Presidency in Bratislava and in the presence of Commissioner Andriukaitis, ministers had an opportunity to highlight their concerns related to an excessive consumption of trans-fatty acids in the Union.

I would like to remind you that, as early as 2011, during the negotiations on the Regulation on food information for consumers, the issue of informing consumers about the presence and levels of trans fats in foods was raised. At that time, however, we were faced with a technical obstacle: the absence of a calculation method that would allow us to determine the amounts of natural or ruminant and industrial trans fats in foods. Against that background, there was a risk of condemning foods that are an essential part of a balanced diet. On the other hand, certain Member States have indicated their preference for other measures to reduce the consumption of trans fats, namely the introduction of a legal limit for the presence of industrial trans fats in food. In that context, the legislator felt the need for a more thorough analysis which would enable us to find the most appropriate method to achieve the intended purpose, namely reducing the consumption of industrial trans fats. The Commission was therefore asked to prepare a report on the presence of trans fats in foods and in the overall diet of the Union population. In this report, the Commission concluded in December last year the need to continue and expedite work in this area by collecting more information and by developing a fuller analysis of the magnitude of the problem to be addressed and the different possible solutions, in particular the option of legal limits for industrial trans fats.

Another issue raised was the effectiveness of labelling and the appropriate nutrition literacy of consumers. The Commission stated that it intended to launch a public consultation and carry out a fully-fledged impact assessment, which would allow an informed policy decision in the near future. On 7 December 2015, the Council agreed with the report's conclusions, in particular as regards the need for further research aimed at finding a more adequate solution to attain the desired objective. Based on the results of the impact assessment it is currently conducting, it will be up to the Commission to determine which measures would be the most appropriate in order to reduce the consumption of industrial trans fats. It should, in particular, consider the opportunity to propose any necessary amendments to legal provisions in force.

To answer your question, the Council will only be able to assess how best to reduce the consumption of industrial trans fats once the impact assessment has been finalised and the Commission has submitted concrete proposals to achieve the intended objective.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, trans fats are a particular type of unsaturated fatty acids that are present in foods. It is undisputed that they have a negative effect on human health. Their consumption increases the risk of heart diseases more than any other nutrients. Given that heart diseases are the leading cause of death in the EU, it is no surprise that trans fats generate deep concerns not least here in the European Parliament, and I share these concerns.

Let me briefly recollect the content of the report on trans fats adopted last year by the Commission. Trans fats can be produced industrially and their primary source is partly hydrogenated oils. They can also be naturally present in foods derived from animals, in dairy or meat products for example. Industrial trans fats are present at levels of concern in certain foods, and their intake is excessive in certain Member States and for particular population groups such as low-income citizens or students.

Our report reviewed different policy options to reduce trans fats intake in the EU. A limit applied to industrial trans fats in foods emerged as the most promising solution. In that same report, however, the Commission acknowledged that further investigation was required to implement the better regulation principle.

I am sure you would criticise the Commission if it proposed an initiative without looking at its impact. Similarly, honourable Members would raise concern if actions on partly hydrogenated oils pushed operators towards alternatives that are not environmentally sustainable. This is why we are carrying out an impact assessment on trans fats. Only at the end of this process will I be in a position to tell you exactly how the Commission intends to proceed. But please be reassured: the impact assessment will now finally start, and we can build on all the data already collected for last year's report.

Earlier this month the Commission published an inception impact assessment on its Better Regulation portal and in invited feedback from stakeholders. This document is a preliminary version of the impact assessment. It contains a first analysis of the policy options under consideration. I can confirm that one of these options is indeed the establishment of a limit on industrial trans fats in food. The other options are: mandatory trans fats labelling; a ban on partly hydrogenated oils; and self-regulatory instruments.

In the coming weeks we will launch an external study on the impact of these policy options on operators, consumers and the environment. Special attention will be paid to small and medium enterprises. In addition, in the coming months, we will open a public consultation, giving the opportunity for everyone to provide their views.

I am fully aware of the need for urgent action on trans fats and I am grateful to the European Parliament keeping this topic high on the agenda. I trust I can count on your cooperation and support in order to advance this file as quickly as possible.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der Gehalt an Transfettsäuren in Lebensmitteln er wurde in den vergangenen Jahren auf freiwilliger Basis bereits deutlich reduziert – aber leider nicht überall.

Auch dort, wo er reduziert wurde, ist der Verzehr in einigen Bevölkerungsgruppen – es wurde bereits gesagt – zum Beispiel bei Jugendlichen oder auch bei Menschen mit geringem Einkommen, nach wie vor viel zu hoch. Sinn unserer Entschließung ist es aber nicht, die Grundnahrungsmittel Milch und Fleisch schlecht zu reden. Es wurde gesagt, und das ist richtig: Auch Milch und Fleisch von Wiederkäuern enthalten natürliche Transfettsäuren, aber die kann man natürlich nicht verhindern. Der Verzehr dieser natürlichen Transfettsäuren ist so gering, dass er kein Gesundheitsrisiko darstellt.

Nein, wir wollen diese Grundnahrungsmittel nicht schlechtreden oder gar vor deren Verzehr warnen. Um das ganz klarzustellen, hat meine Fraktion den Änderungsantrag 1 zurückgezogen. Aber es ist mir wichtig festzustellen: Ees darf auch nicht darum gehen, die Lebensmittelwirtschaft schlechtzureden. Wir stellen mit der Entschließung schlichtweg fest, dass man heute die negativen Auswirkungen von Transfettsäuren kennt und dass es Zeit ist, zu handeln, und deshalb fordern wir diesen Grenzwert.

Im Übrigen ist das auch ein Erfordernis des Binnenmarktes, denn vier Mitgliedstaaten haben bereits diese Grenzwerte, und ich bin überzeugt davon, dass die Lebensmittelwirtschaft damit gut zurecht kommt, denn sie kommt mit den Grenzwerten in diesen vier Mitgliedstaaten bereits heute gut zurecht.

Christel Schaldemose, *for S&D-Gruppen*. – Fru formand! Industrielt fremstillet transfedtsyre er et utroligt farligt stof for hjertet. Det er videnskabeligt bevist. Transfedt øger risikoen for blodpropper markant. Der er derfor ingen god grund til at tilsætte dette til mad eller kager. Vi har i Den Socialdemokratiske Gruppe i Europa-Parlamentet i årevis krævet, at der blev grebet ind over for denne form for transfedt, og derfor er det også et skridt i den rigtige retning, når EU-Kommissionen nu langt om længe overvejer at skride til handling. Hvad skal der så gøres? I Den Socialdemokratiske Gruppe foreslår vi, at vi får lavet en EU-lovgivning, som markant reducerer den tilladte mængde af transfedt i vores fødevarer. Vi opfordrer til, at forbrugere overalt i Europa straks bliver beskyttet mod dette industrielt

fremstillede transfedt, og vi opfordrer Kommissionen til at fremsætte et sådant lovforslag. Kan det så lade sig gøre? Ja! Jeg kommer fra Danmark, og vi har i mange år haft en lov, som har reduceret brugen af industrielt fremstillet transfedt, og det har reddet liv, og det har ikke haft nogen negativ effekt på erhvervslivet. Så vores opfordring er: kom i arbejdstøjet og få lavet denne lovgivning! Vi bliver nødt til at beskytte de europæiske forbrugere mod dette farlige stof.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Ik steun de voorliggende resolutie. U heeft gelijk, mijnheer de commissaris. Wetenschappelijk onderzoek heeft aangetoond dat te hoge innamen van transvetzuren het risico op hart- en vaatziekten aanzienlijk verhogen. Hoewel de inname van transvetzuren in de EU in het algemeen vrij laag is, treffen we een bijzonder hoge concentratie aan in bepaalde voedingssoorten. Een doordachte aanpak dringt zich dus op.

Ervaringen uit onder andere Denemarken, zoals we daarnet hoorden, tonen aan dat een bindende grenswaarde een doeltreffend instrument is. De Deense maatregel heeft een aantoonbaar positief effect op de volksgezondheid, zonder een negatieve impact op de voedingssector. Ik vind een grenswaarde ook een realistische maatregel. Het gaat immers niet om nultolerantie. Door een minimum toe te laten wordt vermeden dat natuurlijke transvetten volledig worden uitgesloten.

Ik wil ten slotte nog benadrukken dat een maatregel voor transvetten vanzelfsprekend deel moet uitmaken van een integrale aanpak voor gezonde voeding én compatibel kan zijn met andere afspraken, zoals vrijwillige convenanten. Ik ben er tevens van overtuigd dat een constructieve dialoog met de sector essentieel en nodig is om tot een goed resultaat te komen.

Ivan Jakovčić, *u ime kluba ALDE*. – Gospođo predsjednice, znanost je vrlo egzaktna. Znanost je dokazala da su transmasne kiseline opasne za zdravlje čovjeka, da pogoršavaju stanje zdravlja, a nažalost to je pogotovo prisutno kod mladih ljudi koji zbog svoje prehrane, često proizvodima iz brze prehrane, unose velike količine transmasnih kiselina što sigurno kasnije utječe na njihovo zdravlje.

Znanost je u tome potpuno jasna, međutim tržište je nešto drugo. Transmasne su kiseline jeftine, ali su štetne. Rekli bismo da transmasne kiseline mogu biti i ukusne jer daju proizvodu čvrstinu, ali su štetne. Mi, poštovani povjereniče, moramo poći od činjenice da su transmasne kiseline štetne. Kako ih zamijeniti? Palmino uljejedan je od mogućih izvora zasićenih kiselina. Međutim, znamo za problem palminog ulja i sve što se dešava u smislu štete za okoliš. Pitam se bismo li mogli uložiti dovoljno sredstava da iskoristimo maslinovo ulje za koje znamo da je vrlo zdravo i imamo ga jako puno danas u Europi i tržište je zasićeno i tim proizvodom. Mislim da bi Europska komisija trebala razmišljati u tom pravcu.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, I am pleased that we are debating this issue. What I am not pleased about is the fact that, despite the Commissioners accepting the urgency tonight, they have not come forward with legislative proposals to tackle these dangerous fats, in spite of the clear evidence which we are hearing tonight of the health risks that they pose, and especially for heart disease.

So not only did we have a year's delay in coming forward with the legally required study into different policy options, but we have also failed to make the proposals which the Commission themselves acknowledge would be the most effective for public health. It is now well overdue that the Commission comes forward with legal mandatory limits as the best option for minimising trans fats in food, which we have seen been so successful in Denmark.

So I call on the Commissioner to listen to this motion, and indeed its own study which showed that mandatory limits were clearly the most effective measure in reducing the risk posed by trans fats to citizens, including those on lower incomes. We have to make it easier for consumers to make the healthier choice, and mandatory limits are the best way to do so for trans fats.

Martin Häusling *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, lieber Rat! Mich wundert etwas, dass wir uns zwar einig sind: Transfette – oder nennen wir sie lieber Industriefette – sind gesundheitsschädlich. Aber was machen Sie? Wir brauchen doch eine Folgenabschätzung. Ich finde das verantwortungslos. Für wen brauchen Sie eigentlich eine Folgenabschätzung? Ob die Industrie betroffen ist? Also hier ist es doch ganz klar, hier ist der Verbraucher zu schützen. Und da sind sich ausnahmsweise mal WHO und EFSA einig: Es muss gehandelt werden.

Deshalb verstehe ich nicht, warum wir jetzt noch mehr Zeit verstreichen lassen, um endlich eine effektive Regelung zu bekommen. Es reicht auch nicht, nur eine Kennzeichnung hinzubekommen, denn drei von vier Verbrauchern wissen gar nicht, was Transfette sind. Transfette sind nun mal die Billigmacher in *Junk Food*, das hat der Kollege eben ganz richtig gesagt. Wir können sie ohne große Probleme ersetzen.

Deshalb, wie gesagt: Erklären Sie mal, liebe Kommission und lieber Rat, warum Sie sich weigern, an dem Punkt zu handeln, und noch mehr Jahre verstreichen lassen.

Die USA machen es uns vor. Die haben nämlich 2015 beschlossen, in den nächsten Jahren das aus den Lebensmitteln zu verbannen. Warum ziehen wir da nicht endlich nach?

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, lei ha parlato della valutazione di impatto. Noi vi invitiamo a fare presto perché è scientificamente provato che l'assunzione di grasso trans aumenta il rischio cardiovascolare, l'obesità e anche il diabete. Quasi superfluo ricordare che queste tipologie di malattie non trasmissibili costituiscono la principale causa di morte al mondo. Eppure gli acidi grassi trans si trovano negli oli parzialmente idrogenati di produzione industriale utilizzati nei biscotti, nelle torte, nei popcorn, nei cracker e in moltissimi altri prodotti da supermercato. Tutti i cibi che per la maggior parte vengono mangiati dai bambini.

Allora, l'Organizzazione mondiale della sanità ha riportato che nell'Unione europea 1 bambino su 3 tra i 6 e i 9 anni è obeso e circa il 7 % della spesa sanitaria europea è impegnato nella cura di patologie connesse all'obesità, come il diabete e le patologie cardiovascolari. Per questo noi chiediamo alla Commissione di introdurre questo limite legale ai TFA per ridurre l'assunzione da parte dei cittadini dell'Unione europea. Chiediamo di intervenire affinché l'industria alimentare sia obbligata ad ottenere trattamenti dei grassi trans che rispettino le norme sanitarie. Chiediamo anche di sostituire TFA con oli di palma. Chiediamo, infine, di mettere i consumatori in condizioni di fare scelte alimentari più consapevoli informandoli sui rischi per la salute dei loro prodotti.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, le risque de développer, notamment, des maladies cardiovasculaires ou certains cancers en raison de la surconsommation d'acides gras trans est avéré. Les catégories sociales modestes sont en première ligne, compte tenu de la concentration de ces substances dans certains aliments bon marché. Les États membres ne peuvent remédier à cette situation, exacerbée par la crise et l'austérité, par le contrôle des marchandises importées, eu égard au dogme de la libre circulation.

J'ai tenu à m'associer au travail du Parlement européen, car la limitation des acides gras trans constitue une urgence de santé publique. La réponse réglementaire doit cependant être mesurée et adaptée. Elle doit d'abord être adaptée aux habitudes de consommation et aux gastronomies nationales.

(La Présidente interrompt l'oratrice)

Elle doit ensuite être mesurée parce que, en gardant à l'esprit la distinction entre les acides gras trans d'origine naturelle et ceux d'origine industrielle, nous ne saurions pénaliser la filière laitière en proie à des difficultés chroniques.

Enfin, en période de stagnation économique, il serait inopportun d'alourdir les charges réglementaires et administratives incombant aux entreprises. C'est d'autant plus vrai que les mesures incitatives ont démontré leur efficacité là où elles ont été introduites.

Méfions-nous donc du tout répressif à l'heure où la responsabilité sociale des entreprises peut suffire à remplir nos objectifs ultimes.

Pilar Ayuso (PPE). – Señora Presidenta, señor Comisario, creo que es importante que debatamos sobre los ácidos grasos trans, porque tanto la EFSA como la OMS han hecho sendas recomendaciones para reducir su ingesta.

Es un hecho demostrado la asociación entre estos ácidos grasos trans y las enfermedades cardiovasculares, y debemos hacer lo posible por reducir su ingesta. Pero no podemos olvidar que determinados productos de origen animal contienen de manera natural estos ácidos grasos trans y que son productos necesarios en nuestra dieta diaria y, por lo tanto, no debemos prohibir en ningún caso estas grasas que son naturales y no añadidas. Lo importante es tener una alimentación variada y equilibrada.

En España, la Ley de seguridad alimentaria y nutrición ya exige a los operadores económicos la reducción de estos ácidos grasos en los procesos de producción. Sin embargo, es importante armonizar la legislación a nivel europeo. Lo que es fundamental es que se realicen campañas de sensibilización, información y educación nutricional sobre los ácidos grasos trans dentro de un marco que incentive dietas equilibradas y estilos de vida saludables.

La implicación de la industria agroalimentaria es necesaria para reformular y mejorar los productos con el objetivo final de la eliminación o la disminución del contenido de ácidos grasos trans añadidos en los alimentos.

Señor Comisario, sé que la Comisión es consciente de que es necesario actuar a nivel europeo para armonizar la legislación sobre ácidos grasos trans y creo que esta propuesta de Resolución es un buen medio para impulsarla.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Auch in Österreich stürmen junge Menschen Fastfood-Restaurants, auch in Österreich gibt es Regale voll Backwaren. Aber wir haben eine Gesetzgebung, und trotzdem funktioniert auch die Industrie noch. Das heißt: Man kann Obergrenzen gesetzlich festlegen. Frau McGuinness und ich haben uns ja schon als Vertreterinnen der MEP *Heart Group* an Sie gewandt, genauso wie wir jetzt gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen diese Entschließung verfasst haben. Wir glauben nämlich, dass vor allem die Frage des Nichthandelns, die Folgenabschätzung, wenn nicht gehandelt wird, eine ist, die es zu beantworten gilt.

Tagtäglich erkranken und sterben Menschen in der Europäischen Union, weil wir diesen Fleckerlteppich an Gesetzgebung haben, weil wir gerade einmal vier Länder haben, die Obergrenzen festgesetzt haben; einige andere Mitgliedstaaten haben freiwillige Verpflichtungen. Wir können es nicht auf die Bürgerinnen und Bürger abwälzen, selber die Entscheidung zu treffen, welches Öl ihrer Gesundheit zuträglich ist oder nicht. Wir brauchen hier Obergrenzen. Herr Kommissar, ich weiß, Sie sind in dieser Frage sehr engagiert. Ich hoffe, dass wir hier ehestmöglich eine Gesetzgebung vorgelegt bekommen.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Ik spreek ook namens collega Werner Kuhn. Als politici is het onze taak om goed te zorgen voor de bevolking. Dat betekent dus ook dat we werken aan de gezondheid van de mensen. De meeste burgers eten veel te veel foute vetten, de zogenaamde industriële transvetzuren uit bijvoorbeeld koekjes. De gevolgen zijn te zien: zwaarlijvigheid, diabetes, hart- en vaatziekten.

De Europese Commissie en de levensmiddelenindustrie moeten dus snel aan de slag: een limiet van 2 procent. Ik wil nu waarschuwen voor de pogingen van sommige fracties in dit Parlement om ook natuurlijke, dierlijke transvetzuren uit normale producten, zoals roomboter en melk, in een kwaad daglicht te stellen. Onterecht. Recent onderzoek wees zelfs uit dat sommige transvetzuren in vlees en zuivel, net zoals in de menselijke moedermelk, positieve medische eigenschappen hebben. Amerikaanse voedingswetenschappers en de Wereldgezondheidsorganisatie bevestigden dit in 2015. Natuurlijk alles met mate en in natuurlijke verhoudingen, ook onze gezonde Europese kazen en vleeswaren. Gezonde voeding in een passend dieet met de kennis van nu en de ervaring van vroeger.

Daarom stem ik morgen, net als waarschijnlijk de hele CDA-fractie, tegen de paragrafen D en E, omdat daarin wordt gesteld dat de natuurlijke vetten net zo gevaarlijk zijn als de industriële vetten. En, commissaris, dat wilt u toch niet?

Damiano Zoffoli (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, voglio anch'io sottolineare l'urgenza di un'azione più incisiva a livello europeo volta a limitare la quantità di acidi grassi trans industriali presenti negli alimenti. Premesso che non esistono cibi buoni e cibi cattivi, ma solo diete buone e diete cattive e, quindi, l'informazione e l'educazione alimentare costituiscono un tema centrale per limitare i rischi alla salute umana e l'insorgere di gravi patologie, in primis quelle cardiovascolari, ritengo che nel caso specifico la scelta dell'etichettatura obbligatoria rappresenterebbe solo una risposta parziale. Intanto riguarderebbe solo gli alimenti preconfezionati, inoltre, la maggioranza dei cittadini europei non è in grado di distinguere fra grassi buoni e cattivi, ma basa le sue scelte principalmente sul prezzo e, infine, comporterebbe un onere eccessivo per i piccoli produttori. La soluzione, che è un invito alla Commissione, non può quindi che essere quella di fissare un limite unico armonizzato della quantità di TFA di origine industriale a livello di Unione europea, che eviti la frammentazione del mercato unico e faciliti gli scambi commerciali con i paesi extra UE.

Catch-the-eye procedure

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'assunzione maggiore di acidi grassi trans, altamente dannosi per il nostro organismo, è legata essenzialmente al consumo di oli vegetali parzialmente idrogenati di produzione industriale. L'OMS ritiene che il consumo di tali acidi presenti in natura, in particolare nei prodotti lattiero-caseari e nella carne sia talmente modesta da rappresentare un improbabile rischio per la natura umana. Di contro, un'elevata assunzione di TFA industriali, presenti soprattutto in prodotti da forno, aggrava il rischio di sviluppare cardiopatie, diabete e obesità. Tale dato è tanto più allarmante se si pensa che i soggetti più inclini a consumare alimenti con un tenore di TFA elevato sono i bambini e i cittadini con status socioeconomico e istruzione inferiore.

In attesa dello studio d'impatto, auspico, anche alla luce della positiva esperienza danese, che si introducano limiti legali al tenore di acidi grassi trans industriali al fine di ridurne l'assunzione da parte dell'intera popolazione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η βιομηχανία τροφίμων χρησιμοποιεί πλέον όλο και περισσότερο τρανς λιπαρά οξέα δεδομένου ότι αποτελούν φτηνό συστατικό στη διαδικασία παραγωγής και η χρήση τους εγγυάται μεγάλη διάρκεια στα προϊόντα. Ωστόσο, η υψηλή κατανάλωση τρανς λιπαρών οξέων έχει συσχετιστεί με αυξημένο κίνδυνο καρδιοαγγειακών νοσημάτων και συνιστά παράγοντα κινδύνου για την ανάπτυξη στεφανιαίας νόσου η οποία ευθύνεται περίπου για εξακόσιες εξήντα χιλιάδες θανάτους ετησίως στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Παράλληλα, στα κράτη μέλη της Ένωσης, το μεγαλύτερο μέρος του πληθυσμού δεν έχει την κατάλληλη ενημέρωση για τα τρανς λιπαρά και τις επιπτώσεις τους στην υγεία ενώ, ταυτόχρονα, η δράση των ευρωπαϊκών χωρών για τη μείωση της κατανάλωσης των τρανς λιπαρών οξέων είναι περιορισμένη. Είναι επομένως αναγκαίο η Ευρωπαϊκή Ένωση να προτείνει υποχρεωτικά οριακές τιμές για τα τρανς λιπαρά οξέα προκειμένου να ενισχυθεί η υγεία των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, os ácidos gordos trans são utilizados na indústria alimentar por razões diversas, garantem um prazo de validade maior aos produtos, permitem manipular a sua consistência e, acima de tudo, são uma matéria-prima barata. Mas o consumo deste tipo de gorduras tem sido associado ao risco de doença cardiovascular, infertilidade, obesidade e alguns tipos de cancro.

Somos, por isso, favoráveis à limitação do uso e consumo de ácidos gordos trans, mas, atenção, a promoção de uma alimentação saudável e de produtos frescos, pouco processados, não se faz apenas legislando para melhorar a rotulagem, a informação ao consumidor ou mesmo limitando determinados ingredientes. Tudo isto é necessário mas não chega.

O consumo de alimentos processados está hoje associado a situações de insuficiência económica, que impede o acesso a produtos de qualidade e saudáveis. Os produtos mais baratos são normalmente aqueles mais processados industrialmente. Nenhuma estratégia de promoção de uma alimentação saudável deve ignorar este facto; pelo contrário, deve combatê-lo ativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, quiero coincidir con prácticamente la totalidad de las personas que han intervenido en la necesidad de que tenemos que tener una armonización de la normativa para tomar medidas con respecto a los ácidos grasos hidrogenados —las grasas trans—, especialmente en los procesos industriales.

Está constatado por las organizaciones internacionales y la EFSA que hay que establecer limitaciones en el consumo. Por tanto, yo coincido con el señor Häusling. Tantos estudios de impacto ambiental no están mal, pero creo que está claro el resultado.

Por tanto, tomemos ya la iniciativa y tome la iniciativa la Comisión. Díganos un calendario, hoy, aquí, como respuesta a este debate y a la Resolución de mañana, díganos el calendario en el que la Comisión va a presentar ya una normativa como se requiere y como hemos demandado todos.

(End of catch-the-eye procedure)

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank everyone who participated in this lively and stimulating debate. I am pleased to know that Parliament shares the Commission's concerns, and that there is cross-party support for the European Union to act quickly to reduce intakes of industrial trans fats.

I have listened carefully to the discussions and have taken careful note of your specific views and concerns. First of all I would like to say once again the limits must be introduced only speaking about industrial trans fats, not about ruminants. Second, I think that some of you mentioned that the United States have just introduced some measures, but I would like to draw your attention once again to the fact that the Jean-Claude Juncker Commission has made a strong commitment to better regulation, which means evidence-based policy making. Today's debate show that many aspects still need to be carefully considered before acting. Members of the European Parliament mentioned: the economic impact on small and medium enterprises; the environmental impact related to use of palm oil; the increased cost for consumers; and so on and so on. The impact assessment is aimed at taking all of these aspects into consideration.

It would be irresponsible to act before having systematically analysed all the evidence available. I fully agree with you that the quicker we act on trans fats the higher the benefit will be for European Union consumers. At the same time quick action should not come at the detriment of proportionate action.

And of course I can assure you that this will be considered in detail in the context of the impact assessment, and I agree that the quicker we act on trans fats the higher the benefits will be for European consumers. At the same time, however, I would like to say that we will do our best as we see possibilities – as you asked about the timetable – to conclude our impact assessment at the end of 2017 to help you sum up our legal proposals.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, actually I have nothing to add to what the Commissioner has said. The honourable Member Mr Häusling has a point: there are obviously risks entailed by the excessive consumption of industrial trans fats in the European Union. That is true; I do not think anybody in this House, and the debate has clearly shown this, questions that.

At the same time the Commission is absolutely right, we are operating within a framework, but clearly we have to assess the impact of our regulation on the internal market, on SMEs, on everything – in other words on better regulation. So the Council can only say that we are waiting for a serious impact assessment and, once you come to the conclusion that we have to regulate here, the Council is ready to act.

President. – I have received two motions for resolutions tabled in accordance with Rule 128(5) of the Rules of Procedure.

György Hölvényi (PPE), *írásban.* – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív-és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is. A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzszsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsav tartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket ezen mesterséges zsírok tekintetében. Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Pavel Poc (S&D), *písemně.* – Vítám iniciativu kolegů a podporuji omezování průmyslově vyráběných tuků s obsahem transmastných kyselin v potravinách. Od přijetí nařízení 1169/2011 se potvrdilo, že má takové omezení pozitivní vliv na zdraví obyvatel. Zpráva Komise z prosince 2015 navíc vyhodnotila, že se jedná o rychlý a efektivní způsob, jak toho dosáhnout. To je v situaci, kdy se příjem tuků s obsahem transmastných kyselin nadále řadí k hlavním rizikovým faktorům zejména z hlediska rozvoje ischemické choroby srdeční, jistě dobrá zpráva, je ale potřeba nadále zlepšovat prevenci. Jen toto onemocnění má podle odhadů v EU na svědomí přibližně 660 000 úmrtí ročně, asi 14 % z celkového

počtu úmrtí. Na kardiovaskulární choroby umírají v EU 4 miliony lidí ročně, což nadále představuje skoro polovinu všech úmrtí. Je proto zarážející, že Komise v rámci svého mandátu nevyhodnotila potřebu předložit legislativní návrh, jehož cílem by bylo vyloučit v dlouhodobém horizontu tuky s obsahem transmastných kyselin z potravinového dodavatelského řetězce v EU tím, že by se zavedlo buď povinné uvádění obsahu těchto tuků, nebo unijní zákonná horní hranice průmyslově vyráběných tuků s obsahem transmastných kyselin pro všechny potraviny. Okamžité zavedení celounijní legislativy dlouhodobě podporují přední experti, především asociace evropských kardiologů, spotřebitelské organizace, shodují se na něm ale i výrobci.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Transmasne kiseline se prirodno nalaze u hrani dobivenoj od preživača, u nekim biljkama te u ljudskom majčinom mlijeku. Međutim, većina konzumiranih transmasnih kiselina proizvedene su na industrijski način. Tako se unos transmasnih kiselina uglavnom povezuje i s konzumacijom industrijskih prehrambenih proizvoda.

Postoje podaci o zdravstvenim rizicima koji su posljedica konzumacije transmasnih kiselina te su uzrok pretilosti ljudi. Smatram da bi europske institucije trebale poduzimati određene mjere za zaštitu zdravlja europskih građana, što se prvenstveno odnosi na bolju informiranost kroz sustav obrazovanja. Također, smatram da je potrebno provoditi politiku čiji je cilj ograničiti udio transmasnih kiselina u prehrambenim proizvodima.

Ovaj prijedlog rezolucije vidim kao korak bliže ka učinkovitijem informiranju o štetnim posljedicama konzumiranja industrijskih transmasnih kiselina te kao započinjanje izrade strategije kojom se nastoji ograničiti njihova uporaba. Uvjerena sam da bi donošenje odluka o transmasnim kiselinama na razini Europske unije pozitivno utjecalo na javno zdravlje.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris.* – Într-o economie a consumului și în secolul vitezei, consumul de produse de tip fast-food, de semi-preparate și de alimente procesate crește în ritm exponențial, ca atare este necesară o reglementare a AGT, armonizată la nivelul Uniunii Europene, ținând cont de toate reglementările existente în cadrul statelor membre, dar și de cele existente în SUA (la 16 iunie 2015, FDA, bazându-se pe dovezi științifice, interzice folosirea acizilor grași trans în alimentele transformate, cu termen de 3 ani pentru producători). În acest fel, cetățenii cu venituri reduse sau cei cu vârste între 18 și 30 de ani nu vor mai prezenta riscul depășirii pragului de 1% al OMS. Evident, etichetarea grăsimilor trans devine necesară în contextul în care specialiștii în medicină și nutriționiștii consider că grăsimile trans reprezintă cel mai periculos tip de grăsimi, deoarece cresc nivelul colesterolului rău (LDL) în organism și-l scad pe cel bun (HDL). Însă este nevoie și de un sistem de citire și interpretare a etichetelor alimentelor procesate, astfel încât, în cunoștință de cauză, cetățenii Europei să-și îmbunătățească alimentația prin realizarea de programe de nutriție și alimentație adecvate.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – Maladies cardiovasculaires, infertilité, maladie d'Alzheimer, diabète et obésité: voilà les risques que court le citoyen européen à consommer excessivement des acides gras trans dans son alimentation. Le problème, c'est que seulement 30 % des consommateurs savent ce qu'est un acide gras trans (AGT), ce qui expose les deux autres tiers des Européens à des problèmes médicaux potentiellement graves. C'est pour cela que, par le vote de ce midi, nous voulons un étiquetage clair, mais cela ne suffit pas: il faut également limiter la présence de ces acides. La consommation des AGT augmente le risque de maladie cardiovasculaire, en particulier les maladies coronariennes dont le nombre de victimes en Europe est estimé à quelques 660 000 décès chaque année, soit 14% de la mortalité européenne. À travers le texte voté aujourd'hui, nous nous prononçons donc en faveur de l'imposition de limites obligatoires sur les acides gras trans produits industriellement et exagérément présents dans l'alimentation. Nous ne pouvons accepter que les citoyens mettent plus longtemps leur santé en danger. Vu l'absence de législations nationales dans de nombreux pays, c'est à l'Europe de prendre la main.

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 23.25)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2088

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. OKTOBER 2016

(C/2024/2088)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 24. bis 27. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Erklärung des Präsidenten 4

3. Mitteilung des Präsidenten 5

4. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 20./21. Oktober 2016 (Aussprache) 5

5. Abstimmungsstunde 44

5.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (Abstimmung) 44

5.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (A8-0287/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) (Abstimmung) 45

5.3. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (B8-1173/2016) (Abstimmung) . . 45

5.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals (A8-0314/2016 - Victor Negrescu) (Abstimmung) . 46

5.5. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (A8-0269/2016 - Dita Charanzová) (Abstimmung) 46

5.6. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (A8-0293/2016 - Anthea McIntyre) (Abstimmung) 46

5.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (A8-0309/2016 - Alfred Sant) (Abstimmung) 46

Inhalt Seite

5.8. Transfette (B8-1115/2016) (Abstimmung) 46

6. Stimmerklärungen 46

6.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne 46

6.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (A8-0287/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) 66

6.3. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (B8-1173/2016) 100

6.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals (A8-0314/2016 - Victor Negrescu) 134

6.5. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (A8-0269/2016 - Dita Charanzová) 156

6.6. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (A8-0293/2016 - Anthea McIntyre) 184

6.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (A8-0309/2016 - Alfred Sant) 212

6.8. Transfette (B8-1115/2016) 243

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 278

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 279

9. Vorstellung des Jahresberichts des Rechnungshofs 2015 (Aussprache) 279

10. Kinderschutzpolitik und -maßnahmen der EU im Zusammenhang mit der Migration (Aussprache) 293

11. Lage im Nordirak und in Mossul (Aussprache) 305

12. Afghanistan, insbesondere Zusagen der EU und Rolle des EP im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Vorgehen Afghanistans und der EU in Migrationsangelegenheiten (Aussprache) 320

13. Lage in Belarus (Aussprache) 329

14. Lage von Journalisten in der Türkei (Aussprache) 337

15. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll 352

16. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (Aussprache) 352

17. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat - Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC - Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis - Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (Aussprache) 359

Inhalt Seite

18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll 365

19. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll 365

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 365

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 365

22. Schluss der Sitzung 365

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. OKTOBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.10 Uhr eröffnet.)

2. Erklärung des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich nutze die Gelegenheit, zu Beginn unserer heutigen Sitzung – in Absprache mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, und dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, und wegen der Anwesenheit aller drei Institutionen heute Morgen –an den 60. -Jahrestag des Aufstands des ungarischen Volkes gegen die sowjetische Diktatur zu erinnern.

Am Montag dieser Woche vor 60 Jahren begann ein Aufstand, der über Wochen dauerte und unendlich viele Opfer kostete. Das ungarische Volk erhob sich gegen eine Fremdherrschaft und eine Diktatur, die an Brutalität und Rücksichtslosigkeit nicht zu überbieten war. Der heldenhafte Kampf der Ungarn gegen die sowjetischen Besatzer ist unvergessen.

Das Beispiel, das die Ungarn 1956 gaben, blieb nicht ohne Folgen. Der heldenhafte Kampf der Ungarn war eine Ermutigung für viele, viele Menschen – nicht nur in Ungarn, sondern auch in anderen Ländern des Warschauer Pakts –, gegen die sowjetische Diktatur aufzustehen. Der Ungarnaufstand war nicht der erste, aber er war einer der bedeutendsten. Der Kampf der Ungarn um ihre Freiheit war am Ende, wenn auch nach Jahrzehnten der Unterdrückung, erfolgreich.

Ohne den Mut von 1956 wäre der Mut der späten 80er Jahre und der Mut zur Öffnung der Grenze zu Österreich durch Ungarn 1989 nicht denkbar gewesen. Was die Ungarn 1956 und 1989 verband, war der Wunsch, als Volk nach Europa zurückkehren zu dürfen.

Als Gyula Horn 1989 den Grenzzaun durchschnitt, wurde er gefragt: Sie haben nun zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Staat gewählt? Seine Antwort war: Nein, wir haben Europa gewählt.

In diesem Sinne ist der Kampf für die Befreiung von der Unterdrückung in allen osteuropäischen Ländern – inspiriert von dem mutigen Kampf der Ungarn – immer ein Kampf auch für Europa gewesen.

Ich hatte heute Morgen Gelegenheit, mit Donald Tusk darüber zu reden, dDer selbst in den 80er Jahren als ein Widerstandskämpfer gegen ein solches Regime im Gefängnis saß und deshalb – aus persönlicher Betroffenheit – eine besondere Solidarität mit dem ungarischen Volk besitzt.

Als Parlament der Europäischen Union glaube ich, schicken wir an diesem Tag unsere Grüße der Solidarität nach Ungarn und erinnern daran, dass viele, viele Männer und Frauen, die gegen die sowjetische Diktatur kämpften, fliehen mussten und als Ungarn, die für die Freiheit kämpften, Aufnahme als Flüchtlinge in anderen Ländern fanden.

In diesem Sinne hoffe ich, in Ihrem Namen die Solidarität mit Ungarn zum Ausdruck gebracht zu haben.

(Lebhafter Beifall)

3. Mitteilung des Präsidenten

Der Präsident. – Wie bereits am Montag bekanntgegeben, habe ich den Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex der Mitglieder mit der Auseinandersetzung befasst, die zwischen zwei Mitgliedern unseres Hauses, Herrn Steven Woolfe und Herrn Mike Hookem, stattgefunden hat.

Ich habe den Ausschuss gebeten, diese Angelegenheit mit Dringlichkeit zu behandeln. Der Beratende Ausschuss hat mir seine Empfehlung übermittelt. Er ist zu dem Schluss gekommen, dass der Sachverhalt von beiden Mitgliedern sehr unterschiedlich geschildert wird und es keine Augenzeugen des Vorfalls zu geben scheint.

Der Ausschuss betont deshalb, dass es in Anbetracht der Schwere des Vorfalls – es handelt sich um körperliche Gewalt – und der möglichen strafrechtlichen Folgerungen weiterer Ermittlungen bedarf, um den Sachverhalt aufzuklären.

Daher habe ich mich entschieden, der Empfehlung des Beratenden Ausschusses zu folgen und die zuständigen französischen Behörden mit dem Vorfall zu befassen. Ich habe die Angelegenheit an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet.

Auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse werde ich gemäß Artikel 166 der Geschäftsordnung einen Beschluss über etwaige Sanktionen fassen. Ich werde Sie über den Fortgang dieses bedauerlichen Vorfalls auf dem Laufenden halten.

Der Präsident. – Wir kommen nun zum ersten Tagesordnungspunkt. Bevor ich diesen jedoch aufrufe, meine Damen und Herren, eine Mitteilung in administrativen Angelegenheiten.

Zu meiner Linken sitzt die stellvertretende Generalsekretärin des Europäischen Parlaments, Frau Francesca Ratti, die heute zum letzten Mal als stellvertretende Generalsekretärin an einer Plenarsitzung teilnimmt.

Frau Ratti arbeitet seit 1979 im Europäischen Parlament. Frau Ratti hat im Europäischen Parlament als persönliche Referentin von Altiero Spinelli, nach dem heute eines unserer bedeutendsten Gebäude in Brüssel benannt ist, begonnen.

Frau Ratti hat – wie ich finde –, als Assistentin von Herrn Spinelli beginnend, die Integration der Europäischen Union persönlich sehr intensiv begleitet. Heute ist sie stellvertretende Generalsekretärin unseres Hauses, für das sie großartige Arbeit geleistet hat, aber nicht nur administrativ. Sie hat auch als Persönlichkeit zum Gelingen der europäischen Idee Vieles und Großartiges beigetragen.

Ich hoffe, dass ich in Ihrer aller Namen Frau Ratti für ihre außergewöhnliche Lebensleistung und ihren großen Beitrag für das Europäische Parlament danke.

Vielen Dank, Frau Ratti!

(Lebhafter und anhaltender Beifall)

4. Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 20./21. Oktober 2016 (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen der Tagung des Europäischen Rates vom 20./21. Oktober 2016 (2016/2772(RSP)).

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, the European Council last week had three main topics: migration, trade and Russia, including Russia's role in Syria.

On migration: for the first time for more than a year the European Council was not a crisis meeting. The flows to the Greek islands are down by 98% compared to this time last year. However, irregular flows on the central Mediterranean route, that is to say from Africa to Italy, remain far too high and actually have not changed for the last two years. That is why we focused most of our discussion on cooperation with Africa.

Leaders heard a first assessment from the High Representative on efforts to control the flows in the central Mediterranean, in partnership with key countries. Good groundwork has been laid with Senegal, Mali, Niger, Nigeria and Ethiopia on the so-called Migration Compact. Leaders will assess first with us in December in terms of our goal, which is to prevent illegal migration to Italy and to the rest of Europe and to ensure effective returns of irregular migrants.

Leaders also discussed getting back to Schengen. The goal continues to be lifting temporary border controls over time. However, it has to be accompanied by further reinforcement of the external borders. The Commission will continue assessing the situation and come forward with its recommendations on this basis.

The question of a reform of the common European asylum system was also discussed, including how to apply the principles of solidarity and responsibility in the future. We agreed to consider concrete proposals by the Slovak Presidency on this sensitive issue in December.

We also had a discussion about Russia. Leaders shared individual experiences of several countries, ranging from disinformation campaigns, cyber attacks, interference in political processes in the EU and elsewhere, to airspace violations and the fanning of community conflict in Ukraine, the Balkans and further afield. Also, the developments in the MH17 investigation raise troubling questions.

Overall, we had a sober assessment of this reality, and no illusions. Increasing tensions with Russia is not our aim. We are simply reacting to steps taken by Russia, which is working with considerable energy and focus to weaken and divide the EU. Our long-term objective remains to find a modus vivendi. This means sticking to our values and interests, but also keeping the door open to dialogue. We all agree that European unity in approaching Russia is our greatest strength, and so we will stand united.

We also discussed Syria. We condemned attacks by the Syrian regime and its allies, notably Russia, on civilians in Aleppo. The EU is calling for an end to the atrocities and an immediate cessation of hostilities. We asked the High Representative to pursue further diplomatic and humanitarian efforts. If these atrocities continue, all available options will be considered. The Syrian people need an immediate and permanent ceasefire and a reopening of humanitarian aid corridors.

The last issue we discussed was trade. Our citizens are increasingly concerned about whether the trade deals we negotiate are in their best interests and I am afraid that we will not be able to continue to negotiate free trade agreements if we do not prove that we are very serious about protecting European consumers, workers and companies.

When we discussed this, we drew a big red line between protection and protectionism. In this spirit, leaders committed to reaching an urgent agreement on the modernisation of all the EU's trade defence instruments. I know that this Parliament is ready to support this. We have now tasked our trade ministers with breaking the deadlock.

When it comes to CETA, the EU is still not ready to sign the agreement with Canada, but talks continue in Belgium this morning. I thank all those who have helped facilitate these talks, especially Martin Schultz and Jean-Claude Juncker. You have shown a genuine leadership and responsibility. Thank you very much for your help.

But at the end of the day, only the Belgians can decide on Belgium's position. I am impressed by the determination and engagement they have shown during the last hours. I still hope that Belgium will prove that it is a consensus-building champion and that we will be able to finalise this agreement soon.

Here, I must also express my gratitude to the Canadian side for their cooperation and perseverance. If we cannot make the case for free trade with a country like Canada, the most European country outside Europe, and a close friend and ally, there are obvious consequences for Europe's global position. But it is too early to go there yet. As we speak, the summit tomorrow is still possible.

On the Ukraine Association Agreement and DCFTA: the Dutch Prime Minister informed the European Council about the difficulties in ratifying the agreement. Prime Minister Rutte promised to use the next few days to try to work out a solution with the Dutch Parliament to address these difficulties. Whatever the outcome of the debate in the Netherlands is going to be, it is clear that we need to find a way ahead that is also agreeable to the other 27 Member States, and to Ukraine.

Let me also report that we were glad to welcome Prime Minister May at the European Council. She confirmed that the United Kingdom will invoke Article 50 of the Lisbon Treaty before the end of March next year. Consistent with our policy of no negotiations without notification, we did not discuss Brexit. However, given Prime Minister May's confirmation that Article 50 will be triggered, let me recall the EU-27 position of 29 June. We want as close relations as possible with the UK. There must be a balance between rights and obligations and the UK can continue enjoying access to the single market, but it requires accepting all four freedoms.

To conclude, let me recall the meeting of the 27 EU leaders that was held in September in Bratislava. We met informally to discuss the future of Europe in light of the UK referendum on Brexit. As also reflected in the Bratislava roadmap, the Summit set out a number of actions to address the main concerns of Europeans: migration, security, both internal and external, and economic anxieties. It is now for Member States and the EU institutions to implement the roadmap and, as a matter of fact, we have already started to do so.

On 5 October, the EU ratified the Paris Agreement on climate change. Then next day, the European Border and Coast Guard was launched in record time. Here, I want to thank this Parliament for its excellent and swift cooperation. Last week, Bulgarian Prime Minister Borissov thanked his colleagues for their support in helping to protect the borders with Turkey, as decided in Bratislava.

Jean-Claude Juncker, *président de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, il a semblé, vu de l'extérieur, que le Conseil européen qui s'est réuni jeudi et vendredi derniers à Bruxelles a porté exclusivement sur l'accord de libre-échange avec le Canada. Tel ne fut pas le cas. D'autres sujets ont été abordés.

Des progrès ont été accomplis, notamment dans le domaine de la migration, même si le chemin à parcourir est encore long et semé d'embûches. Pour renforcer le contrôle de nos frontières communes, nous avons créé, avec vous et en un temps record, un corps européen de garde-côtes et de garde-frontières. Il est maintenant en place. Il faudra qu'il dispose rapidement de tout le personnel et de tous les équipements nécessaires pour qu'il puisse, grâce à la réserve d'intervention rapide, agir avec toute la rapidité requise.

Le mois de décembre est la date butoir pour mettre en place tous les systèmes prévus. Je compte aussi sur la célérité des colégislateurs pour adopter, d'ici la fin de l'année, notre proposition de créer un système d'entrée sur le territoire de l'Union européenne et de sortie qui contribuera à mieux contrôler la migration irrégulière.

Pour lutter contre la migration irrégulière, démanteler les réseaux de passeurs, sauver des vies humaines et offrir aux réfugiés des voies légales d'arrivée en Europe, nous travaillons aussi avec nos voisins, dont la Turquie. Les premiers résultats sont là. Dans les six mois précédant l'entrée en vigueur de la déclaration Union européenne-Turquie, le nombre total de migrants arrivés en Grèce depuis la Turquie était de 739 000 personnes. Dans les six mois suivant la mise en œuvre de cet accord, ce chiffre est passé à 18 000, soit une différence de 721 000 migrants.

Selon les chiffres de l'Organisation internationale pour les migrations, entre avril et octobre 2015, 582 migrants avaient trouvé la mort ou avaient été portés disparus entre la Turquie et la Grèce. Entre avril et octobre 2016, ce nombre est passé à 48 personnes. Ce sont toujours 48 morts ou disparitions de trop, mais on note un progrès.

Ce ne sont que des premiers résultats, tangibles mais fragiles, et nous devons les consolider. Pour cela, il faut continuer à aider la Grèce à répondre rapidement aux demandes de renfort en personnel des agences européennes présentes sur place, notamment pour assurer la protection des mineurs non accompagnés, accélérer la relocalisation des réfugiés depuis la Grèce et poursuivre la réinstallation depuis la Turquie vers l'Europe.

Nous travaillons également avec nos partenaires africains. Comme le président Tusk vient de le dire, nous notons des progrès dans la mise en œuvre des pactes pour les migrations avec des pays d'origine ou de transit, comme le Niger, le Nigeria, le Sénégal, le Mali ou l'Éthiopie.

Voilà les programmes qui sont en marche. Il convient toutefois, là encore, de consolider cette nouvelle coopération, de l'étendre à d'autres pays et de lancer rapidement le plan d'investissement extérieur qui est essentiel pour lutter contre les causes de la migration. Il faut que les Européens investissent en Europe et il faudra qu'ils le fassent rapidement.

Il nous faut aussi réformer le régime d'asile européen, y compris le mécanisme de Dublin, pour disposer, comme la Commission l'a proposé, un régime véritablement européen et solidaire.

Ich würde, sehr verehrter Herr Präsident, gerne zu Ceta ein paar Worte sagen. Ich bin guter Hoffnung, dass es im Laufe des heutigen Tages zu einer Einigung zwischen der belgischen Regierung und der wallonischen Regierung und anderen Landesteileregierungen kommt. Ob dies es uns ermöglichen wird, den Vertrag mit Kanada morgen zu unterschreiben, ist mir noch nicht ersichtlich.

Dem wäre auch nicht die große Wichtigkeit zuzumessen, die diesem Termin eigentlich zugemessen wird. Wichtig ist, dass es heute zu einer Einigung in Belgien kommt, damit das Königreich seine Bereitschaft bekunden kann, den Vertrag zu unterzeichnen. Wann dies passiert, ist weniger wichtig, als dass es passiert.

Ceta ist ein wichtiges Handelsabkommen, wie alle Handelsabkommen wichtig sind. Aber in dem Zusammenhang – aber nicht nur in dem Zusammenhang – kommt es auch sehr darauf an, dass wir als Europäer nicht nur auf freien Handel, sondern auch auf fairen Handel pochen. Wir sind für freien Handel, aber diesen freien Handel kann man nicht um jeden Preis herbeizwingen wollen. Wir als Europäische Union müssen uns darüber verständigen, dass unsere Handelsschutzinstrumentarien sich nach oben bewegen werden. Qualitativ hochwertige Handelsschutzinstrumentarien sind notwendig.

Ich habe mir in Vorbereitung des Europäischen Rates die Zahlen angeschaut, was die Amerikaner machen, was die USA machen und was die Europäer und die Europäische Union machen. Und ich stelle fest, dass niemand die Vereinigten Staaten dafür kritisiert, dass sie auf bestimmte Stahlerzeugnisse, die aus China kommen, 265 % an Antidumping-Zöllen verhängen. In der Produktsparte, um die es hier geht, bringen es die Europäer auf genau 20 % Handelsschutzmaßnahmen. So kann man nicht gegen die Überkapazität, die es in China gibt, kämpfen. Die Stahlüberproduktion Chinas entspricht dem Doppelten der gesamten Stahlproduktion in der Europäischen Union. Und deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir uns nicht länger die Hände binden lassen, wenn es um die Regel des niedrigeren Zolls geht – *lesser duty rule*. Die Amerikaner verteidigen ihre Industrie und vornehmlich ihre Stahlindustrie. Wir müssen dies auch tun.

(Beifall)

Im Rat sehen das nicht alle so. Die Mitgliedstaaten teilen sich in zwei Gruppen auf: dreizehn dafür oder dagegen, zwölf dafür oder dagegen. Ich werde keine Ruhe geben, bis der Rat mit qualifizierter Mehrheit diesen Handelsschutzmaßnahmen, die wir qualitativ nach oben steigern müssen, zustimmt. Es geht um die Zukunft der europäischen Industrie und nicht nur der Stahlindustrie.

Hinzu kommt, dass diese Debatte, die wir untereinander und mit unseren Partnern in der Welt führen müssen, einfacher wäre, wenn wir uns stärker darum bemühen würden, die europäische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen. Vieles wäre einfacher, wenn wir wettbewerbsfähiger wären. Aber diese Regeln des niedrigen Zolls müssen wir offensiv angehen.

I had intended to describe the results of the European Investment Plan, but you have seen all the figures. Up to now we have mobilised EUR 138 billion of new instruments across 27 Member States and almost 300 000 small firms will have new loans.

We are pursuing the aim of reaching EUR 315 billion from now to the year after next. We have proposed as a Commission to double the financial amount of the investments and we have proposed to the Council to double the duration of the plan. The European Council will come back to this issue in December and I really do hope that, on the basis of all the external and internal assessments that will be provided, that the European Council will take a decision along the lines of the Commission's proposal.

Herr Präsident! Ich würde gerne ein letztes Wort zu den Schwierigkeiten sagen, die es in puncto Ratifizierung des Abkommens mit der Ukraine durch die Niederlande gibt. Ich würde von dieser Stelle aus gerne einen Appell an die niederländische Politik richten, genau des Umfangs dieses Problems sich sehr bewusst zu werden. Es wäre gut, wenn man in den Niederlanden auch eine innenpolitische Einigung in der Frage herbeiführen könnte.

(Beifall)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Sehr geehrte Herren Präsidenten, meine Kolleginnen und Kollegen! Ich habe im Europäischen Vertrag nachgeschaut, was die Aufgabe des Europäischen Rates ist. Die Aufgabe des Europäischen Rates ist es, die strategische Ausrichtung der Europäischen Union zu definieren, Orientierung zu geben für diesen Kontinent. Wenn ich mir dann die Artikel und die Überschriften der letzten Tage vergegenwärtige, dann passt das überhaupt nicht zusammen, weil wir nach diesem Europäischen Rat mehr Konfusion, mehr Durcheinander als Orientierung haben. Das ist enttäuschend.

Ich gehe mal die Themen durch. Erster Punkt – Handelspolitik: Wie schaut die Herausforderung aus? Wir haben Millionen Menschen – vor allem junge Menschen – auf diesem Kontinent ohne Arbeit. Wenn wir Jobs kreieren wollen, dann brauchen wir Wachstum, und Wachstum werden wir angesichts der demografischen Entwicklung nicht im Inneren bekommen, sondern nur mit mehr Handel. Die USA haben bei Handelsfragen bereits ein Asienabkommen abgeschlossen, andere Weltregionen laufen uns den Rang ab. Das ist die Herausforderung. Und wie schaut die Antwort aus?

Die Antwort sieht so aus, dass wir ein Durcheinander bei Ceta haben, dass die kanadische Handelsministerin entnervt fast hinschmeißt und abreisen will und deutlich macht, dass wir nicht in der Lage sind, zu liefern. Und ich muss deutlich machen, wo das herkommt. Das ist ja nicht eine Sache, die wir hier im Europäischen Parlament zu verantworten haben. Tatsache ist, dass im letzten Europäischen Rat im Juli die Staaten mit überwältigender Mehrheit – fast einstimmig – gesagt haben: Wir müssen ein *mixed agreement* machen und keine reinen *EU-only*-Abkommen. Und deswegen muss man sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Das ist Versagen. Was lernen wir daraus? Für die Zukunft muss klar sein: Europathemen müssen im Europäischen Parlament verantwortet werden, und sonst nirgends.

(Beifall)

Wir lernen zudem daraus, dass wir uns für Ceta endlich hinstellen müssen. Ich möchte auch einen Appell an die Sozialisten loswerden. Denn wenn ich zum Beispiel das Auftreten des österreichischen Kanzlers bei Ceta sehe, dann würde ich mir wünschen, dass wir alle uns jetzt hinstellen für Ceta und argumentieren und überzeugen und nicht selbst kritisieren und dann am Schluss zustimmen.

Und zu guter Letzt ist bei Ceta wichtig, die Sorgen ernstzunehmen. Deswegen, Herr Kommissionspräsident, unterstützen wir ausdrücklich die Initiativen zu mehr *Defence*: fairen und guten Welthandel, den wollen wir.

Das zweite ist Russland. Die Herausforderung ist ja auch dort klar: Putin setzt Militär, Krieg als legitimes Mittel der Politik ein. Hunderttausende in Aleppo leiden darunter. Die Antwort müsste eigentlich auch hier Einheit und Stärke sein. Aber es war eine schwache Antwort, die der Europäische Rat geliefert hat. Es wurden sogar Optionen unnötig aus der Hand gegeben, die man eigentlich in der Hand hatte.

Was lernen wir daraus? Putin sitzt in Brüssel mit am Tisch. Seine Propaganda, seine Wirtschaftsinteressen – Gaslieferungen, Energiepolitik – wirken auch in höchste Staatskreise der Europäischen Union hinein. Ich finde das schade. Die einzige Sprache, die Putin verstehen würde angesichts seines Verhaltens der letzten Monate und Jahre, ist die Position der Stärke. Und deswegen würde ich mir mehr Stärke vom Europäischen Rat erwarten.

The only positive thing I have to say was probably the statement from Theresa May. Why? Because she shows now to the European public what it means to leave the European Union. People see all over Europe how big the economic damage in Great Britain is already. The people see that Scotland is thinking about leaving Great Britain. The Scottish Prime Minister is rethinking a new referendum in Great Britain, and we have in the leading party – the Tory party – an ongoing battle between Hammond and Johnson, and nobody knows the outcome. The country is split, and Theresa May shows to the whole European Union that it is better to reform the European Union and not to destroy the European Union.

People more and more recognise what populism means, ladies and gentlemen, because even here in the European Parliament we saw in the last Strasbourg week what populism means. UKIP showed us the true face – one UKIP member punching another UKIP member to hospital and still, ladies and gentlemen …

(loud protests from the floor)

Der Präsident. – Herr Weber, warten Sie mal! Augenblick, Herr Weber! – Wenn Sie jetzt einmal einen Moment Herrn Weber zu Ende zuhören, dann können Sie hinterher eventuell einen Geschäftsordnungsantrag stellen.

(Zwischenrufe aus dem Plenum/Unruhe)

Aber unsere Geschäftsordnung sieht nicht vor, dass Sie das Recht haben, hier Redner niederzuschreien. Deshalb halten Sie sich an die Regeln dieses Hauses! Wenn Sie hier einen Abgeordneten als *„disgrace“* bezeichnen, dann überlegen Sie sich einmal, wie Ihr eigenes Verhalten in diesem Hause ist.

(Lebhafter Beifall)

Manfred Weber, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I simply want to say that Nigel Farage is no longer the winner of the referendum. Nigel Farage is fleeing from responsibility and parts of his troop are behaving as ruffians. That is the reality in this House.

Ich möchte abschließen, indem ich noch einmal die Kernpunkte aufdrösle. Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ceta: Die Kommission hat ein perfektes Ergebnis vorgelegt, ein sehr, sehr gutes Ergebnis. Wir im Europäischen Parlament sind sofort in der Lage, eine Mehrheit für Ceta auf die Beine zu stellen und das umzusetzen, und im Europäischen Rat haben wir leider Gottes Durcheinander.

Bei den *Defence*-Instrumenten, die wichtig sind für die Bürger, um uns in der globalisierten Welt zu verteidigen, hat die Kommission sehr, sehr gute Vorschläge vorgelegt. Wir im Europäischen Parlament sind in der Lage, morgen diese Vorschläge umzusetzen und gute Antworten für die Bürger zu geben, und im Europäischen Rat, bei den Mitgliedstaaten, haben wir einen Split, eine Blockade.

Und bei der Migration das gleiche Bild: Die Kommission – Dimitris Avramopoulos ist hier – hat gute Vorschläge auf den Tisch gelegt, wie wir die Migrationsfragen für Europa beantworten. Wir im Europäischen Parlament haben dafür klare Mehrheiten, und im Europäischen Rat erleben die Bürger seit Monaten nur Streit untereinander.

Es scheitert nicht Europa – das ist mir und meiner Fraktion wichtig –, es scheitert in diesen Tagen leider Gottes der nationale Egoismus, der Europa in die Blockade führt. Europa braucht Einheit, Entschlossenheit und Führung. Das wäre der Wunsch der EVP.

(Beifall und Buhrufe)

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der 'blauen Karte' gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Nigel Farage (EFDD), *blue-card question*. – Whilst it is regrettable that two of our MEPs fronted up to each other, there is absolutely no evidence that anybody was punched at all and I do want that put on the record. However, if you would like to come outside with me we could have a civilised conversation over a cup of coffee.

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Farage! Ich bin, ehrlich sagt, bewegt, weil ich die Bilder von dem Kollegen gesehen habe, der draußen am Boden gelegen ist. Ich weiß nicht, ob Sie die Bilder gesehen haben. Ich habe die Bilder gesehen, und ich bin schockiert gewesen, als ich die Bilder gesehen habe. Dass so etwas in einem demokratischen Parlament stattfindet, verursacht durch den parteiinternen Streit, den Sie haben.

Ich möchte noch einen Schritt weitergehen, weil wir immer mehr Meldungen haben, wo in Großbritannien eine EU-Bürger-ausländerfeindliche Stimmung entsteht, wo Hass gesät wird, wo Misstrauen gesät wird. Das entsteht durch Ihre Politik, und deswegen werden wir das bis zum Letzten bekämpfen, was Sie an Politik praktizieren.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, I would like to say this in a calm and measured sense. There is an investigation going on into the events that Mr Weber has just made accusations about. Not only an internal UKIP one, but a parliamentary one where one of our colleagues is investigating this. What he has said has prejudiced that investigation, is absolutely outrageous, and I suggest to you, Sir, asking you as the guardian of the rules, please could you do something about this – this is unacceptable.

Der Präsident. – Ich habe zu Beginn dieser Sitzung, Herr Etheridge, ich weiß nicht, ob Sie da schon im Saal waren –, mitgeteilt, dass ich nach den Vorfällen unseren sogenannten Beratenden Ausschuss zum Verhaltenskodex mit der Angelegenheit befasst habe.

Dieser Beratende Ausschuss hat die Angelegenheit sehr sorgfältig geprüft und mir empfohlen, die Staatsanwaltschaft einzuschalten.

Die medizinischen Feststellungen, die nach der Einlieferung des Abgeordneten Woolfe ins Krankenhaus vorgenommen wurden, sind so, dass sein Ohnmachtsanfall auf der Brücke hier im Hause Folge eines Schlags auf den Kopf war. Das ist eine medizinische Feststellung.

Ich habe dazu Herrn Woolfe einvernommen und der Verdacht, dass Gewalt gegen ihn ausgeübt wurde, liegt sehr nahe. Deshalb wird die Staatsanwaltschaft Straßburg sich mit der Angelegenheit befassen. Ich habe an der Darstellung von Herrn Woolfe persönlich keinen Zweifel.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, saluto i Presidenti, saluto anche la dottoressa Ratti con un abbraccio forte. Mi vado convincendo che alcuni membri del Consiglio europeo non hanno memorizzato bene la battuta del Presidente ciclista Romano Prodi che disse: «per andare in bicicletta bisogna pedalare, se non si pedala si cade a terra». Così è l'Europa: per andare avanti bisogna pedalare. Se il Consiglio europeo non pedala o pedala lentamente si cade a terra. E così sta avvenendo. È avvenuto anche nell'ultimo Consiglio. Sulla Siria, la nostra richiesta, del Parlamento, pressante di accesso agli aiuti umanitari non è stata ancora evasa. È ragionevole che non si siano messe le sanzioni, ma bisogna trovare un modo, uno strumento per fermare quel massacro.

Bene il riconoscimento degli sforzi per quei paesi che stanno difendendo la frontiera esterna dell'Unione europea e stanno accogliendo migliaia e migliaia di rifugiati e di migranti. Bene l'istituzione della Guardia costiera cui ha fatto riferimento il Presidente Juncker a cui noi, come Parlamento, abbiamo dato una mano importante. Non va, però, il silenzio del Consiglio sulle questioni economiche. A dicembre, da Bratislava a Bruxelles, da Bruxelles a dicembre si impegna il Consiglio a discutere, a discutere il prolungamento del piano europeo degli investimenti, che impegno a discutere. Noi vogliamo l'impegno ad approvare il prolungamento e il rafforzamento del piano europeo degli investimenti.

Non va nemmeno sul tema dei ricollocamenti: questa doppia morale della destra non mi convince, si accusano i valloni di fermare il CETA e non si dice nulla a Orbán, che insiste nel no ai ricollocamenti. La posizione dei valloni è una posizione di richiesta di chiarimenti e io mi unisco alle voci che chiedono che in queste ore si possa arrivare a quei chiarimenti che possono portare al trattato commerciale più progressista che noi abbiamo potuto firmare. Non c'è una posizione ideologica negativa sul CETA da parte dei valloni, c'è una richiesta positiva e costruttiva di chiarimenti, si sta lavorando in questa direzione, ci ha lavorato il Presidente Juncker, il Presidente Schulz ed è giusto continuare a lavorare costantemente perché si arrivi ad una soluzione positiva. Sull'immigrazione, aggiungo, che dobbiamo mettere un termine al «si salvi chi può», questa storia della frontiera, dei controlli alla frontiera tra l'Austria e la Slovenia non aiuta l'Europa a trovare una risposta comune di fronte a questa sfida.

E, concludo, questo Parlamento non deve essere il Parlamento della rissa, deve alzare la voce, ma non tra di noi su questioni di lana caprina, deve alzare la voce per dire «fermate Aleppo, il massacro di Aleppo», deve alzare la voce per avere un commercio equo e solidale, deve alzare la voce per fermare le crisi industriali, deve alzare la voce per avere una politica economica più espansiva, deve alzare la voce per dare una risposta ai giovani e alle donne, deve alzare la voce per dare dignità alle istituzioni europee e al processo decisionale, deve alzare la voce per dare un sorriso a quei bambini che sperano in un futuro migliore! Questo è il Parlamento che noi dobbiamo avere e che dobbiamo costruire!

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, if ever there was a theme for a summit meeting, then surely the theme of this one was 'gridlock'.

Powerless to move or commit to decisions on some of the key issues facing the West and the EU right now, at a time when voters in all EU countries are asking questions of their political leaders. The EU has been defined in the past week by weakness and indecision.

Why? We should ask ourselves: why is it so difficult to unite on these key issues? Why does a trade agreement like CETA fail at the last hurdle? The ECR Group is asking if the EU cannot even reach an agreement with a country such as Canada – a country with similar environmental and labour standards – what hope do we have of telling the rest of the world that the EU is open for business?

Why could the 28 leaders not make progress? Because there is a fundamental disconnect between EU leaders and the people they represent. With greater centralisation, individuals and communities feel weaker. Here we use the language of compromise, coalitions, and semesters, but people outside want to know: will they have more money in their pay packet? Will they be able to pay their bills? Will the business they work for grow and create jobs? All too often these simple questions go unanswered.

If leaders fail to address these concerns, fail to listen to the warnings, fail to make the case for decisions taken, then do not be surprised if voters in many of our countries turn to extremist parties offering simplistic solutions.

I realise that our countries have different histories, and perhaps different interests, when dealing with Russia. But responding to Russia's current actions is something which should unite us, rather than divide us. When we see continued violations by Russia in Ukraine and Georgia, when we see the bombing of Aleppo and its people, when we see Russia biting at the heels of the EU's external border, then the whole West should be uniting together in wanting to use what power we have.

The EU only has soft power. But surely soft power should be better than no power. Economic sanctions are beginning to have an effect on Russia – but not nearly enough. Yet even at this point, leaders could not agree to go further. Now we see one EU country, Spain, offering to refuel that same Russian fleet that is likely to inflict more atrocities on the civilians of Aleppo. What kind of signal does that send about our resolve?

At this rate we are facing a future of the lowest common denominator politics. We needed a summit of action, a summit of clarity, we needed a summit of decisiveness. Yet again, this is not what we got. It is time to open our eyes and see what is happening around us.

Just as each action has its consequences, inaction also has consequences. Prime Minister Trudeau walking away from a Canada-EU trade deal which would have helped create jobs and growth. Putin walking into other countries unchecked and uninhibited. If this is the result of our inaction, do not be surprised if our electorate eventually punishes us.

To counter the simple message of extremism, to regain the confidence of the people who vote for us, we need solutions, we need action, and we need a new direction, to break the gridlock that we currently face.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys.* – Herra Kamall, olette hyvä puhuja, mutta annatte erittäin vähän vastauksia. Sanoitte, että Venäjään on reagoitu heikosti. Olisiko neuvoston pitänyt julistaa sanktioita vai mitä neuvoston olisi pitänyt tehdä sen sijaan, että se tuomitsi erittäin voimakkaasti Aleppon pommitukset? Antakaa myös vastauksia.

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer.* – Thank you very much for the compliment; I will take any compliment I can get in this place. But, actually, it was quite clear: I think the answer was in your question. You asked, 'should the Council impose sanctions?' The answer is a clear 'yes'; sanctions have not begun to bite properly yet, though they are starting to work. We should not let up; we should have imposed more sanctions, and we should be looking at whatever instruments we have.

Other speakers have said that this morning, and we know we are not alone. If we are to show true unity in the West, we have to use what instruments we have, and we can use sanctions.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, there seems to be a recurring theme in all the interventions, and that is the total inability of the Council to take any kind of decision up to now, but I will come back to that.

First, on CETA: the ALDE Group wants CETA to be salvaged, and if more time is needed then more time is needed. It is not the date, but the result, that matters. However, we cannot unpick the work that has been done, because trade is essential for our prosperity, and the credibility of the European Union – as has been said by others – has been severely damaged. The winners of this episode are not the Walloon farmers or the Walloon entrepreneurs; the winners are China, Russia and other countries, because they will get to set the standards, not Europe. Some parties in this House are actually welcoming the veto by Wallonia because they are against CETA, but that is a very dangerous kind of opportunism. Welcoming a veto when it suits your purpose will boomerang, because tomorrow a veto will be used against your priorities. The CETA episode exposes a much bigger problem, as I said: the weakness of the Council.

The EU cannot continue like this. If we look at the list of topics on the table, we have: sanctions against Russia – blocked; the Ukraine Agreement – jeopardised; CETA – blocked; refugee relocation – blown out of the water; the decision on Article 50 with the EU – kept dangling for nine months, and now one of the countries is threatening to veto the budget. We cannot continue like this. The EU is like a three-engine plane with one engine completely broken down. It is still flying, as the other two engines are still working, but it cannot stay on course until the Council engine is fixed.

Mr Tusk, please ensure that the European Union will not undergo the same fate as Poland in the 18th Century, when the Polish Parliament was completely paralysed by the 'liberum veto', allowing every single nobleman in the parliament to block a decision. As a result, Poland did not become greater; it became irrelevant. The Council has to take responsibility for the European Union as a whole and it has to do so soon, because not only will our own citizens tire of the inability of the EU to respond to the big challenges of today, but Europe is rapidly making itself irrelevant as a global actor. That has an impact and it has already been mentioned. The victims of the same inability to take decisions are the people in Syria. If the EU fails to decide on sanctions against Mr Putin, we lose any leverage we may have to force him to stop the bombing. We need a political transition urgently, and that means that we have to be able to put pressure on Mr Putin. Victims are equally the refugees, and I am actually a bit surprised to hear both the Council and the Commission be quite jubilant about the successful refugee policies, when the United Nations just yesterday said that 2016 is the deadliest year so far. More people have drowned in the Mediterranean than any year before. How can you say this is a success? How is it that the Council can still look at itself in the eye in the mirror and say this is a success? Mr Tusk, the Council – the Member State leaders – have a duty to end the paralysis, a duty towards the EU citizens and a duty towards the world.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL.* – Κύριε Πρόεδρε, εμείς, η Ομάδα της Ευρωπαϊκής Ενωτικής Αριστεράς, ως θέμα αρχής και βάσει των πεποιθήσεών μας, είμαστε υπέρ της ειρήνης και ενάντια σε κάθε πόλεμο. Ορθά καταδικάζονται οι επιθέσεις και οι βομβαρδισμοί του συριακού καθεστώτος και της Ρωσίας στο ανατολικό Χαλέπι. Όμως δεν υπάρχουν καλές και κακές βόμβες. Το ίδιο βάρβαρες και καταστροφικές είναι οι βόμβες που ρίχνουν οι τζιχαντιστές και οι αντικαθεστωτικοί στο δυτικό Χαλέπι, που πλήττουν και μάλιστα κλείνουν τους ανθρωπιστικούς διαδρόμους. Το ίδιο βάρβαρες είναι και οι αμερικανικές βόμβες που σκοτώνουν αμάχους στη Συρία και στο Ιράκ. Για αυτό σταματήστε να κλείνετε τα μάτια όταν οι σύμμαχοί σας διεξάγουν πολέμους. Μέχρι πότε θα τηρείτε σιγήν ιχθύος όταν οι Σαουδάραβες σκοτώνουν αθώα παιδιά και αμάχους στην Υεμένη; Δεν ξεχνούμε ότι την ίδια ανοχή και ενοχή δείξατε και απέναντι στους ισραηλινούς βομβαρδισμούς που ξεκλήριζαν οικογένειες, που κατάστρεφαν νοσοκομεία στη Γάζα, ή όταν οι ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ προωθούν με τη βία των όπλων την παραχάραξη των συνόρων στη Μέση Ανατολή.

Δυστυχώς, με ευθύνη και του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει την υποκρισία, προχωρώντας στην υλοποίηση της απαράδεκτης συμφωνίας που έκανε με την Τουρκία, μιας συμφωνίας η οποία καταπατά το διεθνές δίκαιο και θέτει τους όρους για το εμπόριο των προσφύγων. Αντί το Συμβούλιο και η Επιτροπή να επικρίνουν την τουρκική κυβέρνηση, η οποία διολισθαίνει συνεχώς στον αυταρχισμό, για την καθημερινή καταπάτηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ελευθεριών, για την εισβολή στη Συρία, για την επιδιωκόμενη γενοκτονία των Κούρδων, για τη φίμωση των δημοσιογράφων και τον πόλεμο που διεξάγει ενάντια σε κάθε μειονότητα, την επιβραβεύει. Την έχει αναγνωρίσει ως ασφαλή χώρα και της υπόσχεται ανταλλάγματα για να κρατήσει τους πρόσφυγες μακριά από τα σύνορά της. Μάλιστα, σήμερα, θέλετε να απελευθερώσετε τη βίζα, χωρίς η Τουρκία να υλοποιήσει τις υποχρεώσεις της έναντι όλων των κρατών μελών.

Είναι απαράδεκτο η Ένωση να εφαρμόζει δύο μέτρα και δύο σταθμά. Είναι το αποτέλεσμα αυτών των πολιτικών που έχει οδηγήσει στην επιδείνωση της προσφυγικής κρίσης που βιώνουμε σήμερα. Δυστυχώς η Επιτροπή και το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο εμμένουν στην αύξηση των συνοριοφυλάκων, στην ενίσχυση του Frontex, στη δημιουργία νέων φρακτών στα σύνορα, προς την κατεύθυνση μιας Ευρώπης–φρούριο. Είναι με δικές σας ενέργειες που έκλεισε ο βαλκανικός διάδρομος, αλλά το μόνο που πετύχατε είναι να πνίγονται οι πρόσφυγες στις ακτές της Λιβύης και ανοιχτά της Λαμπεντούζα και όχι στο Αιγαίο.

Αυτές οι πολιτικές δεν είναι απάντηση στην ανθρωπιστική κρίση. Το μόνο που επιτυγχάνουν είναι η ενίσχυση της ξενοφοβίας και του ρατσισμού. Αυτό που χρειάζεται είναι να αναπτύξουμε μια προσφυγική πολιτική που θα βασίζεται στην αλληλεγγύη και τον ανθρωπισμό, να δημιουργηθούν νόμιμοι και ασφαλείς οδοί για τους πρόσφυγες και τους μετανάστες, καθώς και ένα μόνιμο δεσμευτικό και δίκαιο σύστημα μετεγκατάστασης των προσφύγων. Εξίσου σημαντικό είναι να σταματήσουν οι πόλεμοι και οι ξένες επεμβάσεις στην ευρύτερη Μέση Ανατολή και να στηριχτούν πραγματικά τα κράτη της Αφρικής.

Και τέλος, σε ό,τι αφορά την CETA: οι λαοί είπαν «όχι» και με τους αγώνες τους περιθωριοποίησαν τη συμφωνία TTIP. Αυτό που επιβεβαιώνεται τις τελευταίες ημέρες είναι ότι το Συμβούλιο και Επιτροπή θέλουν να επαναφέρουν μέσω της CETA την TTIP από την πίσω πόρτα. Εμείς, ως GUE/NGL, χαιρετίζουμε τη θαρραλέα στάση της περιφερειακής κυβέρνησης και του κοινοβουλίου της Βαλονίας, που είπαν «όχι» στα εκβιαστικά τελεσίγραφα για υπογραφή της CETA. Διέσωσαν την αξιοπρέπεια της Ευρώπης και εξέφρασαν έτσι την πραγματική βούληση εκατομμυρίων πολιτών στην Ένωση.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού).)

Udo Voigt (NI), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Abgeordneter! Ich habe vernommen, dass Sie als Vereinigte Linke jegliche Gewalt im Syrienkrieg verurteilen, vermisse hier aber eine eindeutige Stellungnahme. Warum verurteilen Sie nicht die völkerrechtswidrige Bombardierung und Zerstörung von sieben Brücken durch die Luftwaffe der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich zudem völkerrechtswidrig im Luftraum von Syrien aufhalten, weil die syrische Regierung ihnen das niemals gestattet hat?

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *απάντηση σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα»*. – Νομίζω ήμουν σαφής –δεν ξέρω αν ακούσατε ολόκληρη την ομιλία–, αναφέρθηκα ακριβώς και στους αμερικανικούς βομβαρδισμούς. Για εμάς δεν υπάρχουν καλές και κακές βόμβες. Όλοι οι βομβαρδισμοί σκοτώνουν αμάχους, σκοτώνουν παιδιά. Και δεν πρέπει να καταδικάζουμε μονομερώς, μόνο τους βομβαρδισμούς στο ανατολικό Χαλέπι. Πρέπει να καταδικάζουμε και τη δράση των τζιχαντιστών και των αντικαθεστωτικών, που είναι σύμμαχοι της Ένωσης, αλλά και τους βομβαρδισμούς των Ηνωμένων Πολιτειών.

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, l'indignation, la contestation, le rejet, voilà ce que suscite de plus en plus le projet européen auprès d'un trop grand nombre de nos concitoyens. Certains ici aimeraient n'y voir que le signe d'un repli identitaire. Pourtant cette colère résonne d'abord comme un cri d'alarme face à des politiques qui s'éloignent de plus en plus de l'intérêt général. C'est tout un symbole lorsque l'épicentre de la contestation se situe en Wallonie, terre d'accueil et l'une des régions les plus pro-européennes et les plus solidaires de l'Union. Tout cela concerne un traité de libre-échange avec le Canada, qui fut le plat de résistance – l'expression n'est pas volée – du Conseil européen de la semaine dernière.

Ce n'est pas le fruit du hasard: cela fait trois ans qu'en Belgique francophone, les traités de libre-échange sont devenus le sujet numéro un d'une mobilisation citoyenne inédite. Sous cette pression, les élus francophones de Belgique se sont emparés du CETA et l'ont décortiqué comme peu l'ont fait en Europe. Tout cela a débouché en mai 2015, à l'initiative des Verts, sur une résolution argumentée, exprimant de très sérieuses réserves à l'égard d'un CETA conçu pour affirmer la suprématie d'un chimérique droit au profit sur tous les autres droits ainsi que du pouvoir des entreprises, de leurs actionnaires et de leurs dirigeants sur celui de la démocratie.

Loin d'être le trouble-fête de l'Europe, la Wallonie est aujourd'hui devenue la représentante de tous les citoyens qui rejettent une politique commerciale au service des multinationales. Non, contrairement à ce que l'on voudrait bien nous faire croire, la Wallonie n'est pas isolée, bien au contraire. Faut-il rappeler que 1 500 villes et communes européennes se sont déclarées en dehors du TTIP et du CETA, que 3 400 000 pétitionnaires rejettent le projet d'arbitrage entre les investisseurs et les États, qu'une majorité d'Autrichiens, d'Allemands, de Français et de Slovènes sont opposés au CETA?

Face à cela, la réponse de la Commission et des gouvernements européens fut une valse à quatre temps. Il y eut d'abord le déni par l'absence de réponse à la lettre du ministre-président de la Wallonie qui faisait part des réserves de son Parlement. Ensuite, il y eut la condescendance sur le thème: «Si vous n'êtes pas d'accord avec nous, c'est que vous n'avez pas compris, nous allons vous réexpliquer». Puis il y eut l'intimidation: la Wallonie a deux jours pour décider, Monsieur Tusk. Enfin, il y eut le bricolage assorti d'un fatras de déclarations à la valeur juridique douteuse qui ont ajouté la confusion à l'opacité.

La pression mise pour lever le blocage du CETA par les Wallons contraste cruellement avec le silence des mêmes face au blocage de certains États membres, dont certains sont bien moins peuplés que la Wallonie – permettez-moi de vous le dire – sur, par exemple, la lutte contre l'évasion fiscale ou la régulation financière.

Plus écœurant encore est le contraste flagrant dans les décisions du Conseil européen de la semaine dernière, Monsieur Tusk. Entre le parti pris libre-échangiste forcené et une politique migratoire dont les mots clés sont devenus refoulement et maintien à distance. Ainsi, pour les chefs d'État ou de gouvernement de l'Union européenne, les biens, les services et les finances doivent pouvoir circuler librement, mais surtout pas les êtres humains.

Il y a quelques semaines, avant le sommet raté de Bratislava, vous avez dit, Monsieur Tusk: «les citoyens européens veulent savoir si les élites politiques sont capables de reprendre la maîtrise d'événements et de processus qui les dépassent, les désorientent et, parfois, les terrifient». Quelques jours plus tard, dans votre discours sur l'état de l'Union, Monsieur Juncker, vous disiez vouloir une Europe qui protège, préserve notre mode de vie européen et donne le pouvoir à nos citoyens.

Messieurs, joignez donc les actes à la parole; saisissez cette opportunité que les francophones de Belgique offrent à la Commission et aux gouvernements européens; ôtez du CETA tous les dispositifs, au premier rang desquels les tribunaux arbitraux, qui visent à cadenasser le pouvoir de nos démocraties; affirmez leur droit de décider librement quelles activités seront confiées au service public et lesquelles seront confiées au marché; levez, enfin, tous les doutes sur la compatibilité de ce traité avec le droit européen en vous en référant à la Cour de justice de l'Union européenne.

Cela prendra-t-il du temps? Oui, c'est le temps de la démocratie. Vous savez, nous avons, pendant des siècles, fait commerce avec le Canada sans CETA. Alors ces quelques mois de plus importent-ils?

Le sursaut wallon doit être l'occasion, chers collègues, non pas d'un coup d'arrêt à la politique commerciale de l'Union, mais bien de sa remise à plat, car la plupart de nos concitoyens ne sont pas opposés au commerce.

Au XXIe siècle, l'objectif de traités commerciaux ne peut pas être la maximisation des flux, car c'est incompatible avec la contrainte environnementale. Ce ne peut pas être la maximisation du profit pour quelques-uns, parce que tel n'est pas le rôle de la politique.

Leur objectif premier doit être la diffusion des normes sociales, environnementales, sanitaires, fiscales et démocratiques les plus strictes. Ce sont ces normes qui fixent le cadre contraignant dans lequel le commerce peut se développer.

La politique commerciale ne peut plus être décidée en secret. Au contraire, les mandats doivent être décidés en toute transparence et les négociations menées sous le regard permanent des élus. C'est à ces conditions, et je conclus, Monsieur le Président, que cette politique commerciale retrouvera la confiance de nos citoyens. Le non wallon au CETA est un oui à une Europe citoyenne.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

Hilde Vautmans (ALDE), *"blauwe kaart"-vraag*. – Collega Lambert, u probeert eigenlijk krampachtig te zeggen dat u niet alleen staat in het verzet tegen CETA. Maar legt u me dan eens uit waarom 27 andere landen wél hun akkoord gegeven hebben? U zegt: wij drijven nu al handel met Canada, dus CETA is niet nodig. Wel, ik nodig u heel graag uit in Haspengouw. Onze fruitboeren snakken naar CETA, omdat dit verdrag handelsbelemmeringen opheft. Misschien dat u dat in Wallonië niet nodig heeft, maar wij in Vlaanderen willen alleszins die markten openmaken, en voortborduren op wat commissaris De Gucht in gang heeft gezet.

Collega Lambert, op het einde zei u: dat "nee" is een oproep aan Europa. Dan daag ik u uit; dan bent u het met mij eens dat het eigenlijk een historische vergissing is geweest van de Commissie om CETA als een gemengd verdrag te bestempelen.

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur le Président, cela fait évidemment beaucoup de questions. Je vais me concentrer sur la première: «Pourquoi la Wallonie est-elle la seule institution – je dis bien – à dire non alors que les 27 autres États membres – et vous rajouteriez bien la Flandre – disent oui?»

Je vais vous donner la réponse. Elle est très simple. En Europe, deux parlements, le Parlement wallon et le Parlement des francophones de Belgique, ont ouvert le CETA et l'ont lu. Tous les autres, soit ils ne l'ont pas fait, soit ils ont été empêchés de le faire – je pense à l'Assemblée nationale en France. Voilà pourquoi les gouvernements décident de passer au-dessus de ce que veulent leurs citoyens.

(Tumulte)

Der Präsident. – Mal schauen, was die nationalen Parlamente, – Herr Lamberts! Leute, könnt ihr euch denn jetzt einmal beruhigen? Kollegen, kommt doch einmal zur Ruhe. – Mal schauen, was die nationalen Parlamente, die sich mit CETA befasst haben, zu Ihrer Äußerung sagen werden, Herr Lamberts.

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, so Mrs Smith goes to Brussels and is given five minutes to speak at one o'clock in the morning. It is the same treatment that David Cameron got when he came to announce the referendum, although at least this time the French President did not leave the table to go to the bathroom. When Mr Juncker was asked by a British journalist how the negotiations were going, he said, 'Pffft' – well, I can't really do Gallic shrugs very well – and the impression is that you are simply too busy to even discuss Brexit or to take it seriously.

Basically, you are hoping that we will change our minds – Mr Tusk alluded to that a couple of months ago. I know there has been a long tradition here, whether it's with Denmark, France, Ireland or the Netherlands, that when there is a democratic referendum you try to either ignore it or overturn it. Today again, we heard Mr Juncker urging the Dutch Government to ignore the referendum result on the Ukraine. Frankly, the whole thing is a disgrace. It is even worse that it is supported by quislings in the British Parliament – people like Nick Clegg and Ed Miliband, who are desperate to keep Britain inside this awful single market. Well, I am sorry but it simply isn't going to happen. There are 17.4 million people who could not have been clearer. We voted to say that we want our country back, and in the end that is what is going to happen.

I have to confess, though, that Mrs May's position in her five minutes was somewhat curious. For her to be arguing that Britain must have a full vote and a full say in all EU affairs up until the time we leave is a very mixed message, and I have already seen this morning that some here take it as a sign of weakness. We need to get on with it. Every single day that goes by is a lost opportunity. The proposed trade agreement with Canada having been vetoed by Walloons after seven years of negotiations absolutely proves to you that, in a modern 21st century global economy, the European Union is simply not fit for purpose. I want us to get on with it, because this club is very expensive. We are paying in net GBP 30 million every day. Some will argue it's a bit less, some will argue it's a bit more. Either way, it is too much. We are helping to finance this monthly travelling circus to Strasbourg and, worst of all, I have now discovered that in your staff regulations up to 5% of employees every year are allowed to retire five years early and receive full pay and entitlements for five years for doing absolutely nothing. Nowhere else in the world would allow this sort of thing to go on. So I want us to get on with it.

Interestingly, I met a large number of Scandinavian businesses the other day. They are worried. They are anxious. And why? Because they know that the United Kingdom is the eurozone's biggest export market in the world, and they want to crack on. They know that the EU has trade deals with several countries in the world which involve no free movement of people, and their logic is: if we can do a deal like that with Mexico, why on earth wouldn't we do it with our most important trading global partner? That is common sense coming from European businesses and common sense coming from most people in the United Kingdom. The only obstacle appears to be the high priests of Euro-federalism in this room today. If you think that by delaying or stopping Brexit you are going to help your own businesses and your own industries, you are wrong. It is in the mutual interest of all of us to get on with this and conclude a sensible, straightforward tariff-free deal.

(Applause)

Der Präsident. – Herr Abgeordneter Farage, darf ich Sie einmal etwas fragen? Haben Sie die Herren Clegg und Miliband als „Quislinge" bezeichnet? Ist das richtig?

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – I certainly did, yes.

Der Präsident. – Ich möchte nur darauf hinweisen, dass Herr Quisling der Anführer der Nazi-Kollaborateure in Norwegen war. Ich finde es völlig unangemessen, dass Sie demokratisch gewählte Politiker damit vergleichen.

(Beifall)

Nigel Farage, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, he did it against the interests and will of his own people, and the point I am making about Messrs Clegg and Miliband is they are refusing to accept a democratic result, just as Mr Juncker is refusing to accept the Dutch referendum. There is something fundamentally wrong here.

Der Präsident. – Zumindest haben diese Männer ihr Volk nicht mit gefälschten Zahlen im Wahlkampf konfrontiert, wie Sie das gemacht haben.

(Unruhe)

Marine Le Pen, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, en espérant que vous utiliserez votre quatrième carton bleu dans le cadre de ce débat.

Une nouvelle fois, mes chers collègues, vous voilà bien déboussolés par un principe que vous aviez dévoyé à votre usage exclusif: la démocratie. Après le Brexit britannique, voici que l'Assemblée wallonne décide de faire ce pourquoi elle est élue, ce qui d'ailleurs vous stupéfait: défendre les Wallons. Incroyable! Or, le traité que vous avez négocié en grand secret avec le Canada et qui devait entrer en vigueur avant même d'avoir été approuvé – ce qui, vous l'admettrez, est tout à fait scandaleux – n'est pas dans l'intérêt des peuples. Il profiterait sûrement à quelques multinationales richissimes mais pas à l'immense majorité des citoyens.

Une étude indépendante américaine de l'université Tufts évalue ainsi ses conséquences: destruction de 45 000 emplois en France et 200 000 en Europe, baisse des salaires, réduction des champs d'action des politiques publiques, baisse de la croissance, hausse des déficits publics… Ne dites pas que les Wallons bloquent les autres. C'est faux! La réalité est qu'ils sont simplement les seuls à avoir pu s'exprimer.

Le refus du CETA est largement majoritaire, non parce que les gens seraient mal informés, mais parce qu'au contraire, ils ont ouvert les yeux sur le désastre provoqué en Europe par les politiques de libre-échange ultralibérales.

Vous nous aviez assuré que l'Europe, c'était la paix. Cela fait presque sourire. Mais dans votre rage, face à l'échec, vous utilisez la force, les pressions honteuses dénoncées par M. Magnette, des manœuvres indignes, des ultimatums autoritaristes.

Une assemblée démocratique s'est exprimée. Pardonnez-moi, mais il faut vous soumettre ou vous démettre. Tout autre choix révélerait un régime autoritaire liberticide.

Enfin, Monsieur Juncker, M. le président Schulz me pardonnera de grignoter quelques secondes pour mettre en lumière votre début de conversion au protectionnisme, concept pourtant honni par les institutions européennes. J'y vois pour nous, permettez-moi de le dire, une spectaculaire victoire idéologique dont vous savez pertinemment qu'elle précède toujours les victoires politiques.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Madam Le Pen, with the Wallonians halting the trade treaty with Canada, would you not agree with me that the British are better off leaving the European Union, when we will not have to have 27 other people and Wallonia agreeing to any future trade treaties? Would France not be better off joining Britain in a Frexit so that France can have the same privileges to make her own trade treaties with the world and get France out of the catastrophic economic mess that Mr Hollande has put it in?

Marine Le Pen (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Coburn, en réalité, je crois que les peuples d'Europe défendent ultra-majoritairement cette position. Il n'y a que leurs élites qui les trahissent au quotidien et qui continuent à défendre un système qui est en train de s'effondrer sur lui-même. C'est la raison pour laquelle je souhaite un référendum non seulement pour mon propre pays mais également, comme je ne suis pas égoïste, pour tous les pays de l'Union européenne afin que leurs peuples puissent s'exprimer sur ce sujet.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Schultz, παρά το αντικομμουνιστικό σας παραλήρημα, σήμερα το πρωί, για την Ουγγαρία, η ιστορία δεν ξαναγράφεται. Τι έφερε η ανατροπή του σοσιαλισμού και των κατακτήσεών του; Ανεργία, φτώχεια, εκμετάλλευση, πολέμους, προσφυγιά, δηλαδή καπιταλισμό. Αυτό καταγράφει η ιστορία σήμερα. Να γιατί πληρώνουν οι λαοί πανάκριβα τους σφοδρούς ανταγωνισμούς των μονοπωλίων που αντανακλούνται και στα ευρωπαϊκά σας συμβούλια. Να γιατί η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι Ηνωμένες Πολιτείες έβαλαν νέα φωτιά πολέμου στη Μοσούλη για τον έλεγχο της ενέργειας, που προκαλεί νέα προσφυγικά κύματα εγκλωβισμένων σε άθλιες συνθήκες, με κοινή σας απόφαση. Είναι επείγουσα ανάγκη η πάλη ενάντια στον ιμπεριαλιστικό πόλεμο και η άμεση αποσυμφόρηση των hotspots, των κέντρων υποδοχής στα ελληνικά νησιά, για

να επιτραπεί η μεταφορά των προσφύγων και των μεταναστών στις χώρες τελικού προορισμού τους.

Σχετικά με την εμπλοκή της Βαλονίας στη CETA: αυτή αφορά στο ποιος θα έχει το πάνω χέρι στην επιβολή των προδιαγραφών που εξυπηρετούν τα κέρδη του σε βάρος των ανταγωνιστών του. Είναι αντιπαράθεση για τη μοιρασιά της λείας, που αφορά νέα αντεργατικά μέτρα, παραχωρήσεις κοινωνικών υπηρεσιών στα μονοπώλια, για να δρουν ανεμπόδιστα τσακίζοντας λαϊκά δικαιώματα στη δουλειά, την υγεία, την παιδεία, την προστασία του περιβάλλοντος. Για αυτό άλλωστε τη CETA την εγκρίνει και η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ–ΑΝΕΛ.

Οι λαοί πρέπει με την πάλη τους να απορρίψουν καλέσματα διεκδίκησης δήθεν μιας καλύτερης ή διαφανούς συμφωνίας και να αγωνιστούν για απόσυρση της CETA και της TTIP και κάθε άλλης αντιδραστικής συμφωνίας, βάζοντας στόχο να ανατρέψουν τον πραγματικό αντίπαλο: τα μονοπώλια, τις ενώσεις τους και το ίδιο το εκμεταλλευτικό σύστημά τους.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα» (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Bill Etheridge (EFDD), *blue-card question*. – In the light of the debate that we have seen this morning, where we have had the whole of European trade seemingly held up by one area and where we have had the President of the European Union showing, in my view, absolutely unacceptable bias against one side, would you agree with me that now, in this madness that we have seen, the Walloons probably have taken over the asylum?

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *απάντηση σε ερώτηση με «γαλάζια κάρτα»*. – Διεξάγεται ένας σφοδρός πόλεμος ανάμεσα σε μεγάλα συμφέροντα για τον έλεγχο των αγορών. Βεβαίως υπάρχουν και γεωπολιτικά συμφέροντα σε αυτές τις εξελίξεις. Και οι λαοί έχουν άλλα συμφέροντα που δεν συμβαδίζουν με τέτοιου είδους συμφωνίες και πρέπει συνολικά να οργανώσουν την πάλη τους χωρίς καθυστέρηση πέρα από αυτούς τους ανταγωνισμούς. Πρέπει οι ίδιοι να οργανώσουν την πάλη τους ενάντια σε κάθε τέτοια συμφωνία που αντιστρατεύεται τα συμφέροντά τους και να παλέψουν για τη δικιά τους εξουσία.

Herbert Reul (PPE). – Frau Präsidentin, meine Herren Präsidenten! Europa ist gefährdet – das haben jetzt alle gesagt –, und es ist gefährdet, weil wir nicht in der Lage sind, zu beweisen, dass wir die Probleme lösen. Das liegt im Moment glasklar an der Handlungsunfähigkeit im Rat – stimmt –, und zwar weil dort nationale Egoismen bestimmend sind. Das liegt daran, dass sich im Rat die meisten Staatslenker von populistischen Stimmungen bestimmen lassen. Ich muss sagen, ich kann es nicht mehr hören, dass immer von europäischen Werten geredet wird, und wenn es darauf ankommt, zum Beispiel bei Syrien und Russland, nicht Flagge gezeigt wird. Da müssen die Europäer nicht nur darüber reden, dass das schlimm und fürchterlich ist, sondern da muss man auch Handlung beweisen. Sonst ist es nicht glaubwürdig. Oder: Man kann nicht den ganzen Tag von Solidarität reden, und bei Ceta scheitert es an einem kleinen regionalen Parlament. Bei Flüchtlingen kriegen wir es nicht hin, weil einige Staaten nur an sich selber denken, und bei anderen sind die Staatslenker nicht bereit, bestehende Regeln auch einzuhalten.

Wenn Europa nicht in der Lage ist, das, was verabredet ist, auch durchzusetzen, auch zu realisieren und dafür zu sorgen, dass sich alle daran halten, dann kann man den Laden schließen. Entschuldigung, das ärgert mich zunehmend, dass wir es durchgehen lassen, dass da ein Mitgliedstaat im Moment sagt: „Nein, wir nehmen keine Flüchtlinge“, oder ein anderer sagt: „Nein, 1,8 % habe ich zwar versprochen, aber jetzt mache ich mal fröhlich 2,3 %“, und keiner handelt!

Wenn das so weitergeht, wird Europa nicht mehr ernst genommen werden, um es mal klar zu sagen. Das liegt auch ein Stück an uns, im Moment mehr beim Rat, aber ein Stück auch an uns, dass wir hier nicht rummeckern, sondern versuchen, die Teile, die wir hinkriegen können, hinzukriegen.

Ich bin dankbar, dass der Kommissionspräsident heute nachgewiesen hat, dass wir uns auch um die Frage Industrie kümmern müssen, die Industrie schützen müssen. Dazu gehört eben auch, nicht nur zu beschützen, sondern ihr auch die Bedingungen dafür zu geben, dass sie sich entwickeln kann. Wettbewerbsfähigkeit muss hergestellt werden. Da haben wir auch was zu tun, dafür sind wir aber verantwortlich!

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident Tusk, Sie haben gesagt, es war endlich einmal kein Krisengipfel.

Wenn ich die *cover note* sehe, wo das Ergebnis aufgeschrieben worden ist, wundert einen das ja auch nicht. Wenn Sie über Migration sprechen und die dicken Überschriften lesen, dann reden Sie über *protection of external borders, preventing illegal migration*. Alles wichtige Dinge. Nur über das eigentliche Thema, was uns auch interessieren muss, sprechen Sie unter Verschiedenes: nämlich, wie wir mit *relocation and resettlement* zurechtkommen. Wenn Sie gar nicht drüber geredet hätten, wäre es vielleicht noch gemütlicher geworden.

Ich will damit nur sagen: Wir sind ja einverstanden, auch mit den Punkten, die Sie behandelt haben, und wir halten es auch für notwendig. Aber es muss schon eine Ausgewogenheit da sein, auch über die anderen Probleme zu reden. Mit den Fußnoten, dass das ohne Präjudiz für Ungarn, die Slowakei und andere ist, ist uns nicht viel geholfen.

Lassen Sie mich einen Punkt erwähnen, wo ich sehr einverstanden bin mit dem Rat. Da geht es darum, dass wir uns einig sind, dass das, was in der Stadt Aleppo geschieht, ein Verbrechen der syrischen Regierung an der eigenen Bevölkerung ist. Dass das von Russland noch unterstützt wird oder auch aktiv begleitet wird und mitgetan wird, ist nicht hinzunehmen.

Wenn sich aber der Europäische Rat entschlossen hat, zunächst alle Aufmerksamkeit auf humanitäre Maßnahmen zu konzentrieren, die den Menschen in Aleppo und in Syrien dringend Hilfe bringen sollen, dann halte ich das für richtig. Das Leiden der syrischen Zivilbevölkerung muss aufhören. Es geht uns darum, und darum sollte es auch Russland gehen. Aber nicht nur Russland, sondern auch allen anderen dort kämpfenden Gruppen.

Einige Mitglieder des Europäischen Rates hätten lieber Sanktionen gegenüber Russland gesehen. Ich glaube, dass wir der syrischen Zivilbevölkerung mehr helfen, indem wir Federica Mogherini folgen und alle diplomatischen Bemühungen in Anspruch nehmen.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Przewodniczący! Miałem przygotowane przemówienie, ale wyrzucam je, ponieważ muszę ustosunkować się do tego, co padło na tej sali. Przede wszystkim chciałbym zaproponować moje prywatne korepetycje z historii dla pani in 't Velt: Polska w XVIII wieku nie zniknęła z mapy Europy, ponieważ miała zły Sejm, tylko dlatego że została podzielona przez trzech zaborców: Rosję, Prusy i Austrię. Chętnie tej lekcji historii w najbliższym czasie Pani udzielę.

Słyszeliśmy tutaj o planie Junckera. Ja bardzo bym chciał, żeby plan Junckera był w końcu czymś, co stworzy szansę na inwestycje i szansę dla firm w nowej Unii, czyli w państwach, które przystąpiły do Unii po 2004 r. Na razie wygląda bowiem na to, że choć stanowi on ewidentnie pewną szansę, to tylko dla krajów piętnastki. Tak być nie może.

I na koniec chciałem powiedzieć panu Weberowi, że jeśli chodzi o CETA, to jest to także sprawa Rady i państw członkowskich, a nie tylko Parlamentu Europejskiego.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, Mr Tusk, I am afraid I have two or three critical remarks on the European Council conclusions. If I look at trade, it says that the EU is committed to a robust trade policy, etc., and then the first paragraphs of substance say that UK interests include fully defending and promoting the social environment, etc. In this context, the European Council believes that unfair trade practices… Now, don't get me wrong. I want an improved defence mechanism, but I expected a certain leadership here, a certain kind of courage in saying what the agreement and what CETA really means, why it should be signed at the outset and as soon as possible. What Mr Lamberts has said here today is not true. We had a mandate, and neither Wallonia nor Belgium raised those issues of concern when the mandate was approved. Secondly, concerning Russia: if we look again at the European Council conclusions, what does it say? 'The EU is considering all available options, should the current atrocities continue.' You, as a Pole, know that the Russians will laugh at this text. This is a reality, and in the background there are people being killed and innocent people who humanitarian convoys are not able to reach. My final remark (I do apologise) is on migration. If we look at the European Council conclusions – skip the diplomacy, skip the diplomatic language – because if you look at it – measurable results – I do not see anything measurable here.

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – Als CETA de blauwdruk is voor hoe de Europese Unie over zijn vrijhandelsakkoorden onderhandelt, dan kunnen we beter vandaag dan morgen stoppen. Hoort het tot de blauwdruk dat de voorzitter van het Parlement de onderhandelingen overneemt zonder enig mandaat? Hoort het tot de blauwdruk dat parlementen vrijwel nergens meer tijd krijgen om grondig over het verdrag te praten? Hoort het tot de blauwdruk dat we essentiële zaken niet uitzoeken, zoals de juridische waarden van de interpretatieve verklaring, de verenigbaarheid van de investeringbescherming met het Europese rechtssysteem en de vraag hoe de bevoegdheden precies verdeeld zijn? Hoort het tot de blauwdruk dat de onderhandelingen achter gesloten deuren plaatsvinden met het bedrijfsleven op de eerste rang en burgers en ngo's daar ver achter? Hoort het tot de blauwdruk dat we de democratische controle over onze regelgeving weggeven aan het bedrijfsleven via het arbitragesysteem, via het voorkoken van onze regels en nu ook weer – zoals de heer Verhofstadt en ALDE voorstellen – door nationale parlementen buitenspel te zetten wanneer ze niet doen wat het bedrijfsleven vraagt?

Als CETA de blauwdruk is van onze toekomstige vrijhandelsverdragen, dan moeten wij ons schamen om ons een democratisch orgaan te noemen. Stop CETA!

Ska Keller (Verts/ALE). – Madam President, the situation that we have right now with CETA was completely foreseeable and completely predictable. It was not something that came out of the blue, because the concerns that were raised by the Wallonian Government were also raised by the millions of citizens who went into the streets, signed petitions, and so on. It is nothing new. The problem is that those concerns were not addressed, or not sufficiently addressed, and together we need to learn the lessons from that. How do we go ahead now? What do we do with that, and what do we learn from that? One big problem is that Member States indeed did not say that they actually had problems at home. The Belgian Prime Minister should have said that there were going to be issues. The German Minister for Trade, for example, should say that he has a court case still running on that. The Austrian Prime Minister should at least mention that his parliament voted against ISDS. There are so many issues that the Member States never bring to the European area, which is causing problems. Also, the trade agreements are creating too many issues right now. It is no longer about trade; it is all about regulation. When Mr Weber says that the European Parliament needs to be more involved, I am all in favour of that, but then why did the Conservatives and the Social Democrats stop a proper discussion here in the European Parliament? That I do not understand.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Sophia in 't Veld (ALDE), *blue-card question*. – There is something that bugs me about many of the statements that have been made on this side of the House. You are all welcoming the veto by the Wallonian Parliament and, in doing so, you actually disregard democratic decisions that have been taken in other countries. What kind of a democrat are you if you say that the Wallonian Parliament – which is indeed democratically elected, as Mrs Le Pen said – but so are the other parliaments? All the 28 Member States have democratic institutional arrangements that you seem to completely deny.

Ska Keller (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Not quite. I do not really understand the criticism here, because I would never deny the democratic legitimacy of the other parliaments. I think a big problem is that indeed many parliaments, including us, are only asked when the whole deal is done. They should have been asked before, and then they could raise it. No, they were not – not all of them. It was great if it was done differently in your parliament, but others were not, and the European Parliament (to stay with that) was not asked before. We can do resolutions which are completely disregarded, and if we are only asked afterwards, as well as national parliaments…

(The President cut off the speaker)

Laura Ferrara (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il Presidente Juncker oggi ci ha detto che bisogna riformare Dublino per avere un sistema veramente europeo e solidale. Bene, io sono completamente d'accordo con lui. Peccato che la proposta di riforma, però, di Dublino, che la Commissione ha presentato, relega la solidarietà e l'equa ripartizione delle responsabilità tra Stati membri soltanto ai casi eccezionali e peccato che in Consiglio si cominci a parlare del concetto di solidarietà flessibile, per cui penso che bisogna prepararsi al peggio.

Si è parlato, poi, dei paesi africani e di una maggiore collaborazione con loro, ma anche qui ci troviamo di fronte a problemi di coerenza, perché se non si vedono, rivedono quelle politiche commerciali che, anziché dare sviluppo a quelle terre, causano i flussi migratori, anche lì ci troviamo di fronte a un bel dilemma. Ma non sono soltanto i problemi dell'Africa a temere la natura di certi accordi. Cresce sempre di più la pressione dei cittadini europei che si oppongono ad accordi commerciali come il CETA e il TTIP, questi trattati antepongono i profitti e gli interessi particolari delle grandi imprese, delle multinazionali, agli interessi e alla tutela dei diritti fondamentali dei cittadini e degli Stati. Per cui bisogna opporsi con forza a tali accordi.

Marcel de Graaff (ENF). – De EU-top van 21 oktober leverde zoals verwacht niets op. Deze EU is een compleet fiasco en ik herhaal, Frontex is een sleepdienst voor illegale indringers uit islamitische landen. Dat moet stoppen. De open grenzen zijn een feest voor terroristen, voor mensen- en wapensmokkelaars en dat moet stoppen. Het economisch dictaat van Brussel stort de burgers in diepe armoede. Dat moet stoppen!

Ik roep deze Commissie op: herstel de veiligheid van de burgers, gooi alle indringers de EU uit, stop de buitenlandse financiering van moskeeën, sluit de nationale grenzen. Ik roep deze Commissie op: herstel de welvaart van de burgers, stop met de euro, stop met CETA en TTIP, stop met visumliberalisatie voor Turkije en Oekraïne. Ik zeg tot de heer Juncker: niet Nederland moet het Oekraïneverdrag ratificeren, maar de heer Juncker moet luisteren naar de wil van het volk en opstappen.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, για ακόμη μία φορά οι ηγέτες των χωρών της Ένωσης κατά τη διάρκεια της συνάντησης κορυφής συνέχισαν τις ευχές και τις διαπιστώσεις. Για τη λαθρομετανάστευση θα αρκούσε μια γενναία παραδοχή του αυτονόητου, ώστε επιτέλους να προχωρήσουν σε ενέργειες πάταξής της. Δεν χρειάζεται η ευρωπαϊκή συνοριακή ακτοφυλακή, η αναθεώρηση του κώδικα συνόρων του Σένγκεν και η δημιουργία ευρωπαϊκού συστήματος πληροφοριών και άδειας ταξιδιού για την προστασία των εξωτερικών συνόρων. Χρειάζεται μόνο η εφαρμογή του διεθνούς δικαίου. Ο παράνομος μετανάστης δεν έχει τα δικαιώματα ενός πρόσφυγα. Για την πρόληψη της λαθρομετανάστευσης κατά μήκος της οδού της Ανατολικής Μεσογείου χρειάζεται σφράγισμα των εξωτερικών συνόρων Ελλάδος και Βουλγαρίας, κατάργηση της συμφωνίας με την Τουρκία και επιβολή κυρώσεων σε αυτήν, η οποία συνεχίζει να καταπατά κάθε έννοια κράτους δικαίου, θεμελιωδών δικαιωμάτων και δημοκρατίας.

Τέλος, στο θέμα της Συρίας συνεχίζεται η πολιτική αδιεξόδου και κακού στρατηγικού σχεδιασμού. Οι ηγέτες καταδικάζουν με δήλωσή τους τις επιθέσεις του συριακού καθεστώτος και της Ρωσίας έναντι των αμάχων στο Χαλέπι. Γιατί κανείς από τους 27 μέγιστους ηγέτες δεν καταδικάζει το Ισλαμικό Κράτος; Διερωτώμαι.

Janusz Lewandowski (PPE). – Jeśli prawdą jest, że Unia Europejska rozwija się poprzez kryzysy, to można tylko pozazdrościć panom Tuskowi i Junckerowi, że kierują Unią Europejską w tak ciekawych czasach. Ale nie zazdroszczę, bo wiem, że batalia o wiarygodność instytucji europejskich, i tę wewnętrzną, i tę globalną, rozgrywa się na polach, na których obecnie, niestety, lęki, emocje górują nad rozumem i argumentami. Odkąd poczucie braku bezpieczeństwa Europejczyków połączyło się z migracją i uchodźstwem, tu rozstrzyga się przyszłość Unii Europejskiej. Jeśli w wyobraźni Europejczyków przystanią bezpieczeństwa będzie państwo narodowe, przyszłość Wspólnoty jest śmiertelnie zagrożona. Na szczęście rośnie świadomość, że nie ma skutecznej odpowiedzi narodowej – jest tylko skuteczna odpowiedź europejska na te wyzwania.

Natomiast na zdolność sprawczą i wiarygodność Unii Europejskiej jako globalnego gracza pada niestety dzisiaj cień tragikomedii CETA. Jesteśmy zakładnikami jednego regionu. Jest to sytuacja zawiniona. Mam nadzieję (ciągle są po temu szanse), że wybrniemy z tego kłopotu, ale jednak zdolność sprawcza i wiarygodność Unii Europejskiej będzie – nawet jak wybrniemy – mocno osłabiona.

Rzeczywiście misją szczytów europejskich jest budowa poczucia użyteczności i wiarygodności instytucji europejskich i mam nadzieję, że następne szczyty do tego się przyczynią.

Victor Boştinaru (S&D). – Madam President, President of the European Council, President of the Commission, distinguished colleagues, while we are talking here about the bombing in Aleppo, the bombing only continues every day. Russia and Assad have no regard for international humanitarian law, distinction and proportionality. They are refusing any ceasefire which will allow humanitarian relief. Last Friday in Geneva – and I am convinced you are fully aware of this – the UN Commissioner for Human Rights, Zeid Ra'ad Al Hussein, described the bombardment and siege of Aleppo as 'crimes of historic proportions'. He referred to the lifeless bodies of small children trapped under streets of rubble. He called on the UN to speak as one single voice. I would ask the Council to do the same and say that the collective failure of the international community to protect civilians and to halt this bloodshed should haunt every one of us. Yes colleagues, I also believe it is unforgivable today to witness such a horror and to do so little – probably only speaking.

Yes, no one could contest the complexity of the Syrian War – the past errors and the current ones, the many actors who are to be blamed. No one could contest our strong commitment in fighting Daesh and other UN Security Council-recognised terrorist groups. But no one can contest either the deliberate bombing of civilians, hospitals and humanitarian professionals in Aleppo by Russia. And no, the fact that there are potential extremist groups infiltrated is not an excuse for any one of us. The fight against terrorism does not excuse the deliberate killing of innocents, and this is why in the end I say to the Council: it's enough. Put an end to the divisions and the hesitations towards Russia and call for an investigation into war crimes for the perpetrators.

Joachim Starbatty (ECR). – Frau Präsidentin! Herr Präsident Juncker, Sie hoffen, durch gütliches Zureden die Wallonen dazu zu bringen, doch noch zuzustimmen. Aber wenn ich jetzt Herrn Lamberts höre, der sagte: „Ein Nein in Wallonien ist ein Ja zu Europa", dann ist das doch fundamental, und wir können damit rechnen, dass auch in anderen Staaten solche Erscheinungen auftreten. Insofern ist nichts gewonnen, wenn wir jetzt Wallonien überzeugen, etwas zu machen – das ist grundsätzlich.

Und wenn ich jetzt noch einmal Frau Le Pen höre, die mit Zahlen kommt, dass Ceta Arbeitsplätze vernichtet, Wachstum reduziert – das ist völliger Unsinn. Solche Rechnungen bauen auf Modellen auf, und wenn man sich die Annahmen anschaut, dann sieht man, dass sie auf Fehlspezifikationen aufbauen. Alle positiven und alle negativen Berechnungen sind überflüssig, sie sind falsch. Das einzige, was wir wissen ist: Ceta und TTIP führen zu mehr Wettbewerb, und mehr Wettbewerb ist mehr Produktivität, aber auch mehr Arbeitslosigkeit, wenn man nicht aufpasst.

Und da muss man als Politiker offensiv herangehen und sagen: Das ist eine Chance, aber auch ein Risiko. Wir müssen gewappnet sein, dass wir den Risiken der Welt entgegentreten. Wenn wir uns abnabeln, wie Frau Keller es möchte, dann sinken wir wirklich ab.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señora Presidenta. Miren, las conclusiones adoptadas por el Consejo en los últimos dieciocho meses no ocupan ni cien páginas. Hace dieciocho meses, el Consejo deploraba la continuada pérdida de vidas en el Mediterráneo y hablaba de la necesidad de una política de asilo eficaz y decía que estaba esperando el plan del señor Juncker. Hablaban de crisis migratoria y de refugiados. Unos meses más tarde desaparecieron esas palabras y se empezó a hablar solo de crisis migratoria: de inmigrantes y de migrantes irregulares.

Para este Consejo hemos llegado mucho más allá. Ahora, hablamos de atender a otros elementos de la estrategia global. Esos otros elementos son mujeres y niños; gente que pasa frío; niños sin escolarizar en Grecia; un tapón humano: una situación que ACNUR dice que en Lesbos es inaguantable.

El Consejo es responsable por negligencia. Y el señor Juncker, desgraciadamente —y lo lamento muchísimo, no me gustaría que fuera así—, también es cómplice. Hoy ha escamoteado a todas las personas que se están ahogando en el Mediterráneo central. No es propio de usted. Y el criterio de «solidaridad flexible» es el criterio de «insolidaridad a la carta».

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Tusk και κύριε Juncker, η Ελλάδα και η Ιταλία χρειάζονται στο προσφυγικό αποτελεσματική αλληλεγγύη και όχι ευέλικτη αλληλεγγύη, όχι αλληλεγγύη à la carte, όχι αλληλεγγύη όση σας επιτρέπει ο κύριος Orban. Και περιμένω από εσάς, κύριε Juncker, και από εσάς, κύριε Tusk, να είσαστε πιο αυστηροί στην Ευρώπη à la carte του κυρίου Orban και να μην τον χαϊδεύετε επειδή ανήκει στο Ευρωπαϊκό Λαϊκό Κόμμα. Θα διαλυθεί η Ευρώπη εάν ανέχεστε μια Ευρώπη à la carte, όπου η Ουγγαρία, η Πολωνία και άλλες χώρες θέλουν ευρωπαϊκά κονδύλια, αλλά δεν δέχονται ούτε έναν πρόσφυγα στις χώρες τους.

Και ακόμη, σταματήστε το bullying εναντίον των αρχών της Βαλονίας. Οι ενστάσεις και οι ανησυχίες είναι βάσιμες και μπορούν να οδηγήσουν σε αλλαγές της CETA υπέρ ενός εμπορίου, όχι μόνο ελεύθερου, αλλά και δίκαιου. Βαρεθήκαμε να ακούμε μόνο λόγια. Θέλουμε έμπρακτη αλληλεγγύη και μια Ευρώπη με σχέδιο και με συνοχή.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur Juncker, Monsieur Tusk, vous parlez du CETA au nom des salariés; écoutez les salariés, ils n'en veulent pas. Vous prétendez parler au nom des consommateurs; écoutez-les, ils ne veulent pas du CETA. Vous prétendez parler au nom des citoyens européens, mais que leur direz-vous, Monsieur Juncker, quand la Commission fera enfin son boulot sur les perturbateurs endocriniens et que Bayer et Monsanto feront condamner l'Europe pour les mesures prises? Que direz-vous aux citoyens européens, Monsieur Tusk, quand l'Europe refera son boulot de chef de file sur le climat et que les entreprises canadiennes des sables bitumineux, du pétrole et du gaz de schiste attaqueront l'Europe? Que direz-vous aux éleveurs européens quand ils seront détruits par l'élevage intensif canadien où les animaux sont bourrés d'antibiotiques et maltraités?

En portant ce modèle européen de circulation sans entrave des biens, des marchandises, des investissements, mais avec des barbelés, des murs et des camps pour les personnes, vous déroulez le tapis rouge à l'extrême droite et à tous les nationalismes.

Ayez le courage d'aller devant la Cour de justice de l'Union européenne au sujet du CETA! Soyez cohérents avec vos propos et allez devant la Cour de justice de l'Union!

Peter Lundgren (EFDD). – Fru talman! CETA-avtalet med Kanada vacklar nu betänkligt efter att Vallonien och regionen Bryssel nu säger nej till avtalet i dess nuvarande form. Ett problem för mitt land är att vårt starka djurskydd påverkas av avtalet i negativ riktning. Lösning av tvister är också ett problem, där multinationella företag ges alltför stor makt. Inte minst Kanada har ju själva haft problem med så kallade brevlådeföretag som missbrukar den här tvisteklausulen.

Jag tror på frihandelsavtal och är övertygad om att det innebär stora exportmöjligheter för mitt land. Dock så har hela processen inneburit att det skulle varit betydligt mer transparent redan från första början för att undvika alla de problem som vi ser nu.

Till sist måste jag bara få säga till herr Weber med flera: Europas folk skrattar åt er och er ständiga pajkastning. Ni beter er som ett gäng ouppfostrade snorvalpar som sitter i en sandlåda med er hink och spade och är förbaskade över att ni inte får ha er lilla sandlåda i fred. Demokrati är något som ni bara gillar om det är er version av demokrati.

Harald Vilimsky (ENF). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Republik Österreich begeht heute den Nationalfeiertag. Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Österreicherinnen und Österreicher ein sehr stolzes Volk sind, die auf Demokratie, auf Rechtsstaatlichkeit und auf Souveränität Wert legen und dieser Prinzipien heute gedenken.

Ich sehe aber bei aktuellen Entwicklungen der Europäischen Union – auch dem letzten Gipfel hier – große Probleme auf uns zukommen, die gerade in den Bereich Souveränität hineingehen. Im Konkreten spreche ich das Handelsabkommen CETA an, mit dem hier tief in Prinzipien eingegriffen wird, wo die Bevölkerungen Europas kein direktes Mitspracherecht haben.

Der österreichische Bundeskanzler hat zwar in unserem Land eine Umfrage gemacht: 92 % seiner Mitglieder und 88 % der Nichtmitglieder haben sich gegen diesen Handelspakt ausgesprochen. Trotzdem wird er durchgepeitscht. Ich kann vor diesem Hintergrund in Richtung Wallonie nur sagen: Bleibt hart, gebt den Erpressungen nicht nach, gebt dem Druck nicht nach! Ihr seid die letzte Chance, das entsprechend zu verhindern. In Richtung Österreich möchte ich sagen: Hoch lebe die Republik Österreich!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Danke, Herr Kollege Vilimsky. Staatsfeiertag. Ich glaube, man sollte auch erwähnen, dass sich in Österreich an der CETA-Abstimmung, die von der sozialistischen Partei gemacht wurde, nur 7 % Prozent beteiligt haben. 15 % von diesen 7 % waren dann für CETA.

Ich muss mich bei Herrn Bundeskanzler Kern bedanken, dass er nach dem Briefing in Straßburg erkannt hat, dass es der richtige Weg für mehr Arbeitsplätze und Wohlstand ist.

Meine Frage ist: Sie sind von der Freiheitlichen Partei und Sie wollen Freihandel im Europa der 28. Warum sind Sie dann gegen einen Freihandel mit Kanada?

Harald Vilimsky (ENF), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege Rübig! Eins nach dem anderen. Es waren auch nur 13 % in der Slowakei, die bei der letzten Wahl zum Europäischen Parlament teilgenommen haben. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass es demokratische Voten gibt, die entsprechend zu respektieren sind! Und wenn Leute aus Politikverdrossenheit an demokratischen Prozessen nicht teilnehmen, sind die Ergebnisse trotzdem zur Kenntnis zu nehmen. Unsere Aufgabe muss es sein, diese Menschen ins Boot hereinzuholen und zu motivieren, bei diesen Entscheidungen teilzunehmen.

Natürlich sind wir für Handel, das ist überhaupt keine Frage. Aber es bedarf hier und dort auch der entsprechenden Regulierung. Und auch hier will ich die Souveränität Österreichs nicht in Mitleidenschaft gezogen sehen.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

President. – Thank you colleague: you have had 30 seconds to respond.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony! Az uniós csúcs következtetései között első helyen a migráció szerepel. Felvetik az új schengeni határellenőrzési kódex bevezetését, a migránsok áramlásának megállításán túl a visszafordítási arány növelését, és megállapítják, hogy a migrációt elsősorban a kiváltó keletkezési helyén kell kezelni. Ezek pozitív megállapítások, a kérdés az, hogy a gyakorlatban megvalósulnak-e. Van egy kérdés, amelyben a Tanács nem ismeri be a kudarcát: ez a kötelező áttelepítési kvóta, amely gyakorlatilag megbukott, de a Tanács mégis napirenden tartja, és egyébként felelősségvállalás és szolidaritás-megvalósítás címen decemberben akarna rá visszatérni. Szerintem a felelősség elsősorban azokat terheli, akik olyan politikai üzenetet küldtek felelős vezetőként, amely felelőtlennek minősül, és amely miatt 10 000 menekült helyett milliószámra gazdasági bevándorlók érkeztek Európába.

Franck Proust (PPE). – Madame la Présidente, les défis migratoires à l'heure où le gouvernement français fait difficilement face aux relocalisations de migrants avec la fermeture de la jungle de Calais, la guerre en Syrie ou encore le CETA: nous courons tous derrière une actualité qui provoque des crises. Pire, nous en provoquons de nouvelles sur les questions commerciales alors que nous en avons la maîtrise.

Tous les États membres ont soutenu le CETA, mais l'Europe a été prise en otage par la Wallonie. Les arguments mensongers, les contrevérités et la posture politicienne resteront toujours plus forts que toutes les garanties, car nous sommes dans l'irrationnel. Avec la demande de Paul Magnette sur des garanties concernant les droits de l'homme au Canada, on atteint le summum du ridicule.

Qui peut être le référent ou qui est crédible pour expliquer que nos entreprises accéderont aux marchés publics canadiens, que nos indications géographiques seront défendues, que l'arbitrage sur l'investissement a été révisé comme le souhaitaient certains États membres et les citoyens? Qui est crédible? Les politiques, les ONG, les médias ou les entreprises?

Le manque de pédagogie, de communication et d'implication des États, que ce soit pour les accords ou les instruments de défense commerciale, nous a tous fait perdre en crédibilité.

Monsieur Juncker, je suis d'accord avec vous. La ligne rouge entre protection et protectionnisme doit guider nos décisions. Des emplois sont à sauvegarder ou à créer si nous défendons avec fermeté et pragmatisme nos intérêts. Demain, ce sera l'inverse si nous laissons le reste du monde établir les règles de l'économie mondiale à notre place. Ceux qui campent sur leurs positions sans proposition porteront alors inévitablement cette responsabilité.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, tras varios años en esta Cámara, he llegado a la conclusión de que un semiólogo, incluso si es un simple aficionado, está más capacitado para interpretar los resultados del Consejo que un parlamentario.

Si ese semiólogo va a la versión española de las conclusiones del Consejo, encontrará que los términos «controles» y los términos «retornos» aparecen hasta catorce veces, y el término «prevenir» aparece dos veces: una auténtica goleada.

Y es cierto que hay que tratar de ordenar y de regular la llegada pero, sobre todo, hay que prevenir la salida de los lugares de procedencia de los inmigrantes. Y para prevenir la salida, la Unión Europea tiene que reforzar su capacidad de actor global y su intervención a través, desde luego, de la estrategia global, a través del Pacto Europeo sobre Inmigración y Asilo, a través de las inversiones en el exterior y a través del desarrollo de nuestra capacidad de seguridad y defensa.

El señor Juncker ha señalado, y también el presidente del Consejo, que se han dado pasos iniciales en este camino: algunos acuerdos con países africanos. Ese es el camino, pero hay que ir mucho más rápido y hay que ir de una manera más intensa.

Y la Unión Europea tiene que jugar un papel de actor relevante para garantizar el acceso humanitario a los lugares donde se están produciendo auténticas barbaridades: la salida por emergencia médica de Alepo y la atención a sus sufridos ciudadanos, que están sometidos a bombardeos continuos.

Una última cuestión es la que se refiere al desempleo juvenil. Aparece en el apartado 19 del capítulo «Otras cuestiones económicas y mundiales», pero es un asunto fundamental para la Unión y no debemos abandonar ni ser conformistas con este problema. No podemos esperar simplemente a diciembre o a febrero del año que viene para que se empiecen a manifestar resultados.

Sander Loones (ECR). – Er is veel te doen over het handelsverdrag dat Europa wil afsluiten met Canada. Iedereen staat klaar om te tekenen, behalve Wallonië, behalve Paul Magnette, behalve de PS, de *Parti Socialiste*.

Zij zeggen dat dit akkoord ervoor zal zorgen dat multinationals onze wetten zullen schrijven. Dat staat niet in dat akkoord. Zij zeggen dat we onze milieuwetgeving op de schop zullen moeten doen. Dat staat niet in dat akkoord. Zij zeggen dat wij onze gezondheidszorg zullen moeten privatiseren, dat onze arbeidsmarkt zal verminderen, enzovoort. Dat staat niet in dat akkoord. Dat is flauwekul!

Wat ik nu hoor, is dat de PS blijkbaar vandaag op het punt zou staan om toch haar kar te keren, om vandaag misschien haar veto op te heffen en misschien toch haar akkoord te geven. Om haar gezicht te redden, zal de partij zich verschuilen achter een extra Europese verklaring, terwijl in die verklaring niets nieuws staat; alles wat daarin staat, staat ook al in het handelsakkoord zelf.

En wanneer dat gebeurt, zal voor iedereen duidelijk worden wat voor partij de PS is: een partij die kiest voor partijpolitieke profilering, voor haar eigen politieke spelletjes, voor haar eigen egoïstische zelf en niet voor de Europese samenwerking.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Madame la Présidente, ce qui se passe en Wallonie ne doit pas être occulté ou balayé d'un simple revers de la main. Au contraire, cela doit être analysé et compris pour trouver de nouvelles perspectives.

Premièrement, c'est l'expression d'un immense besoin de protection qui doit être entendue. L'emploi et le mode de vie européens ne peuvent pas être des variables d'ajustement des échanges internationaux, et le libre-échange ne peut pas être le seul horizon politique proposé aux peuples.

Deuxièmement, la politique commerciale de l'Union doit se défaire de sa naïveté. Nous ne pouvons pas continuer à avoir les droits antidumping les moins efficaces et les marchés publics les plus ouverts au monde. Dotons-nous enfin d'instruments de défense commerciaux dignes de ce nom. Ayons enfin une position exigeante, début décembre, vis-à-vis de la Chine.

La politique commerciale et la défense de nos intérêts stratégiques ne sont pas antinomiques. Les États-Unis en sont l'évidente démonstration.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, on Monday night, I spoke about Brexit and its impact on Ireland's Good Friday Agreement. This morning, I will focus on desperate refugees who are dying at the border of the EU, yet the Council recommits itself to keeping them out rather than keeping them safe.

Rather than reassess the current obvious failings of Europe's asylum policy, the Council seems content to continue with more of the same. Over 70 000 refugees remain stranded at Europe's borders. Almost 40 000 men, women, little boys and little girls lie at the bottom of the Mediterranean Sea.

The EU-Turkey deal agreed six months ago has failed all tests in relation to humanity and effectiveness. Turkey has experienced a so-called coup and a criminal clampdown by the State. Turkey is not a safe country. Ask the Kurds, ask the journalists, ask political opponents of the regime, ask the Syrian child refugees being forced to work in Turkey's factories for EUR 1 per hour. Europe and the EU needs to do much, much more about this humanitarian crisis.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Vertreter von Kommission und Rat, werte Kolleginnen und Kollegen! Mauern, blockieren und abschotten – das ist, wenn es um Flüchtlinge und Migration geht, die traurige Zusammenfassung dieses Gipfels und dieser Gipfelbeschlüsse. Denn hier wird das erste Mal festgeschrieben, dass humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeitsgelder nicht für Armutsminderung, Entwicklung, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit, Demokratisierung verwendet werden sollen, sondern sie werden missbraucht, um europäisches Migrationsmanagement zu betreiben, weil wir als Europäische Union nicht imstande sind, die Mitgliedstaaten nicht bereit sind, tatsächlich mehr Flüchtlinge aufzuteilen und sie gerecht zu verteilen auf diesem Kontinent.

Ganz viele Entwicklungszusammenarbeit-NGO – Sie kennen einige davon: Caritas, Care usw., vielleicht spenden Sie auch manchmal, Herr Tusk oder andere Ratsmitglieder – haben davor gewarnt, dass hier Migrationsmanagement und Abschiebeabkommen an entwicklungs- und handelspolitische Maßnahmen geknüpft werden. Wissen Sie was? Regime, Diktaturen werden sich darüber freuen. Denn Korruption, Klientelismus usw. werden genau dadurch gefördert, und das sind genau wieder die Ursachen für Migration und Flucht.

(Die Präsidentin entzieht der Rednerin das Wort.)

Rolandas Paksas (EFDD). – Pone Junkeri, pone Tuskai, kalbame apie laisvos prekybos sutartis, o tuo metu didžiausios prekybos kompanijos varžosi tarpusavyje, didindamos būtiniausių produktų kainas.

Kalbame apie prekybos sutartis su Jungtinėmis Amerikos Valstijomis ir Kanada, jose neturėdami pakankamai saugiklių ne tik dėl naujų darbo vietų kūrimo, bet ir dėl dabartinių išsaugojimo Europoje.

Kalbame apie taiką Sirijoje, eilinį kartą ragindami laikytis paliaubų, bet išskyrus žodžius, taip ir nerandame drąsos veiksmams, kurie pašalintų karo priežastis.

Matyt, niekuo Vadovų Tarybos susitikimo išvakarėse baigėsi ir dar vienos derybos dėl taikos susitarimų Ukrainoje. Tiesa, apie šias derybas, kurias vedė Vokietijos, Prancūzijos bei Rusijos ir Ukrainos vadovai, niekas pernelyg plačiai nekalba. Gal dėl to, kad dėl nieko konkretaus jose ir nesutarta.

Pone pirmininke, saugi Europos ateitis vis dar bandoma sukurti žodžiais. Tačiau ateitį galima sukurti ne jais, o veiksmais. Panašu, kad link Europos, kaip ir link garsiojo „Titaniko“, kuris taip pat atrodė nepaskandinamas, dreifuoja ledkalnis – didžiulis kalbų, biurokratinių procedūrų ir nesugebėjimo veikti ledkalnis.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le frontiere interne non le ha difese l'Unione europea, le ha difese l'Ungheria, mettendo un muro, le difende la Spagna a Ceuta e Melilla con una rete alta quattro metri; si sono opposti con successo, onore al loro eroismo, i cittadini di Gorino, un piccolo paesino, una piccola frazione italiana, che hanno respinto l'invasione. Come molti, molti cittadini anche nella Francia, dove vengono distribuiti a gogò i clandestini, si vorrebbero opporre.

E poi la promessa nel documento del Consiglio di ricollocare 160.000 migranti, ma se ne arrivano nella sola Sicilia 4.000 al giorno, chi può pensare, e se nessun altro dei paesi, perché c'è solo l'Italia che è obbligata ad accogliere tutti. Come si può pensare che vengano ricollocati 160.000! Sono parole al vento ed è vergognoso che il Consiglio vi abbia dato eco. E poi per quanto riguarda gli accordi con l'Africa, si dice che sono a dicembre l'Alto Commissario darà una risposta, ma intanto l'invasione avviene. No all'invasione!

Esteban González Pons (PPE). – Señora Presidenta, estamos en nuestro peor momento. El *brexit* puede convertirse en un método y en un modelo. Europa está demostrando que es un proyecto que puede ser reversible. Y la crisis de los refugiados nos ha mostrado que nuestra solidaridad es insuficiente y, además, es menguante.

Además, ahora hemos bloqueado el Acuerdo con el decente Canadá. Si no somos capaces de firmar un acuerdo ni siquiera con Canadá, no firmaremos un acuerdo de libre comercio con nadie. El libre comercio continuará, pero nosotros nos quedaremos fuera, y quedarse fuera del libre comercio significa menos prosperidad, significa menos empleo y significa menos bienestar. No tiene sentido que los intereses de una región de 2 millones de habitantes bloqueen los intereses de un continente de 500 millones de habitantes. La democracia funciona en sentido inverso: el interés y la opinión de la mayoría siempre vencen a la opinión de la minoría.

La globalización es un hecho; no es una ideología. Y quienes se oponen a la globalización y quienes se oponen al libre comercio lo hacen utilizando teléfonos móviles de empresas cuyos trabajadores están ubicados en los Estados Unidos, China, México, Brasil, Singapur, Taiwán, Japón, Francia, Alemania, Israel, Malta y Bélgica. Es una verdadera contradicción.

Como decía, la globalización es un hecho; no es una ideología. Oponerse a la globalización es oponerse al avance de los tiempos. El populismo es una reacción; no es una respuesta. Los problemas complejos exigen soluciones complejas y, desde luego, en un mundo adulto, estar en política con actitudes infantiles constituye una patología política.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, attenzione per i numeri, e allora io vi parlerò soprattutto di numeri: ecco, quest'anno sono arrivati in Italia 153.450 persone, di cui 20.000 minori. Si profila un anno record, così come record dell'anno per i morti, che sono triplicati. Per capirci, lo dico anche agli amici francesi, gli italiani affrontano una Calais ogni settimana e quando c'è bel tempo affrontiamo una Calais ogni due giorni e siamo fieri di farlo.

(la Presidente sollecita silenzio in Aula)

Basta questo incremento eccezionale di cui ho parlato, signor rappresentante della Commissione, signor Vicepresidente, per farvi guardare il bilancio italiano con la dovuta comprensione. Salvare costa, accogliere costa, integrare costa, i bambini costano. E allora: o queste spese le sostiene l'Europa, se invece le sostiene l'Italia le vanno riconosciute, è doveroso riconoscergliele. La scelta è implacabile: o si lasciano morire le persone o si paga il prezzo, anche economico, anche di bilancio, che è una scelta di civiltà europea, di cui, ripeto, sono fiera per dissociarmi da altre parole italiane indegne che ho sentito in quest'Aula. E allora non lasciate sola l'Italia, perché sta nascendo una nuova demagogia antieuropea di populismi e tensioni sociali. E poi le chiedo, signor Presidente Timmermans, se l'Italia, che fa la sua parte ed è elogiata, è al centro del mirino per il bilancio, quali misure e sanzioni adotterete per i paesi che si rifiutano di accogliere i profughi?

Richard Sulík (ECR). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Timmermans! Die Europäische Zentralbank hat schon für mehr als 1 400 Mrd. EUR öffentliche Schulden aufgekauft. Dies ist im klaren Widerspruch zum Artikel 123 des EU-Vertrags, welcher eine Staatsfinanzierung verbietet.

Gleichzeitig hat die Europäische Zentralbank die Zinsen auf 0 gesenkt und somit ideale Voraussetzungen für immer neue Schulden geschaffen: unbegrenzt Geld, welches nichts kostet. Deswegen ist es nicht überraschend, dass große Länder wie Frankreich, Italien, Spanien, immer neue Schulden machen, und Sie tolerieren das! Die Kommission unternimmt fast nichts gegen diese neuen Schulden.

Diese Kombination aus Notenpresse, keinen Zinsen und immer mehr Schulden führt geradewegs in eine Katastrophe. Es mag noch fünf oder 20 Jahre dauern, aber eines Tages wird wegen dieser vernichtenden Politik unsere gemeinsame Währung zerbrechen.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, la última cumbre europea y el contenido de la declaración y la hoja de ruta de Bratislava podrían mover a la esperanza, pero el debate de ayer sobre presupuesto y prioridades para 2016 retratan la diferencia que hay entre las grandes palabras de los Estados y sus obras –más tímidas– en el empeño de construir una verdadera soberanía europea.

Necesitamos liderazgo, y no una declaración de intenciones, porque Siria sigue en llamas y no hay una posición común sobre el papel de Rusia o la solución a la crisis de los refugiados y la inmigración. Porque sigue pendiente la unificación de los mercados de la energía o del digital, la resurrección de nuestro modelo social con especial acento en la Garantía Juvenil y la lucha contra la pobreza. Porque los Estados no cumplen las prioridades que dan sentido al Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas o encalla nuestra política de acuerdos comerciales con la crisis del CETA. Porque somos lentos frente al dumping exterior.

Y liderar una Europa que supere con decisión estos atascos es la mejor política contra los muros, que saben inútiles hasta los populistas que los defienden.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Madam President, this is the week when people of Wallonia said no to tyranny by rejecting CETA. Also – and contrary to what Ms Vautmans said in relation to all countries supporting it – in the last week Ireland's upper House, the Seanad, rejected this deal.

Let's be clear though: the EU hierarchy does not care what the general public thinks. I hear talk of breaking the deadlocks, but translated, that means: we will break your country unless you do what you're told. I know the reality of that – I'm from Ireland. We were bullied for voting for Nice and then again with Lisbon. Their argument is that if you vote no, then you don't understand; if you vote yes, then you're enlightened. The reality is this: the EU and Canada already have judicial systems that offer rights and protections equally to all its citizens, companies and corporations, with appeals possible all the way to the Supreme Court or the European Court of Justice.

Mr Pittella talks about peddling; here we have another type of peddling: the peddling of lies. ISDS and ICS are one of the same; if you change the label on a tin of little cat food to one for caviar, it does not change its contents. It still has the same rubbish within.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Juncker hat heute erklärt, die Ablehnung von CETA sei Protektionismus, wohingegen er Protektionismus für den europäischen Stahl durchaus befürwortet.

Das ist nur scheinbar ein Widerspruch in sich. Genau genommen ist es konsequent. Die konsequente Fortführung dessen, was seit Jahren Politik dieser Europäischen Union ist. In Wahrheit betreiben wir Protektionismus zugunsten von großen Konzernen und zu Lasten von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Das ist auch Politik der Europäischen Union, nicht nur bei Handelsverträgen, sondern auch bei den Binnenmarktregeln.

Zum Dublin-Abkommen: Das Dublin-Abkommen soll neu aufgesetzt werden. Staaten verweigern allerdings schon im Vorfeld die Gefolgschaft, sich hieran überhaupt in einem Ausmaß zu beteiligen, das relevant wäre. Nehmen Sie endlich zur Kenntnis, dass diese Europäische Union mit weiterer Vertiefung nicht besser funktionieren wird! Konsequent wäre eine Rückkehr zum Binnenmarkt und nur zum Binnenmarkt.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, finalmente, dico finalmente, in quest'Aula, oggi, ho sentito parlare di Mediterraneo centrale, di rotta Africa - Italia, dove la situazione non è migliorata, anzi è peggiorata, perché noi abbiamo quest'anno, un anno record di sbarchi, non solo abbiamo superato l'anno scorso, ma anche quello che era stato il record del 2014 e gli sbarchi sono cresciuti solo in Italia. Quindi, bene, che finalmente il Consiglio abbia riconosciuto che ci vuole un impegno concreto, con misure concrete per arrivare in tempi rapidi a contrastare l'immigrazione illegale e a stabilizzare quell'area del Mediterraneo, eviteremo tante morte inutili, tante morti inutili, sono un numero impressionante, e restituiremo sicurezza ai nostri cittadini.

Ma guardate che così noi avremo anche un beneficio sul quadro economico, perché se non c'è una situazione di stabilità gli investitori non vengono, non vengono a investire in Europa, sceglieranno altre aree del mondo. E sempre più sceglieranno altre aree del mondo, mentre noi abbiamo bisogno di tornare a crescere, abbiamo bisogno di creare nuovi posti di lavoro, per dare un futuro ai nostri giovani. Ed è per questo che noi come delegazione italiana sempre abbiamo detto, per esempio, che siamo contro il riconoscimento alla Cina dello status di economia di mercato, perché non è un'economia di mercato. Per questo dico con forza e con passione: non abbandoniamo l'obiettivo del 20% del prodotto interno lordo proveniente dal manifatturiero entro il 2020, difendiamo l'economia reale, perché senza industria, senza piccole medie imprese non usciamo dalla crisi.

Glenis Willmott (S&D). – Madam President, last week's Council meeting was attended by the UK Prime Minister, Theresa May, for the first time. If she was hoping for an easy ride then she was sadly mistaken. With a warning from François Hollande that a hard Brexit would mean hard negotiations, not the pick-and-mix many had hoped for or had alluded to during the referendum campaign.

The reality is that Britain's future prosperity depends on having sensible negotiations with other EU countries, not the chaos some would advocate. Membership of the single market, on which many jobs depend, is surely crucial for our economy. The resulting uncertainty has already seen the pound plummet, meaning higher food bills, inevitably affecting the most vulnerable in our society.

I have been dismayed so far at the tone taken by the British Government in regard to upcoming negotiations. We will not succeed in getting the best result for all by threatening, hectoring and lecturing. The Prime Minister needs a plan and it is clear the UK Government does not have one. So stop the talk of hard or soft Brexit because the next steps we take are huge. Let us at least try and take them together.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, jedan od glavnih izazova koji se nalaze pred Komisijom jest kako pozicionirati Europsku uniju kao globalno lidera u trgovini i osigurati razdoblje novog ubrzanog rasta kakvom je Europa svjedočila nakon Drugog svjetskog rata.

Razvoj događaja oko CETA-e pokazuje kako se veliki broj naših građana osjeća ugroženo od jedne Kanade pa mislim da je iluzorno očekivati da ćemo se u dogledno vrijeme dogovoriti s globalnim gigantima poput SAD-a, Indije, Kine ili Rusije.

Ništa se to ne događa slučajno. Građani gube povjerenje u političke elite, a Komisija je tome doprinijela jer je premalo radila na informiranju građana te je dozvolila monopol populistima u javnoj komunikaciji oko CETA-e i TTIP-a.

Komisija nikoga, pa ni mene osobno, nije dosad uspjela uvjeriti da ovi sporazumi neće koristiti isključivo multinacionalnim korporacijama, dok će male i srednje tvrtke dobiti samo mrvice. To je važno pitanje i Komisija ga mora razjasniti građanima i nama koji smo njihovi predstavnici.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, President Tusk said that last week's Council was not a crisis meeting. Well, I believe the lack of common positions, even in light of the worst crises – war and the migration it causes – is a crisis; a crisis of political leadership that does not escape our citizens. Trade may be the next victim and the EU's ability and credibility to negotiate agreements at all is on the line. Regardless of whether the Socialists Walloon cliffhanger ends in a last-minute solution, a lot of damage has been done. The world is watching this stumbling and I wonder whether anyone is looking at this bigger picture and the longer term impact.

What is clear is the need for more engagement with NGOs and citizens by those giving a unanimous mandate to the Commission and the Council, a mandate that is the logical consequence of leveraging the single market not only for global economic gains, but also to raise the bar of standards. It is the Council – Member States individually – that has to mitigate the negative consequences, but I hear very few leaders explain this. I think criticism has had too much space because of an absence of leadership. If you do not qualify that as a crisis now, please do not wait until it is, and do not let cooperation with Canada be the reason for it.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Asszony! Két éve nincs olyan európai uniós csúcs, ahol ne úgy állnának fel a tárgyalóasztaltól, hogy a migrációs kérdés ne maradna napirenden. Két éve létezik e probléma, és képtelenek a választ megtalálni rá. Olyan választ, ami közös európai válasz lehetne. Végre kimondták, hogy a schengeni határok védelme elsődleges feladat. Végre kimondták, hogy az európai jogot be kell tartani. Végre kimondták azt, hogy a problémát nem importálni kell az Európai Unióba, hanem a helyszínen kell megoldani. Azt is mondhatnám, hogy előrelépés történt. Már csak az hiányzik, hogy azt is kimondják, hogy az a kötelező kvótás válasz, amit kitaláltak, nem megoldás semmire.

Magyarországon a válaszadók 98%-a azt mondta, hogy ezt nem tudja elfogadni. Én nem tehetek mást, mint 3,3 millió ember véleményét képviselem, akik nemet mondtak erre a megoldásra. Nem kell erőltetni, ami nem megy. Ehelyett sokkal hangsúlyosabban kellett volna beszélni arról, hogy mik a közös szakpolitikáink, hogy a beruházáspolitika mennyire fontos. Hogy nem lesznek beruházóink, ha a migrációs válságra nem tudunk megfelelő választ adni. Olyan a hangsúlyeltolódás a tanácsi ülésen, mintha nem arról kellene beszélnünk, hogy a tagállamok gazdasági és társadalmi helyzetét konvergálni kellene egymáshoz, vagy éppen a fejlesztésről kellene beszélnünk. De legalább ilyen nagy probléma az, ha nem hallgatjuk meg eközben a tagállami parlamentek és az állampolgárok hangját.

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony! Magyarországról szólt az előző felszólaló is, és nekem is itt van helyem, hogy folytassam ezt a gondolatsort. Ha Önök most Magyarországon lennének, és egyszerű magyar állampolgárként néznék, hogy a magyar sajtóban miként jelenik meg az Európai Tanács legutóbbi ülése, akkor azt olvashatnák, hogy Orbán Viktor miniszterelnök földbe döngölte a többi tagállam kormányfőjét, általában az Európai Tanács résztvevőit, és ezen kívül pedig hősiesen megakadályozta, hogy az Európai Bizottság, személy szerint Jean-Claude Juncker úr, annak elnöke, ugye, Magyarországra telepítsen egy városnyi terroristát. Na, ez a tagállami értelmezése tulajdonképpen az Európai Tanács ülésének, legalábbis magyar olvasatban. Én azt gondolom, hogy ahhoz, hogy ilyen elszabadult gondolatokkal szemben valamiféle ellensúlyt tudjunk adni, jóval nagyobb erőfeszítésekre van szükség úgy a Tanács, mint a Bizottság, de akár a Parlament részéről is, hogy elmagyarázza az európai polgároknak, hogy mi történik, miért történik, hogyan történik.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, I would like to make just a few remarks on the Council agenda. First of all on migration, I guess we must understand that the programme is not over. Just look at the data, and look at the pictures from Italy and Greece. The pressure is lower but I call on the Council not to underestimate the situation and not to repeat the mistakes that we made in recent months. We must act, and we must act together. That is the only way to solve the issue.

Secondly, let me express surprise about the behaviour of the Commission and the Council in the case of creating the trade defence instruments for Europe. We have known for many years that in December this year there would be a change in our relation to China, and it was said not only by this House that we must react. I am surprised the debate is taking place only now.

Finally, on Russia, I guess even a few hours after the Council meeting we can see that we made a mistake, and that our policy does not work. It is costing lives and it is not getting us any closer to a solution. I do not want to remind you of the situation in Ukraine, which is tragic. So I call on the Council to act clearly, decisively and responsibly.

Last let me say that many speakers in this House talk about democracy and the voice of the people. If I understand correctly, 28 out of the 28 governments of the Member States support the CETA agreements. I don't want to remind you, for example, of the history of my Communist country and what was 'the voice of the people' there, so please be responsible.

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il presidente Pittella, poco fa, per descrivere i risultati del Consiglio europeo, ha ricordato le parole di Romano Prodi, Presidente della Commissione europea: «per andare avanti bisogna pedalare». Io, per completare il quadro, voglio ricordare le parole di un altro grande italiano, padre del socialismo europeo, Pietro Nenni, che in uno degli ultimi interventi disse «dobbiamo o rinnovare o perire». Ecco, credo che sia questo il bivio che ha di fronte oggi la nostra Europa. E basta con i Consigli europei timidi e di routine!

Il nostro continente deve affrontare emergenze epocali dai profughi che implorano la nostra accoglienza. È giusto allora riconoscere lo sforzo, anche di natura finanziaria, fatto dagli Stati come l'Italia in prima linea sull'immigrazione, ma aspettiamo impegni concreti anche sulla ripartizione fra Stati membri e sull'Africa, con accordi di partenariato per i migranti dai paesi in transito e di origine. Ma dobbiamo anche dare risposte sul fronte del lavoro, della sicurezza sociale e della possibilità per i nostri cittadini di condurre una vita dignitosa e per questo servono il prolungamento del piano di investimenti europei, ma anche politiche economiche più attente alla lotta contro la disoccupazione.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, gostaria de começar por me referir ao acordo CETA e para dizer aqui que não compreendo como é que nesta Câmara há tanta gente que está preocupada, a começar pelos Verdes, com o acordo CETA, porque isso é o que quer Donald Trump, é o que quer Marine Le Pen, é o que quer Farage. Eles querem acabar com a liberdade de comércio. Nós estamos aqui ao serviço dessa ideologia protecionista, que está a fazer com que mesmo partidos que têm uma conceção aberta do mundo fiquem reféns dessa ideologia protecionista. Eles estão ao lado de Le Pen, estão ao lado de Trump quando estão contra o acordo CETA. E é preciso deixar isto muito claro, porque nunca houve um acordo comercial que tivesse padrões de defesa social e ambiental tão bons, tão arrojados, tão ousados como CETA.

Não vi aqui ninguém levantar-se quanto ao acordo do Vietname e no Vietname há problemas com as crianças e com as mulheres e com os horários de trabalho, há problemas com o ambiente, e ninguém tem problema nenhum, mas quanto ao Canadá, onde nós conseguimos um acordo que, neste momento, é modelo para todos os grandes parceiros comerciais no mundo, nós estamos aqui a desfazer esse acordo.

Por isso, chamo também a atenção para o acordo com a Ucrânia e para os nossos amigos holandeses, porque é importante reforçar sanções contra a Rússia e aí estou contra o Governo português, que quer agora acabar com as sanções à Rússia, mas aquilo que nós mais podemos fazer para pressionar a Rússia é ter um acordo de livre comércio com Ucrânia. Essa, sim, será a grande, digamos, forma de pressão sobre Putin e sobre os seus intentos.

Liisa Jaakonsaari (S&D). – Arvoisa puhemies, Euroopan unionin sydän ja sielu on rauha ja avainsanat diplomatia ja dialogi. Tätä esimerkiksi tämä Iranin ydinsopimus osoitti parhaimmillaan. Venäjän kanssa on tällä hetkellä hankalaa, koska Venäjällä on tapahtunut paradigman muutos. Venäjä ei halua lähestyä Eurooppaa, mutta siitä huolimatta Euroopan on lähestyttävä Venäjää ja yritettävä kaikin voimin saada eurooppalaista intressiä myös Venäjälle.

Minusta pitäisi käynnistää – Krimiä unohtamatta, se on kansainvälisen oikeuden vastaista, se on rikos – uusi Helsinki-prosessi. Olen todella tyytyväinen siihen, että neuvoston kokouksessa jyrkästi tuomittiin Aleppon barbaria ja katsottiin, että jos Syyriassa sota jatkuu, niin silloin tästä kristinuskon kehdosta on pian tulossa inhimillisen kulttuurin hauta. Sitä emme saa hyväksyä.

Anna Záborská (PPE). – Viacerí moji kolegovia vyjadrili nespokojnosť s posledným zasadnutím Rady a ja chápem tento pocit, ktorý pramení z nenaplnených očakávaní. Ako povedal Manfred Weber, Komisia má návrhy, tento Parlament je pripravený ich schváliť, ale to, čo chýba, je schopnosť členských štátov dohodnúť sa. A potom konať s rozhodnosťou, ktorú od nich očakávame nielen my, ale najmä občania Európskej únie. No zároveň by som chcela pripomenúť jednu dôležitú vec: že dohoda medzi štátmi málokedy vznikne z jedného dňa na druhý.

Keď som počúvala správy predsedu Tuska a predsedu Junckera, vnímala som dve posolstvá. To prvé bolo, že členské štáty neboli pripravené dohodnúť sa na všetkom. To je nepochybne škoda. Ale zároveň bolo z týchto správ jasné, že predsedovia vlád členských štátov sa stretli na pracovnom stretnutí, že ich rokovanie odrážalo aktuálne problémy, ktorým Európa čelí; len sa jednoducho budú musieť stretnúť znovu, ešte niekoľkokrát, kým dospejú k dohode.

Vážené kolegyne a kolegovia, dobré dohody potrebujú čas. Doprajme si tento čas a doprajme ho aj Rade. Pretože sú to práve narýchlo pozliepané kompromisy, ktoré spôsobili väčšinu súčasných problémov Európy.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, θα επικεντρωθώ μόνο σε ένα σημείο και απευθύνομαι στην Επιτροπή. Η έκθεση αξιολόγησης των 72 κριτηρίων για την παροχή ελευθεροποίησης βίζας στην Τουρκία έχει εγκριθεί από την Επιτροπή και, βάσει αυτής, από τα 72 κριτήρια απομένει να εκπληρωθούν μόνο επτά.

Ερωτώ, λοιπόν, την Επιτροπή: στα εκπληρωμένα κριτήρια περιλαμβάνονται σοβαρά θέματα, που είναι οι υποχρεώσεις της Τουρκίας προς την Ευρωπαϊκή Ένωση και αφορούν και την Κυπριακή Δημοκρατία, τα οποία όμως ο Ερντογάν αρνείται να τα εφαρμόσει. Θα αναφέρω, συγκεκριμένα, μόνο δύο: Πώς σέβεται και συνεργάζεται η Τουρκία στη διαχείριση των συνόρων με τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, εφόσον διεκδικεί τις θάλασσες της Κυπριακής Δημοκρατίας; Πώς συνεργάζονται οι δικαστικές της αρχές αφού δεν αναγνωρίζει καν την ύπαρξη της Κυπριακής Δημοκρατίας; Απλή ερώτηση. Κλείνοντας θα ήθελα να ρωτήσω ακόμη την Επιτροπή: έχετε διαβάσει και εγκρίνει αυτή την έκθεση; Τόσο απλό ερώτημα.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, gospodine Tusk, gospodine Timmermans, činjenica je da smo na početku ove migrantske krize postavili pitanje i rekli da moramo biti solidarni i odgovorni. Danas se možemo pitati jesmo li to postigli. Činjenica je da se Europljani osjećaju nesigurno. I zbog CETA-e i zbog migracija i zbog drugih odnosa.

Moramo učiniti sve da odluke i Komisije i Vijeća budu provedive, i to je ono čemu svi zajedno moramo doprinositi. Moramo učiniti da Sporazum s Turskom ostane na snazi. On je zatvorio zapadno-balkansku rutu i danas imamo možda desetak migranata, za razliku od tisuća migranata koji su prolazili tom rutom. Moramo učiniti sve da se odluke Komisije i Vijeća mogu implementirati.

Mnogi se osjećaju nesigurno jer ne možemo provoditi odluke koje smo donijeli, i to je ono na čemu svi zajedno moramo inzistirati. Moramo naći način kako lažne argumente protiv CETA-e pobiti. Mnogi ne shvaćaju da danas postoji globalizacija i da smo globalizaciju prihvatili samom činjenicom što Europska unija mora postati čimbenik na sceni.

Ja se zalažem za to da se pojača uloga vanjsko-političke službe Europske komisije i da Visoka predstavnica Mogherini dobije veće ovlasti. Europa mora biti čimbenik. Kada govorimo o migracijama, moramo ih riješiti u zemlji porijekla. Kako ćemo ih riješiti u zemlji porijekla ako Europska unija nije čimbenik za stolom s velikim igračima. I stoga vas molim da svi zajedno na neki način pronađemo kompromis i omogućimo Vijeću i Komisiji da nastave djelovanje, naravno u suradnji s Parlamentom.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un altro Consiglio europeo interlocutorio in tema di immigrazione. Gli impegni presi non possono rimanere sulla carta, non c'è più tempo, alle parole devono seguire i fatti. È chiara a tutti, tranne ai populisti, la via da percorrere: dotarsi di una nuova politica europea in materia di immigrazione, una politica globale, fondata sul principio di solidarietà ed equa ripartizione delle responsabilità fra tutti gli Stati membri. Dobbiamo subito trasformare le parole in fatti. Fatti concreti, ottemperando alla ricollocazione dei richiedenti asilo da Italia e Grecia verso tutti gli Stati membri, rispettando gli impegni assunti. Fatti concreti, implementando il *migration compact* europeo senza criminalizzazione securitaria dell'immigrazione, ma puntando ad incidere sulle cause profonde dell'immigrazione. Fatti concreti, verso l'avvio del piano europeo di investimento dei paesi d'origine, dei paesi terzi d'origine dei flussi migratori per favorire lo sviluppo. Basta rinvii!

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Präsident des Europäischen Rates, Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte kurz: Die Situation in Syrien und die teilweise Hilflosigkeit, darauf zu reagieren, die im Rat zum Ausdruck kam, wie auch die Tatsache, dass wir da bei bestimmten Punkten nicht mal an den Verhandlungstischen sitzen, führt mich zu der Überzeugung, dass der Bratislava-Prozess erfolgreich sein muss. Ich möchte Sie ermuntern, den Gipfel zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Dezember und im Fortgang bis Rom fortzusetzen. Wenn wir unsere Rolle als *global payer* nicht überstrapazieren wollen, ohne Nutzen zu haben, müssen wir auch *global player* werden. Und dafür brauchen wir militärische Fähigkeiten. Ich bitte, diese Möglichkeit zu schaffen.

Der zweite Punkt: der Ausgang von Ceta. Es geht doch gar nicht mehr um Ceta. Es geht darum, dass wir in der Europäischen Union immer mehr nur von dem eigenen niedrigen Bereich schauen und keiner von oben, welche Wirkung das für das Ganze hat. Das ist, wenn die kanadische Handelsministerin in den Parteirat der SPD nach Deutschland kommen muss, wenn das Bundesverfassungsgericht ein Urteil fällt, in dem steht, dass jedes Land wieder herausgehen kann aus einem Vertrag – mit welcher Union will man dann Verträge schließen? – das ist die Wallonie.

Aber ich kann Ihnen bei anderen Themen genauso viele Punkte nennen. Wir brauchen mehr Erkenntnis und Haltung, dass die Wirkung fürs Ganze betrachtet wird, und nicht jeweils die Wirkung vom Einzelnen her. Und dafür müssen wir die Instrumente nutzen. Die Mehrheitsentscheidung ist das Instrument der Demokratie und der Effizienz, während die Einstimmigkeit das Instrument des Stillstands und der Erpressung ist. Aus diesem Grunde dürfen wir beispielsweise keinen gemischten Vertrag mehr machen, sondern macht den Europavertrag! Und die Regierungen der Mitgliedstaaten sind aufgefordert, die Kommission zu unterstützen, wenn sie solche Vorschläge macht. Sonst versündigen sie sich an ihren eigenen Interessen.

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Marlene Mizzi (S&D). – Sodisfatta li l-ġimgħa l-oħra, fil-konlużjonijiet tiegħu, il-Kunsill ikkundanna l-attakki fuq persuni ċivili f'Aleppo u għamel sejħa biex jieqfu minnufih l-ostilitajiet u biex jitkompla proċess politiku kredibbli taħt il-ħarsien tan-Nazzjonijiet Uniti.

Sfortunatament, wara li ntemm il-ftehim qasir ta' waqfien mill-ġlied u jumejn biss wara l-Konklużjonijiet tal-Kunsill, il-ġlied f'Aleppo reġa' intensifika. Illum qiegħda nitkellem dwar Aleppo għax ma nistax ninjora; ma nistgħux ninjoraw, dak li qed isir hemm.

Ma nistax ninjora din it-traġedja umana li qiegħda tibdel lil Aleppo f'belt mishuta bi 300 000 persuna ċivili – maqbudin f'post u mċaħħdin minn ilma, minn ikel, minn provvisti u kura medika u limitati f'qiegħ ta' sptar. Agħar minn hekk, 100 000 maqbudin fil-belt huma tfal esposti għat-tbatija estrema u t-terrur ta' bombi ta' kuljum.

Hemm bżonn li tittieħed azzjoni deċiżiva mill-alleati internazzjonali tagħna biex: - jitwaqqfu dawn l-atroċitajiet; - isir ftehim immedjat għall-waqfien mill-ġlied; - u jinfetħu *humanitarian channels* biex titwassal l-għajnuna umanitarja u jkunu evakwati l-pazjenti.

Ivo Belet (PPE). – Mijnheer de vicevoorzitter is al akkoord met de vorige spreker. Laten we alstublieft een nieuw initiatief nemen om de horror in Aleppo te stoppen.

Ten tweede, mijnheer de vicevoorzitter: CETA. Onze Europese kwaliteitsnormen op het vlak van sociale zaken, milieuzaken en consumentenbescherming moeten worden beschermd. Het zijn hoge normen, die mogen niet worden uitgehold. We zijn het daar allemaal over eens. Die garanties zitten nu in de tekst en zijn de voorbije uren en dagen nog verduidelijkt, vandaag ook nog.

Daarom is het vandaag tijd – ik zie u knikken, mijnheer Timmermans – om een akkoord te sluiten. Ik denk dat u daar ook nog een belangrijke rol in kunt spelen, u heeft het vertrouwen van de spelers. Een warme oproep aan onze Waalse vrienden om hier tot een akkoord te komen en de rangen te sluiten in Europa, en vervolgens ook, beste collega's, hieruit lessen te trekken en te garanderen dat we weer vooruit kunnen. Mijnheer Brok heeft het gezegd: we moeten bewijzen dat we in Europa knopen kunnen doorhakken en niet in de kaart spelen van onze vrienden die hier aan de rechterkant zitten, die vaak roepen en tieren en elkaar soms de hersens inslaan. Zo'n crisis als rond CETA vormt ook een kans. Laten we rekening houden met de bekommernissen van de mensen, de nationale en regionale parlementen en het maatschappelijk middenveld, en tot een akkoord komen dat door de meerderheid in dit Parlement wordt goedgekeurd.

Kati Piri (S&D). – Toenemende waakzaamheid, strengere controles op zee, grenzen hermetisch sluiten en alle migratie als illegaal bestempelen; dat is hoe de Europese Raad het vluchtelingenvraagstuk benadert. Waar vrede en veiligheid, de bescherming van mensenrechten en het eerbiedigen van de rechtsstaat centraal stonden in ons buitenlandbeleid, lijkt steeds meer de focus eendimensionaal te worden, te weten het tegenhouden van migranten.

Vorige week is gesproken over de verdere uitvoering van de vluchtelingenovereenkomst tussen Turkije en de EU, maar de regeringsleiders hebben daarbij nagelaten het oorspronkelijke doel te benadrukken. De afspraak was om de illegale en gevaarlijke routes in te ruilen voor een luchtbrug. Die luchtbrug voor vluchtelingen is er tot op heden niet gekomen en inmiddels laten de EU-leiders het zelfs na om deze nog te vermelden in de conclusies.

Willen we als Europese Unie laten zien dat we onze eigen waarden serieus nemen en een betrouwbare partner zijn voor derde landen, dan wordt het de hoogste tijd om onze eigen toezeggingen na te komen.

Vladimír Maňka (S&D). – Úlohou Európskej rady je smerovať Európu. Bez toho, aby sme pomohli Afrike vytvoriť pracovné miesta, nedokážeme vyriešiť dôvody migrácie. OSN predpokladá nárast obyvateľov tohto kontinentu z dnešných 1,2 miliardy na 4 miliardy do konca storočia. Bola by to rozvojová katastrofa, hrozil by nedostatok potravín, migračná katastrofa.

Najväčšiu láskavosť urobíme Afrike, ale aj Európe, ak budú deti chránené pred maláriou, odstránime ebolu, budeme stimulovať investície a tvorbu pracovných miest a umožníme dievčatám získať stredoškolské vzdelanie.

Ohľadom obchodných dohôd s Kanadou a Spojenými štátmi: Za odpor k týmto dohodám všeobecne môžu celoštátni politici. Nemôžu sa schovávať za Európsku komisiu, prenechávajú tak verejný priestor populistom. Lídri musia prejaviť odvahu a jasne pomenovať, prečo voľný obchod potrebujeme, v čom je voľný obchod pozitívny.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, como se explica que o Conselho Europeu reúna sobre a crise migratória e as conclusões não incluam uma única referência a refugiados, asilo, direitos fundamentais, vias legais e seguras de acesso à Europa, para não continuarmos a entregar a gestão da crise aos traficantes.

Que Europa desnaturada é esta, obcecada pela proteção de fronteiras, que vê gente a pedir proteção como ameaça, que mede o sucesso político em função do número de retornos forçados, que defende o ilegal e imoral pacto UE-Turquia, que enaltece como parceiros regimes repressivos como o etíope, de cuja miséria e repressão fogem refugiados imigrantes?

Alturas houve em que critiquei o Conselho Europeu por inação, mas hoje estou verdadeiramente assustada. Esta via antieuropeia por Bratislava da Fortaleza Europa é um ataque direto à nossa segurança atual e de gerações por vir.

Urge, de facto, a Europa da defesa, mas dominada pela estratégia e política centrada nos valores e objetivos da União Europeia, que tem faltado, até para fazer ver à Rússia que a continuada agressão à Ucrânia e os bombardeamentos impiedosos em Alepo não ficarão impunes.

Catch-the-eye procedure

Andrzej Grzyb (PPE). – Pani Przewodnicząca! Myślę, że te trzy tematy, które zostały zakreślone przez pana przewodniczącego Rady Donalda Tuska – migracja, handel, Rosja – oczywiście najbardziej emocjonowały w części dotyczącej CETA. Jednak tak naprawdę na czoło zdaje się wybijać problem migracji, bo tu jest dobra wiadomość: zmniejszył się strumień osób migrujących na wyspy greckie i są pozytywne efekty współpracy z krajami afrykańskimi, gdzie jest źródło migracji. To tam musimy jej przeciwdziałać.

Kolejna sprawa to jest kwestia ochrony granic. Wszyscy uznaliśmy już w chwili obecnej, że bezpieczeństwo granic i ich ochrona to jednocześnie uregulowanie trudnego problemu migracji, jak i zapewnienie bezpieczeństwa tych ludzi.

I zagadnienia handlowe – nie tylko CETA, ale również przeciwdziałanie praktykom dumpingowym. Wydaje mi się, że ma to kluczowe znaczenie z punktu widzenia stabilności i rozwoju naszego przemysłu, w szczególności sektora stalowego.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, he dedicado especial atención al capítulo de emigración de este Consejo Europeo y me llama, desde luego, la atención la valoración positiva que se ha hecho del infame *deal* con Turquía.

¿Ha dedicado el Consejo una reflexión a la valoración extremadamente negativa que recibió de este Parlamento?

¿Ha dedicado el Consejo una reflexión a la situación después del golpe, con miles de periodistas y jueces encarcelados?

¿Ha dedicado el Consejo una reflexión en serio a la mirada negativa que continúa perpetrando sobre la inmigración, sobre la extranjería y, particularmente, sobre la llegada a suelo europeo de personas muy vulnerables: mujeres, niños indefensos que se ahogan en el Mediterráneo como consecuencia de la desviación hacia el Mediterráneo de la presión migratoria contenida en números en Turquía?

¿Ha dedicado el Consejo un compromiso de refuerzo de la solidaridad con Italia y con Grecia —no solamente la Guardia Europea de Fronteras—?

Y, sobre todo, ¿ha dedicado el Consejo una palabra a ese infame y antieuropeo referéndum que fue perpetrado en Hungría el pasado 2 de octubre?

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Tusk, άκουσα ότι αναφερθήκατε στην Ελλάδα μόνο για 10 δευτερόλεπτα. Θεωρείτε ότι το θέμα έχει λυθεί σε σχέση με τους μετανάστες και τους πρόσφυγες; Έχετε εικόνα τι γίνεται στα νησιά του Αιγαίου; Γνωρίζετε ότι εκεί είναι εγκλωβισμένοι 14.000 άνθρωποι; Γνωρίζετε ότι εκεί υπάρχουν μόνο 7.000 θέσεις φιλοξενίας; Γνωρίζετε ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν επιτρέπει στην Ελλάδα να πάρει το μέρος αυτών των προσφύγων και να τους φέρει στην ηπειρωτική Ελλάδα; Γνωρίζετε ότι από τις 66.400 μετεγκαταστάσεις, που έπρεπε να έχουν γίνει εδώ και ένα χρόνο, έχουν γίνει μόνο 5.200; Είναι κατάσταση αυτή; Επιτρέπεται να αφιερώσετε ούτε 10 δευτερόλεπτα στην ομιλία σας για το προσφυγικό θέμα στην Ελλάδα; Και επιπλέον, θέλετε μέσω του Δουβλίνου ΙΙΙ να γίνουν και επιστροφές από τη Γερμανία όσων προσφύγων πέρασαν και πήγαν εκεί; Απαράδεκτη κατάσταση! Απαράδεκτη η στάση σας!

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, migrantska kriza definitivno ruši temelje Europske unije. Rješavanje problema s FRONTEX-om, rješavanje problema s Turskom sigurno su putevi koji su dobrodošli. Međutim, problem se neće riješiti ako ne postanemo solidarni među nama. Ne možemo gledati, kao da smo slijepi, ono što se dešava u Grčkoj ili ono što se dešava u Italiji.

Bez međusobne solidarnosti država članica, europski projekt ovakav kakav je zamišljen nema smisla jer migrantska kriza može biti jednog dana malo manja, malo veća. Zapadno-balkanska ruta trenutno je na neki način zatvorena, ali migracije neće stati. I želim reći, kad već govorimo o zapadno-balkanskoj ruti, da je zaista sramota ono što doživljavamo od strane Vlade Republike Slovenije koja diže zidove i žice prema zemlji članici, prema Hrvatskoj.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señora Presidenta; no es solo Valonia, Señorías; Ska Keller ha subrayado que el Consejo ha cerrado los ojos ante la oposición en la calle y en algunos Parlamentos. Yo quiero aportar otro dato: más de 2 000 ciudades y colectividades territoriales en Europa se han declarado ya como zonas libres del CETA y del TTIP, y esto también debería ser tenido en cuenta. Así que no, no es solo Valonia.

Un apunte sobre la llegada de personas migrantes y refugiadas a Europa. La Comisión Europea se felicita porque llegan menos desde Turquía y, por lo tanto, mueren menos en el mar Egeo. Pero la Comisión oculta la cara B de todo esto: el inaceptable limbo en el que malviven en nuestras fronteras exteriores y en algunos puntos dentro de la Unión, y las 3 740 personas que han muerto ya desde el 1 de enero en el mar Mediterráneo.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Vi hörde tidigare herr Weber jämföra EU med en cykel som man måste trampa på för att den ska gå framåt. Ganska logiskt. Men min rekommendation till herr Weber och er andra här inne är att trycka på bromsen istället. Parkera cykeln och fundera på åt vilket håll ni ska cykla. Jag skulle hellre vilja likställa EU-projektet med ett punkterat cykelhjul som inte längre går att laga.

Det känns som om allt ni gör är konstgjord andning. Vi tripplar anslagen till Frontex. Vi ska ha ett nytt Frontex. Vi ska reformera Dublin, skapa nya mekanismer, tvångsfördela migranter – ja, jag vet inte vad mer ni kan hitta på. Frågan är bara om folket i medlemsstaterna vet vad ni håller på med.

Jag ska i alla fall följa Storbritanniens beslut och få med mig mitt folk till en folkomröstning och lämna detta bygge.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, όπως ήταν αναμενόμενο, το Συμβούλιο δεν πήρε κάποια ουσιαστική απόφαση για να επιλύσει τα προβλήματα που αντιμετωπίζει η Ευρωπαϊκή Ένωση. Στο μεταναστευτικό, πανηγυρίζουν οι πρόεδροι διότι μειώθηκαν οι ροές παρανόμων μεταναστών από την Τουρκία προς την Ελλάδα. Μάλλον δεν έχουν πληροφορηθεί ότι αυτές εδώ και καιρό έχουν επαναληφθεί όπως και παλαιότερα.

Έτσι, αντί να απειλήσουν την Τουρκία ότι θα διακόψουν τις ενταξιακές σχέσεις, προσανατολίζονται στο να αναθεωρήσουν τις δεσμεύσεις για την έκδοση της βίζας. Πανηγυρίζουν επίσης για τη δημιουργία της ακτοφυλακής και της συνοριοφυλακής. Πώς όμως είναι δυνατόν να αντιμετωπιστεί το πρόβλημα με αυτό τον γραφειοκρατικό οργανισμό, ο οποίος δεν κάνει τίποτε περισσότερο απ το να συνοδεύει τους λαθρομετανάστες από την Τουρκία προς την Ελλάδα και να τους καταγράφει; Το πρόβλημα δεν αντιμετωπίζεται με καταγραφή. Αντιμετωπίζεται με αποτροπή.

Τέλος, στην εξωτερική πολιτική έχουμε μονομερή καταδίκη της Ρωσίας και της Συρίας και, παραδόξως, δεν αναφερόμαστε στις άλλες εμπλεκόμενες δυνάμεις, όπως στους τζιχαντιστές, στις Ηνωμένες Πολιτείες και τις άλλες δυνάμεις.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Maria Grapini (S&D). – Pe regulament aș vrea să vă atrag atenția. Astăzi am început dezbaterea cu 10 minute mai târziu. 10 oameni nu pot vorbi. Am fost primul om la 9.01, m-am înscris să iau cuvântul. Nu mi se pare corect și democratic, ar trebui să amânați dezbaterea fix cu 10 minute, cu cât ați întârziat începutul dezbaterii.

Der Präsident. – Frau Grapini, das kann ich verstehen. Sie sind aber sonst eine regelmäßige Gewinnerin des *Catch-the-eye*-Verfahrens. Das aber ist jetzt gerade abgeschlossen worden. Ich hatte Herrn Timmermans schon das Wort erteilt.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, just a few reflections after the debate in the plenary. First of all, the migration issue: I share the concerns of all those who have raised their worries about what is happening in the southern Mediterranean. It is a tragedy that so many people are still drowning in spite of the tremendous efforts of the Italian authorities to save as many people as possible.

We need to have a comprehensive approach about this. Let me be very clear: better border protection is part of the answer, but it is not a panacea for the migration crisis. If we believe we can hide behind border and fences and rid ourselves of collective solidarity in this issue, we are being delusional. Delusional!

Just imagine that in the next generation or two, the population of Africa will be anywhere between three and six billion people. How do you think the Mediterranean will ever be wide enough, or fences ever high enough to stop these people from coming to Europe if we do not have a policy that will offer them perspective in their own nations and their own continents, in their own cities and villages.

So do not believe in the delusion of borders as the only solution to this problem and do not believe in the illusion that you can rid yourself of collective European solidarity in tackling this huge crisis.

If you think you can rid yourself of the solidarity, others will rid themselves also of solidarity and that will be the end of the European Union. So I believe strongly in a collective approach and a comprehensive approach that addresses all the issues linked to the migration crisis.

On CETA let me just say one thing: if you believe, at the beginning of what I would call the 4th industrial revolution, that you can protect yourselves from not entering into agreements with parts of the world where they share our values, you are delusional.

Look at what is happening in the world's economy, look how fast the world's economy is changing. We need to have comprehensive agreements with those parts of the world which share our values, which want social protection like we do, which want environmental protection like we do. It is only together that we will face the forces of globalisation in a way that will guarantee the rights our citizens demand and I really call upon the Walloon Parliament to study carefully.

Mr Lambert said that it is the only parliament that has actually read the Treaty – well, I will leave that to his own judgment. I fear I do not agree with that assessment. But, if they read the explanations and the assurances that we have given, the clear indications on social protection, on environmental protection, on assurances that disputes will be dealt with by judges in a way that is in accordance with our legal criteria; if they have studied this perhaps they can come to a conclusion of this matter.

It is clear to me – let me end on this point – that it is not an isolated matter that people worry about trade agreements. It is not an isolated matter that people sometimes think that building fences is an answer to our problem. It is an element in a world that is changing so fast that people fear that they have lost control of their destinies. Only by offering answers at a European level, so citizens feel that we can help them in a system in regaining control of our collective destiny, will we find solutions for global problems.

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, thank you for what has been a good and lively debate. I have just a few comments.

First, on CETA: many in this House have suggested that we should simply ignore the views of national parliaments on trade agreements and that the debate in Belgium and Wallonia's resistance do not result from the belief that the competences of EU institutions regarding trade policy are too limited. Today people would prefer the state and national parliaments to have a bigger influence on the course of things – not smaller. Is it any easier to govern Europe thanks to this? No, of course it isn't, but no one will change the fact that the EU is still the union of the states and not the institutions.

When it comes to Russia, I have just one remark. The fears and concerns, for example on private arbitration, must be addressed, and they are being addressed and explained only now. I trust that after today's talks in Belgium, the climate around CETA and maybe also around the next free trade agreements will change for the better. When it comes to Russia, I would like to say two things. First, we must keep unity in our relations with Russia. The building of EU unity is a difficult, not to say unaesthetic, process, but there is no alternative. If we want to be effective vis-à-vis Russia, we must stay united as the EU.

(Applause)

Second, at the European Council I backed those who were pushing for a stronger position on Russia's role in Syria. The letter written by Verhofstadt, Harms and Weber was a real support for me. Thank you for your initiative. I want to say to those in this room who were the harshest critics of the European Council for not taking a sufficiently univocal position that they can help by doing the work both in their political families and in Member States.

When it comes to migration, I have just one remark. I am absolutely aware that the situation in Greece remains critical. It is clear that it is too early to talk about success, but please just imagine what the situation on the Greek islands would look like if not for the decrease in the number of irregular migrants by 98% – not 9%, not 8%, but 98% – which we managed to achieve. This is the beginning of the process but this is the only way, also for the central Mediterranean route. This is why I am also starting to discuss the positive aspects of our activity.

(Applause)

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Mike Hookem (EFDD). – Mr President, earlier today Mr Weber made a defamatory statement against me which you supported. Can I ask that both you gentlemen leave this building, where you do not have parliamentary immunity, and repeat those statements, so I can take legal action against you.

Der Präsident. – Herr Abgeordneter Hookem! Ich habe das Sie betreffende Dossier an die Staatsanwaltschaft Straßburg weitergeleitet.

Alle weiteren Ermittlungen, die gegen Sie vorgenommen werden, sind in der Hand der Staatsanwaltschaft. Mehr kann ich dazu nicht sagen, und mehr habe ich auch hier dem Hause nicht mitgeteilt.

Wenn Sie zivilrechtliche Schritte gegen mich unternehmen wollen, möchte ich Sie ausdrücklich ermutigen, das zu tun. Sie können das hier in Straßburg, Sie können das auch in der Bundesrepublik Deutschland tun. Ich sehe einer Auseinandersetzung gerichtlicher Art mit Ihnen mit Vergnügen entgegen.

Nigel Farage (EFDD). – Mr President, I said in this Chamber that I felt the French Commissioner Jacques Barrot was unsuitable to be a European Commissioner because he had received a conviction for embezzlement and been suspended from public office. Despite the fact that what I said was true, it caused a huge outcry. I was told that because he had been amnestied by President Chirac under French law, it was an offence ever in public, in France, to refer to the incident.

So there was a lot of speculation over whether the French police were going to come into this building and arrest me. But the President of Parliament at the time said: no, that is not the case because the European Parliament, rather like the United Nations in New York, is an organisation whose buildings are extraterritorial. So that ruling was perfectly clear.

How can it be, with that precedent having been set, that you can refer an alleged incident between two MEPs that took place in an official committee room, in this Parliament, to the French police? Can you please tell us: are these buildings extraterritorial or are we actually here, now, in France, under French law?

(Applause)

Der Präsident. – Herr Farage! Zunächst einmal unterliegen Angelegenheiten von Abgeordneten in diesem Haus der Geschäftsordnung dieses Hauses. Die Geschäftsordnung dieses Hauses sieht vor, dass Abgeordnete minimale Standards einzuhalten haben. Zu den minimalen Standards gehört nach unserer Geschäftsordnung der gegenseitige Respekt.

(Beifall)

Jetzt ist es in der letzten Plenarsitzung hier im Hause zu folgendem Vorfall gekommen: Der Abgeordnete Woolfe ist, nachdem er aus dem Plenarsaal herausgegangen ist, auf einer der Brücken vor dem Plenarsaal zusammengebrochen und bedurfte der unmittelbaren medizinischen Unterstützung, die übrigens auch von Kollegen aus dieser Kammer, die Ärzte sind, gewährleistet wurde; sie haben ihm geholfen.

Herr Woolfe ist dann hier in Straßburg in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Bei der ärztlichen Untersuchung dort ist festgestellt worden, dass der Zusammenbruch das Resultat eines tätlichen Angriffs auf seinen Kopf war. Im Klartext: Der Mann ist auf den Kopf geschlagen worden.

Daraufhin haben wir Herrn Woolfe befragt. Herr Woolfe hat uns den Sachverhalt aus seiner Sicht geschildert. Ich habe dann den Sachverhalt an unseren sogenannten Beratenden Ausschuss für den Verhaltenskodex der Abgeordneten weitergeleitet. Der Beratende Ausschuss hat mir nach Einvernahme der Beteiligten empfohlen, die Angelegenheit an die französische Staatsanwaltschaft weiterzuleiten. Das habe ich getan. Warum? Das ist zwar exterritorial, aber dieses exterritoriale Gebiet schützt Menschen, wenn sie Straftaten begehen, nicht vor der Strafverfolgung. Das wäre ja noch schöner, und das zeigt auch ein merkwürdiges Verständnis, das Sie haben.

(Lebhafter Beifall)

Wer in diesem Hause Straftaten begeht, ist auch der Strafverfolgung ausgesetzt und zwar am Ort, und das ist hier französisches Territorium.

Nun steht Aussage gegen Aussage. Herr Woolfe hat eine Aussage gemacht und Sie, Herr Hookem, haben eine Aussage gemacht.

Ich bin verpflichtet, dem Hause mitzuteilen, was ich als Präsident tue. In einem solchen Fall, wenn eine Aussage bedeutet, ich bin tätlich angegriffen worden und habe dadurch einen schweren Schaden körperlicher Art erlitten, und ein anderer – der Beschuldigte – sagt, das habe ich nicht getan, dann bin ich nicht der Richter, sondern ich leite das – weil es sich um einen Körperverletzungsvorwurf handelt – an die zuständige Staatsanwaltschaft weiter.

Was ich bedaure, ist, dass ich als Präsident dieses Hauses überhaupt ermitteln muss, ob ein Abgeordneter einen anderen Abgeordneten geschlagen hat. Das ist der eigentliche Skandal, mit dem wir uns beschäftigen müssen!

(Lebhafter Beifall)

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, hier, nous avons voté le rapport de notre collègue Sophia in 't Veld sur la création d'un mécanisme pour l'état de droit en Europe.

Vous savez qu'il y a quinze jours, le principal quotidien d'opposition a été fermé en Hongrie. Nous avons appris hier, juste après le débat sur le rapport in 't Veld, que ce quotidien est racheté par l'oligarque le plus proche, probablement, de Viktor Orbán, Premier ministre de Hongrie.

Je pense que ce Parlement ferait bien, s'il ne veut pas se ridiculiser, de manifester son opposition à ce genre de procédés. La liberté de la presse, autrement dit le fait d'avoir une presse libre, y compris d'opposition, est un élément essentiel des valeurs européennes.

(Applaudissements de son groupe)

Der Präsident. – Herr Abgeordneter Batten, dann begründen Sie bitte, zu welchem Geschäftsordnungsartikel Sie sich zu Wort melden wollen.

To which article of the Rules of Procedure are you referring, please?

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, on a point of clarification, you said, regarding the incident in the Parliament (if I heard you correctly) that you had referred this, or the Parliament had referred it, to the French authorities. I am not an expert on French law, but I have been informed that the only person that can make a complaint about a crime is the victim of the crime. Can you clarify: has the Parliament has referred this to the authorities or has Mr Woolfe referred it to the French police?

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, due questioni, la prima: vorrei che quest'Aula fosse informata del fatto che stanotte sono stati arrestati dalle autorità turche i due co-sindaci di Diyarbakir. La Turchia, sappiamo essere un partner dell'Unione europea, io credo che non possiamo rimanere in silenzio di fronte a quello che il governo Erdogan continua a fare ai danni del popolo curdo. Seconda questione: le volevo chiedere, in base a quale mandato, lei ha fatto pressioni presso le autorità della Vallonia per quanto riguarda la loro opposizione alla firma del CETA.

Martin Schulz. – Wir gehen der Frage hinsichtlich der Türkei nach. Ich bin über den Vorfall bis dato nicht informiert. Ich kenne den Sachverhalt, dass die beiden Bürgermeister – also Bürgermeisterin und Bürgermeister – verhaftet worden sind. Wir gehen dem nach.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, Martin, thank you. Thank you, on my last day in the European Parliament, to all of you in all of the Groups, Members and staff, for your friendship and for your cooperation. Thank you to the British Labour Party and to the Socialist and Democrat Group to whom I will remain for ever loyal, to my own family, sitting in the public gallery, to whom I will be always loyal too.

I am proud to have represented my constituency, the East of England; it really is 'bootiful'. I am proud, as a working-class boy who could never have expected to do so, to have represented my country and our continent. It has been a privilege and an honour to serve. I will always remember being here on the days of EU enlargement and of conflict resolution, of championing business responsibility on behalf of this Parliament, and my new career will be true to those values and principles.

I, my party, and many in my country, argued for Europe, and we will continue to do so. We must take our responsibility for the referendum defeat, and I am sorry, when I leave this building, I do not expect to return as an MEP. But if my country makes the historic mistake of leaving the European Union, I look forward to the day when it will return.

(Loud, sustained applause and standing ovation)

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – En las últimas conclusiones del Consejo Europeo la semana pasada, los términos «controles» y «retornos» aparecen hasta catorce veces. En cambio, «prevenir» aparece sólo dos veces. Es cierto que hay que ordenar la llegada de los inmigrantes, pero es su salida la que hay que prevenir. Con ese objetivo, la Unión debe ser capaz de ejercer un mayor control en las zonas de origen y representar el verdadero actor global que es mediante las inversiones en el exterior, una estrategia global y una capacidad efectiva en materia de seguridad y defensa. Se han dado pasos iniciales, reflejados en algunos acuerdos con países africanos. Sí, ese es el camino. Pero hay que ir más rápido y de manera más intensa. La Unión debe jugar un papel más importante en los territorios donde están teniendo lugar verdaderas barbaridades; como por ejemplo, en Alepo. Como un último apunte, me gustaría referirme a la lacra del desempleo juvenil. No podemos olvidarlo. No podemos esperar más.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. –Nell'ultimo Consiglio europeo si è ancora parlato di immigrazione. I capi di Stato e di governo hanno affrontato la discussione per definire l'approccio globale europeo in materia di immigrazione. Sottolineo come assolutamente positive le azioni di Consiglio e Commissione che hanno visto l'istituzione della guardia di frontiera e costiera europea. Il Parlamento e gli Stati membri hanno fatto la loro parte per l'entrata in vigore del regolamento costitutivo. Attendiamo adesso la piena capacità di azione dei questo servizio e i risultati tangibili entro la conclusione dell'anno. È sicuramente apprezzabile tra i risultati del Consiglio il mandato conferito all'Alto rappresentante per presentare alla prossima riunione di dicembre i progressi ottenuti con i cinque maggiori paesi selezionati e i primi risultati conseguiti in termini di arrivi e rimpatri. Si tratta di due buone decisioni per dare finalmente concretezza alla nostra azione europea.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – I capi di Stato e di governo che si sono riuniti gli scorsi 20 e 21 ottobre hanno affrontato un'agenda particolarmente complessa a cui non sono corrisposte, come troppo spesso accade, decisioni concrete. Mi riferisco in particolare al capitolo migrazione, dove la mancata applicazione del principio di solidarietà e responsabilità tra gli Stati fa sì che il carico dell'emergenza sia lasciato ancora sulle spalle di pochi. Tra i temi all'ordine del giorno vi era, inoltre, quello della politica commerciale e, in particolare, la conclusione dell'accordo UE-Canada. Riguardo a quest'ultimo, il veto della regione vallona deve spingere a una riflessione più profonda. Ci troviamo infatti in un contesto storico in cui i fallimenti derivati dalla mancata regolamentazione della globalizzazione hanno creato avversione e timore profondi verso gli accordi di libero scambio. Se da una parte, allora, dobbiamo vigilare con sempre maggiore attenzione e trasparenza sui negoziati, affinché si assicurino le tutele necessarie a cittadini, lavoratori e consumatori; dall'altra non possiamo permettere che una delle poche politiche diventata di competenza comunitaria sia nei fatti guidata dalla logica intergovernativa. Gli egoismi nazionali rischiano oggi di portare al lento fallimento del progetto europeo, noi abbiamo invece il dovere di trovare gli strumenti per rilanciarlo.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Valorizamos a posição do governo e do parlamento regionais da Valónia, de rejeição do CETA (Acordo Económico e de Comércio Global), mesmo num quadro de intoleráveis pressões da UE, posição que impossibilita a sua assinatura pelo governo federal belga, bloqueando assim o processo que visa a assinatura deste acordo de livre comércio e serviços entre a UE e o Canadá.

Esta posição constitui um importante contributo para combater e derrotar o CETA, acordo que a UE se preparava para assinar e fazer entrar em vigor na sequência de negociações opacas e por via de um processo que constitui um desrespeito pela democracia e a soberania dos Estados.

A ser aprovado, este Acordo representaria um instrumento para rebaixar os direitos sociais, laborais, ambientais e de saúde pública, para colocar os interesses das multinacionais acima dos interesses dos povos e das constituições e soberania dos Estados, e mais um passo na escalada de liberalização do comércio mundial – com graves consequências para países como Portugal.

Esta posição demonstra a importância e a validade da luta dos povos na defesa dos seus interesses e direitos, constituindo um exemplo e estímulo para o prosseguimento e intensificação da luta contra o CETA e outros acordos de livre comércio, como o TTIP ou o TISA.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Rada Europejska podczas spotkania 20 i 21 października 2016 r. podsumowała kwestie dotyczące kompleksowej polityki migracyjnej. Ważnym krokiem na drodze do wzmocnienia granic zewnętrznych Unii było wejście w życie rozporządzenia w sprawie Europejskiej Straży Granicznej. Nowo powołany patrol zajmie się m.in. weryfikacją zdolności państw członkowskich do kontroli granic oraz organizowaniem wspólnych operacji przeciwdziałających przestępczości transgranicznej.

Niemniej jednak konieczne są zwiększone wysiłki na rzecz powstrzymania migrantów o nieuregulowanym statusie, zwłaszcza pochodzących z Afryki. Zgodnie ze stanowiskiem Rady trwałe ustabilizowanie sytuacji na szlaku wschodniośródziemnomorskim będzie wymagało pełnej realizacji umowy UE–Turcja oraz dalszego wsparcia dla krajów położonych wzdłuż szlaku zachodniobałkańskiego. Konieczne jest również ukończenie i wdrożenie do 2018 r. poszczególnych strategii jednolitego rynku, w tym jednolitego rynku cyfrowego, unii rynków kapitałowych, unii energetycznej i agendy jednolitego rynku.

W tym kontekście należy pilnie podjąć prace nad niedawnymi projektami Komisji Europejskiej, w tym projektem reformy unijnego prawa telekomunikacyjnego i autorskiego, a także nad dokończeniem tworzenia unii rynków kapitałowych, zwłaszcza poprzez szybkie wypracowanie porozumienia z Parlamentem Europejskim w sprawie przepisów dotyczących prospektu emisyjnego, aby poprawić dostęp przedsiębiorstw do finansowania.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Domnule președinte, voi vorbi doar despre subiectul legat de comerț și acorduri. Domnul Juncker ne-a informat că SUA are o politică de apărare comercială mai bună decât Europa. Asta este o realitate. Dar cine e de vină? Cine a oprit Comisia și Consiliul să propună mecanisme de apărare comercială? De ce s-a ajuns la dezindustrializarea Europei?

Sunt uimită de atitudinea Consiliului, care blochează inițiativele și propunerile Parlamentului. După CETA, TTIP, China și Marea Britanie, urmează și alte acorduri. Avem nevoie de acorduri comerciale, dar nu sub orice formă. Negocierile nu sunt transparente. Cetățenii ne întreabă și noi nu știm ce să le răspundem. Avem nevoie de unitate, dar depinde de noi cum lucrăm. De ce nu vine Comisia cu propuneri concrete de apărare comercială, astfel încât să nu mai distrugem locuri de muncă prin intrarea pe piața internă a produselor contrafăcute și subvenționate? De ce Consiliul amână lucruri importante și face dezbateri sterile fără decizii concrete? La aceste lucruri trebuie să răspundeți prin fapte.

Am observat că, în proiectul de buget, poziția Consiliului a fost să reducă suma alocată pentru întărirea capacității finanțării IMM-urilor și nu înțeleg de ce. Europa are nevoie de dezvoltarea IMM-urilor și a locurilor de muncă.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – En las últimas conclusiones del Consejo Europeo la semana pasada, los términos «controles» y «retornos» aparecen hasta catorce veces. En cambio, «prevenir» aparece sólo dos veces. Es cierto que hay que ordenar la llegada de los inmigrantes, pero es su salida la que hay que prevenir. Con ese objetivo, la Unión debe ser capaz de ejercer un mayor control en las zonas de origen y representar el verdadero actor global que es mediante las inversiones en el exterior, una estrategia global y una capacidad efectiva en materia de seguridad y defensa. Se han dado pasos iniciales, reflejados en algunos acuerdos con países africanos. Sí, ese es el camino. Pero hay que ir más rápido y de manera más intensa. La Unión debe jugar un papel más importante en los territorios donde están teniendo lugar verdaderas barbaridades; como por ejemplo, en Alepo. Como un último apunte, me gustaría referirme a la lacra del desempleo juvenil. No podemos olvidarlo. No podemos esperar más.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Podczas dzisiejszej debaty na temat konkluzji Rady Europejskiej zarówno prawe, jak i lewe skrzydło PE krytykowało Radę za brak skuteczności w sprawie umowy CETA, zablokowanej przez jeden z belgijskich parlamentów. Pojawiło się też wiele głosów, aby zignorować zdanie parlamentu walońskiego i podpisać umowę mimo jego sprzeciwu, skoro pozostałe 27 państw uważa ją za korzystną.

Nie zgadzam się ani z tą krytyką, ani z propozycją rozwiązania. Posłowie, którzy żądają Europy narodów, „mniej Europy", muszą zrozumieć, że konsekwencją są perturbacje przy podejmowaniu decyzji takie jak te przy CETA. Kierunek „Europa narodów" oznacza krytykowaną dziś politykę „najmniejszego wspólnego mianownika" i konieczność wyposażenia Rady w instrumenty ułatwiające negocjacje.

Po drugie, za słuszną uważam decyzję Rady, aby uwzględnić walońskie weto: jest to prosta konsekwencja wcześniejszej decyzji o mieszanym charakterze umowy. Jeżeli inne państwa czy posłowie uważają decyzję Walonów za szkodliwą, powinni przekonywać ich, aby zmienili zdanie, a nie naciskać na Przewodniczącego Rady, aby zignorował przyjęte reguły gry.

W sprawie kryzysu migracyjnego Rada podjęła słuszne decyzje, m.in. o zawarciu umowy z Turcją oraz o zwiększeniu ochrony granic zewnętrznych UE. Wprowadzenie w życie tych postanowień zmniejszyło napływ nielegalnych imigrantów o 98 %. To wielki postęp w sprawie, która zachwiała UE i wciąż stanowi dla niej jedno z najtrudniejszych wyzwań.

Javi López (S&D), *por escrito*. – En las últimas conclusiones del Consejo Europeo la semana pasada, los términos «controles» y «retornos» aparecen hasta catorce veces. En cambio, «prevenir» aparece sólo dos veces. Es cierto que hay que ordenar la llegada de los inmigrantes, pero es su salida la que hay que prevenir. Con ese objetivo, la Unión debe ser capaz de ejercer un mayor control en las zonas de origen y representar el verdadero actor global que es mediante las inversiones en el exterior, una estrategia global y una capacidad efectiva en materia de seguridad y defensa. Se han dado pasos iniciales, reflejados en algunos acuerdos con países africanos. Sí, ese es el camino. Pero hay que ir más rápido y de manera más intensa. La Unión debe jugar un papel más importante en los territorios donde están teniendo lugar verdaderas barbaridades; como por ejemplo, en Alepo. Como un último apunte, me gustaría referirme a la lacra del

desempleo juvenil. No podemos olvidarlo. No podemos esperar más.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy a hosszan tartó tárgyalások az Európai Unió és Kanada között megkötendő kereskedelmi megállapodásról olyan eredményeket hoztak, amikből Európa kizárólag profitálni fog. Persze csak amennyiben mindenki az elfogadása mellett dönt. Bízom benne, hogy partereink még mindig egy egységes és megbízható tárgyalófélként tekintenek ránk. Nem szerencsés, hogy 7 évnyi tárgyalás után egy regionális parlament miatt váljunk gyengébbé. Most az a legfontosabb, hogy külpolitikánk érdekében mielőbb visszaszerezzük a hitelességünket, mert a rossz hírnév akár jövőbeli partnerek elrettentésével is járhat. Szeretném még egyszer hangsúlyozni, hogy a megállapodás tartamával elégedett vagyok és nagyon örültem, amikor ma meghallottam, hogy Belgiumnak is sikerült egységet teremtenie a parlamentjei között.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Vabakaubanduslepingu sõlmimine Kanadaga on kasulik nii ELile kui ka Kanadale, sest avab uusi võimalusi ja turge ettevõtjatele, kaotab suurema osa maksutariife ning annab ELi ettevõtjatele ligipääsu Kanada riigihangetele. Leping lihtsustab ja muudab läbipaistvamaks tolliprotseduure, mis on äärmiselt kasulik eelkõige väikeettevõtjatele. Leping näeb ette ka tagatisi tarbijate, töötajate õiguste, keskkonna- ja tervisekaitseks ning ka koostööd nende edendamiseks kolmandates riikides.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europska se unija ove godine suočava s velikim izazovima koji će izravno utjecati na budućnost svih nas. Izlazak Ujedinjene Kraljevine iz Unije, europski instrumenti za trgovinu i obranu, migracijski izazovi, odnosi EU-a i Rusije, gospodarski i trgovinski sporazum između EU-a i Kanade samo su neke od tema o kojima su nas na posljednjoj sjednici Europskog parlamenta u Strasbourgu izvijestili predsjednik Europskog vijeća Donald Tusk i predsjednik Komisije Jean-Claude Juncker.

Slažem se sa stavom europskih vođa da odnosi s UK-om moraju ostati izrazito bliski, ali i da prava koja se pruže Britaniji moraju biti u skladu s obavezama koje će ona preuzeti. Ohrabrujuća je važnost koja je na posljednjem summitu dana podrška zaustavljanju sukoba u Siriji. Smatram kako je potrebno snažnije vanjskopolitičko djelovanje EU-a, pogotovo na zaštiti kršćana koji su posebno izloženi progonima i ubijanjima. Naravno, raduje me i postignuti napredak po pitanju migracije i najave učvršćivanja sporazuma s Turskom što bi trebalo dovesti do daljnjeg pada broja migranata koji prolaze takozvanom „Balkanskom rutom".

Rasprava koja se u srijedu razvila između Parlamenta te predsjednika Vijeća i Komisije pokazuje snažnu želju glavnih institucija EU-a za nalaženje brzih i kvalitetnih rješenja te podržavam stav o važnosti zaustavljanja nepotrebnih prepiranja oko dobrih prijedloga Parlamenta.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Senhor Tusk e Senhor Juncker, o que está a acontecer com o CETA mostra que a cidadania europeia está a assumir as responsabilidades que vos corresponderiam, isto é, defender a democracia e a soberania dos povos frente aos interesses e ao poder das multinacionais. E, embora hoje consigam desbloquear a assinatura do acordo, como apenas afirmou, deveriam ter em conta que a cidadania não quer este acordo de nova geração que converte os governos e os parlamentos que nós escolhemos em marionetas das multinacionais.

Não queremos um acordo que hipoteque o nosso futuro, que elimine o princípio da precaução, que converta direitos inscritos na Declaração Universal dos Direitos do Homem, como a saúde e a educação, em mercadoria acessível somente para quem pode pagar.

Não prolonguem desnecessariamente isto. Escutem a população, deixem de pressionar os governos, como o valão, que respondem aos interesses da população. Ponham fim às negociações do CETA.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Wejście w życie rozporządzenia w sprawie Europejskiej Straży Granicznej i Przybrzeżnej, współpraca z państwami afrykańskimi, wsparcie dla Libanu i Jordanii, jak również wdrażanie porozumienia z Turcją to kolejne kroki w kierunku przejęcia kontroli nad nielegalną imigracją oraz napływem uchodźców do UE. Według Międzynarodowej Organizacji ds. Migracji w roku 2016 przybyło do granic UE 340 tysięcy migrantów. To relatywnie znacznie mniej niż w latach poprzednich, ale nadal, obiektywnie, bardzo dużo! Dlatego należy mieć świadomość, że daleka droga jeszcze przed nami, by uzgadniane dziś systemy weszły w życie i spełniły swoją rolę. Jesteśmy jednak na dobrej drodze. Z niepokojem przyjąłem informacje dotyczące opóźnienia przyjęcia umowy handlowej z Kanadą (CETA). Unia Europejska jest dowodem na pozytywny efekt zrównoważonej, ale przede wszystkim otwartej polityki handlowej. Konsumenci na tym korzystają. Nie powinniśmy więc ulegać przesadnym uproszczeniom i półprawdom wypowiadanym przez przeciwników tej umowy. Jej przyjęcie leży w naszym – wspólnotowym – interesie. Dlatego mam nadzieję na jak najszybsze przezwyciężenie impasu w kwestii wyrażenia zgody na przyjęcie CETA.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

5. Abstimmungsstunde

Presidente. – L'ordine del giorno reca il turno di votazioni.

(Per i risultati delle votazioni e altri dettagli che le riguardano: vedasi processo verbale)

5.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (Abstimmung)

Prima della votazione:

Jens Geier, *Berichterstatter.* – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss Ihre Geduld noch für zwei Minuten in Anspruch nehmen, bevor wir zu den Abstimmungen kommen, weil ich als Berichterstatter für den Kommissionshaushalt 2017 eine kurze Erklärung für dieses Haus verlesen möchte und Sie noch auf drei technische Änderungen aufmerksam machen muss.

Die Kommission hat am 17. Oktober dieses Jahres ein Berichtigungsschreiben verabschiedet. Zusätzlich zur traditionellen Aktualisierung des für Agrarausgaben und Fischerei veranschlagten Bedarfs beinhaltet dieses Berichtigungsschreiben wesentliche Elemente der Halbzeitrevision des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020. Dieses Berichtigungsschreiben zeugt von der grundsätzlichen Vernetzung zwischen Haushalt 2017 und der Revision des mehrjährigen Finanzrahmens. Das Europäische Parlament erwartet vom Rat, dass er spätestens zu Beginn der Konziliation zu diesem Berichtigungsschreiben sprachfähig ist. Das Europäische Parlament ist entschlossen, das Verfahren zum Haushalt 2017 und die Revision des mehrjährigen Finanzrahmens bis Jahresende zu beschließen. Dazu bedarf es einer einheitlichen Verhandlung. Das Europäische Parlament erwartet diesbezüglich ein Entgegenkommen des Rates.

Dann möchte ich Sie auf drei kurze technische Änderungen aufmerksam machen, die aufgrund der Komplexität des Vorgangs in dem Abstimmungspaket etwas fehlerhaft ausgewiesen sind.

Zeile 15 04 77 12 „Vorbereitende Maßnahme — Europa für Festivals, Festivals für Europa (EFFE)" (AM 529): Wir müssen die Zahlungen anpassen auf EUR 175 000.

Zeile 09 05 77 10 „Pilotprojekt — Rahmen für bewährte Verfahren bei der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet" (AM 1573): Die Haushaltszeile muss korrigiert werden auf 09 04 77 10.

Zeile 33 02 77 19 „Pilotprojekt – Aufsicht und Betreuung für radikalisierungsgefährdete Jugendliche im Rahmen von Sportprojekten" (AM 1611): Die Haushaltszeile muss korrigiert werden auf 15 02 77 19.

Indrek Tarand, *rapporteur.* – Mr President, I know fist fights are more emotional than the dull numbers of a budget, but indeed we need more of the latter than the former. And I know I'm at terrible risk of sounding like Sir Humphrey Appleby from the 'Yes, Minister' series, but I have to make a technical amendment.

The text originally read 'including one permanent AD 12 post'. Now we want to have 'including one temporary AD 12 post', for the Director of the Authority for European Political Parties and European Political Foundations. The Estonian wisdom goes that nothing can be more permanent than a temporary position.

I would also like to reach a compromise regarding changes to Parliament's establishment plan to enable Members of this Chamber to vote really separately on the proposed increases in posts for political groups. I therefore propose to vote on Amendment 1556 in two parts, the first part to be the text as a whole without 'plus 76 posts' for political groups and the second part only the words 'plus 76 posts'. I think if we can do that, Mr. President, we will send a good message to European citizens.

(Laughter)

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, in the papers, the correction, the budget line is 15 02 77 19 but I have in the Polish translation 77 20 not 19. What is the correct number?

Jens Geier, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Mir ist natürlich nichts lieber, als dem Kollegen Korwin-Mikke bei seiner Abstimmungsliste zu helfen. Ich lese das natürlich also nochmal gerne vor:

Haushaltszeile 09 05 77 10 „Pilotprojekt – Rahmen für bewährte Verfahren bei der Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet" (AM 1573): Die Haushaltszeile muss korrigiert werden auf 09 04 77 10.

Haushaltszeile 33 02 77 19 „Pilotprojekt – Aufsicht und Betreuung für radikalisierungsgefährdete Jugendliche im Rahmen von Sportprojekten" (AM 1611): Die Haushaltszeile muss korrigiert werden auf 15 02 77 19.

Das sind die Unterlagen, die ich vom Sekretariat erhalten habe. Etwas anderes kann ich hier leider zum Gelingen der Abstimmung nicht mehr beitragen.

Presidente. – Abbiamo tre modifiche tecniche proposte dall'onorevole Geier, una proposta tecnica da parte dell'onorevole Tarand, che ha proposto anche uno *split vote*; ma lei onorevole Tarand, è esperto, sa benissimo che questo tipo di procedure ha dei tempi di presentazione, in questo caso lei questa richiesta doveva presentarla entro le ore 12.00 di lunedì. E quindi naturalmente questa proposta non può essere accolta. Però metto in votazione le modifiche tecniche che sono state presentate all'aula dai nostri relatori.

(Il Parlamento approva le modifiche proposte)

— Prima della votazione sull'emendamento 341:

Marc Tarabella (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sappiamo che lei è molto cortese, però possiamo perché il voto è molto lungo oggi, dire non per alzata di mano, perché lo sappiamo e vi prometto di scambio che alzeremo le mani lo stesso.

— Dopo la votazione:

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members of the European Parliament, the European Parliament has just adopted amendments to the Council's position on the draft budget for the financial year 2017. I take note of the differences in the positions of our two institutions concerning the draft budget for 2017 presented by the Commission. Consequently, in my capacity of President of the Council, I agree that the President of the European Parliament convenes the Conciliation Committee as required in Article 314(4)(c) of the Treaty on the Functioning of the European Union.

Presidente. – Naturalmente prendiamo atto delle sue dichiarazioni.

5.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (A8-0287/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand) (Abstimmung)

5.3. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (B8-1173/2016) (Abstimmung)

5.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals (A8-0314/2016 - Victor Negrescu) (Abstimmung)

5.5. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (A8-0269/2016 - Dita Charanzová) (Abstimmung)

5.6. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (A8-0293/2016 - Anthea McIntyre) (Abstimmung)

5.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (A8-0309/2016 - Alfred Sant) (Abstimmung)

5.8. Transfette (B8-1115/2016) (Abstimmung)

Presidente. – Con questo si conclude il turno di votazioni.

6. Stimmerklärungen

6.1. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne

Dichiarazioni di voto scritte

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El voto del presupuesto permite que el plenario se exprese tan sólo respecto a unas pocas líneas, dejando la definición y ejecución de la mayor parte de los fondos en manos de la Comisión y los Estados miembros. Con mi voto, he buscado asegurar ingresos adecuados a los campesinos europeos, mejorar la eficiencia en el uso de los fondos que hace el Parlamento, reforzar las partidas destinadas a la cohesión social y regional y la eficiencia ambiental, oponerme a los recortes previstos para financiar los programas especulativos del Plan Juncker y bloquear algunos aspectos de la agresiva política exterior de la Unión, especialmente hacia Rusia.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de budget 2017 qui entérine d'ores et déjà les hausses budgétaires prévues dans la révision, notamment sur le programme pour l'emploi des jeunes, la recherche ou la crise laitière.

Cependant nous ne voterons pas le budget sans révision du cadre financier pluriannuel (CPF). Nous demandons que les négociations portent également sur les prochaines perspectives financières pour en finir avec la pénurie structurelle qu'engendre le déséquilibre croissant entre la faiblesse des ressources propres et les contributions nationales.

Le Parlement est prêt aux négociations avec le Conseil, et déterminé à éviter la crise budgétaire qui menace l'Union. Nous attendons que le Conseil se dote rapidement d'une proposition sur la révision du CFP pour démarrer la discussion. La balle est du côté des Etats membres!

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les principaux problèmes budgétaires soulevés dans les amendements à ce projet sont multiples. Toutefois, ils sont principalement liés à la crise migratoire sans précédent qui frappe l'UE. Si la crise des paiements (liées aux factures impayées et au reste à liquider) qui était apparue au début de l'exécution du cadre financier pluriannel 2014-2020 semble se résorber depuis l'exécution du budget 2016, le budget se retrouve aujourd'hui étiré en puisant dans les nouveaux instruments de flexibilité pour financer l'afflux de migrants, en dépassant le plafond de la rubrique 3 (sécurité et citoyenneté) du CFP, ou en derniers recours, la marge pour imprévus (1,2 milliard d'euros) pour redistribuer les crédits entre les rubriques. Ceci s'ajoute aux 200 millions d'euros mobilisés à travers le fonds d'aide d'urgence voté cette année. Au total, la contribution prévue de la France devrait s'élever à 18,5 milliards d'euros pour 2017. Notons enfin que la révision du cadre financier pluriannuel à mi-parcours sera l'occasion pour les européistes de pousser à un impôt européen. Aussi ai-je voté contre la plupart des amendements proposés au vote des députés.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – We voted against the final resolution because we cannot support an increase in the budget of the European Union, especially considering that the British people have already voted to Leave and expect to stop paying money to the EU altogether.

Our Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, and we voted in favour of these as well as in favour of cost-saving measures proposed by others. Most of our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

We voted against any measures which would add to the European Union budget, because it would be completely contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would duplicate funding streams which already exist directly from the UK government to the British people.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Le budget 2017 est la première tranche d'un cadre révisé. De fait, le projet de budget articulé par la Commission n'a de chance de tenir que si la révision du cadre financier pluriannuel est actée. Il faut désormais se tourner vers le Conseil qui, malheureusement, peine à apporter une réponse d'ensemble aux problématiques budgétaires. En ces temps de crise, il est donc nécessaire de coordonner les positions entre le Parlement Européen et le Conseil. C'en ce sens que j'ai voté en faveur de ce texte.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2017 m. biudžete reikia užtikrinti ilgalaikių prioritetų ir naujų iššūkių pusiausvyrą. Todėl pritariu, kad 2017 m. biudžetas turi atitikti strategijos „Europa 2020“ tikslus, kurie yra jo pagrindinis orientyras ir svarbiausias prioritetas bei, žinoma, skirti papildomą finansavimą Jaunimo užimtumo garantijoms.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento propone su propuesta de presupuesto para 2017 para negociar en el proceso de trílogo. Su propuesta, aun recortando menos que el Consejo o la Comisión, sigue comportando una reducción de la partida global, en torno a un 5 % respecto al año anterior. La primera *voting list* de *figures* y *remarks* incluye numerosas enmiendas sin voto final.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto de la Unión en esta primera lectura del Parlamento que servirá de base para negociación con el Consejo. He votado en contra de la creación de 76 nuevos puestos en los grupos políticos, así como a favor de la reducción de la asignación parlamentaria para los viajes de los diputados y de la reducción de la asignación para asistentes y la remuneración de los diputados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la plupart des amendements déposés par les parlementaires sur le projet de budget général de l'Union européenne pour 2017, bien que je salue quelques amendements déposés comme le rétablissement des montants du Fonds européen agricole de garantie, ce qui sera salutaire en cette période de crise endémique pour notre secteur agricole.

J'en profite pour marquer mon opposition au projet du Conseil qui axe toutes ses augmentations (+ 7 % pour les crédits de paiement) sur la gestion de la crise migratoire, catastrophe humanitaire, sociale et économique que l'UE a largement contribué à aggraver. Il est scandaleux que ce projet réduise ainsi la marge disponible sous le plafond de la rubrique 2 (qui concerne notamment la PAC) afin de financer les dépenses en faveur des migrants. À ce sujet d'ailleurs, après deux augmentations consécutives en 2015 et 2016, 5,2 milliards d'euros seront alloués à la gestion de cette «crise» en 2017.

Enfin, comment soutenir l'augmentation du budget pour la rubrique 3 «citoyenneté et sécurité», alors même que l'UE fait pression depuis des années sur les États membres pour que ceux-ci désintègrent leur propre budget défense?

Une manœuvre fédéraliste inacceptable.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerando che poco è stato fatto per ridurre i costi delle istituzioni europee; che l'UE chiede sempre più sacrifici agli Stati, nonostante la gravosa crisi economica in atto; che i nostri amministratori locali faticano a garantire ai cittadini buoni servizi date le scarsissime risorse a loro disposizione; non condivido quanto contenuto del progetto di bilancio generale per l'esercizio 2017.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till budgeten.

Budgeten är alltför stor och omfattande. Det borde ske omfattande nedskärningar.

Jordbrukspolitiken är bara ett exempel. Den resulterar i överproduktion och negativa effekter för miljön, klimatet och djurhållningen. Ett annat exempel är de oöverskådliga regional- och strukturfonderna, där det pågår omfattande bedrägerier, vilket kommissionen själv bekräftat.

Jag motsätter mig satsningarna på det fortsatta byggandet av Fästning Europa, vilket tvingar människor på flykt från krig och förtryck, att riskera sina liv för att ta sig till en fristad. Detta och initiativen för en ökad militarisering av EU är helt fel väg för en union som hävdar att den försvarar mänskliga rättigheter och är ett fredsprojekt.

Rent principiellt, som anti-federalist, anser jag dessutom att medlemsländerna som betalar EU:s budget borde ha full beslutanderätt över unionens utgifter. Det är skattebetalarna i medlemsländerna som betalar och därför är det deras direkt folkvalda i respektive land som ska ha makten.

Detta är några av de skäl som gör att jag väljer att rösta nej till budgeten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o nacrtu općeg proračuna Europske unije za 2017. godinu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de se prononcer sur l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2017, soumis par le Conseil mais rejetés par la commission du budget. Les propositions du Conseil visaient principalement à augmenter de 0,9 % les crédits d'engagements et de 7 % les crédits de paiement par rapport à 2016. Ces fonds supplémentaires sont notamment censés financer l'accueil des migrants clandestins dans les États membres de l'Union.

À l'heure où les peuples européens subissent le chômage de masse et la précarité, il est ahurissant de voir l'Union européenne se préoccuper en priorité du confort des migrants clandestins. Cette proposition révèle ô combien les technocrates bruxellois sont déconnectés du quotidien de nos concitoyens. Concernant le volet de la croissance économique, ce projet décerne un satisfecit au plan d'investissement Juncker dont l'inefficacité n'est pourtant plus à démontrer au regard du faible montant de capitaux privés qu'il est parvenu à drainer. Il n'y avait pas de vote final.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This vote was regarding the mandate for the EP to negotiate with the Council. While I agreed with a number of aspects of the report, I disagreed with a number of the priorities outlined, which is why I abstained in the final vote.

I supported the inclusion of certain elements into the mandate, especially Sinn Fein's amendment, which was adopted into Paragraph 4, and which called for ensuring support for the North in the wake of Brexit. This encompasses retaining programs such as PEACE.

While the EP position restores all the cuts made by the Council, it falls short on the cuts which had already been introduced by the Commission.

The best reflection of this is reducing cohesion funding in favour of a militarised 'fortress Europe'.

The larger and wealthier Member States, who have been cheerleaders of neoliberal policies and champions of austerity, have played a significant role in the negative implications for social and regional programmes.

This entails Member States, local authorities, institutions and civil society stakeholders being held hostage by 'market logic' and the systematic transfer of funds from existing EU programs and the erosion of public investment.

I could not fully oppose the report as voting against consequently meant supporting the Council's position, which is socially regressive, so I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of tax-payers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato oggi sul progetto del bilancio 2017. Su tutti gli emendamenti proposti, evidenzio che abbiamo votato a favore della soppressione delle spese che riguardano la comunicazione sull'euro, dell'aumento dei fondi per l'individuazione tempestiva degli organismi nocivi per le piante e la loro eradicazione, nonché del supporto alle vittime di disastri naturali in Italia.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται στις νέες θέσεις εργασίας, στους νέους ανθρώπους, στις δράσεις εκείνες που έχουν να κάνουν με την έρευνα, με την καινοτομία, που πραγματικά φέρνουν την Ευρώπη πιο μπροστά. Θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται σε μια πιο κοινωνική και πιο ανθρώπινη Ευρώπη. Θέλουμε επίσης να υπάρξει μια πραγματική εκστρατεία και μια δυνατή προσπάθεια για να καταργήσουμε τη γραφειοκρατία. Η γραφειοκρατία αυτή τη στιγμή πλήττει και τον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά πλήττει ιδιαίτερα τους πολίτες, τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και το ίδιο το σύστημα. Χάνονται πάρα πολλά εκατομμύρια στον βωμό της γραφειοκρατίας, όπως χάνονται και οι ελπίδες και τα όνειρα πολλών ανθρώπων. Στηρίζω επίσης την έκθεση του προϋπολογισμού, γιατί ανταποκρίνεται στις ελπίδες και στα όνειρα, ιδιαίτερα των νέων ανθρώπων, γιατί υπήρξε αύξηση για την απασχόληση των νέων, για τις δράσεις των νέων, για το Erasmus+, και για όλα αυτά που πραγματικά δίνουν ώθηση σε έναν προϋπολογισμό ανάπτυξης και απασχόλησης, σε έναν προϋπολογισμό για την κοινωνική και την ανθρώπινη Ευρώπη.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il voto sul bilancio è stato lungo e complesso. Ho votato a favore del progetto, ma districarsi tra tutti gli emendamenti non è stato facile. Benché non esista atto più politico di questo, il documento rappresenta il trionfo dei tecnicismi e dell'eurocrazia: contrariamente ai bilanci dei singoli Stati membri o delle aziende, si assiste infatti ad una spesa che non può andare in deficit e ad entrate che non dipendono necessariamente dalle politiche effettuate (visto che il grosso deriva dai contributi degli Stati membri).

Resto tuttavia orgoglioso di vedere che l'UE redistribuisce agli Stati il 95 % di ciò che riceve, e che comunque il contributo nazionale è dell'1 % circa del PIL – laddove la tassazione si situa fra il 45 e il 55 %. La mia sfida resta sempre la stessa: fare sì che l'Italia impari a tagliare la sua fetta di torta e a prendersela, affinché questo contributo non vada sempre e solo a vantaggio degli altri.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Orçamento de 2017 deve responder às necessidades ligadas aos desafios das migrações e ao abrandamento do crescimento na sequência da crise económica. É, pois, necessário reforçar o financiamento para os projetos de investigação e de infraestruturas, bem como o combate o desemprego jovem.

Apoio o aumento da dotação da iniciativa para o emprego dos jovens em 1 500 milhões de euros em dotações de autorização. Congratulo-me com a proposta da Comissão de um montante adicional de 1.8 mil milhões de euros para dar resposta ao desafio da migração na União. Concordo com a necessidade de se reforçar as dotações para a Europol, a Eu-lisa e a Enisa.

Aprovo a decisão do Parlamento de aumentar as dotações para o sector leiteiro em 600 milhões de euros, a fim de contrariar os efeitos da crise no sector dos lacticínios e do embargo russo ao sector do leite. Subscrevo a reposição de todos os montantes cortados no Mecanismo Interligar a Europa (investimentos destinados a melhorar as redes europeias dos transportes, da energia e da tecnologia digital) e no Horizonte 2020 (programa da UE para a investigação e a inovação), num total de 1 240 milhões de euros em autorizações.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio finanziario 2017 e credo che debba essere inquadrato in un contesto più ampio, che garantisca un corretto equilibrio tra le priorità a lungo termine e le nuove sfide.

Il bilancio per il 2017 deve soddisfare le esigenze poste dalle crisi migratorie ed è necessario che si rafforzi il finanziamento dei progetti nel campo della ricerca, delle infrastrutture, della sicurezza, nonché dei progetti per combattere la disoccupazione giovanile.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — El voto del presupuesto permite que el plenario se exprese tan sólo respecto a unas pocas líneas, dejando la definición y ejecución de la mayor parte de los fondos en manos de la Comisión y los Estados miembros. Con mi voto, he buscado asegurar ingresos adecuados a los campesinos europeos, mejorar la eficiencia en el uso de los fondos que hace el Parlamento, reforzar las partidas destinadas a la cohesión social y regional y la eficiencia ambiental, oponerme a los recortes previstos para financiar los programas especulativos del Plan Juncker y bloquear algunos aspectos de la agresiva política exterior de la Unión, especialmente hacia Rusia.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Bugetul alocat anului 2017 trebuie să fie în conformitate cu obiectivele stipulate în Strategia Europa 2020, dar și echilibrat între prioritățile pe termen lung și cele noi ce apar pe parcurs. Uniunea Europeană se confruntă cu o serie de urgențe majore, dar și de noi provocări. Obiectivele dezvoltării durabile nu trebuie să fie afectate. Doar prin crearea de noi locuri de muncă și prin sprijinirea dezvoltării întreprinderilor și a antreprenoriatului putem avea o creștere inteligentă, sustenabilă. Am votat pentru suplimentarea fondurilor proiectelor de cercetare și infrastructură, precum și a celor menite să combată rata șomajului în rândul tinerilor.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie projektu budżetu ogólnego Unii Europejskiej na 2017 r podjąłem decyzję, by zagłosować przeciw wielu poprawkom, z którymi się nie zgadzam. Moja grupa, czyli ECR, konsekwentnie stoi na stanowisku ograniczenia budżetu UE, w którym ta sama dyscyplina budżetowa stosowana do krajowych wydatków ma zastosowanie do wydatków UE. Tym bardziej, że przed UE stoi szereg nowych wyzwań, odkąd limity wydatków zostały uzgodnione w 2013 roku. Uważam, iż w obecnej sytuacji należy zwiększyć efektywność budżetu bez konieczności zwiększonych składek państw członkowskich.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This draft amending budget refers to new security needs identified by the EU institutions following the recent terror attacks. It proposes to reinforce the budget for security among other things in a number of institutions. As far as the European Parliament is concerned it aims to create 35 additional permanent posts for the recruitment of security agents. I voted in favour of this draft budget since it refers to an allocation that is required for the next financial year.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O PE propõe um montante de 161,8 mil milhões de euros em compromissos para promover o crescimento, o emprego e os investimentos em investigação ou infraestrutura como ferramentas para criar mais postos de trabalho na Europa. Ao mesmo tempo, este orçamento irá abordar os atuais desafios migratórios e de segurança enfrentados pela UE. Independentemente dos novos desafios que hoje enfrentamos na Europa, este orçamento aposta no emprego e no crescimento. Os novos desafios devem ser abordados com mais meios, não através de cortes tal como o proposto pelo Conselho da UE no valor de1,32 mil milhões euros.

Este orçamento da UE para 2017 deve contribuir para recuperar o enorme atraso na execução dos fundos e dos programas do atual QFP. Só em 2016, são 7,3 mil milhões de euros que não foram executados e que vão ser devolvidos aos Estados-Membros. A UE precisa de crescimento económico e de reforçar a sua competitividade. Para 2017, precisamos de mais flexibilidade e menos burocracia, no sentido de uma rápida implementação dos compromissos assumidos para com os cidadãos.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais uma vez, o orçamento da UE não responde aos profundos e persistentes problemas com que a UE e os seus Estados-Membros estão confrontados. O PCP apresentou mais de 100 propostas de alteração ao documento. A imensa maioria foi rejeitada, também com o voto de deputados portugueses de outros partidos.

Destacamos algumas das áreas cobertas pelas propostas que apresentámos: aumento nas linhas para as «restituições para a carne de suíno»; defesa e conservação das áreas consideradas como zonas especiais de conservação, propondo a criação de uma nova linha orçamental para apoio à gestão das áreas integradas na Rede Natura 2000; apoio às pescas; aumento da verba para os funcionários dos serviços linguísticos do PE; criação de programas de apoio aos países intervencionados pela troica e aos países que queriam voluntariamente sair do euro (estes últimos devem prever as devidas compensações pela entrada e permanência na moeda única).

As nove propostas de alteração do PCP, que foram incluídas na proposta final submetida a votação, reforçavam as rubricas de apoio à coesão social e às atividades produtivas. Sendo no seu conjunto propostas de grande relevância para Portugal, salientamos que PS, PSD e CDS votaram contra a sua esmagadora maioria, facto que deploramos.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ο εν λόγω προϋπολογισμός σχεδιάζει την εφαρμογή αποτυχημένων πολιτικών, όπως είναι το σχέδιο Γιουνκέρ, η βίαιη μετεγκατάσταση και αφομοίωση των προσφύγων από χώρες της Ένωσης, η υποταγή στους εκβιασμούς της Τουρκίας και η χρηματοδότησή της ώστε να πνίγει ανθρώπινες ψυχές στο Αιγαίο προωθώντας τζιχαντιστές στο ευρωπαϊκό έδαφος, η αναγνώριση των κατοχικών δυνάμεων της Κύπρου ως Τουρκοκυπριακή κοινότητα και οι προσλήψεις προσωπικού επ' ωφελεία των πολιτικών ομάδων αυτού εδώ του Κοινοβουλίου, ενώ ταυτόχρονα επιβάλλει οριζόντια μείωση 5% στο υπόλοιπο προσωπικό. Ο προϋπολογισμός της Ένωσης πρέπει να λαμβάνει υπόψη του τις τρέχουσες προκλήσεις και απειλές και να στοχεύει στην αντιμετώπισή τους. Ταυτόχρονα, να προάγει πολιτικές που οδηγούν στην αξιοπρεπή εργασία, τη βιώσιμη ανάπτυξη και την εξασφάλιση ισορροπιών μεταξύ των οικονομικά εύρωστων και των αντίστοιχων ασθενών οικονομιών των κρατών μελών. Κύριο δε μέλημά του, πρέπει να είναι η ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω όλα τα τμήματα του σχεδίου γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Budgets Committee reversed all Council's cuts in commitment appropriations by restoring the Commission's Draft Budget (EC- DB) for 2017.

Furthermore considerable increases over the Commission's Draft Budget on specific topics of political interest have been voted, mostly to fully compensate the cuts from the agreement on the European Fund for Strategic Investments (EFSI), as well as to ensure additional resources needed for the internal and external dimension of the refugee crisis, and for financing the Youth Employment Initiative.

We must ask for a further use of the existing flexibility instruments under the current MFF and making reference to the revision of the MFF, in order to make the EP's priorities clear.

I welcome the fact that, in order to keep the political lead on the fight against youth unemployment, the Youth Employment Initiative will be increased by EUR 1.5 billion. Also the Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD) has been increased by EUR 4 million.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ringrazio i colleghi della commissione bilancio per il prezioso lavoro di sintesi tra le diverse priorità espresse dalle commissioni parlamentari per l'anno finanziario 2017. Sottolineo un punto politico in particolare che mi preme far emergere: il voto del bilancio quest'anno cade anche in concomitanza con la riapertura del negoziato sul quadro finanziario pluriennale fino al 2020. La posizione votata dalla commissione bilancio inserisce alcuni punti (ad esempio un uso più forte degli strumenti finanziari di flessibilità) che saranno prioritari per il Parlamento nella discussione interistituzionale dei prossimi mesi, sostengo con forza pertanto la posizione espressa oggi dall'Aula.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Aus Verantwortung vor den Steuerzahlern habe ich gegen den Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 gestimmt. Er schöpft noch lange nicht alle Sparpotentiale aus oder setzt schlichtweg falsche Akzente. Europa muss auch in Haushaltsfragen noch besser und verantwortungsbewusster werden, damit ich das reinen Gewissens mittragen kann.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich stimme dem Haushaltsplan der Europäischen Union für 2017 in allen seinen Einzelplänen zu.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento propone su propuesta de presupuesto para 2017 para negociar en el proceso de trílogo. Su propuesta, aun recortando menos que el Consejo o la Comisión, sigue comportando una reducción de la partida global, en torno a un 5 % respecto al año anterior. La primera *voting list* de *figures* y *remarks* incluye numerosas enmiendas sin voto final.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted today to oppose an increase in the EU budget for 2017 — we believe the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines. We remain committed to the principle of prioritising the jobs and economic growth agenda whether inside or outside of the European Union and hope to continue close cooperation with our neighbours as a means of protecting the UK economy.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater valde att avstå i omröstningen om paketuppgörelserna för rubrik 1-5 (block 1-6), samt i omröstningen om de båda betänkandena om EU:s budget 2017 (del 1 & del 2).

Flera poster i parlamentets budget har hög prioritet. Här finns välfungerande verksamheter med tydliga europeiska mervärden. Investeringarna i forskning inom Horisont 2020 och infrastruktur inom Fonden för ett sammanlänkat Europa hör till det bästa som görs i EU-samarbetet. Den generella inriktningen bör vara att dessa program drabbas så lite som möjligt till följd av etableringen av investeringsfonden Efsi.

Vi ser gärna betydande satsningar på ett flertal program som budgetutskottet – och nu hela parlamentet – förespråkar. Som huvudregel anser vi emellertid att de satsningar som genomförs ska kompenseras genom lämpliga besparingar i lågprioriterade delar av EU:s budget.

Eftersom enskilda anslag i budgetprocessen generellt inte har prövats mot varandra i syfte att omdisponera medel till prioriterade områden bidrar detta till att parlamentet hamnar långt ovanför MFF-taken för budgeten som helhet. Följaktligen kan vi inte ställa oss bakom parlamentets förslag till budget.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόρριψη του προϋπολογισμού παραμένει για μας μια πολιτική πράξη ενάντια στη φιλοσοφία του προϋπολογισμού και της λιτότητας. Παρ' όλα τα θετικά του στοιχεία, οι αυξήσεις που γίνονται κινούνται και πάλι προς την κατεύθυνση της τόνωσης της ανταγωνιστικότητας και της εμβάθυνσης της στρατιωτικοποίησης. Το επιχείρημα πως πρέπει να στηρίξουμε τον προϋπολογισμό γιατί έτσι στηρίζουμε το Κοινοβούλιο δεν μας βρίσκει σύμφωνους, αφού ούτε αυτό αντιτίθεται στη λιτότητα. Τα κονδύλια τα οποία αυξάνει δεν αλλάζουν τη φιλοσοφία της πολιτικής της λιτότητας και των μνημονίων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the general budget for the financial year 2017. The budget succeeded in securing necessary financing in priority areas. EUR 600 million more was allocated for agriculture and in compensation for the embargo on Russia, while EUR 400 million more was given for Horizon 2020 for scientists and innovators as well as EUR 200 million more was allocated for COSME (EU programme for the Competitiveness of Enterprises and Small and Medium-sized Enterprises) in support of small and medium-sized businesses. I was particularly pleased that EUR 1.5 billion more was set aside for dealing with youth unemployment.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Vorschlag für den EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Punkten, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diesen Haushaltsvorschlag ablehne.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport privind asigurarea echilibrului între prioritățile pe termen lung și viitoarele provocări și, de asemenea, atingerea obiectivelor stabilite în conformitate cu Strategia Europa 2020.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt općeg proračuna Europske unije za 2017. - svi dijelovi, jer držim da proračun mora biti fleksibilan, u skladu s izazovima s kojima se EU trenutno suočava, te da treba poštivati smjernice glavnih EU politika. Europskoj uniji potreban je snažniji rast i više radnih mjesta, a da se takvo što ostvari nužno je osigurati potrebna financijska i druga sredstva. S druge strane, kohezijska politika predstavlja glavnu investicijsku politiku EU-a te se stoga ista ne smije dovoditi u pitanje.

Sigurnosni i građanski izazovi predstavljaju ključni problem s kojim se EU trenutno suočava, te u skladu s tim podržavam dodatna sredstva koja su za to namijenjena. Unija treba svakako ojačati svoje vanjsko djelovanje kako bi bila u stanju nositi se i predstavljati interese svojih građana na globalnoj razini. Smatram da proračun za 2017. godinu sadrži realne aspekte potreba koje su pred nama, te ga stoga podupirem.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le budget 2016 de l'Union européenne, bien qu'ayant permis de réduire les effets de la crise des paiements, souffre aujourd'hui d'une trop forte sollicitation en vue de financer l'arrivée massive de migrants. Cela conduit la France à devoir débourser la trop forte somme de 18,5 milliards d'euros pour l'année 2017, à titre de cotisation. On sent poindre à l'horizon la menace de la création d'un impôt européen, souhait des européistes.

J'ai donc voté contre.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Καλωσορίζουμε την επικύρωση του γενικού προϋπολογισμού της ΕΕ. Ωστόσο, δεν μπορούμε σε καμία περίπτωση να θεωρήσουμε ότι ο προϋπολογισμός της Ένωσης επαρκεί για να ανταποκριθεί στις μεγάλες προκλήσεις που αντιμετωπίζουμε. Η οικονομική ικανότητα της Ένωσης περνά μέσα από τον προϋπολογισμό της και δεν μπορεί ένας Οργανισμός, όπως η ΕΕ, να λειτουργεί ως πολιτικός νάνος εξαιτίας του δυσανάλογα μικρού προϋπολογισμού του.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 stellt zwar fest, dass angesichts knapper Ressourcen stärker auf die Einhaltung der Haushaltsdisziplin geachtet und Gelder effizient und effektiv verwendet werden sollen, spricht sich jedoch deutlich gegen mögliche Kürzungen aus. In Summe will das Europäische Parlament eine weitere Aufstockung des EU-Budgets erwirken. Dies ist nicht nur aus prinzipiellen Überlegungen, sondern auch angesichts immer knapperer Haushaltsbudgets und Defizite in den Mitgliedstaaten abzulehnen. Aus diesen Gründen hätte ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted today to oppose an increase in the EU budget for 2017 — we believe the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines. We remain committed to the principle of prioritising the jobs and economic growth agenda whether inside or outside of the European Union and hope to continue close cooperation with our neighbours as a means of protecting the UK economy.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Når der fortsat spares i Europa, skal EU selvsagt ikke undtages herfor. Derfor skæres der, som i de foregående år, fortsat ned på ansatte og på administrative omkostninger over en bred kam. Denne tilgang støtter vi og fastholder, at EU-budgettet ikke skal stige, men at der bør prioriteres bedre.

Derfor kan vi ikke stemme for budgetforslaget, som indebærer en væsentlig forøgelse af EU's budgetramme og indeholder en række ikke-finansierede tiltag. Ligeledes mener vi ikke, at der er behov for yderligere støtte til hverken fonde, partier eller grupperne i Europa-Parlamentet, men støtter, at der føres tæt kontrol med og revision af disse midler.

Vi fastholder vores krav om mere gennemsigtige regler for revision af midler, der stilles til rådighed for medlemmerne, og understreger, at der skal gælde ens, klare og effektive regler.

Slutteligt understreger vi, at medlemmer og ansatte altid bør rejse på den samlet set billigst mulige måde. For MEP'erne er dette typisk de billigste flexbilletter af hensyn til skiftende mødekalendere. Vi støtter internaliseringen af kørselsordningen, fordi det vil sikre ordnede arbejdsforhold for de chauffører der er tilknyttet, men fastholder, at det samlet set skal være udgiftsneutralt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Vorschlag für den EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Punkten, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich den Vorschlag ablehne.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям позицията на Европейския парламент по проекта за общ бюджет на Европейския съюз за финансовата 2017 година. Смятам, че миграцията, слабият икономически растеж след икономическата криза и младежката безработица са важни аспекти, които трябва да намерят отражение в него.

Бюджетът трябва да бъде съобразен с политическите приоритети на ЕС, за да може ефективно да се отговори на извънредните ситуации и новите предизвикателства.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Comme une large majorité de mes collègues, j'ai approuvé ce projet de budget de l'Union européenne pour 2017. Notre assemblée a adopté une vision plus ambitieuse et plus volontaire que celle remise initialement par la Commission européenne en augmentant les fonds pour l'emploi, la jeunesse et également ceux destinés à aider les pays tiers à faire face à la crise migratoire (aide au développement notamment). À titre d'exemple, ce sont 15 millions d'euros supplémentaires qui ont été alloués à Erasmus +.

Cependant, je me suis fermement opposée à la décision d'internalisation du service des chauffeurs du Parlement, puisqu'il s'agit, ni plus ni moins, de l'éviction des personnels actuels, pourtant très compétents et professionnels. En effet, au-delà du coût supplémentaire que cela va engendrer (50 % en plus), il y a aussi la question des chauffeurs actuels: ceux de Strasbourg, par exemple, le faisaient souvent en complément de leur retraite. En outre, 80 % des anciens chauffeurs ne seront pas repris à cause d'un concours jugé trop dur.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le projet de budget général de l'Union européenne pour 2017, pour la raison évidente que je ne soutiens pas les politiques mises en œuvre par l'Union européenne.

Ce budget est résolument axé autour de la crise liée à l'afflux de migrants et à l'aspect sécuritaire qui en découle. Il met aussi l'accent sur l'objectif de croissance, une façon de s'approprier le bon rôle (en financement des investissements) tout en ordonnant aux États de se serrer la ceinture.

Concernant les migrants, il suit les budgets rectificatifs 2015 et 2016 adoptés: après 10,5 milliards d'euros en 2015 et 2016, 5,2 milliards pour 2017 sont alloués à la crise des migrants.

Concernant le volet croissance, ce projet décerne un satisfecit à la mise en œuvre du plan Juncker, qui n'a rien apporté qui débouche sur une mobilisation des fonds nécessaires en 2017 pour réaliser l'objectif fixé de 240 milliards d'investissements privés pour la fin de l'année.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2017 soumis par le Conseil qui avaient été rejetés par la commission BUDG les 28 et 29 septembre. Ce projet est résolument axé sur la crise migratoire et l'objectif de croissance. Sur ce dernier point, l'UE s'octroie le bon rôle, celui de l'investisseur quand dans le même temps elle asphyxie les budgets nationaux.

Sur le premier point, l'UE va plus loin et donne la possibilité d'opérer une redistribution des crédits entre rubriques (rendue possible par les instruments de flexibilité) en faveur de dépenses pour aider les migrants. Au total, la contribution prévue de la France devrait s'élever à 18,5 milliards d'euros pour 2017. Et un impôt européen est d'ores et déjà à l'étude.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De Europarlementsleden van de N-VA zijn grote voorstanders van uitgaven die een antwoord bieden op de migratie- en veiligheidscrisis, maar stellen vast dat hier in de begroting voor 2017 onvoldoende nadruk op ligt. Nog geen 9% van de EU-begroting zal in 2017 besteed worden aan maatregelen om het veiligheids- en asielbeleid te versterken. Daarom heeft de N-VA-delegatie ook voorstellen gedaan om de middelen voor Europol en Frontex, de Europese grens- en kustwacht, uit te breiden.

Verder hebben de Europarlementsleden van de N-VA heel wat bedenkingen bij de onnodige en geldverslindende zaken waar Europa wél op inzet, zoals het nieuwe Huis van de Europese geschiedenis, een eigen limousinedienst en de weigering van de traditionele fracties om te knippen in de onkosten- en reisvergoedingen voor de Parlementsleden.

In tijden waarin van de Europese burgers en de lidstaten serieuze inspanningen worden gevraagd, willen traditionele fracties het EU-budget in 2017 verhogen met meer dan vier miljard euro. Alvorens tot nieuwe uitgaven over te gaan, zou er eerst toch eens gekeken moeten worden op welke gebieden bespaard kan worden. Het is hoog tijd dat de EU zich concentreert op de beleidsvlakken waar ze een duidelijke meerwaarde heeft.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El voto del presupuesto permite que el plenario se exprese tan sólo respecto a unas pocas líneas, dejando la definición y ejecución de la mayor parte de los fondos en manos de la Comisión y los Estados miembros. Con mi voto, he buscado asegurar ingresos adecuados a los campesinos europeos, mejorar la eficiencia en el uso de los fondos que hace el Parlamento, reforzar las partidas destinadas a la cohesión social y regional y la eficiencia ambiental, oponerme a los recortes previstos para financiar los programas especulativos del Plan Juncker y bloquear algunos aspectos de la agresiva política exterior de la Unión, especialmente hacia Rusia.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Vorschlag für den EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Punkten, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diesen Haushaltsvorschlag ablehne.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Le Parlement souhaite négocier le budget 2017 de l'UE en lien étroit avec la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP) 2014-2020. Dans le cadre de sa stratégie visant à revoir à la hausse les plafonds du CFP, il propose, en conséquence d'apporter une part de ces fonds additionnels dès l'examen du budget de l'année prochaine.

Le Parlement milite pour une augmentation de 4,1 milliards d'euros en crédits d'engagement et une rallonge de 2 milliards d'euros en crédit de paiement, ce qui permettrait de renforcer les lignes budgétaires dans de nombreux domaines: jeunesse, croissance et emplois; recherche, innovation et interconnexion en Europe; soutien aux programmes clefs tels qu'Erasmus +; sécurité et migration; appui aux programmes de coopération au développement; accompagnement d'urgence du secteur laitier.

Je vote en faveur de ce texte qui constitue une position de négociation ambitieuse pour le Parlement, tant pour le budget 2017 que pour le réexamen du CFP 2014-2020.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Δεν στηρίζω το σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το 2017 — όλα τα τμήματα, διότι δεν είναι πλήρες και τεκμηριωμένο.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Le budget s'oriente vers la gestion de la crise migratoire et son corollaire, le volet sécuritaire. Le redéploiement de fonds en faveur de l'intégration des migrants vient renforcer les programmes pour la citoyenneté ou contre la pauvreté qui leur sont désormais de plus en plus attribués, au détriment des citoyens européens.

En parallèle, le plan continue de prôner l'austérité pour les budgets des États membres et de promouvoir le plan Juncker qui n'a pourtant donné aucun résultat tangible.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2017 soumis par le Conseil qui avaient été rejetés par la commission BUDG les 28 et 29 septembre. Ce projet est résolument axé sur la crise migratoire et l'objectif de croissance. Sur ce dernier point, l'UE s'octroie le bon rôle, celui de l'investisseur quand dans le même temps l'UE asphyxie les budgets nationaux.

Sur le premier point, l'UE va plus loin et donne la possibilité d'opérer une redistribution des crédits entre rubriques (rendue possible par les instruments de flexibilité) en faveur de dépenses pour aider les migrants. Au total, la contribution prévue de la France devrait s'élever à 18,5 milliards d'euros pour 2017. Et un impôt européen est d'ores et déjà à l'étude.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O orçamento de 2017 deve ser visto no contexto mais amplo da revisão intercalar do quadro financeiro plurianual (QFP); é necessário garantir um equilíbrio entre as prioridades a longo prazo e os novos desafio. O orçamento de 2017 deve estar em conformidade com os objetivos da estratégia Europa 2020, que representa a sua principal orientação e a sua prioridade geral. Numa situação de escassez de recursos, há que conferir maior importância à necessidade de respeitar a disciplina orçamental e de utilizar os recursos financeiros de forma eficiente e eficaz. Julgo que é o que este orçamento faz, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the Parliament's position on the Draft general budget for 2017 which calls for more support for the agencies dealing with the migration crisis as well as calling for greater support for the Union's unemployed and its youth.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this draft budget, since it refers to an allocation that is required for the next financial year. This draft amending budget refers to new security needs identified by the EU institutions following the recent terror attacks and proposes to reinforce the budget for security among other things in a number of institutions. As far as the European Parliament is concerned it aims to create 35 additional permanent posts for the recruitment of security agents.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Költségvetési Bizottság állásfoglalás-tervezete szerint a 2017-es költségvetés teljes mértékben tükrözi a Parlamentnek az általános iránymutatásokról szóló 2016. március 9-i és a 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keret felülvizsgálatáról szóló 2016. július 6-i állásfoglalásának politikai prioritásait. Megállapítja, hogy az Uniónak jelenleg számos súlyos vészhelyzettel kell szembenéznie, amelyeket nem lehetett előrelátni a 2014-2020-as többéves pénzügyi keret kidolgozása idején, és hangot ad annak a meggyőződésének, hogy a lehető legsürgősebben és kiemelt prioritásként megnövelt pénzügyi forrásokat kell mozgósítani az uniós költségvetésből annak érdekében, hogy meg tudjunk felelni a politikai kihívásoknak, és hogy az Unió válaszolni és hatékonyan reagálni tudjon ezekre a válsághelyzetekre. Állást foglal amellett, hogy a 2017-es költségvetésnek ki kell tudnia elégíteni a migrációs kihívással és a gazdasági válság okozta lassú gazdasági növekedéssel összefüggő igényeket, és rámutat, hogy fokozni kell a kutatási és infrastrukturális projektek, valamint az ifjúsági munkanélküliség elleni küzdelem finanszírozását. Hangot ad annak a meggyőződésének, hogy az uniós költségvetésnek módokat kell találnia új kezdeményezések finanszírozására úgy, hogy emiatt a meglévő uniós programok és szakpolitikák ne kerüljenek hátrányba. Mindezekből kiindulva indítványozza a Tanács által a költségvetési tervezetben javasolt valamennyi csökkentés visszaállítását.

A tervezetet megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à escassez de recursos, é fundamental conferir maior importância à necessidade de respeitar a disciplina orçamental e de utilizar os recursos financeiros eficiente e eficazmente.

Subscrevo a posição do relator na convicção de que o orçamento da União pode contribuir para dar uma resposta eficaz tanto às consequências como às causas profundas das crises que a União enfrenta atualmente. Contudo, os acontecimentos imprevistos com uma dimensão à escala da União devem ser tratados através da concentração de esforços e da disponibilização de meios suplementares a nível da União, não pondo em causa compromissos anteriores ou procurando refúgio em soluções exclusivamente nacionais.

As disposições em matéria de flexibilidade existem para permitir este tipo de resposta conjunta e rápida e devem ser plenamente utilizadas para compensar as fortes restrições impostas pelos limites máximos do QFP.

Destaco ainda que os programas de intercâmbio de jovens são uma das medidas mais bem-sucedidas para incrementar as competências e promover a compreensão e a conectividade entre populações. Assim, entendo que deve ser dada uma atenção especial aos fundos transferidos anualmente para o programa Erasmus+ a partir do Instrumento Europeu de Vizinhança, do Instrumento de Assistência de Pré-Adesão IPA2 e do instrumento de parceria.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce projet est résolument axé autour de la crise liée à l'afflux de migrants et à l'aspect sécuritaire qui en découle. Il met aussi l'accent sur l'objectif de croissance, une façon de s'approprier le bon rôle (en financement des investissements nécessaires) tout en ordonnant aux États de se serrer la ceinture. Pire, il opère une redistribution des crédits entre rubriques (rendue possible par les instruments de flexibilité ou les marges pour imprévus) en faveur de dépenses pour aider les migrants. Ainsi, la marge disponible sous le plafond de la rubrique 2 (qui concerne la PAC, etc…) est réduite comme peau de chagrin pour financer la rubrique 3.

Je vote donc contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget pour 2017 de l'Union européenne. Ce budget sera d'un montant de 162,4 milliards d'euros en autorisation d'engagement et de 138 milliards d'euros en crédits de paiement. Je salue notamment le montant alloué à l'emploi des jeunes qui est de 1,5 milliard d'euros mais également la hausse de 15 millions du budget ERASMUS.

L'enveloppe supplémentaire de 1,8 milliard d'euros, notamment dans le but d'augmenter les budgets et les effectifs alloués à Frontex, est également une avancée considérable dans le contexte actuel de nécessité de contrôle des frontières extérieures. Cependant, il faudra attendre la fin de la phase de conciliation avec le conseil pour que le budget définitif soit adopté.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the draft general budget of the European Union for 2017.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα το σχέδιο του γενικού προϋπολογισμού της ΕΕ για το 2017 ενόψει της έναρξης των διαπραγματεύσεων με το Συμβούλιο για την τελική ψήφισή του. Με το σχέδιο αυτό ζητάμε περισσότερα κονδύλια για την παροχή βοήθειας στους νέους ανθρώπους που αναζητούν εργασία, για την τόνωση της οικονομικής ανάπτυξης και για την παροχή βοήθειας σε τρίτες χώρες με σκοπό την άμβλυνση της μεταναστευτικής κρίσης. Η ΕΕ, για να αντιμετωπίσει τις πολυάριθμες νέες κρίσεις, έχει ανάγκη από μια συνολική αναθεώρηση του Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου (ΠΔΠ) και έναν πιο φιλόδοξο ευρωπαϊκό προϋπολογισμό. Κάποια από τα πρόσθετα κονδύλια θα προκύψουν από τις νέες πιστώσεις που θα δημιουργηθούν κατά την ενδιάμεση αναθεώρηση του ΠΔΠ της ΕΕ. Ωστόσο, δεν συμφωνούμε με την πρόταση του Συμβουλίου για περικοπές στο σχέδιο του ευρωπαϊκού προϋπολογισμού για το 2017. Ζητάμε επιπλέον 1,5 δισ. ευρώ στις πιστώσεις για τις αναλήψεις υποχρεώσεων για την πρωτοβουλία που αφορά την απασχόληση των νέων προκειμένου να βοηθηθούν οι νέοι άνθρωποι που αναζητούν μια θέση εργασίας. Ζητάμε αύξηση των πιστώσεων στο μηχανισμό «Συνδέοντας την Ευρώπη» ο οποίος χρηματοδοτεί έργα υποδομής, καθώς και στο πρόγραμμα Horizon 2020 το οποίο στηρίζει ερευνητικά έργα. Επίσης, ζητάμε περισσότερα κονδύλια για τη στήριξη των αγροτών και την ενίσχυση των δαπανών για τον πολιτισμό.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Ακόμη μια φορά επαναλαμβάνεται η ίδια κακοπαιγμένη φάρσα για τον αποπροσανατολισμό των λαών σε σχέση με το ύψος του προϋπολογισμού της ΕΕ, με βέβαιη, όπως πάντα, κατάληξη: τη συμφωνία για την αναδιανομή του παραγόμενου από τον λαό πλούτου στα μονοπώλια, μέσω και του κοινοτικού προϋπολογισμού. Όλες οι πολιτικές ομάδες κινούνται στην κατεύθυνση στήριξης των ομίλων με ευρωενωσιακό χρήμα από τον προϋπολογισμό. Στην ίδια γραμμή το Σχέδιο του προϋπολογισμού ζητά περισσότερα χρήματα για το ταμείο Γιούνκερ και τα κονδύλια των «ταμείων συνοχής», που ξεκοκαλίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι, όπως και για τα προγράμματα «Ορίζοντας 2020» (έρευνα – καινοτομία των επιχειρήσεων) και «Συνδέοντας την Ευρώπη» (δίκτυα υποδομών), που είναι προσανατολισμένα σε νέα κερδοφόρα έργα για το κεφάλαιο. Αύξηση προβλέπεται και στα κονδύλια για τις μεγάλες αγροτικές εκμεταλλεύσεις στο πλαίσιο της ΚΑΠ. Επιπλέον χρηματοδότηση δίνεται για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων της ΕΕ, προβλέποντας πρόσθετα κονδύλια για την Ευρωπόλ, για τη δημιουργία «αντιτρομοκρατικής μονάδας», για το «ευρωπαϊκό κέντρο καταπολέμησης της τρομοκρατίας», για κονδύλια έρευνας στον τομέα της άμυνας και την Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ. Την ίδια στιγμή αυξημένη χρηματοδότηση προβλέπεται και για το αντικομμουνιστικό πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες». Με δύο λόγια: περισσότερο χρήμα στα μονοπώλια, μεγαλύτερη χρηματοδότηση της πολυπλόκαμης ιμπεριαλιστικής επιθετικότητας των μονοπωλίων της ΕΕ σε βάρος των λαών.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Rezolucija o stajalištu Vijeća o Nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku 2017. godinu odražava političke prioritete koje je Parlament velikom većinom usvojio u Rezoluciji o općim smjernicama od 9. ožujka 2016. te u Rezoluciji od 6. srpnja 2016. Nažalost, Vijeće je smanjilo razinu odobrenih sredstava u okviru naslova 2. za 179,5 milijuna eura u obvezama i 198 milijuna eura u plaćanjima.

Ovim je smanjenjem nažalost najviše pogođen ruralni razvoj te mi je drago da Parlament traži zadržavanje dosadašnje razine financiranja za ZPP. Ohrabruje to što Europski parlament traži povećanje odobrenih sredstava za 600 milijuna eura iznad razine predviđene u nacrtu proračuna, kako bi se neutralizirali učinci krize u sektoru mliječnih proizvoda te posljedice ruskog embarga u sektoru mljekarstva. Upravo na taj problem i sama sam nebrojeno puta ukazivala putem podnesenih amandmana na dosadašnje rezolucije i izvješća Europskog parlamenta.

Smatram kako je nužno posebnu pažnju posvetiti položaju primarnih proizvođača. Pozdravljam i nastojanja Parlamenta za većom dodjelom sredstava za istraživanje i inovacije u području poljoprivrede u okviru programa Obzor 2020. te ponavljam stav Parlamenta, koji i sama godinama zastupam, kako je potrebno dati prednost projektima u koje su uključeni primarni proizvođači. Zbog svega navedenoga, podržala sam ovu Rezoluciju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce vote concerne l'adoption de plusieurs amendements au projet de budget 2017 soumis par le Conseil qui avaient été rejetés par la commission des budgets les 28 et 29 septembre.

Il affirme avoir pour objectif la croissance (par un satisfecit à la mise en œuvre du plan Juncker, qui n'a rien apporté et débouche sur une mobilisation des fonds nécessaires en 2017 pour réaliser l'objectif fixé de 240 milliards d'investissements privés pour la fin de l'année), mais aussi sur un aspect résolument immigrationniste («terre d'accueil») et sécuritaire («continent sûr»).

Dans le même temps, la Commission promeut la consolidation financière des budgets des États, et donc l'austérité, dont les résultats macro-économiques sont plus que discutables. J'y suis donc globalement opposé.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Proračun za 2017. mora biti u skladu s ciljevima strategije Europa 2020., koja predstavlja njegov osnovni cilj. Suočeni smo s nizom kriznih situacija i izazova koje nije bilo moguće predvidjeti u doba kada je pripreman prethodni VFO. Za pronalaženje rješenja nužna su dodatna financijska sredstva. Potrebno je odgovoriti na migracijski izazov i usporeni gospodarski rast te povećati sredstva za istraživačke i infrastrukturne projekte.

Dogovor o odgovarajućoj razini dodatnih sredstava za Inicijativu za zapošljavanje mladih trebalo bi postići u okviru revizije VFO-a u sredini razdoblja. Nepredviđeni događaji koji se tiču cijele Unije trebali bi se rješavati zajedničkim snagama i izdvajanjem dodatnih sredstava na razini Unije, a ne dovođenjem u pitanje preuzetih obveza ili traženjem rješenja isključivo na nacionalnoj razini. Dodatna sredstva za osoblje Europola su isto potrebna.

Suočeni smo s povećanom razinom prijetnji u nekoliko država članica, usporednim izazovima koje predstavljaju upravljanje migracijama, borba protiv terorizma i organiziranog kriminala. Jamčenje daljnje potpore za zemlje kandidatkinje i potencijalne zemlje kandidatkinje u usvajanju i provedbi reformi mora se nastaviti. Poštivanje naših temeljnih vrijednosti je ključno za proces proširenja. Moramo biti dorasli situaciji i biti u stanju djelotvorno odgovoriti na predstojeće izazove.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos em presença, mais uma vez, de um orçamento que está completamente desfasado da realidade e das reais necessidades da União Europeia.

Numa União Europeia em profunda crise, cada vez mais desigual, onde persistem elevados índices de pobreza e desemprego, temos um orçamento curto, profundamente abalado na sua vertente distributiva e cada vez mais atrelado ao rumo agressivo e militarista da política externa da União Europeia.

Importa, por isso, reforçar este orçamento, mas isto não chega. É necessário colocar este orçamento ao serviço do desenvolvimento e da coesão social e territorial e reforçar os instrumentos especiais destinados, importa dizê-lo, a remediar os erros da nossa política externa que estão na origem do embargo russo ou da crise dos refugiados.

Infelizmente, esta proposta não aponta neste sentido. Vai antes na continuidade de orçamentos anteriores, condicionados todos eles por um quadro plurianual curto e ao serviço das políticas neoliberais da UE e da sua deriva securitária.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento fissa il livello complessivo degli stanziamenti per il 2017 a 162,4 miliardi di EUR in stanziamenti d'impegno e a 138,0 miliardi di EUR in stanziamenti di pagamento.

La relazione si concentra sulla necessità che il bilancio 2017 soddisfi il fabbisogno legato alla sfida migratoria e alla lenta crescita dell'economia. In proposito vorrei sottolineare, in primo luogo, che occorre aumentare i finanziamenti destinati all'accoglienza dei richiedenti asilo al fine di sostenere, in particolare, gli Stati di primo approdo. In secondo luogo, vorrei sottolineare che il bilancio dell'UE per il 2017 dovrà concentrarsi su progetti infrastrutturali per le regioni meno sviluppate e la lotta alla disoccupazione giovanile.

Condivido pienamente il riferimento, presente nel testo della relazione, con il quale si evidenzia che le disposizioni in materia di flessibilità di bilancio esistono al fine di consentire agli Stati membri di approvare risposte rapide ed efficaci contro la crisi economica.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Při hlasování o prostředcích v rozpočtu jsem nepodpořil zvyšování prostředků na pracovní místa v Evropském parlamentu, protože se domnívám, že počet zaměstnanců v naší instituci není třeba navyšovat.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le vote du budget pour l'année 2017 est un moment important pour le Parlement européen. Il faut rappeler le contexte: les priorités politiques sont grandissantes (sécurité, migrations, emploi, jeunesse, investissements), mais le Conseil de l'UE a souhaité proposer des réductions dans de nombreux domaines. Il est compréhensible que certains États membres, qui connaissent des difficultés budgétaires souvent dues à des politiques publiques nationales défaillantes, souhaitent diminuer le budget de l'UE. Mais dans le même temps, ces États et leurs citoyens demandent toujours plus d'efficacité au niveau européen.

Il faut donc être cohérent, et c'est pour cela que j'ai voté pour le projet de budget général de l'UE pour 2017 qui a révisé à la hausse, dans la mesure du possible, les propositions faites par le Conseil. Par exemple, nous avons décidé de porter à 1,5 milliard d'euros en crédit d'engagement l'initiative pour l'emploi des jeunes, de débloquer 600 millions d'euros supplémentaires en crédit d'engagement pour le secteur agricole afin de soutenir les agriculteurs victimes de la crise du secteur laitier, ou encore de contrecarrer les effets néfastes liés à l'embargo russe. Une Europe qui agit et qui protège, c'est aussi et surtout une Europe qui sait hiérarchiser ses dépenses.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This vote was a series of budgetary amendments to set the spending limits for the EU budget for 2017. The Commission had proposed an original budget of EUR 157 billion, the Council amended that to EUR 156 billion, and the Parliament was proposing to not only reverse the Council cuts, but to increase the budget significantly.

UKIP and the EFDD Group submitted 33 cost-saving amendments to the EU budget, as well as voting in favour of cost-saving measures proposed by others. Our amendments, which would have saved in total over EUR 3 billion of taxpayers' money, related to the cutting of bureaucracy. These proposals were for 'victimless cuts' which impact only upon the inner workings of the European Union and luxuries for officials.

UKIP voted against any measures which would increase the EU budget, because it would be contrary to the decision of the British people on Brexit. In some cases the additions would have duplicated funding streams already in place in the UK.

Exceptionally, we abstained rather than vote against where a new budget line was proposed to help Member States leave the euro. There was no actual funding proposed for this, and we support the principle of Member States leaving the euro.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce mercredi, comme chaque année à la même période, le Parlement européen a adopté un projet de budget de l'UE pour 2017. Il s'est prononcé en faveur d'un budget ambitieux, soit 161,8 milliards d'euros, prévoyant des crédits en hausse par rapport au Conseil, de 4 milliards concernant les engagements et de 2 milliards concernant les paiements.

Un budget en augmentation aussi par rapport à l'année dernière, tant il est vrai que les deux crises en Europe, migratoire et économique, sont toujours bien présentes. S'ajoute également l'impact du Brexit et le déficit artificiel créé par la dépréciation de la livre sterling qu'il faudra bien équilibrer.

Ce projet de budget 2017 s'accompagne d'une résolution sur la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP) qui interpelle les États membres sur la nécessité de réformer les finances de l'UE. Ce lien politique établi entre exercice budgétaire annuel et révision du cadre financier pluriannuel a les faveurs du groupe ALDE.

Il est important de soutenir l'approche de la Commission dans le cadre de la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel. Cela reviendrait finalement à enlever ce corset budgétaire trop étriqué que porte l'UE pour faire face aux nouveaux défis sécuritaires et migratoires.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Proyecto de presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017, pues el mismo se encuentra en consonancia con los objetivos de la estrategia Europa 2020, y fija un contexto más amplio de la revisión del Marco Financiero Plurianual. La Unión se enfrenta a una serie de nuevos retos, especialmente políticos, y emergencias graves ante los que se debe actuar, respondiendo de forma prioritaria y con la máxima urgencia, lo que es posible sólo dotando a la Unión de mayores recursos financieros. Las tres áreas en las que se centrará el presupuesto son: la migración y la crisis de los refugiados; una Europa Global y la competitividad para el crecimiento y el empleo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur d'un grand nombre d'amendements au budget 2017 malgré la position plus que frileuse du Conseil vis-à-vis de ce budget. Je ne peux en effet accepter que le Conseil se montre aussi hostile à toute augmentation du budget alors que l'Union européenne a un besoin criant de fonds supplémentaires pour ses priorités que sont la migration, la croissance ou encore l'emploi. C'est notamment pourquoi j'ai voté en faveur de l'amendement réclamant 1,5 milliard d'euros pour l'initiative pour l'emploi des jeunes et de l'amendement demandant l'augmentation des crédits d'engagement pour l'agriculture de 600 millions d'euros.

À noter cependant que je me suis opposé au projet d'internationalisation des chauffeurs ou encore de l'augmentation des enveloppes pour permettre aux différents groupes politiques d'engager du personnel supplémentaire.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Adotei uma postura favorável à aprovação desta proposta de orçamento da UE para o próximo ano. Trata-se de um orçamento que deve tomar como domínios de ação e financiamento prioritários o crescimento económico, a segurança, a gestão dos fluxos migratórios e iniciativas como a do emprego para os jovens.

Concordei com a proposta de aumentar as dotações para estas iniciativas e com a reposição dos montantes para o Mecanismo Interligar Europa e para o Programa Horizonte 2020, que tanto impacto positivo têm gerado (e devem continuar) nas economias dos diversos Estados-Membros e na promoção da coesão económica, social e territorial da União.

Para 2017, o valor fixado é de € 160,7 mil milhões em dotações para autorizações e de € 136,7 mil milhões em dotações para pagamentos. Em ambos os casos, houve uma majoração do valor face ao que era proposto no projeto inicial da Comissão.

Saliento como propostas positivas: o aumento das dotações para as áreas da juventude, crescimento e emprego em 1 500 milhões de euros, de forma a responder mais eficazmente ao drama do desemprego jovem, bem como nos domínios da segurança, gestão das migrações e asilo, onde a resposta europeia é absolutamente vital.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento propone su propuesta de presupuesto para 2017 para negociar en el proceso de trílogo. Su propuesta, aun recortando menos que el Consejo o la Comisión, sigue comportando una reducción de la partida global, en torno a un 5 % respecto al año anterior. La primera *voting list* de *figures* y *remarks* incluye numerosas enmiendas sin voto final.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe dem Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 zugestimmt.

Der Haushaltsentwurf der Kommission wurde um 4,8 Millionen für Verpflichtungsermächtigungen und 3,1 Millionen für Zahlungsermächtigungen erhöht.

1,7 Millionen wurden für die Finanzierung von migrationsrelevanten Ausgaben aufgeboten, welche zum Teil vom Flexibilitätsinstrument des EU-Haushalts und zum Teil vom Handelsspielraum der unvorhergesehenen Ausgaben finanziert werden.

Weiterhin wurden 1,3 Millionen von der Gesamtgewinnspanne der Verpflichtungen für Beschäftigung und Wachstum eingesetzt (EFSI).

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El voto del presupuesto permite que el plenario se exprese tan sólo respecto a unas pocas líneas, dejando la definición y ejecución de la mayor parte de los fondos en manos de la Comisión y los Estados miembros. Con mi voto, he buscado asegurar ingresos adecuados a los campesinos europeos, mejorar la eficiencia en el uso de los fondos que hace el Parlamento, reforzar las partidas destinadas a la cohesión social y regional y la eficiencia ambiental, oponerme a los recortes previstos para financiar los programas especulativos del Plan Juncker y bloquear algunos aspectos de la agresiva política exterior de la Unión, especialmente hacia Rusia.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Finančné zdroje z rozpočtu Únie na rok 2017 by mali zabezpečiť efektívnejšie nasmerovanie finančných zdrojov smerom k hlavným prioritám Európskej únie berúc v úvahu vývoj súčasných udalostí v celoeurópskom meradle, a tak prispieť k účinnému riešeniu európskych záujmov, i prípadných nepredvídaných potrieb, zosúladením rozpočtu so skutočnými potrebami.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Dem „Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017" habe ich wenig überraschend nicht zugestimmt. Eine Auswahl:

Das EU-Parlament beschloss ein Budget für vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf einen gemeinsamen Militärhaushalt über eine halbe Mio. Euro, einen Propagandahaushalt für die Vorteile des Euro über 11 Mio. Euro, 3 Mio. Euro für ein Projekt zur Überholspur-Integration durch Ausbildung für Migrantenfrauen, einen genehmigt, 50 Mio. Euro extra für ein Exzellenzprogramm für Kooperation im Jugendbereich und zur Teilnahme junger Leute am europäischen demokratischen Leben, 18 Mio. Euro für den Sozialfonds mit Gender Mainstreaming, 1,5 Mrd. Euro für die Europäische Jugendarbeitsinitiative, 5 Mio. Euro für eine grünere Wirtschaft und die Implementierung der Europäischen Umweltpolitik, 148 Mio. Euro und weitere 750 Mio. Euro für die Heranführung der Türkei an die EU, weitere 137 Mio. Euro für die Unterstützung von Reformen in der Türkei, 4,6 Mio. Euro für das EU-Parlamentsfernsehen, 32 Mio. Euro für die Europäischen Parteien, 19 Mio. Euro für die europäischen Parteistiftungen, 98 Mio. Euro für die Gehälter, 166 Mio. Euro für seine Gebäude sowie 16 neue Stellen für den Auswärtigen Dienst der EU und 17 Mio. Euro für die Reisekosten zwischen den Sitzen des EU-Parlaments in Straßburg, Brüssel und Luxemburg.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Politički prioriteti proračuna Europske unije za 2017. godinu su usmjereni na održavanje mira i stabilnosti, borbu protiv terorizma, humanitarnu pomoć te rješavanja izbjegličke i migrantske krize. Međutim, zbog toga se ne smiju zanemariti instrumenti za stvaranje radnih mjesta i ulaganje u budućnost mladih. Najvažnije investicije Europske unije i dalje trebaju biti u području kohezivne i razvojne politike.

Ističe se i važnost provođenja mjera u svrhu postizanja rodne jednakosti te ulaganje u politiku okoliša, osobito nakon ratifikacije Pariškog sporazuma. Parlament, stoga, postavlja ukupnu razinu odobrenih sredstava za 2017. godinu na 161,8 milijardi eura za odobrena sredstva za obveze, odnosno na 136,8 milijardi eura za odobrena sredstva za plaćanje.

Podržavam ovo izvješće kao najvažniji korak u rješavanju trenutnih izazova Europske unije, te u cilju većeg razvitka i bolje budućnosti za europske građane.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η απόρριψη του προϋπολογισμού παραμένει για μας μια πολιτική πράξη ενάντια στη φιλοσοφία του προϋπολογισμού και της λιτότητας. Παρ' όλα τα θετικά του στοιχεία, οι αυξήσεις που γίνονται κινούνται και πάλι προς την κατεύθυνση της τόνωσης της ανταγωνιστικότητας και της εμβάθυνσης της στρατιωτικοποίησης. Το επιχείρημα πως πρέπει να στηρίξουμε τον προϋπολογισμό γιατί έτσι στηρίζουμε τον θεσμό δεν μας βρίσκει σύμφωνους, αφού ούτε αυτός ο θεσμός αντιτίθεται στη λιτότητα. Τα κονδύλια τα οποία αυξάνει δεν αλλάζουν τη φιλοσοφία της λιτότητας.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο προϋπολογισμός της Ένωσης πρέπει να λαμβάνει υπόψη του τις τρέχουσες προκλήσεις και απειλές και να στοχεύει στην αντιμετώπισή τους. Ταυτόχρονα, να προάγει πολιτικές που οδηγούν στην αξιοπρεπή εργασία, τη βιώσιμη ανάπτυξη και την εξασφάλιση ισορροπιών μεταξύ των οικονομικά εύρωστων και των αντίστοιχων ασθενών οικονομιών των κρατών μελών. Κύριο δε μέλημά του πρέπει να είναι η ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de budget général de l'UE pour 2017. Nous avons débattu en interne du texte et avons estimé qu'il répondait aux objectifs fixés et énoncés a priori.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the budget as it restored the initial budgets under the Connecting Europe Facility and the Horizon 2020 programme. Both of these programmes suffered cuts to pay for the EU's contribution to the European Fund for Strategic Investments (EFSI). It also reinforces budgetary lines on improving access to finance and innovation for SMEs and increase the funding and staffing for Europol in order to create a 24/7 counter-terrorism unit. Now negotiations will the Council will start, it will be a tough fight, but the budget team is going there with a strong mandate

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv ovakvog prijedloga proračuna, budući da njime Parlament ponovno prekoračuje granice svojih ovlasti na način da nauštrb proračuna individualnih država članica Unije ponovno pokušava povećati proračun Unije za nevjerojatnih 4,13 milijarde eura. Osim toga, ovaj prijedlog u proračunu ne ostavlja niti najmanji manevarski prostor za nepredviđene događaje i potrebe u 2017. godini.

Ovom prilikom željela bih ponovno istaknuti da za proračun Europske unije treba vrijediti identična strogoća koja vrijedi i za proračune individualnih država članica. Svjesna sam mnogih izazova koje su promijenjene okolnosti donijele Europskoj uniji od 2013., kada je usvojen višegodišnji proračunski okvir, međutim, čvrsto držim da je rješenja za novonastale okolnosti moguće pronaći u efikasnoj i efektivnoj preraspodjeli unutar postojećeg proračuna, primjerice putem ukidanja tzv. „putujućeg cirkusa" u Strasbourg, s uštedom od 180 milijuna eura godišnje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento propone su propuesta de presupuesto para 2017 para negociar en el proceso de trílogo. Su propuesta, aun recortando menos que el Consejo o la Comisión, sigue comportando una reducción de la partida global, en torno a un 5 % respecto al año anterior. La primera *voting list* de *figures* y *remarks* incluye numerosas enmiendas sin voto final.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Vorschlag für den EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Punkten, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diesen Haushaltsvorschlag ablehne.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I am voting in favour of the budget because we need the EU to begin work as soon as possible on its priorities in 2017, particularly on the refugee crisis and with higher ethical standards at internal level.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2017-es költségvetést a többéves pénzügyi keret félidős felülvizsgálatának szélesebb körű összefüggésében kell figyelembe venni. A hosszú távú prioritások és az új kihívások között egyensúlyt kell teremteni, ezért a 2017-es költségvetésnek összhangban kell állnia az Európa 2020 stratégiával, amely a költségvetés fő irányvonalait és annak átfogó prioritásait tartalmazza.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento propone su propuesta de presupuesto para 2017 para negociar en el proceso de trílogo. Su propuesta, aun recortando menos que el Consejo o la Comisión, sigue comportando una reducción de la partida global, en torno a un 5 % respecto al año anterior. La primera *voting list* de *figures* y *remarks* incluye numerosas enmiendas sin voto final.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de la posición del Parlamento respecto al presupuesto, además de apoyar todas las enmiendas que pretendían incrementar el gasto social.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the draft general budget of the European Union for 2017. The draft stresses that the budget 2017 has to be considered in the wider context of the mid-term revision of the multiannual financial framework (MFF). It emphasises the importance of ensuring further support for candidate and potential candidate countries in adopting and implementing political, economic and social reforms; reminds that respect for human rights, fundamental freedoms and rule of law is essential for the enlargement process. Moreover, it calls for increasing investment in the visibility of EU external action in order to strengthen the impact of funding in that field. In addition, it underlines that youth exchange programmes are one of the most successful measures to increase intercultural skills and to foster understanding and connectivity between people and countries. I voted in favour because I believe that the European Instrument for Democracy and Human Rights, including its support of election observation, are key for stability and prosperity in the world.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El voto del presupuesto permite que el plenario se exprese tan sólo respecto a unas pocas líneas, dejando la definición y ejecución de la mayor parte de los fondos en manos de la Comisión y los Estados miembros. Con mi voto, he buscado asegurar ingresos adecuados a los campesinos europeos, mejorar la eficiencia en el uso de los fondos que hace el Parlamento, reforzar las partidas destinadas a la cohesión social y regional y la eficiencia ambiental, oponerme a los recortes previstos para financiar los programas especulativos del Plan Juncker y bloquear algunos aspectos de la agresiva política exterior de la Unión, especialmente hacia Rusia.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Dit verslag omvatte diverse aanpassingen voor de begroting 2017. Ik stemde met mijn fractie tegen de vraag om het vervoer van de Parlementsleden te laten gebeuren door ambtenaren. De privésector doet dit nu op een goede en goedkopere manier. Verder stemde ik tegen de verhoging van het personeel voor de fracties. Ik denk dat zij over genoeg personeel beschikken om het werk te doen. Anderzijds dienen Frontex en Europol wel genoeg middelen te hebben om de migratiecrisis fatsoenlijk te kunnen aanpakken.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'examen du budget est un moment important pour juger les politiques européennes. Celui de 2017 est l'occasion de rappeler la promesse du Conseil de réviser le cadre financier pluriannuel et revoir les financements à la hauteur des défis auxquels l'Union doit faire face. Je me félicite que le Parlement européen mette parmi celles-ci l'accueil des réfugiés et leur intégration et le défi écologique.

Ce rapport se positionne dans le cadre du dialogue avec le Conseil qui comme d'habitude demande des coupes budgétaires arbitraires dans des programmes tels qu'Erasmus+ et COSME qui sont parmi ceux qui sont les plus représentatifs de ce que devrait être le + européen. Même chose pour les politiques de cohésion qui sont censées rétablir les équilibres régionaux et qui sont de plus en plus soumises aux politiques austéritaires et je pense notamment aux fonds structurels comme l'ESI ou LIFE gravement menacés par les coupes du Conseil.

Il ne s'agit donc pas là d'approuver globalement le budget final mais de peser pour que le Conseil cesse de dénaturer les politiques européennes pour les calquer sur ce que j'appellerai les égoïsmes nationaux.

C'est pour ces raisons que je me suis abstenue sur ce rapport en attendant le résultat final des négociations pour me prononcer définitivement

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos em presença, mais uma vez, de um orçamento que está completamente desfasado da realidade e das reais necessidades da União Europeia.

Numa União Europeia em profunda crise, cada vez mais desigual, onde persistem elevados índices de pobreza e desemprego, temos um orçamento curto, profundamente abalado na sua vertente distributiva e cada vez mais atrelado ao rumo agressivo e militarista da política externa da União Europeia.

Importa, por isso, reforçar este orçamento, mas isto não chega. É necessário colocar este orçamento ao serviço do desenvolvimento e da coesão social e territorial e reforçar os instrumentos especiais destinados, importa dizê-lo, a remediar os erros da nossa política externa que estão na origem do embargo russo ou da crise dos refugiados.

Infelizmente, esta proposta não aponta neste sentido. Vai antes na continuidade de orçamentos anteriores, condicionados todos eles por um quadro plurianual curto e ao serviço das políticas neoliberais da UE e da sua deriva securitária.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione concernente la posizione sul progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2017. La relazione prende in considerazione il recupero dei fondi per l'occupazione giovanile (1,5 miliardi di euro), per Orizzonte 2020, quindi per le nostre imprese, per le università e la ricerca, per gli enti pubblici. Individua fondi per la cultura (10,8 milioni per i programmi culturali e 13 milioni per i progetti Erasmus creativi); recupera fondi per l'immigrazione, per gli aiuti umanitari e per la cooperazione allo sviluppo (destinando 7,5 milioni all'Europol, 3,3 milioni all'Eurojust e 5 milioni all'Ufficio europeo per l'asilo). Abbiamo fatto il massimo con quanto avevamo e il rischio – coi tagli proposti dal Consiglio – è quello di gestire il quotidiano, di non avere prospettiva o visione.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Ακόμη μια φορά επαναλαμβάνεται η ίδια κακοπαιγμένη φάρσα για τον αποπροσανατολισμό των λαών σε σχέση με το ύψος του προϋπολογισμού της ΕΕ, με βέβαιη, όπως πάντα, κατάληξη: τη συμφωνία για την αναδιανομή του παραγόμενου από τον λαό πλούτου στα μονοπώλια, μέσω και του κοινοτικού προϋπολογισμού. Όλες οι πολιτικές ομάδες κινούνται στην κατεύθυνση στήριξης των ομίλων με ευρωενωσιακό χρήμα από τον προϋπολογισμό. Στην ίδια γραμμή το Σχέδιο του προϋπολογισμού ζητά περισσότερα χρήματα για το ταμείο Γιούνκερ και τα κονδύλια των «ταμείων συνοχής», που ξεκοκαλίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι, όπως και για τα προγράμματα «Ορίζοντας 2020» (έρευνα – καινοτομία των επιχειρήσεων) και «Συνδέοντας την Ευρώπη» (δίκτυα υποδομών), τα οποία είναι προσανατολισμένα σε νέα κερδοφόρα έργα για το κεφάλαιο. Αύξηση προβλέπεται και στα κονδύλια για τις μεγάλες αγροτικές εκμεταλλεύσεις στο πλαίσιο της ΚΑΠ. Επιπλέον χρηματοδότηση δίνεται για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων της ΕΕ, προβλέποντας πρόσθετα κονδύλια για την Ευρωπόλ, για τη δημιουργία «αντιτρομοκρατικής μονάδας», για το «ευρωπαϊκό κέντρο καταπολέμησης της τρομοκρατίας», για κονδύλια έρευνας στον τομέα της άμυνας και την Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ. Την ίδια στιγμή αυξημένη χρηματοδότηση προβλέπεται και για το αντικομμουνιστικό πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες». Με δύο λόγια: περισσότερο χρήμα στα μονοπώλια, μεγαλύτερη χρηματοδότηση της πολυπλόκαμης ιμπεριαλιστικής επιθετικότητας των μονοπωλίων της ΕΕ σε βάρος των λαών.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het ontwerp van de algemene begroting van de Europese Unie voor 2017. De PVV streeft ernaar om de uitgaven van de Europese Unie te verlagen. Iedere besparing gaat op grond van het Verdrag terug naar de lidstaten. Dat komt de belastingbetaler meer ten goede dan welke EU-uitgave dan ook.

6.2. Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union für 2017 — alle Einzelpläne (A8-0287/2016 - Jens Geier, Indrek Tarand)

Dichiarazioni di voto orali

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhor Presidente, aprovámos hoje um pacote negociado de projetos-piloto que permitem ao Parlamento Europeu exercer aquilo que é quase um direito de iniciativa legislativa, decidindo e atribuindo financiamento a novas e inovadoras atividades.

Para as regiões ultraperiféricas e territórios ultramarinos, aprovámos um projeto-piloto com a atribuição de 1 milhão de euros, aproveitando esta prerrogativa do Parlamento Europeu. Foi possível graças à contribuição da sociedade civil no terreno para elaboração deste projeto e ao apoio e empenho de eurodeputados das outras RUP, territórios ultramarinos e Europa Continental.

As regiões ultraperiféricas são o maior repositório de biodiversidade da União Europeia e este novo projeto que disponibilizará 1 milhão de euros para envolver decisores políticos, cientistas e a sociedade em geral no desenvolvimento de metodologias para mapear e avaliar o estado dos ecossistemas e seus serviços.

O grande objetivo é lançar as bases da melhor estratégia da preservação da biodiversidade das regiões ultraperiféricas através do seu melhor conhecimento.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, no he votado a favor de estos presupuestos porque desapruebo fundamentalmente su orientación general. Se extiende poco a poco el poder del mercado sobre el gasto público, transformando un fondo de desarrollo comunitario en un instrumento más de la globalización financiera y sus contradicciones.

¿Cómo defender que los fondos de investigación e infraestructuras se concentren cada vez más en los países más ricos? ¿Que los fondos de empleo se dilapiden en subvenciones a los empresarios? ¿Que los fondos agrícolas favorezcan a los terratenientes y grandes agroexportadores frente al desarrollo local? ¿Que con el dinero para asilo y desarrollo se construyan prisiones al aire libre en Turquía? ¿O que los fondos exteriores sean un apéndice de la OTAN y de potencias coloniales como Israel o Marruecos?

En definitiva, ¿cómo justificar que se utilice para reforzar el incremento de las desigualdades y de las injusticias del capitalismo? Europa carece de futuro si renuncia a la cohesión social, la convergencia productiva y la paz.

Monica Macovei (ECR). – Am dezbătut și ieri bugetul Uniunii Europene pentru 2017. Acum aș vrea să mă refer numai la două chestiuni punctuale: banii pentru cheltuielile de reprezentare ale președintelui Parlamentului, care trebuie blocați și deblocați numai în anumite condiții, dacă se răspunde la anumite întrebări, și cer separarea clară a rolurilor de președinte al Parlamentului și *spietzencandidat*. De asemenea, personalul Parlamentului nu trebuie să se implice în campaniile private. Din păcate, acest amendament a picat astăzi la vot. Nu știu de ce colegii mei nu vor să avem această transparență și aceste răspunsuri.

De asemenea, cer informații cu privire la misiunile internaționale ale președintelui Parlamentului, care par să fie legate de evenimente ale organizațiilor socialiste sau de evenimente ale guvernului german. Și, a doua chestiune concretă, aș dori să pledez încă o dată pentru un singur un singur sediu al Parlamentului European. Repet, ne costă 900 de milioane de euro pe an ca să venim la Strasbourg sau la Luxemburg. Și acest amendament, din păcate, a căzut, dar îl voi repeta pentru că e o risipa a banilor europeni.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich möchte aus Sicht des Agrarhaushaltes drei Bemerkungen machen. Erstens: Die Kommission hat uns für 2017 die Zahlen sehr spät geliefert. Das muss besser werden. Denn wenn die Zahlen erst vor der Wahlkreiswoche vor der Sommerpause kommen, ist der Zeitrahmen sehr knapp, um eine umfangreiche Beratung durchzuführen.

Zweitens: Ich bedanke mich nochmal bei allen, die beteiligt waren, auch beim Parlament. Der Agrarhaushalt ist ja im Wesentlichen stabil gehalten worden. Das ist eine Stabilität, die unsere europäische Agrarpolitik braucht.

Und die dritte Bemerkung: Sollte oder will oder kann oder muss oder hat die Gesellschaft zusätzliche Anforderungen an die Landwirtschaft? Dann müssen wir natürlich auch über weitere Gelder sprechen. Wir dürfen nicht vergessen: Auch die europäischen Landwirte sind Bestandteil des europäischen Binnenmarktes, sind Bestandteil auch des globalen Weltmarktes. Und es gibt natürlich, wenn wir höhere Standards in Europa etablieren, keinen Ausgleich über den Preis. Hier muss der Landwirtschaft weiterhin geholfen werden.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ar dtús ba mhaith liom na feisirí go léir a oibríonn ar an mbuiséad a mholadh. Is obair dheacair, thuirsiúil é agus tá moladh tuillte acu as ucht é a dhéanamh ar ár son. Ba mhaith liom díriú ar alt amháin, is é sin alt 99, maidir leis an suíochán singil nó aonair, nó suíochán amháin a bheith againn. Bhí 501 feisire as 688 ina fhabhar seo inniu. Agus dar ndóigh tá sé in am deireadh a chur leis an dá shuíochán. Ní luíonn sé le réasún, ó thaobh athrú aeráide agus na hastaíochtaí a ghabhann leis, ní luíonn sé le réasún ó thaobh an geilleagar agus na costais mhóra, na milliúin a ghabhann leis agus ní luíonn sé le réasún ó thaobh an strus a chuireann sé ar dhaoine a bheith ag teacht anseo seachtain amháin agus ansin ag dul go dtí an Bhruiséil seachtain eile. Go raibh míle maith agat, a Uachtaráin.

Dichiarazioni di voto scritte

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om budgetutskottets förslag till EU-budget för 2017. Kristdemokraterna är tydliga med att den långsiktiga ambitionen är att stegvis trappa ner EU:s utgifter för jordbruks-, arbetsmarknads-, regional- och industripolitiken. Eftersom betänkandet ville gå i rakt motsatt riktning valde jag att rösta nej.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione presenta il progetto di bilancio dell'Unione europea per l'anno 2017. Nonostante nella relazione venga preso in considerazione il rafforzamento della Rubrica III, messa molto sotto pressione dai fenomeni migratori, in essa sono presenti molti aspetti alquanto discutibili.

In primo luogo, è pressoché impossibile che gli Stati membri riescano ad affrontare un'ulteriore riduzione del bilancio, soprattutto nel rispetto dei vincoli di bilancio imposti proprio dall'Unione europea. In secondo luogo sono stati aggiunti dei capitoli di spesa, ad esempio il fondo per l'accordo con la Turchia, che non rappresentano un'esigenza prioritaria per l'Unione; inoltre, la sezione dedicata alla spesa per la burocrazia e l'amministrazione europea continua ad aumentare.

Reputo che le risorse a disposizione debbano essere concentrate su linee di prioritaria importanza e che questo debba essere fatto in primis dall'Unione europea. Per le motivazioni espresse in precedenza ho deciso di votare contro.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución del Parlamento Europeo hace hincapié en la necesidad de reforzar el presupuesto europeo y dotarlo de mayor contenido en el ámbito social y ecológico, sin llegar a cuestionar la deriva neoliberal del mismo. Aunque estoy de acuerdo con estas reformas, las considero insuficientes y finalmente he decidido abstenerme.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This vote was regarding the mandate for the EP to negotiate with the Council, whilst we agreed with a number of aspects within this report, there were issues surrounding the priorities of the European Parliament in this regard which is why we abstained in the final vote.

We supported the inclusion of certain elements into the mandate, especially our amendment which was adopted into paragraph 4 which called for ensuring support for the North in the wake of Brexit, this would encompass retaining programmes such as PEACE.

Whilst the EP position does restore all the cuts made by the Council, it falls short on the cuts which had already been introduced by the Commission itself.

The best reflection of this is reducing cohesion funding in favour of a militarised 'fortress Europe'.

The larger and wealthier Member States who have been cheerleaders of neoliberal policies and austerity, have played a significant role in the negative implications for social and regional programmes.

We could not fully oppose the report as voting against consequently meant voting in favour of the Council's position which is socially regressive, so we abstained.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In dem Bericht wird betont, dass für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen langfristigen Prioritäten und neuen Herausforderungen gesorgt werden muss. Daher wird unterstrichen, dass der Haushalt 2017 mit den Zielen der Strategie „Europa 2020" im Einklang stehen muss, die seine Hauptausrichtung darstellen.

Die Prioritäten des Haushalts liegen zudem in der Schaffung von Maßnahmen zur Bewältigung der Migrationskrise sowie in der Ankurbelung der europäischen Wirtschaft, der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

Ich stimme dem Haushaltsplan der EU für 2017 zu. Der Union müssen weiterhin genügend Mittel bereitgestellt werden, damit die heutigen politischen Herausforderungen gemeistert werden können und die Union handlungsfähig bleibt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la position du Conseil sur le projet de budget général de l'UE pour l'exercice 2017. Les crédits d'engagement sont fixés à 161,8 milliards d'euros et les crédits de paiement à 136,8 milliards d'euros, contre respectivement 156,4 et 133,8 milliards d'euros dans le projet de budget du Conseil.

Ce rapport fait la part belle à ce qui est qualifié de «nouveaux défis», parmi lesquels la crise migratoire, pusillanimement qualifiée de «challenge des réfugiés». Ceci va de pair avec une exigence du respect des «droits fondamentaux» des migrants et une budgétisation insensée de leur intégration en période de crise économique. Enfin, une européanisation toujours plus poussée du régime du droit d'asile est proposée. Il s'agit donc d'un budget européen très expansionniste visant à financer les lubies immigrationnistes des députés européistes mais aussi la fédéralisation à marche forcée des principaux traits de la souveraineté que sont la défense ou l'asile. Leur financement est assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions à l'utilité plus que douteuse. Par conséquent, je me suis opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military and also voted in favour of an amendment which said No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Le budget 2017 est la première tranche d'un cadre révisé. De fait, le projet de budget articulé par la Commission n'a de chance de tenir que si la révision du cadre financier pluriannuel est actée. Il faut désormais se tourner vers le Conseil qui, malheureusement, peine à apporter une réponse d'ensemble aux problématiques budgétaires. En ces temps de crise, il est donc nécessaire de coordonner les positions entre le Parlement européen et le Conseil. C'est en ce sens que j'ai voté en faveur de ce texte.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2017 m. biudžete reikia užtikrinti ilgalaikių prioritetų ir naujų iššūkių pusiausvyrą. Todėl pritariu, kad 2017 m. biudžetas turi atitikti strategijos „Europa 2020“ tikslus, kurie yra jo pagrindinis orientyras ir svarbiausias prioritetas bei, žinoma, skirti papildomą finansavimą Jaunimo užimtumo garantijoms.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az Európai Unió 2017-es költségvetését meghatározza a hétéves pénzügyi keret kalodája. Ennek összege reálértékben 4,5%-kal csökkent az előző ciklushoz képest, ezen belül a számunkra legfontosabb kohéziós alapok 8,4%-kal. Mindennek következményeként a leszakadás a centrum és a periféria országai között jövőre is tovább fog nőni, ez pedig elfogadhatatlan. Az EU neoliberális gazdaságpolitikáját valósítja meg a költségvetési stabilitási szerződés, a gazdasági kormányzás és az Euró Plusz Paktum, amelyek megszorító intézkedések elfogadásán és fenntartásán alapulnak az Unió és a tagállamok tekintetében egyaránt, és amelyek mélyítik a jelenlegi gazdasági és szociális válságot, főként a nehezebb helyzetben lévő országokban. Mindezek alapján a költségvetési javaslatot elutasítottam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de voter contre ce texte car il s'agit d'un budget européen très expansionniste, visant à financer les lubies pro-immigration des députés euro-mondialistes mais aussi la fédéralisation de traits importants de la souveraineté tels que la défense ou le droit d'asile.

De plus, ce financement serait assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions à l'utilité plus que douteuse, ce qui pèserait sur les finances de la France et de ses citoyens.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui met l'accent sur le fait que l'Union est actuellement confrontée à des urgences impérieuses et qu'il convient d'y affecter les moyens budgétaires nécessaires. C'est par exemple le cas pour faire face à la situation migratoire et respecter les droits des centaines de milliers de réfugiés tout en renforçant substantiellement l'aide au développement dans les pays d'origine.

La lutte contre le chômage des jeunes et pour la relance économique sont deux autres urgences qu'il convient de prendre en compte dans tout acte budgétaire vu la situation de l'économie européenne trop longtemps frappée par l'austérité.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sul bilancio generale dell'Unione per l'esercizio 2017. Quest'anno l'UE si trova a doversi confrontare con una serie di emergenze gravi, imprevedibili al momento dell'elaborazione del QFP 2014-2020, che oggi però richiedono un più largo sforzo per essere risolte. Occorre quindi stanziare maggiori risorse finanziarie per fronteggiare quelle sfide politiche e consentire all'Unione di agire in modo efficace nel nuovo contesto globale.

È necessario garantire in primo luogo un equilibrio fra le priorità a lungo termine e quelle nuove sfide che coinvolgono questioni come la sicurezza interna ed esterna dell'Unione, la gestione delle migrazioni e il bisogno di rafforzare gli investimenti per favorire la crescita e l'occupazione. Si tratta di compiere queste valutazioni tenendo presente la contestuale revisione intermedia del Quadro finanziario pluriennale.

Il testo approvato oggi rispetta questo proposito, aggiungendo 1,5 miliardi di euro in stanziamenti per l'Iniziativa in favore dell'occupazione giovanile e prevedendo l'annullamento di tutti i tagli apportati dal Consiglio nel settore della politica di sviluppo e dell'aiuto umanitario.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre *Budget* porque, aun siendo una posición menos dura que la de Comisión o, ni que decir tiene, que el Consejo, sigue suponiendo un 5 % de recortes. Aun habiendo aspectos que restauran partidas de interés (iniciativa juvenil de empleo, si bien luego apenas se aplica en un 7 % por los Estados miembros), también lo hace con otras de carácter securitario, sigue apostando por el problemático Plan Juncker para promover la inversión, y no encuentro un carácter redistributivo en el modelo planteado.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe relativo al proyecto de presupuesto general de la UE para el ejercicio 2017. He votado en contra de la creación de 76 nuevos puestos en los grupos políticos, así como a favor de la reducción de la asignación parlamentaria para los viajes de los diputados y de la reducción de la asignación para asistentes y de la remuneración de los diputados. Además, he votado a favor de la enmienda que hacía referencia a eliminar los cuellos de botella, mejorar la interoperabilidad ferroviaria, realizar los enlaces pendientes y mejorar los tramos transfronterizos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à la position du Parlement dans le cadre de ses négociations avec le Conseil sur le projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017.

Il serait cocasse, si ce n'était scandaleux, que le Parlement cherche à augmenter les crédits d'engagements qu'il fixe à 161,8 milliards d'euros et les crédits de paiement qu'il fixe à 136,8 milliards d'euros, alors que dans le même temps, les États membres sont sommés, eux, de se serrer la ceinture. Ces augmentations n'ont pour autre fonction que celle de gérer le marasme de crises que l'Union européenne a elle-même créé (chômage des jeunes, crise des migrants, annihilation progressive de nos industries agricoles, etc.).

La crise migratoire, provoquée par les politiques irresponsables de l'UE, reçoit ainsi la part belle du budget avec une augmentation des crédits de la rubrique 3, garantis jusqu'à la fin de la période de programmation en 2020: rappelons qu'après 10,5 milliards d'euros en 2015 et 2016, le projet de budget 2017 prévoit d'allouer 5,2 milliards d'euros supplémentaires. On attend avec impatience les explications de nos gouvernements respectifs justifiant les coupes drastiques dans d'autres secteurs prioritaires tels que l'emploi.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto sostenuto nella relazione di iniziativa che accompagna il bilancio delle istituzioni europee per il 2017. Ritengo che, a parte pochi interventi condivisibili come quelli a favore della PAC, permangano molti passaggi del tutto inaccettabili, per esempio gli ingenti finanziamenti a favore della Turchia. Sono fermamente convinta che questo provvedimento sia ben lontano dal rispondere alle esigenze reali e concrete dei nostri cittadini. Per tutti questi motivi non ho inteso sostenere il testo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama Tarybos pozicija dėl Europos Sąjungos 2017 finansinių metų bendrojo biudžeto projekto.

Europos Parlamentas palankiai vertina lyčių lygybės kaip kompleksinio ES biudžeto politikos tikslo integravimą į ES fondus ir programas. Taip pat primena, kad sprendimai dėl išlaidų ir pajamų daro skirtingą poveikį moterims ir vyrams, todėl pabrėžia, kad biudžeto sudarymas atsižvelgiant į lyčių aspektą yra svarbiausia kovos su lyčių nelygybe priemonė. Parlamentas pabrėžia, kad svarbiausias 2017 m. ES biudžeto prioritetas išlieka darbo vietų kūrimas, ekonomikos augimas ir investicijos; atkreipia dėmesį į strategijoje „Europa 2020“ įrašytus su lyčių aspektais susijusius tikslus, būtent – padidinti moterų užimtumą nuo dabartinių tik 63,5 proc. iki 75 proc., užtikrinti vienodą vyrų ir moterų darbo užmokestį, vienodą vyrų ir moterų nacionalinių parlamentų narių skaičių ir vienodą vyrų ir moterų skaičių didelių bendrovių valdybose.

Deja, bet kol kas dar toli iki visų šių tikslų įgyvendinimo. Taigi, Parlamentas mano, kad naudojantis Europos struktūriniais ir investicijų fondais reikia pakankamai finansuoti priemones, kurias taikant skatinamas ir remiamas kokybiškas švietimas, galimybės įsidarbinti ir darbo vietų kūrimas moterims ir mergaitėms, siekiant pagerinti jų galimybes gauti kokybiško darbo pasiūlymų, labiau pasinaudoti tęstinio švietimo, pameistrystės ar mokomosios praktikos galimybėmis.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ez büntetést helyez kilátásba a kvótarendszert elutasító tagállamok számára. A Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlog splošnega proračuna za leto 2017 sem podprl, saj ustrezno predvideva večjo fleksibilnost in povečanje sredstev za potrebe migracijskega izziva in počasne gospodarske rasti po gospodarski krizi.

Med drugim pa odločno nasprotuje rezom v razdelku, ki prinaša rast in delovna mesta za državljane, predvsem za mlade. Podpira nadaljnje črpanje iz skladov ESI in drugih skladov in med drugim predvideva posebne ukrepe, da se zagotovi podporo regijam, ki utegnejo biti oškodovane, če bo Velika Britanija izstopila iz Unije.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport qui préconise une hausse substantielle des dépenses, due notamment à l'accueil des migrants, propose en outre son financement par l'augmentation des participations financières des États membres, déjà trop élevées de mon point de vue, sans examiner à aucun moment la possibilité de faire des économies sur les coûts de fonctionnement.

De plus il évoque le renforcement du rôle de l'UE en matière de droit d'asile et de défense que je considère être de la compétence régalienne des États membres.

Je me suis donc opposée à ce texte.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017 mainly because it points out the need to ensure the achievements of the EU 2020 targets and reprimands the Commission for its recent initiatives aimed at suspending the ESI funds. On the contrary, I believe that the Union shall deploy more financial resources in order to deliver political answers to the challenges we face nowadays, such as migration and the slow economic growth. In particular, I think additional funding is needed in order to address the current refugee crisis.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il bilancio dell'Unione europea rappresenta circa l'1% del reddito nazionale lordo dell'UE, pertanto esso è complementare ai bilanci nazionali. Il progetto di bilancio 2017 deve tener conto della volontà espressa dal popolo della Gran Bretagna di lasciare l'Unione europea. Il progetto di bilancio rispecchia e sostiene le priorità politiche stabilite del presidente della Commissione Juncker e cerca di fornire una risposta europea alle sfide di gestione della migrazione, di lotta contro il terrorismo e la criminalità organizzata, di protezione delle frontiere esterne dell'Unione e di collaborazione con le regioni confinanti dell'UE. Una delle principali priorità del bilancio riguarda l'occupazione, la crescita e gli investimenti poiché, anche se l'economia europea continua il suo recupero, le previsioni di crescita rimangono modeste. La commissione pesca invita la commissione per i bilanci a tener presente che il FEAMP, rispetto ad altri fondi, ha risorse limitate e che si deve procede a una espansione della rete di accordi con paesi terzi. Inoltre, è necessario che non siano ridotti i finanziamenti al settore della pesca poiché questo settore ha una dimensione economica, sociale e ambientale importante nell'ambito dell'economia blu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce projet de budget appelle à rétablir les montants que le Conseil préconisait de réduire afin de préserver des marges de manœuvre budgétaires suffisantes en cas d'éventuelles crises. Avec 161,8 milliards d'euros de crédits d'engagement et 136,8 milliards d'euros de crédits de paiement, ce projet de budget vise notamment à accroître les fonds destinés au programme Horizon 2020 ainsi qu'à l'initiative pour l'emploi des jeunes. Certes, nous approuvons les 600 millions d'euros de crédits supplémentaires destinés à venir en aide au secteur agricole menacé par la baisse du prix des matières premières et par l'embargo russe dont l'Union européenne est à l'origine. En revanche, nous nous opposons fermement à l'augmentation des fonds destinés à financer l'accueil des migrants clandestins dans les

États membres de l'Union européenne. À l'heure où les peuples européens subissent le chômage de masse et la précarité, il est ahurissant de voir l'Union européenne se préoccuper en priorité du confort des migrants clandestins. Cette proposition révèle au combien les technocrates bruxellois sont déconnectés du quotidien de nos concitoyens. J'ai donc voté contre ce texte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté sa position sur le budget général de l'Union pour l'année 2017. Nous avons rejeté toutes les réductions que les États membres avaient proposées. Ce projet de budget représente 162,4 milliards d'euros de crédits d'engagements et 138 milliards d'euros de paiements. C'est un budget ambitieux qui prend en compte les nombreuses crises auxquelles nous devons faire face actuellement. La nouvelle Agence européenne de garde-frontières et de garde-côtes a, à présent, un financement de 299,2 millions d'euros ce qui est le double du montant anciennement alloué à Frontex. Un paquet de soutien d'urgence de 600 millions d'euros sera mis en place pour lutter contre les effets de la crise du secteur laitier et les effets de l'embargo russe. C'est un soutien important pour nos agriculteurs. Ce rapport m'a permis de rappeler que le siège du Parlement européen est à Strasbourg et doit le rester. J'ai également voté contre l'internalisation du service des chauffeurs qui représente une dépense considérable. À présent, nous allons entrer en négociation avec le Conseil pour que le budget de l'année 2017 soit formellement adopté. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione concernente il progetto di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2017.

Ritengo che molte delle priorità politiche, quali la gestione efficace della crisi migratoria e dei rifugiati, la promozione della competitività attraverso la creazione di posti di lavoro ed il perseguimento degli obiettivi di sviluppo sostenibile, sono supportate con adeguati stanziamenti di risorse finanziarie.

In particolare nel bilancio 2017 il Parlamento ha catalizzato la propria attenzione sulle nuove e gravi sfide non prevedibili al momento dell'elaborazione del Quadro finanziario pluriennale 2014-2020. Il bilancio 2017, pertanto, è da inquadrare nel più ampio contesto dalla revisione intermedia del QFP e, come opportunamente si evince dalla relazione, risulta in linea con gli obiettivi previsti dalla strategia Europa 2020.

L'UE, avendo ratificato l'accordo COP21, destinerà buona parte delle sue risorse finanziarie al rispetto degli impegni internazionali assunti. Secondo le previsioni, per l'esercizio 2017, il bilancio dovrebbe destinare a tal fine il 19,2 % della spesa complessiva.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Whilst I agreed with a number of aspects within this report, there were issues surrounding the priorities of the European Parliament in this regard, which is why I abstained in the final vote.

I supported the inclusion of certain elements into the mandate, especially a Sinn Féin amendment in paragraph 4 ensuring support for the North in the wake of Brexit, which would encompass retaining programmes such as PEACE.

Whilst the Parliament's position does restore all the cuts made by the Council, it falls short on the cuts which had already been introduced by the Commission itself. The best reflection of this is a reduction of cohesion funding in favour of a militarized 'fortress Europe'.

The larger and wealthier Member States, who have been cheerleaders of neoliberal policies and champions of austerity, have played a significant role in the negative implications for social and regional programmes. This entails Member States, local authorities, institutions and civil society stakeholders being held hostage by 'market logic' and the systematic transfer of funds from existing EU programs and the erosion of public investment.

I could not fully oppose the report as voting against consequently meant voting in favour of the Council's position, which is socially regressive, so I abstained.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

David Casa (PPE), *in writing*. – The budget 2017 needs to be considered in the wider context of the mid-term revision of the multiannual financial framework (MFF). It has to be in line with the 2020 targets. The EU is currently facing a number of serious emergencies and new challenges, which could not be foreseen at the time that the MFF 2014-2020 was set-up. Therefore, increased financial resources need to be deployed from the Union budget, in order to meet these challenges, such as the migration challenge and slow economic growth, and allow the Union to respond effectively to those crises as a matter of utmost urgency and priority. The Council has overall reduced most headings of the budget, with 52% of the overall Council cuts in commitments falling within subheading 1a on competitiveness for growth and jobs. When faced with this situation, questions arise as to the Council's political priority on jobs and growth, infrastructure projects as well as for fighting youth unemployment.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta della risoluzione relativa all'approvazione del bilancio dell'UE per l'anno 2017. Abbiamo apprezzato alcune volontà e priorità politiche, come il rafforzamento della rubrica III, fortemente sotto pressione a causa dei fenomeni migratori; la visione del Parlamento europeo manca tuttavia di un necessario realismo, poiché è difficile, se non impossibile, chiedere ulteriori sforzi di bilancio agli Stati membri, laddove è poi la stessa UE che è responsabile in gran parte dei vincoli di bilancio cui sono sottoposti gli Stati a livello nazionale.

Persiste poi il problema del divario tra impegni e pagamenti, tra vane promesse e realizzazioni pratiche: quest'anno a peggiorare la situazione sono intervenuti due nuovi pesanti capitoli di spesa (garanzia EFSI e fondi per l'accordo con la Turchia), che sottraggono ingenti risorse che potrebbero essere meglio impiegate. Alla luce di quanto esposto, insieme alla delegazione M5S, ho votato contro.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται στις νέες θέσεις εργασίας, στους νέους ανθρώπους, στις δράσεις εκείνες που έχουν να κάνουν με την έρευνα, με την καινοτομία, που πραγματικά φέρνουν την Ευρώπη πιο μπροστά. Θέλουμε έναν προϋπολογισμό που να ανταποκρίνεται σε μια πιο κοινωνική και πιο ανθρώπινη Ευρώπη. Θέλουμε επίσης να υπάρξει μια πραγματική εκστρατεία και μια δυνατή προσπάθεια για να καταργήσουμε τη γραφειοκρατία. Η γραφειοκρατία αυτή τη στιγμή πλήττει και τον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αλλά πλήττει ιδιαίτερα τους πολίτες, τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και το ίδιο το σύστημα. Χάνονται πάρα πολλά εκατομμύρια στον βωμό της γραφειοκρατίας, όπως χάνονται και οι ελπίδες και τα όνειρα πολλών ανθρώπων. Στηρίζω επίσης την έκθεση του προϋπολογισμού, γιατί ανταποκρίνεται στις ελπίδες και στα όνειρα, ιδιαίτερα των νέων ανθρώπων, γιατί υπήρξε αύξηση για την απασχόληση των νέων, για τις δράσεις των νέων, για το Erasmus+, και για όλα αυτά που πραγματικά δίνουν ώθηση σε έναν προϋπολογισμό ανάπτυξης και απασχόλησης, σε έναν προϋπολογισμό για την κοινωνική και την ανθρώπινη Ευρώπη.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Provvedimento ancora una volta molto lontano dal rispondere alle vere esigenze dei cittadini. Nel contesto della relazione di iniziativa accompagnata al bilancio delle istituzioni europee per il 2017, sono condivisibili alcuni interventi a sostegno dell'agricoltura ma del tutto incomprensibili gli ingenti finanziamenti a sostegno del sodalizio UE-Turchia. Confermo quindi il mio voto negativo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Una disciplina di bilancio valida ed incisiva è ottenibile esclusivamente attraverso una vasta e puntuale pianificazione: in tal modo intendo chiarire il mio voto favorevole. Oltretutto, in un momento di congiuntura macroeconomica sfavorevole non è pensabile agire diversamente se si anela ad un equilibrio tra priorità di lungo termine e sfide imprevedibili da affrontare.

L'analisi offerta dal progetto rappresenta una fonte colma di riflessioni e critiche, oltre che l'occasione per intervenire su temi notevolmente eterogenei. Tra quelli che maggiormente hanno destato la mia attenzione annovero l'emendamento per il taglio dei fondi agli allevatori di tori destinati alla corrida. Nonostante la contrarietà espressa dal mio gruppo in merito alla questione, ho scelto di votare secondo coscienza e pensando al mondo in cui voglio possano crescere i miei figli e le future generazioni, auspico non si debba più assistere a mattanze vere e proprie che poco hanno a che vedere con il concetto di lusus. L'esito della votazione ha, fortunatamente, rispecchiato il mio pensiero e pertanto i fondi per allevare tori da combattimento sono stati tagliati dai 130 milioni di fondi annuali per l'agricoltura e gli allevamenti destinati alla Spagna. Spero che presto sarà possibile vietare la stessa corrida: mera tortura, né arte né cultura.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the Council position on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Orçamento de 2017 deve responder às necessidades ligadas aos desafios das migrações e ao abrandamento do crescimento na sequência da crise económica. É, pois, necessário reforçar o financiamento para os projetos de investigação e de infraestruturas, bem como o combate o desemprego jovem.

Apoio o aumento da dotação da iniciativa para o emprego dos jovens em 1 500 milhões de euros em dotações de autorização. Congratulo-me com a proposta da Comissão de um montante adicional de 1.8 mil milhões de euros para dar resposta ao desafio da migração na União. Concordo com a necessidade de se reforçar as dotações para a Europol, a Eu-lisa e a Enisa.

Aprovo a decisão do Parlamento de aumentar as dotações para o sector leiteiro em 600 milhões de euros, a fim de contrariar os efeitos da crise no sector dos lacticínios e do embargo russo ao sector do leite. Subscrevo a reposição de todos os montantes cortados no Mecanismo Interligar a Europa (investimentos destinados a melhorar as redes europeias dos transportes, da energia e da tecnologia digital) e no Horizonte 2020 (programa da UE para a investigação e a inovação), num total de 1 240 milhões de euros em autorizações. Pelo exposto, apoiei o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto fissa il livello complessivo degli stanziamenti per il 2017 a 162,4 miliardi di EUR in stanziamenti d'impegno e a 138 miliardi di EUR in stanziamenti di pagamento. I capitoli di spesa rappresentati nel testo – e specificatamente quelli dedicati alla competitività per la crescita e l'occupazione, alla coesione sociale e territoriale economica, alla crescita sostenibile, alla sicurezza, all'amministrazione e alla riserva per aiuti d'urgenza – sono in linea con le politiche europee.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La resolución del Parlamento Europeo hace hincapié en la necesidad de reforzar el presupuesto europeo y dotarlo de mayor contenido en el ámbito social y ecológico, sin llegar a cuestionar la deriva neoliberal del mismo. Aunque estoy de acuerdo con estas reformas, las considero insuficientes y finalmente he decidido abstenerme.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za budżetem ogólnym Unii Europejskiej na rok budżetowy 2017, ponieważ z zadowoleniem przyjmuję jego postanowienia. Biorąc pod uwagę sytuację na świecie, za istotne uważam utworzenie nowej linii budżetowej dotyczącej „funduszu dla ofiar terroryzmu". Celem tego funduszu jest zagwarantowanie wsparcia zarówno finansowego, jak i psychicznego dla ofiar terroryzmu.

W sprawozdaniu mowa o konieczności zwiększenia limitów wydatków na podjęcie konkretnych działań wspierających Inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych oraz sektor mleczarski.

Sprawozdanie opisuje bardzo istotne kwestie, proponując konkretne rozwiązania. Są to powody, dla których głosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report recognises the need for a higher budget allocation to be able to tackle new realities. The 3.8% addition in budget when compared to the 2016 allocation is required in order for the European Parliament to have the financial tools needed to keep working effectively. An example of realities which require further financing is the current refugee and migratory challenges while continuing with the support of sustainable development goals and the funding for victims of terrorism amongst others.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report, which proposes increasing EU budget commitments by over EUR 4 billion, attempting to completely reverse the budgetary agreements made by national governments for 2017. At a time when national governments across Europe are facing significant fiscal challenges this makes no sense and is an attempt to reverse the historic agreement the UK secured in 2013 to bring the EU budget under control after decades of rising spending.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport vise à arrêter la position du Parlement européen sur le budget général de l'Union Européenne pour l'exercice budgétaire 2017. Avant d'entrer en phase de conciliation budgétaire avec le Conseil des ministres, le Parlement a souhaité se prononcer en faveur d'un budget ambitieux à hauteur de 160,7 milliards d'euros de crédits d'engagement et à 136,8 milliards d'euros de crédits de paiement, constituant une augmentation de 7,9 milliards d'euros par rapport à la proposition de la Commission européenne, dont notamment 600 millions d'euros supplémentaires pour stabiliser les marchés agricoles, notamment laitier.

Les principaux objectifs de ce budget politique sont l'agriculture, donc, la jeunesse et l'emploi, mais aussi la sécurité et la gestion de la crise migratoire. Considérant que le budget européen se doit d'être à la hauteur des enjeux et des attentes fortes actuels, j'ai soutenu la position du Parlement européen sur le budget général pour l'Union.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai approuvé la position du Parlement européen sur le budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017 qui renforce, notamment, les dépenses dans les domaines de la culture, de la communication, de la citoyenneté et de la jeunesse. Je soutiens également l'augmentation du budget proposée initialement par la Commission européenne qui permettra de renforcer le rôle des agences ayant des tâches liées à la sécurité et aux affaires intérieures telles qu'Europol, Eurojust et le Bureau européen d'appui en matière d'asile.

Toutefois, j'ai réitéré mon opposition à l'internalisation du service des chauffeurs au Parlement qui coûtera 3,7 millions d'euros supplémentaires chaque année par rapport au système actuel.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur le budget général de l'UE pour 2017. Il propose de reconduire les principaux fonds existants et d'augmenter les ressources pour plusieurs domaines qui en ont particulièrement besoin. Il propose notamment d'augmenter le budget pour les programmes Erasmus et Marie Curie, d'augmenter les crédits en agriculture pour pallier les effets de la crise laitière, et d'augmenter les montants pour gérer les défis migratoires dans l'Union. C'est une très bonne chose. Cependant, sur le budget du Parlement et de l'administration, j'ai voté contre l'internalisation des chauffeurs, car cela représente pour moi un surcoût injustifié pour le budget de l'Union européenne sans plus-value réelle: cela est inacceptable !

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le budget 2017 de l'UE répond aux défis auxquels l'Union européenne est confrontée en matière de migration, d'accès des jeunes à l'emploi et de politique étrangère. Il met en avant la croissance, la jeunesse et l'innovation dans la continuité des budgets précédent, le renforcement financier des programmes Horizon 2020, Erasmus + ou encore Connecting Europe Facility.

Les projets de développement menés par l'Union dans les pays tiers doivent également être soutenus plus activement. Il s'agit de trouver un équilibre nécessaire entre investissement et rigueur budgétaire. La mise en œuvre du plan d'investissement pour l'Europe (EFSI) est l'un des défis de cette législature.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à rétablir les montants que le Conseil prévoyait de réduire de plusieurs milliards au prétexte que les marges laissées dans le projet de budget du Conseil seraient insuffisantes pour faire face aux crises ou aux grands enjeux comme la crise migratoire, ou la COP21. Le texte parle de «nouveaux défis» et qualifie la crise migratoire de «challenge des réfugiés» qui appelle à une augmentation des crédits afférents. Il se réjouit de l'accord avec la Turquie sur les migrants. De même, une européanisation toujours plus poussée du régime du droit d'asile est proposée alors que cette prérogative doit être uniquement de la compétence des États membres. Il s'agit donc d'un budget expansionniste visant à financer l'immigration et la fédéralisation à marche forcée. Leur financement est assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions à l'utilité douteuse. Bien évidemment, j'ai voté contre ce budget.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ο προϋπολογισμός της Ένωσης πρέπει να λαμβάνει υπόψη του τις τρέχουσες προκλήσεις και απειλές και να στοχεύει στην αντιμετώπισή τους. Ταυτόχρονα, να προάγει πολιτικές που οδηγούν στην αξιοπρεπή εργασία, τη βιώσιμη ανάπτυξη και την εξασφάλιση ισορροπιών μεταξύ των οικονομικά εύρωστων και των αντίστοιχων ασθενών οικονομιών των κρατών μελών. Κύριο δε μέλημά του πρέπει να είναι η ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against including Preparatory Action for Defence Research in the EU budget 2017. Since my election in 1999 I have strongly and actively opposed the militarisation of the EU. I have called instead for a civilian peace corps which could work directly with people in areas of tension to prevent conflict developing. I believe the EU could develop a new and positive global role in this respect. The defence proposal not only takes the EU in the opposite direction but it would actually divert money from other areas of the budget. Many of my constituents in Wales who contacted me on this issue will be disappointed that we did not achieve a majority in the vote to delete it.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Budgetbetänkandet innehöll många bra delar såsom återställande av finansieringen för forskningsfonden EFSI och mer medel för att hantera flyktingkrisen. Dock var den totala budgeten en höjning både jämfört med kommissionens och rådets förslag, och eftersom jag anser att EU:s totala budget inte bör höjas valde jag att avstå i slutomröstningen.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre. Il s'agit en effet d'un budget européen très expansionniste visant à financer les lubies euro-immigrationnistes des députés européistes mais aussi la fédéralisation à marche forcée des principaux traits de la souveraineté que sont la défense ou l'asile.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução está em linha com a proposta de orçamento propriamente dita. Nenhuma delas responde aos profundos e persistentes problemas que a UE e os seus Estados-Membros enfrentam, e, face a esses problemas, apontam ou caucionam caminhos errados. Votámos contra.

À semelhança do que sucedeu com o orçamento para 2017, também a esta resolução apresentámos várias alterações que, no seu conjunto, demonstram a possibilidade e a viabilidade de um outro caminho. A esmagadora maioria das nossas propostas de alteração foi, todavia, rejeitada, para o que também contribuíram os votos do PS, PSD e CDS.

O PCP, que votou contra a proposta de orçamento da UE para 2017, continuará a pugnar por uma rutura com as políticas da UE, apresentando propostas alternativas sempre em defesa do interesse nacional, dos trabalhadores e do povo português.

Alguns aspetos positivos que a resolução encerra não apagam um conteúdo globalmente negativo, seja pelo que é dito, seja fundamentalmente pelas enormes omissões. O problema da UE reside no seu montante – é muito insuficiente –, mas também nas suas prioridades – são erradas. Estão ao serviço, não de objetivos de coesão, paz e desenvolvimento mas, pelo contrário, de objetivos de retrocesso, de agressão e de ingerência.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario a questo provvedimento poiché non affronta le inefficienze di bilancio e aumenta la distanza tra i cittadini e le istituzioni UE. In particolare la mancanza di regole chiare sui finanziamenti alla Turchia per quando riguarda i migranti e il mantenimento dello status quo riguardante le tre sedi del Parlamento (Bruxelles, Strasburgo e Lussemburgo) dimostrano l'inadeguatezza di questa UE ad affrontare le vere priorità cui bisogna far fronte: economia, immigrazione e sicurezza.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione riguardante il bilancio dell'UE: al netto di alcuni interventi condivisibili, il provvedimento risulta ancora una volta molto lontano dal rispondere alle esigenze vere e concrete dei cittadini e continua a sostenere il sodalizio UE-Turchia.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this budget put forward by the Parliament as it reintroduces cuts which were decided by Member States in the Council.

The budget put forward an extra EUR 1.5 billion for the 'Youth Employment Initiative', something that has arguably done very little to change the percentage of youth unemployment in Member States.

Instead of throwing more money at EU schemes we should seek to use the money already allocated more wisely.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Budgets committee reversed all Council's cuts in commitment appropriations by restoring the Commission's Draft Budget (EC- DB) for 2017.

Furthermore, considerable increases over the Commission's Draft Budget on specific topics of political interest have been voted, mostly to fully compensate the cuts from the agreement on the European Fund for Strategic Investments (EFSI),as well as to ensure additional resources needed for the internal and external dimension of the refugee crisis, and for financing the Youth Employment Initiative.

We must ask for a further use of the existing flexibility instruments under the current MFF and making reference to the revision of the MFF, in order to make the EP's priorities clear.

I welcome the fact that, in order to keep the political lead on the fight against youth unemployment, the Youth Employment Initiative will be increased by EUR 1.5 billion. Also the Fund for European Aid to the Most Deprived (FEAD) has been increased by EUR 4 million.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto de la Unión convencido de la necesidad de que deben consignarse los recursos financieros necesarios en el presupuesto de la Unión, para responder a los retos políticos y permitir a la Unión actuar y responder a las crisis de forma prioritaria y con la máxima urgencia. Para aumentar en 25 millones la inversión en investigación y desarrollo, para destinar 1 500 millones al combate contra el desempleo juvenil, para ayudar con 600 millones a los agricultores golpeados por la crisis del sector lácteo, para movilizar 15 millones de euros más a los fondos Erasmus para que los jóvenes europeos pueda estudiar alrededor de Europa con la ayuda de la Unión. Para acabar con el dispendio de destinar recursos de la política agraria común a la cría de toros destinados a morir en corridas, porque nuestros agricultores ya están suficientemente golpeados por la crisis del sector, como para perder recursos de ésta forma. Por todo ello, he votado a favor del presupuesto de la Unión para 2017.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul bilancio generale dell'UE per il 2017, perché l'UE ha bisogno di un bilancio adeguato per fare fronte alle sfide importanti che ha davanti a sé e soprattutto in conseguenza delle mutate condizioni rispetto a quelle del 2014, allorquando fu negoziato il quadro finanziario pluriennale 2014-2020. Ho sostenuto la richiesta del PE di più fondi per i giovani alla ricerca di occupazione di qualità, per stimolare la crescita economica, per aiutare i paesi terzi ad affrontare l'emergenza della crisi migratoria, la crisi del settore agricolo e del lattiero-caseario a seguito rispettivamente delle sanzioni alla Russia e alla fine del sistema delle quote. Tuttavia, il problema maggiore resta l'adeguamento del quadro finanziario pluriennale, pertanto, condivido la proposta della CE in tal senso, poiché introduce una maggiore flessibilità e la costituzione di una riserva in caso di crisi. L'UE ha bisogno di un bilancio più ambizioso e adeguato alle sfide che l'UE ha davanti. Ora è il tempo della conciliazione per arrivare all'accordo finale con il Consiglio. Le due autorità di bilancio avranno a disposizione meno di un mese per raggiungerlo, poiché il bilancio dell'UE per il 2017 dovrà essere definitivamente approvato in dicembre.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den „Bericht über den Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017" gestimmt, weil ich auch gegen den Haushaltsplan insgesamt stimmen musste: Er geht nicht ausreichend verantwortlich mit dem Geld der Steuerzahler um und muss noch deutlich besser werden, bevor ich ihm zustimmen kann.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Dzisiaj zadecydowaliśmy, że środki na pokrycie zobowiązań w 2017 roku powinny wynieść 160,7 mld euro, czyli o 4,1 mld euro więcej w porównaniu z projektem Komisji Europejskiej, natomiast kwota na pokrycie płatności powinna być wyższa o 2,5 mld euro, co daje w sumie 136,7 mld euro.

Konieczne jest przeznaczenie dodatkowych funduszy w wysokości 1,5 mld euro na pomoc młodym ludziom w wejściu na rynek pracy. Ponadto, potrzebne są środki na wspomaganie wzrostu gospodarczego oraz na pomoc krajom trzecim w związku z trwającym kryzysem migracyjnym. W tym kontekście nie zgodziliśmy się na żadne cięcia wprowadzone przez Radę Europejską.

Dodanie 1,24 mld euro do kwoty przewidzianej w projekcie budżetu na instrument „Łącząc Europę" przeznaczony na projekty infrastrukturalne oraz na program Horyzont 2020, który wspiera projekty badawcze, także przysłuży się wzrostowi gospodarczemu w Unii. Finansowanie umowy z Turcją oraz inne doraźne fundusze nie powinny być ustanawiane kosztem już istniejącej polityki zewnętrznej UE. Dodatkowe fundusze pojawią się w związku z nowymi środkami otrzymanymi w wyniku trwającej rewizji wieloletnich ram finansowych na lata 2014-2020.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Depuis des années, je vote contre le budget de l'Union européenne, qui finance, mal, des politiques que je ne cautionne pas.

S'ajoute cette année la mauvaise action contre Strasbourg qu'est «l'internalisation du service des chauffeurs», prétendument pour des raisons de sécurité.

Je suis opposé à cette internalisation.

D'une part, parce que, décidée par le Bureau, elle se fait contre la volonté de ce Parlement, qui avait demandé dans un rapport d'avril 2016 que l'on sursoie à exécution en l'absence d'un complément d'information. Complément qu'il n'a jamais eu.

Ensuite parce que dans les faits, elle n'est pas ouverte aux chauffeurs de Strasbourg, comme leurs représentants nous en ont informé, alors même qu'ils sont en conflit avec leur employeur sans que cela n'ait en rien affecté les services qu'ils nous rendent. Vous les condamnez cyniquement au chômage.

Enfin, cette internalisation coûtera très cher avec un résultat plus qu'incertain quant aux résultats. Nous bénéficions ici depuis des années de la compétence de ces personnes. Beaucoup sont retraités, souvent de la police et de la gendarmerie. Je ne suis pas sûr que vos nouvelles recrues bruxelloises offriront les mêmes garanties de sécurité. Surtout si elles viennent de Molenbeek.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre *Budget* porque, aun siendo una posición menos dura que la de Comisión o, ni que decir tiene, que el Consejo, sigue suponiendo un 5 % de recortes. Aun habiendo aspectos que restauran partidas de interés (iniciativa juvenil de empleo, si bien luego apenas se aplica en un 7 % por los Estados miembros), también lo hace con otras de carácter securitario, sigue apostando por el problemático Plan Juncker para promover la inversión, y no encuentro un carácter redistributivo en el modelo planteado.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — L'Union Européenne doit faire face à des défis sans précédents: pour pouvoir mener une action efficace, elle a besoin d'un budget qui soit véritablement à la hauteur. Le chômage des jeunes atteint aujourd'hui des niveaux sans précédents, aussi nous avons besoin de moyens accrus pour que l'initiative pour l'emploi des jeunes puisse véritablement inverser la tendance. Ce budget 2017 doit être mis en perspective avec la prochaine révision du cadre financier pluriannuel 2014-2020. C'est pourquoi j'ai soutenu ce rapport et plus spécifiquement trois priorités que les Socialistes et Démocrates souhaitent voir renforcées: la croissance et l'emploi (notamment en restaurant les coupes effectuées dans les budgets du mécanisme d'interconnexion en Europe et le programme Horizon 2020), l'asile et l'immigration (en accroissant les budgets pour Eurocop, Eurojust, EASO, et en rétablissant les coupes effectuées dans les programmes de coopération au développement), ainsi que l'agriculture (en particulier avec un soutien d'urgence au secteur laitier).

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Sajnálatos, hogy az EP 2017-es uniós költségvetéshez kapcsolódó jelentése hivatkozik a júliusi plenáris szavazás során elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentésre. Ebben ugyanis a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az európai parlamenti előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetésének tervezetéről szóló tanácsi álláspontról szóló jelentés szövegében hivatkozik a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentésre, ezért tartózkodtam a jelentésről szóló végszavazásban.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je pense que nous avons une proposition qui va dans la bonne direction. Dans cette période particulièrement violente marquée par la succession de crises, il est impératif d'avoir les moyens financiers d'y répondre.

C'est pourquoi j'ai décidé de soutenir la position du Parlement européen en faveur d'un budget de 162,4 milliards d'euros en crédits d'engagements et 138 milliards d'euros en paiements.

Il est en effet important de se mobiliser dans deux domaines :

— l'agriculture pour laquelle le Parlement a réclamé une hausse de 600 millions d'euros afin de contrer les effets de la crise du secteur laitier et les effets de l'embargo russe sur la filière laitière;

— la sécurité et les migrations où nous avons approuvé la proposition de la Commission visant à débloquer une enveloppe de 1,8 milliard d'euros s'ajoutant aux montants initialement programmés en 2017. Désormais, le niveau de financement des dépenses liées aux phénomènes migratoires atteint 5,2 milliards d'euros au total en 2017.

Enfin, je me réjouis que les députés aient également augmenté le budget des agences européennes qui sont particulièrement sollicitées depuis le début de la crise migratoire, telles qu'Europol, Eurojust et le Bureau européen d'appui en matière d'asile.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea adoptării bugetului general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2017, toate secțiunile.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2017., zbog toga što smatram da je nacrt proračuna u konačnici uravnotežen i u skladu s glavnim političkim prioritetima Unije. Držim da je potrebno osigurati ravnotežu između dugoročnih prioriteta i novih izazova te da proračun mora biti temeljen na načelima transparentnosti, dosljednosti i učinkovitosti i u skladu s ciljevima strategije Europa 2020.

Smatram da su strukturni i investicijski fondovi ključni za ujednačen razvoj EU-a, pogotovo radi osiguravanja teritorijalne i socijalne kohezije, te stoga mislim da je njihovo smanjenje neprihvatljivo. Europska unija se suočava s nepredviđenim situacijama i problemima, međutim ključne europske razvojne politike moraju se sačuvati. U tom kontekstu, podržavam dodatna sredstva koja su predviđena za ublažavanje migrantske krize i napore ka snažnijem pokretanju cjelokupnog rasta i zapošljavanja.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted for the general budget of the European Union for the financial year 2017 because it states for an ambitious response to current challenges. I support boosting the economic and employment growth by supporting small and medium-sized enterprises and via recovery of funds for the interconnection of Europe and Horizon 2020, the biggest EU Research and Innovation programme. With regard to fight against terrorism, I am also in favour of increasing the support for Europol and the new agency of border guards and European coastguard, two key structures which I believe can make the EU a safer place.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le budget général de l'Union européenne pour 2017. Je me réjouis notamment des dispositions renforçant les dépenses dans le domaine de la culture. Au cours de l'exercice pour l'année 2017, les budgets des sous-programmes MEDIA et Culture ont en effet été augmentés afin de soutenir la promotion d'œuvres culturelles et créatives. J'ai en revanche voté contre les amendements conduisant à l'internalisation du service des chauffeurs au Parlement européen, mesure inutile et coûteuse pour le contribuable.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de budget. Les députés de la commission des budgets ont annulé toutes les réductions proposées par le Conseil au projet de budget de l'Union Européenne pour 2017. Le Parlement a fait de ce texte, qui ressemblait plus à un outil comptable à la suite de la lecture du Conseil qu'à un acte politique par excellence, un texte politique qui tient compte des évolutions de notre Union et des réalités vécues par nos concitoyens. En annulant les réductions proposées et en proposant des engagements sur la sécurité, l'emploi ou encore l'agriculture, le Parlement démontre sa capacité à être en phase avec les préoccupations des citoyens européens.

J'ai par ailleurs voté contre l'amendement «siège unique» afin de garantir le maintien du siège du Parlement à Strasbourg.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Entschließung zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017 stellt zwar fest, dass angesichts knapper Ressourcen stärker auf die Einhaltung der Haushaltsdisziplin geachtet und Gelder effizient und effektiv verwendet werden sollen, spricht sich jedoch deutlich gegen mögliche Kürzungen aus. In Summe will das Europäische Parlament eine weitere Aufstockung des EU-Budgets erwirken. Dies ist nicht nur aus prinzipiellen Überlegungen, sondern auch angesichts immer knapperer Haushaltsbudgets und Defizite in den Mitgliedstaaten abzulehnen. Aus diesen Gründen hätte ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted to oppose an increase in the EU budget for 2017 — we believe the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines. We remain committed to the principle of prioritising the jobs and economic growth agenda whether inside or outside of the European Union and hope to continue close cooperation with our neighbours as a means of protecting the UK economy.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Når der fortsat spares i Europa, skal EU selvsagt ikke undtages herfor. Derfor skæres der, som i de foregående år, fortsat ned på ansatte og på administrative omkostninger over en bred kam. Denne tilgang støtter vi og fastholder, at EU-budgettet ikke skal stige, men at der bør prioriteres bedre.

Derfor kan vi ikke stemme for budgetforslaget, som indebærer en væsentlig forøgelse af EU's budgetramme og indeholder en række ikke-finansierede tiltag. Ligeledes mener vi ikke, at der er behov for yderligere støtte til hverken fonde, partier eller grupperne i Europa-Parlamentet, men støtter, at der føres tæt kontrol med og revision af disse midler.

Vi fastholder vores krav om mere gennemsigtige regler for revision af midler, der stilles til rådighed for medlemmerne, og understreger, at der skal gælde ens, klare og effektive regler.

Slutteligt understreger vi, at medlemmer og ansatte altid bør rejse på den samlet set billigst mulige måde. For MEP'erne er dette typisk de billigste flexbilletter af hensyn til skiftende mødekalendere. Vi støtter internaliseringen af kørselsordningen, fordi det vil sikre ordnede arbejdsforhold for de chauffører der er tilknyttet, men fastholder, at det samlet set skal være udgiftsneutralt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung der Berichterstatter zum EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Aussagen, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Auch die Verknüpfung mit der Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens halte ich für unzulässig. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diese Entschließung ablehne.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Jako každý rok tak i tento jsme hlasovali o zprávě týkající se postoje Rady k návrhu souhrnného rozpočtu Evropské unie na nový rozpočtový rok. Ani tento rok jsem nemohla s předloženým rozpočtem zcela souhlasit. To i přes několik pozitivních věcí, které se v pozici Rady objevily, jako je vyvarování se částí nekoncepčních škrtů, které provedla Evropská komise, více prostředků určených k růstu, zvýšení konkurenceschopnosti a zlepšení sociální situace. Od začátku nesouhlasím se snahou Komise potutelně zapojit do rozpočtu podporu vojenského výzkumu, neboť je to v hrubém rozporu s primárním právem EU. Dle mého názoru je nutné osekat z rozpočtu veškerý nepotřebný balast a zbytečné iniciativy, které znamenají pouze plýtvání prostředky, a soustředit se na témata, jako je migrace a snižování sociálních rozdílů mezi jednotlivými členskými státy, tedy především konvergence životní úrovně v západních a východních členských státech. Což se znovu ne úplně podařilo reflektovat. Osobně také podporuji další výzkumnou činnost v oblastech energetiky a vesmíru (ITER, CERN, rozpočet ESA, Galileo, Copernicus apod.). Z mého pohledu je správným krokem i větší finanční rezerva pro mimořádné záležitosti. Vzhledem k tomu, že je současný rozpočet dalek ideálnímu stavu, nicméně vidím v něm několik pozitivních změn, rozhodla jsem se při hlasování pouze zdržet.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A költségvetéssel szemben több aggály is felmerül, egyrészt az, hogy az eredeti, azaz a Bizottság által javasolt költségvetési előirányzatok megkurtítása nehézséget fog jelenteni a feladatok ellátásában, másrészt az, hogy jelenleg az Uniónak számos olyan súlyos vészhelyzettel kell szembenéznie, amelyeket a 2014-2020-as többéves pénzügyi keret kidolgozásakor még nem lehetett előre látni. Ettől függetlenül a jelentés jórészt helytálló, tényszerű. Nem mellesleg növelni kellene a kutatási és infrastrukturális projektek, valamint az ifjúsági munkanélküliség elleni küzdelem finanszírozását is, ha ki akarunk lábalni a negatív spirálból. Sajnos a megcsontosodott neoliberális gazdasági szemlélet alkalmatlan arra, hogy valós megoldásokat kínáljon a strukturális és társadalmi kihívásokra.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il bilancio generale UE per l'anno 2017 va considerato nell'ampio contesto della revisione intermedia del quadro finanziario pluriennale (QFP) e con esso va evidenziata la necessità di garantire un giusto bilanciamento fra le spese ordinarie e le priorità necessarie ad affrontare le nuove sfide, non prevedibili al tempo della stesura del bilancio. Per il 2017 continueremo a puntare su crescita e sviluppo, quindi alla creazione di posti di lavoro, investendo sugli obiettivi di strategia previsti da Orizzonte 2020, tra cui ricerca, sviluppo e innovazione. Punteremo inoltre sulla competitività del nostro tessuto imprenditoriale, sulla coesione economica sociale e territoriale, sul sostegno all'agricoltura, la protezione dell'ambiente e della salute, nonché sulla sicurezza dei nostri cittadini. Aumenti pervisti anche per le politiche di gestione della crisi migratoria. Sono state infatti rafforzate tutte le linee relative alle agenzie che sono in impegnate in prima linea nella gestione del fenomeno migratorio. La nostra posizione, oggi approvata, elimina tutti i tagli effettuati dal Consiglio e sarà oggetto di negoziato nelle prossime trattative per raggiungere l'accordo con gli Stati membri sulla posizione comune.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il fait la part belle à la crise des migrants et appelle à augmenter les moyens financiers pour y faire face.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Geier-Tarand sur le budget général de l'UE. Ce rapport appelle à rétablir les montants que le Conseil prévoyait de réduire au prétexte que les marges laissées dans le projet de budget du conseil seraient insuffisantes pour faire face aux crises ou aux grands enjeux (crise migratoire, COP21, etc.). Ainsi, les crédits d'engagement sont fixés à 161,8 milliards d'euros et les crédits de paiement à 136,8 milliards d'euros, contre respectivement 156,4 et 133,8 milliards d'euros dans le projet de budget du conseil.

Ce rapport fait la part belle à ce qui est qualifié de «nouveaux défis», parmi lesquels la crise migratoire, pusillanimement qualifiée de «challenge des réfugiés». Ceci va de pair avec une exigence des «respects fondamentaux» des migrants, et une budgétisation insensée en période de crise économique. Enfin, une européanisation toujours plus poussée du régime du droit d'asile est proposée alors que cette prérogative doit être uniquement de la compétence des États membres.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la position du Conseil sur le projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017. Après avoir voté les amendements au projet de budget 2017, la commission BUDG a voté la résolution établissant la position du Parlement lors des négociations avec le Conseil, qui débuteront le 8 novembre. Il lancera la période de conciliation de 3 semaines dans le but de parvenir à un accord sur le budget et à sa signature avant décembre. Il appelle à rétablir les montants que le Conseil prévoyait de réduire au prétexte que les marges laissées dans le projet de budget du Conseil seraient insuffisantes pour faire face aux crises (notamment migratoire) ou aux grands enjeux (type COP21). Il s'agit donc d'un budget européen très expansionniste visant à financer l'accueil puis l'intégration des migrants mais aussi les lubies fédéralistes des «élites» eurocrates. Leur financement est évidemment assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions ou structures. Aussi ai-je voté contre ce rapport.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De Europarlementsleden van de N-VA zijn grote voorstanders van uitgaven die een antwoord bieden op de migratie- en veiligheidscrisis, maar stellen vast dat hier in de begroting voor 2017 onvoldoende nadruk op ligt. Nog geen 9% van de EU-begroting zal in 2017 besteed worden aan maatregelen om het veiligheids- en asielbeleid te versterken. Daarom heeft de N-VA-delegatie ook voorstellen gedaan om de middelen voor Europol en Frontex, de Europese grens- en kustwacht, uit te breiden.

Verder hebben de Europarlementsleden van de N-VA heel wat bedenkingen bij de onnodige en geldverslindende zaken waar Europa wél op inzet, zoals het nieuwe Huis van de Europese geschiedenis, een eigen limousinedienst en de weigering van de traditionele fracties om te knippen in de onkosten- en reisvergoedingen voor de Parlementsleden.

In tijden waarin van de Europese burgers en de lidstaten serieuze inspanningen worden gevraagd, willen traditionele fracties het EU-budget in 2017 verhogen met meer dan vier miljard euro. Alvorens tot nieuwe uitgaven over te gaan, zou er eerst toch eens gekeken moeten worden op welke gebieden bespaard kan worden. Het is hoog tijd dat de EU zich concentreert op de beleidsvlakken waar ze een duidelijke meerwaarde heeft.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung der Berichterstatter zum EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Aussagen, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Auch die Verknüpfung mit der Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens halte ich für unzulässig. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diese Entschließung ablehne.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I support the 2017 budget which sets outs the Parliament's main priorities for the coming year. I did not support amendment 3 as there are no coupled payments for bulls in Spain.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Hlasoval jsem nejprve pro pozměňovací návrhy, které by omezily platy a náhrady poslanců EP, dále pro ty, které by omezily výdaje na sebepropagaci EU apod. Tyto pozměňovací návrhy neprošly. Naopak jsem hlasoval proti mnoha dodatečným výdajům, které prošly. Prošlo zavedení výdajového programu „Šíření hodnot EU skrze hudbu" ve výši 1,2 milionu. Prošlo 6 milionů EUR na olympijské hry v Rakousku. Prošlo navýšení personálu Institutu generové rovnosti. Celkově považuji drtivou většinu rozpočtu EU ve výši 160 miliard za proplýtvanou.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prijedlog proračuna Europske unije za 2017. godinu pokazuje kako proračun može i mora biti fleksibilan. Iako su resursi ograničeni i nema puno prostora za nove inicijative, ipak su pronađena rješenja za značajno ubrzanje ulaganja u sprječavanje uzroka migrantske krize te su limiti za plaćanja povećani za čak 25,1 posto u odnosu na 2016.

Isto tako su povećani iznosi za ugovaranje i plaćanje za Erasmus+, COSME, za novi europski fond za strateška ulaganja i ostale instrumente konkurentnosti kako bi se ubrzao rast i povećala zaposlenost mladih. Zbog svega navedenog, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The EU needs to meet the needs of the migration and address the refugee challenge and slow economic growth as well as investment in research and fighting youth unemployment. For this purpose we must restore all cuts proposed by the Council to the draft budget.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – V dôsledku množstva nových kríz z posledných rokov, najmä migračnej a utečeneckej krízy, krízy v poľnohospodárstve – hlavne v mliečnom sektore, a krízy v dôsledku ruského embarga, financovania Európskeho fondu pre strategické investície (EFSI) a pretrvávajúcej vysokej miery nezamestnanosti, najmä medzi mladými ľuďmi, nepostačuje dnešná podoba rozpočtu riešiť a napĺňať strategické ciele EÚ, ktoré schválili všetky vlády a Európsky parlament.

Preto podporujem kompenzovanie všetkých škrtov súvisiacich s Európskym fondom pre strategické investície (EFSI) v rámci Nástroja na prepájanie Európy (NPE) a programu Horizont 2020 na celkovú výšku 1 240 miliónov EUR v záväzkoch na rok 2017 prostredníctvom nových rozpočtových prostriedkov, ktoré sa majú získať vďaka revízii viacročného finančného rámca v polovici trvania. Rovnako trvám na potrebe zabezpečiť účinnú reakciu na nezamestnanosť mládeže v Únii. Zvlášť preto, lebo doterajšie výsledky tohto projektu boli mimoriadne úspešné. Preto zvyšujeme prostriedky na iniciatívu na podporu zamestnanosti mladých ľudí o dodatočnú sumu 1 500 miliónov EUR vo viazaných rozpočtových prostriedkoch, aby bolo možné v nej pokračovať.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2017, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Le projet de budget semble en effet insuffisant au regard des défis que connaît l'Union européenne. Les dépenses s'orientent de plus en plus vers des hausses d'engagements pour des domaines qui ne sont pas de la compétence de l'Union européenne, tels le droit d'asile et la défense commune. De plus, la volonté de favoriser la migration et une marche forcée vers le fédéralisme est réaffirmée dans ce budget.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório é referente à posição do Conselho sobre o projeto de orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2017, sublinhando que aquele projeto reflete integralmente as prioridades políticas adotadas por uma maioria esmagadora. No entanto, expressa que as «novas prioridades não podem prejudicar as prioridades existentes», em particular no que diz respeito ao crescimento e à criação de emprego, na maioria precário. O relatório afirma, também, que, no atual contexto, iniciativas como a suspensão dos fundos ESI da Comissão Europeia, não são apenas injustas e desproporcionadas, mas também politicamente insustentáveis.

No entanto, a posição do PE faz restaurar todos os cortes feitos pelo Conselho e, em alguns, muito poucos pontos, excede a posição da Comissão, ficando aquém dos cortes que já tinham sido introduzidas pela própria Comissão no seu projeto de alteração BUDG.

Com efeito, este relatório, não obstante apresentar alguns aspetos positivos, centra-se em opções políticas que não contribuem para o reforço da coesão e da igualdade no espaço europeu. Pelo contrário, aumenta o investimento em áreas que reforçam a lógica securitária e da Europa Fortaleza.

Pelas contradições presentes na proposta final, optei por abster-me.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Voto a favor de la propuesta de resolución del Parlamento Europeo sobre la posición del Consejo sobre el proyecto de presupuesto general de la Unión para el ejercicio 2017, reiterando que las cuentas de la Unión deben encontrar vías para financiar nuevas iniciativas que no perjudiquen a los programas y las políticas existentes, entre otros objetivos.

Además, es especialmente relevante que se compense los recortes del Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas (FEIE) en el Mecanismo «Conectar Europa» y Horizonte 2020 por un importe total de 1 240 millones de euros.

Espero que el Consejo comparta el enfoque de la propuesta de resolución del Parlamento Europeo.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Le Parlement est co-législateur, avec les États, du budget de l'Union européenne. La position du Parlement européen est donc un moment stratégique dans l'élaboration des grands choix budgétaires et dans les stratégies d'action de la Commission européenne. À cet égard, le budget 2017 a été élaboré en lien étroit avec la résolution sur la révision à mi-parcours du Cadre Financier Pluriannuel, dont il est dépendant.

Le Parlement européen conserve son ambition réaliste sur le terrain budgétaire. Il rappelle également que les missions de l'Union ne peuvent se passer d'un engagement concret en termes de crédits et, dans cette perspective, les lignes budgétaires ont été renforcées pour trois priorités, que je partage:

la jeunesse, la croissance et l'emploi: pour l'initiative emploi des jeunes; pour compenser les coupes effectuées dans les programmes de recherche et de transport qui avaient été transférées au plan Juncker; et pour des programmes clefs tels que COSME, Progress, Erasmus +;

migration, asile et sécurité: des budgets accrus pour les agences de l'UE; une compensation des coupes dans les budgets de coopération et développement;

agriculture: avec 600 millions de soutien d'urgence pour le secteur laitier.

J'ai voté en faveur de ce rapport équilibré.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die weitere Aufstockung des EU-Budgets lehne ich entschieden ab. Die von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Mittel müssen effizienter genutzt werden. Daher habe ich diesen Gesamthaushaltsplan abgelehnt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento pozicijai dėl kitų metų ES biudžeto. Šioje pozicijoje numatyta skirti daugiau lėšų jaunimo užimtumo didinimui ir ekonomikos skatinimui bei trečiųjų šalių, kurios susiduria su migracijos iššūkiais, paramai. Europos Parlamentas taip ragina Tarybą skirti papildomos paramos ūkininkams, kultūros sričiai ir migracijos sukeltoms problemoms spręsti.

Po rezoliucijos priėmimo prasidės 21 dieną truksiančios tarpinstitucinės derybos dėl 2017 m. ES biudžeto patvirtinimo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport sur le projet de budget de l'UE pour 2017 s'aligne pour l'essentiel sur la proposition faite par la Commission européenne et critique les coupes supplémentaires proposées par le Conseil. Je déplore que le Parlement n'ait aucune ambition propre pour sortir l'UE du marasme de l'austérité budgétaire, car la proposition de la Commission est notoirement insuffisante au regard des urgences sociales et écologiques auxquelles est confrontée l'UE; elle ne permet même pas d'honorer les engagements déjà pris par l'UE, notamment au titre des fonds structurels mais aussi des financements contre le changement climatique.

Les crédits de paiement seraient ainsi en baisse de 7 % en 2017. Pourtant l'UE n'a toujours pas fini de payer les factures de la programmation 2007-2013 des fonds structurels! Ces impayés ne seront toujours pas soldés fin 2016. Et comme les crédits de paiement continuent d'être sous calibrés, de nouveaux retards sont pris dans la réalisation des programmes 2014-2020 au détriment de tous les secteurs concernés par les financements européens. Je vote contre cette résolution qui confirme l'éloignement du Parlement des besoins des peuples.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la position du Conseil sur le projet de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2017. Après avoir voté les amendements au projet de budget 2017, la commission BUDG a voté la résolution établissant la position du parlement lors des négociations avec le Conseil, qui débuteront le 8 novembre. Il lancera la période de conciliation de trois semaines dans le but de parvenir à un accord sur le budget et à sa signature avant décembre. Il appelle à rétablir les montants que le Conseil prévoyait de réduire au prétexte que les marges laissées dans le projet de budget du Conseil seraient insuffisantes pour faire face aux crises (notamment migratoires) ou aux grands enjeux (type COP21). Il s'agit donc d'un budget européen très expansionniste visant à financer l'accueil puis l'intégration des migrants mais aussi les lubies fédéralistes des «élites» eurocrates. Leur financement est évidemment assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions ou structures. Aussi ai-je voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O orçamento de 2017 deve estar em conformidade com os objetivos da estratégia Europa 2020, que representa a sua principal orientação e a sua prioridade geral. Numa situação de escassez de recursos, há que conferir maior importância à necessidade de respeitar a disciplina orçamental e de utilizar os recursos financeiros de forma eficiente e eficaz. Julgo que é o que este orçamento faz, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the Draft general budget for 2017 as more funds are needed to tackle the migration crisis and to support the Union's youth that are often over-represented in the number of unemployed.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté pour une augmentation significative des crédits du budget 2017 afin de faire face aux défis et aux priorités de l'UE, notamment en matière de migration (la crise des migrants et ses causes profondes), de croissance économique, d'investissements, d'emploi (des jeunes) et de lutte contre le terrorisme en donnant à Europol davantage de moyens financiers, etc. Cela signifie que le budget 2017 de l'UE s'élèverait à 160,7 milliards d'euros en engagements, soit une augmentation de 4,1 milliards d'euros par rapport au projet de budget de la Commission et à 136,7 milliards d'euros en ordonnancement/paiements, ou une augmentation de 2,5 milliards d'euros par rapport au budget de la Commission. Ce budget qui est le reflet des besoins de l'Union pour faire face à ses responsabilités et avoir une action crédible, devra faire l'objet d'un accord, lors de la procédure de conciliation avec le Conseil pour le 17 novembre 2016.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Rozpočet EÚ na rok 2017 je potrebné vnímať v kontexte revízie viacročného finančného rámca, ktorý bol vytvorený na obdobie 2014-2020, v súčasnosti je v polovici tohto obdobia. Musí byť schválený tak, aby bol v súlade s cieľmi stratégie 2020, ktorá je jeho ústrednou prioritou, a bude potrebné zabezpečiť v ňom rovnováhu medzi dlhodobými cieľmi a novými výzvami. Celková výška rozpočtových prostriedkov na rok 2017 predstavuje 161,8 miliárd eur vo viazaných rozpočtových prostriedkoch a 136,8 miliárd eur v platobných rozpočtových prostriedkoch. Hlavné oblasti sú konkurencieschopnosť pre rast a zamestnanosť, hospodárska, sociálna a územná súdržnosť, udržateľný rast a prírodné zdroje, bezpečnosť a občianstvo, globálna Európa a administratíva. Únia však v súčasnosti čelí viacerým novým výzvam a hrozbám, ktoré sa nepredpokladali v čase vytvorenia finančného rámca do roku 2020, preto je potrebné z rozpočtu Únie vyčleniť viac finančných zdrojov na riešenie politických výziev s cieľom umožniť Únii konať a účinne na tieto krízy reagovať. Hovoríme o výzvach spojených s migráciou, pomalý rast hospodárstva, ktoré sa spamätáva z finančnej krízy, avšak aj iných skutočnostiach. Ratifikáciou dohody COP 21 Únia na seba prevzala určité medzinárodné záväzky, dodržiavanie ktorých si vyžaduje vyčlenenie určitého finančného balíka.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which recognises the need for a higher budget allocation to be able to tackle new realities. An example of realities which require further financing are the current refugee and migratory challenges while continuing with the support of sustainable development goals and the funding for victims of terrorism amongst others.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à une augmentation déraisonnable du budget européen. Toutes les critiques qui ont pu être faites vis-à-vis du projet de budget restent par ailleurs entièrement valables. Je vote donc contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted today to oppose an increase in the EU budget for 2017 — we believe the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines. We remain committed to the principle of prioritising the jobs and economic growth agenda whether inside or outside of the European Union and hope to continue close cooperation with our neighbours as a means of protecting the UK economy. The UK's contribution to the EU budget may be set to increase as a result of the fall in the value of sterling, down nearly a fifth since the referendum, due to the uncertainty caused by Brexit and the chaotic handling of the aftermath by the UK Government, particularly on the question of whether we will remain a member of the Single Market. Labour MEPs will continue to fight to protect our constituents and the UK from any unfavourable deal and work with Labour MPs to ensure crucial areas of EU investment are replaced when we become ineligible for European Union funding post-Brexit.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget pour 2017 de l'Union européenne. Ce budget sera d'un montant de 162,4 milliards d'euros en autorisations d'engagement et de 138 milliards d'euros en crédits de paiement. Je salue notamment le montant alloué à l'emploi des jeunes qui est de 1,5 milliard d'euros, mais également la hausse de 15 millions du budget ERASMUS. L'enveloppe supplémentaire de 1,8 milliard d'euros notamment dans le but d'augmenter les budgets et les effectifs alloués à Frontex est également une avancée considérable dans le contexte actuel de nécessité de contrôle des frontières extérieures. Cependant, il faudra attendre la fin de la phase de conciliation avec le conseil pour que le budget définitif soit adopté.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – L'Europa si trova oggi ad affrontare a numerose sfide. Date le difficoltà, diventa più importante mantenere continui e consistenti investimenti nei settori dell'educazione, formazione professionale e gioventù. Perciò sono molto soddisfatto del testo varato oggi dal Parlamento, ovviamente anche per gli emendamenti da me proposti e fatti propri dalla commissione per la cultura e l'struzione che incrementano i fondi per Erasmus+, Europa Creativa ed Europa per i Cittadini. Fondi essenziali per sostenere le politiche europee in materia di occupazione, giovani, cultura e creatività, inclusione sociale e partecipazione democratica. Se vogliamo perseguire un risveglio del vero spirito europeo, in particolare fra i giovani, dobbiamo scegliere politiche adeguate per tutti i cittadini di tutti gli Stati membri. Il bilancio è parte integrante delle politiche UE: se vogliamo ritrovare la fiducia dei cittadini, l'Europa deve tornare a fare l'Europa, non rinchiudersi in piccoli egoismi nazionali. Questo vale per le politiche comuni, per i contributi nazionali al bilancio UE e per l'implementazione dei programmi.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2017-es évre szóló költségvetése szoros kapcsolatban áll a többéves pénzügyi kerettel. A célkitűzések és prioritások alapos megvizsgálása után feltérképeztük a teljesítésükre szükséges pénzügyi eszközöket, amelyek a jövő év során fognak majd a rendelkezésünkre állni. A jelentés egyenként említi azokat a területeket, ahol fontosabbnál fontosabb programok kerülnek megvalósításra. A költségvetéssel elégedett vagyok és bízom benne, hogy minél több uniós állampolgár fogja majd kihasználni az ezen keresztül nyújtott lehetőségeket.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted in favor of the Draft general budget of the European Union for 2017 that will ensure balance between long-term priorities and new challenges while in line with the EU2020 targets which represents the main priority of the budget.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece acesta subliniază atât importanța construirii unui buget pentru anul 2017 în conformitate cu revizuirea cadrului financiar multianual 2014-2020, cât și necesitatea ca fondurile alocate noilor provocări să nu submineze angajamentele și obiectivele inițiale ale UE. Consider că este esențial ca investițiile și alocările de fonduri să continue pentru proiecte care sprijină dezvoltarea economică a statelor membre și crearea de locuri de muncă de calitate și care încurajează tinerii să dezvolte noi afaceri de succes. Uniunea Europeană și-a stabilit obiective importante prin Strategia Europa 2020, iar acestea trebuie să rămână prioritare în ceea ce privește finanțarea și în anii ce urmează, în ciuda tuturor provocărilor pe care le întâmpinăm.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da in Summe eine weitere Aufstockung des EU-Budgets gefordert wird. Aufgrund der immer knapper werdenden Haushalte und der Defizite in den Mitgliedstaaten ist dieser Bericht meiner Meinung nach abzulehnen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Järgmise aasta üldeelarve on parlamendikomisjonide poolt läbi töötatud. Resolutsioon juhib tähelepanu, et ELi eelarvet planeerides peab silmas pidama nii pikaajalisi Liidu prioriteete kui ka valmis olema ettenägematute probleemide finantseerimiseks. Eelarve kaasab endas majandus- ja sotsiaalvaldkondi, julgeoleku ja kodakondsusega seotud alateemasid, katseprojekte ja ettevalmistavaid meetmeid ning eraldi ka ELi institutsioonide eelarveid.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Ακόμη μια φορά επαναλαμβάνεται η ίδια κακοπαιγμένη φάρσα για τον αποπροσανατολισμό των λαών σε σχέση με το ύψος του προϋπολογισμού της ΕΕ, με βέβαιη, όπως πάντα, κατάληξη: τη συμφωνία για την αναδιανομή του παραγόμενου από τον λαό πλούτου στα μονοπώλια, μέσω και του κοινοτικού προϋπολογισμού. Όλες οι πολιτικές ομάδες κινούνται στην κατεύθυνση στήριξης των ομίλων με ευρωενωσιακό χρήμα από τον προϋπολογισμό. Στην ίδια γραμμή το Σχέδιο του προϋπολογισμού ζητά περισσότερα χρήματα για το ταμείο Γιούνκερ και τα κονδύλια των «ταμείων συνοχής», που ξεκοκαλίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι, όπως και για τα προγράμματα «Ορίζοντας 2020» (έρευνα – καινοτομία των επιχειρήσεων) και «Συνδέοντας την Ευρώπη» (δίκτυα υποδομών), τα οποία είναι προσανατολισμένα σε νέα κερδοφόρα έργα για το κεφάλαιο. Αύξηση προβλέπεται και στα κονδύλια για τις μεγάλες αγροτικές εκμεταλλεύσεις στο πλαίσιο της ΚΑΠ. Επιπλέον χρηματοδότηση δίνεται για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων της ΕΕ, προβλέποντας πρόσθετα κονδύλια για την Ευρωπόλ, για τη δημιουργία «αντιτρομοκρατικής μονάδας», για το «ευρωπαϊκό κέντρο καταπολέμησης της τρομοκρατίας», για κονδύλια έρευνας στον τομέα της άμυνας και την Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ. Την ίδια στιγμή αυξημένη χρηματοδότηση προβλέπεται και για το αντικομμουνιστικό πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες». Με δύο λόγια: περισσότερο χρήμα στα μονοπώλια, μεγαλύτερη χρηματοδότηση της πολυπλόκαμης ιμπεριαλιστικής επιθετικότητας των μονοπωλίων της ΕΕ σε βάρος των λαών.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ritengo che il bilancio del 2017 rispecchi pienamente le priorità politiche approvate dalla maggioranza e che sia coerente con quelli che sono gli obiettivi che le istituzioni europee intendono perseguire. Pertanto, ho votato a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovu Rezoluciju te pohvaljujem potpore od čak 500 milijuna eura europskom mliječnom sektoru te sredstva od 100 milijuna eura namijenjena onim poljoprivrednicima koji su pogođeni ruskim embargom. Budući da dolazim iz Hrvatske, zemlje u kojoj nezaposlenost predstavlja velik problem, mogu isto tako reći da mi je osobito drago što se prema ovom nacrtu Inicijativa za zapošljavanje mladih nastavlja na istoj razini kao što je to bilo i predviđeno, jer mladi u Hrvatskoj s pohvalama govore o ovoj inicijativi.

Drago mi je što su u osnovne smjernice Proračuna vraćeni svi rezovi povezani s Obzorom 2020., a osobito me veseli i dogovoreno povećanje za neke programe poput Erasmusa ili COSME-a koji bi trebao biti veoma značajan za naše male i srednje poduzetnike.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un budget européen très expansionniste visant à financer les lubies euro-immigrationnistes des députés européistes mais aussi la fédéralisation à marche forcée des principaux traits de la souveraineté que sont la défense ou l'asile. Leur financement est assuré par une nouvelle hausse des montants et non par un redéploiement des crédits ou un effort fait sur les dépenses administratives de certaines institutions à l'utilité plus que douteuse. Encore une fois, on va donc faire payer davantage les Français au motif de faire plus d'Europe alors qu'ils en veulent moins et souhaitent reprendre le contrôle démocratique de leur destin. Je vote bien évidemment contre ce budget.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il bilancio per l'anno 2017, come ribadito più volte nelle nostre discussioni, dovrà essere legato alla revisione del quadro finanziario pluriennale. È una condizione a cui il Parlamento non vuole rinunciare per il semplice motivo che le sfide dell'UE continuano ad aumentare ma ci si ostina a volerle affrontare con gli inadeguati finanziamenti attuali. I flussi migratori, l'occupazione giovanile e lo sviluppo dei paesi del vicinato sono questioni da affrontare con la massima priorità, priorità che si deve tradurre in stanziamenti cospicui perché tali problematiche non possono che essere risolte a livello europeo. La lettura del bilancio che oggi abbiamo approvato va in questa direzione e confidiamo che anche il Consiglio alle parole possa far seguire fatti concreti, ossia mettendo a disposizione risorse sufficienti. Come ripetiamo ogni anno, tagliare il bilancio europeo non vuol dire tagliare burocrazia, sulla quale peraltro si potrebbe certamente risparmiare, ma vuol dire tagliare investimenti. Investimenti reali che vanno a beneficio delle imprese, delle amministrazioni locali, delle università, degli studenti, degli agricoltori, delle ONG. Ho votato quindi naturalmente a favore del bilancio e di questa risoluzione e spero che la conciliazione porti a confermare queste scelte giuste a favore dei cittadini europei.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos em presença, mais uma vez, de um orçamento que está completamente desfasado da realidade e das reais necessidades da União Europeia.

Numa União Europeia em profunda crise, cada vez mais desigual, onde persistem elevados índices de pobreza e desemprego, temos um orçamento curto, profundamente abalado na sua vertente distributiva e cada vez mais atrelado ao rumo agressivo e militarista da política externa da União Europeia.

Importa, por isso, reforçar este orçamento, mas isto não chega. É necessário colocar este orçamento ao serviço do desenvolvimento e da coesão social e territorial e reforçar os instrumentos especiais destinados, importa dizê-lo, a remediar os erros da nossa política externa que estão na origem do embargo russo ou da crise dos refugiados.

Infelizmente, esta proposta não aponta neste sentido. Vai antes na continuidade de orçamentos anteriores, condicionados, todos eles, por um quadro plurianual curto e ao serviço das políticas neoliberais da UE e da sua deriva securitária.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W dniu 28 września Komisja Budżetowa głosowała nad 2221 poprawkami do stanowiska Rady w sprawie budżetu UE na 2017 rok. W wyniku głosowania wzrost netto w stosunku do propozycji Komisji wyniesie 4,07 mld euro. Propozycja obejmuje 160,6 mld euro w formie środków na zobowiązania i 136,7 mld euro na płatności. Projekt rezolucji w sprawie budżetu UE 2017 jest politycznym stanowiskiem Parlamentu Europejskiego przed corocznymi negocjacjami budżetowymi z Komisją i Radą.

Oprócz cofnięcia wszystkich cięć Rady w szacunkach Komisji najbardziej znaczące zmiany obejmują 1,5 mld euro na Inicjatywę na rzecz zatrudnienia ludzi młodych, 600 mln euro na wsparcie sektora mleczarskiego oraz dodatkowe 1,24 mld euro do wyrównania EFSI poprzez cięcia w programie „Horyzont 2020" i w instrumencie „Łącząc Europę". Zmiany te nie pozostawiają jednak pola manewru na wypadek nieprzewidzianych wydarzeń w 2017 roku, w związku z czym sprawozdawca proponuje zwiększenie limitów wydatków poprzez zapewnienie „nowych środków" w kontekście przeglądu wieloletnich ram finansowych. W głosowaniu poparłem sprawozdanie.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Pro tuto zprávu nemohu hlasovat, a to hned z několika důvodů. Nemám výhrady oproti většině navrhovaných rozpočtových opatření, ale nepodporuji pasáž, která navrhuje vytvoření nového samostatného příjmu EU. Za tímto návrhem totiž vidím možnost zavedení nové evropské daně, a to nemá moji podporu. Nebylo by to ekonomicky prospěšné a snížilo by to podporu občanů Evropské unii. Daní už máme v členských státech dost.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O orçamento de 2017 deve responder às necessidades ligadas aos atuais desafios da União Europeia, no respeito pelas previsões e responsabilidades assumidas em anos anteriores. Apoio o aumento de dotações em matéria de migração, de segurança e de crescimento sustentável, assim como dou o meu apoio veemente ao financiamento de programas como a iniciativa para o emprego jovem, na qual os valores anteriormente inscritos permanecem.

Considero importante o aumento da verba atribuída a agências que melhoram a eficiência no domínio da justiça e dos assuntos internos, em particular as que se ocupam da migração e da segurança; saliento que estas agências devem dispor de recursos (inclusive para o investimento em novas tecnologias) e de pessoal suficientes.

Os valores atribuídos à política de coesão parecem-me adequados visto que a coesão económica, social e territorial é fundamental para reduzir as disparidades entre as diferentes regiões da EU, tal como é importante para a execução da Estratégia Europa 2020 para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo.

Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding motion for a resolution. The resolution called for the cuts proposed by the Council to be reversed and more resources be given to the EU budget.

UKIP voted for amendments which called for cuts to the EU budget, opposed development of an EU military capability and also voted in favour of an amendment which said that No EU funding should go to bullfighting.

The EFDD Group (which UKIP is part of) also tabled an amendment which, among other things, called for a reduction in the salaries, allowances and travel expenses of MEPs. However this part of the amendment was ruled 'inadmissible' by the President of the European Parliament.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Lors de la séance du 26 octobre 2016, j'ai voté pour la proposition du Parlement européen sur le budget de 2017 de l'Union européenne. Dans sa proposition, le Parlement demande un budget qui réponde aux nombreux défis auxquels l'Union se heurte, notamment pour faire face à la crise des réfugiés, renforcer les moyens de relancer l'emploi et l'investissement et soutenir la jeunesse.

Dans cette perspective, j'ai voté pour rejeter les coupes proposées par le Conseil et augmenter les plafonds du budget grâce à la révision du cadre financier pluriannuel (CFP) de l'Union européenne. Le Parlement se prononce ainsi en faveur d'un budget en 2017 qui s'élève à 160,7 milliards d'euros.

Dans ce cadre, je souhaite relever les fonds pour renforcer la garantie jeunesse et le soutien de l'Union à la jeunesse. Enfin, j'ai voté pour la restauration des budgets du mécanisme pour l'interconnexion en Europe (qui finance des projets d'infrastructure dans les transports) et d'Horizon 2020 (qui soutient des projets de recherche) qui ont subi des coupes pour financer le plan Juncker.

Le Parlement doit maintenant trouver un accord avec le Conseil et avec le groupe S&D; nous devrons être vigilants afin d'adopter un budget à la hauteur des défis de l'Union.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por reconhecer que a União enfrenta atualmente uma série de emergências graves e novos desafios que não podiam ser previstos na altura da elaboração do Quadro Financeiro Plurianual 2014-2020. Devem ser mobilizados, no orçamento da União, mais recursos financeiros para estar à altura dos desafios políticos e permitir que a União obtenha resultados e responda eficazmente a estas crises, com caráter prioritário e de elevada urgência.

O orçamento de 2017 deve responder às necessidades ligadas ao desafio da migração e ao abrandamento do crescimento na sequência da crise económica, ao combate à crise na agricultura, sendo também necessário reforçar o financiamento para os projetos de investigação e de infraestruturas, bem como para o combate ao desemprego dos jovens.

Relembro que cerca de um terço do orçamento anual da União se destina à coesão económica, social e territorial e que a política de coesão é a principal política de investimento da União e o principal instrumento para reduzir as disparidades entre todas as regiões da UE, desempenhando um papel importante na execução da Estratégia Europa 2020 para um crescimento inteligente, sustentável e inclusivo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los socialistas españoles hemos votado a favor de la propuesta para el presupuesto del 2017 para poder hacer frente al desempleo y a la pobreza. Con ello rechazamos todos los recortes planteados por los 28 Estados miembros y reclamamos más fondos en la lucha contra el desempleo juvenil e incentivos al crecimiento económico.

Entre otras medidas, proponemos 1 500 millones de euros adicionales para la Iniciativa de Empleo Juvenil, con el fin de ayudar a los jóvenes en paro y apostamos por incrementar en 1 240 millones la inversión en infraestructuras e investigación.

Con nuestras propuestas este presupuesto refuerza de la solidaridad dentro de la Unión (Iniciativa de empleo juvenil, garantía infantil, apoyo a agricultores y ganaderos) pero también fuera de nuestras fronteras. En este sentido los socialistas hemos conseguido el apoyo de la Eurocámara al aumento de los programas de ayuda a refugiados, de la ayuda humanitaria, la cooperación al desarrollo y el apoyo a los países de nuestro entorno.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tal como afirmou, recentemente, Jean-Claude Juncker no discurso sobre o Estado da União, o projeto de orçamento geral da UE para 2017 deve ser a prova viva da solidariedade financeira, centrando-se naquelas que constituem as suas principais prioridades - crescimento, emprego, segurança e migrações - e garantindo também maior flexibilidade e menor burocracia.

O OE 2017 tem assim uma tarefa adicional, que é restaurar a confiança, através da recuperação do atraso enorme que se verifica nos pagamentos, isto é, na execução do quadro financeiro plurianual. A revisão intercalar deverá, por isso, ser já refletida neste orçamento comunitário, para não desperdiçar tempo, nem verbas.

Infelizmente, o Conselho pretende cortar os valores propostos pela Comissão em 1,28 mil milhões de euros nas autorizações e em 1,1 mil milhões de euros nos pagamentos, enfraquecendo com isso os instrumentos da UE de resposta à crise económica e dos refugiados.

Espero, por isso, que o processo de conciliação seguinte sirva para alcançar um entendimento, visto estarmos perante um orçamento que privilegia a resolução dos atuais desafios, sem comprometer o futuro da UE.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au budget 2017 qui rejette toutes les coupes budgétaires proposées par le Conseil, donne plus de marge de manœuvre pour répondre aux défis actuels et maintient les priorités à poursuivre.

J'ai soutenu ce texte car il prévoit un niveau de financement adéquat pour le traitement de la crise des réfugiés, tant dans sa dimension interne qu'externe. L'Union disposera de moyens afin d'endiguer les causes profondes de cette crise en annulant les coupes prévues par le Conseil pour le voisinage, la coopération au développement ou encore l'aide humanitaire.

Il est important de souligner que ce budget 2017 prévoit une augmentation des montants alloués pour les agences ayant des tâches liées à la sécurité comme Europol et Eurojust.

Ce budget permet à l'Union de poursuivre ses efforts pour favoriser l'emploi, la compétitivité avec l'augmentation des financements alloués aux programmes Horizon 2020, au fonds d'investissement, au programme COSME pour les PME, à Erasmus + ou encore à l'initiative pour l'emploi des jeunes. Ce budget n'oublie pas de répondre à la crise agricole et propose ainsi de mobiliser 600 millions d'euros supplémentaires en faveur des agriculteurs, notamment ceux touchés par l'embargo russe.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre *Budget* porque, aun siendo una posición menos dura que la de Comisión o, ni que decir tiene, que el Consejo, sigue suponiendo un 5 % de recortes. Aun habiendo aspectos que restauran partidas de interés (iniciativa juvenil de empleo, si bien luego apenas se aplica en un 7 % por los Estados miembros), también lo hace con otras de carácter securitario, sigue apostando por el problemático Plan Juncker para promover la inversión, y no encuentro un carácter redistributivo en el modelo planteado.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución del Parlamento europeo hace hincapié en la necesidad de reforzar el presupuesto europeo y dotarlo de mayor contenido en el ámbito social y ecológico, sin llegar a cuestionar la deriva neoliberal del mismo. Aunque estoy de acuerdo con estas reformas, las considero insuficientes y finalmente he decidido abstenerme.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted to oppose an increase in the EU budget for 2017 as I believe that the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade legislatívneho uznesenia o všetkých oddieloch rozpočtu EÚ na rok 2017 som hlasoval v súlade s pozíciou EKR proti tomuto uzneseniu. V prvom rade sa nestotožňujem s používaním rozpočtových prostriedkov na podporu financovania LGBTI aktivít. Rovnako tiež v súlade s mojimi kolegami z frakcie tvrdím, že namiesto navyšovania rozpočtových prostriedkov pomocou zvyšovania príspevkov členských štátov a revízie VFR by sme mali na novovzniknuté rozpočtové potreby reagovať zvýšením efektivity v používaní pôvodne dostupných prostriedkov.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rozpočet na rok 2017 vnímame v kontexte revízie viacročného finančného rámca v polovici obdobia na roky 2014-2020, pretože pred EÚ stoja nové výzvy spojené s migračnou a utečeneckou krízou, ale aj s problémami v poľnohospodárstve, nezamestnanosťou mladých ľudí a vnútornou aj vonkajšou bezpečnosťou EÚ. Rozpočet stanovuje celkovú výšku rozpočtových prostriedkov na rok 2017 na 161,8 miliardy EUR vo viazaných rozpočtových prostriedkoch a 136,8 miliardy EUR v platobných rozpočtových prostriedkoch. Zhruba jedna tretina rozpočtu EÚ je zameraná na hospodársku, sociálnu a územnú súdržnosť, pričom práve politika súdržnosti je hlavnou investičnou politikou a nástrojom EÚ na znižovanie rozdielov medzi všetkými regiónmi EÚ. Preto EP vyjadril nesúhlas so zníženiami navrhovanými Radou vo výške 3 miliónov EUR v záväzkoch a vo výške 199 miliónov EUR v platbách. Svoje znepokojenie sme ako EP vyjadrili aj nad výraznými oneskoreniami vo vykonávaní cyklu európskych štrukturálnych a investičných fondov, čo bude mať nepriaznivý vplyv na dosiahnutie výsledkov v praxi a povedie k opätovnému vytvoreniu nového značného množstva neuhradených faktúr v druhej polovici VFR. V rámci tripartitného vyjednávania očakávame ústretové kroky od Rady aj od Komisie. Návrh rozpočtu som v záverečnom hlasovaní podporila, aj keď hlasovaním neprešli mnohé pozmeňujúce návrhy, ale pri ďalšom tripartitnom rokovaní sa ešte rozpočet upraví.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Hlasovala jsem pro návrh rozpočtu Evropské unie na rok 2017. Celkový rozpočet Evropského parlamentu na rok 2017 bude dle našeho návrhu činit cca 1,2% rozpočtu celé EU. Mohlo by to být i méně, pokud by se Parlament nemusel každý měsíc stěhovat na týden do Štrasburku, za což dlouhodobě bojuji.

Pozitivně vnímám požadavek na navýšení rozpočtu programu Erasmus plus, jemuž se věnuji jako místopředsedkyně výboru CULT. Pevně věřím, že další podpora programu Erasmus plus bude mít za důsledek zvýšení mobility žáků i učitelů mezi členskými státy EU. Tento program by měl i nadále zlepšovat příležitosti pro výuku cizích jazyků, pro sdílení příkladů dobré praxe a vytváření partnerských vztahů mezi školami. Jeho rozšíření by mělo dát také větší prostor pro využití aktivit, které připravují mládežnické organizace a Evropská dobrovolnická služba.

Vzhledem k současné bezpečnostní situaci také velmi vítám, že rozpočet EU na rok 2017 věnuje oproti loňsku výrazně větší část prostředků na bezpečnost, na podporu bezpečnostních institucí, jako je např. EUROPOL, které napomáhají nejen řešení migrační a uprchlické krize, ale také bojují proti terorismu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Prioritete proračuna za leto 2017 vključujejo zaposlenost, rast in investicije, evropski odziv na izzive migracije ter upravljanje z bojem proti terorizmu in organiziranemu kriminalu.

V skladu z evropskim načrtom za področje varnosti in migracij bo proračun EU tudi v nadaljevanju podpiral države članice pri njihovem upravljanju z migracijskimi tokovi, varovanju zunanjih meja EU in integritete Schengenskega območja, ob hkratnem koordiniranem partnerstvu z obmejnimi regijami in tretjimi državami.

Poleg teh prioritet proračun vsebuje postavke, ki pomenijo napredek za povezan digitalni enotni trg, prožno energetsko unijo, globlji in bolj pošten notranji trg ter nadaljnji razvoj gospodarske in monetarne unije. Proračun predvideva sredstva za razumen in uravnotežen prostotrgovinski sporazum z ZDA ter več sredstev za EU na področju zunanjih odnosov.

Evropski parlament bi moral proračun povečati predvsem na področju okoljskih politik ter za boj s podnebnimi spremembami. Pomembni premiki bi se morali zgoditi tudi na področju oživitve evropskega gospodarstva in ustvarjanja trajnostnih delovnih mest. Letošnji proračun upošteva tudi že omenjeni okoljski vidik, zato sem se odločil, da ga podprem.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení EP k návrhu rozpočtu EU pro rok 2017. Jsem rád, že se do textu podařilo prosadit výrazné navýšení finančních prostředků pro evropské agentury Europol, Eurojust, EASO a další. Tyto agentury mimo jiné usilovně bojují za zlepšení celounijní bezpečnostní situace a významně se podílejí na řešení a zvládání současné migrační krize. Europol například v tomto roce spustil nové centrum pro boj s terorismem, významně přispěl ke zlepšení výměny informací mezi členskými státy a nadále tvoří unijní základnu pro tolik potřebnou spolupráci členských států. Podporuji také navýšení prostředků na program Erasmus plus. Program přispívající k prohlubování evropské integrace a vytváření společné evropské kultury a identity je v současné Evropě plné populismu a xenofobie jednou z nejpřínosnějších iniciativ. Dále jsem velmi rád vyjádřil podporu nové iniciativě Evropské lidové frakce „Interrail". Jde o projekt, v rámci kterého by občané EU ke svým 18. narozeninám dostali měsíční železniční jízdenku po celé EU. Připomněl bych také svou podporu myšlence jednotného sídla EP. V usnesení jsem proto tento bod podpořil, zároveň jsem si ale vědom toho, že provomoc v této věci nenáleží EP. Pro změnu této zavedené praxe je nutná shoda členských států. Poslanci mohou svůj nesouhlas se dvěma sídly vyjádřit pouze formou nezávazné iniciativy.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2017" habe ich nicht zugestimmt.

Der Haushalt ist geleitet von der Idee, dass der Haushaltsplan 2017 im größeren Zusammenhang betrachtet werden muss, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen neuen Herausforderungen (Migration) und den Zielen der Strategie „Europa 2020". Diese Ziele dienen der Aufweichung, was allein die Ablehnung begründet.

Eine Vielzahl von konkreten Projekten sorgen jeweils für sich dafür, dass der Haushalt abzulehnen ist: Die im Haushalt internalisierten Kosten für angeblich menschengemachten Klimawandel, der EFSI, Jugendarbeitslosigkeitsprogramme auf EU-Ebene oder eine Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei sind nur besonders hervorstechende Beispiele.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Politički prioriteti proračuna Europske unije za 2017. godinu su usmjereni na održavanje mira i stabilnosti, borbu protiv terorizma, humanitarnu pomoć te rješavanja izbjegličke i migrantske krize. Međutim, zbog toga se ne smiju zanemariti instrumenti za stvaranje radnih mjesta i ulaganje u budućnost mladih. Najvažnije investicije Europske unije i dalje trebaju biti u području kohezivne i razvojne politike.

Ističe se i važnost provođenja mjera u svrhu postizanja rodne jednakosti te ulaganje u politiku okoliša, osobito nakon ratifikacije Pariškog sporazuma. Parlament stoga postavlja ukupnu razinu odobrenih sredstava za 2017. godinu na 161,8 milijardi eura za odobrena sredstva za obveze, odnosno na 136,8 milijardi eura za odobrena sredstva za plaćanje.

Podržavam ovo izvješće kao najvažniji korak u rješavanju trenutnih izazova Europske unije te u cilju većeg razvitka i bolje budućnosti za europske građane.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017. Imamo predlog proračuna, ki kljub omejenim sredstvom uravnoteženo pokriva vse politične prioritete in zagotavlja sinergije med različnimi področji.

Prva prioriteta so naložbe za delovna mesta preko EFSI, druga pa je soočanje z migrantsko krizo in zagotavljanje varnosti, denimo s 7,5 milijona evrov dodatnega financiranja za Europol in 25 milijoni evrov vrednim pilotnim projektom za izboljšanje raziskovalnih zmogljivosti na področju obrambe in sodelovanja med članicami.

In kot tretje – več sredstev za znanje v Obzorju 2020, da bo EU dolgoročno inovativna in konkurenčna. Imamo torej predlog proračuna za izzive sedanjosti in prihodnosti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ο προϋπολογισμός της Ένωσης πρέπει να λαμβάνει υπόψη του τις τρέχουσες προκλήσεις και απειλές και να στοχεύει στην αντιμετώπισή τους. Ταυτόχρονα, να προάγει πολιτικές που οδηγούν στην αξιοπρεπή εργασία, τη βιώσιμη ανάπτυξη και την εξασφάλιση ισορροπιών μεταξύ των οικονομικά εύρωστων και των αντίστοιχων ασθενών οικονομιών των κρατών μελών. Κύριο δε μέλημά του πρέπει να είναι η ευμάρεια των πολιτών όλων των κρατών μελών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Unió 2017-es pénzügyi évre szóló általános költségvetés-tervezetéről szóló jelentést, amelyhez hasonlóan magam is kétségesnek találom, hogy a 4. fejezet (Globális Európa) felső határa elegendő lenne a menekültügyi és migrációs kihívások külső dimenziójának megfelelő finanszírozásához. Egyetértek a jelentés azon meglátásával, hogy az egész Uniót érintő váratlan eseményeket az erőforrások összevonásával és kiegészítő eszközök rendelkezésre bocsátásával kell inkább kezelni, semmint múltbeli kötelezettségvállalások megkérdőjelezésével, vagy a tisztán nemzeti megoldásokhoz való visszatéréssel.

Helyeslem továbbá, hogy a 2017-es költségvetés álljon összhangban az Európa 2020 stratégiával, valamint szintén szorgalmazom, hogy az ifjúsági munkanélküliség elleni küzdelem további finanszírozása mindenképpen biztosítva legyen.

Mindemellett az előadóhoz hasonlóan sajnálom, hogy a Tanács számos esetben kulcsfontosságú téma költségvetési tételét csökkentette: a kultúra, a média, az uniós polgárság, az alapvető jogok valamint a közegészségügy területén előirányzott csökkentés jelen körülmények mellett különösen káros. Ezért támogatom ezen előirányzatok költségvetési tervezetben szereplő szintjének visszaállítását.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de mon collègue Indrek Tarand. J'ai bien sûr voté plusieurs amendements et ne suis pas d'accord sur chaque point. Je me suis prononcé pour le siège unique.

Il convient également de replacer l'examen du budget 2017 dans le cadre plus large de la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel.

Nous insistons sur la nécessité de garantir un équilibre entre les priorités à long terme et les nouveaux défis, et soulignons par conséquent que le budget 2017 doit être conforme aux objectifs de la stratégie Europe 2020, qui représente sa principale orientation et sa priorité générale.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Lutte contre le chômage des jeunes, accueil des migrants, soutien à la recherche, aide face à la crise laitière, telles sont les priorités européennes en 2017. L'Europe se doit donc de consacrer les moyens suffisants pour y répondre.

Le projet du Parlement européen pour le budget 2017 de l'UE est cohérent en prévoyant justement d'augmenter les programmes qui font face à ces enjeux. Il est également ambitieux puisqu'il prévoit d'abonder à hauteur de 1,5 milliard d'euros le programme de lutte contre le chômage des jeunes pour répondre à l'urgence sociale. Il est enfin responsable car, au travers de la résolution qui l'accompagne, il établit un lien conditionnel entre la révision du cadre financier pluriannuel de l'Union européenne 2014-2020 et le budget 2017. Le cadre adopté en 2013 n'est plus en phase avec les réalités et défis actuels. Il est urgent de le réviser pour que le budget 2017 et les suivants permettent à l'Europe d'agir. Le message est donc clair: ce budget ne pourra être adopté sans révision du CFP.

Le Conseil doit rapidement se doter d'une proposition sur la révision du CFP pour démarrer la discussion. La balle est du côté des États membres.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Nepritariau 2017 metų biudžeto projektui, nes jame numatytos pernelyg dideles išlaidos ES administracijai, jame nėra finansinių pasiūlymų, būtinų paprastiems piliečiams. Kalba eina, tarp kitko, apie pernelyg mažą paramą taip vadinamų mažų įmonių ir mažų šeimos verslų plėtrai. Be to, kas yra labai svarbu žvelgiant iš žemės ūkio šalių interesų, pavyzdžiui, Lietuvos, nepaisant pranešimų, nebuvo sukurtos naujos finansinės priemonės, leidžiančios skubiai interveniuoti į žemės ūkio sektorių krizės atveju, nepažeidžiant lėšų, skirtų metinėms tiesioginėms išmokoms. Gaila, kad nebuvo laikomasi žodžio šiuo atveju.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv ovakvog prijedloga proračuna, budući da njime Parlament ponovno prekoračuje granice svojih ovlasti na način da nauštrb proračuna individualnih država članica Unije ponovno pokušava povećati proračun Unije za nevjerojatnih 4,13 milijarde eura. Osim toga, ovaj prijedlog u proračunu ne ostavlja niti najmanji manevarski prostor za nepredviđene događaje i potrebe u 2017. godini.

Ovom prilikom željela bih ponovno istaknuti da za proračun Europske unije treba vrijediti identična strogoća koja vrijedi i za proračune individualnih država članica. Svjesna sam mnogih izazova koje su promijenjene okolnosti donijele Europskoj uniji od 2013., kada je usvojen višegodišnji proračunski okvir, međutim, čvrsto držim da je rješenja za novonastale okolnosti moguće pronaći u efikasnoj i efektivnoj preraspodjeli unutar postojećeg proračuna, primjerice putem ukidanja tzv. „putujućeg cirkusa" u Strasbourg, s uštedom od 180 milijuna eura godišnje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o stališču Sveta o predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017 sem podprla. Proračun za leto 2017 je potrebno obravnavati v širšem kontekstu vmesne revizije večletnega finančnega okvira ter zagotoviti ravnovesje med dolgoročnimi prednostnimi nalogami ter novimi izzivi.

Proračun za leto 2017 bi moral biti v skladu s cilji EU do leta 2020, ki ponujajo osrednjo usmeritev in glavne prednostne naloge. Parlament je pri obravnavi proračuna za leto 2017 v celoti upošteval politične prednostne naloge, sprejete z veliko večino v resoluciji z dne 9. marca 2016 o splošnih smernicah in resoluciji z dne 6. julija 2016 o pripravah na povolilno revizijo večletnega finančnega okvira 2014-2020.

Proračun za leto 2017 mora izpolniti potrebe migracijskega izziva in počasne gospodarske rasti po gospodarski krizi. Potrebno je okrepiti financiranje projektov na področju raziskav in infrastrukture, pa tudi projektov za spoprijemanje z brezposelnostjo mladih.

V celoti obnavlja sredstva za instrument za povezovanje Evrope in Obzorje 2020. Skupna raven proračunskih sredstev za leto 2017 znaša 161,8 milijarde EUR v obveznostih in 136,8 milijarde EUR v plačilih.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre *Budget* porque, aun siendo una posición menos dura que la de Comisión o, ni que decir tiene, que el Consejo, sigue suponiendo un 5 % de recortes. Aun habiendo aspectos que restauran partidas de interés (iniciativa juvenil de empleo, si bien luego apenas se aplica en un 7 % por los Estados miembros), también lo hace con otras de carácter securitario, sigue apostando por el problemático Plan Juncker para promover la inversión, y no encuentro un carácter redistributivo en el modelo planteado.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. — Rozpočet EU na příští rok jsem jako celek nemohl podpořit, protože obsahuje řadu nadbytečných položek. Naopak podporuji investice do výzkumu a vývoje a dalších oblastí pro budoucí růst, např. projekty propojení soukromého a veřejného kapitálu pod Horizontem 2020.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Diese Entschließung der Berichterstatter zum EU-Haushalt 2017 enthält eine Reihe von Aussagen, welche nicht akzeptabel sind. So sollen unbesehen der angespannten Haushaltslage in einer Reihe von EU-Mitgliedstaaten sämtliche vom Rat gegenüber dem Kommissionsentwurf vorgenommenen Kürzungsvorschläge zurückgenommen werden. Zudem sollen die Mittel bei den Verpflichtungen um mehr als 4 Milliarden und bei den Zahlungsermächtigungen um knapp 2 Milliarden Euro erhöht werden. Die vorgesehene Verteilung erfolgt dabei vor allem nach dem Gießkannenprinzip ohne Rücksicht auf die Einhaltung von Subsidiaritätsvorgaben und ohne eine umfassende Erfolgskontrolle von Maßnahmen. Auch die Verknüpfung mit der Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens halte ich für unzulässig. Zwar gibt es auch positive Ansätze wie der von uns vorgeschlagene Fonds zur Unterstützung von Terrorismusopfern oder auch die Erhöhung von Mitteln für Europol zur Stärkung der inneren Sicherheit in Europa. Dennoch überwiegen die negativen Aspekte, weshalb ich diese Entschließung ablehne.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I am voting in favour of the budget because we need the EU to begin work as soon as possible on its priorities in 2017, particularly on the refugee crisis and with higher ethical standards at internal level.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise une hausse substantielle des dépenses, due notamment à l'accueil des migrants, et propose en outre son financement par l'augmentation des participations financières des États membres, déjà trop élevées de mon point de vue, sans examiner la possibilité de faire des économies sur les coûts de fonctionnement.

De plus il évoque le renforcement du rôle de l'UE en matière de droit d'asile et de défense que je considère être de la compétence régalienne des États membres.

J'ai voté contre.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A 2017-es költségvetést a többéves pénzügyi keret félidős felülvizsgálatának szélesebb körű összefüggésében kell figyelembe venni. A hosszú távú prioritások és az új kihívások közötti egyensúlyt kell teremteni, ezért a 2017-es költségvetésnek összhangban kell állnia az Európa 2020 stratégiával, amely a költségvetés fő irányvonalait és annak átfogó prioritásait tartalmazza. Voksommal az S&D álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre *Budget* porque, aun siendo una posición menos dura que la de Comisión o, ni que decir tiene, que el Consejo, sigue suponiendo un 5 % de recortes. Aun habiendo aspectos que restauran partidas de interés (iniciativa juvenil de empleo, si bien luego apenas se aplica en un 7 % por los Estados miembros), también lo hace con otras de carácter securitario, sigue apostando por el problemático Plan Juncker para promover la inversión, y no encuentro un carácter redistributivo en el modelo planteado.

Inese Vaidere (PPE), *rakstiski*. — Allaž esmu iestājusies par to, lai finansējums tiktu palielināts lauksaimniecībai un ārējo robežu aizsardzībai, bet samazināts tas netiktu kohēzijai, zinātnei un pētniecībai.

Tāpēc esmu īpaši gandarīta, ka 2017. gada budžetā atbalstīts priekšlikums par papildu līdzekļu 600 miljonu eiro apmērā piešķiršanu piena nozarei, lai palīdzētu lauksaimniekiem pārvarēt pastāvošās grūtības tirgū.

Būtiski ir saglabāt līdzsvara principu starp ilgtermiņa prioritātēm — konkurētspēju, izaugsmi, nodarbinātību un jaunajiem izaicinājumiem, piemēram, migrāciju un drošību, kuriem gan nākamā gada budžetā, gan turpmākajos gados nepieciešams rast papildus līdzekļus. Bet papildus līdzekļu meklēšana ES budžetā un ārkārtas izdevumu finansēšana nedrīkst notikt uz kohēzijas un lauksaimniecības rēķina.

Ir jāpalielina finansējums Jaunatnes nodarbinātības iniciatīvai, kura jau šobrīd veiksmīgi darbojas Latvijā, palīdzot jauniešiem uzlabot kvalifikācijas un integrēties darba tirgū, kā arī pētniecības un infrastruktūras projektiem. Tāpēc īpaši svarīgi ir atjaunot finansējumu Eiropas infrastruktūras savienošanas instrumentā (EISI) un pamatprogrammā "Apvārsnis 2020".

Vienlaikus būtu jāuzlabo Eiropas Stratēģisko investīciju fonda (EFSI) darbību, lai līdzekļi nonāktu arī līdz Austrumeiropai, tai skaitā Baltijas valstīm.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the Council position on the draft general budget of the European Union for the financial year 2017. The report stresses that budget 2017 has to be considered in the wider context of the mid-term revision of the multiannual financial framework (MFF). It underlines the need to ensure a balance between long-term priorities and new challenges and emphasises therefore that budget 2017 has to be in line with the EU2020 targets, which represent its main orientation and overarching priority. I voted in favour because I believe that the report fully reflects the political priorities adopted by an overwhelming majority in its resolution of 9 March 2016 on general guidelines and its resolution of 6 July 2016 on the 'Preparation of the post-electoral revision of the MFF 2014-2020: Parliament's input ahead of the Commission's proposal'.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario alla risoluzione relativa all'approvazione del bilancio dell'UE per l'anno 2017 poiché, sebbene alcune volontà e priorità politiche come il rafforzamento dei fondi destinati all'emergenza migratoria siano sostenibili, permane un uso distorto dei fondi europei. Nonostante la riduzione dell'ammontare dei pagamenti rispetto al 2016, gli Stati membri si trovano in evidente difficoltà a finanziare il bilancio europeo e ad assorbire i fondi, poiché l'assetto di governance e l'assenza d investimenti pubblici bloccano l'economia. Inoltre due nuovi pesanti capitoli di spesa (la garanzia EFSI e i fondi per l'accordo con la Turchia) sottraggono ingenti risorse che potrebbero essere meglio impiegate. Infine, si continua a incrementare il livello di spesa per il funzionamento amministrativo e burocratico della macchina europea. Il Movimento 5 Stelle aveva tuttavia cercato di migliorare il testo tramite diversi emendamenti, tra cui uno – purtroppo respinto – in merito al programma TEN-T, che chiedeva di non utilizzare gli stanziamenti per finanziare progetti senza un reale valore aggiunto, quali appunto la nuova linea ad alta velocità

Torino Lione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución del Parlamento europeo hace hincapié en la necesidad de reforzar el presupuesto europeo y dotarlo de mayor contenido en el ámbito social y ecológico, sin llegar a cuestionar la deriva neoliberal del mismo. Aunque estoy de acuerdo con estas reformas, las considero insuficientes y finalmente he decidido abstenerme.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Hoewel ik het standpunt van de Raad over de begroting 2017 heb goedgekeurd, was er een aantal amendementen waar ik me niet in kon vinden, zoals het institutionaliseren van de chauffeursdiensten en het verhogen van het beveiligingspersoneel van het EP. Ik stond volledig achter de oproep voor begrotingsdiscipline, één vestigingsplaats voor het EP (afschaffen van het reizen elke maand naar Straatsburg) en een fonds voor de slachtoffers van terrorisme.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that this budgetary line sets the right priorities, consistent with my party's view. The budget also takes into account the Russian ban and prioritises a real greening of the economy. I agree with the funding for the victims of terrorism since we have always been very sensible concerning this issue. I am in favour of budgetary discipline and I also believe that driver service internalisation will generate additional expenses.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Ho espresso oggi voto negativo alla risoluzione sul bilancio dell'UE per il 2017. La Commissione, nella sua proposta di luglio, stabiliva impegni per 157,7 miliardi e 134, 9 miliardi in pagamenti. Nella sue lettura di settembre, il Consiglio ha proposto diverse riduzioni, portando la cifra finale a 156,4 miliardi in impegni e 133,8 in pagamenti. La commissione per i bilanci del Parlamento ha rigettato in toto i tagli del Consiglio e ha rilanciato, soprattutto sul fronte degli impegni, arrivando a proporre la cifra record di 161,8 miliardi, e portando il livello dei pagamenti a 136,8 miliardi. Ho apprezzato alcune volontà e priorità politiche, come il rafforzamento delle Rubrica III, fortemente sotto pressione a causa dei fenomeni migratori, la visione del Parlamento manca tuttavia di un necessario realismo, poiché è difficile, se non impossibile, chiedere ulteriori sforzi di bilancio agli Stati. Persiste poi il problema del divario tra impegni e pagamenti: quest'anno a peggiorare la situazione sono intervenuti due nuovi pesanti capitoli di spesa che sottraggono ingenti risorse che potrebbero essere meglio impiegate. Per quanto concerne poi le «altre sezioni», si continua a incrementare senza fine il livello di spesa per il funzionamento della macchina amministrativa e burocratica europea, cosa totalmente inaccettabile.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Ακόμη μια φορά επαναλαμβάνεται η ίδια κακοπαιγμένη φάρσα για τον αποπροσανατολισμό των λαών σε σχέση με το ύψος του προϋπολογισμού της ΕΕ, με βέβαιη, όπως πάντα, κατάληξη: τη συμφωνία για την αναδιανομή του παραγόμενου από τον λαό πλούτου στα μονοπώλια, μέσω και του κοινοτικού προϋπολογισμού. Όλες οι πολιτικές ομάδες κινούνται στην κατεύθυνση στήριξης των ομίλων με ευρωενωσιακό χρήμα από τον προϋπολογισμό. Στην ίδια γραμμή το Σχέδιο του προϋπολογισμού ζητά περισσότερα χρήματα για το ταμείο Γιούνκερ και τα κονδύλια των «ταμείων συνοχής», που ξεκοκαλίζουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι, όπως και για τα προγράμματα «Ορίζοντας 2020» (έρευνα – καινοτομία των επιχειρήσεων) και «Συνδέοντας την Ευρώπη» (δίκτυα υποδομών), τα οποία είναι προσανατολισμένα σε νέα κερδοφόρα έργα για το κεφάλαιο. Αύξηση προβλέπεται και στα κονδύλια για τις μεγάλες αγροτικές εκμεταλλεύσεις στο πλαίσιο της ΚΑΠ. Επιπλέον χρηματοδότηση δίνεται για την προώθηση των ιμπεριαλιστικών επεμβάσεων της ΕΕ, προβλέποντας πρόσθετα κονδύλια για την Ευρωπόλ, για τη δημιουργία «αντιτρομοκρατικής μονάδας», για το «ευρωπαϊκό κέντρο καταπολέμησης της τρομοκρατίας», για κονδύλια έρευνας στον τομέα της άμυνας και την Υπηρεσία Εξωτερικής Δράσης της ΕΕ. Την ίδια στιγμή αυξημένη χρηματοδότηση προβλέπεται και για το αντικομμουνιστικό πρόγραμμα «Ευρώπη για τους πολίτες». Με δύο λόγια: περισσότερο χρήμα στα μονοπώλια, μεγαλύτερη χρηματοδότηση της πολυπλόκαμης ιμπεριαλιστικής επιθετικότητας των μονοπωλίων της ΕΕ σε βάρος των λαών.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV heeft tegen gestemd. Het EP heeft in commissie besloten dat geen enkele begrotingspost kan worden verlaagd. Alles is blijkbaar perfect besteed. De PVV vindt dat een teken van geestelijke luiheid, en is van oordeel dat hieruit de overtuiging blijkt dat alles wat de EU doet welgedaan is en dat belastinggeld gratis is.

De PVV kan deze verspilling van belastinggeld niet steunen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu týkajúcu sa rozpočtu Európskej únie na rok 2017 som nepodporila. V hlasovaní o tejto správe, ako aj o rozpočte ako takom, som sa riadila mojím dlhodobým názorom týkajúcim sa rozpočtovej oblasti, a to efektívnym využívaním existujúcich zdrojov, a nie každoročným navyšovaním objemu finančných prostriedkov. Myslím si, že rozpočtové škrty, ktoré boli navrhnuté, mali svoje opodstatnenie a že nepredvídateľné krízy sa dajú pokryť napríklad presunutím zdrojov z iných rozpočtových položiek bez nutnosti navyšovania rozpočtu. Rozhodne nesúhlasím s prístupom, ktorý zaujali spravodajcovia, a to so zrušením všetkých navrhovaných škrtov a navýšením požadovaných financií bez toho, aby nimi navrhované požiadavky mali jasnú koncepciu či boli potenciálne efektívne. Zo zmien v rozpočte som však uvítala zriadenie Fondu na pomoc obetiam terorizmu a takisto som s radosťou podporila dodatok k rozpočtu na podporu Špeciálnych olympijských hier.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Geier e Tarand porque, apesar de considerar que não é o orçamento de que a União precisa, ainda assim concordo com a proposta do Parlamento Europeu em aumentar as dotações orçamentais em áreas fundamentais como o emprego dos jovens, o crescimento económico e as políticas de migração e segurança.

Sublinho que a posição do Parlamento rejeita os cortes feitos pelo Conselho ao projeto de orçamento da Comissão e repõe todos os montantes que foram cortados no Mecanismo Interligar a Europa e no programa de inovação Horizonte 2020 num total de 1 240 milhões de euros em autorizações.

Entendo que, no contexto particular em que vivemos, iniciativas como a suspensão dos fundos previstos no Plano Juncker pela Comissão Europeia não só são injustas e desproporcionadas como são insustentáveis no plano político.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Come ogni anno ci troviamo al momento dell'approvazione del bilancio previsionale dell'UE per l'anno a venire e come ogni anno riscontro un ulteriore incremento delle spese per il funzionamento della macchina amministrativa e burocratica. Un processo senza fine che non può che vedermi contrariato e che ho espresso con il mio voto sfavorevole alla relazione. Tuttavia mi compiaccio che la Plenaria abbia approvato l'emendamento, presentato insieme ai miei colleghi del M5S, per mettere fine al finanziamento di oltre 100 milioni all'anno agli allevamenti da tori da corrida. Questi finanziamenti vengono presi dalla PAC, la politica agricola comune e quindi vengono sottratti a tutte le altre attività agricole. Da quando sediamo in Parlamento europeo il Movimento 5 Stelle è l'unico gruppo politico italiano a votare all'unanimità per non togliere soldi agli agricoltori, foraggiando una pratica barbara e insensata come la corrida. Abbiamo promesso di lottare contro questi spettacoli e stiamo lottando. Abbiamo chiesto a gran voce agli Stati e all'esecutivo di cambiare passo e di ascoltare i cittadini e l'unico organo europeo da loro eletto, ovvero il Parlamento UE: smettetela di finanziare le corride!

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o stališču Sveta o predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2017.

Kot navaja poročilo mora proračun za leto 2017 izpolniti potrebe migracijskega izziva in počasne gospodarske rasti po gospodarski krizi. Strnjam se tudi, da je potrebno okrepiti financiranje projektov na področju raziskav in infrastrukture, pa tudi projektov za spoprijemanje z brezposelnostjo mladih.

Ker proračun za leto 2017 v prioritete vključuje zaposlenost, rast in investicije, evropski odziv na izzive migracije ter upravljanje z bojem proti terorizmu in organiziranemu kriminalu, sem se odločil, da ga podprem.

6.3. Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) (B8-1173/2016)

Dichiarazioni di voto orali

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Avem nevoie de mai multă flexibilitate bugetară, pentru că ne confruntăm cu crize acute în materie de securitate internă și de migrație. Avem probleme fără precedent legate de șomajul în rândul tinerilor, de prăbușirea, într-un fel, a sectorului agricol. Oamenii au reacții prompte și justificate legate de aceste realități. În tratat se spune că Uniunea își asigură mijloacele necesare pentru atingerea obiectivelor sale și pentru realizarea politicilor sale. Asta înseamnă că atât instituțiile europene, cât și statele membre trebuie să reflecte în mod adecvat și realist situația în plan bugetar. Însă problema este: avem stabilite clar aceste obiective? Și, în opinia mea, nu sunt stabilite clar. Se pare că uităm principalul motiv pentru care suntem aici, și anume să reprezentăm interesele oamenilor. În al doilea rând, care ne sunt prioritățile-cheie? Le știm foarte clar? Cu toate aceste instituții europene - Consiliul, Comisia, Parlamentul - nu cred că le știm clar. Numai așa putem recăpăta încrederea oamenilor: dacă știm ce

vrem, avem prioritățile și avem viziunea.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Zur mittelfristigen Finanzplanung von meiner Seite aus zwei oder drei Anmerkungen. Die erste: Ich finde es gut, dass eine mittelfristige Finanzplanung gemacht wird, denn sich mit dem Haushalt über einen Siebenjahreszeitraum zu beschäftigen, bringt auch Sicherheit und Stabilität für die Betroffenen.

Zum Zweiten, und diese Kritik geht eindeutig an unseren Rat: Wenn natürlich auf dem Weg in diesen Siebenjahreszeitraum neue Probleme auftauchen, neue Ideen auftauchen, neue Forderungen an die Europäische Union gestellt werden, an das Europäische Parlament, dann muss man auch wirklich von dem Grundsatz ausgehen: Wer bestellt, muss auch bezahlen. Wir haben wirklich in den letzten Jahren quasi die Untugend zu verzeichnen, dass die Mitgliedstaaten neue Anforderungen an unseren europäischen Haushalt richten. Aber wenn es dann um die Finanzierung geht, fehlt dann ganz einfach die Phantasie. Damit muss aufgehört werden.

Und zum Dritten bitte ich einfach, dass man, wenn Fördermittel nicht ausgeschöpft werden und wir zeitweilig den Mitgliedstaaten Beiträge zurückerstatten, das am Ende des Siebenjahreszeitraums nicht vergisst und diese Beitragsrückstände wieder einzahlt.

Момчил Неков (S&D). – Подкрепих резолюцията, защото смятам, че средносрочният преглед на Многогодишната финансова рамка е възможност да се осигури устойчив бюджет на Европейския съюз, както за дългосрочните приоритети, така и за нововъзникналите предизвикателства.

В своята реч за състоянието на Съюза, Жан-Клод Юнкер заяви, че борбата срещу младежката безработица продължава да бъде приоритет номер едно. В тази връзка приветствам ангажимента на Комисията за увеличаване на средствата по „Еразъм+“ с 200 милиона евро и на Инициативата за младежка заетост с 1 милиард евро.

Смятам, обаче, че предложеното увеличение не е достатъчно. Ако младите хора наистина са приоритет за Юнкер, следва думите му да бъдат стабилно подплатени финансово. Средствата по линията на Инициативата за младежка заетост трябва да бъдат увеличени с най-малко 3 милиарда евро годишно като целенасочено финансиране, плюс 3 милиарда евро от Европейския социален фонд.

Както самият Юнкер каза, ако не предприемем действия сега, сегашното поколение млади хора ще бъде първото, което ще има по-нисък стандарт на живот от техните родители.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, this is a very important review and I welcome it, but first of all I want to say that we have to put more pressure on Council Member States to give a bigger budget to the European Union overall, especially in the next MFF. 1% of GDP is very small when you are asked to do almost everything because every time there is a crisis people look to Europe for funding. The first thing we should look at is having a far bigger emergency fund: look at what has happened since we discussed the last MFF –the way migration has taken off and the funding required for that: nobody anticipated it a number of years ago. The same is true in agriculture: it is crisis after crisis, so we need a bigger emergency fund for that. I also support measures in relation to structural funds, cohesion funds, employment funds, TEN-T, Connecting Europe – all those things are very important for our citizens. But unless we have a good, strong budget, we will not be able to do it. The MFF is very important from that point of view.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, globalisation has created cross-border problems that need to be addressed in a flexible manner. The priorities of yesterday are not the priorities of today. Therefore I welcome the Commission presenting a mid-term review.

The new proposal is, however, in the words of Georgi Gotev, an unusual budget. The envelope dedicated to security and migration could be increased by 25%, while money spent on inclusive growth could be decreased by 15%.

Like my liberal colleagues, I am convinced that revision is highly needed. The European Union is currently facing a wide range of crises, notably the immigration crisis, internal emergencies, security issues, agriculture crises, the lack of funding in research and development and a persistent high level of unemployment, especially among young people and third-country nationals. Let us therefore redesign our priorities.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In questa relazione, avente ad oggetto la revisione post-elettorale del QFP (quadro finanziario pluriennale) 2014-2020, si richiede in primis maggiore flessibilità e si chiedono inoltre ingenti risorse supplementari per fare fronte alle nuove sfide e problematiche dell'Unione. Seppur d'accordo sull'aumento di flessibilità e la ricerca di nuovi fondi, a mio parere aumentare i massimali non rappresenta il metodo corretto di raggiungere questi obiettivi, essendo invece preferibile cercare di reperire nuove risorse da altre linee di bilancio già esistenti, cercando di rivedere le priorità future. Per questi motivi ho votato a sfavore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución reitera las prioridades del Parlamento para la revisión del MFP, avalando la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el aventurismo geopolítico de las élites europeas. He votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We supported the inclusion of certain elements into the European Parliament's resolution on the MFF revision, especially our amendment which was adopted into Paragraph 4 which called for ensuring support for the North in the wake of Brexit, this would encompass retaining programs such as PEACE.

There were negative elements in this report especially in paragraph 10 where the term populism is associated with misinformation, the wording is problematic as it used in a general sense. Whilst there are many examples of the far-right using misinformation to manipulate more impressionable individuals to participate in discrimination against refugees and ethnic and religious minorities, there are also far more examples in places such as Ireland where left-wing parties like Sinn Féin who consistently challenge the establishment parties with regards to corruption and austerity and how people have suffered, are accused of populism in a negative manner and spreading misinformation, aka the 'sinister fringe', to invalidate the reality of the situation.

With the MFF we abstained on the final vote as we could not fully oppose the report as voting against consequently meant endorsing the Council's position which was regressive.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption de cette résolution votée par 446 voix contre 181, ce qui montre à nouveau la détermination du Parlement à mettre en adéquation les objectifs politiques de l'Union et ses moyens. Après avoir acté le sous-dimensionnement du cadre budgétaire, la résolution donne mandat au Parlement pour qu'il obtienne du Conseil, la flexibilité proposée par Commission européenne, la hausse des plafonds et des moyens supplémentaires sur un certain nombre de programmes prioritaires.

Déficit chronique d'investissement, chômage des jeunes, crise agricole, accueil des migrants, changement climatique, mise en place des frontières européennes: les priorités européennes doivent porter sur ces défis.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Dieser Bericht betont, dass der momentane mehrjährige Finanzrahmen konstant an Ressourcenknappheit leidet und die neuen Krisen und Prioritäten, die in den letzten Jahren entstanden sind, wie u.a. die Migrations- und Flüchtlingskrise, die Landwirtschaftskrise, externe Notfälle, interne Sicherheitsmaßnahmen, Arbeitslosigkeit (vor allem bei jungen Leuten), die Ratifizierung des Klimaabkommens, nicht gebührend berücksichtigt.

Die Bewertung des mehrjährigen Finanzrahmens verdeutlicht, dass für eine angemessene Reaktion auf die Herausforderungen mehr Finanzmittel und Ressourcen erforderlich sein werden. Die Überarbeitung des Rahmens ist deshalb eine gute Gelegenheit, um auf die Haushaltsschwierigkeiten zu reagieren. Neue politische Initiativen sollten aber nicht zu Lasten bestehender Programme und Maßnahmen finanziert werden, sondern über neue Mittel. Zuletzt sollte der Haushaltsplan der EU transparenter und für die EU-Bürger zugänglicher werden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP) 2014-2020. Le texte appelle à donner plus de moyens financiers à l'UE en augmentant les plafonds du CFP notamment pour faire face aux «défis» migratoires et du terrorisme et donc en augmentant les contributions des États. Il met l'accent sur la mobilité des jeunes à travers le billet de train gratuit pour les 18 ans des jeunes européens, catégorie d'âge régulièrement ciblée par la propagande européiste. Le rapport se déclare par ailleurs favorable à un accroissement des ressources propres de l'UE et donc à un impôt européen. Par conséquent j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – When the Multi-Annual Financial Framework (MFF) was first agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget by the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's money over the seven-year term of the MFF. This review adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

We therefore felt that we had no choice but to vote against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La révision du cadre financier pluriannuel marque la fin d'un cycle et doit être l'occasion de mettre fin à deux formes d'hypocrisies. La première concerne les instruments spéciaux et les différences de perception entre le Parlement et le Conseil qui prend le risque de creuser l'écart entre les engagements et les crédits de paiement. La seconde concerne les différents satellites budgétaires qui enfreignent le principe d'unité budgétaire et créent par la même occasion un angle mort du contrôle parlementaire.

J'ai donc voté en faveur de cette résolution qui représente l'opportunité de rendre de la lisibilité ainsi que de la sincérité au budget.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Europos Parlamentas yra nuolat susirūpinęs dėl to, kad pagal dabartinę daugiametę finansinę programą (DFP) turimi ištekliai yra nepakankami. Taip pat atkreipia dėmesį į tai, kad pastaraisiais metais iškilo daug naujų krizių ir atsirado naujų prioritetų, ypač prasidėjo migrantų ir pabėgėlių krizė, išorėje susidarė ekstremaliųjų situacijų, atsirado vidaus saugumo problemų, ištiko žemės ūkio krizė, iškilo klausimas dėl Europos strateginių investicijų fondo (ESIF) finansavimo, tebesilaiko didelis nedarbo, ypač jaunimo nedarbo, lygis. Todėl pritariu, kad būtina užtikrinti realistinį, patikimą bei tvarų ES biudžetą likusiems dabartinės programos metams, kad įgyvendintume Europos Sąjungos politinius įsipareigojimus ir strateginius tikslus.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány a 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keret félidős felülvizsgálatáról szól. Hangsúlyozza az Európai Parlament azzal kapcsolatos állandó aggodalmát, hogy a jelenlegi többéves pénzügyi keretben rendelkezésre álló erőforrások nem elégségesek.

Rámutat az elmúlt években kialakult számos új válságra és prioritásra, nevezetesen a migrációs és menekültválságra, a külső vészhelyzetekre, a belső biztonsági kérdésekre, a mezőgazdaság válságára, az Európai Stratégiai Beruházási Alap finanszírozására és a munkanélküliség tartósan magas szintjére. Úgy véli, hogy a többéves pénzügyi keret felülvizsgálata egyedülálló lehetőséget biztosít az Európai Unió hitelességét jelenleg veszélyeztető költségvetési nehézségek leküzdésére.

Felszólítja ezért a Tanácsot, hogy vállalja felelősségét, szavait kövessék tettek, és biztosítson reális, hiteles, átfogó és fenntartható uniós költségvetést a jelenlegi pénzügyi keret fennmaradó éveire.

A felsorolt érvekkel és így az állásfoglalási javaslattal is egyetértek.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui souligne d'emblée que l'insuffisance des moyens financiers disponibles dans le cadre financier pluriannuel (CFP) est une source d'inquiétude constante du Parlement. Il rappelle que des moyens adéquats doivent être dégagés pour faire face aux nouvelles urgences comme la situation migratoire et la crise des réfugiés, la sécurité intérieure ou le financement du FEIS sans oublier la persistance d'un chômage bien trop élevé notamment chez les jeunes.

L'Europe doit absolument concentrer ses ressources sur une politique de relance qui délaisse l'austérité, sur la lutte contre le chômage et sur une prise en compte tant sur un plan intérieur qu'extérieur de la situation migratoire et du respect des droits des migrants.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le tante sfide che l'Unione europea si trova a fronteggiare, migrazioni e crisi economica in primis, rendono sempre più evidente la cronica insufficienza di risorse disponibili all'interno dell'attuale quadro finanziario pluriennale. In questo contesto, la sua revisione può rappresentare un'occasione unica per far fronte alle difficoltà di bilancio che stanno compromettendo la credibilità generale dell'UE. La risoluzione approvata oggi dal Parlamento, e da me sostenuta, chiede con forza al Consiglio di garantire un bilancio credibile, coerente e sostenibile per gli anni restanti dell'attuale periodo di programmazione. Il bilancio deve essere reso più flessibile e capace di rispondere prontamente alle sfide del nostro tempo: migrazione, rifugiati, crisi agricola, terrorismo, sicurezza internazionale e disoccupazione. Le nuove risorse devono essere legate anche ad una valutazione sul QFP post-2020 perché la via per recuperare la fiducia dei cittadini nel progetto europeo passa anche dalla definizione di un bilancio più trasparente, efficace e accessibile.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento Europeo no tiene competencias de definición del Marco Financiero Plurianual, que es el esquema que estructura y limita la evolución del presupuesto a lo largo de 7 años. Es el Consejo quien decide. Sin embargo, la presión de las circunstancias de crisis de la Unión ha generado un consenso parlamentario sobre la necesidad de refuerzo de los presupuestos europeos para hacer frente a los retos existentes (refugiados, crisis de inversión, seguridad, empleo, etc…). La Resolución señala numerosos aspectos positivos. Insta a aumentar los recursos, reformar el sistema de recursos propios, valorar las nuevas condiciones de flexibilidad del nuevo MFF, critica al Consejo, pide retirar los «rebates» (descuentos de las contribuciones de más de 10 Estados miembros al

presupuesto europeo), dar la posibilidad de reutilizar los recursos no empleados y la unidad del presupuesto de la Unión contra los fondos intergubernamentales. Sin embargo, la resolución parece un lavado de cara buenista para legitimarse, porque realmente no está en juego una negociación en la que el Parlamento decida. De hecho, la propuesta de presupuesto para 2017 va en sentido contrario, con lo cual resta credibilidad a esta resolución. Por eso, me he abstenido.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer la labor de los autores de esta Resolución sobre la revisión intermedia del marco financiero plurianual donde se subraya la preocupación constante del Parlamento por los insuficientes recursos disponibles en el actual marco financiero plurianual. Hay que tener en cuenta las nuevas crisis y prioridades que han ido surgiendo en estos últimos años, en concreto la crisis migratoria y de los refugiados, las situaciones de emergencia en el exterior, las cuestiones de seguridad interior, la crisis agrícola, la financiación del FEIE y el persistente y alto nivel de desempleo, especialmente entre los jóvenes.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Si l'argent est le nerf de la guerre, l'UE l'a bien compris puisqu'elle cherche par cette révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel à se doter de plus de moyens financiers, lesquels évidemment ont pour but d'augmenter toujours plus ses prérogatives politiques.

J'ai donc voté contre cette résolution qui ouvre par ailleurs la porte à un impôt européen. Pour les européistes, la logique est soutenue par l'idéologie puisqu'il s'agit notamment d'augmenter les plafonds du CFP pour faire face aux «défis» migratoires et du terrorisme, ces problèmes que l'UE a fortement contribué à aggraver, lorsqu'elle ne les a pas créés.

Plutôt que de demander sans cesse des contributions supplémentaires, il serait temps que les institutions européennes commencent par redéployer les crédits non nécessaires; elles n'ont pas peur d'exiger cela des États membres en leur imposant toujours plus d'austérité tout en exigeant d'eux qu'ils contribuent toujours plus au budget de l'UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Lo scorso 6 luglio il Parlamento europeo ha approvato una relazione sulla preparazione della revisione del quadro finanziario pluriennale 2014-2020. La risoluzione votata oggi, presentata dalla commissione per i bilanci, prende atto di questa proposta e ribadisce le priorità del Parlamento europeo, sulla falsariga della risoluzione di luglio. La proposta non si discosta molto dalla relazione approvata prima dell'estate: si richiede maggiore flessibilità e si chiedono risorse supplementari per permettere all'UE di fronteggiare nuove sfide. Soprattutto su quest'ultimo punto ho fortissime riserve, non vedo come gli Stati membri, nell'attuale situazione di crisi, possano impegnarsi in nuovi sforzi economici anche e soprattutto, alla luce dei vincoli di bilancio imposti da Bruxelles e agli esiti disastrosi delle sue politiche. Ritengo invece sarebbe più sensato muoversi verso una revisione delle priorità esistenti, realizzando veri tagli delle spese e dei costi inutili dell'UE per iniziare a fare gli interessi dei nostri cittadini.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kuriame aptariamas 2014-2020 m. daugiametės finansinės programos (DFP) laikotarpio vidurio tikslinimas.

Europos Parlamentas pritaria Komisijos ketinimui supaprastinti finansines taisykles ir mano, kad tai yra svarbi DFP laikotarpio vidurio tikslinimo dalis. Taigi atkreipia dėmesį į Komisijos pasiūlymą atlikti viso Finansinio reglamento tikslinimą ir iš dalies pakeisti 15 sektorinių reglamentų. Parlamentas pabrėžia, kad supaprastinimo tikslas – paramos gavėjams pagerinti ir racionalizuoti įgyvendinimo sąlygas, ir įsipareigoja per tinkamą laiką pasiekti šią nuostatą atitinkantį sėkmingą rezultatą. Europos Parlamentas pabrėžia, kad veiksmingas ES biudžeto įvykdymas yra svarbiausias Parlamento prioritetas, todėl palankiai vertina Komisijos pasiūlymą vėl į ES biudžetą įrašyti įsipareigojimų asignavimus, panaikintus dėl neįgyvendintų veiksmų, kuriems jie iš pradžių buvo skirti, ir pabrėžia, kad tai buvo vienas pagrindinių Parlamento reikalavimų, išsakytų 2016 m. liepos 6 d. rezoliucijoje dėl daugiametės finansinės programos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a magyar néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. Ugyanakkor a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ugyanakkor el kell, hogy kerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért nem támogattam az indítvány elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Z resolucijo o vmesni reviziji večletnega finančnega okvirja sem se strinjal in jo tudi podprl na tokratnem plenarnem zasedanju, saj predvideva v večletnim finančnim okvirju mnoge dobre spremembe oziroma dopolnila v obstoječi politiki.

Revizija med drugim podpira predlog Komisije za ustanovitev krizne rezerve EU kot instrumenta za hitro odzivanje na krize in dogodke s hudimi humanitarnimi ali varnostnimi posledicami. Spodbuja nadaljnje naložbe v evropsko mladino prek proračuna EU, kot je nedavno predlagani program „vozovnica Interrail“. Predlaga reforme sistema lastnih sredstev, vključno z uvedbo novih virov lastnih sredstev, ki bodo občutno zmanjšali delež prispevkov v proračun EU.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on the mid-term revision of the mutual financial framework (MFF) 2014-2020 because it underlines our concern with regard to the insufficient resources that are available at the moment. We are facing new challenges today such as the refugee crisis and I believe the revision of the MFF shall have the aim of ensuring a fair balance between the long-term priorities and the new emerging challenges. In this regard, I welcome the proposal of the establishment of an EU Crisis Reserve by the Commission as instrument to tackle rapidly the crises.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP) appelle à accroître les ressources financières de l'Union européenne notamment en vue de financer l'accueil des migrants clandestins dans les États membres. À l'heure où les peuples européens subissent le chômage de masse et la baisse de leur pouvoir d'achat, il est proprement scandaleux de voir l'Union européenne se soucier en priorité de l'accueil de ces migrants clandestins plutôt que du sort de nos concitoyens. De plus, nous nous opposons avec la plus grande fermeté à la création d'un impôt européen qui contribuera à financer le fonctionnement de la bureaucratie bruxelloise. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution relative à la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel. Cette révision à mi-parcours était un engagement du Conseil; j'invite donc les États membres à respecter cet engagement.

Je soutiens les grandes lignes de la proposition de la Commission, qui apporte de la flexibilité et des moyens supplémentaires rendus nécessaires par les nouveaux défis auxquels l'Union européenne est confrontée. J'insiste sur l'importance des 6,3 milliards d'euros supplémentaires proposés jusqu'en 2020, qui porteront sur la croissance et l'emploi, la sécurité et le contrôle des frontières extérieures, ainsi que sur le Fonds européen pour le développement durable. Ce sont des domaines fondamentaux pour les citoyens européens, sur lesquels l'Union se doit d'agir.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della risoluzione perché condivido le raccomandazioni che rivolge al Consiglio europeo in vista della revisione a medio termine del quadro finanziario pluriennale. Il Parlamento richiede che vengano aumentate le dotazioni di budget perché l'UE si doti di un bilancio corrispondente agli impegni politici ea gli obiettivi strategici che intende perseguire. I problemi della migrazione, della sicurezza interna, della crisi nel settore agricolo e il persistente alto tasso di disoccupazione, soprattutto tra i giovani, richiedono l'adozione di misure adeguate e fondi aggiuntivi che, purtroppo, nei primi anni dell'attuale quadro finanziario pluriennale (QFP) non sono stati previsti a causa delle scarse risorse disponibili. La revisione intermedia del QFP dovrebbe essere anche l'inizio di un processo di ricerca del consenso per il QFP post 2020. In tale contesto, la relazione raccomanda di assumere impegni rigorosi, compresa la creazione di nuove risorse proprie in grado di ridurre sensibilmente la quota dei contributi al bilancio dell'UE sulla base dell'RNL, nonché la graduale eliminazione di ogni forma di correzione, come pure per allineare la durata del QFP ai cicli politici delle istituzioni.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this report. I supported the inclusion of certain elements into the European Parliament's resolution on the MFF revision, especially Sinn Fein's amendment, which was adopted in paragraph 4, and which called for ensuring support for the North in the wake of Brexit. This encompasses retaining programs such as PEACE.

There were negative elements in this report, especially in paragraph 10 where the term 'populism' is associated with misinformation, and it conflates both right-wing and left-wing parties. With the MFF I abstained on the final vote, as I could not fully oppose the report as voting against consequently meant endorsing the Council's position, which was regressive.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report to secure the appropriate funds for the remaining four years of the multi financial framework (MFF) in order to promote growth, jobs and competitiveness, address youth unemployment and the migration and refugee crisis, ensure internal security in the EU and fight terrorism. It should also prevent a future payment crisis in the EU Budget. The MFF mid-term revision should also represent an excellent opportunity to secure the appropriate funding for newly-proposed programmes like the '18th birthday InterRail pass for Europe', as the mobility of young people is essential in increasing a sense of European identity. This is all about not just the economy, but the review of the EU's credibility. It is important that funds start pouring through to the regions and young people in our Member States in order for the EU to be visible also at local level.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Lo scorso 6 luglio il Parlamento europeo ha approvato una relazione sulla preparazione della revisione post-elettorale del QFP (quadro finanziario pluriennale) 2014-2020. La presente risoluzione è relativa alla proposta della Commissione ed è stata fortemente voluta dai relatori per rafforzare la posizione del Parlamento in vista delle negoziazioni col Consiglio. Viene quindi sostanzialmente ribadito quanto affermato precedentemente dal Parlamento: si richiede maggiore flessibilità ed ingenti risorse supplementari per fare fronte a nuove sfide e problematiche. Mentre il primo aspetto ci trova assolutamente d'accordo, in riferimento al secondo è chiaro che gli Stati non vogliono o possono impegnarsi in nuovi sforzi economici. Sarebbe quindi più sensato procedere a una revisione delle priorità, individuando nel caso anche linee di bilancio su cui intervenire per reperire le risorse necessarie. Per questo motivo ho espresso voto negativo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την ενδιάμεση αναθεώρηση του Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου και πιστεύουμε ότι η αναθεώρησή του παρέχει μια μοναδική ευκαιρία για να αντιμετωπιστούν οι δημοσιονομικές δυσκολίες που υπονομεύουν επί του παρόντος την αξιοπιστία της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Condivido la proposta di revisione a motivo della costante preoccupazione per l'insufficienza delle risorse disponibili nell'ambito dell'attuale quadro finanziario pluriennale (QFP) di fronte alle molteplici crisi ed emergenze emerse negli ultimi anni. Servono, invero, volumi sostanziali di fondi supplementari al bilancio dell'UE e una revisione intermedia rappresenta uno snodo nevralgico per la ponderazione ottimale sul versante post-2020. Tra le misure presenti, quella che più ha generato in me fiducia riguarda la proposta della Commissione per creare una riserva di crisi dell'UE come mezzo di reazione rapida a eventi con gravi incidenze umanitarie o di sicurezza. Infatti, alla luce di quanto avvenuto recentemente in Centro Italia a seguito dei terremoti di settembre e ottobre, si presenta come doveroso fornire assistenza e aiuti a chi si trova improvvisamente ad aver perso tutto. Pertanto, invito la Commissione ad attuare le misure in oggetto quanto prima, integrandole senza indugio nel bilancio UE 2017 e a intavolare negoziati sostanziali con il Consiglio sulla revisione intermedia del QFP nel contesto della procedura di conciliazione sul bilancio 2017. Unitamente a quanto esposto, sollecito la Commissione a fornire delucidazioni sulle implicazioni finanziarie del recesso del Regno Unito dall'UE, fatti salvi i futuri negoziati.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the mid-term revision of the MMF 2014-2020 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A revisão do Quadro Financeiro Plurianual constitui uma oportunidade única para responder às dificuldades orçamentais que colocam em causa a credibilidade da União Europeia. O Conselho deverá, pois, assumir as suas responsabilidades assegurando um orçamento realista, credível, coerente e sustentável para os restantes anos. Com esta revisão devemos procurar assegurar um equilíbrio entre o cumprimento das prioridades políticas a longo prazo da UE e a resposta aos novos desafios emergentes.

A presente revisão deverá também ser o início de um processo de criação de consenso para o QFP pós 2020, devendo ser assumidos compromissos firmes neste contexto, nomeadamente no sentido de abordar a reforma do sistema de recursos próprios, incluindo a introdução de novos recursos próprios, bem como alinhar a duração do QFP pelos ciclos políticos das instituições.

Concordo com a criação de uma reserva de crise como um instrumento de reação rápida a crises, bem como acontecimentos com graves implicações humanitárias ou de segurança. Pelo exposto, apoio a presente proposta de resolução sobre a revisão do Quadro Financeiro Plurianual para 2014-2020.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto il testo presentato da un lato recepisce positivamente alcune proposte di modifica che il Parlamento aveva espresso in precedenza in particolare sul tema della flessibilità. Persistono ancora alcune necessità correttive ed esigenze specifiche come ad esempio quella relativa alla mobilità dei giovani, elemento essenziale per rafforzare la coscienza e l'identità europea. È positiva la creazione di una riserva dell'UE come strumento di reazione rapida alle crisi, nonché ad eventi con gravi incidenze umanitarie o di sicurezza.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La resolución reitera las prioridades del Parlamento para la revisión del MFP, avalando la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el aventurismo geopolítico de las élites europeas. He votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za projektem rezolucji w sprawie śródokresowego przeglądu WRF, której celem jest zwiększenie limitów na konkretne działania (inicjatywa na rzecz zatrudnienia, Horyzont 2020, partnerstwo w dziedzinie migracji). W mojej ocenie, jeśli istnieje możliwość zwiększenia kwoty na tak istotne programy przynoszące szereg korzyści, należy z niej skorzystać. Dodatkowo w rezolucji mowa jest o większej elastyczności i usunięciu niektórych ograniczeń – postanowienia te przyjmuję z zadowoleniem. W związku z tym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Multiannual Financial Framework (MFF), which sets the framework for the EU's annual budget, needs to be revised to allow for additional funding and greater flexibility. This helps the EU to deal with the unprecedented number of challenges that Europe is facing and will be facing in the future. The report points out the insufficiency of available resources as well as criticism for the Commission's proposal. This is why I have voted in favour of the position on the Commission's proposal on the revision of the MFF 2014-2020.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I could not support a resolution that, by seeking to link the MFF and the 2017 Budget, could result in the MFF ceilings being broken and increased national contributions. I do not support such an attempt to hold the 2017 budget hostage in order to achieve higher national contributions. The EU spending limits should be respected and we should not put agreement of the budget at risk like this at a time when Europe is facing multiple crises.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La présente résolution porte sur la proposition de la Commission européenne d'une révision mi-parcours du cadre financier pluriannuel. Le cadre financier pluriannuel constitue le cadre des ressources et des dépenses de l'Union sur une période de sept ans.

La proposition de la Commission européenne vise à accroître la flexibilité de ce cadre et de supprimer certaines restrictions afin de permettre la réutilisation des marges inutilisées précédemment. Elle propose également de créer une réserve de crise de l'Union permettant de financer les réactions aux crises, notamment les crises migratoires, agricoles et humanitaires. Si ces propositions sont positives, il me semble essentiel que les plafonds du cadre financier pluriannuel soient revus à la hausse afin de pourvoir financer les priorités de l'Union, qui se doit de faire face à toute une série de crise, tout en finançant la politique agricole commune, les politiques d'infrastructure et de recherche ou encore les politiques de cohésion. Considérant tous ces éléments, j'ai voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

Rachida Dati (PPE), *par écrit.* — J'ai soutenu cette résolution sur le réexamen à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP). Je salue la proposition de la Commission européenne de créer une réserve de crise de l'Union européenne destinée à financer les réactions aux crises, notamment migratoires, agricoles et humanitaires. De plus, il est très important que la Commission fournisse à l'autorité budgétaire toutes les informations utiles afin de prendre en compte les implications budgétaires sur le cadre financier pluriannuel actuel du référendum britannique du 23 juin 2016 et, à terme, de la sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban.* - Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ugyanakkor el kell, hogy kerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért elutasítottam az indítvány elfogadását.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς.* – Το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο, ως μέσο έκφρασης της οικονομικής πολιτικής της Ένωσης, είναι ένα μοντέλο αποτυχημένο. Το υφιστάμενο ΠΔΠ έχει αποτύχει να αντιμετωπίσει τις προκλήσεις που εμφανίστηκαν στο πρώτο μισό της εφαρμογής του. Ο σχεδιασμός κατανομής των οικονομικών πόρων σε βάθος 7ετίας χρησιμοποιώντας ανώτατα όρια κατ' έτος και επιβάλλοντας την τήρησή τους ενώ ταυτόχρονα επιδιώκεται η ανάπτυξη και η καινοτομία, οδηγεί σε στρεβλώσεις των όποιων πολιτικών προτεραιοτήτων και των στρατηγικών στόχων, αλλά και στην υποτονική αντιμετώπιση των εμφανιζόμενων απειλών και προκλήσεων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban.* - Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ugyanakkor el kell, hogy kerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért elutasítottam az indítvány elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it updates the position of Parliament adopted in 2013 and reflects the changes that have taken place since then, such as the adoption of EFSI and the Paris Agreement. It is also a reaction to the fact that the UK, including Wales, voted to leave the EU.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A revisão do Quadro Financeiro Plurianual constitui uma oportunidade única para responder às dificuldades orçamentais que põem em causa, atualmente, a credibilidade da União Europeia, devendo o Conselho assumir as suas responsabilidades, a fim de alinhar as palavras e os atos e assegurar um orçamento da UE realista, credível, coerente e sustentável para os restantes anos da perspetiva atual.

A proposta da Comissão relativa aos valores e estimada em 12,8 mil milhões de euros inclui diferentes componentes, entre elas, contribuições complementares para o programa Horizonte 2020 e o MIE-Transportes (0,4 mil milhões de euros cada), os programas Erasmus + e COSME (0,2 mil milhões de euros cada) e a Iniciativa para o Emprego dos Jovens (mil milhões de euros).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – É uma evidência e corresponde a uma posição nossa de há muito (poderíamos mesmo dizer a uma posição de sempre) que os limites máximos das rubricas do Orçamento da UE para áreas como a coesão devem ser revistos em alta.

Os limites impostos ao Quadro Financeiro Plurianual não permitem de forma nenhuma a efetivação do tão propalado princípio da coesão económica e social. Impedem qualquer função redistributiva que o orçamento da UE deveria ter. Sem acompanhar a abordagem seguida neste relatório, e manifestando mesmo a nossa divergência profunda face a algumas formulações utilizadas, reconhecemos que o mesmo avança com algumas considerações pertinentes. Mas tudo é muito insuficiente.

É necessário um considerável aumento dos recursos disponíveis para combater a crise da migração e dos refugiados, de acordo, mas numa ótica completamente contrária ao que tem sido a política adotada pela UE. Ou seja, são necessários recursos, sim, mas dirigidos para o apoio social e humanitário aos refugiados e não para alimentar políticas persecutórias.

Defendemos um reforço substancial do orçamento da UE, com base nas contribuições dos Estados-Membros, em função do seu nível de riqueza relativa (RNB). Trata-se da única maneira de efetivar a função redistributiva do orçamento. Sobre isto, o relatório ou nada diz ou aponta em sentido diverso. Votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Táto predmetná správa je odpoveďou Európskeho parlamentu na revíziu viacročného finančného rámca v polovici jeho trvania. Je dôležité, aby sme jasne pomenovali problémy, medzi ktoré určite patrí nedostatok finančných prostriedkov v súčasnom programovom období v rokoch 2014-2020, ale aj to, že Európska komisia sa nezaoberá podrobne problematikou platieb, ktoré by boli nad rámec aktuálneho finančného rámca, čo by mohlo pomôcť k vytvoreniu akejsi rezervy Európskej únie na krízové obdobie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro a questa risoluzione perché sarebbe più sensato procedere a una revisione delle priorità esistenti, individuando i costi da tagliare ed evitare di aumentare i massimali di spesa globali.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο ως μέσο έκφρασης της οικονομικής πολιτικής της Ένωσης, είναι ένα μοντέλο αποτυχημένο. Το υφιστάμενο ΠΔΠ έχει αποτύχει να αντιμετωπίσει τις προκλήσεις που εμφανίστηκαν στο πρώτο μισό της εφαρμογής του. Ο σχεδιασμός κατανομής των οικονομικών πόρων σε βάθος 7ετίας, χρησιμοποιώντας ανώτατα όρια κατά έτος και επιβάλλοντας την τήρησή τους, ενώ ταυτόχρονα επιδιώκεται η ανάπτυξη και η καινοτομία οδηγεί σε στρεβλώσεις των όποιων πολιτικών προτεραιοτήτων και των στρατηγικών στόχων, αλλά και στην υποτονική αντιμετώπιση των εμφανιζόμενων απειλών και προκλήσεων. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την Ενδιάμεση αναθεώρηση του ΠΔΠ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Although I welcome the Commission's decision to propose a revision of the MFF Regulation, after many concerns regarding the structural insufficiencies and scarcity of resources available under the current Framework, I believe that the only way for the EU to live up to its responsibilities and protect its citizens, whilst also responding to the crises, is to raise the ceilings and enhance the flexibility of the MFF.

The MFF revision should be used to fully compensate the cuts in Horizon 2020 and CEF funding, as well as to ensure sufficient funding for those programmes which boost growth, jobs and competitiveness. Therefore, I support an adequate response to the challenges that require a substantial amount of additional funding from the EU budget that could not been fully provided in the first years of the current perspective due to the scarce financial resources available under the current MFF.

In addition, I am of the opinion that an in-depth reform of the system of financing the Union would make the EU budget more stable, more sustainable, and more predictable, while improving transparency for the citizens. This would consequently, minimise direct contributions from national budgets.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért elutasítottam az indítvány elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ugyanakkor el kell, hogy kerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért elutasítottam az indítvány elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe preocupado por los insuficientes recursos disponibles en el actual Marco Financiero Plurianual. Es importante destacar que la atención a las nuevas crisis y prioridades que han ido surgiendo estos últimos años, en concreto la crisis migratoria y de refugiados, las situaciones de emergencia en el exterior, las cuestiones de seguridad interior, la crisis agrícola, la financiación del Fondo Europeo para Inversiones Estratégicas y el persistente y alto nivel de desempleo, especialmente entre los jóvenes, precisan de una Unión capaz de hacer frente a tan importantes retos. Por lo tanto, la revisión del Marco Financiero Plurianual ofrece una oportunidad única para afrontar las dificultades presupuestarias que ponen en peligro la credibilidad de la Unión.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo del Marco Financiero Plurianual 2014-2020 para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Aunque en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados Miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – È urgente dotare l'Europa di risorse adeguate per rispondere alle tante emergenze politiche aperte. Condivido pertanto la relazione della commissione bilancio che sottolinea con forza la preoccupazione per l'insufficienza delle risorse disponibili nell'ambito dell'attuale quadro finanziario pluriennale, richiamando l'attenzione proprio sul numero di nuove crisi e priorità emerse nel corso degli ultimi anni, in particolare la crisi migratoria e dei rifugiati, le questioni di sicurezza interna, la persistenza di un tasso di disoccupazione elevato, soprattutto tra i giovani.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla revisione intermedia 2014-2020 del quadro finanziario pluriennale (QFP) perché ritengo che dopo avere approvato la risoluzione dello scorso 6 luglio sul riesame del funzionamento del QFP una risposta adeguata alle sfide che abbiamo avanti richiede un volume di fondi supplementari a titolo di bilancio dell'UE. Si tratta di un'occasione unica per l'UE per fare fronte alle difficoltà che stanno compromettendo la credibilità dell'UE e il raggiungimento dei suoi obiettivi. L'UE ha bisogno di un bilancio realistico e credibile e la revisione potrà essere il modo per garantire l'equilibrio fra il conseguimento delle priorità politiche a lungo termine dell'UE e la risposta alle sfide attuali, che necessitano di una risposta immediata, la quale, tuttavia, non potrà essere trovata a discapito delle politiche e dei programmi esistenti. Per questi motivi ho sostenuto fermamente la creazione di una riserva permanente all'interno del bilancio europeo; che possa essere mobilizzata in caso di crisi per evitare soluzioni che poggino su fondi «fuori bilancio» e che la Commissione ha incorporato nella proposta pubblicata in settembre, così come la necessità di una revisione flessibile per rispondere prontamene alle sfide come la crisi migratoria, il terrorismo, i problemi di sicurezza interna.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht zur Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) gestimmt. Es macht keinen Sinn, einen solchen Bericht aufzulegen, wenn die Berichterstatter am Ende auf mindestens einem Auge blind sind. Echte Kontrolle sieht anders aus.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich stimme der Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) zu. Es hat sich in den letzten Jahren vor allem gezeigt, dass die derzeitigen Flexibilitätsbestimmungen von wesentlicher Bedeutung für die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sind. Vor allem in Zeiten von Migrations- und Flüchtlingskrise.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – La realtà corre molto molto più veloce della fantasia, figuriamoci delle procedure europee per la revisione del bilancio. Parliamo da anni di immigrazione, di costi dell'accoglienza, del controllo delle frontiere e ancora adesso stiamo discutendo di una proposta della Commissione sulla revisione del quadro finanziario pluriennale che non aggiunge un euro a quanto già stabilito, ma fa la gentile concessione di riprogrammare, cioè sposta e destina all'emergenza migrazione delle risorse. Sembra quasi una presa in giro. Gli sforzi per la «semplificazione» sono ancora più surreali. La Commissione per semplificare accorpa in un unico regolamento, appunto Omnibus, la revisione degli atti di base delle maggiori politiche europee, coesione e agricoltura, limitando pericolosamente il margine di azione del Parlamento europeo. Qualcuno potrebbe pensare che anche in Europa, come nella Sicilia del Gattopardo «C'è bisogno che tutto cambi, perché tutto resti uguale». Ma sono certa che non sarà così, perché l'Europa non può permettersi di restare uguale a se stessa, questo Parlamento almeno dovrà combattere perché qualcosa cambi davvero.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les débats sur la révision du cadre financier pluriannuel de l'Union européenne se suivent et se ressemblent. Toujours plus de dépenses, financées si possible par un impôt européen.

L'austérité, c'est bon pour les autres, alors que d'année en année, la Cour des comptes peine à approuver pleinement l'usage qui est fait de l'argent du contribuable par la Commission, voire critique certaines politiques coûteuses et douteuses.

En juillet, le débat avait eu lieu alors que certains collègues en avaient demandé le report, compte tenu de la situation inédite créée par la victoire du Brexit. On n'en sait pas beaucoup plus, mais on discute quand même. Une nouveauté cependant avec cette proposition cruciale pour lutter contre le «populisme» : offrir un «pass interrail» gratuit aux jeunes européens pour leur 18ème anniversaire. À n'en pas douter, l'existence d'un tel avantage aurait été déterminant lors du référendum britannique! À supposer que l'Eurostar ne soit pas retardé par la présence de migrants sur les voies!

Votre mépris pour les peuples est tel que vous pensez pouvoir combattre avec un hochet l'aversion grandissante que vos politiques suscitent chez leurs victimes. Il n'est pas étonnant que de plus en plus d'entre eux aient envie de fuir.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento Europeo no tiene competencias de definición del Marco Financiero Plurianual, que es el esquema que estructura y limita la evolución del presupuesto a lo largo de 7 años. Es el Consejo quien decide. Sin embargo, la presión de las circunstancias de crisis de la Unión ha generado un consenso parlamentario sobre la necesidad de refuerzo de los presupuestos europeos para hacer frente a los retos existentes (refugiados, crisis de inversión, seguridad, empleo, etc…). La Resolución señala numerosos aspectos positivos. Insta a aumentar los recursos, reformar el sistema de recursos propios, valorar las nuevas condiciones de flexibilidad del nuevo MFF, critica al Consejo, pide retirar los «rebates» (descuentos de las contribuciones de más de 10 Estados miembros al presupuesto europeo), dar la posibilidad de reutilizar los recursos no empleados y la unidad del presupuesto de la Unión contra los fondos intergubernamentales. Sin embargo, la resolución parece un lavado de cara buenista para legitimarse, porque realmente no está en juego una negociación en la que el Parlamento decida. De hecho, la propuesta de presupuesto para 2017 va en sentido contrario, con lo cual resta credibilidad a esta resolución. Por eso, me he abstenido.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted to oppose an increase in the EU budget for 2017 — we believe the first resort should be finding money for EU priorities within existing budget lines. We remain committed to the principle of prioritising the jobs and economic growth agenda whether inside or outside of the European Union and hope to continue close cooperation with our neighbours as a means of protecting the UK economy.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted against. I believe that the revision of the multiannual financial framework provides a unique opportunity to respond to the budgetary difficulties currently jeopardising the credibility of the European Union. However, the Council should take its responsibility to ensure a realistic, credible, coherent and sustainable EU budget for the remaining years of the current perspective. Therefore, serious actions should be taken in order to strengthen the commitments of the MFF by starting with responsible control mechanism of the fund.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az EP indítványa kitart a júliusi plenáris ülésen elfogadott, a 2014-2020-as pénzügyi keretterv felülvizsgálatát előre véleményező parlamenti jelentés mellett. Ebben a néppárti képviselők egységes tiltakozása ellenére a magyar baloldali pártok EP-képviselői az ország érdekei ellen szavaztak, a kényszerbetelepítéssel kapcsolatos döntésükkel minden magyar polgárt hátba támadtak. A magyarországi baloldali pártok EP-képviselői az előterjesztés határozott és büszke megszavazásával támogatták a kényszerbetelepítést és az azt elutasító országok durva pénzügyi szankcionálását. A magyar választópolgárok elsöprő többségének ugyanakkor egyértelmű az álláspontja: nemet mondtak a kényszerbetelepítésre. Ezért a Fidesz európai parlamenti képviselői csak egy olyan pénzügyi keretterv felülvizsgálatot és uniós költségvetést fognak elfogadni, amelyben ezek a büntetések még ötlet szintjén sem szerepelnek.

A felülvizsgálatban az Európai Bizottság 12,8 milliárd eurós emelést javasol. Ugyanakkor el kell kerüljük a korábbi hétéves keretterv alatt kialakult likviditási válságot, amikor a Bizottság nem tudta kifizetni a tagállamoknak a megvalósított projektek után benyújtott számlákat. Minden javaslatot csak akkor tudunk támogatni, ha megfelelő garanciát kapunk: a már futó felzárkóztatási programok és az agrártámogatások kifizetéseire lesz elegendő forrás az éves költségvetésekben.

Mivel az állásfoglalási indítvány szövege megerősíti a júliusban a kötelező kvótákat el nem fogadó tagállamok ellen pénzbüntetést sürgető EP-jelentést, ezért elutasítottam az indítvány elfogadását.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Διαφωνήσαμε με τη λογική της λιτότητας του Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου (ΠΔΠ). Εντούτοις, στο πλαίσιο μιας αναθεώρησής του θα μπορούσαμε να συμφωνήσουμε σε αύξηση κονδυλίων π.χ για το Erasmus + και το COSME, παρόλο που γνωρίζουμε πως αυτά τα προγράμματα δεν είναι αρκετά για να αλλάξουν τη φιλοσοφία της ΕΕ αναφορικά με τις δημόσιες επενδύσεις και την εθελοντική (αντί έμμεσα υποχρεωτική) μετανάστευση. Ψηφίσαμε αποχή στην ενδιάμεση αναθεώρηση του ΠΔΠ, για να τοποθετηθούμε συγκεκριμένα όταν έχουμε σαφείς ενδείξεις για το αναθεωρημένο ΠΔΠ.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the mid-term revision of the multiannual financial framework. (MFF) 2014-2020. After a review of the performance of the MFF in the first half of this programming period as presented in the resolution of 6 July 2016, this resolution outlines that a substantial amount of additional funding from the EU budget is required. It highlights a number of new crises and priorities that have emerged over the past years, notably the migration and refugee crisis, external emergencies, internal security issues, the crisis in agriculture, the funding of the European Fund for Strategic Investments (EFSI) and the persistent high level of unemployment, especially among young people. I was particularly pleased that the motion emphasised our core values of peace

and stability by highlighting the importance of the Good Friday Agreement, and the need to protect specific measures and programmes to ensure support for the regions particularly affected in the event of a negotiated exit from the EU upon the invocation of Article 50 of the Treaty of Lisbon.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich.* – Der Bericht führt aus, dass die im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) eingestellten Mittel viel zu niedrig seien. In der Logik der aktuellen Mehrheit im Europäischen Parlament ist dies auch nachvollziehbar, da das Parlament in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise stets mehr Mittel gefordert hat, als die Kommission vorschlug, und dabei auch sämtliche Kürzungsvorschläge von Seiten des Rates anfänglich immer ablehnte, dies zulasten der europäischen Steuerzahler. Es gilt zu betonen, dass der aktuelle EU-Haushalt das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet, da etliche vorgesehene Ausgaben viel besser durch die Nationalstaaten bzw. Regionen und Kommunen bewältigt werden könnten als auf europäischer Ebene. Zudem fehlen gerade in der Kohäsionspolitik und auch in einzelnen Bereichen der Agrarpolitik oftmals Nachhaltigkeit, Zielorientiertheit und eine professionelle Erfolgskontrolle anhand von messbaren Ergebnissen. Schließlich fordert der Bericht auch eine unmittelbare Verknüpfung mit dem Haushalt 2017, was ebenfalls zu kritisieren ist. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris.* – Am votat în favoarea revizuirii CFM; este o oportunitate de a continua reformele la nivel european și de a implementa prioritățile politice convenite pentru CFM 2014-2020. De asemenea, revizuirea CFM constă în stimularea creșterii economice și redresarea spațiului comunitar european, precum și în reorientarea bugetului UE spre rezultate concrete și spre confruntarea provocărilor de la nivel intern și extern.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o reviziji VFO-a u sredini razdoblja 2014. – 2020. (2016/2931(RSP)) gdje se ističe zabrinutost zbog nedostatka sredstava koja su na raspolaganju unutar trenutačnog višegodišnjeg financijskog okvira te problem novih kriza i prioriteta koji su se pojavili u proteklom razdoblju posebice u vezi s izbjegličkom i migrantskom krizom.

Za sve to su potrebna znatna dodatna sredstava iz proračuna EU-a koja zbog oskudnih financijskih sredstava unutar trenutačnog VFO-a nije bilo moguće staviti na raspolaganje u početku ove financijske perspektive. Potrebno je u preostalim godinama trenutačne financijske perspektive zajamčiti realističan, vjerodostojan, koherentan i održiv proračun EU-a koji mora biti izraz ravnoteže između ispunjavanja dugoročnih političkih prioriteta Unije i pružanja odgovora na nove izazove.

Parlament zauzima pozitivan stav prema predloženim izmjenama VFO-a, ali izražava žaljenje zbog toga što Komisija nije predložila povećanje trenutačnih gornjih granica VFO-a osobito u pogledu važnih politika kao što su konkurentnost za rast i zapošljavanje; gospodarska, socijalna i teritorijalna kohezija; sigurnost i građanstvo; globalna Europa.

Revizija VFO-a u sredini programskog razdoblja treba poslužiti kao dobra baza za postupak postizanja konsenzusa o VFO-u za razdoblje nakon 2020., koji treba uključiti i u reformu sustava vlastitih sredstava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce texte cherche à faire augmenter les plafonds du cadre financier pluriannuel et donc à augmenter les contributions des États membres. De même, il encourage, mû par une propagande européiste, la mobilité des jeunes européens de moins de 18 ans à travers la gratuité des billets de train. Enfin, considérant les objectifs d'accroissement des ressources de l'UE, tout porte à croire que nous nous dirigeons vers la création d'un impôt européen.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – I supported the motion for resolution on the mid-term revision of the multiannual financial framework which calls for a real revision of the MFF to address EU current challenges. I welcome the fact that the Commission presented a revision of the MFF, which was too restrictive, to deal with the security and migrations challenges we are facing. This ambitious reform reflects EU political commitments and ensure European money is spent where it is most needed. It was essential for the European Parliament to link the revision of the multiannual financial framework to the 2017 annual budget, as the decisions on the former one are expected to be integrated into the latter. That is why in the EP position the 2017 budget reflects the smart proposal of the mid-term review made by the Commission.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur l'examen à mi-parcours du cadre financier pluriannuel (CFP). Cette proposition de révision du CFP s'inscrit dans la volonté du Parlement européen de rendre le budget plus flexible. Pour cela, les dispositions relatives à la simplification des règles budgétaires et la mise en place d'une réserve budgétaire ont été largement approuvées. Une flexibilité qui doit permettre de mieux répondre aux crises (agricoles, humanitaires ou migratoires) et d'éviter la multiplication des fonds «hors budget».

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. Aux bonnes volontés de la Commission d'accroître la flexibilité et de supprimer certaines restrictions pour permettre la réutilisation des marges antérieures ou encore de créer une réserve de crise de l'Union européenne destinée à financer les réactions aux crises (migratoires, agricoles, humanitaires, etc.), le Parlement ajoute sa volonté politique d'augmenter les plafonds dans certaines rubriques: croissance et emploi, sécurité et citoyenneté, ou encore cohésion économique, sociale et territoriale.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Δεν μπορούμε παρά να υπογραμμίσουμε την ανεπάρκεια του ΠΔΠ σε σχέση με τις πραγματικές ανάγκες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι οι πρόσφατες κρίσεις στο τομέα του προσφυγικού, των αγροτικών προϊόντων, η επάρκεια χρηματοδότησης του ΕΤΣΕ και οι υψηλές χρηματοδοτικές ανάγκες που προκύπτουν για την Ένωση σε συνθήκες έκτακτης ανάγκης. Χρειάζεται σημαντική επέκταση του ΠΔΠ.

Petra Kammerevert (S&D), *schriftlich*. – Der im ÄA 40 enthaltene Vorschlag, allen EU-Bürgern zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schenken ist populistischer Unfug und stellt erfolgreiche EU- Mobilitätsprogramme infrage. Wir müssen dringend die Mobilität junger Menschen erhöhen, mit der Interrail -Debatte nimmt die Diskussion aber einen falschen Verlauf. Damit wird Bahnfahren durch Europa teilweise bezahlt, nach „Gießkannen-Prinzip" ohne Konzept oder pädagogische Betreuung, und dürfte letztlich reichere Nordeuropäer bevorteilen. Das klingt sexy, ist aber keine Investition in die Zukunft. ERASMUS+ funktioniert und lässt Schüler, Azubis und Studierende die EU live erleben. Das für einen freien Interrail-Pass notwendige Geld (Schätzungen zufolge könnte die Interrail-Initiative bis zu 1,5 Milliarden jährlich kosten) sollte hierhin fließen, sodass mittels ERASMUS+ allen Jugendlichen unter 25 Jahren eine Auslandserfahrung ermöglicht wird. Nur so können gezielt sozial Schwächere und Jugendliche aus mittleren Bildungsschichten durch auf sie zugeschnittene Angebote, die regelmäßig pädagogisch begleitet werden, gezielt angesprochen und besser gefördert werden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass ERASMUS+ zugunsten einer medienwirksamen Idee ins Hintertreffen gerät. Da ich aber insgesamt die Vorschläge zur mittelfristigen Finanzplanung mittrage und eine Einzelabstimmung zu diesem Punkt nicht möglich ist, ist diese Stimmerklärung geboten.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag stellt eine Forderung nach zusätzlichen Finanzmitteln, ohne dies jedoch ausreichend zu begründen. Dabei soll der MFR entsprechend angepasst werden, um Finanzmittel für die Migrationskrise, eine Verlängerung des EFSI und andere Programme bereitstellen zu können. Dieser Entschließung hätte ich nicht zugestimmt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt aus, dass die im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) eingestellten Mittel viel zu niedrig seien. In der Logik der aktuellen Mehrheit im Europäischen Parlament ist dies auch nachvollziehbar, da das Parlament in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise stets mehr Mittel gefordert hat, als die Kommission vorschlug, und dabei auch sämtliche Kürzungsvorschläge von Seiten des Rates anfänglich immer ablehnte, dies zulasten der europäischen Steuerzahler. Es gilt zu betonen, dass der aktuelle EU-Haushalt das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet, da etliche vorgesehene Ausgaben viel besser durch die Nationalstaaten bzw. Regionen und Kommunen bewältigt werden könnten als auf europäischer Ebene. Zudem fehlen gerade in der Kohäsionspolitik und auch in einzelnen Bereichen der Agrarpolitik oftmals Nachhaltigkeit, Zielorientiertheit und eine professionelle Erfolgskontrolle anhand von messbaren Ergebnissen. Schließlich fordert der Bericht auch eine unmittelbare Verknüpfung mit dem Haushalt 2017, was ebenfalls zu kritisieren ist. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A költségvetési jelentés értékelésekor jeleztem, hogy indokolttá vált a 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keret félidős felülvizsgálata, hiszen előre nem látott vészhelyzetek alakultak ki az Unióban. Ilyenek a migrációs és menekültválság, a külső vészhelyzetek, a belső biztonsági kérdések, a mezőgazdaság válsága, az Európai Stratégiai Beruházási Alap (ESBA) finanszírozása és a munkanélküliség tartósan magas szintje. A jelentéssel teljes mértékben egyetértek, hiszen elfogadhatatlan hozzáállás, hogy a vállalataik révén minden profitot lefölöző gazdag tagországok még a GDP-jük 1%-ával sem hajlandók hozzájárulni az ilyen jelentős problémák megoldásához. Nagyon időszerű, hogy a Tanács ne csak szép szólamokban, de tettekben is élen járjon.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. — The mid-term review/revision of the MFF is a real opportunity to adjust the agreed figures and rules in the context of both expected and unexpected developments. In light of this, the current MFF covers the 2014-2020 period and it the first to take the form of a regulation, and the first to contain provisions providing for a mid-term review that may lead to its revision. In fact, there are many current and long-standing economic and political problems such as the refugee crisis, the increased threat of terrorism, the war in Ukraine, the protracted economic crisis in Greece and Brexit require immediate actions. Therefore, although barely two years have passed since the beginning of the current MFF, in order to accommodate these needs and ensure smooth implementation of the EU budget, adjustments and changes should be made.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. –La proposta mira a garantire una maggiore flessibilità nel QFP e nei bilanci annuali e a meglio riflettere le nuove priorità dell'UE, emerse a seguito delle crisi e delle sfide che non era possibile prevedere quando si è deciso sul bilancio settennale per il periodo 2014-2020. La revisione intermedia del QFP era stata una clausola fortemente voluta dal Parlamento al tempo del negoziato, proprio per consentire di allineare il bilancio europee a future necessità. Siamo quindi pronti ad avviare colloqui con il Consiglio, per raggiungere un accordo su un bilancio che sia davvero efficiente, in grado di rispondere prontamente alle crisi migratorie e dei rifugiati, del terrorismo e della sicurezza interna, della crisi in agricoltura e capace di contrastare, con l'aiuto degli Stati membri, l'aumento del tasso di disoccupazione soprattutto tra i giovani.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle appelle à donner plus de moyens financiers à l'UE en augmentant les plafonds du cadre financier pluriannuel (CFP), notamment pour faire face aux «défis» migratoires et du terrorisme (et donc en augmentant les contributions des États).

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Problemy, z którymi boryka się obecnie Unia Europejska, takie jak migracja, kryzys bezpieczeństwa wewnętrznego oraz bezrobocie wśród młodzieży spowodowały konieczność przeprowadzenia śródokresowego przeglądu wieloletnich ram finansowych na lata 2014-2020.

Dobre propozycje Komisji to zwiększenie elastyczności oraz utworzenie rezerwy kryzysowej. Należy natomiast ubolewać, że KE nie zaproponowała podniesienia obecnych pułapów WRF. Mam nadzieję, że rozwiązania zaproponowane przez Komisję są tylko punktem wyjścia do dalszych negocjacji. Ta rewizja to nie tylko szansa na znalezienie pieniędzy na nowe potrzeby, ale również możliwość zapobieżenia brakowi środków na nieprzewidziane zobowiązania.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De Europarlementsleden van de N-VA zijn van mening dat de oproep van de meerderheid van de fracties tot hogere plafonds voor de verdere duur van het huidige MFK niet strookt met de hervormingen die gevraagd worden van de lidstaten. Voor de N-VA moeten de verschillende programma's onder de verschillende rubrieken getoetst worden op hun doeltreffendheid en doelmatigheid. Uitgavenprioriteiten moeten een positieve visie op de toekomst weerspiegelen en geen update zijn van de status quo. De omstandigheden waaronder de huidige herziening plaatsvindt zijn, jammer genoeg, onveranderd in vergelijking met die waaronder het MFK in 2013 werd onderhandeld en het totaal aan MFK-vastleggingskredieten werd teruggebracht tot 1,00% van het gezamenlijke bruto nationale inkomsten van de EU: een stagnerende economie met lidstaten in volle herstructurering. De N-VA-delegatie gaat dus niet akkoord met het verzoek om verhoging van de uitgavenplafonds en zal dus tegen de ontwerpresolutie stemmen.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución reitera las prioridades del Parlamento para la revisión del MFP, avalando la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el aventurismo geopolítico de las élites europeas. He votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt aus, dass die im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) eingestellten Mittel viel zu niedrig seien. In der Logik der aktuellen Mehrheit im Europäischen Parlament ist dies auch nachvollziehbar, da das Parlament in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise stets mehr Mittel gefordert hat, als die Kommission vorschlug, und dabei auch sämtliche Kürzungsvorschläge von Seiten des Rates anfänglich immer ablehnte, dies zulasten der europäischen Steuerzahler. Es gilt zu betonen, dass der aktuelle EU-Haushalt das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet, da etliche vorgesehene Ausgaben viel besser durch die Nationalstaaten bzw. Regionen und Kommunen bewältigt werden könnten als auf europäischer Ebene. Zudem fehlen gerade in der Kohäsionspolitik und auch in einzelnen Bereichen der Agrarpolitik oftmals Nachhaltigkeit, Zielorientiertheit und eine professionelle Erfolgskontrolle anhand von messbaren Ergebnissen. Schließlich fordert der Bericht auch eine unmittelbare Verknüpfung mit dem Haushalt 2017, was ebenfalls zu kritisieren ist. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that calls on the Council to respond to the Commission's proposal and commence negotiations with Parliament, to ensure that an agreement on both the 2017 budget and the MFF revision can be reached before the end of 2016.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím s tvrzením, že EU má málo peněz od občanů a členských států. Nesouhlasím ani s návrhem na nový výdajový program „Evropská síťová jízdenka Interrail k 18. narozeninám", považuji to za europopulismus a plýtvání penězi daňových poplatníků.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zabrinutost Europskog parlamenta u vezi nedostatnih sredstava dostupnih u Višegodišnjem financijskom okviru (VFO) proizlazi iz broja novih prioriteta koji su se pojavili u posljednjih nekoliko godina, a riječ je o migracijama i izbjegličkoj krizi, internim sigurnosnim pitanjima, krizi u poljoprivredi, financiranju iz Europskog fonda za strateške investicije (EFSI) i konstantno visokoj stopi nezaposlenosti, osobito među mladima.

Odgovor na te izazove zahtijeva dodatna sredstva iz proračuna EU-a koja se ne mogu realizirati zbog ograničenih financijskih sredstava dostupnih u tekućem VFO-u, stoga proračun mora uskladiti političke obveze i strateške ciljeve Europske unije. Predložene izmjene treba uklopiti u proračun za 2017., osobito fleksibilnost VFO-a.

Komisija ima namjeru pojednostaviti financijska pravila, što je važan zaključak za srednjoročnu reviziju, a samo pojednostavljenje mora biti usmjereno na poboljšanje i implementaciju okruženja za korisnika. Srednjoročna revizija VFO-a također bi trebala biti početak procesa usklađivanja koji je važan za post-VFO-a 2020., stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Z revízie viacročného finančného rámca stanoveného na roky 2014-2020 jednoznačne vyplýva potreba jeho väčšej flexibility a zrozumiteľnosti tak, aby mohol akčnejšie reagovať na meniace sa podmienky a potreby. Preto súhlasím s návrhom Komisie vykonať úplnú revíziu nariadenia o rozpočtových pravidlách, ako aj zmeny 15 sektorových predpisov s cieľom dosiahnuť zjednodušenie finančných pravidiel. Zjednodušené a transparentné finančné pravidlá budú zrozumiteľnejšie nielen pre odbornú, ale aj laickú verejnosť Únie a zároveň umožnia vykonávanie účinnej a efektívnejšej kontroly pri nakladaní so zdrojmi rozpočtu.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Lors de la négociation du cadre financier pluriannuel (CFP) 2014-2020, le Parlement européen avait obtenu que soit prévu un réexamen à mi-parcours. C'est ce qu'a proposé la Commission en présentant ce projet de révision le 14 septembre dernier.

Le texte commence par rappeler les insuffisances du CFP actuel face aux défis qui ont émergé depuis son adoption. Il recommande de revoir à la hausse les plafonds pour les rubriques qui ont un besoin criant de nouvelles liquidités: compétitivité pour la croissance et l'emploi, cohésion économique, sociale et territoriale, sécurité et citoyenneté et l'Europe dans le monde.

Ce rapport, qui propose également des mesures pour éviter une crise des paiements, souligne l'importance de continuer à financer l'initiative pour l'emploi des jeunes, mais aussi d'offrir une plus grande flexibilité au budget.

Face à la catastrophe humanitaire née de la crise des réfugiés, à la crise économique et sociale profonde qui perdure en Europe et au renforcement de la menace terroriste, ce texte appelle l'UE à se doter d'un budget à la hauteur de ces défis. Je soutiens donc ce rapport.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την ενδιάμεση αναθεώρηση του ΠΔΠ 2014-2020, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Face à une union monétaire qui prive de l'outil monétaire et de la politique de change, l'Union budgétaire est encore au stade du balbutiement. En effet, l'Union européenne voit son budget sur 7 ans (le cadre financier pluriannuel, CFP) limité à 1 % de son PIB. Lors de la dernière législature, il a même été abaissé en dessous de ce chiffre! Or depuis cette date, la crise grecque, le lancement du plan Juncker, la crise des réfugiés, ou encore la lutte contre le chômage des jeunes ont conduit à un engagement renforcé de l'Union.

Cet engagement ne peut se traduire éternellement par des artifices financiers ou des montages «hors-programme». Dans la résolution sur le CFP, les sociaux-démocrates sont parvenus à obtenir que le rapport d'initiative du Parlement européen sur cette question demeure une ligne ferme: il faut impérativement créer des ressources propres de l'UE pour répondre à la crise des paiements. Les États acceptent chaque année d'ouvrir des crédits d'engagements, mais refusent d'augmenter voire souvent diminuent les crédits de paiement (l'argent décaissé). Cette situation repose sur la dépendance trop forte du budget de l'Union sur les contributions nationales. Cette résolution est claire sur ces points, j'ai voté en faveur.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Bei dieser Entschließung des Europäischen Parlaments geht es um den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Hier sollen vermehrte Mittel für die Bewältigung neuer Krisen zur Verfügung gestellt werden. Ich lehne eine weitere Mittelaufstockung ab, da ich eine effizientere Mittelverwendung fordere. Daher lehne ich diese Entschließung ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Daugiametės finansinės programos tikslinimas yra tinkama proga reaguoti į biudžetinius sunkumus, su kuriais šiuo metu susiduria ES. Pastaraisiais metais iškilo daug naujų krizių ir atsirado naujų prioritetų – prasidėjo migrantų ir pabėgėlių krizė, išorėje susidarė ekstremaliųjų situacijų, atsirado vidaus saugumo problemų, kilo žemės ūkio krizė, tebesilaiko didelis nedarbo, ypač jaunimo nedarbo, lygis. Todėl teigiamai vertimu Komisijos pasiūlymą dėl DFP paketo pakeitimų.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport ouvre enfin le débat, promis en 2014 lors des élections européennes, sur une révision du cadre budgétaire européen pour la période 2014-2020, qui avait été adopté en 2013. Ce cadre budgétaire est placé sous le signe de l'austérité puisqu'il a supprimé 50 milliards de crédits. Pendant ce temps, la population de l'UE a augmenté de 10 millions d'habitants par rapport à la programmation précédente! Le rapport répète ses exigences de révision du cadre 2014-2020, dans des termes identiques à ce que dit le Parlement depuis 2013.… en vain. Mais il n'en tire aucune conséquence par rapport à la Commission et au Conseil. Il se félicite de la décision de la Commission de proposer un règlement modifié du cadre financier. Pourtant la Commission ne propose que des redéploiements et aucun relèvement des plafonds budgétaires, alors que le Parlement jugeait ces derniers trop bas. Et le rapport appelle de manière totalement hypocrite à intégrer dès le budget 2017 le «cadre révisé» enfin obtenu. Mais il soutient au même moment la proposition de budget 2017 de la Commission qui n'intègre justement pas ce «cadre révisé». Je vote contre ce galimatias qui entérine la vacuité et la soumission.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte appelle à donner plus de moyens financiers à l'UE en augmentant les plafonds du CFP, notamment pour faire face aux «défis» migratoires et terroristes (et donc en augmentant les contributions des États). Une ouverture est également évoquée en ce qui concerne l'accroissement des ressources propres de l'UE et donc l'idée d'un impôt européen. J'ai donc voté contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O orçamento da UE tem de corresponder aos compromissos políticos e objetivos estratégicos da União Europeia. A revisão do Quadro Financeiro Plurianual constitui uma oportunidade única para responder às dificuldades orçamentais que põem em causa, atualmente, a credibilidade da União Europeia. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this resolution, which calls for more resources in the Multiannual Financial Framework in order for the Union to tackle the multiple crises that have arisen over the past few years. It is my hope that the mid-term revision will yield positive results to overcome the existing disparities.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'Union européenne doit veiller à ne pas faire dire à un budget ce qu'il ne peut pas accomplir. Dès lors, en parallèle de l'exercice budgétaire annuel, il est essentiel de tenir compte du cadre financier pluriannuel (CFP) établi pour la période 2014-2020. Un réexamen à mi-parcours de celui-ci est donc une proposition judicieuse. À cet égard, je me suis prononcé en faveur de la proposition de résolution relative à la révision à mi-parcours du CFP 2014-2020. Face aux nouveaux défis sécuritaires et migratoires, nous nous devons d'interpeller les États membres sur la nécessité de réformer les finances de l'UE. Ce lien politique établi entre exercice budgétaire annuel et révision du CFP est un défi lancé au Conseil qui examinera les deux dossiers dans deux instances différentes. En effet, le Conseil «Affaires générales» commencera l'examen de la proposition de révision du CFP le 15 novembre tandis que la conciliation budgétaire se tiendra avec le Conseil «Affaires économiques et financières» les 17 et 18 novembre 2016.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The Multiannual Financial Framework (MFF), which sets the framework for the EU's annual budget, needs to be revised to allow for additional funding and greater flexibility. This helps the EU to deal with the unprecedented number of challenges that Europe is facing and will be facing in the future. The report points out the insufficiency of available resources as well as criticism for the Commission's proposal. This is why I have voted in favour of the position on the Commission's proposal on the revision of the MFF 2014-2020.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Költségvetési Bizottság állásfoglalás-tervezete rámutat az elmúlt években kialakult számos új válságra és prioritásra, nevezetesen a migrációs és menekültválságra, a külső vészhelyzetekre, a belső biztonsági kérdésekre, a mezőgazdaság válságára, az Európai Stratégiai Beruházási Alap finanszírozására és a munkanélküliség tartósan magas szintjére, különösen a fiatalok körében, továbbá arra, hogy az Unió a közelmúltban ratifikálta az éghajlatváltozásról szóló megállapodást. Ezzel összefüggésben ismét hangot ad az Európai Parlament azzal kapcsolatos állandó aggodalmának, hogy a jelenlegi többéves pénzügyi keretben rendelkezésre álló erőforrások nem elégségesek. Hangsúlyozza, hogy az említett kihívásokra adandó megfelelő válaszhoz jelentős összegű többletforrásra van szükség az uniós költségvetésből. Emlékeztet ezzel összefüggésben arra, hogy az EUMSZ 311. cikkének értelmében „az Unió gondoskodik a céljai eléréséhez és politikái megvalósításához szükséges eszközökről”. Kifejezi azt a meggyőződését,

hogy a többéves pénzügyi keret felülvizsgálata egyedülálló lehetőséget biztosít az Európai Unió hitelességét jelenleg veszélyeztető költségvetési nehézségek leküzdésére. Rámutat továbbá, hogy az európai projektbe vetett bizalom helyreállítása érdekében olyan uniós költségvetésre van szükség, amely átláthatóbb és hozzáférhető a polgárok számára. Felszólítani javasolja ezért a Tanácsot, hogy vállalja felelősségét, és biztosítson reális, hiteles, átfogó és fenntartható uniós költségvetést a jelenlegi pénzügyi keret fennmaradó éveire.

A tervezetet támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A insuficiência dos recursos disponíveis ao abrigo do atual quadro financeiro plurianual (QFP) é, como manifesta o relator, uma preocupação constante do Parlamento Europeu. As novas crises e prioridades que surgiram ao longo dos últimos anos, designadamente a crise da migração e dos refugiados, as situações de emergência externa, as questões de segurança interna, a crise na agricultura, o financiamento do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos (FEIE) e a persistência de elevados níveis de desemprego, em especial entre os jovens, assim como as alterações climáticas, obrigam a repensarmos permanentemente o QFP.

Apoio a proposta da Comissão de criação de uma reserva de crise da UE como um instrumento de reação rápida a crises, bem como a acontecimentos com graves implicações humanitárias ou de segurança; considero que a mobilização deste instrumento especial em caso de crise proporcionará uma solução clara e eficaz para o necessário financiamento adicional; apoio também a proposta de utilizar as dotações anuladas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à accroître les capacités financières de l'UE, ce qui se traduirait potentiellement par une augmentation de la contribution des États au budget de l'UE. Il est même envisagé un impôt européen. Ce texte doit donc être rejeté.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte relatif à la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel. Si le Parlement européen, contrairement à la Commission, est favorable à l'augmentation des plafonds, il n'en soutient pas moins les propositions de cette dernière. En effet, une meilleure flexibilité afin de permettre de réutiliser les marges antérieures et la création d'une réserve de crise destinée à financer les réactions aux différentes crises sont deux éléments essentiels aujourd'hui.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Votando a favore di questa risoluzione, come ho fatto, il Parlamento prende una posizione chiara sul futuro del finanziamento del bilancio dell'Unione europea. Pur sintetica, questa risoluzione evidenzia molti dei dati e temi salienti che hanno caratterizzato l'implementazione del QFP fino ad ora: criticità e ritardi nell'attuazione dei programmi; necessità di rivedere al rialzo i tetti degli stanziamenti d'impegno e pagamento; l'urgenza di trovare nuove fonti di finanziamento al di là dei contributi nazionali, ovvero le «risorse proprie» dell'Unione europea. Tra le questioni generali, importante il richiamo al rafforzamento di Garanzia Giovani, la richiesta di continuare il ripristino dei programmi praticati per l'avvio del piano Juncker per gli investimenti strategici, la necessità di sostenere la mobilità dei giovani attraverso il «pass Interrail per i diciottenni», pur con i rilievi che ho già segnalato in altra Plenaria.

Usiamo il QFP per dimostrare che la nostra priorità strategica è un'Europa più coesa al suo interno, più forte e protagonista sul piano globale, davvero più vicina ai suoi cittadini. Ma da a una discussione arida come quella sulle prospettive finanziarie, è possibile, attraverso le scelte compiute, recuperare un rinnovato europeismo che ponga al centro dell'azione i 500 milioni di cittadini che qui rappresentiamo.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Nagyon fontos, hogy az Európai Unió pénzügyi eszközei megfelelően legyenek felhasználva, és hogy a költségvetés az EU alapelvei és célültézései szerint legyen felállítva. A mai nap folyamán átbeszéltük a prioritásokat, kiértékeltük az aktuális helyzetet és megállapodtunk a többéves pénzügyi keret félidős felülvizsgálatában. A többéves pénzügyi keret a 2014 és 2020 közötti éveket érinti, és úgy gondolom, hogy időszerű az aktualizálása. Lehetőségünk volt az eddig felhasznált pénzügyi eszközök hatékonyságát kiértékelni és jövőbeli terveinket újragondolni. Külön örülök annak, hogy sikerült a néppárti Interrail-javaslat finanszírozásának témáját is belecsempésznünk a beszélgetésbe.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution that stresses the deficiency of available resources under the current multiannual financial framework (MFF) and will also respond to budgetary difficulties that are currently putting in danger the credibility of the European Union.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am decis să mă abțin de la votul de astăzi privind revizuirea cadrului financiar multianual al UE, deoarece propunerile cuprinse în acest raport sunt în contradicție cu interesele României, iar adoptarea acestora va duce direct la reducerea fondurilor alocate țării pe care o reprezint.

Desigur că provocările din ultimii ani privind migrația și instabilitatea economică, care nu au putut fi anticipate la momentul planificării inițiale a exercițiului bugetar 2014-2020, obligă, acum mai mult ca oricând, revizuirea CFM în sensul redistribuirii unor fonduri. Din păcate, o mare parte din acești bani vor fi luați, pe nedrept, din banii neabsorbiți de către statele membre. În acest context, nu pot susține ca aceste realocări să fie făcute prin mutarea sumelor din fonduri de importanță majoră pentru dezvoltarea României. Deși autoritățile române au partea lor de vină pentru slaba atragere a fondurilor UE, nu cred că trebuie pedepsiți toți cetățenii pentru această încetineală a administrației publice, care sper să se redreseze în viitorul apropiat.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení o přezkumu víceletého finančního rámce v polovině období upozorňující na nedostatečnost zdrojů podle současného víceletého finančního rámce (VFR) v souvislosti s migrační a uprchlickou krizí, krizovými událostmi v zahraničí a vnitřními bezpečnostními problémy. Jsem rád, že se naší frakci podařilo prosadit do textu důraz na mobilitu mladých lidí tváří v tvář hrozbě populismu a šíření dezinformací a podporu uskutečnění nové iniciativy „Evropská síťová jízdenka Interrail k 18. narozeninám“, která spočívá v tom, že by každý evropský občan ve chvíli, kdy mu bude osmnáct, dostal bezplatnou síťovou jízdenku Interrail. Bude ještě třeba najít nejvhodnější a rozpočtově šetrný způsob financování této iniciativy, je však důležité vyjádřit jí v této fázi politickou podporu.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch gegen diesen Bericht habe ich mich ausgesprochen, da mehr Geld für die Migrationskrise gefordert wird. Des Weiteren wird die Verlängerung von EFSI und anderer Programme gefordert. In Summe enthält der Bericht nur Forderungen nach zusätzlichen finanziellen Mitteln ohne Begründung, für welche Programme diese eingesetzt werden sollen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Alates mitmeaastase finantsraamistiku seadmise ajast on Euroopat tabanud kriisid, mida sellesse sisse ei ole arvestatud. Praeguse läbivaatamise käigus on oluline raamistikku kohandada, et see annaks võimaluse ELil eelarvega seotud probleemidega toime tulla ning seeläbi tagada realistlik ja jätkusuutlik ELi eelarve.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το πολυετές δημοσιονομικό πλαίσιο (ΠΔΠ) για την περίοδο 2014-2020 δεν είναι αρκετό για να μπορέσει η ΕΕ να αντιμετωπίσει τις πολυάριθμες νέες κρίσεις και προτεραιότητες που έχουν προκύψει τα τελευταία χρόνια. Αν θέλουμε να είμαστε σοβαροί στην ανταπόκριση σε κρίσιμα ζητήματα όπως αυτό της μετανάστευσης και της προσφυγικής κρίσης, της τρομοκρατίας και της εσωτερικής ασφάλειας, της κρίσης στη γεωργία ή στα παρατεταμένα υψηλά επίπεδα ανεργίας, ιδιαίτερα μεταξύ των νέων, είναι απαραίτητη μια φιλόδοξη αναθεώρηση του ΠΔΠ. Υπάρχει απογοήτευση από το γεγονός ότι η Ευρωπαϊκή Επιτροπή δεν προτείνει καμία ανοδική αναθεώρηση των ισχυόντων ανώτατων ορίων του ΠΔΠ στη νέα πρότασή της. Ωστόσο, υποστήριξα το ψήφισμα καθώς λήφθηκαν υπ' όψιν τα αιτήματα που εξέφρασε το ΕΚ για μεγαλύτερη ευελιξία και για τη δημιουργία ενός αποθεματικού για την αντιμετώπιση κρίσεων το οποίο θα πρέπει να δημιουργηθεί εντός των πλαισίων που ορίζονται στον ευρωπαϊκό προϋπολογισμό προκειμένου να αποφεύγονται ad hoc λύσεις, όπως η δημιουργία έκτακτων ταμείων.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto opportuno pronunciarmi a favore della revisione intermedia del QFP poiché ritengo positive le modifiche proposte al relativo pacchetto. Tale modifiche risultano essere coerenti con quelli che sono gli obiettivi fissati dalle istituzioni, pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Vjerujem da svi dijelimo zabrinutost zbog nedostatnosti sredstava koja su na raspolaganju unutar trenutačnog višegodišnjeg financijskog okvira (VFO). Svjedočimo pojavi novih kriza i prioriteta čije razmjere nismo mogli predvidjeti prije nekoliko godina. Izbjeglička i migracijska kriza, unutarnji sigurnosni problemi i razne nepredviđene vanjske situacije, financiranje Europskog fonda za strateška ulaganja te dugotrajna visoka razina nezaposlenosti predstavljaju velike izazove našoj zajednici.

Za zadovoljavajući odgovor potreban je odgovarajući iznos dodatnih sredstava iz Proračuna Europske unije kojeg zbog oskudnosti trenutnog VFO-a nije bilo moguće osigurati u prvim godinama ove financijske perspektive. Kao neke pohvalne prijedloge iz Komisijine izjave o ovoj temi izdvajam najavu pojednostavljivanja financijskih pravila i produljenje odredbi o fleksibilnosti koje su se već pokazale ključnima za financiranje odgovora na migracijsku krizu i više novih političkih inicijativa.

Proračun EU-a jednostavno mora biti usklađen s njezinim političkim obavezama i strateškim ciljevima. U pitanju je sama vjerodostojnost Europske unije te stoga glasam za ovu Rezoluciji o reviziji VFO-a u sredini razdoblja 2014.-2020. i pozivam Vijeće da preuzme odgovornost, uskladi riječi i dijela te u preostalim godinama trenutačne financijske perspektive zajamči realističan, održiv i vjerodostojan proračun.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce texte préconise toujours plus de moyens pour l'UE et prévoit le financement de projets de propagande très coûteux, comme le pass inter-rail gratuit pour tous les jeunes de 18 ans. Il appelle également à la création d'un impôt européen. Je m'oppose bien évidemment à toutes ces dérives et je vote contre les orientations de ce réexamen à mi-parcours.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La proposta di revisione del quadro finanziario pluriennale presentata dalla Commissione va nella direzione giusta per quanto riguarda la flessibilità, ma non affronta il vero problema della questione, ossia l'ammontare degli stanziamenti per le rubriche più sotto pressione a causa delle ingenti sfide politiche a cui l'Europa si trova di fronte. I flussi migratori, l'occupazione giovanile e lo sviluppo dei paesi del vicinato sono questioni da affrontare con la massima priorità e gli stanziamenti che ci ritroviamo oggi nel QFP sono del tutto insufficienti poiché calibrati su una situazione, quella di 5 anni fa, totalmente diversa da quella odierna. Questa revisione sarà una delle poche opportunità per ridare fiato e credibilità a questa UE che dovrebbe guardare di più alla vita dei suoi cittadini e non solamente ai bilanci dei suoi Stati membri. Se vogliamo un'Europa che non sia solo dei mercati e dell'economia, ma soprattutto dei diritti e della solidarietà, dobbiamo dimostrarlo con un bilancio all'altezza, ma al contempo con un rispetto dei trattati da parte di tutti gli Stati membri: sono due elementi che o vanno di pari passo, o vengono a mancare tutti e due.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europski parlament je već ranije iskazao svoju zabrinutost u pogledu nedostatnih proračunskih sredstava raspoloživih unutar trenutnog višegodišnjeg financijskog okvira (VFO-a). Problem predstavlja niz ozbiljnih kriza koja se su pojavile kroz proteklih nekoliko godina, osobito migracijska i izbjeglička kriza, problemi unutarnje sigurnosti, vanjske nepredviđene situacije, kriza u poljoprivrednom sektoru, visoka razina nezaposlenosti mladih, ekološki izazovi itd.

Potrebna je revizija VFO-a kojoj će cilj biti osiguranje ravnoteže između ispunjavanja dugoročnih političkih prioriteta i mogućnosti adekvatnog odgovora na nove izazove. Pozdravljam odluku Komisije kojom se predlaže revizija VFO-a. Važna odredba je i uspostava krizne pričuve EU-a kao instrumenta promptne reakcije na krize te nepredviđene situacije s ozbiljnim humanitarnim ili sigurnosnim implikacijama. Mobilizacija ovog posebnog instrumenta u slučaju krize će omogućiti učinkovito rješenje za dodatno financiranje ukoliko je ono potrebno u danoj situaciji.

S druge strane, Komisija nažalost ne predlaže da se povise trenutne gornje granice VFO-a. Gornje granice koje se odnose na Konkurentnost za rast i zapošljavanje, Ekonomsku, socijalnu i teritorijalnu koheziju, Sigurnost i građanstvo te na Globalnu Europu su nedostatni i trebaju biti revidirani na više ako EU želi odgovoriti na postojeće izazove i ispuniti svoje političke ciljeve.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – No quadro desta revisão, acompanhamos a necessidade de que os limites máximos das rubricas 1a (Competitividade para o crescimento e o emprego), 1b (Coesão económica, social e territorial) e 2 (PAC e PCP) devem ser revistos em alta para que a União possa responder aos desafios e cumprir os seus objetivos políticos, tal como as exigências do Parlamento quanto à plena compensação dos cortes relacionados com o FEIE que afetem o programa Horizonte 2020 e o Mecanismo Interligar a Europa, a continuação da Iniciativa para o Emprego dos Jovens ao mesmo nível das dotações anuais de 2014 e 2015.

Contudo, existem linhas vermelhas neste relatório que têm a ver com o financiamento do orçamento, em que continuamos a defender que seja privilegiada a via do RBN, e com a regra da unanimidade que deve prevalecer como garantia de termos um orçamento que seja positivo para todos os Estados nacionais e não apenas para alguns, e diremos mesmo para a minoria de Estados-Membros que detêm hoje a maioria dos votos.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Současný víceletý finanční rámec již neodpovídá aktuálním potřebám a výzvám, kterým Unie čelí. Právě proto jsem podpořil návrh na usnesení o přezkumu tohoto rozpočtového instrumentu. V roce 2013, kdy došlo ke schválení tohoto rámce, totiž ještě nebylo známo, v jaké míře starý kontinent postihne migrační a uprchlická krize, na jak dlouho nebude možno znovunastartovat investiční činnost a mobilizovat mladé a jejich zaměstnanost. Hlasoval jsem pro tuto zprávu, přestože rezoluce vychází z obsahu svého předchůdce, tj. usnesení o VFR z 6. července 2016. Na rozdíl od zmíněné starší zprávy však správně neobsahuje zpátečnická nařízení týkající se řešení migrační krize způsobující další desintegraci na evropském kontinentu. Je potřebné si uvědomit, že evropský rozpočet potřebuje větší flexibilitu, jen tak bude schopen reagovat na současné, ale i příští výzvy. Pevně doufám, že výsledek hlasování v Parlamentu bude Rada reflektovat a slovenskému předsednictví poskytne mandát, aby mohlo co nejrychleji dojít k meziinstitucionálnímu vyjednávání jdoucímu ruku v ruce se schvalováním budoucího rozpočtu. V případě, že budou zástupci členských zemí otálet, bude vina za to, že se unijní rozpočet nadále potýká s několika závažnými problémy, ležet jen na jejich bedrech. Evropský parlament je, jak bylo avizováno i v nařízení o současném rámci, připraven aktivně hledat řešení.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui fait suite aux propositions de la Commission européenne, en souhaitant porter un message clair: le cadre financier pluriannuel (CFP) de l'Union européenne à long terme doit savoir s'adapter et résister aux crises. À l'image de l'approche budgétaire pour l'année 2017, la révision du CFP doit être faite au regard des priorités qui émergent pour l'action publique européenne. Clairement, les ressources financières actuelles au niveau européen ne sont pas suffisantes et de nouveaux mécanismes doivent être mis en place, comme une réserve financière permanente qui pourrait être mobilisée en cas de crise (migratoire, humanitaire, agricole…). Il faut aussi saluer ici la volonté de la Commission européenne de simplifier la mobilisation et l'utilisation des différents instruments financiers, ce qui s'inscrit donc dans une révision ambitieuse des règles financières générales.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A possibilidade da revisão do Quadro Financeiro Plurianual é importante para responder aos novos desafios que a Europa atravessa, tais como a crise de migrantes, a manutenção da segurança interna e a modificação dos persistentes e elevados números do desemprego jovem.

É fundamental garantir medidas compensatórias para os cortes relacionados com o Fundo Europeu de Investimentos em Estratégicos sobre programas como o Horizonte 2020 e o Mecanismo Interligar a Europa, bem como continuar o financiamento da Iniciativa Emprego Jovem nos mesmos níveis de 2014 e 2015. De igual modo, há que disponibilizar fundos para dar uma solução adequada à crise de migrantes.

Saúdo a intenção da Comissão de simplificar as regras financeiras, assim como de criar uma reserva europeia para crises de forma a servir como um instrumento de reação rápida em conjeturas mais problemáticas. Apoio a presente proposta de resolução sobre a revisão do Quadro Financeiro Plurianual.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The Multi-Annual Financial Framework is the long-term budget planning for the EU, which sets the maximum the EU can spend. The current period is for 2014-2020, set at EUR 960 billion.

When the current MFF was agreed, David Cameron came back from Brussels claiming that he had achieved a cut in the European Union budget. Fast-forward three years, and we see the use of a 'Flexibility Instrument' and an Emergency Aid Reserve which operate outside these MFF spending limits. Money collected from fines is no longer returned to the Member States, but used to increase the EU budget through the back door.

In practice, this has led to an EU budget of over EUR 1 trillion in today's prices over the seven-year term of the MFF. This MFF 'review' adds to the flexibility; unspent money in any area will be used to increase the budget in others.

This resolution calls for the MFF ceilings to be amended and for more resources to be given to the EU budget. Anything which costs British taxpayers even more money in EU spending is inappropriate in the light of the mandate received from the British people on the Brexit vote.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar insuficientes os recursos disponíveis ao abrigo do atual quadro financeiro plurianual (QFP) face ao número de novas crises e prioridades que surgiram ao longo dos últimos anos, nomeadamente a crise da migração e dos refugiados, as situações de emergência externa, as questões de segurança interna, a crise na agricultura, o financiamento do Fundo Europeu para Investimentos Estratégicos (FEIE) e a persistência de elevados níveis de desemprego, em especial entre os jovens.

Uma resposta adequada a estes desafios exige uma quantidade substancial de financiamento suplementar do orçamento da UE, que não pôde ser totalmente proporcionada nos primeiros anos da perspetiva atual devido à escassez de recursos financeiros disponíveis ao abrigo do atual QFP.

A revisão do Quadro Financeiro Plurianual constitui uma oportunidade única para responder às dificuldades orçamentais que põem em causa, atualmente, a credibilidade da União Europeia; exorta-se, por conseguinte, o Conselho a assumir as suas responsabilidades, a fim de alinhar as palavras e os atos, e assegurar um orçamento da UE realista, credível, coerente e sustentável para os restantes anos da perspetiva atual.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la revisión a medio plazo de Marco Financiero Plurianual 2014-2020, para dar una respuesta política clara a la presentación de la revisión del paquete MFP presentada por la Comisión el pasado 14 de septiembre.

Si bien en líneas generales acojo favorablemente la decisión de la Comisión de proponer una revisión del MFP, hago hincapié en la escasez de recursos disponibles bajo el marco actual para hacer frente a los compromisos políticos y a los objetivos estratégicos de la Unión y, en este sentido resaltamos, una vez más, la responsabilidad de los Estados miembros a la hora de adecuar las promesas con los medios necesarios para asegurar una respuesta en consonancia con los retos emergentes.

Valoro positivamente la propuesta relativa a la flexibilidad, aunque lamento que no se proponga una revisión al alza de los techos del actual MFP, necesaria si queremos afrontar los retos presentes y futuros y cumplir con nuestros objetivos.

Por último, hago un llamamiento al Consejo para empezar a negociar el marco financiero urgentemente ya que no podremos negociar el presupuesto de 2017 sin tener un marco bajo el que negociar.

Ulrike Rodust (S&D), *schriftlich*. – Der Vorschlag aus Ziffer 10, jungen EU-Bürgern zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket zu schenken, ist fragwürdig, da die erfolgreichen EU-Mobilitätsprogramme untergraben werden. Natürlich bedarf es einer Erhöhung der Mobilität junger Menschen, ich bin jedoch überzeugt, dass die Interrail-Debatte in dieser Diskussion falsche Akzente setzt. Die undifferenzierte Maßnahme würde reichere Jugendliche in Europa bevorzugen (da neben dem Bahnticket auch Unterkunfts- und Unterhaltskosten anfielen), weiterhin fehlt es an Konzepten oder pädagogischer Zielsetzung. An dem Funktionieren des bestehenden ERASMUS+—Programms besteht kein Zweifel, denn es öffnet die EU für Schüler, Azubis und Studierende. Die schätzungsweise bis zu 1,5 Milliarden jährlich, welche die Interrailmaßnahme kosten würde, sollten viel eher ERASMUS+ zugutekommen, um allen Jugendlichen unter 25 Jahren eine Auslandserfahrung ermöglichen zu können. Dies würde auch eine Ausrichtung der Programme auf sozial Schwächere und Jugendliche aus mittleren Bildungsschichten erlauben. Abgesehen von diesem Punkt unterstütze ich den Vorschlag zur mittelfristigen Finanzplanung – da jedoch eine Einzelabstimmung zu diesem Punkt nicht möglich ist, entschied ich mich zu dieser Stimmerklärung.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car je suis intimement convaincu qu'il est nécessaire d'aller plus loin que les extensions de flexibilité budgétaire proposées dans le paquet CFP (cadre financier pluriannuel). C'est d'ailleurs ce que j'avais plaidé en tant que rapporteur fictif pour avis de la commission emploi et affaires sociales à ce sujet.

Parmi les grands défis auxquels fait face l'Union européenne, citons notamment l'emploi des jeunes. À ce sujet, je regrette amèrement la décision de la Commission de ne proposer qu'un milliard de renforcement jusqu'à 2020 alors que nous avons déjà utilisé 6 milliards d'euros jusqu'ici. Je regrette également profondément que plusieurs rubriques n'aient pas vu leur plafond relevé.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution demandant une mise en adéquation des objectifs politiques de l'Union et de ses moyens. Face au déficit chronique d'investissement, au chômage des jeunes, à la crise migratoire, à l'urgence climatique, le budget de l'Union européenne doit permettre une réponse opérationnelle à tous ces défis. Le cadre financier pluriannuel est aujourd'hui obsolète en raison des crises multiples qui frappent l'Union européenne. Il devra donc être révisé en même temps que le budget de l'Union européenne pour 2017 sera adopté. C'est le sens de cette résolution, qui donne mandat au Parlement pour qu'il obtienne du Conseil la flexibilité proposée par la Commission européenne, la hausse des plafonds et des moyens supplémentaires sur un certain nombre de programmes prioritaires. Le Parlement demande que les négociations portent également sur les prochaines perspectives financières pour en finir avec la pénurie structurelle qu'engendre le déséquilibre croissant entre la faiblesse des ressources propres et les contributions nationales. Le message du Parlement est donc clair, aux États membres désormais de prendre position pour un budget qui réponde enfin nos besoins!

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os últimos anos têm, infelizmente, elevado o número de crises e urgências às quais a UE tem que fazer face, das quais fazem parte a gestão da crise migratória, as situações de emergência externa, a segurança interna, o combate ao desemprego, a sustentabilidade da agricultura e o financiamento do Fundo Europeu de Investimentos Estratégicos.

Atento esse cenário, a resposta adequada a estes prementes desafios requer uma quantidade substancial de financiamento suplementar por parte do orçamento europeu, que não pode ser proporcionada nos próximos anos, mercê dos escassos recursos financeiros disponíveis ao abrigo do atual quadro financeiro plurianual.

Por isso, urge proceder à sua revisão, de forma a responder às atuais dificuldades orçamentais que fazem perigar a credibilidade da UE junto de regiões, autarquias, jovens, empresas, agricultores, investigadores, entre outros.

Esta proposta de resolução pugna por uma revisão do atual quadro, que assegure um orçamento realista, credível, coerente, sustentável e que respeite as justas aspirações dos cidadãos europeus.

Por concordar com o seu teor, votei-a favoravelmente, já que só uma revisão assente nos moldes propostos permitirá assegurar um equilíbrio entre aquelas que são as necessidades urgentes em face dos grandes desafios atuais e aqueles que são os compromissos futuros europeus.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui fixe les priorités du Parlement dans le cadre de la procédure de réexamen à mi-parcours du cadre financier pluriannuel pour 2017-2020. Ce texte insiste sur le fait que l'Union européenne doit mettre à jour son cadre financier à long terme dans le but de mieux résister aux crises imprévues et de répondre à de nouvelles priorités qui ont émergé ces dernières années.

Il est, en effet, crucial que le budget de l'Union soit plus flexible pour répondre de manière plus rapide et efficace aux défis actuels tels que le terrorisme, la sécurité intérieure, la crise migratoire, la crise agricole ou encore le chômage élevé.

À ce titre, cette résolution se félicite du fait que la Commission ait intégré, dans son projet de réexamen du CFP, la proposition du Parlement de créer une réserve permanente au sein du budget européen qui pourrait être mobilisée en cas de crise.

Enfin, j'ai soutenu ce texte car il appelle à saisir l'occasion de la révision du CFP pour prendre des engagements sur l'après-2020 tels qu'une réforme du système des ressources propres de l'Union.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento Europeo no tiene competencias de definición del Marco Financiero Plurianual, que es el esquema que estructura y limita la evolución del presupuesto a lo largo de 7 años. Es el Consejo quien decide. Sin embargo, la presión de las circunstancias de crisis de la Unión ha generado un consenso parlamentario sobre la necesidad de refuerzo de los presupuestos europeos para hacer frente a los retos existentes (refugiados, crisis de inversión, seguridad, empleo, etc…). La Resolución señala numerosos aspectos positivos. Insta a aumentar los recursos, reformar el sistema de recursos propios, valorar las nuevas condiciones de flexibilidad del nuevo MFF, critica al Consejo, pide retirar los «rebates» (descuentos de las contribuciones de más de 10 Estados miembros al presupuesto europeo), dar la posibilidad de reutilizar los recursos no empleados y la unidad del presupuesto de la Unión contra los fondos intergubernamentales. Sin embargo, la resolución parece un lavado de cara buenista para legitimarse, porque realmente no está en juego una negociación en la que el Parlamento decida. De hecho, la propuesta de presupuesto para 2017 va en sentido contrario, con lo cual resta credibilidad a esta resolución. Por eso, me he abstenido.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución reitera las prioridades del Parlamento para la revisión del MFP, avalando la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austeritaria de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el aventurismo geopolítico de las élites europeas. He votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som proti. Prikláňam sa k názoru, že nie je potrebné robiť revíziu VFR, pričom by došlo k navyšovaniu v jednotlivých položkách a k zvyšovaniu limitov v čerpaní. Privítal by som skôr, keby sa našli zdroje na podporu MSP, podporu zamestnanosti mladých a podporu programov týkajúcich sa migrácie, presunutím financií z iných položiek rozpočtu a z efektívnejšieho vyžívania už existujúcich zdrojov EÚ.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Keď sa schvaľoval viacročný finančný rámec (VFR) na roky 2014-2020, jednou z podmienkou jeho schválenia bolo, aby sa v polovici jeho trvania urobila revízia. Je to aj z dôvodu, že v roku 2013, teda v roku jeho návrhu a schvaľovania, sme nemohli predvídať mnohé okolnosti, ktoré medzičasom vznikli. Jedná sa najmä o migračnú a utečeneckú krízu, vonkajšie núdzové situácie, vnútorné bezpečnostné záležitosti, krízu v poľnohospodárstve, financovanie Európskeho fondu pre strategické investície a pretrvávajúcu mieru nezamestnanosti, najmä mladých ľudí. Revízia viacročného finančného rámca poskytuje jedinečnú príležitosť na to, aby sa reagovalo na rozpočtové ťažkosti, ktoré v súčasnosti ohrozujú dôveryhodnosť Európskej únie. V rámci revízie VFR Komisia navrhuje zjednodušiť finančné pravidlá, s čím EP súhlasil. Taktiež sme podporili návrh Komisie na úplnú revíziu nariadenia o rozpočtových pravidlách, ako aj na zmeny 15 sektorových predpisov. Toto zjednodušenie by malo prispieť k zlepšeniu a racionalizácii podmienok vykonávania pre príjemcov.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Vmesna revizija večletnega finančnega okvira predstavlja edinstveno priložnost za odziv na krize, ki trenutno pestijo Evropsko unijo. Od samega sprejetja omenjenega finančnega okvira v letu 2013 si Unija v ekonomskem in socialnem smislu ni v celoti opomogla.

Zagnan je bil Evropski sklad za strateške naložbe in Evropska unija je sprejela nove obveznosti (pariški sporazum), zato bi nov finančni okvir moral upoštevati te spremembe. Poročilo predlaga povečanje proračuna za večino prioritet in na splošno okolju prijaznejši proračun, hkrati pa zahteva večjo fleksibilnost in v tem segmentu podpira predlog Komisije.

Zaradi nedavne odločitve Velike Britanije za izstop iz Evropske unije so v reviziji omenjeni tudi finančni vidiki tega postopka in uvod v spremembo pri upravljanju sredstev za naslednji finančni okvir, ki se bo začel v letu 2020. Ker se mi zdi poročilo dober kompromis, sem predlog resolucije podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt aus, dass die im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) eingestellten Mittel viel zu niedrig seien. In der Logik der aktuellen Mehrheit im Europäischen Parlament ist dies auch nachvollziehbar, da das Parlament in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise stets mehr Mittel gefordert hat, als die Kommission vorschlug, und dabei auch sämtliche Kürzungsvorschläge von Seiten des Rates anfänglich immer ablehnte, dies zulasten der europäischen Steuerzahler. Es gilt zu betonen, dass der aktuelle EU-Haushalt das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet, da etliche vorgesehene Ausgaben viel besser durch die Nationalstaaten bzw. Regionen und Kommunen bewältigt werden könnten als auf europäischer Ebene. Zudem fehlen gerade in der Kohäsionspolitik und auch in einzelnen Bereichen der Agrarpolitik oftmals Nachhaltigkeit, Zielorientiertheit und eine professionelle Erfolgskontrolle anhand von messbaren Ergebnissen. Schließlich fordert der Bericht auch eine unmittelbare Verknüpfung mit dem Haushalt 2017, was ebenfalls zu kritisieren ist. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európske finančné nástroje musia byť flexibilné a viac sa prispôsobovať aktuálnej ekonomickej situácii a výzvam. Po otvorení viacročného finančného rámca by sme mohli prehodnotiť jeho okruhy a prípadne presunúť uvoľnené finančné prostriedky do oblastí s vyššou prioritou, ako je tvorba nových pracovných miest.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur „Halbzeitüberarbeitung des MFR 2014-2020“ habe ich nicht zugestimmt.

Mit Chuzpe behauptet der Bericht, dass die im derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verfügbaren Mittel unzureichend sind. Es ist wirklich eine Frechheit zu behaupten, dass die zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichten.

Ganz versteckt am Ende fordert der Bericht zudem eine Reform des Systems der Eigenmittel – zu der auch die Einführung neuer Eigenmittel gehört, die den Anteil der BNE-Beiträge zum Haushalt der EU erheblich verringern können. Mit anderen Worten fordert die EU ein eigenes Steuererhebungsrecht.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Vidljiv je manjak potrebnih sredstava za postizanje ciljeva i politike EU-a koji su predviđeni višegodišnjim financijskim okvirom (VFO). U proteklih nekoliko godina pojavile su se nepredviđene krize za čije je rješavanje potrebno provesti reviziju VFO-a. Novi prioriteti odnose se prvenstveno na velike migracije i izbjegličku krizu koja je zahvatila Europu.

Pojavili su se vanjski i unutarnji sigurnosni problemi, krize u poljoprivredi i ulaganjima, raste nezaposlenost među europskim građanima te nedavna ratifikacija Pariškog sporazuma o klimatskim promjenama iziskuje određena sredstva za njegovu provedbu.

Podržavam prijedlog rezolucije o reviziji VFO-a u sredini razdoblja 2014. – 2020., jer smatram da revizija VFO-a pruža priliku da se nadvladaju trenutne proračunske poteškoće.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije ob zaključku razprave o izjavi Komisije o vmesni reviziji večletnega finančnega okvira za obdobje 2014-2020. Soočamo se s številnimi izzivi, ki jih ni bilo mogoče napovedati pri pripravi večletnega finančnega okvira, predvsem migrantsko oz. begunsko krizo.

Za ustrezen odziv na vse izzive bomo potrebovali precej dodatnih sredstev iz evropskega proračuna. Proračun EU mora ustrezati političnim zavezam in strateškim ciljem Evropske unije: migracijski izzivi in počasna gospodarska rast po gospodarski krizi, financiranje projektov na področju raziskav in infrastrukture, pa tudi projektov za spoprijemanje z brezposelnostjo mladih

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Διαφωνήσαμε με τη λογική της λιτότητας του Πολυετούς Δημοσιονομικού Πλαισίου (ΠΔΠ). Εντούτοις, στο πλαίσιο μιας αναθεώρησής του θα μπορούσαμε να συμφωνήσουμε σε αύξηση κονδυλίων π.χ για το Erasmus + και το COSME, παρόλο που γνωρίζουμε πως αυτά τα προγράμματα δεν είναι αρκετά για να αλλάξουν τη φιλοσοφία της ΕΕ αναφορικά με τις δημόσιες επενδύσεις και την εθελοντική (αντί έμμεσα υποχρεωτική) μετανάστευση. Ψηφίσαμε αποχή στην ενδιάμεση αναθεώρηση του ΠΔΠ, για να τοποθετηθούμε συγκεκριμένα όταν έχουμε σαφείς ενδείξεις για το αναθεωρημένο ΠΔΠ.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο ως μέσο έκφρασης της οικονομικής πολιτικής της Ένωσης, είναι ένα μοντέλο αποτυχημένο. Το υφιστάμενο ΠΔΠ έχει αποτύχει να αντιμετωπίσει τις προκλήσεις που εμφανίστηκαν στο πρώτο μισό της εφαρμογής του. Ο σχεδιασμός κατανομής των οικονομικών πόρων σε βάθος 7ετίας, χρησιμοποιώντας ανώτατα όρια κατά έτος και επιβάλλοντας την τήρησή τους, ενώ ταυτόχρονα επιδιώκεται η ανάπτυξη και η καινοτομία οδηγεί σε στρεβλώσεις των όποιων πολιτικών προτεραιοτήτων και των στρατηγικών στόχων, αλλά και στην υποτονική αντιμετώπιση των εμφανιζόμενων απειλών και προκλήσεων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalási indítványt, amely szerint a többéves pénzügyi keret alatt elérhető források elégtelenek. Egyetértek azzal, hogy az elmúlt időszakban új válsághelyzetek és prioritások jelentkeztek, mint például a menekültkérdés, külső vészhelyzetek és belső biztonsági kérdések, válság a mezőgazdaságban, tartósan magas munkanélküliség és klímapolitikai kihívások.

Mindezek tükrében és a pénzügyi ciklus első felénél végrehajtott áttekintés konklúzióinak figyelembevételével úgy gondolom, hogy meg kell vizsgálni a többletforrás hozzáadásának a lehetőségét. Csak így tudnak találkozni a politikai kötelezettségvállalások és az EU stratégiai célkitűzései, és csak így tudjuk megőrizni az Európai Unió hitelességét. Egyetértek azzal, hogy mindez nem valósítható meg egyszerű forrásátcsoportosítással, hisz mindez a meglévő programok és politikák rovására menne. Az indítvány kifejezetten kéri, hogy az Európai Strukturális és Beruházási Alap indításkor eszközölt keretcsökkentések kerüljenek visszaállításra a pénzügyi ciklus második felében, hisz ezek a csökkentések jelentősen érintették a Horizont 2020-at és az Európai Hálózatfejlesztési Eszközt. Továbbá kéri, hogy kerüljenek megemelésre a migrációval és a menekültválsággal kapcsolatos fejezetek összegei is. Az indítvánnyal együtt egyetértek az Európai Bizottság által kezdeményezett pénzügyi eszközök egyszerűsítésének tervével is.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Zmiany w wieloletnich ramach finansowych są absolutnie konieczne. W sprawozdaniu PE wyrażono przekonanie, że rewizja wieloletnich ram finansowych stanowi wyjątkową okazję do zareagowania na trudności budżetowe zagrażające obecnie wiarygodności Unii Europejskiej, wzywając jednocześnie Radę do zapewnienia wiarygodnego, spójnego, realistycznego i zrównoważonego budżetu UE na pozostałe lata obecnej perspektywy finansowej.

W dokumencie ponownie zaapelowano o pełne zrównoważenie związanych z Europejskim Funduszem na rzecz Inwestycji Strategicznych (EFIS) cięć dotyczących programu „Horyzont 2020” i instrumentu „Łącząc Europę”. Wezwano także do kontynuowania Inicjatywy na rzecz zatrudnienia ludzi młodych.

Ponadto, w związku z trwającym obecnie kryzysem migracyjnym i uchodźczym, który był nie do przewidzenia, kiedy były tworzone WRF, konieczne jest zwiększenie dostępnych środków na walkę ze skutkami obecnej sytuacji. Zaapelowano jednocześnie o znaczne zwiększenie elastyczności unijnego budżetu, by mógł on efektywniej reagować na nowe wyzwania, przed którymi stoi obecnie Wspólnota.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le réexamen à mi-parcours du CFP. Soulignons toutefois que l'insuffisance des moyens disponibles dans le cadre financier pluriannuel est une source de préoccupation constante pour le Parlement européen.

On ne peut nier le nombre de nouvelles crises et de nouvelles priorités qui sont apparues ces dernières années, notamment la crise des migrants et des réfugiés, les situations d'urgence externe, les problèmes de sécurité intérieure, la crise de l'agriculture, le financement du Fonds européen pour les investissements stratégiques et la persistance du chômage élevé, notamment chez les jeunes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the MFF resolution backing the main elements of the Commission's proposal to revise the multiannual financial framework (MFF) 2014-2020. Indeed, I welcome the proposals in the MFF package as regards extending the budgetary flexibility and I believe that the proposal to create an EU crisis reserve as an instrument to make it possible to react swiftly to crises and other events with serious humanitarian or security implications is important.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Temeljna funkcija Višegodišnjeg proračunskog okvira 2014.-2020. je postavljanje granica na količinu novca koji Europska unija može potrošiti svake proračunske godine. Komisija je prošli mjesec najavila prijedlog za reviziju višegodišnjeg proračunskog okvira u sredini programskog razdoblja, tražeći povećanje proračuna u iznosu od 3,8 milijarde eura.

Budući da je tendencija većine grupa u Europskom parlamentu ta da se ovaj prijedlog poveže s izglasavanjem proračuna za 2017., te u skladu s razlozima mog protivljenja na prijedlog proračuna, niti ovaj prijedlog nije dobio moju podršku.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o vmesni reviziji večletnega finančnega okvira za obdobje 2014-2020 sem podprla.

Povolilna revizija večletnega finančnega okvira je ena od glavnih zahtev Parlamenta v pogajanjih za vzpostavitev sedanjega finančnega okvira, zato pozdravlja odločitev Komisije, da predlaga revizijo uredbe o večletnem finančnem okviru in medinstitucionalnega sporazuma, potem ko je pregledala delovanje večletnega finančnega okvira za obdobje 2014-2020.

Predlog Komisije glede zneskov, je ocenjen na 12,8 milijarde EUR in je sestavljen iz različnih delov. Dodatna sredstva bodo za programe Obzorje 2020 in IPE-Promet (vsak po 0,4 milijarde), Erasmus+ in COSME (vsak po 0,2 milijarde) in pobudo za zaposlovanje mladih (1 milijarda), kar skupaj znaša 2,2 milijarde EUR novih odobrenih sredstev.

Uspešno izvrševanje proračuna EU je za Parlament najpomembnejša prednostna naloga. Vmesna revizija večletnega finančnega okvira je tudi začetek procesa za dosego soglasja o večletnem finančnem okviru za obdobje po letu 2020.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento Europeo no tiene competencias de definición del Marco Financiero Plurianual, que es el esquema que estructura y limita la evolución del presupuesto a lo largo de 7 años. Es el Consejo quien decide. Sin embargo, la presión de las circunstancias de crisis de la Unión ha generado un consenso parlamentario sobre la necesidad de refuerzo de los presupuestos europeos para hacer frente a los retos existentes (refugiados, crisis de inversión, seguridad, empleo, etc…). La Resolución señala numerosos aspectos positivos. Insta a aumentar los recursos, reformar el sistema de recursos propios, valorar las nuevas condiciones de flexibilidad del nuevo MFF, critica al Consejo, pide retirar los «rebates» (descuentos de las contribuciones de más de 10 Estados miembros al presupuesto europeo), dar la posibilidad de reutilizar los recursos no empleados y la unidad del presupuesto de la Unión contra los fondos intergubernamentales. Sin embargo, la resolución parece un lavado de cara buenista para legitimarse, porque realmente no está en juego una negociación en la que el Parlamento decida. De hecho, la propuesta de presupuesto para 2017 va en sentido contrario, con lo cual resta credibilidad a esta resolución. Por eso, me he abstenido.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt aus, dass die im aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmen (2014-2020) eingestellten Mittel viel zu niedrig seien. In der Logik der aktuellen Mehrheit im Europäischen Parlament ist dies auch nachvollziehbar, da das Parlament in den vergangenen Jahren in unverantwortlicher Weise stets mehr Mittel gefordert hat, als die Kommission vorschlug, und dabei auch sämtliche Kürzungsvorschläge von Seiten des Rates anfänglich immer ablehnte. Es gilt zu betonen, dass der aktuelle EU-Haushalt das Subsidiaritätsprinzip nicht ausreichend beachtet, da etliche vorgesehene Ausgaben viel besser durch die Nationalstaaten bzw. Regionen und Kommunen bewältigt werden könnten als auf europäischer Ebene. Zudem fehlen gerade in der Kohäsionspolitik und auch in einzelnen Bereichen der Agrarpolitik oftmals Nachhaltigkeit, Zielorientiertheit und eine professionelle Erfolgskontrolle anhand von messbaren Ergebnissen. Schließlich fordert der Bericht auch eine unmittelbare Verknüpfung mit dem Haushalt 2017, was ebenfalls zu kritisieren ist. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Parliament's recommendation even though it still not sufficient to adapt to all the challenges. It is fundamental that Member States understand that tackling the current and emerging crisis is an urgent issue for the EU.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A többéves pénzügyi keret felülvizsgálata egyedülálló lehetőséget biztosít az Európai Unió hitelességét jelenleg veszélyeztető költségvetési nehézségek leküzdésére. Voksommal az S&D-álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Parlamento Europeo no tiene competencias de definición del Marco Financiero Plurianual, que es el esquema que estructura y limita la evolución del presupuesto a lo largo de 7 años. Es el Consejo quien decide. Sin embargo, la presión de las circunstancias de crisis de la Unión ha generado un consenso parlamentario sobre la necesidad de refuerzo de los presupuestos europeos para hacer frente a los retos existentes (refugiados, crisis de inversión, seguridad, empleo, etc…). La Resolución señala numerosos aspectos positivos. Insta a aumentar los recursos, reformar el sistema de recursos propios, valorar las nuevas condiciones de flexibilidad del nuevo MFF, critica al Consejo, pide retirar los «rebates» (descuentos de las contribuciones de más de 10 Estados miembros al presupuesto europeo), dar la posibilidad de reutilizar los recursos no empleados y la unidad del presupuesto de la Unión contra los fondos intergubernamentales. Sin embargo, la resolución parece un lavado de cara buenista para legitimarse, porque realmente no está en juego una negociación en la que el Parlamento decida. De hecho, la propuesta de presupuesto para 2017 va en sentido contrario, con lo cual resta credibilidad a esta resolución. Por eso, me he abstenido.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the mid-term revision. The resolution stresses the European Parliament's constant concern regarding the insufficiency of resources available under the current multiannual financial framework (MFF). The number of new crises and have emerged over the past years, notably the migration and refugee crisis. It equally underlines, after conducting a review of the functioning of the MFF in the first half of this programming period, that an adequate response to those challenges requires a substantial amount of additional funding from the EU budget that could not have been fully provided in the first years of the current perspective owing to the scarce financial resources available under the current MFF. I voted in favour because I believe that the EU budget must match the political commitments and strategic objectives of the European Union.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la risoluzione poiché, nonostante venisse proposta maggiore flessibilità, si prevedevano anche ingenti risorse supplementari: è chiaro che gli Stati non vogliono e non possono impegnarsi in nuovi sforzi economici (anche alla luce di tutti i vincoli di bilancio che impone l'Europa). Sarebbe infatti più sensato procedere ad una revisione delle priorità, individuando le linee di bilancio dove poter intervenire per reperire le risorse necessarie senza aumentare i massimali globali. Il Movimento 5 Stelle aveva tuttavia cercato di migliorare il testo tramite diversi emendamenti, tra cui uno – purtroppo respinto - in merito al programma TEN-T che chiedeva di non utilizzare gli stanziamenti per finanziare progetti senza un reale valore aggiunto, quali appunto la nuova linea ad alta velocità Torino Lione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La resolución reitera las prioridades del Parlamento para la revisión del MFP, avalando la financiarización de las inversiones, la condicionalidad austericida de los fondos de cohesión y desarrollo, la privatización de la investigación, la mercantilización de las políticas agrarias y el uso de los fondos externos para reforzar la Europa fortaleza y el aventurismo geopolítico de las élites europeas. He votado en contra para expresar mi crítica al actual uso de los fondos europeos, convertidos en un instrumento más de las políticas neoliberales.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor het verslag, maar kan me niet vinden in nieuwe initiatieven zoals het onlangs voorgestelde programma "Interrailpas voor Europa op de achttiende verjaardag", dat inhoudt dat elke Europese burger die 18 wordt een gratis Interrailpas ontvangt. De Europese Unie staat voor grotere problemen dan dit. In tijden van migratiecrisis en financieel-economische crisis kunnen we ons geld wel beter besteden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – No quadro desta revisão, acompanhamos a necessidade de que os limites máximos das rubricas 1a (Competitividade para o crescimento e o emprego), 1b (Coesão económica, social e territorial) e 2 (PAC e PCP) devem ser revistos em alta para que a União possa responder aos desafios e cumprir os seus objetivos políticos, tal como as exigências do Parlamento quanto à plena compensação dos cortes relacionados com o FEIE que afetem o programa Horizonte 2020 e o Mecanismo Interligar a Europa, a continuação da Iniciativa para o Emprego dos Jovens ao mesmo nível das dotações anuais de 2014 e 2015.

Contudo, existem linhas vermelhas neste relatório que têm a ver com o financiamento do orçamento, em que continuamos a defender que seja privilegiada a via do RBN, e com a regra da unanimidade que deve prevalecer como garantia de termos um orçamento que seja positivo para todos os Estados nacionais e não apenas para alguns, e diremos mesmo para a minoria de Estados-Membros que detém hoje a maioria dos votos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In diesem Entschließungsantrag werden die im derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) verfügbaren Mittel aufgrund der Migrations- und Flüchtlingskrise und anderer Notlagen als unzureichend erachtet und eine Erhöhung der Finanzmittel gefordert. Diese sollen dann unter anderem zum Zweck der politischen Meinungsformung von Jugendlichen gegen die „Bedrohungen des Populismus und der Verbreitung von Falschinformationen" verwendet werden. Ich bin der Ansicht, dass man das anders bekämpfen kann als mit zusätzlichen Mitteln aus dem Haushaltsplan der EU, weshalb ich den Antrag abgelehnt habe.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that it points to the number of new crises and priorities that have emerged over the past years, notably the migration and refugee crisis, external emergencies, internal security issues, the crisis in agriculture, the funding of the European Fund for Strategic Investments (EFSI) and the persistent high level of unemployment, especially among young people. Points also to the recent ratification by the EU of the agreement on climate change. I agree that the revision of the multiannual financial framework provides an opportunity to respond to the budgetary difficulties currently jeopardising the credibility of the European Union. This revision highlights the need for an EU budget that is more transparent and accessible for European citizens, in order that they may regain trust in the European project.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Európska únia čelí v súčasnosti mnohým krízam a výzvam, akými sú migračná kríza, kríza v poľnohospodárstve, vysoká miera nezamestnanosti medzi mladými ľuďmi, ratifikácia dohody o zmene klímy. O to viac je treba podčiarknuť dôležitosť prostriedkov, ktoré sú k dispozícii pre tzv. viacročný finančný rámec (VFR), ktorý predstavuje niekoľkoročný plán výdavkov v rôznych oblastiach činnosti EÚ. Súčasný stav je ale neuspokojivý a nereflektuje aktuálne požiadavky. I preto treba pristúpiť k revízii VFR na roky 2014-2020. Zmeny musia byť začlenené neodkladne už do rozpočtu EÚ na rok 2017. Súhlasím s vyjadrením Komisie, ktorá navrhla vytvoriť krízovú rezervu EÚ ako nástroja rýchlej reakcie na krízy a udalosti s bezpečnostnými a humanitárnymi dôsledkami. Na druhej strane vidím priestor na diskusiu, najmä o zvyšovaní finančných stropov VFR. Súčasný stav nezodpovedá potrebám a ak má EÚ byť schopná plniť v plnej miere svoje politické ciele, musí prísť k zvýšeniu týchto stropov v nasledovných okruhoch: — Konkurencieschopnosť pre rast a zamestnanosť, - Hospodárska, sociálna a územná súdržnosť, - Bezpečnosť a občianstvo a, - Globálna Európa.

Za obzvlášť doležitú považujem podporu mladých ľudí a ich mobilitu. Posilnením európskej identity a povedomia ako takého môžeme úspešne predchádzať šíreniu dezinformácií a tak účinnejšie bojovať proti extrémizmu a populizmu.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Lo scorso 6 luglio il Parlamento ha approvato una relazione sulla preparazione della revisione post-elettorale del QFP (quadro finanziario pluriennale) 2014-2020: questo testo era propedeutico alla proposta della Commissione, che ora è finalmente sul tavolo. La risoluzione che abbiamo votato oggi, presentata dalla commissione per i bilanci, prende atto di questa proposta ricevuta, e vuole con questo testo ribadire le priorità del Parlamento. I due co-relatori hanno insistito molto sulla necessità di produrre questo nuovo documento che, nelle loro ottica, dovrebbe servire per rafforzare la posizione del Parlamento in vista delle negoziazioni col Consiglio. Nel merito la proposta non si discosta molto da quanto già espresso in estate, ovvero si richiede maggiore flessibilità (punto che mi trova in piena sintonia) e si chiedono inoltre ingenti risorse supplementari per fare fronte a nuove sfide e problematiche: su questo ho delle riserve, poiché è chiaro che gli Stati non vogliono o possono impegnarsi in nuovi sforzi economici anche alla luce di tutti i vincoli di bilancio che impone Bruxelles. A mio avviso sarebbe più sensato procedere a una revisione delle priorità, individuando nel caso anche linee di bilancio dove poter intervenire per reperire le risorse necessarie, ma non certo aumentare i massimali globali.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem se rozhodl podpořit. Revize víceletého finačního rámce je v současné době velice důležitá, jelikož nemůžeme již nadále žít z finančního plánování, které bylo schváleno v roce 2013. Jsem si vědom, že ve zprávě je zmíněna iniciativa „Evropské síťové jízdenky Interrail k 18. narozeninám", jejímž jsem dlouhodobý odpůrce. Nemohl jsem však kvůli tomuto detailu odmítnout natolik důležitou zprávu jako celek, a proto jsem hlasoval pro.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de tussentijdse evaluatie van het MFK.

Het EP pleit voor meer flexibiliteit in en tussen de begrotingsposten van de EU. Een dergelijke flexibiliteit pleit het Europees Parlement vrij van het stellen van beleidsprioriteiten.

Alle politieke doelen zijn daardoor even belangrijk en het Parlement hoeft geen keuzen te maken. Deze flexibiliteit geeft het EP de legitimiteit om zich te onttrekken aan de begrotingsdiscipline. Bovendien ondergraaft dit het veto van de lidstaten met betrekking tot herzieningen.

De PVV kan de hieruit voortkomende verspilling van schaarse middelen niet steunen.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o vmesni reviziji večletnega finančnega okvira za obdobje 2014-2020.

Strinjam se, da je revizija večletnega finančnega okvira enkratna priložnost za odziv na proračunske težave, ki trenutno postavljajo verodostojnost Evropske unije pod vprašaj. Potrebujemo bolj pregleden proračun EU, ki ga bodo evropski državljani lažje razumeli, da bi ponovno vzpostavili zaupanje.

Zato se pridružujem pozivom Svetu, naj prevzame odgovornost, uskladi svoje besede in dejanja in zagotovi realističen, verodostojen, skladen in trajnosten proračun EU za preostala leta sedanje perspektive.

6.4. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals (A8-0314/2016 - Victor Negrescu)

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'11 maggio 2016 l'Estonia ha presentato la domanda per un contributo finanziario (1,1 milione di euro) a carico del FEG in seguito ai collocamenti in esubero posti in essere da tre imprese petrolchimiche. Pur solidale alla situazione dei lavoratori colpiti da queste misure, non posso tuttavia essere favorevole a un sostegno, seppur indiretto, a un settore energetico - come quello petrolchimico - che contrasta con gli obiettivi di sostenibilità ambientale ed energetica da sempre elementi centrali della politica del Movimento 5 Stelle. Per questi motivi mi sono astenuta.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de este fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, manteniendo una posición coherente con el resto de solicitudes de movilización de este fondo, puesto que puede redundar en una compensación para los trabajadores estonios afectados por los impactos de la globalización capitalista. Siendo consciente de que no se trata sino de una tirita en una herida, estos fondos pueden suponer un alivio para estos trabajadores, de ahí mi voto positivo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — 1 550 workers made redundant in 3 different Estonian companies, 2 in shale gas production, including the leading energy company in the Baltic States and one in chemicals production. The report outlined many of the positive elements of how the EGF would be put to work such as debt and psychological counselling as well as a study allowance of EUR 260 per month for example.

There were also provisions for active consultation of trade unions, discussion with Ministry of Social Affairs took place, discussing a possible application for EGF co-funding. Therefore to help the workers we voted in favour.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) hilft Arbeitnehmern, wenn sie infolge von Veränderungen des Welthandelsgefüges (z. B. Schließung eines großen Unternehmens oder Verlagerung einer Produktionsstätte außerhalb der EU) ihren Arbeitsplatz verloren haben.

In diesem Fall betrifft der Antrag 800 entlassene Arbeitnehmer die bei Eesti Energia AS, Nitrofert AS und Viru Keemia Grupp AS entlassen wurden, und sieht die Bereitstellung eines Gesamtbetrags von 1 131 358 € für Estland vor. Ich befürworte die Inanspruchnahme der Gelder, die den entlassenen Arbeitnehmern dabei helfen sollen, sie wieder in den Arbeitsmarkt einzugliedern.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport accordant une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation afin de soutenir la réintégration sur le marché du travail de 800 travailleurs licenciés par trois entreprises du secteur pétrochimique en Estonie.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against approving EUR 1 131 358 for 800 redundant workers in Estonia. The application relates to three enterprises which manufacture chemicals and petroleum products in Estonia.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui prévoit une aide de 1 131 358 d'euros au titre de la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation, afin d'aider les employés licenciés de Eesti Energia AS, Nitrofert AS et Viru Keemia Grupp AS. Néanmoins, je regrette que le versement de cette aide se réalise à l'aune des licenciements alors qu'elle aurait pu être précieuse pour aider l'entreprise à se restructurer. Il est urgent d'agir et de comprendre que nos entreprises sont les victimes de l'absence des réformes structurelles nécessaires à leur adaptation aux enjeux de la mondialisation.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Pastarųjų pasaulio naftos rinkos svyravimų, bendros Europos tarptautinės prekybos trąšomis padėties suprastėjimo (Kinijos gamintojų naudai) ir pigių dujų regionų už Europos ribų sumažėjimo sąlygomis Estijos įmonės „Eesti Energia AS“, „Nitrofert AS“ ir „Viru Keemia Grupp AS“ uždarė gamyklas arba sumažino gamybą, todėl buvo nutrauktos darbo sutartys su daugeliu darbuotojų. Todėl Estija pateikė paraišką „EGF/2016/003 EE/naftos ir chemijos produktai“ dėl finansinės Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo (EGF) paramos. Kadangi Estija įvykdė EGF reglamento numatytas sąlygas, pritariu, kad Estija gautų finansinę paramą, kad užtikrintų atleistų darbuotojų išlikimą darbo rinkoje.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte: l'Europe doit continuer à prôner ses valeurs de solidarité et à mettre en place des cellules de reconversion pour ces travailleurs qui ont perdu leur emploi.

Il s'agit de la neuvième demande examinée dans le cadre du budget de 2016, la deuxième sur l'industrie chimique et la première sur la cokéfaction et le raffinage; elle porte sur la mobilisation d'un montant total de 1 131 358 EUR du FEM en faveur de l'Estonie. Cette demande concerne 800 travailleurs licenciés, un nouveau drame social.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento pensato per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Le rilevanti trasformazioni avvenute negli ultimi anni hanno coinvolto fortemente il settore della fabbricazione di prodotti chimici e quelli della fabbricazione di coke e dei prodotti derivanti dalla raffinazione del petrolio.Il mio voto a favore della relazione Negrescu, nasce dalla condivisione della necessità di mobilitare il FIG per fornire assistenza agli 800 lavoratori collocati in esubero da Eesti Energia AS, Nitrofert AS e Viru Keemia Grupp AS in Estonia, in particolare nella contea di Ida-Virumaa. Con questa misura si potrà fornire un pacchetto coordinato di strumenti che comprendono indennità di formazione e di mobilità nonché contributi per l'avvio di imprese e programmi di formazione, riqualificazione e formazione professionale

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de un fondo para compensar, con acciones sobre todo formativas, a 800 trabajadores despedidos por cuatro compañías estonias, la mayoría de ellos rusohablantes, de los sectores petroquímicos, con claros problemas de competitividad con China. Como solemos decir, este fondo no resuelve el problema de empleo, que sólo puede ser subsanado con nuevos planes de inversiones con transiciones sectoriales, pero es un mecanismo que al menos da apoyo a las víctimas de estos procesos. Alternativamente habría que hacer un seguimiento de las empresas que recurren a estos fondos, porque unos de los riesgos es que en la práctica pudiesen estar facilitando procesos de relocalización. No parece el caso. Pero sin duda aboca a replantearse en términos de pensar en una línea alternativa a estos fondos

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al señor Negrescu su trabajo en este informe sobre la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización pedida por Estonia en el sector del petróleo y los productos químicos. Es una respuesta a una solicitud de Estonia para apoyar la reinserción en el mercado laboral de los trabajadores despedidos en tres empresas y que beneficiará a 800 trabajadores despedidos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, à destination des trois entreprises estoniennes du secteur pétrochimique que sont Nitrofert, Eesti Energia et Viru Keemia, et de leurs 1 500 travailleurs licenciés.

Ces licenciements sont notamment survenus du fait de la concurrence que doivent subir ces entreprises de la part des entreprises asiatiques, mais également du fait de la chute des prix du pétrole et de l'augmentation des prix du gaz naturel. Rappelons que l'Estonie dépend dans une large mesure des exportations de biens et de services (près de 80 % du PIB national en 2015 contre 43,5 % pour l'UE-28).

Il serait cocasse, si on ne parlait pas d'une désindustrialisation dramatique, de constater que même les gourous de la globalisation et du libre-échange totalitaire reconnaissent le besoin de ce «fonds d'ajustement», véritable symbole de l'inanité sociale et économique de la politique commerciale de l'UE.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione che autorizza la mobilitazione di 1 131 358 EUR del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, a beneficio di 800 lavoratori in esubero per i settori della raffinazione del petrolio e della fabbricazione di prodotti chimici in Estonia. Il Fondo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento fondamentale per sostenere i lavoratori in questo periodo di crisi. Ma il FEG da solo non basta a ridare un lavoro a tutti quei cittadini che lo hanno perso a causa delle folli politiche suicide dell'Unione. Servono subito misure urgenti a favore dell'occupazione in Europa, è ora che l'UE si metta dalla parte dei lavoratori europei.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimo paraiška „EGF/2016/003 EE/naftos ir chemijos produktai".

2016 m. rugsėjo 28 d. Komisija priėmė pasiūlymą dėl sprendimo mobilizuoti Europos globalizacijos fondo lėšas Estijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš darbo iš „Eesti Energia AS“, „Nitrofert AS“ ir „Viru Keemia Grupp AS“ įmonių, kurios vykdo veiklą NACE skyriui priskiriamame ekonomikos sektoriuje (Chemikalų ir chemijos produktų gamyba) Rytų Virumos apskrityje (NUTS 2 lygio regionas: EE00-Eesti), reintegraciją į darbo rinką.

Tai devintoji paraiška, kurią ketinama svarstyti vykdant 2016 m. biudžetą, ir antroji chemikalų ir chemijos produktų gamybos sektoriuje, taip pat pirmoji kokso ir rafinuotų naftos produktų gamybos sektoriuje. Ji susijusi su 800 atleistų darbuotojų.

Paraiška Komisijai pateikta 2016 m. gegužės 11 d., papildoma informacija pateikta iki 2016 m. gegužės 25 d. Komisija, vadovaudamasi visomis taikytinoms EGF reglamento nuostatomis, padarė išvadą, kad paraiška atitinka EGF finansinės paramos skyrimo sąlygas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) célja, hogy támogatást nyújtson a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások miatt, vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság elhúzódása, illetve egy újabb globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak és tevékenységüket megszüntető önálló vállalkozóknak a munkaerőpiacon történő újbóli beilleszkedéshez. Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals” referenciaszámon nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) való pénzügyi hozzájárulás iránti kérelmét.

A kérelem a Bizottság vizsgálata szerint megfelel a vonatkozó rendeletben foglalt követelményeknek, ezért szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Kot ponavadi pri uporabi Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji sem se tudi v tem pridružil podpori za pomoč. Evropska unija je sprejela zakonodajne in proračunske instrumente za dodatno podporo delavcem, ki so jih prizadele posledice globalnih sprememb, ter gre za ustrezno solidarnostno podporo.

V tej zadevi gre za pojav presežnih delavcev v Estoniji, ki je posledica odpuščanja presežnih delavcev v gospodarskih sektorjih proizvodnje koksa in naftnih derivatov ter proizvodnje kemikalij in kemičnih izdelkov. V ukrepih naj bi sodelovalo 800 od 1.550 presežnih delavcev.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this resolution on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment fund for sustaining training programmes in Estonia in order to help its workers. Moreover, I believe these funds may be a valuable tool for the development of those small economies which suffer from competition against big countries such as China.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione fornisce un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Gli importi necessari sono iscritti nel bilancio generale dell'Unione a titolo di accantonamento. Per la procedura di attivazione, la Commissione, in caso di valutazione positiva di una domanda, presenta all'autorità di bilancio una proposta di mobilitazione del Fondo contestualmente a una corrispondente richiesta di storno. In caso di disaccordo avviene una procedura di trilogo. Nel settembre 2016 la Commissione ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG per l'Estonia per facilitare il reinserimento professionale dei lavoratori collocati in esubero presso tre società, concludendo che la domanda soddisfa le condizioni per un contributo finanziario. I servizi personalizzati da offrire ai lavoratori variano dal sostegno a studi formali, alla formazione ed esperienza professionale fino ad indennità di studio e di mobilità. L'Estonia dichiara che il pacchetto coordinato di misure è compatibile con il passaggio a un'economia sostenibile ed efficiente sotto il profilo delle risorse. Le autorità estoni hanno fornito tutte le necessarie garanzie. Pertanto, il Parlamento conviene con la Commissione che l'Estonia ha diritto a un contributo finanziario poiché sono soddisfatte le condizioni del regolamento FEG.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation à hauteur de 1,13 million d'euros en vue de faciliter la réinsertion professionnelle des 1 500 travailleurs estoniens licenciés par des sociétés spécialisées dans l'industrie pétrochimique. Ces entreprises ont en effet été déstabilisées à la fois par la chute des cours du pétrole et par la concurrence chinoise. Bien que nous approuvions la mobilisation du FEAM en faveur des travailleurs licenciés estoniens, nous n'occultons pas la responsabilité de l'Union européenne dans la désindustrialisation et le chômage de masse dont sont victimes les peuples européens. En multipliant les accords de libre-échange et les concessions tarifaires avec des pays pratiquant le dumping social et environnemental, l'Union européenne exacerbe la concurrence internationale déloyale qui pèse sur nos entreprises. J'ai tout de même voté en faveur de ce texte.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

David Casa (PPE), *in writing*. – The Commission has concluded, in accordance with all applicable provisions of the EGF Regulation, that the application meets the conditions for a financial contribution from the EGF. Estonia is entitled to a financial contribution, which represents 60% of the total cost for personalised services consisting of support for formal studies, payment of the cost of training, training cost reimbursement for employers, labour market training, work practice, debt counselling, psychological counselling, study allowances relating to participation in formal studies, scholarships, transport and accommodation benefits for Estonian language training. I believe that the EGF could be a particularly valuable tool to help workers from countries with small economies and more vulnerable Union economies. I voted in favour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'11 maggio 2016 l'Estonia ha presentato la domanda per un contributo finanziario del FEG in seguito ai collocamenti in esubero effettuati da tre imprese operanti nei settori della fabbricazione di coke e prodotti derivanti dalla raffinazione del petrolio e nella produzione di prodotti chimici. In ragione di un aumento della concorrenza globale, in particolare proveniente dall'est, si è determinato un aumento del prezzo del gas naturale e della diminuzione dei prezzi dei concimi minerali. Parallelamente si è verificato un calo del prezzo del petrolio e tali cambiamenti hanno portato a una crisi per molte industrie del settore. Sebbene l'aiuto a lavoratori in difficoltà sia da sempre tra le priorità del Movimento, in questo caso vi era il rischio, votando favorevolmente, di dare un messaggio di sostegno a settori di produzione energetica che sarebbero invece da riconvertire. Ho quindi optato per un'astensione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση και χαιρετίζουμε την απόφαση της Εσθονίας να συνδυάσει δύο οικονομικούς τομείς σε μία περιφερειακή αίτηση, καθώς οι απολύσεις συνέβησαν στην ίδια περιοχή, δεδομένου ότι αυτό θα μειώσει τον διοικητικό φόρτο και θα καταστήσει δυνατή την οργάνωση κοινών μέτρων για απολυμένους εργαζόμενους των δύο τομέων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, μετά από αίτημα της Εσθονίας. Ο στόχος του Ταμείου αυτού είναι συγκεκριμένος και καλούμαστε να ανταποκριθούμε κάθε φορά που οι ανακατατάξεις στην παγκοσμιοποιημένη οικονομία επηρεάζουν άμεσα τους εργαζομένους που κινδυνεύουν να χάσουν τη δουλειά τους. Καθώς η πρόταση αυτή βασιζόταν σε ανάλογο κίνδυνο, αποφάσισα να την υπερψηφίσω προς όφελος των εργαζομένων.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Esprimo compiacenza in merito alla decisione di concedere all'Estonia, a fronte della domanda presentata l'11 maggio scorso, l'accesso al Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione in relazione agli esuberi di Eesti Erga AS, Netroferts AS e Viru Keemia Group AS. La domanda è stata presentata sotto forma regionale, rendendo dunque più agevole la risoluzione di problemi presenti contemporaneamente sullo stesso mercato del lavoro e riguarda 800 lavoratori in esubero. Il contributo richiesto ammonta a EUR 1 131 358, ossia il 60% dei costi totali affrontati o da fronteggiare per garantire servizi personalizzati, sostegno degli studi formali, pagamento delle spese di formazione ed esperienza sul mercato del lavoro. Divampa, di fronte ai nostri sguardi vitrei, l'ennesima situazione di stallo di fronte alla globalizzazione dal momento che l'UE continua a dimostrare un'incapacità sistemica nel prevenire la mancanza di competitività. Infatti Eesti Erga AS, Nitroferts AS e Viru Keemia Group si sono viste costrette a chiudere una serie di impianti o abbandonare la produzione comportando la risoluzione collettiva dei contratti di lavoro perché l'Europa ha perso il suo primato nelle vendite di sostanze chimiche a livello mondiale a favore della Cina, la quale ha invece incrementato la propria quota dal 9 al 35%.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (application from Estonia – EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals) and noted no objections.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de la movilización de este fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, manteniendo una posición coherente con el resto de solicitudes de movilización de este fondo, puesto que puede redundar en una compensación para los trabajadores estonios afectados por los impactos de la globalización capitalista. Siendo consciente de que no se trata sino de una tirita en una herida, estos fondos pueden suponer un alivio para estos trabajadores, de ahí mi voto positivo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di importanti mutamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione. Alla luce di tali considerazioni e in ragione dell'ammissibilità della domanda dell'Estonia, ho votato positivamente alla mobilitazione del fondo in favore dei lavoratori collocati in esubero.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost creat pentru a furniza un sprijin suplimentar lucrătorilor afectați de schimbările structurale majore intervenite în practicile comerciale mondiale. Aproximativ 800 de lucrători din domeniul industriei chimice au fost disponibilizați în Estonia. Am votat pentru sprijinirea reintegrării pe piața muncii a acestor lucrători disponibilizați. Autoritățile estoniene au oferit toate garanțiile necesare că aceste persoane vor beneficia de principiul egalității de tratament și că nu se vor face discriminări în acest sens, dar și că se va evita dubla finanțare.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za uruchomieniem Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji w sektorze ropy naftowej i chemikaliów. Popieram ogólny cel funduszu, jakim jest pomoc pracownikom w znalezieniu pracy oraz rozwój ich umiejętności w momencie jej utraty, spowodowanej zmianą globalnej struktury handlu. Działania realizowane w ramach funduszu to między innymi: zapewnienie grupie około 800 pracowników szkoleń (również językowych), doradztwa zawodowego, możliwości dofinansowania studiów. Z zadowoleniem przyjmuję fakt, że zostaną podjęte konkretne działania, które pomogą pracownikom na nowo odnaleźć się na rynku pracy, w związku z tym głosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund has been created in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. On 28 September 2016, the Commission adopted a proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Estonia to support the reintegration in the labour market of workers made redundant. I voted in favour of this report as I believe that support should be provided to workers made redundant due to globalisation.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif porte sur une demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, dont l'objectif est de venir en aide aux États membres qui subissent une réduction d'activités et d'employés dans un secteur professionnel particulier. Dans ce rapport, la mobilisation du fonds est demandée pour l'entreprise EGF petroleum. Considérant que l'UE doit favoriser la transition de son économie vers des secteurs porteurs de croissance et d'emploi par le biais d'un accompagnement des travailleurs licenciés, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La proposition de la Commission européenne relative à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) vise à permettre à l'Estonie de recevoir des contributions financières du FEM afin de soutenir la réinsertion sur le marché de l'emploi des travailleurs licenciés dans le secteur de la production de produits pétroliers et chimiques. Il s'agit de la première demande de mobilisation du FEM introduite par l'Estonie, qui a regroupé deux secteurs économiques, à savoir l'industrie chimique et le raffinage, dans une demande unique afin de limiter les démarches administratives. L'Estonie ayant respecté les conditions d'octroi des contributions financières du FEM et les licenciements étant dus aux récentes turbulences du marché pétrolier mondial et à la concurrence de régions

tierces disposant de gaz bon marché, j'ai voté en faveur de ce texte.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — Je suis heureux que la plénière ait suivi la position de la Commission des budgets, dont je suis membre, et ait voté ce jour l'octroi d'un montant de 1 131 358 EUR destiné au financement de services personnalisés en faveur de 800 sur les 1 500 travailleurs licenciés chez Eesti Energia AS, Nitrofert AS et Viru Keemia Grupp AS. Le nombre relativement faible de travailleurs licenciés visés par les mesures s'explique par la volonté de cibler les travailleurs les plus vulnérables sur le marché du travail et par le fait que certains travailleurs (des ressortissants de pays tiers (63,3 %)) ont déclaré qu'ils ne pouvaient pas participer aux actions prévues par l'Estonie. Les industries concernées sont actives dans les secteurs de la cokéfaction et du raffinage et malheureusement, au cours des dernières années, l'Union a perdu sa position dominante dans les ventes de produits chimiques au niveau mondial au profit de la Chine. De plus, en raison de la chute des prix du pétrole, les exportations estoniennes de combustibles minéraux ont, au cours des deux premiers mois de 2016, diminué de 25 % par rapport à la même période l'année précédente. De nombreuses industries estoniennes sont malheureusement tributaires des prix du pétrole et du gaz. Il y a là, une fois de plus, un problème majeur pour l'avenir de l'industrie européenne.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1 550 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 800 vesz részt.

Az Európai Parlament egyetért a Bizottsággal abban, hogy az EGAA-rendelet 4. cikkének (2) bekezdésében meghatározott feltételek teljesülnek, és hogy ezért Észtország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra, amely az alábbi személyre szabott szolgáltatásokra szolgál: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

Ezen intézkedések az észtországi regionális fejlesztési stratégiában meghatározott igényeknek megfelelően kerültek kidolgozásra, és illeszkednek az erőforrás-hatékony és fenntartható gazdaság felé történő elmozduláshoz.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1 550 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 800 vesz részt.

Az Európai Parlament egyetért a Bizottsággal abban, hogy az EGAA-rendelet 4. cikkének (2) bekezdésében meghatározott feltételek teljesülnek, és hogy ezért Észtország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra, amely az alábbi személyre szabott szolgáltatásokra szolgál: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

Ezen intézkedések az észtországi regionális fejlesztési stratégiában meghatározott igényeknek megfelelően kerültek kidolgozásra, és illeszkednek az erőforrás-hatékony és fenntartható gazdaság felé történő elmozduláshoz.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Vår övertygelse är att välstånd skapas genom fri handel och rättvis konkurrens. Därför är vi principiellt emot den europeiska globaliseringsfonden, som vi menar är ett uttryck för protektionism. Vi har tidigare accepterat att fonden använts som en ren akutåtgärd i en tid av djup ekonomisk kris, som ett sätt att möta människors känsla av hopplöshet och det utanförskap som följer i krisens spår och som riskerar att ytterligare förstärka den våg av nationalism och främlingsfientlighet som sprider sig i Europa. Särskilt i ljuset av den svenska riksrevisionens analys, där man menar att fonden rentav har en negativ effekt på återgången till arbete, anser vi dock att fonden förlorat sitt berättigande och inte bör användas mer.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado para prestar um apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial e não pode exceder o montante máximo anual de 150 milhões de euros.

A Estónia apresentou uma proposta para reintegrar trabalhadores despedidos na área da fabricação de produtos químicos e de fibras sintéticas e artificiais. A candidatura diz respeito ao despedimento de 800 trabalhadores e prevê a mobilização de 1 131 358 euros.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Foram despedidos 1550 trabalhadores de 3 empresas diferentes da Estónia, duas operavam na produção de gás de xisto, incluindo a principal empresa de energia nos países bálticos, e uma na produção de produtos químicos. Prevê-se que apenas 800 dos trabalhadores despedidos participem nas medidas do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Alguns desses trabalhadores já estão empregados desde esta candidatura.

Esta candidatura mobilizará 1 131 358 EUR, 60 % do custo total estimado das medidas propostas. O relatório propõe medidas específicas que incluirão, por exemplo, o aconselhamento psicológico e um subsídio para estudo de 260 euros por mês. Propõe uma consulta ativa dos sindicatos.

Propõe ainda um curso de língua estónia para a minoria russa (embora seja uma boa medida para que estes trabalhadores possam falar estoniano, esta também se relaciona com uma opção do governo que considera que 63,3% dos trabalhadores despedidos são «cidadãos não comunitários»).

Uma vez que a Estónia não concede a cidadania à sua minoria russa, este elevado número inclui, na realidade, os falantes de russo. Espera-se que as medidas previstas incluam formação para todos (e transporte coberto para poder participar). Impõe-se uma mudança profunda que envolva uma rutura com as políticas neoliberais que determinam a necessidade de mobilização deste Fundo.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V tomto konkrétnom prípade ide o mobilizáciu Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii pre Švédsko, a to konkrétne pre 1556 zamestnancov spoločnosti LM Ericsson, a o uvoľnenie finančných prostriedkov vo výške 3 957 918 EUR, ktoré majú pomôcť týmto zamestnancom opätovne sa začleniť do trhu práce.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per aiutare i lavoratori in esubero per i settori della raffinazione del petrolio e della fabbricazione di prodotti chimici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η εν λόγω έκθεση αναφέρεται στην κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση.

Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση για αυτό το λόγο καταψηφίζω την Κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση έπειτα από αίτηση από την Εσθονία - EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Due to the recent global oil market turbulences and to the general decrease in Europe's international trade position for fertilizers (to the benefit of China's producers) and low-cost gas regions outside Europe, Eesti Energia AS, Nitrofert AS and Viru Keemia Grupp AS have closed down plants or reduced production resulting in the collective termination of work contracts.

I believe the conditions set out in Article 4(2) of the EGF Regulation are met and that, therefore, Estonia is entitled to a financial contribution of EUR 1 131 358 under that Regulation.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1 550 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 800 vesz részt.

Az Európai Parlament egyetért, hogy Észtország jogosult az EGAA-rendelet értelmében nyújtandó 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra, amely az alábbi személyre szabott szolgáltatásokra szolgál: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

Ezen intézkedések az észtországi regionális fejlesztési stratégiában meghatározott igényeknek megfelelően kerültek kidolgozásra, és illeszkednek az erőforrás-hatékony és fenntartható gazdaság felé történő elmozduláshoz. A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap (EGAA) igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1 550 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 800 vesz részt.

Az Európai Parlament egyetért a Bizottsággal abban, hogy az EGAA-rendelet 4. cikkének (2) bekezdésében meghatározott feltételek teljesülnek, és hogy ezért Észtország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra, amely az alábbi személyre szabott szolgáltatásokra szolgál: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

Ezen intézkedések az észtországi regionális fejlesztési stratégiában meghatározott igényeknek megfelelően kerültek kidolgozásra, és illeszkednek az erőforrás-hatékony és fenntartható gazdaság felé történő elmozduláshoz.

A fentiek alapján szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización: solicitud EGF/2016/003 EE/petróleo y productos químicos. Europa y el mundo se encuentran inmersos en un profundo proceso de globalización que pese a ser fuente de creación de comercio y riqueza, también puede conllevar riesgos a los que debemos estar muy atentos. Como consecuencia de este proceso hay sectores que están más expuestos a la competencia internacional, por lo que desde la Unión debemos dar respuesta a aquellos ciudadanos que pierden su empleo como consecuencia de la globalización. El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización presta apoyo a los trabajadores que pierden su empleo como consecuencia de grandes cambios estructurales en las pautas del comercio mundial, provocados por la globalización o por la crisis económica y financiera mundial.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den „Bericht über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Antrag Estlands – EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals)" gestimmt, der Unterstützungszahlungen an Estland in Höhe von 1 131 358 EUR möglich macht – was etwa 60 % der Gesamtkosten von 1 885 597 EUR entspricht –, die für personalisierte Dienstleistungen wie die Unterstützung für formale Bildungsgänge, Bezahlung der Ausbildungskosten, Erstattung der Ausbildungskosten für Arbeitgeber, Arbeitsmarktschulungen, Arbeitserfahrung, Schuldenberatung, psychologische Beratung, Studienbeihilfe für die Teilnahme an formalen Bildungsgängen sowie Stipendien und Reise- und Unterbringungszulagen für Estnisch-Sprachkurse vorgesehen sind.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) unterstützt Arbeitnehmer, die auf Grund von Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge ihren Arbeitsplatz in der Europäischen Union verloren haben. In Estland treten solche Strukturveränderungen z.Z. in der Herstellung von chemischen Erzeugnissen und in der Kokerei und Mineralölförderung auf. Vor allem die Mineralölförderung ist von starkem Arbeitsplatzabbau betroffen. Um die estnische Regierung bei der Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, unterstütze ich den Bericht von Herrn Negrescu auf Gewährung von EGF-Hilfen. Durch diese werden unter anderem Arbeitsmarktschulungen, Weiterbildungsmaßnahmen und Sprachkurse finanziert.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de un fondo para compensar, con acciones sobre todo formativas, a 800 trabajadores despedidos por cuatro compañías estonias, la mayoría de ellos rusohablantes, de los sectores petroquímicos, con claros problemas de competitividad con China. Como solemos decir, este fondo no resuelve el problema de empleo, que sólo puede ser subsanado con nuevos planes de inversiones con transiciones sectoriales, pero es un mecanismo que al menos da apoyo a las víctimas de estos procesos. Alternativamente habría que hacer un seguimiento de las empresas que recurren a estos fondos, porque unos de los riesgos es que en la práctica pudiesen estar facilitando procesos de relocalización. No parece el caso. Pero sin duda aboca a replantearse en términos de pensar en una línea alternativa a estos fondos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate into the labour market workers made redundant due to major structural changes in world trade patterns, due to globalisation and the economic crisis.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Globalisation Adjustment Fund has been created in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. On 28 September 2016, the Commission adopted a proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Estonia to support the reintegration in the labour market of workers made redundant to Eesti Energia AS, Nitrofert AS and Viru Keemia Grupp AS. This is the ninth application to be examined under the 2016 budget and the 2nd for the manufacture of chemicals and chemical products sector, the 1st application for the manufacture of coke and refined petroleum products sector and refers to the mobilisation of a total amount of EUR 1 131 358 from the EGF for Estonia. It concerns 800 workers made redundant.

The Commission has concluded that the application meets the conditions for a financial contribution from the EGF.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Észtország „EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals" referenciaszámmal kérelmet nyújtott be az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapból (EGAA) igénybe vehető pénzügyi hozzájárulás iránt. Az intézkedésekben az EGAA-hozzájárulásra jogosult 1 550 elbocsátott munkavállaló közül várhatóan 800 vesz részt.

Az Európai Parlament egyetért a Bizottsággal abban, hogy az EGAA-rendelet 4. cikkének (2) bekezdésében meghatározott feltételek teljesülnek, és emiatt Észtország jogosult az említett rendelet értelmében nyújtandó 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra, amely az alábbi személyre szabott szolgáltatásokra szolgál: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

Ezen intézkedések az észtországi regionális fejlesztési stratégiában meghatározott igényeknek megfelelően kerültek kidolgozásra, és illeszkednek az erőforrás-hatékony és fenntartható gazdaság felé történő elmozduláshoz.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε πάντοτε την κινητοποίηση του ΕΤΠ, αφού τα χρήματα αυτά χρησιμοποιούνται για τη μετεκπαίδευση απολυμένων εργαζομένων και τη βοήθεια επανένταξής τους στην εργασία. Παρ' όλα αυτά πάντοτε σημειώνουμε πως το μέτρο αυτό δεν είναι αρκετό. Εκτός από το ΕΤΠ πρέπει να ενδυναμωθεί και το κοινωνικό κράτος, αλλά και να υπάρξουν μακροπρόθεσμες πολιτικές για την επανεκβιομηχάνιση των χωρών που επλήγησαν περισσότερο από την κρίση και τους επιβλήθηκαν πολιτικές λιτότητας και μνημόνια.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this application to mobilise EUR 1 131 358 of the EGF for 1 550 workers in Estonia made redundant in three enterprises operating in the economic sectors of coke manufacturing, refined petroleum products and the manufacture of chemicals and chemical products across the Ida Verumaa region in Estonia.

Due to Estonia's relatively small open economy, highly reliant on exports of goods and services, which have suffered from the recent oil market turbulences and a general decrease in Europe's international trade position, I welcome this application as Estonia's first EGF application. Particularly the region of Ida Verumaa faces considerable challenges due to its location and demography, as it is relatively remote and has a significantly higher unemployment rate than the national average.

I was very pleased to see that the application will support cofunded personalised services to the redundant workers consisting of payments for the cost of formal studies, training cost reimbursement for employers, labour market training, Estonian language training, work practice and counselling.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Fondul european de ajustare la globalizare a fost instituit pentru ajutorarea suplimentară a lucrătorilor afectați de restructurările la nivel mondial ca urmare a crizei economice. Cererea depusă de Estonia privind accesarea sumei de 1 131 358 EUR din FEG pentru reintegrarea pe piața forței de muncă a lucrătorilor concediați din cadrul întreprinderilor Eesti Energia AS, Nitrofert AS și Viru Keemia Grupp AS a fost adoptată de către Comisia Europeană. Am votat în favoarea acestui raport privind sprijinirea măsurilor pentru studii formale și plata costurilor aferente formării, pentru rambursarea costurilor de formare pentru angajatori, pregătire pe piața muncii, cursuri de limbă, practică profesională, consiliere financiară și psihologică, alocații pentru participarea la studii formale, burse de studii etc.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji (zahtjev koji je podnijela Estonija – EGF/2016/003/EE/nafta i kemikalije) jer je potpora radnicima, koji su pogođeni posljedicama svjetske financijske i gospodarske krize, potrebna pomoć za ponovno uključenje na tržište rada. Estonija je podnijela zahtjev za financijski doprinos iz EGF-a nakon otpuštanja radnika u ekonomskim sektorima proizvodnje koksa i rafiniranih naftnih proizvoda, te proizvodnje kemikalija i kemijskih proizvoda. Predviđa da će mjerama biti obuhvaćeno 800 od 1 550 otpuštenih radnika koji ispunjavaju uvjete za doprinos iz EGF-a, na način da će im biti pružene prilagođene usluge – plaćeni troškovi osposobljavanja, naknada troškova osposobljavanja za poslodavce, osposobljavanje za tržište rada, radna praksa, psihološko savjetovanje, naknade za sudjelovanje u formalnom obrazovanju, školarine, putni troškovi i dr. Estonija u skladu s tom Uredbom ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 1 131 358 EUR, odnosno 60 % ukupnog troška od 1 885 597 EUR.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je soutiens cette initiative visant à aider des centaines de travailleurs licenciés par des entreprises du secteur pétrochimique à réintégrer le marché du travail.

J'ai voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci (EFG), které se týká propuštěných pracovníků v odvětví ropy a chemických látek v Estonsku. Evropský fond pro přizpůsobení se globalizaci byl zřízen, aby poskytoval dodatečnou pomoc pracovníkům, které zasáhly důsledky velkých strukturálních změn světového obchodu nebo důsledky celosvětové finanční a hospodářské krize, a pomáhal jim při opětovném začlenění se na trh práce. Hlasoval jsem pro poskytnutí finanční pomoci propuštěným pracovníkům skrze EFG vzhledem k značnému dopadu na místní a regionální ekonomiku.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Victor Negrescu relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, créé en 2006, aide les personnes ayant perdu leur emploi. Ce fonds débloquera une enveloppe de 1 131 358 d'euros en faveur des 1 550 salariés licenciés. Ce montant servira à financer des formations, des services de conseil et d'accompagnement pour favoriser le retour à l'emploi de ces travailleurs licenciés.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation pour 1 550 travailleurs licenciés dans les secteurs économiques de la cokéfaction, du raffinage et de l'industrie chimique. Ce fonds a été créé pour aider ceux qui se trouvent impactés par certaines conséquences néfastes de la mondialisation, en finançant par exemple de nouvelles formations.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Antrag betrifft die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wegen der Entlassung von 800 Arbeitnehmern bei estnischen Chemie- und Mineralölfirmen. Es ist anzumerken, dass zum ersten Mal für zwei wirtschaftliche Sektoren in derselben Region der Antrag zusammengeführt wurde, um weniger administrative Kosten bei der Umsetzung zu erreichen. Ich hätte diesem Antrag aus diesem Grund zugestimmt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Sajnálatos módon 1550 fő elbocsájtására kerül sor az észtországi petrolkémiai és kokszgyártási ágazatokban, ezért indokolt, hogy az EGAA terhére a felmerülő költségek mintegy 60%-ának fedezésére szolgáló 1,9 millió eurós támogatást megítéljük, hiszen Észtország a kevésbé fejlett országok közé tartozik. Két dolgot mégis megjegyeznék, egyrészt döntően az EU hibás iparpolitikájának következménye, hogy Kína ezekben az ágazatokban is előre tudott törni, másrészt azt, hogy a tegnapi jelentésben foglaltak szerint most Ukrajnát készül támogatni az EU abban, hogy a petrolkémiai iparát és kokszgyártását felfuttatva újabb konkurenciát teremthessenek az EU-s vállalatoknak.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno ai lavoratori che patiscono le conseguenze dei grandi cambiamenti del commercio mondiale. Nel caso di specie la domanda riguarda la richiesta dell'Estonia per un contributo finanziario in seguito ai collocamenti in esubero effettuati nei settori della fabbricazione di coke e prodotti derivanti dalla raffinazione del petrolio e relativi alla fabbricazione di prodotti chimici. Si tratta di un sostegno pari a 1 131 358 EUR, che aiuteranno 800 lavoratori in esubero. Si tratta di una misura concreta per aiutare lavoratori europei che necessitano di aiuto e riqualificazione, e pertanto esprimo il mio supporto.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il concerne une aide du Fonds d'ajustement à la mondialisation pour faciliter la réintégration sur le marché du travail de 800 travailleurs licenciés par trois entreprises du secteur pétrochimique.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation faisant suite à la demande EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals de l'Estonie

J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation faisant suite à la demande de l'Estonie concernant *EE/petroleum and chemicals*. Le Fonds devrait aider les travailleurs licenciés de cette entreprise à réintégrer le marché du travail. Le FEM vise à maquiller les conséquences des politiques commerciales et monétaires de l'UE et à déresponsabiliser les grandes entreprises sans exiger de contrepartie. Cependant, cette aide est utile à la réintégration de travailleurs, qui ne devraient pas avoir à subir les lubies libre-échangistes de la Commission européenne.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Globalisering is onvermijdelijk en gaat hand in hand met de opening van nieuwe markten, met internationale concurrentie, met economische groei en met het scheppen van werkgelegenheid die het banenverlies in minder concurrentiekrachtige sectoren overtreft. Er is bijgevolg vooral nood aan structurele hervormingen om duurzame economische groei mogelijk te maken. Dit vereist economisch maatwerk gecombineerd met een aangepast sociaal beleid waarvoor, eveneens in lijn met de Verdragen, de lidstaten als eerste en meest gepaste overheid bevoegd zijn. De N-VA-delegatie in het Europees Parlement heeft begrip voor de doelstellingen van het Europees Fonds voor aanpassing aan de globalisering (EFG), maar is overtuigd dat een Europese transferunie geen remedie kan zijn om de werkloosheid aan te pakken, noch een broodnodig structureel hervormingsbeleid kan vervangen. De Europarlementsleden van de N-VA hebben daarom tegen dit verslag gestemd.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de este fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, manteniendo una posición coherente con el resto de solicitudes de movilización de este fondo, puesto que puede redundar en una compensación para los trabajadores estonios afectados por los impactos de la globalización capitalista. Siendo consciente de que no se trata sino de una tirita en una herida, estos fondos pueden suponer un alivio para estos trabajadores, de ahí mi voto positivo.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La presente solicitud de movilización de 1 131 358 € con cargo al FEAG, el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, para Estonia, busca beneficiar a 800 trabajadores despedidos del sector de coquerías y refino de petróleo.

Cabe mencionar que el FEAG fue creado precisamente para propiciar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en el comercio mundial y que, en el caso concreto, a estos trabajadores despedidos se les va a ofrecer diez tipos de medidas. Éstas incluyen, por ejemplo, el reembolso de los gastos de formación a los empleadores, la formación en el mercado de trabajo, experiencia laboral práctica, ayuda psicológica y ayuda vinculada a la participación en estudios formales.

Doy mi voto positivo a la solicitud ya que las citadas medidas fomentarán el empleo y son compatibles con la transición hacia una economía eficiente y sostenible regional.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Nesouhlasím, aby Estonsko dostalo milion EUR z evropského fondu pro přizpůsobení se globalizaci na platby pracovníkům propuštěným v plynárenské firmě Esti Energia. Sociální politika má být věcí členských států, vlády nemají ad hoc pomáhat jednotlivým firmám a pracovníkům. Celý Evropský fond pro přizpůsobení se globalizaci považuji za socialistické přerozdělování peněz, podle mě by měl být zrušen.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU je uspostavila zakonodavne i proračunske instrumente u cilju pružanja potpore radnicima pogođenima posljedicama velikih strukturnih promjena, kako bi im pomogla da se ponovno uključe na tržište rada. Predviđena financijska pomoć Unije radnicima koji su proglašeni viškom trebala bi biti dinamična i dostupna što je brže moguće.

Budući da Estonija nije podijeljena na regije druge razine NUTS-a, predviđa se da će mjerama biti obuhvaćeno 800 od 1550 otpuštenih radnika koji ispunjavaju uvjete za doprinos iz EGF-a. Komisija je utvrdila da su uvjeti iz članka 4. stavka 2. Uredbe o EGF-u ispunjeni te Estonija u skladu s tom Uredbom ima pravo na financijski doprinos u iznosu od 1 131 358 eura, odnosno 60 % ukupnog troška, za usluge prilagođene potrebama otpuštenih radnika.

Estonija je podnijela zahtjev za pomoć iz EGF-a, a on se pokazao kao vrijedan instrument za pomoć radnicima iz zemalja Unije čija su gospodarstva manja i u nepovoljnijem položaju. Budući da je od izrazite važnosti povećanje mogućnosti zapošljavanja svih radnika, glasujem za ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund to assist Estonia in respect of redundancies in the manufacture of petroleum and chemicals products.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the fund, as I support giving assistance to reintegrate into the labour market workers made redundant due to major structural changes in world trade patterns, due to globalisation and the economic crisis.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Estónsko požiadalo o pomoc z EFG v súvislosti s prepustením 1550 zamestnancov v spoločnostiach Eesti Energia AS, Nitrofert AS a Viru Keemia Grupp AS, podnikajúcich v oblasti výroby koksu, rafinovaných ropných produktov a výroby chemikálií a chemických produktov. Ide o oblasti postihnuté globalizáciou a otrasmi na trhu s ropou. Pomoc bude použitá na personalizované služby a dotkne sa 800 prepustených zamestnancov. Podľa pravidiel EFG má Estónsko nárok na finančný príspevok vo výške 1 131 358 EUR, čo predstavuje 60 % celkových nákladov tvoriacich 1 885 597 EUR.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Hier soll der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung eingesetzt werden, um entlassene Arbeitnehmer zu unterstützen. Ich teile in diesem Fall die Auffassung der Kommission, dass die Bedingungen nach Artikel 4 Absatz 2 der EGF-Verordnung erfüllt sind und Estland somit Anspruch auf einen Finanzbeitrag hat. Die aufgewendeten Mittel werden für personalisierte Dienstleistungen wie die Unterstützung für formale Bildungsgänge, Bezahlung der Ausbildungskosten, Erstattung der Ausbildungskosten für Arbeitgeber, Arbeitsmarktschulungen etc. in Anspruch genommen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau Europos Parlamento ir Tarybos sprendimui dėl Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimo (Estijos paraiška „EGF/2016/003 EE/naftos ir chemijos produktai“).

2016 m. rugsėjo 28 d. Komisija priėmė pasiūlymą dėl sprendimo mobilizuoti EGF lėšas Estijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš darbo iš įmonių „Eesti Energia AS“, „Nitrofert AS“ ir „Viru Keemia Grupp AS“, kurios vykdo veiklą ekonomikos sektoriuje (Chemikalų ir chemijos produktų gamyba) Rytų Virumos apskrityje. EP sutinka, kad Estija atitinka visas sąlygas gauti finansinę 1 131 358 EUR paramą, kuri bus panaudota darbo rinkos atžvilgiu pažeidžiamiems darbuotojams.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Il s'agit du premier cas de Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) alloué à l'Estonie. C'est aussi le premier FEM qui va être alloué au secteur des gaz de schiste! Touchées par la baisse des prix du pétrole et du gaz au niveau mondial, plusieurs sites de production doivent fermer. L'État est responsable de la fin de contrat de ces travailleurs. Dans sa volonté effrénée d'indépendance de la Russie, l'Estonie a surinvesti dans les gaz de schiste, n'écoutant pas les rapports des experts démontrant pourtant le mauvais rapport coût/rentabilité vu le peu de gisements en Europe, sans oublier les menaces réelles sur la santé publique et l'environnement de cette pratique (fracking). Le rapport se satisfait d'une nouvelle distribution de l'argent public sans se questionner nullement. Si les formations qui seront prodiguées aux travailleurs licenciés sont nécessaires, on aurait pu imaginer aussi des formations encourageant la reconversion vers des emplois verts. Les russophones estoniens n'ont pas accès à la citoyenneté et le rapport fait mine de ne rien voir. Considérer 63 % des licenciés estoniens comme «citoyens non européens» est un scandale Je vote contre ce rapport discriminant et immoral.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du Fonds d'ajustement à la mondialisation pour aider à la réintégration sur le marché du travail de 800 travailleurs licenciés par trois entreprises du secteur pétrochimique. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas.

O FEG já foi, no passado, utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Estónia que apresentou a candidatura «EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals» a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de despedimentos no setor económico classificado na divisão 19 da NACE Rev. 2 (Fabricação de coque e de produtos petrolíferos refinados) e na divisão 20 (Fabricação de produtos químicos); a Estónia não está dividida em regiões NUTS de nível 2 e prevê-se que 800 dos 1 550 trabalhadores despedidos elegíveis para a contribuição do FEG venham a participar nas medidas. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the tools at the Union's disposal to provide additional assistance to workers negatively impacted upon by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions for mobilising EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to help address the situation of workers in the petroleum and chemical industry in Estonia.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap azért jött létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak.

Észtország 2016. május 11-én kérelmet nyújtott be a Bizottságnak az alap igénybevételére az Eesti Energia AS, a Nitrofert AS és a Viru Keemia Grupp AS vállalatoknál történt észtországi elbocsátásokra tekintettel. Az intézkedések az 1550 elbocsátott munkavállalóból mintegy 800-at érintenek, mivel a munkaerőpiaci szempontból különösen sérülékenynek tekinthető elbocsátottakat kívánják megcélozni, és egyes munkavállalók úgy nyilatkoztak, hogy az intézkedésekben nem tudnak részt venni. Az elbocsátott munkavállalók számára a következő, személyre szabott szolgáltatásokat kívánják nyújtani: iskolarendszerű tanulmányok támogatása keretében a képzési költségek finanszírozása, szakképzési költségek megtérítése a munkáltatók részére, munkaerőpiaci szakképzés, szakmai gyakorlat, adósságrendezési tanácsadás, pszichológiai tanácsadás, tanulmányi ösztöndíj az iskolarendszerű tanulmányok folytatásához, ösztöndíj, közlekedési és lakhatási támogatás észt nyelvi képzéshez.

A Bizottság megállapította, hogy a kérelem esetében teljesülnek az alapból nyújtott pénzügyi hozzájárulás feltételei, továbbá, hogy a tervezett intézkedések a támogatható tevékenységek közé tartozó aktív munkaerőpiaci intézkedéseknek minősülnek, ezért javaslatot nyújtott be a Parlamentnek és a Tanácsnak az alapból 1 131 358 EUR pénzügyi hozzájárulásra.

A javaslatot támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado com o propósito de dar apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial.

No caso em apreço, a Comissão adotou uma proposta de decisão sobre a mobilização do FEG a favor da Estónia, para apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos no setor económico classificado na divisão 19 da NACE Rev. 2 (Fabricação de coque e de produtos petrolíferos refinados) e na divisão 20 (Fabricação de produtos químicos). A Estónia não está dividida em regiões NUTS de nível 2 e prevê-se que 800 dos 1 550 trabalhadores despedidos elegíveis para a contribuição do FEG venham a participar nas medidas.

Subscrevo a importância de melhorar a empregabilidade de todos os trabalhadores despedidos por meio de formações adaptadas e do reconhecimento das qualificações e competências adquiridas ao longo da carreira profissional, e considero vital que a formação proposta seja adaptada, não só às necessidades dos trabalhadores despedidos, mas também ao ambiente real das empresas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'aide apportée par le Fonds d'ajustement à la mondialisation est utile. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation demandée à la suite de licenciements survenus chez *Petroleum and Chemicals* en Estonie. Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation intervient pour soutenir les salariés licenciés en raison de modifications majeures de la structure du commerce mondial résultant de la mondialisation, en raison de la persistance de la crise financière et économique mondiale ou en raison d'une nouvelle crise financière et économique mondiale. En l'espèce, le montant du FEM mobilisé s'élève à 1 331 358 d'euros pour 1 550 bénéficiaires admissibles.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On the 11 May 2016, Estonia submitted an EGF application for a financial contribution from the European Globalisation Adjustment Fund. As rapporteur for this file I have voted for this report that will mobilise EUR 1 131 358 from the EGF to help 800 workers made redundant by providing them with personalised services consisting of labour market services, work practice, debt counselling, psychological counselling, study allowance relating to the participants in formal studies, mobility allowance, training cost reimbursement and support for formal studies.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Случаят с компаниите Eesti Energia AS, Nitrofert AS и Viru Keemia Grupp AS в Естония е показателен за това колко уязвими са европейските работници в контекста на структурните промени в моделите на световната търговия. Тези предприятия, които доскоро заемаха водещи позиции в Европа и света, трябваше да намалят своите производства поради външни фактори като падането на цените на петрола и отслабването на търговската позиция на ЕС в международен план. Така за пореден път квалифицирани европейски работници се оказаха без работа.

В този контекст, аз отдавам своята подкрепа за отпускането на помощ чрез Европейския фонд за приспособяване към глобализацията. Средствата от Фонда ще осигурят на съкратените работници обучения, които ще им помогнат да бъдат отново активна част от естонската икономика. Смятам, че ЕС трябва да побърза с предоставянето на финансова помощ, за да облекчи шока, който понесоха естонските работници и техните семейства.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da zum ersten Mal zwei wirtschaftliche Sektoren in denselben Regionen zusammen genommen wurden, um das Geld zu beantragen sodass es auch weniger administrative Kosten bei der Umsetzung geben wird.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesti Energia AS, Nitrofert AS ja Viru Keemia Grupp AS esitasid taotluse, et abistada 800 koondatud töötaja edukat tööturule tagasipöördumist. Eesti kandideeris esmakordselt EGF toetusele. Fondi toetusest rahastatakse teenuseid neile, kes kannatasid koondamiste all. Teenuste seas on koolitused, eesti keele kursused, tööpraktika, võlanõustamine, õppetoetused ja transpordi- ning majutushüvitised.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προβλέπει την υποστήριξη του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής προς την Εσθονία και την επανένταξη στην αγορά εργασίας των εργαζομένων που απολύθηκαν από την Eesti Energia AS, Nitrofert AS και Viru Keemia Grupp AS, δεδομένου ότι η αίτηση της χώρας πληροί τους όρους για τη χορήγηση χρηματοδοτικής συνεισφοράς από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής και οι αρχές της Εσθονίας έχουν παράσχει όλες τις αναγκαίες διαβεβαιώσεις που ζητήθηκαν.

Με αυτή τη χορήγηση οι εργαζόμενοι που απολύθηκαν θα έχουν πρόσβαση σε εξατομικευμένες υπηρεσίες όπως α) Στήριξη για τυπικές σπουδές - πληρωμή των τυπικών σπουδών, β) Επιστροφή των δαπανών κατάρτισης για τους εργοδότες, γ) Κατάρτιση στην αγορά εργασίας, δ) Διδασκαλία της εσθονικής γλώσσας, ε) Πρακτική άσκηση στην εργασία, ζ) Ψυχολογική υποστήριξη, η) Υποτροφία και επίδομα μετακίνησης και διαμονής για την εκμάθηση της εσθονικής γλώσσας, ούτως ώστε με αυτή την βοήθεια που θα τους δοθεί να καταφέρουν να επανενταχθούν στην αγορά εργασίας.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In merito alla proposta in esame ho ritenuto doveroso esprimermi a favore. Gli effetti che possono derivare dalla globalizzazione, in determinate circostanze, possono avere portata negative. L'Unione ha predisposto strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze delle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale o della crisi economica e finanziaria globale, nonché per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro. L'Unione, quindi, si impegna ad alleviare quelli che possono essere tali tipi di effetti mediante un supporto finanziario immediato ed efficace. Pertanto, ho votato positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Budući da je Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) osnovan radi pružanja dodatne potpore radnicima suočenima s posljedicama velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine, u okviru prijedloga o mobilizaciji EGF-a u korist Estonije radi pružanja podrške ponovnom uključivanju na tržište rada radnika koji su proglašeni viškom, fond ispunjava upravo ono zbog čega postoji.

Zahtjev se odnosi na 800 radnika koji su proglašeni viškom, a pruža: potporu formalnom obrazovanju; naknadu troškova osposobljavanja za poslodavce; osposobljavanje za tržište rada; učenje estonskog jezika; radnu praksu; savjetovanje u vezi s dugom; psihološko savjetovanje; naknadu za sudjelovanje u formalnom obrazovanju; školarinu, putne troškove i naknadu za smještaj tijekom učenja estonskog jezika; naknadu za mobilnost. Dobrobit radnika nam uvijek treba biti na prvome mjestu te tako treba učiniti sve potrebno kako bi se otpušteni radnici vratili na tržište rada.

S obzirom da zahtjev ispunjava uvjete za financijski doprinos iz EGF-a i da je paket predloženih mjera u skladu s potrebama utvrđenima u strategiji Estonije za regionalni razvoj u razdoblju 2014.-2020. te da su estonske vlasti dostavile sva potrebna jamstva, podržavam ovaj prijedlog odluke o mobilizaciji EGF-a u korist Estonije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Encore une fois, le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation sert à court terme à éviter aux salariés qui subissent la politique mondialiste de l'UE de se retrouver immédiatement dans la misère. Je déplore qu'aucune modification réelle ne soit apportée à la politique européenne mais je vote en faveur de cette aide qui bénéficie aux travailleurs.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Estonsko gospodarstvo, koje se uvelike oslanja na izvoz robe i usluga, ozbiljno je pogođeno nedavnim previranjima na svjetskom tržištu nafte i općenitim lošijim položajem Europe u okviru međunarodne trgovine. EU je izgubio vodeći položaj u globalnoj prodaji kemikalija te je taj položaj preuzela Kina uz rastuću prisutnost ostatka Azije, kao i SAD-a.

EU je uspostavila zakonodavne i proračunske instrumente kako bi pružila dodatnu potporu radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u tokovima svjetske trgovine te financijske i gospodarske krize. Komisija je 28. rujna 2016. donijela prijedlog odluke o mobilizaciji EGF-a u korist Estonije radi pružanja podrške ponovnom uključivanju na tržište rada radnika koji su proglašeni viškom u trima poduzećima u okrugu Ida-Virumaa.

Valja pohvaliti odluku Estonije da u jedan regionalni zahtjev objedini dva ekonomska sektora s obzirom na to da su se otpuštanja dogodila u istoj regiji te da se time smanji administrativno opterećenje i omogući organiziranje zajedničkih mjera za otpuštene radnike u oba sektora. Pomoć radnicima koji su proglašeni viškom trebala biti dinamična i dostupna što je brže i učinkovitije moguće.

Mišljenja sam da bi EGF mogao biti posebno vrijedan instrument za pomoć radnicima iz zemalja Unije čija su gospodarstva manja i u nepovoljnijem položaju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A Estónia apresentou a candidatura «EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals» a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de despedimentos de 1 550 trabalhadores.

Este instrumento perverso, destinado a cobrir os efeitos do capitalismo, merece a nossa condenação. O nosso voto favorável apenas decorre da nossa solidariedade com os trabalhadores vítimas de um sistema que é alimentado pela EU, com cujas consequências acabamos por lidar a cada sessão e todos os dias em cada país.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – V Estonsku došlo k hromadnému propouštění až 1 550 zaměstnanců pracujících ve třech společnostech chemického průmyslu. Z tohoto důvodu jsem hlasoval pro potřebné uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobení globalizaci, jenž byl vytvořen právě pro podobné situace. Estonská ekonomika byla otřesena vývojem na globálním trhu s ropou a alternativním a levnějším dovozem produktů ze zemí mimo Evropskou unii. Estonsko splnilo všechna potřebná kritéria pro podporu z tohoto fondu. Hlasoval jsem proto, aby byla propuštěným zaměstnancům poskytnuta asistence ve výši zhruba 1,1 milionu EUR. Konkrétněji se bude jednat o poskytnutí individuální pomoci a podpory při navázání na další studium, odbornou přípravu, poradenství a příspěvky na dopravu a ubytování při seberozvoji. Podpořil jsem dále, aby byly do implementace opatření zahrnuty nejen centrální orgány, ale také orgány na regionální úrovni. Dále také zástupci zaměstnanců i zaměstnavatelů. Věřím, že tyto prostředky pomohou nejohroženější skupině propuštěných zaměstnanců nalézt nová uplatnění a přispějí tak k diverzifikaci obchodu, jenž tvoří více než tři čtvrtiny estonského hospodářství. Věřím také, že prostředky, které budou Estonsku do roku 2019 poskytnuty, utlumí následky, které propouštění v chemickém průmyslu na jiná odvětví, včetně zpracovatelského, těžebního a energetického, mělo.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Jsem velmi rád, že tentokrát prostředky z globalizačního fondu směřují do tzv. nové členské země. Opakovaně jsem zde poukazoval na nevyváženost v tomto ohledu a konečně dochází v této věci k posunu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le Fonds européen d'ajustement à la Mondialisation (FEM), créé en 2006, vient en aide aux personnes ayant perdu leur emploi à la suite de changements structurels survenus dans le commerce international, à l'image de délocalisations ou de fermetures d'entreprises. J'ai voté pour que ce fonds soit mobilisé pour venir en aide aux 1 550 anciens salariés licenciés d'une entreprise estonienne de l'industrie chimique.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado com o intuito de garantir apoio complementar aos trabalhadores atingidos pelos efeitos de mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial.

Desde que foi criado, o Fundo tem permitido que milhares de recém-desempregados acedam a serviços profissionais de aconselhamento para a reintegração no mercado de trabalho, constituindo assim um apoio à criação de negócios próprios e de novas oportunidades de educação e de formação.

A candidatura ao Fundo, a fim de apoiar a reintegração, no mercado de trabalho, de 800 trabalhadores despedidos pelas empresas Eesti Energia AS, Nitrofert AS e Viru Keemia Grupp AS foi apresentada à Comissão no dia 28 de setembro de 2016.

Esta é a nona candidatura examinada no âmbito do orçamento de 2016 e refere-se à mobilização de um montante total de 1 131 358 EUR do FEG a favor da Estónia. A Comissão concluiu, de acordo com as disposições aplicáveis do Regulamento FEG, que a candidatura satisfaz as condições para uma contribuição financeira do FEG. Pelo acima exposto, voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this budgetary report giving consent to the use of EU funds. This vote was to approve EUR 1 131 358 (60% match funding) for 800 redundant workers in Estonia. The money will be used for things like payments for the cost of training, language training (since there is a large number of Russian speakers), debt counselling, psychological counselling, study allowances and mobility allowances, etc. The application relates to 3 enterprises (which manufacture chemicals and petroleum products) in Estonia that made 1550 people redundant.

UKIP opposes this use of EU dole money and British taxpayer's having to pay for poor economic decisions in other countries.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar importante a proposta de decisão da Comissão relativa à mobilização do FEG a favor da Estónia, a fim de apoiar a reintegração no mercado de trabalho de trabalhadores despedidos pelas empresas Eesti Energia AS, Nitrofert AS e Viru Keemia Grupp AS, que operam no setor económico de produtos químicos e de fibras sintéticas e artificiais, na região de Ida-Virumaa.

De acordo com a Comissão, os serviços personalizados a prestar aos trabalhadores despedidos, constituem medidas ativas do mercado de trabalho que se enquadram nas ações elegíveis definidas no artigo 7.º do Regulamento FEG. Contudo, estas ações não substituem medidas passivas de proteção social.

Além disso, o pacote de medidas proposto é consentâneo com as necessidades identificadas na estratégia de desenvolvimento regional da Estónia 2014-2020, bem como no Plano de Ação de Ida-Virumaa para 2015-2020. As autoridades estónias declaram ainda que o pacote coordenado de medidas é compatível com a mudança rumo a uma economia eficiente em termos de recursos e sustentável e apresenta um grande potencial para a facilitar.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil relative à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (demande présentée par l'Estonie – EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals). En effet, la mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation (FEM) est essentielle pour fournir une aide complémentaire aux travailleurs qui subissent les conséquences de restructurations comme dans le cas d'ESSTI ENERGIA AS, NITROFERT et VIRU KEEMIA GRUPPAS. Il s'agit d'une véritable plus-value sociale et solidaire de l'Union qui bénéficie directement aux travailleurs.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Šiek tiek keista atrodo idėja ES pinigais remti gamtą teršiančią naftos ir chemijos pramonę. Tačiau turint mintyje, kad ši neekologiška pramonės šaka neatlaikė rinkos ir globalizacijos spaudimo, o to aukomis tapo paprasti darbuotojai, šis atvejis yra puikus pavyzdys, kuriam ir buvo sukurta EGF. Labai noriu tikėti, jog skiriama parama pasitarnaus ir naujų ekologiškų verslų atsiradimui.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de un fondo para compensar, con acciones sobre todo formativas, a 800 trabajadores despedidos por cuatro compañías estonias, la mayoría de ellos rusohablantes, de los sectores petroquímicos, con claros problemas de competitividad con China. Como solemos decir, este fondo no resuelve el problema de empleo, que sólo puede ser subsanado con nuevos planes de inversiones con transiciones sectoriales, pero es un mecanismo que al menos da apoyo a las víctimas de estos procesos. Alternativamente habría que hacer un seguimiento de las empresas que recurren a estos fondos, porque unos de los riesgos es que en la práctica pudiesen estar facilitando procesos de relocalización. No parece el caso. Pero sin duda aboca a replantearse en términos de pensar en una línea alternativa a estos fondos.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de este fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, manteniendo una posición coherente con el resto de solicitudes de movilización de este fondo, puesto que puede redundar en una compensación para los trabajadores estonios afectados por los impactos de la globalización capitalista. Siendo consciente de que no se trata sino de una tirita en una herida, estos fondos pueden suponer un alivio para estos trabajadores, de ahí mi voto positivo.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Plne podporujem opatrenia, ktoré majú za cieľ nastaviť politiky vytvárajúce rast a pracovné miesta. Avšak nepovažujem Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii za správny a efektívny nástroj na tieto politiky. Preto som hlasoval proti.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – S uvoľnením prostriedkov z Európskeho globalizačného fondu pre estónsku vládu som súhlasila, pretože v Estónsku došlo k prepúšťaniu v súvislosti s negatívnym vývojom na celosvetovom trhu s ropou a chemikáliami. Globalizačný fond je určený na pomoc členským krajinám v prípadoch rozsiahleho prepúšťania, na ktoré podniky nemali priamy vplyv. Zároveň bolo niekoľko spoločností v Estónsku nútených prepustiť spolu až 1550 zamestnancov. Ide najmä o dôsledky nedávnych otrasov na svetovom trhu s ropou, ale situácia súvisí aj so všeobecným zhoršením postavenia Európy v rámci medzinárodného obchodu s hnojivami a konkurencie regiónov mimo Európy produkujúcich plyn s nízkymi nákladmi. Únia je v poslednej dobe vystavená silnej konkurencii Číny a postupne stratila svoje prvenstvo v celosvetovom predaji chemikálií, keďže túto pozíciu obsadila práve Čína. Z týchto dôvodom súhlasím s uvoľnením vyše 1,1 milióna EUR pre 800 prepustených pracovníkov, ktorí sa do týchto opatrení zapoja. Touto cestou sa pokryje až 60 percent nákladov, ktoré bude musieť Estónsko vynaložiť na školenia, odbornú prípravu, pracovnú prax, poradenstvo či príspevky na dopravu a bývanie. Keďže takéto okolnosti môžu zasiahnuť ktorýkoľvek členský štát Únie, globalizačný fond je dôležitým nástrojom, ktorý tieto výkyvy na trhu vyvažuje.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über die Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (Antrag Estlands – EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals)“ habe ich nicht zugestimmt.

Wir entscheiden laufend über Subventionen aus diesem Fonds. Der EGF verfügt im Zeitraum 2014-2020 über ein maximales Jahresbudget von 150 Millionen Euro. Ich lehne diesen Fonds grundsätzlich als Verschwendung von Geld der Steuerzahler ab. Der Fonds subventioniert Unterstützungsmaßnahmen, wenn sich ein Unternehmen mit seinem Geschäftsmodell im Wettbewerb nicht behaupten konnte. Der Fonds bedeutet zudem eine Überschreitung von Kompetenzen der EU. Es ist absurd, solche Rettungsmaßnahmen bei Wettbewerbsunfähigkeit von Einzelunternehmungen oder Branchen auf EU-Ebene zu beschließen, anstatt auf nationaler Ebene. Das ist mindestens ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip und zudem ein Verstoß gegen wirtschaftspolitische Lehren. Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gehört geschlossen und umgehend abgewickelt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europska unija je uspostavila neke instrumente za pružanje dodatne potpore radnicima koji su pogođeni posljedicama gospodarske krize i velikih promjena u međunarodnoj trgovini, kako bi im pomogla da se ponovno uključe na tržište rada. Jedan od predviđenih instrumenata je i Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF).

Velika otpuštanja utječu na lokalno i regionalno gospodarstvo, pogotovo u državama čija su gospodarstva manja i u nepovoljnijem položaju. Svrha EGF-a je financijska pomoć radnicima koji su proglašeni viškom. U slučaju podnošenja zahtjeva Estonije za mobilizaciju EGF-a, Parlament se slaže s Komisijom da su ispunjeni predviđeni uvjeti da Estonija stekne pravo na financijsku pomoć za usluge prilagođene potrebama otpuštenih radnika.

Stoga, podržavam izvješće o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji. V gospodarskem sektorju proizvodnje koksa in naftnih derivatov je prišlo v Estoniji do odpuščanja presežnih delavcev, zato je Estonija vložila vlogo za finančni prispevek iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji.

V ukrepih naj bi sodelovalo 800 do 1550 presežnih delavcev. Ker Estonija izpolnjuje vse pogoje, da pridobi sredstva iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji, sem poročilo podprla.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε πάντοτε την κινητοποίηση του ΕΤΠ, αφού τα χρήματα αυτά χρησιμοποιούνται για τη μετεκπαίδευση απολυμένων εργαζομένων και τη βοήθεια επανένταξής τους στην εργασία. Παρ' όλα αυτά πάντοτε σημειώνουμε πως το μέτρο αυτό δεν είναι αρκετό. Εκτός από το ΕΤΠ πρέπει να ενδυναμωθεί και το κοινωνικό κράτος, αλλά και να υπάρξουν μακροπρόθεσμες πολιτικές για την επανεκβιομηχάνιση των χωρών που επλήγησαν περισσότερο από την κρίση και τους επιβλήθηκαν πολιτικές λιτότητας και μνημόνια.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να κατανέμονται, κατά βάση, στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης διότι έτσι δημιουργούνται εξειδικευμένοι άνεργοι και δεν αντιμετωπίζεται η εν λόγω κατάσταση.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte, l'Europe doit continuer à prôner ses valeurs de solidarité.

Il s'agit de la neuvième demande examinée dans le cadre du budget de 2016, la deuxième sur l'industrie chimique et la première sur la cokéfaction et le raffinage; elle porte sur la mobilisation d'un montant total de 1 131 358 EUR du FEM en faveur de l'Estonie. Cette demande concerne 800 travailleurs licenciés, un nouveau drame social.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Estonia is a small open economy with a high reliance on exports of goods and services. As a result, the Estonian economy highly suffered from the recent volatility in the global oil and a general decrease in Europe's international trade. The high concentration of industries dependent on oil and gas prices in Northern area of Estonia was in particular badly hit by redundancies in the manufacture of petroleum and chemicals products. I voted in favour of the mobilisation of funds, EUR 1 131 358, which will benefit 1 550 Estonians in need of assistance to find employment and social security.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Estonija je podnijela zahtjev za financijski doprinos iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji nakon otpuštanja radnika u ekonomskim sektorima proizvodnje koksa i rafiniranih naftnih proizvoda te proizvodnje kemikalija i kemijskih proizvoda. Predložene su zajedničke mjere koje bi se financirale zatraženim iznosom od 1,1 milijun eura te obuhvaćaju, između ostalog, plaćanje troškova osposobljavanja, naknadu troškova osposobljavanja za poslodavce, osposobljavanje za tržište rada, naknadu za mobilnost i slično.

U izvješću je navedeno kako je Europska unija izgubila vodeći položaj u globalnoj prodaji kemikalija, a zbog pada cijena nafte smanjen je estonski izvoz mineralnih goriva te velik dio industrijskih grana u Estoniji ovisi o cijenama nafte i plina. Iz navedenih podataka jasno je da predložene mjere ne mogu pomoći oporavku sektorima koji se nalaze u izrazito nepovoljnom položaju u odnosu na treće zemlje, primjerice u odnosu na Kinu, kao ni otpuštenim radnicima.

Dugoročno rješenje je poticanje proizvodnje i razvoja gospodarstva Europske unije kroz smanjenje birokratskog aparata i snižavanje poreza. Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji sem podprla. Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji je bil ustanovljen za dodatno pomoč delavcem, ki so jih prizadele posledice večjih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih.

Komisija je 28. septembra 2016 sprejela predlog sklepa o uporabi sredstev ESPG v korist Estonije, da bi podprla ponovno vključevanje delavcev, ki so postali presežni v podjetjih Eesti Energia AS, Nitrofert AS in Viru Keemia Grupp AS, razvrščenih v oddelek 19 NACE Revizija 2 (Proizvodnja kemikalij in kemičnih izdelkov) v okrožju Ida-Virumaa (raven NUTS 2: EE00- Eesti), na trg dela.

To je deveta vloga, ki jo je treba preučiti v okviru proračuna za leto 2016, gre za skupni znesek 1.131.358 EUR iz ESPG za Estonijo. Nanaša se na 800 presežnih delavcev. Da bi uporabila sredstva sklada, je Komisija proračunskemu organu predložila zahtevo za prerazporeditev v skupnem znesku 1.131.358 EUR iz rezerve za ESPG.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de un fondo para compensar, con acciones sobre todo formativas, a 800 trabajadores despedidos por cuatro compañías estonias, la mayoría de ellos rusohablantes, de los sectores petroquímicos, con claros problemas de competitividad con China. Como solemos decir, este fondo no resuelve el problema de empleo, que sólo puede ser subsanado con nuevos planes de inversiones con transiciones sectoriales, pero es un mecanismo que al menos da apoyo a las víctimas de estos procesos. Alternativamente habría que hacer un seguimiento de las empresas que recurren a estos fondos, porque unos de los riesgos es que en la práctica pudiesen estar facilitando procesos de relocalización. No parece el caso. Pero sin duda aboca a replantearse en términos de pensar en una línea alternativa a estos fondos.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Europejski Fundusz Dostosowania do Globalizacji jest instrumentem pozwalającym niwelować negatywne skutki masowych zwolnień, które są konsekwencją globalnych zmian na rynku pracy i w handlu. Wniosek Estonii o uruchomienie pomocy z funduszu jest pokłosiem zawirowań na światowych rynkach ropy naftowej oraz osłabienia pozycji Europy w międzynarodowym handlu nawozami. Zmiany te spowodowały, że estońskie przedsiębiorstwa Eesti Energia AS, Nitrofert AS i Viru Keemia Grupp AS działające w tych dwóch branżach zmuszone były zamknąć zakłady lub ograniczyć produkcję, co pociągnęło za sobą zwolnienie 800 pracowników. Szkolenia, praktyki zawodowe, stypendia na zdobycie wykształcenia i zachęty do nauki języka estońskiego w ramach środków z funduszu będą dla tych pracowników nieodzownym wsparciem w powrocie na rynek pracy.

Polityki sprzyjające wzrostowi gospodarczemu i zatrudnieniu zasługują na poparcie. Zasadniczo jednak powątpiewam w to, czy mechanizm Europejskiego Funduszu Dostosowania do Globalizacji rzeczywiście jest narzędziem, które może efektywnie pomóc zwalnianym pracownikom w integracji na rynku pracy. Uważam, że każda sytuacja wymaga indywidualnej i ostrożnej oceny. Uruchomienie środków z funduszu w tej konkretnej sprawie jest moim zdaniem uzasadnione, dlatego w głosowaniu poparłem tę rezolucję.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alapot azért hozták létre, hogy kiegészítő támogatást nyújtson a világkereskedelemben bekövetkezett főbb strukturális változások következményei által sújtott munkavállalóknak. Támogattam a vonatkozó javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor. Se trata de un fondo para compensar, con acciones sobre todo formativas, a 800 trabajadores despedidos por cuatro compañías estonias, la mayoría de ellos rusohablantes, de los sectores petroquímicos, con claros problemas de competitividad con China. Como solemos decir, este fondo no resuelve el problema de empleo, que sólo puede ser subsanado con nuevos planes de inversiones con transiciones sectoriales, pero es un mecanismo que al menos da apoyo a las víctimas de estos procesos. Alternativamente habría que hacer un seguimiento de las empresas que recurren a estos fondos, porque unos de los riesgos es que en la práctica pudiesen estar facilitando procesos de relocalización. No parece el caso. Pero sin duda aboca a replantearse en términos de pensar en una línea alternativa a estos fondos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de movilizar el fondo, para reducir el impacto de las deslocalizaciones en la economía de los países afectados.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund (application from Estonia – EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals). The European Globalisation Adjustment Fund has been created in order to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. The Commission adopted a proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Estonia to support the reintegration in the labour market of workers made redundant to Eesti Energia AS, Nitrofert AS and Viru

Keemia Grupp AS operating in the NACE Rev. 2 Division This is the ninth application to be examined under the 2016 budget. It concerns 800 workers made redundant. 19 (Manufacture of chemicals and chemical products) in the Ida-Virumaa County (NUTS level 2: EE00 – Eesti). According to the Commission, the described measures constitute active labour market measures within the eligible actions set out in Article 7 of the EGF Regulation. I voted in favour because I believe that the coordinated package of measures is compatible with the shift towards a resource-efficient and sustainable economy.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización de este fondo Europeo de Adaptación a la Globalización, manteniendo una posición coherente con el resto de solicitudes de movilización de este fondo, puesto que puede redundar en una compensación para los trabajadores estonios afectados por los impactos de la globalización capitalista. Siendo consciente de que no se trata sino de una tirita en una herida, estos fondos pueden suponer un alivio para estos trabajadores, de ahí mi voto positivo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb ingestemd met het voornemen van de Europese Commissie om 1 131 358 EUR te betalen aan Estland omdat er 1550 ontslagen vielen bij Eesti Energia AS, Nitrofert AS en Viru Keemia Grupp AS, met collectieve beëindiging van arbeidsovereenkomsten als resultaat. Dit bedrag komt overeen met 60 % van de totale kosten van 1 885 597 EUR voor individuele dienstverlening, die bestaat uit steun voor formelestudiebetaling van de opleidingskosten, terugbetaling van opleidingskosten aan werkgevers, opleiding voor de arbeidsmarkt, werkervaring, schuldhulpverlening, psychologisch advies, studiebeurs voor wie een formele studie volgt, en studiebeurs en vergoeding voor reis- en verblijfkosten voor cursussen Estse taal. De ontslagen vielen naar aanleiding van goedkopere import uit China en ten gevolge van de globaliserende effecten op de markt.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Estónia apresentou a candidatura «EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals» a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de despedimentos de 1 550 trabalhadores.

Este instrumento perverso, destinado a cobrir os efeitos do capitalismo, merece a nossa condenação. O nosso voto favorável apenas decorre da nossa solidariedade com os trabalhadores vítimas de um sistema que é alimentado pela EU, com cujas consequências acabamos por lidar a cada sessão e todos os dias em cada país.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen weitreichender Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge im Zuge der Globalisierung leiden, zu unterstützen. Konkret geht es in diesem Vorschlag um die Inanspruchnahme dieses Fonds zugunsten von Arbeitnehmern in Estland, die bei den Unternehmen Eesti Energia AS, Nitrofert AS und Viru Keemia Grupp AS entlassen wurden. Positiv herauszuheben ist außerdem, dass Estland, aufgrund der Tatsache, dass die Entlassungen dieselbe Region betreffen, zwei Wirtschaftszweige in einem regionalen Antrag zusammengefasst hat, was zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands geführt hat. Ich halte den Antrag für gerechtfertigt und habe zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Yet again, this is an example of how the European Union supports people in its Member States to face the adverse effects of globalisation. Where workers in these heavy industries face redundancy, the EU provides financial assistance, expressing the core concept of European solidarity.

Although UK workers have not benefited from Globalisation Adjustment Funds, this kind of protection from global markets is one of the marked benefits of membership in a large trading bloc, and this is one among the many reasons the UK must remain a member of the European single market in any future eventuality.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'11 maggio l'Estonia ha presentato domanda per un contributo finanziario del FEG in seguito ai collocamenti in esubero effettuati da tre imprese operanti nei settori della fabbricazione di coke e prodotti derivanti dalla raffinazione del petrolio e nella produzione di prodotti chimici; i beneficiari degli interventi dovrebbero essere 800 su un totale di esuberi di 1 550 unità, con un contributo del FEG pari a circa 1,1 milioni di euro. Nonostante le tre aziende operino in due settori economici diversi (concimi minerali e olio di scisto), l'Estonia ha deciso di unire gli esuberi in una sola domanda regionale, in quanto sono avvenuti nello stesso luogo e nello stesso periodo e hanno inoltre coinvolto lavoratori con situazioni molto simili. Di base voto sempre a favore delle richieste riguardanti i FEG, ma in questo caso, data la natura delle imprese coinvolte e la loro particolare attività, ho ritenuto più opportuno astenermi, poiché se da un lato non voglio penalizzare i lavoratori, dall'altro non voglio nemmeno dare un messaggio di sostegno, seppure in maniera indiretta, a questi settori di produzione energetica, che non rispecchiano le mie priorità in materia.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Žiadosť Estónska o mobilizáciu fondu na prispôsobenie sa globalizácii som nepodporila. Rovnako ako pri hlasovaní o predchádzajúcich žiadostiach rôznych členských štátov súhlasím s tým, že pracovníkom, ktorí takto negatívne pociťujú štrukturálne zmeny vo svetovom obchode, je potrebné pomáhať, a oceňujem, že členské štáty zahajujú pomoc týmto prepusteným pracovníkom vo väčšine prípadov už v predstihu, či už peniaze z fondu získajú, alebo nie. Problém mám však s fondom samotným. Doteraz totiž neexistuje komplexné hodnotenie účinnosti fondu, neexistujú presné čísla, ktoré by nám hovorili, aké percento prepustených pracovníkov sa opäť zamestnalo s pomocou fondu a aké percento by to dokázalo aj bez jeho zásahu. Myslím si preto, že tento fond treba najskôr dôkladne preskúmať a zistiť, či by sa tieto financie nedali využiť lepším a efektívnejším spôsobom, ako sú z fondu financované kurzy na písanie životopisov.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji.

Estonija je vložila vlogo EGF/2016/003 EE/petroleum and chemicals za finančni prispevek iz ESPG zaradi odpuščanja presežnih delavcev. Estonija je tako upravičena do finančnega prispevka v znesku 1.131.358 EUR, ki zajema podporo za formalno izobraževanje, plačilo stroškov usposabljanja, povračilo stroškov za usposabljanje delodajalcev, usposabljanje za trg dela, delovno prakso, svetovanje glede dolgov, psihološko svetovanje, dodatek za študij v zvezi z udeležbo v formalnem izobraževanju, štipendije ter nadomestila za prevoz in nastanitev za učenje estonščine.

6.5. Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen (A8-0269/2016 - Dita Charanzová)

Dichiarazioni di voto orali

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Această directivă cere ca site-urile instituțiilor europene să fie accesibile cetățenilor Uniunii, iar aceasta se poate face prin armonizarea legislației. Asta am cerut în această directivă pe care tocmai am votat-o. În această modalitate, oamenii vor avea acces la informații, la servicii, vor putea găsi mai ușor locuri de muncă și, de asemenea, se vor reduce toate costurile. Vă imaginați că, dacă site-urile vorbesc între ele și comunică, oamenii le accesează și reducem costurile legate chiar de menținerea acestor site-uri.

În plus, directiva prevede și facilități pentru persoanele cu dizabilități, de exemplu, persoanele care sunt oarbe, parțial sau total; pentru ele se poate modifica pe aceste site-uri culoarea sau mărimea textului. De asemenea, se poate adăuga o nouă opțiune pentru citirea textului și descrierea audio a imaginii. Este, deci, o directivă binevenită. Problema este cum se va pune în practică. Să urmărim statele membre că o pun în practică așa cum trebuie spre interesul oamenilor. Mulțumesc.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tento návrh směrnice. Vystupoval jsem již včera na plénu, ale nestihl jsem říci celé své vyjádření, proto využívám tohoto institutu.

Na jedné straně velmi vítám, že zpřístupníme webové stránky veřejných institucí občanům EU a obecně zdravotně postiženým lidem, kteří chtějí se stránkami pracovat a chtějí informace z veřejného sektoru. Na druhou stranu a to je to, co jsem nestihl včera ještě dodat, nesouhlasím s tou částí, která v zásadě zavádí byrokratickou kontrolu této směrnice, kdy státy budou muset každý rok posílat zprávu o tom, jak je směrnice naplňována, Komisi a úředníci to budou vyhodnocovat.

Připadá mi to jako zbytečná, problematická zátěž, myslím si, že by bylo lepší, kdyby státní orgány reagovaly pouze na stížnosti občanů, pokud se ukáže nějaké pochybení, ne aby se zde scházely tisíce zpráv v Bruselu a ty pak někdo vyhodnocoval. Takže dobrá myšlenka, ale ta kontrola, podle mého názoru, není příliš domyšlená.

Matt Carthy (GUE/NGL). – Go raibh maith agat, a Leas-Uachtaráin. Chaith mé vóta i bhfabhar na tuairisce seo. Dé réir na tuairisce ba chóir go mbeadh riachtanais bhunúsacha ann maidir le soláthar eolais ar shuíomhanna eagraíochtaí poiblí. Tagann an tuairisc seo ó Choinbhinsiún na Náisiún Aontaithe um Chearta na nDaoine faoi Mhíchumas (CPRD), atá sínithe ag Rialtas na hÉireann ó 2007, ach nach bhfuil curtha i bhfeidhm acu go fóill.

Cuirfidh na rialacha seo le héascaíocht léitheoireacht agus úsáid, mar aon le leagan amach. Déanfaidh na rialacha seo teacht ar eolas níos éasca tríd *apps* nó suíomhanna na n-eagraíochtaí poiblí. Tá athruithe mar seo thar a bheith tábhachtach do dhaoine faoi mhíchumas, gó háirithe i dtíortha mar Éire, inar tháinig laghdú ar thacaíocht do dhaoine faoi mhíchumas de dheasca ciorruithe le hocht mbliana anuas. Go raibh maith agat.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Bhíos i bhfabhar dar ndóigh na tuarascála seo agus glacadh leis gan vóta agus mo ghrúpa agus mé féin ina bhfabhar.

The recommendation, which aims to introduce standardised accessibility features on websites of public sector bodies, and the proposed policy, would render said platforms more accessible, enhance monitoring and reporting standards and identify the dissemination of information as a priority.

I note the exclusion of websites held by public service broadcasters and their subsidiaries, thus essentially distinguishing the web accessibility directive from the Audiovisual Media Services Directive. I believe that these recommendations will enhance the application of current frameworks in this domain whilst providing the foundation for future policy. This again is another step in the right direction as we try and move to a digital single market, which would add billions to the European economy as part of the policy of this Commission.

Dichiarazioni di voto scritte

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe puesto que la accesibilidad a los servicios públicos debe ser la prioridad de cualquier aplicación web del sector público. Considero fundamental que el sector público deba ser vanguardia tanto en el desarrollo de aplicaciones web, como en todo tipo de servicios accesibles para garantizar el acceso y la participación efectiva a los derechos de todos los ciudadanos. La diversidad funcional no debe ser un límite para el ejercicio del derecho, y es fundamental que el sector público sea el garante de esta máxima que debe ser aplicación universal. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την προσβασιμότητα των ιστοτόπων και των εφαρμογών για φορητές συσκευές των οργανισμών του δημόσιου τομέα, διότι πιστεύω ότι, σε μια ψηφιακή κοινωνία χωρίς αποκλεισμούς, είναι σημαντικό να εξασφαλίζεται η πρόσβαση όλων σε ιστοτόπους και εφαρμογές για φορητές συσκευές των φορέων του δημοσίου τομέα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit Hilfe dieser Richtlinie sollen neue Regeln zur Barrierefreiheit getroffen werden, die sicherstellen sollen, dass Webseiten und mobile Anwendungen öffentlicher Stellen für alle Menschen zugänglich sind. Ziel dieser Richtlinie ist, vor allem auch Menschen mit Behinderung oder älteren Menschen einen barrierefreien Zugang zu Informationen und Dienstleistungen im Internet zu ermöglichen. Dies kann erreicht werden, indem beispielsweise Videos mit Untertiteln versehen, Bildvergrößerungsprogramme angeboten oder Mittel geschaffen werden, die die Bedienung eines Computers ohne Maus ermöglichen. Ich begrüße diesen Vorschlag ausdrücklich.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public qui doivent être «perceptibles, utilisables, robustes et compréhensibles», afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Elle fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées).

L'amélioration du marché unique serait une très bonne raison de voter contre mais l'attention que porte le texte à l'endroit des personnes âgées et des personnes handicapées justifie de s'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report was approved in Parliament without a vote.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl per pirmąjį svarstymą priimtos Tarybos pozicijos siekiant priimti Europos Parlamento ir Tarybos direktyvą dėl viešojo sektoriaus institucijų interneto svetainių ir mobiliųjų programų prieinamumo. Pritariu, kad viešojo sektoriaus institucijose būtina užtikrinti interneto svetainių ir mobiliųjų programų prieinamumą ne tik vartotojams, bet ir asmenims su negalia.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'une directive sur laquelle mon opinion est mitigée. L'attention portée aux personnes âgées et handicapées, pour qui l'accessibilité des sites et applications mobiles des organismes du secteur public devrait être rendue optimale, est forcément un pas dans la bonne direction mais le texte dans son ensemble œuvre pour un renforcement du marché unique, ce qui ne peut se faire qu'au détriment des travailleurs français. J'ai donc préféré m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Cette proposition de directive concerne l'accessibilité pour tous les utilisateurs du contenu des sites web des organismes du secteur public et des sites web exploités par des entités remplissant des missions publiques, et en particulier pour les personnes handicapées et les personnes âgées.

J'ai voté en faveur de ce texte car il apparaît important que l'ensemble des citoyens européens puissent bénéficier des informations nécessaires dans leurs interactions avec l'administration publique.

Afin d'atteindre cet objectif, cette proposition de directive vise à rapprocher les dispositions législatives et réglementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres. Elle établit des exigences minimales pour les sites web et les applications mobiles d'organismes du secteur public tout en veillant à ce que celles-ci n'imposent pas une charge disproportionnée à ces organismes. Les États membres devront également encourager et faciliter les programmes de formation relatifs à l'accessibilité des sites web et des applications mobiles.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La grande rivoluzione digitale che si sta realizzando sotto i nostri occhi porta con sé numerose opportunità ma anche diverse incognite, soprattutto per quelle persone che, trovandosi in condizioni di disabilità, rischiano di essere più vulnerabili a fenomeni di esclusione dovuti ad un mancato adattamento delle nuove tecnologie alle loro esigenze. Già oggi 80 milioni di cittadini europei presentano una disabilità e con l'invecchiamento della popolazione questo dato sembra destinato a crescere, raggiungendo i 120 milioni entro il 2020. La relazione Charanzová, che oggi ho sostenuto con il mio voto, affronta il tema dell'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti mobili partendo proprio da queste considerazioni. Grazie alle nuove norme, i siti web e le applicazioni mobili degli enti pubblici come amministrazioni, tribunali, ospedali pubblici e università, dovranno soddisfare degli standard comuni di accessibilità. Gli enti pubblici avranno inoltre l'obbligo di fornire e aggiornare regolarmente una dichiarazione di accessibilità particolareggiata sulla conformità alla direttiva dei loro siti web e applicazioni, includendo spiegazioni in caso di contenuti non accessibili che dovranno essere opportunamente motivati.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre accesibilidad a sitios web, porque plantea la armonización de unos requisitos mínimos a nivel europeo que garanticen el acceso a la información en las páginas web. El texto es una segunda lectura, para la cual la Comisión hizo su primera propuesta en 2012, en el contexto de la adopción de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad en 2006. Se hizo esta propuesta en particular para aumentar la accesibilidad web (sitios web y aplicaciones móviles) de los proveedores de servicios públicos para todas las personas, incluidas las personas con discapacidad. La Directiva destinada a la que se establecen unos requisitos mínimos armonizados para garantizar el acceso de todos, sobre todo en el ámbito del acceso a la información. El Parlamento trató de extender el ámbito de aplicación de la Directiva y aplicar medidas adicionales en el ámbito de la vigilancia, información y ejecución. En segunda lectura el Consejo ha llegado a un acuerdo, que es apoyado por el Parlamento sin enmiendas.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero felicitar a la ponente, la señora Charanzová, por este informe sobre la accesibilidad de los sitios web y las aplicaciones para móviles de los organismos del sector público. Es una Recomendación para la segunda lectura en la cual transciende el acuerdo al que han llegado las dos instituciones legisladoras. Es fundamental que esta Directiva se transponga en los plazos establecido en el texto para que entre en vigor lo antes posible en los Estados miembros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport concernant l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public.

Si je salue en effet l'intention de rendre les sites internet du secteur public plus accessibles, notamment pour les personnes handicapées ou encore les personnes âgées, souvent victimes de fractures générationnelles, il convient d'être lucide sur les intentions de la Commission européenne.

Depuis quelques temps, en effet, celle-ci s'est saisi de l'enjeu d'accessibilité – qui n'avait jamais paru être l'une de ses priorités – pour en faire le cheval de Troie de toujours plus d'intégration avec l'expansion du marché intérieur et du marché unique numérique.

Je condamne cette récupération politique d'un enjeu qui touche aux problèmes concrets auxquels doivent faire face les personnes souffrant de handicap ou les personnes âgées.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo condivisibili ed apprezzabili gli obiettivi della proposta di direttiva sull'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici. Al giorno d'oggi è importante garantire questo tipo di servizio ai cittadini, soprattutto a coloro che finora non ne hanno potuto usufruire, ad esempio persone con difficoltà della vista e gli anziani. I servizi di tecnologia del web possono infatti rivelarsi un valido aiuto, per questo sono favorevole a questa proposta di direttiva.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rekomendaciją, kurioje pritarėme itin svarbios direktyvos dėl viešojo sektoriaus institucijų interneto svetainių ir mobiliųjų programų prieinamumo priėmimui.

Šis svarbus europinis sprendimas palies milijonus regos, judėjimo ar kitą negalią turinčius žmones. Naujomis taisyklėmis siekiama užtikrinti geresnį viešojo sektoriaus tinklalapių ir mobiliųjų programų prieinamumą neįgaliesiems ir vyresnio amžiaus žmonėms. Šiuo metu dalies interneto svetainių turinys nėra jiems pritaikytas arba neturi didesnį pasiekiamumą užtikrinančių priemonių, pavyzdžiui, alternatyvaus teksto, aprašančio paveikslėlius, arba nėra girdimos informacijos. Naudotis kompiuteriu ir naršyti internete žmonėms su negalia padės įvairios pagalbinės priemonės, tokios kaip ekrano skaitytuvai arba įranga, padedanti valdyti kompiuterį galvos judesiais.

Dėl naujųjų taisyklių jau sutarta su visomis valstybėmis narėmis, todėl šiandien pritarus Parlamente šioms taisyklėms nebelieka jokių kliūčių įsigalioti ir pagerinti mobiliųjų programų naudojimą neįgaliems žmonėms. Valstybės narės jas turės perkelti į nacionalinės teisės aktus per 21 mėnesį.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási eszközök, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Így egyértelmű volt, hogy szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. Živimo u digitalnom dobu te svi građani trebaju biti jednako tretirani kada je u pitanju pristup informacijama. Ova Direktiva je važan korak prema inkluzivnom digitalnom društvu, osiguravajući da će web stranice i mobilne aplikacije morati biti dostupne svima u tijelima javnog sektora.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – L'amélioration du marché unique est une très bonne raison de voter contre mais l'attention que porte le texte à l'endroit des personnes âgées et des personnes handicapées motiverait plutôt le choix de l'abstention. Il n'y a pas de vote car le texte était en seconde lecture.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'articolo 9 della convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità impone agli Stati membri e all'UE di prendere adeguati provvedimenti per garantire l'accesso paritario di tali persone anche alle tecnologie dell'informazione e della comunicazione, inclusa Internet. Già nel 2012 la Commissione europea aveva presentato una proposta di direttiva volta a garantire la parità di accesso alle informazioni, navigazione web e gestione delle applicazioni mobili degli enti pubblici sia per le persone affette da forme di disabilità fisica o psichica, che verso persone caratterizzate da una età avanzata e da una scarsa dimestichezza con lo strumento digitale. Internet è diventato uno strumento essenziale per ottenere e fornire informazioni e servizi. Risulta quindi più che mai importante garantire che tutti i cittadini possano riuscire a percepire e comprendere i siti web e le applicazioni mobili e interagirvi adeguatamente. Nell'UE circa 80 milioni di persone sono affette da una disabilità. E con l'invecchiamento della popolazione europea, il dato dovrebbe aumentare a 120 milioni entro il 2020. Un approccio comune per garantire l'accessibilità alla rete è un presupposto per una società digitale inclusiva, che sfrutti appieno i vantaggi del mercato unico digitale per promuovere dignità, partecipazione e corretta informazione.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta lettura e discussione in aula ho dato il mio voto positivo alla raccomandazione per la seconda lettura relativa all'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici, sulla scorta delle seguenti considerazioni: – la necessità di accedere ad informazioni e servizi della pubblica amministrazione in modo completo, rapido e trasparente passa per l'utilizzo delle piattaforme web, non solo per il reperimento di informazioni generali, ma anche per quelle di dati sensibili e per l'estrazione di certificati; – questo si traduce in una implementazione della trasparenza e della efficienza amministrativa, due parametri fondamentali per valutare il buongoverno della PA; – di conseguenza, il concetto di efficienza amministrativa si è progressivamente e velocemente trasferito dal mondo reale a quello virtuale, il che ha posto nuove sfide, quali la messa a punto di siti accessibili a tutti gli utenti, in particolare alle persone con limitazioni funzionali tra cui i disabili; – in quest'ottica, i siti web devono essere strutturati in modo tale da consentire una corrispondenza biunivoca tra utente-cittadino e macchina amministrativa, consentendo anche di scaricare moduli e di realizzare l'evasione di pratiche digitali e l'autenticazione, nonché transazioni.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report in which this EU Directive is expected to set minimum conditions for accessibility to public sector bodies' websites and it also requires regular monitoring and reporting of the sites and apps accessibility by Member States. The European Parliament worked hard at covering also mobile applications. Certain content will be excluded, but only of not needed for essential administrative procedures. This is all done without creating a disproportionate burden and the exclusion of websites held by public service broadcasters and their subsidiaries. Monitoring and reporting mechanism worked on a two layered system ensuring better application.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo testo in cui si richiede che i siti web degli enti pubblici e le loro applicazioni «mobili» siano accessibili agli oltre 167 milioni di cittadini con disabilità che vivono all'interno dell'UE. La proposta indica alcuni standard comuni che i siti web degli enti pubblici devono rispettare in termini di navigazione, interazione, leggibilità, comprensione, design del sito web. In questo modo gli enti pubblici dovranno fornire e aggiornare regolarmente una dichiarazione dettagliata, completa e trasparente sulla conformità dei loro siti web alla direttiva, evidenziando le eventuali parti non accessibili del contenuto e le ragioni di tale inaccessibilità.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Viviamo in un'era digitale, in cui le tecnologie della comunicazione ci permettono di essere sempre informati e in costante collegamento anche con le nostre istituzioni pubbliche. Tutti i cittadini europei devono poter godere dei benefici offerti dalla digitalizzazione, specialmente in materia di accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici. Ho votato a favore del documento perché sostengo fortemente l'obiettivo di migliorare l'accessibilità dei servizi online offerti dagli enti pubblici, soprattutto per le persone con disabilità. Non devono esserci ostacoli per l'accesso a tali servizi, ogni cittadino dell'UE deve avere le stesse opportunità di essere informato e di comunicare online con gli enti pubblici. Ultimo, ma non meno importante, credo che le misure di armonizzazione previste dalla direttiva porteranno, più in generale, significativi benefici al mercato unico digitale, favorendo approccio comune e chiarezza nelle regole sull'accessibilità dei siti web.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την ψήφιση νομοθετικού πλαισίου που θα διασφαλίζει τη δυνατότητα πρόσβασης όλων των ατόμων με αναπηρίες σε όλες τις ιστοσελίδες και τους ιστοτόπους των δημόσιων οργανισμών και υπηρεσιών.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Viviamo nell'era digitale, i nostri figli crescono imparando ad avere a che fare con dispositivi tecnologici ancor prima di saper leggere e scrivere, di conseguenza gli Stati devono prendere atto dei tempi moderni e adattarsi fornendo risposte adeguate. Pertanto ho votato favorevolmente a una proposta che puntualizza fermamente la necessità da parte di tutti i prestatori di servizi pubblici di sicurezza nella trasmissione delle informazioni e di proteggere i dati personali. Da ciò si deduce che la conformità alle prescrizioni in materia di accessibilità del web e alla sicurezza ad essa connessa dovrebbero essere sottoposte ad un monitoraggio continuo da parte di un'autorità competente in ciascuno Stato membro nelle vesti di organismo responsabile del controllo. La direttiva stabilirà, inoltre, condizioni minime per l'accessibilità. L'esito atteso è quello di snellire, agevolare e sveltire il contatto con gli enti pubblici e i loro servizi contribuendo così alla crescita economica ed occupazionale. Troppo spesso infatti abbiamo assistito a progetti affossati da tempi biblici o da impedimenti di natura comunicativa, dunque ci si appresta a sradicare fenomeni di tal genere.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote on the accessibility of the websites and mobile applications of public sector bodies and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A presente directiva visa aproximar as disposições legislativas, regulamentares e administrativas dos Estados-Membros relacionadas com os requisitos de acessibilidade dos sítios Web e das aplicações móveis dos organismos do setor público, permitindo, assim, que esses sítios Web e essas aplicações móveis sejam mais acessíveis para os utilizadores, em especial para as pessoas com deficiência.

Apoio o Relatório Charanzóva que vem aprovar a posição do Conselho em primeira leitura, permitindo, assim, que se eliminem os obstáculos no seio do mercado interno, resultantes da falta de harmonização das abordagens nacionais para a acessibilidade da Web.

É inconcebível que, nos dias de hoje, a Internet não seja uma realidade para todos, havendo segregação no acesso à informação e na plena realização dos seus direitos por milhões de cidadãos europeus.

Congratulo-me que com esta nova Diretiva se facilite o acesso destas pessoas à informação e aos serviços públicos na Internet, contribuindo para uma sociedade inclusiva e para a concretização do mercado único digital, passando os sítios Web e as aplicações móveis de organismos do setor público, tais como os serviços administrativos, judiciais e policiais até aos hospitais, universidades e bibliotecas, a ter de cumprir normas comuns europeias em matéria de acessibilidade.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze das mit dem Rat verhandelte Ergebnis der Richtlinie. Wir müssen behinderten und älteren Menschen den Zugang zu Daten und Dienstleistungen im Internet erleichtern und dazu benötigen wir unterstützende „Tools". Mit dieser Richtlinie schaffen wir eine ausgewogene Lösung: Festschreibung der konkreten Mindestvoraussetzungen für den barrierefreien Zugang, ohne dass den öffentlichen Stellen ein unangemessener Verwaltungsaufwand aufgebürdet wird.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione perché la direttiva riguarda un ambito molto importante per il rapporto fra l'amministrazione e i cittadini, ovvero l'accessibilità ai siti web degli enti pubblici. L'accessibilità verrà garantita anche attraverso le applicazioni per dispositivi mobili e la normativa sarà applicabile agli enti di tutti i settori pubblici, fissando delle condizioni minime di accessibilità e prevedendo che soltanto i contenuti che non sono necessari per le procedure amministrative essenziali possano non essere raggiungibili sui siti web. Inoltre la direttiva permetterà ai cittadini di richiedere informazioni *on demand* qualora i contenuti ricercati non siano presenti sul sito web e avrà la possibilità attraverso un *feedback mechanism* di notificare all'ente eventuali disfunzioni del servizio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor del presente informe puesto que la accesibilidad a los servicios públicos debe ser la prioridad de cualquier aplicación web del sector público. Considero fundamental que el sector público deba ser vanguardia tanto en el desarrollo de aplicaciones web, como en todo tipo de servicios accesibles para garantizar el acceso y la participación efectiva a los derechos de todos los ciudadanos. La diversidad funcional no debe ser un límite para el ejercicio del derecho, y es fundamental que el sector público sea el garante de esta máxima que debe ser aplicación universal. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione che intende adottare la direttiva relativa all'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici, in quanto ritengo che sia un passo importante verso un mercato unico digitale inclusivo a livello europeo. Questa direttiva mira, infatti, a rendere internet sempre più accessibile a tutti i cittadini, in vista della necessità di beneficiare della società digitale per accedere e fornire informazioni e servizi. Il mercato europeo dei prodotti e servizi legati all'accessibilità del web ha un valore stimato in 2 miliardi di euro, i siti web accessibili non superano il 10% e 120 milioni di cittadini europei saranno affette da disabilità entro il 2020. Questi dati confermano che c'è un grosso margine di miglioramento e di utilità nell'implementazione di un mercato e di un'economia digitali al servizio dei cittadini. Perciò, sostengo il processo di armonizzazione delle politiche in materia di accessibilità del web, in primis a favore degli enti pubblici, affinché possano assolvere al meglio le proprie funzioni e raggiungere il maggior numero di persone.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za dyrektywą w sprawie dostępności stron internetowych i aplikacji mobilnych instytucji sektora publicznego, ponieważ w pełni popieram jej cel. Zharmonizowanie obowiązujących w państwach członkowskich przepisów dotyczących zwiększenia dostępności zarówno stron internetowych, jak i aplikacji głównie dla osób niepełnosprawnych (w szczególności niewidomych, niedowidzących i słabo słyszących) jest bardzo istotne. Umożliwienie zmiany koloru i rozmiaru tekstu, wyposażenie w funkcję mowy do odczytywania tekstu i opisywania obrazów oraz umożliwienie przeglądania bez myszki są niektórymi z głównych praktycznych rozwiązań ułatwiających dostępność dla osób niepełnosprawnych. Z zadowoleniem przyjmuję przepisy dyrektywy, dlatego też zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Websites and mobile applications should be accessible for all. We are living in a digital age and all citizens should be treated equally when it comes to access to information. This is why I am in favour of this directive as it aims at approximating the laws of the Member States on the accessibility of websites of public sector bodies by defining harmonised requirements. I believe that this directive provides a framework for cheaper web accessibility and would be beneficial for governments and citizens. I am in favour of this report as it also improves the accessibility for the blind, the deaf and persons with functional disabilities and promotes an inclusive digital society.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I very much welcome this report, which will help ensure that, as digital tools are increasingly used by public sector administrations, improving their efficiency, these tools are developed with the needs of people with disabilities in mind, helping to achieve equality of access for all. This is very much in line with the work the UK has already undertaken in ensuring integrated support for people with disabilities in digital policy, and achieving the same level of accessibility across the EU is to be welcomed.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Dalla fine degli anni Sessanta, quando si è sviluppato per la prima volta per ragioni di difesa, Internet è diventato il principale mezzo di comunicazione di massa e uno degli strumenti essenziale per fornire e ottenere informazioni e servizi da tutto il mondo. Con il voto a larghissima maggioranza di oggi, il Parlamento europeo dà il via libera ad una serie di norme a livello dell'UE che serviranno per rendere più facile ed accrescere la piena accessibilità dei siti web e anche delle applicazioni mobili degli enti pubblici, quali smartphone e tablet, per operazioni come la dichiarazione dei redditi, per pagare le tasse o per iscriversi all'università. Un passaggio chiave nel contesto della realizzazione di un mercato unico digitale più inclusivo e universale che punta ad abbattere tutti gli ostacoli che tuttora sono presenti, soprattutto per persone appartenenti a categorie più deboli, quali i disabili, gli anziani e i non vedenti. La piena diffusione e accessibilità alle tecnologie digitali, al web e applicazioni mobili che forniscono servizi e-government, rappresentano i requisiti fondamentali per diffondere a tutti - nessuno escluso- i benefici della rivoluzione digitale in corso.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif a pour objectif d'améliorer l'accessibilité des sites web d'organismes publics aux personnes handicapées et aux personnes âgées, et fait suite à la proposition de la Commission d'établir une directive européenne. Ce texte fixe des conditions minimales d'accessibilité des sites web des administrations, des hôpitaux publics, des services de police ou encore des tribunaux, afin de faciliter la navigation internet et les démarches en ligne, telles que la déclaration d'impôt. Les États membres devront nommer une autorité pour assurer le suivi et la bonne application de ces règles. Les citoyens pourront également signaler un problème d'accès des sites web ou demander le contenu des informations non disponibles.

Considérant que l'accès aux informations, des organismes publics et aux services en lignes peut améliorer sensiblement la vie des personnes handicapées et âgées, et de tous les citoyens européens, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte relatif à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public. Alors que les organismes publics ont de plus en plus recours à des sites web pour accomplir leur mission de service public, il est essentiel d'assurer l'accessibilité de ces plateformes à tous les citoyens, notamment les personnes âgées ou handicapées. En harmonisant la législation relative à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public, nous assurons à l'ensemble des citoyens européens un accès complet aux plateformes internet des organismes publics, nous permettons à ces organismes publics de profiter d'un marché plus compétitif et nous restructurons le marché pour que les opérateurs économiques puissent se développer.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à rendre les sites internet et les applications des administrations publiques, hôpitaux, tribunaux et d'autres secteurs publics plus accessibles aux porteurs de handicaps et aux personnes âgées. Ces sites et applications utilisées sur des appareils mobiles devront désormais respecter des normes d'accessibilité communes. Les services publics devront désormais fournir et mettre à jour régulièrement une déclaration d'accessibilité détaillée, complète et claire concernant le respect de ces normes par leurs sites internet et applications. Un mécanisme de signalement devra également être mis en place pour permettre aux utilisateurs d'indiquer les problèmes et de demander une information spécifique si le contenu visé n'est pas accessible. Certains types de contenus sont cependant exclus de la portée de la directive. Il s'agit de contenus qui ne sont pas nécessaires dans des procédures administratives.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási eszközök, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Így egyértelmű volt, hogy szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public. Ces derniers doivent être «perceptibles, utilisables, robustes et compréhensibles», afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Le texte fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, les sites internet et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées). Bien que ce texte soit une justification supplémentaire au très critiquable marché unique, l'attention qu'il porte à l'égard des personnes âgées ou handicapées m'a fait préférer l'abstention.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Cada vez mais a administração pública coloca à disposição dos cidadãos serviços em linha. No entanto, atualmente existem cerca de 80 milhões de pessoas na UE com algum tipo de deficiência para quem o acesso a estes tipos de serviços não é fácil.

A nova diretiva já acordada entre os negociadores do Parlamento Europeu e dos governos nacionais pretende assegurar que os organismos do setor público tomam as medidas necessárias para tornar os seus sítios Web e as suas aplicações móveis mais acessíveis tornando-os percetíveis, operáveis, compreensíveis e robustos.

As entidades públicas terão que desenvolver instrumentos, como lupas ou leitores de ecrã, para ajudar os mais idosos e as pessoas com deficiência a utilizar os seus websites e aplicações. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: texte technique. L'amélioration du marché unique est une très bonne raison de voter contre, mais l'attention que porte le texte à l'endroit des personnes âgées et des personnes handicapées motiverait plutôt le choix de l'abstention.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Consideramos globalmente positiva a proposta que visa introduzir a acessibilidade obrigatória para determinados tipos de *sites* de organismos públicos (Estado, região, locais e os organismos de direito público), em serviços eletrónicos essenciais do governo, como os serviços em rede, no sector bancário, na educação, na segurança social, nos serviços de saúde, em serviços de inclusão social e de atividades culturais.

Esta diretiva pretende melhorar a vida dos cidadãos, especialmente as pessoas com deficiência e os idosos, no que toca à acessibilidade destes *sites* de organismos públicos, tendo em conta que muita da informação disponível se encontra online.

Contudo, consideramos que deve ser salvaguardado que os Estados-Membros que já desenvolveram as suas políticas e padrões nacionais de acessibilidade, com base na WCAG 2, devem estar isentos da aplicação desta diretiva. Desta forma, evitam-se custos adicionais para os serviços nacionais, regionais, locais e outras autoridades públicas.

Por outro lado, a disponibilização destes serviços em plataforma digital não pode em caso algum significar a supressão ou limitação de acesso aos mesmos serviços através das infraestruturas tradicionais. A ausência de acesso à internet ou a incapacidade de utilizar este recurso e a iliteracia funcional são uma realidade que não pode ser negligenciada e que afeta uma parte significativa da população.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Hlavným cieľom predmetnej smernice je zlepšiť prístupnosť a dostupnosť webových stránok verejného sektora a ich obsahu pre obyvateľov s určitým druhom postihnutia, ale aj pre staršiu populáciu. Tieto opatrenia pomôžu hlavne osobám so zrakovým postihnutím alebo osobám, ktoré majú výrazne zhoršený zrak, a takisto aj osobám, ktoré majú problémy so sluchom, prípadne trpia určitými ťažkosťami s pohybom. Európska únia musí mať na pamäti, že digitalizácia spoločnosti napreduje obrovskou rýchlosťou a že žijeme v digitálnom svete. Všetci obyvatelia by mali mať rovnaké príležitosti, pokiaľ ide o prístup k informáciám. Táto smernica prinesie pozitívne výsledky pri budovaní digitálnej spoločnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della proposta per migliorare l'accessibilità dei siti web e delle applicazioni per smartphone degli enti pubblici.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την σχετική έκθεση, καθώς δεν θεωρώ πως η κάθε προσπάθεια οργάνωσης και εισαγωγής στην ηλεκτρονική τεχνολογία του δημοσίου τομέα, που είναι φυσικά αναγκαία, πρέπει να σχετίζεται με την ενιαία αγορά ή την απεριόριστη μετακίνηση ανθρώπων. Ταυτόχρονα, η πρωτοβουλία αυτή χάνει τον πραγματικό της στόχο και δημιουργεί φυσιολογικές και δικαιολογημένες αντιδράσεις.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report as it will help improve government transparency for citizens.

I welcome the commitment to improving access to websites for those with a disability. It is important that everyone should be able to access and contact bodies which make decisions that affect their lives.

The UK has been at the forefront of the digitalisation of services and information and I am glad the EU recognises the importance of access to digital information.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering the fact that we live in a digital age, all citizens should be treated equally when it comes to access to information, this Directive is an important step towards an inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

I welcome the achievements made by the report, such as limiting vast exclusions in the scope as suggested by the Council, e.g. inclusion of school websites insofar as relates to essential administrative functions. Further, I welcome the fact that we achieved the extension of the scope to mobile applications, and inclusion of an enforcement and feedback mechanism in the implementation of the directive in the Member States.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Ezért szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási eszközök, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Így egyértelmű volt, hogy szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que debemos asegurar que la Administración electrónica sea accesible para todos los ciudadanos europeos. Necesitamos reformas aplicables también a los servicios ofrecidos por el sector privado, desde la banca a las cadenas de televisión y los hospitales privados. Por lo tanto, es necesario que adoptemos pronto una norma europea para garantizar que los servicios tanto públicos como privados son accesibles. Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – È deplorabile constatare come ancora oggi, nel pieno dell'era digitale, l'informazione dei siti web e l'accessibilità alle applicazioni del settore pubblico siano vincolate a restrizioni che ne impediscono un uso ampio e indiscriminato. Una società civile ed emancipata non può permettere che categorie che quotidianamente convivono con disagi e disabilità, siano anche estraniate da un accesso all'informazione libero e semplificato. Mi compiaccio pertanto dei inviti contenuti nella relazione «Accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici» che ho supportato con il mio voto, nell'auspicio che il sapere, la conoscenza, l'informazione non restino ingabbiati in sterili barriere, utili solo a rendere più forte la minaccia di esclusione sociale per le categorie più vulnerabili.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der parlamentarischen „Disability Intergroup" habe ich selbstverständlich für den Bericht „Barrierefreier Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen" gestimmt. Ich unterstütze das Anliegen, öffentliche Stellen auch digital vollkommen barrierefrei zu machen.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – W Unii Europejskiej jest około 80 mln osób niepełnosprawnych. Do 2020 r. liczba ta może wzrosnąć nawet do 120 mln, ponieważ społeczeństwo się starzeje.

Zważywszy że internet stał się jednym z głównych źródeł informacji, a także ważnym narzędziem świadczenia usług, kwestią nadrzędną jest, aby każdy miał dostęp do stron internetowych i aplikacji mobilnych.

W dniu dzisiejszym Parlament Europejski poparł pierwsze unijne przepisy, dzięki którym strony internetowe i aplikacje mobilne organów sektora publicznego będą dostosowane do potrzeb osób niepełnosprawnych i starszych. Dyrektywa ma zagwarantować dostępność stron i aplikacji poprzez uczynienie ich bardziej funkcjonalnymi i zrozumiałymi. Istnieje też szereg narzędzi, które umożliwiają korzystanie ze stron internetowych osobom niepełnosprawnym, takich jak specjalne czytniki ekranu lub urządzenia pozwalające na pracę na komputerze bez użycia myszki.

Wspólne działanie wszystkich krajów członkowskich na rzecz zapewnienia dostępności stron internetowych obywatelom Unii przyczyni się do rozwoju integracyjnego społeczeństwa cyfrowego oraz upowszechnienia korzyści płynących z jednolitego rynku. Spełnienie tych wymogów dotyczących stron sektora publicznego jest szczególnie ważne, ponieważ dzięki nim obywatele będą mieli dostęp do szeregu usług publicznych.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre accesibilidad a sitios web, porque plantea la armonización de unos requisitos mínimos a nivel europeo que garanticen el acceso a la información en las páginas web. El texto es una segunda lectura, para la cual la Comisión hizo su primera propuesta en 2012, en el contexto de la adopción de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad en 2006. Se hizo esta propuesta en particular para aumentar la accesibilidad web (sitios web y aplicaciones móviles) de los proveedores de servicios públicos para todas las personas, incluidas las personas con discapacidad. La Directiva destinada a la que se establecen unos requisitos mínimos armonizados para garantizar el acceso de todos, sobre todo en el ámbito del acceso a la información. El Parlamento trató de extender el ámbito de aplicación de la Directiva y aplicar medidas adicionales en el ámbito de la vigilancia, información y ejecución. En segunda lectura el Consejo ha llegado a un acuerdo, que es apoyado por el Parlamento sin enmiendas.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. We live in a digital age. All citizens should be treated equally when it comes to access to information. This directive is an important first step towards an all-inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási formák, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire az technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, így például a rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, továbbá az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker, hogy a végrehajtás során már be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This proposed Directive aims at the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States on the accessibility of websites from public sector bodies, in order to improve the functioning of the internal market. It lays down the rules according to which Member States must ensure that the websites and mobile applications of public sector bodies respect the accessibility requirements. This directive would provide valuable guidelines in this area and therefore, I voted in favour of the regulation.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The report outlines the accessibility requirements for websites and mobile applications of public sector bodies. These requirements will be a clear improvement for people with disabilities. Moreover, the directive tried to ensure that these new rules do not impose too much of a burden on public sector bodies. Since this is a balanced report, my group and I have voted in favor of it.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно достъпността на уеб-сайтовете и мобилните приложения на органите от обществения сектор, тъй като смятам, че той ще подпомогне изграждането на силно и приобщаващо цифрово общество. Хармонизирането на правилата по отношение на мерките за цифрова достъпност в Европа ще допринесе за постигане на повече интегрираност на единния пазар, предоставяне на по-широка информираност и възможност за избор за европейските граждани и не на последно място – ще улесни достъпа и използването на услуги за хората с увреждания.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Nacrt zakonodavne rezolucije o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja direktive Europskog parlamenta i Vijeća o lakšem pristupu internetskim stranicama i mobilnim aplikacijama tijela javnog sektora (09389/1/2016 – C8-0360/2016 – 2012/0340(COD)), s obzirom da se time želi osigurati dostojanstvo, jednaka prava, olakšati život, učiniti ga kvalitetnijim i pružiti nove mogućnosti za bolju integraciju u radni, društveni i privatni život starijih i invalidnih osoba.

Digitalno vrijeme donosi nove mogućnosti, ali i nove prepreke. Upravo ovaj zakon donosi nova rješenja koja bi trebala još više približiti „e-government" da bude dostupan svima, a osobito građanima s invaliditetom. Cijena ne smije biti prepreka za omogućavanje lakšeg pristupa mrežnim stranicama i aplikacijama javnoga sektora. Podržavam ovaj zakon koji bi što prije trebao biti usvojen i primijenjen na svim razinama javne vlasti u EU-u i zemljama članicama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte, dont on ne peut critiquer l'engagement sincère en faveur de la défense des végétaux, sous-entend une remise en cause de la mondialisation à laquelle je m'associe. Il n'en demeure pas moins qu'une cause louable ne dispose pas toujours des moyens les plus appropriés. Si, à l'évidence, un meilleur contrôle des organismes est nécessaire, la Commission renforce dans le même temps ses prérogatives. En conséquence, à elle de dresser la liste des organismes nuisibles et de faire procéder à l'élimination des plantes contaminées.

Je me suis donc abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí směrnice Evropského parlamentu a Rady o přístupnosti webových stránek a mobilních aplikací subjektů veřejného sektoru, která se zabývá překážkami pro osoby se zdravotním postižením, protože je potřeba zajistit odstranění bariér v této oblasti. Směrnice zabezpečí adekvátní dostupnost informací nevidomým, neslyšícím i jinak zdravotně postiženým lidem. Zvukové soubory na webových stránkách budou například opatřeny titulky a zrakově postiženým lidem bude zprostředkován zvukový popis grafických vyobrazení.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Dita Charanzoza relatif à l'accessibilité des sites web d'organismes du secteur public. La directive impose aux États membres de se doter de règles respectant les exigences d'accessibilité notamment pour les personnes handicapées, des contenus disponibles sur internet et des applications mobiles. Je salue cette initiative qui s'inscrit dans la stratégie européenne en faveur des personnes handicapées.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. En effet, la directive sur l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public vise à introduire des critères d'accessibilité contraignants à l'échelle de l'Union, afin de rendre le contenu de ces sites accessibles à tous les utilisateurs et plus particulièrement aux personnes handicapées et aux personnes âgées. Le PPE a réussi à imposer plusieurs points durant la négociation, permettant d'obtenir un texte qui allie droits d'accessibilité et exigences raisonnables.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen soll im Rahmen der Europäischen Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen 2010-2020 — eGovernment-Aktionsplan – verbesserte Bedingungen schaffen, die einen einfacheren Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Ich hätte diesem Bericht zugestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. We live in a digital age. All citizens should be treated equally when it comes to access to information. This Directive is an important first step towards an all-inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE), *schriftlich*. – Ich freue mich sehr, dass es uns endlich gelungen ist, die Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu den Websites und Apps öffentlicher Stellen zum Abschluss zu bringen.

Nachdem gegenwärtig immer mehr öffentliche Stellen dazu übergehen, ihre Serviceleistungen für die Bürgerinnen und Bürger auch über das Internet anzubieten, blieb Menschen mit geistigen oder körperlichen Einschränkungen der Zugang zu diesen oft verwehrt.

In der EU leben rund 80 Mio. Menschen mit einer Behinderung. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder andere. Also dürfen wir sie gerade beim technischen Fortschritt nicht vergessen! Ganz im Gegenteil. Wir müssen geeignete Strukturen und Instrumente schaffen, um noch bestehende Barrieren weiter abzubauen.

Die Richtlinie über den barrierefreien Zugang zu den Websites und Apps öffentlicher Stellen ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie schafft Mindestvoraussetzungen für den barrierefreien Zugang und ermöglicht es zukünftig allen Menschen, auf die Websites und Apps von öffentlichen Stellen zugreifen zu können. Dabei ist es gelungen, eine ausgewogene Lösung zu finden, die allen Betroffenen zugutekommen wird. Zu weitreichende Vorschriften hätten das Risiko erhöht, dass einfach weniger Inhalte veröffentlicht werden. Was zum Schaden aller Nutzer wäre.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Mint ismeretes, az Európai Parlament által 2011. október 25-én elfogadott jelentésemben már hangsúlyoztam, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási eszközök, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások. Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyek a vonatkozó ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak, és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban. A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és észszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatásokat, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Így egyértelmű volt, szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This report concerns a proposal from the UN on the Rights of Persons with Disabilities. The aim of this report is to increase the web-accessibility (websites and mobile applications) of public service for all people, including people with disabilities. There was some improvements in this second reading, the report presented some new technical specificities in particular that some common accessibility requirements must be fulfilled. I voted in favour of this report.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Изразих подкрепата си за създаване на Директива относно достъпността на уебсайтовете и мобилните приложения на организациите от обществения сектор, тъй като тя цели сближаване на законовите, подзаконовите и административните разпоредби на държавите членки относно достъпността на уебсайтовете на публичните органи. С нея се определят хармонизирани технически изисквания, които са от съществено значение за участието на гражданите в икономиката и социалния живот, както и за пълноценното ползване на техните права. Достъпността на интернет страниците на публичните институции ще бъде обект на постоянен мониторинг.

Приетата директива засяга преди всичко страниците на данъчните служби, бюрата по труда, социалноосигурителните институции, както и тези, предоставящи услуги като издаване на паспорти и свидетелства за управление на МПС, регистрация на МПС, издаване на разрешения за строеж, актове за раждане и сключване на граждански брак. В обхвата попадат и услуги, свързани със здравето, като интерактивни съвети, онлайн услуги и записване на час за лекар, както и такива, свързани с образованието – кандидатстване във ВУЗ, достъп до библиотечни каталози.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – There is no doubt that we should approve the directive on the accessibility of the websites and mobile application of public sector bodies. It is our moral duty to guarantee that people with disabilities will have better access to information published on the websites and mobile applications of public services. Thus, in this matter, we will not only help Europeans with disabilities to participate fully in society but also will make another step in the process of building of EU digital society.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Esprimo parere favorevole sulla proposta sull'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici. Secondo le statistiche, quasi 80 milioni di persone nell'Unione hanno una disabilità che limita il loro accesso a internet, numeri che, molto probabilmente, aumenteranno fino a 120 milioni entro il 2020. Per tali ragioni la raccomandazione del Parlamento delinea le condizioni minime per poter rendere accessibili ai disabili e agli anziani i siti web degli enti pubblici tra cui amministrazioni, tribunali, ospedali, e università. Così facendo, queste persone avranno accesso ad alcuni contenuti anche tramite le applicazioni di cellulari e tablet, e potranno effettuare attività come dichiarazione dei redditi, richiesta d'indennità e pagamento delle tasse. Ho deciso di votare a favore della raccomandazione.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires, ainsi que les pratiques administratives des États membres, en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public, afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Elle fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public, respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées). Malgré notre opposition constante à l'égard du marché unique, l'attention particulière qui est portée aux aînés et aux personnes handicapés nous aurait poussés à l'abstention mais le texte est passé sans vote en deuxième lecture.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe puesto que la accesibilidad a los servicios públicos debe ser la prioridad de cualquier aplicación web del sector público. Considero fundamental que el sector público deba ser vanguardia tanto en el desarrollo de aplicaciones web, como en todo tipo de servicios accesibles para garantizar el acceso y la participación efectiva a los derechos de todos los ciudadanos. La diversidad funcional no debe ser un límite para el ejercicio del derecho, y es fundamental que el sector público sea el garante de esta máxima que debe ser aplicación universal. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de Directiva establece disposiciones técnicas específicas por las que los Estados miembros hagan accesible el contenido de determinados tipos de sitios web de organismos del sector público (que ofrecen información y servicios esenciales para la participación de los ciudadanos en la economía y la sociedad).

La Directiva tiene por objeto aproximar las disposiciones legales, reglamentarias y administrativas de los Estados miembros sobre la accesibilidad de los sitios web de los organismos del sector público, mediante la definición de requisitos armonizados.

Doy mi voto favorable a este importante instrumento legislativo de promoción de la accesibilidad de los sitios web y las aplicaciones para móviles, consciente de que queda camino por recorrer para que la accesibilidad sea total.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – U 2012. Komisija je predstavila svoj prijedlog za Direktivu o dostupnosti web stranica javnog sektora čiji je cilj predstaviti pristupačnost za sve korisnike. Iako su mnoge države članice već poduzele mjere za lakši pristup internetskim stranicama, još postoje značajne razlike između zakonodavstava.

Dostupnost web sadržaja od velikog je značaja tijelima javnog sektora, kako bi mogli proširiti svoj doseg i ispuniti svoje javne obveze, dok sam njihov broj brzo raste. Direktiva ima za cilj približiti zakone, propise i upravne odredbe država članica u vezi s pristupačnošću svim korisnicima za sadržaj web stranica tijela javnog sektora. Direktiva će utvrditi minimalne uvjete za dostupnost internetskih stranica, a zahtijeva redovito praćenje i izvješćivanje o njihovoj dostupnosti od strane država članica.

Zahvaljujući naporima Parlamenta, Direktiva obuhvaća i mobilne aplikacije, a opseg je proširen na sva tijela u javnom sektoru. Direktiva također omogućuje pojedincima da zatraže određene informacije „na zahtjev" ukoliko je sadržaj nedostupan. Osim toga, korisnici imaju mogućnost prijaviti bilo kakve nepravilnosti web stranice ili aplikacije. Budući da će građani imati koristi od šireg pristupa online usluga javnog sektora, podržala sam ovu preporuku.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing.* – I support the proposed directive, which aims at the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States on the accessibility of websites from public sector bodies, in order to improve the functioning of the internal market. It lays down the rules according to which Member States must ensure that the websites and mobile applications of public sector bodies respect the accessibility requirements.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – V súvislosti s digitalizáciou a rozširujúcimi sa elektronickými službami sa zvyšujú požiadavky na prístupnosť webových sídel a mobilných aplikácií subjektov verejného sektora. Verejný sektor môže poskytovaním takýchto služieb lepšie, efektívnejšie a flexibilnejšie komunikovať s obyvateľmi, informovať ich o svojich službách a činnosti a zvýšiť tak svoju transparentnosť a zodpovednosť. Takáto forma komunikácie je zvlášť dôležitá pre osoby so zdravotným postihnutím, ktoré tak majú zabezpečenú možnosť získavania potrebných informácií a lepšiu možnosť aktívneho občianskeho života. Zároveň je tu široký priestor pre firmy podnikajúce s elektronickými službami a tvorbou webových stránok a mobilných aplikácií. Vyvstáva potreba zjednotiť a harmonizovať minimálne požiadavky na poskytovanie a tvorbu týchto služieb, preto návrh na prijatie smernice Európskeho parlamentu a Rady o prístupnosti webových sídel a mobilných aplikácií subjektov verejného sektora podporujem.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Στηρίζω τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έγκρισης της οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την προσβασιμότητα των ιστοτόπων και των εφαρμογών για φορητές συσκευές των οργανισμών του δημόσιου τομέα, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Le numérique représente une excellente façon d'imposer l'harmonisation du marché unique aux États membre en instaurant des règles communes. Néanmoins, le fait qu'il encourage la facilité d'accès aux sites internet ne peut être perçu négativement.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu.* – Pritariau rekomendacijai dėl viešojo sektoriaus institucijų interneto svetainių ir mobiliųjų programų prieinamumo.

Šis sprendimas suteiks daugiau galimybių regos, judėjimo ar kitą negalią turintiems asmenims naudotis viešojo sektoriaus tinklalapiais ir mobiliosiomis programomis. Naujos taisyklės numato konkrečias priemones, pavyzdžiui, alternatyvaus teksto, aprašančio paveikslėlius, arba girdimos informacijos pateikimą interneto svetainėse.

Dėl šių taisyklių sutarta su visomis valstybėmis narėmis, todėl šiandien pritarus Parlamente šioms taisyklėms nebelieka jokių kliūčių įsigalioti ir pagerinti mobiliųjų programų naudojimą neįgaliems žmonėms. Valstybės narės jas turės perkelti į nacionalinės teisės aktus per 21 mėnesį.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* – Cette directive précise la mise en oeuvre de l'accessibilité sur tous les sites internet du secteur public. L'accessibilité est régie par des règles techniques du W3C (World Wide Web Consortium) et de la WAI (Web Accessibility Initiative) pour permettre l'accès aux contenus web aux personnes en situations de handicap (sourds, aveugles, handicapés moteurs) et aux seniors (baisse de la vue, etc.). Il est fondamental de promouvoir l'accessibilité du web pour le plus grand nombre. Cela fait partie des principes que je défends avec la neutralité du web et la protection des données des utilisateurs de services sur internet. Cette démarche va donc dans le bon sens. Cependant, ce rapport se place (comme toujours) dans le contexte de la constitution du marché unique du numérique:

uniformisation des règles d'accessibilité dans tous les pays de l'Union pour pouvoir faire appel, potentiellement, à toutes les agences de l'Union. Sous couvert d'améliorer l'accès des personnes en situation de handicap aux sites web il s'agit en réalité de renforcer la concurrence et les pressions sur les États membres. Le procédé est déloyal. J'avais voté contre ce texte en première lecture, je maintiens mon opposition et vote contre pour être aussi incompréhensible que les textes en question.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Elle fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées). Malgré notre opposition constante à l'égard du marché unique, l'attention particulière qui est portée aux ainés et aux personnes handicapés nous aurait poussés à l'abstention mais le texte est passé sans vote en deuxième lecture.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente diretiva ajudará os Estados-Membros a cumprirem os seus compromissos nacionais no que respeita à acessibilidade da Web, assim como o seu compromisso no âmbito da Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos das Pessoas com Deficiência no que respeita aos organismos do setor público.

O que se propõe é a harmonização das medidas nacionais para o setor público a nível da UE como condição necessária para acabar com esta fragmentação e falta de confiança no mercado da acessibilidade da Web. A presente diretiva incide sobre os sítios Web dos organismos do setor público, porque estes organismos fornecem informações e serviços essenciais para os cidadãos e porque as encomendas públicas só por si já podem criar um mercado seguro e de dimensão razoável para os criadores de sítios Web.

A harmonização conduzirá à criação de melhores condições de mercado, mais empregos, à redução do custo da acessibilidade da Web e à criação de sítios Web mais acessíveis: uma tripla vitória para os governos, as empresas e os cidadãos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this legislative resolution, which calls for measures to improve the accessibility of the sites and apps run by public sector bodies. It is of the utmost importance that no segment of the Union's population is left behind in our drive towards a digital economic and the sharing of information between governments and citizens.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le nombre de sites web qui fournissent des services d'administration en ligne (environ 380 500 dans l'Union) et de sites web du secteur public (plus de 761 000 dans l'Union) est en augmentation rapide. La plupart des États membres ont déjà soit adopté des mesures législatives, soit pris d'autres mesures sur l'accessibilité du web. Il reste néanmoins des différences considérables entre ces lois et mesures. Or, les approches nationales non harmonisées en matière d'accessibilité du web créent des obstacles au sein du marché intérieur européen. La présente directive vise à rapprocher les dispositions législatives et réglementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public, afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Elle fixe les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité en les rendant perceptibles, utilisables, compréhensibles et robustes. J'accueille donc très favorablement cet objectif d'harmonisation.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because we all live in a digital age, and therefore all citizens should be treated equally when it comes to access to information. This directive is an important step towards an inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a közszférabeli szervezetek honlapjainak és mobilalkalmazásainak akadálymentesítéséről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadására. A Parlament 2014. február 26-án alakította ki első olvasatbeli álláspontját. Az ezt követő egyeztetések után a Tanács is elfogadta első olvasatbeli álláspontját, a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság pedig jelentésében azt ajánlja, hogy a Parlament ezzel második olvasatban értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public qui doivent être «perceptibles, utilisables, robustes et compréhensibles», afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. Cette directive fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées). Le souci apporté par le texte à ces publics fragiles aurait tempéré notre volonté de nous opposer au texte (adoption sans vote).

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A evolução para uma sociedade digital oferece aos utilizadores novas formas de acederem à informação e aos serviços. Os fornecedores de informação e serviços, assim como os organismos do setor público, confiam cada vez mais na Internet para produzir, coligir e disponibilizar uma vasta gama de informações e serviços por via eletrónica, que são essenciais para o público.

No âmbito da presente diretiva, o termo «acessibilidade» deverá ser entendido como os princípios e técnicas a observar na conceção, construção, manutenção e atualização de sítios Web e aplicações móveis, de forma a tornar os seus conteúdos mais acessíveis aos utilizadores, em especial a pessoas com deficiência.

Defendo uma relação estreita no sentido de ajudar os Estados-Membros a cumprirem os seus compromissos nacionais no que respeita à acessibilidade da Web, assim como o seu compromisso no âmbito da Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos das Pessoas com Deficiência no que respeita aos organismos do setor público.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'amélioration du marché unique et son extension à tous les secteurs de l'économie ne devraient pas être une fin en soi. Je note une volonté de rendre plus accessibles certains services aux personnes âgées, ce qui est positif. Pas de vote sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – We live in a digital age, and all citizens should be treated equally when it comes to access to information. This directive is an important first step towards an all-inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport était relatif à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles d'organismes du secteur public. Il s'agissait d'un texte en deuxième lecture pour lequel aucun amendement de rejet n'a été déposé. Ce texte a donc été approuvé sans vote.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation regarding the adoption of a directive on the accessibility of the websites and mobile applications of public sector bodies.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu EP a Rady ve 2. čtení, která znamená zvýšení požadavků dostupnosti webových stránek a mobilních aplikací orgánů veřejné správy a plné zapojení všech občanů včetně starších lidí a postižených osob do informační společnosti a jednotného digitálního trhu. Schválená směrnice po obsahové stránce vlastně přebírá již existující technické standardy (např. možnost pohybovat se po webových stránkách bez použití myši) a zajišťuje, že požadavky dostupnosti nebudou pro veřejné orgány znamenat nepřiměřenou administrativní zátěž.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Den Bericht für einen barrierefreien Web-Zugang für Behinderte und ältere Menschen empfinde ich als eine sehr gute Forderung, welche ich nur unterstützen kann. Ich habe mich daher auch für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiiv ühtlustab liikmesriikide seadusandlusi, et parandada ühisturu toimimist.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς η προσβασιμότητα των ιστοτόπων και των εφαρμογών για φορητές συσκευές των οργανισμών του δημόσιου τομέα, δηλαδή των φορέων που παρέχουν πληροφορίες και υπηρεσίες που είναι απαραίτητες για τους πολίτες, πρέπει να εξασφαλίζεται για όλους τους χρήστες, ιδίως για τα άτομα με αναπηρία, που ανέρχονται σε 80 εκατομμύρια ανθρώπους και αποτελούν το 15% του δυνητικού ενεργού πληθυσμού της ΕΕ. Τα κράτη μέλη και η ΕΕ πρέπει να λάβουν τα κατάλληλα μέτρα ώστε να εξασφαλίζεται, σε ισότιμη βάση, η πρόσβαση των ατόμων με αναπηρία, μεταξύ άλλων, σε τεχνολογίες επικοινωνιών και πληροφοριών, συμπεριλαμβανομένου του διαδικτύου Οι μη εναρμονισμένες εθνικές προσεγγίσεις όσον αφορά την ιστο-προσβασιμότητα δημιουργούν εμπόδια στην εσωτερική αγορά. Προτείνεται λοιπόν εναρμόνιση των εθνικών μέτρων για τον δημόσιο τομέα σε επίπεδο ΕΕ ως απαραίτητη προϋπόθεση για να τεθεί τέρμα σε αυτόν τον κατακερματισμό και την έλλειψη εμπιστοσύνης στην αγορά ιστο-προσβασιμότητας. Η εναρμόνιση θα οδηγήσει σε βελτίωση των συνθηκών της αγοράς, περισσότερες θέσεις εργασίας, χαμηλότερο κόστος ιστο-προσβασιμότητας και περισσότερο προσβάσιμους ιστότοπους.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È indubbio che internet sia diventato uno strumento essenziale per ottenere e fornire informazioni e servizi, di conseguenza, risulta quindi più che mai importante garantire che tutti i cittadini possano riuscire a percepire e comprendere i siti web e le applicazioni mobili e interagirvi. Ritengo che la proposta in esame sia un passo necessario per assicurare l'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobile degli enti da parte di tutti. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Uspostava web stranica javnih tijela koje nude informacije i usluge esencijalne za sudjelovanje građana u društvu i ekonomiji, kao što su informacije o porezu, socijalnom osiguranju, registraciji vozila, osobnim dokumentima i sl. predmet su javnog interesa. Građani, a pogotovo stariji i osobe s invaliditetom, imaju težak pristup ovim informacijama.

Zato se treba zalagati da se takve web stranice urede na način koji bi bio pristupačan i jednostavan za korištenje - da korisnici mogu lako i konzistentno gledati i pretraživati stranice s jednostavnom interakcijom i razumijevanjem sadržaja. Podržavam ovu Direktivu zato što je potrebna uspostava i usklađivanje zakona i administrativnih odredaba zemalja članica u vezi dostupnosti pristupu web stranicama javnih tijela, što ova Direktiva i traži.

Također, izlaže i tehničke odredbe kako će zemlje članice web stranice učiniti dostupnima za sve. Ova je Direktiva važna kako bi se poboljšalo tržište uslugama koje se tiču digitalnog pristupa podacima te da bi se omogućio pristup svim građanima, a pogotovo starijima i osobama s invaliditetom. Uz sve rečeno, ključno je omogućiti korisnicima da daju svoje mišljenje, kritike i prijedloge kako bi se ovakve web stranice mogle i dalje razvijati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La directive proposée vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public qui doivent être «perceptibles, utilisables, robustes et compréhensibles», afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur. La cause des handicapés est ainsi hypocritement utilisée pour la défense du marché intérieur et de l'intégration européenne… Ce texte est adopté sans vote.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Stvaramo digitalno društvo u Europi i potrebni su nam novi načini pristupanja informacijama i uslugama. Tijela javnog sektora, kao i ostali ponuditelji, sve se više oslanjaju na internet pri proizvodnji, sakupljanju i ponudi širokog raspona informacija i usluga od temeljne važnosti za javnost. Moramo pri kreaciji stranica voditi računa i o svim našim građanima s invaliditetom, imajući na umu i Konvenciju UN-a o pravima osoba s invaliditetom.

Lak pristup internetskim stranicama je od velike važnosti za tijela javnog sektora, širenje dosega što je više moguće ključno je za ispunjavanje njihovih dužnosti. Broj internetskih stranica što nude javne usluge raste te je daljnji rad na harmonizaciji nacionalnih mjera na EU razini potreban. Moramo stati na kraj fragmentaciji tržišta, kao i gubitku vjere u ponudu usluga na internetu. Građanima s invaliditetom moramo omogućiti lak pristup javnim servisima na internetu, pomoći da uživaju u svojim pravima diljem naše Unije. Ovo je važan korak prema digitalnom društvu u kojem sudjeluju svi građani.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Consideramos globalmente positiva a proposta que visa introduzir a acessibilidade obrigatória para determinados tipos de *sites* de organismos públicos (Estado, região, locais e os organismos de direito público), em serviços eletrónicos essenciais do governo, como os serviços em rede, no sector bancário, na educação, na segurança social, nos serviços de saúde, em serviços de inclusão social e de atividades culturais.

Esta diretiva pretende melhorar a vida dos cidadãos, especialmente as pessoas com deficiência e os idosos, no que toca à acessibilidade destes *sites* de organismos públicos, tendo em conta que muita da informação disponível se encontra *online*.

Contudo, consideramos que deve ser salvaguardado que os Estados-Membros que já desenvolveram as suas políticas e padrões nacionais de acessibilidade, com base na WCAG 2, devem estar isentos da aplicação desta diretiva. Desta forma, evitam-se custos adicionais para os serviços nacionais, regionais, locais e outras autoridades públicas.

Por outro lado, a disponibilização destes serviços em plataforma digital não pode em caso algum significar a supressão ou limitação de acesso aos mesmos serviços através das infraestruturas tradicionais. A ausência de acesso à internet ou a incapacidade de utilizar este recurso e a iliteracia funcional são uma realidade que não pode ser negligenciada e que afeta uma parte significativa da população.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La direttiva stabilirà le condizioni minime per rendere i siti web degli enti pubblici accessibili alle persone con disabilità. Grazie agli sforzi del Parlamento l'accordo coprirà anche le applicazioni dei cellulari e il campo di applicazione viene esteso a tutti gli enti del settore pubblico (quindi al di là delle 12 categorie inizialmente proposte dalla Commissione). Alcuni contenuti potranno essere esclusi, ma solo se non necessari per procedure amministrative essenziali. Gli enti pubblici dovranno preparare una «dichiarazione di accessibilità» riguardante la loro conformità alla direttiva, spiegando quali parti del loro sito web o dell'applicazione non sono accessibili. La direttiva permetterà anche di richiedere informazioni specifiche «on-demand» se il contenuto è inaccessibile. Si tratta di una proposta legislativa di buon senso che potrà migliorare concretamente la vita di quei cittadini che soffrono di disabilità. Ho votato a favore dell'approvazione di questa raccomandazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles d'organismes du secteur public. Cette directive a pour objectif d'introduire des critères contraignants au niveau de l'Union européenne, pour rendre le contenu des sites davantage accessible, particulièrement aux handicapés.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Em 2012, a Comissão apresentou uma proposta de Diretiva relacionada com a estandardização de requisitos de acessibilidade de páginas web e de aplicações móveis de organismos públicos. Após a aprovação do Parlamento Europeu em primeira leitura, e no seguimento de um acordo nas negociações com o Conselho, uma segunda leitura é agora submetida a votação.

A proposta tem como intuito facilitar o acesso ao conteúdo das plataformas dos organismos públicos a todos os utilizadores, com especial atenção àqueles que possuam necessidades especiais. A Diretiva estipula a introdução de condições mínimas de acessibilidade, tal como requer a monotorização e a comunicação regular dos sítios web e aplicações móveis dos organismos públicos dos Estados-Membros.

Porque a informação e os serviços públicos disponíveis na Internet devem corresponder a padrões de uma sociedade inclusiva, apoio o presente texto e, nesse sentido, o meu voto é favorável.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a approuvé aujourd'hui une nouvelle directive garantissant que les sites web des organismes du secteur public sont toujours accessibles aux personnes handicapées.

Selon la rapporteure libérale Dita Charanzová, plus de 80 millions de citoyens vont profiter de ce nouveau cadre juridique qui entrera en vigueur dans environ deux ans.

Il en sera donc bientôt fini du parcours du combattant que vivent au quotidien principalement les non-voyants, les sourds ainsi que les personnes ayant des limitations fonctionnelles. Avec cette nouvelle directive, les citoyens ayant une déficience visuelle entendront, par exemple, des descriptions d'images lors de l'utilisation d'un lecteur d'écran, et les malentendants verront des sous-titres pour les fichiers audiovisuels s'ils accèdent à des sites d'organismes du secteur public au sein de l'Union.

L'accessibilité du web pour tous les citoyens sera désormais la loi du pays en Europe pour tous les sites web et les applications des autorités gouvernementales. Comme la promotion de l'égalité ne doit pas s'arrêter à la porte du numérique, il est important d'envisager d'ores et déjà la prochaine étape, à savoir réfléchir à l'adoption d'un acte législatif sur l'accessibilité du web du secteur privé (commerce en ligne, banque et assurance) pour les personnes handicapées.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Esta Diretiva tem por objetivo melhorar a acessibilidade aos *websites* do sector público e ao seu conteúdo por parte de cidadão com algum tipo de incapacidade, mas também para os mais idosos.

Vivemos numa era digital e todos os cidadãos devem ser tratados de igual forma no que respeita ao acesso à informação. Esta Diretiva é um importante passo na direção de uma sociedade digital inclusiva, assegurando que as instituições do sector público tornam os seus *websites* e aplicações acessíveis a toda a gente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Alrededor de 80 millones de personas en la Unión tienen una discapacidad. Con el envejecimiento de la población, el número de personas con discapacidad o dificultades asociadas a la edad para acceder a internet va a seguir aumentando.

Como socialista, considero que es nuestra responsabilidad como sociedad, mejorar las condiciones de vida de nuestros conciudadanos y para ello resulta esencial aumentar la accesibilidad a la información y servicios del sector público en la era digital. Por ello, he votado a favor de esta directiva que representa un paso importante hacia una sociedad digital incluyente.

Con las nuevas normas, las páginas web y aplicaciones móviles de todos los organismos públicos -instancias gubernamentales, tribunales, policía, hospitales, universidades o bibliotecas- tendrán que cumplir estándares comunes de accesibilidad y, desde esta Cámara también nos hemos asegurado de que las aplicaciones utilizadas en teléfonos móviles y tabletas estarán sujetas a la nueva legislación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de résolution législative sur la position du Conseil en première lecture sur la directive relative à l'accessibilité des sites internet et des applications mobiles des organismes du secteur public. Cette directive va permettre une meilleure accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public pour les personnes handicapées. Celle-ci est essentielle puisque plus de 80 millions de personnes dans l'Union sont touchées par un handicap et elle s'inscrit dans le cadre de la stratégie européenne 2010-2020 en faveur des personnes handicapées et de l'article 9 de la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées. Son entrée en vigueur prochaine souligne la volonté européenne d'endosser un rôle de leader en la matière.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em 2012, a Comissão Europeia apresentou a sua proposta de Diretiva sobre a acessibilidade aos *websites* de organismos do sector público. Além do objetivo de introduzir recursos de acessibilidade padronizados dentro da UE, pretende-se ainda que o processo de acesso a esse conteúdo seja fácil e acessível a todos os utilizadores.

Esta diretiva visa estabelecer condições mínimas para a acessibilidade aos sítios *web* de forma igualitária, requerendo para tal um acompanhamento regular da avaliação de funcionamento por parte dos Estados-Membros. Para além disso, também as aplicações móveis passaram a estar incluídas na Diretiva, após proposta do Parlamento Europeu.

Os organismos públicos devem ainda preparar uma «declaração de acessibilidade»- de acordo com a Diretiva em apreço, permitindo assim a nova legislação aos cidadãos solicitar informações mais específicas, caso o conteúdo seja ou esteja inacessível, tendo ainda a oportunidade de notificar quaisquer falhas do *website* ou aplicação.

Pelas melhorias substanciais que considero que esta Diretiva trará ao atual sistema após ser implementada, votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre accesibilidad a sitios web, porque plantea la armonización de unos requisitos mínimos a nivel europeo que garanticen el acceso a la información en las páginas web. El texto es una segunda lectura, para la cual la Comisión hizo su primera propuesta en 2012, en el contexto de la adopción de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad en 2006. Se hizo esta propuesta en particular para aumentar la accesibilidad web (sitios web y aplicaciones móviles) de los proveedores de servicios públicos para todas las personas, incluidas las personas con discapacidad. La Directiva destinada a la que se establecen unos requisitos mínimos armonizados para garantizar el acceso de todos, sobre todo en el ámbito del acceso a la información. El Parlamento trató de extender el ámbito de aplicación de la Directiva y aplicar medidas adicionales en el ámbito de la vigilancia, información y ejecución. En segunda lectura el Consejo ha llegado a un acuerdo, que es apoyado por el Parlamento sin enmiendas.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen gestimmt.

Der Vorschlag der Kommission über den barrierefreien Zugang zu Websites öffentlicher Stellen datiert aus dem Jahr 2012 und soll EU-weit standardisierte Zugangsmerkmale definieren.

Mit dieser Richtlinie werden Mindestvoraussetzungen für den barrierefreien Zugang eingeführt.

Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, eine ständige Überwachung der Anforderung an den barrierefreien Zugang zu den Seiten und Apps durchzuführen und darüber zu berichten. Dies wurde auch auf den Bereich mobiler Anwendungen ausgedehnt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe puesto que la accesibilidad a los servicios públicos debe ser la prioridad de cualquier aplicación web del sector público. Considero fundamental que el sector público deba ser vanguardia tanto en el desarrollo de aplicaciones web, como en todo tipo de servicios accesibles para garantizar el acceso y la participación efectiva a los derechos de todos los ciudadanos. La diversidad funcional no debe ser un límite para el ejercicio del derecho, y es fundamental que el sector público sea el garante de esta máxima que debe ser aplicación universal. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Grazie alla nuova direttiva verranno stabilite per la prima volta a livello UE delle norme che garantiranno alle persone con disabilità e agli anziani l'accessibilità dei siti web e delle applicazioni mobili degli enti pubblici quali, ad esempio, amministrazioni, dipartimenti di polizia, ospedali, università, biblioteche e tribunali. Attualmente sono circa 80 milioni le persone nell'UE che hanno una disabilità e si stima che con l'invecchiamento della popolazione il numero di persone con difficoltà di accesso al web aumenterà a 120 milioni entro il 2020. Nel compiere operazioni come la dichiarazione dei redditi, il pagamento delle tasse o l'iscrizione all'università, per le persone disabili è spesso importante poter trasformare il testo in voce, le immagini in testo, o utilizzare i pc senza mouse. Ho deciso pertanto di esprimermi a favore di tale direttiva, con l'auspicio che le nuove disposizioni vengano recepite rapidamente dagli Stati membri.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted for the Accessibility of websites and mobile applications of public sector bodies.

We live in a digital age, all citizens should be treated equally when it comes to access to information, this Directive is an important first step towards an all-inclusive digital society, ensuring that public sector bodies' websites and mobile applications will have to be made accessible to everyone.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Súčasný rýchlo rastúci trh väčšieho sprístupňovania digitálnych produktov a služieb zahŕňa celú škálu hospodárskych subjektov, ku ktorým patria tvorcovia webových sídel alebo softvérových nástrojov na vytváranie, spravovanie a testovanie webových stránok alebo mobilných aplikácií. Viaceré členské štáty doteraz prijali opatrenia založené na medzinárodne používaných usmerneniach pre vytváranie prístupných webových sídel, no žiaľ technické rozdiely na vnútroštátnej úrovni a nejednotné vnútroštátne predpisy obmedzujú potenciálne prínosy výmeny skúseností s partnermi na vnútroštátnej a medzinárodnej úrovni. Podporila som aktuálny návrh uznesenia, lebo si myslím, že je potrebné zabezpečiť, aby webové sídla a mobilné aplikácie subjektov verejného sektora boli prístupnejšie na základe spoločných požiadaviek na prístupnosť a aby sa skončilo s nejednotnosťou vnútorného trhu. Verím, že aproximáciou vnútroštátnych opatrení na úrovni Únie na základe dohodnutých požiadaviek na prístupnosť

webových sídel a mobilných aplikácií subjektov verejného sektora odstránime všetky prekážky zabraňujúce fungovaniu na vnútornom trhu a znížime náklady subjektov verejného sektora a iných subjektov na obstaranie produktov a služieb súvisiacich s prístupnosťou webových sídiel a mobilných aplikácií.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Cilj tega predloga iz leta 2012 je odprava nepotrebnih ovir na notranjem trgu, ki so posledica razdrobljenega pristopa k dostopnosti, predvsem v segmentu digitalne uprave in spletnih strani javne uprave.

Komisija je v svojem predlogu vzpostavila tehnične podrobnosti, s katerimi lahko države članice vsebino določenih tipov spletnih strani naredijo bolj dostopne. Harmoniziran standard za dostop naj bi bil v prihodnosti tehnološko nevtralen, tako da bi ga lahko uporabili na različnih napravah z različno programsko opremo.

Predlog je sicer omejen le na določene dele javne uprave in digitalne uprave, saj Komisija predvideva, da bo iz teh področij prišlo do vplivov tudi na druga področja (t.i. spill-over učinek).

Pogajanja z Evropskim svetom so pokazala, da Svet poskuša izključiti čim več področij za potencialno harmonizacijo, pri čemer je bil na koncu sklenjen kompromis, ki med drugim vključuje omejene izključitve glede materiala, ki bi pomenil nesorazmerno breme za javno upravo, definicijo o organu javne uprave, ki je vzeta iz direktiv o javnih naročilih, ter aplikacije, ki bodo vključene z zamikom.

Posodabljanje javne uprave širom Evropske unije je zelo pomembno. Hkrati je dobro, da določene novosti v svoje delovanje vključijo prav vse države članice. Iz vseh navedenih razlogov sem glasoval za priporočilo.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne.* – Naším záujmom je digitalizovať komunikáciu občanov s úradmi a využiť všetky nástroje, ktoré nám ponúkajú nové technológie na šetrenie nákladov a skvalitňovanie služieb. Pri tejto snahe nesmieme zabúdať na občanov so zdravotnými postihnutiami, ktoré im neumožňujú vnímať a ovládať internetové stránky a mobilné aplikácie tak ako väčšinovej populácii. Zavádzame preto pravidlo, aby boli všetky formy online komunikácie verejných inštitúcií dostupné aj vo verzii pre zdravotne postihnutých.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o dostopnosti spletišč in mobilnih aplikacij organov javnega sektorja.

Internet je v zadnjih letih postal ključen za dostopanje do informacij in storitev. Pomembno je, da omogočimo vsem dostopanje do spletnih strani. Pozdravljam vseevropska pravila za bolj dostopna spletišča in mobilne aplikacije javnega sektorja, zlasti za slepe, gluhe in naglušne. Enotni digitalni trg mora služiti vsem državljanom, zato je skupni pristop k zagotavljanju spletne dostopnosti korak v pravo smer.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η κάθε προσπάθεια οργάνωσης και εισαγωγής στην ηλεκτρονική τεχνολογία του δημοσίου τομέα, που είναι φυσικά αναγκαία, πρέπει να σχετίζεται με την ενιαία αγορά ή την άνευ περιορισμών μετακίνηση ανθρώπων. Η πρωτοβουλία αυτή χάνει τον πραγματικό της στόχο και δημιουργεί φυσιολογικές και δικαιολογημένες αντιδράσεις.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Mint ismeretes, az Európai Parlament a 2011. október 25-én elfogadott Kósa-jelentésben már hangsúlyozta, hogy nem alakulhatnak ki innovatív és tudásalapú gazdaságok a fogyatékossággal élők számára hozzáférhető, kötelező jogszabályokkal bevezetett tartalmak és formák nélkül. Ilyenek a fogyatékossággal élők mindennapi életét megkönnyítő okostelefon-alkalmazások és a tömegtájékoztatási eszközökön használatos tájékoztatási eszközök, továbbá például a vakok számára hozzáférhető webhelyek, a hallássérültek számára feliratos tartalmak – ideértve a tömegkommunikációs szolgáltatásokat is –, a jelnyelvet használók számára pedig az online szolgáltatások.

Ezért is óriási eredmény, hogy fokozatosan, teljes mértékben akadálymentesen hozzáférhetőek lehetnek nem csupán a közszektorbeli szervezetek, hanem a közfeladatokat ellátó szervezetek weboldalai is, annak érdekében, hogy a fogyatékos személyekre vonatkozó az ENSZ-egyezményben meghatározottak szerint önálló életvitelt folytathassanak és az élet valamennyi területén részt vehessenek a társadalomban.

A társadalmi befogadás érdekében ezért, amennyire ez technológiailag lehetséges és ésszerű, valamennyi ember számára akadálymentessé kell tenni a közszektorbeli szervezetek webhelyeit, továbbá a lakosság számára alapszolgáltatásokat nyújtó webhelyeket, mint például rezsikiadásokkal kapcsolatos, illetve egészségügyi, oktatási, szociális és a legfontosabb okmányirodai szolgáltatások, vagy az érdekképviseletek által nyújtott információkat és szolgáltatásokat is. Fontos siker az is, hogy a végrehajtás során be kell vonni az érintett szervezetek képviselőit, szakértőit is. Így egyértelmű volt, hogy szavazatommal is támogattam a jogszabály elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a második olvasatban előterjesztett, a webhelyek akadálymentesítésével kapcsolatos ajánlást. Az ajánlás a közjogi szervezetek honlapjainak és mobilalkalmazásainak akadálymentesítéséről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadásával kapcsolatos.

A jelentés egyértelmű célcsoportja a fogyatékossággal élők köre, de a tervezet az időseket is érinti. Néhány típus kivételével a tervezet megköveteli, hogy valamennyi közigazgatási szerv tegye akadálymentessé a weboldalát és mobilalkalmazását. Mindezzel segítséget nyújtva a vakok és gyengén látók, siketek és nagyot hallók, illetve mozgáskorlátozott személyek számára.

Az ajánlás kialakításakor vita folyt a közszolgálati műsorszolgáltatók bevonásával kapcsolatban, a végső megállapodás szerint ez a terület egy külön szektorspecifikus jogszabállyal lesz lefedve. Úgy vélem, hogy a digitális korban élve nem csupán egyenlően kell kezelni minden állampolgárt, de adottak is ehhez a technikai feltételek, amikor az információhoz való hozzáférésről beszélünk.

Osztom azt a véleményt, amely szerint ez az irányelv fontos lépést jelent a befogadó digitális társadalom felé, amely biztosítja, hogy a közigazgatási szervek weboldalai és mobilalkalmazásai mindenki számára elérhetőek legyenek.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Równy dostęp obywateli, łącznie z osobami niepełnosprawnymi, do informacji publicznej to fundament współczesnej demokracji i społeczeństwa obywatelskiego. Jest on niezwykle ważny zarówno w świecie realnym, jak i wirtualnym. Ma on kluczowe znaczenie, jeżeli chodzi o osoby niepełnosprawne, bowiem dla części z nich kontakt z instytucjami publicznymi poprzez internet to jedyna szansa, aby podtrzymać więź ze swoją władzą, swoim państwem. Dlatego realizowana w przedstawionym projekcie idea zasługuje na nasze pełne poparcie.

Świat wirtualny będzie jedną z głównych płaszczyzn samorealizacji obywateli, dlatego finał prac Parlamentu Europejskiego jest tak bardzo istotny. Należy jednak pamiętać, że nie wolno mieszać pojęć i zrównywać obowiązków instytucji publicznych oraz sektora prywatnego. Zadania, o których dzisiaj rozmawiamy, muszą być skutecznie realizowane przez sektor publiczny, ale nie powinny być odgórnie narzucane sektorowi prywatnemu.

W związku z niezwykłym znaczeniem tego sprawozdania, szczególnie dla osób niepełnosprawnych, postanowiłem zagłosować za jego przyjęciem.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În societatea cunoașterii, sau societatea digitală, în care pilonii de bază sunt informația, conexiunea informațiilor și comunicarea, accesibilitatea site-urilor web și a aplicațiilor mobile din sectorul public (ale organismelor publice sau administrate de entități care îndeplinesc sarcini publice) este esențială, iar adoptarea unei abordări armonizate la nivelul UE ar reduce costurile pentru toți actanții implicați. Internetul, considerat cel mai interesant instrument de echilibru pe care l-a realizat omul vreodată, generează noi modele de organizare și de activitate economică, oferind utilizatorilor noi posibilități de accesare a informațiilor și serviciilor, dar și noi și inedite locuri de muncă.

În prezent, internetul a devenit un instrument esențial pentru accesul la educație, informare și dezvoltare socială. Ca atare, în vederea dezvoltării personale și profesionale, cetățenii trebuie să beneficieze de acces extins la serviciile publice online, dar și la site-urile web de informare, culturale și de divertisment, în vederea asigurării drepturilor lor fundamentale.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este garantul respectării drepturilor tuturor cetățenilor săi la toate nivelurile, fără discriminare. În aceste condiții, instituțiile europene trebuie să aibă în vedere asigurarea unor servicii adecvate pentru persoanele cu dizabilități. Printre aceste servicii, se numără site-urile internet publice și aplicațiile pentru telefoanele mobile destinate utilizării publice. Acestea trebuie să fie astfel concepute pentru a permite informarea corectă și completă pentru toți cetățenii statelor membre, inclusiv pentru nevăzători sau persoanele cu deficiențe de vedere, surzi sau persoanele cu deficiențe de auz.

Comisia a venit cu o propunere în acest sens încă din 2012, însă aceasta includea o gamă mare de difuzori publici, fără a lua în calcul condițiile specifice ale fiecărui domeniu de comunicare publică. Documentul actual privește exclusiv canalele electronice de difuzare, lăsând domeniul audiovizual în sarcina unei alte reglementări specifice. Având în vedere perioada de timp necesară pentru adoptarea acestei reglementări, cred că se impune adoptarea sa neîntârziată, pentru a permite persoanelor cu dizabilități să beneficieze de pe urma aplicării măsurilor. Din acest motiv, susțin adoptarea raportului de față.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Encore beaucoup trop de sites internet et d'applications mobiles du secteur public ne sont pas accessibles à tous. En Europe, 15 % de la population totale, soit 80 millions de citoyens handicapés ou de personnes âgées, souffrent de cette situation. Déposer une déclaration d'impôt, demander des allocations de chômage, payer une facture ou inscrire un enfant à l'école devient alors une horrible aventure.

Après le vote du Parlement européen ce midi, les administrations publiques, les hôpitaux, les tribunaux, les universités ou d'autres organismes du secteur public seront contraints d'être totalement accessibles sur internet ou par les applications mobiles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – National differences in the accessibility of website and mobile applications within the EU often impose unnecessary burdens and barriers on companies as well as citizens, especially the ones that use assistive technologies, such as the visually and hearing impaired. I voted in favour of the proposal because I believe that in harmonising national differences in website and application accessibility, we can ensure consistency across the board in the EU and ensure that people with disabilities have access to the same public services as anyone else.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il nostro quotidiano sta radicalmente cambiando grazie alle applicazioni mobili e alle tecnologie digitali, molti sono gli aspetti positivi, ma permangono quesiti legati alla diffusione dei dati e alla privacy. Il rapporto della collega Charanzova rappresenta un tassello essenziale per la tutela del cittadino, poiché stabilisce che tutti dovrebbero essere trattati allo stesso modo quando si tratta di accesso alle informazioni. La presente direttiva è un passo importante verso una società digitale inclusiva, poiché consentirà l'accessibilità ai siti web del settore pubblico e a tutti i contenuti a categorie svantaggiate come i cittadini con disabilità, gli anziani, i non vedenti e le persone con problemi di vista, i sordi e le persone con disabilità funzionali.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam Direktivu o lakšem pristupu internetskim stranicama i mobilnim aplikacijama tijela javnog sektora kojoj je cilj osigurati bolju dostupnost tih tijela, posebno osobama s invaliditetom. Budući da su održane brojne javne konzultacije i provedene studije kako bi se identificirali problemi i potrebe vezane uz njihovu dostupnost, smatram da je konačni tekst u skladu s Konvencijom o pravima osoba s invaliditetom Ujedinjenih naroda.

Držim zahtjev da tijela javnog sektora objasne razloge zbog kojih je neki sadržaj nedostupan osobito bitnim, jer se na taj način može osigurati transparentnost i informiranost građana, a iznimno korisna su i nova pravila kojima se ostvaruje značajan napredak u dostupnosti slijepim, slabovidnim osobama te osobama s oštećenjem sluha.

To se ponajprije odnosi na mogućnost promjene veličine ili boje teksta, uvođenje funkcije pretvaranja teksta u govor i funkcije za opisivanje slika te pretraživanje bez uporabe miša. Budući da će se time u praksi poboljšati dostupnost sadržaja tijela javnog sektora, podržala sam ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o dostopnosti spletišč in mobilnih aplikacij organov javnega sektorja sem podprla.

Spletna dostopnost je za organe javnega sektorja zelo pomembna, saj lahko tako razširijo svoj doseg in izpolnijo svoje javne pristojnosti. Število spletišč, ki zagotavljajo storitve e-uprave (približno 380 500 v EU), in spletišč javnega sektorja (več kot 761 000 v EU) hitro narašča.

Večina držav članic je že sprejela zakone ali druge ukrepe za spletno dostopnost. Vendar med temi zakoni in ukrepi obstajajo velike razlike. Neharmonizirani nacionalni pristopi k spletni dostopnosti ustvarjajo ovire na notranjem trgu.

Predlagana harmonizacija nacionalnih ukrepov za javni sektor na ravni EU je nujen pogoj, da se odpravita razdrobljenost okvira in nezaupanje v trg spletne dostopnosti. Harmonizacija bo ustvarila boljše pogoje na trgu, več delovnih mest, cenejšo spletno dostopnost in dostopnejša spletišča: trikratno korist za javni sektor, podjetja in državljane.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre accesibilidad a sitios web, porque plantea la armonización de unos requisitos mínimos a nivel europeo que garanticen el acceso a la información en las páginas web. El texto es una segunda lectura, para la cual la Comisión hizo su primera propuesta en 2012, en el contexto de la adopción de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad en 2006. Se hizo esta propuesta en particular para aumentar la accesibilidad web (sitios web y aplicaciones móviles) de los proveedores de servicios públicos para todas las personas, incluidas las personas con discapacidad. La Directiva destinada a la que se establecen unos requisitos mínimos armonizados para garantizar el acceso de todos, sobre todo en el ámbito del acceso a la información. El Parlamento trató de extender el ámbito de aplicación de la Directiva y aplicar medidas adicionales en el ámbito de la vigilancia, información y ejecución. En segunda lectura el Consejo ha llegado a un acuerdo, que es apoyado por el Parlamento sin enmiendas.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour as this is one more step in the direction of more transparency and information to our citizens.

The public access to information and documents is essential in order to contribute to the improvement of administrative practice.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette directive vise à harmoniser les dispositions législatives et règlementaires ainsi que les pratiques administratives des États membres en ce qui concerne les exigences en matière d'accessibilité des sites web et des applications mobiles des organismes du secteur public qui doivent être «perceptibles, utilisables, robustes et compréhensibles», afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur.

Elle fixe également les règles en vertu desquelles les États membres doivent veiller à ce que les sites internet, quel que soit l'appareil utilisé pour y accéder, et les applications mobiles des organismes du secteur public respectent les exigences en matière d'accessibilité (personnes âgées et handicapées).

Ce texte vise à l'amélioration du marché unique contre lequel je suis mais l'attention qu'il porte à l'endroit des personnes âgées et des personnes handicapées motive mon abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A közszférabeli szervezetek honlapjainak és mobilalkalmazásainak akadálymentesítéséről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadása céljából első olvasatban kialakított tanácsi álláspontról való javaslat, amely a rendes jogalkotási eljárás része, általam is támogatható volt.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre accesibilidad a sitios web, porque plantea la armonización de unos requisitos mínimos a nivel europeo que garanticen el acceso a la información en las páginas web. El texto es una segunda lectura, para la cual la Comisión hizo su primera propuesta en 2012, en el contexto de la adopción de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad en 2006. Se hizo esta propuesta en particular para aumentar la accesibilidad web (sitios web y aplicaciones móviles) de los proveedores de servicios públicos para todas las personas, incluidas las personas con discapacidad. La Directiva destinada a la que se establecen unos requisitos mínimos armonizados para garantizar el acceso de todos, sobre todo en el ámbito del acceso a la información. El Parlamento trató de extender el ámbito de aplicación de la Directiva y aplicar medidas adicionales en el ámbito de la vigilancia, información y ejecución. En segunda lectura el Consejo ha llegado a un acuerdo, que es apoyado por el Parlamento sin enmiendas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a directive of the European Parliament and of the Council on the accessibility of the websites and mobile applications of public sector bodies. The new directive aims at the approximation of the laws, regulations and administrative provisions of the Member States on the accessibility of websites from public sector bodies. The directive supports Member States to achieve their national commitments regarding web-accessibility as well as their commitment to the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities regarding websites of public sector bodies. Web-accessibility refers to principles and techniques to be observed when constructing websites, in order to render the content of these websites accessible to all users, in particular those with disabilities. I voted in favour because I believe that in a harmonised framework, the web-developers industry should face fewer barriers to operate in the internal market, while costs for governments and others procuring web-accessibility products and services should be reduced.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe puesto que la accesibilidad a los servicios públicos debe ser la prioridad de cualquier aplicación web del sector público. Considero fundamental que el sector público deba ser vanguardia tanto en el desarrollo de aplicaciones web, como en todo tipo de servicios accesibles para garantizar el acceso y la participación efectiva a los derechos de todos los ciudadanos. La diversidad funcional no debe ser un límite para el ejercicio del derecho, y es fundamental que el sector público sea el garante de esta máxima que debe ser aplicación universal. Es por esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het standpunt van de Raad geeft aan dat de toegankelijkheid van websites van groot belang is voor overheidsinstanties, aangezien deze hierdoor hun reikwijdte kunnen vergroten en hun publieke taken kunnen vervullen. Het aantal websites dat e-overheidsvoorzieningen aanbiedt (ongeveer 380 500 in de EU) en websites van de publieke sector (meer dan 761 000 in de EU) groeit snel. De meeste lidstaten hebben al wetgeving aangenomen of andere maatregelen op het gebied van webtoegankelijkheid genomen. Er zijn echter grote verschillen tussen deze wetten en maatregelen.

Met dit voorstel wordt de nationale wetgeving van de lidstaten geharmoniseerd, zodat de obstakels op de interne markt worden weggewerkt. Dit voorstel inzake de harmonisatie van nationale maatregelen voor de publieke sector op EU-niveau kreeg mijn steun.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Na proposta de diretiva relativa à acessibilidade dos sítios Web dos organismos do setor público (COM(2012)721) apresentada pela CE estabelecem-se disposições técnicas específicas, por meio das quais os Estados-Membros devem tornar acessíveis os conteúdos de certos tipos de sítios Web de organismos do setor público (que disponibilizam informações e serviços essenciais para a participação dos cidadãos na economia e na sociedade). A diretiva visa aproximar as disposições legislativas, regulamentares e administrativas dos Estados-Membros relativas à acessibilidade dos sítios Web dos organismos do setor público, definindo requisitos harmonizados.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Konzept des „barrierefreien Internetzugangs" umfasst Methoden und Techniken, die bei der Erstellung von Websites zu beachten sind, um ihren Inhalt auch für Menschen mit Behinderungen, zugänglich zu machen. Ein barrierefreier Zugang zu Websites ist für öffentliche Stellen von großer Bedeutung, da er es ihnen ermöglicht, mehr Menschen über das Internet zu erreichen und so ihrer öffentlichen Verantwortung gerecht zu werden. Ich halte diese Maßnahme für sinnvoll und habe daher zugestimmt.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V dnešnej modernej dobe je význam internetu a online služieb nespochybniteľný. Počet webových stránok zabezpečujúcich služby elektronickej verejnej správy a celého verejného sektora z roka na rok dynamickým spôsobom narastá. I keď väčšina členských štátov prijala právne predpisy k dostupnosti webových lokalít, existujú medzi nimi výrazné rozdiely. Hlavným problémom je neexistujúca harmonizácia v tejto oblasti, čo vytvára viaceré prekážky na vnútornom trhu. Podniky nemajú dostatočnú znalosť a schopnosti, aby mohli ovládať miestne špecifikácie a postupy, čo v konečnom dôsledku zvyšuje ich náklady a pôsobí demotivujúco. Harmonizácia bude mať za následok pozitívny dosah nielen na občana a podniky, ale i pre vlády jednotlivých členských krajín, pretože sa zlepšia podmienky na trhu. Právom každého občana EÚ je právo na slobodný pohyb a poskytovanie služieb, a preto by mali občania profitovať z väčšej dostupnosti online služieb verejného sektora a relevantných informácií, ktoré im vykonávanie ich práv do značnej miery uľahčia. Návrh podporujem, pretože jeho cieľom je pomôcť malým a stredným podnikateľom pôsobiť nielen lokálne, ale najmä v širšom rámci EÚ.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji svým hlasem tuto směrnici a jsem rád, že se ji konečně úspěšně podařilo dotáhnout do konce. Je zřejmé, že se v posledních letech čím dál větší část komunikace přesouvá na internet a že dochází k digitalizaci většiny oblastí lidského života. Velmi proto vítám, že i Evropská unie reaguje na tento trend a představuje legislativu týkající se přístupnosti webových stránek a aplikací subjektů veřejné sektoru. Osobně vidím největší potenciál směrnice pro postižené občany a seniory. Umožnění e-komunikace s vládními úřady nebo také například nemocnicemi či policií jim ušetří jednak čas i peníze, ale hlavně usnadní jejich život.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – Dit stuk is zonder stemming aangenomen. De PVV is echter tegen de tekst omdat de hieruit voortkomende verplichtingen in strijd zijn met het beginsel van subsidiariteit.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Odporúčanie Európskeho parlamentu k pozícii Rady v prvom čítaní na účely prijatia smernice o prístupnosti webových sídel a mobilných aplikácií subjektov verejného sektora samozrejme podporujem. Myslím si, že prístupnosť webových sídel a mobilných aplikácií je pre ľudí so zrakovým alebo sluchovým postihnutím mimoriadne dôležitá. Pomôže im samostatne sa dostať k potrebným informáciám týkajúcim sa činností verejných orgánov, a tým jednoduchšie riešiť záležitosti bežného života. Prijímanie tejto smernice nebolo jednoduché, keďže návrh na jej prijatie bol predložený už v roku 2012, ale vzhľadom na mnohé nedostatky nebolo možné legislatívny proces ukončiť. Práve preto oceňujem prácu rôznych organizácií združujúcich ľudí so zdravotným postihnutím, ktoré priniesli praktické pripomienky k návrhu. Aj vďaka nim bolo možné dosiahnuť toto kompromisné znenie a smernica tak prinesie priblíženie pravidiel v členských štátoch EÚ, ktoré v praxi uľahčia život ľudí so zdravotným postihnutím. Verím, že tento kompromis je krokom vpred.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Direktive Evropskega parlamenta in Sveta o dostopnosti spletišč in mobilnih aplikacij organov javnega sektorja (09389/1/2016 – C8-0360/2016 – 2012/0340(COD)) (Redni zakonodajni postopek: druga obravnava).

Cilj tega predloga je odprava nepotrebnih ovir na notranjem trgu, ki so posledica razdrobljenega pristopa k dostopnosti, predvsem v segmentu digitalne uprave in spletnih strani javne uprave.

6.6. Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen (A8-0293/2016 - Anthea McIntyre)

Dichiarazioni di voto orali

Peter Jahr, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Welthandel ist grundsätzlich eine gute Sache. Es ist, wenn man so will, die friedvolle Teilung eines geschaffenen Mehrwerts in der menschlichen Gesellschaft.

Allerdings werden mit dem Austausch von Agrarprodukten, dem weltweiten Handel mit Pflanzen auch unbekannte Schädlinge mit eingeschleppt. Diese Situation muss man nicht nur beobachten, sondern wir müssen in dieser Situation auch handeln. Wir haben der Kommission damit jetzt quasi einen Handlungsauftrag erteilt, hier unbekannte Pflanzenschädlinge zu bekämpfen und bereits, wenn man so will, bei der Einreise zu kontrollieren. Ich halte es für außerordentlich wichtig, denn ansonsten werden durch diese Schädlinge auch unsere Kulturpflanzen in der Europäischen Union geschädigt.

Ich hoffe jetzt auf ein gutes Endergebnis gemeinsam mit der Kommission und gemeinsam mit dem Europäischen Rat.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questo nuovo regolamento è il frutto di mesi di costante lavoro con la relatrice e i colleghi, ma è soprattutto un grande successo per la difesa dell'agricoltura e dell'ambiente. Sostituendo una direttiva vecchia di 15 anni, andiamo finalmente oltre le contraddizioni della Commissione che con la vicenda xylella sta mostrando non poche lacune nella gestione delle emergenze. Sì, perché, dopo aver imposto misure semplicemente impraticabili per il contrasto al batterio, la Commissione, per voce del Commissario Andriukaitis, ha attuato una procedura d'infrazione contro l'Italia, negandole la possibilità di effettuare una valutazione d'impatto ambientale. La motivazione è che ciò comporterebbe un ritardo rispetto all'obbligo di agire immediatamente e quindi di eradicare ettari di uliveti, anche secolari.

Il Commissario all'ambiente Vella, però, non la pensa esattamente così. Rispondendo a una mia interrogazione, sottolinea che i piani per l'eradicazione degli organismi nocivi ai vegetali d'interesse agricolo devono essere sottoposti a valutazione ambientale, non escludendo quindi i casi di emergenza. Ma oltre a questa *querelle* squisitamente politica, ci si dovrebbe muovere su binari paralleli e quindi sul piano tecnico e scientifico, ma abbiamo da una parte l'Italia, che da mesi fornisce solo informazioni sul patogeno e sui potenziali vettori, e dall'altro la Francia, che non è stata in grado di dare evidenze di alcun tipo sulle sue piante infette e che, dopo aver scoperto di utilizzare un test sbagliato, non in grado di individuare il ceppo xylella pauca, accusa l'Italia di contagio e scopre, inoltre, che nel suo territorio una sub-specie ha già generato ceppi differenti, facendo sorgere fondati i sospetti di una lunga presenza della xylella in terra francese.

Ribadisco, allora, quanto dico da mesi: uniformiamo la ricerca scientifica a livello comunitario. Il problema è europeo? Ecco, allora come tale va trattato. È solo questione di tempo e ancora nuovi focolai verranno scoperti. Inutile sanzionare gli Stati membri: non è con le eradicazioni irrispettose dell'ambiente, né con il ricatto economico che si contrastano le emergenze fitosanitarie, ma con azioni politiche e regolamenti lungimiranti come quello che abbiamo votato oggi.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem byl občany ve své zemi, v České republice, dotazován, jestli je třeba, aby EP přijímal takovou úpravu, jestli by si jednotlivé členské státy neměly problematiku škůdců rostlin upravovat komplexně samy.

Ono to na první pohled tak vypadá, že to je možná evropsky zbytečná úprava. Já sám nejsem příznivcem přílišného množství evropské legislativy a přílišného rozšiřování evropské legislativy. Ctím princip subsidiarity, ale v tomto případě jsem hlasoval pro tento návrh, protože je zjevné, že bojovat proti škůdcům, kteří mají celoevropský výskyt, nemohou pouze jednotlivé národní státy. Zkrátka a dobře, škůdce nerespektuje a nezná žádné státní hranice a boj může být efektivní, pokud budeme spolupracovat a pokud EU toto bude koordinovat.

K tomu přispívá tento návrh. Proto jsem jej podpořil, protože určitě boj proti škůdcům bude efektivnější, než kdyby každý stát postupoval samostatně.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, this proposal reminds me of an experience I had a number of years ago on my one and only visit to New Zealand. When I was going to New Zealand I was stopped at customs because I was eating an apple and I would not be let in. I was told there was a danger of bringing diseases into the country. I was fined NZD 120 and when I said, 'I am going to eat the apple' I was asked, 'What are you going to do with the core of the apple?' and I said, 'I will throw it away'. He said, 'Exactly, you are not entitled to, you can bring in a disease'.

This is what is required here because there is a danger, and I understand that now, through globalisation and climate change that pests etc. could damage plants within the European Union. For that reason, it is only right that we should be very vigilant in that regard and have a sensible approach to it because we have to protect our environment and we have to protect our plants. While we do not have to charge people NZD 120 if they eat an apple, there is a certain logic, I suppose, in it. I learned my lesson.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il tema degli organismi nocivi per le piante sta diventando, con il passare del tempo, un tema molto delicato. Basta vedere infatti quanto sta accadendo in Italia con il parassita Xylella, che sta uccidendo migliaia di ulivi nella regione Puglia. Risulta chiara, quindi, la necessità di introdurre un regolamento che introduca regimi di importazione più stretti e condizioni restrittive per la salvaguardia dell'ambiente. Per questo motivo ho deciso di votare negativamente all'emendamento di rigetto.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que hay aspectos en este informe que son mejorables, como por ejemplo, la implantación de medidas preventivas y de lucha y adaptación frente al cambio climático, he votado en contra de la enmienda propuesta por ALDE que solicita el rechazo de la propuesta legislativa. Considero importante que este informe sea adoptado y me parecen muy positivos los avances hechos a lo largo de las negociaciones, a través de los cuales se consiguió que la regulación imponga controles estrictos sobre la importación de material vegetal en la Unión. Algo fundamental para evitar futuros brotes de pestes y enfermedades en las plantas (como el problema de la «*Xylella fastidiosa*» en los olivos).

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'avais été parmi les premiers à tirer la sonnette d'alarme face à la Xyllela fastidiosa, le cynips du châtaignier ou encore la mouche de l'olivier. Nos agriculteurs doivent être mieux protégés contre l'entrée de ces organismes nuisibles qui occasionnent d'importants dommages à leurs cultures.

Afin de lutter contre les menaces sanitaires de ce type, j'avais plaidé sans relâche pour un système de protection aux frontières qui permette de mieux contrôler l'entrée des organismes nuisibles aux végétaux dans l'Union européenne.

C'est désormais choses faite. L'Union européenne va enfin appliquer des règles de réciprocité en matière sanitaire avec ses grands partenaires commerciaux! Nous demandions un système de contrôle à l'importation basé sur la gestion des risques. Ce projet de règlement permettra la mise en place d'une véritable stratégie préventive. En effet, grâce à une évaluation préliminaire, les végétaux et produits végétaux présentant un risque élevé seront identifiés et interdits d'importation tant qu'une évaluation des risques phytosanitaires n'aura pas été effectuée.

Ce texte permettra une meilleure protection de la santé des végétaux et, par conséquent, de notre écosystème et de la biodiversité de l'Union européenne.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με προστατευτικά μέτρα κατά των επιβλαβών για τα φυτά οργανισμών, την τροποποίηση των κανονισμών (ΕΕ) αριθ. 228/2013, (ΕΕ) αριθ. 652/2014 και (ΕΕ) αριθ. 1143/2014 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου και την κατάργηση των οδηγιών 69/464/ΕΟΚ, 74/647/ΕΟΚ, 93/85/ΕΟΚ, 98/57/ΕΚ, 2000/29/ΕΚ, 2006/91/ΕΚ και 2007/33/ΕΚ του Συμβουλίου, διότι η νέα νομοθεσία θα πρέπει να εξασφαλίσει υψηλό βαθμό ασφάλειας για την ΕΕ όσον αφορά τις εισαγωγές φυτών και φυτικών προϊόντων.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Parlament hatte eine Verordnung verabschiedet, um die Einschleppung und Verbreitung von Pflanzenschädlingen wie das „Olivenbaum-Killerbakterium" Xylella fastidiosa einzudämmen.

Mit der neuen Verordnung, die ich begrüße, werden präventive und schnelle Reaktionsmechanismen für verdächtige Pflanzenimporte eingeführt, die Schädlingsbekämpfungsanstrengungen in der EU intensiviert und alle Mitgliedstaaten verpflichtet, Ausbruchspläne zu erstellen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objectif général de ce texte est de répondre aux risques pour la santé des végétaux, causés par de nouveaux organismes nuisibles et maladies, importés de pays tiers. Subsiste donc en filigrane une critique de la mondialisation et de ses effets sur le commerce. Le texte vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur (amélioration de la traçabilité) et dans le cadre d'échanges avec des pays-tiers, le tout en renforçant une approche fondée sur le risque. À cette fin, ce projet fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux, ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable.

Si le texte augmente les contrôles à l'entrée et à la circulation de nouveaux organismes sur le marché intérieur, il accroît aussi le pouvoir de la Commission. Elle sera ainsi chargée de dresser la liste des organismes nuisibles et de décider de l'éradication de plantes atteintes, comme elle l'a fait cette année avec les oliviers touchés par la Xylella fastidiosa dans les Pouilles. Je me suis abstenue sur l'amendement de rejet.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This was not a final vote but a vote to reject the Council position at the second reading. I voted in favour of stopping this legislation.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mise en place d'un cadre règlementaire commun transparent, durable et européen visant à contrôler et empêcher la désamination d'organismes nuisibles non autochtones. Ce cadre européen est nécessaire, car on ne peut plus être uniquement dans la réaction, mais nous avons besoin d'anticipation.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl apsaugos priemonių nuo augalų kenkėjų, kuriuo iš dalies keičiami Europos Parlamento ir Tarybos reglamentai. Bendras reglamento tikslas – sustabdyti naujų kenkėjų ir ligų keliamą riziką augalų sveikatos sektoriuje, kurios kyla dėl globalios prekybos ir klimato kaitos. Siekiama modernizuoti augalų sveikatos priemones, kurios susijusios su prekyba tiek ES viduje, tiek su trečiosioms šalims, daugiausia dėmesio skiriant rizika pagrįstiems metodams.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote car si le texte dans son ensemble augmente les contrôles à l'entrée et à la circulation de nouveaux organismes sur le marché intérieur, il accroît aussi le pouvoir de la Commission. C'est une atteinte supplémentaire à la souveraineté de la France que je ne peux pas cautionner.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le cadre réglementaire de l'Union en matière phytosanitaire a pour but de protéger l'agriculture et la sylviculture européennes en empêchant l'entrée et la dissémination d'organismes nuisibles non autochtones. Toutefois, le cadre réglementaire actuel souffre de certaines limites aux vues de nouveaux défis liés à la mondialisation des échanges et au changement climatique tels que l'arrivée plus fréquente de nouveaux organismes nuisibles ainsi que l'établissement d'organismes qui auparavant ne survivaient pas en Europe.

Au vu de l'importance d'établir un cadre réglementaire à même de protéger la santé de nos citoyens ainsi que notre économie, j'ai donc voté en faveur de cette proposition de directive. Celle-ci se propose en effet de redéfinir les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux ou aux produits végétaux et les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Les États membres devront notamment élaborer et tenir à jour un plan distinct pour chaque organisme de quarantaine prioritaire susceptible d'entrer et de s'établir sur son territoire. Le texte prévoit également de moderniser des instruments phytosanitaires liés au commerce (notamment via l'amélioration de la traçabilité sur le marché intérieur).

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de que se establezcan nuevas medidas para frenar la entrada en la UE de plagas vegetales como la bacteria *Xylella fastidiosa* y equipar a los Estados miembros de medios para combatir su propagación. El nuevo Reglamento introduce mecanismos preventivos y de respuesta rápida ante importaciones sospechosas, intensifica la vigilancia dentro de la UE y obliga a todos los Estados miembros a contar con planes de emergencia ante posibles brotes.

Estas medidas sirven para proteger a los ciudadanos de la Unión de las plagas que un vegetal, un producto vegetal u otro objeto procedentes de un tercer país pudieran introducir.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Lo scoppio dell'epidemia di Xylella fastidiosa, che ha danneggiato moltissimi oliveti in Italia, ha portato all'attenzione pubblica il tema fondamentale della salute delle piante. La relazione McIntyre, da me sostenuta, ha come obiettivo proprio quello di definire una serie di misure di protezione contro gli organismi nocivi che colpiscono il mondo vegetale. In un tempo globalizzato, con traffici commerciali continui e cambiamenti climatici, la portata dei rischi aumenta continuamente e obbliga all'utilizzo di strumenti innovativi che siano in grado di rispondere efficacemente alle nuove sfide. Il nuovo regolamento rappresenta proprio una risposta a questa esigenza; esso prevede meccanismi di risposta rapida per l'importazione sospetta di piante, la definizione in tutti gli Stati membri di piani di emergenza per le epidemie e un generale incremento degli sforzi di sorveglianza sui parassiti nell'Unione. Sarà estesa la richiesta del certificato fitosanitario per tutte le piante e i prodotti vegetali provenienti da paesi terzi, così come sarà ampliato l'utilizzo del «passaporto delle piante» all'interno dell'UE. Agli degli Stati membri sarà consentito imporre misure di eradicazione anche in luoghi privati a fronte però della corrispondenza di un equo compenso a quei coltivatori che dovessero subire queste misure.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de esta enmienda. Estoy de acuerdo con este reglamento ya que su objetivo es prevenir la entrada y la propagación de plagas en las plantas de dos tipos: plagas cuarentenarias y plagas no cuarentenarias reglamentadas. En el pasado comité de AGRI del 13 de octubre, este informe fue aprobado con 28 votos a favor. Gracias a las modificaciones aportadas por la *shadow* del informe, este documento sobre las plagas de los vegetales pide la puesta en marcha de controles estrictos en las importaciones de material vegetal en la Unión Europea con la intención de evitar futuras plagas y enfermedades vegetales (como la *Xylella Fastidiosa* que ataca a los olivos y provocó una subida del 20 % del precio del aceite en 2015). Después de esta segunda lectura, creemos que sería bueno que se adoptase, por eso creemos que es importante votar en contra de esta enmienda que propone el grupo parlamentario ALDE. ALDE vota en contra porque considera la propuesta muy restrictiva en cuanto al régimen de importación mientras que nosotros queremos un régimen de importación restrictivo que proteja nuestras plantas y cultivos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del acuerdo sobre las medidas de protección contra las plagas de los vegetales, en contra de mi Grupo y de la enmienda presentada por este contraria al acuerdo. En el informe se piden nuevas medidas para frenar la entrada en la UE de plagas vegetales como la bacteria *Xylella fastidiosa* y equipar a los Estados miembros de medios para combatir su propagación. El nuevo Reglamento introduce mecanismos preventivos y de respuesta rápida ante importaciones sospechosas, intensifica la vigilancia dentro de la UE y obliga a todos los Estados miembros a contar con planes de emergencia ante posibles brotes. Este Reglamento conllevará ciertas medidas que habrá que poner en vigor lo antes posible.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai choisi de m'abstenir sur l'amendement de rejet déposé par le groupe ALDE relatif à la seconde lecture du projet de résolution législative sur les mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux.

En elle-même, la proposition législative est porteuse d'une volonté plutôt louable, celle de limiter les risques posés sur nos végétaux par des nouveaux organismes nuisibles ou des maladies importés des pays tiers. Il s'agit donc de moderniser les instruments de contrôle, notamment via une amélioration de la traçabilité, ce à quoi je suis favorable.

Cependant, je m'inquiète de ce que la Commission utilise ce principe de précaution à des fins de récupération politique, notamment en augmentant ses pouvoirs en la matière, parfois au détriment de nos exploitations nationales. Chargée de dresser la liste des organismes nuisibles, la Commission pourra ainsi décider de l'éradication des plantes atteintes, comme elle l'a fait pour les oliviers atteints par la Xylla fastidiosa dans les Pouilles, mettant à mal le secteur de l'huile d'olive italien.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – L'adozione di un nuovo regolamento sulle misure di protezione contro gli organismi nocivi delle piante può essere una buona base di partenza per contrastare in maniera più efficace le crescenti problematiche fitosanitarie, in particolare quelle date dalla diffusione di organismi nocivi provenienti da paesi lontani, che danneggiano le coltivazioni e l'ambiente dei nostri territori. Tuttavia bisogna far attenzione che il nuovo regolamento non comporti nuovi oneri burocratici per le nostre imprese.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de la aprobación definitiva de los acuerdos alcanzados con la Comisión y el Consejo sobre la nueva normativa básica europea para sanidad vegetal.

El régimen de protección fitosanitaria de la Unión es crucial para el desarrollo y competitividad de la agricultura europea. El acuerdo final no incluye el sistema de lista positiva en vigor para la sanidad animal, que hubiéramos deseado de aplicación también para la sanidad vegetal, pero sí mejora sustancialmente la propuesta inicial de la Comisión a través de un sistema cerrado para las plantas y vegetales de «alto riesgo». Las clasificadas «como de bajo riesgo» seguirán bajo el actual sistema de control a la importación pero con el añadido del pasaporte fitosanitario, implantado ahora a nivel europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rekomendacijos, kurioje aptariamos apsaugos priemonės nuo augalų kenkėjų.

Augalų sveikata yra labai svarbi augalų auginimui, miškams, natūralioms gamtinėms augvietėms ir apsodintiems plotams, natūralioms ekosistemoms, ekosistemos paslaugoms ir biologinei įvairovei Sąjungoje. Augalų sveikatai kelia grėsmę augalams ir augaliniams produktams žalingos rūšys, kurių įvežimo į Europos Sąjungos teritoriją grėsmė šiuo metu yra didesnė dėl prekybos globalizacijos ir klimato kaitos. Siekiant kovoti su šia grėsme būtina patvirtinti priemones, kuriomis būtų nustatyta ir iki priimtino lygio sumažinta tų kenkėjų keliama fitosanitarinė rizika. Seniai pripažinta, kad tokios priemonės yra būtinos. Taigi, turėtų būti nustatyti kriterijai, kad būtų galima identifikuoti kenkėjus, dėl kurių būtina patvirtinti priemones, siekiant užkirsti kelią jų įvežimui į visos ES teritoriją ir jų išplitimui joje. Tokie kenkėjai vadinami Europos Sąjungos karantininiais kenkėjais.

Taip pat turėtų būti nustatyti kenkėjų, dėl kurių būtina patvirtinti kontrolės priemones, taikomas tik vienoje arba keliose tos teritorijos dalyse, identifikavimo kriterijai. Tokie kenkėjai vadinami saugomos zonos karantininiais kenkėjais. Kai tie kenkėjai yra augalai, įgyvendinant šį reglamentą daug dėmesio turėtų būti skiriama visų pirma tiems augalams, kurie yra parazitiniai kitų augalų atžvilgiu ir yra žalingiausi augalų sveikatai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és a Tanács politikai megállapodásán alapuló növényegészségügyi rendelettervezet elsősorban egyszerűsítési és egységesítési céllal került megalkotásra. A számos jogszabály (döntő többségben irányelv) egységes keretbe történő foglalása mellett szükségessé vált a növénykárosítók elleni harcban a megelőzés elvének a hangsúlyosabbá tétele, a károsítók észszerűbb rangsorolása, a tudományos kutatás megerősítése, valamint a költségek és felelősség igazságos megosztása.

A végső szöveg megfelel a magyar nemzeti érdekeknek. Ezért szavazatommal elleneztem az egyik parlamenti frakciónak a szöveg elfogadását blokkolni kívánó próbálkozását.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Per effetto della globalizzazione dei mercati, stiamo assistendo all'incremento dei volumi di flussi commerciali ma, di pari passo, anche alla moltiplicazione dei rischi di contagio da parte di malattie e di altri organismi nocivi. Ecco perché è necessario un accordo a livello europeo per tutelare l'agricoltura, settore chiave dell'economia europea. Accolgo dunque positivamente un accordo volto a rafforzare la prevenzione in questo settore, per limitare l'ingresso di organismi nocivi sul territorio europeo attraverso il commercio di vegetali. Il nuovo regolamento introduce infatti un meccanismo di prevalutazione dei rischi; fondamentale per garantire che piante e altri prodotti fitosanitari considerati a rischio non possano più oltrepassare le frontiere dell'UE. A un maggiore controllo, si aggiunge anche una notevole agevolazione del commercio, che punta a migliorare la collaborazione tra Stati membri, nonché un notevole snellimento delle pratiche di certificazione. Gli strumenti contenuti nell'accordo permetteranno dunque all'Unione europea di elaborare una politica più proattiva a difesa della biodiversità e della competitività del nostro settore agricolo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o zaštitnim mjerama protiv organizama štetnih za bilje. Smatram kako će novi zakon osigurati visok stupanj sigurnosti za Europsku uniju s obzirom na uvoz bilja i biljnih proizvoda.

S novim sustavom, uvoz nekih štetnika bit će mnogo teži, a nove mjere karantene radit će se po mjeri za svaki slučaj i poljoprivrednici će biti podržani u postupcima iskorjenjivanja, uz primanje naknade za svoj gubitak.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise le renforcement de la compétence de l'Union en matière de définition des organismes nuisibles et des plantes à éradiquer le cas échéant, alors que je considère que cela doit rester de la compétence des États membres.

Par contre, il contient en filigrane une critique intéressante des effets de la mondialisation notamment sur le commerce.

Je me suis abstenue sur l'amendement de rejet.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha approvato, in prima lettura, una risoluzione legislativa sulla proposta per un regolamento del Consiglio relativo alle misure di protezione contro gli organismi nocivi ai vegetali. È necessario prestare attenzione al rischio di introdurre nel territorio dell'Unione dei parassiti delle piante, tale rischio infatti è aumentato a causa della globalizzazione del commercio e del cambiamento climatico. Il Parlamento ha quindi sottolineato l'importanza di adottare misure di prevenzione e protezione, e l'identificazione precoce della presenza di organismi nocivi per garantire la rapida ed efficace eradicazione. Il regolamento dovrebbe stabilire le norme in materia di ispezioni fitosanitarie e misure fitosanitarie per evitare l'introduzione di organismi nocivi provenienti da altri Stati membri o paesi terzi. Inoltre, è necessario mettere a disposizione del pubblico tutte le informazioni sui possibili impatti economici, ambientali e sociali dei parassiti delle piante. È anche di fondamentale importanza la sensibilizzazione e la formazione in materia di lotta contro i parassiti, dei professionisti, dei funzionari governativi locali, dei centri di giardinaggio, degli importatori, dei ricercatori, dei funzionari dei dipartimenti governativi, politici e dei singoli individui. Il testo prevede anche di modernizzare gli strumenti commerciali fitosanitari, privilegiando un approccio basato sul rischio.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à protéger les végétaux des organismes nuisibles, notamment importés des pays tiers. Pour y parvenir, le texte préconise de moderniser les instruments de contrôle, notamment en matière de traçabilité, à la fois au sein du marché intérieur ainsi que dans le cadre des échanges avec des pays tiers. À cette fin, ce projet de résolution fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène ou par toute plante parasite nuisible aux végétaux, ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Certes, ce rapport promeut des contrôles plus stricts à l'entrée et à la circulation des nouveaux organismes sur le marché intérieur. Néanmoins, il contribue également à renforcer le pouvoir de la Commission européenne, désormais chargée de dresser la liste de ces organismes nuisibles. C'est pourquoi je me suis abstenu sur ce texte.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi abbiamo approvato nuove norme comunitarie per aiutare a prevenire in Europa la diffusione dei parassiti nelle piante, come ad esempio la Xylella fastidiosa negli oliveti, e per arginare i potenziali focolai. Il regolamento in questione introduce nuovi meccanismi preventivi di risposta rapida per l'importazione sospetta di piante, intensifica gli sforzi di sorveglianza sui parassiti nell'UE e richiede a tutti gli Stati membri di elaborare piani di emergenza per le epidemie. I parassiti e le malattie non rispettano i confini nazionali. Ecco perché è così importante avere norme in tutta l'UE per la protezione della nostra agricoltura, orticoltura e silvicoltura, attraverso un approccio proporzionato e basato sul rischio, che preveda una migliore cooperazione tra gli Stati membri.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This file came before the Parliament as a second reading, therefore there was no vote on the overall report – only one amendment to reject the result of inter-institutional negotiations.

The regulation imposes strict controls on importing plant material into the EU in the hopes of avoiding future outbreaks of plant diseases, such as the recent xylella fastudiosa attacking olive trees in France, Germany and Italy. The regulation will make it possible to protect against plant material that could be dangerous from a phytosanitary point of view by implementing a sort of quarantine system. Delegated and implementing acts will come later, listing pests to be designated as either priority pests, quarantine pests or non-regulated quarantine pests.

Given these good elements, I voted against the amendment to reject the compromise text.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of an agreement at second reading. Generally the new regulation is to address the increased risks in the plant health sector from new pests and diseases arising from globalisation and climate change, as well as the risk associated with plants imported from third countries. It introduces for example the idea of a 'plant passport system' to all movements of plants for planting within the EU, including those ordered through distance sales, with the exception of home gardeners.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il fattore fitosanitario riveste cruciale importanza per un'agricoltura, un'orticoltura e una silvicoltura sostenibile e competitiva ma anche importane sia per tutela della biodiversità che dei servizi economici. Gli organismi nocivi provenienti da altri continenti hanno dimostrato di essere particolarmente pericolosi e che possono provocare gravi perdite economiche compromettendo la competitività dei nostri agricoltori. Questo regolamento, che verrà a sostituire una direttiva vecchia di 15 anni, contiene elementi e misure favorevoli come: misure di contenimento e di prevenzione nei casi in cui l'eradicazione non è più possibile, aumenta le compensazioni per i territori colpiti, garantisce maggiore trasparenza attraverso la creazione di un registro ad hoc per le emergenze, vengono citate per la prima volta tra le condizioni per identificare un priority test delle condizioni sociali e ambientali e in particolare si fa riferimento a specie arboree di grande importanza in termini di paesaggio e del patrimonio culturale o storico per l'Unione (ulivi secolari), tolto il riferimento all'EFSA come principale interlocutore scientifico .Alla luce di quanto esposto, ho votato contro l'emendamento di rigetto.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La salute delle piante rappresenta un fattore chiave per la competitività dei settori della agricoltura, orticoltura e selvicoltura. Pesticidi o organismi dannosi come insetti, funghi, batteri e virus, soprattutto provenienti da altri continenti, possono causare seri danni alle piante e diffondersi rapidamente in assenza di un adeguato sistema di protezione. Vorrei ricordare il caso della Xylella fastidiosa, un batterio proveniente dall'America, che nel 2104 ha devastato circa 30.000 ettari di uliveti nella regione italiana della Puglia, causando significative perdite economiche per i coltivatori. Anche alla luce di tale drammatica vicenda reputo necessario modificare la legislazione di base per far fronte ai rischi legati all'arrivo di nuovi parassiti sul territorio dell'Unione come conseguenza dei processi di globalizzazione e del cambiamento climatico. Ritengo, quindi, che il nuovo regolamento, mirando ad un più elevato grado di sicurezza del sistema di importazione, vada in questa direzione. Per queste ragioni ho votato a favore della raccomandazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε αυτή την έκθεση που εμπεριέχει πολλά σημεία τριβής.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La proposta presentata accoglie tutto il mio favore dal momento che l'Italia, grazie al suo clima, gode di un territorio particolarmente florido, eppure esso è anche tristemente esposto e vulnerabile al rischio di introduzione di nuovi organismi patogeni, la cui presenza è finita per aumentare per gli scambi commerciali e i cambiamenti climatici. Basti considerare come virus, funghi e insetti stiano attaccando pesantemente le nostre eccellenze della terra, una su tutte: le castagne, la cui produzione è stata falcidiata dal cinipide, parassita cinese che fa seccare gli alberi, generando un danno di oltre 200 milioni. Con tale provvedimento si esige un aggiornamento dei certificati fitosanitari per i commerci extra-UE e per i passaporti delle piante nel commercio intra UE. Congiuntamente a ciò, si istituisce un sistema elettronico per la notifica delle informazioni e a stabilire la natura per cui un organismo nocivo viene classificato da quarantena in modo da favorire una protezione lesta contro gli agenti patogeni. Rinnovo, pertanto, il mandato rivolto alla Commissione per individuare organismi per i quali devono necessariamente essere previsti obblighi d'intervento prioritari e, al contempo, di redigere un elenco delle piante e dei prodotti ad alto rischio per cui prescrivere misure particolari.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support the amendment on the protective measures against pests of plants and I am in favour of accepting the Council position on the matter.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione sull'introduzione della procedura di sospensione delle importazioni di piante ritenute pericolose. Il requisito del certificato fitosanitario per il trasporto di piante all'interno del bagaglio sia per gli importatori che per i consumatori, e l'estensione del sistema del «passaporto delle piante» per i movimenti delle stesse da piantare all'interno dell'UE, rafforzano e modernizzano i meccanismi di controllo delle fitopatie, particolarmente importanti per i paesi europei maggiormente esposti al rischio di introduzione di nuovi agenti patogeni.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — A pesar de que hay aspectos en este informe que son mejorables, como por ejemplo la implantación de medidas preventivas y de lucha y adaptación frente al cambio climático, he votado en contra de la enmienda propuesta por ALDE, que solicita el rechazo de la propuesta legislativa. Considero importante que este informe sea adoptado y me parecen muy positivos los avances hechos a lo largo de las negociaciones, a través de los cuales se consiguió que la regulación imponga controles estrictos sobre la importación de material vegetal en la Unión. Algo fundamental para evitar futuros brotes de pestes y enfermedades en las plantas (como el problema de la *Xylella fastidiosa* en los olivos).

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Tramite questa risoluzione legislativa, il Parlamento europeo approva la posizione del Consiglio, in vista dell'adozione del regolamento relativo alle misure di protezione contro gli organismi nocivi per le piante. Con il mio voto a favore, ho inteso sostenere questa risoluzione perché ritengo che la salvaguardia dei settori agricolo e forestale sia una priorità assoluta per l'economia dell'UE e per la salute dei suoi cittadini. I danni ambientali e la perdita economica degli agricoltori, causati dal parassita Xylella agli oliveti degli Stati membri meridionali, non devono più ripetersi. Il regolamento prende atto della diffusione rapida di parassiti e malattie attraverso i confini nazionali e apporta importanti miglioramenti al quadro legislativo esistente. Gli attuali obiettivi europei sono: impedire l'ingresso di organismi nocivi alle piante all'interno dell'UE, eliminarli quando sono già presenti ed evitare la propagazione di eventuali focolai. Tra le misure previste per raggiungere gli obiettivi identificati, sono stati individuati un migliore regime di protezione per i prodotti importabili, regole più chiare per le zone protette e l'armonizzazione dei passaporti fitosanitari a livello europeo.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw rozporządzeniu w sprawie środków ochronnych przeciwko agrofagom roślin. Mimo że w sprawozdaniu zostaje wyznaczony ambitny cel, jakim jest określenie zasad identyfikowania ryzyka fitosanitarnego związanego z jakimkolwiek typem szkodników roślin lub produktów roślinnych, rozporządzenie nie porusza najistotniejszych kwestii. W mojej ocenie najważniejsze działania, jakie powinny zostać podjęte w tym obszarze, to ochrona handlu oraz uniknięcie nadmiernej biurokracji. Rozporządzenie w ogóle nie skupia się na tak ważnych kwestiach, dlatego też głosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as this new framework reinforces the synergies with the plant reproductive material regime to protect EU agriculture from the entry and spreading of plant pests. The report also asks for better surveillance and the early eradication of outbreaks of new pests whilst introducing a plant passport, which is an innovative way to ensure a high degree of traceability. I am confident that the new legislation will assure a higher degree of security for the European Union with regards to imports of plants and plant products whilst also ensuring support for farmers.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur la réforme du système de l'Union européenne de contrôle et de lutte contre les aléas sanitaires qui pourraient toucher les végétaux. Je m'étais particulièrement mobilisé sur ce dossier en commission parlementaire, car il incarne parfaitement l'action de l'Union européenne pour protéger ses citoyens. Ce texte me paraît d'autant plus nécessaire que l'opinion publique et nous-mêmes souhaitons l'utilisation de moins de pesticides pour protéger nos cultures. Or la meilleure manière de protéger les cultures, c'est d'éviter l'infection primaire. Pour qu'il n'y ait pas d'infection primaire, il faut que nous ayons des contrôles qui soient plus actifs sur les différentes circulations des marchandises, qui vont croissantes du fait de la mondialisation. Je préfère en effet avoir des contrôles efficaces à l'aéroport d'Anvers ou Paris, plutôt que nos agriculteurs restent les bras ballants devant des cultures infectées, incapables de les traiter parce que nous n'aurons pas de produit pour le faire et parce que la recherche ne va pas assez vite. On le voit bien avec Xylella, un fléau qui touche ma circonscription! Avec cette législation, un cas comme Xyllela pourra dans l'avenir être évité. Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce texte dont l'objectif général est de faire face aux risques accrus que connait le secteur de production végétale et variétale en Europe et qui découlent de l'apparition de nouveaux organismes nuisibles et de nouvelles maladies. Ce texte prévoit, en outre, la mise en place d'un certificat phytosanitaire dont devront être munis les opérateurs professionnels important des produits végétaux ainsi que les clients des services postaux, internet et les passagers transportant des variétés à risques dans leurs bagages. Ceci permet de moderniser les instruments phytosanitaires liés au commerce, en privilégiant une approche fondée sur les risques.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur les mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux. Ces mesures me semblent tout à fait pertinentes et permettront une meilleure protection de la santé des végétaux, des forêts, des espaces naturels et de la biodiversité. Le rapport propose notamment de mettre en place une surveillance et une lutte harmonisée pour les organismes de quarantaine, des certificats phytosanitaires afin de contrôler et de réguler l'importation de variétés à risque, ainsi que des passeports de variété pour gérer les mouvements de ces espèces au sein de l'UE. Les produits végétaux présentant un risque élevé seront identifiés et interdits d'importation tant qu'une évaluation des risques phytosanitaires n'aura pas eu lieu. Ces obligations de traçabilité et de contrôle des risques permettront une protection effective des territoires de l'Union européenne, ce qui est primordial.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Face à la succession d'accidents sanitaires dus à l'importation d'organismes nuisibles comme la *Xyllela fastidiosa*, il est important que des mesures soient prises au niveau européen afin d'éviter la propagation de ce type de parasites qui peuvent provoquer la destruction de cultures entières et mettre à mal toute une agroéconomie régionale.

Ce texte constitue une réelle avancée pour la protection du territoire de l'Union et je me félicite de son adoption.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Depuis 2013, la région italienne des Pouilles fait face à une catastrophe écologique de grande ampleur. Les oliveraies sont décimées par une bactérie contre laquelle il n'existe aucun traitement, la «*Xylella fastidiosa*», qui s'est propagée jusqu'en Corse. Cette bactérie, inconnue jusqu'alors en Europe, proviendrait d'Amérique du Sud. L'Union doit protéger la production végétale et la biodiversité. C'est pourquoi, elle doit identifier les végétaux et produits végétaux présentant un risque et les interdire à l'importation tant qu'une évaluation des risques phytosanitaires n'a pas été effectuée. Le système de surveillance doit être amélioré, et une obligation de traçabilité pour tous les produits végétaux mise en place.

Martina Dlabajová (ALDE), *písemně*. – Pozice, na které se Evropský parlament shodl v prvním čtení, se výrazně posunula k souladu se zněním pozice Rady. Neztotožňuji se ani s novým návrhem dovozního režimu, protože musí především existovat rovnováha mezi dovozními omezeními a ochranou obchodních zájmů. Ochranářská opatření navrhovaná v tomto znění návrhu toto nezaručují. Z těchto důvodů souhlasím s návrhem na odmítnutí předloženého návrhu Rady.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – L'objectif général de ce texte est de répondre aux risques pour la santé des végétaux causés par de nouveaux organismes nuisibles et maladies en provenance de pays tiers. Il vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur, comme l'amélioration de la traçabilité, mais également dans le cadre d'échanges avec des pays tiers. Il fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux (ou aux produits végétaux), ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Si le texte renforce les contrôles à l'entrée et à la circulation de nouveaux organismes sur le marché intérieur, il accroît aussi le pouvoir de la Commission. Cette dernière sera ainsi chargée de dresser la liste des organismes nuisibles. Elle pourra aussi décider de l'éradication de plantes atteintes, comme elle l'a fait cette année avec les oliviers touchés par la *Xylella fastidiosa* dans les Pouilles. Aussi, j'ai préféré m'abstenir.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η πρόσφατη εμπειρία με την Xylella fastidiosa καταδεικνύει τα κενά που υπάρχουν στους κανονισμούς σχετικά με τους επιβλαβείς για τα φυτά οργανισμούς. Η παγκοσμιοποίηση, το ηλεκτρονικό εμπόριο και οι νέες συνθήκες πρέπει να ληφθούν υπόψη ούτως ώστε να προστατευθεί η χλωρίδα της Ευρώπης. Η Ένωση πρέπει φυσικά να αντιληφθεί ότι υπάρχουν και άλλοι τρόποι αντιμετώπισης των ασθενειών πέρα από την εκρίζωση και πρέπει να αναπτύξει στρατηγική φυτοϋγειονομικής διαχείρισης ούτως ώστε να μειώνεται ο χρόνος αντιμετώπισης. Σημειώνουμε ότι η εκρίζωση εγκυμονεί άλλους κινδύνους και ότι πρέπει να δίνεται η επιλογή στις εθνικές και περιφερειακές αρχές για συγκράτηση.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament és a Tanács politikai megállapodásán alapuló növényegészségügyi rendelettervezet elsősorban egyszerűsítési és egységesítési céllal került megalkotásra. A számos jogszabály (döntő többségben irányelv) egységes keretbe történő foglalása mellett szükségessé vált a növényi károsítók elleni harcban a megelőzés elvének a hangsúlyosabbá tétele, a károsítók észszerűbb rangsorolása, a tudományos kutatás megerősítése, valamint a költségek és felelősség igazságos megosztása.

A végső szöveg megfelel a magyar nemzeti érdekeknek. Ezért szavazatommal elleneztem az egyik parlamenti frakciónak a szöveg elfogadását blokkolni kívánó próbálkozását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I did not vote to reject the Council's position on this regulation as it will impose strict controls which will help to avoid future outbreaks of plant diseases. Whilst there was concern about the timescale for implementation, I believe the measures are important for farmers and producers in Wales.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Denna andra lösningsöverenskommelse har tyvärr blivit mer protektionistisk jämfört med de mandat som parlamentet senast gav för förhandlingar. I slutresultatet ser vi att bestämmelserna om importrestriktioner baserade på sjukdomar hos växter har gått från att vara en regelrätt riskbaserad bedömning baserad på vetenskap till att i större grad öppna upp för alltför godtyckliga bedömningar och stora administrativa bördor för importörer. För mig ska EU:s regler för att hindra spridning av växtsjukdomar inte vara ett verktyg för att sätta upp oproportionerliga handelshinder och tyvärr har detta betänkande gått i mitt tycke för långt åt det hållet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A fitossanidade representa um fator essencial para uma agricultura, uma horticultura e uma silvicultura sustentáveis e competitivas. É necessário dispor de sementes e de material de propagação saudáveis a fim de se obterem culturas rentáveis e de se garantirem os empregos, a inovação em matéria vegetal e a segurança do abastecimento alimentar.

As pragas provenientes de outros continentes são particularmente perigosas. Em geral, os vegetais e as árvores europeus não possuem uma resistência genética adequada contra pragas alóctones, que, além do mais, não têm habitualmente aqui inimigos naturais. Quando introduzidas na Europa, as pragas alóctones provocam graves prejuízos económicos.

As perdas económicas por vezes graves comprometem a rendibilidade e a competitividade da agricultura e da silvicultura. Por isso, concordo com as medidas de proteção preconizadas no relatório.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: il s'agit de la recommandation pour la deuxième lecture relative à la position du Conseil en première lecture. La commission AGRI a recommandé que le Parlement approuve la position du Conseil en première lecture sans y apporter d'amendements. Il n'y a pas de vote final en deuxième lecture. Le vote en plénière porte sur un amendement de rejet déposé par le groupe ALDE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O objetivo deste regulamento é impedir a entrada e disseminação de pragas de plantas de dois tipos, pragas de quarentena e pragas de quarentena não regulamentadas que são permitidas até um limite.

Uma das principais preocupações suscitadas pela proposta legislativa era o registo e certificação dos produtores, que representava um risco de impacto potencial sobre os pequenos produtores com produtos de baixo risco, vendendo apenas pequenos volumes de plantas de risco reduzido ou nulo (incluindo sementes), que teriam que pagar para se registrar e enfrentar coimas proibitivas, quando não devem ser eles o alvo a que estas medidas se destinam.

Havia ainda um outro grupo involuntariamente afetado, as organizações de aprovisionamento de sementes que realizam ações para conservar variedades raras e espécies e assegurar a biodiversidade genética. Estas preocupações foram devidamente salvaguardadas na versão final do regulamento.

Durante as negociações foi ainda possível garantir (graças à pressão dos países do Sul) que este regulamento imponha um controlo rigoroso sobre a importação de material vegetal para a UE, esperando assim evitar futuros surtos de doenças de plantas (como o recente ataque de *Xylella fastidiosa* nas oliveiras). Mesmo sem terem sido afastadas todas as preocupações, mas tendo sido afastadas as principais, o texto foi melhorado ao longo do processo da sua discussão.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Zdravie rastlín predstavuje kľúčový faktor pre budúcnosť a prezentáciu udržateľného a konkurencieschopného poľnohospodárskeho priemyslu a lesníctva v Európskej únii. Je veľmi dôležité, aby sme sa zamerali na ochranu poľnohospodárstva v Európe tým, že zabránime vstupu a šíreniu škodlivých organizmov a škodcov, ako sú hmyz, plesne, baktérie a vírusy, ktoré môžu spôsobiť vážne škody na rastlinách, najmä ak pochádzajú z iných kontinentov a v Európe proti nim chýba genetický odpor. Nová právna úprava by mala priniesť výrazné zvýšenie bezpečnosti pre zdravie rastlín a rastlinných produktov v Európskej únii. Zavedenie rastlinného pasu je tiež inovácia, ktorá v budúcnosti prinesie vysokú úroveň sledovateľnosti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τα προστατευτικά μέτρα κατά των επιβλαβών για τα φυτά οργανισμών καθώς η πρόσφατη εμπειρία με την Xylella fastidiosa καταδεικνύει τα κενά που υπάρχουν στους κανονισμούς σχετικά με τους επιβλαβείς για τα φυτά οργανισμούς. Η παγκοσμιοποίηση, το ηλεκτρονικό εμπόριο και οι νέες συνθήκες πρέπει να ληφθούν υπόψη ούτως ώστε να προστατευθεί η χλωρίδα της Ευρώπης. Η Ένωση πρέπει φυσικά να αντιληφθεί ότι υπάρχουν και άλλοι τρόποι αντιμετώπισης των ασθενειών πέρα από την εκρίζωση και πρέπει να αναπτύξει στρατηγική φυτοϋγειονομικής διαχείρισης ούτως ώστε να μειώνεται ο χρόνος αντιμετώπισης. Σημειώνω ότι η εκρίζωση εγκυμονεί άλλους κινδύνους και ότι πρέπει να δίνεται η επιλογή στις εθνικές και περιφερειακές αρχές για συγκράτηση.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted for this report as it strikes a good balance between avoiding unnecessary bureaucracy and making sure that we have the tools to respond to large scale pest threats.

Strengthening health and safety in food is something that the EU does well. Much of our food comes across borders and we ensure that the customer buys something that passes rigorous tests and meets high standards.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I am confident that the new legislation will assure a high degree of security for the European Union with regards to imports of plants and plant products. With the new system, the introduction of pests such as Xyllela fastidiosa in southern Italy or Asian long-horned beetle in the UK would be much more difficult.

Also the new measures for quarantine will be tailor-made for each case and farmers would be supported in the eradication procedures also receiving compensation for their losses.

The introduction of a plant passport is also an innovation brought in by this regulation which would ensure a high degree of traceability.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi rallegro della proposta di un nuovo regolamento sulle misure di protezione contro i parassiti delle piante e gli organismi nocivi. La sicurezza del regime fitosanitario UE è essenziale per la salvaguardia dell'economia agricola, ma anche per quella della salute. Per questo occorrono controlli più organizzati e severi, un quadro di prevenzione e delle regole certe per la nostra sicurezza e una tracciabilità dei movimenti delle piante nell'UE capace di confrontarsi anche con le nuove frontiere del *business* dell'online. Apprezzo, in particolare, l'idea del passaporto delle piante, per assicurare un monitoraggio a pieno campo soprattutto sulle importazioni potenzialmente rischiose da paesi terzi nell'Unione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione relativa alla posizione in prima lettura del Consiglio in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo alle misure di protezione contro gli organismi nocivi per le piante, che modifica i regolamenti (UE) n. 228/2013, (UE) n. 652/2014 e (UE) n. 1143/2014 del Parlamento europeo e del Consiglio e abroga le direttive 69/464/CEE, 74/647/CEE, 93/85/CEE, 98/57/CE, 2000/29/CE, 2006/91/CE e 2007/33/CE del Consiglio, perchè penso che sia importante approvare definitivamente la riforma della normativa UE in materia di protezione vegetale. Come dimostrato dalla vicenda della Xylella, la normativa UE vigente ad oggi è inadeguata a garantire la protezione degli organismi vegetali da organismi nocivi, per via di diversi difetti quali i controlli sulle importazioni, interventi emergenziali standard non rapportati alle specifiche caratteristiche dei territori e degli organismi interessati, assenza di misure compensative, ritardi nella messa in campo delle buone pratiche agricole. I negoziati interistituzionali hanno permesso di trovare dei buoni compromessi, eliminando il limite del 10% per la quarantena dei pesticidi e introducendo un approccio alle importazioni basato sul principio di precauzione, e l'obbligo per gli importatori di mostrare il certificato fitosanitario. Spero dunque in una rapida approvazione della nuova normativa.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen gestimmt. Es ist für die biologische Vielfalt in Europa unerlässlich, Wege einer effektiven und dennoch umweltschonenden Bekämpfung der Schädlinge zu finden.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Se fino a qualche anno fa gli aspetti fitosanitari dell'agricoltura erano materia degli addetti ai lavori oggi le cose sono molto cambiate. Casi come quello della Xylella in Puglia, e quello della Tristeza oggi in Sicilia, accendono i riflettori su un problema, quello del contagio delle piante, che crea enormi danni a un settore, agricolo già pesantemente in crisi. Questo regolamento interviene sicuramente a migliorare il sistema di allerta: migliore sorveglianza e eradicazione precoce dei nuovi focolai, così come la modernizzazione degli strumenti per il commercio sono misure importanti. Ma bisogna fare di più. Sia ex ante che ex post. Ex ante i controlli dei prodotti che arrivano dai paesi terzi devono essere molto più severi e la Commissione deve essere tempestiva nel caso di intercettazioni di prodotti infestati, bisogna rafforzare il «principio di precauzione». Oggi le associazioni di categoria per esempio ci segnalano il citrus black spot su cui intervenire immediatamente. Ex post, quando ormai purtroppo si rende necessario l'espianto e il reimpianto, bisogna sostenere in modo adeguato gli agricoltori con aiuti diretti senza demandare tutto ai PSR. L'Unione europea è forse eccessivamente esposta all'ingresso di merci dai paesi terzi e questo ha delle pesantissime ricadute soprattutto sulla nostra agricoltura, la sicurezza deve restare la priorità.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport se propose de lutter contre les nouveaux organismes nuisibles et les nouvelles maladies en provenance de pays tiers qui présentent un danger pour nos cultures et nos récoltes.

Toutefois, même si ce texte évoque indirectement les effets de la mondialisation sur la prolifération des espèces et organismes invasifs, il se contente de répondre à ces menaces par une simple volonté d'améliorer les contrôles et la traçabilité.

Il s'agit notamment de ramener à un niveau acceptable les risques que font courir ces espèces et organismes invasifs. Mais l'augmentation des contrôles ne mettra pas fin à l'entrée de ces espèces sur le marché intérieur et accroît substantiellement les pouvoirs de la Commission européenne. Celle-ci pourra notamment décider de l'éradication de plantes atteintes, comme elle l'a fait cette année avec les oliviers touchés par la *Xylella fastidiosa* dans les Pouilles.

Je me suis donc abstenue sur ce rapport qui ne s'attaque pas aux causes du problème, à savoir l'ouverture des frontières sans respect des équilibres environnementaux. En réalité, la Commission n'hésitera pas à éradiquer complétement des cultures, parfois ancestrales, très importantes pour nos terroirs, alors qu'elle est elle-même en partie responsable de la prolifération des espèces invasives qui s'attaquent à ces cultures.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – La mondialisation n'est décidément pas heureuse, pas plus pour les plantes que pour les humains.

Importer tout et n'importe quoi de n'importe quel pays conduit en effet à faire enter des indésirables (maladies, parasites, végétaux prédateurs…) face auxquels la végétation locale est vulnérable. Un peu comme des combattants du groupe «État islamique» dans les flux de migrants syriens ou iraquiens que nous sommes sommés d'accueillir.

Le texte qui nous est soumis aujourd'hui vise à renforcer les contrôles des importations potentiellement porteuses d'organismes nuisibles aux végétaux et à améliorer les mesures de protection (quarantaines, certificats phytosanitaires, etc…) en fonction du risque encouru.

Cependant, c'est la Commission seule qui est chargée à la fois de l'analyse du risque et de la décision. Dans l'affaire de la bactérie *Xylella fastidiosa*, qui attaque les oliviers du sud de l'Italie, j'ai cru comprendre que sa capacité de discernement n'était pas totalement fiable, puisqu'elle préconisait l'abattage d'arbres centenaires (et donc la ruine de leurs propriétaires), alors que la bactérie en question ne représentait pas de danger pour la qualité des olives ni pour la santé. Ce qui de plus favorisait les importations extra-européennes.

En termes d'importation d'organismes nuisibles, qu'il s'agisse de terroristes ou de bactéries, l'expérience prouve qu'il ne faut rien confier à Bruxelles.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de esta enmienda. Estoy de acuerdo con este reglamento ya que su objetivo es prevenir la entrada y la propagación de plagas en las plantas de dos tipos: plagas cuarentenarias y plagas no cuarentenarias reglamentadas. En el pasado comité de AGRI del 13 de octubre, este informe fue aprobado con 28 votos a favor. Gracias a las modificaciones aportadas por la *shadow* del informe, este documento sobre las plagas de los vegetales pide la puesta en marcha de controles estrictos en las importaciones de material vegetal en la Unión Europea con la intención de evitar futuras plagas y enfermedades vegetales (como la *Xylella Fastidiosa* que ataca a los olivos y provocó una subida del 20 % del precio del aceite en 2015). Después de esta segunda lectura, creemos que sería bueno que se adoptase, por eso creemos que es importante votar en contra de esta enmienda que propone el grupo parlamentario ALDE. ALDE vota en contra porque considera la propuesta muy restrictiva en cuanto al régimen de importación mientras que nosotros queremos un régimen de importación restrictivo que proteja nuestras plantas y cultivos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the regulation as it sets up a robust and cohesive framework drawn up with a view to preventing contamination and outbreaks of plant diseases, as well as setting out measures to deal effectively with the consequences of the spread of plant pests. In a globalised world in which climate change adds an additional layer of uncertainty, it is necessary that all countries trading on the EU single market adopt a cohesive and comprehensive legal framework to protect their own farmers, horticulturalists, foresters and other operators from the spread of non-native plant diseases.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur d'un texte visant à répondre aux risques accrus que connaît le secteur de production variétale et végétale en Europe, qui découlent de l'apparition de nouveaux organismes nuisibles et de nouvelles maladies (causée par la mondialisation des échanges et le changement climatique). Ce règlement prévoit également de moderniser des instruments phytosanitaires liés au commerce, que ce soit au sein de l'UE (amélioration de la traçabilité sur le marché intérieur) ou en provenance de pays tiers, en privilégiant une approche fondée sur les risques. Ces nouvelles mesurent s'appliqueront aux espèces exotiques envahissantes, qu'elles soient parasites ou non, sur la base d'une liste.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted to approve the Council's position at first reading of the legislation. The general objective of the proposed regulation is to deal with the increased risks facing the phytosanitary sector and resulting from the emergence of new pests and new diseases. The text also aims to modernise phytosanitary trade-related instruments, either within the EU (improved traceability in the internal market) or from third countries, favouring a risk-based approach.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The agreement reached in this report permits new EU rules to be used as preventive measures for imported plants and creates a mechanism for high-risk pests. Since the rapporteur ensured that there would be no unnecessary bureaucracy and that the tools available would allow for a coordinated response across the EU, I have voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju s ciljem donošenja Uredbe Parlamenta i Vijeća o zaštitnim mjerama protiv organizama štetnih za bilje i o izmjeni uredaba (EU) br. 228/2013, (EU) br. 652/2014 i (EU) br. 1143/2014 Parlamenta i Vijeća te stavljanju izvan snage direktiva Vijeća 69/464/EEZ, 74/647/EEZ, 93/85/EEZ, 98/57/EZ, 2000/29/EZ, 2006/91/EZ i 2007/33/EZ zbog toga što je zaštita bilja ključna kako bi se dostigla održivost i konkurentnost poljoprivrednog i šumarskog sektora.

Nužno je očuvati europsku bioraznolikost, te spriječiti zarazu biljaka štetnicima koji se nalaze na uvoznim biljkama. Stoga smatram da je potrebno osnažiti preventivne mjere kako bi se izbjegle zaraze te ojačati kontrole u vidu uspješne fitosanitarne sigurnosti. Sustav brzog reagiranja na moguće zaraze doprinosi sprječavanju ekonomske štete te stoga podržavam ovu preporuku.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Anthea McIntyre concernant les mesures de protection contre les organismes nuisibles pour les végétaux. Ces règles ont pour but de protéger l'agriculture et la sylviculture européennes en empêchant l'entrée d'organismes nuisibles. Pour cela, le texte prévoit la modernisation et l'amélioration de la traçabilité des produits phytosanitaires en provenance de pays tiers. De plus, il impose que les décisions d'importation soient régies par le principe de précaution afin d'éviter les risques de contamination ou de dissémination d'organismes nuisibles autochtones.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. Il vise à prendre en compte les risques accrus pour la santé que constitue l'apparition de nouveaux parasites et des maladies résultant de la mondialisation et du changement climatique, tout comme le risque associé aux importations des pays tiers.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht „Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen" hätte ich nicht zugestimmt, da sich meine Partei für eine Änderung dieser Verordnungen ausspricht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the regulation as it sets up a robust and cohesive framework drawn up with a view to preventing contamination and outbreaks of plant diseases, as well as setting out measures to deal effectively with the consequences of the spread of plant pests. In a globalised world in which climate change adds an additional layer of uncertainty, it is necessary that all countries trading on the EU single market adopt a cohesive and comprehensive legal framework to protect their own farmers, horticulturalists, foresters and other operators from the spread of non-native plant diseases.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих предложението за регламент относно защитни мерки срещу вредителите по растенията, тъй като здравето им е ключов фактор за устойчиво и конкурентоспособно селско стопанство, градинарство и горско стопанство. Здравите семена и посадъчен материал са необходими за постигане на плодородни култури и за осигуряване на работни места, иновации в областта на растениевъдството и продоволствена сигурност. Приетата нормативна уредба има за цел да се опази европейското селско и горско стопанство чрез предотвратяване на въвеждането и разпространението на чуждоземни вредители, като държи сметка и за инвазивните чуждоземни видове, по предвидения в стратегията на ЕС за биологичното разнообразие механизъм.

Регламентът също така урежда основните разпоредби за карантинните пунктове, когато използването на такива пунктове се изисква по силата на същия или по вторичен акт. Новост е и въвеждането на условие, което изисква износът на растения, растителни и други продукти за трети държави да се извършва по строго определен ред. Актуализират се изискванията и при внасянето на растения чрез багажа на пътниците, тъй като съществуващите пропуски се превръщат във все по-голям риск за фитосанитарния статус на Съюза. Създава се електронна система за уведомяване и докладване.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Negli ultimi anni stiamo assistendo all'ingresso, da paesi terzi, di patogeni di diversa natura che hanno attaccato raccolti, piantagioni e piante ornamentali, con un bollettino giornaliero di ordinaria devastazione in termini di perdita di raccolto e di danni economici. Questo voto rappresenta un grande risultato per l'Europa in quanto il rischio di invasione di patogeni provenienti da paesi terzi continua a essere alto. Negli ultimi anni abbiamo assistito alla distruzione di parte del nostro patrimonio produttivo-ornamentale, a causa di controlli poco rigidi e del mancato blocco delle importazioni quando necessario. È arrivato il momento di cambiare marcia e sono certo che solo attraverso un'analisi più seria del materiale vegetale in ingresso dell'UE potremo evitare altri casi di invasione. Il «passaporto delle piante», importante novità del regolamento, garantirà, infatti, che il materiale vegetale in ingresso nell'UE sia esente da patogeni e quindi, consentirà di ridurre notevolmente il rischio di importare organismi nocivi da paesi terzi. Organismi che, vale la pena ricordarlo, rappresentano una vera minaccia per le produzioni europee, danni per i consumatori e un costo che può raggiungere miliardi di euro. Il voto di oggi rappresenta una vittoria della nostra agricoltura.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu. Certes, il s'agit d'un texte qui accroît les contrôles sur les produits potentiellement porteurs d'organismes nuisibles aux végétaux, importés de pays tiers. Néanmoins, il laisse la Commission seule analyste et décisionnaire quant à la liste de ces organismes et aux possibilités de mise en quarantaine.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport sur les mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux. L'objectif de ce texte est de répondre aux risques pour la santé des végétaux causés par des organismes nuisibles en provenance de pays tiers.

Pour les points positifs, il convient de souligner que ce texte remet en cause, en filigrane, la mondialisation et ses excès. Par ailleurs, il invite à plus de contrôles, à la fois au sein du marché intérieur (notamment sur les exigences de traçabilité) et dans le cadre d'échanges avec les pays tiers. Le tout en renforçant une approche fondée sur le risque.

En revanche, le principal problème de ce texte est de taille: il laisse la Commission analyste et décisionnaire. En clair, elle sera chargée de dresser – seule – la liste des organismes nuisibles aux végétaux, d'établir les différentes possibilités de quarantaine afférentes et de décider arbitrairement des mesures à prendre. À titre d'exemple récent, la décision – radicale et unilatérale – qu'elle a prise quant au problème de la bactérie *Xylella fastidiosa*, dans les Pouilles, est fondée sur une ingérence totale, doublée d'un principe de précaution pénalisant pour l'Italie et bénéfique pour un pays tiers (Tunisie).

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'objectif général de ce texte est de répondre aux risques auxquels sont exposés les végétaux concernant leur santé. Celle-ci est en effet menacée par de nouveaux organismes nuisibles et par des maladies en provenance de pays tiers. Subsiste donc en filigrane une critique de la mondialisation et de ses effets sur le commerce ainsi que sur la problématique du changement climatique. Le texte vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur (amélioration de la traçabilité) et dans le cadre d'échanges avec des pays tiers. À cette fin, ce projet de résolution fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Cependant, ce projet accroît aussi le pouvoir de la Commission. Elle sera ainsi chargée de dresser la liste des organismes nuisibles et pourra même décider de l'éradication de plantes atteintes. Il n'y a pas de vote final en deuxième lecture, mais je me suis abstenu sur l'amendement de rejet déposé par le groupe ALDE.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement heeft het licht op groen gezet voor nieuwe maatregelen om planten beter te beschermen tegen ziekten. Daarover werd eerder al een akkoord bereikt met de Raad. De N-VA-delegatie steunt dit akkoord. De verordening maakt deel uit van een pakket aan maatregelen dat bedoeld is om de gezondheids- en veiligheidsnormen in de hele landbouwvoedselketen te versterken. Een Europese aanpak is hier noodzakelijk: plaagorganismen en ziekten stoppen niet aan de grens. Een bekend voorbeeld is Xylella fastidiosa, een hout-etende bacterie die olijfbomen aantast. De nieuwe regels moeten lidstaten in staat stellen sneller te beslissen, sneller te reageren en beter samen te werken. Bovendien is dit een evenwichtig en proportioneel akkoord dat overbodige administratieve lasten vermijdt en vrijhandel niet onnodig belemmert.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la nueva normativa básica europea para sanidad vegetal porque el régimen de protección fitosanitaria de la Unión es crucial para el desarrollo y competitividad de la agricultura europea. En el informe se incluye reforzar el sistema de control en frontera y los requisitos fitosanitarios para la importación, que los socialistas defendimos.

El informe también incluye que las plagas de vegetales clasificadas «como de bajo riesgo» seguirán bajo el actual sistema de control a la importación pero con el añadido del pasaporte fitosanitario, implantado ahora a nivel europeo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que hay aspectos en este informe que son mejorables, como por ejemplo la implantación de medidas preventivas y de lucha y adaptación frente al cambio climático, he votado en contra de la enmienda propuesta por ALDE que solicita el rechazo de la propuesta legislativa. Considero importante que este informe sea adoptado y me parecen muy positivos los avances hechos a lo largo de las negociaciones, a través de los cuales se consiguió que la regulación imponga controles estrictos sobre la importación de material vegetal en la Unión. Algo fundamental para evitar futuros brotes de pestes y enfermedades en las plantas (como el problema de la *Xylella fastidiosa* en los olivos).

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En vistas a proteger la agricultura europea evitando la entrada y propagación de plagas en el territorio europeo, ya que éstas entrañan graves problemas económicos, en el presente proyecto de resolución legislativa del Parlamento Europeo se aprueba la posición del Consejo en primera lectura en lo que se refiere a la adopción del Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo relativo a las medidas de protección contra las plagas de los vegetales, por el que se modifica parte de la regulación existente.

Doy mi voto favorable porque se ha respetado la posición del Parlamento. Con esta regulación protegeremos la salud, la economía y la competitividad del sector de la producción vegetal de la Unión, manteniendo nuestra política de apertura comercial.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in support of legislation to address increased risks in the plant health sector from new pests and diseases arising from intra EU trade and plants imported from third countries.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Trenutni regulatorni okvir Unije za zdravlje bilja (Direktiva 2000/29/EC) ima za cilj zaštititi europske poljoprivrede i šumarstva i spriječiti ulazak i širenje stranih štetočina. Ovaj sustav neophodan je za zaštitu zdravlja, ekonomije i konkurentnosti sektora biljne proizvodnje u EU-u, kao i za održavanje otvorene trgovinske politike Unije.

Međutim, ovaj okvir kritiziran je zbog svoje nemogućnosti zaustavljanja priljeva novih opasnih organizama štetnih za biljke. Predloženu izmjenu uredaba zamjenjuje i ukida Direktiva 2000/29/EZ koja nastoji uspostaviti transparentan i održiv regulatorni okvir za zdravstvenu zaštitu bilja, stoga sam glasala protiv prijedloga da se odbaci stajalište Vijeća.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I share the general objective of the proposed regulation to deal with the increased risks facing the phytosanitary sector and resulting from the emergence of new pests and new diseases. The important aims are to modernise phytosanitary trade-related instruments, either within or from third countries, favouring a risk-based approach.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podporujem prijatie nariadenia Európskeho parlamentu a Rady o ochranných opatreniach proti škodcom rastlín, ktorým sa menia doterajšie platné predpisy v tejto oblasti.

Vzhľadom na zmeny klímy a v dôsledku globalizácie obchodu dochádza k čoraz väčšiemu prieniku cudzokrajných škodcov rastlín do krajín Únie. Tieto predstavujú potencionálne riziko pre život a zdravie ľudí, zvierat a pre ochranu životného prostredia. Nariadenie sa preto cielene zameriava na riešenie problematiky škodcov rastlín pochádzajúcich z krajín mimo EÚ. Cieľom je eliminovanie rizík a stanovenie postupov a opatrení pri ochrane zdravia rastlín s dôrazom na rastlinnú výrobu, lesy, pôvodné a umelo vysadené plochy, prírodné ekosystémy a biodiverzitu v Únii.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Les récentes épidémies de la *Xyllela fastidiosa* et de la mouche de l'olivier ont démontré qu'il existe de graves défaillances dans les contrôles sanitaires actuellement en vigueur et que l'agriculture européenne n'est pas suffisamment protégée contre l'entrée de nouveaux organismes nuisibles en provenance de pays tiers.

Il devenait donc urgent et impératif que l'Union se dote de mesures ambitieuses de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux.

Ce règlement européen représente une réelle avancée pour la protection du territoire de l'Union européenne, notamment dans la lutte contre l'apparition de nouveaux organismes. Je m'en félicite d'autant plus qu'il permettra par ailleurs d'avoir un dispositif complet pour une approche préventive, graduée et basée sur le risque.

Je soutiens ce texte car il permettra aux agriculteurs européens de ne plus être victimes d'une protection insuffisante à nos frontières

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω τη σύσταση για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με προστατευτικά μέτρα κατά των επιβλαβών για τα φυτά οργανισμών, την τροποποίηση των κανονισμών (ΕΕ) αριθ. 228/2013, (ΕΕ) αριθ. 652/2014 και (ΕΕ) αριθ. 1143/2014 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου και την κατάργηση των οδηγιών 69/464/ΕΟΚ, 74/647/ΕΟΚ, 93/85/ΕΟΚ, 98/57/ΕΚ, 2000/29/ΕΚ, 2006/91/ΕΚ και 2007/33/ΕΚ του Συμβουλίου, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte. L'idée, au premier abord intéressante, de limiter les risques phytosanitaires liés à la mondialisation des échanges agricoles cache mal l'intention de la Commission de s'arroger des compétences supplémentaires. Elle pourrait imposer des normes et des mesures radicales à l'ensemble des États membres, ce à quoi nous nous opposons.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das allgemeine Ziel der Verordnung ist es, die Risiken durch neue Schädlinge und Krankheiten zu reduzieren. Durch den Text sollen auch phytosanitäre handelsbezogene Instrumente modernisiert werden. Auch soll eine bessere Rückverfolgbarkeit im Binnenmarkt oder aus Drittländern gewährleistet werden. Dieser Verordnung habe ich zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP parengtai rekomendacijai dėl augalų sveikatos reglamentavimo pakeitimų. Dabartine ES augalų sveikatos reglamentavimo sistema siekiama apsaugoti Europos žemės ūkio ir miškininkystės sektorius nuo kenksmingųjų organizmų, neleidžiant jiems patekti į ES ir išplisti joje.

Dėl pastaraisiais metais išaugusio importo atsirado didelių pavojingų kenksmingųjų organizmų plitimo židinių, kurie padarė labai didelę žalą miškininkystei. 2010 m. įdiegtas sistemos vertinimas parodė, kad norint aprėpti visus šios didėjančios rizikos aspektus, reikia iš dalies pakeisti pagrindinius teisės aktus. Priimtais pakeitimais skiriamas didesnis dėmesys prevencijai, sudaroma kenksmingų organizmų klasifikacija pagal svarbą ES lygmeniu ir visose 28 valstybėse narėse, nustatomos veiksmingesnės kenksmingųjų organizmų atsiradimo bei išplitimo kontrolės priemonės, patobulintos judėjimo ES viduje reglamentavimo priemonės.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La mondialisation des échanges comme le changement climatique favorisent l'introduction et la propagation au sein de l'UE de nouveaux organismes nuisibles aux végétaux particulièrement dangereux. Le rapport vise à prendre des mesures favorisant la protection des végétaux dans ce contexte. En matière de lutte, le rapport en reste aux solutions de «lutte raisonnée» (prévention, rotation des cultures, pas de pesticides automatiques) qui datent d'il y a 30 ans. Mais il renforce les contrôles sur les importations de végétaux ou de produits végétaux provenant de pays tiers, via des certificats phytosanitaires. Des dispositions spécifiques ont également été ajoutées concernant l'introduction de matériaux d'emballage en bois dans l'Union, ainsi que leur circulation à l'intérieur et vers l'extérieur de celle-ci. Pour finir je déplore que les OGM ne fassent pas partie de la liste des organismes nuisibles, vu qu'ils en possèdent les principales caractéristiques: organismes non présents sur le territoire européen (les OGM ne sont pas naturellement présents) et qui peuvent présenter des risques pour les végétaux (contamination des autres végétaux par les plantes OGM). Néanmoins, je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'objectif général de ce texte est de répondre aux risques auxquels sont exposés les végétaux concernant leur santé. Celle-ci est en effet menacée par de nouveaux organismes nuisibles et par des maladies en provenance de pays tiers. Subsiste donc en filigrane une critique de la mondialisation et de ses effets sur le commerce ainsi que sur la problématique du changement climatique. Le texte vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur (amélioration de la traçabilité) et dans le cadre d'échanges avec des pays tiers. À cette fin, ce projet de résolution fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Cependant, ce projet accroît aussi le pouvoir de la Commission. Elle sera ainsi chargée de dresser la liste des organismes nuisibles et pourra même décider de l'éradication de plantes atteintes. Il n'y a pas de vote final en deuxième lecture mais je me suis abstenue sur l'amendement de rejet du groupe ALDE.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A fitossanidade representa um fator essencial para uma agricultura, uma horticultura e uma silvicultura sustentáveis e competitivas. É necessário dispor de sementes e de material de propagação saudáveis a fim de se obterem culturas rentáveis e de se garantirem os empregos, a inovação em matéria vegetal e a segurança do abastecimento alimentar.

No caso das árvores e dos arbustos, a proteção da fitossanidade é essencial para a preservação das florestas, das paisagens e das zonas verdes públicas e privadas em toda a União. A fitossanidade é igualmente importante para a proteção da biodiversidade e dos serviços ecossistémicos.

A proposta faz parte de um pacote de revisões relacionadas com a fitossanidade, a qualidade do material de reprodução vegetal, a saúde animal, os controlos oficiais dos vegetais, animais e alimentos para consumo humano e animal e as despesas da União para estas políticas. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted against the motion to reject the Council position as new rules are needed to curb the number of plant pests that infect the Union's ecosystem. I welcome the new measures that will allow for a rapid response to suspect plant imports and the new contingency plans across the Union in case of an outbreak.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Zdravie rastlín je ohrozované druhmi, ktoré sú pre rastliny a rastlinné produkty škodlivé. V dôsledku globalizácie obchodu a zmeny klímy je riziko zavlečenia rôznych škodcov na územie Únie čoraz vyššie. Daný návrh má za cieľ zmodernizovať nástroje týkajúce sa obchodu s rastlinnými liečivami a produktami, aby sa znížilo riziko škodcov na prijateľnú úroveň. Toto je potrebné vykonať v rámci EÚ (zlepšiť vystopovateľnosť na vnútornom trhu), ale týka sa to aj tovaru, ktorý putuje z tretích krajín do Únie (uplatňovaním prístupu zameraného na možnú rizikovosť rastlín). Pre včasnú a účinnú eradikáciu škodcov je dôležitá prevencia, ochranné opatrenia a skoré odhalenie ich výskytu. Členské štáty by ďalej mali vypracovať viacročné prieskumné programy na zistenie výskytu karanténnych škodcov Únie v oblastiach, kde nebol výskyt týchto škodcov známy. Tzv. plant passport (rastlinný pas) by sa mal rozšíriť na každý pohyb rastlín určených na pestovanie v rámci EÚ vrátane tých, ktoré boli objednané na diaľku. Iba produkty dodávané konečným laickým používateľom, ako sú záhradkári, budú mať výnimku. V prípade podozrenia alebo zistenia výskytu karanténnych škodcov Únie bude Komisia splnomocnená prijať opatrenia, ktoré bude vopred konzultovať s členskými štátmi. Návrh podporujem svojím hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I believe that the new legislation will assure a high degree of security for the European Union with regards to imports of plants and plant products. With the new system, the introduction of pests such as Xyllela fastidiosa in southern Italy or Asian long-horned beetle in the UK would be much more difficult. Also the new measures for quarantine will be tailor-made for each case and farmers would be supported in the eradication procedures also receiving compensation for their loses. The introduction of a plant passport is also an innovation brought in by this regulation which would ensure a high degree of traceability. Therefore I have voted in favour of the report.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a növénykárosítókkal szembeni védekező intézkedésekről, a 228/2013/EU, a 652/2014/EU és az 1143/2014/EU rendelet módosításáról, valamint a 69/464/EGK, a 74/647/EGK, a 93/85/EGK, a 98/57/EK, a 2000/29/EK, a 2006/91/EK és a 2007/33/EK irányelv hatályon kívül helyezéséről szóló rendelet elfogadására. A Parlament 2014. április 15-én alakította ki első olvasatbeli álláspontját. Az osztrák Szövetségi Tanács indoklással ellátott véleményt terjesztett elő, mely szerint a jogalkotási aktus tervezete nem egyeztethető össze a szubszidiaritás elvével. Az ezt követő egyeztetések után a Tanács is elfogadta első olvasatbeli álláspontját, a Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság pedig jelentésében azt ajánlja, hogy a Parlament ezzel második olvasatban értsen egyet. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O atual quadro regulamentar da UE em matéria de fitossanidade tem por objetivo proteger a agricultura e a silvicultura europeias através da prevenção da entrada e da propagação de pragas alóctones. Nos últimos tempos, este quadro tem sido alvo de crítica por ser incapaz de deter o aumento de novas pragas perigosas que entram no território da UE devido ao aumento do comércio internacional.

Este quadro jurídico necessita de ser alterado para poder enfrentar plenamente os riscos crescentes e para se modernizar. Os principais problemas identificados prendem-se com uma preocupação insuficiente com a prevenção em mercadorias de alto risco, a necessidade de definir prioridades entre as pragas ao nível da UE e nos 28 Estados-Membros, a necessidade de se dispor de instrumentos mais aperfeiçoados para controlar a presença e a propagação das pragas e a necessidade de melhorar os instrumentos relativos à circulação dentro da UE.

Subscrevo a posição do relator segundo a qual os operadores profissionais têm de ser abrangidos pelo regime de medidas de proteção contra as pragas dos vegetais, assim como é indispensável lutar contra as pragas também em zonas verdes públicas ou privadas. Contudo, é fundamental que este processo seja tão transparente e previsível quanto possível.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je m'abstiens sur cet amendement de rejet concernant un texte intéressant, qui fait néanmoins la part trop belle à la Commission européenne.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, the new Plant Health regulation sets up a robust and cohesive framework drawn up with a view on preventing contamination and outbreaks of plant diseases as well as sets out measures to deal effectively with the consequences of the spread of plant pests. In a globalised world in which climate change adds up an additional layer of uncertainty, it is necessary that all countries trading on the EU single market adopt a cohesive and comprehensive legal framework to protect their own farmers, horticulturalists, foresters and other operators from the spread of non-native plant diseases. This has direct importance to the UK and European food security, biosafety and economic viability of farming, horticulture and forestry.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de faire face aux conséquences dangereuses de l'apparition de nouveaux organismes nuisibles et de nouvelles maladies, pour le secteur végétal.

Ce texte prévoit notamment, la mise en place d'un certificat phytosanitaire pour les opérateurs qui importent sur le territoire européen des produits végétaux. Ce texte prévoit également la possibilité de suspendre les importations d'une espèce si celle-ci ne se révèle pas conforme aux prescriptions et aux critères définis.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom azt a gondolatot, amely szerint megfelelő intézkedéseket kell kidolgoznunk a növénykárosítókkal szemben. Védenünk kell az Európai Unió természetes növényvilágát, ugyanakkor olyan megoldást kell keresnünk, amely nem fogja bürokratikus eljárások hosszú soraival nehezíteni mindennapi életünket.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation regarding the adoption of protective measures against pests of plants.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht einige aus meiner Sicht fehlerhafte Punkte enthält, welche dringend überarbeitet werden müssen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on leida viise, kuidas toime tulla uute haiguste ja haigustekitajatega fütosanitaarvaldkonnas. Samuti ajakohastatakse selle valdkonna kaubandusmeetmeid.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti presentati nel documento relativi alle misure di protezione contro gli organismi nocivi per le piante e, ammettendo che seguirò con interesse lo sviluppo di suddetto argomento, non ritengo che la presente obiezioni corrisponda al mio pensiero e dunque voto contro.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Svjedoci smo teških trenutaka koji su nedavno pogodili talijanske maslinare zbog stradavanja njihovih stoljetnih maslinika koje je napala bakterija Xylella fastidiosa (Wells et al.) koja se tamo proširila iz Južne Amerike uvozom u Europsku uniju zaraženih biljaka preko jedne europske luke. Poljoprivredni sektor je od izuzetne važnosti za Europu, a njegov važan dio je briga o fitosanitarnoj zaštiti. Opasni nametnici predstavljaju veliku opasnost za europsku poljoprivrednu proizvodnju, a mogu prouzročiti i veliku ekonomsku štetu.

Opći cilj predloženog propisa odgovara na povećane rizike s kojim se suočavamo u fitosanitarnom sektoru, a koji rezultiraju pojavom novih štetnika i novih bolesti. Prijedlog nastoji osuvremeniti fitosanitarne instrumente vezane uz trgovinu, bilo unutar EU-a (poboljšana sljedivost na unutarnjem tržištu) ili iz trećih zemalja te se daje prednost predostrožnosti. Kako bi ta borba bila uspješna potrebno je među ostalim osigurati mogućnost obustave uvoza rizičnih biljaka dok se ne obavi potpuna procjena rizika, uspostaviti mehanizme kontrole nad uvoznicima i korisnicima rizičnih biljaka, izraditi posebni program istraživanja kako bi se osiguralo pravovremeno pronalaženje opasnih nametnika. Sve to što je nužno poduzeti sadržano je u prijedlogu akta.

Podržavam preporuku te se nadam kako će ovaj prijedlog u konačnici biti usvojen.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce texte est de répondre aux risques pour la santé des végétaux, causés par de nouveaux organismes nuisibles et maladies en provenance de pays tiers. Il critique donc la mondialisation et ses effets sur le commerce. Le texte vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur (amélioration de la traçabilité) et dans le cadre d'échanges avec des pays tiers. Le tout en renforçant une approche fondée sur le risque. À cette fin, ce projet de résolution législative fixe les règles permettant de déterminer le risque phytosanitaire présenté par toute espèce, souche ou biotype d'agent pathogène, d'animal ou de plante parasite nuisible aux végétaux (ou aux produits végétaux), ainsi que les mesures visant à ramener ce risque à un niveau acceptable. Le défaut majeur de ce texte est qu'il accroît le pouvoir de la Commission. Elle seule sera ainsi chargée de dresser la liste des

organismes nuisibles. Elle pourra aussi décider de l'éradication de plantes atteintes, comme elle l'a fait cette année avec les oliviers touchés par la *Xylella fastidiosa* dans les Pouilles. C'est pourquoi je préfère m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podupirem bolji nadzor i ranije sprječavanje širenja novih štetnih organizama. Zdravlje biljki ključno je za promicanje održive i kompetitivne poljoprivrede, hortikulture i šumarskog sektora.

Fitosanitarni režim EU-a je temelj zaštite zdravlja i gospodarske održivosti sektora proizvodnje biljaka. Upravo zato je važno zaustaviti ulazak i širenje stranih štetnih vrsta koje su u stanju brzo se proširiti ako nema genetske otpornosti unutar EU-a.

Pozdravljam privremenu zabranu proizvoda koji predstavljaju potencijalni rizik, kao i uvođenje „putovnice za biljke" u svrhu boljeg praćenja njihova porijekla i distribucije diljem Unije. Uvjeren sam da će nova regulacija osigurati visoki stupanj sigurnosti za EU kada je riječ o uvozu biljaka i biljnih proizvoda.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Os modelos agrícolas dominantes, baseados em monoculturas intensivas, de cariz exportador, diminuem a resiliência dos sistemas agrícolas às pragas e potenciam os seus efeitos devastadores, razão pela qual se impõe, antes de mais, um questionamento e abandono destes modelos, a par da rejeição de qualquer forma de privatização de recursos genéticos, nomeadamente através do patenteamento de sementes.

Pretender, a pretexto do combate às pragas, impor medidas de registo e certificação que, na prática, inviabilizam a atividade dos pequenos agricultores, a agricultura tradicional e as formas tradicionais de propagação vegetal não é aceitável. Pelo contrário, significaria comprometer a prazo uma resposta sustentável ao problema das pragas.

Já no que se refere à importação de material vegetal de países terceiros, justifica-se por inteiro um controlo fitossanitário rigoroso, que elimine riscos de surtos futuros de doenças de plantas, com consequências agronómicas e ecológicas potencialmente devastadoras.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport sur les mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux. L'objectif principal de ce règlement est de faire face aux risques croissants visibles dans la production végétale dans l'Union européenne, à cause notamment de l'augmentation de maladies provenant de pays étrangers ou encore du changement climatique. Pour y remédier, il s'agira notamment de moderniser les instruments phytosanitaires liés au commerce, afin d'améliorer la traçabilité des organismes et produits sur le marché intérieur.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement a validé ce midi une position commune trouvée avec le Conseil européen pour mieux prévenir l'entrée en Europe d'organismes nuisibles aux végétaux et améliorer le contrôle d'épidémies éventuelles.

Insectes, champignons, bactéries et autres virus peuvent causer des dommages graves aux plantes et récoltes, un commerce qui pèse 201 milliards d'euros en Europe (7,4 milliards en Belgique). On se rappelle de *Xylella fastidiosa*, qui a dévasté près de 30 000 hectares d'oliviers dans la région italienne des Pouilles en 2014.

Les nouvelles règles renforceront le régime phytosanitaire européen autour de trois axes. Une attention particulière sera portée à la prévention, pour évaluer plus rapidement et en amont les plantes à risque en provenance de pays tiers. De meilleurs instruments de contrôle seront mis en place contre la propagation des parasites qui auront réussi à atteindre le territoire européen, notamment au travers de plans d'urgence nationaux obligatoires. La pratique des passeports phytosanitaires sera enfin étendue à tous les végétaux destinés à être vendus en Europe afin de renforcer la traçabilité des mouvements au sein du marché intérieur, et la sécurité des consommateurs comme des producteurs.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É preciso que a nova legislação garanta um alto grau de segurança para a União Europeia no que diz respeito à importação de plantas e produtos vegetais. Com o novo sistema, a introdução de pragas tais como *Xyllela fastidiosa* no sul da Itália ou o besouro *long-horned* asiático no Reino Unido será muito mais difícil.

Também as novas medidas de quarentena previstas terão em atenção a especificidade de cada caso e os agricultores serão apoiados nos procedimentos de erradicação e receberão compensações pelas perdas. A introdução do passaporte fitossanitário também é uma inovação trazida por este regulamento, com o objetivo de assegurar um elevado grau de rastreabilidade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de la aprobación definitiva de los acuerdos alcanzados con la Comisión y el Consejo sobre la nueva normativa básica europea para sanidad vegetal.

El régimen de protección fitosanitaria de la Unión es crucial para el desarrollo y competitividad de la agricultura europea. El acuerdo final no incluye el sistema de lista positiva en vigor para la sanidad animal, que hubiéramos deseado de aplicación también para la sanidad vegetal, pero sí mejora sustancialmente la propuesta inicial de la Comisión a través de un sistema cerrado para las plantas y vegetales de «alto riesgo». Las clasificadas «como de bajo riesgo» seguirán bajo el actual sistema de control a la importación pero con el añadido del pasaporte fitosanitario, implantado ahora a nivel europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'amendement du groupe ALDE à la résolution législative, qui visait à rejeter la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption du règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux, modifiant les règlements (UE) nº 228/2013, (UE) nº 652/2014 et (UE) nº 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 69/464/CEE, 74/647/CEE, 93/85/CEE, 98/57/CE, 2000/29/CE, 2006/91/CE et 2007/33/CE du Conseil. Vu l'ampleur que peuvent prendre de tels phénomènes, il était pertinent de confirmer l'accord que le Parlement européen avait obtenu avec le Conseil. Ces nouvelles mesures sont primordiales car elles vont permettre d'harmoniser le régime existant de passeport phytosanitaire et d'éradiquer de manière plus efficace les foyers précoces des organismes nuisibles.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A fitossanidade representa um fator essencial para uma agricultura, horticultura e silvicultura sustentáveis e competitivas, permitindo culturas rentáveis e funcionando como garantia de preservação de postos de trabalho, inovação, segurança do abastecimento alimentar e proteção da biodiversidade.

As pragas provenientes de outros continentes são particularmente perigosas, atendendo a que a agricultura europeia não apresenta resistência genética contra pragas alóctones que estão já a provocar graves prejuízos económicos, comprometendo a rendibilidade e a competitividade da agricultura e silvicultura europeias.

O atual quadro normativo da UE em matéria de fitossanidade tem sido alvo de várias críticas. Entre as falhas identificadas destacam-se a insuficiência de medidas preventivas no que diz respeito ao aumento das importações de mercadorias de alto risco, a necessidade de definir prioridades entre as pragas a nível da UE para os Estados-Membros, a carência de instrumentos de controlo da presença e propagação natural das pragas no caso de virem a atingir o território da União, a falta de modernização e atualização dos instrumentos relativos à circulação intra-UE, bem como a necessidade de prever recursos adicionais.

Com a presente revisão pretende-se colmatar as falhas identificadas e estabelecer um quadro normativo robusto, transparente e sustentável, adaptado aos seus objetivos, pelo que votei favoravelmente esta resolução.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de esta enmienda. Estoy de acuerdo con este reglamento ya que su objetivo es prevenir la entrada y la propagación de plagas en las plantas de dos tipos: plagas cuarentenarias y plagas no cuarentenarias reglamentadas. En el pasado comité de AGRI del 13 de octubre, este informe fue aprobado con 28 votos a favor. Gracias a las modificaciones aportadas por la *shadow* del informe, este documento sobre las plagas de los vegetales pide la puesta en marcha de controles estrictos en las importaciones de material vegetal en la Unión Europea con la intención de evitar futuras plagas y enfermedades vegetales (como la *Xylella Fastidiosa* que ataca a los olivos y provocó una subida del 20 % del precio del aceite en 2015). Después de esta segunda lectura, creemos que sería bueno que se adoptase, por eso creemos que es importante votar en contra de esta enmienda que propone el grupo parlamentario ALDE. ALDE vota en contra porque considera la propuesta muy restrictiva en cuanto al régimen de importación mientras que nosotros queremos un régimen de importación restrictivo que proteja nuestras plantas y cultivos.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen gestimmt.

Der Bericht erwähnt die steigenden Risiken im Pflanzensektor durch Krankheiten und Pestizide.

Die entsprechende Richtlinie soll 2017 in Kraft treten.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que hay aspectos en este informe que son mejorables, como por ejemplo la implantación de medidas preventivas y de lucha y adaptación frente al cambio climático, he votado en contra de la enmienda propuesta por ALDE que solicita el rechazo de la propuesta legislativa. Considero importante que este informe sea adoptado y me parecen muy positivos los avances hechos a lo largo de las negociaciones, a través de los cuales se consiguió que la regulación imponga controles estrictos sobre la importación de material vegetal en la Unión. Algo fundamental para evitar futuros brotes de pestes y enfermedades en las plantas (como el problema de la *Xylella fastidiosa* en los olivos).

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le carenze del regime fitosanitario UE attualmente in vigore rendono necessaria una riforma di tali norme. L'accento va posto sulla prevenzione, introducendo nuovi meccanismi per impedire l'ingresso nell'UE di parassiti ad «alto rischio», nonché sull'intensificazione degli strumenti di sorveglianza sui parassiti nell'UE. È importante che gli Stati membri elaborino misure di emergenza per le epidemie, come ad esempio la Xylella fastidiosa negli oliveti, al fine di rispondere a tali minacce in modo coordinato in tutta l'Unione. Ho deciso di esprimermi a favore in quanto ritengo di fondamentale importanza rafforzare l'applicazione delle norme sanitarie e di sicurezza per l'intera catena agro-alimentare.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in support of the proposed regulation on Protective measures against plant pests. The new Plant Health regulation sets up a robust and cohesive framework drawn up with a view on preventing contamination and outbreaks of plant diseases as well as sets out measures to deal effectively with the consequences of the spread of plant pests.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporujem ochranné opatrenia, ktorých cieľom je ochrana poľnohospodárskych území EÚ voči škodcom rastlín. Predkladané nariadenie by malo zlepšiť pravidlá pre stanovovanie fytosanitárnych rizík spojených s akýmkoľvek typom škodlivých organizmov ničiacich rastliny alebo rastlinné produkty. Tieto opatrenia sa zameriavajú aj na zlepšenie zabránenia vstupu škodcov na územia EÚ z tretích krajín. Z tohto dôvodu som hlasoval proti pozmeňujúcemu návrhu, ktorý chcel zamietnuť celý návrh nariadenia.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Ochrana rastlín bola vždy kľúčovým faktorom pre udržateľné a konkurencieschopné poľnohospodárstvo, záhradníctvo a lesné hospodárstvo. Žiaľ, v posledných desaťročiach sa v súvislosti s globalizáciou obchodu objavili významné prieniky cudzích škodcov do Európy, ktoré spôsobujú závažné hospodárske škody na rastlinách. Keďže rastliny a stromy v Európe zvyčajne nie sú geneticky odolné voči škodcom z iných kontinentov a z pohľadu budúcnosti predstavujú pre Európu vysokú pravdepodobnosť výskytu prienikov, je nevyhnutné, aby sme preskúmali a prekonali uvedené nedostatky a zaviedli spoľahlivý, transparentný a udržateľný regulačný rámec, ktorý bude presne zodpovedať účelu. Podporila som uznesenie, lebo si myslím, že v záujme ochrany zdravia rastlín a zníženia fytosanitárnych rizík, ktoré škodcovia pre rastliny znamenajú, prijmeme také opatrenia, ktoré tieto rizika znížia na prijateľnú úroveň a zabránia väčším výpadkom úrody. Uvedomujem si, že metódy ochrany rastlín prešli postupom času mnohými zmenami; preto očakávam, že EÚ a jej členské štáty zmenia právne predpisy tak, aby sa zvýšené rizika mohli v plnej miere riešiť.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Priporočilo vsebuje predlog za stroga pravila glede varovanja pred širjenjem škodljivcev. Težava takšnih pravil pa je seveda povezava škodljivcev s semeni, saj lahko širjenje škodljivcev omejuje tudi shranjevanje semen in njihovo izmenjavo.

Izbruh bolezni in škodljivcev, ki prizadenejo posamezne rastlinske vrste in kulture bo verjetno zajezen z novimi pravili, ki so trenutno v fazi pogajanj in bodo uredila stroge kontrole.

Ob tem se pojavlja bojazen, da bo prišlo do neželenih posledic na področju shranjevanja semen in ohranjanja določenih vrst rastlin, ki temeljijo na raznovrstnosti domačih semen in izmenjavi semen med kmeti.

Čeprav naj bi pri implementaciji novih pravil prišlo do zapisa določenih izjem, pa so pogovori z Generalnim direktoratom za zdravje in varnost hrane (DG Sante) pokazali, da bodo omenjene izjeme določene šele v letih od 2020 do 2025.

Glavni pomisleki, povezani s predlagano ureditvijo zajemajo predvsem registracijo proizvajalcev semen, ki bi lahko ogrozila manjše pridelovalce, registracijo vrst rastlin ter uvedbo t.i. potnih listov za rastline in semena. Obenem se Komisija o izzivih skorajda ni posvetovala z nevladnimi organizacijami, ki delujejo na tem področju.

Glede na vse navedene razloge in mnoge težave, povezane s predlogom, navkljub dobrim namenom po ureditvi tega področja, sem se glasovanja vzdržal.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Zmeny klímy a zvýšený pohyb tovarov so sebou prinášajú aj príchod inváznych a nepôvodných druhov rastlín a živočíchov do Európskej únie. Tie sa často agresívne rozširujú a môžu mať devastačný dosah na pôvodné európske druhy a dokonca ohrozovať aj náš agrosektor. Musíme preto proti nim prijať adekvátne opatrenia, no zároveň dbať aj na zachovanie druhovej diverzity a ochrany prírody ako celku, ktorý nie je definovaný politickými hranicami.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti predlogu skupine ALDE, da se zavrne priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o ukrepih varstva pred škodljivimi organizmi rastlin, spremembi uredb Evropskega parlamenta in Sveta ter razveljavitvi direktiv Sveta.

Uredba ima zelo jasen cilj, da zaščitimo evropsko proizvodnjo pred škodljivimi organizmi, ki smo jih uvozili iz drugih držav. Morali bi paziti na to, kaj uvozi ena država, kajti uvoz rastlin v eno državo bi lahko povzročil težave tudi v drugih državah. Moramo se boriti proti tveganju, ki ga predstavljajo neznane rastline, predvsem iz vidika njihove potencialne škodljivosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η υγεία των φυτών αποτελεί πολύ σημαντικό ζήτημα σε ολόκληρη την Ευρώπη και η συμφωνία στην οποία κατέληξε το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο με το Συμβούλιο σχετικά με τα μέτρα προστασίας κατά των παρασίτων των φυτών είναι ένα πραγματικά σημαντικό επίτευγμα. Ο κανονισμός αυτός, παρά τις μεμονωμένες ατέλειές του, θα ενισχύσει την ασφάλεια των φυτών καθώς και της βιοποικιλότητας μέσα από μια αναλογική προσέγγιση των κινδύνων, που επιτρέπει ταχύτερη λήψη αποφάσεων, ταχύτερη δράση και καλύτερη συνεργασία μεταξύ των κρατών μελών. Για αυτό, στηρίξαμε την πρόταση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πρόσφατη εμπειρία με την Xylella fastidiosa καταδεικνύει τα κενά που υπάρχουν στους κανονισμούς σχετικά με τους επιβλαβείς για τα φυτά οργανισμούς. Η παγκοσμιοποίηση, το ηλεκτρονικό εμπόριο και οι νέες συνθήκες πρέπει να ληφθούν υπόψη ούτως ώστε να προστατευθεί η χλωρίδα της Ευρώπης. Η Ένωση πρέπει φυσικά να αντιληφθεί ότι υπάρχουν και άλλοι τρόποι αντιμετώπισης των ασθενειών πέρα από την εκρίζωση και πρέπει να αναπτύξει στρατηγική φυτοϋγειονομικής διαχείρισης ούτως ώστε να μειώνεται ο χρόνος αντιμετώπισης. Σημειώνουμε ότι η εκρίζωση εγκυμονεί άλλους κινδύνους και ότι πρέπει να δίνεται η επιλογή στις εθνικές και περιφερειακές αρχές για συγκράτηση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Bizottság 2013 májusában tett javaslatot a növényi kártevők elleni védekezési intézkedésekkel kapcsolatos új szabályozásra. A szabályozás olyan új eszközöket tartalmaz, mint például kockázatelemzési kritériumok rendszere, amely a legsúlyosabb következményeik szerint csoportosítja ezeket a kártevőket. Emellett nagyobb hangsúlyt fektet a harmadik országból származó magas kockázatú kereskedelmi termékekre, illetve jobb megfigyelést és az új kártevők megjelenésének korai felszámolását teszi lehetővé.

Szükség van szorosabb közös európai fellépésre a növényegészségügy területén is, ezért a megállapodást elutasító liberális ajánlást szavazatommal nem támogattam. A növényegészségügy kulcsfontosságú tényezője a fenntartható és versenyképes mezőgazdaságnak, a kertészetnek és az erdészetnek, valamint ezeken keresztül népegészségügyi vonzata is jelentős. A szocialista és demokrata frakció elkötelezett a legmagasabb szintű biztonság garantálása mellett, és fő támogatója az elővigyázatossági importrendszernek.

Az új szabályok lehetővé tesznek átmeneti tilalmakat olyan termékekkel szemben, amelyeknél felmerül az új kártevők kockázata, vagy amelyeknél egészségügyi kockázat gyanúja merül fel. Továbbá előírja, hogy növényeket vagy növényi termékeket importáló szervezeteknek – internetes kereskedelem esetén is –, rendelkezniük kell növényegészségügyi igazolással, illetve ültetés céljából vásárolt növények esetében növényútlevél-rendszer is bevezetésre kerül.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Sănătatea plantelor este foarte importantă pentru producția vegetală, spațiile verzi publice și private, ecosistemele naturale, serviciile ecosistemice și biodiversitatea din UE. De aceea, consolidarea măsurilor de prevenire, supraveghere și acțiune rapidă în cazul unor focare de organisme dăunătoare plantelor în cadrul UE prezintă o importanță majoră, evident, pornind de la depistarea prezenței organismelor dăunătoare de carantină pentru UE în zonele în care prezența acestor organisme nu era cunoscută până în prezent, supravegherea, eradicarea timpurie a focarelor de organisme dăunătoare noi, informarea publicului cu privire la impactul economic, social și de mediu al organismelor dăunătoare plantelor, corelat cu sprijinul financiar pentru întreprinderile și autoritățile competente în domeniul fitosanitar din statele membre.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Sănătatea plantelor este o problemă de cel mai mare interes pentru Uniunea Europeană și pentru politica agricolă comună (PAC), care susține dezvoltarea durabilă a sectoarelor agriculturii, horticulturii și silviculturii. Principala amenințare în aceste sectoare este reprezentată de organismele dăunătoare, care sunt insecte, ciuperci, bacterii sau viruși ce pot produce daune semnificative culturilor, în special atunci când provin de pe alte continente. În acest sens, instituțiile europene pot reglementa tratamentele care se impun pentru creșterea rezistenței plantelor autohtone sau pot dispune realizarea unor controale mai riguroase în cazul plantelor care provin din alte areale geografice. Această ultimă categorie de măsuri poate asigura o protecție foarte eficientă împotriva răspândirii organismelor dăunătoare și bolilor plantelor.

De aceea, Comisia a propus un nivel mai înalt de securitate a importurilor de plante, în funcție de riscurile pe care le implică fiecare caz. În cazul importurilor de plante cu risc mai scăzut, a fost propusă inclusiv introducerea unor pașapoarte ale plantelor, pentru a evita orice posibilitate de răspândire a dăunătorilor. În cazurile extreme, sunt prevăzute interdicții temporare, obligativitatea certificatelor fitosanitare și crearea unor planuri de contingență pentru cazurile de urgență. Susțin adoptarea acestui raport necesar.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis bien sûr prononcé en faveur du texte proposé par ma collègue McIntyre sur la position du Conseil en première lecture en vue de l'adoption du règlement du Parlement européen et du Conseil relatif aux mesures de protection contre les organismes nuisibles aux végétaux, modifiant les règlements (UE) nº 228/2013, (UE) nº 652/2014 et (UE) nº 1143/2014 du Parlement européen et du Conseil et abrogeant les directives 69/464/CEE, 74/647/CEE, 93/85/CEE, 98/57/CE, 2000/29/CE, 2006/91/CE et 2007/33/CE du Conseil.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The new rules outlined in the protective measures against pests and plants seeks to introduce new preventive and rapid response mechanisms for plant imports into the EU and increase pest surveillance efforts in the EU in the aim of protecting European farmers. However, the measures will make it more difficult and more expensive for traders to import plants and plant products into the EU since almost every plant that is grown outdoors will be faced with the possibility of being banned by the EU Commission from entering the EU. For this reason, I voted against the proposal because I believe that the action is disproportionate to the risk.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le rapport d'Anthea McIntyre arrive dans un contexte où les accidents sanitaires se succèdent, mettant en lumière l'urgence de renforcer la protection contre les organismes nuisibles aux végétaux.

Cette question avait déjà fait l'objet d'un rapport lors de la précédente législature, mais ce texte, pourtant central, du paquet santé était resté bloqué au Conseil.

En effet l'organisation des contrôles sanitaires est en proie à de graves défaillances et ne protège pas assez le territoire de l'UE contre l'entrée de nouveaux organismes nuisibles en provenance de pays tiers.

Lors de la précédente législature, nous avions déjà déploré que la proposition législative de la Commission n'envisage pas de modification du système existant.

Les amendements des socialistes en faveur d'une nouvelle stratégie de contrôle, de type préventif, fondée sur une approche de gestion des risques, n'avaient cependant pas été retenus, la droite ne les ayant pas soutenus.

La Commission et le Conseil semblent avoir pris conscience des graves carences de la législation actuelle. Nous nous félicitons que les choses avancent. Les agriculteurs ne peuvent plus être les victimes d'une insuffisante protection aux frontières.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La salute delle piante è un fattore chiave nella promozione dei settori agricolo e forestale. Il regime fitosanitario dell'UE è essenziale per proteggere la salute, l'economia e la competitività della produzione vegetale dell'UE, anche in considerazione delle ultime vere e proprie epidemie scoppiate in Europa, come il caso Xylella che rischia di distruggere parte patrimonio olivicolo dell'Italia meridionale. Questi problemi sono dovuti dall'importazione incontrollata di piante e organismi infetti provenienti da paesi terzi, che hanno trovato terreno fertile nel nostro territorio. È necessaria una risposta comune ed efficace, per la natura e per i lavoratori.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europska unija treba zaštititi europsku poljoprivredu i šumarstvo od ulaska i širenja organizama štetnih za bilje s drugih kontinenata. Naime, ti organizmi posebno su opasni jer ugrožavaju biološku raznolikost i ekosustav. Zbog toga je prije svega potrebno poboljšati mehanizme kojima se sprječava njihov ulazak na područje država članica.

Kolegica McIntyre iz grupe Europskih konzervativaca i reformista prepoznala je taj problem te je u izvješću predložila rješenje koje će se postići putem transparentnog i održivog zakonodavnog okvira kojim se jača koordinacija između nadležnih tijela za zdravlje bilja i biljnog reprodukcijskog materijala država članica. Uz to, predloženim rješenjima izbjegnuto je nepotrebno povećanje birokracije, što posebno podržavam. To su razlozi zbog kojih sam glasovala za ovo izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o ukrepih varstva pred škodljivimi organizmi rastlin, sem podprla.

Zdravje rastlin je ključni dejavnik za zagotavljanje trajnostnega in konkurenčnega kmetijstva, vrtnarstva in gozdarstva. Zdrava semena in razmnoževalni material so potrebni za zagotavljanje dobičkonosnosti kmetijskih rastlin, delovnih mest, inovacij na področju rastlin in prehranske varnosti.

Edinstvena lastnost fitosanitarnega režima (režima zdravja rastlin) EU je njegova odprtost: premiki rastlin in rastlinskih proizvodov v Unijo in po njej so dovoljeni pod pogojem, da se upoštevajo specifične omejitve in zahteve. Zaradi velikega obsega uvoza z drugih celin pa kljub temu obstaja velika verjetnost, da bo v prihodnosti prihajalo do izbruhov tujerodnih škodljivih organizmov.

Ocena režima (2010) je pokazala, da bodo za celovito obravnavo takšnih povečanih tveganj potrebne spremembe temeljne zakonodaje. Ta uredba je del svežnja revizij, povezanih z zdravjem rastlin, kakovostjo rastlinskega razmnoževalnega materiala, zdravjem živali, uradnim nadzorom rastlin, živali, živil in krme ter odhodki Unije v zvezi z navedenimi politikami.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de esta enmienda. Estoy de acuerdo con este reglamento ya que su objetivo es prevenir la entrada y la propagación de plagas en las plantas de dos tipos: plagas cuarentenarias y plagas no cuarentenarias reglamentadas. En el pasado comité de AGRI del 13 de octubre, este informe fue aprobado con 28 votos a favor. Gracias a las modificaciones aportadas por la *shadow* del informe, este documento sobre las plagas de los vegetales pide la puesta en marcha de controles estrictos en las importaciones de material vegetal en la Unión Europea con la intención de evitar futuras plagas y enfermedades vegetales (como la *Xylella Fastidiosa* que ataca a los olivos y provocó una subida del 20 % del precio del aceite en 2015). Después de esta segunda lectura, creemos que sería bueno que se adoptase, por eso creemos que es importante votar en contra de esta enmienda que propone el grupo parlamentario ALDE. ALDE vota en contra porque considera la propuesta muy restrictiva en cuanto al régimen de importación mientras que nosotros queremos un régimen de importación restrictivo que proteja nuestras plantas y cultivos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'objectif général de ce texte est de répondre aux risques pour la santé des végétaux causés par de nouveaux organismes nuisibles et maladies en provenance de pays tiers. Subsiste donc en filigrane une critique de la mondialisation et de ses effets sur le commerce ainsi que sur la problématique du changement climatique. Le texte vise à moderniser les instruments de contrôle, à la fois au sein du marché intérieur (amélioration de la traçabilité), et dans le cadre d'échanges avec des pays tiers. Le tout en renforçant une approche fondée sur le risque.

La procédure législative pour l'adoption du texte est terminée. Le vote du jour porte sur un amendement de rejet sur lequel je me suis abstenue.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie ma techniczny i branżowy charakter, ale jego polityczny sens jest pozytywny. Ma powodować skuteczniejsze egzekwowanie norm przekładających się na zdrowie i bezpieczeństwo roślin, zwierząt i ludzi. Przewidziane ograniczenia handlu nie wykraczają poza to, co niezbędne do osiągnięcia celu. Nowe prawo nie powinno też prowadzić do nadmiernej biurokracji. W związku z tym głosowałem za rezolucją.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra de esta enmienda. Estoy de acuerdo con este reglamento ya que su objetivo es prevenir la entrada y la propagación de plagas en las plantas de dos tipos: plagas cuarentenarias y plagas no cuarentenarias reglamentadas. En el pasado comité de AGRI del 13 de octubre, este informe fue aprobado con 28 votos a favor. Gracias a las modificaciones aportadas por la *shadow* del informe, este documento sobre las plagas de los vegetales pide la puesta en marcha de controles estrictos en las importaciones de material vegetal en la Unión Europea con la intención de evitar futuras plagas y enfermedades vegetales (como la *Xylella Fastidiosa* que ataca a los olivos y provocó una subida del 20 % del precio del aceite en 2015). Después de esta segunda lectura, creemos que sería bueno que se adoptase, por eso creemos que es importante votar en contra de esta enmienda que propone el grupo parlamentario ALDE. ALDE vota en contra porque considera la propuesta muy restrictiva en cuanto al régimen de importación mientras que nosotros queremos un régimen de importación restrictivo que proteja nuestras plantas y cultivos.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Although the Pests of Plants regulation as negotiated will impose strict controls on importing plant material into the EU, so hopefully avoiding future outbreaks of plant diseases (like the recent Xylella fastidiosa attacking olive trees), there will be increased costs and unintended consequences for seed-saving operations by plant conservation charities under the restrictions on internet sales and distribution, and also on farmer-saved seed, whereby farmers breed their own seed varieties using seed exchanges. This is why I abstained in the final vote.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council on protective measures against pests of plants, amending Regulations (EU) No 228/2013, (EU) No 652/2014 and (EU) No 1143/2014 of the European Parliament and of the Council and repealing Council Directives 69/464/EEC, 74/647/EEC, 93/85/EEC, 98/57/EC, 2000/29/EC, 2006/91/EC and 2007/33/EC. The aim of the Regulation is to curb the growing influx into the EU of plant pests, such as olive grove killer Xylella fastidiosa, and better equip Member States to tackle their spread. The new regulation introduces preventive and rapid response mechanisms for suspect plant imports, steps up pest surveillance efforts in the EU and requires all Member States to draw up outbreak contingency plans. I voted in favour because I strongly believe that all Member States must establish multi-annual survey programmes to ensure timely detection of

dangerous pests and contingency plans for each pest capable of entering their territory.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – A pesar de que hay aspectos en este informe que son mejorables, como por ejemplo la implantación de medidas preventivas y de lucha y adaptación frente al cambio climático, he votado en contra de la enmienda propuesta por ALDE que solicita el rechazo de la propuesta legislativa. Considero importante que este informe sea adoptado y me parecen muy positivos los avances hechos a lo largo de las negociaciones, a través de los cuales se consiguió que la regulación imponga controles estrictos sobre la importación de material vegetal en la Unión. Algo fundamental para evitar futuros brotes de pestes y enfermedades en las plantas (como el problema de la *Xylella fastidiosa* en los olivos).

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik kon me niet vinden in dit standpunt van de Raad omdat een totaal invoerverbod niet in verhouding staat tot het risico. Ik ben van mening dat er een systeem in het leven wordt geroepen waarbij het voor lidstaten te gemakkelijk wordt om een invoerverbod te stellen op vrijwel alle planten en plantenproducten en dit op basis van een te zwakke voorafgaande beoordeling.

Bovendien zou de bureaucratische rompslomp die dit met zich meebrengt voor handelaars leiden tot een aanzienlijke verhoging van de kosten en tot handelsverstoringen, en de EU-handel in planten (goed voor ongeveer 30 miljard EUR) bedreigen.

We moeten ervoor waken dat onze handelsbelangen niet worden geschaad door zeer ruim genomen voorzorgsmaatregelen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os modelos agrícolas dominantes, baseados em monoculturas intensivas, de cariz exportador, diminuem a resiliência dos sistemas agrícolas às pragas e potenciam os seus efeitos devastadores, razão pela qual se impõe, antes de mais, um questionamento e abandono destes modelos, a par da rejeição de qualquer forma de privatização de recursos genéticos, nomeadamente através do patenteamento de sementes.

Pretender, a pretexto do combate às pragas, impor medidas de registo e certificação que, na prática, inviabilizam a atividade dos pequenos agricultores, a agricultura tradicional e as formas tradicionais de propagação vegetal não é aceitável. Pelo contrário, significaria comprometer a prazo uma resposta sustentável ao problema das pragas.

Já no que se refere à importação de material vegetal de países terceiros, justifica-se por inteiro um controlo fitossanitário rigoroso, que elimine riscos de surtos futuros de doenças de plantas, com consequências agronómicas e ecológicas potencialmente devastadoras.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Allgemeine Ziel der Verordnung ist es, die Risiken durch neue Schädlinge und Krankheiten zu reduzieren. Durch den Text sollen auch phytosanitäre handelsbezogene Instrumente modernisiert werden. Auch soll eine bessere Rückverfolgbarkeit im Binnenmarkt oder aus Drittländern gewährleistet werden. Da ich für die Änderung der Verordnung in diese Richtung bin, habe ich den Abänderungsantrag abgelehnt.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against the Council position on this issue. Imports of plants products and material should be analysed using a risk-based approach. There is a restriction on the import, in order to not allow import of diseases.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Zdraví rostlin je aktuální téma a je ho bezesporu potřeba chránit. Podporuji proto tento text, který se zabývá ochrannými opatření proti škodlivým organismům. Choroby a škůdci šířící se mezi rostlinami nehledí na hranice států a mohou se nezastavitelně šířit po celém území Evropské unie. Domnívám se proto, že potřebujeme společný přístup a vhodné nástroje, které nám pomohou takovýmto případům zabránit. Celá problematika je ještě umocněna tím, že spousta rostlin se do Evropy dováží ze třetích zemí, a je tak nutné mít jasně nastavena pravidla pro jejich import tak, aby nedošlo k zavlečení nežádoucích organismů na území EU a poškození evropského zemědělství jako takového.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu pani poslankyne McIntyre o pozícii Rady v prvom čítaní na účely prijatia nariadenia o ochranných opatreniach proti škodcom rastlín som podporila. Ide o súčasť balíka opatrení, ktoré majú posilniť uplatňovanie zdravotných a bezpečnostných štandardov v celom poľnohospodárskom reťazci. Nariadenie stanovuje pravidlá rozhodovania o fytosanitárnych rizikách spôsobených škodcami rastlín. Takisto obsahuje opatrenia na redukovanie týchto rizík a prevenciu vstupu škodcov z tretích krajín na územie EÚ. Cieľom spravodajkyne bolo okrem iného chrániť obchod a vyhnúť sa zbytočnej byrokracii za súčasného prijatia dostatočných opatrení. Novinkou nariadenia je možnosť dočasne obmedziť rastliny alebo rastlinné produkty, ktoré neboli podrobené hodnoteniu rizík, či možnosť žiadať kompenzácie pre farmárov, ktorí museli v dôsledku napadnutia škodcom pristúpiť k likvidácii úrody.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o ukrepih varstva pred škodljivimi organizmi rastlin, spremembi uredb (EU) št. 228/2013, (EU) št. 652/2014 in (EU) št. 1143/2014 Evropskega parlamenta in Sveta ter razveljavitvi direktiv Sveta 69/464/EGS, 74/647/EGS, 93/85/EGS, 98/57/ES, 2000/29/ES, 2006/91/ES in 2007/33/ES (08795/2/2016 – C8-0364/2016 – 2013/0141(COD)).

Priporočilo vsebuje predlog za stroga pravila glede obvarovanja pred širjenjem škodljivcev.

6.7. Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016 (A8-0309/2016 - Alfred Sant)

Dichiarazioni di voto orali

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, нивата на безработицата и особено на младежката безработица, са все още притеснително високи, въпреки отчетеното подобрение през изминалата година. В моята страна България намаляващата и застаряваща работна ръка, слабото участие на пазара на труда и несъответствията между търсене и предлагане на умения, се очертават като трайни и обезпокоителни.

Защитавам тезата, че улесняването на прехода от образование към работа минава през осигуряване на възможности за стажуване и чиракуване, които да предоставят на младите хора ясно дефинирани права, включително достойно заплащане и социална закрила.

Не на последно място смятам, че приоритетът, даден на редуцирането на макроикономическите дисбаланси, трябва да се балансира с нуждата да се поддържат минимални стандарти в областта на образованието, особено във висшето такова, особено в държавите с нисък БВП. Осигуряването на равни възможности, на приобщаващо и качествено образование, е ключов фактор за стабилизирането на европейската икономика.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione tratta le raccomandazioni specifiche per paese formulate dalla Commissione nell'ambito del Semestre europeo. Il testo è completamente concentrato sul rispetto dei vincoli di bilancio e sull'inadeguatezza delle riforme strutturali messe in atto dagli Stati membri e manca completamente una parte in cui viene messa discussa la necessità di implementare misure per gestire i surplus commerciali degli Stati membri che creano rischiosi squilibri a livello economico. Per i motivi descritti sopra ho deciso di esprimermi negativamente nei confronti della proposta.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque pese a que se han incluido significativas referencias hacia los problemas sociales que las políticas de la austeridad están provocando en los Estados miembros de la Unión Europea, continúa apostando por la austeridad como único camino, incluso legitimando las posibles sanciones a España y Portugal que se encuentran bajo discusión. Rechazo frontalmente la imposición de políticas de austeridad, debido a que resultan un completo contrasentido económico, que solo incrementa la pobreza y las desigualdades. Igualmente con la macro condicionalidad que en caso de ser aplicada en la Península Ibérica puede impactar gravemente acelerando la destrucción de nuestra economía. El informe es incapaz de proponer una alternativa, apelando a más austeridad. Esto es en contra de lo que luchamos y consecuentemente he decidido votar en contra del mismo.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui souligne la nécessité d'améliorer la capacité globale de l'Union à générer de la croissance, à créer et à maintenir des emplois de qualité, et, par conséquent, à lutter contre les taux de chômage élevés en mettant en place un cadre réglementaire propice à la croissance.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών και την εφαρμογή των προτεραιοτήτων του 2016, διότι η ΕΕ και τα κράτη μέλη της θα πρέπει να εφαρμόσουν στον βέλτιστο βαθμό το αναθεωρημένο μείγμα οικονομικής πολιτικής, που στοχεύει στην αύξηση των επενδύσεων και συνδέεται με τους στόχους της στρατηγικής «Ευρώπη 2020», συμπεριλαμβανομένης της ποιότητας απασχόλησης, της εκπαίδευσης αλλά και της καινοτομίας.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le Semestre européen est un processus de coordination des politiques économiques des États membres de l'UE. Le présent rapport a pour vocation de faire le point sur l'application des recommandations pour 2016. Malgré une refonte l'an dernier du format (recommandations plus en amont des lois de finances nationales, plus précises et moins nombreuses), l'état d'esprit reste identique. Il s'agit d'imposer les fameuses réformes structurelles, donc la libéralisation des marchés, par l'incitation, et à terme par la pression. À ce titre, on rappellera le contexte où l'UE a envisagé, pour la première fois, de suspendre le versement des fonds structurels à l'Espagne et au Portugal pour non-respect de ce type de recommandations.

Le rapport accumule une grande quantité de banalités d'usage sur les incertitudes macroéconomiques, la nécessité d'investissements ciblés, la création d'emplois, etc., preuve de la difficulté du Parlement à formuler des critiques claires, comme par exemple à l'adresse de l'excédent commercial allemand. Quelques éléments positifs sont à noter sur les questions des inégalités ou la compétence des États.

Tant le principe du Semestre et sa logique supranationale que le contenu des recommandations justifient de voter contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this report for two primary reasons. The report repeatedly describes the free movement of people as 'fundamental' to the European project. A project that has failed the people of Europe. The report also welcomes 'tax coordination' across the European Union and calls for EU Investment funds to be used for social as well as economic ends.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Remiantis Europos ekonomikos 2016 m. pavasario prognozėmis, ES ekonomika augs lėčiau nei tikėtasi, nes manoma, kad BVP euro zonoje išaugs tik 1,6 proc. ir 2017 m. pasieks 1,8 proc. Taip pat ES susiduria su iššūkiais, susijusiais su blogėjančia tarptautine aplinka, neįgyvendintomis tvariomis reformomis. Todėl palankiai vertinu tai, kad Komisija savo 2016 m. konkrečioms šalims skirtose rekomendacijose dėmesį skiria trims pagrindiniams prioritetams siekiant labiau didinti ekonomikos augimą: investicijų į inovacijas, ekonomikos augimą ir darbo vietų kūrimą rėmimui, struktūrinių reformų vykdymui ir atsakingo viešųjų finansų tvarkymo skatinimui. Tačiau Komisija turėtų labiau stengtis remti fiskalinį tvarumą vadovaujantis Stabilumo ir augimo paktu ir tuo pat metu visapusiškai taikyti jo lankstumo nuostatas vadovaujantis 2015 m. sausio 13 d. Komisijos komunikatu.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az európai szemeszter elnevezés egy tipikus uniós nyelvi lelemény, ami a lényeg elfedését szolgálja. Valójában egy olyan fél éves folyamatról van szó, amelynek lényege és célja a tagországok következő évi költségvetését meghatározó alapadatok és gazdasági-társadalmi célok központi elfogadtatása, az uniós célok teljesítésének kikényszerítése. Ezzel gyakorlatilag drasztikusan korlátozza a szuverén nemzeti parlamenteket egyik legfontosabb feladatuk önálló teljesítésében, a költségvetési törvény megalkotásában. Az európai szemeszter keretében megfogalmazott gazdaság- és társadalompolitika neoliberális, megszorítás-központú, föderalista és antidemokratikus. A benyújtott jelentés teljes mértékben ennek a felfogásnak felel meg, így természetesen elutasítottam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – En votant contre ce texte, j'ai voulu m'opposer au libéralisme jusqu'au-boutiste dans certains domaines (marché intérieur, concurrence), au refus de dénoncer l'attitude de l'Allemagne, ou encore souligner le rôle de l'euro dans les déséquilibres macro-économiques. Il est hors de question de soutenir la logique supranationale du Semestre européen.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui appelle à revoir les mesures économiques mise en place à l'heure actuelle.

Dans ce texte, nous rappelons la nécessité d'une fiscalité au niveau européen, nous appelons à un investissement soutenu dans les infrastructures publiques.

Il faut aussi revoir et recalibrer les politiques d'austérité imposées aux États membres et qui ne portent pas les attentes escomptées par certains.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido en esta Resolución sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas. A pesar de que la Resolución tiene una visión social que comparto, no se tuvieron en cuenta muchas de las aportaciones y propuestas planteadas por mi Grupo político.

Sin embargo, he votado en contra de la línea de mi Grupo la retirada del párrafo donde se congratula de que la Comisión centre sus prioridades en las recomendaciones específicas por país de 2016 en apoyar la inversión en innovación, el crecimiento y la creación de empleo, e insta a proseguir unas reformas estructurales equilibradas desde el punto de vista social, y fomentar unas finanzas públicas responsables. Considero que estas recomendaciones son especialmente necesarias para la recuperación económica y el progreso de España.

Asimismo he rechazado las enmiendas favorables a una salida de la moneda única y a reforzar la soberanía de los Estados miembros, propuestas por los grupos políticos euroescépticos. También he votado a favor de una enmienda de Los Verdes que aboga por la creación de un Sistema Europeo de Garantía de Depósitos, que permita fortalecer la unión bancaria ante la debilidad que ha mostrado el sistema financiero durante la crisis.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – In un contesto internazionale complicato, in cui le conseguenze della Brexit si legano alle possibili incertezze in campo economico e alle basse prospettive di crescita, appare fondamentale definire in maniera chiara le priorità che l'Unione deve perseguire in materia di coordinamento delle politiche economiche. Il mio voto a sostegno della relazione Sant muove dalla convinzione che sia prioritario stimolare la domanda interna e gli investimenti per poter affrontare efficacemente le sfide imposte dalla globalizzazione, dalla rivoluzione digitale, dall'invecchiamento e dai cambiamenti climatici. L'Unione deve accrescere le opportunità di finanziamento, in particolare per le PMI, rendendo le banche più sane e rafforzando la loro capacità di concedere prestiti all'economia reale. Bisogna completare e attuare al più presto l'Unione bancaria, sviluppare l'Unione dei mercati dei capitali e prevenire la frammentazione dei mercati finanziari dell'area euro. La Commissione deve in generale impegnarsi per realizzare tutte quelle misure che possono ridurre gli ostacoli agli investimenti in settori cruciali come i trasporti, l'energia e le comunicazioni, favorendo al contempo una riduzione del cuneo fiscale sul lavoro nei paesi membri. Solo adottando con questi strumenti l'Europa potrà essere all'altezza delle aspettative dei suoi cittadini.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque me opongo al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto. Con el Semestre Europeo se pretende someter a los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea, que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. Los hechos demuestran que el efecto de las medidas de austeridad ha sido procíclico, es decir que han empeorado la crisis económica. Si bien, el trabajo de la ponente en la sombra del GUE/NGL ha logrado que se incluyan referencias positivas a la inversión pública, sigo sin compartir el diagnóstico, ni la solución.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Agradezco el trabajo realizado en la Comisión ECON en este informe sobre el Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas y su aplicación de las prioridades para 2016, pero me he abstenido en la votación final de este informe ya que los puntos claves de nuestro grupo no han sido cubiertos por parte del ponente. Por contra, he votado a favor de dos enmiendas en las que, por un lado, se pedía un avance hacia la instauración de un Sistema Europeo de Garantía de Depósitos y, por otro, que las instituciones de la UE emprendan y apoyen un proceso de renegociación de la deuda pública en los países más endeudados.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai évidemment voté contre ce rapport concernant la mise en œuvre du Semestre européen, ce dernier n'étant qu'un carcan visant pour les institutions européennes à prendre le contrôle des politiques économiques des États membres. Les mots pudiques «Semestre européen» cachent en réalité l'édiction par Bruxelles des fameuses «réformes structurelles», comprendre des politiques d'austérité envers les pays ne suivant pas les diktats ultra-libéraux: notons que l'UE a d'ores et déjà envisagé de suspendre le versement des fonds structurels à l'Espagne et au Portugal pour non-respect de ses bienfaisantes recommandations.

Le rapport, dans la droite ligne de cette idéologie, se félicite de l'immigration massive, véritable «armée de réserve du capitalisme» et, selon le rapporteur, censée contrer les effets du vieillissement de la population (on se demande pourtant pourquoi il n'est pas plutôt envisagé la mise en place de véritables politiques natalistes).

Évidemment, le rapport omet la réalité: rien sur l'excédent commercial allemand plombant les autres pays de la zone euro ou sur les déséquilibres macroéconomiques créés par cette monnaie unique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido la relazione che analizza la governance del mercato unico nell'ambito del Semestre europeo 2016. Ritengo che ancora una volta si ripropongano le solite, fallimentari politiche di rigore dell'UE. I pur condivisibili auspici allo sviluppo economico, all'occupazione e alla crescita presenti nel testo, confliggono nettamente con l'impianto di fondo dell'UE che, impostato sui vincoli di bilancio e la crescente riduzione della possibilità di intervento diretto degli Stati membri, impedisce nei fatti la ripresa economica dei nostri territori. Per tutti questi motivi mi sono espressa contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas Europos ekonominės politikos koordinavimo semestras – 2016 m. prioritetų įgyvendinimas.

Nors ir siekiame ekonomikos augimo ir darbo vietų kūrimo visoje Europos Sąjungoje, tačiau dar daugelyje valstybių narių situacija negerėja, ypač socialinių reikalų, užimtumo ir švietimo srityse. Europoje ypač išaugo vaikų skurdas – net apie 20 milijonų vaikų skursta arba balansuoja ant skurdo ribos. Taigi raginu Komisiją ir valstybes nares sukurti Vaikų garantiją, t. y. konkrečią priemonę su tam specialiu biudžetu, pagal kurią kiekvienas vaikas Europoje galėtų gauti nemokamas sveikatos ir vaikų priežiūros, ugdymo, deramo apgyvendinimo ir tinkamos mitybos paslaugas.

Taigi, Komisija ir valstybės narės, atsižvelgdamos į pateiktas EP rekomendacijas, savo politinėse programose turėtų užtikrinti ir įgyvendinti, kad visiems žmonėms būtų suteikta reikalinga ir atitinkama socialinė apsauga, prieinamumas prie sveikatos ir socialinių paslaugų. Reikėtų didesnio pažeidžiamų grupių įtraukimo į darbo rinką, dirbančiųjų skurdo mažinimo, lyčių lygybės skatinimo. Be to, būtina skatinti sveikatą ir saugą darbe, stiprinti darbuotojų, dirbančių darbą be garantijų, pagal netipines darbo sutartis, teises ir užtikrinti didesnę savarankiškai dirbančiųjų socialinę apsaugą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentéssel kapcsolatban szeretném hangsúlyozni, hogy az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta. Szeretném kiemelni a digitális, vállalkozói képességek, valamint a „puha" készségek fontosságát. A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Poročilo o izvajanju prednostnih nalog Evropskega semestra sem podprl, ker se Evropa še vedno sooča z velikim naložbenim primanjkljajem in je zato treba povečati notranje povpraševanje in odpraviti makroekonomska neravnotežja. Negotovost in s tem zmanjšanje naložb se je povečala zaradi političnih dogodkov, kot so izid referenduma v Združenem kraljestvu, odnosi z Rusijo in negotovosti pri razvoju gospodarstva na svetovni ravni. Velik delež k nizki inflaciji je tako prispevala nizka cena nafte in počasna gospodarska rast v začetku leta 2016. Zato je treba povečevati naložbe, ki imajo pomembno funkcijo pri ustvarjanju delovnih mest. Evropska unija pa se sooča z 10,5 milijona dolgotrajno brezposelnih, ki jim je potrebno poiskati delovna mesta.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – In seguito alla crisi economica, l'Europa è ancora in lenta fase di crescita, con un profondo deficit di investimenti ed elevati tassi di disoccupazione in molti dei suoi Stati membri. L'UE ha dunque bisogno di una crescita più forte e soprattutto inclusiva, in grado di sostenere l'occupazione, proponendo riforme strutturali e portando avanti politiche di bilancio responsabili. Per questa ragione, sostengo l'orientamento alla crescita e agli investimenti di cui la relazione sul Semestre europeo si fa portatrice, con lo scopo di ricreare un clima favorevole agli investimenti sia pubblici che privati. Il Semestre europeo 2016 si è concentrato su un numero circoscritto di aree prioritarie, evidenziando la necessità di riforme sostenibili dal punto di vista sociale, incentrate sulla crescita delle piccole e medie imprese e sulla formazione. Proprio in un periodo in cui alcuni dei suoi Stati membri sono confrontati a ingenti pressioni esterne che mettono a dura prova gli investimenti, la Commissione europea deve tener bene a mente i principi chiave sui quali si basa l'Unione, cioè solidarietà e collaborazione, applicando a pieno i meccanismi di flessibilità nel quadro di valutazione delle politiche di bilancio nazionali.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće. EU i države članice trebaju bolje provesti revidiranu mješavinu ekonomske politike, što ima za cilj povećanje ulaganja u ciljeve politike EU 2020., uključujući kvalitetno zapošljavanje, obrazovanje i inovacije.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the implementation of 2016 priorities included in the European Semester programme because, on the one hand, it welcomes the main priorities to further strengthen economic growth identified by the Commission. On the other hand, it calls on the Commission to make full use of the flexibility clauses included in the Stability and Growth Pact. Indeed, I believe more flexibility is needed in Europe nowadays, while fiscal sustainability shall be guaranteed by Member States. In addition to that, I believe more measures should be taken in order to deal with the current levels of unemployment.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo fa notare che l'economia dell'UE crescerà meno rispetto alle previsioni economiche del 2016. Esso sottolinea pertanto la necessità di aumentare crescita, coesione, produttività e competitività; ritenendo che la mancanza di investimenti sostenibili e le carenze nel completamento del mercato unico privino l'UE del suo pieno potenziale di crescita. Le priorità per rafforzare ulteriormente la crescita economica sono promuovere gli investimenti per innovazione, crescita e creazione di posti di lavoro, portare avanti riforme strutturali socialmente equilibrate e incoraggiare una gestione responsabile delle finanze pubbliche. Evidenzia che i tassi di disoccupazione tuttora troppo elevati, dimostrano che alcuni Stati membri non sono in grado di creare un'occupazione di

qualità. Chiede uno sforzo maggiore per ridurre povertà, esclusione sociale e disuguaglianze crescenti. Osserva che la politica monetaria da sola non è sufficiente a stimolare la crescita se mancano gli investimenti e le riforme strutturali sostenibili. Sottolinea l'importanza di completare e attuare l'Unione bancaria, di sviluppare l'Unione dei mercati dei capitali per creare un contesto stabile per gli investimenti e la crescita e di creare un mercato unico inclusivo; poiché esso è uno strumento fondamentale per migliorare crescita, coesione, occupazione e competitività nonché per salvaguardare la fiducia delle imprese e dei consumatori.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à faire un état des lieux de la mise en œuvre des recommandations issues du Semestre européen dans chaque État membre. Pour rappel, le Semestre européen est un processus de coordination des politiques économiques des États membres qui a vocation à imposer aux gouvernements nationaux la mise en œuvre de réformes structurelles. Celles-ci intègrent notamment la libéralisation des marchés, la réforme des retraites ou encore la réforme du marché du travail. Les moyens de pression dont dispose l'Union européenne pour contraindre les États membres peu enclins à appliquer la potion ultra-libérale de la Commission peuvent aller de la sanction financière à la suspension des fonds structurels. À ce titre, l'Espagne et le Portugal font actuellement l'objet d'une procédure visant à suspendre les fonds qui leur sont destinés, pour déficit budgétaire excessif. Nous dénonçons autant le principe du Semestre européen et sa logique supranationale que le contenu des recommandations qui y sont formulées. C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report, which was the second of the regular own-initiative (non-legislative) reports drafted in ECON on the framework of the European Semester. The Council adopted the country-specific recommendations (CSRs) on 12 July 2016, and this report is the response of the European Parliament to these recommendations and their implementation. Despite the inclusion of some positive recommendations, such as for minimum income schemes in Member States, the recommendations continue to focus on deregulation, privatisation, and a reduction of Member States' deficits at the expense of investment, welfare and public services. This time CSRs have also been marked by the attempt to apply Article 23 of the common provisions regulation, which restricts access to the European Structural Funds to those countries that have not achieved the macroeconomic objectives set out in the economic governance framework (i.e., Spain and Portugal). Sinn Fein opposes the European Semester as the economic framework of the EU, so I voted against.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. – I welcome the Commission's focus in its 2016 country-specific recommendations (CSRs) on the three main priorities to further strengthen economic growth: supporting investment for innovation, growth and job creation, pursuing socially-balanced structural reforms and encouraging responsible public finance. I fully support the efforts made to ensure greater national ownership in the formulation and implementation of CSRs as an ongoing reform process.

Europe's long economic crisis has highlighted the need to facilitate investment in education, innovation and research and development, while enhancing the EU's competitiveness by pursuing sustainable structural reforms to boost quality job creation and implementing responsible fiscal policies to create a better environment for jobs, businesses (especially SMEs) and investment. Unemployment rates are still high, especially for youth unemployment. Support measures to facilitate access to financing, particularly for SMEs, is vital if the continuing high unemployment in many Member States is to be tackled effectively.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione non è legislativa e riguarda la visione del Parlamento sulle raccomandazioni specifiche per paese (RSP) formulate dalla Commissione nell'ambito del Semestre europeo. Il focus del testo è sul rispetto dei vincoli di bilancio, sulla mancata e insufficiente applicazione delle regole di governance europea e sull'inadeguata implementazione delle riforme strutturali da parte degli Stati membri. Accanto a ciò, è invece completamente assente qualunque aspetto di critica alla necessità di adottare misure correttive per gestire i surplus commerciali eccessivi, causa di enormi squilibri macroeconomici all'interno dell'eurozona. Ho espresso voto negativo.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, contiene il contributo del Parlamento europeo alla seconda fase del semestre europeo 2016. Il documento fissa le priorità economiche e sociali generali per l'Unione europea e analizza le raccomandazioni specifiche indirizzate ai singoli Stati membri dalla Commissione nel proprio rapporto annuale sulla crescita per il 2016. Credo che i colleghi della commissione per gli affari economici e monetari (ECON) abbiano svolto un ottimo lavoro presentando un testo bilanciato che combina il riferimento a riforme strutturali socialmente accettabili a una crescita degli investimenti. In effetti, ritengo che il rilancio degli investimenti all'interno dell'Unione sia fondamentale al fine di stimolare la crescita, la creazione di posti di lavoro di qualità, l'innovazione e il contrasto alle disuguaglianze e alla povertà. Ho particolarmente apprezzato l'inserimento nel testo di una procedura per gli squilibri sociali nell'elaborazione delle raccomandazioni specifiche per paese. Mi sembra indispensabile evitare che le riforme strutturali di ordine macroeconomico costituiscano una corsa al ribasso in termini di norme sociali e occupazionali.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε την ανάγκη βελτίωσης της συνολικής ικανότητας της ΕΕ να αναπτύσσεται, να δημιουργεί και να διατηρεί θέσεις εργασίας, αντιμετωπίζοντας με αυτόν τον τρόπο τα υψηλά επίπεδα ανεργίας, με τη δημιουργία ενός ρυθμιστικού πλαισίου ευνοϊκού για την ανάπτυξη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών και συγκεκριμένα την εφαρμογή των προτεραιοτήτων του έτους 2016. Θεωρώ πως, όπως και σε αντίστοιχες περιπτώσεις στο παρελθόν, καταγράφηκε και πάλι η αποκλειστική στόχευση σε συντηρητικές πολιτικές που επιβαρύνουν την ευρωπαϊκή κοινωνία και τους πολίτες, χωρίς διάθεση αλλαγών και αυτοκριτικής. Δεν μπορούμε να στοχεύουμε σε ανάκαμψη με αυτή τη λογική και, για αυτό τον λόγο, καταψήφισα την έκθεση.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo su questa relazione. I pur condivisibili auspici per lo sviluppo economico, l'occupazione e la crescita confliggono con l'impianto di fondo dell'UE, impostato sui vincoli di bilancio e sulla crescente impossibilità di intervento diretto degli Stati membri per investire nei diversi fronti della crisi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Pur avendo espresso un voto favorevole al provvedimento, non nego che la lettura integrale di esso abbia costituito per me l'accettazione di un quadro tra i più infausti, dal momento che si prende atto della drammatica situazione a cui, ormai da anni, è sottoposta la nostra Unione. Tutte le malattie si compongono di più fasi: in primis la negazione, poi l'accettazione e la lotta. A lungo ci siamo sforzati di visualizzare la crescita stagnante come elemento provvisorio o abbiamo celato la disoccupazione sotto i veli di riforme mai inaugurate, ma con questo provvedimento si vuole prendere atto della patologie patite dall'Unione per debellarle, pertanto espone puntualmente le sfide da affrontare. Tra queste si annoverano il truce aumento pari a 4,2 milioni del numero delle persone a rischio povertà ed esclusione sociale e la crescita delle disuguaglianze. Fortunatamente Europa 2020 contiene per la prima volta un programma di lotta alla povertà, esso verrà ad essere implementato nel 2017. Complessivamente ci si propone di migliorare la capacità di generare crescita e competitività mantenendo posti di lavoro di qualità oltre che di introdurre sistemi di istruzione inclusivi fonti di innovazione e creatività pertinenti al mercato del lavoro.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the European Semester for economic policy coordination: implementation of 2016 priorities.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Semestre Europeu é um importante instrumento para a coordenação das políticas económicas dos Estados-Membros. A taxa de crescimento prevista para a UE é de 1,8%, o desemprego continua em níveis elevados (10,5 milhões de desempregados de longa duração) e situações políticas (Brexit, Rússia ou refugiados) têm importantes implicações no clima de investimento. Lamento que a taxa de resposta dos Estados às recomendações do Semestre Europeu esteja abaixo dos 30%.

Saúdo a referência à situação específica de Portugal e o apelo à consideração dos resultados do diálogo estruturado para eventuais decisões sobre suspensão de fundos estruturais.

Concordo em diminuir o número de recomendações, concentrando-as em temáticas específicas. O apoio ao investimento para a inovação, reformas estruturais socialmente equilibradas e controlo das finanças públicas são prioridades que acompanho.

No quadro do emprego e assuntos sociais, apoio a atenção específica ao desemprego jovem, às desigualdades sociais e às pessoas em risco de pobreza, tal como proposto pela Deputada Sofia Ribeiro, na Comissão de Emprego e Assuntos Sociais. No quadro do mercado interno, partilho a prioridade dada ao mercado único digital, à melhor harmonização em matéria de IVA e a melhoria do sistema de reconhecimento de qualificações.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché evidenzia i punti chiave delle politiche e delle attività che l'Unione europea dovrà sostenere a breve termine, quali: la facilitazione degli investimenti nei settori più sensibili, ossia istruzione, innovazione, ricerca e sviluppo; la diminuzione del tasso di disoccupazione giovanile, attraverso interventi coadiuvati dalle autorità nazionali e dalle parti sociali atti a rafforzare le competenze professionali e a rendere il mercato del lavoro più inclusivo; il rafforzamento del mercato unico attraverso un maggior utilizzo delle fonti di finanziamento e investimento messe a disposizione dall'UE, specialmente per quanto riguarda le PMI e il raggiungimento del riconoscimento reciproco delle qualifiche; l'ammodernamento dei servizi delle amministrazioni pubbliche, particolarmente attraverso le procedure di e-government, a una miglior cooperazione transfrontaliera e a una semplificazione delle procedure amministrative al fine di migliorare i rapporti fra le imprese ed i cittadini con gli organi di governo del territorio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del presente informe porque pese a que se han incluido significativas referencias hacia los problemas sociales que las políticas de la austeridad están provocando en los Estados miembros de la Unión Europea, continúa apostando por la austeridad como único camino, incluso legitimando las posibles sanciones a España y Portugal que se encuentran bajo discusión. Rechazo frontalmente la imposición de políticas de austeridad, debido a que resultan un completo contrasentido económico, que solo incrementa la pobreza y las desigualdades. Igualmente con la macro condicionalidad que en caso de ser aplicada en la Península Ibérica puede impactar gravemente acelerando la destrucción de nuestra economía. El informe es incapaz de proponer una alternativa, apelando a más austeridad. Esto es en contra de lo que luchamos y consecuentemente he decidido votar en contra del mismo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La relazione sul semestre europeo offre numerosi spunti di riflessione, dato che l'Unione europea stenta ancora a ritrovare la crescita economica e in alcuni paesi si percepiscono ancora i drammi della crisi economica e sociale. Due sono i concetti chiavi che è importante evidenziare. Il primo riguarda la necessità di investimenti sostenibili per rilanciare la domanda nel continente: in questo modo sarà possibile sostenere il potenziale di crescita. Secondo elemento importante riguarda la creazione dei posti di lavoro con l'attuazione di sostenibili politiche di bilancio per creare un contesto migliore del lavoro. Allo stesso tempo, politiche fiscali mirate alla crescita devono essere promosse in modo da completare l'effetto della politica monetaria. In questo senso, la flessibilità inclusa all'interno delle norme del patto di stabilità e crescita deve essere considerata soprattutto alla luce dell'importanza degli investimenti pubblici nella struttura economica europea. Pertanto voto a favore di questa relazione, ritenendola equilibrata verso una riforma del semestre europeo che tenga in considerazione l'importanza della crescita sostenibile, degli investimenti e della creazione di posti di lavoro di qualità.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu europejskiego semestru na rzecz koordynacji polityki gospodarczej: realizacji priorytetów na rok 2016, ponieważ uważam, że sprawozdanie to powinno koncentrować się na innych aspektach UE. Moim zdaniem sprawozdanie powinno bardziej skupić się na roli państw członkowskich przeprowadzających reformy strukturalne niż na poprawie nastrojów społecznych, która jest stawiana jako cel odbudowy gospodarczej UE.

Ponadto sprawozdanie wzywa do ukończenia unii bankowej i dostosowania terytorialnego projektów Europejskiego Funduszu Inwestycji Strategicznych. Z powyższych powodów głosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Semester includes the Commission's analyses of the fiscal and structural reform policies of every Member State by providing recommendations, and monitors their implementation; and the Member States' implementation of the commonly agreed policies. The report focuses on the need to increase investment in the EU for growth, employment, poverty and social inequality. It also asks for an imbalance procedure for economic coordination and an EU minimum income framework for social inclusion. This is why I am in favour of this report as it is well balanced and outlines the main areas that require further attention.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support a report that calls for implementation of the Banking Union, the need to address the lack of tax coordination through further EU powers in the area of tax, more fiscal consolidation, and a European minimum income. I believe that we need to look at meaningful structural reform if we wish to see a lasting economic recovery in Europe and not just a transfer of more fiscal powers to the EU.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport porte sur la mise en œuvre des priorités en matière de coordination des politiques économiques entre les États membres pour l'année 2016. Le rapport reconnait dans ce cadre la situation délicate à laquelle l'Union européenne est confrontée, à savoir un déficit d'investissement important, ainsi que la nécessité d'accroitre la demande intérieure et de corriger les déséquilibres macro-économiques. Le rapport insiste sur la nécessité de fonder la coordination des politiques économiques sur trois piliers fondamentaux: d'abord le soutien de l'investissement dans l'innovation, de la croissance et de la création d'emplois, ensuite l'élaboration de réformes structurelles équilibrées d'un point de vue social, et enfin le développement de finances publiques responsables.

Considérant qu'il est nécessaire de limiter le nombre de recommandations pour les États membres et de fonder principalement les recommandations du Semestre européen sur les aspects sociaux et macro-économiques, j'ai soutenu ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le Semestre européen pour la coordination des politiques économiques et la mise en œuvre des priorités pour 2016. Confrontés à un ralentissement de l'économie mondiale, à la stagnation des investissements en Europe et à un taux élevé de chômage, les États membres doivent coordonner leurs politiques économiques en suivant les recommandations issues du semestre européen. De même, il est essentiel que le Parlement européen appelle les États membres à mettre en œuvre des politiques économiques adaptées au développement du marché intérieur. Celles-ci doivent être axées sur la promotion de l'innovation et de la croissance, tout en répondant à la fois aux critères de justice sociale et d'efficacité économique.

Martina Dlabajová (ALDE), *písemně*. – Oceňuji, že se evropský semestr nyní více zaměřuje na výsledky v oblasti zaměstnanosti, zejména v situaci, kdy EU stále dosahuje neuvěřitelně vysoké úrovně nezaměstnanosti s více než 4 miliony nezaměstnaných osob mladších 25 let. Bohužel ve zprávě chybí zcela zásadní body, jako např. důraz na růst pro modernizaci ekonomiky a stanovení závazných doporučení pro členské státy. Tato zpráva je typickým příkladem „vánočního stromečku", na který se nabalují další témata a oblasti. Z těchto důvodů jsem hlasovala proti zprávě.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à faire le point sur le Semestre européen et ses recommandations économiques aux États membres. Malgré une refonte de son format l'an dernier, avec des recommandations plus précises, moins nombreuses et adressées davantage en amont des lois de finances nationales, le principe reste le même. Il s'agit d'imposer des réformes structurelles et la libéralisation des marchés. Pour mémoire, l'UE avait envisagé, pour la première fois, de suspendre le versement des fonds structurels à l'Espagne et au Portugal pour non-respect de ce type de recommandations. Ce rapport multiplie les poncifs sur les incertitudes macroéconomiques, la nécessité d'investissements ciblés et la création d'emplois. Malgré des éléments positifs relatifs aux inégalités ou à la compétence des États en matière sociale, le texte vante l'apport de l'immigration pour compenser le vieillissement de la population. Étant opposée à ce Semestre et à sa logique supranationale et ultralibérale (marché intérieur, concurrence) et au refus de dénoncer l'attitude de l'Allemagne ou le rôle de l'euro dans les déséquilibres macroéconomiques, j'ai voté contre.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted against this file. I disagree with the fact, that low public demand and a deteriorating international environment are the key challenges for the economic recovery of the European Union. In fact, Member States have undertaken many meaningful structural reforms. These important reforms should have been highlighted in the report instead.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η λύση στα προβλήματα που προκαλεί η Ευρωπαϊκή Ένωση στις οικονομίες των κρατών μελών της περιφέρειας δεν μπορεί να είναι «παραπάνω Ευρωπαϊκή Ένωση». Η οικονομική και νομισματική πολιτική της Ένωσης, σε συνδυασμό με την μεταναστευτική κρίση, που ισοπέδωσαν τους λαούς του Νότου, είναι αποτυχημένες και πρέπει να εγκαταλειφθούν άμεσα. Συνέχεια των ίδιων αποτυχημένων πολιτικών θα διογκώσει κι άλλο τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν χώρες όπως η Κύπρος και η Ελλάδα.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As previsões económicas da primavera de 2016 da Comissão apontam para taxas de crescimento de 1,6 % para a área do euro e de 1,8 % para a UE, em 2016. O desemprego na UE, de uma forma geral (e o desemprego estrutural, em particular), continua a ser um dos principais desafios com que se deparam os Estados-Membros, uma vez que atinge atualmente um valor muito elevado (10,5 milhões de desempregados de longa data na UE).

A evolução da situação política, nomeadamente o resultado do referendo do Reino Unido, as relações com a Rússia e as incertezas quanto à evolução da economia mundial inibiram ainda mais o investimento. Considero, por isso, importante melhorar a capacidade global da UE para crescer, criar e manter postos de trabalho de qualidade e, assim, combater os elevados níveis de desemprego através da criação de um quadro regulamentar que apoie o crescimento.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório aborda o processo do Semestre Europeu, numa lógica de o defender, legitimar e consolidar. Obviamente, votámos contra. As razões sobejam.

O Semestre Europeu representa um salto qualitativo significativo no processo de ataque às soberanias nacionais e de concentração de poder em instituições supranacionais, controladas pelo diretório da UE, ao serviço do grande capital. O modo como foi configurado assume contornos neocoloniais. Não por acaso, foi reclamado, primeiro, e defendido, depois, pelas organizações do grande patronato europeu. O objetivo é amarrar os Estados a políticas e opções neoliberais.

A social-democracia desempenha o seu papel neste processo, legitimando o Semestre Europeu e procurando dar-lhe uma aparência «social». O relatório defende a conclusão da União Bancária e da União dos Mercados de Capitais. Elogia o chamado Relatório dos Cinco Presidentes – a fuga em frente ensaiada pela burocracia da UE, perante o explosivo agudizar das contradições do processo de integração capitalista, em especial no que respeita à União Económica e Monetária.

Algumas recomendações positivas que o relatório contém não alteram a sua matriz fundamental. Interviemos ativamente na discussão deste relatório apresentando em fases e comissões distintas várias alterações, 11 delas reapresentadas em plenário.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Tak ako minulý rok aj tento rok sprevádzajú správu o pokroku Európskeho semestra pre koordináciu hospodárskych politík rôzne problémy, či už s flexibilitou pracovných trhov, nastavením miezd na základe produktivity, prípadne oslabovanie ochrany práce a pracovníkov prostredníctvom štrukturálnych reforms niektorých členských štátov. Európska únia a členské štáty sa musia usilovať o lepšiu implementáciu zmodernizovaného ekonomického mixu, ktorý sa zameriava na navýšenie investícií spojených s programom EU 2020, ktorý zahŕňa kvalitné zamestnávanie, vzdelanie a inovácie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione, oltre a qualche condivisibile «auspicio», l'impianto di fondo rimane impostato sui vincoli di bilancio e sulla crescente riduzione delle possibilità di intervento diretto degli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: εφαρμογή των προτεραιοτήτων του 2016. Η λύση στα προβλήματα που προκαλεί η Ευρωπαϊκή Ένωση στις οικονομίες των κρατών μελών της περιφέρειας δεν μπορεί να είναι «παραπάνω Ευρωπαϊκή Ένωση». Η οικονομική και νομισματική πολιτική της Ένωσης, σε συνδυασμό με την μεταναστευτική κρίση, που ισοπέδωσαν τους λαούς του Νότου, είναι αποτυχημένες και πρέπει να εγκαταλειφθούν άμεσα. Συνέχεια των ίδιων αποτυχημένων πολιτικών θα διογκώσει κι άλλο τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν χώρες όπως η Κύπρος και η Ελλάδα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the report as it clearly focuses on the need to increase investment in the EU in order to create more growth, convergence, quality jobs and fight poverty and inequality. Hence, I strongly support the introduction of the social imbalance procedure into the economic coordination and the proposed European minimum income framework to fight social exclusion in the EU.

The EU and the Member States need to better implement the revised economic policy mix, which aims at increasing investment linked to EU2020 policy objectives including quality employment, education, innovation and growth enhancing policies. The single market is a pillar of the EU economy, therefore I am in favour of an inclusive single market, with enhanced governance, which favours better regulation and competition, which I believe is a crucial instrument to improve growth, cohesion, employment and competitiveness and to preserve the confidence of the business sector and consumers. The Commission should monitor the progress made by the Member States, the formal inclusion of the single-market pillar in the European Semester is very important to enable continuous monitoring of single-market indicators, allowing for systematic follow-up and assessment of Member States' progress on CSRs.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A válság rámutatott, hogy Európának lépéseket kell tennie gazdasági modelljének javítása és versenyképességének helyreállítása érdekében. Ehhez közfinanszírozásra és célzott beruházásokra egyaránt szükség van. Jelenleg azonban nem bontakoznak ki az egységes piacban rejlő lehetőségek. Az Uniónak támogatnia kell a tagállamokat abban, hogy jelentősen növeljék a határokon átnyúló kereskedelmet és sürgősen tegyenek a digitális technológiák jobb kihasználása érdekében is. Szavazatommal támogattam e jelentést, jómagam is úgy vélem, hogy vissza kell állítani a legmagasabb szintű politikai felügyeletet, egységesíteni kell az uniós szabályok átültetését és végrehajtását, ezzel együtt pedig hatékonyabb eszközöket kell kidolgozni annak biztosítására, hogy az egységes piac valóban a polgárok és a vállalkozások hasznára váljon.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que la economía de la Unión crecerá menos de lo esperado según las previsiones económicas europeas, ya que se espera que el PIB de la zona del euro aumente en tan solo un 1,6 %, para alcanzar el 1,8 % en 2017. Por lo tanto, es necesario mejorar el crecimiento, la cohesión, la productividad y la competitividad mediante la mejora de inversiones sostenibles y la resolución de las deficiencias en la realización del mercado único, que están privando a la Unión de alcanzar su pleno potencial de crecimiento. Debemos apoyar la inversión en innovación, crecimiento y creación de empleo, proseguir unas reformas estructurales equilibradas desde el punto de vista social, y fomentar unas finanzas públicas responsables. Del mismo modo, es especialmente importante hacer que los mercados de trabajo sean más incluyentes y reducir la exclusión social y las crecientes disparidades en lo tocante a ingresos y riqueza.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi congratulo con il collega Sant per la redazione di questa importante relazione, che si concentra su un aspetto rilevante della cosiddetta procedura del semestre europeo, ovvero quella dell'implementazione. Ci tengo a sottolineare come lo scorso anno il gruppo S&D votò contro una relazione simile, curata allora da un altro relatore, poiché considerato troppo orientata alle misure di *austerity*, quest'anno il nostro relatore ha invece introdotto numerose previsioni che mirano a inquadrare le riforme strutturale sull'obiettivo della crescita, dell'occupazione e dell'equità sociale, lo reputo un passo avanti molto significativo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche: attuazione delle priorità per il 2016 perché questo esercizio costituisce un utile occasione di riflessione sullo stato dell'economia dell'UE dalla prospettiva delle raccomandazioni della CE agli Stati membri. In altri termini per mettere in risalto cosa non ha funzionato e cosa resta da fare. Il bilancio non è soddisfacente, sebbene ci siano segnali di sia pur deboli di ripresa, appannaggio di alcune economie e non generalizzati. Lo stato dell'economia dell'UE degli ultimi due anni rimane ancora preoccupante, per tale fondamentale motivo la relazione del PE si è concentrata su taluni punti fondamentali: l'importanza degli investimenti di lungo termine, indispensabili per consolidare sentieri di crescita duraturi e sostenibili, promozione delle PMI, accrescimento delle opportunità di investimenti e di accesso al credito. Il ruolo dell'EFSI è fondamentale ma non è sufficiente, occorre mobilizzare capitale per nuovi investimenti perché i dati sulla disoccupazione giovanile non sono positivi, sebbene si registri una debole diminuzione. Gli investimenti sociali nel capitale umano devono, per tale motivo, diventare una misura complementare fondamentale, poiché il capitale umano è un fattore di crescita e un motore della competitività e dello sviluppo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den „Bericht über das Europäische Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016" gestimmt, da darin vor allem die Kollegen der Linken wieder einmal ihren „sozialistischen Blumenstrauß" auspacken und damit die Wirksamkeit dieses wichtigen finanzpolitisch-ökonomischen Instruments verwässern.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Union befindet sich zurzeit nicht in Topform. Es liegen unter anderem Defizite bei der Vollendung des Binnenmarktes vor, die das Wachstumspotenzial der EU bremsen. Diese Defizite gilt es aufzuarbeiten. Auch sollten langfristige Investitionen im Bereich Verkehr, Kommunikation, digitale Wirtschaft, Bildung, Forschung, Klimawandel, Energie und Umweltschutz weiter gefördert werden und Finanzierungsmöglichkeiten für KMU erleichtert werden. Eine weitere Priorität müssen wir der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in der Europäischen Wirtschaftszone und hierbei vor allem der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit einräumen. Außerdem müssen vermehrt Handelshemmnisse abgebaut werden und eine verstärkte steuerpolitische Koordinierung im Bereich der Mehrwertsteuer vorgenommen werden. Des Weiteren unterstütze ich einen verstärkten Bürokratieabbau in der öffentlichen Verwaltung und die verstärkte Einführung von E-Government.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Le Semestre européen, c'est l'exercice qui consiste à mettre sous tutelle les budgets nationaux et, par voie de conséquence, les politiques, notamment économiques et sociales, des États qui ont adopté l'euro comme monnaie. Ceux-ci doivent en effet éviter tout déséquilibre budgétaire excessif, sous peine de sanctions. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport qui enchaîne souvent les banalités dans l'analyse mais ne remet pas en cause cet exercice absurde.

À vrai dire, je n'approuve pleinement que deux choses dans ce rapport: — la condamnation de la sanction absurde envisagée (c'est une première) contre l'Espagne et le Portugal (leur supprimer les fonds régionaux européens qu'ils reçoivent), alors que ces deux pays sont engagés depuis des années dans des politiques d'austérité, particulièrement douloureuses pour leurs peuples, dictées par Bruxelles; — les amendements qui soulignent les effets déstabilisants de la monnaie unique sur les économies de la zone euro et dénoncent les excédents accumulés par l'Allemagne au détriment de ses partenaires européens. Ils supposent que les déséquilibres allemands aussi devraient être sanctionnés, conformément aux textes européens.

L'avenir de l'Allemagne n'est pas dans la préservation de sa rente de situation et la prospérité de ses retraités. J'espère que les prochaines élections le prouveront.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque me opongo al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto. Con el Semestre Europeo se pretende someter a los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea, que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. Los hechos demuestran que el efecto de las medidas de austeridad ha sido procíclico, es decir que han empeorado la crisis económica. Si bien, el trabajo de la ponente en la sombra del GUE/NGL ha logrado que se incluyan referencias positivas a la inversión pública, sigo sin compartir el diagnóstico, ni la solución.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. The EU and the Member States need to better implement the revised economic policy mix which aims at increasing investment linked to EU2020 policies objectives including quality employment, education, innovation and growth-enhancing policies.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il permet de faire le bilan sur la mise en œuvre, dans les États membres, des mesures économiques en faveur de la croissance préconisées par la Commission dans le cadre du Semestre européen. Soulignant la fragilité de la reprise économique actuelle, et les chiffres alarmants du chômage, qui touche en particulier les jeunes, le rapport souligne à juste titre que la politique monétaire, à elle seule, ne peut suffire à stimuler la croissance si elle n'est pas accompagnée d'investissements et de réformes structurelles durables. C'est aussi un message adressé à François Hollande et aux socialistes, qui ont échoué à réformer la France. Notre pays doit aller au bout de ses réformes, assainir ses finances publiques et simplifier le marché du travail.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The EU economy will grow less than expected on the basis of the European economic spring forecast 2016, as GDP in the eurozone is expected to increase by only 1.6%, reaching 1.8% by 2017. However, the EU responsible institutions should focus on three main priorities to further strengthen economic growth: supporting investment for innovation, growth and job creation, pursuing socially balanced structural reforms and encouraging responsible public finance.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I abstained from the vote as some ALDE amendments have not been incorporated in the compromises or adopted in committee. The amendments which the ALDE group proposed sought to stress the importance for growth to continue modernising economies and improving business environment. Moreover, key ALDE points such that measures should be taken to improve the business environment to incentivise investment and that a fully integrated EU labour market should be created, have been rejected in the vote in committee. However, there is a reference to the Commission Communication advocating flexibility in the Stability and Growth Pact, which I fully support and I voted in favour of this amendment.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – In seinem jährlichen Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters benennt das Europäische Parlament eine schwache öffentliche Nachfrage und ein sich verschlechterndes internationales Umfeld als wesentliche Herausforderung für die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union. Doch dies setzt an einer falschen Stelle an. Viel wichtiger ist, dass die Mitgliedstaaten weitere Strukturreformen durchführen. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer müssen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Darüber hinaus fordert der Bericht die Vollendung der Bankenunion. Dies geht jedoch viel zu weit. Die dritte Säule der Bankenunion sieht nach Plänen der Kommission eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vor. Es darf aber nicht sein, dass Banken und Sparer des einen Landes für eine verfehlte Bankenpolitik eines anderen Landes mithaften müssen. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht nicht zu.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the European Union and the Member States should better implement the revised economic policy mix which aims at increasing investment linked to EU2020 policies objectives (more growth, convergence, quality jobs and fight poverty and inequality).

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: provedba prioriteta za 2016. (2016/2101(INI)) u kojem se navodi da nažalost ekonomski oporavak EU-a teče još jako sporo te nezadovoljavajućim ekonomskim rastom. Naime gospodarstvo EU-a će rasti manje od očekivanog te se očekuje da će BDP u europodručju porasti samo za 1,6 % i do 2017. doseći 1,8 %. Posebno zabrinjava još uvijek velika stopa nezaposlenosti mladih te velika razlika u ekonomskim rezultatima različitih dijelova EU-a. Prepoznata je važnost usklađenosti između instrumenata kohezijske politike i šireg okvira gospodarskog upravljanja radi potpore naporima za oporavak kako bi se postigla usklađenost s pravilima europskog semestra.

Nažalost gospodarsku situaciju još karakteriziraju višak likvidnosti i kamatne stope na nultoj donjoj granici, slaba potražnja te ograničena ulaganja i potrošnja kućanstava i gospodarskih subjekata. Potrebna je provedba nove kombinacije politika koju je Komisija predstavila kako bi potakla rast jer monetarna politika sama po sebi nije dovoljna za poticanje rasta ako nedostaju drugi elementi kao što su ulaganja i održive strukturne reforme.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Bien que modifié précédemment dans sa forme, ce rapport ne cesse de vouloir imposer aux États membres ses réformes structurelles, par tous les moyens. Faute d'une approche critique de fond, l'ensemble est incomplet. Tant que les cas du libéralisme excessif, du rôle déstabilisateur de l'euro ou encore de l'attitude de l'Allemagne ne seront pas étudiés en profondeur, tout ne sera que vain bavardage.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Alfred Sant relatif à la mise en œuvre du Semestre européen pour 2016.

Le Semestre européen permet à la Commission européenne d'émettre des recommandations et des orientations aux États membres pour favoriser la croissance et l'emploi. Le rapport Sant soutient la démarche de la Commission, mais relève que les chiffres du PIB et du chômage déçoivent au regard des prévisions et appelle à rationaliser le Semestre européen en abordant prioritairement les objectifs sociaux et macroéconomiques fixés pour les dix-huit prochains mois.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui présente l'avis du Parlement Européen sur le Semestre européen pour la coordination des politiques économiques.

Outre les priorités émises par la Commission auxquelles j'adhère, à savoir la relance de l'investissement, la poursuite des réformes structurelles et la mise en œuvre de politiques budgétaires responsables, j'étais en accord avec la philosophie des différents éléments présents dans ce rapport, sachant qu'aucun modèle d'imposition prescriptive n'a été inclus et qu'un appel à l'investissement public au détriment de l'investissement privé a été évité.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η δημοσιονομική εναρμόνιση στην ΕΕ είναι απαραίτητη προϋπόθεση για την επίτευξη της οικονομικής ενοποίησης. Ωστόσο, οι διαφορετικές αντιλήψεις των κρατών μελών σχετικά με τη δημοσιονομική πολιτική καθυστερούν αυτή την εξέλιξη. Το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο εξακολουθεί να είναι το βασικό όχημα δημοσιονομικής εναρμόνισης, αλλά δυστυχώς λειτουργεί ανισοβαρώς για τα κράτη μέλη, κυρίως για εκείνα με μεγάλα δημοσιονομικά προβλήματα. Χρειαζόμαστε ένα προοδευτικό Ευρωπαϊκό Εξάμηνο που να στηρίζει πολιτικές ικανές να μειώνουν την ανεργία, να απορροφούν τους μακροοικονομικούς κλονισμούς και να επιτρέπουν τη σταθερή ανάπτυξη.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht über die Koordinierung der Wirtschaftspolitik fasst eine Bestandsaufnahme der derzeitigen Wirtschaftslage in den Mitgliedstaaten zusammen. Es wird betont, dass sich die Kommission fortan auf Schwerpunktthemen von makroökonomischer und sozialer Tragweite beschränken soll. Des weiteren wird die nationale Eigenverantwortung durch die Einbeziehung nationaler Parlamente sowie regionaler und lokaler Behörden gefordert und der Anspruch gestellt, die einzelnen nationalen Reformprogramme in den jeweiligen Parlamenten der Mitgliedstaaten einer ordnungsgemäßen demokratischen Kontrolle zu unterziehen. Da im Bereich der Schwerpunktsetzung der Bericht jedoch eine Vollendung der Bankenunion fordert und der Kommission weitere Befugnisse einräumt, hätte ich mich zu diesem Bericht enthalten.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. The EU and the Member States need to better implement the revised economic policy mix which aims at increasing investment linked to EU2020 policies objectives including quality employment, education, innovation and growth-enhancing policies.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – In seinem jährlichen Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters benennt das Europäische Parlament eine schwache öffentliche Nachfrage und ein sich verschlechterndes internationales Umfeld als wesentliche Herausforderungen für die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union. Doch dies setzt an einer falschen Stelle an. Viel wichtiger ist, dass die Mitgliedstaaten weitere Strukturreformen durchführen. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer müssen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Darüber hinaus fordert der Bericht die Vollendung der Bankenunion. Dies geht jedoch viel zu weit. Die dritte Säule der Bankenunion sieht nach Plänen der Kommission eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vor. Es darf aber nicht sein, dass Banken und Sparer des einen Landes für eine verfehlte Bankenpolitik eines anderen Landes mithaften müssen. Aus diesen Gründen stimme ich

dem Bericht nicht zu.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 26. října 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o zprávě o evropském semestru pro koordinaci hospodářských politik: provádění priorit na rok 2016. Evropský semestr je stejně jako rozpočet jedním z finančních nástrojů, o kterém se hlasuje každý rok. Kdo mě již delší dobu sleduje, ví, že nejsem velkým fanouškem tohoto instrumentu. Nicméně tento nástroj existuje a nadále existovat bude, proto se jej naše politická frakce každoročně snaží alespoň trochu vylepšit, aby vedl k větší sociální spravedlnosti, řešení sociálního vyloučení a mezigenerační solidaritě. Vzhledem k tomu, že naše klíčové pozměňovací návrhy zavrhující slepou politiku škrtů v rozpočtech finanční krizí sužovaných členských států, směřující k větší kontrole a ke svázání finančního sektoru, popř. dávající možnost odejít těm členným státům měnové unie, které se svobodně rozhodnout z ní vystoupit, včetně následné finanční a expertní pomoci s tímto krokem, neprošly, musela jsem nakonec jako vždy hlasovat proti tomuto dokumentu.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Számos olyan támogatható módosító javaslat született a jelentéshez, melyek jól mutatnak rá az uniós gazdaságfilozófia alapvető problémáira. Sokadszor kell aláhúznom, hogy a problémák gyökerei rendszerszintűek, az adott neoliberális gazdaságfilozófia eddig sem kínált valós megoldásokat, és ezután sem fog. Eddig is azt várták, hogy a szükséges változások piaci hatásokra következzenek be, miközben az állam dolga csak a költségvetési deficit kordában tartása és a piacok szabadságának biztosítása. Lassan mondom, ez így nem fog továbbra sem sikerülni. Persze, ha a cél nem a fenntartható fejlődés és az élhető tagországok uniója, akkor az út lehet jó is.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада за изпълнение на приоритетите за 2016 г. в рамките на Европейския семестър за координация на икономическите политики.

Смятам, че продължаването на структурните реформи, преодоляването на недостига на инвестиции и отговорните фискални политики са ключови за икономическото възстановяване на държавите – членки на ЕС. Наред с икономическите политики Европейският семестър също така служи за наблюдение и насърчаване на напредъка към целите на стратегията „Европа 2020“. Тук, за съжаление, напредъкът в някои области е много ограничен в последните години. Мисля, че е важно да бъде потвърден ангажиментът на ЕС за изпълнението на тези амбиции.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, EU economy will grow less than expected on the basis of the European economic spring forecast 2016, as GDP in the Eurozone is expected to increase by only 1.6%, reaching 1.8% by 2017. The slow economic growth highlights that the EU and some of its Member States continue to struggle with the implementation of sustainable reforms. Furthermore, the slow economic growth signals that EU economy lacks cohesion, productivity, competitiveness, sustainable investments and that it suffers from too high unemployment rates. In this regard, it is important to note that the European Semester process has a real potential to facilitate economic growth, to provide answers to existing social challenges and to ensure more competitiveness of the EU economy. However, the key to the success of the European Semester process are its priorities, which for 2016 are: supporting investment for innovation, growth and job creation, pursuing socially balanced structural reforms and encouraging responsible public finances. Therefore, the EU should work to meet 2016 priorities in order to facilitate economic growth and to kick start its economy.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione sottolinea la necessità di migliorare la capacità complessiva dell'UE di creare e mantenere posti di lavoro. A tal fine diventa importante far fronte alle sfide strutturali in materia di demografia, mercato del lavoro e fiscalità, che vanno integrati con una spesa pubblica efficiente, in particolare in investimenti sostenibili sotto il profilo sociale e ambientale. Per poter sostenere le riforme strutturali in linea con le priorità economiche comuni, bisogna promuovere l'uso dei Fondi strutturali e di investimento europei, per realizzare le priorità fondamentali attraverso misure che colleghino l'efficacia di questi Fondi ad una sana governance economica. Tali iniziative, che supporto, mirano a rilanciare gli investimenti all'interno dell'Ue, costituendo un fondamentale stimolo alla crescita, alla creazione di nuovi posti di lavoro, e al contrasto delle disuguaglianze e della povertà.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il ne dénonce ni sur la forme ni sur le fond le procédé du Semestre européen qui, sous couvert de coordination, participe au carcan libéral imposé par Bruxelles aux économies nationales, avec les résultats que l'on connaît.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur le Semestre européen pour la coordination des politiques économiques.

Le rapport ne dénonce, ni sur la forme ni sur le fond, le procédé du Semestre européen qui, sous couvert de coordination, participe au carcan libéral imposé par Bruxelles aux économies nationales, avec les résultats que l'on connaît.

Il faut dénoncer l'ultra-libéralisme dans certains domaines (marché intérieur, concurrence) et le refus de dénoncer l'attitude de l'Allemagne ou le rôle de l'euro dans les déséquilibres macro-économiques.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le Semestre européen est un processus de coordination des politiques économiques des États membres de l'UE. Il aboutit à des recommandations par pays, rarement suivies par les États. Le présent rapport a pour but de faire le point sur la mise en œuvre des recommandations pour 2016. Le rapport est très descriptif, ce qui prouve la difficulté du Parlement à formuler une critique claire alors que notre approche est au contraire transparente, tant sur le principe du Semestre européen que sur les recommandations en question. Nous tenons effectivement à dénoncer, entre autres, l'ultralibéralisme dans certains domaines (concurrence sauvage), et a contrario l'emprise de l'Allemagne et de l'euro sur nos économies et leurs rôles dans les déséquilibres macroéconomiques. J'ai donc voté contre ce dossier.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque pese a que se han incluido significativas referencias hacia los problemas sociales que las políticas de la austeridad están provocando en los Estados miembros de la Unión Europea, continúa apostando por la austeridad como único camino, incluso legitimando las posibles sanciones a España y Portugal que se encuentran bajo discusión. Rechazo frontalmente la imposición de políticas de austeridad, debido a que resultan un completo contrasentido económico, que solo incrementa la pobreza y las desigualdades. Igualmente con la macro condicionalidad que en caso de ser aplicada en la Península Ibérica puede impactar gravemente acelerando la destrucción de nuestra economía. El informe es incapaz de proponer una alternativa, apelando a más austeridad. Esto es en contra de lo que luchamos y consecuentemente he decidido votar en contra del mismo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – In seinem jährlichen Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters benennt das Europäische Parlament eine schwache öffentliche Nachfrage und ein sich verschlechterndes internationales Umfeld als wesentliche Herausforderung für die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union. Doch dies setzt an einer falschen Stelle an. Viel wichtiger ist, dass die Mitgliedstaaten weitere Strukturreformen durchführen. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer müssen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Darüber hinaus fordert der Bericht die Vollendung der Bankenunion. Dies geht jedoch viel zu weit. Die dritte Säule der Bankenunion sieht nach Plänen der Kommission eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vor. Es darf aber nicht sein, dass Banken und Sparer des einen Landes für eine verfehlte Bankenpolitik eines anderen Landes mithaften müssen. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht nicht zu.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva jen konstatuje, že EU „roste pomaleji, než se očekávalo“. Pozměňovací návrhy mé frakce, které pojmenovávají příčiny hospodářských potíží eurozóny, neprošly. Nesouhlasím s výzvou ke hlubší koordinaci daňových politik. Jsem naopak pro to, aby daňová politika zůstala maximálně v pravomoci členských států.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Iz godine u godinu ponavljamo isto i svi znamo da su preduvjeti rasta: investicije, strukturne reforme te pametna fiskalna konsolidacija koja ostavlja prostor inovacijama, istraživanju i razvoju, promišljenim politikama koje potiču poduzetničke projekte i podižu konkurentnost. Isto tako, cijelo vrijeme se konstatira kako se specifične preporuke ne provode i kako treba više sinergije između europskih politika i instrumenata te nacionalnih politika i proračuna.

Kako bi to promijenili, potrebno je više konkretnih primjera uspješnih promjena i razvojnih projekata u državama članicama koje ističemo i kojima motiviramo sve članice da naprave slične korake, više mjerila po kojima ćemo pratiti uspješnost koordinacije nacionalnih politika i ciljeva EU-a te veća razmjena znanja i iskustva, ne samo između država članicama, nego i korištenje uspješnih primjera izvan EU-a.

Raduje me prijedlog Komisije i uvođenje programa podrške za provedbu strukturnih reformi. Ovo je važan korak kojim pomažemo odgovoriti državama članicama na pitanje kako dizajnirati i provesti reforme. Treba nam još praktičnih instrumenata i poticajnih mjera, ali u okviru postojeće regulative, kojima ćemo izgraditi povjerenje i pojačati političku želju i volju za provedbom promjena u državama članicama, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Commission's focus in its 2016 country-specific recommendations on the three main priorities to further strengthen economic growth: supporting investment for innovation, growth and job creation, pursuing socially balanced structural reforms and encouraging responsible public finances. I think that European semester is very useful instrument. On the example of Latvia we can see that many reforms started after recommendation from European Commission was received. The Commission should do more to ensure economic growth and necessary reforms in the EU member countries and also take into consideration specific of the countries.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο για τον συντονισμό των οικονομικών πολιτικών: εφαρμογή των προτεραιοτήτων του 2016, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte continue de prodiguer les mêmes solutions ultra-libérales aux maux de l'économie européenne. À côté des réformes structurelles préconisées, apparaît un durcissement de l'UE qui suspend ses aides aux pays du Sud en situation de déséquilibres macro-économiques excessifs.

Enfin, le recours à l'immigration massive est reconnu comme bénéfique pour compenser le déficit démographique des pays européens, ce à quoi nous nous opposons fermement.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la aplicación de las prioridades del Semestre Europeo para la coordinación de las políticas económicas, que pone el acento en la necesidad de mejorar la capacidad global de la Unión para crecer, crear y mantener puestos de trabajo de calidad y luchar así contra las altas tasas de desempleo.

Otra de las medidas apuesta por potenciar los sistemas educativos incluyentes, que fomentan la innovación y la creatividad y enseñan competencias pertinentes para el mercado laboral.

Asimismo, debemos trabajar en políticas que promuevan el desarrollo sostenible, incluida una atención real al gasto en investigación y desarrollo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union sollte selbst über sein Budget entscheiden können. Eingriffe in die Budgethoheit der Mitgliedstaaten sind strikt abzulehnen und somit auch dieser Bericht.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP parengtam pranešimui, kuriame apžvelgiamas 2016 m. Europos ekonominės politikos koordinavimo semestro prioritetų įgyvendinimas. Palankiai vertinu tai, kad Komisija konkrečioms šalims skirtose rekomendacijose didelį dėmesį skiria trims pagrindiniams prioritetams ekonomikos augimo srityje – investicijoms į inovacijas, ekonomikos augimą ir darbo vietų kūrimą, struktūrinių reformų vykdymą. Vis dėlto manau, kad Komisija turėtų labiau stengtis remti fiskalinį tvarumą vadovaujantis Stabilumo ir augimo paktu, taip pat imtis naujų veiksmingų priemonių kovojant su socialine nelygybe, atskirtimi ir skurdu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport défend l'idée que l'ensemble des problèmes économiques que connait l'UE proviennent de l'absence de mise en œuvre des recommandations spécifiques par pays, autrement dit le non-respect des engagements à réduire le déficit. En revanche, le rapport ne prend pas le temps de s'interroger sur le rôle de la BCE dans la politique monétaire ou la poursuite irréaliste des objectifs absurdes du pacte de stabilité et de croissance. Malgré quelques recommandations positives sur l'importance de l'investissement public ou l'accès à un revenu minimum, les incontournables mantras libéraux sont récités au cours du rapport. Au final, le rapporteur se contente de demander «des réformes structurelles durables» et «d'éliminer les obstacles à l'investissement et au développement du marché intérieur». Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le Semestre européen est un processus de coordination des politiques économiques des États membres de l'UE. Il aboutit à des recommandations par pays, rarement suivies par les États. Le présent rapport a pour but de faire le point sur la mise en œuvre des recommandations pour 2016. Le rapport est très descriptif, ce qui prouve la difficulté du Parlement à formuler une critique claire alors que notre approche est au contraire transparente, tant sur le principe du Semestre européen que sur les recommandations en question. Nous tenons en effet à dénoncer, entre autres, l'ultralibéralisme dans certains domaines (concurrence sauvage) et, à l'inverse, l'emprise de l'Allemagne et de l'euro sur nos économies et leurs rôles dans les déséquilibres macroéconomiques. J'ai donc voté contre ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – As previsões económicas da primavera de 2016 da Comissão apontam para taxas de crescimento de 1,6 % para a área do euro e de 1,8 % para a UE, em 2016. A Europa está ainda confrontada com um importante défice de investimento, pelo que é necessário aumentar a procura interna e corrigir os desequilíbrios macroeconómicos, aumentando, ao mesmo tempo, o investimento na UE.

Os desafios que a UE enfrenta estão ligados à deterioração da situação internacional, à incapacidade de proceder a reformas estruturais e às divergências no desempenho económico e social em diferentes partes da União. É necessário aumentar o crescimento, a coesão, a produtividade e a competitividade. A falta de investimento sustentável e as deficiências na realização do mercado único impedem a UE de atingir plenamente o seu potencial de crescimento. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution which welcomes the Commission's efforts to streamline the European Semester by focusing on the key policy areas. In the current economic climate it is essential that the Union continues to support innovation and job creation whilst not pursuing policies that may breach the principle of subsidiarity in the areas of tax policy.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Dans un espace commun, tel que l'Union européenne, il est essentiel que les États membres coordonnent leurs politiques économique et budgétaire, afin de garantir une certaine cohésion. L'étape annuelle du Semestre européen est essentielle à ce niveau si nous voulons relancer la croissance et créer de l'emploi. Je souhaite insister à nouveau sur la nécessité de renforcer les grands chantiers européens en cours tels que l'Union bancaire ou l'Union des capitaux, voire même l'Union de l'énergie. Dans tous les cas, ce qui est frappant est le manque criant d'investissements. L'Union européenne a un rôle majeur à jouer ici, notamment via le plan Juncker qui doit impérativement être renforcé si l'on veut booster l'économie européenne. Mais nous devons également chercher d'autres alternatives qui viennent la compléter afin de créer un cadre dynamique qui permette aux investisseurs de nourrir l'économie européenne. Quant aux situations budgétaires des États membres, j'appelle une fois de plus la Commission

à garantir une certaine flexibilité afin de permettre aux États membres d'investir à la fois dans le matériel comme dans l'immatériel si ces dépenses garantissent une plus grande croissance.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because the EU and the Member States need to better implement the revised economic policy mix, which aims at increasing investment linked to EU2020 policies objectives including quality employment, education, innovation and growth enhancing policies.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében fölvázolja a gazdasági folyamatok 2016. évre várható legfontosabb fejleményeit: alacsony növekedés, beruházási deficit, magas munkanélküliségi ráta, különösen a fiatalok körében, negatív előjelű infláció. Megállapítja, hogy a szegénység elleni küzdelmet első ízben uniós program részévé tevő Európa 2020 stratégiában kitűzött, a szegénység mértékének az Unióban történő csökkentésére irányuló célkitűzés nem fog megvalósulni. Általános következtetésként leszögezi, hogy javítani kell az EU növekedési képességét, lehetővé téve a minőségi munkahelyek létrehozását és fenntartását. Fellép a munkát sújtó túlzott adóterhek ellen.

Különös fontosságot tulajdonít a munkaerőpiac szükségleteinek megfelelő készségek elsajátítását lehetővé tevő, befogadó jellegű oktatási rendszereknek, különös tekintettel a szakképzésre, hangsúlyozza a kutatás és a fejlesztés, valamint az oktatási rendszerek és a szakképzés megújításának, kiváltképpen pedig az egész életen át tartó tanulásnak a jelentőségét. Kitér az EU és más gazdaságok közötti innovációs szakadék megszüntetésére, a hangsúlyt a kutatási és fejlesztési kiadásokra helyezve. Leszögezi, hogy a kutatási és felsőoktatási intézmények támogatására irányuló állami és magántámogatások a versenyképesebb európai gazdaság szempontjából nélkülözhetetlen tényezők, valamint hogy ezen infrastruktúra gyengesége vagy hiánya egyes országokat jelentősen hátrányos helyzetbe hoz.

Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Malgré une refonte l'an dernier du format (recommandations plus en amont des lois de finances nationales, plus précises et moins nombreuses), l'état d'esprit du Semestre européen reste identique. Il s'agit d'imposer aux États membres les fameuses réformes structurelles, i.e. la libéralisation des marchés, par l'incitation et, à terme, par la pression. À ce titre, on rappellera que l'UE a engagé, pour la première fois, une procédure de suspension des fonds structurels à l'encontre de l'Espagne et du Portugal pour non-respect de ce type de recommandations. Le rapport accumule une grande quantité de banalités d'usage sur les incertitudes macroéconomiques, la nécessité d'investissements ciblés, la création d'emplois, etc. On note quelques éléments positifs, notamment sur les questions des inégalités ou quelques incidentes en faveur de la compétence des États (par exemple en matière sociale). L'ensemble est très souvent fade et descriptif. Notre approche est bien plus critique, tant sur le principe du Semestre et sa logique supranationale que sur le contenu des recommandations. Il faut dénoncer le libéralisme jusqu'au-boutiste dans certains domaines (marché intérieur, concurrence), l'attitude de l'Allemagne dans la gestion de son excédent, ou le rôle de l'euro dans les déséquilibres macroéconomiques. Vote défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo às previsões económicas europeias da primavera de 2016, o crescimento da economia da UE deverá ser inferior ao valor esperado, já que se prevê um aumento do PIB na área do euro de apenas 1,6 %, devendo o crescimento atingir os 1,8 % em 2017.

Subscrevo a posição do relator no respeitante à importância de um mercado único integrado e competitivo que funcione corretamente para a recuperação da economia europeia após a crise financeira. O mercado único é a espinha dorsal da economia da UE. Defendo um mercado único inclusivo, com uma governação reforçada que propicie uma melhor regulamentação e fomente a concorrência. Deste modo, melhorávamos o crescimento, a coesão, o emprego e a competitividade, preservando a confiança do setor empresarial e dos consumidores.

Assinalo que o Semestre Europeu dá especial enfoque ao emprego e no desempenho social. Entendo ser importante a UE apelar aos Estados-Membros para que adotem medidas urgentes para garantir o trabalho digno e salários que permitam viver condignamente, o acesso a um rendimento mínimo e a uma proteção social adequados e a serviços públicos de qualidade, preconizando o desenvolvimento e a criação de um sistema de segurança social verdadeiramente sustentável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le Semestre européen est un outil d'oppression des peuples, qui sont ainsi forcés à se soumettre aux politiques d'austérité qui ont déjà fait la preuve de leur échec. Je vote évidemment contre ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mise en œuvre des priorités pour 2016 du Semestre européen. Ce rapport pose d'abord un constat selon lequel l'Europe est aujourd'hui toujours en proie au chômage et à un déficit élevé, qui nuit notamment à l'investissement. C'est la raison pour laquelle il est nécessaire d'agir en permettant à la croissance de revenir de façon plus durable sur le continent européen. Ce rapport pose donc des pistes à explorer comme la coordination fiscale au sein de l'Union européenne, ce qui facilitera notamment le financement des PME.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La relazione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche è il contributo del Parlamento europeo alla seconda fase del Semestre 2016 e analizza l'implementazione delle raccomandazioni specifiche per paese. Questo testo è da accogliere favorevolmente in quanto è bilanciato e si concentra sulla necessità di aumentare gli investimenti e promuovere riforme strutturali che diano rilievo anche alla dimensione sociale. In particolare, infatti, la relazione pone l'accento sul miglioramento della capacità dell'Unione europea di creare crescita, convergenza e posti di lavoro di qualità, nonché di contrastare la povertà, le ineguaglianze e l'esclusione sociale. Inoltre, il testo, incorporando dei suggerimenti della commissione parlamentare per l'occupazione e gli affari sociali, chiede l'inserimento di una procedura di squilibrio sociale all'interno del coordinamento delle politiche economiche, e propone l'introduzione di un quadro europeo di reddito minimo. Attraverso questa relazione, il Parlamento europeo si fa portavoce dell'esigenza di una migliore implementazione, sia da parte dell'Unione che da parte degli stati membri, del mix di politica economica così da espandere gli investimenti volti a raggiungere gli obiettivi fissati dalla Strategia EU2020.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this report on the European Semester for economic policy coordination that calls for the implementation of sustainable reforms to improve growth, cohesion, productivity and competitiveness following the slow growth rates of only 1.8% for the EU in 2016.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția Parlamentului European referitoare la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: punerea în aplicare a priorităților pentru 2016.

În cadrul recomandărilor specifice fiecărei țări din 2016 ale Comisiei, aceasta a acordat o atenție deosebită celor trei priorități menite să consolideze și mai mult creșterea economică: sprijinirea investițiilor pentru inovare, dezvoltare și crearea de locuri de muncă, realizarea de reforme structurale echilibrate din punct de vedere social și încurajarea gestionării responsabile a finanțelor publice. Numeroase recomandări specifice fiecărei țări sprijină o piață unică funcțională și integrată, inclusiv crearea unor oportunități de finanțare și de investiții care favorizează dezvoltarea întreprinderilor și, în special, a IMM-urilor, contribuind la crearea de locuri de muncă, la buna funcționare a guvernării electronice, la achizițiile publice și la recunoașterea reciprocă, inclusiv la recunoașterea reciprocă a calificărilor. Însă sunt necesare mai multe eforturi din partea Comisiei pentru sprijinirea sustenabilității finanțelor publice în conformitate cu Pactul de stabilitate și de creștere, utilizându-se pe deplin clauzele de flexibilitate ale acestuia.

Invităm Comisia să acorde prioritate măsurilor care reduc obstacolele din calea unor fluxuri de investiții mai importante, obstacole care, la nivelul UE, sunt cazuate de lipsa de claritate în ceea ce privește strategiile care trebuie urmate, în special în următoarele domenii: energie, transport, comunicații și economia digitală.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I am in support of the report as it addresses the challenges facing Europe in the context of the global economic slowdown. Firstly, it recognises the importance of coherence between European Union's framework on economic governance and policy instruments to strengthen cohesion among Member States in the EU by reducing regional development disparities of the Member States.

Secondly, the report stresses that the lack of sustainable investment and the shortcomings in completing the single market are depriving the EU of its full growth potential which is imperative given the deteriorating international environment, the failure to implement sustainable reforms and the divergences in the economic and social performance in different parts of the Union.

Thirdly, I am in full support of the report's confirmation and welcome of the agreement of the Paris climate conference (COP21) in December 2015 and its call on the Member States and the Commission to implement it.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da jeder Staat für seine Finanzen selbst verantwortlich sein soll, und es darf daher auch keine wie immer gearteten direkten finanziellen Hilfen und Kredite geben, wie es grundsätzlich auch in den EU-Verträgen vorgesehen ist.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Jäin erapooletuks. Euroopa poolaasta seab väga üldisi eesmärke, millel ei ole liikmesriikidele otsest lisaväärtust. Samuti ei tehta raamistiku järelhindamist, mis kahjustab Euroopa Parlamendi järelvalve rolli, seega ei anna poolaasta tsükkel piisavalt täpseid suunitlusi ning konkreetseid tegevusi ja soovitusi liikmesriikidele jääb vajaka.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti presentati nei documenti relativi alla risoluzione sul Semestre europeo per il coordinamento delle politiche economiche e ammettendo che seguirò con interesse lo sviluppo del suddetto argomento, in particolare comparando la crescita dell'economia dell'UE con le previsioni economiche di primavera 2016, valutando attentamente i punti oggetto dell'obiezione, ritengo che non corrispondano pienamente alla mia idea e dunque non mi sento di appoggiarla e voto negativamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Svjesni samo svih kompleksnosti položaja u kojem se Europska unija danas nalazi, a koji su snažno izraženi i u ovom području. Suficit tekućeg računa platne bilance nastavlja rasti, no i dalje se suočavamo s velikim deficitom investicija unatoč teoretski povoljnim uvjetima za privatna i javna ulaganja podržanima često iznimno niskim kamatnim stopama za državna zaduživanja. Države članice, a osobite one na periferiji Unije još se uvijek pokušavaju nositi s visokom nezaposlenošću u kojoj zabrinjavajuće veliki udio imaju nezaposleni mladi.

Podržavam ovu Rezoluciju o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike: provedba prioriteta za 2016. godinu u kojoj su jasno navedeni brojni izazovi s kojima se Europa suočava na području ulaganja u svjetlu usporavanja svjetskog gospodarskog rasta u ovoj godini, zatim prioriteti i ciljevi preporuka, kao i odgovori politike te konkretni zaključci. Pozdravljam ohrabrujući Komisijin pristup ograničavanja broja preporuka i usmjeravanja semestra na ključne makroekonomske i društvene prioritete kod postavljanja političkih ciljeva za sljedećih 18 mjeseci, kao i poboljšanu kombinaciju politika koju smo zatražili u sklopu parlamentarne Rezolucije o godišnjem pregledu rasta za 2016. godinu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'ensemble de ce texte est très souvent fade et descriptif, preuve de la difficulté du Parlement à formuler des critiques claires, comme par exemple à l'adresse de l'excédent commercial allemand. Je suis bien plus critique, tant sur le principe du Semestre et sa logique supranationale que sur le contenu des recommandations. Il faut dénoncer le libéralisme jusqu'au-boutiste dans certains domaines (marché intérieur, concurrence) et le refus de dénoncer l'attitude de l'Allemagne ou le rôle de l'euro dans les déséquilibres macroéconomiques. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Questa relazione, che ho voluto sostenere, mette bene in evidenza l'urgenza di rilanciare la crescita economica in Europa attraverso gli investimenti, di attuare riforme strutturali sostenibili e di ridurre le divergenze economiche e sociali che si sono determinate in diverse aree dell'UE. Un aumento nel livello degli investimenti è indispensabile per stimolare la crescita, la produttività e la competitività delle imprese e per ridurre, di conseguenza, il divario economico e sociale. Sono felice di constatare che l'accento viene posto sulla necessità di una crescita sostenibile, anziché su riforme miranti a precarizzare ulteriormente il mercato del lavoro. Le eccessive diseguaglianze economiche, come di recente rilevato anche da OCSE e FMI, sono dannose non solo per la coesione sociale, ma anche per la stessa crescita. In una situazione economica come quella che stiamo attraversando, con eccedenze di liquidità e delle partite correnti, con una domanda e investimenti privati deboli, la politica monetaria da sola non è più sufficiente a rilanciare la crescita, senza un livello di investimenti adeguati. La politica fiscale degli Stati e la politica di investimento dell'UE dovrebbero perciò, in maniera calibrata e complementare, sopperire alle carenze e favorire un

clima di fiducia che attiri risorse aggiuntive dagli investimenti privati.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prognoza Komisije pokazuje očekivane stope rasta od 1,6 % u eurozoni i 1,8 % za EU u 2016. što znači da će gospodarstvo EU-a rasti manje nego što se očekivalo. Duga ekonomska kriza je naglasila potrebu da se olakša ulaganje upravo u područjima kao što su obrazovanje, inovacije, istraživanje i razvoj.

Podržavam preporuke Komisije za tri države članice za izlazak iz postupka pretjeranog deficita (EDP) kao i veliki broj CSR-ova koji podržavaju funkcionalno i integrirano jedinstveno tržište.

Za razliku od prošlogodišnjeg izvješća, u ovom izvješću naglasak je na socijalno uravnoteženim strukturnim reformama i povećanju investicija što je naravno pozitivna promjena. U ovom izvješću se jasno fokusira na potrebu za povećanjem ulaganja u EU kako bi ostvario rast, na stvaranje i održavanje kvalitetnih radnih mjesta te na borbu protiv visoke razine nezaposlenosti, siromaštva i nejednakosti. Izvješće predlaže i uvođenje postupka socijalnih neravnoteža u dizajnu CSR-ova te poziva Komisiju da ispuni obećanje u pogledu uvođenja europskog minimalnog dohotka za pokrivanje osnovnih troškova života.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Para nós, o Semestre Europeu representa o principal entrave ao nosso desenvolvimento.

Foram as exigências do euro, impostas através do Semestre Europeu, que estiveram na base de uma política de austeridade que representou para Portugal uma regressão de décadas em termos de investimento, de rendimento e de direitos sociais. Foram as regras do euro que estiveram na base de uma dívida que se tornou insustentável e que impediram políticas de relançamento da nossa economia com apoios efetivos a setores produtivos fundamentais.

É o Semestre Europeu que está na base de uma operação em curso de chantagem intolerável à volta da nossa política orçamental. O relatório fala muito das recomendações por países. Mas estas são muito claras, exigem mais flexibilidade nas leis laborais, mais privatizações nos transportes e congelamento dos salários.

Não há racionalidade económica no Semestre Europeu. O Semestre Europeu, com o falso propósito de apoiar os países na sua política orçamental, representa antes um instrumento destinado a impor uma agenda neoliberal ao serviço do capital e que os povos irão, mais tarde ou mais cedo, rejeitar.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – The European Semester is the EU's annual cycle of economic policy guidance and surveillance. I am pleased to share the European Parliament's input into the second phase of the Semester 2016 focusing on the country specific implementation of priorities agreed within the Annual Growth Survey 2016 report in February. Last year's heavily right-wing report was replaced by socially balanced structural reforms and increased investment as supported by the S&D Group. Thankfully, the report now clearly focuses on the need to increase investment in the EU in order to create more growth, convergence, quality jobs and fight poverty and inequality. Also following the inclusion of the opinion from the Employment and Social Affairs Committee, the report now calls for a social imbalance procedure to be introduced into the economic coordination and a European minimum income framework to fight social exclusion in the EU. I urge that the EU and the Member States better implement the revised economic policy mix which aims at increasing investment linked to EU2020 policies objectives including quality employment, education, innovation and growth enhancing policies.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport car il s'inscrit dans une démarche d'harmonisation des politiques économiques des États membres de l'Union européenne. L'Union ne pourra être forte que si les États qui la composent mettent en œuvre des moyens communs pour réaliser les ambitions communes à l'échelle européenne: croissance, emploi, sécurité principalement. En matière économique, le Semestre européen a été créé pour que les politiques budgétaires et structurelles de chaque État membre soient examinées au niveau européen et que la Commission européenne puisse adresser des recommandations pour les 12 à 18 mois suivants. Il ne s'agit pas d'un contrôle supranational, mais bien d'indications qui prennent en compte les objectifs de l'Union européenne (stratégie Europe 2020) pour que ceux-ci puissent s'inscrire dans l'action publique nationale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Atualmente, a Europa vê-se confrontada com um preocupante défice de investimento, tornando-se assim necessário aumentar a procura interna e corrigir os desequilíbrios macroeconómicos, incrementando, ao mesmo tempo o investimento na União Europeia. Neste âmbito, o desafio do combate ao desemprego jovem e de longa duração deve ser uma prioridade, não obstante a evolução da situação política, nomeadamente o resultado do referendo do Reino Unido, as relações com a Rússia e as incertezas quanto à evolução da economia mundial.

Apoio a importância atribuída pela Comissão, nas recomendações específicas por país de 2016, às três principais prioridades para reforçar o crescimento económico: apoiar o investimento para a inovação, o crescimento e a criação de emprego, prosseguir com reformas estruturais sustentáveis e equilibradas do ponto de vista social e promover finanças públicas responsáveis.

Destaco a importância da coerência entre os instrumentos da política de coesão e o quadro mais amplo de governação económica com vista a apoiar os esforços necessários para garantir o respeito pelas regras do Semestre Europeu. Por conseguinte, apoio o presente relatório.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik gestimmt, da ich davon überzeugt bin, dass der Sant-Bericht die richtige Richtung vorgibt. 21,2 Millionen Menschen in den EU-Mitgliedstaaten sind arbeitslos. Wir befinden uns mittlerweile im neunten Jahr der Krise. Bisher war die Antwort der maßgeblichen Institutionen auf die Krise, dass Fehlentwicklungen nur durch Lohnsenkungen und den Abbau von Sozialleistungen korrigiert werden können. Wirtschaftliche Impulse durch öffentliche Investitionen hatten hier keinen Raum. Die Krise wurde weiter verschärft. Der Fokus auf Investitionen im Europäischen Semester muss eine Abkehr vom neoliberalen Irrweg schaffen. Nur mit Investitionen in Gesundheit, soziale Infrastruktur, Energie- und Umweltprojekte und den digitalen Bereich können die sozialen Auswirkungen der Krise abgefedert werden. Nur mit Investitionen in die Zukunft werden wir Arbeitsplätze schaffen. Nur mit der Umsetzung eines sozialen Europas werden wir die Krise überwinden.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Whilst the report identifies problems faced by the eurozone, it does not include the obvious solution (namely a plan to disentangle Member States from the straight-jacket of the single currency), and describes free movement of people as 'fundamental'. Accordingly, UKIP voted against.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Soutenue par 423 députés contre 210, avec 48 abstentions, la résolution votée ce midi fixe les priorités économiques de l'Union européenne pour 2017. Innovation, croissance et création d'emplois sont au cœur des préoccupations du Parlement.

Des investissements toujours timides, des prévisions de croissance revues à la baisse en Europe, et un taux de chômage important chez les jeunes ont convaincu les députés que l'Europe devait faire plus d'efforts pour stimuler les investissements en facilitant l'accès des petites et moyennes entreprises aux financements privés et aux programmes d'aide européens, qui restent sous-utilisés. Les secteurs de l'énergie, des transports, des télécommunications et du numérique sont particulièrement mis en avant. Les députés ont également appelé à alléger la pression fiscale qui porte sur le travail afin de ne pas décourager les retours à l'emploi — lui préférant des taxes environnementales.

Ce vote marque le début du Semestre européen, un processus de concertation annuel pour coordonner les politiques budgétaires, économiques et de l'emploi des pays de l'UE. La balle est maintenant dans le camp des États membres, qui doivent mettre au point des programmes d'action nationaux pour appliquer ces orientations européennes. La Commission adressera ensuite des recommandations individuelles à chaque pays sur cette base.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La recuperación económica en Europa sigue siendo lenta, frágil y sobre todo, muy desigual: el crecimiento es débil, las tasas de desempleo continúan siendo muy elevadas en muchos países y las inversiones están en mínimos históricos. Europa en su conjunto debe reforzar el plan de inversiones para que en lugar de una suma de partes, sea una verdadera política de la Unión, y los países con superávit comercial deben invertir más para equilibrar sus economías y mejorar la demanda interna.

Además, pedimos a los Estados miembros medidas efectivas para garantizar empleos decentes con salarios dignos, una protección social adecuada y unas pensiones públicas dignas. Necesitamos también una fiscalidad más justa que grave no sólo a las rentas medias y trabajadoras sino también a las rentas de capital. Y por último, necesitamos un Marco Europeo de rentas mínimas para sacar de la pobreza a los 120 millones de personas que hoy viven en la Unión en riesgo de exclusión social. Sólo así podremos superar esta larga y dolorosa crisis de una manera justa y sostenible.

Por todo ello he votado a favor de este informe y lamento profundamente que el resto de grupos de la izquierda no se hayan sumado a estas peticiones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce projet de résolution du Parlement européen concernant la mise en œuvre des priorités de 2016 du Semestre européen pour la coordination des politiques économiques. Cette résolution plaide la nécessité globale de l'Union européenne à générer de la croissance, créer des emplois de qualité, lutter contre le chômage des jeunes ou à investir dans l'éducation et la formation. Par ailleurs, cette résolution souligne justement que sans investissements et réformes structurelles durables, la politique monétaire ne pourra pas à elle seule stimuler la croissance.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No Parecer que efetuei enquanto relator da Comissão do Desenvolvimento Regional para esta Resolução (que votei favoravelmente), além das importantes posições sobre Política Regional votadas (e enriquecidas através de alterações pelos meus pares) em Sede de Comissão, julguei importante sublinhar as decisões da Comissão Europeia (CE) e do Conselho em cancelar as multas a Portugal e Espanha no seguimento do enorme esforço de reformas e consolidação orçamental realizado nos últimos anos num ambiente económico adverso e tendo em atenção o compromisso dos dois Estados em cumprir as regras do Pacto de Estabilidade e Crescimento.

Relativamente ao procedimento da Suspensão dos Fundos, que se encontra na fase de diálogo estruturado entre a CE e o Parlamento Europeu, parece-me não fazer sentido aplicar uma suspensão de Fundos aos dois países (mesmo referindo-nos a «compromissos» e não «pagamentos»), após o prévio cancelamento da multa! Os argumentos que eram verdadeiros para o cancelamento, continuam a ser verdadeiros para a suspensão!

Acresce que ninguém compreenderia como é que não se penalizou o «Governo central» com multas e depois ir-se-iam penalizar as Regiões, os Municípios, as Empresas, a Academia ou as Associações com uma suspensão dos Fundos Estruturais e de Investimento. Seria uma irracionalidade incompreensível. Parece-me evidente!

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan de la mise en œuvre des priorités émises par la Commission européenne dans le cadre du Semestre européen pour l'année 2016. Ce rapport souligne la fragilité de la reprise économique en 2016 au sein des États membres, tout particulièrement en rappelant les chiffres préoccupants du chômage, notamment celui des jeunes.

Ce texte reconnaît l'importance de la cohérence entre les instruments de la politique de cohésion et le cadre de gouvernance économique, en vue de soutenir les efforts de relance nécessaires pour garantir le respect des règles imposées par le Semestre européen.

La coordination des politiques économiques a comme objectif principal d'assurer une croissance économique durable au sein de l'Union.

Ainsi, s'il est crucial que tous les États membres prennent des mesures d'assainissement budgétaire afin d'assurer la pérennité et la viabilité de leurs modèles économiques, il est fondamental que celles-ci soient accompagnées de mesures visant à favoriser l'investissement, la réduction des inégalités ainsi que l'emploi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque me opongo al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto. Con el Semestre Europeo se pretende someter a los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea, que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. Los hechos demuestran que el efecto de las medidas de austeridad ha sido procíclico, es decir que han empeorado la crisis económica. Si bien, el trabajo de la ponente en la sombra del GUE/NGL ha logrado que se incluyan referencias positivas a la inversión pública, sigo sin compartir el diagnóstico, ni la solución.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque pese a que se han incluido significativas referencias hacia los problemas sociales que las políticas de la austeridad están provocando en los Estados miembros de la Unión Europea, continúa apostando por la austeridad como único camino, incluso legitimando las posibles sanciones a España y Portugal que se encuentran bajo discusión. Rechazo frontalmente la imposición de políticas de austeridad, debido a que resultan un completo contrasentido económico, que solo incrementa la pobreza y las desigualdades. Igualmente con la macro condicionalidad que en caso de ser aplicada en la Península Ibérica puede impactar gravemente acelerando la destrucción de nuestra economía. El informe es incapaz de proponer una alternativa, apelando a más austeridad. Esto es en contra de lo que luchamos y consecuentemente he decidido votar en contra del mismo.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Správa hodnotiaca hospodársku situáciu v EÚ naznačuje, že európske ekonomiky stále čelia mnohým výzvam. Nezamestnanosť zostáva naprieč Európou jedným z hlavných problémov. Celkový stav ekonomík EÚ je poznačený zhoršujúcim sa medzinárodným prostredím, nevykonávaním udržateľných reforiem, ale aj rozdielmi v hospodárskych a sociálnych výsledkoch v rôznych častiach Únie. Návrh správy som podporila, ale chcela by som zdôrazniť, že ma znepokojuje dlhodobá nezamestnanosť najmä mladých ľudí. Členské štáty by preto mali vyvinúť väčšie úsilie v stimulovaní dlhodobo udržateľného rastu a tvorby kvalitných pracovných miest. V mnohých krajinách sú vlády vystavené kumulatívnemu nedostatku investícií, no napriek tomu boli operačné programy politiky súdržnosti pre súčasné obdobie prijaté neskoro. Politika súdržnosti prostredníctvom štrukturálnych a investičných fondov je stále jedným z najväčších zdrojov investícií, ktoré podporujú sociálnu, ekonomickú a územnú súdržnosť Únie. Preto by sa mala vykonávať prioritne a v koordinácii s podobnými iniciatívami, ako je Európsky fond pre strategické investície. Kombinácia týchto fondov predstavuje pre regióny príležitosť, ako využiť verejné a súkromné zdroje zároveň. Politika súdržnosti je legitímnym nástrojom, ktorý je historicky zakotvený v zmluvách ako kľúčový nástroj solidarity, a preto je aj do budúcna potrebné, aby sa zachoval jej pôvodný význam v znižovaní rozdielov medzi regiónmi.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Glavni poudarek poročila je na investicijah in izpostavlja potrebo po povečanju investicij na področjih izobraževanja, človeškega kapitala, inovacij in raziskav, na katera bi bila lahko bolj usmerjena politika Evropske unije.

Poročilo omenja izogibanje tako imenovani dirki do dna v zvezi s plačami in zaposlitvenimi standardi. Prav to se mi zdi ključno za nadaljnjo politiko Evropske unije, saj se bodo v primeru drugačne strategije pojavile predvsem zaposlitve, ki bodo temeljile na najnižjih plačah in prekernih pogojih, kar pa vsekakor ne more voditi v vključujočo in pošteno rast.

Kot omenja poročilo, Evropski uniji do leta 2020 ne bo uspelo doseči ciljev na področju zmanjševanja revščine. Poročilo je osredotočeno predvsem na strukturne reforme, ki pa same ne morejo zagotoviti recepta za rast, saj morajo vsebovati socialne politike, ki jih spremljajo.

Zaradi vključitve pomembnih točk za področje socialne politike na ravni Evropske unije in pomembni omembi povečanja investicij na področjih izobraževanja in človeškega kapitala, sem poročilo podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – In seinem jährlichen Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters benennt das Europäische Parlament eine schwache öffentliche Nachfrage und ein sich verschlechterndes internationales Umfeld als wesentliche Herausforderung für die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union. Doch dies setzt an einer falschen Stelle an. Viel wichtiger ist, dass die Mitgliedstaaten weitere Strukturreformen durchführen. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer müssen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Darüber hinaus fordert der Bericht die Vollendung der Bankenunion. Dies geht jedoch viel zu weit. Die dritte Säule der Bankenunion sieht nach Plänen der Kommission eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vor. Es darf aber nicht sein, dass Banken und Sparer des einen Landes für eine verfehlte Bankenpolitik eines anderen Landes mithaften müssen. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht nicht zu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Vítam snahu Európskej komisie smerovať prebytky verejných financií do veľkých investičných a infraštruktúrnych projektov. Vytvárame tiež ďalšie možnosti na získavanie prostriedkov pre malé a stredné podniky. Stále však nie sme schopní vytvoriť dostatok nových pracovných miest, najmä pre mladých ľudí. Aby sme zlepšili fungovanie hospodárstva Európskej únie a zlepšili kvalitu života našich občanov a uľahčili rozvoj firiem, musíme aj kontinuálne odbúravať bariéry, ktoré stále existujú na našom vnútornom trhu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem „Europäischen Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik: Umsetzung der Prioritäten für 2016“ habe ich nicht zugestimmt.

Das Europäische Semester ist Ausdruck der irrgeleiteten Ansicht, die Fiskal- und Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten müsse auf EU-Ebene koordiniert und geplant werden. Europa war ein Labor, in dem die Nationen experimentiert haben, wie die beste Wirtschafts- und Finanzpolitik aussehen könnte. Die EU sieht Europa als Petrischale, in welcher sie ihre Lieblingskultur züchtet, ohne auf die kulturelle und politische Vielfalt Europas Rücksicht zu nehmen.

Ich sehe das Europäische Semester zudem als Nukleus einer von den EU-Chauvinisten erhofften und erdachten EU-Wirtschaftsregierung. Das lehne ich ab.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – U Europskoj uniji trenutno su vidljivi spori gospodarski rast i deficit ulaganja. Inflacija je ispod nulte stope, raste nezaposlenost, a povećao se i broj ljudi kojima prijete siromaštvo i socijalna isključenost. Međunarodna situacija, koja je osobito oblikovana Brexitom, odnosima s Rusijom te masovnim migracijama, utječe na ulaganja u Europskoj uniji.

Kako bi povećali gospodarski rast, produktivnost i konkurentnost EU-a na tržištu, potrebno je ulagati u prijevoz, telekomunikacije, digitalizaciju, zaštitu okoliša, obrazovanje te istraživanja i inovacije. Važno je i provođenje kohezijske politike, pružanje potpora za oporavak određenim državama članicama te približavanje EU-a njenim građanima.

Podržavam izvješće o Europskom semestru za usklađivanje ekonomske politike i provedbi prioriteta za 2016. godinu, jer podupire funkcioniranje jedinstvenog tržišta, ulaganja u Europskoj uniji i mjere za rast i oporavak ekonomije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o evropskem semestru za usklajevanje gospodarskih politik: izvajanje prednostnih nalog za leto 2016. Kljub uvedbi Sklada za strateške naložbe, se Evropa še vedno sooča s pomanjkanjem naložb, zato je potrebno še povečati naložbe v EU.

Strinjam se, da so izzivi EU povezani s slabšanjem mednarodnega okolja, neizvajanjem trajnostnih reform ter razlikami v gospodarski in socialni uspešnosti v posameznih delih Unije.

S tem, ko Evropska komisija podpira naložbe za inovacije, rasti in ustvarjanje delovnih mest, je to korak v pravo smer, bi pa lahko storila več na področju fiskalne vzdržnosti v skladu s Paktom za stabilnost in rast, kar pravilno ugotavlja tudi poročilo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η λύση στα προβλήματα που προκαλεί η Ευρωπαϊκή Ένωση στις οικονομίες των κρατών μελών της περιφέρειας δεν μπορεί να είναι «παραπάνω Ευρωπαϊκή Ένωση». Η οικονομική και νομισματική πολιτική της Ένωσης, σε συνδυασμό με την μεταναστευτική κρίση, που ισοπέδωσαν τους λαούς του Νότου, είναι αποτυχημένες και πρέπει να εγκαταλειφθούν άμεσα. Συνέχεια των ίδιων αποτυχημένων πολιτικών θα διογκώσει κι άλλο τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν χώρες όπως η Κύπρος και η Ελλάδα.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a gazdaságpolitikai koordináció európai szemeszteréről szóló jelentést. Üdvözlöm, hogy a jelentés többször is hivatkozik az unión belüli szolidaritás fontosságára, és emlékeztet arra, hogy a szociálisan felelős reformoknak a szolidaritásra, az integrációra, a társadalmi igazságosságra és a javak igazságos elosztására kell épülniük. Egyetértek a jelentés azon szakpolitikai felhívásával, miszerint el kell kerülni, hogy a munkát túlzott adóterhekkel sújtsák, hisz a túlzott mértékű adók visszafogják az inaktívak, a munkanélküliek, a második keresők és alacsony keresettel rendelkezők munkaerőpiacra való visszatérését segítő ösztönzőket.

A jelentéshez hasonlóan üdvözlöm, hogy az európai szemeszter most erőteljesebben koncentrál a foglalkoztatásra és a szociális teljesítményre, annál is inkább, mivel az európai szemeszter folyamatának hozzá kell járulnia a meglévő és a kialakuló társadalmi kihívások kezeléséhez, ezáltal is biztosítva egy hatékonyabb gazdaság kialakulását. Teljes mértékben támogatom a jelentés tagállamoknak címzett felhívását, hogy sürgősen hozzanak intézkedéseket, hogy a tisztességes munkáért megélhetést biztosító jövedelem járjon, és az emberek hozzáférjenek a megfelelő minimumjövedelemhez, illetve szociális védelemhez. Szintén hasznos lépés lenne a Bizottság részéről társadalmi hatásvizsgálatok mellékelése az országspecifikus ajánlások által szorgalmazott főbb strukturális reformokhoz, különösen a munkahelyteremtésre és a gazdasági növekedésre gyakorolt hatás jobb megértése érdekében.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Europejski semestr, czyli procedura, podczas której koordynuje się politykę gospodarczą i budżetową w Unii Europejskiej, to również doskonała okazja, aby przyjrzeć się, w jaki sposób poszczególne państwa Wspólnoty realizują reformy służące budowie dobrze funkcjonującego i zintegrowanego europejskiego jednolitego rynku.

W przygotowanej przeze mnie opinii na temat sprawozdania oceniającego realizację tegorocznych priorytetów w ramach europejskiego semestru Komisja Rynku Wewnętrznego i Ochrony Konsumentów stanowczo podkreśliła, iż wiele państw członkowskich zwleka z wdrożeniem unijnych dyrektyw i rozporządzeń lub wdraża je w sposób niepełny.

Szerokie wsparcie dla MŚP i start-upów, walka z nadmiernymi obciążeniami administracyjnymi, pełne wdrożenie i stosowanie dyrektywy usługowej, uznawanie kwalifikacji zawodowych i zapewnienie dostępu do zawodów regulowanych czy w końcu budowa jednolitego rynku cyfrowego to przykłady obszarów, które zarówno Komisja Europejska, jak i poszczególne państwa członkowskie powinny potraktować priorytetowo. W przeciwnym razie nie uda nam się uwolnić pełnego potencjału europejskiego jednolitego rynku, a to przecież szansa na wzrost gospodarczy i tworzenie nowych miejsc pracy, których Europa tak bardzo potrzebuje.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté positivement. Je suis également préoccupé par le fait que la croissance économique de l'Union sera inférieure aux prévisions économiques européennes de printemps 2016, étant donné que le PIB de la zone euro ne devrait augmenter que de 1,6 % et atteindre 1,8 % en 2017.

Les défis qui se posent à l'Union sont liés à la détérioration du contexte international, à l'absence de mise en œuvre de réformes durables et aux divergences entre les résultats économiques et sociaux obtenus dans les différentes parties de l'Union.

Nous ne devons pas oublier la nécessité de stimuler la croissance, la cohésion, la productivité et la compétitivité. Nous ne pouvons pas non plus nier l'absence d'investissements durables et les insuffisances observées dans la réalisation du marché intérieur qui privent l'Union de son plein potentiel de croissance.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted against this report as key ALDE points such as a reference to the importance that wages should be in line with productivity, that measures should be taken to improve the business environment to incentivise investment, that a fully integrated EU labour market should be created, or that CSRs should become binding, have been rejected in the vote in committee. Moreover, there is a reference to the COM Communication advocating excessive flexibility in the SGP, which the Group has not supported in the past.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo izvješće na vlastitu inicijativu analizira Europski semestar u sklopu godišnjeg ciklusa Europske unije vezano uz politiku ekonomskog vođenja i nadzora. Naime, u prvoj četvrtini godine Komisija počinje detaljnu analizu proračunskih planova individualnih država članica, uključujući analizu makroekonomskih i strukturnih reformi. Na toj analizi Komisija bazira publikaciju Specifičnih preporuka za svaku državu članicu ponaosob – u svibnju svake godine. Izvješće je odgovor Parlamenta na Komisijinu publikaciju.

Glasovala sam protiv jer smatram da je fokus izvješća otišao u potpuno krivome smjeru – umjesto da se bazirao na važnost provođenja strukturnih reformi u individualnim državama članicama Unije, izvješće je identificiralo slabu javnu potražnju te pogoršano međunarodno okruženje kao ključne izazove s kojima se Europa suočava na putu ka ekonomskom oporavku.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o evropskem semestru za usklajevanje gospodarskih politik: izvajanje prednostnih nalog za leto 2016 sem podprla. Gospodarska rast EU je nižja, kot je bilo pričakovati na podlagi spomladanske gospodarske napovedi za Evropo iz leta 2016, saj se bo BDP v euroobmočju po napovedih povečal samo za 1,6 %. Stalni presežki tekočega računa kažejo na potrebo po spodbujanju povpraševanja in naložb, zlasti dolgoročnih, da bi lahko obvladovali prihodnje izzive na področjih prometa in komunikacij, digitalnega gospodarstva, izobraževanja, inovacij in raziskav, podnebnih sprememb, energetike, varstva okolja ter staranja prebivalstva. Potrebni so nadaljnji ukrepi za povečanje možnosti financiranja, zlasti za mala in srednja podjetja, in zmanjšanje slabih posojil v euroobmočju v skladu z zakonodajo EU, da se bodo izboljšale bilance stanja bank in se bo na ta način povečala sposobnost bank, da posojajo realnemu sektorju. Monetarno politiko morajo spremljati ustrezne fiskalne politike za povečanje rasti v EU, in sicer v skladu s pravili Pakta za stabilnost in rast, vključno z določbami o prožnosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque me opongo al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto. Con el Semestre Europeo se pretende someter a los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea, que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. Los hechos demuestran que el efecto de las medidas de austeridad ha sido procíclico, es decir que han empeorado la crisis económica. Si bien, el trabajo de la ponente en la sombra del GUE/NGL ha logrado que se incluyan referencias positivas a la inversión pública, sigo sin compartir el diagnóstico, ni la solución.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – In seinem jährlichen Bericht zu den länderspezifischen Empfehlungen der Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters benennt das Europäische Parlament eine schwache öffentliche Nachfrage und ein sich verschlechterndes internationales Umfeld als wesentliche Herausforderung für die wirtschaftliche Erholung der Europäischen Union. Doch dies setzt an einer falschen Stelle an. Viel wichtiger ist, dass die Mitgliedstaaten weitere Strukturreformen durchführen. Vor allem die südeuropäischen Krisenländer müssen ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern, um sich wirtschaftlich wieder zu erholen. Darüber hinaus fordert der Bericht die Vollendung der Bankenunion. Dies geht jedoch viel zu weit. Die dritte Säule der Bankenunion sieht nach Plänen der Kommission eine Vergemeinschaftung der Einlagensicherung vor. Es darf aber nicht sein, dass Banken und Sparer des einen Landes für eine verfehlte Bankenpolitik eines anderen Landes mithaften müssen. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht nicht zu.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Analizowane sprawozdanie roczne jest odpowiedzią Parlamentu Europejskiego na zalecenia dla poszczególnych państw, które opublikowała Komisja Europejska w maju 2016 roku. Dokumenty obu instytucji składają się na tzw. europejski semestr, czyli roczny cykl wytycznych na temat polityki gospodarczej i nadzoru Unii Europejskiej. Dla potrzeb przygotowania zaleceń Komisja przeanalizowała plany reform budżetowych, makroekonomicznych i strukturalnych w poszczególnych państwach członkowskich.

Z uwagi na znaczenie tej procedury muszę podkreślić, że nie zgadzam się z niektórymi punktami zawartymi w sprawozdaniu Parlamentu, m.in. wezwaniem do ukończenia unii bankowej czy dostosowania terytorialnego projektów Europejskiego Funduszu na rzecz Inwestycji Strategicznych (EFIS). Uważam, że sprawozdanie powinno w większym stopniu skoncentrować się na znaczeniu państw członkowskich przeprowadzających istotne reformy strukturalne, dlatego zagłosowałem przeciwko.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió gazdasága a 2016 tavaszára vonatkozó európai gazdasági előrejelzés alapján a vártnál kisebb mértékben fog növekedni, mivel az euróövezetben a GDP a várakozások szerint csak 1,6%-kal fog növekedni, és 2017-re 1,8%-ot fog elérni, ami kisebb mértékű növekedés a korábban becsültnél. Az Európai Unióban a kihívások a romló nemzetközi környezethez, a fenntartható reformok végrehajtásának kudarcához, valamint az Unió különböző részein a gazdasági és szociális teljesítményben kialakult eltérésekhez kapcsolódnak. Voksommal támogattam a jelentést.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque me opongo al mecanismo del Semestre Europeo en su conjunto. Con el Semestre Europeo se pretende someter a los presupuestos de los Gobiernos a una fiscalización por parte de la Comisión Europea, que asegure el cumplimiento de ciertos objetivos macroeconómicos y la implementación de las mal llamadas reformas estructurales. Los hechos demuestran que el efecto de las medidas de austeridad ha sido procíclico, es decir que han empeorado la crisis económica. Si bien, el trabajo de la ponente en la sombra del GUE/NGL ha logrado que se incluyan referencias positivas a la inversión pública, sigo sin compartir el diagnóstico, ni la solución.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe del que he sido ponente en la sombra, ya que introduce elementos interesantes en el marco del proceso del semestre, llamando a incrementar las inversiones y superar las políticas de austeridad y reformas estructurales orientadas hacia la devaluación interna.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the European Semester for economic policy coordination: implementation of 2016 priorities. Europe still faces a major investment deficit, and the need is to increase internal demand and correct macroeconomic imbalances, while further increasing investment in the EU. Unemployment in general remains one of the main challenges that Member States are facing. The report notes with concern that the EU economy will grow less than expected on the basis of the European economic spring forecast 2016, as GDP in the eurozone is expected to increase by only 1.6%, reaching 1.8% by 2017.

Moreover, it stresses that the challenges in the EU are linked to the deteriorating international environment, the failure to implement sustainable reforms and the divergences in the economic and social performance in different parts of the Union. I voted in favour because I believe that further measures are needed to increase financing opportunities, notably for SMEs, and to reduce non-performing loans (NPLs), in the euro area and in conformity with EU legislation, in order to make bank balance sheets sounder and thereby increase the ability of banks to lend to the real economy.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato contro questa inaccettabile risoluzione del Parlamento che accoglie con favore il lavoro svolto sinora dalla Commissione nell'ambito del Semestre europeo in materia di raccomandazioni specifiche per paese, ignorando del tutto gli impatti dannosi e controproducenti delle sue ricette economiche e il fallimento dell'attuale meccanismo di coordinamento delle politiche fiscali nazionali. Come le precedenti raccomandazioni, anche quelle per il 2016 sono ispirate a una strategia economica suicida basata sul solito mantra neoliberista che chiede ancora rigore, riforme strutturali, liberalizzazioni e investimenti privati, ma questa risoluzione parlamentare non sembra sentire l'esigenza di un vero cambiamento di rotta. Ancora una volta, il Parlamento rinuncia a un'occasione importante per mettere in discussione la sostenibilità dell'euro e il suo ruolo nell'impedire i recuperi di competitività tra paesi, per puntare il dito contro l'applicazione arbitraria delle regole da parte della Commissione, dura e inflessibile con i paesi deboli e indulgente con i forti, e deplorarne l'inerzia nei confronti dell'eccessivo surplus tedesco, responsabile di instabilità e squilibri in tutta Europa, nonché per evidenziare il nesso negativo tra assenza di investimenti pubblici e assurdi vincoli di bilancio. Nella risoluzione questi temi di fondamentale importanza sono purtroppo volutamente taciuti, per avvallare e difendere religiosamente la costruzione dell'unione economica e monetaria e i suoi indispensabili meccanismi di governance.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe porque pese a que se han incluido significativas referencias hacia los problemas sociales que las políticas de la austeridad están provocando en los Estados miembros de la Unión Europea, continúa apostando por la austeridad como único camino, incluso legitimando las posibles sanciones a España y Portugal que se encuentran bajo discusión. Rechazo frontalmente la imposición de políticas de austeridad, debido a que resultan un completo contrasentido económico, que solo incrementa la pobreza y las desigualdades. Igualmente con la macro condicionalidad que en caso de ser aplicada en la Península Ibérica puede impactar gravemente acelerando la destrucción de nuestra economía. El informe es incapaz de proponer una alternativa, apelando a más austeridad. Esto es en contra de lo que luchamos y consecuentemente he decidido votar en contra del mismo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat ik bezorgd ben dat de EU-economie minder zal groeien dan op basis van de Europese economische lenteprognose 2016 werd verwacht, aangezien het bbp in de eurozone naar verwachting met slechts 1,6 % zal toenemen, om in 2017 uit te komen op 1,8 %. De lange economische crisis in Europa heeft duidelijk gemaakt dat er grote behoefte bestaat aan investeringen in bijvoorbeeld onderwijs, innovatie en onderzoek & ontwikkeling, en dat het concurrentievermogen van de EU moet worden vergroot door duurzame structurele hervormingen. Er dient een beter klimaat te komen voor banen, het bedrijfsleven (met name kmo's) en investeringen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Tänään äänestetyssä mietinnössä "talouspolitiikan eurooppalainen ohjausjakso: vuoden 2016 painopisteiden täytäntöönpano" vastustin mietinnön hyväksymistä. Kannatin joitain tarkistuksia, joissa korostettiin jäsenvaltioiden omaa valtaa päättää talouspolitiikasta ja halutessaan erota euroalueesta. Nämä esitykset eivät kuitenkaan saaneet enemmistön tukea, joten äänestin lopuksi tätä kokonaisuudeltaan heikkoa mietintöä vastaan.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport fait un certain nombre de constats que je partage: la nécessité d'accroître la demande intérieure sur les marchés européens, l'urgence à relever le défi posé par le chômage structurel et notamment le chômage des jeunes, le besoin d'une meilleure utilisation des fonds européens pour corriger dans une plus grande mesure les déséquilibres macroéconomiques, l'exigence d'investissements à long terme dans l'éducation, l'innovation et la recherche et le développement. Il affirme en outre que, dans les conditions actuelles, «l'objectif de réduction de la pauvreté ne peut pas être atteint». Voilà qui aurait dû amener notre institution à remettre en cause la logique de flexibilisation du marché du travail et de libéralisation à tout-va qui sous-tend les injonctions faites aux États

membres dans le cadre du Semestre européen.

Pourtant, il n'en est rien. Le pacte de stabilité et de croissance reste la clé de voûte de toutes les propositions de ce texte. Les recommandations d' «allégement de la fiscalité du travail», qui ont fait la preuve de leur inefficacité, sont louées. La transposition complète des libéralisations contenues dans la directive «services» est réclamée.

J'ai donc voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Para nós, o Semestre Europeu representa o principal entrave ao nosso desenvolvimento.

Foram as exigências do euro, impostas através do Semestre Europeu, que estiveram na base de uma política de austeridade que representou para Portugal uma regressão de décadas em termos de investimento, de rendimento e de direitos sociais. Foram as regras do euro que estiveram na base de uma dívida que se tornou insustentável e que impediram políticas de relançamento da nossa economia com apoios efetivos a setores produtivos fundamentais.

É o Semestre Europeu que está na base de uma operação em curso de chantagem intolerável à volta da nossa política orçamental. O relatório fala muito das recomendações por países. Mas estas são muito claras, exigem mais flexibilidade nas leis laborais, mais privatizações nos transportes e congelamento dos salários.

Não há racionalidade económica neste semestre europeu. O Semestre Europeu, com o falso propósito de apoiar os países na sua política orçamental, representa antes um instrumento destinado a impor uma agenda neoliberal ao serviço do capital e que os povos irão, mais tarde ou mais cedo, rejeitar.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das primäre Ziel des Europäischen Semesters ist die Überprüfung und Kontrolle der Haushaltsdisziplin und der Reformentwürfe der Mitgliedsstaaten. Dieser bevormundende Eingriff in die Budgethoheit der Nationalstaaten ist aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abzulehnen. Darüber hinaus enthält der Bericht eine Vielzahl kritischer Beschränkungen der nationalen Souveränität in Haushaltsfragen – etwa die Umsetzung einer Umverteilungspolitik, um „sozialer Ausgrenzung" entgegenzuwirken –, weshalb ich den Antrag abgelehnt habe.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to reiterate my call that the European Semester must include a strong social pillar, including a gender equality pillar. Macroeconomic policy must not undermine social inclusion, but rather stimulate truly sustainable and truly inclusive growth, with all aspects of social and economic policy being made compatible and coherent in working holistically towards that goal.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la semestrul european pentru coordonarea politicilor economice: punerea în aplicare a priorităților pentru 2016. Acesta include și avizul Comisiei pentru Dezvoltare Regională, care recomandă utilizarea Fondului european pentru investiții strategice (FEIS) în mod complementar și suplimentar față de fondurile ESI, astfel încât să poată fi valorificat tot potențialul de investiții publice și private și să fie asigurat un echilibru geografic mai echitabil.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V súvislosti so spomalením celosvetového hospodárstva môžeme i v EÚ očakávať menší nárast HDP. Spomalenie hospodárskeho rastu je spôsobené zhoršujúcim sa medzinárodným prostredím a nevykonaním udržateľných reforiem, ako i rozdielmi v hospodárskych a sociálnych výsledkoch v rôznych častiach EÚ. Vysoká miera nezamestnaných, najmä mladých, je pretrvávajúcim problémom a svedčí o neschopnosti niektorých členských štátov vytvárať stabilné pracovné miesta, preto sú potrebné ďalšie opatrenia, aby sa trh práce stal inkluzívnejším. Pozitívne hodnotím, že správa poukazuje na fakt, že v rozmedzí rokov 2008-2014 vzrástol počet ľudí ohrozených chudobou a sociálnym vylúčením o 4,2 milióna. Boj proti chudobe a sociálnej exklúzii musí byť jednou z priorít všetkých členských štátov, pretože majú zásadný vplyv na trvalý hospodársky rast. Navyše si treba uvedomiť, že boj proti dlhodobej nezamestnanosti nie je jednoduchý, pretože títo ľudia poväčšine stratili pracovné návyky a ich integrácia do pracovného trhu je sťažená. Preto treba prijať účinné opatrenia, ktoré budú mať za cieľ obnovenie pracovných návykov, prípadne rekvalifikáciu.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo votato oggi la relazione d'iniziativa annuale che il Parlamento europeo presenta sulle raccomandazioni specifiche per paese (CSR) formulate dalla Commissione nell'ambito del Semestre europeo. Ho espresso voto contrario poiché ritengo che il testo finale sia del tutto insoddisfacente: si concentra sul rispetto dei vincoli di bilancio, sulla mancata e insufficiente applicazione delle regole di governance europea e sull'inadeguata implementazione delle riforme strutturali da parte degli Stati membri. Manca, inoltre, una critica alla necessità di adottare misure correttive per gestire i surplus commerciali eccessivi che sono causa di enormi squilibri macroeconomici all'interno dell'eurozona. La conclusione che trae la relazione è che non c'è alcun bisogno di mettere in discussione le regole vigenti, né tanto meno di modificare i trattati, affermazioni con le quali mi trovo totalmente in disaccordo.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Sant por concordar com as prioridades apresentadas para 2016 que se focam no incremento do investimento em áreas como a educação, a inovação, a investigação e o desenvolvimento e a criação de empregos de qualidade.

Lamento que a falta de investimento sustentável e as deficiências na realização do mercado único impeçam a UE de atingir plenamente o seu potencial de crescimento. Recordo, por isso, a importância da coerência entre os instrumentos das políticas económicas sempre como expressão da solidariedade europeia, tendo como principais objetivos o reforço da coesão económica, social e territorial na UE, através da redução das disparidades entre os níveis de desenvolvimento das várias regiões e da aproximação da UE aos seus cidadãos.

Destaco ainda a nova abordagem da Comissão no sentido de limitar o número de recomendações e o seu empenho em racionalizar o Semestre, ao incluir sobretudo áreas prioritárias de importância macroeconómica e social na definição dos objetivos políticos para os próximos meses.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog resolucije o evropskem semestru za usklajevanje gospodarskih politik: izvajanje prednostnih nalog za leto 2016.

Ugotovitve kažejo, da bo gospodarska rast EU nižja, kot je bilo pričakovati na podlagi spomladanske gospodarske napovedi za Evropo iz leta 2016, saj se bo BDP v euroobmočju po napovedih povečal samo za 1,6 %. Evropska gospodarska kriza je pokazala, kako pomembno je spodbujati naložbe na področjih, kot so izobraževanje, inovacije, raziskave in razvoj, hkrati pa povečati konkurenčnost EU z izvajanjem vzdržnih strukturnih reform, da bi spodbudili ustvarjanje kakovostnih delovnih mest ter izvajanje odgovorne fiskalne politike za ustvarjanje boljšega okolja za delovna mesta, podjetja (zlasti MSP) in naložbe.

Strinjam se, da so potrebni nadaljnji ukrepi za povečanje možnosti financiranja, zlasti za mala in srednja podjetja, in zmanjšanje slabih posojil v euroobmočju v skladu z zakonodajo EU, da se bodo izboljšale bilance stanja bank in se bo na ta način povečala sposobnost bank, da posojajo realnemu sektorju. Monetarno politiko morajo spremljati tudi ustrezne fiskalne politike za povečanje rasti v EU, in sicer v skladu s pravili Pakta za stabilnost in rast, vključno z določbami o prožnosti.

6.8. Transfette (B8-1115/2016)

Biljana Borzan (S&D). – Gospodine predsjedniče, cijenjene kolegice i kolege, Europska unija mora djelovati protiv epidemije pretilosti i uz nju povezanih bolesti budući da se radi vjerojatno o najvećoj dugoročnoj prijetnji javnom zdravlju. Prema podacima Svjetske zdravstvene organizacije, preko 50 % Europljana ima prekomjernu tjelesnu težinu, a najgori smo u svijetu po stopi smrtnih ishoda, od kardiovaskularnih bolesti, dijabetesa i raka.

Glavni razlog za to su upravo prehrambene navike i nezdrav sastav hrane. Računa se da od bolesti srca i kardiovaskularnog sustava u Europskoj uniji godišnje umire 660 000 ljudi, a industrijske transmasti identificirane su kao sastojak koji je pojedinačno najštetniji. Njihov udio u proizvedenoj hrani Komisija ima obvezu zakonski ograničiti jer zajedničko tržište nacionalne mjere čini nedovoljno učinkovitima.

Čak i veliki proizvođači hrane su to shvatili i sami smanjuju udio transmasnih kiselina u svojim proizvodima. Podržala sam ovu rezoluciju i nadam se da će Komisija što prije reagirati jer cijena koju plaćamo u vidu troškova liječenja i bolovanja i ljudskih života je naprosto prevelika.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Arís vótál mé ar an ábhar seo le mo ghrúpa. Ní raibh aon deacracht againn agus ba mhaith liom na rapóirtéirí a mholadh, duine díobh ó mo thír féin, Lynn Boylan. Is ábhar tábhachtach é.

I support this motion for a resolution in light of its vital recommendations in this field of public health and the provision of nutritional literacy to consumers across the European Union. This motion for a resolution reminds us that we must remain keenly aware of the health risks associated with the consumption of trans fats (TFAs), including, but not limited to, cardiovascular disease, infertility and obesity.

Thus we must endeavour to harmonise the EU approach to TFAs, boosting awareness across industries and within the home across the EU.

Agus sa tslí sin cabhróimid le sláinte ár saoránach a chur chun cinn, agus tá sin tábhachtach. Mar a deirtear, i nGaeilge, níl aon rud níos tábhachtaí ná an sláinte: "is fearr an tsláinte ná na táinte". Go raibh maith agat.

Dichiarazioni di voto scritte

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – I grassi idrogenati rappresentano un grave pericolo per la salute umana: è provato infatti che aumentano di gran lunga il rischio di contrarre malattie cardiovascolari e patologie relazionate, e per questo motivo andrebbero completamente eliminati dalla dieta.

Poiché in materia di acidi grassi trans fino ad oggi non ci sono stati tentativi di armonizzazione e le iniziative individuali degli Stati membri potrebbero non essere abbastanza, ho deciso di votare a favore della risoluzione.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque considero importante regular y establecer límites a la presencia de grasas trans industriales en los alimentos. El consumo de estas grasas trans a través de aceites vegetales parcialmente hidrogenados producidos industrialmente, se ha asociado con un mayor riesgo de enfermedad cardiovascular, infertilidad, enfermedad de Alzheimer, obesidad y algunos tipos de cáncer. Es por tanto urgente que la Comisión emita una propuesta legislativa en la que establezca límites legalmente vinculantes para las grasas trans.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this resolution which called on the European Commission to finally come forward with legislation to put mandatory limits on the amounts of transfats permitted in food. Trans fats are dangerous types of fats mainly used in industrially-produced foods which increases the risk of heart disease more than any other nutrient. Whilst there has been a general decline in trans fats levels in foods over the past decade there are still products on the market which contain 40-50% transfats (when the WHO recommends that less than 1% of total energy intake should be derived from them, at a maximum). Furthermore, transfat-heavy foods tend to be consumed by those on lower incomes, thus exacerbating already existing health inequalities. It is well overdue that the European Commission now follow the example of certain Member States, such as Denmark, and put public health first by imposing mandatory legal limits.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui rappelle que les acides gras trans industriels sont le nutriment le plus dangereux pour la santé cardiaque, et qu'il n'est pas nécessaire de les ajouter aux aliments transformés. Ils devraient donc être interdits à l'échelle de l'UE, comme ils l'ont déjà été au Danemark, en Autriche, en Lettonie et en Hongrie. Nous appelons la Commission à présenter un texte le plus tôt possible, afin de sauver des dizaines de milliers de vies par an.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τα trans-λιπαρά, διότι η κατανάλωση μεγάλων ποσοτήτων των συγκεκριμένων λιπαρών ενέχουν σημαντικούς κινδύνους για την ανθρώπινη υγεία.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen Entschließungsantrag der u.a. zum Ziel hat, verbindliche Grenzwerte für industrielle Transfettsäuren (TFS) in Lebensmitteln einzuführen. TFS erhöhen das Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Unfruchtbarkeit, Alzheimer, Diabetes und Fettleibigkeit zu erkranken, und sind hauptsächlich in industriell hergestellten teilgehärteten Pflanzenölen enthalten.

Ich befürworte ausdrücklich die Einführung eines solchen Grenzwertes. In Dänemark konnte erreicht werden, dass durch die 2003 eingeführte Obergrenze für industrielle TFS, mit der der TFS-Gehalt in Ölen und Fetten auf 2 % beschränkt wurde, die Zahl der durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen bedingten Todesfälle deutlich gesenkt wurde.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les acides gras trans induisent des risques pour la santé humaine: risque accru de développement de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète et de certains cancers notamment. À ce jour, l'Autorité européenne de sécurité des aliments recommande une consommation «aussi faible que possible» d'acides gras trans. Cependant, il n'existe pas de réglementation européenne en la matière.

La proposition de résolution propose l'introduction d'une nouvelle réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans. Précédée par une étude d'impact, celle-ci serait introduite sous deux ans.

Ma collègue du Front national, Mireille d'Ornano a été corédactrice de cette proposition de résolution: il est en effet impérieux de limiter la teneur en acides gras trans eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine.

Le groupe ENF a mis l'accent sur deux autres points essentiels: le fait que les acides gras trans d'origine naturelle sont dépourvus de nocivité et qu'une réglementation de la teneur des aliments en acides gras trans doit prendre en compte les spécificités nationales.

Aussi ai-je voté en faveur de cette résolution.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls on the Commission to establish an EU legislative proposal aiming at eliminating TFAs from the EU food supply chain in the long term, either through the introduction of EU mandatory TFA content labelling or through an EU legal limit on the industrial TFA content of all food.

In principle I believe that these issues should be decisions taken by nation states, not at European Union level, and therefore (particularly in view of the decision of the British people on Brexit) I could not vote in favour.

Nevertheless, I recognise the health benefits which such policies can give when introduced. I note the relative success of the policy introduced in New York limiting the use of trans fats, and I would be broadly supportive of similar moves in the United Kingdom. I therefore could not vote against this resolution.

Consequently, I abstained.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car il est nécessaire que la Commission se penche sur l'instauration d'une limite européenne légale relative à la teneur en acides gras trans dans tous les aliments. Ma décision est confortée par les études menées par l'EFSA et l'OMC qui recommandent une consommation aussi faible que possible.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Maisto produktuose, kurie dažniausiai pagaminti pramoniniu būdu, aptinkama transriebalų, kurie gali padidinti riziką susirgti širdies ir kraujagyslių ligomis, Alzhaimeriu ar diabetu, o tai pat skatinti nutukimą. Taip pat net trečdalis vartotojų nežino apie transriebalus, nors jie ir nurodomi maisto produktų etiketėse. Atsižvelgiant į tai, pritariu, kad šalia produktų ženklinimo ES lygiu turi būti nustatytas ir ribinis leidžiamas šių riebalų kiekis maiste.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les acides gras trans induisent des risques graves pour la santé humaine: risque accru de développement de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète ou encore de certains cancers. La proposition de résolution propose l'introduction d'une nouvelle réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans, qui serait introduite sous deux ans. Il est en effet nécessaire de limiter la teneur en acides gras trans eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine. J'ai voté en faveur de cette résolution, co-écrite par ma collègue du Front National et coordinatrice du groupe ENL, Mireille d'Ornano.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui souligne la nécessité de réduire les acides gras trans (AGT) dans les denrées alimentaires et estime dès lors nécessaire de prendre des mesures ad hoc tant au niveau européen qu'au niveau national.

Constatant l'efficacité limitée de l'étiquetage, elle invite notamment la Commission à proposer, dans les deux ans, une limite européenne légale relative à la teneur en EGT (en tant qu'ingrédient mais aussi en tant que produit final) dans tous les aliments afin de réduire leur consommation dans tous les groupes de population.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Esta propuesta es oportuna y se basa en consideraciones sanitarias, de información al consumidor y de mercado consolidada, actualizada y sobre la base de la evidencia de la UE y la OMS.

Destacamos que las medidas no pueden ser exclusivamente nacionales y que, para reducir la ingesta media de AGT, hay que tomar medidas a escala de la Unión. Una política de etiquetado de grasas trans puede ser la medida más difícil de aplicar eficazmente. Se ha demostrado que el impacto financiero de la prohibición de las grasas trans ha sido mínimo en los países que la han aplicado, debido a los bajos costes de aplicación y seguimiento. La estrategia de etiquetado para informar solo afectaría a determinados alimentos, pero no a los no envasados o a los que se sirven en los restaurantes. También solicitamos que la Comisión lleve a cabo una evaluación de impacto minuciosa para evaluar los costes y beneficios de distintos límites mínimos y que tenga en cuenta específicamente los efectos sobre las pymes. Asimismo, pedimos a la industria alimentaria que dé prioridad a soluciones alternativas, como la utilización de aceites mejorados, nuevos procedimientos de modificación de las grasas o combinaciones de sustitutos de los AGT.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Wie voedingsproducten met veel industriële transvetten eet, maakt drie keer meer kans om te overlijden aan hart- en vaatziekten. Bovendien leidt de huidige, afzonderlijke aanpak in de verschillende lidstaten tot complexe regelgeving voor Europese bedrijven. Naast een verlaging van de hoeveelheid transvetzuren is er ook nood aan meer bewustmaking ten aanzien van de risico's. In België hebben we die transvetzuren al enkele jaren onder controle, maar door de invoer van levensmiddelen blijft het probleem bestaan. Bovendien komen ze ook vaker voor in goedkoper voedsel waardoor ze ook bepaalde bevolkingsgroepen harder treffen. De Europese Commissie moet nu binnen twee jaar met bindende grenswaarden komen.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Gli acidi grassi trans (TFA) sono un tipo di grassi insaturi presenti negli alimenti ottenuti da ruminanti e negli oli vegetali parzialmente idrogenati prodotti industrialmente. Secondo diversi studi, il loro consumo può aumentare il rischio di malattie cardiovascolari, la sterilità, il morbo di Alzheimer, il diabete e provocare obesità.

Ho votato a favore della proposta di risoluzione presentata oggi in Parlamento perché ritengo prioritario, alla luce dei dati presentati, limitare l'uso degli acidi grassi seguendo l'esempio della Danimarca, che già dal 2003 ha agito in questo senso ottenendo risultati positivi e riducendo considerevolmente i decessi causati da malattie cardiovascolari.

I TFA sono utilizzati negli alimenti meno costosi con la conseguenza che le persone con uno status socioeconomico inferiore risultano essere le più esposte al loro consumo e quindi maggiormente sottoposte ad un rischio che amplia le disuguaglianze sanitarie.

In questo quadro, la risoluzione chiede alla Commissione di introdurre nuove norme UE per limitare, preferibilmente entro due anni, il tenore di TFA industriali nei prodotti.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – A finales de 2015, la Comisión Europea presentó un informe sobre el problema que suponen para la salud las grasas trans en los alimentos, pero no presentó el proyecto legislativo correspondiente.

Tras un año de espera y continuas reclamaciones por parte de la sociedad civil, organizaciones de consumidores, sociedades médicas y otras entidades, he votado a favor de este informe para alcanzar una legislación única en la Unión para este tema.

Estados Unidos ha prohibido el uso de grasas trans artificiales en los productos alimentarios a partir de 2018, así que esta legislación acompañaría a la industria europea en sus exportaciones.

La homologación de estándares de calidad hacia arriba debería darse de forma recíproca y no como se prevé que pase según el ATCI.

Es importante matizar que el aliciente para legislar debería ser reducir las enfermedades cardiovasculares, como principal causa de muerte en Europa y no el mercado, cuestión que entiendo no queda clara en el informe.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre los ácidos grasos trans ya que creo que la UE debe establecer límites obligatorios de dichos ácidos de producción industrial, ya que pueden incrementar el riesgo de padecer enfermedades cardiovasculares, infertilidad, alzhéimer, diabetes y obesidad a los consumidores. Según la Comisión, solo uno de cada tres consumidores de la UE conoce los ácidos grasos trans y eso demuestra que las medidas sobre el etiquetado son insuficientes. Por ello he votado a favor de la enmienda del Grupo ECR en la que se pedía un etiquetado obligatorio. Lamentablemente no se ha aprobado. Lo que sí que se le pide a la Comisión Europea es que proponga un límite legal en la UE al contenido de estos ácidos en todos los alimentos lo antes posible, preferiblemente, antes de dos años.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Sur la résolution ayant pour objectif la création d'un règlement européen relatif à la limitation de la teneur en acide gras trans dans les aliments, j'ai souhaité m'y opposer et soutenir la résolution alternative déposée par le groupe ENL.

Si chacun s'accorde en effet à reconnaître les risques en matière de santé posés par les acides gras trans, notamment relativement aux problèmes cardiovasculaires et d'obésité, le but de la proposition est de rapprocher le cadre réglementaire européen avec le cadre américain dans la perspective du TTIP.

Par ailleurs, je souligne que ce problème doit être traité en priorité par les États membres, ne serait-ce que du fait des spécificités nationales en matière d'alimentation, point particulièrement vrai concernant la France puisque notre gastronomie est reconnue comme héritage culturel intangible par l'UNESCO.

Je suis, de plus, inquiète de l'ambiguïté que le texte maintient entre acide gras trans d'origine industrielle et acide gras trans d'origine naturelle: il ne s'agirait pas d'attirer une nouvelle fois l'opprobre sur notre industrie laitière particulièrement en difficulté actuellement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo un testo in parte condivisibile, vi sono dei passaggi poco chiari che potrebbero aprire a future criticità. Mi sono quindi espressa con un voto di astensione.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi riebalų rūgščių transizomerų (RRT) klausimas yra Parlamento prioritetas, ir jis pakartoja, kad yra susirūpinęs dėl RRT keliamos rizikos žmonių sveikatai. Europos Parlamentas pabrėžia, kad JAV jau pranešė apie tai, jog, atsižvelgiant į 2015 m. išvadą, riebalų rūgščių transizomerai paprastai nepripažįstami saugiais, nuo 2018 m. vidurio maisto gamintojai turės pašalinti iš šalies rinkoje parduodamų produktų iš dalies hidrintus aliejus.

Be to, Parlamentas pabrėžia, kad daugeliui ES gyventojų, ypač labiausiai pažeidžiamų, stinga informacijos apie riebalų rūgščių transizomerus ir jų poveikį sveikatai, o tai gali trukdyti vartotojams informuotai pasirinkti produktus. Taigi, Pasaulinės sveikatos organizacijos (PSO) duomenimis, daugiausia lėšų turbūt prireiks riebalų rūgščių transizomerų ženklinimui įgyvendinti, o šalyse, kurios įgyvendino riebalų rūgščių transizomerų draudimą, finansinis draudimo poveikis buvo minimalus, turint mintyje mažas įgyvendinimo ir stebėjimo sąnaudas.

Europos Parlamentas prašo prie tokio pasiūlymo pridėti poveikio vertinimą, kuriame būtų įvertintos dėl privalomos ribinės vertės patiriamos pramonės pertvarkymo sąnaudos ir šių sąnaudų perkėlimo vartotojams galimybė. Be to, prašo Komisijos bendradarbiauti su valstybėmis narėmis, siekiant padidinti gyventojų informuotumą mitybos klausimais ir sudaryti vartotojams sveikesnio pasirinkimo sąlygas, taip pat bendradarbiauti su pramonės atstovais, siekiant skatinti jų produktų sudėties pakeitimą sveikesne.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív- és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Mindezek alapján szavazatommal támogattam az állásfoglalás elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o transmaščobnih kislinah je dobil mojo podporo. Namreč, pogosto uživanje transmaščobnih kislin je povezano z večjim tveganjem za razvoj bolezni srca in ožilja, neplodnosti, žolčnih kamnov, Alzheimerjeve in sladkorne bolezni, čezmerne debelosti ter nekaterih vrst raka. Nadaljnje raziskave kažejo, da je le eden od treh potrošnikov v EU seznanjen s transmaščobnimi kislinami in so ukrepi za označevanje vsebnosti teh kislin neučinkoviti. Zakonodaja EU ne ureja vsebnosti transmaščobnih kislin v živilih in ne zahteva njihovega označevanja. Učinkovitost pri teh omejitvah pa dokazuje danska zakonodaja, ki je leta 2003 zaostrila dovoljeno vsebnost transmaščobnih kislin v oljih in maščobah na dva odstotka. Posledično se je število smrti zaradi bolezni srca in ožilja znatno zmanjšalo.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Gli acidi grassi trans (TFA) si trovano in molti degli alimenti di produzione industriale con lo scopo di garantirne un più lungo periodo di conservazione. Essi rappresentano un vero rischio per la salute umana; è da tempo scientificamente provato che il consumo di questi grassi idrogenati è associato all'aumento del rischio di patologie cardiovascolari, una delle principali cause di mortalità nell'Unione europea. Tale dato è ancora più allarmante se si considera che i soggetti più inclini a consumare alimenti ad alto tenore di TFA sono soprattutto i cittadini più giovani e a basso reddito.

Sostengo dunque l'invito rivolto alla Commissione, contenuto nella relazione votata oggi, per l'introduzione di un quadro legislativo che riduca in modo sostanziale la quantità di TFA presenti negli alimenti derivanti da produzioni industriali, in modo da proteggere i consumatori dai rischi dovuti ad un'eccessiva assunzione. L'Unione europea deve dunque agire su due fronti: prima di tutto, a tutela della salute dei propri cittadini, incoraggiandoli a compiere scelte alimentari più sane e consapevoli, e in secondo luogo facilitando la transizione dell'industria alimentare favorendo una riformulazione in chiave salutare dei prodotti che oggi contengono TFA.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport met l'accent sur la nécessité de mettre en place une véritable réglementation européenne concernant la consommation de ces acides gras trans, étant donné que les recommandations actuelles n'ont pas apporté d'amélioration notable.

Ces substances étant susceptibles d'augmenter les risques de maladie cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète, et de certains cancers, il nous faut agir.

J'ai donc voté pour cette résolution.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on trans fats because the Parliament is committed to protecting the human health of citizens and the trans-fatty acids pose a risk to it. Mainly for that reason, I believe both the food industry and consumers have to choose products that comply with health and environmental standards.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli acidi grassi trans (TFA) sono grassi insaturi presenti negli alimenti ottenuti da ruminanti e negli oli vegetali parzialmente idrogenati prodotti industrialmente. Il loro consumo è stato associato a un aumento del rischio di malattie cardiovascolari. L'UE dovrebbe porre limiti vincolanti sulle quantità di TFA presenti negli alimenti, poiché questi possono aumentare il rischio di malattie cardiovascolari, la sterilità, il morbo di Alzheimer, il diabete e l'obesità per i consumatori. In una risoluzione approvata con 586 voti favorevoli, si evidenzia che secondo la Commissione europea solo un consumatore su tre ha conoscenze in materia di TFA; questo mostra come le misure di etichettatura non siano riuscite a essere efficaci e pertanto la Commissione dovrebbe proporre l'introduzione di norme UE per limitare il tenore di TFA industriali. L'introduzione di limiti vincolanti per i TFA industriali in Danimarca, ha portato a risultati positivi, riducendo considerevolmente i decessi causati da malattie cardiovascolari. Inoltre, siccome i TFA tendono a essere utilizzati negli alimenti meno costosi, le persone con uno status socioeconomico inferiore sono più esposte a prodotti alimentari con un elevato contenuto di TFA e ciò aumenta il rischio di ampliare le disuguaglianze sanitarie.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à limiter la teneur des aliments en acides gras trans. En effet, ces derniers induisent des risques pour la santé humaine notamment en matière de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires et de diabète. En outre, le rapport souligne l'insuffisance du règlement (UE) nº 1169/2011 du 25 octobre 2011 concernant l'information des consommateurs sur les denrées alimentaires, notamment concernant l'identification immédiate de la teneur en acide gras trans, par lecture de son étiquetage. J'ai voté en faveur de ce texte qui vise à protéger la population des risques liés à la consommation d'aliments affichant des teneurs en acides gras trans bien supérieurs aux normes maximales conseillées.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Les acides gras trans sont des types d'acides gras insaturés présents naturellement dans des aliments dérivés des ruminants (lait, viande, etc), dans certaines plantes et produits d'origine végétale et artificiellement dans les huiles végétales partiellement hydrogénées. Dans ces huiles industrielles, les acides gras trans permettent de prolonger la durée de conservation. Nous ne pouvons pas nier que la consommation de ces derniers augmente les risques de maladies coronariennes, cardiovasculaires, d'obésité et de diabètes de type 2. Cette résolution demande à la Commission d'agir pour limiter la consommation d'acides gras trans en imposant une limite légale de teneur en acide gras trans dans tous les aliments. Nous devons agir en ce sens, c'est une question de santé publique. Cependant, nous ne devons pas stigmatiser les acides gras trans présents naturellement dans des aliments tels que le lait, la viande et certains végétaux qui ne présentent pas ces risques pour la santé. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della risoluzione in questione che richiede l'introduzione di un limite legale dell'UE al tenore di acidi grassi trans (TFA) industriali presenti negli alimenti. In Europa tale misura è già stata adottata da Austria, Danimarca, Lettonia e Ungheria. I TFA sono dei grassi prodotti perlopiù tramite processi chimici, altamente dannosi per il nostro organismo, causa di cardiopatie coronariche, diabete e obesità. La loro assunzione è principalmente legata al consumo di oli vegetali di produzione industriale, come la margarina ad esempio, che si trovano in grandi quantità nei prodotti da forno e negli alimenti a lunga conservazione, consumati soprattutto dai bambini. I TFA sono presenti anche in natura, in particolare nei prodotti lattiero-caseari e nella carne, ma in quantità talmente modeste da non rappresentare - secondo l'OMS- alcun pericolo per la salute umana. La relazione invita la Commissione a collaborare con gli Stati membri al fine di migliorare l'alfabetizzazione nutrizionale, incoraggiare i consumatori e consentire loro di compiere scelte alimentari più salutari e impegnarsi con l'industria per favorire una riformulazione in chiave salutare dei prodotti.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, co-authored by my colleague Lynn Boylan. Trans-fatty acids (TFAs) are unsaturated fats found in foods obtained from ruminants and in industrially-produced, partially hydrogenated vegetable oils. Consumption has been associated with an increased risk of cardiovascular disease, infertility, Alzheimer's disease, obesity and some types of cancer. High TFA intake is, in particular, a risk factor for developing coronary heart disease – a disease that is conservatively estimated to account for 660 000 deaths annually in the EU, or 14% of overall mortality.

The Commission was required by a 2014 regulation to submit a report to the European Parliament and the Council on the presence of TFAs in foods and was invited to accompany the report with a legislative proposal if appropriate. In its report published in December 2015, the Commission considered possible options to limit TFA consumption in the EU, but refrained from making a legislative proposal.

The resolution highlights that TFA legal limits can bring rapid and significant health benefits, (for example, as they have in Denmark). It calls on the Commission to propose mandatory limits on industrial TFAs in order to reduce their intake as soon as possible, which I support.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report calling the Commission to propose introducing limits for trans fats (TFAs) in industrially-processed foods as excess consumption of TFAs causes health problems. As only a limited number of people can actually make sense of TFA labelling, it is even more important to introduce TFA limits in processed food. Although high-in-TFAs non-pre-packaged food and fried-on-the-spot food is exempt from these limits. Although the introduction of TFA limits should not be a problem for the food industry as a whole, as limits already exist in some Member States, smaller producers may face difficulties in adapting to future standards. In order to counteract this possibility we have asked the Commission to carry out a substantial impact assessment before presenting its proposal.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – I grassi trans (detti anche idrogenati) sono quei grassi che hanno subito il processo di idrogenazione, cosicché il nostro organismo li percepisce come saturi. Questi grassi, usati in moltissimi preparati come i dolciumi e i gelati, fanno aumentare sensibilmente il rischio di malattie cardiovascolari e andrebbero eliminati completamente dalla dieta. Si cerca quindi di identificare un approccio armonizzato a livello UE per il contrasto; condivido il fine e il mezzo scelto ed ho votato sicuramente a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την πρόταση και καλούμε την Επιτροπή να θεσπίσει το συντομότερο δυνατό σε επίπεδο ΕΕ ένα νόμιμο όριο για τα βιομηχανικά trans-λιπαρά (τόσο σε επίπεδο συστατικών όσο και σε επίπεδο τελικού προϊόντος) σε όλα τα τρόφιμα, προκειμένου να μειωθεί η πρόσληψή τους σε όλες τις ομάδες πληθυσμού.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος για τον περιορισμό χρήσης υλικών όπως τα trans-λιπαρά μας καλεί να δράσουμε προς όφελος των πολιτών της Ευρώπης. Καθώς έχουν πλέον αποδειχθεί οι αρνητικές συνέπειες χρήσης ανάλογων υλικών σε τρόφιμα, αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Esprimo la mia soddisfazione in merito al provvedimento votato dal momento che esso riguarda gli acidi grassi insaturi di produzione industriale, mantenendo ben saldo l'assioma che i grassi se sani contribuiscono al regolare funzionamento del nostro organismo. Un consumo frequente di grassi trans, al contrario, è da associarsi all'aumento di malattie cardiovascolari, infertilità, diabete ed obesità, perciò urge raggiungere al celermente un approccio armonizzato a livello europeo. Infatti, da un mosaico di regolamentazioni nazionali non deriverebbero solo differenti impatti sulla salute dei cittadini, bensì si creerebbero distorsioni al mercato interno e ostacoli all'innovazione dell'industria alimentare. Alla luce di tali realtà, la Commissione deve introdurre quanto prima un limite legale valutando anche i costi delle riformulazioni industriali che le imprese del settore dovrebbero affrontare. Limitare i TFA può apportare rapidi e significativi benefici per la salute come è deducibile dall'esempio della Danimarca che introducendo nel 2003 un limite nazionale alla loro presenza pari al 2% negli oli e nei grassi ha visto una diminuzione consistenti dei decessi legati alle malattie cardiovascolari. Senza dimenticare, poi, che la crescente disuguaglianza sociale si riflette sulle scelte alimentari obbligando le persone con reddito inferiore a seguire regimi non salutari in quanto più economici e tale fenomeno reclama un argine solido e tempestivo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions on trans fats and noted no objections. I supported this vote because excess consumption of TFAs causes health problems, and cutting out or reducing transfats could save up to 50 000 lives in Europe every year. MEPs have asked the Commission in this vote to carry out a substantial impact assessment before presenting a legal proposal, and this means that local producers will not unfairly suffer.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn aus meiner Sicht besteht dringender Handlungsbedarf, um den Verzehr von Transfettsäuren zu reduzieren. Ich unterstütze die Einführung eines EU-weit geltenden Grenzwertes für Transfettsäuren für industriell gefertigte Produkte. Und ich begrüße die Ankündigung der Kommission, eine Folgenabschätzung vorzunehmen, um die Kosten und Vorteile verschiedener möglicher Obergrenzen zu bewerten und dabei insbesondere die Auswirkungen auf KMU zu prüfen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione perché i TFA, ovvero gli oli parzialmente idrogenati contenuti nei prodotti alimentari di derivazione industriale come biscotti, torte, alimenti fritti e alimenti da forno, posso rappresentare un pericolo per i consumatori a lungo termine. Considerato poi che l'assunzione di TFA aggrava lo sviluppo di malattie cardiopatiche-coronariche e che suddette patologie causano circa il quattordici percento dei decessi all'interno dell'Unione europea, il Parlamento ha richiesto l'intervento della Commissione affinché in un lasso di tempo di due anni venga emanata una legislazione che fissi la percentuale massima possibile di TFA contenuta all'interno di prodotti alimentari a un livello simile a quello contenuto nelle norme della Danimarca (ovvero il due percento su cento grammi). Inoltre, il Parlamento ha richiesto alla Commissione di procedere a una valutazione di impatto per i costi dovuti all'inserimento delle soglie di TFA, con una particolare attenzione alle PMI interessate del settore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor de esta resolución, porque considero importante regular y establecer límites a la presencia de grasas trans industriales en los alimentos. El consumo de estas grasas trans a través de aceites vegetales parcialmente hidrogenados producidos industrialmente, se ha asociado con un mayor riesgo de enfermedad cardiovascular, infertilidad, enfermedad de Alzheimer, obesidad y algunos tipos de cáncer. Es por tanto urgente que la Comisión emita una propuesta legislativa en la que establezca límites legalmente vinculantes para las grasas trans.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché prende atto dei rischi posti dagli acidi grassi trans (TFA) per la salute umana ed evidenzia la necessità di un quadro legislativo uniforme a livello europeo per ridurre l'assunzione media di TFA. Allo stato attuale non esistono disposizioni europee in merito al tenore di TFA negli alimenti e all'obbligo di un'etichettatura corrispondente. Alcuni Stati membri, come la Danimarca, hanno adottato un regime normativo restrittivo (limite nazionale del 2 % sul tenore di grassi trans negli oli e nei grassi), mentre la maggior parte degli altri Stati membri hanno optato per misure volontarie. I TFA non solo causano malattie cardiovascolari, ma sono anche più presenti nei prodotti alimentari più economici, esponendo i cittadini con reddito inferiore ad un consumo eccessivo di alimenti dannosi. Inoltre i consumatori, in base alle attuali norme dell'UE, potrebbero avere difficoltà a comprendere la differenza tra oli idrogenati (che non contengono TFA ma solo acidi grassi saturi) e oli parzialmente idrogenati. Pertanto, sostengo l'appello alla Commissione, affinché collabori con gli Stati membri al fine di migliorare l'alfabetizzazione nutrizionale e introduca un limite legale dell'UE relativo al tenore di TFA industriali in tutti i prodotti alimentari.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za projektem rezolucji dotyczącym ograniczenia spożycia tłuszczów trans na szczeblu UE. Kwasy tłuszczowe typu trans to tłuszcze nienasycone występujące w żywności wytwarzanej z przeżuwaczy oraz w sztucznych, częściowo uwodornionych olejach roślinnych. Niestety społeczeństwo jest bardzo narażone na ich spożycie, często nie będąc tego świadome, ponieważ produkty wytwarzane obecnie z wykorzystaniem tłuszczów trans to fast food, szybkie dania lub przekąski (słone i pikantne). Spożywanie takich tłuszczy, jak dowodzą badania, prowadzi do chorób układu krążenia lub choroby niedokrwiennej serca – na choroby te umiera każdego roku ok. 660 000 osób w UE.

Projekt dotyczy bardzo ważnego problemu, który powinien być jak najszybciej rozwiązany, dlatego też zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Industrial trans-fats are the single most dangerous nutrient for heart health, and adding them to processed foods isn't necessary. I am in favour of this report as I believe that trans-fats should be addressed as their consumption has been associated with an increased risk of cardiovascular disease. I call on the Commission to propose as soon as possible mandatory limit on industrial trans-fats in order to reduce their intake amongst all population groups.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I agree that a reduction in trans fats is a good thing for general public health, however I do not agree with the approach taken in this resolution. The inflexible approach it takes is a mandatory limit on trans fatty acids, which risks passing on significant price increases to consumers. I am also concerned that such a one-track approach will not help reduce trans fatty intake in the longer term. Better labelling, self-regulation and voluntary agreements between industry and governments have all seen significant improvements in trans-fat levels in a number of Member States. We need to continue to do more work in this area and should not just reject all the progress of the last few years in these areas. For these reasons I voted against this motion.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, nous appelons la Commission européenne à limiter l'utilisation des acides gras trans dans les aliments industriels. Ces graisses non saturées sont utilisées dans l'industrie des aliments et sont présentes à forte dose dans des produits tels que les viennoiseries, les plats préparés ou les aliments frits. Toutefois, la consommation des acides gras trans entraîne un risque de maladie cardiovasculaire, de diabète ou encore de maladie d'Alzheimer, provoquant près de 660 000 décès annuels dans l'Union. Nous appelons donc la Commission à fixer des limites d'utilisation des acides gras trans dans les produits alimentaires industriels au plus vite. Il convient de rappeler que ces limites ne s'appliquent pas aux aliments comme le lait ou la viande qui contiennent naturellement de telles graisses. Considérant que ces mesures visent à renforcer la protection des consommateurs et la santé des citoyens européens, j'ai voté en faveur de cette résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Les acides gras trans (AGT) naturels sont, selon l'Organisation mondiale de la santé, peu susceptibles de présenter un risque pour la santé contrairement aux acides gras trans de production industrielle dont il est question dans cette résolution. J'ai soutenu cette résolution qui insiste sur la nécessité de prendre des mesures, tant au niveau national qu'au niveau de l'Union, pour réduire considérablement la consommation générale des acides gras trans et pointe du doigt le manque de sensibilisation des consommateurs par rapport aux effets négatifs des AGT sur la santé. Il est donc primordial que la Commission européenne instaure, le plus rapidement possible, une teneur limite en AGT pour tous les aliments industriels.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur les acides gras trans. Ces acides sont dangereux pour la santé lorsqu'ils sont consommés en trop grande quantité. Il est donc important que la Commission fixe une teneur limite pour tous les aliments industriels, que nous consommons très largement. Il est essentiel de protéger les consommateurs européens. En la matière, il est important de bien distinguer les acides gras présents naturellement dans les produits agricoles comme la viande et le lait, des acides gras non naturels pour lesquels cette législation est nécessaire.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív-és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemreméltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket ezen mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Les acides gras trans (AGT) sont une catégorie de graisses contenues dans les huiles végétales produites industriellement comme l'huile de friture ou certaines margarines utilisées en pâtisserie. D'après l'Autorité européenne de sécurité des aliments, une consommation fréquente de ces AGT augmente le risque de développer une maladie cardiovasculaire, une infertilité, la maladie d'Alzheimer, le diabète ou certains types de cancers. Certains États membres ont introduit, dès 2003, une limitation du taux maximal d'AGT d'origine industrielle. Ces mesures ont permis une diminution du nombre de décès liés aux maladies cardiovasculaires. C'est pourquoi l'Union doit étendre cette limitation à l'échelon européen. L'Union doit également veiller à mieux informer les consommateurs avec l'étiquetage systématique des produits contenants des AGT.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Les acides gras trans augmentent les risques de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète et de certains cancers notamment. L'Autorité européenne de sécurité des aliments recommande une consommation «aussi faible que possible» d'acides gras trans. Cependant, il n'existe pas, à ce jour, de réglementation européenne en la matière. L'objet de cette résolution est de limiter par une règlementation européenne, la teneur des aliments en acides gras trans. Précédée par une étude d'impact, celle-ci serait introduite sous deux ans. En tant que corédactrice de cette proposition de résolution, j'ai bien sûr voté pour.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I voted for this resolution. I generally support the motion to set a mandatory limit on industrial trans fats in food. European markets and especially citizens in all Member States will benefit from this measure. High levels of trans fats pose serious health risks to people, such as cardiovascular diseases. In my country, the risk is significantly lower because the average diet focuses on quality-products, which are also found on the Bulgarian market. A reduction in industrial trans fats will result in the support of the production and use of high-quality and natural foods, which I highly welcome. Nonetheless, I am not convinced that this is a measure which should be discussed on a European level.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív- és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket e mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this motion for a resolution because I am in favour of more effective action to reduce the intake of trans-fatty acids. High TFA intake is a particular risk factor in developing coronary heart disease. Cardiovascular disease accounts for around 30% of deaths in Wales, of which the largest single cause is coronary heart disease. I believe that mandatory limits on industrial TFAs could help reduce their intake.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Resolutionen om transfetter är välbalanserad och kunde röstas för. Att sätta en högsta nivå för användning av transfetter i livsmedel är av värde för såväl Centerpartiet som för ALDE. WHO:s studie som låg till grund för resolutionen sätter fokus på just folkhälsan och kardiovaskulära sjukdomar, vilket är ett utbrett problem inom EU och som ofta är följd av ett högt intag av transfetter (TFA). Gränsvärdet på 2 % är ett uppnåeligt mål och tar efter det danska exemplet, vilket är beprövat och har visat på en faktisk minskning av TFA i livsmedel. Industrin välkomnar gränsvärdet och anser att det är genomförbart. Vad gäller handel på den inre marknaden är det viktigt att standardisera användningen av TFA för att skapa incitament för god praxis, samtidigt som man i resolutionen avråder från en ersättning av TFA med palmolja – vilket är skadligt för både miljön, folkhälsan och producenten.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A proposta prevê o estabelecimento de um limite legal para os ácidos gordos trans industriais em todos os produtos alimentares, tendo em conta os riscos que estas gorduras representam para a saúde pública. O consumo elevado destas gorduras insaturadas é um fator de risco para o desenvolvimento de doenças coronárias, responsáveis por cerca de 660 mil mortes por ano na UE, ou seja, cerca de 14 % da mortalidade total.

O facto de apenas um em cada três consumidores europeus dispor de conhecimentos sobre os ácidos gordos trans (AGT) demonstra que as medidas de rotulagem não são eficazes e que têm de ser tomadas medidas para sensibilizar a opinião pública. Esta proposta deve ser acompanhada de uma avaliação de impacto destinada a calcular os custos da reformulação industrial que possam resultar da imposição de limites obrigatórios e a avaliar o risco de esses custos serem suportados pelos consumidores.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: contribution très intéressante de M[me] Mireille d'Ornano, coordinatrice du groupe ENF au sein de la commission ENVI et corédactrice de cette proposition de résolution. Il est en effet impérieux de limiter la teneur en acides gras trans eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os ácidos gordos transesterificados (AGT) são gorduras insaturadas que se podem encontrar em alimentos obtidos a partir de animais ruminantes ou na produção de óleos vegetais parcialmente hidrogenados produzidos industrialmente. São uma matéria-prima barata e de fácil obtenção.

O consumo deste tipo de óleos tem sido associado a um risco aumentado de doença cardiovascular, infertilidade, obesidade e a alguns tipos de cancro. Os produtos que atualmente mais têm na sua composição este tipo de gorduras insaturadas são as chamadas *fast food* e *snacks* (salgados ou doces) e alimentos classificados como altamente processados. Segundo as agencias responsáveis – OMS, EFSA e FDA – estes ácidos gordos não são considerados seguros para a alimentação humana e o seu consumo deve ser o mais reduzido possível.

Somos favoráveis a uma limitação do uso e consumo deste tipo de ácidos gordos trans, tanto quanto possível, de modo a prevenir doenças e a promover hábitos alimentares saudáveis. Concordamos, genericamente, com o teor e conteúdo desta resolução. Mas não podemos deixar de referir que as questões da promoção de uma alimentação saudável e do consumo de produtos frescos, pouco processados, não se resolvem apenas legislando quanto à rotulagem ou limitando o uso de AGT nos alimentos processados. As razões de insuficiência económica são, neste contexto, incontornáveis.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Transmastné kyseliny predstavujú veľké riziko pre zdravie občanov Európskej únie. Väčšina obyvateľov Európskej únie, predovšetkým tie najzraniteľnejšie osoby nemajú dostatok informácií o transmastných kyselinách a o dôsledkoch ich konzumácie pre zdravie, čo môže spotrebiteľom brániť v informovanom rozhodovaní. Ak sa má výrazne obmedziť priemerný príjem transmastných kyselín, opatrenia by sa nemali prijímať výlučne na vnútroštátnej úrovni, ale sú potrebné opatrenia na úrovni Európskej únie. Európsky parlament preto považuje za svoju povinnosť vyzvať potravinársky priemysel, aby uprednostnil alternatívne riešenia, ktoré sú v súlade so zdravotnými normami, ako napríklad využívanie zlepšených olejov, nové postupy na úpravu tukov alebo kombináciu náhrad za transmastné kyseliny.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione: il problema dell'eccessiva assunzione di TFA prodotti artificialmente è senz'altro reale, tuttavia ritengo preferibile un approccio volontaristico, incentivando l'industria alimentare a utilizzare metodi di produzione alternativi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση, καθώς είναι ένα θετικό βήμα με σημαντικότατα οφέλη για την υγεία των Ευρωπαίων πολιτών, μολονότι για εμάς δεν είναι η ιδανική πρόταση δεδομένου ότι θα απαιτούσαμε ακόμα περισσότερους περιορισμούς. Επίσης, διαφωνούμε με το πολύ μεγάλο χρονικό περιθώριο που δίδεται στην Επιτροπή προκειμένου να θεσπίσει μέγιστο επιτρεπτό όριο περιεκτικότητας σε trans-λιπαρά.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Trans Fatty Acids (trans fats) are a type of unsaturated fatty acids that have been widely used in the food industry since the 1950s. They are added to foods because they enhance the texture of processed foods and increases their shelf life, or as a cheap alternative to other fats.

There is now broad scientific consensus that high consumption of trans fats significantly increases the risk of coronary heart disease, and may also be associated with other diseases.

Industrial trans fats are the single most dangerous nutrient for heart health, and adding them to processed foods isn't necessary. Therefore they should be banned EU-wide, just as they already have been in Denmark, Austria, Latvia and Hungary. The Commission must come forward with legal limits as soon as possible, because it has the potential to save tens of thousands of lives annually.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív- és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket e mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív-és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsav tartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket ezen mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución, concienciado de que la cuestión de los AGT es prioritaria para el Parlamento Europeo por los riesgos que éstos presentan para la salud de los ciudadanos europeos. Se ha demostrado que la limitación de los AGT puede aportar beneficios rápidos y significativos para la salud, como ejemplifica el éxito de la experiencia de Dinamarca que en 2003 estableció un límite nacional del 2 % de AGT en aceites y grasas. Del mismo modo, es importante tener presente que la mayor parte de la población de la Unión, en particular las personas más vulnerables, carece de información sobre los AGT y las consecuencias de su consumo para la salud, lo que puede impedir que tomen decisiones informadas. Por lo tanto, desde las instituciones de la Unión debemos tomar medidas para reducir considerablemente la ingesta media de AGT.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Non posso che sostenere con pieno favore le interrogazioni parlamentari, alla Commissione e al Consiglio, in merito alla richiesta di un monitoraggio e un improcrastinabile intervento per arginare i rischi legati alla diffusione e al consumo dei grassi acidi industriali presenti in alcuni alimenti. In gioco c'è la salute dei cittadini europei. Diversi studi hanno infatti evidenziato quanto dannose possano risultare queste sostanze per la salvaguardia del nostro benessere. Il messaggio del Parlamento europeo con questo voto è chiaro: non possiamo più aspettare, è urgente un pronto intervento per limitare l'assunzione di TFA nell'UE. Servono azioni e risposte immediate per salvaguardare la salute dei cittadini europei. Una battaglia che il gruppo S&D ha portato avanti convintamente cui oggi diamo formalmente pieno supporto.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sui limiti a livello UE sui grassi trans negli alimenti perché ritengo che l'Unione europea dovrebbe porre limiti vincolanti sulle quantità di acidi grassi trans di produzione industriale (TFA) presenti negli alimenti poiché questi possono aumentare il rischio di malattie cardiovascolari, la sterilità, il morbo di Alzheimer, il diabete e l'obesità dei consumatori. La risoluzione evidenzia la mancanza d'informazione fra i consumatori, secondo i dati della CE solo un consumatore su tre è adeguatamente informato in materia di TFA, a dimostrazione della poca chiarezza delle etichettature. Di qui la richiesta rivolta dal PE alla Commissione di introdurre norme europee vincolanti per limitare il contenuto di TFA industriali, già nei prossimi due anni. La Danimarca già nel 2003 ha stabilito un limite nazionale al 2%, e altri Stati membri hanno seguito l'esempio, si tratta di buone pratiche da cui altri Stati membri dovrebbero prendere spunto, ma la materia potrà essere regolata a in modo efficiente solo stabilendo delle regole comuni a livello europeo. Auspico, pertanto, una prossima proposta legislativa della CE chiara e cogente.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu Transfetten gestimmt. In unserem modernen Essen finden sich überall Transfette. Dazu zählen Pommes, Chips, alle frittierten Lebensmittel wie Chicken Wings, in Berlinern und Blätterteig, Fertigsuppen, Braten-Soßen, Wurst und selbst in Müsliriegeln oder Frühstücksflocken. Die negativen Wirkungen dieser Fette sollten nicht unterschätzt werden. Auch wenn die Nahrung auf den ersten Blick überaus appetitlich aussieht, lauern hier Gefahren, die nicht unterschätzt werden dürfen. Der Verzehr gehärteter Fette oder Öle bringt hohe gesundheitliche Risiken mit sich.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der übermäßige Konsum von Transfetten kann zu erheblichen Gesundheitsrisiken führen. Da viele europäische Bürger sich dessen nicht bewusst sind, schlägt das Europäische Parlament der Europäischen Kommission vor, für Transfette bestimmte Grenzen in industriell hergestellten Lebensmitteln einzuführen. Durch eine solche Einschränkung des Konsums von Transfetten kann die Gesundheit der europäischen Bürger dauerhaft geschützt werden.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Les acides gras trans se trouvent dans les matières grasses utilisées dans l'industrie agroalimentaire. Ces acides gras sont notamment impliqués dans l'apparition de maladies cardiovasculaires.

Face à ces enjeux de santé publique, le Parlement européen a proposé qu'une législation soit mise en place pour limiter la présence de ces acides gras trans dans les produits de l'industrie agro-alimentaire. En effet, face à des sujets aussi techniques, le seul étiquetage ne peut pas suffire.

J'ai soulevé, par propositions d'amendements avec mes collègues de la commission ENVI, qu'une telle proposition ne devait en aucun cas porter atteinte aux produits laitiers qui peuvent eux aussi être sources d'acides gras trans mais dont les effets sur la santé sont très différents des acides gras trans issus des matières grasses industrielles. J'ai également indiqué par ces mêmes amendements qu'il serait préférable de soutenir les entreprises qui s'engagent dans la réduction des acides gras trans.

Plusieurs expérimentations dans certains États membres ont montré qu'il était économiquement et techniquement possible de réduire ces acides gras trans. Pour faciliter le travail de nos nombreuses PME exportatrices et pour protéger la santé des consommateurs, j'ai donc soutenu cette proposition de résolution.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – A finales de 2015, la Comisión Europea presentó un informe sobre el problema que suponen para la salud las grasas trans en los alimentos, pero no presentó el proyecto legislativo correspondiente.

Tras un año de espera y continuas reclamaciones por parte de la sociedad civil, organizaciones de consumidores, sociedades médicas y otras entidades, he votado a favor de este informe para alcanzar una legislación única en la Unión para este tema.

Estados Unidos ha prohibido el uso de grasas trans artificiales en los productos alimentarios a partir de 2018, así que esta legislación acompañaría a la industria europea en sus exportaciones.

La homologación de estándares de calidad hacia arriba debería darse de forma recíproca y no como se prevé que pase según el ATCI.

Es importante matizar que el aliciente para legislar debería ser reducir las enfermedades cardiovasculares, como principal causa de muerte en Europa y no el mercado, cuestión que entiendo no queda clara en el informe.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Artificial trans fats are linked to a number of health problems, including heart disease, which is the leading cause of death in Europe. Labour MEPs are seeking to protect consumer health by demanding legal limits on the amount of trans fats in food.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car il me semble indispensable de fixer une teneur limite d'acides gras trans pour les aliments de production industrielle. Souvent présentes en grande quantité dans les plats préparés et les aliments transformés, ces graisses insaturées sont à l'origine de risques accrus de maladies cardiovasculaires. Aujourd'hui, il est clair que ces acides gras représentent un risque pour la santé publique, qu'ils sont présents en trop grande quantité dans les denrées alimentaires industrielles, et que les mesures d'étiquetage en vigueur se sont révélées inefficaces pour réduire leur consommation. Il faut limiter leur présence dans les denrées alimentaires. Il n'est cependant pas question de stigmatiser les produits agricoles comme le lait ou la viande, dans lesquels les acides gras sont naturellement présents.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. With the given resolution the EU places mandatory limits on industrially-produced trans-fatty acids (TFA) which may increase the risk of cardiovascular disease, infertility, Alzheimer's, diabetes and obesity for consumers. Denmark was the first EU Member State to limit the content of trans fats in oils and fats by law in 2003.The statistics showed that it was a successful legal decision because it significantly reduced deaths caused by cardiovascular disease.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi stödjer resolutionens uppmaning till EU-kommissionen att begränsa halten industriella transfetter i livsmedel. Högt intag av transfetter är en riskfaktor särskilt för kranskärlssjukdom, som orsakar ungefär 660 000 dödsfall om året i EU. Trots övertygande bevis för hälsofördelarna med att begränsa industriella transfetter i livsmedel saknas tillräcklig EU-lagstiftning i frågan.

Trots att vi generellt välkomnar märkning av livsmedel som ett viktigt verktyg för att ge konsumenter information till livsmedels innehåll, är vi medvetna om att märkning allena är otillräckligt för att minska EU-befolkningens intag av transfetter. Det är då viktigare att EU så fort som möjligt inför ett obligatoriskt EU-rättsligt gränsvärde för industriellt framställda transfetter i alla livsmedel. Ett sådant faktiskt gränsvärde skulle vara ett effektivt verktyg och få ett bredare genomslag då det omfattar också oförpackade livsmedel och restaurangmat.

Det är också viktigt att EU:s åtgärder inte uppmuntrar livsmedelstillverkare att öka mängden palmolja i sina produkter, eftersom detta riskerar medföra höga miljömässiga och sociala kostnader och allvarliga brott mot de mänskliga rättigheterna.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív- és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta már Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket e mesterséges zsírok tekintetében.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that concerns EU legislation to regulate the content of industrially produced TFAs in foodstuffs. Scientific evidence shows that TFAs can lead to an increased risk of cardiovascular disease, infertility, endometriosis, gallstones, Alzheimer's disease, diabetes, obesity and some cancers. Unfortunately, labelling measures have failed to be effective as only one in three consumers in the EU have knowledge about TFAs. Action must be taken to raise awareness through the education system and media campaigns. This resolution calls on the Commission to collaborate with the Member States with a view to increasing nutritional literacy, encouraging and enabling consumers to make healthier food choices and engaging with the industry to encourage the healthy reformulation of their products.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju Europskog parlamenta o trans-masnim kiselinama prvenstveno radi negativnih posljedica koje iste imaju na zdravlje. Veliki je to problem kod mladih koji često konzumiraju brzu hranu te time unose prekomjernu količinu dotičnih kiselina, koje su jeftine, ali štetne. Drugi problem je što veliki dio potrošača nije upoznat s time što su trans-masne kiseline i koje negativne posljedice donose.

Stoga podržavam prijedlog da se ograniči količina istih u proizvodima te da se pokrenu informativne kampanje o učincima na zdravlje trans-masnih kiselina. Smatram da npr. maslinovo ulje može biti zdrava i efikasna alternativa trans-masnim kiselinama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je suis convaincu de la nécessité de limiter, autant que faire se peut, la quantité d'acides gras trans dans notre alimentation, en raison de leurs effets néfastes scientifiquement reconnus sur notre santé. Le groupe auquel j'appartiens, l'ENF, a d'ailleurs souligné l'absence de nocivité des acides gras trans d'origine naturelle et demande la prise en considération des particularismes nationaux dans la réglementation de la teneur des aliments en acide gras trans.

J'ai voté pour.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban*. - Az Európai Parlament a zöld frakció támogatásával (586 igen, 19 nem, 38 tartózkodással) megszavazta azt a transzzsírsavakról szóló állásfoglalást, amelyben fölszólítottuk az Európai Bizottságot, hogy minél előbb határozzon meg törvényes európai uniós határértéket az ipari transzzsírsavak használatára, hiszen az emberek egészségének védelmében szükség van további lépések megtételére.

A transzzsírsavakról ugyanis már több tanulmány és nemzetközi szervezet is bebizonyította, hogy nagymértékű fogyasztásuk veszélyezteti az emberi egészséget. Az iparilag előállított élelmiszerek és üdítők magas arányban tartalmaznak transzzsírsavakat, főleg az olcsó alapanyagokból készült, illetve iparilag előállított ételek. A transzzsírsavak túlzott fogyasztása elhízást okozhat, növeli az egyes rákfajták valamint a szív- és érrendszeri betegségek kockázatát. Az Európai Uniónak kötelessége föllépnie a túlzott használatuk ellen. A fogyasztók megfelelő tájékoztatása továbbra is megoldatlan, de ennél is fontosabb szempont a tagállamok egyedi intézkedésein is túlmenő, európai szintű szabályozás bevezetése.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – Industrial trans fats can be found in anything from fast food to bakery products, chips and margarine, however scientific research has linked the excessive consumption of them with obesity, diabetes, infertility, Alzheimer's and cardiovascular diseases. With 660 000 deaths annually in the EU, heart disease is one of Europe's biggest killers. Given that trans fats bring more risk of heart disease than any other macro-nutrient on a per-calorie basis, it is important that we limit their consumption and that consumers know when they are eating them. Currently, No EU legislation regulates the content of trans fats in food products or requires their labelling, although some countries do. Imposing limits proved efficient and reduced death caused by heart disease significantly, like in Denmark. I believe the EU should follow this path, which is what the text calls for.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport relatif aux acides de gras trans (AGT). Présents dans de nombreux produits alimentaires industriels, les AGT consommés en trop grande quantité participent à la formation de problèmes cardiovasculaires, de diabètes, d'infertilité ou d'obésité.

Ce texte appelle la Commission européenne à fixer une limite européenne pour tous les aliments qui présentent des acides gras trans. Je me félicite de cette décision qui rentre également dans le cadre d'un renforcement de la justice sociale en faveur des consommateurs, les AGT étant généralement présents dans les aliments les moins chers exposant davantage les personnes à plus faible revenu.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande à la Commission de fixer une teneur limite en acide gras trans pour tous les aliments industriels à l'image de ce qui se fait déjà dans des pays comme le Danemark, l'Autriche ou la Hongrie. J'ai toutefois voté contre tous les paragraphes et amendements qui auraient eu pour effet de stigmatiser les productions agricoles. Leur protection est garantie puisque la résolution confirme bien que la teneur limite ne concernerait que les acides gras trans de production industrielle.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Artificial trans fats are linked to a number of health problems, including heart disease, which is the leading cause of death in Europe. Labour MEPs are seeking to protect consumer health by demanding legal limits on the amount of trans fats in food.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 26. října 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o ústní otázce na Evropskou komisi s následným usnesením, jež se týkalo problematiky tuků s obsahem transmastných kyselin. Transmastné kyseliny v potravinách prokazatelně zvyšují u jejich spotřebitelů hladinu nezdravého cholesterolu, přispívají ke vzniku srdečně cévních onemocnění a ke vzniku diabetu i některých druhů nádorů a alergií. Dokonce jsou spojovány s Alzheimerem i neplodností. Nachází se např. v různých pomazánkách, margarínech, trvanlivém pečivu, cukrovinkách, náhražkách čokolády, brambůrkách, sušenkách a majonézách. Tedy v poměrně široké škále každodenních potravin. Předložené usnesení vyzývá Evropskou komisi, aby navrhla co nejdříve závazný limit u průmyslově používaných transmastných kyselin s cílem snížit jejich příjem mezi všemi skupinami obyvatelstva. Kromě tohoto je v textu uvedeno několik velmi důležitých souvisejících skutečností jako řádné označování balených potravin obsahujících transmastné kyseliny, nedostatek informací pro spotřebitele a dokonce i alarmující tendence směřující k výběru nezdravých potravin v nízkopříjmových domácnostech. Jsem velice ráda, že jsem takový návrh mohla podpořit.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív-és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsav tartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket ezen mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The report aims to assess the impact of appropriate means that could enable consumers to have healthier food. Trans fats are not considered as safe and their percentage should be as low as possible. The resolution establishes a legal limit on the percentage of trans fats on the total fats per product. I voted in favour of this resolution, which had a large support within the European Parliament.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Gli acidi grassi trans (TFA) sono dei grassi insaturi che si possono trovare negli alimenti ottenuti dai ruminanti e negli oli vegetali parzialmente idrogenati prodotti industrialmente. Purtroppo il consumo elevato di questi grassi è proporzionale a un aumento del rischio di malattie cardiovascolari, di diabete, obesità, sterilità e morbo di Alzheimer, e vengono più frequentemente utilizzati negli alimenti meno costosi, facendo sì che i consumatori appartenenti ad uno status socioeconomico inferiore siano più esposti a tali malattie. La Danimarca è stato il primo Stato membro ad aver attuato un piano nazionale che regolarizza l'uso dei TFA e che ha avuto risultati positivi diminuendo le morti causate da malattie cardiovascolari. La proposta di risoluzione del Parlamento invita la Commissione ad introdurre delle norme europee per limitare le quantità di TFA di produzione industriale entro due

anni e a migliorare l'alfabetizzazione nutrizionale aiutando i consumatori a prendere delle scelte nutrizionali fondate e coscienti. I cittadini sono spesso esposti a cibi non salutari e, come presidente della commissione per l'ambiente, la sanità e la sicurezza alimentare, ritengo sia dovere delle istituzioni fare in modo che ciò venga disciplinato. Per queste ragioni, ho deciso di sostenere la proposta di risoluzione sugli acidi grassi trans.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de résolution dont Mireille d'Ornano est corédactrice, car elle vise à réglementer la teneur en «acides gras trans» des aliments dans l'Union européenne.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – La consommation en trop grande quantité d'acides gras tans provoque des risques accrus de maladies cardiovasculaires, de diabète et de cancers. Or, les mesures d'étiquetage qui existent actuellement sont insuffisantes pour les prévenir. J'ai donc soutenu cette résolution qui demande à la Commission d'agir en faveur de la protection des consommateurs, en limitant la teneur en acide gras trans dans les denrées alimentaires industrielles. Attachée à la valorisation des produits agricoles, je pense que de telles mesures ne doivent pas concerner les aliments dans lesquels ces acides gras sont naturellement présents, à l'instar du lait ou de la viande.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les acides gras trans. Ceux-ci induisent des risques pour la santé humaine: risque accru de développement de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète et de certains cancers notamment.

Certains aliments bons marchés affichent des teneurs en acides gras trans bien supérieures aux normes maximales conseillées: il s'agit en particulier des produits de boulangerie ainsi que des biscuits industriels ou produits assimilés.

Le rapport souligne l'insuffisance du règlement (UE) nº 1169/2011 du 25 octobre 2011 concernant l'information des consommateurs sur les denrées alimentaires: celui-ci ne permet pas l'identification immédiate de la teneur en acides gras trans d'un aliment par lecture de son étiquetage.

La résolution propose l'introduction d'une nouvelle réglementation sur la teneur des aliments en acides gras trans. Précédée par une étude d'impact, celle-ci serait introduite sous deux ans.

À juste titre, Mireille d'Ornano, corédactrice de la résolution, a souligné qu'une réglementation de la teneur des aliments en acides gras trans doit prendre en compte les spécificités nationales (habitudes de consommation, gastronomie, etc.). Le groupe ENF a également insisté sur le fait que les acides gras trans d'origine naturelle sont dépourvus de nocivité.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Tłuszcze trans są jednym z najniebezpieczniejszych składników żywności. Powodują zwiększenie ryzyka chorób serca oraz układu krwionośnego. Są powszechnie dodawane do produktów spożywczych w celu poprawienia ich tekstury i przedłużenia przydatności do spożycia.

Światowa Organizacja Zdrowia podaje, że usunięcie utwardzonych tłuszczów roślinnych z diety przynosi znaczne korzyści dla zdrowia.

Powinniśmy wziąć przykład z Danii, Austrii, Łotwy i Węgier, w których już obowiązuje zakaz dodawania tłuszczów trans do żywności, oraz ze Stanów Zjednoczonych, w których Agencja ds. Żywności i Leków nakazała producentom żywności całkowite wykluczenie tłuszczów trans z produktów spożywczych do 2018 roku. Pozwoli to potencjalnie ocalić życie dziesiątek tysięcy osób rocznie.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ma collègue Mireille d'Ornano, de la commission ENVI, a été corédactrice de cette proposition de résolution. Il est en effet impérieux de limiter la teneur en acides gras trans, eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine. Notre groupe a souligné que les acides gras trans d'origine naturelle sont dépourvus de nocivité, qu'une réglementation de la teneur des aliments en acides gras trans doit prendre en compte les spécificités nationales (habitudes de consommation, gastronomie) et qu'il convient de ne pas négliger les mesures incitatives envers les entreprises agro-alimentaires. J'ai donc voté POUR cette proposition de résolution.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque incluye una serie de medidas en relación a los ácidos grasos trans; son un tipo de ácidos grasos insaturados que han sido ampliamente utilizados por la industria alimentaria desde la década de 1950. Medidas como: informar sobre su presencia en los alimentos y en la dieta general de la población de la Unión. Presentar los planteamientos actuales para limitar su consumo en todo el mundo y la eficacia de tales planteamientos, con énfasis en los límites legales, el etiquetado obligatorio, y la reformulación voluntaria.

El informe sugiere que fijar un límite legal para su contenido industrial en los alimentos sería la medida más eficaz en términos de salud pública, protección del consumidor y compatibilidad con el mercado único. Se aboga en principio por la prohibición o limitación de estas grasas en los alimentos y la regulación por parte de la Comisión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque considero importante regular y establecer límites a la presencia de grasas trans industriales en los alimentos. El consumo de estas grasas trans a través de aceites vegetales parcialmente hidrogenados producidos industrialmente, se ha asociado con un mayor riesgo de enfermedad cardiovascular, infertilidad, enfermedad de Alzheimer, obesidad y algunos tipos de cáncer. Es por tanto urgente que la Comisión emita una propuesta legislativa en la que establezca límites legalmente vinculantes para las grasas trans.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion that calls for the introduction of mandatory limits on industrially-produced trans-fatty acids (TFAs).

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva vybízí EU k regulaci podílu tzv. transmastných kyselin v potravinách, domnívám se, že celoevropské nařízení o maximálním podílu tzv. transmastných kyselin v potravinách by bylo obtížně kontrolovatelné. Nechal bych na členských státech, jestli chtějí a dokážou kontrolovat obsah tzv. transmastných kyselin v potravinách. Různá praxe jednotlivých států by pak případně ukázala, jaký typ regulace je nejúčinnější.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Učestala konzumacija industrijski proizvedenih, djelomično hidrogeniranih biljnih ulja povezana je s povećanim rizicima od kardiovaskularnih bolesti, neplodnosti, endometrioze, žučnog kamenca, Alzheimerove bolesti, dijabetesa, pretilosti i nekih oblika raka. Preporuka je EFSA-e da unos transmasnih kiselina bude što je moguće niži u okviru prehrane koja zadovoljava nutritivne potrebe.

Međunarodna istraživanja pokazuju da politike kojima je cilj ograničiti udio transmasnih kiselina u hrani dovode do smanjenja razine transmasnih kiselina bez povećanja ukupnog udjela masti, a u zakonodavstvu EU-a nije propisan udio transmasnih kiselina u prehrambenim proizvodima niti se zahtijeva njihovo označavanje. Odgovarajuće odluke za smanjenje razine unosa industrijskih transmasnih kiselina trebalo donijeti na razini EU-a.

Budući da potrošači nisu svjesni negativnog utjecaja transmasnih kiselina na zdravlje, obvezno označivanje transmasnih kiselina u cilju smanjenja unosa transmasnih kiselina među europskim građanima je važan korak, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podľa odporúčaní WHO by denná konzumácia transmastných kyselín, ktoré sa prirodzene nachádzajú v rastlinnej a živočíšnej potrave, nemala presiahnuť 1 % denného príjmu. Na trhu EÚ sa však nachádza vysoké množstvo potravín s priemyselne vyrábanými transmastnými kyselinami, ktorých požívanie predstavuje zdravotné riziko pre ľudí. Obsahujú ich najmä lacnejšie potraviny, ktoré kupujú chudobnejší ľudia. Dôkazy potvrdzujú, že obmedzenie týchto látok môže výrazne prispieť k zlepšeniu zdravotného stavu obyvateľov. USA a niektoré európske krajiny (Dánsko, Rakúsko, Lotyšsko, Maďarsko) už zaviedli opatrenia, ktoré obmedzujú používanie priemyselne vyrábaných transmastných kyselín v potravinárstve.

Ochrana zdravia a dostatok bezpečných a zdravotne neškodných potravín patria k prioritám Únie, preto členské štáty s Komisiou musia v tejto oblasti urýchlene navrhnúť prijatie opatrení na obmedzenie používania priemyselne vyrábaných kyselín v oblasti výživy a zároveň zabezpečiť osvetu a informovanosť o týchto látkach.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τα trans-λιπαρά, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 25 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de résolution.

Cette proposition vise à renforcer la législation européenne sur les normes et l'identification de la teneur des aliments en acides gras trans, notamment dans l'industrie agro-alimentaire, en raison de sa nocivité pour la santé humaine. Le groupe ENF en est corédacteur, et insiste sur la prise en compte des habitudes alimentaires nationales pour adapter les normes.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Diese Entschließung beschäftigt sich mit Trans-Fetten und deren Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung. Der Konsumentenschutz soll durch eine Kennzeichnungspflicht gestärkt werden. Dies kann ich nur unterstützen, und daher stimme ich dieser Entschließung zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP rezoliuciją dėl riebalų rūgščių transizomerų (RRT).

Pramoniniai transriebalai naudojami įvairiuose maisto produktuose – nuo greitojo maisto ir margarino iki traškučių ir saldainių. Tačiau tyrimai rodo, kad per didelis jų vartojimas gali tapti širdies bei kraujagyslių ligų, diabeto, aterosklerozės ir nutukimo priežastimi. Nuo širdies ligų Europos Sąjungoje kasmet miršta 660 tūkst. žmonių, o tai sudaro 14 % bendro ES mirtingumo. Todėl šia rezoliucija siekiama paraginti riboti šių dirbtinių riebalų naudojimą. Kol kas ES lygiu nėra reglamentuojamas nei transriebalų ribojimas, nei jų ženklinimas. Tačiau atskirose valstybėse narėse numatytos tam tikros priemonės. Pvz., 2006 m. JAV maisto gamintojai buvo įpareigoti etiketėse nurodyti, ar jų produktuose yra transriebalų. Tai paskatino maisto pramonę ženkliai sumažinti jų naudojimą. Privalomų apribojimų įvedimas yra veiksmingiausias sprendimo būdas, ir tai padėtų sumažinti didžiausių transriebalų šaltinių poveikį ir išgelbėti žmonių gyvybes.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les acides gras trans (AGT) sont des acides gras insaturés présents dans les produits laitiers et la viande ainsi que dans les huiles végétales de production industrielle. Ces AGT sont utilisés par l'industrie alimentaire pour leurs caractéristiques spécifiques (consistance) et surtout pour leur faible coût de production. On les retrouve dans la restauration rapide, les plats préparé et globalement dans toute sorte d'aliments transformés. Leur consommation accrue entraîne, selon l'Autorité européenne de sécurité des aliments (EFSA), une augmentation du cholestérol et des triglycérides, et favorise l'apparition de cancers. La résolution préconise de limiter les AGT avec l'instauration d'une limite en % pour chaque type de produits. Je vote pour ce texte en regrettant que l'impact des procédés industriels ne soit pas plus fortement remis en cause dans le domaine alimentaire et sanitaire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ma collègue Mireille d'Ornano de la commission ENVI a été corédactrice de cette proposition de résolution. Il est en effet impérieux de limiter la teneur en acides gras trans eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine. Notre groupe a souligné que les acides gras trans d'origine naturelle sont dépourvus de nocivité, qu'une réglementation de la teneur des aliments en acides gras trans doit prendre en compte les spécificités nationales (habitudes de consommation, gastronomie) et qu'il convient de ne pas négliger les mesures incitatives envers les entreprises agro-alimentaires. J'ai donc voté pour cette proposition de résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Os ácidos gordos trans (AGT) são um tipo específico de gordura insaturada. A questão dos AGT constitui uma prioridade para o Parlamento que reitera a sua preocupação com os riscos que os AGT representam para a saúde humana.

O setor da indústria alimentar deve privilegiar soluções alternativas que respeitem as normas de saúde e ambientais como, por exemplo, a utilização de óleos melhorados, os novos processos de modificação de gorduras ou a combinação de ingredientes de substituição dos AGT (fibras, celuloses, amidos, misturas proteicas, etc.). Devemos trabalhar por uma alimentação mais saudável. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution which seeks to set mandatory limits on industrially-produced fatty acids that put people at greater risk of a vast range of diseases.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Het zou goed zijn een einde te maken aan transvetzuren in onze voeding. Transvetzuren dragen niet bij tot een betere voedingswaarde of een hogere kwaliteit van de voeding. Integendeel – de consumptie van voeding met transvetten legt een zware hypotheek op onze gezondheid en het is aangetoond dat transvetzuren het risico op hart- en vaatziekten, alzheimer, diabetes en obesitas doen toenemen.

Consumenten zijn zich amper bewust van de gezondheidsrisico's van transvetzuren. Het lijkt aannemelijk dat etikettering, zelfs verplichte etikettering, een gedragswijziging bij de consument kan opleveren. Toch geeft dit mijns inziens geen garantie op minder consumptie en dus minder gezondheidsrisico's.

Daarom is het meer aangewezen, zoals ook in de resolutie wordt betoogd, de consument via andere kanalen beter voor te lichten over de bestaande risico's, en maximumnormen voor het gebruik van deze schadelijke vetten op te leggen aan voedselfabrikanten. In Denemarken geldt een maximumnorm voor transvetzuren van 2 %. Het positieve gezondheidseffect hiervan is ondertussen duidelijk aangetoond. In de VS worden transvetzuren in 2018 uit voedingsmiddelen geweerd. Als we de volksgezondheid een dienst willen bewijzen en de uitvoerkansen voor kwaliteitsvoeding naar de VS willen behouden, doen we er dus goed aan het gebruik van transvetzuren in voeding te beperken.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which calls to accept an EU legal limit subject to the need for a comprehensive impact assessment on industry and the availability of the necessary instruments to assist industry in an eventual transition. Using palm oil is one way to lower trans fat levels. The semi-fluid or solid consistency of palm oil makes it a suitable alternative to partially hydrogenated oils and fats, which contain increased levels of trans fatty acids. In food applications, palm oil is usually blended with other vegetable oils, rich in polyunsaturated fatty acids (PUFA). This improves the nutritional composition of the final food product (i.e. by increasing the PUFA content of the final food product whilst retaining the palm oil functionalities).

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében abból indul ki, hogy transzzsírsavakat legnagyobb részben iparilag előállított, részben hidrogénezett, hozzáadott hidrogénatomokkal módosított növényi olajok formájában fogyasztunk. Mármost mind az Európai Élelmiszerbiztonsági Hatóság, mind a WHO, mind pedig az USA Élelmiszer- és Gyógyszerügyi Hivatala fontosnak tartja a transzzsírsavak fogyasztásának csökkentését, fölismerve azok egészségre veszélyes voltát. A tervezet ezért uniós intézkedéseket sürget a népesség transzzsírsav-bevitelének jelentős csökkentése érdekében, arra kérve a Bizottságot, hogy minél előbb határozzon meg törvényes európai uniós határértéket az ipari transzzsírsavak tekintetében.

Megjegyzi, hogy a WHO szerint a transzzsírokra vonatkozó címkézési politika a legköltségesebb megoldás, míg azokban az országokban, ahol a transzzsírsavakra vonatkozó tilalmat vezettek be, a pénzügyi hatás minimális volt, tekintettel az alacsony végrehajtási és ellenőrzési költségekre.

Az indítványt megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport souligne qu'en dépit des dangers avérés de la consommation d'acides gras trans pour la santé humaine, leur consommation persiste chez les catégories de population les plus modestes, même si, pour la population européenne dans son ensemble, elle reste en deçà des recommandations de l'OMS. En effet, certains aliments bons marchés affichent des teneurs en acides gras trans bien supérieures aux normes maximales conseillées (boulangerie, biscuits industriels). En outre, le rapport souligne l'insuffisance de l'information du consommateur. Aussi la proposition de résolution préconise-t-elle l'introduction d'une nouvelle réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans d'ici deux ans. J'ai voté pour.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os ácidos gordos trans (AGT) são um tipo específico de gordura insaturada que se podem encontrar naturalmente nos alimentos derivados de ruminantes, como os produtos lácteos e a carne, e também em algumas plantas e produtos de origem vegetal.

Estão essencialmente presentes nos óleos vegetais parcialmente hidrogenados de produção industrial (óleos vegetais que são alterados com adição de átomos de hidrogénio e utilizados para fritar e cozer e em alimentos transformados, de forma a prolongar o prazo de validade). A presente resolução apenas diz respeito aos ácidos gordos produzidos industrialmente.

A temática dos AGT constitui uma preocupação com os riscos que pode representar para a saúde humana. Subscrevo que a proposta deverá ser acompanhada de uma avaliação de impacto destinada a calcular os custos da reformulação industrial que possam resultar da imposição de limites obrigatórios e a avaliar o risco de esses custos serem suportados pelos consumidores.

Defendo que a Comissão deveria colaborar com os Estados-Membros com o objetivo de aumentar os conhecimentos no domínio da nutrição, incentivando os consumidores e permitindo-lhes fazer escolhas alimentares mais saudáveis.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport souligne qu'en dépit des dangers avérés de la consommation d'acides gras trans pour la santé humaine, leur consommation persiste chez les catégories de population les plus modestes, même si, pour la population européenne dans son ensemble, elle reste en-deçà des recommandations de l'OMS (moins de 1 % par jour). Il est ainsi important de chercher à réduire la consommation de ces acides gras et je me prononce donc en faveur de ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Artificial trans fats are linked to a number of health problems, including heart disease, which is the leading cause of death in Europe. Labour MEPs are seeking to protect consumer health by demanding legal limits on the amount of trans fats in food.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif aux acides gras trans dont la consommation excessive accroît les risques de maladie notamment cardiovasculaires. Si ces acides sont présents naturellement dans de nombreux aliments (lait, viande, …), ils sont également utilisés dans les denrées alimentaires industrielles. Il est donc nécessaire de fixer une teneur limite en acides gras trans pour ces aliments industriels. C'est notamment l'objectif de ce texte.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A transzzsírsavakról szóló állásfoglalási indítvány elfogadása mellett szavaztam. A mai rohanó világban az emberek hajlamosak kevésbé odafigyelni arra, hogy megfelelő, egészséges étrend segítségével bevigyék a szervezetüknek szükséges anyagokat, ásványokat, vitaminokat. Csak akkor kezdjük megérteni az étrend és az egészség közötti szoros kapcsot, amikor saját bőrünkön tapasztaljuk meg a nem megfelelő táplálkozás negatív hatásait. Ez kezdődhet folyamatos kimerültséggel, fejfájással, de egészen komolya problémák kialakulásához is vezethet, mint például a szívbetegségek.

A transzzsírsavak veszélyesek és gyakran nem is vagyunk vele tisztában, hogy milyen sok ételben bukkannak fel. Nagy előszeretettel használják őket például a gyorsétteremláncok, hiszen olcsók és többször is felhasználhatók. Az Amerikai Egyesült Államokban például 2018-ig az élelmiszergyártóknak ki kell vonniuk az ilyen savakat a forgalomból. A téma szabályozására sok eszköz áll a rendelkezésünkre, csak meg kell találnunk a legmegfelelőbbet. Mindenképpen pozitívan értékelem, hogy az indítványozó felhívta a figyelmet erre a témára.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Trans-fatty acids (TFAs) are a type of unsaturated fats that are uncommon in nature but became commonly produced on an industrial scale from vegetable fats to be used for producing margarine, snack food, packaged baked goods and frying fast food. I have voted for this motion for a resolution that reiterates the concern of the risks posed by TFAs to human health.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der vorliegende Entschließungsantrag die Rechte der Konsumenten stärkt und gegen die Fettleibigkeit kämpft und sich zugleich auch für die Gesundheit der Konsumenten einsetzt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Transrasvad on inimeste tervist kahjustav, ent erinevatel põhjustel kasutatakse seda sagedasti toiduainetööstuses ning inimesed ei tea tihti ka selle mõju oma tervisele. Seega, et vähendada transrasvade kasutamist toiduainetööstuses on vaja teemale läheneda ELi tasemel ja kehtestada ühised normid, mis piiraksid transrasvade kasutamist.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η υψηλή κατανάλωση τρανς-λιπαρών συνιστά παράγοντα κινδύνου, ιδίως για την ανάπτυξη στεφανιαίας νόσου, μιας ασθένειας η οποία ευθύνεται για περίπου 660.000 θανάτους ετησίως στην ΕΕ. Τα εν λόγω λιπαρά οξέα χρησιμοποιούνται περισσότερο στα φθηνότερα τρόφιμα, πράγμα που σημαίνει ότι τα άτομα με χαμηλό εισόδημα είναι πιο εκτεθειμένα σε τρόφιμα με υψηλή περιεκτικότητα σε τρανς-λιπαρά οξέα. Αυτό φυσικά οξύνει τις ανισότητες στον τομέα της υγείας. Υπερψήφισα το εν λόγω ψήφισμα με το οποίο ζητάμε να τεθούν υποχρεωτικά όρια στη χρήση βιομηχανικά παραχθέντων, μερικώς υδρογονωμένων φυτικών ελαίων (τρανς-λιπαρά οξέα) τα οποία αυξάνουν τον κίνδυνο εμφάνισης καρδιαγγειακών νόσων, στειρότητας, Αλτσχάιμερ, διαβήτη και παχυσαρκίας. Η σήμανση των προϊόντων αυτών είναι μεν σημαντική αλλά ως μέτρο δεν επαρκεί. Πρέπει να συνοδεύεται και από την επιβολή υποχρεωτικών ορίων.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ψήφισμα για τα «trans – λιπαρά» οξέα αποδεικνύει ότι η ΕΕ, υπηρετώντας τα επιχειρηματικά κέρδη, βάζει σε μεγάλους κινδύνους τη ζωή και την υγεία των εργαζομένων. Τα συγκεκριμένα οξέα που υπάρχουν σε φυσικά τρόφιμα, περιέχονται κυρίως σε φυτικά έλαια βιομηχανικής παρασκευής και σε μεταποιημένα τρόφιμα για να παραταθεί η διάρκεια ζωής τους. Χρησιμοποιούνται σε φτηνά τρόφιμα που προορίζονται για τα εργατικά λαϊκά στρώματα και ενοχοποιούνται για την πρόκληση σοβαρών ασθενειών. Το ψήφισμα ζητά από την Επιτροπή να παρουσιάσει νομοθεσία για την επιβολή ορίου περιεκτικότητας «trans-λιπαρών» στα τρόφιμα, το συνδυάζει, όμως, με την εκπόνηση έκθεσης για τον οικονομικό αντίκτυπο στις επιχειρήσεις της βιομηχανίας, με πρόσχημα τη μετακύλιση του κόστους στους καταναλωτές. Χαρακτηριστική ήταν και η παρέμβαση των σχετικών βιομηχανιών που απαίτησαν και πέτυχαν να μην απαγορευτεί, σε περίπτωση περιορισμού των «trans – λιπαρών», η χρήση υποκατάστατων ουσιών, όπως το φοινικέλαιο, που είναι εξίσου επικίνδυνες. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ τάσσεται υπέρ της πλήρους απαγόρευσης της χρήσης των «trans – λιπαρών» οξέων και της απαγόρευσης υποκατάστασής τους από προϊόντα αντίστοιχης επικινδυνότητας. Τονίζει ότι ακόμη και η υγεία των εργαζομένων θυσιάζεται στον βωμό της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων, μέχρι τη στιγμή που ο εργαζόμενος λαός θα αποφασίσει να πάρει στα χέρια του τα κλειδιά της εξουσίας και της οικονομίας.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che i TFA sono un particolare tipo di grassi insaturi e che un'elevata assunzione di TFA aggrava il rischio di sviluppare cardiopatie coronariche e, tenendo conto delle raccomandazioni dell'OMS riguardo il consumo di suddetti grassi, ritengo che si debbano intensificare gli sforzi a livello europeo per limitare l'assunzione di TFA industriali. Sono convinto, inoltre, che spetti all'UE adottare decisioni appropriate per regolamentare tale settore e quindi ho espresso voto positivo.

Piernicola Pedicini (EFDD), *per iscritto*. – È scientificamente provato che l'assunzione di grassi trans aumenta il rischio cardiovascolare, l'obesità e il diabete. Quasi superfluo ricordare che queste tipologie di malattie non trasmissibili, costituiscono la principale causa di morte al mondo. Eppure gli acidi grassi trans si trovano negli oli parzialmente idrogenati di produzione industriale utilizzati nei biscotti, nelle torte, nei popcorn, nei cracker, nelle margarine e in molti altri prodotti da supermercato. Tutti cibi, insomma, che vengono mangiati principalmente dai bambini. Teniamo presente che l'OMS ha riportato che nell'UE 1 bambino su 3 bambini tra i 6 e i 9 anni è obeso e che circa il 7% della spesa sanitaria europea è impiegata nella cura di patologie connesse all'obesità come il diabete, l'ipertensione arteriosa, le patologie cardiovascolari. Con questa risoluzione chiediamo alla Commissione di introdurre un limite legale di contenuto di grassi trans per ridurne l'assunzione da parte dei cittadini dell'UE. Perciò ho votato positivamente sia al testo finale che al nostro emendamento, purtroppo non passato, in cui si chiedeva di garantire che le politiche intese a limitare il tenore di TFA nei prodotti alimentari trasformati non incentivino i produttori alimentari ad aumentare la quantità di olio di palma in questi prodotti.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Rezoluciju kojom se od Europske komisije traži da u roku od dvije godine predloži zakonsko ograničenje za razinu industrijskih trans-masnih kiselina u prehrambenim proizvodima.

Potrošnja trans-masti povezana je s povećanim rizicima od kardiovaskularnih bolesti, dijabetesa, neplodnosti, žučnog kamenca, endometrioze, Alzheimerove bolesti i nekih oblika raka. Također, imajući u vidu sve učestaliju i raširenuju pojavu pretilosti, pa i u djece, pozdravljam napore koje poduzima Europski parlament kako bi u suradnji s Komisijom donio potrebne akte koji bi trebali smanjiti razinu unosa trans-masnih kiselina hranom.

Iako u Hrvatskoj postoje propisi kojima je postavljeno ograničenje razine trans-masnih kiselina u hrani taj se problem zbog jedinstvenog tržišta mora regulirati na Europskoj razini. Upravo u tome vidim vrijednost ove inicijative Europskog parlamenta.

Trans-masne kiseline postoje u hrani prirodnog porijekla, a njihova industrijska proizvodnja isključivo je povezana sa smanjivanjem troškova proizvodnje hrane. Uravnotežena i prirodna prehrana kvalitetnim poljoprivrednim proizvodima ponovno se pokazuje pravim izborom dok različiti oblici „umjetne" i industrijske proizvedene hrane, često motivirani isključivo profitom, ponovno se pokazuju štetnim po zdravlje.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'objet de cette proposition de résolution est d'aboutir à la réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans. Le rapport souligne qu'en dépit des dangers avérés de la consommation d'acides gras trans pour la santé humaine, leur consommation persiste chez les catégories de population les plus modestes, même si, pour la population européenne dans son ensemble, elle reste en-deçà des recommandations de l'OMS (moins de 1 % par jour).

En effet, certains aliments bons marchés affichent des teneurs en acides gras trans bien supérieures aux normes maximales conseillées: il s'agit en particulier des produits de boulangerie ainsi que des biscuits industriels ou produits assimilés. En outre, le rapport souligne l'insuffisance du règlement (UE) nº 1169/2011 du 25 octobre 2011 concernant l'information des consommateurs sur les denrées alimentaires: celui-ci ne permet pas l'identification immédiate de la teneur en acides gras trans d'un aliment par lecture de son étiquetage. Aussi, la proposition de résolution propose l'introduction d'une nouvelle réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans. Précédée par une étude d'impact, celle-ci serait introduite sous deux ans. J'ai donc voté pour ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Ova rezolucija odnosi se samo na industrijski proizvedene masne kiseline, čija konzumacija je povezana s povećanim rizicima od kardiovaskularnih bolesti, neplodnosti, dijabetesa, pretilosti, nekih oblika raka itd. EFSA, WHO i FDA slažu se u pogledu štetnosti transmasnih kiselina za ljudsko zdravlje.

U EU-u do danas nije propisan udio transmasnih kiselina u prehrambenim proizvodima niti se zahtijeva njihovo označivanje. Međutim, u pojedinim državama članicama poput Danske, Austrije, Latvije i Mađarske postoji zakonodavstvo kojim je udio transmasnih kiselina ograničen u prehrambenim proizvodima. Upravo je Danska dokaz da se takvim zakonodavnim rješenjima može uspješno utjecati na smanjenje broja smrtnih slučajeva od kardiovaskularnih bolesti. Nužno je uvođenje upravo takvih mjera na razini Unije.

Samo uvođenje obveznog označivanja transmasnih kiselina na proizvodima je nedovoljan mehanizam u usporedbi s obveznim ograničenjima, jer potrošači nisu svjesni negativnog utjecaja transmasnih kiselina. S&D je već ranije upozoravao na ovaj problem. Parlament je sada prilično ujedinjen u svojoj poruci Komisiji i smatram da Komisija mora što prije utvrditi zakonske granice za vrijednosti industrijskih transmasnih kiselina, jer samo takvo rješenje može spasiti desetke tisuća života godišnje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O consumo deste tipo de gorduras tem sido associado ao risco de doença cardiovascular, infertilidade, obesidade e a alguns tipos de cancro. Agências como a OMS, a EFSA e a FDA alertam para os perigos deste consumo e recomendam que o mesmo seja o mais reduzido possível.

Somos, por isso, favoráveis à limitação do uso e consumo de ácidos gordos trans. Mas a promoção de uma alimentação saudável e de produtos frescos, pouco processados, não se faz apenas legislando para melhorar a rotulagem. Importa ter em conta que muitos destes produtos se distinguem pelo seu baixo preço. Ou seja, o consumo de alimentos processados está hoje associado a situações de insuficiência económica, que impede o acesso a produtos de qualidade e saudáveis.

Nenhuma estratégia de promoção de uma alimentação saudável deve ignorar este facto. Mais, deve combatê-lo ativamente.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem navrhované usnesení zaměřující se na škodlivost a zdravotní rizika spojená s konzumací potravin obsahujících průmyslově vyráběné mastné kyseliny. Tyto látky se například vyskytují v jídlech, která jsou prodávána v mnoha zařízeních s rychlým občerstvením, jelikož jsou tuky obsahující transmastné kyseliny levnější a mohou se použít opakovaně. Není tajemstvím, že konzumace takovýchto jídel může mít vážné důsledky pro lidské zdraví, protože zapříčiňuje vznik kardiovaskulárních chorob, žlučových kamenů a v neposlední řadě může mít za následek vznik různých nádorových onemocnění. Proto se ztotožňuji zcela s výzvou Parlamentu, aby státy zavedly zákonné hraniční hodnoty u průmyslově vyráběných transmastných kyselin a chránily tak zdraví svých obyvatel. Pozitivním příkladem v tomto ohledu může být Dánsko, kde zavedení podobných opatření mělo kladný

vliv na snížení počtu úmrtí způsobených kardiovaskulárním onemocněním.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W projekcie rezolucji przedstawiono strategiczne cele Parlamentu polegające na ograniczeniu na szczeblu UE spożycia sztucznych tłuszczów trans. Kwasy tłuszczowe typu trans to tłuszcze nienasycone występujące w żywności wytwarzanej z przeżuwaczy oraz w sztucznych, częściowo uwodornionych olejach roślinnych. Spożycie sztucznych olejów roślinnych powiązano z podwyższonym ryzykiem chorób układu krążenia. Wysoka konsumpcja tłuszczów trans jest czynnikiem ryzyka sprzyjającym szczególnie rozwojowi choroby niedokrwiennej serca. Produkty wytwarzane obecnie z wykorzystaniem tłuszczów trans to jedzenie typu fast food, szybkie dania lub słone i pikantne przekąski, które w związku z tym klasyfikuje się jako żywność wysoko przetworzoną. Choć większość obywateli państw członkowskich UE spożywa niewiele tłuszczów trans, w niektórych grupach społecznych ich spożycie wciąż jest znaczące, co przyczynia się do nadmiernie wysokiej śmiertelności w tych grupach. Od czasu przyjęcia rozporządzenia nr 1169/2011 pojawiły się ważne dowody wskazujące na korzyści, jakie wynikają z ograniczenia sztucznych tłuszczów trans w żywności. W rezolucji wzywa się Komisję do zaproponowania obowiązkowych limitów w odniesieniu do sztucznych tłuszczów trans w celu ochrony zdrowia publicznego. Ograniczenie dotyczące tłuszczów trans w żywności ma niewątpliwie pozytywne skutki dla zdrowia, a przemysł nie odczuwa negatywnych konsekwencji. Niniejszym poparłem projekt rezolucji.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution qui permet d'avancer sur le sujet des acides gras trans (AGT) industriels. Ces acides gras insaturés sont présents dans de nombreux produits alimentaires et peuvent constituer un risque et faciliter l'apparition de maladies notamment coronariennes. Il est intéressant de préciser également que l'Union européenne que l'on érige en modèle en matière de protection et de normes alimentaires, commence tout juste à réfléchir sur les risques des AGT. Or les États-Unis ou le Canada avec qui nous venons de ratifier l'accord commercial CETA, ont déjà commencé à interdire les AGT ou les considère déjà comme n'étant pas sans risque. Les industriels doivent vite trouver un remplaçant pour ces AGT ce qui n'est pas aisé du fait que cela pourrait transformer à la fois la texture mais surtout le goût de certains aliments. Quoi qu'il en soit, la santé des consommateurs passe avant tout !

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Acizii grași produși industrial sunt folosiți de cele mai multe ori în alimentele ieftine, afectând direct oamenii cu venituri mici, aceștia fiind mult mai expuși la riscul de a dezvolta boli cardiovasculare, infertilitate, Alzheimer, diabet și obezitate. Consider că impunerea unor limite obligatorii la acizii grași produși industrial, legați îndeosebi de consumul de uleiuri produse industrial, parțial hidrogenate înseamnă un plus de atenție acordat sănătății cetățenilor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP is very concerned about the health implications of TFAs and believes that the UK Parliament should be free to legislate on this very important issue. For this reason we decided to abstain on this non-binding motion for a resolution.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que os ácidos gordos trans (AGT) são um tipo específico de gordura insaturada. Os AGT estão essencialmente presentes nos óleos vegetais parcialmente hidrogenados de produção industrial.

Considerando que o consumo frequente de óleos vegetais parcialmente hidrogenados de produção industrial tem sido associado a um aumento do risco de doenças cardiovasculares, infertilidade, endometriose, cálculos biliares, doença de Alzheimer, diabetes, obesidade e alguns tipos de cancro, este relatório solicita à Comissão Europeia que estabeleça o mais rapidamente possível um limite legal para os AGT industriais em todos os produtos alimentares, a fim de reduzir o seu consumo por todos os grupos da população.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – C'est par une écrasante majorité de 586 voix contre 19 que ce midi, le Parlement européen a adopté une résolution pour limiter au maximum les acides gras trans dans l'alimentation. Ces acides gras industriels rajoutés nuisent à notre santé à tous, font augmenter le mauvais cholestérol et constituent un risque accru de développer une maladie cardiovasculaire, le diabète, l'obésité, etc.

Les AGT se trouvent en masse dans des produits aussi variés que les plats-minute, les glaces, les viennoiseries, les pizzas surgelées ou encore les margarines. Ne sont donc pas dans le collimateur des députés européens les AGT naturellement présents dans les aliments dérivés de ruminants (produits laitiers et viande) ou dans certains produits d'origine végétale (poireaux, pois, laitue, huile de colza). Ceux-ci, d'après les médecins, ne posent pas de problème.

L'on a de bons espoirs que la Commission fera prochainement une proposition qui s'inspirera du vote d'aujourd'hui et limitera à 2 % la présence d'AGT dans les huiles et les matières grasses. L'Union européenne traduirait ainsi à l'échelle des 28 États les politiques ambitieuses mises en place au Danemark dès 2003 et dans trois autres États membres depuis cette date, qui ont permis de réduire le nombre de décès causés par des maladies cardiovasculaires.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Embora os ácidos gordos trans (AGT) se encontrem naturalmente nos alimentos derivados de ruminantes, como os produtos lácteos e a carne, e também em algumas plantas e produtos de origem vegetal (alho-porro, ervilhas, alface, óleo de colza), eles estão essencialmente presentes nos óleos vegetais parcialmente hidrogenados de produção.

A presente resolução apenas diz respeito aos ácidos gordos produzidos industrialmente. Muitos restaurantes e estabelecimentos de restauração rápida recorrem aos AGT para fritar os alimentos, dado que estas gorduras são baratas e podem ser reutilizadas várias vezes nas fritadeiras industriais.

O consumo frequente destes tem sido associado a um aumento do risco de doenças cardiovasculares (mais do que qualquer outro fator), infertilidade, endometriose, cálculos biliares, doença de Alzheimer, diabetes, obesidade e alguns tipos de cancro. O consumo de AGT deve ser o mais baixo possível no contexto de uma dieta adequada do ponto de vista nutricional (menos de 1 % da dose diária de energia).

É necessário que a Comissão Europeia estabeleça o mais rapidamente possível um limite legal para os AGT industriais (tanto enquanto ingrediente como produto final) em todos os produtos alimentares, a fim de reduzir o seu consumo por todos os grupos da população.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Los ácidos grasos trans (AGT) son un tipo de ácidos grasos insaturados que han sido ampliamente utilizados por la industria alimentaria desde la década de 1950. Se añaden a los alimentos porque mejoran la textura de los alimentos procesados, aumentan su vida útil, o como alternativa barata a otras grasas. En la actualidad existe un amplio consenso científico de que el alto consumo de trans, aumenta significativamente el riesgo de enfermedades coronarias, y también puede estar asociado con otras enfermedades más que cualquier otro nutriente por unidad de calorías. A pesar de que el consumo medio de estas grasas en la Unión está por debajo de los niveles recomendados a escala nacional e internacional, esto no es así para todos los grupos de población.

Por estas razones, he votado a favor de esta pregunta oral que solicita medidas legislativas tendentes a suprimir a largo plazo la presencia de AGT en la cadena de suministro alimentario de la Unión, ya sea mediante la introducción de un etiquetado obligatorio sobre el contenido de AGT, o bien, mediante un límite legal de la Unión al contenido de AGT industriales en todos los productos alimenticios.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution législative sur les acides gras trans (AGT) de production industrielle plaidant pour une action communautaire en vue de réduire leur consommation générale. En effet, il est urgent d'instaurer une limite européenne relative à la teneur légale des AGT dans tous les aliments au vu des risques qu'ils représentent pour la santé des citoyens européens.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei de forma convicta e favorável esta proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre os ácidos gordos trans industriais (AGT)

Na prática, o que se pretende é que a Comissão Europeia implemente, no prazo de dois anos, um limite legal para os AGT em todos os produtos alimentares, atento o elevado risco que este tipo de gorduras representa para a saúde pública.

Da proposta consta ainda a ideia de propor ao sector da indústria alimentar que adote soluções alternativas a este tipo de ácidos gordos que sejam respeitadoras das normas ambientais e de saúde e que, por essa via, permitam também reduzir a desigualdade entre consumidores, uma vez que a sua inclusão tende a ser utilizada nos alimentos mais baratos.

Nessa medida, esta proposta de resolução é extremamente pertinente e representará uma evolução significativa em termos de promoção de um estilo de vida mais saudável, ao impelir o executivo comunitário a adotar legislação que regulamente o teor e imponha a rotulagem deste tipo de ácidos nos produtos alimentares.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle à fixer une teneur limite d'acides gras trans pour les denrées alimentaires industrielles. L'utilisation intensive de ces acides gras trans dans les aliments de production industrielle augmente le risque de développer de graves problèmes de santé.

Il est urgent que l'Union européenne agisse, car ces acides gras trans, qui sont issus de la production industrielle, constituent un véritable danger pour la santé des citoyens européens, notamment en prenant des mesures pour corriger le système d'étiquetage actuel qui s'est révélé peu efficace.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – A finales de 2015, la Comisión Europea presentó un informe sobre el problema que suponen para la salud las grasas trans en los alimentos, pero no presentó el proyecto legislativo correspondiente.

Tras un año de espera y continuas reclamaciones por parte de la sociedad civil, organizaciones de consumidores, sociedades médicas y otras entidades, he votado a favor de este informe para alcanzar una legislación única en la Unión para este tema.

Estados Unidos ha prohibido el uso de grasas trans artificiales en los productos alimentarios a partir de 2018, así que esta legislación acompañaría a la industria europea en sus exportaciones.

La homologación de estándares de calidad hacia arriba debería darse de forma recíproca y no como se prevé que pase según el ATCI.

Es importante matizar que el aliciente para legislar debería ser reducir las enfermedades cardiovasculares, como principal causa de muerte en Europa y no el mercado, cuestión que entiendo no queda clara en el informe.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – Trans fats cause heart disease, and heart disease is one of Europe's biggest killers. That's why in this resolution the European Parliament is calling for EU-wide legal limits on industrial trans fats in foods. This policy has already been tested elsewhere. We know it works, and we know it saves lives. The solid medical evidence for the harmful effects of trans fats is in stark contrast to the low public awareness about the dangers of this macronutrient. So we need to act now, with legislation, to improve public health across Europe and especially to protect those vulnerable sub groups of the population who have greater exposure to industrial trans fats in processed food and fast food. I call on the European Commission to act as quickly as possible and to make the necessary legislative proposals to protect public health.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Stávající situace ohledně tuků obsahujících transmastné kyseliny v potravinách je v mnohém nepochopitelná. Na negativní vliv transmastných kyselin na lidské zdraví dlouhodobě upozorňují zdravotnické i spotřebitelské organizace. Spotřebitelé je často i proti své vůli konzumují, protože legislativa uvádění jejich přítomnosti na obalu zakazuje. Komise nejprve ignoruje legislativní závazek, aby následně s ročním zpožděním publikovala zprávu o tom, že srdeční choroby jsou první příčinou úmrtí v EU a vysoký příjem transmastných kyselin riziko vzniku srdečních chorob výrazně zvyšuje. Přizná také, že potravinářské výrobky s vysokým obsahem průmyslově vyráběných transmastných kyselin jsou dostupné na trhu a je zde prostor pro zlepšení veřejného zdraví, pokud by jejich příjem byl snížen. Evropské řešení je v nedohlednu, některé členské státy proto v mezidobí zavádějí vnitrostátní legislativní omezení. Domnívám se, že je nejvyšší čas přijmout společná pravidla na vnitřním trhu, tedy legislativní návrh na omezení transmastných kyselin v potravinách, a proto jsem i podpořila toto usnesení.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque considero importante regular y establecer límites a la presencia de grasas trans industriales en los alimentos. El consumo de estas grasas trans a través de aceites vegetales parcialmente hidrogenados producidos industrialmente, se ha asociado con un mayor riesgo de enfermedad cardiovascular, infertilidad, enfermedad de Alzheimer, obesidad y algunos tipos de cáncer. Es por tanto urgente que la Comisión emita una propuesta legislativa en la que establezca límites legalmente vinculantes para las grasas trans.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il consumo degli acidi grassi trans di produzione industriale (TFA) è stato associato a un aumento del rischio di diverse malattie, quali, ad esempio, la sterilità, il morbo di Alzheimer, il diabete, l'obesità e le malattie cardiovascolari. Purtroppo, le misure di etichettatura attualmente previste non hanno portato a una diminuzione del consumo dei cibi contenenti tali sostanze, dal momento che secondo alcuni studi queste ultime risultano conosciute solo da un consumatore su tre in tutta l'UE. È quindi importante che la Commissione presenti una proposta sui limiti degli acidi grassi trans, accompagnata da una valutazione di impatto che esamini i costi e i benefici di produzione industriale, soprattutto per le piccole e medie imprese. Ho deciso pertanto di votare a favore della proposta di risoluzione.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Today I voted in support of the Motion for a Resolution on Transfats. Artificial transfats are linked to a number of health problems, including heart disease, which is the leading cause of death in Europe. Labour MEPs are seeking to protect consumer health by demanding legal limits on the amount of transfats in food.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Uznesenie Európskeho parlamentu o transmastných kyselinách som podporila, pretože súhlasím so všeobecne rozšíreným názorom, že vysoký príjem týchto kyselín zvyšuje riziko viacerých ochorení. Naším cieľom je v tomto uznesení poukázať na priemyselne vyrábané mastné kyseliny. Tuky obsahujúce transmastné kyseliny sa často používajú v reštauráciách a zariadeniach rýchleho občerstvenia na ponorné vyprážanie potravín, keďže sú lacné a môžu sa používať opakovane. Podľa dostupných zdrojov vedie častá konzumácia transmastných kyselín k vyššiemu riziku koronárnej choroby srdca a konzumácia priemyselne vyrábaných rastlinných olejov má dosah na srdcovo-cievne ochorenia, neplodnosť či žlčníkové kamene. Súhlasím preto so spravodajcom, že je nevyhnutné na celoeurópskej úrovni rozširovať povedomie občanov o dôsledkoch nadmernej konzumácie týchto kyselín. Niektoré krajiny EÚ, ako Rakúsko, Dánsko, Lotyšsko či Maďarsko, už prijali zákony obmedzujúce obsah transmastných kyselín v potravinách. Komisia by preto mala prísť s návrhom, ktorý by stanovil zákonný limit pre priemyselne vyrábané transmastné kyseliny. Výživa, ktorá prospieva ľudskému zdraviu, je investíciou do rozvoja jednotlivca. Ak by sa ľudia stravovali obozretne, znížili by v budúcnosti svoje náklady na zdravotnícke ošetrenia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Transmaščobne kisline so nenasičene maščobe, ki jih lahko najdemo v hrani, narejeni iz prežvekovalcev, in v industrijsko proizvedeni hrani, ki je delno hidrogenirana. Uživanje olj, ki vsebuje takšne maščobe, je povezano s povečanimi tveganji za srčno žilne bolezni.

Visok vnos takšne hrane predstavlja faktorje tveganja za razvoj koronarnih srčnih bolezni, ki so krivec za okrog 660.000 smrti na leto ali drugače - za kar 14 % vseh smrti v Evropski uniji vsako leto. Transmaščobne kisline nižajo ceno končnega proizvoda, zato se uporabljajo predvsem pri pripravi hitre hrane, določenih prigrizkov in pri ostali visoko predelani hrani.

Danska je prva določila omejitve glede uporabe transmaščobnih kislin že leta 2003 in do danes že dosegla zmanjšanje števila srčno žilnih bolezni. V poročilu, ki je bilo objavljeno decembra 2015, se je Evropska komisija seznanila s situacijo in navedla, da bo poskušala omejiti uporabo transmaščobnih kislin v Evropski uniji in napovedala predvidene rezultate.

Do danes Evropska komisija na tem področju še ni storila nič, zato je Evropski parlament pripravil predlog za omejitev uporabe. Ker gre za snovi, ki v veliki meri dolgoročno vplivajo na zdravje, sem predlog resolucije podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Transvetzuren zijn een type onverzadigde vetzuren die, in tegenstelling tot onverzadigde vetten, niet goed zijn voor de gezondheid. Ze komen van nature voor bij herkauwers, in wiens maag bacteriën voor een natuurlijke uitharding van die vetten zorgen. Het zijn vooral de industrieel geproduceerde, deels uitgeharde plantaardige oliën die een negatief effect hebben op hart- en vaatziekten.

Transvetten zijn voornamelijk terug te vinden in bak- en braadvetten, frituuroliën en harde margarines en komen voor in gebak, koeken en snacks. Jaarlijks sterven 660 000 mensen aan hartkwalen of vaataandoeningen, wat neerkomt op 14 % van alle sterfgevallen.

In een verslag van december 2015, dat voortvloeit uit Verordening 1169/2011, toont de Europese Commissie zich bewust van het probleem, overweegt zij verschillende opties om het gebruik van transvetten te beperken en wijst zij op de consequenties van dit verbod, maar doet zij geen wettelijk voorstel.

In de resolutie die ik vandaag mee goedkeurde, wordt de oproep herhaald om industriële transvetten ernstig te beperken voor alle groepen uit de bevolking. Hoewel de christendemocraten genoegen nemen met het duidelijker etiketteren van deze transvetten op voedingswaren, wordt in de resolutie overduidelijk gepleit voor het begrenzen van de industriële transvetten. Studies tonen namelijk aan dat het inperken van transvetten bijzonder snel tot gezondheidswinsten leidt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Záujmom je zvýšiť povedomie spotrebiteľov o negatívnych vplyvoch transmastných kyselín na zdravie človeka. V súčasnej dobe predpisy Európskej únie neregulujú obsah transmastných kyselín v potravinových výrobkoch. Návrhom by sa mal zriadiť zákonný limit Európskej únie pre priemyselne vyrábané transmastné kyseliny v potravinách s cieľom obmedziť ich príjem.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the motion for a resolution which calls on the Council to support legislative options aiming at eliminating TFAs from the EU food supply chain in the long term, either through the introduction of EU mandatory TFA content labelling or through an EU legal limit on the industrial TFA content of all food.

It is somewhat ironic that the very same regulators who wish to mimic Denmark's supposed success in regulating TFAs fail to see that this undermines their justification for EU regulation. If a Member State has successfully implemented such legislation then it follows that other Member States are surely capable of similar legislation through their own democratic processes should they desire it.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Transmasne kiseline se prirodno nalaze u hrani dobivenoj od preživača, u nekim biljkama te u ljudskom majčinom mlijeku. Međutim, većina konzumiranih transmasnih kiselina proizvedena je na industrijski način. Postoje podaci o zdravstvenim rizicima koji su posljedica konzumacije transmasnih kiselina te su uzrok pretilosti ljudi.

Podržavam prijedlog rezolucije o transmasnim kiselinama (2016/2637(RSP)), budući da informiranje o štetnim utjecajima industrijskih transmasnih kiselina i ograničenje njihove uporabe mogu spriječiti zdravstvene rizike europskih stanovnika.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije k vprašanjema za ustni odgovor o transmaščobnih kislinah. Vsebnost transmaščobnih kislin v živilih je bil na prostovoljni ravni že bistveno zmanjšan, vendar žal ne povsod. In tudi tam kjer je bila ta vsebnost zmanjšana, je poraba pri nekaterih skupinah prebivalstva, pri mladih, pri ljudeh z nizkimi dohodki, še zmeraj previsoka.

Ko govorimo o osnovnih živilih kot sta mleko in meso, ne moremo govoriti o tem, da bi vsebnost transmaščobnih kislin škodovala, saj je vsebovana v tako majhnih količinah, ki ne škodujejo zdravju. Z resolucijo ugotavljamo, da poznamo nekatere negativne učinke transmaščobnih kislin in da je čas za ukrepanje.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στην έκθεση τονίζεται πως πρέπει να τεθούν υποχρεωτικά όρια στη χρήση βιομηχανικά παραχθέντων trans-λιπαρών οξέων, τα οποία μπορεί να αυξήσουν τον κίνδυνο εμφάνισης καρδιαγγειακών νόσων, στειρότητας, Αλτσχάιμερ, διαβήτη και παχυσαρκίας. Επίσης υπογραμμίζεται ορθώς πως τα υπάρχοντα μέτρα που αφορούν την επισήμανση των προϊόντων δεν επαρκούν, με αποτέλεσμα οι καταναλωτές να μην γνωρίζουν την ύπαρξη των trans-λιπαρών οξέων. Έτσι στην έκθεση ζητείται από την Επιτροπή να προτείνει, το συντομότερο δυνατόν, ένα μέγιστο επιτρεπόμενο όριο για τη χρήση trans-λιπαρών οξέων σε όλα τα τρόφιμα. Για τους λόγους αυτούς, υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Είναι ένα θετικό βήμα με σημαντικότατα οφέλη για την υγεία των Ευρωπαίων πολιτών, μολονότι για εμάς δεν είναι η ιδανική πρόταση δεδομένου ότι θα απαιτούσαμε ακόμα περισσότερους περιορισμούς. Επίσης, διαφωνούμε με το πολύ μεγάλο χρονικό περιθώριο που δίδεται στην Επιτροπή προκειμένου να θεσπίσει μέγιστο επιτρεπτό όριο περιεκτικότητας σε trans-λιπαρά.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Döntő mennyiségű tudományos tény bizonyítja az ipar által előállított transzzsírsavak egészségkárosító hatását. Túlzott fogyasztásuk nemcsak a szív- és érrendszeri megbetegedések kockázatát növeli, hanem összefüggésbe hozható a kóros elhízással, valamint a 2-es típusú cukorbetegséggel is.

A kötelező címkézés, az ipar önkéntes vállalásai önmagukban nem nyújtanak elegendő védelmet a fogyasztók számára. Hasonló következtetésekre jutott az Európai Bizottság 2015 decemberében közzétett jelentése is: a megelőzés leghatékonyabb eszköze az ipari transzzsírok tartalmának jogszabályi korlátozása lehet.

Magyarország az elsők között cselekedett, amikor 2014-ben Dánia és Ausztria után rendeletben szabályozta az élelmiszerek transzzsírsavtartalmának legmagasabb elfogadható szintjét. Az előírás értelmében nem lehet olyan élelmiszert forgalomba hozni, amely összes zsírtartalmának 100 grammjában a transzzsírsavak mennyisége meghaladja a 2 grammot. A magyar példát azóta Lettország is követte.

A kötelező érvényű jogszabály bevezetése után az érintett országokban rövid időn belül jelentősen csökkent a jogszabályi határérték feletti mennyiségben transzzsírsavakat tartalmazó élelmiszerek aránya, ami jelentős népegészségügyi előnyökkel is jár.

Figyelemre méltó, hogy az élelmiszeripar – társadalmi felelősségét felismerve – egyre nagyobb szerepet vállal a transzzsírsavak csökkentésében. A konszenzusos helyzet nyújtotta előnyöket kihasználva ezért fontos, hogy az Európai Bizottság mielőbb javasoljon uniós határértékeket e mesterséges zsírok tekintetében.

Mindezek alapján támogattam szavazatommal az állásfoglalást.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A transzzsírsavak olyan telítetlen zsírsavak, amelyeket az élelmiszeripar már az 1950-es évek óta használ a kérődzőkből származó ételekben, például tej- és hústermékben, valamint növényi eredetű termékben (póréhagyma, borsó, fejes saláta és repceolaj), továbbá az iparilag előállított, részben hidrogénezett, tűzhelyen és sütőben sütéshez készített termékekben.

A WHO szerint a természetes előfordulású transzzsírsavak, a viszonylag alacsony bevitelnek köszönhetően valószínűleg nem jelentenek kockázatot az egészségre nézve a jelenlegi étrendekben. Azonban a részben hidrogénezett növényi olajok gyakori fogyasztása betegségek kialakulásának fokozott kockázatát hordozza magában (szív- és érrendszeri betegségek, terméketlenség, endometriózis, epekő, Alzheimer-kór, cukorbetegség, túlsúly és egyes rákfajták), ezért az EFSA javaslata szerint a transzzsírsavak fogyasztásának a lehető legalacsonyabbnak kell lennie.

Az állásfoglalási indítvány megismétli a transzzsírsav emberi egészségre gyakorolt veszélyeivel kapcsolatos aggodalmát, és leírja, hogy a transzzsírsavak korlátozása bizonyítottan gyors és jelentős egészségügyi előnyökkel jár. Éppen ezért kéri a Bizottságot, hogy annak érdekében, hogy a népesség valamennyi csoportjának csökkenjen a transzzsírsavbevitele, minél előbb határozzon meg törvényes európai uniós határértéket az ipari transzzsírsavak tekintetében. Mivel ezek a zsírsavak nem szükségesek a feldolgozott élelmiszerekben, sőt egészségtelenek is, az indítványt szavazatommal támogattam.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Una dintre prioritățile Uniunii Europene este apărarea stării de sănătate a cetățenilor săi. În aceste condiții, reglementarea conținutului alimentelor comercializate pe teritoriul Uniunii este de importanță capitală. Unul dintre compușii care au stârnit îngrijorare în ultimii ani sunt acizii grași folosiți în industria alimentară pentru modificarea texturii unor alimente, în vederea prelungirii duratei de folosire sau ca alternativă mai convenabilă față de alte grăsimi. În urma studiilor realizate de specialiștii în domeniu la nivel internațional, s-a descoperit faptul că un consum mare de acizi grași crește riscul bolilor coronariene ale inimii și poate cauza și alte afecțiuni. În condițiile în care patru state membre (Danemarca, Austria, Ungaria și Letonia) au decis limitarea prin lege a conținutului de acizi

grași din alimente, ceea ce a dus la salvarea unor vieți, se impune adoptarea unor măsuri de limitare și la nivel european.

Chiar și Organizația Mondială a Sănătății a recomandat eliminarea uleiurilor vegetale parțial hidrogenate, care fac parte din categoria acizilor grași, iar, în Statele Unite, acestea vor fi interzise începând din iulie 2018. În acest context, se impune limitarea, într-o primă fază, a utilizării acestor compuși, pentru ca, în cele din urmă, să fie interzișiți cu totul. Susțin această rezoluție.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Maladies cardio-vasculaires, infertilité, maladie d'Alzheimer, diabète et obésité, voilà les risques que court le citoyen européen s'il consomme excessivement des acides gras trans dans son alimentation. Le problème, c'est que seulement 30 % des consommateurs savent ce qu'est un acide gras trans (AGT), ce qui expose les deux autres tiers des Européens à des problèmes médicaux potentiellement graves. C'est pour cela que, par le vote de ce midi, nous voulons un étiquetage clair. Cela ne suffit pas cependant: il faut également limiter la présence de ces acides.

Dans le texte voté aujourd'hui, nous nous prononçons donc en faveur de l'imposition de limites obligatoires sur les acides gras trans produits industriellement et exagérément présents dans l'alimentation. Nous ne pouvons accepter que les citoyens mettent plus longtemps leur santé en danger. En raison de l'absence de législations nationales dans de nombreux pays, c'est à l'Europe de prendre la main.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Industrial trans fats have harmful health effects and are not well understood by many consumers in the EU. The best way to mitigate the risk that trans fats cause consumers would be to effectively lower the consumption of unhealthy trans fats by establishing legal limits for them, an effort which was already tested and found to be successful in Denmark. I voted in favour of the motion for resolutions because I believe the EU needs to protect its citizens, who are often ill-informed, against a lethal and under-regulated product that is found hidden in nearly every food product on the shelves.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Budući da su nas birači izabrali da predstavljamo njihove interese na razini Europske unije, primarni cilj trebala bi nam biti njihova dobrobit u svakom pogledu, a posebno bismo pri tome trebali obratiti pozornost na zaštitu njihova zdravlja.

Ova rezolucija ukazuje na štetnost transmasnih kiselina koje se upotrebljavaju u prehrambenim proizvodima kako bi pridonijeli željenoj koegzistenciji prehrambenih proizvoda i osigurali dug rok trajanja. Naime, visok unos transmasnih kiselina povezan je s povećanim rizikom od kardiovaskularnih bolesti, a to se odnosi i na razvoj koronarne bolesti srca koja je uzrok oko 14 % sveukupne stope smrtnosti u Europskoj uniji. Iz navedenih argumenata vidljivo je da su transmasne kiseline samo jeftin sastojak u procesu proizvodnje te smatram da nije dovoljno pružiti potrošačima informacije o transmasnim kiselinama i promicati odabir zdravije hrane, nego moramo poduzeti i konkretne korake u vezi očuvanja zdravlja.

Stoga sam podržala poziv Europskoj komisiji da predloži ograničenja uporabe transmasnih kiselina u hrani s ciljem zaštite javnog zdravlja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o transmaščobnih kislinah sem podprla. Transmaščobne kisline so posebna vrsta nenasičenih maščob, naravno prisotnih v živilih, pridobljenih iz prežvekovalcev, kot so mlečni proizvodi in meso, nekaterih rastlinah in rastlinskih izdelkih, najdemo pa jih zlasti v industrijsko proizvedenih delno hidrogeniranih rastlinskih oljih. Evropska agencija za varnost hrane je leta 2010 ugotovila, da imajo transmaščobne kisline, pridobljene iz prežvekovalcev, podobne učinke kot tiste iz industrijskih proizvodov, na katere se nanaša ta resolucija. Dokazano je, da ima lahko omejitev vsebnosti transmaščobnih kislih hitre in znatne koristi za zdravje. Žal le eden od treh potrošnikov v EU pozna transmaščobne kisline, to pa kaže, da ukrepi za označevanje vsebnosti teh kislin niso bili učinkoviti in da je treba sprejeti ukrepe za ozaveščanje v izobraževalnem sistemu in medijskih kampanjah.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – A finales de 2015, la Comisión Europea presentó un informe sobre el problema que suponen para la salud las grasas trans en los alimentos, pero no presentó el proyecto legislativo correspondiente.

Tras un año de espera y continuas reclamaciones por parte de la sociedad civil, organizaciones de consumidores, sociedades médicas y otras entidades, he votado a favor de este informe para alcanzar una legislación única en la Unión para este tema.

Estados Unidos ha prohibido el uso de grasas trans artificiales en los productos alimentarios a partir de 2018, así que esta legislación acompañaría a la industria europea en sus exportaciones.

La homologación de estándares de calidad hacia arriba debería darse de forma recíproca y no como se prevé que pase según el ATCI.

Es importante matizar que el aliciente para legislar debería ser reducir las enfermedades cardiovasculares, como principal causa de muerte en Europa y no el mercado, cuestión que entiendo no queda clara en el informe.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I want to recall that the issue of TFAs is a priority for this Parliament, and I want to reiterate my concern regarding the risks that TFAs pose to human health.

This resolution highlights the fact that the US has already announced that food manufacturers will have to remove partially hydrogenated oils from products sold on its domestic market from mid-2018, in the light of the conclusion from 2015 that trans fats are not generally recognised as safe; it recalls evidence that TFA limits can bring rapid and significant health benefits; highlights in this context the success of the experience in Denmark, which brought in a national limit of 2% of TFAs in oils and fats in 2003; it emphasises that most of the EU population – in particular the most vulnerable people – lack information about TFAs and the health consequences of their consumption, which can preclude consumers from making empowered choices.

Vulnerable groups, including citizens with lower education and socioeconomic status, and children, are more inclined to eat food with higher TFA content.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les acides gras trans induisent des risques pour la santé humaine: risque accru de développement de maladies cardiovasculaires, de calculs biliaires, de diabète et de certains cancers notamment.

L'Autorité européenne de sécurité des aliments, quant à elle, recommande une consommation «aussi faible que possible» d'acides gras trans. Cependant, il n'existe pas, à ce jour, de réglementation européenne en la matière.

L'objet de cette proposition de résolution est d'aboutir à la réglementation européenne sur la teneur des aliments en acides gras trans.

Le rapport souligne qu'en dépit des dangers avérés de la consommation d'acides gras trans pour la santé humaine, leur consommation persiste chez les catégories de population les plus modestes, même si, pour la population européenne dans son ensemble, elle reste en-deçà des recommandations de l'OMS.

En effet, certains aliments bons marchés affichent des teneurs en acides gras trans bien supérieures aux normes maximales conseillées.

Il est en effet important de limiter la teneur en acides gras trans eu égard à leurs effets délétères, désormais avérés, sur la santé humaine.

Il convient aussi de ne pas négliger les mesures incitatives envers les entreprises agro-alimentaires: celles-ci ont démontré leur efficacité.

J'ai voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Tłuszcze trans wykorzystuje się w głównej mierze w żywności wysoko przetworzonej – daniach typu fast food oraz słonych i pikantnych przekąskach. Konsumpcja takich produktów podwyższa ryzyko chorób układu krążenia, w tym niedokrwienia serca. Obowiązkowe ograniczenia dotyczące tłuszczów trans na rynku wewnętrznym przyczyniłyby się do obniżenia ich spożycia. Na przykładzie państw, które wprowadziły takie rozwiązanie możemy dostrzec pozytywne skutki dla poziomu zdrowia obywateli. Ze względu na te argumenty zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A legfrissebb rendelkezésre álló adatok elemzése megerősíti, hogy a transzzsírsav mennyiségének bizonyos ételekben történő csökkentése ellenére bizonyos uniós élelmiszerpiacokon még mindig számos olyan étel van, amely nagy mennyiségű transzzsírsavat tartalmaz. A kérdésben az S&D-álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – A finales de 2015, la Comisión Europea presentó un informe sobre el problema que suponen para la salud las grasas trans en los alimentos, pero no presentó el proyecto legislativo correspondiente.

Tras un año de espera y continuas reclamaciones por parte de la sociedad civil, organizaciones de consumidores, sociedades médicas y otras entidades, he votado a favor de este informe para alcanzar una legislación única en la Unión para este tema.

Estados Unidos ha prohibido el uso de grasas trans artificiales en los productos alimentarios a partir de 2018, así que esta legislación acompañaría a la industria europea en sus exportaciones.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this text which calls on the Commission to propose as soon as possible mandatory limits on industrial TFAs in order to reduce their intake amongst all population groups.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on trans fats (TFAs). Trans fats or trans-fatty acids (TFAs) are a type of unsaturated fatty acid that have been widely used in the food industry since the 1950s. Foods that may be high in trans fats include ready-made meals, frying fat for industrial use, margarine used in pastry, pre-packed bakery products, cakes, biscuits and wafers, microwave popcorn, deep-fried foods and soups and sauces. International studies show that policies aimed at restricting the TFA content of food entailing reducing TFA levels without increasing total fat content are feasible, achievable and likely to have a positive effect on public health. The European Union does not currently have legislation regulating the content of trans fats in food products or requiring their labelling. I voted in favour because I believe that the EU should introduce legal limits on the amount of industrial trans fats in processed food what would reduce exposure to the biggest sources of trans fats and save lives.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque considero importante regular y establecer límites a la presencia de grasas trans industriales en los alimentos. El consumo de estas grasas trans a través de aceites vegetales parcialmente hidrogenados producidos industrialmente, se ha asociado con un mayor riesgo de enfermedad cardiovascular, infertilidad, enfermedad de Alzheimer, obesidad y algunos tipos de cáncer. Es por tanto urgente que la Comisión emita una propuesta legislativa en la que establezca límites legalmente vinculantes para las grasas trans.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Transvetten zijn onverzadigde vetzuren die niet goed zijn voor de gezondheid. Het zijn vooral de industrieel geproduceerde transvetten die een negatief effect hebben op hart- en vaatziekten.

Transvetten zijn voornamelijk terug te vinden in bak- en braadvetten, frituuroliën en harde margarines en komen voor in gebak, koeken en snacks. In de resolutie die we goedkeurden wordt de oproep herhaald om industriële transvetten ernstig te beperken voor alle groepen uit de bevolking.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O consumo deste tipo de gorduras tem sido associado ao risco de doença cardiovascular, infertilidade, obesidade e a alguns tipos de cancro. Agências como a OMS, a EFSA e a FDA alertam para os perigos deste consumo e recomendam que o mesmo seja o mais reduzido possível.

Somos, por isso, favoráveis à limitação do uso e consumo de ácidos gordos trans. Mas a promoção de uma alimentação saudável e de produtos frescos, pouco processados, não se faz apenas legislando para melhorar a rotulagem. Importa ter em conta que muitos destes produtos se distinguem pelo seu baixo preço. Ou seja, o consumo de alimentos processados está hoje associado a situações de insuficiência económica, que impede o acesso a produtos de qualidade e saudáveis.

Nenhuma estratégia de promoção de uma alimentação saudável deve ignorar este facto. Mais, deve combatê-lo ativamente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich.* – Im Entschließungsantrag wird die Stärkung des Konsumenten- und Verbraucherschutzes in Gesundheitsfragen gefordert und die gesundheitsschädlichen Folgen der aktuell immer noch vielfältigen und häufigen Verwendung von Transfettsäuren in der Lebensmittelindustrie und Gastronomie kritisiert. Angesichts einer zunehmenden Fettleibigkeit (Adipositas) und anderer ernährungsbedingter Krankheiten der Bevölkerung und der dadurch verursachten enormen Kosten für das Gesundheitssystem habe ich dem Antrag zugestimmt.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing.* — I voted in favour of this resolution since I believe that mandatory labelling of TFAs can incentivise healthier consumer choices. TFAs are very damaging, and are found in a lot of different products, but a lot of consumers may not be aware of that. Is very important that consumers know what they are assuming and what can be found in certain products. The health of the citizens is one of the main priorities of my group, especially considering food. I agree with the request that such a proposal has to be made within two years. Moreover it has to be accompanied by an impact assessment evaluating the industrial reformulation costs and consequent analysis and economic adaptations.

Anna Záborská (PPE), *písomne.* – Ako lekárka musím podotknúť, že transmastné kyseliny majú negatívny vplyv na ľudské zdravie. Preto podporujem každú iniciatívu, ktorá má za cieľ obmedziť ich používanie v potravinách. Viaceré odborné štúdie v oblasti zdravej výživy sa zhodujú na výraznom a rýchlom zdravotnom zlepšení pri obmedzení transmastných kyselín. Nesmieme zároveň zabúdať ani na prevenciu a ochranu najzraniteľnejších skupín obyvateľstva, teda detí. Práve ony majú sklon konzumovať potraviny s vysokým obsahom transmastných kyselín. Zároveň treba zlepšiť informovanosť o zdravotných rizikách konzumácie takýchto potravín. I keď existuje právna úprava povinnosti označovania transmastných kyselín, považujem túto úpravu za nedostačujúcu, pretože sa týka len určitých potravín a nevzťahuje sa napríklad na jedlá podávané v reštauráciách. Navyše podľa údajov Svetovej zdravotníckej organizácie (WHO) je politika označovania oveľa nákladnejšia ako plošný zákaz a monitorovanie jeho dodržiavania. Je teda potrebné, aby sme sa inšpirovali príkladom z Dánska a prijali podobnú hranicu obmedzenia transmastných kyselín v potravinách na úrovni EÚ. Treba zjednotiť prístup všetkých členských štátov. Rozhodujúcim faktorom v boji proti transmastným kyselinám bude tiež dialóg so zástupcami potravinárskeho priemyslu.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς.* – Το ψήφισμα για τα «trans – λιπαρά» οξέα αποδεικνύει ότι η ΕΕ, υπηρετώντας τα επιχειρηματικά κέρδη, βάζει σε μεγάλους κινδύνους τη ζωή και την υγεία των εργαζομένων. Τα συγκεκριμένα οξέα που υπάρχουν σε φυσικά τρόφιμα, περιέχονται κυρίως σε φυτικά έλαια βιομηχανικής παρασκευής και σε μεταποιημένα τρόφιμα για να παραταθεί η διάρκεια ζωής τους. Χρησιμοποιούνται σε φτηνά τρόφιμα που προορίζονται για τα εργατικά λαϊκά στρώματα και ενοχοποιούνται για την πρόκληση σοβαρών ασθενειών. Το ψήφισμα ζητά από την Επιτροπή να φέρει νομοθεσία για την επιβολή ορίου περιεκτικότητας «trans-λιπαρών» στα τρόφιμα, το συνδυάζει, όμως, με την εκπόνηση έκθεσης για τον οικονομικό αντίκτυπο στις επιχειρήσεις της βιομηχανίας, με πρόσχημα τη μετακύλιση του κόστους στους καταναλωτές. Χαρακτηριστική ήταν και η παρέμβαση των σχετικών βιομηχανιών που απαίτησαν και πέτυχαν να μην απαγορευτεί, σε περίπτωση περιορισμού των «trans – λιπαρών», η χρήση υποκατάστατων ουσιών, όπως το φοινικέλαιο, που είναι εξίσου επικίνδυνες. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ τάσσεται υπέρ της πλήρους απαγόρευσης της χρήσης των «trans – λιπαρών» οξέων και της απαγόρευσης της υποκατάστασής τους από προϊόντα αντίστοιχης επικινδυνότητας. Τονίζει ότι ακόμη και η υγεία των εργαζομένων θυσιάζεται στον βωμό της κερδοφορίας των επιχειρηματικών ομίλων, μέχρι τη στιγμή που ο εργαζόμενος λαός θα αποφασίσει να πάρει στα χέρια του τα κλειδιά της εξουσίας και της οικονομίας.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne.* – Uznesenie parlamentného Výboru pre životné prostredie, verejné zdravie a bezpečnosť potravín (ENVI) som podporila. Konzumácia tzv. transmastných kyselín totiž spôsobuje vyššie riziko kardiovaskulárnych chorôb, ale môže sa podpísať aj pod problémy s neplodnosťou či náchylnosť na Alzheimerovu chorobu. Napriek týmto rizikám však o škodlivosti týchto kyselín vie iba časť obyvateľov a vzhľadom na to, že sa transmastné kyseliny nachádzajú najmä v lacnejších potravinových produktoch, ich konzumácia je vyššia u sociálne znevýhodnených skupín obyvateľstva. V tomto uznesení sme preto vyzvali Európsku komisiu, aby maximálne do dvoch rokov prišla s návrhom na limity priemyselných transmastných kyselín pre všetky druhy potravín. Má sa tým zabrániť tomu, aby obyvatelia prijímali zvýšené množstvo týchto škodlivých látok. Naviac je potrebné aj zvyšovanie povedomia o probléme tak, aby obyvatelia Európskej únie mali možnosť robiť informované rozhodnutia, ktoré nebudú škodlivé pre ich zdravie.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre gorduras trans por concordar com a necessidade de se impor um limite legal aos ácidos gordos trans industriais em todos os produtos alimentares, tendo em conta os riscos que estas gorduras representam para a saúde pública.

Destaco que o consumo elevado destas gorduras insaturadas é um fator de risco para o desenvolvimento de doenças coronárias, responsáveis por aproximadamente 660 mil mortes por ano na UE, representando cerca de 14 % da mortalidade total.

O facto de apenas um em cada três consumidores europeus dispor de conhecimentos sobre os ácidos gordos trans revela que as medidas de rotulagem não são suficientes pelo que têm de ser tomadas medidas adicionais para sensibilizar a opinião pública.

Neste contexto, sublinho o pedido do Parlamento Europeu para que a Comissão apresente no prazo de dois anos uma proposta que estabeleça um limite legal para os ácidos gordos industriais em todos os produtos alimentares, a fim de reduzir o seu consumo.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — I grassi trans (detti anche idrogenati, in sigla TFA) sono quei grassi che hanno subìto il processo di idrogenazione, ossia l'aggiunta di idrogeno sui doppi legami di carbonio degli acidi insaturi. Mentre i grassi saturi in quantità moderate sono essenziali per il nostro organismo, quelli trans andrebbero eliminati completamente dalla dieta. L'assunzione di questi grassi è, infatti, associata a un sensibile aumento del rischio di contrarre malattie cardiovascolari, sterilità, morbo di Alzheimer, diabete e obesità. I TFA trovano impiego in moltissimi preparati industriali quali i dolciumi e i gelati e sono maggiormente usati negli alimenti meno costosi, con la conseguenza che le persone con uno status socioeconomico inferiore sono più esposte all'assunzione di TFA. Con questa risoluzione, a cui ho dato il mio voto favorevole, chiediamo alla Commissione di porre limiti vincolanti sulle quantità di acidi grassi trans di produzione industriale (TFA) presenti negli alimenti. Fino ad oggi le strategie per la riduzione dei TFA hanno risentito della mancanza di un approccio armonizzato a livello dell'UE e azioni individuali da parte degli Stati membri potrebbero avere effetti sulla salute differenti da uno Stato all'altro. La salute deve essere un diritto tutelato e uguale per tutti i cittadini europei.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o transmaščobnih kislinah.

Dokazano je, da ima lahko omejitev vsebnosti transmaščobnih kislih hitre in znatne koristi za zdravje. Ugotovitve kažejo, da le eden od treh potrošnikov v EU pozna transmaščobne kisline, kar nakazuje, da ukrepi za označevanje vsebnosti teh kislin niso bili učinkoviti in da je treba sprejeti ukrepe za ozaveščanje v izobraževalnem sistemu in medijskih kampanjah.

Presidente. – Con questo si concludono le dichiarazioni di voto.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 13.55, è ripresa alle 15.00)

IN THE CHAIR: IOAN MIRCEA PAŞCU

Vice-President

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Vorstellung des Jahresberichts des Rechnungshofs 2015 (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul anual al Curții de Conturi - 2015 [2016/2839(RSP)]

Cu acest prilej, dați-mi voie să-l salut pe domnul Klaus Heine-Lehne, care este un vechi coleg de-al nostru și, în momentul de față, este președintele Curții de Conturi. Bine ați venit!

De asemenea, o salut pe doamna vicepreședintă Georgieva Kristalina, care este obișnuită aici, la noi, la Parlament.

Klaus-Heiner Lehne, *Präsident des Europäischen Rechnungshofs*. – Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, Frau Vizepräsidentin der Kommission! Zunächst möchte ich gerne die Gelegenheit nutzen, meiner Freude darüber Ausdruck zu geben, dass ich heute nach zweieinhalb Jahren wieder hier in diesem Hause sprechen kann, wenn dann auch in anderer, neuer Funktion.

Ich mache das hier zum ersten Mal in dieser neuen Funktion. Die letzten acht Jahre hat das mein Vorgänger, Herr Vítor Caldeira, getan, der auch diesen Jahresbericht unter seinem Vorsitz mit vorbereitet hat. Ich möchte deshalb auch die Gelegenheit nutzen, mich ganz herzlich bei ihm für die Arbeit, die er geleistet hat, zu bedanken und natürlich auch bei meinem Kollegen, Lazaros Lazarou, der der Berichterstatter im Hof ist und der dieses Thema als Berichterstatter federführend vorbereitet hat. Nun aber zu meinem Vortrag.

Viele Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union kehren derzeit dem Projekt Europa den Rücken zu. Warum ist dies so? Weil die europäischen Institutionen in gewissem Maße das Vertrauen vieler EU-Bürger verloren haben. Die Europäische Union wird vor der großen Herausforderung stehen, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Auch dem Rechnungshof wird hierbei eine wichtige Rolle zukommen.

Klar ist, dass wir weitere Reformen brauchen. Aber wie auch immer diese Reformen aussehen werden, sie müssen sich auf ein stabiles finanzielles Fundament stützen. Nach Ansicht des Rechnungshofes sind vier Elemente dabei besonders wichtig.

Erstens muss die Europäische Union für eine ordnungsgemäße Rechnungsführung sorgen. Wie können uns die Menschen vertrauen, wenn sie nicht davon überzeugt sind, dass wir gut auf ihr Geld achten sowie ordentlich darüber Buch führen und Rechenschaft ablegen?

Die EU-Jahresrechnung 2015 vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild. Jedoch sind die im laufenden Jahr und in kommenden Jahren zu zahlenden Beträge weiterhin sehr hoch. Und die Kommission hat keine *Cashflow*-Prognose für die nächsten sieben bis zehn Jahre erstellt. Eine solche Prognose würde dazu beitragen, Vertrauen wieder aufzubauen. Ich möchte aber auch feststellen, dass die mittelfristige Zahlungsvorausschätzung der Kommission dabei ein erster Schritt in die richtige Richtung ist.

Zweitens muss die Europäische Union sicherstellen, dass ihre Finanzvorschriften korrekt befolgt werden. Zwar werden die Zu- und Abflüsse des derzeitigen europäischen Haushalts genau verbucht, jedoch unterlaufen nach wie vor bei der Mittelverwendung immer noch zu viele Fehler, insbesondere auch in den Mitgliedstaaten. Die geschätzte Fehlerquote für 2015 beträgt nach unseren statistischen Berechnungen 3,8 %. Im Großen und Ganzen ist sie ähnlich hoch wie in den Vorjahren und auch weiterhin oberhalb der Wesentlichkeitsschwelle von 2 % angesiedelt. Die Kommission hat zwar Maßnahmen getroffen, um ihre Risikobewertung zu verbessern und die Auswirkungen der Korrekturmaßnahmen zu erhöhen, doch besteht unseres Erachtens nach wie vor Verbesserungsbedarf.

Für die europäischen Steuerzahler wäre es weitaus besser, wenn die Kommission und die Mitgliedstaaten die Mittel von vornherein ordnungsgemäß ausgeben würden, anstatt sie sich unter Aufwendung von Zeit und Kosten mühsam zurückzuholen, nachdem Fehler festgestellt worden sind. Wir können die Fehlerquote auch durch eine bessere Gestaltung der Ausgabenregelungen verringern. Die Bürger können keinem System vertrauen, das sie selbst nicht verstehen. Gesetzliche Grundlagen, die einfach und klar sind, Verfahrensregelungen, die verständlich sind, führen zu weniger Fehlern. Je komplexer, desto mehr Fehler - das ist ein Grundsatz, der sich jedes Mal bei der Prüfung wieder als wahr erwiesen hat.

Nun zum dritten Element einer soliden Finanzordnungspolitik. Unsere Bürger erwarten zu Recht, dass die Europäische Union für eine optimale Mittelverwendung sorgt. Sie müssen das Gefühl haben, dass ihnen die Europäische Union einen Mehrwert bieten kann. Wurden bei den europäischen Projekten im Haushaltsjahr 2015 die Mittel optimal eingesetzt? Waren die Projektziele von Anfang an realistisch? Waren die damit verbundenen Kosten angemessen? War das Programm oder Projekt teurer oder günstiger, als es bei der Durchführung durch eine andere Verwaltungs- oder Regierungsebene ausgefallen wäre?

Diese Fragen sind schwer zu beantworten, solange es keine geeigneten Berichterstattungsregelungen dazu gibt. Es muss echte Anreize dafür geben, die Mittel optimal zu verwenden und nicht nur Ausgabenziele zu erreichen, ohne dabei gegen Vorschriften zu verstoßen. Denn selbst wenn alle Mittel korrekt ausgewiesen und alle Vorschriften beachtet werden, so bedeutet dies noch lange nicht, dass bei EU-finanzierten Projekten immer und überall ein gutes Kosten-Nutzenverhältnis erzielt wird.

Wenn die Menschen sich nicht sicher sein können, ob ein System für sie von Nutzen ist, können wir auch nicht von ihnen verlangen, dass sie diesem System vertrauen. Sie müssen Ergebnisse sehen und wissen, mit welchen Mitteln diese erzielt wurden. Dieses Verhältnis, der Wert, der durch den Einsatz von Mitteln erzielt wird – ich würde sogar sagen, der Mehrwert –, muss viel stärker verdeutlicht werden.

Vertrauen erfordert auch Transparenz und Zuverlässigkeit als viertes Element einer soliden Finanzordnungspolitik. Der zunehmende Einsatz von Finanzinstrumenten, die nicht direkt aus dem EU-Haushalt finanziert werden oder nicht in vollem Umfang unserer Prüfung unterliegen, erhöht die Risiken für die Transparenz, die Rechenschaftspflicht und die Koordinierung der Politiken und Maßnahmen der Europäischen Union.

Was die Zuverlässigkeitsgewähr anbelangt, so bieten unsere Prüfungen nicht nur Sicherheit von unabhängiger Seite, sondern münden auch in Empfehlungen zur Verbesserung des EU-Finanzmanagements. Unsere Empfehlungen werden im Übrigen von der Kommission größtenteils akzeptiert und auch umgesetzt.

Um es zum Schluss noch einmal auf den Punkt zu bringen: Wenn wir ein EU-Finanzsystem schaffen wollen, welches das uneingeschränkte Vertrauen der Bürger hat, gibt es noch einiges zu tun und zu bewegen. Dazu rufe ich uns alle auf.

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to start by joining President Lehne in acknowledging the work of his predecessor, President Caldeira, and the gratitude of the Commission for this work and then add our warm welcome to a partnership with the Court under your leadership.

We have here the two rapporteurs, the rapporteur for Parliament, Mr Zeller, and the rapporteur for the Court, Mr Lazarou. Thank you for all the work you have done.

I will start from where President Lehne ended, that we have work to do. We recognise that our responsibility to our taxpayers is, day-in-day-out, to make sure that their sacrifice, their money, is well spent. Also to say that we are committed and we are working very hard towards that objective to do better. The evidence, I believe, is in front of us.

First, we had the Court of Auditors for the ninth year in a row giving a clean opinion on the EU accounts. We will of course continue to work hard to sustain that record.

Secondly, while I agree with President Lehne that the error rate is still above the materiality threshold of 2%, for the first time in a long while it is under 4%, at 3.8%. It does not mean that we have succeeded, but it means that we are mobilising the Commission and Member States to do the right thing. Just for the record, it was 4.4% last year. Not a big difference, I agree, but it demonstrates an effort on the side of the Commission. There is also a positive story on the administrative expenditures, and it is an error rate of 0.8%, way under the materiality threshold of 2%. The Court found no errors in the transactions that have been examined on the revenue side of the budget. Again, it does not mean that we can relax, but it means that the Commission staff is doing a good job and deserves recognition for that.

Next, the question is what we do next, and there our concentration in the Commission is to continue to bring down the risks of errors by focusing on a number of actions that I would like to highlight here.

First, concentrate on where we have persistently high error rates – why? Understand the reasons and tackle these reasons.

Second, apply good practice. When something works, like for example simplified cost options, spread them as far as we can go.

Third, further efforts on simplification. The Court has told us so many times simple rules are easier to follow. In that context, just to recall that we have made a proposal for the midterm review and revision of the budget to also include revision of the Financial Regulation: the omnibus regulation that allows us to go further on this road to simplification.

Of course, all these are actions that aim to prevent errors from going up and their actions to educate us. So prevention, which, as you said last time when you made a presentation, is much better than cure, is being pursued.

But there has to be more, and where we go more is on the side of corrections. Corrections have been a very powerful tool, not only to claw back money that is not spent according to the rules but also to encourage compliance with the rules, because when you know if you do not follow the rules you will lose your money, you are incentivised to follow the rules. Last year we collected EUR 3.9 billion. This is the highest we have had. We also last year have done for the first time a careful examination of what we call 'amount at risk at closure'. When all is being done in terms of corrective action, what percentage of the funding is at risk? I am very pleased to report that, when all is done, the amount at risk at closure for 2015 is somewhere between 0.8% and 1.3%. Of course, we know that this is not the error rate measure, but I believe it is important to look at the end after implementation of multi-year programmes carefully.

Finally, value for money. Value for money, as President Lehne said, is not just to follow the rules. We have to walk on two legs – follow the rules and focus on results. What is it that we get? A road built with zero error that goes to nowhere is 100% waste of money. This is why we are complementing our work on compliance with what we call 'budget focus on results'.

I will conclude by saying that we also believe in what the Court has been asking us to do to improve reporting. This year we have introduced the first integrated financial reporting package – much easier to follow. You actually can give a brochure to people, who can read and understand what on earth we have done: where the money comes from, where the money goes, how we control it. We will continue in that direction, counting on the Court to push us forward.

Joachim Zeller, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr verehrter Herr Präsident des Rechnungshofes, lieber Klaus-Heiner Lehne, sehr geehrter Lazarou, verehrte Frau Vizepräsidentin! Lieber Herr Lehne, zunächst einmal schon jetzt herzlichen Dank – natürlich neben dem Glückwunsch zur Wahl als Präsident des Rechnungshofs – für die bisher gezeigte Zusammenarbeit, sowohl bei den Mitgliedern der Kommission als auch bei den Mitgliedern des Rechnungshofs jetzt zum Start des Verfahrens zur Haushaltsentlastung der Kommission für das Jahr 2015.

Der Rechnungshof hat ein opulentes Werk von zirka 300 Seiten, die der Prüfbericht für das Haushaltsjahr 2015 umfasst, vorgelegt. Gemeinsam mit den vielen Sonder- und Spezialberichten, die uns der Rechnungshof regelmäßig zukommen lässt, ist das eine sehr gute Basis für unsere weitere Arbeit. Ich meine, nicht nur im Haushaltskontrollausschuss, sondern ich empfehle diese Dokumente auch den Kolleginnen und Kollegen in den Fachausschüssen, denn sie sind davon genauso betroffen. Es kann nicht nur die Aufgabe des Rechnungshofes sein, die Zahlen festzustellen.

Der Europäische Rechnungshof hat für das zurückliegende Haushaltsjahr eine Fehlerquote von 3,8 % festgestellt – ein Rückgang im Vergleich zu 2014. Das ist richtig, aber – der Hinweis kam ja auch schon vom Präsidenten des Rechnungshofs – die Wesentlichkeitsschwelle von 2 % ist nicht erreicht.

Allerdings ist mir wichtiger, zu betonen, dass die alljährlich festgestellte Fehlerquote nicht gleichbedeutend ist mit Betrug oder – wie es EU-kritische Stimmen gerne verkünden – mit Verschwendung von Steuergeldern. Natürlich sehen wir immer wieder auch Fälle von schlechter Projektausführung bis hin zu Betrügereien, die im Übrigen allerdings ausnahmslos durch die Antibetrugsbehörde OLAF verfolgt werden. In den meisten Fällen treffen wir jedoch auf Formfehler, nicht ordnungsgemäße Ausschreibungen oder die Abrechnung von nicht förderfähigen Kosten.

Ich will die Bedeutung solcher Fehler nicht kleinreden. Allerdings hat der Rechnungshof wieder einmal festgestellt, dass ein Großteil dieser Fehler hätte verhindert werden können, wenn die mitgliedstaatlichen Behörden die ihnen zur Verfügung stehenden Informationen rechtzeitig genutzt hätten. Auch diese Tatsache sollten wir unseren Bürgerinnen und Bürgern klar machen. Anstatt unsere Empfehlungen und Kritik von Jahr zu Jahr wiederholen zu müssen, sollten wir uns gemeinsam auch auf eine effektive Fehlerprävention konzentrieren.

Nun sind leider meine zwei Minuten schon überschritten. Aber wir haben ja noch einige Wochen Arbeit vor uns, und alle anderen Punkte, die ich mir hier notiert habe, werden wir dabei zu diskutieren wissen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, yo también quiero rendir homenaje al Presidente Vítor Caldeira por todos los años tan fructíferos de colaboración con este Parlamento, y al señor Lázaro, que ha hecho un poco —digamos-de puente, hasta la llegada del nuevo Presidente, señor Lehne, a quien felicito calurosamente, porque, además, como conocedor de las dos instituciones, yo creo que nos va a ayudar también —y mucho— a mejorar la tarea de escrutinio de este Parlamento, simplificando y ofreciendo los instrumentos necesarios para afrontar con garantías de eficacia y profesionalidad el nuevo enfoque del presupuesto europeo basado no en el gasto por el gasto, sino en los resultados visibles y comprensibles para nuestros ciudadanos.

Su llegada, además, nos va a permitir hacer balance de lo logrado —usted mismo lo ha dicho en las conversaciones que hemos tenido— y de los progresos, precisamente, la reducción de errores y riesgos en la puesta en marcha y el aprendizaje del buen uso del presupuesto con las prioridades que nos exigen los ciudadanos.

Una vez consolidada además la reforma muy positiva del Tribunal, solo podemos agradecerles el nuevo informe anual que nos permite confirmar e identificar mejor las fuentes de los errores más frecuentes y complejos: los reembolsos, los concursos, los instrumentos financieros.

También le agradezco la atención específica a Horizonte 2020 y me vuelvo hacia usted para que nos ayude a, entre todos, convencer al Consejo de que lo mejor que pueden hacer los Estados miembros es, precisamente, mejorar, puesto que consumen la mayor parte de nuestro presupuesto, y llevar adelante sus compromisos.

Ryszard Czarnecki, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Madam Vice-President of the Commission, Mr President of the European Court of Auditors, congratulations to you. This is a big challenge, and obviously I am crossing my fingers for you.

Thank you, Mr President, for your really comprehensive annual report. We can observe some progress here because the estimated level of error for 2015 payments is 3.8%, which is obviously an improvement, but still it is above the materiality threshold.

I would like to concentrate on one specific issue, which was reported in the past by the European Court of Auditors, as well as indicated by the current members. This is that a long, seven-to-ten-year, cash flow forecast is needed. The Commission was requested to prepare this, but still has not done it. Short-term cash flow forecasting by the Commission, to ensure that that the immediate payment obligations of the EU can be met, is not enough.

Finally, as you can see, amounts to be paid in the current and future years remain at a high level. The Commission made a high level of commitments in 2015, consisting in part of appropriations brought forward from 2014. Amounts to be funded from the future budget rose to EUR 339 billion. However, the Commission has not produced yet a cash flow forecast spanning a seven-to-ten-year horizon.

Martina Dlabajová, *za skupinu ALDE*. – Výroční zpráva Evropského účetního dvora za rok 2015 byla vydána právě v době, kdy rozpočtová politika Evropské unie se nachází na zásadní křižovatce. Zpráva sama o sobě přináší významné postřehy týkající se společného využívání peněz z evropských fondů, do kterých přispívají občané všech 28 členských států, a proto by je měla bytostně zajímat. Na první pohled se závěry zprávy z hlediska zákonnosti, správnosti a chybovosti nijak podstatně neliší od těch z minulých let.

Jeden rozdíl ale přece jen velmi silně vnímám. Jde o trend zohledňovat kromě faktické správnosti při čerpání evropských prostředků také přidanou hodnotu jednotlivých projektů a investic. V tomto duchu jsem zpracovala i svou loňskou zprávu o hospodaření Evropské komise za rok 2014 a oceňuji, že malými krůčky se tato snaha prolíná do dalších aktivit všech evropských institucí.

Tentokrát byl ve zprávě Účetního dvora tento postup zaměřený na výsledky v širší míře použit v rámci programu Horizont 2020, který je největší svého druhu na světě. Tento program se týká oblasti vědy a výzkumu, kde jsou výsledky očekávány téměř automaticky, neboť podpora směřuje do projektů vysoké kvality i úrovně. V rámci budoucích zpráv Evropského účetního dvora o hospodaření Komise si dovedu představit, že rozpočtové kapitoly budou hodnoceny nejen podle míry chybovosti, ale budou zohledněny či použity integrované a komplexní indikátory výsledku.

Hodnocení efektivity projektů zohledňující výsledek a výkonnost je novou cestou, ve které bychom měli pokračovat. Priority, které mají být financovány z evropského rozpočtu, se v čase podstatně mění stejně tak jako podmínky kolem nás. A užívání rozpočtu musí reagovat právě na ně. Čerpání musí být pružnější, zaměřené na evropskou přidanou hodnotu, zcela nepochybně jednodušší a ještě více orientované na dosažení výsledků, a to nejen na papíře. Pokud bude naším společným cílem zejména přidaná hodnota každého investovaného eura, musíme změnit zažitá pravidla (čerpání i kontroly) a nastavit nová, odpovídající skutečným potřebám Evropy 21. století.

Děkuji oběma institucím, Komisi i Evropskému účetnímu dvoru, za tu cestu, kterou pomalu, ale jistě jdeme společně.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Natuurlijk ook van mijn kant felicitaties aan de heer Lehne met zijn benoeming tot president van de Rekenkamer. Het is wel heel jammer dat we opnieuw moeten vaststellen dat er te veel fouten gemaakt zijn en dat er geen goedkeurende verklaring gegeven kon worden. Ik denk dat we allemaal beseffen dat dat slecht is voor de beeldvorming en dat we manieren moeten vinden om daarmee om te gaan.

Sommigen zeggen dat het maar om foutjes gaat en dat je duidelijk moet maken dat de onregelmatigheden ook hele kleine dingen kunnen zijn. Je kan je vergist hebben, een formulier of iets vergeten hebben op te geven. Als ik dan denk hoe dat bij de burgers overkomt… als zij hun belastingaangifte indienen, kunnen ze ook foutjes maken, maar voor hen komen daar wel gevolgen van en die zijn over het algemeen niet mals. Ik denk ook niet dat dezelfde kleine foutjes jaar na jaar gemaakt kunnen worden, zeker niet als het om aanbestedingen gaat.

Ik heb concreet drie voorstellen om tot verbetering te komen: ten eerste herziening van de fondsen. Concentreer ze, stop rondpompen, dat voorkomt een hoop overbodige zaken. Ten tweede: verplicht de lidstaten tot het afgeven van een nationale accountantsverklaring. En ten derde: pak terugkerende fouten aan als fraude en blijf niet altijd geloven in de goede trouw.

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Ook namens onze fractie heel veel gelukwensen aan de heer Lehne, de nieuwe president. Ik hoop dat we goed kunnen samenwerken.

De cijfers in het debat zijn reeds genoemd. Een foutenpercentage van 3,8 procent, veel te hoog. Ik sluit me aan bij wat de heer De Jong daarover zegt. Maar een tweede element is dat er in het verslag van de Rekenkamer ook voor de zoveelste keer staat dat de correcties nog veel groter hadden kunnen zijn als de lidstaten, voor al die zaken waar er sprake is van gedeeld beheer tussen de lidstaten en de Commissie, gebruik hadden gemaakt van de informatie waarover ze beschikten. Zonder die correcties zou dat 4,4 procent zijn geweest, maar als ze van al die informatie gebruik hadden gemaakt, dan had dat cijfer van 3,8 procent naar beneden kunnen gaan. Vandaar de noodzaak aan actie.

Ik denk dat *naming* en *shaming* van lidstaten die in de fout gaan, die hun taak niet volbrengen, één van de elementen is. In het verslag van de Rekenkamer wordt daar uitgebreid op ingegaan. Ook zien we heel veel voorbeelden en ik denk dat dat een goede zaak is.

Tweede element, mevrouw Georgieva heeft het heel uitdrukkelijk benadrukt: geld uitgeven, correct en op tijd, dat is één zaak, maar waar krijgen voor je geld, *value* krijgen voor *money*, dat is een andere zaak. Ik ben heel blij, mijnheer Lehne, dat u en uw collega's en al uw medewerkers ook daar bijzonder veel aandacht aan besteden in dit verslag van de Rekenkamer. Zijn de doelstellingen realistisch, waren de kosten redelijk, was er voldoende output?

Ten slotte nog een derde zaak. We zien dat er steeds meer gebruik wordt gemaakt van financiële instrumenten. De Rekenkamer kan die instrumenten niet controleren. Dat wil dus zeggen dat dat een gevaar inhoudt, een gevaar van gesjoemel en van onzorgvuldigheid. Mijnheer Zeller, ik hoop dat u als rapporteur, samen met de schaduwrapporteurs, ook daar bijzonder veel aandacht aan zult besteden in uw verslag.

Jonathan Arnott, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I am reminded of the film 'Groundhog Day', in which Phil Connors is doomed to repeat the same day over and over again, trapped in a never-ending cycle where he experiences the second of February time and time again, until he finally learns his lesson and – as with any great, or at least good, romantic comedy – gets the girl and is able to experience another day. That is comedy. This is reality.

The reality is that the Court of Auditors, for the 21st year in a row, has issued an adverse opinion on the legality and regularity of the payments underlying the accounts of the European Union, which of course would be a very serious thing indeed in accountancy circles. If any business found that they had an adverse opinion on anything to do with their accounts at all, it would be treated very seriously indeed by the authorities if that happened time and time again.

The reality is that the error in the European Union budget is still at a level of 3.8% of the budget, which is far above – almost double – the 2% materiality threshold. That is just, of course, the errors that we know about. The reality is that we are not at a point where value for money is being properly assessed. I think Commissioner Georgieva is absolutely right when she says that if there were a road to nowhere but it had zero error, that would not make it value for money.

I think what we have seen from this Court of Auditors report is example after example: whether it is the EUR 3 500 on the panoramic spyglass, the EUR 10 000 donation to a church, the EUR 4 000 mountain bike, the building materials in Slovakia that were charged for at six times the going rate, or the EUR 100 000 on dry stone walls with no link to EU expenditure. The reality is that there are a lot of things that are going on here which certainly do not in any way, shape or form provide value for money.

I would say normally that a report like this would put the European Union on notice to improve or to risk losing support. I do believe that is what the Commission is genuinely trying to do, but this has happened over and over again now. We are on year 21. I think this kind of thing is not the only reason for Brexit – far from it – but it is part of the package and, if this carries on, the UK will not be the only country heading out of the exit door. 'Groundhog Day' is romantic comedy. It is not exactly Shakespeare, but perhaps Shakespeare would be more appropriate. I am thinking, of course, of the 'Comedy of Errors'.

Louis Aliot, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, la Cour des comptes a posé le problème: la confiance. Si le niveau d'erreur n'est pas une indication de fraude, d'inefficacité ou de gaspillage, que révèle-t-il? La Cour affirme qu'il s'agit d'une mauvaise estimation des paiements, car les montants versés n'ont pas été utilisés conformément aux règles. Comment est-ce possible? Même si les erreurs sont moins importantes d'une année sur l'autre, il n'en demeure pas moins que 5,5 milliards d'euros échappent à un contrôle et à un suivi rigoureux. Ce n'est pas rien.

Si ce n'est un problème humain ou un problème comptable, c'est donc un problème de fonctionnement et d'architecture générale. De toutes les institutions, la Cour des comptes est celle qui fonctionne le mieux, mais force est de constater que toutes les institutions ne peuvent pas en dire autant. Il faut donc repenser l'architecture générale et sortir d'un schéma institutionnel et comptable que plus aucun citoyen de l'Europe ne comprend et que les institutions – et vous en donnez la preuve – ont elles-mêmes du mal à appliquer.

La confiance des peuples est inversement proportionnelle à l'opacité de nos règles de fonctionnement et au manque de transparence de celles-ci. La subsidiarité, la liberté et la transparence devraient conduire l'Europe à avancer avec ses nations et autour de ses nations, sans chercher à tout imposer et à tout compliquer avec des règles opaques. Lorsque les choses ne fonctionnent pas ou ne fonctionnent plus, il n'est pas anormal de les changer. C'est maintenant ce que les peuples devront faire.

Diane Dodds (NI). – Mr President, for over two decades, the Court of Auditors has refused to give the European Union accounts a clean bill of health. If this was a business it would bring remorse and resignations, in the heart of a national government it would bring independent inquiries, but for the European Commission it is a cause for quiet satisfaction.

A 3.8% error rate may seem small to some, but it in fact equates to billions of euro. Money taken from families and households and spent without sufficient accountability. I listened very carefully to Mr de Jong, who talked quite frankly about the effect that this has on the citizen and surely we must agree that, at the core of any effective government, should be trust between citizens and political institutions. Taxpayers should have confidence that their hard-earned money will make a difference and not be misspent. These are not small matters and as some colleagues have indicated today, they are not matters of form or process.

I think that for too long these institutions have actually turned a deaf ear to this and I hope that our former colleague, now the President of the Court of Auditors, will take a very strong view on these types of things.

Tamás Deutsch (PPE). – Kedves Képviselőtársaim, tisztelt Alelnök Asszony! Engedjék meg, hogy én is nagy tisztelettel köszöntsem az Európai Számvevőszék frissen megválasztott elnökét, volt kiváló képviselőtársunkat. Kedves jelenlévők! Számomra különösen szomorú tény, hogy az európai polgárok Európai Unióba, uniós intézményekbe vetett bizalma egyre inkább csökken. Ennek fényében még szomorúbb tény az, hogy az egyes európai uniós intézmények – a tagállamok rovására a hatáskörüket megerősíteni akarók, az egyenesen föderatív elképzelést képviselők – a hozzájuk képest eltérő módon Európa-pártiakat gyalázzák, ahelyett, hogy azokkal foglalkoznának, akik mindenfajta európai együttműködést elutasítanak.

Az is tény, hogy a bizalomvesztéshez nyilvánvalóan az Unió nehezen áttekinthető bürokráciája is hozzájárul. Ennek a bürokráciának része a talán nehezen áttekinthető költségvetési gazdálkodás. Az Európai Számvevőszék jelentésében szerepel, hogy 145 milliárd euró volt 2015. évben az Unió költségvetési kiadásainak főösszege. Ez azt jelenti, hogy naponta 78 euró centet fordít az Unióra minden európai polgár. Eldönthetjük, hogy sok ez vagy kevés.

A kohéziós politika összefüggéseiben arra szeretném felhívni a figyelmet, hogy komoly veszélyekkel bír a vissza nem térítendő támogatások javára az úgynevezett egyéb pénzügyi eszközök alkalmazása. Ez megnehezíti az uniós források ellenőrzésének kérdését.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Prezesie! Pani Wiceprzewodnicząca Georgieva! Chciałbym, żebyśmy w którymś momencie przestali mówić, jak to jest źle, trudno, wyjątkowo, teatralnie czy kinowo, ponieważ wydarzenie takie jak absolutorium i sprawozdanie Trybunału Obrachunkowego ma tutaj miejsce co roku. To jest zupełnie normalne.

Po drugie, chciałbym zauważyć, że dzisiejsza debata jest odmienna od dotychczasowych, bo mamy nowego prezesa. A nowy prezes zadeklarował przede wszystkim kontynuację tego wszystkiego, co jest dobre (jako że jestem kontrsprawozdawcą, będziemy się z panem Zellerem temu dobremu przyglądać). Ale zadeklarował również wysiłki w celu odzyskania czy właściwie budowy zaufania. I to traktowałbym jako rzecz bardzo ważną: budowy zaufania.

Pani Georgieva z kolei wspomniała jeszcze o jednej rzeczy, czyli uproszczeniu. Jest opinia, że z każdym rokiem procedury stają się coraz bardziej złożone, a efekt niezadowalający. Dlaczego nie połączyć tych dwóch rzeczy i nie budować zaufania w oparciu o uproszczenie procedur?

Natomiast podkreślam jeszcze raz bardzo wyraźnie: my jesteśmy zorientowani na wyniki, jakie osiągamy, a niekoniecznie na zagubione pół procenta.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, having participated for a number of years in these debates, I can say that this report gives some encouragement and, as such, I would say bears evidence that the Commission's efforts are beginning to bear fruit. I compliment the Commissioner.

However, there are three points which I would make. Firstly, that 3.8%, as said earlier, is still too high. Errors invariably relate to the level of complexity and so I welcome the Commissioner's simplification proposals. Secondly, I would say that the level of error in the Member States remains persistently a problem and I call on those governments to give greater urgency to compliance. Thirdly, while this report is, by definition, about compliance, I encourage the Commission to give equal weight to outcomes and performance. Too often we lack real clarity in objectives of EU spending and in consequence we run the risk of weakness in value for money and weakness in added value.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, allora gli errori amministrativi quest'anno si sono attestati al 3,8 %, mi piace parlare però di cifre, quindi siamo a 5,4 miliardi, che non è una cifra comunque irrisoria, di cui molti sono gravi errori sulle norme sugli appalti, quindi un tema che in commissione bilancio stiamo trattando e che bisognerebbe trattare con molta più efficacia. Però, vuol dire che comunque il resto della spesa non sappiamo se è stato speso bene o male, se c'è o non c'è errore amministrativo, quindi servono delle valutazioni di *performance* sempre più dettagliate per cercare noi anche di valutare se questa spesa raggiunge dei risultati.

Soprattutto, la cosa importante, che ho notato in questo lavoro di due anni in commissione controllo di bilancio, è che serve una trasparenza e dei controlli su queste autorità nazionali che vanno a fare, poi dopo, le certificazioni sulla spesa dei fondi europei, di cui poi la Commissione si avvale per dare appunto questi dati, proprio perché vengono nominati questi controllori da chi devono essere controllati negli Stati membri. Quindi, cosa succede? Che c'è, forse, un conflitto d'interessi. Quindi su questo bisogna valutare in che modo agire perché, di fatto, potrebbero esserci questi conflitti.

Gerolf Annemans (ENF). – Collega's, ik ben ingenomen met het jaarverslag van onze Rekenkamer en ik dank de Rekenkamer hiervoor.

Eén ding is bijzonder storend en dat is het lauwe en flauwe onthaal van de conclusies over geld dat niet op de juiste plek terechtkomt; daar wordt in feite weinig rekening mee gehouden hier op het politieke niveau. De reacties van de Commissie lopen over van vaagheid en vrijblijvendheid. De lidstaten worden "verzocht tekortkomingen te verhelpen". De Commissie zal "aandacht blijven besteden aan de tekortkomingen". Nieuwe procedures "kunnen leiden tot een financiële correctie". Geen wonder dat de resultaten uitblijven en dat er slechts een kleine verbetering kan worden waargenomen.

U vervloekt en bespuwt hier dagelijks ettelijke malen wat u "de populisten" noemt. Maar het politieke niveau hier in dit Europees Parlement zou veel strenger moeten zijn. Het jaarverslag van de Rekenkamer gaat immers over belastinggeld, heel veel belastinggeld. En de hier opnieuw vastgestelde foutenmarges zijn een doorn in het oog van de belastingbetalers, die – zelfs de Rekenkamer legt dat verband – het vertrouwen in de Europese instellingen in snel tempo aan het verliezen zijn.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Mulțumesc, domnule președinte, doamnă comisar, domnule președinte al Curții de Conturi. Vreau să mulțumesc și celui care a fost până acum președinte, pentru că a început să facă lucruri, cred eu, foarte pozitive și vă felicit pentru această funcție.

Cred că ceea ce s-a început până acum trebuie continuat, este importantă rata de eroare, este un indicator important, însă trebuie să ne uităm și la rezultate. Rapoartele speciale sunt un lucru extrem de pozitiv și sunt foarte folositoare. Poate, dacă ar fi preluată exact metoda din rapoartele speciale și ar fi introdus un articol, un capitol în rapoartele obișnuite ale dumneavoastră de descărcare bugetară ar fi un lucru care, ar aduce un plus acestor rapoarte. Bineînțeles, controalele dumneavoastră ar trebui să se bazeze pe risc, în primul rând, și să facă diferența între eroare și fraudă.

Pe de altă parte, cred că rapoartele trebuie să fie complete chiar dacă lucrurile poate merg bine, atunci ar trebui spus în aceste rapoarte că este bine. Poate vă uitați și la contribuția în natură și la drepturile de proprietate și, poate, pe baza tuturor acestor lucruri faceți și propuneri de simplificare.

Și un ultim lucru, ați fost membru în Comisia pentru afaceri juridice și în Comisia pentru afaceri constituționale, poate faceți ceva anul acesta cu descărcarea bugetară pentru Consiliu, pentru că neacordarea descărcării bugetare pe un număr mare de ani fără nici un fel de consecință pune în pericol, cred eu, credibilitatea acestui proces.

(Vorbitorul a acceptat să răspundă unei întrebări adresate în urma ridicării cartonașului albastru, în conformitate cu articolul 162 alineatul (8) din Regulament).

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Tisztelt Képviselő Úr! Egyetértünk abban, hogy nagyon fontos, hogy a Bizottság, illetve a Számvevőszék számbavételi módszertana nagyon sokat közelített egymáshoz, és ezáltal reálisabb hibaszázalékokat kaptunk. De azt kérdezem, hogy Ön lát-e olyan mechanizmust, amelynek révén az egyes években keletkezett számokat az egész pénzügyi ciklusra is lehessen értelmezni, tehát magyarul, hogy ne legyen abból valami rettenetes nagy baj, ha esetleg egyik évben jobb, a másik évben meg kevésbé jó a hibaszázalék, de aztán összességében meg mégiscsak jó.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *blue-card answer.* – This intervention is an answer. I did not see a question in this intervention. Did you see one?

President. – You can agree or you can disagree.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *blue-card answer.* – Of course. They know very well how they make all the verifications. They cannot check 1 000 billion in seven years, so I think that for the moment they are doing a good job. They have to improve it, of course.

Георги Пирински (S&D). – В годишния доклад за 2015 г. Сметната палата основателно насочва вниманието към необходимостта да се възстанови доверието на европейските граждани, като се покаже, че техните средства се оползотворяват по възможно най-добрия начин. В тази връзка докладът основателно откроява спадащия процент на грешки, както и факта, че 96,2% от ресурсите са били разходвани при съблюдаване на правилата, като едновременно с това, разбира се, обективно назовава съществуващите проблеми.

Нещо повече, Палатата изтъква решаващото значение на крайните резултати, а не просто спазването на правилата сами за себе си. При това тазгодишният доклад се появява в момента на средносрочния преглед на МФР, който е длъжен да мобилизира всички необходими ресурси в борбата срещу младежката безработица, бедността и социалното изключване, както и предизвикателствата на миграцията.

Имайки предвид казаното, аз съм убеден, че Палатата заслужава да бъде поздравена за своята работа, вложена в този високо съдържателен и добавящ стойност доклад.

Beatrix von Storch (EFDD). – Herr Präsident! 2015 ist das dritte Jahr in Folge, in denen die Ausgaben der Kommission die Obergrenze der Planung überschreiten. Die EU hält sich nicht an ihr Budget.

Jetzt greift sie zu immer neuen Finanzierungsmechanismen, die den EU- Haushalt ganz umgehen. Sie bildet Schattenhaushalte, die dann nicht mehr der Prüfung durch den Rechnungshof unterliegen. Eine ganz neue Qualität dieses Schattenhaushalts ist der EFSI. Wir sollten ihn nicht Juncker-Fonds nennen, sondern Junckers Schattenhaushalt.

Der Rechnungshof spricht davon, dass die Kommission ein erhebliches Beurteilungsermessen hat für diesen Fonds, indem sie ihn nicht als gemeinschaftliche Tätigkeit klassifiziert. 285 Euro für jeden Bürger der Europäischen Union werden so ohne die Kontrolle des Rechnungshofes ausgegeben.

Sie wundern sich, warum Sie die Menschen verlieren. Sie wundern sich, warum sich immer mehr Menschen von der Europäischen Union abwenden – unter anderem wegen so etwas. Sie sollten sich fragen, wie Sie die Menschen zurückgewinnen können: „Entbrüsseln" Sie sich!

Olaf Stuger (ENF). – Ik wil een compliment maken aan de leden van de Europese Rekenkamer, want zij zijn de rots in de branding midden in de zee van verspilling. Ik zou ze dan ook namens de belastingbetaler willen oproepen om met dit werk door te gaan – doortastend, met lef en met moed.

Maar ik heb een minder vrolijk bericht voor mijn collega's van de grote fracties – de PPE-, S&D-, ECR- en ALDE-Fracties – die al 21 jaar één keer per jaar zogenaamd heel kritisch zijn, en alle andere dagen van het jaar elke begroting die ze voor zich krijgen blind tekenen.

Voorzitter, dat is de hypocrisie waar de EU aan ten onder gaat – en daar ben ik helemaal niet op tegen – en dat is ook de reden waarom de Nederlandse belastingbetaler massaal afhaakt bij elke besteding en elk beleid van de EU.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty.* – Pane Stugere, vy si dovolíte tady, v této úctyhodné sněmovně, hodnotit práci poslanců PPE, S&D, ALDE a dalších skupin a kritizovat, že jednou ročně my tady kritizujeme rozpočet.

Co víte o naší práci? Kolikrát jste byl na jednání o rozpočtu ve výboru CONT, kolikrát jste viděl naši práci, kolikrát jste viděl projíždění *discharge*? Pane kolego, nestálo by za to, abyste skutečně začal v této sněmovně někdy pracovat a zúčastnil se jednání výboru CONT? Děkuji za odpověď.

Olaf Stuger (ENF), *"blauwe kaart"-antwoord.* – Dank u wel voor uw vraag. Ik heb het niet over uw kwaliteit. Ik heb het over uw principes: u verloochent de belastingbetaler. Dat doet u hier al 21 jaar en dat blijft u doen. Daardoor zorgt u voor uw eigen ondergang, en dat zullen we de aankomende jaren blijven zien.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Michael Theurer (ALDE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Herr Kollege! Ich möchte die Frage nochmal präzisieren: In den zweieinhalb Jahren als Haushaltskontrollausschussvorsitzender habe ich Sie kein einziges Mal bei uns gesehen, um die Arbeit der Haushaltskontrolle zu machen, in den vergangenen zwei Jahren auch nicht.

Also wie oft waren Sie da? Welche Anträge haben Sie gestellt? Und wie kommen Sie dazu, hier das Haus zu beschimpfen, wenn Sie selber konkret nicht sagen können, was Sie in der Haushaltskontrolle gemacht haben?

Olaf Stuger (ENF), *"blauwe kaart"-antwoord.* – Mijnheer, dank u wel voor uw vraag. Ik ben hier nu tweeënhalf jaar. Ik heb hier voldoende gezien. Ik heb voldoende meegemaakt. Ik heb voldoende gelezen en ik heb hier altijd tegen de zaken gestemd die de Nederlandse belastingbetaler in de wielen rijden en waar de Nederlandse belastingbetaler verschrikkelijk veel geld aan kwijt is. Dat heeft u niet gedaan en u wordt er elke dag weer op gewezen. Kijkt u maar naar de peilingen. Kijkt u maar naar Brexit. Kijkt u maar naar alle referenda die gehouden worden. Daarmee worden u en uw gevestigde orde in één keer weggestemd.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Nechtěl jsem svůj čas využít na reakci na projev kolegy, ale je vidět, že o naší práci vůbec nic neví. Já doufám, že do příštího zasedání zjistí, že práce poslance EP není jen o tom hlasovat tady ve Štrasburku.

EU musí čelit v současné době, pane předsedo a paní místopředsedkyně Evropské komise, řadě zásadních událostí ovlivňujících budoucnost. Nejhlubší dopad na naše fungování má dozajista ztráta důvěry evropských voličů a obecná nespokojenost občanů s EU.

To je ale něco, co my musíme změnit. My jsme EU, my jsme za EU zodpovědní. Nejde o to bezhlavě utrácet nějaké peníze, ale jde o to se zamyslet nad efektivností. Já tady nebudu kritizovat 3,8 nebo 2,2 % chybovosti, protože ten, kdo nezná kontext a neví třeba to, že v Moldávii se za jeden rok pětkrát změnila vláda a že nemáte partnery na to, abyste mohl v tomto státě cokoliv vyjednat, pak bude tady kritizovat, že je tam určitá chybovost. Jsou to, dámy a pánové, jen čísla.

Naopak do budoucna musíme zabránit tomu, aby evropští občané nechápali evropské financování pouze jako příležitost pro podvody a korupci. Poslední věc, pane předsedo, dovolte mi, abych zmínil, že já věřím v ambicióznost paní komisařky a věřím v to, že se bude snažit dostat chybovost na 2 a méně procenta.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Teisingai pastebėta, jog būtina susigrąžinti mūsų piliečių pasitikėjimą Europos Sąjungos institucijomis, ir Audito Rūmų vaidmuo šiame procese yra labai svarbus. Jau eilę metų jie savo ataskaitose pabrėžė būtinybę užtikrinti geresnį finansinį valdymą tiek Komisijos, tiek valstybės narių lygmenyje. Tačiau ir šiemet buvo nustatyta, jog 2015 metais išliko didelis klaidų lygis, ypač išlaidų kompensavimo schemose. Tokia situacija nėra patenkinama, o Komisija ir valstybės narės neįdeda pakankamai pastangų keičiant mokėjimo ir kontrolės principus.

Būtina pažymėti, jog daugėja finansinių priemonių, tokių kaip strateginių investicijų fondas, kurios nėra finansuojamas iš Europos Sąjungos biudžeto ir nepatenka į audito sritį. Tai kelia didelę grėsmę finansinei atskaitomybei, iškreipia tinkamo finansų valdymo ir kontrolės principus. Komisija privalo imtis reformų gerinant Europos Sąjungos finansinį valdymą, kad jis užtikrintų ir sukurtų realią pridėtinę vertę bei didesnį patikimumą visai Europos Sąjungai ir jos piliečiams.

Claudia Schmidt (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Frau Kommissarin, sehr geehrte Kollegen! Zuerst einmal danke für den sehr umfangreichen, aber auch interessanten Bericht. Dennoch gibt es einige kritische Punkte anzumerken. Allen voran das Wichtigste: die Prüfung der Sinnhaftigkeit der EU-Ausgaben. Jeder Euro muss sinnvoll genutzt werden. Die Verwendung der EU-Gelder muss Resultate bringen. Es reicht nicht, zu überprüfen, ob der Rechtsrahmen erfüllt wurde. Mehrwert für die Bürger ist wichtiger als irgendeine Planerfüllungstheorie. Da besteht massiver Verbesserungsbedarf.

Zweitens erscheint mir die Auswahl der kontrollierten Projekte nicht transparent und nachvollziehbar genug. Ein Stichprobensystem, das nicht alle gleich behandelt beziehungsweise die Finger auf die bekannten Wunden legt, sondern vielmehr bekannte Problemländer wie zum Beispiel Bulgarien genauso oft kontrolliert wie zum Beispiel Österreich, erscheint mir unlogisch.

Das Geld des Steuerzahlers muss verantwortungsbewusst ausgegeben werden, und das sollte sich auch in der Kontrolle widerspiegeln. Deswegen sollte der Weg zur repräsentativen Stichprobe schnell angegangen werden. Und ich hoffe, dass im nächstjährigen Bericht alle diese Anregungen berücksichtigt werden.

Petri Sarvamaa (PPE). – Mr President, I would like to thank the President of the Court of Auditors for this annual report. It is a piece of good work. The error rate this year is 3.8. Those are errors, not fraud, but finding them cost a lot of time and money.

To me these errors are proof that too many people have a hard time understanding the rules to begin with. So we clearly need simplification of rules. In addition, we need more transparency in the use of EU money. It is impossible to fix problems if we do not know exactly where the problems are. In shared management we should be able to count on the information provided by the Member States; we hear about this every year, so clearly this is something that we need to pay special attention to. So may the force be with you in this extremely important task.

Procedura „catch the eye"

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, zahvaljujem svim kolegama na ovom dobrom izvješću, posebno kolegama u Revizorskom sudu.

Naravno neupitno je da je naš zajednički cilj dobro upravljanje javnim novcem i uloga Revizorskog suda u tome je jako važna. Važno nam je ne samo zakonito i namjensko korištenje sredstava, nego i učinkovito i djelotvorno korištenje sredstava i jako mi je drago da je potpredsjednica Georgijeva istaknula orijentiranost na rezultate. Upravo me to potaknulo da se javim.

Istaknuli ste i pojednostavljenu metodu obračuna troškova, a bitno je da se zapitamo zašto države članice ne koriste tu metodu, iako je na raspolaganju. Ništa nećemo izmjenama regulative promijeniti ako se ne promijeni i stav revizora. Često države članice kažu da su upravo revizori ti koji su još uvijek orijentirani na inpute, a manje na outpute i outcomeove, a upravo metoda pojednostavljenih troškova inzistira na outcomeovima, pa pozivam i Revizorski sud da pojača edukacije i razmjene znanja na tu temu.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie Presidente della Corte dei conti per l'ottima relazione. L'utilizzo dei fondi strutturali da parte degli Stati membri viene spesso rallentato da ragioni di ordine burocratico e dalla sovrapposizione di normative europee e nazionali in ambito contabile. La Commissione dovrebbe attingere all'esperienza maturata nei periodi di programmazione precedenti e condurre un'analisi delle norme di ammissibilità nazionale, fornendo orientamenti agli Stati membri su come semplificare ed evitare norme inutilmente complesse ed onerose che non aggiungono valore ai risultati che devono essere conseguiti. Urge, ad esempio, chiarire agli Stati membri il concetto di IVA recuperabile, specie per i beneficiari pubblici, al fine di evitare differenze interpretative e un uso

non ottimale dei fondi UE. Condivido pienamente la raccomandazione della Corte dei conti affinché la Commissione chiarisca dettagliatamente i collegamenti tra la strategia Europa 2020, il quadro finanziario pluriennale e le sue priorità al fine di rafforzare le disposizioni in materia di monitoraggio e rendicontazione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε του Ελεγκτικού Συνεδρίου, η απαξίωση της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στην οποία αναφερθήκατε, οφείλεται κυρίως στις πολιτικές που ακολουθεί και στα αποτελέσματα που επιφέρουν οι ενέργειές της, διότι η Ευρώπη σήμερα έχει γεμίσει με στρατιές ανέργων. Έχουμε φτωχούς, έχουμε τεράστια προβλήματα. Έπειτα, τίθεται πάντοτε το ερώτημα του τρόπου με τον οποίον δαπανώνται τα χρήματα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Φτάνουν πράγματι στους ανέργους; Φτάνουν πράγματι στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις; Και εδώ υπάρχει το ζήτημα της διαφάνειας στο οποίο έχουν αναφερθεί όλοι.

Ταυτόχρονα, υπάρχει και το θέμα της αποτελεσματικότητας: πιάνουν τόπο τα λεφτά της Ευρωπαϊκής Ένωσης; Θέλω να δείτε λοιπόν το προσφυγικό θέμα, όπου δαπανώνται ορισμένα χρήματα. Δεν είναι πάρα πολλά, ιδίως αυτά που δίνονται για την Ελλάδα, έχουν όμως διατεθεί 345.000.000. Το ερώτημα είναι: πού πάνε τα χρήματα αυτά, διότι αυτή τη στιγμή κάνουν πάρτι οι ΜΚΟ που παίρνουν τα χρήματα. Πρέπει να διεξάγονται έλεγχοι, για να υπάρξει αποτελεσματικότητα στα ποσά τα οποία έχουν διατεθεί για τη στήριξη των μεταναστών και των προσφύγων στην Ελλάδα.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Mislim, da – seveda – se zaupanje javnosti krepi tudi z racionalno in pravilno porabo javnih sredstev in zato so toliko bolj pomembna tudi poročila, ki jih Računsko sodišče pošilja v javnost.

Mislim, da bi morali opozoriti tudi na to, da je treba povečati vlogo notranjih revizorjev v državah članicah in s tem zmanjšati tveganja za napake, in tako bi lahko stopnja napake se znižala tudi pod 2,5 %, kar je že blizu praga same pomembnosti. Je pa res, da je stopnja napake … ni celovit odgovor, kako smo porabili sredstva.

Zato, seveda, je še veliko prostora za vprašanja o smotrnosti, učinkovitosti. In – seveda tudi – Računskemu sodišču bi toplo priporočil, da opravlja čim več tako imenovanih „follow up“ revizij, v katerih bi preizkusili izvrševanje njihovih priporočil. Da torej ni vsako leto poročilo sestaveljno znova.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα συμπεράσματα της έκθεσης του Ελεγκτικού Συνεδρίου εγείρουν ισχυρές ανησυχίες για την πραγματική επιδίωξη των εφαρμοζόμενων πολιτικών της Ένωσης. Η Επιτροπή αρνείται την κατάρτιση πρόβλεψης ταμειακών ροών βάθους 7 έως 10 ετών προς διευκόλυνση των εμπλεκομένων στην εκτίμηση των μελλοντικών αναγκών σε πληρωμές. Αυτό παρακωλύει την επιχειρηματικότητα και τη βιωσιμότητα. Αυξάνουν τα χρηματοοικονομικά μέσα και δεν χρηματοδοτούνται άμεσα από τον προϋπολογισμό της Ένωσης ούτε υπόκεινται στον έλεγχο του Ελεγκτικού Συνεδρίου. Αυτό ενισχύει την αδιαφάνεια.

Τα δύο αυτά στοιχεία είναι αρκετά για να αποτυπώσουν την πραγματικότητα. Δημιουργείται ένα ασαφές και θολό περιβάλλον, όπου οι πιστώσεις κατευθύνονται εκεί που επιβάλλει το ιδιοτελές πολιτικό συμφέρον ορισμένων. Το διατυπώνει ξεκάθαρα η εν λόγω έκθεση. Τα ευρωπαϊκά θεσμικά όργανα έχουν, ως ένα βαθμό, απολέσει την εμπιστοσύνη των πολιτών της Ένωσης. Οι επικεφαλής των θεσμών οφείλουν να αλλάξουν πολιτική, να σταματήσουν τις τεχνικές χειραγώγησης, να σκεφτούν τους πολίτες και όχι τα συμφέροντά τους.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, it is a bit unfortunate that the Court of Auditors report, which is a very serious analytical document that helps us improve our work year after year, is also used to make claims that are simply false. Our accounts have been signed for the ninth year in a row. We have been given a clean bill of health from that perspective.

An error of 3.8% is exactly what it says. This is not money that has been stolen. This is not money wasted. It is money that is not accounted for properly in accordance with the rules. This is simply a fact, but it is also important that in this reflection we take from the Court of Auditors the messages that are helpful for us to do better, including in terms of bringing down the risks and the materiality of error, and that is the commitment I give.

My huge respect goes to the people who implement projects. In their vast majority they do a very good job and as a result of that there are better roads, more jobs, more functioning municipalities, and even a Noble Prize won because of EU funding being used wisely! It is for these people I want to finish, by saying that yes, we have to push where there are problems, but we also have to be grateful to those who make the life of European citizens better and I will finish by expressing my appreciation for them.

Klaus-Heiner Lehne, *Präsident des Europäischen Rechnungshofs*. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte mich zunächst noch einmal für die Glückwünsche bedanken, die ja vielerseits ausgesprochen worden sind, und auch für die lobenden Worte.

Gestatten Sie mir einige Anmerkungen zur Klarstellung, auch zu dem, was gesagt worden ist. Ich glaube, wenn man sich einmal rückblickend die Entwicklung der EU-Finanzen über einen Zeitraum von 20 Jahren anschaut, dann ist durch die Zusammenarbeit von Rechnungshof, Parlament und Kommission enorm viel erreicht worden. Wenn wir heute von einer Fehlerquote von 3,8 % reden, dann ist das objektiv immer noch zu viel. Aber verglichen mit den Verhältnissen, die gegen Ende der 90er Jahre geherrscht haben, ist das ein gewaltiger, ein gewaltiger Fortschritt, wenn ich das einmal hier an dieser Stelle ganz deutlich so sagen darf.

Das ist eine gemeinsame Leistung, die hier erbracht worden ist. Die ist noch lange nicht da, wo wir hin müssen, aber es ist schon ein ganz gewaltiger Fortschritt, der über diese 20 Jahre langfristig erreicht worden ist. Richtig ist auch, Herr Zeller hat das angesprochen, dass die Zahl der von uns aufgedeckten Betrugsfälle - wobei, wenn ich von aufgedeckt rede, heißt das nicht, dass das abschließend geklärte Fälle sind, sondern hier gab es nur einen ausreichenden Anfangsverdacht im Rahmen der Prüfungen, die wir für dieses Prüfungsjahr gemacht haben – genau zwölf – die Zahl12 – betrug.

Die Fälle sind natürlich unmittelbaren OLAF weitergeleitet worden und ich gehe davon aus, dass OLAF intensiv in diesen Fragen ermittelt und da, wo sich der Betrugstatbestand erhärtet, auch die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen wird.

5,5 Mrd. EUR – man kann das nicht sagen – sind nicht verschwendet worden. 5,5 Mrd. EUR sind nicht entsprechend den Regeln ausgegeben worden. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Das ist bei weitem nicht das gleiche. Wir haben komplexe und komplizierte Vorschriften in dieser Europäischen Union – jeder weiß das. Sie alle, die Sie hier sitzen, sind ja auch an der Entscheidung über diese Regeln mit beteiligt.

Es passieren Fehler – zu viele, keine Frage. Aber es passieren auch wegen der Komplexität dieser Regeln Fehler. Das sagt aber nicht, dass die Gelder, die dann ausgegeben worden sind, auch tatsächlich sinnlos ausgegeben worden sind. Sie sind halt fehlerhaft ausgegeben worden.

Unsere Prüfung im Rahmen des Jahresberichts hat nun einmal als Schwerpunkt die Überprüfung der sogenannten Compliance. Dazu sind wir nach dem Vertrag gezwungen, wir müssen das nach dem Vertrag machen, die Rechtmäßigkeit und die rechnerische Richtigkeit zu überprüfen. Dabei werden eben solche Fehler entdeckt, und sie werden dann im Rahmen der Fehlerquote und im Rahmen unserer Berichterstattung entsprechend berücksichtigt. Ich denke, dass das noch einmal eine ganz notwendige und klare Klarstellung ist.

Wir sind allerdings auch der Ansicht – und das habe ich auch in der Rede schon gesagt, und das geht glaube ich, auch aus dem Bericht hervor -, dass es auch Aufgabe des Rechnungshofs ist, sich nicht alleine mit der Frage der Compliance zu befassen, sondern auch mit der Frage der Performance, und dass der Aspekt der Performance eine immer größere Bedeutung gewinnt.

Die Vizepräsidentin der Kommission hat darauf hingewiesen und viele unserer Sonderberichte zeigen das ja auch, dass es nicht hilft, wenn eine Straße oder ein Hafen oder Flughafen korrekt gebaut ist, aber eigentlich das Bauwerk keinen Sinn macht. Das ist etwas, was in einem weit stärkeren Maße auch im Rahmen der Prüfungen berücksichtigt und adressiert werden muss, damit solche Dinge in Zukunft nicht mehr passieren, sondern die Mittel nicht nur korrekt, sondern auch sinnvoll ausgegeben werden. Darum muss ein besonderer Schwerpunkt der Prüfungen und der Aktivitäten der Kommission auch auf diesen Aspekt hin ausgerichtet sein.

Zum Thema Transparenz: Das ist ja verschiedentlich angesprochen worden, das ist wirklich einer der zentralen Punkte. Ich habe vollstes Verständnis für die politischen Nöte angesichts des enorm starren europäischen Haushalts, der im Grunde über sieben Jahre hinweg relativ unflexibel angelegt ist, dass dann, wenn neue Herausforderungen entstehen, plötzlich die Politik entscheiden muss, neue Finanzierungsquellen, neue Ideen und neue Instrumente aufzutun, mit denen man an diese Herausforderungen herangeht.

Wir dürfen aber nie aus dem Auge verlieren, dass dieses ständige Kreieren neuer Finanzinstrumente nicht zur Übersichtlichkeit beiträgt, dass dies natürlich auch Risiken beinhaltet, dass das kein Beitrag zur Transparenz ist. Also darf man nicht aus dem Auge verlieren, dass zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft – ich hoffe in der nicht allzu fernen Zukunft – wir das auch alles wieder unter einem Dach zusammenfassen müssen, damit die Transparenz letztendlich erhalten bleibt.

Das Thema Mehrwert und *added value,* da brauche ich nichts mehr dazu zu sagen. Wir wollen tatsächlich auch mehr qualitative Elemente in die Bewertung hineinnehmen und erwarten auch, dass von Seiten der Kommission diese qualitativen Elemente in stärkerem Maße Berücksichtigung finden.

Zur Vereinfachung – das ist von Herrn Liberadzki, von Herrn Ashworth und Herrn Valli angesprochen worden: Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich sage das hier noch einmal: Einfache Regeln sind besser. Aber wenn sie zu einfach sind, d. h., wenn sie nicht mehr die Kontrolle im Hinblick auf die Sinnhaftigkeit und Performance ermöglichen, machen sie auch keinen Sinn. Das heißt, die Vereinfachung der Regeln muss auch mit einer stärkeren Prüfung der Effizienz einhergehen und dessen, was am Ende dabei wirklich herauskommt,einhergehen. Das ist eine entscheidende Voraussetzung für die Vereinfachung. Beides muss in einem Schritt geschehen und passieren.

Herr Zdechovský und Herr Marinescu haben darauf hingewiesen, dass es mit Recht auch positive Entwicklungen in der zurückliegenden Zeit gegeben hat.

Zu der Anmerkung von Herrn Pirinski und auch zu dem, was Frau von Storch gesagt hat, will ich nur kurz darauf hinweisen, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen unsere Stellungnahme sowohl zur Halbzeitüberprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) als auch zum EFSI abgeben werden. Dazu will ich jetzt nichts sagen, Sie können sie dann lesen, wenn sie fertig ist.

Zu der Anmerkung von Frau Schmidt: Die Auswahl der Stichproben ist eine international anerkannte Methode; die werden zufällig ausgewählt. Ich glaube, daran gibt es von Seiten der Experten und Fachleute keinen Zweifel.

Bei Herrn Šoltes bin ich sehr dankbar, dass er die Rolle des Hofes noch einmal ausdrücklich betont hat. Er hat ja selber einschlägige Erfahrungen durch seine berufliche Erfahrung und Tätigkeit in diesem Bereich.

Es ist wirklich so: Es ist unsere Aufgabe, den Finger in die Wunde zu legen, Risiken so früh wie möglich zu erkennen, Probleme zu beschreiben, aber immer mit dem Ziel, dass am Ende daraus Konsequenzen gezogen werden und die Situation sich verbessert.

Und noch einmal, wenn ich rückblickend in die Vergangenheit sehe: Zurzeit sind die Schritte natürlich langsamer und schwerer. Aber wenn ich rückblickend in die Vergangenheit schaue, glaube ich schon, dass über einen mittelfristigen – auch langfristigen – Zeitraum deutlich positive Veränderungen feststellbar sind. Ich denke, das gehört der Ehrlichkeit halber auch dazu, dass man das hier einmal ausspricht.

Președinte. – Dezbaterea a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Julia Pitera (PPE), *na piśmie*. – Europejski Trybunał Obrachunkowy odpowiada za kontrolę finansów Unii Europejskiej. Jest niezależnym, zewnętrznym audytorem, którego zadaniem jest badanie zgodności z prawem i prawidłowości wszystkich wydatków i dochodów UE oraz ocena racjonalności i prawidłowości zarządzania budżetem. ETO działa w całej Unii Europejskiej. Współpracuje z naczelnymi organami kontroli państw członkowskich oraz międzynarodowymi organizacjami INTOSAI i EUROSAI. W ich ramach uczestniczy w opracowywaniu międzynarodowych standardów kontroli finansów publicznych. Kolegium ETO składa się z dwudziestu ośmiu członków, po jednym z każdego państwa członkowskiego UE. Są oni mianowani na sześć lat przez Radę Unii Europejskiej po zasięgnięciu opinii Parlamentu Europejskiego. Opiniowanie kandydatów do ETO jest uprawnieniem Parlamentu Europejskiego wynikającym z art. 286 ust. 2 Traktatu. Wymogi, które musi spełniać kandydat do Europejskiego Trybunału Obrachunkowego są szczegółowo opisane w art. 286 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej. I wyłącznie te kryteria powinny decydować o jego powołaniu przez Radę do ETO, bowiem tylko one stoją u podstaw podejmowanej przez Parlament Europejski w sposób

przejrzysty opinii. Dlatego budzi głęboki niepokój, że na przestrzeni ostatnich trzech lat – w 2013 r. (1 kandydat) i w 2016 r. (2 kandydatów) – Rada powołała w skład Trybunału trzech członków negatywnie zaopiniowanych przez Parlament Europejski. Negatywna opinia Parlamentu Europejskiego pozbawia ich legitymacji określonej w Traktacie.

10. Kinderschutzpolitik und -maßnahmen der EU im Zusammenhang mit der Migration (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind întrebarea cu solicitare de răspuns oral referitoare la politicile și acțiunile UE pentru protejarea copiilor în contextul migrației, adresată Comisiei (O-000126/2016 - B8-1804/2016) (2016/2954(RSP)).

Gianni Pittella, *Autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Osarugue, di sedici anni, è una ragazza giovane che ha lasciato la sua famiglia in Nigeria alla ricerca di una vita migliore in Europa. Un contrabbandiere nigeriano le ha organizzato il viaggio per arrivare in Europa e le ha imposto di fare lavori forzati per recuperare i soldi per pagare il viaggio. Per molte settimane questa ragazza, lavorando in Libia, per di raggiungere la somma pattuita, è stata costretta a essere abusata sessualmente e sfruttata fino a quando non ha potuto finalmente salire su questa barca per raggiungere l'isola di Lampedusa. Senza acqua per ore e ore, incapace di muoversi, lei e molti altri ragazzi sono stati ammassati in una stiva buia in fondo la barca. Ci sono volute più di 12 ore prima di essere messi in salvo dalla Guardia costiera italiana.

Colleghi, la storia di questa ragazza non è una storia isolata. Purtroppo, è la storia di circa 50 milioni di bambine e di bambini che hanno attraversato i confini del mondo. Tra questi, più della metà sono ragazze e ragazzi fuggiti dalla violenza e dalla insicurezza. Questi bambini sono rifugiati, sfollati o migranti interni, ma non importa da dove provengano o chi essi siano, sono prima di tutto dei bambini! Noi Socialisti democratici abbiamo presentato una richiesta formale di aiuto alla Commissione europea affinché i minori non accompagnati, vittime della crisi migratoria siano adeguatamente protetti. E io mi aspetto una risposta positiva da parte del Commissario, che stimo tanto.

Sulla base del piano d'azione esistente per la protezione dei minori non accompagnati richiediamo un approccio che includa misure concrete per tutti i bambini e non limitate solo ai richiedenti asilo, un approccio fondato sul principio della non discriminazione, come sancito dalla Convenzione delle Nazioni Unite. Molto altro deve essere fatto soprattutto per tutelare e dare priorità ai bambini in base di reinsediamento e proibire la detenzione arbitraria dei bambini. Voglio concludere con una frase di un uomo che sta nel cuore di tutti noi, Nelson Mandela, che ha detto «non ci può essere più acuta rivelazione dell'anima di una società che il modo in cui essa tratta i bambini».

Nathalie Griesbeck, *auteure*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, notre débat porte sur les enfants dans le contexte de la migration et je souhaite revenir sur la situation des enfants non accompagnés, c'est-à-dire ceux qui arrivent ou se trouvent seuls sur notre territoire européen.

En septembre 2013, le Parlement a adopté un rapport sur la situation de ces mineurs non accompagnés. Il y a plus de trois ans déjà, en tant que rapporteure, je proposai et demandai l'adoption d'une vraie stratégie, de vraies mesures et de normes communes minimales dont je soulignai la nécessité pour protéger ces enfants comme il se doit.

Depuis, rien n'a été fait ou presque. À l'époque, il y avait 13 000 mineurs non accompagnés et nous dénoncions déjà l'urgence de la situation. Aujourd'hui, 96 000 enfants non accompagnés sont arrivés en Europe et, naturellement, nous n'avons pas plus de stratégie et pas plus de réponses adaptées.

Rendez-vous compte, Monsieur le Commissaire, que les images de ces enfants seuls et apeurés qui sont la proie de réseaux participent au risque de désastre collectif qui menace notre Europe.

Je tiens à souligner trois points. Premièrement, Monsieur le Commissaire, il faut une stratégie globale pour les enfants non accompagnés. Or, dans l'agenda européen en matière de migration, le mot «enfants» n'apparaît qu'une seule fois pour indiquer qu'un suivi du plan d'action est en cours. Je vous demande où en est ce suivi.

Deuxième point, la relocalisation. Je lance ici un appel aux États membres de l'Union qui se sont engagés à relocaliser 160 000 réfugiés depuis l'Italie ou la Grèce. Nous savons tous que ce n'est clairement pas la priorité des États puisqu'aujourd'hui, seules 6 000 personnes ont été relocalisées depuis l'an dernier. Parmi elles, seuls 75 mineurs non accompagnés ont été relocalisés. C'est une honte! Je ne comprends même pas comment cela peut être possible.

Troisièmement, Dublin. On ne peut pas passer sous silence la révision actuelle du règlement de Dublin, révision malheureuse non pas en elle-même, mais par les éléments qui y sont envisagés. Votre proposition concernant les mineurs non accompagnés, c'est l'exact opposé de la jurisprudence pourtant claire de la Cour qui interdit de balloter les enfants d'un pays à l'autre.

En conclusion, face au courage de ces enfants qui ont traversé une partie de la planète, nous répondons par une sorte d'incapacité à les accueillir comme il se doit. Les solutions existent. Il s'agit simplement d'avoir une volonté politique à la hauteur des valeurs que porte normalement notre Union.

Cornelia Ernst, *Verfasserin*. – Herr Präsident! Im letzten Jahr war unsere Fraktion in mehreren Ländern zu Flüchtlingen unterwegs. Fast immer waren das mehrheitlich Kinder. Die meisten haben nie oder jahrelang keine Schule von innen gesehen. Sie leben in Camps, auf Straßen, in abgerissenen Häusern, in Elendsquartieren, aber auch in Abschiebeknästen wie in der Türkei.

Seit 2014 bis Juli 2016 sind nach Schätzungen von IOM 15 000 Kinder verlorengegangen. Verlorengegangen – das heißt vermisst, tot, ertrunken im Mittelmeer, verdurstet in der jordanischen Wüste, verlorengegangen auf der Balkanroute, verkauft an Da'esh, verwurstet von Organhändlern im Kosovo.

Es gibt keinerlei Schutz, keinerlei Hilfen für Kinder auf der Flucht. Und wenn sie gar unbegleitet sind, dann sind sie völlig auf sich allein gestellt. Das trifft auf 100 000 Kinder im Jahr 2015 zu. Und die Tatsache, dass es eben keine legalen Wege nach Europa gibt, setzt diese Kinder existenziellen Gefahren für Leib und Leben aus. Die EU, die sich immer so vollmundig des Friedensnobelpreises rühmt, versagt hier jämmerlich.

Und egal, wie man sonst zur Flüchtlingspolitik steht, wie man darüber denkt, es ist völlig egal: Man darf diese Kinder nicht hängen lassen. Wir haben eine humanitäre Pflicht, diesen Kindern zu helfen.

Wir als Vereinigte Linksfraktion verlangen die Schaffung eines humanitären Korridors, der es Kindern ermöglicht, auf legalem Weg in die EU zu kommen. Kein Kind gehört in ein Abschiebegefängnis, kein Kind darf einfach abgeschoben werden. Wir verlangen einen Rechtsanspruch dieser Kinder auf eine zügige Familienzusammenführung. Wir verlangen, dass unbegleitete Kinder kostenlose anwaltliche Begleitung erhalten. Wir verlangen, dass Flüchtlingskinder in allen Rechten den Kindern in den Mitgliedstaaten gleichgestellt werden.

Ich sage es abschließend: Diese Kinder können nicht warten, zumal der Winter vor der Tür steht. Es muss jetzt gehandelt werden, und ich erwarte das auch von der Kommission.

Anna Maria Corazza Bildt, *author*. – Mr President, Commissioner: Europe should mean safety for migrant children. There are more and more children coming to Europe, and they are younger and younger: 80 000 only this year, out of which 70 000, according to UNHCR, are accompanied minors. Behind every number there is a tragedy. There is a heartbreaking story. Children are now trafficked, abused, exploited and exposed to terrible suffering. It is happening in Europe today. We have an emergency of more than tens of thousands of children that are going missing. They are running away from reception centres and becoming victims of organised crime. The police, the judiciary, law enforcement authorities have to prioritise children.

We need better rules for cross-border cooperation, better cooperation with Europol, better interoperability of the databases, and yes, welcome to the Commission proposal to reduce the age of fingerprinting from 14 to 6, because it is a way to bring the children and to keep the children into the protection system. And that is our duty: to make sure they enter the protection system and to build the trust, to make sure that they remain in the protection system, not by detaining them. Arbitrary detention of children should not have a place in Europe.

Still we do not have zero tolerance for impunity for abuse of children in Europe, and it is about time that we build this policy. Children should be identified, registered and given the right to ask for asylum. Member States should accelerate the procedures for granting asylum for children. Fast-tracking, relocation and resettlement programmes should be giving priority to children.

I want to conclude by saying that I met, in Sweden, Afghan children, in an organisation they have themselves built, helping each other. Let us start to change the rhetoric. They can be an asset and a benefit to our society if we give them access to education, to health care, to psychological support and to dignified shelter. They are an opportunity for our societies.

Jean Lambert, *author.* – Mr President, at the last Parliament session here we picked up on the issue about what was happening in Calais, and I want to use that as the basis for what I say this afternoon. We saw some of the first children brought from Calais to the UK only in the last few days, where they were greeted by the press saying: 'My God, these do not look like children'. So you think, well, how do you expect a child who spent two years walking from Afghanistan to get to the border of France to look? Not exactly like the 13-year-olds, for example, that we might see in our own classrooms and our own streets.

What we have seen at Calais, and I think we have seen in a number of other places, has been a deliberate foot-dragging by the authorities, even to work with the Dublin system to reunite those with families. We see a lack of dedicated staff for dealing with under-18s. We see children who are identified by NGOs such as Safe Passage, who are then lost by the authorities because they have really got no system to deal with them. We see a lack of support to local authorities who are willing to accept unaccompanied minors, to provide them with school places and foster care. We see a lack of support for family members who may, for example, be not in a good situation to take on their young family members themselves.

How do you feel as a 24-year-old living alone when you are suddenly asked to look after your 14-year old brother that you last saw 10 years ago? We know that there are significant issues around guardianship and child protection. We have known that for years in this House. We know it for children from Europe themselves, as well as for those coming in. So is the Commission satisfied that the new asylum proposals provide a genuine framework for looking after those children from the moment of their arrival to determination of status and beyond? Or are we once again looking at the words, not the reality?

Dimitris Avramopoulos, *Membro della Commissione*. – Signor Presidente, onorevoli deputati, io vorrei ringraziare il presidente Gianni Pittella e gli altri membri del Parlamento per quello che avete detto. Le vostre parole parlano al nostro cuore e ora vi comunicherò quello che penso.

Thank you for scheduling this very timely debate, because it is really very timely. Let me assure you that the protection of children in the context of migration and the current refugee crisis is central to our overall migration policy, both for their short-term as well as their long-term needs.

The Commission, as you will remember, announced in its communication of 10 February 2016 a comprehensive approach to the protection of all children in migration, including unaccompanied minors. These actions are geared towards strengthening child protection systems in the Member States and are now being implemented. The Commission will also evaluate and report by the end of this year on the implementation of the 2010-2014 Action Plan on Unaccompanied Minors.

All our efforts are concerted to address the complex and urgent issues that need to be resolved to ensure the adequate protection of migrant children arriving in Europe. Member States must ensure that they are capable of respecting the rights and meeting the needs of children in migration and addressing several gaps. These gaps include: providing adequate reception conditions, including psycho-social care; prevention of children going missing, and ensuring adequate responses in case they do; effective guardianship; access to information; access to legal counsel and assistance and other procedural safeguards and procedures, such as Dublin transfers and family reunification; and the use of arbitrary administrative detention and inappropriate detention conditions. Let me remind you that detention is never the objective, but can only be a last resort. The Commission is acting to address all these gaps.

The recent legislative proposals to reform the Common European Asylum System include stronger provisions on the protection, care and procedural safeguards for children. These new proposals aim at strengthening the protection of children, including those who are unaccompanied. They address key areas such as ensuring adequate reception conditions, ensuring access to specialised services and education for migrant children, ensuring psycho-social support for victims of trauma, and speeding up family reunification procedures. Nevertheless, more needs to be done to ensure that alternatives to detention are available and used, and to ensure the expansion of family-based care, such as foster care, for unaccompanied children.

With regard to family reunification, our Dublin proposal provides for clear and precise rules and will enhance the efficiency of the system significantly without compromising any essential safeguards. The procedures will be shorter, and current shifts of responsibility between Member States will no longer be possible. It also broadens the concept of «family members» to include the applicant's siblings. One of the main gaps has been on effective guardianship, where we have seen long delays in appointment and guardians being assigned unworkable caseloads of up to 1 000 children. Our asylum reform proposals address this issue. I count on your support and that of the Member States to agree on these reforms, so we can ensure these safeguards in reality as soon as possible.

In addition, the recent Action Plan on Integration Actions addresses education for children in migration. For children in reception centres our asylum reform proposals aim at further strengthening a child's right to access to education, including if they are in detention. Under the Emergency Support Instrument, targeted funding is allocated to additional education activities for children. Outside the European Union, EU funding has been made available to programmes for vulnerable Syrian refugees and host community children and adolescents.

According to the Council decisions on relocation, applications made by unaccompanied children and vulnerable persons shall be prioritised. Despite this, so far very few unaccompanied children have been relocated from Greece and very few Member States have made places available for them. To date, no children have been relocated from Italy. In our recent report we have also raised this issue. As you know, the Commission is monitoring the situation in Greece and Italy very closely and is in continuous dialogue with Member States, urging them to make pledges to relocate unaccompanied children.

Finally, to foster a discussion between those working in asylum and migration and those working in child protection, the Commission is dedicating the 10th European Forum on the Rights of the Child on 29 November 2016 to the protection of children in migration, where there will also be a dedicated side meeting on the guardianship of unaccompanied children.

As I said at the beginning, protecting the most sensitive and the most vulnerable in this refugee crisis – and those are indeed children – is of paramount importance to the Commission. It is one of our priorities. But it needs many more stakeholders and actors involved to make this happen. The Commission counts on the European Parliament as its partner on this. I would like to close by saying that this is not an issue that should in fact be debated. It is an issue that should simply be addressed, urgently and jointly.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

Roberta Metsola, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, in this House we have listened to every single side of the migration debate. I am convinced that we can have a situation where we are humane with those in need of protection, but firm with those who are not eligible. This careful balance must be the basis of any policy and I am happy to debate this at any time. But when it comes to children, politicians do not have the luxury of time.

The anguish of parents who pack a little plastic bag and send their children, often alone, on rickety boats, to Europe, knowing the dangers – but who do it anyway because even a small chance of a better life for their child is better than the certainty that awaits them if they stay behind – is almost unimaginable. The truth is that often those children who survive the journey find themselves in no man's land, alone, vulnerable and easily exploited. The statistics are heart-breaking; thousands of children have gone missing, but only 46 unaccompanied minors have been relocated – forty-six. Yes, we need to make sure that no one abuses loopholes in our system; and yes, we need to ensure that proper age determination is carried out; but states cannot turn their backs.

We need our responses to improve, and we are calling for a series of measures to protect children, including quicker processing times, improving guardianship and access to education, ending arbitrary detention, and getting children reunited with their families. We can do better, and we must do better, because it is true that, as one famous poet put it, no one puts their child in a boat unless the water is safer than the land.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, en todas las crisis humanitarias —sea por causas naturales, sea por conflictos—, el eslabón más débil son siempre los niños: por una parte, pierden sus condiciones de vida y, por otra, se están poniendo en riesgo las que vayan a tener en el futuro.

Apenas uno de cada seis niños emigrantes o desplazados en el mundo viven en la Unión Europea, pero es un número muy importante. El año pasado, más de 300 000 pidieron asilo; fue el doble que el año anterior.

La Unión Europea tiene que comprometerse a varias cuestiones. En primer lugar, respetar escrupulosamente la Declaración de los Derechos del Niño.

En segundo lugar, proveer a los centros de recepción con medios materiales y con asesoramiento cualificado, y ofrecer alternativas humanas –¡humanas!– a lo que hoy son centros de detención o de retención.

Finalmente, proporcionarles educación. Sin educación, no hay futuro para nadie, tampoco para los niños.

Cecilia Wikström, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman! De barn som flyr ensamma utan något vuxet stöd är de mest utsatta personerna på europeisk mark. Vi ser deras utsatthet och hur de riskerar att utnyttjas och utsättas för våld och utnyttjande av skrupelfria vuxna.

Många försvinner, och vi vet att Europol beskriver hur 10 000 har försvunnit det senaste året. Allra mest chockerande och sorgligt är det att se de ensamma barn som levt i den så kallade djungeln i Calais, trots att de har rätt att återförenas med sina familjer i Storbritannien.

Detta är en skam för Europeiska unionen, för bakom de anonyma ansiktena med tomma blickar som vänds mot tv-kameror som kommer på besök så finns det ett namn, ett levnadsöde, en berättelse. I mitt arbete som föredragande för Dublin-förordningens revision så ska vi försöka finna särskilda sätt att skapa säkerhet och trygghet för de här barnen.

Inget barn ska leva på soptippar i Europa, ensamma i kyla och regn, potentiella offer för skrupelfria vuxna. Ingen på jorden har rätt att ta ifrån dem deras barndom på detta sätt. Vårt uppdrag är att ge dem barndomen tillbaka. Att ge dem liv, hopp och framtid. Inte mer och inte mindre.

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Fru talman! Jag tror att det är dags att sluta prata med dubbla tungor. Man kan inte samtidigt ställa sig bakom murarnas politik, som vi håller på att utveckla här, och samtidigt säga att man står för barns rättigheter.

De nya asylförslag som nu förhandlas är barnfientliga. Hur kan man säga att det är barns bästa att ta ifrån dem den bästa chansen de har till trygghet, nämligen att göra som i förslaget, omöjliggöra de permanenta uppehållstillstånden? Hur kan man sätta barn i förvar, försvara det och säga att det är i barns bästa? Att deportera barn är barnfientligt. Att sluta avtal med tredje länder för att skicka tillbaka så många som möjligt är också barnfientligt.

Medan vi pratar här så pågår rivningen av ”the jungle” i Calais, där vi får rapporter om polisvåld mot barn. Hur svårt kan det vara för Storbritannien att ta emot 1 000 barn? Det är dessutom deras rätt att komma dit; de har familj där. I Grekland sitter barn och familjer strandsatta för att medlemsländer inte får till den omfördelning som de har rätt till.

Jo, det är så här: Om vi ska leva upp till barnkonventionen, då får vi ställa om flyktingpolitiken. Då ska vi sätta barns säkerhet och trygghet i centrum och då måste vi också göra upp och sätta stopp för murarnas politik.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, tra le categorie vulnerabili i minori stranieri non accompagnati sono maggiormente vittime dell'assenza di un sistema di accoglienza uniforme a livello europeo, in grado di garantire sia la protezione e la tutela dei diritti, sia strumenti adeguati a chi deve farsi carico dell'accoglienza. In Italia, su oltre 14.000 minori stranieri censiti più di 6.000 risultano irreperibili. La Calabria e la Sicilia sono in Italia le regioni di prima linea che ospitano il più alto numero di minori stranieri. Nella prima fase di accoglienza sono spesso i sindaci dei comuni ad avere per legge la responsabilità maggiore nel far fronte ai bisogni dei minori, svolgendo tale compito tra mille difficoltà, in termini di risorse economiche e di risorse umane e di risorse logistiche. Al fine di ridurre l'esposizione ai rischi che riguardano la salute e l'integrità psicofisica e soddisfare al meglio i bisogni e le opportunità di sviluppo e di educazione, occorre proporre strumenti o misure legislative specifiche, basate sulle migliori pratiche dell'accoglienza ai minori che agevolino e chiariscano soprattutto i compiti, le funzioni e le competenze dei tutori.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – The UK is about to leave the sinking *Titanic* and I worry there aren't enough lifeboats left for your children and citizens. There are 65 million migrants in the world looking for a new home, and they all want to land on the mother ship. Let's take a reasonable assumption that a quarter of them are children. Where are the millions going to go? It's interesting to note the changing language. Until today every migrant was a refugee; now they are migrants. Is this a change in policy? Or are you at last being honest with your real aims to destroy our Western civilisation? My country has taken hundreds of children from Calais, and some man-boys pretending to be children. Where were the French social services for these children? The French lecture us but they abandoned their responsibilities. I believe charity begins at home; but in the UK we cannot even help out own children in need. We need an extra 8 400 foster families; 80 000 are children in care; our social workers are at breaking point. We can't do any more, so please don't lecture the UK. Finally when the *Titanic* sinks along with Western civilisation you will have achieved your goal and genuine child refugees will have been cast adrift, and that's a real shame.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι ανήλικοι που εισέρχονται στην Ευρώπη ανήκουν σε δύο κατηγορίες, στους πρόσφυγες και στους μετανάστες. Η πρώτη κατηγορία είναι αυτή που χρήζει πραγματικής βοήθειας, μιας και εγκαταλείπουν τη χώρα τους παρά τη θέλησή τους, με μέτρα που θα διασφαλίζουν περίθαλψη και ανθρώπινη διαβίωση. Η εκπαίδευσή τους πρέπει να γίνεται στη γλώσσα της χώρας καταγωγής τους και ακολουθώντας όσο το δυνατόν το εκπαιδευτικό σύστημά της. Επιπλέον πρέπει να καταβάλουμε κάθε προσπάθεια για να τερματιστεί η κατάσταση που τους ανάγκασε να γίνουν πρόσφυγες, ώστε να επιστρέψουν μια ώρα αρχύτερα πίσω στις χώρες τους.

Στη δεύτερη κατηγορία ανηλίκων, και με την προϋπόθεση πως η μετανάστευσή τους έχει γίνει μέσω νομίμων οδών, είναι ευθύνη του γονέα, που επέλεξε να σύρει το παιδί του σε αυτή την περιπέτεια, να μεριμνήσει και για την καλή διαβίωσή του. Δεν θα έπρεπε να επιτρέπεται η μετανάστευση ανηλίκων, καθώς η αλλαγή χώρας διαβίωσης είναι μια πολύ σοβαρή επιλογή που δεν θα έπρεπε κανείς να την επιβάλλει. Στους ανήλικους λαθρομετανάστες πρέπει να διασφαλίζεται ανθρώπινη και αξιοπρεπής διαβίωση μέχρι την ταχύτερη επαναπροώθησή τους στις χώρες καταγωγής, ώστε να επανενωθούν με τις οικογένειές τους. Πρέπει να επιβάλλονται αυστηρές ποινές σε όσους χρησιμοποιούν ανήλικα παιδιά, δικά τους ή ασυνόδευτα, σαν μέσο για να περάσουν τα σύνορα της Ευρωπαϊκής Ένωσης εκθέτοντάς τα σε κίνδυνο.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem velmi rád, že tento bod byl zařazen zde na jednání a že se bavíme vysloveně o dětech jako o zranitelných osobách. Poslouchal jsem vyjádření pana komisaře, že plán je připraven a že se nyní implementuje. Doufejme tedy, že bude také realizován a naplněn, nejen že o něm budeme pouze debatovat, a dovolte mi několik poznámek.

Z toho, co tu říkal pan komisař, já si myslím, že by měla Komise více akcentovat boj s organizovaným zločinem, kdy právě děti jsou oběťmi organizovaného zločinu. Padlo to tady několikrát, tisíce dětí se ztratily, bohužel smutná statistika, a je třeba udělat více, aby evropské orgány, justiční orgány a jednotlivé členské země více bojovaly proti této mimořádně nebezpečné trestné činnosti, aby se ministři vnitra zemí EU o tomto více bavili na svých radách, aby toto téma nezapadalo.

Dále zde bylo zmiňováno téma azylového řízení. Já osobně se domnívám, že u dětí je třeba mít specifické podmínky. Zkrátka a dobře, návratová politika dětí do původních zemí je podle mého názoru eticky velmi obtížná, zvláště pokud to dítě stráví několik měsíců nebo let v Evropě a najednou by mělo být vráceno zpátky.

Evropská komise by spíše než debatovat o centralizovaném azylovém řízení měla podle mě řešit, jak dětem, které po určitou dobu jsou v Evropě, umožnit v Evropě zůstat, jak je integrovat do evropské společnosti a dát jim vzdělání. To si myslím, že je to nejvhodnější a nejlepší, co pro ně můžeme udělat.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Köszönöm szépen a lehetőséget Elnök Asszony! Tisztelt Képviselő Úr! Ön helyesen, helyesen említette, hogy ezeknek a gyerekeknek speciális gondozásra és speciális kezelésre van igényük. Ugyanakkor van egy jellemző mozzanat, hogy többnyire azért itt tizenéves, sőt tizenöt, tizenhat, tizenhét éves gyerekekről van szó. Ezek egyik pillanatról a másikra 18 éves korukba lépnek, és akkor már teljesen más szabályok vonatkoznak rájuk. Miközben ugyanarról az emberről van szó, aki alig van itt esetleg egy-két éve Európában. Ezt a küszöböt Ön hogyan gondolja átugrani ezekkel a speciális szabályokkal? A 18. életévet, mert utána már felnőtt.

Jiří Pospíšil (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty.* – Tak to je samozřejmě velmi závažná, palčivá otázka analogie v trestním právu. Když někomu je 17 let a spáchá trestný čin a pak je mu 19 let, tak páchá trestný čin za jiných podmínek. Je třeba, aby pro věk blízký věku plnoletosti zkrátka byla nastavena přechodná pravidla, tak aby opravdu v 18 letech nenastal úplný zlom a pro ty lidi platila úplně jiná pravidla.

Jak už jsem řekl, je-li někdo v mladém věku v Evropě, tak pokud zde nejsou úplně jednoznačné závažné důvody, pak by měl být integrován, nikoliv vracen, a je na Komisi, aby tato pravidla nastavila.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, señor Comisario, todos en esta sesión hemos hablado y hablamos de los más vulnerables en esta crisis migratoria —mal llamada de los refugiados— y en su dimensión más trágica, que es la que afecta a los menores porque, efectivamente, son los más vulnerables.

Pero lo más estremecedor es que crecen en número de forma exponencial: 350 000 llegaron en los últimos dos años; 96 000 de ellos, no acompañados, es decir, sin ningún padre o madre ni persona que asegure su guardia, su custodia y su tutela; un 40 % en los puntos más calientes —Italia y Grecia—; 1 500 ahogados en el Mediterráneo: no solamente el niño Aylan, que efectivamente rompió trágicamente la barrera de la comunicación, sino muchos más «Aylanes» desconocidos.

Y para ello, para hacer frente a esta situación, no basta sencillamente con que invoquemos aquí la Agenda Europea de Migración 2010-2014, ni nuestro propio Derecho en vigor, ni las Resoluciones parlamentarias, ni la Convención sobre los Derechos del Niño.

Hacen falta acciones concretas, acciones en materia de reunificación familiar, de procedimientos de acogida y recepción; prohibición de la detención arbitraria de menores y, en su caso, asistencia jurídica y tutela judicial; apoyo a la salud, a la educación y al desarrollo psicológico de los menores; y, por supuesto, programas de reubicación y de reasentamiento adecuados para asegurar la guardia y custodia de los menores no acompañados. Porque si Europa es una civilización fundada en el Derecho, se retrata exactamente en el modo en que trata a las personas más vulnerables: los menores en el contexto de la crisis migratoria.

Hilde Vautmans (ALDE). – Dit debat komt eigenlijk veel te laat, vind ik. Het is goed dat het gevoerd wordt, maar op dit eigenste moment, vandaag, wordt het kamp in Calais ontruimd. Ik was daar een week geleden, 1022 kinderen, slapend in een erbarmelijk iglotentje terwijl het buiten tegen het vriespunt is. Dat is het beeld van hoe wij in Europa met asielzoekers, met kinderen, omgaan.

Dus, collega's, laten we nu eens echt met de vuist op tafel slaan. Laten we ons nu eens echt samen met de Commissie inspannen om dat actieplan nieuw leven in te blazen. 10 000 kinderen zijn er vermist in Europa. Europol waarschuwt en zegt dat ze in de prostitutie zitten en gedood worden voor hun organen, en wij? Wij doen niets!

Dus twee dingen. Laten we ten eerste een degelijk actieplan maken: hoe vangen we hen op? Hoe zorgen wij dat zij niet opnieuw in handen van mensensmokkelaars vallen? Ten tweede, mijnheer de commissaris, wat gaan we doen om die 10 000 kinderen terug te vinden? Want als wij denken dat zij niet in kelders kunnen zitten, bij mensen zoals wij in België gekend hebben, de zogenaamde Dutroux, dan dromen we. Laten we ze opsporen en redden. Dat is onze plicht.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Ms Vautmans, do you not think that we ought to call immediately on the Commission to adopt a clearly defined and measurable policy framework, a clear mechanism – I might even call it a special mechanism – with a view to employing a comprehensive approach to prevent violence, exploitation and abuse, and strengthen protection systems for the most vulnerable, especially for children?

Hilde Vautmans (ALDE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Ja, uiteraard, collega. Daar kan ik niet tegen zijn. Uiteraard kunnen we dat doen en ik ga zelfs verder. Ik heb heel wat asielcentra bezocht in België en daar bestaan heel goede werkwijzen waardoor we kunnen voorkomen dat kinderen opnieuw verdwijnen in Europa. Laat ons gewoon die goede werkwijzen uitwisselen. Laten we het ook onmiddellijk aan de politie melden en affiches verspreiden als een kind uit een asielzoekerscentrum verdwijnt. En dat niet, zoals nu, pas na een week melden en dan elk spoor bijster zijn. Dus uiteraard akkoord; u zult onze steun hebben.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, sono circa 20.000 i minori non accompagnati arrivati in Europa attraverso l'Italia quest'anno, mentre circa 12.000 erano arrivati nel 2015. Un significativo aumento che trova però il sistema di accoglienza italiano inadeguato a rispondere ai loro bisogni, anche quelli più basilari ed essenziali. Solo quest'anno, più di 5.000 minori sono stati dichiarati scomparsi dai centri di accoglienza. Stiamo parlando di 28 ragazzi al giorno che diventano così invisibili e, conseguentemente, ancora più vulnerabili a fenomeni di abuso, violenza e sfruttamento. Molti di loro si ritrovano confinati per un tempo indeterminato in centri da cui non possono uscire, costretti a vivere in alloggi inadeguati e insicuri, senza informazioni sui loro diritti e nella totale incertezza riguardo al loro destino. La Sicilia ad oggi ospita circa 5.000 minori stranieri, cifra ben più elevata rispetto a quelle di altre regioni italiane. Come se non bastasse 400 comunità per minori stranieri non accompagnati dell'isola sono al totale collasso, con operatori senza stipendio da un anno e pronte ad aprire le porte in uscita. Mi sembra ovvio che, a fronte di questa situazione, l'Unione europea deve intervenire con decisione e senza alcun ritardo.

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Kinder – wo auch immer auf dieser Welt sie sind – brauchen besonderen Schutz. Das hat man nur im dunklen Mittelalter anders gesehen. Im Idealfall – und der sollte im Fokus unseres Interesses liegen – bekommen sie diesen besonderen Schutz in ihren Familien und in ihren Heimatländern. Und wenn ein Kind ein Recht auf Asyl hat – ich glaube, das können wir außer Streit stellen –, dann hat es auch ein Recht auf besonderen Schutz in dem Land, wo dieses Asylrecht gewährt wird.

Eine besondere Situation ist – das wurde heute schon mehrfach angesprochen – die Flucht. Die Flucht von einem Kind ist natürlich eine besondere Ausnahmesituation. Wir wissen etwa von flüchtenden Mädchen, dass diese missbraucht werden, in Lagern aufgehalten werden, teilweise schweren Freiheitsentzügen erliegen, und dass das etwa durch den IS geschieht, aber auch durch andere islamische Gruppen.

Das erinnert auch sehr stark an das Mittelalter. Und das ist wohl auch ein Grund, warum 86 % der Minderjährigen, die in Europa um Asyl ansuchen, männlich sind. Das ist eine Frage, der wir auch besondere Bedeutung schenken sollten.

Stanislav Polčák (PPE). – Já považuji ten problém 65 milionů dětí, které jsou tedy ohroženy, za mimořádně závažný. Chci zdůraznit, že to číslo je neuvěřitelně obrovské. Já se téměř zdráhám věřit tomu, že to číslo je reálné, ale pevně věřím, že ten podklad je správný.

Podle mého soudu musíme souhlasit s tím, že samozřejmě děti jsou nejzranitelnější. Na druhou stranu bychom měli klást největší důraz právě na preventivní opatření, aby k těmto situacím nedocházelo, aby se skutečně takto obrovské číslo nezletilých bez doprovodu nevydávalo na nebezpečnou cestu. Ta opatření, o nich se už bavíme mnohokráte a de facto se neustále opakují.

Měli bychom přispět i k tomu, že problém, který bude narůstat, ta migrace bude nepochybně dále ještě narůstat, tak by měly řešit i další politiky EU, než jenom pouze přílišné omezení se na migraci. Měli bychom zapojit naše další nástroje, které máme k řešení tohoto problému, protože bez skutečných preventivních opatření a potom následných opatření, která budeme realizovat při řešení problému dětí, se neposuneme skutečně ani o milimetr dál.

Julie Ward (S&D). – Madam President, the number of what we call unaccompanied minors reached a record of more than 95 000 last year. Those children – and this is the proper word to use, because we are dealing here with human beings, not legal entities – are at serious risk of abuse, trafficking and exploitation. They experience traumatic situations on a daily basis.

I have visited the Calais and Dunkirk camp several times and I have seen hundreds of desperate children stuck in limbo. Only last weekend I talked to Yazidi children in a camp in Kurdistan where the Turkish authorities are doing nothing. I am particularly concerned today by the situation that will result from the clearance of the Calais Jungle taking place as we speak.

Beyond the issues of relocation and identification procedure, which must be ethical and compassionate, we must ensure access to education and put in place mechanisms to support and heal children who are very often experiencing immense suffering and trauma, often resulting in serious mental health issues. This must be done by taking into account the special needs of children with disabilities and young women and girls.

I also want to highlight the role of non-formal and informal learning, including sport, volunteering, arts and culture, which by providing safe spaces for intercultural dialogue and exchange not only facilitate the social inclusion of refugee children into their new communities, but also address stereotypes, prejudices and discrimination in the host countries. We must act in a concerted way at European level to offer protection to children in the context of migration. A whole generation of children, especially girls and young women, face a bleak future without education. The eight-year-old Yazidi girl I talked to on Saturday is desperate to go to school. We need to invest in her future and the future of all displaced children.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie signor Commissario per la sua presenza e per la sua sensibilità, ma troppe volte nel dibattito sulla migrazione ci siamo soffermati sulla situazione drammatica dei minori e, in particolare, dei minori non accompagnati che spesso spariscono nel nulla e, senza essere registrati né seguiti, continuano a muoversi, a fari spenti, attraverso l'Europa, così andando incontro al rischio di violenze e sfruttamento. Signor Commissario, lei stesso lo ha detto, serve ormai una strategia europea specifica, dedicata ai minori migranti e a quelli non accompagnati. E l'intergruppo sui diritti dei minori, che presiedo, lo chiede e lo ripete da tempo.

Servono procedure semplificate che permettano con rapidità il riconoscimento e il ricollocamento. Serve che i minori stiano il più breve tempo possibile negli *hotspot* e che i centri di accoglienza rispettino le norme minime di protezione per i bambini. Serve che le regioni più esposte ai flussi migratori possano usare dei fondi strutturali da investire in strutture e servizi per l'accoglienza dei minori e servono vie sicure e legali d'accesso all'Europa adatte ai minori e alle loro famiglie. Serve, in sostanza, che sia l'interesse superiore del minore a guidare le politiche europee e le azioni specifiche a tutela dei minori migranti.

Elly Schlein (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bruciano ancora negli occhi le immagini di Calais, dove centinaia di minori vivono in condizioni disperate, provando a saltare sui camion per raggiungere i propri familiari nel Regno Unito. Succede anche alla stazione di Como, dove per tutta l'estate si sono accampate centinaia di persone che ogni notte provavano a passare il confine con la Svizzera e venivano costantemente respinte, impedendo loro di chiedere l'asilo quando molti di questi minori avrebbero avuto diritto al ricongiungimento familiare. In Italia e Grecia le strutture per l'accoglienza dei minori sono del tutto insufficienti, causando promiscuità e condizioni d'accoglienza inadeguate. I tutori spesso non vengono nominati e manca ancora una definizione europea di questa figura e del suo delicato ruolo.

La proposta di riforma di Dublino rischia di peggiorare la situazione dei minori, prevedendo doppi trasferimenti e la possibilità di rimandarli nel primo paese dove hanno fatto richiesta, dimenticando la sentenza della Corte di giustizia 648 del 2013 sull'interesse supremo del minore. Bisogna porre fine alla detenzione dei minori, assicurare la continuità alla loro istruzione e bisogna garantire procedure rapide e prioritarie per i minori nel ricollocamento e nel ricongiungimento familiare. Solo dando loro una prospettiva chiara e certa sul proprio futuro possiamo evitare che scappino, che si nascondano o finiscano nelle mani della criminalità organizzata. Non possono pagare loro la lentezza e l'inefficienza del nostro sistema di accoglienza! Caro Commissario, abbiamo una grande responsabilità.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, relatos que ouvi em Lesbos, Atenas, Indomeni, Roma, Calais, Malmö e outros locais de chegada de refugiados imigrantes são desoladores, revoltantes, incómodos, principalmente quando vêm de crianças a quem falta tudo, incluindo acesso ao ensino, aconselhamento legal especializado, apoio psicológico, tantas vezes pais e familiares, com os riscos que gerações perdidas representam quer para os países de origem quer para a Europa.

Há ainda os mais vulneráveis entre os vulneráveis: crianças desacompanhadas, portadoras de deficiências, de minorias e milhares delas dadas como desaparecidas pela Europol. Em Malmö, polícias disseram-nos que se uma criança sueca desaparecesse revolviam o país à procura dela e dos responsáveis pelo desaparecimento, mas se fosse migrante ou refugiada não havia meios suficientes.

E os nossos governos europeus têm o desplante de invocar razões de segurança quando entregam, assim, crianças a predadores de todo o tipo, associados às redes de traficantes e, portanto, à criminalidade organizada a eles associada, que deixam impunes e cujo negócio, de facto, alimentam.

Comecemos por algum lado contra esta Europa desnaturada, desumanizada. Senhor Comissário, olhemos ao menos pelas crianças.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie Commissario. L'approccio globale al fenomeno migratorio deve garantire politiche di tutela per il sostegno e la protezione ai minori. Ci siamo già espressi lo scorso aprile, dando delle indicazioni chiare alla Commissione e agli Stati membri sulla via da seguire. Abbiamo scelto, abbiamo chiesto l'accesso per i minori all'assistenza legale, sanitaria, psicologica, all'alloggio, all'istruzione, alla missione umanitaria, al ricongiungimento familiare. I minori sono una risorsa e non un fardello. Non possiamo scaricare le nostre responsabilità sulle spalle di volontari e ONG che lavorano incessantemente mostrando all'Europa intera il vero volto della solidarietà. Non vogliamo giungle, non vogliamo muri, non vogliamo barriere, non vogliamo i blocchi stradali contro l'accoglienza di 12 donne e 8 bambini, 8 bambini colpevoli di credere in un mondo migliore. L'Europa, quest'Aula si è già espressa, la sua voce non può restare inascoltata.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora Presidenta, tengo un minuto para defender la necesidad de adoptar medidas urgentes para defender a los niños migrantes y refugiados que están llegando a Europa de manera masiva.

En esta Europa de niños perdidos se calcula que muchísimos de estos niños están en paradero desconocido. Estos niños y niñas son víctimas de abusos sexuales y de trabajos forzados. Estos son niños invisibles. Se les ha robado su dignidad.

Necesitamos que la Comisión, con el apoyo de este Parlamento y del Consejo, adopte un marco político claro y eficaz que sea capaz de defender al menos tres de los derechos fundamentales de los niños, como son el derecho a la educación, el derecho a la protección y el más importante de todos los derechos, el derecho a la vida.

Estoy de acuerdo con usted, señor Comisario, no deberíamos estar debatiendo esto, deberíamos estar todos de acuerdo y avergonzados por lo que estamos viendo que pasa con los menores no acompañados.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! 2015 sökte 35 369 barn asyl i Sverige. Av dessa försvann 300 flickor och pojkar. Och det är inte första gången. Enligt Migrationsverket försvinner cirka 300 ensamkommande barn om året i Sverige. Det här är – som betänkandet visar – ett problem över hela Europa. Enligt Europol har 10 000 barn försvunnit. Många tros ha hamnat i sexindustrin, och mörkertalen är mycket stora.

I Skåne, i södra Sverige, har samordnaren mot människohandel dokumenterat ett 40-tal fall av försvunna, asylsökande barn. De flesta misstänks utnyttjas för sexuella ändamål. Dessa försvinnanden har polisanmälts. Svaret blev att polisen inte har resurser att utreda. Det gör mig väldigt upprörd. Det är vår plikt att prioritera barnen i migrationsfrågan.

Helga Stevens (ECR). – Kinderen lopen grote risico's als gevolg van de nooit eerder geziene migratie naar Europa. Afgelopen zomer bezocht ik de Griekse vluchtelingenkampen, waaronder het kamp in Moria, waar migranten gisteren tijdens rellen het EASO-kantoor in brand staken. De Griekse autoriteiten moeten beter de orde handhaven en voorkomen dat kinderen worden verkocht of in de prostitutie worden gedwongen, zoals we afgelopen zomer in Griekenland zagen.

Maar we moeten ook niet naïef zijn. De huidige wetgeving moedigt misleiding aan. Volwassenen doen zich voor als minderjarigen. Foto's van zogezegde kinderen die het kamp in Calais deze week verlaten, laten zien dat het om jongeren ouder dan 18 gaat. Laat ons eerst de kinderen beschermen die onze bescherming nodig hebben, en diegenen die hiervan misbruik maken door te liegen vervolgens straffen.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Señora Presidenta, señor Comisario Avramopoulos, he escuchado muy atentamente su intervención. Ha repasado todo lo que la Unión Europea tiene que hacer para proteger a los niños en el contexto de la migración y no voy a repetirlo, pero me ha gustado especialmente cómo ha concluido: «Deberíamos simplemente hacerlo». Y así es.

Quiero suscribir la preocupación que han expresado mis colegas, la que tiene este Parlamento, y quiero compartir una pequeña reflexión con ustedes.

Son menores los refugiados sirios objeto de esclavitud laboral en Turquía, como la BBC ha denunciado hace poco. ¿Qué porcentaje de los 6 000 millones que destinamos a Turquía para la migración dedicaremos a acabar con ello?

Son menores los centenares de niños en Skaramagas, en Dunkerque, en Calais, con los que los Gobiernos no saben bien qué hacer, cómo proceder, superados y bloqueados. ¿Podemos dar herramientas legales y financieras a los ayuntamientos para que actúen en coordinación con una ciudadanía dispuesta?

Y por último, son menores los últimos instrumentos de los ataques terroristas en Francia, Alemania, y también los imanes de Ibiza querían que lo fueran en España. ¿Entendemos la importancia de una política común para prevenir, detectar e intervenir en los procesos de radicalización en los jóvenes?

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η Europol εκτιμά πως άνω των 10.000 ασυνόδευτων παιδιών προσφύγων χάθηκαν στην Ευρώπη λόγω των ελλιπών πολιτικών της Ένωσης και της άρνησής της να τους παράσχει ασφάλεια και καταφύγιο. Την ίδια ώρα το σύμβολο ντροπής και αποτυχίας των ευρωπαϊκών πολιτικών για την αποδοχή των προσφύγων, ο καταυλισμός στο Καλαί, κατεδαφίζεται χωρίς να ληφθούν τα κατάλληλα μέτρα για διασφάλιση της ασφάλειας των ασυνόδευτων ανηλίκων. Όσα από αυτά τα παιδιά δεν πρόλαβαν να μεταφερθούν στο Ηνωμένο Βασίλειο και όσα δεν θα στριμωχτούν στα λεωφορεία για μεταφορά τους σε άλλα μέρη της Γαλλίας είναι πολύ πιθανό να πέσουν θύματα λαθρεμπόρων και διακινητών. Ακόμα και σήμερα η τύχη περίπου 1.300 ασυνόδευτων ανηλίκων παραμένει αβέβαιη. Επίσης, χιλιάδες παιδιά προσφύγων είναι θύματα στυγνής εκμετάλλευσης στην Τουρκία.

Κύριε Επίτροπε, η διασφάλιση της ασφάλειας και της ομαλής εγκατάστασης ασυνόδευτων ανηλίκων αποτελεί υποχρέωση της Ένωσης που απορρέει από τη Χάρτα των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων, από τη Χάρτα των Δικαιωμάτων του Παιδιού και τη Σύμβαση των Ηνωμένων Εθνών για τα Δικαιώματα του Παιδιού.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Petnajst milijonov ljudi z otroci beži s področja vojn. Med njimi seveda so tudi otroci, tisti s spremstvom in tudi tisti brez, in te otroke je treba ustrezno zaščititi. Tistim, ki so brez spremstva, je treba nuditi dodatno varnost, treba jim je priskrbeti tudi skrbništvo in ustrezno pravno zastopstvo.

Mnogi od njih nikoli ne pridejo do cilja. 15 tisoč otrok se na tej poti izgubi in končajo v suženjstvu ali pa celo brez življenja. Ti otroci so izčrpani, brez vsega in res potrebujejo našo pomoč. Kakšna družba smo, če jim pri tem ne bomo stali ob strani. In starostna meja se je od leta 2009 — teh otrok – začela znatno spuščati. Sedaj se med otroci najdejo zelo zelo mladi in tudi majhni in ne smemo jim nikoli odvzeti prihodnosti.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Dimitris Avramopoulos, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by expressing my thanks for your interventions. This only confirms how important the issue is for all of us and I am glad that we share this determination. As you know, the Commission is employing a comprehensive approach to the protection of all children in migration, including, as I said in the beginning, unaccompanied minors. Actions announced in February are being implemented and new actions have been and will continue to be identified as part of an ongoing process.

We are now working in order to complete the implementation of the Action Plan on Unaccompanied Minors for the period 2010 to 2014, and we will evaluate and report on this by the end of the year.

Let me reiterate that the Commission is committed to improving the situation of unaccompanied minors on the ground, and is acting on this commitment. Operationally, including by fighting smugglers, but also legally through our proposed reforms. Right now in Greece and in Italy we are offering financial and logistical support for improving the reception conditions for the children.

We are also offering support to relocate unaccompanied children from Greece and Italy to other Member States. In addition, we are monitoring compliance with EU law in terms of the reception conditions and standards offered to minors, as well as with the procedural safeguards stipulated for the benefit of children. Our asylum reform is aimed at improving the conditions and protection safeguards for children – not lowering their standards.

I count on Parliament to support our proposals in the upcoming negotiations with the Member States. Our debate today proves what I said earlier: we are not debating or questioning the issue of protection of migrant children. We all agree on its necessity and the urgency to act.

Puhemies. — Keskustelu on päättynyt.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Minden gyermeket megillet a biztonság és a védelem, ezért az ő jogaikért minden esetben fel kell lépnünk! A kiskorúak közül is az Európába igyekvő migráns gyermekek vannak leginkább kitéve a zaklatás és a kizsákmányolás veszélyeinek, valamint ők esnek a leghamarabb az emberkereskedők áldozatául.

Ezért is nagyon fontos, hogy a gyermekeket a hazájukhoz közeli táborok életkörülményeinek javítása által segítsük, ezáltal elkerülve azt, hogy életüket kockáztatva és számtalan veszélynek kitéve magukat útra kelljenek Európa felé. Ennek egyik legfontosabb eleme a megfelelő oktatáshoz való hozzáférés biztosítása, ugyanis ez elengedhetetlen a gyermekek egészséges fejlődéséhez, de saját közösségük jövője szempontjából is – nem eshetnek ki egész generációk az oktatásból. Az oktatás és a munkalehetőség biztosítása ezekben a táborokban járul hozzá ahhoz, hogy a fiatalok ne radikalizálódjanak. Magyarország is ezért támogatja a libanoni, jordániai, iraki menekülttáborokban az oktatás biztosítását, szorgalmazza kórház építését.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – I numeri della crisi umanitaria che stiamo vivendo sono drammatici. E, come sempre, il prezzo più grande lo pagano i bambini. Autorevolissime fonti, come l'UNHCR, l'Unicef, l'Oxfam, ci consegnano una situazione tragica. Più del 50% dei profughi sono bambini o ragazzi sotto i 18 anni, nei primi 7 mesi del 2016 erano ben 13.705 i minori non accompagnati sbarcati in Italia e poi, il più drammatico, nei primi sei mesi del 2016, 5.222 minori non accompagnati sono stati dichiarati «scomparsi». L'accoglienza dei minori non può seguire le regole, i tempi, le procedure di quella degli adulti. I bambini hanno bisogno di cure, di attenzioni, hanno bisogno di sostegno psicologico, hanno bisogno di rassicurazioni, hanno bisogno di sentirsi al sicuro. L'Europa è ancora la terra dell'accoglienza, abbiamo tutti nella memoria la foto di Emilia Kamvisi, la «nonna» di Lesbo che dava il latte al neonato

arrivato sulle coste dell'Isola. L'Europa è orgogliosa delle sue «nonne», dei suoi «pescatori» di tutti gli eroi improvvisati che salvano la vita di migliaia di persone. Ma ai bambini come quello in braccio a Emilia l'Europa non deve solo salvare la vita, deve offrirgli un futuro.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *por escrito*. –Demoler la «Jungla» sin haber tenido en cuenta antes la protección de las personas más vulnerables es un crimen. Al igual que *Save the Children* y otras ONG, insto a las autoridades francesas a detener el desmantelamiento de la «Jungla» hasta que se encuentre un lugar seguro para todos los niños. Muchos de los 1 300 menores de la «Jungla» siguen en peligro y la situación es cada vez más inestable y tensa. Por otra parte, este Parlamento debería exigir a la Comisión y a los Estados miembros de la Unión que no expulsen a menores no acompañados en virtud de inciertos acuerdos suscritos con terceros países nada seguros, como, por ejemplo, Afganistán. Por último, el bienestar y la dignidad de las 60 000 personas atrapadas desde hace seis meses en Grecia, muchas de ellas niñas y niños, es también responsabilidad de la Unión, toda vez que dio luz verde al cierre de la Ruta de los Balcanes. Y ni estamos ayudando como es debido a Grecia, ni estamos preparados para un eventual colapso, no descartable, del infame acuerdo con Turquía. Ya es hora de que la Unión asuma su responsabilidad y de soluciones concretas para proteger de verdad a los niños en el contexto de la migración. Muchas gracias.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Even as the process of dismantling the Calais jungle began, the fate of about 1 300 unaccompanied child migrants is uncertain. Both the British and French authorities haven't done enough to re-unite children and offer them protection. Now many of them are at risk of disappearing into the hands of smugglers and people-traffickers, adding to the 10 000 children who have already gone missing in Europe. The camp has become a symbol of Europe's failure to respond to the migration crisis, as Member States fight over who should take in those fleeing war and poverty. The refugee crisis hasn't been met with anything close to equitable responsibility-sharing. While developing countries host 86% of the world's refugees, the developed states turn their backs on the world's most vulnerable people, adopting policies aimed at preventing refugees to enter their territory. There's a chronic shortage of facilities and professional care available for child refugees. Many will spend years waiting to be resettled, lacking access to education, healthcare and protective services, which feeds into longer-term issues. With the today's oral question we ask the Commission to adopt a clearly defined policy framework with a view to employing a comprehensive approach for the most vulnerable.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – La moitié des 65,3 millions de personnes déracinées dans le monde sont des enfants, seuls ou accompagnés de leur famille. Ces mineurs se retrouvent dans des situations de forte vulnérabilité, face aux risques de manipulations psychologiques, de violences physiques ou sexuelles, mais aussi d'exploitation par les groupes criminels. L'intérêt supérieur de l'enfant devrait toujours prévaloir sur d'autres considérations, comme le contrôle de l'immigration. Pourtant, les mineurs migrants et réfugiés ne se voient pas accorder l'assistance et la protection spécifiques dont ils auraient besoin. L'Union européenne et ses États membres ont la responsabilité de développer des politiques adaptées pour remédier à ce manquement, en renforçant également la coordination des efforts menés sur le terrain, entre la société civile, les autorités nationales et européennes. Cela passe notamment par des procédures d'asile plus efficaces pour les enfants, la facilitation des procédures de regroupement familial, l'interdiction de la rétention administrative pour les mineurs, mais aussi des conditions d'accueil et d'intégration dignes. Il est aussi indispensable de désigner un tuteur pour chaque mineur non-accompagné. Cette urgence humanitaire ne peut plus attendre. L'Europe doit arrêter de fermer les yeux devant les droits de ces enfants, dont le seul crime est d'être nés sur un autre continent.

11. Lage im Nordirak und in Mossul (Aussprache)

Puhemies. Esityslistalla on seuraavana komission varapuheenjohtajan ja unionin ulkoasioiden ja turvallisuuspolitiikan korkean edustajan julkilausuma Pohjois-Irakin/Mosulin tilanteesta (2016/2956(RSP)).

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I welcome this timely opportunity to join you today. The military campaign to retake Mosul is a critical step in defeating Daesh as a military force and bringing an end to Daesh rule, which has had such disastrous consequences for the people of the region and continues to pose a threat to all of us.

The crimes and the atrocities committed by Daesh, including the killings of innocent civilians in and around Mosul over the past days, are a reminder, if a reminder was needed, of the complete depravity of this organisation. Whilst over the past days there has been progress in the military campaign, we need to be aware that this is an extremely complex operation which will need endurance, perseverance and pressures.

There are bound to be setbacks. Many fears and concerns have been expressed about the conduct and consequences of the campaign. These are real and valid concerns, and they require all of us to watch the events on the ground closely. At the same time, there are two reasons that give me cause for cautious optimism, at least in this opening phase of the campaign, which I would like to share with you.

The first is that the military campaign is based on comprehensive planning and coordination between the Federal Government, the Government of the Kurdistan region and the global coalition. This has led to improved political ties between Baghdad and Erbil. It has seen the Iraqi army enter Kurdish territories for the first time in 25 years with the full agreement of the Kurdistan region. This was unimaginable even a few months ago.

The second reason is that we are confident that the Federal Government, under Prime Minister Al-Abadi, has taken on board the message concerning the need to protect civilians and for the Iraqi army to enter Mosul as a liberator, not as an occupying force. Not only that, it is now the Iraqi Government which is the most vocal advocate of the protection of civilians with government instructions to its forces and to the United Nations and the humanitarian community, reflecting their approach.

This helps to explain why the Shia militia, with the Pershmerga, have been ordered to keep out of the campaign for the city centre. It is the national institutions of the Iraqi army and the federal police, backed by Sunni tribes, that will fight for the city. Again, a year ago this seemed an unlikely scenario but, as I said, we need to keep a watchful eye.

You are all aware of the humanitarian situation and concerns about massive displacement. The way hostilities are conducted will have a huge impact on the safety of the citizens of Mosul, on the perception of the campaign, on civilian infrastructure and on returns and reconciliation.

We also need to bear in mind that the behaviour of both Daesh and the militias is inherently unpredictable and will need to be managed as the campaign develops. Currently, the European Union is ensuring the delivery of principal life-saving humanitarian assistance for all civilians most in need, whoever and wherever they are. This is our top priority. To date we have allocated EUR 134 million to respond to the needs of Iraqi internally displaced persons. Equipment is pre-positioned and humanitarian contingency planning has been done jointly with the Iraqi Government and the United Nations. We are also ready to respond to stabilisation challenges that post-Daesh Mosul poses. Stabilisation after the military campaign is as important as the military campaign itself.

One area in which the European Union is very proactive is the removal of improvised explosive devices, which is a precondition for the return of the internally displaced people. I am confident that Daesh will be defeated on the battlefield, but we can only defeat extremist ideology by addressing root causes which have given terrorist groups a foothold.

In Iraq non-inclusive policies have allowed Daesh to flourish. Therefore, we need to help Iraq in rebuilding an inclusive, peaceful, multi-ethnic and multi-religious society trustful of its state institutions. Inclusiveness, national reconciliation and the rule of law are essential.

On regional dynamics, Iraq's relations with its neighbours are crucial. We are strongly in favour of dialogue between all countries of the region. This is essential as we focus on the primary task of fighting and defeating Daesh in an effective way.

Looking ahead, it is our collective moral responsibility to remain a strong partner of Iraq during these difficult moments. Iraq needs all the help we can give at this critical moment for the country's stability. If we do not do our utmost to help now and ensure that Mosul is both liberated and then stabilised, we will have a much worse situation to deal with, which will have knock-on effects for all the neighbours.

The Council has therefore been looking at what more the European Union can do in Iraq. I call on the Parliament to continue to support all the strands of EU actions, to tackle in a comprehensive manner the multiple causes and consequences of the crisis.

Thank you very much for your attention and I look forward to our discussion.

Lars Adaktusson, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I would like to thank Commissioner Avramopoulos for the important introductory statement. Today we all share the anxiety when it comes to the humanitarian situation in northern Iraq and the risk for extensive loss of lives. In these difficult times we have a responsibility to assist fellow human beings and support a peaceful transition. For centuries Mosul has been a multi-ethnic city which has surrounding areas like the Nineveh Plain. But let us be clear: without international commitment and a European strategy, sectarian conflicts might replace the ethno-religious coexistence and put an end to 1 700 years of Christian presence in the region.

In order to restore human rights and property rights, the resolution we are about to debate supports the idea of establishing an autonomous Nineveh Plain province within the framework of the Iraqi constitution. Furthermore, the resolution emphasises the need for security arrangements and military support to regional defence forces. This is imperative in order to make it possible for refugees and IDPs to return to their ancestral homelands. By passing this resolution, this Parliament will take a lead in the political efforts for a sustainable solution in northern Iraq and its vulnerable minorities.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I will first express my Group's gratitude for the manner in which all political groups were cooperating yesterday in order to adopt swiftly a very balanced and a very serious piece of positioning ourselves under situation in Mosul in the northern part of Iraq. And, once again, our gratitude to all.

The fight for Mosul shows a quick territorial win for the Iraqi-led coalition forces. Mosul is more than a symbol. It is a decisive step in our effort to defeat Daesh. This being said, this is foreseen to be a long-lasting operation and our absolute priority is to protect the civilians. We have to ensure that they will not remain trapped in Mosul under heavy gunfire and bomb attacks, and they are not used as human shields by Daesh. We have to ensure that the military on all fronts will open humanitarian corridors for the citizens and IDPs that flee the fighting.

Therefore my Group calls on all parties to abide by international humanitarian law, to respect principles of proportionality and distinction, and to take all precautions to minimise casualties and to ensure that civilians and civilian infrastructure will be protected, like schools and hospitals, and then they will not be bombed. The evidence of the war crimes and crimes against humanity committed by Daesh should be preserved as a fundamental priority in order to ensure accountability for the perpetrators. With Mosul the Daesh scourge could be largely vanished in Iraq, but Daesh is just a symptom of a larger problem in the Middle East. Until there is a political accommodation between Shia and Sunnis in Iraq and in the region we will not achieve peace in Syria and the terrorism will remain. Finally, it is important to take this opportunity to express our full support for the sovereignty, territorial integrity of Iraq. And then the dramatic need, after Daesh, of a strategy which will involve further humanitarian aid, the re-establishment of the governance, basic services such as healthcare, electricity and education, but also guarantee for the safe return and reintegration of refugees and IDPs, the protection of vulnerable minorities, and the political participation of all religious minorities.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, ten days ago the complex military operation finally began to liberate Mosul. Whilst we should welcome the ultimate removal of the evil scourge of ISIS from a city of 1 million people and the demise of its regime, we should not forget that there will be a heavy price to be paid in human terms.

The barbarity of ISIS's war crimes is already clear, as reports emerge of civilians being used as human shields and brutal beheadings carried out, including of boys, to create a culture of fear and repression amongst the population. As well as many IDPs we must also be prepared for the movement of ISIS fighters. As Mosul falls there is a credible risk that as many as 5 000 jihadists will escape the city and make their way to other Islamist hotspots across the globe, notably Libya, Somalia and Yemen. We will also see some reach Europe, unfortunately. The battle for Mosul is seeing a powerful alliance come together, from the air support offered by the US and EU Member States to the Iraqi security forces and Shia militias on the ground.

As the European Parliament's Chair of the Friends of Kurdistan, I wish today to salute the particularly brave courage of the Peshmerga forces of the KRG who have, and continue to play, a vital role in the fight against ISIS in the Middle East. They have proved to be one of the most effective forces on the ground and we should give them our thanks.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE.* – Señora Presidenta; hay una vieja frase de Napoleón que es verdad: «La guerra se hace con dinero, dinero y dinero». Pues bien, el Estado Islámico se ha estado financiando durante dos años, ante nuestra escandalosa pasividad, con el contrabando de petróleo que daba de unos 14 a 50 millones de dólares mensuales. En el mes de septiembre de 2014, el mismo mes en que yo tomé el acta de parlamentario, impulsé que en los apartados 5 y 6 de la Resolución de septiembre de 2014 se incluyera un párrafo o unas menciones o unos criterios de sanción a quienes negociaran, comerciaran o realizaran cualquier tráfico con el Estado islámico.

Desde 2014, desde el mismo mes de octubre siguiente, continuadamente me dirigí a la Comisión Europea y a la Alta Representante, requiriéndoles que me explicaran cuál era el balance de las investigaciones que habían hecho, cuáles eran los datos que se tenían respecto a las empresas que estaban realizando ese obsceno y criminal comercio, y qué sanciones concretas se habían realizado para que ese comercio parara, para que parara la guerra parando la sangre de la guerra, que es el comercio y el dinero.

Realicé preguntas a la Comisión y a la Alta Representante en octubre de 2014, enero de 2015, octubre de 2015, diciembre de 2015, enero de 2016 y marzo de 2016. Las contestaciones, que son un monumento a la hipocresía diplomática, consistieron en decirme cuáles eran las Resoluciones que significaban prohibición y sanción. No, yo no pedía que me explicaran cuál era el código, sino dónde estaban los delincuentes y qué sanciones se habían tomado. Ninguna.

Mire, en castellano, en español, hay una frase que dice: «Primero creamos la miseria y después llegamos con la caridad».

Yo, francamente, me siento feliz por lo que está pasando ahora y profundamente avergonzado por nuestra hipocresía durante dos años, que ha significado el sufrimiento para centenares de miles de personas en el norte de Irak.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señora Presidenta, todo el mundo tiene claro que hay que derrotar al Dáesh en Mosul, pero en una acción militar de esta envergadura debemos asegurar el estricto cumplimiento del Derecho internacional humanitario y del Derecho de la guerra. Lamentablemente, frente a un enemigo sin escrúpulos y con bombardeos aéreos o de la artillería, va a afectar negativamente a la población.

Sabemos poco realmente de lo que pasa en Mosul, frente a la propaganda asfixiante de lo que pasa en Alepo. Afortunadamente, en Mosul no llamamos rebeldes a los señores de Al Qaeda y sabemos que estos terroristas están utilizando a la población civil.

Nos preocupa, en este contexto, la invasión turca de territorio iraquí, hecha contra la voluntad del Gobierno legal iraquí. Nos preocupan las noticias de un corredor tolerado por Turquía, donde los terroristas se trasladan a Siria y atacan a las fuerzas kurdas y sirias. No, no se acaba así con el Dáesh, con esa tolerancia o comprando su petróleo.

Nos preocupan las propuestas de armar a milicias o a fuerzas locales, porque ello aviva el fuego; solo se debe apoyar al Gobierno federal. Nos preocupa la poca financiación de ACNUR: la Unión Europea debe implicarse a fondo y destinar más fondos.

Hay que preservar la integridad territorial y evitar el error de un Gobierno sectario. Esto lo empezamos en 2003, lo agravamos con otras invasiones y por apoyo al sectarismo por intereses. Ya basta.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Fru talman! Det vi alla har väntat på väldigt länge, dvs. befrielsen av Mosul och alla civila som befinner sig där har ju nu börjat. Men det kommer inte att bli en dans på rosor där den irakiska regeringen går in den ena dagen och utropar seger den andra. Civilbefolkningen i Mosul står inför en humanitär katastrof och vi måste vara redo att hjälpa till.

Vissa från Mosul har lyckats fly till närområdet, men också till Rojava i Syrien. Från Mosul finns det inga säkra vägar ut och människor vågar inte ens gå ut på gatan, än mindre lämna staden. Den dag de kommer kan det röra sig om upp till 1 miljon människor. Hjälporganisationer på plats vittnar om att de idag har kapacitet att ta emot kanske 60 000 i läger och som alla mest 200 000. Det krävs därför ökade insatser från det internationella samfundet för humanitär hjälp och bistånd till området. Stödet måste nå även de som lyckas ta sig till Rojava, där man vittnar om att stödet inte når på grund av Turkiets ovilja att öppna gränsen för hjälpsändningar.

Att befria Mosul kommer inte att leda till långsiktig fred så länge det inte finns en strategi för hur man ska garantera alla folkgruppers fortsatta existens och rätt att återvända till sina hem. Området är hem för många minoriteter som kaldéer, syrianer, assyrier, yazidier, kurder, shabaker, turkmener, kakai och shia.

Om inte de irakiska makthavarna lyssnar på minoriteternas ställda krav på autonomi och ökat självbestämmande och inkluderar dem i förhandlingar om framtida styrelseformer efter befrielsen, så är risken mycket stor att nya interna konflikter uppstår, istället för den långsiktiga fred vi alla önskar oss i julklapp.

(Talaren samtyckte till att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen).

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – I share your concerns, colleague. Only last week someone involved in a major NGO in Iraq highlighted to me how, with winter approaching, there is a severe lack of supply of temporary shelters, and there is a huge humanitarian disaster heading this way. Obviously, as the situation in Mosul changes, more refugees will be fleeing.

Will you join me in calling for the international community to be looking again at this and really looking at the number of temporary shelters that are currently being made available?

Bodil Valero (Verts/ALE), *svar ("blått kort")*. – Självklart tycker jag att det är oerhört viktigt att vi alla, på olika sätt, ser till att det kommer mer resurser till de organisationer som nu arbetar i området.

Vi talade idag med *The Norwegian refugee council*, som besökte oss i gruppen och som berättade just om sina svårigheter att få till dessa många sängplatser som behövs. Det var de som berättade om de 60 000 idag, vad man har, och att det står eller att vi säger "Vi kommer kunna ta emot 700 000". De varnade också för att det kanske inte är mer än 200 000 som vi kommer kunna ha sängplatser till. Därför är det också så viktigt att vi stöttar upp. Inte bara i närområdet, utan också utanför.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è cominciata l'operazione che condurrà alla liberazione di Mosul dai jihadisti del Califfato. Finalmente, vorremmo dire, se non fosse che il disaccordo che finora l'ha impedita permane a tutt'oggi e dipinge un quadro a tinte fosche sul futuro dell'intero Medio Oriente.

All'influenza politica e militare di Teheran sul governo iracheno e alle condivisibili aspirazioni dei valorosi curdi all'autodeterminazione si aggiunge l'inaccettabile posizione del governo turco che ha dispiegato truppe sul suolo iracheno senza l'accordo di Baghdad, violandone quindi la sovranità. Le sibilline dichiarazioni di Erdogan inerenti le frontiere della Turchia fissate a Sèvres da rivedere, unite alla volontà di non essere spettatore nella riconquista, lasciano intendere una pericolosa volontà espansionistica che non possiamo ignorare. Come invece stiamo facendo con questa risoluzione, che infatti non solo non condanna, ma neanche menziona tali gravissimi fatti.

Restando in tema di silenzio pesa molto quello americano in vista delle presidenziali. Una rapida conquista di Mosul rappresenta senz'altro una vittoria importante da poter sbandierare a chiusura di campagna, ma non può essere conseguita a qualunque costo e se il prezzo è creare un corridoio agevole verso la Siria per i jihadisti con lo scopo di destabilizzarla ulteriormente e aggravare la situazione dei civili, noi, quel prezzo, non possiamo accettarlo. Le scelte dei *player* politici non possono, come troppo spesso accade, dimenticare le sofferenze dei civili.

Il nostro ruolo, come europei campioni degli aiuti umanitari, non è sufficiente, se non è accompagnato da una chiara visione sui destini dei territori liberati. Noi sosteniamo la creazione con un processo inclusivo di nuove province autonome per la Piana di Ninive, a Tal Afar, nel Sinjar e ovunque sia necessario per garantire sicurezza e democrazia alle minoranze nei propri territori ancestrali. Non accetteremo però che le ceneri e il petrolio di Mosul divengano oggetto di un vergognoso mercanteggiamento a tavolino sulla pelle dei suoi cittadini, perché Mosul alla fine cadrà e credo anche presto, la sproporzione delle forze in campo troppo grande. Sarebbe già potuta cadere da tempo se la discordia e gli egoismi contrapposti non albergassero le menti delle potenze coinvolte. La storia recente ci insegna che in Iraq il difficile non è vincere la guerra, il difficile è senz'altro il non perdere la pace.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le informazioni che sono state fornite dal Commissario sono scarne e anche un po' ireniche, come se fossimo di fronte a una situazione, tutto sommato, come dire controllabile. Invece siamo di fronte a una situazione che potrebbe trasformarsi in una specie di Stalingrado dell'Oriente. Dio non voglia! Ci saranno combattimenti casa per casa, chi conosce anche solo superficialmente il modus operandi dell'ISIS può facilmente immaginare quella che sarà la resistenza. Useranno le armi chimiche perché, nella disattenzione dell'Occidente, questi guerrieri di Allah si provvedono di armi al cloro e d'iprite. Dentro ci sono gli scudi umani, dentro ci sono moltissimi cristiani e tra l'altro c'è già un'attività di rapimento di intere popolazioni delle zone limitrofe a Mosul che vengono portate all'interno proprio per essere utilizzate. Di fronte a questo l'Europa cosa ci dice? cosa fa? Niente di più di un vago comportamento irenico di una ONG. Un'Europa assente, che non sa nemmeno dirci esattamente come stanno le cose, quanto durerà questo assedio, quali rischi ci sono di fuga dei *foreign fighter*, che misure si prendono a livello internazionale per evitare che ci sia un'invasione mondiale di guerrieri dell'ISIS pronti ad agire, magari anche qui in Europa, magari anche qui a Bruxelles. Non state facendo niente! Siete indifesi e ci lasciate indifesi di fronte a questi rischi!

Aymeric Chauprade (NI). – Madame la Présidente, l'offensive contre Mossoul est lancée. Elle est nécessaire. L'État islamique doit enfin être détruit.

Je veux saluer nos soldats français qui engagent leur vie dans ce combat contre le totalitarisme. Je pense aussi aux soldats d'autres pays européens, aux Américains, aux Russes qui, malgré les divisions, luttent tous contre un même objectif: l'élimination de cet État islamique.

Les cloches recommencent à sonner dans plusieurs villages près de Mossoul. Pour les chrétiens d'Orient, qui ont survécu à tant de tentatives génocidaires de la part de l'Islam conquérant, l'espoir du retour renaît, comme il renaît pour d'autres communautés. Je pense aux Yézidis, qui ont subi ces criminels déniant toute humanité aux femmes, aux enfants et à tous ceux qui s'opposent à leur charia.

L'État territorial islamique va disparaître, mais ce monstre va muter. D'autres problèmes graves pour l'Union européenne vont naître. En Syrie, les effectifs de l'armée syrienne libre croissent déjà étrangement à mesure qu'augmentent les défections au sein de l'État islamique. Nous devons donc cesser de distinguer l'État islamique des autres composantes islamiques. Elles forment, en effet, les diverses facettes d'un seul et même mal: le totalitarisme islamique. Quant aux partisans de l'État islamique ressortissants de l'Union européenne, ils vont revenir, hélas, pour semer la mort et la désolation chez nous.

Soyez-en sûrs, l'effondrement de l'État islamique n'est que le prélude à une guerre planétaire de grande intensité entre les djihadistes et toutes les autres civilisations.

Dans ces conditions, Madame la Présidente, chers collègues, la voix de la raison, c'est la coopération entre toutes les civilisations.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, le groupe PPE a tenu à inscrire à l'ordre du jour le débat sur la situation à Mossoul car, au-delà de l'enjeu primordial de la lutte contre Daech, il s'agit d'une situation humanitaire extrêmement délicate. En effet, plus de 200 000 personnes pourraient être déplacées dans les prochaines semaines.

Nous devons avoir pour priorité absolue de protéger ces populations lors de la bataille, en particulier les communautés vulnérables telles que les chrétiens qui, dans leur grande majorité, ont fui leur terre. On doit permettre aux chrétiens, ainsi qu'aux Yézidis et aux Turkmènes, non seulement de regagner leur foyer, mais également de participer à la vie politique et sociale de la ville.

Le sort des populations civiles est d'autant plus inquiétant que l'ONU a reçu des rapports sur les atrocités que les combattants de Daech sont en train de commettre. En fait, ils se servent des civils comme boucliers humains.

La bataille de Mossoul est décisive pour l'avenir de l'Iraq et la visite du ministre iraquien des affaires étrangères la semaine dernière à Bruxelles est un signal clair de l'importance de l'aide de l'Union pour préparer l'après-reconquête.

Même si elle n'apporte pas d'appui militaire, l'Union doit jouer un rôle clé au niveau humanitaire et pour la stabilisation du pays, en étroite collaboration avec nos partenaires, et notamment les États-Unis.

La stratégie de l'Union envers l'Iraq a défini les bonnes priorités: la destruction des engins explosifs ainsi que le soutien aux services de sécurité et à l'état de droit. Il s'agit désormais d'accélérer leur mise en œuvre.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Jean-Luc Schaffhauser (ENF), *question «carton bleu».* – Monsieur, je ne comprends pas pourquoi vous ne dénoncez pas au sujet d'Alep-Est ce que vous dénoncez à propos de Mossoul? C'est exactement la même situation.

Renseignez-vous auprès de l'évêque d'Alep ou de celui de Mossoul. Je connais les deux, ils vous décriront exactement la même situation. Pourquoi deux poids, deux mesures? Ce que vous avez dit est très bien. Pourquoi ne le dites-vous pas pour Alep?

Cristian Dan Preda (PPE), *réponse «carton bleu».* – Monsieur Schaffhauser, nous nous sommes renseignés. Nous avons aussi parlé avec des personnalités religieuses très importantes. Malheureusement, nous ne nous retrouvons pas dans leurs positions, qui sont délicates quand elles soutiennent des personnes comme Bachar Al-Assad en Syrie. La protection des communautés chrétiennes ne peut pas aller de pair avec le soutien de dictateurs ou d'amis de ces dictateurs, notamment de votre grand ami Vladimir Poutine.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, se estima que hay más de un millón de personas en la ciudad de Mosul y, desde que empezaron las acciones militares, apenas 10 000 han conseguido salir de la ciudad. Para quienes continúan atrapados dentro de ella, lo más importante en estos momentos son rutas seguras por donde salir y lugares confiables adonde llegar. Y, por tanto, el primer esfuerzo tiene que ser planificar esas rutas seguras, comunicarlas apropiadamente a la población, preservar a quienes salen de la ciudad y asegurarles protección a lo largo de esas rutas.

Después, tendremos que dar una respuesta humanitaria para evitar los errores de Alepo. Yo sé que la Unión Europea ha desplazado medios y está preparada para ello, pero será otra crisis humanitaria muy importante y tenemos que asegurarnos, en esa crisis humanitaria, de que hemos aprendido de los errores de Alepo y de otras partes de Siria y aplicamos la legislación humanitaria internacional y la protección de los más vulnerables.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). 17 października rozpoczęła się długo zapowiadana i oczekiwana ofensywa na Mosul – ostatni, wielki bastion dżihadystów w Iraku. Prowadzą to natarcie z kilku kierunków jednocześnie siły specjalne Iraku i peszmergowie kurdyjscy przy wsparciu przede wszystkim amerykańskim i brytyjskim. Premier al-Abadi wyraził już zadowolenie z tempa operacji, wszyscy jednak wiemy, że będzie ona przypuszczalnie długa i bardzo trudna, przede wszystkim dla ludności cywilnej. Miejmy nadzieję, że doprowadzi do ostatecznego wyzwolenia tej ludności.

Jestem zwolenniczką jak najdalej idącego zaangażowania Unii Europejskiej w pomoc humanitarną oraz współdziałanie w ramach struktur ONZ i innych organizacji. Sądzę również, że propozycje posła Adaktussona co do późniejszych rozwiązań dotyczących mniejszości, w tym chrześcijan, wymagają naszej uwagi, gdyż są bardzo ciekawe.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, of course the only way to defeat ISIS is to take back the territory. I think that victory hopefully not far from us in Mosul and later on in Iraq, are the best signs of the weakening of ISIS. But victory is not the end. Victory, as the Commissioner also hinted, is the start.

I think that we all know that the Sunni residents are not keen on the government in Baghdad or on the Shiites and we do have political, social and other dilemmas that have been in Iraq for years. We will need to find an answer. I think that is where, Commissioner, as you have also said, we will have to work with the Iraqi Government, with the regional governments, with the international community, to come up with a strategy, to have a long-lasting solution.

There is one other point that we have to be prepared for, of course. Defeating ISIS on the ground does not mean that the jihadists will not change and reinforce what they have been doing in the past and that is terrorist attacks in Europe. We need to be prepared for that as well and we should debate both issues in the future here in the plenary.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wir alle kennen die Berichte über die Schreckensherrschaft des Islamischen Staats im Irak und in Syrien. Daher sind wir hoffnungsvoll, dass das Terrorregime des Islamischen Staats in Mossul bald beendet sein wird. Für die EU kommt es jetzt darauf an, die humanitäre Hilfe zu intensivieren und gut zu koordinieren, falls es in naher Zukunft vielleicht auch zu einer Massenflucht aus Mossul kommen sollte. Zudem müssen alle Parteien, die im Irak den IS bekämpfen, sicherstellen, dass sie das Völkerrecht respektieren und dass Verstöße geahndet werden.

Bei der Befreiung Falludschas im Mai 2016 wurden von irakischen Regierungstruppen und paramilitärischen Milizen Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen begangen; es kam zu Entführungen, Folter und Exekutionen. Derartige Vorfälle dürfen sich nicht wiederholen. Auch muss die EU friedensbildende Maßnahmen für die Zeit nach dem Ende der IS-Herrschaft fordern.

James Carver (EFDD). – Madam President, if we are serious about peace in the Middle East we must control and limit Turkish actions in Iraq and also in Syria. Their presence complicates the situation in Mosul and raises serious questions about their possible aspirations in the Sinjar region. Yesterday the Turkish Foreign Minister stated that Turkey may attack Kurdish troops in Iraq if it felt it to be in the national interest, before accusing the Iraqi Government of tying itself to a terrorist organisation, ignoring, of course, how Kurdish forces are at the forefront of the fight against the Islamic State.

Madam President, whilst Turkey claims to be part of the international effort to liberate Mosul, they legitimise their military forward station at the Bashiqa military camp outside Mosul, at the very time that the Iraqi Government has stated how Turkey sends its troops into Iraq without permission, hence Baghdad's repeated demands that Turkish groups withdraw.

We must all support a speedy end to the fighting in Mosul and continue to respect the brave sacrifices of Kurdish groups in the fight against Islamic State.

Marie-Christine Arnautu (ENF). – Madame la Présidente, je me réjouis également du recul de l'État islamique. La libération de Mossoul et de la plaine de Ninive redonne en effet de l'espoir aux populations civiles qui ont subi ou fui le joug atroce des islamistes.

Toutefois, certains ont quand même la mémoire courte. Les coalitions internationales atlantistes sont les premières responsables du chaos au Moyen-Orient, mais d'habiles communicants nous expliquent déjà, la main sur le cœur, que les puissances occidentales ont les meilleures intentions du monde et font usage de gentilles bombes démocratiques qui apportent des lendemains qui chantent, contrairement aux méchantes bombes russes.

Ceux qui vantent aujourd'hui les bombardements de la coalition ne sont-ils pas les mêmes qui, par leur politique, permettent aux islamistes de retenir en otages les habitants d'Alep-Est; les mêmes qui applaudissaient les néoconservateurs lorsqu'ils prêchaient la croisade contre Saddam Hussein, dont le renversement est finalement à l'origine de l'actuel désastre; les mêmes qui sympathisent avec le Qatar et l'Arabie saoudite; les mêmes, d'ailleurs, qui se pâment devant les bouffonneries du va-t-en-guerre Bernard-Henri Lévy?

Je crois qu'il faut que l'hypocrisie cesse enfin.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, Iraqi traditional minorities have suffered most as a result of regional conflict and ISIS terrorism. The European Parliament concluded in February that Daesh is committing genocide against Christians, Yazidis and other religious minorities. I think this message should be now taken with utmost seriosity because historic, religious and ethnic minorities face a challenge there: to be or not to be.

The European Parliament has already supported the need to create safe havens for Chaldeans, Syriacs, Assyrians and others in the Nineveh Plains, Tal Afar and Sinjar areas. This could take the practical form of a special province of Iraq, which would provide for all religious and ethnic groups used to settle the region's safety and equal opportunities.

What we need is determined support by the international community and I think the EU assistance should not be substantially increased but also be allowed to be channelled directly to local churches, peace-based relief organisations and security forces who live among the people in need, and know best their problems. If rules make obstacles for that, the rules must be changed. There should not be an excuse, because it is about our common faith and future. Europe cannot continue to observe the destruction of the very roots of our civilisation, because this is about our common religious and cultural continuity.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è stato detto che siamo giunti a una fase decisiva dell'avanzata verso Mosul, l'ultima roccaforte di Daesh. Bene, in questo quadro, cosa serve fare? Innanzitutto, io penso che l'offensiva su Mosul deve necessariamente essere accompagnata da un intervento umanitario che possa non solo mettere in salvo i civili, che rischiano di essere usati come scudi umani dai terroristi, ma soprattutto offrire corridoi sicuri e dar riparo agli sfollati costretti alla fuga dall'azione militare. In secondo luogo, è necessario sapere che, se vogliamo salvaguardare l'integrità territoriale dell'Iraq, dobbiamo mettere in sicurezza le aree che via via saranno liberate e sarebbe utile un controllo internazionale perché il rischio, se non si provvedesse a tenere sotto controllo la situazione, è il riproporsi di scontri e tensioni. Qui c'è uno spazio per il protagonismo europeo e penso che sia venuto il momento di esercitarlo per evitare di ripetere gli errori del passato.

Bas Belder (ECR). – Hoe kan de EU meehelpen aan de blijvende aanwezigheid van de christelijke en sjiitische minderheid in Noord-Irak na bevrijding van de IS-barbarij? Op deze cruciale vraag die door mijn hoofd ging, kreeg ik gisteravond telefonisch en per mail uit Erbil, uit de regio zelf, een kristalhelder antwoord, of beter gezegd: een indringende oproep om Europese hulp bij de wederopbouw van zwaargetroffen christelijke gebieden in de vlakte van Ninevé ter aanmoediging van de terugkeer van verdreven en vervolgde inheemse christenen.

De EU dient op nationaal en regionaal niveau in Irak aan te dringen op een faire politieke vertegenwoordiging van de christelijke sjiitische minderheid in Noord-Irak. Onafhankelijke lokale bestuursraden voor de onderscheiden minderheden zijn daartoe het voorgestelde – en mijns inziens ook het meest geschikte – instrument.

Urgent is verder dat de EU er bij de Iraakse overheid sterk op aandringt recente discriminerende wetgeving voor niet-islamitische minderheden te wijzigen. Waarom zou bijvoorbeeld alleen een niet-moslim van geloof mogen veranderen? Zie artikel 26 van de wet op de nationale identiteitskaart.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Auch nach der erhofften Rückeroberung von Mossul bleibt einiges an Fragen offen.

Der IS wird auch weiterhin als brandgefährliche islamistische Terrororganisation tätig bleiben. Die Türkei operiert gegenwärtig zwischen der irakischen Armee, zwischen den schiitischen Truppen und der kurdischen Peschmerga und verletzt wissentlich Völkerrecht, nur um einen zusammenhängenden kurdischen Staat, eine zusammenhängende kurdische Region zu verhindern.

Herr Kommissar, ich vermisse schon, dass Sie das auch erwähnen. Ich nehme an, Sie wissen es, nur Sie sagen es leider Gottes nicht. Dem türkischen Journalisten Can Dündar, ein Favorit für den Sacharow-Preis, ist es zu verdanken, dass diese ungeheuerlichen türkischen Waffenschiebereien mit dem IS aufgedeckt wurden. Wenn wir heute sagen: Wir wünschen uns wieder einen multiethnischen, einen multikonfessionellen, einen multikulturellen Irak – ja, das ist gut, recht und schön. Es wird auch einiges kosten.

Aber wir vermissen natürlich auch die Zuweisung, warum es so weit kam. Diese katastrophale Außenpolitik der Vereinigten Staaten – unterstützt von einigen europäischen Staaten – hat letztlich diesen armen Staat Irak in dieses Chaos geführt.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Asszony! Lehet, hogy furcsán hangzik a Parlamentben, és nagyon furcsán hangzik, de helyzet van, helyzet van, és esély van, esélye van az irakiaknak és esélye van Európának is, hogy végre időben cselekedjünk. És ezért is volt fontos a mostani jelentés. Két konkrét dolgot szeretnék annak a jegyében, hogy hallgassuk meg a helyieket, nem kell nekünk mindent kitalálni. Pár teremmel arrébb ül Nevroz Mad Rudd Amin kurd önkormányzati miniszternő. Fél órával előbb hagytuk abba a beszélgetést, és a következőket mondta: személyazonosság és biztonság. Iszonyatos veszélye van annak, hogy ellenőrizetlenül százezrek hagyják el a térséget, és nem tudjuk, hogy hogyan alakul a helyzet. Egyelőre vízről van szó, egyelőre takarókról van szó, később oktatásról lesz szó, mondta alig húsz perce vagy félórája a miniszter.

Néhány órával ezelőtt beszéltem Irkiz káld érsekkel az iraki Kirkukból. A helyi egyházi háború következtében évek óta gondoskodik a hívek és a belső menekültek százezreiről. Mit mondott? Három dolgot: Először is, helyre kell állítani az egészségügyi ellátást, ami katasztrofális. Erre komoly pénzügyi, technikai kapacitásaink vannak. Másrészt sürgősen meg kell kezdeni az otthonok és az infrastruktúra újjáépítését. Harmadszor pedig meg kell szervezni az oktatást, hogy a fiatalok jövőképet lássanak maguk előtt. Pár órával ezelőtt mondta telefonon Kirkukból. Építsünk a helyiekre és végre semmit nélkülük, róluk.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Afzal Khan (S&D). – Mr President, last week's EU-Iraq Cooperation Council gives hope that the military fight against Daesh in Iraq, and primarily Mosul, will soon come to a successful end. The EU has established itself as a key player in Iraq, providing vital humanitarian and stabilisation assistance to millions of people affected by the crisis. The EU and UK have pledged to provide another EUR 95 million in humanitarian crisis aid.

This is good news, but I am worried about the political consequences of the Mosul operation. What is our next step in engaging with Iraq following the government's declaration of victory over Daesh? In my view, we must use our leverage to pressure the Iraqi Government to end the marginalisation of Sunnis and other minorities. In the future this government must focus on good governance, power sharing, the reconciliation process and job creation. This is one of the main lessons of 2003 Iraq. If we do not ensure peace and justice in Iraq we are sowing the seeds for another post-Daesh extremist organisation.

David Campbell Bannerman (ECR). – Mr President, as Chair of the Iraq delegation, I made it clear our priority must be to help destroy ISIS in Iraq, Syria and wherever it resides. I salute the courage of the Iraqi armed forces, and the Kurdish Peshmerga in particular, in their gruelling efforts to retake Mosul from the murderous tyrants of ISIS. Insha'Allah they will defeat ISIS and drive them out of Iraq.

A year ago I flew over Mosul and visited the Peshmerga on the front line. The fruits of that military success are already being seen and, for the first time in two years, church bells are rung in Bartella, a predominantly Christian town on Mosul's outskirts. They leave behind, however, a bloodbath of victims – Christians, Yazidis, Turkmen Shiites and other minorities – and only now will we see the true extent of the underlying damage. The humanitarian challenge of 700 000 people needing help will be immense and so will the political challenge of what happens next.

Esther de Lange (PPE). – Beste collega's, Falloedja, Ramadi, Mosul – het zijn de namen van steden die al veroverd zijn op IS of waar de strijd op het moment nog gaande is. Natuurlijk is dat een goede zaak, maar de ervaringen in Falloedja en Ramadi leren ons wel dat militair succes alleen niet voldoende is. Daarom ben ik ook blij met de woorden die in die lijn gesproken zijn door de commissaris.

De vraag is: wat is ons plan daarna? Dat plan ligt er onvoldoende of helemaal niet, niet in Irak en ook niet bij de internationale gemeenschap. De grote vraag is natuurlijk: als die gemeenschappelijke vijand, IS, is verdreven, komen dan de onderlinge rivaliteiten tussen allerlei groeperingen in Irak en de spanningen als gevolg van de buitenlandse bemoeienis weer naar de oppervlakte? Ik vrees van wel als ik kijk naar een recent verslag van Amnesty International, dat al wijst op ernstige mensenrechtenschendingen door het regeringsleger en door sjiitische milities.

Veel aandacht in onze debatten gaat vaak uit naar de spanning tussen soennieten en sjiieten, de grote groepen in het land. Maar de kleine minderheden dreigen in Irak totaal vermalen te worden. Van de 1,5 miljoen christelijke minderheden in 2003 zijn er nu nog 200 000 tot 300 000 mensen over.

In een resolutie van februari dit jaar heeft het Europees Parlement gesproken van genocide door IS op deze christelijke minderheden. Hoe gaan de Europese Commissie en de hoge vertegenwoordiger een vervolg geven aan die resolutie en zorgen met Irak voor dat politieke plan, met bijzondere aandacht voor die kleine minderheden.

Kati Piri (S&D). – De slag om Mosul gaat nu de tweede week in. Steeds meer dorpen in de buurt worden van IS bevrijd, maar de terreurgroep heeft de tweede stad van Irak nog in handen.

Tegelijkertijd wordt niet alleen IS omcirkeld, maar ook de één miljoen tellende burgerbevolking. Inmiddels zijn duizenden mensen gevlucht en de verwachting is dat de komende dagen een vluchtelingenstroom van ongekende omvang zal ontstaan. Een nieuwe humanitaire ramp als wij er niet op tijd bij zijn om te helpen. De 50 miljoen euro die de EU beschikbaar heeft gesteld voor humanitaire hulp in Mosul is een goed begin, maar het is ook van groot belang dat er een strategie wordt ontwikkeld om burgers een veilig onderkomen te bieden. En nu de situatie met de dag gevaarlijker wordt is daar haast bij.

Mirosław Piotrowski (ECR). – W obliczu ofensywy na Mosul do Parlamentu Europejskiego wraca temat sytuacji w Iraku. Cały czas giną tam ludzie, chrześcijanie. W lutym tego roku nasza Izba w specjalnej rezolucji podkreśliła, że tzw. Państwo Islamskie popełnia ludobójstwo wobec chrześcijan, jazydów i innych mniejszości. W przygotowywanej właśnie przez naszą grupę Europejskich Konserwatystów i Reformatorów rezolucji pokazujemy skalę tych zbrodni. Trzynaście lat temu w Iraku żyło półtora miliona chrześcijan. Obecnie ich liczbę szacuje się na 200 do 350 tysięcy. Na tym terenie działają chrześcijańskie siły samoobrony, które współpracują z armią iracką, ale potrzebują one niezbędnej pomocy. I o to także apelujemy w naszej rezolucji. Konieczne jest też, aby Unia Europejska mocniej zaangażowała się w pomoc humanitarną.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, yo celebro mucho los avances en la ofensiva contra el Dáesh conseguidos en los últimos meses por las fuerzas armadas iraquíes, los *peshmerga* kurdos y las demás fuerzas de la coalición internacional.

En esta campaña, Mosul es ahora un objetivo prioritario, como ya se ha dicho. Las noticias sobre el rápido avance son esperanzadoras, pero es preciso ser prudentes. En cualquier caso, confío en que esta compleja operación culmine con éxito cuanto antes con la menor pérdida posible de vidas humanas y con pleno respeto del Derecho internacional humanitario.

La entrada en Mosul deberá ser liderada por el ejército iraquí, asistido por las fuerzas de la coalición internacional, evitando interferencias por parte de terceros que puedan hacer peligrar el éxito de la misión y la etapa posterior.

Me parece particularmente importante evitar todo tipo de venganzas sectarias y posibles éxodos masivos. Además, la victoria militar planteará, a continuación, importantes retos humanitarios de seguridad, de acceso de la población a servicios básicos, así como de reconstrucción y reconciliación, que han de ser acometidos de manera urgente, como se señaló en la reunión de alto nivel de París de la semana pasada.

Es necesario, en suma, que la población iraquí pueda reanudar, por así decirlo, su vida normal.

Finalmente, señor Presidente, en Mosul, como en el resto de Irak y en la mayoría de Oriente Próximo, es preciso también superar los enfrentamientos sectarios de carácter religioso, étnico o territorial.

No habrá solución política viable ni paz ni estabilidad si no prevalecen la inclusión política y social, la integridad territorial y la reconciliación.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, a batalha pela libertação de Mossul constitui, como sabemos, um enorme desafio militar, pela natureza do inimigo, e um enorme desafio humanitário, pelo número de civis afetados. Mas na batalha de Mossul está em causa muito mais do que a derrota do Daexe e a libertação da cidade e dos seus habitantes. Está em causa o futuro do Iraque.

Que o Daexe será derrotado, é uma certeza! Mas já não podemos ter a certeza de que a derrota do Daexe dará automaticamente início a uma época de paz neste país tão martirizado. Algumas das forças que hoje combatem os jiadistas combatiam entre si não há muito tempo. Há feridas e rivalidades apenas temporariamente suspensas.

O período pós-Daexe será, pois, um período crítico, cheio de perigos, mas constituirá também uma oportunidade histórica para a reconciliação e o desenvolvimento do Iraque. Como sabemos, o Iraque caracteriza-se por uma grande diversidade étnico-religiosa. O país só alcançará paz e prosperidade se respeitar e preservar essa diversidade, criando condições para a participação política das diversas minorias religiosas e correntes sociais.

O objetivo da estabilização e da prosperidade do Iraque dependerá de esforços externos e internos. Terá de passar, entre outros, por um diálogo entre xiitas e sunitas, bem como por um diálogo com os vários países da região e a União Europeia pode, e deve ter aí um papel muito ativo. Muito obrigado.

Andrzej Grzyb (PPE). – Najpierw chciałbym podziękować koledze Larsowi Adaktussonowi, który był inicjatorem tej debaty. To on zaproponował, abyśmy o tym rozmawiali, mając na względzie toczącą się ofensywę na przedmieściach Mosulu. Wszyscy jesteśmy zgodni, że pokonanie ISIS, zdobycie Mosulu to dopiero początek całego problemu, który będziemy musieli rozwiązać.

W pełni zgadzam się z tym, co powiedział pan komisarz, że musimy znaleźć rozwiązania humanitarne, ale też pomóc w pojednaniu, w zbudowaniu wieloetniczności i wieloreligijności na tym terenie. W wyniku działań wojennych pojawi się również kolejna fala migracji; nie wiemy jak wielka. To wszystko zależy od postępu sił wojskowych. Możemy jednak zarazem liczyć się z tym, że nastąpi tam katastrofa humanitarna.

W dniu 19 października media poinformowały, że miasto al Hamdanyia położone czterdzieści kilometrów na południowy wschód od Mosulu, dawny ośrodek chrześcijan, zostało odbite. Jakże dziwnie to brzmi: „dawny ośrodek chrześcijan". Przecież mieszkało tam około stu czterdziestu tysięcy chrześcijan. Niewielu ich się ostało. Musimy zatem iść w ślad za apelem posła Larsa Adaktussona i pomóc chrześcijanom i wyznawcom innych religii w powrocie na tereny, które kiedyś etnicznie również do nich należały.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, há uns anos visitei os valentes Peshmerga na linha da frente junto a Mossul e percebi como libertar esta cidade é decisivo para arrasar o Daexe globalmente. Mas é imperativo que as forças libertadoras respeitem o direito internacional, durante e após a operação militar e abram corredores humanitários sob monotorização internacional.

Os governos da União Europeia têm o dever de apoiar mais e mais eficazmente as autoridades do Iraque e do governo regional curdo, concertando-se entre si na ajuda humanitária e também na militar, incluindo no apoio à reconstrução e proteção de áreas libertadas e das minorias, na dissuasão das ambições territoriais da Turquia, no diálogo xiita-sunita essencial para a reconciliação e a governação democrática, além de tudo fazer para que os crimes de guerra e contra a humanidade cometidos pelo Daexe e outras forças sejam referidos ao Tribunal Penal Internacional, numa estratégia de combate global à violência extremista e terrorista e seus mandantes e financiadores.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass das Vorgehen gegen ISIS eine notwendige Angelegenheit ist, weil diese Terroristen mit niemandem verhandeln wollen und für niemanden eine vernünftige Regelung finden müssen. Deswegen ist es richtig, dass dies vorangeht, trotz all der Opfer, die dort geschehen.

Herr Kommissar, wir müssen auch darauf achten, dass die Konsequenz nicht mehr Terror in Europa ist. Deswegen gibt es hier eine Verbindung, dass sie da nicht Ausweichkampfstätten finden; auch dieses müssen wir einbeziehen. Ich glaube, dass es gelingen wird, wenn dies jetzt im Irak vernünftig geschieht, dass die Menschen in ihre Heimat zurückkehren und es deswegen keine Fluchtbewegung gibt, sondern dass es Hoffnung gibt, wofür wir auch Aufbauleistung machen müssen.

Aber dies wird nur eine Glaubwürdigkeit haben – angesichts der großen Leiden, die Jesiden, Christen und andere gehabt haben, wie sie von ihren Nachbarn zu Beginn des Vorgehens des ISIS bekämpft, gefoltert und getötet worden sind –, wenn der irakische Staat einen vernünftigen Staatsaufbau bekommt. Die schiitische Regierung in Bagdad muss wissen, dass dies eine Organisation sein muss, wo die Kurden in Ebril, auch die anderen Gemeinschaften wie die Christen und die Sunniten, eine Sicherheit finden durch die Organisation des Staates und nicht in die Gefahr hineinkommen, dass sie Angst haben müssen, wenn sie in ihre Häuser, ihre Dörfer zurückkehren, dass sie demnächst wieder Opfer einer Attacke werden.

Ich hoffe, dass wir alle unsere Unterstützung, die wir jetzt militärisch geben – etwa die Bundesrepublik Deutschland der Peschmerga, die eine große Rolle spielt, was auch wichtig ist für die innere Gestaltung des Landes –, im Zusammenhang sehen müssen.

László Tőkés (PPE). – Elismerésemet fejezem ki Lars Adaktusson képviselő úrnak az észak-iraki etnikai és vallási kisebbségek helyzetével és jövőjével kapcsolatos európai parlamenti állásfoglalás kezdeményezéséért. Hitből fakadó lelkiismereti, erkölcsi és politikai kötelességünk fellépni a puszta létükben fenyegetett Moszul környéki, a Ninivei-fennsíkon élő őshonos keresztények, jazidik, türkmének és más kisebbségek védelmében. A nemzetközi és az európai közösség csak együttes erővel vethet véget a térségben folyó tömeggyilkosságnak és népirtásnak, a háborús és emberiség ellen elkövetett bűnöknek.

A másfél millióról mintegy 300 ezerre apadt iraki kereszténység megmentése elsőrendű cél. A tovább eszkalálódó migrációval szemben a legfőbb prioritást az elűzött keresztények és más kisebbségek szülőföldjükre való visszatelepítése jelenti.

Üdvözlöm és példamutatónak tartom, hogy a magyar kormány önálló államtitkári hivatalt hozott létre az …

(az Elnök megvonta a szót a képviselőtől).

Der Präsident. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye*-Verfahren. Ich habe wesentlich mehr Wortmeldungen, als für diese Zeiteinheit vorgesehen sind. Sie haben Verständnis dafür, dass ich bei fünf Minuten nicht jede Fraktion berücksichtigen kann. Ich werde auch diejenigen nicht berücksichtigen, die bereits einmal beim *Catch-the-eye*-Verfahren gesprochen haben.

Catch-the-eye-Verfahren

Marijana Petir (PPE). – Gospodine predsjedniče, izražavam zabrinutost zbog humanitarne situacije u Iraku te podržavam aktivnosti koje se provode kako bismo pomogli u spašavanju života i svima u potrebi pružili pomoć, kao i zaustavili daljnje raseljavanje. Sektaško nasilje ugrožava opstanak manjina, a prije 2003. godine Irak je bio dom više od 1 400 000 kršćana.

Kršćani su postali meta ekstremističkih grupa. Crkve su uništene, kršćani otimani i ubijani, a oni koji su preživjeli i ostali u Mosulu, završili su na cesti kao beskućnici. Po nalogu ISIS-a izdan je proglas 2014. godine prema kojemu su svi kršćani morali izabrati da ili plate porez i pređu na islam, napuste grad ili umru. Sa sobom su smjeli ponijeti samo odjeću koju su nosili na tijelu.

Svih preostalih 25 000 kršćana je napustilo grad i tada je prvi put u povijesti Mosul ostao bez kršćana. Vjerujem da će ISIS biti poražen, no potrebno je poraziti i njihovu ideologiju te omogućiti inkluzivno demokratsko društvo. Možda uspostava samouprave može biti rješenje za kršćane u Ninivi.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'offensiva contro gli jihadisti del Daesh a Mosul, nel nord dell'Iraq, sembra stia registrando progressi. Si tratta di liberare da un'occupazione spietata una città di oltre un milione di abitanti che vivono in condizioni drammatiche. I miliziani Daesh per resistere e garantirsi la vita da giorni costringono bambini e donne a restare sui tetti delle case trasformate in bunker per evitare i raid aerei. Si teme una vera e propria catastrofe umanitaria. Secondo il rappresentante dell'Onu in Iraq, Peter Hawkins, migliaia di persone stanno fuggendo dalla zona di Mosul, teatro dei combattimenti. Particolarmente precarie sono le condizioni dei bambini, stipati nei campi per i rifugiati. L'Europa e la comunità internazionale devono lavorare per la protezione dei civili oggi intrappolati a Mosul e nei villaggi vicini e fare in modo che arrivino prima possibile aiuti e assistenza umanitaria per gli abitanti della Piana di Ninive.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, vjeruje se da se u Mosulu još uvijek nalazi oko milijun i pol civila zajedno s oko 5000 militanata ISIL-a. U posljednjih 10 dana više 5000 ljudi pobjeglo je s teritorija konflikta u izbjeglički kamp preko granice u Siriju. Došli su u kamp al-Hol koji je već prepun i u kojemu su uvjeti iznimno loši. Trenutne informacije su da još 1000 izbjeglica čeka prelazak preko granice te postaje sve izvjesnije da će se svijet uskoro suočiti s jednom od najvećih humanitarnih kriza u novije doba.

Stoga, snažno podržavam ovu rezoluciju te smatram da treba nastojati iznaći način da se sve strane u sukobu prisili na poštivanje međunarodnog humanitarnog prava, omogući zaštita civila i pristup humanitarnoj i medicinskoj pomoći te omogući civilima da područja pogođena nasiljem napuste sigurno i dostojanstveno. Hitna i beskompromisna humanitarna podrška Europske unije te ostatka međunarodne zajednice stanovnicima Iraka sada je imperativ.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-н Председател, г-н Комисар, офанзивата към град Мосул е забележителна не само поради светкавичната си скорост, но и поради значението ѝ в глобален мащаб. Свидетели сме на безпрецедентно обединение на различни религиозни и етнически групи в името на мира и териториалната цялост на Ирак. Сунити, шиити, кюрди и християни са заедно в борбата срещу последния голям бастион на Ислямска държава в Ирак.

За съжаление трябва да признаем, че военната интервенция срещу Мосул поставя пред сериозно хуманитарно изпитание многобройното цивилно население. Повече от 1 милион души са буквално заложници на терористите от Ислямска държава, като дори деца и жени биват използвани като живи щитове.

Тази ситуация в краткосрочен план може да отприщи нова бежанска вълна и смятам за изключително важно да се гарантира максималната защита на цивилното население по време на военните действия. Необходимо е също така да продължим да работим съвместно и международната общност да подкрепя иракското правителство с хуманитарна помощ по време на текущите операции.

Мирното население в региона се нуждае от нашата помощ и Европейският съюз трябва да бъде активен актьор в реализирането на мирния план в Ирак.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the chances are very high that Mosul will be retaken from Islamic State. However, there is much uncertainty about the battles that will follow. The coalition should take extreme care that Mosul does not become another Aleppo, which is being bombed to the ground by Syrian and Russian forces. Once IS control of the city has weakened, there will also be an exodus of hundreds of thousands of civilians, and I fear that not enough has been done to prepare for this.

For the future, much will depend on avoiding an armed free-for-all by rival militias and preventing a Shia takeover of the Sunni population of the city. Every care should be taken, already at this stage, that the battle will lead a real advance in the fight against the nihilism of jihad.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, this has been really a very useful exchange and I would like to express my thanks to the Members for their interventions.

From this debate I come to the conclusion that we all share a common interest in using EU diplomatic powers and EU instruments to their full potential in support of the Iraqi crisis. Some of you asked about the Turkish participation in the air strikes. I would like to remind you that Turkey is a member of the global coalition to counter ISIL/Daesh. However, the Turkish Government should consult with the Iraqi Government, and the global coalition, before taking any action on Iraqi soil.

On Christians in the Middle East – I think Mr Brok raised it. The EU is doing all it can. It is delivering urgent humanitarian aid to all Iraqis in need. This certainly includes Christians, and the European Union has had a regular dialogue with church representatives from the region since the beginning of the crisis. We also regularly call on the Iraqi Government, and the Kurdistan region of Iraq, to apply non-sectarian and non-discriminatory humanitarian assistance policies.

We will continue to look at how best to use all the instruments available to us in humanitarian relief, stabilisation, development assistance and political dialogue, and in specific support to human rights and democracy. May I close by signalling once again my appreciation of Parliament's role in keeping this important issue at the top of your agenda.

Der Präsident. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 128 Absatz 5 der Geschäftsordnung sieben Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet morgen, Donnerstag, 27. Oktober, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – L'offensive des forces iraquiennes, appuyée par les Kurdes, sur la ville iraquienne de Mossoul a commencé depuis lundi dernier. Cette offensive, si elle est victorieuse, sonnerait le glas de l'expansion de l'État islamique en Iraq, parachevée par la prise de cette ville de deux millions d'habitants le 10 juin 2014. Située dans la plaine de Ninive, Mossoul abrite de nombreuses minorités ethniques et religieuses, dont la minorité chrétienne. Ces dernières ont été en première ligne des persécutions de l'État islamique: de 1,5 million en 2003, le nombre de chrétiens est de 200 000 environ aujourd'hui. Cette hécatombe a été qualifiée de génocide par le Parlement européen le 4 février 2016. La bataille de Mossoul aboutira à une crise humanitaire majeure: 1,5 million de réfugiés s'ajouteraient aux 3,3 millions d'Iraquiens déplacés depuis 2014. Dans ce contexte d'urgence, je soutiens l'effort d'assistance déployé par l'Union européenne, dont la contribution s'élevait, jusqu'à présent, à 134 millions d'euros, dont 50 millions pour la ville de Mossoul. Nous ne saurions, en revanche, cautionner toute ingérence de l'Union européenne dans les affaires intérieures iraquiennes, puisque c'est l'interventionnisme occidental qui a conduit à la déliquescence de cet État à partir de l'opération militaire américaine de 2003.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма.* – Скъпи колеги, когато през 2014 г. „Ислямска държава" завладя Мосул, половината от населението му избяга от града, за да се спаси от сигурна смърт. Днес, две години по-късно, градът прилича на апокалиптична сцена от някой филм. Филм, чиито главни герои са предимно жени, деца, възрастни хора. И докато дилемата пред Ирак е как да се възстанови политически след спечелването на битката срещу „Ислямска държава", дилемата пред международната общност е как да осигури безопасността на милионите цивилни граждани и как впоследствие да им помогне да се завърнат по своите домове. Цялостното спечелване на града ще отнеме седмици, дори месеци, през които бягащите от него цивилни граждани ще са милиони. Необходимо е в най-кратки срокове на тези хора да им бъде

осигурен достъп до храна, вода, подслон, а също и сигурен път за излизане от града, особено за най-уязвимите групи лица, сред които са и християнските малцинства там. ЕС и международната общност трябва да работят, така че мирното население на тази държава да бъде защитено и да му се даде смисъл да остане в родната си страна. В противен случай, ако ние се провалим да направим това, то тогава Европа може да бъде изправена пред нова бежанска криза, не по-малко страшна от настоящата.

12. Afghanistan, insbesondere Zusagen der EU und Rolle des EP im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Vorgehen Afghanistans und der EU in Migrationsangelegenheiten (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum Thema Afghanistan, insbesondere Zusagen der EU und Rolle des EP im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Vorgehen Afghanistans und der EU in Migrationsangelegenheiten (2016/2948(RSP)).

In Vertretung der Hohen Vertreterin spricht Herr Kommissar Avramopoulos.

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, let me start by expressing my thanks for the opportunity to discuss with you today the main elements of the Joint Way Forward on migration issues. This document was signed on 2 October between Afghanistan and the European Union. It should be seen not only in the context of EU-Afghan relations but, more importantly, in the context of the European Union's new partnership framework with third countries under the European Agenda on Migration.

This initiative falls under the package of efforts to address the ongoing migratory crisis and was welcomed by the last European Council. More than a year ago we adopted, as you will remember, the European Union's Agenda on Migration which this House has welcomed. The EU Agenda on Migration set out our common strategy on the basis of this principle. A common challenge demands a common European response. It demands a comprehensive policy, which includes both short and long-term solutions and a coordinated approach of our internal and external policies in order to address all aspects of this phenomenon.

Preventing irregular migration is one of the issues that demands a long-term policy and engagement with key third countries. Our engagement, therefore, with Afghanistan, along with other key countries of origin, is part of this comprehensive approach. It is in this spirit that the European Union and Afghanistan have decided to bring their cooperation to the next level.

Let me stress the overall picture. Europe faced an unprecedentedly large number of irregular migrants of Afghan origin in 2015 and during 2016 Afghans continue to represent the second largest group of irregular migrants to the European Union. A large number of them will most likely be eligible for international protection either because they belong to specific categories of persons or because they originate from certain areas of the country.

I do not have to repeat that every asylum seeker goes through a due and fair process, respecting her or his rights according to EU laws. Those who are not eligible for international protection will have to be returned. This is exactly the issue which needs to be addressed with the Afghan authorities. The Afghan authorities do not contest the international law principle of readmitting their nationals found in an irregular position. They are, however, concerned about the impact of their return on those who return and on their receiving communities as well. This issue has to be adequately and proactively managed. Their concern, which the European Union shares, is moreover amplified by the fact that other neighbouring countries, notably Pakistan and Iran, are already returning thousands of irregular Afghan migrants back to Afghanistan. These returns are happening without an accompanying measure in favour of those who return and of the communities that will receive and reintegrate them.

Until 2 October the European Union did not have any cooperation framework with Afghanistan. This situation had created mistrust with limited possibilities for dialogue and cooperation, but also uncertainty for the migrants. The only ones profiting from the lack of a cooperation framework were the criminal organisations dealing with migrant smuggling. Now we have this framework for dialogue and cooperation to discuss the issues of return, readmission and reintegration of the irregular migrants in a comprehensive, balanced and sustainable manner. This will also help to address the concerns of the Afghan authorities I mentioned before.

I would now like to give you an overview of what the Joint Way Forward is, what it is not, and what its key elements are. Let me start by reminding you that the Joint Way Forward does not refer to persons having been granted international protection status in the European Union or whose international protection request is still being examined. It only covers irregular migrants – persons who either have not requested asylum or whose asylum claim has been rejected and they have no right to stay in the European Union. In all cases the principle of non-refoulement will be preserved and respected.

Secondly, the Joint Way Forward is not a legally binding international agreement. It does not set out new obligations. It represents rather a joint declaration in which are described the various initiatives which the European Union and Afghanistan, in accordance with their authority and internal procedures, intend to implement in order to organise the return, readmission and reintegration of the irregular migrants, while preventing further irregular migration flows. This declaration will enhance the mutual trust between the two parties. It proves that both the European Union and Afghanistan are committed to address the irregular migration phenomenon in a comprehensive, balanced and human manner.

Thirdly, I would like to underline that the Joint Way Forward in fact goes much further than the return of irregular migrants. Not only does it describe how Member States and Afghan authorities will organise an orderly return of the irregular migrants, but it encompasses several other initiatives helping to give to this challenge a sustainable solution in a spirit of partnership. For instance, it also covers measures aimed at preventing further departures of irregular migrants, such as campaigns to sensitise the population to the risk of irregular migration and capacity building to fight against migrant smuggling. It also underlines that, in line with EU legislation, the EU side will give the necessary consideration to humanitarian aspects to ensure that vulnerable groups of migrants receive adequate protection, assistance and care throughout the whole process. In this context, the Joint Way Forward stresses the intention of the European Union to support the country as much as possible with the challenging task of sustainable reintegration of those who return.

As mentioned earlier, Afghanistan is facing unprecedented migration challenges. It is in this spirit that the Commission is developing an important multi-country programme to assist returning migrants, members of third communities and the local authorities. The interventions foreseen under this programme will include vocational training and skills development, strengthening of local communities and the improvement of migration management systems and policies.

This programme comes in addition to the existing bilateral development cooperation which addresses some of the root causes of irregular migration, for example as concerns the availability of basic services or economic opportunities. It represents just one aspect of the much broader financial and technical support which the European Union and its Member States have been giving and, as reiterated at the Brussels Conference on 5 October, will continue to give to Afghanistan to promote its overall stabilisation and development.

The Joint Way Forward represents the beginning of a dialogue and cooperation for the European Union and the Member States with the Afghan authorities. Nothing should be taken for granted. Patient work and mutual respect in a spirit of partnership will ensure the effective success of the initiatives described in the Joint Way Forward. From the Commission's side I can ensure you of our full commitment to make the Joint Way Forward a success story with a positive outcome for the European Union, for Afghanistan and, in particular, for the Afghan migrants involved.

I can conclude by reassuring you that I am committed to come and inform you on the state of play of the Joint Way Forward whenever you request it in the future.

Jaromír Štětina, *za skupinu PPE*. – V říjnu 2001 začala americká letadla bombardovat Afghánistán. Ještě tentýž rok vstoupily do země pozemní americké jednotky. V roce 2002 nastal náhlý zvrat v demografii Afghánistánu. Během několika měsíců se domů vrátilo přibližně 5 milionů lidí, kteří utekli před sovětskou okupací a následnou válkou mudžahídů s Tálibánem. Vraceli se především z Íránu a z Pákistánu. Návrat uprchlíků byl spontánní, nikdo jim návrat neorganizoval, ani nenařizoval. Pět milionů lidí pochopilo, že americká intervence ukončila pětadvacet let dlouhou sérii zničujících válek.

Poté, co v roce 2013 začaly odcházet z Afghánistánu zahraniční jednotky, se opět proud uprchlíků obrátil. Lidé začali Afghánistán opouštět. Afghánci se tak stali po Syřanech nejsilnější uprchlickou skupinou usilující o vstup do EU a o azyl v EU.

Rád bych vás, dámy a pánové, upozornil na jednu zásadní skutečnost, se kterou by se měla EU vypořádat. V době americké přítomnosti a přítomnosti mezinárodních jednotek ISAF spolupracovalo několik desítek tisíc afghánských občanů s těmito ozbrojenými jednotkami. Kvůli stahování mezinárodních sil tito lidé bývají propouštěni a ztrácejí práci. Oni i jejich rodiny jsou často Tálibánem označováni za „zrádce víry a národa" a jejich životy jsou přímo ohroženy. Tito lidé, dámy a pánové, byli našimi přímými spojenci v ozbrojeném boji proti islamistům a nemůžeme je nechat svému osudu. Tvoří zásadní část afghánské uprchlické vlny.

Nesmíme umožnit v Afghánistánu bezpečnostní vakuum. Pokud ho umožníme, nic už mladé lidi neodradí od nebezpečné cesty do Evropy. Evropa společně s mezinárodním společenstvím nesmí polevit v podpoře afghánských národních obranných a bezpečnostních složek. Nevyhnutelná je další přítomnost NATO, amerických vojáků i ozbrojená přítomnost EU, např. pomocí policejní mise v Afghánistánu.

Elena Valenciano, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Comisario, celebramos los esfuerzos de la Unión Europea en la reciente conferencia de donantes de Bruselas y, sin embargo, no queremos pensar que detrás de este acuerdo con el Gobierno de Afganistán, firmado a escondidas, solo haya intereses egoístas e insolidarios.

No queremos pensar tampoco que el Consejo esté empeñado en ignorar a este Parlamento, valiéndose de formas de acuerdo que impiden nuestra legítima tarea de control. No queremos pensar que para conseguir este acuerdo se hayan ejercido, siquiera de manera difusa, presiones con la ayuda que damos al país.

Y no queremos pensar que la Unión Europea vaya a incumplir su obligación de proteger a miles de personas, incluidos, señor Comisario, menores no acompañados, que ahora van a poder ser devueltos de forma forzosa a un país asolado por la violencia y pobre como pocos. No queremos pensar mal, señor Comisario, pero es muy difícil que no lo hagamos.

La Unión Europea parece empeñada en dinamitar su imagen en el exterior. Este Parlamento no quiere de ninguna manera contribuir a ello, pero no vamos a permanecer callados ni en cuanto al contenido ni en cuanto a las formas de una *realpolitik* que, señor Comisario, se aleja cada día más de nuestros valores.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, this year nearly 46 000 Afghans made their way to Europe. They represent the second largest migrant group by nationality of the 327 000 registered arrivals for 2016 to date. The need for concluding a readmission agreement between Afghanistan and the EU is therefore paramount.

There are many in this House who are ideologically opposed to the very notion of readmission agreements and will oppose the Joint Way Forward regardless of its terms. The terms in this case are fair and contain a number of provisions that cover the issues of unaccompanied minors, the elderly, the disabled and the vulnerable. Furthermore, the agreement goes beyond merely concluding procedures for readmission and includes elements for assisting with the reintegration of those people who wish to return home.

Following the unprecedented numbers of people that have arrived on the EU shores over the past two years it is vital that our Member State governments and the EU demonstrate that they are able to find solutions to what many of our citizens discern to be the number one issue of political concern at the doorstep. Failure to do so will further propel the rise of the populist and the far-right parties and endanger the very nature and entire basis for the EU project.

Maintaining the confidence and viability of international treaties such as the 1951 Geneva UN Convention on Refugees will only be possible if we stick to its terms and properly implement them.

Nevertheless, and speaking personally, I believe that in the modern world of mass travel and communications a review of the Refugee Convention as it stands will be necessary in the longer term as it is no longer fit for purpose in the way it operates today.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, the Brussels conference earlier this month sent a clear signal of hope and sent a momentum of action. It showed that political and financial commitment by the international community remain strong. The Afghan Government has committed to implementing a serious reforms programme. Self-reliant Afghanistan has to be grounded on good governance, rule of law, economic development and, most importantly, on security. In this regard, I deplore strongly the killing of 30 peaceful civilians in the Ghor province by bandits affiliated to ISIS. This is the very sad news of this morning.

I particularly welcome the signing of the Joint Way Forward. It is an extremely important agreement; important for both sides involved as it sets a clear framework for managing migration readmission. Having said this, I would like to regret strongly the lack of transparency in closing the deal on this and the fact that Parliament was not involved in its drafting at an earlier stage. Thus, I call on the High Representative and the Commission from now onwards to at least keep this House informed on progress regarding the agreement's implementation.

Coming back to EU-Afghan relations, they must be based on reciprocity. The EU needs to respect its financial pledges and ensure its support for returnees, so they can find jobs and become valuable members of their communities. Afghanistan must uphold its obligations by facilitating readmission and the reintegration of its own citizens who do not fulfil the asylum application requirements. It is necessary that Afghanistan, the EU and the international community elaborate jointly on this momentum of the Brussels conference and do everything in their capacity to support the rebuilding of the state of Afghanistan and Afghanis' hope for a better future.

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Herr talman! Alla som är i det här rummet vet att Afghanistan inte är ett säkert land. Inte särskilt säkert för någon, speciellt inte för barn och kvinnor. Inte heller för tonårspojkar, särskilt inte hazarer. Alla vet att talibaner rekryterar tonårspojkar på rullande band och att säkerhetssituationen för dem är oerhört farlig. Det finns inga låtsasord i världen som kan sudda ut den brutala verklighet som finns i Afghanistan. Om Afghanistan inte är säkert nog för våra europeiska medborgare att åka till, hur kan det då vara säkert nog att deportera barn till, herr kommissionär?

Jag vet att Sverige är ett av de länder som har velat ha detta avtal med Afghanistan och jag kan bara säga att jag skäms. I helgen pågick demonstrationer i hela landet, i hela Sverige. Det pågår demonstrationer i Kabul, och i stort sett varenda organisation som jobbar med flyktingars rättigheter har skrivit under ett upprop för att stoppa detta avtal.

Något väldigt allvarligt håller på att hända. Biståndspengar används som påtryckningsmedel för att tvinga tredjeländer att ta emot flyktingar som vi skickar tillbaka. Vi måste vara väldigt tydliga. Vi har inte en migrationskris. Vi har en politisk kris. Det här avtalet måste stoppas. Övriga avtal med tredjeländer likaså.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – In Afghanistan hebben vrouwen nauwelijks rechten, worden jonge mannen ingelijfd door Taliban en Daesh, en vallen hele provincies niet onder het gezag van Kabul. ECHO, onze noodhulporganisatie, waarschuwt voor een humanitaire ramp deze winter. En met dát land sluit Europa een deal! Een soort van Turkijedeal: ongrijpbaar maar erg verstrekkend. En als het kwaakt als een eend, zwemt als een eend en eruitziet als een eend, dan is het een eend!

Deze *joint way forward on migration* is een terugname-overeenkomst en daarop heeft het Europees Parlement instemmingsrecht. Waarom legt u dat voorstel dan niet gewoon aan ons voor? Als Afghanistan het wil en de Europese Unie wil het, kan het toch gewoon met nette democratische besluitvorming geregeld worden? Nu u dat niet doet, laadt u de verdenking op zich dat er hier iets niet in de haak is. Wat ook niet in de haak is, is de manier waarop we dit financieren. De Commissie wil een deel van het geld voor de wederopbouw van Afghanistan gebruiken voor het re-integreren van uitgeprocedeerde asielzoekers uit Europa. Dat mag niet – daar zijn regels voor: ontwikkelingsgeld moet gebruikt worden voor ontwikkelingssamenwerking en niet om ons repressieve migratiebeleid te financieren.

Waarom gaan de Afghanen hier eigenlijk mee akkoord? Ook dat lijkt mij niet in de haak. Ze trekken toch aan alle kanten aan het kortste eind? Meer mensen, minder geld. Deze deal zal dat land verder destabiliseren en het is de zoveelste keer dat het Westen helpt het land af te breken.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, through the EU's failure to tackle the migrant crisis it is now impossible for Member States to resettle and integrate all those still pouring through Europe's borders. While I recognise that Afghanistan is a country still besieged by political, economic and insurgency problems, the mass exodus of its working-age population is not going to solve any of these issues. In fact, all it does is make the nation poorer as those with the skills to rebuild head for Europe instead. That is why I am calling for all migrants not under threat from direct large-scale conflicts to be declared as economic migrants and returned to their home countries. This measure should include migrants from many other nations, especially those in receipt of EU funds aimed at tackling the migrant crisis.

How can the EU be throwing money at a national leader while at the same time declaring that same country's citizens are refugees? It just does not make sense. Only by taking drastic action now can we stop the influx, secure our borders from terrorism and help countries rebuild and develop.

Емил Радев (PPE). – За последните близо 15 години, и особено тази година, афганистанците са най-многобройната група кандидати за международна закрила в моята страна България или близо 70%.

Ако от войната в Сирия бягат цели семейства и ставаме свидетели на деца, родени в лодките на път за Европа, то от Афганистан основно бягат мъже в търсене на икономически облаги и работа, но без да минават по легален ред, опитващи се често със сила да преминат външната европейска граница.

Искам ясно да заявя – ЕС няма задължение да предоставя подкрепа и закрила за всички, които искат да дойдат тук в търсене на по-добър живот, особено когато тези хора нарушават законите чрез нелегалното си преминаване на границите.

Затова ЕС има нужда от ефективни споразумения за реадмисия, които да гарантират експедитивното връщане на тези икономически и нелегални мигранти. Само по този начин новосъздадената Европейска гранична и брегова охрана ще може да изпълнява изцяло дадения й мандат за връщане на мигранти.

Вярвам, че споразумението с Афганистан е стъпка в правилната посока. Европейският съюз отдавна подкрепя страната в нейното икономическо развитие и установяване на траен мир. Ние няма да оставим Афганистан и сега – приветствам ангажиментите, поети от ЕС, включително по отношение на финансирането на програми за реинтеграция на върнатите мигранти.

В заключение искам да подчертая още веднъж важността на европейското сътрудничество и сътрудничеството с държавите на произход и транзит. Единствено по този начин ще успеем да овладеем миграционната криза и да предотвратим нови миграционни вълни.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! Bei internationalen Vereinbarungen muss das Europäische Parlament beteiligt werden. Stattdessen vom Türkei-Deal zum *Joint Way Forward* mit Afghanistan. Warum versuchen Kommission und Rat mit derartigen Taschenspielertricks, das Europäische Parlament außen vor zu halten? Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich verschlechtert. Dennoch schicken wir Frauen, Männer und Kinder dorthin zurück.

Ja, Europa kann nicht alle Flüchtlinge dieser Welt aufnehmen, aber wir dürfen uns auch nicht mit Geld freikaufen. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, dass Menschen in Drittstaaten sicher leben und Perspektiven entwickeln können. Durch die Art, wie hier Abkommen gestrickt werden, wird das allerdings nicht erkennbar. Und: Die Türkei ist ein sicheres Land, Afghanistan morgen vielleicht ein sicheres Herkunftsland? Dann bekämen wohl bald keine Afghanen mehr irgendeinen Asylstatus.

Sabine Lösing (GUE/NGL). – Herr Präsident! Schon wieder ein Abschiebe-Deal à la Türkei, und er zeigt, worum es gehen soll. Der – ich zitiere – „gemeinsame Weg nach vorne bei Migrationsfragen hat das Ziel, die EU-Staaten sollen künftig deutlich einfacher geflüchtete Menschen nach Afghanistan zurückschicken".

Bezüglich der Lage in Afghanistan ist nur eines wirklich sicher, nämlich, dass sie nicht sicher ist. Afghanistan ist kein sicherer Drittstaat. Dies zu leugnen, das ist verantwortungslos, unmenschlich und zynisch. Die Realität ist nach 15 Jahren Krieg erschreckend: Von Januar bis September 2016 gab es über 8 000 Opfer in der Zivilbevölkerung, wie die jüngsten Zahlen von UNAMA belegen. Deshalb brauchen Menschen, die aus diesem Land flüchten, ein Bleiberecht.

Es ist perfide, dass die EU im Vorfeld der Geberkonferenz Afghanistan damit gedroht hat, die Entwicklungshilfe drastisch zu kürzen, wenn es nicht bereit ist, hochgerechnet 80 000 Geflüchtete zurückzunehmen - und das als Union, die sich den Schutz der Menschenrechte ganz oben auf die eigene Fahne schreibt.

Ska Keller (Verts/ALE). – Herr Präsident! Aus meiner Sicht ist das Abkommen der EU mit Afghanistan nur ein weiterer Grabstein in den humanitären Werten der Europäischen Union. Denn wirklich alle internationalen Organisationen sagen, es läuft richtig schief in Afghanistan: Wir haben eine steigende Anzahl von Verletzten, eine steigende Zahl von Toten, und gerade die Zahlen der verletzten Kinder schnellen in die Höhe. Der UN-Sicherheitsrat hat gerade erst im September noch einmal beklagt, dass sich die Sicherheitslage in Afghanistan weiter verschlechtert. Das UNHCR stellt gravierende Verschlechterungen fest, und selbst das Auswärtige Amt warnt massiv vor Reisen nach Afghanistan.

In eine solche Situation wollen Sie Menschen abschieben? Da ist es eigentlich egal, was für einen Status die Leute haben: Man darf Menschen nicht in den Krieg schicken! Wer aus Afghanistan flieht, der braucht unseren Schutz. Ich denke, da sollten wir – als Europäische Union – in den Schutz und in die Aufnahme investieren und nicht in eine Abschiebesystematik.

Linda McAvan (S&D). – Mr President, as Chair of the Committee on Development, I agree with everybody here who said that this Parliament must be consulted before agreements like the Way Forward are signed and not just hear about them afterwards. I also think we are seeing a worrying drift in the EU's relations with third countries because everything is being seen through the prism of the migration issues and no longer through the prism of tackling the root causes of migration, which are global poverty and inequality.

That is why my Committee has expressed reservations about aspects of the way the Commission proposes to use development assistance, DCI, to fund readmission for those not given asylum. We know that Amnesty are saying that between now and the end of this year half a million Afghans are expected to be repatriated to their country, mainly from neighbouring countries, not from the European Union.

If the European Union is to spend resources, it must be on regions, to tackle poverty for all the people in those regions, not just to focus on the EU returnees. Please Commissioner, make sure you respect OECD guidelines on the use of development funding.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor Presidente, la Comisión, con la coartada humanitaria de retornar a los afganos expulsados de Bangladés y Pakistán a su hogar, promueve un acuerdo espurio en el que de forma encubierta se incluye también el retorno de un número ilimitado de inmigrantes afganos desde los países miembros. Este tipo de acuerdos debe contar con el consentimiento del Parlamento Europeo, y la Comisión no ha hecho más que ignorar a esta Cámara.

En este tratado se usan fondos de ayuda al desarrollo para fines muy distintos, como el control de flujos migratorios y la externalización del control de fronteras. Esto nada tiene que ver con la ayuda al desarrollo ni con los principios que recogen nuestros Tratados.

Por último, lo más importante: es ilegal retornar migrantes a países no seguros. Y Afganistán no lo es, y la Unión Europea así lo reconoce.

Exigimos la derogación de este tratado porque —además de ser absolutamente ineficaz este tipo de medidas— atenta, una vez más, contra los derechos humanos y contra nuestras propias normas.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, we have been hearing a lot about the push factors – why people leave Afghanistan. Certainly parents can see for themselves that along with a lack of education and employment there is no stability, they know their sons can be recruited or forced into so-called Taliban jobs or maybe with Al Qaeda or IS and they are at risk if they refuse, so their sons are sent away.

Returns risk further destabilisation on the ground. I really hope that we are looking at the cumulative effect of returns. We have seen over a quarter of a million sent back from Pakistan to Afghanistan this year alone, and we know that many more will be sent as well.

I really hope that the European Union is looking at the cumulative effect which is destabilising: people face reprisals, it stretches resources, it increases tensions and we risk setting off yet another refugee spiral if we do not get this right.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, la Comisión de Desarrollo con toda seguridad —y este Parlamento, creo que también— se opone al concepto de «solidaridad flexible» que algunos Estados miembros defienden. Y también se opone a la migración «a la carta». Para nosotros, un sirio no debe tener preferencia sobre un iraquí, ni un iraquí sobre un afgano: cualquiera de ellos tiene los mismos derechos y deben ser respetados.

Pero en nuestras fronteras, cada vez es más difícil para un afgano obtener el estatuto correspondiente. El acuerdo que hemos alcanzado está en el límite de lo que se considera la cooperación al desarrollo con terceros países. La Unión Europea tiene que asegurar que esa cooperación busca la lucha contra la pobreza, el apoyo a los más vulnerables y la garantía de bienestar; y esto pasa por respetar las reglas de la Unión, empezando por las disposiciones de los Tratados, entre ellas la capacidad de este Parlamento para sancionar este tipo de acuerdos.

Por ello, he propuesto un mecanismo de transparencia y verificación de estos acuerdos en un próximo informe sobre migración que adoptará el Parlamento Europeo.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, I believe stability and equality are the key issues that we need to be focusing on. The Brussels conference on Afghanistan endorsed an ambitious Afghan reform agenda. Based on this, international community is committed to giving Afghanistan EUR 13.6 billion. Out of that, the EU committed to EUR 5 billion. I agree with the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Federica Mogherini, that investing in the Afghan people is a way of investing in international stability.

But to make that investment worthwhile, we must support a political settlement between the Afghan government and the Taliban. I applaud Pakistan and Qatar for their efforts to make this happen. We in Europe live in a time of austerity and slow economic growth. The European taxpayers are worried that the money given to Afghanistan will be disappropriated. As you know, Afghanistan features high on the global corruption index. Commissioner, what checks and balances has the EU put in place to ensure that the money we give finds its way to those that truly need it, and not in the pockets of profiteers?

Kati Piri (S&D). – Het is een goede ontwikkeling dat de EU in toenemende mate samenwerkt met andere landen om het migratiebeleid vorm te geven. Maar de manier waarop er begin deze maand achter gesloten deuren een samenwerkingsovereenkomst met Afghanistan werd voltooid, verdient geen schoonheidsprijs.

Zonder enige communicatie of overleg met het Europees Parlement werd er een gemeenschappelijke verklaring opgesteld tussen de EU en Afghanistan. De tekst van de verklaring lijkt zich bovendien disproportioneel te richten op de terugkeer van afgewezen asielzoekers naar Afghanistan. Wat mist, is hoe de EU concreet gaat bijdragen aan vrede en veiligheid in dat land, zodat mensen niet langer hoeven te vluchten. Het is nodig om een effectief terugkeerbeleid te hebben voor hen die geen recht hebben op asiel in Europa, maar in het geval van Afghanistan is voorzichtigheid geboden. Nog altijd wordt slechts 21 procent van de asielverzoeken uit het land afgewezen. Laten we niet vergeten dat de meeste mensen uit dat land recht hebben op internationale bescherming en onze solidariteit verdienen.

Pina Picierno (S&D). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, la situazione in Afghanistan – come è stato detto già da diversi colleghi – è, come sappiamo, una situazione molto molto complicata, molto difficile e stenta ad evolversi. La conferenza di Bruxelles di qualche settimana fa ha dato finalmente un segnale positivo per il futuro degli afghani, per il futuro del processo di pace, perché qui non possiamo che essere soddisfatti e fieri, evidentemente, della generosità dei paesi donatori e anche del lavoro svolto dall'Unione europea, che ha messo in campo una cifra importante. Però è bene essere chiari, come lo sono stati anche altri colleghi che mi hanno preceduto, noi ci aspettiamo un monitoraggio minuzioso, attento, preciso, di questi aiuti che saranno inviati, perché possano essere utilizzati effettivamente a beneficio degli afghani, soprattutto delle donne e dei giovani, e per lo sviluppo. Perché, quello che è assolutamente evidente, è che tutto questo non si può tradurre in uno scambio surrettizio per diminuire la pressione immigratoria sull'Unione europea.

Catch-the-eye-Verfahren

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, a política externa da União Europeia está a gangrenar de acordo de readmissão em acordo. Fazer depender a ajuda ao desenvolvimento do número de repatriações aceites por um país é obsceno!

É a própria Comissão que classifica a situação do Afeganistão como estando a piorar em documentos que se recusa a comentar. Como pode o Afeganistão, com milhões de pessoas deslocadas internamente e milhões de refugiados na vizinhança, receber estas pessoas, supostamente não elegíveis para asilo na União Europeia?

O círculo vicioso não quebrará os retornados à força. Só se não puderem ficarão no Afeganistão para onde as retornamos, portanto, à força. Pois se fogem para salvar as próprias vidas, alimentamos o negócio dos traficantes, pomos em causa a própria segurança da União Europeia, descredibilizamos totalmente a Europa.

Como se pode sequer pensar em usar fundos de ajuda ao desenvolvimento para construir um terminal no aeroporto de Cabul especialmente para lidar com os retornados?

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κύριε Δημήτρη Αβραμόπουλε, θα ήθελα κατ αρχάς να σας ευχηθώ για τη σημερινή ονομαστική σας εορτή. Κύριε Πρόεδρε, το Αφγανιστάν είναι μια χώρα που συνεχίζει εδώ και 15 χρόνια να βρίσκεται σε εμπόλεμη κατάσταση μετά την αμερικανική εισβολή. Δεν είναι δυνατόν λοιπόν Αφγανοί υπήκοοι να μην δύνανται να ενταχθούν στο πρόγραμμα μετεγκαταστάσεων, να μην θεωρούνται πρόσφυγες, τη στιγμή που στη χώρα τους γίνεται πόλεμος. Ας πιέσει η Ευρωπαϊκή Ένωση τις ΗΠΑ να αναλάβουν τις ευθύνες τους και να υποδεχτούν τους πρόσφυγες από το Αφγανιστάν, που άλλωστε οι ίδιοι προκάλεσαν.

Όμως, οι δέκα και πλέον χιλιάδες εγκλωβισμένοι Αφγανοί στην Ελλάδα, κύριε Αβραμόπουλε, και το γνωρίζετε πολύ καλά, πρέπει να μετεγκατασταθούν και αυτοί εδώ και τώρα, όπως ισχύει και για τους Σύρους και τους Ιρακινούς. Η κοινή πορεία σε θέματα μετανάστευσης θα ήταν μια εξαιρετική πρωτοβουλία, εάν αφορούσε το Πακιστάν ή το Μπαγκλαντές. Θα θέλαμε λοιπόν μια ενημέρωση και στο θέμα αυτό, κύριε Επίτροπε.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, omitindo as responsabilidades históricas diretas e indiretas da UE na destruição do Afeganistão, na criação de treino e financiamento das forças extremistas que desestabilizam o país e a região, este acordo serve, em verdade, os objetivos da vossa criminosa política de migração, em clara violação do direito internacional, nomeadamente do princípio da não repulsão, do princípio da proteção contra a expulsão coletiva e do direito a requerer asilo.

São as próprias Nações Unidas a alertar para o agravamento da gravíssima situação de centenas de milhares de pessoas deslocadas internamente e de centenas de milhares de retornos, entre os quais dezenas de milhares de crianças, não só do Paquistão mas também da União Europeia.

Um acordo que permite o retorno de crianças desacompanhadas, violando os próprios compromissos da União Europeia de garantir e assegurar o melhor interesse da criança.

Não nos cansamos de afirmar: a União Europeia é hoje um dos melhores exemplos de violação dos direitos humanos, não só no seu território como em países terceiros. Sr. Avramopoulos, tenham vergonha!

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, λυπούμαι για την καθυστέρηση. Θα είμαι πάρα πολύ σύντομος. Άλλωστε, όλα έχουν λεχθεί, νομίζω. Απλώς θέλω να προσθέσω το εξής: ενόσω προσπαθεί κάποιος να σβήσει μια φωτιά σε ένα σπίτι, αλλά την ίδια ώρα δεν κλείνει την κάνουλα της βενζίνης που τροφοδοτεί αυτή τη φωτιά, τουλάχιστον μπορεί να πει κάποιος ότι αυτό είναι αφελές. Και το λέω αυτό γιατί νομίζω ότι κύριο έργο της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να είναι η προσπάθεια εδραίωσης της ειρήνης, η προσπάθεια συμβολής στο να μην συμβαίνουν οι πόλεμοι και όχι στο αντίθετο, δηλαδή, στο να δημιουργούνται οι πόλεμοι και να έχουμε όλα αυτά τα προβλήματα τα οποία αντιμετωπίζουμε σήμερα.

Κλείνοντας θέλω να τονίσω ότι εκείνο που είναι σημαντικό είναι η προσπάθεια εδραίωσης της ειρήνης. Αυτή είναι η ουσιαστική εργασία, η μόνη εργασία στην οποία μπορεί να συμβάλει αυτός οργανισμός που λέγεται Ευρωπαϊκή Ένωση. Αν δεν το κάνει αυτό, τότε θα έχει να αντιμετωπίσει αυτό το κύμα των προσφύγων με όλες αυτές τις δυσκολίες που αντιμετωπίζουμε.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Dimitris Avramopoulos, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, honourable Members, thank you very much for the interventions. They were all very useful and to the point. I also take due note of all your remarks and recommendations.

I would like to conclude by inviting this House one more time to look at the Joint Way Forward in a positive light. To look at it as a tool which, although having only the modest status of a mere joint declaration, can contribute to starting a dialogue and cooperation between the European Union and Afghanistan on migration issues. It will serve as a bridge of a provisional nature, allowing the two sides to meet and discuss, to start practical work and to build their mutual trust in addressing common challenges.

I took note of what Ms Björk said before. Any decision regarding the possible return of children is based on an individual assessment of the best interest of the child, according to the provisions of the relevant EU legislation. I remind you of the Return Directive. The IOM has established referral and support systems.

The unaccompanied minors who will be returned to Afghanistan will be assisted in the framework of the EU-funded reintegration project by the Afghan authorities and IOM Kabul, which has already put in place an effective referral and support system. In 2016 only a very low percentage of voluntary returnees from Europe were unaccompanied minors.

As I have already stressed, the non-legally-binding nature of the Joint Way Forward gives us no guarantee that its provisions will be effectively implemented by the Afghan authorities. The situation of the country remains difficult at all levels, and yes, we have to exhaust all means in order to bring back peace and stability in the region. It remains one of the priorities of the European Union.

But the poverty, instability, the insecurity and now also the emergency created by the massive return of migrants from Pakistan and Iran will make implementation challenging. This being said, we believe that the European Union and the Member States should do their best to support the Afghan authorities to cooperate on the basis of the Joint Way Forward. Should this cooperation work, it would represent an effective game-changer, not only because it would help solve one of the key challenges for Europe, namely the return of irregular migrants and the prevention of further arrivals of irregular migrants, but, most importantly, because it would have a positive impact on Afghan society by enhancing its capacity to provide assistance to the returnees and their receiving communities, and by supporting those deciding not to emigrate from the country to build up brighter opportunities for themselves at home.

From the Commission side I will conclude by reiterating one more time our full commitment to make the Joint Way Forward a success story, but also to come and inform you about its implementation whenever you so request in the future.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

13. Lage in Belarus (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Belarus (2016/2934(RSP)).

Die Aussprache wird begonnen durch Frau Kommissarin Crețu, die für die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik spricht.

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, the European Commission very much appreciates the European Parliament's long-standing interest and our cooperation on this important neighbouring country. The High Representative's intervention to you on Belarus dates from September last year and we had just witnessed the release of the remaining political prisoners and were hoping to engage in a longer-term strategy focused on building links between the European Union and Belarus and on supporting reforms for the people of Belarus, which are badly needed.

One year on, there have been a number of noteworthy developments on the EU-Belarusian scene. In recognition of the political prisoners' release and of a number of positive steps taken by Belarus over the last years, the EU lifted most of the restrictive measures against Belarus in February of this year. An important factor which contributed to this decision was Belarus' constructive stance on this crisis in and around Ukraine which persists today.

In the Council conclusion on Belarus adopted in February, the European Union and Member States expressed their concern about the human rights situation and particularly also about the continued application of capital punishment. At the same time, we agreed that there was an opportunity for our relationship – for EU-Belarus relations – to develop on a more positive agenda and that progress in a variety of fields can better be achieved through enhanced channels of communication.

Since then, cooperation in areas of common interest has been stepped up. In April the Commission adopted a delegated act which made Belarus eligible for EIB lending. This will bolster support for the Belarusian private sector. An agreement was signed between OLAF and Belarus in July on customs cooperation, in particular in fighting the illicit trade in cigarettes, and the sectoral dialogue on customs and related topics is still foreseen to be launched by the end of the year.

A trade dialogue was launched this month, on 13 October, between the European Commission DG for Trade and Belarus in view of improving trade, discussing Belarus' access to the WTO and addressing existing barriers in international trade.

A mobility partnership was signed also this month, also on 13 October, in view on enhancing cooperation on migration, asylum and border management. This will contribute in tackling the migration challenges, protection of refugees, prevention and combating trafficking in human beings. The European Union stepped up its financial support for 2016 to EUR 29 million – more than a doubling of the budget initially planned for 2016. Assistance is focused on regional and private sector development, support for migration and asylum management, and support for students.

We are also intensifying our cooperation in the area of energy. As part of a re-engagement with Belarus, the Commission is considering relaunching the formal EU-Belarus energy dialogue in the near future. Nuclear safety issues have always been an overall EU concern, especially when new facilities are being constructed on the border with the EU, and are a key component of the exchanges on energy with Belarus.

The Council's conclusions adopted on 15 February 2016 reiterate the importance of ensuring nuclear safety beyond the borders of the European Union, and call on Belarus to cooperate constructively with the relevant international authorities in this regard. In this context, the high-level visit of the competent Commission services to Belarus took place on 19 and 20 September 2016.

In addition, we have continued our strong assistance for civil society and for the promotion of people-to-people contacts. Civil society organisations received between 2011 and 2015 over EUR 50 million in programmes which strengthen their capacity and further a number of social, economic and human rights issues. Hundreds of exchanges are on-going in the areas of education, culture, science and technology and generally youth exchanges.

On the human rights front, we have witnessed more openness by the Belarusian authorities to engage. EU Special Representative Mr Lambrinidis visited Minsk in March this year, where we had a meeting with President Lukashenko and participated in a conference on the death penalty.

In June, the Belarusians hosted for the first time a European Union-Belarus human rights dialogue, for a part of which they also invited civil society representatives. At the same time we are fully aware that there have been no concrete or structural changes in Belarus democracy and the human rights situation. The application of capital punishment remains an issue which overshadows our relations with the country. This year alone we have learned about one execution, four confirmed death sentences and two new ones. Needless to say, this issue remains high on our agenda, and we will continue engaging with Belarus on this.

Both the presidential election of October 2015 and the parliamentary election of last month were criticised by the OSCE for falling short of democratic standards and for not addressing a number of key OSCE and Council of Europe Venice Commission recommendations. Nevertheless we welcome the entry into parliament of the first non-establishment voices for the first time in 12 years, and we hope they can bring fresh air and new ideas into a chamber that during the last tenure introduced less than five new legislative initiatives.

As indicated in our statement of 20 September, the European Union calls on Belarus to undertake comprehensive electoral reforms. The next elections are not so far away. Municipal elections will take place in 2018, and real progress on this and a number of other human rights-related topics will remain key for achieving the full potential of EU-Belarus relations. Therefore the EU's policy towards Belarus remains for the time being one of critical engagement. We are not yet ready to launch negotiations with the Belarusian Government on a legal framework agreement, even if it remains a mid- to long-term goal.

Our efforts will continue to focus on increasing engagement with all sectors of Belarus society and developing relations, including in the framework of the Eastern Partnership.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *w imieniu grupy PPE.* – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Białoruś nie jest tematem łatwym ani spektakularnym, natomiast jest bez wątpienia tematem interesującym, i przestrzegałbym przed jego lekceważeniem.

Jesteśmy po podwójnych wyborach na Białorusi: prezydenckich i parlamentarnych. W obu wypadkach mieliśmy do czynienia z lekceważeniem zaleceń OBWE, a więc można powiedzieć, że te wybory nie przebiegały zgodnie ze standardami, które są nam bliskie. Ale trudno też nie zauważyć innych elementów, które pojawiają się w polityce białoruskiej – a o których mówiła też pani komisarz – czyli przede wszystkim uwolnienia więźniów politycznych, zmniejszenia różnego rodzaju represji, doprowadzenia do tego, że część z tych represji ma charakter bardziej ukryty czy łagodny. One bez wątpienia występują, tylko teraz jeżeli chce się wyrzucić studentów z uczelni za poglądy polityczne, to po prostu stawia się im negatywną ocenę.

Rezolucja, którą proponujemy jest rezolucją zrównoważoną. Pokazuje zarówno mankamenty, o których mówiła także pani komisarz, czyli brak memorandum na wykonywanie kary śmierci czy nieprzestrzeganie standardów demokratycznych, ale też pewien postęp, jaki niewątpliwie się dokonał. Poszukiwanie w związku z tym nowych kanałów komunikacji jest naszym obowiązkiem, naszym zadaniem.

Chcę podziękować wszystkim tym, którzy zgodnie współpracowali przy proponowanym dokumencie. Były to osoby i z lewej, i z prawej strony sceny politycznej. Współpraca z panią Hautalą, z panią Kalniete czy też z osobami reprezentującymi EKR pozwoliła przygotować dokument, który z jednej strony broni wartości europejskich, a z drugiej strony wskazuje na konieczność szukania ścieżek dialogu prowadzących do otwarcia się na interesy społeczności białoruskiej, ale nie władz.

I na koniec chciałbym wspomnieć o dwóch reprezentantach w parlamencie białoruskim, którzy nie zostali wybrani przez naród, tylko przez administrację, stanowią jednak element pewnego kontaktu.

Jens Nilsson, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Jag har besökt Minsk flera gånger det senaste året. Jag har gjort det för att träffa oppositionen, för att träffa civilsamhällets representanter. Jag var där senaste gången två veckor efter valet i september och det är ingen tvekan om att vi måste konstatera att parlamentsvalet den 11 september inte var öppet. Det var inte ett demokratiskt val. Det fanns ingen transparens. Vi måste vara mycket kritiska mot att man ännu inte har en ny vallag på plats – något som den samlade oppositionen krävde redan för ett år sedan.

Inskränkningarna som sker i landet rörande organisationsfrihet, yttrandefrihet, mötesfrihet, pressfrihet är mycket allvarligt, precis som kränkningar av mänskliga rättigheter och tillämpande av dödsstraff. Jag är övertygad om att det för att ett skifte mot ett öppnare och mer demokratiskt klimat i Belarus ska vara möjligt krävs att det finns ett fungerande civilsamhälle. Människor måste kunna organisera sig i fackföreningar för att få bättre villkor på sina arbetsplatser och vara medlemmar i politiska partier. Yttrandefriheten måste respekteras och vi måste få en fri press.

Det är nu viktigt att EU upprättar en väl fungerande och likvärdig dialog med alla parter, framför allt med civilsamhällets organisationer och oppositionspartierna, för att stödja en demokratisk utveckling i Belarus. Omvärlden – särskilt vi som är demokratiskt valda politiker – måste visa solidaritet med människorna i Belarus för att verka för en demokratisk utveckling. Det är uppmärksamhet som krävs. Annars kommer ingen förändring till stånd.

IN THE CHAIR: ILDIKÓ GÁLL-PELCZ

Vice-President

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – De betrekkingen met de laatste dictatuur in Europa hebben nooit echt willen vlotten. Telkens botsten we op de Wit-Russische werkelijkheid: een rigide, autoritaire stijl van regeren, met een gebrek aan democratische normen en een gebrekkige eerbiediging van de mensenrechten, een economie die eenzijdig gericht is op de Russische markt en op de aanvoer van goedkope brandstoffen, een diepgewortelde collectieve Sovjetmentaliteit.

Loekasjenko is sinds hij 22 jaar geleden aan de macht kwam met handen en voeten gebonden aan Moskou. En toch probeert Wit-Rusland zijn betrekkingen met het Westen schoorvoetend te normaliseren. Zeker nu grote broer Rusland niet langer in staat is om de economie voluit financieel te stutten. Als Minsk zijn buitenlands beleid anders oriënteert kan dat een positieve impact hebben op de binnenlandse koers, maar de EU zal duidelijke rode lijnen moeten trekken. Een van mijn grote bekommernissen is de nieuwe kerncentrale in Ostrovetz op een steenworp afstand van de grens met de Europese Unie. Loekasjenko gaat er prat op dat hij daar in recordtempo de goedkoopste kerncentrale van de wereld bouwt, maar de internationale veiligheidsnormen worden niet nageleefd.

Ik vrees dat de Europese Commissie die bezorgdheid nog onvoldoende heeft opgenomen in haar vernieuwde dialoog en ik vraag ….

[De voorzitter ontneemt de spreker het woord.]

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, in February this year the Council decided not to extend the major restrictive measures vis-à-vis Belarus. The sanctions list is almost empty now. Has anything been delivered in return to those expectations voiced by the Council more than 10 months ago? Nothing at all. A total of zero. The so-called elections in September: yet another fake. The OSCE recommendations: entirely ignored, as many times before. None of the rights of former political prisoners reinstated.

The NGOs continue to be persecuted by harsh legal measures, such as article 193. Death penalty: not abolished. Instead, two prisoners executed only in 2016. It is a shame. It is a shame of those who believe that change came. The fact is: the Council conclusions are completely disregarded. I am therefore shocked every time I hear the word 'progress' when one speaks about Belarus. In my view, the European Union seems to be continuously dragged into some kind of very dangerous experiment with Belarus. We are about to trade human rights for technical cooperation and promises.

Another EU-Belarusian experiment is ongoing in the nuclear sector in haste and secrecy, in violation of the international conventions. On the EU border Russia is financing and building a nuclear power plant. I quote President Lukashenko: 'the cheapest in the world.' A dictator and the Kremlin's always-loyal partner Lukashenko will soon be armed with nuclear capacities. The EU cannot just sit and observe silently this construction right on its border. This unsafe site must be frozen immediately.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich möchte die heutige Aussprache als Chance zur Reflexion nutzen.

Die jüngsten Parlamentswahlen in Belarus sind absolviert, offene Repressionen im Nachgang gab es diesmal nicht. Die Wahlbeobachter konstatierten zwar Fortschritte, die Wahlen selbst entsprachen aber bei weitem nicht den Standards, zu denen man sich selbst verpflichtet hat.

Soweit die Fakten, die aber alleine die komplexen und widersprüchlichen Entwicklungsprozesse des Landes nicht hinreichend beschreiben. Prozesse der sogenannten nachholenden Nationenbildung verknüpfen sich in Belarus mit der Frage, wie ein modernes und nachhaltiges Staatswesen aussehen soll und welches der zukünftige Platz des Landes in der internationalen Arbeitsteilung und in der Völkerfamilie ist. Das schließt auch die gesellschaftliche Debatte über Aspekte des Rechtsstaatsdialogs oder die Aufhebung der Todesstrafe ein, nicht nur Handelsbeziehungen. Wie überall in der Welt vollzieht sich dies im Spannungsfeld von Erhalt und Aufbruch und nicht frei vom Druck äußerer Verhältnisse. Wir sollten deshalb nicht überrascht sein, dass trotz einer stark einbrechenden Wirtschaft die Wahlbeteiligung bei 75 % lag.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I think, no doubt, we have seen some very modest steps in Belarus in the past year towards what we could call democratic development. But I emphasise: very modest. For instance, now, after the elections, we can come to the conclusions that maybe there is a chance to open new channels of discussion. For instance, we have seen that there are two opposition members elected to the legislature. We do not know if this is a genuine signal of beginning of change or not, but I think we have to invite Belarus to take further steps. We have to be convinced by further steps. And notably, many colleagues have mentioned that this capital punishment, which is really a violation of human dignity, must be abolished. We must demand that. We must demand a new revision of the electoral law and process, and then perhaps we can see if there are new opportunities for our dialogue.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, je m'étonne de la soudaine clémence dont fait preuve M[me] la haute représentante vis-à-vis de celui que l'Union européenne appelait le dernier dictateur d'Europe.

La ficelle est un peu grosse: levée des sanctions contre rapprochement vers le camp occidental, mais recherche d'une sortie de l'orbite russe. Ici, bizarrement, il n'est plus question des droits de l'homme. Le gouvernement biélorusse continue pourtant d'avoir un contrôle strict des médias et n'est pas prêt à renoncer à la peine de mort. Mais le chantage géopolitique est au-dessus des prétendues valeurs européennes, qui sont très fluctuantes au gré des intérêts des puissances extra-européennes, en outre.

La Biélorussie reste cependant un pilier de l'intégration européenne. C'est ce que démontrent les projets de centrales nucléaires avec la Russie ou les troupes aéroportées russes et biélorusses.

Mes chers collègues, essayons de construire des ponts et non pas des murs érigés contre la grande Europe.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Od dziesięciu lat przekonuję w Polsce – pan Zdrojewski jest świadkiem – że jedyną szansą na ocalenie niepodległości Białorusi jest utrzymanie u władzy jego ekscelencji Aleksandra Łukaszenki. Od dwóch lat usiłuję o tym przekonać Was. Czy zdajecie sobie sprawę, że gdybyście wprowadzili demokrację na Białorusi, za dwa lata pan Putin i jego zielone ludziki by Białoruś sobie do siebie przyłączyły? Tylko Łukaszenka, który dba o swój stołek, jest gwarancją niepodległości tego państwa. A ja chcę mieć Białoruś, Ukrainę, Litwę, która by dzieliła Polskę od Rosji. Ja bardzo lubię Rosję, ale im dalej jest od Polski, tym bardziej ją lubię. To samo dotyczy Unii Europejskiej. W interesie Unii jest bronić niepodległości Białorusi – nieważne, czy tam jest demokracja, czy nie. Ważne jest, żeby było to państwo, które dzieli nas od Rosji. Zrozumcie wreszcie elementarne zasady geopolityki, a nie Wasze głupie gadaniny o prawach człowieka.

Sandra Kalniete (PPE). – Madam President, elections in Belarus were not free and fair. We should not pretend that they were and that the parliament is fully legitimate. But we should recognise that there have been changes in the overall atmosphere. It has become more permissive and symbolically, for the first time in 20 years, two members of the democratic opposition were allowed – I underline 'allowed' – to have seats in the parliament. Therefore, we should expand the critical engagement with all segments of Belarusian society, from the civil activists to the government, to encourage more reforms.

In my opinion, one of the key tests for releasing the full potential of EU-Belarus relations will be further implementation of longstanding OSCE and Council of Europe recommendations. In due time, before the next local elections in spring 2018, we should consistently insist on this.

I would also like to address a particular problem we are having in relations with Belarus, such as building a nuclear power plant with questionable standards of safety right on the border with the EU. I would like to call on the Commission and the European External Action Service to coordinate more efficiently their actions and to use all leverages so as not to let a ticking time bomb be created on our doorsteps.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Politinė situacija Baltarusijoje vis dar neatitinka mūsų palaikomų ir propaguojamų demokratijos, įstatymo viršenybės, skaidrių ir laisvų rinkimų, žiniasklaidos laisvės, pagarbos žmogaus teisėms ir mirties bausmės netaikymo principų. Pastarieji parlamento rinkimai vėl neatitiko ESBO standartų ir jie negali būti laikomi skaidriais ir sąžiningais. Spaudoje girdime ir kritikos, ir pagyrų Aleksandrui Lukašenkai nutraukus dvylika metų trukusią valdančiosios partijos vienvaldystę parlamente: du paskirti, o ne rinkimų būdu atitekę mandatai opozicijos atstovams jokiu būdu dar neįrodo Baltarusijos ryžto sukti didesnės demokratijos keliu.

Nepalankiai besiklostanti geopolitinė situacija regione ir vis stiprėjantis Rusijos spaudimas Rytų partnerystės šalims, Astravo elektrinės statyba verčia mus ieškoti dialogo su šia šalimi. Turime nusibrėžti labai aiškią strategiją, kaip Baltarusiją pakreipti europine kryptimi ir rasti racionalią pusiausvyrą tarp to, kas vyksta šalyje, ir ilgalaikės Baltarusijos perspektyvos, priartinant ją prie Europos, ypač kai pasibaigs dabartinis valdymas. Manau, kad jau dabar turime ieškoti kelių ir sprendimų įgyjant didesnį Baltarusijos visuomenės pasitikėjimą Europa. Tuo pačiu stiprinant bendradarbiavimą ir su opozicinėmis Baltarusijos politinėmis partijomis, su nevyriausybinėmis organizacijomis, pilietine visuomene ir kitomis institucijomis, kurios rodo norą kreipti savo veiklą demokratiniu keliu.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicza! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! Historia uczy pokory, Unię Europejską też powinna. Pamiętam, jak szereg lat temu było u pana Łukaszenki dwóch ministrów spraw zagranicznych: minister spraw zagranicznych Polski, pan Sikorski i minister spraw zagranicznych Niemiec, pan Westerwelle. Pan Łukaszenko zrobił sobie z nimi zdjęcia, które potem służyły mu do pokazania, że jest całkiem fajnym gościem.

Ja jestem za tym, żebyśmy się otwierali na Białoruś. Tak, to jest potrzebne. To jest potrzebne, żeby Mińsk wyrywać z łap Rosji. I należy w tym kierunku iść, ale nie można wystawiać *carte blanche*. Nie możemy wystawiać takich czeków panu Łukaszence. Trzeba oczywiście otworzyć się, ale też sprawdzać – *trust and check* – zwłaszcza sprawdzać. Wydaje mi się, że tutaj nie powinniśmy być naiwni. Geopolitycznie to otwarcie jest bardzo potrzebne, ale miejmy świadomość, że Łukaszenka będzie lawirował między Rosją a nami, i trzeba pilnować, żeby jednak był bliżej europejskich standardów.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Minsko žingsnius siekiant susigrąžinti Europos Sąjungos palankumą galima vertinti teigiamai. Tačiau užduokime sau klausimą, kiek verti yra Baltarusijos pažadai? Pavyzdžiui, dar 2011 m. Baltarusija politiškai įsipareigojo atlikti vadinamuosius „stress testus“ naujai statomoje Astravo atominėje elektrinėje. Praėjo beveik penkeri metai, atominis monstras jau matosi nuo Lietuvos kalvų, o „stress testai“ dar nepradėti. Maža to, po Komisijos atstovo vizito į Astravą praėjusį mėnesį paaiškėjo, kad Baltarusija apskritai dar nenusiteikusi, ar tuos „stress testus“ pagal Europos Sąjungos metodologiją pilna apimtimi išvis atliks. Neva galutinį atsakymą jie atsiųsią iki šio mėnesio galo. O šiandieną jau spalio dvidešimt šešta.

Todėl klausiu, kokias spaudimo priemonės Komisija yra pasirengusi taikyti iki spalio pabaigos, jeigu taip ir nesulauksime konkretaus patvirtinimo, kad Baltarusija atliks „stress testus“ naujoje atominėje elektrinėje pilna apimtimi. Ačiū.

David McAllister (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Mai habe ich im Rahmen einer EVP-Delegationsreise zusammen mit den Kollegen Sandra Kalniete und Bogdan Zdrojewski erstmals Weißrussland besucht.

Mein Eindruck war, dass in der Tat die Situation in Weißrussland besorgniserregend ist und bleibt. Das Regime von Herrn Lukaschenko steht für eine mangelhafte Bilanz bei Demokratie und Menschenrechten. Es schränkt die Medien- und Versammlungsfreiheit ein, und es finden Wahlen statt, die unseren demokratischen Ansprüchen und Maßstäben nicht genügen. Trotzdem sollten wir als Europäische Union den Ansatz der schrittweisen Wiederannäherung an Weißrussland weiterverfolgen, denn dieses Land richtet seinen Blick nicht mehr ausschließlich nach Osten.

So waren beispielsweise die rechtliche Nichtanerkennung der russischen Annexion der Krim oder der Widerstand gegen eine russische Luftwaffenbasis im Land positive Signale. Gleichzeitig haben die Freilassung politischer Gefangener im Land und die daraufhin erfolgte Entscheidung des Außenministerrats, die Sanktionen nicht zu verlängern, den EU-Weißrussland-Beziehungen neue Impulse verliehen.

Allerdings: Nur mit sorgfältig abgestimmten Schritten und einer Politik des kritischen Engagements werden wir unser Ziel tatsächlich erreichen, Weißrussland zu einem stabilen und verlässlichen Partner der EU zu machen, mit dem wir eben nicht nur eine gemeinsame Grenze, sondern auch gemeinsame Werte teilen.

Ana Gomes (S&D). – Senhora Presidente, as chamadas eleições na Bielorrússia não foram livres nem transparentes. Em vez de mandar os críticos para a prisão, o governo agora aplica-lhes multas administrativas no valor de vários salários médios. Os 2 deputados supostamente da oposição no «Parlamento» são nomeados pelo ditador Lukachenko que espera receber ajuda e financiamento em troca de uma pseudomudança democrática.

Só se deixa enganar quem quer. Os representantes da oposição acham que as sanções da União Europeia foram levantadas imprudentemente, sem refletir quaisquer progressos democráticos. Temos de ouvi-los e ajudá-los e aqui os partidos políticos europeus e respetivas fundações têm um papel importante a desempenhar.

É preciso apoiar a oposição na Bielorrússia, organizar projetos conjuntos, contribuindo para que convirjam e para que sejam mais eficazes no combate pelas liberdades democráticas. A União Europeia deve estar atenta e ser audivelmente crítica às violações dos direitos humanos, pressionar mudanças na legislação eleitoral, para que as autoridades parem de restringir as liberdades de expressão e de imprensa e as atividades dos partidos e associações da sociedade civil.

Monica Macovei (ECR). – Așa cum au spus și colegii mei în seara asta, avem cât de cât o veste bună din Belarus, și anume doi candidați din opoziție care au intrat în Parlament. Nu știu dacă au câștigat, dacă au fost puși acolo, dacă au fost lăsați să câștige, probabil că ultima variantă este cea adevărată. E adevărat, de asemenea, că alegerile nu au fost libere și corecte. Acum suntem în această situație în care vrem să extindem democrația și să luăm Belarus în această zonă de democrație, pentru interesul Uniunii Europene și al securității noastre și pentru interesul cetățenilor din Belarus. Trebuie să fim, însă, foarte atenți. Trebuie să avem un punct de vedere, cum să spun, o prietenie foarte critică cu Belarus și tot timpul să atragem atenția asupra încălcării drepturilor omului. Presa are încă botniță pusă. Sigur, au fost eliberați și prizonieri politici, dar, pe de altă parte, Belarus sigur joacă un rol important în relațiile dintre Rusia și Ucraina. Deci, vrem ca Belarus să intre în sfera noastră, în democrație, dar trebuie să fim foarte atenți și să verificăm absolut tot ce spune și ce face Lukașenko.

Jaromír Štětina (PPE). – Parlamentní volby v Bělorusku nebyly svobodné. Opozice měla a má minimum prostoru pro svoji realizaci.

V únoru tohoto roku EU zrušila sankce uvalené na Bělorusko jako gesto dobré vůle, a to zejména s ohledem na propuštění šesti politických vězňů. Tito lidé však do dnešního dne nebyli rehabilitováni, nadále nedisponují svými občanskými a politickými právy. Od roku 2000 nebyla žádná strana v Bělorusku registrována.

Jak dokládá zpráva zvláštního zpravodaje OSN pro lidská práva v Bělorusku, porušování lidských práv pokračuje a žádná zásadní změna v této oblasti nenastala.

V březnu 2018 mají v Bělorusku proběhnout místní volby. Do té doby musí EU všemi dostupnými prostředky apelovat na běloruské protějšky, aby v dostatečném předstihu zavedly do praxe volební doporučení OBSE/ODIHR.

Odmítám jakákoli další gesta dobré vůle ze strany EU, dokud v této otázce a v otázce lidských práv nedojde ke skutečnému, zjevnému a hmatatelnému pokroku.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Po pierwsze, chciałabym podziękować panu Bogdanowi Zdrojewskiemu za rezolucję, którą przygotowuje i która przełamuje tradycje tej Izby wyliczania wyłącznie tego, czego na Białorusi nie ma, i obok tego wymienia także pozytywne fakty dotyczące tego kraju. Jest on ważnym sąsiadem Unii Europejskiej na jej wschodniej ścianie i ze względu na swoje położenie geopolityczne musi balansować między Wschodem i Zachodem, rozumieć i uczestniczyć w obu tych światach. Myślę, że dobrze się staje, że Unia Europejska wychodzi z polityki izolacji i intensyfikuje dialog z Białorusią. Powinniśmy ten dialog rozwijać, żeby opierał się nie tylko na rozmowie, ale także na wspólnych przedsięwzięciach, projektach w dziedzinie ekonomii, nauki i społeczeństwa obywatelskiego.

Sytuacja ekonomiczna Białorusi jest w tej chwili dość tragiczna. Paradoksalnie jest to bardzo dobry moment na zmiany, bo Białoruś nie ma wiele do stracenia i może wprowadzać istotne i bardziej radykalne zmiany w swojej gospodarce i polityce, a Unia Europejska, która jest jednym z pożyczkodawców i także gwarantem pożyczek z krajów trzecich dla Białorusi, donatorem pieniędzy, ma realne narzędzie, aby odegrać w tym procesie wzmacniającą rolę. Jak? Przede wszystkim przez bardzo skrupulatną kontrolę wydatkowanych środków, ale też przez dodatkowe wymogi. Przecież możemy wymagać, żeby pieniądze, które trafiają na rozwój średnich i małych przedsiębiorstw na Białorusi i tego rodzaju projekty były po części wydatkowane przez rozwijający się na Białorusi biznes na rzecz społeczeństwa obywatelskiego. Możemy wymagać, żeby firmy te rozwijały społeczną odpowiedzialność przedsiębiorstw, żeby rozwijały albo włączały się w ekonomię społeczną, popularyzowanie języka białoruskiego i tak dalej.

Pytanie do Komisji: czy w ramach pomocy finansowej, której udzielamy Białorusi takie dodatkowe warunki są stawiane?

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní komisařka nás informovala o tom, že se Evropská komise snaží komunikovat s Běloruskem, ale slyšela od nás, že nejsme spokojení s úrovní demokracie a respektování lidských práv v Bělorusku.

Zleva doprava slyšíme zde v EP to, že volby by neměly být uznány, občanská práva jsou omezována, omezována je také svoboda na univerzitách, svobodný přístup ke vzdělávání, byl obnoven výkon trestu smrti, což jsou typické znaky pro diktaturu.

Já považuji za velmi nebezpečné to, že Bělorusko, tento nedemokratický režim, buduje novou jadernou elektrárnu a to v blízkosti Litvy, v blízkosti hranic s EU. Nejsou zde bezpečnostní záruky.

Já bych chtěla vyzvat paní komisařku a jejím prostřednictvím také Evropskou komisi, aby se zasadila o kontrolu této nově budované jaderné elektrárny. Je možné využít auditu Mezinárodní agentury pro atomovou energii. Je to zásadní bezpečnostní riziko, které tady vidím. Víme, že tam byla porucha. Běloruská vláda se ji snažila nezveřejňovat, čili je to režim, který je netransparentní, který skýtá velká rizika právě při budování takto zásadní stavby. Prosím paní komisařku, aby se v rámci Evropské komise a jednání s Běloruskem zasadila o tento audit.

„Catch the eye" eljárás

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in Bielorussia, nel paese definito l'ultima dittatura in Europa, alle ultime elezioni i partiti di opposizione, finalmente, hanno eletto due rappresentanti in parlamento. Per troppi anni quello bielorusso è stato l'unico parlamento in Europa a non avere opposizione. La Repubblica di Bielorussia resta purtroppo un regime autoritario, nonostante i richiami della comunità internazionale. Le elezioni tenutesi nel 2010 furono definite dall'OCSE né libere né imparziali e dubbi permangono anche sulle ultime elezioni. A questo si aggiunge il nodo dei prigionieri politici, che rimane uno dei motivi che alimentano le dure critiche internazionali. Insomma, nonostante si debbano agevolare i tentativi di dialogo per mitigare la difficile situazione politica e alleggerirne il peso sui cittadini, la Bielorussia resta un regime poco democratico, nel quale le violazioni dei diritti umani pongono seri problemi alla facilitazione del dialogo con l'Unione europea, in assenza del rispetto dei principi democratici della libertà civile dei diritti umani.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η θανατική ποινή στη Λευκορωσία ξανάρχεται στο προσκήνιο μετά από δύο χρόνια. Η απόφαση να ξαναρχίσουν οι εκτελέσεις ελήφθη μόλις οκτώ μήνες μετά την απόφαση των υπουργών Εξωτερικών της Ευρωπαϊκής Ένωσης να άρουν το πάγωμα περιουσιακών στοιχείων και ταξιδιωτικών απαγορεύσεων για περισσότερους από 150 πολίτες και αξιωματούχους της χώρας, συμπεριλαμβανομένου και του προέδρου Αλεξάντερ Λουκασένκο.

Η Λευκορωσία αποτελεί τη μοναδική χώρα στην Ευρώπη που εξακολουθεί να εφαρμόζει την εσχάτη των ποινών. Αναφορές υποστηρίζουν ότι τα δικαιώματα υπεράσπισης σε υποθέσεις που επιβάλλουν θανατική ποινή παραβιάζονται συστηματικά, αλλά και ότι οι δικαστικές αρχές δεν διαθέτουν την απαιτούμενη ανεξαρτησία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να ζητήσει από την κυβέρνηση της Λευκορωσίας να αναστείλει επίσημα όλες τις εκτελέσεις, ως πρώτο βήμα στην πορεία για την κατάργηση της θανατικής ποινής. Η Λευκορωσία οφείλει να λάβει μέτρα για την προστασία των θεμελιωδών δικαιωμάτων και τον σεβασμό του κράτους δικαίου. Το δικαίωμα στη ζωή δεν πρέπει να αφαιρείται από κανέναν και με κανέναν τρόπο.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, οι σχέσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Λευκορωσίας πρέπει να ενισχυθούν προς όφελος όλων των Ευρωπαίων. Για εμάς, όμως, κεφαλαιώδες ζήτημα είναι η πυρηνική ασφάλεια. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και η Λευκορωσία πρέπει να εντείνουν τις συζητήσεις για αυτό το θέμα, το οποίο πρέπει να αποτελεί την κορυφή των προσπαθειών όλων των δημοκρατικών ανθρώπων, κρατών και κοινωνιών. Αλίμονο αν αμελήσουμε αυτό το καθήκον. Η εικόνα στη Λευκορωσία είναι ασφαλώς μια εικόνα περίπλοκη και απαιτείται ενδελεχής προσήλωση Λευκορώσων και Ευρωπαίων. Κλείνοντας, θα ήθελα να καταδικάσω και εγώ το γεγονός ότι σε μια ευρωπαϊκή χώρα εξακολουθεί να υφίσταται ακόμα η θανατική καταδίκη.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Thank you. I acknowledge the very modest softening of the Lukashenko regime, yet I have to raise a very specific issue that was already mentioned by many of my colleagues, namely the Astravets nuclear power plant and also because this Russia-led, very unsafe construction is to be located in Grodno Oblast, a territory heavily populated by people of Polish descent. Therefore I share very much indeed the concern voiced by my Lithuanian colleagues. I think that this construction should be checked very specifically by the Commission and I consider efforts taken to date as very insufficient.

A „catch the eye" eljárás vége

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I very much welcome the discussion we just had today, and I can assure you that all your views will be duly taken into account. Let me assure you that tangible steps taken by Belarus to respect universal fundamental freedoms, rule of law and human rights will remain key for shaping of the EU future policy towards Belarus. About nuclear safety, I said in my introductory speech already that we are sharing this concern, even more so when new facilities are being constructed on the EU border.

We are very much aware about this proximity – just 40 kilometres from Vilnius. So I just want to update you and say that the Commission is using all the fora and instruments at its disposal to address the construction of Ostrovets with the Belarussian authorities. We know that an integrated regulatory review service mission from the International Atomic Energy Agency to Belarus took place in October to review the regulatory process. And also, our aim is to ensure that the highest possible safety standards are followed.

The European Commission in particular is financing experts who are assisting the Belarussian national regulator during the construction of the nuclear power plant and through working with Belarus in the area of nuclear stress tests. To this effect, a high-level mission by DG Energy took place from 19 to 20 September 2016. So thank you very much again for this debate.

If I may say a few more words on some news that I have just learned, that a strong earthquake hit central Italy several minutes ago. I only hope and wish that the first news is exaggerated. However, I would like to express that the European Commission stands ready to help Italy with all means, and we are at its disposal as a Commission for regional policy. We have already been in touch for several months to assess the damage after the Amartrice earthquake, and I am very sad to hear now about this new tragedy.

Elnök asszony. – Köszönjük Biztos Asszonynak a záró gondolatát, és reméljük, hogy ez a földrengés nem lesz olyan súlyos, mint az előző volt. Nyilván minden földrengés borzasztó körülményeket tud teremteni. Nehéz ebben a helyzetben bármit is mondani, mint reménykedni és tenni a dolgunkat.

Eduard Kukan (PPE), *písomne*. – Na Bielorusko sa treba pozerať, ako na jeden z posledných silne autoritárskych režimov v Európe. Bohužiaľ, po septembrových voľbách sa na tejto definícii zmenilo len málo. S trochou optimizmu môžeme tvrdiť, že voľby prebehli v pokojnej atmosfére a neboli celkom krokom späť. Pred Bieloruskom by sme však nemali zatvárať dvere. Naším cieľom by malo byť zintenzívnenie vzájomných vzťahov. Mali by sme s Bieloruskom viesť dialóg, ktorý pomôže tento ciel naplniť. Treba sa sústrediť na zvýšenie diplomatických kontaktov v oblastiach spoločného záujmu. Je však potrebné viesť hodnotovo založený dialóg podporujúci postupné zmeny. Nesmieme prehliadať prípady porušovania ľudských práv a obmedzovania osobných slobôd. Musíme odsúdiť uplatňovanie trestu smrti, ale tiež otvárať otázky bezpečnosti, ako je napríklad sporná výstavba jadrovej elektrárne pri Ostrovetsi. Naša politika by mala byť zameraná na podporu projektov, ktoré umožnia modernizáciu, postupné otváranie a rozvoj Bieloruska – takých záležitostí ako mobility partnership, či investície do modernizácie infraštruktúry, ochrany životného prostredia, vzdelania či rozvoja bilaterálneho obchodu.

14. Lage von Journalisten in der Türkei (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság alelnökének/az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozata: Az újságírók helyzete Törökországban [2016/2935(RSP)].

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, let me first of all thank the European Parliament for the opportunity to exchange views on this very important topic and subject. We all closely follow the developments in Turkey, a candidate country and key partner for the European Union. Our commitment to further developing and broadening our ongoing partnership and cooperation with Turkey remains strong. This is demonstrated by our continued solid engagement, including a recent visit to Turkey by High Representative Federica Mogherini and Commissioners Hahn, Avramopoulos, Stylianides and Šefčovič to Turkey and numerous meetings with Turkish authorities.

The recent period has been a testing time for Turkey. The attempted coup of 15 July risked sending the country back in time to a darker era of its history. It would have been a dramatic blow to Turkey's democracy and would have destabilised the whole region even further. On that night the people and the institutions of Turkey, including all political partners and parties, came together and stood up to defend their democracy. This is something we cannot forget or downplay. In this delicate moment for the country's history, the Turkish institutions must recommit strongly to the same values that the Turkish people defended on the night of 15 July. Although the state is naturally entitled to take swift and decisive action in response to such a threat, any allegation of wrongdoing should be established by transparent procedures in all individual cases and ensure the right to respect for private and family life.

Freedom of expression is one of the essential foundations of the European Union. We have repeatedly stressed that Turkey, as a candidate country, needs to aspire to the highest possible democratic standards and practices, including freedom of the media.

This is our second debate on the situation of journalists in Turkey under this legislature. When we look at the situation of journalists and media freedom more generally, it has been deteriorating significantly, not just since 15 July but over the last couple of years. It is very worrying that, following the introduction of the state of emergency, the situation of media freedom in Turkey has been exacerbated even further. Arrest warrants have been issued against a large number of journalists, and many media outlets have been closed. There have been cases of foreign journalists facing difficulties in exercising their profession in Turkey, such as deportation, refusal of entry and refusal to renew their press accreditation.

Turkish authorities need to restore safeguards to ensure freedom of expression, including pluralism of the media, and to take measures to limit intimidation and pressure exerted on journalists and media outlets. Turkey is encouraged to take measures, including the adoption of guidelines and training for the judiciary, to curtail the use of defamation and related criminal code articles as a means of putting pressure on critics.

We urge that Turkish authorities refrain from blocking access to internet content and from takedowns. All these issues of concern are central for the European Union, and we very much encourage cooperation with the Council of Europe in this regard. Free, diverse and independent media is essential in any democratic society. Without freedom of expression and freedom of the media, an informed, active and engaged people is impossible. It is the strength of a democratic society to be able to respond to anti-democratic acts by strictly adhering to the standards, and this is absolutely critical for our relations.

The curtailment of freedom of speech in Turkey is not limited only to journalists. On 20 May the Turkish parliament adopted a constitutional amendment on lifting the parliamentary immunity of a number of members of parliament. Prosecutors began to summon members of parliament to testify, and this raises further concerns about the respect for the rule of law and fundamental freedoms, in particular the freedom of expression.

It is precisely this same issue that needs to be addressed under one of the seven outstanding benchmarks in the framework of the visa liberalisation dialogue related to anti-terror legislation. Let us be very clear: this benchmark is not about asking Turkey to reduce its capacity to fight terrorism. This benchmark is about making sure that the anti-terror legislation and its application are aligned with the case-law of the European Court of Human Rights – in short, that it cannot be used to jail journalists who only did their job and to curtail freedom of expression.

The European Union believes that it is important to continue to address these important matters as a key element of a dialogue between the European Union and Turkey, a candidate country but also a key partner of the European Union.

I am looking forward to our debate.

Renate Sommer, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Frau Kommissarin, ich danke Ihnen herzlich für diese sehr klaren Worte. Das freut mich sehr, das von der Kommission zu hören, und es ist höchste Zeit, dass wir so deutlich sind.

Journalisten hatten es ja in der Türkei noch nie leicht, aber so schlimm wie heute, war es wirklich noch nie. Laut Rangliste der Reporter ohne Grenzen ist die Türkei bei der Pressefreiheit weltweit aktuell auf Platz 151 von 180. Es gibt längst keine Meinungs- oder Pressefreiheit mehr. Seit dem Putschversuch gab es eine regelrechte Hexenjagd auch auf Journalisten aber auch auf viele andere Berufsgruppen: auf Geschäftsleute, auf Professoren. Nur das ist heute nicht das Thema.

2 300 Medienschaffende wurden entlassen und heute sind in der Türkei mehr Journalisten inhaftiert als in China, dem Iran und Ägypten zusammen. Die Haftbedingungen sind unzumutbar, und es gibt Misshandlungen, berichtet Human Rights Watch. Die Betroffenen haben keinen Zugang zu Anwälten, keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Mitteln.

Seit dem Putschversuch wurden 45 Zeitungen, 16 Fernsehsender, 23 Radiosender, 3 Nachrichtenagenturen und 15 Zeitschriftenredaktionen geschlossen und enteignet. Das betraf besonders oppositionelle Medien, aber auch andere: Es betraf insbesondere kurdische Sender und auch einen alevitischen. Jegliche Kritik an Präsident Erdoğan, seiner Familie, Partei, Regierung oder an staatlichen Institutionen ist verboten. De facto herrschen längst eine Meinungsdiktatur und eine Präsidialdiktatur.

Ein einziger Mann herrscht über Legislative, Verwaltung, Justiz, Medien, Bildungswesen und Zivilgesellschaft. Es herrscht ein Klima der Angst in der Türkei. Aber, wie Sie richtig sagten Frau Kommissarin: Gerade eine freie und pluralistische Presse ist Kernelement jeder Demokratie, Genauso, wie ordentliche Gerichtsverfahren, die Unschuldsvermutung und eine unabhängige Justiz. Alles andere ist Diktatur und eine Diktatur passt nicht zur Europäischen Union.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Beatrix von Storch (EFDD), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Nach allem, was Sie gerade gesagt haben – alles, glaube ich, richtig –, bleibt nur die Frage: Kann die Türkei weiter Beitrittskandidat für die Europäische Union sein, oder sind die Beitrittsverhandlungen zu beenden, abzubrechen?

Renate Sommer (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Das ist eine schwierige Frage. Wir wissen das alle. Wir sind in einem Dilemma. Wir müssen weiterhin mit der Türkei im Gespräch bleiben, weil die Türkei einfach eine wichtige strategische regionale Lage hat und unser direkter Nachbar ist. Wir müssen im Gespräch bleiben. Wir müssen das auch deswegen, damit wir die Opposition in der Türkei stärken und unterstützen können und damit wir dazu beitragen, dass sich die Verhältnisse in diesem Land wieder zum Besseren wenden. Deshalb scheint es unabdingbar, dass wir weiter in Gesprächen bleiben. Ob man diese Gespräche weiterhin als Beitrittsgespräche bezeichnen muss, stelle ich allerdings in Frage.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, during the coup attempt on 15 July 2016, CNN Türk's Ankara bureau chief, Hande Fırat, entered into our living rooms through our TV screens all around the world. In her hand was an iPhone. President Erdoğan was addressing the nation through FaceTime. Media plurality played a crucial role in preventing the coup plotters from succeeding in their attempt to illegally take over democratic institutions in Turkey that night. Let that not be forgotten. In the last years, media freedom in Turkey has been under great pressure, but the level of the crackdown the Turkish journalists are facing under the current state of emergency is unprecedented.

Not only were 150 media outlets closed and 2 300 journalists fired in the last two months, but 99 journalists and writers were also jailed, with no charges presented against most of them. This brings the number of media workers detained on charges, believed to be related to their work, to at least 130. This is the highest number of jailed journalists in Europe. That is not a cool list to be heading, especially not for an EU candidate country. In the European Parliament, we attach great importance to press freedom. One of this year's candidates for the Sakharov Prize is Turkish journalist Can Dündar.

One year ago, we also had a debate about the freedom of media when the 'Zaman' newspaper was closed down. In the joint resolution that we will vote on tomorrow, all political groups are united in their call on the Turkish Government to immediately release these journalists; distinguished journalist of proven integrity, including former editor-in-chief Ahmed Altan, columnist Şahin Alpay, and well-known novelist Aslı Erdoğan, are being punished without due process through a long period of pre-trial detention. These people did not participate in the coup and the long period of pre-trial detention serves no public good. It seems the journalists are being punished purely for the opinions that they held, rather than for any incitement to violence or actual violence.

The events of last night show that the curtailment of free speech in Turkey is not limited to journalists only. The co-mayors of Diyarbakır, Gültan Kışanak and Fırat Anlı, were detained yesterday. If democratically elected politicians are no longer allowed to freely express their opinion, then who can?

To conclude, we understand that Turkey is going through a difficult time and people are traumatised by the deteriorating security situation, both inside the country and surrounding it. However, these threats can only be curtailed by strengthening democracy; by strengthening the rule of law, and by getting back to a normal situation. I hope, for all the people in Turkey, that this time starts in Turkey sooner rather than later.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – De obsessie van Erdogan om de pers in Turkije monddood te maken en alleen zijn waarheid te laten horen gaat zo ver dat zelfs Mickey Mouse het zwijgen wordt opgelegd. Zarok TV, het Koerdische kinderkanaal, is één van de 23 televisiestations die uit de ether werden genomen. Koerdische kinderen moeten nu opgroeien met de gedachte dat tekenfilms kijken in hun moedertaal een misdrijf is. De zogeheten strijd tegen terrorisme gaat wel heel ver wanneer een regering een kinderprogramma ziet als een bedreiging voor de nationale veiligheid; dan zijn alle verhoudingen zoek.

Al voor de mislukte staatsgreep waren journalisten vogelvrij in Turkije. Nu worden de laatste kritische stemmen gesmoord. 130 journalisten zitten gevangen. In de bevoegde commissie van het Turkse parlement bevestigt het hof van justitie dat nieuwe, speciale eenheden de gevangenissen intrekken om hen te folteren. Ik wil hier expliciet de namen noemen van Inan Kizilkaya en Bilir Kaya, de hoofdredacteurs van de krant Gündem, gevangen in Silivri. Inan en Bilir bevestigen dat zij gefolterd en geïsoleerd worden. Als mens en als gewezen journalist gruwel ik.

Onze commissarissen en de voorzitter van het Parlement uitten hun bezorgdheid, hun grote bezorgdheid, hun uiterste bezorgdheid, maar veel indruk heeft het allemaal niet gemaakt op Erdogan. Het is intussen te laat: zonder vrije, onafhankelijke media is er geen democratie. Zover is het helaas gekomen in kandidaat-lidstaat Turkije. We hebben dit regime een perspectief gegeven dat het niet verdiende.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, Turkey is a key country and a long-term partner for us Europeans and in NATO. And as someone who has always defended accession, even against the current of public opinion, these are painful times.

Painful because those who attempted the coup did no service to Turkey's democratic future whatsoever. They have rightfully been strongly condemned. Painful, because the aftermath of the coup attempt has led to mass arrests that have taken place and have led to the centre of European societies and opinion, traditionally the most in favour of good relations with Turkey and of accession, to turn away from Turkey's European future. I find that people simply do not see it happening anymore.

Press freedom and the position of journalists are a key reason for the political middle in Europe to worry and to fear that Turkey has taken a turn, not to return – a path of no return. This House, thankfully, has consistently voiced its concern and condemnation of the cracks in the rule of law, the lack of separation of powers and the violations of human rights and, particularly, press freedom and Internet freedom. And even though the post-coup environment has exacerbated the pressure and has seen the emergency measures being adopted, the banning of books, the arrest of journalists and the restrictions of press freedom and the stifling of oppositional voices has been systematic.

The Gülen movement, now accused of plotting the coup but previously a key ally of the Erdoğan government, was instrumental in creating an environment of fear, together with AK Party politicians. A climate in which critics were silenced, trials were unfair and the gap between the letter of the law and its actual implementation grew and grew.

As I said in the beginning, Turkey is and will remain an essential partner for us and we must act in the interests of all its people. Despite the low point that we see and that, frankly, is very disappointing, despite the bleeding of hearts, both in Europe and in Turkey, of those who hoped that Turkey would move towards the EU, we have to continue as Europeans to focus on what is really important in our path forward and focus on the rule of law and human rights, and, particularly, not be silent because we want the migration deal only. Press freedom should be on the top of the European agenda.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. –Κυρία Πρόεδρε, αυτό που συμβαίνει στην Τουρκία σήμερα είναι φρικτό. Και το κυριότερο που συμβαίνει είναι η αξιοποίηση, η χρησιμοποίηση του πραξικοπήματος, προκειμένου να επιβληθεί ο πρόεδρος της χώρας σε κάθε πέτρα αυτής της επικράτειας. Κατά την άποψή μου, ο διχασμός στη χώρα αυτή είναι βαθύς σε τέτοιο βαθμό που δεν προοιωνίζει τίποτα καλό, ούτε για την ίδια τη χώρα ούτε για τους γείτονές της. Αν δεν πιεστεί η Τουρκία –αναφέρομαι σε κορυφαίο γεγονός των τελευταίων ημερών– να ανακαλέσει άμεσα τις δυνάμεις της από τη Μοσούλη και να σταματήσει την πολιορκία αυτής της πόλης, όλη η περιοχή μπορεί να εκραγεί και τότε μπορεί να σκεφτούμε πως όσα έχουμε δει έως τώρα αποτελούν απλώς τον πρόλογο μεγάλης τραγωδίας.

Όσον αφορά την κατάσταση στον δημοσιογραφικό κόσμο, που είναι και το θέμα της συζήτησης, το περιεχόμενο του ψηφίσματος είναι δηλωτικό της καταπίεσης και της αναίρεσης κάθε ελευθερίας έκφρασης.

Κλείνοντας, θα ήθελα να επισημάνω πως, δυστυχώς, μετά το πραξικόπημα, στον βαθμό που αυξάνεται η καταπίεση του μισού πληθυσμού της χώρας από τον πρόεδρο της χώρας, στον ίδιο βαθμό, δυστυχώς, ή και υπέρτερο, μειώνεται η κριτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Rebecca Harms, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the night of the coup in Turkey was probably one of that saddest nights in my life, in my political life. Even only following by television what was going on in Turkey, I felt immediately that something was going to break.

I am clearly among those who say this coup must have consequences. There must be prosecutions, but prosecutions must be based on the rule of law in democratic states. For democracy, one of the things which matters most is independence; freedom of the media; pluralism of opinion. The situation for journalists, as Kati mentioned, was already awful in Turkey before the coup, but it has worsened a lot since the coup.

So what Turkey needs – rule of law and democracy – cannot happen if more and more journalists are jailed. It is very good to know that people like Can Dündar tried to help democratic development in Turkey. It is very good to know that famous writers, like the Altan brothers, are now paying in jail because they advocated liberal ideas, liberal democracy for Turkey. Knowing those names for us in our discussions and in our work for democratic development in Turkey is not enough. 130 people – men and women who worked with the pencil, with the camera, with the microphone, with the computer – are in prison right now because they did their jobs. Journalism is not a crime.

This is today our message to Turkey. It is our message to President Erdoğan and the whole of the Turkish Parliament: those 130 persons have names, and there is a list published by P 24 – a very courageous media platform in Turkey – and I would start to read the list: Abdullah Kılıç, Abdullah Özyurt, Ahmet Altan, Ahmet Memiç, Ahmet Metin, Ahmet Turan Alkan, Ahmet Yavaş …

(The president cuts off the speaker)

I know that my time is gone, but I want all of you to know that 130 journalists is not only a figure. Behind this figure are persons, families, people who are waiting for those courageous people will be free again.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è ammirevole sentire dalla Commissione che sono ben consci della situazione che sta avvenendo oggi in Turchia e, contestualmente, continuano a sostenere un accordo con la Turchia, illegale, e la liberalizzazione dei visti. Quindi vuol dire che c'è piena coscienza che il vero colpo di Stato in realtà è riuscito a Erdogan e i giornalisti del quotidiano Cumhuriyet lo stanno pagando: il nostro candidato, Can Dündar, al Sakharov per quest'anno, il caporedattore della sede di Ankara, Erdem Gül, e tanti altri che hanno denunciato nel corso di questi anni i torbidi coinvolgimenti dei servizi segreti nazionali, ad esempio nel traffico di armi in Siria. Nel frattempo le statistiche crescono, si arriva a 100.000 siti internet bloccati, si arriva a un paese che è ormai al 151º posto nella libertà di stampa, 183 testate chiuse, 127 giornalisti arrestati. Voglio chiudere questo intervento con le parole di Can Dündar: «il mio ufficio ha due finestre: una si affaccia su un cimitero, l'altra sul tribunale. Sono i due luoghi più visitati dai giornalisti in Turchia. Dopo poco è apparsa anche una terza finestra, quella della prigione che mi attendeva».

Ebbene, all'Unione europea e alla Commissione dico che la libertà di espressione è un diritto e non è un crimine, anzi è il sale della democrazia. E se non lo ribadiamo con forza nei confronti del governo turco perderemo ogni credibilità.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Messieurs, chers collègues, aujourd'hui, c'est la journée de la Turquie. M. Juncker a annoncé ce matin qu'il allait reprendre les négociations avec la Turquie.

Je vous demande: «À quoi sert ce débat?» Vous l'avez tous remarqué: il est bientôt 20 h 45, on met le débat le plus loin possible pour ne pas choquer les bonnes consciences eurocrates.

Que puis-je dire sur ce débat? Cette semaine, nous avons le rapport in 't Veld, qui confisque la souveraineté, la démocratie, nos libertés et les libertés publiques. Aujourd'hui, on nous fait pleurer avec les journalistes turcs, mais enfin réveillez-vous! Voulez-vous la Turquie dans l'Europe? Voulez-vous que la Turquie mène le même sort aux journalistes européens?

Demain, on va nous annoncer que cela reprend, que les débats continuent, que l'on ouvre le 18e chapitre sur 32. Enfin, un peu de cynisme ou, du moins, un peu de responsabilité!

Je crois que ce que veulent les peuples européens, c'est une Europe des nations et des libertés, une Europe sans les Frères musulmans de M. Erdoğan. Ils veulent une Europe libre, une autre Europe, celle de l'Europe des nations et des libertés.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι διώξεις των εκδοτών, των δημοσιογράφων και, γενικά, όσων εργάζονται στον Τύπο στην Τουρκία δεν είναι πρόσφατη ιστορία. Διαρκεί με διάφορες εναλλαγές εδώ και τριάντα χρόνια. Μάλιστα το εκάστοτε κυβερνών καθεστώς στη χώρα δεν κάνει και πολιτικές διακρίσεις. Από την εποχή της υποθέσεως Εργκένεκον διώκει τους Κεμαλιστές και τους εθνικιστές δημοσιογράφους, παράλληλα με τους αριστερούς και τους Κούρδους, κατηγορώντας τους ότι ενέχονται σε προπαγάνδα υπέρ του PKK, το οποίο, ως γνωστόν, θεωρείται τρομοκρατική οργάνωση.

Οι τουρκικές αρχές στοχοποιούν τρεις κατηγορίες δημοσιογράφων: αυτούς που ασχολούνται με υποθέσεις διαφθοράς, όσους ασκούν κριτική στην κυβέρνηση και τους Κούρδους. Τους κατηγορούν ότι παραβιάζουν τον αντιτρομοκρατικό νόμο καθώς επίσης και τον ποινικό κώδικα της Τουρκίας. Προκειμένου να τους εκφοβίσουν και να τους φιμώσουν, τους συλλαμβάνουν χωρίς αποδείξεις, τους βάζουν σε φυλακές υψίστης ασφαλείας με επικίνδυνους εγκληματίες χωρίς δίκη, τους αφήνουν προφυλακισμένους τρία έως πέντε χρόνια και επίσης εκβιάζουν τις οικογένειές τους. Θεωρείται αδίκημα ακόμα και η απλή αναφορά αυτών των γεγονότων. Μετά μάλιστα το πραξικόπημα έχουν διώξει δημοσιογράφους περισσότερους από όσους έχουν διωχθεί σε όλο τον κόσμο.

Με αυτήν τη χώρα η Ευρωπαϊκή Ένωση διεξάγει διαπραγματεύσεις, θέλει να την εντάξει στους κόλπους της και υποκύπτει στους εκβιασμούς της.

Μανώλης Κεφαλογιάννης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, όλοι σε αυτήν την αίθουσα καταδικάζουμε απερίφραστα το στρατιωτικό πραξικόπημα της 15ης Ιουλίου. Όμως αυτό δεν μας επιτρέπει να μείνουμε άφωνοι απέναντι στην κατάλυση του κράτους δικαίου. Χιλιάδες συλλήψεις στρατιωτικών, δικαστικών, δημοσίων υπαλλήλων, επιχειρηματιών, το κλείσιμο των εφημερίδων, η σύλληψη δημοσιογράφων, η φίμωση όλων των μέσων μαζικής ενημέρωσης και η προσπάθεια κατάλυσης του αστικού κράτους, του κοσμικού κράτους του Κεμάλ Ατατούρκ, η αμφισβήτηση των διεθνών συμφωνιών, όπως η Συνθήκη της Λωζάννης του 1923 που καθορίζει το καθεστώς των στενών, τα νέα τουρκικά σύνορα προς όλους τους γείτονες και την ανταλλαγή των πληθυσμών με τις γειτονικές χώρες, όλα αυτά είναι ενέργειες που αντιβαίνουν ευθέως στο διεθνές δίκαιο.

Η επίκληση του Εθνικού Όρκου της Εθνοσυνέλευσης της Τουρκίας του 1920 περί δημοψηφίσματος σε όλες τις επαρχίες της Οθωμανικής Αυτοκρατορίας και οι αναφορές στα «σύνορα της καρδιάς μας», όπως είπε ο κύριος Ερντογάν, που περιλαμβάνουν τα σύνορα της παλιάς Οθωμανικής Αυτοκρατορίας, προκαλούν εύλογη ανησυχία και ερωτηματικά προς όλους. Οι διαβεβαιώσεις των Τούρκων αξιωματούχων, όταν βρίσκονται στο εξωτερικό, ότι αυτές οι δηλώσεις γίνονται για εσωτερική κατανάλωση, δεν μας καθησυχάζουν, δεν συνάδουν με το ευρωπαϊκό κεκτημένο και τις ευρωπαϊκές αξίες και απομακρύνουν την Τουρκία από την Ευρώπη και την ευρωπαϊκή οικογένεια, με αποκλειστική ευθύνη της πολιτικής της ηγεσίας.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, δεν θα επαναλάβω τα περιεχόμενα του ουσιαστικού ψηφίσματός μας. Θα τονίσω όμως την απόλυτη αλληλεγγύη μας με τις εκατοντάδες χιλιάδες τούρκους πολίτες και όλα τα πολιτικά κόμματα που υπεράσπισαν τη δημοκρατία το βράδυ της 15ης Ιουλίου. Αυτά που γίνονται τώρα δεν ταιριάζουν στην Τουρκία και ούτε θα φέρουν τα προσδοκώμενα αποτελέσματα. Μπορεί να δίνουν μια ψευδαίσθηση απόλυτης εξουσίας, όμως δεν είναι αυτό που χρειάζεται η χώρα αυτή τη στιγμή.

Το δημοκρατικό φρόνημα των πολιτών αποδεικνύεται πολύ ισχυρό, γιατί δίπλα σε κάθε δημοσιογράφο που μπαίνει στη φυλακή χωρίς ενοχοποιητικά στοιχεία, βλέπουμε εκατοντάδες πολίτες να συντρέχουν στα κινήματα αλληλεγγύης με τα οποία και εμείς σήμερα είμαστε αλληλέγγυοι.

Και με το πραξικόπημα έγινε φανερό πως η τουρκική δημοκρατία δεν απειλείται από την ελευθερία της έκφρασης της γνώμης και από δίκαιες δίκες. Απειλείται από συγκρούσεις ισχυρών συμφερόντων, οι οποίες απειλούν τη δημοκρατία από την ίδια αφετηρία. Κλείνω με τα λόγια του αντιπροέδρου της Τουρκικής Εθνοσυνέλευσης: «ο μόνος τρόπος θωράκισης της δημοκρατίας είναι η ενίσχυση του κοσμικού κράτους».

Bas Belder (ECR). – Gewetensvolle, zorgvuldige, onafhankelijke journalistiek is van groot maatschappelijk belang – repressie daarvan brengt een samenleving enorme schade toe. Toch gebeurt dat vandaag in Turkije.

Als oud-journalist doet het pijn aan mijn ogen en in mijn hart op de website van Turkey Purge te lezen dat maar liefst 130 journalisten zich op dit ogenblik op arbitraire gronden in gevangenschap bevinden. Dit debat geeft aan dat wij hen absoluut niet in de steek laten en gelukkig worden zij ook op andere wijze gesteund binnen de Europese Unie. Kwaliteitskranten openen hun kolommen voor Turkse collega's als gastschrijvers, al dan niet actief vanaf eigen grondgebied. Met veel interesse en genoegen volg ik bijvoorbeeld wekelijks de brieven vanuit Istanbul van Bülent Mumay in de Frankfurter Allgemeine. Echt een aanrader, collega's, want tegen de gelijkschakeling van de Turkse media. En tegen die gelijkschakeling moet ook de EU zich ten volle weren.

Hilde Vautmans (ALDE). – Iedereen heeft het al gezegd, 130 journalisten in Turkije in de gevangenis omdat zij hun werk deden. 2500 journalisten die hun baan kwijt zijn sinds de mislukte coup. 150 mediabedrijven die hun deuren hebben gesloten. Er kan geen persvrijheid zijn in een sfeer van angst en wantrouwen. Elke journalist die kritiek heeft op het beleid van de huidige regering wordt in het oog gehouden. Zelfcensuur is schering en inslag.

Intussen staat Turkije op de 151e plaats van de World Press Freedom Index, na Tadzjikistan en na Congo. Zelfs tot in Europa wordt de grote Turkse gemeenschap eenzijdig geïnformeerd. Ook Amnesty International maakt zich zorgen over schendingen van de mensenrechten en Human Rights Watch sprak afgelopen dinsdag over folterpraktijken in gevangenissen.

Collega's, ik denk dat we wakker moeten worden. Het heeft geen zin om met Turkije te onderhandelen als journalisten in donkere kelders worden vastgehouden. Vrijheid van meningsuiting en vrijheid van denken zijn grondrechten in Europa en die moeten wij verdedigen. Dus laten we de gesprekken met Turkije stopzetten. Laten we Turkije oproepen de journalisten vrij te laten die zonder bewijzen vastzitten en laten wij waarnemers sturen om de situatie in de gevangenissen na te gaan. Want ook journalisten, ook andere gevangenen, hebben rechten.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, la démocratie en Turquie est en danger. La tentative de coup d'État militaire dénoncée par tous, en Turquie et ailleurs, sert de prétexte à une régression de l'état de droit. Les arrestations de journalistes, tout comme celles de magistrats, en sont un symbole. Cent médias ont été fermés; 200 journalistes ont été interpellés, dont les deux tiers sont toujours en prison; 2 300 salariés des médias ont perdu leur emploi, tandis que la prise d'assaut de rédactions par la police semble devenir une scène habituelle. Parmi ces journalistes se trouvent effectivement Can Dündar, notre candidat au prix Sakharov.

Tous ceux qui osent critiquer la politique du gouvernement turc sont menacés. Des dizaines de personnes ont ainsi été inculpées au seul motif d'avoir utilisé une application mobile, ByLock, soupçonnée d'être utilisée par les partisans de Fethullah Gülen. Pourtant, des ministres turcs se servent actuellement de cette application. Enfin, les Kurdes paient un lourd tribut, une fois encore. L'arrestation, hier, des deux co-maires de Diyarbakir en est un symbole.

Renvoyer dos à dos les uns et les autres n'est pas une solution. Si nous ne voulons pas que la Turquie renoue avec les pages les plus sombres de son histoire, l'Union européenne ne peut plus se taire, sinon elle portera une lourde responsabilité dans l'évolution de la situation.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Vi ser ju alla att det mesta går åt helt fel håll i Turkiet. Vi hörde här talas om den senaste icke önskade inblandningen i befrielsen av Mosul. Vi hörde också om de uttalanden som kan uppfattas som att president Erdoğan helst skulle vilja lägga beslag på hela området. Makten har onekligen stigit presidenten åt huvudet och jag undrar varje dag: ”Vad kommer han att hitta på idag?”.

För det handlar inte bara om att man fängslar journalister och att man också straffar deras anhöriga. Man använder undantagstillståndet och terroristlagstiftningen för att kringskära yttrandefriheten och man ger sig också på kurdiska, turkiska medier utomlands, bl.a. den tv-kanal som sänds från Sverige, Newroz TV. Det här är verkligen inte vad jag förväntar mig av en demokratiskt vald president.

Jag skulle också vilja läsa några av de namn som Rebecca Harms tidigare började på: Atilla Taş Ayşe Nazlı Ilıcak, Ayşenur Parıldak, Aytekin Gezici, Aziz İstegün, Bayram Kaya, Bayram Parlak, Bünyamin Köseli …

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Wir reden heute Abend nicht über die Freiheit der Presse in der Türkei, sondern die Unfreiheit. Seit seinem Coup hat Erdoğan über 131 Medienbetriebe geschlossen, tausende Journalisten arbeitslos gemacht, über 100 Journalisten inhaftiert. Das hat fast jeder einzelne meiner Vorredner schon aufgezählt. Die Türkei liegt bei der Pressefreiheit im internationalen Ranking auf Platz 151 von 180. Darüber regen wir uns hier mal mehr oder mal weniger auf, je nach aktueller Erpressungslage in der Flüchtlingsfrage. Und Sie wollen die Türkei weiter in die EU aufnehmen. Deswegen haben Sie die Samthandschuhe an und ziehen keine Konsequenzen. Über Polen regen wir uns auf, das auf Platz 47 der Pressefreiheit liegt, in der Nähe der USA, Großbritanniens und Frankreichs. Deshalb: Hören Sie auf, lassen Sie die Polen in Ruhe, und lassen Sie die Türkei nicht in die EU!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Michaela Šojdrová (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty.* – Vážená paní kolegyně, já nejsem zastáncem vstupu Turecka do Evropské unie. Ale chci se Vás zeptat. Vy se domníváte, že prezident Erdogan chce vstoupit do Evropské unie? Vy si skutečně myslíte, že tento člověk chce vstoupit do Unie hodnot a ctít lidská a občanská práva?

Beatrix von Storch (EFDD), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte".* – Ich hoffe, dass er ja vielleicht, wenn der Schritt aus der Europäischen Union nicht gemacht wird, die Gespräche ab. Aber davon haben wir bislang noch nichts vernommen. Insofern: Er wird sicherlich niemals die Werte teilen, die wir teilen, aber er wird weiter den Weg in diese Europäische Union suchen, wenn wir diese Gespräche nicht endlich abbrechen.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, the night if 15 July I felt close to the people standing up for democracy against tanks. Tonight I feel close to the hundreds of journalists unjustly detained.

Turkish citizens do expect the government to bring those responsible to justice, but it must be within the rule of law, and most urgently, the Turkish authorities must ensure humane conditions in detention. Thousands of academics, lawyers and businessmen cannot possibly be terrorists, and I call on the Turkish authorities to stop the witch-hunt on journalists, release those imprisoned and restore freedom of speech.

Over the past weeks I have been meeting many people from Turkish civil society and the opposition. They feel let down. They feel that Europe has turned its back on them. They see the EU as an anchor of democracy, preventing a drift towards autocracy. They urge us to show empathy and solidarity. They urge us to help them restore the rule of law.

So let us stop the blame game. Inflammatory rhetoric does not help. It is clear that the EU has underestimated the trauma for the people in Turkey when we realise the extent of the Gülen infiltration in the state institutions. We have a responsibility to better understand the complexity of what is going on in Turkey before jumping to conclusions.

Europe should engage in a constructive dialogue with Turkey on all issues of common concern. It is in our mutual interest. The Commission is doing it; let's support them. The EU should therefore get ready to open Chapter 23 and 24 on justice and fundamental rights. When the day of a peaceful settlement with Cyprus comes, we must be ready.

This negotiating framework is a driving force for reform. It is not a reward. It is a concrete way to show our dedication to human rights and freedom of media and to support the democratic forces of Turkey that rely on us.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Costas Mavrides (S&D), *blue-card question*. – I have a very simple question for Madam Bildt. I do not know what kind of people you meet from Turkey, Madam Bildt, but it is obvious that the people from Turkey that we meet, the vast majority of us, are very different from the ones that you meet because we get a very different opinion. But anyhow here is my question: with half the judges and the prosecutors having either been dismissed or put in jail, do you still believe that someone in Turkey can have a fair trial? Is Erdoğan for democracy or a new sultan? That is my question.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *blue-card answer*. – I think that blaming and shaming does not make Turkey more democratic and does not help Turkey to restore the rule of law or fair trials. I think we should engage and help and support them; that is what our liberal friends, civil society and the opposition is asking the European Union. We should not let down the vital democratic forces in Turkey. We should help them restore justice and the rule of law.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Frau Präsidentin! Von allen 57 islamischen Staaten war die Türkei lange das einzige Land in der Welt, was sich auf den Weg zur Demokratie, zur Wahrung der Menschenrechte und zur Pressefreiheit machte.

Seit dem Putschversuch – wir haben das ja heute gehört – ist das nun alles angeblich anders. Aber ich möchte auch Frau Bildt mal darauf aufmerksam machen, dass schon lange vor dem Putschversuch die Menschenrechte in der Türkei mit Füßen getreten wurden. Medienhäuser wurden vorher schon geschlossen, Journalisten wurden vorher schon verhaftet, und friedliche Demonstranten wurden vorher schon verprügelt. Wir dürfen nicht darauf reinfallen und jetzt so tun, als sei das alles ein Resultat des Putsches.

Wenn Erdoğan sagt, „Das war ein Geschenk Gottes", dann hat er sich damit nicht nur selbst entlarvt, er hat damit auch Gotteslästerung betrieben.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι συνάδελφοι, για πολλοστή φορά περιγράφουμε με τα πιο μελανά χρώματα τη λειτουργία της δημοκρατίας στην Τουρκία και ειδικότερα όσον αφορά στην ελευθερία της έκφρασης, του Τύπου και των δημοσιογράφων.

Το συστημικό έλλειμμα του κράτους δικαίου και του σεβασμού αυτών των ελευθεριών δεν είναι νέο φαινόμενο και σίγουρα δεν είναι σύμπτωμα του αποτυχημένου πραξικοπήματος στη χώρα. Υπενθυμίζω ότι, πριν από το πραξικόπημα, το Freedom House χαρακτήριζε τα μέσα μαζικής ενημέρωσης ως μη ελεύθερα, ενώ η Τουρκία κατατασσόταν στη θέση 151 σε 180 χώρες όσον αφορά στην ελευθερία του Τύπου, τελευταία δηλαδή στην Ευρώπη και στα Βαλκάνια.

Με αυτά τα δεδομένα ο κύριος Ερντογάν, πιο ισχυρός στο εσωτερικό της χώρας του, συνεχίζει να εκβιάζει την Ευρώπη με το προσφυγικό, ακολουθεί επεκτατική πολιτική στην ευρύτερη περιοχή και η Ένωση ανοίγει κεφάλαια και συζητάει για βίζα!!!

Κύριοι συνάδελφοι, ο κύριος Ερντογάν θα αγνοήσει επιδεικτικά και το σημερινό ψήφισμα. Όσο η Ευρωπαϊκή Ένωση συνεχίζει την ίδια πολιτική σχέσεων με την Τουρκία, θα περιοριζόμαστε ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σε καταγγελτικά ψηφίσματα χωρίς κανένα αποτέλεσμα.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, la libertad de prensa y la de los periodistas —todos lo sabemos— es pieza central del edificio democrático. Pero en Turquía ha empezado la conocida cadena de represión, silencio, abuso de poder, miedo generalizado y consolidación de un régimen autoritario.

Cuando se detiene a Can Dundär y a otros ciento treinta periodistas, el resto de profesionales del país actúa con temor y tiende, naturalmente, a practicar la autocensura. Y cuando se hace callar a los periodistas, la sociedad queda desprotegida e inerme frente al poder. Como a los alcaldes detenidos en Diyarbakir, o como los niños sirios explotados en Gaziantep.

Los periodistas de Estambul o Ankara, los alcaldes de las ciudades kurdas o los niños sirios son los eslabones humanos de esa común cadena de horror. No basta con la Resolución que mañana apoyaremos.

No basta con proteger o acompañar a las víctimas de la arbitrariedad. Y no basta, señora Corazza Bildt —que no me escucha—, con solicitar de nuevo a las instituciones turcas que cambien de actitud y comportamiento. La única solución es el regreso inmediato de la libertad y la plena democracia. Nuestra única función como diputados europeos es trabajar abiertamente y codo con codo con la sociedad turca para que ese retorno se produzca lo antes posible.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, freedom of the media and expression is a fundamental principle of the EU. Still, I think the European Union has been rather modest to mainstream this principle in relations with Turkey, which is in 151st place out of 179 states regarding media freedom. Out of all the candidate countries, Turkey is the only one which has recently cut the wire on major social media channels, for example Twitter. Following the attempted coup d'état, Turkey's government is clamping down with new intensity on the still-existing free media, both offline and online.

I call upon the Turkish authorities to immediately stop the arbitrary detention and harassment of journalists and media workers. The names of 130 journalists arrested has been mentioned, and I agree with my colleague, Rebecca Harms, that this is not about statistics. Behind every name is a personal tragedy, family, freedom of expression. Clearly this all has nothing to do with the fight against terrorism. I equally call on the EU to take a strong stand on this issue, because defending freedom of expression for the Turkish people means solidarity in practice. To allow different opinions to be freely published would only reinforce Turkish society, and I think it should be regarded as a criterion as to whether the Turkish government will stay on the right path to join the European community of values.

Eugen Freund (S&D). – Madam President, it is very simple and it is very sad, and so I will continue to read the names of the arrested Turkish journalists that my colleagues Ms Harms and Ms Valero began: Cemal Azmi Kalyoncu, Cihan Acar, Cihat Ünal, Cuma Kaya, Cuma Ulus, Cumali Önal, Eda Şanlı, Emre Soncan, Ercan Gün, Erdal Şen, Faruk Akkan, Fevzi Yazıcı, Gökçe Fırat Çulhaoğlu, Gültekin Avcı, Habip Güler, Hakan Taşdelen, Halil İbrahim Mert, Hanım Büşra Erdal, Haşim Söylemez, Hüseyin Aydin, Hüseyin Turan, İbrahim Balta, İbrahim Kareyeğen, İsa Siyi, Kenan Baş, Lalezar Sarıibrahimoğlu, Lokman Erdoğan, Mehmet Altan, Mehmet Kuru, Mehmet Özdemir, Aksoy Yeni, Murat Avcıoğlu, Murat Öztürk, Mustafa Erkan Acar, Mustafa Ünal.

And the list goes on and on and on.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). –Κυρία Πρόεδρε, η Τουρκία είναι μια σκληρή και άτεγκτη δικτατορία. Μια απέραντη φυλακή, ειδικά μετά το πραξικόπημα του Ιουλίου. Για αυτό πολύ σωστά τονίζεται στο ψήφισμα ότι τα μέτρα έκτακτης ανάγκης, καταστολής και καταπολέμησης δήθεν της τρομοκρατίας θα πρέπει να αρθούν. Αλλά η καταπολέμηση της ελευθερίας του Τύπου είναι βασικό όπλο του δικτάτορα Ερντογάν.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση εξακολουθεί να χαϊδεύει την Τουρκία και να υποκύπτει στους εκβιασμούς της, παρόλο που όλοι εδώ μέσα έχουν δώσει φρικτά παραδείγματα απολυταρχισμού. Στο ψήφισμα δεν υπάρχει καμιά εισήγηση για λήψη κυρώσεων εναντίον της Τουρκίας. Η αναφορά ότι δήθεν η Τουρκία είναι στόχος τρομοκρατικών επιθέσεων είναι ψευδής. Η ίδια η Τουρκία υποθάλπει την τρομοκρατία σε βάρος άλλων χωρών. Είναι κράτος-τρομοκράτης και κατέχει παράνομα την Κύπρο. Ιδρύει ισλαμικά σχολεία φανατισμού στην κατεχόμενη Κύπρο, στο Κόσοβο, στα Σκόπια, στη Βοσνία και στην Αλβανία.

Αν δεν επιβληθούν κυρώσεις στην Τουρκία, αύριο ο Ερντογάν θα πετάξει και αυτό το ψήφισμα στον κάλαθο των αχρήστων.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, au-delà des condamnations verbales, nos institutions européennes doivent être fermes et énergiques à l'égard du pouvoir turc, dont le prix Nobel, Orhan Pamuk, a dit qu'il instituait un régime de terreur. Il faut des actes forts pour obtenir la libération des journalistes, des magistrats et des syndicalistes ainsi que le rétablissement des élus dans leurs droits. Cessons donc cette hypocrisie qui consiste à faire de la Turquie, en échange de milliards et d'un silence complice, un espace de rétention des réfugiés.

Les services de l'action extérieure de l'Union européenne doivent diligenter des missions d'observation et de soutien aux journalistes, aux magistrats et aux syndicalistes dans les prisons.

Enfin, il faut stopper immédiatement tout processus de rehaussement de nos relations commerciales et envisager des sanctions économiques et commerciales tant que la liberté ne sera pas rétablie.

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, turecká vláda tento měsíc prodloužila výjimečný stav v Turecku o další tři měsíce, a prodloužila tak možnost legitimizace dalších represí namířených proti novinářům. Restrikce vůči médiím nejsou v Turecku ničím novým, ale v rámci výjimečného stavu jsou tato opatření vůči médiím ještě tvrdší. Turecká vláda tedy pod zástěrkou boje proti terorismu omezuje v zemi svobodu slova a novináře odsuzuje v rámci protiteroristické legislativy. Zastrašuje je tak a to má také za následek to, že ti, kteří dnes ještě mohou pracovat, omezují svou kritiku režimu, protože se prostě bojí. Mně to velmi připomíná atmosféru 50. let komunistického režimu v -Československu, kdy také novináři a spisovatelé byli vězněni a zastrašováni, aby mlčeli.

Nedávno jsem si přečetla smutný, ale velmi dobře vystihující citát jednoho z tureckých novinářů: „Dříve se novináři scházeli v kavárnách, dnes se setkávají ve vězení a v soudních síních". Dámy a pánové, lidská práva a jejich dodržování jsou součástí kultury, ke které se Turecko přihlásilo, ale kroky, které nyní podniká, těmi se velmi vzdaluje. Velmi pochybuji, že dnes prezident Erdogan myslí vážně další jednání o přistoupení k Evropské unii. Tím, co dnes dělá, se pan prezident Erdogan vzdaluje kultuře Evropy, ale jsem přesvědčena, že my nemůžeme hodit přes palubu občany Turecka, kteří chtějí žít v demokratické společnosti, a musíme být s nimi solidární.

Κώστας Μαυρίδης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, οι δημοσιογράφοι φυλακίζονται γιατί έχουν άποψη. Οι δάσκαλοι, οι καθηγητές, οι ακαδημαϊκοί διώκονται γιατί κάνουν τη δουλειά τους. Οι Κούρδοι δήμαρχοι και οι βουλευτές διώκονται γιατί είναι Κούρδοι. Οι μισοί δικαστές είτε απολύθηκαν είτε είναι στη φυλακή. Και, τέλος, αυτή η χώρα, που δεν είπα το όνομά της, κυβερνάται με προεδρικά διατάγματα και κάποιοι εδώ προσποιούνται ότι είναι δημοκρατική χώρα.

Θα συνεχίσω όμως, κυρία Πρόεδρε, με το εξής: γιατί δεν απαιτούμε να ξεκινήσει η Τουρκία να εφαρμόζει τις δεσμεύσεις της ξεκινώντας από την Κύπρο που είναι κράτος μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης;

Ένα όνομα όμως δεν ειπώθηκε απόψε. Είναι μία δημοσιογράφος η οποία δεν είναι στη φυλακή. Το όνομά της είναι Serena Shim. Γιατί δεν είναι στη φυλακή; Γιατί το τουρκικό κράτος και οι μυστικές υπηρεσίες την δολοφόνησαν, επειδή ήταν η πρώτη που αποκάλυψε τις βρωμιές του Ερντογάν με το Ισλαμικό Κράτος.

Николай Бареков (ECR). – Г-жо Комисар, говоря като журналист и политик. Ако не реагираме срещу геноцида на режима на Ердоган към свободата на словото, ние ставаме съучастници в убийство и насилие, както стана наскоро съучастник българското правителство и неговите послушни медии.

Наскоро вътрешният министър Бъчварова със скритото одобрение на българския премиер върна обратно на режима в Турция невинни страдалци, потърсили убежище в Европа от гоненията. Журналист от закрития вестник „Заман" беше заловен на българската граница заедно с преподаватели и полицаи и беше върнат обратно в лапите на мракобесния режим. Позорен акт за българските власти и за медиите – повечето зависими от тях, които гледат безучастно.

Кой стои зад тази срамна и нелегална сделка с турските власти? Да връщаме на заколение неудобни на режима срещу спирането на бежанската вълна. Нито един журналист в Турция не е престъпник, защото казва истината за режима. Не реагираме ли, тук ставаме съучастници. Ние трябва да защитим свободата на словото и да заклеймим позорните сделки на европейските лидери с Ердоган.

Στέλιος Κούλογλου (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κάθε απόπειρα πραξικοπήματος δημιουργεί έκτακτες καταστάσεις, αλλά αυτό το πραξικόπημα φάνηκε σαν να ήταν το καλύτερο δώρο στον κύριο Ερντογάν. Εκατοντάδες δημοσιογράφοι στη φυλακή, χιλιάδες άνεργοι, εκατοντάδες μέσα ενημέρωσης κλείνουν. Ξέρετε για πόσα χρόνια αντιμετωπίζουν ποινές φυλάκισης οι πάνω από 190 δημοσιογράφοι που κατηγορούνται; 2.150 χρόνια!!!

Δι ασήμαντον αφορμήν, ο Can Dündar, ο υποψήφιος για το βραβείο Ζαχάρωφ, κατηγορήθηκε, φυλακίστηκε και καταδικάστηκε επειδή έκανε μια δημοσιογραφική αποκάλυψη. Και ελπίζω να πάρει το Βραβείο Ζαχάρωφ, γιατί αυτή θα είναι η καλύτερη απάντηση του Ευρωκοινοβουλίου μας στην Τουρκία. Θέλουμε καλές σχέσεις με τον λαό της Τουρκίας. Θέλουμε καλές σχέσεις με τη χώρα. Αλλά καλές σχέσεις βασισμένες πάνω στον σεβασμό της δημοκρατίας, των ελευθεριών και της ελευθερίας του Τύπου.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, δυστυχώς για μια ακόμη φορά βρισκόμαστε στο ίδιο έργο θεατές. Δεν μάθαμε κάτι νεότερο. Η Τουρκία κάνει καλά αυτά που κάνει διαχρονικά. Παραβιάζει ανθρώπινα δικαιώματα, παραβιάζει αρχές, παραβιάζει αξίες. Απλώς το ότι μεταβλήθηκε σε μια απέραντη φυλακή και οι δημοσιογράφοι διώκονται με τον τρόπο που διώκονται είναι η κορυφή του παγόβουνου.

Και εμείς στηρίζουμε το ψήφισμα καταδίκης της Τουρκίας για αυτό το θέμα, γιατί θεωρούμε ότι είναι αυτονόητο να καταδικάζεται η Τουρκία καθημερινά για όσα διαπράττει εις βάρος όχι μόνο του δικού της λαού αλλά και όλων των υπολοίπων. Για εμάς δεν προκαλεί έκπληξη, γιατί για εμάς αυτή είναι η Τουρκία. Είναι η ίδια Τουρκία που συνεχίζει να κατέχει την Κύπρο. Είναι η ίδια Τουρκία που για 42 χρόνια παραβιάζει βασικά ανθρώπινα δικαιώματα, είναι εισβολέας, είναι κατοχική δύναμη, έχει κατοχικό στρατό, περιφρονεί αρχές, αξίες, ψηφίσματα του Οργανισμού Ηνωμένων Εθνών και του Συμβουλίου Ασφαλείας. Είναι ακόμα η ίδια η Τουρκία η οποία δεν αναγνωρίζει χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι η ίδια ακριβώς η Τουρκία η οποία έφτασε στο σημείο να αμφισβητεί σήμερα διεθνείς συμφωνίες, τη Συνθήκη της Λωζάννης για την Ελλάδα, θέλοντας να ανατρέψει αυτά τα οποία επιβάλλουν οι συνθήκες ειρήνης. Είναι η ίδια η Τουρκία η οποία διέπραξε όσα διέπραξε σε βάρος των Αρμενίων, των Κούρδων, των γειτόνων της, των Ελλήνων διαχρονικά.

Διανύει μια συνεπή και σταθερή πορεία που περιφρονεί αρχές και αξίες. Απέναντί μας έχουμε αυτήν την Τουρκία η οποία ενθαρρύνεται από την ανοχή μας. Πιστεύω ότι τώρα είναι η ώρα που η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν πρέπει να κάνει βήματα πίσω-μπροστά σε αυτές τις αρχές και τις αξίες. Είναι η ώρα που η Τουρκία πρέπει να κατανοήσει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπορεί να περιφρονείται. Η Τουρκία δεν έχει κανένα δικαίωμα να περιφρονεί όλα αυτά.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, effectivement, la situation des journalistes et de la liberté d'expression en Turquie – déjà pas très brillante, faut-il le dire – s'est brutalement dégradée ces derniers mois, et particulièrement depuis la tentative avortée du coup d'État du 15 juillet dernier.

Il est avéré, en revanche, que l'état d'urgence, qui a été prolongé – comme beaucoup l'ont dit – de 90 jours la semaine dernière, a fait sauter tous les verrous. Il a installé un climat de peur et d'autocensure généralisé pointé par Reporters sans frontières, privant la population d'un débat libre et diversifié, au moment où elle en a le plus besoin, pour se forger une opinion sur la question kurde, sur le conflit en Syrie et ses jeux d'acteurs extrêmement complexes, sur l'afflux des réfugiés, bien entendu, et sur les relations avec l'Union européenne.

Au lieu de cela, les Turcs sont abreuvés de discours haineux à l'égard des journalistes, coupables de faire tout bonnement leur métier, et des sympathisants présumés de M. Gülen, qui est accusé d'avoir fomenté le putsch dans la magistrature, la police, l'armée et l'éducation. L'emprisonnement devient la règle pour tous ceux qui s'opposent.

Pour toutes ces raisons, Madame la Présidente, je me solidarise avec les combats du journaliste turc, Can Dündar, proposé au prix Sakharov 2016, et j'espère profondément qu'il l'obtiendra.

Ангел Джамбазки (ECR). – Насилието над свободата на словото в Турция не е новина, всяко друго твърдение е лицемерие. Години ислямистките турски власти мачкат свободата на словото, блокират социалните мрежи, спират достъпа до интернет.

Диктаторът Ердоган хладнокръвно заповядва превземането на редакции на вестници, радиа, интернет-агенции, списания. С груба полицейска сила, с палки, сълзотворен газ и куршуми. Напомням съдбите на редактори и журналисти от Джумхуриет, Заман, телевизия „Самаюлу“.

Това беше преди преврата. И тогава тук имаше хора, които се правеха че не виждат какво става. Колеги, които угодничеха пред диктатора, договаряха с него визови либерализации, милиарди евро му плащаха на европейските данъкоплатци за неговия рекет и изнудване. След преврата бяха превзети и закрити още 3 агенции, 45 вестника, 16 телевизионни канала, 23 радиостанции, 15 списания, 29 издателски къщи.

А в тази зала лицемерието продължава. Има колеги, които продължават да наричат диктатора „стратегически партньор“. Колеги, които се правят, че не виждат анексирането на чужди територии в Сирия и Ирак, продължаващата незаконна окупация на Кипър, враждебните заплахи към териториалната цялост на членове на Европейския съюз, в това число и срещу моето отечество България.

Част от виновниците за това насилие над свободата на словото са в тази зала и в креслата на Европейската комисия.

Ердоган е диктатор, Турция се ислямизира. Който сее ветрове, жъне бури.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, estimada Senhora Comissária, caros Colegas, a liberdade de expressão é também o direito a discordar, a isto chama-se democracia. Os jornalistas têm o direito a informar e também têm o direito à sua opinião. Não vamos falar de números, já falámos aqui deles, mas a grande ameaça recai sobre a liberdade de pensar, de dizer, de informar, de investigar.

A Turquia é já um regime perigoso, que leva o seu povo para o precipício do pensamento único. É este um parceiro credível? Neste momento, não. A situação dos jornalistas há muito que é conhecida, mas também a dos juízes, dos académicos, das mulheres, dos livros proibidos, dos cidadãos que são calados.

Se o direito de informação fosse zelado, talvez tivéssemos sabido mais cedo que há dezenas de crianças a serem escravizadas na Turquia e que, em vez de pegarem em livros, têm nas suas mãos uma agulha para coser roupas de multinacionais europeias. Desses, aguardamos explicações. Da Turquia, o respeito pelo Estado de Direito.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, these claims by the Turkish President and Government that they are defending democracy, defending it against the coup, against subversion and against terrorism: the first message that this Chamber should send is that these claims are totally ridiculous given this situation regarding freedom of speech in Turkey. There are absolutely no grounds to take this Turkish Government seriously when it treats freedom of the press in this way which has been graphically described.

The second message that has to be sent from this Chamber is a very clear, categorical demand for all these people to be freed; to be set free as a first step if this Turkish Government wants to start re-opening any kind of meaningful dialogue with Europe.

Interventions à la demande

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, the fact that Reporters Without Borders in their survey of 180 countries rank Turkey in 150th place is very telling. Even Vladimir Putin's Russia fares better in this regard. Turkey has 130 journalists in jail, 70 of them on charges related to the failed coup in July. Journalists are harassed, and the accusations range from 'insulting the President' to plain 'terrorism'.

In addition, as the government has been exercising emergency powers after the failed coup, there is virtually no possibility of checking Mr Erdoğan's crackdown on perceived adversaries from the media, universities or public service.

The EU has to be clear that such practices cannot be accepted from a country that holds accession talks with it. The persecuted journalists expect no less from us.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che questo Parlamento invoca maggiore libertà per la stampa e i media in Turchia. Purtroppo, le vicende del luglio scorso hanno peggiorato la situazione, con una contrazione ancora maggiore delle libertà, in particolare quella di espressione. Circa 2.500 giornalisti hanno perso il lavoro dopo il tentato colpo di Stato del 15 luglio. *Reporters sans frontieres* riporta di almeno 110 giornalisti in carcere, di cui 70 arrestati dopo il golpe e 150 denunciati a piede libero. In Turchia basta una semplice ipotesi degli inquirenti di affiliazione a un'organizzazione fuori legge o di un insulto al Presidente della Repubblica per finire in carcere. Il rispetto concreto, e non solo a parole, per i diritti e le libertà resta vitale per un paese che aspira a entrare nell'Unione europea. È necessario prima di ogni cosa che l'Unione europea lavori perché in questo paese siano garantiti, senza se e senza ma, gli standard europei di democrazia.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το τελευταίο διάστημα η διεθνής κοινή γνώμη παρακολουθεί τον Ερντογάν, τον νέο Σουλτάνο, να μεθοδεύει συστηματικά και απροκάλυπτα τις διώξεις και τις φυλακίσεις των πολιτικών του αντιπάλων. Η φίμωση του Τύπου είναι στην ημερήσια διάταξη. Μετά την αποτυχία του πραξικοπήματος έχει πλέον προχωρήσει ο Ερντογάν στην αφαίρεση της άδειας λειτουργίας σε δεκάδες μέσα μαζικής ενημέρωσης και στη σύλληψη εκατοντάδων δημοσιογράφων.

Αντί όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει μέτρα απέναντι στην Τουρκία, εθελοτυφλεί και την ανέχεται. Ανέχεται δηλαδή την Τουρκία, η οποία συνεχίζει να κατέχει το 37% του εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας. Ανέχεται την Τουρκία, η οποία συνεχώς παραβιάζει τον ελληνικό εναέριο χώρο και τα θαλάσσια χωρικά ύδατα. Ανέχεται την Τουρκία και τον Ερντογάν, που αμφισβητεί τη συνθήκη της Λωζάννης. Επιτέλους, πότε θα αποφασίσει η Ευρωπαϊκή Ένωση να λάβει μέτρα κατά της Τουρκίας, προκειμένου να επιβληθεί πραγματικά η τήρηση του διεθνούς δικαίου στην περιοχή;

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta; cuando oigo que Turquía es un país calificado como seguro para la Unión Europea, me indigno. ¿Seguro para quién? Porque, para los periodistas, no lo es.

Aprovechando el intento de golpe de Estado contra Erdogan, Erdogan está dando un golpe de Estado contra la libertad de información: cientos de periodistas encarcelados, 150 medios de comunicación cerrados. ¿Y este es un socio para la Unión Europea?

En este Parlamento se hacen auténticos autos de fe inquisitoriales contra países que, ni por asomo, cometen las barbaridades del Gobierno turco; siempre países pequeños que osan ser soberanos frente a los poderosos. Pero la Unión Europea, hoy, vende su alma moral cuando mira hacia otro lado por subcontratar el control de los refugiados.

Hagan algo, algo efectivo, o dejen de dar lecciones morales al mundo. ¿Saben por qué? Porque caminan hacia la implosión por indignidad moral.

Klaus Buchner (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass heute Nacht zwei Bürgermeisterinnen verhaftet worden sind und vor wenigen Stunden mindestens zwei weitere Abgeordnete des lokalen kurdischen Parlaments. Wenn ich sage „verhaftet worden", dann klingt das sehr harmlos. Diese Frauen sind in der ersten Zeit nach ihrer Gefangennahme brutalsten Misshandlungen, vor allem auch unglaublich brutalen sexuellen Übergriffen ausgesetzt.

Zumindest in drei dieser Fälle stehen die Verhaftungen in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Mission, an der ich am Wochenende selbst teilgenommen habe. Wir besuchten mehrere kurdische Stadtviertel, die vom türkischen Militär angegriffen worden sind, mit Bomben beworfen worden sind, beschossen worden sind, obwohl sich dort noch Menschen befanden. Natürlich wollte die Regierung nicht, dass wir diese Dinge sehen und dokumentieren. Noch vor wenigen Wochen wurde eine Sechzehnjährige erschossen, weil sie das fotografiert hatte. Ich möchte nur sehen, wie brutal hier gegen jegliche Weitergabe von Informationen vorgegangen wird.

Eduard Kukan (PPE). – Naše vzťahy s Tureckom sa výrazne komplikujú. Súhlasím s tým, aby sme dali jednoznačne najavo, že krajina, ktorá chce pokračovať s Úniou v rokovaniach o pristúpení a žiada vízovú liberalizáciu, nemôže potláčať základné občianske slobody, medzi ktoré patrí sloboda tlače. Cenzúra a zatýkanie žurnalistov nie sú tým, čo prináša dôveru do nášho spoločného dialógu. Nie sú to ani ostré, neprijateľné vyjadrenia prezidenta Erdogana na adresu Únie.

Bez ohľadu na to si myslím, že s Tureckom musíme pokračovať v dialógu. Je však veľmi potrebné, aby sme dali jasne najavo, že jestvujú hranice, v ktorých by sa tento dialóg mal odohrávať. Mám taký veľmi nepríjemný pocit, že momentálne sa pohybujeme ďaleko za týmito hranicami.

Julie Ward (S&D). – Madam President, on 28 September, RTÜK, which is the higher board of radio and TV in Turkey, issued a closure order covering 23 radio and TV stations, including Zarok TV, a Kurdish children's cartoon channel. Colleagues, what have SpongeBob SquarePants or The Smurfs ever done or said that can be called a threat to society? The Zarok audience are children, who have been left staring at empty TV screens, wondering why they have been punished. The case of Zarok TV, an entity with no political aspect, has led many of us to believe that the Turkish government can ban anything Kurdish simply for being Kurdish.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, thank you very much for this useful exchange. I thank all the honourable Members for their interventions. As I said at the beginning, this is not a new situation but it is a worrying situation. This is the second debate that we have had during this mandate about the freedom of the media in Turkey and what is happening now is totally unacceptable.

As I said at the beginning, free, diverse and independent media is essential in any democratic society. Without freedom of expression and freedom of the media an informed, active and engaged society is impossible. As you have underlined here, this is not only about the punishment of the journalists.

I was very happy to see many former journalists in this House, as I was one in my previous life, but I also think that it is the duty of all of us as politicians to fight, not only for the journalists but also for the elected people, the Members of Parliament, for the professors, the universities and for the mayors. So I think it is very important to address this issue.

As I said at the beginning, I can assure you that the Commission addresses the issues raised here with the Turkish authorities at every engagement and continuously expresses concerns about the significant shortcomings affecting human rights in Turkey. We urge Turkey urgently to act to defuse a tense political climate which creates an environment restricting freedom of speech. These circumstances make continued engagement and a constructive dialogue with Turkey more critical than ever.

In any case the Commission continues to believe that the accession process is the best framework for advancing reforms in Turkey. Advancing the preparatory work towards opening Chapters 23 and 24, on fundamental rights, justice, freedom and security, would be important as it will provide Turkey with a comprehensive roadmap for enforcing these essential areas, including press freedom. Parliament adds, of course, a significant contribution to the debate on Turkey and we very much value this opportunity for an exchange of views.

Finally, I have also noted and welcome the presence here tonight of a Turkish journalist, Can Dündar, a prominent voice in the Turkish debate, and I would like to add his name in honour of the others who are in jail or who have suffered or been assassinated.

So in this matter we, the Commission and Parliament, are working hand in hand. I would like just to inform you that the Commission will issue a country report early in November. Until now it has been called a progress report, but it is obvious that we cannot speak about a progress report in the case of Turkey. All your opinions will of course be taken into consideration when the Commission issues this country report.

La Présidente. – J'ai reçu, conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement huit propositions de résolution.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu jeudi, le 27 octobre 2016, à 12 heures.

Déclarations écrites (article 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Dopo il mancato colpo di Stato, la situazione dei giornalisti in Turchia è da considerarsi critica. Molti di essi sono infatti stati arrestati senza alcuna prova di attività criminale. Ritengo che la detenzione di giornalisti per il contenuto dei loro articoli e la chiusura di un numero elevatissimo di centri d'informazione siano aspetti che minacciano pericolosamente la democrazia di un paese. L'Unione europea non può rimanere a guardare, serve un intervento deciso affinché vengano rispettati i diritti fondamentali di ogni essere umano.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – The European Parliament has numerous times expressed its condemnation of the illegal military coup attempt of 15 July, however, the aftermath of the event and increasing restrictions of civil liberties are highly alarming. A country that has been planning on joining the European Union has been denying its citizens a core EU value – freedom of speech. President Recep Tayyip Erdoğan since the coup attempt has closed around 125 media outlets leaving thousands of Turkish journalists unemployed and around 130 journalists detained or currently in prison. Turkey has jailed more journalists than China or Iran, and has proved itself to be the biggest prison for journalists in the world. The failed military coup is now used by Erdoğan to implement Turkey's anti-terrorism law which is the main tool of oppression used against journalists. This law was one of the key talking points in the discussion about visa liberalisation for the Turkish citizens, yet it has seen no reform. The dire situation in Turkey requires major attention from both the European Union and the European journalists in order to bring the attention of the world wide community to this issue and to further stop the erosion of civil liberties in Turkey.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Turcia are o îndelungată relație cu Uniunea Europeană, fiind un partener strategic atât pentru Uniune, cât și pentru NATO, asigurând stabilitatea în zonă. Astăzi, totuși, democrația din acest stat candidat se află sub amenințare.

Tentativa eșuată de lovitură de stat, pe care o condamn întru totul, a ajuns să servească drept pretext pentru recurgerea la excese în raport cu statul de drept. Situația jurnaliștilor în Turcia este un subiect recurent în agenda europeană a Turciei, întrucât aceasta s-a deteriorat mult în ultimii ani, nu numai după 15 iulie. Libertatea de expresie este una dintre valorile fundamentale ale Uniunii, pe care autoritățile turce trebuie să o asigure, incluzând pluralismul în media, liberul acces la conținutul de pe internet - blocat în acest moment - și prin proceduri transparente pentru fiecare caz judiciar (ținând seama că 130 de jurnaliști și scriitori au fost arestați sau acuzați). Solicit, astfel, autorităților turce să oprească privarea arbitrară de libertate a jurnaliștilor și oamenilor de media, restaurând complet justiția și asigurând domnia legii.

(La séance est suspendue pour quelques instants)

15. Zusammensetzung der Delegationen: siehe Protokoll

16. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la déclaration de la vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité sur la sécurité et la non-prolifération nucléaires (2016/2936(RSP)).

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, thank you for this opportunity to address the issues of nuclear security and non-proliferation. The Vice-President/High Representative is in the Dominican Republic at a very important conference for Latin America.

I will begin my remarks by saying that first of all, the risk of terrorists releasing nuclear or radiological materials needs to be taken into account in our overall efforts to prevent terrorist attacks. Responsibility for ensuring nuclear security lies with national governments, but international cooperation in this area is and will remain crucial. The EU is strongly committed to ensuring the highest level of nuclear security, both in Europe and worldwide. I have said before, during our debate on Belarus, what we are doing, and we are very much concerned about what is happening in this field. The commitment of the EU to nuclear security and the progress achieved in recent years are described in detail in a joint staff working document issued on 9 March 2016 entitled 'EU efforts to strengthen nuclear security'. Allow me now to briefly highlight some of the EU policies and actions.

As regards the legislative framework, the Euratom Treaty continues to be the basis of the EU's activity on nuclear issues. Through Euratom, the EU operates an effective regional nuclear safeguard system, which includes nuclear material accountancy, verification through onsite inspections, regular reporting, and technical and scientific support for the EU Member States. All this in close cooperation, of course, with the International Atomic Energy Agency.

The EU can claim major credit for promoting the entry into force, in May this year, of the crucial 2005 amendment to the Convention on the Physical Protection of Nuclear Material. All 28 EU Member States, as well as Euratom, have ratified the amendment and the European External Action Service has conducted diplomatic outreach on behalf of its entry into force. The European Union will continue to help states to fully implement the provisions of the amended Convention and the Atomic Energy Agency to promote universal adherence to it.

In the area of combatting illicit trafficking of nuclear and radiological materials, the EU has supported the effective implementation worldwide of UN Security Council Resolution 1540 through financing and capacity building. We have established a network of chemical, biological, radiological and nuclear centres of excellence, which today counts 54 partner countries in eight regions of the world, with about 50 projects funded and around 300 people trained. It is funded under the Instrument contributing to Stability and Peace, in accordance with the EU CBRN Action Plan of 2010. The EU supports the central role of the International Atomic Energy [agency], and international cooperation for improving the level of nuclear security worldwide, and is looking forward to the International Conference on Nuclear Security being organised from 5 to 9 December 2016 in Vienna.

Turning now to nuclear non-proliferation, the new EU global strategy, unveiled in June this year, confirmed that the proliferation of weapons of mass destruction and their delivery systems remains a growing threat to Europe and the wider world. The European Union will strongly support the expanding membership, universalisation, full implementation and the enforcement of multilateral disarmament, non-proliferation and arms control treaties and regimes. We will use every means at our disposal to assist in resolving the proliferation crisis as we successfully did on the Iranian nuclear programme. More specifically, I would like to mention two major treaties, the Nuclear Non-Proliferation Treaty and the Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty, as well as a couple of regional issues.

The European Union and its Member States agree on the importance of upholding and strengthening the authority and integrity of the NPT which has contributed to international peace, security and stability for more than 40 years. We call for the implementation of all obligations and commitments assumed under the Treaty or undertaken during the previous review conferences. The European Union has been and remains a strong supporter of the CTBT and its organisation and is working towards the entry into force of the Treaty. Of course, all 28 Member States have ratified this Treaty, and together with all the Member States in this 20th anniversary year of the Treaty's opening for signature, the European Union is conducting a number of actions promoting the Treaty and its organisation, based on an action plan adopted at the beginning of the year.

The European Union welcomes the recent UN Security Council Resolution 2310 which urges all states that have either not signed or ratified this Treaty to do so without further delay as it is an important step forward towards the entry into force of the Treaty.

I warmly welcome the act that in June this year Parliament's Committee on Foreign Affairs (AFET) held an exchange of views on this Treaty, with the participation of the Executive Secretary Mr Zerbo and of course High Representative Mogherini.

Finally, turning to some regional proliferation issues, the European Union has played a key role in the negotiations leading to the nuclear deal with Iran, the Joint Comprehensive Plan of Action, and we have already issued three reports confirming that Iran is sticking to its nuclear commitments. High Representative Mogherini, as coordinator of the Joint Commission, is playing a key role in the implementation of the deal. The EU condemns in the strongest possible terms all the nuclear and ballistic tests conducted by North Korea. Achieving complete, verifiable and irreversible denuclearisation of the Korean peninsula in a peaceful manner is essential for maintaining peace and stability on the Korean peninsula and in North-East Asia at large. Thank you for your attention, and I am looking forward to our debate.

Андрей Ковачев, *от името на групата PPE*. – Г-жо Председател, г-жо Комисар, понятия от моето детство като „атомно убежище“ и „обучения в случай на ядрен взрив“, за които смятах, че принадлежат на миналото, за съжаление се завръщат. Безумно, самоубийствено и варварско е да се използват ядрени оръжия, било то само за заплаха или за постигане на геополитически цели.

Давам два примера: преди няколко години Русия разположи ракетни комплекси, които могат да носят ядрени глави в Калининград – съвсем близо или на самата граница на Европейския съюз. Притеснителни са и изказванията на водещи руски политици, че Русия има право да разположи и съхранява ядрени оръжия на територията на Крим. Не по-малко е тревожна и новата руска доктрина от 2014 г., която позволява използването на ядрени оръжия срещу страни, които не притежават такива, както и решението на Русия да прекрати руско-американското споразумение за утилизация на плутоний и да го свърже с недопустими искания.

Преди месец Северна Корея проведе поредния си ядрен опит в грубо нарушение на резолюциите на ООН и се предполага, че вече може да монтира бойни глави на ракетите си. Северна Корея трябва да спазва международните си задължения, като се върне на масата на преговорите и прекрати незабавно ядрената си програма.

Увеличаването на сигурността на ядрените оръжия, позиционирани в неядрени държави, като например в Турция в непосредствена близост до военните действия в Сирия, също трябва да бъде наш непосредствен приоритет. Един от най-опасните сценарии е попадането на ядрени въоръжения в ръцете на терористични групи или недържавни образувания.

Подсилването на мандата на Международната агенция за атомна енергия и включването на клаузи за неразпространение на оръжия за масово поразяване в договорите на Европейския съюз с трети държави са стъпки в правилната посока.

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhora Presidente, a resolução, o Parlamento, podem fazer diferença por um alargado consenso num tema central para a segurança global. Não há desculpas nem vale a pena arranjar escapatórias para tentar justificar o injustificável. Quem não apoiar esta resolução terá muito a explicar aos cidadãos europeus que se preocupam com o futuro da Humanidade.

A resolução centra-se em três pontos: em primeiro lugar, um apelo à proibição todas as armas nucleares e à participação construtiva da União Europeia na conferência internacional proposta pelo Grupo de Trabalho Aberto da ONU, aprovada na Assembleia Geral por larga maioria, para negociar o instrumento juridicamente vinculativo para o desarmamento nuclear multilateral.

Em segundo lugar, atribuir um mandato à Alta Representante com o poder de contribuir para essas mesmas negociações, em linha com a estratégia global aprovada. Foi a própria Sra. Mogherini quem o sugeriu aqui, nesta Casa. Uma resolução do Parlamento Europeu podia desatar a mordaça que alguns Estados-Membros lhe querem impor nesta matéria, que envolve também o combate a uma das mais assustadoras formas de ameaça terrorista, como sublinhou, de resto, a Sra. Comissária Crețu.

Terceiro, é esta a última oportunidade que temos para aprovar uma resolução sobre desarmamento nuclear antes do início da nova ronda de negociações a nível internacional. Não o fazer será ficar conscientemente à margem, no ano em que se celebra o 20.º aniversário da abertura da assinatura do Tratado de Proibição de Testes Nucleares. Estas negociações, a serem bem-sucedidas, virão reforçar objetivos e obrigações de não proliferação e desarmamento do Tratado de Não Proliferação das Armas Nucleares, de que mesmo os Estados nucleares da União Europeia são signatários, ajudando a criar condições para um mundo sem armas nucleares, com tremendo saldo transformativo para a Humanidade nos planos político, económico e, obviamente, na segurança global.

Agradeço a colaboração de todos os colegas e grupos políticos que contribuíram para o texto muito substancial na resolução que amanhã votaremos.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, for a long time, Russia was considered a responsible steward of nuclear arsenals. This situation changed rapidly with the annexation of Crimea and militarisation of this peninsula. This step not only undermined the Budapest Memorandum but the whole system of international non-proliferation and the credibility of this system. It was aggravated quite recently by the deployment of Iskander-M nuclear-capable missiles to Kaliningrad and the testing of further missiles. International communities should reconsider their policies vis-à-vis Russia and find an effective way of deterring this country.

Urmas Paet, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the European security situation has grown increasingly fragile. The global security environment has deteriorated considerably, bringing about different threats. This brings us to an era where more and more states see nuclear weapons as an active deterrent, and we are faced with a situation where, instead of reducing the number of nuclear weapons in the world, we see their re-emergence.

In addition to states actively developing their nuclear weapons, for example North Korea and others like Russia, boasting around making statements on the importance of nuclear deterrence, bringing Iskander short-range missiles to Kaliningrad and conducting exercises and overflights flights involving nuclear-capable systems, there is also a threat of terrorism. The fear that terrorists will get a hold on either a nuclear weapon or materials is real, and all countries must be vigilant to make sure that this will not happen.

In order to decrease the possibility of a huge nuclear disaster in this world of serious contradictions, we have to reduce the number of nuclear weapons, with the aim of eliminating them altogether. This cannot be done by any nuclear state alone but needs to be a concerted effort. We must come to an understanding that, in order to reduce the amount of nuclear weapons, all nuclear states must do that. There are different possibilities for achieving a world free of nuclear weapons. The ratification and implementation of the international legal instruments regarding nuclear security must be broadened. The CTBT treaty should be ratified by states that have not yet done so. The Non-Proliferation Treaty needs to be further strengthened. To effectively counter nuclear terrorism we need international cooperation, including the sharing of information between states. Also, it is important for the nuclear states to have a dialogue and decide on a legally-binding instrument to prohibit nuclear weapons.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Der Atomwaffensperrvertrag war die Konsequenz aus dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki.

Die USA und damit die heute führende Macht in der NATO, die als Friedensgarant bezeichnet wird, ist der einzige Staat, der die fürchterlichen Atombomben gegen Zivilisten eingesetzt hat. Die Drohung mit Atomwaffen ist kein legitimes politisches oder militärisches Mittel – darf es nie wieder sein! Doch auch zwei Jahrzehnte nach Ende des Kalten Krieges sind Tausende von Kernwaffen weltweit eine schreckliche Bedrohung.

Dieser Bedrohung kann nur ein fester Friedenswille Herr werden. Ein Friedenswille, der durch vertrauensbildende Maßnahmen bezeugt wird, so die von der UN-Arbeitsgruppe vorgeschlagene Konferenz im nächsten Jahr und die Verhandlungen über rechtsverbindliche Maßnahmen zur Abschaffung aller Atomwaffen.

Unabdingbar ist, dass durch alle Atomwaffenstaaten und im Rahmen der NATO-Strategie der Ersteinsatz ausgeschlossen wird, der Stopp aller Modernisierungspläne für Atomwaffen und Trägermittel sowie der Abzug aller US-Kernwaffen von europäischem Boden. Notwendig sind ein multilateraler und von allen Staaten unterzeichneter und ratifizierter Vertrag zur vollständigen nuklearen Abrüstung, bis dahin keine Weiterverbreitung und ein Verbot von Kernwaffentests, sowie die Einrichtung eines effektiven Kontroll- und Durchführungssystems.

Ohne ein substanzielles und nachhaltiges Voranschreiten hin zu einer nuklearwaffenfreien Welt bleibt diese Bedrohung für die Menschheit unkontrollierbar.

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich habe mein Konzept geändert. Ich bin zwar einer der Autoren des Berichts, über den morgen abgestimmt wird, aber Ihre Rede, Frau Kommissarin, hat mich dazu gebracht, ein ganz anderes Problem anzusprechen.

In Europa, z. B. in München, gibt es immer noch Forschungsreaktoren, die mit hochangereichertem Uran arbeiten. Dieses Uran ist der wesentliche Bestandteil von Atombomben. Jeder, der diese Sorte von Reaktoren hat, hat praktisch die Bombe. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass jetzt endlich alle Forschungsreaktoren umgerüstet werden auf mittelangereichertes Uran und vor allem dafür, dass das auch außerhalb der Europäischen Union geschieht, wo die Lage noch viel gefährlicher ist. Jeder Terrorist kann damit Atombomben bauen.

Laurențiu Rebega, *în numele grupului ENF*. – Agenda privind securitatea nucleară înseamnă mult mai mult decât acordul semnat anul trecut cu Iranul. Cu toate că Uniunea Europeană își arogă drepturile unei victorii decisive în relația cu autoritățile de la Teheran, nu trebuie să pierdem din vedere imaginea de ansamblu a securității, care indică, de cele mai multe ori, faptul că preocupările Bruxelles-ului rămân disproporționate. Uităm că povestea de succes a relației Uniunii Europene cu Iranul este umbrită de exerciții nucleare non-convenționale care au loc în diferite părți ale globului, războaie asimetrice și hibride, amenințări cibernetice și acte de terorism. Acestora li se adaugă rezultatele neconcludente ale ultimului summit privind securitatea nucleară, care a avut loc la Washington în urmă cu câteva luni, unde Iranul a fost unul dintre cei mai mari absenți. Consider că acest acord este prezentat într-o lumină favorabilă Uniunii Europene care, însă, pune în valoare doar un succes de moment, când, de fapt, situația este incompletă și părtinitoare. Au trecut deja 46 de ani de la ratificarea tratatului de neproliferare nucleară, iar ceea ce s-a reușit, într-adevăr, anul trecut, rămâne deocamdată doar o victorie relativă și puternic mediatizată.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I am very glad to see this resolution being brought for a debate in the European Parliament, which I hope will allow the EU to engage in the important international process that is taking place at the UN today. Over the last few years, civil society activists, academics, diplomats and governments have worked to make clear to the international community that the humanitarian impacts of nuclear weapons are so utterly horrific that they cannot be justified under international law. Together we must work to make that an international consensus, which will make our world safer and more humane. The international community has already worked to ban landmines, chemical and biological weapons, and cluster bombs. Now we must work together for a world free of nuclear weapons. The EU and its Member States must engage constructively in these diplomatic efforts next year, and I hope to see Federica Mogherini playing an important role in that as well.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-жо Председател, г-жо Комисар, разпространението и потенциалното използване на ядрено оръжие продължава да бъде една от най-сериозните тревоги за световната общност и да носи заплаха за сигурността на Европейския съюз. За съжаление през последните години международният мир и стабилността са сериозно разклатени, а голяма част от държавите, притежаващи ядрени оръжия, модернизират и подсилват своите арсенали. Средата за сигурност в съседните на Европейския съюз държави се влоши значително и това все по-силно налага да се стремим към свят без ядрени оръжия.

Европейският съюз трябва да впрегне всички свои дипломатически ресурси и да работи за постигане на напредък по отношение на прогресивното съкращаване на запасите от ядрени бойни глави и пълно ядрено разоръжаване в световен мащаб. Също така, предвид нестихващата заплаха от тероризъм, трябва да работим съвместно с международната общност за прилагане на ефективни мерки, които да предотвратят възможността ядреното оръжие да попадне в ръцете на терористични, криминални и недържавни организации.

Helmut Scholz (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Der Schweizer Außenminister Burkhalter hat jüngst ein außenpolitisches Dilemma – auch der EU – auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Trotz aktueller geopolitischer Krisen muss die nukleare Abrüstung vorangetrieben werden".

Deshalb Ja zur zentralen Forderung der Entschließung. Die Hohe Vertreterin möge einen konstruktiven Beitrag zu den laufenden Arbeiten der UNO, einschließlich der Konferenz im nächsten Jahr, leisten, die darauf abzielen, Instrumente mit bindender Kraft, mit umfassendem Ansatz und mit der Vermeidung von Doppelstandards zur multilateralen Abrüstung zu entwickeln.

Bezogen auf unsere Entschließung möchte ich aber auch sagen: Vieles steht in dem Text, seine Sprache und seine Analyse legen aber die diesbezüglichen Interessen der EU und ihrer Mitgliedstaaten nicht frei. So wird der Kernwaffenbesitz von EU-Staaten komplett ausgeblendet und andere zentralen werden Frage ebenso wenig thematisiert. NATO-Beschlusslage ist: In den nächsten 5 Jahren wird in den EU-Staaten eine technologisch neue Präzisionsbombe B61-12 stationiert. Welches Interesse sollte die EU an einer Modernisierung von nuklearen Waffen- und Trägersystemen haben, die wegen der Langfristigkeit bereits laufender Planungen die EU bis mindestens in die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts finanziell, politisch und militärisch bindet?

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dopo che un anno e mezzo fa in questa stessa Aula constatavamo con amarezza la mancanza di una posizione ufficiale del Parlamento sulla Conferenza di revisione del trattato di non proliferazione, finalmente ora il Parlamento si esprime con una risoluzione, per la prima volta condivisa dalle maggiori forze politiche, per dare al nostro Alto rappresentante un mandato chiaro per intervenire nel dibattito sul disarmo e sulla non proliferazione, giunto in una fase molto delicata. In un contesto di sicurezza globale ulteriormente peggiorato, possiamo annoverare il successo dello storico accordo con l'Iran, grazie al ruolo svolto da Federica Mogherini, ma la speranza di giungere a una condivisione globale sul tema del disarmo nucleare verso il *Global Zero* sembra ora quanto mai compromessa. Eppure dobbiamo proseguire il dialogo per tenere alto il tema nell'agenda internazionale. Il documento conclusivo di agosto dell'*Open-Ended Working Group* delle Nazioni Unite, in cui si chiede la convocazione di una conferenza nel 2017 per negoziare uno strumento legale per l'abolizione delle armi nucleari, è un impulso decisamente positivo. E oggi chiediamo all'Alto rappresentante Mogherini di lavorare attivamente alla preparazione della conferenza.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madame la Présidente, je dois m'excuser, car j'ai préparé mon intervention en anglais sans savoir que vous alliez présider cette séance.

I welcome the agreement reached on this resolution but, at the same time, I would like to express my deep concern for the many nuclear threats that are arising in different parts of the world. North Korea continues to reject UN security resolutions and to conduct nuclear tests. This is not tolerable and has to be condemned by all means. Russia has deployed short-range missiles (the so-called «Iskander» missiles) in the Kaliningrad area and, possibly, in Crimea. This deteriorating situation is extremely dangerous for the security of the Atlantic area for Europe, especially in the north and in the Black Sea region. The fact that they believe they have the right to deploy nuclear weapons in Europe in these two areas – in the north and in the south – represents a serious global threat to Europe and to the European Union. The European Union, together with NATO, should respond accordingly.

Interventions à la demande

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, θεωρώ σημαντική την πρωτοβουλία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου να συζητήσει αυτό το ψήφισμα με στόχο την πλήρη απαγόρευση των πυρηνικών όπλων, που σημαίνει, πρώτα από όλα, απαγόρευση των πυρηνικών δοκιμών. Δεύτερον, απαγόρευση της διάδοσης του πυρηνικού οπλοστασίου. Τρίτον, πυρηνικό αφοπλισμό.

Αλλά αυτό πρέπει να συνειδητοποιήσουμε ότι δεν αφορά μόνο τρίτες χώρες. Πρέπει να αφορά και τις χώρες μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Και αυτό πρέπει να γίνει σαφές, διότι τόση ώρα ακούμε για άλλες χώρες πλην των χωρών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Πέραν τούτου, όμως, πυρηνικό ατύχημα μπορεί να συμβεί και σε περίπτωση ειρηνικής χρήσης της πυρηνικής ενέργειας. Και αυτό το ξέρουμε πάρα πολύ καλά. Αλλά δεν ακούω να γίνεται αναφορά σε αυτό και συνεχίζουν να λειτουργούν μονάδες, όπως τα πυρηνικά εργοστάσια της Ντοέλ ή της Τιχάνζ στο Βέλγιο, που έπρεπε να έχουν κλείσει από το 2015. Υπάρχει το Κοζλοντούι στη Βουλγαρία που είναι κίνδυνος - θάνατος. Με αυτά τα θέματα τι θα γίνει; Θα τα εξετάσουμε, κυρία Επίτροπε;

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, παρά το γεγονός ότι έχουν περάσει περισσότερα από 25 χρόνια από τη λήξη του Ψυχρού Πολέμου, ο κίνδυνος της πυρηνικής απειλής για την υφήλιο δεν έχει εκλείψει. Υπάρχουν μεγάλες ποσότητες πυρηνικών όπλων σε πολλά κράτη, τα οποία είναι αποθηκευμένα, σε πολλές περιπτώσεις, υπό συνθήκες που δεν πληρούν τις προϋποθέσεις ασφαλείας.

Αυτά λοιπόν ή κάποια από αυτά τα όπλα μπορεί να κλαπούν από τρομοκράτες, οπότε η καταστροφή που θα προκύψει θα είναι εφιαλτική. Επίσης υπάρχει ενδεχόμενο χώρες που διαθέτουν πυρηνικά όπλα να τα χρησιμοποιήσουν όταν μία μεγάλη κρίση ξεφύγει από τα πλαίσια της λογικής. Άλλες επίσης χώρες κάνουν πυρηνικές δοκιμές.

Για αυτό λοιπόν η Ευρωπαϊκή Ένωση, βασιζόμενη στην εμπειρία που απέκτησε από τις συναλλαγές και τις επαφές που είχε με το Ιράν σχετικά με το πυρηνικό του πρόγραμμα, πρέπει να αναλάβει πρωτοβουλία, να έρθει σε συνεργασία με τις χώρες που διαθέτουν πυρηνικά όπλα, ούτως ώστε να περιοριστεί η διάδοση των πυρηνικών όπλων, να αποτραπεί η παράνομη διακίνηση πυρηνικού υλικού και να σταματήσουν οι πυρηνικές δοκιμές. Έτσι θα υπάρξει πυρηνική ασφάλεια διεθνώς.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, *on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, before going to my closing remarks on this issue, I would like just to reiterate the solidarity of the Commission with Italy and the Italian people who this evening, in less than two hours, were hit by two very strong earthquakes. As the Commission, as part of regional policy, we are in contact with the Italian authorities and I can assure you that we will do whatever it takes in order to help after this new tragedy which hit Italy again this evening.

On the issue we are talking about, thank you for this exchange of views. Let me assure you that, in line with the new global strategy, the European Union will continue strongly to support the universalisation and effective implementation of multilateral disarmament, non-proliferation and arms control treaties and regimes.

The European Union will also actively participate in export control regimes, strengthen common rules governing Member States' export policies on military equipment and technologies, including dual use, and support export control authorities in the third countries and technical bodies that sustain the international regimes.

EU Member States remain committed to the pursuit of nuclear disarmament, in accordance with Article 6 of the Non-Proliferation Treaty. All Non-Proliferation Treaty States parties are committed to pursuing policies that are fully compatible with the Treaty and the objective of achieving a world without nuclear weapons.

The European Union also recalls the commitment of the five nuclear weapon states to accelerate concrete progress on the steps leading to nuclear disarmament in a way that promotes international stability, peace and undiminished and increased security.

We encourage the continuation of meetings between the nuclear weapon states on all three pillars of the Treaty to address confidence-building, transparency, verification, reporting and the implementation of the commitment made at the 2010 Non-Proliferation Treaty Review Conference. We recall the special responsibility of the two states with the largest nuclear arsenals. We look forward to ensuring a successful outcome of the 2020 Review Conference.

La Présidente. – J'ai reçu, conformément à l'article 123, paragraphe 2, du règlement sept propositions de résolution.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu demain, le jeudi 27 octobre 2016 à 12 heures.

Déclarations écrites (article 162)

Ramona Nicole Mănescu (PPE), *in writing.* – Nuclear weapons continue to be a threat. They are used as instruments of intimidation and blackmail. The news from Moscow about the nuclear missile SATAN2, confirms this reality and the fact that old habits do not die. It is not a coincidence that the destructive power of such a weapon is described thus: 'It can destroy a surface as big as Texas or France'. That's why we have major credibility problems in relation with countries like Russia, which are expected to be pillars of the international efforts for the non-proliferation of nuclear weapons. We do not have the reassurance that we are heading towards a more peaceful world any more. In a world where terrorism became a global threat and where we can see states, apparently solid, falling into chaos in just months, the presence of nuclear weapons and the risk of them ending up with forces willing to use them is unacceptable. For this reason, I consider that mentioning the need of reaching an agreement on establishing a nuclear-weapons-free-zone in the Middle East is a must. Nuclear weapons do not bring equilibrium and stability but the exact opposite. I strongly believe that diplomatic weapons are more powerful and more efficient than nuclear ones.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução está corroída na base. É absolutamente parcial na análise do problema. Lançando ferozes críticas à Rússia ou à República Popular e Democrática da Coreia, despindo-as de contexto, enquadramento regional e escala, omite o papel que os EUA e as potências nucleares europeias (França e Reino Unido) têm assumido neste particular, nomeadamente prosseguindo a renovação do seu arsenal nuclear e o papel cada vez mais beligerante da NATO.

Registamos a ausência de condenação à política nuclear de Israel, ou de crítica à crescente militarização da UE, à intenção de aumento dos orçamentos militares dos Estados, do aprofundamento da PCSD, da pretensão de uma União Europeia de Defesa paralela à NATO, da descentralização de armas pelos EUA por diferentes países. Absurda e, no entanto, reveladora é a inexistência de qualquer referência à imperiosa defesa da paz, por oposição ao cenário apocalíptico que pode resultar de um conflito nuclear à escala mundial.

Urge a redução e eliminação de armas nucleares e a criação de uma política que bana este tipo de dispositivos, a criação de uma Europa livre de armamento nuclear, e a implementação de iniciativas como as resoluções da ONU de dezembro de 2011 e 2012, de zonas livres de armamento nuclear no Médio Oriente, no Mediterrâneo e no Nordeste de África.

17. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat - Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC - Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis - Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle la discussion commune sur la décharge 2014:

— le rapport de Ryszard Czarnecki, au nom de la commission du contrôle budgétaire, concernant la décharge sur l'exécution du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2014, section II – Conseil européen et Conseil [COM(2015)0377 — C8-0201/2015 — 2015/2156(DEC)] (A8-0271/2016),

— le rapport de Marian-Jean Marinescu, au nom de la commission du contrôle budgétaire, concernant la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2014 [COM(2015)0377 — C8-0247/2015 — 2015/2202(DEC)] (A8-0264/2016),

— le rapport de Marian-Jean Marinescu, au nom de la commission budgétaire, concernant la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2014 [COM(2015)0377 — C8-0244/2015 — 2015/2199(DEC)] (A8-0276/2016), et

— le rapport de Marian-Jean Marinescu, au nom de la commission du contrôle budgétaire, concernant la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune pour l'ITER et le développement de l'énergie de fusion pour l'exercice 2014 [COM(2015)0377 — C8-0241/2015 — 2015/2196(DEC)] (A8-0275/2016).

Ryszard Czarnecki, *rapporteur*. – Madam President, the discharge for the European Council is the main issue of the discharge procedure. The difficulties repeatedly encountered in the discharge procedures to that date, which were due to a lack of cooperation from the Council, led to a refusal to grant discharge to the Secretary-General of the Council. Parliament, in relation to the financial years 2009, 2010, 2011, 2012 and 2013, postponed its decision on granting the Secretary-General of the Council discharge in relation to the financial year 2014.

The Council continues to be silent in relation to the remarks made by Parliament in its discharge resolution of 28 April on the trend from previous years of increasing underspending and carryovers of commitments, the high underspending rate and the very high number of appropriations, as well as major transfers within budget lines. These problems could be avoided with better budgetary programming. Moreover, the Council has still not adopted a code of conduct, which is indispensable to the transparency, accountability and integrity of the institution.

Whistle-blowing rules should be implemented by the Council by introducing them into the code of conduct without further delay. The Council definitely should disclose the relevant documents and put in place a clear reporting system that will enable the public to follow the legislative procedures in an open and transparent manner. The Council definitely has to increase transparency and integrity with regard to the negotiations.

Lack of transparency with regard to the legislative process of negotiations, Member States' positions and meetings with the Council, trilogues and conciliation meetings above all undermines the right of citizens of the Union to information and transparency and it is becoming a cause of concern reflecting, as it does, a certain democratic deficit within the Union institutions.

The Council should join the European Union Transparency Register to ensure transparency and accountability of the institution. Moreover, the Council should provide information on its process of administrative modernisation. Has the Council already introduced the process of organisation aimed at using modern management methods to be efficient? We call for the information on the process and we would like to see the anticipated impact on the Council's budget. We also call on the Council to develop detailed anti-corruption guidelines and independent policies within its structures.

Marian-Jean Marinescu, *Raportor.* – Doamna președintă, este al doilea raport referitor la ARTEMIS și ENIAC. În primăvară, am amânat descărcarea bugetară, pentru că Curtea de Conturi a emis o opinie calificată. După cum știți, cele două întreprinderi mixte nu mai există în acest moment, sunt unite într-una singură, în ECSEL, care va continua activitatea. Motivul Curții de Conturi a fost că, datorită regulamentelor diferite ale acestor două întreprinderi mixte, nu se poate calcula o rată de eroare care să fie validă din punct de vedere al regulilor Uniunii Europene, pentru că calculul ratei de eroare se face după regulile naționale. După părerea mea, acest argument nu era cel mai bun de luat în considerare. Prin urmare, am amânat acordarea descărcării bugetare, în schimb, am cerut curților de conturi naționale să certifice dacă activitatea celor două întreprinderi mixte a fost corectă sau nu din punct de vedere financiar. Și s-au primit astfel de documente oficiale de la toate curțile de conturi din statele care au lucrat cu aceste două întreprinderi mixte, așa că putem acum să acordăm această descărcare bugetară fără niciun fel de emoție, pentru că există documente care să probeze că activitatea a fost corectă din punct de vedere financiar.

La *E for Energy* este o situație diferită. Organizația Internațională ITER a prezentat un plan de acțiune pe următoarea perioadă, plan de acțiune care a fost refuzat de Comisie și s-a cerut o evaluare a unui expert extern. Este motivul pentru care am amânat descărcarea bugetară - pentru a vedea rezultatul acestei evaluări. Această evaluare s-a efectuat, rezultatul a fost pozitiv, planul de acțiune a fost foarte puțin corectat, a fost aprobat de Consiliul Organizației Internaționale ITER și, în acest fel, am putut și noi să propunem acordarea descărcării bugetare pentru agenția domestică a Uniunii Europene din această organizație internațională. Cred că ITER este un proiect pe care trebuie să-l urmărim și să-l sprijinim în continuare, pentru că poate aduce beneficii foarte mari întregii societăți chiar dacă, poate, va cere puțin mai mulți bani.

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council.* – Madam President, I am grateful to have the opportunity to intervene in this debate on behalf of the Council. The divergence between our two institutions on how to organise the discharge in relation to the Council's budget is not new. However, I believe that there are a number of recent developments which, at least in the medium term, would allow us to move forward. According to Article 319 of the Treaty, 'the European Parliament, acting on a recommendation from the Council, shall give a discharge to the Commission in respect of the implementation of the budget'.

The Treaty and the Financial Regulation enumerate the documents to be examined during the discharge procedure. The Council has always rigorously respected these provisions. The Treaty procedure is specific to the EU institutional system. Nevertheless, in keeping with procedures in Member States, discharge is not given between the different arms of a budgetary authority. The Parliament has over the years developed a political practice of voting separate discharge resolutions for individual institutions and organs. In 2010 the Council proposed a memorandum of understanding between the two institutions in order to organise our cooperation. This standing invitation to a discussion has not been taken up by Parliament so far.

Let me turn to the more positive and encouraging recent developments. This year we have made a big step towards increased transparency of the financially-relevant activities of all EU institutions. Since June, the annual activity reports of all authorising officers by delegation are publicly available on each institution's website, including, of course, the Council. This is the result of last year's agreement between Parliament and the Council to amend the financial regulation. Everybody now has access to core documents, which analyse the activities on which the institutions spend money. That is why the Council was a bit surprised to see, in your draft resolution, the reference to Parliament not having received the Council's annual activity report. I guess that this is probably left over from previous years. A number of other suggestions formulated in Parliament's draft resolution have also already become reality, for example the existence of rules concerning whistleblowing, integrity and ethics of officials in the General Secretariat of the Council.

I would like to underline that, in the spirit of the proposed memorandum of understanding between our institutions that I mentioned before, the Council is open to dialogue with Parliament on concrete issues. I hear that in the area of building policy there have already been some contacts in the past. Let us work together on these positive experiences.

Allow me a word on budget scrutiny. Your report says that the expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as other institutions, and on occasion, statements made by some Members of the European Parliament have created the impression that the Council budget would escape all control. This is not true. It is as if the Treaty procedure, the Court of Auditors' scrutiny and all the other documents and reports I mentioned before, did not exist. This is not helpful. It is even misleading. European citizens expect us to ensure the regularity, legality and efficiency of EU finances, and in this we either succeed together or we fail together. Citizens are not interested in quarrels between the EU institutions.

I am confident that we are going in the right direction. As far as the implementation of the Council budget 2014 is concerned, the Court of Auditors has once again confirmed that no significant weaknesses were detected. The Council's accounts did not give rise to any observations. I think it is important to have that in mind in this debate and when you cast your vote.

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first thank the rapporteurs, Mr Czarnecki and Mr Marinescu, for their reports.

The Commission takes note of the proposal submitted by the Committee on Budgetary Control to the plenary to grant discharge to the joint technology initiative and embedded computing system ARTEMIS Joint Undertaking. the joint technology initiative on nan electronics ENIAC Joint Undertaking, the international thermonuclear experimental reactor Fusion for Energy Joint Undertaking and to refuse discharge to the European Council and Council for the financial year 2014.

As for the discharge to the European Council and Council, the Commission notes with regret this dispute between the two arms of the budgetary authorities, which has lasted for seven years now, thus preventing a suitable solution from being reached. The Commission can only encourage them to cooperate with a view to ironing out all their difficulties and to work towards a smooth functioning of the discharge procedure in full respect of the relevant provisions in the Treaty and in related secondary law.

The Commission is happy to note that Parliament's Committee on Budgetary Control agrees that the ECSEL Joint Undertaking, which is the successor of ARTEMIS and ENIAC, as Mr Marinescu just said, has in a satisfactory manner implemented actions to address the remarks of the budgetary authorities and therefore proposes to grant discharge for the year 2014.

The Commission reiterates that in the ECSEL Joint Undertaking a structural solution is found for verification and ex post audit of any new expenditure related to Horizon 2020. In fact, Parliament already granted discharge to ECSEL on 28 April 2016. The Commission will, as a member of the Governing Board of ECSEL, continue to closely monitor the actions undertaken by the Joint Undertaking, inter alia to gain sufficient data on the quality of the control systems in place by the Member States and on the individual transactions. The Commission will also continue to share its experience in audit matters.

Finally, the Commission reiterates that the public-private partnership, using a tripartite model that pools Member State and EU funding with industrial investments, as implemented in ARTEMIS and ENIAC and now in ECSEL, gives Europe a competitive edge in the domain of electronic components and systems.

The Commission also welcomes the proposal to grant discharge to the Joint Undertaking Fusion for Energy. ITER is a major international scientific collaboration in the energy field, in which the European Union has assumed a strategic leading role. Looking back at developments since 2006, when the ITER organisation was set up to jointly implement this project at international level, it should be recognised that ITER has faced many challenges, in particular in terms of technology, ITER being the first of a kind, project management, and risk of schedule slippage and cost increase. But, these challenges aside, ITER is one of the most promising solutions to future energy demand that can contribute to addressing global warming and climate change.

It is for this very significant reason that the international partners, with the major thrust of the European Union, have spared no efforts to change the way the project has been managed and implemented. During recent years radical changes have been jointly decided and successfully applied to stabilise the project and address the concerns on delays and cost overruns. A new management has been put in place in the ITER organisation and in Fusion for Energy and coordinated action plans have been endorsed to ensure a closer corporation.

Progress is now evident on the site, in particular in the construction of buildings under European responsibility. In addition and following the initiative of the European Union, this progress is now reviewed against a set of identified milestones for the activities with clear deadlines. A robust risk management system is also in place to reduce risk and address possible problems.

One of the partners' main efforts has been the revision of the project's schedule and its associated costs in June 2016. This revision set up solid and reliable grounds to complete the ITER construction successfully and enable the European Union to respect the budget for the construction phase of ITER until 2020, EUR 6.6 billion in 2008 values.

The improvements brought to the project are now reversing the project's past trend. They enable ITER to remain one of the major international energy research projects and allow the European Union to keep its support and leadership of this project. These improvements, in particular since 2015, have also been confirmed by a different independent review in mid-2016. At European level Fusion for Energy is now also in a better shape to deliver the EU contribution to the project.

Let me add that through its contracts and grants European industry is fully involved in designing, building and delivering thousands of first of a kind technological components and carrying out research projects in support of the construction of this unique device. Already in its current construction phase ITER is therefore creating jobs and growth for European industry. With your favourable vote on the discharge you will enable the Joint Undertaking to continue providing, on behalf of Europe, a key contribution to the success of ITER.

I thank you for your support and look forward to the continued dialogue between the Commission and Parliament to make ITER a success and a win for securing a sustainable energy source for the future.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, vážení zástupci Evropské rady, já jsem moc rád za to, že jste tady přítomni a jsem moc rád za ta slova, která jste pronesli. Ale na druhou stranu, když to tak poslouchám, my tady tři roky chceme spolupráci a chceme najít řešení ohledně Rady. Ale my tady tři roky jenom posloucháme to, jak Rada nemůže, nechce a nechce nic udělat v tom, co my kritizujeme.

Důvěra Evropského parlamentu a evropských občanů, které my tady zastupujeme, to nejsme tady jenom my, politici, ale sedí tady zástupci evropských občanů, se získává velmi těžko, když jedna strana nekomunikuje a jedna strana toho procesu nedůvěřuje druhé. Za předpokladu, že bude Evropská rada a Rada EU velice otevřená a vstřícná, pak může být odpovědná i občanům Evropské unie.

Bohužel zítra Evropský parlament znovu neudělí absolutorium o správnosti čerpání evropského rozpočtu, to znamená, že vyslovuje Radě svoji nedůvěru. Bohužel jsme totiž neslyšeli žádnou reakci ze strany Rady na naše komentáře a doporučení. Ano, Rada učinila řadu opatření, které ji, řekli bychom, činí více transparentní. Ale obecně bychom mohli říci, že ten pokrok je velmi minimální a chybí komunikace. Já budu, pane Lesayi, strašně rád, když se zasadíte o to, ať se za 14 dní sejdeme v Bruselu na neformálním setkání a prodiskutujeme tuto otázku. A ať můžeme říct v příštím roce, že v roce 2015 Rada získává absolutorium. A to je moje poselství pro Vás i pro všechny Vaše kolegy a doufám, že ho budete tlumočit. Paní komisařce bych chtěl říci, že to není konflikt mezi dvěma institucemi, mezi Evropským parlamen-

tem a Radou. Evropský parlament chce Radu transparentní.

Miroslav Poche, *za skupinu S&D*. – Paní předsedající, pane komisařko, pane zpravodaji, já velmi oceňuji, že společné podniky ITER, ENIAC a ARTEMIS vzaly v potaz všechny požadavky a pochybnosti, které jsme měli na jaře, a že zítra budeme pravděpodobně schopni jim udělit rozpočtové absolutorium. Vzhledem k tomu, že k těm výsledkům od roku 2014 již není mnoho co říci, tak bych rád jenom otevřel debatu o rozpočtovém absolutoriu za rok 2015, kde bych měl být zpravodajem pro společné podniky.

V pondělí jsem měl možnost navštívit sídlo podniku ITER v Cadarachi u Marseille. Každý, kdo toto sídlo navštívil, se nemůže ubránit dojmu o monstróznosti tohoto projektu, o jeho technologickém vývoji a o tom, jak je důležité pokračovat v jeho výstavbě. Na druhou stranu je určitě velmi náročné dodržovat rozpočtový plán a plán prací. Já si myslím, že ITER bude i v následujícím období velmi důsledně kontrolován. Já velmi očekávám sdělení Rady, sdělení Komise ohledně nové fáze financování Iteru po roce 2020, které bychom rádi viděli někdy na přelomu roku, a potom bude projednáno Radou i Evropským parlamentem. Také musíme velmi důsledně, jak zmínila paní komisařka, vyhodnocovat dodržování těch technologických milníků, které jsou opravdu velmi důležité pro všechny zúčastněné strany v rámci Iteru.

Igor Šoltes, *v imenu skupine Verts/ALE*. – Na začetku seveda bi se lahko v celoti strinjal z gospodom Zdechovskym, ki je odlično opisal to relacijo med Parlamentom in pa seveda tudi Svetom. Žalosti me, da v vseh teh letih nekako nismo našli poti, kako bi Svet bolj transparentno poročal Parlamentu o svojem delovanju.

In žalosti tudi to, da Svet ni bil pripravljen tudi letos sporočiti CONT-u (Odboru za nadzor proračuna) svojih podatkov niti ni želel biti prisoten pri samem zaslišanju. To, kar so storili vsi ostali, tudi Komisija in sam Evropski parlament.

In mislim, da je na tem področju potreben celovit napredek, sicer bomo obstali na tem, kar so tudi sami predstavniki Sveta rekli – da to ne vzbuja in ne povečuje zaupanja državljanov v evropske institucije. In to zaupanje se lahko krepi samo z bolj transparentnim delovanjem in bolj – seveda – odprtim odnosom, tudi Sveta, do samega Parlamenta.

Kar se tiče razrešnic. Odložitev razrešnice pomeni na nek način politični rumeni karton, nepodelitev razrešnice pa rdečega. In jutri, ko boste glasovali, imejte pred sabo tudi to misel, da sta pravzaprav ARTEMIS in ENIAC tudi po mnenju računskega sodišča, evropskega, imela kar nekaj težav pri transparentnosti in usklajenosti finančnega poročanja.

In po drugi strani seveda tudi ITER, ki ima že nekaj let zapored težave z razrešnico, torej jutri predlagam, da se mu ne podeli.

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, the honourable Commissioner, and the representative of the Council are now here. It was worth measuring the empty corridors of this building all evening drinking too many cups of coffee to keep me awake. Now that I have an audience I will actually give a little traditional speech.

The European Parliament is the only institution that is directly elected by citizens, and therefore we have a crucial role in this business. It is almost needless to say that granting discharge is one of the most, if not the most, important duty of this Parliament. But there are a few aspects of the discharge process where we urgently lack progress.

First, the long-standing practice of Parliament's right to check the use of money and to grant discharge separately to all institutions and bodies needs to be respected. The fact that the Council is stubbornly sticking to its interpretation of the procedure is a slap in tax payers' faces, and undermines the reputation of the Union. We need to find a solution to this, and I think we will.

Secondly, in addition to an effective discharge process, Parliament has a right and duty to follow up previous years' recommendations and their implementation; here also we need effective cooperation from all institutions and bodies.

Thirdly, in order to increase democratic accountability and safeguard the reputation of the Union we need to strengthen the role of the Parliament in the discharge process. All institutions and bodies need to acknowledge their responsibility, and if not, there have to be consequences. It is like raising your kids; they will learn the ways that you let them learn.

Interventions à la demande

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, προκειμένου να διασφαλιστεί η διαφάνεια και η δημοκρατική λογοδοσία προς τους φορολογουμένους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει την εξουσία να χορηγεί, δυνάμει των άρθρων 316, 317, 319 της Συνθήκης για τη λειτουργία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της Ένωσης, χωριστά, για κάθε τμήμα του προϋπολογισμού. Άρα και για το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και για το Συμβούλιο.

Όμως το Συμβούλιο θεωρεί ότι μπορεί να λειτουργεί ανεξέλεγκτα, αυτόνομα, συνεχίζοντας να μην απαντά στις ερωτήσεις του Κοινοβουλίου και να μην παρέχει την ετήσια έκθεση πεπραγμένων. Επιπλέον δεν έχει προβεί ακόμα σε διαχωρισμό προϋπολογισμών του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και του Συμβουλίου παρά το πρόσφατο ψήφισμα. Οι δαπάνες του Συμβουλίου πρέπει να ελέγχονται με τον ίδιο τρόπο όπως ελέγχονται και οι δαπάνες των υπολοίπων θεσμικών οργάνων της Ένωσης. Όμως το Συμβούλιο επιδεικνύει έλλειψη συνεργασίας. Αρνείται να δώσει πληροφορίες για τα κόστη των κατασκευαστικών έργων, όπως, για παράδειγμα, για το κόστος της καθυστερημένης ολοκλήρωσης του κτιρίου EUROPA.

Στηρίζω λοιπόν την έκθεση του κυρίου Czarnecki που αρνείται να χορηγήσει απαλλαγή στον Γενικό Γραμματέα του Συμβουλίου όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και του Συμβουλίου για το έτος 2014.

(Fin des interventions à la demande)

Corina Crețu, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like to thank you for having given me the opportunity to take the floor during this year's joint debate on the discharge for the European Council and the Council as well as the joint undertakings.

The Commission, as I said at the beginning, welcomes the proposal submitted by the Committee on Budgetary Control to plenary to grant discharge to the joint undertakings, which have indeed made major improvements as regards their management and control systems. The Commission will continue to provide them with advice and support on their efforts to address the concerns of the European Parliament.

Let me remind you that ECSEL gives Europe a competitive edge in the domain of electronic components and systems and that ITER is one of the most promising solutions to future energy demand and can contribute to addressing global warming and climate change. At the same time, the Commission regrets that no solution could be found as regards the discharge to the Council and European Council.

I can assure the European Parliament and the Committee on Budgetary Control that the Commission remains at their disposal to answer any question which might help to smooth the future discharge procedure and to continue with close and fruitful cooperation.

Ivan Lesay, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I have taken note of your remarks in this debate. A few days ago, the new President of the European Court of Auditors rightly remarked that the trust of citizens in the EU is at stake.

The EU institutions can build trust only by working together, not against one another. Parliament can rely on the Council's sincere commitment to sound financial management. So therefore, let us work together in order to obtain the best possible result.

Ryszard Czarnecki, *rapporteur*. – Madam President, thank you for the very comprehensive debate. The issue of the Council of the European Union and the European Council is the most urgent to be dealt with. The Council ought to be transparent and fully accountable to Union citizens for the funds entrusted to it by taking part fully and in good faith in the annual discharge procedure, just as other Union institutions do. Article 15 TFEU stipulates that each institution, body, office or agency is to ensure that its proceedings are transparent. In this regard, the effective supervision of the Union's budget implementation requires cooperation between Parliament and the Council through a working arrangement. Here we have to clearly say that only three out of some 20 questions submitted to the Council by the Members of the Committee on Budgetary Control in relation to financial year 2014 within the discharge exercise, which means that there is still no proper cooperation and no correct dialogue.

The expenditure of the Council must be scrutinised in the same way as the other institutions until the fundamental elements of such scrutiny have been laid down in its discharge resolutions of the past years. We, the Members of the European Parliament, are using here our competences laid down by the Treaties. Parliament's prerogative to grant discharge is introduced by Articles 316, 317 and 319 of the Treaty, in line with current interpretation and practice, namely to grant discharge of each budget heading dually in order to maintain transparency and democratic compatibility towards Union taxpayers. Also, under Rule 94 of Parliament's Rules of Procedure, the provisions governing the procedure for granting discharge to the Commission in respect of the implementation of the budget shall likewise apply to the procedure for granting discharge to persons responsible for the implementation of the budgets of other institutions and bodies of the European Union, such as the Council as regards its activity as executive. This is nothing new.

Finally, we have to strongly say that the lack of cooperation between the European Council and the Council with the discharge authority constitutes a serious failure to comply with the obligation laid down by the Treaties, and we believe that the relevant stakeholders need to take the necessary steps to address this issue without further delay. It is also a negative sign to the citizens of the Union. It is a big problem and a big challenge for us too.

Marian-Jean Marinescu, *Raportor.* – Doamnă președintă, domnule ministru, nu ați făcut niciun comentariu referitor la cele trei întreprinderi mixte, înțeleg că nu aveți niciun comentariu, nici negativ, nici pozitiv. Permiteți-mi să fac și eu un comentariu referitor la descărcarea bugetară a Consiliului: faptul că, de nouă ani, nu se întâmplă absolut nimic, adică faptul că nu există nicio consecință ca urmare a neacordării descărcării bugetare aduce mari prejudicii procedurii de descărcare bugetară. Eu cred că, legat de celelalte instituții, ar trebui să se întâmple. Dacă nu se întâmplă nimic în momentul în care nu se acordă descărcarea bugetară, de ce să o mai facem?

Aș vrea să luați în calcul acest comentariu. Anul acesta, pentru 2015, sunt și eu raportor pentru Grupul PPE. Cred că trebuie să ajungem la o concluzie, pentru că, altfel, nu știu dacă mai are rost să mai facem descărcări bugetare la celelalte instituții.

La Présidente. – La discussion commune est close.

Le vote aura lieu demain, le jeudi 27 octobre 2016 à 12 heures.

18. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

19. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

20. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

22. Schluss der Sitzung

(La séance est levée à 22 h 40)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2089

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 27. OKTOBER 2016

(C/2024/2089)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 24. bis 27. Oktober 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4

3. Europäischer Freiwilligendienst (Aussprache) 4

4. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (kurze Darstellung) 28

5. Petitionen: siehe Protokoll 34

6. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (kurze Darstellung) 34

7. Sacharow-Preis 2016 (Bekanntgabe der Preisträgerinnen) 40

8. Abstimmungsstunde 42

8.1. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0271/2016 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung) 42

8.2. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0264/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung) 42

8.3. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis (A8-0276/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung) 42

8.4. Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (A8-0275/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung) 42

Inhalt Seite

8.5. Lage im Nordirak und in Mossul (RC-B8-1159/2016, B8-1159/2016, B8-1160/2016, B8-1161/2016, B8-1164/2016, B8-1165/2016, B8-1166/2016, B8-1169/2016) (Abstimmung) 42

8.6. Lage von Journalisten in der Türkei (B8-1158/2016, RC-B8-1162/2016, B8-1162/2016, B8-1163/2016, B8-1167/2016, B8-1168/2016, B8-1170/2016, B8-1171/2016, B8-1172/2016) (Abstimmung) 42

8.7. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (B8-1120/2016, RC-B8-1122/2016, B8-1122/2016, B8-1125/2016, B8-1129/2016, B8-1130/2016, B8-1131/2016, B8-1132/2016) (Abstimmung) 42

8.8. Europäischer Freiwilligendienst (B8-1126/2016, B8-1126/2016, B8-1127/2016, B8-1128/2016, B8-1133/2016, B8-1134/2016, B8-1135/2016) (Abstimmung) 42

8.9. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (A8-0250/2016 - Andrea Bocskor) (Abstimmung) 42

8.10. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (A8-0285/2016 - Eric Andrieu) (Abstimmung) 43

9. Stimmerklärungen 43

9.1. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0271/2016 - Ryszard Czarnecki) 43

9.2. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0264/2016 - Marian-Jean Marinescu) 63

9.3. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis (A8-0276/2016 - Marian-Jean Marinescu) 81

9.4. Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (A8-0275/2016 - Marian-Jean Marinescu) 100

9.5. Lage im Nordirak und in Mossul (RC-B8-1159/2016, B8-1159/2016, B8-1160/2016, B8-1161/2016, B8-1164/2016, B8-1165/2016, B8-1166/2016, B8-1169/2016) 118

9.6. Lage von Journalisten in der Türkei (B8-1158/2016, RC-B8-1162/2016, B8-1162/2016, B8-1163/2016, B8-1167/2016, B8-1168/2016, B8-1170/2016, B8-1171/2016, B8-1172/2016) 145

9.7. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (B8-1120/2016, RC-B8-1122/2016, B8-1122/2016, B8-1125/2016, B8-1129/2016, B8-1130/2016, B8-1131/2016, B8-1132/2016) 171

9.8. Europäischer Freiwilligendienst (B8-1126/2016, B8-1126/2016, B8-1127/2016, B8-1128/2016, B8-1133/2016, B8-1134/2016, B8-1135/2016) 199

9.9. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (A8-0250/2016 - Andrea Bocskor) 226

9.10. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (A8-0285/2016 - Eric Andrieu) 264

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 297

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 298

12. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll 298

13. Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit (Aussprache) 298

Inhalt Seite

14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll 310

15. Mittelübertragungen: siehe Protokoll 310

16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll 310

17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll 310

18. Unterbrechung der Sitzungsperiode 310

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 27. OKTOBER 2016

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 9.00)

2. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

3. Europäischer Freiwilligendienst (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η προφορική ερώτηση προς την Επιτροπή σχετικά με την Ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία (O-000107/2016 — B8-1803/2016) (2016/2872(RSP))

Silvia Costa, *Autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei dedicare questa importante risoluzione del Parlamento ai 100.000 giovani tra i 17 e i 30 anni che in questi vent'anni si sono impegnati come volontari in Europa e all'estero nell'ambito del servizio volontario europeo. Ma consentitemi anche di dedicarlo alle popolazioni che questa notte in Italia sono state nuovamente colpite dal terremoto e ai tanti volontari che sono già lì.

Con la Commissione per la cultura, nella nostra interrogazione orale, abbiamo ritenuto giusto celebrare i vent'anni di questa iniziativa, chiedendo alla Commissione e agli Stati membri di realizzare le condizioni più favorevoli perché fiorisca l'esperienza del volontariato in tutta Europa, come dimensione fondamentale della libertà, responsabilità delle persone singole o associate, ma anche come espressione concreta di quei valori di cui l'Europa ha tremendamente bisogno, quelli dell'impegno gratuito per gli altri, solidarietà, l'amicizia, il dialogo interculturale, interreligioso e cittadinanza attiva. Sappiamo che oggi in Europa sono almeno 100.000.000 i volontari, di tutte le età e condizioni sociali e personali, impegnati nell'ambito umanitario, educativo, scolastico, culturale, ambientale, sportivo.

Sappiamo che in ogni calamità, crisi umanitaria, emergenza, come quelle che stiamo vivendo in Europa e ai nostri confini, l'opera preziosa dei volontari delle associazioni no profit e delle organizzazioni non governative affianca e spesso anticipa quella delle istituzioni. Sappiamo che la gratuità dei servizi di volontariato alla comunità produce non solo inclusione, coesione sociale, ma anche innovazione, competenze di cittadinanza, crea ricchezza. Si stima che contribuisca al 5% del PIL dell'Unione. Il Servizio di volontariato europeo dentro Erasmus + vede ogni anno partire oltre 5.000 giovani e adesso si affiancano anche altre opportunità con l'Europa dei cittadini, i volontari dell'Unione europea per gli aiuti umanitari, ma dobbiamo ampliare queste opportunità anche nei fondi strutturali.

Il Presidente Juncker ha annunciato la creazione di un corpo europeo di solidarietà, sono sicura che il Commissario Navracsics ce ne parlerà, rivolto ai giovani che dà seguito alla proposta che da tanto tempo abbiamo fatto perché nasca finalmente un servizio civile europeo, accanto al volontariato, sulla base anche del progetto pilota già in corso fra i vari paesi, compreso il mio. Ma deve nascere con il coinvolgimento attivo delle associazioni e con risorse aggiuntive. Dobbiamo comunque, a oltre 5 anni dall'Anno europeo del volontariato, ammettere che molte delle richieste avanzate dal volontariato europeo e in particolare dal Centro europeo volontariato sono rimaste senza risposta. Non c'è una politica coordinata, manca ancora un punto di contatto, informazione in ambito UE.

Chiediamo alla Commissione di confrontare i quadri normativi nazionali, predisporre un quadro giuridico europeo che definisca lo status di volontario, con diritti e doveri, che agevoli la mobilità, il riconoscimento delle competenze acquisite anche nell'ambito dell'*Europass*, promuovendo anche il volontariato negli Stati membri e nei sistemi educativi accademici. Chiediamo anche alla Commissione di indirizzare le raccomandazioni dell'agenda politica per il volontariato e la Carta europea dei volontari a quegli Stati membri che non hanno ancora legiferato in materia, istituendo piani nazionali di servizio volontario. È urgente, poi, che nel nuovo regolamento finanziario, la Commissione riconosca come cofinanziamento nei progetti europei, il contributo di attività dato dei volontari anche se reso a titolo gratuito.

Ma dobbiamo creare le condizioni indispensabili perché ovunque l'esperienza di volontariato possa diventare un'esperienza condivisa e accessibile per tutti, per tutte le età e condizioni personali. Deve essere possibile, perciò, la conciliazione tra vita professionale e attività di volontariato e anche essere sostenute, con un adeguato quadro giuridico e finanziario, le associazioni e centri di servizio al volontariato per le azioni indispensabili: tutoraggio, formazione e organizzazione dei volontari. Così come è fondamentale che l'esperienza maturata all'estero dai volontari possa diventare un'occasione di crescita per la comunità locale e nazionale. Ho assistito a Roma ad un incontro con i volontari che hanno fatto questa esperienza e una delle esperienze che mi ha più colpito è quella di ragazzi handicappati che hanno fatto «loro» i volontari e che chiedono di poter essere sempre più compresi anche nell'ambito del servizio.

Infine, Commissario Navracsics le chiedo di attivare una grande campagna di informazione e di sensibilizzazione, d'intesa con l'associazionismo europeo del volontariato, per evidenziarne il valore civile e sociale. È molto importante che per tutti i giovani ci sia questa opportunità, che possa diventare come in alcuni paesi una parte del curriculum scolastico/educativo e che si moltiplichino anche le esperienze di confronto una volta tornati da esperienze internazionali, europee, perché questo arricchisce le comunità locali, crea ponti e non muri e costituisce un'esperienza praticata di cittadinanza europea e mondiale.

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, let me first express my solidarity to those people who are victims, or whose properties have been damaged or ruined during last night's earthquake in Italy.

I will take this opportunity to highlight the role of the European Voluntary Service (EVS), which is celebrating its 20th anniversary this year. I will also share with you my ideas on how to further develop the EVS and volunteering in Europe more broadly.

First of all, the EVS and its scope: over the past 20 years the EVS has offered volunteering placements abroad to over 100 000 people between 17 and 30 years of age, regardless of prior experience or qualifications. Around 40% of participants in the EVS are young people with fewer opportunities. They can volunteer anywhere in the EU, in our partner countries neighbouring the EU, as well as other partner countries in the world.

They can engage in a variety of activities: working with disadvantaged people, on environmental projects, for cultural events, and much more. They can work with NGOs, sport and culture organisations, private companies or regions and municipalities.

So the EVS is already covering a very broad scope, but we want more. We are promoting the EVS to get more and new stakeholders on board, notably through our 20th anniversary campaign. In particular, we want to increase the number of volunteering opportunities by creating partnerships between national volunteering bodies, municipalities, enterprises, NGOs and schools.

We are working on a new type of volunteering project, which will complement the current grassroots approach with larger-scale projects, having a stronger impact on volunteering systems. We also want to work with all those involved to improve the quality of volunteering further, through training models, handbooks and toolkits, as well as to promote innovative practices such as online and workshop volunteering. Crucially, we want to make sure that the skills acquired through volunteering are better recognised. This can play a part in helping young people find jobs.

The Commission is also working on a number of other initiatives to boost volunteering. To give young people more opportunities to engage in society, President Jean-Claude Juncker, in his State of the European Union address last month, announced the creation of the European Solidarity Corps. This initiative will give young people the opportunity to express their solidarity by helping others. It will help strengthen social cohesion and the core values of the EU.

The first phase of the European Solidarity Corps will be launched soon, with the first deployments in 2017. We want to have 100 000 young people signed up to the Corps by 2020. The Corps will build on existing professional and volunteering EU programmes for youth, and mobilise established networks of employment, education and civil society actors across Europe. It will be developed in close partnership with Member States, local authorities and NGOs.

And there is more: the Commission is encouraging universities to combine academic content with civic engagement by awarding study credits for volunteering. The SocialErasmus initiative encourages Erasmus students to engage in social and volunteering activities in their host country while abroad. The EU Aid Volunteers initiative, which focuses on humanitarian aid in countries outside the EU, is currently being prepared. The first volunteers will be deployed very soon. The Asylum, Migration and Integration Fund will support projects promoting the participation of third-country nationals in society and the Commission is supporting the Covenant on Demographic Change, which aims to create opportunities for older people to volunteer.

Regarding your question on the legal status of volunteers, this is a matter to be decided by Member States, whose approaches differ largely in this field. The Treaties do not provide the European Union with the competence to harmonise national laws in this area. However, a Council Recommendation in the field encourages Member States to promote the recognition of learning outcomes of voluntary activities. It also recommends the use of EU instruments that can facilitate cross-border voluntary activities such as Europass and Youthpass.

Third-country nationals can already volunteer in Europe. In 2015, 951 of them participated in the EVS. Furthermore, new rules on the conditions of entry and residence of third-country nationals for the purposes of activities such as voluntary service will make it easier for young people from outside the EU to take part in the EVS. It is now up to Member States to implement the respective directive.

You also asked about the impact of volunteering on society and the economy. More than 70% of EVS volunteers believe that their volunteering experience has increased their chances on the labour market. Studies also reveal that there is a clear match between the competences developed through volunteering and the skills employers are seeking. Three out of four employers agreed that volunteering enhances job prospects. The Commission has also launched a new study on the impact of transnational volunteering on individuals, organisations and local communities. We will have the results in April 2017.

Finally, to your question on promoting EU citizenship: the Commission is fostering EU citizenship, notably through the Erasmus+ and the Europe for Citizens programmes. Both of these programmes recognise the importance of volunteering, which is an essential element of active citizenship.

Every country has its very own tradition and culture of volunteering and there is a lot of variety across the European Union. A few Member States have a state-run civic service; in others, volunteering is organised by NGOs, and some have a mix of different forms. No single system can be easily applied to all Member States and I do not think we should try to do this. We should instead find a flexible approach that respects the diversity we have.

The Commission plans to map all existing national volunteering schemes to better exploit synergies between them. We are also currently funding several policy experimentation projects which should provide evidence for possible new transnational volunteering models.

Michaela Šojdrová, *za skupinu PPE.* – Pane předsedající, dobrovolnictví je ctnost, ke které může být člověk veden, vychováván a kterou je dobré rozvíjet a podporovat. Jsem velmi ráda, že se této otázce dnes věnujeme, a že jí také Evropská komise bude věnovat pozornost.

Tak, jak tady připomenul pan komisař, Evropská dobrovolnická služba poskytuje aktivity, kterých využilo již 100 000 mladých Evropanů, a my si dnes v tomto roce připomínáme 20 let její existence. Tato služba je zde proto, aby umožnila mladým lidem do 30 let zúčastnit se dobrovolnických aktivit v zahraničí, které mohou mít trvání až 12 měsíců, a to bez nároku na plat, ale s možností zajištění ubytování, dopravy, pojištění a stravy. Je to jistě skvělá příležitost pro mladé lidi, která by měla být dále rozvíjena. Dobrovolnické projekty mohou zahrnovat mnoho aktivit v oblasti práce s mládeží, kulturních aktivit, sociální péče či ochrany životního prostředí.

Toto téma zde dnes probíráme, protože jsme přesvědčeni o tom, že dobrovolnictví je důležitá a prospěšná činnost. Mladé lidi obohacuje o dovednosti, které jsou důležité pro život a pro jejich uplatnění na trhu práce. Za všechny uveďme například kreativitu, samostatnost, zodpovědnost nebo schopnost týmové práce. V rámci mezinárodních dobrovolnických organizací je to také rozvoj jazykových dovedností.

Pro dospělé a stárnoucí občany je dobrovolnictví možností předávat své životní zkušenosti a mít smysluplnou náplň volného času, který jim přibývá. Znám řadu případů, kdy byly díky dobrovolnické činnosti zachráněny památky, organizovány festivaly, ale díky dobrovolné činnosti jsou také děti a mládež vedeny ke smysluplnému využívání volného času. Organizace mládeže vedené právě dobrovolníky byly v průzkumech u zaměstnavatelů hodnoceny jako ty, které zásadně přispívají k získávání neformálního a informálního vzdělání, které zaměstnavatelé očekávají u mladých lidí.

A samostatnou kapitolou je pomoc dobrovolníků v krizových situacích. V řadě zemí, a mohu připomenout právě Českou republiku, jsou například dobrovolní hasiči, kteří pracují s mládeží, vedou mládež k záchraně životů i majetku, velmi důležitou volnočasovou aktivitou. Dobrovolníci pomáhají také v zemích, které jsou postiženy živelnou pohromou, a v migrační krizi. Mohu říci, že jsem byla velmi oslovena tím, jak například v dobrovolnickém centru v Itálii pomáhali mladí lidé, ale také senioři s výukou italského jazyka, s vyřízením dokladů pro pobyt pro uprchlíky. A nejenom v Itálii, ale také v Německu a v řadě dalších zemí, také z České republiky se zapojili dobrovolníci v té migrační vlně a pomáhali uprchlíkům v těžké krizové situaci.

Usnesení, které zde předkládáme, volá po tom, aby dobrovolnictví bylo více uznáváno jako takové, včetně statusu evropského dobrovolníka. A také jako zdroj určitých dovedností, což by mělo být zohledněno v rámci mobility a uznávání kvalifikací. Ústní otázky, které jsme zde položili, musím říci, že pan komisař zodpověděl. Je zřejmé, že Evropská komise bude dál rozvíjet Evropskou dobrovolnickou službu, bude ji podporovat a také v rámci Erasmu+ musí být zlepšeny podmínky, zjednodušena administrativa.

Myslím si, že dobrovolnictví by mělo zůstat dál spontánní činností, která, jak pan komisař správně řekl, má být upravena na národní úrovni. Na evropské úrovni můžeme poskytnout určitý evropský rámec, který ale má podporovat, motivovat, ale ne svazovat a klást překážky. Děkuji a těším se na další diskusi a podporu v oblasti dobrovolnictví.

(Řečnice souhlasila s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. – As a British MEP I am concerned that, after our vote to leave the European Union, my country may become isolated, and I am concerned that we maintain European solidarity and we maintain good relationships across the continent. I have particularly appreciated the support from Mr Weber, expressed several times in this House, for young people who voted very strongly to remain part of the European Union to have their rights protected in the negotiations. So I would like to ask Ms Šojdrová what she thinks about continuing to involve British young people in volunteering, even after we have left the European Union.

Michaela Šojdrová (PPE), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Já naprosto chápu naši britskou kolegyni a její zneklidnění. Mně je osobně velmi líto, že byť malou většinou, přesto většinou se občané ve Velké Británii rozhodli vystoupit z Evropské unie. A my musíme udělat všechno pro to, aby smlouvy, které se nyní připravují pro spolupráci EU a Velké Británie, umožnily pokračovat smysluplným projektům a umožnily pohyb zejména právě pro mladé lidi. Mladí lidé by neměli doplatit na rozhodnutí, které většina občanů ve Velké Británii udělala. Ze strany Evropské lidové strany je určitě ochota jednat o co nejlepších vztazích pro mobilitu mladých.

Krystyna Łybacka, *w imieniu grupy S&D*. – Panie Przewodniczący! Wolontariat to bardzo szlachetna, ale jakże często nie w pełni doceniana działalność. Dlatego niech państwo pozwolą, że rozpocznę moje wystąpienie od podziękowania wszystkim wolontariuszom za ich pracę, czas, trud i energię.

Działalność wolontariacka, będąca z jednej strony procesem samorealizacji i uczenia się, przynosi korzyść zarówno samym wolontariuszom, jak i całym społeczeństwom. Jest to także ogromnie ważny czynnik sprzyjający tworzeniu kapitału społecznego oraz wspierający spójność społeczną i gospodarczą. W kontekście międzynarodowej wymiany wolontariat ma ogromny potencjał w zakresie integracji. A jeśli odbywa się na terytorium Unii Europejskiej, pomaga w tworzeniu europejskiej tożsamości. Ale ten potencjał wolontariatu transgranicznego nie jest w pełni wykorzystywany. Według danych z roku 2014 szacuje się, że około 92–94 milionów osób zaangażowanych było w działalność wolontariacką, a jedynie 7 tysięcy – w działalność transgraniczną. Na przeszkodzie pełnego rozwoju wolontariatu transgranicznego stoją bariery prawne, administracyjne, społeczne, ekonomiczne, a także brak właściwej informacji. Ten niewykorzystany potencjał szacuje się na około 65 milionów euro rocznie. I dlatego konieczne jest wypracowanie ram prawnych, które określiłyby status wolontariatu, ale także prawa i obowiązki wolontariuszy. Słusznie pani przewodnicząca Silvia Costa wspomniała o Europejskiej karcie praw i obowiązków wolontariuszy.

Musimy odpowiedzieć sobie na pytanie, dlaczego na przykład pobyt wolontariacki nie powinien stanowić podstawy prawnej do pobytu w danym państwie. Dla osób ze środowisk uboższych, ze środowisk defaworyzowanych, dla osób niepełnosprawnych ogromnym problemem są na przykład niepełne świadczenia zdrowotne, a także często utrata świadczeń socjalnych, w tym świadczeń dla bezrobotnych.

Kolejną kwestią wymagającą rozstrzygnięcia jest docenienie umiejętności i kompetencji zdobytych w trakcie działalności wolontariackiej – słusznie o tym wspomniał pan komisarz. Ale istotne jest, aby było to uznawanie promowane na rynku pracy, szczególnie w procesie rekrutacji. W tym celu niezbędna jest współpraca z pracodawcami, żeby doceniali oni rangę stażu wolontariackiego. Należy jak najszybciej wdrożyć i wspierać uznawanie czasu pracy wolontariuszy za kwalifikowany wkład (współuczestnictwo) w przypadku dotacji unijnych, zresztą sama Komisja o tym niedawno mówiła. Pytanie do pana komisarza: na jakim etapie są prace z tym związane?

Wreszcie, wzmocnienia wymaga poziom lokalny wolontariatu po to, by móc się dzielić doświadczeniami, ale tam niezbędne są wysokiej jakości informacje o możliwości udziału w programie.

W kontekście prac nad rewizją programu Erasmus+ należy podkreślić – co pan komisarz zresztą już zrobił – ogromne znaczenie tego programu dla wolontariatu europejskiego. Każdego roku kilka tysięcy młodych ludzi poznaje inny kraj właśnie za pomocą wolontariatu w programie Erasmus, ale organizacje wolontariackie ciągle mówią o konieczności uproszczenia aplikacji.

Mam pytanie do pana komisarza. Mówił pan o europejskim korpusie solidarności. Jaka jest relacja między tym korpusem, wolontariatem a Erasmus+?

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”*. – În primul rând, vreau să o felicit pe Silvia Costa și pe toți colegii care au inițiat această întrebare cu răspuns oral.

Stimată colegă, ați exemplificat foarte bine aici ce nevoi avem pentru a crește voluntariatul. Personal, nu sunt de acord cu ce a spus domnul comisar spunând că este vorba de o subsidiaritate completă. Și vă întreb: nu credeți că ar trebui, de exemplu, la nivel de Uniune Europeană, să existe niște studii, niște exemple de bună practică, care să poată să fie diseminate în toate statele membre, acolo unde s-au obținut rezultate?

De exemplu, în țara mea există o lege a voluntariatului prin care activitatea voluntară este vechime în muncă pentru tineri.

Krystyna Łybacka (S&D), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”*. – Bardzo dziękuję za to pytanie. W pełni zgadzam się z zawartą w nim sugestią. W istocie należy dążyć do tego, aby we wszystkich krajach były ustawy stanowiące podstawy prawne działalności wolontariuszy i wolontariatu. A do tej pory mamy bardzo zróżnicowany ten status, jak również bardzo zróżnicowane prawa dla wolontariuszy. Zgadzam się również z panią, że należy w zakresie ruchu wolontariackiego dzielić się dobrymi praktykami. Zresztą nie tylko w zakresie wolontariatu należy się dzielić takimi dobrymi praktykami.

Ангел Джамбазки, *от името на групата ECR*. – Г-н Председател, г-н Комисар, доброволчеството е важно за нашето общество и в това няма никакво съмнение. Вярвам, че всеки човек трябва да участва поне веднъж в живота си в доброволческа инициатива, а при младите такива участия изграждат качества и дисциплина, които са основна предпоставка за бъдещото им развитие в обществото.

Европейската доброволческа служба в това отношение е програма, която помага на младите хора да извършват доброволческа дейност в чужбина. Тази година тя отбеляза 20 години от своето създаване. 20 години, през които е оказала съдействие на над 100 хиляди доброволци. Тази цифра говори сама по себе си за потенциала на младежите от европейските нации и за ценностите, които доброволчеството възпитава в тях и които изповядват.

Почти 100 милиона граждани от всякакви възрасти участват в доброволчески дейности и техният труд допринася за генериране на около пет процента от брутния вътрешен продукт на Европейския съюз.

2011 година беше обявена за Европейска година на доброволчеството и даде тласък за развитието на политики и присъствието на доброволчеството в ключови европейски програми. Движението на младите хора в границите на Европейския съюз било то за обучение, практика или благотворителност, е доказало положителното си отражение и трябва да бъде насърчавано. Набирането на опит, приспособяването към новата среда и размяната на добри практики със сигурност е от полза за всички от нас.

Горд съм да кажа, че в България – страната, която представлявам – младежите са готови и активно участват в такива дейности. Аз и моята организация ВМРО подпомагаме и стимулираме доброволчеството и сме организатори на много дейности, свързани с доброволен труд по почистване на паркове, гори, помощ за възрастни хора, участие в обществени мероприятия, гасене на горски пожари и много други.

Укрепването на тази дейност в обществото е наше задължение. Активното гражданство и отговорността са в основата на всяко уважаващо себе си общество и доброволчеството е точно това. Проекти за стимулиране на младите и тяхното участие са необходими и задължителни. Всичко това трябва да достига до най- отдалечените райони, до най-малките общини и региони.

María Teresa Giménez Barbat, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, Señorías, el voluntariado está incluido en programas clave de la Unión Europea como Erasmus+ y su Servicio Voluntario Europeo, que este mismo año celebra su vigésimo aniversario. Con la Resolución que se vota hoy queremos subrayar el valor del trabajo voluntario.

Ser voluntario significa solidaridad, libertad y responsabilidad al mismo tiempo. Significa contribuir personalmente al fortalecimiento de una idea de ciudadanía activa y de una sociedad más cohesionada. Cuando el voluntariado se desarrolla a nivel europeo, se contribuye directamente a reforzar la propia ciudadanía europea.

Sin embargo, es urgente profundizar en este concepto de voluntariado, en particular en tiempos de crisis, como un pilar fundamental del proceso de integración y para la promoción de la unión y de la solidaridad en Europa. El Servicio Voluntario Europeo aún no es suficientemente conocido; su comunicación tendría que mejorar y su funcionamiento debería resultar más sencillo a los interesados.

Igualmente pretendemos destacar el papel del voluntariado como factor de cohesión social, de crecimiento personal del individuo, e incluso de contribución al desarrollo económico. El trabajo de los voluntarios en Europa, como ha dicho un compañero, contribuye a la producción del 5 % del PIB.

Asimismo, recomendamos a los Estados miembros que promuevan el Servicio Voluntario Europeo en los sistemas educativos académicos. En mi país, España, como en la mayoría de los países europeos, el voluntariado se lleva a cabo sobre todo a través de iniciativas individuales y de comunidades locales, pero no se promueven los programas de voluntariado internacional en las escuelas y tampoco se conocen las oportunidades del Servicio Voluntario Europeo. Creo que una mayor cooperación entre la Unión Europea y los Estados miembros a través de programas conjuntos y una mayor internacionalización de la oferta también podría servir para mejorar esta propuesta europea.

Cuando pensamos en voluntariado, pensamos también en jóvenes. El voluntariado es, de hecho, uno de los ocho ámbitos subrayados por la Estrategia de la Unión Europea para la Juventud. Pero no hay que olvidar a los mayores y el papel fundamental que el voluntariado puede desempeñar a la hora de promover una cultura del envejecimiento activo, en especial si aspiramos a una sociedad que integre a todas las generaciones.

Hemos avanzado mucho desde la celebración del Año Europeo de las Actividades de Voluntariado en 2011, y esto sin duda es un motivo de orgullo ciudadano, pero aún nos queda mucho camino por recorrer.

Curzio Maltese, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la crisi economica, la crisi dei debiti sovrani, la prevalenza di un pensiero unico liberale neoliberista hanno spinto in questi anni molti Stati europei sulla strada di progressivi tagli dei servizi pubblici, di ampie privatizzazioni. Questa soluzione si rivela ogni giorno che passa più fallimentare da un punto di vista etico, economico, sociale, politico, creando un'Europa più povera, più ingiusta, e alimentando una rivolta che oggi rischia di travolgere l'Unione. Se vogliamo salvare la costruzione europea, dobbiamo tornare ai valori fondanti e il volontariato europeo li incarna questi valori fondanti, la solidarietà, la cooperazione e la partecipazione diretta dei cittadini, in maniera esemplare. Io, come giornalista, ho assistito a straordinarie storie di volontariato nel mio paese e in Europa, in occasione di catastrofi naturali, ma anche a straordinarie difficoltà di questo settore.

Noi stiamo celebrando i vent'anni del volontariato europeo e facciamo bene a celebrali e facciamo bene a essere contenti dei 100.000 volontari, ma sappiamo che potrebbero essere 5 volte tanto, 10 volte tanto se noi investissimo di più. Questa relazione è un ottimo passo in avanti, ma mancano ancora alcune cose, manca una normativa condivisa in Europa, mancano soprattutto dei fondi adeguati a sviluppare questo fenomeno. Ci sono grandi difficoltà nel volontariato transfrontaliero. Bisogna investire su questo. Dobbiamo ricordare che ogni euro investito nel volontariato, l'hanno ricordato vari colleghi, produce uno straordinario effetto economico oltre che uno straordinario effetto civico, morale che non è meno importante dell'effetto economico. Aiuta i giovani a maturare competenze che servono davvero nel mondo del lavoro. Si discute molto spesso di programmi di intervento delle aziende nel mondo della scuola che non sono così efficienti come il settore del volontariato. Non si può dire che tutti gli investimenti che passano e che vengono approvati in quest'Aula abbiano lo stesso straordinario effetto, quindi io invito il Commissario a chiedere più investimenti, più comunicazione su questo settore.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Krystyna Łybacka (S&D), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Wspomniał pan bardzo słusznie o etycznych walorach wolontariatu. Czy w tym kontekście nie uważa pan za wyjątkowo nieetyczne i godne potępienia na przykład stanowisko ubezpieczycieli, którzy odmawiają ubezpieczenia osobom niepełnosprawnym wyjeżdżającym w ramach wolontariatu? Czy nie uważa pan za nieetyczną sytuację, w której każde zaświadczenie wymagane od wolontariusza jest poprzedzane opłatą?

Curzio Maltese (GUE/NGL), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io personalmente sui diritti delle persone portatrici di handicap mi batto insieme ad altri colleghi di quest'Aula in ogni settore, anche in altri settori dell'educazione, nelle nuove regolamentazioni per gli audiovisivi, come sanno i colleghi della Commissione cultura, quindi sono perfettamente d'accordo sul fatto di garantire il più possibile questi diritti.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, yo creo que estamos coincidiendo todos bastante en la valoración y el diagnóstico de lo que quiere decir hoy voluntariado en Europa y de lo que puede querer decir, de las potencias evidentes del concepto y de la realidad.

Veinte años. Cien mil voluntarios en el Servicio Voluntario Europeo. Cinco años desde el primer Año Europeo de las Actividades de Voluntariado. La propuesta de Resolución habla de cien millones estimados de voluntarios y de un 5 % del PIB. Es una estimación.

Yo creo que una de las cuestiones —también lo dice la propuesta de Resolución— es que hay que estudiar más y hay que conocer mejor el fenómeno, porque parece claro que estamos siendo conscientes un poco de la punta del iceberg, una punta positiva, extraordinaria, pero que seguramente esconde realidades y situaciones. En fin, que lleva mensajes muy contradictorios también.

Déjenme decirles que, en alguna medida, el éxito o la apariencia de éxito del concepto de voluntariado en Europa —por ejemplo, en mi propio país de una manera muy espectacular— es también una medida, un indicador de los déficits sociales, de las necesidades no cubiertas, de las situaciones de drama personal, individual y colectivo que nuestras sociedades muchas veces siguen comportando. Allí donde no llega el Estado o donde el mercado produce desastres, allí aparece, efectivamente y afortunadamente, el voluntariado que, en buena parte, no solo añade sino que sustituye.

En todo caso, tengamos claro que hay este valor de sustitución, que hay este valor de ocupar el espacio que quizá podría y debería ser ocupado naturalmente de otra manera, y entonces el voluntariado podría efectivamente dedicarse simplemente a añadir, a enriquecer, a cooperar, a crear Europa, y sería aún mejor de lo que ya es ahora.

Yo creo que hay que destacar también los elementos de esa necesidad de reconocimiento que el voluntariado tiene en el sentido de acceso a la profesionalidad, de reconocimiento de capacidades. Y en ese sentido es donde yo creo que Europa, la Unión Europea, puede y debe hacer claramente más de lo que hace ahora. Debemos asumir la responsabilidad de crear un marco, de estimular la movilidad, de estimular la cooperación, de estimular el aprendizaje, de estimular la coordinación también de legalidades y de regulaciones nacionales.

Miren, el voluntariado es un fenómeno básicamente local. Aparece, nace y crece muy cerca, en la realidad misma, como respuesta a necesidades evidentes apreciadas localmente. Hay que evitar un cierto riesgo —cómo diría— de prepotencia institucional, de que desde aquí vamos a organizarlo todo, de que desde aquí vamos a saber exactamente cómo tienen que ser las cosas.

Todo con los ciudadanos porque todo lo hacen los ciudadanos. Por favor, no caigamos en la tentación de regular sin los ciudadanos. Cualquier avance en este terreno hay que hacerlo con las ONG, con los que están haciéndolo, con los implicados principalmente.

Para acabar, una escena de hace dos semanas, aquí mismo, en el Parlamento Europeo en Bruselas. Un día, la Guardia Costera italiana viene a explicarnos su actividad, magnífica, en el Mediterráneo de salvación, de recuperación de refugiados en el mar y, al día siguiente, viene la ONG catalana, española, Proactiva Open Arms, que no es que complemente, es que añade valor. Es imprescindible; aquí no hay complementariedad: es una necesidad total. Sin esa ONG, los muertos en el Mediterráneo serían miles más porque los barcos militares no pueden hacer el trabajo que hacen estos voluntarios.

Digámonoslo: no solo hay que felicitarlos, no solo hay que premiarlos, como acabamos de hacer; hay que saber que son una parte imprescindible de la existencia de Europa como concepto y como identidad. Y ahí estamos. Eso es lo que hay que promover.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Thomas Mann (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Maragall, Sie haben eben gerade gesagt, Sie halten das für ein bereicherndes Element, aber es würden bestimmte Maßnahmen halt vor allem ersetzt und nicht nur ergänzt. Aber ist es denn nicht wichtig für junge Leute, dass sie sich mal ausprobieren können? Dass sie, bevor sie in den Beruf eingestiegen sind, sagen können, hier gibt es ein Feld, in dem ich mich engagieren kann? Dass sie also mal hineinschnuppern und sagen: „Ich möchte damit gern auf meine Weise Solidarität zeigen“? Dass also wir sagen können: Der EFD ist etwas wirklich Wichtiges und Bereicherndes?

Ernest Maragall (Verts/ALE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Señor Mann, no creo haber dicho lo contrario. Estoy absolutamente de acuerdo con esas virtudes del voluntariado.

Un aspecto que no hemos tocado es el del voluntariado en terceros países. ¿Conoce usted la experiencia de jóvenes que se van a Honduras a ejercer de mediadores en contactos delicados y peligrosos para conseguir la paz? Eso es un valor para el mundo y, desde luego, para ellos mismos. Pero también es obvio que están sustituyendo algo en la medida en que ese problema existe más allá de su propia responsabilidad. De manera que, en ese sentido, hay que estimular y reconocer ese valor, positivo para la juventud, desde luego.

Pero el voluntariado es a la vez de los jóvenes y de los mayores. Y lo lógico es que lo desempeñen los jóvenes hasta los treinta años, y los mayores a partir de los sesenta. Ahí es donde debemos complementar.

Isabella Adinolfi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi complimento con i colleghi cofirmatari della risoluzione congiunta nella quale ci sono diversi punti di merito condivisibili e degni di sostegno. Tuttavia, senza le forzature procedurali e di tempistica si sarebbe senz'altro arrivati ad un risultato migliore. Mi auguro che in futuro un tale argomento venga trattato con maggiore chiarezza procedurale e vi venga data maggiore visibilità nell'agenda.

Comincio citando la frase della risoluzione che probabilmente ritengo più pregnante a conclusione del paragrafo 3: «sottolinea che i volontari non dovrebbero mai essere considerati e utilizzati come manodopera sostitutiva». Questo è un punto fondamentale, soprattutto in un momento di perdurante crisi economica e sociale come quello che stiamo affrontando in Europa. Dimenticare ciò comporterebbe il rischio di svuotare di significato un indubbio ed elevato valore aggiunto del volontariato, rendendolo semplicemente un'espressione politicamente corretta, posta a giustificazione di situazioni ed iniziative prive del necessario sostegno pubblico.

Occorre poi ripristinare e favorire un quadro di valori dove si sostituisca la sacralizzazione del guadagno monetario a tutti i costi e dell'individualismo non solidale con un rinnovato senso di servizio alla comunità. In altre parole, l'attivismo. Il nostro movimento, il Movimento cinque stelle, che peraltro è nato il giorno di San Francesco, pone infatti l'attivismo al centro della nostra azione politica. Per noi nessuno deve rimanere indietro. Inoltre considero che ci siano due precondizioni perché il volontariato sia eticamente e politicamente accettabile. Primo: la predisposizione di chiare politiche pubbliche e dotate sufficientemente di risorse economiche, secondo: l'esistenza di condizioni materiali degne per tutti quanti i cittadini, ovvero lavoro, sistemi sociali di copertura, affinché tutti abbiano la necessaria disponibilità materiale per poter intraprendere azioni di volontariato.

Partendo da questi principi, risulta chiaro che la nostra società debba aprirsi al volontariato e stimolarlo in quanto espressione nobile di una necessità umana essenziale, nonché forma di cittadinanza attiva che è alla base della vita in comunità. Il volontariato sembra quindi in grado di aprire una strada positiva all'interno della società europea. Tuttavia, è necessario fissare un tetto massimo all'impiego di volontariato se non vogliamo cadere in una flagrante contraddizione con noi stessi, visto che non dobbiamo mai considerare i volontari come manodopera sostitutiva.

Una simile avvertenza poi segnala un dato sociologico significativo: laddove si riscontra una presenza cospicua di volontariato, vuol dire che vi sono delle mancanze dal punto di vista delle politiche pubbliche. Ciò deve farci riflettere, farci adoperare per porre rimedio a tali mancanze le cui cause devono essere individuate e affrontate. Inoltre propaganda, enfasi e regole troppo rigide non si conciliano con il volontariato. Il volontariato è una scelta che si fa in silenzio. Mi permetta di esprimere la mia solidarietà a tutti coloro che stanotte hanno passato la notte per strada perché sono state vittime del sisma che sta colpendo l'Italia.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, Saint Thomas d'Aquin écrivait dans sa *Somme théologique* que le mieux est l'ennemi du bien. Il me semble que cette vérité soit particulièrement pertinente en ce qui concerne les travaux menés dans cette institution.

En effet, qui peut nier le caractère positif et enrichissant du volontariat? Il s'agit non seulement de se mettre au service de la société, mais également de retirer un épanouissement personnel par les compétences que l'on acquiert, les rencontres que l'on peut faire et la satisfaction du don de soi. Aussi peut-on se féliciter que depuis vingt ans, plus de 100 000 jeunes se soient engagés dans le cadre du service volontaire européen.

Pourtant, je ne sais pas si je dois m'inquiéter ou admirer votre capacité à dévoyer chaque bonne idée au service de votre idéologie politique. Vous souhaitez utiliser le volontariat comme promotion de la citoyenneté européenne. Or, vous oubliez que la citoyenneté, ne vous en déplaise, est juridiquement et essentiellement liée à la nationalité, cette nationalité qui vous dérange, parce qu'elle vous empêche de construire un état fédéral européen et parce qu'avoir des citoyens enracinés, attachés à leur terre, à leur nation et à leurs traditions, ce sont d'autant plus de frontières à votre mondialisme.

Vous louez l'importance des volontaires dans la gestion de la crise des réfugiés. Est-ce vraiment à la société civile de gérer le marasme que vous, responsables politiques, avez créé?

En suivant Jean-Claude Juncker dans son idée de création d'un corps européen de solidarité, vous ne faites preuve de confiance envers les citoyens et vous admettez votre irresponsabilité totale dans la gestion d'une catastrophe que vous avez favorisée; c'est là tout le sens du programme des volontaires de l'aide de l'UE, lancé par la DG ECHO.

Vous souhaitez envoyer des volontaires européens sur des projets humanitaires partout dans le monde. C'est très charitable, bravo. Mais qu'en est-il des sans domicile fixe en Europe? Avez-vous un programme pour venir en aide à nos démunis? Je vous rappelle que selon le rapport 2014 de l'Observatoire européen du sans-abrisme, en France, le nombre de sans domicile fixe a augmenté de 44 % en onze ans, passant de 80 000 à 150 000 personnes. Ces chiffres ne sont pas plus glorieux dans le reste de l'Union européenne: 44 % en République tchèque, 29 % en Suède, 21 % en Allemagne, 17 % aux Pays-Bas et 16 % au Danemark. Je vous pose donc la question: comptez-vous aussi sur les volontaires pour venir en aide aux indigents d'Europe?

Le service civique est une belle idée, mais sachez qu'il existe d'ores et déjà dans plusieurs États membres, là où il peut être efficace et changer la donne, c'est-à-dire au plus près des administrés. À titre d'exemple, en France, il y avait en 2014 près de 35 000 jeunes au service civique; 50 000 pompiers volontaires ont moins de 35 ans; ou encore 27 000 jeunes entre 11 et 18 ans sont jeunes sapeurs et s'initient au secourisme. Que montrent ces exemples? Ils montrent que les jeunes ont envie de s'engager, mais qu'ils ont envie de s'engager près de chez eux, d'améliorer le quotidien de leurs grands-parents et de rendre service à leurs voisins.

Cela rejoint une autre de mes inquiétudes: je crains qu'à l'image de ce que vous tentez de faire d'Erasmus+, qui était pourtant votre seule réussite, vous pervertissiez ce bel engagement qu'est le volontariat pour en faire une étude de futurs travailleurs détachés aux statuts et aux salaires précaires et au service de votre grand marché.

J'espère, chers collègues, que vous entendrez mon message: oui à la reconnaissance du formidable travail effectué par les volontaires; non à sa récupération politique pour sauver les meubles d'une maison à laquelle vous avez vous-mêmes mis le feu.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement)

Silvia Costa, *domanda «cartellino blu» rivolta a Dominique Bilde.* – Vorrei solo sapere se … di fronte a un discorso, questo sì veramente ideologico, sento il bisogno di dire che forse non si è capito, qui stiamo parlando di un'esperienza transnazionale, di un'esperienza europea. Forse è sfuggito che esiste da vent'anni un magnifico programma europeo, transnazionale e internazionale, a cui partecipano molti ragazzi francesi, mi spiace deludere l'onorevole Bilde, che è considerato un progetto che tiene insieme tranquillamente, nella coscienza di tutti i cittadini che partecipano, la dimensione nazionale, l'identità personale e l'appartenenza europea internazionale. Forse a qualcuno è sfuggito che noi siamo titolati di doppia cittadinanza, quella italiana, francese o ungherese e europea. Forse sfugge che la dimensione transnazionale, europea e internazionale piace moltissimo a tutti i giovani compresi ai francesi.

Dominique Bilde (ENF), *réponse «carton bleu».* – Madame Costa, en fait, j'ai très bien compris. Pendant mon intervention, que je pensais pourtant claire, j'ai d'ailleurs cité ce qui avait déjà été fait. La plupart du temps, dans cette Europe, comme on ne se sert pas de ce qui a été fait et qu'on n'en tire pas les leçons, cela ne change pas grand-chose. Je vous l'ai expliqué et c'est cela que je ne comprends pas: vous enfoncez toujours des portes ouvertes en essayant de répondre à des questions par d'autres questions.

Le problème est simple: nous, Français – et c'est là que votre Europe ne marche pas –, ne voyons pas les mêmes résultats que ceux que vous nous affirmez en permanence en commission. C'est pour cela, d'ailleurs, que nous ne serons jamais d'accord avec vos idéologies.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο εθελοντισμός, εξ ορισμού, δεν έχει υλικά ανταλλάγματα, αν και πολλοί εκτιμούν ότι, για λόγους βιωσιμότητος, η εθελοντική εργασία πρέπει να αμείβεται, όχι με μισθωτή σχέση, αλλά με παροχή στον εθελοντή δωρεάν διατροφής, διαμονής, μετακίνησης και άλλες διευκολύνσεις. Είναι ένα θέμα που απασχολεί τους εθελοντές και θα ήθελα να το επισημάνω.

Πέραν όμως της ανεπίσημης μορφής εθελοντισμού, δηλαδή της προσφοράς σε προσωπικό επίπεδο, η επίσημη μορφή εθελοντισμού έχει την καλή και την άσχημη πλευρά της. Η καλή είναι λίγο πολύ γνωστή. Ο επίσημος εθελοντισμός έχει ουσιαστικό και μακροπρόθεσμο στόχο την ομαλή ένταξη των νέων στο κοινωνικό σύστημα, την απόκτηση ισχυρών δεξιοτήτων και την καλλιέργεια αλληλεγγύης προς τον συνάνθρωπο. Ως χριστιανός και ανθρωπιστής το επικροτώ. Η άσχημη πλευρά όμως είναι και η πλέον αθέατη και άγνωστη στο κοινό. Ο επίσημος εθελοντισμός σχετίζεται κυρίως με τις ΜΚΟ. Η πλειονότητα των ΜΚΟ, που λαμβάνουν υπέρογκα ποσά χρηματοδότησης, εκμεταλλεύονται τους εθελοντές και τους αντιμετωπίζουν ως φθηνά εργατικά χέρια.

Έτσι, η ηθελημένη εθελοντική παροχή υπηρεσιών αποτελεί δικαιολογία κάποιων απατεώνων για να πλουτίσουν αρπάζοντας εθνικά και κοινοτικά κονδύλια. Για αυτόν τον λόγο θα διαφωνήσω ως προς την αναγνώριση του εθελοντισμού ως συγχρηματοδότηση. Περισσότερο θα διαφωνήσω με την προώθηση της πρόσβασης υπηκόων τρίτων χωρών που επιθυμούν να κάνουν εθελοντική εργασία στην Ευρώπη. Δεν πρέπει να ανοίξουμε διαύλους σε λαθρομετανάστες, δήθεν εθελοντές, για να εγκατασταθούν σε ευρωπαϊκό έδαφος.

Milan Zver (PPE). – Spoštovani gospod komisar, spoštovani predsedujoči, poročevalka Costa, prostovoljstvo je izraz solidarnosti in odgovornosti, prispeva k večji vključenosti državljanov, osebnemu razvoju ter, v našem primeru, krepi evropske vrednote. Je pomembno orodje za neformalno učenje in usposabljanje.

Prostovoljci pogosto pomagajo tistim, ki pomoč najbolj potrebujejo, po drugi strani pa se pri njih samih krepi občutek koristnosti. Ni potrebno posebej poudariti, da je prostovoljstvo lepa možnost tudi za tiste, ki niso integrirani v šolski sistem ali na trg dela. Morda pa v tem okolju najdejo novo priložnost.

Lahko pa prostovoljstvo služi tudi kot lep primer medgeneracijskega povezovanja, zato je dobro in prav, da Evropski parlament obravnava to temo.

Čestitam poročevalki gospe Costi za pobudo. Žal pa mi je, da se nismo odločili za drugačen parlamentarni postopek, ki bi nam dal več časa za pripravo še bolj kvalitetnega in koherentnega besedila.

Letos mineva pet let od evropskega leta prostovoljstva in dvajset let od nastanka evropske prostovoljske službe, to smo že nekajkrat slišali danes, leta 2014 je bila evropska prostovoljna služba vključena v krovni evropski program Erasmus+, za katerega sem stalni poročevalec.

Lahko rečem, da imamo opraviti z zgodbo o uspehu v Evropski uniji, eno redkih takih. Kot stalni poročevalec o implementaciji Erasmus+ lahko dodam, da bodimo ponosni na ta program, tudi zato, ker se ne omejuje zgolj na mlade, ampak vključuje tudi starejše.

Ravnokar pripravljam poročilo o implementaciji Erasmus+. Splošna ugotovitev je, da so kljub nekaterim pomanjkljivostim vsi deležniki zadovoljni z novim programom. Kljub temu, da smo mu v tej finančni perspektivi povečali sredstva za 40 %, v praksi ugotavljamo, da so potrebe za udeležbo v različnih podprogramih Erasmus+ bistveno večje, kot pa so finančne možnosti. Že sedaj je jasno, da bo v prihodnje potrebno povečati potenciale Erasmus+.

Evropska prostovoljska služba je odlična služba, ki ima jasne okvire delovanja. Organizacije, ki delujejo v njej, podpišejo na primer listino o kakovosti. Sodelujoči prostovoljci v starosti med 17 in 30 let se v obdobju od dveh tednov pa do enega leta posvečajo izključno prostovoljni aktivnosti. Znano je, da EVS pokrije udeležencem potne stroške in stroške bivanja, zavarovanje in žepnino.

Naj naštejem še nekaj dejstev pri nastajanju tega dokumenta. V EVS je do danes sodelovalo že več kot 100.000 prostovoljcev, to je bilo že omenjeno. Že ta številka nam pove, da komunikacijska strategija Evropske komisije glede EVS ni tako slaba, kot se skuša prikazati.

Manjši del teksta v resoluciji se nanaša na to službo, nesorazmerno večji del je poročevalka namenila prostovoljstvu na nacionalni ravni in nasploh. Zato smo začetni naslov „resolucija o EVS“ razširili v „resolucija o EVS in promociji prostovoljstva v Evropi“, ki bolj odgovarja dejanski vsebini resolucije. Poleg tega je veliko besedila namenjenega organizacijam, ki se ukvarjajo s prostovoljstvom, morda bi bilo dobro, da bi bilo še več besedila namenjenega končnim uporabnikom, tj. prostovoljcem samim.

Znano je, da imamo v različnih državah različne tradicije prostovoljstva. Ponekod ima država veliko vlogo, ponekod pa je popolnoma v rokah prostovoljskih organizacij oziroma civilne družbe. Ali pa je nekaj vmes. Iz teh dejstev izhajajo razlike in tega ne smemo nikoli spregledati. Toda mi imamo pred seboj eno skupno nalogo: povečati kapacitete za mednarodno prostovoljsko izmenjavo, zato moramo krepiti evropsko prostovoljsko službo.

Če povzamem: resolucija je dovolj dobra, njen namen je dober in upam, da jo bomo podprli.

(Govornik se je strinjal, da bo sprejel vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka (člen 162(8)).

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *pregunta de tarjeta azul*. – Señor Zver, solo en Grecia han trabajado más de 50 000 voluntarios para ayudar a las personas migrantes y refugiadas que han llegado y siguen llegando. El Comisario ha mencionado un dato: cien mil plazas de voluntariado en veinte años.

Pero, en mi opinión, estas 50 000 personas, la mayoría jóvenes, han dado una lección a los Estados miembros. En la misma línea que el colega Maragall, ¿no cree usted que la Comisión Europea debería tener en cuenta ese valor europeo, ese compromiso cuando se habla del Servicio Voluntario Europeo?

Milan Zver (PPE), *Odgovor na vprašanje, postavljeno z dvigom modrega kartončka*. – Imate prav. Potenciali za prostovoljstvo so bistveno večji, kot jih lahko etabliramo v razne institucionalne kanale in pa strukture, ki so, ampak ne glede na to je ena taka služba, kot jo imamo zdaj že dve desetletji v Evropski uniji, spodbujevator za to, da se še olajša mlajšim prostovoljno delo na različnih ravneh. Posebej cenim to delo, ki ste ga omenili v Grčiji, pri pomoči uradnim službam pri menedžiranju begunske in migrantske krize, ampak dejstvo je, da je prostovoljstvo zasebna zadeva, civilnodružbena zadeva, država pa lahko na različne načine, tudi s finančno pomočjo, zgolj pomaga, da mladi to svojo krepost izvajajo.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I want to also thank my colleague, Silvia Costa, for promoting this oral question to the Commission. Whilst the EU does not have competence in academic education and curriculum per se, it can be a formidable platform to recognise and promote the role that volunteering, together with sports and arts, plays in strengthening socialisation processes and for the development and wellbeing of societies and individuals, education for citizenship, and in acquiring lifelong transferable skills.

Initiatives such as the EVS are more important than ever in times of economic hardship and high youth unemployment, increasing job prospects for young people. The challenge now is to ensure that they are accessible to the most vulnerable young people as well, and for people of all ages and horizons, including people with special needs, minorities, marginalised communities, migrants and refugees. In fact volunteering is a great opportunity for intergenerational learning and intercultural dialogue, necessary to build strong, open and inclusive societies. It must therefore be part of a long-term strategy to develop successful, functional and welcoming communities proud of their heritage and united in diversity.

Indeed, informal and non-formal settings, widely used in the context of community education and work with under-represented groups, provide opportunities for active promotion of common values of freedom, tolerance and non-discrimination and for learning about human rights, including women's and children's rights. Openness, tolerance, enriching experiences and encounters, intercultural dialogue and cultural diversity: those are the fundamental elements on which the EVS is based – and so is the European project. Particular recognition should therefore go to those who volunteer in times of crisis, stepping in when governments fail to act, such as the amazing volunteers who have done so much to help the desperate refugees in the Calais and Dunkirk camps, and also the British Muslim youth groups, who were amongst the first people to help the victims of last year's terrible floods in Cumbria in my north-west England constituency, bringing together different ethnicities in a spirit of shared humanity.

As a young person, I learned my values from my parents, but also from my experiences of volunteering. I am one of the people who was failed by conventional formal education, and I found my confidence, my sense of myself and my place in the world largely through volunteering. As a shy, gauche teenager, I joined a youth theatre, where, alongside our normal activities, we spent one evening a week volunteering at a centre for children with profound disabilities. These children became my friends, and I learned to overcome my fear of difference and to fight prejudice and discrimination for the rest of my life. Later I set up many youth theatres and watched young people in my care, many of them troubled and excluded, learn civic values and transferable skills through volunteer projects in their local community and through pan-European and international volunteering experiences. They were doing as I had done: encountering the other through intercultural dialogue and practical action, thereby learning tolerance and mutual respect.

I therefore welcome the Commissioner's statement, but I want to give a word of warning. Volunteering must never be used as an excuse for national governments to cut public services, such as museums, art centres, theatres, libraries and youth clubs, which is, sadly, happening in my country under the current Conservative government, who are replacing real jobs by exploiting the good nature of public-spirited citizens. Volunteering programmes that go hand in hand with a strong social structure and proper investment in public services, offering young volunteers recognition and career pathways and valuing the life experiences of older volunteers, are what is needed in modern society.

Jana Žitňanská (ECR). – Keď hovoríme o dobrovoľníctve, o altruistickej starostlivosti o svojich blízkych, o svoju komunitu, o svet okolo seba, súhlasím s tým, čo povedal prezident Obama: „Najlepší spôsob, ako nepodľahnúť beznádeji, je vstať a niečo urobiť. Nečakajte, že sa vám stanú dobré veci. Ak vstanete a urobíte niečo dobré, naplníte svet nádejou a naplníte nádejou aj seba."

Okrem altruizmu, ktorý je cnostný sám osebe, si však dobrovoľníctvo zaslúži uznanie a podporu aj z množstva ďalších dobrých dôvodov. Je ideálnym spôsobom, ako dobrovoľne zapojiť do užitočných aktivít ľudí, ktorí o to stoja, a zlepšovať tak život im a aj tým, ktorí majú z dobrovoľníckych aktivít prospech.

Je to výborný spôsob, ako mladí ľudia môžu získať skúsenosti a zlepšovať svoje zručnosti, a ako vieme, nezamestnanosť mladých je náš veľký spoločný problém. Je to ideálny spôsob, ako využiť životné skúsenosti seniorov, čo obohatí celú spoločnosť a seniorom môže dať pocit uplatnenia, užitočnosti, zmyslu ich ďalšieho života. Chcem tým povedať, že dobrovoľníctvo nie je záležitosťou, ktorá by sa týkala len nejakej špecifickej skupiny – je to záležitosť všetkých, bez ohľadu na vek, vzdelanie či majetok.

Dobrovoľníctvo je z definície dobrovoľná aktivita ochotných a ak sa nám podarí nájsť spôsoby, ako ho podporovať, budeme tým okrem spomínaných zručností a získavania či odovzdávania skúseností podporovať aj iné občianske cnosti – záujem o svet okolo seba, participáciu na spoločenskom dianí, aktívne občianstvo. A to sú veci, ktoré každá zdravá a fungujúca slobodná spoločnosť veľmi potrebuje. A okrem toho, dobrovoľníctvo vytvára merateľnú hodnotu, a tak by sme ju mali merať a oceňovať.

Dobrovoľníctvo by malo byť podporované a oceňované v každom členskom štáte Únie a aj inštitúciami Únie samotnej, ak chceme, aby bola úniou dobre fungujúcich štátov so slobodnými a aktívnymi občanmi.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, it is very appropriate that 20 years after the EVS was started and five years after the European Year on Volunteering, that we can stand back and reflect on the progress we have made and map out a pathway for the future. As a founder member of the Volunteering Interest Group in Parliament, I and many of my colleagues, many of whom are here today, have worked in partnership with voluntary groups in our own Member States and with the Centre for European Volunteering (CEV).

Indeed after 2011, the CEV coordinated the setting up of an alliance which fed into a document called the 'Policy Agenda for Volunteering'. This document speaks of the partnership approach which will work towards building and enabling volunteering infrastructure in Europe. Indeed, our own resolution calls on the Commission to facilitate the development of a more coordinated volunteering policy with a view to establishing a single contact point in the Commission. One of the things that I have heard again and again, from the CEV in particular, is that volunteering is spread across a number of different DGs. We need to streamline the system.

Other issues that need to be dealt with include the fact that all Member States adopt the system developed by the ILO to measure volunteering. I am pleased to hear that the Commission is going to support volunteering as an essential part of third-level courses; indeed we have some excellent examples of what we call service learning in NUI Galway and St Angela's in Sligo. I am also pleased to hear the announcement of the European Solidarity Corps.

Finally I would like to take this opportunity to congratulate my own hometown Sligo, which who has been named European Volunteering Capital for 2017. It is a huge opportunity to recognise and support our wonderful volunteers and I hope it will be a catalyst to encourage even more volunteers and particularly young people, some of whom may well join the European Solidarity Corps.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, Κύριε Επίτροπε, η ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία και όλα τα προγράμματα που προωθούν την εθελοντική δραστηριότητα πρέπει να αντιμετωπίζονται με εξαιρετική προσοχή. Πρέπει να διασφαλίζεται, πρώτον, ότι προάγουν τις αξίες της συνεργατικότητας και της αλληλεγγύης και, δεύτερον, ότι διαχωρίζονται πλήρως από δράσεις που έχουν σκοπό να υποκαταστήσουν το κοινωνικό κράτος και τις κρατικές δομές και να ενισχύσουν στρεβλά πρότυπα απλήρωτης εργασίας.

Δυστυχώς, αγαπητοί συνάδελφοι, κατά την άποψή μου, στη σημερινή Ευρώπη, στην Ευρώπη της κρίσης, στο σημερινό πλαίσιο, η έννοια του εθελοντισμού χρησιμοποιείται κατ ευφημισμόν. Τις περισσότερες φορές σημαίνει αυτό που επεσήμανα παραπάνω: απαλλαγή του κράτους από ευθύνες που έχει και προβλήματα που πρέπει να αντιμετωπίσει, ψευτοκάλυψη των κοινωνικών αναγκών.

Κύριε Επίτροπε, η οικονομική κρίση, η ανεργία, τα κοινωνικά προβλήματα δεν είναι φυσικά φαινόμενα που προέκυψαν σε κάποιες χώρες έτσι ξαφνικά και κατά συνέπεια μπορούν να αντιμετωπιστούν με μια ατομική ή ιδιωτική δράση. Είναι αποτέλεσμα, όπως έχει διαπιστωθεί, των νεοφιλελεύθερων πολιτικών που εφαρμόζονται. Επομένως, ο εθελοντισμός είναι ένα περιορισμένο εγχείρημα και δεν μπορεί να αντιμετωπίσει αποτελεσματικά όλες αυτές τις συνέπειες.

Θέλω να σας δώσω, τελειώνοντας, δύο στοιχεία. Στην Ελλάδα τα τελευταία χρόνια ενεπλάκησαν 1.200 περίπου νέοι στα προγράμματα εθελοντικής προσφοράς, την ίδια ώρα που αυτά τα χρόνια είχαμε τη μετανάστευση 250.000 Ελλήνων επιστημόνων σε άλλες χώρες, όχι εθελοντικά, αλλά υποχρεωτικά, για την αναζήτηση εργασίας. Επομένως, καλά είναι αυτά τα προγράμματα, αλλά τονίζω ότι προτεραιότητα είναι να υπάρξουν προγράμματα εκπαίδευσης και εξεύρεσης ποιοτικών θέσεων εργασίας με δικαιώματα.

Raymond Finch (EFDD). – Mr President, I understand we are all here today – the few of us that have actually turned up, maybe 3% of all MEPs – to discuss how young people can volunteer, in the name of the EU of course, to help those less fortunate both in Europe and abroad.

My party and nation fully support anybody wishing to volunteer to help wherever the help may be needed. Indeed, our former Prime Minister, Mr Cameron, spent 200 million on his Big Society project after the 2010 election with precisely this in mind. In principle, this was a very good thing. However, because it was political, and not social and local, it failed, and nobody now speaks of the Big Society in any way except ironically.

Which brings me now to the EVS now celebrating, if that is the right word, its 20th anniversary. In reality, what it means is you are celebrating spending 20 years of throwing taxpayers' money down the drain, and as if this was not enough, the Europe for Citizens programme will cost the taxpayers of our nations a whopping EUR 186 million between 2014 and 2020. Clearly, it is not fulfilling this objective as I see that the Committee on Culture and Education is now developing another citizenship initiative called the European civic service initiative. Just like every other EU project it is a waste of money, it is unnecessary and nobody has heard of it.

While the EU throws money at projects such as this, public services are cut and there is widespread use of food banks all across Europe. How many more schemes will you put in place that will be re-branded at ever greater and greater cost, to fail to achieve the same objective – to create a demos where there is none?

While the ostensible goals of these projects are laudable, they are failures under any benchmark and are never really what they say on the tin, so I say 'stop them now'. National governments already do these things. Give them their taxpayers' money back and let them get on with it. You are only doing this to make us all feel part of your nations' EU superstate. Please stop now.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Wenn wir heute über den EFD, den Europäischen Freiwilligendienst, diskutieren, müssen wir die grundsätzlich immense Bedeutung der Freiwilligkeit hervorheben und betonen – einerseits durch die positive Auswirkung auf die Entwicklung von jungen Menschen, die Förderung des Bürgersinns, andererseits aber auch der wesentliche Beitrag für die Gemeinschaft, der hohe volkswirtschaftliche Nutzen. Im Deutschen haben wir ein schönes Wort dafür. Wir nennen das „Ehrenamt" – freiwillig, aber auch ohne Bezahlung.

Es muss heute natürlich aber auch betont und festgestellt werden, dass es nicht erst seit 20 Jahren diese Freiwilligkeit in Europa gibt, denn bereits seit 150 Jahren bestehen in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland und in meiner Heimat Österreich, Freiwilligenorganisationen: Hilfsorganisationen wie die Freiwillige Feuerwehr zum Beispiel, die sich bereits seit vielen, vielen Jahren höchst verdient machen, Rettungsorganisationen wie die Bergrettung, wie die Wasserrettung, und natürlich auch die karitativen Hilfsorganisationen, die seit vielen, vielen Jahren tätig sind.

Ich bin selber seit meinem 14. Lebensjahr Mitglied bei der Freiwilligen Feuerwehr und stolz darauf, auch bis heute dort Mitglied zu sein. Denn allein in meiner Heimat Österreich haben wir 338 055 freiwillige ehrenamtliche Feuerwehrleute, die Tag und Nacht, bei jedem Wetter, bereit sind, einzutreten für Hab und Gut, aber auch Leben zu retten und zu schützen. Das sind 1 680 327 Einsatzstunden. Wenn ich das mit einem durchschnittlichen Gehalt hochrechne, dann sind das zirka 50,4 Millionen Euro, die die Leute freiwillig erbringen, nicht zu rechnen Hab und Gut oder gar Leben, das sie schützen.

Daher ist es wichtig, dass wir heute überlegen, was diese Organisationen für ein positives Beispiel für Europa geben können. Ich denke, dass genau das auch Aufgabe des EFD wäre, diese guten Beispiele auch in Ländern zu implementieren, die solche Organisationen eben nicht haben.

Es wäre auch wichtig, heute zu koordinieren. Wir haben sehr viele Organisationen, die einen Wildwuchs für die Freiwilligkeit darstellen. Wir haben z. B. die European Youth Foundation mit 3,7 Millionen, wir haben die EU Aid Volunteers mit einer Milliarde Budget, von der Kommission organisiert. Wir haben den Service Civil International in Europa und EFD. Also, ich glaube, es wäre wichtig, das zu koordinieren und dementsprechend auch Kosten einzusparen und entsprechend gut mit den Mitteln umzugehen.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mindestens zwei Wochen und höchstens ein Jahr: 100 000 junge Europäer haben mit Unterstützung des Europäischen Freiwilligendienstes viel Gutes geleistet gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz und für Verständigung. Den kulturellen Bereich haben Sie schon erwähnt.

Mir geht es um die sozialen Dienste, zum Beispiel, indem Obdachlose betreut werden oder indem Menschen mit Behinderung eine Chance bekommen, weil Jugendliche sich einsetzen, oder im Umgang mit älteren Menschen – die oft vereinsamt sind –, oder bei Ausgegrenzten. Solche Erfolgsmeldungen der Solidarität, die machen einen, der im Bereich Beschäftigung und Soziales im Europäischen Parlament arbeitet, stolz. Was hier erreicht wurde, ist großartig. Ich finde es auch ein wunderbares Beispiel für junge Menschen, die oft gar nicht wissen, was sie mit sich selbst anfangen sollen. Genau das ist der Bereich, ein höchst motivierendes Ressort.

Bisher aber, Herr Kommissar, heißt es bei der Altersbegrenzung: von 17 bis 30 Jahren. Frage: Sollten nicht auch Menschen, die etwas älter sind, sich an der Freiwilligenarbeit, am Ehrenamt beteiligen, um das für sich selbst zu entdecken, dass sie einen Zugang finden zu bestehenden Initiativen? Ich denke, ein gutes Beispiel wird in meinem Bundesland Hessen geleistet. Dort gibt es eine Landesehrenamtsagentur – eine Servicestelle für Bürger, für Vereine und für Verbände. Das ist genau die Informationsqualität, die viele Kolleginnen und Kollegen soeben angemahnt haben.

Öffnung für die europäische Ebene – ja, halte ich für überlegenswert. Frau Costa hat absolut Recht. Das ist ein internationales Projekt und kann nicht nur bei einem einzigen Mitgliedstaat gesehen werden. Ihre Antwort auf die Kollegin von der Front National war absolut richtig, und ich unterstütze sie.

Die mögliche Erweiterung – also der Altersgrenze – wäre natürlich mit finanzieller Ausstattung zu erzielen. Das ist klar. Darüber hinaus fördert der EFD Projekte, die zur persönlichen und beruflichen Orientierung beitragen, damit Kompetenzen und Fertigkeiten erworben werden können. Herr Kommissar, Sie haben Recht, für diese Zeit muss eine Anerkennung kommen. Ehrenamtlich – ja klar. Aber eine Anerkennung dafür. Viele junge Leute machen das ja nicht wegen des Geldes, sondern weil sie sagen: Ich möchte mich gern einsetzen. Deswegen ist das ein ganz wichtiges Projekt, und man lernt vor allem, ein Verständnis für Werte zu entwickeln.

Ich glaube, ein anderer Fokus ist auch wichtig; bei zwei Kollegen wurde das schon angedeutet. Ich bin der Berichterstatter der EVP-Fraktion für Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Zum Beispiel, wenn man dazu beitragen kann, zu sagen: Ich möchte bei der Erstaufnahmeeinrichtung mithelfen. Man kann nicht immer alles pädagogisch, das ist klar, aber mithelfen. Oder bei den unbegleiteten Flüchtlingen. Da sind Leute in einem ähnlichen Altersbereich. Ihnen eine Chance zu geben, dabei zu sein, ist, glaube ich, das Höchstmotivierende, da findet Integration wirklich statt.

Oder bei der Frage, Sprachkompetenzen zu entwickeln. Man kann keinen Lehrer ersetzen, aber man kann sagen: Wir sind auch daran beteiligt, und wir schaffen Zugänge zu örtlichen Betrieben, damit Praktika funktionieren.

Möge die EU dazu beitragen, dass genau diesen Helfern noch besser geholfen werden kann.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, г-н Комисар, тази година празнуваме 20 години от създаването на Европейската доброволческа служба. Смятам, че моментът е повече от подходящ да направим равносметка за направеното в европейски мащаб в подкрепа на доброволците и доброволческата дейност.

Можем да започнем с това, че 2011 година беше обявена за Европейска година на доброволческата дейност. Това засвидетелства ангажимента на Европейския съюз да подкрепи и поощри гражданите и организациите, работещи с доброволци. Нещо повече – чрез това Европейският съюз алармира за намаляващия брой на активните доброволци и призовава държавите членки да върнат привлекателността на доброволческия труд.

През 2013 година, в своя резолюция относно доброволчеството и доброволческата дейност в Европа, Европейският парламент поставя акцент върху необходимостта от общ европейски подход по отношение на доброволчеството, който да създаде повече възможности за мобилността и заетостта на младите хора. От 2014 година насам новата програма „Еразъм +“ дава възможност на младите европейци да пътуват в чужбина и да участват в доброволчески проекти.

Не на последно място, председателят на Европейската комисия Жан-Клод Юнкер обяви създаването на Европейски корпус за солидарност, който ще позволи на младите хора в Европейския съюз доброволно да оказват помощ при кризисни ситуации.

Мерките, взети на европейско ниво, безспорно дадоха положителен тласък на сектора на доброволчеството. Все още обаче съществуват редица предизвикателства, с които тепърва трябва да се справим. На първо място трябва да отбележим, че все още има твърде много бюрократични пречки на национално ниво, които значително ограничават възможностите за упражняване на доброволческа дейност. Към момента дейността на доброволците не е призната в правните системи на всички държави членки.

За мое огромно съжаление, в контекста на европейското внимание към темата, моята страна България остава една от малкото европейски държави, която все още няма действащ закон за организацията на доброволците. Аз съм изработил законопроект за доброволчеството и в тази връзка следващата седмица ще направя работна група за обсъждането му. Смятам, че такъв закон несъмнено би допринесъл за създаване на благоприятна среда за осъществяване на доброволчески дейности за повишаване на тяхното качество и за отдаване на дължимото им признание.

Считам, че е изключително важно да се обърне внимание на въпроси като осигуряването на доброволеца, възстановяването на разходите му, застраховането му срещу злополука, обучението, квалификацията, зачитането на платен отпуск и трудов стаж за времето на извършване на доброволческата дейност. Що се отнася до възможни действия на европейско ниво, споделям мнението, че Комисията трябва да пристъпи към официално признаване на статута на европейски доброволец. Още повече, държавите членки могат да валидират неформалното самостоятелно образование, което е получено чрез доброволчески труд.

Не на последно място трябва да обърнем внимание на младежкото доброволчество, защото то дава възможност за учене и придобиване на практически умения на базата на трудов опит. Нека да не забравяме, че пет процента от БВП на Европейския съюз се образува от доброволческия труд. И всяко евро, което инвестираме, връща пет в националните бюджети.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie komisarzu! To bardzo dobra i ważna idea, ale ona jest realizowana tak naprawdę w krajach członkowskich, w Polsce od lat. Tutaj mój kolega z Austrii mówił o ochotniczych strażach pożarnych – w Polsce jest to bardzo powszechne. Ale też nie chodzi tutaj wyłącznie o takie stałe formy organizacyjne, ale także o zależne od pewnych sytuacji, *eventów* – jak to się teraz określa. Mieliśmy ostatnio w Polsce Światowe Dni Młodzieży, przyjechały miliony młodych ludzi ze wszystkich kontynentów i wszystko znakomicie wypadło dzięki pracy tysięcy – głównie młodych, chociaż nie tylko – wolontariuszy z całej Polski, którzy bardzo aktywnie się w to zaangażowali. Za to w tym miejscu wyrażam im serdeczne podziękowania.

Natomiast warto powiedzieć, że tę ideę trzeba wspierać mądrze po to, by wspierać wolontariat, który już istnieje, a nie taki, który na przykład miałby powstawać ze względu na pieniądze unijne, bo tego typu sytuacje są złe, nie do zaakceptowania i na pewno nie budowałyby autorytetu Unii Europejskiej.

Szkoda, prawdę mówiąc, że dzisiaj jest nas tak tutaj mało. Mój kolega z Wielkiej Brytanii powiedział, że jest kilka osób – no, nie kilka, policzyłem, że ponad trzydzieści – ale rzeczywiście warto tę ideę wspierać, ponieważ w moim przekonaniu pewien zapał, entuzjazm młodych ludzi w różnych kierunkach powinien być przez nas – Parlament Europejski, Unię Europejską – wspierany. Nie tylko dlatego, że oni wybierają pewne wartościowe formy pomocy innym, ale także dlatego – i na tym kończę, Panie Przewodniczący – że dzięki temu możemy odzyskać wiarygodność w oczach naszych wyborców.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, volunteering is a major force, nurturing civil society and strengthening solidarity, one of the core values of the EU. Voluntary work provides direct ways to learn and develop new skills. Volunteers can give and gain professional experience and expand their networks. Another great value of volunteering is that it brings people together, uniting people from diverse backgrounds to work towards a common goal and benefit our community, addressing human, social and environmental needs and concerns. A great example is the integral role that volunteers play in the current refugee crisis, restoring safety, dignity and hope to people whose lives have been uprooted by war and disaster.

This year the European Voluntary Service celebrates its 20th anniversary. During this time about 100 000 volunteers have been supported. Acknowledging the tremendous added value of volunteering, more needs to be done in order to promote and foster voluntary activities. Increasing the understanding and transparency of informal and non-formal learning skills acquired during volunteering experience is essential and therefore Member States should implement concrete validation processes to ensure a better understanding and comparability of those skills and experience.

I believe that the scope, participants, areas of work and destinations of the EVS should be expanded. Helping others and dedicating time to serving the community should know no barriers and therefore we should strive to widen the possibilities for people of different ages to undertake voluntary work, including taking advantage of the possibilities that the new technologies offer.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Pane předsedající, vážený pane komisaři, vážená paní zpravodajko, žijeme v dosti atomizovaném světě a základní vazby mezi lidmi se vytrácejí a jsem přesvědčena, že dobrovolnictví je jedním z klíčů ke změně. Propagací, podporou a rozvojem dobrovolnictví a oceňováním jeho přínosu se můžeme podílet na vytváření příjemnějšího prostředí pro nás všechny. Dobrovolnická činnost nabízí pomoc těm, kteří to potřebují, a zároveň poskytuju smysluplnou náplň lidem, kteří pomáhají, což podporuje mezilidskou solidaritu a spolupráci.

Až příliš často tady i v této budově hovoříme ve frázích a myslím, že bychom si měli radši poslechnout příběh z praxe. Toto o dobrovolnictví píše dlouholetá dobrovolnice z České republiky: „Věnuji svůj čas lidem, kteří ho potřebují, hrála jsem s jednou paní dvě hodiny karty, s jinou jsem hodinu mlčela a držela ji pevně za ruku. Také jsem jednou dlouhý čas poslouchala zajímavé povídání o létání po celém světě. Je to zvláštní, celý život létáte v oblacích, máte vše, co chcete mít, a pak vám přinese úsměv někdo, kdo jezdí k moři autobusem. Ale taky má všechno, co chce mít.“ Dobrovolnictví je potřeba dělat srdcem, touhou a vnitřní silou. Tohle není o penězích, prestiži a závodech, kdo víc, dál a nejlépe. Takovéto lidi bychom měli podporovat a nabízet jim pomocnou ruku.

Chtěla bych tady říct, že si velmi vážím všech evropských dobrovolníků a jejich činnosti. Jsou to lidé, co neodvrátí oči, když vidí, že někdo potřebuje jejich pomoc, a vidí, že součástí lidského života je i vytváření hodnot, spolupráce a lidské sounáležitosti. To jsou lidé, kteří si zaslouží naši podporu, to jsou lidé, o kterých tady máme mluvit daleko častěji.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, el 17 de octubre celebramos en mi ciudad, Barcelona, el treinta aniversario de la adjudicación de la organización de los Juegos Olímpicos de Barcelona 1992. La ciudad cambió de la noche al día. Más de 100 000 personas conformaron el cuerpo de voluntarios olímpicos que fueron clave en el buen funcionamiento de aquellos Juegos. Y todos los barceloneses nos apropiamos con pasión de aquellos Juegos. Yo fui voluntario en 1992 con dieciocho años. El colega Maragall, que me precedió en el uso de la palabra, fue protagonista en su invención y organización.

Hoy también celebramos este otro aniversario: veinte años del Servicio Voluntario Europeo. «Europa será solidaria o no será»: este fue el mensaje que nos dejó entrever el presidente de la Comisión, Jean-Claude Juncker, durante el debate del estado de la Unión el pasado mes de septiembre cuando hizo referencia —y cito— «a que la solidaridad es el pegamento que mantiene unida a Europa».

Se cumplen, como decíamos, veinte años del Servicio Voluntario Europeo, un servicio que ha acogido a más de 100 000 jóvenes europeos y les ha ayudado a mejorar muchas de sus habilidades y competencias, mejorar su currículum y, en definitiva, aportarles una experiencia de valor incalculable.

Cuando hablamos del servicio de voluntariado europeo, hablamos de empoderar a la ciudadanía europea que tiene entre diecisiete y treinta años y que, a través de este servicio, puede conocer otras culturas, aprender nuevos idiomas y mejorar la vida de personas cercanas gracias al voluntariado. Ello nos ayuda a crear y mejorar el sentimiento de ciudadanía europeo.

Buenas iniciativas como la del billete de tren para los jóvenes europeos que cumplan los dieciocho años —a la que dotamos ayer de línea presupuestaria—; el pilar social europeo, que estamos construyendo y que esperemos que pronto vea la luz; y la consecución de la triple A social en Europa nos ayudarán, también, a tumbar las sombras de los muros que acechan a la Unión.

Europa —lo decía Manfred Weber ayer— necesita unidad, decisión y liderazgo. Debemos acercarnos más a la sociedad europea, a la sociedad del mañana y hacer llegar a cada instituto, a cada colegio, a cada aula, a cada pupitre de la Unión Europea, la información necesaria para que la juventud europea dé un paso al frente, se enorgullezca de los valores de la Unión —paz, solidaridad y bien común— y nos exija su cumplimiento.

Y por qué no, en este veinte aniversario, empezar a estudiar las posibilidades de ampliar el programa para incluir un servicio de voluntariado orientado hacia el envejecimiento activo. Probablemente no lo parece, pero es el momento de Europa. Debemos ser conscientes de ello y abrir el foco para poder aprovechar las oportunidades que tenemos.

Contamos con la propuesta de la Comisión Europea para el establecimiento de un Cuerpo Europeo de Solidaridad y celebramos los veinte años de este servicio de voluntariado europeo: aprovechémoslo. Debemos dar las herramientas a nuestros jóvenes —empoderarlos, como decía— y podemos además darles el valor añadido de los séniores europeos. Es hora de pasar a la acción, que innovar no nos asuste, porque de ellos, de nuestros jóvenes será el futuro de Europa.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questo periodo di forte crisi dei valori che attraversa l'Europa intera un segnale di speranza ci arriva dai giovani, migliaia di giovani che ogni anno intraprendono la via del volontariato. Questo Parlamento ha sostenuto con vigore l'istituzione dell'Anno europeo del volontariato nel 2011, un'iniziativa che ha contribuito non solo a creare maggiore consapevolezza sul valore aggiunto del volontariato, ma che ha anche consentito di creare e rivedere numerosi quadri nazionali e giuridici sul volontariato in Europa. Quest'anno il Servizio volontario europeo celebra il suo ventesimo anniversario. Durante questi 20 anni sono stati sostenuti 100.000 volontari, 100.000 giovani che hanno intrapreso un percorso di solidarietà e che hanno risposto

con azioni concrete a sfide sociali, umanitarie e ambientali. Il programma del Servizio volontario europeo ha recato beneficio non solo agli individui e all'organizzazione coinvolta, ma anche alla società nel suo insieme. È tempo di bilanci. Siamo fieri dei tanti progressi effettuati, tuttavia non ci fermiamo qui.

Chiediamo alla Commissione di promuovere una politica europea più coordinata in materia di volontariato, anche attraverso un punto di contatto unico che consenta di migliorare l'accesso ai programmi e l'interazione delle iniziative. Non tutti gli Stati membri hanno, infatti, istituito dei programmi nazionali di volontariato dotato di risorse adeguate. Il nostro incoraggiamento è diretto a migliorare l'informazione sulle opportunità di volontariato, nonché a creare piattaforme nazionali di servizio civile e a promuovere la diffusione di buone pratiche dei paesi più all'avanguardia, penso al mio paese, l'Italia, al fine di favorire la creazione di un servizio civile europeo complementare all'opportunità già esistente. Grazie ai 100.000 giovani che hanno preso parte, quindi li ringrazio, al Servizio volontario europeo e grazie ai volontari che si sono precipitati già nelle zone terremotate nelle Marche e nell'Umbria.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök asszony

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο εθελοντισμός αποτελεί έκφραση αλτρουϊσμού, αλληλεγγύης και συνεργατικότητας. Ενισχύει τη συμμετοχή των πολιτών στην καταπολέμηση του κοινωνικού αποκλεισμού, της φτώχειας, της αδικίας. Ταυτόχρονα, οι εθελοντές, και κυρίως οι νέοι, μπορούν να αποκτήσουν εμπειρίες και να ενισχύσουν το αίσθημα της προσωπικής ικανοποίησης. Την τελευταία εικοσαετία περίπου 100.000 νέοι έλαβαν μέρος στον διεθνή εθελοντισμό, μέσω των ευρωπαϊκών προγραμμάτων εθελοντισμού, συμβάλλοντας σε ποικίλους κλάδους, όπως η τέχνη, η υγεία, ο αθλητισμός, η κοινωνική πρόνοια κ.ά.

Σύμφωνα με έρευνα του Ευρωβαρόμετρου, που διεξήχθη τον Απρίλιο του 2015, τα πιο δημοφιλή προγράμματα εθελοντισμού αφορούν τους τομείς της φιλανθρωπίας με ποσοστό 44%, της εκπαίδευσης με ποσοστό 40% και της τέχνης και του πολιτισμού με ποσοστό 15%. Ο νεοφιλελευθερισμός και τα μνημόνια διέλυσαν τις κοινωνικές δομές του κράτους, με αποτέλεσμα να κληθεί ο εθελοντισμός, για λόγους κοινωνικής αλληλεγγύης, να καλύψει τα κενά που προκύπτουν από τη μείωση του κοινωνικού κράτους.

Στην Ελλάδα των μνημονίων οι δομές αλληλεγγύης στήριξαν τον φτωχοποιημένο ελληνικό λαό, με τη δημιουργία κοινωνικών φαρμακείων, κοινωνικών ιατρείων, κοινωνικών παντοπωλείων και κοινωνικών φροντιστηρίων. Φυσικά ο εθελοντισμός δεν μπορεί και δεν πρέπει να υποκαταστήσει το κοινωνικό κράτος ούτε μπορεί να αποτελέσει άλλοθι της τραπεζοκρατίας για τη διάλυση των κρατικών δομών αλληλεγγύης.

Από την άλλη πλευρά, διάφοροι επιτήδειοι, αξιοποιώντας την αδυναμία του κράτους να ανταποκριθεί στις πρόσφατες πιέσεις λόγω της προσφυγική κρίσης, φορώντας τη λεοντή του εθελοντισμού, δημιούργησαν διάφορες ΜΚΟ και κάνουν πλέον πάρτι με τα κονδύλια της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το προσφυγικό, εκμεταλλευόμενοι τους ίδιους τους δύσμοιρους πρόσφυγες. Ήρθε λοιπόν η ώρα, κύριε Επίτροπε, κύριε Navracsics, η OLAF να αναλάβει δράση για το χτύπημα αυτών των αντικοινωνικών φαινομένων που πουλάνε εθελοντισμό και κερδοσκοπούν.

Ivo Vajgl (ALDE). – V času, ko sanjamo o tem, da bodo celo vrsto funkcij, s katerimi si lajšamo življenje, opravljali roboti, moramo danes ugotoviti, da so roke človeka, sočloveka, pripravljenega pomagati bližnjemu, nenadomestljive, tudi danes v Italiji, ki jo je prizadel potres.

Evropska prostovoljska služba, ki deluje že dvajset let kot organizirani servis, je motivirala več kot 100.000 članov, predvsem mladih, da po potrebi priskočijo na pomoč, da obogatijo lokalno skupnost s svojim navdušenjem, da izostrijo svoje organizacijske sposobnosti, okrepijo smisel za timsko delo, da povečajo svoje izglede za proboj na bodočih poklicnih področjih.

Zares impresivno je vedeti, da se s prostovoljstvom v Evropi ukvarja 100 milijonov ljudi in da s svojim delom prispevajo 5 % k skupnemu GDP-ju. Ko izražam podporo resoluciji, se mi zdi posebej pomembno poudariti, da področje prostovoljstva potrebuje jasen in enostaven pretok informacij, ki bo prostovoljce v državah članicah seznanjal z možnostmi sofinanciranja programov s strani Evropske unije. Zato tudi podpiram predlog, da se pri Evropski komisiji vzpostavi enotna in aktivna informacijska točka. Koristno bi bilo, če bi Komisija naročila analizo nacionalnih shem prostovoljstva in pripravila prikaz dobrih praks, ki bi tako postale dostopne vsem in bi dobile ustrezno finančno podporo.

Ljudje smo bogastvo zemlje, nenadomestljivi v svoji dobroti in širokogrudnosti. Zato boljši med nami zaslužijo razumevanje in podporo.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, valorizamos o voluntariado, nomeadamente o papel social que pode assumir como contributo para a promoção de uma efetiva solidariedade e entreajuda entre cidadãos, consolidando sentimentos de altruísmo e genuína generosidade, contrários, aliás, à cultura do individualismo que as políticas neoliberais da União Europeia ajudam a promover.

O relatório refere conceitos que não acompanhamos, tais como o conceito da cidadania europeia, o serviço cívico europeu ou o corpo europeu de solidariedade. Refere-se o relevante papel dos voluntários no apoio à crise humanitária dos refugiados. Valorizando esta participação, não podemos deixar de denunciar que aqueles conceitos e entidades contribuirão para legitimar e aprofundar uma dinâmica que tem sido usada para desresponsabilizar o papel que os Estados e a União Europeia devem ter e não assumem na resposta à gravíssima crise humanitária.

Por fim, referir que o voluntariado não pode substituir postos de trabalho, uma prática infelizmente cada vez mais comum, o que justifica a necessidade de reforçar o seu enquadramento legal e a defesa dos seus direitos sociais.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, le service volontaire fête ses vingt ans. Vingt ans d'expériences. Il existe en effet autant d'expériences uniques que de participants. Plus de 100 000 individus ont ainsi vécu une aventure enrichissante sur le plan tant individuel que collectif car, au fond, c'est cela le volontariat: une expérience valorisante mais, surtout, une expérience à valoriser.

L'Union européenne l'a bien compris en insistant dans toutes ses initiatives sur l'apprentissage informel et non formel, cette école de la vie qui n'a rien à envier aux filières académiques. C'est pourquoi je suis convaincu qu'il faut encourager chacun à prendre part à ce type d'engagement et de programme, sans distinction d'âge, de genre ou de milieu d'origine. Il faut ouvrir ces programmes aux citoyens un maximum, valoriser le travail effectué en reconnaissant – point excessivement important – les compétences qui en découlent et, aussi, officialiser la reconnaissance du statut de volontaire européen.

Le volontariat, c'est l'esprit européen dans ce qu'il y a de plus concret; c'est l'expression de la solidarité; c'est la citoyenneté qui fait œuvre utile; c'est l'ouverture au monde et aux autres. Ces activités bénévoles contribuent à la compréhension mutuelle et interculturelle, une compréhension de l'autre qui, trop souvent, fait défaut dans nos sociétés. Grâce au service volontaire européen, s'établissent des relations gagnant-gagnant et naissent des aventures humaines fortes.

Il faut favoriser l'accès à ces initiatives et, de façon plus générale, développer les possibilités de mobilité européenne, en particulier pour les jeunes. Cette nouvelle génération ne demande que cela, comme le démontrent différents programmes, dont Erasmus+.

Toutes les études le prouvent. Il n'existe pas de modèle unique, un seul parcours qui vaille la peine d'être suivi pour trouver sa place dans la société. À côté des filières classiques, nous devons notamment stimuler et valoriser l'apprentissage en alternance, qui offre une voie royale vers l'emploi, y compris avec des expériences à l'étranger. Depuis quelques mois, avec le Parlement européen et avec la Commission, qui s'est clairement engagée, nous développons cette mobilité dans un projet pilote.

Le service volontaire européen a vingt ans, un bel âge pour le voyage. À l'occasion de cet anniversaire, s'il est un vœu que l'on peut formuler, c'est que ce service volontaire soit reconnu à sa juste valeur, une valeur d'Union européenne.

Le service volontaire européen, Erasmus+ et l'alternance européenne sont autant de traits d'union qui feront le ciment de la cohésion européenne de demain. C'est une réponse à ceux qui plaident pour des identités de fermeture et de repli. Nous devons leur opposer des identités ouvertes avec des jeunes, des citoyens qui sont bien de leur village, de leur région, de leur pays, de l'Union européenne, mais qui sont aussi des acteurs du monde, une génération qui ne cultive pas l'égoïsme mais, au contraire, la solidarité.

Jonás Fernández (S&D). – Señora Presidenta, en primer lugar, me gustaría agradecer esta iniciativa a Silvia Costa, así como este debate y esta propuesta de Resolución que se va a aprobar, y también la iniciativa de una declaración por escrito que algunos diputados hemos puesto en marcha para sacar adelante, para mejorar el Servicio Voluntario Europeo e intentar, en este momento en que se cumplen veinte años, dar un nuevo impulso para recuperar a muchos jóvenes y a muchas personas que quieren colaborar con sus comunidades.

Porque la verdad es que el Servicio Voluntario Europeo probablemente une dos grandes valores, dos grandes principios del proyecto europeo. Por una parte, el trabajo con la comunidad, la asistencia social, la colaboración con las personas que más lo necesitan, el apoyo en estos días en que vemos a los refugiados llegar a Europa. Esa solidaridad, esa cercanía con la ciudadanía, con las personas que sufren es lo mejor del proyecto europeo.

Pero, además, el Servicio Voluntario Europeo también ayuda a construir el *demos* europeo, ayuda a construir sociedad europea; ayuda a que el ideal de ciudadanos europeos, el ideal de la ciudadanía europea recupere e integre a gente y dé —como decía— un nuevo impulso al sueño europeísta en el que estamos trabajando.

Agradezco a la Comisión las propuestas que ha hecho hoy aquí para intentar mejorarlo. Creo que hay ideas en esta Cámara que pueden ayudar para dar un nuevo impulso: no solamente focalizarlo en los jóvenes, sino también en todas las edades; crear un estatuto del voluntario europeo; mejorar la colaboración con terceros países y ver cómo el Servicio Voluntario Europeo encaja con la iniciativa que el señor Juncker nos presentó en el debate de la Unión para crear un cuerpo de voluntarios que, en este caso, ayude a los refugiados.

Creo que son buenas iniciativas que van en la dirección correcta y que tienen que ayudarnos a recuperar el sueño europeísta, a recuperar el deseo de tener una sociedad inclusiva, colaboradora, tolerante, contra los nacionalismos, que es en lo que estamos trabajando. Y agradecemos y esperamos que vayamos en esa dirección.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie komisarzu! Wolontariat jako inicjatywa, która już teraz łączy około 100 milionów Europejczyków w dążeniu do jednego celu – pomocy potrzebującym, wymaga wsparcia i dobrej koordynacji. Chęć niesienia pomocy w formie wolontariatu nie tylko zwiększa zaangażowanie społeczne, ale także aktywizuje osoby z różnych grup wiekowych i społecznych, edukuje i upowszechnia wartości takie jak solidarność, współpraca, zdolności przywódcze i organizacyjne czy wrażliwość na potrzeby innych osób. Wielu przedmówców wspominało już o jubileuszu wolontariatu europejskiego, który umożliwił młodym wspieranie inicjatyw, w które wierzą: pomoc uchodźcom i imigrantom, promowanie postaw proekologicznych, pomoc dzieciom i seniorom czy praca na rzecz organizacji pozarządowych. Wolontariat to nie tylko niesienie pomocy potrzebującym, ale również inwestycja we własny rozwój i kompetencje. To także ważne narzędzie edukacji obywatelskiej czy europejskiej. Dzięki niemu młodzi Europejczycy mogą bezpośrednio obcować z inną kulturą, ludźmi i zwyczajami panującymi w krajach, w których niosą pomoc.

Warto dodać, że dla wielu organizacji zaangażowanie wolontariuszy w pracę tychże podmiotów jest często niezbędnym elementem ich funkcjonowania. Korzyści z tej działalności są obopólne, i to nie tylko dla bezpośrednio zaangażowanych stron, gdyż mają także szeroki wymiar ekonomiczny i wkład w rozwój gospodarczy, generując blisko 5% europejskiego PKB.

Dobrym przykładem działań dobrowolnych jest wolontariat w wymiarze sportu. Lokalne kluby sportowe odgrywają istotną rolę w życiu społecznym i kulturalnym w większości krajów członkowskich, a zatem warto te wzorce upowszechniać, także na poziomie ogólnoeuropejskim i szerzej międzynarodowym.

Wolontariusze potrzebują przestrzeni do uczenia się, zdobywania doświadczeń, ale także muszą mieć prawo do odpowiednich szkoleń, które na pierwszym etapie pomogą im lepiej poznać organizację, w której pracują, i środowisko, w jakim będą działać. Skala europejskiego wolontariatu wymaga uproszczenia procedur dla zaangażowania weń zarówno młodzieży, jak i osób starszych. Kluczowa jest łatwość dostępu, szybki proces rejestracyjny i wyczerpująca informacja oraz ubezpieczenia. Należy też umożliwić uczestnikom wykorzystywanie nabytych umiejętności w innych formach pomocy lub w inicjatywach regionalnych. Wolontariat europejski jest dla osób, które chcą od życia więcej, i dlatego warto je wspierać.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, the European Year of Volunteering 2011 represented a major political opportunity to highlight the added value of volunteering in Europe. Volunteering is one of the most visible expressions of solidarity, which promotes and facilitates social inclusion, builds social capital and produces a transformative effect on society.

I believe it should be further strengthened through a legal framework, regulating a support mechanism and establishing appropriate organisational structures. Member States that still need to define a legal environment for volunteers should do so as quickly as possible through the use of recommendations in the Policy Agenda for Volunteering in Europe and the European Charter on the Rights and Responsibilities of Volunteers.

Moreover, I support the call on the Commission to facilitate the development of a more coordinated European volunteering policy, with a view to establishing a single contact point in the Commission which would interconnect the individual initiatives and programmes, and improve access to volunteering programmes.

Mercedes Bresso (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anch'io la presidente Costa per l'iniziativa e concordo sul fatto di dedicare questa giornata, questa nostra discussione alle migliaia di persone nuovamente colpite da un terribile terremoto nell'Italia centrale. Come ha detto il Commissario è importante l'iniziativa che ci ha presentato il Presidente Juncker di creare un corpo di solidarietà europeo che può veramente prefigurare un servizio civile europeo. Nel frattempo, però, e a fianco di questo, noi crediamo che serva un quadro comune, un *frameboard* comune, per coordinare meglio il volontariato europeo nei singoli paesi, serve ampliarlo a tutte le fasce d'età, serve a riconoscere una serie di elementi che gli permettono di funzionare meglio. Perché, come molti colleghi hanno ricordato, l'obiettivo è anche quello di consolidare un'identità comune europea e non c'è nulla di più utile, io credo, per consolidarla, che conoscersi in un'attività di volontariato civile e, quindi, creare legami di solidarietà.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, građani Europske unije prepoznali su vrijednosti volontiranja – gotovo 100 milijuna volontira. Koristi su vidljive u ekonomiji. U nekim zemljama volontiranje doprinosi čak do 5 % BDP-a.

I društveni utjecaj volontiranja je izniman, predstavlja važan aspekt aktivnog građanstva i demokracije jer potiče međugeneracijsku solidarnost, stvara socijalni kapital i pridonosi socijalnoj uključivosti. U vremenima jačanja ksenofobije i populizma, volonteri su nositelji europskih vrijednosti solidarnosti i nediskriminacije.

Iako gospodarska kriza nije uništila duh volontiranja u Uniji, birokratske prepreke, neadekvatno reguliran status i nedostatak institucionalne podrške otežavanju volontiranje. U Hrvatskoj su, primjerice, udruge civilnog društva pokretač volonterstva. Jedine educiraju i volontere i organizatore volonterstva te organiziraju aktivnosti. Za svaki dobiveni euro iz državnog proračuna povuku još 4 oporeziva eura iz europskih fondova, ali se njihov učinak na gospodarstvo ne valorizira niti su sastavnica BDP-a.

Zaključno, nakon 2011. „godine volonterstva", trebamo nove inicijative i institucionalnu podršku kako bi volonteri konačno stekli status europskog volontera.

„Catch the eye" eljárás

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Długo można by mówić o zaletach wolontariatu, jego wkładzie w kształtowanie charakteru, budowanie aktywnych postaw obywatelskich czy więzi społecznych. Myślę więc, że panuje wśród nas zgoda, że należy wspierać tę działalność. Wolontariat europejski jest unikalnym projektem i dlatego jest szczególnie cenny. Poza wyżej wymienionymi zaletami stwarza także młodym uczestnikom możliwości podróżowania i poznawania innych kultur i społeczeństw. W obliczu narastających w Europie ekstremizmów i postaw antyunijnych i rasistowskich wartość kształtowania otwartych postaw społecznych jest szczególnie ważna. Dlatego jestem zdania, że należy wzmacniać i promować wolontariat europejski, aby zwiększyć jego rozpoznawalność i zasięg, także wśród młodzieży ze środowisk, które do tej pory z tej możliwości nie korzystały bądź korzystały w ograniczonym stopniu, między innymi z terenów wiejskich. Uważam, iż krokiem w tym kierunku byłoby z pewnością formalne uznanie przez Komisję statusu wolontariusza europejskiego.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, poche ore fa un altro terribile sisma ha sconvolto il centro Italia e centinaia di volontari hanno già dato la propria disponibilità per aiutare le popolazioni colpite. Il volontariato rappresenta una delle manifestazioni di solidarietà più alte, rafforza la lascia la cittadinanza attiva e contribuisce in modo significativo alla diffusione dei valori europei. Sono favorevole alla creazione di corpi di solidarietà dell'Unione europea che possano portare sostegno in altri paesi europei alle popolazioni colpite da catastrofi naturali, come appunto un terremoto, un'alluvione o anche gli sbarchi di migranti. Occorre incentivare e tutelare il servizio civile prestato da volontari che con disponibilità e generosità decidono di donare ad altri il proprio tempo e il proprio impegno, ma è anche necessario valorizzare l'aspetto professionalizzante del volontariato. Ai volontari deve essere garantito un tutoraggio di qualità nell'arco dell'intero impiego sia per mettere a disposizione le proprie capacità in situazioni di difficile gestione, sia perché le competenze acquisite siano utili per l'inserimento nel mondo del lavoro.

Elnök asszony. – Köszönöm szépen, Képviselő Úr! Oly gyorsan beszélt, hogy a tolmácsokat nehéz feladat elé állította, de kétségkívül nagyon fontos, amit mondott, és az is, ami történik most Olaszországban. Köszönet ezeknek az önkénteseknek.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, dovoljno je vidjeti današnje novine. Dovoljno je pogledati današnje medije u Europi, pogotovo one u Italiji da svi jasno razumijemo što znači volontiranje. Bez tih ljudi koji su spremni žrtvovati sebe 24 sata ne bi bilo toliko solidarnosti, toliko prijateljstva, ne samo u Italiji, nego nigdje u Europi, nigdje u svijetu. Ja želim istaknuti mnogo primjera koje imamo.

Naravno, možda je vatrogastvo najpoznatiji primjer ili najdulje traje kao volontiranje, ali i evo aktualna migrantska kriza pokazuje koliko su volonteri bitni. Jedno iskustvo koje imam s jednom pulskom udrugom koja se zove „Naš san, njihov osmjeh" pokazuje nešto što je bitno, i to želim naglasiti gospodine povjereniče. Nevladine udruge, volonteri stižu tamo gdje vlasti ne mogu stići. To je ona dodana velika vrijednost koju volonteri imaju u odnosu na javni sektor.

Csaba Sógor (PPE). – Az Európai önkéntes szolgálat olyan társadalmi cselekvési forma megélésére biztosít lehetőséget, amely sajnos egyre inkább kiveszőben van korunkban. A társadalmi problémák megoldásához önkéntes alapon történő hozzájárulás, a rászorulók támogatása évtizedekkel ezelőtt természetes társadalmi részvételi formának számított, míg ma sok esetben deviáns társadalmi mintának tekintik. A közösségi szerepvállalás, az ingyen, közösségi célokért végzett munka éppen azt az összekötő szövetét erősíti Európának, amely szövet meggyengült, sérülékennyé vált, és már-már végérvényesen feledésbe merült. Sokkal nagyobb jelentősége van az önkéntességnek, aktív polgárságnak – vagy ahogy nálunk, Székelyföldön nevezik: kalákának –, mint ahogy azt gondolnánk. Hiszen az önkéntes munkát végző ember főképp a saját szűk közösségében teszi ezt, és így nem tesz mást, mint befektet a jövőbe. Kifejezi, hogy bízik közössége jövőjében, hajlandó tenni érte, és áldozatvállalásra is képes. Ezért fontos, hogy minél több európai polgár megtapasztalja az önkéntességet, ezért nagyon fontos, hogy az Európai önkéntes szolgálat megerősödjön.

Maria Grapini (S&D). – Domnule comisar, Serviciul European de Voluntariat are un rol deosebit. Prin creșterea voluntariatului putem să pregătim tinerii pentru viitoarea profesie, putem crește solidaritatea, umanismul, cunoașterea reciprocă a culturii, interacțiunea dintre rural și urban.

Voluntariatul trebuie promovat nu numai pentru situația de criză, așa cum este cazul recent din Italia; voluntariatul trebuie promovat în toate domeniile: sprijinirea reabilitării unor obiective turistice sau culturale, asistența persoanelor în vârstă sau a persoanelor cu dizabilități. A fi voluntar e o vocație, iar acest lucru trebuie să îl promovăm în școli, în clasele primare, în familie, pentru că doar împreună, solidari, putem să construim o societate mai bună.

De aceea cred, domnule comisar, că trebuie să pornim și de aici, din Parlamentul European, cu o construcție și o vizibilitate mai mare a ceea ce dorim noi prin voluntariat și, sigur, statele membre au un rol deosebit în promovarea voluntariatului în țările lor.

Werner Kuhn (PPE). – Frau Präsidentin! Als allererstes möchte ich meinen Glückwunsch zu 20 Jahren Europäischem Freiwilligendienst übermitteln.

Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, dass wir diese Initiative grenzüberschreitend in Europa haben. Bei uns in Deutschland gibt es ein geflügeltes Wort, das heißt: Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen. Das heißt schon auch: Ohne Freiwillige wäre unsere Gesellschaft viel ärmer. Die staatlichen Administrationen sind sehr glücklich darüber, dass sie solche freiwilligen Einsatzzüge haben, wenn es zu Naturkatastrophen kommt, wenn es zu großen Massenkarambolagen auf den Autobahnen kommt, dass dann die Erste-Hilfe-Züge auch des Roten Kreuzes sind, der Feuerwehr da sind. Die Katastrophenschutzzüge, die auch Prävention – aber auch Krisenintervention – machen. Was sehr, sehr wichtig ist: Die Suche nach Angehörigen, wenn Verletzte da sind. Die Unsicherheit, die es in der Gesellschaft gibt.

Solche Dinge werden meist von jungen Leuten gemacht, aber eben auch von Alten und Erfahrenen, die hier ein großes Vorbild sind. Ich möchte allen herzlich danken, die sich als Freiwillige engagieren. Sie geben das Wichtigste, was wir in unserem Leben haben: unsere freie Zeit.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl vzdát hold všem dobrovolníkům, kteří svůj čas a energii věnují právě té dobrovolnické službě. Nevím, jestli je vysoké číslo 100 000 osob, které jsou předpokládanými dobrovolníky na úrovni evropského kontinentu, každopádně jsou to lidé, kteří se rozhodli pro tuto dobrovolnickou službu a my bychom je měli povzbudit. Jejich vliv na HDP, na sociální stratifikaci společnosti a vlastně i na právě sjednocování společnosti je velmi významný.

Nicméně pokud jde o statut evropského dobrovolníka, já se domnívám, že bychom měli být trochu uměření, to znamená, abychom zbytečně nesvazovali předpisy tento dobrovolnický prostor nebo ten prostor, ve kterém oni vykonávají tuto svoji práci, nadměrnou regulací. Já bych před tím varoval, protože dobrovolnictví vychází z občanské společnosti, z určité otevřenosti. A myslím si, že tou regulací bychom tomu mohli ještě více ublížit, to znamená spíše minimální standardy.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Wolontariat to nie poświęcenie. Wolontariat to świadomy wybór. To chęć niesienia pomocy. To też bardzo często chęć sprawdzenia się przed podjęciem życiowych wyborów czy pracy zawodowej. Prawie większość z państwa mówiła o wolontariacie młodych ludzi do trzydziestu lat. Ja chciałabym podkreślić, a tym samym wyrazić głębokie uznanie i szacunek dla wolontariuszy seniorów, bowiem coraz więcej z nich po zakończeniu pracy zawodowej nadal prowadzi aktywne życie, a wolontariat pozwala im na działania lokalne w swoim mieście, a dzięki temu na zagospodarowanie czasu, na realizowanie się i pomoc tym osobom, którym państwo nie ma możliwości czy też nie daje rady pomóc. Często wolontariusze seniorzy, którzy działają w uniwersytetach trzeciego wieku, działają w szpitalach i hospicjach. I chciałabym panie komisarzu, aby właśnie też strumień pieniędzy czy program specjalny był skierowany właśnie do seniorów, o których zbyt mało tutaj na tej sali mówiliśmy.

(A „Catch the eye" eljárás vége.)

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Madam President, let me first thank Ms Costa for raising this issue in this Parliament. It gives us a very good opportunity to discuss all the important aspects of volunteering. There is a growing awareness now of the importance of volunteering. The long list of discontent demonstrates this fact and I think this discussion was a very fruitful and useful discussion for us. When developing the concept and the scheme of the European Voluntary Service we can put all your remarks into the further drafts of the European Voluntary Service schemes.

Let me emphasise one thing. Volunteering is not an ideological issue for me and I think this has been well demonstrated by the fact that we have a lot of supportive remarks from all the political groups in Parliament. This again demonstrates that this is a consensual issue and we have to do more in developing volunteering at local level, regional level, national level, and also at the European level.

What is the fundamental mission of the European Voluntary Service? It is not building up a homogeneous European voluntary scheme. It is about help, it is about solidarity, and it is about charity. The fundamental mission of the European Voluntary Service is to help local initiatives and we do exactly that. We have a lot of projects which help local stakeholders, NGOs, local activists in implementing their own initiatives and we help young people to be mobile. We support mobility schemes to acquire skills and to acquire knowledge in each other's Member States.

The second, and probably the most important, aspect of volunteering is acquiring skills, and that could be very important in tackling youth unemployment. That is why, when we review the European Qualifications Framework, we will put volunteering skills into the European Qualifications Framework and acknowledge those skills which could be acquired during volunteering.

I think this is quite important because it can help us to promote social cohesion, to give one more chance to those people who have a different social background and probably cannot simply enter the labour market, but by volunteering they can acquire those very important skills which can help them to get better job opportunities.

Last, but not least, we are aware of the fact that the European Voluntary Service concentrates mostly on young people but, as I just mentioned in my introductory remarks, we are working on broadening the scope and giving the opportunity for older people to be included in our schemes and giving them the opportunity to work as volunteers in the framework of the European Voluntary Service.

Elnök asszony. – Hat állásfoglalási indítványt juttattak el hozzám.

A vitát lezárom.

A szavazásra ma, 2016. október 27-én, 12.00-kor kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Oggi celebriamo i 20 anni del Servizio volontario europeo. Questo ambizioso programma, nato come progetto pilota nel 1996, ha finora coinvolto ben 100.000 giovani che hanno scelto di investire gratuitamente le loro energie e il loro tempo in progetti di solidarietà. I ragazzi che li scelgono, con un impegno temporale da 2 settimane a 12 mesi, ricevono un supporto economico per coprire le spese di trasporto, di vitto e di alloggio, oltre a un'assicurazione medica, mossi dal desiderio profondo di dedicarsi all'altro, a chi ha bisogno, a chi ha meno. Supportare questa mobilità è non solo importante per permettere a coloro che lo desiderano, indipendentemente dalle condizioni economiche, di svolgere volontariato, ma è anche un modo con cui l'Unione europea può favorire la riscoperta della propria più profonda vocazione civile e umana. In questo momento di crisi dei valori è quanto mai di fondamentale importanza investire su progetti di integrazione e mobilità dei giovani e promuovere lo scambio delle migliori pratiche tra i paesi membri. In questo modo, come ha ricordato papa Francesco, l'Europa potrà ritrovare la sua unità, riscoprire se stessa i e superare le barriere e i muri, fonti di divisione.

4. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Bocskor Andrea által a Kulturális és Oktatási Bizottság nevében benyújtott „Az EU 2013-2015 közötti időszakra szóló ifjúsági stratégiája" című jelentés rövid ismertetése (2015/2351(INI)) (A8-0250/2016)

Andrea Bocskor, *előadó*. – Elnök Asszony! Először is szeretnék köszönetet mondani minden képviselőtársamnak, az árnyékelőadóknak, a tanácsadóknak, a munkatársaimnak és mindenkinek, aki munkájával hozzájárult ahhoz, hogy a jelentés megszülethessen. A gazdasági válság érzékenyen érintette a fiatalokat, hosszú távú következményei lettek. Magas lett az ifjúsági munkanélküliség, nőtt a szakadék a fiatalok egyes csoportjai között, egy részük egyre inkább kiszorult a társadalmi életből. Bizonytalanná vált sokuk jövőképe, és nőtt a társadalmi passzivitás. A fiatalok jelentik Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországnak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk a kilencven millió európai fiatal kreativitásában, alkotóképességében és tudásában rejlő lehetőségeket.

Az elmúlt időszak statisztikai adatainak elemzése azt mutatja, hogy az oktatási és foglalkoztatási mutatókból pozitív tendenciák rajzolódnak ki, bár a mutatók egyes tagállamokban mérve még mindig nagy eltéréseket mutatnak. Az eredmények fényében tovább kell folytatnunk a jobb megoldások keresését az ifjúság új problémáira, illetve nagyon fontos, hogy módszeresebb együttműködésre van szükség több szakpolitikai területen, így a foglalkoztatás, oktatás és képzés, szociálpolitika, ifjúságpolitika, sport, kultúra területén és más területeken. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is nagy aggodalmakat okoz az aktuális szám. Például, hogy az elszegényedés közel 27 millió fiatalt fenyeget. A fiatalok körében nagyobb a szegénységi ráta, a szükségből vállalt részmunka, illetve a sokszor hosszabb időkre kitolódó ideiglenes munkavállalás a teljes lakossághoz képest, ami alacsony életminőséget rögzít e nemzedék számára.

Ezért a munkahelyteremtés és a fiatalok foglakoztatásának ösztönzése fontos prioritás kell hogy legyen. Az inaktivitás, a szegénység és a társadalom perifériájára szorulás veszélye nem egyenlő mértékben érinti a fiatalokat. Azoknál, akik eleve kevesebb lehetőséggel rendelkeznek az életben, vagy kevésbé fejlett régiókban élnek, a hátrányok gyakran csak halmozódnak. Ők nagyobb valószínűséggel vállnak „NEET" fiatallá , tehát nagyon fontosak azok a felzárkóztató programok, az olyan szociális és tehetséggondozó programok, melyek e hátrányoknak a leküzdésére irányulnak, illetve nagyon fontos a széles körű tájékoztatás a meglévő lehetőségekről. Ki kell emelni e téren még a nemzeti kisebbségek anyanyelvi oktatásának támogatását, mely fontos prioritásként jelenik meg a jelentésben, és összhangban van a Régiók Bizottsága hasonló témában készült véleményével.

Európának a népesség elöregedése miatt is sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat: a tudatos család- és ifjúságpolitika, otthonteremtési támogatások, családi adókedvezmények nagy segítséget jelenthetnek. Egyes országok felismerték ezt, és a mutatók javulásnak indultak, mint például Magyarországon, de van még teendőnk e téren. A jelentés aláhúzza a család, az iskola, a sport, és a vallási közösségek szerepének fontosságát a fiatalok szocializációja során, mindemellett fontos a helyi és a regionális önkormányzatok bevonása is az ifjúságpolitikába. A tudás, képzettség továbbra is a legnagyobb érték. A diplomások körében még mindig kisebb a munkanélküliek aránya, mint a képesítés nélküliek között. Ezért fontos az oktatás minőségének javítása, jobb és hatékonyabb összehangolása a munkaerőpiaci szükségletekkel. Jobban össze kell hangolnunk az iskolát és az oktatást a munka világával annak érdekében, hogy a fiatalok nagyobb eséllyel induljanak a munkaerőpiacon. Növelni kell a digitális és alkalmazott tudományok dominanciáját, javítani kell a digitális és más készségeket. Nagyon fontos az informális, nem formális és az egész életen át tartó tanulás révén megszerzett készségek elismerése, valamint a tudományos fokozatok, felsőfokú képesítések határokon átívelő kölcsönös elismerése az európai munkaerőpiacon.

„Catch the eye" eljárás

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, θεωρώ ότι η υπόθεση των νέων μας πρέπει να αποτελέσει την πρώτη προτεραιότητα για όλους τους Ευρωπαίους και ιδιαίτερα για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Σας καλούμε, λοιπόν, κύριε Επίτροπε, να αναλάβουμε πρωτοβουλίες και δράσεις με τις οποίες θα ενισχύσουμε και θα στηρίξουμε τους νέους ανθρώπους.

Όπως αναλήφθηκε πολύ ορθά η πρωτοβουλία για την παροχή κάρτας Interrail στους νέους μας, έτσι είναι η ώρα να παραχωρήσουμε και το Free Wi-Fi, για να αποδείξουμε ότι Ευρωπαϊκή Ένωση είναι κοντά στους νέους μας και δίνει πρόσβαση και δυνατότητα, ιδιαίτερα σε μια εποχή που η ψηφιακή οικονομία είναι στην πρώτη γραμμή.

Ταυτόχρονα θεωρώ ότι οι νέοι μας πρέπει να είναι αυτοί οι οποίοι θα αναλαμβάνουν και τις πρωτοβουλίες και πιστεύω ότι, αν η Ευρώπη θέλει να επενδύσει στο μέλλον της, πρέπει να επενδύσει πρωτίστως στους νέους. Θεωρώ ότι πολλοί νέοι βρίσκονται σε κοινωνικό αποκλεισμό και στο περιθώριο και είναι πολύ σημαντικό να δημιουργηθεί ένα πανευρωπαϊκό ταμείο στήριξης των νέων σε όλες τις μορφές, ιδιαίτερα για τις σπουδές τους. Υπάρχουν πολλοί νέοι που, εξαιτίας της οικονομικής κρίσης, δεν μπορούν να ανταποκριθούν στην τριτοβάθμια εκπαίδευση. Θεωρώ ότι το παρόν και το μέλλον μας είναι οι νέοι και για αυτό πρέπει να τους στηρίξουμε με όλες μας τις δυνάμεις.

Maria Grapini (S&D). – Domnule comisar, evaluarea Strategiei Uniunii Europene pentru tineret este extrem de importantă mai ales pentru ceea ce vrem să facem mai departe.

Este important ca tinerii să aibă acces la o educație și o formare de calitate dacă vrem să scădem rata ridicată a șomajului în majoritatea statelor membre. Măsuri speciale trebuie luate și pentru integrarea femeilor tinere în piața muncii. De asemenea, tinerii cu dizabilități au obstacole suplimentare în integrarea pe piața muncii datorită mentalităților, dar și lipsei unor reglementări de stimulare a companiilor pentru angajarea lor.

Sigur că multe lucruri țin de subsidiaritate dar, dacă vorbim de piața unică, atunci trebuie să avem și politici europene. Mult mai multe fonduri trebuie pentru educația formală și non formală, pentru educație vocațională și dual㠔. Personal, regret că în bugetul pe 2017 au fost diminuate fondurile propuse de Parlament pentru IMM-uri, pentru că multe dintre IMM-uri sunt create de tineri și angajații sunt tineri.

De aceea, domnule comisar, trebuie făcut mult mai mult de către Comisie și Consiliu în politicile create destinate educației și integrării tinerilor în piața muncii.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, promocija mobilnosti ne smije biti glavna politika kojom ćemo adresirati visoke stope nezaposlenosti među mladima, koje su u nekim državama poput Hrvatske već dugo vremena na kritičnoj razini. Inzistiranje isključivo na mobilnosti dovodi do odljeva radne snage, što ugrožava dugoročnu opstojnost slabije razvijenih država članica. Drago mi je da ovo izvješće to prepoznaje. Samo je iz hrvatske regije Slavonije u posljednjih pola godine otišlo negdje oko 20 000 mladih.

Nastavi li se ovaj trend, Hrvatska će za desetak godina biti neodrživa država i teret ostalim članicama, ali nažalost nije jedina. Zato smatram da konačno moramo prestati s univerzalnim rješenjima na razini Unije i pozabaviti se strukturnim reformama u svakoj državi posebno. Situacija u svakoj od njih je specifična. Problemi su donekle slični, ne isti, i univerzalna rješenja neće dati očekivane rezultate, nisu ni do sada.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Madam President, Commissioner, colleagues, I truly believe that investment today in skills development, encouraging and supporting participation in community-building and confidence, and also the resilience of young people, will have a long and lasting effect on the future shape of the EU, its sustainable development and competitiveness. I do recognise the importance of the structural dialogue as a means of listening to young people, both youth organisations and non-organised individuals. But a significant share of the youth still feel they do not have power over the decision-making process. More needs to be done to ensure young people's voices are heard and that they are fairly represented. We should encourage young people to participate and contribute to all aspects of community life through sport, culture, arts, social entrepreneurship and volunteering. Many Member States need to strengthen their efforts in order to make the best use of the available EU and national policies.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Paní předsedající, jsem velmi ráda, že zpráva zdůrazňuje význam strategie Evropské unie pro mládež vzhledem ke znepokojivě vysoké nezaměstnanosti mladých lidí. Jsem přesvědčena, že je to problém, který může skutečně velmi neblaze ovlivnit naši budoucnost.

Na posledním plenárním zasedání jsme řešili, jak mladým lidem předhodit ohlodanou kost a darovat jim k osmnáctinám jízdenku. Jsem přesvědčena, že mladí lidé chtějí v prvé řadě budoucnost a tu jim nedáváme. Pravicová politika škrtů zničila naději na budoucnost pro miliony mladých a poslala je na úřad práce. Mladí lidé chtějí pracovat a naší povinností v tuto chvíli je dát jim šanci pracovat. Naše politiky a naše podpora musí být zaměřeny na to, aby mladí lidé se našli v Evropě, nechtěli z Evropy odcházet a našli zde své uplatnění a chtěli v ní v budoucnu žít. To prozatím bohužel nevidím a pevně věřím, že Komise se bude také nadále o tuto věc zajímat natolik, aby mladým lidem opravdu pomohla a nedávala jim hloupé jízdenky.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, se dice en el informe —con razón— que las políticas de juventud son competencia de los Estados, y la Unión Europea, como en tantas otras cosas, adopta programas. Programas quiere decir estímulo, promoción, ayuda, cooperación, pero no política. Y ahí está una parte del problema: Europa no tiene una política propia para la juventud.

Podemos saludar el éxito de Erasmus y de muchas otras cosas, pero tenemos la Garantía Juvenil a medio camino y tenemos la Iniciativa de Empleo Juvenil aún en análisis de examen de cómo está funcionando en los diferentes Estados.

Quizá es tiempo de adoptar una política en nombre del interés común general europeo; de saber que, solo mediante la auténtica relación mutua entre países, realidades, regiones, etc., podremos obtener resultados.

Nos llenamos la boca con el concepto de mercado único, pero necesitamos una política europea que resuelva la diferencia entre el 0 % de paro en Baden-Wurtemberg…

(La Presidenta retira la palabra al orador)

Romana Tomc (PPE). – Strategija za mlade bi morala biti temelj aktualne evropske politike. Njeni glavni cilji so namreč zelo pomembni za našo družbo: zagotoviti več priložnosti za mlade v izobraževanju in na trgu dela ter jih spodbuditi k aktivnemu sodelovanju v celotni družbi.

V naslednjem ciklu izvajanja strategije se morajo države članice bolj odločno zavzemati za doseganje ciljev. Morale bi sprejeti konkretnejše ukrepe, kot so na primer spodbujanje podjetništva med mladimi. Uvesti je potrebno pripravništva, vajeništva in poklicna usposabljanja za pridobitev ustreznih znanj in spretnosti, ki seveda odgovarjajo trenutnim in aktualnim potrebam na trgu dela.

Prav tako pa je bistvena in izrednega pomena tudi uskladitev izobraževalnih programov s politikami zaposlovanja in povpraševanjem na trgu dela.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i giovani rappresentano forza ed energia, su cui Europa e Stati membri devono investire attraverso strategie strutturate di lungo periodo che possano avere effetti non solo in termini di partecipazione attiva e inclusione sociale, come sottolineato nella relazione, ma soprattutto per l'occupazione, per la formazione e l'autoimprenditorialità. Elaborare strategie efficaci significa, però, mettere in campo dotazioni finanziarie significative, così da creare opportunità, in cui i giovani possano esprimere idee, competenze e talenti. Su questo l'Europa deve essere più coraggiosa, perché investire sui giovani equivale a investire sul futuro della stessa Europa. In questo senso ritengo fondamentale, sia a livello europeo che nazionale e regionale, che si provveda comunicare, attuare e coordinare più efficacemente i vari programmi europei che si occupano di politiche giovanili. È solo tramite obiettivi chiari e una gestione attenta e coordinata degli strumenti a nostra disposizione che riusciremo a dare una risposta concreta alle istanze dei giovani, anche per evitare il rischio di passività sociale ed emarginazione.

Franc Bogovič (PPE). – Radi rečemo, da so mladi naša prihodnost, vendar je vse prevečkrat to zgolj na ravni neke floskule. Zelo podpiram to, kar je bilo zapisano in kar je zapisano v tem poročilu, in zagotovo je ustvarjanje delovnih mest in delo tisto, česar si mladi najbolj želijo in kar tudi mladi v Evropi danes najbolj pogrešajo. Zato tudi sam zelo podpiram to, da se mladi skupaj s šolskim sistemom in z različnimi drugimi politikami danes usposabljajo za delovna mesta, ki imajo perspektivo v 21. stoletju, ki imajo perspektivo v digitalnem svetu.

Sam ocenjujem, da so napake v šolskem sistemu. Premalo dualnega sistema, tisto, kar danes v Evropi najbolj onemogoča mladim dostop do delovnega mesta, in od tam naprej se mladi sami znajdejo. Zato upam, da bo to priporočilo, poročilo pomagalo pri kreiranju teh zelo pomembnih politik.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, effectivement, les mutations économiques et la mondialisation ont sensiblement modifié le marché du travail et les jeunes en ont été les premières victimes. Il faut donc, par tous les moyens, faciliter leur insertion sociale et professionnelle.

La formation est, bien entendu, l'un des moyens. Un certain nombre de dispositifs, à la fois dans les États et au niveau européen, vont dans ce sens, mais la mobilité est, selon moi, un autre moyen. Il faut bien sûr saluer le programme Erasmus et je crois qu'il faut aller encore plus loin, notamment sur la mobilité des apprentis. Un projet pilote en cours peut effectivement préfigurer une nouvelle organisation de l'apprentissage européen qui permette à la fois la mobilité et l'acquisition de compétences et de langues nouvelles.

Je pense qu'il est important, en Europe, de permettre cette mobilité pour que les jeunes de notre Europe puissent parler des langues différentes et acquérir des compétences de niveau européen.

(A „catch the eye" eljárás vége)

Tibor Navracsics, *Member of the Commission.* – Madam President, first I wish to thank the Committee on Culture and Education and especially the rapporteur, Mrs Bocskor, for her excellent report, which follows up on the Joint Council and Commission report regarding the EU Youth Strategy. I would also like to thank all the participants for their very valuable remarks in that debate.

Thanks to the joint report, we defined our new shared priorities in the field of youth, which all contribute to the current top priorities of the EU. I am very pleased that the European Parliament is stressing the importance of the EU Youth Strategy. It is indeed an essential framework that has proved useful for Member States and for young people. The mid-term evaluation of the EU Youth Strategy conducted for the years 2010-2015 shows many positive impacts of European cooperation in the youth field.

With the EU Youth Strategy Work Plan for 2016-2018 we have a focused cooperation agenda which deals with important issues: the need for increased social inclusion of all young people, stronger youth participation in democratic and civic life, and an easier transition of young people from youth to adulthood. Your report also stresses the importance of the structured dialogue with young people. I believe that this tool is very useful to engage with young people. For example, more than 67 000 young people participated in the consultation on the evaluation of youth policy cooperation in the EU launched during the summer.

However, there is room for improvement. To this end, I want to promote bottom-up mechanisms, such as the one developed with my One Million outreach project and the New Narrative for Europe, where young people from a broader range of backgrounds make their voice heard and participate.

Your report focuses on investing in young people through the creation of quality and secure jobs, more mobility, more apprenticeship and a stronger focus on key competences such as digital skills and entrepreneurship. I particularly welcome the emphasis the report places on promoting civic education and a set of soft competences that will contribute to personal development and will ensure young people's engagement in society, critical thinking and languages, for instance.

For this to happen, Europe has to optimise its education assistance and fully exploit all aspects of education, both formal and non-formal. Europe also needs to get better at linking the worlds of education and the job market. Cooperation with education and training providers is also an integral part of the Youth Guarantee. Schools' central role in supporting its implementations stems from their ability to ensure that pupils make the most of the opportunities at school, signal where there is a risk of early exits, and provide support to students on professional pathways available to them.

We need to continue and step up our efforts to address youth unemployment. From the Commission's side, we want to continue supporting Member States and particularly the hardest hit regions. That is why we have proposed to further boost the Youth Employment Initiative with EUR 1 billion for 2017-2020, which should be matched by at least another EUR 1 billion from the European Social Fund. This will make it possible to support more young people after 2020 in Member States most affected by youth unemployment. National funding to boost youth unemployment also needs to be prioritised in Member States' budgets, as the European structural and investment funds and the Youth Employment Initiative alone are not sufficient to overcome the problem.

Finally, your report rightly stresses the importance of supporting and recognising youth voluntary activities as a form of non-formal learning. The Commission could not agree more. This is why we are strengthening youth volunteering in all its forms, not least by launching the European Solidarity Corps in the very year of the twentieth anniversary of the European Voluntary Service. The Corps will allow even more young people in Europe to get this life experience and to make a valuable contribution to our society. We aim to have 100 000 young people signed up by 2020.

Let me end by once again thanking Parliament and the rapporteur for the very valuable input and strong support for our joint efforts in this field.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra ma, 2016. október 27-én 12.00-kor kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Il capitale umano e sociale rappresentato dai giovani è la principale risorsa dell'Unione europea. Sebbene la competenza in materia di gioventù spetti agli Stati membri, l'UE svolge il fondamentale ruolo di coordinamento, orientamento e sostegno. Molti giovani faticano a trovare un'occupazione di qualità, e ciò ostacola il raggiungimento della loro autonomia. Ritengo che il metodo di coordinamento aperto adottato dall'UE sia appropriato ma non ancora sufficiente per l'inquadramento di politiche concrete in materia di gioventù. È necessaria una maggiore e più intensa collaborazione tra i diversi attori per perseguire concretamente le priorità definite dalla Strategia europea per la gioventù. Il dialogo strutturato dell'UE fra decisori politici, giovani e loro rappresentanti è strumento di ascolto essenziale per influenzare i dialoghi nazionali in corso. Gli Stati membri devono compiere ogni sforzo per diffondere tra i giovani i programmi dell'UE e le relative opportunità di finanziamento. Un'Europa che investe sui giovani sarà sicuramente un'Europa migliore.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – I cosiddetti millennials, nati negli ultimi vent'anni del secolo scorso, affrontano grandissimi problemi, in primis quelli relativi all'inclusione nel mondo del lavoro e, anche in conseguenza di ciò, di inclusione sociale. Una relazione sulla strategia dell'UE per la gioventù dovrebbe quindi avere questo come punto di partenza e obiettivo primario di ogni tipo di intervento, e non adagiarsi su politiche da «business as usual» che, evidentemente, non hanno sortito effetti sufficienti. Per questo motivo, la strategia individuata, pur non affermando nulla di sbagliato, non può dirsi soddisfacente. È infatti fondamentale che, in un momento in cui la disoccupazione giovanile è alle stelle, il segnale da parte delle istituzioni giunga forte e chiaro.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Franklin D. Roosevelt once said 'We cannot always build the future for our youth, but we can build our youth for the future' and this must be the premise for today's debate. To build a better future, a better generation, we must focus on empowering our young people by giving them the tools to face the challenges of today with solutions of tomorrow.

With 5.6 million young people under 25 still not in work, it is more than ever essential that we implement measures to help young people have careers, not just jobs. We must raise our youth in a way that makes them aware of how crucial sustainability is, and helps them implement this principle in their day-to-day lives without a second thought. We need generations of eco-warriors and young people with a social conscience to ensure a maintainable, progressive future. We must, above all, address the issues of today, to ensure a better tomorrow.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm az Európai Unió ifjúságügyi stratégiájának értékelésére vonatkozó jelentést. Sok érdekes és fontos témával foglalkozunk a Parlamentben, de úgy gondolom, nem vagyok egyedül azzal, ha az ifjúság és családpolitika kérdését tartom az egyik legfontosabbnak. Amennyiben nem támogatjuk az új generációkat, akkor minden más tevékenységünk ebben a házban csak önmagáért való, hiszen nem lesz, aki folytassa a megkezdett munkát, nem lesz aki továbbvigye az örökséget. Ha nem tudjuk biztosítani, hogy megfelelő számú gyermek szülessen, akik megfelelő minőségű oktatásban és nevelésben részesülnek, akkor nem lesz, aki átvegye majd tőlünk a munkát, amikor mi generációnk mar letenné azt. Úgy gondolom, hogy a gyermekvállalás ösztönzése az egyik legfontosabb feladat, amely egyben korunk egyik legnagyobb kihívása is. Támogatnunk kell a családalapítást és fel kell hívnunk a figyelmet, hogy a gyermekvállalás nem egy kényszerű kötelesség, hanem az élet természetes rendje. Kiemelném a jelentés még egy fontos témáját, az ifjúsági munkanélküliség elleni küzdelmet. Nem szabad hagyunk, hogy a fiatalok már a pályájuk legelején elveszítsék a motivációjukat. Támogatnunk kell a fiatal munkavállalókat minden lehetséges eszközzel.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Stratégia pre mládež musí vychádzať z reálneho poznania potrieb mládeže. Samotní mladí ľudia sa musia aktívne zapájať do týchto procesov, vnášať do nich svoje poznanie, potreby a skúsenosť. Napriek existencii formálnych dokumentov sú faktická spolupráca a zapájanie mládeže do verejného života nedostatočné, čo sa prejavuje aj nízkou účasťou na voľbách. Nezáujem, nedostatočné a nie vždy kvalitné vzdelanie, nezodpovedajúce potrebám trhu práce, nedostatočný a nefunkčný sociálny program vytvárajú priestor na prienik extrémistických názorov, hnutí a strán, ktoré môžu mať katastrofálne dopady na budúcnosť generácií. Preto je nevyhnutné vyčleňovať zdroje a vyvíjať aktivity, ktoré aj prostredníctvom moderných technológií povedú k širšiemu zapojeniu mladých ľudí do verejného života, zvýšia ich záujem o vzdelávanie a celoživotný odborný rast. Budúcnosť generácií záleží od kvality vzdelávania a práce so súčasnou generáciou mladých ľudí, čo sa prejaví v celom spektre spoločenského aj politického života.

Európska únia musí pokračovať aj v programoch podpory mladých ľudí, ktoré vedú k zníženiu nezamestnanosti. Iniciatíva podpory zamestnanosti mladých ľudí je toho dôkazom.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Η πολιτική λιτότητας που ασκείται στην Ελλάδα τα τελευταία 6 χρόνια, έχει πλήξει δριμύτατα το εργατικό δυναμικό της χώρας μας. Η ανεργία μαστίζει την κοινωνία μας και ειδικότερα την νεολαία, με τα ποσοστά ανεργίας των νέων να αγγίζουν το 50%. Οι νεότερες γενιές του τόπου μας βουλιάζουν στην μακροχρόνια ανεργία, στις εποχιακές ανασφάλιστες εργασίες και στα εξοντωτικά δωδεκάωρα των 300 ευρώ. Επακόλουθο των μνημονιακών πολιτικών και της καταστροφής που υφίσταται κάθε παραγωγική ικμάδα του τόπου μας είναι η τάση της νέας γενιάς να μεταναστεύει σε άλλες χώρες της ΕΕ. Βάσει των στοιχείων της Τράπεζας της Ελλάδας, η Ελλάδα κατέχει την τέταρτη θέση στην ΕΕ στη μαζικότητα της μεταναστευτικής εκροής αναλογικά με το εργατικό δυναμικό της χώρας. Μόνο το 2013, περισσότερο από το 2% του συνολικού εργατικού δυναμικού της χώρας έφυγε για να δουλέψει στο εξωτερικό. Οι νέοι που αποτελούν τους βασικούς εγγυητές για το μέλλον της Ελλάδας θα ανατρέψουν με τους αγώνες τους τα μνημόνια εξαθλίωσης και θα αναζητήσουν μια καλύτερη ζωή.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie*. – Mając na uwadze wysokie bezrobocie młodzieży w UE, a także często niewykorzystany jej potencjał, grupie tej należy się szczególna uwaga i wsparcie. Niezbędne jest zapewnienie młodzieży odpowiedniego wykształcenia, umiejętności praktycznych i dostępu do rynku pracy, a także podjęcie zintensyfikowanych działań angażujących jak największą liczbę młodych ludzi w działania społeczne i oddolne inicjatywy. To one właśnie mają ogromny wpływ na rozwój osobisty i przyczyniają się do większego włączenia społecznego osób niepełnosprawnych i innych grup podatnych na marginalizację. Istotne znaczenie ma konieczność nauki języków obcych czy kształcenia dostosowanego do realnych potrzeb rynku. Należy też podkreślić duży potencjał edukacji nieformalnej czy rozwoju poprzez sport, w tym potrzebę tworzenia warunków do kształcenia dwutorowego i alternatywy zawodowej po zakończeniu kariery sportowej. Jednocześnie realizacja powyższych celów powinna być dokonywana w ramach możliwie szerokiej współpracy i w oparciu o dialog z młodzieżą.

5. Petitionen: siehe Protokoll

6. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (kurze Darstellung)

Elnök asszony. – A következő pont Eric Andrieu által a Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság nevében benyújtott „Hogyan segítheti elő a KAP a munkahelyteremtést a vidéki területeken?" című jelentés rövid ismertetése (2015/2226(INI)) (A8-0285/2016).

Eric Andrieu, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, c'est la première fois en 54 ans que le sujet de l'emploi et de la PAC est directement abordé.

Nous sommes en plein paradoxe: le budget de la politique agricole commune représente pratiquement 40 % du budget de l'Union européenne et l'emploi est à l'aube de nos priorités, la première que nous avons actée au sein des instances de l'Union européenne.

Depuis plus de 50 ans, la politique agricole commune a modélisé l'agriculture en l'orientant vers l'intensification de sa ou ses productions vers les marchés internationaux et en développant les exploitations de plus en plus concentrées et spécialisées. Ces choix ont été marqués par un accroissement spectaculaire de la productivité du travail, qui a eu un impact considérable sur l'emploi agricole. En 1957, dans une Europe à six, les agriculteurs représentaient 20 % des actifs à l'échelle de l'Union européenne. Ils ne sont plus aujourd'hui que 4 % dans une Union à vingt-huit. Ces dix dernières années, nous avons perdu un quart de nos exploitations agricoles. Si nous poursuivons cette politique, nous ne pourrons pas attirer les jeunes dans les années à venir.

Par ailleurs, avec le temps, la PAC a peu à peu perdu de sa légitimité. Aujourd'hui, elle ne répond plus aux besoins des agriculteurs et elle est contestée par l'ensemble de nos citoyens européens. Les éléments qui ont longtemps structuré la politique agricole commune ne sont plus adaptés aujourd'hui, et le choix libéral appliqué à cette politique depuis les années 90 nous conduit dans une impasse. Ce modèle détruit de nombreux emplois dans la production et sur les territoires, et plus particulièrement sur les plus fragiles. Il nous faut repenser en profondeur la PAC, qui doit rester une politique commune pour toutes les agricultures européennes.

Nous sommes aujourd'hui confrontés à plusieurs défis: le défi alimentaire, le défi environnemental et climatique et le défi territorial.

Pour ce qui est du défi alimentaire, la PAC doit assurer en priorité la sécurité alimentaire des 500 millions de citoyens européens et donner à tous un accès à une alimentation suffisante en quantité et en qualité. La question de la santé humaine et de l'aspect nutritionnel doit être au cœur de la future réforme de la politique agricole commune. Un Européen sur deux a des soucis de surpoids ou d'obésité. Quant au cancer, les nouvelles formes de la maladie parmi les jeunes populations européennes, jeunes hommes ou jeunes femmes, surtout dans le milieu rural, ne peuvent pas nous laisser indifférents aux politiques que nous devons mettre en œuvre.

Le défi environnemental et climatique et le modèle productiviste nous montrent tous les jours leurs limites en matière de durabilité. Surtout, il est important de produire, mais de produire mieux en gérant de manière plus efficace et en protégeant mieux les ressources naturelles et la biodiversité, ce qui peut jouer un rôle positif pour le climat grâce aux sols. Cela suppose des mutations dans nos modes de production, qu'il faudra adapter à chaque région et à chaque écosystème.

Nous ne pouvons pas appréhender avec force le défi territorial. Il nous faut reterritorialiser l'agriculture. L'agriculture est une composante essentielle du développement des territoires ruraux et périurbains. Par ailleurs, ces territoires recèlent des ressources importantes permettant de diversifier les activités agricoles et sylvicoles. Il faut réinvestir dans les circuits courts, les économies circulaires et l'agriculture biologique.

Les réponses à ces défis amènent trois réponses particulières: une politique principale d'aide à l'installation des jeunes; une politique de régulation des marchés agricoles – il faut relégitimer les aides directes et cibler les petites et moyennes entreprises agricoles à l'échelle communautaire; une politique rurale développée qui rehausse l'ingénierie territoriale et, dans le domaine du commerce international, il faut réinvestir le marché européen.

„Catch the eye" eljárás

Franc Bogovič (PPE). – Hvala za besedo, hvala tudi kolegu Ericu Andrieuju za poročilo, v katerem je poudaril zelo pomembno področje zaposlovanja in pa povezave tega zaposlovanja na podeželju s kmetijstvom.

Vsi sledimo tem trendom, ki so povsod po Evropi podobni, se pravi število kmetij se zmanjšuje, mlade je vedno težje zainteresirati za kmetijsko dejavnost. Zato mislim, da je eden izmed ukrepov, ki ga imamo v kmetijski politiki, to je ukrep za mlade kmete, eden tistih, ki je najkvalitetnejši, ki tudi daje najboljše rezultate. Kajti slovensko podeželje in seveda tudi evropsko podeželje prav potrebuje mlade, nova znanja, nove pristope, kajti bojim se, da se bo samo na star, tradicionalen način zelo težko upirati sodobnim trendom.

Sam mislim, da je tudi digitalizacija tista, ki bi jo morali skupaj z mobilnostjo na podeželju spraviti v kontekst kmetijske politike, regionalnih politik, in s tem tudi izboljšati zaposlenost na podeželju.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per attuare una strategia globale di ricambio generazionale è fondamentale che gli Stati membri diano ai giovani agricoltori prospettive concrete, utilizzando appieno gli aiuti del primo e del secondo pilastro della PAC. Per sostenere l'occupazione agricola bisogna investire in nuovi strumenti di gestione del rischio e della crisi, al fine di limitare gli effetti negativi della volatilità dei prezzi. Le filiere corte, che collegano gli agricoltori e i produttori locali, possono stimolare la creazione di occupazione in ambiente rurale, così come i regimi di qualità, le indicazioni geografiche e l'agricoltura biologica possono rappresentare opportunità di sviluppo importanti del settore agroalimentare e, quindi, di potenziale creazione di occupazione in ambito rurale. Auspicabile sarebbe che la PAC post 2020 preveda strumenti di ammodernamento e di investimento in grado di garantire la competitività in zone rurali puntando su agroalimentare, turismo, energia e servizi. Complimenti a Eric Andrieu per la ottima relazione.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Κοινή Αγροτική Πολιτική πραγματικά αντιμετωπίζει τεράστια προβλήματα. Ενώ υπάρχουν αρκετά κονδύλια που δαπανώνται από πλευράς Ευρωπαϊκής Ένωσης, εντούτοις έχουμε σήμερα προβλήματα στον αγροτικό τομέα. Σε όλη την Ευρώπη οι αγρότες διαμαρτύρονται. Το βασικό στοιχείο που πρέπει να αντιληφθούμε είναι ότι γίνεται πλέον μία απελευθέρωση των αγορών, επιτρέπεται να εισάγονται αδασμολόγητα αγροτικά προϊόντα από τρίτες χώρες. Και αυτό δημιουργεί πρόβλημα στην αγροτική παραγωγή, δημιουργεί πρόβλημα σε όλους τους ευρωπαίους αγρότες.

Ειδικότερα για την Ελλάδα, τα προβλήματα είναι πολύ πιο αυξημένα, διότι υπάρχει φορομπηχτική πολιτική που επιβάλλει η τρόικα, υπάρχει αύξηση στον φόρο του αγροτικού πετρελαίου, υπάρχει αύξηση στα αγροτικά πετρέλαια, εκμηδένιση των επιδοτήσεων, αλλά και κατασχέσεις, από πλευράς της κυβέρνησης, των επιδοτήσεων των αγροτών. Επιπλέον οι αγρότες μας συνολικά, και στην Ελλάδα και στην Ευρώπη, έχουν πληγεί από το εμπάργκο που έχει επιβληθεί στη Ρωσία. Επομένως πρέπει να ληφθούν τώρα άμεσα μέτρα για τους αγρότες.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin! Natürlich ist es wichtig, sich mit der Sicherung von Arbeitsplätzen in den ländlichen Räumen zu befassen, und dafür bedanke ich mich auch ganz herzlich beim Berichterstatter. Tatsache ist auch, dass die Gemeinsame Agrarpolitik in Teilbereichen weiterentwickelt werden muss und sich anpassen muss, um tatsächlich junge Menschen in den ländlichen Räumen zu halten und auch Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich zu schaffen.

Fakt ist aber auch, dass dieser Bericht sehr speziell auf die französische nationale Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik zugeschnitten ist und Dinge behauptet werden, die nicht für alle Länder zutreffen. Es sind zum Beispiel die entkoppelten Prämien angesprochen. Ich kann hier ganz deutlich sagen, dass bei uns in Deutschland in den Bergregionen 1,5 Mrd. EUR tatsächlich von den Gunstlagen abgeflossen sind und die kleinen Betriebe in den benachteiligten Regionen gestärkt werden.

Ich möchte auch noch das Sozialversicherungssystem ansprechen, das in Deutschland seit 1957 für landwirtschaftliche Betriebe besteht.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta; gracias al ponente por su magnífico trabajo.

Es lamentable que un debate tan importante como el futuro de la PAC pase tan desapercibido, como si la Unión Europea no gestionara los subsidios a la producción primaria y regulara los mercados agrícolas y ganaderos; como si la PAC no definiera el futuro del campo europeo: si las ayudas deben ir a los rentistas o a los auténticos agricultores o si debemos tolerar que no se imponga control alguno a la explotación de los jornaleros y trabajadores agrícolas.

La crisis del campo no es un problema coyuntural: es la consecuencia de la falta de regulación y apoyo a nuestra producción.

Necesitamos una agricultura y una ganadería vivas que cohesionen y vertebren las zonas rurales. Para ello, debemos proteger una actividad productiva digna y atrayente para quienes viven de ella, con normas sociales que se respeten y con precios mínimos que protejan a los agricultores de los abusos de la gran distribución.

Hay que garantizar el acceso a la tierra y proteger a nuestra producción del dumping global y de los tratados como el CETA o como el TTIP, porque sin agricultura no hay futuro.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Noriu padėkoti pranešėjui Eric Andrieu už gerai parengtą pranešimą. Jo pateikiama vizija, ko Europos kaimui reikia iš dabartinės BŽŪP reformos ir naujosios BŽŪP po dvidešimtų metų. Europos kaimo problemos pasireiškia ne tik svyruojančiomis kainomis, išlaidų nepadengiančiomis ūkininkų pajamomis, tarpininkų piktnaudžiavimu, bet ir palyginti daug didesne bedarbyste negu miestuose. Turime labiau akcentuoti kaimo svarbą, kokybišką ir ekologišką maistą, švarią aplinką, tinkamą socialinę infrastruktūrą. Taip pat turime siekti lygių konkurencinių galimybių ūkininkams, visų pirma, per tiesioginių išmokų suvienodinimą visose Europos Sąjungos šalyse.

Philippe Loiseau (ENF). – Madame la Présidente, je considère quant à moi que ce rapport part sur de bonnes intentions, mais qu'en réalité, il ne sert à rien. Il ne contient que des mesurettes. Aujourd'hui, la PAC est synonyme de ruine pour les agriculteurs européens. On dit souvent chez nous que l'enfer est pavé de bonnes intentions. Ce rapport est pollué par des revendications sur l'insertion des migrants sur le marché de l'emploi européen.

Il contient d'autre part des revendications sur la neutralité du genre. En outre, le titre a biaisé le rapport dès le départ, car compter sur la PAC pour créer des emplois est totalement paradoxal. C'est en fait la PAC qui a détruit une grande partie des emplois agricoles, plus particulièrement depuis 1992 et la réforme MacSharry, qui a eu une incidence, bien évidemment, sur les prix.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η εσφαλμένη τακτική της Ευρωπαϊκής Ενώσεως να υποτάξει για λόγους πολιτικής σκοπιμότητος τη γεωργική πολιτική στην πολιτική γειτονίας και να επιτρέψει την ανεξέλεγκτη και αθρόα εισροή αδασμολόγητων προϊόντων από τρίτες χώρες επιδείνωσε τα ήδη υπάρχοντα προβλήματα στην ευρωπαϊκή γεωργία και είχε ως αποτέλεσμα να μειωθεί ο αριθμός των γεωργών, των εισοδημάτων τους, αλλά και των θέσεων εργασίας σε αγροτικές περιοχές.

Σε τραγική κατάσταση στον τομέα αυτό βρίσκονται οι Έλληνες αγρότες, οι οποίοι υποφέρουν από τις επιπτώσεις των μνημονίων. Η γεωργία, ως σημαντικός παράγοντας της πρωτογενούς παραγωγής, μπορεί να καλύψει σε μεγάλο βαθμό τις επισιτιστικές ανάγκες των πληθυσμών των χωρών και, για τον λόγο αυτό, πρέπει να προσεχθεί. Πρέπει να ενισχύσουμε τις γεωργικές παραγωγές, πρέπει να εκμεταλλευτούμε τον γεωργικό και δασικό πλούτο και, επιπλέον, πρέπει να σταματήσουμε τον αθέμιτο ανταγωνισμό με τα προϊόντα των τρίτων χωρών. Έτσι, θα ενισχυθούν οι θέσεις εργασίας, γιατί θα παραμείνουν στην ύπαιθρο οι νέοι αγρότες και θα μπορέσει να υπάρξει ανάπτυξη.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Przyznam szczerze, że przeczytałem ze zdumieniem tekst sprawozdania w pierwotnym kształcie, w którym kwestionowano podejście finansowe i ilościowe w produkcji rolnej i podawano w wątpliwość nowe technologie i rodzaje upraw. Ja pochodzę z Polski i chciałbym powiedzieć, że przed 1989 r. nawet komuniści w Polsce takich rzeczy nie podawali w wątpliwość.

Uważam jednak, że ten tekst dzisiaj jest nieco lepszy. Na pochwałę zasługuje przede wszystkim art. 51 mówiący o równych dopłatach bezpośrednich dla rolników w Unii Europejskiej. Jeśli chcemy budować sprawiedliwy rynek wewnętrzny, warunki działalności rolnej muszą być równe. Drugi filar wspólnej polityki rolnej powinien wspierać zrównoważony rozwój i dywersyfikację działalności na takie formy jak produkcja z zakresu energii czy małe i mikroprzedsiębiorstwa handlowe i usługowe.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord féliciter très sincèrement le collègue Éric Andrieu pour sa vision de l'avenir en matière de politique agricole. Je pense que c'est essentiel pour l'avenir du monde rural en général, qui se structure, comme chacun le sait, autour des activités agricoles. J'estime également qu'il est indispensable, pour garder un monde agricole vivant, de garder les emplois qui vont avec.

Je crois que la future PAC doit effectivement privilégier l'emploi par rapport à l'hectare et que l'orientation donnée dans le rapport est très importante.

L'agrandissement des exploitations nuit à l'emploi. J'ai envie de dire qu'il faut plus de voisins et moins d'hectares à l'avenir pour les exploitations agricoles.

Je crois que ce monde rural aujourd'hui participe aux bons équilibres entre l'alimentation, la lutte contre le réchauffement climatique et le maintien d'un bon environnement.

Je crois que ce rapport va tout à fait dans le bon sens et je souhaite vraiment que l'ensemble des députés l'appuient.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, slažem se s izvjestiteljem da moramo ojačati ulogu i poziciju malih i srednjih obiteljskih gospodarstava u okviru Zajedničke poljoprivredne politike. Mala su gospodarstva srce europskog sela i čuvari tradicionalne proizvodnje i jamstvo opstojnosti života u ruralnim područjima.

No, nisam sigurna da je u okviru postojeće Zajedničke poljoprivredne politike moguće ostvariti ovaj ambiciozan cilj. Nažalost, ZPP je od svojih najranijih dana najskuplja, ali ujedno i najneučinkovitija, europska politika koju treba iz korijena mijenjati. A to je nešto čime se očigledno nitko ne bavi.

Izravna plaćanja poljoprivrednicima po hektaru dovela su do toga da se nagrađuje veličina posjeda, a ne produktivnost. Malima ide premalo novca, a veliki su se uljuljali, jer im je novac poreznih obveznika praktički zajamčen. To doista moramo mijenjati.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych se chtěl rovněž připojit k podtrhnutí významu a důležitosti zachování pracovních míst na venkově. Je nutno zdůraznit, že podle odhadů do roku 2040 bude přes 70 % evropského obyvatelstva bydlet v největších městech. Toto sestěhování je třeba našimi účinnými nástroji politik Evropské unie minimálně brzdit v tom směru, aby venkov skutečně se nevylidňoval a nesestěhovával jenom do aglomeračních oblastí. Toto riziko je velmi zásadní.

Na druhou stranu bych chtěl souhlasit s tím, co řekla kolegyně Müllerová. Podle mého soudu skutečně ta zpráva je příliš francouzská. Reaguje na zdejší problémy, ale ne zcela věrohodně popisuje situaci na celém evropském kontinentu. Mohu to dokladovat i na oslabování programu rozvoje venkova, které je právě v návrhu zprávy obsaženo. Já tuto zprávu považuji za spornou a nebudu ji podporovat.

Maria Grapini (S&D). – Domnule comisar, Politica Agricolă Comună trebuie să ducă la creșterea numărului populației ocupate, dar constatăm contrariul.

În multe țări, satele sunt depopulate, terenurile nelucrate, fermele de animale închise pentru că fermierii nu mai sunt motivați. Din păcate, importăm produse toxice și de proastă calitate pentru cetățenii europeni pentru că nu avem politici de apărare comercială față de piețele terțe - recunoștea chiar ieri domnul Juncker.

Politica Agricolă Comună trebuie să fie corelată cu celelalte politici economice. Ca să creștem ocuparea în agricultură în rural trebuie să avem proiecte de dezvoltare a infrastructurii, să avem piețe de desfacere, o concurență corectă. Comisia Europeană trebuie să deschidă piețe terțe pentru vânzarea produselor.

Cum să mai avem zootehnie când laptele se vinde cu mai puțin decât se vinde un litru de apă, când producătorii nu-și pot vinde produsele? Fondul de coeziune trebuie dirijat spre zonele mai puțin dezvoltate.

De aceea consider că raportul este binevenit, dar nu trebuie să rămână doar pe hârtie.

Julie Girling (ECR). – Madam President, with all due respect to our very hardworking rapporteur, I think this report is a missed opportunity. Rather than really focusing on the concrete recommendations on how CAP could contribution to creating jobs and growth in rural areas, we have ended up with a lengthy, repetitive and inconsistent report which completely lacks a coherent message, and that is reflected in the size of the voting list.

Of course there are positive elements in the report – highlighting the tools available to diversify and add value to agricultural activities, simplifying the CAP for individual farmers, providing better access to services – these are all issues on which I can absolutely agree, but there are so many points lost in this wish list of demands. This was supposed to focus on employment, and yet it talks extensively, with excessive criticism, of intensive farming as a dominant model. What is that? It is not relevant to the core point and it completely loses the core point in a lot of unhelpful wish lists.

Csaba Sógor (PPE). – A mezőgazdasági termelők életére befolyással lévő körülmények rendkívül különbözőek az egyes tagállamokban, ezért a KAP 2020 utáni jövőjének tervezése során ezekre a realitásokra is tekintettel kell lenni. Míg egy átlagos európai mezőgazdasági termelő 12 hektár földdel rendelkezik, ez az adat például Romániában csupán 3,6. Ha az egyéni termelők, azaz a gazdák átlagos birtokméretét nézzük, az nálunk mindössze 2 hektár. Ez az adat Németországban 56, Franciaországban 54, Olaszországban 79, az Egyesült Királyságban 90 hektár. Az egyenlőtlenségek tehát óriásiak, nem is beszélve egyéb szempontokról, mint az értékesítési hálózatok megléte, a gazdák hitelképessége vagy a rendelkezésükre álló technológiai lehetőségek. Az európai gazdálkodási modell az élelmiszerbiztonságon és a vidéki területek kiegyensúlyozott és fenntartható fejlődésén alapszik. Ezen célok teljesülése azonban egyes tagállamokban veszélyben van.

(A „catch the eye" eljárás vége)

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Madam President, on behalf of Commissioner Hogan, I would like to thank the rapporteur Mr Andrieu and the rapporteurs for opinion, Ms Lopez Bermejo and Ms Kostinger, for this report. I would also like to thank the honourable Members who contributed to this morning's debate on the report.

This report is a very useful contribution to the debate about the way in which the agri-food sector can realise its potential to contribute to growth and job creation in the EU over the coming years, particularly in rural areas where employment opportunities are not as plentiful. Just last month, more than 340 stakeholders, representing all shades of opinion and from all 28 Member States, gathered in Ireland and agreed on the Cork 2.0 Declaration entitled 'A better life in rural areas'. I am particularly pleased to note that the European Parliament was well represented at the conference.

The document agreed is a shared blueprint for the development of rural areas and recognises the fundamental importance of agriculture, forestry and their related sectors for the economic and social development of viable rural areas and communities. The associated value chains of the agriculture and forestry sectors are engines of rural growth, providing jobs and livelihoods to tens of millions of Europeans. The EU's Rural Development Policy plays a very important role in securing and creating jobs and growth in rural areas through investments in farm competitiveness, diversifying farm businesses, promoting innovative approaches, or fostering knowledge transfer. The unemployment rate in rural areas has shown a positive trend in recent years, with 2015 values already at the level of 2009.

Nonetheless, we can and must do more. For example, we need to significantly improve access to fast or ultra-fast broadband to allow rural areas to seize the opportunities of the digital society, like e-commerce. Commissioner Hogan is particularly focused on the issue of rural broadband and regards it as a priority for the further development of our rural communities.

Commissioner Hogan has also stressed the value of adding value through the achievement of quality recognition for high-quality agricultural products. This recognition will increase the added value for primary producers and is essential for boosting exports and therefore maintaining and creating jobs. It is encouraging to see how interest in achieving such status is increasing.

The Cork 2.0 Declaration recognises that bottom-up and locally-led initiatives should be rolled out to mobilise rural potentials. Integrated and participatory local development strategies based on approaches like Leader have proved their value and will be important to ensure dynamic rural areas as well as securing and creating jobs and growth.

Having created a vision for the development of rural areas and communities, one must make it happen, and that requires investment. Therefore, facilitating access to finance is crucial to encourage investment and the setting up of new enterprises. We also need to think beyond traditional means of finance and credit, which are often not available to young entrepreneurs. The use of innovative financial instruments has enormous potential in this area as a means of having a positive effect on job creation in rural areas. Indeed, the recent proposal accompanying the review of the MFF specifically includes provision to make access to finance easier for young farmers.

Europe is the world's biggest agri-food trading region, with record export levels achieved in 2015 of EUR 129 billion, confirming the EU's position as the world's most important exporter of agri-food products. In the State of the Union address, President Juncker pointed out that trade means jobs. For every one billion euros of additional exports, 14 000 extra jobs are created across the EU, and more than 30 million jobs. One in seven of all jobs in the EU now depend on exports to the rest of the world.

The EU is also the world's biggest importer of agri-food products. It is closely involved in global value chains and needs to rely on stable trade relations and functioning global markets. The agri-food sector is the largest provider of employment in the EU, with 44 million people employed.

Many of the challenges quite rightly identified in the report can be addressed with the tools already available in the common agricultural policy, in particular under the rural development policy. But we need to constantly ask ourselves if the policy is fit for purpose and how we can do better. Reflecting these questions, the Commission will now consult widely on the modernisation and simplification of the CAP, as included in the work programme for 2017 presented to this House on Tuesday.

I know that Commissioner Hogan welcomes and indeed looks forward to your suggestions. Together with the recent Cork 2.0 Declaration, they could be used to identify consistent ways to boost jobs, growth and investment in rural areas for the benefit, not only of our rural communities, but for the European economy as a whole.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

A szavazásra ma, 2016. október 27-én 12.00-kor kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. –Je remercie les rapporteurs pour le travail effectué. Ce rapport entend développer les emplois dans les zones rurales, c'est un projet louable! Il propose cependant une révision à mi-parcours de l'actuelle PAC qui n'est pas d'actualité. On ne peut pas se permettre aujourd'hui de modifier les règles du jeu à mi-parcours. Si l'objectif est la simplification, le meilleur moyen d'y parvenir est la stabilité. Réformer maintenant reviendrait à hypothéquer les réflexions de fond, qu'il convient de mener à l'occasion de la préparation de la prochaine PAC. De plus, ce rapport propose plusieurs mesures contestables. Il transforme la PAC en une politique d'aides sociales, ce n'est pas sa vocation. La PAC doit contribuer à créer et maintenir des emplois dans le secteur agricole et agro-alimentaire. Or, les propositions de réforme de ce rapport ne sont pas en adéquation avec les fondements de cette politique. Par ailleurs, le rapport prend position sur les accords commerciaux qui vont au-delà du sujet. En l'état actuel, il me semble difficile de soutenir ce rapport, même si je suis en faveur de son projet. Certaines idées sont des pistes de réflexions intéressantes qu'il faut approfondir.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Kifejezetten ellenzem azokat a törekvéseket, amelyek akár önkéntes, akár kötelező alapon a közös agrárpolitika költségvetési forrásaiból fedeznék a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt nem fogom tudni támogatni az Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére kell megtennem, hogy a szöveg erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel. Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentés tervezetébe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe.

A jelentés 21. és 77. paragrafusai és az AI. preambulumbekezdés arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása. Ugyanez a javaslat sajnos beemlésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz-javaslatcsomagba is. Itt is kiállunk majd a közös agrárpolitika megvédése mellett.

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

7. Sacharow-Preis 2016 (Bekanntgabe der Preisträgerinnen)

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass die Konferenz der Präsidenten den diesjährigen Sacharow-Preis soeben an Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar verliehen hat.

(Beifall)

Meine Damen und Herren! Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar teilen eine schmerzliche und tragische Geschichte. Beide können die Grausamkeiten des sogenannten Islamischen Staates bezeugen. Beide mussten mit ansehen, wie ihre engsten Familienmitglieder vor ihren Augen getötet wurden, und beide wurden als Sex-Sklavinnen ausgenutzt und erniedrigt.

Aber ihre tragische Geschichte endet nicht dort. Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar konnten fliehen. Sie konnten nach Europa entkommen und haben in unserer Mitte Schutz gefunden. Während ihrer Flucht mussten diese beiden jungen Frauen schlimme Dinge erleben und Ängste überwinden. Frau Aji Bashar wurde auf ihrer Flucht schwer verletzt.

Aber sie haben gekämpft, weil sie das Gefühl hatten, überleben zu müssen und überleben zu wollen, weil sie den Eindruck hatten, es sei ihre Pflicht, zu überleben, um zu kämpfen für die, die sie zurücklassen mussten, und vor allen Dingen, um durch ihr Überleben und das Zeugnis, das sie ablegen können, zu kämpfen gegen die Straflosigkeit – Straflosigkeit gegenüber denjenigen, die ungeheurliche Verbrechen begangen haben und begehen.

Der Mut, für den diese beiden Frauen stehen, und die Würde, die sie repräsentieren, sind unbeschreiblich. Heute sind die beiden starke Fürsprecherinnen für den Schutz von Opfern sexueller Gewalt, für den Kampf gegen die Versklavung von Menschen durch den sogenannten Islamischen Staat. Sie sind die Vertreterinnen der Jasidi-Gemeinschaft im Irak geworden und sie fordern uns alle auf, das zu tun, was sie tun: zu kämpfen gegen die Völkermordstrategie, die diese Terrororganisation repräsentiert und die sie vor allem auch gegen die eigene Religionsgemeinschaft führt.

Die beiden Frauen sind die Stimme der zahllosen Opfer des Menschenhandels – eine Stimme, die ein Ende solcher Gräueltaten fordert und für die Achtung der Menschenwürde, der Glaubensfreiheit und der individuellen Freiheit und Gerechtigkeit spricht.

Wir haben uns hier in Europa geschworen, dass wir diese Werte mit all unseren Mitteln verteidigen wollen, und deshalb ist es so wichtig, meine Damen und Herren, dass Nadia Murad und Lamiya Aji Bashar von uns geehrt werden. Damit zeigen wir, dass deren Kampf nicht vergeblich war, und dass wir bereit sind, uns aktiv zu engagieren, um diese mutigen Frauen bei dem Kampf gegen die Not und vor allen Dingen gegen die Brutalität, den Terror und die Mordbrennerei des Islamischen Staates, der immer noch zu viele Menschen ausgesetzt sind, zu unterstützen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall)

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo soltanto informare il Parlamento che ieri sera un altro tremendo terremoto ha colpito l'Italia centrale, nelle stesse zone dove c'è stato il terremoto del 24 di agosto. Il terremoto ha colpito anche la città di Roma, il ministero degli esteri è stato evacuato. Molti cittadini italiani sono per la strada, sono fuori dalle loro case. Fortunatamente c'è stato soltanto un morto per infarto. E siccome la solidarietà dei cittadini europei, in occasione del terremoto del 24 di agosto, ha aiutato molto quelle popolazioni, io chiedere a questo Parlamento di inviare un messaggio di solidarietà ai miei concittadini, ai nostri concittadini europei che sono stati colpiti un'altra volta da un tremendo terremoto.

President. – Thank you, Mr Tajani. I know that we all share the grief for the victims of the now two earthquakes.

Gabriele Zimmer (GUE/NGL). – Frau Präsidentin! Wir haben eben vom Präsidenten des Parlaments die Mitteilung bekommen, dass die jesidischen Frauen, die vorgeschlagen worden sind, auch mit dem Sacharow-Preis ausgezeichnet werden. Ich möchte hier an dieser Stelle darauf hinweisen, dass eine ehemalige Abgeordnete – Jesidin –, die zehn Jahre lang hier im Europäischen Parlament gearbeitet hat, in der letzten Nacht in Diyarbakir von Polizei zusammengeschlagen worden ist, und zwar in einem Moment, als sie sich vor Frauen gestellt hat, die bei einer Demonstration auf das Brutalste attackiert worden sind und sich nun im Krankenhaus befindet: Feleknas Uca. Ich möchte ihr einfach von hier aus beste Genesungswünsche schicken und auch unsere Solidarität mit ihr erklären.

Die Präsidentin. – Danke, Frau Zimmer! Auch hier ist Solidarität klar – auch aus diesem Haus.

8. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes)

8.1. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0271/2016 - Ryszard Czarnecki) (Abstimmung)

8.2. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0264/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung)

8.3. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis (A8-0276/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung)

8.4. Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (A8-0275/2016 - Marian-Jean Marinescu) (Abstimmung)

8.5. Lage im Nordirak und in Mossul (RC-B8-1159/2016, B8-1159/2016, B8-1160/2016, B8-1161/2016, B8-1164/2016, B8-1165/2016, B8-1166/2016, B8-1169/2016) (Abstimmung)

8.6. Lage von Journalisten in der Türkei (B8-1158/2016, RC-B8-1162/2016, B8-1162/2016, B8-1163/2016, B8-1167/2016, B8-1168/2016, B8-1170/2016, B8-1171/2016, B8-1172/2016) (Abstimmung)

8.7. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (B8-1120/2016, RC-B8-1122/2016, B8-1122/2016, B8-1125/2016, B8-1129/2016, B8-1130/2016, B8-1131/2016, B8-1132/2016) (Abstimmung)

8.8. Europäischer Freiwilligendienst (B8-1126/2016, B8-1126/2016, B8-1127/2016, B8-1128/2016, B8-1133/2016, B8-1134/2016, B8-1135/2016) (Abstimmung)

8.9. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (A8-0250/2016 - Andrea Bocskor) (Abstimmung)

8.10. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (A8-0285/2016 - Eric Andrieu) (Abstimmung)

9. Stimmerklärungen

9.1. Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat (A8-0271/2016 - Ryszard Czarnecki)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, this will be one of the last times I vote on budget discharge, in common with other British MEPs. We have spent years shovelling money from the general population to people lucky enough to be working in the Brussels institutions or in one of the parastatal organisations or the various groups of consultants, contractors and others who have turned the EU into a handy living.

I am not really making the point that it would be good for the taxpayer – I have made that point several times before – if the budget were smaller. Let me make a different point. Think of how wonderful would be the boost to the economy if we released all of the people working directly or indirectly for the EU into the private sector to make things and sell things instead of sitting in EU institutions meddling with the business of everybody else. A lot of them are hugely qualified, well-educated, good-natured people with ambition and brains. What a terrible waste of talent that they should all be cooped up in the European Union.

Monica Macovei (ECR). – De 9 ani de zile, Parlamentul nu a dat descărcare de gestiune Consiliului, iar Consiliul se poartă ca și cum nu s-a întâmplat nimic. Consiliul nu ne trimite documentele pentru a vedea cum a cheltuit banii. Deci există o lipsă totală de transparență la Consiliu.

De asemenea, Consiliul nu pune la dispoziție nimic în ceea ce privește cheltuielile de interpreți, de deplasări, cheltuielile externe, cheltuielile de construcții, de întreținere a construcțiilor, nu avem niciun fel de cheltuieli ale Consiliului și, dacă nu le avem noi, nu le are nici populația Uniunii Europene, nu le au cetățenii și să nu uităm, tot repetăm de fiecare dată: sunt banii cetățenilor europeni.

Cât îi mai trebuie Consiliului să se trezească? Să realizeze că încrederea în Uniunea Europeană pleacă în primul rând de la încrederea în Consiliu, în statele membre și în clipa asta nu există încredere tocmai pentru că sunt netransparenți. Cât timp îi mai trebuie ca să ne ajute să o recâștigăm cu toții, pentru că toți suferim din cauza lipsei de neîncredere în Consiliu, care este total netransparent.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha proposto per l'ottavo anno consecutivo il rinvio del discarico di bilancio per il Consiglio. Il motivo principale del rinvio è il fatto che le spese del Consiglio non sono soggette alle stesse procedure di controllo a cui sono soggette le altre istituzioni. Il Consiglio infatti non comunica al Parlamento la relazione annuale sulle spese, pregiudicando la trasparenza nei confronti dei cittadini. Poiché reputo questo aspetto non giusto e poco democratico ho deciso di votare a favore non concedendo il discarico.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted in favour of this decision and non-binding resolution to refuse the granting of discharge to the Council. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. There is a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. According to the Lisbon Treaty, the European Parliament is only supposed to grant discharge to the Commission, however it has taken upon itself (and created a whole procedure) to grant discharge to every EU agency and institution. The Council always refuses to cooperate because of this legal point and have been refused discharge by the Parliament for the last few years. The refusal of discharge in this case does not include a decision on the closure of accounts, which should be decided at a later date. The motion for a resolution criticises the Council and calls for more transparency. UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El Consejo Europeo y el Consejo siguen sin presentar cuentas separadas, un informe anual de sus actividades o respondiendo de manera clara a las preguntas de la comisión parlamentaria de presupuestos. Considero que esta falta de transparencia es inadmisible, por lo que he denegado la aprobación de la gestión 2014.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of refusing the discharge because the Council refuses to provide the necessary elements for the MEPs to be able to effectively scrutinise the Council expenditure.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της Δεύτερης έκθεσης σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2014, διότι πιστεύω ακράδαντα πως η άσκηση ουσιαστικού δημοσιονομικού ελέγχου απαιτεί συνεργασία του Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das EU-Parlament drückt in diesem Entlastungsbericht u.a. nochmals sein Bedauern darüber aus, dass der Europäische Rat und der Rat dem Parlament ihren jährlichen Tätigkeitsbericht nicht zur Verfügung stellen und dass die Haushalte des Europäischen Rates und des Rates noch nicht getrennt wurden, wie es vom Parlament in seinen jüngsten Entschließungen zur Entlastung empfohlen wurde.

Ich schließe mich den Forderungen an und teile die Ansicht, dass der Europäische Rat und der Rat durch ihre mangelnde Bereitschaft, mit der Entlastungsbehörde zusammenzuarbeiten, ein negatives Signal an die Unionsbürger senden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du deuxième rapport, la décharge ayant été reportée lors du premier vote en avril.

Une fois de plus le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions.

Une fois de plus, le Conseil n'a pas transmis au Parlement son rapport d'activité. Comme chaque année, le rapport reprend l'idée d'imposer une séparation entre les budgets du Conseil et du Conseil européen afin d'assurer une gestion financière plus transparente, contrainte à laquelle le Conseil semble vouloir se soustraire. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des données exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Naturellement, le rapport souligne l'absence de règles relatives aux lanceurs d'alerte dans les statuts du Conseil et l'invite à participer au registre de transparence de l'UE, à adopter un code de conduite interne à l'institution ainsi que des lignes directrices de lutte contre la corruption.

En somme, tout prétexte est saisi pour souligner l'absence de contrôle du parlement sur l'activité budgétaire du Conseil.

J'ai donc voté favorablement à ce rapport qui appelle à refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This decision is to refuse discharge of the Council. Every year Parliament goes through a procedure of discharge. This is where they give an opinion regarding how the budget has been operated and close the accounts for every EU institution and agency. Legally speaking the Lisbon Treaty only gives them the power to grant discharge to the Commission, but Parliament has taken upon itself to do every EU institution and agency. This is where the problem arises with the Council. Because of the provisions in the Lisbon Treaty, the Council does not cooperate with the discharge procedure. For the last few years Parliament has refused discharge (which is more of a political statement rather than anything binding) because of this lack of cooperation. UKIP's general position is to refuse discharge for every EU agency because we do not want them to exist, so we will support this decision to refuse discharge. A proposal to close the accounts for the financial year should be taken separately at another time.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit de ne pas octroyer la décharge sur l'exécution du budget général pour l'exercice 2014 du Conseil européen et du Conseil, étant donné l'absence de coopération avec le Parlement concernant la fourniture des documents nécessaires à l'évaluation des dépenses respectives. Il est urgent que le Conseil européen et le Conseil prennent leur responsabilité à l'égard des citoyens européens en faisant preuve de plus de transparence.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Nors Europos Vadovų Taryba ir Taryba, kurios yra Sąjungos institucijos, turėtų būti demokratiškai atskaitingos Sąjungos piliečiams, nes jos naudoja Europos Sąjungos bendrojo biudžeto pinigus, tačiau Europos Vadovų Taryba ir Taryba neteikia Europos Parlamentui savo metinės veiklos ataskaitos. Taip pat Europos Vadovų Tarybos ir Tarybos biudžetas dar nėra atskirtas, kaip rekomendavo Parlamentas neseniai priimtose rezoliucijose dėl biudžeto įvykdymo patvirtinimo. Todėl pritariu, kad menkas Europos Vadovų Tarybos ir Tarybos bendradarbiavimas su Europos Parlamentu – tai neigiamas Sąjungos piliečiams siunčiamas ženklas.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted in favour of this decision and non-binding resolution to refuse the granting of discharge to the Council. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. There is a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. According to the Lisbon Treaty, the European Parliament is only supposed to grant discharge to the Commission, however it has taken upon itself (and created a whole procedure) to grant discharge to every EU agency and institution. The Council always refuses to cooperate because of this legal point and have been refused discharge by the Parliament for the last few years. The refusal of discharge in this case does not include a decision on the closure of accounts, which should be decided at a later date. The motion for a resolution criticises the Council and calls for more transparency. UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de soutenir ce rapport car le Conseil manifeste encore une fois son refus de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions.

Une fois de plus, le Conseil n'a pas transmis au Parlement son rapport d'activité. Comme chaque année, le rapport tente d'imposer une séparation entre les budgets du Conseil de l'Union et du Conseil européen afin d'assurer une gestion financière plus transparente, contrainte à laquelle le Conseil semble vouloir se soustraire. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des informations exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Naturellement, le rapport souligne l'absence de règles relatives aux lanceurs d'alerte dans les statuts du Conseil et l'invite à participer au registre de transparence de l'UE, à adopter un code de conduite interne à l'institution ainsi que des lignes directrices de lutte contre la corruption. Comment le Conseil peut-il encore vouloir se soustraire ainsi au contrôle du Parlement sur son activité budgétaire?

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport approuvé à l'unanimité par la commission du contrôle budgétaire et qui refuse de donner la décharge au Secrétaire général du Conseil sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2014.

Le rapport déplore que le Conseil soit resté muet au sujet des observations formulées par le Parlement en avril 2016 concernant la décharge et que le Conseil européen et le Conseil ne présentent pas de rapport d'activité annuel au Parlement. Il invite à nouveau le Conseil à lui transmettre toute une série d'informations et l'appelle à adopter un code de conduite dans les meilleurs délais afin d'assurer l'intégrité de l'institution.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Aunque voto a favor de este informe creo importante lamentar que el Consejo Europeo y el Consejo no hayan facilitado su informe anual de actividades al Parlamento. Lo considero inadmisible, pues daña innecesariamente la reputación de las instituciones de la Unión.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La procedura di discarico del bilancio rappresenta un momento importante nella vita istituzionale dell'Unione europea. In questa occasione il Parlamento europeo, unica istituzione eletta a suffragio universale dai cittadini, decide su raccomandazione del Consiglio se garantire o meno l'approvazione definitiva dell'esecuzione del bilancio per un determinato esercizio finanziario. Si tratta di un passaggio fondamentale che è anche l'occasione per indirizzare specifiche raccomandazioni alle istituzioni e alle agenzie che compongono la struttura dell'Unione.

Seguendo le indicazioni della commissione per il controllo dei bilanci (CONT), oggi ho deciso di votare a favore della relazione Czarnecki sul rinvio del discarico del bilancio del 2014 per il Consiglio e il Consiglio europeo. Ormai da anni, il Parlamento chiede al Consiglio di fornire dati completi sull'esecuzione del bilancio ricevendo scarsa collaborazione da parte di questa istituzione. Vista la mancanza di trasparenza in materia di dati sul bilancio e sui conti, il Parlamento ha deciso di rifiutare il discarico al Segretario generale del Consiglio per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'esercizio 2014.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al *European Council and the Council* voto a favor (de que se rechace la descarga y aprobación de cuentas) dada la falta de cooperación de esta institución y su opacidad. El informe está a favor de rechazar sus cuentas, como viene siendo habitual en las últimas veces que se ha hecho balance de su gestión. Voto con la mayoría del Parlamento, que en las últimas ocasiones ha rechazado la gestión del Consejo Europeo y el Consejo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la aprobación de la gestión 2014 del Consejo Europeo y del Consejo. Cuando nos tocó votar, el Consejo se negó a enviar cierto tipo de documentos y, por no tener claridad en las cuentas, decidimos no aprobarlo. Seguimos lamentando que no haya facilitado aún su informe anual de actividades al Parlamento. Esta es una muy mala señal para la ciudadanía y para la transparencia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui préconise de refuser la décharge au Conseil européen et Conseil sur l'exécution de leur budget 2014.

Il est quand même incroyable que le Conseil persiste à refuser de coopérer avec le Parlement, qui est pourtant, dans l'un des rares éléments de démocratie présents dans les traités européens, l'autorité de décharge budgétaire. Le Conseil refuse ainsi de transmettre son rapport d'activité mais s'oppose également à toute démarche de transparence, comme par exemple la séparation des budgets du Conseil et du Conseil européen.

Cette opacité, le Conseil la conserve également dans les coûts de ses projets immobiliers, les lanceurs d'alerte, les codes de conduite interne ou la lutte contre la corruption. Cela montre bien tout le respect que le Conseil porte à la seule institution européenne élue démocratiquement.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto sul rinvio del discarico è equilibrata e muove critiche e rilievi al Consiglio europeo e al Consiglio che reputo condivisibili. Ho quindi sostenuto col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado la Decisión por la que el Parlamento deniega al Secretario General del Consejo la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo Europeo y del Consejo para el ejercicio 2014, así como la Resolución del Parlamento en la que este lamenta que el Consejo Europeo y el Consejo no hayan facilitado su informe anual de actividades al Parlamento, hecho inadmisible que daña la reputación de las instituciones de la Unión Europea, así como que no se hayan separado los presupuestos del Consejo Europeo y del Consejo, con arreglo a lo recomendado por el Parlamento en las recientes Resoluciones sobre la aprobación de la gestión.

El Parlamento recuerda que todas las instituciones de la Unión deben ser transparentes y plenamente responsables ante los ciudadanos de la Unión por los fondos que se les confían en cuanto instituciones de la Unión, y que tanto el Consejo Europeo y el Consejo, como instituciones de la Unión, deberían estar sometidos a responsabilidad democrática frente a los ciudadanos en la medida en que son beneficiarios del presupuesto general de la Unión Europea.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas 2014 m. biudžeto įvykdymo patvirtinimas dėl Europos Vadovų Taryba ir Tarybos.

Europos Parlamentas pabrėžia, kad Tarybos išlaidos turi būti tikrinamos taip pat kruopščiai, kaip kitų institucijų išlaidos, ir kad šio kruopštaus tikrinimo svarbiausi elementai išdėstyti praėjusių metų Parlamento rezoliucijose dėl biudžeto įvykdymo patvirtinimo. Parlamentas ragina Tarybą pateikti informaciją apie jos administracinio modernizavimo procesą, visų pirma informaciją apie numatomą poveikį Tarybos biudžetui. Taip pat ragina Tarybą kiek įmanoma greičiau priimti elgesio kodeksą siekiant užtikrinti institucijos principingumą; pakartoja savo raginimą Tarybai ilgiau nedelsiant pradėti taikyti informavimo apie pažeidimus taisykles. Parlamentas ragina Tarybą prisidėti prie Sąjungos skaidrumo registro siekiant užtikrinti šios institucijos skaidrumą ir atskaitomybę. Be to, primena Tarybai savo raginimą parengti išsamias kovos su korupcija gaires ir nepriklausomas savo struktūrų vidaus politikos priemones, taip pat savo raginimą sistemingai didinti teisėkūros procedūrų ir derybų skaidrumą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – V tem primeru sem pritrdil nepodelitvi razrešnice generalnemu sekretarju Sveta glede izvrševanja proračuna Evropskega sveta in Sveta. Razrešnica ni bila podana zaradi nepreglednega poslovanja in neupoštevanja prejšnjih priporočil. Prav tako menim, da bi morala biti Evropski svet in Svet kot instituciji Unije demokratično odgovorna državljanom Unije, saj prejemata sredstva iz splošnega proračuna Evropske unije. Nadaljnje pa se strinjam, da se naj proračun Evropskega sveta in Sveta vodi ločeno, naj se čim prej sprejme kodeks ravnanja, sodeluje pri registru preglednosti Unije in oblikujejo podrobne smernice proti korupciji in neodvisne politike znotraj njegovih struktur.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o razrješnici za 2014. za Europsko vijeće i Vijeće.

Tumačenje Parlamenta u članku 319. UFEU-a jasno predviđa razliku u ulogama između ovih dviju institucija.

Parlament ima institucionalnu moć u Ugovoru o dodjeli razrješnice.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha deciso con 633 voti favorevoli e 10 contrari senza astensioni, di rinviare la concessione sul discarico al Segretario generale del Consiglio per l'attuazione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per l'anno 2014. I deputati si rammaricano che il Consiglio europeo e il Consiglio non presentino al Parlamento la relazione annuale di attività; ciò è inaccettabile e mina la reputazione delle istituzioni dell'UE. Chiedono al Consiglio di presentare le informazioni necessarie e di adottare un codice di condotta nel più breve tempo possibile per garantire l'integrità dell'istituzione. Inoltre, lo invitano a partecipare al registro per la trasparenza nell'UE e a sviluppare linee guida dettagliate per la lotta alla corruzione. Sottolineano che un controllo efficace del bilancio richiede la cooperazione tra il Parlamento e il Consiglio. Il Parlamento ricorda, inoltre, che la trasparenza e il controllo dei conti pubblici sono principi generali democratici che l'Unione non può deviare e che la procedura di discarico è parte del concetto di democrazia rappresentativa. In generale, i deputati ritengono che la mancanza di cooperazione del Consiglio europeo e del Consiglio con l'autorità di discarico invia un segnale negativo ai cittadini dell'UE.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport invite les députés européens à refuser de voter la décharge sur l'exécution du budget 2014. C'est la deuxième fois de l'année qu'un rapport est rédigé à propos de la décharge concernant le budget 2014. C'est désormais devenu une habitude: le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement européen, qui est, selon les traités de l'Union, l'autorité de décharge budgétaire. En ne communiquant pas de rapport d'activité exhaustif, il s'affranchit donc des règles élémentaires de fonctionnement d'une Union vacillante.

Plus spécifiquement, le rapport indique qu'aucune donnée exacte n'a jamais été obtenue sur le coût de certains projets immobiliers. Il souligne également l'absence de règles relatives à la transparence ou à la lutte contre la corruption et de séparation entre les budgets du Conseil et du Conseil européen. Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour le présent rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Instituțiile Uniunii Europene au obligația de a opera într-o manieră transparentă cu fondurile care le sunt încredințate, fiind răspunzătoare în fața cetățenilor Uniunii.

În urma acțiunilor sale de audit, Curtea de Conturi a considerat că fondurile alocate celor două instituții, Consiliul European și Consiliul, au fost cheltuite în conformitate cu necesitățile existente, nefiind identificate erori semnificative privind plățile pentru cheltuielile administrative și pentru alte cheltuieli ale instituțiilor și ale organelor aferente. Totuși, nu pot să nu îmi manifest regretul față de neîndeplinirea recomandărilor emise de Parlament cu referire la separarea bugetului Consiliului European și al Consiliului. Consider că este nevoie, în continuare, de o cooperare intensă între Parlament și Consiliu pentru un exercițiu de control bugetar eficient.

M-am exprimat în favoarea raportului privind descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului general al Uniunii Europene aferent exercițiului financiar 2014, secțiunea II - Consiliul European și Consiliul, deoarece consider că cele două instituții au administrat fondurile într-o manieră corectă și în concordanță cu nevoile reale.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho espresso voto favorevole in merito alla relazione in questione poiché ritengo che un esercizio di controllo di bilancio efficace richieda cooperazione tra Parlamento e Consiglio, come precisato d'altronde nella risoluzione del 28 aprile 2016. Ad oggi, tuttavia, il Parlamento non è in grado di prendere una decisione informata sulla concessione del discarico. L'articolo 335 TFUE, sancisce che «l'Unione è rappresentata da ciascuna delle istituzioni, in base alla loro autonomia amministrativa, per le questioni connesse al funzionamento della rispettiva istituzione» e che, di conseguenza, tenuto conto dell'articolo 55 del regolamento (UE, Euratom) n. 966/2012 (il «regolamento finanziario»), le istituzioni sono responsabili a titolo individuale dell'esecuzione dei loro bilanci. Il Consiglio continua a non pronunciarsi sulle osservazioni formulate dal Parlamento nella risoluzione sul discarico del 28 aprile 2016 in merito alla tendenza degli esercizi precedenti a un aumento del sottoutilizzo e del riporto degli impegni. Sia il Consiglio europeo che il Consiglio non trasmettono al Parlamento la loro relazione annuale di attività e ciò è senz'altro dannoso per la reputazione delle istituzioni dell'UE. Inoltre, a differenza di quanto raccomandato dal Parlamento nelle recenti risoluzioni di discarico, il bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio non sono ancora stati separati.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of refusing the discharge because the Council refuses to provide the necessary elements for the MEPs to be able to effectively scrutinise the Council expenditure.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of not granting discharge to the Council as it has failed once again to cooperate with Parliament in addressing a number of important issues highlighted in Parliament's first report. The Council should develop detailed anti-corruption guidelines and independent policies within its structures, as well as systematically increasing the transparency of legislative procedures and negotiations. The Council continues to fail to provide answers to Parliament's questions, and the difficulties repeatedly encountered in discharge procedures to date have been due to a lack of cooperation on its part.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha proposto, in prima istanza, di rinviare la concessione del discarico del bilancio del Consiglio. Ora si tratta quindi di votare per la definitiva concessione o meno del discarico. La relazione del collega Czarnecki conferma che il Parlamento non è in grado di adottare una decisione informata sulla concessione del discarico e chiede quindi che non venga concesso il discarico al Consiglio: si ricorda che il rifiuto del Parlamento europeo di concedere il discarico è politicamente significativo, ma non ha purtroppo delle conseguenze giuridiche. Ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι η άσκηση ουσιαστικού δημοσιονομικού ελέγχου απαιτεί συνεργασία του Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – È con estremo rammarico che mi vedo costretto a rifiutare il discarico per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio per il 201.

Tale decisione, tuttavia, presenta la propria cagione nella mancata risposta delle istituzioni chiamate in causa ai quesiti sottoposti dal PE. Appare quanto meno singolare che su ben ventisette istanze presentate dal Parlamento, il Consiglio fornisca giustificazioni in merito a tre questioni, così come è a dir poco sbalorditiva la mancanza di informazioni in merito ai fondi affidati a Consiglio europeo e Consiglio, i cui bilanci, per altro, non sono ancora stati divisi. Rappresenta, oltretutto, una profonda mancanza di rispetto nei confronti dei cittadini l'assenza di ragguagli relativi ai costi degli edifici o agli stati di avanzamento dei progetti immobiliari con una chiara ripartizione delle spese sostenute.

Invito dunque, per le ragioni sopra citate, il Consiglio ad aderire il prima possibile al registro dell'UE per la trasparenza e la rendicontabilità, in quanto si sta assistendo ad una grave inadempienza agli obblighi prescritti dai trattati. Questi ultimi, indubbiamente, richiedono una revisione congiunta del regolamento finanziario per precisare finalità e processi della procedura di discarico stessa, ma fino ad allora richiedono osservanza.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the vote to refuse the '2014 Discharge – EU general budget – European Council and Council' and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Pela oitava vez consecutiva, com uma larga maioria do Parlamento, dá-se quitação ao Conselho para o ano de 2014. Pela oitava vez, o Conselho desrespeita a competência orçamental do Parlamento.

Ignorou pedidos de mais informação, nomeadamente no que respeita ao património imobiliário do Conselho, alvo de remodelação e novas construções. Ignorou o pedido de maior transparência, continuando a não enviar o relatório de contas. Ignorou o pedido de modernização administrativa e de separação de contas entre o Conselho de Ministros e o Conselho Europeu.

Esta abordagem não dignifica o Conselho e lança uma mancha de desresponsabilização sobre todas as Instituições Europeias. Uma vez mais, o Parlamento Europeu - e bem - reitera que não pactuará com esta abordagem, recusando dar quitação a esta instituição e adiando, assim, a conclusão do processo de quitação.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entlastung gestimmt, denn die Ausgaben des Rates müssen ebenso kontrolliert werden wie die der anderen Organe. Ich bedauere die sich wiederholenden Schwierigkeiten bei dem Entlastungsverfahren aufgrund der mangelnden Kooperation seitens des Rates. Auch der Rat ist dem Steuerzahler gegenüber zu Transparenz verpflichtet, und auch für ihn gilt die demokratische Rechenschaftspflicht der Union.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del rigetto del discarico per l'esecuzione del bilancio del Consiglio europeo e del Consiglio e della risoluzione allegata, poiché il Consiglio europeo e il Consiglio non hanno ancora provveduto a pronunciarsi sulle osservazioni formulate dal Parlamento europeo nella sua risoluzione del 28 aprile 2016, come non hanno neanche trasmesso al Parlamento la relazione annuale sulla propria attività e le altre relazioni richieste sullo stato di avanzamento dei progetti immobiliari in seno all'Unione europea.

Inoltre, il Consiglio non ha risposto a ventiquattro delle ventisette domande presentate dalla commissione per il controllo dei bilanci relativamente all'anno 2014, pertanto il Parlamento si non può che dichiararsi non in grado di prendere una decisione informata sulla concessione del discarico.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — El Consejo Europeo y el Consejo siguen sin presentar cuentas separadas, un informe anual de sus actividades o respondiendo de manera clara a las preguntas de la comisión parlamentaria de presupuestos. Considero que esta falta de transparencia es inadmisible, por lo que he denegado la aprobación de la gestión 2014.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Tre sono i punti fondamentali di questa relazione che voglio evidenziare. Il primo riguarda l'ingiusta e sproporzionata sospensione dei fondi SIE. Secondo, per quanto riguarda le sfide migratorie e dei rifugiati, si sono fatti alcuni passi avanti, ma è necessario intraprendere ulteriori azioni. Accolgo con favore le posizioni della Commissione per l'inclusione della flessibilità di bilancio a questo riguardo, anche se ovviamente orientate al breve periodo. Di più si deve fare sul lungo periodo oltre all'aumento dei fondi destinati al Fondo asilo, migrazione ed integrazione e al Fondo di sicurezza interna. Importante è anche l'adozione dello strumento per il sostegno di emergenza, che ha ottenuto buoni risultati nel contesto del fabbisogno umanitario nei paesi di arrivo dei rifugiati e migranti. Infatti, si potrebbe agire in maniera strutturale, intervenendo sul Fondo europeo per la ricerca e il soccorso insieme con una dotazione pianificata ed adeguata per il bilancio di Frontex e della Guardia di frontiera e costiera europea.

Infine, è importante sostenere quelle che sono le linee guida del semestre europeo in materia di investimenti, innovazione e creazione di posti di lavoro di qualità, garantendo politiche di bilancio verso una crescita sostenibile.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem sprawozdanie dotyczące absolutorium z wykonania budżetu ogólnego UE za 2014 r., przez co chcę wyrazić swoją odmowę udzielenia absolutorium. Sprawozdanie bardzo dokładnie opisuje przebieg procesu związanego z udzieleniem absolutorium przez Radę Europejską i Parlament. Ani Rada UE, ani Rada Europejska w ogólne nie uczestniczyły w tym procesie, dlatego postanowiłem nie udzielać absolutorium, a co za tym idzie, poprzeć treść sprawozdania, głosując za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report which refuses the discharge of the European Council and Council as I believe that Parliament must be provided with the annual activity information of both the European Council and the Council. The Council should seek to answer Parliament's questions on its budget in order to ensure transparency. I support the idea that all institutions must collaborate together, be accountable and ensure transparency in all sectors. All European Union institutions must be fully accountable to the citizens, for the funds entrusted to them as European Union institutions.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Pour la huitième année consécutive, le Parlement européen a décidé de refuser l'octroi de la décharge budgétaire au Conseil et au Conseil européen, principalement en raison du manque de coopération avec le Parlement, autorité de décharge. Seuls trois des vingt-sept questions soumises par le Parlement trouvent une réponse claire dans les documents fournis par le Conseil et le Conseil européen. Face à cette situation répétitive et ubuesque, je considère qu'il convient d'envisager diverses options de mise à jour des règles d'octroi de la décharge au Conseil, autorité budgétaire, inscrites dans le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. Soutenant les conclusions de ce rapport, j'ai voté pour le refus de l'octroi de la décharge au Conseil.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par souci de transparence de la gestion des fonds publics, j'ai voté en faveur du rapport refusant la décharge sur l'exécution du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2014.

Tant que le Conseil européen et le Conseil refuseront d'apporter des réponses claires à chacune des questions posées par le Parlement européen sur sa gestion des fonds publics et de transmettre les documents demandés, le Parlement européen doit refuser d'accorder cette décharge pour l'exercice budgétaire 2014.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014. Une fois de plus, le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions. Une fois de plus, le Conseil n'a pas transmis son rapport d'activité au Parlement. Comme chaque année, le rapport reprend l'idée d'imposer une séparation entre les budgets du Conseil et du Conseil européen afin d'assurer une gestion financière plus transparente, contrainte à laquelle le Conseil semble vouloir se soustraire. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des données exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Naturellement, le rapport souligne l'absence de règles relatives aux «lanceurs d'alerte» dans les statuts du Conseil et l'invite à participer au registre de transparence de l'Union européenne, à adopter un code de conduite interne à l'institution ainsi que des lignes directrices de lutte contre la corruption. J'ai donc voté pour le refus de cette décharge budgétaire.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Европейският съвет и Съветът не предоставиха на Парламента годишния си доклад за дейността. Освен това няма информация за разходите, направени във връзка със сградите, нито доклади за напредъка на строителните проекти и подробна разбивка на разходите, направени до момента. Докладчикът също така призовава Съвета да предостави информация за процеса на административна модернизация, по-специално на очакваното въздействие върху бюджета на Съвета, и аз напълно го подкрепям. Трябва ни повече прозрачност. Ние сме представители на народния глас и трябва да имаме информация, без която не ни е възможно да оправдаем разходите, направени от Съвета или от Европейския съвет. Това вече се случва за шеста или седма поредна година. За посочените по-горе причини аз гласувах за доклада, който отхвърля освобождаването от отговорност на тези две институции.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted to reject this discharge report because there is still inadequate exchange of information between the Council and the European Parliament. The Council discharge has been continually rejected by Parliament for this reason since 2009. It is of concern to myself and my constituents in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As instituições da União devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos da União relativamente aos fundos que lhes são confiados enquanto instituições da União e tanto o Conselho Europeu e o Conselho devem estar sujeitos à responsabilidade democrática de prestar contas perante os cidadãos da União, visto que são beneficiários do orçamento geral da União Europeia.

Lamento que o Conselho Europeu e o Conselho não forneçam ao Parlamento o seu relatório anual de atividades, para mim, inadmissível e nocivo para a reputação as instituições da UE bem como o fato do orçamento do Conselho Europeu e o do Conselho ainda não tenham sido separados, tal como recomendado pelo Parlamento em recentes resoluções de quitação.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: le rapport appelle à refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014. Une fois de plus le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Prolongando uma longa e antiga guerra institucional entre Parlamento Europeu e Conselho, o relatório propõe recusar a quitação ao Conselho. Votámos favoravelmente, tal como em ocasiões anteriores.

O Conselho ainda não se pronunciou em relação às observações formuladas pelo Parlamento na sua resolução de quitação de Abril de 2016 sobre a tendência dos exercícios anteriores para um aumento da subutilização de dotações e da transição de autorizações.

O Conselho Europeu e o Conselho não fornecem ao Parlamento o seu relatório anual de atividades.

O relatório reitera o pedido para que sejam apresentados relatórios sobre o estado de adiantamento dos projetos imobiliários e uma repartição detalhada das despesas incorridas até à data. Considera que devem ser fornecidas informações sobre os custos decorrentes do atraso na conclusão do edifício Europa.

O relatório reitera o pedido ao Conselho para que preste informações sobre o processo de modernização administrativa, em particular sobre o impacto previsto no orçamento do Conselho.

Solicita-se ao Conselho que adote urgentemente um código de conduta a fim de garantir a integridade da instituição; reitera-se o pedido para aplicação de regras em matéria de denúncia de irregularidades; exorta-se o Conselho a aderir ao registo de transparência da UE a fim de assegurar a transparência e a responsabilização da instituição.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che accompagna il rinvio del discarico in quanto vengono proposte critiche riferite alla mancanza di trasparenza di Consiglio e Consiglio europeo nella gestione della loro politica immobiliare.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2014, Τμήμα II – Ευρωπαϊκό Συμβούλιο και Συμβούλιο, επειδή τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα με ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνεται αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, και επειδή δεν χορηγεί απαλλαγή στον Γενικό Γραμματέα του Συμβουλίου όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και του Συμβουλίου για το οικονομικό έτος 2014.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Discharge was refused, as it has been for several years now. Parliament and the Council continue to hold different legal views on the discharge procedure. The Council does not recognise Parliament's authority but sees itself on the same level, as one of two arms of the EU budgetary authority. Parliament's interpretation of Article 319 of the Treaty on the Functioning of the European Union clearly distinguishes the two institutions' roles – Parliament being the authority which gives the discharge, whereas the Council gives a recommendation on whether to grant discharge.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di decisione del Parlamento europeo sul discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2014, sezione II – Consiglio europeo e Consiglio, in difesa delle prerogative del Parlamento europeo previste dai trattati e della sua importante funzione di esercizio del controllo pubblico sulle spese finanziate dal bilancio UE, e quindi dai contribuenti europei.

Il Consiglio, non rispondendo né dando seguito alla relazione del Parlamento europeo dello scorso aprile, si è dimostrato ancora una volto sordo alle legittime richieste di trasparenza e chiarimenti, delegittimando la nostra istituzione.

Le richieste del Parlamento in merito a dei bilanci separati tra Consiglio e Consiglio europeo, a una maggiore trasparenza nella gestione del patrimonio immobiliare, alla presentazione della relazione annuale e a maggiori informazioni sul problema del sottoutilizzo sono condivisibili e meritano di essere accolte: il Parlamento, in quanto organo eletto dai cittadini, ancorché autorità di bilancio, assieme al Consiglio, deve poter esercitare una funzione di pubblico scrutinio sull'uso delle risorse dell'Unione, in uno spirito di leale cooperazione istituzionale. Solo su questi presupposti credo che il Parlamento possa concedere il discarico del bilancio 2014.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht „Entlastung 2014: Gesamthaushaltsplan der EU – Europäischer Rat und Rat" gestimmt, da dieser Bericht sehr gut die bestehenden, gravierenden Mängel bei der Transparenz des Budgets zeigt. Der Rat weigert sich, viele Bereiche für das Parlament wirklich offenzulegen. Das ist aus Sicht der Bürger und des Parlaments als Finanzkontrollorgan nicht akzeptabel.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich stimme für die Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der EU für den Europäischen Rat im Jahr 2014.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al *European Council and the Council* voto a favor (de que se rechace la descarga y aprobación de cuentas) dada la falta de cooperación de esta institución y su opacidad. El informe está a favor de rechazar sus cuentas, como viene siendo habitual en las últimas veces que se ha hecho balance de su gestión. Voto con la mayoría del Parlamento, que en las últimas ocasiones ha rechazado la gestión del Consejo Europeo y el Consejo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Parliament's interpretation of Article 319 TFEU clearly sees a distinction between the two institutions' roles. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament granted a discharge in respect of the implementation of the budget of the European Council for the financial year 2014. The Court of Auditors concluded that the payments as a whole for the year ending 31 December 2014 for administrative and other expenditure by the institutions and bodies were free from material error.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης, αφού το Συμβούλιο αρνείται να απαντήσει επαρκώς για τις επιπλέον δαπάνες που προέκυψαν κατά το 2014. Θεωρούμε πως όλα τα όργανα της ΕΕ πρέπει να ελέγχονται με διαφάνεια, επαρκώς και ισότιμα ως προς τους προϋπολογισμούς τους.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion that called on Parliament to refuse to grant the Secretary-General of the Council discharge in respect of the implementation of the budget of the European Council and of the Council for the financial year 2014.

The repeated difficulties in the discharge procedure are regrettable. It is also regrettable that the Council continues to fail to provide answers to Parliament's questions and that only three out of 27 questions submitted to the Council in relation to the financial year 2014 received a clear reply in the documents provided by the Council within the discharge exercise. I believe a revision of the Treaties and of the Financial Regulation is needed in order to clarify the objectives and processes of the discharge procedure, and to define sanctions for failing to comply with the rules as stated in the Treaties.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2014., dio II. - Europsko vijeće i Vijeće, jer se time odbija dati razrješnicu glavnom tajniku Vijeća. Smatram da sve institucije Unije trebaju poslovati transparentno i na odgovoran način te da je dostupnost informacijama i dokumentima ključna radi podizanja povjerenja građana u europske institucije.

U tom kontekstu držim da je neprimjereno da Europsko vijeće i Vijeće ne dostavljaju svoja godišnja izvješća o radu Parlamentu, te da postoji realna potreba za modernizacijom uprave samog Vijeća. Povrh toga, nužno je da Vijeće izradi detaljne antikorupcijske smjernice te je stoga suradnja Vijeća i Parlamenta neizbježna u vidu učinkovitog proračunskog nadzora.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – On ne peut que déplorer le refus du Conseil de coopérer avec le Parlement par la transmission de son rapport d'activité, preuve manifeste de non-respect des règles établies par les traités, les dépenses étant traditionnellement soumises au contrôle du Parlement, autorité de décharge budgétaire. Je soutiens la proposition consistant à séparer les budgets des deux institutions pour une meilleure transparence et me joins à l'effort collectif visant à rappeler le rôle de contrôle du Parlement sur l'activité budgétaire du Conseil.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'octroi de la décharge pour le budget général de l'UE au Conseil européen et au Conseil. Ce vote a été motivé par le manque de coopération du Conseil avec l'autorité de décharge.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag kritisiert den Europäischen Rat wegen mangelnder Bereitschaft, mit der Entlastungsbehörde zusammenzuarbeiten. Dabei wird insbesondere betont, dass der Europäische Rat seinen jährlichen Tätigkeitsbericht dem Parlament nicht zur Verfügung stellt, wodurch das Recht der Bürger der Union auf Information und Transparenz stark beeinträchtigt wird. Dies stellt ein bedenkliches Symptom für ein Demokratiedefizit in den Organen der Union dar. Daher hätte ich der Verweigerung einer Entlastung zugestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Parliament's interpretation of Article 319 of the Treaty on the Functioning of the European Union clearly sees a distinction in the two institutions' role. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car il déplore le manque de transparence dans l'exécution du budget du Conseil. Il est scandaleux que le Conseil ait refusé de fournir au Parlement des informations sur ses comptes.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la décharge 2014 concernant le Conseil européen et le Conseil. Ce rapport appelle à refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014.

Une fois de plus, le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions.

Une fois de plus, le Conseil n'a pas transmis son rapport d'activité au Parlement. Comme chaque année, le rapport reprend l'idée d'imposer une séparation entre les budgets du Conseil et du Conseil européen afin d'assurer une gestion financière plus transparente, contrainte à laquelle le Conseil semble vouloir se soustraire. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des données exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Naturellement, le rapport souligne l'absence de règles relatives aux «lanceurs d'alerte» dans les statuts du Conseil et l'invite à participer au registre de transparence de l'Union européenne, à adopter un code de conduite interne à l'institution, ainsi que des lignes directrices de lutte contre la corruption.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Une fois de plus, le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions.

Une fois de plus, le Conseil n'a pas transmis son rapport d'activité au Parlement. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des données exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Naturellement, le rapport souligne l'absence de règles relatives aux «lanceurs d'alerte» dans les statuts du Conseil et l'invite à participer au registre de transparence de l'Union européenne, à adopter un code de conduite interne à l'institution ainsi que des lignes directrices de lutte contre la corruption. Ainsi, le rapport appelle à refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014 et souligne l'absence de contrôle factuel et inquiétant du Parlement sur l'activité budgétaire du Conseil. C'est pourquoi, je me suis prononcé pour ce rapport.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El Consejo Europeo y el Consejo siguen sin presentar cuentas separadas, un informe anual de sus actividades o respondiendo de manera clara a las preguntas de la comisión parlamentaria de presupuestos. Considero que esta falta de transparencia es inadmisible, por lo que he denegado la aprobación de la gestión 2014.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem pro odmítnutí absolutoria, tedy pro odmítnutí schválení závěrečného účtu Evropské rady. Evropská rada neposkytla Evropskému parlamentu závěrečné účty za rok 2014 ani výroční zprávu, nelze tedy podpořit schválení závěrečného účtu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izvješće napominje da je Vijeće, u dokumentima koji su dostavljeni u okviru postupka davanja razrješnice, jasno odgovorilo na samo tri od 27 pitanja u vezi s financijskom godinom 2014. Ovo je samo jedan u nizu poteškoća u postupcima davanja razrješnice, čiji je uzrok nesuradnja Vijeća. U stajalištu Komisije iz siječnja 2014. istaknuto je da sve institucije moraju u potpunosti primjenjivati preporuke koje je Parlament iznio u okviru postupka davanja razrješnice i prema kojem moraju zajedno surađivati kako bi se zajamčila neometana provedba postupka davanja razrješnice.

Vijeće svojim odbijanjem da Parlamentu podnese tražene dokumente onemogućuje i pravo građana EU-a na informacije i transparentnost, što daje razloga za zabrinutost. Takva situacija dovodi do ozbiljne povrede obveza koje proizlaze iz Ugovora zbog čega je nužno da se Vijeće pridruži registru transparentnosti Unije kako bi se zajamčila odgovornost institucije.

Nesuradnjom Europskog vijeća i Vijeća s tijelom nadležnim za davanje razrješnice šalje se negativna poruka građanima Unije. Stoga sam podržala ovo izvješće kojim se odbija dati razrješnicu glavnom tajniku Vijeća za izvršenje proračuna Europskog vijeća i Vijeća za financijsku godinu 2014.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Παραπέμποντας στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 26 Οκτωβρίου 2016, ψηφίζω υπέρ της δεύτερης έκθεσης η οποία δεν χορηγεί απαλλαγή στον Γενικό Γραμματέα του Συμβουλίου όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου και του Συμβουλίου για το οικονομικό έτος 2014.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Fait notoire, on observe dans ce texte le refus de voter la décharge sur l'exécution du budget 2014. Le Conseil ayant refusé de coopérer avec le Parlement et de transmettre son rapport d'activité, il n'est en effet pas possible d'accorder la décharge sur l'exécution du budget. De plus, le rapport propose de clarifier la gestion financière des institutions: un vœu pieux auquel nous ne pouvons qu'être favorables.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai dėl Europos Vadovų Tarybos ir Tarybos 2014 finansinių metų bendrojo biudžeto įvykdymo patvirtinimo. Rezoliucijoje Taryba yra raginama veiksmingiau užtikrinti skaidrumą ir demokratinę atskaitomybę Sąjungos mokesčių mokėtojams, taip pat parengti išsamias kovos su korupcija gaires ir nepriklausomas savo struktūrų vidaus politikos priemones, kuriomis būtų didinamas teisėkūros procedūrų ir derybų skaidrumas, siekiant grąžinti žmonių pasitikėjimą ES institucijomis.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport propose de refuser de donner quitus au Conseil européen et au Conseil pour l'exécution de leur budget 2014. Le Conseil viole en effet plusieurs de ses obligations budgétaires et ne transmet pas au Parlement les rapports nécessaires pour qu'il puisse exercer son contrôle budgétaire. Ce n'est pas nouveau, puisque le Parlement a déjà refusé de donner quitus pour les budgets du Conseil 2009, 2010, 2011, 2012 et 2013. On ne voit donc pas ce que ce nouveau refus va changer. Tant que le Parlement n'assumera pas de bloquer la procédure budgétaire comme il en a théoriquement le pouvoir, le Conseil continuera d'ignorer ses votes avec la complaisance de la Commission. Bien qu'il soit donc symbolique, je vote néanmoins pour ce refus de décharge.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir com os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações que conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir com os objetivos propostos.

É nesse sentido, o meu voto desfavorável à quitação ao Secretário-Geral do Conselho pela execução do orçamento do Conselho Europeu e do Conselho para o exercício de 2014

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported Parliament's position not to grant the discharge of the 2014 general budget as the Council continues to refuse to provide the Parliament their annual activity report and respond to questions from Parliament's Budget Committee.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En ce qui me concerne, les institutions de l'Union doivent travailler aussi ouvertement que possible, de la manière la plus transparente mais aussi au plus près des citoyens. Ce sont des critères absolument essentiels, auxquels nous ne pouvons faire aucune dérogation, car ils représentent l'essence même de l'Union européenne, qui a un devoir d'explication, de clarification, d'information à l'égard du citoyen européen. N'estimant pas que Conseil européen et le Conseil ont rempli leur devoir de transparence en ne présentant pas au Parlement leur rapport d'activités annuel mais aussi plusieurs autres informations concernant les dépenses engagées, j'ai décidé de refuser la décharge au secrétaire général du Conseil sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2014. Leur comportement, à mon sens, porte atteinte à la réputation des institutions de l'Union européenne.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I am in agreement with Parliament's interpretation of Article 319 of the TFEU, which clearly sees a distinction between the two institutions' roles. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge. Therefore I have voted in favour of the report

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Költségvetési Ellenőrző Bizottság által a Parlamenthez benyújtott határozati javaslat azt indítványozza, hogy a Parlament tagadja meg a mentesítést a Tanács főtitkárától az Európai Tanács és a Tanács 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetése végrehajtására vonatkozóan. A csatolt állásfoglalásra irányuló indítvány ezt azzal indokolja, hogy az Európai Tanács és a Tanács megtagadja a tényleges költségvetési ellenőrzéshez szükséges együttműködést a Parlamenttel; nem nyújtják be a Parlamentnek éves tevékenységi jelentéseiket és a Költségvetési Ellenőrző Bizottság tagjai által a 2014-es pénzügyi év kapcsán a Tanácshoz intézett huszonhét kérdésből csak háromra kaptak világos választ a Tanács által a mentesítési eljárás keretében benyújtott dokumentumokban. A Parlament ezért éppúgy nincs abban a helyzetben, hogy megalapozott döntést hozhasson a mentesítés megadásáról, ahogyan nem tudott megalapozott döntést hozni a 2009-es, 2010-es, 2011-es, 2012-es és 2013-as pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtására vonatkozó mentesítés kérdésében sem.

A javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport préconise de refuser la décharge sur l'exécution du budget 2014. Une fois de plus, le Conseil refuse de coopérer avec le Parlement, autorité de décharge budgétaire. Il s'agit d'un manquement grave aux obligations fixées par les traités, les dépenses du Conseil devant être contrôlées au même titre que celles des autres institutions. Le Conseil n'a pas transmis au Parlement son rapport d'activité.

Comme chaque année, le rapport reprend l'idée d'imposer une séparation entre les budgets du Conseil et du Conseil européen afin d'assurer une gestion financière plus transparente, contrainte à laquelle le Conseil semble vouloir se soustraire. Le rapport exige du Conseil qu'il transmette au Parlement des données exactes sur les projets immobiliers et leurs coûts. Mon vote est favorable (à savoir le refus de la décharge).

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – As instituições da União Europeia devem ser transparentes e plenamente responsáveis perante os cidadãos da União relativamente aos fundos que lhes são confiados enquanto instituições da União. O Conselho Europeu e o Conselho, enquanto instituições da União, devem ser democraticamente responsáveis perante os cidadãos da União, visto que são beneficiários do orçamento geral da União Europeia.

Subscrevo a posição do relator ao lamenta que o Conselho Europeu e o Conselho não forneçam ao Parlamento o seu relatório anual de atividades, considerando que tal é inadmissível e nocivo para a reputação as instituições da UE.

Dado que é da competência do Parlamento conceder quitação nos termos dos artigos 316.º, 317.º e 319.º do TFUE, em consonância com a prática e interpretação atuais, nomeadamente de conceder quitação pela execução de cada rubrica do orçamento, a fim de manter a transparência e assegurar a responsabilidade democrática perante os contribuintes da União, e uma vez que o Conselho não apresentou ao Parlamento os documentos solicitados, prejudica o direito dos cidadãos da União à informação e à transparência.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Parliament's interpretation of Article 319 TFEU clearly sees a distinction between the two institutions' roles. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui refuse l'octroi de la décharge. J'ai suivi l'avis de la commission CONT qui a décidé, à l'unanimité, de refuser la décharge notamment à cause du manque de coopération du Conseil avec l'autorité de décharge.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Kötelességemnek éreztem elutasítani a 2014. évi általános költségvetés végrehajtására vonatkozó mentesítést. Ennek legfőbb oka az egyes intézmények hajlandóságának hiánya együttműködni az Európai Parlamenttel. Hol várhatja el az ember a teljes átláthatóságot, ha nem az EU-szintű intézményekben? Olyan alapvető kérdésekre nem kaptunk választ, mint például az épületek fenntartásának költsége. Kizárólag akkor fogok a mentesség végrehajtásába beleegyezni, ha világos válaszokat és magyarázatokat kapunk a kérdéseinkre. Annak pedig kimondottan örülök, hogy kollégáim is hasonlóan vélekednek. Az Európai Parlamentet az emberek azért választják, hogy az érdekeik megfelelően legyenek képviselve, és mi most pontosan azt tesszük.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Each year the European Parliament takes a decision, under the form of a recommendation by the Parliament from the Council, regarding the discharge for budget implementation through which it releases the Commission from its responsibility on managing the given budget for a specific year by marking the end of its execution. I have voted for this report on the EU general budget for the European Council and Council 2014 discharge.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Entschließungsantrag ausgesprochen, da der Europäische Rat und der Rat wegen ihrer mangelnden Bereitschaft, mit der Entlastungsbehörde zusammenzuarbeiten, auch kritisch betrachtet werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Iga institutsioon on vastutav oma eelarve korrektse täitmise eest. Parlament kannab selles protsessis järelevalve rolli. On kahetsusväärne, et kõne all olevad institutsioonid ei esita Euroopa Parlamendile oma iga-aastast tegevusaruannet ning asutuste eelarveid ei ole siiani lahku viidud. Ülemkogu ja nõukogu 2014. aasta eelarve tuleb tagasi lükata, kuna selles on ikka veel märkimisväärselt palju lahendamata küsimusi.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted in favour of this decision and non-binding resolution to refuse the granting of discharge to the Council. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. There is a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. According to the Lisbon Treaty, the European Parliament is only supposed to grant discharge to the Commission, however it has taken upon itself (and created a whole procedure) to grant discharge to every EU agency and institution. The Council always refuses to cooperate because of this legal point and have been refused discharge by the Parliament for the last few years. The refusal of discharge in this case does not include a decision on the closure of accounts, which should be decided at a later date. The motion for a resolution criticises the Council and calls for more transparency. UKIP's general position on discharge

votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – È indubbio che tutte le istituzioni debbano essere trasparenti e rendere conto ai cittadini dell'Unione in merito ai fondi loro affidati. Considerato che l'Unione è rappresentata da ciascuna delle sue istituzioni in base alla loro autonomia amministrativa e data, dunque, la proposta in esame, intenderei pronunciarmi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Odluku o Razrješnici za izvršenje općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2014., iako je u travnju odluka o razrješnici, zbog premale suradnje Vijeća, bila odgođena. Podržavam ranije izražen stav Parlamenta kako bi Vijeće trebalo pokazati veću transparentnost i odgovornost prema građanima Unije u upravljanju sredstvima koja su mu povjerena sudjelujući u potpunosti i u dobroj vjeri u godišnjem izvješćivanju o trošenju proračunskih sredstava EU-a, upravo jednako kao što to čine i ostale institucije EU-a.

Europsko vijeće i Vijeće su 2014. godine imali opći proračun od 534 200 000 EUR sa stopom izvršenja od 91,3 % što je dovoljan razlog da svoj rad učine transparentnim pred građanima koje Europski parlament izravno zastupa i čije interese štiti.

Smatram da se jedino punom transparentnošću može utjecati na podizanje povjerenja građana u Europsku uniju i njene institucije, pogotovo u turbulentnom vremenu u kojem danas živimo izloženi različitim, većim i manjim krizama, a koje građani koji financiraju rad ovih Vijeća osjećaju na svojoj koži u svakom kutku Unije.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nesuradnjom naših institucija šaljemo negativnu poruka građanima Unije. Vijeće svojim odbijanjem podnošenja traženih dokumenata potkopava pravo građana Unije na informacije. Institucije Unije moraju biti transparentne i odgovorne građanima Unije u pogledu sredstava koja su im povjerena. Žalim zbog toga što se Vijeće i dalje ne izjašnjava o primjedbama iz Rezolucije Parlamenta o razrješnici od 28. travnja 2016. u pogledu trenda povećavanja neutrošenih sredstava i prijenosa obveza proteklih godina.

Pozivam Vijeće da pruži informacije o postupku osuvremenjivanja svoje uprave, donese kodeks o ponašanju, provede pravila o zviždačima, izradi detaljne antikorupcijske smjernice te da se pridruži registru transparentnosti Unije kako bi se zajamčila transparentnost i odgovornost institucije. Ovlast je Parlamenta da daje razrješnice prema člancima 316., 317. i 319. UFEU-a i to za svaki naslov proračuna pojedinačno kako bi se očuvala transparentnost i demokratska odgovornost prema poreznim obveznicima Unije.

Rashodi Vijeća se moraju nadzirati na isti način kao i oni ostalih institucija. Žalim što proračuni Europskog vijeća i Vijeća još nisu razdvojeni. Relevantni dionici moraju bez daljnjeg odgađanja poduzeti potrebne korake kako bi se to pitanje tematiziralo. Revizija ugovorâ i Financijske uredbe je potrebna da bi se pojasnili ciljevi i postupci u davanju razrješnice i definirale kazne za nepridržavanje tih pravila.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Uma vez que o Conselho ainda não se pronunciou em relação às observações formuladas pelo Parlamento na sua resolução de quitação de 28 de abril de 2016 sobre a tendência dos exercícios anteriores para um aumento da subutilização de dotações e da transição de autorizações, não forneceram ao PE o seu relatório anual de atividades, acompanhamos a proposta de não dar quitação.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Udělení absolutoria je možné jen v případě, že evropské instituce prokazují dostatečnou transparentnost a dokážou poskytnout potřebné odpovědi na rozpočtové otázky Parlamentu. Toho jsme se bohužel v případě Rady i Evropské rady, které neprokazují známky dostatečné spolupráce, opět nedočkali. Z tohoto důvodu jsem hlasoval pro odmítnutí udělení absolutoria generálnímu tajemníkovi Rady za plnění rozpočtu těchto dvou institucí za rok 2014. Ačkoliv administrativní výdaje rozpočtu Unie tvoří jen zhruba 5 procent jeho celkové výše, je nepochopitelné, že příjemci peněz evropských daňových poplatníků nejsou už několikátý rok v řadě motivováni k tomu řádně předkládat a zodpovídat účty. Evropský rozpočet je napnutý téměř do poslední nitky, potýkal se s platební krizí, pro jejíž řešení musela být vytvořena dokonce meziinstitucionální strategie. Poslanci Evropského parlamentu se dále snaží najít způsoby, jak skrze nástroje flexibility financovat co nejvíce politik mířících k zvýšení blahobytu a bezpečí občanů. Je mi líto a považuji až za ostudné, že ani v tomto kontextu zřejmého nedostatku financí není možné kvůli pasivitě vzpouzející se Rady a Evropské rady oficiálně uzavřít jejich účty. Přiklonil jsem se tedy v konečném důsledku k přesvědčení revidovat smlouvy a finanční nařízení. Jedině tak dojde k objasnění postupu udělování absolutoria a zavedení přísných postihů, pokud nejsou pravidla respektována.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione ricorda che il trattato sul funzionamento dell'Unione europea (TFUE) e il regolamento finanziario delle istituzioni europee attribuiscono al Parlamento europeo le prerogative relative alla concessione del discarico per l'esecuzione del bilancio. Sottolineo che tutte le istituzioni dell'Unione dovrebbero sforzarsi di essere quanto più possibile trasparenti e dovrebbero rendere pienamente conto ai cittadini dell'Unione in merito all'utilizzo dei fondi a loro affidati.

A causa di una molteplicità di questioni in sospeso il Parlamento europeo ha deciso di non concedere al Consiglio europeo e al Consiglio dell'UE il discarico per l'esecuzione del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2014, sezione II. Anche io ho votato in favore di questa decisione, auspicando che le suddette istituzioni forniscano quanto prima delle risposte esaurienti e dettagliate nell'interesse dei cittadini europei.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – En suivant la décision prise à l'unanimité en commission du contrôle budgétaire, nous avons décidé de refuser l'octroi de la décharge en raison du manque de coopération du Conseil avec l'autorité de décharge.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O processo de quitação é a aprovação final do Parlamento Europeu à forma como é implementado o orçamento da UE para um determinado ano. O Parlamento examina os relatórios da Comissão Parlamentar do Controlo Orçamental e, tendo em consideração a recomendação do Conselho, decide conceder, adiar ou recusar a quitação. Ora a quitação do orçamento geral da União Europeia para o exercício de 2014 ainda não está terminada, porque várias questões, referentes à Secção II - Conselho Europeu e Conselho, perduram.

Nos documentos providenciados pelo Conselho, somente três das vinte e sete questões apresentadas pelo Parlamento, obtiveram uma resposta clara. Foram ignorados pedidos de informação sobre património imobiliário, o relatório de contas, entre outros.

É totalmente lamentável que o Conselho Europeu e o Conselho não forneçam ao Parlamento o seu relatório anual de atividades, tornando-se tal inadmissível e nocivo para a reputação as instituições da União Europeia, principalmente na atual conjetura.

Por fim, relembro ao Conselho o ponto de vista da Comissão, expresso em 2014, segundo o qual todas as instituições devem participar no seguimento a dar às observações formuladas pelo Parlamento no âmbito do exercício de quitação e todas as instituições devem cooperar para assegurar o correto desenrolar do processo de quitação. Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted in favour of this decision and non-binding resolution to refuse the granting of discharge to the Council. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. There is a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. According to the Lisbon Treaty, the European Parliament is only supposed to grant discharge to the Commission, however it has taken upon itself (and created a whole procedure) to grant discharge to every EU agency and institution. The Council always refuses to cooperate because of this legal point and have been refused discharge by the Parliament for the last few years. The refusal of discharge in this case does not include a decision on the closure of accounts, which should be decided at a later date. The motion for a resolution criticises the Council and calls for more transparency. UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar que a não apresentação pelo Conselho ao Parlamento dos documentos solicitados acima de tudo prejudica o direito dos cidadãos da União à informação e à transparência e está a tornar-se motivo de preocupação, dado refletir um certo défice democrático no seio das instituições da União.

Considero que esta situação constitui um incumprimento grave das obrigações decorrentes dos Tratados e que as partes interessadas devem tomar as medidas necessárias para resolver este problema sem demora. Desta forma, poderá ser necessária uma revisão dos Tratados e da regulamentação financeira para clarificar os objetivos e os procedimentos do processo de quitação e para definir sanções em caso de incumprimento das regras enunciadas nos Tratados.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado la decisión por la que el Parlamento deniega al Secretario General del Consejo la aprobación de la gestión en la ejecución del presupuesto del Consejo Europeo y del Consejo para el ejercicio 2014, así como la resolución del Parlamento en que lamenta que el Consejo Europeo y el Consejo no hayan facilitado su informe anual de actividades al Parlamento, hecho inadmisible que daña la reputación de las instituciones de la Unión, así como, que no se hayan separado los presupuestos de ambas instituciones con arreglo a lo recomendado por el Parlamento en las recientes resoluciones sobre la aprobación de la gestión.

El Parlamento recuerda que todas las instituciones de la Unión deben ser transparentes y plenamente responsables ante los ciudadanos de la Unión, por los fondos que se les confían en tanto que instituciones de la Unión y que tanto el Consejo Europeo y el Consejo, como instituciones de la Unión, deberían estar sometidos a responsabilidad democrática frente a los ciudadanos en la medida en que son beneficiarios del presupuesto general de la Unión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition de résolution législative qui, conformément aux prérogatives du Parlement européen, refuse la décharge au secrétaire général du Conseil sur l'exécution du budget du Conseil européen et du Conseil pour l'exercice 2014.

En effet, la non-transmission au Parlement des documents financiers demandés au Conseil porte atteinte à la fois au droit à l'information et à la transparence vis-à-vis des citoyens de l'Union. Il est donc nécessaire que le Conseil prenne la mesure du problème de manière urgente afin de respecter le rôle du Parlement européen qui lui a été conféré par les traités.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias devem reger-se por critérios de rigor, transparência e responsabilidade, no que respeita aos fundos que lhe são confiados.

Quer o Conselho Europeu, quer o Conselho, enquanto instituições europeias, são beneficiários do Orçamento Geral da UE e, nesse sentido, devem responder perante os cidadãos, não se compreendendo, por isso, até ao momento, a não pronúncia do Conselho relativamente às observações do Parlamento Europeu, sobre a tendência dos exercícios anteriores implicarem um aumento da subutilização de dotações e da transição de autorizações.

Paralelamente, existe outro conjunto de questões pendentes, relacionadas com o não fornecimento do relatório anual de atividades de ambas as instituições- o que mancha e destrói a reputação e a credibilidade de todas as instituições europeias.

Além disso, o não acatamento da recomendação para a separação do Conselho Europeu e do Conselho, como tem sido proposto em recentes resoluções de quitação e a falta de informação sobre os custos dos edifícios e dos projetos imobiliários em marcha, entre outras, são também factos preocupantes.

Face ao que precede e ao teor das demais observações constantes do relatório, votei no sentido de recusar a quitação pela execução do orçamento destas duas instituições para o exercício de 2014.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al *European Council and the Council* voto a favor (de que se rechace la descarga y aprobación de cuentas) dada la falta de cooperación de esta institución y su opacidad. El informe está a favor de rechazar sus cuentas, como viene siendo habitual en las últimas veces que se ha hecho balance de su gestión. Voto con la mayoría del Parlamento, que en las últimas ocasiones ha rechazado la gestión del Consejo Europeo y el Consejo.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entlastung des Gesamthaushaltsplans der EU – Europäischer Rat und Rat – gestimmt, da es eine nur mangelnde Zusammenarbeit mit der Entlastungsbehörde gab.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El Consejo Europeo y el Consejo siguen sin presentar cuentas separadas, un informe anual de sus actividades o respondiendo de manera clara a las preguntas de la comisión parlamentaria de presupuestos. Considero que esta falta de transparencia es inadmisible, por lo que he denegado la aprobación de la gestión 2014.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Parliament's interpretation of Article 319 of the Treaty on the Functioning of the European Union clearly sees a distinction in the two institutions' role. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Už druhú správu k absolutóriu pre rozpočty Európskej rady a Rady za rok 2014 som podporila, a rovnako ako spravodajca súhlasím s neudelením absolutória pre tieto inštitúcie. Síce panuje dlhodobý spor medzi Európskym parlamentom a Radou ohľadom interpretácie rozpočtových právomocí, zmluvy stanovujú jasne, že Parlament má právomoc udeľovať absolutórium, pričom Rada prichádza len s odporučením. Navyše Rada nie je s Parlamentom ochotná spolupracovať a doteraz sa nevyjadrila k pripomienkam, ktoré boli vznesené ešte v apríli tohto roka. Parlamentu chýba nielen vysvetlenie o rastúcej miere nevyužitých prostriedkov a prenose záväzkov, ale nedostal ani výročnú správu o činnosti Rady. Do úvahy neboli vzaté ani návrhy, aby boli rozpočty Európskej rady a Rady oddelené. Rada tiež vynakladá nemalé prostriedky na svoju novú budovu Európa. Jej dokončenie sa oneskorilo, no Parlament nemá dostatok informácií o vzniknutých nákladoch ani o dosiahnutom pokroku. Výdavky Rady by mali byť kontrolovateľné rovnakým spôsobom ako výdavky ostatných inštitúcií. Popritom je zarážajúce, že Rada stále neprijala svoj kódex správania a nepripojila sa k registru transparentnosti. Práve transparentnosť a právo občanov na informácie sú kľúčovými faktormi dôveryhodnosti európskych inštitúcií. Tento rozpor by sa mal konečne uzavrieť a Rada by mala predložiť všetky nevyhnutné dokumenty, aby bolo možné jej rozpočtové plnenie zodpovedne skontrolovať.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európsky parlament, ako jediná európska inštitúcia volená priamo občanmi, má legitímne právo kontrolovať hospodárenie a činnosť Európskej rady a Európskej komisie. Občania sa na poslancov jednotlivo, ako aj na Parlament ako celok často obracajú s otázkami o nakladaní s financiami európskych inštitúcií a my im nedokážeme dať adekvátne odpovede, pretože nedisponujeme zodpovedajúcimi informáciami. Aj kvôli zvyšovaniu dôvery občanov v Európsku úniu sa tento nepochopiteľný prístup našich partnerov musí do budúcnosti zmeniť.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die „Entlastung für die Ausführung des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2014, Einzelplan II – Europäischer Rat und Rat" habe ich nicht zugestimmt.

Der Rat verweigert sich jeder haushalterischen Kontrolle, so dass das EU-Parlament mit Recht die Entlastung verweigert hat.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2014, oddelek II – Evropski svet in Svet. Ne moremo podeliti razrešnice generalnemu sekretarju Sveta glede izvrševanja proračuna, saj je ostalo veliko vprašanj še odprtih. Od tega, da Evropski svet in Svet nista predložila Evropskemu parlamentu svojega letnega poročila o dejavnosti, kar je nedopustno, do tega, da proračuna Evropskega sveta in Sveta še nista bila ločena, kar je Evropski parlament priporočil v nedavnih resolucijah o razrešnicah. Vsekakor, če želimo učinkoviti proračunski nadzor, moramo zagotoviti potrebno sodelovanje med Svetom in Evropskim parlamentom.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε υπέρ της συγκεκριμένης έκθεσης, αφού το Συμβούλιο αρνείται να απαντήσει επαρκώς για τις επιπλέον δαπάνες που προέκυψαν κατά το 2014. Θεωρούμε πως όλα τα όργανα της ΕΕ πρέπει να ελέγχονται με διαφάνεια, επαρκώς και ισότιμα ως προς τους προϋπολογισμούς τους.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely megtagadja a mentesítést a Tanács főtitkárától az Európai Tanács és a Tanács 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetése végrehajtására vonatkozóan. A jelentéshez hasonlóan sajnálatosnak tartom, hogy az Európai Tanács és a Tanács nem nyújtják be a Parlamentnek éves tevékenységi jelentéseiket. Ez elfogadhatatlan és az uniós intézmények hírnevére nézve is káros. Továbbá az sem elfogadható, hogy az Európai Tanács és a Tanács költségvetését még nem választották szét, ahogy azt a Parlament a közelmúltbeli mentesítési állásfoglalásokban ajánlotta. Szorgalmazom, hogy a Tanács orvosolja a jelentés által megfogalmazott hiányosságokat, különös tekintettel a Parlamentnek adott válaszokat illetően. Ezentúl szintén várom a Tanács tájékoztatását igazgatása modernizálásának folyamatáról, főleg annak a Tanács költségvetésére gyakorolt várható hatásáról.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge. Je profite de cette explication de vote pour souligner ma déception face au fait que le Conseil européen et le Conseil ne présentent pas au Parlement leur rapport d'activités annuel. C'est inacceptable et cela porte atteinte à la réputation des institutions de l'Union européenne!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The second report on the implementation of the general budget of the European Union for the financial year 2014 outlines the use of the general budget for 2014. The report aims to afford insight into the EU budget mechanism and how the budget was managed and spent in 2014, including the different expenses of the European institutions. I voted in favour of the report, calling on Parliament to refuse to grant the Secretary-General of the Council discharge in respect of the implementation of the budget of the European Council and of the Council for the financial year 2014. The absence of the annual activity report is detrimental to the reputation, integrity and transparency of all the EU institutions.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće kojim se odbija dati razrješnica za proračun Europske unije u području Europskog vijeća i Vijeća za 2014. godinu, jer smatram da se ne može dati razrješnica niti jednom dijelu proračuna Europske unije dok Revizorski sud ne da pozitivno izvješće za opći proračun u cijelosti.

Uz navedeno, Europsko vijeće i Vijeće ne podnose godišnje izvješće o svojim aktivnostima Europskom parlamentu, te u skladu s tim ne postoje podatci o troškovima zgrada niti izvješća o napretku građevinskih projekata i detaljan prikaz dosadašnjih troškova.

Podržavam poziv Vijeću da dostavi podatke o postupku modernizacije uprave te posebno o očekivanom utjecaju modernizacije na proračun Vijeća. Ukoliko se uz mišljenje Revizorskog suda ne ispune svi navedeni uvjeti, smatram da zbog nedostatka transparentnosti Europski parlament ne smije dati razrješnicu za opći proračun Europskog vijeća i Vijeća za 2014. godinu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o razrešnici glede izvrševanja splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2014, oddelek II – Evropski svet in Svet sem podprla. Vse institucije Unije bi morale poslovati pregledno in biti v celoti odgovorne državljanom Unije za porabo sredstev, ki so jim bila zaupana kot institucijam Unije. Evropski svet in Svet kot instituciji Unije bi morala biti demokratično odgovorna državljanom Unije, saj prejemata sredstva iz splošnega proračuna Evropske unije. V skladu s členom 335 PDEU „[…] v zadevah, povezanih z delovanjem posameznih institucij, Unijo zastopa vsaka institucija na podlagi svoje upravne avtonomije", kar pomeni, da so ob upoštevanju člena 55 Uredbe (EU, Euratom) št. 966/2012 (finančna uredba) institucije vsaka posebej odgovorne za izvrševanje svojega proračuna. Evropski svet in Svet nista predložila Parlamentu svojega letnega poročila o dejavnosti, to pa je nedopustno in škoduje ugledu institucij EU. Dejstvo, da Svet zahtevanih dokumentov ni posredoval Parlamentu, spodkopava zlasti pravico državljanov Unije do obveščenosti in preglednosti ter postaja razlog za skrb, saj priča o določenem demokratičnem primanjkljaju v institucijah Unije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al *European Council and the Council* voto a favor (de que se rechace la descarga y aprobación de cuentas) dada la falta de cooperación de esta institución y su opacidad. El informe está a favor de rechazar sus cuentas, como viene siendo habitual en las últimas veces que se ha hecho balance de su gestión. Voto con la mayoría del Parlamento, que en las últimas ocasiones ha rechazado la gestión del Consejo Europeo y el Consejo.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Parlament Europejski poddał pod głosowanie swoje końcowe sprawozdanie dotyczące wykonania budżetu Rady Europejskiej i Rady za rok budżetowy 2014. Na tym etapie procedury Parlament mógł albo udzielić absolutorium, albo odmówić jego udzielenia. Z kilku powodów poparłem w głosowaniu to drugie rozwiązanie. Rada i Rada Europejska nie brały udziału w procesie udzielania absolutorium. Żadna z instytucji nie przedstawiła Parlamentowi swojego rocznego sprawozdania z działalności. Nie otrzymaliśmy również przejrzystych danych dotyczących kosztów poniesionych z tytułu inwestycji budowlanych i modernizacji administracji. Trybunał Obrachunkowy nie wydał poświadczenia wiarygodności w sprawie wykonania budżetu UE jako całości. Rada Europejska i Rada jako beneficjenci budżetu ogólnego muszą działać w sposób przejrzysty. Ponoszą bowiem odpowiedzialność przed obywatelami za to, jak zarządzają powierzonymi im funduszami. Poparłem sprawozdanie, które zawiera odmowę udzielenia absolutorium, i zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al *European Council and the Council* voto a favor (de que se rechace la descarga y aprobación de cuentas) dada la falta de cooperación de esta institución y su opacidad. El informe está a favor de rechazar sus cuentas, como viene siendo habitual en las últimas veces que se ha hecho balance de su gestión. Voto con la mayoría del Parlamento, que en las últimas ocasiones ha rechazado la gestión del Consejo Europeo y el Consejo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the second report on discharge in respect of the implementation of the general budget of the European Union for the financial year 2014, Section II – European Council and Council. All Union institutions ought to be transparent and fully accountable to the citizens of the Union for the funds entrusted to them. The European Council and the Council, as Union institutions, should be democratically accountable to the citizens of the Union as far as they are beneficiaries of the general budget of the Union. The report underlines that an effective budgetary control exercise requires the cooperation of Parliament and the Council. I voted in favour because I believe that the European Council's and the Council's lack of cooperation with the discharge authority sends a negative signal to the citizens of the Union.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El Consejo Europeo y el Consejo siguen sin presentar cuentas separadas, un informe anual de sus actividades o respondiendo de manera clara a las preguntas de la comisión parlamentaria de presupuestos. Considero que esta falta de transparencia es inadmisible, por lo que he denegado la aprobación de la gestión 2014.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Parliament's interpretation of Article 319 TFEU clearly sees a distinction between the two institutions' roles. Parliament has an institutional power in the Treaty to grant discharge. The Council has again refused to provide the Parliament with its annual activity report, and the Parliament has reiterated its call on the Council to provide the information needed for the discharge.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement kan de secretaris-generaal van de Raad geen kwijting voor de uitvoering van de begroting van de Europese Raad en de Raad voor het begrotingsjaar 2014 verlenen omdat er veel informatie ontbreekt. Zo heeft de Raad nog steeds niet gereageerd op de opmerkingen die het Parlement in zijn kwijtingsresolutie van 28 april 2016 heeft gemaakt over de trend van toenemende onderbesteding en overdrachten van kredieten van de vorige jaren. Het Parlement betreurt dat de Europese Raad en de Raad hun jaarlijks activiteitenverslag niet aan het Parlement voorleggen, en noemt dit ontoelaatbaar en funest voor de reputatie van de EU-instellingen. Zo zijn er slechts drie van de zevenentwintig vragen die in verband met het begrotingsjaar 2014 door de leden van de Commissie begrotingscontrole aan de Raad zijn voorgelegd duidelijk beantwoord. Het Europees Parlement neemt zijn functie van begrotingscontroleur ernstig op.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Uma vez que o Conselho ainda não se pronunciou em relação às observações formuladas pelo Parlamento na sua resolução de quitação de 28 de abril de 2016 sobre a tendência dos exercícios anteriores para um aumento da subutilização de dotações e da transição de autorizações, não forneceram ao PE o seu relatório anual de atividades, acompanhamos a proposta de não dar quitação.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag kritisiert die mangelnde Transparenz im Zusammenhang mit Tätigkeitsberichten des Europäischen Rates und des Rates der EU sowie den Angaben zu Kosten von Bauvorhaben. Ferner wird festgestellt, dass das Parlament nicht über ausreichende Angaben verfügt, um sachkundig über die Erteilung einer Entlastung entscheiden zu können, und deshalb auch in den bisherigen Entlastungsverfahren wiederholt Schwierigkeiten aufgrund der mangelnden Zusammenarbeit seitens des Rates aufgetreten sind. Durch die mangelnde Bereitschaft des Rats, mit der Entlastungsbehörde zusammenzuarbeiten und dem Parlament die angeforderten Unterlagen zu übermitteln, beeinträchtigt er das Recht der Bürger auf Information und Transparenz. Darin sehe ich ein bedenkliches Demokratiedefizit in den Organen der Union und habe daher dem Antrag zugestimmt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul prin care Parlamentul European refuză să acorde Secretarului General al Consiliului descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului Consiliului European și al Consiliului aferent exercițiului financiar 2014.

În rezoluția anexată raportului se specifică faptul că PE regretă că Consiliul European și Consiliul nu furnizează Parlamentului raportul lor anual de activitate și consideră că acest lucru este inadmisibil și este în detrimentul reputației instituțiilor UE. De asemenea, se exprimă regretul cu privire la faptul că bugetul Consiliului European și cel al Consiliului nu au fost încă separate, conform recomandării Parlamentului din rezoluțiile recente referitoare la descărcarea de gestiune.

Parlamentul European este de părere că lipsa de cooperare a Consiliului European și a Consiliului cu autoritatea care acordă descărcarea de gestiune este un semnal negativ pentru cetățenii Uniunii.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen het verlenen van kwijting voor de begroting van de Europese Raad en de Raad.

De PVV staat op het standpunt dat het niet tot de bevoegdheden van het Europees Parlement behoort om de begroting van de Europese Raad te kwijten. Daar gaan de nationale parlementen van de lidstaten over. Onthouden van kwijting van de begroting door het EP is dus prima.

De PVV kan daarom begrijpen dat de Raad vindt dat hij zich niet aan de begrotingsregels van het EP hoeft te houden. Maar dat betekent niet dat de PVV de begroting goedkeurt.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o absolutóriu za plnenie všeobecného rozpočtu Európskej únie za rozpočtový rok 2014 pre oddiely týkajúce sa rozpočtu Európskej rady a Rady som nepodporila. Ide už o druhú správu týkajúcu sa absolutória, pričom v rámci prvej správy sme v apríli tohto roka hlasovali o jeho odložení. Rovnako ako pri prvej správe z apríla tohto roka, aj pri hlasovaní o tejto správe som sa riadila presvedčením, že absolutórium by malo byť udelené až vtedy, keď bude rozpočet ako taký schválený Dvorom audítorov. Keďže sa to však v prípade rozpočtu za rok 2014 zatiaľ nepodarilo, hlasovala som proti udeleniu absolutória.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Sklep Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o razrešnici glede izvrševanja splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2014, oddelek II – Evropski svet in Svet. Strinjam se, da se ne podeli razrešnice generalnemu sekretarju Sveta glede izvrševanja proračuna Evropskega sveta in Sveta za proračunsko leto 2014.

Zaradi nesodelovanja Parlament ne more sprejeti informirane odločitve o podelitvi razrešnice. Za izvajanje učinkovitega proračunskega nadzora je potrebno sodelovanje Parlamenta in Sveta, da se ohranita preglednost in demokratična odgovornost davkoplačevalcem Unije.

Ugotovljeno je bilo, da so samo tri od sedemindvajsetih vprašanj, ki so jih Svetu predložili člani Odbora za proračunski nadzor v zvezi s proračunskim letom 2014, dobila jasen odgovor v dokumentih, ki jih je predložil Svet v postopku podelitve razrešnice

9.2. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen ENIAC (A8-0264/2016 - Marian-Jean Marinescu)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Corte dei conti ha espresso, per quattro anni consecutivi, un giudizio con rilievi sulla regolarità delle operazioni di bilancio nell'ENIAC. Inoltre gli studi di audit effettuati presentano tre metodologie di svolgimento differenti, non permettendo una valutazione globale e una comparazione. A causa della mancanza di elementi sufficienti e pur supportando il contenuto della relazione, ho espresso un voto negativo al discarico.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ENIAC. Discharge is a procedure whereby the European Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) is a research programme aimed at the integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a private-public partnership, bringing together the EU Commission and the Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision

on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayers' money.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento nanotecnológico y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en nanotecnología, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The ENIAC Joint Undertaking was asked to provide further information to the Committee on Budgetary Control on the reliability of its accounts and the legality and regularity of the underlying transactions. The replies provided by the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking (formerly the ENIAC Joint Undertaking) were considered to be satisfactory.

I therefore voted in favour of ENIAC's closure of accounts for 2014 and in favour of the resolution.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της Δεύτερης έκθεσης σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2014, διότι υποστηρίζω τις δράσεις τέτοιων κοινών επιχειρήσεων σε διάφορους τομείς, οι οποίες προσφέρουν πολλά οφέλη στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget.

Si les engagements financiers proviennent essentiellement de contributeurs extérieurs, la Cour relève un manque de sérieux dans le suivi des recommandations reçues du service d'audit interne de la Commission, l'entreprise commune tendant à continuer à faire peu de cas d'une possible optimisation de son audit interne.

Le rapport constate néanmoins que l'entreprise commune a reçu des autorités nationales concernées des garanties sur la fiabilité et la régularité de ses opérations.

Si le rapport évoque la nécessité de revoir la gestion de l'entreprise commune, de nombreux audits sont en cours, après l'enquête interne dont celle-ci a fait l'objet en 2015. S'ils tendent à démontrer que les procédures nationales fournissent une assurance raisonnable de légalité et de régularité des opérations, la Cour a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex post de l'entreprise commune. Ce qui ne garantit pas de suivre sa gestion avec précision. Ainsi a-t-elle émis des réserves sur ses comptes pour la quatrième année consécutive.

Je me suis donc opposée à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This decision is to grant discharge and close the accounts of ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council). It is a research programme aimed at enhancing the further integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a public-private partnership, bringing together the Commission and European Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 250.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond dans sa deuxième lecture, compte tenu de la réception des preuves supplémentaires pour justifier et clôturer les comptes sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC pour l'exercice 2014.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2007 m. gruodžio 20 d. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ENIAC, kurios paskirtis – parengti ir įgyvendinti mokslinių tyrimų darbotvarkę, skirtą pagrindinėms nanoelektronikos technologijoms plėtoti įvairiose taikymo srityse. Bendrosios įmonės finansinėse ataskaitose už 2014 metus bei vadovaujantis jos taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, yra pateiktos teisingai visais reikšmingais aspektais. Tačiau pritariu Audito Rūmams, kurie ketvirtus metus iš eilės savo ataskaitoje dėl Bendrovės įmonės 2014 finansinių metų ataskaitų paskelbė sąlyginę nuomonę dėl atliktų operacijų teisėtumo ir tvarkingumo, remdamiesi tuo, kad su nacionalinėmis finansavimo institucijomis (NFI) pasirašytuose administraciniuose susitarimuose dėl projektų išlaidų deklaracijų nėra nustatyta praktinė ex post auditų tvarka.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ENIAC. Discharge is a procedure whereby the European Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) is a research programme aimed at the integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a private-public partnership, bringing together the EU Commission and Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayers' money.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'entreprise commune ENIAC fait preuve d'une grande légèreté dans sa gestion, refusant de suivre de près les recommandations reçues du service d'audit interne de la Commission. La Cour des comptes européenne a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex-post de l'entreprise commune, ce qui ne garantit pas de suivre sa gestion avec précision et c'est la quatrième année de suite que la Cour émet des réserves sur ses comptes. J'ai donc voté contre l'octroi de la décharge sur l'exécution de son budget.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Conformément à la proposition de la commission du contrôle budgétaire j'ai voté en faveur de la décharge concernant ENIAC pour l'exercice 2014.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La procedura di discarico del bilancio rappresenta un momento importante nella vita istituzionale dell'Unione europea. In questa occasione il Parlamento europeo, unica istituzione eletta a suffragio universale dai cittadini, decide su raccomandazione del Consiglio se garantire o meno l'approvazione definitiva dell'esecuzione del bilancio per un determinato esercizio finanziario. Si tratta di un passaggio fondamentale che è anche l'occasione per indirizzare specifiche raccomandazioni alle istituzioni e alle agenzie che compongono la struttura dell'Unione.

Seguendo le indicazioni della commissione per il controllo dei bilanci (CONT), oggi ho deciso di votare a favore della relazione Marinescu che concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ENIAC e impresa comune ARTEMIS) per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune per l'esercizio 2014.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la aprobación de la gestión 2014 de la Empresa Común ECSEL, antes llamada ENIAC. Las cuentas presentan fielmente los resultados en sus aspectos significativos, por lo que he apoyado la aprobación de su gestión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui préconise d'accorder la décharge à ENIAC sur l'exécution de son budget pour l'exercice 2014.

Le constat posé par la Cour des comptes et repris par le rapporteur du Parlement est clair: peu de sérieux dans le suivi des recommandations précédentes fournies par la Commission, pas de rapport d'audit interne fournit par ENIAC en 2014; deux irrégularités massives dans la gestion de cette entreprise commune.

D'un point de vue purement budgétaire, on peut rappeler que le budget initial pour 2014 ne comprenait que des crédits d'engagement destinés aux frais de fonctionnement, à hauteur de 2 300 000 EUR, et que le budget ne prévoyait pas de crédits d'engagement destinés aux activités opérationnelles. En outre, il a été constaté que le taux d'utilisation des crédits d'engagement administratifs n'a été que de 43 %. Un véritable gaspillage budgétaire qui mérite d'être souligné et réformé.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014 presenta forti elementi di criticità che mi hanno convinta a non sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC y la Empresa Común Artemis) en la ejecución del presupuesto de la Empresa Común ENIAC para el ejercicio 2014, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas 2014 m. biudžeto įvykdymo patvirtinimas: dėl bendrosios įmonės ENIAC.

2007 m. gruodžio 20 d. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ENIAC (toliau – Bendroji įmonė), kurios paskirtis – parengti ir įgyvendinti mokslinių tyrimų darbotvarkę, skirtą pagrindinėms nanoelektronikos technologijoms plėtoti įvairiose taikymo srityse. Nuo 2010 m. liepos mėn. Bendrajai įmonei suteiktas finansinis savarankiškumas. Šios Bendrosios įmonės narės steigėjos yra Sąjunga, kuriai atstovauja Komisija, Belgija, Vokietija, Estija, Airija, Graikija, Ispanija, Prancūzija, Italija, Nyderlandai, Lenkija, Portugalija, Švedija, Jungtinė Karalystė ir Europos nanoelektronikos veiklos asociacija. Europos Parlamentas pripažįsta, kad Bendrosios įmonės finansinėse ataskaitose už 2014 m. sausio 1 d. – 2014 m. birželio 26 d. laikotarpį jos finansinė būklė 2014 m. birželio 26 d. ir su tą dieną pasibaigusiu laikotarpiu susijusių operacijų ir pinigų srautų rezultatai, vadovaujantis jos finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, yra pateikti teisingai visais reikšmingais aspektais. Taigi, Parlamentas pritaria bendros įmonės ENIAC 2014 finansinių metų sąskaitų uždarymui.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram podelitev razrešnice direktorju glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014, ker je Evropski parlament ugotovil, da zaključni račun skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje, v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o razrješnici za 2014. za zajedničko poduzeće ENIAC.

Zajednički poduzetnici okupljaju industrije i istraživačka tijela u javno-privatna partnerstva za potporu istraživanjima, nove tehnologije i demonstracijske aktivnosti i ubrzavaju uvođenje tržišta pojedinih tehnologija. Domene uključuju kontrole zračnog prometa, ugljikove energije, nanotehnologije, računalne tehnologije, čistije tehnologije zrakoplovstva i nuklearne fuzije.

Podržavam JUS u njegovim mnogim područjima rada koja su korisna za građane EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise d'accorder la décharge sur l'exécution du budget de cette entreprise commune, alors qu'en même temps, il soulève de sérieux doutes sur la sincérité des comptes de celle-ci, et ce pour la quatrième année consécutive.

Je vote donc contre ce rapport.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ENIAC e impresa comune ARTEMIS) per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2014 e approva la chiusura dei conti dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014. Riconosce che i conti dell'impresa comune per il periodo 1º gennaio-26 giugno 2014 presentano fedelmente la posizione finanziaria dell'impresa, nonché i risultati delle sue operazioni e i flussi di cassa. Il Parlamento è però preoccupato dal fatto che la Corte dei conti ha formulato un giudizio con rilievi sulla legittimità e la regolarità delle operazioni su cui sono basati i conti, poiché gli accordi amministrativi conclusi con le autorità di finanziamento nazionali (AFN), non contengono modalità pratiche per l'effettuazione di audit ex post. Il Parlamento fa notare che non è stato possibile trarre conclusioni in merito all'efficace funzionamento degli audit ex post e invita l'ECSEL a fornire ragionevoli garanzie circa la legittimità e la regolarità delle operazioni, deplorando la mancanza d'informazioni disponibili sui contributi in natura e i contributi in denaro e invitando la Corte a includere nelle sue relazioni future, delle disposizioni specifiche relative alla procedura di valutazione e al livello dei contributi in natura e in contanti.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ENIAC. Pourtant, le présent rapport se montre assez sévère sur la gestion de la contribution de l'Union qui s'est élevée à près de 450 millions d'euros sur 10 ans. Malgré les garanties de fiabilité et de régularité accordées par les autorités nationales concernées, j'ai voté contre le rapport accordant la décharge budgétaire.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Întreprinderea comună ENIAC are un rol esențial, fiind înființată în anul 2007 pentru o perioadă de 10 ani, având ca obiectiv principal elaborarea și implementarea unei agende de cercetare în vederea dezvoltării de competențe-cheie în domeniul nanoelectronicii pentru diferite sectoare de aplicare. În urma controalelor realizate, s-a constatat faptul că întreprinderea comună ENIAC dispune de conturi care prezintă într-un mod fidel situația financiară și rezultatele operațiunilor sale, precum și fluxurile de numerar aferente exercițiului financiar pe anul 2014, în conformitate cu dispozițiile normelor sale financiare. M-am exprimat în favoarea raportului privind descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ENIAC aferent exercițiului financiar 2014, deoarece consider că această întreprindere a gestionat într-un mod eficient și transparent fondurile avute la dispoziție, urmărind în permanență atingerea scopului pentru care a fost înființată.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione concernente il discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014 in quanto i conti dell'impresa comune per il periodo di riferimento presentano fedelmente la posizione finanziaria della stessa al 26 giugno 2014. L'affidabilità dei conti, nonché la legittimità e la regolarità delle relative operazioni, è attestata dalla dichiarazione presentata dalla Corte dei conti per l'esercizio 2014, a norma dell'articolo 287 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea. Tuttavia, dalla relazione della Corte si rileva che l'impresa comune non ha valutato la qualità delle relazioni di audit trasmesse dalle autorità di finanziamento nazionali concernenti i costi relativi ai progetti completati. A causa delle diverse metodologie utilizzate dalle AFN, non è stato possibile trarre conclusioni in merito all'efficacia del funzionamento degli audit ex post. Questi, infatti, non consentivano all'impresa comune di calcolare un tasso di errore ponderato o un tasso di errore residuo. Secondo la relazione della Corte, il bilancio finale dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014 comprende stanziamenti d'impegno per 2.356.000 di euro e stanziamenti di pagamento per 76.500.250 di euro.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The ENIAC Joint Undertaking was asked to provide further information to the Committee on Budgetary Control on the reliability of its accounts and the legality and regularity of the underlying transactions. The replies provided by the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking (formerly the ENIAC Joint Undertaking) were considered to be satisfactory.

I therefore voted in favour of ENIAC's closure of accounts for 2014 and in favour of the resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ENIAC. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) is a research programme aimed at the integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a private-public partnership, bringing together the EU Commission and the Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of granting discharge to the joint undertaking for the implementation of the joint technology initiative on nanoelectronics following the postponement of this decision due to the Court of Auditors' opinion to do so following a lack of information supporting the statement that the implementation of national procedures provided enough assurance as to the legality and regularity of the transactions.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa comune per il periodo dal 1º gennaio al 26 giugno 2014, ha espresso per il quarto anno consecutivo un giudizio con rilievi sulla legittimità e la regolarità delle operazioni su cui sono basati i conti. Inoltre, a seguito di una valutazione delle strategie di audit di tre autorità di finanziamento nazionali, non è stato possibile trarre conclusioni in merito all'efficace funzionamento degli audit ex post a causa delle diverse metodologie utilizzate.

Tali carenze hanno portato alla mancata concessione del discarico in prima istanza: dato che in realtà l'impresa comune ENIAC e l'impresa comune Artemis sono state fuse nel 2014 per creare l'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la *leadership* europea» (ITC ECSEL), tali carenze non possono in alcun modo essere risolte (di fatto ENIAC non esiste più).

Per questo motivo, pur supportando il contenuto della risoluzione in esame, insieme alla delegazione M5S abbiamo votato contro la concessione del discarico.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Εγκρίνουμε το κλείσιμο των λογαριασμών της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2014 και συγχαίρουμε τον εισηγητή της έκθεσης.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Concedo il discarico per l'esecuzione del bilancio al direttore esecutivo dell'impresa comune ENIAC data l'importanza rivestita dall'attuazione di una iniziativa tecnologica congiunta (ITC) sulla nanoelettronica. Si tratta, invero, di un programma di ricerca volto al potenziamento dell'integrazione e della miniaturizzazione dei dispositivi e al conseguente aumento della loro funzionalità. L'ENIAC si configura, perciò, come un partenariato pubblico-privato, che riunisce la Commissione europea e gli Stati europei e gli Stati associati con AENEAS, l'associazione che rappresenta gli operatori di ricerca e sviluppo nel settore della nanoelettronica (*Corporate*, PMI, istituti di ricerca e università) in Europa. L'UE deve essere *leader* nelle produzioni all'avanguardia di fronte ad un mondo globalizzato in cui i volumi realizzati dai paesi emergenti sembrerebbero non concedere margini di competitività alle imprese europee.

Il bilancio del 2014 di ENIAC prevedeva stanziamenti di impegno per 2 356 000 EUR e di pagamento pari a 76 500 250 EUR, in linea con quanto previsto, tuttavia genera in me preoccupazione il giudizio con rilievi espresso dalla Corte dei conti nella sua relazione sulla legittimità e la regolarità delle operazioni compiute da ENIAC. Auspico, pertanto, che vengano fornite quanto prima delucidazioni in merito a tale questione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2014 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A quitação a que se refere o presente relatório compreende o período de 1 de janeiro de 2014 a 26 de junho de 2014, data em que a Empresa Comum ARTEMIS foi fundida com a Empresa Comum ENIAC, dando origem à ITC ECSEL, iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia».

Preocupa-me o facto de ter sido possível, segundo o relatório do Tribunal de Contas, celebrar acordos administrativos com entidades financiadoras nacionais que não incluíram disposições sobre as auditorias *ex post* e outras considerações relativas às dotações para pagamentos.

Saúdo o facto do processo de fusão das antigas empresas e de criação da ITC ECSEL ter permitido averiguar a legalidade e a regularidade das operações, através do envio de informação relevante pelas entidades financiadoras nacionais que assegura garantia razoável quanto à legalidade e à regularidade das operações, permitindo o meu apoio a este relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014. Dato il parere positivo espresso dalla Corte dei conti ed in mancanza di gravi irregolarità e errori, ho ritenuto opportuno procedere all'approvazione del documento in oggetto.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento nanotecnológico y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en nanotecnología, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'ENIAC rappresenta una realtà molto importante nel campo della promozione di investimenti pubblico-privati nel settore delle tecnologie nano-elettriche in Europa. In particolare, un coordinamento sinergico tra le risorse, i fondi del programma quadro dell'UE e quelli nazionali in ricerca e sviluppo, e università, privati ed enti locali, è necessario in un settore chiave dell'innovazione in Europa.

Questa relazione sostiene la legittimità delle dichiarazioni in materia di risultati delle operazioni e dei flussi di cassa per il periodo in esame. Inoltre, si sottolinea come le procedure nazionali che riguardano la legittimità e la regolarità delle operazioni sono definite una ragionevole garanzia secondo l'impresa comune. Pertanto, voto a favore di questo testo, apprezzando la legittimità e regolarità delle operazioni in merito al discarico compiute dall'ENIAC.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu absolutorium za rok 2014, konkretnie Wspólnego Przedsiębiorstwa ENIAC, co skutkuje nieudzieleniem przeze mnie absolutorium. Nie widzę żadnych postępów w realizacji przedsięwzięcia, jakim jest ENIAC. Nie przekonują mnie argumenty, że nieudzielenie absolutoriom wiosną 2016 r. było spowodowane jedynie brakiem informacji niezbędnych do obliczenia wskaźnika błędów dotyczących audytów prowadzonych przez państwa członkowskie oraz zróżnicowanym systemem obliczania błędów. W związku z tym głosowałem przeciw sprawozdaniu wzywającemu do udzielenia absolutorium.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this discharge as ENIAC presented fairly to the European Court of Auditors the necessary accounts in respect of the implementation of the ENIAC Joint Undertaking's budget for the financial year 2014. ENIAC provided the reasonable assurance on the legality and regularity of transactions and also provided reasonable assurance with regard to the legality and regularity of the national procedures. This Undertaking was set up in 2007 for a period of 10 years to establish and implement a research agenda for the development of key competences of nanoelectronics across different application areas.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I voted to postpone discharge again on this report because the European Court of Auditors did not give the EU budget as a whole a positive statement of assurance. The level of error for the year 2014 was estimated to be 4.4%, which, whilst a slight improvement on 2013, is still too high. It is the job of Parliament to verify that the EU budget was spent in accordance with the rules and in line with the principles of sound financial management, and unfortunately the Court of Auditors found that was not the case for the year 2014. We need more simplification of key areas of financial management in the EU budget and a stronger focus on tackling parts of the budget with a higher risk of problems.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Sur les dix années de fonctionnement de l'entreprise commune, la contribution de l'Union a été de 450 millions d'euros, sur un total sensiblement plus important. Le rapport se montre assez sévère envers les activités de cette entreprise commune. Si les engagements financiers proviennent essentiellement de contributeurs extérieurs, la Cour relève un manque de sérieux dans le suivi des recommandations reçues du service d'audit interne de la Commission. L'entreprise commune ne semble pas déterminée à améliorer son audit interne. Le rapport constate néanmoins que l'entreprise commune a reçu des autorités nationales concernées des garanties sur la fiabilité et la régularité de ses opérations. Si le rapport évoque la nécessité de revoir la gestion de l'entreprise commune, de nombreux audits sont en cours, après l'enquête interne dont celle-ci a fait l'objet en 2015. Par ailleurs, la Cour a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex post de l'entreprise commune. Ainsi a-t-elle émis des réserves sur ses comptes pour la quatrième année consécutive. Aussi, j'ai voté contre cette décharge.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this discharge report. The postponement of the discharge from April has enabled action to be taken to clarify some of the issues of concern to myself and my constituents in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica transversais às diferentes áreas de aplicação tendo como contribuição máxima para o período de 10 anos atribuída pela União à Empresa Comum 450 000 000 EUR provenientes do orçamento do Sétimo Programa-Quadro de Investigação.

O orçamento definitivo para o exercício de 2014 incluiu 2 356 000 euros em dotações para autorizações e 76 500 250 euros em dotações para pagamentos. Os procedimentos nacionais de garantia dos países que receberam 54,2 % das subvenções da Empresa Comum foram supervisionados até abril de 2015.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: si le rapport évoque la nécessité de revoir la gestion de l'entreprise commune, de nombreux audits sont en cours, après l'enquête interne dont celle-ci a fait l'objet en 2015. S'ils tendent à démontrer que les procédures nationales fournissent une assurance raisonnable de légalité et régularité des opérations, la Cour a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex-post de l'entreprise commune. Ce qui ne garantit pas de suivre sa gestion avec précision. Aussi a-t-elle émis des réserves sur ses comptes pour la quatrième année consécutive.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A ENIAC foi criada em Dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica transversais às diferentes áreas de aplicação. A ENIAC é uma parceria público-privado.

O Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais da ENIAC para o exercício de 2014, publicou um parecer com reservas pelo quarto ano consecutivo no que diz respeito à regularidade e legalidade das operações subjacentes, com o fundamento de que os acordos administrativos assinados com as entidades financiadoras nacionais no que diz respeito à auditoria dos pedidos de pagamento relativos aos projetos não incluem as disposições práticas para as auditorias *ex post*.

De acordo com o relatório do Tribunal de Contas, a ENIAC não avaliou a qualidade dos relatórios de auditoria enviados pelas entidades financiadoras nacionais sobre os custos relativos aos projetos concluídos.

Após a avaliação das estratégias de auditoria de três entidades financiadoras nacionais, não foi possível concluir se as auditorias *ex post* funcionam de forma eficaz, pois as diferentes metodologias utilizadas pelas entidades financiadoras nacionais não permitiram que a ENIAC calculasse uma taxa de erro ponderada, nem uma taxa de erro residual.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la risoluzione. Sebbene presenti alcuni punti positivi, il testo non è sufficientemente incisivo e accompagna la decisione di concedere il discarico.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2014. Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα με ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνεται αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. I support the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entlastung des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) gestimmt, da mir nicht klar ist, warum die EU Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge leisten sollte, um die eigentlich von einer äußerst finanzstarken Industrie zu leistende, durchaus lukrative Erforschung der Nanotechnologie voranzutreiben.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich stimme für die Entlastung des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC, da die ENIAC-Projekte einen wichtigen Beitrag im Bereich der Erforschung der Nanoelektronik liefern.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Joint undertakings (JUs) bring together research and industry in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities, and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament granted a discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2014.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στηρίξαμε την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού, αφού πρόκειται για κάλυψη επιπλέον εξόδων τα οποία δημιουργήθηκαν.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted to grant the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking (formerly the ENIAC Joint Undertaking and the ARTEMIS Joint Undertaking) discharge in respect of the implementation of the ENIAC Joint Undertaking's budget for the financial year 2014. I accept that the intention of the joint undertaking is to continue the exercise of surveying national insurance procedures by covering up to 92.7% of the total joint undertaking grants allocated and I welcome its assurance that the national procedures provide reasonable assurance with regard to the legality and regularity of the underlying transactions.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2014., zbog toga što nisu ustanovljenje veće nepravilnosti te se financijsko poslovanje istog pokazalo dosljednim i ispravnim. Također, provedene transakcije pokazale su se zakonitima i pravilnima, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les activités de cette entreprise commune sont pointées du doigt par ce rapport qui souligne un manque de rigueur dans la prise en compte des recommandations de l'audit interne de la Commission et d'un désintérêt relatif à l'optimisation de ce dernier. Même si les autorités nationales compétentes se sont porté garantes sur le caractère fiable et régulier des opérations de l'entreprise, il n'en demeure pas moins que les audits diligentés relèvent l'absence de dispositions pratiques pour des audits ex-post de l'entreprise et donc l'incapacité d'en suivre précisément la gestion.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge pour l'entreprise commune ENIAC. Ce vote, a de nombreuses fois été refusé, mais les nouveaux éléments d'informations apportés par ENIAC nous permettent à présent d'octroyer cette décharge.

La décharge a été accordée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Rechnungshof hat in seinem Bericht über den Jahresabschluss des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC das vierte Jahr in Folge ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge ausgestellt. Daher hätte ich gegen den Entlastungsbericht gestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Joint Undertakings (JUs) bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities, and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte car il pourrait être plus critique compte tenu des critiques émises par la Cour des comptes sur cette entreprise.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la décharge 2014 concernant l'entreprise commune Eniac. Si le rapport évoque la nécessité de revoir la gestion de l'entreprise commune, de nombreux audits sont en cours, après l'enquête interne dont celle-ci a fait l'objet en 2015. S'ils tendent à démontrer que les procédures nationales fournissent une assurance raisonnable de légalité et de régularité des opérations, la Cour a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex post de l'entreprise commune, ce qui ne garantit pas de suivre sa gestion avec précision. Ainsi a-t-elle émis des réserves sur ses comptes pour la quatrième année consécutive. Il y a un manque de sérieux dans le suivi de l'audit interne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Si les engagements financiers proviennent essentiellement de contributeurs extérieurs, la Cour relève tout de même un manque de sérieux dans le suivi des recommandations reçues du service d'audit interne de la Commission. Le rapport constate néanmoins que l'entreprise commune ENIAC a reçu des autorités nationales concernées des garanties sur la fiabilité et la régularité de ses opérations. La Cour a constaté l'absence de modalités pratiques pour des audits ex post de l'entreprise commune, ce qui ne garantit pas de suivre sa gestion avec précision. Ainsi a-t-elle émis des réserves sur ses comptes pour la quatrième année consécutive. Le rapport appelant à accorder la décharge sur l'exécution du budget, j'ai voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión de las Empresa Común ENIAC porque, aunque en abril no se le dio la aprobación, el informe anual del Tribunal de Cuentas había señalado que no se disponía de la información necesaria para calcular la tasa de errores, tras las auditorías realizadas por los Estados miembros, ya que sus métodos de cálculo habían cambiado. Los documentos adicionales enviados esta vez por las autoridades nacionales han mostrado que los cálculos eran correctos.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento nanotecnológico y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en nanotecnología, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti udělení absolutoria, tedy proti schválení závěrečné zprávy instituce EU ENIAC. ENIAC je společný výzkumný ústav Komise, členských států a firem zabývajících se nanočásticemi. Nesouhlasím s tím, aby měly členské státy a Komise podíl v této společnosti. Výzkum nanotechnologií by měl podle mě být věcí soukromých firem.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I consider that compliance of the procedures implemented in the individual Member States, in and of itself, guarantees the legality of transactions underlying the ENIAC accounts. I therefore welcome the fact that the National Funding Authority, at the request of ITC ECSEL (formed by the merging of ENIAC and ARTEMIS), has demonstrated that the regularity of transactions is guaranteed by the application of the national procedures. I am confident with regard to ENIAC's intention to cover almost all of the total grants allocated to the individual states.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovo izvješće zaključuje kako su financijski izvještaji Zajedničkog poduzeća za razdoblje od 1. siječnja 2014. do 26. lipnja 2014. vjerodostojno i transparentno prikazani u skladu s odredbama financijskih pravila Zajedničkog poduzeća i računovodstvenim pravilima. Odobrava se zaključenje poslovnih knjiga Zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2014. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ENIAC για το οικονομικό έτος 2014, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 26 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

L'audit se concentre sur la part des fonds européens allouée à l'entreprise commune. Des réserves sont exprimées par la Cour des comptes, alors que les autorités nationales concernées approuvent son efficacité: il n'est pas acceptable de voter la décharge pour l'agence sur l'initiative technologique conjointe pour les technologies de la nanoélectronique (ENIAC) dans un contexte de gestion aussi flou.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP rezoliucijai, kuria įmonės ENIAC 2014 finansinių metų biudžetas patvirtinamas kaip įvykdytas. Ši įmonė buvo įkurta 2007 m. dešimties metų laikotarpiui tam, kad parengtų ir įgyvendintų mokslinių tyrimų darbotvarkę, skirtą pagrindinėms nanoelektronikos technologijoms plėtoti įvairiose taikymo srityse.

Nuo 2010 m. liepos mėn. Bendrajai įmonei suteiktas finansinis savarankiškumas. Šios Bendrosios įmonės narės steigėjos yra Sąjunga, kuriai atstovauja Komisija, Belgija, Vokietija, Estija, Airija, Graikija, Ispanija, Prancūzija, Italija, Nyderlandai, Lenkija, Portugalija, Švedija, Jungtinė Karalystė ir Europos nanoelektronikos veiklos asociacija. Europos Parlamentas pripažįsta, kad Bendrosios įmonės finansinėse ataskaitose finansinė būklė ir pinigų srautų rezultatai, vadovaujantis jos finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, yra pateikti teisingai visais reikšmingais aspektais. Taigi, Parlamentas pritaria bendrosios įmonės ENIAC 2014 finansinių metų sąskaitų uždarymui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport donne quitus pour l'exécution du budget 2014 de l'entreprise commune ENIAC, créée par l'Union européenne pour promouvoir les nanotechnologies et désormais fusionnée dans l'entreprise commune ESELC sur les composants et systèmes électroniques. Le rapport note pourtant que la Cour des comptes a émis des réserves sur la régularité et la légalité des opérations financières de cette entreprise commune. Elle a signalé que les rapports d'audit des États sur l'action de cet organisme n'avaient été ni évalués ni pris en compte. Je déplore ce déficit de contrôle démocratique sur le budget, a fortiori sur un sujet aussi sensible et discutable que les nanotechnologies. Je vote donc contre ce rapport de décharge.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir com os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações que conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir com os objetivos propostos.

Voto assim favoravelmente à quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ENIAC e Empresa Comum Artemis) pela execução do orçamento da Empresa Comum ENIAC para o exercício de 2014.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2014.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'entreprise ENIAC a été créée le 20 décembre 2007 dans l'objectif d'élaborer et de mettre en œuvre un programme de recherche pour le développement de compétences essentielles pour la nanoélectronique dans différents domaines d'application, et ce pour une durée de dix ans.

J'ai pour ma part décidé de voter favorablement la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise ENIAC pour l'exercice 2014. En effet, accordant une grande importance au principe de transparence et d'ouverture, essentiel envers le citoyen européen, j'estime que les comptes de l'ENIAC présentent fidèlement, dans tous leurs aspects significatifs, la situation financière de l'entreprise ainsi que les résultats de ses opérations et les flux de trésorerie. Je considère donc que cette entreprise a rempli ses obligations.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies, which is essential. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az ENIAC közös vállalkozás a Tanács 2014. május 6-i rendelete folytán júniusban megszűnt, az ECSEL közös vállalkozássá olvadva össze az ARTEMIS közös vállalkozással. A Parlament ez év április 28-án úgy határozott, hogy az ezzel kapcsolatos problémák miatt a mentesítésről szóló határozat meghozatalát elhalasztja. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság most második jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá az ENIAC közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre szóló elszámolásának lezárását. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável, no sentido dar quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ENIAC e Empresa Comum Artemis) pela execução do orçamento da Empresa Comum ENIAC para o exercício de 2014.

Defendo que as observações/sugestões apresentadas devem ser tidas em consideração futuramente.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. L'octroi de la décharge, initialement prévu lors de la plénière d'avril dernier, avait été reporté car ENIAC n'avait pas transmis certaines informations nécessaires à cet octroi. Ces informations ont été depuis correctement communiquées à la Commission CONT. Par conséquent, plus rien ne s'oppose à ce que nous accordions les deux décharges.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Each year Parliament makes a decision, following a recommendation from the Council, regarding the discharge for budget implementation, through which its releases the Commission from its responsibility for managing the given budget for a specific year by marking the end of its execution. I voted for the 2014 discharge in respect of the ENIAC Joint Undertaking, a public-private partnership focusing on nano-electronics.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Rechnungshof in seinem Bericht über den Jahresabschluss des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC das vierte Jahr in Folge ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Verträge ausgestellt hat.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ENIACi 2014. aasta eelarve on täidetud ja selle võib lugeda kinnitatuks.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ENIAC. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) is a research programme aimed at the integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a private-public partnership, bringing together the EU Commission and the Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – In riferimento alla proposta di decisione del Parlamento europeo sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ENIAC per l'esercizio 2014 intenderei pronunciarmi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Zajedničko poduzeće ENIAC osnovano je 20. prosinca 2007. godine na razdoblje od 10 godina radi utvrđivanja i provedbe „programa istraživanja" za razvoj ključnih znanja u nanoelektronici u različitim područjima primjene. Članovi osnivači Zajedničkog poduzeća ENIAC su Europska unija koju predstavljaju Komisija, Belgija, Njemačka, Estonija, Irska, Grčka, Španjolska, Francuska, Italija, Nizozemska, Poljska, Portugal, Švedska i Ujedinjeno Kraljevstvo te Udruga za europske aktivnosti u području nanoelektronike (AENEAS).

Maksimalni doprinos Unije Zajedničkom poduzeću za razdoblje od 10 godina iznosi 450 000 000 EUR te se isplaćuje iz proračuna Sedmog okvirnog programa za istraživanje. Revizorski sud je u svom Izvješću o godišnjoj računovodstvenoj dokumentaciji Zajedničkog poduzeća za financijsku godinu 2014. naveo kako godišnja računovodstvena dokumentacija Zajedničkog poduzeća ENIAC u svim značajnim aspektima korektno prikazuje financijsko stanje Zajedničkog poduzeća na dan 31. prosinca 2014. godine te rezultate poslovanja i novčane tokove za tu dovršenu godinu.

Iako je glasovanje o Razrješnici odgođeno jer nije stečeno uvjerenje o pravilnoj provedbi projekata u državama članicama, od odgode do sad Zajedničko poduzeće ENIAC je izložilo sve zatražene informacije koje potvrđuju izjavu kako implementacija nacionalnih postupaka pruža razumno uvjerenje u legalnost i regularnost transakcija. Zato podržavam odobravanje Razrješnice za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2014.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zajednička poduzeća povezuju industriju i istraživačka tijela u javno-privatna partnerstva s ciljem podupiranja istraživanja, proizvodnje novih tehnologija i ubrzavanja njihova uvođenja na tržište. Riječ je o širokom rasponu sektora – od kontrole zračnog prometa, preko računalnih tehnologija do nuklearne fuzije, područja čiji razvoj doprinosi dobrobiti građana EU-a.

Zajedničko poduzeće ENIAC je osnovano 20. prosinca 2007. na razdoblje od 10 godina radi uspostavljanja i provedbe programa istraživanja za razvoj ključnih kompetencija u nanoelektronici u raznim područjima primjene, te mu je u srpnju 2010. dodijeljena financijska neovisnost. EINAC i ARTEMIS su kasnije spojeni radi stvaranja zajedničke tehnološke inicijative za elektroničke komponente i sustave za vodeći položaj Europe. Financijski izvještaji ECSEL-a za razdoblje od 1. siječnja 2014. do 26. lipnja 2014. u svim značajnim aspektima vjerno prikazuju njegovo financijsko stanje na dan 26. lipnja 2014. te rezultate poslovanja i novčane tokove za razdoblje završeno tim danom, u skladu s odredbama financijskih i računovodstvenih pravila.

Pozdravljam jamstvo Zajedničkog poduzeća prema kojem nacionalni postupci pružaju razumno jamstvo u pogledu zakonitosti i pravilnosti povezanih transakcija. U današnjem dobu, niti jedno gospodarstvo ne može ostvarivati uspjehe na globalnom tržištu bez ovladavanja tim tehnologijama koje imaju neusporediv strateški utjecaj. U Europi moramo izgraditi dinamičan ekosustav razvoja novih tehnologija.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A ENIAC foi criada em dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica transversal às diferentes áreas de aplicação. A ENIAC é uma PPP.

Apesar das contas da ENIAC relativas ao período compreendido entre 1 de janeiro e 26 de junho de 2014 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, e da sua situação financeira em 26 de junho de 2014, bem como os resultados das suas operações e fluxos de caixa relativos ao período encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo contabilista da CE, votamos contra o relatório como sinal política da nossa discordância face à existência desta entidade e do seu formato.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jako stínový zpravodaj pro rozpočtové absolutorium pro podnik ENIAC jsem již v červnu doporučoval (na rozdíl od zpravodaje) rozpočtové absolutorium udělit. Rozpočtové absolutorium totiž bylo odloženo pouze z formálních důvodů. Společný podnik ECSEL, který v polovině roku 2014 podniky ARTEMIS a ENIAC převzal, předložil v mezidobí dostatečné doklady toho, že veškeré účtování na úrovni národních agentur probíhalo transparentně a s minimální mírou chybovosti. Jsem rád, že druhá zpráva k rozpočtovému absolutoriu tak získala bezproblémovou podporu Evropského parlamentu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Con la presente proposta di decisione si concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ENIAC e impresa comune ARTEMIS) per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2014. Valuto positivamente le informazioni e le rassicurazioni fornite da ECSEL. Pertanto, ho votato a favore della concessione del discarico.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge 2014 à l'entreprise commune ENIAC (nanoélectronique). Ce vote technique fait suite aux recommandations de la commission du contrôle budgétaire du Parlement européen.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ENIAC foi constituída em 20 de dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica. Esta começou a operar autonomamente em 2010.

A ENIAC e a Empresa Comum ARTEMIS foram fundidas para criar a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia». A fusão deu-se em 2014 e a nova iniciativa entrou em atividade em Junho de 2014, sendo que o seu funcionamento está previsto para os próximos dez anos.

O presente relatório dá quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ARTEMIS e Empresa Comum ENIAC) pela execução do orçamento da Empresa Comum ENIAC para o exercício de 2014.

Dado que a documentação exigida confirma que a tramitação dos procedimentos nos Estados Membros fornece uma garantia razoável quanto à legalidade e regularidade das operações, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ENIAC. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ENIAC (European Nanoelectronics Initiative Advisory Council) is a research programme aimed at the integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. ENIAC is set up as a private-public partnership, bringing together the EU Commission and the Member and Associated States. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 356 000 and payment appropriations of EUR 76 500 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que as contas anuais da Empresa Comum relativas ao período compreendido entre 1 de janeiro e 26 de junho de 2014 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 26 de junho de 2014, bem como os resultados das suas operações e fluxos de caixa relativos ao período encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo contabilista da Comissão.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Aprova o encerramento das contas da Empresa Comum ENIAC relativas ao exercício de 2014.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común ENIAC y la Empresa Común Artemis) en la ejecución del presupuesto de la Empresa Común ENIAC para el ejercicio 2014, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai décidé de voter en faveur de l'ajournement de la décision du Parlement européen en ce qui concerne la décharge au directeur de l'entreprise commune ENIAC sur l'exécution du budget pour l'exercice 2014. Je m'inquiète en effet du fait que la Cour des comptes a formulé pour la quatrième année consécutive une opinion avec réserve concernant la légalité et la régularité des opérations sous-jacentes.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Empresa ENIAC foi constituída em dezembro de 2007, por um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma agenda de investigação para o desenvolvimento de competências na área da nanoelectrónica.

De acordo com o relatório do Tribunal de Contas sobre as contas anuais da empresa para o período de 01/01/14 a 26/06/14, foi emitido um parecer com reservas, pelo quarto ano consecutivo, no que diz respeito à regularidade e legalidade das operações subjacentes, com o fundamento de que os acordos administrativos assinados com as entidades financiadoras nacionais não foram avaliados pela empresa tendo em conta a qualidade dos relatórios de auditoria recebidos das entidades financiadoras nacionais, sobre os custos relativos aos projetos concluídos.

Não obstante, a empresa convidou as entidades financiadoras nacionais a apresentar provas de que a aplicação de procedimentos nacionais confere uma garantia razoável quanto à legalidade e regularidade das operações, tendo surtido o efeito desejado.

Atento o supra exposto e baseado no entendimento da Comissão de Controlo Orçamental nesta matéria, votei favoravelmente este relatório que dá quitação, pela execução do orçamento para o exercício de 2014.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entlastung des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC gestimmt.

Das Gemeinsame Unternehmen ENIAC hat dem Haushaltskontrollausschuss (CONT) alle geforderten Informationen gegeben, welche die Aussage stützen, dass die Umsetzung nationaler Verfahren eine hinreichende Sicherstellung für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Transaktionen bietet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento nanotecnológico y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en nanotecnología, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – ENIAC Joint Undertaking (JU) was a public-private partnership in the field of nanotechnology. In 2014, it was replaced by the ECSEL JU following a merger with the Artemis JU. In April of this year, the plenary voted to postpone discharge for ENIAC, with the rapporteur citing that additional reassurances were needed from ECSEL, the successor JU, concerning the implementation of national procedures to ensure the legality and regularity of transactions. The S&D Group voted in favour of discharge in April. Since then, the JU has provided additional reassurances and the rapporteur proposes to grant discharge this time. Joint Undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Udelenie absolutória za rozpočtový rok 2014 pre výkonného riaditeľa spoločného podniku ECSEL za rozpočtové plnenie podniku ENIAC som podporila. Spoločný podnik ENIAC vznikol ešte v roku 2007 s cieľom stanoviť a vykonávať plán výskumu pre rozvoj kľúčových kompetencií pre nanoelektroniku v rôznych oblastiach použitia. V apríli tohto roku sa Parlament rozhodol odložiť udelenie absolutória za rozpočtový rok 2014, keďže v tom roku došlo k zlúčeniu spoločných podnikov ENIAC a ARTEMIS, čím vznikla spoločná technologická iniciatíva Elektronické komponenty a systémy pre vedúce postavenie Európy (STI ECSEL). Spravodajca vtedy vyjadril presvedčenie, že je potrebné implementovať národné procedúry, aby sa zabezpečila zákonnosť jednotlivých transakcií. Keďže medzitým spoločný podnik poskytol všetky záruky, ktoré Parlament vyžadoval, rozhodli sme sa nakoniec absolutórium udeliť. Spoločné podniky sú pre EÚ významným priestorom spolupráce priemyslu a výskumu. Tieto podniky sú založené na verejno-súkromnom partnerstve, ktoré podporuje výskum, nové technológie a rýchlejšie uvedenie špecifických technológií na trh. EÚ má dlhodobo dobré skúsenosti s výsledkami spoločných podnikov, a preto verím, že rovnako úspešný bude v svojom desaťročnom pôsobení aj podnik ECSEL.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Nakladanie s finančnými prostriedkami európskych daňových poplatníkov je v centre ostrej pozornosti médií, politikov aj verejnosti. V tomto smere si nemôžeme dovoliť žiadne neopodstatnené pochybenia, ktoré by vrhli tieň pochybností na účelné hospodárenie. Podnik ENIAC by mal preto konečne vziať na vedomie a aplikovať výhrady Dvora audítorov, ktoré boli vznesené už štvrtý rok po sebe.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die „Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC für das Haushaltsjahr 2014“ habe ich nicht zugestimmt.

Die EU sollte nicht in der Form Gemeinsamer Unternehmen wirtschaften. Dadurch werden intransparente Schattenhaushalte gebildet. Das Unternehmen selbst ist wirtschaftspolitisch verfehlt. Selbst wenn man Forschungssubventionen gutheißt, sollte Forschung nicht direkt durch die EU geschehen. Die Verweigerung der Entlastung ist zwingend.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014. Skupno podjetje ENIAC, ki je bilo ustanovljeno leta 2007, da opredeli in izvede raziskovalni program za razvoj ključnih kompetenc za nanoelektroniko na različnih področjih uporabe, je med 1. januarjem 2014 in 26. junijem 2014 poslovalo v skladu z določbami svojih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije. Lahko pa nas skrbi, da je za isto obdobje Računsko sodišče že četrto leto zapored izdalo mnenje s pridržkom o zakonitosti in pravilnosti povezanih transakcij.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίζουμε υπέρ της απαλλαγής όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού, αφού πρόκειται για κάλυψη επιπλέον εξόδων τα οποία δημιουργήθηκαν.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely mentesítést ad az Európai Nanoelektronikai Kezdeményezés Tanácsadó Testület (ECSEL) közös vállalkozás ügyvezető igazgatója számára az ECSEL 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetésének végrehajtására vonatkozóan, és jóváhagyja az ECSEL közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre szóló elszámolásának lezárását. Szorgalmazom továbbá a jelentéshez hasonlóan a költségvetéssel és pénzgazdálkodással foglalkozó mellékelt állásfoglalásban szereplő megjegyzések figyelembevételét.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Întreprinderea comună ENIAC a fost un parteneriat public-privat în domeniul nanotehnologiei, fiind înlocuită în 2014 cu ECSEL JU, ca urmare a unei fuziuni cu Artemis JU. După decizia în plen privind amânarea descărcării de gestiune pentru ENIAC, în luna aprilie a acestui an, JU a furnizat asigurări suplimentare în ceea ce privește punerea în aplicare a procedurilor naționale pentru a asigura legalitatea și regularitatea operațiunilor.

În acest context, susțin acordarea descărcării de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ENIAC aferent exercițiului financiar 2014.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge. Je profite de cette explication de vote pour souligner ma déception face au fait que le Conseil européen et le Conseil ne présentent pas au Parlement leur rapport d'activités annuel. C'est inacceptable et cela porte atteinte à la réputation des institutions de l'Union européenne!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The ENIAC Joint Undertaking (JU), focused on nano-electronics, is a research programme aimed at enhancing the further integration and miniaturisation of devices and increasing their functionalities. The report on the 2014 budget discharge is a document that consolidates the annual accounts of the EU for the 2014 financial year on the basis of information provided by the various institutions, organisations and bodies of the EU. The document sets out how the JUs spent and implemented their budget in 2014. I voted in favour of the report on discharge in respect of the JUs 2014 budget, which also made a series of recommendations to improve future budgets and on the auditing of project costs, which will allow for improvements and more transparency in future budgets.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv odluke o razrješnici za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ENIAC za financijsku godinu 2014. ENIAC je osnovan 20. prosinca 2007. godine radi uspostavljanja i provedbe programa istraživanja za razvoj ključnih kompetencija u nanoelektronici u raznim područjima primjene kako bi se povećala konkurentnost i održivost te omogućio razvoj novih tržišta i društvenih primjena.

Kao i za ostala zajednička poduzeća, smatram da se ne može dati razrješnica za ENIAC dok Revizorski sud ne donese pozitivno i transparentno izvješće za cjelokupan proračun 2014. godine.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014 sem podprla. Zaključni račun skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje, v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije. Računsko sodišče je v poročilu o zaključnem računu skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja do 26. junija 2014 že četrto leto zapored izdalo mnenje s pridržkom o zakonitosti in pravilnosti povezanih transakcij, saj upravni sporazumi, podpisani z nacionalnimi organi za financiranje, v zvezi z revizijami zahtevkov za povračilo stroškov za projekte ne vključujejo praktične rešitve za naknadne revizije. Iz poročila Računskega sodišča ugotavlja, da je končni proračun skupnega podjetja za proračunsko leto 2014 vključeval

sredstva za prevzem obveznosti v višini 2.356.000 EUR in sredstva za plačila v višini 76.500.250 EUR. Parlament podeli razrešnico direktorju Skupnega podjetja ECSEL (nekdanje Skupno podjetje ENIAC in Skupno podjetje Artemis) glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014. Parlament odobri zaključni račun Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy udzielenia absolutorium Wspólnemu Przedsiębiorstwu ENIAC. Należy przypomnieć, że wiosną udzieleniu absolutorium sprzeciwił się stanowczo Trybunał Obrachunkowy, a więc instytucja odpowiedzialna za sprawowanie kontroli nad rachunkami Unii. W kwalifikowanej opinii Trybunał zwrócił wówczas uwagę na szereg nieprawidłowości, m.in. brak informacji niezbędnych do obliczenia poziomu błędu w ramach audytów prowadzonych przez państwa członkowskie. Mimo przesłania dodatkowych dokumentów przez organy krajowe mam wątpliwości, czy istniejące nieprawidłowości zostały wyeliminowane. Na obecnym etapie procedury Parlament ma jedynie dwie możliwości: może udzielić absolutorium (zgodnie z rezolucją sprawozdawcy) albo go odmówić. Zagłosowałem przeciw przyjęciu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the ENIAC Joint Undertaking for the financial year 2014. The report acknowledges the fact that the joint undertaking's accounts for the period 1 January 2014 to 26 June 2014 present fairly, in all material respects, its financial position on 26 June 2014 and the results of its operations and cash flows for the period then ended, in accordance with the provisions of its financial rules and the accounting rules adopted by the Commission's accounting officer. I voted in favour because I believe that the implementation of the national procedures provide a reasonable assurance on the legality and regularity of these transactions.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento nanotecnológico y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en nanotecnología, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat de jaarrekeningen over de periode 1 januari 2014 t/m 26 juni 2014 op alle materiële punten een getrouw beeld geven van de financiële situatie per 26 juni 2014 en van de resultaten van de verrichtingen en kasstromen voor de op die datum afgesloten periode, overeenkomstig de bepalingen van de financiële regeling en de door de rekenplichtige van de Commissie vastgestelde boekhoudregels.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A ENIAC foi criada em dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de definir e executar uma «agenda de investigação» para o desenvolvimento de competências essenciais no domínio da nanoeletrónica transversal às diferentes áreas de aplicação. A ENIAC é uma PPP.

Apesar das contas da ENIAC relativas ao período compreendido entre 1 de janeiro e 26 de junho de 2014 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, e da sua situação financeira em 26 de junho de 2014, bem como os resultados das suas operações e fluxos de caixa relativos ao período encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo contabilista da CE, votamos contra o relatório como sinal política da nossa discordância face à existência desta entidade e do seu formato.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Rechnungshof hat in seinem Bericht über den Jahresabschluss des Gemeinsamen Unternehmens ENIAC für das Haushaltsjahr 2014 nur ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge ausgestellt. Dies ist inzwischen bereits zum vierten Mal in Folge der Fall. Diese bedenkliche Tatsache wird im vorliegenden Antrag zwar thematisiert, allerdings werden keinerlei Konsequenzen daraus gezogen, und das, obwohl dem Unternehmen die Summe von 3 Milliarden Euro von den Steuerzahlern bereitgestellt wurde. Ich habe daher den Entschließungsantrag abgelehnt.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de kwijting voor de begroting van de Gemeenschappelijke Onderneming Eniac.

De PVV staat op het standpunt dat, hoe agentschappen als Eniac hun begroting ook aanwenden, de Europese Unie geen meerwaarde toevoegt aan onderzoeksbudgetten. Onderzoek kan probleemloos door de soevereine lidstaten zelf worden gefinancierd en onderzoekers kunnen zelf prima bepalen wanneer en op welke wijze zij samenwerkingen aangaan met andere (buitenlandse) onderzoeksinstellingen.

Er is volgens de PVV dan ook geen enkele aanleiding om EU-agentschappen te ondersteunen of te financieren.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014, s katerim je podelil razrešnico direktorju Skupnega podjetja ECSEL (nekdanje Skupno podjetje ENIAC in Skupno podjetje Artemis) glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ENIAC za proračunsko leto 2014.

Zaključni račun Skupnega podjetja ENIAC za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje, v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije.

9.3. Entlastung 2014: Gemeinsames Unternehmen Artemis (A8-0276/2016 - Marian-Jean Marinescu)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La Corte dei conti ha espresso un giudizio con rilievi sulla regolarità delle operazioni di bilancio di Artemis. Inoltre gli studi di audit effettuati presentano tre metodologie di svolgimento differenti, non permettendo una valutazione globale e una comparazione ed è stato anche constatato che l'impresa non ha rispettato le norme di controllo interno relative alla normativa finanziaria. Per la mancanza di elementi sufficienti e pur supportando il contenuto della relazione, ho espresso un voto negativo al discarico.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ARTEMIS. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ARTEMIS is a public-private partnership between the Commission, Member States, and industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a 10-year period to establish and implement a research agenda for the development of technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento en computación y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en computación, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The ARTEMIS Joint Undertaking was asked to provide further information to the Committee on Budgetary Control on the reliability of its accounts and the legality and regularity of the underlying transactions.

The replies provided by the Executive Director of the ARTEMIS Joint Undertaking were considered to be satisfactory while reiterating some concerns stated in the report, in particular regarding internal control standards. I therefore voted in favour of the closure of the ARTEMIS accounts for 2014 and in favour of the resolution.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της Δεύτερης έκθεσης σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2014, διότι υποστηρίζω τις δράσεις τέτοιων κοινών επιχειρήσεων σε διάφορους τομείς, οι οποίες προσφέρουν πολλά οφέλη στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget.

Bien que les entreprises communes Artemis et Eniac aient été fusionnées pour donner naissance en 2014 à l'entreprise commune ECSEL, le rapport déplore que l'évaluation annuelle des comptes de l'agence n'ait pas repris la gestion passée de celles-ci et qu'elle ne fût plus aboutie. En effet, de nombreux engagements financiers se sont poursuivis en 2014, en lien avec l'entreprise commune, sans que l'on ait pu établir s'ils concernaient ECSEL ou Artemis. Du point de vue de la gestion, cela pose un problème de régularité des comptes.

En outre, l'entreprise commune n'a pas modifié ses règles de gestion pour se conformer au nouveau règlement financier en place. Bien que désormais fusionnée, elle est légalement tenue de s'y conformer, tant qu'elle existe. Enfin, aucune politique solide de prévention des conflits d'intérêts n'a été mise en place.

Le rapport indique néanmoins que l'entreprise commune a obtenu des autorités nationales des rapports d'audit attestant la solidité financière de celle-ci depuis la dernière décharge. La gestion n'est cependant pas encore assez rigoureuse, les audits ne parvenant pas à couvrir l'intégralité des opérations suivies.

J'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This decision is to grant discharge and close the accounts of ARTEMIS. This is a public-private partnership between the Commission, Member States, industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a period of 10 years to establish and implement a research agenda for the development of key technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond dans sa deuxième lecture, compte tenu de la réception des preuves supplémentaires pour justifier et clôturer les comptes sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ARTEMIS pour l'exercice 2014.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – 2007 m. gruodžio mėn. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ARTEMIS, kurios paskirtis – parengti ir įgyvendinti pagrindinių technologijų, susijusių su įterptosiomis kompiuterinėmis sistemomis įvairiose taikymo srityse, vystymo mokslinių tyrimų darbotvarkę siekiant skatinti Sąjungos konkurencingumą ir tvarumą ir sudaryti sąlygas naujų rinkų atsiradimui bei visuomenei naudingam technologijų taikymui. Bendrosios įmonės finansinėse ataskaitose už 2014 metus, vadovaujantis jos finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, visais reikšmingais aspektais yra pateikti teisingai. Tačiau pritariu Audito Rūmams, kurie savo ataskaitoje teigia, kad Bendroji įmonė neįvertino iš nacionalinių finansavimo institucijų (NFI) gautų užbaigtų projektų sąnaudų audito ataskaitų kokybės.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ARTEMIS. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ARTEMIS is a public-private partnership between the Commission, Member States, industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a 10-year period to establish and implement a research agenda for the development of technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui appelle à accorder une décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis. Cette dernière ayant été fusionnée à une autre au sein de l'entreprise commune ECSEL, la gestion des comptes est trouble, car on ne peut établir la régularité des engagements financiers qui datent d'avant la fusion et se poursuivent.

D'autres problèmes sont à noter, par exemple l'absence de politique prévenant les conflits d'intérêt ou l'absence de mise à jour des règles de gestion pour se conformer à la nouvelle réglementation financière en vigueur.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Conformément à la proposition de la commission du contrôle budgétaire j'ai voté en faveur de la décharge concernant Artemis pour l'exercice 2014.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La procedura di discarico del bilancio rappresenta un momento importante nella vita istituzionale dell'Unione europea. In questa occasione il Parlamento europeo, unica istituzione eletta a suffragio universale dai cittadini, decide su raccomandazione del Consiglio se garantire o meno l'approvazione definitiva dell'esecuzione del bilancio per un determinato esercizio finanziario. Si tratta di un passaggio fondamentale che è anche l'occasione per indirizzare specifiche raccomandazioni alle istituzioni e alle agenzie che compongono la struttura dell'Unione.

Seguendo le indicazioni della Commissione per il controllo dei bilanci (CONT), oggi ho deciso di votare a favore della relazione Marinescu che concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ENIAC e impresa comune ARTEMIS) per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune per l'esercizio 2014.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la aprobación de la gestión 2014 de Artemis. Las cuentas presentan fielmente los resultados en sus aspectos significativos, por lo que he apoyado la aprobación de su gestión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui demandait d'accorder la décharge sur l'exécution du budget d'Artemis pour l'exercice 2014.

Certes, Artemis a fusionné avec Eniac en 2014 dans l'entreprise commune appelée ECSEL. Cependant, les problèmes viennent principalement de cette fusion, comme le note à juste titre le rapport: des engagements financiers se sont poursuivis en 2014 sans que l'on sache s'ils concernent Ecsel, c'est-à-dire la nouvelle entreprise commune, ou Artemis. Ce genre d'opacité met bien évidemment en cause la régularité des comptes. Une irrégularité qui se trouve également dans l'absence d'alignement d'Ecsel à la nouvelle régulation financière.

Enfin, et cela semble de mise avec nombre d'agences et d'entreprises communes de l'Union, il existe pour ECSEL un manque total de transparence quant à la prévention des conflits d'intérêts.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo che l'impresa comune ARTEMIS non fornisca ancora adeguate garanzie di trasparenza, e non ho quindi inteso supportare col mio voto questa relazione e concedere il discarico.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común Artemis y la Empresa Común ENIAC) en la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2014, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas bendrosios įmonės ARTEMIS 2014 m. biudžeto įvykdymo patvirtinimas.

2007 m. gruodžio mėn. dešimties metų laikotarpiui buvo įsteigta bendroji įmonė ARTEMIS (toliau – Bendroji įmonė), kurios paskirtis – parengti ir įgyvendinti pagrindinių technologijų, susijusių su įterptosiomis kompiuterinėmis sistemomis įvairiose taikymo srityse, vystymo mokslinių tyrimų darbotvarkę siekiant skatinti Sąjungos konkurencingumą ir tvarumą ir sudaryti sąlygas naujų rinkų atsiradimui bei visuomenei naudingam technologijų taikymui. Ši bendroji įmonė savarankiškai pradėjo veikti 2009 m. spalio mėn. Europos Parlamentas pažymi, kad Bendrosios įmonės finansinėse ataskaitose už 2014 m. sausio 1 d. – 2014 m. birželio 26 d. laikotarpį jos finansinė būklė 2014 m. birželio 26 d. ir su tą dieną pasibaigusiu laikotarpiu susijusių operacijų rezultatai ir pinigų srautai, vadovaujantis jos finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, visais reikšmingais aspektais yra pateikti teisingai. Taigi, Parlamentas pritaria šios bendros įmonės 2014 finansinių metų sąskaitų uždarymui.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podobno kot pri prejšnjem glasovanju sem podprl podelitev razrešnice direktorju glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014, ker je Evropski parlament ugotovil, da zaključni račun skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje, v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o razrješnici za 2014. za zajedničko poduzeće ARTEMIS.

Zajednički poduzetnici okupljaju industrije i istraživačka tijela u javno-privatna partnerstva za potporu istraživanja, nove tehnologije i demonstracijske aktivnosti i ubrzavaju uvođenje tržišta pojedinih tehnologija. Domene uključuju kontrole zračnog prometa, ugljikove energije, nanotehnologije, računalne tehnologije, čistije tehnologije zrakoplovstva i nuklearne fuzije.

Podržavam JUS u njegovim mnogim područjima rada koja su korisna za građane EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise d'accorder la décharge sur l'exécution du budget de cette entreprise commune, alors qu'en même temps, il soulève de sérieux doutes sur la rigueur de sa gestion, notamment sur le fait que les audits ne couvrent pas l'intégralité des opérations suivies et qu'un flou persiste entre les activités d'ARTEMIS et de celles de ECSEL à la suite de la fusion en 2014 avec ENIAC.

Je vote donc contre ce rapport.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento concede il discarico al direttore esecutivo dell'impresa comune ECSEL (ex impresa comune ARTEMIS e impresa comune ENIAC) per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2014 e approva la sua chiusura dei conti per l'esercizio 2014. Il Parlamento riconosce che i conti dell'impresa comune per il periodo 1º gennaio-26 giugno 2014 presentano fedelmente la posizione finanziaria dell'impresa comune; ma è preoccupato poiché la Corte dei conti ha espresso un giudizio con rilievi sulla legittimità e la regolarità delle operazioni su cui sono basati i conti, in quanto gli accordi amministrativi conclusi con le autorità di finanziamento nazionali (AFN) non contengono modalità pratiche per l'effettuazione di audit ex post. Il Parlamento invita l'impresa comune a produrre prova che l'attuazione delle procedure nazionali fornisce una ragionevole garanzia in merito alla legittimità e alla regolarità delle operazioni e fa notare che l'impresa comune non ha adottato alcuna misura in merito ad alcune norme di controllo interno relative all'informazione e all'informativa finanziaria, osservando che ciò era però dovuto alla fusione tra ENIAC e ARTEMIS e che nel frattempo l'ITC ECSEL ha realizzato notevoli progressi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise ARTEMIS. Les audits et autres rapports de gestion ne couvrent pas l'intégralité des opérations suivies et aucune politique sérieuse en matière de prévention des conflits n'a été mise en œuvre. Pour ces deux raisons principales, j'ai voté contre le rapport accordant la décharge budgétaire.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Întreprinderea comună ARTEMIS are un rol esențial, fiind înființată în anul 2007 pentru o perioadă de 10 ani, având ca obiectiv principal elaborarea și implementarea unui program de cercetare în vederea dezvoltării unor tehnologii-cheie pentru sistemele informatice integrate din diferite sectoare de aplicare, cu scopul de a consolida competitivitatea și sustenabilitatea Uniunii și de a facilita apariția unor noi piețe și aplicații societale. În urma controalelor realizate, s-a constatat faptul că întreprinderea comună ARTEMIS dispune de conturi care prezintă într-un mod fidel situația financiară și rezultatele operațiunilor sale, precum și fluxurile de numerar aferente exercițiului financiar pe anul 2014, în conformitate cu dispozițiile normelor sale financiare. M-am exprimat în favoarea raportului privind descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune ARTEMIS aferent exercițiului financiar 2014, deoarece consider că această întreprindere a gestionat într-un mod eficient și transparent fondurile avute la dispoziție, urmărind în permanență atingerea scopului pentru care a fost înființată.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché alla luce della relazione presentata dalla Corte dei conti sul bilancio annuale dell'impresa comune ARTEMIS, relativo al periodo 1° gennaio – 26 giugno 2014, si evince l'affidabilità dei conti e la legittimità delle relative operazioni ascrivibili all'impresa succitata. L'impresa comune ARTEMIS è stata costituita nel dicembre 2007 per una durata decennale al fine di definire ed attuare un'agenda di ricerca per lo sviluppo di tecnologie essenziali per i sistemi informatici incorporati in vari settori d'applicazione. Il contributo massimo dell'Unione all'impresa comune per l'intero decennio corrisponde a 420 000 000 di euro, a carico del bilancio del settimo programma quadro di ricerca. I contributi finanziari degli Stati membri di ARTEMIS dovrebbero, invece, essere pari ad almeno 1,8 volte il contributo finanziario dell'Unione, mentre i contributi in natura forniti dalle organizzazioni di ricerca e sviluppo partecipanti ai progetti per la durata dell'impresa comune dovrebbero essere pari o superiori al contributo degli enti pubblici.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The ARTEMIS Joint Undertaking was asked to provide further information to the Committee on Budgetary Control on the reliability of its accounts and the legality and regularity of the underlying transactions.

The replies provided by the Executive Director of the ARTEMIS Joint Undertaking were considered to be satisfactory while reiterating some concerns stated in the report, in particular regarding internal control standards. I therefore voted in favour of the closure of the ARTEMIS accounts for 2014 and in favour of the resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ARTEMIS. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ARTEMIS is a public-private partnership between the Commission, Member States, and industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a 10-year period to establish and implement a research agenda for the development of technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of granting the discharge to Artemis joint undertaking to implement a Joint Technology Initiative embedded computing systems as following the submission of the documents required by the National Funding Authorities (NFAs) it could be confirmed that the implementation of the national procedures provide a reasonable assurance on the legality and regularity of their transactions. This information was being disputed by the Court of Auditors prior to these additional clarifications.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Corte dei conti, nella sua relazione sui conti annuali dell'impresa comune, aveva espresso un giudizio con rilievi sulla legittimità e la regolarità delle operazioni su cui sono basati i conti, in quanto gli accordi amministrativi conclusi con le autorità di finanziamento nazionali per quanto riguarda l'audit delle dichiarazioni di spesa per i progetti non contenevano modalità pratiche per l'effettuazione di audit ex post: non è stato possibile quindi trarre conclusioni in merito all'efficace funzionamento degli audit ex post a causa delle diverse metodologie utilizzate, che non consentivano all'impresa comune di calcolare un tasso di errore ponderato né un tasso di errore residuo. L'impresa comune non aveva inoltre adottato alcuna misura in merito ad alcune norme di controllo interno relative all'informazione e informativa finanziaria.

Tali carenze hanno portato alla mancata concessione del discarico in prima istanza: dato che in realtà l'impresa comune ARTEMIS e l'impresa comune ENIAC sono state fuse nel 2014 per creare l'iniziativa tecnologica congiunta «Componenti e sistemi elettronici per la *leadership* europea» (ITC ECSEL), tali carenze non possono in alcun modo essere risolte (di fatto ARTEMIS non esiste più). Per questo motivo, pur supportando il contenuto della risoluzione, insieme alla delegazione M5S, abbiamo votato contro la concessione del discarico.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση σχετικά με το κλείσιμο των λογαριασμών της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2014.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della concessione del discarico per il bilancio del 2014 dell'impresa comune ARTEMIS, e con tale voto intendo ribadire tutta la mia apertura nei confronti delle iniziative tecnologiche congiunte, ossia di meccanismi moderni per l'esecuzione di programmi di ricerca nell'ambito del settimo programma quadro dell'Unione europea. Si tratta di esempi di partenariati pubblico-privato a lungo termine implementati come imprese comuni sulla base dell'articolo 171 del trattato CE, il quale afferma che «la Comunità può creare imprese comuni o qualsiasi altra struttura necessaria alla migliore esecuzione dei programmi di ricerca e sviluppo tecnologico».

Approvo dunque la chiusura dei conti di ARTEMIS nonostante il giudizio con rilievi presentato nella relazione della Corte dei conti su legittimità e regolarità delle operazioni, a cui va aggiunta l'insufficienza qualitativa delle relazioni di audit ricevute dalle autorità nazionali di finanziamento (AFN) e concernenti i costi relativi ai progetti completati. Unitamente a ciò, mi rattrista l'assenza di norme sul controllo interno per le informazioni e l'informativa finanziaria riguardante la valutazione delle attività, un valido sistema di controllo interno e una chiara struttura dello stesso audit interno. In ogni caso, si tratta di un progetto ambizioso atto a definire un'agenda comune di ricerca strategica capace di attrarre investimenti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2014 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A quitação a que se refere o presente relatório compreende o período de 1 de janeiro de 2014 a 26 de junho de 2014, data em que a Empresa Comum ARTEMIS foi fundida com a Empresa Comum ENIAC, dando origem à ITC ECSEL, iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia».

Preocupa-me o facto de ter sido possível, segundo o relatório do Tribunal de Contas, celebrar acordos administrativos com entidades financiadoras nacionais que não incluíram disposições sobre as auditorias *ex post*. Este facto é relevante porque as diferentes práticas de auditoria não permitiram à ARTEMIS calcular uma taxa de erro ponderada, nem uma taxa de erro residual, significativamente importante para aferir os custos relativos aos projetos concluídos. Estas dúvidas sobre a conformidade das operações motivaram o adiamento da quitação.

Saúdo o facto do processo de fusão das antigas empresas e de criação da ITC ECSEL ter permitido averiguar a legalidade e a regularidade das operações, através do envio de informação relevante pelas entidades financiadoras nacionais. Este facto permite uma decisão ponderada.

Congratulo-me pela instituição de normas de controlo interno e de uma estrutura de auditoria interna pela ITC ECSEL.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2014 e successiva ai pareri della Corte dei conti sull'affidabilità dei conti 2014 e sulla legittimità e regolarità delle operazioni che ha certificato la correttezza delle spese sostenute e registrate da ARTEMIS.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento en computación y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en computación, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il discarico di ARTEMIS presenta luci ed ombre che è importante sottolineare. Da un lato, il Parlamento si è mostrato preoccupato del fatto che l'impresa comune non abbia adottato misure riguardanti alcune norme sull'informazione e sull'informativa finanziaria, la valutazione delle attività e dei sistemi di controllo e audit interno. Parte di questi problemi sono stati affrontati, invece dall'ITC ECSEL, che nasce dalla fusione di ENIAC e ARTEMIS, che ha compiuto progressi in merito ai sistemi di controllo interno e all'istituzione di una struttura di audit interno.

Invece, si sottolinea come i dati che riguardano l'efficacia dei sistemi di garanzia risultano essere buoni per quanto riguarda la strategia di audit ex post.

Pertanto, voto a favore di questo testo, ritenendo positivi i passi in avanti in merito alle procedure nazionali ma esprimendo le medesime preoccupazioni del discarico per quanto riguarda il controllo interno.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu absolutorium za rok 2014, konkretnie Wspólnego Przedsiębiorstwa ARTEMIS, co skutkuje nieudzieleniem przeze mnie absolutorium. Nie widzę żadnych postępów w realizacji przedsięwzięcia, jakim jest ARTEMIS. Nie przekonują mnie argumenty, że nieudzielenie absolutoriom wiosną 2016 r. było spowodowane jedynie brakiem informacji niezbędnych do obliczenia wskaźnika błędów dotyczących audytów prowadzonych przez państwa członkowskie oraz zróżnicowanym systemem obliczania błędów. W związku z tym zagłosowałem przeciw sprawozdaniu wzywającemu do udzielenia absolutorium.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this discharge as the Joint Undertaking's accounts for the period 1 January 2014 to 26 June 2014 were presented fairly, in all material respects, and the results of its operations and cash flows are in accordance with the provisions of its financial rules and the accounting rules adopted by the Commission's accounting officer. ARTEMIS was set up in 2007 for a period of 10 years to establish and implement a research agenda for the development of key technologies for embedded computing systems across different application areas to strengthen European Union competitiveness and sustainability.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I voted to postpone discharge again on this report because the European Court of Auditors did not give the EU budget as a whole a positive statement of assurance. The level of error for the year 2014 was estimated to be 4.4%, which, whilst a slight improvement on 2013, is still too high. It is the job of Parliament to verify that the EU budget was spent in accordance with the rules and in line with the principles of sound financial management, and unfortunately the Court of Auditors found that was not the case for the year 2014. We need more simplification of key areas of financial management in the EU budget and a stronger focus on tackling parts of the budget with a higher risk of problems.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Bien que les entreprises communes Artemis et Eniac aient été fusionnées pour donner naissance en 2014 à l'entreprise commune ECSEL, ce rapport déplore que l'évaluation annuelle des comptes de l'agence n'ait pas repris la gestion passée de celles-ci et ne fût pas plus aboutie. En effet, de nombreux engagements financiers se sont poursuivis en 2014 sans que l'on ait pu établir s'ils concernaient ECSEL ou Artemis. Sur le plan de la gestion, cela pose un problème de régularité des comptes.

En outre, l'entreprise commune n'a pas modifié ses règles de gestion pour se conformer au nouveau règlement financier en place. Bien que désormais fusionnée, elle est légalement tenue de s'y conformer, tant qu'elle existe.

Enfin, aucune politique solide de prévention des conflits d'intérêts n'a été menée. Le rapport indique néanmoins que l'entreprise commune a obtenu des autorités nationales des rapports d'audit attestant la solidité financière de celle-ci depuis la dernière décharge. La gestion n'est cependant pas encore assez rigoureuse, les audits ne parvenant pas à couvrir l'intégralité des opérations suivies. Aussi, j'ai voté contre.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this discharge report. The postponement of the discharge from April has enabled action to be taken to clarify some of the issues of concern to myself and my constituents in Wales.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007 para um período de 10 anos com o objetivo de definir e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais.

De acordo com o relatório do Tribunal, o orçamento definitivo da Empresa Comum para o exercício de 2014 incluiu 2 554 510 euros em dotações para autorizações e 30 330 178 euros em dotações para pagamentos (operacionais) que cobrem 89,5 % do total das subvenções da Empresa Comum concedidas. No entanto, o Tribunal de Contas publicou um parecer com reservas sobre a legalidade e a regularidade das operações subjacentes, com o fundamento de que os acordos administrativos concluídos com as entidades financiadoras nacionais, no que respeita à auditoria dos pedidos de pagamento relativos aos projetos, não incluem disposições práticas relativas às auditorias *ex post*.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: gestion pas assez rigoureuse, les audits ne parvenant pas à couvrir l'intégralité des opérations suivies.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de estabelecer e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação. A ARTEMIS é uma parceria-público privada.

Aquando da votação do relatório relativo à constituição desta empresa manifestámos dúvidas e reservas quanto à sua criação, funcionamento e gestão, desde logo relacionadas com a utilização de capitais públicos ao serviço de interesses privados.

Refira-se que o Tribunal de Contas, no seu relatório sobre as contas anuais da ARTEMIS para o exercício de 2014, publicou um parecer com reservas sobre a legalidade e a regularidade das operações subjacentes, com o fundamento de que os acordos administrativos concluídos com as entidades financiadoras nacionais, no que respeita à auditoria dos pedidos de pagamento relativos aos projetos, não incluem disposições práticas relativas às auditorias *ex post*.

De acordo com o Tribunal de Contas, a ARTEMIS não tomou quaisquer medidas em relação a algumas das normas de controlo interno relativas à informação e à comunicação financeira.

A ARTEMIS não avaliou a qualidade dos relatórios de auditoria enviados pelas entidades financiadoras nacionais sobre os custos relativos aos projetos concluídos.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la risoluzione, che non è sufficientemente incisiva.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2014. Η «ECSEL JTI» κάλεσε τις εθνικές αρχές χρηματοδότησης (ΕΑΧ) να προσκομίσουν στοιχεία που να αποδεικνύουν ότι η εκτέλεση των εθνικών διαδικασιών παρέχει εύλογη βεβαιότητα σχετικά με τη νομιμότητα και κανονικότητα των πράξεων. Μέχρι τη λήξη της προθεσμίας, στις 30 Ιουνίου 2016, 76% των ΕΑΧ που εκλήθησαν, οι οποίες αντιπροσωπεύουν 96,79% των κοινών δαπανών της ARTEMIS και της κοινής επιχείρησης, υπέβαλαν τα απαιτούμενα έγγραφα και επιβεβαίωσαν ότι η εκτέλεση των εθνικών διαδικασιών παρέχει εύλογη βεβαιότητα

σχετικά με τη νομιμότητα και κανονικότητα των πράξεων. Δεν είναι δυνατόν όμως να ελεγχθεί σε βάθος όλο το εύρος των συγκεκριμένων δαπανών. Τα αναφερόμενα οικονομικά στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα με ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνεται αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. I support the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entlastung des gemeinsamen Unternehmens ARTEMIS gestimmt, da ich nicht einsehe, dass die EU aus Mitteln der Steuerzahler Strukturen fördert, deren Aufgabe problemlos durch die Industrie selbst übernommen werden sollten und auch können.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Um auch zukünftig den Wissenschaftsstandort Europa auf einem hohen Niveau halten zu können, gilt es Projekte wie die Gemeinsame Technologieinitiative (JTI) ARTEMIS (Advanced Research and Technology für Embedded Intelligence and Systems) weiter zu fördern.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. — Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament granted a discharge in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2014.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στηρίξαμε την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού, αφού πρόκειται για κάλυψη επιπλέον εξόδων τα οποία δημιουργήθηκαν.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report, which granted the Executive Director of the ECSEL Joint Undertaking discharge in respect of the implementation of the ARTEMIS Joint Undertaking's budget for the financial year 2014. This allowed Parliament to close the accounts of the Joint Undertaking for 2014. In addition, I was happy to support a number of comments included in the report, such as the concern raised by the Court of Auditors in its report on the annual accounts of the Joint Undertaking for the financial year 2014. In the report, the CoA issued a qualified opinion regarding the regularity and legality of the underlying transactions on the grounds that the administrative agreements signed with the national funding authorities regarding the audit of project cost claims do not include practical arrangements for ex-post audits. It was also a concern that the Joint Undertaking took no action regarding some internal control standards relating to information and financial reporting and that this was due to the impending merger. In the meantime, ECSEL JTI achieved substantial progress with regard to the implementation of the ICS and establishing internal audit capability.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2014., zbog toga što su njegovo financijsko stanje i novčani tokovi vjerno prikazani. Iako pojedini standardi unutarnje kontrole oko informacija i financijskog izvješćivanja nisu u potpunosti ispoštovani, nisu utvrđene nepravilnosti koje bi spriječile davanje razrješnice.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Si les audits incomplets menés par les autorités nationales ont rendu compte de la bonne santé financière de l'entreprise commune, la gestion n'est pas, à mon sens, jugée suffisamment sérieuse au point de soutenir la proposition du rapport visant à accorder la décharge sur l'exécution du budget.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la décharge pour l'entreprise commune ARTEMIS. Ce vote a de nombreuses fois été refusé, mais les nouveaux éléments d'informations apportés par ARTEMIS nous permettent désormais d'octroyer cette décharge.

La décharge a été accordée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der Rechnungshof hat in seinem Bericht ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge des Gemeinsamen Unternehmens Artemis ausgestellt. Dies betrifft vor allem die Beurteilung der Tätigkeiten, die Bewertung der internen Kontrollsysteme und die interne Auditstelle. Daher hätte ich gegen den Entlastungsbericht gestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – Joint Undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities, and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce texte car il n'est pas assez critique: aucune politique volontariste de prévention des conflits d'intérêts n'a été menée.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre le rapport sur la décharge 2014 concernant l'entreprise commune ARTEMIS. Bien que les entreprises communes Artemis et Eniac aient été fusionnées pour donner naissance en 2014 à l'entreprise commune ECSEL, le rapport regrette que l'évaluation annuelle des comptes de l'agence n'ait pas repris la gestion passée de celles-ci. En effet, de nombreux engagements financiers se sont poursuivis en 2014, sans que l'on puisse établir s'ils concernaient ECSEL ou Artemis. En termes de gestion, ceci pose un problème de régularité des comptes. En outre, l'entreprise commune n'a pas modifié ses règles de gestion pour se conformer au nouveau règlement financier en place. Bien que désormais fusionnée, elle est légalement tenue de s'y conformer, tant qu'elle existe. Enfin, aucune politique solide de prévention des conflits d'intérêts n'a été mise en place.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit.* – Bien que les entreprises communes Artemis et Eniac aient été fusionnées pour donner naissance en 2014 à l'entreprise commune ECSEL, le rapport regrette que l'évaluation annuelle des comptes de l'agence n'ait pas repris la gestion passée de celles-ci. En effet, de nombreux engagements financiers se sont poursuivis en 2014, sans que l'on ait pu établir s'ils concernaient ECSEL ou Artemis. En termes de gestion, cette situation pose un véritable problème de régularité des comptes. En outre l'entreprise commune n'a pas modifié ses règles de gestion pour se conformer à la nouvelle régulation financière en place. Enfin, aucune politique solide de prévention des conflits d'intérêts n'a été mise en place. La gestion ne nous apparait pas assez rigoureuse, les audits ne parvenant pas à couvrir l'intégralité des opérations suivies. Le rapport appelant à accorder la décharge sur l'exécution de ce budget, j'ai voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión de las Empresa Común Artemis porque, aunque en abril no se le dio la aprobación porque el informe anual del Tribunal de Cuentas había señalado que no se disponía de la información necesaria para calcular la tasa de errores tras las auditorías realizadas por los Estados miembros, ya que sus métodos de cálculo habían cambiado. Los documentos adicionales enviados esta vez por las autoridades nacionales han mostrado que los cálculos eran correctos

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento en computación y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en computación, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti udělení absolutoria, tedy proti schválení závěrečné zprávy instituce EU Artemis. Artemis je společný výzkumný ústav výpočetní techniky Komise, členských států a firem zabývajících se počítačovými technologiemi. Nesouhlasím s tím, aby měly členské státy a Komise podíl v této společnosti. Výzkum počítačových technologií (tvorba aplikací a programů) by měl podle mě být věcí soukromých firem.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I welcome the fact that the assurance systems of the ARTEMIS Member States are much more effective than the sufficient threshold. I am confident ARTEMIS will adopt measures related to the internal control standards on financial information. However, the merger company established an appropriate audit and internal control structure.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski parlament daje razrješnicu izvršnom direktoru Zajedničkog poduzeća ECSEL za izvršenje proračuna i zaključenje poslovnih knjiga Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2014.

Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta napominje da financijski izvještaji Zajedničkog poduzeća za razdoblje od 1. siječnja 2014. do 26. lipnja 2014. vjerno prikazuju njegovo financijsko stanje. Stoga sam glasala pozitivno za ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της κοινής επιχείρησης ARTEMIS για το οικονομικό έτος 2014, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 26 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

L'évaluation annuelle des comptes de l'agence pour l'initiative technologique conjointe pour le développement de technologies informatiques (ARTEMIS), fusionnée depuis 2014 avec l'agence sur l'initiative technologique conjointe pour les technologies de la nanoélectronique (ENIAC), n'est pas sérieuse, et non conforme à la nouvelle régulation financière en place.

Encore une fois, les audits des autorités nationales concernées valident la régularité des comptes: on peut douter à nouveau de la fiabilité de ces rapports. Il est par conséquent inconcevable de valider la gestion de cette entreprise.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pranešimui, kuriuo įmonės ARTEMIS 2014 finansinių metų biudžetas patvirtinamas kaip įvykdytas. Ši įmonė buvo įkurta 2007 m. gruodžio mėn. dešimties metų laikotarpiui. Jos paskirtis – parengti ir įgyvendinti pagrindinių technologijų, susijusių su įterptosiomis kompiuterinėmis sistemomis įvairiose taikymo srityse, vystymo mokslinių tyrimų darbotvarkę ir tokiu būdu prisidėti prie Sąjungos konkurencingumo didinimo, naujų rinkų atsivėrimo ir bei visuomenei naudingų technologijų plėtros.

Dešimties metų laikotarpiui įmonei skirtas didžiausias Sąjungos įnašas į Bendrosios įmonės biudžetą – 420 000 000 EUR, kurie turi būti išmokėti iš Septintosios mokslinių tyrimų bendrosios programos biudžeto.

Atsižvelgus į audito ataskaitas ir Biudžeto kontrolės komiteto nuomonę, Parlamentas pažymi, kad įmonės finansinė būklė už ataskaitinį laikotarpį, susijusių operacijų rezultatai ir pinigų srautai, vadovaujantis įmonės finansinių taisyklių nuostatomis ir Komisijos apskaitos pareigūno patvirtintomis apskaitos taisyklėmis, visais reikšmingais aspektais yra pateikti teisingai. Todėl EP pritaria bendrosios įmonės ARTEMIS 2014 finansinių metų sąskaitų uždarymui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport donne quitus pour l'exécution du budget 2014 de l'entreprise commune ARTEMIS crée par l'Union européenne pour développer les systèmes informatiques embarqués et désormais fusionnée dans l'entreprise commune ESELC sur les composants et systèmes électroniques.

Le rapport note pourtant que la Cour des des comptes a émis des réserves sur la régularité et la légalité des opérations financières de cette entreprise commune. Elle a signalé que les rapports d'audit des États sur l'action de cet organisme n'avaient pas été évalués ni pris en compte. Le rapport exprime même son «inquiétude» sur l'absence de mesures d'audit interne de l'activité de cette entreprise. On se demande dès lors pourquoi il donne quitus. Je vote donc contre ce rapport de décharge.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir com os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações que conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir com os objetivos propostos.

Voto assim favoravelmente à quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ARTEMIS e Empresa Comum ENIAC) pela execução do orçamento da Empresa Comum ARTEMIS para o exercício de 2014.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the discharge in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2014.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'entreprise commune Artemis, établie en décembre 2007 pour une période de 10 ans, a reçu pour mission d'établir et de mettre en œuvre un programme de recherche pour le développement de technologies essentielles pour les systèmes informatiques embarqués dans différents domaines d'application afin de renforcer la compétitivité de l'Union européenne et le développement durable ainsi que de permettre l'émergence de nouveaux marchés et de nouvelles applications sociétales.

À ce jour, les activités d'Artemis ont toutefois été reprises dans le cadre de l'entreprise commune ECSCEL. Cela n'empêche que les comptes d'Artemis ont été régulièrement audités pour la période allant jusqu'à son intégration au sein d'ECSEL. Je me suis prononcé en faveur de l'octroi de la décharge au directeur exécutif de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2014. J'ai appelé également à clôturer les comptes de l'entreprise commune Artemis pour l'exercice 2014.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. I support the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az ARTEMIS közös vállalkozás a Tanács 2014. május 6-i rendelete folytán júniusban megszűnt, az ECSEL közös vállalkozássá olvadva össze az ENIAC közös vállalkozással. A Parlament ez év április 28-án úgy határozott, hogy az ezzel kapcsolatos problémák miatt a mentesítésről szóló határozat meghozatalát elhalasztja. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság most második jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá az ARTEMIS közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre szóló elszámolásának lezárását. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável, no sentido dar quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ARTEMIS e Empresa Comum ENIAC) pela execução do orçamento da Empresa Comum ARTEMIS para o exercício de 2014.

Defendo que as observações/sugestões apresentadas devem ser tidas em consideração futuramente.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. L'octroi de la décharge, initialement prévu lors de la plénière d'avril dernier, avait été reporté car Artemis n'avait pas transmis certaines informations nécessaires à cet octroi. Ces informations ont été depuis correctement communiquées à la Commission CONT. Par conséquent, plus rien ne s'oppose à ce que nous accordions les deux décharges.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Each year the European Parliament takes a decision, following a recommendation from the Council, regarding the discharge for budget implementation, through which its releases the Commission from its responsibility for managing the given budget for a specific year by marking the end of its execution. I voted for the 2014 discharge for the ARTEMIS Joint Undertaking, an association for Embedded Systems operators in Europe, representing the research community including industry, universities and research institutes.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Im Bericht hat der Rechnungshof ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge des gemeinsamen Unternehmens ausgestellt. Dies betrifft vor allem die Beurteilung der Tätigkeiten, die Bewertung der internen Kontrollsysteme und die interne Auditstelle. Aufgrund dieser oben genannten Tatsache habe ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ARTEMISe 2014. aasta eelarve on täidetud ja selle võib lugeda kinnitatuks.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ARTEMIS. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ARTEMIS is a public-private partnership between the Commission, Member States, and industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a 10-year period to establish and implement a research agenda for the development of technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerati i conti annuali definitivi dell'impresa comune ARTEMIS relativi all'esercizio 2014, intenderei pronunciarmi positivamente in riferimento alla proposta di decisione del Parlamento europeo sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2014.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Zajedničko poduzeće ARTEMIS financira se iz doprinosa Unije i doprinosa država članica u omjeru 1 prema 1,8. Iznos odobrenih sredstava u proračunu unije za 2014. godinu iznosio je 198 000 000 EUR, što predstavlja 48 % ukupnog proračuna. Međutim, sa zabrinutošću nalazim kako su, prema izvješću Revizorskog suda, proračunska ograničenja u državama članicama otežala rezerviranje preostalog dijela proračuna koji predstavlja 52 % ukupnog proračuna te držim da se takva praksa mora promijeniti.

Revizorski sud u svojem izvješću o godišnjoj računovodstvenoj dokumentaciji Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2014. navodi kako je stekao razumno uvjerenje da je godišnja računovodstvena dokumentacija Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2014. pouzdana te da su povezane transakcije zakonite i pravilne.

Iako je glasovanje o razrješnici odgođeno jer Revizorski sud nije ocijenio kvalitetu izvješća o reviziji zaprimljenih od nacionalnih tijela, a povezanih s financiranjem troškova završenih projekata, od odgode do sad, Zajedničko poduzeće ARTEMIS je izložilo sve zatražene informacije koje potvrđuju izjavu kako implementacija nacionalnih postupaka pruža razumno uvjerenje u legalnost i regularnost transakcija. Zato podržavam odobravanje Razrješnice za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ARTEMIS za financijsku godinu 2014.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zajedničko poduzeće ARTEMIS osnovano je u prosincu 2007. na razdoblje od 10 godina radi utvrđivanja i provedbe programa istraživanja za razvoj ključnih tehnologija za ugradbene računalne sustave kako bi se povećala konkurentnost i održivost Unije te omogućilo nastajanje novih tržišta i društveno relevantnih primjena. ARTEMIS i ENIAC su spojeni radi stvaranja zajedničke tehnološke inicijative za elektroničke komponente i sustave za vodeći položaj Europe.

Stvorena je zajednička tehnološka inicijativa ECSEL, koja je počela s djelovanjem u lipnju 2014. na razdoblje od 10 godina. Financijski izvještaji Zajedničkog poduzeća za razdoblje od 1. siječnja 2014. do 26. lipnja 2014. u svim značajnim aspektima vjerno prikazuju njegovo financijsko stanje na dan 26. lipnja 2014. te rezultate poslovanja i novčane tokove za razdoblje završeno tim danom, u skladu s odredbama financijskih i računovodstvenih pravila.

Treba napomenuti da Zajedničko poduzeće ARTEMIS nije poduzelo mjere koje se odnose na neke standarde unutarnje kontrole povezane s informacijama i financijskim izvješćivanjem. Razlog tomu je spajanje koje je bilo na pomolu. No, u međuvremenu je zajednička tehnološka inicijativa ECSEL ostvarila znatan napredak u provedbi standarda unutarnje kontrole i osnivanju odjela za unutarnju reviziju. ECSEL će ojačati kompetitivnost naših industrija elektronike i svih industrija što se oslanjaju na elektroniku.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de estabelecer e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação. Apesar de apresentar, segundo o relatório, as contas em conformidade importa referir que a ARTEMIS é uma parceria-público privada. Daí a nossa abstenção.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jako stínový zpravodaj pro rozpočtové absolutorium pro podnik ARTEMIS jsem již v červnu doporučoval (na rozdíl od zpravodaje) rozpočtové absolutorium udělit. Rozpočtové absolutorium totiž bylo odloženo pouze z formálních důvodů. Společný podnik ECSEL, který v polovině roku 2014 podniky ARTEMIS a ENIAC převzal, předložil v mezidobí dostatečné doklady toho, že veškeré účtování na úrovni národních agentur probíhalo transparentně a s minimální mírou chybovosti. Jsem rád, že druhá zpráva k rozpočtovému absolutoriu tak získala bezproblémovou podporu Evropského parlamentu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Vista la dichiarazione attestante l'affidabilità dei conti, nonché la legittimità e la regolarità delle relative operazioni presentate all'attenzione della Corte dei conti per l'esercizio 2014, voto favorevolmente affinché il Parlamento europeo approvi la proposta relativa alla concessione del discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune ARTEMIS per l'esercizio 2014.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'octroi de la décharge 2014 à l'entreprise commune ARTEMIS (systèmes informatiques embarqués). Ce vote technique fait suite aux recommandations de la commission du contrôle budgétaire du Parlement européen.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em Dezembro de 2007, com uma duração de 10 anos, com o objetivo de estabelecer e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais. A ARTEMIS começou a operar autonomamente em Outubro de 2009.

Com efeito, a ARTEMIS e a Empresa Comum ENIAC foram fundidas para criar uma iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia». A fusão deu-se em 2014 e a nova iniciativa entrou em atividade em Junho de 2014, sendo que o seu funcionamento está previsto para os próximos dez anos.

O presente relatório dá quitação ao Diretor Executivo da Empresa Comum ECSEL (anteriormente, Empresa Comum ARTEMIS e Empresa Comum ENIAC) pela execução do orçamento da Empresa Comum ARTEMIS para o exercício de 2014.

Na medida em que a documentação exigida confirma que a tramitação dos procedimentos nos Estados Membros fornece uma garantia razoável quanto à legalidade e regularidade das operações, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ARTEMIS. Discharge is a procedure whereby the EU Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ARTEMIS is a public-private partnership between the Commission, Member States, and industry and research institutes. It was set up in December 2007 for a 10-year period to establish and implement a research agenda for the development of technologies for embedded computing systems across different application areas. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 2 554 510 and payment appropriations of EUR 30 330 178. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar importante o objetivo da Empresa Comum ARTEMIS, nomeadamente, o de estabelecer e executar um programa de investigação para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais.

E porque as contas da Empresa Comum relativas ao período compreendido entre 1 de janeiro e 26 de junho de 2014 refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 26 de junho de 2014, bem como os resultados das suas operações e fluxos de caixa relativos ao período encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas adotadas pelo contabilista da Comissão.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Aprova o encerramento das contas da Empresa Comum ARTEMIS relativas ao exercício de 2014.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director ejecutivo de la Empresa Común ECSEL (anteriormente la Empresa Común Artemis y la Empresa Común ENIAC) en la ejecución del presupuesto de la Empresa Común Artemis para el ejercicio 2014 a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai décidé d'accorder la décharge au directeur de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ARTEMIS et la décharge au directeur de l'entreprise commune européenne ITER sur l'exécution du budget de l'entreprise commune pour l'exercice 2014. En votant ces deux rapports, je soutiens néanmoins les recommandations faites à ces deux entreprises et espère qu'elles seront prises en compte à l'avenir.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007, com o objetivo de estabelecer e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos, a fim de reforçar a competitividade e a sustentabilidade da União e permitir a emergência de novos mercados e aplicações sociais.

Após a fusão entre a Empresa Comum e da ENIAC, foi criada a iniciativa tecnológica conjunta no domínio dos «Componentes e sistemas eletrónicos para uma liderança europeia» (ITC ECSEL) que entrou em atividade em junho de 2014 e funcionará durante dez anos.

De acordo com informação disponibilizada, as contas desta Empresa Comum relativas ao período compreendido entre janeiro e junho de 2014 refletem fielmente, a sua situação financeira bem como os resultados das suas operações e fluxos de caixa relativos a esse período, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira e com as regras contabilísticas da Comissão.

Apesar de não terem sido tomadas medidas em relação a algumas das normas de controlo no que à informação e comunicação financeira respeita, a ITC ECSEL realizou progressos substanciais no que respeita à aplicação das normas de controlo e estrutura de auditoria internas pelo que, votei favoravelmente esta quitação.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entlastung des gemeinsamen Unternehmens Artemis gestimmt.

Das gemeinsame Unternehmen Artemis hat dem Haushaltskontrollausschuss (CONT) alle geforderten Informationen gegeben, welche die Aussage stützen, dass die Umsetzung nationaler Verfahren eine hinreichende Sicherstellung für die Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der Transaktionen bietet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento en computación y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en computación, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Artemis Joint Undertaking (JU) was a public-private partnership in the field of embedded systems technology. In 2014, it was replaced by the ECSEL JU following a merger with the ENIAC JU. In April of this year, the plenary voted to postpone discharge for Artemis, with the rapporteur citing that additional reassurances were needed from ECSEL, the successor JU, concerning the implementation of national procedures to ensure the legality and regularity of transactions. The S&D Group voted in favour of discharge in April. Since then, the JU has provided additional reassurances and the rapporteur proposes to grant discharge this time. Joint Undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities, and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som udelenie absolutória za rozpočtový rok 2014 pre výkonného riaditeľa ECSEL za plnenie rozpočtu podniku ARTEMIS. Spoločný podnik ARTEMIS vznikol ešte v roku 2007 a bol poverený úlohou vymedziť a prevádzať program výskumu pre rozvoj kľúčových technológií v oblasti vstavaných počítačových systémov v rôznych oblastiach, čím sa mal umožniť vznik nových trhov a spoločenských aplikácií. V apríli tohto roku sa Parlament rozhodol odložiť udelenie absolutória za rozpočtový rok 2014, keďže v tom roku došlo k zlúčeniu spoločných podnikov ENIAC a ARTEMIS, čím vznikla spoločná technologická iniciatíva Elektronické komponenty a systémy pre vedúce postavenie Európy (STI ECSEL). Spravodajca vtedy vyjadril presvedčenie, že je potrebné implementovať národné procedúry, aby sa zabezpečila zákonnosť jednotlivých transakcií. Keďže medzitým spoločný podnik poskytol všetky záruky, ktoré Parlament vyžadoval, rozhodli sme sa nakoniec absolutórium udeliť. Spoločné podniky sú pre EÚ významným priestorom spolupráce priemyslu a výskumu. Tieto podniky sú založené na verejno-súkromnom partnerstve, ktoré podporuje výskum, nové technológie a rýchlejšie uvedenie špecifických technológií na trh. EÚ má dlhodobo dobré skúsenosti s výsledkami spoločných podnikov, a preto verím, že rovnako úspešný bude v svojom desaťročnom pôsobení aj podnik ECSEL.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Podniky Európskej únie slúžia na koordináciu a realizáciu projektov, ktoré sú v spoločnom záujme, a ich centralizované riadenie je efektívnejšie, ako by to bolo v prípade partikulárneho postupu jednotlivých členských štátov. Z tohto dôvodu by sa mala zjednotiť aj metodika posudzovania vynakladania finančných prostriedkov, pretože rozdielne prístupy sťažujú, či dokonca úplne znemožňujú komplexný a realistický audit.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die „Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des Gemeinsamen Unternehmens Artemis für das Haushaltsjahr 2014" habe ich nicht zugestimmt.

Die EU sollte nicht in der Form Gemeinsamer Unternehmen wirtschaften. Dadurch werden intransparente Schattenhaushalte gebildet. Das Unternehmen selbst ist wirtschaftspolitisch verfehlt. Selbst wenn man Forschungssubventionen gutheißt, sollte Forschung nicht direkt durch die EU geschehen. Die Verweigerung der Entlastung ist zwingend.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014. Skupno podjetje ARTEMIS, ki je bilo ustanovljeno, da vzpostavi in izvede raziskovalni program za razvoj ključnih tehnologij za vgrajene računalniške sisteme na različnih področjih uporabe, je med 1. januarjem 2014 in 26. junijem 2014 poslovalo v skladu z določbami svojih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije. Ni pa skupno podjetje, na podlagi poročila Računskega sodišča, ocenilo kakovosti revizijskih poročil nacionalnih organov za financiranje, povezanih s stroški končanih projektov.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίζουμε υπέρ της απαλλαγής όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού, αφού πρόκειται για κάλυψη επιπλέον εξόδων τα οποία δημιουργήθηκαν.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az ARTEMIS közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetésének végrehajtására vonatkozó mentesítésről szóló jelentést, amely a közös vállalkozás ügyvezető igazgatója számára a 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetés végrehajtására vonatkozóan adott mentesítés mellett jóváhagyja az ARTEMIS közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre vonatkozó elszámolása lezárását is.

Üdvözlendő, hogy a Számvevőszék véleménye szerint a közös vállalkozás 2014. január 1. és 2014. június 26. közötti időszakra vonatkozó beszámolója minden lényeges szempontból megfelel pénzügyi szabályzata előírásainak, valamint a Bizottság számvitelért felelős tisztviselője által elfogadott szabályoknak megfelelően tükrözi a 2014. június 26-i pénzügyi helyzetet. Osztom továbbá a jelentés aggodalmát a téren, hogy a közös vállalkozás nem tett lépéseket az információra és a pénzügyi jelentésre vonatkozó belsőkontroll-standardokat illetően.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Întreprinderea comună ARTEMIS a fost un parteneriat public-privat în domeniul tehnologiei sistemelor integrate, fiind înlocuit ECSEL JU în 2014. Luând în considerare că, în aprilie 2016, plenul a votat să amâne descărcarea de gestiune pentru Artemis, întreprinderea a depus eforturi pentru a da asigurări suplimentare privind eficiența punerii în aplicare a procedurilor naționale. În această situație, îmi exprim din nou susținerea pentru acordarea descărcării de gestiune.

Consider că întreprinderile comune care reunesc industria și organisme de cercetare în parteneriat public-privat contribuie substanțial la sprijinirea cercetării, noilor tehnologii și activităților demonstrative, accelerând introducerea pe piață a tehnologiilor specifice.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge. Je profite de cette explication de vote pour souligner ma déception face au fait que le Conseil européen et le Conseil ne présentent pas au Parlement leur rapport d'activités annuel. C'est inacceptable et cela porte atteinte à la réputation des institutions de l'Union européenne!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The ARTEMIS Joint Undertaking (JU), focused on technological developments, is a research programme aimed at contributing to the development of a strong and globally competitive electronics industry in the EU. The report on the 2014 discharge is a document that consolidates the annual accounts of the EU for the 2014 financial year on the basis of information provided by the various institutions, organisations and bodies of the EU. The document sets out how the JUs spent and implemented their budget in 2014. I voted in favour of the report, to grant discharge in respect of the JUs' 2014 budget, which also made a series of recommendations on improving future budgets and auditing project costs, making for improvements and more transparency in future budgets.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Smatram da Zajedničkom poduzeću ARTEMIS ne treba dati razrješnicu za 2014. godinu, zato što Revizorski sud nije dao razrješnicu za proračune Europske unije u cijelosti za navedenu godinu. ARTEMIS je zajedničko poduzeće čiji je cilj utvrditi i provesti „program istraživanja" za razvoj ključnih tehnologija za ugrađene računalne sustave u različitim područjima primjene kako bi se povećala europska konkurentnost i održivost te omogućilo nastajanje novih tržišta i društvenih primjena.

Iz izvješća Revizorskog suda vidi se da poduzeće nije ocijenilo kvalitetu izvješća o reviziji zaprimljenih od nacionalnih tijela za financiranje u vezi troškova povezanih sa završenim projektima, budući da su metodologije kojima su se služila nacionalna tijela za financiranje različite te nije bilo moguće izračunati pouzdanu ponderiranu stopu pogreške ili stopu preostalih pogrešaka.

S obzirom da je vidljivo kako poduzeće nije poduzelo mjere koje se odnose na neke standarde unutarnje kontrole povezane s informacijama i financijskim izvješćivanjem, glasovala sam protiv razrješnice za ARTEMIS za 2014. godinu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014 sem podprla. Skupno podjetje ARTEMIS je bilo decembra 2007 ustanovljeno za obdobje 10 let z namenom vzpostaviti in izvesti raziskovalni program za razvoj ključnih tehnologij za vgrajene računalniške sisteme na različnih področjih uporabe, da bi izboljšali evropsko konkurenčnost in vzdržnost ter omogočili oblikovanje novih trgov in družbenih aplikacij. Letni računovodski izkazi skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavljajo njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije. Računsko sodišče je v poročilu o zaključnem računu skupnega podjetja za proračunsko leto 2014 izdalo mnenje s pridržkom o zakonitosti in pravilnosti povezanih transakcij, saj upravni sporazumi, podpisani z nacionalnimi organi za financiranje, v zvezi z revizijami zahtevkov za povračilo stroškov za projekte ne vključujejo praktične rešitve za naknadne revizije. Parlament podeli razrešnico izvršnemu direktorju Skupnega podjetja ECSEL glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014. Parlament odobri zaključni račun Skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla, el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy udzielenia absolutorium Wspólnemu Przedsiębiorstwu ARTEMIS. Należy przypomnieć, że wiosną udzieleniu absolutorium sprzeciwił się stanowczo Trybunał Obrachunkowy, a więc instytucja odpowiedzialna za sprawowanie kontroli nad rachunkami Unii. W kwalifikowanej opinii Trybunał zwrócił wówczas uwagę na szereg nieprawidłowości, m.in. brak informacji niezbędnych do obliczenia poziomu błędu w ramach audytów prowadzonych przez państwa członkowskie. Mimo przesłania dodatkowych dokumentów przez organy krajowe mam wątpliwości, czy istniejące nieprawidłowości zostały wyeliminowane. Na obecnym etapie procedury Parlament ma jedynie dwie możliwości: może udzielić absolutorium (zgodnie z rezolucją sprawozdawcy) albo go odmówić. Zagłosowałem więc przeciw przyjęciu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Acepto la aprobación de las cuentas y la descarga. En primavera ambas compañías tecnológicas, de financiación público privada, no mostraban los informes suficientes para aclarar su situación financiera. Se habían fusionado en ECSEL, y tras ese *impasse* de falta de información ante la inminencia de la fusión, se han subsanado las aportaciones de informes. Eso no quiere decir que todos los aspectos sean perfectos, pero la valoración del Parlamento se circunscribe a razones de buena gestión de recursos y transparencia que, en este caso, parece que se cumple.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the ARTEMIS Joint Undertaking for the financial year 2014. The ARTEMIS Joint Undertaking ('the Joint Undertaking') was set up in December 2007 for a period of 10 years to establish and implement a research agenda for the development of key technologies for embedded computing systems across different application areas in order to strengthen Union competitiveness and sustainability and to allow for the emergence of new markets and societal applications. The maximum contribution for the period of 10 years from the Union to the Joint Undertaking is EUR 420 000 000, to be paid from the budget of the Seventh Research Framework Programme. I voted in favour because I believe that the Joint Undertaking's accounts for the period 1 January 2014 to 26 June 2014 present fairly, in all material respects, its financial position on 26 June 2014 and the results of its operations and cash flows for the period then ended, in accordance with the provisions of its financial rules and the accounting rules adopted by the Commission's accounting officer.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. –No he podido votar a favor del presente informe, debido a que pese compartir la importancia del desarrollo de conocimiento en computación y aprobar la gestión del consorcio, considero que existen otras formas para maximizar su desarrollo. La investigación pública ha demostrado ser la principal innovadora en Europa, siendo el sector privado quien resulta beneficiado del gasto en dicho sector. Considero que el desarrollo de conocimiento y tecnología en el sector público no debe ser privatizado por compañías privadas. Dicho conocimiento debe beneficiar al conjunto de los actores económicos europeos y no garantizar explotaciones privativas del mismo. Es por ello por lo que, pese a compartir la necesidad de inversión en computación, no he podido votar a favor de este informe de gestión.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A ARTEMIS foi criada em dezembro de 2007, para um período de 10 anos, com o objetivo de estabelecer e executar um «programa de investigação» para o desenvolvimento de tecnologias essenciais no domínio dos sistemas informáticos incorporados em diferentes áreas de aplicação. Apesar de apresentar, segundo o relatório, as contas em conformidade importa referir que a ARTEMIS é uma parceria-público privada. Daí a nossa abstenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Rechnungshof hat in seinem Bericht über den Jahresabschluss des Gemeinsamen Unternehmens Artemis für das Haushaltsjahr 2014 nur ein eingeschränktes Prüfungsurteil zur Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit der zugrunde liegenden Vorgänge ausgestellt. Diese bedenkliche Tatsache wird im vorliegenden Antrag zwar thematisiert, allerdings werden keinerlei Konsequenzen daraus gezogen, und das, obwohl dem Unternehmen die Summe von 2,5 Milliarden Euro von den Steuerzahlern bereitgestellt wurde. Ich habe daher den Entschließungsantrag abgelehnt.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de kwijting van de begroting van de Gemeenschappelijke Onderneming Artemis.

De PVV staat op het standpunt dat, hoe agentschappen als Artemis hun begroting ook aanwenden, de Europese Unie geen meerwaarde toevoegt aan onderzoeksbudgetten. Onderzoek kan probleemloos door de soevereine lidstaten zelf worden gefinancierd en onderzoekers kunnen zelf prima bepalen wanneer en op welke wijze zij samenwerkingen aangaan met andere (buitenlandse) onderzoeksinstellingen.

Er is volgens de PVV dan ook geen enkele aanleiding om EU-agentschappen te ondersteunen of te financieren.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014. Podelitev razrešnice izvršnemu direktorju Skupnega podjetja ECSEL (prej skupni podjetji ENIAC in ARTEMIS) glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja ARTEMIS za proračunsko leto 2014 sem podprl. Ugotavlja se, da letni računovodski izkazi skupnega podjetja za obdobje od 1. januarja 2014 do 26. junija 2014 v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavljajo njegov finančni položaj na dan 26. junija 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano obdobje v skladu z določbami njegovih finančnih pravil in računovodskimi pravili, ki jih je sprejel računovodja Komisije.

9.4. Entlastung 2014: gemeinsames Unternehmen für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie (A8-0275/2016 - Marian-Jean Marinescu)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'attività di audit svolta all'interno dell'azienda ha evidenziato grandi fattori di rischio, inoltre era stata evidenziata la necessità di controlli più robusti per quanto riguarda il controllo della gestione e dei cambiamenti. Anche la Corte dei conti aveva sottolineato la rischiosità del sistema, soprattutto per quanto riguarda le procedure di appalto. Per ovviare alle problematiche di cui sopra la nuova amministrazione ha aumentato la stima dei costi, creando un'elevata preoccupazione perché qualsiasi ritardo causerebbe cospicui incrementi di tempo e costi.

Per la mancanza di elementi sufficienti, ho espresso un voto negativo al discarico.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ITER. Discharge is a procedure whereby the EU parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on its implementation. ITER was set up in March 2007 for a period of 35 years and involves the Commission, Member States and third countries. The aim is the research and development of a new source of fusion energy. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 1 168 800 000 and payment appropriations of EUR 576 600 000. This vote was a decision regarding discharge (non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While of course UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, UKIP's general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and the EU spending British taxpayer's money.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe de gestión del ITER y del desarrollo de la Energía de Fusión por el elevadísimo coste que supone este tipo de investigación. El presupuesto europeo debe orientarse a resolver los numerosísimos problemas a los que los ciudadanos europeos se están enfrentando. No estoy en contra del desarrollo de este tipo de investigación, pero la Unión dispone de un presupuesto que debe ser orientado a resolver problemas de carácter europeo. El elevado coste se ha demostrado poco después de su inicio; se trata de un ambicioso proyecto que se debe financiar a costa de políticas fundamentales para los ciudadanos de la Unión. Considero que la Unión necesita un presupuesto mucho mayor. Por ello, en este contexto, no puedo apoyar un proyecto de estas características. Es por ello que he decidido votar en contra del presente proyecto.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against ITER's closure of accounts for 2014 and against the resolution granting discharge for 2014 as to how the project has been handled, especially reflecting the large excessive amount of resources which have been allocated to it.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της Δεύτερης έκθεσης σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το οικονομικό έτος 2014, διότι υποστηρίζω τις δράσεις τέτοιων κοινών επιχειρήσεων σε διάφορους τομείς, οι οποίες προσφέρουν πολλά οφέλη στην καθημερινότητα των ευρωπαίων πολιτών.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget.

L'entreprise commune ITER est sujette à critiques de la part de la Cour. En effet, le rapport souligne des risques de dépassement de coûts, qui demeurent élevés.

Un Conseil (de gouvernance) d'ITER a été mis en place pour pallier ces fragilités de planification.

Les procédures de passation de marchés, qui ont fait l'objet de critiques dans le passé pour leur manque de rigueur (ou de conformité des prestataires aux exigences du projet), ont été partiellement corrigées.

Le rapport observe que les plans d'action sont désormais mieux exécutés et suivis de près par l'organisation ITER et l'entreprise commune. Il ajoute que ceci devrait entraîner des améliorations.

Concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci allait dorénavant dans la bonne direction, avec un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables.

Sur six des échéances assignées à Fusion For Energy, quatre ont été depuis respectées. Le rapport ajoute que la question du bail des locaux de l'entreprise commune a été réglée et se félicite de l'entrée en vigueur, le 1er janvier 2016, du nouveau règlement financier de l'entreprise commune ainsi que des nouvelles modalités d'exécution. J'ai voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This decision is to grant discharge and close the accounts of ITER. This was set up in March 2007 for a period of 35 years. The members are represented by the Commission, the Member States of Euratom, and third countries which have concluded cooperation agreements with Euratom in the field of controlled nuclear fusion. The aim is to develop clean fusion power. The final 2014 budget available for implementation included commitment appropriations of EUR 1 168 800 000 and payment appropriations of EUR 576 600 000.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport comme le préconisait la commission au fond dans sa deuxième lecture, compte tenu de la réception des preuves supplémentaires pour justifier et clôturer les comptes sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ITER et le développement de l'énergie de fusion pour l'exercice 2014.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Europos ITER įgyvendinimo ir branduolių sintezės energetikos vystymo bendrosios įmonės nariai yra Euratomas, kuriam atstovauja Komisija, Euratomo valstybės narės ir kitos trečiosios šalys, sudariusios su Euratomu bendradarbiavimo susitarimus valdomos branduolių sintezės srityje. Audito Rūmai savo ataskaitoje dėl Bendrosios įmonės 2014 finansinių metų metinių finansinių ataskaitų konstatavo, kad jos finansinė būklė už 2014 metus yra pateikta teisingai, kaip to reikalaujama jos finansinių taisyklių nuostatose.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ITER. Discharge is a procedure whereby the European Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on their implementation. ITER was set up in March 2007 for a period of 35 years and involves the Commission, Member States and third countries. The aim is the research and development of a new source of fusion energy. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 1 168 800 000 and payment appropriations of EUR 576 600 000.

This vote was on a decision regarding discharge (a non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While, of course, UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, its general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and to the EU spending British taxpayers' money.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Bien qu'il reste quelques insuffisances, l'entreprise commune ITER a fait preuve de notables efforts ayant déjà donné des résultats probants, ce qui devrait encore entraîner des améliorations pour le beau projet qu'elle porte. Sur six des échéances assignées à Fusion For Energy, quatre ont été depuis respectées. Le rapport ajoute que la question du bail des locaux de l'entreprise commune a été réglée et se félicite de l'entrée en vigueur, le 1er janvier 2016, du nouveau règlement financier de l'entreprise commune ainsi que des nouvelles modalités d'exécution. C'est en vertu de ces progrès que je vote pour l'octroi de la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Conformément à la proposition de la commission du contrôle budgétaire j'ai voté en faveur de la décharge concernant ITER pour l'exercice 2014.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La procedura di discarico del bilancio rappresenta un momento importante nella vita istituzionale dell'Unione europea. In questa occasione il Parlamento europeo, unica istituzione eletta a suffragio universale dai cittadini, decide su raccomandazione del Consiglio se garantire o meno l'approvazione definitiva dell'esecuzione del bilancio per un determinato esercizio finanziario. Si tratta di un passaggio fondamentale che è anche l'occasione per indirizzare specifiche raccomandazioni alle istituzioni e alle agenzie che compongono la struttura dell'Unione.

Seguendo le indicazioni della commissione per il controllo dei bilanci (CONT), oggi ho deciso di votare a favore della relazione Marinescu che concede il discarico al direttore dell'impresa comune europea per ITER e lo sviluppo dell'energia da fusione per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune per l'esercizio 2014.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la aprobación de la gestión 2014 de ITER. Se toma nota de que, a consecuencia de los desafíos a los que se enfrenta actualmente el proyecto, el nuevo director presentó al Consejo de ITER un plan de acción que incluía medidas específicas para resolver las principales limitaciones que están afectando al desarrollo del proyecto.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je salue ce rapport qui préconise d'accorder la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ITER pour l'exercice 2014 et que j'ai donc soutenu.

Certes, comme l'a souligné à maintes reprises la Cour des comptes, il y a lieu d'être vigilant quant aux risques de dépassement des coûts, et ce malgré la mise en place d'un fonds de financement interne censé compenser d'éventuels aléas dans l'avancement du projet. Mais il faut rappeler que ces risques sont dus à la nature même du projet.

Par ailleurs, il faut noter que les problèmes liés aux procédures de passation de marché ont été partiellement réglés.

Enfin, il convient de prendre en compte les conclusions du Conseil ITER, réuni en juin 2016, qui constate que le projet prend désormais la bonne direction grâce, notamment, à un calendrier réaliste et à des coûts associés raisonnables. À titre d'exemple, sur six des échéances assignées à Fusion for Energy, quatre ont déjà été respectées. Il faut reconnaître les progrès réalisés par ITER sur les questions de gestion financière avec notamment l'entrée en vigueur de son nouveau règlement financier.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione offre ottimi spunti critici che mi hanno determinata a votare contro la concessione del discarico.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director de la Empresa Común Europea para el ITER y el Desarrollo de la Energía de Fusión en la ejecución del presupuesto de dicha Empresa para el ejercicio 2014, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas anuales de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera a 31 de diciembre de 2014 y los resultados de sus operaciones y flujos de tesorería para el ejercicio finalizado, conforme a lo dispuesto en su Reglamento Financiero.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas 2014 m. biudžeto įvykdymo patvirtinimas dėl ITER įgyvendinimo ir branduolių sintezės energetikos vystymo bendrosios įmonės.

Europos ITER įgyvendinimo ir branduolių sintezės energetikos vystymo bendroji įmonė (toliau – Bendroji įmonė) įsteigta 2007 m. kovo mėn. 35 metų laikotarpiui. Bendrosios įmonės nariai yra Euratomas, kuriam atstovauja Komisija, Euratomo valstybės narės ir kitos trečiosios šalys, sudariusios su Euratomu bendradarbiavimo susitarimus valdomos branduolių sintezės srityje. Ši bendroji įmonė pradėjo savarankiškai dirbti 2008 m. kovo mėn.

Europos Parlamentas pažymi, kad Audito Rūmai savo ataskaitoje dėl Bendrosios įmonės 2014 finansinių metų metinių finansinių ataskaitų konstatavo, jog Bendrosios įmonės metinėse finansinėse ataskaitose jos finansinė būklė 2014 m. gruodžio 31 d. ir su tą dieną pasibaigusiais finansiniais metais susijusių operacijų rezultatai ir pinigų srautai visais reikšmingais aspektais yra pateikti teisingai, kaip to reikalaujama jos finansinių taisyklių nuostatose.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram razrešnico za Skupno podjetje za ITER in razvoj fuzijske energije. Finančni položaj je bil v skladu z določbami finančnih pravil in ni bilo nepravilnosti. Prav tako je novi generalni direktor organizacije ITER odgovoril na izzive, s katerimi se sedaj srečuje projekt in predstavil akcijski načrt, ki vključuje posebne ukrepe za reševanje glavnih ovir, ki vplivajo na razvoj projekta. Ugotavlja se, da so vmesni cilji, ki jih je določil svet ITER na seji 18. in 19. novembra 2015, zelo napredni ter da so bili že uresničeni štirje od šestih ciljev, določenih za fuzijo leta 2016.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o razrješnici za 2014. za zajedničko poduzeće za ITER i razvoj energije fuzije.

Zajednički poduzetnici okupljaju industrije i istraživačka tijela u javno-privatna partnerstva za potporu istraživanja, nove tehnologije i demonstracijske aktivnosti i ubrzavaju uvođenje tržišta pojedinih tehnologija. Domene uključuju kontrole zračnog prometa, ugljikove energije, nanotehnologije, računalne tehnologije, čistije tehnologije zrakoplovstva i nuklearne fuzije.

Podržavam JUS u svojim mnogim područjima rada koja su korisna za građane EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconise d'accorder la décharge sur l'exécution du budget d'ITER.

Si des manquements avaient pu être constatés précédemment dans la gestion de cette entreprise commune, le rapport reconnaît que de sérieux progrès ont été depuis accomplis.

Par conséquent, je vote pour.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento concede il discarico al direttore dell'impresa comune europea per ITER e lo sviluppo dell'energia da fusione per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune per l'esercizio 2014 e approva la chiusura dei conti di tale impresa comune per l'esercizio 2014. Il Parlamento nota che la Corte dei conti ha affermato che i conti annuali dell'impresa comune presentano fedelmente la posizione finanziaria di essa al 31 dicembre 2014, nonché i risultati delle sue operazioni e dei flussi di cassa. Il Parlamento prende atto del fatto che il nuovo direttore generale dell'organizzazione ITER ha presentato al consiglio ITER un piano d'azione comprendente misure specifiche per superare i principali ostacoli che si frappongono allo sviluppo del progetto ITER e osserva inoltre che il nuovo direttore facente funzioni ha elaborato un piano d'azione per l'impresa comune che è in buona parte in linea con quello dell'organizzazione ITER. Tale piano d'azione ha ricevuto piena approvazione dal consiglio di direzione dell'impresa comune e, dal marzo 2015, l'organizzazione ITER e l'impresa comune attuano e seguono attentamente i piani d'azione e pertanto, il Parlamento invita l'impresa comune a presentare una relazione sull'attuazione di tali piani d'azione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'entreprise commune ITER est très fortement critiquée par la Cour de justice de l'Union. Malgré la mise en place d'un fond de financement interne prévu pour compenser d'éventuels aléas dans l'avancement du projet, le rapport souligne des risques de dépassement de coûts qui demeurent élevés. Le rapport précise d'ailleurs que les estimations de coûts sont systématiquement inférieures aux coûts rencontrés. Concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci allait dorénavant dans la bonne direction, avec un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables. Sur six des échéances assignées à Fusion For Energy, quatre ont été depuis respectées.

Le rapport ajoute que la question du bail des locaux de l'entreprise commune a été réglée et se félicite de l'entrée en vigueur, le 1er janvier 2016, du nouveau règlement financier de l'entreprise commune ainsi que des nouvelles modalités d'exécution. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport accordant la décharge budgétaire.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Întreprinderea comună pentru ITER și pentru dezvoltarea energiei de fuziune a fost înființată în martie 2007 pentru o perioadă de 35 de ani, membrii întreprinderii comune fiind Euratom, reprezentat de Comisie, statele membre ale Euratom și țări terțe care au încheiat cu Euratom acorduri de cooperare în domeniul fuziunii nucleare controlate. În urma controalelor realizate, s-a constatat faptul că întreprinderea comună pentru ITER și pentru dezvoltarea energiei de fuziune dispune de conturi care prezintă într-un mod fidel situația financiară și rezultatele operațiunilor sale, precum și fluxurile de numerar aferente exercițiului financiar pe anul 2014, în conformitate cu dispozițiile normelor sale financiare. M-am exprimat în favoarea raportului privind descărcarea de gestiune pentru execuția bugetului întreprinderii comune pentru ITER și pentru dezvoltarea energiei de fuziune aferent exercițiului financiar 2014, deoarece consider că această întreprindere a gestionat într-un mod eficient și transparent fondurile avute la dispoziție, urmărind în permanență atingerea scopului pentru care a fost înființată.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché dalla relazione stilata dalla Corte dei conti si evince che i conti annuali dell'impresa comune relativi all'esercizio finanziario 2014 presentano fedelmente la posizione finanziaria della stessa al 31 dicembre 2014. La dotazione finanziaria definitiva disponibile per il 2014 comprende stanziamenti di impegno per 1 168 800 000 di euro e stanziamenti di pagamento equivalenti a 567 600 000 di euro. I tassi di utilizzo per gli stanziamenti d'impegno e di pagamento sono rispettivamente del 100 % e dell'88,5 %. Si rileva, inoltre, che il tasso di esecuzione previsto per gli stanziamenti di pagamento indicati nel bilancio iniziale per il 2014 corrisponde al 73 %. Le conclusioni del consiglio ITER del 15 e 16 giugno 2016, hanno confermato che il progetto ITER sta procedendo nella giusta direzione, consentendo l'elaborazione di una proposta valida e realistica in merito al calendario e ai costi associati. È stato approvato, inoltre, il calendario integrato aggiornato per il progetto ITER, che fissa la data per il primo plasma a settembre 2025. Finora tutte le tappe del progetto sono state completate entro i tempi previsti, se non in anticipo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against ITER's closure of accounts for 2014 and against the resolution granting discharge for 2014 as to how the project has been handled, especially reflecting the excessive amount of resources which have been allocated to it.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that the updated integrated schedule for the ITER project for the development of fusion energy is challenging but achievable according to the ITER Council Review Group. The project has previously experienced serious delays and cost-overturns, but I believe that the evidence of improved decision making and better understanding of the risks provides a renewed basis of confidence.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel 2014 la struttura di audit interno dell'impresa comune aveva svolto un esame del monitoraggio dell'esecuzione dei contratti evidenziando l'esistenza di importanti fattori di rischio quali il calendario irrealistico per i progetti e ritardi nell'attuazione delle attività. L'impresa aveva difficoltà a limitare efficacemente alcuni di questi rischi, in quanto erano attribuibili all'Organizzazione ITER che ora è cambiata. Infine l'esame aveva individuato la necessità di controlli più robusti e di modifiche ai processi, in particolare per quanto concerne il controllo della gestione e dei cambiamenti, la gestione finanziaria dei contratti e la gestione delle situazioni di non conformità. Insieme alla delegazione M5S, ho votato contro la concessione del discarico.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Εγκρίνουμε το κλείσιμο των λογαριασμών της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το οικονομικό έτος 2014.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La concessione del discarico del bilancio per l'esercizio del 2014 ad un'occasione di partenariato pubblico-privato dal tale impatto apre a profonde riflessioni e richiede un'attenta analisi. Dal mio punto di vista non può che esservi garantismo ed entusiasmo nel votare un provvedimento di questo genere grazie alla relazione della Corte dei conti. In essa è, infatti, possibile leggere che i conti annuali dell'impresa comune presentano fedelmente la posizione finanziaria della stessa al 31 dicembre 2014, inoltre i risultati delle sue operazioni e i flussi di cassa risultano conformi alle disposizioni del regolamento finanziario dell'impresa stessa. La dotazione finanziaria definitiva disponibile per il 2014 comprendeva stanziamenti di impegno per 1 168 800 000 EUR e di pagamento per 567 600 000 EUR.

Per chiarire, ITER è un progetto di collaborazione globale che mira a diventare il più grande impianto a fusione sperimentale del mondo ed è studiato per dimostrare la fattibilità scientifica e tecnologica della fusione, il processo che alimenta il Sole e le stelle. La ricerca sulla fusione è finalizzata allo sviluppo di una fonte di energia sicura, senza limiti e responsabile nei confronti dell'ambiente. Attraverso ITER si acquisirà anche uno stimolo per nuovi posti di lavoro e crescita.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the European Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy for the financial year 2014 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – De acordo com o relatório do Tribunal de Contas referente às contas anuais da Empresa Comum relativas ao exercício de 2014, as contas anuais da Empresa Comum refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a situação financeira em 31 de dezembro de 2014, bem como o resultado das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

Nesse sentido, apoio o relatório Marinescu, que autoriza a quitação ao Diretor da Empresa Comum Europeia para o ITRE e o desenvolvimento da Energia de Fusão pela execução do Orçamento da Empresa Comum para o exercício de 2014.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune europea per ITER e lo sviluppo dell'energia da fusione per l'esercizio 2014 e successiva ai pareri della Corte dei conti sull'affidabilità dei conti 2014 e sulla legittimità e regolarità delle operazioni, che ha certificato la correttezza delle spese sostenute e registrate dal direttore dell'impresa comune europea per ITER.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra del informe de gestión del ITER y del desarrollo de la Energía de Fusión por el elevadísimo coste que supone este tipo de investigación. El presupuesto europeo debe orientarse a resolver los numerosísimos problemas a los que los ciudadanos europeos se están enfrentando. No estoy en contra del desarrollo de este tipo de investigación, pero la Unión dispone de un presupuesto que debe ser orientado a resolver problemas de carácter europeo. El elevado coste se ha demostrado poco después de su inicio; se trata de un ambicioso proyecto que se debe financiar a costa de políticas fundamentales para los ciudadanos de la Unión. Considero que la Unión necesita un presupuesto mucho mayor. Por ello, en este contexto, no puedo apoyar un proyecto de estas características. Es por ello que he decidido votar en contra del presente proyecto.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ritengo importante evidenziare come la Corte dei conti abbia redatto una relazione molto positiva nei confronti dei conti annuali dell'impresa comune in merito alle operazioni e ai flussi di cassa dell'esercizio. Allo stesso tempo, è positivo che in merito ai programmi manageriali, ai costi e al calendario programmati siano stati rilevati degli importanti passi in avanti. Sembra esserci inoltre una positiva collaborazione tra l'organizzazione ITER e agenzie nazionali tali da permettere un rispetto del programma e degli obiettivi prefissati.

Voto, pertanto, a favore del testo, rilevando i fattori positivi in merito all'esecuzione del programma e alla gestione dei fondi e delle risorse, così come dell'organizzazione manageriale, così come redatto dalla Corte dei conti.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu absolutorium za rok 2014, konkretnie Wspólnego Przedsięwzięcia na rzecz Realizacji Projektu ITER i Rozwoju Energii Termojądrowej, co skutkuje nieudzieleniem przeze mnie absolutorium. Nie widzę żadnych postępów w realizacji tego przedsięwzięcia. Nie przekonują mnie argumenty, że nieudzielenie absolutoriom wiosną 2016 r. było spowodowane jedynie brakiem informacji niezbędnych do obliczenia wskaźnika błędów dotyczących audytów prowadzonych przez państwa członkowskie oraz zróżnicowanym systemem obliczania błędów. W związku z tym zagłosowałem przeciw sprawozdaniu wzywającemu do udzielenia absolutorium.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this discharge as the Joint Undertaking's annual accounts were presented fairly, in all material respects and its financial position together with the results of its operations and its cash flows are in accordance with the provisions of its financial rules. I am positive that the action plan provided by the Director of the European Joint Undertaking for ITER identifies further improvements in the Undertaking's own operations in the development of fusion energy.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I voted to postpone discharge again on this report because the European Court of Auditors did not give the EU budget as a whole a positive statement of assurance. The level of error for the year 2014 was estimated to be 4.4%, which, whilst a slight improvement on 2013, is still too high. It is the job of Parliament to verify that the EU budget was spent in accordance with the rules and in line with the principles of sound financial management, and unfortunately the Court of Auditors found that was not the case for the year 2014. We need more simplification of key areas of financial management in the EU budget and a stronger focus on tackling parts of the budget with a higher risk of problems.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Malgré la création d'un fonds de financement interne, prévu pour compenser d'éventuels aléas dans l'avancement du projet, le rapport souligne des risques de dépassement de coûts, qui demeurent élevés. Un Conseil de gouvernance d'ITER a été mis en place pour pallier ces fragilités de planification. Les procédures de passation de marchés ont été partiellement améliorées. Le rapport précise que les estimations de coûts sont systématiquement inférieures à la réalité. Malgré l'élaboration d'un système de gestion des coûts, de nombreuses insuffisances demeurent dans la qualité de l'organisation du projet.

Le rapport observe néanmoins que les plans d'action sont désormais mieux exécutés et suivis de près par l'organisation ITER et l'entreprise commune. Concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci avait un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables. Sur six des échéances assignées à Fusion For Energy, quatre ont été depuis respectées. Le rapport ajoute que la question du bail des locaux de l'entreprise commune a été réglée et se félicite de l'entrée en vigueur, le 1er janvier 2016, du nouveau règlement financier de l'entreprise commune ainsi que des nouvelles modalités d'exécution.

Aussi, j'ai voté pour.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the discharge of ITER because there have been further delays over costs, which affects other aspects of the EU budget and which in turn affects my constituents in Wales. We have yet to see the new project plan.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão foi instituída em março de 2007 por um período de 35 anos. O orçamento definitivo para o exercício de 2014 incluiu 1 168 800 000 euros em dotações para autorizações e 567 600 000 euros em dotações para pagamentos. As taxas de execução das dotações para autorização e para pagamentos foram, respetivamente, de 100 % e de 88,5 %, no entanto, a taxa de execução das dotações para pagamentos em relação ao orçamento inicial de 2014 foi de apenas 73%.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci allait dorénavant dans la bonne direction, avec un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables. Sur 6 des échéances assignées à Fusion For Energy, 4 ont été depuis respectées. Le rapport ajoute que la question du bail des locaux de l'entreprise commune a été réglée et se félicite de l'entrée en vigueur, le 1er janvier 2016, du nouveau règlement financier de l'entreprise commune ainsi que des nouvelles modalités d'exécution.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Empresa Comum europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão foi criada em Março de 2007 por um período de 35 anos. Esta empresa tem como membros a Euratom, representada pela Comissão Europeia, os Estados-Membros da Euratom e países terceiros que concluíram com a Euratom acordos de cooperação no domínio da fusão nuclear controlada.

O ITER é um projeto colaborativo internacional que pretende desenvolver energia de fusão.

As conclusões do Conselho ITER, de Junho de 2016, confirmam que o projeto ITER está agora na direção certa, o que permite a apresentação de uma proposta sólida, realista e detalhada de calendário e de custos associados até ao primeiro plasma (2025), apoiam o calendário integrado atualizado, indicam que a conclusão com êxito de todas as etapas do projeto, dentro do prazo previsto ou antes, constitui um indicador positivo da capacidade coletiva da Organização ITER e das agências nacionais para continuarem a cumprir o calendário integrado atualizado e sublinham que uma maior eficácia nos processos de decisão, uma melhor compreensão dos riscos e um maior rigor no respeito dos compromissos contribuem para que o projeto ITER mantenha a sua atual dinâmica positiva.

A nossa votação neste relatório é indissociável da posição que assumimos relativamente ao projeto ITER.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω τη δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το οικονομικό έτος 2014, καθώς τα αναφερόμενα στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα με ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνεται αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων. Στην παρούσα φάση, ο νέος γενικός διευθυντής του οργανισμού ITER υπέβαλε στο Συμβούλιο του ITER σχέδιο δράσης το οποίο περιλαμβάνει συγκεκριμένα μέτρα για την αντιμετώπιση των βασικών εμποδίων τα οποία επηρεάζουν επί του παρόντος την εξέλιξη του έργου, τα οποία υλοποιούνται και παρακολουθούνται εκ του σύνεγγυς και που οδήγησαν στην επιτυχή ολοκλήρωση όλων των ορόσημων του έργου μέχρι σήμερα, εγκαίρως ή νωρίτερα σε σχέση με το αρχικό χρονοδιάγραμμα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. I support the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Entlastung des gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie gestimmt, da ich diesen Bereich und dieses Forschungsprojekt selbst für eine wichtige Einrichtung halte, die es grenzübergreifend zu unterstützen und voranzutreiben gilt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Entwicklung neuer, alternativer Energiequellen ist unablässig, um auch zukünftig die Versorgungssicherheit mit Elektrizität in ganz Europa sicherzustellen. Daher stimme ich für die Entlastung des gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die damit einhergehende weitere Erforschung und Entwicklung von Fusionsenergie.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The European Parliament granted a discharge in respect of the implementation of the budget of the Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy for the financial year 2014.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η διαφωνία μας με τα πυρηνικά προγράμματα παραγωγής ενέργειας είναι ξεκάθαρη. Για αυτό το λόγο καταψηφίσαμε την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το 2014.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report, which granted the Director of the European Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy discharge in respect of the implementation of the Joint Undertaking's budget for the financial year 2014. This allowed Parliament to close the accounts of the Joint Undertaking for 2014. In addition, I was happy to support a number of comments included in the report, such as that the ITER Project is now going in the right direction, in a way that will allow for a sound, realistic and detailed proposal for schedule and indicated that the successful completion of all project milestones to date, on or ahead of schedule, is a positive indicator. I also welcome the fact that the milestones set up at the ITER Council meeting of 18 and 19 November 2015 are well advanced and that four out of the six milestones attributed to Fusion for Energy (F4E) for 2016 have already been fulfilled. Finally, I was happy that the issue of the lease of the premises of the Joint Undertaking has been solved, as the Spanish Government offered a long-term lease agreement for the current premises and an extension of the current office space by one additional floor.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za drugo izvješće o razrješnici za izvršenje proračuna Europskog zajedničkog poduzeća za ITER i razvoj energije fuzije za financijsku godinu 2014., jer se davanjem razrješnice i odobravanjem zaključenja poslovnih knjiga omogućuje nesmetan nastavak rada Europskog zajedničkog poduzeća. Ustanovljeno je da godišnja računovodstvena dokumentacija realno i dosljedno prikazuje financijsko stanje poduzeća te da se projekt ITER odvija u pravom smjeru.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le rapport met en exergue la forte probabilité de dépassement de coûts du projet complexe et lacunaire de l'entreprise commune, malgré la création d'un plan de financement interne et d'un Conseil de gouvernance censé améliorer les efforts de planification. En outre, les estimations de coûts sont constamment sous-évaluées par rapport à la réalité et empêchent la bonne organisation du projet. Néanmoins, le rapport fait état d'une meilleure exécution des plans d'action et d'une plus grande rigueur dans le suivi du projet. On peut raisonnablement espérer une amélioration rapide de l'évaluation des coûts et du calendrier.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge pour l'entreprise commune pour ITER et le développement de l'énergie de fusion. La décharge a été accordée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Das ITER-Projekt war seit Beginn seiner Existenz mit enormen Herausforderungen konfrontiert. Dies hat mitunter zu Verzögerungen und Budgetüberschreitungen geführt. Es wurde nun zwar ein Aktionsplan mit gezielten Maßnahmen zur Beseitigung der derzeitigen Haupthindernisse für den Fortgang des Projekts vorgelegt, doch es ist zu bezweifeln, ob dieses Projekt seinen Sinn und Zweck noch erfüllen wird. Daher hätte ich gegen den Entlastungsbericht gestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Joint Undertakings bring together industry and research bodies in public private partnerships to support research, new technology and demonstration activities, and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car le Conseil ITER a tenu compte des critiques de la Cour des comptes et présenté un calendrier réaliste.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la décharge 2014 concernant l'entreprise commune pour ITER et le développement de l'énergie de fusion. Ce rapport appelle à accorder la décharge sur l'exécution du budget. Malgré la mise en place d'un fonds de financement interne, prévu pour compenser d'éventuels aléas dans l'avancement du projet, le rapport souligne des risques de dépassement de coûts, qui demeurent élevés. Ces risques sont inhérents à la nature du projet, lui-même complexe, et à l'évolution régulière de son champ d'intervention. Un Conseil (de gouvernance) d'ITER a été mis en place pour pallier ces fragilités de planification.

Les procédures de passation de marchés, qui ont fait l'objet de critiques dans le passé pour leur manque de rigueur, ont été partiellement corrigées. Le rapport observe que les plans d'action sont désormais mieux exécutés et suivis de près par l'organisation ITER et l'entreprise commune. Ajoutant que ceci devrait entraîner des améliorations.

Concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci allait dorénavant dans la bonne direction, avec un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'entreprise commune ITER est sujette à critiques de la part de la Cour. En effet, malgré la mise en place d'un fonds de financement interne, prévu pour compenser d'éventuels aléas dans l'avancement du projet, le rapport souligne des risques de dépassement de coûts, qui demeurent élevés.

Ces risques sont inhérents à la nature du projet, lui-même assez complexe, et à l'évolution régulière de son champ d'intervention. Un Conseil (de gouvernance) d'ITER a été mis en place pour pallier ces fragilités de planification. Malgré la mise en place d'un système de gestion des coûts, de nombreuses insuffisances demeurent dans la qualité de l'organisation du projet.

Le rapport observe néanmoins que les plans d'action sont désormais mieux exécutés et suivis de près par l'organisation ITER et l'entreprise commune. Concernant la poursuite du projet, le Conseil d'ITER a confirmé en juin 2016 que celui-ci allait dorénavant dans la bonne direction, avec un calendrier réaliste et des coûts associés raisonnables.

Le rapport appelant à accorder la décharge, j'ai voté pour.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión de las Empresa Común para el ITER y el Desarrollo de la Energía de Fusión porque, aunque en abril no se le dio la aprobación porque el informe anual del Tribunal de Cuentas había señalado que no se disponía de la información necesaria para calcular la tasa de errores tras las auditorías realizadas por los Estados miembros, ya que sus métodos de cálculo habían cambiado. Los documentos adicionales enviados esta vez por las autoridades nacionales han mostrado que los cálculos eran correctos

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe de gestión del ITER y del desarrollo de la Energía de Fusión por el elevadísimo coste que supone este tipo de investigación. El presupuesto europeo debe orientarse a resolver los numerosísimos problemas a los que los ciudadanos europeos se están enfrentando. No estoy en contra del desarrollo de este tipo de investigación, pero la Unión dispone de un presupuesto que debe ser orientado a resolver problemas de carácter europeo. El elevado coste se ha demostrado poco después de su inicio; se trata de un ambicioso proyecto que se debe financiar a costa de políticas fundamentales para los ciudadanos de la Unión. Considero que la Unión necesita un presupuesto mucho mayor. Por ello, en este contexto, no puedo apoyar un proyecto de estas características. Es por ello que he decidido votar en contra del presente proyecto.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Zdá se, že závěrečné účty jsou v pořádku, byly prozkoumány Účetním dvorem EU. ITER je mezivládní organizace, kde členskými státy jsou vedle členů EU (Euratom) Indie, Japonsko, Rusko, USA, Čína. Projekt se zabývá výzkumem jaderné fúze a je řízen na mezivládním principu.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor) is an international nuclear fusion research project.

The experimental reactor will be able to produce more energy than the priming process would consume. Given that, the quantity of fuel in the reactor (approximately 1 gram as against 100 tons in fission) is very limited, and in the event of a malfunction, the plasma is turned off without any risk. I welcome the position of the ITER Council on keeping risks at a minimum.

I welcome, too, the fact that an action plan has been presented and an updated schedule approved. The planned programmes for implementation of the project are widely respected: we are moving in the right direction.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski Parlament daje razrješnicu izvršnom direktoru Europskog zajedničkog poduzeća za ITER i razvoj energije fuzije za izvršenje proračuna i zaključenje poslovnih knjiga Zajedničkog poduzeća za financijsku godinu 2014.

Budući da je glavni direktor Organizacije za ITER Vijeću ITER-a predstavio akcijski plan s konkretnim mjerama za rješavanje glavnih ograničenja koja utječu na razvoj projekta, podržala sam ovo izvješće.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω τη δεύτερη έκθεση σχετικά με την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το οικονομικό έτος 2014, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 26 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il me semble légitime d'accorder la décharge sur l'exécution du budget de cette entreprise commune. Depuis peu, la gestion s'est améliorée suite à de sérieux contrôles qui laissaient clairement apparaître les insuffisances dans l'organisation du projet.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pranešimui, kuriuo Europos ITER įgyvendinimo ir branduolių sintezės energetikos vystymo bendrosios įmonės 2014 finansinių metų biudžetas patvirtinamas kaip įvykdytas. Ši įmonė buvo įkurta 2007 m. kovo mėn. 35 metų laikotarpiui. Jos nariai yra Euratomas, kuriam atstovauja Komisija, Euratomo valstybės narės ir kitos trečiosios šalys, sudariusios su Euratomu bendradarbiavimo susitarimus valdomos branduolių sintezės srityje.

Audito Rūmai savo ataskaitoje konstatavo, jog šios įmonės metinėse finansinėse ataskaitose jos finansinė būklė ir finansinių operacijų rezultatai bei pinigų srautai visais reikšmingais aspektais yra pateikti teisingai, kaip to reikalaujama jos finansinių taisyklių nuostatose. Todėl EP pritaria bendrosios įmonės ITER įgyvendinimo ir branduolių sintezės energetikos vystymo bendrosios įmonės 2014 finansinių metų sąskaitų uždarymui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport donne quitus pour l'exécution de son budget 2014 à l'entreprise commune ITER, créée pour développer un réacteur nucléaire européen de nouvelle génération. J'ai critiqué l'ampleur et la récurrence des investissements européens dans le nucléaire, alors que les énergies renouvelables restent les parents pauvres de la politique énergétique européenne. J'ai donc voté contre ce budget et vote logiquement contre ce rapport de décharge.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Todas as instituições europeias que dependem do orçamento da União Europeia têm que ser fiscalizadas, de forma rigorosa, pelo Tribunal de Contas e por todas as entidades com essa função. É necessário aferir se os fundos comunitários estão a ser bem utilizados, se essas instituições estão a cumprir com os objetivos delineados e se não existe desperdício de recursos. De um modo geral, salvo raras exceções, a avaliar pelas fiscalizações que conhecidas, podemos afirmar que as instituições em causa estão a utilizar de forma correta os fundos disponibilizados e a cumprir com os objetivos propostos.

Voto assim favoravelmente à quitação ao Diretor da Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão pela execução do orçamento da Empresa Comum para o exercício de 2014.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported the discharge in respect of the implementation of the budget of the European Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy for the financial year 2014.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Sur base de l'évolution positive de l'entreprise commune pour ITER, grâce notamment à ses résultats encourageants relatifs à l'achèvement de toutes les étapes du projet à la date prévue et aux facilités qu'elle a pu obtenir du gouvernement espagnol en matière de bail et de locaux, j'ai voté la décharge sur l'exécution du budget de l'entreprise commune pour ITER et le développement de l'énergie de fusion.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report because joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies, which is essential. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, and nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Fúziósenergia-fejlesztési és ITER Európai Közös Vállalkozás igazgatójának a közös vállalkozás 2014-es pénzügyi évre szóló költségvetése végrehajtására vonatkozó felelősség alóli mentesítéséről szóló döntést az EP elhalasztotta. A Költségvetési Ellenőrző Bizottság második jelentésében most azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Fúziósenergia-fejlesztési és ITER Európai Közös Vállalkozás 2014-es pénzügyi évre vonatkozó elszámolásának lezárását. Ennek megfelelően szavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Pelo exposto no presente relatório, o mesmo merece o meu voto favorável, no sentido dar quitação ao Diretor da Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão pela execução do orçamento da Empresa Comum para o exercício de 2014.

Defendo que as observações/sugestões apresentadas devem ser tidas em consideração futuramente.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Joint undertakings bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies, which is essential. Fields covered include air traffic control, carbon-lean energy, and nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the joint undertakings in their many areas of work which are of clear benefit to EU citizens.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. L'octroi de la décharge, initialement prévu lors de la plénière d'avril dernier, avait été reporté car ITER n'avait pas transmis certaines informations nécessaires à cet octroi. Ces informations ont été depuis correctement communiquées à la commission CONT. Par conséquent, plus rien ne s'oppose à ce que nous accordions les deux décharges.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Each year the European Parliament takes a decision, following a recommendation from the Council, regarding the discharge for budget implementation, through which it releases the Commission from its responsibility for managing the given budget for a specific year by marking the end of its execution. I voted for the 2014 discharge in respect of the Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Aufgrund der enormen Herausforderungen, mit denen dieses Projekt von Beginn an kämpfen muss und die mitunter zu Verzögerungen und Budgetüberschreitungen geführt haben, bezweifle ich, ob dieses Projekt seinen Sinn und Zweck noch erfüllen wird, und habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ITERi ja tuumasünteesienergeetika arendamise 2014. aasta eelarve on täidetud ning selle võib lugeda kinnitatuks.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ITER. Discharge is a procedure whereby the European Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on their implementation. ITER was set up in March 2007 for a period of 35 years and involves the Commission, Member States and third countries. The aim is the research and development of a new source of fusion energy. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 1 168 800 000 and payment appropriations of EUR 576 600 000.

This vote was on a decision regarding discharge (a non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While, of course, UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, its general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and to the EU spending British taxpayers' money.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che gli obiettivi fissati durante la riunione del consiglio ITER del 18 e 19 novembre 2015 sono stati in larga parte conseguiti e che quattro delle sei tappe assegnate alla «Fusion for Energy» (F4E) per il 2016 sono già state raggiunte, in riferimento alla proposta di decisione del Parlamento europeo sul discarico per l'esecuzione del bilancio dell'impresa comune europea per ITER e lo sviluppo dell'energia da fusione per l'esercizio 2014 intenderei pronunciarmi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europsko zajedničko poduzeće za ITER i razvoj energije fuzije međunarodno je poduzeće u kojem uz države članice EU-a sudjeluju i značajne gospodarske sile poput SAD-a, Indije, Japana, Rusije i Kine. Kao europski doprinos ITER-u, EU je 2008. godine odobrio 6,6 milijardi EUR. Nalaz Revizorskog suda pokazuje da je taj iznos dvostruko veći u odnosu na početne proračunske troškove te da ne uključuje iznos od 663 000 000 EUR koji je Komisija predložila za pokrivanje eventualnih nepredviđenih izdataka.

Znatnim povećanjem troškova projekta mogu se ugroziti drugi programi koji se također financiraju iz proračuna Unije. Štoviše, u studenom 2014. Zajedničko poduzeće procijenilo je da na temelju izračuna iz studenoga 2014., nedostatak („nepovoljni nepredviđeni izdatci") do završetka faze izgradnje iznosi 428 000 000 EUR.

Iako je u svibnju 2016. odgođeno odobravanje Razrješnice za ITER zbog svega rečenoga, u lipnju 2016. Vijeće ITER-a je potvrdilo nadogradnju integriranog rasporeda. Grupa za pregled Vijeća ITER-a je izjavila kako je raspored zahtjevan, ali ostvariv. Oštar fokus postavljen na osnovne elemente će učinkovito smanjiti rizike projekta. Dokazi o poboljšanom odlučivanju, boljem razumijevanju rizika i pridržavanju obveza trebali bi pružiti obnovljenu osnovu povjerenja. Zato podržavam odobravanje Razrješnice za izvršenje proračuna Zajedničkog poduzeća ITER za financijsku godinu 2014.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Zbog izazova s kojima se trenutačno suočava projekt ITER, novi je glavni direktor Organizacije za ITER Vijeću ITER-a predstavio akcijski plan s konkretnim mjerama za rješavanje glavnih ograničenja koja trenutačno utječu na razvoj projekta. Pozdravljam zaključke Vijeća ITER-a donesene 15. i 16. lipnja 2016. u kojima je potvrđeno da se projekt ITER odvija u pravom smjeru, čime će se omogućiti utemeljen, ostvariv i detaljan prijedlog rasporeda i povezanih troškova do stvaranja prve plazme.

Stvaranje prve plazme predviđeno je za prosinac 2025. te je uspješan završetak svih dosadašnjih ključnih etapa projekta u roku ili prije njega pozitivan pokazatelj zajedničkog kapaciteta Organizacije za ITER i domaćih agencija za nastavak pridržavanja rasporedu. Uvjeren sam da će se projekt ITER nastaviti provoditi sadašnjim pozitivnim ritmom.

Pozdravljam stajalište Vijeća ITER-a prema kojemu bi usredotočenost na temeljne elemente preko prve plazme trebala efektivno smanjiti rizičnost projekta ITER. Moram naglasiti koliko je važan za budućnost Europe i svijeta ovaj projekt, koliko je nužno zadržati visoku razinu globalne suradnje po tom pitanju. Ponosan sam na važnu ulogu EU-a unutar projekta, naše vodstvo na putu prema budućnosti energije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – O projeto ITER é um projeto colaborativo internacional que pretende desenvolver energia de fusão.

De acordo com o relatório do Tribunal de Contas sobre as contas anuais da Empresa Comum para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão relativas ao exercício de 2014, as contas anuais da mesma refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2014, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Jakožto stínový zpravodaj pro rozpočtové absolutorium společného podniku ITER věnuji tomuto tématu mimořádnou a detailní pozornost. Podnik ITER prošel nelehkým vývojem a v minulosti u něj došlo k řadě časových zpoždění i nadměrnému navýšení nákladů. I proto byly v roce 2015 zavedeny zásadní změny v řízení podniku ITER i evropského podniku F4E, který reprezentuje EU v podniku ITER. Výsledky prvních změn přinesl již rok 2015, a zejména první pololetí roku 2016. Pro udělení odloženého rozpočtového absolutoria za rok 2014 bylo podmínkou schválení dlouhodobého akčního plánu podniku ITER Radou ITER, což proběhlo v polovině června 2016. Zároveň došlo k významnému progresu v mnoha dalších oblastech. Každý, kdo měl možnost navštívit konstrukční místo podniku ITER, se neubrání silnému dojmu z monstróznosti a komplexnosti projektu stejně jako z technologických zázraků, které se mu dějí před očima. O to více si uvědomuji, jak je náročné vytvořit a především dodržovat rozpočtový plán i plán prací. ITER bude i v nadcházejícím procesu udělování absolutoria opět vyčnívat z řady a já jakožto zpravodaj pro rozpočtové absolutorium za rok 2015 mu budu proto věnovat mimořádnou pozornost.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La proposta di risoluzione accoglie con favore le conclusioni del consiglio ITER del 15 e 16 giugno 2016, che hanno confermato che il progetto ITER sta attualmente procedendo nella giusta direzione. Ritengo che il Parlamento europeo debba concedere il discarico al direttore dell'impresa comune europea ITER per l'esecuzione del bilancio per l'esercizio 2014.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de l'attribution de la décharge 2014 au projet ITER (réacteur de recherche civil à fusion nucléaire, 35 pays participants), qui est un vote technique faisant suite aux recommandations de la commission du contrôle budgétaire.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão foi criada em março de 2007 por um período de 35 anos. Os seus membros constituintes são a Eurotom, representda pela Comissão, os Estados-Membros da Euratom e países terceiros que concluíram com a Euratom acordos de cooperação no domínio da fusão nuclear.

Segundo o relatório do Tribunal de Contas, as contas anuais da Empresa Comum refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2014, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

O presente relatório autoriza a quitação ao Diretor da Empresa Comum Europeia para o ITER e o desenvolvimento da Energia de Fusão pela execução do Orçamento da Empresa Comum para o exercício de 2014.

Apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this decision to grant discharge and close the accounts for ITER. Discharge is a procedure whereby the European Parliament looks at the internal budgets of each EU agency and institution and gives an opinion on their implementation. ITER was set up in March 2007 for a period of 35 years and involves the Commission, Member States and third countries. The aim is the research and development of a new source of fusion energy. The final budget for the financial year 2014 included commitment appropriations of EUR 1 168 800 000 and payment appropriations of EUR 576 600 000.

This vote was on a decision regarding discharge (a non-binding opinion) and a decision on closing the accounts for the relevant body. While, of course, UKIP supports international cooperation on issues such as this on a bilateral basis, its general position on discharge votes is to refuse the granting of discharge, in order to register our opposition to EU bodies and to the EU spending British taxpayers' money.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que as contas anuais da Empresa Comum refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2014, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

Sublinho os progressos registados pelo Conselho ITER, segundo a qual, por um lado, um esforço de concentração nos elementos essenciais através do primeiro plasma deverá limitar efetivamente os riscos associados ao Projeto ITER e, por outro, o calendário integrado atualizado é, em termos técnicos, a melhor solução para avançar para o primeiro plasma, que marcará a conclusão das principais fases de montagem e entrada em funcionamento do Tokamak e das instalações de apoio.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Dá quitação ao Diretor da Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão pela execução do orçamento da Empresa Comum para o exercício de 2014.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la aprobación de la gestión del director de la Empresa Común Europea para el ITER y el Desarrollo de la Energía de Fusión en la ejecución del presupuesto de dicha Empresa para el ejercicio 2014 a la vista del informe elaborado por la Comisión de Control Presupuestario, que constata que las cuentas anuales de la Empresa Común presentan fielmente, en todos sus aspectos significativos, su situación financiera a 31 de diciembre de 2014 y los resultados de sus operaciones y flujos de tesorería para el ejercicio finalizado, conforme a lo dispuesto en su Reglamento Financiero.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai décidé d'accorder la décharge au directeur de l'entreprise commune ECSEL sur l'exécution du budget de l'entreprise commune ARTEMIS et la décharge au directeur de l'entreprise commune européenne ITER sur l'exécution du budget de l'entreprise commune pour l'exercice 2014. En votant ces deux rapports, je soutiens néanmoins les recommandations faites à ces deux entreprises et espère qu'elles seront prises en compte à l'avenir.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Empresa Comum Europeia para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão (Empresa Comum) foi criada em março de 2007 por um período de 35 anos tendo iniciado o seu funcionamento autónomo em 2008.

De acordo com o relatório do Tribunal de Contas sobre as contas anuais da Empresa Comum relativas ao exercício de 2014, estas refletem fielmente, em todos os aspetos relevantes, a sua situação financeira em dezembro de 2014, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

Devido aos desafios que atualmente se colocam ao projeto ITER, o novo Diretor-Geral da Organização apresentou ao Conselho da mesma, um plano de ação que inclui medidas específicas que visam os problemas que atualmente afetam o desenvolvimento deste projeto.

De acordo com as conclusões de junho de 2016 do Conselho ITER, confirma-se que o projeto está agora na direção certa, o que permite uma proposta sólida, realista e detalhada de calendário e de custos associados pelo que votei a aprovação desta quitação.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Entlastung des gemeinsamen Unternehmens ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie gestimmt.

Im Juni 2016 wurde hierzu vom EU-Rat ein aktualisierter Plan für das ITER-Projekt vorgestellt, das nun zur Abstimmung stand.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe de gestión del ITER y del desarrollo de la Energía de Fusión por el elevadísimo coste que supone este tipo de investigación. El presupuesto europeo debe orientarse a resolver los numerosísimos problemas a los que los ciudadanos europeos se están enfrentando. No estoy en contra del desarrollo de este tipo de investigación, pero la Unión dispone de un presupuesto que debe ser orientado a resolver problemas de carácter europeo. El elevado coste se ha demostrado poco después de su inicio; se trata de un ambicioso proyecto que se debe financiar a costa de políticas fundamentales para los ciudadanos de la Unión. Considero que la Unión necesita un presupuesto mucho mayor. Por ello, en este contexto, no puedo apoyar un proyecto de estas características. Es por ello que he decidido votar en contra del presente proyecto.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The ITER Joint Undertaking is a public-private partnership in the field of fusion energy. In April of this year, the S&D Group supported the rapporteur's proposal to postpone discharge on the grounds that the long-awaited and much-delayed ITER Action Plan had not yet been published. Since then, this report has been published and on this basis, the rapporteur has proposed to grant discharge to ITER. Joint Undertakings (JUs) bring together industry and research bodies in public-private partnerships to support research, new technology and demonstration activities and to accelerate the market introduction of specific technologies. Domains covered include air traffic control, carbon-lean energy, nanotechnology, computing technology, cleaner aviation technologies and nuclear fusion. Our Group supports the JUs in their many areas of work, which is of clear benefit to EU citizens.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Rozhodla som sa podporiť udelenie absolutória riaditeľovi Európskeho spoločného podniku pre ITER a rozvoj energie jadrovej syntézy za rozpočtový rok 2014. Toto absolutórium bolo pôvodne v apríli tohto roku odložené kvôli tomu, že dlho očakávaný a viackrát zdržiavaný akčný plán ITER nebol stále zverejnený. Medzičasom však spoločný podnik ITER tento akčný plán predložil. Nový generálny riaditeľ organizácie ITER prezentoval konkrétne opatrenia na riešenie hlavných obmedzení, ktoré v súčasnosti blokujú ďalší rozvoj samotného projektu. Audit konštatuje, že od marca 2015 sa akčný plán realizuje a očakávajú sa čoskoro zlepšenia fungovania podniku. Problémy sa doteraz vyskytovali aj s prenájmom priestorov spoločného podniku. Vítam preto dohodu, ktorú ponúkla španielska vláda a na základe ktorej bude mať spoločný podnik súčasné priestory v dlhodobom prenájme a dôjde aj k rozšíreniu jeho kancelárskych priestorov o jedno podlažie. Spoločné podniky sú pre EÚ významným priestorom spolupráce priemyslu a výskumu. Tieto podniky sú založené na verejno-súkromnom partnerstve, ktoré podporuje výskum, nové technológie a rýchlejšie uvedenie špecifických technológií na trh. Podnik ITER vytvoril aj pracovnú definíciu toho, čo je uplatnením jadrovej syntézy, čo mu umožní fungovať v súlade s právami duševného vlastníctva. Dúfam preto, že sa ITERu bude dariť napĺňať svoj mandát.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Oceňujeme, že vedenie európskeho spoločného podniku ITER, ktorý sa zaoberá rozvojom jadrovej syntézy, pružne a efektívne reagovalo na problémy technicko-administratívneho charakteru, ktoré sa v poslednom období objavili. Postup úradujúceho riaditeľa a jemu podriadených orgánov pri ich riešení môže slúžiť za vzor iným podnikom a inštitúciám.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die „Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans des europäischen gemeinsamen Unternehmens für den ITER und die Entwicklung der Fusionsenergie für das Haushaltsjahr 2014" habe ich nicht zugestimmt.

Die EU sollte nicht in der Form Gemeinsamer Unternehmen wirtschaften. Dadurch werden intransparente Schattenhaushalte gebildet. Das Unternehmen selbst ist wirtschaftspolitisch verfehlt. Selbst wenn man Forschungssubventionen gutheißt, sollte Forschung nicht direkt durch die EU geschehen. ITER hat ein Budget von fast 1,2 Milliarden Euro 2014. Die Verweigerung der Entlastung ist zwingend.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za drugo poročilo o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije za proračunsko leto 2014. Računsko sodišče je za skupno podjetje ITER za leto 2014 ugotovilo, da je poslovalo v skladu z določbami njegovih finančnih pravil ter da zaključni račun pošteno predstavlja njegov finančni položaj na zadnji dan leta 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove. Pozdravljam akcijski načrt, ki vključuje posebne ukrepe za reševanje glavnih ovir, ki sedaj vplivajo na razvoj projekta ITER, ki ga je predstavil novi generalni direktor.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η διαφωνία μας με τα πυρηνικά προγράμματα παραγωγής ενέργειας είναι ξεκάθαρη. Για αυτό το λόγο καταψηφίσαμε την απαλλαγή όσον αφορά την εκτέλεση του προϋπολογισμού της ευρωπαϊκής κοινής επιχείρησης για τον ITER και την ανάπτυξη της πυρηνικής σύντηξης για το 2014.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τα αναφερόμενα στοιχεία πρέπει να είναι επαρκή, συνοδευόμενα από ενέργειες αποκατάστασης προηγούμενων παρατηρήσεων, ώστε να γίνει αποδεκτή η απαλλαγή για το οικονομικό έτος 2014, χωρίς να αφήνει ίχνος αμφισβήτησης ως προς τη νομιμότητα των αντίστοιχων πράξεων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A Fúziósenergia-fejlesztési és ITER Európai Közös Vállalkozás (amelyet 2007-ben hoztak létre 35 éves időtartamra) 2014-es pénzügyi évre vonatkozó mentesítését, azaz pénzügyi forrásai felhasználásnak jóváhagyását, az Európai Parlament 2016 áprilisában elhalasztotta, mivel akkor a rég óta várt és sokat késleltetett ITER cselekvési terv nem került bemutatásra. Időközben ez az anyag elkészült, így az előadó ebben a második jelentésben javasolja a mentesítés megadását. Korábban ezeket a mentesítési eljárásokkal kapcsolatos jelentéseket arra is használták a képviselők, hogy megkérdőjelezzék a fúziósenergia-fejlesztés létét, míg jelen esetben széleskörű egyetértés született, hogy a pénzforrások felhasználása zöld utat kapjon.

A közös vállalkozások összehozzák az ipari és a kutatási szervezeteket (főleg PPP formában), annak érdekében, hogy a kutatást, új technológiákat és a demonstrációs tevékenységeket segítsék, illetve hogy felgyorsítsák az adott technológia bevezetését. Ebben az esetben ez a formáció több területet fed le, például a légiforgalmi irányítást, az alacsony szén-dioxid-kibocsátású energiát, a nano- és a tisztább repülési technológiákat, a számítástechnikát, és a nukleáris fúziót. Egyetértek azzal a szocialista és demokrata megközelítéssel, amely szerint azokat a közös vállalkozásokat érdemes támogatni, amelyek egyértelmű hasznot garantálnak az uniós állampolgároknak, ezért ezt a jelentést szavazatommal támogattam.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În luna aprilie a acestui an, descărcarea de gestiune pentru întreprinderea comună ITER, un parteneriat public-privat în domeniul energiei de fuziune, a fost amânată. Luând în considerare că, ulterior, planul de acțiune ITER, mult întârziat, a fost totuși publicat, s-au reunit toate condițiile pentru a acorda descărcarea de gestiune pentru ITER.

În acest context și subliniind importanța domeniilor vizate, precum controlul traficului aerian si nanotehnologia, votez pentru acordarea descărcării de gestiune.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la décharge. Je profite de cette explication de vote pour souligner ma déception face au fait que le Conseil européen et le Conseil ne présentent pas au Parlement leur rapport d'activités annuel. C'est inacceptable et cela porte atteinte à la réputation des institutions de l'Union européenne!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy is an innovative energy initiative and research project aimed at providing a link between plasma physics and engineering and future commercial fusion-based power plants.

The 2014 joint undertaking report is a document that consolidates the annual accounts of the EU for the 2014 financial year on the basis of information provided by the various institutions, organisations and bodies of the EU. The document sets out how the joint undertakings spent and implemented their budget in 2014. I voted in favour of the report to discharge the 2014 budget, which also made a series of recommendations on improving future budgets and auditing project costs, making for improvement and more transparency in future budgets.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europska unija kreirala je Europsko zajedničko poduzeće za ITER i razvoj energije fuzije čije su zadaće osiguravanje doprinosa Europske zajednice za atomsku energiju Međunarodnoj organizaciji za energiju fuzije ITER, osiguravanje doprinosa Euratoma aktivnostima šireg pristupa s Japanom za brže ostvarivanje energije fuzije te priprema i koordinacija programa aktivnosti za pripremu izgradnje pokusnih fuzijskih reaktora i povezanih postrojenja.

S obzirom na važnost ovog zajedničkog poduzeća u smislu njegove odgovornosti za javne istraživačke aktivnosti u europskom i međunarodnom interesu, smatram da mu ne trebamo dati razrješnicu dok proračun za 2014. godinu u cijelosti ne dobije razrješnicu kako bi ostvarili transparentnost proračuna.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa o razrešnici glede izvrševanja proračuna Skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije za proračunsko leto 2014 sem podprla. Evropsko skupno podjetje za ITER in razvoj fuzijske energije je bilo ustanovljeno marca 2007 za obdobje 35 let. Računsko sodišče je v svojem poročilu o zaključnem računu skupnega podjetja za proračunsko leto 2014 navedlo, da ta v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 31. decembra 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano leto v skladu z določbami njegovih finančnih pravil. Končni proračun za leto 2014, ki je bil na voljo za izvrševanje, je vključeval sredstva za prevzem obveznosti v višini 1.168.800.000 EUR in sredstva za plačila v višini 567.600.000 EUR. Novi generalni direktor organizacije ITER je svetu te organizacije v odziv na izzive, s katerimi se sedaj srečuje projekt ITER, predstavil akcijski načrt, ki vključuje posebne ukrepe za reševanje glavnih ovir, ki sedaj vplivajo na razvoj projekta ITER. Parlament podeli razrešnico direktorju Skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja za proračunsko leto 2014. Parlament odobri zaključni račun Skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije za proračunsko leto 2014.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy udzielenia absolutorium Europejskiemu Wspólnemu Przedsięwzięciu na rzecz Realizacji Projektu ITER i Rozwoju Energii Termojądrowej. Należy przypomnieć, że wiosną udzieleniu absolutorium sprzeciwił się stanowczo Trybunał Obrachunkowy, a więc instytucja odpowiedzialna za sprawowanie kontroli nad rachunkami Unii. W kwalifikowanej opinii Trybunał zwrócił wówczas uwagę na szereg nieprawidłowości, m.in. brak informacji niezbędnych do obliczenia poziomu błędu w ramach audytów prowadzonych przez państwa członkowskie. Mimo przesłania dodatkowych dokumentów przez organy krajowe mam wątpliwości, czy istniejące nieprawidłowości zostały wyeliminowane. Na obecnym etapie procedury Parlament ma jedynie dwie możliwości: może udzielić absolutorium (zgodnie z rezolucją sprawozdawcy) albo go odmówić. Zagłosowałem przeciw przyjęciu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – En relación al del ITER, el informe CONT valora la eficiencia, transparencia y regularidad de las cuentas de ITER. Este es el segundo informe, porque se pospuso la decisión en primavera. Voto en contra, porque a pesar de que algunos papeles se han puesto en regla el ITER sigue siendo una dilapidación de recursos ineficiente para un proyecto dudoso, centralizador y con altos costes de oportunidad. Por tanto voto en contra de la aprobación de la gestión.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the second report on discharge in respect of the implementation of the budget of the European Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy for the financial year 2014. The European Joint Undertaking for ITER and the Development of Fusion Energy was set up in March 2007 for a period of 35 years. The report stresses that the Court of Auditors stated that the Joint Undertaking's annual accounts present fairly, in all material respects, its financial position as at 31 December 2014 and the results of its operations and its cash flows for the year then ended, in accordance with the provisions of its financial rules. Due to the challenges currently faced by the ITER Project, the new Director General of the ITER Organization presented to the ITER Council an action plan including specific measures to address the main constraints that are currently affecting the development of the ITER Project. I voted in favour because I believe that the milestones set up at the ITER Council meeting of 18 and 19 November 2015 are well advanced.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe de gestión del ITER y del desarrollo de la Energía de Fusión por el elevadísimo coste que supone este tipo de investigación. El presupuesto europeo debe orientarse a resolver los numerosísimos problemas a los que los ciudadanos europeos se están enfrentando. No estoy en contra del desarrollo de este tipo de investigación, pero la Unión dispone de un presupuesto que debe ser orientado a resolver problemas de carácter europeo. El elevado coste se ha demostrado poco después de su inicio; se trata de un ambicioso proyecto que se debe financiar a costa de políticas fundamentales para los ciudadanos de la Unión. Considero que la Unión necesita un presupuesto mucho mayor. Por ello, en este contexto, no puedo apoyar un proyecto de estas características. Es por ello que he decidido votar en contra del presente proyecto.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O projeto ITER é um projeto colaborativo internacional que pretende desenvolver energia de fusão.

De acordo com o relatório do Tribunal de Contas sobre as contas anuais da Empresa Comum para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão relativas ao exercício de 2014, as contas anuais da mesma refletem fielmente, em todos os aspetos materialmente relevantes, a sua situação financeira em 31 de dezembro de 2014, bem como os resultados das suas operações e dos fluxos de tesouraria relativos ao exercício encerrado nessa data, em conformidade com as disposições da sua regulamentação financeira.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Das Kernfusionsprojekt ITER wurde seit seiner Entstehung von mehreren Seiten aufgrund explodierender Kosten, administrativer Fehlplanungen und unrealistischer Prognosen äußerst kontrovers betrachtet. So hat sich einem Kommissionsbericht aus dem Jahr 2010 zufolge die Kostenschätzung für das Bauvorhaben des Forschungsreaktors von ehemals geplanten 2,7 Milliarden Euro auf 7,3 Milliarden Euro verdreifacht, während zudem von zahlreichen Experten der ausbleibende wissenschaftliche Fortschritt kritisiert wird. Der Bericht enthält keinerlei Lösungs- oder Verbesserungsvorschläge für die genannten Problemfelder, weshalb ich den Antrag abgelehnt habe.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de kwijting van de begroting van de Gemeenschappelijke Onderneming ITER.

De PVV staat op het standpunt dat, hoe agentschappen als ITER hun begroting ook aanwenden, de Europese Unie geen meerwaarde toevoegt aan onderzoeksbudgetten. Onderzoek kan probleemloos door de soevereine lidstaten zelf worden gefinancierd.

Daarbij heeft ITER niet veel resultaten kunnen laten zien voor de miljarden Euro's onderzoeksbudget die aan kernfusie is besteed.

Er is volgens de PVV dan ook geen enkele aanleiding om EU-agentschappen te ondersteunen of te financieren.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Marinescu por concordar com a quitação para o ITER e o Desenvolvimento da Energia de Fusão. Realço o meu apoio à fórmula de empresas comuns que aliam institutos privados e parcerias públicas no apoio à investigação através de sinergias que possam acelerar a introdução no mercado de novas tecnologias, sempre que estas tragam um claro valor acrescentado para os cidadãos europeus.

A Empresa Comum para o ITER em concreto procura cobrir os domínios de controlo de tráfego aéreo, energia hipocarbónica, nanotecnologia, tecnologias de aviação e fusão nuclear.

Assinalo que o projeto ITER enfrenta hoje desafios que afetam o seu desenvolvimento pelo que é necessário levar a cabo as medidas previstas no plano de ação da Organização ITER para que se concluam com êxito todas as etapas do projeto.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Sklep Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o razrešnici glede izvrševanja proračuna Evropskega skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije za proračunsko leto 2014. Podprl sem podelitev razrešnice direktorju Evropskega skupnega podjetja za ITER in razvoj fuzijske energije glede izvrševanja proračuna skupnega podjetja za proračunsko leto 2014, ker je Računsko sodišče v svojem poročilu o zaključnem računu skupnega podjetja za proračunsko leto 2014 (v nadaljevanju: poročilo Računskega sodišča) navedlo, da ta v vseh pomembnih pogledih pošteno predstavlja njegov finančni položaj na dan 31. decembra 2014 ter njegov poslovni izid in denarne tokove za tedaj končano leto v skladu z določbami njegovih finančnih pravil.

9.5. Lage im Nordirak und in Mossul (RC-B8-1159/2016, B8-1159/2016, B8-1160/2016, B8-1161/2016, B8-1164/2016, B8-1165/2016, B8-1166/2016, B8-1169/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, solo per dire che ha votato in maniera favorevole a questa risoluzione, per esprimere la vicinanza soprattutto al popolo iracheno, per sottolineare il diritto delle popolazioni sfollate a ritornare nelle loro terre e a vedersi riconosciuti i propri diritti, tutelando dunque caldei, siriaci, assiri e tutte le comunità cristiane autoctone. Due cifre ci dicono quanto cristiani in Iraq abbiano subito una prolungata discriminazione: solo nel 2003 erano più di un milione e mezzo, oggi la comunità cristiana è ridotta a 200.000 presenze. Sono veramente vittime sacrificali del conflitto. Ovviamente, e sottolineo con forza anche quanto dice la risoluzione, per combattere fermamente l'ulteriore avanzamento dell'ideologia jihadista dell'Isis sicuramente è una precondizione per pacificare la regione e garantirle un futuro stabile e prospero.

Branislav Škripek (ECR). – Madam President, with this resolution this House clearly stated that it is time to act. We have to help the local people, and especially minorities like the Chaldeans (which are Syriacs), Assyrians, Christians, Yazidis, Turkmen and other groups. They suffer the most. It is crucial to send in mining and rebuilding teams as soon as possible so we can help them rebuild their future in their homelands.

Our help should be humanitarian and political too. In 2014, on the premises of the European Parliament, representatives of Christians, Yazidis, Turkmen and other minorities in the Nineveh Plains signed a social contract that envisions future administration for the land that once belonged to them. There will be no sustainable solution if there is no political empowerment of the minorities returning to their homelands in Sinjar, Tal Afar and the Nineveh Plains. They are capable of governing their own land. With this motion for a resolution we urgently ask the High Representative to start acknowledging the political efforts of these minorities, as without them there will be no peace in Iraq.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil bez výhrad toto usnesení. Jsem velmi rád, že se Evropský parlament permanentně zabývá otázkou lidských práv a demokracie ve světě a že k tragédii, která probíhá v okolí města Mosul a ve městě samotném, nemlčíme a že jsme přijali toto usnesení.

Moji kolegové už to zde jasně zmiňovali, je dobře, že součástí usnesení je otázka menšin, které na tomto území žily a byly z tohoto území vyhnány. Byli zde zmiňováni křesťané, Jezídi, Turkmeni. Myslím si, že musíme udělat všechno pro to, aby se tito lidé po skončení válečného konfliktu mohli vrátit do své vlasti, a je dobře a tak to čtu já, že v tom usnesení je závazek Evropské unie pomoci následně po ukončení válečného konfliktu těmto lidem k návratu do jejich vlasti. Pomoc bude muset být logistická, finanční a je dobře, že už nyní debatujeme o tom, jak těmto lidem umožnit návrat po skončení válečného konfliktu a poražení Islámského státu.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La situazione in alcune regioni dell'Iraq e soprattutto a Mosul ha raggiunto un livello di criticità massimo. Credo fermamente che le popolazioni di quelle zone abbiano diritto a vivere in condizioni migliori e soprattutto reputo che sia molto importante ridare agli sfollati una casa e che questa dovrebbe rappresentare un'esigenza primaria per il governo iracheno. Tuttavia ritengo che il continuo ricorso alle armi aggravi le tragiche condizioni in cui sono già costrette a vivere le popolazioni di quei luoghi, per cui ho deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1,5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We are pleased to see the successful assault on Mosul and the further dislodgement of ISIS strongholds in Iraq. Appropriate measures must be taken to prevent a further wave of migrants and refugees taking the dangerous routes into Europe. However, the report contains several calls for EU action, which we cannot support.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido, porque hay muchos elementos que actualmente nos preocupan en la ofensiva sobre Mosul: que para destruir al Dáesh se deje de lado el Derecho humanitario; la constante desinformación sobre lo que pasa en Mosul; o el papel de Turquía en todo el conflicto, incluyendo su invasión del territorio iraquí, y el corredor por el que permiten que los terroristas huyan a Siria y ataquen a las fuerzas kurdas y sirias; nos preocupa la propuesta de armar a las milicias locales, que agravará la situación, mientras no proveamos de fondos suficientes a ACNUR, organización de ayuda a los refugiados.

En el voto final, me abstuve al considerar que si bien discrepo en muchas cosas, la resolución contaba con algún elemento positivo, como es que manifieste su preocupación por las recientes tensiones entre los actores regionales, y pide que se respete plenamente la integridad territorial y la soberanía de Irak y se abstenga de emprender cualquier acción militar en Irak sin el consentimiento del Gobierno iraquí, subrayando la importancia de fomentar el diálogo entre Irak y los países de la región con el fin de conseguir un Oriente Medio más seguro.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je soutiens pleinement les actions du gouvernement irakien et de la coalition anti-Daesh en Irak visant la libération de Mossoul. Il est fondamental que, dans le processus de cette opération, le droit international humanitaire soit respecté.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στο Ιράκ και τη Μοσούλη, διότι αναφέρεται στη διαρκή και συνολική προσπάθεια για την καταπολέμηση της τρομοκρατίας που προωθεί το ISIS/Daesh.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In diesem Entschließungsantrag wird darauf hingewiesen, dass 1,5 Millionen Menschen in Mossul unmittelbar von Vertreibung bedroht sind. Die EU hat bislang 134 Mio. Euro für humanitäre Hilfe im Irak bereitgestellt, davon 50 Mio. Euro für Mossul. Zudem werden die irakischen Behörden dazu aufgefordert, die Zivilbevölkerung während der Offensive zu schützen sowie Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden. Alle Konfliktparteien sind dazu aufgerufen, humanitäre Korridore zu öffnen, Schutz zu gewähren und einen Mechanismus der Vereinten Nationen für eine Überwachung durch Dritte einzurichten.

Ich schließe mich der Forderung an, die irakische Regierung dazu aufzurufen, alle erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um die Zivilbevölkerung, Krankenhäuser und Schulen auf ihrem Vormarsch nach Mossul zu schützen. Außerdem befürworte ich, dass der Internationale Strafgerichtshof mit den gegen Christen, Jesiden und andere Minderheiten gerichteten Gräueltaten des IS befasst wird.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Les résolutions des groupes et la résolution commune qui en est issue constituent le commentaire du Parlement européen de la bataille de Mossoul où l'armée irakienne soutenue par la coalition internationale entend vaincre le groupe État islamique.

La résolution commune comme toutes celles des groupes politiques, à l'exception de celle du groupe ECR, utilisent de manière critiquable l'action humanitaire pour demander un rôle internationale de l'UE auquel elle ne saurait prétendre et exiger de surcroît des moyens supplémentaires qui seront demandés aux États.

J'ai critiqué dans l'hémicycle l'hypocrisie qui règne sur le sujet au Parlement européen. Vous pourrez trouver mon intervention sur mon site internet.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I felt it appropriate to abstain on this resolution overall. I supported an amendment calling for the withdrawal of Turkish troops from Iraqi territory. There was much of this resolution which I could support, but also too much of a call for European Union involvement in a situation which (internationally) should be considered by the UN, not the EU.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution commune qui apporte son soutien à l'opération des forces iraquiennes pour libérer Mossoul du groupe «État islamique», tout en rappelant que la protection de la population civile doit être une priorité absolue.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Irako kariuomenė, remiama pasaulinės kovos su ISIS koalicijos ir Kurdistano regioninės vyriausybės pešmergų pajėgų, taip pat Liaudies mobilizacijos pajėgų, pradėjo Mosulo, antrojo pagal dydį Irako miesto, ir daugelio vadinamame Mosulo koridoriuje esančių miestelių ir kaimų išlaisvinimo iš ISIS valdžios operaciją. Todėl remiu operaciją, kurią pradėjo Irakas, siekdamas išlaisvinti Mosulą iš ISIS valdžios ir manau, kad ši operacija bus lemiama pasaulinių pastangų užtikrinti ISIS ilgalaikį pralaimėjimą dalis.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We are pleased to see the successful assault on Mosul and the further dislodgement of ISIS strongholds in Iraq. Appropriate measures must be taken to prevent a further wave of migrants and refugees taking the dangerous routes into Europe. However, the report contains several calls for EU action, which we cannot support.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce vote car, si le projet a un but humanitaire vis-à-vis duquel on ne peut qu'être favorable, l'Union européenne se serait vu octroyer un rôle diplomatique auquel elle ne peut pas prétendre. C'est aux nations souveraines de décider à propos de tels sujets.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé la résolution commune qui soutient l'opération lancée par l'Iraq pour libérer Mossoul du groupe «État islamique». Elle rappelle également que les troupes et milices sur le terrain doivent respecter le droit international humanitaire et le droit international relatif aux droits de l'homme durant leurs opérations.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Mosul, seconda città in ordine di grandezza dell'Iraq, è sempre stata una realtà multietnica in cui la maggioranza araba sunnita ha pacificamente vissuto a fianco di caldei, curdi, yazidi e turcomanni. Da ormai due anni essa si trova nelle mani di Daesh che ha imposto un clima di terrore, persecuzioni e violenze in una vasta area che comprende la piana di Ninive, Tal Afar e Sinjar. L'esercito iracheno ha lanciato in questi giorni un'operazione per sottrarre la città e i territori circostanti al controllo dei terroristi, un'azione condotta congiuntamente alla Coalizione globale anti-ISIS, alle forze Peshmerga e a quelle di mobilitazione popolare.

La risoluzione votata oggi dal Parlamento, e da me condivisa, sostiene fortemente questa operazione, considerandola una tappa decisiva per porre fine al regime di terrore imposto da Daesh. Il testo chiede agli attori regionali e internazionali di non ostacolare l'azione militare e di agire nel pieno rispetto della sovranità irachena. Dopo la liberazione di Mosul, l'impegno dovrà essere quello di continuare a combattere per impedire il diffondersi delle ideologie islamiste che agiscono da istigazione teologica e politica per i crimini perpetrati dall'ISIS.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoyo la lucha y preservación de la independencia, integridad y soberanía del pueblo iraquí, así como, la libre determinación de los pueblos que sufren mayor vulnerabilidad en su territorio. Sin embargo, desde una visión que propugna un multilateralismo activo y una resolución pacífica de los conflictos, me opongo a la introducción en el territorio de asistencia militar como medida de protección hacia las minorías étnicas en el conflicto, lo cual sólo contribuirá a la generación de más tensiones en la región.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución sobre la operación iraquí para liberar Mosul de los yihadistas del ISIS en la que se pide a las autoridades iraquíes que hagan lo posible para proteger a civiles, hospitales y escuelas en su avance hacia Mosul. Las atrocidades de los yihadistas y el genocidio contra cristianos, yazidíes y otras minorías deberán ser juzgadas por la Corte Penal Internacional —señala el texto. Hoy, además, celebramos la concesión del premio Sájarov a dos mujeres yazidíes. Son muy preocupantes las informaciones sobre el uso que el ISIS hace de los niños, los ancianos, las mujeres y las personas más vulnerables como escudos humanos frente a la operación militar en su contra y hay que condenar la extrema violencia que se extiende por Irak. Además, el Dáesh está cometiendo genocidios contra cristianos, yazidíes y otras minorías, y hay que pedir a los países de la UE que lleven el caso ante la Corte Penal Internacional. Por todo ello, he apoyado la propuesta de Resolución.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution concernant la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul.

J'ai en effet soutenu les constats posés sur la situation humanitaire en elle-même, notamment en ce qui concerne la situation précaire des minorités chrétiennes et leur rôle essentiel pour la stabilité de la région. Il est ainsi nécessaire de souligner – ce que j'ai moi-même fait dans diverses résolutions – la véritable épuration ethnico-religieuse dont sont victimes les chrétiens. L'Iraq comptait 1,5 million de chrétiens en 2003, elle n'en compte plus aujourd'hui qu'entre 200 000 à 350 000, lesquels vivent d'ailleurs dans un grand dénuement.

Par ailleurs, il était, il est vrai, important d'évoquer les problématiques de déplacement de population et j'ai notamment été agréablement surprise que mes collègues évoquent dans cette résolution le «droit au retour dans le pays d'origine».

Cependant, je récuse à l'Union Européenne le rôle diplomatique qu'elle souhaite se donner dans cette résolution. C'est aux États membres, forts de leur armée, de leurs expériences et de leurs relations diplomatiques, d'agir de concert pour régler cette situation. L'Union européenne, en tant qu'ovni juridique supranationale, ne bénéficie pas de cette prérogative régalienne constitutive des États.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione che analizza la situazione nel Nord Iraq e a Mosul è ben strutturata ed equilibrata. Condivido la condanna del genocidio contro la popolazione cristiana e le altre minoranze residenti nel territorio iracheno ad opera dell'Isis. I terroristi islamici vanno combattuti e fermati il prima possibile. Per tutti questi motivi, ho inteso sostenere questo testo con il mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten. Situationen i norra Irak/Mosul befinner sig i ett oerhört kritiskt läge, och är inte långt ifrån en humanitär katastrof. Det är därför väldigt angeläget och viktigt att Europaparlamentet uttalar sig i den här frågan. Däremot borde Europaparlamentet hålla sig till att kommentera den humanitära situation och stödja processer till fred och säkerhet för civilbefolkningen. Anledningen till att jag lade ner min röst var att resolution går längre än så och i sin politiska kommentar utelämnar både kritik av Turkiet och ett explicit stöd för kurdernas självständighet. Men framför allt utelämnar resolutionen även EU-medlemsstaternas ansvar för Daesh/ISIS då de köper olja producerad på Daesh-kontrollerad mark, som körs med lastbilar genom Turkiet. GUE-/NGL lade ändringsförslag som skulle inkludera denna aspekt, men de andra politiska grupperna röstade emot det. Den breda vapenhandel som sker mellan medlemsstater och länder i Mellanöstern, och som är en stor bidragande orsak till oroligheterna i regionen som självklart också påverkar Irak och Mosul, är också utelämnad. Vidare nämns inte heller EUs roll och ansvar i den flyktingsituation som nu skapas med konflikten i norra Irak/Mosul – utan tvärtom så lovordas EU: s utvecklingspolitiska engagemang i Irak då det kan möjliggöra snabbare deportationer av flyktingar (punkt 9).

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Desde luego condenamos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa galega de esquerda, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kuria Europos Parlamentas atkreipia dėmesį į padėtį Šiaurės Irake (Mosule). Jis atkreipia dėmesį į Jungtinių Tautų humanitarinės pagalbos koordinatoriaus įspėjimą dėl nepakankamo finansavimo, atsižvelgiant į galimą precedento neturinčio masto humanitarinę krizę, kuri gali kilti dėl Mosulo puolimo. Parlamentas palankiai vertina Europos Sąjungos veiklą Irake, visų pirma jos ankstesnes humanitarinės pagalbos pastangas ir pagalbą šalinant savadarbius sprogstamuosius įtaisus, nes tai bus itin svarbu, kad pabėgėliai ir šalies viduje perkelti asmenys galėtų greitai grįžti namo. Vis dėlto primygtinai ragina ES ir jos valstybes nares dėti daugiau pastangų siekiant išlaisvintų teritorijų stabilizavimo. Taip pat Parlamentas ragina visas konflikto šalis laikytis tarptautinės humanitarinės teisės, vykdant karo veiksmus ir po jų, o konflikto metu laikytis proporcingumo, atskyrimo ir atsargumo principų. Be to, ypač ragina imtis visų reikiamų atsargumo priemonių siekiant užtikrinti, kad vaikai ir jų šeimos būtų apsaugoti nuo bombardavimo, kuo labiau sumažinti žūstančiųjų skaičių ir apsaugoti civilinę infrastruktūrą, visų pirma mokyklas ir ligonines.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az indítvány felhívja a konfliktusban érintett valamennyi felet, hogy az ellenségeskedés során és azt követően tartsák tiszteletben a nemzetközi humanitárius jogot, valamint a konfliktus során tartsák magukat az arányosság, a különbségtétel és az elővigyázatosság elveihez. Sürgeti a konfliktusban érintett valamennyi felet, hogy nyissanak humanitárius folyosókat a konfliktus elől menekülő polgári lakosság számára, elkerülve azt, hogy Moszulban rekedjenek és az ISIS/Dáis élő pajzsként használja őket. Gondoskodjanak a biztonsághoz és a humanitárius segítséghez való hozzáférésről, valamint a nemzeti és nemzetközi normáknak megfelelően biztosítsanak támogatást és védelmet a polgári lakosságnak a biztonsági átvilágítás során, különösen annak érdekében, hogy a családokat ne szakítsák szét és ne kerüljenek veszélybe a gyermekek, továbbá építsenek ki egy harmadik felet bevonó nyomon követési ENSZ- mechanizmust.

Szorgalmazza konkrétan az összes elővigyázatossági lépés meghozatalát, amelyekkel garantálni lehet, hogy a bombázásokban ne sérüljenek a gyermekek és családjaik, minimális legyen az áldozatok száma, valamint megóvják a polgári infrastruktúrát, különösen az iskolákat és a kórházakat. A fentiek fényében szavazatommal támogattam az indítvány elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – V tem primeru podpiram resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v severnem Iraku/Mosulu, saj podpiram operacijo, ki jo je Irak sprožil za osvoboditev Mosula izpod nadvlade ISIS-a, ki hudo krši človekove pravice in povzroča civilne žrtve. Prav tako priznavam neodvisnost, ozemeljsko celovitost in suverenost Iraka ter njegovo pravico, da sprejme ukrepe, ki so potrebni za njihovo ohranitev. Menim, da morajo Iraški organi sprejeti konkretne ukrepe za zaščito civilistov med ofenzivo, vključno z učinkovitim vodenjem in nadzorom milic ter preprečevanjem kršitve človekovih pravic. Pomembno se mi zdi poudariti, da se je treba tudi po osvoboditvi Mosula še naprej boriti proti nadaljnjemu širjenju islamistično-džihadističnih ideologij v tej regiji in drugod.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu Izjavu o stanju na sjeveru Iraka/u Mosulu. U potpunosti podržavam iračku vladu i akcije međunarodnih koalicijskih snaga u Iraku usmjerene na oslobađanje Mosula.

Ono na čemu svi zajedno moramo inzistirati u procesu ove operacije je poštivanje međunarodnog humanitarnog prava.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo sostiene l'operazione avviata dall'Iraq per liberare Mosul dall'ISIS, vedendo in essa un elemento decisivo dello sforzo intrapreso a livello globale per sconfiggere l'ISIS in modo permanente. Esso ribadisce il proprio pieno sostegno all'indipendenza, all'integrità territoriale e alla sovranità dell'Iraq e chiede che queste siano rispettate pienamente; chiede inoltre che le autorità irachene adottino misure concrete per proteggere i civili e per evitare la violazione dei diritti umani. Inoltre, invita le parti coinvolte nel conflitto a osservare il diritto internazionale umanitario e le esorta ad aprire corridoi umanitari per consentire ai civili di fuggire. Sostiene che l'UE, le Nazioni Unite e la comunità internazionale debbano collaborare con i governi nazionale e regionali dell'Iraq per favorire la reintegrazione degli iracheni e di tutte le minoranze etniche e religiose che sono stati sfollati. Sottolinea l'assoluta importanza di garantire la sicurezza in modo tempestivo ed efficace, nonché di ripristinare lo Stato di diritto e i servizi di base, in quanto la mancata fornitura di essi potrebbe comportare il riemergere delle forze estremiste. Evidenzia anche la necessità di continuare a combattere il diffondersi delle ideologie islamiste-jihadiste, compreso il jihadismo salafita che funge da istigazione teologica e politica ai crimini perpetrati dall'ISIS.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Mosul reprezintă un oraș de o importanță semnificativă pentru ISIS din punct de vedere strategic, acesta fiind cucerit de această grupare teroristă în 2014. Forțele irakiene au inițiat o acțiune ofensivă pentru a redobândi controlul asupra orașului Mosul, însă această acțiune întâmpină obstacole dificile, având în vedere că printre cele mai des utilizate strategii folosite de ISIS se regăsesc atentatele sinucigașe cu bombă. Această ofensivă ar putea genera o criză umanitară de proporții, dat fiind că civilii se află într-o situație ingrată de a alege între două variante la fel de periculoase, deoarece, dacă aleg să rămână în oraș, riscă să fie folosiți drept scuturi umane, iar, dacă părăsesc Mosul, aceștia se află în pericolul de a deveni ținta atacurilor ISIS.

Situația din Mosul nu poate decât să ne îngrijoreze și să ne determine să reacționăm în vederea asigurării unor condiții de securitate pentru ca toate persoanele care au fost forțate să părăsească țara să beneficieze de protecție și de condiții umane de trai. M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că, acum mai mult ca niciodată, e nevoie de solidaritatea noastră, a tuturor instituțiilor și actorilor europeni, pentru a ne exprima sprijinul pentru populația civilă din Mosul.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Iraq.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le gouvernement iraquien et la coalition internationale ont lancé dans la nuit du 16 au 17 octobre 2016, une grande offensive dans l'objectif de libérer Mossoul et le Nord de l'Irak de l'emprise de Daech. Cette résolution soutient pleinement cette opération car la situation humanitaire sur le terrain ne pouvait plus durer. En effet, des minorités ethniques et religieuses comme les chrétiens et les yézidis sont quotidiennement victimes de persécutions dans les régions occupées par Daech.

Le texte appelle les États membres à tout mettre en œuvre pour que la Cour pénale internationale juge les crimes commis par Daech de «génocide». Nous devons également intensifier l'aide humanitaire de l'Union européenne dans la région. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione nell'Iraq del nord/Mosul, perché è necessario che l'Europa e la comunità internazionale lavorino innanzitutto per la protezione dei civili, oggi intrappolati a Mosul e nei villaggi vicini e esposti alle zone di combattimento. In secondo luogo bisogna fare in modo che arrivino aiuti e assistenza umanitaria per gli abitanti della Piana del Ninive. Fortunatamente l'offensiva contro i jihadisti del Daesh a Mosul, nel nord dell'Iraq, sembra stia facendo progressi. Si tratta di liberare da un'occupazione spietata una città che ha ancora un milione e 300 mila abitanti, uomini, donne e bambini, che vivono in condizioni drammatiche sotto il giogo dei jihadisti. È necessario fare ogni sforzo per scongiurare una catastrofe umanitaria.

David Casa (PPE), *in writing*. – The battle of Mosul is a landmark moment in liberating Northern Iraq from Islamic State occupation, but it is important that we are ready to engage in the aftermath of the battle. The international community needs to ensure the provision of assistance to the region's most vulnerable inhabitants as well as the future return of millions who have fled, including numerous native minorities. Northern Iraq is facing a humanitarian disaster, as an overwhelming number of inhabitants of Mosul may be forced to flee the battle. The importance of the international community's role in securing humanitarian assistance on-site cannot be emphasised enough. I voted in favour of this resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il nostro ruolo, come europei campioni degli aiuti umanitari, non è sufficiente, se non è accompagnato da una chiara visione sui destini dei territori liberati. Noi sosteniamo la creazione con un processo inclusivo di nuove province autonome per la piana di Ninive, a Tal Afar, nel Sinjar e ovunque sia necessario per garantire sicurezza e democrazia alle minoranze nei propri territori ancestrali.

Non accetteremo però che le ceneri e il petrolio di Mosul divengano oggetto di un vergognoso mercanteggiamento a tavolino sulla pelle dei suoi cittadini, perché Mosul alla fine cadrà, e credo anche presto, ma sarebbe già potuta cadere da tempo se la discordia e gli egoismi contrapposti non avessero albergato le menti delle potenze coinvolte. La storia recente ci insegna che in Iraq il difficile non è vincere la guerra, il difficile è senz'altro il non perdere la pace. Ho scelto di astenermi sul voto finale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και καταδικάζουμε απερίφραστα τη συνεχιζόμενη βία και τις μαζικές εκτελέσεις από το ISIS/Daesh στο Ιράκ.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Colgo l'occasione non solo per esprimere il mio favore alla risoluzione comune, bensì per esternare la mia vicinanza all'esercito iracheno il quale, con il sostegno della Coalizione globale anti-Daesh, delle forze Peshmerga del governo regionale curdo e delle forze di mobilitazione popolare, ha lanciato un'operazione per sottrarre Mosul, e numerose città e villaggi lungo il «corridoio di Mosul», al controllo dell'ISIS.

Nelle ultime settimane stiamo assistendo sgomenti alle atroci sofferenze e alle esecuzioni di massa cui gli abitanti della regione sono sottoposti costantemente da anni da parte dell'ISIS, senza poi dimenticarsi del milione e mezzo di persone a rischio imminente di sfollamento per le operazioni in corso. Non possiamo fare altro che sperare che venga garantita una protezione costante dei civili attraverso itinerari alternativi o cordoni umanitari, nonché il ripristino dello Stato di diritto e dei servizi di base quali assistenza sanitaria, elettricità e istruzione nelle aree liberate. È noto, infatti, che la mancata fornitura di servizi, di sicurezza, di una strategia a lungo termine di lotta contro le cause profonde e di sforzi intesi a promuovere la coesione sociale comporti il sopravvento delle forze estremiste.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the situation in Northern Iraq/Mosul and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Iraque, a par da Síria, tem sido um dos países mais afetados pelas incursões do autodenominado Estado Islâmico. O terror e a chacina que tem semeado nesta região estão na origem do maior número de pessoas deslocadas desde a Segunda Guerra Mundial.

Esta ofensiva contra o Daesh reveste-se, contudo, de particular importância, porque ataca o seu último grande reduto no Iraque. Não só Mossul é a segunda maior importante cidade do Iraque como, devido à diversidade étnica e religiosa desta região, é o exemplo paradigmático da destruição provocada pela ocupação.

É louvável o esforço levado a cabo pela coligação liderada pelos Estados Unidos e, neste caso, com o apoio do exército iraquiano e das forças peshmerga do Governo Regional Curdo. No entanto, é crucial acautelar desde já o futuro desta região, garantindo ajuda humanitária, um Estado que permita garantir a segurança do território e respeite as inúmeras minorias. Só assim é possível devolver estabilidade à região.

A União Europeia deve desempenhar aqui um papel fundamental. Julgo ser claro o dever moral, além da importância geoestratégica.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto sostiene con fermezza l'operazione avviata dall'Iraq per liberare Mosul dall'ISIS/Daesh e individua in questa operazione un elemento decisivo dello sforzo attualmente intrapreso a livello globale per sconfiggere l'ISIS/Daesh in modo permanente.

Il testo votato ricorda anche alle autorità irachene la necessità di adottare misure concrete per proteggere i civili durante le operazioni, esercitando un comando e un controllo effettivo sulle milizie e prendendo tutte le precauzioni possibili per evitare vittime civili e violazioni dei diritti umani durante le azioni offensive. Dall'altra parte si condannano fermamente la violenza e le esecuzioni di massa in corso in Iraq ad opera dell'ISIS/Daesh esprimendo profonda preoccupazione per le continue segnalazioni che denunciano l'uso, da parte dell'ISIS/Daesh, di bambini, anziani, donne e persone vulnerabili come scudi contro le operazioni militari di liberazione in atto nell'Iraq del nord.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Me he abstenido, porque hay muchos elementos que actualmente nos preocupan en la ofensiva sobre Mosul: que para destruir al Dáesh se deje de lado el Derecho humanitario; la constante desinformación sobre lo que pasa en Mosul; o el papel de Turquía en todo el conflicto, incluyendo su invasión del territorio iraquí, y el corredor por el que permiten que los terroristas huyan a Siria y ataquen a las fuerzas kurdas y sirias; nos preocupa la propuesta de armar a las milicias locales, que agravará la situación, mientras no proveamos de fondos suficientes a ACNUR, organización de ayuda a los refugiados.

En el voto final, me abstuve al considerar que si bien discrepo en muchas cosas, la resolución contaba con algún elemento positivo, como es que manifieste su preocupación por las recientes tensiones entre los actores regionales, y pide que se respete plenamente la integridad territorial y la soberanía de Irak y se abstenga de emprender cualquier acción militar en Irak sin el consentimiento del Gobierno iraquí, subrayando la importancia de fomentar el diálogo entre Irak y los países de la región con el fin de conseguir un Oriente Medio más seguro.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'esercito iracheno, con il sostegno della coalizione globale anti-ISIS, delle forze curde Peshmerga e delle forze di mobilitazione popolare, ha lanciato un'operazione per sottrarre Mosul al controllo dell'ISIS.

Ho votato a favore di questa risoluzione, perché esprime il sostegno alle operazioni in corso per strappare il territorio iracheno al controllo di Daesh ed evidenzia la necessità di adottare misure concrete per proteggere i civili durante le operazioni. Infatti, almeno 1,5 milioni di persone di civili rischiano di subire una vera e propria catastrofe umanitaria e la preoccupazione che l'ISIS usi i civili come scudi umani è reale, considerato quanto già accaduto a Manbji, Falluja e Sirte.

La risoluzione sottolinea anche che le comunità autoctone della piana di Ninive, di Tal Afar e di Sinjar, già vittime di significativi flussi di sfollati interni, hanno diritto alla protezione, alla sicurezza e all'autonomia regionale all'interno della struttura federale della Repubblica dell'Iraq. Sono convinto che rispettare la realtà multietnica dell'Iraq durante e dopo le operazioni anti-terroristiche sia il primo passo verso la costruzione del futuro politico, economico e sociale del paese.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem rezolucję dotyczącą sytuacji w północnym Iraku i Mosulu, której celem jest uzyskanie zapewnienia przez wszystkie strony konfliktu stosowania się do międzynarodowego prawa humanitarnego. Ważne jest bowiem zagwarantowanie cywilom dostępu do opieki medycznej i pomocy humanitarnej oraz umożliwienie im bezpiecznego opuszczenia terytoriów objętych konfliktem. Na terenie Mosulu trwa nieustający konflikt pomiędzy rządem Iraku i jego sojusznikami a okupującym ten teren od 2014 roku Państwem Islamskim.

Głosowałem za rezolucją, ponieważ uważam, że należy jak najszybciej podjąć działania mające na celu poprawę sytuacji obywateli Iraku, również tych, którzy obecnie przebywają w obozach dla uchodźców.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Union must be a catalyst in promoting peace and security. I support this report as our absolute priority must be that of protecting all civilians and ensuring that their lives are safeguarded from heavy gunfire and bombs. I fully support this report as action needs to be taken and we must use all available mechanisms to help all in need.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution fait suite à la conquête par le groupe djihadiste «État islamique» de Mossoul, et à l'opération iraquienne pour libérer la ville.

La résolution invite instamment les autorités iraquiennes à prendre les mesures nécessaires pour protéger les civils et les bâtiments de services publics. La résolution dénonce également les crimes contre l'humanité perpétrés par l'État islamique envers les minorités iraquiennes, en particulier les minorités chrétiennes, et appelle la Cour pénale internationale à se prononcer sur le sujet. Considérant que la protection des civils et la stabilisation, soutenues par l'Union européenne, sont les priorités des forces militaires iraquiennes, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la résolution sur la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul. Le groupe «État islamique» se livre à un véritable massacre des chrétiens, des Yézidis et d'autres minorités ethniques et religieuses. Ces atrocités perpétrées en Iraq comprennent des crimes de guerre, des crimes contre l'humanité dont l'horreur est inqualifiable.

J'appelle les États membres de l'Union européenne à déployer leurs efforts afin que la Cour pénale internationale puisse être saisie et juger ces crimes commis, notamment, en Iraq, en Syrie, en Libye par l'État islamique. Nous devons continuer à intensifier nos efforts pour protéger notamment les chrétiens d'Orient.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution visant à soutenir l'opération iraquienne pour libérer Mossoul des mains du groupe «État islamique». Cette opération est menée conjointement avec les forces des peshmerga kurdes et la coalition internationale. Il s'avère, selon moi, indispensable de libérer cette ville dans laquelle le groupe «État islamique» se livre à des atrocités et à un génocide des chrétiens, des Yézidis et d'autres minorités ethniques et religieuses depuis 2014.

Il faut cependant être très prudent car 1,5 million de personnes courent un risque imminent de déplacement en conséquence directe de cette intervention militaire. Il est, dès lors, urgent que toutes les parties au conflit ouvrent des couloirs d'aide humanitaire et garantissent une assistance. Toutes les mesures nécessaires doivent être prises pour protéger les civils! Je pense toutefois que notre mission ne s'arrêtera pas là. Une fois cette ville reprise, les États membres de l'UE devront intensifier les efforts de stabilisation des zones libérées. Vu la diversité ethno-religieuse historique de l'Iraq du Nord, la communauté internationale devra soutenir la mise en place d'une structure durable et inclusive à l'issue du conflit avec une plus grande autonomie pour les régions de la plaine de Ninive, Sinjar et Tal Afar.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Les conflits armés qui frappent la Syrie et l'Iraq représentent un défi pour le monde et pour l'Europe. La guerre bouscule le jeu d'alliances au Proche-Orient et a des répercussions jusqu'en Europe, débordée par l'afflux de civils fuyant les violences.

Il est indispensable de lutter contre le groupe «État islamique» (EI) afin de faire reculer la terreur. Les forces iraquiennes et kurdes ont lancé une vaste opération terrestre visant à reprendre la deuxième ville d'Iraq, Mossoul, des mains de l'EI depuis 2014. Cette offensive doit être accompagnée d'un soutien humanitaire.

D'après l'UNHCR, 1,5 million d'habitants courent un risque imminent de déplacement lié à l'opération en cours. Il faut d'urgence ouvrir et sécuriser des camps pour les accueillir. Des couloirs humanitaires doivent être instaurés pour faire transiter l'aide nécessaire depuis les pays voisins.

L'Union doit également intervenir au niveau politique. Il faut soutenir la reconstruction, la stabilisation et assurer la sécurité de toutes les communautés locales au moyen d'un renforcement du dialogue entre l'Iraq et les pays de la région.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Il s'agit du commentaire du Parlement européen au sujet de la bataille de Mossoul où l'armée irakienne, soutenue par la coalition internationale, entend vaincre le groupe «État islamique» et différentes milices djihadistes.

Les différentes résolutions sur le sujet sont des textes à caractère humanitaire. La résolution commune comme toutes celles des groupes politiques, à l'exception de celle du groupe ECR, instrumentalisent de manière critiquable l'action humanitaire pour invoquer un rôle international de l'UE dont elle ne saurait bénéficier. Outre le fait que cela bafouerait la souveraineté des États, cela aurait pour incidence d'alourdir leurs contributions. Aussi, j'ai préféré m'abstenir.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно положението в Северен Ирак/Мосул, тъй като смятам, че от конфликта там най-много страда Европейският съюз, който бива заливан от стотици хиляди нелегални бежанци, много от които не са въобще иракчани или сирийци. Резолюцията призовава всички страни в конфликта да спазват международното хуманитарно право и да гарантират, че цивилните са защитени, имат възможността да напуснат безопасно районите, засегнати от насилие и война, както и че имат гарантиран безпрепятствен достъп до здравни услуги и хуманитарна помощ.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την κοινή πρόταση ψηφίσματος. Πέρα από το γεγονός ότι σε κανένα ψήφισμα δεν υποδεικνύεται έστω ο αποσταθεροποιητικός ρόλος της Τουρκίας, η προσπάθεια επιβολής της δημιουργίας αυτονόμων κρατών εντός της Δημοκρατίας του Ιράκ αποτελεί κάτι παραπάνω από απαράδεκτη παρέμβαση στο εσωτερικό κυρίαρχης χώρας και εξυπηρετεί τα σχέδια της Τουρκίας. Φυσικά, υποστηρίζουμε και επιθυμούμε την ταχύτερη δυνατή συντριβή του Ισλαμικού Χαλιφάτου.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – De acordo com o Alto Comissariado das Nações Unidas para os Refugiados (ACNUR), mais de 1,5 milhões de pessoas estão em risco iminente de deslocamento em Mossul, como consequência direta da operação para reconquistar esta zona. Até ao momento, a UE disponibilizou 134 milhões de euros em ajuda humanitária ao Iraque, dos quais 50 milhões para Mossul. Considero importante que se redobrem os esforços para a estabilização das zonas libertadas.

Condeno veementemente a violência e as execuções em massa que continuam a ser perpetradas pelo EI no Iraque e o «regime draconiano» que impôs em Mossul, apelando ao pleno respeito dos direitos das diferentes minorias étnicas e religiosas no país, em particular os yazidis, os caldeus/siríacos/assírios e os turcomanos.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention sur la résolution commune: celle-ci, comme toutes les résolutions des groupes politiques (à l'exception de celle du groupe ECR), utilise de manière critiquable l'action humanitaire pour demander un rôle international de l'UE auquel elle ne saurait prétendre et exiger de surcroît des moyens supplémentaires qui seront demandés aux États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução não contextualiza a instabilidade que vive o Iraque desde que o país foi invadido em 2003, em violação do direito internacional, nem as responsabilidades que EUA e UE têm na destruição e desestabilização do país. Ao abrigo do suposto combate ao Estado Islâmico tem-se violado a integridade territorial e a soberania do Iraque, sendo que a crise que o país vive, de conflito entre diferentes etnias, de ingerência e de interferência externa no país, comprometem de facto a sua independência e soberania. Referir ainda o papel da Turquia que se encontra no Iraque na defesa dos seus interesses políticos, económicos e geoestratégicos. Registamos ainda que quando Mossul está sobre ocupação há já dois anos, sem qualquer tipo de iniciativa para a libertar, seja neste preciso momento que se avance sobre uma cidade que desempenha um papel também no conflito Sírio. O que poderia fazer relacionar uma suposta intervenção humanitária com objectivos militares relacionados com o conflito sírio.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che sostiene l'operazione dell'Iraq per liberare Mosul dall'Isis e condanna il vero e proprio genocidio contro la minoranza cristiana e tutte le altre minoranze presenti sul territorio che l'Isis sta commettendo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολο τους τις προτάσεις ψηφίσματος για την κατάσταση στο βόρειο Ιράκ και στη Μοσούλη, καθώς πέρα από το γεγονός πως σε κανένα ψήφισμα δεν υποδεικνύεται έστω ο αποσταθεροποιητικός ρόλος της Τουρκίας, η προσπάθεια επιβολής της δημιουργίας αυτονόμων κρατών εντός της Δημοκρατίας του Ιράκ αποτελεί κάτι παραπάνω από απαράδεκτη παρέμβαση στο εσωτερικό κυρίαρχης χώρας και εξυπηρετεί τα σχέδια της Τουρκίας. Φυσικά, υποστηρίζω και επιθυμώ την ταχύτερη δυνατή συντριβή του Ισλαμικού Χαλιφάτου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The launch of the Mosul operation is crucial in the campaign to defeat Daesh. We must strongly support the Global Coalition against Daesh, which has played a major role in the preparation and conduct of this operation. The European Union is an important part of this coalition and, in these critical times, must stand firmly by the Iraqi authorities and the Iraqi people.

During the Mosul campaign the protection of the civilian population must be prioritised. It is fundamentally important that international humanitarian law should be observed in full and that efforts are made to guarantee the protection of the civilian population.

I strongly support the stabilisation process after military operations and the focus, in particular, on the removal of so-called IEDs (improvised explosive devices), which is a pre-condition for the return of internally displaced people.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul, car la libération de Mossoul est une étape décisive pour l'avenir de l'Iraq. Cette résolution est un signal fort de l'appui de l'Union dans la lutte contre Daech, mais aussi d'un engagement pour la reconstruction et la stabilisation de l'Iraq au-delà de cette bataille.

Nous mettons en avant la priorité absolue de protéger les civils, de faire face à la situation humanitaire, notamment celle des personnes déplacés, dont le nombre va encore augmenter sensiblement. La résolution a aussi le mérite de mettre l'accent sur deux priorités: d'une part, le retour des personnes déplacées en Iraq, notamment des minorités dont les chrétiens, d'autre part, la représentation de ces minorités au sein de la nouvelle administration et leur pleine participation politique. Du retour et de la réintégration des réfugiés et des personnes déplacées dépendront la stabilité du pays à l'avenir et sa capacité à faire rempart à l'expansion terroriste dans la région.

L'Union européenne et ses États membres doivent jouer un rôle clé et préparer dès aujourd'hui un appui décisif à la stabilisation du nord de l'Iraq.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — Mi voto corrobora el compromiso socialista contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y sus poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad de proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dicho compromiso no significa el apoyo a una contienda que viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la coalición internacional para que asegure la protección de los civiles, objetivo de la acción militar, garantice la evacuación mediante corredores humanitarios, proporcione ayuda humanitaria urgente a los desplazados y ponga en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento a favor de la protección y el fin del terrorismo los representantes en el Parlamento Europeo de Podemos, IU, EH BILDU, Alternativa Galega, NEC y EQUO. Una vez más, con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a cerca de un millón y medio de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto pienamente la risoluzione comune dei gruppi politici sulla situazione nell'Iraq del Nord, in particolare per l'impegno richiesto all'Europa, al servizio di azione esterna e a tutta la comunità internazionale di fornire sostegno di natura pratica e diplomatica a un assetto post-bellico sostenibile e inclusivo della regione. Ritengo sia particolarmente rilevante lavorare affinché le popolazioni autoctone della regione siano politicamente rappresentate in una provincia autonoma, e questo anche per dare un gesto di inclusione e attenzione verso tutte le minoranze etniche e religiose, che sono ancora in larga parte sfollate nel paese.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione congiunta del Parlamento Europeo sulla situazione nell'Iraq del nord nella zona di Mosul perché sono sconcertata dalle notizie che arrivano da Mosul, che ci mostrano una realtà terribile, in cui donne e bambini vengono utilizzati come scudi umani e subiscono ogni genere di atrocità, inclusa l'impiego di armi chimiche.

Auspico quindi che le forze irachene, l'esercito curdo e la coalizione internazionale che combatte Daesh riescano nel più breve tempo possibile a liberare la città e fermare questi orribili crimini di guerra e che i responsabili possano essere assicurati alla giustizia e scontare le loro colpe in sede internazionale. Tali operazioni devono svolgersi il più rapidamente possibile evitando vittime civili e proteggendo i soggetti più vulnerabili, donne e bambini.

Condivido, inoltre, il richiamo della relazione alla necessità di garantire un futuro di pace, libertà, inclusione religiosa ed etnica e rispetto reciproco nel momento in cui la città verrà liberata da Daesh. Bisogna assolutamente evitare ulteriori tensioni e vendette di natura religiosa, e impostare una reale convivenza civile tra le varie etnie e religioni che popolano Mosul. Solo così potremo restituire ai cittadini iracheni, dopo tanti anni di guerre, quella pace e libertà cui hanno diritto.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Menschenrechtsexperte meiner Fraktion habe ich für die Entschließung zur Lage im Nordirak und in Mossul gestimmt. Ich begrüße einen gemeinsamen, international koordinierten Kampf gegen den IS – gerade, um die Situation der Christen in der Region und die Einhaltung des Grundrechts auf Religionsfreiheit zu garantieren. Ich danke im Besonderen den kurdischen Truppen für ihren Einsatz und verurteile Meldungen, wonach der türkische Staatspräsident die Stadt Mossul für sich bzw. die Türkei beansprucht. Jegliche Veränderung bestehender Grenzen im Grenzraum von Türkei, Irak und Syrien ist durch die EU zu verurteilen und – wie auch eine eventuelle Wiedereinführung der Todesstrafe und die wiederholten Angriffe auf die demokratischen Kräfte Syriens – mit einem sofortigen Abbruch jeglicher EU-Beitrittsverhandlungen zu sanktionieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Während die militärische Befreiung von Mossul zurzeit stattfindet, gilt es für die Europäische Union, sich ihrer internationalen Verantwortung bewusst zu sein und den Wiederaufbau in Mossul und im gesamten Nordirak führend zu unterstützen. Dabei gilt es besonders den Schutz von Minderheiten zu gewährleisten und humanitäre Hilfe zu leisten. Die Europäische Union muss hier auf die irakische Regierung einwirken, damit den im Irak lebenden Minderheiten (z.B. den christlichen und jesidischen Minderheiten) mehr Souveränität und Schutz gewährt wird.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Il deteriorarsi della situazione in Iraq e l'avvio delle operazioni militari, complesse ma indispensabili nella nostra battaglia contro l'organizzazione terroristica Daesh/ISIS, devono essere all'ordine del giorno delle nostre agende di politica estera europee e nazionali.

E l'attenzione su questi temi è ancor più delicata se si pensa alle ripercussioni che queste operazioni potrebbero avere sulla Siria: se efficace, nel giro di poche settimane, l'offensiva militare in Iraq spingerà le milizie dell'ISIS ad abbandonare Mosul e a ripiegare verso la Siria. Ho votato a favore di questa risoluzione proprio per ribadire questo concetto ed esprimere il pieno sostegno alla relazione fatta quest'oggi e al senso ultimo di questi eventi: riportare la sicurezza a livello internazionale e proteggere i civili costretti a lasciare le proprie case e le proprie città, facendo tutto ciò che è in nostro potere per scongiurare una situazione di crisi umanitaria e preparandoci al meglio per garantire assistenza alla popolazione irachena.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoyo la lucha y preservación de la independencia, integridad y soberanía del pueblo iraquí, así como, la libre determinación de los pueblos que sufren mayor vulnerabilidad en su territorio. Sin embargo, desde una visión que propugna un multilateralismo activo y una resolución pacífica de los conflictos, me opongo a la introducción en el territorio de asistencia militar como medida de protección hacia las minorías étnicas en el conflicto, lo cual sólo contribuirá a la generación de más tensiones en la región.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported this motion for a resolution which calls on all parties to abide by international humanitarian law, respecting the principles of proportionality and distinction, and to take all precautions to minimise casualties and ensure that civilians and civilian infrastructures are protected from bombing. The evidence of the war crimes and crimes against humanity committed by Daesh should be preserved in order to ensure the accountability of all perpetrators.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. The European Union, the United Nations and the entire international community should continue to support the Iraqi Government sustainably with humanitarian and military assistance during the ongoing liberation operations across several regions of Iraq. Therefore, the EUR 50 million in humanitarian assistance provided by the European Union to the region of Mosul, which is facing an extraordinary, unprecedented humanitarian disaster, is an important step towards the stability in the region.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η κατάσταση στο βόρειο Ιράκ και τη Μοσούλη είναι πολύ σοβαρή. Το κοινό ψήφισμα, ωστόσο, εμπεριέχει προβληματικά σημεία που δεν μας επιτρέπουν την υπερψήφιση. Επίσης, δεν αναφέρεται καθόλου ο ρόλος της Τουρκίας στην περιοχή και επιπλέον δεν περιέχει καμία αναφορά στις ευθύνες των ΗΠΑ και των κρατών μελών της ΕΕ για το πως έχουμε φτάσει σε αυτό το σημείο.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I decry in the strongest terms the regime that ISIS has imposed on the citizens of Mosul and Northern Iraq. Equally I support the operation started by Iraq to liberate Mosul from ISIS. This operation is a decisive part of an ongoing, global effort to inflict a lasting defeat on ISIS once and for all. It is also imperative that all parties to the conflict abide by international humanitarian law during and after hostilities and, in the conflict, to abide by the principles of proportionality, distinction and precaution.

Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Den militära operation som nyligen inleddes för att befria staden Mosul är ett viktigt steg för att få ett slut på IS/Daesh avskyvärda övergrepp i regionen.

Tillsammans med den internationella koalitionen mot IS/Daesh är det den irakiska regeringen som bär huvudansvaret för den militära aktionen. Vi svenska socialdemokrater stöder operationen och vill understryka betydelsen av att den genomförs i strikt överensstämmelse med internationell humanitär rätt och internationell människorättslagstiftning.

Punkt 17 i resolutionen uppmanar EU:s medlemsstater att inkludera lokala säkerhetsstyrkor i den förteckning över styrkor som har rätt att motta hjälp. Eftersom punkten inte specificerar vilken typ av hjälp som ska inbegripas valde vi att avstå på denna skrivning. Det är av största vikt att alla civila, oavsett religiös tillhörighet, skyddas och inte blir måltavlor i dessa strider, men det måste vara de irakiska myndigheterna, med stöd från EU och det internationella samfundet, som ansvarar för detta.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Seit zweieinhalb Jahren besetzt der IS das irakische Mossul. Derzeit läuft die Rückeroberung der Gegend durch die irakische Armee, kurdische Peschmerga, verbündete Milizen mit Unterstützung der US-Streitkräfte und weiterer Alliierter. Tausende Zivilisten haben bereits die umkämpfte Gegend verlassen. Die UNO berichtet von Massakern, die der IS an der Zivilbevölkerung verübt hat. Hier knüpft die Entschließung an. Sie fordert alle Konfliktparteien auf, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und sicherzustellen, dass Zivilisten geschützt werden, ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe haben und umkämpfte Gebiete sicher verlassen können. Selbstverständlich unterstütze ich diese humanitären Werte und habe deshalb der Entschließung zugestimmt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I strongly support the Iraqi army's offensive to liberate Mosul from Daesh, as well as any anti-Daesh coalitions working towards the same end. Iraq is, and should be treated as, a sovereign state that must have full territorial integrity.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Rezoluciju o stanju u sjevernom Iraku/Mosulu, s obzirom je potrebno podržati napore udruženih snaga koje se bore za oslobađanje Mosula, drugog najvećeg garda u Iraku od ISIS-a, kao i napore da se izbjegnu civilne žrtve. Mosul je važna prekretnica u oslobađanju Iraka te ponovnoj reintegraciji zemlje.

Trebalo bi uzeti u obzir regionalne, etničke, vjerske i druge specifičnosti te putem decentralizacije zemlje, garantiranja povratka iseljenih zajednica (osobito onih autohtonih) i osiguranja njihovih prava, stvoriti uvjete za njezinu reintegraciju i opstanak. Naravno, prije toga preduvjet je samo oslobađanje zemlje.

EU treba imati važnu aktivnu ulogu u procesu ponovne uspostave mira i buduće uspostave nezavisnosti i cjelovitosti zemlje, što ima velik utjecaj na stabilnost Bliskog istoka. EU bi trebala imati aktivnu ulogu u potrebnim humanitarnim naporima koji se prema UN-u suočavaju s manjkom potrebnih sredstva.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution se concentre majoritairement sur des considérations humanitaires, d'essence plutôt sensible, mais confère à l'Union européenne un rôle diplomatique qu'elle ne devrait pas avoir.

Je me suis donc abstenu.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – In reaction to recently started operation to liberate the city of Mosul in Northern Iraq from so-called ISIS/Daesh and extremely worrying humanitarian situation in the territory, I voted in favour of this resolution. It urges the European Union, United Nations and the whole international community to continue to support sustainably the Iraqi Government with humanitarian and military assistance. The Republic of Iraq has the right to defend its sovereign territory and the European Union should support it in the fight against ISIS/Daesh. The long-term aim must be then the reintegration of all Iraqis including all ethnic and religious displaced minorities.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Lars Adaktusson sur la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul. Par ce vote, nous apportons notre soutien aux autorités iraquiennes pour prendre toutes les mesures nécessaires afin de protéger les civils et de libérer Mossoul des terroristes de Daech. Dans cette perspective, l'Union européenne a fourni à l'Iraq 134 millions d'euros d'aide humanitaire et 50 millions d'euros pour Mossoul. Dès lors, il est plus que jamais nécessaire de maintenir nos efforts pour stabiliser cette région.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich würde für den vorliegenden gemeinsamen Entschließungsantrag stimmen. Das Gräuel, das der sogenannte „Islamische Staat" angerichtet hat, muss beendet und die Terrorbewegung samt ihrer Anhänger bekämpft werden. Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, mit der irakischen Regierung und lokalen Sicherheitstruppen zusammenzuarbeiten – insbesondere jenen, welche Minderheiten vor den IS-Abartigkeiten geschützt haben. Außerdem ist die Forderung, die weitere Verbreitung der islamistisch-dschihadistischen Ideologie und den salafistischen Dschihadismus zu unterbinden und deren Schergen vor den internationalen Strafgerichtshof zu stellen, unterstützenswert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution which fully supports the Iraqi Government and international anti-Daesh coalition's actions in Iraq directed at the liberation of Mosul. It also insists that in the process of this operation, international humanitarian law has to be respected.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Situace v severním Iráku je velmi dramatická. Na jedné straně zde existuje, a to již poměrně dlouhou dobu, stabilizované autonomní území Kurdů, na druhé straně, na jihu a na jihozápadě od tohoto území, v místech, kde bývalo jádro starověké Asýrie, ve většinově sunnitské části Iráku, kde žila v minulosti velmi pestrá společenství, pak panuje pouze chaos. Tím, že po posledních volbách v Iráku nedošlo k dostatečně rychlé dohodě o vzniku nové vlády, vytvořilo se zde mocenské vakuum, a toho využil Islámský stát. Rozpuštěná armáda bývalého iráckého režimu se stala bohatým rezervoárem vycvičených vojenských sil. Krvavé potlačení sunnitské části Iráku bylo jen další roznětkou. Rozložená irácká armáda vyklidila prakticky bez boje Mosul a střední část země. Na místě zanechala zbraně, munici i prakticky nepoškozené úřední budovy a dokumenty stejně jako peníze v bankovních domech. Jezídové a křesťané se dostali do kritické situace, nucená konverze, únosy, otročení žen a dětí ohrožují samou

existenci těchto komunit. Od poměrně vyspělého irácképo funkčního státu se díky intervenci USA a spojenců podařilo ohrozit existenci celého společenství. Je to i vina EU a je nejvyšší čas účinně zasáhnout, jinak nadále zůstáváme spoluviníky.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Seit zweieinhalb Jahren besetzt der IS das irakische Mossul. Derzeit läuft die Rückeroberung der Gegend durch die irakische Armee, kurdische Peschmerga, verbündete Milizen mit Unterstützung der Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika und weiterer Alliierter. Tausende Zivilisten haben bereits die umkämpfte Gegend verlassen. Die Vereinten Nationen berichten von Massakern, die der IS an der Zivilbevölkerung verübt hat. Hier knüpft die Entschließung an. Sie fordert alle Konfliktparteien auf, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und sicherzustellen, dass Zivilisten geschützt werden, ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe haben und umkämpfte Gebiete sicher verlassen können. Selbstverständlich unterstütze ich diese humanitären Werte und habe deshalb der Entschließung zugestimmt.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution. Certes, elle a le mérite de soutenir les forces iraquiennes contre les milices islamistes. Mais elle tente de donner un rôle diplomatique à l'UE alors que j'estime que la diplomatie doit rester l'apanage des États.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la résolution sur la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul. Cette situation est effectivement très préoccupante. Si le texte soulève à juste titre les problèmes humanitaires, il attribue un rôle diplomatique à l'Union européenne auquel celle-ci ne peut pas prétendre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posible y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido, porque hay muchos elementos que actualmente nos preocupan en la ofensiva sobre Mosul: que para destruir al Dáesh se deje de lado el Derecho humanitario; la constante desinformación sobre lo que pasa en Mosul; o el papel de Turquía en todo el conflicto, incluyendo su invasión del territorio iraquí, y el corredor por el que permiten que los terroristas huyan a Siria y ataquen a las fuerzas kurdas y sirias; nos preocupa la propuesta de armar a las milicias locales, que agravará la situación, mientras no proveamos de fondos suficientes a ACNUR, organización de ayuda a los refugiados.

En el voto final, me abstuve al considerar que si bien discrepo en muchas cosas, la resolución contaba con algún elemento positivo, como es que manifieste su preocupación por las recientes tensiones entre los actores regionales, y pide que se respete plenamente la integridad territorial y la soberanía de Irak y se abstenga de emprender cualquier acción militar en Irak sin el consentimiento del Gobierno iraquí, subrayando la importancia de fomentar el diálogo entre Irak y los países de la región con el fin de conseguir un Oriente Medio más seguro.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Seit zweieinhalb Jahren besetzt der IS das irakische Mossul. Derzeit läuft die Rückeroberung der Gegend durch die irakische Armee, kurdische Peschmerga, verbündete Milizen mit Unterstützung der US-Streitkräfte und weiterer Alliierter. Tausende Zivilisten haben bereits die umkämpfte Gegend verlassen. Die UNO berichtet von Massakern, die der IS an der Zivilbevölkerung verübt hat. Hier knüpft die Entschließung an. Sie fordert alle Konfliktparteien auf, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und sicherzustellen, dass Zivilisten geschützt werden, ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe haben und umkämpfte Gebiete sicher verlassen können. Selbstverständlich unterstütze ich diese humanitären Werte und habe deshalb der Entschließung zugestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. Rezoluce vítá operaci Iráku proti Islámskému státu na svém území (Mosul), odsuzuje násilí ze strany Islámského státu. Rezoluce podle mě ničemu nepomůže, ale neobsahuje nic, s čím bych nesouhlasil. Proto jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Iračka vojska, uz potporu globalne koalicije za borbu protiv ISIS-a/Daiša i njegovih suradnika, pokrenula je operaciju oslobođenja Mosula i njegove okolice. U široj regiji raseljeni su domovi kršćana i drugih naroda koji su stoljećima živjeli u duhu općeg pluralizma, stabilnosti i komunalne suradnje. ISIS/Daiš u Mosulu nametnuo je drakonski režim. U sve većoj mjeri provode ratne zločine, zločine protiv čovječnosti i genocid. Danas se broj kršćana u Iraku s više od 1,5 milijuna u 2003. godini naglo smanjio na 200 000 – 350 000 od kojih mnogi žive u siromaštvu i nesigurnosti.

EU i njezine članice moraju poraditi na gradnji perspektiva za sve one koji su bili prisiljeni napustiti svoju domovinu i onih čiji su životi ugroženi. Nužno je pružiti zaštitu i pomoć za sve na meti ISIS-a i drugih terorističkih organizacija na Bliskom istoku. Stoga sam podržala ovu Rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Vojenské operácie v irackom meste Mosul musia prebiehať v súlade s medzinárodným humanitárnym právom. V Mosule sa nachádza jeden a pol milióna civilistov, ktorí potrebujú zabezpečenie prísunu základných potravín a potrieb. Preto by sa všetci účastníci operácií mali zamerať na pomoc a ochranu týchto osôb. Potlačenie teroristov v Iraku je prioritou, ktorá má prednosť pred akýmkoľvek riešením územných nárokov. Zároveň musí Irak rešpektovať práva etnických, náboženských a národnostných menšín na svojom území.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στο Βόρειο Ιράκ/Μοσούλη, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

La ville de Mossoul était sous le contrôle de Daech depuis 2014. Cette proposition de résolution constitue un commentaire du Parlement européen sur les récents efforts de l'armée iraquienne, soutenue par la coalition internationale, pour reconquérir la ville. Ce texte, à caractère humanitaire, est assez équilibré.

En revanche, nous nous opposons à ce que l'UE utilise l'action humanitaire pour, d'une part, justifier son rôle international, et, d'autre part, justifier les demandes de moyens supplémentaires de la part des États membres.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución por la que se pide a todas las partes del conflicto en el norte de Irak, en particular Mosul, que respeten la legislación humanitaria internacional.

Es imprescindible que todas las partes en conflicto abran corredores humanitarios para permitir a los civiles escapar y no quedar atrapados en Mosul, evitando que sean utilizados como escudos humanos. Igual de importante es garantizar la asistencia y protección a los civiles durante el proceso de control de seguridad.

Entre otros aspectos, es necesario que todas las partes que combaten contra el EIIL/Dáesh en la República de Irak, desarrollen una cooperación política y un diálogo sostenibles, inclusivos y a largo plazo, con objeto de servir como base de un Irak libre de movimientos radicales y extremistas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – In diesem Entschließungsantrag wird die Befreiung Mossuls begrüßt. Die indigenen Gemeinschaften haben ein Recht auf Sicherheit und regionale Autonomie innerhalb der föderalen Struktur der Republik Irak. Weiter werden die Massenhinrichtungen des IS verurteilt, und die Beweise für etwaige Kriegsverbrechen sollen dokumentiert werden. Daher habe ich diesem Entschließungsantrag zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už EP rezoliuciją dėl padėties Šiaurės Irake (Mosulas).

2016 m. spalio 17 d. buvo pradėtas karinis reidas siekiant iš teroristinių „Islamo valstybės“ (IS) pajėgų atkovoti Mosulo miestą. Šį miestą IS kontroliuoja nuo 2014 m. vasaros, jame įkalinti apytikriai milijonas civilių gyventojų. Mosulo miestas yra paskutinis didžiausias IS užimtas miestas Irake.

EP primygtinai ragina Irako vyriausybę sudaryti palankesnes sąlygas pabėgėliams ir šalies viduje perkeltiems asmenims sugrįžti ir visapusiškai atkurti jų pagrindines teises, įskaitant nuosavybės teises.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution dénonce avec raison les exactions commises par le groupe «État islamique» en Iraq et plus particulièrement à Mossoul. La résolution «soutient fermement l'opération lancée par l'Iraq pour libérer Mossoul du groupe "État islamique"» alors que dans le même temps l'UE condamne les opérations de libération d'Alep-Est du joug des djihadistes. La résolution croit naïvement que «cette opération constitue un élément décisif d'un effort en cours à l'échelle mondiale visant à infliger une défaite durable au groupe "État islamique"» alors que l'on observe d'ores et déjà que certains membres de Daech se replient sur la ville de Rakka, ce qui ne fait que déplacer le problème en Syrie.

Enfin, la résolution passe sous silence le caractère hétéroclite de la coalition, qui fait lui-même peser des menaces sur la population civile, majoritairement sunnite, notamment par les miliciens chiites des Forces populaires de mobilisation ou Hachd al-Chaabi.

Je vote pour, en dénonçant l'asymétrie de l'appréciation du traitement des opérations militaires au Moyen-Orient et son caractère purement propagandiste.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O exército iraquiano, com o apoio da coligação internacional contra o EIIL/Daesh e as forças Peshmerga do Governo Regional Curdo (GRC) e as Forças de Mobilização Popular, lançou uma operação para libertar Mossul, a segunda maior cidade do Iraque, e muitas cidades e aldeias situadas no «corredor de Mossul» do EIIL/Daesh.0020. Sou a favor da operação lançada pelo Iraque com vista à libertação de Mossul do EIIL/Daesh, esta operação constitui um elemento decisivo de um esforço global, em curso, para infligir uma derrota duradoura ao Estado Islâmico. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this cross-party resolution, which expresses Parliament's support for the operation to liberate Mosul from the forces of the so-called Islamic State. Whilst the recent reports of civilians being taken hostage to be used as human shields are consistent with tactics used by ISIS in the past, they are nonetheless horrific and efforts must be taken to limit the loss of life.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En votant en faveur de la résolution sur la situation dans le nord de l'Iraq et à Mossoul, nous montrons une fois encore le soutien continu et déterminé de l'Union européenne aux autorités Iraquiennes dans leur combat contre l'«État islamique» et aux populations iraquiennes victimes de graves violations des droits de l'homme. Notre souci est d'inciter tous les acteurs engagés dans cette lutte à infliger une défaite durable à Daech.

Comme le dit le CICR, la population a le droit de fuir et de chercher la sécurité comme elle a le droit de récupérer ses biens et d'être protégée conformément au droit humanitaire et au droit international. Il s'agit pour les autorités iraquiennes d'assurer le respect des droits de l'homme pour tout individu, toute minorité quelle que soit sa religion, en les aidant à fuir la ville, en assurant une protection suffisante des infrastructures, des hôpitaux et des écoles.

L'Union européenne doit user de toute son influence politique et diplomatique pour que la Cour pénale internationale puisse juger les membres du groupe État islamique pour crime de guerre et crime contre l'humanité.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ECR, az EFDD, az S&D, a GUE/NGL, az ALDE, a PPE és a Verts/ALE képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A hét képviselőcsoport közül az elsőként említett hat megállapodásra jutott és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki. A kompromisszumos javaslatot szavaztam meg.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Atendendo à operação lançada pelo Iraque com vista à libertação de Mossul do EIIL/Daesh, que constitui um elemento decisivo de um esforço global para infligir uma derrota duradoura ao Estado Islâmico, é fundamental respeitar plenamente a integridade territorial e a soberania do Iraque.

Defendo que as autoridades iraquianas devem tomar medidas concretas para proteger a população civil durante a campanha, nomeadamente através do comando e controlo eficaz das milícias e tomando todas as precauções necessárias para evitar vítimas civis e violações dos direitos humanos durante a ofensiva e que as forças no terreno devem respeitar o direito humanitário internacional e os direitos humanos.

É vital garantir a segurança de modo atempado e eficaz, através de rotas. Apelo à União Europeia, às Nações Unidas e a toda a comunidade internacional para colaborarem com o governo nacional e os governos regionais da República do Iraque, para supervisionar a reintegração de todos os iraquianos e minorias étnicas e religiosas que foram deslocados.

Subscrevo o relator no apelo ao SEAE, aos Estados-Membros e à comunidade internacional a darem o seu apoio prático e diplomático a uma estrutura sustentável e inclusiva, no pós-conflito, para esta região.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à la situation dans le Nord de l'Iraq et à Mossoul qui soutient l'action menée en ce moment même afin de libérer cette ville dans laquelle les barbares islamistes ont proclamé le Khalifat et dans laquelle ils continuent chaque jour de procéder à des exactions de masse.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding the operation to liberate the town of Mosul in northern Iraq, reaffirming the EU's strong support for Iraq's independence, territorial integrity and sovereignty.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție, deoarece consider că este foarte important să susținem în acest moment operațiunile militare desfășurate de armata irakiană împotriva Daesh. Luptele pentru recucerirea orașului Mosul sunt foarte grele, așa cum putem observa din imaginile transmise de sursele aflate la fața locului, și vor continua, probabil, pentru o perioadă mai îndelungată. În același timp, trebuie făcute toate demersurile necesare pentru protejarea civililor din oraș și a celor care au reușit să scape de sub controlul Daesh. Consider că UE și comunitatea internațională trebuie să sprijine în continuare Irakul în această luptă și să-și sporească sprijinul financiar pentru demersurile ONU în sensul protejării civililor.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení reagující na zahájení operace na osvobození Mosulu, druhého největšího města Iráku, a mnoha měst a vesnic ležících v tzv. mosulském koridoru z područí ISIS. Je třeba poskytnout maximální podporu všem jednotkám, které se účastní operace na osvobození Mosulu, tedy kurdským pešmergům, irácké armádě i šiítským milicím a apelovat na jejich jednotný a koordinovaný postup berouc ohledy na civilní obyvatelstvo. Po osvobození musí být na základě jednání s regionální vládou Kurdistánu a iráckou vládou zajištěno, aby etnickým menšinám v regionu, zejména křesťanům (Chaldejcům, Syrijcům a Asyřanům) a jezídům a Turkmenům, byla přiznána jejich legitimní práva a aby byly začleněny do nové správní struktury, a bylo tak zabráněno vzplanutí nových konfliktů.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da gegen weitere Verbreitungen der islamisch-dschihadistischen Ideologie und den salafistischen Dschihadismus vorgegangen werden muss. Die Mitgliedstaaten sollen durchsetzen, dass die Verbrechen des Islamischen Staates im Irak, Libyen, Syrien und in weiteren Ländern vor den Internationalen Strafgerichtshof kommen; dies kann ich nur befürworten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Oluline on Mosuli ja teiste ISISe käes olevate alade vabastamine ISISe käest. Samas peavad Iraagi võimud võtma meetmeid tsiviilisikute kaitsmiseks rünnakute ajal ning järgima rahvusvahelist humanitaar ja-inimõigustealast õigust. Tuleb jälgida, et etnilisi vähemusi ei hakataks tagakiusama, et oleks tagatud piisab humanitaarabi, võimekus puhastada maa isetehtud lõhkekehadest jne.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Μοσούλη αποτελεί ένα αποφασιστικό βήμα προς τα εμπρός στην προσπάθειά μας να νικήσουμε το Daesh.

Η απόλυτη προτεραιότητά μας είναι η προστασία των αμάχων. Πρέπει να διασφαλίσουμε ότι δεν θα παραμένουν παγιδευμένοι στη Μοσούλη υπό πυροβολισμούς και βομβιστικές επιθέσεις και ότι δεν θα χρησιμοποιούνται ως ανθρώπινες ασπίδες από το Daesh.

Καλούμε όλα τα μέρη να σεβαστούν το διεθνές ανθρωπιστικό δίκαιο, τις αρχές της αναλογικότητας και της διάκρισης, να λάβουν όλα τα προληπτικά μέτρα για την ελαχιστοποίηση των απωλειών και να διασφαλίσουν ότι οι πολίτες, τα σχολεία και τα νοσοκομεία προστατεύονται από τους βομβαρδισμούς.

Θα ήθελα επίσης να εκφράσω την πλήρη υποστήριξη μου για ένα κυρίαρχο και ανεξάρτητο Ιράκ. Αυτό θα γίνει με την περαιτέρω ανθρωπιστική βοήθεια και την αποκατάσταση του κράτους δικαίου και των βασικών υπηρεσιών του, όπως η υγειονομική περίθαλψη, η εκπαίδευση αλλά και η εγγύηση για την ασφαλή επιστροφή και την επανένταξη των προσφύγων και των εσωτερικά εκτοπισμένων, την προστασία των ευάλωτων μειονοτήτων και την πολιτική συμμετοχή όλων των εθνοτικών και θρησκευτικών μειονοτήτων.

Πιστεύω ακράδαντα ότι οι διαπραγματεύσεις για το μέλλον της Μοσούλης θα πρέπει να περιλαμβάνει όλες τις θρησκευτικές μειονότητες.

Χρειαζόμαστε επειγόντως συγκεκριμένα μέτρα για την προστασία των αμάχων, συμπεριλαμβανομένων των ζωνών προστασίας και των ανθρωπιστικών διαδρόμων.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Το ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου υπερασπίζεται προκλητικά τον ιμπεριαλιστικό πόλεμο που διεξάγουν η ΕΕ και οι σύμμαχοί της ΗΠΑ και ΝΑΤΟ στην ευρύτερη περιοχή της Μέσης Ανατολής, με επίκεντρο τη Συρία και το Ιράκ στο πλαίσιο του σφοδρού ανταγωνισμού τους με άλλες δυνάμεις, όπως η Ρωσία. Το ΚΚΕ είχε προειδοποιήσει ότι η «παγκόσμια στρατηγική της ΕΕ», ο ευρωστρατός, η ενισχυμένη επιχειρησιακή σύμπραξη ΕΕ-ΝΑΤΟ, η παρουσία του ΝΑΤΟ στο Αιγαίο αποτελούσαν προαναγγελία νέων ιμπεριαλιστικών πολέμων κατά των λαών. Όσα κροκοδείλια δάκρυα και αν χύνουν ΕΕ-ΗΠΑ-ΝΑΤΟ για τα θύματα, τους πρόσφυγες, όσες διακηρύξεις και αν κάνουν περί ειρήνης είναι ολοφάνερος ο βρώμικος ρόλος τους στη Συρία και το Ιράκ. Ανοίγουν τώρα νέο μέτωπο στη Μοσούλη, μακελεύοντας λαούς για τον ενεργειακό ανταγωνισμό τους με τη Ρωσία. Οι τζιχαντιστές είναι το βολικό πρόσχημα για τις επεμβάσεις τους στην περιοχή. Η δε Τουρκία εισβάλλει και αυτή ανενόχλητη στη Συρία και το Ιράκ, επιδιδόμενη σε μπαράζ προκλητικών παραβιάσεων, εμπρηστικών και ανιστόρητων δηλώσεων, όπως αυτές του Ερντογάν, που αμφισβητούν διεθνείς συνθήκες και ελληνικά κυριαρχικά δικαιώματα, που συστηματικά κάνουν πως δεν ακούν την ΕΕ, τις ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ. Τα επικίνδυνα ιμπεριαλιστικά σχέδια, στα οποία εμπλέκεται ενεργά η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, μπορούν να χαλάσουν οι λαοί, με την πάλη τους ενάντια στα μονοπώλια και τον καπιταλισμό, τους πραγματικούς εχθρούς τους.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We are pleased to see the successful assault on Mosul and the further dislodgement of ISIS strongholds in Iraq. Appropriate measures must be taken to prevent a further wave of migrants and refugees taking the dangerous routes into Europe. However, the report contains several calls for EU action, which we cannot support.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'esercito iracheno, con il sostegno della Coalizione globale anti-ISIS/Daesh, delle forze Peshmerga del governo regionale curdo e delle forze di mobilitazione popolare ha dato via all'operazione per liberare Mosul dal controllo dell'ISIS. Considerato che dovrebbero essere garantite le necessarie condizioni di sicurezza a tutte le persone che sono state costrette ad abbandonare le loro terre di origine e, altresì garantirne la sicurezza, data, dunque, la rilevanza della proposta in esame, intenderei pronunciarmi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Gradnja stabilnog i sigurnog okruženja nije nužna samo u gradu Mosulu, nego na širem području oko tog velikog grada. Zaštita civila mora biti prioritet, ne samo snaga koje se bore za oslobođenje grada, nego i svih drugih aktera koji u operaciji sudjeluju neborbeno. Potrebno je osigurati da se ne pokrene osvetnička kampanja prema onima koji su u gradu ostali čak i tijekom terorističke okupacije i kontrole grada. Europska unija mora insistirati na dosljednom provođenju međunarodnog humanitarnog prava i osigurati da postoji potpuna zaštita svih vjerskih i etničkih manjina u Mosulu s ciljem izbjegavanja potencijalnog progona kakav je već proveden nad kršćanima na ovom području. Nužno je uspostavljanje sigurnih zona i koridora evakuacije za civilno stanovništvo kao i pravodobno informiranje građana Mosula o planiranim aktivnostima. Nakon provedene operacije, iračka vlada, EU i snage koalicije moraju raditi na uspostavi normalnog života, stabilizaciji i organizaciji grada te smanjenju radikalizacije.

Stava sam da je nužno kršćanima omogućiti njihovu samoupravu u Ninivi te da EU hitno treba prekinuti sve trgovinske odnose s onima koji financiraju ISIS.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea deve offrire tutto il suo sostegno a favore degli sforzi che la coalizione a guida irachena sta compiendo per la liberazione di Mosul e, allo stesso tempo, deve fare tutto il possibile per alleviare la crisi umanitaria che affligge le popolazioni locali, in particolare le minoranze etniche e religiose.

Per secoli queste comunità hanno convissuto pacificamente, in un clima generale di pluralismo e cooperazione. L'occupazione da parte dell'ISIS/Daesh della città di Mosul e delle provincie di Ninive, Tal Afar e Sinjar ha causato indicibili sofferenze per gli abitanti, vittime di crimini contro l'umanità e di veri e propri genocidi. L'Europa, che sostiene la coalizione anti ISIS/Daesh e che vuole vedere i responsabili di questi crimini giudicati e puniti, fa anche appello alle autorità irachene perché, durante lo svolgimento della campagna, prendano tutte le misure necessarie alla protezione dei civili, specialmente donne, anziani e bambini.

Il sostegno dell'UE sarà fondamentale anche dopo la riconquista di Mosul e della regione circostante. Il suo aiuto in termini di competenze e di risorse economiche sarà indispensabile nella ricostruzione di un Iraq inclusivo e sostenibile, che garantisca la partecipazione e i diritti fondamentali a ciascuna comunità e a ogni singolo cittadino.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Vojska Iraka, uz potporu globalne anti-Da'esh koalicije i lokalnih snaga, pokrenula je operaciju oslobođenja Mosula što je važan korak prema konačnom poražavanju Da'esha.

U potpunosti podržavam poteze Iraka koji su nužni za očuvanje neovisnosti i teritorijalnog integriteta. Pozivam sve strane u sukobu da poštuju međunarodno humanitarno pravo tokom i nakon borbi te da drže humanitarne koridore otvorenima – za slanje pomoći te civile koji bježe od nasilja. Naglašavam potrebu poduzimanja svih mjera predostrožnosti kako bi se izbjeglo civilne žrtve tokom bombardiranja, kao i uništenje civilne infrastrukture.

Pozivam EU i države članice da pomognu iračkim i kurdskim vlastima pri uspostavljanju sigurnosti i obnavljanju oslobođenih teritorija – želimo sigurne domove u koje se narodi Iraka mogu vratiti i početi graditi novu budućnost. Nužno je osigurati osnovne usluge i sigurnost populaciji te definirati dugoročnu strategiju suočavanja s razlozima raspada socijalne kohezije i nastanka radikalnih struja. EU mora poduprijeti stabilizaciju, otpornost i razvoj Iraka. Važno je omogućiti političku participaciju manjinama u Mosulu i okolici. Miran suživot i poštivanje prava manjina, nadilaženje mržnje i podjela jedini su ispravan put za zemlju.

Naglašavam da borba protiv Da'esha, Al-Nusra Fronta i ostalih terorističkih organizacija na popisu Vijeća sigurnosti ostaje prioritet u Iraku i Siriji. Regiji treba što skorašnji mir.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A Resolução não contextualiza a instabilidade que vive o Iraque desde que o país foi invadido em 2003, em violação do direito internacional, nem as responsabilidades que EUA e UE têm na destruição e desestabilização do país. Ao abrigo do suposto combate ao Estado Islâmico tem-se violado a integridade territorial e a soberania do Iraque, sendo que a crise que o país vive, de conflito entre diferentes etnias, de ingerência e de interferência externa no país, comprometem de facto a sua independência e soberania. Referir ainda o papel da Turquia que se encontra no Iraque na defesa dos seus interesses políticos, económicos e geoestratégicos. Registamos ainda que quando Mossul está sobre ocupação há já dois anos, sem qualquer tipo de iniciativa para a libertar, seja neste preciso momento que se avance sobre uma cidade que desempenha um papel também no conflito Sírio. O que poderia fazer relacionar uma suposta intervenção humanitária com objectivos militares relacionados com o conflito sírio.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Nedávno zahájila irácká armáda podporovaná západními a arabskými spojenci dlouho očekávanou ofenzívu s cílem osvobodit Mosul z držení bojovníků bojujících za ISIS (Dá'iš). Tato akce je součástí probíhajícího globálního úsilí s cílem trvale porazit ISIS. Evropská unie plně podporuje iráckou nezávislost, územní celistvost a suverenitu a také její právo na zachování všech těchto atributů. Plně se připojuji k usnesení, které zároveň vyzývá všechny strany konfliktu, aby dodržovaly mezinárodní humanitární právo během a po nepřátelských akcích. Zejména je nutné, aby nedošlo k ohrožení civilistů tím, že by uvízli přímo uprostřed bojů. Proto se přidávám k apelu, který vybízí všechny strany konfliktu k otevření humanitárních koridorů. Z mého pohledu je ovšem důležité i začít se zabývat situací, která nastane po poražení ISIS. Je nutné zabránit, aby po skončení bojů nastalo v zemi vakuum. Z tohoto pohledu shledávám jako důležité zachovat plnou podporu stávající irácké vládě a zintenzivnit naši pomoc při obnově země.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'opération des forces iraquiennes visant à libérer la ville de Mossoul de l'emprise du groupe dit État islamique. La présence des djihadistes dispersés dans la région, de l'Iraq à la Syrie, met en péril la stabilité pourtant recherchée dans la zone. Ce sont surtout les civils et les minorités (chrétiens et Yézidis notamment) qui sont les victimes des atrocités de Daech. Nous devons lutter avec la plus grande force contre ces barbares, éradiquer leur présence et rendre aux populations le simple droit de vivre en paix.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A situação atualmente vivida em Mossul é deveras preocupante. Segundo relatos de habitantes que de lá conseguiram escapar, o regime imposto pelo ISIS trouxe a fome, o terror e o desespero aos residentes desta cidade iraquiana.

Mossul é uma cidade multiétnica, onde uma maioria árabe sunita vive lado a lado com caldeus/siríacos/assírios, curdos, yazidis, shabaks, kaka'is e turcomanos (xiitas e sunitas), sendo assim a presença do ISIS, que orgulhosamente comete crimes de genocídio contra minorias étnicas e religiosas, naquele território, um acto criminoso em si mesmo.

Apoio a operação lançada pelo Iraque com vista à libertação de Mossul do ISIS; acreditando que esta operação constitui um elemento importante de um esforço global para infligir uma derrota duradoura ao ISIS.

Para além da libertação de Mossul, é primordial garantir o restabelecimento do Estado-de-Direito e dos serviços básicos, como os cuidados de saúde, a eletricidade e a educação, nas zonas libertadas, assim como assegurar ajuda humanitária e a segurança naquele território.

Condeno veementemente a violência e as execuções em massa que continuam a ser perpetradas pelo ISIS e desta feita, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We are pleased to see the successful assault on Mosul and the further dislodgement of ISIS strongholds in Iraq. Appropriate measures must be taken to prevent a further wave of migrants and refugees taking the dangerous routes into Europe. However, the report contains several calls for EU action, which we cannot support.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o Daesh impôs um regime draconiano em Mossul e que, segundo os relatos de habitantes que conseguiram escapar recentemente, a população está faminta e desesperada para ser libertada.

Considerando que Mossul é uma cidade multiétnica, esta resolução sublinha a importância de Mossul para todo o Iraque e apela à representação das minorias numa nova administração de Mossul. Garantindo o legítimo direito das minorias étnicas e religiosas à participação política e ao restabelecimento dos seus direitos de propriedade assim como à coexistência pacífica e ao pleno respeito dos direitos das diferentes minorias étnicas e religiosas.

Devem também, ser asseguradas as condições de segurança necessárias a quem foi obrigado a abandonar a sua pátria ou a deslocar-se, para tornar o seu direito a regressar à sua pátria efetivo o mais rapidamente possível.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Mi voto muestra el compromiso socialista incontestable con la lucha contra el terrorismo internacional de Dáesh, con la urgencia de una liberación rápida de Mosul y de las poblaciones colindantes, con el menor número de víctimas civiles posibles y con la necesidad proteger a los más vulnerables en este fuego cruzado.

Dejo claro que no apoyamos una contienda que se salte las reglas de la guerra y mucho menos que se viole el Derecho humanitario internacional. A propuesta socialista, se ha reforzado en el texto nuestro llamamiento a la Coalición internacional a poner la protección de los civiles como foco de la acción militar, a asegurar la evacuación mediante corredores humanitarios, a dar ayuda humanitaria urgente a los desplazados y a poner en marcha un plan urgente de reconstrucción y desarrollo de Irak.

Lamentamos profundamente que no se sumaran a nuestro llamamiento en favor de la protección y el fin del terrorismo, los representantes en el Parlamento Europeo de los partidos de: PODEMOS, IU, EH BILDU, Alternativa gallega, NEC y EQUO. Una vez, más con su abstención, dejan desamparadas a miles de personas. En este caso, a casi 1.5 millones de iraquíes que están retenidos en Mosul.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En votant en faveur de cette résolution, je souhaite apporter mon soutien à l'opération lancée par l'Iraq pour libérer Mossoul de l'organisation État islamique. Bien entendu, il est crucial que les autorités iraquiennes prennent toutes les mesures possibles pour protéger la population civile durant ces opérations. De plus, et comme souligné dans cette résolution, il est également important de pouvoir ouvrir des couloirs d'aide humanitaire afin de permettre à la population civile de fuir.

Enfin, je tiens à exprimer mon profond dégoût face aux comportements odieux des membres de Daech qui se servent de la population civile comme de boucliers humains contre les opérations militaires de libération.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Sveikinu parengtą rezoliuciją. Mes, europiečiai, turime skirti deramą dėmesį žmogaus teisių apsaugai visame pasaulyje. Kartu noriu atkreipti kolegų dėmesį į tai, jog Mosulas ir visas Šiaurės Irakas šiuo metu visgi yra antiteroristinės operacijos centre. Operacijos, kuri kol kas sekasi neblogai, ir jau galima kalbėti apie tai, kad netrukus šis senovinis miestas bus išvaduotas iš tamsiųjų jėgų kontrolės. Todėl, manyčiau, kai kurios formuluotės gal yra kiek per griežtos, o parama sąjungininkų koalicijos pastangoms išreikšta nepakankamai stipriai.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Apoiei esta proposta de resolução que visa apoiar a operação lançada pelo Iraque para a libertação de Mossul do autoproclamado Estado Islâmico.

Esta proposta insta as partes no conflito a abrir corredores humanitários com o fito de auxiliar a população civil e, simultaneamente, evitar que a mesma seja usada como escudo humano.

Pretende-se apelar, uma vez mais, ao respeito pelos direitos das diversas minorias étnicas e religiosas presentes no Iraque, como os yazidis, comunidade a que pertencem as duas mulheres a quem o Parlamento Europeu atribuiu este ano o Prémio Sakharov 2016 de Liberdade de Expressão.

Este clima de violência e de execuções atrozes que, sistemática e violentamente, continuam a ser perpetradas pelo Estado Islâmico devem ser objeto do nosso mais profundo repúdio e forte condenação, já que está em causa o cometimento de crimes contra crianças, mulheres e idosos, utilizados habitualmente como escudos humanos contra as operações militares em curso.

É absolutamente vital travar esta barbárie, sendo esse o sentido desta resolução, ao exortar as partes em conflito a respeitarem o direito humanitário internacional e ao defender que estes crimes de guerra e contra a humanidade sejam devidamente julgados pelo Tribunal Penal Internacional.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui apporte le soutien du Parlement européen à l'opération iraquienne pour libérer Mossoul du groupe terroriste «État islamique». Cette organisation terroriste utilise les enfants, les personnes âgées, les femmes et les personnes vulnérables comme boucliers contre les opérations de libération militaire menées par l'Iraq, les forces peshmerga et kurdes; c'est inadmissible.

Il est donc crucial et urgent que les autorités iraquiennes prennent toutes les mesures nécessaires afin de protéger les civils, les écoles et les hôpitaux.

Face au massacre systématique des minorités religieuses et ethniques par le groupe «État islamique» en Iraq, il est indispensable d'agir sans délai contre ces exactions et de traduire en justice ceux qui sont à l'origine de telles atrocités. Dans ce sens, j'ai soutenu ce texte qui qualifie, une nouvelle fois, les persécutions et exécutions systématiques des chrétiens, Yézidis et autres minorités de génocide.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoyo la lucha y preservación de la independencia, integridad y soberanía del pueblo iraquí, así como, la libre determinación de los pueblos que sufren mayor vulnerabilidad en su territorio. Sin embargo, desde una visión que propugna un multilateralismo activo y una resolución pacífica de los conflictos, me opongo a la introducción en el territorio de asistencia militar como medida de protección hacia las minorías étnicas en el conflicto, lo cual sólo contribuirá a la generación de más tensiones en la región.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido, porque hay muchos elementos que actualmente nos preocupan en la ofensiva sobre Mosul: que para destruir al Dáesh se deje de lado el Derecho humanitario; la constante desinformación sobre lo que pasa en Mosul; o el papel de Turquía en todo el conflicto, incluyendo su invasión del territorio iraquí, y el corredor por el que permiten que los terroristas huyan a Siria y ataquen a las fuerzas kurdas y sirias; nos preocupa la propuesta de armar a las milicias locales, que agravará la situación, mientras no proveamos de fondos suficientes a ACNUR, organización de ayuda a los refugiados.

En el voto final, me abstuve al considerar que si bien discrepo en muchas cosas, la resolución contaba con algún elemento positivo, como es que manifieste su preocupación por las recientes tensiones entre los actores regionales, y pide que se respete plenamente la integridad territorial y la soberanía de Irak y se abstenga de emprender cualquier acción militar en Irak sin el consentimiento del Gobierno iraquí, subrayando la importancia de fomentar el diálogo entre Irak y los países de la región con el fin de conseguir un Oriente Medio más seguro.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution which calls on all parties to abide by international humanitarian law, to respect principles of proportionality and distinction, and to take all precautions to minimise casualties and ensure that civilians and civilian infrastructures (such as schools and hospitals) are protected from bombing. The evidence of the war crimes and crimes against humanity committed by Daesh should be preserved in order to ensure the accountability of all perpetrators.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Mosul je druhé najväčšie mesto v Iraku. Médiá denne prinášajú hrozivé zábery z tohto mesta, kde ISIS/Dá'iš nastolil tvrdý režim, kde zomierajú deti, matky, civilné obyvateľstvo, kde hrozí hlad a choroby, preto ľudia tam žijúci zúfalo čakajú na oslobodenie a humanitárnu pomoc. UNHCR v okolí Mosulu prevádzkuje päť táborov a je pripravený poskytnúť prístrešie 45 000 ľuďom utekajúcim z Mosulu a okolitých oblastí, pričom v nadchádzajúcich týždňoch plánuje zvýšiť počet táborov na 11 s kapacitou pre 120 000 ľudí. Z tohto dôvodu EÚ poskytuje na humanitárnu pomoc v Iraku 134 miliónov eur, z toho 50 miliónov eur na pomoc v Mosule. EÚ vyjadrila podporu operácii Iraku na oslobodenie Mosulu od organizácie ISIS/Dá'iš a považuje ju za rozhodujúcu súčasť prebiehajúceho celosvetového úsilia o trvalú porážku ISIS/Dá'iš. Súčasne sme prijatím uznesenia pripomenuli, že záchrana životov civilistov a dodržiavanie medzinárodného humanitárneho práva sú základným politickým predpokladom zmierenia a rozvoja a jediným spôsobom, ako poraziť nenávisť a rozdeľovanie, a že je veľmi dôležité nepodnecovať ďalšie napätie medzi komunitami a položiť základy stabilného a prosperujúceho Iraku.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Seit zweieinhalb Jahren besetzt der IS das irakische Mossul. Derzeit läuft die Rückeroberung der Gegend durch die irakische Armee, kurdische Peschmerga, verbündete Milizen mit Unterstützung der US-Streitkräfte und weiterer Alliierter. Tausende Zivilisten haben bereits die umkämpfte Gegend verlassen. Die UNO berichtet von Massakern, die der IS an der Zivilbevölkerung verübt hat. Hier knüpft die Entschließung an. Sie fordert alle Konfliktparteien auf, sich an das humanitäre Völkerrecht zu halten und sicherzustellen, dass Zivilisten geschützt werden, ungehinderten Zugang zu medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe haben und umkämpfte Gebiete sicher verlassen können. Selbstverständlich unterstütze ich diese humanitären Werte und habe deshalb der Entschließung zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Za danej situácie je dôležité, aby Európska únia spolupracovala s irackou vládou a kurdskou regionálnou vládou na účel dosiahnutia konsenzu o meste Mosul a o ďalších sporných územiach. Je potrebné, aby iracká vláda v prvom rade prijala konkrétne kroky a opatrenia na ochranu civilistov a nové právne predpisy na ochranu menšín.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments vom 27. Oktober 2016 zur „Lage im Nordirak und in Mossul" habe ich zugestimmt.

Ich bin nicht mit jedem Detail einverstanden, teile aber den Grundtenor, dass die verfolgten Minderheiten, insbesondere die Christen, Schutz genießen sollten. Insbesondere unterstütze ich das übergreifende Anliegen einer politischen Dezentralisierung des Irak, um seinen vielfältigen Minderheiten dadurch weitgehende politische Autonomie zu geben.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o razmerah v severnem Iraku/Mosulu. Prebivalci Mosula, drugega največjega mesta v Iraku, trpijo krut režim ISIS-a, stradajo in obupno čakajo na osvoboditev. Podpiram resolucijo, ki odločno podpira operacijo za osvoboditev Monsula, ki bo imela odločilno vlogo pri sedanjih prizadevanjih na svetovni ravni za trajni poraz ISIS-a. Pri tem resolucija ne odvzema pravice Iraka, da sprejme ukrepe, ki so potrebni za ohranitev neodvisnosti, ozemeljske celovitosti in suverenosti. Prednostna naloga iraške vlade bi morala biti, da uresniči pravico do vrnitve razseljenih staroselskih prebivalcev, ki so razseljeni po Iraku.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η οποιαδήποτε προσπάθεια διευθέτησης της έντασης-κρίσης στη βόρεια περιοχή του Ιράκ πρέπει να γίνεται με σεβασμό στα κυριαρχικά δικαιώματα του κράτους και στα ανθρώπινα δικαιώματα. Ιδιαίτερη βαρύτητα πρέπει να δοθεί στην αντιμετώπιση της πολιτικής και των αντίστοιχων ενεργειών αποσταθεροποίησης που εφαρμόζει η Τουρκία στην εν λόγω περιοχή, καθώς και στην καταπολέμηση του Daesh.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalási indítvány elfogadását, mert meggyőződésem szerint az Európai Unió nem maradhat szótlan az Európával szomszédos régióban tovább súlyosbodó, egyik legsúlyosabb nemzetközi háborús helyzet és humanitárius válság kapcsán. A jelentés felidézi az Irak északi részén, különösen Moszul ostroma kapcsán elviselhetetlenné vált biztonsági és humanitárius helyzetet, a dzsihádista terror következményeit, a népirtást, a jazidi, keresztény és egyéb vallási és nemzetiségi kisebbségek szisztematikus üldözését. Abban reménykedem, hogy nyomatékos parlamenti állásfoglalásunk az EKSZ-t és az uniós tagállamokat, és az Unió egészét mint globális szereplőt is határozottabb és konkrét cselekvésre készteti.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Liczba chrześcijan w Iraku w 2003 r. wynosiła ponad 1,5 mln, ale od tamtej pory zmniejszyła się do poziomu 300 tys., a wielu z nich żyje obecnie w ubóstwie i poczuciu ciągłego zagrożenia. Parlament uznał działania ISIS na tym terenie za ludobójstwo wobec chrześcijan i jazydów, a także innych mniejszości religijnych i etnicznych, które nie zgadzają się z interpretacją islamu przyjętą przez ISIS/Daisz.

W rezolucji Parlamentu Europejskiego wezwano UE i jej państwa członkowskie oraz ONZ do współpracy z rządem krajowym i rządami regionalnymi Republiki Iraku, a także z wszystkimi odpowiednimi podmiotami krajowymi i międzynarodowymi w celu nadzorowania pokojowego powrotu do swojej ojczyzny tubylczych ludów z równiny Niniwy, Tal Afaru i Sindżaru. Wezwano także do zapewnienia integralności terytorialnej i bezpieczeństwa tego obszaru.

Obecnie konieczne jest wzmożenie wysiłków w celu zajęcia się problemami humanitarnymi ludności Iraku, zwłaszcza dzieci, osób starszych, kobiet ciężarnych i innych osób wymagających szczególnego traktowania. Jeśli bowiem zignorujemy sytuację na tym terenie, liczba zabitych i przesiedlonych może w najbliższych miesiącach wzrosnąć kilkukrotnie.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Fenomenul terorist a cunoscut noi culmi ale cruzimii și violenței îndreptate împotriva civililor după apariția și extinderea Statului Islamic în Orientul Mijlociu. Acest experiment diabolic afectează în prezent întreaga comunitate internațională, inclusiv statele membre ale Uniunii Europene. Ca răspuns împotriva acestei amenințări de tip nou, statele membre au decis să susțină eforturile coaliției internaționale împotriva Statului Islamic, cu scopul declarat de a elimina această structură atât de defavorabilă locuitorilor din Siria și Irak.

În aceste condiții, instituțiile europene nu pot decât să salute declanșarea ofensivei din nordul Irakului, vizând eliberarea orașului Mosul de sub ocupația teroriștilor islamici. Această acțiune va restabili suveranitatea legală a statului irakian asupra teritoriului său, a cărui integritate UE o recunoaște în condițiile respectului pentru drepturile minoritățile etnice și religioase, dar și pentru Guvernul Regional Kurd. Totuși, această intervenție militară trebuie să țină cont de reglementările dreptului umanitar internațional și ale drepturilor omului, pentru a proteja populația civilă.

Actuala rezoluție exprimă în mod corect poziția UE și a cetățenilor săi față de conflictul din Irak. De aceea, îmi exprim susținerea pentru adoptarea sa neîntârziată.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce vote, nous prenons fermement position pour l'opération lancée par l'Iraq pour libérer Mossoul du groupe «État islamique». J'estime que cette opération constitue un élément décisif d'un effort en cours à l'échelle mondiale visant à infliger une défaite durable au groupe «État islamique». Je suis convaincu que l'Iraq prévaudra dans cette lutte contre un ennemi commun et libérera Mossoul et d'autres parties du pays de la présence du groupe «État islamique».

Nous réaffirmons notre soutien plein et entier à l'indépendance, à l'intégrité territoriale et à la souveraineté de l'Iraq, et à son droit de prendre les mesures nécessaires pour les préserver.

Nous sommes préoccupés par les tensions récentes entre des acteurs régionaux. Nous demandons que l'intégrité territoriale et la souveraineté de l'Iraq soient pleinement respectées et qu'aucune action militaire ne soit entreprise en Iraq sans l'accord du gouvernement iraquien. Nous soulignons l'importance de favoriser le dialogue entre l'Iraq et les pays de la région afin de bâtir un monde plus sûr au Moyen-Orient.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The motion for a resolution on the situation of Northern Iraq/Mosul outlined the expected effects of the Global Coalition operation to liberate the Mosul region from ISIS forces. The operation, which is expected to begin before the end of 2016 will likely generate humanitarian consequences with regards to the re-integration of ethno-religious minorities back into the communities and overall their cohesion in the region. I voted in favour of the motion for a resolution, which outlines standards and laws to be followed by the Iraqi government as well as the international community during the process of rehabilitation and re-integration, in order to minimise the trauma and discourage another civil war. I believe that is the EU responsibility as promoter of the rule of law and human rights, to call on the UN and the international community, alongside EU forces, to work with national and regional governments in Iraq to oversee the reintegration of the Iraqis including the displaced ethnic and religious minorities.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Mosul je drugi najveći grad Iraka, okupiran od strane ISIL-a 2014. godine, od kada ga se smatra zadnjim velikim uporištem militanata. U tijeku je velika ofenzivna operacija („bitka za Mosul") oslobađanja grada i okolnog teritorija koja se provodi zajedničkim snagama Vlade Iraka i saveznika, te ograničenih pješačkih snaga SAD-a sa zračnom potporom.

Vjeruje se da se u Mosulu još uvijek nalazi oko 1,5 milijuna civila zajedno s oko 5000 militanata ISIL-a. U posljednjih 10 dana preko 5000 ljudi pobjeglo je s teritorija konflikta u izbjeglički kamp preko granice u Siriju. Oni su došli u izbjeglički kamp al-Hol koji je već prepun i u kojemu su uvjeti iznimno loši. Trenutne informacije su da još 1000 izbjeglica čeka prelazak preko granice te postaje sve izvjesnije da će se svijet uskoro suočiti s jednom od najvećih humanitarnih kriza u novije doba.

Stoga, snažno podržavam ovu rezoluciju Europskog parlamenta koja sve strane u sukobu poziva na poštivanje međunarodnog humanitarnog prava, omogućavanje zaštite civila i pristupa humanitarnoj i medicinskoj pomoći te omogućavanje civilima da područja pogođena nasiljem napuste sigurno i dostojanstveno. Hitna i beskompromisna humanitarna podrška Europske unije te ostale međunarodne zajednice stanovnicima Iraka sada je imperativ.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o razmerah v severnem Iraku/Mosulu sem podprla. Iraška vojska je ob podpori svetovne koalicije za boj proti ISIS/Daišu, pešmerg kurdske regionalne vlade in sil paravojaške organizacije Ljudska mobilizacija začela operacijo, da bi Mosul, drugo največje mesto v Iraku, ter številna mesta in vasi v mosulskem koridorju osvobodili izpod oblasti ISIS/Daiša. ISIS/Daiš v Mosulu je vsilil krut režim, prebivalci, ki jim je nedavno uspelo pobegniti iz mesta, poročajo, da ljudje v mestu stradajo in obupano čakajo na osvoboditev. Po podatkih Urada visokega komisarja Združenih narodov za begunce (UNHCR) je od leta 2014 približno 3,3 milijona Iračanov bilo prisiljenih zapustiti domove zaradi vojne. V Mosulu več kot 1,5 milijona ljudem grozi skorajšnja razselitev, kar je neposredna posledica operacije za ponovno zavzetje območja. Parlament podpira operacijo, ki jo je Irak sprožil za osvoboditev

Mosula izpod nadvlade ISIS/Daiša in meni, da ima ta operacija odločilno vlogo pri sedanjih prizadevanjih na svetovni ravni za trajni poraz ISIS/Daiša. Tudi po osvoboditvi Mosula se bo potrebno še naprej boriti proti nadaljnjemu širjenju islamistično-džihadističnih ideologij v tej regiji in drugod, vključno s salafističnim džihadizmom, s pomočjo katerega ISIS/Daiš teološko in politično napeljuje k hudodelstvom.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoyo la lucha y preservación de la independencia, integridad y soberanía del pueblo iraquí, así como, la libre determinación de los pueblos que sufren mayor vulnerabilidad en su territorio. Sin embargo, desde una visión que propugna un multilateralismo activo y una resolución pacífica de los conflictos, me opongo a la introducción en el territorio de asistencia militar como medida de protección hacia las minorías étnicas en el conflicto, lo cual sólo contribuirá a la generación de más tensiones en la región.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Irackie wojsko przy wsparciu sił sojuszniczych z Europy i USA prowadzi operację Conquest i Fatah przeciwko bojownikom Państwa Islamskiego zepchniętym do północnego Iraku i miasta Mosul. Podczas tej operacji na uwagę zasługuje los mieszkańców Iraku. Tylko w ciągu kilkunastu dni 5000 osób uciekło z terenu konfliktu, znajdując schronienie w obozie dla uchodźców na granicy z Syrią. Kolejne tysiące osób czekają na granicy.

Społeczność międzynarodowa musi obserwować rozwój sytuacji w północnym Iraku i Mosulu. Wszystkie strony konfliktu muszą zaś przestrzegać międzynarodowego prawa humanitarnego oraz zagwarantować ochronę ludności cywilnej. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoyo la lucha y preservación de la independencia, integridad y soberanía del pueblo iraquí, así como, la libre determinación de los pueblos que sufren mayor vulnerabilidad en su territorio. Sin embargo, desde una visión que propugna un multilateralismo activo y una resolución pacífica de los conflictos, me opongo a la introducción en el territorio de asistencia militar como medida de protección hacia las minorías étnicas en el conflicto, lo cual sólo contribuirá a la generación de más tensiones en la región.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Motions for a resolution on the Situation in Northern Iraq/Mosul. The Resolution calls on Iraqi authorities to make every effort to protect civilians, hospitals and schools, as they progress towards Mosul. It underlines that Daesh atrocities and genocide against Christians, Yazidis and other minorities should be referred to International Criminal Court. The EU has provided EUR 134 million to date in humanitarian aid in Iraq, including EUR 50 million for Mosul where 1.5 million people are at imminent risk of displacement. The Resolution urges all parties to the conflict to open humanitarian aid corridors and guarantee assistance, and also suggests setting up a UN third-party monitoring mechanism. I voted in favour because I believe that it is of crucial importance to urge Iraqi authorities to protect civilians and prevent civilian casualties and human rights violations during the ongoing operation.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido, porque hay muchos elementos que actualmente nos preocupan en la ofensiva sobre Mosul: que para destruir al Dáesh se deje de lado el Derecho humanitario; la constante desinformación sobre lo que pasa en Mosul; o el papel de Turquía en todo el conflicto, incluyendo su invasión del territorio iraquí, y el corredor por el que permiten que los terroristas huyan a Siria y ataquen a las fuerzas kurdas y sirias; nos preocupa la propuesta de armar a las milicias locales, que agravará la situación, mientras no proveamos de fondos suficientes a ACNUR, organización de ayuda a los refugiados.

En el voto final, me abstuve al considerar que si bien discrepo en muchas cosas, la resolución contaba con algún elemento positivo, como es que manifieste su preocupación por las recientes tensiones entre los actores regionales, y pide que se respete plenamente la integridad territorial y la soberanía de Irak y se abstenga de emprender cualquier acción militar en Irak sin el consentimiento del Gobierno iraquí, subrayando la importancia de fomentar el diálogo entre Irak y los países de la región con el fin de conseguir un Oriente Medio más seguro.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Het Iraakse leger is, gesteund door de internationale coalitie tegen ISIS/Da'esh en de Peshmerga-strijders van de Koerdische Regionale Regering en de Hashd al-Shaabi-milities, een offensief gestart om Mosul, de op een na grootste stad van Irak, en veel steden en dorpen in de corridor van Mosul op ISIS/Da'esh te heroveren. De leider van ISIS zou zich er schuilhouden. Het is één van de laatste bolwerken van de terreurorganisatie. In de resolutie wordt er bij de regering van Irak en haar internationale partners op aangedrongen prioriteit te verlenen aan het vinden van vreedzame oplossingen voor conflicten over de interne grenzen van de Republiek Irak.

Ik steunde deze resolutie omdat ze de Europese Unie, de Verenigde Naties en de hele internationale gemeenschap ertoe aanspoort samen te werken met de nationale en regionale regeringen van de Republiek Irak om toe te zien op de re-integratie van alle Irakezen en alle ontheemde etnische en religieuze minderheden. Het conflict moet eindigen en de burgers moeten in humane situaties kunnen terugkeren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Mossul é uma cidade multiétnica, onde uma maioria árabe sunita vive lado a lado com caldeus/siríacos/assírios, curdos, yazidis, shabaks, kaka'is e turcomanos (xiitas e sunitas). As zonas que rodeiam a cidade têm igualmente uma história de diversidade étnico-religiosa, com uma concentração de cristãos na planície de Nínive, de yazidis à volta das montanhas de Sinjar e de turcomanos muçulmanos em Tal Afar.

Acompanhamos as preocupações humanitárias dos relatórios. Contudo, estas preocupações não deixam de carregar alguma boa dose de cinismo. Porque estas minorias viviam em paz antes das operações criminosas dos Estados Unidos, na Nato e da União Europeia que destabilizaram agora toda a região. Continuamos a acreditar que a única solução passa pelo fim do apoio aos bandos terroristas que infestam a região, dando lugar a uma solução política que respeite o direito internacional.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht benennt wichtige Maßnahmen und Gebote im Kampf gegen den Islamischen Staat. Hierbei wird die Notwendigkeit eines entschlossenen Vorgehens gegen islamistische Ideologien in der Region und darüber hinaus betont, und die Mitgliedstaaten werden dazu aufgefordert, durchzusetzen, dass sich der Internationale Strafgerichtshof mit den Verbrechen des IS befasst. In diesem Zusammenhang wird die vom Irak geführte Militärkoalition angehalten, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Beweise für die vom IS begangenen Verbrechen erhalten bleiben und die Täter zur Verantwortung gezogen werden können. Ich unterstütze dieses Anliegen und habe daher dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to join my colleagues in condemning the violence, persecution and crimes against humanity perpetrated by Daesh in Iraq and Syria. I also join in calling on the EU and its Member States to do whatever they can in order to provide assistance to Daesh's victims, particularly women and girls, and call on the international community to work for the safety, wellbeing and human rights of ethnic minorities in Iraq.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution. This area is politically and militarily very instable at the moment, and this goes at the expense of the population in Iraq. ISIS imposed a draconian regime in Mosul and the inhabitants who managed to escape recently report that people are starving and desperate to be liberated. This situation goes against any human right, that's why I stand behind this resolution. The necessary security conditions should be ensured for all those who have been forced to leave their homeland or have been forcibly displaced. I strongly condemn the ongoing violence and mass executions by ISIS/DAESH in Iraq, and that's why we are trying to take any possible action to alleviate this situation.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Situácia na Blízkom východe je dlhodobo znepokojujúca z pohľadu regionálnej, ale i globálnej bezpečnosti. Súhlasím s uznesením, ktoré podporuje operáciu na severe Iraku za oslobodenie mesta Mosul spod nadvlády teroristickej organizácie Dá'iš. Kľúčovým faktorom pre úspech operácie bude spolupráca širokej koalície na čele s irackou armádou a v spolupráci s regionálnou kurdskou vládou (KGR). Nesmieme však opomenúť, že napriek vojnovému stavu, ktorý panuje v krajine, je potrebné dbať na dodržiavanie ľudských práv a slobôd a zabrániť obetiam na civilnom obyvateľstve vrátane ničenia verejných civilných objektov, akými sú školy a nemocnice. Je zrejmé, že Mosul je strategicky významným mestom, dobytím ktorého sa môžeme priblížiť k úplnej porážke Dá'iš. Vojenské víťazstvo však nebude stačiť k porazeniu tejto teroristickej organizácie. Podstatné bude vytvorenie udržateľnej a inkluzívnej štruktúry v regióne po skončení vojenských operácií. Na to je nevyhnutná diplomatická podpora medzinárodného spoločenstva, ako i politické zastúpenie autonómnych provincii vrátane Ninivskej planiny, Sindžáru a Tal Afaru v rozhodovacom procese. V rámci humanitárnej pomoci je potrebné spolupracovať aj s miestnymi cirkvami a náboženskými organizáciami. Pre následnú stabilizáciu situácie v regióne je jednoznačnou prioritou garancia územnej celistvosti Iraku a rešpektovanie jeho hraníc.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου υπερασπίζεται προκλητικά τον ιμπεριαλιστικό πόλεμο που διεξάγουν η ΕΕ και οι σύμμαχοί της ΗΠΑ και ΝΑΤΟ στην ευρύτερη περιοχή της Μέσης Ανατολής, με επίκεντρο τη Συρία και το Ιράκ στο πλαίσιο του σφοδρού ανταγωνισμού τους με άλλες δυνάμεις, όπως η Ρωσία. Το ΚΚΕ είχε προειδοποιήσει ότι η «παγκόσμια στρατηγική της ΕΕ», ο ευρωστρατός, η ενισχυμένη επιχειρησιακή σύμπραξη ΕΕ-ΝΑΤΟ, η παρουσία του ΝΑΤΟ στο Αιγαίο αποτελούσαν προαναγγελία νέων ιμπεριαλιστικών πολέμων κατά των λαών. Όσα κροκοδείλια δάκρυα και αν χύνουν ΕΕ-ΗΠΑ-ΝΑΤΟ για τα θύματα, τους πρόσφυγες, όσες διακηρύξεις και αν κάνουν περί ειρήνης, είναι ολοφάνερος ο βρώμικος ρόλος τους στη Συρία και το Ιράκ. Ανοίγουν τώρα νέο μέτωπο στη Μοσούλη, μακελεύοντας λαούς για τον ενεργειακό ανταγωνισμό τους με τη Ρωσία. Οι τζιχαντιστές είναι το βολικό πρόσχημα για τις επεμβάσεις τους στην περιοχή. Η δε Τουρκία εισβάλλει και αυτή ανενόχλητη στη Συρία και το Ιράκ, επιδιδόμενη σε μπαράζ προκλητικών παραβιάσεων, εμπρηστικών κι ανιστόρητων δηλώσεων, όπως αυτές του Ερντογάν, που αμφισβητούν διεθνείς συνθήκες και ελληνικά κυριαρχικά δικαιώματα, που συστηματικά κάνουν πως δεν ακούν την ΕΕ, τις ΗΠΑ και το ΝΑΤΟ. Τα επικίνδυνα ιμπεριαλιστικά σχέδια, στα οποία εμπλέκεται ενεργά η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, μπορούν να χαλάσουν οι λαοί, με την πάλη τους ενάντια στα μονοπώλια και τον καπιταλισμό, τους πραγματικούς εχθρούς τους.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie pripravené parlamentným Výborom pre zahraničné veci (AFET) o situácii v Mosule v severnom Iraku som podporila. Mosul je už od roku 2014 okupovaný ISIS/Dá'iš a podľa posledných svedectiev obyvatelia v tejto oblasti hladujú a pod krutým režimom ISIS sa neustále vykonávajú popravy a civilisti sú využívaní ako ľudské štíty. V súčasnosti je v tejto oblasti vedená operácia spojených síl na čele s Irakom zameraná na oslobodenie Mosulu. Práve preto sme v uznesení vyjadrili svoju podporu tejto operácii, podporu územnej celistvosti Iraku a vyzvali sme všetky strany operácie, aby dodržiavali medzinárodné humanitárne právo a postarali sa, aby čo najmenej negatívne zasiahli civilné obyvateľstvo, ktorému je nutné zabezpečiť v prípade potreby humanitárnu asistenciu alebo možnosť bezpečne opustiť konfliktnú oblasť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o razmerah v severnem Iraku/Mosulu.

Evropski parlament je 4. februarja 2016 ugotovil, da ISIS/Daiš izvaja genocid nad kristjani in jezidi ter drugimi verskimi in etničnimi manjšinami. Grozodejstva, ki jih ISIS/Daiš izvaja nad verskimi in etničnimi manjšinami v Iraku, vključujejo vojna hudodelstva, hudodelstva zoper človečnost in genocid.

Zato se pridružujem podpori operacije, ki jo je Irak sprožil za osvoboditev Mosula izpod nadvlade ISIS/Daiša, saj bi ta operacija lahko odigrala odločilno vlogo pri sedanjih prizadevanjih na svetovni ravni za trajni poraz ISIS/Daiša.

Menim, da je nujno, da vse strani v konfliktu v času sovražnosti in po tem spoštujejo mednarodno humanitarno pravo, v času konflikta pa načela sorazmernosti, razlikovanja in previdnosti.

9.6. Lage von Journalisten in der Türkei (B8-1158/2016, RC-B8-1162/2016, B8-1162/2016, B8-1163/2016, B8-1167/2016, B8-1168/2016, B8-1170/2016, B8-1171/2016, B8-1172/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, he votado a favor de esta Resolución del Parlamento Europeo por la que se condena, justamente, el aumento de la represión por parte del Gobierno turco a periodistas y medios de comunicación.

La deriva del Gobierno turco es muy preocupante para los que defendemos los derechos civiles y democráticos, pero también —y hay que recordarlo— es extremadamente preocupante que la misma Unión Europea que, aquí, en este Parlamento, justamente condena al Gobierno turco, a la vez aprueba resoluciones que le dan a Turquía el estatuto de país seguro.

Turquía no es un país seguro, ni para periodistas, ni para kurdos, ni para opositores. Hay que decirlo y hay que decir que sigue detenido por ejemplo, Alp Altinors, vicepresidente del HDP turco, que sigue a día de hoy en prisión, y pedimos desde aquí directamente su libertad.

Señorías, si les preocupan los periodistas en Turquía, preocúpense también por lo que está ocurriendo con las cadenas kurdas en Europa, a las que se les ha quitado el derecho a retransmitir en su idioma. Preocupémonos, en general, por lo que está pasando y dejemos de mirar hacia otro lado cuando nos interesa.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem i toto usnesení, které se týká ochrany lidských práv a demokracie ve světě, podpořil. Jsem rád, že je zde jasná kritika Turecka a poměrů, co se týče svobody slova a nezávislosti médií v této zemi. Občas mívám pocit, že vůči Turecku někteří představitelé evropských zemí i Evropské unie jsou příliš shovívaví a že zvláště poté, co současná administrativa řeší „nepovedený puč" a velmi nepřiměřeně a represivně na něj reaguje, tak si myslím, že my nemůžeme mlčet. Musíme jasně říkat, že situace svobody slova je pro nás klíčová a že ve chvíli, kdy v Turecku bylo propuštěno přes dva tisíce novinářů, kolem stovky novinářů bylo zadrženo a čeká na další soud a bylo zavřeno sto padesát redakcí sdělovacích prostředků, tak je to situace naprosto nepřijatelná a Turecko se tímto Evropě spíše vzdaluje, nikoliv Evropě přibližuje a těžko tedy hovořit o nějakých bezvízových stycích a posilování naší spolupráce.

Monica Macovei (ECR). – În Turcia, situația este foarte îngrijorătoare. Există mulți, mulți jurnaliști care sunt la închisoare. În clasamentul libertății presei întocmit de organizația Reporteri fără frontiere, Turcia ocupă locul 151 din 180 de țări, deci este la coada listei. În plus, tendințele totalitare ale regimului de la Ankara se accentuează după încercarea de lovitură de stat. Înțeleg că partidul de guvernământ va trimite în Parlament modificări constituționale; acestea vor conferi puteri sporite președintelui, adică se duce spre dictatură.

Știm, acum, pe de altă parte, că Turcia este un partener al Uniunii Europene important în NATO și în criza refugiaților. Însă trebuie să avem un parteneriat bazat pe valori, nu putem să acceptăm orice de la Turcia numai pentru că avem nevoie de Turcia ca să nu trimită refugiații în Uniunea Europeană. Deci haideți să avem un parteneriat în care și Turcia să-și respecte obligațiile.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Dopo il mancato colpo di Stato, la situazione dei giornalisti in Turchia è da considerarsi critica. Molti di essi sono infatti stati arrestati senza alcuna prova di attività criminale.

Ritengo che la detenzione di giornalisti per il contenuto dei loro articoli e la chiusura di un numero elevatissimo di centri di informazione siano aspetti che minacciano pericolosamente la democrazia di un paese. Per queste ragioni ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We share serious concerns over developments in Turkey, including freedom of the press. However, this report does not tackle the most serious underlying issue: that Turkey remains an EU accession country and receives EU financing due to this status.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque contribuye a denunciar internacionalmente la dramática situación que viven los derechos humanos actualmente en Turquía, especialmente en cuanto al libre y pleno ejercicio de la libertad de expresión se refiere. Lamentablemente, Erdogán está aprovechando el supuesto golpe de Estado en su contra, para llevar a cabo una purga contra periodistas, maestros, jueces, médicos, entre otros. Actúa contra todo aquel que considere sospechoso de ser oposición a su gobierno, y ha desplegado una ofensiva contra su pueblo que está quedando impune de facto, y es una indignidad moral que la Unión guarde silencio y sea cómplice por omisión ante estos crímenes de un Estado que no debería ser socio confiable, ni tampoco ser considerado como seguro

por la Unión.

Nos hubiera gustado que en el texto se reflejara con mayor fuerza y claridad la condena al comportamiento del gobierno turco, que actúa contrariamente al Derecho internacional, sin embargo, resulta un buen comienzo para poner en evidencia esta situación de violencia en contra de los periodistas en Turquía.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai cosigné cette résolution. Je condamne les récents raids policiers et la détention de plusieurs journalistes et représentants des médias en Turquie. Ces actions portent atteinte à la liberté des médias, pilier essentiel de la démocratie.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte constate bien la situation exécrable de la liberté de la presse et de la liberté d'opinion en Turquie, mais ne tire pas la conclusion logique et évidente, à savoir que la Turquie ne répond pas aux critères pour négocier son adhésion à l'UE et qu'il faut donc arrêter ces négociations.

Le groupe ENL a déposé sa propre résolution, et trois amendements sur la résolution commune. Aucune de ces propositions n'a été adoptée.

Les groupes politiques traditionnels comme la Commission européenne continuent à nier la réalité et refusent de reconnaître que la Turquie n'a pas sa place dans l'Union européenne.

J'ai donc voté contre la résolution commune.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe it is important that Turkey should respect the rule of law and human rights. I supported amendments and an alternative motion for a resolution which called for the end of Turkish accession to the European Union. However, I abstained on the resolution as a whole as I could not support all of the text.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition sur la situation des journalistes en Turquie déposée par le groupe ENF. S'il est nécessaire de dénoncer l'action des autorités turques à l'égard des journalistes dans le pays, je pense que les considérations apportées dans cette résolution sont orientées dans le but de défendre les intérêts du groupe ENF.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – A tentativa de golpe de Estado na Turquia, ocorrida em julho deste ano, teve um efeito traumático no regime turco e perturbou intensamente a sociedade turca.

A presente resolução condena com veemência esse acontecimento e apoia as instituições legítimas da Turquia, parceiro fundamental da UE. Tal não significa, porém, que a União Europeia possa caucionar a repressão que as autoridades turcas têm exercido sobre a liberdade de expressão, na sequência da tentativa de golpe, através da detenção de dezenas de jornalistas e escritores, a maioria sem sustentação numa acusação formal.

As pressões sobre jornalistas e meios de comunicação social já se faziam sentir, de resto, antes dos acontecimentos de julho. Não posso, por isso, estar mais de acordo com uma resolução que exorta o Governo da Turquia a ater-se ao primado da lei e a restringir as medidas de emergência adotadas ao cabal respeito pelo Estado de Direito, apelando à libertação dos jornalistas que se encontram detidos sem provas irrefutáveis e à reabertura dos meios de comunicação social encerrados com base em alegações inconsistentes.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Organizacijos „Žurnalistai be sienų“ duomenimis, per pirmąsias šešias nepaprastosios padėties savaites buvo suimti 89 žurnalistai ir uždarytos 104 žiniasklaidos priemonės – daugiau kaip 2 300 žurnalistų vėliau neteko darbo ir panaikintas mažiausiai 330 žurnalistų akreditavimas. Todėl pritariu, kad Turkijos vyriausybė privalo laikytis visų demokratijos ir teisinės valstybės sąlygų ir liautis diskriminuoti piliečius dėl žodžio laisvės ir kitų pagrindinių teisių.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We share serious concerns over developments in Turkey, including freedom of the press. However, this report does not tackle the most serious underlying issue: that Turkey remains an EU accession country and receives EU financing due to this status.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce texte a ceci de remarquable qu'il prend bonne note de la situation désastreuse de la liberté d'opinion en Turquie, à propos de laquelle nous ne devrions pas rester silencieux, et qu'il arrive tout de même à ne pas savoir en tirer les conséquences logiques. En effet, la proposition refuse l'arrêt des négociations pour l'adhésion de ce pays à l'Union européenne alors qu'il souligne que les critères sont très loin d'être remplis. J'ai naturellement voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui condamne fermement le coup d'État en Turquie, soutient les institutions légitimes en Turquie et reconnaît le droit du gouvernement turc de réagir à cette tentative mais qui estime que cela ne peut lui servir de prétexte pour bâillonner l'opposition légitime ni priver, par des actes disproportionnés et illicites, les journalistes et les médias de l'exercice pacifique de leur liberté d'expression.

La résolution demande dès lors de libérer les journalistes et professionnels des médias qui sont détenus sans preuve irréfutable d'activité criminelle.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – A seguito del fallito colpo di Stato del 15 luglio scorso, il governo turco ha fatto arrestare 99 giornalisti e scrittori revocando l'accreditamento per altri 330 giornalisti e chiudendo gli uffici di più di cento emittenti, quotidiani, periodici, case editrici e società di distribuzione.

Secondo Human Rights Watch, molte di queste azioni legali sono state perseguite senza alcuna prova di partecipazione degli accusati al fallito golpe. La risoluzione approvata oggi dal Parlamento, che ho sostenuto con il mio voto, condanna fortemente il tentativo di colpo di Stato, ribadendo il pieno supporto alle legittime autorità turche. Il testo esprime tuttavia profonda preoccupazione per le detenzioni arbitrarie di giornalisti, misure che non possono essere interpretate come legittima risposta all'azione militare e costituiscono invece una realtà che mina i principi dello Stato di diritto.

La stampa libera e pluralista è infatti una componente essenziale della democrazia, così come lo sono il giusto processo, la presunzione di innocenza e l'indipendenza del potere giudiziario. La Turchia deve impegnarsi a ridurre la portata delle misure di emergenza, liberare i giornalisti detenuti senza prove inconfutabili e favorendo lo svolgimento di indagini imparziali sui fatti legati al golpe fallito.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que condena el ciclo de incremento de la represión por parte del Gobierno turco a periodistas y medios de comunicación, exacerbado tras el intento de golpe de Estado de julio de 2016, y que ha tenido como consecuencia el cierre de periódicos, la persecución y encarcelamiento de periodistas y el establecimiento de un clima de autoritarismo y censura absolutamente incompatible con la democracia y el Estado de Derecho.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Considero que es imprescindible dar este toque de atención al Gobierno turco, que ha aprovechado las operaciones para controlar el fallido golpe de Estado del pasado 15 de julio para realizar una verdadera persecución contra periodistas e intelectuales críticos con el actual Gobierno cerrando más de 150 medios de comunicación y persiguiendo a centenares de periodistas críticos. Igualmente, insistimos con nuestro apoyo en la necesidad de que se respete adecuadamente a las minorías, especialmente al pueblo kurdo. Si esta minoría es habitualmente maltratada en Turquía, las operaciones de control del fallido golpe de Estado han servido para recrudecer también las operaciones de castigo contra sus miembros.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai évidemment soutenu la résolution alternative déposée par le groupe ENL sur la situation des journalistes en Turquie, mais me suis opposée à la résolution conjointe des autres groupes, laquelle maudit les conséquences des causes qu'elle chérit.

J'ai moi-même tenté plusieurs fois d'alerter sur la situation des journalistes et de la liberté d'expression en générale en Turquie. Il est quand même incroyable que cette résolution reconnaisse que ces libertés fondamentales sont bafouées, sans demander par ailleurs l'arrêt des négociations dans le cadre du processus d'adhésion de la Turquie.

L'Union, si prompte à taper sur les doigts des États membres lorsqu'il s'agit du respect de l'état de droit, n'a pas l'air de se rendre compte de sa schizophrénie totale lorsqu'il s'agit de la Turquie.

Rappelons que depuis le 15 juillet, date de l'échec du coup de force militaire en Turquie, des dizaines de médias ont été fermés (trois agences de presse, 45 journaux, 16 chaînes de télévision, 23 stations de radio, 15 magazines et 29 maisons d'édition), 150 généraux ont été limogés, 1 099 officiers ont été exclus de l'armée, plus de 15 000 personnes ont été placées en garde à vue et des milliers de professeurs ont été mis au chômage.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione condanna giustamente la repressione dei giornalisti in Turchia operata dal governo Erdogan, ma non va oltre, non sottolinea il fatto che le violazioni dei diritti umani in questo paese sono all'ordine del giorno e sono inaccettabili.

Ritengo che la Turchia non rispetti minimamenti i valori fondanti dell'UE e che i negoziati per l'adesione all'Unione vadano immediatamente sospesi. Per questo motivo non ho potuto sostenere pienamente questo testo e ho deciso di esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje aptariama žurnalistų padėtis Turkijoje. Europos Parlamentas ragina Turkijos valdžios institucijas išlaisvinti žurnalistus ir žiniasklaidos darbuotojus, kurie sulaikomi neturint jokių įtikinamų nusikalstamos veiklos įrodymų ir pabrėžia, kad žurnalistai neturėtų būti sulaikomi dėl jų žurnalistinės veiklos turinio ar tariamų ryšių – taip pat ir atvejais, kai jiems pateikiami kaltinimai – ir akcentuoja būtinybę užtikrinti, kad kardomasis kalinimas ir toliau būtų išimtinė priemonė. Parlamentas taip pat reiškia didelį susirūpinimą dėl to, kad uždaryta per 150 žiniasklaidos priemonių, todėl ragina jas vėl atidaryti, leisti joms būti nepriklausomoms ir grąžinti į pareigas atleistus jų darbuotojus laikantis tinkamo proceso.

Be to, ragina Turkijos valdžios institucijas liautis piktnaudžiavus baudžiamojo kodekso nuostatomis, siekiant skirti patikėtinius į privačias žiniasklaidos organizacijas, taip pat nutraukti administracinį kišimąsi į nepriklausomų naujienų organizacijų veiklą, įskaitant atvejus, susijusius su redakcijos sprendimais, žurnalistų ir redaktorių atleidimu, spaudimu padėtį kritiškai vertinančioms naujienų tarnyboms ir žurnalistams bei jų bauginimu. Parlamentas ragina Europos išorės veiksmų tarnybą ir valstybes nares toliau atidžiai stebėti praktinį nepaprastosios padėties poveikį ir užtikrinti, kad būtų stebimi visi žurnalistų teismo procesai.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A török kormánynak joga és felelőssége, hogy válaszoljon a puccskísérletre. Hangsúlyozni szeretném ugyanakkor, hogy a sikertelen katonai hatalomátvétel a török kormány számára nem szolgálhat annak ürügyéül, hogy még jobban elfojtsa a jogszerű és békés ellenzéket, valamint hogy aránytalan és jogellenes fellépésekkel és intézkedésekkel akadályozza az újságírókat és a médiát a véleménynyilvánítás szabadságának békés gyakorlásában.

Emlékeztetni szeretnék arra, hogy a szabad és pluralista sajtó a demokrácia elengedhetetlen eleme, csakúgy, mint a jogszerű eljárás, az ártatlanság vélelme és a bírói függetlenség. A török hatóságoknak a médiával és az újságírókkal a lehető leggondosabban kell eljárni. A véleménynyilvánítás szabadsága és a sajtószabadság a demokratikus és nyílt társadalom működésének továbbra is központi elemét képezik. A fentiek értelmében támogattam az indítvány elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlagano resolucijo sem podprl, saj absolutno podpiram svobodo medijev in obsojam neupravičeno zapiranje novinarjev v Turčiji. Svoboda izražanja in svoboda medijev je osrednjega pomena za delovanje demokratične in odprte družbe, zato je po mojem mnenju pravilno, da se turško vlado pozove, naj omeji obseg izrednih ukrepov in jih ne uporablja za omejevanje svobode izražanja. Preiskave o domnevni vpletenosti v poskus državnega udara naj se izvedejo nepristransko in na podlagi prepričljivih dokazov, ne pa na podlagi skupinske krivde, kar lahko privede do skupinskega kaznovanja – tudi novinarjev.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Raspravljali smo o rezoluciji vezanoj za stanje u novinarstvu koje je krajnje zabrinjavajuće i najzorniji je pokazatelj onoga što se događa u Turskoj. Ali ne smije se zaboraviti ni da je ogroman broj nastavnika, dekana na sveučilištima, završio u zatvoru. Znači ide se na sve segmente društva, od obavještavanja javnosti do utjecaja na mlade. Vizni režim trenutno je jedini adut u rukama Europe.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La situazione relativa alla libertà di stampa in Turchia è peggiorata notevolmente negli ultimi dieci anni. Il governo turco sta abusando dello stato di emergenza e del fallito colpo di Stato del luglio 2016 per ridurre sensibilmente la libertà di espressione e la libertà dei media.

Il Parlamento fa notare che nei primi mesi dello stato di emergenza sono stati arrestati, senza capi d'imputazione, 89 giornalisti. Il governo turco aveva compiuto numerose e sistematiche violazioni della libertà di stampa anche prima del tentativo fallito di colpo di Stato e del conseguente stato di emergenza.

Migliaia di siti web sono attualmente bloccati in Turchia. Tuttavia le violazioni della libertà di espressione e dei media non sono l'unico problema strutturale in Turchia; tali problemi comprendono anche il trattamento delle minoranze, il rifiuto di riconoscere la Repubblica di Cipro e l'ambiguità nei confronti dei gruppi terroristici in Siria e in Iraq.

Pertanto, il Parlamento europeo invita il governo della Turchia a rispettare tutte le condizioni della democrazia e dello Stato di diritto e a porre fine a ogni discriminazione nei confronti dei cittadini per quanto concerne la libertà di espressione e altri diritti fondamentali.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution commune dresse un constat réaliste du climat exécrable dans lequel évoluent les journalistes en Turquie depuis la tentative manquée de coup d'État du 15 juillet 2016. On recense, en octobre 2016, pas moins de 130 professionnels des médias détenus pour des faits liés à l'exercice de leur activité. Certains d'entre eux se sont vu refuser le droit d'accès à un avocat.

Cependant, cette proposition de résolution commune se limite à une simple description stérile des persécutions dont sont victimes les journalistes et ne demande, à aucun moment, de rompre définitivement les négociations d'adhésion de la Turquie dans l'Union européenne.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre cette proposition de résolution commune et que j'ai soutenu la proposition de résolution du groupe Europe des Nations et des Libertés. Cette dernière rappelait l'incompatibilité des dérives autoritaires du gouvernement turc avec les droits fondamentaux européens.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione dei giornalisti in Turchia perché purtroppo le vicende del luglio scorso hanno peggiorato la situazione con una contrazione ancora maggiore delle libertà, in particolare quella di espressione. *Reporters sans frontières* riporta di almeno 110 giornalisti in carcere, di cui 70 arrestati dopo il golpe. Più 150 denunciati a piede libero. Deve essere chiaro che il rispetto, concreto, per i diritti e le libertà, resta vitale per un paese che aspira ad entrare nell'Unione europea. È necessario che l'Unione europea lavori perché in questo paese siano garantiti, senza se e senza ma, gli standard europei di democrazia.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Resolution as I am concerned that following the coup attempt of 15 July 2016 the Turkish police have arrested a substantial number of journalists and writers, most of whom have had no charges brought against them to date. Whereas some have been released, the remaining detained journalists have been denied the right of access to a lawyer and are being kept in inhumane conditions and are being threatened and mistreated. Restrictions on the media and pressure on journalists were already considerable before the failed coup, but following the attempted coup d'état, this increased exponentially. It is important to highlight that the failed military take-over cannot be used as an excuse for the Turkish Government to further stifle legitimate and peaceful opposition and to prevent journalists and the media in their peaceful exercise of freedom of expression through disproportionate and illegal actions and measures.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il vero colpo di Stato in realtà è riuscito a Erdogan e i giornalisti lo stanno pagando a caro prezzo. Il candidato del Movimento 5 Stelle al premio Sacharov di quest'anno, il giornalista Can Dündar, direttore del quotidiano Cumhuriyet, e tanti altri che hanno denunciato nel corso di questi anni i torbidi coinvolgimenti dei servizi segreti nazionali, ad esempio nel traffico di armi in Siria, sono tra coloro che stanno pagando con la prigione la loro libertà di pensiero. Nel frattempo le statistiche crescono, si arriva a 100 000 siti internet bloccati, si arriva a un paese che è ormai al 151° posto nella libertà di stampa, 183 testate chiuse, 127 giornalisti arrestati.

All'Unione europea e alla Commissione ricordo che la libertà di espressione è un diritto e non è un crimine, anzi, è il sale della democrazia. E se non lo ribadiamo con forza nei confronti del governo turco perderemo ogni credibilità. Il mio voto è stato positivo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Είμαστε εδώ, στο ίδιο έργο θεατές, να καταγγέλλουμε τη Τουρκία για καταχρήσεις και παραβιάσεις. Αυτή τη φορά τα θύματα της Τουρκίας είναι οι δημοσιογράφοι, οι εκπρόσωποι της ελευθερίας στο Τύπο, στην ενημέρωση. Ουσιαστικά στραγγαλίζεται το δικαίωμα των πολιτών να ενημερώνονται ελεύθερα, δημοκρατικά, αντικειμενικά. Αυτή είναι η χώρα που επιθυμεί να καταστεί χώρα μέλος της ΕΕ και για την οποία κάποιοι διαρρηγνύουν τα ιμάτια τους γιατί δεν προχωρεί η ενταξιακή της πορεία. Αυτή είναι η χώρα που για κάποιους αποτελεί και στρατηγικό εταίρο της ΕΕ. Η Τουρκία μετατράπηκε σε μία απέραντη φυλακή και αποτελεί κανόνα η σύλληψη, καταδίκη και εξόντωση αθώων ανθρώπων, αθώων δημοσιογράφων.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La complessa congiuntura che sta vivendo la Turchia da quest'estate ha scosso la nostra attività parlamentare e leggendo i giornali, ogni giorno, ho la fortuna di poter assistere ad una delle libertà massime per l'essere umano: quella di espressione. Qualora dovessimo esserne privi, probabilmente il mio stesso ruolo diverrebbe vacuo. Molti possono compiere affermazioni lontane dalla nostra visione del mondo, talvolta anche indifendibili, eppure il diritto stesso di compiere quelle esternazioni è inalienabile e va preservato nella sua essenza.

Di conseguenza, paleso il mio favore alla risoluzione così come il mio totale disgusto nei confronti delle azioni repressive intraprese contro i giornalisti turchi. Si stima che al 20 ottobre 2016, siano 130 gli operatori di media detenuti con accuse presumibilmente connesse all'esercizio del loro diritto alla libertà di espressione; parallelamente è emerso come dopo il tentativo di colpo di Stato le autorità turche abbiano chiuso gli uffici di oltre 100 emittenti, quotidiani, periodici, case editrici e società di distribuzione. Ritengo che il governo dovrebbe ridurre la portata delle misure di emergenza per non ledere la libertà di espressione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the situation of journalists in Turkey and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Reitero a premissa desta resolução, para que não restem dúvidas: deploro golpes de Estado contra instituições legitimamente eleitas e lamento as vítimas que resultaram da tentativa ocorrida na Turquia em julho de 2016. Mais ainda, reconheço que o terrorismo em sentido mais alargado constitui uma ameaça para aquele país.

Contudo, não podem, nem aquele, nem este, servir para violar o núcleo das liberdades fundamentais dos cidadãos turcos, nem ameaçar o Estado de Direito. Por isso, não é admissível que, em nome da segurança, se prendam jornalistas sem acusação, que se encerrem 150 meios de comunicação social, se ameacem jornalistas e respetivas famílias por discordância de opinião.

Sejamos claros: a liberdade de imprensa e de expressão é um valor inegociável.

Voto, por isso, favoravelmente esta resolução.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto, a seguito del tentativo di colpo di Stato avvenuto in Turchia nel luglio scorso, la Federazione europea dei giornalisti e l'associazione dei giornalisti turchi hanno denunciato numerosi arresti di operatori del settore nei confronti dei quali, nella maggior parte dei casi, non è ancora stata formulata alcuna accusa e che molti emittenti, quotidiani, periodici e case editrici sono stati chiusi.

Pur condannando il tentativo di colpo di Stato, il provvedimento invita il governo della Turchia a ridurre la portata delle misure di emergenza affinché non possano più essere utilizzate per limitare la libertà di espressione in quanto una stampa libera e pluralista è una componente essenziale di ogni democrazia.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado a favor, porque contribuye a denunciar internacionalmente la dramática situación que viven los derechos humanos actualmente en Turquía, especialmente en cuanto al libre y pleno ejercicio de la libertad de expresión se refiere. Lamentablemente, Erdogán está aprovechando el supuesto golpe de Estado en su contra, para llevar a cabo una purga contra periodistas, maestros, jueces, médicos, entre otros. Actúa contra todo aquel que considere sospechoso de ser oposición a su gobierno, y ha desplegado una ofensiva contra su pueblo que está quedando impune de facto, y es una indignidad moral que la Unión guarde silencio y sea cómplice por omisión ante estos crímenes de un Estado que no debería ser socio confiable, ni tampoco ser considerado como seguro por la Unión. Nos hubiera gustado que en el texto se reflejara con mayor fuerza y claridad la condena al comportamiento del gobierno turco, que actúa contrariamente al Derecho internacional, sin embargo, resulta un buen comienzo para poner en evidencia esta situación de violencia en contra de los periodistas en Turquía.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Dopo il mancato golpe, il presidente Erdoğan ha avviato un'operazione di epurazione di presunti infiltrati del movimento gülenista nelle maglie della pubblica amministrazione e della società turca. La campagna di arresti di massa ha coinvolto anche media e giornalisti, che già prima del golpe godevano di ristrette libertà di espressione. Dopo il colpo di Stato, la situazione è peggiorata con la chiusura di 102 organi giornalistici, autorizzata da un decreto del 27 luglio 2016, e con la detenzione di 101 giornalisti al 14 settembre 2016.

Ho votato a favore di questa risoluzione, perché sostiene gli sforzi delle autorità legittime della Turchia nell'affrontare il tentativo di colpo di Stato del 15 luglio 2016. Allo stesso tempo, ribadisce che tali sforzi non devono contrastare lo Stato di diritto, che implica il diritto a un processo equo per tutti i giornalisti contro cui sono state avviate azioni legali in assenza di qualsiasi prova di partecipazione al fallito tentativo di golpe.

Pur riconoscendo l'enorme minaccia terroristica che pesa sulle Turchia, sono convinto che né il golpe né la legislazione in uso possano essere strumentalizzati per impedire ai giornalisti e ai media di esercitare pacificamente la libertà di espressione attraverso azioni sproporzionate e misure d'emergenza.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie projektu rezolucji dotyczącej sytuacji dziennikarzy w Turcji zdecydowałem wstrzymać się od głosu. Oczywiście uważam, że UE powinna wyrazić troskę o sytuację dziennikarzy w tym kraju, gdzie nadal daje się odczuć pokłosie lipcowego puczu mającego na celu obalenie prezydenta Erdoğana. Prezydent jest oskarżany o coraz bardziej autorytarny sposób rządzenia krajem i naruszanie w ten sposób podstawowych praw i wolności obywateli. Komisja, jak i Parlament już w 2015 roku wyraziły zaniepokojenie kwestią naruszania prawa wolności mediów w Turcji. Sytuacja od tamtej pory ulegała pogorszeniu, ponieważ wiele stacji telewizyjnych zostało zamkniętych, a dziennikarze stracili pracę lub zostali zatrzymani.

W mojej opinii projekt rezolucji wymaga udoskonalenia, gdyż nie rozwiązuje on najważniejszych problemów, dlatego też zdecydowałem się wstrzymać od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The situation of journalists and media freedom has been constantly deteriorating in Turkey. Already before the attempted coup d'état of 15 July, there remained only a handful of independent media outlets and numerous journalists were imprisoned. Freedom of speech and expression is a universal fundamental right and is a fundamental principle of democracy. For these reasons I voted in favour of this motion for a resolution.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution porte sur la situation des journalistes en Turquie. Depuis le coup d'État manqué du 15 juillet 2016, le gouvernement turc a arrêté au moins 99 journalistes, retiré la carte de presse d'au moins 330 journalistes, et fermé les bureaux de plus de 100 médias. Ces mesures ont mené à la suppression de plus de 2 300 emplois dans la presse.

Cette résolution condamne fermement la politique du gouvernement Erdogan vis-à—vis des médias et de la presse, dénonçant la violation de la liberté de la presse, principe essentiel dans l'Union européenne. La résolution rappelle qu'«une presse libre et plurielle est une composante essentielle de toute démocratie».

Considérant que les mesures d'urgence suite à la tentative de coup d'État ne doivent pas servir de prétexte au gouvernement pour porter atteinte à la liberté d'expression, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu cette résolution sur la situation des journalistes en Turquie. La réaction du gouvernement turc après la tentative du coup d'État du 15 juillet 2016 ne doit pas remettre en cause la liberté d'expression et permettre de bâillonner l'opposition et les journalistes. La liberté d'expression et la liberté des médias sont des composantes essentielles de toute société démocratique et ouverte, tout comme le droit à un procès juste, la présomption d'innocence et l'indépendance judiciaire.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — À la suite de la tentative avortée de coup d'État en Turquie, le gouvernement turc a adopté de nombreuses mesures répressives conduisant, entre autres, à l'arrestation de journalistes et de dirigeants de médias partout dans le pays ainsi qu'à la fermeture de plusieurs journaux, chaînes de télévision, stations de radio et médias en ligne. D'après Reporters sans frontières, au cours des deux premiers mois et demi de l'état d'urgence, 99 journalistes ont été incarcérés, parfois sans chef d'accusation, faisant de la Turquie l'État avec le plus grand nombre de journalistes en prison.

La tentative de coup d'État doit être condamnée. Mais elle ne doit pas servir de prétexte pour bâillonner l'opposition, priver, par des actes et des mesures disproportionnés et illicites, les journalistes et les médias de l'exercice pacifique de leur liberté d'expression. L'Union doit dénoncer ces atteintes à la liberté d'expression, à la liberté de la presse et au pluralisme des médias et agir pour renforcer l'état de droit dans le pays.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte est lucide sur la situation exécrable de la liberté de la presse et de la liberté d'opinion en Turquie. Néanmoins, il ne tire pas la conclusion logique et évidente que la Turquie ne répond en aucun cas aux critères pour négocier son adhésion à l'UE et qu'il convient donc de mettre fin à ces négociations.

Le groupe ENF a déposé sa propre résolution ainsi que trois amendements sur la résolution commune. Aucune de ces propositions n'a été adoptée. Les groupes politiques du système ainsi que la Commission européenne continuent à nier la réalité et refusent de reconnaître que la Turquie n'a pas sa place dans l'Union européenne. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно положението на журналистите в Турция, тъй като случващото се в тази наша съседка започва да наподобява действията на авторитарен режим. След неуспелия преврат през юли Турция е обгърната в граждански и политически хаос с крайни решения от страна на президента Ердоган. Според последния доклад на „Репортери без граници“ Турция е на 151-во място от 180 по свобода на пресата и държи рекорда за най-много журналисти в затвора. Европейският съюз трябва да предприеме решителни действия, за да спре своеволията на президента Ердоган, който в момента се възползва от имигрантската вълна, заливаща ЕС.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Segundo dados oficiais foram detidos 89 jornalistas durante as primeiras seis semanas do estado de emergência e foram encerrados 104 meios de comunicação social, deixando mais de 2300 jornalistas sem emprego, e pelo menos 330 jornalistas viram revogada a respetiva carteira profissional. Há, ainda, o registo de múltiplas violações sistemáticas da liberdade de imprensa antes da tentativa de golpe de Estado e da subsequente declaração do estado de emergência, sendo os casos mais notórios a investigação por terrorismo e espionagem de que foi alvo um jornal turco. Concordo que a Turquia deve respeitar todas as condições da democracia e do Estado de Direito e que ponha termo à discriminação de cidadãos no que se refere à liberdade de expressão e a outros direitos fundamentais.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote: pour la résolution ENF et contre la résolution commune. Le texte de la résolution commune constate bien la situation exécrable de la liberté de la presse et de la liberté d'opinion en Turquie, mais ne tire pas la conclusion logique et évidente, à savoir que la Turquie ne répond pas aux critères pour négocier son adhésion à l'UE et qu'il faut donc arrêter ces négociations.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução parte do golpe de Estado que ocorreu na Turquia em Julho e aborda a situação de perseguição e prisão de jornalistas e escritores por suposta ligação ao golpe de estado. Para além disso, critica o encerramento de jornais e de outras publicações, por serem consideradas contra o governo turco.

A resolução segue, no essencial, a linha oficial da UE. Reconhece legitimidade ao Governo Turco para reagir face à situação, mas considera que isso não pode ser um pretexto para perseguir a oposição e condicionar direitos civis e políticos.

É patente a preocupação de não beliscar as relações que a UE considera privilegiadas com a Turquia. Veja-se o vergonhoso Acordo UE-Turquia sobre os refugiados; a importância que a Turquia assume na Guerra da Síria; o facto de a Turquia pertencer à NATO. Ou seja há muitas razões para que se condicione o tom da resolução, isto comparando com outras resoluções, sobre outras situações no mundo.

A complexidade da situação exige cautelas. Há ainda muito por esclarecer em torno deste golpe de Estado. É um facto que a repressão se reforçou, mas esta já existia antes do golpe de Estado e a UE fazia-lhe conveniente vista grossa. Existem muitos interesses, contraditórios entre si, que giram à volta da situação na Turquia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολο τους τις προτάσεις ψηφίσματος για την κατάσταση των δημοσιογράφων στην Τουρκία, καθώς δεν συμφωνώ με όσα διατυπώνουν.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Following the attempted coup on 15 July 2016, the Turkish authorities have arrested academics, students, members of the opposition and many others. Media outlets have also been targeted. The Kurdish minority has been particularly affected.

I think we should remind the Turkish authorities that emergency decrees should not be used as a pretext to facilitate serious human rights violations, to silence dissent and to close down media outlets, as a free and pluralistic press is an essential component of any democracy and remains central to the functioning of a peaceful and open society.

The recent police raids and the detention of a number of journalists and media representatives in Turkey must be strongly condemned, as these actions undermine the freedom of the media, which is a core principle of democracy.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Libertà di pensiero, di stampa, di parola: la Turchia pare non preoccuparsi di violazioni tanto inaccettabili dei diritti umani, perpetrando operazioni di pressioni e repressione sui suoi principali organi di stampa. Impressionanti i numeri che si registrano solo dopo il colpo di Stato di qualche mese fa: 102 i media chiusi e 101 giornalisti detenuti. Il rammarico, francamente, non esaurisce la profonda indignazione verso questi atti totalmente incompatibili con il concetto di democrazia che l'Europa non può e non deve tollerare.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione la risoluzione del Parlamento europeo sulla situazione dei giornalisti in Turchia perché i giornalisti turchi lavorano tuttora in circostanze difficili, sottoposti a regolare censura e intimidazioni governative. La chiusura forzosa di numerosi quotidiani, radio ed emittenti televisive all'indomani del fallito colpo di Stato è un fenomeno che l'UE condanna con forza e che non favorisce i negoziati di adesione in corso.

La libertà di stampa è indice di democrazia e giustizia, l'indipendenza e il rispetto dei diritti dei giornalisti sono i garanti di questa libertà. Con questa risoluzione il Parlamento europeo intende condannare con forza le intimidazioni rivolte al settore dei media. Condivido, pertanto, la profonda preoccupazione per il deterioramento della situazione riguardante la libertà di parola, di espressione e di opinione nel paese negli ultimi due anni. È dunque fondamentale che il governo turco prosegua sul cammino d'integrazione europea e si allinei pienamente ai valori, principi e standard europei di libertà e democrazia, cessando immediatamente gli arresti di massa dei giornalisti e rimettendo in libertà coloro che sono in prigione: sono queste condizioni non negoziabili per il Gruppo dei Socialisti e Democratici del Parlamento europeo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung zur Lage von Journalisten in der Türkei gestimmt, da ich es für ein Gebot der Stunde halte, als EU offen gegen die, wie mir scheint, willkürlichen Akte des türkischen Staatspräsidenten Stellung zu nehmen. Das Schließen zahlreicher Medien und die Festnahme hunderter Journalisten – zuletzt des Chefredakteurs der „Cumhuriyet" – ist demokratisch durch nichts zu rechtfertigen und steht komplett gegen die Grundwerte und Überzeugungen der EU. Für mich ist schon das Anlass genug – zusammen mit vielem anderen –, um die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei umgehend zu stoppen.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Oggi affrontiamo un dibattito necessario e inevitabile sulla condizione preoccupante in cui versa uno dei diritti fondamentali in una democrazia, la libertà d'espressione, all'interno della Turchia, nostro partner imprescindibile per ragioni storiche e strategiche.

L'accordo sull'immigrazione è lì a ribadire quanto sia importante la Turchia per l'Europa e per l'azione di stabilizzazione che gioca a livello regionale. Ma questo non ci può impedire di denunciare l'attacco alla libertà della stampa e dell'informazione tutta. Dal fallito golpe dello scorso luglio la stretta sui giornali e sui canali d'informazione è stata implacabile e indiscriminata. L'arresto di numerosi, troppi giornalisti, è da mesi nelle cronache quotidiane internazionali e non aiuterà certo il regime turco a intraprendere la strada per una democrazia trasparente. La contemporanea stretta sulla magistratura contribuisce in modo compiacente a serrare le fila sui giornalisti che ancora cercano di svolgere il loro lavoro in modo indipendente.

Convintamente voto a favore di questa relazione perché noi europei dobbiamo avere il coraggio di chiedere con fermezza che tutto questo cessi il prima possibile.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que condena el ciclo de incremento de la represión por parte del Gobierno turco a periodistas y medios de comunicación, exacerbado tras el intento de golpe de Estado de julio de 2016, y que ha tenido como consecuencia el cierre de periódicos, la persecución y encarcelamiento de periodistas y el establecimiento de un clima de autoritarismo y censura absolutamente incompatible con la democracia y el Estado de Derecho.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted to support this motion, which highlights that a free press is an essential component of any democracy, as is due process, presumption of innocence and judicial independence.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. I strongly condemn the attempted military take-over of 15 July 2016 and the attempts to illegally and unconstitutionally change and undermine the legitimate Turkish Government and the freely elected Grand National Assembly as well as the mass arrests of journalists and the government's campaign against media and journalists. Thus, the EU calls on the authorities to urgently produce credible evidence to back the accusations that the arrested individuals have committed the criminal offences they are charged with and to proceed swiftly with the judicial proceedings, in full transparency and with adequate legal safeguards ensuring due process and a fair trial.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στο ψήφισμα καλείται η Τουρκία να τερματίσει άμεσα τις συλλήψεις, τις απειλές, τις παραβιάσεις και τους περιορισμούς που επιβάλλει σε δημοσιογράφους και στις οικογένειές τους. Σύμφωνα με την Ευρωπαϊκή Ομοσπονδία Δημοσιογράφων αλλά και την Οργάνωση Τούρκων Δημοσιογράφων, από τις 15 Ιουλίου περισσότεροι από 99 δημοσιογράφοι/διανοούμενοι έχουν συλληφθεί χωρίς να τους απαγγελθεί κατηγορία. Αν προσθέσει κανείς και τους εργαζόμενους σε ΜΜΕ που έχουν συλληφθεί, τότε ο αριθμός φτάνει τους 130. Επιπρόσθετα το ψήφισμα ζητά από την Τουρκία να χαλαρώσει το καθεστώς έκτακτης ανάγκης, το οποίο, σε συνάρτηση με τον υφιστάμενο αντιτρομοκρατικό νόμο, καταλύει κάθε έννοια του κράτους δικαίου. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε και συνυπογράψαμε το ψήφισμα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I strongly condemn the attempted coup in Turkey of 15 July 2016 and support the legitimate institutions of Turkey, while deploring the high number of casualties. Given that a free and pluralistic press is an essential component of any democracy, as are due process, presumption of innocence and judicial independence, I condemn the Turkish Government's actions in disrupting and arresting opposition journalists in the country.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Von allen 57 islamischen Staaten war die Türkei lange das einzige Land in der Welt, das sich auf den Weg zur Demokratie, zur Wahrung der Menschenrechte und zur Pressefreiheit machte. Seit dem Putschversuch ist das nun alles angeblich anders. Aber ich möchte mal darauf aufmerksam machen, dass schon lange vor dem Putschversuch die Menschenrechte in der Türkei mit Füßen getreten wurden. Medienhäuser wurden vorher schon geschlossen, Journalisten wurden vorher schon verhaftet, und friedliche Demonstranten wurden vorher schon verprügelt. Wir dürfen nicht darauf reinfallen und jetzt so tun, als sei das alles ein Resultat des Putsches. Wenn Erdoğan sagt, „Das war ein Geschenk Gottes", dann hat er sich damit nicht nur selbst entlarvt, er hat damit auch Gotteslästerung betrieben. Deshalb habe ich dem gemeinsamen Text von EPP, S&D, ECR, ALDE, GUE/NGL, Verts/ALE und EFDD, die Verhandlungen mit der Türkei auf Eis zu legen, zugestimmt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The freedom of the media, a core principle of democracy, should be upheld in Turkey. Any countries attempting to join the ascension process to the European Union should protect such values and principles. As such, the detention of media representatives in Turkey is severely frowned upon.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o položaju novinara u Turskoj, s obzirom da postoje brojni slučajevi zlouporabe represivnih organa vlasti protiv slobode medija. Turska je nažalost bila suočena s nedavnim pokušajem nedemokratskog svrgavanja vlasti putem državnog udara, zatim Turska se suočava s terorizmom od kojeg je ugrožena ne samo sigurnosno već i gospodarski.

EU, kao partner, Turskoj treba pomoći u rješavanju navedenih problema, međutim ti se problemi ne smiju koristi kao isprika i instrument za zatvaranje opozicijskih medija ili pritvaranje nepoćudnih novinara ukoliko nema indicija o kriminalnim aktivnostima. Svima treba biti osigurano pošteno suđenje i obrana sa slobode. Potrebno je da nadležne EU institucije prate stanje i o tome izvještavaju Europski parlament.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je note que ce texte fait état de la situation déplorable de la liberté d'opinion en Turquie mais n'en tire pas la conclusion qui s'impose à tous, à savoir que ce pays ne répond pas aux critères pour négocier son intégration à l'Union européenne, ce qui prouve par-là l'impossibilité de poursuivre ce processus.

J'ai voté contre.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *írásban*. - Törökországot a sajtó- és a médiaszabadság tekintetében már a sikertelen puccskísérlet előtt is a legrosszabb besorolású országok között tartották számon. A puccs óta a helyzet szignifikánsan romlott. Több ezer embert bebörtönöztek és elbocsátottak állásából. Az Európai Parlament nagy többséggel elfogadott állásfoglalásában felhívja a török kormányt, hogy ejtse az újságírók elleni jogalapot nélkülöző vádakat, és hagyjon fel az írók és újságírók elleni koncepciós eljárásokkal.

Az EU intézményeinek és tagországainak következetesen fel kell lépnie annak érdekében, hogy az Unió partnereinél is, különösen az EU-val szoros kapcsolatban lévő országokban is érvényesüljenek az emberi jogok és a demokrácia alapelvei. Ezt persze az Unió csak akkor tudja következetesen megtenni, ha ezen alapértékekre az Unió határain belül is folyamatosan és megfelelő módon vigyáz.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the situation of journalists in Turkey with regard to measures taken by the Turkish Government after the failed military coup on 15 July this year. Since then, the Turkish Government has arrested at least 99 journalists and writers, revoked the press credentials of at least 330 journalists and closed the offices of more than 100 media outlets, leaving over 2 300 media workers without jobs. The failed coup cannot be used to further repress legitimate and peaceful opposition and to curtail journalists' freedom of expression. A free and pluralistic press is an essential component of any democracy and the EU must closely monitor the implications of the prolonged state of emergency.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Renate Sommer sur la situation des journalistes en Turquie. Depuis le coup d'État manqué du 15 juillet, plus de 23 000 professionnels des médias sont sans emploi (suppression de carte de presse, arrestation ou fermeture de médias).

Par ce vote, nous condamnons fermement la bataille que livrent les autorités turques à l'égard de toutes les personnes s'opposant au régime pacifiquement. Nous appelons à la libération des journalistes contre lesquels il n'y a pas preuve irréfutable d'activité criminelle.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich würde für den vorliegenden Entschließungsantrag stimmen. Die Situation der Journalisten in der Türkei verschlechtert sich zusehends, während sich das Land immer weiter von einer rechtsstaatlichen Demokratie wegentwickelt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it condemns the recent police raids and the detention of a number of journalists and media representatives in Turkey, underlining that these actions undermine the freedom of the media, which is a core principle of democracy.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Nel luglio passato la Turchia è stata vittima di un fallito colpo di Stato che ha avuto gravi ripercussioni su tutta la società turca. Come sappiamo, centinaia di persone hanno perso la vita e più di 2 100 sono rimaste ferite. Ma alcune gravi conseguenze sono state subite dai giornalisti, di cui circa 100 sono stati arrestati e più di 300 sono stati privati dell'accreditamento. Si tratta di una violazione dei diritti dei cittadini, che hanno visto anche la chiusura di più di 100 emittenti, quotidiani, editori e società di distribuzione.

Condanniamo tali atti ed esprimiamo solidarietà verso le vittime ed i familiari, proponendo al contempo urgenti raccomandazioni per la Turchia. Ricordiamo quindi alla Turchia, partner importante per l'UE, l'importanza di proteggere i diritti umani e lo Stato di diritto, e che la libertà di espressione e dei media, quindi una stampa libera, sono parti fondamentali di una società democratica. Invitiamo, pertanto, la Turchia a riaprire gli organi d'informazione che sono stati chiusi e a liberare i giornalisti, garantendo loro un giusto processo.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, car elle fait preuve d'une grande hypocrisie. Elle proteste en effet à juste titre contre la violation de la liberté de la presse en Turquie, mais n'en tire pas la conclusion évidente, à savoir que la Turquie ne répond pas aux critères pour négocier son adhésion à l'UE. À noter: la résolution alternative du groupe ENF, qui demandait la fin du processus d'adhésion de la Turquie, n'a recueilli que 83 voix sur 751.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – En réaction au coup d'État du 15 juillet en Turquie, le régime d'Erdogan a déclenché une vaste chasse aux sorcières dans l'appareil d'État turc. Avec ces purges dans l'armée, l'administration, l'éducation et la justice turque, c'est l'ensemble des institutions qui sont mises au pas, ne laissant que la presse et les médias comme contre-pouvoirs face aux dérives du pouvoir turc.

Ils en sont également les victimes: depuis la tentative de coup d'État, la police turque a arrêté au moins 99 journalistes et écrivains, dont la plupart ne font l'objet d'aucun chef d'accusation à ce jour. Une centaine de radiodiffuseurs, journaux, magazines, éditeurs et sociétés de distribution ont été arbitrairement fermés, en conséquence de quoi plus de 2 300 journalistes se retrouvent sans emploi et 330 journalistes ont été privés de leur carte de presse.

La résolution du Parlement condamne fermement ces manœuvres du pouvoir turc contre la liberté des médias, les pressions contre les journalistes et leur entourage. Elle s'inquiète également des dérives actuelles et demande de réduire la portée des mesures d'urgence, de sorte qu'elles ne puissent plus être utilisées pour porter atteinte à la liberté d'expression.

Je me suis donc associé à cette résolution en la cosignant.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune sur la situation des journalistes en Turquie. Ce texte constate bien la situation exécrable de la liberté de la presse et de la liberté d'opinion en Turquie, mais ne tire pas la conclusion logique et évidente, à savoir que la Turquie ne répond pas aux critères pour négocier son adhésion à l'UE et qu'il faut donc arrêter ces négociations. Les groupes politiques traditionnels comme la Commission européenne continuent à nier la réalité et refusent de reconnaître que la Turquie n'a pas sa place dans l'Union européenne.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque contribuye a denunciar internacionalmente la dramática situación que viven los derechos humanos actualmente en Turquía, especialmente en cuanto al libre y pleno ejercicio de la libertad de expresión se refiere. Lamentablemente, Erdogán está aprovechando el supuesto golpe de Estado en su contra, para llevar a cabo una purga contra periodistas, maestros, jueces, médicos, entre otros. Actúa contra todo aquel que considere sospechoso de ser oposición a su gobierno, y ha desplegado una ofensiva contra su pueblo que está quedando impune de facto, y es una indignidad moral que la Unión guarde silencio y sea cómplice por omisión ante estos crímenes de un Estado que no debería ser socio confiable, ni tampoco ser considerado como seguro por la Unión.

Nos hubiera gustado que en el texto se reflejara con mayor fuerza y claridad la condena al comportamiento del gobierno turco, que actúa contrariamente al Derecho internacional, sin embargo, resulta un buen comienzo para poner en evidencia esta situación de violencia en contra de los periodistas en Turquía.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se. V dílčím hlasování neprošel návrh usnesení, který vyzývá k ukončení jednání s Tureckem o vstupu do EU. Usnesení nakonec obsahuje jen odsudek pokusu o státní převrat, výzvu vládě Turecka, ať propustí zadržované novináře, politování nad tím, že turecká vláda zastavila vydávání 150 opozičních médií. To jsou podle mě prázdné proklamace bez jakékoliv akce, proto jsem se zdržel.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski parlament snažno osuđuje pokušaj državnog udara u Turskoj 15. srpnja 2016. i izražava potporu legitimnim institucijama. Rezolucijom se poziva turska vlast da oslobodi novinare koji su pritvoreni bez uvjerljivih dokaza o njihovim kriminalnim aktivnostima i izražava zabrinutost zbog gašenja više od 150 medija.

Također, potrebno je da turske vlasti suze područje primjene izvanrednih mjera kako bi se one prestale koristiti za ograničavanje slobode izražavanja. Iako je Turska suočena prijetnjom od terorizma, ne bi smjela svoje zakonodavstvo u području borbe protiv terorizma koristiti za kažnjavanje novinara koji se koriste pravom na slobodu izražavanja.

Zbog svega navedenog podržala sam ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Výrazné obmedzovanie slobody slova a slobody informačných prostriedkov od júla 2016 len potvrdzuje nepripravenosť Turecka na vstup do EÚ. Turecko však neplní ani ďalšie požiadavky v oblasti dodržiavania základných práv a slobôd, preto otázku jeho vstupu do EÚ nepokladám za aktuálnu. Turecko je naším susedom a musí nám záležať, aby náš sused bol bezpečnou a demokratickou krajinou, s rovnakými právami žien a mužov, s fungujúcim súdnictvom, nízkou korupciou, sociálnymi právami a rastúcou životnou úrovňou. K tomu výrazne pomôže, ak bude Turecko plniť asociačnú dohodu s EÚ.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Στηρίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση των δημοσιογράφων στην Τουρκία, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de résolution commune.

La Turquie ne répond pas aux critères démocratiques, et ne devrait pas être autorisée à négocier son adhésion à l'Union européenne. Ce texte feint d'ignorer cette vérité tout en constatant que la situation des journalistes en Turquie est inacceptable et que la liberté de la presse, tout comme celle d'opinion, ne sont pas respectées.

Cette proposition n'admet pas qu'il faut absolument mettre fin aux négociations avec ce pays qui n'appartient pas et n'appartiendra jamais à la civilisation européenne.

Nous avons déposé une proposition de résolution qui arrivait très logiquement à cette conclusion, mais elle a été refusée par le reste des députés qui préfèrent se bercer d'illusions et croire qu'ils peuvent changer la Turquie et la rendre «européenne». Nous ne partageons pas cette vision.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Ante la situación de los periodistas en Turquía, apoyo la resolución del Parlamento Europeo para pedir al Gobierno de ese país que reduzca el ámbito de aplicación de las medidas de excepción, de forma que estos profesionales puedan seguir haciendo uso de su derecho a la libertad de expresión.

La imparcialidad y los procedimientos basados en pruebas sólidas han de regir cualquier medida judicial. No debe utilizarse la legislación antiterrorista turca para castigar a los periodistas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag beschäftigt sich mit der Situation der Journalisten und Medienschaffenden in der Türkei. Unter anderem wird die Freilassung der Journalisten und Medienschaffenden gefordert, welche ohne zwingende Beweise für kriminelle Tätigkeiten inhaftiert sind. Weiter wird die Regierung der Türkei aufgefordert, die Notstandsmaßnahmen in ihrem Umfang zu verringern, damit sie nicht länger als Grundlage für Eingriffe in das Recht auf freie Meinungsäußerung dienen können. Daher habe ich diesem Entschließungsantrag zugestimmt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją. Europos žurnalistų federacijos ir Turkijos žurnalistų asociacijos duomenimis, po 2016 m. liepos 15 d. mėginimo įvykdyti perversmą Turkijos policija suėmė mažiausiai 99 žurnalistus ir rašytojus, kurių daugumai iki šiol nepateikti jokie kaltinimai. Sulaikytiems žurnalistams atsisakyta suteikti teisę į advokatą ir jie laikomi nežmoniškomis sąlygomis, jiems grasinama ir su jais netinkamai elgiamasi. Žiniasklaida buvo stipriai varžoma ir didelis spaudimas žurnalistams buvo daromas dar iki žlugusio perversmo. Pasak Žurnalistų apsaugos komiteto, po mėginimo įvykdyti valstybės perversmą Turkijos valdžios institucijos uždarė daugiau nei 100 transliuotojų, laikraščių, žurnalų, leidėjų ir platinimo bendrovių biurų, taigi be darbo liko virš 2 300 žurnalistų ir žiniasklaidos darbuotojų.

Europos Parlamentas pripažįsta Turkijos vyriausybės teisę ir atsakomybę reaguoti, kai mėginama įvykdyti valstybės perversmą ir kai kyla realus terorizmo pavojus. Tačiau Turkijos vyriausybė negali naudotis žlugusiu kariniu perversmu kaip dingstimi teisėtai ir taikiai opozicijai dar labiau slopinti, taip pat imtis neproporcingų ir neteisėtų veiksmų ir priemonių, siekiant neleisti žurnalistams ir žiniasklaidai taikiai naudotis teise į saviraiškos laisvę.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite de la tentative de coup d'État, en juillet 2016, les autorités turques ont fermé les bureaux de plus de 100 radiodiffuseurs, journaux, magazines, éditeurs et sociétés de distribution, 2 300 journalistes et professionnels des médias se retrouvent sans emploi, et 330 journalistes ont été privés de leur carte de presse.

La résolution «demande aux autorités turques de libérer les journalistes et professionnels des médias qui sont détenus sans preuve irréfutable d'activité criminelle» tout en reconnaissant «le droit et la responsabilité du gouvernement turc de réagir à la tentative de coup d'État».

Je déplore que ce texte ne fasse pas mention de Can Dündar, ancien rédacteur en chef du quotidien turc *Cumhuriyet*, arrêté en novembre 2015 pour «divulgation de secrets d'Etat», après la publication par son journal des articles et une vidéo montrant une livraison d'armes, opérée en 2014 par les services secrets turcs (MIT) à destination de groupes islamistes syriens. Son cas démontre pourtant que la situation des journalistes était déjà problématique avant la «tentative de coup d'État».

Aussi voté-je pour ce texte en dépit de ses amnésies coupables et de sa timidité.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Ocorreu na Turquia, em 15 de julho de 2016, uma tentativa de golpe de Estado que causou a morte de mais de 250 pessoas e deixou mais de 2 100 feridos. Uma imprensa livre e pluralista constitui um elemento essencial de qualquer democracia, tal como o processo equitativo, a presunção de inocência e a independência do poder judicial. Daí a minha condenação à forma como muitos jornalistas foram tratados, na Turquia, na sequência da tentativa de golpe de estado ali tentado. Voto assim favoravelmente a presente resolução.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this cross-party resolution, which discusses the recent coup attempt in Turkey but also calls for the release of journalists that are being held without compelling evidence.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Suite à la tentative de coup d'État militaire du 15 juillet dernier, le gouvernement turc a procédé à des mesures d'arrestation et d'intimidation à l'encontre de journalistes et de professionnels des médias ainsi que des chaînes de télévision et de radio. On dénombre à plus de 130 le nombre de détenus du secteur des médias et on répertorie plus de 99 arrestations de journalistes et d'écrivains par la police turque. La déclaration de l'état d'urgence a conduit le gouvernement à intensifier les répressions, violant d'autant le respect des droit de l'homme et des libertés fondamentales, le principe de la séparation des pouvoirs, les droits des minorités, la liberté de pratiquer le culte de son choix, etc.

Tout en condamnant fermement la tentative de coup d'État et en exprimant ma plus sincère solidarité aux victimes et à leur familles, je tiens à souligner que la riposte du gouvernement ne peut en aucun cas donner lieu à des actes de répression disproportionnés, voire arbitraires, à l'encontre des journalistes et des médias qui exercent pacifiquement leur liberté d'expression. Les actes posés sont en total contradiction avec les principes de démocratie et d'état de droit, défendus par l'Europe. Transiger sur ces principes n'est pas acceptable.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ENF, az EFDD, az S&D, az ECR, a GUE/NGL, az ALDE, a PPE és a Verts/ALE képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A nyolc képviselőcsoport közül az utóbb említett hét megállapodásra jutott és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki. A kompromisszumos javaslatot szavaztam meg.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a posição do relator ao condenar veementemente a tentativa de golpe de Estado que ocorreu na Turquia em 15 de julho de 2016 e o apoio às instituições legítimas da Turquia. É de lamentar o elevado número de vítimas, manifestando, desde já, a minha solidariedade com as vítimas e as suas famílias.

Defendo que esta tentativa fracassada de golpe de Estado militar não pode ser usada como pretexto para o Governo turco reprimir ainda mais a oposição legítima e pacífica e impedir o exercício pacífico da liberdade de expressão pelos jornalistas e pelos meios de comunicação social através de ações e medidas desproporcionadas e ilegais.

É vital que a UE diligencie junto das autoridades turcas tendo em vista a libertação dos jornalistas e dos trabalhadores dos meios de comunicação social que se encontram detidos sem provas irrefutáveis de atividade criminosa, incluindo jornalistas conhecidos como Nazli Ilicak, Sahin Alpay, Asli Erdogan, Murat Aksoy, Ahmet Altan e Mehmet Altan.

É imperioso evitar a detenção de jornalistas com base no conteúdo dos seus trabalhos, incluindo nos casos em que sejam objeto de uma acusação formal e a necessidade de garantir que a detenção preventiva continue a ser uma exceção.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce texte était relatif à la situation actuelle des journalistes en Turquie. À la suite du coup d'État raté du 15 juillet 2016, le gouvernement a procédé à de nouvelles arrestations dans le milieu de la presse, alors que la majorité des journalistes arrêtés n'ont aucun chef d'accusation à leur encontre. Ce texte souligne que le coup d'État en Turquie ne doit pas servir au gouvernement pour arrêter les journalistes qui exercent leur métier afin de bâillonner l'opposition. J'ai voté pour.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Többi kollégámmal együtt én is elítélem a törökországi puccskísérletet, aminek következményében több százan haltak meg, a sebesültek száma pedig meghaladja a kétezret. Ugyanakkor az a véleményem, hogy a török kormánynak még a szükségállapot idején is oda kell figyelnie, hogy az alapvető emberi jogok ne sérüljenek. Nem tartom elfogadhatónak, hogy még mindig több száz újságírót tartanak börtönben, hogy már a szabad média sem igazán szabad. Törökországra az Európai Unió fontos partnereként tekintek, és az EU–Törökország Parlamenti Vegyes Bizottságba delegált küldöttség tagjaként különös figyelemmel követem a fejleményeket.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution, which called for the end of negotiations regarding Turkey's accession to the EU.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul meu de astăzi această propunere de rezoluție, deoarece am considerat că ea reflectă o abordare realistă a felului în care trebuie să analizăm evenimentele petrecute în Turcia în timpul încercării loviturii de stat, dar și în perioada ce a urmat. Desigur că această încercare de lovitură de stat îndreptățește statul turc să ia măsurile necesare identificării autorilor și a celor care îi sprijină, dar sunt nevoită să subliniez îngrijorarea față de faptul că au fost luate măsuri extrem de dure, chiar violente, împotriva unui număr mare de jurnaliști. Susțin textul acestei rezoluții și sper că autoritățile turce vor înțelege că libertatea de exprimare, drepturile omului și mai ales dreptul de a nu ajunge în închisoare în lipsa probelor sunt valori ce trebuie respectate dacă Turcia dorește să rămână un partener democratic de încredere pentru UE.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení poukazující na to, že po zmařeném pokusu o státní převrat v Turecku bylo tureckou policií zatčeno nejméně 99 novinářů a spisovatelů, přičemž proti většině z nich dosud nebyla vznesena obvinění. Zároveň počet pracovníků sdělovacích prostředků zadržených na základě obvinění, o nichž panuje přesvědčení, že souvisejí s výkonem jejich práva na svobodu projevu, ke dni 20. října 2016 dosáhl přinejmenším 130. Všichni zadržovaní novináři, kterým není prokázána trestná činnost, by měli být bezodkladně propuštěni a nelze akceptovat jejich stíhání a zadržování na základě obsahu jejich novinářské práce.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da die Türkei kein Teil Europas ist, und des Weiteren hat ein Land, welches sich immer weiter von einer Demokratie wegentwickelt, keinen Platz in der Europäischen Union.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vaba ja mitmekesine ajakirjandus, süütuse presumptsioon ja kohtusüsteemi sõltumatus on iga demokraatliku ühiskonna lahutamatu osa. Türgi valitsus ei tohi kasutada nurjunud sõjaväelist riigipöördekatset õigustusena, et maha suruda õiguspärast ja rahumeelset opositsiooni ning takistada ebaproportsionaalsete ja ebaseaduslike meetmetega ajakirjanikel ja meedial rahumeelselt kasutada sõnavabadust. Ebaseaduslikult kinnipeetud ajakirjanikud ja meediatöötajad tuleb vabastada.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το αποτυχημένο πραξικόπημα του Ιουλίου άφησε πίσω του 241 νεκρούς και χιλιάδες τραυματίες, ενώ 90 δημοσιογράφοι φυλακίστηκαν, πάνω από 2.500 έχασαν τη δουλειά τους και εκδόθηκαν εντάλματα σύλληψης εις βάρος εκατοντάδων εργαζομένων που απασχολούνται στα μέσα μαζικής ενημέρωσης της χώρας.

Στα τέλη Σεπτεμβρίου, η τουρκική κυβέρνηση έκλεισε περίπου 20 τηλεοπτικά και ραδιοφωνικά κανάλια κατηγορώντας τα για «διάδοση τρομοκρατικής προπαγάνδας» και παράτεινε κατά 90 ημέρες την κατάσταση εκτάκτου ανάγκης η οποία κηρύχθηκε μετά την απόπειρα πραξικοπήματος (από τις 19 Οκτωβρίου).

Ο Can Dündar, πρώην αρχισυντάκτης της Cumhuriyet, της βασικής καθημερινής εφημερίδας της αντιπολίτευσης στην Τουρκία, συνελήφθη τον Νοέμβριο του 2015, μετά τα δημοσιεύματα της εφημερίδας του που έδειχναν αξιωματούχους των μυστικών υπηρεσιών της Τουρκίας να πωλούν λαθραία όπλα σε Σύρους αντάρτες. Αργότερα καταδικάστηκε σε πέντε χρόνια και δέκα μήνες φυλάκιση για «αποκάλυψη απόρρητων κρατικών πληροφοριών».

Η ελευθερία του λόγου αποτελεί ένα θεμελιώδες δικαίωμα που πρέπει να γίνεται αποδεκτό και σεβαστό από όλους. Οφείλουμε να διαφυλάξουμε αυτό το δικαίωμα, ούτως ώστε να συνεχίσει να υπάρχει αντικειμενική και αμερόληπτη ενημέρωση.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We are pleased to see the successful assault on Mosul and the further dislodgement of ISIS strongholds in Iraq. Appropriate measures must be taken to prevent a further wave of migrants and refugees taking the dangerous routes into Europe. However, the report contains several calls for EU action, which we cannot support.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti presentati nel documento relativi alla situazione dei giornalisti in Turchia e ammettendo che seguirò con interesse lo sviluppo del suddetto argomento, ritengo che i punti oggetto dell'obiezione non corrispondano pienamente alla mia idea e dunque non mi sentirei di appoggiarla e voterei negativamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Turska je izrazila želju pristupanja Europskoj uniji. Pristupanje i pregovori koji prate taj proces imaju za cilj osigurati visoku razinu poštivanja i provođenja demokratskih standarda usvojenih u Europskoj uniji. To se odnosi i na slobodu medija i odgovornog medijskog izvještavanja.

Osuđujem ponašanje turskih vlasti prema stranim i domaćim novinarima i podržavam ovaj poziv na rezoluciju kako bi se što prije dogodilo puštanje nedužnih novinara na slobodu. Sloboda odgovorno izražene i prenesene javne riječi mora biti poštovana kao najviši demokratski standard koji predstavlja temelj demokratskog pluralizma. Nasilje i tortura kojoj su izloženi članovi obitelji zatočenih turskih novinara nedopustiva je i na nju treba odgovoriti primjenom sankcija protiv odgovornih osoba. U suprotnosti je s pravnim poretkom i pravnom praksom lišiti osobe slobode bez iznošenja utemeljenih optužbi i mogućnosti očitovanja i obrane od takvih optužbi.

Turska se mora posvetiti borbi protiv terorizma i ostalih asimetričnih ugroza sigurnosti, ali je i nužna prilagodba turskog antiterorističkog zakona u onom smjeru koji će dopustiti slobodan rad neovisnih stranih i domaćih medija i novinara. Zatvaranje novinskih kuća također predstavlja nedopustiv presedan i primjer cenzure i kršenje prava na slobodu medija, informiranja i rada.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Gli arresti di tanti, troppi, giornalisti, scrittori, accademici e politici locali in Turchia sollevano forti preoccupazioni riguardo al rispetto del pluralismo e della libertà di espressione. La Turchia è un partner importante per l'UE. In vista di una sua futura adesione, deve rispettare pienamente, come si è impegnata a fare, i principi espressi dalla Convenzione europea per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali.

Nel paese, per i giornalisti e la stampa libera, la situazione si fa sempre più difficile. Già prima del fallito colpo di Stato del 15 luglio, c'erano molti giornalisti imprigionati e pochissimi media indipendenti rimasti. A seguito del tentativo di colpo di Stato, anche gli ultimi sono stati chiusi: il 27 luglio 2016, in un colpo solo, 102 organi di informazione sono stati chiusi per decreto; al 14 settembre i giornalisti detenuti erano 101.

Il governo turco ha tutto il diritto di perseguire gli autori dell'esecrabile tentativo di colpo di Stato, ma questo non può essere usato come un pretesto per la violazione dei diritti umani e per mettere a tacere gli oppositori e la stampa.

Per questi motivi, condivido l'appello della risoluzione affinché i giornalisti in carcere vengano liberati immediatamente e senza condizioni.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Tijekom prvih dva i pol mjeseca izvanrednog stanja vlasti su zatvorile oko 150 medija ostavljajući više od 2 300 novinara bez posla. Nadalje, policija je uhitila najmanje 99 novinara i pisaca, a protiv većine od njih nikakve optužbe nisi podignute do danas. Uhićenim su novinarima uskraćena njihova zakonska prava, dok je nekoliko novinara navodno i zlostavljano u zatvoru. Novinari su meta i administrativnih sankcija, što uključuje oduzimanje putovnica. Čak su i članovi obitelji novinara, unatoč tome što sami nisu pod istragom, meta prijetnji te administrativnih sankcija. Strani novinari, s druge strane, su deportirani iz Turske.

Stoga se pridružujemo pozivima turskoj vlasti da odmah pusti sve zatočene novinare u nedostatku uvjerljivih dokaza o kriminalnim radnjama, da ukine administrativne sankcije poduzete protiv novinara te da se suzdrži od prijetnji članovima obitelji osumnjičenih novinara. Pozivamo turske vlasti i da spriječe nasilje nad osumnjičenima te da istraže tvrdnje o mučenju zatočenih novinara. Također tražimo da se zatvorenim medijima omogući nastavak rada te neovisnost u radu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução condena veemente o Golpe de Estado, manifestando solidariedade com as vítimas. Reconhece legitimidade ao Governo Turco para reagir face à situação, mas considera que isso não pode ser um pretexto para perseguir a oposição e condicionar direitos civis e políticos. Pede a libertação daqueles que estando presos, não incide sobre eles qualquer tipo de prova. Pede a reabertura de jornais encerrados. Pede uma restrição do estado de emergência para que não sirva como justificação para atacar a liberdade de expressão e outros direitos. Pede um controlo de todas as consequências práticas desta situação pelo SEAE.

Por comparação com outras iniciativas assumidas pelo PE em relação a países terceiros, percebe-se o cuidado e moderação na abordagem, ainda que mantendo um perfil de subtil ingerência. Uma postura que se prende com o palco de contradições que a Turquia sempre tem sido ao serviço das potências imperialistas para o controlo do Médio Oriente.

Por outro lado, é importante salientar que, se é um facto que houve um aumento da repressão na Turquia, esta já existia antes do golpe, e que nenhum dos principais intervenientes na Turquia, externo ou interno, têm efetivas preocupações com os direitos dos trabalhadores e do povo turco.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Situace novinářů a svobody médií v Turecku se neustále zhoršuje. Již před pokusem o státní převrat byla v Turecku jen hrstka nezávislých médií a žurnalistů a mnoho dalších bylo už v té době pozatýkáno. Po převratu byli uvězněni i ti zbývající. Podle Reportérů bez hranic bylo v průběhu prvních šesti týdnů výjimečného stavu zatčeno 89 novinářů a 104 sdělovacích prostředků bylo uzavřeno. Mnoho novinářů tak přišlo o práci. Odsuzuji jednání Turecka vůči novinářům a médiím a zároveň odsuzuji nedávné policejní razie namířené proti nim. Tyto kroky podkopávají svobodu sdělovacích prostředků, která je základním principem demokracie. Považuji za zcela nepřípustné, aby byli tito novináři zadržováni a věznění bez stanovení jakéhokoliv obvinění proti nim. Vyzývám proto tureckou vládu, aby dodržovala podmínky demokracie a právního státu a aby přestala diskriminovat občany, pokud jde o svobodu slova a další základní práva. Situace po nezdařeném převratu nesmí být tvrdě zneužívána ve prospěch posílení pozic Erdogana a jeho blízkých.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur d'une résolution qui exhorte le gouvernement turc à libérer les journalistes arrêtés et détenus arbitrairement dans le pays. Le gouvernement turc a multiplié sur la période récente et particulièrement depuis la tentative de coup d'État dans le pays (ce qui démontre l'instabilité politique qui peut s'y installer) des actions allant à l'encontre de libertés fondamentales défendues au sein de nos États européens.

Pour rappel, depuis juillet 2016, des bureaux de près de 100 médias turcs ont été fermés par les autorités et une centaine de journalistes ont été arrêtés. Dans ce contexte se pose nécessairement, une fois encore, la problématique de l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne, dont les négociations durent depuis plusieurs décennies. Je le répète avec fermeté: je suis et resterai opposé à l'entrée de la Turquie au sein de notre communauté qu'est l'Union européenne.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding resolution. We share serious concerns over developments in Turkey, including freedom of the press. However, this report does not tackle the most serious underlying issue: that Turkey remains an EU accession country and receives EU financing due to this status.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar imperativa a defesa da democracia, com um compromisso incondicional em relação aos direitos humanos e ao primado do Direito, é importante, tal como a cooperação entre a UE, o Conselho da Europa e a Turquia nesta matéria.

As restrições impostas aos meios de comunicação social e as pressões sobre os jornalistas já eram consideráveis antes da tentativa fracassada de golpe de Estado, que de acordo com o Comité de Proteção dos Jornalistas, as autoridades turcas encerraram os escritórios de mais de 100 organismos de radiodifusão, jornais, revistas e empresas de edição e distribuição, na sequência da tentativa de golpe de Estado, deixando mais de 2 300 jornalistas e trabalhadores dos meios de comunicação social sem emprego.

Esta resolução insta o Governo da Turquia a delimitar o âmbito das medidas de emergência, para que não possam continuar a ser utilizadas para coartar a liberdade de expressão e que as investigações sobre o alegado envolvimento na tentativa de golpe de Estado devem ser efetuadas de acordo com a lei, imparcialmente e com base em elementos de prova irrefutáveis e não em culpa por associação, que pode conduzir a uma punição coletiva.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O deteriorar da liberdade de expressão na Turquia não tem parado de se acentuar, principalmente após a tentativa de golpe de Estado de 15 de Julho do corrente ano. 130 jornalistas e escritores foram detidos. As autoridades ordenaram o encerramento de 3 agências noticiosas, 16 canais de TV, 23 rádios, 45 jornais, 15 revistas e 29 editores. A liberdade de expressão é também o direito de discordar. A isto chama-se Democracia. Os jornalistas têm o direito de informar e também têm o direito de ter uma opinião, correndo a Turquia o risco de se transformar num regime perigoso que leva o seu povo para o precipício do pensamento único.

É este um parceiro credível? Neste momento, não! E não é só a situação dos jornalistas, há muito conhecida, mas também a dos juízes, das mulheres, dos livros proibidos, dos cidadãos que são calados. Se o direito à informação fosse zelado talvez tivéssemos sabido mais cedo das dezenas de crianças a serem escravizadas na Turquia e que, em vez de pegarem em livros, têm nas mãos uma agulha para coser roupa de várias multinacionais europeias. Destas aguardamos explicações. Da Turquia, o respeito pelo Estado de Direito.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La situación de los periodistas y la libertad de prensa ha sufrido un constante deterioro en Turquía, especialmente después del intento de golpe de Estado del pasado julio, la resolución condena el golpe y apoya a las instituciones legítimas de Turquía, ahora bien, señala que el fallido golpe de Estado militar no puede servir como excusa para que el Gobierno turco reprima a la oposición, ni para que impida a los periodistas y a los medios de comunicación ejercer la libertad de expresión, pidiendo a las autoridades turcas que pongan en libertad a todos los periodistas y profesionales de los medios de comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva.

La resolución denuncia que las autoridades turcas han clausurado las oficinas de más de cien organismos de radiodifusión, periódicos, revistas, dejando sin empleo a más de 2 300 periodistas y profesionales de la comunicación y revocando las credenciales de prensa de al menos 330 periodistas. La resolución pide la puesta en libertad de todos los periodistas y profesionales de la comunicación detenidos sin pruebas contundentes de actividad delictiva. Finalmente, recuerda que una prensa libre y plural es un elemento esencial de toda democracia, las libertades de expresión y de prensa.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen appelant à la libération des journalistes détenus sans preuve d'activité criminelle. La Turquie détient en effet la triste première place mondiale pour la détention de journalistes. Il est urgent que les plus de 150 médias qui ont été fermés puissent exercer à nouveau en toute indépendance et que les employés licenciés soient réintégrés. La liberté de la presse est une valeur qu'il est primordial de protéger dans une société démocratique.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em julho de 2016, a Turquia sofreu uma tentativa de golpe de Estado, que vitimou cerca de 250 pessoas e feriu mais de 2100. Este foi um ataque aos valores democráticos, aos direitos humanos e ao primado do Estado de Direito, ao qual não devemos nem podemos ficar indiferentes.

Constitui também um violento golpe à liberdade de expressão- e particularmente à liberdade de imprensa, tendo a polícia turca após o golpe detido mais de 100 jornalistas e escritores, sem qualquer fundamento ou acusação formal da prática de qualquer crime, sem acesso a defesa, mantidos em condições totalmente desumanas, num clima de ameaça, terror e tortura constantes.

A UE não pode compactuar com estas violações grosseiras aos princípios basilares de um Estado de Direito, assente no primado da governação democrática e no respeito pelos direitos fundamentais dos cidadãos.

Nessa medida, fui absolutamente favorável à aprovação desta resolução que condena, de forma veemente, as detenções ilegais e atentatórias dos direitos, liberdades e garantias de jornalistas, escritores e outros trabalhadores dos meios de comunicação social turcos.

Subscrevo a posição de instar as autoridades turcas a libertarem imediatamente os detidos, naquela que deve ser uma sociedade livre e democrática.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que condena el ciclo de incremento de la represión por parte del Gobierno turco a periodistas y medios de comunicación, exacerbado tras el intento de golpe de Estado de julio de 2016, y que ha tenido como consecuencia el cierre de periódicos, la persecución y encarcelamiento de periodistas y el establecimiento de un clima de autoritarismo y censura absolutamente incompatible con la democracia y el Estado de Derecho.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque contribuye a denunciar internacionalmente la dramática situación que viven los derechos humanos actualmente en Turquía, especialmente en cuanto al libre y pleno ejercicio de la libertad de expresión se refiere. Lamentablemente, Erdogán está aprovechando el supuesto golpe de Estado en su contra, para llevar a cabo una purga contra periodistas, maestros, jueces, médicos, entre otros. Actúa contra todo aquel que considere sospechoso de ser oposición a su gobierno, y ha desplegado una ofensiva contra su pueblo que está quedando impune de facto, y es una indignidad moral que la Unión guarde silencio y sea cómplice por omisión ante estos crímenes de un Estado que no debería ser socio confiable, ni tampoco ser considerado como seguro por la Unión.

Nos hubiera gustado que en el texto se reflejara con mayor fuerza y claridad la condena al comportamiento del gobierno turco, que actúa contrariamente al Derecho internacional, sin embargo, resulta un buen comienzo para poner en evidencia esta situación de violencia en contra de los periodistas en Turquía.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The S&D Group voted in favour of this motion which recalls that a free and pluralistic press is an essential component of any democracy, as are due process, presumption of innocence and judicial independence.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Turecko je pre EÚ strategický partner v oblasti riešenia utečeneckej krízy. Takisto sa Turecko už dlhodobo uchádza o členstvo v EÚ, ale aj napriek tomu nemôžeme privierať oči nad udalosťami, ktoré sa v Turecku dejú. Turecká polícia po pokuse o štátny prevrat, ku ktorému došlo 15. 7. 2016, zatkla najmenej 99 novinárov a spisovateľov a proti väčšine z nich doteraz neboli vznesené obvinenia. V súčasnosti je už väznených prinajmenšom 130 novinárov. Zadržovaným novinárom je odopierané právo na obhajcu a mnohí sú väznení v neľudských podmienkach. Podporila som návrh uznesenia, pretože sa stotožňujem s tým, aby sme vyzvali tureckú vládu, aby zúžila rozsah mimoriadnych opatrení tak, aby nemohli byť zneužívané pri obmedzovaní slobody prejavu. Iba slobodná a pluralistická tlač je základným prvkom demokracie v každej slobodnej krajine. Turecko musí garantovať spravodlivé súdne procesy, prezumpciu neviny a nezávislosť súdnictva. Uznávame, že Turecko čelí vážnej hrozbe terorizmu, ale boj proti nemu nemôže slúžiť na trestanie novinárov za to, že uplatňujú svoje právo na slobodu prejavu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Situácia novinárov väznených v Turecku je po neúspešnom pokuse o prevrat alarmujúca. Sloboda prejavu je jedným zo základných prejavov demokracie. Turecko sa svojou žiadosťou o členstvo v Európskej únii formálne zaviazalo k zásadám právneho štátu a základným právam, pod ktorými rozumieme aj slobodu prejavu ako základnú demokratickú hodnotu. Turecko musí v tejto súvislosti zabezpečiť ochranu proti zneužívaniu moci, a to nielen voči novinárom, ktorí čelia prepúšťaniu, stíhaniu, cenzúre a v neposlednom rade mnohí až zatýkaniu.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Das EU-Parlament hat einen Antrag zur „Lage der Journalisten in der Türkei" beschlossen. Wie von mir in der Debatte am Tag zuvor (siehe Video) bereits angedeutet, folgten den starken Worten keine Taten. Ein Antrag auf Beendigung der Beitrittsverhandlungen fand nur 38 Befürworter und wurde mit 507 Gegenstimmen abgeschmettert. Ein Antrag, mit dem die Türkei aufgefordert wird, die Menschenrechte sowie demokratische und rechtsstaatliche Mindestanforderungen zu beachten, wurde abgelehnt. Nicht einmal ein Änderungsantrag mit Kritik an der Behandlung von religiösen Minderheiten und der verweigerten Anerkennung der Republik Zypern wurde angenommen. Die EU und ihr Parlament geben sich gegenüber dem Diktator vom Bosporus äußerst schwach. Dieser saft-, kraft- und zahnlosen Entschließung habe ich daher nicht zugestimmt, sondern mich enthalten.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o položaju novinarjev v Turčiji. V poskusu državnega udara je bilo ubitih več kot 250 ljudi, več kot 2100 pa je bilo ranjenih. Ne glede na to, da je Turčija v migrantski krizi ključna partnerica Evropske unije, moramo še naprej zahtevati in vztrajati pri spoštovanju človekovih pravic in pravne države. Med poskusom državnega udara je turška policija prijela še vsaj 99 novinarjev in pisateljev, proti katerim še do danes ni bila vložena obtožnica, kar nas lahko skrbi. Resolucija pravilno poudarja, da turška vlada pod pretvezo spodletelega vojaškega državnega udara ne sme še bolj zatirati legitimne in miroljubne opozicije ali pa novinarjem in medijem z nesorazmernimi in nezakonitimi dejanji ter ukrepi preprečevati, da miroljubno uveljavljajo pravico do svobode izražanja.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η κατάσταση της ελευθερίας του Τύπου στην Τουρκία επιδεινώθηκε κατά την τελευταία δεκαετία και κυρίως μετά το αποτυχημένο πραξικόπημα, αφού η τουρκική κυβέρνηση καταχράται την κατάσταση εκτάκτου ανάγκης που κήρυξε για να περιορίσει σημαντικά την ελευθερία του λόγου και των ΜΜΕ. Συνολικά, περίπου 100 δημοσιογράφοι και συγγραφείς συνελήφθησαν. Στους περισσότερους δεν έχουν απαγγελθεί καν κατηγορίες. Έκλεισαν 104 μέσα ενημέρωσης, με αποτέλεσμα πάνω από 2.300 δημοσιογράφοι να χάσουν τις θέσεις εργασίας τους, έχει ανακληθεί η διαπίστευση τύπου σε τουλάχιστον 330 δημοσιογράφους και έχουν εκδοθεί εντάλματα σύλληψης σε βάρος εκατοντάδων εργαζομένων στα μέσα ενημέρωσης της χώρας. Όλα αυτά αναφέρονται στο ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Στο εν λόγω ψήφισμα υπογραμμίζεται επίσης ότι δεν μπορεί να προβάλλεται το αποτυχημένο πραξικόπημα ως πρόσχημα για την φίμωση της αντιπολίτευσης και των δημοσιογράφων και καλεί τις τουρκικές αρχές να προβούν στην άμεση απελευθέρωση των δημοσιογράφων και των εργαζομένων στα ΜΜΕ που κρατούνται χωρίς να υπάρχει οτιδήποτε εναντίον τους. Ζητείται η επαναλειτουργία των μέσων ενημέρωσης καθώς και η επαναπρόσληψη του απολυθέντος προσωπικού. Μεταξύ άλλων γίνεται έκκληση προς την Τουρκία να πάψει να παραβιάζει την ελευθερία της έκφρασης. Για τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Τουρκία καταπατά τα ανθρώπινα δικαιώματα συνεχώς και επαναλαμβανόμενα και δεν εφαρμόζει τους κανόνες του διεθνούς δικαίου. Η ΕΕ από την πλευρά της πρέπει να χρησιμοποιήσει την οικονομική της δύναμη και να θέσει σε λειτουργία όλα τα νόμιμα μέσα ώστε να μην επιτρέψει στην Τουρκία να συνεχίσει αυτή την τακτική της.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalást, ezzel is kifejezve, hogy elfogadhatatlannak tartom, hogy az Erdogan-kormányzat a közelmúltbeli puccskísérlet ürügyén, egy túl széles és homályos hatósági hatáskört biztosító terrorizmus-ellenes törvényre hivatkozva durván korlátozza a sajtószabadságot, újságírókat börtönöz be, szerkesztőségeket, orgánumokat szüntet meg. A határozat világosan felhívja a figyelmet arra, hogy az Európai Unió alapértékei közül az egyik legfontosabb a sajtószabadság, a sajtó sokszínűségének, munkatársai biztonságának szavatolása, aminek tiszteletben tartása egy olyan jelentős partnertől és tagjelölt országtól, mint Törökország, különösen elvárható. Bízom benne, hogy az EP állásfoglalása a Bizottság és a Tanács számára is iránymutató lesz az Erdogan-kormánnyal szembeni uniós politika további alakításában.

A határozat kapcsán ugyanakkor magyar ellenzéki képviselőként és demokrataként nem tudom nem figyelembe venni az aktuális párhuzamot a magyarországi helyzettel, ahol a rezsim – egyelőre árnyaltabb eszközökkel – szintén súlyosan korlátozza a sajtószabadságot, a kormánnyal szemben kritikus, vezetőinek korrupcióját leleplező szerkesztőséget számol fel, illetve vesz saját kézbe (Népszabadság-ügy). Az Európai Parlament mostani állásfoglalása kapcsán meggyőződésem, hogy az EU Törökországgal szembeni bírálata nem lehet hatásos és hiteles, ha nem lép fel hasonló határozottsággal egyik tagállamával, az Orbán-rezsim sajtószabadságot korlátozó lépéseivel szemben is.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Próba zamachu stanu, która miała miejsce w Turcji 15 lipca 2016 r. spowodowała śmierć setek ludzi, a ponad 2 tys. osób zostało rannych. Kilka dni później władze tureckie wprowadziły stan wyjątkowy, który obecnie daje władzy niemal nieograniczoną kontrolę nad społeczeństwem.

W wyniku zamachu stanu władze tureckie zamknęły biura ponad 100 gazet, czasopism, wydawnictw i spółek dystrybucyjnych. Jednocześnie ponad 100 dziennikarzy i pracowników mediów zostało zatrzymanych, a 330 straciło pracę.

W rezolucji Parlamentu Europejskiego zdecydowanie potępiono zamach stanu w Turcji, podkreślono znaczenie ochrony demokracji i wezwano tureckie władze do uwolnienia dziennikarzy i pracowników mediów, jak również do otwarcia zamkniętych biur.

Wolna i pluralistyczna prasa jest niezbędnym elementem każdej demokracji, tak jak i prawo do procesu, domniemanie niewinności i niezależność prawna. Obecnie te elementy demokracji są w Turcji nieprzestrzegane, dlatego konieczne jest, aby Unia Europejska i jej instytucje jednoznacznie zaapelowały do władz tureckich o powrót na ścieżkę demokratycznego państwa prawa.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The role of a free press is fundamental in establishing transparency and accountability, especially in a critical situation like the one Turkey is facing now. However, the breach in the freedom of expression of journalists, editors and media workers has gravely deteriorated, even prior to the coup d'état attempt that took place on 15 July. Before the attempted coup, there were only a handful of independent media outlets remaining and numerous journalists imprisoned. Following the event, even the last ones closed down: altogether 102 media organs were shut down by decree on 27 July 2016. Furthermore, as of 14 September 2016 there were 101 journalists detained. I, together with the S&D Group in Parliament condemn the recent police raids and the detention of a number of journalists and media representatives in Turkey, underlining that these actions undermine the freedom of the media, which is a core principle of democracy, and one of the fundamental values of the European Union.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je suis cosignataire de cette résolution. Nous exigeons que le gouvernement turc respecte toutes les conditions de la démocratie et de l'état de droit et qu'il mette fin à la discrimination à l'égard des citoyens, en ce qui concerne la liberté d'expression et les autres droits fondamentaux.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – On the subject of the deteriorating conditions of journalists in Turkey, the draft motion for a resolution details the violations of freedom of the press, arbitrary detention of journalists, the closure or appropriation of independent media outlets, as well as the alleged torture of imprisoned journalists, all resulting from the failed coup in July 2016. I voted in favour of the motion for a resolution on the situation of journalist in Turkey, because Turkey, a candidate for EU membership, as well as a close economic and political ally to the EU cannot be allowed to continue violating human rights and the freedom of expression of their own citizens. It is important that the EU holds Turkey accountable and uses every means to ensure Erdogan's regime loosen its grip on its journalists and opposition.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Situacija u Turskoj nakon pokušaja svrgavanja Erdogana u lipnju ove godine je kaotična, kako u političkom tako i u civilnom aspektu. Erdogan je optužen za autoritaran stil vladanja, prožet kršenjem i potkopavanjem temeljnih ljudskih prava i sloboda.

Komisija i Parlament su u svojim rezolucijama već izrazili zabrinutost zbog kršenja sloboda medija, međutim, prema informacijama koje dolaze iz Turske, situacija se iznimno pogoršala nakon neuspješnog pokušaja svrgavanja Erdogana - stotine medijskih kuća je ugašeno, dok su desetci novinara uhićeni.

Smatram da Tursku, stoga, treba hitno pozvati na poštivanje ljudskih prava, uključujući i pravo na izražavanje koje je u samome centru demokratskih vrijednosti - onih istih koje se Turska obvezala poštivati pri apliciranju za članstvo u Europskoj uniji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o položaju novinarjev v Turčiji sem podprla. Stanje svobode tiska se je v zadnjih desetih letih v Turčiji občutno poslabšalo. Turčija je na indeksu svobode tiska za leto 2016, ki ga objavlja organizacija Novinarji brez meja, med 180 državami na 151. mestu, leta 2005 pa je bila na 98. mestu. Svoboda izražanja in svoboda tiska sta bistvena in temeljna sestavna dela vsake demokracije, Turčija pa je še vedno kandidatka za članstvo EU. Po podatkih organizacije Novinarji brez meja je v prvih šestih tednih izrednih razmer bilo aretiranih 89 novinarjev, zaprtih 104 medijskih hiš, zaradi česar je izgubilo službo več kot 2300 novinarjev, vsaj 330 novinarjem pa je bila preklicana novinarska izkaznica. Kršitve svobode medijev v Turčiji so prizadele tudi državljane evropskih držav,

kot sta nemški satirik Jan Böhmermann in nizozemska novinarka Ebru Umar. Parlament poziva turško vlado, naj spoštuje vse pogoje demokracije in pravne države ter konča diskriminacijo državljanov v zvezi s svobodo govora in drugimi temeljnimi pravicami.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de un texto que condena el ciclo de incremento de la represión por parte del Gobierno turco a periodistas y medios de comunicación, exacerbado tras el intento de golpe de Estado de julio de 2016, y que ha tenido como consecuencia el cierre de periódicos, la persecución y encarcelamiento de periodistas y el establecimiento de un clima de autoritarismo y censura absolutamente incompatible con la democracia y el Estado de Derecho.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motions for a resolution on the situation of journalists in Turkey. The resolution urges the Turkish authorities to release those journalists and media workers being held without compelling evidence of criminal activity following the coup attempt of 15 July 2016. At least 99 journalists and writers have been arrested, denied the right of access to a lawyer and kept in inhumane conditions in which they are threatened and mistreated. The offices of more than 100 broadcasters, newspapers, magazines, publishers and distribution companies have been closed. The resolution strongly condemns the attempted coup of 15 July 2016 and supports the legitimate institutions of Turkey and their right to respond to the failed military take-over, but stress that this event cannot be used as an excuse to further stifle legitimate and peaceful opposition and to prevent journalists from exercising their freedom of expression. I voted in favour because I believe that a free and pluralistic press is an essential component of any democracy' and open society.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor, porque contribuye a denunciar internacionalmente la dramática situación que viven los derechos humanos actualmente en Turquía, especialmente en cuanto al libre y pleno ejercicio de la libertad de expresión se refiere. Lamentablemente, Erdogán está aprovechando el supuesto golpe de Estado en su contra, para llevar a cabo una purga contra periodistas, maestros, jueces, médicos, entre otros. Actúa contra todo aquel que considere sospechoso de ser oposición a su gobierno, y ha desplegado una ofensiva contra su pueblo que está quedando impune de facto, y es una indignidad moral que la Unión guarde silencio y sea cómplice por omisión ante estos crímenes de un Estado que no debería ser socio confiable, ni tampoco ser considerado como seguro por la Unión.

Nos hubiera gustado que en el texto se reflejara con mayor fuerza y claridad la condena al comportamiento del gobierno turco, que actúa contrariamente al Derecho internacional, sin embargo, resulta un buen comienzo para poner en evidencia esta situación de violencia en contra de los periodistas en Turquía.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik nam het woord in plenaire om te zeggen dat Europa zijn standpunt ten opzichte van Turkije wel degelijk moet heroverwegen. Niet alleen schaadt Erdogan de rechtsstaat, ook negeert hij de democratie en vrije meningsuiting volledig. Wij kunnen niet langer doen alsof onze neus bloedt en dit negeren. We moeten de Turkse status als kandidaat-lidstaat en onze samenwerkingsprojecten met Turkije dringend opnieuw bekijken. Erdogan mag hier niet ongestraft mee wegkomen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen a adopté une résolution sur la situation des journalistes en Turquie pour demander au gouvernement turc de ne pas utiliser la tentative de coup d'État manquée du 15 juillet pour bâillonner l'opposition, les médias et le système judiciaire.

La résolution dénonce les fermetures de médias, les emprisonnements injustifiés de journalistes, les manquements au droit d'accès à un avocat, les pressions sur les familles de journalistes et sur les correspondants étrangers.

Elle demande également une nouvelle fois au gouvernement de Turquie de réformer sa législation antiterroriste et de réduire la portée des mesures d'urgence afin de mettre fin à leurs interprétations extensives et contraires à la liberté d'expression.

Elle plaide pour la réouverture des médias arbitrairement fermés et la libération des professionnels des médias injustement incarcérés. Autant de raisons qui font que je suis signataire de ce texte.

Je regrette cependant que la résolution s'en tienne aux seuls journalistes et médias sans mentionner l'incarcération de plusieurs milliers de magistrats qui porte atteinte à l'indépendance de la justice et donc à l'état de droit.

Je regrette aussi que les persécutions dont sont victimes médias et personnalités kurdes n'aient pas été dénoncées et que, dans ce contexte, la candidature de Can Dundar au prix Sakharov n'ait pas été retenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução parte do Golpe de Estado que ocorreu na Turquia em Julho deste ano e aborda a situação de perseguição e prisão de jornalistas, escritores por suposta ligação ao golpe de estado. Para além disso critica o encerramento de jornais e de outras publicações por serem consideradas contra o Governo Turco. Estão cerca de 130 profissionais da comunicação social detidos neste momento, tendo sido libertados cerca de 64, mantendo-se os que estão presos sem qualquer tipo de acusação provada; sem direito a advogado e sendo estes alvos de maus tratos.

A resolução foca-se excessivamente no golpe de estado e não belisca as relações privilegiadas que a UE mantem com a Turquia. Veja-se o Acordo UE-Turquia sobre os refugiados e o papel da Turquia, membro da NATO, na Guerra da Síria.

A complexidade da situação exige distanciamento, o que não deve ser confundido com simples apoio ou condenação ao regime Turco. Existem muitos interesses, contraditórios entre si, que giram à volta da situação na Turquia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht kritisiert die massive Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit und systematische Einschüchterung von Journalisten in der Türkei nach dem Putschversuch. Ferner wird auf den problematischen Umgang mit Angehörigen religiöser und anderer Minderheiten, die Weigerung, die Republik Zypern anzuerkennen, und die unklare Haltung gegenüber terroristischen Vereinigungen in Syrien und im Irak hingewiesen. Ich teile diese Einschätzung und habe daher dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho supportato la relazione a favore della tutela dei media e dei giornalisti turchi. Le restrizioni alle loro libertà, come noto, sono in costante aumento. Come sappiamo, già prima del tentato colpo di Stato del 15 luglio scorso i giornalisti indipendenti e liberi in Turchia erano relativamente pochi, oggetto di intimidazioni e minacce da parte del governo. Ora questo numero è in progressivo aumento: negli ultimi mesi si calcola che dal fallito golpe, in seguito all'approvazione del decreto del 27 luglio 2016, 102 media siano stati costretti a chiudere in quanto accusati di collaborazionismo con Gulen, ritenuto la mente del tentato golpe. A partire dal 14 settembre 2016 sono inoltre stati arrestati 101 giornalisti che si trovano tuttora in stato di detenzione.

Il Parlamento europeo non può far finta di nulla e deve prendere una seria e decisa posizione per tutelare la democrazia in Turchia, condannando in modo fermo le crescenti restrizioni alla libertà d'espressione imposte dal governo.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I would like to express my deep concern for the situation in Turkey and the situation of journalists there, particularly in the Kurdish regions. The recent coup is no justification for the ongoing government crackdown against civil society and media outlets. This dismantling of democracy is unacceptable. Turkey must release all political prisoners, re-open all media outlets, and end violence and persecution of Kurdish communities.

I have recently returned from a fact-finding mission in Diyarbakir, where I saw some of the impacts of the intimidation and violence in the region first hand. Working together with civil society organisations, local activists, human rights defenders and journalists, I will continue to speak out for peace and human rights in Kurdistan and elsewhere in Turkey, in an effort to raise international awareness.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since for me as a liberal, the situation of the journalists in Turkey is unacceptable both from a human rights and freedom perspective. We have to stand and defend democracy, with a full commitment to human rights and the rule of law. Certain journalists are still being persecuted by Erdogan's government and journalism in the country is still totally biased and influenced by the government, and this is totally against my liberal point of view. I believe that we as Europe, should stand united against this trampling on human rights.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Po neúspešnom pokuse o štátny prevrat v Turecku je situácia v krajine naďalej vážna. Napriek legitímnej reakcii tureckej vlády na uskutočnený pokus o štátny prevrat som znepokojená nad pokračujúcimi čistkami v oblasti slobody tlače. Doteraz bolo zadržaných najmenej 130 novinárov, ktorým bolo odopreté nielen právo na právneho zástupcu, ale existuje i dôvodné podozrenie, že títo ľudia boli a sú väznení v neľudských podmienkach. Zásadou každého právneho štátu je i dodržiavanie práva na slobodu prejavu, preto v plnej miere podporujem toto uznesenie, ktorým vyzývame turecké organy na rešpektovanie slobody a plurality tlače a prepustenie novinárov a pracovníkov médií, ktorí boli neprávom uväznení. Nesmieme zabúdať, že sloboda médií a prejavu vôbec je kľúčovým indikátorom fungujúcej demokratickej, a hlavne vyspelej spoločnosti.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Uznesenie dvoch parlamentných výborov sa zaoberá situáciou novinárov v Turecku. Turecko totiž po júlovom pokuse o štátny prevrat zažíva vlnu chaosu, prepúšťaní a väznení, ktoré sa nevyhýbajú ani novinárom. Obavy o stav slobody prejavu a slobody médií v Turecku vyjadrila už aj Komisia a Parlament vo svojich predchádzajúcich uzneseniach. Od prijatia týchto uznesení sa však situácia ešte zhoršila, niekoľko médií bolo zavretých a mnoho novinárov zadržaných. Myslím si, že každá krajina, nehovoriac o krajine, ktorá sa chce stať členským štátom Európskej únie, musí dodržiavať základné práva a chrániť pluralitu názorov, ktorá k demokratickému štátu bezpochyby patrí, a preto súhlasím s tým, že sa nad situáciou novinárov v Turecku nezatvárajú oči, že sa ňou v Parlamente intenzívne zaoberáme. Dúfam preto, že pre Turecko to bude taktiež signál, po ktorom sa bude snažiť zhoršujúcu sa situáciu zlepšiť.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o položaju novinarjev v Turčiji. Po poročanju Evropske zveze novinarjev in turškega društva novinarjev je turška policija po poskusu prevrata, ki se je zgodil 15. julija 2016, prijela vsaj 99 novinarjev in pisateljev, proti katerim še do danes ni bila vložena obtožnica. Priprtim novinarjem tudi odrekajo pravico do odvetnika in jih zadržujejo v nečloveških razmerah ter jim grozijo in z njimi grdo ravnajo.

Zato se pridružujem pozivu, da turška vlada pod pretvezo spodletelega vojaškega državnega udara ne sme še bolj zatirati legitimne in miroljubne opozicije ali pa novinarjem in medijem z nesorazmernimi in nezakonitimi dejanji ter ukrepi preprečevati, da miroljubno uveljavljajo pravico do svobode izražanja

9.7. Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen (B8-1120/2016, RC-B8-1122/2016, B8-1122/2016, B8-1125/2016, B8-1129/2016, B8-1130/2016, B8-1131/2016, B8-1132/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Madam President, this debate comes during a period of great turbulence in the UK. One of the questions we are asking ourselves in the wake of our decision to leave the EU is: what is our place in the world? I feel very strongly that our place is alongside our allies as part of a peaceful and prosperous Europe.

In this context, the renewal of the Trident nuclear weapons system is not only in breach of our commitments under the Non-Proliferation Treaty, it is also inappropriate, anachronistic and misguided. It is disappointing that Labour continue to support the renewal of Trident, based partly on the idea that nuclear-weapons manufacture and maintenance creates jobs. In response to what I find an illogical and unethical argument, I have commissioned a report into the Devonport dockyard which makes it clear that, for far less public investment, we could invest in socially productive employment to replace Trident related jobs.

I commend those politicians from all parties and countries who work for genuine peace and security in which nuclear weapons can play no part. Using the multilateral negotiations for a legally binding instrument to prohibit nuclear weapons launched at the UN this afternoon, we can finally rid ourselves of these vile and immoral weapons.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já u tohoto bodu chci říci, že jsem nakonec usnesení podpořil, ale dlouho jsem váhal, a proto zde musím při vysvětlení hlasování učinit určitou výhradu. S jistou částí tohoto usnesení mám určitý problém, a to zvláště s bodem 16, kde se zmiňuje a velmi vítá dohoda o íránském jaderném programu. Já jsem zkrátka skeptický k tomu, že tato dohoda bude naplněna a zkrátka a dobře vůči íránskému režimu mám velké množství výhrad.

Nicméně usnesení jsem nakonec podpořil, protože je tam celá řada dalších pozitivních věcí, podle mého názoru, ať už je to kritika Severní Koreje a její permanentní hrozby jadernými zbraněmi. Nebo také to, že je jasně upozorněno na rostoucí nebezpečí jaderné hrozby ze strany Ruska, které, jak víme, jadernými zbraněmi v poslední době hodně hrozí. Dokonce simuluje vojenská cvičení, při nichž je simulováno nasazení jaderných zbraní proti Polsku, proti střední Evropě a to je velký problém. Takže nakonec má podpora. Ale u Íránu je velký otazník.

Monica Macovei (ECR). – Și eu am probleme cu Iranul… Mă refer la vorbitorul anterior.

Mediul de securitate din vecinătatea Uniunii s-a deteriorat și a devenit tot mai imprevizibil. Fără să spun cuvinte mari, cred sincer că umanitatea este în pericol.

Tratatul de neproliferare a armelor nucleare este piatra de temelie a neproliferării armelor nucleare, dar după cum știm, nu a fost semnat de toate statele și, în 2015, acest lucru nu s-a reușit. Deci statele care nu sunt părți ale acestui tratat nu sunt supuse obligațiilor internaționale fundamentale de a nu prolifera armele nucleare. Acest tratat prezintă și riscul că va fi folosit împotriva noastră, deci credibilitatea sa este foarte redusă, tratatul nefiind semnat de toate statele.

Rusia, în momentul de față, are cel mai mare arsenal din lume, iar relatările media au arătat cum Rusia a instalat sistemul de rachete Iskander cu capacitate nucleară în regiunea Kaliningrad, care se află chiar lângă Uniunea Europeană, mai exact, lângă Polonia și Lituania. Deci suntem în pericol.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé le mo ghrúpa sna tuarascáil seo agus dar ndóigh glacadh leis le móramh mór.

The work of the Treaty on the non-proliferation of nuclear weapons represented a key effort in hindering the spread of nuclear weapons technology on an international scale.

However, our work does not end here. We will continue to promote the peaceful use of nuclear energy even if total eradication is not a realistic option at present. By this means, we may advance progress towards global nuclear disarmament. Vigilance and cooperation will remain central to these efforts, wherein we will continue to prevent, detect and indeed punish offences related to the use of nuclear materials.

I must say that as a member of the Iranian delegation I look forward to the ordinary citizens of Iran benefiting from economic progress, but also, hopefully, a concomitant improvement in the record of human rights in that country.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Le storia ci insegna che le armi nucleari sono state la causa di tragici eventi che hanno distrutto la popolazione di intere città. Ad oggi, oltre alle 5 potenze facenti parte del Consiglio di sicurezza dell'ONU, molti Stati sono in possesso di armi nucleari, creando una situazione di estremo pericolo per gli Stati membri dell'Unione europea.

Ritengo che le grandi potenze mondiali dovrebbero impegnarsi per cercare la pace e la sicurezza senza armi nucleari, promuovendo l'eliminazione delle armi nucleari. Per i motivi descritti precedentemente ho deciso di votare contro.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. Nuclear deterrence is purely a matter for the currently recognised nuclear powers in Europe, namely the United Kingdom and France. We completely reject any attempt at EU interference in this and all other aspects of Member State defence policy.

Non-proliferation is supported by a long-standing international regime, legally based on the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and other international treaties, and supported by international institutions such as the UN, the International Atomic Energy Agency and others. We see no reason for the EU to potentially displace an already largely successful international norm.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, porque a pesar de tener una intencionalidad positiva y pronunciarse a favor del desarme nuclear, es un texto notablemente desequilibrado y parcializado, que no contribuye a la discusión seria y profunda de un tema tan importante. Una vez más, la Unión padece de falta de equilibrio al momento de realizar análisis y propuestas que realmente puedan servir para aportar a soluciones de temas trascendentales, como la seguridad nuclear y la no proliferación. Un intento que pudo ser de gran aporte para la lucha por la paz, se pierde en ataques desproporcionados en contra de la Federación Rusa, y al mismo tiempo omite la responsabilidad de la OTAN y de los Estados Unidos en la proliferación de armas nucleares. Tampoco se menciona a Israel, que tiene más de 300 cabezas nucleares, como si no fuera actor protagónico en el tema nuclear y en la configuración geopolítica mundial. Ante esta hipocresía, he votado en contra.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car je suis profondément préoccupé par la détérioration de la situation en matière de sécurité dans le voisinage de l'Union et au-delà, laquelle pourrait déboucher sur une résurgence des armes nucléaires comme moyen actif de dissuasion et une possible prolifération parmi des acteurs étatiques et non étatiques, ainsi que par l'absence de mesures effectives de désarmement et de non-prolifération.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport constitue la prolongation de la stratégie européenne de 2003 contre la prolifération nucléaire et intervient dans le contexte de l'anniversaire du traité de non-prolifération.

Si on peut accepter comme objectif international l'objectif de réduction des armements nucléaires, la plupart des résolutions comportent de graves atteintes à la souveraineté des États comme: la volonté de forcer la France et l'Angleterre à renoncer à leurs forces de frappe; la résolution commune demande également l'établissement d'un principe de droit international contraignant (jus cogens) imposant la fin des armes nucléaires – une telle disposition est un danger pour le droit international classique reposant sur la volonté des États; les différentes résolutions demandent la fin de l'amélioration technologique et de l'entretien des arsenaux nucléaires; la lutte contre la prolifération est déjà attribuée à l'échelle internationale à différentes agence comme l'AIEA, l'UE n'a pas à utiliser cette cause pour se doter d'un rôle international.

Il faut noter que seule la résolution ECR – en faveur de laquelle je me suis prononcée – respecte la souveraineté des États et leur droit de posséder des armes nucléaires tactiques dans le respect des conventions internationales librement consenties.

Quant à la résolution commune, j'ai voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I supported the alternative motion for a resolution by the ECR group, as it was unobjectionable and far better than the resolution as a whole. I voted against the resolution as a whole for a number of reasons, but fundamentally the key point is that it is not for the European Union to instruct Member States what their defence policies should be. Defence of the realm is a matter of national sovereignty and I cannot support any resolution which seeks to undermine that.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution commune visant à dénoncer la détérioration de la situation en matière de sécurité dans le voisinage de l'Union et au-delà. La prolifération des armes nucléaires, couplée à l'absence de mesures effectives de désarmement, est une menace réelle et il est nécessaire que l'Union, en collaboration avec les institutions internationales, prennent des mesures pour contrer le phénomène.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. — De VVD is tegen eenzijdige nucleaire ontwapening en heeft alleen met de non-proliferatieresolutie ingestemd omdat daarin niet voor eenzijdige stappen wordt gepleit. Tevens onderschrijft de VVD de constatering in het verslag dat de nucleaire intimidatie uit Rusland toeneemt en dat dit een bedreiging vormt voor Europa, in het bijzonder voor de Oost-Europese en Baltische lidstaten.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Šiuo metu 191 valstybė yra Sutarties dėl branduolinio ginklo neplatinimo šalis, įskaitant penkias valstybes, kurios pripažintos kaip branduolinį ginklą turinčios valstybės: JAV, Jungtinę Karalystę, Rusiją, Prancūziją ir Kiniją. Sutartis dėl branduolinio ginklo neplatinimo yra precedentinė tarptautinė sutartis, kuria siekiama neleisti platinti branduolinių ginklų ir ginklų technologijų. Todėl pritariu, kad branduolinio ginklo neplatinimo tikslams būtina suteikti pagrindą visuotinėms pastangoms išvengti branduolinių ginklų plitimo, skatinti branduolinę energiją saugiai ir taikiai naudoti civiliniams tikslams ir siekti, kad pasaulyje branduolinio ginklo nebeliktų.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. Nuclear deterrence is purely a matter for the currently recognised nuclear powers in Europe, namely the United Kingdom and France. We completely reject any attempt at EU interference in this and all other aspects of Member State defence policy.

Non-proliferation is supported by a long-standing international regime, legally based on the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and other international treaties, and supported by international institutions such as the UN, the International Atomic Energy Agency and others. We see no reason for the EU to potentially displace an already largely successful international norm.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je n'ai pu voter en faveur de cette résolution qui entend accorder à l'Union européenne un rôle diplomatique qui empièterait sur la souveraineté française, tout en réduisant de facto l'influence et les capacités de défense de notre pays.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution commune où le Parlement se dit profondément préoccupé par la détérioration de la situation en matière de sécurité dans le voisinage de l'Union (résultant notamment de l'attitude de la Russie) et au-delà. Cette détérioration pourrait déboucher sur une résurgence des armes nucléaires comme moyen actif de dissuasion et une prolifération parmi les acteurs étatiques et non étatiques ainsi que par l'absence de mesures effectives de désarmement et de non-prolifération.

La résolution invite dès lors toutes les puissances nucléaires à prendre des mesures provisoires concrètes pour atténuer le risque d'explosion nucléaire et à réduire rapidement le nombre des armes nucléaires de tous types.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il tema della sicurezza nucleare e della non proliferazione ha ricevuto in quest'ultimo periodo una rinnovata attenzione a seguito dell'aumento delle tensioni internazionali e dell'inasprimento dei rapporti tra Stati che detengono ordigni atomici. A gennaio 2016 nove Stati (USA, Russia, Regno Unito, Francia, Cina, India, Pakistan, Israele e Corea del Nord) risultano possedere circa 15 395 armi nucleari.

La risoluzione approvata oggi dal Parlamento, e da me sostenuta, esprime profonda preoccupazione per il deterioramento del contesto della sicurezza nell'area circostante l'Unione, e al di là del suo vicinato, e per il ruolo che le armi nucleari sono tornate ad assumere nelle dottrine militari. L'Europa ha il dovere di rafforzare le politiche di disarmo e non proliferazione e la cooperazione internazionale in materia di uso pacifico dell'energia nucleare. Gli Stati possessori di testate devono ridurre tutti i tipi di armi atomiche e rendersi protagonisti di una nuova conferenza delle Nazioni Unite nel 2017 che possa negoziare uno strumento giuridicamente vincolante per vietare le armi nucleari.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Un mundo más seguro necesita que nos tomemos realmente en serio la desaparición de los arsenales nucleares y debemos predicar con el ejemplo. El creciente clima de inseguridad puede dar lugar a un nuevo episodio de proliferación de este tipo de armamento de destrucción masiva. Por eso no estamos de acuerdo con cualquier tipo de operación que, en los países europeos con arsenal nuclear, se desarrolle para fabricar nuevas armas o mejorar las existentes. Eso es incompatible con la firma del TNP, que obliga a reducir y/o eliminar arsenales y a no a sumarse a este nuevo impulso a la doctrina militar de disuasión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune ayant trait à la sécurité et la non-prolifération nucléaires car, bien que ce texte parte d'une bonne intention, il tombe dans les travers de l'ingérence dans la politique de stratégie de défense des États membres et non membres.

Cela me dérange qu'une structure supranationale mais non étatique comme l'UE se permette notamment de dicter à des nations souveraines les doctrines militaires qu'elles devraient appliquer. Il est d'ailleurs intéressant de constater que, dans le même temps où elle souhaite canaliser les capacités de défense des États membres, l'UE semble vouloir accroître les siennes.

Si cette résolution dessine donc les contours d'une «Europe de la défense», celle-ci se ferait bien évidemment dans le cadre de l'OTAN, c'est-à-dire sous contrôle américain: pourtant, les auteurs du texte n'ont pas peur d'accuser la Russie de toutes les violations de liberté possibles. On se demande quelle serait la liberté pour une armée européenne à la botte de la stratégie atlantiste.

Enfin, j'ai souhaité soutenir la résolution portée par ECR sur le sujet car elle a le mérite d'être respectueuse de la souveraineté des États ainsi que des conventions internationales.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Tutti noi vogliamo un mondo in cui non ci sia il pericolo di una guerra nucleare, tuttavia nella risoluzione permangono passaggi poco chiari che mi hanno spinta ad un voto di astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre seguridad nuclear y no proliferación, pues la Resolución 1540 de las Naciones Unidas es el principal instrumento para articular el control de armamento, sirviendo para evitar que agentes no estatales adquieran o utilicen armas de destrucción masiva para fines terroristas. Actualmente se ha producido un deterioro de las condiciones de seguridad en Europa, además de conflictos armados cerca de nuestras fronteras que presentan graves amenazas para la paz, la seguridad y la estabilidad, elementos que deben estar siempre presentes en la política europea y global, por lo que es necesario aumentar la cooperación internacional.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje aptariamas branduolinis saugumas ir ginklų neplatinimas. Europos Parlamentas reiškia didelį susirūpinimą dėl aplink Europos Sąjungą ir už jos kaimynystės ribų blogėjančios saugumo aplinkos, nes branduoliniai ginklai vėl galėtų būti pradėti naudoti kaip aktyvios atgrasomosios priemonės ir juos galėtų įsigyti valstybiniai ir nevalstybiniai subjektai, taip pat reiškia didelį susirūpinimą dėl to, kad neįgyvendinamos veiksmingos nusiginklavimo ir neplatinimo priemonės. Todėl jis ragina visas branduolinį ginklą turinčias valstybes imtis konkrečių tarpinių priemonių, kad būtų sumažintas branduolinių ginklų sprogimo pavojus, be kita ko, sumažinti branduolinių ginklų naudojimo statusą ir perkelti juos iš dislokavimo vietų į saugyklas, sumažinti branduolinių ginklų vaidmenį karinėse doktrinose ir sparčiai sumažinti visų rūšių branduolinių ginklų kiekį. Parlamentas pritaria 2016 m. aukščiausiojo lygio susitikimui branduolinio saugumo klausimais, kuriame pripažinta, kad neteisėta prekyba branduolinėmis medžiagomis ir jų naudojimas tiesiogiai kelia didelę grėsmę saugumui pasaulyje, ir tikisi, kad bus siekiama visiško visų ginklų gamybai tinkamų medžiagų sekimo ir fizinės apsaugos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerv, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram resolucijo glede jedrske varnosti in neširjenja jedrskega orožja. Strinjam se z dejstvom, da se je svetovno varnostno okolje in še posebej varnostno okolje EU zelo poslabšalo ter postalo manj predvidljivo. K temu prav tako ni pripomoglo slabšanje odnosov med državami z jedrsko oborožitvijo. Kot s prednostno nalogo se strinjam s preprečevanjem dostopa terorističnim organizacijam ali državam, da bi pridobile ali uporabile jedrsko orožje. Pomembno je, da nadaljujemo k cilju zmanjšanja in uničenja vseh jedrskih arzenalov in napredovanje v smeri k svetu brez jedrskega orožja. Pozdravljam dejstvo, da že obstajajo pogodbe o območjih brez jedrskega orožja v nekaterih regijah sveta, in sicer v Latinski Ameriki in na Karibih, v južnem Tihem oceanu, jugovzhodni Aziji, Afriki in srednji Aziji. Zaskrbljen sem nad dejstvom, da države, ki imajo jedrsko orožje in so podpisnice pogodbe o neširjenju jedrskega orožja, posodabljajo in krepijo svojo jedrsko oborožitev.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o nuklearnoj sigurnosti i neširenju nuklearnog naoružanja. Kad su međunarodni mir, sigurnost i stabilnost ozbiljno izazvani raznim događanjima, uključujući pogoršane odnose između nuklearno naoružanih država, bitno je naglasiti ono za što se najviše trebamo zalagati: mir, sigurnost i stabilnost.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo riconosce il diritto degli Stati dotati di armi nucleari riconosciute a mantenere il loro deterrente nucleare come elemento importante della sicurezza nazionale. Esso sostiene gli obiettivi del TNP nel porre le basi per gli sforzi globali volti a prevenire la proliferazione di armi nucleari, a promuovere l'utilizzo sicuro e protetto dell'energia nucleare civile e a perseguire l'obiettivo di un mondo senza armi nucleari.

Ritiene inoltre che le condizioni per la sicurezza e il disarmo nucleare sostenibile possano essere conseguite solo mediante un processo multilaterale. Per questo deplora l'assenza della Russia al vertice del 2016 sulla sicurezza nucleare e incoraggia rinnovati sforzi per promuovere la cooperazione con Mosca. Sostiene i lavori dell'Agenzia internazionale dell'energia atomica nel promuovere la cooperazione nel settore nucleare, a favore di un uso sicuro e pacifico delle tecnologie nucleari e incoraggia la continua promozione e la rigorosa attuazione della Convenzione sulla protezione fisica dei materiali nucleari, esortando i paesi che non hanno ancora ratificato la convenzione a provvedervi.

Invita inoltre a intensificare gli sforzi di cooperazione e l'azione efficace per quanto concerne la sicurezza dei materiali nucleari al fine di ridurre al minimo il rischio che tali prodotti finiscano in mano a gruppi terroristici.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution s'inscrit dans le cadre de la stratégie européenne de 2003 contre la prolifération nucléaire. Nous partageons évidemment la volonté de contribuer à la réduction des armements nucléaires.

Néanmoins, nous ne pouvons cautionner cette proposition de résolution qui porte gravement atteinte à la souveraineté des États membres. Ce texte préconise, en effet, de forcer la France et l'Angleterre à renoncer à leurs forces de frappe. De plus, il est demandé de mettre un terme à l'amélioration technologique et à l'entretien des arsenaux nucléaires sans prendre conscience des conséquences que de telles dispositions pourraient avoir pour la sécurité de nos concitoyens.

Enfin, nous rappelons que la lutte contre la prolifération nucléaire doit être traitée entre nations souveraines à l'échelle internationale. Par conséquent, l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour intervenir dans ce domaine. J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Securitatea și stabilitatea internațională sunt amenințate de deteriorarea relațiilor dintre puteri nucleare precum Statele Unite ale Americii și Rusia, acest lucru fiind demonstrat de suspendarea de către Rusia a Acordului din 2000 privind gestionarea și eliminarea plutoniului și de tensiunile permanente dintre India și Pakistan.

În urma deteriorării mediului de securitate în jurul Uniunii Europene, se pune problema reapariției armelor nucleare ca mijloc de descurajare activ, dar și o posibilă proliferare nucleară, ceea ce contravine principiilor din Tratatul cu privire la neproliferarea armelor nucleare, care stau la baza eforturilor globale de prevenire a răspândirii armelor nucleare, de promovare a utilizării în condiții de siguranță și de securitate a energiei nucleare civile și de urmărire a obiectivului unei lumi fără arme nucleare.

M-am exprimat în favoarea acestei propuneri de rezoluții referitoare la securitatea și neproliferarea nucleară, deoarece consider că trebuie să se depună toate eforturile necesare pentru asigurarea unui mediu de securitate stabil.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della dichiarazione su «Sicurezza nucleare e non proliferazione» del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza, perché il disarmo nucleare è l'obiettivo più importante delle politiche globali in materia di controllo degli armamenti. L'obiettivo di un mondo denuclearizzato dovrebbe costituire l'ambizione ultima nel lungo periodo. Purtroppo c'è preoccupazione per la stabilità internazionale dopo il deterioramento delle relazioni tra Stati dotati di armi nucleari, come gli Stati Uniti e la Russia. Preoccupazione anche per la ricomparsa dello spettro del nucleare, come deterrente, ai confini dell'Europa. È necessario che l'UE lavori incessantemente per proseguire nel programma di disarmo e solleciti per il 2017 una conferenza ad hoc per negoziare uno strumento «giuridicamente vincolante» per vietare definitivamente la proliferazione di armi nucleari.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – On the resolution for nuclear non-proliferation I voted in favour of the joint resolution. I supported it as this resolution is explicit in opposing the multilateral proliferation of nuclear weapons, and clear in supporting disarmament. The successful vote on this joint resolution took place just before the UN General Assembly's First Committee voted in favour of beginning negotiations for a treaty on the prohibition of nuclear weapons. This resolution gives support to that process.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I wanted to expresses my deep concern at the increased nuclear threats with implications for security, stability and predictability at global level, and at the deteriorating relationship with NATO, statements indicating an increased readiness to use nuclear weapons, and statements indicating consideration of the potential deployment of nuclear weapons to additional territories in Europe by Russia. I welcome the inclusion of non-proliferation of weapons of mass destruction (WMD) clauses in the EU's agreements with third countries and action plans and that such measures must be implemented by all the EU's partner countries without exception. I welcome regular engagements with these topics via the EU Non-Proliferation Consortium and other civil society organisations and think tanks, and invite the EU Non-Proliferation Consortium to broaden its agenda and include disarmament.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I agree with the key messages included in the present resolution, and that is why I voted in favour of it. In the current security context, where a number of state and non-state actors raise asymmetric risks and use hybrid and other types of warfare, we have to be strict on the global nuclear control policy. The international agreements in this sector have to be respected and implemented. The risk is simply too high to overlook it.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Πιστεύουμε ότι οι συνθήκες ασφάλειας και βιώσιμου πυρηνικού αφοπλισμού μπορούν να επιτευχθούν μόνο μέσω μιας πολυμερούς διαδικασίας στην οποία τα μέρη θα συμμετάσχουν καλόπιστα. Εκφράζουμε επίσης την πεποίθηση ότι ο πυρηνικός αφοπλισμός αποτελεί τον πλέον σημαντικό στόχο των πολιτικών ελέγχου όπλων σε παγκόσμια κλίμακα και ότι η επιδίωξη της Συνθήκης για τη μη διάδοση των πυρηνικών όπλων (NPT) για έναν κόσμο χωρίς πυρηνικά όπλα θα πρέπει να είναι η απώτατη μακροπρόθεσμη φιλοδοξία.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Appoggiare con fermezza la presente risoluzione rappresenta per me un convinto tentativo di migliorare il mondo. D'altronde, se noi crediamo che la diffusione delle armi nucleari sia inevitabile, allora stiamo ammettendo in qualche forma che l'uso delle stesse armi sarà inevitabile. Pertanto, di fronte ad una sicurezza globale vacillante sotto ogni punto di vista data l'emersione di rischi quanto più disparati e multiformi, non è ammissibile un ulteriore ritardo nella piena applicazione della non proliferazione. La diffusione di armi di distruzione di massa e dei relativi vettori costituisce un mastodontico timore per la comunità internazionale, in particolar modo risulta essenziale impedire ai terroristi l'ottenimento e l'utilizzo delle stesse. Pertanto, sarebbe fondamentale una pronta istituzione di

una zona denuclearizzata in Medio Oriente per poter garantire una pace duratura e stabile. Ripongo grande speranza verso l'assoluta tracciabilità e messa in sicurezza di tutti i materiali nucleari destinati all'uso militare e anelo con grande partecipazione alla conferenza predisposta per il 2017 dalle Nazioni Unite per negoziare strumenti giuridicamente vincolanti atti a vietare le armi nucleari e a consentirne una eliminazione completa.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on nuclear security and non-proliferation and supported Amendment 2, which calls on nuclear-weapon states to refrain from the use or threat of use of nuclear weapons.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A situação mundial de segurança e a degradação do contexto de segurança em torno da União Europeia colocam sérios riscos de ressurgimento de armas nucleares como meio ativo de dissuasão e da eventual proliferação entre intervenientes estatais e não estatais, causando séria preocupação as eventuais violações do Tratado de Forças Nucleares de alcance médio, que tem gerado tensões nas relações no seio da NATO.

Apoio a presente Resolução por considerar necessário enveredar pelo caminho da não proliferação de armas nucleares. Defendo um aprofundamento do diálogo com todos os Estados detentores de armas nucleares, com vista à prossecução de um programa comum que vise a redução progressiva do arsenal de ogivas nucleares, bem como à tomada de medidas que reduzam o risco de explosões e da sua transferência das zonas de implantação para os locais de armazenamento.

De saudar os resultados alcançados pelo Grupo de Trabalho Aberto da ONU encarregado de avançar com as negociações multilaterais sobre o desarmamento nuclear, os progressos alcançados pela Comissão Preparatória da Organização do Tratado de Proibição Total de Ensaios Nucleares no que respeita à conclusão e à aplicação eficaz do Sistema Internacional de Vigilância.

Acolho com satisfação a inclusão de cláusulas de não proliferação nuclear nos Acordos entre a UE e países terceiros.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto partendo dalla considerazione di come la situazione globale in materia di sicurezza, in particolare per quanto riguarda l'UE, sia peggiorata, lo scenario attuale potrebbe portare alla ricomparsa delle armi nucleari come un deterrente attivo e alla loro possibile proliferazione tra soggetti statali e non statali. È quindi necessario che tutti gli Stati che possiedono armi nucleari adottino misure provvisorie concrete per ridurre il rischio di esplosioni di armi nucleari, che procedano verso un indebolimento del loro stato di operatività e passino dal loro dispiegamento al loro stoccaggio.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — He votado en contra, porque a pesar de tener una intencionalidad positiva y pronunciarse a favor del desarme nuclear, es un texto notablemente desequilibrado y parcializado, que no contribuye a la discusión seria y profunda de un tema tan importante. Una vez más, la Unión padece de falta de equilibrio al momento de realizar análisis y propuestas que realmente puedan servir para aportar a soluciones de temas trascendentales, como la seguridad nuclear y la no proliferación. Un intento que pudo ser de gran aporte para la lucha por la paz, se pierde en ataques desproporcionados en contra de la Federación Rusa, y al mismo tiempo omite la responsabilidad de la OTAN y de los Estados Unidos en la proliferación de armas nucleares. Tampoco se menciona a Israel, que tiene más de 300 cabezas nucleares, como si no fuera actor protagónico en el tema nuclear y en la configuración geopolítica mundial. Ante esta hipocresía, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La sicurezza nucleare e la non-proliferazione è una questione importante nell'agenda europea, soprattutto a fronte dell'attuale contesto della sicurezza europea e globale, peggiorato in quanto più permeabile a minacce ibride e non-convenzionali. Fin dall'entrata in vigore nel 1970, il Trattato sulla non proliferazione delle armi nucleari (TNP) è stato il punto di riferimento giuridico per la non proliferazione e il disarmo a livello internazionale. Attraverso i suoi tre pilastri - il disarmo nucleare, la non proliferazione e l'utilizzo dell'energia atomica per scopi pacifici - il trattato mira a impedire la proliferazione delle armi nucleari e a promuovere la cooperazione tra gli Stati sull'energia nucleare per usi civili. Gli Stati dotati di armi nucleari e firmatari del TNP stanno modernizzando e potenziando i loro arsenali di armi nucleari e ritardano le azioni per ridurli o eliminarli e per staccarsi da una dottrina militare di deterrenza nucleare. Inoltre, le esercitazioni della Russia in alcuni Stati UE, come la Polonia, destano preoccupazione per un nuovo riarmo nucleare. Votando a favore di questa risoluzione, intendo sostenere il rispetto e la piena attuazione del trattato TNP e del trattato sulle forze nucleari a medio raggio (INF).

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W sprawie projektu rezolucji dotyczącej bezpieczeństwa jądrowego i nierozprzestrzeniania zdecydowałem się wstrzymać od głosu. Doceniam starania światowych przywódców podejmowane w celu zawężenia współpracy międzynarodowej. W obliczu zagrożenia terroryzmem jądrowym tak ważna jest poprawa bezpieczeństwa i podjęcie działań na rzecz nierozprzestrzeniania tego typu broni. W mojej opinii projekt rezolucji wymaga dopracowania, ponieważ jest zbyt ogólny i nie zawiera dokładnych wytycznych, jak przeciwdziałać problemowi, jakim jest rozprzestrzenianie broni jądrowej. Z tych powodów zdecydowałem się wstrzymać od głosu.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution porte sur la non-prolifération nucléaire et sur les mesures de prévention relatives à celle-ci. Considérant que cette résolution va bien au-delà des simples recommandations en matière de gestion du nucléaire, en insistant sur la nécessité de «réduire rapidement le nombre d'armes nucléaires de tous types», en instaurant un instrument juridique contraignant interdisant les armes nucléaires et ouvrant la voie à leur interdiction totale, y compris pour les puissances militaires reconnues telles que la France, j'ai décidé de voter contre ce rapport qui dépasse le cadre de son mandat sans s'attaquer efficacement à l'enjeu de la prolifération dans le monde.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Je n'ai pas soutenu la résolution sur la sécurité et la non-prolifération nucléaires. Bien qu'il soit extrêmement important d'avoir un cadre strict sur la question de la prolifération nucléaire pour empêcher, notamment, que des terroristes ou de nouveaux États n'entrent en possession ou n'utilisent des armes nucléaires, je ne suis pas favorable à la tenue d'une conférence ouverte à tous les États pour négocier un instrument juridiquement contraignant interdisant les armes nucléaires et ouvrant la voie à leur interdiction totale.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution sur la sécurité et la non-prolifération nucléaire, car elle comprend des paragraphes qui font des propositions inadaptées à la réalité de certains États membres. Le texte propose en effet une interdiction des armes nucléaires, pour aller vers une élimination totale. Cette proposition me paraît inadaptée pour les pays qui possèdent un arsenal nucléaire et mènent une politique strictement défensive et dissuasive. Je suis davantage en faveur d'un désarmement pragmatique et graduel, mais cette résolution ne propose malheureusement pas cette solution.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata. Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce texte s'inscrit dans la continuité de la stratégie européenne de 2003 contre la prolifération nucléaire et intervient dans le contexte de l'anniversaire du traité de non-prolifération.

S'il est louable de viser comme objectif international la réduction des armements nucléaires, la résolution commune prône l'établissement d'un principe de droit international contraignant (jus cogens) imposant la fin des armes nucléaires. Une telle disposition constitue un danger pour le droit international classique reposant sur le consentement des États.

Enfin, rappelons que la lutte contre la prolifération est déjà attribuée à l'échelle internationale à différentes agences comme l'AIEA. L'UE n'a pas à utiliser cette cause pour prétexter jouer un rôle international. Aussi ai-je voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Договорът за неразпространение на ядреното оръжие има за цел да се предотврати разпространението на ядрени оръжия и технологии, както и да се насърчава сътрудничеството в областта на използването на ядрената енергия за мирни цели и за постигане на всеобщо и пълно ядрено разоръжаване. Подкрепих резолюцията относно ядрената сигурност и неразпространението на ядрено оръжие, тъй като трябва да се засили глобалното сътрудничество в тази сфера, за да се сведе до минимум заплахата от ядрен тероризъм, която в днешно време става все по-реална.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την κοινή πρόταση ψηφίσματος, διότι είναι ανεδαφική, εκθέτει σε κινδύνους την Ευρώπη και στρέφεται ανοικτά εναντίον της Ρωσίας, αν και είναι προφανές πως δεν είναι ο υπαίτιος της σημερινής τεταμένης κατάστασης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this important vote which calls on the Member States to vote in favour of a UN General Assembly resolution today which will trigger work on a new treaty banning all nuclear weapons. It also refers to the withdrawal of all tactical nuclear weapons from Europe, the need to establish a nuclear-free zone in Europe and to continue working on the conference leading to a Middle East free of weapons of mass destruction. It criticises the modernisation of nuclear arsenals. As someone who has long campaigned against nuclear weapons and supported a nuclear-free Wales, I was delighted this report was adopted.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A situação mundial de segurança, e em particular a da UE, degradou-se significativamente nos últimos anos, tendo-se tornado mais instável, perigosa e imprevisível. A paz, a segurança e a estabilidade internacionais estão seriamente ameaçadas por vários desenvolvimentos, designadamente a deterioração das relações entre Estados detentores de armas nucleares, como a Federação da Rússia e os Estados Unidos da América, a Índia e o Paquistão, bem como pela prossecução do desenvolvimento da capacidade nuclear pela Coreia do Norte.

Estou profundamente apreensivo face à degradação do contexto de segurança em torno da União Europeia e da sua vizinhança, que pode conduzir, não só ao ressurgimento das armas nucleares como meio ativo de dissuasão, mas também à eventual proliferação entre intervenientes estatais e não estatais. Considero fundamental que todos os Estados detentores de armas nucleares tomem medidas provisórias concretas para reduzir o risco de explosões nucleares, nomeadamente através da redução da operacionalidade das armas nucleares e da sua transferência das zonas de implantação para os locais de armazenamento, da diminuição do papel das armas nucleares nas doutrinas militares e da redução rápida de todos os tipos de armas nucleares.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre la résolution commune: si on peut accepter comme objectif international la réduction des armements nucléaires, la résolution comporte de graves atteintes à la souveraineté des États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução está corroída na base. É absolutamente parcial na análise do problema. Lançando ferozes críticas à Rússia ou à República Popular e Democrática da Coreia, despindo-as de contexto, enquadramento regional e escala, omite o papel que os EUA e as potências nucleares europeias (França e Reino Unido) têm assumido neste particular, nomeadamente prosseguindo a renovação do seu arsenal nuclear, e o papel cada vez mais beligerante da NATO. Registamos a ausência de condenação à política nuclear de Israel, ou a crítica à crescente militarização da UE, à intenção de aumento dos orçamentos militares dos Estados, do aprofundamento da PCSD, da pretensão de uma União Europeia de Defesa paralela à NATO, da descentralização de armas pelos EUA por diferentes países.

Absurdo, e no entanto revelador, a inexistência de qualquer referência à imperiosa defesa da paz, por oposição ao cenário apocalíptico que pode resultar de um conflito nuclear à escala mundial. Urge a redução e eliminação de armas nucleares e a criação de uma política que elimine este tipo de dispositivos, a criação de uma Europa livre de armamento nuclear, e implementar iniciativas como as resoluções da ONU de Dezembro de 2011 e 2012, de zonas livres de armamento nuclear no Médio Oriente, no Mediterrâneo e no Nordeste de África.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla risoluzione che denuncia i «*war games*» russi al suo confine ovest senza il minimo accenno alle responsabilità UE e NATO.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowanie popieram zapisy wyrażające głębokie zaniepokojenie nasileniem się zagrożenia jądrowego w wyniku postawy Rosji – co ma konsekwencje dla bezpieczeństwa, stabilności i przewidywalności na szczeblu globalnym – a także pogorszeniem się stosunków z NATO, w tym potencjalnymi naruszeniami Traktatu o likwidacji pocisków średniego i pośredniego zasięgu, oświadczeniami wskazującymi na zwiększoną gotowość do użycia broni jądrowej i na rozważanie możliwości rozmieszczenia broni jądrowej na okupowanym Krymie i w Królewcu.

Cieszę się, że PE zwrócił uwagę na rosyjskie ćwiczenia wojskowe symulujące wykorzystanie broni jądrowej wobec Polski i wyraził głębokie zaniepokojenie rozmieszczeniem w Obwodzie Królewieckim pocisków Iskander zdolnych do przenoszenia ładunków jądrowych oraz faktem przeprowadzania przez Rosję ćwiczeń i przelotów z wykorzystaniem systemów zdolnych do przenoszenia głowic jądrowych.

PE słusznie potępia złamanie przez Kreml memorandum z Budapesztu, a także zwraca uwagę na oświadczenia rosyjskich przywódców na temat znaczenia odstraszania nuklearnego oraz decyzję Rosji o zawieszeniu umowy o utylizacji plutonu. Podobnie oceniam potępienie Korei Północnej za łamanie szeregu rezolucji Rady Bezpieczeństwa ONZ, w tym ostatniej rezolucji z dnia 2 marca 2016 r. Po raz kolejny jednak słuszna ocena faktów stoi w sprzeczności z niektórymi konkluzjami. Mam tu na myśli osłabienie roli odstraszenia, na co w świetle powyższych faktów nie mogę się zgodzić. Dlatego wstrzymałam się od głosu.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολό τους τις προτάσεις ψηφίσματος για την πυρηνική ασφάλεια και μη διάδοση πυρηνικών όπλων, καθώς εκθέτουν σε κινδύνους την Ευρώπη και στρέφονται ανοικτά εναντίον της Ρωσίας, αν και είναι προφανές πως δεν είναι ο υπαίτιος της σημερινής τεταμένης κατάστασης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the agreement reached on this resolution but I would like to express my deep concern for the many nuclear threats that are arising in different parts of the world.

North Korea continues to reject UN Security Resolutions and to conduct nuclear test. This is not tolerable and has to be condemned by all means.

Russia has deployed short-range missiles to Kaliningrad and, possible, in Crimea. This deteriorated situation is extremely dangerous for the security of the Euro Atlantic Area, especially in the Black Sea region. The fact that they believe they have the right to deploy nuclear weapons in these two areas represents a serious global threat and the European Union should have to respond accordingly, in cooperation with NATO.

Mariya Gabriel (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this resolution because I am concerned about the deteriorating security environment around the EU and beyond its neighbourhood and the atrocious humanitarian impact of nuclear weapons.

First of all, I strongly support the references in the resolution to existing mechanisms on nuclear security and non-proliferation. I am convinced that our world order should be anchored on international law. Therefore, I am in favour of the full implementation and enforcement of multilateral disarmament, non-proliferation and arms control treaties and regimes. I think the EU should use every means at its disposal to assist in resolving proliferation crises, as we successfully did on the Iranian nuclear programme.

For that reason, I also welcome the suggestion to convene a UN conference in 2017 to negotiate a legally binding instrument to prohibit nuclear weapons. Such a conference might foster the EU Member States to agree on a joint position on nuclear disarmament and make of EU a driving force in strengthening and taking forward multilateral nuclear disarmament and non-proliferation agreements.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány továbbá felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, valamint jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonsága számára.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione congiunta del Parlamento europeo sulla sicurezza nucleare e la non proliferazione perché condivido le preoccupazioni in essa contenuti e le proposte formulate. Il disarmo di tutte le armi nucleari per un mondo libero da questa minaccia era uno dei grandi obiettivi alla base della creazione delle Nazioni Unite. L'orrore delle immagini di Hiroshima rappresenta un ricordo vivo ancora oggi, a distanza di più di settant'anni. L'accordo con l'Iran sembrava essere un passo in avanti decisivo verso quest'obiettivo, ma invece purtroppo dobbiamo registrare diversi passi indietro. Il clima internazionale è infatti notevolmente peggiorato negli ultimi anni e assistiamo a comportamenti provocatori da parte di nazioni che minacciano l'utilizzo della tecnologia nucleare con una leggerezza inaccettabile. Le azioni della Corea del Nord e della Russia, le continue esercitazioni nucle-

ari, il posizionamento di missili russi ai confini Nato sono infatti azioni che condanniamo con forza. Mi unisco quindi all'appello dei colleghi parlamentari per una cessazione immediata di ogni frivole ostilità e per uno sforzo comune internazionale in favore di un completo disarmo delle armi nucleari.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über die Entschließung „Nukleare Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen" enthalten. Zwar unterstütze ich das Ziel einer kernwaffenfreien Welt komplett, mahne aber dennoch, auch in diesem Fall nationale Zuständigkeiten und Souveränitäten zu respektieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der 1968 geschlossene Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) stellt bis heute ein zentrales Regime für den Umgang mit nuklearen Kampfmitteln dar. Die in ihm festgehaltene nukleare Abrüstung und das Verbot der Verbreitung von Kernwaffen ist zentraler Bestandteil unserer modernen Friedensordnung in Europa und weltweit. Daher muss der NVV auch weiterhin aufrechterhalten werden und die Arbeit der Internationalen Atomenergie-Organisation hinsichtlich der Förderung der Zusammenarbeit im nuklearen Bereich unterstützt werden.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore di questa mozione perché sia importante che anche il Parlamento faccia sentire la propria voce con fermezza, per indicare anche in questo campo che cosa vogliono i cittadini europei. La strategia globale dell'Unione europea presentata dal Vicepresidente/Alto rappresentante si inserisce giustamente nel solco di questo dibattito indicando il perseguimento della sicurezza a livello internazionale come linea guida della nostra azione congiunta. L'aggiornamento della strategia dell'UE contro la proliferazione può essere la giusta occasione perché l'UE si metta in prima linea in questa battaglia di sensibilizzazione a livello mondiale, affinché il maggior numero possibile di paesi prenda convintamente la strada della non proliferazione e del disarmo nucleare.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que expresa nuestra profunda preocupación ante el deterioro del entorno de seguridad alrededor de la Unión y más allá de sus Estados vecinos, lo que podría dar lugar a la reaparición del armamento nuclear a modo de factor disuasorio activo y a su posible proliferación entre agentes estatales y no estatales, así como, ante la falta de aplicación de medidas eficaces de desarme y no proliferación. Asimismo, la resolución, respalda la Cumbre de Seguridad Nuclear de 2016 y reconoce que el comercio no autorizado y el uso de materiales nucleares es una amenaza inmediata y grave para la seguridad mundial, y espera lograr un seguimiento completo y la puesta en seguridad física de todos los materiales apropiados para la construcción de armas, algo que consideramos esencial.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour. A deep concern was expressed about the deterioration of the security environment around the European Union and beyond its neighbourhood, which could lead to the re-emergence of nuclear weapons. Therefore I support the 2016 Nuclear Security Summit, recognising that the unauthorised trade in and use of nuclear materials is an immediate and serious threat to global security, and it is important to achieve the complete tracking and physical securing of all weapons-grade materials.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – While I am concerned about the deterioration of the security environment around the European Union and beyond its neighbourhood, which could lead to the re-emergence of nuclear weapons as an active deterrent and possible proliferation among state and non-state actors, and about the lack of implementation of effective disarmament and non-proliferation steps, I believe it to be necessary that the maintaining of nuclear weapons should be limited and indeed stopped. Accordingly, I have voted in favour of the resolution.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Das letzte Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit, das in DC stattfand, führte zu guten Verbesserungsvorschlägen und zur Unterstützung internationaler Institutionen. Der Gipfel war ein Erfolg, obwohl es bedauerlich ist, dass Russland nicht teilgenommen hat, vor allem angesichts der Größe seines nuklearen Arsenals. Dennoch halten sich bis heute 101 Länder an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Allianz für Fortschritt und Aufbruch unterstützt nachdrücklich die Bemühungen um eine Verringerung der Bedrohung durch den nuklearen Terrorismus. Deshalb habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Jan Huitema (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD is tegen eenzijdige nucleaire ontwapening en heeft alleen met de non-proliferatieresolutie ingestemd omdat daarin niet voor eenzijdige stappen wordt gepleit. Tevens onderschrijft de VVD de constatering in het rapport dat de nucleaire intimidatie uit Rusland toeneemt en dat dit een bedreiging vormt voor Europa, in het bijzonder voor de Oost-Europese en Baltische lidstaten.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – It is important to uphold international peace, security and stability. This is crucial specifically in today's deteriorating security environment from both a geopolitical and geostrategic perspective.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Zajednički prijedlog rezolucije o nuklearnoj sigurnosti i neširenju nuklearnog oružja, jer bi nuklearno razoružanje trebalo biti najvažniji cilj globalnih politika kontrola oružja, a krajnji dugoročni cilj NTP-a jest svijet bez nuklearnog oružja. S obzirom da se sigurnosna situacija u okruženju Europske unije, posebno u njezinu susjedstvu, znatno pogoršala u proteklih nekoliko godina te je postala nestabilnija, opasnija i nepredvidljivija, to je primoralo države članice da se suoče sa širokim nizom tradicionalnih i netradicionalnih prijetnji državnih i nedržavnih aktera.

Ovaj Zajednički prijedlog podržava ciljeve Ugovora o nuklearnom neširenju, jer se na njima temelje globalni napori za sprječavanje širenja istog, promicanje sigurne primjene nuklearne energije u civilne svrhe te ostvarenje cilja - da na svijetu više ne bude nuklearnog oružja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition justifie selon moi un rôle diplomatique qui ne doit pas revenir à l'Union européenne, de même qu'il menace la force de frappe française.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – In light of the deteriorating relations between nuclear-armed states such as Russia and the US or Pakistan and India, given Russia's threats to use nuclear weapons or to deploy them to additional areas in Europe, the EU is faced with a very tense and fragile security environment. In that concerning context, the Union must urgently reinforce non-proliferation, disarmament and cooperation on the peaceful use of nuclear energy, which is what this text calls for. I also share the view that the UN must convene a conference in 2017 in order to negotiate legally binding instruments to prohibit the use of nuclear weapons.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la sécurité et la non-prolifération nucléaire. Le texte allait à l'encontre de la stratégie de dissuasion nucléaire de la France, qui contribue à protéger l'Europe, ce que je ne pouvais soutenir.

Toutefois, je rejoins les positions dénonçant la dégradation des relations entre les pays disposant de l'arme nucléaire, laquelle porte gravement atteinte à la sécurité de l'Europe. À l'image de l'accord avec l'Iran, nous devons plus que jamais poursuivre les efforts pour empêcher la prolifération d'armes nucléaires dans le monde.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht beinhaltet gute Vorschläge zum Abbau der nuklearen Bedrohung. Dazu gehören negative Sicherheitsgarantien, Verpflichtungen, die Waffen nicht einzusetzen und ihr Arsenal abzurüsten. Wäre der vorliegende Bericht nicht streckenweise so einseitig gegen Russland formuliert – das den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert hat –, hätte ich ihm zugestimmt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Das letzte Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit, das in Washington stattfand, führte zu guten Verbesserungsvorschlägen und zur Unterstützung internationaler Institutionen. Der Gipfel war ein Erfolg, obwohl es bedauerlich ist, dass Russland nicht teilgenommen hat, vor allem angesichts der Größe seines nuklearen Arsenals. Dennoch halten sich bis heute 101 Länder an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Die Allianz für Fortschritt und Aufbruch unterstützt nachdrücklich die Bemühungen um eine Verringerung der Bedrohung durch den nuklearen Terrorismus. Deshalb habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata. Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution, car elle est trop agressive à l'égard de la Russie. D'autre part et surtout, l'UE y tente de s'ingérer dans la politique de défense nucléaire de la France.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui souhaite mettre fin à la dissuasion nucléaire. Vu le contexte sécuritaire international actuel, cette stratégie ne semble pas pertinente, car nous avons besoin de ces outils défensifs qui contribuent à garantir notre souveraineté. Cette résolution propose un processus contre-productif, alors que certains pays, dont la France, sont actuellement engagés en faveur d'un désarmement progressif et pragmatique, et qui ne serait pas appliqué par les principaux pays concernés.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque la seguridad nuclear y la no proliferación es un tema clave entre las propuestas socialdemócratas. Actualmente se percibe un deterioro de las condiciones de seguridad para Europa, y se están produciendo conflictos armados de distinta naturaleza muy cerca de nuestras fronteras exteriores. En estos momentos Europa contempla amenazas convencionales, no convencionales, incluso nucleares, generadas tanto por actores estatales como no estatales.

Se debe señalar como determinados actores de fuera de la Unión se comportan de manera discutible en el respeto o la aplicación de los acuerdos relacionados con la seguridad nuclear, estando la paz, la seguridad y la estabilidad seriamente en cuestión por diversos acontecimientos, deteriorando las relaciones entre los Estados con armas nucleares; es por ello, muy importante poner de manifiesto la importancia que para los socialistas tiene esos tres elementos de la política europea y global: la paz, la seguridad y la estabilidad.

La cooperación internacional debe ampliarse para evitar que los proveedores potenciales de este tipo de armas pasen a ser proveedores reales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, porque a pesar de tener una intencionalidad positiva y pronunciarse a favor del desarme nuclear, es un texto notablemente desequilibrado y parcializado, que no contribuye a la discusión seria y profunda de un tema tan importante. Una vez más, la Unión padece de falta de equilibrio al momento de realizar análisis y propuestas que realmente puedan servir para aportar a soluciones de temas trascendentales, como la seguridad nuclear y la no proliferación. Un intento que pudo ser de gran aporte para la lucha por la paz, se pierde en ataques desproporcionados en contra de la Federación Rusa, y al mismo tiempo omite la responsabilidad de la OTAN y de los Estados Unidos en la proliferación de armas nucleares. Tampoco se menciona a Israel, que tiene más de 300 cabezas nucleares, como si no fuera actor protagónico en el tema nuclear y en la config-

uración geopolítica mundial. Ante esta hipocresía, he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Das letzte Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit, das in DC stattfand, führte zu guten Verbesserungsvorschlägen und zur Unterstützung internationaler Institutionen. Der Gipfel war ein Erfolg, obwohl es bedauerlich ist, dass Russland nicht teilgenommen hat, vor allem angesichts der Größe seines nuklearen Arsenals. Dennoch halten sich bis heute 101 Länder an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Allianz für Fortschritt und Aufbruch unterstützt nachdrücklich die Bemühungen um eine Verringerung der Bedrohung durch den nuklearen Terrorismus. Deshalb habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Zpráva vyzývá ke svolání konference OSN, která by jednala o „právně závazném nástroji vedoucím k zákazu a úplnému odstranění jaderných zbraní." Považuji to jednak za nerealistické a také nebezpečné. I kdyby se některé státy podřídily takové rezoluci, vždy se můžou najít jiné, které by se jí nepodřídily a došlo by tak k narušení bezpečnostní rovnováhy ve světě.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ova rezolucija upozorava na zabrinjavajuću situaciju diljem svijeta gdje i dalje postoje veliki nuklearni arsenali i rizik od povećanja međunarodne nestabilnosti i napetosti. Ugovor o neširenju nuklearnog oružja (NPT) ključan je međunarodni sporazum kojim se nastoji spriječiti širenje nuklearnog oružja i tehnologije nuklearnog oružja, promicati suradnju u miroljubivoj primjeni nuklearne energije i zalagati se za globalno nuklearno razoružanje, a potpisan je od strane 191 države. Na ciljevima ovog Ugovora temelje se globalni napori za sprječavanje širenja nuklearnog oružja, promicanje sigurne primjene nuklearne energije u civilne svrhe te ostvarenje cilja da na svijetu više ne bude nuklearnog oružja.

Budući da je globalna suradnja ključan faktor za sprječavanje nuklearnog terorizma, podržala sam ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Zmluvu o nešírení jadrových zbraní, ktorá vstúpila do platnosti v roku 1970, uzavrelo 191 zmluvných strán, z toho päť je uznaných ako krajiny s jadrovými zbraňami (Spojené štáty, Spojené kráľovstvo, Rusko, Francúzsko a Čína). Spolu s Dohovorom o fyzickej ochrane jadrových materiálov predstavujú výrazný nástroj na podporu mierového využitia jadrovej energie, globálneho jadrového odzbrojovania a v oblasti prevencie a vyšetrovania trestných činov pri nakladaní s jadrovým materiálom. Uzavretím jadrovej dohody s Iránom sa otvorila cesta na spoluprácu s touto krajinou pri riešení konfliktu najmä v Sýrii a Jemene.

Nárast napätia a regionálne konflikty vo svete vyvolávajú dôvodné obavy o možný jadrový terorizmus. Preto je nevyhnutné zintenzívniť spoluprácu krajín pri odzbrojovaní s cieľom dosiahnuť uzavretie medzinárodného záväzného dokumentu o odzbrojovaní a vytvoriť predpoklady na elimináciu možného zneužitia jadrovej energie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την πυρηνική ασφάλεια και τη μη διάδοση των πυρηνικών όπλων, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 26 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte vient prolonger la stratégie européenne de 2003 contre la prolifération nucléaire. Nous ne nous opposons pas, par ce vote, à l'objectif international de réduction des armements nucléaires mais aux graves atteintes contre la souveraineté nationale.

En effet, ce texte envisage de contraindre la France et l'Angleterre à renoncer à leurs forces de frappes par l'établissement d'un principe de droit international contraignant imposant la fin des armes nucléaires, et par des résolutions demandant la fin de l'amélioration technologique et de l'entretien des arsenaux nucléaires.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag beschäftigt sich mit der nuklearen Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die bessere Sicherung, die Reduzierung des Atomwaffenarsenals und die Reduzierung von Detonationen von Atomwaffen werden von mir begrüßt. Jedoch finde ich einige Punkte schwammig formuliert. Daher habe ich mich enthalten.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją. Saugumo aplinka pasaulyje, o taip pat ir ES, tampa vis labiau permaininga, nestabili ir vis mažiau nuspėjama. Negalime nepastebėti, jog prastėja branduolinį ginklą turinčių valstybių, pavyzdžiui, Rusijos Federacijos ir JAV, Indijos ir Pakistano, santykiai. Su nerimu stebime informaciją apie Šiaurės Korėjos branduolinius bandymus.

Ypatingą susirūpinimą kelia ir Rusijos karinės pratybos, per kurias imituojamas branduolinių ginklų panaudojimas prieš Lenkiją, branduolinį ginklą nešti galinčių raketų „Iskander" sistemų dislokavimas Kaliningrado srityje.

Atsižvelgiant į šiuos bei daugelį kitų aspektų, Europos Parlamentas rezoliucijoje išreiškia apgailestavimą, kad branduoliniai ginklai vėl įgyja svarbų vaidmenį šių ginklų turinčių valstybių strateginiuose planuose. Rezoliucijoje raginama plėtoti dialogą su visomis branduolinį ginklą turinčiomis valstybėmis ir įgyvendinti bendrą darbotvarkę, kurios tikslas – laipsniškai mažinti branduolinių kovinių galvučių atsargas. Parlamentas rekomenduoja kurti zonas be branduolinių ginklų – tai būtų teigiamas žingsnis siekiant kurti pasaulį be branduolinio ginklo ir prisidėtų prie bendro stabilumo kūrimo.

Taip pat Parlamentas ragina Jungtinių Tautų Generalinę Asamblėją 2017 m. sušaukti visoms valstybėms atvirą derybų konferenciją dėl teisiškai įpareigojančio dokumento, kuriuo būtų uždrausti branduoliniai ginklai, siekiant vėliau juos visiškai panaikinti. Tikimasi, jog tai sustiprins Sutartyje dėl branduolinio ginklo neplatinimo nustatytus ginklų neplatinimo ir nusiginklavimo tikslus ir įsipareigojimus ir padės sudaryti sąlygas užtikrinti pasaulinį saugumą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution prend l'excuse de la lutte contre la prolifération nucléaire pour s'attaquer à la Russie encore une fois. Pourtant, la Russie ne menace aucun pays d'attaque nucléaire et n'a d'ailleurs jamais effectué d'attaque nucléaire, au contraire des États-Unis. De fait, ce sont les États-Unis qui ont annoncé en octobre se préparer à investir massivement dans le renouvellement de leurs armes nucléaires pour les prochaines décennies, sous prétexte de se prémunir contre «la menace russe». Par ailleurs, les deux pays ont prévu de s'opposer à la résolution de l'ONU sur l'interdiction des armes nucléaires. Cette résolution qui ne dénonce que la force nucléaire russe est donc parfaitement hypocrite et asymétrique.

Je suis partisan de la réduction des armes nucléaires et de leur non-prolifération. Mais ce texte est un acte d'engagement belliciste qui aggravera les tensions qu'il dénonce. Je m'abstiens sur ce texte

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A situação mundial de segurança, e em particular a da UE, tem vindo a degradar-se significativamente nos últimos anos, tendo-se tornado mais instável, perigosa e imprevisível. A paz, a segurança e a estabilidade internacionais estão seriamente ameaçadas por vários desenvolvimentos, designadamente a deterioração das relações entre Estados detentores de armas nucleares, como a Federação da Rússia e os Estados Unidos da América, a Índia e o Paquistão, bem como pela prossecução do desenvolvimento da capacidade nuclear pela Coreia do Norte. Temos que lutar contra essas ameaças sob pena de sermos confrontados, num futuro não muito longínquo, com situações muito perigosas para a paz mundial. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this cross-party resolution, which calls for the principle of nuclear non-proliferation to be maintained and reinforced, especially in the current climate of open hostility between nuclear armed states.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La sécurité dans le monde s'est considérablement dégradée, en raison, notamment, de menaces globales et multidimensionnelles. La communauté internationale doit redoubler d'efforts pour réaliser les objectifs du traité sur la non-prolifération des armes nucléaires (TNP), qui vise notamment à éliminer les arsenaux nucléaires et à éviter que de nouveaux États n'acquièrent des armes nucléaires.

Or, comme l'a dit Ban Ki-moon, «le désarmement nucléaire multilatéral est au point mort. Des dizaines de milliards de dollars sont consacrés à l'entretien et à l'amélioration de systèmes d'armes nucléaires». Ainsi, la Corée du Nord, défiant la communauté internationale, multiplie les essais nucléaires afin de se doter d'un arsenal nucléaire et de missiles balistiques. Il est de notre devoir, pour le bien de l'humanité, d'empêcher que ces armes ne se répandent à travers le monde, grâce aux progrès scientifiques et technologiques. Le TNP, même s'il n'est pas parfait, permet de lutter contre l'établissement de l'anarchie dans le monde.

Dès lors, il est essentiel que l'Union réaffirme fortement son engagement pour assurer la sécurité dans le monde. «Le prochain cycle d'examen du traité sur la non-prolifération des armes nucléaires commence en 2017. Le monde ne peut se permettre un nouveau cycle d'inaction».

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — V súčasnej dobe je globálna bezpečnosť čoraz viac vyzývaná rôznymi teroristickými skupinami, ako aj niektorými štátmi, medzi nimi KĽDR, ktorá testovaním svojich jadrových systémov narúša stabilitu v regióne. NPT (Non-proliferation Treaty) je v súčasnosti jediným záväzným prísľubom v rámci multilaterálnej zmluvy, ktorý sa týka cieľa odzbrojenia zo strany krajín s jadrovými zbraňami. Medzi jej signatárov patrí aj 5 krajín, ktoré majú právo legálne držať jadrové zbrane (USA, Spojené kráľovstvo, Rusko, Čína a Francúzsko). Na to, aby sme predišli jadrovému terorizmu, je nevyhnutná spolupráca na celosvetovej úrovni. Snaha o revíziu NPT v roku 2015 však skončila bez jasného výsledku a absencia Ruska, krajiny s najväčším jadrovým arzenálom na svete, na samite o jadrovej bezpečnosti v roku 2016 nie je priaznivým znakom fungujúcej spolupráce. Pripájam sa k výzve o potrebe posilnenia spolupráce štátov v súvislosti s bezpečnosťou jadrových materiálov, aby sa znížilo riziko, že tieto materiály skončia v rukách teroristických skupín.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ECR, a PPE, a Verts/ALE, a GUE/NGL, az EFDD, az S&D és az ALDE képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A hét képviselőcsoport közül a PPE, a Verts/ALE, az S&D és az ALDE megállapodásra jutott és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki. A kompromisszumos javaslatot szavaztam meg.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrevo a apreensão do relator face à degradação do contexto de segurança em torno da União Europeia e para além da sua vizinhança, que pode conduzir, não só ao ressurgimento das armas nucleares como meio ativo de dissuasão, mas também à eventual proliferação entre intervenientes estatais e não estatais, e com a não aplicação de medidas em prol de um desarmamento efetivo e da não proliferação.

Entendo ser fundamental todos os Estados detentores de armas nucleares a tomarem medidas provisórias concretas para reduzir o risco de explosões nucleares, nomeadamente através da redução da operacionalidade das armas nucleares e da sua transferência das zonas de implantação para os locais de armazenamento, da diminuição do papel das armas nucleares nas doutrinas militares e da redução rápida de todos os tipos de armas nucleares.

A apresentação da Estratégia Global da UE pode ser vista com um passo na transformação da União numa força motriz do reforço e do avanço de acordos multilaterais de desarmamento nuclear e não proliferação.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution relative à la sécurité et à la non-prolifération nucléaire. En effet, la présence de dispositions mettant une fois de plus en cause la Russie a justifié mon vote. L'Union européenne, en mettant en place des sanctions qui nuisent davantage à nos agriculteurs et à nos producteurs qu'elles n'apportent des solutions diplomatiques et au lieu de discuter avec la Russie pour mener une lutte efficace contre Daech qui est plus que jamais notre ennemi commun, préfère s'enfermer dans cette paranoïa anti-russe.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Veszélyes világban élünk. Az Európai Unió mindent megtesz a nemzeti béke és stabilitás fenntartása érdekében, de így is komoly kihívásokkal állunk szemben. Félelmetes belegondolni, hogy az egyes országok közötti feszültség felgyülemlése akár atomkatasztrófával is végződhet. Ennél talán csak a terrorista csoportok kezei közé kerülő nukleáris fegyverek lennének veszélyesebbek. Nem utolsó sorban, a tragikus csernobili eseményekre visszaemlékezve konstatálhatjuk, hogy egy apró baleset is elég életek ezreinek megkeserítéséhez.

Az Európai Unió célkitűzése ezen a területen egy nukleáris fegyverektől mentes világ, amit én teljes mértékben támogatni tudok. Egyre több ország tér vissza az atomfegyverek fejlesztéséhez, a Koreai Népi Demokratikus Köztársaság például ebben az évben már másodszor hajtott végre hidrogénbomba-kísérletet. Beszéltünk továbbá a Törökországban fennálló kedvezőtlen helyzetről is, a puccskísérleten kívül a közelben zajlik a szíriai konfliktus. Felmerül a kérdés, hogy mennyire vannak biztonságban az Egyesült Államok tulajdonában lévő, NATO által Törökországra bízott nukleáris fegyverek. A listát folytathatnám akár az oroszországi helyzettel is. Bízom azonban abban, hogy a helyzet csak jobb irányba fog változni, ugyanakkor szükségét látom az európai uniós stratégia kidolgozásának.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution, which supports the Nuclear Non-Proliferation Treaty which entered into force in 1970 through efforts to prevent the spread of nuclear weapons and promote the safe and secure use of nuclear energy.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei propuneri de rezoluție, deoarece consider că schimbările mediului de securitate din întreaga lume, în general, și din apropierea UE, în special, sunt îngrijorătoare, lăsând posibilitatea ca armele nucleare să redevină un argument de intimidare și negociere. Este o perspectivă îngrijorătoare asupra viitorului, dacă acesta va reîncepe să fie dominat de dezbateri despre capacitatea nucleară a statelor și nu axat pe abordări diplomatice. Nu trebuie, de asemenea, uitată posibilitatea ca tehnologia nucleară să ajungă în mâinile unor grupări teroriste sau să fie deținută de state care nu respectă niciunul dintre acordurile internaționale în vigoare cu privire la acest subiect, nu reprezintă parteneri de încredere și au un comportament imprevizibil.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení o jaderné bezpečnosti a nešíření jaderných zbraní obsahující mimo jiné i hluboké znepokojení nad zvýšenou jadernou hrozbou vyplývající z postoje Ruska a jeho zhoršujícími se vztahy s NATO, včetně potenciálního porušování dohody o jaderných zbraních se střední délkou doletu, i prohlášeními naznačujícími jak větší připravenost použít jaderné zbraně, tak i úvahy o případném rozmístění jaderných zbraní na dalších územích v Evropě. Důvodem pro zvýšené obavy jsou rozhodně ruská vojenská cvičení, při nichž je simulováno nasazení jaderných zbraní proti Polsku, a rozmísťování raketových systémů Iskander, které mohou nést jaderné hlavice, v Kaliningradské oblasti, jež sousedí s členskými státy EU Polskem a Litvou.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich beim vorliegenden Entschließungsantrag meiner Stimme enthalten. Der Bericht enthält einige Punkte, denen man durchaus zustimmen kann, wie zum Beispiel die Aufforderung an alle Kernwaffenstaaten, Abstand von der Nutzung oder der Androhung der Nutzung von Kernwaffen zu nehmen. Jedoch werden die Mitgliedstaaten aufgerufen, neue Initiativen zur Beseitigung von Kernwaffen zu starten.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Tuumarelvade vähendamine ja nende elimineerimine peaks olema kõikide riikide ühine eesmärk, mida saab saavutada vaid siis, kui kõik tuumarelva omavad riigid selles kokku lepivad ning kõik seda koos ka ellu viivad. Ühepoolselt selline asi võimalik ei ole. Seniks aga on oluline maandada maailmas tekkinud pingeid erinevate konfliktide rahumeelse lahendamise poole püüeldes ning kõik tuumariigid peavad tagama, et tuumarelvad ega materjalid ei satuks terroristide kätte.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η επιδείνωση των σχέσεων μεταξύ των οπλισμένων με πυρηνικά όπλα κρατών κάνουν το περιβάλλον ασφαλείας της Ευρωπαϊκής Ένωσης όλο και πιο τεταμένο. Τα κράτη πρέπει να μειώσουν τα πυρηνικά όπλα και τις πυρηνικές τους δυνατότητες.

Τονίζεται η ανάγκη να ενισχυθεί η μη διάδοση των πυρηνικών όπλων και η συνεργασία για την ειρηνική χρήση της πυρηνικής ενέργειας.

Εξαιρετικής σημασίας είναι η πρόταση να συγκληθεί μια διάσκεψη των Ηνωμένων Εθνών, εντός του 2017, για να διαπραγματευθεί μια νομικά δεσμευτική πράξη για την απαγόρευση των πυρηνικών όπλων.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ καταψηφίζει το ψήφισμα γιατί δεν απαιτεί την καταστροφή των πυρηνικών όπλων ούτε τάσσεται πραγματικά υπέρ της απαγόρευσης διάδοσής τους. Δεν κάνει καν αναφορά στο γεγονός ότι ισχυρά καπιταλιστικά κράτη μέλη της ΕΕ διαθέτουν πυρηνικό οπλοστάσιο και πραγματοποιούν σε τακτικά διαστήματα πυρηνικές δοκιμές. Κρύβει ότι η πρόσφατη Σύνοδος Κορυφής του ΝΑΤΟ στη Βαρσοβία αποφάσισε εγκατάσταση αντιβαλλιστικών συστημάτων, δηλαδή πυρηνικών συστημάτων, σε κράτη μέλη της ΕΕ, όπως η Ρουμανία και η Πολωνία, ανάπτυξη στρατιωτικών βάσεων και νατοϊκών πολυεθνικών στρατευμάτων στην Πολωνία και στα κράτη μέλη της ΕΕ στη Βαλτική, στο πλαίσιο του ανταγωνισμού των ΗΠΑ, του ΝΑΤΟ, της ΕΕ με την καπιταλιστική Ρωσία. Το ψήφισμα υποδαυλίζει αυτούς τους ανταγωνισμούς και στο πεδίο της κατοχής πυρηνικών όπλων που έχει σαν βάση της τη σύγκρουση συμφερόντων των μονοπωλίων της μιας και της άλλης πλευράς. Νομιμοποιεί την παρουσία έτοιμων προς χρήση πυρηνικών όπλων σε στρατιωτικές βάσεις του ΝΑΤΟ διάσπαρτες στα μέλη του, στην ΕΕ και αλλού, όπως στη Τουρκία. Αποτροπή του πυρηνικού ολέθρου, της αιματοχυσίας των λαών από τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους μπορεί να εγγυηθεί μόνο η απαλλαγή τους από το βάρβαρο εκμεταλλευτικό καπιταλιστικό σύστημα.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. Nuclear deterrence is purely a matter for the currently recognised nuclear powers in Europe, namely the United Kingdom and France. We completely reject any attempt at EU interference in this and all other aspects of Member State defence policy.

Non-proliferation is supported by a long-standing international regime, legally based on the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and other international treaties, and supported by international institutions such as the UN, the International Atomic Energy Agency and others. We see no reason for the EU to potentially displace an already largely successful international norm.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in seria considerazione gli aspetti presentati nel documento e ammettendo che una cooperazione internazionale in materia sia essenziale per evitare la proliferazione del terrorismo nucleare, non credo che le obiezioni presentate siano complete, dunque, non mi sentirei di appoggiarla e voterei negativamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam donošenje rezolucije kojom će se jasno i nedvojbeno izraziti položaj i mišljenje Europske unije protiv korištenja nuklearnog naoružanja za zastrašivanje ili odvraćanje neprijatelja, ili u otvorenom sukobu.

Živimo u svijetu u kojem je posljedice zagađenja radijacijom nemoguće suzbiti na usko područje potencijalnog sukoba. Stoga je potrebno dati jasan signal svim nuklearnim silama u svijetu da korištenje nuklearnog oružja nije opcija koju Europska unija podržava. Odgovornost prema međunarodnoj zajednici mora postojati. Europska unija mora učiniti sve u svojoj moći i iskoristiti sve mogućnosti kako bi suzbila širenje nuklearnog naoružanja, širenje znanja o procesu stvaranja nuklearnog arsenala ili dijelova potrebnih za njegovo stvaranje. Potrebno je raditi i na suzbijanju provođenja nuklearnih testova u svrhu zaštite ljudskog zdravlja i okoliša.

Europska unija mora promovirati dijalog, suradnju i sporazume među državama koje su nuklearne sile, a između njih postoje otvorena pitanja. Suzbijanje nezakonitog posjedovanja i učinkovita kontrola nuklearnog oružja predstavljaju jedan od ključnih preduvjeta sigurnosti i stabilnosti svake države.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Condivido pienamente la profonda preoccupazione per il deteriorarsi del quadro della sicurezza ai confini dell'Europa, e non solo, che rischia di determinare un ritorno all'uso delle armi nucleari come deterrente attivo. Per questo mi associo all'invito a tutti gli Stati che possiedono armi nucleari ad adottare tutte le misure necessarie a ridurre i rischi connessi a tali arsenali e alla loro progressiva riduzione, fino al completo e definitivo smantellamento. È da condannare, in particolare, l'atteggiamento provocatorio della Russia che ha dispiegato i suoi missili Iskander con capacità nucleare nell'enclave di Kaliningrad e i test effettuati dalla Corea del Nord, in violazione del diritto internazionale e delle risoluzioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite. Sottoscrivo l'appello a ricercare soluzioni politiche e diplomatiche ai conflitti e alle tensioni internazionali e a proseguire il dialogo per rinnovare e migliorare gli accordi di non proliferazione. Sono certa che l'Europa svolgerà un ruolo di primo piano in questo senso, sostenendo l'azione dell'AIEA e delle Nazioni Unite. Mi auguro che si arrivi presto alla creazione di nuove zone libere da armi nucleari e da tutte le armi di distruzione di massa, a cominciare dal Medio Oriente, per proseguire fino alla loro totale eliminazione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Zabrinut sam zbog narušene regionalne i međunarodne sigurnosti te ponovnog jačanja uloge nuklearnog oružja u tim procesima. Međunarodni mir i stabilnost ugrožavaju sve lošiji odnosi nuklearnih sila. Nelegalno razvijanje i širenje nuklearnog oružja je među glavnim brigama svjetske zajednice. Prioritet nam mora biti zaustavljanje stjecanja nuklearnih sposobnosti od strane terorističkih aktera te dodatnih, potencijalno nestabilnih, zemalja.

Stoga podržavam zaključke ovogodišnjeg sastanka na vrhu u Washingtonu i pozdravljam predanost zaustavljanju ilegalne trgovine i korištenja nuklearnog materijala te potpunom nadzoru i fizičkoj zaštiti nuklearnog materijala. Dok je Sigurnosna strategija iz 2003. navodila širenje nuklearnog oružja kao jednu od temeljnih prijetnji, aktualna se Globalna strategija ne dotiče problematike oružja za masovno uništenje, neširenja te kontrole naoružanja.

Pozivam članice EU-a da podupru i konstruktivno djeluju u sklopu naredne UN-ove konferencije 2017. godine u svrhu donošenja obvezujućeg dokumenta zabrane nuklearnog oružja. Pozivam sve zemlje što posjeduju nuklearno naoružanje da poduzmu konkretne mjere s ciljem smanjivanja rizika nuklearne detonacije te da umanje uloge tog oružja u svojim vojnim doktrinama. Podržavam i jačanje ovlasti Međunarodne agencije za atomsku energiju te stvaranje zone bez nuklearnog oružja na Bliskom Istoku što je jedna od ključnih preduvjeta za izgradnju trajnog mira u regiji.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução está corroída por um defeito nuclear. É absolutamente parcial, ignorando uma perspetiva global para a questão. Ao mesmo tempo que lança ferozes críticas à Rússia ou à República Popular e Democrática da Coreia, despindo-as de contexto e enquadramento regional, omite o papel que os EUA e as potências nucleares europeias (França e Reino Unido) têm assumido neste particular, nomeadamente prosseguindo a renovação do seu arsenal nuclear, a par de um cada vez maior cerco à Rússia pela NATO. Registamos a total ausência de condenação à política nuclear de Israel, ou a ausência de crítica à crescente militarização da UE, da intenção de aumento dos orçamentos militares dos Estados, do aprofundamento da PCSD, da pretensão de uma União Europeia de Defesa paralela à NATO, da descentralização de armas pelos EUA por diferentes países.

Por outro lado, é absurdo, e no entanto revelador, que não haja qualquer referência à imperiosa defesa da paz, por oposição ao cenário apocalíptico que pode resultar de um conflito nuclear à escala mundial.

Por estas razões votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Otázku jaderné bezpečnosti a nešíření jaderných zbraní považuji za jednu z klíčových výzev moderní civilizace. Toto téma se stalo v poslední době ještě důležitějším tváří v tvář zhoršenému bezpečnostnímu prostředí v Evropě. Osobně jsem velice znepokojen hlavně ruským postojem, který indikuje jeho zvyšující se ochotu v určitých případech použít jaderné zbraně, ačkoliv to jsou v tomto stádiu spíše politické výhrůžky. Minulost ovšem ukázala, že podobné mocenské hry mohou mít fatální následky. V případě Ruska se aktuálně jedná zejména o vyjádření týkající se zvýšené připravenosti použít jaderné zbraně, možného rozmístění jaderných zbraní do dalších oblastí v Evropě nebo přesunu raketových systémů Iskander do Kaliningradské oblasti. Nestabilní situace v Evropě a pocit ohrožení by mohl mít za následek proliferaci jadernách zbraní jako prostředku k odstrašování, což nesmíme dopustit.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La lutte contre la prolifération nucléaire, qui est malheureusement toujours de mise dans certains pays du monde, est un objectif partagé par une grande majorité au sein du Parlement européen. Toutefois, le rôle des députés ne doit pas être de remettre en cause le choix d'États membres de l'UE, en particulier la France, qui font de la présence du nucléaire un principe de sécurité nationale.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O Tratado de Não Proliferação de Armas Nucleares, assinado em 1968, é um importante marco histórico, mas é outrossim um instrumento jurídico vinculativo, cujo propósito é prevenir a expansão do uso de armas nucleares e tecnologia a estas associada, ao mesmo tempo que promove a cooperação para o uso pacífico da energia nuclear.

A segurança internacional enfrenta atualmente vários desafios no domínio do cumprimento do Tratado. Neste sentido, destaco a deterioração das relações de duas das potências nucleares, mormente a Rússia e os Estados Unidos, tendo a Rússia, recentemente, feito suspender a vigência do acordo relativo ao descarte de plutónio.

O ambiente de insegurança que atravessa a Europa e a sua vizinhança tem aumentado nos últimos anos, tornando-se volátil, perigoso e imprevisível, obrigando os Estados Membros a lidar com um vasto leque de ameaças convencionais e não convencionais.

Apoio o trabalho desenvolvido pela Agência Internacional para a Energia Nuclear, que, pela via da cooperação, promove o uso seguro e pacífico das tecnologias nucleares.

Voto favoravelmente e apelo à intensificação dos esforços de cooperação em matéria de segurança nuclear, de forma a minimizar os riscos de tal produtos caiam em mãos de grupos terroristas e assumindo como grande objetivo a destruição de todas as armas nucleares existentes no planeta.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. Nuclear deterrence is purely a matter for the currently recognised nuclear powers in Europe, namely the United Kingdom and France. We completely reject any attempt at EU interference in this and all other aspects of Member State defence policy.

Non-proliferation is supported by a long-standing international regime, legally based on the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons and other international treaties, and supported by international institutions such as the UN, the International Atomic Energy Agency and others. We see no reason for the EU to potentially displace an already largely successful international norm.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por considerar que a situação mundial de segurança, e em particular a da UE, se degradou significativamente nos últimos anos, tendo-se tornado mais instável, perigosa e imprevisível, uma vez que existem ameaças híbridas, convencionais e não convencionais geradas por intervenientes estatais e não estatais, tanto a nível regional, quanto mundial.

A paz, a segurança e a estabilidade internacionais estão seriamente ameaçadas por vários desenvolvimentos, designadamente a deterioração das relações entre Estados detentores de armas nucleares, como a Federação da Rússia e os Estados Unidos da América, a Índia e o Paquistão, bem como pela prossecução do desenvolvimento da capacidade nuclear pela Coreia do Norte.

É de lamentar a inexistência, desde a entrada em vigor do novo Tratado START, em 2011, de novas negociações sobre uma redução urgente das ogivas nucleares posicionadas e não posicionadas, incluindo, tal como anteriormente decidido pelos EUA e pela Rússia, medidas para reduzir e eliminar armas nucleares táticas e de curto alcance consideradas armas nucleares subestratégicas ou não estratégicas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La seguridad nuclear y la no proliferación constituyen un asunto central para la Unión, máxime cuando se percibe un deterioro de las condiciones de seguridad para Europa, y se están produciendo conflictos armados de distinta naturaleza muy cerca de nuestras fronteras. En la situación actual, Europa enfrenta amenazas convencionales, no convencionales e incluso nucleares que ponen en cuestión la paz, la seguridad y la estabilidad.

Por todo ello, he votado a favor de esta resolución para ampliar la cooperación internacional reclamada por la resolución 1540 de las Naciones Unidas para tratar de controlar el armamento nuclear y prevenir que caiga en manos de actores no estatales, especialmente de grupos terroristas. Conociendo que, desde su aprobación en 2004, hay una mayor decisión por parte de estos actores de hacerse con este armamento, una colaboración más estrecha, intensa y amplia es necesaria en este ámbito para evitar que proveedores potenciales de armas nucleares pasen a ser proveedores reales.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen sur la sécurité nucléaire et la non-prolifération car je suis très préoccupé par la détérioration de la situation en matière de sécurité dans le voisinage de l'Union qui pourrait déboucher sur une résurgence des armes nucléaires.

Je suis également préoccupé par l'attitude actuelle de la Russie, qui aggrave la menace nucléaire. Dès lors, je plaide et invite toutes les puissances nucléaires à prendre en considération les recommandations faites à travers cette résolution.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A situação mundial de segurança, e em particular a da UE, degradou-se significativamente nos últimos anos, tendo-se tornado mais instável, perigosa e imprevisível com a presença de ameaças híbridas, convencionais e não convencionais geradas por intervenientes estatais e não estatais, tanto a nível regional, quanto mundial.

A paz, a segurança e a estabilidade internacionais estão seriamente ameaçadas por recentes desenvolvimentos- sendo a deterioração das relações externas entre Estados detentores de armas nucleares um deles.

É por isso essenciais os Estados detentores deste tipo de armamento tomarem medidas concretas para reduzir os riscos associados a esta posse, cabendo à UE enquanto potência mundial, agir enquanto mediador com vista à resolução das diversas situações de conflito existentes ao redor do globo.

É de lamentar que as armas nucleares estejam a regressar ao planeamento estratégico dos Estados que delas dispõem. Considero ainda urgente a retirada da Europa dos arsenais de armas nucleares existentes. Deste modo, contribuiremos de forma positiva para a existência de mais zonas livres de armas nucleares, promovendo o cumprimento das obrigações de não proliferação e desarmamento.

Por considerar tratar-se de uma matéria que urge uma solução imediata, votei esta proposta (da qual fui proponente) favoravelmente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que expresa nuestra profunda preocupación ante el deterioro del entorno de seguridad alrededor de la Unión y más allá de sus Estados vecinos, lo que podría dar lugar a la reaparición del armamento nuclear a modo de factor disuasorio activo y a su posible proliferación entre agentes estatales y no estatales, así como, ante la falta de aplicación de medidas eficaces de desarme y no proliferación. Asimismo, la resolución, respalda la Cumbre de Seguridad Nuclear de 2016 y reconoce que el comercio no autorizado y el uso de materiales nucleares es una amenaza inmediata y grave para la seguridad mundial, y espera lograr un seguimiento completo y la puesta en seguridad física de todos los materiales apropiados para la construcción de armas, algo que consideramos esencial.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, porque a pesar de tener una intencionalidad positiva y pronunciarse a favor del desarme nuclear, es un texto notablemente desequilibrado y parcializado, que no contribuye a la discusión seria y profunda de un tema tan importante. Una vez más, la Unión padece de falta de equilibrio al momento de realizar análisis y propuestas que realmente puedan servir para aportar a soluciones de temas trascendentales, como la seguridad nuclear y la no proliferación. Un intento que pudo ser de gran aporte para la lucha por la paz, se pierde en ataques desproporcionados en contra de la Federación Rusa, y al mismo tiempo omite la responsabilidad de la OTAN y de los Estados Unidos en la proliferación de armas nucleares. Tampoco se menciona a Israel, que tiene más de 300 cabezas nucleares, como si no fuera actor protagónico en el tema nuclear y en la configuración geopolítica mundial. Ante esta hipocresía, he votado en contra.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – This resolution does not encourage states enough to reach the goals set in the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons, the Treaty Banning Nuclear Tests in the Atmosphere, in Outer Space and Under Water, the Convention on the Physical Protection of Nuclear Material and others as main tools for nuclear security and non-proliferation. Instead, it is getting close to breaching the principle of subsidiarity and it also does not acknowledge the right of the recognised nuclear weapons states to retain their nuclear deterrents as an important element of national security. The motion does not call for nuclear security and non-proliferation as such, but takes different approaches to different states and areas.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Medzinárodný mier, bezpečnosť a stabilita sú v súčasnosti vážne ohrozené rôznymi udalosťami vrátane zhoršujúcich sa vzťahov medzi štátmi, ktoré disponujú jadrovými zbraňami. Skúšky jadrových zbraní alebo akékoľvek iné jadrové explózie sú hrozbou pre medzinárodný mier a bezpečnosť a ohrozujú celosvetový režim jadrového odzbrojovania a nešírenia jadrových zbraní. Podporila som návrh uznesenia EP, v ktorom vyjadrujeme hlboké znepokojenie nad zhoršovaním bezpečnostnej situácie v okolí Európskej únie a za hranicami jej susedstva, keďže v dôsledku tohto zhoršenia by sa jadrové zbrane mohli opäť začať používať na aktívne odstrašovanie a mohlo by dôjsť k ich šíreniu medzi štátmi aj neštátnymi subjektmi. Preto sme vyzvali všetky štáty vlastniace jadrové zbrane, aby prijali konkrétne dočasné opatrenia na obmedzenie rizika výbuchov jadrových zbraní vrátane zníženia operačného stavu jadrových zbraní a presunu jadrových zbraní z miest nasadenia do skladov, obmedzenia úlohy jadrových zbraní vo vojenských doktrínach a urýchleného zredukovania všetkých druhov jadrových zbraní.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – De mondiale veiligheid, en in het bijzonder die van de EU, is aanzienlijk verslechterd: ze is hachelijker en minder voorspelbaar. De internationale vrede, veiligheid en stabiliteit staan voor uiteenlopende ontwikkelingen: verslechterende relaties tussen nucleair-gewapende staten zoals Rusland en de Verenigde Staten en de verdere ontwikkelingen in de nucleaire mogelijkheden van Noord-Korea. De proliferatie van nucleaire massavernietigingswapens blijft bovendien één van de grootste bekommernissen van de globale gemeenschap.

Om deze redenen en het algemeen belang stelt het Europees Parlement een resolutie voor die deze problematiek aankaart en de Europese Unie aanzet tot het ondernemen van actie op het vlak van nucleaire veiligheid en non-proliferatie. De prioriteiten zijn onder andere het voorkomen van het verkrijgen of gebruiken van nucleaire wapens door terroristen of bijkomende staten, het verminderen en uitbannen van alle nucleaire arsenalen en het toewerken naar een wereld zonder nucleaire wapens. In de resolutie worden verder belangrijke accenten gelegd, prominente ontwikkelingen en punten van zorg geduid en bovendien prangende aanbevelingen gedaan.

Omdat nucleaire veiligheid en non-proliferatie uiterst belangrijke thema's zijn voor mij en voor de Groene fractie in zijn geheel, heb ik deze resolutie mee ondertekend en met volle overtuiging goedgekeurd.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Das letzte Gipfeltreffen zur nuklearen Sicherheit, das in DC stattfand, führte zu guten Verbesserungsvorschlägen und zur Unterstützung internationaler Institutionen. Der Gipfel war ein Erfolg, obwohl es bedauerlich ist, dass Russland nicht teilgenommen hat, vor allem angesichts der Größe seines nuklearen Arsenals. Dennoch halten sich bis heute 101 Länder an den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Allianz für Fortschritt und Aufbruch unterstützt nachdrücklich die Bemühungen um eine Verringerung der Bedrohung durch den nuklearen Terrorismus. Deshalb habe ich für diese Entschließung gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. — Jadrová bezpečnosť v ponímaní sveta bez jadrových zbraní je najdôležitejším cieľom globálnej politiky kontroly zbraní a tiež cieľom Zmluvy o nešírení jadrových zbraní. Vzhľadom na znepokojujúce udalosti posledných rokov, výrazné zhoršenie stability a bezpečnosti v okolí Európskej únie, zhoršovanie vzťahov medzi štátmi vlastniacimi jadrové zbrane a súčasnú zvýšenú jadrovú hrozbu vyplývajúcu z postoja Ruska je nevyhnutná spolupráca na celosvetovej úrovni.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments vom 27. Oktober 2016 zur „nuklearen Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen" habe ich nicht zugestimmt.

Ich teile im vollen Umfang die Besorgnis über die Verbreitung von Kernwaffen. Den Bericht finde ich jedoch unausgewogen. Er kritisiert Russland für die Modernisierung seines Kernwaffenarsenals und dass es nicht einseitig auf Kernwaffen zur Abschreckung verzichtet.

Gleichzeitig hat das Militär der Vereinigten Staaten alle seine strategischen und taktischen Nuklearwaffen entweder aufgerüstet oder verbessert. Die Obama-Regierung hat umfangreiche Modernisierungsprogramme aufgelegt. Der amerikanische Verteidigungsminister rechnet mit Gesamtkosten dafür in Höhe von 350 bis 450 Milliarden US-Dollar (Quelle: Arms Control Association).

Kritik an nuklearer Aufrüstung bzw. mangelnder Abrüstung: unbedingt ja – aber bitte weltweit.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o jedrski varnosti in neširjenju jedrskega orožja. V zadnjem času smo priča različnim dogodkom, ki so vplivali na slabšanje odnosov med državami z jedrsko oborožitvijo. Slabšanje varnostnih razmer v Evropski uniji in širšem sosedstvu nas lahko skrbi v luči ponovnega pojava jedrskega orožja kot sredstva za aktivno odvračanje in njegovega morebitnega širjenja med državnimi in nedržavnimi akterji. Podpiram poziv vsem državam z jedrskim orožjem, naj sprejmejo konkretne začasne ukrepe za zmanjšanje nevarnosti detonacij jedrskega orožja, med drugim omejijo njegov operativni status, že nameščeno jedrsko orožje pa uskladiščijo.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πυρηνική ενέργεια και κατ' επέκταση τα πυρηνικά όπλα αποτελούν ένα εργαλείο για τον άνθρωπο. Τα κράτη που διαθέτουν πυρηνικά οπλοστάσια θα πρέπει να μεριμνούν για την αποτροπή της χρήσης τους και να προσπαθούν να δημιουργήσουν τις κατάλληλες προϋποθέσεις ώστε όλα τα ενδιαφερόμενα μέλη να προσέρχονται στο τραπέζι των τόσο σημαντικών συνομιλιών.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az állásfoglalást, mert az hangot ad az európai közvéleményben is egyre szélesebb körben élő aggodalomnak egyes nukleáris fegyvereket birtokló országok, illetve kormányzatuk politikájának potenciális veszélyei, illetve az egész nemzetközi biztonság jövője miatt. Az EP Ukrajnával foglalkozó delegációjának, illetve a társulási bizottság alelnökeként különösen érzékeny vagyok azokra a – személyes tapasztalataimmal is alátámasztott – tényekre és kételyekre, amelyek Oroszország regionális és globális törekvéseire vonatkoznak.

Ukrajna katonai eszközökkel való destabilizálása, a Krím-félsziget illegális annektálása, a NATO-val, mindenekelőtt a balti országokkal szembeni, nukleáris elemeket sem nélkülöző politikai fenyegetések a Putyin-rezsim részéről olyan, az EU közvetlen keleti szomszédságában jelentkező, könnyen reálissá válható veszélyt jelentenek, amellyel szemben határozott és egységes EU fellépésre, ezen belül az EKSZ átfogó és konkrét reagálására van szükség. Az EP mostani határozata megítélésem szerint ehhez megfelelő politikai hátteret és ösztönzést ad és remélhetőleg a tagállami kormányokat is az egységes politikai cselekvés irányába befolyásolja.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Sytuacja w zakresie bezpieczeństwa w sąsiedztwie Unii Europejskiej uległa znacznemu pogorszeniu w ostatnich kilku latach i stała się bardziej niestabilna, niebezpieczna i nieprzewidywalna, wskutek czego państwa członkowskie muszą radzić sobie z szeregiem zagrożeń ze strony podmiotów państwowych i niepaństwowych.

Układ o nierozprzestrzenianiu broni jądrowej z 1968 roku uznaje pięć państw posiadających broń jądrową, natomiast trzy kraje, które de facto posiadają broń jądrową, rozwinęły potencjał nuklearny poza ramami tego układu (Indie, Pakistan i Izrael). Korea Północna uznawana jest zaś za kraj zdolny do produkcji broni jądrowej.

Niestety w ostatnich latach zarówno Rosja, jak i Korea Południowa podejmowały liczne działania sprzeczne z postanowieniami Układu o nierozprzestrzenianiu broni jądrowej, wzmacniając poczucie zagrożenia wśród całej społeczności międzynarodowej i prowadząc do dalszego rozprzestrzeniania broni jądrowej wśród podmiotów państwowych i niepaństwowych.

Obecnie Unia Europejska, jak i państwa członkowskie powinny podjąć zdecydowane i jednoznaczne kroki mające na celu stworzenie globalnej kontroli zbrojeń przy jednoznacznym uznaniu świata wolnego od broni jądrowej jako realnego celu długoterminowego.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha di nuovo fatto rullare i tamburi di guerra approvando ad amplissima maggioranza minacciose ed ingiustificate fanfaronate antirusse all'interno della risoluzione «Sicurezza nucleare e non proliferazione» che, sebbene non abbia valore legislativo, ha purtroppo un significativo valore politico. La realtà è diversa rispetto a come viene descritta nel rapporto: si accusa la Russia di aver sferrato nel 2014 «un attacco armato» nell'Ucraina orientale. In realtà, prima di questo supposto attacco russo, USA e UE hanno appoggiato in Ucraina, vicino ai confini russi, un violento esautoramento del presidente regolarmente eletto e la sua sostituzione con un *estabilishment* visceralmente antirusso. Inoltre la risoluzione dice che la Russia ha schierato missili nucleari a Kalingrad senza però fornire il contesto dato che è stata una reazione russa alle bombe statunitensi sull'esercito siriano, alleato dei russi, che ha portato il via alla spirale di minacce e tensioni planetarie. Su *Vote Watch* è disponibile il voto relativo alla risoluzione: sono stati ignorati tutti gli emendamenti che hanno provato a smorzare i toni deliranti e arroganti del testo presentato al quale hanno votato a favore i Verdi e tutti i grandi gruppi politici tra cui i socialisti. Noi del M5S abbiamo chiaramente votato contro.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În prezent, asistăm la deteriorarea considerabilă a mediului de securitate global, nu doar al UE, generat de diferiți actori regionali și globali, în ciuda eforturilor desfășurate de UE în acest domeniu. Mai mult decât atât, pacea, securitatea și stabilitatea internațională sunt grav afectate, inclusiv de deteriorarea relațiilor dintre statele care dețin arme nucleare. Ca atare, devine necesară consolidarea obiectivelor de bază în materie de neproliferare și dezarmare ale celor trei piloni ai TNP (neproliferarea, dezarmarea și cooperarea) pentru utilizarea pașnică a energiei nucleare.

În acest sens, este salutară prezentarea strategiei globale a UE în acest domeniu, dat fiind faptul că UE și-a asumat, prin Strategia împotriva proliferării armelor de distrugere în masă, adoptată de Consiliul European la 12 decembrie 2003, angajamentul de a utiliza toate instrumentele pe care le are la dispoziție pentru a preveni, descuraja, opri și, dacă este posibil, elimina programele de proliferare care suscită îngrijorare la nivel mondial. Evident, pentru ca UE să devină forța motrice a lumii în consolidarea și continuarea acordurilor multilaterale de dezarmare și de neproliferare nucleară, este necesară actualizarea și extinderea Strategiei UE din 2003 împotriva proliferării armelor de distrugere în masă.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Securitatea nucleară a constituit o temă de dezbatere încă din primele stadii ale Războiului Rece și continuă să fie un subiect de maxim interes și în prezent. În această perioadă, asistăm la deteriorarea mediului de securitate european, în contextul în care vechile tratate de limitare a armamentelor nucleare sunt denunțate de unii dintre semnatari, iar unii actori internaționali, de tip statal sau non-statal, recurg la dezvoltarea și chiar extinderea acestor tipuri de armament cu impact devastator pentru întreaga umanitate. Este vorba, în acest context, chiar de adresarea unor amenințări de tip nuclear mai mult sau mai puțin convenționale, care pun în pericol pacea europeană și mondială.

În aceste condiții, grupul S&D, în linia tradiției sale politice la nivel european, se pronunță în mod clar în favoarea limitării acestor tendințe periculoase și pentru apărarea păcii, securității și stabilității pe continentul european. Parlamentul European, ca garant al securității cetățenilor pe care îi reprezintă în mod direct, trebuie să ia atitudine și să condamne aceste acte regretabile, care nu servesc intereselor nimănui pe termen mediu și lung. Susțin această rezoluție, a cărei necesitate se impune de la sine.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, nous reconnaissons le droit des États détenant officiellement l'arme nucléaire de garder, comme composante essentielle de la sécurité nationale, un potentiel de dissuasion nucléaire, et ce au regard des nombreux arsenaux nucléaires qui existent encore et toujours dans le monde, du développement éventuel et de la prolifération des armes nucléaires, et du risque d'une instabilité et de tensions internationales accrues.

Nous adhérons aux objectifs du traité sur la non-prolifération nucléaire qui offre, au niveau mondial, un cadre pour empêcher la diffusion des armes nucléaires, pour promouvoir l'utilisation sûre et fiable de l'énergie nucléaire civile et pour atteindre au final un monde dénucléarisé.

Tant un contexte de sécurité qu'une dénucléarisation durable passent obligatoirement par une démarche multilatérale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As of recently, there has been concern expressed about the deterioration of the security environment around the European Union and beyond its neighbourhood, which could lead to the re-emergence of nuclear weapons as an active deterrent and possible proliferation among state and non-state actors. Specifically, there is concern for the increased nuclear threats arising from Russia, with implications for security, stability and especially in light of Russia's deteriorating relationship with NATO. I voted in favour of the motion for a resolution, which calls on all nuclear-weapon states to take concrete measures to reduce the risk of nuclear aggression.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az indítvány elsősorban az Európai Unió szomszédságában tapasztalható romló biztonsági helyzetre reagál. Mindez ahhoz vezethet, hogy elrettentés céljából ismét megindul a nukleáris fegyverkezés gyakorlata. Emellett további kockázatot jelent a leszerelésre és a nukleáris fegyverek elterjedésének megakadályozására irányuló tényleges lépések végrehajtásának elmaradása is. Az indítvány felszólítja az atomfegyverrel rendelkező államokat, hogy hozzanak konkrét intézkedéseket az atomfegyverek felrobbanása kockázatának csökkentésére, valamint haladéktalanul intézkedjenek az atomfegyverek számának gyors csökkentéséről.

Mindezek mellett az indítvány aggodalmát fejezi ki Oroszország szerepe és hozzáállása miatt, amely jelentősen növelte a nukleáris fenyegetettséget. Ennek következményeként világszinten romlott a biztonsági helyzet, megingott a stabilitás és a kiszámíthatóság, jelentősen romlott a NATO és Oroszország kapcsolata.

Az indítvány támogatja továbbá a 2016-os nukleáris biztonsági csúcstalálkozó összehívását, elismerve azt, hogy a nukleáris anyagok engedély nélküli kereskedelme és használata közvetlen és súlyos fenyegetést jelent a világ biztonságára.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Diljem svijeta i dalje postoje veliki nuklearni arsenali i mogućnost da se nuklearno oružje još više širi, što povećava međunarodnu nestabilnost i napetost. Zbog toga smatram da su globalna suradnja i Ugovor o neširenju nuklearnog oružja (NTP), međunarodni sporazum kojim se nastoji spriječiti širenje nuklearnog oružja i tehnologije nuklearnog oružja, ključni faktori u borbi protiv širenja nuklearnog oružja.

Imajući u vidu opasnost koju predstavljaju teroristički napadi, očigledno je da je nastavak suradnje i daljnje poboljšanje nuklearne sigurnosti itekako potrebno budući da se jedino na taj način rizik da nuklearno oružje ili materijali koji se koriste za izradu nuklearnog oružja dođu u ruke terorističkih skupina može svesti na najmanju moguću mjeru. Budući da je u ovoj rezoluciji prepoznata potreba za pojačanjem napora za sprječavanje širenja nuklearnog oružja, glasovala sam za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o jedrski varnosti in neširjenju jedrskega orožja sem podprla. Pogodba o neširjenju jedrskega orožja je prelomna mednarodna pogodba, katere cilj je preprečiti širjenje jedrskega orožja in tehnologije orožja, spodbujati sodelovanje pri miroljubni uporabi jedrske energije ter izboljšati svetovno jedrsko razoroževanje. Ta pogodba je edina zavezujoča obveznost držav z jedrskim orožjem v večstranski pogodbi do cilja razorožitve. Konvencija o fizičnem varovanju jedrskega materiala je pravno zavezujoč mednarodni instrument na področju fizičnega varovanja jedrskega materiala, ki določa ukrepe v zvezi s preprečevanjem, odkrivanjem in kaznovanjem prekrškov v zvezi z jedrskim materialom. S spremembo Konvencije postane pravno zavezujoče za države pogodbenice, da zaščitijo jedrske zmogljivosti in material med miroljubno domačo uporabo, skladiščenjem in prevozom. Parlament izraža zaskrbljenost glede nedavnih jedrskih poskusov, ki jih je izvedla Demokratična ljudska republika Koreja, in tveganj, ki jih to predstavlja za regionalno stabilnost, in zahteva, da Demokratična ljudska republika Koreja v prihodnje preneha s temi poskusi. Parlament spodbuja nadaljevanje uporabe in strogo izvajanje Konvencije o fizičnem varovanju jedrskega materiala in poziva države, ki te pogodbe še niso ratificirale, naj to storijo.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que expresa nuestra profunda preocupación ante el deterioro del entorno de seguridad alrededor de la Unión y más allá de sus Estados vecinos, lo que podría dar lugar a la reaparición del armamento nuclear a modo de factor disuasorio activo y a su posible proliferación entre agentes estatales y no estatales, así como, ante la falta de aplicación de medidas eficaces de desarme y no proliferación. Asimismo, la resolución, respalda la Cumbre de Seguridad Nuclear de 2016 y reconoce que el comercio no autorizado y el uso de materiales nucleares es una amenaza inmediata y grave para la seguridad mundial, y espera lograr un seguimiento completo y la puesta en seguridad física de todos los materiales apropiados para la construcción de armas, algo que consideramos esencial.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que expresa nuestra profunda preocupación ante el deterioro del entorno de seguridad alrededor de la Unión y más allá de sus Estados vecinos, lo que podría dar lugar a la reaparición del armamento nuclear a modo de factor disuasorio activo y a su posible proliferación entre agentes estatales y no estatales, así como, ante la falta de aplicación de medidas eficaces de desarme y no proliferación. Asimismo, la resolución, respalda la Cumbre de Seguridad Nuclear de 2016 y reconoce que el comercio no autorizado y el uso de materiales nucleares es una amenaza inmediata y grave para la seguridad mundial, y espera lograr un seguimiento completo y la puesta en seguridad física de todos los materiales apropiados para la construcción de armas, algo que consideramos esencial.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que considero es una excelente noticia al posicionarse nítidamente contra la existencia de armas nucleares en cualquier parte del mundo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I abstained of voting on motions for a resolution on nuclear security and non-proliferation. The resolution notes that worsening relations between nuclear-armed states, such as Russia and the US or India and Pakistan, but also Russia's threats to use nuclear weapons or to deploy them to more territories in Europe, are making the EU's security environment ever more tense. Moreover, it stresses the concern about nuclear threats arising from the Russian attitude, its statements indicating an increased readiness to use nuclear weapons. It cites the examples of Russian military exercises simulating the use of these weapons against Poland, high-ranking Russian officials' claims that Russia has the right to deploy nuclear weapons in Crimea and the deployment of the nuclear-capable Iskander missile system to the Kaliningrad region, neighbouring Lithuania and Poland. I abstained because I believe that this resolution is very one-sided and not balanced.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra, porque a pesar de tener una intencionalidad positiva y pronunciarse a favor del desarme nuclear, es un texto notablemente desequilibrado y parcializado, que no contribuye a la discusión seria y profunda de un tema tan importante. Una vez más, la Unión padece de falta de equilibrio al momento de realizar análisis y propuestas que realmente puedan servir para aportar a soluciones de temas trascendentales, como la seguridad nuclear y la no proliferación. Un intento que pudo ser de gran aporte para la lucha por la paz, se pierde en ataques desproporcionados en contra de la Federación Rusa, y al mismo tiempo omite la responsabilidad de la OTAN y de los Estados Unidos en la proliferación de armas nucleares. Tampoco se menciona a Israel, que tiene más de 300 cabezas nucleares, como si no fuera actor protagónico en el tema nuclear y en la configuración geopolítica

mundial. Ante esta hipocresía, he votado en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Al jaren vecht ik voor non-proliferatie. Verscheidene keren nam ik het op voor non-proliferatie in de Belgische Kamer van Volksvertegenwoordigers. De algemene trend was positief. Er deed zich een afname voor. Ik betreur dat kernwapens, in tegenstelling tot wat werd gehoopt, opnieuw deel gaan uitmaken van de strategische planning van kernmachten. Ik stem in met de gemeenschappelijke resolutie om aan te dringen op nauwer overleg met alle kernmachten om een gemeenschappelijke agenda na te streven die gericht is op de geleidelijke vermindering van het kernkoppenarsenaal.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O TNP é um tratado internacional de referência que tem por objetivo impedir a proliferação de armas nucleares e de tecnologias de armamento, promovendo a cooperação no domínio das utilizações pacíficas da energia nuclear e a causa do desarmamento nuclear à escala mundial.

O relatório reconhece o direito que assiste aos Estados que reconhecidamente detêm armas nucleares de manterem os seus arsenais de dissuasão nuclear enquanto elemento importante da segurança nacional, tendo em conta a existência continuada de grandes arsenais nucleares em todo o mundo, a possibilidade de proliferação de armas nucleares e o risco de aumento da instabilidade e de tensões a nível internacional. Mas curiosamente só reconhece implicitamente este direito às potências ocidentais. Daí a senha persecutória relativamente à Rússia e à Coreia do Norte, a fazer lembra o discurso do eixo do mal. Não será pintando um mundo a duas cores que conseguiremos trilhar os caminhos da paz e do progresso social. Neste sentido, este relatório representa um passo atrás na construção de uma solução política de paz que respeite a soberania dos povos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige richtige Einschätzungen zur nuklearen Sicherheit und Nichtverbreitung von Kernwaffen, etwa durch die Betonung der Notwendigkeit des Aufbaus weiterer atomwaffenfreier Zonen und der Feststellung, dass Kernwaffenversuche und anderweitige Kernexplosionen den Frieden und die Sicherheit weltweit bedrohen und die globalen Prozesse der atomaren Abrüstung und die Nichtverbreitungsvereinbarungen untergraben. Allerdings macht der Bericht an anderer Stelle auf äußerst einseitige Weise ausschließlich Russland als den Schuldigen für die steigende nukleare Bedrohung und die Verschlechterung der Beziehungen zur NATO verantwortlich. Daher habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della dichiarazione dell'alto rappresentante sulla sicurezza nucleare e la non proliferazione. La sicurezza nucleare e la non proliferazione sono temi centrali della nostra politica, soprattutto ora, che la sicurezza dell'Europa è messa in discussione da minacce convenzionali, non convenzionali e nucleari, generate da attori statali e non statali. Dal momento che la pace internazionale, la sicurezza e la stabilità sono messe in discussione dal deteriorarsi delle relazioni con Stati che possiedono le armi nucleari, ritengo necessario promuovere una cooperazione volta a salvaguardare i nostri valori comuni.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The European Parliament has adopted a landmark resolution backing the historic process currently taking place at the UN to negotiate a legally binding instrument to ban nuclear weapons. I am proud to have been a key player in the process to bring political groups together in order to reach agreement. The resolution gives the EU's External Action Service a clear mandate to engage in the UN process, and play its role as a promoter of peace and international cooperation. All of the EU's Member States, including nuclear weapons states, are called upon to support and contribute positively to the process.

The aim of this process is to create a new international consensus that the humanitarian impacts of nuclear weapons put them in direct violation of international law, so that they could never be used legally.

While the text of the resolution is emphatically strong on these issues, I did support amendments that called more attention to the role of nuclear-armed states, including the UK, and the need for them to move actively towards disarmament.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because the global security environment, and particularly that of the EU, has deteriorated considerably, becoming more fluid, more precarious and less predictable. That is why action is needed. One of the main priorities is to prevent terrorists from obtaining or using nuclear weapons. I agree with an open dialogue with all nuclear-armed states trying to pursue a common agenda aimed at progressive reductions of nuclear warheads. This topic is very sensible, especially now with the ongoing tensions in the Middle East.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Jadrové zbrane predstavujú jeden z najefektívnejších nástrojov bezpečnostnej politiky. Odstrašovanie a stratégia druhého úderu zaručujú jadrovým mocnostiam istú mieru nedotknuteľnosti pred priamym vojenským útokom. Avšak táto politika má svoje úskalia a v prípade použitia čo i len jednej jadrovej hlavice hrozí celosvetový konflikt. Je žalostné, ak štáty musia svoju nedotknuteľnosť a silu garantovať zbraňami hromadného ničenia. Náš svet sa momentálne nachádza na hrane ďalšej studenej vojny a situácia v oblasti jadrovej bezpečnosti má skôr degradačný charakter. Takýto stav nahráva neštátnym subjektom, ktoré obchodujú s jadrovými zbraňami, čo predstavuje obrovské riziko pre globálnu bezpečnosť. Navyše, zhoršujúce sa vzťahy Ruska a NATO nie sú dobrým indikátorom zlepšenia situácie v oblasti jadrovej bezpečnosti. Rozmiestnenie raketových systémov Iskander v Kaliningradskej oblasti schopných niesť jadrové hlavice je znepokojujúce. Plne súhlasím s predloženým uznesením, ktoré upozorňuje na potrebu dialógu, rešpektovanie medzinárodných zmlúv v súvislosti s nešírením a zákazom skúšok nukleárnych zbraní. Potrebujeme viac dôvery a tú dosiahneme tým, že všetky štáty spoločne pristúpia po vzájomnom dialógu k likvidácii jadrového arzenálu.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ καταψηφίζει το ψήφισμα γιατί δεν απαιτεί την καταστροφή των πυρηνικών όπλων ούτε τάσσεται πραγματικά υπέρ της απαγόρευσης διάδοσής τους. Δεν κάνει καν αναφορά στο γεγονός ότι ισχυρά καπιταλιστικά κράτη μέλη της ΕΕ διαθέτουν πυρηνικό οπλοστάσιο και πραγματοποιούν σε τακτικά διαστήματα πυρηνικές δοκιμές. Κρύβει ότι η πρόσφατη Σύνοδος Κορυφής του ΝΑΤΟ στη Βαρσοβία αποφάσισε εγκατάσταση αντιβαλλιστικών συστημάτων, δηλαδή πυρηνικών συστημάτων, σε κράτη μέλη της ΕΕ, όπως η Ρουμανία και η Πολωνία, ανάπτυξη στρατιωτικών βάσεων και νατοϊκών πολυεθνικών στρατευμάτων στην Πολωνία και στα κράτη μέλη της ΕΕ στη Βαλτική, στο πλαίσιο του ανταγωνισμού των ΗΠΑ, του ΝΑΤΟ, της ΕΕ με την καπιταλιστική Ρωσία. Το ψήφισμα υποδαυλίζει αυτούς τους ανταγωνισμούς και στο πεδίο της κατοχής πυρηνικών όπλων, που έχει σαν βάση της τη σύγκρουση συμφερόντων των μονοπωλίων της μιας και της άλλης πλευράς. Νομιμοποιεί την παρουσία, έτοιμων προς χρήση πυρηνικών όπλων σε στρατιωτικές βάσεις του ΝΑΤΟ διάσπαρτες στα μέλη του, στην ΕΕ και αλλού, όπως στη Τουρκία. Αποτροπή του πυρηνικού ολέθρου, της αιματοχυσίας των λαών από τους ιμπεριαλιστικούς πολέμους μπορεί να εγγυηθεί μόνο η απαλλαγή τους από το βάρβαρο εκμεταλλευτικό καπιταλιστικό σύστημα.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta z dne 27. oktobra 2016 o jedrski varnosti in neširjenju jedrskega orožja.

Svetovno varnostno okolje in še posebej varnostno okolje EU se je zelo poslabšalo ter postalo bolj nestabilno in negotovo ter manj predvidljivo. Varnostne grožnje ustvarjajo tako državni kot nedržavni regionalni in svetovni akterji.

Zaskrbljujoče je poslabšanje varnostnih razmer v Evropski uniji in v širšem sosedstvu, kar bi lahko povzročilo ponoven pojav jedrskega orožja kot sredstva za aktivno odvračanje in njegovo morebitno širjenje med državnimi in nedržavnimi akterji.

Zato se pridružujem pozivu, naj Evropska služba za zunanje delovanje kot spremljevalni ukrep posodobi in razširi strategijo EU iz leta 2003 proti širjenju orožja za množično uničevanje in nove smernice za ukrepanje iz leta 2009, s čimer naj bi EU postala gonilna sila pri krepitvi in nadaljevanju večstranskih sporazumov o jedrskem razoroževanju in neširjenju orožja.

9.8. Europäischer Freiwilligendienst (B8-1126/2016, B8-1126/2016, B8-1127/2016, B8-1128/2016, B8-1133/2016, B8-1134/2016, B8-1135/2016)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, questa proposta mi piace molto, questa proposta di risoluzione, perché non solo declina uno dei valori di cui oggi abbiamo, dati i tempi, straordinariamente bisogno, cioè la solidarietà, ma è anche uno strumento che si è rivelato molto utile per i giovani. Infatti, il 75% dei volontari credono che il servizio volontario europeo sia un'esperienza che offra maggiori opportunità per trovare poi un lavoro così come l'85% dice che questa esperienza lo ha reso più consapevole dei valori europei. Risulta essere, quindi, un importante volano per i giovani per poi accedere al mercato del lavoro, di questi tempi è una cosa importante. Per questo io credo che bisogna facilitare l'accesso non solo in termini burocratici ma che bisogna poi valorizzarlo per l'accesso al lavoro, una volta che questo servizio sia terminato.

Anna Záborská (PPE). – Veľmi rada som podporila návrh uznesenia o dobrovoľníctve, ktoré je prejavom konkrétnej solidarity medzi ľuďmi. Dobrovoľníci robia svet lepším a to sa im vracia naspäť v podobe nových skúseností, cenných kontaktov a sociálnych zručností.

Ľudí, ktorí by sa mohli zapojiť do dobrovoľných aktivít, je viac než tých, ktorí to naozaj robia. To je potenciál, z ktorého by mala viac čerpať aj Európska dobrovoľnícka služba.

Dobrovoľníctvo je konkrétnym prejavom aktívneho občianstva. Pretože ľuďom, ktorým nie je jedno, ako žijú ich susedia a neváhajú im podať pomocnú ruku, takýmto ľuďom nie je ľahostajné, v akej spoločnosti žijú, akí politici ich zastupujú, ako sa dodržiavajú zákony a kam idú peniaze od daňových poplatníkov.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, gan dabht ar bith is ceart go dtabharfaimis aitheantas agus moladh do dhaoine a oibríonn go deonach trasna na hEorpa ar fad, agus gan dabht ar bith, mar a dúirt Anna Záborská nóiméad ó shin, ní fhaigheann siad aon rud as an obair seo ach an tsástacht agus an taitneamh a bhaineann siad as. Ach cabhraíonn siad go mór le gach uile rud a chruthú agus a chur chun cinn. Mar shampla, bhí sé de phribhléid agamsa a bheith i m'uachtarán ar Chumann Lúthchleas Gael i mo thír féin, agus sa ghluaisteacht sin, gach aon oifigeach is obair dheonach a dhéanann siad. Fiú amháin na h-imreoirí agus iad ag imirt os comhair b'fhéidir 80,000 duine, ní fhaigheann siad aon airgead as, agus an tsástacht amháin agus an ghlóir a fhaigheann siad. Dá bhrí sin, aon rud is féidir linn a dhéanamh le obair dheonach a chur chun cinn, ba chóir go ndéanfaimis é, agus aitheantas, b'fhéidir, níos mó aitheantas oifigiúil a thabhairt dóibh ag leibhéal na hEorpa.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Szanowni państwo! W tym roku mija 20 lat od powołania do życia wolontariatu europejskiego. Osoby, które uczestniczyły w tym projekcie na samym początku, niejednokrotnie mają już dzieci w wieku uprawniającym do wzięcia udziału w omawianej inicjatywie. Niezwykle interesujące byłoby zbadanie, ile z tych dzieci nauczonych doświadczeniem rodziców zdecydowało się na udział w wolontariacie europejskim. Niestety nie jesteśmy w stanie tego zrobić, bowiem, jak zauważa Silvia Costa, Komisja Europejska w niewielkim stopniu gromadzi dane związane z tą inicjatywą. Nie mamy informacji dotyczących wkładu wolontariatu europejskiego w krajowe i europejskie PKB czy też w zwiększenie spójności społecznej. Nie wiemy więc, jakie rzeczywiście efekty przynosi ta inicjatywa. Z pewnością musi być to jak najszybciej zmienione.

Trzeba również zastanowić się nad rozszerzeniem kategorii osób mogących skorzystać z europejskiego wolontariatu. Wydłużenie się okresu życia w dobrej kondycji sprawia, iż mamy do czynienia ze sporą grupą osób w wieku powyżej sześćdziesięciu lat, które dysponują czasem i chęcią do podjęcia aktywności społecznej. Warto to wykorzystać i stworzyć dla nich możliwość działalności w ramach czy to wolontariatu europejskiego, czy też całkowicie nowego programu. Z powyższych celów głosowałam za projektem.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il volontariato riveste, anche dal punto di vista economico, un'attività di fondamentale importanza, contribuendo in media alla produzione di circa il 5% del PIL. Tuttavia quest'importanza viene spesso trascurata dagli Stati membri, i quali dovrebbero istituire programmi nazionali di volontariato provvisti di risorse adeguate e implementare iniziative di promozione per migliorare l'accesso alle informazioni sulle opportunità di volontariato. Perché ritengo che il servizio volontario europeo rappresenti un'importante opportunità per molti giovani e in quanto tale va adeguatamente sostenuta, ho deciso di votare a favore.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. The resolution called on the Commission to create new initiatives and expand the European voluntary service at the taxpayer's expense. The UK has its own volunteering schemes in place, and we do not need another service at EU level.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien reconozco el valor social del voluntariado, no he podido votar a favor de esta resolución puesto que aboga por una consideración mercantilista del voluntariado europeo (que cuantifica en un 5 % del PIB) al que se recurre como sustitutivo de servicios sociales que deben ser públicos. Considero loable el trabajo voluntario de miles de ciudadanos y residentes en la Unión y como tal ha de ser reconocido socialmente, pero me opongo a que el voluntariado sirva como pretexto para que el Estado se desentienda de sus responsabilidades, como por ejemplo en la acogida de refugiados, que es la línea en la que está dirigida la resolución. Por esto no he podido votar a favor de la misma.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — In 2016, European Voluntary Service (EVS) celebrates its 20th anniversary. 100 000 volunteers have been supported in 20 years. Parliament, and the Committee on Culture and Education (CULT) in particular, supports volunteering as an expression of solidarity that contributes to the strengthening of active citizenship and counters social exclusion, poverty, intolerance, racism, xenophobia and injustice, while making an important contribution to the dissemination of European values.

The MfR focus on volunteering and its merits and how to improve it overall. There were many positive elements to the MfR and it was worthy of supporting to help the growth of volunteering in Europe.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Le volontariat est une expression de la solidarité, de la liberté et de la responsabilité qui permet de renforcer la citoyenneté active et le développement personnel humain, et il constitue un outil essentiel d'intégration et de cohésion sociales, parallèlement à la formation, à l'éducation et au dialogue interculturel, tout en contribuant largement à la diffusion des valeurs européennes. Il est à souligner que ses avantages sont également reconnus dans les activités bénévoles réalisées avec des pays tiers, car il s'agit d'un outil stratégique qui favorise la compréhension mutuelle et les relations interculturelles.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Parlament weist in seiner Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission darauf hin, dass die EU eine besser koordinierte Politik auf dem Gebiet der Freiwilligentätigkeit benötigt. Fast 100 Millionen EU-Bürger beteiligen sich als Freiwillige in den Bereichen Bildung, Kultur oder Kunst, Sportveranstaltungen, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. Junge Menschen sollten die Vorteile von Freiwilligenprogrammen nutzen, um Fähigkeiten zu entwickeln und Erfahrungen zu sammeln, die ihnen helfen, danach Arbeitsplätze zu finden.

Um die Freiwilligentätigkeit noch stärker zu fördern, wäre ein unterstützendes Umfeld unerlässlich. Einen Rechtsrahmen mit klaren Rechten und Verantwortlichkeiten für alle Akteure würde ich daher sehr begrüßen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Comme à son habitude, l'Union européenne utilise les bons sentiments et les idées louables comme cheval de Troie d'une politique d'intégration toujours plus poussée et d'un renforcement de ses compétences.

Il est par ailleurs à craindre que, à l'image d'Erasmus +, le volontariat soit dévoyé pour être utilisé comme école des «futurs travailleurs détachés» de l'Europe.

Enfin, la volonté de faire appel aux bons sentiments des citoyens des États membres pour gérer à leur place le marasme de la crise des réfugiés est inacceptable.

Je n'ai donc pas voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report calls for the harmonisation of volunteering services at EU level, interfering with national voluntary schemes which already exist. It seeks more taxpayers' money being spent, and some of the suggested programmes are of questionable value.

I therefore, whilst fully supportive of the charitable sector and volunteering, could not support this specific resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car il est essentiel de disposer d'un cadre juridique européen pour les activités de volontariat qui sont l'expression de la solidarité, de la liberté et de la responsabilité et qui permettent de renforcer la citoyenneté et le développement personnel. Il est nécessaire de prendre en compte le fait que près de 100 millions d'Européens sont des bénévoles.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Kiekvienais metais tūkstančiai jaunų europiečių dirba Europos savanorių tarnybos projektuose. Jiems pavedamos įvairios užduotys: nuo pagalbos vaikams, senjorams ar migrantams, iki neatlygintinos paramos sporto ar aplinkos apsaugos renginiuose, tačiau dvidešimtmetį švenčianti tarnyba neužtikrina tinkamos savanorių teisinės padėties. Europos savanorių tarnyba turėtų būti prieinama įvairaus amžiaus asmenims, o jos nariai turėtų gauti sukauptos patirties pažymą, kuri padėtų savanoriams ieškant apmokamo darbo.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. The resolution called on the Commission to create new initiatives and expand the European voluntary service at the taxpayer's expense. The UK has its own volunteering schemes in place, and we do not need another service at EU level.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce vote car, si je ne suis bien sûr pas contre le principe du volontariat, l'Union européenne utilise une fois de plus la bonne volonté des citoyens pour tenter de s'arroger des pouvoirs menaçant notre souveraineté et pour accélérer l'intégration des États membres.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Nous y reconnaissons que le volontariat est une expression de la solidarité, de la liberté et de la responsabilité qui permet de renforcer la citoyenneté active et le développement personnel humain, et qu'il constitue un outil essentiel d'intégration et de cohésion sociales, parallèlement à la formation, à l'éducation et au dialogue interculturel, tout en contribuant largement à la diffusion des valeurs européennes.

Les avantages du volontariat sont également reconnus dans les activités bénévoles réalisées avec des pays tiers, car il s'agit d'un outil stratégique qui favorise la compréhension mutuelle et les relations interculturelles.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero de suma importancia proporcionar un marco jurídico que determine un estatuto de voluntariado con derechos y responsabilidades para los voluntarios y el voluntariado y facilite la movilidad y el reconocimiento.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sul servizio di volontariato europeo. Si tratta di uno strumento importante che compie vent'anni e che ha consentito, in questo periodo, di sostenere oltre 100 000 volontari. Una manifestazione di solidarietà e responsabilità che ha contribuito al rafforzamento della cittadinanza attiva, all'inclusione sociale, alla formazione, e al dialogo interculturale. Il testo approvato oggi chiede di incoraggiare la partecipazione delle organizzazioni ai programmi che coinvolgono i volontari consentendo di contabilizzare il volontariato come contributo di cofinanziamento per i progetti degli Stati membri collegati ai fondi strutturali UE. La Commissione deve migliorare la strategia di comunicazione garantendo un accesso semplificato alle informazioni sulle opportunità del Servizio di volontariato europeo; la nuova iniziativa per un corpo europeo di solidarietà, deve essere sostenuta ma la sua attuazione non deve compromettere i programmi di volontariato esistenti e il loro finanziamento. La creazione di un vero e proprio statuto europeo del volontariato, costituirebbe infine uno strumento importante per garantire alle organizzazioni di volontariato i giusti riconoscimenti giuridici e istituzionali.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la JMR sobre el Servicio de Voluntariado Europeo y la promoción del voluntariado en Europa ya que Podemos defiende los valores del voluntariado, la solidaridad, la ciudadanía activa y la movilización de la sociedad civil en favor de los más vulnerables sin objetivos crematísticos. Esta JMR ha remarcado aspectos que para nosotros son clave, como que el voluntariado no debe sustituir el empleo formal, que los sistemas de voluntariado a nivel europeo carecen todavía de la coordinación adecuada y es necesario mejorarlo o que hace falta una financiación justa para su correcto desarrollo. La Resolución también pone en valor todo el movimiento de voluntarios durante la crisis de los refugiados que han sabido reaccionar a retos con gran pragmatismo, y contempla la posibilidad del reconocimiento del estatus de voluntario y mejorar el acceso a información, reconocimiento de las capacidades informales adquiridas y una mejor estrategia de comunicación. Es por ello que creo que es una buena resolución y voto para consolidar este Servicio.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta propuesta de Resolución sobre el voluntariado europeo en el que se pide un estatus legal claro y una financiación adecuada. La UE necesita una política más coordinada en materia de voluntariado en la que hay que plantearse dotar a los voluntarios de un estatus legal, con sus derechos y responsabilidades claramente definidos. Hay que pedir también una financiación adecuada de los programas de voluntariado para incentivar la participación y ayudar a los jóvenes a desarrollar habilidades y adquirir experiencia. Muchos ciudadanos europeos han sido voluntarios en el ámbito educativo, cultural o artístico, en eventos deportivos, tareas humanitarias o de desarrollo y, a pesar de los claros beneficios económicos y sociales del voluntariado para individuos y organizaciones, la participación en el Servicio Europeo de Voluntariado sigue siendo modesta y es necesario eliminar las barreras que todavía persisten.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution concernant le service volontaire européen, laquelle est un nouvel exemple de la capacité des institutions européennes à prendre une bonne idée pour en faire un cheval de Troie au service de leur idéologie fédéraliste.

Si chacun s'accorde à reconnaître les bienfaits du volontariat – que ce soit pour la société en son ensemble ou pour le volontaire lui-même, qui acquiert des compétences techniques et humaines précieuses –, il n'était nul besoin pour le Parlement de se saisir de ce sujet afin d'appeler à la création d'un service civique européen ou d'un «Corps européen de solidarité».

Comme je l'ai rappelé en plénière, vouloir utiliser le volontariat comme promotion de la citoyenneté européenne, c'est oublier que la citoyenneté est juridiquement et essentiellement liée à la nationalité, cette nationalité qui les dérange parce qu'elle les empêche de construire un État fédéral européen.

Par ailleurs, les députés ont l'indécence de louer l'importance des volontaires dans la gestion de la crise des réfugiés: est-ce vraiment à la société civile de gérer le marasme que les responsables politiques européens ont créé? C'est l'aveu de leur irresponsabilité totale dans la gestion d'une catastrophe qu'ils ont favorisée!

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Apprezzo e sostengo il ruolo del volontariato nella società civile, ma ritengo che non sia compito dell'Unione definirne le attività, dato che l'azione dei volontari è legata al territorio in cui operano e per questo motivo è irrealistico credere di poter imporre dall'alto un modello unico. Ho quindi preferito esprimermi con un'astensione a questa proposta di risoluzione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El voluntariado es una de las expresiones más visibles de la solidaridad, que produce un efecto transformador en la sociedad a través de la construcción de capital social y la inclusión social, además de constituir una expresión de libertad y responsabilidad que pone en práctica los valores europeos.

La presente propuesta de Resolución, nacida al calor del 20.º aniversario del SVE, llama a reforzar los mecanismos de apoyo y las estructuras organizativas, mediante el refuerzo de un marco jurídico apropiado que determine los derechos y las responsabilidades de los voluntarios y las voluntarias. También insta a reforzar el seguimiento y la dimensión local después de una experiencia de voluntariado en el extranjero prestando apoyo a las comunidades locales.

Por todo ello, he votado a favor de esta propuesta de Resolución para la elaboración de una política europea de voluntariado coordinada y para que el SVE reciba un mayor impulso desde las instituciones.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje aptariamas Europos savanorių tarnybos ir savanoriškos veiklos skatinimas Europoje.

Europos Parlamentas pripažįsta, kad savanoriška veikla yra solidarumo, laisvės ir atsakomybės išraiška ir kad tokia veikla prisidedama prie aktyvaus pilietiškumo stiprinimo ir žmogaus asmeninės raidos, taip pat, kad ji yra itin svarbi priemonė siekiant socialinės įtraukties ir sanglaudos, mokymo, švietimo ir kultūrų dialogo ir kad ji svariai prisideda prie Europos vertybių sklaidos. Be to, pabrėžia, kad jos, kaip strateginės priemonės, skatinančios tarpusavio supratimą ir tarpkultūrinius ryšius, nauda taip pat pripažįstama savanoriškoje veikloje, susijusioje su trečiosiomis valstybėmis. Parlamentas pabrėžia, kad svarbu sukurti Europos savanoriškos veiklos sistemą, kuri būtų teisinis pagrindas, kuriuo nustatomas savanoriškos veiklos statusas (su atitinkamomis teisėmis ir pareigomis), palengvinamas judumas ir gebėjimų pripažinimas.

Taigi, jis ragina valstybes nares, kurios dar turi nustatyti teisinę aplinką savanoriams, naudotis rekomendacijomis, išdėstytomis Europos savanoriškos veiklos politikos darbotvarkėje ir Europos chartijoje dėl savanorių teisių ir pareigų. Taip pat ragina valstybes nares įgyvendinti konkrečius patvirtinimo procesus pagal 2012 m. Tarybos rekomendaciją siekiant užtikrinti geresnį gebėjimų ir įgūdžių supratimą ir palyginamumą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Európában csaknem 100 millió, valamennyi korcsoporthoz tartozó polgár tevékenykedik önkéntesként, és munkájuk az EU GDP-je mintegy 5%-ának megtermeléséhez járul hozzá. A Bizottságnak az önkénteseket nagyobb mértékben középpontba állító politika formálása során figyelembe kell vennie az önkéntesek által biztosított termékek és szolgáltatások gazdasági értékét.

Fontos, hogy az európai önkéntes szolgálat minőségi önkéntes helyek kínálatán alapul, és tiszteletben tartja az önkéntesekre vonatkozó chartát és a tanulói mobilitás minőségi chartájának elveit.

Szükséges továbbá, hogy az európai önkéntes szolgálatnak olyan struktúrán kell alapulnia, amely ösztönzi, hogy az önkéntes szervezetek fogadószervezetekké váljanak, ezáltal biztosítva számukra megfelelő támogatást és képzést, ugyanakkor megerősítve azon koordináló szervezetek szerepét, amelyek nagyszámú fogadószervezetet támogatnak, például az adminisztrációt és a képzést illetően. A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram predlog resolucije za prostovoljno Evropsko službo. Prek prakse v domači državi lahko zasledimo, da ima prostovoljstvo pomemben delež pri izrazu solidarnosti, svobode in odgovornosti ter pomaga krepiti aktivno državljanstvo in pripomore k osebnemu človekovemu razvoju. Gre za pomembno orodje za socialno vključevanje, usposabljanje, izobraževanje in medkulturni dialog. Če nam uspe te vrednote preusmeriti na Evropski prostor, bomo lažje in učinkoviteje ustvarili evropsko identiteto ter tako prispevali k širjenju evropskih vrednot. Pri tem pa je pomembno zagotoviti evropski okvir za prostovoljske dejavnosti, ki opredeljuje pravice in odgovornosti ter spodbuja mobilnost ter priznavanje znanj in spretnosti. Zato je dober predlog, da naj se podpre in izvede zamisel o sofinanciranju prostovoljskega dela s subvencijami EU, kot je nedavno predlagala Komisija v predlogu za novo finančno uredbo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o europskoj volonterskoj službi. Volontiranje zaslužuje biti top tema u političkim raspravama. Stoga pozdravljam inicijativu za vodećom ulogom Europskog parlamenta u ovoj važnoj temi za sve Europljane.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'attuale crisi dei rifugiati è un simbolo palese dell'importanza dei volontari e del modo in cui essi incarnano i valori europei. Il Parlamento europeo riconosce che il volontariato è una manifestazione di solidarietà, libertà e responsabilità che contribuisce al rafforzamento della cittadinanza attiva e allo sviluppo umano personale e che esso rappresenta uno strumento essenziale per l'inclusione e la coesione sociale, la formazione, l'istruzione e il dialogo interculturale. Esso sostiene che sia necessario predisporre un quadro europeo per le attività di volontariato, quale quadro giuridico che definisca lo status di volontario, indicandone i diritti e i doveri, e che agevoli la mobilità e il riconoscimento delle competenze; e che sia necessario che ogni Stato membro istituisca programmi nazionali di servizio volontario dotati di risorse adeguate. È favorevole all'idea della Commissione di istituire i corpi di solidarietà dell'UE, una nuova iniziativa europea di volontariato per i giovani. Incoraggia inoltre, gli Stati membri a promuovere il servizio volontario europeo nei loro sistemi di istruzione e accademici. Infine, ritiene si debba migliorare e rimodellare la strategia di comunicazione sul servizio volontario europeo, evidenziando il valore sociale, umano e civile del volontariato.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Le service volontaire européen existe déjà depuis vingt ans. Durant ces années, 100 000 jeunes ont participé à ce programme et entrepris des activités de volontariat partout dans le monde. Le volontariat constitue un acte de citoyenneté et de solidarité qui contribue pleinement à l'intégration sociale et sociétale des individus. L'Union européenne doit continuer à apporter son soutien aux actions de volontariat telles que le service volontaire européen. Il est important d'apporter un financement approprié et une clarification organisationnelle aux programmes européens de volontariat. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della risoluzione in questione che richiede il coordinamento e l'armonizzazione delle politiche europee in materia di volontariato. Il servizio volontario europeo rappresenta una delle manifestazioni di solidarietà più evidenti e contribuisce in modo significativo alla diffusione dei valori europei. La relazione evidenzia, in particolare, l'importanza di predisporre un quadro giuridico europeo per le attività di volontariato che definisca lo status di volontario, indicandone i diritti e i doveri, e che agevoli la mobilità e il riconoscimento delle competenze; nel frattempo, incoraggia gli Stati membri che non hanno ancora definito un quadro giuridico per i volontari ad avvalersi delle raccomandazioni contenute nell'agenda politica per il volontariato in Europa e della Carta europea dei diritti e delle responsabilità dei volontari. L'invito rivolto agli Stati membri, è quello di adottare il sistema elaborato dall'ILO affinché possa essere misurato il valore economico del volontariato e di collaborare con Eurostat per lo sviluppo di indicatori e nuovi metodi di misurazione volti alla raccolta di dati comparativi.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which recognises the positive work done by volunteers across the EU, and calls for further support and access to EU funds for volunteers and their organisations.

I voted in favour of amendments proposed by my colleagues in GUE/NGL that included a call for recognition of the economic value volunteering in accordance with an ILO recommendation.

I voted against certain aspects of the report calling for an EU legal framework for volunteers as I believe it should remain as a Member State competence. However, this was not a sufficient reason for not supporting the report, so I voted in favour.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I believe that it is important to provide a European framework for volunteering actions as a legal framework which identifies a volunteering status and facilitates mobility and recognition of skills. It is beneficial for Member States to implement concrete validation processes in the framework of the Council Recommendation of 2012 to ensure better understanding and comparability of skills and experience in volunteering. Member States that still need to define a legal environment for volunteers to use the recommendations in the Policy Agenda for Volunteering in Europe and the European Charter on the Rights and Responsibilities of Volunteers. Volunteering helps people to gain skills and competences that can facilitate their access to the labour market and they should never be considered or used as replacement labour.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ritengo che tutti dovrebbero avere diritto a un accesso equo alle opportunità di volontariato, come pure alla conciliazione delle attività di volontariato con la propria vita privata e professionale. Ho perciò votato a favore della risoluzione.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il Servizio volontario europeo (SVE), che compie quest'anno venti anni di vita, consente ai giovani di età compresa tra i 17 e i 30 anni di recarsi all'estero e prendere parte a progetti di volontariato. Ritengo il volontariato un'attività nobile in quanto espressione di solidarietà che contribuisce anche al rafforzamento della cittadinanza attiva e alla promozione della cultura della legalità, e contrasta fenomeni quali il crimine organizzato, l'esclusione sociale, la povertà, l'intolleranza, il razzismo, la xenofobia e l'ingiustizia.

A tal proposito, ho ritenuto di votare a favore della risoluzione poiché credo che la Commissione debba aggiornare il quadro concernente i programmi di volontariato anche al fine di tener conto dello sviluppo delle nuove tecnologie digitali e delle crisi umanitarie in corso all'interno e all'esterno dell'Unione. Inoltre, sarebbe opportuno l'ampliamento del campo d'applicazione, dei settori di attività, e delle destinazioni del Servizio volontario, l'allargamento del programma a cittadini di paesi terzi nonché l'estensione della fascia di età entro la quale è possibile candidarsi. Mi sembra infine opportuno che la Commissione promuova un'iniziativa di servizio civile europeo evidenziando le competenze che si possono acquisire nel corso dell'esperienza.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καλούμε τα κράτη μέλη να υποστηρίξουν την ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία στα εκπαιδευτικά και ακαδημαϊκά τους συστήματα ως εργαλείο για τη διάδοση εκπαίδευσης στην αλληλεγγύη και στη συμμετοχή στα κοινά με αποδέκτη τη νεότερη γενιά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'Europa è flagellata da profonde piaghe: la crisi economica e gli elevati livelli di disoccupazione hanno prodotto un raccapricciante aumento di persone in condizioni di povertà ed esclusione sociale, i flussi migratori incontrollati espongono quotidianamente a problemi di ogni genere. Laddove vi è anche una scarsissima fiducia nelle istituzioni, fortunatamente si può contare su una risorsa: il volontariato. Esso trae la sua potenza dall'essenza dell'animo umano e non ha remunerazione perché il suo valore stesso è inestimabile. Dunque, voto a favore della risoluzione con la consapevolezza che in questi venti anni di servizio volontario europeo sia stato possibile far progredire una cittadinanza attiva oltre che un profondo sviluppo personale. Alla luce di ciò, è prioritario istituire un quadro europeo per le attività di volontariato che ne definisca diritti e doveri oltre a facilitarne le interazioni tra le iniziative e i programmi individuali. L'adozione di una mappa europea consentirebbe, inoltre, un'agevolazione della mobilità tra gli Stati a seconda delle situazioni di emergenza da affrontare. Congiuntamente, si otterrebbe un riconoscimento delle competenze, fondamentale per poter fronteggiare al meglio le avversità con una «legione» pacifica di pronto intervento. Pertanto, reputo fondamentale il coinvolgimento dalla tenera età fino all'invecchiamento attivo: infatti, il modo migliore per sentirsi utili, è proprio aiutando gli altri.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the European Voluntary Service and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O voluntariado é uma expressão de solidariedade, liberdade e responsabilidade que contribui para o reforço da cidadania ativa e do desenvolvimento humano, sendo um instrumento essencial para a inclusão e a coesão sociais, bem como para a formação, a educação e o diálogo intercultural.

Apoio a presente resolução por considerar que falta na Europa uma política coordenada de voluntariado e apoiando a instituição de um quadro jurídico europeu para as ações de voluntariado que defina um estatuto do voluntariado com direitos e responsabilidades e que facilite a mobilidade e o reconhecimento de competências.

Realizado por cerca de 100 milhões de cidadãos europeus, o Voluntariado não só promove a solidariedade e a inclusão social, criando capital social, como contribui para a produção de aproximadamente 5 % do PIB.

Considero, pois, que é fundamental criar um ambiente favorável ao Voluntariado, seja através da sua promoção pelos Estados-Membros, seja pelas instituições europeias, que garanta o funcionamento seguro e sustentável das infraestruturas de voluntariado, materializando a ideia de que o voluntariado beneficie de subvenções da UE a título de cofinanciamento.

Por último, partilho da opinião de que a estratégia de comunicação do Serviço Voluntário Europeu deve ser redefinida e aperfeiçoada pela Comissão devendo-se também simplificar o atual sistema de candidaturas.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto concordo con la necessità di una politica europea più coordinata in materia di volontariato e anche più semplice nelle regole di accesso a questo servizio. Concordo sulla possibilità di utilizzare i programmi di volontariato per i progetti nazionali finanziati dai fondi strutturali UE. Il volontariato può offrire un'opportunità importante ai giovani per imparare ad acquisire competenze che saranno poi utili quando si troveranno ad affrontare il mondo del lavoro. È quindi necessario predisporre un quadro europeo per le attività di volontariato che definisca diritti e doveri e che agevoli la mobilità e il riconoscimento delle competenze.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Si bien reconozco el valor social del voluntariado, no he podido votar a favor de esta resolución puesto que aboga por una consideración mercantilista del voluntariado europeo (que cuantifica en un 5 % del PIB) al que se recurre como sustitutivo de servicios sociales que deben ser públicos. Considero loable el trabajo voluntario de miles de ciudadanos y residentes en la Unión y como tal ha de ser reconocido socialmente, pero me opongo a que el voluntariado sirva como pretexto para que el Estado se desentienda de sus responsabilidades, como por ejemplo en la acogida de refugiados, que es la línea en la que está dirigida la resolución. Por esto no he podido votar a favor de la misma.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Quasi 100 milioni di cittadini UE hanno partecipato come volontari a programmi riguardanti istruzione, cultura, arte, eventi sportivi, aiuti umanitari e sviluppo. Nonostante i reali benefici sociali ed economici derivanti dal volontariato, la partecipazione al Servizio di volontariato europeo (SVE) rimane modesta e molti ostacoli devono ancora essere rimossi. A tal fine, ritengo sia essenziale sviluppare una politica di volontariato più coordinata, basata su un quadro giuridico con diritti chiari e responsabilità per i gestori dei programmi e per i volontari, e un finanziamento corretto. Su quest'ultimo punto credo che anche le organizzazioni dovrebbero essere incoraggiate a rafforzare la loro partecipazione ai programmi che coinvolgono i volontari consentendo, tra le altre cose, di contabilizzare il volontariato come contributo di cofinanziamento per i progetti degli Stati membri collegati ai fondi strutturali UE.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W kwestii rezolucji dotyczącej wolontariatu europejskiego, której celem jest pomoc młodym ludziom w uczestniczeniu w projektach wolontariackich za granicą trwających od 2 tygodni do 12 miesięcy, zdecydowałem się wstrzymać od głosu. Wolontariat europejski odbywa się w ramach programu Erasmus+, mającego rozmaite cele od promocji integracji społecznej, solidarności, dialogu międzykulturowego po projekty mające na celu poprawę kompetencji i umiejętności młodych ludzi. Popieram wszelakie działania mające na celu rozwijanie umiejętności młodych ludzi, ale w przypadku efektów i korzyści płynących z działania wolontariatu europejskiego nie są one zbyt zadawalające. W związku z tym zdecydowałem się wstrzymać od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it stresses the importance of volunteering and recognises its values and importance. Volunteering is an expression of solidarity which promotes and facilitates social inclusion. We need to promote creative and innovative solutions to common challenges, emphasising the need to have a combination of support mechanisms and appropriate structures that strengthen the legal framework, identifying the legal rights and responsibilities for volunteers.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Con questa risoluzione, il Parlamento conferma la sua visione del volontariato come espressione di comunità, libertà e responsabilità finalizzata al rafforzamento della cittadinanza attiva. Dato il fondamentale ruolo che assume la solidarietà soprattutto in questo particolare e complicato periodo storico, il volontariato diventa uno strumento indispensabile per garantire e promuovere l'inclusione sociale e la coesione. Per queste ragioni, ho sostenuto con convinzione questo testo, con cui si chiede alla Commissione l'adozione di diverse misure al fine di favorire il servizio di volontariato, tra cui una migliore comunicazione delle opportunità e un migliore coordinamento per semplificare la burocrazia. Inoltre, si esprime il massimo sostegno all'iniziativa varata a settembre Commissione europea per un «corpo europeo della solidarietà», un organo che dovrebbe gestire meglio la partecipazione dei giovani volontari, senza compromettere i programmi di volontariato già esistenti e il loro finanziamento.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution porte sur l'amélioration du service volontaire européen. Depuis sa création, environ 100 millions de citoyens ont participé à des actions de volontariat dans les domaines de l'éducation, de la culture, des évènements sportifs mais aussi humanitaires. La résolution considère qu'il est nécessaire d'approfondir le système pour que les jeunes Européens tirent pleinement parti du volontariat afin d'acquérir une expérience utile sur le marché du travail. Les députés européens considèrent, entre autres, que les citoyens de tous âges devraient pouvoir bénéficier de ce programme et qu'une meilleure politique de communication sur les offres de volontariat européen devrait être mise en place.

Considérant que le volontariat est une réelle chance pour les jeunes en termes de développement personnel et d'employabilité sur le marché du travail, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — En Europe, près de 100 millions de citoyens de tous âges sont des bénévoles. J'ai soutenu cette résolution sur le service volontaire européen car elle soutient l'idée de permettre aux activités bénévoles de bénéficier de subventions de l'Union au titre du cofinancement et encourage les jeunes à s'engager au service des autres tout en obtenant un savoir-faire ainsi qu'une expérience valorisante pour le futur.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle à l'abolition des derniers obstacles au volontariat européen. À l'heure actuelle, en dépit des avantages sociaux et économiques du volontariat, tant pour les individus que les organisations, la participation au service volontaire européen reste modeste.

C'est pourquoi l'Union européenne a besoin d'une politique mieux coordonnée en matière de volontariat. Il faut que les citoyens de tous âges, et plus particulièrement les jeunes, puissent tirer parti du ce système afin de développer leurs compétences et acquérir une expérience qui leur sera utile sur le marché du travail. À cette fin, il est notamment indispensable d'établir un cadre juridique clair définissant les droits et les responsabilités des gestionnaires de programme et des volontaires.

Les organisations devraient également être encouragées à renforcer leur participation dans les programmes auxquels des volontaires sont associés en permettant que leur travail soit pris en compte par les États membres, comme un cofinancement aux projets.

Cela ne suffit cependant pas. Il est indispensable que la Commission européenne améliore sa stratégie de communication et l'accès public à l'information au sujet des chances offertes par le service volontaire européen, qu'un point de contact unique dans les institutions de l'Union soit mis en place et qu'un système de candidature plus simple soit établi.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. — Le service volontaire européen est une initiative de l'Union créée il y a vingt ans, dans le cadre du programme Erasmus +. Elle a permis à 100 000 jeunes, âgés de 17 à 30 ans, de prendre part à des projets bénévoles à l'étranger dans le domaine de la culture, de la protection de l'environnement ou de l'aide sociale. La qualité de l'offre pourrait être améliorée avec la création de structures de soutien et de solutions de financement plus efficaces au niveau européen et national. Parce qu'il incarne les valeurs européennes de solidarité, d'intégration sociale et de développement personnel humain, le service volontaire européen constitue un formidable moyen de promouvoir une citoyenneté européenne auprès de la jeunesse. L'Union doit en faire sa promotion.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Si le développement du volontariat est louable, l'Union européenne n'a pas à instrumentaliser cette thématique pour défendre en sous-main une politique d'intégration toujours plus poussée et renforcer ses propres compétences. En outre, il est à craindre que, à l'image d'Erasmus +, le volontariat soit dévoyé pour être utilisé comme école des «futurs travailleurs détachés» de l'Europe. Aussi, j'ai voté contre ce texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих общата резолюция на политическите групи за Европейската доброволческа служба и за насърчаването на доброволчеството в Европа въпреки няколко забележки, но в името на консенсуса. Не смятам, че трябва да караме държавите членки да дефинират правна среда за доброволчеството, защото всяка една от тях би трябвало да реши сама дали да го направи или не, но тъй като в резолюцията се използва думата „насърчава“, аз прецених, че трябва да се подкрепи тази резолюция, която може само да засили утвърждаването на важността на доброволчеството. Дано повече млади хора имат желание да участват в такива дейности и заделените средства да бъдат правилно и ефикасно използвани.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which calls for a better co-ordinated policy on volunteering. Many thousands of my constituents in Wales are engaged in volunteering in a wide range of organisations and projects. Giving them a proper legal status would help improve skills and encourage others to join in. The work done by volunteers should also count as 'co-funding' for EU grants.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Den senaste tiden har vår samtid kantats av stora tragedier, kriser som ställer det europeiska samarbetet på sin spets. Att stärka de juridiska ramarna för en samlad europeisk volontärtjänst är inte på något sätt del av de nödvändiga lösningarna framöver. Grunden för volontärarbete är dess flexibla och snabbfotade karaktärsdrag som möjliggör att organisationer på kort tid kan mobilisera och operera. Det är inte heller EU:s uppgift att bistå medlemsstaterna med en sådan kår, utan det skall vara upp till varje medlemsland att organisera och implementera.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Cerca de 100 milhões de cidadãos de todas as idades são voluntários e o seu trabalho contribui para a produção de, aproximadamente, 5 % do PIB da UE. Em 2016, o Serviço Voluntário Europeu (SVE) celebra o seu 20.º aniversário e que, nestes 20 anos, 100 000 voluntários receberam apoio. O voluntariado é realizado de livre vontade, por opção e motivação pessoal, sem o propósito de obtenção de contrapartidas financeiras. Posto isto, convém ter em atenção que o voluntariado é uma expressão de solidariedade, liberdade e responsabilidade que contribui para o reforço da cidadania ativa e do desenvolvimento humano e é um instrumento essencial para a inclusão e a coesão sociais, assim como para a formação, a educação e o diálogo intercultural, ao mesmo tempo que dá um contributo importante para a difusão dos valores europeus.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: politiquement, il semble compliqué de voter «contre» une résolution qui porte sur le volontariat, largement considéré par la population comme une bonne idée. Cependant, comme à son habitude, l'Union européenne utilise les bons sentiments et les idées louables comme cheval de Troie d'une politique d'intégration toujours plus poussée et d'un renforcement de ses compétences.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Valorizamos o voluntariado, como contributo para a promoção de uma efetiva solidariedade e entreajuda entre cidadãos, consolidando sentimentos de altruísmo e genuína generosidade, contribuindo para a integração social e a dissipação de sentimentos de discriminação.

O relatório refere conceitos que não acompanhamentos, tais como o conceito da cidadania europeia, o serviço cívico europeu, ou o corpo europeu de solidariedade.

Refere-se o relevante papel dos voluntários no apoio à crise humanitária dos refugiados. Valorizando esta participação, não podemos deixar de denunciar que aqueles conceitos e entidades contribuirão para legitimar e aprofundar uma dinâmica que tem sido usada para desresponsabilizar o papel que os Estados e a União Europeia devem ter e não assumem, na resposta à gravíssima crise humanitária.

Melhorar o desenvolvimento do voluntariado passa também pela valorização e atribuição de apoios à atividade de organizações sem fins lucrativos, entre muitas outras: o movimento cooperativo, as coletividades e as sociedades locais, as comissões de moradores, as associações desportivas, recreativas, culturais, juvenis ou dirigidas à infância.

Por fim, importa referir que o voluntariado não pode substituir postos de trabalho, uma prática infelizmente cada vez mais comum, o que justifica a necessidade de reforçar o seu enquadramento legal e a defesa dos seus direitos sociais.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολο τους τις εκθέσεις για την Ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία , δεν θεωρώ πως οποιαδήποτε πρωτοβουλία αφορά τον εθελοντισμό θα πρέπει να έχει ως πρωταρχικό στόχο την ένταξη και την φροντίδα των λαθρομεταναστών. Για εμένα είναι σημαντικότερο πρώτα να αντιμετωπίσουμε τα προβλήματα των νέων της Ευρώπης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Year of Volunteering 2011 represented a major political opportunity to highlight the added value of volunteering in Europe. Volunteering is one of the most visible expressions of solidarity, which promotes and facilitates social inclusion, builds social capital and produces a transformative effect on society. I believe it should be further strengthened through a legal framework, regulating support mechanisms and establishing appropriate organisational structures.

Member States that still need to define a legal environment for volunteers should do so through the use the recommendations in the Policy Agenda for Volunteering in Europe and the European Charter on the Rights and Responsibilities of Volunteers. Moreover, I support the call on the Commission to facilitate the development of a more coordinated European volunteering policy with a view to establishing a single contact point in the Commission, which would interconnect the individual initiatives and programmes and improve access to volunteering programmes.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore l'interrogazione alla Commissione della collega, on. Silvia Costa, che, in occasione del 20 anniversario del Servizio volontario europeo, intende proporre un'eventuale impulso di espansione dello stesso, valido strumento di integrazione e cooperazione sociale, di formazione e importante occasione per lo sviluppo dello spirito di cittadinanza attiva e per la promozione dei valori europei.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul servizio volontario europeo e la promozione del volontariato in Europa, perché il volontariato costituisce un'importante manifestazione di solidarietà, libertà e responsabilità che contribuisce al rafforzamento della cittadinanza attiva e allo sviluppo umano personale, nonché è uno strumento essenziale per l'inclusione e la coesione sociale, la formazione, l'istruzione e per l'importante contributo che può dare alla diffusione dei valori europei, di qui la necessità di predisporre un quadro europeo per le attività di volontariato, che definisca i diritti e i doveri, e che agevoli la mobilità e il riconoscimento delle competenze. A venti anni dal lancio del servizio volontario europeo, tuttavia, ci sono troppe differenze tra gli Stati membri dell'UE, di cui alcuni mancano di un quadro giuridico per i volontari. Ho sostenuto, pertanto, con convinzione: innanzitutto un accesso rapido e agevole al programma, una semplificazione dell'attuale sistema di presentazione delle domande, l'importanza di predisporre un quadro europeo per le attività di volontariato, che definisca i diritti e i doveri, e che agevoli la mobilità e il riconoscimento delle competenze, e infine l'incoraggiamento agli Stati membri a promuovere il servizio volontario europeo nei loro sistemi di istruzione e accademici.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung zum Europäischen Freiwilligendienst gestimmt, da ich dieses Instrument für ein sehr Sinnvolles halte. Zusätzlich zu der Entschließung fordere ich, die Zahl der verfügbaren Stellen im kommenden Jahr auf mindestens 20 000 zu verdoppeln und mehr Gelder für diesen Bereich zur Verfügung zu stellen – statt bis zu 3 Milliarden Euro für ein absolut sinnfreies, kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen zu verschwenden.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la JMR sobre el Servicio de Voluntariado Europeo y la promoción del voluntariado en Europa ya que Podemos defiende los valores del voluntariado, la solidaridad, la ciudadanía activa y la movilización de la sociedad civil en favor de los más vulnerables sin objetivos crematísticos. Esta JMR ha remarcado aspectos que para nosotros son clave, como que el voluntariado no debe sustituir el empleo formal, que los sistemas de voluntariado a nivel europeo carecen todavía de la coordinación adecuada y es necesario mejorarlo o que hace falta una financiación justa para su correcto desarrollo. La Resolución también pone en valor todo el movimiento de voluntarios durante la crisis de los refugiados que han sabido reaccionar a retos con gran pragmatismo, y contempla la posibilidad del reconocimiento del estatus de voluntario y mejorar el acceso a información, reconocimiento de las capacidades informales adquiridas y una mejor estrategia de comunicación. Es por ello que creo que es una buena resolución y voto para consolidar este Servicio.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported this motion, which calls on the Commission to develop a more coordinated European volunteering policy. Volunteering is key towards building solidarity and responsibility, which contributes to the strengthening of active citizenship and personal development. It is an essential tool for social inclusion and cohesion, as well as training, education and intercultural dialogue.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — Nous fêtons cette année les vingt ans du service volontaire européen. Cent millions d'Européens de tous âges sont des volontaires dont le travail contribue à 5 % de la richesse européenne. Le volontariat représente une forme d'expression de solidarité qui permet de donner chair et corps à la citoyenneté européenne en favorisant un partage accru des valeurs européennes.

Il n'en demeure pas moins que cet engagement se trouve fragilisé par l'absence d'un cadre légal dans certains États membres, incluant des droits et responsabilités, et facilitant la reconnaissance des compétences. C'est dans ce cadre qu'il serait souhaitable d'adopter un passeport européen des compétences ou Europass qui permettrait aussi de mieux reconnaître les compétences acquises dans un apprentissage informel ou non formel.

C'est donc en ce sens que j'ai soutenu cette résolution qui appelle également la Commission européenne à une évaluation minutieuse de son projet de «Corps européen de solidarité», en particulier pour ce qui est de sa valeur ajoutée par rapport au travail déjà engagé par la société civile et de son financement, qui ne doit pas venir amputer les budgets dédiés déjà à d'autres programmes.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. In Europe nearly 100 million citizens of all ages are volunteers, whose work contributes to the production of approximately 5% of its GDP. Therefore, it is important that those Member States that have not yet done so have to establish adequately funded national voluntary service schemes and to improve access to quality information on volunteering opportunities at national and local level, in particular through existing information networks and peer-to-peer information.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was very happy to support this joint motion for resolution especially considering I was a founding member of the European Parliament volunteering interest group. Overall, the resolution is very balanced and I was happy that it noted the urgent need for better EU coordinated policy on volunteering, to give volunteers a proper legal status and help them join programmes. Almost 100 million EU citizens have taken part as volunteers in education, culture or arts, sport events, humanitarian and development aid work. Young people should take advantage of volunteering schemes to develop skills and acquire experience that helps them to find jobs afterwards.

To encourage volunteering, a more supportive environment is essential, including a legal framework with clear rights and responsibilities for programme managers and volunteers, as well as fair funding. Thankfully, the resolution noted this. Likewise, I was very happy that the motion for resolution called for the European Commission to improve its communication strategy and public access to information about opportunities in the European Volunteering Service and also to develop a more coordinated volunteering policy, with a single contact point in the EU institutions and a simpler application system for both individuals and organisations.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Zajednički prijedlog rezolucije o Europskoj volonterskoj službi i promicanju volontiranja u Europi, jer smatram da je volontiranje jedan od najvidljivijih izraza solidarnosti kojim se promiče i olakšava socijalna uključenost, gradi društveni kapital te preobražava društvo.

Trebalo bi konstantno isticati dodanu vrijednost volontiranja, jer ono pridonosi razvoju živog civilnog društva koje može ponuditi kreativna i inovativna rješenja na zajedničke izazove, ključan je instrument za socijalnu uključenost i koheziju kao i osposobljavanje, obrazovanje te dijalog među kulturama, dajući istodobno važan doprinos širenju europskih vrijednosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Nous avons appris, avec le temps, à voir clair au travers des agissements de l'Union européenne. Suffisamment pour qu'il nous vienne à l'esprit qu'encore une fois les bons sentiments sont utilisés ici en faveur d'une politique d'intégration que je juge trompeuse et excessive. De même, la vigilance commande d'œuvrer à ce que le volontariat, à l'image du programme Erasmus+, ne facilite pas le travail détaché en Europe.

J'ai choisi de m'abstenir.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh usnesení o Evropské dobrovolné službě a podpoře dobrovolnické práce, protože je potřeba poukázat na význam dobrovolnických aktivit, které lidé vykonávají ve svém volném čase a z vlastní vůle bez ohledu na finanční odměnu. Podporuji zviditelnění přínosu dobrovolnictví přinášejícího oživení a povzbuzení občanské společnosti a demokracie. Ztělesňuje evropské hodnoty, mezi které patří solidarita, nediskriminace a prosazování lidských práv uvnitř i vně Evropské unie.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Andrea Bocskor relatif au service volontaire européen. Le service volontaire européen permet aux jeunes de participer à des projets de volontariat à l'étranger totalement financés par l'Union européenne. Un dispositif qui a bénéficié à près de 100 000 citoyens européens mais qui rencontre des difficultés de gestion. Par ce vote, le Parlement demande à ce que le cadre juridique qui entoure le programme soit éclairci afin que les possibilités offertes par le service volontaire soient mieux connues du public.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Idee des European Voluntary Youth Service und die Vorschläge des vorliegenden Berichts. Es liegt an den Mitgliedstaaten, die Bekanntheit dieses Dienstes zu steigern und die Bedingungen für Bewerbungsverfahren zu verbessern, damit er auch in der breiten Bevölkerung an Popularität gewinnen kann.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as the EU needs a better coordinated policy on volunteering, to give volunteers a proper legal status and help them join programmes.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu, car le «volontariat» encadré par cette résolution est le cheval de Troie d'une politique d'intégration européenne toujours plus poussée.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur la résolution sur le service volontaire européen. À juste titre, le volontariat est considéré comme quelque chose de noble et de positif. Cependant, comme d'habitude, l'Union européenne utilise les bons sentiments et les idées louables comme cheval de Troie d'une politique d'intégration toujours plus poussée et d'un renforcement de ses compétences. Il est par ailleurs à craindre que, à l'image d'Erasmus +, le volontariat soit dévoyé pour être utilisé comme école des «futurs travailleurs détachés» de l'Europe. Enfin, la volonté de faire appel aux bons sentiments des citoyens des États membres pour gérer à leur place le marasme de la crise des réfugiés est inacceptable.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, con motivo del 20 aniversario del Servicio Voluntario Europeo (SVE), destaca las numerosas ventajas y beneficios de este programa de voluntariado y plantea una serie de cuestiones a la Comisión Europea sobre cómo mejorarlo, tanto en el acceso a las iniciativas como en el conocimiento y mayor difusión de las mismas. Asimismo trata la iniciativa lanzada recientemente por Juncker de un Servicio Cívico Europeo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien reconozco el valor social del voluntariado, no he podido votar a favor de esta resolución puesto que aboga por una consideración mercantilista del voluntariado europeo (que cuantifica en un 5 % del PIB) al que se recurre como sustitutivo de servicios sociales que deben ser públicos. Considero loable el trabajo voluntario de miles de ciudadanos y residentes en la Unión y como tal ha de ser reconocido socialmente, pero me opongo a que el voluntariado sirva como pretexto para que el Estado se desentienda de sus responsabilidades, como por ejemplo en la acogida de refugiados, que es la línea en la que está dirigida la resolución. Por esto no he podido votar a favor de la misma.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Rezoluce uznává, že „dobrovolná činnost je projevem solidarity, svobody a odpovědnosti“, ale v zápětí volá po tom, „aby čas strávený dobrovolnou činností mohl být předmětem spolufinancování v rámci evropských grantů“, a vyzývá Komisi, aby vytvořila „koordinovanější evropskou politiku pro dobrovolnou činnost“. Podle mě má dobrovolná činnost zůstat dobrovolnou a nepotřebujeme na ni žádnou evropskou politiku ani evropské dotace.

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – A culture of volunteering is beneficial for society as it addresses civic and social concerns and contributes to a vibrant civil society, and in turn a healthy democracy. Volunteering is above all a free choice, through which individuals can building solidarity with communities. It also has benefits at the communal level, in terms of building social capital and transforming society.

Therefore, I support this resolution's call to create a legal framework that identifies the rights and responsibilities of volunteers and volunteering. Such a framework will help protect volunteers and embed volunteering as a norm in society. This resolution as ultimately volunteering is the responsibility of the population. Volunteering is a matter of human kind and calls for deeper investments should come primarily from citizens themselves. Caring, sharing, helping and getting involved are much more than a choice, they are our duties as citizens, and they must be driven by our hearts and minds, from our human and financial resources.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Volontiranje je jedan od najvidljivijih oblika solidarnosti kojim se promiče i olakšava socijalna uključenost, gradi društveni kapital i doprinosi razvoju uspješnog civilnog društva. Volontiranje kao takvo pomaže u stjecanju vještina i sposobnosti te bi ga trebalo priznati kao informalno i neformalno obrazovanje. U Europi skoro 100 milijuna građana svih dobi volontira i na taj način se ostvaruje 5 % europskog BDP-a.

Rezolucija naglašava važnost pružanja europskog okvira za volontiranje kao pravnog okvira u kojem će biti utvrđen status volontiranja s pravima i odgovornostima i kojim će se olakšati mobilnost i priznavanje vještina. Stoga sam glasala pozitivno.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* — Dobrovoľnícka služba má pozitívne dosahy na všetkých jej aktérov. Je prejavom solidarity a zodpovednosti tých, ktorí ju vykonávajú, a zároveň reálnou pomocou pre tých, ktorým je poskytovaná. Zároveň je prostriedkom vzájomného vzdelávania a spolupráce, prostredníctvom ktorých sa riešia mnohé sociálne, spoločenské a ekologické potreby a problémy súčasného sveta.

Podporujem návrh uznesenia, ktorým sa požaduje zber údajov z jednotlivých krajín o dobrovoľníckej službe s cieľom vytvorenia porovnateľných európskych ukazovateľov a metód na meranie sociálneho dopadu dobrovoľníckej činnosti. Zavedením systému merania ekonomickej hodnoty bude možné lepšie pochopiť nielen ľudský rozmer, ale aj ekonomický prínos tejto činnosti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Απείχα κατά την ψηφοφορία της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία και την προώθηση του εθελοντισμού στην Ευρώπη, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Je me suis abstenu pour cette proposition de résolution.

Ce texte met en place une initiative positive qui encourage le volontariat des jeunes. Ce volontariat leur permet d'avoir plus facilement une première expérience professionnelle, ce à quoi nous sommes très favorables.

Cependant, cette proposition de résolution, ainsi que le volontariat européen en l'état, posent plusieurs problèmes.

Tout d'abord, nous croyons que l'Union européenne utilise les bons sentiments des citoyens pour renforcer ses compétences et pousser sa politique d'intégration.

Par ailleurs, le volontariat européen, comme plusieurs initiatives financées par le budget de l'UE, est une des sources de fraude utilisées par certaines entreprises.

Enfin, nous craignions que le volontariat européen devienne une école des «futurs travailleurs détachés» de l'Europe, ce à quoi nous nous opposons. Il y en a déjà plus de 300 000 en France.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit.* – Cette résolution soutient le volontariat et les associations bénévoles européennes. En France, nous distinguons le bénévolat, par définition non rémunéré, du volontariat. Ce dernier suppose un engagement sur une durée définie et une rétribution, a minima un défraiement, pour des actions civiques.

La résolution encourage les pays européens qui ne disposent pas encore d'un tel cadre juridique à le faire, au bénéfice des droits des volontaires. Notre programme propose d'aller même plus loin et de créer un véritable service citoyen obligatoire en France. Pour des tâches militaires mais aussi d'intérêt général civil (sapeurs-pompiers, protection de l'environnement, etc.) et rémunéré au SMIC.

Mais ce qui pose problème dans ce rapport est la logique sous-jacente: résoudre le chômage en favorisant le volontariat. Et notamment de s'absoudre dans la crise humanitaire des réfugiés avec la création d'un «corps européen de solidarité» . L'idée lancée par Juncker est en gros d'inciter les jeunes, population en galère, à aider d'autres populations en galère, via des associations, notamment qui travaillent auprès des migrants. Le tout presque gratuitement donc. Frontex passe à tabac les migrants et les jeunes mettront les pansements. Profondément inique!

Je vote contre, comme je voterai contre la proposition législative de Juncker quand elle nous sera présentée.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Em 2016, o Serviço Voluntário Europeu (SVE) celebra o seu 20.º aniversário e que, nestes 20 anos, 100 000 voluntários receberam apoio. O voluntariado é uma expressão de solidariedade, liberdade e responsabilidade que contribui para o reforço da cidadania ativa e do desenvolvimento humano e é um instrumento essencial para a inclusão e a coesão sociais, assim como para a formação, a educação e o diálogo intercultural, ao mesmo tempo que dá um contributo importante para a difusão dos valores europeus; salienta que os seus benefícios são igualmente reconhecidos nas ações de voluntariado realizadas com países terceiros, dado ser um instrumento estratégico para fomentar a compreensão mútua e as relações interculturais. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which stresses the need for volunteers to be given proper legal status and also aided in their efforts to find programmes.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — En 2016, le service volontaire européen fête son vingtième anniversaire. Au cours de ces vingt années d'existence, 100 000 volontaires, âgés de 17 à 30 ans, ont bénéficié de son soutien.

Le volontariat est une force majeure au sein de notre société civile. Celui-ci dispose d'une plus-value en tant qu'expression de solidarité, qui valorise et facilite l'intégration sociale, contribue à la construction du capital social et exerce un effet transformateur sur la société. Le volontariat doit également être reconnu dans le cadre du capital économique puisqu'il contribue à la croissance économique de l'Union. Je soutiens fortement ce genre d'initiative enrichissante qui donne la possibilité au candidat volontaire de réaliser un travail sur lui-même, dans le cadre d'un travail participatif et collectif au service de la société.

Toutefois, je reste convaincu de la nécessité d'améliorer la stratégie de communication sur les valeurs humanistes d'un tel service. Ce serait un échec de réduire ce programme à la possibilité de voyager gratuitement à travers l'Europe. Nous avons besoin, pour éviter ce genre de dérive, d'un cadre approprié clair définissant les droits et les responsabilités des volontaires.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this resolution, which stresses the importance of volunteering and recognises its values and importance. Volunteering is an expression of solidarity which promotes and facilitates social inclusion. We need to promote creative and innovative solutions to common challenges, emphasising the need to have a combination of support mechanisms and appropriate structures that strengthen the legal framework, identifying the legal rights and responsibilities for volunteers.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az S&D, a PPE, a GUE/NGL, az ALDE, az ECR, és a Verts/ALE képviselőcsoportok nyújtottak be állásfoglalásra irányuló indítványt. A hat képviselőcsoport megállapodásra jutott és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki. A kompromisszumos javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le projet de résolution fait suite aux déclarations de Jean-Claude Juncker dans son discours annuel sur l'état de l'Union du 13 septembre 2016. Il demande l'établissement de cadres légaux nationaux en ce qui concerne le volontariat, que le volontariat soit reconnu comme compétence informelle acquise et valorisée dans le cadre de la recherche d'un emploi. L'accès aux fonds européens pour les organismes de volontariat serait facilité. Il rappelle aussi l'importance des volontaires, notamment dans la gestion de la crise des réfugiés. Il veut la création d'un service civique européen. Si l'idée semble belle, comme à son habitude, l'Union européenne utilise les bons sentiments et les idées louables comme cheval de Troie d'une politique d'intégration toujours plus poussée et d'un renforcement de ses compétences. Il est par ailleurs à craindre que, à l'image d'Erasmus+, le volontariat soit dévoyé en école des «futurs travailleurs détachés» de l'Europe. Enfin, la volonté de faire appel aux bons sentiments des citoyens pour gérer à leur place le marasme de la crise des réfugiés est inacceptable. En conséquence, il n'est pas possible de voter ce rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O voluntariado constitui uma manifestação de solidariedade que contribui para o reforço da cidadania ativa, desenvolvimento humano e é essencial para a inclusão e coesão social, assim como para a formação, educação e o diálogo intercultural.

Defendo a criação de um quadro europeu que enquadre as ações de voluntariado e que determine direitos e responsabilidades, assim como facilite a mobilidade e o reconhecimento de competências.

Subscrevo a posição do relator na solicitação aos Estados-Membros que implementem processos de validação concretos no âmbito da Recomendação do Conselho de 2012 a fim de garantir uma melhor compreensão e comparabilidade das aptidões e da experiência, assim como que quaisquer futuras iniciativas relacionadas com o Passaporte Europeu de Competências e o Europass atribuam uma maior importância ao voluntariado enquanto aprendizagem informal e não formal.

Entendo que é importante que os Estados-Membros que ainda o não fizeram, criarem programas nacionais de serviço voluntário adequadamente financiados e a melhorarem o acesso a uma informação de qualidade sobre as oportunidades de voluntariado a nível nacional e local. Os EM devem promover SVE nos seus sistemas educativos e académicos enquanto instrumento de divulgação entre os jovens da educação para a solidariedade e a participação cívica.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif au service volontaire européen. Ce dispositif, intégré au programme Erasmus, permet aux jeunes Européens de participer volontairement et gratuitement à des activités dans de nombreux domaines (sport, culture, etc.) dans un pays de l'Union européenne ou voisin. Il a déjà apporté, depuis sa création il y a 20 ans, son soutien à 100 000 volontaires. Dans un monde qui connaît une économie de plus en plus mondialisée, il est important pour un jeune de pouvoir s'ouvrir à de nouvelles cultures et de découvrir de nouvelles langues.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Ez Európai Önkéntes Szolgálat az Európai Unió egy kiválóan működő eszköze, amivel a fiatalokat aktív szerepvállalásra ösztönzi. Az önkéntesség igazi trenddé vált a fiatalok körében és az uniós programnak köszönhetően mindenki képes bekapcsolódni. Az Európai Önkéntes Szolgálat szállást, étkezést és zsebpénzt biztosít, valamint megtéríti az önkéntesek utazási költségeit. Így a fiatalok kipróbálhatják magukat egy új helyzetben, ahol egyszerre segítenek másoknak és fejlesztik saját képességeiket. Az elmúlt évek során a munkaadók szemében is megnőtt az önkéntességgel szerzett tapasztalatok jelentősége, ami tovább segítette a hátrányos szociális háttérből érkezők elhelyezkedését és életszínvonaluk emelkedését. Úgy gondolom, hogy ez egy nagyszerű lehetőség, amiből senkinek sem szabad kimaradnia!

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Voluntary Services (EVS) helps young people travel abroad to participate in volunteering projects whilst experiencing different cultures, making new friends and helping others learn new skills. I have voted for this motion for a resolution regarding the EVS, which that recognises the expression of solidarity, freedom and responsibility that it offers.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Susțin prin votul meu această propunere de rezoluție privind crearea Serviciului european de voluntariat, deoarece consider că încurajarea acestui tip de servicii civice este de fapt o oportunitate pentru a dezvolta legături umane ce ajută la incluziunea socială, la înțelegerea și la acceptarea diferențelor culturale dintre cetățeni. Consider că această formă de învățare informală joacă un rol major în sensul dezvoltării unor societăți deschise și tolerante, pregătite pentru noile provocări pe care le întâmpinăm. În acest sens, susțin ideea ca activitatea de voluntariat, practicată de atât de multe persoane la nivelul întregii Uniuni Europene, să fie recunoscută ca activitate de învățare și dezvoltare și să fie susținută prin programe specifice atât de către Comisia Europeană, cât și de statele membre.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Nepochybně je vhodné zdůraznit, že dobrovolná činnost přispívá k posílení aktivního občanství a k osobnímu lidskému rozvoji a je nezbytným nástrojem pro sociální začlenění a soudržnost, odbornou přípravu, vzdělávání a mezikulturní dialog. Podpořil jsem také výzvu k tomu, aby iniciativy Evropský pas dovedností a Europass přikládaly větší váhu dobrovolné činnosti. V praktické rovině by pak Komise a členské státy měly zvážit opatření, aby čas strávený dobrovolnou činností mohl být předmětem spolufinancování v rámci evropských grantů.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da ein „Freiwilliger Dienst" im Grunde eine sehr wichtige und bedeutende Sache ist, jedoch muss meiner Meinung nach der Rechtsrahmen für den Dienst geändert werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Vabatahtlik tegevus aitab tugevdada kodanikuaktiivsust ja inimese isiklikku arengut, seega resolutsioonis kutsutakse üles looma rohkem Euroopa-üleseid võimalusi ja raamistik selleks, et aidata kaasa vabatahtlike tegevustele.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση χρειάζεται μια καλύτερα συντονισμένη πολιτική για τον εθελοντισμό και χρειάζεται να δώσει στους εθελοντές ένα κατάλληλο νομικό καθεστώς για να τους βοηθήσει να ενταχθούν σε προγράμματα.

Σχεδόν 100 εκατομμύρια πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχουν λάβει μέρος ως εθελοντές στον τομέα της εκπαίδευσης, του πολιτισμού, των τεχνών, σε αθλητικά γεγονότα και σε ανθρωπιστικής και αναπτυξιακής βοήθειας εργασίας. Οι νέοι πρέπει να επωφεληθούν από προγράμματα εθελοντισμού, έτσι ώστε να αναπτύξουν δεξιότητες και να αποκτήσουν την εμπειρία που τους βοηθά να βρουν δουλειά στη συνέχεια.

Άνθρωποι όλων των ηλικιών θα πρέπει να ενθαρρύνονται για να επωφεληθούν από τον εθελοντισμό για τη βελτίωση των δεξιοτήτων τους αλλά και για την κατανόηση άλλων πολιτισμών.

Η Ευρωπαϊκή Επιτροπή επιβάλλεται να προτείνει ένα ευρωπαϊκό καταστατικό εθελοντισμού, για να εξασφαλιστεί ότι όλες οι εθελοντικές οργανώσεις θα έχουν κατάλληλη νομική υπόσταση και θεσμική αναγνώριση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Η ΕΕ όχι μόνο δεν αναγνωρίζει το δικαίωμα στη μόνιμη δουλειά, αλλά προωθεί οτιδήποτε μπορεί να την αντικαταστήσει (ελαστικές μορφές απασχόλησης, προγράμματα κατάρτισης). Αυτό επιβεβαιώνει το κοινό ψήφισμα σχετικά με την ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία, αλλά και η πρόσφατη πρόταση της Επιτροπής για το λεγόμενο «Ευρωπαϊκό Σώμα Αλληλεγγύης». Το ψήφισμα σημειώνει ότι ο εθελοντισμός «δεν συνοδεύεται από την επιδίωξη οικονομικού κέρδους» και ότι «βοηθά τους ανθρώπους να αποκτήσουν προσόντα και δεξιότητες που μπορούν να διευκολύνουν την πρόσβασή τους στην αγορά εργασίας», αναγνωρίζοντας ουσιαστικά την αξιοποίηση του εθελοντισμού για τζάμπα εργασία προς όφελος των επιχειρηματικών ομίλων με πρόσχημα την «αλληλεγγύη». Άλλωστε, όπως προκλητικά αναφέρει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή στην πρότασή της για το «Σώμα Αλληλεγγύης», όσοι συμμετέχουν είτε θα αμείβονται με ψίχουλα είτε θα λαμβάνουν επί λέξει χαρτζιλίκι (pocket money). Με αυτούς τους σχεδιασμούς μάταια προσπαθούν να καλύψουν τη γύμνια των κοινωνικών υπηρεσιών αναθέτοντας σε ιδιώτες τομείς, όπως η υγεία, η πρόνοια, η υποδοχή και φιλοξενία προσφύγων, όπου ήδη οι ΜΚΟ αλωνίζουν. Οι λαοί πρέπει να γυρίσουν την πλάτη σε αυτούς που τους «αρπάζουν το ψωμί από το χέρι» και μετά εμφανίζονται ως δήθεν υποστηρικτές της «αλληλεγγύης». Πρέπει να ενισχύσουν την πάλη τους ενάντια στο σύστημα που γεννά και αναπαράγει τη φτώχεια και την εκμετάλλευση.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui appelle l'UE à adopter une politique mieux coordonnée en matière de volontariat, pour donner aux volontaires un statut légal clair et faciliter leur participation. En dépit des avantages sociaux et économiques du volontariat, tant pour les individus que les organisations, la participation au service volontaire européen reste modeste et les derniers obstacles doivent être levés. Les citoyens de tous âges doivent être encouragés à bénéficier du volontariat afin de développer leurs compétences, leur compréhension des autres cultures ainsi que leurs chances de trouver un emploi.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. The resolution called on the Commission to create new initiatives and expand the European voluntary service at the taxpayer's expense. The UK has its own volunteering schemes in place, and we do not need another service at EU level.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Bisogna tener presente che il volontariato ha un notevole valore in quanto rappresenta una delle manifestazioni di solidarietà più evidenti, che promuove e agevola l'inclusione sociale, sviluppa il capitale sociale e produce trasformazioni nella società; inoltre, il volontariato contribuisce sia allo sviluppo di una società civile capace di offrire soluzioni creative e innovative alle sfide comuni, nonché alla crescita economica. Pertanto, in merito alla proposta in esame, intenderei pronunciarmi positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Volontiranje je izraz solidarnosti koji doprinosi jačanju aktivnog građanstva i osobnog razvoja te je ključno za postizanje socijalne uključenosti, kao i za osposobljavanje, obrazovanje i dijalog među kulturama. Također, doprinosi razvoju uspješnog civilnog društva koje može ponuditi kreativna i inovativna rješenja na zajedničke izazove i gospodarskom rastu te tako gradi društveni kapital te preobražava društvo. Kao takvog ga se treba podržavati na lokalnoj, nacionalnoj, ali svakako i europskoj razini. Budući da trenutno volontiranje ostvaruje oko 5 % europskog BDP-a, vidljivo je kako ga je i u ekonomskom smislu važno ne zanemariti.

No, ta podrška ne smije ostati samo na riječima. Zato podržavam ovaj prijedlog rezolucije jer smatram kako su potrebni konkretni potezi kako bi se volontiranje podržalo i pospješilo. Ono pomaže u stjecanju vještina i sposobnosti te bi ga trebalo priznati kao neformalno obrazovanje – treba ga poticati u odgojnim sustavima. Potrebno je istražiti nacionalne sustave volontiranja kako bi se mogle uočiti i izmijeniti dobre prakse te popraviti one loše i nedostatne. Opseg volontiranja ne smijemo ograničiti samo na mlade, već njime trebamo poticati i aktivno starenje.

Svakako, sve ovo nije moguće ako je sustav pristupa volontiranju kompliciran. Zato treba jamčiti za brz i jednostavan pristup volontiranju kroz pojednostavljenje sustava za prijave.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Volontiranje je izraz solidarnosti, slobode i odgovornosti koji doprinosi jačanju aktivnog građanstva te je ključan instrument za socijalnu uključenost kao i za osposobljavanje i obrazovanje. Volontiranje doprinosi i dijalogu među kulturama te širenju europskih vrijednosti. Rezolucija S&D-a naglašava važnost pružanja pravnog okvira u kojem će biti utvrđen status volontiranja s pravima i odgovornostima za volontere te kojim će se olakšati mobilnost i priznavanje. U tom pogledu poziva države članice da provedu konkretne procese validacije u okviru preporuke Vijeća iz 2012. godine. Važno je da se u većoj mjeri uzima u obzir znanje stečeno u okviru neformalnog obrazovanja, uključujući volontiranje, jer volontiranje ljudima pruža vještine koje im olakšavaju pristup tržištu rada.

Podržavam ideju Komisije da se pokrene nova inicijativa volontiranja – Europske snage solidarnosti te naglašavam kako bi Komisija u realizaciju te inicijative trebala uključiti volonterske organizacije. Europska volonterska služba trebala bi se temeljiti na kvalitetnim ponudama za volontiranje i poštovati Povelju o volonterstvu.

Rezolucija ističe važnost promicanja Europske volonterske službe kod mladih te smatram kako bi se Europska volonterska služba trebala temeljiti na strukturi koja omogućuje brz i jednostavan pristup mladih programu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Valorizamos o voluntariado, como contributo para a promoção de uma efetiva solidariedade e entreajuda entre cidadãos, consolidando sentimentos de altruísmo e genuína generosidade, contribuindo para a integração social e a dissipação de sentimentos de discriminação.

O relatório refere conceitos que não acompanhamentos, tais como o conceito da cidadania europeia, o serviço cívico europeu, ou o corpo europeu de solidariedade.

Refere-se o relevante papel dos voluntários no apoio à crise humanitária dos refugiados. Valorizando esta participação, não podemos deixar de denunciar que aqueles conceitos e entidades contribuirão para legitimar e aprofundar uma dinâmica que tem sido usada para desresponsabilizar o papel que os Estados e a União Europeia devem ter e não assumem, na resposta à gravíssima crise humanitária.

Melhorar o desenvolvimento do voluntariado passa também pela valorização e atribuição de apoios à atividade de organizações sem fins lucrativos, entre muitas outras: o movimento cooperativo, as coletividades e as sociedades locais, as comissões de moradores, as associações desportivas, recreativas, culturais, juvenis ou dirigidas à infância.

Por fim, referir que o voluntariado não pode substituir postos de trabalho, uma prática infelizmente cada vez mais comum, o que justifica a necessidade de reforçar o seu enquadramento legal e a defesa dos seus direitos sociais.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Letos oslaví Evropská dobrovolnická služba 20. výročí svého vzniku. Tohoto projektu se za celých dvacet let fungování zúčastnilo kolem 100 000 dobrovolníků, což je, dle mého názoru, obrovský úspěch. Velice rád jsem podpořil usnesení, které vyzývá členské státy a instituce EU k zachování angažovanosti Evropanů v rámci Evropské dobrovolné služby. Dobrovolnictví vnímám jako výraz prokázání solidarity, která přispívá k posílení aktivního občanství a působí proti sociálnímu vyloučení, chudobě, netoleranci, rasismu, xenofobii, nespravedlnosti a zároveň přispívá k šíření evropských hodnot. Přínos dobrovolnictví jsme měli možnost zaznamenat například v rámci nynější uprchlické krize, kdy se našlo mnoho dobrovolníků, jež byli ochotni poskytnout pomocnou ruku. Pro lepší fungování dobrovolnických akcí je však také nutné vytvořit evropský rámec, který by identifikoval dobrovolnictví s právy a povinnostmi a usnadnil tak mobilitu a uznávání dovedností dobrovolníků.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le service volontaire européen (SVE) est un dispositif européen destiné aux jeunes de 17 à 30 ans, qui participent à des projets de volontariat dans des organisations à l'étranger sur des périodes de deux semaines à douze mois. Les champs d'action sont variés: culture, protection de l'environnement, aide éducative ou sociale, etc. Surtout, cet engagement au service des autres est un outil de reconnaissance de l'apprentissage réalisé par le jeune concerné. J'ai voté en faveur de cette résolution qui a souligné l'importance d'un financement cohérent et d'un cadre juridique précis destiné tant aux volontaires qu'aux gestionnaires des programmes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – É com muito orgulho que realço a celebração dos vinte anos do serviço de voluntariado europeu (SVE), programa europeu que apoiou mais de 100 000 jovens na sua nobre e solidária decisão de serem voluntários. Ser voluntário parte da vontade, da escolha e da motivação individual, sem a busca de compensação financeira. O voluntariado contribui de forma decisiva para inúmeras causas sociais, humanas ou ambientais a nível europeu e internacional. É importante relembrar que, ao fazer voluntariado, os participantes adquirem um conjunto diferente de competências que devem ser reconhecidas como educação não formal. De forma a permitir ao SVE continuar a crescer é necessário garantir o reforço de mecanismos e estruturas intermediárias por via de um quadro legal que identifica os direitos e as responsabilidades dos voluntários assim como das organizações que os recebem. Apoio a ideia da simplificação do processo de candidatura a programas do SVE com o intuito de facilitar e acelerar o processo, assim como permitir que mais jovens participem neste tipo de programas. Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding resolution. The resolution called on the Commission to create new initiatives and expand the European voluntary service at the taxpayer's expense. The UK has its own volunteering schemes in place, and we do not need another service at EU level.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Lors de la session plénière du 27 octobre 2016, j'ai voté pour la résolution du Parlement européen sur le service volontaire européen (SVE).

Le service volontaire européen a déjà soutenu plus de 100 000 volontaires dans l'éducation, la culture, les événements sportifs ou encore l'aide au développement. C'est un véritable outil au service de la jeunesse européenne et du brassage des cultures en Europe qu'il faut renforcer et soutenir.

Je me félicite que cette résolution prône l'élargissement du SVE à toutes les personnes, indépendamment de leur âge, à tous les domaines de travail et à toutes les destinations, notamment afin d'encourager la mobilité de tous les volontaires dans le domaine de la gestion des crises humanitaires. Je soutiens aussi pleinement la demande du Parlement en vue d'un statut légal du volontaire européen.

Enfin, j'ai soutenu cette résolution pour encourager la Commission à faciliter les règles de participation des entreprises et associations par l'intermédiaire, notamment, d'un système de candidature plus simple. Il faudra aussi que la Commission prenne en compte les recommandations du Parlement pour affecter davantage de fonds à des programmes de volontariat plus ambitieux au niveau européen.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, uma vez que o voluntariado é um aspeto-chave da cidadania ativa e da democracia, bem como da formação pessoal, que corporiza valores europeus como a solidariedade e a não discriminação, contribuindo igualmente para o desenvolvimento da democracia participativa e para a promoção dos direitos humanos dentro e fora da UE.

Esta Resolução, entre outras coisas, insta as autoridades nacionais, regionais e locais a assegurarem um financiamento adequado, a simplificarem os procedimentos administrativos e a preverem incentivos fiscais para as organizações e as redes de voluntários, em especial as de pequena dimensão e com recursos limitados. Salienta a necessidade de melhorar o acompanhamento e reforçar a dimensão local após uma experiência de voluntariado no estrangeiro, através do apoio não só antes da partida, mas também após o regresso, em termos de formação em pós-orientação e pós-integração. E ainda, insiste na necessidade de disponibilizar mentoria de qualidade ao longo de todo o processo mediante uma gestão responsável dos voluntários e da sensibilização destes últimos para as suas próprias responsabilidades em relação à organização e à comunidade.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, o voluntariado é uma expressão de solidariedade, liberdade e responsabilidade que contribui para o reforço da cidadania ativa e do desenvolvimento humano e é um instrumento essencial para a inclusão e a coesão sociais, assim como para a formação, a educação e o diálogo intercultural, ao mesmo tempo que dá um contributo importante para a difusão dos valores europeus. Os seus benefícios são igualmente reconhecidos nas ações de voluntariado realizadas com países terceiros, dado ser um instrumento estratégico para fomentar a compreensão mútua e as relações interculturais.

É importante instituir um quadro jurídico europeu para as ações de voluntariado que defina um estatuto do voluntariado, com direitos e responsabilidades, e que facilite a mobilidade e o reconhecimento de competências.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Con motivo del 20 aniversario del Servicio Voluntario Europeo (SVE), se plantean las ventajas y beneficios del programa de voluntariado, así como una serie de cuestiones sobre cómo mejorarlo, tanto en el acceso a las iniciativas como a una mayor cantidad de las mismas.

El voluntariado es una de las expresiones más visibles de la solidaridad, que produce un efecto transformador en la sociedad, a través de la construcción de capital social y la inclusión social; además de constituir una expresión de libertad y responsabilidad pone en práctica los valores europeos.

Sin embargo, para que eso sea llevado a cabo se deben reforzar los mecanismos de apoyo y las estructuras organizativas, mediante el refuerzo de un marco jurídico apropiado que determine los derechos y las responsabilidades de los voluntarios/as. También se debe reforzar el seguimiento y la dimensión local después de una experiencia de voluntariado en el extranjero prestando apoyo a las comunidades locales.

Por ello he votado a favor de esta resolución para la elaboración de una política europea de voluntariado coordinada y para que el SVE reciba un mayor impulso desde las instituciones.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la reconnaissance juridique du statut de volontaire européen, car le volontariat représente une expérience valorisante et… de l'expérience à valoriser. Ces activités font vivre l'esprit européen dans ce qu'il a de plus concret. C'est l'expression de la solidarité, de la citoyenneté qui fait œuvre utile, c'est l'ouverture au monde et aux autres. Ces expériences bénévoles contribuent à la compréhension mutuelle et interculturelle, c'est pourquoi il convient de développer les projets de mobilité comme celui-ci et ceux du programme Erasmus +, et de les soutenir financièrement.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vienareikšmiškai pritariu ES savanorių tarnybos įdėjai ir siūlomoms veiklos gairėms. Tai yra puiki iniciatyva ir puiki priemonė, galinti ne tik padėti spręsti įsisenėjusias socialines problemas, tačiau ir paskatinti socialinio jautrumo didėjimo, užimtumo augimo bei netgi naujų verslų atsiradimo iššūkius.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Em 2016, o Serviço Voluntário Europeu (SVE) celebra o seu 20.º aniversário e o número de 100 000 voluntários (que já integraram este programa).

O voluntariado é uma expressão de solidariedade, liberdade e responsabilidade- e muitas vezes de abnegação, que contribui para o reforço da cidadania ativa e do desenvolvimento humano constituindo também um instrumento essencial para a inclusão e coesão sociais, assim como para a formação, a educação e o diálogo intercultural, a mobilidade e, ao mesmo tempo para a difusão dos valores europeus.

Na Europa, cerca de 100 milhões de cidadãos são voluntários, um trabalho que representa 5 % do PIB da UE pelo que, este valor económico deve ser tido em conta.

Parece-nos por isso fundamental, instituir um quadro jurídico europeu para estas ações, definindo o estatuto do voluntariado, com direitos e responsabilidades, que vise facilitar a mobilidade e o reconhecimento de competências, a par de uma política europeia de voluntariado mais coordenada.

Além disso, os Estados-Membros devem promover programas nacionais adequados, melhorando as oportunidades e condições de voluntariado.

Por concordar com esta proposta e acreditar no valor social, humano e cívico incalculável que o voluntariado acresce às pessoas e as organizações nele envolvidas, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui réclame une politique mieux coordonnée en matière de volontariat.

Le service volontaire européen permet aux jeunes de 17 à 30 ans de participer à des projets au sein d'organisations à l'étranger sur des périodes pouvant aller de deux semaines à douze mois. La participation au service volontaire européen reste modeste, 100 000 jeunes au cours de 20 dernières années; il est donc urgent que les derniers obstacles soient levés. Dans ce sens, cette résolution appelle la Commission à améliorer sa stratégie de communication et à faciliter l'accès public à l'information au sujet des possibilités offertes par le service volontaire européen.

Cette résolution souligne que les citoyens européens doivent tirer bénéfice du volontariat afin de développer leurs compétences et leur compréhension des autres cultures ainsi que de renforcer leur employabilité.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la JMR sobre el Servicio de Voluntariado Europeo y la promoción del voluntariado en Europa ya que Podemos defiende los valores del voluntariado, la solidaridad, la ciudadanía activa y la movilización de la sociedad civil en favor de los más vulnerables sin objetivos crematísticos. Esta JMR ha remarcado aspectos que para nosotros son clave, como que el voluntariado no debe sustituir el empleo formal, que los sistemas de voluntariado a nivel europeo carecen todavía de la coordinación adecuada y es necesario mejorarlo o que hace falta una financiación justa para su correcto desarrollo. La Resolución también pone en valor todo el movimiento de voluntarios durante la crisis de los refugiados que han sabido reaccionar a retos con gran pragmatismo, y contempla la posibilidad del reconocimiento del estatus de voluntario y mejorar el acceso a información, reconocimiento de las capacidades informales adquiridas y una mejor estrategia de comunicación. Es por ello que creo que es una buena resolución y voto para consolidar este Servicio.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien reconozco el valor social del voluntariado, no he podido votar a favor de esta resolución puesto que aboga por una consideración mercantilista del voluntariado europeo (que cuantifica en un 5 % del PIB) al que se recurre como sustitutivo de servicios sociales que deben ser públicos. Considero loable el trabajo voluntario de miles de ciudadanos y residentes en la Unión y como tal ha de ser reconocido socialmente, pero me opongo a que el voluntariado sirva como pretexto para que el Estado se desentienda de sus responsabilidades, como por ejemplo en la acogida de refugiados, que es la línea en la que está dirigida la resolución. Por esto no he podido votar a favor de la misma.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – È nostro dovere riconoscere il valore sociale ed economico dei beni e dei servizi forniti dai volontari che in Europa ammontano a quasi 100 milioni di cittadini e che contribuiscono alla produzione di circa il 5% del PIL. Le attività di volontariato oltre a promuovere i valori che sono alla base di uno sviluppo sociale etico e solidale, hanno delle importanti ricadute positive e delle grandi potenzialità in termini di inclusione sociale, occupazione, istruzione, sviluppo delle competenze e promozione di una cittadinanza attiva. Ho votato quindi a favore della risoluzione che in occasione della celebrazione del ventesimo anniversario del servizio volontario europeo ribadisce correttamente la necessità di promuovere in modo più efficace il volontariato in tutta l'UE, eliminando gli ostacoli ancora presenti che impediscono, direttamente o indirettamente ai volontari di apportare il loro prezioso contributo alla società.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion which calls on the Commission to facilitate the development of a more coordinated European volunteering policy. The European Voluntary Service (EVS) celebrates its 20th anniversary and 100 000 volunteers have been supported over those 20 years. Volunteering is an expression of solidarity, freedom and responsibility that contributes to the strengthening of active citizenship and to personal human development. It is an essential tool for social inclusion and cohesion, as well as training, education and intercultural dialogue, while making an important contribution to the dissemination of European values. Its benefits are also recognised in voluntary work carried out with third countries as a strategic tool for fostering mutual understanding and intercultural relations.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – V prípade uznesenia o Európskej dobrovoľníckej službe a podpore dobrovoľníctva som hlasoval za jej prijatie. Dobrovoľníctvo totiž predstavuje dôležitú pridanú hodnotu nielen v rozmere solidarity a pomoci v Európe, ale významným spôsobom prispieva aj k rastu európskeho hospodárstva.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európsky rok dobrovoľníctva v roku 2011 predstavoval zásadnú politickú príležitosť na zviditeľnenie prínosu dobrovoľníctva v Európe. Ľudia vykonávajú dobrovoľnícku činnosť slobodne, z vlastného rozhodnutia a z vlastných dôvodov, pričom sa neusilujú o finančný zisk. Dobrovoľnícka činnosť má svoju veľkú hodnotu a význam a je jedným z najvýraznejších prejavov solidarity. V súčasnosti v Európe vykonáva dobrovoľnícku činnosť skoro 100 miliónov občanov všetkých vekových kategórií a ich práca prispieva k vytvoreniu približne 5 % HDP EÚ. Preto je potrebné podporiť a realizovať návrh, aby čas stránený dobrovoľníckou činnosťou mohol byť predmetom spolufinancovania v rámci európskych grantov. Tiež je potrebné zastrešiť dobrovoľnícku činnosť spoločným právnym rámcom, ktorý určí status dobrovoľníctva vrátane práv a povinností a umožní mobilitu a uznávanie zručností a vedomostí. Vypracovanie koordinovanejšej európskej politiky pre dobrovoľníctvo by prepojovalo jednotlivé iniciatívy a programy a zlepšovalo prístup k dobrovoľníckym programom.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Tento rok oslavuje Európska dobrovoľnícka služba 20. výročie. Počas týchto rokov bolo podporených cez 100 000 dobrovoľníkov, ktorí mali možnosť naučiť sa nové veci a získať cenné skúsenosti formou neformálneho vzdelávania. Takáto činnosť nepochybne pozitívne vplýva na šírenie európskych hodnôt, medzikultúrneho dialógu a je dôležitým nástrojom sociálneho začlenenia a súdržnosti.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zum „Europäischen Freiwilligendienst und zur Förderung der Freiwilligentätigkeit in der EU“ habe ich nicht zugestimmt.

Erst durch den Bericht habe ich erfahren, dass der Europäische Freiwilligendienst (EFD) im Jahr 2016 den 20. Jahrestag seines Bestehens begeht und dass in diesen 20 Jahren 100 000 Freiwillige unterstützt wurden. Meiner Ansicht nach sind dies 20 Jahre und 100 000 Unterstützte zu viel. Das Thema gehört nicht auf die Ebene der EU und ist deshalb ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip. Ich hoffe, dass es weniger als 20 Jahre dauert, das Instrument ersatzlos abzuschaffen.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o Evropski prostovoljski službi in spodbujanju prostovoljstva v Evropi. Po podatkih je v Evropi skoraj 100 milijonov državljanov dejavnih v prostovoljstvu, njihovo delo pa ustvari približno 5 % njenega BDP. Ravno zaradi tega je še bolj na mestu, da zagotovimo evropski okvir za prostovoljske dejavnosti v smislu pravnega okvira, ki opredeljuje status prostovoljcev, njihove pravice in odgovornosti ter spodbuja mobilnost in priznavanje znanj in spretnosti. V tej luči resolucija pravilno spodbuja države članice, naj določijo pravno okolje za prostovoljce ter naj uporabijo priporočila iz Agende za prostovoljsko politiko v Evropi ter Evropsko listino o pravicah in odgovornostih prostovoljcev.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Παρότι ο επίσημος εθελοντισμός έχει ουσιαστικό και μακροπρόθεσμο στόχο την ομαλή ένταξη των νέων στο κοινωνικό σύστημα, την απόκτηση ισχυρών δεξιοτήτων και την καλλιέργεια αλληλεγγύης προς τον συνάνθρωπο, δυστυχώς συσχετίζεται κυρίως με τις ΜΚΟ, οι οποίες λαμβάνουν υπέρογκα ποσά χρηματοδότησης, εκμεταλλεύονται τους εθελοντές και τους αντιμετωπίζουν ως φθηνά εργατικά χέρια, καταλήγοντας ότι, με πρόσχημα τον εθελοντισμό, δεν πρέπει να ανοίξουν διαυλοι σε λαθρομετανάστες, δήθεν εθελοντές, για να εγκατασταθούν σε ευρωπαϊκό έδαφος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az önkéntességről és az Európai önkéntes szolgálatról szóló közös állásfoglalási indítványt, amelyhez hasonlóan úgy vélem, hogy az önkéntesség a szolidaritás egyik leginkább látható kifejeződése, amely elősegíti a társadalmi befogadást és hozzájárul mind a jól működő civil társadalom fejlődéséhez, mind a gazdasági növekedéshez.

Egyetértek továbbá azzal a megállapítással, hogy a támogató környezet döntő szerepet játszik annak biztosításában, hogy minél több európai polgár vegyen részt önkéntességben, így garantálva az önkéntességi infrastruktúra biztonságos és fenntartható támogatását, különös tekintettel az önkénteseket alkalmazó szervezetekre. Ezért szükséges, hogy a tagállamok megfelelően finanszírozott nemzeti önkéntes szolgálati rendszereket hozzanak létre, és javítsák az önkéntes lehetőségekkel kapcsolatos minőségi információkhoz való hozzáférést nemzeti és helyi szinten egyaránt, különös tekintettel a meglévő ifjúsági tájékoztatási hálózatokra.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W 2016 r. program wolontariatu europejskiego obchodzi 20. rocznicę powstania. Przez dwie dekady udało się wesprzeć ponad 100 tys. wolontariuszy. Z jednej strony cieszy fakt, iż tak wiele osób postanowiło poświęcić swój czas dla innych, nie dążąc przy tym do żadnych korzyści finansowych. Z drugiej jednak strony możemy stwierdzić, że jest to kropla w morzu potrzeb i że konieczna jest lepsza promocja i wsparcie materialne dla programu.

Wolontariat pomaga w zdobywaniu umiejętności i kompetencji, a także stanowi przejaw solidarności i odpowiedzialności, które przyczyniają się do wzmocnienia aktywnego obywatelstwa i osobistego rozwoju ludzkiego. Ma ogromną wartość dodaną i pozytywny wpływ na relacje międzykulturowe. Jednakże wolontariat wymaga odpowiednich struktur organizacyjnych i prawnych, jasno określających prawa i obowiązki wolontariuszy.

Ponadto państwa członkowskie powinny aktywniej promować wolontariat europejski w swoich systemach edukacyjnych oraz, poprzez uproszczenie obecnego systemu składania wniosków, umożliwić młodzieży szybki i łatwy dostęp do programu.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – Volunteering has a value and importance as one of the most visible expressions of solidarity, which promotes and facilitates social inclusion, builds social capital and produces a transformative effect on society. Volunteering contributes both to the development of a thriving civil society, which can offer creative and innovative solutions to common challenges, and to economic growth, and as such it deserves to be measured in a specific, targeted way in terms of both economic and social capital. I supported this report as I believe in the importance of providing a legal framework which identifies a volunteering status, with rights and responsibilities for volunteers and volunteering. Moreover, I think it is a great idea for Member States to establish adequately funded national voluntary service schemes and to improve access to quality information on volunteering opportunities at national and local level.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Nous y reconnaissons que le volontariat est une expression de la solidarité, de la liberté et de la responsabilité qui permet de renforcer la citoyenneté active et le développement personnel humain, et qu'il constitue un outil essentiel d'intégration et de cohésion sociales, parallèlement à la formation, à l'éducation et au dialogue interculturel, tout en contribuant largement à la diffusion des valeurs européennes.

Les avantages du volontariat sont également reconnus dans les activités bénévoles réalisées avec des pays tiers, car il s'agit d'un outil stratégique qui favorise la compréhension mutuelle et les relations interculturelles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In 2016, the European Voluntary Service (EVS) celebrated its 20th anniversary, supporting 100 000 volunteers since its inception. In Europe, volunteering is an expression of solidarity, freedom and responsibility that contributes to the strengthening of active citizenship and to personal human development, and that it is an essential tool for social inclusion and cohesion, as well as training, education and intercultural dialogue and an important dimension of EU values. I voted in favour of the motion for a resolution on the EVS, which encourages Member States to implement a concrete validation process, as well as the creation of an EU framework, which provides volunteer work with a legal status, ensuring rights and responsibilities are protected for volunteers in the EU. I believe it is necessary to give volunteering a greater relevance and a formal status in order to encourage future generations of volunteers.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Degna di apprezzamento questa iniziativa fortemente voluta dalla collega Silvia Costa e dalla Commissione perla cultura di celebrare i vent'anni del Servizio di volontariato europeo attraverso un atto parlamentare. La risoluzione votata chiede alla Commissione UE e agli Stati membri di realizzare le condizioni più favorevoli perché l'esperienza del volontariato in tutta Europa sia potenziata e ne sia riconosciuto il valore, si tratta dell'espressione di una dimensione fondamentale della libertà e responsabilità delle persone, singole o associate, ma anche, concretamente di un valore europeo da salvaguardare. In ogni circostanza quotidiana dalle calamità, alle crisi umanitarie o all'emergenza, come quelle che stiamo vivendo in Europa e ai suoi confini, come anche nella cura e nell'assistenza delle persone vulnerabili, anziani, bambini, disabili, l'opera preziosa di migliaia volontari, affianca e integra quella delle istituzioni. Si tratta di un contributo gratuito e prezioso che produce non solo inclusione e coesione sociale, ma anche innovazione, e crea ricchezza: si stima infatti che il volontariato contribuisce al 5% del PIL della Unione. Chiediamo con decisione alla Commissione che si adoperi affinché non restino sulla carta le raccomandazioni della Agenda politica per il volontariato e la Carta EU dei volontari a quegli Stati membri che non hanno ancora legiferato in materia, istituendo piani nazionali di servizio volontario.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europska volonterska služba kreirana je s ciljem pomaganja mladim ljudima u dobi od 17-30 godina koji putuju u inozemstvo da sudjeluju u volonterskim projektima koji traju između 2 tjedna i 12 mjeseci. Navedeno spada u ključno djelovanje Erasmus+ programa - mobilnost za mladež i mlade radnike, s ukupnim proračunom od 9,8 milijuna EUR.

Ovaj prijedlog sam podržala iz razloga što smatram da je iznimno bitno povezati mlade na volonterskim osnovama, jer je krajnji rezultat toga veliki potencijal u postizanju iznimno pozitivnih ciljeva kao što su socijalna uključenost, solidarnost, međukulturni dijalog te po mom mišljenju, najvažnije, izgradnja mnogostrukih vještina i kompetencija od kojih će mladi u budućnosti imati višestruku korist.

Raduje me procjena da će između 2014.-2020. godine oko 100 000 mladih sudjelovati u ovoj hvalevrijednoj inicijativi.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o Evropski prostovoljski službi in spodbujanju prostovoljstva v Evropi sem podprla. V letu 2016 Evropska prostovoljska služba praznuje 20. obletnico delovanja in je v teh dvajsetih letih nudila podporo 100.000 prostovoljcem. Prostovoljstvo ima vrednost in pomen kot eden od najvidnejših izrazov solidarnosti, ki spodbuja in omogoča socialno vključenost, ustvarja družbeni kapital in omogoča preobrazbo družbe, prav tako pa prispeva k razvoju aktivne civilne družbe, ki lahko ponudi ustvarjalne in inovativne rešitve za skupne izzive, ter h gospodarski rasti, zaradi česar je treba o njem presojati s posebnimi merili, glede na ekonomski in socialni kapital. Prostovoljstvo zahteva kombinacijo podpornih mehanizmov in/ali ustreznih organizacijskih struktur, ki bi jih bilo treba dodatno okrepiti z ustreznim pravnim okvirom, v katerem bodo opredeljene pravice in dolžnosti prostovoljcev in prostovoljstva. Parlament spodbuja države članice, naj v svojih izobraževalnih in univerzitetnih sistemih promovirajo Evropsko prostovoljsko službo kot orodje za izobraževanje mlajše generacije o solidarnosti in državljanskem udejstvovanju. Evropska prostovoljska služba bi morala omogočati hiter in enostaven dostop do tega programa, zato je potrebno poenostavitvi sedanji prijavni sistem.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la JMR sobre el Servicio de Voluntariado Europeo y la promoción del voluntariado en Europa ya que Podemos defiende los valores del voluntariado, la solidaridad, la ciudadanía activa y la movilización de la sociedad civil en favor de los más vulnerables sin objetivos crematísticos. Esta JMR ha remarcado aspectos que para nosotros son clave, como que el voluntariado no debe sustituir el empleo formal, que los sistemas de voluntariado a nivel europeo carecen todavía de la coordinación adecuada y es necesario mejorarlo o que hace falta una financiación justa para su correcto desarrollo. La Resolución también pone en valor todo el movimiento de voluntarios durante la crisis de los refugiados que han sabido reaccionar a retos con gran pragmatismo, y contempla la posibilidad del reconocimiento del estatus de voluntario y mejorar el acceso a información, reconocimiento de las capacidades informales adquiridas y una mejor estrategia de comunicación. Es por ello que creo que es una buena resolución y voto para consolidar este Servicio.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Mobilność zawodowa i stałe podnoszenie kompetencji to dla młodzieży i młodych pracowników ogromna szansa. Wolontariat europejski pomaga osobom w wieku od 17 do 30 lat podróżować za granicę, dzięki czemu mogą brać udział w projektach wolontariackich trwających od 2 tygodni do 12 miesięcy. Z możliwości płynących z wolontariatu europejskiego korzystają osoby w krajach programu Erasmus+, a także w sąsiedzkich krajach partnerskich. Poszczególne projekty mają również na celu m.in. promocję integracji społecznej, solidarności, dialogu między różnymi kulturami. Szacunkowo wolontariat europejski będzie wspierać do 100 tys. wolontariuszy między 2014 a 2020 rokiem. Ten projekt zasługuje na wsparcie, dlatego zagłosowałem za.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la JMR sobre el Servicio de Voluntariado Europeo y la promoción del voluntariado en Europa ya que Podemos defiende los valores del voluntariado, la solidaridad, la ciudadanía activa y la movilización de la sociedad civil en favor de los más vulnerables sin objetivos crematísticos. Esta JMR ha remarcado aspectos que para nosotros son clave, como que el voluntariado no debe sustituir el empleo formal, que los sistemas de voluntariado a nivel europeo carecen todavía de la coordinación adecuada y es necesario mejorarlo o que hace falta una financiación justa para su correcto desarrollo. La Resolución también pone en valor todo el movimiento de voluntarios durante la crisis de los refugiados que han sabido reaccionar a retos con gran pragmatismo, y contempla la posibilidad del reconocimiento del estatus de voluntario y mejorar el acceso a información, reconocimiento de las capacidades informales adquiridas y una mejor estrategia de comunicación. Es por ello que creo que es una buena resolución y voto para consolidar este Servicio.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the joint resolution highlighting that the European Voluntary Service (EVS) celebrates its 20th anniversary in 2016 and that 100 000 volunteers have been supported over those 20 years.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Motions for a Resolution on the European Voluntary Service. Almost 100 million EU citizens have taken part as volunteers in education, culture or arts, sport events, humanitarian and development aid work. Young people should take advantage of volunteering schemes to develop skills and acquire experience that helps them to find jobs afterwards. The report stresses out that despite the real social and economic benefits of volunteering for individuals and organisations, participation in the European Volunteering Service remains modest and many barriers still have to be removed. To encourage volunteering, a more supportive environment is essential, including a legal framework with clear rights and responsibilities for programme managers and volunteers, as well as fair funding. I voted in favour because I believe that the EU needs a better coordinated policy on volunteering, to give volunteers a proper legal status and help them join programmes.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Si bien reconozco el valor social del voluntariado, no he podido votar a favor de esta resolución puesto que aboga por una consideración mercantilista del voluntariado europeo (que cuantifica en un 5 % del PIB) al que se recurre como sustitutivo de servicios sociales que deben ser públicos. Considero loable el trabajo voluntario de miles de ciudadanos y residentes en la Unión y como tal ha de ser reconocido socialmente, pero me opongo a que el voluntariado sirva como pretexto para que el Estado se desentienda de sus responsabilidades, como por ejemplo en la acogida de refugiados, que es la línea en la que está dirigida la resolución. Por esto no he podido votar a favor de la misma.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion which calls on the Commission to facilitate the development of a more coordinated European volunteering policy. The European Voluntary Service (EVS) celebrates its 20th anniversary and 100 000 volunteers have been supported over those 20 years. Volunteering is an expression of solidarity, freedom and responsibility that contributes to the strengthening of active citizenship and to personal human development. It is an essential tool for social inclusion and cohesion, as well as training, education and intercultural dialogue, while making an important contribution to the dissemination of European values. Its benefits are also recognised in voluntary work carried out with third countries as a strategic tool for fostering mutual understanding and intercultural relations.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – In Europa zijn bijna 100 miljoen burgers van alle leeftijden vrijwilliger. Hun inzet draagt bij tot de productie van ongeveer 5 % van het Europese bbp. Ik stemde voor deze resolutie om de Commissie te vragen rekening te houden met de economische waarde van door vrijwilligers gegenereerde goederen en diensten door beleidsvorming meer op vrijwilligerswerk te richten. Ook nationale, regionale en lokale autoriteiten moeten een adequate financiering ter beschikking stellen, de administratieve procedures stroomlijnen en voorzien in fiscale prikkels voor vrijwilligersorganisaties en -netwerken, vooral wanneer het kleine organisaties met weinig middelen betreft. Vrijwilligers zijn van onschatbare waarde in onze samenleving; zij vormen vaak het cement van de maatschappij.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le service volontaire européen (SVE) fête cette année son vingtième anniversaire. Cinq ans ont passé depuis l'Année européenne du volontariat. Et pourtant les questionnements et les difficultés ont très peu changé.

Tout d'abord, je veux une fois encore dénoncer l'anglicisme qui prête à confusion en France quand on parle de *volunteers*, on devrait parler en français de bénévoles.

Ce rapport dénonce à juste titre les lacunes communicationnelles du SVE. Commencer par demander de traduire tous les documents le concernant dans toutes les langues de l'Union serait un bon début.

Le texte s'inquiète aussi, à raison, des conditions dans lesquelles évoluent les bénévoles.

Je salue l'intérêt porté aux bénévoles de plus de 30 ans, mais relève qu'il n'est pas demandé d'élargir le SVE à tous les âges. Dommage.

Je veux enfin soutenir ce texte quand il prend pour exemple les bénévoles qui viennent en aide aux réfugiés en Europe. Voilà des missions qu'il faudrait valoriser et financer dans le cadre du SVE.

Je vote pour ce texte tout en regrettant qu'il manque pour le moins d'ambition.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Ano Europeu do Voluntariado 2011, fortemente apoiado pelo Parlamento Europeu, foi uma importante oportunidade política para dar ênfase ao valor acrescentado do voluntariado na Europa.

Convém no entanto relembrar que o voluntariado é realizado de livre vontade, por opção e motivação pessoal, sem o propósito de obtenção de contrapartidas financeiras. Neste sentido, deve ser valorizado salientando a componente de solidariedade que constitui uma forma de fazer face às necessidades e preocupações humanas, sociais ou ambientais.

Contudo, o que verificamos é que este conceito tem sido usado de forma criminosa para prover formas extremas de exploração através das quais jovens acabam por trabalhar de forma gratuita, fazendo o que outros faziam no passado a troco de remuneração.

Legislar sobre este conceito, ainda para mais a nível da UE, numa europa tão heterogénea, não nos parece adequado. Ir por aí resultará num conceito demasiado vago e abrangente, abrindo assim ainda mais as portas aos abusos que por aí proliferam.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der freiwillige Dienst ist in unserer Zeit sicherlich keine Selbstverständlichkeit mehr und sollte daher nicht nur Lob, sondern auch Hilfe erfahren. Gerade Österreich hat hier eine Vorreiterrolle, wie z.B. ehrenamtliche Sanitäter oder die freiwilligen Feuerwehren. Da man den Mut, das Engagement und die Hilfsbereitschaft dieser Menschen weiterhin fördern muss, habe ich dieser Entschließung zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU does not have a competence in academic education and curriculum per se. However, it can be a formidable platform to recognise and promote the role that volunteering, together with sports and arts, play in strengthening socialisation processes and for the development and wellbeing of societies and individuals, education for citizenship and in acquiring lifelong transferable skills. Initiatives such as the European Voluntary Service are more important than ever in times of economic hardship and high youth unemployment, increasing job prospects for young people. The challenge now is to ensure that they are accessible to the most vulnerable young people as well, and for people of ages and all horizons, including people with special needs, minorities, marginalised communities, migrants and refugees. I therefore very much welcomed the resolution and voted in favour.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΕ όχι μόνο δεν αναγνωρίζει το δικαίωμα στη μόνιμη δουλειά, αλλά προωθεί οτιδήποτε μπορεί να την αντικαταστήσει (ελαστικές μορφές απασχόλησης, προγράμματα κατάρτισης). Αυτό επιβεβαιώνει το κοινό ψήφισμα σχετικά με την ευρωπαϊκή εθελοντική υπηρεσία, αλλά και η πρόσφατη πρόταση της Επιτροπής για το λεγόμενο «Ευρωπαϊκό Σώμα Αλληλεγγύης». Το ψήφισμα σημειώνει ότι ο εθελοντισμός «δεν συνοδεύεται από την επιδίωξη οικονομικού κέρδους» και ότι «βοηθά τους ανθρώπους να αποκτήσουν προσόντα και δεξιότητες που μπορούν να διευκολύνουν την πρόσβασή τους στην αγορά εργασίας», αναγνωρίζοντας ουσιαστικά την αξιοποίηση του εθελοντισμού για τζάμπα εργασία προς όφελος των επιχειρηματικών ομίλων με πρόσχημα την «αλληλεγγύη». Άλλωστε, όπως προκλητικά αναφέρει η Ευρωπαϊκή Επιτροπή στην πρότασή της για το «Σώμα Αλληλεγγύης», όσοι συμμετέχουν είτε θα αμείβονται με ψίχουλα είτε θα λαμβάνουν επί λέξει χαρτζιλίκι (pocket money). Με αυτούς τους σχεδιασμούς μάταια προσπαθούν να καλύψουν τη γύμνια των κοινωνικών υπηρεσιών αναθέτοντας σε ιδιώτες τομείς, όπως η υγεία, η πρόνοια, η υποδοχή και φιλοξενία προσφύγων, όπου ήδη οι ΜΚΟ αλωνίζουν. Οι λαοί πρέπει να γυρίσουν την πλάτη σε αυτούς που τους «αρπάζουν το ψωμί από το χέρι» και μετά εμφανίζονται ως δήθεν υποστηρικτές της «αλληλεγγύης». Πρέπει να ενισχύσουν την πάλη τους ενάντια στο σύστημα που γεννά και αναπαράγει τη φτώχεια και την εκμετάλλευση.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de (gezamenlijke) motie omdat we geen visa wensen te verstrekken aan mensen die afkomstig zijn uit derde landen, waaronder islamitische dictaturen. De Europese Vrijwilligersdienst stelt de grenzen open voor de hele wereld en biedt dus ook vrij baan aan terroristen uit oorlogsgebieden waaronder Syrië, waarmee een nieuwe immigrantenstroom op gang wordt gebracht.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu Výboru pre kultúru a vzdelávanie (CULT) som rada podporila. Európska dobrovoľnícka služba pomáha mladým ľuďom cestovať a zapájať sa do dobrovoľníckych programov, a to nielen v rámci členských štátov EÚ, ale aj v tretích krajinách. Pomáha im tak nielen zbierať rôzne skúsenosti, pracovať s ľuďmi alebo učiť sa cudzie jazyky, ktoré im následne pomáhajú zlepšovať ich postavenie na trhu práce, a tým pomáha bojovať proti nezamestnanosti mladých. Na druhej strane ale prispieva aj pri návrate k fundamentálnej ľudskosti, k nezištnej pomoci druhým a nachádzaniu pocitu uplatnenia či zmyslu života. Myslím si preto, že tento koncept je potrebné podporovať, pretože je prospešný v mnohých ohľadoch. Okrem podpory projektov zameraných na dobrovoľnícku službu by sme mali ľuďom, ktorí nezištne pomáhajú, uľahčiť ich postavenie nielen počas dobrovoľníctva, ale aj po jeho skončení, a to aspoň tým, že nadobudnuté zručnosti budeme uznávať a čas strávený v rámci dobrovoľníckej služby bude tak náležite zohľadnený.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre o serviço voluntário europeu por ser um instrumento essencial para a inclusão, a coesão social, a formação, a educação e o diálogo intercultural, ao mesmo tempo que dá um contributo importante para a difusão dos valores europeus.

Destaco a proposta da resolução de instituir um quadro jurídico europeu para as ações de voluntariado que defina um estatuto do voluntariado, com direitos e responsabilidades, e que facilite a mobilidade e o reconhecimento de competências entre os Estados-Membros.

Noto que há cerca de 100 milhões de cidadãos de todas as idades que são voluntários na UE, cujo trabalho contribui para a produção de, aproximadamente, 5 % do PIB. Defendo, por isso, que se apoie a ideia de permitir que o tempo empregue no voluntariado beneficie de subvenções da UE a título de cofinanciamento, como recentemente sugerido pela Comissão na nova proposta de Regulamento Financeiro.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o Evropski prostovoljski službi in spodbujanju prostovoljstva v Evropi.

Evropska prostovoljska služba je odlična služba, ki ima jasne okvire delovanja. Organizacije, ki delujejo v njej, podpišejo na primer listino o kakovosti. Sodelujoči prostovoljci v starosti med 17 in 30 let se v obdobju od dveh tednov pa do enega leta posvečajo izključno prostovoljni aktivnosti. Znano je, da EVS pokrije udeležencem potne stroške in stroške bivanja, zavarovanje in žepnino.

Prostovoljstvo je izraz solidarnosti in odgovornosti, saj prispeva k večji vključenosti državljanov, osebnemu razvoju ter, v našem primeru, krepi evropske vrednote. Je pomembno orodje za neformalno učenje in usposabljanje.

9.9. EU-Jugendstrategie 2013-2015 (A8-0250/2016 - Andrea Bocskor)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, parliamo di giovani e noi sappiamo che i dati della disoccupazione giovanile sono drammatici, sono drammatici in molti, in troppi, paesi dell'Unione europea. È per questo che noi dobbiamo rafforzare ma anche moltiplicare quegli strumenti che consentono ai giovani di realizzarsi e la prima realizzazione è trovare un lavoro. Infatti questi strumenti li dobbiamo trovare soprattutto nel mercato del lavoro, per l'accesso al mercato del lavoro, perché noi assistiamo a un triste divario generazionale, proprio in termini di accesso al lavoro e anche di retribuzioni. Ecco, in questo senso, il momento più delicato è il passaggio tra la formazione e il lavoro. Credo che qui dobbiamo concentrare i nostri sforzi e penso anche che dobbiamo creare un ambiente favorevole all'imprenditorialità, un ambiente favorevole alle *startup* nell'Unione europea. I giovani con idee nuove e creative devono avere la possibilità di tradurle in realtà concrete. Credo che qui stia proprio la chiave per abbattere la disoccupazione giovanile e rilanciare la crescita in Europa.

Branislav Škripek (ECR). – Správa o vyhodnotení stratégie Európskej únie pre mládež za uplynulé tri roky bola veľmi ambiciózna a pokrývala takmer všetky oblasti života mladých ľudí. Navyše nebola odtrhnutá od reality, ako to, žiaľ, niekedy býva. Je potešiteľné, že sa spravodajkyňa zamerala nielen na kvalitu formálneho a neformálneho vzdelávania či na kľúčový význam nových technológií a podporu podnikania mladých, ale aj na potrebu úzkeho prepojenia školského verejného a súkromného sektora a ich spoluprácu s mládežníckymi organizáciami.

Správa sa taktiež detailne zaoberala predchádzaním nezamestnanosti, chudobe a sociálnemu vylúčeniu mladých, ich príčinami a hľadaním efektívnych riešení. Mladí ľudia sú hybnou silou pre budúcnosť akejkoľvek spoločnosti, a preto investície do mladých sú tými najistejšími investíciami do našej spoločnej budúcnosti.

Veľmi tiež vítam, že sa tu zdôrazňuje stále nedocenený význam medzigeneračnej solidarity a dobrovoľníctva mladých ľudí. Ak chceme ľudskejšiu spoločnosť, ktorú má mladá generácia budovať, potom práve tadiaľto ide cesta. Je našou povinnosťou umožniť mladým ich všestranný rozvoj, aby nám v Európe nevyrastali stratené generácie, ale sebavedomí občania, ktorí vedú dôstojný, plnohodnotný a naplnený život. Preto som hlasoval za.

Monica Macovei (ECR). – Investiția în tineri înseamnă investiția în capitalul uman de astăzi și de mâine. Înseamnă, practic, investiția în viitorul nostru. Odată cu îmbătrânirea populației în Europa, viitorul tinerilor este o prioritate urgentă pentru noi. Trebuie să acționăm în consecință și nu numai să vorbim despre asta, că vorbim de mult timp, ci să punem în practică politici publice, strategii, planuri concrete care să le dea locuri de muncă, să-i scoată din pasivitatea socială care a dus și la un fel de excluziune.

Sunt astăzi în Europa peste 8 milioane de tineri care sunt șomeri. Cele mai ridicate cote sunt în Grecia și Spania, dar sunt mulți peste tot. Mai mult decât atât, această excluziune, lipsa de locuri de muncă și așa mai departe și lipsa de măsuri concrete pentru ei i-a determinat și să voteze mai puțin decât în alte generații.

Susțin acest raport, pentru că Uniunea are nevoie de o politică care să încurajeze participarea tinerilor în primul rând în economie, deci trebuie să intre în antreprenoriat, ceea ce va duce mai departe la reintrarea lor în societate, ceea ce înseamnă contribuție socială, inventivitate, imaginație, progres și ducerea mai departe a Uniunii.

Момчил Неков (S&D). – Убеден съм, че младежките политики не могат да съществуват самостоятелно. Необходима е синергия между стратегията на Европейския съюз за младежката политика и за останалите политики. Трябва да има синхрон с политиките в областта на образованието и обучението, здравеопазването и заетостта.

В същият ред на мисли смятам, че при оформянето и оценката на стратегията задължително трябва да се вземе предвид и мнението на младите хора, както и експертизата на младежките организации. В тази връзка споделям едно мнение, което е записано в доклада на Европейския младежки форум. Те смятат, че 57% от експертизата на младежките организации не се взема предвид. Смятам, че техният принос трябва да има повече тежест, още повече, че те са основен доставчик на ключови умения и компетенции.

В заключение смятам, че приоритетите, които трябва да залегнат в стратегията за следващите три години, са целенасочено инвестиране в хоризонтални умения, като предприемачество и цифрова грамотност. Подкрепих доклада, защото вярвам, че младите хора трябва да са в центъра на европейските политики.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, no doubt about it, the economic crisis has had a terrible effect, especially on young people, leaving many of them unemployed and, as a result, disillusioned and maybe passive. But at the same time, the optimism of youth will always win out. This was very clear, especially in the referendum in the United Kingdom on Brexit.

The majority of young people voted to stay in the European Union. It was the older generations who are now hell-bent on taking them out of the European Union, doing their youth a terrible disservice. Hopefully those young people, when they come to adulthood and take over positions themselves, will be in a position to reverse this terrible mistake.

Therefore, we should do everything we can to help the youth, not just of Britain but right across the European Union, especially in getting jobs and digital skills which will be most needed into the future. It is the youth who will create the digital single market in Europe.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Muszę przyznać, że nie potrafię jednoznacznie ocenić realizacji strategii Unii Europejskiej na rzecz młodzieży w latach 2013-2015. Z jednej strony zmniejszyło się bezrobocie wśród młodych i coraz mniej osób kończy przedwcześnie naukę, z drugiej jednak trudno być zadowolonym, mając świadomość, iż osiem milionów młodych ludzi wciąż nie ma pracy, a znaczna część z tych, którzy ją mają, pracuje w niepełnym wymiarze godzin lub poniżej swoich kwalifikacji. Jednym z obszarów, gdzie nie udało się poprawić sytuacji, jest podnoszenie umiejętności cyfrowych osób młodych. Dlatego cieszę się, że sprawozdawczyni mocno to zaakcentowała w sprawozdaniu.

W minionym tygodniu odbywały się w całej Unii imprezy promujące wśród młodych osób umiejętności programowania. Jest to niezwykle cenna inicjatywa i z pewnością przyniesie istotne efekty za parę lat. Pod jednym względem jej przebieg był jednak symptomatyczny. Jak zauważają organizatorzy, w niewielkim stopniu zaangażowane w nią były dziewczęta. To pokazuje problem, z którym musimy się w ramach całej Unii zmierzyć. Nie uda się bowiem poprawić sytuacji młodych na rynku pracy, jeżeli znaczna część z nich będzie wykluczona z najszybciej rozwijającego się sektora gospodarki. Z powyższych powodów głosowałam za projektem.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Seppure la relazione non presenti aspetti particolarmente negativi o critici, ho deciso di astenermi. Le motivazioni principali sono il fatto che il relatore non approfondisce adeguatamente le enormi problematiche che affliggono la generazione attuale, quali, ad esempio, le immense difficoltà che i giovani incontrano al giorno d'oggi per entrare nel mondo del lavoro.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — UKIP voted against this non-legislative and non-binding initiative, which bears reference to an increase in funding for current programmes and calls for interference in Member States' education systems and the harmonisation of EU youth policies, at local and Member State level. These are competencies of the individual Member States and are not for the EU to dictate, therefore we cannot support this initiative.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La política en materia de juventud es competencia de los Estados miembros. Si bien la Unión tiene un papel de coordinación, apoyo y asesoramiento, no puede adoptar ninguna medida legislativa. Por ello, a pesar de los buenos propósitos recogidos en este informe sobre la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015, he votado en contra del mismo, puesto que mantiene un enfoque neoliberal y considera que la forma de combatir el desempleo juvenil pasa por reforzar la cooperación entre las empresas y las universidades. Asimismo, no reconoce el devastador impacto de las políticas de austeridad ni de los recortes en educación y cultura y los ignora como causantes del incremento del desempleo juvenil y de la exclusión social de los jóvenes, por lo que he votado en contra de este informe.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. Il est fondamental que les jeunes et les organisations de jeunesse soient systématiquement impliqués dans l'élaboration des politiques de jeunesse. Il nous faut canaliser les investissements vers une éducation inclusive afin d'assurer l'égalité d'accès et les opportunités pour tous les jeunes, y compris ceux ayant des antécédents socioéconomiques différents, ainsi que les groupes vulnérables et défavorisés.

Nous devons lutter pour une meilleure reconnaissance des compétences acquises dans le cadre de l'apprentissage non formel et informel, non seulement parce qu'elles donnent aux jeunes compétences et connaissances, mais aussi parce qu'elles contribuent au développement personnel des apprentis.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques bonnes propositions, j'ai voté contre ce rapport qui se sert des politiques en matière de jeunesse et d'éducation pour favoriser l'installation des migrants sur le continent européen.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Once again this report calls for more EU action and greater coordination at EU level. In the light of the recent Brexit vote in the UK, I cannot go against the expressed wish of the British people in terms of harmonisation and therefore felt it important to vote against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte consacré à ma principale préoccupation depuis ma prise de fonction au Parlement européen: le fléau que représente le chômage des jeunes. Le constat est clairement décevant pour la période 2013-2015. Par conséquent, la période 2016-2018 doit marquer un tournant dans la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse en se focalisant sur l'insertion des jeunes sur le marché du travail. Parmi les pistes à approfondir, l'apprentissage est une des voies à suivre.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Ekonominė krizė jaunimą paveikė ypač skaudžiai. Padidėjo atotrūkis tarp tam tikrų kategorijų jaunuolių: kai kurie iš jų ėmė vis labiau prarasti vietą socialiniame ir pilietiniame gyvenime. Šią padėtį dar labiau apsunkina tai, kad kai kurių iš jų atveju susiduriama su socialinio pasyvumo, atskirties, izoliacijos ir netgi smurtinės radikalizacijos rizika. Nors nuo 2013 m. struktūrinis dialogas nenutrūkstamai plėtojamas ir šiuo metu jaunimo strategijoje jam jau skiriama daugiau dėmesio, tačiau pritariu, kad 2016-2018 m. laikotarpiu turime siekti, kad, vadovaujantis bendradarbiavimo jaunimo reikalų srityje sistema, kuo didesnės ir įvairiapusiškesnės jaunimo grupės būtų raginamos imtis aktyvaus vaidmens vietos ir pasaulio bendruomenėse. Taip pat privalome remti Jaunimo integravimą į darbo rinką.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding initiative, which bears reference to an increase in funding for current programmes and calls for interference in Member States' education systems and the harmonisation of EU youth policies, at local and Member State level. These are competencies of the individual Member States and are not for the EU to dictate, therefore we cannot support this initiative.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette résolution cherche à donner plus de pouvoir à l'Union européenne au niveau des politiques de jeunesse et d'éducation, ce qui est une atteinte à notre souveraineté. Ces politiques seront utilisées comme moyen de favoriser l'intégration des migrants économiques, alors qu'il faudrait les renvoyer chez eux. De plus, c'est en partie à cause des précédentes stratégies de l'Union à ce sujet que nos jeunes sont aujourd'hui précarisés, et c'est pourquoi j'ai voté contre, quoique ce rapport présente quelques bons aspects.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui réalise une évaluation de la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse 2013-2015.

Le rapport souligne notamment que le prochain cycle (2016-2018) devra se concentrer sur les causes du chômage chez les jeunes qui reste bien trop élevé. Il devra lutter contre l'abandon scolaire, investir dans l'éducation, les stages, l'apprentissage et la formation professionnelle et faciliter la transition vers le marché du travail au moyen de mesures assurant une meilleure coordination entre les programmes éducatifs, la politique en matière d'emploi et les exigences du marché du travail.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I giovani costituiscono una grande opportunità per l'Unione europea, troppo spesso però essi si trovano a essere tra le prime vittime della crisi economica e dell'inefficacia delle politiche promosse per l'occupazione e la crescita dai diversi Stati membri. Il mio sostegno alla relazione Bocskor muove proprio dalla consapevolezza dell'urgenza e dell'importanza di predisporre un'efficace strategia dell'UE per la gioventù per i prossimi anni. Il testo approvato oggi sottolinea i risultati positivi raggiunti negli ultimi anni, in particolare grazie allo sviluppo dialogo strutturato dell'UE fra i decisori politici, i giovani e i loro rappresentanti. Questo strumento di ascolto, che deve essere promosso anche per il periodo 2016-2018, deve essere affiancato a sforzi ulteriori per diffondere tra i giovani i programmi dell'UE e le opportunità di finanziamento. L'obiettivo deve essere quello di stimolare e motivare i vari gruppi di giovani a una cittadinanza attiva sia all'interno delle comunità locali e globali sia nella vita civile e democratica, definendo inoltre un quadro della cooperazione che li aiuti a trovare un lavoro e a partecipare compiutamente alla vita sociale.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que este informe de revisión sobre la estrategia de Juventud de 2013-2015 contiene elementos complejos de análisis y líneas de mejora que considero que son concordantes con los posicionamientos de nuestra formación. No obstante, hay elementos en el informe con los que no estoy conforme, como la creación de un «Erasmus para aprendices» o una retórica exacerbada del emprendimiento, en detrimento de otras políticas de empleo activas. No obstante, considero que los aspectos positivos son más que los negativos por lo que mi voto es a favor.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Parler de culture dans les périodes sombres et difficiles que nous traversons actuellement en France et en Europe peut sembler être dérisoire et ne pas être une priorité d'action. Et pourtant, il n'en est rien, et ce, bien au contraire.

C'est à nos jeunes d'aujourd'hui qu'il faut redonner ce sentiment d'appartenance à un pays, à une nation, à un territoire, à une culture occidentale car ce qui nous réunit avant tout, c'est la culture, cet élément essentiel de toute société et le socle de nos civilisations.

Le rapport que nous avons voté rappelle le rôle essentiel que doit jouer la culture européenne auprès de nos jeunes. Certes, cela est vrai. Mais la culture est aussi régionale et nationale et ce sont ces trois cultures qui doivent se développer pour faire face à la mondialisation et l'américanisation de la culture chez nos jeunes. Il faut résister. Il faut s'organiser. Il faut que nos élites politiques, nos enseignants, nos universitaires mettent l'accent sur l'enseignement des langues, des mathématiques, de l'histoire mais aussi, et cela est essentiel, sur l'histoire de l'art, ce qui est à mes yeux au moins aussi important que la géographie, la physique ou d'autres matières.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – La piedra angular de la Estrategia de la UE para la Juventud pasa por el empleo y la aparición de oportunidades reales para integrar el talento juvenil en nuestra economía productiva. Ese factor resuelve todos los demás, el empoderamiento, la participación, y requiere una intervención decisiva en el ámbito de la educación. Mantener y mejorar los programas que abren la perspectiva de los jóvenes del ámbito de su propia comunidad al mundo es otra de las claves que nos obliga a mantener iniciativas de éxito como Erasmus, revisar y ganar eficacia en programas como la Garantía Juvenil y apoyar el emprendimiento con especial atención al campo de los nuevos negocios.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques bons éléments présents dans le rapport, j'ai dû m'opposer à ce texte qui vise à donner plus de compétence à l'UE en matière de politiques de jeunesse et d'éducation, utilisées comme mécanisme pour l'intégration des migrants.

L'UE est prise de la schizophrénie du «pompier pyromane», cherchant à éteindre le feu du chômage endémique chez les jeunes, qu'elle a elle-même créé par sa politique ultralibérale, sa monnaie unique, ses travailleurs détachés et son immigration «armée de réserve du capitalisme».

C'est pourquoi j'ai déposé, au nom de mon groupe, une proposition alternative de résolution, dans laquelle je rappelle que, non seulement les politiques d'éducation et de jeunesse relèvent de la compétence des États membres, mais également que toute stratégie en faveur de la jeunesse sera vouée à l'échec si on persiste dans des initiatives «pansements» telles que la garantie pour la jeunesse ou l'initiative pour l'emploi des jeunes, lesquelles ne pourront compenser les effets des politiques d'austérité ou la tendance à vouloir faire des jeunes, via les programmes européens, de futurs «travailleurs détachés».

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione sulla valutazione della strategia dell'UE per la gioventù 2013-2015 presenta passaggi condivisibili, tuttavia si rilevano anche importanti criticità che mi hanno spinta ad esprimermi con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten. Betänkandet tittar på den senaste treårscykeln av EU:s ungdomsstrategi och ger förslag till prioriteringar för kommande period. Det gör en bra analys av den allmänna situationen för ungdomar i EU: långtidsarbetslöshet, ofrivilligt deltidsarbete, fattigdom och utanförskap. Betänkandet talar också för ungdomsorganisationers deltagande i beslutsfattande organ och föreslår en rad olika handlingsområden där initiativ bör vidtas – utbildning och yrkesutbildning, sysselsättning och företagande, hälsa och välbefinnande, deltagande, frivilliga aktiviteter, social integration, ungdomar och världen samt kreativitet och kultur. Men betänkandet argumenterar också för ett ökat inflytande för företag och privata aktörer inom utbildningssektorn. Detta är något som Vänsterpartiet motsätter sig starkt. Privata aktörers närvaro och vinstuttagande i den offentliga sektorn ökar bara orättvisorna och skapar socialt utanförskap.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que evalúa la Estrategia de la UE para la Juventud 2013-2015, una Estrategia centrada en mejorar y solucionar los principales desafíos de los jóvenes: el desempleo, la pobreza y la exclusión social.

Para el próximo ciclo (2016-2018) se recomienda una mayor inversión en el acceso a la educación, mayor movilidad a través de Erasmus+ y mayor implicación de los jóvenes en la elaboración de políticas y en la toma de decisiones. Dentro de los grupos vulnerables fijados en el informe se incluye a los migrantes, los refugiados, los grupos minoritarios, las mujeres y las personas LGTBI.

Asimismo se hace hincapié en la necesidad de abordar las causas del desempleo juvenil, promover el espíritu empresarial entre los jóvenes e invertir en la educación, las prácticas profesionales, el aprendizaje y la formación profesional.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas 2013-2015 m. ES jaunimo strategijos vertinimas.

Ekonominė krizė jaunimą paveikė ypač skaudžiai. Be to, padidėjo atotrūkis tarp tam tikrų kategorijų jaunuolių: kai kurie iš jų ėmė vis labiau prarasti vietą socialiniame ir pilietiniame gyvenime. Šią padėtį dar labiau apsunkina tai, kad kai kurių iš jų atveju susiduriama su socialinio pasyvumo, atskirties, izoliacijos ir netgi smurtinės radikalizacijos rizika. Jaunimo politika priklauso valstybių narių kompetencijai, o Europos Sąjungos vaidmuo apima koordinavimą, orientavimą ir paramą.

Kadangi priimti šios srities teisėkūros priemonę ES lygmeniu galimybių nėra, buvo pasinaudota atviruoju koordinavimo metodu. 2016-2018 m. laikotarpiu turime siekti, kad, vadovaujantis bendradarbiavimo jaunimo reikalų srityje sistema, kuo didesnės ir įvairiapusiškesnės jaunimo grupės būtų raginamos imtis aktyvaus vaidmens vietos ir pasaulio bendruomenėse, taip pat pilietiniame ir demokratiniame gyvenime. Lygiai taip pat pagal bendradarbiavimo jaunimo reikalų srityje sistemą turėtume padėti jaunimui rasti darbą ir dalyvauti visuomenės gyvenime. ES lėšomis – pagal programą „Erasmus+“ – turi būti papildytas bendradarbiavimas įgyvendinant politiką, susijusią su jaunimo darbu, savanoriška veikla ir dalyvavimu pilietiniame gyvenime. Jaunimo integravimas į darbo rinką ir jo žmogiškojo kapitalo vystymas bus remiamas ir kitomis priemonėmis, pvz., Europos socialinio fondo lėšomis, pagal Investicijų planą Europai ir Jaunimo užimtumo iniciatyvą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentésem az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015-ös ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

Az ifjúságügyi politika tagállami kompetencia, az Európai Unió szerepe a koordináció és a támogatás. Mivel semmilyen törvényhozói intézkedést nem lehet hozni EU-s szinten ezen a területen, az EU 2010-2018-ra kidolgozott ifjúságügyi stratégiája elfogadta az ún. nyitott koordinációs módszert, amely szerint a tagállamok szabadon dönthetnek arról, hogy az EU által tett ajánlásokat elfogadják-e, illetve beépítik-e a nemzeti ifjúsági stratégiájukba.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta. A jelentésem kiemeli a digitális, vállalkozói képességek, valamint a „puha” készségek fontosságát.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást.

A jelentésem aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram poročilo o oceni strategije EU za mlade 2013-2015. Pomembno se mi zdi, da poročilo ponovno poziva k tesnejšemu sodelovanju in izmenjavi primerov najboljše prakse glede vprašanj, povezanih z mladimi, kar bistveno izboljša uporabo dobrih praks. Strinjam se s trditvijo, da je vključevanje mladih invalidov na trg dela nujno, da jim lahko zagotovimo samostojno življenje in celotno vključenost v družbo. Strategijo vidim pomembno glede na zaskrbljujočo visoko stopnjo brezposelnosti mladih v EU in njihovo socialno izključenost. Prav tako je pomembno, da naslednji cikel strategije EU za mlade v svojih ciljih vključuje mlade begunce in prosilce za azil. Nujen je njihov dostop do izobraževanja, usposabljanja in zaposlitve ter socialne vključenosti, da si lahko zgradijo svojo identiteto kot državljani EU ter da preprečimo njihovo razočaranje. Menim, da je upravičen poziv državam članicam, naj čim bolje izkoristijo razpoložljive politike EU in nacionalne politike ter finančne okvire za spodbujanje ustreznih naložb v mlade in ustvarjanje kakovostnih in varnih delovnih mest. Dober se mi zdi program Erasmus+, zlasti kar zadeva vajeništva, ki med mladimi tako spodbuja nadaljnje čezmejno nabiranje izkušenj. Strinjam se s krepitvijo partnerstev med mladinskimi organizacijami in javnimi organi, saj lahko povečajo možnosti za sodelovanje mladih in njihovih organizacij pri oblikovanju politik.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il capitale umano e sociale rappresentato dai giovani europei rappresenta un valore decisivo per il futuro dell'Unione. Nell'ultimo decennio il mercato del lavoro, anche sull'onda degli squilibri macroeconomici causati dalla crisi, ha subito profonde modifiche. Uno degli effetti più preoccupanti di questo fenomeno è stato l'allarmante aumento della disoccupazione giovanile in molti degli Stati membri. La competenza in materia di politiche giovanili spetta agli Stati membri, lasciando all'Unione europea un compito di coordinamento e sostegno. In virtù di questo ruolo strategico l'Europa deve adoperarsi parallelamente in più ambiti, a partire dall'educazione fino all'occupazione e all'imprenditorialità. Questa relazione, che sostengo, pone inoltre l'attenzione sull'inclusione dei giovani nelle politiche che vanno a definirsi attraverso lo strumento del dialogo strutturato; credo infatti che sia anche attraverso la partecipazione attiva e il coinvolgimento dei soggetti interessati che le autorità nazionali e regionali possano elaborare politiche di lungo termine, efficaci soprattutto in termini di occupazione.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o Strategiji EU-a za mlade 2013. – 2015. koje se fokusira na procjenu Strategije, ali i na preporuke za treći i posljednji ciklus od tri godine Strategije Europske unije za mlade (2016. – 2018.).

Izvješće daje pregled nad izazovima za europske mlade ljude s kojima se suočavaju danas, poput nezaposlenosti, siromaštva i socijalne isključenosti.

Nadalje, u izvješću se identificira ciljane skupine za koje je vjerojatnije da će biti nezaposleni i marginalizirani: mladi ljudi s lošim kvalifikacijama, socijalno ugroženi i oni nižeg socioekonomskog statusa, kao što su etničke manjine, izbjeglice, migranti i tražitelji azila.

Izgradnja strategije za mlade u EU-u uključuje sve zainteresirane, a posebno organizacije mladih, prepoznavanje dobrovoljnih aktivnosti i na kraju promicanje i ulaganje u programe mobilnosti, a posebno u program Erasmus+.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il capitale umano e sociale rappresentato dai giovani è una delle maggiori risorse europee per il futuro. L'UE e gli Stati membri non possono pertanto astenersi dallo sviluppare il potenziale dato dall'insieme di conoscenze, creatività, abilità e competenze di 90 milioni di giovani europei. Tuttavia la fascia di popolazione compresa tra i 16 e i 35 anni è stata quella maggiormente colpita dalla crisi e meno tutelata dalle tradizionali forme di protezione sociale e di rappresentanza. Sebbene la competenza in tema di politiche giovanili spetti agli Stati membri, l'UE può coordinare, promuovere e sostenere un quadro comune d'azione improntato sull'agevolazione della transizione dall'istruzione/formazione al mercato del lavoro, e sulla promozione fra tutti i giovani della cittadinanza attiva, dell'inclusione sociale e della solidarietà. Negli ultimi tempi, questa è diventata una priorità particolarmente importante, a causa della radicalizzazione di alcune fasce di giovani in aree territoriali degenerate e della necessità di prevenire fenomeni di ghettizzazione sociale o di radicalizzazione violenta ed eversiva. Oggi 13,7 milioni di giovani europei non sono né occupati né iscritti a corsi di istruzione o di formazione (NEET) e 27 milioni sono a rischio di povertà e di emarginazione sociale. Occuparci di questo significa occuparci del nostro futuro.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse intègre deux priorités: favoriser l'insertion des jeunes sur le marché du travail et contribuer à l'intégration sociale des jeunes dans nos sociétés. Nous partageons la plupart des constats évoqués dans ce projet de rapport qui aborde les conséquences de la fuite des cerveaux, l'inadéquation des compétences acquises durant les études supérieures avec les besoins du marché du travail ou encore l'esprit entrepreneurial chez les jeunes.

Néanmoins, nous ne pouvons cautionner certaines positions défendues dans ce texte, en particulier celles faisant la promotion du multiculturalisme et du multilinguisme. Ce rapport appelle également à favoriser la mobilité des jeunes au sein de l'Union européenne afin de remédier au chômage de masse dont ils sont victimes. Or ce sont d'abord les politiques d'austérité budgétaire imposées par la Commission européenne ainsi que les mesures visant à flexibiliser le marché du travail qui ont contribué à accélérer la précarisation des jeunes dans nos sociétés. Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În urma evaluării Strategiei UE pentru tineret pentru perioada 2013-2015, s-a constatat faptul că există tendințe pozitive în ceea ce privește indicatorii privind educația, drept urmare, abandonul școlar timpuriu este în scădere, dar și șomajul în rândul tinerilor a scăzut în majoritatea statelor membre. În vederea continuării acestor rezultate pozitive, politica pentru tineret pentru perioada 2010-2018 propune opt domenii de activitate menite să susțină tinerii și să îmbunătățească calitatea vieții acestora. Aceste domenii sunt: educația și formarea, ocuparea forței de muncă și antreprenoriatul, sănătatea și calitatea vieții, participarea, activitățile de voluntariat, incluziunea socială, tineretul în lume, creativitatea și cultura.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece am convingerea că tinerii reprezintă cea mai importantă resursă a Europei, fiind necesar ca instituțiile europene să investească în aceștia, continuând Strategia Uniunii pentru tineret și răspunzând în continuare în mod activ la provocările cu care se confruntă tinerii.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La stratégie de l'Union européenne en faveur de la jeunesse a été mise en place pour la période 2010-2018. Ce rapport vise à évaluer le cadre de coopération pour la jeunesse et son application par les États membres. L'objectif de la stratégie est double: faciliter la transition de l'école au monde du travail et encourager les jeunes à être davantage impliqués dans la société.

Les politiques en faveur de la jeunesse sont de la compétence des États membres. L'Union européenne a donc uniquement un rôle de coordination, d'orientation et de soutien dans ce domaine. Les échanges de bonnes pratiques entre les États membres doivent s'intensifier pour que la stratégie porte réellement ses fruits.

Il est important d'agir car les jeunes ont été et sont encore particulièrement touchés par la crise économique et financière de 2008. Un financement adéquat doit être apporté à cette stratégie. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – Defiendo una renta mínima garantizada, teniendo en cuenta las tradiciones y las prácticas de cada Estado miembro, como mecanismo de lucha contra la pobreza. Sin embargo, creo que el párrafo 103 está fuera de lugar en este informe sobre la evaluación de la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015 y por ello he votado contra ese párrafo. He apoyado la resolución en su conjunto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on the final vote in this report. There were several positive aspects of this report in terms of proposing to reduce youth unemployment, improve skills and ensure a strong focus on youth participation in decision-making when it comes to youth policy.

The most substantial point in the report is that it 'views the "open method of coordination" as an appropriate but still insufficient as a means for framing youth policies that needs to be complemented by other measures'. In contrast, I support Member States retaining primary competence over youth policy.

The main problems I had with the report related to the relationship between education and employment. For example, paragraphs 45 and 51 promote entrepreneurship as a substantial solution to youth unemployment, and a call for collaboration between business and universities in the development of skills needed by the labour market.

Despite the positive aspects of the report I could not fully support it due to some of the false solutions it promotes, and its failure to acknowledge austerity policies and lack of investment as the primary cause of youth unemployment in Europe, so I abstained on the final vote.

David Casa (PPE), *in writing*. – We need to invest in our youth, in particular at a time when youth unemployment in some countries has reached around 40 % of those unemployed. They are our future, and we are responsible for their future. We need to empower our youth to be more entrepreneurial, have an innovative attitude and invest in lifelong learning in order to help them be the drivers of growth and help address many societal challenges.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione non presenta particolari criticità, ma non arriva affatto al cuore dei problemi che toccano l'attuale generazione giovanile; non vi è traccia delle enormi difficoltà di inserimento nel mondo sociale e del lavoro. La relazione rinuncia, per conformismo alle politiche finora attuate, a condurre un'analisi realistica dei grandi problemi strutturali che affliggono l'Europa attuale e, benché non affermi nulla di sbagliato, non risulta quindi efficace. Ho quindi deciso di astenermi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Αποτελεί γεγονός ότι η οικονομική κρίση έπληξε δριμύτατα τους νέους ανθρώπους. Οι ανισότητες μεταξύ ορισμένων κατηγοριών νέων αυξήθηκαν, ενώ ολοένα περισσότεροι νέοι χάνουν τη θέση τους στην κοινωνική και δημόσια ζωή. Η κατάσταση επιδεινώνεται περαιτέρω από το γεγονός ότι, για ορισμένους, ελλοχεύει ο κίνδυνος της κοινωνικής αδράνειας, του αποκλεισμού και της απομόνωσης, ακόμη και της βίαιης ριζοσπαστικοποίησης. Τονίζουμε ότι οι νέοι, ως ανθρώπινο και κοινωνικό κεφάλαιο, είναι από τους σημαντικότερους πόρους και εγγυητές του μέλλοντος της Ευρώπης.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Astensione per questa relazione che come spesso accade risulta politicamente strumentalizzata.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Oggi ho l'onore di partecipare alle decisioni di un fenomeno totalizzante e unico nella storia, ma certamente quando ho iniziato a fare politica mai avrei potuto prevedere di ricoprire una tale carica. Quando a 22 anni per la prima volta varcai le porte del Ccomune di Alba in qualità di vicesindaco provavo il brivido e la commozione del momento, ma allo stesso tempo non sapevo quanto il mio cursus honorum sarebbe durato. La stessa incertezza sul futuro che mi attanagliava da ragazzo, la vivo ora da padre vedendo divampare nell'UE la disoccupazione giovanile, i tassi elevati e fortemente variabili di NEET e la crescente esclusione sociale. Pertanto, voto favorevolmente alla strategia per la gioventù con la piena convinzione che solo una piena partecipazione dei giovani stessi ai processi decisionali favorisca pianificazione, elaborazione, attuazione e monitoraggio di politiche efficaci per affrontare le sfide attuali e future. Plaudo all'utilizzo di oltre 12,4 miliardi dal Fondo sociale europeo per implementare non solo una partecipazione attiva, bensì anche un connubio più intenso tra istruzione e occupazione giovanile promuovendo l'imprenditorialità e il coordinamento tra le competenze e il mercato del lavoro secondo un approccio globale ed inclusivo.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the assessment of the EU Youth Strategy 2013-2015 and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O capital humano e social dos jovens constitui um dos maiores trunfos da Europa para o futuro, sendo necessário investir no potencial representado por 90 milhões de jovens europeus, em termos de competências, de criatividade e de diversidade.

Apoio o Relatório Bocskor que avalia os progressos alcançados na realização dos objetivos e prioridades do quadro de cooperação definido para o período de 2013-2015, analisando a situação dos jovens e as medidas políticas adotadas pela UE e pelos Estados-Membros e propondo medidas concretas para o próximo ciclo de 2016-2018.

Congratulo-me com a tendência positiva, embora mitigada, em alguns Estados no que respeita aos indicadores referentes à educação, com a diminuição do abandono escolar precoce, o aumento de diplomados e a redução do desemprego dos jovens na maioria dos Estados-Membros.

Há, todavia, que melhorar estes valores: 13,7 milhões de jovens na Europa não trabalham e aproximadamente 27 milhões estão em risco de pobreza e de exclusão social. Temos também que incentivar os jovens a desempenhar um papel mais ativo nas comunidades locais, ajudar a encontrar emprego e participar na vida em sociedade.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn ich bin der Ansicht, dass wir im Zeitraum 2013-2015 bereits viel erreicht haben, wir aber dennoch unsere Anstrengungen verstärken müssen. Wir müssen den strukturierten Dialog auf EU-Ebene zwischen politischen Entscheidungsträgern sowie jungen Menschen und ihren Vertretern weiter intensivieren und die Jugendlichen dabei unterstützen, Arbeitsplätze zu finden und aktiver am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del testo in quanto sono fermamente convinta che i giovani rappresentino una delle risorse più importanti per Europa e che a causa della crisi economica siano oggi una delle categorie maggiormente in difficoltà. I rischi principali che oggi devono affrontare sono la passività sociale, l'esclusione, l'isolamento e anche la radicalizzazione violenta. Molti giovani hanno difficoltà a trovare un posto di lavoro e questo può rappresentare anche un serio ostacolo per diventare indipendenti. Concordo con la strategia dell'UE per la gioventù che definisce otto settori di intervento: istruzione e formazione, occupazione e imprenditorialità, salute e benessere, partecipazione, attività di volontariato, inclusione sociale, i giovani nel mondo, creatività e cultura. È necessario dare priorità alle misure che agevolano la transizione dall'istruzione/formazione al mercato del lavoro e che promuovono fra tutti i giovani la cittadinanza attiva, l'inclusione sociale e la solidarietà.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — La política en materia de juventud es competencia de los Estados miembros. Si bien la Unión tiene un papel de coordinación, apoyo y asesoramiento, no puede adoptar ninguna medida legislativa. Por ello, a pesar de los buenos propósitos recogidos en este informe sobre la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015, he votado en contra del mismo, puesto que mantiene un enfoque neoliberal y considera que la forma de combatir el desempleo juvenil pasa por reforzar la cooperación entre las empresas y las universidades. Asimismo, no reconoce el devastador impacto de las políticas de austeridad ni de los recortes en educación y cultura y los ignora como causantes del incremento del desempleo juvenil y de la exclusión social de los jóvenes, por lo que he votado en contra de este informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I livelli allarmanti raggiunti dalla disoccupazione giovanile e dall'esclusione sociale tra i giovani richiedono la ricerca di soluzioni efficaci e condivise. Ritengo che la strategia dell'UE per la gioventù sia un ottimo vettore per intessere legami tra vari campi d'azione, tra cui occupazione e l'imprenditorialità, istruzione e formazione e inclusione sociale, in modo da sviluppare soluzioni articolate a sostegno dei giovani. Oggi, a fronte del crescente divario socioeconomico, è necessario e doveroso agevolare la transizione dall'istruzione/formazione al mercato del lavoro, promuovendo fra i giovani la cittadinanza attiva, l'inclusione sociale e la solidarietà. Ciò è possibile soltanto incanalando gli investimenti in un'istruzione inclusiva che assicuri pari opportunità a tutti i giovani, compresi coloro che provengono da contesti socio-economici difficili o coloro che, come i rifugiati, migranti e richiedenti asilo, fanno parte di gruppi vulnerabili e svantaggiati. Da questo punto di vista, credo che la promozione mirata dei percorsi formativi e professionali transfrontalieri, come Erasmus Plus, possa fornire la chiave di volta per dotare i giovani capacità e competenze, che possano ampliare le opportunità di partecipazione al mercato del lavoro e alla vita sociale.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Una dintre resursele principale ale Europei, dar și unul dintre garanții viitorului UE, este reprezentat de către capitalul uman și social al tinerilor. Uniunea Europeană are rolul de a coordona, de a îndruma și de a susține politicile statelor membre ce se adresează tinerilor. Cadrul reînnoit de cooperare europeană în domeniul Strategiei UE pentru tineret acoperă perioada 2010-2018 și definește opt domenii de acțiune: educația și formarea, ocuparea forței de muncă și antreprenoriatul, sănătatea și calitatea vieții, participarea, activitățile de voluntariat, incluziunea socială, tineretul în lume, creativitatea și cultura.

Există tendințe pozitive în ceea ce privește abandonul școlar. Procentul pentru grupa de vârstă 18-24 de ani a scăzut de la 13,9% în 2010, la 11,1% în 2014. Rata șomajului în rândul tinerilor a scăzut de la 24% în februarie 2013 la 20% în noiembrie 2015, dar lucrurile nu sunt rezolvate. În total, există 13,7 milioane de tineri europeni care nici nu au un loc de muncă, nici nu frecventează o formă de învățământ, iar aproximativ 27 de milioane de tineri sunt expuși în continuare riscului sărăciei și excluziuniii sociale.

Am votat pentru continuarea dezvoltării proiectelor pentru tineri și sprijinirea acestora prin intermediul instrumentelor aflate la dispoziția UE.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - Az elmúlt évek gazdasági válsága nem kímélte az EU fiatalabb generációit sem. A munkanélküliség, a társadalmi csoportok között kialakult szakadék a fiatalok számára is egyre inkább érzékelhetővé vált. Mindez befolyásolta a fiatalok jövőképét és az unióba, valamint a közösségbe vetett bizalmukat is.

Az ifjúsági munkanélküliség Európában a pár éves negatív csúcshoz képest csökkent, de 2016-ban még mindig 18,9%-on van. Ezért a jelentés szerint is további intézkedésekre van szükség ahhoz, hogy az ifjúsági munkanélküliség csökkenjen, és ezzel együtt javuljon a fiatalok életminősége. A változásokhoz uniós, de leginkább tagállami szinten hatékonyabb együttműködésre van szükség számos területen, mint például a foglalkoztatás, az oktatás és képzés, a kultúra és sport területén. Elengedhetetlen az oktatás minőségének javítása, és jobb összehangolása a munkaerőpiaci szükségletekkel.

A szöveg tudatosítja, hogy az európai népesség elöregedése miatt aktivizálnia kell a fiatalokat, például a tudatos család- és ifjúságpolitika, otthonteremtési programok, és családi adókedvezmények útján. A család, az iskola, sport és az egyházak döntő szerepet játszanak a fiatalok egészséges fejlődésében, a helyi és regionális közösségek bevonása az ifjúságpolitikába pozitív eredményeket hozhat. A jelentés emlékeztet az anyanyelv használatának és a többnyelvűség megőrzésének fontosságára. A tagállamok érdeke fenntartani olyan intézményeket, melyek garantálják a nemzeti vagy nyelvi kisebbségek anyanyelven történő oktatását.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu oceny strategii UE na rzecz młodzieży na lata 2013-2015, ponieważ uważam, że polityka dotycząca młodzieży powinna leżeć w gestii państw członkowskich. Rola UE w tym obszarze powinna ograniczać się jedynie do udzielania wskazówek oraz wspierania działań podjętych przez państwa członkowskie. Sprawozdanie napawa mnie obawami, które związane są z naruszeniem zasady pomocniczości. Sprawozdawca, sugerując, że współpraca międzyrządowa jest niewystarczająca, dąży w ten sposób do przekazania UE większych kompetencji w tej dziedzinie. W związku z tym zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Youth policy is a competence of the Member States, while the European Union's role is one of coordination, guidance and support. I am in favour of this report as it identifies the problems that youth face daily. I also support the priorities set out in this youth strategy, as they seek to facilitate the transition from school to the work environment, foster active citizenship while also promoting social inclusion and solidarity. I fully support the idea that young citizens and organisations should be involved in youth policymaking as younger generations are not only the future but also the present and their voice must be heard.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – La relazione approvata dal Parlamento si concentra sulla valutazione della strategia UE per la gioventù 2013-2015 e sulle raccomandazioni per il terzo e ultimo ciclo triennale della stessa (2016-2018). La relazione ha fornito una nitida panoramica sulle sfide che i giovani europei si trovano ad affrontare oggi, come la disoccupazione, la povertà e l'esclusione sociale. La relazione ha poi individuato alcune categorie di giovani particolarmente suscettibili ai fenomeni della disoccupazione e dell'emarginazione, tra cui i gruppi delle minoranze etniche, composte principalmente da rifugiati, migranti e richiedenti asilo. Davanti a questa realtà, l'Europa non può rimanere indifferente ed è per questo motivo che ho sostenuto con convinzione le raccomandazioni presenti nella relazione, tra cui quelle per favorire gli investimenti per un'istruzione «accessibile» e per la promozione di tirocini di qualità. È infatti di fondamentale importanza investire nella qualità dei posti di lavoro attraverso la costruzione di una strategia UE per la gioventù che coinvolga tutti i soggetti interessati, nonché promuovere e investire in programmi di mobilità, come il programma Erasmus +, il quale dovrebbe essere accessibile a tutti per favorire la costruzione di un'identità europea sempre più solida.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative se base sur la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse 2013-2015 et vise à fixer les objectifs prioritaires afin de faciliter la transition de l'école au monde du travail et de favoriser la citoyenneté active, l'inclusion sociale et la solidarité entre les jeunes.

Considérant que les jeunes, de par leur créativité, leur dynamisme et leur savoir, représentent un capital humain et social précieux pour l'Union européenne, mais que dans le même temps cette tranche de la population a été touchée plus durement par la crise économique, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur la stratégie de l'Union européenne en faveur de la jeunesse 2013-2015. Plus de 4,5 millions de jeunes (âgés de 15 à 24 ans) sont sans emploi aujourd'hui dans l'Union européenne. Le taux de chômage des jeunes représente plus du double du taux de chômage global et masque des différences considérables entre les pays.

De nombreuses initiatives et stratégies européennes pour les emplois-jeunes ont déjà été mises en œuvre ces dernières années, mais il est primordial que le prochain cycle (2016-2018) contribue aux objectifs de la stratégie en faveur de la jeunesse. Le programme Erasmus + doit être pleinement mis en œuvre, notamment concernant les apprentissages. De plus, les possibilités d'effectuer des stages dans les autres États membres de l'Union européenne doivent être améliorées.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU Ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015 ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli. A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeikben és készségeikben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18.9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást. A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, a gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur de ce texte, qui avait rappelé que la jeunesse était une compétence des États membres, n'est pas clair sur le respect de la souveraineté et de la subsidiarité.

Par ailleurs, nous retrouvons quelques poncifs tels que la nécessité du dialogue interculturel, l'intégration des réfugiés et migrants par l'éducation, le sport et la lutte contre la xénophobie. On peut y lire l'appel à une attention particulière aux jeunes «s'identifiant comme LGBTI», à la promotion du multilinguisme. On y retrouve la croyance en la mobilité comme solution au chômage, ou encore la promotion de la dimension «européenne» dans l'éducation.

Le texte reconnaît le problème de «fuite des cerveaux» sans pour autant régler ses causes. Il souligne l'importance de la famille pour encadrer les jeunes et le nécessaire soutien aux jeunes entrepreneurs. Il défend également l'apprentissage et la formation professionnelle.

Néanmoins, eu égard aux aspects majoritairement négatifs, j'ai préféré voter contre ce texte

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Мое мнение, а и мнение на моята група е, че този доклад не отговаря на заложената в него предварителна идея да оцени стратегията на ЕС за младежта (2013-2015 г.), каквото е и неговото заглавие. В същото време не мога и да се съглася с много от идеите, заложени в него.

Аз съм ЗА включването на младежките организации при формирането на политиката на Съюза, доколкото тази политика остане на ниво координация и размяна на добри практики. Също така съм ЗА отворения метод на координация, който смятам за много подходящ, а не както казва докладът – „недостатъчен". ДА! Нашите младежи имат нужда от помощ, от подкрепа и от политики, които да работят в тяхна полза, но нека да оставим това на държавите членки – така пише в Договорите. Нека спрем да ги задължаваме и плашим! А защо трябва да се стремим към младежки и образователни програми, които овластяват младите жени и момичета и улесняват достъпа им до традиционно доминирани от мъже сектори? Нима искаме жените да вършат мъжка работа, а и къде е връзката с оценката за младежката стратегия от 2013-2015 г.? Не подкрепих доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση. Δεν θεωρούμε πως οποιαδήποτε πρωτοβουλία αφορά την νεολαία θα πρέπει να έχει ως πρωταρχικό στόχο την ένταξη και τη φροντίδα των λαθρομεταναστών. Για εμάς είναι σημαντικότερο να αντιμετωπίσουμε πρώτα τα προβλήματα των νέων της Ευρώπης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. - A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet ger rekommendationer baserat på ungdomsstrategin 2013-1015. Jag valde att rösta mot uppmaningen att introducera minimilöner eftersom jag inte tror att det är rätt väg att gå i arbetsmarknadspolitiken samt att det allvarligt strider mot den svenska arbetsmarknadsmodellen. Jag såg flera andra delar i betänkandet som problematiska, framförallt uppmaningen att kommissionen ska investera i utbildning samt att introducera bostadsbidrag för studenter, eftersom jag anser att det är områden som medlemsstaterna bör hantera.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O capital humano e social dos jovens representa um dos principais recursos da Europa e uma das principais garantias do seu futuro. Em geral, o abandono escolar precoce está a diminuir. Os valores da faixa etária dos18-24 anos baixaram de 13,9%,2010, para11,1 %em 2014. Não obstante, a % de abandono escolar precoce permanece elevada em Espanha, Itália, Malta, Portugal e na Roménia. Um terço dos jovens na Europa (dafaixaetáriados30/34 anos) são diplomados e que 82 % dos jovens da faixa etária dos 20-24 anos de idade concluíram o ensino secundário. Apesar de, em fevereiro de 2013, o nível médio de desemprego registado entre os jovens (da faixa etária dos 15 aos 29 anos de idade) na Europa ter atingido a percentagem máxima de 23,9 %, este valor decresceu para 20 % até novembro de 2015. No entanto, em alguns EM, a situação continua a ser extremamente preocupante. É preciso continuar a incentivar a cooperação no âmbito das políticas relacionadas com as atividades de animação da juventude e de voluntariado e com a participação na vida cívica devem ser complementadas pelo financiamento da UE ao abrigo do programa «Erasmus+» e a integração dos jovens no mercado de trabalho e o desenvolvimento do seu capital humano.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le rapporteur n'est pas très clair quant à ses intentions sur le respect de la souveraineté et de la subsidiarité (notamment considérants B et C, paragraphes 1, ,2, 26 et 30), reconnaissant pourtant, dans son exposé des motifs, que la jeunesse est une compétence des États membres et que de ce fait, aucun acte pris par l'Union européenne ne peut avoir de portée législative.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O Quadro de Cooperação para a Juventude sustenta as diversas medidas adotadas pelos Estados-Membros e pela UE, nomeadamente através da recolha de dados, a aprendizagem mútua, intercâmbio de experiências e diálogo com os jovens.

O quadro renovado para a cooperação europeia no domínio da Estratégia para Juventude da UE abrange o período 2010-2018, e define oito campos de ação, nomeadamente: educação e formação, emprego e empreendedorismo, saúde e bem-estar, a participação, o voluntariado, inclusão social, juventude e o mundo, criatividade e cultura. Os campos de ação selecionados evidenciam uma orientação ideológica clara, da qual divergimos.

O relatório defende uma Estratégia e Juventude estreitamente associada à Estratégia UE2020. Aborda problemas pertinentes mas quase sempre de forma errada, como é o caso do fenómeno da «fuga de cérebros».

Não existe referência alguma ao efeito das políticas que vêm sendo preconizadas pela UE na situação da juventude (os cortes orçamentais na educação e na cultura, o desemprego jovem).

Relativamente ao ensino superior e à ligação ao mercado de trabalho, à satisfação das necessidades das empresas, o relatório desfia todo um programa ideológico.

Sem prejuízo de aspetos positivos, por exemplo, no que se refere à questão dos refugiados, o relatório é globalmente mau e por isso votámos contra.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto la relazione è condivisibile e positiva, esclusi i passaggi in cui si ricade nella solita retorica pro-immigrati e pro-lgbt.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αξιολόγηση της στρατηγικής της ΕΕ για τη νεολαία 2013-2015. Δεν θεωρώ πως οποιαδήποτε πρωτοβουλία αφορά την νεολαία θα πρέπει να έχει ως πρωταρχικό στόχο την ένταξη και την φροντίδα των λαθρομεταναστών. Για εμένα είναι σημαντικότερο πρώτα να αντιμετωπίσουμε τα προβλήματα των νέων της Ευρώπης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe young people and youth organisations should be systematically involved in youth policy-making. European young people are facing today many different challenges such as youth unemployment, poverty and social exclusion. There is a need to channel investments into inclusive education with regards to ensure equal access and opportunities for all young people, including those having different socio-economic backgrounds as well as vulnerable and disadvantaged groups such as refugees, migrants and asylum-seekers. We should fight for a better recognition of the learning outcomes of skills acquired through non-formal and informal learning not only because they equip young people with the right set of competences and knowledge, but also because they contribute to the personal development and growth of learners in order to make them proactive, respon-

sible and open-minded citizens.

Mariya Gabriel (PPE), *in writing*. — I have voted in favour of this resolution because youth is a topic that is very close to my heart.

I wish first of all to underline my attachment to the reference to actively involving youth in policy and to empowering them. As an MEP, I try to contribute by initiatives aimed at young people to promote citizenship and to seek solutions to challenges such as youth unemployment. Therefore, I am happy with the reference to Structured Dialogue as well as the suggestion to involve local and regional authorities in the area of youth policy.

Secondly, I welcome the many references to EU programmes and EU funding aimed at employment and education of young people, especially Eramus and Erasmus+ programmes, the Youth Employment Initiative, Erasmus for Young Entrepreneurs programme and Youth Guarantee. I encourage EU institutions to simplify administration procedures and invest in communication so that a maximum of young people can benefit from these tools.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását és egyben jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely és a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást és a gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába, ezért szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU Ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Nonostante in materia di gioventù, la competenza sia interamente degli Stati membri, l'impegno europeo sulle politiche giovanili ha indubbiamente segnato importanti obiettivi, regalando ai giovani prospettive nuove e più ambiziose. Pensiamo solo al programma Erasmus, di cui oltre 3 milioni di studenti hanno fruito. L'attuale crisi economica non aiuta sicuramente il contrasto all'inoccupazione, alla disoccupazione di lungo periodo o agli impieghi precari e di scarsa qualità, ma la strategia europea per la gioventù registra dati in miglioramento. Per questo ho sostenuto con il mio voto questa relazione, perché ritengo importante non solo disegnare un piano di azione, ma monitorarne costantemente i risultati per assicuraci che stiamo andando nella giusta direzione, puntando a obiettivi ancora più ambiziosi per l'ultimo ciclo triennale della strategia (2016-2018). Per migliorare la qualità della vita del nostro futuro dobbiamo spingere sul pilastro formativo e sociale dei giovani, regalandogli maggiori opportunità di occupazione e integrazione, parità e facilità di accesso alla formazione e al mondo del lavoro - soprattutto per le categorie più vulnerabili, a rischio povertà ed emarginazione - e un forte impulso alla consapevolezza sociale e alla partecipazione civica.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la risoluzione del PE sulla valutazione della strategia dell'UE per la gioventù 2013-2015 perché ne condivido in gran parte l'impianto e il contenuto. Dall'inizio della legislatura, come socialisti e democratici, abbiamo posto le politiche giovanili e gli investimenti sui giovani al centro della nostra battaglia politica, come dimostrato dall'anticipo del finanziamento di Garanzia Giovani, che difenderemo anche con riferimento al prossimi bilancio dell'UE. Resta, tuttavia, ancora molto da fare per risolvere il problema della disoccupazione giovanile, della povertà ed esclusione sociale con cui molti giovani sono confrontati, in particolare i giovani con scarse qualifiche, i cd NEET, i giovani disabili, i rifugiati e i migranti. L'UE deve quindi continuare a investire nelle generazioni future rafforzando tutte le iniziative per combattere la disoccupazione giovanile e affrontando il problema delle competenze in un mercato del lavoro digitale: servono quindi politiche per un lavoro e una formazione di qualità, cosi come investimenti nell'istruzione e nella formazione, per favorire la mobilità dei giovani all'interno dell'UE. Condivido, infine, il richiamo al riconoscimento dell'istruzione non formale come parte integrante del bagaglio di competenze di cui debbono disporre i giovani per entrare a pieno titolo nel mondo del lavoro.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht über die Bewertung der EU-Jugendstrategie 2013-2015 gestimmt. Ich stehe voll zum Erhalt und Ausbau einer ganzheitlichen EU-Jugendstrategie – allerdings mit anderer Schwerpunktsetzung und mehr Realismus als in diesem vorliegenden Bericht angesetzt. Ich wehre mich komplett gegen die sinnfreie Idee eines kostenlosen Interrail-Tickets für alle 18-Jährigen und fordere, diese Milliarden an Steuergeldern lieber in nachhaltige Jugendprojekte und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu investieren.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Jugendarbeitslosigkeit ist mit 18,6 % in der Europäischen Union deutlich zu hoch. Hier muss die EU weiter handeln und junge Menschen vor Arbeitslosigkeit, Ausgrenzung und Radikalisierung schützen. Der Bericht EU-Jugendstrategie 2013-2015 bildet eine gute Grundlage für die weitere Arbeit. Die hier genannten EU-Programme wie Erasmus+ müssen auch in Zukunft jungen Menschen die Möglichkeit eröffnen, sich weiterzubilden.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que este informe de revisión sobre la estrategia de Juventud de 2013-2015 contiene elementos complejos de análisis y líneas de mejora que considero que son concordantes con los posicionamientos de nuestra formación. No obstante, hay elementos en el informe con los que no estoy conforme, como la creación de un «Erasmus para aprendices» o una retórica exacerbada del emprendimiento, en detrimento de otras políticas de empleo activas. No obstante, considero que los aspectos positivos son más que los negativos por lo que mi voto es a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported this report, which provides relevant assessments of EU actions in the field of youth policy and recommends priorities for the upcoming years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world and creativity and culture.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte visant à améliorer l'employabilité des jeunes, leur intégration sur le marché du travail ainsi que leur inclusion et leur participation sociales. Face à une fracture socio-économique de plus en plus prononcée et une crise économique brutale, il est de notre devoir de trouver des remèdes durables pour lutter contre le chômage des jeunes, renforcer l'inclusion sociale et empêcher la radicalisation violente, ce qui suppose la mise en place d'une coopération plus systématique pour toute une série de politiques au niveau de l'UE et des États membres, par exemple dans le domaine de l'emploi ou de l'éducation.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — Chômage, pauvreté et exclusion sociale, tels sont les défis auxquels les jeunes se trouvent aujourd'hui confrontés. Face à cette situation, le PE appelle à l'investissement dans une éducation de qualité, inclusive, accessible à tous les jeunes, issus de tous les milieux socio-économiques ainsi que des groupes vulnérables et défavorisés tels que les réfugiés, les migrants et les demandeurs d'asile.

J'estime que nous devons nous battre pour une meilleure reconnaissance des acquis dans l'apprentissage non formel et informel, non seulement parce qu'ils permettent de doter les jeunes d'un bon ensemble de compétences et de connaissances, mais aussi parce qu'ils contribuent au développement personnel tout en contribuant à en faire des citoyens engagés, responsables et ouverts d'esprit. C'est pour ces raisons que j'ai soutenu ce rapport.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report. The report highlights the continuing importance of the Structured Dialogue as a tool for youth participation and policy-making. Cooperation on policies relating to youth work, volunteering and participation in civic life must be supplemented by EU funding under the Erasmus+ programme. The integration of young people into the labour market and the development of their human capital will also be supported by other instruments such as the European Social Fund, the Investment Plan for Europe and the Youth Employment Initiative.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015-ös ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára komoly nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban ugyan csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra sem megoldott ez a probléma. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában, az idei, legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a szám.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil munkahely, valamint a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen ösztönöznie kell a családalapítást, és a gyermekvállalási kedvet.

A jelentés hangsúlyozza a család, az iskola, a vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I along with the majority of my colleagues in the Parliament supported this own-initiative report on the EU Youth Strategy 2013-2015. The report is giving the second period assessment for the framework for European cooperation in the field of the EU Youth Strategy, which covers the period of 2010-2018. It defines eight fields of action, namely: education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture. It is an assessment for the past period. I was happy that the resolution called for better cooperation in finding common solutions to the challenges such as early school-leaving, proper counselling on educational path, involving the youth to the decision-making processes and integrating young refugees via the education and training. Likewise, I was glad that the rapporteur noted that the Youth Guarantee and Youth Employment Initiative has not been fully functional in some Member States.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Zweck dieses Berichts ist es, die Strategie zur „Jugendpolitik" der Jahre 2013-2015 zu bewerten.

Die „Jugendpolitik" an sich ist keine Zuständigkeit der EU. Die Rolle der EU ist höchstens, diese zu koordinieren.

Die problematischen Aspekte für mich sind die folgenden (Aufzählung nicht abschließend):

Für mich und meine Partei ist das Subsidiaritätsprinzip das zentrale Prinzip, nach dem Aufgaben zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand zu verteilen sind. Mehrere Ziffern missachten dieses Prinzip implizit oder explizit. Das sind z.B. 2, 60, 111.

Darüber hinaus wird der falsch konstruierte Währungsraum als zentraler Grund für die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa weder benannt noch bekämpft. Die EU klammert also den Teil, für den sie tatsächlich verantwortlich ist, gezielt aus.

Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem sprawozdania w sprawie strategii UE na rzecz młodzieży w latach 2013-2015. Jak słusznie zauważyła w sprawozdaniu sprawozdawczyni, istnieje duży rozdźwięk między różnymi grupami młodzieży w Europie. Różnice dotyczą zarówno poszczególnych państw, jak i regionów i środowisk. Dlatego też każda strategia opracowywana na poziomie unijnym musi mieć charakter całościowy i odpowiadać na wszystkie wyzwania.

Oczywiście problem bezrobocia pozostaje jednym z najbardziej pilnych, ale widzimy już, że zarówno ogólna poprawa sytuacji gospodarczej, jak i wdrażana inicjatywa na rzecz zatrudnienia młodych ludzi zaczynają przynosić efekty. Sam jednak spadek poziomu bezrobocia jest niewystarczający.

Jeżeli – tak jak zapowiadał przewodniczący Juncker – mamy ambicję stworzyć w Unii Europejskiej standard potrójnego socjalnego A, musimy także zadbać o jakość tego zatrudnienia. Statystyki niestety potwierdzają, że młodych ludzi częściej dotykają niepewne formy zatrudnienia i praca poniżej własnych kwalifikacji. Europejskie ramy współpracy muszą brać to pod uwagę. Potrzebne jest też do tego właściwe wykorzystanie Europejskiego Funduszu Społecznego i innych instrumentów finansowych, oraz ich odpowiednia synergia.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. — En av Europas stora utmaningar är utanförskap bland unga, och i Sverige liksom övriga EU-länder är ungdomsarbetslöshet ett allvarligt problem. Det kommer att krävas ett helhetsgrepp för att unga ska ges bättre förutsättningar. Detta måste dock ske med respekt för medlemsstaternas suveränitet. I parlamentets betänkande om en ungdomsstrategi önskade man förändra arbetsmarknadsregelringar, föra en expansiv finanspolitik för att finansiera utbildning och reglera vad som bör finnas med i läroplaner. Dessutom föreslogs olika grupper ges särskild tillgång till offentliga bidrag. Med respekt för nationellt självbestämmande och för ett långsiktigt perspektiv gällande ungdomsfrågor röstade Moderaterna emot betänkandet.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно оценката на стратегията на ЕС за младежта, тъй като смятам, че съществува необходимост да се засили интегрирането на политиката за младежта, междусекторното сътрудничество и социалните дейности в рамките на ЕС. Нужно е и засилване на взаимовръзката между европейската стратегия за младежта и други европейски стратегии, като например тази в областта на образованието, обучението, здравеопазването и трудовата заетост, за да могат разработените политики да отговарят ефективно на положението и потребностите на младите хора, които трябва да се справят с тежки икономически, трудови и социални проблеми.

Смятам, че политиката за младежта следва да се основава на права и да подкрепя развитието на всички млади хора, като гарантира осъществяването на потенциала на младите хора. Те са нашето бъдеще и следва да се считат за ресурс с огромни възможности за развитие на европейските общества.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Having civil society, specifically young individuals and youth organizations, participate in youth policy-making is of great importance. The European institutions need to create a comprehensive plan in regards to education, equal opportunities and access. The youth are Europe's future, and they should be moulded into open-minded and responsible individuals.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o procjeni strategije EU-a za mlade 2013. – 2015., jer smatram da mladi nose golem potencijal za budućnost europskih društava. Mladi bi trebali aktivno sudjelovati u planiranju, razvoju, provedbi, praćenju i ocjenjivanju svih politika za mlade.

Ovo Izvješće EU-a preporučuje lokalnim, regionalnim i nacionalnim tijelima i tijelima EU-a da zajamče kvalitetnu komunikaciju o različitim programima na razini EU-a kojima su obuhvaćene politike za mlade, te njihovu kvalitetnu provedbu i koordinaciju. Politika za mlade treba, osim otvorene metode koordinacije, pozivati na užu suradnju i razmjenu najboljih praksi u vezi s pitanjima mladih, i to na lokalnoj, regionalnoj i nacionalnoj razini kao i na razini EU-a.

Također, uključivanje mladih s invaliditetom u tržište rada potrebno je kako bi oni mogli voditi neovisan život i biti u potpunosti integrirani u društvo u kojem bi aktivno sudjelovali i stvarno mu doprinosili.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Bien qu'il y ait eu ici et là quelques propositions intéressantes, la teneur inégale de ce rapport, faisant côtoyer le juste avec le mauvais, n'a pas achevé de me convaincre. Les États doivent rester souverains dans ce domaine, et ne pas accepter la politique schizophrène de l'Union européenne, qui encourage d'un côté l'éducation et l'emploi pour les jeunes et produit, de l'autre, les conditions d'une situation économique désastreuse.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Andrea Bocskor sur la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse 2013-2015. Cette stratégie définit un cadre de coopération pour favoriser l'égalité des chances pour tous les jeunes dans l'enseignement et sur le marché du travail et les encourager à participer activement à la société. Au vu des bilans positifs du cadre 2010-2018 pour la jeunesse, le Parlement renouvelle son soutien à cette initiative et propose d'associer les collectivités locales et régionales aux politiques de la jeunesse. C'est en rapprochant la prise de décision au plus près des citoyens que nous serons en mesure de répondre au mieux aux besoins de la jeunesse.

Je me réjouis que ce rapport ait été adopté à une large majorité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zur Bewertung der EU-Jugendstrategie 2013-2015 setzt sich zum Ziel, sachdienlichere, wirksamere und besser koordinierte jugendpolitische Maßnahmen in Europa einzuführen. Der Berichterstatter betont jedoch insbesondere die Notwendigkeit der sozialen Inklusion von Flüchtlingen und Migranten und versäumt dabei, eine vorrangige Priorität für die europäische Jugend bei der Gewinnung von Arbeitsplätzen zu fordern. Dies würde aber eine Voraussetzung für die erfolgreiche Integration von Migranten darstellen. Daher würde ich diesem Bericht nicht zustimmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Zweck dieses Berichts ist es, die Strategie zur „Jugendpolitik" der Jahre 2013-2015 zu bewerten.

Die „Jugendpolitik" an sich ist keine Zuständigkeit der EU. Die Rolle der EU ist höchstens, diese zu koordinieren.

Die problematischen Aspekte für mich sind die folgenden (Aufzählung nicht abschließend):

Für mich und meine Partei ist das Subsidiaritätsprinzip das zentrale Prinzip, nach dem Aufgaben zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand zu verteilen sind. Mehrere Ziffern missachten dieses Prinzip implizit oder explizit. Das sind z.B. 2, 60, 111.

Außerdem ist der Bericht sehr etatistisch und sieht eine Einmischung der EU/öffentlichen Hand in Details des privaten Lebens vor, die ich nicht unterstützen will. Beispiele sind die Ziffern 41, 43, 45, 60, 18, 111.

Darüber hinaus wird der falsch konstruierte Währungsraum als zentraler Grund für die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa weder benannt noch bekämpft. Die EU klammert also den Teil, für den sie tatsächlich verantwortlich ist, gezielt aus.

Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU Ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015 ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli. A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik. Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, gyermekvállalást. A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада относно оценката на стратегията на ЕС за младежта (2013-2015 г.). Считам, че младите хора следва да участват активно в планирането, развитието, изпълнението, мониторинга и оценката на всички политики за младежта. Освен това политиките и националните стратегии в областта на младежта трябва да се разработят съвместно с и в полза на младите хора. Държавите членки трябва да използват пълноценно наличните политики на ЕС, националните политики и финансовите рамки, за да се насърчат подходящи инвестиции в младите хора и създаването на качествени и сигурни работни места.

Приветствам факта, че повече от 12,4 милиарда евро от Европейския социален фонд (ЕСФ) и инициативата за младежка заетост (ИМЗ) са заделени за борбата с младежката безработица през новия програмен период.

Смятам, че по-доброто разбиране на ценностите на ЕС, функционирането на ЕС и европейското многообразие е от решаващо значение както за насърчаване на участието в демократичния процес, така и за насърчаване на активното гражданско участие сред младите хора.

Важно е да се отбележи, че е необходимо ангажиране на младите хора и младежките организации в оформянето на приоритетите и на нова Рамка на ЕС за сътрудничество по въпросите на младежта след 2018 г.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram sprawozdanie w sprawie oceny strategii UE na rzecz młodzieży na lata 2013-2015, w którym istotną rolę odgrywają inicjatywy dotyczące edukacji i wchodzenia młodzieży na rynek pracy. Po raz kolejny Parlament Europejski podkreśla znaczenie kształcenia zawodowego, praktyczności i użyteczności edukacji, a także konieczność współdziałania partnerów biznesowych i społecznych w tworzeniu takich ram edukacji, aby była ona pomocna w dorosłym życiu młodzieży.

Jednocześnie w sprawozdaniu brak jest odniesienia do pojawiającego się w środowisku naukowym nurtu, który krytykuje obecny stan edukacji, w tym tendencje do wydłużania cyklu kształcenia nie z powodu przygotowania do bardziej innowacyjnych i wymagających wyzwań przyszłości, ale by uciec przed bezrobociem i brakiem perspektyw. Uczelnie wyższe jako przechowalnie bezrobotnych i niezdecydowanych to marnotrawstwo czasu, pieniędzy i szans zarówno po stronie studentów, jak i wykładowców. Edukacja jest ważnym czynnikiem kształtującym przyszłość, ale nie załatwi braków w innych dziedzinach, i czas, aby politycy przestali podawać edukację jako uniwersalny lek na wszystkie bolączki, z jakimi stykają się w swojej pracy.

Najważniejsze, czego potrzebują młodzi ludzie, by dobrze wejść w dorosłe życie to trening kreatywności, krytycznego myślenia, otwartości i chęci współpracy. Nie bez znaczenia jest także podnoszona w sprawozdaniu konieczność włączania młodzieży do procesu podejmowaniu decyzji dotyczących życia społecznego i brania za nie odpowiedzialności.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il vise à donner plus de compétence à l'UE en matière de politiques de jeunesse et d'éducation, utilisées comme cheval de Troie pour l'intégration des migrants.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse 2013-2015. Certes, il y a dans ce texte des points positifs. Je pense notamment aux propositions pour favoriser les jeunes entrepreneurs créant leur PME et à l'importance accordée au rôle de la famille pour encadrer les jeunes et à la solidarité intergénérationnelle.

Cependant, on retrouve également les poncifs européistes et politiquement corrects habituels de ce genre de texte. Il y a notamment l'appel au «dialogue interculturel» et la promotion de la dimension «européenne» dans l'éducation. Le texte témoigne aussi de la croyance ferme en ce que la mobilité résoudrait le problème de l'inadéquation des compétences avec le marché de l'emploi et serait une solution au problème du chômage, en faisant mine de ne pas voir que cela pourrait conduire à faire des jeunes de futurs travailleurs détachés.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Met betrekking tot jongerenbeleid bestaat de rol van de EU voornamelijk in het ondersteunen van het beleid van de lidstaten. In deze resolutie komt het Parlement echter voortdurend op het terrein van de lidstaten. Bovendien zijn er meerdere aanbevelingen, zoals het aanmoedigen van onderwijs in de moedertaal van minderheden tot het stopzetten van eventuele bezuinigingen in de gezondheidszorg, die we niet steunen. Vandaar onze tegenstem.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de iniciativa que evalúa la Estrategia de la Unión para la Juventud en los tres últimos años, porque se centra en los principales desafíos de la juventud: el desempleo, la pobreza y la exclusión social e identificando los grupos más vulnerables.

Asimismo, realiza una serie de recomendaciones para el próximo y último ciclo de esta estrategia que será del 2016 al 2018, destacando: mayor inversión en el acceso a la educación de calidad, promoción de prácticas de calidad, mejora de las capacidades y competencias profesionales a desarrollar, mayor movilidad a través del Erasmus+, reconocimiento del voluntariado y mayor implicación de los jóvenes y las organizaciones juveniles en la elaboración de las políticas y toma de decisiones.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – La política en materia de juventud es competencia de los Estados miembros. Si bien la Unión tiene un papel de coordinación, apoyo y asesoramiento, no puede adoptar ninguna medida legislativa. Por ello, a pesar de los buenos propósitos recogidos en este informe sobre la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015, he votado en contra del mismo, puesto que mantiene un enfoque neoliberal y considera que la forma de combatir el desempleo juvenil pasa por reforzar la cooperación entre las empresas y las universidades. Asimismo, no reconoce el devastador impacto de las políticas de austeridad ni de los recortes en educación y cultura y los ignora como causantes del incremento del desempleo juvenil y de la exclusión social de los jóvenes, por lo que he votado en contra de este informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La juventud, principal activo de la Unión y garante de su futuro, se ha visto especialmente afectada por la crisis económica, que ha acrecentado las diferencias entre determinados grupos de jóvenes. En este ámbito la Unión Europea desempeña una misión de coordinación, orientación y apoyo y ha desarrollado una acción que cubre ocho ámbitos de acción entre los que se encuentran, entre otros, educación y formación y empleo y espíritu empresarial. Esta Estrategia busca facilitar la transición de la escuela al mundo del trabajo y promover la ciudadanía activa.

En este informe se parte de la base de que el método abierto de coordinación en políticas para la juventud es apropiado, pero ha de verse complementado por otras medidas para progresar más eficazmente. Así, resalta la importancia del diálogo estructurado como medio de participación de los jóvenes y, en particular propone, por ejemplo, una mejor comprensión de los valores y funcionamiento de la Unión Europea, con el fin de fomentar la participación democrática y una ciudadanía activa entre los jóvenes.

Doy mi voto favorable al informe ya que los jóvenes deben ser vistos y tratados como un recurso con gran potencial para el devenir de la Unión.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Zweck dieses Berichts ist es, die Strategie zur „Jugendpolitik" der Jahre 2013-2015 zu bewerten.

Die „Jugendpolitik" an sich ist keine Zuständigkeit der EU. Die Rolle der EU ist höchstens, diese zu koordinieren.

Die problematischen Aspekte für mich sind die folgenden (Aufzählung nicht abschließend):

Für mich und meine Partei ist das Subsidiaritätsprinzip das zentrale Prinzip, nach dem Aufgaben zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand zu verteilen sind. Mehrere Ziffern missachten dieses Prinzip implizit oder explizit. Das sind z.B. 2, 60, 111.

Außerdem ist der Bericht sehr etatistisch und sieht eine Einmischung der EU/öffentlichen Hand in Details des privaten Lebens vor, die ich nicht unterstützen will. Beispiele sind die Ziffern 41, 43, 45, 60, 18, 111.

Darüber hinaus wird der falsch konstruierte Währungsraum als zentraler Grund für die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa weder benannt noch bekämpft. Die EU klammert also den Teil, für den sie tatsächlich verantwortlich ist, gezielt aus.

Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that focuses on tackling youth unemployment.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Rezoluce říká, že „je důležité vybavit mladé lidi dostatečnými znalostmi o EU a porozuměním tomu, jak funguje, včetně výuky o základních hodnotách EU". Podle mě je to volání po indoktrinaci mladých lidí jednostrannou ideologií. Zpráva dále „vyzývá členské státy, aby podněcovaly ženy k odborné přípravě a kariéře v odvětvích, v nichž jsou zastoupeny málo". Podle mě mají vlády nechat na lidech, pro jaké povolání se rozhodnou a nemají cpát lidi určitého pohlaví do oborů, kam nechtějí. Rezoluce tvrdí, „že míra nezaměstnanosti se výrazně snižuje, jakmile stoupá úroveň dosaženého vzdělání, a že je proto nezbytné podporovat příležitosti vyššího vzdělávání pro mladé lidi v EU a investovat do nich". To je podle mě hloupé a nebezpečné tvrzení, které dělá z mladých lidí po celé EU nezaměstnané bakaláře. Nesouhlasím ani s výzvou, „aby členské státy podporovaly mladé lidí v začátku jejich nezávislého života a zařizování vlastních rodin pomocí příspěvků na bydlení". Myslím si naopak, že místo toho, aby stát dělal z mladých lidí závislé na dávkách, je lepší snížit daně.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U posljednje se vrijeme nezaposlenost mladih smanjila, no njezine brojke i dalje predstavljaju razlog za zabrinutost. U razdoblju 2013. – 2015. države članice nastavile su mjere kako bi poboljšale zapošljavanje mladih, njihovu integraciju na tržište rada, socijalnu uključenost i aktivno građansko sudjelovanje. Iako je postignut napredak, potrebno je pronaći dodatna rješenja za smanjenje nezaposlenosti mladih i sustavniju suradnju u brojnim područjima politike na razini EU-a i država članica.

Obnovljeni okvir za europsku suradnju u području strategije EU-a za mlade, za razdoblje 2010. – 2018. ima 2 opća prioriteta: olakšavanje prijelaza iz škole u svijet rada i podupiranje aktivnog građanstva, socijalne uključenosti i solidarnosti. Izvješće naglašava potrebu jačanja integracije politike mladih, međusektorske suradnje i socijalnih mjera u EU-u. Poduzetništvo mladih potrebno je uvrsti u VFO, dok bi države članice trebale izraditi nacionalne strategije za postizanje sinergija između Erasmus+-a, ESF-a, Inicijative za zapošljavanje mladih te Erasmusa za mlade poduzetnike.

Potrebno je zajamčiti pristup kvalitetnom obrazovanju ulaganjem prvenstveno u pripravništva i strukovna naukovanja. Stoga sam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Stratégia s mládežou musí vychádzať z reálneho poznania potrieb mládeže. Samotní mladí ľudia sa musia aktívne zapájať do týchto procesov, vnášať do nich svoje poznanie, potreby a skúsenosť. Napriek existencii formálnych dokumentov je faktická spolupráca a zapájanie mládeže do verejného života nedostatočné, čo sa prejavuje aj nízkou účasťou na voľbách. Nezáujem, nedostatočné a nie vždy kvalitné vzdelanie, nezodpovedajúce potrebám trhu práce, nedostatočný a nefunkčný sociálny program vytvárajú priestor na prienik extrémistických názorov, hnutí a strán, ktoré môžu mať katastrofálne dopady na budúcnosť generácií. Preto je nevyhnutné vyčleňovať zdroje a vyvíjať aktivity, ktoré aj prostredníctvom moderných technológií povedú k širšiemu zapojeniu mladých ľudí do verejného života, zvýšia ich záujem o vzdelávanie a celoživotný odborný rast. Budúcnosť generácií záleží od kvality vzdelávania a práce so súčasnou generáciou mladých ľudí, čo sa prejaví v celom spektre spoločenského aj politického života.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την αξιολόγηση της στρατηγικής της ΕΕ για τη νεολαία 2013-2015, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Bien que la rapporteure rappelle dans son exposé des motifs que la jeunesse reste de la compétence des États membres, et que par conséquent, aucun acte pris par l'UE ne peut avoir de portée législative, elle semble l'oublier dans le contenu de sa proposition! En effet, elle souhaite, par exemple, l'élaboration de politiques en faveur de la jeunesse au sein de l'Union européenne.

En outre, ce texte appelle à une meilleure intégration des réfugiés et migrants par l'éducation et par le sport, et encourage la promotion de la dimension «européenne» dans l'éducation. Nous nous opposons à de telles idées.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório sobre a avaliação da Estratégia da UE para a juventude no período de 2013/2015 apresenta os resultados alcançados e apresenta propostas e prioridades para o próximo ciclo, recomendando às autoridades nacionais, regionais, locais e da UE, que assegurem que os diferentes programas a nível europeu no âmbito das políticas de juventude sejam devidamente divulgados, executados e coordenados, a fim de dar resposta a novas necessidades face aos futuros desafios a nível social e de ensino.

Não obstante, enfatiza ainda a necessidade que seja dada especial atenção à participação de jovens com necessidades educativas especiais, grupos vulneráveis ou marginalizados, migrantes e refugiados, quer na participação ativa na criação e implementação destes projetos, quer na criação de modelos e estratégias politicas para a Juventude, quer ao nível da UE e/ou nacional e local.

Os jovens são os principais interlocutores na definição de projetos diretamente relacionados com a sua especificidade e necessidades locais. Neste sentido, esta Estratégia só será eficaz se tiver uma abordagem de baixo para cima e que atenda às necessidades e expetativas de todos, envolvendo a comunidade local, o sistema de ensino, as associações desportivas e culturais e mesmo as empresas.

Votei a favor!

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi voto a favor de esta iniciativa porque el capital humano y social que representan los jóvenes es uno de los principales activos de Europa y, por tanto, garantía de futuro.

Considero ineludible facilitar la transición desde la escuela hacia el mercado laboral y, a la vez, promover la ciudadanía activa, la inclusión social y la solidaridad juvenil.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με την αξιολόγηση της στρατηγικής της ΕΕ για τη νεολαία γιατί η πολιτική για τη νεολαία θα πρέπει να αποτελεί αρμοδιότητα των κρατών μελών και ο ρόλος της ΕΕ περιορίζεται στο συντονισμό, την καθοδήγηση και τη στήριξη. Στόχοι της στρατηγικής είναι η διευκόλυνση της μετάβασης από το σχολείο στον κόσμο της εργασίας και έπειτα η προώθηση της ενεργού συμμετοχής στα κοινά. Τέλος, αναμφισβήτητα η ένταξη των νέων στην αγορά εργασίας και η ανάπτυξη του ανθρώπινου κεφαλαίου τους θα τύχει υποστήριξης και από άλλους φορείς, όπως είναι το ΕΚΤ, το επενδυτικό σχέδιο για την Ευρώπη και η Πρωτοβουλία για την Απασχόληση των Νέων.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame nagrinėjama jaunimo užimtumo ir socialinė problematika. Vis dar nerimą kelia didžiulis ES jaunimo nedarbas, todėl būtina stiprinti ES socialinius veiksmus ir Europos jaunimo strategijų įgyvendinimą ir užtikrinti, kad būtų veiksmingai reaguojama į jaunimo užimtumo ir socialines problemas. Tai pat manau, kad ES jaunimo strategijoje daugiau dėmesio reikia skirti verslumui, nes jis yra vienas iš pagrindinių ekonomikos augimą skatinančių veiksnių.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht sollte sich mit der Jugendarbeitslosigkeit beschäftigen. Der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit, in vorrangiger Linie im nationalen, in weiterer Linie im europäischen Kontext, ist erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Jedoch akzeptiere ich nicht, dass dieses wichtige Thema zu einer unkontrollierten Ausweitung der Rechte von Asylanten missbraucht wird.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Au cours de 120 paragraphes de novlangue européenne, ce rapport détaille la stratégie et les objectifs de l'UE pour la jeunesse. Il contient de bons éléments: favoriser l'accès au marché du travail, à Erasmus, en taisant qu'il s'agit désormais d'un système de prêt, à une éducation de qualité, «investir davantage et ne pas effectuer de coupes budgétaires». Mieux: le rapport soutient la création d'un revenu minimum garanti entre la fin des études et le premier emploi, ou le RSA (accessible uniquement à partir de 25 ans). Et plus généralement, il défend des fonds pérennes pour les jeunes (garantie pour la jeunesse).

Mais derrière ces belles paroles, on retient surtout l'objectif de transformer tous les jeunes en «entrepreneurs» (22 occurrences dans le texte). Le texte propose même de développer «l'apprentissage entrepreneurial» dès la classe de CP! Grotesque! La logique reste d'adapter l'université aux besoins du secteur privé et de promouvoir la «mobilité». Soit l'exil forcé pour des millions de jeunes contraints d'aller chercher du travail ailleurs face à la crise austéritaire. Je vote contre ce texte inutile.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I supported this report, as it highlights the need for youth to take a more active role in policy-making. The current generation have been hard hit by the global economic downturn, and as they are more educated, more mobile and more aware of the world around them than their parents' generation, we should do our utmost to involve them in the decisions that will affect their lives.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'Europe est fière de sa jeunesse. Néanmoins, dans un contexte de fracture socio-économique de plus en plus prononcée, il est nécessaire de trouver des remèdes durables afin de lutter contre le chômage des jeunes et de renforcer leur inclusion sociale. Ceci suppose la mise en place d'une coopération plus systématique pour toute une série de politiques à destination de nos jeunes au niveau de l'Union européenne et des États membres, qu'il s'agisse du domaine de l'emploi, de l'éducation, de la formation, de la lutte contre la discrimination, de la politique sociale, de la citoyenneté ainsi que de celui de la culture, du sport et de la santé.

Je suis d'avis que le prochain cycle de la stratégie jeunesse doit inclure dans ses objectifs, sous peine d'en faire des générations perdues, les jeunes réfugiés et les demandeurs d'asile. Cette approche inclusive favorisera d'autant leur intégration et renforcera le caractère de vivre ensemble entre jeunes issus de pays et cultures différentes dans les pays d'accueil. Il est indispensable de soutenir cette jeunesse riche d'un potentiel fantastique pour la société et pour l'économie.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Mladí ľudia sú so svojou ľudskou a spoločenskou hodnotou zárukou budúcnosti Európy a jedným z jej najdôležitejších zdrojov. Tento potenciál je spätý s ich vedomosťami, tvorivosťou a zručnosťami. Európsku mládež trápia mnohé problémy: 13,7 milióna mladých ľudí v Európe nie je zamestnaných, ani nie sú v procese vzdelávania. Takmer 27 miliónov mladých je ohrozených chudobou a sociálnym vylúčením. Dlhodobo vykonávané príležitostné zamestnania prinášajú pre túto generáciu riziko dlhodobo nízkej kvality života. Problémom tejto skupiny je na jednej strane nezamestnanosť, na druhej strane podzamestnanosť; niektorí majú príliš vysokú kvalifikáciu vo vzťahu k príležitostiam, ktoré trh práce ponúka. Priepasť medzi dvomi skupinami mladých je veľká: jedni s priaznivou vyhliadkou do budúcna, druhí, ktorí majú malú nádej v to, že budú viesť plnohodnotný život, a ktorým hrozí marginalizácia. Tieto rozdiely nepriaznivo vplývajú na sociálnu štruktúru a udržateľný dlhodobý hospodársky rast. Politika mládeže patrí do kompetencie členských štátov, pričom úlohou EÚ je koordinácia, usmerňovanie a podpora. Vo viacerých oblastiach došlo k pokroku, avšak je potrebné nachádzať ďalšie riešenia v záujme zníženia nezamestnanosti mladých ľudí, zvýšenia kvality života a vyhliadok do budúcna. Na dosiahnutie týchto cieľov je potrebná systematická spolupráca na úrovni Únie a členských štátov, aj v mnohých politických otázkach. Návrh podporujem.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls for young people and youth organisations to be systematically involved in youth policy-making. There is a need to channel investments into inclusive education with regards to ensuring equal access and opportunities for all young people, including those having different socio-economic backgrounds as well as vulnerable and disadvantaged groups such as refugees, migrants and asylum-seekers. We should fight for a better recognition of the learning outcomes of skills acquired through non-formal and informal learning not only because they equip young people with the right set of competences and knowledge, but also because they contribute to the personal development and growth of learners in order to make them proactive, responsible and open-minded citizens. That is why I have voted in favour.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Kulturális és Oktatási Bizottság jelentése az EU ifjúsági stratégiája legutóbbi hároméves ciklusának eredményeivel vet számot. Az EU 2010-2018-as időszakot lefedő ifjúsági stratégiája 8 cselekvési területet határoz meg: oktatás és képzés, foglalkoztatás és vállalkozói készség, egészség és jólét, részvétel, önkéntes tevékenységek, társadalmi befogadás, az ifjúság és a világ, kreativitás és kultúra. A stratégia két általános prioritása az iskolából a munka világába való átmenet megkönnyítése és a fiatalok aktív polgári szerepvállalásának, társadalmi befogadásának és szolidaritásának elősegítése.

A jelentés megállapítja: nagy a szakadék a fiatalok két csoportja között: azok, akik céltudatosak, továbbtanulnak, bíznak abban, hogy jó állást fognak találni, és részt vesznek a társadalmi, civil és kulturális életben, illetve azok között, akiknek kevés reményük van a kiteljesedésre, és akiket a marginalizáció kockázata fenyeget. Ez a megosztottság veszélyezteti a társadalmi összetartozást és a hosszú távú, fenntartható gazdasági növekedést. Európának pedig a népesség elöregedése miatt is sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie a felelősségteljes családalapítást, a gyermekvállalást.

Az állásfoglalás elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A União Europeia apresentou uma estratégia europeia para a juventude que visava criar mais oportunidades para os jovens no quadro europeu.

Entendo que a as novas estratégias para os jovens devem envolver as organizações de juventude a nível nacional e europeu dado que são as entidades com maior conhecimento de causa sobre as reais necessidades dos jovens.

Entendo ainda que a União Europeia deve centrar a sua estratégia nos vetores da mobilidade, emprego e educação, dado que são as 3 principais áreas que os jovens procuram à escala europeia e onde a UE pode marcar a sua diferença a nível estratégico.

Neste sentido, aprovo o presente relatório esperando que as futuras estratégias estejam centradas em vetores fundamentais para apoiar os jovens.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The economic crisis has hit young people particularly hard. The disparity between certain categories of young people has also grown, while some of them have increasingly lost their place in social and civil life. This situation is further aggravated by the fact that, in some cases, there is a risk of social passivity, exclusion and isolation and even violent radicalisation. I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif au suivi de la stratégie 2013-2015 de l'Union en faveur de la jeunesse. Ce texte appelle notamment à une meilleure intégration des jeunes handicapés dans le monde professionnel. Plus largement, il énonce une série de principes et d'éléments à explorer afin de mieux considérer la jeunesse qui constitue l'avenir de l'Europe (meilleur apprentissage de la langue, lutte contre le décrochage scolaire, enseignement des TIC afin de comprendre davantage le monde actuel, …).

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo favorevolmente la relazione sulla valutazione della strategia dell'UE per la gioventù 2013-2015, in quanto offre un'immagine completa delle sfide che i giovani europei si trovano a dover affrontare, come disoccupazione, povertà ed esclusione sociale. I circa novanta milioni di giovani europei e le loro potenzialità in termini di conoscenze, creatività e competenze rappresentano il futuro dell'Unione e non possono essere trascurate. A questo proposito, la relazione sottolinea importanti raccomandazioni, tra cui l'investimento in istruzione di qualità e in posti di lavoro con un buon livello qualitativo e di sicurezza, ma soprattutto invita al coinvolgimento sistematico dei giovani e delle organizzazioni giovanili nella creazione delle politiche che li riguardano. L'investimento in sistemi educativi di alta qualità deve mirare alla massima inclusione per garantire uguale accesso e opportunità a tutti i giovani, compresi coloro che hanno una diversa provenienza socioeconomica e quei gruppi più vulnerabili e svantaggiati come rifugiati, migranti e richiedenti asilo. Riteniamo fondamentale il tema della gioventù, come dimostra anche la campagna per un Piano europeo per la gioventù lanciata dal Partito Socialista Europeo.

József Nagy (PPE), *írásban*. - Mindig örömmel tárgyalok és szavazok olyan jelentésekről, amik a fiatalokban rejlő potenciál kiaknázására irányulnak. Meggyőződésem, hogy igazán jó döntés a fiatalokba befektetni, támogatni kreativitásukat, képességeiket és készségeiket. A fiatalokra úgy kell tekintenünk, mint Európa jövőjére. Az Európai Unió ifjúsági stratégiája nagy ambíciókkal foglalt magába 8 alapvető cselekvési területet megnevezésével, mint az oktatás és képzés, foglalkoztatás és vállalkozói készség, egészség, kultúra, stb. Én különösen fontos szerepet nyilvánítok a fiatalok aktív polgári szerepvállalásának. Ez bármilyen szinten megvalósulhat, fiamat például nemrég választották meg az iskolai diáktanács elnökének. A polgári szerepvállalásnak köszönhetően a fiatalok úgy érzik, hogy tartoznak valahova, ami segíti a radikalizálódás elkerülését. Ugyanezen a gondolaton alapszik a sport is, ahol a fiatalok csapattársként kezelik egymást bőrszínüktől, nemzetiségüktől vagy társadalmi hovatartozásuktól függetlenül.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Youth Strategy sets out a cooperation framework to achieve objectives such as specific youth initiatives, encouraging non-formal learning, participation, voluntary activities, youth work, mobility and information. I have voted for this report regarding the EU Youth Strategy between 2013-2015, which stresses the two main general priorities of facilitating the transition from school to the working world and fostering active citizenship, social inclusion and solidarity among young people, which still need to be addressed.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece consider că evaluează în mod obiectiv strategia UE pentru tineri pentru perioada 2013-2015 și subliniază foarte corect importanța continuării și dezvoltării acesteia în perioada următoare. Consider o prioritate continuarea Strategiei UE pentru tineret și am convingerea că investițiile în sprijinul tinerilor, fie ele educaționale, financiare sau de încurajare a dezvoltării personale, sunt cele care vor asigura dezvoltarea societăților și a economiilor noastre în viitor.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen die Europäische Jugendstrategie ausgesprochen, da seit langem keine Arbeitsplätze für einheimische Jugendliche gewährleistet werden konnten und auch keine erfolgreiche Integration von Migranten stattgefunden hat. Des Weiteren werden hier nur Nicht-Europäer gefördert; dies kann ich nicht unterstützen, da unsere Jugendlichen an erster Stelle stehen müssen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Noortesse investeerimine, nende kaasamine otsustusprotsessidesse ja korraliku noorsoopoliitika olemasolu on oluline, et tagada noortele tulevik. Raport hindab möödunud perioodi ning leiab mitmeid valdkondi, milles on vaja edasiminekuid. Probleeme on ühiste lahenduste leidmisel, näiteks varajase koolist lahkumise osas ja ka põgenike integreerimisel õppesüsteemi. Samuti on hilinenud mitmete finantsinstrumentide vastuvõtmine.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι νέοι, ως ανθρώπινο και κοινωνικό κεφάλαιο, είναι από τους σημαντικότερους πόρους και εγγυητές του μέλλοντος της Ευρώπης. Η οικονομική κρίση έπληξε δριμύτατα τους νέους ανθρώπους. Οι ανισότητες μεταξύ ορισμένων κατηγοριών νέων αυξήθηκαν, ενώ ολοένα περισσότεροι νέοι χάνουν τη θέση τους στην κοινωνική και δημόσια ζωή. Η κατάσταση επιδεινώνεται περαιτέρω από το γεγονός ότι, για ορισμένους, ελλοχεύει ο κίνδυνος της κοινωνικής αδράνειας, του αποκλεισμού και της απομόνωσης, ακόμη και της βίαιης ριζοσπαστικοποίησης.

Η έκθεση έχει ως στόχο την προώθηση της απασχόλησης των νέων, την ένταξή τους στην αγορά εργασίας, την κοινωνική αποδοχή τους και την ενεργό συμμετοχή τους στα κοινά. Θα μπορούσε να υποστηριχθεί ότι έχει σημειωθεί πρόοδος σε πολλούς τομείς, αλλά πρέπει να βρούμε περαιτέρω λύσεις για τη μείωση της ανεργίας των νέων, τη βελτίωση της ποιότητας ζωής τους, την επίτευξη ίσων ευκαιριών, την ενίσχυση της αυτογνωσίας των νέων όσον αφορά τα κοινά, την αύξηση της κοινωνικής συμμετοχής και την πρόληψη της βίαιης ριζοσπαστικοποίησης.

Για όλους αυτούς του λόγους, υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), *γραπτώς*. — Ένας στους δύο νέους κάτω των 25 ετών είναι άνεργος στην Ελλάδα σύμφωνα με τα επίσημα μόνο στοιχεία, ενώ όσοι εργάζονται βρίσκονται αντιμέτωποι με ελαστικές μορφές απασχόλησης, με μισθούς 200-300 ευρώ. Αυτή τη σκληρή πραγματικότητα επιδιώκει η έκθεση να τη διαιωνίσει, εξασφαλίζοντας την κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων, όπου κύρια προϋπόθεσή της είναι το τσάκισμα μισθών και δικαιωμάτων παλιών και νέων εργαζομένων. Η έκθεση προτείνει την ακόμη μεγαλύτερη αξιοποίηση των προγραμμάτων κατάρτισης, όπως η «Εγγύηση για τη Νεολαία» για εξάμηνες το πολύ θέσεις εργασίας, με μισθούς ψίχουλα, χωρίς συνταξιοδοτική ασφάλιση, αλλά και την προώθηση της «επιχειρηματικής μάθησης σε όλες τις βαθμίδες και όλες τις μορφές εκπαίδευσης». Πρόκειται για γενίκευση της μαθητείας και της εκμετάλλευσης των μαθητών με τσάμπα ή πάμφθηνη εργασία στον εργοδότη, η οποία επιχειρεί να καμουφλάρει το φούντωμα της ανεργίας. Τα κροκοδείλια δάκρυα για την «πρόωρη εγκατάλειψη του σχολείου» δεν μπορούν να κρύψουν τον ταξικό χαρακτήρα του σχολείου που «πετά» τα παιδιά της εργατικής τάξης που αντιμετωπίζουν προβλήματα επιβίωσης, με τα οποία και οι οικογένειές τους αγκομαχούν. Τώρα πρέπει οι εργαζόμενοι και τα παιδιά τους να γυρίσουν την πλάτη σε ΕΕ και κυβερνήσεις, παλεύοντας για μια οικονομία και εξουσία που το επίκεντρό τους δεν θα είναι το κέρδος, αλλά η ικανοποίηση των αναγκών τους.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding initiative, which bears reference to an increase in funding for current programmes and calls for interference in Member States' education systems and the harmonisation of EU youth policies, at local and Member State level. These are competencies of the individual Member States and are not for the EU to dictate, therefore we cannot support this initiative.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Tenendo presente di quanto sia importante la partecipazione attiva dei giovani alla pianificazione, all'elaborazione, all'attuazione, al monitoraggio e alla valutazione di tutte le politiche per la gioventù, considerando la necessità di rafforzare l'integrazione della politica giovanile mediante un maggiore coinvolgimento alla vita democratica e civica, concordo con le osservazione riportate nel documento e voterei positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Mladi su ljudi bogatstvo svakog društva, a osobito našeg europskog koje se posljednjih godina i desetljeća susreće sa sve većim demografskim problemima. Unatoč nepodijeljenom stavu o važnosti naših mladih, oni se u velikom dijelu Europe već godinama suočavaju s brojnim teškoćama među kojima su najizraženije one kod nalaženja zaposlenja. Primjetan je svojevrsni jaz između mladih iz različitih dijelova Europe, ali i između pojedinih skupina mladih iz istog područja. Svi se oni danas suočavaju s rizikom od društvene pasivnosti, izolacije i eventualne radikalizacije potpomognute ekonomskom krizom i nestabilnim političkim zbivanjima.

Kako bi im pomogli u borbi s ovim izazovima moramo se usuglasiti ne samo oko njihove važnosti, nego i oko svega onoga što smo spremni poduzeti za njihovu dobrobit. Budući da je politika za mlade u nadležnosti zemalja članica, na Europskoj uniji leži velika odgovornost savjetovanja i potpore te naposljetku koordinacije ovih politika. Ključni ciljevi Strategije za mlade su olakšanje prijelaza iz sustava obrazovanja na tržište rada te poticanje aktivnog građanstva, društvenog uključivanja i solidarnosti među mladima.

Iako nisam zadovoljna situacijom u kojoj se danas nalazi veliki broj mladih diljem Europe, podržat ću ovu rezoluciju budući da smatram kako je strategija ipak doprinijela poboljšanju položaja mladih u Uniji.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo che le politiche dell'Unione europea debbano essere in grado di fornire risposte efficaci ai gravi problemi economici, occupazionali e sociali che affliggono i giovani. La disoccupazione giovanile ha raggiunto un livello quasi doppio rispetto a quello della disoccupazione generale e resta un problema anche l'alto tasso di giovani che non sono occupati né iscritti a corsi di istruzione o di formazione. Il terzo e ultimo ciclo triennale della strategia dell'UE per la gioventù dovrebbe avere tra le sue priorità l'inclusione sociale dei giovani provenienti da contesti svantaggiati, minoranze etniche, rifugiati, migranti e richiedenti asilo, garantendone allo stesso tempo una maggiore partecipazione alla vita democratica e civica. Altrettanto importante è continuare gli sforzi per aumentare il tasso di partecipazione al mercato del lavoro delle giovani donne, di coloro che hanno abbandonato la scuola e dei giovani con disabilità. Condivido l'importanza riconosciuta dalla relazione al dialogo strutturato, come lo strumento più efficace per migliorare i programmi europei, sia nella fase di sviluppo sia in quella di attuazione e valutazione, al coinvolgimento delle organizzazioni giovanili e alla cooperazione con autorità locali e regionali, famiglie, scuole e comunità religiose.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O Relatório faz depender a eficácia da Estratégia para a Juventude ao alinhamento com os objetivos da Estratégia Europa 2020, buscando um maior enquadramento das políticas de juventude que se traduz numa crescente harmonização.

Destacando o desemprego juvenil e a fuga de cérebros, aponta como solução milagrosa o aumento da mobilidade, negligenciando, por um lado, as consequências das políticas de austeridade no aumento do desemprego jovem, e por outro, o facto de que as políticas de mobilidade servirem, na prática, a precarização laboral e a criação de mão-de-obra barata.

Compreende-se, assim, a subordinação da educação, nomeadamente da formação superior, às relações com o mundo empresarial e suas necessidades, apontando o empreendedorismo e a cultura empresarial como solução para os problemas com que a juventude se defronta.

Acompanhamos alguns pontos positivos, como o multilinguismo, a igualdade de oportunidades, a igualdade entre homens e mulheres, ou a luta contra qualquer tipo de descriminação. Mas distanciamo-nos da matriz ideológica do relatório, e defendemos que qualquer estratégia para a juventude não pode basear-se nas necessidades das empresas e nas exigências da economia de mercado. Tão pouco acompanhamos a visão sobre as causas e as soluções para combater o desemprego juvenil e a exclusão social, desfasadas da realidade em que vivem os jovens.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – I fully support the Parliamentary recommendations for the third and final three-year cycle of the EU Youth Strategy (2016-2018). I am afraid, European young people still keep facing many challenges like youth unemployment, poverty and social exclusion. We should concentrate namely on young people with poor qualifications, NEETs and those with special needs, disadvantaged and lower socio-economic backgrounds such as ethnic minorities, refugees, migrants and asylum seekers. We have to invest more in accessible quality education, promoting quality traineeships and improvement of skills and competences. We cannot succeed without involving all stakeholders, especially youth organisations, recognising voluntary activities and finally promoting and investing in mobility schemes and especially in Erasmus + programme. I am proud the S&D group fought hard to ensure the inclusion of young girls and young people identifying themselves as LGBTI into the report. We must fight for a better recognition of the learning outcomes of skills acquired through non-formal and informal learning not only because they equip young people with the right set of competences and knowledge, but also because they contribute to the personal development and growth of proactive, responsible and open-minded citizens.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il capitale umano e sociale rappresentato dai giovani è una delle maggiori risorse europee per il futuro. L'Unione europea e gli Stati membri devono fare tutto il possibile per sviluppare il potenziale dato dall'insieme di conoscenze, creatività, abilità e competenze dei 90 milioni di giovani europei. Questa proposta di risoluzione del Parlamento europeo mira a ridurre il divario tra i vari gruppi di giovani fornendo adeguate soluzioni contro il rischio di passività sociale, di emarginazione o addirittura di radicalizzazione. Il quadro di cooperazione europea in materia di gioventù sostiene le misure adottate dai diversi Stati membri e dall'UE soprattutto tramite azioni quali la raccolta di dati, l'apprendimento reciproco, lo scambio di esperienze e il dialogo con i giovani. Concordo pienamente sulla necessità di stimolare i giovani ad assumersi le proprie responsabilità nella vita civile e democratica delle proprie comunità e a impegnarsi nella costruzione dell'Europa unita. Per tutte queste ragioni ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. La politique pour la jeunesse est une compétence des États membres. Ainsi, l'Union européenne ne peut légiférer à ce sujet mais agit en tant que coordinateur d'initiatives et de projets à l'échelle européenne. Il s'agit de rappeler avec force combien il est primordial de mettre en place un véritable cadre européen de coopération pour la jeunesse car cela sera la condition nécessaire à l'émergence d'une citoyenneté européenne durable et d'une solidarité accrue entre populations des États européens.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Não existem dúvidas de que o capital humano e social dos jovens, atualmente 90 milhões em território europeu, constitui um dos principais recursos da Europa e uma das principais garantias do seu futuro.

A impossibilidade de adotar quaisquer medidas legislativas neste domínio a nível da UE conduziu à concessão do método aberto de cooperação. Este método traduz-se na definição de princípios e objetivos por parte dos ministros competentes dos EM, no âmbito do Conselho da UE, cabendo depois aos Estados-Membros decidir de que forma e que medidas tencionam aceitar e incorporar nas suas estratégias para a juventude.

Apesar de existir uma notória melhoria de vários indicadores, como os números do abandono escolar precoce, o número de diplomados e os valores desemprego jovem, alguns indicadores como por exemplo a existência de 13,7 milhões de jovens NEET (não trabalham, não estudam nem seguem qualquer formação) preocupa-me muito.

Porque considero necessário encontrar soluções adicionais para reduzir o desemprego dos jovens, melhorar a sua qualidade de vida e as suas perspetivas para o futuro, garantir a igualdade de oportunidades, reforçar a autoconsciencialização cívica e aumentar a sua participação social, bem como prevenir a radicalização violenta, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding initiative, which bears reference to an increase in funding for current programmes and calls for interference in Member States' education systems and the harmonisation of EU youth policies, at local and Member State level. These are competencies of the individual Member States and are not for the EU to dictate, therefore we cannot support this initiative.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente, por entender que o capital humano e social dos jovens representa um dos principais recursos da Europa e uma das principais garantias do seu futuro. Por conseguinte, a União Europeia e os seus Estados-Membros não podem permitir-se desperdiçar o potencial intrínseco aos conhecimentos, à criatividade e às competências dos 90 milhões de jovens da Europa.

A crise económica afetou particularmente os jovens e as disparidades entre determinadas categorias de jovens também aumentaram, tendo, nomeadamente, algumas delas vindo a perder o seu lugar na vida social e cívica. Esta situação foi exacerbada pelo facto de, no caso de algumas destas categorias, se verificarem riscos de passividade social, exclusão e isolamento e, inclusive, radicalização violenta.

A UE tem de procurar incentivar, através do quadro para a cooperação no domínio da juventude, grupos de jovens que sejam tão grandes e tão diversos quanto possível a desempenharem um papel ativo nas comunidades locais e mundiais, bem como na vida cívica e democrática. Por intermédio do quadro para a cooperação, devemos igualmente ajudar os jovens a encontrarem emprego e a participarem na vida em sociedade.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur l'évaluation de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la jeunesse 2013-2015. Au terme de celle-ci, il apparaît que les pays possédant de mauvais indicateurs statistiques devraient adopter davantage les bonnes pratiques en matière de politique de la jeunesse, et mettre en œuvre à plus grande échelle les moyens ayant un effet positif, formulés dans le cadre de la méthode ouverte de coordination.

Pour faire baisser le chômage des jeunes et améliorer leur qualité de vie, une coopération plus systématique est nécessaire au niveau de l'Union et des États membres dans plusieurs domaines d'actions tels que l'emploi, l'éducation et la formation, la politique sociale, la politique de la jeunesse ainsi que la culture, le sport et la santé. En dégageant des moyens financiers suffisants pour la mise en œuvre des programmes pour la jeunesse, l'intérêt de l'Union européenne est bien de créer le liant entre les différents acteurs, de les faire se rencontrer, échanger, de montrer des chemins et de construire des ponts entre ces personnes et également entre les différentes politiques.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vienareikšmiškai pritariu ES Jaunimo strategijos projektui. Investicijos į ateitį – į jaunimą – yra, ko gero, labiausiai pasiteisinančios, todėl Europos Sąjungos pareiga laikau padaryti viską, kad Europos jaunimas turėtų geriausias įmanomas sąlygas augti ir tobulėti.

Kartu tik norėčiau pareikšti nedidelę pastabą dėl to, jog strategijoje pasigedau ryškesnio dėmens naujųjų valstybių narių klausimu. Daugelis iš jų jaunimo politikos srityje vis dar turi labai specifinių problemų, kurias spręsti galėtų padėti tikslinė ES pagalba.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os capitais humano e social dos jovens representam dois dos principais recursos da Europa e uma das principais garantias do seu futuro. Por conseguinte, a União Europeia e os seus Estados-Membros não podem permitir-se desperdiçar o imenso potencial intrínseco aos conhecimentos, à criatividade e às competências dos 90 milhões de jovens europeus.

A crise económica afetou particularmente os jovens, tendo agravado as desigualdades sociais.

A Estratégia de Juventude para o período 2010-2018, define oito domínios de ação tendo duas prioridades gerais definidas: facilitar a transição do sistema de ensino para o mundo do trabalho e promover a cidadania ativa, a inclusão social e a solidariedade entre os jovens. Este último aspeto revestiu-se de particular importância devido aos crescentes fenómenos de radicalização dos jovens e à necessidade em prevenir estas infelizes ocorrências.

Para o período 2016-2018 procurar-se-á incentivar a participação ativa nas comunidades locais e mundiais, bem como a participação na vida cívica, politica e democrática. Além disso, também o auxílio à procura de emprego e a participação da juventude na vida em sociedade devem ser encorajados. Por estas razões votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan sur la mise en œuvre de la stratégie en faveur de la jeunesse 2013-2015, et qui établit des recommandations pour le cycle 2016-2018.

Il est crucial de veiller à ce que les différents programmes qui traitent des politiques en faveur de la jeunesse à l'échelle de l'Union soient correctement mis en œuvre afin de répondre aux nouveaux besoins liés aux défis socio-éducatifs à venir.

Dans ce sens, la stratégie de l'Union en faveur de la jeunesse pour le prochain cycle 2016-2018 doit se concentrer sur la lutte contre l'abandon scolaire, promouvoir l'entrepreneuriat chez les jeunes, investir dans l'éducation, les stages, les apprentissages et la formation professionnelle ainsi que faciliter la transition vers le marché du travail.

La lutte contre le chômage doit la priorité de l'action de l'Union à l'égard des jeunes.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que este informe de revisión sobre la estrategia de Juventud de 2013-2015 contiene elementos complejos de análisis y líneas de mejora que considero que son concordantes con los posicionamientos de nuestra formación. No obstante, hay elementos en el informe con los que no estoy conforme, como la creación de un «Erasmus para aprendices» o una retórica exacerbada del emprendimiento, en detrimento de otras políticas de empleo activas. No obstante, considero que los aspectos positivos son más que los negativos por lo que mi voto es a favor.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur EU-Jugendstrategie der Jahre 2013-2015 gestimmt.

Vor allem junge Menschen sind von der Wirtschaftskrise stark betroffen worden und haben Probleme, qualifizierte Jobs zu finden.

Die Jugendstrategie adressiert zwei Hauptthemen: Zum einen die Unterstützung bei dem Übergang von der Schule in die Arbeitswelt und zum anderen die Förderung der aktiven Bürgerschaft, soziale Integration und Solidarität unter jungen Menschen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La política en materia de juventud es competencia de los Estados miembros. Si bien la Unión tiene un papel de coordinación, apoyo y asesoramiento, no puede adoptar ninguna medida legislativa. Por ello, a pesar de los buenos propósitos recogidos en este informe sobre la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015, he votado en contra del mismo, puesto que mantiene un enfoque neoliberal y considera que la forma de combatir el desempleo juvenil pasa por reforzar la cooperación entre las empresas y las universidades. Asimismo, no reconoce el devastador impacto de las políticas de austeridad ni de los recortes en educación y cultura y los ignora como causantes del incremento del desempleo juvenil y de la exclusión social de los jóvenes, por lo que he votado en contra de este informe.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The economic crisis has hit young people particularly hard. The disparity between certain categories of young people has also grown, while some of them have increasingly lost their place in social and civil life. This situation is further aggravated by the fact that, in some cases, there is a risk of social passivity, exclusion and isolation and even violent radicalisation. I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Ľudský a spoločenský kapitál, ktorý predstavujú mladí ľudia, považujem za jeden z najdôležitejších zdrojov Európy a som presvedčená, že je veľkou zárukou aj pre budúcnosť. Aj preto by sme sa nemali zahrávať s týmto potenciálom a mali by sme robiť všetko preto, aby si 90 miliónov mladých ľudí v Európe našlo uplatnenie v živote. Podporila som uznesenie, lebo aj vďaka stratégii EÚ pre mládež došlo za obdobie 2013-2015 v niektorých členských štátoch k zníženiu nezamestnanosti, zvýšeniu kvality života, posilneniu občianskej uvedomelosti mladých ľudí a k posilneniu sociálneho začlenenia. Veľmi pozitívne vnímam najmä to, že členské štáty a Komisia v hodnotiacom období aktívne spolupracovali vo viacerých oblastiach, aby podnietili uplatnenie mladých ľudí na trhu práce a ich začlenenie do trhu práce. Znepokojuje ma, že nezamestnanosť mladých ľudí zostáva naďalej takmer dvakrát vyššia ako celková miera nezamestnanosti. Svedčia o tom štatistiky, ktoré hovoria, že celkovo je v Európe 13,7 milióna mladých ľudí, ktorí nie sú zamestnaní, 8,7 milióna mladých ľudí v Európe nie je schopných nájsť si uplatnenie a takmer 27 miliónov mladých ľudí je ohrozených chudobou alebo sociálnym vylúčením. To všetko vnímam ako závažný nedostatok, preto očakávam, že v období rokov 2016-2018 dôjde k väčšej náprave.

Csaba Sógor (PPE), *írásban*. – Az Európai Unióban élő fiatalok helyzetének egy olyan vetületére szeretnék rávilágítani, amely Európa keleti felének társadalmaira rendkívül káros hatást fejt ki: a fiatalok elvándorlása a kelet-közép-európai országokból. A Nemzetközi Valutaalap vonatkozó tanulmánya szerint 1990 óta 20 millió fiatal hagyta el ezeket az államokat, és telepedett le Nyugat-Európában, Románia és Bulgária körülbelül lakosságának 16 százalékát vesztette így el. A problémát fokozza, hogy a régióból kivándorlók háromnegyede a munkaképes korosztályt képviselte, a Romániát elhagyó személyeknek 80 százaléka tartozott ebbe a kategóriába.

Miközben ezek a fiatalok munkájukkal hasznos tagjai a nyugat-európai társadalmaknak, eredeti hazájukból igencsak hiányoznak mind gazdasági, mind demográfiai értelemben. A kivándorlás pedig napjainkban is folytatódik, az ideiglenes külföldi munkavállalásból pedig sok esetben végleges kitelepedés lesz. Meggyőződésem, hogy a trendeket csak a kelet-közép-európai államok gyorsabb gazdasági felzárkóztatása változtathatja meg, ehhez pedig az EU kohéziós politikájának fenntartása, sőt erősítése a megoldás.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Zweck dieses Berichts ist es, die Strategie zur „Jugendpolitik" der Jahre 2013-2015 zu bewerten.

Die „Jugendpolitik" an sich ist keine Zuständigkeit der EU. Die Rolle der EU ist höchstens, diese zu koordinieren.

Die problematischen Aspekte für mich sind die folgenden (Aufzählung nicht abschließend):

Für mich und meine Partei ist das Subsidiaritätsprinzip das zentrale Prinzip, nach dem Aufgaben zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand zu verteilen sind. Mehrere Ziffern missachten dieses Prinzip implizit oder explizit. Das sind z.B. 2, 60, 111.

Außerdem ist der Bericht sehr etatistisch und sieht eine Einmischung der EU/öffentlichen Hand in Details des privaten Lebens vor, die ich nicht unterstützen will. Beispiele sind die Ziffern 41, 43, 45, 60, 18, 111.

Darüber hinaus wird der falsch konstruierte Währungsraum als zentraler Grund für die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa weder benannt noch bekämpft. Die EU klammert also den Teil, für den sie tatsächlich verantwortlich ist, gezielt aus.

Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Iniciatívou Európskej únie sa zvýraznila nielen potreba zlepšenia prístupu ku kvalitnému vzdelávaniu a odbornej príprave k zamestnaniu, ale i potreba zapojenia mladých do aktívneho občianskeho života, života v modernej spoločnosti, a to napríklad i vedením dialógu s mladými prostredníctvom moderných technológií. Komisia mala by pre členské štáty zlepšiť využívanie financovania prostredníctvom mnohých európskych fondov a súčasne by sa mali zjednodušiť administratívne postupy na udelenie finančných prostriedkov pre rôzne projekty zamerané na mládež.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu der „Bewertung der EU-Jugendstrategie 2013-2015“ habe ich nicht zugestimmt.

Das Thema gehört nicht auf die Ebene der EU, womit ein klarer Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip vorliegt. Es gibt keinen denkbaren Grund, Maßnahmen für junge Menschen einheitlich durch Brüssel zu planen. Selbst auf nationaler Ebene sind solche Maßnahmen kaum denkbar und wohl nur selten überhaupt sinnvoll.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o oceni strategije EU za mlade 2013-2015. V Evropi potrebujemo dialog aktivnih mladih državljanov z odločevalci na najvišji ravni odločanja. Mlade moramo spodbujati, da so aktivni, da se vključujejo v mladinske organizacije in tako sooblikujejo svojo prihodnost. Podpiram resolucijo, ki opozarja, da odprta metoda koordinacije ni dovolj za oblikovanje mladinskih politik, temveč potrebujemo še druge komplementarne ukrepe, do katerih pa bomo prišli s tesnejšim sodelovanjem in izmenjavanjem primerov najboljše prakse glede vprašanj, povezanih z mladimi, na vseh ravneh Evropske unije.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση περιέχει τόσο θετικές όσο και αρνητικές αναφορές. Για παράδειγμα, ενώ υπογραμμίζει ότι η ανεργία αποτελεί ένα από τα μεγαλύτερα προβλήματα των νέων, δεν γίνεται καμία αναφορά στις πολιτικές σκληρής λιτότητας, δηλαδή στις αιτίες που οδήγησαν στην αύξηση της ανεργίας και του κοινωνικού αποκλεισμού των νέων. Το ίδιο συμβαίνει και όσον αφορά τις αναφορές στην ανάγκη καταπολέμησης της φτώχειας. Εξίσου προβληματική δε είναι η πρόταση που προωθείται για ενίσχυση της σχέσης των επιχειρήσεων με πανεπιστήμια ως η απάντηση στην ανεργία. Για αυτούς τους λόγους τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η στρατηγική για τη νεολαία πρέπει να επικεντρώνεται πρωτίστως στην ηθική διαπαιδαγώγησή τους και εν συνεχεία στην ανάπτυξη των δεξιοτήτων τους και την επαγγελματική τους κατάρτιση. Η καθοδήγησή τους προς μία κακώς εννοούμενη πολυπολιτισμικότητα με ταυτόχρονη απώλεια της εθνικής τους υπόστασης αποτελεί έγκλημα.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, a gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az EU 2013-2015 közötti időszakra szóló ifjúsági stratégiájának értékeléséről szóló jelentést. A szöveg számos fontos felhívást tesz a tagállamok felé, amelyek mentén pozitív változásokat lehetne elérni a fiatalokat sújtó munkanélküliség, szegénység és más kihívások kapcsán. Külön üdvözlendő, hogy az előadó megemlíti a menekült és migráns fiatalokat, valamint a fiatal lányokat és nőket érintő specifikus problémákat.

Ugyanakkor fontosnak tartom megjegyezni, hogy a magyarországi kormánypárt, melynek az előadó is tagja, következetesen semmibe veszi a jelentésben megfogalmazott értékeket: oktatás- és foglalkoztatáspolitikájával generációk jövőjét lehetetleníti el, és európai uniós ismeretek és értékek oktatása helyett xenofób, kirekesztő üzenetekkel nehezíti sokak társadalmi beilleszkedését. Ezért szorgalmazom, hogy a jelentésében összefoglalt pozitív ajánlásokat az előadó nagy energiákkal kezdje el átültetni pártja hazai politikájába.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Kryzys gospodarczy w Europie pozostawił miliony obywateli UE z problemami finansowymi, brakiem perspektyw lub bez pracy i środków do życia. Jedną z grup, która najdotkliwiej odczuła jego skutki byli młodzi Europejczycy. W listopadzie 2015 r. średnia stopa bezrobocia młodzieży (w grupie wiekowej 15–29 lat) wynosiła w Europie 20 %, a w niektórych państwach członkowskich przekraczała 40 %. Co więcej, w Europie żyje 13,7 mln młodych ludzi, którzy nie pracują, nie kształcą się i nie szkolą. Młodzi ludzie ciągle borykają się z niemożnością znalezienia zatrudnienia w pełnym wymiarze godzin czy na dłuższy okres czasu oraz posiadaniem niewłaściwych kwalifikacji, które nie odpowiadają zapotrzebowaniu na rynku pracy.

Mimo wielu postępów w dziedzinie zatrudnienia młodzieży oraz jej integracji na rynku pracy potrzebne są dalsze działania prowadzące do redukcji bezrobocia, poprawy jakości życia i perspektyw młodych ludzi, zapewnienia im równych szans, podwyższenia ich samoświadomości obywatelskiej, a także zapobiegania radykalizacji. Konieczna jest więc systematyczniejsza współpraca na poziomie UE i państw członkowskich w wielu dziedzinach polityki, takich jak zatrudnienie, kształcenie i szkolenia zawodowe, polityka społeczna, polityka dotycząca młodzieży, kultura, sport i zdrowie. Ważne jest również zapewnienie odpowiednich środków finansowych na wdrażanie programów na rzecz młodzieży.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Importanța Strategiei UE pentru tineret este majoră din perspectiva considerării capitalului uman și social drept fundament al dezvoltării societății omenești, în general, dat fiind faptul că resursa de competență, creativitate și spirit antreprenorial este dată de tinerii cetățeni europeni. Pornind de la identificarea cauzelor șomajului în rândul tinerilor și investind în educație (formală, nonformală și informală), formare profesională, sănătate și ocupare, facilitând tranziția către piața muncii prin programe locale, regionale, naționale, comunitare (europene) coordonate, utilizând potențialul oferit de noile tehnologii și implicând toți actorii naționali și europeni de pe toate piețele în îndeplinirea celor două obiective ale Strategiei pentru tineret în 2016-2018, oferim șanse Uniunii Europene pentru o dezvoltare sustenabilă, prin tinerii europeni proactivi și responsabili.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – This report gives an overview of the European youth situation, the challenges that youth face in Europe, such as unemployment, social inclusion and poverty, and some recommendations in order to improve the current state of affairs. Moreover, the report identified targeted groups who are more likely to be unemployed and marginalised: young people with poor qualifications, NEETs and those with special needs, disadvantaged and lower socioeconomic backgrounds such as ethnic minorities, refugees, migrants and asylum seekers. The recommendations include investing in accessible quality education, improving cross-sectorial cooperation at all levels and notably between the different EU strategies that affect young people, drafting a new EU youth cooperation framework after 2018, investing in quality and secure jobs and in mobility schemes, especially in Erasmus. I fully support this report, as I believe that the most important solution to the challenges that youth face in the European Union is to invest in

education and to involve youth in policymaking that will affect their future.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'évaluation de la stratégie de l'Union européenne en faveur de la jeunesse 2013-2015, suivant ainsi l'avis des experts de mon groupe politique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Youth policies, although not the exclusive competence of the EU, are the backbone of the future generation. It is vital that the proper implementation of youth policies be made and that youth are included in the decision-making process at all levels so that decisions are targeted for the next generations. The EU Youth Strategy aims at doing just that. I decided however to abstain from voting on the report on the assessment of the EU Youth Strategy because, although I support the report's initiative, calling for improvements in efforts to integrate EU youth, I found some of the wording in the report dubious, so I could not vote in favour.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La relazione fornisce una panoramica delle sfide che giovani europei si trovano ad affrontare oggi come la disoccupazione giovanile, la povertà e l'esclusione sociale. Inoltre, individua gruppi mirati che hanno maggiori probabilità di essere disoccupati ed emarginati. Condivido appieno la necessità espresso in questa relazione di incanalare gli investimenti verso l'istruzione inclusiva per garantire parità di accesso e di opportunità per tutti i giovani, compresi quelli che hanno diversa estrazione socio-economica, nonché i gruppi vulnerabili e svantaggiati, come i rifugiati, migranti e richiedenti asilo. Nella relazione si sottolinea, inoltre, la necessità di applicare al più presto alcune raccomandazioni a livello UE, come investire in un'istruzione di qualità accessibile, nella promozione di tirocini di qualità, migliorare le capacità e le competenze, investire in termini di qualità e di posti di lavoro sicuri, nella costruzione di una strategia dell'UE per la gioventù che coinvolga tutti i soggetti interessati e in particolare le organizzazioni giovanili. È essenziale il riconoscimento delle attività di volontariato e, infine, promuovere e investire in programmi di mobilità, in particolare nel programma Erasmus +.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A jelentés az EU ifjúságügyi stratégiájának 2013-2015. ciklusára vonatkozó eredményeit értékeli.

A fiatalok által képviselt humán- és társadalmi tőke jelenti Európa egyik legnagyobb erőforrását, jövőjének zálogát. Az Európai Uniónak és a tagországoknak ezért nem szabad figyelmen kívül hagyniuk azt a potenciált, amely a 90 millió európai fiatal kreativitásában, sokszínűségében, képességeiben és készségeiben rejlik.

Sok fiatal számára nehézséget okoz, hogy tartós és minőségi munkahelyet találjon, ez pedig komoly akadályt jelent a függetlenség megteremtése során. Az elmúlt időszakban a legtöbb tagállamban csökkent az ifjúsági munkanélküliség, de továbbra is komoly aggodalmakat okoz ez a szám. 2015-ben 19,7%-ra csökkent az ifjúsági munkanélküliség Európában. A legfrissebb adatok szerint 2016-ban 18,9%-ra csökkent ez a ráta.

A függetlenség megteremtése és a felelősségteljes családalapítás szempontjából igen fontos a stabil és jó minőségű munkahely, a biztonságos környezet. Mindezek alapját a jó oktatási és képzési rendszer tudja megadni. Európának a népesség elöregedése miatt sürgősen aktivizálnia kell a fiatalokat, ösztönöznie kell a családalapítást, a gyermekvállalást.

A jelentés aláhúzza a család, az iskola, vallási közösségek és a sport szerepének fontosságát a fiatalok egészséges fejlődése, szocializációja során, mindemellett kiemeli a helyi és regionális közösségek bevonását az ifjúságpolitikába.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pone pirmininke, aš balsavau už pranešimą, nes parama jauniems žmonėms bei Europos Sąjungos strategijos dėl jaunimo stiprinimas turi tapti mūsų prioritetu ateityje. Esamos 2013-2015 metų veiklos įvertinimas gali būti pavyzdžiu rengiamiems Europos institucijų pokyčiams dabartinėje strategijoje. Tiesa, jaunimo politika priklauso valstybių narių kompetencijai, bet Europos Sąjungos pareiga buvo ir turėtų išlikti griežtas veiklos šiame sektoriuje koordinavimas ir pagalbos teikiant paramą iš Europos fondų didinimas. Tai, į ką mes turime sutelkti dėmesį, apima didesnį dalyvavimą kovojant su jaunų žmonių nedarbu, nes jaunų žmonių neturinčių darbo skaičius, siekia, deja, net 14 mln. Ir tai turėtų būti pakeista.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo izvješće bi trebalo predstavljati osvrt na rezultate koje je polučila Strategija EU-a za mlade 2013.-2015., međutim, nažalost, izvješće se primarno fokusiralo na informacije o poduzetim ulaganjima, te na poduzete radnje. Budući da je politika prema mladima u isključivoj nadležnosti individualnih država članica Unije, ne mogu se složiti s pozivom na kršenje principa supsidijarnosti koji je sadržan u izvješću, a koji naglašava da je međuvladina razina koordiniranja ove politike nedostatna.

Čvrsto vjerujem da je uloga Unije u ovom segmentu samo u koordinaciji, usmjeravanju te potpori, a da su države članice te koje najbolje poznaju, te u skladu s tim jedine mogu osmisliti primjerene strategije za rješavanje problema mladih koji su specifični i bitno drukčiji u svakoj državi članici ponaosob. Stoga sam glasovala protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o oceni strategije EU za mlade 2013-2015 sem podprla. Človeški in socialni kapital, ki ga predstavljajo mladi, je eden najpomembnejših virov Evrope in jamstev za njeno prihodnost. Zato si Evropska unija in njene države članice ne smejo privoščiti, da bi zapravile potencial v znanju, ustvarjalnosti in spretnostih 90 milijonov mladih v Evropi. Mladinska politika je v pristojnosti držav članic, vloga Evropske unije pa je usklajevanje, usmerjanje in podpora. Skupno je v Evropi 13,7 milijona mladih, ki niso zaposleni, se ne izobražujejo ali usposabljajo. Skoraj 27 milijonom mladih pa grozita revščina in socialna izključenost. Delež revščine je med mladimi višji kot pri splošnem prebivalstvu. In ker neprostovoljno delajo za krajši delovni čas ter se jim v številnih primerih podaljšujejo pogodbe za določen čas, tej generaciji preti dolgoročno slaba kakovost življenja. Države članice in Komisija so tudi med letoma 2013 in 2015 sodelovale, da bi spodbujale zaposlenost mladih, njihovo vključevanje na trg dela, socialno vključevanje in dejavno državljansko udeležbo. Glede na rezultate je mogoče ugotoviti, da je bil na številnih področjih dosežen napredek, da pa je treba najti še druge rešitve za zmanjšanje brezposelnosti mladih, izboljšanje njihove kakovosti življenja in obete za prihodnost, zagotovitev enakih možnosti, okrepitev državljanske zavesti mladih, povečanje njihove družbene udeležbe in preprečitev nasilne radikalizacije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que este informe de revisión sobre la estrategia de Juventud de 2013-2015 contiene elementos complejos de análisis y líneas de mejora que considero que son concordantes con los posicionamientos de nuestra formación. No obstante, hay elementos en el informe con los que no estoy conforme, como la creación de un «Erasmus para aprendices» o una retórica exacerbada del emprendimiento, en detrimento de otras políticas de empleo activas. No obstante, considero que los aspectos positivos son más que los negativos por lo que mi voto es a favor.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Zweck dieses Berichts ist es, die Strategie zur „Jugendpolitik" der Jahre 2013-2015 zu bewerten. Die „Jugendpolitik" an sich ist keine Zuständigkeit der EU. Die Rolle der EU ist höchstens, diese zu koordinieren.

Die problematischen Aspekte für mich sind die folgenden (Aufzählung nicht abschließend):

Für mich und meine Partei ist das Subsidiaritätsprinzip das zentrale Prinzip, nach dem Aufgaben zwischen den Ebenen der öffentlichen Hand zu verteilen sind. Mehrere Ziffern missachten dieses Prinzip implizit oder explizit. Das sind z.B. 2, 60, 111.

Außerdem ist der Bericht sehr etatistisch und sieht eine Einmischung der EU/öffentlichen Hand in Details des privaten Lebens vor, die ich nicht unterstützen will. Beispiele sind die Ziffern 41, 43, 45, 60, 18, 111.

Darüber hinaus wird der falsch konstruierte Währungsraum als zentraler Grund für die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa weder benannt noch bekämpft. Die EU klammert also den Teil, für den sie tatsächlich verantwortlich ist, gezielt aus.

Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Young people are not only the future of Europe but are already the present, and therefore it is good to be involved in the planning, development, implementation and monitoring of youth policies.

It is important to implement measures to reduce school drop-out rates and reach the targets of 10% by 2020.

The contexts and the situations of young people change in each Member State, and it is worrying when they are not taking measures to reduce, for example, youth unemployment, which is very high in some countries.

I hope this proposal will serve to some Member States to update their measures and policies in order to comply with the objectives of the Europe Strategy 2020.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Polityka dotycząca młodzieży to domena państw członkowskich. Wynika to wyraźnie z art. 6 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej, który stanowi, że Unia ma w tym obszarze kompetencje jedynie w zakresie wspierania, koordynowania i uzupełniania działań państw członkowskich. Taki podział kompetencji nakłada na Unię obowiązek ograniczenia się tylko do takich działań, które są uzasadnione, potrzebne i wyważone. Przez ten pryzmat należy spojrzeć na strategię UE na rzecz młodzieży w latach 2013-2015. Mam wobec niej liczne zastrzeżenia. W sprawozdaniu dokonano oceny strategii, ale nie przedstawiono poziomu uzyskanych wyników. Sprawozdawca apeluje o kontynuowanie inicjatywy na rzecz zatrudniania ludzi młodych, chociaż nie przynosi ona oczekiwanych rezultatów w praktyce. W sprawozdaniu zwraca się również uwagę na to, że dotychczasowa współpraca międzyrządowa w dziedzinie młodzieży jest niewystarczająca. Mając na względzie zasadę pomocniczości, jest to sformułowanie niejasne co do jego implikacji. Moje wątpliwości budzą także liczne odniesienia w tekście sprawozdania do migrantów i ich integracji oraz środowisk LGBT. Ze względu na powyższe argumenty zagłosowałem przeciw rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque considero que este informe de revisión sobre la estrategia de Juventud de 2013-2015 contiene elementos complejos de análisis y líneas de mejora que considero que son concordantes con los posicionamientos de nuestra formación. No obstante, hay elementos en el informe con los que no estoy conforme, como la creación de un «Erasmus para aprendices» o una retórica exacerbada del emprendimiento, en detrimento de otras políticas de empleo activas. No obstante, considero que los aspectos positivos son más que los negativos por lo que mi voto es a favor.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – My vote was positive to this report, which establishes two general priorities: facilitating the transition from school to 'work' and fostering active citizenship, social inclusion and solidarity among young people.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the assessment of the EU Youth Strategy 2013-2015. The report stresses that effective implementation of the EU Youth Strategy should be closely linked to achieving the Europe 2020 headline targets, particularly those of having 75% of the population aged 20 to 64 in employment and lifting as many young people as possible out of poverty and social exclusion. It equally underlines that inclusion of youth with disability in employment is necessary so they can lead an independent life and be fully integrated in society as active participants and real contributors. I voted in favour because I believe that young people should be helped and empowered to address the extremely serious problems they currently face and to tackle the challenges they will face in the future through more relevant, effective and better coordinated youth policies and targeted use of economic, employment and social policies resources at local, regional, national and EU level.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La política en materia de juventud es competencia de los Estados miembros. Si bien la Unión tiene un papel de coordinación, apoyo y asesoramiento, no puede adoptar ninguna medida legislativa. Por ello, a pesar de los buenos propósitos recogidos en este informe sobre la Estrategia de la Unión para la Juventud 2013-2015, he votado en contra del mismo, puesto que mantiene un enfoque neoliberal y considera que la forma de combatir el desempleo juvenil pasa por reforzar la cooperación entre las empresas y las universidades. Asimismo, no reconoce el devastador impacto de las políticas de austeridad ni de los recortes en educación y cultura y los ignora como causantes del incremento del desempleo juvenil y de la exclusión social de los jóvenes, por lo que he votado en contra de este informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The economic crisis has hit young people particularly hard. The disparity between certain categories of young people has also grown, while some of them have increasingly lost their place in social and civil life. This situation is further aggravated by the fact that, in some cases, there is a risk of social passivity, exclusion and isolation and even violent radicalisation. I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Jongeren zijn een van Europa's grootste "grondstoffen" en een waarborg voor de toekomst. Daarom mogen de Europese Unie en de lidstaten het potentieel aan kennis, creativiteit, talenten en vaardigheden dat in de 90 miljoen Europese jongeren schuilt niet onbenut laten.

De economische crisis heeft vooral jongeren hard getroffen. De kloof tussen bepaalde groepen jongeren heeft zich verder verdiept, en een deel van hen belandt steeds verder in de marge van de samenleving en het burgerlijke leven. Deze situatie wordt nog verergerd door het feit dat een deel van hen het gevaar loopt niet meer actief deel te nemen aan de maatschappij, buitengesloten te worden, geïsoleerd te raken of zelfs gewelddadig te radicaliseren.

In de EU-strategie voor jongeren, dat de periode 2010-2018 bestrijkt, worden de volgende acht actieterreinen bepaald: onderwijs en opleiding, werkgelegenheid en ondernemerschap, gezondheid en welzijn, participatie, vrijwilligerswerk, sociale inclusie, jeugd en wereld, creativiteit en cultuur. Ik steun deze strategie van harte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nenhuma estratégia para a juventude pode centra-se nas necessidades das empresas e nas exigências da economia de mercado. No entanto é para aí que aponta o relatório. Em vez de olhar para as causas do desemprego jovem, que são também as causas da pobreza, da exclusão social e de certo tipo de delinquência, o relatório volta a papaguear as mesmas requentadas soluções que não passam de meios destinados a aumentar a exploração em benefícios das empresas. Colocar o sistema de ensino ao serviço das empresas, flexibilizar o mercado laboral, aumentando a mobilidade e a polivalência ou ainda promovendo o empreendedorismo até à exaustão, eis a cassete neoliberal em todo o seu esplendor. Felizmente que a juventude está atenta, resiste e mobiliza-se cada vez mais em defesa dos seus direitos e há de, mais dia menos dia, tomar o seu destino entre mãos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige richtige Ansätze zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und der Einbeziehung von Jugendfragen in alle Politikbereiche. Allerdings wird an anderer Stelle ein bedingungsloses und garantiertes Mindesteinkommen sowie eine explizite Besserstellung und positive Sonderbehandlung von vermeintlich benachteiligten Gruppen wie „LGBTI-Personen", Flüchtlingen oder Asylsuchenden gefordert. Daher habe ich den Bericht abgelehnt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The economic crisis has hit young people particularly hard. The disparity between certain categories of young people has also grown, while some of them have increasingly lost their place in social and civil life. This situation is further aggravated by the fact that, in some cases, there is a risk of social passivity, exclusion and isolation and even violent radicalisation. I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that young people should be actively involved in the planning, development, implementation, monitoring and assessment of all youth policies. It can be noticed that young people are politically engaged in many ways, but their participation in elections is decreasing. From my liberal point of view, I believe in the liberty of expression and that an increase in different opinions only be beneficial for the policy decision-making process. I believe that education and training can contribute to tackling social disengagement, marginalisation and radicalisation of young people. For example the specific nature of sports activity and its contribution to the social inclusion of disadvantaged young people, especially refugees and migrants, can help to overcome xenophobia and racism.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Mladí ľudia predstavujú živú silu a dôležitý spoločenský kapitál, ktorý je nesmierne dôležitý pre budúcnosť Európy. I keď politika zameraná na mladých ľudí je v kompetencii členských štátov, Európska únia pomáha pri jej koordinácii a podpore. Politiky v oblasti mládeže, ktoré pokrývajú roky 2010-2018, zahŕňajú osem oblastí činnosti, pričom celá stratégia má dve všeobecné priority:

1. uľahčenie prechodu zo školy do práce a

2. podporu aktívneho občianstva, sociálneho začleňovania a solidarity medzi mladými ľuďmi.

Čísla, ktoré hovoria o vývoji zamestnanosti mladých ľudí na trhu práce, nie sú príliš optimistické. Vo februári roku 2013 bol európsky priemer na svojom vrchole a dosiahol úroveň 23,9 % nezamestnaných (15 – 29 rokov). Už koncom roka 2015 sa táto miera pohybovala na úrovni 20 %. To je síce mierne zlepšenie, ale stále ide o alarmujúce číslo. Navyše situácia v členských štátoch EÚ nie je rovnaká – v niektorých presahuje nezamestnanosť mladých 40 %. I keď nemožno uprieť Komisii snahu riešiť katastrofálnu situáciu mladých ľudí na trhu práce, pokroky boli len malé a neuspokojivé. Musíme byť schopní viac motivovať mladých ľudí, pretože priepasť medzi tými, ktorí sú ambiciózni a chcú sa zapájať do spoločenského života, a tými, ktorí sú na pokraji sociálneho vylúčenia, je veľká. Pri hlasovaní o predloženom uznesení som sa preto zdržala.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Ένας στους δύο νέους κάτω των 25 ετών είναι άνεργος στην Ελλάδα σύμφωνα με τα επίσημα μόνο στοιχεία, ενώ όσοι εργάζονται βρίσκονται αντιμέτωποι με ελαστικές μορφές απασχόλησης, με μισθούς 200-300 ευρώ. Αυτή τη σκληρή πραγματικότητα επιδιώκει η έκθεση να τη διαιωνίσει, εξασφαλίζοντας την κερδοφορία των επιχειρηματικών ομίλων όπου κύρια προϋπόθεσή της είναι το τσάκισμα μισθών και δικαιωμάτων παλιών και νέων εργαζομένων. Η έκθεση προτείνει την ακόμη μεγαλύτερη αξιοποίηση των προγραμμάτων κατάρτισης, όπως η «Εγγύηση για τη Νεολαία» για εξάμηνες το πολύ θέσεις εργασίας, με μισθούς ψίχουλα, χωρίς συνταξιοδοτική ασφάλιση, αλλά και την προώθηση της «επιχειρηματικής μάθησης σε όλες τις βαθμίδες και όλες τις μορφές εκπαίδευσης». Πρόκειται για γενίκευση της μαθητείας και της εκμετάλλευσης των μαθητών με τσάμπα ή πάμφθηνη εργασία στον εργοδότη, η οποία επιχειρεί να καμουφλάρει το φούντωμα της ανεργίας. Τα κροκοδείλια δάκρυα για την «πρόωρη εγκατάλειψη του σχολείου» δεν μπορούν να κρύψουν τον ταξικό χαρακτήρα του σχολείου που «πετά» τα παιδιά της εργατικής τάξης που αντιμετωπίζουν προβλήματα επιβίωσης με τα οποία και οι οικογένειες τους αγκομαχούν. Τώρα πρέπει οι εργαζόμενοι και τα παιδιά τους να γυρίσουν την πλάτη σε ΕΕ και κυβερνήσεις, παλεύοντας για μια οικονομία και εξουσία που το επίκεντρό τους δεν θα είναι το κέρδος, αλλά η ικανοποίηση των αναγκών τους.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Popieram zaproponowane w sprawozdaniu rekomendacje nakierowane na zapewnienie jak najwyższej efektywności strategii UE na rzecz młodzieży. Polityka ds. młodzieży należy oczywiście do kompetencji państw członkowskich, jednak istotną rolą Unii Europejskiej pozostaje jej koordynacja oraz pomoc i udzielanie wsparcia w ramach tzw. otwartej metody koordynacji.

Za szczególnie alarmującą uznaję wciąż wysoką stopę bezrobocia ludzi młodych oraz wysoki odsetek młodzieży niekształcącej się, niepracującej ani nieszkolącej się. W związku z tym za kluczową w ramach osiągania celów przyszłej edycji strategii UE na rzecz młodzieży (2016-2018) uznaję identyfikację przyczyn bezrobocia wśród młodzieży oraz środków służących ich przeciwdziałaniu. W tym kontekście podkreślam znaczenie inwestycji w edukację, staże, praktyki zawodowe i szkolenia w zakresie umiejętności odzwierciedlających możliwości, potrzeby i rozwój rynku pracy oraz znaczenie ułatwiania wkraczania na rynek pracy dzięki środkom zapewniającym lepszą koordynację programów edukacji, polityki zatrudnienia oraz popytu na rynku pracy.

Tak jak w innych przypadkach pragnę również przypomnieć, że dla osiągnięcia oczekiwanej efektywności strategii konieczna jest należyta promocja i koordynacja działań nie tylko na poziomie unijnym, lecz także krajowym, regionalnym i lokalnym. Podobnie jak sprawozdawczyni zwracam w tym przypadku szczególną uwagę na potencjał nowych technologii w nawiązywaniu dialogu z młodzieżą oraz w zwiększaniu jej zdolności uczestnictwa w życiu społecznym.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de ontwerpresolutie (artikel 170, lid 4, van het Reglement) ter vervanging van de niet-wetgevingsontwerpresolutie A8-0250/2016, aangezien het onderwijs- en jeugdbeleid een exclusieve bevoegdheid is van de lidstaten. En dat is ook goed: op nationaal niveau kan een lidstaat beleidsmaatregelen voor jongeren en de beschikbare middelen naar eigen prioriteit relevanter, doeltreffender en beter gecoördineerd inzetten.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správa pani poslankyne Bocskorovej je zameraná na vyhodnotenie stratégie Európskej únie pre mládež za obdobie 2013-2015. Je rozdelená na niekoľko kľúčových oblastí, v rámci ktorých hodnotí situáciu za stanovené obdobie, identifikuje nedostatky a formuluje budúce odporúčania. Z hlavných problémov súvisiacich so stratégiou pre mládež sa zaoberá najmä vysokou mierou nezamestnanosti, predčasným opúšťaním škôl, diskrimináciou, začleňovaním utečencov a migrantov či problémom nadobúdania zručností, ktoré nezodpovedajú požiadavkám trhu práce. V nadväznosti na tieto problémy sú v správe vyjadrené obavy, že mladým ľuďom bude bez cielenej a účinnej stratégie hroziť sociálne vylúčenie, izolácia alebo radikalizácia. Správa prináša taktiež mnoho potenciálnych riešení hlavných problémov, pričom sa špeciálne zameriava na najviac znevýhodnené a zraniteľné skupiny mladých ľudí. Na druhej strane však prináša aj názory, ktoré sa dajú označiť ako problematické, ako je napríklad požiadavka minimálneho garantovaného príjmu, rodové kvóty, niekoľko problematických odkazov v súvislosti s utečeneckou krízou či výzvy na podporu projektov, ktoré sa v praxi ukázali ako iba veľmi málo efektívne. Vzhľadom na tieto skutočnosti som sa v

záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Bocskor por concordar com as linhas gerais apresentadas na estratégia para a juventude, nomeadamente o apelo ao envolvimento dos jovens nos processos de decisão.

Destaco a proposta de canalizar investimentos para uma educação inclusiva que assegure uma igualdade de acesso e de oportunidades para todos os jovens, independentemente de género, raça, origem étnica, religião ou crença, deficiência ou orientação sexual. Sublinho também a necessidade de adotar medidas para que se faça um melhor reconhecimento das competências adquiridas pelos jovens por via informal, nomeadamente em ações de voluntariado.

Neste contexto, realço ainda a campanha lançada pelo grupo socialista europeu para «Um Plano de Ação para a Juventude».

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La relazione invita gli Stati membri a utilizzare al meglio le politiche e i quadri finanziari disponibili a livello nazionale e dell'UE, al fine di promuovere investimenti adeguati a favore dei giovani e della creazione di posti di lavoro. Ritengo tuttavia che il documento non entri affatto nel cuore dei problemi che toccano l'attuale «generazione rubata», ovvero le enormi difficoltà per inserirsi nel mondo sociale e lavorativo. Si rinuncia ad affrontare le grandi questioni strutturali che affliggono l'Europa attuale. Ci si limita a formulare una serie di generalità che dal punto di vista pratico portano a poco o a niente. Non si capisce fino in fondo che il futuro dell'Europa è rappresentato dai nostri giovani. Sono fortemente convinto che l'UE dovrebbe spendersi in modo forte per sostenere queste generazioni creando opportunità concrete e promuovendo azioni mirate. Alla luce di queste considerazioni ho scelto di votare astensione alla relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o oceni strategije EU za mlade 2013-2015.

Strinjam se z ugotovitvami poročila, da je treba okrepiti vključevanje mladinske politike, medsektorsko sodelovanje in socialne ukrepe znotraj EU, pa tudi sinergijo med evropsko strategijo za mlade in drugimi evropskimi strategijami, kot so tiste s področja izobraževanja, usposabljanja, zdravja in zaposlovanja, s čimer bi zagotovili, da bodo s sedanjimi in prihodnjimi politikami uspešno obravnavane razmere in potrebe mladih, ki se soočajo s hudimi gospodarskimi, zaposlitvenimi in družbenimi problemi, in ker je ob upoštevanju tega ključnega pomena, da mladinske organizacije sodelujejo pri oblikovanju politik.

9.10. Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden? (A8-0285/2016 - Eric Andrieu)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Elisabetta Gardini (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ecco io devo dire con rammarico che ho dovuto votare contro questa risoluzione perché l'idea che suggerisce il titolo è molto buona e condivisibile, ma, tuttavia, il relatore si è discostato troppo dalle intenzioni dichiarate, fino ad arrivare a intrecciarsi con il più recente dibattito politico e per questo non abbiamo potuto condividere la relazione. È veramente un peccato, un'occasione perduta.

In particolare, devo dire che ho trovato molto pregiudiziale e poco obiettiva la contrarietà espressa contro gli accordi commerciali *tout court*. In realtà questi accordi sono dei pilastri necessari per il rilancio dell'economia europea, rappresentano, infatti, un'ottima opportunità per la crescita dei posti di lavoro, per l'internazionalizzazione delle imprese e anche dei nostri professionisti. Certo, devono essere fatti bene, ma quello con il Canada, per esempio, è un ottimo esempio proprio per proteggere le nostre eccellenze agroalimentari contro frodi e falsificazioni. Io sono dispiaciuta, lo ripeto, avrei preferito una cosa meno ideologica e più aderente ai fatti.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, farmers are currently facing a very difficult situation, and it is crucial to ensure a sustainable, competitive and economically viable sector in the future.

For a long time, EU rural areas have been suffering from high unemployment and depopulation. We need to put in place the right tools to help make rural areas more attractive for living there. We need, amongst other things, more support for young farmers in embracing their challenging job, more effective ways of farming the land and to increase farmers' bargaining power in the food supply chain.

However, this report goes too far, blaming the CAP market liberalisation as a main cause of the recent crises in the different agri-markets. In addition, it calls for going back to a regulated and planned CAP with fixed prices and production amounts. I am sorry to say it, but this is not the right way to go. That is why I cannot support this report and I think it should be entirely rejected.

Момчил Неков (S&D). – Г-жо Председател, силно вярвам в потенциала, който имат селските райони за създаването на работни места и на възможности за развитие и се надявам Европейската комисия да отрази препоръките от този доклад в бъдещи предложения. Убеден съм в ролята на европейските схеми за качество – особено на географските означения и на биологичното земеделие за създаване на активни и продуктивни селски райони.

Качествените, местните и традиционните храни са част от местния поминък и традиции и в същото време дават добавена стойност за развитието на местния туризъм. Те имат потенциал за създаване и връщане на поминък в селските райони. Затова трябва да получат допълнително финансиране и мерки.

Бих искал да обърна внимание на ролята на така наречените споразумения за свободна търговия, които представляват реална заплаха за европейските земеделци, особено за малките и средни производители и бизнеси. Чрез тези споразумения си внасяме конкуренция. Тя ще окаже влияние на качеството на храната, така и индиректно на стандартите за производство и околната среда. Затова заставам срещу тях – те не служат нито на българския, нито на европейския земеделец.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí seo go léir agus ós rud é gur chailleamar vótaí tábhachtacha cinniúnacha, vótálamar i gcoinne an tuairisc go léir ag an deireadh agus an ceart againn mar mar a dúirt an chéad chainteoir, Selimovic, cúpla nóiméad ó shin, tá an tuarascáil seo ag dul thar fóir. Táimid go léir i bhfabhar níos mó jabanna a chruthú in áiteanna tuaithe agus ba chóir go ndéanfaimis gach rud chun é sin a dhéanamh agus cabhraíonn an CAP (an Comhbheartas Talmhaíochta) chun é sin a dhéanamh. Ach ag cur an milleáin ar an Aontas agus ar an CAP (an Comhbheartas Talmhaíochta) do a lán rudaí atá ag tarlú faoi láthair, ní dóigh liom go bhfuil sin féaráilte. Freisin ag iarraidh rialacha dochta dainge a leagadh síos ar leibhéal na hEorpa gan aon solúbthacht ann do na tíortha nó do na réigiún rudaí a dhéanamh atá tábhachtach don áit féin, níl aon chiall leis sin ach oiread. Dá bhrí sin is dóigh liom go mbeidh an Coimisiún ag obair go dian ar jabanna a chruthú ach téann sé seo thar fóir.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett initiativbetänkande rörande framtiden för unionens jordbrukspolitik. Kristdemokraterna vill stegvis komma bort från de stora subventionssystemen. Jordbrukspolitiken behöver bli mindre omfattande och jordbruksstödet likaså. Det här betänkandet går istället i andra riktningen och vill rulla tillbaka de senaste årens nödvändiga reformer, använda stödet som en arbetsmarknadsåtgärd och göra större ingrepp i jordbruksmarknaden. Det målar dessutom upp handel som ett hot, istället för en möjlighet. Sammantaget går betänkandet tvärs emot kristdemokratisk politik på området och jag röstar därför nej.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Al giorno d'oggi le zone agricole e rurali si trovano a dover fronteggiare un problema molto serio legato all'impiego nelle suddette zone. Le zone rurali, infatti, si svuotano sempre di più e il lavoro diventa sempre più raro. La PAC (politica agricola comune) da questo punto di vista deve rappresentare la leva principale per risollevare queste zone. Sfortunatamente essa presenta degli aspetti non propriamente adeguati alla situazione attuale, c'è necessità di una PAC che prenda in considerazione i bisogni di tutti, riflettendo una visione globale e che sia orientata al presente e al futuro. Poiché penso che sia fondamentale l'uso dei fondi europei per cercare di risolvere gli attuali problemi europei nell'ambito sopra citato, incentivando le aziende familiari, l'occupazione giovanile nelle zone rurali e migliorare le infrastrutture, ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe pues considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. — We oppose this because of its lack of realism in understanding both how markets work and the current fiscal climate.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe apoya la agricultura a pequeña escala, fomenta el apoyo a las personas jóvenes que se incorporen a la actividad agraria, la mejor inclusión de las mujeres en la actividad agrícola y los circuitos cortos de producción y consumo. Así mismo se muestra crítico con los tratados de libre comercio y con el apoyo de la PAC al modelo agrícola industrial intensivo. Por todo ello he votado a favor del mismo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report, which I shadowed through the Agriculture Committee.

This report takes stock of how reforms since 2013 have been working in terms of job creation in rural areas, and looks forward to a CAP post-2020. After consulting with various interested parties in my constituency, I tabled a number amendments that would sought to draw attention to the devastating impact austerity policies have had on the social fabric of rural areas. I was happy that the majority of my amendments were included in the final report, so that the final result was a progressive text.

Of note are paragraphs on the skills migrant workers and refugees can bring to rural areas, the needs for more supports for women in farming, the need to bring more equality to the way CAP is distributed and the need to strengthen social security, services and infrastructure in rural areas to promote job growth.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite d'avoir rassemblé l'ensemble des forces de la gauche européenne sur mon rapport. Ce vote redonne des couleurs à la politique agricole commune (PAC) et au projet européen dans son ensemble! C'est la preuve qu'il y a à gauche une vision commune sur l'avenir de l'agriculture, et qu'un autre modèle agricole est possible.

Malgré leurs beaux discours, force est de constater que le Front national et la droite n'ont pas soutenu un rapport qui prône la régulation des marchés, le redéploiement des aides vers les exploitations familiales ou encore un meilleur soutien aux jeunes agriculteurs.

Il y a aujourd'hui deux modèles qui s'affrontent: un modèle d'exploitation intensif, productiviste et concentré, orienté vers les marchés à l'export, celui que soutient la droite européenne; et, un modèle privilégiant la reconquête du marché intérieur, la qualité alimentaire, les circuits courts et les structures familiales, celui que nous préconisons.

En tout état de cause, les divisions observées au sein de la droite et de l'extrême droite lors du vote de mon rapport, sont la preuve que ni la droite et ni le Front national n'ont une vision claire sur l'avenir de l'agriculture!

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Parlament hatte sich in seinem Initiativbericht mit der Frage auseinandergesetzt, wie mit Hilfe der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten verbessert werden kann. Unter anderem werden alle Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, langfristige Perspektiven für junge Landwirte zu schaffen. Außerdem wird den Mitgliedstaaten nahegelegt, kleine und mittlere Betriebe stärker zu unterstützen sowie die benachteiligten Gebiete (z. B. Berggebiete, überseeische Gebiete, Gebiete in äußerster Randlage, sensible Naturgebiete) stärker zu berücksichtigen, da die Aufrechterhaltung der Landwirtschaft dort entscheidend zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung mit Schwerpunkt auf der Beschäftigung beiträgt. Ich begrüße viele der im angenommenen Text genannten Punkte, jedoch nicht alle, weshalb ich mich bei der Endabstimmung enthalten habe.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui s'est vu pollué par les habituelles revendications sur les migrants, et les questionnements de genre. À cet égard, le paragraphe 74 qui promeut l'intégration sociale et économique des migrants et réfugiés (et de leurs épouses) est inacceptable. Qui plus est dans un double contexte de crise de l'agriculture et de l'emploi.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report seeks to achieve the impossible. It seeks to increase EU intervention and increase environmental regulation on farming, whilst simultaneously reducing the burden of bureaucracy on farmers. It adds further targets and objectives.

The non-legislative own-initiative report seeks to assist rural job creation, but to achieve this would require more taxpayers' money. I do not oppose taxpayers' money being spent on farming subsidies, but this should be done by the United Kingdom directly, not through the European Union.

The comments on refugees are ill-conceived and confused; there is no reason for a report on rural job creation to discuss the refugee situation.

I therefore voted against this rather confused report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – À la lecture de ce rapport, je constate que le rapporteur a dépassé l'objectif initial qui lui avait été attribué, par la commission AGRI, en tenant de dresser le cahier des charges d'une nouvelle PAC. Je souligne également cette vision manichéenne consistant à séparer les «gentils» petits et les «méchants» grands. Leur complémentarité est bien au contraire la clef pour le maintien de l'activité dans les zones rurales.

Toutefois, je reconnais que les mesures visant à une simplification de la PAC vont dans le bon sens. J'ai donc choisi de voter pour ce rapport en espérant que ce texte ouvre des pistes de réponses concrètes pour répondre rapidement au désarroi qui frappe nos campagnes.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Žemės ūkis užima didžiąją Europos teritorijos dalį, tačiau juo šiuo metu užsiima tik nedidelė darbingų kaimo vietovių gyventojų dalis. Be to, didžioji dalis BŽŪP tiesioginių išmokų skiriama turtingiausiems ūkiams ir 2014 m. tik 13 proc. paramos gavėjų gavo 74 proc. BŽŪP tiesioginių išmokų. Manau, kad tai nepadeda kurti darbo vietų žemės ūkio srityje ir mažuosiuose ūkiuose reikia daugiau darbo jėgos, nes 53 proc. ūkio darbininkų dirba ūkiuose, priskiriamuose prie mažo ekonominio dydžio ūkių. Todėl pritariu, kad būtina geriau paskirstyti BŽŪP išmokas smulkiesiems ūkininkams.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We oppose this because of its lack of realism in understanding both how markets work and the current fiscal climate.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a été gâté par l'intervention des commissions FEMM et EMPL. En effet, elles y ont adjoint des revendications inacceptables par rapport aux migrants, que l'Union européenne essaie une fois de plus de faire passer avant nos producteurs. Malgré de nombreux points positifs, notamment la défense et la mise en avant des AOP et IGP auxquelles je suis très attaché ainsi que le soutien aux PME, j'ai préféré m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport d'initiative de mon collègue socialiste Eric Andrieu (FR) sur la façon dont la politique agricole commune (PAC) peut améliorer la création d'emplois dans les zones rurales.

Les zones rurales représentent plus de 77 % du territoire de l'Union européenne et de très nombreux emplois de ces territoires sont liés à l'agriculture et à l'industrie agroalimentaire. La crise économique ayant particulièrement affecté les zones rurales, il apparaît crucial que l'Union mobilise l'éventail des outils dont elle dispose pour aider ces territoires en difficulté.

Après avoir insisté sur la nécessité de conserver les deux piliers de la PAC que sont le soutien des marchés et des revenus agricoles et la politique de développement rural, ce rapport appelle les États membres à créer des perspectives d'avenir pour les jeunes agriculteurs afin d'apporter une réponse à l'exode rural, notamment en utilisant pleinement la totalité des possibilités offertes par la nouvelle PAC, et à renforcer leur soutien aux petites et moyennes exploitations, notamment en recourant davantage au paiement redistributif.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe. El informe está dividido en dos partes, una primera parte sobre la PAC vigente actualmente y una segunda parte sobre la PAC de 2020. El objetivo de este informe es influenciar la revisión de 2017 de la Política Agraria Común. Además, el informe constituye una base sólida para tratar temas de importancia capital como la despoblación en el mundo rural, la falta de oportunidades, la caída del empleo, etc. El texto enfatiza en la importancia de proteger a los pequeños y medianos agricultores y hacer más proporcional y justa la distribución de subvenciones. Propone más concretamente que las medianas explotaciones familiares sean las principales beneficiadas de las ayudas agrícolas europeas. He votado a favor de una PAC que realmente beneficie a las explotaciones familiares, que genere empleo en el medio rural y que diversifique la economía de nuestros pueblos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre cómo puede mejorar la PAC la creación de empleo en las zonas rurales. He cambiado muchas de las indicaciones de voto de mi grupo e incluso el voto final. Es necesario garantizar la seguridad alimentaria en la Unión y eso debe seguir siendo el principio rector de la acción de la futura PAC sin desalentar los mercados exteriores, estimando además que los acuerdos comerciales pueden también suponer oportunidades para este sector.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport concernant l'amélioration de la création d'emplois dans les zones rurales via la PAC, malgré la présence de quelques éléments très positifs.

En effet, les amendements déposés en commission AGRI par mes collègues ENL ont été repris, ce qui a permis d'insérer au rapport la promotion de la production locale dans les marchés et appels d'offres publics, ou encore de souligner les dangers pour notre agriculture des traités de libre-échange TTIP et CETA.

Cependant, malgré un rapport globalement positif voté en commission, défendant notamment les AOP et IGP ou la volonté de retrouver des outils de régulation des prix sur les marchés, le texte voté en plénière a été complètement dévoyé par les propositions des commissions EMPL et FEMM.

Ces dernières ont notamment transformé un rapport positif en un «globi-boulga» immigrationniste et pro théorie du genre, sacrifiant les intérêts et la survie de nos agricultures aux velléités libertariennes et communautaristes, avec notamment la priorité donnée à l'intégration des migrants et des réfugiés par rapport à celle de nos agriculteurs.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante il testo presenti qualche accenno condivisibile sul ruolo del settore agricolo, la relazione Andrieu scade purtroppo nella retorica a favore dell'occupazione in questo settore dei clandestini presunti profughi. Io invece ritengo che siano ben altre le priorità. Da tempo chiedo infatti che le istituzioni europee si sbrighino a mettere in atto efficaci misure di sostegno per le migliaia di agricoltori italiani colpiti dalla crisi economica. Per questi motivi ho preferito esprimermi con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till betänkandet. Vänsterpartiet vill att jordbrukspolitiken ska styras nationellt och att ekologisk produktion ska gynnas. EU:s jordbrukspolitik är dyr och byråkratisk, CAP tar hela 40 % av EU:s budget. Vinnare är EU:s storbönder, förlorare är småbönder i tredje världen. Om jordbrukspolitiken åternationaliseras och regionalstöden bantas skulle skattebetalarnas avgift till EU minskas rejält. Betänkandet riktar en del kritik mot hur CAP fungerar i praktiken och konstaterar ”att den absoluta merparten av direktstödet inom ramen för den gemensamma jordbrukspolitiken går till de rikaste jordbruken, där bara 13 % av mottagarna fick 74 % av direktstödet inom ramen för den gemensamma jordbrukspolitiken”. Men det vill fortfarande verka inom ramen för CAP och är bristfälligt vad gäller hänsyn till miljö, klimat, landsbygdsutveckling, ekologisk odling, förbättrad djuromsorg samt konkreta förslag för ökad sysselsättning på landsbygden. Dessutom röstades flera kritiska punkter mot EU:s handelsavtal TTIP, CETA och EU-Mercosur och deras negativa effekter på jordbrukssektorn ner.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjama, kaip įgyvendinant bendrą žemės ūkio politiką (BŽŪP) galima pagerinti darbo vietų kūrimą kaimo vietovėse.

Europos Parlamentas pabrėžia žemės ūkio ir žemės ūkio produktų sektoriaus svarbą socialinei ir teritorinei sanglaudai dėl vaidmens, kurį jis atlieka tvaraus ekonomikos augimo, kokybiškų darbo vietų kūrimo ir kaimo bendruomenių išsaugojimo srityje. Taip pat pabrėžia būtinybę išsaugoti BŽŪP biudžetą ir stiprinti jo socialinį ir ekonominį vaidmenį, ypač didelį dėmesį skiriant labai smulkiems ir smulkiems ūkiams ir atsižvelgiant į regionų ypatumus. Be to, labai svarbu, kad veiksmingas BŽŪP įgyvendinimas prisidėtų prie socialinės įtraukties kaimo vietovėse, užtikrinant deramas gyvenimo ir darbo sąlygas bei geras ateities perspektyvas. Parlamentas pabrėžia teritorinės sanglaudos svarbą ES ir tai, kad ją reikėtų įgyvendinti diegiant kaimo vietovėms kylančius iššūkius atitinkančią ekonominės plėtros politiką. Be to, atkreipia dėmesį į tvirtą kaimo sistemų, mažų bendruomenių ir savivaldybių ryšį, todėl ragina užtikrinti geresnę sanglaudos politikos priemonių ir BŽŪP sąveiką. Parlamentas ragina valstybes nares skatinti jaunus ūkininkus dalyvauti profesiniame mokyme pagal programą ERASMUS+, ypač gamybinei praktikai skirtą jos dalį, siekiant paraginti juos įgyti naujų techninių ir kalbinių įgūdžių užsienyje.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják.

Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – V kmetijstvu in razvoju podeželja so trendi povsod po Evropi, tudi v Sloveniji, od koder prihajam, podobni: število kmetij se zmanjšuje, mladi pa se vedno težje navdušijo za kmetijsko dejavnost. Ukrep za mlade kmete pa je po mojem mnenju eden tistih, ki je najbolj kakovosten in ki tudi daje najboljše rezultate, saj evropsko podeželje potrebuje mlade, novo znanje, nove pristope. Na star, tradicionalni način se bo zelo težko upirati sodobnim trendom. Digitalizacija v kmetijstvu je tista, ki jo moramo skupaj z mobilnostjo na podeželju spraviti v kontekst kmetijske in regionalne politike ter s tem izboljševati zaposlenost na podeželju. Žal v predlaganem poročilu o tem ni bilo veliko govora. Pri glasovanju o poročilu sem se na koncu vzdržal, saj po mojem mnenju ni ustrezno naslovilo nekaterih aktualnih vprašanj v evropskem kmetijstvu, poleg tega pa je bilo zelo kritično do mednarodne trgovine, ki lahko okrepi številne evropske pridelovalce.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Globalizzazione e crisi economica stanno da tempo mettendo a dura prova l'agricoltura europea, in particolare nelle zone rurali. In molti Stati membri il numero degli agricoltori è drasticamente diminuito, così come il loro reddito e l'occupazione nel settore. Nonostante i meriti della politica agricola comune (PAC) nel favorire nel corso degli scorsi decenni la crescita dell'agricoltura europea, non si possono non riconoscere i limiti della PAC di fronte alle sfide attuali. La PAC si è infatti rivelata incapace di contrastare lo spopolamento delle campagne, creando distorsioni del mercato agricolo in seguito alle politiche di austerità, tralasciando la funzione sociale del settore primario in termini di occupazione. Sostengo dunque questa relazione in quanto una politica agricola più sociale è essenziale per il futuro del mondo rurale; la PAC deve infatti essere capace di porre in primo piano gli agricoltori così come la qualità e la competitività dei loro prodotti. Di fronte alla crisi economica, l'UE ha fatto dell'occupazione una delle sue priorità fondamentali; è per questo motivo che la PAC deve riaffermarsi come uno degli strumenti dell'azione europea per il mantenimento e la creazione di occupazione nelle zone rurali.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće o ZPP-u koje naglašava potrebu da se ZPP najbolje iskoristi kako bi se suprotstavio padajući trend u poljoprivrednim i nepoljoprivrednim poslovima tijekom mnogih desetljeća u ruralnim područjima.

Diversifikacija na farmama, osiguranje održivog poslovanja, razvoj, osiguravanje maksimalnih prilika i uključenost mladih poljoprivrednika, žena i ostalih dionika u ruralnom razvoju su ključni za jačanje otpornosti u ruralnim zajednicama te zadržavanje ljudi na selu i rješavanje depopulacije i pada.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nelle zone rurali i posti di lavoro sono legati all'agricoltura e all'industria agroalimentare. Questi settori sono importanti per la coesione sociale e territoriale, pertanto è necessario mantenere il bilancio della PAC e rafforzare il suo ruolo sociale ed economico. Deve essere attuato un approccio coordinato tra il secondo pilastro della PAC e altri fondi UE, al fine di rafforzare l'efficacia ed evitare inefficienze. Sono necessarie riforme urgenti in merito al primo pilastro della PAC che favorisce i grandi produttori e che quindi porta alla concentrazione del mercato e alla mancanza d'incentivi per l'occupazione. Si dovrebbero sviluppare ulteriori misure per l'introduzione della proporzionalità e della flessibilità in relazione al carico amministrativo della PAC. Nelle politiche di coesione delle zone rurali dell'UE, quindi nella PAC, dovrebbe essere sviluppata una prospettiva di genere per colmare il divario ancora esistente, soprattutto in termini retributivi. Bisogna inserire programmi specifici per favorire l'imprenditorialità femminile e migliorare la formazione professionale. È inoltre necessario favorire l'integrazione sociale ed economica di tutti i lavoratori rurali, inclusi i rifugiati, i migranti e i lavoratori stagionali. Devono essere sviluppati e migliorati collegamenti digitali e dei trasporti nelle zone rurali per favorire il raggiungimento dell'equilibrio tra lavoro e vita degli agricoltori.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport contient de très bonnes idées comme la défense des AOP, la priorité locale dans les marchés ou encore, la remise en cause des traités de libre-échange. Il sont fait des ajouts inacceptables sur la nécessaire intégration des migrants, et ce, en pleine crise de l'agriculture et de l'emploi, de même que sur les questionnements de genre. Je me suis donc abstenue.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché ritengo che sia una articolata proposta per affrontare in modo risolutivo il problema dell'occupazione in aree rurali. Sostenere i giovani agricoltori mediante gli aiuti del primo e secondo pilastro della PAC, intensificare il sostegno alle piccole e medie aziende e lottare contro la volatilità dei prezzi per assicurare reddito alle imprese agricole sono le azioni fondamentali da mettere in campo per assicurare un futuro al settore primario specie nelle zone rurali. Ritengo che la volatilità dei prezzi dei prodotti agricoli sia uno dei fattori principali della drammatica situazione in cui versano molti agricoltori europei. Sono quindi a favore del rafforzamento degli strumenti di gestione del rischio, delle misure di gestione delle crisi quali ad esempio gli aiuti anticiclici, delle OP e del ruolo degli osservatori dei prezzi, utili ad orientare la produzione ed intervenire in caso di crisi. Penso che la PAC sia ad un bivio. A partire dal 2020 sarà necessaria una riforma radicale che ponga in primo piano agricoltori, qualità e ambiente. Bisogna programmare un nuovo modello di agricoltura più sostenibile che punti molto di più al sostegno e allo sviluppo delle piccole e medie imprese agricole.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which I shadowed through the Agriculture Committee.

This report takes stock of how reforms since 2013 have been working in terms of job creation in rural areas, and looks forward to a CAP post-2020. After consulting with various interested parties in my constituency, I tabled a number amendments that would sought to draw attention to the devastating impact austerity policies have had on the social fabric of rural areas. I was happy that the majority of my amendments were included in the final text, so that the final result was a progressive text.

Of note are paragraphs on the skills migrant workers and refugees can bring to rural areas, the needs for more supports for women in farming, the need to bring more equality to the way CAP is distributed and the need to strengthen social security, services and infrastructure in rural areas to promote job growth.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, as it calls for an agricultural policy which delivers a more competitive and sustainable European agricultural model based on family-run, diversified and multifunctional holdings and generates fairly paid jobs. This is a very timely resolution which focuses on the changing realities within the agricultural sector.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione d'iniziativa che lancia delle idee concrete su come ripopolare le zone rurali che nell'ultimo decennio si stanno svuotando sempre di più e in cui il lavoro diventa sempre più raro. L'agricoltura dell'UE sta affrontando una moltitudine di sfide: alimentari, ambientali, energetiche, climatiche, e così via, per rispondere a tutte queste sfide dobbiamo pensare a una PAC (politica agricola comune) che abbia una visione globale, che rispecchi le richieste e bisogni di tutti e che sia al servizio di tutti. Ricordiamo che la PAC è una delle politiche comunitarie di maggiore importanza, impegnando circa il 34% del bilancio dell'Unione europea.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo alla relazione data la rispondenza puntuale alla mia visione: per conseguire un'occupazione solida e stabile nelle zone rurali, bisogna valorizzarle in quanto culle di opportunità - e penso in modo particolare all'Italia. In linea con la ricchissima eterogeneità presente nel nostro territorio, è proprio attraverso l'erogazione di aiuti mirati alla coltivazione delle varietà locali e all'allevamento di razze autoctone che si promuove l'occupazione regionale e si mantiene la biodiversità. Tali aiuti necessitano, certamente, di essere incentrati su sostenibilità e redditività aziendali per seminare e alimentare posti di lavoro. Coerentemente con ciò, è prioritario proteggere ed implementare regimi di qualità, indicazioni geografiche e agricoltura biologica per consentire uno sviluppo pieno del settore agroalimentare e creare potenziale occupazionale in ambito rurale, oltre a preservarne cultura e identità autoctone. Va inoltre facilitato l'accesso ai mercati più ampi per queste eccellenze locali e pertanto, migliorarne la promozione e la commercializzazione avrebbero ripercussioni significative sull'intera economia grazie alla fiducia riposta dal consumatore in essi e alla richiesta globale di beni generati dal patrimonio ambientale. Sviluppo rurale e occupazione crescerebbero simultaneamente grazie all'apporto delle autorità locali, ben consapevoli del forte incentivo rappresentato dalla diversificazione dell'attività agricola.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I abstained on the vote on the report on how the CAP can improve job creation in rural areas, because the report focused on CAP reform rather than job creation.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. — Este informe apoya la agricultura a pequeña escala, fomenta el apoyo a las personas jóvenes que se incorporen a la actividad agraria, la mejor inclusión de las mujeres en la actividad agrícola y los circuitos cortos de producción y consumo. Así mismo se muestra crítico con los tratados de libre comercio y con el apoyo de la PAC al modelo agrícola industrial intensivo. Por todo ello he votado a favor del mismo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Zonele rurale reprezintă 77 % din teritoriul Uniunii Europene, iar numeroase locuri de muncă din aceste regiuni depind de agricultură și de industria agroalimentară. Aceste industrii reprezintă împreună 6 % din PIB-ul Uniunii Europene, reunind 15 milioane de întreprinderi și generând aproximativ 46 de milioane de locuri de muncă. În ultimii ani, asistăm la o reducere drastică a numărului de agricultori și la o scădere continuă a veniturilor acestora. În perioada 2005-2014, volumul de muncă în agricultură a scăzut cu aproape un sfert.

Am votat pentru dezvoltarea instrumentelor necesare modernizării și garantării competitivității sectoarelor economice aflate în zonele rurale într-un mod sustenabil și în conformitate cu normele de mediu. Perspectivele de dezvoltare ale acestui sector sunt uriașe, iar economia țărilor membre are doar de câștigat de pe urma sa.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. - A közös agrárpolitika (KAP) és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentés egy jó és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot. Annak ellenére, hogy a jelentés célkitűzései megegyeznek a hazai gazdák érdekeivel, olyan javaslatok is megfogalmazásra kerültek a szöveg keretén belül, amelyek a KAP jövőbeli finanszírozását veszélyeztethetik. A jelentés többek között szociális és népesedési problémák megoldására szánt projekteknek is utat nyitna az agrárpolitikán keresztül, amely nem elfogadható, hiszen a KAP-forrásoknak ténylegesen a gazdákhoz kell jutniuk. A jelentés nem jogalkotási célú szöveg, így nincs jogi következménye az EU közös agrárpolitikáját illetően.

Elfogadhatatlan a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzeteknek a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból való fedezése, történjen az önkéntes, vagy akár kötelező alapon. A közös agrárpolitika forrásait a mezőgazdasági termelőknek és az élelmiszer-előállítóknak kell ténylegesen megkapniuk, ennek hiányában az EU nem tudná biztosítani a kontinens megfelelő élelmiszer-ellátását.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za sprawozdaniem dotyczącym sposobu, w jaki WPR może usprawnić tworzenie miejsc pracy na obszarach wiejskich. W mojej opinii sprawozdanie podejmuje bardzo ważny temat, jakim jest gospodarka wiejska, najbardziej skupiając się na kwestii zatrudnienia w tym obszarze. Poparłem sprawozdanie również dlatego, że jego celem jest uproszczenie WPR w odniesieniu do rolników indywidualnych, zapewnienie lepszego dostępu do usług na obszarach wiejskich i zachęcanie do intensyfikacji badań i innowacji w sektorze. Z tych powodów zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as I believe that the rural development policy should be strengthened and allowed more flexibility to maximise its job creation potential. The report sets out a number of solutions which include support for farmers to branch out into rural tourism, the production of renewable energy, and also organic farming. This report highlights the need to make best use of the CAP to counter the downward trend in agricultural and non-agricultural jobs over many decades in rural areas. Ensuring basic services and connectivity all help retain people in the countryside and tackle depopulation and decline.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la contribution de la PAC à l'emploi en zone rurale. Si je soutiens parfaitement le principe de ce rapport, son contenu a créé la controverse dès son examen en commission parlementaire.

Ce rapport se construit sur l'opposition systématique des modèles agricoles pour promouvoir une vision surannée de l'agriculture, fondée sur les petites fermes, la suspicion face au progrès et un repli de l'Europe sur elle-même. En outre, le rapporteur a fait de ce rapport une tribune pour proposer sa vision d'une refondation de la PAC, évoquant la gestion de crise, la volatilité, le commerce international et d'autres sujets, certes liés indirectement à l'emploi mais étant en dehors du mandat confié pour la rédaction de ce rapport.

Bien que je soutienne une grande partie des idées défendues, en matière de gestion de crise, de rééquilibrage des aides entre exploitations et territoires et le soutien aux productions de niche, j'ai estimé nécessaire de m'opposer à ce rapport, qui rompt l'équilibre politique de la dernière réforme de la PAC et remet en cause les fondements d'une politique qui vient d'être difficilement mise en place. Notre action doit promouvoir la stabilité des politiques publiques, pas les usines à gaz.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre le texte, sans valeur législative contraignante, sur la contribution de la PAC à l'emploi en zone rurale. Sous couvert de promouvoir l'emploi dans les zones rurales, une amélioration des gestions de crise, ou encore le rééquilibrage des aides entre exploitations et territoires, ce texte, porté par un député de gauche, propose une refondation prématurée de la PAC qui met en danger les équilibres actuels difficilement atteints. Je me suis ainsi notamment opposée à la présomption selon laquelle le commerce international serait automatiquement néfaste à l'emploi dans le domaine agricole.

Je regrette qu'un texte sur un sujet aussi important ait été détourné de son objectif principal pour en faire un plaidoyer de la gauche en matière de politique agricole.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Ce rapport a un projet louable puisqu'il veut développer les emplois dans les zones rurales. Cependant, il propose une révision à mi-parcours de l'actuelle PAC qui n'est pas d'actualité. Réformer maintenant reviendrait à hypothéquer les réflexions de fond qu'il convient de mener à l'occasion de la préparation de la prochaine PAC à l'horizon 2020.

De plus, ce rapport propose plusieurs mesures contestables. Il transforme la PAC en une politique d'aides sociales, alors que ce n'est pas sa vocation. Il prend des positions sur les accords commerciaux qui vont au-delà du sujet.

C'est pour ces raisons que j'ai voté contre ce rapport, même si certaines idées sont des pistes de réflexions intéressantes qu'il faut approfondir.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. - Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják.

Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I voted against this report. It is clear, that there are certain aspects of the CAP, which should be improved, such as simplifying the CAP for individual farmers by providing better access to services and promoting research. However, the report is often overly prescriptive and in disregard of the important role of Member States in this matter. Especially when it comes to taxation and security, it is up to the Member States to decide. Furthermore, whilst I would gladly support improvements on the CAP, the report also goes way beyond the current debate and issues on some matters, which in my opinion, are not realistic at this point.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Το κείμενο αυτό διακρίνεται από πολλά θετικά χαρακτηριστικά. Κύριο θεωρούμε ότι είναι η αντίθεση με τις διεθνείς συμφωνίες ελεύθερου εμπορίου. Παράλληλα πρεσβεύει την απλοποίηση των γραφειοκρατικών διαδικασιών σχετικά με την ΚΓΠ και την ενίσχυση της περιφερειακής ταυτότητας και παράδοσης στον τομέα της γεωργίας. Θέλει να ενισχύσει τον ρόλο της νεολαίας στη γεωργική παραγωγή και να ενισχύσει τους γεωργικούς πληθυσμούς πανευρωπαϊκά. Παράλληλα θα δίνει προτεραιότητα σε απομακρυσμένες και ορεινές αλλά και θαλάσσιες περιοχές. Επί της αρχής διαφωνούμε μόνο στην ύπαρξη της ΚΓΠ, γιατί θεωρούμε ότι η γεωργία είναι θέμα το οποίο πρέπει να χειρίζονται τα κράτη μέλη. Λόγω του ότι η έκθεση αυτή διορθώνει πολλά από τα προβλήματα του υφιστάμενου κανονισμού που είχε αρνητικές επιπτώσεις

για την γεωργία στην Ελλάδα, θα την στηρίξουμε.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. bekezdései arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának megakadályozása érdekében.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Det är svåra tider för många lantbrukare runt om i Europa och det behövs förändring för att vi ska komma ur den negativa utveckling som tyvärr präglat jordbruket alltför länge. Tyvärr ser vi alltför lite av framtidsutveckling och framtidstro i detta betänkande. I stället vill man se återreglering och mer av bidragsberoende för Europas bönder, när vi i stället måste se till att en gång för alla skapa en marknad där bonden kan få betalt för de produkter man producerar. Och det kommer vi aldrig göra ifall vi ska bedriva en politik som beskrivs i detta betänkande, därför röstade jag nej till det.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As zonas rurais representam mais de 77% do território da UE e muitos postos de trabalho nestas zonas dependem da agricultura e da indústria agroalimentar. Em conjunto, a agricultura e a indústria agroalimentar representam 6% do PIB da UE, 15 milhões de empresas e 46 milhões de postos de trabalho. No contexto da atual crise económica, a União Europeia fez do emprego uma das suas principais prioridades e, neste contexto, a PAC tem de se tornar mais eficaz e ver a sua legitimidade reafirmada, tendo em vista a manutenção e a criação de emprego, bem como a competitividade nas zonas rurais, principalmente no sector agrícola.

Concordo que é necessário avaliar em que medida a PAC tem um impacto na criação e na manutenção de postos de trabalho nas zonas rurais não esquecendo que a grande maioria dos pagamentos diretos da PAC se destina às explorações mais ricas, tendo apenas 13 % dos beneficiários recebido 74 % dos pagamentos diretos da PAC em 2014.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Acompanhamos grande parte das preocupações expressas no relatório.

A agricultura representa um sector fundamental que, para além de garantir a produção de alimentos e outros bens agrícolas fundamentais para a nossa sobrevivência, representa uma alavanca fundamental de desenvolvimento rural, que pode ajudar a evitar a desertificação e a promover a coesão territorial.

A agricultura pode e deve contribuir para a criação de emprego.

Contendo embora aspetos positivos, o relatório peca fundamentalmente por uma ausência de crítica à atual PAC, acabando por caucionar o rumo que esta vem seguindo.

Mais do que defender a criação de emprego, é necessário defender a qualidade deste emprego e a necessidade de combater a crescente precariedade do emprego agrícola. A orientação atual da PAC não contribui para este objetivo.

São necessários instrumentos fortes de regulação da produção, que foram e estão a ser completamente desmantelados com as sucessivas reformas da PAC. Importa intervir ao nível da cadeia de distribuição, impondo uma distribuição mais justa da criação de valor, com preços justos pagos ao produtor. Importa finalmente parar com esta sucessão de acordos de comércio livre seja com o Canadá, com os EUA ou com os países do Mercosul. Acordos que representam a ruina da pequena e média agricultura e da agricultura familiar.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione, ci sono molti passaggi positivi e condivisibili, ma poi si torna sempre a sottolineare l'importanza dell'immigrazione in agricoltura.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με το πώς μπορεί η ΚΓΠ να βελτιώσει τη δημιουργία θέσεων απασχόλησης στην ύπαιθρο, καθώς και εγώ θεωρώ ότι, στο πλαίσιο αυτό, οι εμπορικές συμφωνίες, όπως TTIP, CETA και η συμφωνία ελεύθερων συναλλαγών ΕΕ-Mercosur, αντιπροσωπεύουν μια σοβαρή απειλή για τα γεωργικά προϊόντα και τις ευρωπαϊκές αγορές εργασίας, και θα είναι σε αντίθεση με τις πολιτικές για την ενθάρρυνση της τοπικής παραγωγής και υποστήριξης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly believe we need to make best use of the CAP to counter the downward trend in agricultural and non-agricultural jobs over many decades in rural areas. Diversification on farms, ensuring sustainable business development, and ensuring maximum opportunity and involvement of young farmers, women and other stakeholders in rural development are all key to building resilience in rural communities. Ensuring basic services and connectivity all help retain people in the countryside and tackle depopulation and decline. Ensuring CAP tools are fit for these purposes is a continuing task for policy makers and all who put them in place and use them on the ground. Finally, I welcome the strong focus on diversification, environmental aspects, organic and quality food systems, short food supply chains, and fairness in the supply chain for primary producers.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika (KAP) és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel. Azonban olyan rendelkezések is bekerültek a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe.

A jelentés arra tesz javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Véleményem szerint kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják, ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják.

Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. — He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe, el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE su come può la PAC migliorare la creazione di occupazione nelle zone rurali, di cui sono stata relatrice ombra per parere nella commissione per l'occupazione, perché ritengo che l'agricoltura nelle zone rurali rivesta una grande importanza per il futuro di molti Stati membri e dell'Europa nel suo complesso. L'attuale crisi economica ha generato un alto tasso di disoccupazione in molti paesi dell'Unione, la PAC potrà, se resa più efficace, contribuire a creare nuova occupazione e migliorare la competitività delle zone rurali e favorire lo sviluppo del turismo e dell'industria della trasformazione agroalimentare. Il futuro delle zone rurali è legato fortemente al mantenimento di altre attività economiche quali la silvicoltura, l'artigianato e lo sviluppo di PMI e sulla capacità di queste ultime di integrare produzioni fra loro diverse, a dimostrazione di come lo sviluppo rurale e la creazione di posti di lavoro vadano di pari passo. Per tali motivi ho sostenuto l'invito alla Commissione e agli Stati membri a sostenere le imprese cooperative operanti nell'economica sociale, in modo da favorire l'integrazione sociale e l'invito alla Commissione a promuovere il contributo dell'economia sociale allo sviluppo rurale, attraverso per esempio un piano d'azione per l'economia sociale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über das Thema „Wie kann die Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP verbessert werden?" gestimmt, da ich als zuständiger Berichterstatter meiner Fraktion im FEMM den Ansatz für mehr Arbeitsplätze in ländlichen Regionen unterstütze und ein besonderes Augenmerk auf Frauen unterstütze. Ein wichtiger Faktor, der in diesem Bericht leider nicht zum Tragen kommt, ist die Anerkennung der Leistung von Müttern und Vätern im ländlichen Raum als echten „Beruf" mit gesellschaftlicher Relevanz durch die Einführung nationaler Erziehungsgehälter.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich lehne den Bericht des Sozialdemokraten Andrieu ab, da er nicht der Realität der heutigen Landwirtschaft gerecht wird. Die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum ist mir zwar auch eine Herzensangelegenheit, dies darf allerdings nicht zu Lasten der modernen Landwirtschaft geschehen.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché è un momento importante per la politica agricola comune, che per alcuni versi è al centro di polemiche. Ci si chiede cosa non abbia funzionato, perché nonostante abbia a disposizione un bilancio importante non sia stata in grado di «proteggere» gli agricoltori dalla terribile crisi dell'ultimo anno. Perché non abbia portavo a un vero sviluppo dell'agricoltura e a un aumento consistente dell'occupazione. Credo che questo sia il momento di agire e credo che prima di tutto se vogliamo che la PAC funzioni dobbiamo semplificarla e garantire che il finanziamento sia adeguato anche nei prossimi anni, non accettare tagli. E poi la PAC deve essere inclusiva, deve «attrarre» nuovi agricoltori. Bisogna guardare ai giovani e all'accesso alle terre e sostenere le piccole e medie aziende, che devono diventare le prime beneficiarie degli aiuti. È inaccettabile che la maggior parte dei pagamenti diretti della PAC vada alle aziende agricole più ricche e che solo il 13% dei beneficiari abbia ricevuto il 74% dei pagamenti diretti della PAC nel 2014. Aiutare chi è forte non è utile, il tessuto agricolo è formato principalmente da piccoli agricoltori, da piccole aziende a conduzione familiare, sono loro il motore dello sviluppo rurale, è a loro che devono arrivare gli aiuti.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe. El informe está dividido en dos partes, una primera parte sobre la PAC vigente actualmente y una segunda parte sobre la PAC de 2020. El objetivo de este informe es influenciar la revisión de 2017 de la Política Agraria Común. Además, el informe constituye una base sólida para tratar temas de importancia capital como la despoblación en el mundo rural, la falta de oportunidades, la caída del empleo, etc. El texto enfatiza en la importancia de proteger a los pequeños y medianos agricultores y hacer más proporcional y justa la distribución de subvenciones. Propone más concretamente que las medianas explotaciones familiares sean las principales beneficiadas de las ayudas agrícolas europeas. He votado a favor de una PAC que realmente beneficie a las explotaciones familiares, que genere empleo en el medio rural y que diversifique la economía de nuestros pueblos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I supported this report, which highlights how the CAP can be a force for employment in rural areas, both in farming and beyond. This report outlines the reasons for falling rates of employment in the primary sector following the advances in intensification of European agriculture. The report highlights mechanisms to create employment beyond agriculture.

Crucially, the report points out the role of local, bottom-up initiatives such as the LEADER approach, which can galvanise the support of local communities and help orientate public funds. It also emphasises the role of women in rural areas as well as the contribution of non-agricultural sectors, such as forestry and tourism.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. — Entre 1957 et aujourd'hui, la population agricole est passée de 20 % à 4 % de la population active de l'UE; plus d'une exploitation sur 5 a disparu dans l'UE entre 2007 et 2013, passant de 13,6 millions à 10,8 millions six ans plus tard. Face à cette situation, il nous faut une PAC qui soit un véritable instrument au service de l'emploi tout en garantissant une alimentation saine et accessible au plus grand nombre. C'est en ce sens que s'est exprimé mon collègue Eric Andrieu, à qui j'ai apporté tout mon soutien.

Parmi les mesures proposées, je retiens l'importance de soutenir l'installation des jeunes agriculteurs pour favoriser le renouvellement des générations. Afin de renforcer l'attractivité de cette profession, mon collègue propose également de réactiver, en les adaptant, les outils de régulation des marchés et de lutte contre la volatilité des prix, et de mettre un terme au laisser-faire des marchés, dévastateur pour les agriculteurs, l'emploi et l'économie des territoires. En confortant davantage les petites et moyennes exploitations, nous serons mieux à même de soutenir l'emploi et le développement durable, ainsi qu'un aménagement plus harmonieux du territoire.

Antanas Guoga (PPE), *in writing*. – I voted against the report. The report does not provide an in-depth analysis on the situation in Member States and how well the potential of CAP has been already used in the area of job creation. Also, the Member States should advertise better the potential of the second pillar of the CAP for the diversification of activities in rural areas (e.g. agro-tourism, production of renewable energy).

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, amely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. A magyar néppárti delegáció számára kiemelt fontosság, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki ebből a politikából 2013-ban a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Ebben az esetben is következetesen lépünk majd fel a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the report 'How the CAP can improve job creation in rural areas' and I was very happy that it passed. I was pleased that the report noted the importance of maintaining the two pillars of the CAP and the need for Member States to give young farmers long-term prospects in order to address rural depopulation and to make full use of all the possibilities provided under the new CAP to support young farmers and new entrants to farming (especially those aged over 40). I was also happy that the rapporteur called upon Member States to step up their support for small and medium-sized farms, in particular by making more use of the redistributive payment. In regard to prevention tools, I was very happy to support the establishment of observatories, like the Milk Market Observatory, in all major production areas in order to monitor markets which would help steer production and ensure a response to crises by means of flexible and responsive market management tools which would be activated when necessary. Finally, I supported the reference to the possible negative effects that trade deals may pose to EU agriculture.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The report, which assesses the impact of the CAP in rural areas, fails to look at the rural economy as a whole and infringes on the subsidiarity principle. Moreover, it is overly critical of how the CAP is used to support what it calls 'intensive' farming. My group and I have therefore voted against this report.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The CAP is a good opportunity to re-launch the agricultural sector in Europe, which has been spiralling downwards. The CAP could bring in farm diversification, more opportunities and involvement for young farmers and a plan for sustainable business development.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o tome kako se ZPP-om može potaknuti otvaranje radnih mjesta u ruralnim područjima, jer su upravo ta područja suočena s nizom izazova kao što su niski prihodi, negativan rast stanovništva, nedostatak radnih mjesta i visoka stopa nezaposlenosti, slab razvoj tercijarnog sektora, nedostatak kapaciteta za preradu prehrambenih proizvoda, niska razina vještina i ograničene količine kapitala.

Poljoprivreda i poljoprivredno-prehrambena industrija čine 6 % BDP-a Europske unije i 46 milijuna radnih mjesta, stoga je naša zadaća sačuvati poljoprivrednu proizvodnju kako bi se održala dinamičnost ruralnih područja i brojnost radnih mjesta.

Zapošljavanje jest jedan od glavnih prioriteta EU-a, posebno u okviru EFSU-a, pa se u tom kontekstu treba ojačati legitimitet i poboljšati učinkovitost zajedničke poljoprivredne politike (ZPP) kako bi ona postala jedan od glavnih čimbenika europskog djelovanja s ciljem očuvanja i otvaranja radnih mjesta u ruralnim područjima i poticanja konkurentnosti.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette proposition présente plusieurs aspects positifs, tels le soutien aux petites et moyennes exploitations, la demande de reconnaissance du rôle tenu par les femmes dans le secteur agricole et des droits qui en découlent, la priorité locale dans les marchés et l'emploi ou encore la condamnation des traités de libre-échange. Je me félicite par ailleurs que nos voix aient été entendues et prises en compte dans les compromis.

Toutefois, les commissions FEMM et EMPL ont eu tôt fait de dénaturer ce rapport prometteur, notamment à travers la question migratoire. À l'heure où le secteur agricole est en crise et que le chômage bat des records, il est intolérable de favoriser, comme le préconise le paragraphe 74, l'intégration sociale et économique des migrants et de leurs familles.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která se zabývá otázkou, jak může společná zemědělská politika zlepšit tvorbu pracovních míst ve venkovských oblastech, přestože by mohla obsahovat více výhledů zaměřených na budoucnost. Venkovské oblasti představují 77 % území Evropské unie, proto považuji za důležité je dynamicky rozvíjet a snižovat rozdíly v pracovních příležitostech mezi městy a venkovem. Zpráva poukazuje na výzvy v řešení problémů pracovní nabídky ve venkovských oblastech, mezi které patří například nízká mzda a úbytek obyvatelstva, a věnuje se možnostem zlepšení tvorby nových pracovních míst.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de mon collègue Eric Andrieu relatif à la création d'emplois dans les zones rurales grâce aux fonds de la PAC. Initialement le rapport visait à faire contribuer la PAC au maintien et à la création d'emplois dans les zones rurales, ce que j'encourage, mais celui-ci a été détourné pour y introduire des dispositions contraires à l'esprit de la PAC. En effet, le rapport promeut une agriculture opposant les modèles agricoles (les grandes exploitations contre les petites), hostile au progrès et contre le commerce international.

Malgré les dispositions pour l'emploi, la gestion de crise ou le rééquilibrage des aides entre exploitations et territoires, je ne pouvais me résoudre à voter en faveur de ce rapport.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich würde für den vorliegenden Bericht stimmen, da ich der Meinung bin, dass der Subventions- und Förderungskanon den österreichischen Bauern, allen voran den Kleinbauern, finanziell hilft.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Venkovské oblasti tvoří podstatnou část území EU. Již řadu let více než 50 % obyvatel EU žije ve městech. Po 2. světové válce docházelo k úbytku pracovní síly v zemědělství a lesním hospodářství, za posledních 10 let se jednalo o čtvrtinu pracovních míst. Některé venkovské oblasti se doslova vylidnily, přitom právě zemědělství rozhoduje o vzhledu podstatné části území Unie. V příměstských oblastech se rozšiřují menší a střední sídla, kde většinou nebývá mnoho pracovních příležitostí, ale přitom bývají poměrně dostupné potřebné služby. V odlehlejších oblastech je problém tyto služby zajistit. Tomu odpovídá i věková struktura těch, kteří vedou zemědělské podniky. Evropská komise doporučuje přesměrování přímých plateb v rámci SZP směrem k drobným zemědělcům. Národní vlády mnohdy z prostředků svých státních rozpočtů, případně regionálních fondů zajišťují též podporu. Komise se domnívá, že předpisy v oblasti ochrany životního prostředí mají být jednoduché a srozumitelné a snadno proveditelné. Pro rozvoj pracovních příležitostí nabízí podporu producentů a zemědělců, kteří pěstují místní odrůdy a chovají místní plemena. Je zajímavé, že Komise si nevšímá nebezpečí, jež hrozí přijetím CETA, TTIP a dohody se společenstvím Mercosur. Reálně vypadá doporučení podpořit služby související s turistikou. Jako kuriozitu vidím podporu vytváření specializovaných podniků s více než 200 úly, to nedostatek včelstev nevyřeší.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zprávu k tématu „Jak může SZP zlepšit tvorbu pracovních míst ve venkovských oblastech?" jsem podpořila, a to zejména kvůli těmto bodům: „vzhledem k tomu, že Komise ve svém vlastním posouzení dopadů týkajícím se důsledků TTIP konstatuje, že zranitelnější jsou převážně venkovské oblasti, jež se zaměřují na specifické činnosti a mají omezené alternativy; vzhledem k tomu, že venkovské oblasti a pracovní místa na venkově ohrožuje odklon od tradičních modelů zemědělství, který tato dohoda přinese;", „vzhledem k tomu, že obchodní dohody, o nichž se v současné době jedná, jako je například transatlantické obchodní a investiční partnerství (TTIP), Komplexní hospodářská a obchodní dohoda mezi EU a Kanadou (CETA) a dohoda o volném obchodu mezi EU a Mercosurem, představují hrozbu pro vytváření pracovních míst a utváření podmínek pro podporu živobytí v zemědělství;" a „Evropský parlament je znepokojen potenciálním dopadem dohod, o nichž se právě jedná, jako je transatlan-

tické obchodní a investiční partnerství (TTIP), komplexní dohoda o hospodářské a obchodní spolupráci s Kanadou (CETA) a dohoda o volném obchodu EU-Mercosur, na zemědělství."

Tato zpráva ukazuje, že obchodní smluvy typu TTIP a CETA mohou být pro evropské zemědělství naprostou pohromou a přitom byla tato zpráva schválena jen pár dní před tím, než byla CETA podepsána.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Számomra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják.

Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The common agricultural policy (CAP) remains to this day one of the prime means of action that the EU brings to bear in rural areas. However, CAP so far favoured more agricultural production that relies on increasingly concentrated and specialised farms. The CAP, has unduly neglected the preservation of local production and jobs.

This report presents new measures that should be implemented in CAP. Such as the simplification of CAP, measures to support young farmers, better inclusion of women into the agricultural sector, some critics towards TTIP, and CETA and measures to stimulate local production. I voted in favour of this report.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Agriculture is very important sector in the EU economy which currently employs 22.2 million people. It is important to note that predominantly rural areas cover nearly 52 % of the EU's territory and are home to 112 million people. Unfortunately, these rural areas have been particularly hard hit by the economic crisis. Because of that, many rural areas in the EU are facing socio-economic challenges such as depopulation, high unemployment rates, lower levels of income, lack of opportunities for young people and women, and lower level of education and skills. In this context, CAP is one of the EU's main tools for action in rural areas. With its total budget of EUR 408.3 billion, it involves large transfers of funds to rural areas, with an impact on job creation. However, currently CAP cannot create the expected job numbers because direct payments from the policy are not fairly distributed among farmers and CAP procedures are quite complicated and slow. Therefore, in order to improve CAP effectiveness in job creation in rural areas, better distribution among small and medium-sized farms should be introduced and CAP procedures should be simplified.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car il contient de bonnes et de mauvaises dispositions.

Des bonnes: il soutient l'agriculture familiale (même si c'est trop tardif voire hypocrite car la PAC l'a ruinée!).

Des mauvaises: il vante les bienfaits de l'immigration sur la croissance économique et la cohésion sociale, et réclame des discriminations positives pour les travailleurs migrants!

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui étudie la contribution de la politique agricole commune (PAC) à la création d'emplois dans les zones rurales. En effet, ce rapport s'est construit sur l'opposition systématique des modèles agricoles pour promouvoir une vision surannée de l'agriculture, fondée sur les petites fermes, la suspicion face au progrès et un repli de l'Europe sur elle-même en termes de commerce international.

En outre, le rapporteur a fait de ce rapport une tribune pour proposer sa vision d'une refondation de la PAC, évoquant la gestion de crise, la volatilité des prix agricoles et d'autres sujets, certes liés indirectement à l'emploi, mais étant en dehors du mandat confié pour la rédaction de ce rapport.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport intitulé «Comment la PAC peut-elle améliorer la création d'emplois dans les zones rurales?» Ce texte préconise plusieurs points positifs: le soutien aux petites et moyennes exploitations, la défense et la mise en avant des AOP et des IGP, l'appel à la reconnaissance du rôle des femmes dans les exploitations agricoles (accès à une couverture sociale, retraite…), la priorité locale dans les marchés et l'emploi, et la remise en cause des traités de libre-échange (dans leurs volets agriculture).

Malheureusement, ce rapport est pollué par les avis des commissions FEMM et EMPL, qui y ont intégré les habituelles revendications sur les migrants. Dans un double contexte de crise de l'agriculture et de l'emploi, ceci est inacceptable.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – In dit niet-wetgevende verslag wordt bekeken welke maatregelen in het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid genomen kunnen worden om de werkgelegenheid in landelijke gebieden te stimuleren. De Europarlementsleden van de N-VA hebben deze tekst niet gesteund omdat hierin wordt gehamerd op een eenzijdige oplossing, namelijk het verhogen van financiële steun voor lokale boeren. Bovendien wordt in dit verslag nu al gevraagd om meer middelen voor landbouw voor de periode na 2020 (einddatum van het huidige meerjarig financieel kader) en wordt een zeer belangrijke factor voor banencreatie, zijnde innovatie, bijna volledig over het hoofd gezien. Daarenboven wordt de Commissie ook gevraagd om financiële hulp voor sociale maatregelen waarover Vlaanderen in principe zelf zou moeten beslissen. Tot slot bevat de tekst stevige taal over de mogelijke negatieve gevolgen van het sluiten van internationale handelsakkoorden, maar wordt de creatie van werkgelegenheid die hiermee gepaard gaat, vergeten.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe apoya la agricultura a pequeña escala, fomenta el apoyo a las personas jóvenes que se incorporen a la actividad agraria, la mejor inclusión de las mujeres en la actividad agrícola y los circuitos cortos de producción y consumo. Así mismo se muestra crítico con los tratados de libre comercio y con el apoyo de la PAC al modelo agrícola industrial intensivo. Por todo ello he votado a favor del mismo.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted against this report, as it was not the appropriate place or method to look at future reform of the CAP.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti. Podle rezoluce „je zapotřebí prosazovat aktivní opatření a politiky zdůrazňující pozitivní úlohu migrace při zvyšování hospodářského růstu a podpoře sociální soudržnosti ve venkovských oblastech". Tím se vlastně volá po tom, aby EU nějakou reklamou přesvědčovala lidi, že migrace má pozitivní vliv na soudržnost na venkově. Nesouhlasím s takovou výzvou. Rezoluce dále „vyzývá příslušné celostátní, regionální a místní orgány, aby podpořily účast žen v místních akčních skupinách a rozvoj místních partnerství v rámci programu LEADER a aby zajistily vyváženou účast z hlediska pohlaví v jejich správních radách". Zpráva je zkrátka od reality odtrženým chválením byrokracie a dotačních projektů v oblasti zemědělství. Já se naopak domnívám, že zemědělství nepomůžeme tím, že prosadíme zavedení rovnosti počtu žen a mužů ve správních radách dotačních projektů.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Poljoprivreda i dalje obuhvaća veći dio europskog teritorija. Velika birokracija i administrativno opterećenje za europske poljoprivrednike predstavlja poteškoće budući da sve odredbe još uvijek nisu do kraja definirane.

Izvješće ističe da bi se izravna plaćanja u okviru ZPP-a trebala dodjeljivati isključivo osobama čija je glavna djelatnost poljoprivreda. ZPP se ne bi trebao odnositi samo na poljoprivrednike već i na druge koji su krajnji korisnici poljoprivrednih proizvoda i dobara. Ruralna područja i radna mjesta mogu tako potencijalno postati ugrožena odmakom od tradicionalnih poljoprivrednih modela koji će nastupiti sklapanjem sporazuma.

Europski poljoprivrednici danas djeluju na sve globaliziranijem tržištu stoga su izloženiji nestabilnosti cijena nego drugi sektori. Trgovinski sporazumi o kojima se trenutačno pregovara, kao što su TTIP, CETA između EU-a i Kanade te Sporazum o slobodnoj trgovini između EU-a i Mercosura, predstavljaju prijetnju otvaranju novih radnih mjesta i stvaranju uvjeta za podupiranje poljoprivrednog načina života, što EU-u nikako nije u planu.

Otvaranje radnih mjesta u ruralnim područjima mora biti dio održive politike prilagođene specifičnim područjima. Njima se vodi računa o očuvanju i razvoju poljoprivrednih aktivnosti i aktivnosti neizravno povezanih sa sektorom poljoprivrede i šumarstva, kao i ruralnih aktivnosti koje su temelj društvenih odnosa i solidarnosti. Zbog navedenog nisam podržala ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. — Poľnohospodárstvo a potravinárstvo tvoria 6 % HDP Európskej únie. Je to 15 miliónov podnikov a 46 miliónov pracovných miest sústredených najmä vo vidieckych oblastiach. Podpora poľnohospodárstva a zamestnanosti preto priamo súvisí s rozvojom a udržaním života vo vidieckych sídlach. Pri prijímaní opatrení a poskytovaní pomoci je nutné zohľadňovať existujúcu špecifickosť poľnohospodárstva, ako sú napr. rozdiely v klimatických a geografických podmienkach a vyššia zamestnanosť žien v tomto sektore. Malé a stredné podniky musia mať zabezpečené financovanie svojich investícií aj zo zdrojov EÚ. Rovnako je potrebné zvýšiť záujem mladých ľudí o prácu a podnikanie v tejto oblasti.

Spoločná poľnohospodárska politika je preto dôležitým nástrojom na udržanie zamestnanosti, zabezpečenie dostatku vlastných kvalitných a bezpečných potravín a súčasne rozvoja vidieka. K tomuto trvalému cieľu musia Komisia a členské štáty smerovať svoje úsilie.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Depuis 1957, la population agricole est passée de 20 % à 4 % de la population active européenne. En effet, la PAC, en favorisant depuis sa création l'intensification de la production et la concentration des exploitations agricoles, a eu un impact négatif sur l'emploi en milieu rural.

La PAC actuelle doit donc être réformée afin de répondre à 4 défis: alimentaire, environnemental, climatique et territorial.

Ce rapport appelle ainsi les États membres à mettre en œuvre une stratégie globale de renouvellement des générations, en soutenant conséquemment les jeunes agriculteurs.

Ce texte souligne également la nécessité de réactiver et d'adapter les outils de régulation des marchés et de lutte contre la volatilité des prix; de cesser le laisser-faire des marchés, dévastateur pour les agriculteurs, l'emploi et l'économie des territoires.

Il préconise enfin de privilégier le soutien direct aux petites et moyennes exploitations, et invite à promouvoir l'innovation, l'apprentissage et la formation professionnelle pour adapter les compétences des acteurs aux besoins du nouveau modèle agricole.

Je vote en faveur de ce texte car il contient de nombreuses propositions à même de permettre à la future PAC de retrouver toute sa légitimité et de relever le défi majeur de l'emploi.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Δεν στηρίζω την έκθεση σχετικά με το πώς μπορεί η ΚΓΠ να βελτιώσει τη δημιουργία θέσεων απασχόλησης στην ύπαιθρο, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27 Οκτωβρίου 2016.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce texte comporte de nombreux points positifs (soutien efficient aux petites et moyennes exploitations, défense et mise en avant des appellations d'origine protégée (AOP) et indications géographiques protégées (IGP), priorité locale, etc.), mais, s'éloignant des questions de fond, prend position sur les questionnements de genre, ainsi que sur l'intégration sociale et économique des migrants et réfugiés. Nous nous opposons à ces prises de positions dans le contexte actuel de crise dans le secteur de l'agriculture.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa influenciar a revisão da PAC em 2017 e a futura reforma da política agrícola da UE, servindo como um ponto de partida para a discussão aberta sobre a garantia de que as zonas rurais da UE, em toda a sua diversidade, têm futuro, com a ênfase colocada firmemente no emprego e no crescimento do emprego nas zonas rurais.

Este relatório também apela à simplificação da PAC, reforçando o seu papel social, prestando especial atenção à agricultura de pequena escala, à diversificação das zonas rurais, ao financiamento suficiente para as zonas rurais em vários fundos europeus, apoio aos jovens agricultores, uma melhor inclusão das mulheres no sector agrícola, etc.

Este relatório é crítico sobre os riscos para as economias locais e os postos de trabalho, portanto, contra as políticas destinadas a estimular a produção local e apoiar os meios de subsistência agrícolas e de emprego europeus. Votei a favor.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Comme l'immense majorité de la gauche parlementaire européenne (socio-démocrates, écologistes, gauche unitaire) et contrairement à la droite et au Front national, j'ai voté en faveur du rapport Andrieu sur le futur de la politique agricole commune, qui appelle à une réforme de la PAC dans une direction plus favorable à l'emploi.

Je partage à la fois le diagnostic et les solutions préconisées. Le texte part d'un constat, connu mais toujours d'actualité: la PAC, malgré l'enveloppe budgétaire dont elle dispose, est mal orientée. Elle se met au service de l'agriculture productiviste et intensive plutôt que de l'agriculture familiale, favorise la concurrence à l'export plutôt que les circuits courts et fragilise la cohésion territoriale et les écosystèmes. La PAC doit se réformer pour répondre à ces défis écologiques et sociaux (1/5 des exploitations européennes a disparu entre 2007 et 2013), mais aussi engager une stratégie de renouvellement des générations – les moins de 35 ans ne représentant actuellement que 7 % des exploitations.

Les solutions existent mais sont négligées par la droite libérale aux manettes de l'Europe: meilleure régulation des marchés, soutien accru aux petites exploitations, promotion de l'économie circulaire. Ce rapport engage un tournant vers davantage de volontarisme politique en matière agricole.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Susilaikiau balsuodamas dėl pranešimo „Kaip įgyvendinant bendrą žemės ūkio politiką (BŽŪP) galima pagerinti darbo vietų kūrimą kaimo vietovėse“. Šiame pranešime nemažai nuostatų, kuriose kritikuojamos ES vykdomos derybos dėl laisvosios prekybos susitarimų TTIP, CETA, MERCOSUR. Manau, jog laisvosios prekybos susitarimai gali atverti ypač dideles ir pelningas JAV, Kanados, Pietų Amerikos rinkas mūsų ūkininkų produkcijai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport apporte un regard critique sur la politique agricole de l'UE.

Dans une approche intégrée, il considère que le «développement du secteur agricole est également lié à la diversification et au maintien d'autres activités économiques, telles que la sylviculture et l'artisanat, et au développement des petites et moyennes entreprises et de capacités de production intégrée, du tourisme rural, des activités récréatives, éducatives et sportives». Ce qui promeut un modèle fondé sur les petites exploitations plutôt que l'agro-industrie.

Le rapport souligne également que «les accords commerciaux en négociation comme le partenariat transatlantique de commerce et d'investissement (PTCI), l'accord économique et commercial global entre l'Union et le Canada (AECG) et l'accord de libre-échange UE-Mercosur menacent l'emploi et la création de conditions favorables pour les agriculteurs». Enfin le rapport demande à ce que la politique agricole commune (PAC) «appuie plus efficacement l'agriculture biologique et biodynamique». Je vote pour ce texte

Susanne Melior (S&D), *schriftlich*. – Die Fokussierung auf die Betriebsgrößen ist nicht zielführend. Die Annahme, dass kleinere Strukturen generell stabilere wirtschaftliche Verhältnisse schaffen, ist nicht belegt.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I could not support the text that was put to a vote, as it would have limited the Union's ability to gain access to new markets for the Union's agricultural products through free trade agreements.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — In het kader van het gemeenschappelijk landbouwbeleid is het aan de Commissie om initiatieven te ontplooien die een oplossing bieden voor de crisissen in de landbouw en tegelijk duurzame werkgelegenheid in de landbouwbedrijven genereren. Onze Europese landbouw beschikt immers over voldoende troeven om een leiderspositie op de wereldmarkt te ambiëren. Om deze doelstelling te realiseren, zullen voldoende middelen moeten worden uitgetrokken om innovatie in de landbouw en het plattelandsbeleid te bevorderen. Een betere verdeling van de GLB-betalingen aan de kleinere bedrijven, het aanpassen van de interventieprijzen aan de ontwikkeling van de kostprijzen maar ook kortere toeleveringsketens en de promotie van onze excellente voedselkwaliteitssystemen en onze vermaarde Europese gastronomie op de wereldmarkt kunnen een gunstige dynamiek doen ontstaan en duurzame werkgelegenheid in plattelandsgebieden opleveren. Ondanks een aantal goede elementen in het verslag die de ondersteuning van de kleine en familiale bedrijven beogen, heb ik het verslag bij de eindstemming niet goedgekeurd omdat de negatieve verwijzingen naar handelsovereenkomsten zoals CETA en TTIP getuigen van een groot fatalisme. De internationale handelsakkoorden moeten juist aangegrepen worden als een kans om de troeven van onze Europese landbouw en de uitvoer van onze unieke landbouwproducten te promoten en de werkgelegenheidskansen in de landbouw te ondersteunen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. — Vidiecke oblasti zaberajú viac ako 77 % územia EÚ a mnoho pracovných príležitostí v týchto oblastiach je závislých na poľnohospodárstve a potravinovom priemysle. V rámci spoločnej poľnohospodárskej politiky EÚ je dôležité zachovať jej 2 piliere. Prvý pilier zabraňuje odlivu malých a rodinných poľnohospodárskych podnikov z odvetvia a zachováva pracovné miesta v odvetví poľnohospodárstva; finančné prostriedky z druhého piliera zabezpečujú tvorbu pracovných miest v ďalších oblastiach, akými sú cestovný ruch, spracovanie potravín a iné. Kríza, ktorá zasiahla Európu, ovplyvnila najviac vidiecke oblasti. V záujme prevencie je potrebné podporovať rozmanitosť poľnohospodárskych systémov. Malé a stredné podniky, ktoré sú inovatívnejšie, vysoko flexibilné a často lepšie zorganizované v podobe zoskupení výrobcov, sú odolnejšie počas krízy a schopné jednoduchšie sa prispôsobiť jej dôsledkom; zároveň sú prínosom pre miestne komunity, čím prispievajú k podpore vidieckeho hospodárstva. Výzvou pre budúce SPP po roku 2020 musí byť zjednodušenie postupov a dostatočné finančné pokrytie. Väčšia pozornosť sa musí zamerať na modernizáciu a investície. Rozvojom vidieka sa priamo prispieva k tvorbe pracovných miest. Je preto nevyhnutné, aby členské štáty prostredníctvom svojich miestnych orgánov prispievali k plneniu cieľov SPP využitím dostupných prostriedkov, ktoré ponúka. Programy rozvoja vidieka a operačné programy možno využiť na vytváranie pracovných miest, ich zachovanie a na zlepšovanie služieb na vidieku.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Mezőgazdasági és Vidékfejlesztési Bizottság jelentése szerint a vidéki területek az EU területének több mint 77%-át teszik ki, és e területeken számos munkahely a mezőgazdaságtól és az agrár-élelmiszeripartól függ. A mezőgazdaság és az agrár-élelmiszeripar az EU GDP-jének 6%-át teszi ki, ami 15 millió vállalkozást és 46 millió munkahelyet jelent. Rámutat, hogy a gazdasági válság leginkább a vidéki térségeket sújtotta, és e területeken a megszorítási politikák miatt példa nélküli visszaesés volt tapasztalható.

A jelentés változást sürget annak fényében, hogy 2014-ben a kedvezményezettek 13%-a kapta meg a KAP közvetlen kifizetéseinek 74%-át. Minthogy a mezőgazdasági kisüzemek munkaerő-igényesebbek, és a mezőgazdasági üzemekben dolgozók 53%-a kisméretűként besorolt mezőgazdasági üzemekben dolgozik, ez nyilvánvalóan nem segíti a mezőgazdasági termelésen belüli munkahelyteremtést.

A jövőt illetően a jelentés kiáll a modernizáció és a beruházások serkentése mellett és a vidék problémáinak megoldásában fontos szerepet tulajdonít az idegenforgalomnak. Állást foglal amellett, hogy a KAP keretében nyújtott közvetlen kifizetéseket kizárólag olyan személyek részére kell biztosítani, akik fő tevékenységi területe a mezőgazdaság és leszögezi, hogy a jövőben a KAP forrásainak bővebb támogatást kell biztosítaniuk a termelői szervezetekbe tömörülő kis és közepes méretű gazdaságok és vállalkozások megszűnésének lassítására.

A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente plusieurs points positifs: soutien efficient aux petites et moyennes exploitations, défense et mise en avant des AOP et IGP, priorité locale dans les marchés et l'emploi, remise en cause des traités de libre-échange (dans leurs volets agriculture), volonté de réutiliser des outils de régulation des prix sur les marchés, etc. Malgré tout, ce rapport s'est vu pollué par les avis des commissions FEMM et EMPL, qui y ont donc intégré les habituelles revendications sur les migrants et les questionnements de genre. À cet égard, le paragraphe 77 qui promeut l'intégration sociale et économique des migrants et des réfugiés (et de leurs épouses) dans l'emploi rural est démagogique, hors-sujet et donc inacceptable, a fortiori dans un double contexte de crise de l'agriculture et de l'emploi. Pour cette raison, et malgré les éléments d'accord, le vote sera défavorable.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Temos assistido, nas últimas décadas, em muitos países europeus, ao êxodo dos agricultores das zonas rurais e a uma redução drástica dos rendimentos dos agricultores e de outros trabalhadores agrícolas e que o emprego na agricultura está em permanente declínio.

Subscrevo a posição do relator ao solicitar aos Estados-Membros para darem aos jovens agricultores perspetivas a longo prazo que permitam fazer face ao despovoamento das zonas rurais, a aplicarem uma estratégia global de renovação das gerações e, para este efeito, a fazerem pleno uso de todas as possibilidades previstas no âmbito da nova PAC para apoiar os jovens agricultores e os agricultores recém-instalados, inclusive fora do quadro familiar, nomeadamente através da concessão de ajudas aos jovens agricultores a título do primeiro e do segundo pilares, bem como a facilitarem a instalação no sector agrícola e o espírito empresarial de agricultores com mais de 40 anos.

Defendo a necessidade de incentivar o desenvolvimento, a comercialização e a venda de produtos agrícolas de elevada qualidade e à realização de iniciativas destinadas a abrir novos mercados, bem como a introduzir programas operacionais e campanhas de comercialização de produtos, de molde a garantir a diversificação e a competitividade da cadeia alimentar europeia.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which offers a positive narrative on how the CAP can be a force for employment generation in rural areas, both in farming and beyond. The report addresses the question of falling rates of employment in the primary sector following the advances in intensification of European agriculture. The report also presents a range of tools to stimulate employment beyond agriculture. Importantly, the report points out the role of local, bottom-up initiatives such as the LEADER approach which can galvanise the support of local communities and help orientating public funds where they could be most effective in enhancing entrepreneurship and employment generation. It also emphasises the role of women in rural areas as well as a contribution from non-agricultural sectors, such as forestry and tourism.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif à la contribution de la PAC à l'emploi en zone rurale. En effet, ce rapport expose davantage la vision qu'a le rapporteur socialiste de la politique agricole commune au lieu de véritablement proposer des solutions en matière de promotion de l'emploi, de gestion de crise, de rééquilibrage des aides entre exploitations et territoires et de soutien aux producteurs de niche.

József Nagy (PPE), *írásban*. - A közös agrárpolitika nagy kedvelője vagyok, mindig is támogattam az ötletet, hogy a fogyasztók úgy jussanak folyamatosan és megfizethető áron biztonságos és elegendő mennyiségű élelmiszerhez, hogy az közben a mezőgazdasági termelőknek megélhetést biztosítson. A mezőgazdaságot első kézből ismerem, hiszen nagyon fontos szerepet játszik hazámban, Szlovákiában is. Mindennek ellenére a plenárison bemutatott jelentést kénytelen voltam elutasítani. A jelentés igen csak egyoldalúra sikeredett, mélyen kritizálja az eddig jól működő közös agrárpolitikát és egy teljesen új rendszert vezetne be. Az Európai Uniónak fontosak a nemzetközi kereskedelmi megállapodások, amit ez a jelentés teljesen ignorál. Bizonyára a jelenlegi közös agrárpolitikának is vannak hiányosságai, amiket a jövőben szeretnénk kijavítani, de a ma elénk került javaslat számomra nem igazán volt elfogadható.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 1962 the Common Agricultural Policy (CAP) was introduced, implementing a system of agricultural subsidies and other programmes. I have voted for this report regarding the improvement of CAP for the creation of new jobs in the rural areas that calls on Member States to offer young farmers long-term prospects to address the issue of rural depopulation, stresses that a large part of CAP direct payments are going to big farms and encourages the Member States to step up their support for small and medium-sized farms.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am decis să votez în favoarea acestui raport privind PAC și modul în care aceasta poate crea locuri de muncă calitative în zonele rurale, deoarece este un subiect extrem de important și pentru România. Este esențial ca politica agricolă Comună să sprijine agricultorii și fermierii, dar în același timp, este necesar un pas înainte prin care să se sporească sprijinul pentru investițiile care creează locuri de muncă. Problema ofertei pieței muncii în zonele rurale este una pe care o întâmpinăm în toate statele membre, iar România nu face excepție în acest sens.

În contextul în care suprafața zonelor agricole este într-o continuă concurență cu dezvoltarea și cu zonele declarate protejate, consider că PAC trebuie să sprijine mai mult dezvoltarea sustenabilă a agriculturii, având mereu în vedere crearea de locuri de muncă de calitate.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen. Trotz der sozialistischen bis planwirtschaftlichen Ansätze würde auch für Bauern in Österreich, vor allem für Kleinbauern, finanzielle Hilfe bereitgestellt werden.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Erapooletu. Raporti eesmärk on vaadata, mis põhjustab maapiirkondades töötust ja inimeste väljarännet maalt linna ning kas ÜPP raames saab kuidagi seda protsessi muuta. Jäin erapooletuks, kuna raportis ei toodud siiski lahendusi, mis nende probleemide puhul aidata võiksid.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Il est en effet important, dans le cadre de la prochaine réforme de la politique agricole commune, de faire de celle-ci un instrument au service de l'emploi. Des outils pour réguler les marchés et lutter contre la volatilité des prix doivent ainsi être mis en place. Enfin, je partage largement l'objectif affiché du rapport qui est de «reterritorialiser» l'agriculture autour des circuits courts et de l'économie circulaire.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – We oppose this because of its lack of realism in understanding both how markets work and the current fiscal climate.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Pur prendendo in considerazione gli aspetti presentati nel documento relativi agli eventuali effetti che la PAC può avere nelle zone rurali e pur rilevando l'importanza che riveste il suddetto argomento, nonché la fondamentale importanza di mantenere i due pilastri della PAC con la finalità di migliorare la creazione e, in particolar modo, l'occupazione nelle zone rurali, non credo tuttavia che le obiezioni presentate siano complete e di conseguenza non mi sentirei di appoggiarle pienamente. Pertanto, intenderei astenermi.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – ZPP može i mora potaknuti otvaranje radnih mjesta u ruralnim područjima. Međutim, ZPP ne može zamijeniti socijalnu politiku što ovo izvješće promovira. Proizvodnja hrane i život u ruralnim područjima nije i ne smije biti socijalna politika već mora biti ključna gospodarska politika kako bi osigurali dostatnu opskrbu potrošača Unije zdravom i kvalitetnom hranom jamčeći pritom dostojanstvena primanja zaposlenih u tom sektoru, a ne tek mrvice sa stola bogatih, velikih i moćnih.

Smatram kako ZPP treba razvijati u smjeru osnaživanja primarnih proizvođača, uspostavljanja fer odnosa između dionika u lancu opskrbe hranom te drugim mjerama kojima je za cilj proizvodnja bazirana, kako na tradicionalnim iskustvima, tako i na novim tehnologijama koje moraju postati dostupne obiteljskim poljoprivrednim gospodarstvima. Tek osnažena gospodarstva mogu postati pokretači zapošljavanja.

Nadalje, trgovinske sporazume valja promatrati kao šansu daljnjem osnaživanju europske poljoprivrede, ali istovremeno domaće, europske politike treba prilagoditi posebnim potrebama država članica za nadmetanje na globalnom tržištu, poput omogućavanja prava na samostalnu i neuvjetovanu odluku o zabrani sjetve i uporabe GMO-a na njihovom teritoriju. Kako je ovo izvješće u tom segmentu, ali i u nekim drugim sastavnicama nedorečeno, bila sam suzdržana kod njegovog usvajanja.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A agricultura representa um setor fundamental que, para além de garantir a produção de alimento e outros bens agrícolas fundamentais para a nossa sobrevivência, representa igualmente uma alavanca fundamenta de desenvolvimento rural destinado a evitar a desertificação e promover a coesão territorial.

Contudo, importa sublinhar em primeiro lugar a qualidade deste emprego e a necessidade de combater a crescente precariedade do emprego neste setor onde a sazonalidade muitas vezes de sobrepõe aos direitos fundamentais de quem trabalha. Importa sublinhar que para poder contribuir com a criação de emprego, a PAC deverá inverter completamente a sua orientação política até aqui baseada numa lógica liberalizante, toda ela orientada para os mercados.

Desta forma, são necessário instrumentos fortes de regulação da produção que forma e estão a ser completamente te desmantelados com as sucessivas revisões da PAC. Importa intervir ao nível da cadeia de distribuição, impondo uma distribuição mais justa da criação de valor, com preços justos pagos ao produtor. Importa finalmente parar com esta sucessão de acordos de comércio livre seja com o Canadá, com os Estados Unidos ou com os países do Mercosul que representam a ruina da nossa pequena e media agricultura familiar.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Ačkoliv zemědělství a zemědělsko-potravinářské odvětví představuje 6 % HDP Evropské unie, zájem o zaměstnání v této oblasti se neustále snižuje. V mnoha evropských zemích dlouhodobě dochází k odlivu pracovní síly ze sektoru zemědělství a příjmy zemědělců neustále klesají. Proto je potřeba zavést komplexní strategii pro celkovou generační obnovu v zemědělství. Je nutné plně využívat všech možností, které SZP nabízí na podporu mladých a začínajících zemědělců, a tyto možnosti účinněji propagovat. Nutné je také vytvořit příležitosti pro mladé zemědělce, například pokud jde o přístup k půdě. Zvláštní pozornost je pak potřeba věnovat většímu zapojení žen.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – V hlasování o této zprávě jsem se musel bohužel vyslovit proti návrhu, protože kromě pozitivních prvků obsahuje i řadu momentů, se kterými v žádném případě nemohu souhlasit. Za příklad bych uvedl to, že usnesení obsahuje pasáž, která požaduje „politiky", které budou propagovat pozitivní dopad migrace na pracovní trh. To myslím není úkol politik Evropské unie. Vadí mi také podle mne nepřiměřená kritika smluv o volném obchodu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Nous devons nous interroger sur les motivations politiques derrière ce rapport d'initiative non législatif, pour lequel un grand nombre de députés se sont opposés, avec aussi un nombre élevé d'abstentions.

Le texte repose sur une opposition systématique des modèles agricoles, offrant ainsi une vision non réaliste de l'agriculture, soi-disant fondée sur des petites fermes repliées sur elles-mêmes alors que les exportations européennes dans l'agriculture sont importantes.

Nous avons bien compris que le rapporteur socialiste s'est servi de ce rapport pour proposer une sorte de refondation de la PAC. Pourtant, ses collègues socialistes français, et particulièrement Stéphane Le Foll, ont brillé par leur inefficacité à porter la voix de la France pour gérer la crise agricole sans précédent que connaît notre pays.

Promotion de l'emploi, gestion des crises, rééquilibrage des aides entre exploitations et soutien aux productions de niche sont certes des objectifs prioritaires et louables, mais ce texte met à mal l'équilibre atteint lors de la dernière réforme de la PAC. Tout comme de nombreux collègues, dont Michel Dantin, je me suis opposé à ce texte: il promeut une usine à gaz alors que nos agriculteurs demandent que simplicité et stabilité soient les maîtres-mots de la politique agricole.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Atualmente na União Europeia (UE) as zonas rurais representam mais de 77% do território comunitário, sendo que muitos postos de trabalho nestas zonas – uma grande percentagem deles não deslocalizáveis – dependem da agricultura e da indústria agroalimentar. A agricultura e a indústria agroalimentar representam 6% do PIB da UE, 15 milhões de empresas e 46 milhões de postos de trabalho, sendo portanto uma fatia importante na economia europeia.

É verdade que muitas zonas rurais enfrentam uma série de desafios, como os baixos rendimentos, o crescimento negativo da população, a falta de postos de trabalho e uma elevada taxa de desemprego.

A criação de emprego em zonas rurais é um dos desafios da União e tal é considerado nas disposições da vigente Política Agrícola Comum da União Europeia (PAC). Considero que o presente relatório aborda uma temática importante, no entanto discordo de algumas orientações apresentadas existindo, a meu ver, abordagens mais adequadas para promover a criação de emprego em zonas rurais. Pelo acima exposto voto contra o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We oppose this because of its lack of realism in understanding both how markets work and the current fiscal climate.

Sofia Ribeiro (PPE), *por escrito*. – Votei contra, uma vez que o presente relatório vem dar uma conotação negativa aos acordos de comércio (TTIP e CETA) em vez de apresentar medidas concretas e realistas para o combate ao desemprego nas zonas rurais.

Ao contrário do que o relatório apresenta, acordos como a Parceria Transatlântica de Comércio e Investimento, o Acordo Económico e Comercial Global entre a UE e o Canadá e o Acordo de Comércio Livre entre a UE e o Mercosul, não constituem uma ameaça à criação de emprego e das condições para apoiar a agricultura de subsistência. Paralelamente, nota-se neste relatório que o seu autor pretendeu imprimir o mesmo de uma enorme componente ideológica, reduzindo o que poderia ser um bom instrumento para a União e os seus agricultores a um mero exercício de demagogia.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, a Política Agrícola Comum deve contribuir mais para a criação e manutenção a longo prazo de empregos nas zonas rurais e assim combater o desemprego e o despovoamento. São precisos serviços públicos nestas áreas, a diversificação da produção, o cuidado com os aspectos ambientais, a criação de oportunidades para mulheres e jovens, oportunidades de turismo, cadeias de fornecimento de bens alimentares mais curtas e justiça no tratamento dos produtores primários. O relatório contempla muitas medidas no sentido de reforçar a dimensão social.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que considero positivo el debate sobre la necesidad de reorientar las ayudas de la PAC a los agricultores con actividad agraria real y a la creación de empleo en las zonas rurales europeas. Es de especial interés que se ponga el acento en la incorporación y en el acceso a la tierra de los jóvenes y de las mujeres. El informe también pone de relieve la contribución de las cadenas de suministro cortas en la creación de empleo rural, enfatizando la importancia de los sistemas de calidad y las Indicaciones Geográficas, por las oportunidades que generan de desarrollo del sector agroalimentario.

El texto da por sentado que los agricultores operan en un mercado cada vez más global, reconociendo, por una parte, que en algunas zonas rurales el empleo puede estar amenazado por carecer de alternativas viables al modelo tradicional agrícola; mientras que para otras zonas y sectores, dichos Acuerdos pueden ofrecer grandes oportunidades de desarrollo económico y de empleo.

Con este informe el Parlamento Europeo abre el debate sobre cómo puede la PAC contribuir a reforzar el empleo y mantener población, de cara a la futura Política Agrícola Común post 2020.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen sur la manière dont la politique agricole commune peut améliorer la création d'emplois dans les zones rurales. Je partage l'avis du rapporteur de cette résolution qui demande aux États membres de pouvoir créer des perspectives d'avenir pour les jeunes agriculteurs et de soutenir les petites et moyennes exploitations. J'ai également apporté mon soutien à cette demande d'augmenter la possibilité d'octroyer des paiements couplés et de rendre ce type de soutien plus flexible. En phase avec ces éléments, mais aussi avec de nombreuses autres recommandations émises dans cette résolution, j'ai décidé de lui apporter mon soutien.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Europos kaimiškosios vietovės yra krizėje. Krizėje, kuri pasireiškia ne tik svyruojančiomis kainomis, išlaidų nepadengiančiomis ūkininkų pajamomis, tarpininkų piktnaudžiavimu, bet ir sparčiai mažėjančiu kaime gyvenančių ir žemės ūkyje dirbančių žmonių skaičiumi. Nuo 2000 iki 2012 m. Europos žemės ūkyje išnyko beveik 5 milijonai darbo vietų. Vietoje smulkių ūkių kuriasi „mega-ūkiai".

Ar tokio Europos žemės ūkio mes norime?

Kaip šešėlinis pranešėjas galiu pasakyti, jog šis pranešimas yra parengtas labai gerai. Juo pateikiama vizija, ko Europos kaimui reikia iš dabartinės BŽŪP reformos ir naujosios BŽŪP. Galiu tik papildomai akcentuoti, kad turime siekti labiau į kaimo svarbą ir kokybišką maistą, švarią aplinką orientuotos europinės BŽŪP. Taip pat turime siekti lygių konkurencinių galimybių ūkininkams, visų pirma per tiesioginių išmokų suvienodinimą.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Face aux multiples crises que connaît le monde agricole, ce rapport aborde pour la première fois de front le sujet de la PAC et de l'emploi. Il préconise de faire de la PAC un véritable instrument au service de l'emploi, tout en garantissant une alimentation saine et accessible au plus grand nombre. Le rapport propose de soutenir l'installation des jeunes agriculteurs pour favoriser le renouvellement des générations, mais également de réactiver, en les adaptant, les outils de régulation des marchés et de lutte contre la volatilité des prix, et de mettre un terme au laisser-faire des marchés, dévastateur pour les agriculteurs, l'emploi et l'économie des territoires. L'objectif est clair: conforter les petites et moyennes exploitations afin de mieux soutenir l'emploi et le développement durable, ainsi qu'un aménagement du territoire harmonieux.

Alors que la révision de la PAC approche, ce rapport permet de poser les jalons d'une politique agricole faisant rimer ruralité et modernité: innovation, apprentissage, formation professionnelle et organisation collective doivent permettre de répondre aux défis qui se posent à l'agriculture en ce début de XXIe siècle! J'ai voté pour ce rapport.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe. El informe está dividido en dos partes, una primera parte sobre la PAC vigente actualmente y una segunda parte sobre la PAC de 2020. El objetivo de este informe es influenciar la revisión de 2017 de la Política Agraria Común. Además, el informe constituye una base sólida para tratar temas de importancia capital como la despoblación en el mundo rural, la falta de oportunidades, la caída del empleo, etc. El texto enfatiza en la importancia de proteger a los pequeños y medianos agricultores y hacer más proporcional y justa la distribución de subvenciones. Propone más concretamente que las medianas explotaciones familiares sean las principales beneficiadas de las ayudas agrícolas europeas. He votado a favor de una PAC que realmente beneficie a las explotaciones familiares, que genere empleo en el medio rural y que diversifique la economía de nuestros pueblos.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Bericht zur Schaffung von Arbeitsplätzen in ländlichen Gebieten durch die GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) gestimmt.

Der Bericht fokussiert ausschließlich auf kleine Landwirtschaften, einen sehr einseitigen negativen Blickwinkel auf internationale Handelsabkommen und den generellen Wunsch, eine komplett neue Agrarpolitik aufzustellen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe apoya la agricultura a pequeña escala, fomenta el apoyo a las personas jóvenes que se incorporen a la actividad agraria, la mejor inclusión de las mujeres en la actividad agrícola y los circuitos cortos de producción y consumo. Así mismo se muestra crítico con los tratados de libre comercio y con el apoyo de la PAC al modelo agrícola industrial intensivo. Por todo ello he votado a favor del mismo.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A agricultura nas regiões ultraperiféricas absorve uma parte importante da população ativa e constitui a base da economia regional, com externalidades positivas noutros sectores, sejam eles o turismo ou a agroindústria.

Pelas suas características, a busca de soluções de emprego nas regiões ultraperiféricas, em caso de contração da economia, está comprometida pela falta de interconectividade. Por outro lado, os custos de produção nestas regiões são relativamente mais elevados do que outras zonas no continente. Por estas razões, as crises no sector da agricultura fazem sentir-se com efeitos exacerbados nestas regiões.

Pedimos, por isso, que a política agrícola se muna dos instrumentos adequados e que, em caso de crise, se apliquem critérios adaptados às necessidades das regiões ultraperiféricas. Os Açores, a região de onde provenho, produzem 30 % de leite português e os últimos 2 anos de crise no sector demonstram a urgência desta necessidade.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which explores how the CAP rules and budgetary spending can be optimised in order to enable this policy to play a bigger role in promotion of employment in the rural areas. It discusses the reasons driving rural depopulation and economic stagnation in the European countryside, induced partly by negative impacts of the intensification of farming and globalisation.

An important positive contribution presented by this report focuses on highlighting the role of CAP's rural development measures, local initiatives and approaches (including LEADER) and measures to strengthen rural-urban links. The report also explores solutions to enhance rural entrepreneurship and diversification of economic activity away from farming, including through innovation, improvements in rural infrastructure and public services, etc. Moreover, the report calls for action in favour of integrating rural communities more strongly thanks to tools addressed specifically to migrant workers and women in order to improve their often more disadvantaged situation in rural economies.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Celková zamestnanosť v poľnohospodárstve v Európe sa za posledných desať rokov znížila o 25 % a zaznamenala celkovú stratu 3,7 miliónov pracovných miest (Eurostat 2010). Žiaľ, v posledných desaťročiach sa v mnohých európskych krajinách dramaticky znížil aj počet poľnohospodárov vo vidieckych oblastiach, ktoré predstavujú viac než 77 % územia EÚ. Podporila som uznesenie, lebo som presvedčená, že iba účinnejšie opatrenia môžu zabezpečiť občanom vo vidieckych oblastiach lepšie životné a pracovné podmienky, ktoré v konečnom dôsledku zabezpečia všetkým rodinám dôvody na to, aby tam zostali a viedli úspešný život. Pochádzam z vidieka a stretávam sa s tým, že dôležitosť práce v poľnohospodárskom odvetví sa čoraz viac stáva okrajovou a prítomnosť mladých ľudí sa stále znižuje. Preto za obzvlášť dôležité považujem to, aby sa do centra budúcej spoločnej poľnohospodárskej politiky (SPP) dostali mladí ľudia, pretože bez výraznejšej podpory nemá poľnohospodárstvo vo vidieckych oblastiach budúcnosť. Myslím si, že je potrebné vrátiť prestíž profesii poľnohospodárstva a roľníka a zaručiť mladým ľuďom odpovedajúci príjem, ktorý im bude zabezpečovať dostatočnú istotu.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Waar de directe betalingen uit het gemeenschappelijk landbouwbeleid (GLB) de boeren helpen en ondersteunen om actief te blijven, leiden ze ook tot meer concentratie, schaalvergroting in de bedrijfsvoering en tot een aantal super-industriële bedrijven die zeer sterk leunen op chemische input en monoculturen en amper werkgelegenheid creëren. Dit verslag vestigt daar de aandacht op. Tussen 2000 en 2012 verdwenen in Europa 4,8 miljoen banen in de sector. Kleine bedrijven zijn arbeidsintensiever, en toch zien we dat de middelen niet altijd rechtvaardig zijn verdeeld. In het verslag wordt ervoor gepleit om na 2020 meer voordelen toe te kennen aan kleine en middelgrote landbouwbedrijven. Nu ontvangt 13% van de bedrijven 74% van de middelen.

Verder moet de administratie rondom het GLB eenvoudiger, en moet de tweede pijler plattelandsontwikkeling versterken, zodat zo veel mogelijk banen kunnen worden gecreëerd. Diensten en infrastructuur op het platteland moeten degelijk zijn, zodat het voor mensen aantrekkelijk is daar te wonen en te werken. Oplossingen gaan richting korteketeninitiatieven, biologische landbouw, diversificatie – op het gebied van toerisme, productie van hernieuwbare energie of hoevewinkels – of investeringen in duurzame landbouwmodellen.

Tijdens de stemming zijn enkele sterke punten gesneuveld maar de hoofdboodschap blijft overeind, dus ik stemde voor.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Spoločná poľnohospodárska politika Európskej únie potrebuje zásadnú reformu, pretože namiesto kohézie medzi agrosektormi prináša skôr diskrimináciu farmárov v nových členských krajinách. V budúcnosti sa musíme viac zamerať na efektívnejšiu výrobu, aj za pomoci najnovších technických prostriedkov, odstránenie nezmyselných priamych platieb a podporu predaja z dvora. Súborom opatrení, ktoré zvýšia konkurencieschopnosť a budú brať do úvahy reálny stav a možnosti agrosektora, môžeme výrazne obmedziť vyľudňovanie vidieka a podporiť rast počtu pracovných miest a platov v európskom poľnohospodárstve.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. – I voted against the report on how the CAP can improve job creation in rural areas.

This report attempts to touch on an extremely wide range of issues surrounding agriculture. Whether substantial, such as subsidies, unemployment, impact of trade deals, environmental regulation, or irrelevant i.e. gender equality.

Regardless of one's position on these various issues, I firmly believe that this report should be rejected on its haphazard, confused, and seemingly random 'pick "n" mix' approach. Regulators are still captured by the false illusion that they can wave a magical legislative hand as if they were a Pharaoh and say 'So let it be written. So let it be done.'

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Vzdržala sem se pri glasovanju o poročilu: Kako je mogoče s skupno kmetijsko politiko povečati ustvarjanje delovnih mest na podeželju. Podeželje predstavlja več kot 77 % ozemlja Evropske unije, kmetijstvo in kmetijsko-živilska industrija pa skupaj predstavljata 6 % BDP EU. Žal smo zamudili priložnost za dobro poročilo, saj se to poročilo osredotoča predvsem na politično razpravo in gre v napačno smer. Vsi seveda podpiramo dodatna delovna mesta, ne moremo pa podpreti neobjektivnega nasprotovanja trgovinskim sporazumom, ki bodo predvsem oživili evropsko gospodarstvo ter prinesli nova delovna mesta. Ravno sporazum s Kanado je primer tega, kako bomo zavarovali svojo odličnost na področju kmetijstva.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Κοινή Γεωργική Πολιτική πρέπει να προστατεύει τους αγρότες από τις διεθνείς συμφωνίες ελεύθερου εμπορίου. Παράλληλα, πρέπει να προωθεί την απλοποίηση των γραφειοκρατικών διαδικασιών και να ενισχύει την περιφερειακή ταυτότητα και παράδοση στον τομέα της γεωργίας. Οφείλει να προωθεί τη συμμετοχή της νεολαίας στη γεωργική παραγωγή και να δίνει προτεραιότητα σε απομακρυσμένες, ορεινές και παραθαλάσσιες περιοχές.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel úgy vélem, hogy a közös agrárpolitika egyik legfontosabb célkitűzése, hogy munkahelyeket teremtsen vidéki térségekben. Sajnálatos módon ezeken a területeken jelentős foglalkoztatáscsökkenés szemtanúi lehettünk az elmúlt évtizedekben, főként a kelet- és közép-európai térségekben. Mindez annak ellenére történt, hogy számos munkahelyteremtő intézkedés került bevezetésre a különböző alapok segítségével. Véleményem szerint az eredményességet néhány tagállamban a nyíltan megjelenő kormányzati korrupció hátráltatja, így a munkahely-teremtésre szánt források nem képesek hatékonyan változtatni a helyzeten.

Támogatni kell a kis gazdaságok szövetkezéseit, vonzóvá kell tenni a mezőgazdasági foglalkoztatást és mindezt a fiatalok érdekeinek szem előtt tartása mellett téve. A vidéki területek jövője nem csak a mezőgazdaságtól függ, egyetértek azzal, hogy a gazdaságok tevékenységi körét diverzifikálni kell a fenntartható üzleti fejlődés érdekében, és hogy maximálisan be kell vonni a fiatalokat és a nőket. Az alapvető szolgáltatások és csatlakozási lehetőségek biztosításával lehet megtartani a lakosságot, és elkerülni az elnéptelenedést. Azt, hogy melyik irányba induljunk el, azt maximum iránymutatások szintjén határozhatjuk meg, a valós megoldásokhoz az alulról építkező kezdeményezéseknek kell teret adni. A tagállamoknak több célzott intézkedést kellene bevezetniük a vidéki munkahelyteremtés érdekében, mindezt erős központi kontroll mellett megvalósítva.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Zona rurală a statelor membre UE a fost una dintre cele mai afectate de criza financiară și economică din ultimii ani. De asemenea, s-a creat o falsă impresie că în viitor zona rurală nu va mai fi la fel de importantă, uitându-se că aceasta generează cea mai mare parte a hranei locuitorilor din orașe. Politica Agricolă Comună (PAC) este menită să prevină această tendință negativă și să asigure dezvoltarea durabilă a zonelor respective.

În acest context, prin intermediul Primului Pilon al PAC se poate contribui la sprijinirea sectoarelor care generează un număr mare de locuri de muncă, contribuindu-se la menținerea producătorilor din mediul rural. În același timp, s-ar putea suplimenta plățile cuplate, concomitent cu introducerea unui plafon maxim de 150 000 de euro, cu precădere pentru sprijinirea tinerilor întreprinzători și a întreprinzătorilor femei. Prin intermediul celui de al Doilea Pilon al PAC poate fi susținută dezvoltarea rurală și crearea de locuri de muncă, inclusiv prin încurajarea turismului rural și altor domenii legate de domeniul agricol. În acest mod, s-ar putea evita depopularea actuală a zonelor rurale, care ar deveni mai atractive pentru tinerii întreprinzători și mai bine conectate la dinamica economiei europene. Susțin această inițiativă lăudabilă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport de mon éminent collègue Andrieu. Il faut en effet créer des perspectives d'avenir pour les jeunes agriculteurs afin d'apporter une réponse à l'exode rural; mettre en œuvre une stratégie globale de renouvellement des générations; et, pour ce faire, utiliser pleinement la totalité des possibilités offertes par la nouvelle PAC pour soutenir les jeunes agriculteurs et ceux qui viennent de s'installer, y compris en dehors du cadre familial, notamment par les mesures de soutien aux jeunes agriculteurs du premier et second pilier, ainsi qu'en facilitant l'installation et la création d'entreprises par de nouveaux arrivants âgés de plus de 40 ans.

Des dispositifs relevant des politiques nationales (politique foncière, politique fiscale et sociale, etc.) doivent venir compléter les dispositions en question, avec lesquelles ils doivent être compatibles.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – For a long time, EU rural areas have been suffering from high unemployment rates and depopulation. The report seeks to find out what are the options and possibilities that the Common Agricultural Policy can offer to improve the situation in rural areas, particularly for farmers. European Rural Development is one of the main tools to help to make rural areas more attractive for living there. Although the subject matter is pertinent, I voted to reject the report based on the very poor quality of content, which I felt lacked much added value with regards to proposing viable solutions to improve the unemployment situation in rural areas.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Si les débats sur la politique agricole sont nombreux depuis le traité de Rome de 1957, l'aspect de son rapport à l'emploi n'avait jamais été abordé jusqu'au rapport d'Eric Andrieu.

Entre 1957 et aujourd'hui, la population agricole est passée de 20 % à 4 % du total de la population active de l'Union européenne et plus d'une exploitation agricole sur cinq a disparu dans l'UE entre 2007 et 2013.

L'analyse d'Eric Andrieu, que je partage, démontre que la PAC, en favorisant l'externalisation de la production et la concentration des exploitations agricoles, a eu un impact négatif important sur l'emploi en milieu rural et sur l'agriculture familiale.

Le rapport appelle à un nouveau contrat social entre les agriculteurs et les citoyens qui transforme la PAC en un véritable instrument au service de l'emploi, mais aussi au service d'une alimentation saine et accessible au plus grand nombre. Elle doit aussi permettre l'installation de jeunes agriculteurs, pour assurer le renouvellement des exploitations.

En ce sens, les petites et moyennes exploitations, qui représentent une part très importante de la production et sont les plus performantes en termes d'emplois et de développement durable méritent une attention spécifique.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Néppárti magyar képviselőtársaimmal együtt kénytelen voltam elutasítani a közös agrárpolitika és a munkahelyteremtés kapcsolatáról szóló Andrieu-jelentést. Ezt annak ellenére tettem, hogy a szöveg egy erős és megfelelően finanszírozott közös agrárpolitikára tesz javaslatot, mely célkitűzés teljes mértékben megegyezik a magyar gazdák érdekeivel.

Olyan rendelkezések is bekerültek azonban a jelentésbe, amelyek pont a KAP jövőbeni finanszírozását sodornák közvetlen veszélybe. A jelentés 21. és 77. paragrafusai arra tesznek javaslatot, hogy a mezőgazdasági forrásokból szociális és demográfiai jellegű projekteket is támogassunk. Számunkra kiemelten fontos, hogy a közös agrárpolitika forrásait ténylegesen a gazdák kapják. Ezért nem engedhetjük, hogy akár önkéntes, akár kötelező alapon a közvetlen kifizetésekből vagy a vidékfejlesztési forrásokból fedezzük a szociális és demográfiai változások okozta válsághelyzetek kezelését. A szociális kérdések finanszírozásának nem a közös agrárpolitikában van a helye, ezért is került ki 2013-ban ebből a politikából a leginkább rászorult személyek uniós támogatása.

Ugyanez a javaslat sajnos beemelésre került a strukturális alapok és a KAP gerincét adó uniós jogszabályok tervezett módosításába, az ún. omnibusz javaslatcsomagba is. Itt is következetesen fellépünk majd a strukturális alapok és közte a vidékfejlesztési források – akár önkéntes jellegű – elvonásának a megakadályozása érdekében.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Balsavau už pono Andrieu pranešimą. Pritariu nuomonei, kad bendroji žemės ūkio politika turėtų palengvinti darbo vietų kūrimą kaimo vietovėse. Šių sričių ekonominę plėtrą reikia analizuoti ir suvokti siejant ją su jų socialine ir demografine plėtra. Todėl reikalinga didesnė parama šeimoms, gyvenančioms kaimo vietovėse bei naujų sprendimų darbo rinkoje paieška, pavyzdžiui per didesnį paslaugų skatinimą žemės ūkio sektoriuje. BŽŪP yra viena iš svarbiausių priemonių, kurios turėtų būti naudojamos šiam tikslui tam, kad Europos žemės ūkis turėtų galimybę išbristi iš precedento istorijoje neturinčios krizės, kurioje šiuo metu randasi.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Slažem se da ZPP nakon 2020. veliku važnost treba pridavati instrumentima namijenjenima modernizaciji i ulaganjima koja jamče konkurentnost gospodarskih sektora koji se nalaze u ruralnim područjima. Smatram da razvoj konkurentnog i održivog poljoprivrednog modela koji se temelji na obiteljskom, raznolikom te multifunkcionalnom uzgoju nema alternativu.

Također podupirem poziv usmjeren prema državama članicama koje se potiče da razviju alate za bolji nadzor i regulaciju zemljišta. Izvješće naglašava i to da bi izravna plaćanja u sklopu ZPP-a trebalo dodijeliti samo onim osobama čije je glavno područje djelovanja upravo poljoprivreda, s čime sam u potpunosti suglasna.

Budući da prosječan europski poljoprivrednik obrađuje 12 hektara zemljišta te da 70 % poljoprivrednih gospodarstava obrađuju površinu manju od pet hektara, logično je da u fokusu ZPP-a trebaju biti upravo mala poljoprivredna gospodarstva. Stoga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o tem, kako je mogoče s skupno kmetijsko politiko povečati ustvarjanje delovnih mest na podeželju, nisem podprla, saj menim, da so v poročilu izpostavljene dobre stvari, vendar zaradi nekaterih glasovanj, s katerimi se ne morem strinjati, poročila nisem mogla podpreti. Podeželje predstavlja več kot 77 % ozemlja EU, kar pomeni tudi, da so tam številna delovna mesta, ki jih pogosto ni mogoče preseliti in so povezana s kmetijstvom in živilskopredelovalno industrijo. Kmetijstvo in kmetijsko-živilska industrija skupaj predstavljata 6 % BDP Evropske unije, 15 milijonov podjetij in 46 milijonov delovnih mest. Vložek dela v kmetijstvu v EU-28 je med letoma 2005 in 2014 upadel za skoraj četrtino (–23,6 %). Za ohranitev delovnih mest na kmetijah bo treba v sektorju začeti uporabljati nova orodja za upravljanje s tveganji in bolj uporabljati orodja, kot so organizacije proizvajalcev v okviru enotne skupne ureditve trgov (SUT) in drugega stebra, da bi se lahko bolje odzivali na nestanovitnost in zahteve globalnega trga. V prihodnje bo treba spodbujati nadaljnje poklicno usposabljanje kmetov in kmetijskih delavcev ter zagotoviti razširjanje znanstvenih spoznanj in inovacij, da bi zagotovili prilagodljivost spreminjajočemu se okolju ter olajšali opravljanje gospodarskih dejavnosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe. El informe está dividido en dos partes, una primera parte sobre la PAC vigente actualmente y una segunda parte sobre la PAC de 2020. El objetivo de este informe es influenciar la revisión de 2017 de la Política Agraria Común. Además, el informe constituye una base sólida para tratar temas de importancia capital como la despoblación en el mundo rural, la falta de oportunidades, la caída del empleo, etc. El texto enfatiza en la importancia de proteger a los pequeños y medianos agricultores y hacer más proporcional y justa la distribución de subvenciones. Propone más concretamente que las medianas explotaciones familiares sean las principales beneficiadas de las ayudas agrícolas europeas. He votado a favor de una PAC que realmente beneficie a las explotaciones familiares, que genere empleo en el medio rural y que diversifique la economía de nuestros pueblos.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – 13% of beneficiaries receive 74% of the expenses for direct payment of the CAP, which does not contribute to job creation in the agricultural sector, as small farms have a higher level of intensity of labour. It is essential that Member States redistribute payments to benefit small and medium-sized farms. Long-term strategy is needed for young people to see that they can live in rural areas and avoid the current depopulation.

It would be good to establish recommendations for each Member State, because each one has a specific reality. It's a good idea to diversify aid, also for renewable energy in the field.

I support this proposal so that it can serve to change things that do not work properly. Agriculture is a key sector in our countries and we must protect and help it to have a good future.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe. El informe está dividido en dos partes, una primera parte sobre la PAC vigente actualmente y una segunda parte sobre la PAC de 2020. El objetivo de este informe es influenciar la revisión de 2017 de la Política Agraria Común. Además, el informe constituye una base sólida para tratar temas de importancia capital como la despoblación en el mundo rural, la falta de oportunidades, la caída del empleo, etc. El texto enfatiza en la importancia de proteger a los pequeños y medianos agricultores y hacer más proporcional y justa la distribución de subvenciones. Propone más concretamente que las medianas explotaciones familiares sean las principales beneficiadas de las ayudas agrícolas europeas. He votado a favor de una PAC que realmente beneficie a las explotaciones familiares, que genere empleo en el medio rural y que diversifique la economía de nuestros pueblos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on how the CAP can improve job creation in rural areas. Although agriculture remains the main form of land use in Europe, it nowadays employs only a fraction of the working population of rural areas; whereas the diversification of land use in rural areas, combining a productive economic function with the functions of accommodating residential and recreational use and of nature protection and conservation, is a considerable challenge in terms of development and employment in the various rural regions of the Union.

The report calls on all the Member States to give young farmers long-term prospects in order to address rural depopulation, to implement a comprehensive generational renewal strategy and, in order to do this, to make full use of all the possibilities provided under the new CAP to support young farmers and new entrants to farming, including from outside the family.

I voted in favour because I believe that there is a need for additional support for agriculture and for the creation of agricultural jobs in less favoured areas and in areas on the EU's external borders.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe apoya la agricultura a pequeña escala, fomenta el apoyo a las personas jóvenes que se incorporen a la actividad agraria, la mejor inclusión de las mujeres en la actividad agrícola y los circuitos cortos de producción y consumo. Así mismo se muestra crítico con los tratados de libre comercio y con el apoyo de la PAC al modelo agrícola industrial intensivo. Por todo ello he votado a favor del mismo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – The economic crisis has hit young people particularly hard. The disparity between certain categories of young people has also grown, while some of them have increasingly lost their place in social and civil life. This situation is further aggravated by the fact that, in some cases, there is a risk of social passivity, exclusion and isolation and even violent radicalisation. I voted in favour of the report which provides a relevant assessment of the actions undertaken by the EU in the field of youth policy and gives positive recommendations on the priorities for the next few years, focusing on education and training, employment and entrepreneurship, health and welfare, participation, volunteering, social inclusion, youth and the world, creativity and culture.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat de aandacht voor de kleine landbouwers hier primeerde. Grotendeels stemde het Europees Parlement de amendementen weg die onterecht verwezen naar negatieve effecten die CETA (het vrijhandelsakkoord met Canada) zou hebben op de werkgelegenheid. Het is goed dat het Europees Parlement aandacht heeft voor kleine landbouwbedrijven en dat we als EU wensen dat zij ook een toekomst hebben.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport part du constat que la crise économique frappe particulièrement les zones rurales et plus encore les territoires à handicaps géographiques.

Pour y remédier, il invite les États à augmenter le soutien en faveur de la culture de protéines végétales (pour lesquelles l'UE dépend d'importations de pays tiers) et en faveur de la culture des espèces locales (qui contribue à la protection de la biodiversité).

Il appelle en outre à favoriser les circuits courts d'approvisionnement et à développer les systèmes de qualité, les indications géographiques et l'agriculture biologique, qui participent de la même logique localisée.

Autant de propositions que je salue, tout comme l'affirmation, tout particulièrement bienvenue dans le contexte actuel, du «rôle positif de la migration dans la stimulation de la croissance économique et de la cohésion sociale dans les zones rurales».

Je tiens néanmoins à dire ma déception (mais non ma surprise) que le considérant T de la version soumise au vote, qui soulignait les conséquences négatives que le TTIP, de l'aveu même de la Commission, pourrait avoir sur les zones rurales en nuisant de fait à l'agriculture traditionnelle, ait été supprimé du texte par un vote des groupes PPE, S&D et ALDE.

J'ai néanmoins voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A agricultura representa um setor fundamental que, para além de garantir a produção de alimento e outros bens agrícolas fundamentais para a nossa sobrevivência, representa igualmente uma alavanca fundamenta de desenvolvimento rural destinado a evitar a desertificação e promover a coesão territorial.

Contudo, importa sublinhar em primeiro lugar a qualidade deste emprego e a necessidade de combater a crescente precariedade do emprego neste setor onde a sazonalidade muitas vezes de sobrepõe aos direitos fundamentais de quem trabalha. Importa sublinhar que para poder contribuir com a criação de emprego, a PAC deverá inverter completamente a sua orientação política até aqui baseada numa lógica liberalizante, toda ela orientada para os mercados.

Desta forma, são necessário instrumentos fortes de regulação da produção que forma e estão a ser completamente te desmantelados com as sucessivas revisões da PAC. Importa intervir ao nível da cadeia de distribuição, impondo uma distribuição mais justa da criação de valor, com preços justos pagos ao produtor. Importa finalmente parar com esta sucessão de acordos de comércio livre seja com o Canadá, com os Estados Unidos ou com os países do Mercosul que representam a ruina da nossa pequena e media agricultura familiar.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält sinnvolle Vorschläge zur Förderung von Kleinbauern durch eine bessere Aufteilung der Zahlungen im Rahmen der GAP und legt den Mitgliedstaaten nahe, KMU besser zu unterstützen, indem sie häufiger auf die Umverteilungsprämie zurückgreifen. Ferner wird richtigerweise darauf hingewiesen, dass kurze Versorgungsketten eine Verbindung zwischen regionalen Landwirten und lokalen Erzeugern herstellen und die Schaffung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum fördern können. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which offers a valuable contribution to the debate on how public support can best reflect the needs of rural economies. It addresses the question of falling rates of employment in the primary sector following the advances in intensification of European agriculture. The report also introduces a range of tools to stimulate employment beyond agriculture. Importantly, the report points out the role of local, bottom-up initiatives such as the LEADER approach which can galvanise the support of local communities and help orientate public funds where they could be most effective in enhancing entrepreneurship, and employment for the young generation, for example. The report also emphasises the role of women in rural areas as well as the unique contribution from non-agricultural sectors, such as forestry, arts and tourism to the sustainability of remote communities.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution on the Common Agricultural Policy because it contains some very interesting points to create a more efficient and well-managed CAP. We need to look at how we can reduce the level of administrative burden, especially for our SMEs. We also underline the positive effects farmers have in our rural areas, and how they create sustainable local jobs. Agriculture is a vital sector, which is also increasingly being modernised and made more efficient. I believe we should continue in this direction.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Predložený text správne reflektuje vyľudňovanie vidieka a potrebu generačnej výmeny. Rovnako tak oceňujem, že sprava uvádza, že väčšina priamych platieb v rámci spoločnej poľnohospodárskej politiky smeruje do najbohatších poľnohospodárskych podnikov a že táto situácia neprispieva k želanému efektu tvorby nových pracovných miest. Správa tiež upozorňuje na ekosystém včiel a priznáva, že sú v stave ohrozenia v celej EÚ. Preto je podpora tohto priemyslu, ktorá navyše nevyžaduje veľké investície, pre potravinovú bezpečnosť kľúčová.

Napriek tomuto dobrému zámeru som musela hlasovať proti, pretože správa svojimi negatívami presahuje pozitíva. Diskriminácia, či už pozitívna, alebo negatívna, je zlým princípom. Nehovoriac o porušení princípu rovnosti pred zákonom pri uprednostňovaní určitých skupín obyvateľstva.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση επιχειρεί να αποκρύψει το πώς η ΚΑΠ ενισχύει τις καπιταλιστικές αγροτικές επιχειρήσεις και ξεκληρίζει τους φτωχούς αγρότες. Ο στόχος της ΕΕ είναι η αύξηση της ανταγωνιστικότητας και επιχειρηματικότητας και στον αγροτικό τομέα, μέσα από την οικονομική μεγέθυνση. Η έκθεση είναι αποκαλυπτική: «η συντριπτική πλειονότητα των άμεσων ενισχύσεων διατίθεται στις πλουσιότερες γεωργικές εκμεταλλεύσεις, με μόλις το 13% των δικαιούχων να λαμβάνει το 74% των άμεσων ενισχύσεων της ΚΓΠ το 2014». Παρά τις ανέξοδες ευχές της έκθεσης για τις «μικρές, οικογενειακές εκμεταλλεύσεις», αυτό είναι το αποτέλεσμα της πολιτικής της ΕΕ και των κυβερνήσεων: το ξεκλήρισμα εκατοντάδων χιλιάδων φτωχών αγροτών. Σε αυτό συνηγορεί και η έκθεση που έχει ως αφετηρία ότι η ΚΓΠ πρέπει να «είναι προσανατολισμένη στην αγορά» και υποστηρίζει ότι οι άμεσες ενισχύσεις της «θα πρέπει να κατανέμονται μόνο σε άτομα που έχουν ως κύρια δραστηριότητα τη γεωργία». Στην ίδια λογική εντάσσονται και τα μέτρα για την ενίσχυση του δεύτερου πυλώνα της ΚΓΠ (επιχειρήσεις, αγροτουρισμός, «πράσινη» γεωργία κ.α.). Μόνη διέξοδος για τους φτωχούς αγρότες είναι η πάλη τους ενάντια στη φτώχεια και το ξεκλήρισμα, είναι ο δρόμος της λαϊκής εξουσίας, για κοινωνικοποίηση των καπιταλιστικών αγροτικών εκμεταλλεύσεων, για την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών, διατροφής και υλών βιομηχανίας.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Táto správa sa zaoberala najmä otázkou, akým spôsobom je možné zlepšiť využívanie už existujúcich nástrojov spoločnej poľnohospodárskej politiky na tvorbu nových pracovných miest. Riešenia sa podľa tejto správy zameriavali najmä na zatraktívnenie poľnohospodárskeho prostredia tak, aby pritiahlo nové podniky a tým sa vytvárali nové pracovné miesta. Spravodajca zároveň správu využil aj ako príležitosť na vytknutie nedostatkov, a to najmä výraznej podpory dominantných druhov poľnohospodárstva prostredníctvom existujúcich nástrojov. Hoci som s niektorými prvkami tejto správy súhlasila, a to najmä s výzvami na zjednodušenie spoločnej poľnohospodárskej politiky, a teda uľahčenie situácie pre malých poľnohospodárov, ako aj s výzvami na dosiahnutie lepšej dostupnosti

služieb v poľnohospodárskych oblastiach a zameranie sa na výskum a inovácie, na druhej strane obsahovala mnoho prvkov, s ktorými nesúhlasím. Správa napríklad zasahovala do oblastí zdaňovania, sociálnych práv či ďalších otázok, ktoré patria do výlučnej kompetencie členských štátov. Tým bol porušený princíp subsidiarity, a preto som sa rozhodla hlasovať proti správe ako celku.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Andrieu por concordar com a necessidade de se fazer pleno uso de todas as possibilidades previstas no âmbito da nova PAC para a criação e a retenção de empregos no meio rural, bem como para combater o desemprego e o declínio populacional.

Destaco a proposta de se adotar uma estratégia específica para o repovoamento das abelhas melíferas, não só pelo potencial que este sector representa nas zonas rurais em termos de postos de trabalho, mas também pela necessidade de recuperar um sector em declínio que tem conhecido uma elevada taxa de mortalidade das abelhas melíferas, com consequências nefastas para a segurança alimentar.

Finalmente, dado que se tem verificado que a grande maioria dos pagamentos diretos da PAC se destina às explorações mais ricas, defendo uma repartição mais equitativa dos pagamentos da PAC aos pequenos agricultores.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Da più di un decennio, in buona parte dei paesi europei, stiamo assistendo allo spopolamento delle zone rurali. Le economie locali di queste aree si trovano ad essere sempre più deboli con una conseguente drastica diminuzione delle opportunità di lavoro offerte in questi territori. In questo quadro si colloca la PAC, la politica comune dell'UE, pensata per costituire la leva principale per il risollevamento delle economie nelle zoni rurali. La realtà però mostra un quadro diverso. La PAC non riesce a utilizzare appieno il suo potenziale per fare delle zone rurali delle zone ricche di lavoro. Con questa relazione, a cui ho dato il mio voto favorevole, ci si propone in modo concreto di trovare delle soluzioni ai problemi e alle sfide poste da queste aree. Viene qui sottolineato che il futuro delle zone rurali non dipende solo dallo sviluppo del settore agricolo ma è legato in modo sinergico alla diversificazione di altre attività economiche quali la silvicoltura, l'artigianato, lo sviluppo delle piccole e medie imprese, e del turismo rurale. È necessario investire nelle infrastrutture locali, incentivare i giovani ai mestieri rurali e riconvertire gli over 40 in modo da ricreare un'eeconomia che favorisca il ripopolamento di queste aree.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o tem, kako je mogoče s skupno kmetijsko politiko povečati ustvarjanje delovnih mest na podeželju, nisem podprl.

Kmetijstvo in kmetijsko-živilska industrija skupaj predstavljata 6 % BDP Evropske unije, 15 milijonov podjetij in 46 milijonov delovnih mest. Ugotovitve kažejo, da se je število kmetov na podeželju v zadnjih nekaj desetletjih v mnogih evropskih državah drastično zmanjšalo, zmanjšuje pa se tudi dohodek kmetov in drugih kmetijskih delavcev, tudi število delovnih mest v kmetijstvu še naprej upada. Menim, da bo treba spodbujati nadaljnje poklicno usposabljanje kmetov in kmetijskih delavcev ter zagotoviti razširjanje znanstvenih spoznanj in inovacij, da bi zagotovili prilagodljivost spreminjajočemu se okolju ter olajšali opravljanje gospodarskih dejavnosti. Ker poročilo ne prinaša konkretnega in učinkovitega odgovora na trenutne izzive v kmetijskem sektorju, ga nisem podprl.

Die Präsidentin. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 13.30 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

13. Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Komisji w sprawie zmiany czasu z letniego na zimowy (2016/2951(RSP)).

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, on Sunday, 30 October 2016, the Union will switch back to winter time in a harmonised manner as required under Directive 2000/84/EC. Allow me to remind you of the background of the summer- and winter-time arrangements and the reason why these arrangements exist.

Summer time was introduced by most Member States in the 1970s as a response to the energy crisis. Also, governments wanted to provide people with more leisure opportunities by making the most of daylight time. With the emergence of the internal market and as Member States began to apply different summer- time start and end dates, it became clear that a harmonised approach for summer-time arrangements in the EU was essential.

Transport, in particular, would be among the many direct beneficiaries since such a harmonised approach would ensure smooth transport operations and coordinated timetables for cross-border and international transport. Therefore, it was decided to harmonise the dates of the application of summer time in the EU in a Directive in 1980.

The latest Directive adopted in 2001 imposed the application of summer time for an indefinite time. We are aware of different studies from various external sources. So far, there are no conclusive arguments to be gained from them. This concerns any possible effects either way, whether they relate to people's health, energy savings, agriculture or transport.

In 2014 the Commission carried out a study to look closely at the potential effects of not having harmonised summer time in the EU in the context of the internal market. The study examined the effects of Member States applying different summer-time arrangements. The study includes scenarios of abolishing summer time in one or more Member States. It did not look into the savings or costs that would result from abolishing the harmonised approach to summer time for the European Union as a whole.

Based on the evidence from some of these studies, however, we are convinced that a shift away from a harmonised approach has the potential to inconvenience large numbers of people, most visibly in the transport and communications sectors.

Recently the Commission received a letter from seven of the honourable Members of this Parliament. Those honourable Members asked the Commission to evaluate the functioning of the Summer-time Directive and to consider abolishing it. The Commission replied that it intends to examine the issue more closely and will analyse the impact of current arrangements in Member States based on available evidence.

Work has already started on this analysis. It would be premature to go into further detail at this stage, but it would be interesting to hear specific views and evidence from Parliament.

Herbert Reul, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Es tut mir leid: Das sind nun keine Antworten auf eine der drei Fragen, die wir gestellt haben. Das finde ich nicht fair. Wir machen das jetzt seit Monaten, seit ewigen Zeiten. Wir stellen Fragen, es gibt nie Antworten. Was Sie ausgeführt haben – nun sind Sie auch nicht der zuständige Kommissar und müssen hier eine Rolle ausfüllen, für die Sie gar keine Verantwortung tragen, aber die Antwort ist immer dieselbe: Wir wollen ein harmonisiertes Verfahren.

Ich kenne keinen Menschen, der das nicht will. Wir wollen auch alle ein gleiches Verfahren in allen europäischen Staaten. Das kann nicht unterschiedlich sein. Aber wir möchten, dass endlich mal jemand untersucht, ob die Vorwürfe – die wir ja kennen und zu denen es Untersuchungen gibt –, ob die zweimal im Jahr vorgenommene Umstellung von Zeit Nachteile hat oder nicht. Dafür gibt es nun eine Fülle von Beweisstücken. Ich verstehe auch nicht, warum die Kommission das einfach nicht zur Kenntnis nimmt oder negiert, oder aber, wenn sie der Meinung ist, das wäre falsch, dann müsste sie mal eigene Untersuchungen auf den Tisch des Hauses legen.

Wir haben mit Schlafforschern geredet, wir haben mit Verkehrsunternehmen geredet, wir haben mit Vertretern der Landwirtschaft geredet, und wir wissen, dass diese Zeitumstellung zweimal im Jahr sehr wohl eine Auswirkung auf die Gesundheit der Menschen hat, und zwar eine negative – nicht auf alle, aber auf mehrere. Ich finde, wenn viele Menschen – egal, wie viele – negative Auswirkungen spüren, dann gibt es doch gar keinen Grund, das zweimal im Jahr zu machen, weil es auch keinen Vorteil davon gibt.

Damals ist das eingeführt worden, weil alle geglaubt haben, wir würden damit eine Energieeinsparung stattfinden lassen. Mittlerweile ist klar: Es wird keine Energie gespart. Das ist glasklar. Wenn keine Energie eingespart wird, warum zweimal im Jahr die Menschen mit einer solchen Umstellung nerven? Es bedeutet Kosten, es bedeutet gesundheitliche Belastungen. Ich erwarte von einer Kommission, die ihre Aufgabe ernst nimmt und die sonst bei jeder Kleinigkeit, wenn gesundheitliche Schäden auch nur am Horizont zu erkennen sind, aktiv wird und sich kümmert, dass sie das auch tut.

Wir haben mittlerweile sogar in mehreren Mitgliedstaaten Untersuchungen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es einen ausführlichen Bericht, in der Tschechischen Republik gibt es Berichte, in mehreren nationalen Parlamenten fangen die Menschen an, sich darum zu kümmern, es gibt Petitionen ohne Ende in hohen Prozentzahlen. Die Menschen erwarten, dass man sich um diese Sorgen kümmert. Es wäre das Einfachste – wenn eine Maßnahme wie das zweimalige Umstellen von Zeit keinen Nutzen bringt, sondern nur Schaden, zumindest für einen größeren Teil von Menschen –, dass dann auch die Konsequenz gezogen wird und man sagt: Dann lassen wir das einfach.

Wir erwarten doch gar nicht von Ihnen, dass Sie irgendwo große Taten vollbringen, sondern der Normalzustand soll bitte wieder hergestellt werden: dass man von diesem Umstellen von Zeit einfach absieht. Es sei denn, Sie liefern den Beweis, dass es keinen Schaden, keine Nachteile hat, sondern dass alles gut ist. Bisher hat das keiner geliefert.

Ihre Antworten, die die Kommission liefert, sind immer dieselben: Wir wollen den Binnenmarkt nicht gefährden, es sollen harmonisierte Zustände zwischen den Mitgliedstaaten sein. Damit sind wir alle einverstanden. Deswegen kann doch nicht ein Staat abschaffen und ein anderer einführen, sondern es muss überall gleich gemacht werden. Können Sie sich der Sache bitte endlich mal ernsthaft annehmen?

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, sí, me han dicho los servicios de la Cámara —me acaban de decir— que es un récord. Y yo espero que me lo perdonen mis colegas porque, de verdad, no aspiraba a tanto, y hubiera a lo mejor preferido más que, ayer, que teníamos el Informe Anual del Tribunal de Cuentas, me hubieran dado algún minuto más, y no estos quince ahora. Pero en fin, espero no aburrirles y, por lo tanto, les pido de antemano perdón.

Es verdad que, en la madrugada del próximo sábado al domingo —en la madrugada del domingo—, ocurrirá, mientras dormimos, un cambio que aparentemente no notaremos mientras dormimos, pero que, a lo largo de las semanas siguientes, sí que vamos a notar de una manera muy importante. Y es precisamente una acumulación de cansancio, por ese cambio del *jet lag* social del que se habla, vía la falta de sueño o el cambio que ha habido en el sueño, que, desde luego, sí que afecta a la salud de nuestros ciudadanos y ciudadanas.

Se ha incluso cualificado y cuantificado el coste-entre el coste directo e indirecto se habla de un 1 %— de esos problemas de salud que arrastramos a lo largo de las semanas y de los meses siguientes. En algún caso, además, ha llegado a tener una incidencia sobre los accidentes en la carretera que ya estudiamos en su día cuando se puso en marcha la Directiva 2000/84/CE.

Y de hecho, ni siquiera los accidentes subían en las semanas siguientes, sino que se notaba el pico de subida de las víctimas en carretera un mes después del cambio de hora. ¿Por qué? Porque lo que se acumulaba era el estrés crónico de la falta de sueño que iba haciendo que, al mes, era cuando había una situación de mayor vulnerabilidad en el transporte.

En el caso español tenemos incluso una particularidad añadida. España, en los años cuarenta, con el franquismo, adoptó la hora de la Alemania nazi en el año 1942 y, desde entonces, nunca más la cambió. Así como el resto de los países volvieron al meridiano de Greenwich —que es el que le correspondería a España—, en el caso español no se hizo. De ahí que cada vez que, desde la adopción de la Directiva europea, se produce el cambio, se producen evidentemente debates importantes.

Y es verdad que estos días ha habido una decisión en el Parlamento balear; ha habido decisiones también y debates sobre todo en la parte de la Comunidad Valenciana. Se trata de regiones, territorios que viven esencialmente del turismo, es decir, los servicios; muy estacionalizados y que tienen mucho que ver con las horas de sol.

De ahí que incluso la industria hotelera en el Mediterráneo, en la parte española del Mediterráneo, haya llegado a cuantificar que, en la semana siguiente al cambio al horario de invierno, se llegan a perder hasta siete puntos en la ocupación hotelera, precisamente por el recorte drástico de las horas de sol por la tarde.

Es decir, que realmente sí que tiene un efecto importante y se percibe en la parte económica e industrial, en la parte también de la salud y en la parte —como he dicho también— de la seguridad vial, que es tan importante.

Y aunque es verdad que la Comisión nos hizo en el año 2014 un estudio, el estudio era un poco dejarlo en el *statu quo*. Y yo creo que ahora mismo, dada la demografía que tenemos en la Unión Europea, con enfermedades precisamente por ese estrés crónico de mal trabajar o mal dormir o por la edad, que también nos va haciendo cada vez más vulnerables, el aspecto de la salud tiene cada vez más importancia. Y claro, un cambio dos veces al año, o sea, un *jet lag* social dos veces al año genera importantes efectos sobre la salud. Y eso nos lo dice cualquier estudio, como el que se presentó en la audiencia del año pasado, donde precisamente se tiene en cuenta la no necesidad de añadir desde la Unión Europea —que ya no somos especialmente populares— un estrés añadido a efectos de ese cambio.

Por eso sí que sería importante que la Comisión —como hemos hecho en otros ámbitos—, no solamente hiciera un estudio de cómo afecta de una manera dispersa, sino que incluyera también el efecto de lo contrario, es decir, qué pasaría si precisamente no hubiera ese cambio dos veces al año y, por lo tanto, las personas pudieran mantener esa relación con el reloj biológico pero, sobre todo, con el reloj social.

A ello se une también la necesidad —y ahí yo creo que la Comisión no nos ha dado tampoco cifras suficientes— de examinar los efectos transfronterizos. Porque es verdad —yo estaba presente, no era diputada, pero estaba en el Parlamento trabajando con mi Grupo cuando se puso en marcha la Directiva— que, además de los efectos sociales, de seguridad y de salud, se planteó que la armonización —que es una buena cosa, como ha dicho muy bien el señor Reul — tenía que tener unos efectos importantes en cuanto a la parte transfronteriza. Es decir, que esa armonización ayudara a las empresas de transporte —que en aquel momento eran las más interesadas; ahora ya incluso empresas trasnacionales, de transporte, de energía u otro tipo de servicios—, razón por la cual debería primar a lo largo del año el aspecto «armonización» frente al aspecto «cambio».

Por lo tanto, la Comisión debería poder ofrecernos un estudio precisamente sobre la no necesidad de cambiar, aunque se mantenga la situación armonizada. Es verdad que es más complejo poner de acuerdo a todos los Estados miembros para aceptar una sola hora estándar y, de ese modo, poder no cambiar dos veces al año, sino mantener aquella que resulte más positiva para la salud, para la seguridad, en fin, para todos los aspectos económicos, pero sobre todo sociales y de salud. Y tal vez ese es el reto; es decir, una vez que ya hemos hecho la prueba y que llevamos ya bastantes años con la armonización, ver de qué manera podríamos evitar un cambio añadido que añade solo estrés crónico al estrés social.

Y ahí estamos nosotros también —y luego vuelvo otra vez al caso español—, porque el debate nunca acaba porque nunca tenemos los estudios suficientes pero, claro, cuando hemos sido capaces de ir a Marte y de ir incluso más lejos, que la Comisión plantee que no tiene todavía la evidencia, la prueba suficiente de ese efecto sobre la salud y de qué manera podríamos mejorar esa situación, pues es un poco increíble.

Es decir, que ahora mismo tenemos estudios de todo tipo; luego, de alguna manera, en algún momento, habrá que tener las pruebas, la evidencia en todos los sectores para que, a aquellos para los que sea más positivo, les podamos ayudar de alguna manera, y allí donde es negativo y donde vemos precisamente que la parte de salud es la que prima, desde luego poder tomar otra decisión que no afecte tanto a la salud de los ciudadanos europeos.

Y en ese sentido, volviendo otra vez a casa, volviendo otra vez a España, tenemos ahora mismo en ese debate una situación bastante compleja, porque, por si fuera poco el doble huso horario que tenemos en España —uno para la península y uno para las Islas Canarias—, se une además al debate actual la tercera posibilidad de ir a un tercer huso horario, es decir, que España tendría tres husos horarios: uno para las Baleares, otro para la península y otro para las Islas Canarias. A ese nivel hemos llegado precisamente por un debate que no acaba de tener la prueba que le pedimos a la Comisión.

Señor Comisario —aunque no sea usted el referente, porque esperábamos a la señora Bulc—, yo creo que necesitamos, desde luego, que la Comisión plantee, tome sus responsabilidades y haga un estudio —el que sea; nos ponemos de acuerdo, nos ponemos de acuerdo con el Consejo, como sea-para llegar a un acuerdo por el cual los ciudadanos no se vean zarandeados dos veces cada año a la hora de adaptar su reloj biológico al reloj europeo.

Y sobre todo porque, desde luego, no nos conviene como Unión Europea que sean los cambios inducidos o promovidos por la Unión Europea y por las instituciones los que generen más malestar entre los ciudadanos europeos.

De modo que le pido encarecidamente, señor Comisario, que la Comisión adopte, como nos dijo la señora Bulc el año pasado, un enfoque realmente más sistémico, holístico, y en vez de darnos un estudio —que sería el enésimo— sobre los distintos sectores, trocitos, etc., pues que sea un enfoque realmente sistemático donde las pruebas para reconsiderar la opinión sean definitivas.

Arne Gericke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich war auch etwas erstaunt, dass ich jetzt plötzlich so früh schon drankomme.

Sehr geehrter Herr Kommissar Navracics! Ich kann mir vorstellen, was Sie gerade denken:

„same procedure as every year, James."

Obwohl Sie ja heute stellvertretend da sind und das vielleicht gar nicht so empfinden. Ich habe die Frage der Umstellung zwischen Sommer- und Winterzeit gemeinsam mit einigen Kolleginnen und Kollegen wieder einmal auf die Agenda des Europäischen Parlaments gebracht. Aber nicht, weil uns das Spaß machen würde oder wir diesen jährlichen Aufschlag brauchen. Nein, wir diskutieren heute wieder über die Zeitumstellung, weil sich über Jahre hinweg trotz Beschwerden und Eingaben schlichtweg nichts verändert hat. Wir stehen im April und Oktober Jahr für Jahr wieder da und fragen uns mit Paulchen Panther: Wer hat an der Uhr gedreht?

Ich habe schon im Juli letzten Jahres in einer Anfrage an die Europäische Kommission gefragt: Kann die Kommission einen ökonomischen Mehrwert der Zeitumstellung nachweisen? Gibt es Datenmaterial über die gewünschte Energieeinsparung durch Einführung der mitteleuropäischen Zeit? Sieht die Kommission eine Möglichkeit, die nationalen Gesetzgebungen sowie internationale Absprachen der Mitgliedstaaten zur Zeitumstellung in einer gemeinsamen Position so abzuändern, dass die künstliche Sommerzeit für die EU künftig einheitlich entfällt? Hält die EU-Kommission eine europäische Bürgerinitiative zu diesem Thema grundsätzlich für möglich? Liegen der EU-Kommission Erkenntnisse zu negativen gesundheitlichen Folgen der Sommerzeit vor?

Herr Kommissar Navracsics, wissen Sie, was damals die Antwort der Beamten war? Ich will es Ihnen verraten. Ich zitiere: „Die Kommission gab 2014 eine Studie zur Harmonisierung der Sommerzeit in Europa in Auftrag“ – wie Sie bereits erwähnt hatten. „Die Studie führte zu dem Ergebnis, dass eine nicht harmonisierte Anwendung der Sommerzeit in der Europäischen Union erhebliche Unannehmlichkeiten und Störungen für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen nach sich ziehen würde. In Anbetracht der vorstehenden Überlegungen hat die Kommission derzeit nicht die Absicht, die Richtlinie 2000/84/EG zu überarbeiten oder aufzuheben.“

Merken Sie was? Ich frage nach Möglichkeiten einer einheitlichen Abschaffung der Sommerzeit, und Sie sagen mir, Sie wollen es so belassen, weil unterschiedliche Regelungen Mist sind.

Doch danach hatte ich gar nicht gefragt. Das ist auch sicher keine Option. Wir brauchen eine einheitliche Lösung, nur kann die eben auch heißen: keine Zeitumstellung. Alle anderen Fragen haben Ihre Beamten ohnehin ignoriert: ökonomischer Wert, Mehrwert – keine Antwort; Energieeinsparungen – keine Antwort; gesundheitliche Risiken – keine Antwort. Dabei gibt es diese Antworten längst. Unzählige Expertisen bestätigen, der energiepolitische Mehrwert der Sommerzeit ist gleich null. Der ökonomische Mehrwert eher negativ, weil Zeitumstellung in en Unternehmen Kosten produziert.

Noch schlimmer wird es bei den gesundheitlichen Nachteilen. Fragen Sie einmal eine Mutter oder einen Vater, wie es den Kindern Tage nach der Zeitumstellung geht: schlaflos, aufgedreht, übernächtigt! Viele haben Probleme in der Schule und und und. Alles Nachteile, alles Gründe, die gegen die Zeitumstellung sprechen.

Deshalb nochmals meine Bitte: Beantworten Sie mir meine Fragen! Akzeptieren wir endlich Realitäten und schaffen wir diese Zeitumstellung ab! Es ist höchste Zeit – kein Mensch wird sie vermissen. Auch die nicht, die heute nicht hier sind.

Gesine Meissner, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident! Herr Kommissar, Sie sind nicht schuld an der ganzen Sache, das wissen wir. Wir/Sie sind nicht verantwortlich, aber Sie sind in der Kommission, und darum erwarten wir natürlich, dass Sie zurückberichten an die zuständigen Kommissare, was wir jetzt hier sagen.

Ich glaube, es herrscht hier nämlich große Einigkeit im Raum – wir sind gar nicht so viele; das liegt daran, dass Donnerstagnachmittag ist. Aber ich bin sicher, wir sprechen alle einheitlich für sämtliche europäischen Bürgerinnen und Bürger. Wir wollen das nicht mehr, dass die Zeit permanent umgestellt wird. Die meisten Menschen wollen das nicht. In Deutschland wollen das nach aktueller Umfrage 73 % nicht. Warum die anderen das wollen, weiß ich nicht – aber ist egal. 73 %, das ist eine deutliche Mehrheit.

Wir haben auch verschiedentlich schon Initiativen vom Parlament dazu gehabt. Es gab gemeinsame Anhörungen von verschiedenen Ausschüssen, wo Sie Stellung genommen haben. Und es wurde schon von meinem Kollegen Arne Gericke die Studie von 2014 zitiert. Da haben Sie aber nur die Frage untersucht, ob die Mitgliedstaaten einverstanden wären, wenn man eben die Zeitumstellung abschaffen würde, ohne sich darauf zu einigen, was denn jetzt die gleiche neue gültige Zeit ist.

Aber das wollen wir ja gar nicht. Wir wollen ja, dass es europaeinheitlich gemacht wird, dass man sich wirklich überall einigt, entweder Winter- oder Sommerzeit – das müsste man dabei absprechen –; aber dass natürlich die Zeit überall die gleiche bleibt.

Bei der Einführung 1980 gab es bestimmte Gründe, warum man das gemacht hat – probeweise. Man wollte sehen, ob man Energie einsparen kann, und man wollte sehen, ob man z. B. die Unfallhäufigkeit zurückführen kann. Fakt ist: Energieeinsparung gleich null – wurde schon gesagt. Man hat gesehen von zum Teil 0,9 % weniger bis zu 1 % mehr Energieverbrauch, wechselweise Sommer- oder Winterzeit, also praktisch überhaupt kein Effekt.

Die Unfallhäufigkeit ist auch nicht zurückgegangen – statt spätabends sind die Unfälle jetzt frühmorgens. Also auch das hat überhaupt keinen Effekt gebracht. Der Zweck ist also deutlich verfehlt – eigentlich in allen Bereichen. Im Gegenteil: Gesundheitlich klagen viele Menschen – das wurde schon gesagt –, besonders Ältere und auch Kinder, aber auch andere über Schwierigkeiten: Kreislaufstörungen, Schlafstörungen, Herzbeschwerden, sogar Depressionen – 12 % bekommen Depressionen durch Zeitumstellung, das ist erwiesenermaßen so – 15 % mehr Krankmeldungen bis zu vier Wochen nach der Zeitumstellung. Das sind alles ganz gravierende Dinge, und mit der Medikamenteneinnahme, die man regelmäßig hat, hat man auch so seine Probleme.

In der Wirtschaft: Die deutsche Bauwirtschaft hat zum Beispiel durch veränderte Lichtverhältnisse im Bausektor 30 Mio. EUR Umsatzverlust im letzten Jahr gehabt – durch die Zeitumstellung, wurde berechnet. Im Schienenverkehr gibt es Probleme mit den Fahrplänen, die Kühe geben weniger Milch. Also es gibt ganz viele Bereiche, wo das wirklich so ist.

Dann hat das Büro für Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages im Auftrag des Bundestages gerade in diesem Jahr herausgefunden: Die Rahmenbedingungen haben sich seit der Einführung der Zeitumstellung entscheidend verändert: Es gibt jetzt andere Beschäftigungsmodelle; es ist auch inzwischen ein Strukturwandel im Energiesektor gekommen; es gibt ein anderes Mobilitäts- und Freizeitverhalten. Das heißt, die kommen zu dem Schluss: Eine Neubewertung ist dringend erforderlich – europaweit einheitlich –, ich sage das noch einmal.

Darum mein Schluss: Ich denke, das ewige halbjährliche Hin und Her zwischen Winter- und Sommerzeit, das wollen wir alle nicht mehr. Das gehört unbedingt abgeschafft, das ist nicht mehr zeitgemäß, es ist überflüssig, und es ist sogar schädlich. Bestellen Sie das bitte Ihren Kollegen in der Kommission!

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, hablamos hoy de la costumbre de cambiar la hora dos veces al año; una costumbre establecida ya por una Directiva europea en 1981, como ha recordado recientemente el Gobierno de España al Parlamento de las Islas Baleares, que esta semana votó a favor de mantener el horario sin ningún cambio.

Como dato curioso, Roosevelt se refirió a este cambio como «el horario de la guerra», porque se estableció en el período de las guerras mundiales, con el objetivo de ahorrar en carbón. Desde luego, ahora mismo, a mitad de legislatura europea, si se sigue reeditando la gran coalición —como está sucediendo en España—, atrasar el reloj una hora nos va a parecer bastante poco. Y no digo esto de casualidad, sino porque este cambio de horario se hace con un objetivo, que es el ahorro de energía o la eficiencia energética.

A todo esto, ya tenemos una Directiva de eficiencia energética que, como recordarán, revisamos recientemente y que, por muy poco, no incluyó objetivos vinculantes para los países. Y, además de esto, los Gobiernos de los Estados miembros tampoco hacen los esfuerzos suficientes por aplicar estas medidas de eficiencia energética, que es de lo que se trata, al fin y al cabo. Y esta debería ser una cuestión primordial por motivos económicos y para frenar el cambio climático.

Ahora bien, tenemos que pensar: ¿de verdad esta medida ahorra energía? Este argumento se basaba más en la antigua industria pesada, pero la realidad actual es que los sectores industriales más demandantes de energía pueden estar funcionando veinticuatro horas seguidas, por lo que el ahorro no se nota tanto —vuelvo a repetir, esta Directiva es de 1981—. La realidad actualmente es que la comunidad científica no está del todo de acuerdo con el ahorro que se está produciendo con esto, que podría ser del 5 % o hasta de un escaso 1 %.

Algunos estudios incluso dicen que este ahorro podría producirse únicamente en los primeros días posteriores al cambio de hora, y luego volverse a unos consumos parecidos a los de antes de cambiar la hora. La realidad cotidiana de los ciudadanos y ciudadanas es que el ahorro de energía que las familias hacen por la mañana lo podrían estar gastando a su vez por la tarde. Y esto también es importante, porque oscurecemos la luz natural en los momentos de ocio y tiempo libre de la mayoría de las personas, y esto hay que ligarlo con la necesidad de horarios más dignos y coherentes para conciliar y terminar la jornada laboral más temprano, disfrutando de la vida con luz.

Por cierto, hay 50 millones de personas afectadas por pobreza energética en Europa, y de esto no se debate en esta Cámara. Según la OMS, el hecho de que los hogares no puedan permitirse la calefacción provoca más enfermedades, muertes e incluso peligro de incendios. Creo que esto también es una cuestión importante que debatir en esta Cámara.

Creemos que se debería estudiar si el ahorro en la actualidad resulta suficiente, pero sobre todo, no debemos perder el tiempo. Hay muchas personas que no tienen garantizado el acceso a la luz por sus costes y hay muchas formas de impulsar el ahorro de energía que no se debaten ni se aplican en la Unión Europea, ni en los Estados miembros.

Indrek Tarand, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I hope to be briefer than five minutes. Commissioner, there is actually no need to amend what was said by those colleagues who spoke earlier. They have provided all the scientific evidence and facts, and if it were for this Parliament to decide, even though we are not very large in numbers tonight, we are representing a much bigger group of MEPs. So, if it were for Parliament to take a decision, you would come back in the spring without switching your clock. That is what I say. The problem is that the Commission and the Council seem to live on a different continent, not on the continent which has given mankind great minds like Galileo or Copernicus, even though – ironically – we have European programmes and budget lines which are named after those guys. But we in the Commission and in the Council seem not to have understood their teaching, which is basically that the earth goes around the sun, not vice versa, and man is not God who can create more light, by just tickling their watches. It is impossible to create more light.

Commissioner, you said that the EU introduced this measure as a response to the 1970s energy crisis. Yes, indeed, you are right. But actually, the measure was introduced as a part of wartime economics, as was pointed out by the previous speaker – by the German Empire, the Austro-Hungarian Empire, the Russian Tsarist Empire and the Ottoman Empire. Where are these empires today? They are not to be found, because they were wrong. Who introduced it again? Ah, two fellows, also famous in European history, Mr Hitler and Mr Stalin, because they also dreamed about how to have war on the continent. The first thing Hitler did in Belgium in 1940 was to tear down the Tricolore, put up the red banner – and switch the clock. The same happened months later in Estonia, but that was done by Stalin. So in my opinion, the European Union is not at war. Yes, indeed we have tremendously important crises which we have to deal with, but internally we are not at war. So it is at last time to stop the wartime economic measure.

And you were right, pointing out that harmonised and coordinated management of time zones is very relevant from the internal market point of view and from many other aspects – transport, etc. But this is what we are telling you. We are not against coordination and harmonisation. We are just asking you to stop this toying with the clocks because, as was said by Ms Ayala Sender, it is harmful for children, it is harmful for the elderly, it causes traffic accidents, it is harmful for animals, be they pets or be they farm animals, because then again these guys who want to change the time twice a year destroy the quality of animal life. And as you know, Commissioner, we have many people within this Parliament who are fighting for animal rights.

So finally, I think there will always be people who deny the laws of nature, and they believe that if we turn the clock, we get more light, particularly in the evenings. But you know, Galileo was also sentenced to death because he had discovered how the laws of nature work, and I hope – and I wish you good luck, Commissioner – that you will go back to your colleagues, to the responsible Commissioner, and ask them, by spring (because it is six months away), to come up with a meaningful proposal to stop this stupidity. It is that easy. And if you come back with that, we will welcome you. If you do not make a proposal, you had better tell them not to come.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marc Tarabella (S&D), *Question «carton bleu»*. – Monsieur Tarand, je sais qu'en Estonie, le soleil se lève très tard et se couche très tôt en hiver. Dans une majeure partie des pays d'Europe, quand on arrive à la période automnale, le soleil évidemment est moins présent. Vous avez dit, Monsieur Tarand, que cela augmentait le risque d'accidents.

Ne pensez-vous pas que l'augmentation du nombre d'accidents soit due davantage aux conditions climatiques – étant donné que le gel est plus fréquent aux mois d'octobre et, surtout, de novembre — qu'au changement d'horaire?

Indrek Tarand (Verts/ALE), *blue-card answer*. – Mr Tarabella, you are normally, as always, right: the ice and snow have an impact on traffic accidents and that is why normally in France and Belgium, when the winter comes, your drivers will be advised not to follow Estonian and Finnish drivers because they are used to ice, but you are not.

The light is a limited amount. I mean, the more north you go there is a polar day and polar night and we cannot change it by switching clocks.

Julia Reid, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, we, the British, are time lords. We invented the time machine – HG Wells did that – and we invented Doctor Who, who used it to travel through all of time and space. So actually, we invented time itself in the form of Greenwich Meantime, the world standard and a world first. Once we had also invented the railway, we forced time standardisation, and it happened in my constituency. In the 1840s and 1850s, the best railway in the world – the Great Western Railway, engineered by the greatest engineer of his day, Isambard Kingdom Brunel – necessitated that a model of time zones be brought into the age of technology. In 1825, the fastest anyone could go was dictated by the speed of a horse – about 20 mph maximum, in very short bursts. Railways changed everything, and for the better.

This is relevant because, as a scientist, I know that we need to be practical. What works best to meet the needs of ordinary people in a changing world? The answer is straightforward. Ordinary people want to maximise daylight and do as much as possible during the daylight hours. I want my country to take the lead again. We are, after all, the lords of time. We must determine rationally how we can absolutely maximise the availability of daylight for ordinary people and then apply it. Thus, once again, the rest of the world can follow our lead into a better, brighter, and (hopefully) a sunnier future, just as they should now over Brexit.

Anna Záborská (PPE). – Je to neuveriteľné, ale takmer presne pred rokom sme tu, v pléne Európskeho parlamentu mali rozpravu o dôvodoch, prečo je potrebné zrušiť striedanie letného a zimného času. Po vystúpení pána komisára však vidím, že ani po roku sme v tejto veci nepokročili. Uvedomme si, že tu nehovoríme len o zjednodušení života ľudí. Hovoríme o zdraví, dokonca o zachránených ľudských životoch, o škodách na majetku, keďže experti už dostatočne preukázali súvislosť medzi zmenou času a vyššou nehodovosťou na cestách, aj komplikáciami pri zdravotných operáciách. A to už nehovorím o negatívnych dôsledkoch v pôdohospodárstve a v chove zvierat.

Posunutie ručičiek na hodinkách dvakrát do roka nielenže nešetrí peniaze. Naopak, experti odhadujú, že európska ekonomika kvôli tejto zmene príde každoročne o 1 až 2 percentá zo svojho hrubého domáceho produktu. To predstavuje straty takmer 300 miliárd eur.

Priznám sa, trochu ma prekvapilo, že pani komisárka Bulc vo svojom liste adresovanom nám, poslancom obhajovala doterajší nezáujem Komisie o túto tému, dôležitosťou celoeurópskej harmonizácie prechodu na letný a zimný čas. Predmetom sporu predsa nie je to, aby si každý členský štát určoval vlastný dátum tohto prechodu. To žiaden z poslancov nežiadal, pretože je to zjavný nezmysel. Zostáva mi len veriť, že pani komisárka nemyslela túto časť svojho listu celkom vážne. Nepochybne išlo skôr možno o pokus o žart, ktorý možno časom oceníme.

Veľmi však vítam, podobne ako moji kolegovia predrečníci, že Komisia uznáva, že prechod z letného na zimný a zo zimného na letný čas je problém, ktorý trápi našich občanov. A ja dodávam, že možno dokonca viac než iné problémy, ktoré Komisia rieši oveľa promptnejšie.

Zostáva nám len veriť, že Európska komisia napriek svojej zaneprázdnenosti bude mať kapacitu aj na to, aby prehodnotila argumenty v prospech zrušenia striedania letného a zimného času. Že sa bude zodpovedne zaoberať otázkami tohto Parlamentu a výsledok preskúmania bude vecný a riadne zdôvodnený. Dúfam, že keď sa tu pri rozprave o tejto téme stretneme o rok, nebudeme už hovoriť o našich požiadavkách, ale budeme mať na stole návrh na novelizáciu smernice 2000/84.

Marc Tarabella (S&D). – Monsieur le Président, je vais porter ici une voix dissonante par rapport à l'ensemble des collègues que j'ai entendus jusqu'à maintenant. Je suis un défenseur du changement d'heure, et notamment de l'heure d'été. Pourquoi? Parce que, quand j'avais 13 ans et que j'étais à l'école, au collège Saint-Roch de Ferrières, en Belgique, après les vacances de Pâques de 1976, le changement d'heure a été appliqué pour la première fois. Grâce à l'heure d'été, nous avons pu jouer au football et au basket-ball sur les terrains de sport qui n'étaient pas éclairés.

À partir de cet exemple vécu, je voulais juste vous dire que l'éclairement plus tard le soir permet notamment aux enfants – et c'est bon pour leur santé – de rester un peu plus dehors en pratiquant des activités physiques, alors que les loisirs – on le sait – sont devenus très sédentaires.

Deuxième bienfait, ce sont les terrasses et la convivialité. Plutôt que d'avaler des médicaments pour lutter contre la dépression, allons-nous asseoir à une terrasse, c'est le meilleur antidépresseur. C'est bon pour le commerce et pour les gens, qui peuvent discuter entre eux. Par conséquent, la convivialité est encore facilitée par le passage à l'heure d'été. Ce ne sont pas les commerçants qui nous contrediront.

D'autres bienfaits sont liés au retour à l'heure d'hiver. Comme M[me] Reid vient de le dire, l'heure d'hiver permet de bénéficier au mieux de la clarté naturelle du jour. Quand l'ensoleillement diminue, le retour à l'heure d'hiver permet d'avoir de la clarté un peu plus tôt le matin et, par conséquent, peut-être plus de sécurité, notamment sur le chemin de l'école.

Voilà pourquoi je pense que l'harmonisation est évidemment utile. Nous savons que le Royaume-Uni a souvent fait des choix différents. C'est normal, le méridien de Greenwich passe sur son territoire. J'entendais tout à l'heure qu'on évoquait les îles Canaries. Comme elles se situent à 28 degrés de latitude ouest, il est logique qu'elles aient une heure différente. Cependant, une harmonisation dans toute l'Europe et un passage au même moment de l'heure d'hiver à l'heure d'été et inversement sont évidemment fondamentaux.

Ne changez rien! Dites à M. Timmermans qu'il peut s'asseoir sur ce dossier-là aussi. Ne changeons rien!

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Inés Ayala Sender (S&D), *pregunta de tarjeta azul.* – Señor Presidente, solamente quería recordarle a mi compañero Marc que entiendo la nostalgia de la juventud, pero que, precisamente, los estudios sobre salud nos dicen que el cambio —no el hecho de tener el horario de verano, que le resulta a él tan agradable, que eso es lo que estamos planteando, que se mantenga— es lo que lleva además a problemas de obesidad en toda Europa y eso nos lo han dicho varias universidades e institutos científicos que estuvieron el año pasado en el Parlamento.

Por lo tanto, le pregunto: ¿no sería mejor que nosotros hablásemos más bien de mantener el horario mejor para la salud y para la moral de los ciudadanos y así, a lo mejor, poder hacer un horario más familiar, más social, cosa que en algunos Estados miembros por los trabajos no se consigue?

Marc Tarabella (S&D), *Réponse «carton bleu».* – Madame Ayala Sender, on pourrait peut-être financer des études qui vont montrer le contraire, on ne l'a peut-être pas fait.

Je dis simplement que pour la convivialité et plus profiter de la clarté du jour quand le printemps et l'été arrivent, cela me paraît fondamental, mais lorsqu'on me parle des changements, clairement, il faut arrêter.

Quand on prend l'avion et qu'on va dans un pays où il y a deux heures de différence, on change sa montre. Maintenant, on n'a même plus besoin de changer le GSM, il change tout seul. Donc, on s'adapte. Le *jetlag* existe pour ceux qui font des voyages tous les jours et ici, dans cette enceinte, il y en a pas mal qui prennent l'avion.

Quand on va passer à l'heure d'hiver, on sait que l'on a une heure de plus de sommeil. Quand on passe à l'heure d'été, on en a une de moins et donc, on va peut-être se coucher plus tôt. Cela peut poser un problème le jour qui suit, les deux jours qui suivent, et puis, c'est oublié. Que l'on arrête de raconter des bêtises!

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, želim biti potpuno jasan odmah na početku. Nakon što sam analizirao mnoge argumente pro i kontra, založit ću se za ukidanje takozvanog ljetnog računanja vremena.

Razlozi zbog kojih je svojedobno uvedeno ljetno računanje vremena nisu više argumenti kakvi su nekada bili. Prije stotinjak godina kada je u ratna vremena prvi puta uvedena promjena računanja vremena, glavni argument tada bila je štednja ključnoga energenta ugljena. Način življenja, dakako, bio je potpuno drugačiji od današnjeg. Danas, na sreću, imamo sve više obnovljivih izvora energije, a naša se svakodnevnica naravno potpuno promijenila. Mogu spomenuti naše navike grijanja i hlađenja prostorija ili još drastičnije navike korištenja prijevoznih sredstava. Dakle, evidentno je da ušteda energije nije više dovoljno snažan argument za mijenjanje satova tokom godine.

Mislim da danas trebamo početi od nedvojbene činjenice, dokazane štetnosti utjecaja na ljudski bioritam kod mijenjanja vremena. To je pogotovo vidljivo kod starijih osoba. Također, dokazano je da to utječe i na dobrobit životinja. K tome, mijenjanje računanja vremena stvara često dodatni kaos u komunikaciji. Ljudski život, uz dobrobit životinja, trebao bi biti ispred ekonomskih interesa. Ako nikad nismo imali saznanja o ljetnom računanju vremena i njegovim posljedicama, sada to nedvojbeno imamo. To treba biti glavni argument u ovoj raspravi i glavni argument za ukidanje mijenjanja vremena.

Online istraživanje koje je na uzorku od 1500 anketiranih ispitanika izvršio naš kolega, gospodin Škrlec, pokazuje da čak je 85% građana u Hrvatskoj protiv mijenjanja vremena. Oni tvrde da praktički nema uštede energije.

Dakle, pozivam Komisiju i Vas gospodine povjereniče da jednostavno uvažite ovo praktički jednoglasno razmišljanje u ovom Parlamentu i izmijenite direktive i da odustanemo od dvostrukog računanja vremena.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, táim i gcoinne an athrú ama seo le blianta fada anuas anois ach go dtí gur eagraigh Herbert Reul cruinniú cúpla seachtain ó shin agus fuaireamar ansin an fhianaise agus an díobháil a bhí an t-athrú ama seo á dhéanamh do shláinte, geilleagar agus mar sin de ní raibh mé in ann é a rá go hoscailte. Agus anois táim ag teacht anseo inniu agus freisin tá breis fianaise againn nach bhfuil aon mhaitheas leis an athrú ama seo agus ba chóir dúinn deireadh a chur leis agus a luaithe is a dhéanfaimid é is fearr.

The Commission is right: we need a harmonised approach, and that means that only the Commission can bring about this change; Member States cannot do it individually. All the evidence is there now that this needs to happen. Why do we deny scientific evidence of social jetlag? Many people suffer as a result of the change of time, as if they had jetlag. Also health has been mentioned. Accidents, and this supposedly beneficial aspect from the point of view of climate change. There are no benefits.

For me actually it happens next Saturday. Autumn will finish next Saturday; winter will be advanced by a month; it will come in overnight. People will stop going for walks in the afternoon. It is ok for Mr Tarabella to talk about floodlights; they are not available to most people, and, as well as that, the energy consumption will go up, and then next year, spring will be postponed by about a month, which has a huge impact in terms of social activity, games, sport – you name it.

I was very interested in what one of our speakers mentioned: that 73% of Germans are against the change. I would say that reflects the feeling right across Europe, and, indeed if they had the evidence which we have got now here today, I think the figures would actually go up. So why won't the Commission come forward with something that actually matters to citizens; that citizens are in favour of doing; that nobody can do for them, only the Commission, and they will get great praise for it. I think it is a no-brainer, as we say in English.

I will give you another example. This Saturday, many of the hotels in my constituency will close for the winter. The season is over. Again, the evidence is there that the hotels and the bookings drop by over 7% or more as soon as we switch over. So if there was no changeover, if we had summertime all year round, everybody would benefit: health wise, socially, young people and the economy. So at least Commission: come forward with a proposal. If it fails, it fails, but I guarantee you it would be a success and you will get some praise for so doing.

(Applause)

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Dit jaar is het precies honderd jaar geleden dat de zomertijd voor het eerst werd ingevoerd. Het was een Duits idee tijdens de Eerste Wereldoorlog en het had gewoon te maken met de besparing op steenkolen. De regeling van de zomertijd is inmiddels een Europese bevoegdheid: wij gaan daarover. We hebben het ingevoerd tijdens de olieboycot door de Arabische landen om energie te besparen.

Ondertussen is gebleken dat het hele energie-argument niet meer opgaat. Het is achterhaald. Verschillende studies tonen aan dat deze regeling geen of amper energie bespaart, maar juist veel nadelen veroorzaakt, zoals – en dan gaat het over de mens – slaapstoornissen. Dit is wetenschappelijk aangetoond door verschillende deskundigen hier in deze fractie of in dit Parlement. De biologische klokken raken totaal ontregeld, en daar hebben we allemaal mee te maken. Een maatschappelijke jetlag. Kinderen moeten 's morgens een uur eerder uit bed en ouderen in verzorgingstehuizen moeten een uur later naar bed worden gebracht.

Door het verzetten van de tijd worden ouders en kinderen vaak eerder moe en het gezinsleven lijdt eronder. Er treden slaapstoornissen op die allerlei gevolgen met zich meebrengen: onhandelbare kinderen en in het bejaardentehuis onhandelbare ouderen, meer ziektemeldingen. Verder worden afspraken gemist en gaan oude klokken kapot door het gepruts met de wijzers. Ook moet het bedrijfsleven machines keer op keer aanpassen aan nieuwe tijdstippen; ik denk aan de bakkers en de signalen van de vervoerssector.

Wat voor de mens geldt, geldt ook voor de dieren. Dan denk ik onder andere aan de melkveehouderij, want niet iedereen heeft een melkrobot. Daarnaast leidt het verzetten van de klok tot meer maatschappelijke problemen: ochtendfiles rijden langer in het donker, wat gevaarlijk is voor het verkeer. Avondfiles rijden meer in ozonhitte, wat schadelijk is voor het klimaat. Steeds meer landen beslissen daarom niet langer de klok te verzetten: Rusland, Turkije en Japan. Zij doen niet meer mee.

Om energie te besparen, kunnen we beter huizen isoleren, meer zonnepanelen leggen of zorgen dat auto's het werkelijke gebruik aangeven. Daarom is de tijd rijp dat de Europese Unie de klok voor de laatste keer gaat verzetten na honderd jaar. Ophouden met dit onnodige gedoe. Wij moeten luisteren naar de kritiek van de burgers en dit raakt iedere burger. Dat helpt ook vast om ons Europa iets geliefder te maken bij de burgers en dat wil onze Europese commissaris Frans Timmermans die daarover gaat toch ook? Onze commissaris Volksgezondheid spreekt altijd over preventie, dan moeten we dit toch aanpakken? Daar hoeven we geen uren over te vergaderen.

Het gaat nu maar om één vraag: kiezen wij in dit parlement voor de zomertijd of voor de wintertijd? Wat mij betreft voor de zomertijd.

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unsere fraktionenübergreifende Anfrage an die Kommission zur zweimal jährlichen Zeitumstellung resultiert daraus, dass wir sehr wohl aktiv die wissenschaftlichen Grundlagen studiert haben. Daher nun meine ergänzenden Anfragen zu unserer Anfrage – ich bitte Sie, diese der Kommissarin weiterzuleiten:

Kennen Sie die Forschungsarbeiten der Ludwig-Maximilians-Universität in München, die berichtet, dass mit nunmehr 150 000 Personendaten klar wurde, dass ein täglicher Jetlag von 40 Minuten entsteht, den speziell Kinder, Schüler, Berufstätige und ältere Menschen mit massiven Auswirkungen auf die biologische innere Uhr des menschlichen Organismus erleiden?

Kennen Sie die wissenschaftlichen Studien der australischen Forscher Hillman, Murphy, Pezzullo mit dem Titel

„The Economic Costs of Sleep Disorders"

, nach denen der wirtschaftliche Schaden schätzungsweise 1 % des GDP betrifft? Das ist auf europäische Verhältnisse die unfassbare Zahl von 150 Milliarden Euro! Jedes Jahr 150 Milliarden Euro!

Kennen Sie die Statistiken aus Schweden, Deutschland, Finnland, USA – nur jene aus dem Jahr 2012 –, wonach das Herzinfarktrisiko um bis zu 30 % steigt?

Wenn Sie das alles nicht kennen, dann stelle ich Ihre Leistung als Kommissarin in Frage. Kennen Sie aber diese Daten, dann frage ich: Warum haben Sie nicht reagiert? Warum haben Sie keine seriösen wissenschaftlichen Untersuchungen angeordnet? Eineinhalb Jahre nach dem Parlamentshearing mit vielen dieser Daten, das ist zu spät! Sie nehmen Ihre Verantwortung nicht wahr! Entscheiden Sie jetzt!

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem debatu velmi pozorně poslouchal a víceméně k ní už nemohu přednést žádné další argumenty. Mohu zde pouze na závěr říci, že podtrhuji a souhlasím se všemi argumenty, které zde řekli moji předřečníci, kteří jasně upozornili na to, jak je pro lidský organismus a pro organismus domácích zvířat nepříznivé střídání letního a zimního času. V menším případě to způsobuje těžkosti a problémy a v horším případě je toto střídání času přímo odpovědno za některé civilizační choroby.

Musím říci, pane komisaři, že jsem poslouchal Vaše úvodní slovo, rozumím tomu, že zastupujete tady komisařku, která má na starosti tento bod, ale Vaše úvodní slovo opravdu z mého pohledu nebylo dostatečné a dostatečně neodpovědělo na otázky, které zde poslanci předložili. Bylo by opravdu záhodno, kdyby Komise vnímala, že nejen občané Evropské unie ve své většině, ale i poslanci reprezentující své voliče jasně říkají, že by bylo dobré předložit návrh na zrušení střídání letního a zimního času a nechat o něm na půdě Evropského parlamentu hlasovat. Nechat demokraticky rozhodnout, zda většina je na straně nás, kteří říkáme, že střídání je špatné. Nebo je většina na straně kolegů, jako je třeba pana kolegy Tarabelly, kteří tvrdí, že střídání má být zachováno. Nikdo nechce, aby se rozbilo to, že celá EU má jeden čas. Otázka je, zda se v celé EU má čas střídat či nikoliv.

A jak už zde také mnohokrát bylo řečeno, ekonomické výhody ze střídání času zkrátka a dobře dnes nejsou, bylo prokázáno, že neexistují a tedy fakticky dnes není vůbec žádný důvod pro střídání letního a zimního času. Takže, prosím, vnímejte to. Já mohu říct ze své praxe, pane komisaři, že pokud se mě občané na něco ptají v poslední době a nejsou-li to uprchlíci, je to právě střídání letního a zimního času. Je to téma velmi žhavé, občany EU velmi zajímá a myslím si, že Evropa, pokud zruší střídání letního a zimního času, udělá něco pro občany, co občané okamžitě budou vnímat jako hmatatelnou a pozitivní věc.

Tibor Navracsics, *Member of the Commission*. – Mr President, as a conclusion, for me it was a very interesting and useful discussion about the time switch. I can promise you that I have taken note of all your ideas and views, and I will pass them to Commissioner Bulc.

However, let me remind you that the Commission has not received any official requests from the Member States on the issue of summertime/wintertime. But of course, the Commission will take into consideration your input in our ongoing analysis, and the Commission is equally committed to keeping you informed once the analysis has been concluded, which should be in the course of next year, 2017.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich bin gegen die Umstellung zischen Sommer- und Winterzeit. Der Nutzen der Umstellung ist fragwürdig: Das ursprüngliche Ziel der Energieeinsparung wird nicht erreicht und es gibt zahlreiche Untersuchungen, die belegen, dass die Zeitumstellung eine Belastung für die Menschen und deren Gesundheit darstellt. Daher möchte ich die Kommission auffordern, konstruktive Vorschläge zur Abschaffung der Zeitumstellung vorzulegen.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Egy aktuális felmérés szerint a magyarok 80%-a eltörölné az óraátállítást. Bár a felmérés nem reprezentatív, de jól tükrözi az emberek véleményét. Többségük évente kétszer – tavasszal és ősszel – értetlenül áll az időátállás előtt. Nem értik, miért van rá szükség. A felmérésben részt vett válaszadók többsége a biológiai egyensúly felborulását és a nehézkes átállást említi elsődleges problémaként. Mára több tanulmány bizonyítja, hogy a múltban hangoztatott gazdasági okok nem feltétlenül relevánsak, és a pozitív hozadéka mellett számolnunk kell a negatívumokkal és kellemetlenségekkel is.

Az emberek számára elsősorban a kora tavasszal a nyári időszámítási időszakra történő átállás okoz gondot, hiszen a korábbi ébredés megbontja az emberek bioritmusát, fáradtsághoz, kialvatlansághoz vezet. Közlekedési szempontból nem elhanyagolható az a fennakadás sem, amit ez az átállás eredményez. A távolsági buszok, vonatok a tavaszi átállásnál egy órát elveszítenek míg az őszi visszaállításnál egy órát várakoznak az állomásokon, hogy igazodjanak a visszaállított időhöz. Ugyancsak érdemes megemlíteni ennek biztonsági vetületét, hiszen a korábbi ébredés fáradtsághoz, nagyobb figyelmetlenséghez és ez által megnövekedett számú balesethez vezethet. Kevés olyan rendelkezés van, amelyben ennyire egységes a polgárok álláspontja. Ne ignoráljuk a többség véleményét. Ezért arra kérem a Bizottságot, hogy vizsgálja felül ezt a rendelkezését, figyelembe véve a jelenkor gazdasági, egészségügyi, biztonsági körülményeit.

14. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

15. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

18. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 16.05)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2112

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. NOVEMBER 2016

(C/2024/2112)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 21. bis 24. November 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode 3
2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung 3
3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll 3
4. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll 3
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll 3
6. Tagungskalender des Parlaments für 2018: siehe Protokoll 4
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll 4
8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 4
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll 4
10. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll 4
11. Arbeitsplan 4
12. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (Aussprache) 6

Inhalt Seite

13. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (Aussprache) 26

14. Abschluss von Basel III (Aussprache) 35

15. Europäische Verteidigungsunion (kurze Darstellung) 46

16. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (kurze Darstellung) 53

17. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (kurze Darstellung) 57

18. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen 61

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 68

20. Schluss der Sitzung 68

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 21. NOVEMBER 2016

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 27. Oktober 2016, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Der Präsident. – Das Protokoll und die angenommenen Texte der Sitzung vom 27. Oktober 2016 sind verfügbar.

Gibt es dagegen Einwände?

Das ist nicht der Fall.

Herr Szanyi, Sie haben einen Antrag zur Tagesordnung.

Tibor Szanyi (S&D). – Mr President, human rights abuses must never go unnoticed by the EU, no matter if they occur within or outside of its borders. Therefore we cannot let certain worrying political developments in Malaysia pass without comment. Howard Lee, a Malaysian Assembly Member and president of the International Union of Socialist Youth, and other activists were taken into custody by the Malaysian police for participating in a rally. They were arrested because they called for clean elections, clean government, the strengthening of parliamentary democracy and the right of dissent. Although they have been released – just today – I would ask you, on behalf of the European Parliament, to address this issue in the relevant fora so that it never happens again.

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Zusammensetzung der Fraktionen: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und der Delegationen: siehe Protokoll

6. Tagungskalender des Parlaments für 2018: siehe Protokoll

7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

10. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

11. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 17. November 2016, gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Montag: Keine Änderungen

Dienstag:

Die ECR-Fraktion beantragt, den Titel der Erklärungen der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik über die Lage im Westjordanland und in den Siedlungen zu ändern.

Der Titel soll lauten: „Herausforderungen des Friedensprozesses im Nahen Osten".

Zdzisław Krasnodębski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Proponujemy więc, aby rzeczywiście zmienić tytuł tej debaty z „Sytuacja na Zachodnim Brzegu, w tym w osiedlach żydowskich", na tytuł ogólniejszy: *Challanges in the Middle East Peace Proces*, ponieważ uważamy i wiemy wszyscy tutaj jak siedzimy na tej sali, że przyczyny konfliktu na Bliskim Wschodzie w tym regionie są o wiele bardziej złożone niż tylko kwestia związana z osiedlami żydowskimi. Jeżeli chcemy jako Parlament przyczynić się do procesu pokojowego w tym regionie i rzeczywiście rozważyć wszystkie przyczyny i aspekty, aby ten proces pokojowy postąpił naprzód, powinniśmy prowadzić dyskusję ogólniejszą, a nie tylko koncentrować się na jednym zagadnieniu. Zresztą wszystkie doniesienia, również to, co pisze Kwartet w swoim sprawozdaniu, wskazują na to, że nie można problemu, o którym mówimy, redukować tylko do tego jednego zagadnienia. Dlatego prosimy bardzo o zmianę tytułu i o debatę szerszą, tak żebyśmy się mogli wszyscy wypowiedzieć na temat różnych aspektów tego tragicznego procesu, tego tragicznego konfliktu i zaproponować nasz wkład w rozwiązanie tego problemu.

Marita Ulvskog (S&D). –Herr talman! Jag tycker inte att vi ska använda rubriker på våra debatter och på våra ärenden som förvanskar verkligheten. Senast vi hade en omröstning här i Europaparlamentet om situationen på Västbanken, Palestina, var röstsiffrorna på ett ungefär 500 röster för och 150 emot. Jag tycker att det är fullständigt solklart att vi ska ha kvar den rubrik vi har, och jag vill därför motsätta mig Zdzisław Krasnodębskis förslag.

Der Präsident. – Ich lasse über den Antrag abstimmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Ebenfalls für Dienstag haben die Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz und der Vereinigten Linken/Nordische Grüne Linke beantragt, eine Erklärung des Rates sowie der Kommission zu einem Gutachten des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen CETA-Übereinkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union mit den Verträgen als sechsten Punkt am Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen, und zwar nach dem Bericht von Frau Fotyga.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, 89 Members from five Groups have proposed a resolution calling for the opinion of the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between the European Union and Canada (CETA). The resolution is currently scheduled for Wednesday, but is only to be put to the vote. I request that this resolution be debated on Tuesday and demand a roll-call vote on my request. There is no reason to avoid debate: many statements are coming from stakeholders, the expert Community law professors, and even the Advocate General of the EU Court of Justice.

Furthermore, after the objection by the Walloon Parliament, the Council has supplemented CETA with a joint interpretative instrument. The legal validity of that instrument is unclear, and this further adds to the complexity of the agreement. So it is necessary to ensure that the suggested investment court system is compatible with EU law, and all these considerations and this House's interests require that the Members have the possibility to express their views before this important vote.

(Applause)

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – De GUE/NGL-Fractie steunt de aanvraag van de groenen met volle overtuiging. Het CETA-verdrag is een groot en ingrijpend verdrag met zeer verstrekkende gevolgen voor onze regelgeving, onze besluitvorming, ons rechtssysteem, het voorzorgsbeginsel en onze economie. Met name het stelsel van investeringsgerechten (ICS) is een zeer omstreden onderdeel van het verdrag. Tijdens een openbare raadpleging in 2005 kwamen er op zijn voorganger, het systeem voor beslechting van geschillen tussen investeerders en staten (ISDS), 150 000 reacties, waarvan 97 procent uitgesproken kritisch.

Een aantal van die fouten is verbeterd in het stelsel van investeringsgerechten, maar in essentie is ICS hetzelfde systeem als ISDS. Dat is betoogd door een aantal vooraanstaande wetenschappers, waaronder de Canadese hoogleraar Gus Van Harten, en is ook aangetoond in een studie getiteld "Investment Court System put to the test" van een aantal vooraanstaande ngo's. Zij hebben aangetoond dat de meest omstreden ISDS-zaken onder ICS nog steeds kunnen worden gevoerd met hetzelfde of een nog slechter resultaat. Het klopt dat de Juridische Dienst van het Europees Parlement heeft gezegd dat het geen problemen verwacht met ICS, maar daar staat tegenover dat er brieven zijn van de European Association of Judges en de Deutsche Richterbund die dat bestrijden. We moeten kunnen praten over dit onderwerp.

Daniel Caspary (PPE). – Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen haben Sorge: Was kommt da auf uns zu? Was passiert da in der Globalisierung? Wie werden unsere Unternehmen und Arbeitsplätze den Wettbewerb mit Ländern wie China, Indien und Brasilien bestehen? Mit unseren Handelsabkommen wie dem mit Kanada geben wir auf diese Sorgen eine Antwort, ohne unsere demokratischen Entscheidungsräume zu beschneiden. Wir geben der Globalisierung Regeln, ohne kommunale Daseinsvorsorge, Kunst und Kultur zu gefährden. Und wir sichern unsere Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards ab und sichern auch unserer Landwirtschaft eine gute Zukunft. Das ist die Überzeugung der großen Mehrheit hier im Haus.

Meine Damen und Herren, von den 89 Kollegen, die den Antrag eingereicht haben, haben 82 hier im Parlament gegen die letzten Handelsabkommen gestimmt. Der Kollege Jadot schreibt in einer Pressemeldung: Die Grünen werden alles tun, um das CETA zu zerstören. Unser Kollege bringt es auf den Punkt: Es geht nicht darum, Antworten zu geben, sondern zu zerstören – Zerstören des Vertrauens in unsere europäischen Institutionen, Zerstören des Vertrauens in unseren Juristischen Dienst und auch Zerstören des Vertrauens in uns Abgeordnete. Meine Damen und Herren, da machen wir nicht mit!

Das Gutachten des Juristischen Dienstes unseres Parlaments sagt eindeutig: Auswirkungen auf die EU-Rechtsordnung: keine, Auswirkungen auf die Kompetenzverteilung in der EU: keine, Auswirkungen auf konstitutionelle und fundamentale Rechte: keine. Aber nochmal: Es geht hier nicht um Prüfung, sondern um Zerstörung. Und wenn man sieht, wer gerade eben bei dem Antrag geklatscht hat: die Grünen und die Populisten – Sie suchen den Applaus von den Falschen wie schon so oft in den letzten zwei Jahren. Hören Sie mit dem Populismus auf und kommen Sie zurück in die Reihen der Demokraten!

Wir lehnen Ihren Antrag ab. Wir werben für das CETA. Wir wollen Globalisierung gestalten und den Menschen gute Antworten geben.

(Beifall)

Der Präsident. – Ich lasse über den Antrag namentlich abstimmen.

(Das Parlament lehnt den Antrag ab.)

Mittwoch und Donnerstag: Keine Änderungen.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētāj! Dārgie kolēģi! Es gribu jūs lūgt aizkavēties, jo šodien pirms 40 minūtēm manā valstī, Latvijā, apritēja precīzi trīs gadi kopš brīža, kad, sabrūkot supermārketam, Latvijā gāja bojā 54 personas. 16 bērni palika daļēji bez vecākiem – bez viena no vecākiem – un trīs vispār bez vecākiem.

Šeit zālē atrodas komisārs Dombrovskis, kurš tolaik bija premjerministrs un atceras šo traģisko brīdi… (runa uz brīdi tiek pārtraukta). Tā bija vislielākā traģēdija Latvijas pastāvēšanas vēsturē kopš neatkarības atgūšanas un vislielākā traģēdija pēdējo 30 gadu laikā Austrumeiropā.

Godātais priekšsēdētāj, ja jūs neesat pret, es lūgtu šos deputātus, kuri palikuši zālē, ar klusuma brīdi pieminēt upurus šajā traģēdijā, kas notika Rīgā, Latvijā, pirms trīs gadiem.

Der Präsident. – Herr Mamikins, wir werden sicher darauf zurückkommen. Sie können mir den Hintergrund noch einmal nennen, und wir schauen, wie wir das mit Würde hier im Hause organisiert bekommen.

12. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ramon Tremosa i Balcells über den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (2016/2063(INI)) (A8-0302/2016).

Herr Präsident Draghi ist durch einen verspäteten Flug noch auf dem Weg hierher, sodass wir mit der Aussprache zunächst beginnen, indem ich dem Berichterstatter, Herrn Tremosa i Balcells, das Wort gebe.

Ramon Tremosa i Balcells, *rapporteur.* – Mr President, we live in times of uncertainty where future stability in our economies cannot be taken for granted any more. In this context, the biggest reassurance we can have for the future is the ECB's safe pair of hands. ECB policies have been correct in general terms, and tomorrow I hope this Chamber will clearly endorse them, as we did in the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) some weeks ago.

ECB policies are subject to improvement and critique, of course. In this report you will find several ideas that may be of interest to you. We believe, for instance, that the asset purchase programmes (APP) should be redirected away from buying public debt into investment assets related to the EIB. The ECB should try harder to buy assets, such as a new wave of project bonds related to EU projects with clear EU added value, for example assets related to the building of the trans-European network of energy and transport, which is fundamental for the economy of the eurozone but lacking in proper investment in some Member States.

These European projects related to the Energy Union and the Transport Union were voted through by a large majority in this Parliament during the last legislature. We need investment, but smart investment: no more airports without planes; no more high speed trains without passengers; no more roads without trucks or cars. I believe that the current APP is being used by some Member States to avoid necessary reforms in the fields of late payments, energy reform and public deficits.

We also ask the ECB to study how it would impact the European monetary policy if Member States issued debt directly related to public investment so that the ECB could buy it. This may give incentives to Member States to increase their level of investment in research and education. We are also worried about the effects of negative interest rates in our banks and in our economy if they are maintained in the medium term. We know that the ECB is aware of these downside risks. I hope that negative interest rates will be the first measure to be unwound.

We express also our concerns in the report on the creation of housing bubbles in many big cities in Europe, such as Barcelona, where I come from. The cities are more and more expensive due to international capital inflows. Ultra-low interest rates are partly responsible for it together with, of course, local mistakes. Income inequalities are also worryingly on the rise.

Finally, we call on the ECB to study in depth how small saving banks and big banks react differently during the crisis on the concession of new credit. So we ask: are healthy and well-managed, small saving banks a key part of the rapid recoveries in some countries of the eurozone? I also ask myself in this Chamber, do we need to balance concentration at the big bank level, which is happening in some Member States, with a new wave of small banks linked directly to their local territories? Dear Commissioner, dear colleagues, I really look forward to your views on all these issues.

Președintă: ADINA-IOANA VĂLEAN

Vicepreședintă

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all I would like to thank the rapporteur, Mr Ramon Tremosa i Balcells, and all the members of the Committee on Economic and Monetary Affairs for their work on this report.

Ex-post assessment of the ECB's activities by the European Parliament is an important part of the democratic accountability of the ECB and a necessary complement to its independence. The ECB's independence in the conduct of its monetary policy, as enshrined in the Treaties, is crucial to the objective of safeguarding price stability. The Commission shares the view that the ECB's unconventional monetary policy actions have had a positive impact on overall financing conditions in the euro area. The implementation of the measures previously announced by the ECB is expected to lead to further gradual improvements in financial conditions and help bring inflation closer to the ECB's objective of keeping inflation rates below, but close to, 2% in the medium term.

However, we also share this Parliament's view that a prolonged period of low, or even negative, interest rates represents a challenge for the European financial system. While low interest rates are necessary to support the recovery and have had some positive impact in the short term on financing costs and capital gains for banks, a protracted environment of very low or negative interest rates would be a symptom of persistently weak aggregate demand and overall macroeconomic conditions.

As emphasised by Mario Draghi a number of times, we cannot ensure a sustainable recovery with monetary tools only. EU Member States must make wise use of the time provided by an accommodating monetary policy and advance necessary structural reforms, while continuing with responsible fiscal policy. Moreover, within the European Systemic Risk Board we have worked hard to assess the financial stability risks that may arise from a prolonged period of low interest rates. We are aware of the risk that this poses both to banks' business models through depressed net interest income and for insurers and pension funds with fixed liabilities. We have policy measures in place to address the most severe risks and are continuing to monitor developments in this issue. I look forward to a fruitful debate.

Thomas Mann, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Dombrovskis, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ökonomischen und finanziellen Probleme in der EU lassen sich durch die geldpolitischen Maßnahmen der EZB allein nicht lösen. Deren Bestrebung ist es, die Gesamtnachfrage zu stimulieren. Mario Draghi hat recht: Notwendig sind ausgewogene Strukturreformen und eine solide Haushaltsführung in allen Mitgliedstaaten der Eurozone. Gute Beispiele dafür liefern Zypern, Irland und Slowenien. Sie konnten ihre Defizite unter den Referenzwert von 3 % des BIP senken. Genau so entsteht eine positive, nachhaltige Wirtschafts- und Finanzentwicklung.

Die EZB hat im Jahre 2015 ihr Programm zum Aufkauf von Vermögenswerten ausgeweitet. Bis zum März 2017 sind dafür 1,7 Billionen Euro vorgesehen. Dazu gehören jetzt auch Anleihen von Nicht-Finanzunternehmen, ebenso von lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

Eine allzu expansive Geldpolitik aber birgt Gefahren. Ich halte all die Bedenken für gerechtfertigt, dass es zu Wettbewerbsverzerrungen kommen kann, wenn Käufe von Anleihen der Großunternehmen am Kapitalmarkt stattfinden und die KMU daran nicht ausreichend partizipieren. Außerdem belastet die immer noch andauernde Niedrigzinspolitik die Zukunft der Altersvorsorgesysteme. Problematisch ist ebenso, dass die längerfristigen Sparzinsen in einigen Mitgliedstaaten unter der jeweiligen Inflationsrate liegen.

Dagegen sind die außerordentlichen Aktionen der EZB mit dem Ziel, die Teuerungsrate auf 2 % anzuheben, zu begrüßen. Sie sind rechtmäßig, sie stehen im Einklang mit ihrem Mandat. Ja, die Kreditvergabe an Haushalte und an Unternehmen im Euro-Währungsgebiet ist zweifellos verbessert worden. Allerdings sind die Investitionen, die dadurch erzielt werden sollten, noch nicht ausreichend und liegen sage und schreibe zehn Punkte unter dem Vorkrisenniveau.

Diese kritischen Bemerkungen und auch manche Sorgen, die der Berichterstatter geäußert hat, erfahren breite Unterstützung im Bericht von Tremosa i Balcells. Ich danke Ramon im Namen der EVP-Fraktion für seine Arbeit und für seine Bereitschaft zum Kompromiss, außerdem für die stete Kooperation mit uns Schattenberichterstattern. Ich hoffe, dass wir morgen gemeinsam – bei aller Unterschiedlichkeit – eine deutliche Mehrheit finden können.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich möchte mich beim Abgeordneten Mann bedanken, weil er erwähnt hat, wie wichtig eigentlich die kleinen und mittleren Betriebe sind und auch die Förderung der Selbständigkeit. Wir haben letzte Woche 500 Mio. EUR im europäischen Haushalt für 2017 für Jugendbeschäftigung vorgesehen. Ich glaube, gerade die kleinen und mittleren Betriebe könnten hier eine deutlich bessere Rolle spielen.

Herr Kollege Mann, sehen Sie Möglichkeiten, dass die EZB sich auch einmal eine Strategie überlegt, wie man Beschäftigung bei Jugendlichen und die Selbständigkeit fördern kann und mehr für KMU tut, um hier die Finanzierungsmöglichkeiten zu fokussieren und zu sehen, dass KMU in der Lage sind, gemeinsam mit kleinen und mittleren Banken auch Risikokapital zu bilden?

Thomas Mann (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. Ich kann Herrn Rübig nur zustimmen. Das Europäische Parlament hat viele Sonderfazilitäten gegeben zur Stützung der KMU. Genau das brauchen wir. Was ist denn das Herzstück der europäischen Wirtschaft? Kleine und mittelständische Unternehmen! Die meisten Ausbildungsplätze und die meisten Arbeitsplätze – genau dafür brauchen wir das.

Und das muss auch mal den Sinn schärfen bei der Europäischen Zentralbank, dafür zu sorgen, dass wir nicht sagen können: Wir arbeiten nur mit den Großen, mit den Großunternehmen, mit den Großbanken. Kollege Ramon hat schon darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dafür zu sorgen, dass auch die anderen Unterstützungsmöglichkeiten erhalten. Daran müssen wir wirklich mit Hochdruck arbeiten. Hier müssen Ergebnisse ankommen und nicht nur große Absichtserklärungen. Ich stimme Paul Rübig absolut zu.

Jonás Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, en primer lugar me gustaría agradecer el trabajo del ponente, de nuestro colega Tremosa, en estos meses y el del conjunto de ponentes alternativos que hemos redactado y trabajado en este informe, que yo creo que es un documento equilibrado, que ayuda a entender la labor de la política monetaria del BCE, pero que también pone las luces largas indicando hacia dónde debería conducirse esa política monetaria.

Probablemente este informe, como decía, respalda claramente las principales medidas que ha venido tomando el BCE dirigidas a conseguir que se cumpla el objetivo de inflación, que es el principal propósito del Banco Central Europeo. Porque realmente seguimos estando lejos del objetivo, aun con todas las medidas expansivas que hemos tomado, y, por lo tanto, animamos y, de alguna manera, alumbramos algunas vías para mejorar el acceso al crédito de las pymes, como decía alguno de nuestros colegas que hablaban previamente: cómo las pequeñas y medianas empresas podían tener también cabida dentro de los programas de expansión monetaria del BCE.

Pero el informe también dice claramente que la política monetaria sola no sirve, que es verdad que necesitamos hacer reformas estructurales en algunos sectores, y principalmente en la banca, porque la banca europea, y en algunos países poniendo mayores dificultades, sigue restringiendo la capacidad de que el crédito llegue a todas las empresas y a todos los consumidores.

Pero, aparte de esa reforma, necesitamos una política fiscal seria. En los próximos días veremos el informe anual de crecimiento que elabora la Comisión, y aquí está el Vicepresidente de la Comisión Dombrovskis, que debe alumbrar cuál debe ser la política fiscal. Esa política fiscal tiene que acompañar claramente a la política monetaria, porque cuando los tipos están tan bajos, cuando los inversores privados no tienen certidumbre sobre su rentabilidad porque las previsiones de crecimiento son muy bajas, porque realmente el entorno en el que se está moviendo Europa es un entorno muy incierto, necesitamos que el sector público haga su trabajo. Y, por lo tanto, necesitamos que el sector público, que al final es quien asume los riesgos en una sociedad, sea capaz de impulsar la demanda para facilitar también el cumplimiento del objetivo de inflación por parte del Banco Central Europeo.

Y, por lo tanto, en los próximos meses, en el marco del Semestre Europeo también, deberemos definir cuál debe ser esa política, que no tiene que ser solo una aproximación país por país, sino que tiene que haber una aproximación holística de la política macro, de la política fiscal, que acompaña a la política monetaria que ejecuta el Banco Central Europeo, con un resultado razonable en un entorno, como decía antes, muy complejo.

En cualquier caso, estos últimos segundos me gustaría dedicarlos a seguir insistiendo en la necesidad de que los beneficios del Banco Central Europeo, de que los beneficios de la única institución federal, de la institución de la moneda de la Unión, que es el euro, retornen al presupuesto del conjunto de la Unión. Y este debate se puede sacar adelante, se puede realizar sin necesidad de una reforma agravada de los Tratados, y deberíamos en algún momento discutirlo en los próximos meses.

Mario Draghi, *President of the European Central Bank*. – Madam President, first and foremost let me apologise for this delay, which was due to transport problems.

I am happy to be back at the European Parliament to discuss with you the European Central Bank Annual Report for 2015. This debate is an important pillar of our accountability. We take your comments and suggestions very seriously.

At your request, last year, we began publishing the ECB's feedback on your resolution on the ECB Annual Report. On 4 October 2016, the Governing Council also approved principles increasing transparency in developing ECB regulations on European statistics. These principles take into account the transparency practices of the European Parliament, the Council of the European Union and the Commission.

In my remarks today, I will retrace the economic developments since our last plenary exchange in February. In particular, I will discuss the role of the ECB's monetary policy in supporting the ongoing recovery. I will also review the policy agenda aimed at addressing current vulnerabilities in the euro area.

Let me say a few words now about economic developments and the role of the ECB's monetary policy in supporting the recovery. The euro area recovery continues to proceed at a moderate but steady pace. It has shown remarkable resilience to adverse developments and uncertainties emanating from the global environment. In fact, euro area unemployment has been steadily declining. More than four million jobs have been created since 2013, when the situation was at its worst. Domestic demand has also strengthened and positive figures for real GDP growth have been recorded for 14 consecutive quarters. Since the beginning of the year, headline inflation has gradually picked up, moving from the negative rate of -0.2% in February to +0.5% in October.

Our monetary policy measures since June 2014 have been a key factor behind these positive developments. Asset purchases, targeted longer-term refinancing operations (TLTROs, as they are called) and low policy rates have strongly supported the recovery. Let me explain more in detail.

First, the pass-through of our monetary stimulus to bank lending conditions has been remarkable. Interest rates have fallen markedly across a broad spectrum of asset classes and credit markets since June 2014. As a result, euro area firms and households have experienced more favourable borrowing conditions. For example, bank lending rates for companies declined by more than 100 basis points between June 2014 and September 2016. Bank lending conditions for small and medium-sized enterprises (SMEs) – the backbone of our economy – have improved even more. Since May 2014, bank lending rates on very small loans to corporations have declined by around 170 basis points. They are now converging towards those on loans to large-scale borrowers.

Evidence from our bank-lending survey supports this picture. Banks report that our measures are contributing to more favourable terms and conditions on loans and are supporting credit creation. Moreover, we see that banks are passing on the very attractive funding conditions of the TLTROs to their customers.

Lower borrowing costs for firms and households have stimulated both consumption and investment. For example, household income is benefiting from lower interest-rate expenses. Likewise, investment spending benefits from lower financing costs, which are making more investment projects profitable.

Supported by our monetary policy, the recovery is sustaining its momentum. We also expect headline inflation to continue rising over the coming months. At the same time, we are not seeing a consistent strengthening of underlying price dynamics. Much of the expected increase will be driven by statistical factors related to the stabilisation of oil prices.

Moreover, the return of inflation towards our objective still relies on the continuation of the current, unprecedented level of monetary support, in spite of the gradual closing of the output gap. It is for this reason that we remain committed to preserving the very substantial degree of monetary accommodation necessary to secure a sustained convergence of inflation towards levels below, but close to, 2% over the medium term.

However, as your draft resolution on our Annual Report argues, our monetary policy support has to be accompanied by decisive action from other policy areas. In fact, we continue to face a number of structural challenges that are holding back a more dynamic expansion of the euro area economy. So the right policies need to be designed to address existing vulnerabilities and challenges and, ultimately, to secure higher sustainable growth for the euro area.

As I argued before, the euro area economy has proved resilient despite the uncertainty caused, among other things, by the crisis in emerging market economies, the collapse in oil and commodity prices, and the consequences of the UK referendum.

Beyond the relevance of the ECB's monetary policy, an important contributing factor has been the more robust financial sector which has emerged from the financial crisis. The decision to address the mistakes of the pre-crisis era through ambitious regulatory reforms is thus paying off. It has resulted in a European financial sector that is now stronger in terms of capital, leverage, funding and risk-taking.

For example, Common Equity Tier 1 ratios in the euro area have improved substantially, rising from less than 7% for significant banking groups in 2008 to more than 14% today. The welcome improvements in bank solvency – and the related improvement in asset quality – are a tangible result of our common work to create the Banking Union.

The comprehensive assessment we conducted in 2014 — together with a deep asset quality review – encouraged banks to strengthen their balance sheets without delay. As a result, while the level of non-performing loans (NPLs) remains high in some countries, today this problem is not primarily related to the robustness of balance sheets. Coverage ratios are close to 50% and much of the remainder is collateralised.

A more resilient euro area banking system has been able to respond to the impetus originated by our monetary policy and facilitate the recovery in credit we have witnessed so far. However, a number of structural factors are still weighing on the ability of the financial sector to fully support the euro area recovery. Notably, the profitability of euro area banks remains a challenge to be addressed. While bank profitability and the level of bank equity prices is not, per se, a matter for policymakers, insofar as it raises financing costs for banks, it could ultimately curtail lending to the real economy and hold back the recovery. We should therefore consider what factors are behind this and what we can do to address them.

One factor is certainly the low-growth and low-inflation environment, which translates into low interest rates. By supporting the recovery, our monetary policy measures are supporting a return towards higher rates of return. In other words, low interest rates today are necessary for a return to higher interest rates in the future.

But legacy and structural challenges are also important factors behind banks' low profitability. Where profitability is being affected by structural issues, such as overcapacity and inefficient cost structures, rationalisation and consolidation must form part of the answer.

Where the non-performing loans (NPLs) are at a high level, creating the conditions for a faster resolution of bad loans is an essential part of the solution. ECB Banking Supervision has presented its draft guidance on NPLs for public consultation. We have also conducted a stocktake of national supervisory practices and legal frameworks related to NPLs. With a view to creating liquid markets of distressed debt, efforts will be required to foster the development of an NPL servicing industry, to improve data quality and access, and to remove tax and legal impediments to debt restructuring.

The European Parliament also has an important role to play in a number of key legislative dossiers. Some relate to the Banking Union, with the proposed European Deposit Insurance Scheme and the introduction of 'risk-reduction' measures in the context of the upcoming revision of the legislative pillars of the Single Rulebook for banks – namely the Bank Recovery and Resolution Directive (BRRD), the Capital Requirements Regulation (CRR) and the Capital Requirements Directive (CRD). Others relate to the Capital Markets Union (CMU). In particular, the negotiations concerning the Securitisation Regulation need to be finalised soon. Securitisation can play a very important role in increasing bank funding to the economy but regulatory uncertainty is detrimental to European securitisation markets. We consider that the Commission has put forward a strong package that balances a revival of the European securitisation markets with the preservation of a prudent regulatory framework.

Progress needs to be made in other areas too, in particular insolvency law and taxation, as announced in the Commission's communication. It will also be necessary to address the financial stability aspects of CMU as part of the macroprudential review.

A stable, profitable and competitive financial sector is essential for sustainable economic growth; but the reverse is also true. This is why we need more decisive action to raise the potential growth rate of the economy.

First, let me echo your draft resolution. The implementation of structural reforms needs to be substantially stepped up. This concerns, in particular, policy actions to raise productivity and improve the business environment. We will soon discuss the Annual Growth Survey 2017, which touches upon these exact issues. We should make the best use of the annual cycle of economic governance by ensuring that recommendations – including euro area recommendations – are really taken into account and effectively implemented.

Second, fiscal policies should also support the economic recovery, while remaining in compliance with the fiscal rules of the European Union. For instance, a more growth-friendly composition of fiscal policies could boost growth. This leads me to my concluding point.

During our last plenary exchange in February, I said that the cohesion of Europe was being tested. Since then, the challenges have increased. It is now, more than ever, important and necessary that Europe responds cohesively and decisively to the challenges it is facing.

I believe we should remember the words of a great European, Carlo Azeglio Ciampi, spoken in this room more than ten years ago: 'If we act alone we will be at the mercy of events bigger than us, events that threaten peace and European security.'

I am confident that the foundations on which the EU project is built are strong enough to achieve the objectives that have been entrusted to us by the people of Europe.

I am now looking forward to the debate.

Bernd Lucke, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst dem Berichterstatter sehr danken für seinen Bericht. Und ich möchte Herrn Draghi dafür danken, dass er mir die Ehre erwiesen hat, gerade rechtzeitig zu meiner Rede im Europäischen Parlament zu erscheinen. Ich freue mich auch, Herr Draghi, dass Sie gesagt haben, dass Sie das sehr ernst nehmen wollen, was ich in meiner Rede ausführe.

Denn der Euro, Herr Draghi, ist nach wie vor in einer schweren Krise. Und wenn man wissen möchte, wie schwer diese Krise ist, muss man nur diesen Bericht lesen, den Herr Tremosa i Balcells geschrieben hat. Er weist genau auf die Schwierigkeiten hin, die in der Eurozone existieren. Es ist jetzt auch in dieser Debatte bereits mehrfach ausgeführt worden, dass wirtschaftlich und fiskalisch eben ganz viel in der Eurozone nicht in Ordnung ist. Trotz all der Maßnahmen, die die Europäische Zentralbank ergriffen hat, haben wir nichts als Verzerrungen auf den Märkten. Aber wir haben keine Fortschritte im Bereich der Produktivität und der Wettbewerbsfähigkeit.

Wir haben jetzt negative Zinssätze. Und, Herr Draghi, Sie loben das damit, dass Sie sagen: Jetzt haben die Haushalte ja mehr Geld, das sie ausgeben können, weil sie nicht mehr so viele Zinsen zahlen müssen. Aber die Wahrheit ist, dass Sie eine Kultur des Sparens zerstören und dass Sie mit den negativen Zinssätzen eine Kultur der Verschuldung befördern. Und das ist das Gegenteil dessen, was wir brauchen.

Sie zerstören – wie ausgeführt worden ist – die private Altersvorsorge. Herr Draghi, ich habe in den 90er-Jahren für mich selbst eine Rentenversicherung abgeschlossen, für die mir die Versicherung 4 % Garantiezins zugesagt hat. Wie soll denn diese arme Versicherung 4 % Garantiezins erwirtschaften, wenn Sie die Zinssätze in den Nullbereich oder sogar in den Negativbereich hineindrängen? Und gleichzeitig haben wir diese Verzerrungen, und gleichzeitig sehen wir die Hypothekenblasen, die Immobilienblasen, die Herr Tremosa i Balcells ausgeführt hat. Wir sehen die steigenden Mieten in den Großstädten, wir sehen die Zunahme der Ungleichheit zwischen denjenigen, die Vermögen besitzen, deren Vermögenswerte stark ansteigen, und denen, die es nicht tun. Ich gehöre wirklich nicht zu den Linken in diesem Hause, aber, Herr Draghi, das sind Verteilungseffekte, die wir eigentlich nicht wollten als Resultat einer Zentralbankpolitik.

Ein letztes Wort zu der Debatte, die innerhalb der EVP geführt worden ist: Die Europäische Zentralbank ist kein Wirtschaftsministerium, und sie ist nicht zuständig für den Abbau von Jugendarbeitslosigkeit. Ich widerspreche dem ganz entschieden. Die Europäische Zentralbank hat ein Mandat, und dieses Mandat ist Geldpolitik. Und mehr als Geldpolitik darf sie nicht tun. Aber leider hat sie dieses Mandat weit überschritten.

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Präsident Draghi, lieber Ramon! Nichts ist gut in der Eurozone, insbesondere nicht für die von Herrn Lucke angesprochenen arbeitslosen Jugendlichen in Portugal, Griechenland oder Spanien.

Die USA haben nach der Krise eine expansive Fiskalpolitik gemacht und Banken unter staatlicher Regie rekapitalisiert. In Europa hat man Banken zum Nulltarif gerettet und öffentliche Investitionen, Löhne und Renten gekürzt. Seit Jahren verfehlt die EZB daher ihr Inflationsziel. Das billige Geld landet auf den Finanzmärkten, nicht in der realen Wirtschaft, weil Banken wegen fauler Papiere sowie der unzureichenden Investitionen kaum Kredite vergeben. Die erneute Verpackung von Schrottkrediten über die Kapitalmarktunion ist aber absurd, denn es geht dabei nicht um den Mittelstand, es geht darum, die faulen Papiere aus den Bilanzen zu kehren und wie heiße Kartoffeln weiterzureichen.

Finanzstabilität und Wachstum sind aber kein Widerspruch. Es war doch die Finanzkrise, die uns ein verlorenes Jahrzehnt beschert hat. Die Deutsche Bank ist weiterhin die gefährlichste Bank der Welt, die italienischen Banken haben erhebliche Probleme, und auch die Versicherer sind ein Systemrisiko. Deswegen brauchen wir öffentliche Investitionen, um die Zinspolitik zu normalisieren. Es war eben ein Fehler, so viele Menschen in die private Altersvorsorge zu drängen. Wir brauchen daher harte Strukturreformen für Banken statt für Rentner oder Beschäftigte. Die deutsche Megabank muss aufgespalten werden. Die EZB muss öffentliche Investitionen unterstützen, denn die deutsche Regierung verstößt mit ihren Leistungsbilanzüberschüssen von 8 % des BIP weiterhin gegen die Spielregeln.

Die Erpressung, das Abdrehen des Euros, wenn Regierungen – wie in Griechenland – die Löhne und Renten nicht kürzen wollen, ist mit dem Mandat der EZB unvereinbar und muss sofort beendet werden.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, señor Draghi, bienvenido al Parlamento. En primer lugar, permítame que agradezca al ponente del informe el trabajo realizado.

Es verdad que usted, señor Draghi, ha tenido que enfrentarse a una situación de una parálisis absoluta por parte de los Estados miembros, de una política de austeridad absolutamente suicida, y ha sido usted el que se ha visto obligado a mantener una línea de salvación, una línea de vida para las economías europeas a través del desarrollo de las políticas no convencionales.

Evidentemente, eso no ha sido suficiente para que ustedes llegaran al objetivo de inflación que se marca el propio Banco Central Europeo que, yo creo, —eso lo hemos dicho muchas veces en esta Cámara — que con el tiempo que llevamos sin llegar a ese nivel de inflación marcado (el 2 %), tal vez el Consejo debería empezar a revisarlo, puesto que tiene potestad para hacerlo.

Pero es verdad que usted se ha visto enfrentado a la inacción fiscal. Y vemos con preocupación —y mi Grupo ve con preocupación también— que, después de la propuesta de la Comisión Europea de tener una política fiscal un poco expansiva el año que viene —un poco más que la posición fiscal de este año—, la reacción de algunos Estados miembros haya sido decir «no» de entrada; no solo la del Gobierno federal alemán sino, sorprendentemente, también del ministro de Economía español —sorprendentemente, digo, porque sería uno de los países a los que más le interesaría—.

Y esa es la situación a la cual usted se ha tenido que enfrentar y, desde este punto de vista, creo que los Estados miembros tienen mucha responsabilidad de la situación en la que estamos.

Me ha parecido entenderle que, a medio plazo, usted considera que no deben retirarse los estímulos. Algún miembro del Consejo de Gobierno lo ha dicho también esta semana. Mi Grupo comparte eso —nos parece que es prematuro—. Pero también tengo que decirle que los estímulos monetarios han generado determinadas situaciones de riesgo muy preocupantes y que ustedes no pueden retrasarse en afrontarlas.

Es evidente que tenemos —hay muchos estudios que lo señalan— problemas con el impacto que las medidas no convencionales pueden tener en la desigualdad porque, evidentemente, los tenedores de activos financieros salen beneficiados, con los subsidios implícitos que supone su política en relación con la banca, los subsidios implícitos a grandes corporaciones. Eso tuvimos la ocasión de discutirlo en la última comparecencia en la Comisión de Economía: ustedes están comprando bonos de grandes corporaciones que no necesitan ayuda. Sería mucho más interesante que junto con, por ejemplo, el Banco Europeo de Inversiones se crearan canales para que la expansión cuantitativa pudiera financiar directamente determinados proyectos sociales y medioambientales, algo que está instalado en el debate público y que es extremadamente positivo.

Se han mencionado también las burbujas inmobiliarias, creo que también es un riesgo evidente.

Y, después, hay otra cosa de la cual quiero hablarle y que nos preocupa especialmente, que tiene que ver también con el control democrático del Banco: nos parece que en algunos de sus instrumentos, ustedes, como Consejo de Gobierno, tienen tal discrecionalidad en aplicar las normas que se ha vuelto un auténtico problema democrático.

Y ya que estamos —porque este informe es del año 2015—, tengo que hablar de la línea de liquidez de emergencia, en la cual ustedes, ante situaciones parejas, han aplicado una política y decisiones totalmente distintas. En el caso de Chipre, siendo la banca insolvente, diciendo el regulador que la banca era insolvente, ustedes decidieron mantener la línea de liquidez de emergencia, y en el caso de Grecia, en cambio, sin haber dicho el supervisor que la banca era insolvente, ustedes decidieron cortarla. ¿Por qué? A día de hoy, aún nadie lo sabe.

Y ahora tengo que decirle que este tipo de cosas dañan la credibilidad del Banco Central Europeo. Deben aclarar las normas de la línea de liquidez de emergencia. Me parece una cuestión central porque, si no, la credibilidad democrática del banco está en juego. Lo digo también porque en el caso de Grecia —y ya que estamos en 2015, también hay que decirlo— las decisiones que ustedes tomaron muchas veces fueron demasiado en paralelo a las decisiones que adoptaba el Eurogrupo. Y eso también, de alguna manera, puso en riesgo la reputación del Banco como entidad independiente.

Creo que esas cosas son lecciones de las cuales tenemos que aprender y espero, en cualquier caso, que muchas de las preocupaciones que hoy generan las medidas de política monetaria no convencional las afronten y las solucionen.

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io sono un po' deluso, come ogni anno, dalla relazione della Banca centrale europea perché si perde una grande occasione per evidenziare, con un po' di onestà intellettuale, quella che è la situazione economica e monetaria. Si assiste a un fallimento per i cittadini europei, che è evidente, perché in termini occupazionali e in termini di sviluppo economico siamo fermi da diversi anni, a fronte di grandi affari per chi in questo momento si sta comprando gli Stati membri a prezzo di sconto. Questo perché, ovviamente, grazie alle politiche applicate tramite l'euro e tramite l'austerità intrinseca che c'è in questo progetto, ci sono tagli agli investimenti pubblici, svalutazioni salariali per compensare l'incapacità del sistema di poter bilanciare in altro egli squilibri esistenti, perché abbiamo bloccato i cambi e quindi si svalutano i salari e le politiche del *jobs act* implicano semplicemente rendere più povere le persone per rendere competitiva l'Eurozona.

Ecco, questo è un progetto che obiettivamente non può funzionare in questi termini e ne approfitta ovviamente chi vuole speculare e privatizzare tutto quello che è bene di Stato. E per questo è un progetto insostenibile e anche irriformabile. La zona euro non sarà mai uno spazio valutario ottimale, proprio perché non ci sono i presupposti: se andiamo a leggere i libri di tutti i più grandi economisti del mondo, tra cui anche Stiglitz, ci rendiamo conto di come questo sia improponibile come progetto.

Quindi non può esserci un'unica politica monetaria per 19 paesi e neanche per 27 o per 28, nel momento in cui non ci sono le condizioni per farlo. E perché? Perché vi sono bisogni diversi in termini di tassi d'interesse e tassi d'inflazione. Questo è un problema che l'euro e la BCE non potranno mai riuscire a risolvere e noi, non inserendolo in questa relazione, perdiamo una grande occasione perché la dissoluzione dell'area valutaria oramai è alle porte.

Noi non ne parliamo ma questo evento si verificherà e molto probabilmente succederà in modo non controllato e sarà colpa proprio della politica, che non ha voluto affrontare questo tema nel momento in cui poteva affrontarlo.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, les critiques face à la politique de la BCE sont toujours plus nombreuses au sein de ce Parlement. Il faut maintenant sauter le pas et dénoncer désormais la légitimité même de votre institution monétaire.

Encore une fois, il est annoncé que votre plan de création monétaire (assouplissement quantitatif) de 1 500 milliards serait prolongé maintenant jusqu'en septembre 2017. Votre credo est d'acheter toujours plus de titres et de dettes pour sauver des marchés financiers et les banques privées européennes en difficulté, mais rien n'est fait pour relancer l'économie productive dans la zone euro.

Le carcan de votre «euro monnaie unique» oblige les économies à subir une politique monétaire aberrante qui est tout sauf optimale, puisque tous les taux sont divergents dans la zone euro. C'est une hérésie économique et certains économistes avisés vous qualifient même d'incendiaire.

Il faut redonner aux pays européens le contrôle de leur outil monétaire afin qu'ils adaptent la parité de leur devise aux caractéristiques et aux besoins de leur économie nationale. Le Royaume-Uni le fait, ainsi que la Suisse. Il faut aussi redonner aux pays européens la supervision de leur système bancaire national.

Bref, il faut revenir à une gouvernance économique nationale «quoi qu'il en coûte», pour reprendre votre expression. Pour avoir une reprise de l'activité économique, il faut convaincre l'Allemagne de faire jouer ses marges budgétaires pour relancer le moteur de la demande.

En définitive, n'oubliez pas, Monsieur Draghi, que, si vous ne voulez pas que les peuples renversent l'Europe, il faut annoncer très rapidement que vous transformez l'euro monnaie unique en monnaie commune, c'est-à-dire l'écu.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η ποσοτική χαλάρωση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας είναι η άλλη όψη της αντιλαϊκής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Χρηματοδοτεί με άφθονο χρήμα τους τραπεζικούς και άλλους μονοπωλιακούς ομίλους για να σπρώξει την καπιταλιστική ανάπτυξη. Η όποια μείωση της ανεργίας, την οποία επικαλείστε, κύριε Draghi, σημαίνει γενίκευση της ελαστικής εργασίας. Οι δε ανταγωνισμοί στο εσωτερικό της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το μείγμα διαχείρισης και τη νομισματική πολιτική της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας δεν αφορούν τα λαϊκά συμφέροντα, αλλά τους επιχειρηματικούς ομίλους, που προσπαθούν να ισχυροποιήσουν τη θέση τους σε βάρος των ανταγωνιστών τους, στο έδαφος της αναιμικής ανάπτυξης σε ευρωζώνη και Ευρωπαϊκή Ένωση.

Η πρεμούρα της ελληνικής κυβέρνησης να κλείσει τη δεύτερη αξιολόγηση, να αποσπάσει μια μορφή επιμήκυνσης του χρέους και να ενταχθεί στα μέτρα της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας προϋποθέτει νέα βάρβαρα αντιλαϊκά μέτρα, πιθανά, και τέταρτο μνημόνιο στην Ελλάδα. Το χρέος όμως είναι των καπιταλιστών και όχι του λαού. Με την πάλη του ο λαός, σε σύγκρουση με τα μονοπώλια, την εξουσία και τις ιμπεριαλιστικές ενώσεις τους, μπορεί να γίνει ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Madam President, President Draghi, Commissioner, dear colleagues, I think that this report is very rich in content, contrary to what some colleagues underlined. I also think that its main message, at least from my point of view, is that we probably are at a turning point. Timid recovery fails to gather momentum. It is true that the political events of the past months have not helped to foster confidence and stability. It is true that monetary policy has done a lot to preserve and enhance this fragile growth, but it seems that unconventional monetary policy is reaching its limits, and the ECB has in fact been in charge of coping with most parts of the post-crisis adjustment. As President Draghi stressed earlier this year, half of the growth we have witnessed is due to the exceptional monetary policy that has been put in place. But this alone cannot solve the problem of imbalances; it cannot solve the problem of huge debt overhang. The quantitative easing seems to blur the line between monetary and fiscal policy. It might not be stimulating other adjustments – fiscal and structural – needed to resolve impediments to put the economy on a more robust growth path.

We also know that even though this policy's benefits have so far outweighed the costs, there are negative side effects to it which are well outlined in the report. Whatever it takes in terms of ECB action, I hope that it does not make the leaders continue to think 'why should we bother?' We must continue to emphasise that the last bell is indeed ringing for fiscal policy, for public investment and for private investment to take it over. I also believe that the proposals in the context of the Capital Markets Union look very promising as tools stimulating growth policy.

The results of some studies also suggest that monetary policy might no longer be able to be the same in the future, with real interest rates lower than in the decades preceding the crisis. Whatever it will be, monetary policy will remain fundamentally important for the eurozone in the future, and the ECB will continue to be on the front line. There are still many black swans out there ready to test our cohesion and resilience. Therefore, let me finish by saying very strongly that we must avoid anything that could cause a loss of confidence in the monetary policy of the European Central Bank.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, merci d'être ici. Au fond, l'examen du rapport annuel de la Banque centrale est aussi le moment de faire le point sur l'équilibre du *policy mix* européen et c'est bien le sens du débat qui vient de s'engager.

Monsieur le Président, vous avez dit combien cette politique non conventionnelle de la Banque centrale avait permis de soutenir l'activité de l'Union et, vous le savez, ce Parlement, avec le rapport de M. Tremosa i Balcells, soutient le maintien de cette activité non conventionnelle de votre banque afin de soutenir à la fois la demande et le retour de l'inflation en Europe. Mais, pour autant, y compris sur le volet monétaire, on voit bien qu'un certain nombre de choses doivent encore être examinées et améliorées.

D'abord, la question des prêts non productifs. À un moment, je pense qu'il faudra se poser la question de savoir si, au-delà du travail fait par les superviseurs, nous avons besoin ou non d'un cadre de réflexion ou d'action européen.

S'agissant de ma deuxième interrogation, vous avez à nouveau évoqué les surcapacités, les besoins de rationalité ou les insuffisances en termes de profitabilité dans le secteur bancaire. C'est une piste sur laquelle vous insistez maintenant régulièrement et sur laquelle il faudra que l'on revienne.

Enfin, vous avez mentionné la question de l'union bancaire. Nous voudrions vous demander de ne pas perdre confiance et de continuer à plaider à nos côtés en faveur de cet EDIS (système européen de garantie des dépôts), mais aussi en faveur du *final backstop* du deuxième pilier car, sinon, nous savons bien que les pas considérables qui ont été faits seront fragilisés.

Il y a un élément dans le contexte international que vous n'avez pas évoqué – donc je le fais volontiers –, qui est la question de l'élection de Donald Trump aux États-Unis et de l'impact que cela aura en termes d'évolution des taux d'intérêt. Je suis sûre que votre institution s'y prépare, mais il faut aussi que, du côté européen, nous ayons une visibilité sur la façon dont cela impactera ou non l'économie européenne.

À côté de vous – vous le dites toujours – vous avez besoin que les gouvernements fassent le travail. C'est en ce sens que nous soutenons une des propositions que vous faisiez aussi dans le rapport des cinq présidents en faveur d'un budget de la zone euro. Là aussi, nous avons besoin que vous gardiez votre force de conviction pour aller de l'avant.

Sander Loones (ECR). – Ik heb een groot vertrouwen in de rapporteur, onze Catalaanse collega Ramon Tremosa. Met dit verslag komt het goed, we gaan de goede richting uit. Ik heb veel minder vertrouwen in het promotiepraatje dat we hier gekregen hebben aan het begin van de toespraak van meneer Draghi. Ik denk oprecht dat mensen geen behoefte hebben aan zo'n Europees promotiepraatje.

Waar ze wel behoefte aan hebben en waar ze recht op hebben, is uitleg. Ze hebben recht op uitleg over wat de Europese instellingen doen. Ze hebben recht op uitleg in klare taal, in een taal die ze begrijpen, want ik stel vast dat vandaag niet iedereen begrijpt wat de gevolgen zijn van uw beleid, meneer Draghi. Niet iedereen ziet wat de gevolgen zijn van uw beslissing om massaal geld bij te drukken, van uw uiterst lage rentes. Ja, de mensen zien dat hun spaargeld niets meer opbrengt, maar weten zij ook dat door uw beleid hun pensioenen in gevaar komen? Weten zij ook dat door uw beleid de ongelijkheid toeneemt in plaats van afneemt? Weten zij ook dat door uw beleid onze productiviteit wordt aangetast en dat dus ook de koopkracht van de mensen wordt aangetast? Daar moeten we iets aan doen. We moeten mensen opnieuw leren wat er met hun geld gebeurt, want vandaag moeten zij vooral leergeld betalen door uw beleid en uw monetaire spelletjes.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Draghi, κύριε Dombrovskis, το δόγμα «λιτότητα, λιτότητα, λιτότητα» έχει αποτύχει. Η ευρωζώνη χρειάζεται στροφή προς μια βιώσιμη και ισχυρή ανάπτυξη, και την χρειάζεται τώρα. Αυτό σημαίνει, πρώτον, περισσότερες επενδύσεις και τόνωση της ζήτησης ιδιαίτερα σε χώρες με υψηλά πρωτογενή πλεονάσματα, όπως η Γερμανία, που έχουν δημοσιονομικό χώρο και με πλεονάσματα της τάξης του 8% παραβιάζουν τις ευρωπαϊκές συνθήκες.

Δεύτερον, ολοκλήρωση της τραπεζικής ενοποίησης, επιτέλους, και με τη δημιουργία του Ευρωπαϊκού Συστήματος Εγγύησης Καταθέσεων και, τρίτον, επέκταση του προγράμματος ποσοτικής χαλάρωσης και μετά τον Μάρτιο του 2017 με τη συμμετοχή, επιτέλους, και της χώρας μου της Ελλάδας σε αυτό.

Κύριε Dombrovskis και κύριε Draghi, οι Ελληνίδες και οι Έλληνες τηρούν τις δεσμεύσεις τους. Κάνουν μεγάλες αλλαγές με τεράστιες θυσίες. Αλλά νιώθουμε ότι ζούμε επί χρόνια τον μύθο του Σισύφου. Είναι η ώρα και εσείς, η Επιτροπή, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, μαζί με το Eurogroup, να τηρήσετε τις δεσμεύσεις σας στις 5 Δεκεμβρίου και για την ελάφρυνση χρέους και για την ποσοτική χαλάρωση.

David Coburn (EFDD). – Madam President, each time Mario Draghi visits this Parliament I eagerly look forward to it. He tells us how well the eurozone is functioning and how strongly the economic recovery on the European continent is going along. Nothing could be further from the truth. The macroeconomic forecasts about growth, productivity and employment rates are painfully low. In 2015 the youth unemployment rate in Greece, Spain and Italy was reaching levels of 40% to 50%. The gap between the countries in the North and the South of the eurozone is becoming even bigger. Only naive euro-federalists believe that the euro is good for the citizens and that the euro project is creating wealth and economic growth.

Mario Draghi and his European Central Bank are ruining this continent. Mr Draghi, you still believe, with your unconventional monetary policy, that you are stabilising the economy. But, in reality, you are creating massive financial bubbles that will burst sooner or later and will trigger a new financial crisis. As a consequence, the political groups in this House that are still supporting the crazy monetary policy of the ECB are taking a monstrous responsibility. It was the libertarian philosopher Ayn Rand who wrote, 'You can avoid reality, but you cannot ignore the consequences of avoiding reality'. Even the former EU Commissioner Frits Bolkestein, who created the internal market, said last weekend in the Dutch and Flemish press that the euro will die in the next few years, and he is right.

We in Great Britain do not want your fairy-tale politics any longer. That is the reason why, as Great Britain never wanted to join the euro project, we are now leaving. Great Britain has had enough of the single market and that is the reason why we will leave the European Union – the sooner the better. Scotland will go with us too, despite the fantasies of our First Minister.

Gerolf Annemans (ENF). – De ECB is wellicht de enige centrale bank in de wereld, en wellicht zelfs in de geschiedenis, die in zo'n grote mate een politiek orgaan geworden is. Ze is wellicht de enige centrale bank die haar mandaat heeft uitgerekt tot ze de facto een politiek orgaan geworden is, evenwel zonder enige democratische controle, hetgeen wellicht de bedoeling is van dit alles.

Logisch is die evolutie wel. Waar een normale centrale bank een instrument is van een politieke regering, opereert de centrale bank in de eurozone, een zone die eigenlijk geen politiek gezag heeft. Ze opereert in een zone waar het politiek gezag op de een of andere manier gereconstrueerd wordt of de schijn daarvan wordt gewekt door een stabiliteitspact, door een Europees Semester, door een bankenunie, door een depositoverzekeringsstelsel en dergelijke meer. Zo probeert men te compenseren dat er in die eurozone, in de Europese Unie, geen politiek gezag is waarmee men een eenheid van een munt zou kunnen verantwoorden.

Het op het spoor houden van dat vehikel, samen met al het geld dat u daar inpompt, samen met de fondsen die daarvoor moeten dienen, een vehikel dat vanaf de aanvang gedoemd is om neer te storten, dat op het spoor houden is de fase waarin wij ons nu bevinden, met een ECB die altijd maar meer onderdeel geworden is van het politiek mandaat dat ze heeft gegeven, dat ze zichzelf eigenlijk heeft gegeven. De belofte om "al het nodige te doen", de kwantitatieve versoepeling, het opkopen van waardepapieren of van waardeloze papieren, de volmachten, de bijzondere bevoegdheden waar die ECB zich van bedient zonder nog veel controle te moeten vrezen: dit is een situatie die de burgers vrees aanjaagt. De inflatie zou men stimuleren, maar dit heeft tot deflatie geleid. De groei zou men stimuleren, maar er is nagenoeg een groeistop die alle risico's inhoudt dat de schuldbubbel die u zelf hebt gecreëerd, zou ontploffen. Dat de mensen geen vertrouwen hebben, is iets dat wij volkomen kunnen begrijpen.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, το 2015 ο ελληνικός λαός απώλεσε την εμπιστοσύνη του στην Ευρωπαϊκή Ένωση και αντελήφθη την υποκρισία της Αριστεράς. Με το «όχι» στο δημοψήφισμα του Ιουλίου του 2015 ξεκαθάρισε ότι διαφωνεί ριζικά με τις οικονομικές πολιτικές της Ένωσης. Η εξασφάλιση της βιωσιμότητας του ευρώ τον οδήγησαν στην ανεργία, τον αφανισμό των επιχειρήσεων, τη φτώχεια και την ανέχεια. Η εντολή του δημοψηφίσματος, όμως, δεν υλοποιήθηκε από την αριστερή κυβέρνηση Τσίπρα. Έτσι η χρηματοδοτική πίεση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας και η απάνθρωπη στάση της Επιτροπής ποδοπάτησαν την αξιοπρέπεια ενός υπερήφανου λαού.

Η παρούσα έκθεση επιβεβαιώνει την κρίση των Ελλήνων. Χρειάζονται άμεσα υιοθέτηση νέας οικονομικής πολιτικής και νέου μοντέλου ανάπτυξης, γενναίο κούρεμα του χρέους μέσω σημαντικής μείωσης της ονομαστικής του αξίας, άμεση παύση των μέτρων λιτότητας και καταπολέμηση της κερδοσκοπίας των τραπεζών και της διαφθοράς των πολιτικών και οικονομικών παραγόντων. Με απλά λόγια, χρειάζονται εθνικιστικές κυβερνήσεις και χαίρομαι ιδιαίτερα που οι λαοί έδειξαν τις προθέσεις τους με το Brexit και την εκλογή Trump στις ΗΠΑ. Θα ακολουθήσουν, βέβαια, η Αυστρία και η Γαλλία.

Romana Tomc (PPE). – Najprej seveda bi se rada zahvalila vsem kolegom, ki so omogočili, da je pred nami danes tukaj poročilo, ki se resnično osredotoča na delovanje same centralne banke, in ne na finančno politiko Unije, kot smo že v preteklosti bili priča.

Glavna tematika evroobmočja v letu 2015 je bilo okrevanje gospodarstva, čeprav to še vedno ni na našo žalost enako prisotno v vseh državah. Nekateri so uspeli bolj, drugi malo manj.

Poleg tega pa nas pesti, kot je bilo že večkrat poudarjeno, nizka inflacija in zelo nizke obrestne mere. To seveda je zelo velik razlog za skrb. Vsi to poudarjamo. Ta politika je dajala rezultate, vendar ni nujno, da jih bo dajala tudi naprej. Če ti ukrepi ne bodo kombinirani z nekaterimi drugimi ukrepi, potem se ne moremo nadejati uspeha.

Veseli me, da se s tem poročilom ukvarjamo relativno hitro, že v letošnjem koledarskem letu. In kaj moramo pri tem poudariti in vsi poudarjamo: da poleg teh monetarnih ukrepov potrebujemo tudi strukturne ukrepe.

Gospodarska rast, h kateri so pripomogli tudi ukrepi centralne banke, nas je morda malce preveč uspavala in nekatere države sedaj ne vlagajo dovolj napora, da bi ob tej še tako majhni gospodarski rasti naredile prepotrebne strukturne reforme, posebej na pokojninskem področju. Demografske razmere ne bodo jutri boljše, ampak bodo slabše. Naši pokojninski skladi so ravno zaradi takšne politike, ki jo vodi Evropska centralna banka, tudi v nevarnosti.

Želim pa ob tem opozoriti še na nekaj: Evropska centralna banka lahko s svojimi ukrepi, v okviru svojih pristojnosti seveda vpliva tudi na kredibilnost vseh mikrosistemov, ki jih imamo v Evropi.

Nismo še povsod naredili domače naloge in v mnogih državah, med drugim tudi v moji državi Sloveniji, se še vedno ukvarjamo s posledicami reševanja bančnega sistema, ki so jih povzročila ali načrtno goljufiva dejanja ali pa ne nepodjetniška… nepodjetniško delovanje. Zato me veseli, da je gospod Draghi govoril tudi o osnutku smernic za slaba posojila. Upam, da bomo prišli s tem kakšen korak naprej.

In pa seveda, moji kolegi v Sloveniji se zelo trudijo, da bi našli odgovorne za povzročitelje bančnih lukenj, in upam, da bodo pri tem imeli večjo ali pa vsaj dobro podporo Evropske centralne banke.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signora Presidente, signor presidente Draghi, signor vicepresidente Dombrovskis, onorevoli colleghi, con questa relazione il Parlamento europeo esprime il suo sostegno all'azione di politica monetaria della BCE, riconoscendo che le misure attuate sono coerenti con il suo mandato, con l'obiettivo della stabilità dei prezzi e, per questa via, con quello di concorrere alla più generale politica economica dell'Unione. È difficilmente contestabile che, di fronte allo scenario senza precedenti di bassa crescita, bassa inflazione, basso livello del tasso di interesse naturale, le misure straordinarie di politica monetaria realizzate dalla BCE sono state decisive per preservare l'area euro dalla deflazione e per contribuire alla ripresa economica in atto.

A chi si interroga sui loro rischi e sulle loro implicazioni negative, è bene ricordare che la politica monetaria della BCE non è la causa dei bassi tassi di interesse ma ne è il sintomo e la necessaria – anche se non unica – terapia. Di fronte al ritmo moderato della ripresa e alla sua esposizione ai rischi al ribasso che derivano dall'attuale fase di incertezza politica ed economica, appare evidente che una prosecuzione dell'attuale carattere espansivo della politica monetaria sarà necessaria ad assicurare un ritorno del tasso di inflazione sotto, ma vicino, al 2%.

Al tempo stesso, è altrettanto evidente che tale azione, pur necessaria, non è sufficiente. Dobbiamo quindi fare un uso migliore e più forte degli strumenti di politica economica di cui disponiamo. Siamo di fronte al rischio di un circolo vizioso tra aspettative di bassa crescita e bassi investimenti, che può avere un impatto negativo anche sulla crescita potenziale, rendendo strutturale, e non solo ciclico, l'effetto della crisi. Questo scenario è aggravato dalle incertezze del quadro politico e dal possibile perseguimento di una linea di unilateralismo economico da parte della nuova amministrazione americana.

Per questo occorre rendere il nostro *policy mix* di riforme strutturali e politiche fiscali più orientato alla crescita, in particolare sostenendo gli investimenti pubblici e privati e rafforzando la coesione sociale e territoriale. In questo senso, la raccomandazione della Commissione di una *fiscal stance* moderatamente espansiva costituisce un passo avanti importante che ora va tradotto in azioni e strumenti concreti. Il Parlamento europeo non farà mancare la sua voce in questo dibattito.

Stanisław Ożóg (ECR). – Pani Przewodnicząca! Cieszyć może, że sprawozdanie prezentuje umiarkowanie krytyczne podejście Parlamentu Europejskiego w kwestii reakcji na sprawozdanie EBC, szczególnie jeśli chodzi o utrzymanie ujemnych stóp procentowych. Moim zdaniem to jednak za mało. Nie mogę głosować za sprawozdaniem, które akceptuje i z zadowoleniem przyjmuje stosowanie przez EBC polityki obrony euro za wszelką cenę, korzystając przy tym z tak niekonwencjonalnych środków jak między innymi program zakupu aktywów. Nazwałbym to po prostu wręcz dodrukowywaniem pieniędzy. Moje obawy budzi również apel o ukończenie tworzenia unii bankowej i umów rynków kapitałowych, które, mówiąc skrótowo, są przecież poważnym zagrożeniem nie tylko dla krajów znajdujących się w strefie euro. Dziwi mnie, że o tym się milczy.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin, Herr Draghi! Wir reden über den Jahresbericht der EZB, und es dreht sich wieder alles um Ihren Ausspruch von August 2012: „*What ever it takes*."

Es gibt keinen Ausdruck, der so sehr auf den Punkt bringt, dass Ihnen Recht und Gesetz vollkommen gleichgültig sind, dass Sie bereit sind, alles zu brechen. Unser ehemaliger Verfassungsrichter Kirchhof brachte es auf den Punkt und sagte: „Eine Instabilität des Rechts wiegt schwerer als eine Instabilität der Finanzen."

Herr Draghi, Sie haben das Mandat der EZB illegal und rechtswidrig ausgeweitet. Sie machen Politik. Sie wollen Arbeitsmarktpolitik machen, und Sie wollen Italien oder Griechenland am Austritt aus dem Euro hindern. Sie machen Politik. Aber Sie haben dazu kein Mandat. Sie haben dazu kein Recht, es ist nicht Ihre Aufgabe, Politik zu machen. Und noch dazu: Nichts im Leben ist kostenlos. Irgendjemand wird für Ihre Politik bezahlen: Es werden die Sparer sein, die keine Zinsen mehr kriegen. Es werden die Krankenversicherten sein, deren Leistungen reduziert werden, und es werden die Menschen mit Lebensversicherungen sein, die Zinsen brauchen, um im Alter etwas zu haben.

Nichts ist im Leben umsonst. Sie werden den Preis nicht zahlen. Aber es sind die Kleinen, die den Preis zahlen werden. Es sind die Kleinen. Deswegen ist Ihre Politik nicht nur falsch und illegal, Sie ist vor allen Dingen asozial. Hören Sie damit auf.

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Draghi! Es gibt einen Satz, den ich von der gesamten EU-Kamarilla zwar immer wieder höre, aber inzwischen nicht mehr hören kann: „Die Kommission hat ein sehr gutes Papier vorgelegt." Sie hat ein Papier vorgelegt, das die makroökonomische Schieflage aufzeigt, das den Verschuldungsanstieg der Eurostaaten anzeigt, den Investitionsrückgang, die Vermögenswerteblase mit ihren sozialen Folgen – und das trotz aller von Ihnen ergriffenen Maßnahmen. Oder, Herr Draghi, vielleicht gerade aufgrund der von Ihnen ergriffenen Maßnahmen? Staatsfinanzierung: illegal, Konzernfinanzierung: illegal, inzwischen auch die Finanzierung von KMU – ja, auch das: illegal. Herr Draghi, Sie werden irgendwann vielleicht auch noch Privatpersonen finanzieren, auch das wäre illegal. Und Sie betreiben im Übrigen inzwischen Politik auf allen wirtschafts- und sozialpolitischen Feldern – auch das illegal, außerhalb Ihres Mandats, Herr Draghi.

Sie sprachen davon, dass wir möglicherweise Spielball werden von Ereignissen, die größer sind als wir. Herr Draghi, die Mathematik ist größer als wir, und Schulden, die Sie aufbauen wollen, sind systemimmanent. Es ist ein Pyramidenspiel. Sie haben nur noch die Wahl zwischen deflationärer Spirale oder Hyperinflation. Sie werden sich entscheiden müssen, Herr Draghi. Das ist Betrug am Bürger, Betrug am Sparer, Betrug am zukünftigen Rentner und dem arbeitenden Mittelstand, Herr Draghi. Je länger Sie Ihr zerstörerisches Werk fortsetzen, desto dramatischer werden die Folgen für die Bürger des Euro-Gefängnisses sein. Hören Sie auf damit! Hören Sie auf, diese sozialen Verwerfungen zu erzeugen!

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, Senhor Comissário Dombrovskis, Senhor Presidente Mário Draghi, a primeira coisa que devemos reconhecer neste debate é que a política monetária do Banco Central Europeu tem dado um contributo não apenas importante, mas decisivo para defender o euro, estabilizar os mercados de dívida soberana, dar uma oportunidade à economia europeia e contrariar as pressões deflacionistas. Devemos valorizar isso de forma clara.

Todos sabemos que podem existir danos colaterais de uma política demasiadamente prolongada de juros negativos. Mas são perigosamente imprudentes as vozes que pedem um recuo precipitado da política monetária neste tempo, que é ainda um tempo de incertezas e de turbulência, e que se pode tornar, depois do *Brexit* e da nova administração Trump, um tempo de especulação financeira descontrolada nos mercados de dívida soberana.

Aquilo que esperamos do Banco Central Europeu é uma mensagem de estabilização dos mercados, uma mensagem de intervenção decidida para garantir a integridade da zona euro.

Pergunto ao Senhor Presidente Mário Draghi se continua a ser essa a missão fundamental do BCE neste momento histórico da economia europeia, em que o euro está ainda sob ameaça. Isso é muito importante para toda a zona euro, mas também para os países mais ameaçados pela especulação, como Portugal.

Gostava ainda de lhe perguntar se, depois dos resultados alcançados na frente económica e na frente orçamental, com a avaliação dos *ratings*, Portugal continua a ser elegível para o programa de compra de ativos do Banco Central Europeu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ξανά στο ίδιο έργο θεατές, μια και ο κύριος Draghi επιμένει στη βίαιη δημοσιονομική προσαρμογή, στις αντικοινωνικές δήθεν μεταρρυθμίσεις και στη μερκελική λιτότητα που γέμισαν την Ευρώπη με στρατιές ανέργων. Και παρότι, κύριε Draghi, δαπανήσατε πάνω από 1,3 τρισεκατομμύρια ευρώ στην ποσοτική χαλάρωση, η ανεργία συνεχίζει να βρίσκεται στα ύψη. Το μόνο που καταφέρατε είναι να δημιουργήσετε με τα χρήματα των Ευρωπαίων φορολογουμένων μια τεράστια φούσκα χρέους, αγοράζοντας κυρίως γερμανικά ομόλογα 250 δισεκατομμυρίων ευρώ. Μάλιστα όχι μόνο δεν δίνετε ούτε σεντς στην Ελλάδα μέσω της ποσοτικής χαλάρωσης, αλλά αναγκάσατε την Τράπεζα της Ελλάδος να συμμετάσχει το 2015 στην ποσοτική χαλάρωση με 17 δισεκατομμύρια ευρώ, δηλαδή, αντί να γίνει διαγραφή του ελληνικού επονείδιστου χρέους, αναγκάσατε την Ελλάδα να δανείσει τους δανειστές της.

Ταυτόχρονα δίνετε τα κόκκινα δάνεια στα κοράκια και συνεχίζετε, κύριε Draghi, να βρίσκεστε παράνομα στην τρόικα, παρότι υπάρχει απόφαση εξώσεως από το Δικαστήριο της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πότε θα φύγετε λοιπόν από την τρόικα, κύριε Draghi; Πότε θα σταματήσετε τη σύγκρουση συμφερόντων στους κόλπους της ΕΚΤ, αφού δεν μπορεί η ΕΚΤ να είναι ταυτόχρονα και μέλος της τρόικας και δανειστής και επόπτης και δήθεν ανεξάρτητη νομισματική αρχή; Δεν μπορείτε, κύριε Draghi, να φοράτε τέσσερα καπέλα ταυτόχρονα. Καταλάβετέ το: ανεξάρτητη ΕΚΤ δεν σημαίνει ανεξέλεγκτη ΕΚΤ.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mario Draghi, you said you were going to listen, you spoke about credibility, you spoke about legacy issues. Your credibility and the credibility of the ECB are intrinsically interlinked. In 2007, Jonathan Sugarman was risk manager at the UniCredit Bank in Ireland. That summer, Jonathan officially reported to the regulator in the Irish Central Bank a multi-billion-euro liquidity breach amounting to 20 times the permissible deviations. There was no sanction by the Central Bank and the breaches continued, forcing Sugarman to resign. In February 2010, Irish Finance Minister Brian Lenihan stated that the financial regulator maintains close communications with the regulator of other Member States. In 2007 you were the Governor of Banca d'Italia, with UniCredit the biggest bank on your watch. You spoke about transparency. Answer this: can you please confirm whether you were informed by the Central Bank of Ireland of these multi-billion-euro breaches at UniCredit Dublin? If so, can you explain why that bank has never been sanctioned, and now that you know this what are you going to do about it? You spoke about the cohesion of Europe being tested. You are testing it. Answer this question, otherwise you test it further.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – A very, very, good speech, Mr Flanagan, as always. I just wanted to know. You and I were concerned before about whether Mr Draghi had appeared before the Irish Parliament and the committees of the Irish Parliament. Did that ever happen? Could you enlighten us all?

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *blue-card answer*. – We were told that Mr Draghi was answerable to the European Parliament. Unfortunately, whenever I make any attempt to ask him this question at the Committee on Economic and Monetary Affairs, I am refused because apparently I am not a member. I am a Member of this Parliament, and I am asking him now. People are waiting with baited breath: what did you know about this? We need an answer. People are watching, and we want one.

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Úr, Matolcsy Györgyöt Európa bármely országában a nemzeti bankok közelébe sem engednék, egyedül Orbán Viktor Magyarországán lehet belőle a Magyar Nemzeti Bank elnöke. Bűnlajstroma nagyon hosszú, csak néhányat hadd idézzek ebből. Adófizetők pénzének milliárdjaiból indított unortodox gazdasági képzést. A mi pénzünkből vett milliárdos műemlékeket, kastélyokat és túlárazott irodaházakat. Az unokatestvérének folyamatosan gyanús módon jutnak a pénzek a magyar adófizetők zsebéből. Az alapítványokba próbálja kiszervezni Matolcsy úr a Magyar Nemzeti Bank pénzét, mondván, így az elveszíti közpénz jellegét. Legutoljára pedig azt tudtuk meg, hogy saját barátnőjét alkalmazza milliós fizetésért, és ezzel párhuzamosan az egyik kereskedelmi bank vezetőjének a luxuslakásában él Budapesten.

Matolcsy György körül minden bűzlik. Szabályokat szegnek, össze-vissza szórják a pénzt, direkt gyengén tartják a forintot, és késleltetik az euró bevezetését. Matolcsy György nem a magyar emberek pénzének védelméért dolgozik. Ezért mondom Önnek, tisztelt Draghi Elnök Úr, nem jelentéseket kell írogatni ebben az ügyben, hanem az európai szabályok nyílt megszegése miatt, és a magyar emberek pénzének védelme érdekében azonnal ki kell tenni Matolcsy György szűrét.

Joachim Starbatty (ECR). – Herr Präsident, Herr Draghi! Sie sagen, Sie kennen die Risiken Ihrer Politik.

Das ist ja hier im Hause schon beschrieben worden – aber es gäbe nichts Besseres. Ich mache Sie auf zwei Sätze ökonomischer Logik aufmerksam. Sie fordern, dass die strukturellen Reformen in den Haushalten der Nationalstaaten aufgestockt werden. Aber wenn Sie eine Nullzinspolitik betreiben, besteht ja gar kein Anreiz mehr, strukturelle Reformen durchzuführen. Ja, Sie verhindern geradezu strukturelle Reformen mit Ihrer Politik.

Der zweite Satz ist, Herr Valli hat es gesagt: Wir haben innerhalb der Währungsunion einen falschen relativen Preis: die Unterbewertung des Euro für Deutschland und die Überbewertung des Euro für den Süden der Eurozone. Mit Ihrer Politik kriegen Sie diesen falschen relativen Preis nicht weg, auch wenn Sie noch einmal ein Billionenprogramm auflegen. Deswegen lassen Sie doch mal Ihren Stab berechnen, warum die Arbeitslosigkeit in Portugal, in Griechenland, hoch ist und warum sie in Deutschland auf Rekordniveau heruntergegangen ist!

Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis. Andernfalls, sage ich Ihnen, ist die EZB sozusagen der Henker des Euro und der Eurozone.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, tämän vuoden huhtikuussa Euroopan keskuspankin pääjohtaja Mario Draghi onnitteli vuoden 2015 raportin esipuheessa pankkiaan siitä, että se oli onnistunut hyvin tehtävässään lisätessään sekä yritysten, kansalaisten että pankkien tulevaisuudenuskoa tilanteessa, jossa talous huojuu sekä unionin alueella että globaalisti, tuli brexit ja äärinationalismi nousee halki Euroopan.

Minusta tuntuu, pääjohtaja Draghi, että me elämme eri todellisuuksissa, sillä näen jatkuvan eurooppalaisen eriarvoistumisen kasvun ja sellaisen tulevaisuudenuskon, joka sekään ei kuulu kaikille, köyhien jatkuvan köyhtymisen ja jopa kansantalouksille äärimmäisen tärkeän keskiluokan kurjistumisen, ja luotettavina pidetyt pankit jäävät kerta toisensa jälkeen kiinni järkyttävän mittakaavan ahneudesta.

Puhutte siitä, kuinka Euroopan keskuspankki toimii tulevaisuuden uskon ankkurina. Onko tämä ankkuri kiinni missään?

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io penso che dobbiamo dire un grazie alla Banca centrale europea e al lavoro del Presidente Draghi, perché in questi periodi, in questi anni, hanno dato stabilità finanziaria al nostro continente e all'eurozona e perché hanno tenuto quest'ultima al riparo dalle gravi tempeste finanziarie che ci sono state. Però io – non me ne voglia il Presidente Draghi – vorrei fare in questa occasione un richiamo soprattutto alla politica, soprattutto a voi Commissione e a noi Parlamento.

Vorrei fare un richiamo a due responsabilità che abbiamo noi come politici. La prima è che noi dobbiamo rinnovare le nostre istituzioni per dare un controllo democratico alla nostra eurozona, un controllo democratico ai nostri bilanci e alla nostra economia. Il secondo richiamo è che noi dobbiamo trasformare il lavoro che è stato fatto dalla Banca centrale europea in politiche: politiche del lavoro, della crescita, di sviluppo, politiche d'investimento per le nostre giovani imprese e per l'ambiente. Dobbiamo farlo! In una frase: noi non possiamo continuare a scaricare sulla Banca centrale europea le nostre responsabilità. Alla Banca centrale europea dovremmo lasciare la responsabilità della politica monetaria ma noi dobbiamo avere il coraggio di riappropriarci delle politiche economiche, delle politiche fiscali e delle politiche sociali.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Marco Valli (EFDD), *Domanda «cartellino blu».* – Ho ascoltato con interesse l'intervento e siccome ha detto che vuole che la Banca centrale europea si occupi di politiche monetarie, voglio capire come è possibile che un'unica politica monetaria vada bene per 19 paesi che proprio in questo momento dimostrano necessità diverse in termini di tassi d'interesse e d'inflazione? Come è possibile che questo avvenga dal punto vista sia politico che, soprattutto, tecnico? Perché tecnicamente ad oggi è impossibile.

Daniele Viotti (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Confesso che, dal punto di vista tecnico, lascio ai tecnici la risposta. Dal punto di vista politico, che è ciò che interessa di più a questo Parlamento, credo che, come dicevo nel mio intervento, o noi siamo in grado di rinnovare le nostri istituzioni e quindi rendere democratica anche l'eurozona, oppure, naturalmente, non saremo in grado di rispondere all'esigenza che richiamava lei che, peraltro, condivido.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, euro je prvenstveno politički projekt koji je unesrećio milijune ljudi i opako poljuljao ugled Unije u očima građana. No, preko socijalnog se nezadovoljstva olako prelazi zbog jasnih političkih ciljeva. Monetarna unija teško da može funkcionirati bez fiskalne unije. Ona je sljedeća na redu i onda ćemo imati Europsku federaciju. To je plan.

Ne čudi stoga što euro ima toliku podršku među europskim elitama i što ovo izvješće pozdravlja obećanje Europske središnje banke da će učiniti što god je potrebno da bi obranila euro. Ja to obećanje ne mogu pohvaliti. Euro vezuje previše različite ekonomije koje će se na kraju svakog poslovnog ciklusa, kad nastupa recesija, naći u istim problemima kao krajem prošlog desetljeća.

Južnim je državama euro omča oko vrata, a one sjeverne ih na kraju novcem svojih poreznih obveznika izvlače iz blata u koje su i jedne i druge natjerane nerealnim ambicijama europske političke klase. Vrijeme je da se dozovemo pameti.

Peter van Dalen (ECR). – De euro is een reus op lemen voeten. Van bovenaf ziet dat beeld met roestvast staal uit Luxemburg, Duitsland en Nederland er nog wel aardig uit, maar hoe meer je afdaalt, hoe meer leem je tegenkomt. Er zijn wel pogingen gedaan, Voorzitter, om dat beeld te versterken, maar gek genoeg is dat gedaan door nog meer leem toe te voegen. Zo is de handhaving van het afbrokkelende bouwwerk totaal verwaarloosd.

Afgelopen week kregen landen met grote schulden nog meer uitstel om hervormingsmaatregelen te nemen. Een desastreus besluit, alleen van leem. Ook bleef de inflatie onverantwoord laag met tal van negatieve effecten, bijvoorbeeld voor de pensioenfondsen. President elect Trump heeft afgelopen maand op de inflatie al een gunstiger effect gehad dan het opkoopprogramma QE van de Europese Centrale Bank in de afgelopen twintig maanden. De huidige aanpak van de problemen in de eurozone vergroot het risico dat het beeld van de euro op een dag met een daverende klap ineenstort.

Procedura catch-the-eye

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, je n'aimerais pas être à votre place. Je vous crois lucide et obligé de tenir un discours auquel vous ne croyez plus. La zone euro ne fonctionne plus, il n'y a pas d'avantages comparatifs, les excédents du Nord ne vont plus vers le Sud, elle n'a plus de sens. Comment s'en sortir puisque, de toute façon, vous êtes déjà dans l'illégalité?

La seule chose qu'il eût fallu faire – et vous pouvez encore la faire, mais la ferez-vous? –, c'eût été de procéder à un assouplissement quantitatif orienté uniquement vers les pays du Sud, de créer de la monnaie non pas pour sauver un système financier, mais pour bénéficier à l'économie réelle, à des projets véritablement rentables. Vous ne créeriez ainsi pas de la fausse monnaie, comme vous le faites actuellement.

Cette chance, vous l'avez, mais si vous ne la saisissez pas, vous aurez historiquement la responsabilité de la crise que vous aurez suscitée.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η νομισματική πολιτική που εφήρμοσε μέχρι τώρα η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα είχε ως αντικειμενικό σκοπό να διασώσει τις τράπεζες και το ευρώ. Σε γενικές γραμμές αυτόν τον στόχο τον επέτυχε. Η παρενέργεια όμως αυτής της επιτυχίας ήταν η καταστροφή των οικονομιών των χωρών και η δυστυχία των λαών, κυρίως, των κρατών του Νότου και ακόμη περισσότερο της Ελλάδος.

Οι μισθοί και οι συντάξεις των Ελλήνων έχουν εξατμιστεί, τα περιουσιακά τους στοιχεία κατάσχονται με ένα απαράδεκτα ταχύ ρυθμό και όσοι λίγοι, ελάχιστοι έχουν τη δυνατότητα να εξασφαλίσουν κάποιες αποταμιεύσεις ζουν με τον εφιάλτη ότι και αυτά τα χρήματα θα τους τα κλέψει η τράπεζα στο πλαίσιο και στο όνομα μιας πολιτικής διασώσεως των τραπεζών.

Εφόσον η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα δεν είναι ανεξάρτητη για να εφαρμόσει νομισματική πολιτική, αλλά είναι θεραπαινίδα και δούλη της γενικότερης πολιτικής εξαθλιώσεως των λαών της Ευρώπης, τόσο η ίδια η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα θα αποτύχει, θα γελοιοποιηθεί και θα εξευτελιστεί όσο και ο ίδιος ο κύριος Draghi.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, hoje é claro que a união bancária, criada para dar solidez ao sistema financeiro e tratar dos bancos sistémicos, apelidados de «demasiadamente grandes para falir», não passou de uma manobra destinada a retirar da esfera nacional pública qualquer possibilidade de intervenção e a impor um conjunto de operações de fusões entre instituições financeiras, agravando, portanto, o problema que supostamente deveria resolver.

No caso português, a situação é gritante. Com a centralização de todas as funções de supervisão e resolução no BCE, os maiores bancos portugueses acabaram por ser vendidos a grupos estrangeiros a preço de saldo, ficando o prejuízo por conta dos contribuintes, uma vez que o fundo de resolução apenas tem sido financiado pelo Estado português.

Como é evidente, esta união bancária não ajuda a resolver nenhum dos problemas das economias, com ou sem sistema de garantia depósitos, porque esta união bancária é a expressão do domínio do sistema financeiro sobre o poder político da União Europeia, que há muito se demitiu de defender os interesses do cidadão para se dedicar a servir os interesses daqueles que mandam efetivamente na Europa.

Franc Bogovič (PPE). – Hvala poročevalcu za poročilo in tudi kolegom, ki so v svojih nagovorih, pri svojem delu priznali centralni banki, da je opravila zahtevno delo v zadnjem obdobju, da se je na marsikaterem področju, pri reševanju evra, gospodarske situacije v državah stvar do neke mere stabilizirala in so neki znaki tudi okrevanja znotraj Evrope.

Zagotovo pa nas čaka vse skupaj zelo veliko izzivov, da poiščemo odgovore na problem nizkih obrestnih mer, kajti delim mnenje tistih, da so tako nizke obrestne mere, kot so danes, zelo nevarne za varčevalno miselnost, predvsem pa tudi nevarne za pokojninske sisteme, kajti lahko jih zelo ogrozimo.

Naslednji izziv bo zagotovo najti razliko rešitve med razvitejšim evropskim Severom in Jugom, pri čemer je del odgovornosti zagotovo na evropskih institucijah. Prepričan pa sem, da je to, kar opozarja Evropska komisija, pa tudi Evropska centralna banka, se pravi reformne spremembe, spremembe šolstva, spremembe različnih drugih podsistemov, ključ do te poti. Na tej poti vam želim srečno roko in pa veliko uspeha.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il presidente Draghi, da ultimo, nel preparare l'estensione del *quantitative easing* oltre marzo, ha dichiarato che non possiamo abbassare la guardia, in quanto l'economia è in costante e moderata ripresa ma i fondamentali sono ancora fragili e la politica monetaria resta un ingrediente chiave per la ripresa del PIL. Restano urgenti le riforme strutturali e una migliore regolazione del settore bancario. Vi sono da considerare gli effetti distorsivi di una *hard Brexit* e lo scenario USA dall'elezione di Trump, fattori di incertezza e di volatilità dei mercati e delle economie europee. In quest'ottica il ruolo della BCE è fondamentale, considerando l'acquisto di milioni di euro di ABS dall'inizio del programma, la riduzione dei tassi a livelli senza precedenti, la creazione del meccanismo di vigilanza unico e la metodologia di valutazione comune SREP. Valuto dunque positivamente la relazione e l'impegno assunto dalla BCE di fare tutto il necessario per difendere l'euro, cosa che, a mio avviso, sta effettivamente facendo.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me thank you all, but first and foremost the rapporteur, Ramon Tremosa i Balcells, for this debate.

The ECB's independence is a precondition for its effectiveness in safeguarding price stability. But so too is accountability, especially in difficult economic times, with monetary policy playing an important role in improving the financing to the real economy. To understand and debate monetary policy it is therefore essential for us to shoulder our part of the responsibility, first and foremost, as President Draghi has outlined, regarding the implementation of structural reforms. This debate thus perfectly sets the tone for the discussions which will be held tomorrow on the European Semester. It has demonstrated that there is much common ground between the Commission's and the European Parliament's views, so we count on your continued support in building the foundations for sustainable growth and job creation in Europe.

Mario Draghi, *President of the European Central Bank*. – Mr President, let me thank Mr Tremosa i Balcells and his colleagues for the report. I would also like to thank Vice-President Dombrovskis, and let me thank all of you for the very relevant and useful debate, and also for the deep concerns that you have expressed on various issues and on the present situation.

Let me just present to you a few scattered observations. First of all, this is the first year when the GDP of the euro area has returned to the level of before the crisis. It has taken us seven and a half years. So if we look back, things are better today than they were before. That is the first statement of fact that we should collectively keep in mind. And all this in spite of the serious geopolitical risks that are maturing and have matured especially this year. Any available evidence suggests that the transmission of our accommodative monetary policy is effective. It has contributed, as I was saying before, to a significant easing in the borrowing conditions for firms and households – not for the large capitalists as such, but for everybody – and our policy has stimulated credit creation, and it is basically supporting the euro area recovery.

There are two surveys. One is the bank lending survey where we asked banks what they are doing with their credit conditions, and they all say they have expanded credit, they have expanded the standards and their costs have been going down considerably for a long time. Then we also asked the Commission for a survey for SMEs, and similar questions were asked revolving around how they felt today with respect to credit conditions. The answers are unambiguously positive. The annual rate of growth of loans to firms has increased from -3% to +2% since May 2014.

Some of your points, and also those in the draft resolution, raised the issue of heterogeneity within the euro area, along with some other points raised before. That also has improved as well. Development in lending rates to non-financial corporations point to a drastic reduction in the fragmentation of bank lending across the euro area, and I can give you all kinds of numbers about that.

We have next to the Asset Purchase Programme for the public sector a programme – and it was referred to in some of the interventions – where we buy corporate sector bonds. One lingering worry is that this programme actually benefits large corporates and does not benefit SMEs. Nothing could be further from the truth. SMEs have actually improved their lending conditions a lot. There is one good reason for this, which is that if the large corporates borrow more on the capital markets they will free space in the banks' balance sheets for SMEs. And, by the way, the corporate bond market has also experienced a significant increase in issuance. So funding costs and better access to finance have improved for both small and large companies, and this has and will have a positive effect on investment.

Having said that, I understand – from your words, of course, but also we are aware – that there are concerns as regards the risks associated with low interest rates and our unconventional measures. Our measures still entail some medium-term risks and have side effects. However, do we see a bubble today? If we look at asset valuations we do not see that their valuations are somewhat high or stretched. Also, any analysis would show that it is not a rise in asset prices per se that can create long-term damage to financial and macroeconomic stability, but it is an asset price boom which is fuelled by excess borrowing and leveraging, and this we do not have.

In summary, financial stability risks related to our monetary policy measures are for the time being contained, but we will certainly watch them closely, and we are certainly aware that they have to be observed and monitored very, very closely. But we should also be aware that the right macroeconomic policy is the best safeguard of financial stability. On the low interest rates let's be clear: low interest rates are a consequence of low growth and low inflation all over the world. They are not the creation of the ECB. In this situation, as I was saying I think in my introductory remarks, the policy rates by the ECB have to be low in order to stimulate growth and when you have higher growth and higher inflation, the policy rates of the ECB will also increase. By and large so far, the negative rate situation, when we weigh up benefits and costs, we see that the benefits are bigger than the costs. Of course, there are many different considerations here, and you have all kinds of actors, but the impact of recent monetary policy measures on bank profitability so

far has been contained. We are aware that this is not going to be forever. In the medium term, negative interest rates will certainly create a negative effect on banks' profitability.

On the economic outlook, as I have communicated before, at our next monetary policy meeting in early December we will assess the inflation outlook and our monetary policy stance. Our assessment in December will benefit from the new staff projections extending up to 2019, and we will also take stock of the work of the eurosystem committees on the options that ensure a smooth implementation of our purchase programme until March 2017 or beyond, if necessary. We are committed to preserving an accommodative monetary policy stance that is necessary to bring inflation towards levels below, but close to, 2% over the medium term. And we are also committed to act if warranted by using all the instruments available within our mandate to achieve our objective. Of course, other policies should also play a role, and I have commented on these several times in the past.

Let me now address some of the points – unfortunately in quite a scattered way – but, first of all, our monetary policy is by and large similar to the monetary policy that has been pursued in the United States, in the United Kingdom and in Japan. The policies of the large central banks do not differ very much today. Second, the Troika. There isn't any sentence by any court that forbids the ECB to be in the Troika. It is true that, over the years, in the last two or three years, the ECB has carved itself, in a sense, a much narrower role in the Troika, closer to our own specificity – namely the financial sector and the banking sector. It does not have as much of a voice as it used to in the past on the macro-economic programmes, where it is the Commission which is the predominant voice. , I have already addressed the point that the large corporates benefit from our programmes while the SMEs do not.

On our mandate, some of the statements were saying either explicitly or implicitly that we are overstepping our mandate. Well, we went to court and that is not the view of the European Court of Justice. Our policies generate inequality? That is not what the data shows. The creation of four million jobs has done more for reducing inequality than anything else. It is true that when the central banks' buy assets, asset prices go up and the owners of the assets are usually wealthy, and you may have a worsening of distribution in the short term, but then the effect upon employment and upon economic activity reduces the major sources of inequality, which is unemployment, and that is what has happened in the euro area, where we have basically created four million jobs.

A point was raised on ELA which, by the way, is the prerogative of the national competent authorities – in this case, the national central banks of Cyprus and Greece – and this emergency liquidity assistance has to comply with the monetary financing prohibition laid down in Article 123 of the Treaty. So the ELA decisions have not violated any of these principles. They did not violate the Treaty and they were taken in a fair and uniform way across countries and across time.

On Ireland, we had a dedicated hearing on Ireland in the Committee on Economic and Monetary Policy and any MEP can ask us any question in writing and we always answer. So if there are questions about Ireland, on UniCredit and so on, please send us the question and we will answer it.

I think I have answered most of the questions. Some of you raised the point of what the consequence of the US elections will be on our outlook. It is really very difficult to assess what the impact of this change will be on our economic policy and on the economic outlook of the euro area, but in general – and we have seen this with the outcome of the UK referendum – we had a reaction in the markets in both cases which at the beginning was pretty significant, but then it became muted and markets have shown their resilience thanks also, especially in the first case, to the preparation of the Bank of England on the one side, and the European Central Bank on the other. But I do not think we should stop at that. Clearly these changes have a long-term impact which is very difficult to assess, and in the case of the UK it will depend on the shape of the final negotiation and the length of time it will take to find an agreement.

Ramon Tremosa i Balcells, *relatore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, caro presidente Draghi, benvenuto ancora una volta al Parlamento europeo.

Just one minute to say that I hope that tomorrow Parliament will support the ECB policies, as the Committee on Economic and Monetary Affairs did some weeks ago. We had a very clear majority of 36 votes in favour and only seven against. I have to say that it has not been easy because, on the one side, there are MEPs asking for helicopter money and, on the other side, there are MEPs regretting that there are increasing worries about negative interest rates, bubbles and rising inequalities. I think that tomorrow we can give clear support to the policies instead of all the concerns that we have heard and to which you replied very well, Mr Draghi, in your second answer.

I wanted to make a final call especially to the Green Group – though I do not see any MEPs from the Green Group in this House now – which has always been pro-European. In recent years they were all on board, with a big majority of this House, in supporting ECB policies. Populism is currently on the rise everywhere, including in various countries in the eurozone. The Green Group has always been pro-European and many of the points and amendments by the Green Group have been included in the final compromises. I want to say to Green MEPs that the narrower the vote tomorrow, the weaker we will leave the ECB in the face of rising populism.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorgeschlagene Bericht unterstützt die unkonventionellen Instrumente der Geldpolitik, welche angesichts der andauernden Finanzkrise, die ihren Ursprung in der US-Immobilienkrise hatte, ergriffen wurden. Das weitreichende und bekannteste unkonventionelle Instrument ist die Quantitative Lockerung (QE), welche bereits 2011 begann. Im Jahr 2015 erweiterte die EZB ihr Programm zu QE und begann mit dem massiven Zukauf von Staatsanleihen und Anleihen von privaten Schuldnern. Hier bediente sich die EZB eines Schlupflochs in ihrem Statut, um massiv Staatsleihen am Sekundärmarkt aufzukaufen. Ungeachtet der teilweisen wirtschaftlichen Erfolge von QE in Japan und den Vereinigten Staaten zeigt sich jedoch, dass Geldpolitik auch Grenzen hat. Denn Geldpolitik allein kann nicht über tieferliegende strukturelle, wirtschaftliche Probleme und Ungleichheiten hinweghelfen. Das Problem mit QE bleibt, dass Staaten keinen Druck mehr verspüren, notwendige Strukturreformen umzusetzen, und damit die Signale von Europäischer Kommission, der Troika/Quadriga und dem geldpolitischen Umfeld in einem Widerspruch zueinander stehen. Eine enge Verknüpfung von Fiskal- und Geldpolitik ist für eine erfolgreiche Krisenbewältigung jedoch essentiell. Dies stellt den Euroraum vor große Herausforderungen, auf Ratsebene sind Beschlüsse zwar durchaus möglich, doch sollten diese Zielsetzungen von der EZB durch ihre Geldpolitik unterstützt und nicht, wie es jetzt der Fall ist, indirekt unterminiert werden.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *i scríbhinn*. – Mar thoradh ar an bhfiosrúchán ar bhaincéireacht na hÉireann, tá a fhios againn go raibh an Banc Ceannais Eorpach chun tacaíocht a ghearradh do bhainc na hÉireann dá mbeadh aon bhagairt ann do na sealbhóirí bannaí.

Anois, tá géarchéim tithíochta againn sa bhaile agus tá na bainc ag súil le brabús tapaidh a dhéanamh as. Is iad seo na bainc chéanna a tharrtháil muintir na hÉireann agus atá fós á dtarrtháil acu. D'oibrigh na príomhbhainc le chéile chun rátaí úis morgáiste chomh hard leis an spéir a chur i bhfeidhm, beag nach a dhá oiread níos airde ná an meán don limistéar Euro. Tá os cionn 100 000 teach tar éis titim isteach i riaráistí.

Cé gur dhein an freasúra moladh chun caidhp a chur ar rátaí, thacaigh an rialtas leis na bainc seachas tacú leis na daoine. Ní haon ionadh an moladh a d'fhoilsigh BCE ar an Aoine ag tabhairt foláirimh a bheith cúramach maidir le caidhp a chur ar na rátaí. Sin masla don phobal atá faoi bhrú maidir lena dtithe cónaithe a choimeád. Ba chóir go mbeadh dualgas ar BCE aitheantas agus freagracht a ghlacadh as tionchar a gcuid polasaithe ar an bpobal agus seasamh leo.

13. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Olle Ludvigsson, a nome della commissione per i problemi economici e monetari, sul Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio (2016/2056(INI)) (A8-0294/2016)

Olle Ludvigsson, *föredragande*. – Herr talman! Jag vill börja med att rikta ett stort tack till partigrupperna, som har varit mycket samarbetsvilliga och möjliggjort för oss att uppnå en bred enighet inom ett område som kommer att bli viktigare med tiden, nämligen hur vi kan skapa förutsättningar för en inre marknad för finansiella tjänster för privatpersoner och mindre företag. Jag vill understryka att jag välkomnar kommissionens grönbok. Den har kommit helt i rätt tid.

På grund av betydande gränshinder är den gränsöverskridande handeln med finansiella tjänster fortfarande outvecklad. Det är dåligt för konsumenterna, hämmande för innovativa företag och stör den europeiska ekonomins funktionssätt. Därför behöver vi jobba för att frigöra den marknadens fulla potential och stödja innovativa lösningar som kan komma konsumenterna till del.

En stor del av de finansiella tjänsterna är idag knutna till 28 olika marknader som kännetecknas av låg konkurrens och brist på global konkurrenskraft. Om digitaliseringens kraft utnyttjas rätt kan ett europeiskt regelsystem stärka den enskilda konsumenten och bidra till en bättre finansiell produkt till lägre priser. Det är ett gyllene tillfälle som vi inte får missa.

En större del av betalningarna görs numera digitalt. Här behöver vi ett konkurrensneutralt regelverk som säkerställer att nya innovativa aktörer kan fortsätta bidra med tillväxt för fler jobb i Europa. Lagstiftningen behöver säkerställa att ökad konkurrens bidrar till ett rejält mervärde för konsumenterna. De mest grundläggande rättigheterna för medborgarna, till exempel rätten att öppna ett bankkonto, behöver stärkas. De finansiella tillsynsmyndigheterna behöver bättre följa upp hur banker och andra finansinstitut lever upp till antagna, implementerade rättsakter som PSD II, Mifid och direktivet mot penningtvätt.

Jag är övertygad om att EU i tider som dessa måste koncentrera sig på ett av sina kärnuppdrag. Vi måste riva fler barriärer så att den fria marknadens rörlighet kan främjas. Så snart det är möjligt behöver därför kommissionen presentera en rad lagstiftningsförslag som beaktar parlamentets synpunkter. En bred uppsättning av regelverk för finansiella tjänster inom unionen är sannolikt en viktig pusselbit för att uppnå bättre rörlighet bland EU:s medborgare.

Finansiella aktörer villkorar idag alltför ofta privatpersoners konsumtion av finansiella tjänster med kravet på permanent bosättning. Ett tydligt exempel är att kreditkort slutar fungera för vissa européer när de väljer att flytta till en annan medlemsstat. Kommissionen bör därför presentera förslag för att komma åt problemet med geoblockering som är specifikt kopplat till handel för finansiella tjänster.

En annan utmaning är att få identifieringen att fungera i praktiken. Idag finns det stora problem som kan kopplas till identifiering och digitala finansiella tjänster. Därför behöver teknologin för identifiering standardiseras. Tolkningen av penningtvättsdirektivet måste också finjusteras för att säkerställa effektiva identifieringsmöjligheter.

En övergripande utmaning är frågan om finansiell inkludering. Om du som medborgare inte får tillgång till de mest grundläggande finansiella tjänsterna blir livet väldigt svårt. Oavsett vilka åtgärder vi vidtar, måste frågan om finansiell inkludering alltid stå i centrum.

Det nya betalningsdirektivet kommer att ge varje medborgare rätt till ett grundläggande bankkonto. Även om steget är i rätt riktning så får vi inte nöja oss. Att bygga en välfungerade inre marknad för finansiella tjänster är ett omfattande projekt. Samtidigt är det mödan värt om det skapar ett verkligt mervärde för Europas medborgare.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank Mr Olle Ludvigsson for his excellent report on retail financial services.

Last year the Commission published its Green Paper on that subject. Its title was 'Better products, more choice, and greater opportunities for consumers and businesses'. Those remain our objectives. We launched a consultation to ask consumers and businesses for their thoughts on how to achieve them. The responses are shaping our approach to deepening the single market for these services so as to enable consumers to make informed purchases that meet their needs wherever they might be in Europe and to allow financial firms to make the most of economies of scale, lower costs and improve service. We received more than 400 responses to our consultation. This underscores the need to tackle some of the barriers to cross-border retail financial services at European level. I am pleased to see that the conclusions of your report go in the same direction.

Consumers cannot understand why, in our single market, it is still so difficult to purchase financial products from another Member State, particularly as other services are more easily available. Financial firms can have their ambitions to sell into bigger markets frustrated by additional requirements in different European countries.

The Green Paper consultation has now closed. The Commission issued a feedback statement in July and we will follow up with an action plan on retail financial services next year. It will cover a number of areas touched upon in Mr Ludvigsson's report. The action plan will tackle barriers that consumers face when they want to access financial products at a distance. We want to make it easier for consumers to be identified remotely without weakening important anti-money laundering requirements. We will look into reducing obstacles which financial firms can face when they want to expand into another European country without establishing a physical presence. And we want to give consumers the confidence that they need to purchase products across borders by giving them better access to reliable information and by making sure that they have a right to redress if things go wrong.

The work that we are taking forward with a Consumer Financial Services Green Paper is part of our broader push to build a single market for capital in Europe, a capital markets union. Working together we have a real opportunity to strengthen the single market around the principles of transparency, competition and choice, and we can make the daily lives of European consumers easier. This is an opportunity and, by working together, I hope we can take it.

Sergio Gutiérrez Prieto, *ponente de opinión de la Comisión de Mercado Interior y Protección del Consumidor.* – Señor Presidente, señor Comisario, cuando analizamos el mercado de los servicios financieros al por menor, es decir, los productos donde los ciudadanos guardan sus ahorros, los seguros médicos, los planes de pensiones, los seguros de automóvil, incluso los mecanismos de financiación para empresas y familias, nos encontramos con mercados, en primer lugar fragmentados, que promueven también el aumento de costes porque evitan la competencia entre distintos operadores; encontramos mercados rígidos, que imposibilitan la portabilidad de unos productos de un Estado miembro a otro; y también nos encontramos con mercados opacos, que hacen que sea imposible comparar los mismos productos, productos semejantes, como digo, entre distintos operadores de distintos Estados miembros.

Y, por lo tanto, el Libro Verde que ustedes han presentado es una oportunidad para hacer tres cosas a la vez: una, para regular y acabar con la fragmentación que hoy domina en los mercados a escala europea; dos, para empoderar y proteger también a los consumidores; y tres, para aprovechar, en favor del crecimiento, las oportunidades de la digitalización.

Acabar con la fragmentación: pero ahí, señor Comisario, nosotros no creemos ni en las buenas prácticas ni en las buenas intenciones. Necesitamos regulación, que se cumpla la existente y que se cubran los huecos que ella misma ha dejado. No creemos, como digo, que no es necesario pasar del Libro Verde a acciones legislativas concretas que garanticen la igualdad de oportunidades y eviten también la fragmentación entre Estados miembros.

Empoderar a los consumidores, a través del aumento de la transparencia, aumentando la confianza de los mismos, la comparabilidad de productos, y, para eso, proponemos una herramienta que permita la comparabilidad entre los mismos productos de distintos Estados miembros, y, fundamental, mecanismos ágiles, rápidos, seguros para la resolución de conflictos entre distintos Estados miembros.

Y, tercero, todo ello se puede hacer impulsando, aprovechando, las oportunidades de la digitalización. Pero permítanme que me centre únicamente en una cuestión: las *fintechs*. Es también una nueva oportunidad para mejorar la financiación a escala europea, mucho más allá de la dependencia bancaria abusiva que tenemos en la zona comunitaria. Pero para ello también es necesario regular mejor cómo operan estas en los préstamos monetarios.

Tenemos que establecer las mismas reglas, las mismas protecciones y exigencias que tiene el sistema bancario tradicional para aquellos operadores nuevos que se aprovechan de las nuevas tecnologías de la digitalización para abrir nuevos campos de negocio. Nuevas reglas y redes, las mismas oportunidades, también con las mismas salvaguardas que las que ya conocemos en el mercado tradicional.

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE Group.* – Mr President, first of all I would like to thank Mr Ludvigsson for this report. It is a very important discussion and very important substance. I think we have every opportunity now to do what we can in order to achieve an efficient and liquid European financial market.

Digitalisation means that we will have all these opportunities. It will open things up for the fintech industry and a lot of new services, but it will also create better competition, better credit situations, and better credit opportunities. The challenge for us is to set all these things in the perspective of digitalisation, because while it makes most things possible, we can still see that legislation and regulations are hindrances. I think it is important to see what we can do in order to do what we must do.

First of all, we can create better credit situations all over Europe: liquid markets. Second, we can secure for consumers their being able to use a new range of services in other countries, but also being able to use services from other countries in their own country. You can move from country to country, having your pension with you, but also having the opportunity to pay your invoices which is, by the way, quite important. And you will be able to participate in all the new services, in parallel with banks, competing with banks, but also in innovating financial markets. It will create new jobs, but it will also give a more efficient European economy.

I think, in order to achieve this, that we need to secure an open mind for all the new competition that will arise. That has to do with how we deal with the Payment Service Directive. I think banks will still be as important as they are, but if we can open up new arenas and new opportunities for credit and for financing and new services, we must do that in order to help consumers. I think we need to implement a number of items of legislation that so far are not as implemented as they should be – the Mortgage Credit Directive, taking one example – but also set all the other legislation we have in place.

Digitalisation is not new. It has dominated the financial sector for quite a long time. But the thing that we need to do is to ensure that we facilitate all the opportunities that digitalisation can provide for European financial markets. That is why this discussion is very important. Once again, my congratulations to the rapporteur.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice- président, merci de votre initiative avec ce Livre vert sur les services financiers. Je crois que le rapport de mon collègue Ludvigsson donne une bonne analyse de vos propositions. Au fond, la question centrale, maintenant, c'est de savoir comment mobiliser l'épargne des particuliers et la mettre au service d'une stratégie européenne qui est nécessairement une stratégie d'investissement de long terme. Pour cela, je crois que la proposition que nous faisons d'un produit d'épargne européen doit être examinée sérieusement par votre Commission. Je sais bien que les taux bas ne créent pas un environnement favorable à une telle proposition, mais vous répondriez ainsi, selon moi, à une aspiration de nos concitoyens et offririez un moyen de trouver des financements pour un investissement en faveur de la transition écologique.

De telles avancées doivent aussi passer par la question de la protection des consommateurs, qui ne peut jamais être laissée de côté. De ce point de vue, j'espère que nous arriverons à déboucher rapidement sur cette fameuse législation PRIIPs sur laquelle nous essayons de déboucher. Cependant, on le voit bien, et c'est très significatif, les opérateurs de secteurs différents veulent pouvoir se faire concurrence pour collecter l'épargne, mais ils ne veulent pas ensuite qu'on puisse comparer leurs produits de manière ouverte et transparente. Il faut que le législateur et la Commission soient très fermes dans ce domaine.

Mon collègue a beaucoup évoqué les FinTech. Je suis aussi favorable aux FinTech mais je pense que, dans ce domaine, il faut que les superviseurs et la Commission européenne soient très vigilants, car j'observe ici ou là le développement de plateformes de négociation qui sont parfois de pures escroqueries contre lesquelles l'Europe doit agir en mobilisant plus fortement l'ESMA et les autorités nationales compétentes.

Enfin, nous attendons de votre part, lorsque vous examinerez les prochaines propositions en matière d'union des marchés des capitaux, que vous n'oubliiez pas les engagements auxquels vous nous invitez à travers ce Livre vert. À ce moment-là, nous serons à vos côtés pour progresser.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Detaliczne usługi finansowe są ważnym elementem codziennego życia obywateli. Dyskutujemy tutaj nad dobrym sprawozdaniem, które szeroko prezentuje rozwiązania związane z usługami finansowymi, wskazując jednocześnie możliwość rozwoju tego sektora i kładąc nacisk na stworzenie bardziej otwartego, niedyskryminującego i konkurencyjnego rynku. Z tego typu usprawnień niewątpliwie skorzystają konsumenci oraz małe i średnie przedsiębiorstwa.

Osobiście nie zgadzam się tylko z ustępem 29, nawiązującym do przyjęcia wspólnej waluty przez wszystkie bez wyjątku państwa członkowskie. Szanowni Państwo! Doskonale wiemy, że żadne regulacje nie są obojętne dla wszystkich stron, których one dotyczą. Apeluję więc do Komisji Europejskiej, aby zanim zaproponuje kolejne regulacje w tym obszarze oraz innych, przeprowadziła odpowiednią ocenę skutków na środowisko biznesu, tak aby nie były one obciążeniem dla podmiotów świadczących usługi finansowe, jak i podmiotów z nich korzystających.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to thank and congratulate the rapporteur for doing a very good job and ensuring a compromise that will indeed be supported by my Group. As the previous speaker said, this is a very important topic for citizens. This is about everyday products that they use. Everybody has insurances, loans, mortgages, pension savings, investment accounts, etc., but we see that only three percent of the market – three percent of the potential – is being used and that is worrying. But I have to say that what worries me even more is the lack of ambition and the lack of urgency – just look around the room – because, even if the report is very good, we shy away from the taboos.

I also note that the Commission had initially planned to come forward with an action plan in September and now the talk is about next year. I understand that some people are afraid of rapid developments – fintech was mentioned – but this is reality. This is what is happening and, as long as we sit on our hands, we will be overtaken by other parts of the world. If I look at the level of investment by the United States and China, this overtakes the European Union by far. The European Union is fragmented into 28 national markets. We are weak and not attractive for investors.

I get very worried when I read in the newspaper that a major European bank is actually investing EUR 20 million euros in fintech in China. It should be the other way around. We should be attractive enough for Chinese investors to come here and develop our own services. Europe has the potential to become the hub for retail financial services but, if we do not act more speedily, with more urgency and with more ambition, then we are going to lose the race because, colleagues – or those of you who are still around – this is not necessary for multinationals; they will find their way anyway. This is, however, urgently needed for consumers and SMEs, because they do need the European Union in order to eliminate the barriers. ALDE and the Green Group have tabled amendments and I very much hope for the support of the EPP Group and the S&D Group, because we do not think it is enough to make noble statements here about the objective of eliminating barriers, maybe sometime next century. We need concrete deadlines and we need concrete objectives. That is why we hope that these amendments mentioning the deadlines will be adopted.

Finally, it is a pity that, as usual, the Council is absent – the Council representing the Member States – because we all know that the biggest obstacle of all is national governments protecting their national champions. So where are they? Even the biggest Eurosceptics are always saying how important the internal market is. The government leaders are always saying how important the internal market is but, when it really comes down to it, they are actually blocking the opening-up of the internal market, doing a big disservice to their own citizens. So I hope that the Commission will come up with a really ambitious action plan as soon as possible.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, creo que la Comisión se equivocaría si no refuerza enormemente la protección financiera. Servicios fundamentales, como tener una cuenta bancaria o acceder a efectivo, no pueden estar sometidos a enormes comisiones. Productos tan sencillos como los depósitos o las hipotecas no deben estar abiertos a prácticas fraudulentas tan graves como las de las preferentes o la del índice de referencia de préstamos hipotecarios.

Hay que simplificar la oferta de productos financieros existentes y ofrecer como derecho los servicios bancarios fundamentales —por ejemplo, a través de una banca pública—.

Y, en este sentido, ligar la reforma de los servicios financieros a la unión bancaria y de capitales, es decir, a la liberalización, privatización y concentración del sector financiero, es un grave error.

No debemos olvidar tampoco a los trabajadores del sector: desarrollos como la digitalización, además de abrir una brecha con muchos consumidores, son hasta el momento sinónimo de precarización laboral, lo que exige también nueva regulación a nivel europeo.

Patrick O'Flynn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, enhanced international competition in consumer markets certainly has the potential to give customers a better deal for insurance, banking, savings, investments and much else besides. In some product markets, benefits from competition are fairly straightforward to attain, but in retail financial services there are clearly complexities to be overcome in order to boost international competition.

Many products rely on putative income streams or pay-outs far into the future, while charging regimes can be opaque, and let us not forget we are dealing with high value items designed to make a big difference to a person's standard of life. This is not a pair of socks or a new pencil sharpener. The potential complexity of pursuing cross-border redress is one factor that has led thus far to pragmatic consumers tending to stick with suppliers from their own country of origin or residence. But, given the potentially large gains to consumers of being able to access the best advice and widest choice of products from across the world, Europe's countries would do well to keep working at bringing down barriers in this field.

As a world leader in retail financial services, the United Kingdom has much to offer the savers, investors and future pensioners of Europe. Any bid by the EU to use Brexit as a pretext for closing down consumer choice would leave Europe's citizens facing a less prosperous and less secure future. Governments would be failing in their duty were they to allow this to happen.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Mr President, firstly congratulations to Mr Ludvigsson and all the shadows for the work on this own-initiative report. I agree fully with those of you who spoke about the 28 different legal regimes on our single market that fragment this market and do not allow it to use the whole potential that lies there. My committee, the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO), also contributed to this work; we provided an opinion. We all see that the retail financial market is, despite the number of legislative measures at the EU level, still not used. We will continue our work on it.

Also in the report on the regulation on geoblocking, which you mentioned already, consumers encounter numerous barriers. Having a bank account or a credit card is a prerequisite to almost every economic activity. But if consumers have problems with those services, they cannot as a result access any other services or goods normally accessible on this market, not to mention consumers' problems and consequent frustration with other services such as loans, mortgages, investment products, insurance, etc. According to the most recent Consumer Markets Scoreboard, those markets are quite poorly rated by consumers domestically, and the cross-border perspective is even worse by a long way.

The single market and the digital single market cannot work effectively without cross-border retail financial services. This is one of the most important issues. Therefore, I would like to repeat the conclusions from our committee and ask the Commission to undertake a detailed examination analysis of both national and cross-border obstacles, remaining barriers to cross-border operations and to the completion of the single market financial sector. The European Commission needs to identify the reasons behind the existing market segmentation and price discrimination and the European Commission should recommend measures to encourage financial institutions to compete beyond national borders.

Anneliese Dodds (S&D). – Mr President, the ability for everyone to access high-quality, safe and affordable financial services has become increasingly important. Olle Ludvigsson's report offers many suggestions on how we can encourage new growth areas, including cross-border services. But, of course, we also need to consider how we can better protect consumers.

People can be financially excluded in many different ways; they may lack safe ways to borrow, encouraging them to turn to payday lenders or loan sharks, or they may be unable to access funds and services across countries – with one of my constituents finding it next to impossible to access funds stolen from her family by the National Socialists mainly because of administrative impediments.

So I am really pleased the rapporteur has taken on board many of my concerns, from calling for a simple, safe and portable financial products framework to acknowledging issues arising from the digital divide, to making sure incentive structures for staff in financial services do not promote mis-selling or inappropriate cross-selling, to advocating rigorous and consistent enforcement of consumer protection across states.

British consumers have been subject to many of the same sharp practices and scandals as other Europeans. So I hope the UK Government will follow and emulate developments at EU level to improve retail financial services, rather than trail behind them.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – We leven niet meer in een tijdperk van verandering, we leven in een verandering van tijdperk. Dat geldt in het bijzonder als je kijkt naar de financiële sector, want alle nieuwe technologieën, van de analyse van big data tot *robo advice*, tot *blockchain*, noem maar op: alles wat er tegenwoordig aan nieuwe dingen tegelijk samenkomt, verandert het landschap ontzettend. Daardoor wordt het mogelijk dat heel veel producten goedkoper worden, beter worden, sneller worden en, zeg ik tegen collega Anneliese, ook meer toegankelijk voor heel veel mensen. Er liggen dus ontzettend veel kansen, want het belangrijkste doel dat we hier immers met z'n allen hebben gesteld, is het creëren van banen en economische groei. Om dat te kunnen bewerkstelligen, moeten we internationaal de concurrentie aankunnen. Daar hebben we in ieder geval ook een geavanceerde financiële infrastructuur voor nodig.

Daartoe kan dit verslag, en daar feliciteer ik de heer Ludvigsson ook mee, een belangrijke aanzet geven om ervoor te zorgen dat we innovatievriendelijk zijn en tegelijkertijd zorgen voor consumentenbescherming en natuurlijk ook oog hebben voor de systeemrisico's die er in ons hele financiële systeem zitten. Die balans moeten we met elkaar zien te vinden, want zoals mijn collega in 't Veld net al zei, wordt hierin ontzettend veel geïnvesteerd in de hele wereld. Als wij niet uitkijken, dan lopen we achter op dit gebied. Daar benadelen wij onze economie maar vooral ook onze burgers mee, want die willen heel graag op wereldniveau kunnen meedraaien. Daar heb je die vernieuwingen gewoon keihard voor nodig.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, estamos perante mais um aprofundamento do mercado único, estendendo-o aos serviços financeiros de retalho. Tal como outras iniciativas, apresenta-se sustentado em conceitos que, estando aparentemente direcionados à melhoria das condições dos utilizadores, representam, na prática, mais um elemento de harmonização, de aprofundamento federalista, que servirá aos grandes interesses financeiros, facilitando a concentração da riqueza e a centralização do poder económico.

Alguns dos aspetos mais perversos desta iniciativa: liquidação de empresas de menor dimensão e promoção de oligopólio bancário pan-europeu; aumento dos lucros dos grandes bancos, nomeadamente pela redução de custos operacionais, onde se incluem o despedimento de trabalhadores, processos facilitados pela vertente digital e a redução da implantação física das empresas; degradação das condições de atendimento direto ao público e precarização laboral; desregulamentação da economia e intensificação da livre circulação de capitais; ainda maior supressão da autonomia e soberania dos Estados-Membros; e facilitação da fuga de capitais, dificultando o combate ao branqueamento de capitais.

São objetivos e consequências que merecem o nosso total repúdio e condenação.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, come ha notato, l'ottima relazione del collega Ludvigsson chiede sostanzialmente due cose alla Commissione. La prima è di dare attuazione alla legislazione già adottata, perché nell'applicare i patti sottoscritti c'è un senso di credibilità delle istituzioni che a noi pare importante. E poi chiede alla Commissione ulteriori iniziative, compresa quella della proposta di conto di risparmio nell'Unione europea e di incoraggiamento agli investimenti sostenibili e, in particolare, a quelli verdi. Perché queste due richieste vanno in parallelo? Perché c'è bisogno di creare consapevolezza e forza nel mercato interno presso gli utenti, i consumatori, che sono il soggetto principale al quale destinare le azioni che vi chiediamo.

Vorrei tornare rapidamente su due degli aspetti relativi ai consumatori che Lei stesso ha citato. Il primo riguarda l'informazione: una corretta informazione dà consapevolezza a chi deve utilizzare un servizio. Può scegliere così che cosa fare e con chi fare le azioni che gli servono per l'investimento e per la valorizzazione dei suoi risparmi. Il secondo tema è quello dei ricorsi: la possibilità di fare ricorso dà sicurezza a chi investe. Noi oggi purtroppo soffriamo di mancanza di consapevolezza e anche di uno stato elevatissimo di insicurezza.

Se voi farete queste scelte aiuterete il rafforzamento del mercato interno e, soprattutto, dei soggetti che dentro vi operano, che sono i consumatori.

Nils Torvalds (ALDE). – Herr talman! Jag vill naturligtvis inleda med att tacka Olle Ludvigsson för hans arbete. Det utgör en ganska god bas för fortsatta studier på området.

De flesta av oss är säkert överens om att bankerna utför ett viktigt och mångsidigt arbete som betjänar oss alla som privatpersoner, som småföretagare, eventuellt också dem som är storföretagare.

Det väcker dock några tankar när man tittar på de uppgifter vi ser om bankernas avkastningskrav. En bank som har ett avkastningskrav på sitt kapital på 15 procent överträder eventuellt de regler som vi i vår stora klokskap håller på att skriva här. Det ställer oss en allvarlig fråga om på vilket sätt vi kan slå vakt om att reglerna faktiskt skapar en spelplan som är någorlunda jämn och som gör det möjligt för små banker i mindre länder att överleva i en hård konkurrens.

Vi behöver alltså ett rättvist system. Vi behöver en jämn spelplan. Jag hoppas att kommissionen i sitt framtida arbete klarar av att beakta detta och se till att också de perifera bankerna och det perifera banksystemet klarar sig i ett spel som ibland är hårt och som inte alltid är särskilt rent.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, my Group supports Parliament's response to the Commission Green Paper on retail financial services. The report rightly points out that a single approach to retail services across the EU would be counterproductive at the moment, given the diversity of actors and the different products on the market, which are often tailored to local markets.

However, there are definitely improvements that can be made to the status quo, which the report highlights. For example, I am pleased that our amendments calling for the sector to work better for consumers, start-ups, investors and SMEs through delivering a healthy and competitive environment were adopted. I also support the emphasis placed on the simplification of legislation, the opportunities for digitalisation and fintech, the benefits of switching, and the financial education of consumers.

We do, though, have concerns. For example, the creation of a common tax identification number is not something I support, as it goes beyond the competences of the EU. For this reason my Group will vote against this provision. I am also baffled as to why there are calls in this report for more Member States to adopt the euro. That has nothing to do with this report. I will also not be supporting amendments from colleagues calling on the European supervisory authorities to increase their activities on consumers' and retail investors' issues. We need to be careful about duplication of existing structures in Member States and ensure that taxpayers' money is well spent.

The call to intensify work against geoblocking in the financial sector should not be legislative at this stage. My Group agrees with the Commission approach of a financial services carve-out, due to its complexity. On the whole, this is a good report with some positive recommendations for the retail financial services sector and we thank Mr Ludvigsson for his good work.

Procedura catch-the-eye

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, σύμφωνα με την Πράσινη Βίβλο της Επιτροπής για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, όλοι οι καταναλωτές θα πρέπει να έχουν πρόσβαση σε διαφανή και έντιμα προϊόντα, ενώ παράλληλα κύριος στόχος θα πρέπει να είναι και η πάταξη της φοροδιαφυγής. Με την Πράσινη Βίβλο προωθείται η μείωση του κατακερματισμού της αγοράς, η ψηφιοποίηση και η ενίσχυση της θέσης των καταναλωτών, προκειμένου να βελτιωθεί η λειτουργία της ενιαίας αγοράς.

Βέβαια η εμπιστοσύνη των καταναλωτών στις χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες είναι αρκετά χαμηλή, κυρίως, λόγω της έλλειψης χρηματοοικονομικών γνώσεων εκ μέρους των ίδιων των καταναλωτών. Επίσης πολλές φορές η άνοδος του αριθμού των διασυνοριακών συναλλαγών δημιουργεί προβλήματα, καθώς προϋποθέτει πληροφορίες σχετικά με τα προσωπικά δεδομένα. Για τον λόγο αυτό, είναι αναγκαίο να υπάρχει άντληση προσωπικών δεδομένων και αυτή να γίνεται πάντα με βάση τους κανόνες της προστασίας των δεδομένων, ενώ οι καταναλωτές θα πρέπει να έχουν την κατάλληλη ενημέρωση σχετικά με τις χρηματοοικονομικές υπηρεσίες .

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche in precedenti interventi ho ribadito la necessità di implementare nei mercati finanziari la trasparenza delle operazioni, nell'ottica di instaurare maggiore fiducia nei consumatori. Se i servizi finanziari al dettaglio sono solo embrionali, dipende dalla mancanza di trasparenza, coerenza e tutela del risparmio a livello macroeconomico e, innanzitutto, dallo scarso rispetto dei principi di cooperazione e scambio di informazioni.

Un *driver* fondamentale è il coordinamento con il mercato unico digitale ma grande è la responsabilità sotto il profilo della privacy, se solo si considera il fenomeno che muove velocemente i primi passi della «*robo-advisory*», che rappresenta l'avamposto più moderno della *fintech*. Ma mi chiedo: come possiamo permettere ad un operatore elettronico e non più umano di consigliarci l'acquisto di prodotti finanziari se non abbiamo ancora risolto le sfide cruciali di sicurezza, protezione dei dati, tutela dei consumatori, concorrenza leale e stabilità finanziaria a livello di Stati membri e di banche centrali?

Stanislav Polčák (PPE). – Já chci rovněž souhlasit se svými předřečníky, že právě roztříštěnost právního rámce 28 členských států opravdu odrazuje lidi od využívání těchto služeb. Vzhledem k jejich obecné složitosti lidé potřebují skutečně více informací k tomu, aby měli důvěru ve využívání maloobchodních finančních služeb. Na úrovni evropských institucí by měla být posílena právě ta informační složka sledování světového vývoje a řešení některých palčivých otázek, které spočívají např. v určení příslušnosti soudu, který má rozhodovat případné spory vyplývající z těchto právních vztahů.

Je zde řada otevřených momentů. Já chci podpořit Komisi v tom přístupu, který předložila. Připadá mi rozumný. Měli bychom nyní sledovat světový vývoj a navrhnout tomu odpovídající právní rámec pro využívání těchto služeb.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedavajući, izvjestitelj je postavio točnu dijagnozu koja se može primijeniti i na ostala područja, ne samo na maloprodajne financijske usluge. Neophodno je iskoristiti puni potencijal dostupnih informacijskih tehnologija, ali moramo biti svjesni toga da one same mogu ukloniti tek administrativne barijere. Ostale barijere, poput onih pravne i porezne prirode, može smanjiti samo snažna politička volja, koje prečesto manjka.

Iako su propisi u ovom području mnogobrojni, od Direktive o uslugama platnog prometa do one o sprječavanju pranja novca, put do istinski jedinstvenog tržišta neće biti ni brz ni lagan. Izvjestitelj dobro prepoznaje da je ključno podići razinu povjerenja i zadovoljstva potrošača. Oni su još uvijek suočeni s relativno visokim naknadama u prekograničnim tokovima novca koje ne odgovaraju realnim troškovima pružatelja usluga i to je nepravda koju moramo ispraviti.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank the European Parliament for this engaging and interesting debate on the report.

The Commission will take account of the issues which were raised today, and those outlined in the report, when preparing the retail financial services action plan. I believe our positions are similar in many ways. The Commission is focused on practical solutions. To keep the momentum, we will commit to actions which can be implemented quickly and which will bring tangible benefits to the everyday lives of consumers. So I agree that we need to be ambitious in this area.

In preparing our action plan, we will, of course, remain open to ideas and cooperation with stakeholders across the board, very much including the European Parliament. So I am looking forward to working closely and constructively with all of you to push this agenda forward.

Olle Ludvigsson, *föredragande*. – Herr talman! Jag får tacka så mycket för de olika åsikterna och de synpunkter som har kommit på detta med "*retail financial services*", vilket jag är väldigt tacksam för. Jag har själv försökt att som föredragande skapa en så stor enighet som möjligt i parlamentet, eftersom jag tror att det är viktigt.

Den fråga som vi har framför oss om finansiella tjänster är självklart viktig. Den måste koncentreras på konsumenterna, medborgarna, så att de ska kunna ha säkra och trygga system att fungera i. Jag tror också att vi självklart ska försöka gå fram så fort det överhuvudtaget är möjligt. Vi kan konstatera att det rör sig om en komplicerad del som kommer att ta en viss tid, men vi måste starta på ett vettigt och rimligt sätt.

Det vi gjorde i vårt betänkande var att dela upp det på kort och på lång sikt, vilket jag tror är väldigt, väldigt viktigt att göra. Vi måste lyfta blicken också och titta på den yngre generationen. Det är de i den yngre generationen som ska leva med detta. Vi måste skapa förutsättningar så att dessa produkter blir billigare, bättre, effektivare och säkrare. Det är det absolut viktigaste. Dessutom måste vi självklart försöka snabba på om det är möjligt.

Ett stort tack ännu en gång till alla skuggföredragandena, ett stort tack till alla parlamentariker som nu har deltagit i diskussionen. Jag känner väl ändå att det finns en ganska stor samstämmighet i vart vi vill gå hän och vad vi vill göra, och jag hoppas på ett fortsatt bra samarbete i denna fråga. Jag tackar även kommissionen för det förslag som man har lagt fram.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà domani.

14. Abschluss von Basel III (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sull'interrogazione con richiesta di risposta orale alla Commissione sul completamento di Basilea III, di Roberto Gualtieri, a nome della commissione per i problemi economici e monetari (O-000136/2016 - B8-1810/2016) (2016/2959(RSP))

Roberto Gualtieri, *author*. – Mr President, this debate takes place one week before the next meeting of the Basel Committee in Chile, which will be an important step in the process towards the finalisation of the so-called Basel III agreements with a fundamental review of the banking book. As we know, this review is focused on three groups of measures: the review of the standardised approach for credit and operational risk, in order to enhance the risk sensitivity and robustness; the introduction of constraints to the use of internal models; the potential introduction of capital ouput floor based on the standardised approaches that defines the minimum amount of capital requirement for internally model exposures. The Parliament will be called, as co-legislator, to introduce the outcomes of this review into EU law.

Taking into account the relevance and potential impact of the measures under discussion, we consider it necessary to intervene in the debate. We had an exchange of views with the Single Supervisory Mechanism (SSM), the Commission, the European Banking Authority (EBA) and the Secretary-General of the Basel Committee, and we drafted this oral question and the resolution, which has been approved by the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) with a very broad majority and will now be put to the vote before the plenary.

As the resolution clearly states, we believe in the importance of sound global standards, and we reaffirm that banks need to be well capitalised in order to support the real economy and reduce risk. We also consider it important to increase simplicity, comparability and convergence of the risk-weighted capital framework in order to address excessive variability in risk-weighted assets and to apply the same rules to the same risks. However, we think that the current revision, in order to be effective and not to have unintended and counterproductive consequences, needs to fully respect two principles. Firstly, it should not significantly increase overall capital requirements for European banks as the Basel Oversight Board has clearly stated. Secondly, the revision should not have a negative impact on the level playing field at global level. It should not exacerbate – rather it should mitigate – the differences between types of banks and between geographical areas, and it should not unduly penalise the EU banking model.

As we know, although the draft standard has been built up by specific proposal subject to public consultations and specific quantitative impact studies, during the summary many concerns have been expressed and it clearly emerged that the various drafts did not respect the two above-mentioned principles. For this reason, we are calling on the Basel Committee to revise its proposals. We also call on the ECB, the SSM and the Commission to ensure the respect of the two principles in the finalisation and monitoring of the new standard. As the resolution clearly states, we consider that this would be instrumental for ensuring a consistent incorporation of the new measures into EU legislation. We understand that some steps in the right direction have been taken, and we encourage all the remaining critical elements to be addressed.

As regards the use of internal models, they need to address the variability of risk-weighted assets should not be a reason to drop the sensitiveness of prudential requirement. It should be rather an incentive to deal with lack of organisation in modelling approaches, as the EBA and the SSM have already been doing since 2014, in order to ensure that risk-weighted assets are always consistent with the actual risk behaviour of banking assets.

Last, but not least, the resolution expresses concerns about the potential effect on the real economy of the possible introduction of output floors. The output floor is closely linked to the leverage ratio, and the new standard should ensure that the level of calibration of these two measures does not lead to an unintended duplication that could not only end up with an undoubtedly punitive outcome for the euro in terms of capital requirements, but also undermine the effectiveness of the overall reform package.

In conclusion, with this resolution the Parliament reaffirms its commitment to work on agreed international standards, but at the same time it warns that those standards should fully take into account the specificity of the EU banking model and strike the right balance between stability and growth. We hope that the adoption of this resolution with a broad majority will contribute to this balanced outcome.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, as you know, the Basel Committee is currently reviewing the rules on capital requirements for banks. The declared aim is to find a better balance between risk sensitivity, simplicity and comparability of the outcomes of those rules. A key focus of the Basel Committee is the use of internal models. Specifically, the Basel Committee considers that, under the current rules, capital requirements calculated using source models can vary in a way that does not always reflect the differences in banks' risk profiles, and feels that such unjustified variations should be tackled.

The Commission supports the Basel Committee's broad objectives, but we are also clear that we need an intelligent solution which maintains a risk-sensitive approach to setting capital requirements and which does not significantly increase capital requirements. We believe that the work undertaken by the Basel Committee would lead to less variability in risk-weighted assets, but not all variability is bad. In fact most of the variability is perfectly justified as it reflects actual differences in risk. It is important to ensure that the capital framework continues to reflect these differences. It is perfectly normal for a bank focused on lending in a sector and region with low risks to have lower average risk rates than a bank operating elsewhere.

A problem we see with the proposals made by the Basel Committee is that they could potentially come at the expensive of reducing some of the justified variability, which would result in less risk-sensitive rules. The revisions contemplated by the Basel Committee should recognise that in a number of areas banks and borrowers in Europe have their particularities.

As William Coen told the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) recently, the Basel Committee has already made important changes to the revisions of the rules proposed initially and on some, but not all, EU specificities had to be taken into account through those changes. For example, the capital requirements for mortgages have been adjusted to take into account the very stable mortgage markets we have in the EU.

However, the Commission considers that, at this stage, the changes do not fully ensure a level playing field between the different regions in the world. In terms of the impact of capital requirements and on financial stability, the Basel Committee's proposals could address some weaknesses in the current rules and could therefore increase the soundness of the banking sector and, consequently, financial stability. At the same time, taken together, the proposals could lead to a potentially significant increase in the capital requirements of EU banks, which would have an adverse effect or impact on lending to the economy, at least in the short term.

So we need to find a solution which would not unduly weigh on the financing of the broader economy in Europe. At a time when we are focused on supporting investment, we want worldwide changes which would lead to a significant increase in overall capital requirements shouldered by Europe's banking sector.

This is not just the Commission's position. All Member States backed it in July and I understand that the resolution to be voted on in plenary on Wednesday goes very much in the same direction. Indeed this approach has been agreed by the Basel Committee itself so that the completion of Basel III should not lead to overall significant increases in capital requirements.

The Commission remains committed to the work done in the Basel Committee and we believe that it is in everyone's interests to find a balanced solution. The Commission will keep on working intensively to ensure a solution that works for Europe and that does not put our banks at a disadvantage compared to our global competitors.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Europäischen Kommission, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Schon im Juli dieses Jahres ist ja auf meine Initiative hin hier im Europäischen Parlament im Plenum eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission gerichtet worden. Damals war der Kollege Katainen hier und hat uns ja schon damals eine klare Bestätigung gegeben, dass die besonderen Bedürfnisse der europäischen Banken auch im Baseler Ausschuss berücksichtigt werden sollen. Deswegen haben wir als EVP-Fraktion von Anfang an die Initiative unterstützt, auch eine Meinungsbildung in Form einer Entschließung im Plenum vorzunehmen. Ich darf mich ausdrücklich bei unserem Ausschussvorsitzenden, der diese Aufgabe übernommen hat, die Entschließung vorzubereiten, bedanken, auch für die konstruktive Art und Weise, wie wir das im Ausschuss beraten haben.

Wir müssen uns über eines im Klaren sein: Natürlich müssen Banken ihre Risiken selber tragen können. Dafür haben wir viel getan. Wir werden diese Woche ja auch Vorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften von der Kommission bekommen, und wir werden diesen Weg weitergehen. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir das Ganze mit Augenmaß betreiben.

Proportionalität ist ein Thema, das wir in all unsere Gesetzgebung mit eingefügt haben. Wir haben alle Banken in der Europäischen Union bei der Umsetzung von Basel II gezwungen, einen Risikostandardeinsatz wenn sie keine internen Ratingmodelle haben – zur Anwendung zu bringen. Ich habe kein Verständnis dafür, dass dieses Modell jetzt in Basel plötzlich wieder zur Disposition gestellt werden soll und gerade kleine, mittlere Banken besondere Eigenkapitalanforderungen erfüllen müssen, die weder dem Proportionalitätsgrundsatz entsprechen noch der Risikogewichtung.

Deswegen begrüße ich es auch sehr, Herr Vizepräsident, dass die Kommission von Anfang an klar gesagt hat, dass der KMU-Korrekturfaktor oder KMU- Unterstützungsfaktor aufrechterhalten bleiben soll, auch wenn das in Basel kritisiert wurde.

Auch das war uns als EVP ein großes Anliegen: Wir müssen schon mal darauf achten, wie wir Basel umsetzen. Basel gilt ja nicht für die Europäische Union, sondern ist eine globale Verabredung. Wenn ich mir andere Wirtschaftsräume anschaue - Roberto Gualtieri hat in seiner Rede darauf hingewiesen: Nicht alle Wirtschaftsregionen dieser Erde setzen Basel so um, wie wir das bisher getan haben. Wir sollten uns hier auch überlegen, ob eine Eins-zu-eins-Umsetzung für alle Banken oder vielleicht nur eine partielle Umsetzung richtig wäre.

Eine letzte Bemerkung, die ich machen möchte: Wir Europäer sollten auch in Basel lernen, zusammenzuarbeiten. Wir haben eine Reihe von Notenbanken, eine Reihe von Aufsichtsbehörden im Baseler Ausschuss sitzen. Wenn hier Europa im Interesse unseres Bankensektors besser zusammenarbeiten würde, könnten wir die Meinungsführerschaft im Baseler Ausschuss übernehmen und nicht die Amerikaner, und ich glaube, wir Europäer hätten das Zeug dazu.

Pervenche Berès, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, nous discutons ici de ce que le comité de Bâle va adopter d'ici à la fin du mois et je crois que c'est très important que, en tant que vice-président, vous assistiez à cette discussion et que vous puissiez être l'avocat de ce Parlement, puisqu'au fond, nous savons très bien que nous sommes les principaux utilisateurs – les principaux bénéficiaires, si j'ose dire – des travaux du comité de Bâle. Nous sommes ceux qui appliquent avec le plus de sérieux et de consistance ces standards élaborés à Bâle.

Il faut que la voix des Européens soit entendue et il faut que ce que nous représentons comme modèle bancaire soit représenté. De ce point de vue-là, la remise en cause du modèle interne interroge, car nous savons très bien que beaucoup de banques en Europe utilisent ce modèle avec efficacité et qu'il permet d'affiner les conditions de financement de l'économie.

Du point de vue du financement de l'économie réelle – un thème qui doit quand même nous préoccuper en priorité lorsque nous nous intéressons à la santé du secteur bancaire –, l'audition de M. William Coen en commission des affaires économiques et monétaires ne nous a pas totalement rassurés.

Je ne voudrais pas que nous nous engagions dans une révision des fonds propres des banques qui ne tienne pas complètement compte des besoins d'investissement de nos économies, que ce soit dans le secteur du logement, et donc sur la question des crédits immobiliers – qui est un thème sur lequel le comité de Bâle se penche avec des effets peut-être très perturbateurs pour ce marché fragile, au cœur de la reprise de l'activité économique dans beaucoup de nos pays –, ou sur la question du financement des infrastructures, au cœur de la stratégie du plan Juncker que nous soutenons, par ailleurs.

Enfin, je note que, dans la résolution que nous allons voter à une grande majorité – je l'espère –, nous soulevons à nouveau la question de la distribution de dividendes par des banques qui, par ailleurs, apparaissent comme sous-capitalisées, question qui doit être préoccupante, Monsieur le Vice-président, lorsque l'on cherche des pistes pour retrouver la confiance des citoyens dans leur secteur bancaire.

Sylvie Goulard, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je suis ravie de votre présence ce soir, parce que je crois que, même si les foules ne sont pas présentes autour de vous, il est quand même très important que vous preniez le temps, comme cela a été dit précédemment, de venir discuter avec les représentants des Européens.

Au printemps, nous avons adopté à une large majorité un rapport d'initiative qui insistait sur le besoin à la fois de transparence et de responsabilité des organes comme le Comité de Bâle. Par conséquent, nous apprécions beaucoup que vous soyez présent. J'apprécie aussi beaucoup, personnellement et au nom du groupe, que vous ayez pris des positions très claires et très fermes sur un sujet sur lequel on n'a pas toujours eu des messages aussi clairs de la Commission.

Une première étape a été la venue de M. Coen en commission des affaires économiques et monétaires. Je crois qu'on peut aussi se féliciter qu'il soit venu même si, évidemment, un seul débat ne peut pas suffire à établir des relations de confiance. Il faudra que cela soit suivi dans la durée par un dialogue.

Aujourd'hui, je voudrais transmettre deux messages. Le premier est assez évident, mais je pense qu'il faut le répéter encore et encore: nous sommes favorables à une coopération internationale. Il est évident que l'Europe veut être ouverte et travailler avec les autres, mais il n'est pas question que cela se traduise in fine par un plus grand impact en Europe que dans d'autres zones du monde sur le financement de l'économie.

Mario Draghi nous a dit tout à l'heure, en votre présence, que l'on commençait à peine à retrouver les niveaux de croissance d'avant la crise après huit années. Il n'est donc vraiment pas nécessaire de porter atteinte, en quoi que ce soit, à la croissance, et il faudra y veiller. Sur ce point, effectivement, nous comptons beaucoup sur la Commission pour travailler à rapprocher les positions des États. J'espère qu'il pourra y avoir un suivi du rapport d'initiative dont j'ai parlé, de manière à ce que à la fois au Conseil et à la Commission, entre la BCE et l'Autorité bancaire européenne, on arrive à mieux défendre en commun les intérêts européens, sans forcément créer des procédures très lourdes, en veillant toujours à ne pas mettre en péril le financement de l'économie.

Une dernière remarque à propos des élections américaines. Je me rappelle que, pour ce rapport, j'étais allée au Congrès l'année dernière. J'avais été très frappée par l'opposition entre les démocrates, d'un côté, et les républicains, de l'autre, autour de la loi Dodd-Frank et de la règle Volcker. Il est un peu tôt pour le savoir, mais peut-être que l'élection de Donald Trump aura un impact sur la manière dont les Américains voient la régulation.

Je souhaiterais, Monsieur le Vice-président, que l'on essaie autant que possible de ne pas se retrouver en Europe à progresser au Comité de Bâle avec des Américains de l'administration précédente pour ensuite être confrontés, le jour où il faudra mettre en œuvre, à des partenaires, y compris d'autres régions du monde, qui ne seraient plus d'accord pour avancer.

Par conséquent, je vous demande d'être vigilant, comme vous avez su l'être jusqu'à présent.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhor Presidente, após a onda neoconservadora dos anos 80 e a fúria neoliberal que desregulamentou o setor financeiro, cedo se percebeu que a banca privada necessitava de algumas regras sob pena de pôr em causa todo o sistema. As regras criadas desde Basel 1 até 3 pretendem impor níveis mínimos de capitais próprios. Contudo, as regras para a sua contabilização foram-se tornando cada vez mais complexas e opacas como convém, sempre, aos grupos de interesses que lucram sempre com a falta de transparência.

Hoje, o cidadão aprende que os modelos de avaliação de risco dos ativos são da responsabilidade dos bancos ditos sistémicos, ao contrário dos outros que estão sujeitos a um modelo normalizado, ou seja, temos, como foi comprovado por um estudo da Standard & Poor's, ativos com ponderações diferentes de banco para banco, ou seja, temos um sistema em que os rácios de solvabilidade e os testes de *stress* são completamente manipulados pelos grandes bancos, retirando assim qualquer credibilidade ao sistema de supervisão.

Pela nossa parte, a solução é muito simples. O crédito é demasiado importante para ser deixado à livre iniciativa do setor privado. O controlo público sobre a banca e sobre o sistema financeiro é hoje mais do que uma evidência, é uma necessidade.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il pacchetto di completamento di Basilea III è lontano dalla perfezione, ma rigettarlo in toto, a mio avviso, è un approccio completamente sbagliato e pericoloso, perché favorisce chi vorrebbe in Europa un ritorno della *deregulation* finanziaria.

Io credo che sia necessario capire che la crisi di oggi è, invece, proprio figlia di una deregolamentazione dei mercati finanziari che è iniziata negli anni Ottanta. L'UE guarda la pagliuzza, in questo caso, e non guarda la trave. Il problema delle nostre banche non è «Basilea sì o Basilea no», bensì una crisi del sistema che è stata «euro-indotta» e l'introduzione di nuove regole che sono state asimmetriche e distorsive e hanno danneggiato il nostro sistema bancario.

Credo che bastino tre piccoli passi per risanare il nostro sistema. Il primo passo deve consistere nello staccare la spina alla moneta unica, che sta causando una crisi senza fine all'interno del sistema dell'eurozona e quindi delle banche. Due: liberarsi della *banking union*. E tre: adottare una stringente regolamentazione che parta dalla separazione tra banche d'affari e banche commerciali.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Dombrovskis! Wir diskutieren hier die Reform von Basel III eine Woche vor der entscheidenden Sitzung des Baseler Bankenausschusses in Chile. Zur selben Zeit will die neue US-Administration den *Dodd-Frank Act* abschaffen. Schon im Wahlkampf erklärte der designierte Präsident Trump, dass höhere Eigenkapitalvorschriften und verstärkte Aufsicht die Kreditvergabe der Banken einschränken. Und nach seinem Wahlsieg kündigte er nun an, „den *Dodd-Frank Act* auseinanderzunehmen und durch neue Vorschriften zu ersetzen, die Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern". Wirtschaftswachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen – das ist jetzt auch, was wir in Europa brauchen. Und dazu brauchen wir europäische Banken, die Unternehmen, Privatpersonen und die öffentliche Hand mit ausreichend Liquidität versorgen, das heißt, die entsprechenden Finanzierungen zur Verfügung stellen.

Mit dem nun im Baseler Bankenausschuss vorliegenden Entwurf der Eigenkapital- und Liquiditätsstandards werden wir genau das Gegenteil erreichen: Europäische Banken verlieren durch die neuen Basel-III-Regeln an Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft, indem sie durch eine Standardisierung der internen Risikobewertung um 25 bis 30 % – was die Kleineren betrifft – und manche sogar um 50 % mehr Eigenkapital zur Kreditunterlegung brauchen. Diese vor allem von US-Seite angestrebte massive Erhöhung der Kapitalunterlegung von Banken könnte zu Kreditengpässen führen. Insbesondere Klein- und Mittelbetriebe sind davon betroffen, die wenig andere Finanzierungsformen haben. Aus diesem Grund ist es besonders wichtig, dass die Anwendung von internen Modellen zur Risikobewertung, mit denen Banken selbst ihre Risiken und damit ihren Kapitalbedarf berechnen dürfen, erhalten bleibt, auch wenn die US-Verhandler noch so sehr darauf drängen, einen *output floor* einzuführen.

Bendt Bendtsen (PPE). – Hr. formand! Først tak til kommissær Dombrovskis for at varetage europæiske interesser i forhold til Baselkomitéen. Baselkomitéen er ikke en demokratisk institution, og mange EU-lande er ikke repræsenteret. Baselkomitéen er fortid, slet ikke nutid og total udemokratisk! Vi bliver nødt til at rejse denne debat også. Jeg synes, det er bekymrende, og det betyder, at komitéens resultater ikke altid rammer plet over en bred kam og kan risikere at ramme nogle lande meget hårdere end andre helt uberettiget. Det er selvfølgelig vigtigt, at vi har ensartede vilkår globalt, og at vi sikrer, at bankerne er behørigt forberedt på kommende kriser, men vi skal altså være påpasselige i Europa med, at vi ikke bare danser efter den amerikanske pibe, når Baselkomitéens arbejde skal implementeres i EU. Vi er nødt til at tage højde for de forskellige europæiske bankmarkeder, og vi kan ikke arbejde med en model baseret på »one size fits all«. Hvis vi helt ukritisk skal acceptere en anden risikovurderingsmetode end den, vi har i dag, så gør vi os selv en bjørnetjeneste! Vi risikerer i sidste ende, at der skelnes meget mindre mellem sikre og mindre sikre lån. Det vil gøre det dyrere at låne, uanset om lånet er til et sikkert eller mindre sikkert formål. Vi skal huske på, at vi i Europa er særligt baserede på, at vore smv'er finansieres gennem bankerne, og vi skal ikke gøre det så dyrt at låne penge, at vi bremser væksten i Europa. Vi står altså i øjeblikket med Juncker-plan, hvor vi går ud og finansierer en masse små og mellemstore virksomheder, og så sidder der folk i Baselkomitéen, der vil gøre det modsatte, nemlig trække væksten ud af vore smv'er, mindske mulighederne for at smv'er i fremtiden kan låne penge, fordi de finansielle institutioner skal til at polstre sig selv. Det hænger simpelthen ikke sammen, og jeg har stor forhåbning til, at kommissær Dombrovskis kan varetage vore interesser i denne sag.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – In de tijd van de financiële crisis hebben we wereldwijd heel veel banken in de problemen zien komen en hebben we banken met belastinggeld moeten redden. Ook in mijn land hebben we dat moeten doen. Die situatie willen we natuurlijk nooit meer terug. Daarom is het ook heel goed dat de kapitaalvereisten voor die banken zijn verhoogd, want banken moeten gewoon zelf hun eigen broek kunnen ophouden.

Wat we nu echter zien bij het Bazels Comité is dat er standaarden worden neergelegd op internationaal niveau, waarbij iedereen op dezelfde manier behandeld wordt terwijl de situatie niet gelijk is. Want, dit is ook al door andere sprekers gezegd, ons bankwezen zit echt anders in elkaar dan bijvoorbeeld het Amerikaanse. Als je kijkt naar de situatie rondom de hypotheken bijvoorbeeld, dan is er bij ons in Nederland eigenlijk zelfs op het diepst van de crisis op de woningmarkt amper verlies geleden op de hypotheken. Het is dus ook niet logisch dat je die op eenzelfde manier behandelt als de hypotheken in Amerika, die daar voor veel problemen hebben gezorgd.

Ik ben er dus heel erg blij mee dat we als Parlement gezamenlijk een stevig signaal kunnen geven dat wij het niet willen zoals het Bazels Comité nu voorstelt, want onze ondernemers hebben het in de afgelopen jaren ontzettend moeilijk gehad om aan krediet te komen. Als we deze vereisten weer zouden gaan toepassen, dan komen ze van de regen in de drup. Wat ons betreft kan vicecommissaris Dombrovskis dus, om in voetbaltermen te spreken, met gestrekt been erin, in het Bazels Comité, om onze belangen te vertegenwoordigen en goed te behartigen.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, j'aimerais simplement rappeler l'ordre des interventions, parce que j'ai un collègue qui a été appelé et qui n'aurait pas dû l'être. Je ne voudrais donc pas perdre la minute de temps de parole dont je vais avoir besoin pour mon groupe.

Gunnar Hökmark (PPE). – Mr President, I would like to underline one thing that is important for the whole of this discussion: if you want to have a stable financial sector then you need to have a stable economy with growth and investments. You cannot look upon the financial sector as isolated from the economy as such. What we can see today is that an important part of the financial instability in the European Union is the lack of loans and investments, because that creates a vicious circle – decreasing investment, decreasing innovations, decreasing and undermined competitiveness, lower profits and increasingly non-performing loans and instability. Those things are linked together, and that is why we need to look upon the requirements for stability from the whole economy as such, and not only from one part of the economy. The financial economy is not decoupled from the rest of the economy, and in Europe banks are dominating regarding financing of SMEs but also financing on households and housing. They do a lot of different business, and that is why it is wrong to have the same sort of leverage rate for all sorts of banks. In the US, you have the banks that are one part of the financial sector, one part of the capital markets and may be focusing more on high-level business risks, while in Europe you have the whole perspective. That is why it is important to go further on regarding stability – to have the risk based approach but also to ensure that banks can lend money in order to secure that we can have growth in the economy. That is why, when we discuss Total Loss-absorbing Capacity (TLAC) we need to include it in the banking recovery resolution directive and the discussion about the MREL, and not to invent higher capital requirements but to secure that we have more stable banks and more stable growth in the economy.

Jonás Fernández (S&D). – Señor Presidente, en primer lugar, me gustaría agradecer el trabajo del ponente, de Roberto Gualtieri, en este informe para delimitar cómo aplicar Basilea, en unos días, en unas semanas previas a una reunión muy importante.

La verdad es que muchas veces discutimos sobre las reformas estructurales que tenemos pendientes en la economía europea y muy pocas veces hablamos de la necesidad de que esa reforma estructural afecte a la banca. Porque la banca sigue siendo un grave problema para la recuperación económica de la zona euro, del conjunto de Europa; sigue siendo un problema para que la política monetaria funcione; sigue siendo un problema para que los créditos baratos lleguen a los ciudadanos y a las pequeñas empresas, y es importante que en ese marco discutamos cómo aplicar las nuevas medidas de Basilea y cómo tomarlas en consideración y aplicarlas, como decía, a la regulación europea.

Porque es verdad que en los años previos a la crisis, el mundo entero y Europa avanzaron en un sistema de liberalización financiera que lo único que hizo fue abundar en el crecimiento de la deuda y conducirnos a la crisis de 2007-2010 de los últimos años. Por lo tanto, ahora tenemos que ser prudentes en la aplicación de esas medidas porque tenemos en juego la recuperación económica, la sanidad y la seguridad de los bancos y el futuro del empleo en Europa.

Nils Torvalds (ALDE). – Herr talman! En diskussion om Baselreglerna skulle egentligen förutsätta ett lite större deltagande också här i parlamentet och en större entusiasm inför uppgiften. Om vi ser på Baselavtalens historia kan vi säga att de har återspeglat de illusioner politiker i olika skeden har haft kring bankverksamheten. Under krisen 2007-2008 fick vi göra en bitter erfarenhet, dvs. en stor del av den krisen uppstod egentligen på basis av de felaktiga regler Baselkommittéen hade skrivit.

Av den orsaken är det av största vikt att vi lyckas skriva om dessa regler och faktiskt införa dem på ett sätt som gör att de fungerar. I fråga om detta är vi lite oroade över den situation som nu råder i Baselkommittéen, dvs. att de europeiska bankerna inte förmår försvara sina intressen utan snarare flyger omkring som en flock sparvar. Det är ett oroväckande tecken, och vi hoppas därför att man inom kommissionen tar detta på allvar och ser till att vi får en enig bankfront som klarar av att slå vakt om de europeiska bankernas intressen.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Mr President, I would like to refer to three issues which I consider crucial when it comes to Basel III. The first one is the comparability of internal models, and this is a precondition for proper supervision. Models must be comparable across the institutions supervised. So we must keep up the good work which is already done in this area – and it is not only about the work of the European Banking Authority (EBA) but also about the functioning of the Single Supervisory Mechanism (SSM), which takes us towards a common understanding of the assessment and the approval of models.

I believe that the use of internal models, in which there has been huge investment in recent years, enables information to be processed better and with a higher level of granularity than a standardised approach would permit. Given that these have been introduced only relatively recently, it is no surprise that we still need to figure out how to fine tune some concepts and rules. And, in this context, transparency on the process of granting authorisation to use internal models seems a key point.

The second issue is that of proportionality. I would be in favour of a wide definition of the term as a fair balance between the costs and benefits of a measure for each group of stakeholders, so that the new rules do not result in a disproportionate burden on some types of banks or some regions of the world.

The last issue is that of global standards. My belief is that, if we want to avoid global fragmentation, we should adhere to these closely, in particular when we regulate an activity such as finance, which is transnational and cross-border in nature. I can understand that some would want to depart from the global standards on certain points, when they are not suited to specific situations. But the best way is to act before tensions arise, and to try to influence the standard-making process at global level, and we are well represented in Basel, so we are equipped to do that if we speak with one voice.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente Dombrovskis, as novas regras de supervisão bancária em desenvolvimento de Basileia 3, em especial sobre a metodologia de avaliação do risco de crédito, suscitam duas questões especialmente importantes.

A primeira é saber se estas novas exigências regulatórias correm ou não o risco de limitar ainda mais o fluxo de crédito disponível para as famílias e para as empresas e que salvaguardas vai a Comissão adotar para proteger uma economia que precisa de crédito para crescer.

A segunda questão é a da proporcionalidade, portanto saber como é que estas regras se vão adequar à diferente dimensão, nível de risco e modelo de negócio das várias instituições financeiras.

Que garantias pode a Comissão dar-nos de que o que é igual vai ser tratado como igual e o que é diferente vai ser tratado como proporcionalmente diferente.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – De agrarische sector en het midden- en kleinbedrijf hebben grote zorgen over de toekomstige kredietverlening van de Bazel IV-normen. Natuurlijk, financiële stabiliteit en een robuuste bankensector met voldoende eigen vermogen staan voorop, maar de vrees bestaat dat de voorgestelde regels ernstige gevolgen hebben voor deze reële economie.

Op dit moment verkeert de agrarische sector in Europa en in Nederland in een moeilijke periode, onder andere door de lage melkprijzen en de Russische boycot. De agrarische sector, vooral jonge boeren met veel eigen vermogen in de vorm van grond, moet vaak een nieuwe hypotheek afsluiten, onder andere om te kunnen voldoen aan dierenwelzijn, de nitraatrichtlijn en het klimaatakkoord. Daarom hebben zij een voortzetting van hun hypotheek nodig. De toekomst van veel boeren hangt af van de verlening van overgangskredieten. Datzelfde geldt ook voor onze bouwsector, die uit een diep dal komt. Burgers moeten een hypotheek kunnen blijven krijgen om een huis te kopen. Daarom mag ook de Europese Commissie niet aan de kant blijven staan. Er is een mogelijkheid om sleutelinstrumenten in te zetten, zoals het Junckerplan, en dit voorstel wordt ook gedaan in het verslag van Cees Veerman van de taskforce over de toekomst van de agrarische sector.

Voorzitter, tot slot: wat u van mijn betoog moet onthouden is dat we een kredietschaarste moeten voorkomen. De economische groei, de stimulering van de banenmarkt en het voortbestaan van een krachtige agrarische sector in Europa vragen hierom. Europa staat voor vrede, maar ook voor voldoende voedsel, voldoende krediet om voedsel te blijven produceren, onder meer door familie- en gezinsbedrijven. Wat is een leefbaar platteland zonder een gezonde boerenstand, met daarnaast natuurlijk een gezonde bank.

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Neena Gill (S&D). – Madam President, the big challenge is how to kick-start economic growth and create new jobs. Banks are key players in achieving this goal by bolstering the EU economy. However, we have to ensure that banks are stable and well capitalised because they are fundamental to sustainable economic growth.

As co-legislator, Parliament needs to assess carefully the qualitative and the quantitative impact of these new reforms on the European economy, in particular the financing of infrastructure and real assets. Therefore we need to be mindful that we are not disadvantaging the European competitive position. But to do this we need to recognise that we must speak with one voice. Global developments in recent weeks mean there is a potential impact due to the result of the American elections. It is now unclear whether the US will stick to its commitments, and it may well be that Basel III/IV gets kicked into the long grass.

Vice-President Dombrovskis, in the committee a fortnight ago, you were clear in saying that anything that leads to significant increases in overall capital requirements on Europe's banking sector would be unacceptable to the Commission. Are you concerned about recent developments across the Atlantic, and about the potential implications for the finalisation of Basel III?

Paul Tang (S&D). – Wie het Global Financial Stability Report van het IMF leest, slaat de schrik toch wel om het hart. Europa heeft te veel banken, te veel zwakke banken en dan ook nog een paar te grote banken. Verder zijn er ook nog banken die worstelen met oninbare leningen. Er is geen reden voor Europese arrogantie of zelfgenoegzaamheid, integendeel haast. De weerstand vanuit de financiële sector is weinig verrassend en ook weinig overtuigend. In hun verhaal staan regels altijd groei in de weg. In hun verhaal is het aantrekken van extra kapitaal altijd een sta-in-de-weg. Maar laten wij wel wezen, een goed gereguleerde en goed gekapitaliseerde financiële sector is een voorwaarde voor economische groei.

Het is dan ook goed dat deze resolutie, met dank aan de rapporteur, een evenwichtig signaal uitzendt dat nadruk legt op de specifieke moeilijkheden die kunnen opduiken op de Europese markt, maar dat ook laat zien dat er robuuste interne modellen moeten zijn en dat banken ook voldoende gekapitaliseerd moeten zijn. Het is nog te vaak gebeurd dat banken wel dividenden hebben uitgekeerd maar niet hun kapitaal op orde hadden, met Deutsche Bank als duidelijk voorbeeld. Zij hebben nog zo'n 5 miljard aan dividenden uitgekeerd sinds 2008. Ik ben dus blij met deze discussie, blij dat in deze zaal het belangrijke werk van Bazel openlijk wordt besproken, maar laten we niet arrogant of zelfgenoegzaam zijn.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, Commissioner, the financial crisis has shown us that there is an acute need to make our banks and finance institutions more robust to serve the real economy, investment and jobs – and not only in Europe but also globally. However, it is also very important that we have a risk-based approach to regulation, with the same rules being applied to the same risk, and the way we look at the Basel Committee and its recommendations is also very important in Europe.

As you know, Commissioner, many countries are not members of the Basel Committee, and there are also ways of financing our economy that have proved to be very strong, even during the financial crisis. I would point to covered bonds – I come from Denmark and I see that some of the proposals put forward would hurt ordinary families with a mortgage loan which proved to be very robust during the financial crisis, or small and medium-sized enterprises that finance their businesses by mortgage loans, by covered bonds – and also to systems where we see consumer rights at the core.

Such approaches give consumers transparency, supervision and affordability. It is essential that we keep that in Europe, so we need to regulate to make loans from risky banks more robust, but we also need to ensure that the system works well for the people, and that our economy is being protected so we can protect our competitiveness. I hope the Commission is well aware of that.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, io credo che il comitato di Basilea debba agire prioritariamente per affrontare e risolvere quelle che a me sembrano le difficoltà maggiori che oggi condizionano il settore delle banche.

Come lei sa, le banche sono e resteranno il soggetto principale per gli investimenti anche nel tempo a venire, sia quelli che riguardano le imprese, sia quelli che riguardano le famiglie. Lo stato di sottocapitalizzazione di alcune di esse e i rischi che ne sono conseguiti, ma anche i comportamenti sleali nei confronti degli investitori, hanno creato un clima negativo che porta moltissime persone ad essere seriamente preoccupate e dunque ad avere un rapporto non lineare e non trasparente con le banche.

Credo che sia molto importante affrontare questa priorità e nel contempo dare regole altrettanto nette al sistema bancario ombra: qualsiasi forma di alterazione nella competizione è un danno oggettivo, da un lato per l'economia e dall'altra parte per gli investitori.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin! Was das Europäische Parlament hier im Begriff ist zu tun, ist ausgesprochen gefährlich. Es ist ein hohes Risiko, das wir eingehen, wenn wir hier eingreifen in den Basel-Prozess auf der Seite derer, die der Auffassung sind, wir müssen die Kapitalanforderungen an die Banken nicht weiter erhöhen. Es ist ausgesprochen gefährlich, wenn wir den Banken nach wie vor den Freiraum einräumen, mit ihren internen Modellen die Risikoabschätzung vorzunehmen und damit ihre Kapitalerfordernisse kleinzurechnen.

Wir haben eine schwere Finanzkrise hinter uns, und diese Finanzkrise kam dadurch zustande, dass die Kapitalausstattungen der Banken zu gering und die Risikoeinschätzungen falsch gewesen sind. Und ich wundere mich, wenn ich jetzt hier diese Debatte höre, wo ein Redner nach dem anderen praktisch immer wieder dasselbe sagt, nämlich, wir würden unsere Wirtschaft abwürgen und ich weiß nicht was alles. Wir würgen unsere Wirtschaft dann ab, wenn wir eine neue Finanzkrise produzieren, wenn wir eine neue Finanzkrise riskieren dadurch, dass wir jetzt schon wieder in der notwendigen Regulierung des Finanzsystems nachlassen.

Nein, meine Damen und Herren, wir brauchen erheblich höhere Kapitalerfordernisse bei den Banken, erheblich höhere Kapitalquoten. Wir müssen wegkommen von diesen internen Modellen. Wir müssen auf Standardmodelle übergehen, damit die Risikoabschätzung richtig ist. Das ist die Aufgabe der Zeit!

Bernard Monot (ENF). – Madame la Présidente, Monsieur le commissaire, les règles prudentielles que l'Union européenne a imposées à la suite des recommandations du Comité de Bâle ont contribué à responsabiliser les banques. C'est très bien. Mais rajouter sans cesse des contraintes supplémentaires obligerait les banques européennes à prêter moins ou plus cher.

Face aux banques américaines moins encadrées par la régulation financière, la concurrence deviendra inégale. Elle le sera d'autant plus que Donald Trump a clairement annoncé vouloir alléger la réglementation prudentielle sur les banques américaines.

Que doit être le but d'une réglementation? Il doit à la fois protéger les épargnants et assurer la stabilité du système. Mais les banques continuent de spéculer. Le système bancaire parallèle s'envole, les effets de levier et la volatilité sont à nouveau préoccupants. Pour atteindre ces objectifs de protection et de stabilité financière, il faut supprimer le *bail-in* de l'union bancaire et assurer une véritable séparation bancaire en coupant en deux les activités de marché à risque, les activités de dépôt et de crédit. C'est tout le contraire de ce que fait l'Union européenne.

C'est pourquoi les peuples ont besoin et veulent une reprise en main du financement de leur économie par des politiques de patriotisme économique.

Interventions à la demande

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich verstehe die Aufregung nicht ganz.

Auf der einen Seite erwarten wir einen Vorschlag der Kommission zur Vertiefung von Basel III. Hier muss als Schwerpunkt die Frage der Proportionalität gesehen werden, sowohl die Definition als auch die Auswirkungen der Definition auf die Realwirtschaft und auf der anderen Seite die Verlängerung des KMU-Faktors, sowohl was den Zeitrahmen als was auch die Höhe der Summe betrifft.

Auf der anderen Seite haben wir Basel, wo wir auf Basel IV warten und es noch keine Einigung gibt, weil es zu Recht Meinungsverschiedenheiten vor allem zwischen der Europäischen Union und den Amerikanern gibt. Hier ist es goldrichtig, dass das Europäische Parlament die Stimme erhebt, weil Basel kein Gesetzgeber ist. Die Ausgangslage ist unterschiedlich. In Amerika betrifft die Regelung 15 Banken, die international tätig sind, und bei uns im Regelfall mehr als 8 000 Banken.

Daher haben wir dafür Sorge zu tragen, dass diese Unterschiede berücksichtigt werden, dass die unterschiedlichen Geschäftsmodelle berücksichtigt werden und dass es eine Auswirkungsstudie gibt, bevor wir etwas beschließen.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'attuale congiuntura economica impone di ristabilire adeguate disponibilità di credito nel sistema impresa e un maggior presidio sulla qualità del credito da parte delle banche. Basilea III deve innanzitutto avviare un ripensamento del rapporto banca-impresa: l'industria finanziaria deve infatti supportare maggiormente il sistema produttivo nell'accesso al mercato dei capitali e nell'assistenza all'individuazione di nuove forme di capitalizzazione, garantendo nel contempo stabilità finanziaria.

In questo contesto il ruolo della Commissione può e deve essere da traino nel garantire condizioni concorrenziali di parità, nel calibrare le norme finali e nel gestire l'eventuale aumento dei requisiti patrimoniali bancari. Il recepimento delle nuove normative, infatti, se non effettuato in modo strutturato e coordinato, potrebbe tradursi in un innalzamento medio del costo dei finanziamenti alle imprese, reinnescando la spirale negativa degli ultimi anni.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η διασφάλιση της σταθερότητας και της αποτελεσματικότητας του χρηματοπιστωτικού συστήματος είναι πρώτιστης σημασίας για την οικονομική και κοινωνική ευημερία. Η αναθεώρηση των τυποποιημένων προσεγγίσεων για τον πιστωτικό κίνδυνο μπορεί να οδηγήσει σε αύξηση των κεφαλαιακών απαιτήσεων, με αποτέλεσμα να καταστήσει δυσκολότερη τη δυνατότητα των τραπεζών να χορηγούν δάνεια σε επιχειρήσεις και νοικοκυριά.

Υπολογίζεται ότι η πλήρης εφαρμογή του πλαισίου της Βασιλείας ΙΙΙ το 2019 αναμένεται να επιφέρει στις ευρωπαϊκές τράπεζες αυξημένες κεφαλαιακές απαιτήσεις πέραν των 550 δισεκατομμυρίων ευρώ. Δεδομένης της ήδη υπάρχουσας χρηματοπιστωτικής αστάθειας, η Επιτροπή θα πρέπει να διασφαλίσει ότι οποιαδήποτε ενδεχόμενη αύξηση κεφαλαιακών απαιτήσεων δεν θα έχει αρνητική επίδραση στη δανειοδοτική ικανότητα των τραπεζών. Τα χρηματοπιστωτικά ιδρύματα πρέπει να έχουν τη δυνατότητα να χορηγούν ρευστότητα για ανάπτυξη και δημιουργία θέσεων εργασίας, ιδίως στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις που αποτελούν τη ραχοκοκαλιά της ευρωπαϊκής οικονομίας.

(Fin des interventions à la demande)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, I would like to thank the Parliament for the useful elements and suggestions which have been provided during the debate. Banks' capital requirements need to balance prudential aims with our jobs and growth agenda. Today's debate has clearly shown the extent to which this matters to the EU institutions, and I am pleased to see that there is agreement on many key issues. We are committed to implementing these Basel standards in a way that makes sense for the EU. The Commission will continue to work on the issue with a view to growing solid and evidence-based policy recommendations and will carefully consider all the ideas which emerge from the discussions in our future work.

La Présidente. – J'ai reçu, conformément à l'article 128, paragraphe 5, du règlement une proposition de résolution1.

Le débat est clos.

Le vote aura lieu mercredi, le 23 novembre 2016.

(La séance est suspendue pour quelques instants)

1 Voir procès-verbal

15. Europäische Verteidigungsunion (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Urmas Paet sur l'Union européenne de la défense (2016/2052(INI)) (A8-0316/2016).

Urmas Paet, *rapporteur*. – Madam President, the state of European security has grown increasingly fragile. The surge of instability and unpredictability around the Union borders is a reality and a cause of concern to all European citizens. In order to defend itself and increase its security, the European Union must do more and must be consistent. Our Union is not equipped to face overwhelming defence challenges. For almost 30 years, the majority of the Member States applied cuts in their defence budgets, leading to smaller armed forces. Cooperation among Member States is occasional, and Europe continues to rely heavily on NATO capabilities and on US solidarity.

Many Member States have called, over the past year, for effective and increased cooperation on defence. Let us be clear: the momentum to move towards a working European defence policy is here. Tomorrow, Parliament is voting on the European Defence Union report. As rapporteur, my main recommendations included the goal for EU countries to spend 2% of their GDP on defence, helping to finance infrastructure in Member States at the Union's eastern border, and establishing a military Schengen area.

The role of NATO has been, is and will continue to be paramount. There is also no reason to say that EU defence cooperation is weakening NATO. This is simply not true. On the contrary, for years NATO has wished to see the EU as a partner complementing it.

There are several issues on which the EU could improve its security cooperation internally as well as with NATO. At the moment, movement of the allies' defence forces personnel is troublesome, bureaucratic and time consuming. The EU must create a system to change this reality: in other words, the so-called military Schengen should be established. We can talk endlessly about increasing the efficiency of defence costs – and that is necessary – but in order to reach a certain level of quality we need also quantity. The EU Member States must set themselves the goal of spending 2% of their GDP on defence, as the NATO countries have done. This would give a clear signal of the joint positions of the EU and NATO. In order to carry out the EU defence policy we must contribute additionally from our common EU budget. The right way to do this will be through the EU's Multiannual Financial Framework.

The EU can financially support, for example, the placement of international NATO battalions in the EU Member States by backing the building of necessary infrastructure such as roads, barracks and other facilities. At the moment, most of this burden falls on a few specific Member States who, due to their geopolitical location, need an increased NATO presence. At the same time, the increased presence serves as a protection for all the EU and NATO countries.

The EU must also gear up the defence research programme and start developing a common European policy on capabilities and armament. We need to strengthen the industrial and technological base of our defence sector in order to decrease dependency on third parties. The practical steps also require a political framework in order to ensure sufficient political attention. Therefore, it would be reasonable to create the position of European Commissioner for Defence and to set up regular meetings of the EU defence ministers. Furthermore, it is necessary to establish the headquarters for the EU military operations.

The Member States that are ready to undertake more binding commitments could set up permanent structured cooperation arrangements so that it would be possible to establish multinational forces. An option would be to further develop the EU battle group system. And, lastly, Europe can and must enable a real defence dimension without further delay. The Union must become proactive, especially in the security field.

Interventions à la demande

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Vielen Dank insbesondere an unseren Berichterstatter Urmas Paet für seinen Bericht. Wir brauchten in der Tat nicht erst den Weckruf der amerikanischen Präsidentenwahl, um uns mit den Herausforderungen im Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu beschäftigen. Letztlich ist seit Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags eine neue Möglichkeit geschaffen, die Zusammenarbeit deutlich zu verstärken. Die ständige strukturierte Zusammenarbeit muss jetzt von den Mitgliedstaaten angegangen werden, und wir als Parlament haben das seit Langem unterstützt. Ich unterstütze insbesondere auch die Überlegungen, die der Berichterstatter angestellt hat, zum Beispiel zum Thema *battle groups*, oder auch – was ich für wichtig halte – zur künftigen Finanzierung unserer Aktivitäten. Da brauchen wir eine grundlegende Reform des Athener Mechanismus. Wir können nicht wie bisher weitermachen, dass weiter das Konzept *costs lie where they fall* gilt. Das müssen wir auch gemeinschaftlich angehen.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice, ovaj izvještaj doprinosi traženju djelotvornijih odgovora Europske unije u području obrane. Naš svijet postaje sve nestabilniji, nesigurniji i nepredvidljiviji. Moramo na rastuće izazove odgovoriti jer su ugroženi ne samo naš integritet nego i naše vrijednosti. Da bi to postigli, zemlje članice moraju bliže surađivati.

Sigurnost i obrana ne smiju ostati najslabije karike europskih integracija. Trebamo slušati građane. Njih dvije trećine želi veću suradnju. Neuspjeh da građanima omogućimo sigurnost dovest će do daljnjeg udaljavanja od europskog projekta i okretanja nacionalnim sigurnosnim rješenjima.

Europska obrambena unija nije paralelna struktura NATO-u. Ona će se razvijati u potpunoj koordinaciji s NATO-om kao našim primarnim partnerom i stupom europske obrane. Izvješće to naglašava. Pozivam vas da ga podržimo jer Europski parlament mora biti uključen u proces koji je odmakao u ostalim institucijama. Izvješćem bi poslali snažnu poruku o temi koja je postala prvorazredno političko pitanje i kriterij kojim građani ocjenjuju vjerodostojnost europskog projekta.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, Europa teško odgovara na sigurnosne izazove koje pred nas stavljaju ova turbulentna vremena u kojima živimo. Činjenica je da većina država članica premalo izdvaja za obranu i da su vremena kada je Europa bila sigurna, bez prevelikog izdvajanja za vojsku, daleko iza nas. No povratak rješenjima starima više od šezdeset godina neće nam donijeti sigurnost. Ono što se pedesetih godina prošlog stoljeća zvalo Europska obrambena zajednica sad se naziva Europskom obrambenom unijom. Nije zaživjelo ni onda, a neće ni sada. A nema ni potrebe da zaživi.

Temelj obrane Europe i naše civilizacije općenito je NATO. I njemu se moramo više posvetiti. Nakon predsjedničkih izbora u SAD-u postalo je jasno da će doći do redefinicije odnosa unutar NATO-a i Europa tu mora pokazati spremnost za dijalog s Amerikom i ostalim ključnim partnerima te odlučnost da predvodi obranu zapadne civilizacije i njezinih vrijednosti.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, in recent years the security situation in and around Europe has significantly worsened and has created challenges that no single country or organisation is able to face alone. These challenges therefore require the EU to act together with our allies.

However, our current efforts to build the European Defence Union must also take into account the impact and constraints of the EU relationship with NATO. Twenty-two European Member States belong to both the EU and NATO and we do have common values, historically shared by both institutions. I firmly believe that an increase in European military capability, which I support, must be conducted in cooperation with NATO: not as a supplement to NATO but as a complement to it. Europe must focus energy and resources on fixing those tasks that NATO cannot do and is not equipped to do. That way, we will create both the security needed and the ability to deal with new tasks.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, este informe ahonda en dos errores: se centra en la dimensión securitaria y en la perspectiva militarista, es decir, busca soluciones a la seguridad obviando un enfoque holístico que combata las asimetrías económicas, culturales y sociales. Así, no hay más seguridad.

Además, propone el despliegue militar en el exterior, algo peligroso viendo la actitud agresiva que la Unión Europea y algunos Estados mantienen con nuestra vecindad oriental y mediterránea. Además, pide un aumento del gasto armamentístico, algo obsceno cuando esta Unión Europea de la desigualdad impone recortes draconianos en salud, educación y servicios.

Y, como colofón, amparándose en una supuesta Unión Europea de la defensa propone reforzar la labor de la OTAN: es una contradicción evidente. Nosotros queremos una defensa que busque la paz y no a mayor gloria de los designios agresivos o las cuentas de resultados de las empresas de armamento.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Dass die EU mehr für ihre eigene Sicherheit tun muss, steht außer Zweifel. Aber zu dem Bericht und der Strategie, die da vorgeschlagen wird, habe ich Fragen:

Wie viel mehr Effizienz schafft es, wenn wir die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent anheben? Derzeit gibt die EU dreimal so viel für Rüstung aus wie Russland, aber wir haben deutlich weniger Fähigkeiten. Geht es um mehr Geld oder geht es um mehr Effizienz?

Zweitens: Wieso trägt es zur Sicherheit bei, wenn wir mit einem Verteidigungs-Schengen Zonen unterschiedlicher Sicherheit in der EU schaffen?

Drittens: Wieso soll die EU durch Präsenz – militärische Präsenz – im Osten bestimmte Begrenzungen, die die NATO für sich aus guten Gründen vorgenommen hat, über den Haufen werfen?

Und viertens: Wieso wollen wir mehr Geld für den Haushalt, ohne klarzustellen, dass der Rüstungshaushalt nicht in die Forschungsinvestitionen der EU hineinfressen darf?

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Madame la Présidente, la défense européenne n'a aucun sens si elle ne s'appuie pas sur l'indépendance de l'Europe et sa politique propre extérieure.

Indépendance veut dire autonomie et souveraineté. Pour le moment, il n'y avait qu'un seul pays qui se situait dans cette politique en Europe, c'était la France, et la Russie.

Vouloir aligner la politique européenne sur celle de l'OTAN signifie vouloir partager une politique agressive et insensée qui nous a conduits là où nous sommes. D'ailleurs, cette politique a changé. Il faudrait donc que, nous aussi, nous changions. Il n'est pas sérieux de ne pas vouloir une Europe indépendante et souveraine et dans ce cas-là, il n'y a qu'un seul pays qui continue à vouloir cette indépendance et cette souveraineté, c'est mon pays.

Je tiens à dire que jamais, dans la construction européenne, nous ne sommes arrivés à partager un tel objectif. C'est l'échec de la défense européenne pour raison d'alignement sur la politique otanienne.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η άμυνα και η ασφάλεια είναι δύο σημαντικοί παράγοντες για την επιβίωση και την ευημερία μιας χώρας. Υπό την έννοια αυτή είναι εύλογη η συζήτηση που κάνουμε για τη δημιουργία μιας Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ενώσεως. Όμως, η έκθεση κινείται προς εντελώς εσφαλμένη κατεύθυνση.

Την ανάγκη για συλλογική άμυνα της Ευρωπαϊκής Ενώσεως την καλύπτει το ΝΑΤΟ. Τα περισσότερα κράτη της Ενώσεως είναι και μέλη του ΝΑΤΟ και διαθέτουν δυνάμεις σε αυτό. Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν αντιμετωπίζει κίνδυνο επιθέσεως από κάποια μεγάλη και ισχυρή στρατιωτική δύναμη, ούτως ώστε να αυξήσει υπέρμετρα τις αμυντικές της δυνατότητες.

Από την άλλη πλευρά, δεν νοείται να γίνει η Ευρωπαϊκή Ένωση χωροφύλακας της περιοχής και να εισβάλει, όπως αναφέρεται στην έκθεση, με δυνάμεις στα γειτονικά κράτη. Την ασφάλεια κάθε χώρας την αναλαμβάνουν οι εθνικοί στρατοί της χώρας, οι οποίοι εξοπλίζονται και οργανώνονται, ενώ οι χώρες διαθέτουν αμυντικές δαπάνες ανάλογα με τις υποχρεώσεις και τις ανάγκες που έχουν. Η πατρίδα μου, η Ελλάδα, δέχεται απειλές από την Τουρκία και σας πληροφορώ ότι διαθέτει περισσότερο από το 2% του ΑΕΠ για τις αμυντικές δαπάνες.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem opačného názoru než můj předřečník i než někteří moji kolegové. Jsem přesvědčený, že EU musí zaručit svým občanům pocit bezpečí, že nemůžeme rezignovat na tuto základní hodnotu. Souhlasím s panem zpravodajem i z mé politické frakce, že zabezpečení právě obranné politiky je jedna z těch základních úloh EU, která třeba není úplně jasně popsaná v primárním právu, ale měli bychom se o to snažit.

Já vnímám tyto síly a složky jako komplementární k tomu, co vykonává NATO, a je naší zodpovědností nejen zapojit EP, jak se o tom zde hovořilo, do tvorby této politiky, ale především volat k odpovědnosti i členské státy EU, protože ony by měly zabezpečit minimálně alespoň ten finanční rámec, který dlouhodobě mnohé státy nesplňují. Dvě procenta do obrany nevěnuje ani má země a já to vnímám jako náš dluh vůči společné obraně. EU na ni nesmí rezignovat.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, în calitate de raportor alternativ din partea Grupului S&D la Comisia pentru piața internă, am sugerat comisiei de fond câteva lucruri din perspectiva Comisiei pentru piața internă și protecția consumatorilor. Am luat în calcul situația fragmentării pieței din industria apărării și, evident, ne-am gând și la problemele pe care le întâmpină IMM-urile în accesarea unor contracte în această industrie care asigură, de fapt, o mai bună apărare. Am solicitat comisiei să evalueze dacă obiectivele Directivei 2009/81 privind atribuirea unor contracte în domeniul securității și apărării au fost atinse și să ia măsurile necesare în scopul unei posibile adaptării a acesteia la nevoile reale ale pieței din domeniu apărării.

De asemenea, am sugerat și am încurajat comisia pentru consolidarea cercetării prin finanțarea în sectorul apărării. Este necesar pentru că suntem îngrijorați de scăderea bugetului pentru cercetare și inovare în acest domeniu. Și, sigur, ne gândim la decalajul de competențe care poate apărea datorită forței de muncă îmbătrânite și încurajăm tinerii să meargă în acest domeniu pentru a asigura o mai bună apărare a Uniunii Europene.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η προσπάθεια φυγής προς τα εμπρός που επιχειρούν οι κυρίαρχοι κύκλοι της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνεχίζεται παρά το Brexit. Είναι εμφανής πλέον η καταστρατήγηση των διατάξεων των Συνθηκών με στόχο να δρομολογηθεί ένας ευρωστρατός.

Τα αποτελέσματα των εκλογών στις ΗΠΑ, που καθιστούν αβέβαιο το μέλλον του ίδιου του ΝΑΤΟ, και οι ανησυχίες κάποιων κρατών μελών σχετικά με τη συνέχιση των επεμβατικών τους σχεδίων στη Μέση Ανατολή και στην Αφρική οδηγούν σε αποφάσεις οι οποίες δεν έχουν καμιά δημοκρατική δικαιοδοσία.

Ο υπό ίδρυση ευρωστρατός δεν πρόκειται να προστατεύσει τα ελληνικά σύνορα από τις επιθετικές ενέργειες της Τουρκίας και θα ακολουθήσει την πεπατημένη του ΝΑΤΟ που παριστάνει τον Πόντιο Πιλάτο στις τουρκικές απειλές έναντι της Ελλάδος. Ο τομέας της άμυνας είναι τομέας αρμοδιότητας των εθνικών αρχών. Ο ελληνικός λαός δεν θα αποδεχθεί τα τελεσίγραφα και τις πολιτικές κανονιοφόρων που επιχειρούν να επιβάλουν οι Βρυξέλλες και το Βερολίνο.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, este relatório não nos traz novidades, apenas confirma o cariz militarista e bélico da União Europeia. As justificações são as de sempre: a insegurança em solo europeu ou a pretensa luta contra o terrorismo, sem qualquer referência ao absoluto falhanço das políticas de integração ou ao que foram e são as responsabilidades da União Europeia nas agressões a países do norte da África e Médio Oriente, bem como na promoção, financiamento, treino e armamento de grupos extremistas.

Tão-pouco faltam as supostas ameaças de leste para justificar o cerco à Federação Russa. A subserviência à NATO e aos seus objetivos, como o aumento para 2 % do PIB dos orçamentos militares dos Estados-Membros e o reforço do financiamento para investigação militar e para a indústria militar em solo europeu, não esconde as pretensões de ter na UE um grande bloco militar, com capacidades operacionais próprias, nomeadamente por via de um exército europeu.

Quem faz a guerra e alimenta a sua indústria não quer nem defende a paz.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η δημιουργία Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ένωσης με ευρωστρατηγείο, ευρωστρατό, πολυεθνικά τμήματα του ΝΑΤΟ, αποστολές στρατευμάτων, στη βάση της παγκόσμιας στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, συνιστούν πολύ επικίνδυνη εξέλιξη για τους λαούς.

Το στρατιωτικό Σένγκεν, όπως το αποκαλείτε, συνιστά μια επικίνδυνη εξέλιξη, γιατί αποτελεί πολεμική προετοιμασία της Ευρωπαϊκής Ένωσης με ταυτόχρονη ενίσχυση της συμπληρωματικότητας με το ΝΑΤΟ. Εκφράζεται έτσι η επιθετικότητα και οι ανταγωνισμοί των μονοπωλίων.

Στα κριτήρια του σχεδιαζόμενου Ευρωπαϊκού Εξάμηνου Άμυνας και της Λευκής Βίβλου για την άμυνα η ελληνική κυβέρνηση έχει σπεύσει ήδη να ανταποκριθεί και με το παραπάνω. Χωμένη μέχρι τα μπούνια στα ιμπεριαλιστικά σχέδια λαμβάνει ήδη επαίνους από τις Ηνωμένες Πολιτείες, το ΝΑΤΟ και την Ευρωπαϊκή Ένωση για τους εξοπλισμούς της, που ξεπερνούν το 2% του ΑΕΠ, και διαθέτει τη βάση της Σούδας ως αναβαθμισμένο ορμητήριο των νέων ιμπεριαλιστικών πολέμων.

Οι λαοί δεν πρέπει να χύσουν το αίμα τους για τα συμφέροντα των ιμπεριαλιστών. Πρέπει να δυναμώσουν την πάλη τους ενάντια στους ιμπεριαλιστικούς πολέμους και στις επεμβάσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του ΝΑΤΟ, ενάντια στα βρώμικα σχέδιά τους.

Marek Jurek (ECR). – Europa potrzebuje dzisiaj elementarnej solidarności, a nie armii europejskiej, no bo w końcu o to chodzi. Przewodniczący Juncker powiedział parę dni temu, że chodzi po prostu utworzenie armii europejskiej. Przecież po to, żeby każdy z naszych krajów wydawał po dwa procent dochodu narodowego na swoją obronę, my nie musimy tworzyć wspólnej armii. Przecież po to, żeby w ramach polityki sankcji, traktując sankcje serio, zatrzymać budowę Nord Stream 2, my nie potrzebujemy żadnej wspólnej armii. Nawet po to, żeby na forum Przymierza Atlantyckiego udzielić większej obrony państwom bałtyckim, my nie potrzebujemy do tego tworzyć wspólnego wojska.

Tak naprawdę można tworzyć nowe instytucje wtedy, kiedy rośnie nasza solidarność. Dzisiaj nie ma na to dowodów, co więcej mamy do czynienia w Unii Europejskiej z nieodpowiedzialną władzą, która wywołała kryzys imigracyjny. Nie daje się nowych instrumentów tym, którzy nie wiedzą, co zrobić z tą władzą, którą dzisiaj dysponują.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Vice-Presidente, não é pela via da militarização nem das medidas repressivas que haverá mais segurança na Europa. Com um aumento da despesa militar pretendem reforçar uma aparato repressivo e militar para defender os interesses das corporações transnacionais, das empresas de segurança e de armamento e também para continuar a impor as políticas neoliberais que concentram ainda mais riqueza nos já mais ricos e continuam a despojar as classes populares dos seus direitos e do direito a uma vida digna e também os pobres dos seus recursos naturais, dos bens comuns e do direito ao desenvolvimento.

Contra o aumento da despesa militar e as políticas repressivas, contra a União Europeia da defesa, queremos mais educação pública e mais saúde pública para todas e para todos em todo o mundo. Queremos que devolvam aos povos o direito de decidir, de trabalhar e de se desenvolver com base nos seus recursos, em harmonia com a conservação do meio ambiente.

(Fin des interventions à la demande)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, as you know on 14 November the High Representative, Vice-President Mogherini, presented to foreign and defence ministers the implementation plan on security and defence. This is part of the wider package, together with the Commission's European Defence Action Plan and concrete proposals for the implementation of a joint declaration on EU/NATO cooperation, signed in Warsaw.

The adoption of the related Council conclusions last Monday is a major step forward for the EU, as it opens a new chapter for all the security and defence efforts in the union. A stronger Europe is what we need now more than ever, in view of the unprecedented security challenges we are facing. This is what our citizens and our partners expect from us.

I would like to welcome Mr Urmas Paet's report on the European Defence Union. Our views coincide in most of the areas, and the report addresses many critical issues that we have been working on in the security and defence implementation plan for the EU global strategy. The objective is to define our security and defence strategic priorities and to see how common security and defence policy, being part of wider EU efforts, can contribute to tackling today's and tomorrow's multifaceted security challenges, as European citizens demand.

From this point of view, I am also grateful to Mr Paet for drawing political attention to priority policy areas and issues that need the Member States' and the European Parliament's support. I would like to mention in particular capacity building on security and development, permanent structured cooperation, deployability of the battle groups and the strengthening of the defence industry. Mr Paet's report is a useful asset to our future work and to thinking ahead on how and in what direction should we move in policy issues and also in terms of structures if and when Member States decide that the time has come for a European Defence Union.

The three strategic priorities drawn from global strategy are clear: responding to crisis, building capacities of partners, and protecting the Union and its citizens. It is around these three strategic priorities that the Council has defined a new, comprehensive level of ambition for the EU and identified a number of actions to be undertaken in order to implement this level of a mission.

Let me mention some of them: setting military and civilian capacity deployment development priorities; deepening defence cooperation, including setting up a coordinated annual review on defence; exploring the possibility of permanent structured cooperation; adjusting European External Action Service structures to improve our planning and conduct capability for Common Security Defence Policy missions and operations; strengthening the EU rapid response toolbox; looking into financing in the area of security and defence, including revision of internal mechanism.

I would like to underline a few key principles on which there was broader agreement. First, the Common Security and Defence Policy (CSDP) remains an important instrument for external action. Second, cooperation with our partners is essential, but the EU needs to be able to act autonomously when necessary. And third, collective defence is NATO's task so ensure full complementarity here. Particularly appreciated is the report's reference to improving our structures for planning, conduct and situational awareness. In the short-term we will address the gaps we have in the operational planning and conduct for non-executive military options. We will present a proposal as soon as possible on this. It is important to know that we are not creating big new structures, but addressing shortcomings or streamlining the present components.

We welcome the report's strong statements about the need for a fair functioning and transparent internal market and for the Commission's involvement in supporting defence research. We share the report's statement that the current fragmentation of the market represents a weakness for the competitiveness of the European defence industry. So the European Defence Action Plan will set out proposals to strengthen the internal market, support the competitiveness of Europe's industry and foster cooperation.

The Council last week encouraged the Commission to support the Member States in implementing the identified capacity priorities, notably through the Action Plan. In particular, the Action Plan will propose ways to ensure an effective implementation of the two defence directives: procurement and transfers. We also welcome the strong support the Parliament has given to launching and providing a significant budget for preparatory action for defence research to be launched next year with a view to a substantial future defence research program under the next multiannual financial framework.

We think the main message is that today's complex security challenges can only be tackled together. Therefore, we need a shared vision, a strategic framework and common actions. Cooperation in the field of security and defence is a must.

La Présidente. – Le point est clos.

Le vote aura lieu le mercredi 23 novembre 2016.

Declarations ecrites (article 162)

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Het is met de komst van Trump almaar duidelijker dat we voor onze veiligheid niet meer automatisch zullen kunnen rekenen op de steun van de V.S. We staan stilaan voor het moment waarop we werk moeten maken van een opgedreven inzet en coördinatie van onze politie- en militaire diensten om de terreurdreiging doeltreffend te bekampen en onze buitengrenzen efficiënt te bewaken. Bilaterale samenwerkingsprojecten moeten de opstap worden naar programma's waarbij we de defensie-inspanningen Europees nog veel meer coördineren. De Belgisch-Nederlandse vernieuwing van de defensievloot geeft al het goede voorbeeld.

De EU-28 geven elk jaar 195 miljard euro uit aan defensie. Als we die uitgaven beter op elkaar afstemmen, kunnen we tot 26 miljard euro besparen en dus verstandiger inzetten. De *battle groups* moeten evolueren naar permanente multinationale korpsen onder één Europees commando. Die moeten niet alleen voor operaties met betrekking tot vredeshandhaving worden ingezet, maar binnen de NAVO één blok vormen dat kan optreden als de NAVO dat niet wil of kan. Europa is nog steeds een vredesproject en lost conflicten in de eerste plaats op aan de onderhandelingstafel. In grimmige tijden moeten we echter een duidelijk signaal geven dat we klaarstaan om als één blok op te treden. *Don't mess with Europe*.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – UE trebuie să acționeze urgent pentru a-și consolida atât securitatea internă, cât și apărarea externă în contextul problemelor legate de imigrație, terorism și noua administrație a SUA. Cetățenii europeni au nevoie de o concretizare a acțiunilor europene printr-o revizuire substanțială a Politicii de Securitate și Apărare Comune pentru a permite UE să acționeze acolo unde NATO nu o face.

Consider că, în cadrul următorului summit UE din decembrie, care va aborda consolidarea cooperării UE în materie de securitate externă și de apărare, trebuie să se țină cont de viitoarea strategie europeană spațială.

UE trebuie să devină o putere spațială reală, iar tehnologia joacă un rol-cheie deoarece condiționează accesul la spațiu și la competitivitate. Suntem încă foarte dependenți de surse de bază non-europene atunci când este vorba de tehnologiile spațiale primordiale. Pentru moment, nu putem spune că Europa este o „putere spațială". Pentru moment, accesul european la tehnologiile spațiale primordiale este asigurat dacă există acordul autorităților americane.

De aceea, viitoarea Politică de Securitate și Apărare Comună trebuie să fie mai eficace și mai vizibilă, cu atât mai mult cu cât capacitățile spațiale au devenit o parte esențială a politicilor de securitate și apărare ale statelor membre și, prin urmare, a suveranității lor.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Nincs az rendben, hogy az európai állampolgár nem érzi magát biztonságban az EU-n belül. Az orosz agresszió, a terrorfenyegetettség, a közös uniós határőrizet és az európai hadsereg hiánya erősítik ezt az érzést. Nem ördögtől való ötlet ezért az, hogy ha az EU-nak van központi költségvetése, közös külpolitikája – és a sor még hosszan folytatható –, akkor uniós katonák védjék külső határainkat, feleljenek az európai állampolgárok biztonságáért. A sokkoló Brexit-szavazás, illetve az Észak-Atlanti Katonai Szövetség súlyának csökkentése csak felerősíti ezt az európai védelmi közösség igényét. Ideje, hogy Európa felelősséget vállaljon saját biztonságáért.

Közös uniós hadsereggel, európai katonai főhadiszállással, gyorsreagálású nemzetközi hadtestekkel, védelmi miniszterekből álló védelmi tanács megalakításával Európa sokkal magabiztosabb nagyhatalom lehet. A közös hadsereggel meg tudjuk mutatni az agresszív szomszédos hatalmaknak, mint amilyen Putyin Oroszországa is az elmúlt években, hogy komolyan gondoljuk az uniós értékek és határok védelmét. Ha van uniós hadsereg, két dolgot kőbe vésünk: az EU hangja sokkal erősebb lesz a nemzetközi színtéren, illetve soha nem törhet ki háború európai nemzetek között.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Védelmi Unió létrehozásának politikai és katonai szükségszerűségét az új típusú biztonsági kihívások mellett az EU évek óta romló biztonsági környezete, a déli és keleti szomszédságunkban jelentkező fenyegetés teremtette meg. Támogatom a gyors uniós döntéshozatalt ennek érdekében, hiszen az európai védelmi autonómia kialakításának fő értelme az EU-tagállamok biztonságáért való felelősségvállalás, főleg a putyini Oroszország gátlástalan és – az ukrajnai agresszió példáján okulva – nem alaptalan fenyegetései tükrében.

A szükséges politikai akarat kialakításában fontos az EP szerepe, mert az uniós szolidaritás érvényesülésében a védelem terén sem lehet kizárólag a tagállami kormányokra számítani. A szolidaritás egyirányú, önző felfogása, a saját védelmi képességek elhanyagolása ugyanis eddig sem akadályozta meg egyes országok vezetőit abban, hogy szövetségeseik védelmi garanciáit adottnak tekintsék.

Van olyan tagállam is – például az Orbán-rezsim által uralt Magyarország –, ahol a meglévő honvédelmi kapacitásokat az EU értékeivel ellentétes, antidemokratikus belpolitikai célok érdekében (tömegkontrollra, rendészeti feladatokra, határzár építésére) vetik be. Holott az Európai Védelmi Uniótól közös európai értékeink védelmét, valamint az Unió, mint a demokrácia és az emberi jogok nemzetközi zászlóvivője tekintélyének megőrzését is várjuk. Ezért szorgalmazom, hogy már a Védelmi Unió előkészítési szakaszában megfelelő politikai és jogi garanciákat építsünk be a rendszerbe az ilyen „potyautas" tagállami magatartás megelőzése érdekében.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – Madam President, the EU security environment is deteriorating considerably, which coincides paradoxically with flagging defence investments in the Union. That is why I welcome Mr Urmas Paet's report on the European Defence Union (EDU), whose establishment is indeed a matter of urgency. I strongly agree with the report that the Lisbon Treaty provides already a solid basis for the EDU. One of the remarkable examples of that is Article 42(6) on permanent structured cooperation which has never been used. Therefore, I am very glad that the report calls finally for the creation of a permanent council of defence ministers. In addition, it is important that the report brings to life Article 41(3) on creating the military start-up fund. It does so through establishing a preparatory action for a future EU defence research programme. This can become a first crucial step in overcoming the obstacles among Member States regarding the collective procurement of defence resources which should be at level of 35%, according to the European Defence Agency benchmark. Consequently, I hope that this time Member States will take their obligations seriously and a fully-fledged EDU will become a reality sooner rather than later.

16. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (kurze Darstellung)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le rapport de Keith Taylor, au nom de la commission des transports et du tourisme, sur l'exploitation du potentiel du transport de voyageurs par voie d'eau (2015/2350(INI)) (A8-0306/2016).

Michael Cramer, *stellvertretender Berichterstatter*. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Keith Taylor ist in dieser Woche leider nicht hier, weil er im Krankenhaus ist, und er bat mich, den Bericht an seiner Stelle hier vorzustellen.

Es geht eben um den Personentransport auf Binnenwasserstraßen und auch im Seeverkehr. Dieser Bericht umfasst sowohl die Fährdienste als auch Kreuzfahrten, sowohl im Seeverkehr wie auch in der Binnenschifffahrt. Es ist uns gelungen, dass diese Themen höher auf die Agenda der EU-Verkehrspolitik gesetzt worden sind, und dafür möchte sich Herr Keith Taylor bei allen Schattenberichterstattern recht herzlich für die gute Unterstützung bedanken.

Natürlich spielt die Nachhaltigkeit auch hier eine große Rolle. Es gibt natürlich nichtfossile erneuerbare Energiequellen. Es gibt zum Beispiel eine Fähre, eine *Zero-Emission*-Fähre auf der Ostsee und viele andere Sachen. Nach Paris und Marrakesch müssen wir eben die Schiffe auch in diese Zielsetzung einbeziehen. Das betrifft insbesondere den Schwefelausstoß, und wir sind froh, dass die IMO jetzt entschieden hat, dass der Schwefel weltweit auf 0,5 % gesenkt werden soll. In der EU sind wir in den nördlichen Gebieten bei 0,1 %, und das geht alles in die richtige Richtung.

Der Verkehrstransport auf dem Wasser soll natürlich auch die externen Kosten minimieren und die externen Kosten internalisieren, aber das gilt ja nicht nur für die Wasserwege, sondern für alle Transportarten, denn wir haben zwischen den unterschiedlichen Arten des Transports einen unfairen Wettbewerb: einmal zulasten der umweltfreundlichen Transportarten, und das sind die Wasserwege und die Eisenbahn, und zugunsten der klimaschädlichen Transportarten, das ist die Straße und der Flugverkehr.

In dem Bericht wird auch viel auf die Sicherheit geachtet: durch bessere Qualifikation und Ausbildung und durch das Training des Personals. All das soll gestärkt werden und die Kriterien der IMO, das sind Minimalkriterien, die sollte die EU zumindest beachten, sie können aber auch verstärkt werden.

Die Qualität und die Zugänglichkeit bei Fähr- und Kreuzfahrtdiensten muss optimiert werden, insbesondere müssen alle Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, diese Schiffe auch zu betreten. Dort darf es keine Diskriminierung der Behinderten geben.

Das ist alles ganz wichtig. Abschließend möchte sich Herr Taylor noch einmal bei den Schattenberichterstatterinnen und Schattenberichterstattern recht herzlich für die gute Unterstützung und die gute Zusammenarbeit bedanken.

IN THE CHAIR: ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

Vice-President

Catch-the-eye procedure

Stanislav Polčák (PPE). – Já chci podpořit důležitost vodní dopravy i z ohledu na specifické téma, kterým je propojení dopravy Dunaj-Odra-Labe.

Je to jeden ze segmentů, který zůstává zatím ladem. Je to bohatství jak ČR, tak Polska a zemí, které navazují na tuto vodní dopravní stezku. Myslím si, že bychom měli tyto projekty posoudit i z evropského hlediska a motivovat tyto země, aby k tomuto dopravnímu propojení došlo.

Tím jsem se vyjádřil pouze k jedné části té vodní dopravy a její důležitosti z hlediska ekonomiky, ale ona není důležitá pouze z hlediska ekonomických výsledků. Ona je důležitá i z hlediska naší bezpečnosti, protože umožňuje větší modalitu dopravních propojení a za druhé, umožňuje např. přivést vodu i do těch částí, kde dnes již pociťují nedostatek těchto vodních zdrojů.

Je to velmi široký problém a já děkuji za předložení této zprávy panu zpravodaji a jeho zástupci.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, participé hace escasas semanas en la Conferencia de Regiones Periféricas Marítimas, que tuvo lugar en las islas Azores, y ahí tuve la oportunidad de exponer la importancia que tienen para las regiones ultraperiféricas la conectividad y la accesibilidad, que son cruciales para la competitividad, los tres grandes ejes de expresión y realización de la política europea para con las regiones ultraperiféricas. Pero también para poner de manifiesto que la consignación presupuestaria del Mecanismo «Conectar Europa» destinado a las regiones ultraperiféricas se ha agotado ya en su 86 % y, por tanto, que es imprescindible incrementar esa partida presupuestaria, precisamente para mejorar la inserción de las regiones ultraperiféricas en el mercado interior europeo y para así compensar ese déficit de competitividad que afecta a regiones alejadas, a regiones fragmentadas, a regiones insulares, en relación con la conectividad. Y por el transporte marítimo de las regiones ultraperiféricas, que, además del aéreo, es absolutamente crucial para sostener su modelo de vida, basculante sobre el comercio, sobre los servicios y, sobre todo, sobre el turismo.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το 75% των εμπορικών συναλλαγών της Ευρώπης με τρίτες χώρες καθώς και το 40% των εμπορευματικών συναλλαγών εντός της Ευρώπης πραγματοποιούνται δια θαλάσσης, ενώ παράλληλα κάθε χρόνο περίπου 400 εκατομμύρια άτομα στην Ευρώπη χρησιμοποιούν πλωτά μεταφορικά μέσα.

Υπάρχουν πολλά μέρη στην Ευρώπη όπου η μετακίνηση με πορθμεία θα ήταν βιωσιμότερη, ευκολότερη και ταχύτερη αυξάνοντας την κοινωνική και οικονομική ζωή στην εκάστοτε περιοχή. Επιπλέον, η αύξηση των θαλάσσιων μεταφορών θα μπορούσε να παράσχει ζωτικής σημασίας υπηρεσίες στις απομακρυσμένες κοινότητες και περιοχές, συμβάλλοντας έτσι στην αναζωογόνηση του τουριστικού δυναμικού.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση, λοιπόν, πρέπει να ενισχύσει τις θαλάσσιες μεταφορές, προκειμένου οι κάτοικοι των νησιωτικών περιοχών και ιδίως των νησιών του Αιγαίου, τα οποία πλήττονται συνεχώς από τις προσφυγικές ροές, να έχουν συνεχή πρόσβαση στην ενδοχώρα. Πρέπει, λοιπόν, να λάβουμε σημαντικά μέτρα.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, o desenvolvimento do transporte através de vias navegáveis marítimas e fluviais comporta benefícios potenciais, económicos e ambientais, em termos de mobilidade de passageiros e mercadorias. O desenvolvimento deste meio de transporte pode constituir um fator indutor da coesão territorial, social e económica, além de contribuir para reduzir as emissões de gases de efeito de estufa.

Nos últimos anos, o desinvestimento nos equipamentos e infraestruturas e a precarização laboral neste setor colocou em causa muitos serviços. Ora, a operacionalidade deste modo de transporte requer a adequação das condições naturais e das infraestruturas, o que exige investimento. Desde logo, investimento público, a estimular, orientar e enquadrar o investimento privado.

Do nosso ponto de vista, a solução não passa por privatizações, por desregulamentação, ou mais parcerias público-privado, mas sim por uma forte intervenção e protagonismo públicos, como condição imprescindível para a materialização dos benefícios potenciais deste meio de transporte e para a resolução dos problemas e dificuldades existentes.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Já jsem se osobní vodní dopravě věnoval minulý rok ve zprávě výboru CONT. Zde bylo konstatováno Evropským účetním dvorem, že nedochází dlouhodobě k velmi pozitivnímu nárůstu jak nákladní, tak osobní vodní dopravy z důvodu toho, že řada států investuje peníze pouze na dílčích oprav některých přístavů, ale nesnaží se rozšířit splavnění řek a toků.

Zde musíme upozornit, že na vnitrostátní lodní dopravě je obrovským problémem také sucho. Řada řek se potýká s tím, že není dostatečně splavná po celý rok, a to může vést k obrovským ekonomickým problémům právě rejdařů a různých skupin, které podnikají v tomto odvětví. Proto bych chtěl vyzvat Komisi, aby se tímto problémem dlouhodoběji zabývala ve své strategii.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, hrvatski dio Jadrana broji oko sedamsto otoka te petstotinjak otočića i grebena. Pedesetak je hrvatskih otoka naseljeno. I sama živim na otoku Korčuli, drugom po broju stanovnika u hrvatskom priobalju, i mogu potvrditi kako je loša prometna povezanost s kopnom jedan od glavnih razloga ekonomskog i demografskog odumiranja otoka.

Stoga posebno podupirem izvjestitelja u isticanju važnosti trajektnih i ostalih brodskih linija za otoke i njihove stanovnike. Slažem se s njim kako je povezanost otoka s područjima u kojima se ostvaruje gospodarski i industrijski rast ključna za teritorijalnu, socijalnu i gospodarsku koheziju. Bolja prometna povezanost otoka s kopnom smanjila bi ovisnost otočke ekonomije o turizmu i ribarstvu te osigurala stalniji izvor prihoda građanima, ali i jedinicama lokalne samouprave koje bi potom mogle dodatno uložiti u infrastrukturu.

(End of catch-the-eye procedure)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, on behalf of the Commission and, in particular, my colleague Commissioner Bulc, I would like to welcome this initiative.

This report is indeed timely. We are convinced it will give further momentum to our maritime year 2017. The issues the report raises are very much the ones we want to work on. We want to ensure safe, secure and sustainable maritime transport that serves the internal market, connects Europe globally and keeps the EU maritime cluster competitive. Waterborne passenger transport is part of this story with the role it plays in people's daily lives, for their leisure and for the employment it provides to many Europeans. So we welcome the fact that the report looks into passenger transport and leisure activities.

However, in some cases there are differences that should be recognised, for example, when it comes to financial assistance to transport operators linked to public service obligations, which is not generally available to cruise services. Regarding environmental aspects, limits on the sulphur content of shipping emissions were included in EU legislation in 2012 with effect from 1 January 2015. The International Maritime Organisation recently confirmed the global sulphur cap, as of 2020, in line with EU legislation.

In 2013 the Commission set up the European Sustainable Shipping Forum, bringing together stakeholders to facilitate the implementation of environmental legislation in the maritime sector. In this framework a Green Shipping Guarantee Programme was developed and launched by the Commission in cooperation with the European Investment Bank this year. This programme is aimed at providing guarantees to accelerate investments in clean maritime technologies and to help the industry to go beyond the current EU environmental legislation. A first framework agreement with national financial institutions was recently signed, to be followed by others later this year. The total financial envelope of EUR 750 million approved for the Green Shipping Guarantee Programme is provided by the Connecting Europe Facility and the European Fund for Strategic Investment.

Clean and sustainable shipping will be further promoted with the effective implementation of the directive on the development of alternative fuels infrastructure, ensuring the necessary standardisation and setting up of the basic fuel supply infrastructure between 2025 with EU financial support. The European Maritime Safety Agency will assist with the drafting of technical guidance to port authorities and administrations for liquefied natural gas bunkering. The TEN-T guidelines and their main financing instrument, the Connecting Europe Facility, supports the promotion of green shipping. In this context, over EUR 185 million were allocated in 2014 and 2015 for studies, pilot actions and infrastructure projects to support new technologies and innovation in processes. With regard to transport provided by ferries, integration with other means of transport, including integrated ticketing, is indeed important and, through the ITS Directive, technical and functional specifications are being developed. This will include timetables, as well as information, for passengers with reduced mobility.

The Commission notes Parliament's interest in extending passenger rights to multimodal journeys, in line with the principles enshrined in the current passenger rights regulations, among others the Waterborne Passengers' Rights Regulation. The Commission is currently looking into possible initiatives in this field. In May 2016 the Commission submitted its report on the operation of the Waterborne Passengers' Rights Regulation. Stakeholders and national authorities expressed their satisfaction with the regulation, but also agreed that further coordinated action, such as information campaigns to inform citizens about their rights, and cooperation between authorities to ensure the uniform application of the regulation, is needed to improve the regulation's effectiveness.

The Commission welcomes the interest of Parliament in the question of the international governance of inland waterway transport. This issue is relevant both for passenger and freight transport and, in the context of the Commission's NAIADES II programme, important steps of streamlining and regulatory convergence have already been taken through the creation, in the framework of the CCNR, of the European Committee for drawing up standards in the field of inland navigation. The Commission would also support the call to have more statistical data on passenger numbers, but it must be underlined that Eurostat can only collect data on the basis of legislation. Harmonised rules for accident statistics exist and a detailed report is published every year. Unfortunately this is not the case for inland waterways.

Finally, the Commission fully agrees that ports play an important role in the performance of waterborne passenger transport and has already, since 2013, proposed a comprehensive ports policy. This includes measures to improve the efficiency of ports. We therefore count on your vote in favour of the Ports Regulation, which the Council and Commission expect to go to the plenary without much delay. We also count on your support in promoting good use of the EU's instruments for finance and investments, notably the Connecting Europe Facility and EFSI.

The Commission believes that ports cannot develop in isolation from their neighbourhoods and thus encourages initiatives that improve the relationship between ports and port cities. Let me also use this opportunity to thank Parliament for its support in relation to issues on securing our external sea borders and the decisions on European coastguard cooperation.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 22 November 2016.

Written statements (Rule 162)

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Sappiamo bene che il sistema di trasporto marittimo italiano ha bisogno di essere migliorato in alcuni aspetti e nella relazione che andremo a votare viene proposto di incentivare la competitività e di migliorare le infrastrutture. Inoltre, si pone una speciale attenzione alla sostenibilità ambientale, promuovendo il rispetto degli obbiettivi della COP 21 e incentivando la decarbonizzazione dei trasporti. Ritengo che l'aspetto ambientale rappresenti un tema molto importante e delicato a cui è necessario porre molta attenzione.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma fejlődhet ki, amely a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülését a vízi útvonal mentén. Ezáltal egy kevésbé ismert régió gazdaságának fellendüléséhez, új munkahelyek kialakulásához, kisvállalatok megalakításához is hozzájárulhat. Számomra igen fontos, hogy a belföldi hajójáratokon szállított utasok többsége olyan

hajókon utazzon, amelyek megfelelnek a közös uniós biztonsági normáknak. Ehhez szükséges a személyzet számára a megfelelő, Európa-szerte elfogadott képzés. Pozitívumként tekintek a jelentés fontosságára, és szavazatommal támogatni fogom.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Tako za nas, ki ladijske storitve uporabljamo predvsem za počitniške namene, še bolj pa za tiste, ki so dnevno odvisni od njih, je pomembna razpoložljivost in dobra povezanost ladijskih storitev z drugimi transportnimi povezami.

Pomembna je ustrezna vključenost ladijskega potniškega prometa v projektih, ki spodbujajo prometno multimodalnost, kot je integrirani evropski sistem izdaje vozovnic oz. vseevropska prometna omrežja in instrument za povezovanje Evrope. Pozdravljam poročilo, ki opozarja na vrsto potrebnih sprememb v ladijskem potniškem prometu, s katerimi bi povečali njegovo uporabo s številnimi pozitivnimi posledicami kot je manjša gneča na cestah.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Succesul politicilor europene de transport va depinde în mare măsură de felul în care Uniunea Europeană va reuși să redirecționeze fluxurile de transport pe toate modurile existente, precum și de calitatea serviciilor oferite. Pe fondul unei cereri aflate în creștere, dar și în contextul unei preocupări din ce în ce mai mari pentru reducerea emisiilor, transportul pe apă poate fi soluția unui transport sustenabil și sigur, care să dea un nou impetus dezvoltării economice în zonele riverane și de coastă.

Pe aceste considerente, statele membre și Comisia ar trebui să acorde o mai mare atenție transportului de pasageri pe apă, începând cu reabilitarea infrastructurii necesare și terminând cu o pregătire riguroasă a personalului din acest sector. O mai bună utilizare a acestui mod ar avea efecte semnificative asupra conectivității, mai ales în zonele izolate, și ar contribui, totodată, la dezvoltarea industriei turismului, oferind un acces îmbunătățit la destinațiile turistice europene.

Se impune, astfel, ca executivul european să intensifice colaborarea cu statele membre în vederea atragerii de fonduri europene, cu precădere a celor destinate IMM-urilor și politicilor de coeziune, pentru a elabora o strategie de transport corespunzătoare nevoilor fiecărei regiuni, dar și în raport cu prioritățile rețelei TEN-T.

17. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (kurze Darstellung)

President. – The next item is the report by Cristian Dan Preda, on behalf of the Committee on Development, on increasing the effectiveness of development cooperation (2016/2139(INI)) (A8-0322/2016).

Cristian Dan Preda, *rapporteur*. – Madame la Présidente, je suis très content que notre Parlement vote demain le texte que j'ai initié et rédigé au sein de la commission du développement. Nous aurons ainsi la possibilité de présenter notre position avant la réunion de haut niveau du partenariat mondial pour une coopération au développement efficace, qui se tiendra la semaine prochaine à Nairobi. Cette réunion revêt une importance cruciale pour la thématique de l'efficacité du développement puisqu'il s'agit de la première réunion de ce type après l'adoption de l'Agenda 2030.

Pour nous, il est capital que l'Union européenne adopte une position forte à Nairobi en insistant avec détermination sur la nécessité de bâtir sur l'acquis en matière d'efficacité du développement et de renforcer les cas de coopération existants.

Les quatre principes de l'efficacité du développement, à savoir l'appropriation des stratégies de développement, l'orientation vers les résultats, le partenariat inclusif, la transparence et la redevabilité réciproque sont, en effet, comme le reconnaît le projet de document final de Nairobi, les forces motrices pour la réalisation des objectifs de développement durable (ODD).

C'est maintenant qu'il faut agir pour rendre notre coopération au développement aussi efficace que possible pour atteindre ces objectifs ambitieux et utiliser au mieux les ressources publiques et privées pour le développement.

Même si elle est particulièrement adaptée à certains contextes, l'aide officielle au développement ne peut pas tout faire, surtout dans le contexte économique actuel. Elle doit compléter les efforts des pays visant à mobiliser les ressources nationales et aider à catalyser des investissements privés et des ressources publiques supplémentaires. Néanmoins, nous devons tout de même insister sur le respect de l'engagement d'allouer 0,7 % du PIB au développement – et nous en sommes encore loin – ainsi que sur des efforts supplémentaires s'agissant de la qualité de l'aide fournie. Sur des questions comme le déliement de l'aide ou l'alignement avec les priorités des pays, on doit accélérer le progrès.

Puisque nous parlons de la mobilisation des ressources pour le développement, je dois en particulier souligner le rôle du secteur privé. Je crois que celui-ci est un important partenaire pour atteindre les ODD et, comme les autres acteurs du développement d'ailleurs, il doit s'engager à s'aligner sur le principe de l'efficacité du développement.

Au-delà du secteur privé, la réunion de Nairobi doit aussi être une occasion de réaffirmer l'importance de l'inclusivité et des partenariats avec tous les acteurs pour atteindre les ODD. Nous avons besoin de synergies entre les divers acteurs du développement pour y arriver et réaliser tout le potentiel de ces partenariats. Le partenariat global pour une coopération au développement efficace a un rôle important à jouer à cet égard. Il est essentiel de le renforcer, y compris en termes de suivi, pour qu'il soit bien positionné dans l'architecture globale en vue de la mise en œuvre de l'Agenda 2030.

L'Union européenne, qui a été un des pionniers de l'efficacité de l'aide au développement, doit continuer à jouer un rôle de leader sur ces questions ainsi que sur la participation de la société civile, des parlements nationaux et des autres parties prenantes, la coopération Sud-Sud, l'égalité des genres et la responsabilisation des femmes.

La responsabilité pour des résultats en matière de développement est certes partagée et, avec l'Agenda 2030, nous avons une exigence supplémentaire qui résulte de la philosophie d'ensemble de ne laisser personne en retrait.

Enfin, il y a toute une réflexion, que nous avons développée dans ce rapport, qui me semble absente du projet de document final de Nairobi. Je pense qu'il faut insister sur ce point. L'efficacité du développement ne peut pas être garantie sans la paix, le respect des droits de l'homme et de l'état de droit. Nous plaidons donc pour un soutien accru à l'amélioration de la transparence, de la bonne gouvernance et de l'état de droit dans les pays en développement. Ils sont aussi essentiels pour atteindre les ODD que les autres prescriptions plus techniques de l'agenda global pour l'efficacité du développement.

Catch-the-eye procedure

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Pani Przewodnicząca! Na wstępie chciałbym pogratulować koledze Predzie świetnego sprawozdania, w którym temat podniesienia skuteczności współpracy na rzecz rozwoju został potraktowany z uwzględnieniem jego kompleksowości i wielowymiarowości. Dyskutujemy o tym sprawozdaniu – o czym zresztą sprawozdawca wspomniał – dokładnie na tydzień przed spotkaniem globalnego partnerstwa na rzecz skutecznej współpracy rozwojowej, którego celem jest podsumowanie i ewaluacja realizacji zasad uzgodnionych w Busanie. Istotne jest doprecyzowanie programu działań pod kątem wdrażania celów zrównoważonego rozwoju, które powinny być w centrum ram współpracy, a także postanowień z Addis Abeby dotyczących jej finansowania.

Należy podkreślić potrzebę konkretnych i wymiernych skutków polityki rozwojowej, ponieważ ważna jest nie tylko ilość wsparcia, ale również sposób, w jaki go udzielamy, i na co tę pomoc przeznaczamy. W związku z tym zaangażowanie i wola polityczna władz krajów beneficjentów, a także włączenie w ten proces podmiotów lokalnych i społeczeństwa obywatelskiego ma szczególne znaczenie.

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, Uniunea Europeană este principalul donator mondial, cu aproape 55 % din fondurile alocate la nivel mondial. Cu toate acestea, întâmpinăm o serie de dificultăți: fie că vorbim de problema impactului pe termen mediu și lung a fondurilor de asistență pentru dezvoltare, fie că vorbim de insuficiența proiectelor comune între statele membre, fie că vorbim de finanțarea, uneori, a acelorași proiecte de către mai multe state membre sau din mai multe linii bugetare.

Toate aceste probleme, însă, pot fi rezolvate cu o serie de soluții concrete. Pentru creșterea eficienței fondurilor de asistență pentru dezvoltare trebuie să reglementăm alocarea asistenței la nivel european. Trebuie să dezvoltăm programe complete de monitorizare și sprijinire a beneficiarilor atât pe parcursul proiectelor, cât și după terminarea acestora. Trebuie să creștem transparența în alocarea și cheltuirea fondurilor, dar trebuie, în același timp, să realizăm un sistem public de raportare a finanțărilor și a proiectelor europene. Pentru că, în definitiv, ceea ce trebuie făcut este să găsim maniera prin care putem coordona toate proiectele dezvoltate de Uniunea Europeană și de statele membre.

Problema eficienței poate fi rezolvată dacă ne dorim acest lucru și luptăm în acest sens.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το θεματολόγιο του ΟΗΕ για το 2030 αποτελεί μια φιλόδοξη δέσμη δεκαεπτά στόχων για τη βιώσιμη ανάπτυξη και την εξάλειψη της φτώχειας. Η αποτελεσματικότερη παροχή βοήθειας και η αναπτυξιακή συνεργασία παραμένουν παράγοντες καίριας σημασίας για την καταπολέμηση της ανεργίας και την ενδυνάμωση των τοπικών κοινοτήτων.

Η πολιτική που εφαρμόζει η Ευρωπαϊκή Ένωση τα τελευταία χρόνια κάθε άλλο παρά βοηθά τα κράτη μέλη της στην επίτευξη αυτών των σκοπών. Η μερκελική λιτότητα και η επιβολή μνημονίων στην Ελλάδα έχουν αυξήσει την ανεργία, έχουν δημιουργήσει στρατιές ανέργων, έχουν αυξήσει τα ποσοστά της φτώχειας και του κοινωνικού αποκλεισμού. Στα χρόνια της μνημονιακής κρίσης το ποσοστό των νοικοκυριών που ζει στην Ελλάδα σε συνθήκες απόλυτης φτώχειας διπλασιάστηκε το 2015 και έφτασε πάνω από το 22%.

Εάν η Ευρωπαϊκή Ένωση επιθυμεί όντως να επιτύχει τους στόχους του θεματολογίου του 2030 θα πρέπει να εγκαταλείψει την πολιτική της λιτότητας, την πολιτική που πλήττει την ανάπτυξη, και να συμβάλει ουσιαστικά στη διαγραφή του δημοσίου χρέους τόσο στις χώρες της ευρωπαϊκής περιφέρειας όσο και στις υπό ανάπτυξη χώρες.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, jelenleg a világ fejlesztési segélyeinek több mint a felét az EU és tagállamai biztosítják. A fejlesztési politikák sikeressége azonban a nemzetközi fejlesztési együttműködés, valamint a fenntartható fejlődéssel kapcsolatos együttműködés hatékonyságától függ. Látnunk kell, hogy a nemzetközi mechanizmusok, bár komoly elkötelezettséget jelentenek, s nagyon sok esetben az egyetlen segítséget jelentik egy adott helyzetben, csak nagyon korlátozott eredményeket tudnak felmutatni. A globális egyenlőtlenségek lassú csökkenése nem tudja ellensúlyozni a környezeti változásokat, a vízhiány problémáját, s a részben ezekből fakadó migrációt, a robbanásszerű népességnövekedés egyes következményeit. A fejlett világ csak a jelenleginél határozottabb és ambiciózusabb fejlesztési politikával, továbbá a nemzetközi kereskedelmi mechanizmusok korrekciójával tudja alátámasztani, hogy elkötelezett a célok elérése mellett.

Anna Záborská (PPE) – Prílev migrantov z Afriky do Talianska, ktorý neslabne ani v zlom počasí, je asi najkritickejším svedectvom o nás ako poskytovateľoch rozvojovej pomoci, ale aj o vládach rozvojových štátov, ktoré sú jej oficiálnymi prijímateľmi. Preto som veľmi rada, že sa v tomto Parlamente pravidelne snažíme priebežne kontrolovať a vyhodnocovať účinnosť vynaložených prostriedkov, upozorňujeme na nedostatky pri aplikácii dohodnutých pravidiel a navrhujeme zlepšenia. Zároveň ma však mrzí, že ani Slovensko, ktorého občanov tu zastupujem, ani ďalších 22 členských štátov EÚ nedokázalo prispieť na rozvojovú pomoc toľko, koľko sa zaviazali. Akoby sme nechápali, že každé krátenie týchto prostriedkov sa nám vráti v podobe rastúcich výdavkov na ochranu hraníc a záchranu ľudských životov.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a discussão sobre a eficácia da ajuda ao desenvolvimento é recorrente neste Parlamento, uma discussão que não está isenta de alguma hipocrisia. É que, ao mesmo tempo que alguns aqui desfiam um rol de extensas preocupações, fazem por esquecer que são as políticas que aqui são decididas o que, em larga medida, entrava as possibilidades de desenvolvimento dos países menos desenvolvidos, da desregulação e liberalização do comércio internacional à libertina circulação de capitais, de que os paraísos fiscais são um instrumento privilegiado, passando pelas políticas agrícolas, de pescas, entre outros exemplos.

A coberto destas preocupações, o que alguns querem é, na verdade, impor aos países em desenvolvimento modelos de organização política, económica e social, a sacrossanta economia de mercado, erigida em panaceia para todos os males a humanidade, o papel do setor privado, a abertura dos mercados à concorrência mundial, esquecendo que, como lembrava Lacordaire, entre o fraco e o forte, entre o rico e o pobre, é a liberdade que oprime e é a lei que liberta.

A solução passa pela mudança de políticas, não passa pela insistência nos mesmos caminhos que nos trouxeram até aqui.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Od ponad 10 lat dyskutujemy na temat konieczności zwiększania skuteczności pomocy rozwojowej i pomimo iż należy docenić postęp, który dokonał się od tego czasu, w dalszym ciągu pozostaje jeszcze wiele aspektów, nad którymi musimy pracować. Z mojego punktu widzenia szczególnie istotne są dwa z nich: po pierwsze, jestem przekonany, iż bardzo ważne jest zwiększenie współpracy pomiędzy donatorami oraz zmniejszenie fragmentacji pomocy. Zgodnie z badaniem Komisji Europejskiej wyeliminowanie fragmentacji pomocy spowodowałoby oszczędności w wysokości aż dwóch do trzech mld euro rocznie, które mogłyby być z powodzeniem wykorzystane na działania związane z likwidacją ubóstwa. Drugą ważną kwestią są intensywne działania na rzecz zwiększania stabilności, pokoju i rządów prawa w krajach partnerskich. Jak dowodzi wiele badań skuteczność pomocy rozwojowej jest znacznie wyższa w krajach o wyższym indeksie demokracji, dlatego też również z tego względu działania takie są niezwykle potrzebne.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, I welcome the report on increasing the effectiveness of development cooperation. It provides an important input to the second High-Level Meeting of the Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC). The development effectiveness agenda and GPEDC marked a shift from aid to development effectiveness, moving the focus from official development assistance flows to broader development partnerships and actors.

Five years after the forum held in Busan, Korea, it is a good moment to assess the implementation of commitments taken and to discuss how effective development cooperation can best contribute to implementing the 2030 Agenda on sustainable development and the Addis Ababa Action Plan on financing for development.

The EU should continue to lead and move these agendas forward. The new European consensus for development, which will guide the EU and Member States' development policy in the years ahead will help develop effectiveness at its heart. We need to consider not just what we do, but how we do it.

Important steps have been taken to advance a more strategic and coordinated EU approach, for example by advancing a joint programming of EU and Member States development assistance; maximising our collective impact and minimising overlaps; increasing transparency of aid and mutual accountability; measuring results on the basis of our new results framework; promoting ownership of the development priorities by partner countries, and addressing conflict and fragility.

Nevertheless, in order to implement the 2030 Agenda successfully, more needs to be done at both EU and global level. The Commission believes that the Global Partnership should strengthen the political momentum behind effective development cooperation and support implementation of these principles and commitments at country level.

It should promote multi-stakeholder platforms at country level and the use of available data to enhance dialogue. If strategically developed and used, the Global Partnership can indeed provide added value to other international fora in the implementation, thus contributing to the follow-up process of the 2030 Agenda.

The report rightly recognises that the specific value added of the Global Partnership is in its inclusive and multi-stakeholder character, and stresses the need for all actors to be involved in moving the effectiveness agenda forward. In order to become a true partnership of all relevant actors, the involvement of parliaments, civil society organisations, local authorities and private sector is essential. Averting situations of fragility also entails closer cooperation, notably with humanitarian actors, to build the resilience of vulnerable populations.

The private sector and providers of south-south cooperation can make a huge contribution to achieving the sustainable development goals. We need to improve our ways of working in partnership, such as through the recently proposed External Investment Plan and dialogues with southern providers. We also need to see action and commitments from these actors. We would like the outcome document of the Nairobi High-Level Meeting to include their ideas on how they will implement the principles in practice.

The Global Partnership brings a special perspective by focusing on relations between development actors, but also through monitoring the progress of the implementation of principles and commitments. The recently published 2016 progress report entitled 'Making Development Cooperation More Effective' is a valuable source of evidence-based information to stimulate policy dialogue at country, regional and international level.

To conclude, I would like to stress the Commission's commitment to development policy principles – results, transparency, country ownership and inclusive partnerships. We call on all development partners to ensure that the Nairobi High Level Meeting further enhances the contribution of the Global Partnership to the 2030 Agenda. The Commission is committed to keeping the European Parliament and its relevant committees informed on the advancement of Global Partnership.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 22 November 2016.

18. Ausführungen von einer Minute zu wichtigen politischen Fragen

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 163).

Tomáš Zdechovský (PPE). – Celá Evropa se potýká s podvody spojenými se stáčením tachometrů. Je možné s tím něco dělat? Já si myslím, že rozhodně ano.

Belgie a Nizozemí už zavedly systém *car pass*, který umožňuje podvody účinně potírat. Obě zmíněné země tak mohou dát inspiraci dalším státům. Ani opatření na národní úrovni bohužel nemohou zabránit přetáčení tachometrů u aut dovezených z jiného státu.

Už třetí rok proto bojuji za jednotlivé systémy *car pass* pro celou EU. Negativní důsledky podvodů na tachometrech bývají dalekosáhlé a největšími obětmi jsou právě chudí spotřebitelé. Kupují auto za cenu neodpovídající jeho skutečné hodnotě. Ptám se proto, pane komisaři, jak dlouho budeme těmto praktikám nečinně přihlížet?

José Blanco López (S&D). – Señora Presidenta, la pobreza energética no puede esperar. Por eso, he decidido intervenir en este debate a estas horas de la noche para reclamar medidas, medidas para esos millones de personas en Europa que no pueden pagar el recibo de la luz o que tienen que optar entre comida o luz.

Recientemente, en España, hemos vivido una situación dramática que sensibilizó a muchos ciudadanos; pero no es necesario que tengan que ocurrir estas cosas para que todos nos sensibilicemos, para que la Comisión Europea adopte medidas, para que esas medidas sean urgentes.

Hay que actuar. No podemos mirar para otro lado. Solo la dejación de la responsabilidad, solo no tener sensibilidad, solo situaciones que están siendo y exigiendo una respuesta tienen que ser abordadas con inmediatez. Si no lo hacemos, estaremos contribuyendo a que este tipo de situaciones permanezcan y a que cada vez las situaciones sean más terribles y nos conmuevan más.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, krajem listopada u Orašju u Bosni i Hercegovini uhićeno je 10 pripadnika Hrvatskog vijeća obrane, vojne formacije koja je prva stala u obranu Bosne i Hercegovine od srpske agresije.

Među uhićenima su i umirovljeni časnici Oružanih snaga Republike Hrvatske, države članice NATO-a. Svi ti ljudi od završetka rata žive u Bosni i Hercegovini i dostupni su pravosudnim organima. Zanimljivo, svih ovih godina nisu gonjeni zbog ratnog zločina.

Još zanimljivije, kad god se potegne pitanje unutarnjeg preustroja Bosne i Hercegovine, revizije Daytona i ravnopravnosti Hrvata, kreće politički progon hrvatskih branitelja, bilo po nalogu Sarajeva ili Banja Luke.

Ako Bruxelles doista vidi europsku perspektivu Bosne i Hercegovine, mislim da je konačno došlo vrijeme da se Sarajevu pošalje jasna poruka kako se pravosuđe ne smije koristiti u političke svrhe i kako daljnje maltretiranje državljana Republike Hrvatske, članice Europske unije, neće biti tolerirano.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, on Wednesday this Parliament will vote on a resolution that I co-authored with other MEPs. This resolution asks Parliament to refer the Canadian trade deal, CETA, to the European Court of Justice to decide if the proposed investor protection courts are compatible with the EU Treaties.

These investor protection courts appoint their own judges and they are not answerable to national or European courts. President Juncker, in one of his first speeches to this House, said: 'My Commission will not accept that the jurisdiction of courts in EU Member States be limited by special regimes for investor-to-state disputes'. Yet that is exactly what is happening.

I am horrified that Ireland has provisionally signed this deal without rigorous debate and vote in our Dáil. We are the only country in the EU not to have these special investor courts in our legislation and yet we will leave ourselves open to multi-million-euro claims in these courts if we agree the deal. Our Seanad voted to reject the deal and the very least our Dáil can do is to debate and vote on CETA. In this context I hope this Parliament will vote on Wednesday to support the resolution if for nothing else but to have legal certainty.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, την περασμένη εβδομάδα, σε συνέδριο στη Φρανκφούρτη, ο υπουργός Οικονομικών της Γερμανίας εξαπέλυσε συκοφαντική επίθεση κατά της Ελλάδας. Ισχυρίστηκε ψευδώς ότι οι Έλληνες ζουν πάνω από τις δυνατότητές τους, ενώ το ελληνικό ισοζύγιο τρεχουσών συναλλαγών ήταν ήδη ισοσκελισμένο σχεδόν από το 2015 και έχει καταστεί πλεονασματικό κατά περισσότερο από ένα δισεκατομμύριο ευρώ για το 2016. Το πλεόνασμα αυτό έχει επιτευχθεί με τεράστιες θυσίες του ελληνικού λαού στα τελευταία επτά χρόνια, τις οποίες δεν δικαιούται να αγνοεί ο κύριος Schäuble.

Εξίσου ψευδής είναι ο ισχυρισμός του ότι οι συντάξεις στην Ελλάδα εξακολουθούν να είναι υψηλές, όταν η μέση νέα σύνταξη βρίσκεται πια στα επίπεδα των 660 περίπου ευρώ, δηλαδή οριακά μόνο πάνω από το ελάχιστο όριο αξιοπρεπούς διαβίωσης με βάση τα σημερινά επίπεδα τιμών. Με όλα αυτά ο κύριος Schäuble δημαγωγεί και υπονομεύει την ευρωπαϊκή ιδέα.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, this week we will vote on the Fotyga report which accuses Russia of engaging in propaganda against the West. But where is the condemnation of anti-Russian propaganda?

One recent example: on 11 November 2016 my country, Latvia, celebrated Bear Slayer's Day, which commemorates the victory of Latvian independence fighters in 1919 over the troops of German-backed warlord Pavel Bermont-Avalov. On 14 November the *Financial Times Europe* published an article saying that Bear Slayer's Day honoured Latvian freedom fighters who secured independence against Russian forces. This year, US troops were in Riga for the commemoration — part of NATO's attempt to reassure the Baltic states in the face of a 'renewed threat from the big bear to the east' (end of quote). But Bermont-Avalov did not represent any Russian Government, neither that of Imperial Russia nor that of Soviet Russia. His idea was to create a pro-German Baltic duchy.

The blatant Russophobic propaganda based on false historical facts must be punished, a serious manifestation of racism and xenophobia. We must not allow historic misrepresentation to stand in the way of reconciliation.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Der designierte Präsident der Vereinigten Staaten wird die TTIP nicht unterschreiben, und ich denke, das ist ein Glücksfall. Die TTIP steht nicht für Freihandel schlechthin. Die meisten TTIP-Befürworter sind für Handelssanktionen, zum Beispiel gegen Russland. Das sind keine Freihändler. Im Programm unserer Partei, der AfD, steht wörtlich: „Internationaler Handel ist die Grundlage unseres Wohlstands und des friedlichen Miteinanders. Wirtschaftliche Sanktionen halten wir grundsätzlich für falsch."

Handelsschranken wollen wir in Europa und weltweit abbauen. Das ist eine klar freihändlerische Position. Und das ist gut so. Denn da, wo Waren die Grenzen nicht überschreiten, werden es Armeen tun. Wer Russlandsanktionen fordert, leistet dem Frieden keinen Vorschub. Daher freue ich mich, dass sich der Ostausschuss der deutschen Wirtschaft dafür ausgesprochen hat, die Strafmaßnahmen der EU gegen Russland wieder einzustellen. Danke dafür. Das ist ein dringender Schritt zur Normalisierung unserer Beziehungen mit Russland.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, παρά την αποθέωσή του από την κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ, ο Αμερικανός πρόεδρος Obama δεν επισκέφθηκε την Ελλάδα ούτε από θαυμασμό για την ιστορία της ούτε από συμπάθεια προς τον λαό της. Η παρέμβασή του για το ελληνικό χρέος απαιτεί σκληρότερα αντιλαϊκά μέτρα. Στόχος ήταν τα γεωπολιτικά συμφέροντα επέμβασης των Ηνωμένων Πολιτειών και του ΝΑΤΟ, μαζί με Ευρωπαϊκή Ένωση, στη Μέση Ανατολή, τη Μεσόγειο, το Αιγαίο για τον έλεγχο της ρωσικής παρουσίας.

Αυτοί, μαζί με τις κυβερνήσεις της Ελλάδας, της Τουρκίας και της Κύπρου, προωθούν τη διχοτόμηση της Κύπρου ως σταθερή βάση επενδυτών ενέργειας στην περιοχή. Κουβέντα δεν ειπώθηκε για την αμφισβήτηση των συνόρων από την τουρκική κυβέρνηση. Συμφώνησε με την ελληνική κυβέρνηση την περαιτέρω εμπλοκή της και νέες στρατιωτικές διευκολύνσεις βάζοντας σε άμεσο κίνδυνο τον ελληνικό λαό και τους γειτονικούς λαούς.

Trump, Obama και Clinton: δεν τους χωρίζει χάος· έχουν την ίδια αποκρουστική ιμπεριαλιστική στρατηγική. Οι λαοί πρέπει να ανησυχούν και να μην διαλέξουν ανάμεσα στη Σκύλλα και τη Χάρυβδη. Πρέπει να χαράξουν τον δικό τους αυτοτελή δρόμο ανατροπής του καπιταλισμού, ο οποίος επιφυλάσσει μόνο φτώχεια, ανεργία, πολέμους και προσφυγιά για τους λαούς

Andrea Bocskor (PPE). – Elnök Asszony, üdvözölni szeretném az Ukrajna vízummentességéről szóló elvi megállapodást, amelyet remélem, hamarosan a folyamat pozitív befejezése követ. Ukrajna két éve az európai integráció útját választotta, emiatt aggodalomra ad okot az a napirenden lévő oktatási reform, mely szerint a nemzeti kisebbségek rovására módosítják az oktatási törvény oktatás nyelvére vonatkozó cikkelyét. A törvénytervezet szerint nemzetiségi tanulóknak csupán az ukrán nyelv mellett lenne joguk az anyanyelvű oktatáshoz, csak alap- és középfokon, és csak azokon a helyeken, ahol az adott nemzeti kisebbség egy tömbben él. Az emberi jogok és alapvető szabadságjogok, illetve nemzeti kisebbségek jogai fontos elemeit képezik az EU–Ukrajna közötti társulási egyezménynek. Így a törvénytervezet ellentmond a nemzetközi kötelezettségeknek, de megsérti az ukrajnai nemzeti kisebbségek alkotmányos jogait is. Remélem, ez a nem európai szellemiségű folyamat, mely nagy visszalépést jelent a kisebbségi joggyakorlat terén, még megállítható, és Ukrajna törekedni fog arra, hogy a kisebbségeit tiszteletben tartó jogállammá váljon.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, respectarea drepturilor omului este reglementată atât la nivel european, cât și la nivelul fiecărui stat membru. Cu toate acestea, sunt încălcări grave ale drepturilor cetățenilor în multe state membre. Și, din păcate, acest lucru afectează grav și, câteodată, iremediabil viața și demnitatea oamenilor.

Cazul cetățeanului Mariana Rarinca din țara mea este bine-cunoscut și, de aceea, consider că acest exemplu este elocvent pentru afirmația mea. Doamna Rarinca, din reclamantă în raport cu președinta CSM-ului din România, a ajuns acuzată. A fost arestată 191 de zile înainte de a fi judecată. Calvarul acestei doamne a durat ani de zile și, în final, după ce a fost achitată, a fost din nou condamnată.

Cazul Rarinca este un caz tipic în care simplul cetățean se luptă cu instituțiile pentru dreptate și nu reușește să câștige. Este grav, în acest caz, că atât instituția CSM, cât și instituția prezidențială nu au respectat prevederea legală privind timpul de cincisprezece zile acordat unui cetățean pentru a depune o contestație.

Cred că trebuie, de aici, de la nivel european, să supraveghem instituțiile unui stat de drept astfel încât acestea să acționeze separat, nediscriminatoriu, cu respectarea dreptului omului. Și mai cred că lipsa, în legislația unor state, a răspunderii magistraților duce la abuzuri și suferințe, dar și la cheltuirea unor sume imense din buget pentru despăgubirile cetățenilor care, în final, își găsesc dreptatea la instituții europene.

Marek Jurek (ECR). – Obecne władze Unii Europejskiej ponoszą współodpowiedzialność za eskalację kryzysu imigracyjnego i towarzyszących mu tragedii. Gdyby w Unii obowiązywały zasady odpowiedzialności politycznej, dobra wspólnego, czy wreszcie demokracji, to ta Komisja Europejska byłaby już dawno odwołana przez ten właśnie Parlament. Artykuł 79 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej uznaje wyraźnie, że zwalczanie nielegalnej imigracji jest zadaniem Unii, obowiązkiem wobec naszych państw. Tymczasem Komisja nie tylko kontynuuje swoją destrukcyjną politykę, ale co więcej wywołuje nowe konflikty, dopuszczając się presji wobec naszych państw na uruchomienie mechanizmu przymusowego rozsyłania imigrantów po Europie. Tymczasem państwa Europy Środkowej, w tym Polska – mój kraj – nie kierują się w tej sprawie żadnym egoizmem, tylko odpowiedzialnością wobec przyszłych pokoleń. Kto tego nie rozumie, godzi nie tylko w naszą wolność, ale godzi również w przyszłość Europy.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Madam President, the enlargement process in the Balkans is complex and challenging. If we do not handle it right it might be an extremely long process. Meanwhile, Russian influence in the region is increasing; pro-Russian candidates are winning in Bulgaria and Moldova. Part of Bosnia – Republika Srpska – is helping to spread Russian influence through energy and several other countries are exposed to organised information campaigns from the Kremlin.

If we do not find a way to stop this, Russia will be a hurdle to the enlargement process and eventually will stop it. We cannot afford this. The EU is having an existential crisis and we need the Balkan countries to show that the EU is still worth joining and that there is a reason for its existence. We need to see the flame of the will of these countries to join the EU. We need these countries as much as they need us. The integration of the Balkans into the EU must be a strategic and urgent asset for us. We cannot allow those who want to destroy the EU to succeed. The enlargement process has to be faster and the Commission must take it steadily forward.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, presenciamos hoje mais uma página negra da história deste Parlamento. Perante o coro de protestos sobre o CETA, as reservas levantadas por partidos, associações de todo o tipo, este Parlamento inviabilizou a realização de um debate que teria tido o mérito de clarificar os seus reais objetivos e confrontar cada deputado com um debate livre e democrático. Desta forma, iremos ter uma votação sobre um projeto de resolução sem direito a debate, o que diz muito sobre a qualidade da democracia que se respira neste hemiciclo.

O CETA foi discutido de forma secreta ao longo de sete anos, tendo sido apresentado sob a forma de um documento de 1 600 páginas, sem qualquer possibilidade de alteração. O CETA representa um instrumento destinado a abrir os mercados públicos às multinacionais e a nivelar por baixo todas as normas sociais e ambientais. É isto que o Parlamento recusa discutir. Perde a democracia, perdem os povos da Europa.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Señora Presidenta, hace muy pocas horas hemos sabido que el Tribunal Supremo de España ha confirmado la sentencia que condenaba al juez Santiago Vidal por haber redactado un esbozo de posible Constitución para Cataluña. Lo hizo en su tiempo libre, sin encargo de nadie y sin menoscabo de su ejemplar dedicación a la judicatura. Se había condenado al juez a tres años de suspensión de empleo y sueldo. La confirmación de la condena es tan absolutamente increíble y ridícula, tan negadora de la libertad democrática de expresión, que provoca el más enérgico rechazo. Desde luego, el mío, que ya no me sorprendo de ninguna decisión de las más altas magistraturas españolas, porque los antecedentes de resoluciones del Tribunal Supremo y del Tribunal Constitucional van a aparecer algún día en los manuales europeos como jurisprudencia ideológica carente de sentido de la realidad.

No me sorprende, pero me duele, y quiero que quede constancia en el Parlamento Europeo de este nuevo abuso del Tribunal Supremo español, por ahora, el último.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, the recent decision of the High Court demonstrates the British establishment's desire to delay, impede and eventually prevent our exit from the EU. If the Supreme Court upholds the High Court decision it will precipitate a constitutional crisis. This has been possible because our political establishment persists in saying that we can only leave the EU by means of Article 50. We are being led up the garden path so that we can all bark up the wrong tree. We can restore the supremacy of our own law by repealing the European Communities Act 1972. We will then have left the EU. Parliament will have to vote on that anyway, either at the beginning or at the end of the process of disentangling Britain from the European Union. Parliament should accept the vote of the referendum and repeal the act as a first step, not as a last step. Brexit means exit.

Anna Záborská (PPE) – Tento týždeň v piatok si pripomenieme Svetový deň boja proti násiliu na ženách. Je to príležitosť odsúdiť všetky formy násilia a zároveň upriamiť pozornosť na ženy, ktoré sú až príliš často jeho obeťami. Chcem žiť vo svete, v ktorom sa každá žena môže cítiť bezpečne, v ľudskom spoločenstve, ktoré urobí maximum pre prevenciu násilia a pomoc jeho obetiam, vo svete, kde je každý svojvoľný násilný skutok namierený voči žene prísne potrestaný bez ohľadu na motívy páchateľa. Násilie voči žene je vždy odsúdeniahodné a nemá zmysel skúmať, či je namierené voči žene ako žene, žene ako manželke alebo partnerke, žene ako kolegyni alebo žene ako náhodnej okoloidúcej na ulici. V tomto duchu vítam aj plánovanú rozpravu o návrhu uznesenia o predchádzaní násiliu na ženách a veľmi rada sa do nej zapojím.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, mi intención hoy es denunciar aquí un caso que recientemente hemos padecido en España —en Cataluña, en Reus— especialmente derivado de la pobreza energética, un problema que hemos tratado en algunas ocasiones aquí.

Rosa, una mujer de ochenta y un años —así se llamaba: Rosa—, murió fruto de un incendio en su casa porque Gas Natural, una gran compañía eléctrica española, le cortó la luz tras dos meses de impagos. Una vela con la que alumbraba su casa acabó finalmente provocando un incendio y su muerte.

Eso hoy está pasando en casas europeas: tenemos cinco millones de personas que padecen pobreza energética en España y cincuenta en Europa. Y ya es hora de que la Comisión Europea tome cartas en el asunto, afronte medidas claras para poder asegurar que las compañías no cortan el suministro ni hacen escoger a los ciudadanos entre comer o pagar la luz, haga un control claro sobre las tarifas e imponga a las compañías reglas claras para poder enviar el mensaje de que la Unión Europea está para proteger a los ciudadanos.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, πριν λίγες ώρες ακούσαμε τον απολογητικό λόγο του κυρίου Draghi. Απέφυγε να απαντήσει στα καίρια ερωτήματα που του θέσαμε. Απέφυγε να απαντήσει στο γιατί έχει αποκλείσει την Ελλάδα από την ποσοτική χαλάρωση. Δεν είπε ούτε μια συγγνώμη στον ελληνικό λαό, τον οποίο ως μέλος της τρόικας πτώχευσε και τον έστειλε στην ανεργία.

Μάλιστα ο κύριος Draghi, ως νέος Πόντιος Πιλάτος, έριξε τις ευθύνες στην Επιτροπή. Επίσης είπε ότι δήθεν δεν υπάρχει απόφαση του Δικαστηρίου της Ευρωπαϊκής Ένωσης για έξωση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας από την τρόικα. Να διαβάσει ξανά την απόφαση C 62/2014 του Δικαστηρίου. Να διαβάσει την παράγραφο 30 της περσινής έκθεσης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, που ενέκρινε την πρότασή μου.

Δεν είπε κουβέντα ο κύριος Draghi για το γεγονός ότι, με εντολή της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, οι ελληνικές τράπεζες πωλούν τα δάνεια των Ελλήνων στα κοράκια που τους αρπάζουν τα σπίτια. Ο κύριος Draghi πέταξε την μπάλα στην εξέδρα και για το ζήτημα του ελληνικού χρέους, ένα χρέος το οποίο είναι επονείδιστο (odious debt) και για το οποίο ο ελληνικός λαός πρέπει πλέον να προχωρήσει στη διαγραφή του. Να γνωρίζει, λοιπόν, ο κύριος Draghi ότι σύντομα ο ελληνικός λαός θα πετάξει την τρόικα έξω από την πατρίδα μας.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, 2016 va camino de ser otro año negro para la siniestralidad laboral en España: los accidentes con baja aumentan un 7,6 % y la siniestralidad mortal eleva en un 1,5 % los fallecimientos: 461 víctimas mortales de la explotación y de la avaricia, de la precarización de la clase trabajadora. Datos que además se quedan cortos, pues el miedo de muchos a perder el trabajo y la manipulación de las mutuas esconden muchas de las enfermedades y accidentes de los que son víctimas los trabajadores y las trabajadoras.

La Unión Europea es responsable junto con el Gobierno de España del ataque a la negociación colectiva y de las políticas de recortes que han disparado el desempleo, la temporalidad y el deterioro de las condiciones laborales, así como el recorte de los recursos de salud y seguridad laboral.

Exigimos que se refuerce el papel de las inspecciones y el reconocimiento de las enfermedades profesionales, con la participación de los sindicatos y organizaciones europeas como la OSHA o la plataforma contra el trabajo no declarado, y que en el futuro pilar de derechos sociales europeos el trabajo digno, seguro, decente, esté en el centro de la norma europea.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Nino Di Matteo in Italia è il pubblico ministero che indaga sulle stragi di mafia degli anni Novanta e sulle relazioni tra la stessa mafia e la politica italiana. Il suo costante impegno contro «Cosa nostra» ha prodotto un invito, da parte dello Stato italiano, a lasciare Palermo e la Sicilia.

Chi, come me, è cresciuto in Sicilia negli anni delle stragi di mafia, non può non ricollegare i comportamenti istituzionali di quei terribili anni con alcuni eventi che riguardano oggi Nino Di Matteo. Lo Stato italiano sta, per l'ennesima volta, dimostrando di non avere paura più grande che processare se stesso, mentre il silenzio dei media amplifica l'ancora attuale commistione tra mafia e politica.

Per questo, a nome degli italiani, inviterò tutti i deputati di questo Parlamento a vedere il documentario prodotto da Al Jazeera sul magistrato più in pericolo d'Europa. Nino Di Matteo ci prova da vent'anni a dire che il problema non è la mafia in se stessa, ma che la stessa si nutre di collusione e copertura politica. Forse sarebbe ora che a livello europeo qualcuno si interessasse di più del fenomeno mafioso.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl opětovně hovořit o problému právě propojení vodní dopravy v rámci evropského regionu střední Evropy, a to je propojení kanálu Dunaj-Odra-Labe.

O tom se mimo jiné zmiňuje i jedna ze zpráv, o které budeme zítra hlasovat, a já tuto vodní cestu nejen že podporuji dlouhodobě, ale zároveň bych chtěl volat i orgány EU k tomu, aby tento projekt našel jejich dostatečnou podporu, protože není v zájmu pouze ČR, Polska, případně Německa, pokud by šlo to propojení i na Labe, ale zároveň i Slovenska a nepochybně Rakouska i Maďarska.

Podle mého názoru je to rovněž velmi strategická investice i do naší bezpečnosti. Přivede alpskou vodu, propojí regiony z hlediska vodní dopravy. Má své nepochybné náklady, a to si musíme přiznat, i v oblasti životního prostředí. Přesto bych chtěl podpořit tento projekt, protože ho vnímám jako strategickou investici do naší společné budoucnosti.

Virginie Rozière (S&D). – Madame la Présidente, depuis 2011, la Commission européenne et le Parlement ont uni leurs efforts pour renforcer la transparence au moyen d'un registre qui recense les représentants d'intérêts qui peuvent accéder aux institutions – louable effort qui devrait se voir renforcé par la révision du 28 septembre dernier.

Malheureusement, une catégorie entière de groupes d'influence échappe à ces obligations. En effet, les églises et les communautés religieuses sont purement et simplement exemptées d'enregistrement. Ces organisations ont déjà, du fait de l'article 17 du traité, un accès privilégié aux institutions européennes. Le minimum serait qu'elles se voient appliquer les mêmes obligations de transparence.

En tant que coprésidente de la plateforme du Parlement européen pour la laïcité, j'ai pu constater, lors de nos réunions, la présence de certains groupes extrémistes, comme Civitas, ou sectaires, comme l'Église de scientologie, et les failles instaurées par cette révision ne peuvent que renforcer leur capacité à influencer nos décisions. Nous connaissons leur force de frappe en la matière, et nul n'est besoin de leur faciliter la tâche.

Alors, à défaut de pouvoir, pour l'instant, prémunir nos institutions de l'influence de groupes religieux, exposons au grand jour leurs pratiques. Trop de droits, trop de libertés sont en jeu pour maintenir l'obscurité. Il nous appartient de faire la lumière et de faire en sorte que la transparence soit la règle.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, recently two EU-funded independent reports into media ownership in Ireland documented the chilling effect Denis O'Brien, one of the largest shareholders of Ireland's print and broadcast media, is having on media freedom and plurality in Ireland. Now, in spite of his domination of the media industry and his history as a serial litigator of journalists, it is revealed that his sphere of influence stretches to the broadcast media watchdog, the Broadcasting Authority of Ireland (BAI).

In February 2015 a Mr Nigel Heneghan was appointed to the BAI watchdog without public consultation or competition despite his PR company being a client of the same Denis O'Brien by representing his print media company and the business interests of Siteserve. Concerns of conflicts of interest were brushed aside and to this day Mr Heneghan sees no problem with adjudicating on complaints to the watchdog about his client Mr O'Brien's broadcast companies.

Media freedom in Ireland is under serious threat and the next European Centre for Press and Media Freedom report will likely show no change. It seems that our politicians are too scared to act when it comes to dealing with the media.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, nagyon sok olyan hanggal lehet találkozni az európai közvéleményben, amely szerint a romániai korrupcióellenes harc példát mutat sok más államnak is. Magam is úgy gondolom, hogy nagy változás ment végbe Romániában és a közélet megtisztulása óriási pozitívuma lehet ennek a folyamatnak. Ám nem tehetünk úgy, mintha nem látnánk a rendszer túlkapásait is. Jelenleg épp egy, a romániai restitúciós törvények értelmében a katolikus egyháznak visszaszolgáltatott épületben működő katolikus magyar iskola kapcsán vizsgálódik a korrupciós ügyészség, mert a gyanú szerint az engedélyezési eljárás kapcsán szabálytalanságok történhettek. Ha történt ilyen, akkor azt ki kell javítani, ám elfogadhatatlan, hogy korrupcióval vádolnak olyan tisztviselőket, akik csak a törvényeket ültették gyakorlatba és megkérdőjelezik az iskola igazgatójának jóhiszeműségét, továbbá bizonytalanságot keltenek szülőkben és gyermekekben. A visszakapott egyházi ingatlanokban működő iskolák törvényességének megkérdőjelezése egyre gyakoribb Romániában, félő, hogy a teljes restitúciós folyamat visszafordításának szándéka vezérli az illetékeseket.

Csaba Molnár (S&D). – Elnök Asszony, néhány hete kiderült, hogy Orbán Viktor magyar miniszterelnök családja egy nemzetközileg körözött bűnözővel, szaúdi milliárdossal, Ghaith Pharaonnal üzletel. Pharaont többek között terrorizmus támogatása és illegális fegyverkereskedelem miatt már hosszú évek óta körözi az FBI és az Interpol, Magyarországon viszont nem fenyegeti őt a letartóztatás veszélye. Annál inkább nem, hiszen épp a közelmúltban vásárolt egy nagy érékű ingatlant a magyar miniszterelnök közvetlen szomszédságában. Annál inkább nem fenyegeti a letartóztatás, mert a magyar hatóságok annak ellenére adtak neki európai vízumot és letelepedési, tartózkodási engedélyt, hogy nemzetközi körözés alatt áll, és mindezt úgy tették, hogy még ujjlenyomatot sem vettek tőle – ami egyébként a törvények szerint kötelező lenne –, nehogy kiderüljön később, hogy kiket engedtek be az országba, és az európai vízum miatt az egész Európai Unióba.

Ez egy európai botrány, hiszen Pharaon, ez a körözött nemzetközi bűnöző nem csak Magyarországon, hanem a vízuma miatt az egész Európai Unióban szabadon mozoghat. Mivel a magyar hatóságok nem tartóztatták le ezt a bűnözőt, ezért az európai hatóságoknak, az Europolnak lesz a dolga a körözött bűnöző kézre kerítése.

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony, az 1989-es temesvári népfelkelés decemberi évfordulója közeledtével az egykori és az új román titkosszolgálat volt magas rangú vezetői a televízió széles nyilvánossága előtt próbálják hiteltelenné tenni az antikommunista és Szekuritate-ellenes román forradalmat, egy Erdély elszakítására irányuló, szovjet és magyar hátterű szubverziónak és államcsínynek állítva be azt. Ezúton hívom fel az Unió és a Parlament figyelmét arra, hogy Románia demokratikus átalakulására nézve a legnagyobb veszélyt mind a mai napig a hatalmát és befolyását átmentett volt Szekuritate, a régi-új titkosszolgálat jelenti, mely Ceausescu nacionálkommunista politikájának folytatójaként a soviniszta magyarellenesség eszközének bevetésével fejti ki ellenforradalmi tevékenységét. Védjük meg a román forradalmat és a román–magyar történelmi szolidaritást!

Victor Negrescu (S&D). – Doamnă președintă, Uniunea Europeană are printre obiective stimularea cercetării la nivel european. Dar, din păcate, prin modul în care implementează programele sale, generează noi discriminări de salarizare între cercetătorii din estul și cei din vestul Europei. În ciuda faptului că fondurile sunt câștigate prin competiții la nivel european, în cadrul principalului program de cercetare și inovare Orizont 2020 există diferențe uriașe între grilele de salarizare aplicate.

Întreb, astfel, Comisia Europeană: cum este posibil ca un expert de tip A în cadrul unui proiect european să poată câștiga aproximativ 70 de euro (300 de lei), în timp ce venitul cercetătorului român în cadrul aceluiași proiect să fie de zece ori mai mic, fiind redus la doar aproximativ șapte euro?

Mă solidarizez, astfel, cu inițiativa Universității Babeș Bolyai din Cluj-Napoca și a Universității Politehnica din București și solicit cu toată fermitatea Comisiei Europene să restabilească o salarizare unitară pentru toți cercetătorii europeni. La muncă egală, plată egală. În calitate de membru în Parlamentul European și de cadru universitar român, nu pot accepta o astfel de discriminare și voi lupta pentru a restabili dreptatea.

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, last month a former Taoiseach (Prime Minister) of Ireland and former EU Ambassador to Washington, John Bruton, appeared before a committee in the British House of Lords to discuss the impact of Brexit, or Britain leaving the EU, on its closest neighbour, Ireland. He said that Brexit might deal Ireland's economy an even heavier blow then Britain's, even though we had no say in the referendum.

Already we have seen the impact of the changes on sterling. This has had an immediate effect on small businesses, particularly those that export. Their exports are less competitive, they are more expensive on the shelves and when dealing with UK relationships. Imports from Britain are cheaper, thus putting further pressure on small businesses in Ireland. Britain takes two-fifths, or 40%, of exports from Ireland. Beef and dairy are already feeling a strong impact, as is the mushroom sector, which exports 80% of its production to Britain. Undoubtedly, the impact of Brexit on Ireland – as has been said by others and not just in our country – is going to be severe, and it needs to be ensured that this is reflected in the negotiations as we move forward.

Puhemies. – Kohdan käsittely on päättynyt.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 22.40.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2113

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. NOVEMBER 2016

(C/2024/2113)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 21. bis 24. November 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 4

2. Angenommener Beschluss über das Paket des Europäischen Semesters einschließlich des Jahreswachstumsberichts 2017 (Aussprache) . . . 4

3. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (Aussprache) . . . 24

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll . . . 39

5. Abstimmungsstunde . . . 39

5.1. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol (A8-0342/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung) . . . 40

5.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0318/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung) . . . 40

5.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0319/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung) . . . 40

5.4. Langfristiger Plan für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0325/2016 - Diane Dodds) (Abstimmung) . . . 40

5.5. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (A8-0326/2016 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung) . . . 40

5.6. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (A8-0302/2016 - Ramon Tremosa i Balcells) (Abstimmung) . . . 40

5.7. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (A8-0294/2016 - Olle Ludvigsson) (Abstimmung) . . . 40

Inhalt Seite

5.8. Europäische Verteidigungsunion (A8-0316/2016 - Urmas Paet) (Abstimmung) 40

5.9. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (A8-0306/2016 - Keith Taylor) (Abstimmung) 40

5.10. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (A8-0322/2016 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung) 40

6. Stimmerklärungen 40

6.1. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol (A8-0342/2016 - Mariya Gabriel) 41

6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0318/2016 - Kostas Chrysogonos) 70

6.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0319/2016 - Kostas Chrysogonos) 83

6.4. Langfristiger Plan für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0325/2016 - Diane Dodds) 96

6.5. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (A8-0326/2016 - Emmanuel Maurel) 119

6.6. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (A8-0302/2016 - Ramon Tremosa i Balcells) 158

6.7. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (A8-0294/2016 - Olle Ludvigsson) . . . 194

6.8. Europäische Verteidigungsunion (A8-0316/2016 - Urmas Paet) 230

6.9. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (A8-0306/2016 - Keith Taylor) 278

6.10. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (A8-0322/2016 - Cristian Dan Preda) 312

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 351

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 352

9. Lage in Syrien (Aussprache) 352

10. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (Aussprache) 369

11. Lage im Westjordanland und in den Siedlungen (Aussprache) 393

12. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Aussprache) 403

13. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll 422

Inhalt Seite

14. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll 423

15. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll 423

16. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (Aussprache) 423

17. Einführung einer Kompetenzgarantie (Aussprache) 433

18. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (Aussprache) 444

19. Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern (Aussprache) 449

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 453

21. Schluss der Sitzung 454

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 22. NOVEMBER 2016

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.05)

2. Angenommener Beschluss über das Paket des Europäischen Semesters einschließlich des Jahreswachstumsberichts 2017 (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione della Commissione relativa alla decisione adottata sul pacchetto del Semestre europeo, compresa l'analisi annuale della crescita 2016 (2016/2927(RSP)).

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, last month we had a fruitful exchange of views on the 2016 European Semester on the basis of the report drafted by Mr Sant Today, I am pleased to present a package which starts the 2017 European Semester adopted by the Commission last week.

The European Semester has become a key mechanism for the coordination of economic policies at EU level. It has played a crucial role in triggering and supporting urgently needed economic reforms in Member States, and in the current context of a gradual but all-too-moderate recovery, there is no time for complacency. The messages included in the 2017 Annual Growth Survey, and more generally in the Autumn Package, are a reflection of the new impetus that the Commission has given to economic governance, building on the experience of the last few years.

The aim is to identify where challenges remain and where the EU and Member States should focus their efforts. In particular, faster progress on the implementation of structural reforms, in line with the country-specific recommendations, is needed to boost jobs and growth and to foster economic, social and territorial cohesion.

As we have seen from the Commission's autumn economic forecast, economic growth in Europe is expected to continue at a moderate pace. Recently, we have seen some labour market gains and rising private consumption but, at the same time, there are a number of risks to growth and a weakening of supportive factors like low oil prices. However, the economic recovery is proving quite resilient. The EU's GDP is now higher than before the crisis. All Member States are set to grow next year. Investment is starting to increase, supported in part by projects financed under the Investment Plan for Europe. Labour market developments are also more encouraging. Employment is expected to grow faster this year than at any time since 2008, though unemployment still remains high.

Public finances continue to improve. In the EU, both average public deficit and the government debt-to-GDP ratio will continue to fall over the next two years. However, political uncertainty, slow global growth and weak global trade weigh on our growth prospects and we face a number of economic and social challenges. Unemployment is still high. Disparities persist across and within countries, both as regards economic performance and in terms of social challenges. Public and private debt levels remain high in some Member States and act as a drag on growth. In the financial sector there are still high levels of non-performing loans in several Member States.

The Annual Growth Survey 2017 builds on the priorities set out in President Juncker's State of the Union address, as well as on the Bratislava road map. The over-arching message from the annual Growth Survey is that we have to redouble efforts along the virtuous triangle of boosting investment, pursuing structural reforms and ensuring responsible fiscal policies, and in doing so we have to focus on social fairness and delivering more inclusive growth.

A new element this year is a communication on the fiscal stance of the euro area. The letter of intent that accompanies the State of the Union speech announced that the Commission will propose a positive fiscal stance for the euro area in support of the monetary policy of the European Central Bank. The communication provides the Commission's views on the appropriate euro area aggregate fiscal stance in the context of the institutional architecture of the Economic and Monetary Union. Of course, such an orientation should build on the legal frameworks set by the Stability and Growth Pact and take into account the broader fiscal sustainability concerns.

The recommendation on the economic policy of the euro area highlights five areas for action: reforms that favour growth and productivity; a supportive fiscal stance; job creation and social fairness; strengthening the banking sector, and completion of our Economic and Monetary Union.

The draft Joint Employment Report shows that employment and the social situation are gradually improving, while stressing clearly that there is, nevertheless, no room for complacency. The main challenges concern notably high levels of inequality; still high rates of youth unemployment and of those not in employment, education or training; long-term unemployment; and the under-representation of women in the labour market. The unprecedented inflow of asylum seekers and other migrants also calls for comprehensive integration policies.

The package also includes the 2017 Alert Mechanism Report, which screens Member States for risks of macroeconomic imbalances and identifies countries for in-depth reviews. Thirteen in-depth reviews are announced in the Alert Mechanism Report, namely for Bulgaria, Croatia, Cyprus, Finland, France, Germany, Ireland, Italy, the Netherlands, Portugal, Slovenia, Spain and Sweden. The results will be included in the country reports that the Commission will issue towards the end of February 2017. The reduction of the number of in-depth reviews compared to the last year, when 19 such reviews were carried out, reflects the recent progress made in addressing imbalances. Also, a number of vulnerabilities persist.

The Commission also issued opinions on the draft budgetary plans received from the euro area Member States. We received those budgetary plans in October, and the findings have been summarised in a *chapeau* communication. This year, with regard to the Member States under the preventive arm of the Stability and Growth Pact, we found that for five countries – Germany, Estonia, Luxembourg, Slovakia and the Netherlands – their draft budgetary plans are compliant with the requirements of the Stability and Growth Pact. For four countries – Ireland, Malta, Austria and Latvia – the draft budgetary plans are broadly compliant. For six countries – Belgium, Italy, Cyprus, Lithuania Slovenia and Finland – the draft budgetary plans pose a risk of non-compliance.

Concerning the Member States under the corrective arm of the Stability and Growth Pact, for France, the draft budgetary plan is found to be broadly compliant with the requirements of SGP. For Spain, the draft budgetary plan which was submitted under the no-policy-change scenario, is found to be at risk of non-compliance. Also for Portugal, the draft budgetary plan is found to be at risk of non-compliance. Portugal, however, is expected to correct the excessive deficit this year and to transit to the preventive arm of the Stability and Growth Pact next year.

Spain and Portugal have also submitted reports on actions taken in the response to the Council decisions to step up the excessive deficit procedures. The Commission has in the meantime assessed the possible partial suspension of European structural and investment funds and engaged in a structured dialogue with the European Parliament. Taking into account the measures that Spain and Portugal have taken, the Commission's view is that the excessive deficit procedure should be kept in abeyance at this point for both countries. Accordingly, the requirement for a proposal by the Commission to suspend part of the European structural and investment Funds is no longer present and there will be no such proposal by the Commission.

This autumn package is there to assess the EU and euro area dimension of the European Semester. In the coming weeks and months, the work will focus more on the country-specific dimension of the process. The Commission will present its country-specific analysis, including the in-depth reviews under the macroeconomic imbalances procedure and the country reports, towards the end of February next year.

In the run-up to the country-specific recommendations, scheduled for May next year, the Commission plans to intensify dialogue with the Member States and the social partners to develop a common understanding of successful reform implementation.

Gunnar Hökmark, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for the statements. Let me first of all underline one thing: the Commission is the guardian of the Treaty and it has the responsibility to act within the legal framework – not to change it or cause hesitancy about the rules. That is why it is important that all actions regarding the Stability Pact are consistent with what has been legislated in this Chamber.

I will make three points. The recovery we are seeing is moving at a slow pace. It is to a high degree dependent on a unique monetary policy that is not sustainable in a long-term perspective, but it is also based upon the credibility of the Stability Pact and the stability of public finances. Do not risk that, Commissioner, by calling the Stability Pact and its rules into question.

Secondly, reforms and the consolidation of public finances are the best way to avoid austerity. Wherever you use deficits as a way to avoid structural reforms, you enter into austerity because austerity comes from spending more money than you have. As soon as you do that, you are creating problems for investment, for growth and for jobs. We can see this on the European map.

Thirdly, budgets must be improved with quality. Member States must give priority to the spending that is most important before they increase the deficits. They must give priority to the important things and not have an excuse, in the end, for above minus 3%, for squeezing in the most important spending. They – and all of us – need to do it the other way round.

We want to fight austerity and unemployment with growth and structural reforms. We do not believe in deficits and increased debt burdens. We think that Europe shall go forward.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, signor vicepresidente Dombrovskis, onorevoli colleghi, credo che la comunicazione sulla *fiscal stance* approvata dalla Commissione sia la migliore risposta all'avanzata dei populisti, perché l'alleato più prezioso dei populisti è proprio l'austerità cieca e dogmatica. Ed è sulle macerie che ha lasciato l'austerità che prospera il nuovo ordine politico promosso dai populisti.

Non è un caso se oggi Trump in America promette un grande piano di investimenti di un trilione di dollari: di fronte al nuovo attivismo statunitense, l'Unione europea non può restare inerme. La Commissione europea ha ragione e voglio ringraziare il commissario Moscovici per il suo lavoro fondamentale. Bisogna passare a una politica di bilancio dell'eurozona più espansiva e i paesi che oggi hanno eccedenze di bilancio hanno il dovere di investire di più. Ma serve anche una grande iniziativa europea a sostegno di una politica economica più ambiziosa.

Fa quindi bene il Parlamento a definire in queste ore la natura di una capacità fiscale dell'Europa. Per il nostro gruppo, il nuovo approccio della Commissione sulla *fiscal stance* costituisce un punto di svolta necessario. Voglio dire con chiarezza a chi punta in queste ore a sabotare questa svolta – e mi riferisco in particolare a Schäuble – che per noi questa *fiscal stance* è una linea rossa invalicabile, su cui condizioniamo il nostro sostegno a questa Commissione e non tollereremo alcun sabotaggio.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento))

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card question*. – Mr Pittella, I think we all agree that we need to fight austerity. The question is, in which way? I would like you to explain where you have seen that we can have reduced austerity through increased deficits, increased debt burdens, rising interest rates and political uncertainty. Where have we seen that? Austerity comes from overspending, spending more money than you have. Reforms and growth come from strategic and responsible budgeting. So please explain where you have seen that increased deficits and increased debt burdens have given growth and unemployment. I have seen things the other way around.

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io so solo, collega Hökmark, che la politica di austerità, che si proponeva di ridurre il debito, non l'ha ridotto, per un motivo semplicissimo, che anche i bambini della scuola elementare conoscono: se tu riduci le entrate dello Stato perché comprimi la spesa per gli investimenti, tu non riduci il debito ma lo incrementi. Infatti, il debito aggregato della zona euro è aumentato e non si è ridotto. Solo attraverso una politica di investimenti seria – ha ragione il collega Othmar su questo – una politica di investimenti seria, fondata e finalizzata sulle grandi infrastrutture materiali e immateriali, sull'ambiente, sulla transizione energetica e sulle risorse umane può ridurre il debito, facendo crescere la ricchezza, i posti di lavoro e, quindi, le entrate dello Stato.

Sander Loones, *namens de ECR-Fractie*. – Over enkele maanden vieren wij 25 jaar Verdrag van Maastricht. In dat Verdrag werd vastgelegd hoe de lidstaten verantwoordelijk zijn voor hun sociaal beleid, voor hun economisch beleid en dat zij dat beleid moeten voeren binnen het begrotingskader dat we samen hebben afgesproken. Het is aan de Europese Commissie om erop toe te zien of die regels worden nageleefd, of iedereen binnen de krijtlijnen blijft en om sancties op te leggen wanneer dat noodzakelijk is.

Welnu collega's, ik denk dat we terug moeten naar die logica van het Verdrag van Maastricht. De rekeningen moeten op orde en de lidstaten die weigeren mee te werken, moeten wij aanspreken op hun verantwoordelijkheid. Wij moeten deze lidstaten ook sancties kunnen opleggen, hen desnoods uit de eurozone zetten wanneer dat nodig is. Maar wat zien we? Dat de Europese Commissie vandaag niet van plan lijkt om het Verdrag van Maastricht te vieren, maar eerder van plan lijkt om het Verdrag te begraven. Wat zij voorstelt, past niet binnen het afgesproken kader. De Commissie waant zich een soort Europees ministerie van Financiën. Ze stelt zaken voor waarvoor zij niet bevoegd is, maar vooral stelt zij zaken voor die niet verstandig zijn. Onze structurele problemen, het is al gezegd door collega Hökmark, zullen niet wegsmelten. Wij kunnen geen groei kopen op de pof. Op de korte termijn helpt ons dat misschien, op de lange termijn creëert dat gewoon meer problemen. Het is trouwens perfect mogelijk om slim te besparen en slim te groeien. We zien dat in landen zoals Nederland, Duitsland en Oostenrijk. Dat is precies de weg die wij met deze Europese Unie moeten volgen.

Lieve Wierinck, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik dank de Commissie voor de toelichting. U concludeert terecht dat we een beleid nodig hebben dat leidt tot meer werkgelegenheid, sociale rechtvaardigheid, convergentie en een positief investeringsklimaat. Als we een verbetering van onze competitiviteit willen, hebben we een snellere voltooiing van de interne markten nodig. Ook moeten onze fondsen aangewend worden om groeistimulerende en grensoverschrijdende projecten te financieren. Maar hoe? Een begrotingsoverschot lijkt aannemelijk. Ik heb hier twee vragen over.

Ten eerste: hoe motiveert de Commissie lidstaten om een begrotingsoverschot te spenderen aan het collectief? We kunnen immers niet van een land verwachten dat het zijn ruimte in de begroting investeert als andere landen regels van het Europees semester niet naleven. Deze regels moeten dus afdwingbaar worden. Ten tweede: hoe denkt de Commissie een zogenaamd overloopeffect te kunnen bereiken?

Laten we van Europa de meest competitieve onderzoeks- en innovatieregio maken. Alleen een ambitieus economisch en monetair beleid, in combinatie met een vervolledigde interne markt, leidt tot het beste resultaat.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, las prioridades económicas y sociales que plantean son absolutamente insuficientes. Las recomendaciones vuelven a insistir en medidas que ya hemos visto cómo, año tras año, han fracasado. En materia de empleo, son una nueva llamada a la precarización de las condiciones laborales y de la vida de los trabajadores y de las trabajadoras. Los incentivos a la contratación se terminan por convertir en subvenciones a los empresarios, que solamente sirven para no pagar sus cotizaciones sociales.

Se piden mejoras en los sistemas de formación, cuando al mismo tiempo se aplican recortes en todas las políticas públicas. Los elementos de protección social no terminan de concretarse. Llevamos dos años esperando una propuesta de renta mínima.

En resumen: estas medidas son la repetición de sus errores. Año tras año constatamos en este Parlamento el fracaso de estas medidas; las mismas medidas que nos han llevado, entre otros, al *brexit*, a la desafección de la ciudadanía, al avance de la política de la extrema derecha, como resultado precisamente de esa desafección. Lo que plantean no es cómo crecer, sino un manifiesto dadaísta, más reformas estructurales, flexibilización, etcétera. ¿Han aprendido algo desde el inicio de esta crisis? Desde luego, parece que no.

Hagan pagar impuestos a los grandes capitales. Hagan un programa de inversión efectivo. Potencien un modelo productivo sostenible. Mejoren la productividad. Hagan un auténtico pilar social.

Este no es el camino. Solamente pretenden beneficiar a los grandes capitales y desmantelar la Europa social.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE.* – Señor Presidente, gracias Vicepresidente por su presencia. Voy a centrarme en su Comunicación sobre la posición fiscal.

Hay tres afirmaciones de la Comunicación que creo que son acertadas: primera, que la recuperación es frágil —yo creo que nadie puede dudar de ello—; segunda, que basar toda nuestra estrategia de crecimiento en la demanda exterior es una estrategia suicida, dado el contexto; y, tercera, que no podemos fiarlo todo a que la política monetaria sea la solución para sostener el crecimiento.

Pero entonces, ocurre una cosa: ustedes hacen un esfuerzo para presentar una propuesta para una posición fiscal expansiva, pero tengo que decirle que es demasiado poco, que llega demasiado tarde y que es poco consistente con las normas que tenemos, que es algo que ustedes no reconocen. Demasiado poco, evidentemente, porque prácticamente lo que están pidiendo es ir un poco más allá de la posición fiscal de este año, no mucho más allá. Demasiado tarde porque el daño hecho por las políticas de austeridad a lo largo de todos estos años es altísimo. Y demasiado poco consistente porque es un poco complicado ver cómo una política de este tipo es consistente con las normas de gobernanza actual que tenemos.

Todo el proceso carece de coherencia, tengo que decirle. La implementación estricta de las recomendaciones presupuestarias que ustedes hicieron el año pasado suponía una posición fiscal regresiva del 0,3 %, a pesar de que ustedes previeron que la posición fiscal sería neutra. O sea, la coherencia de todas las previsiones del año pasado es absolutamente evidente. Y eso para mí tiene tres implicaciones o demuestra tres cosas: primero, la volatilidad e incerteza de todo el proceso que hoy iniciamos; segundo, la prociclicidad endémica del Pacto de Estabilidad y Crecimiento; y, tercero, el persistente sobreoptimismo de sus previsiones.

Y, después, en relación con la Comunicación, también tengo que decirle otra cosa, que no terminan de romper un tabú que es muy importante: qué distribución geográfica de la posición fiscal agregada y de las medidas que deben tomarse debe realizarse. Los cálculos que nosotros podemos ver implicarían que, por ejemplo, Alemania, del superávit del 0,6 % actual debería ir a una posición fiscal negativa del 0,5 %; o si Alemania va a una posición fiscal neutral, eso significa que determinados países —por ejemplo, España— no cumplirían con las propias recomendaciones y previsiones que ustedes han hecho. Pero estaría bien que ustedes indicaran esa distribución geográfica.

Por lo tanto, y a modo de conclusión, señor vicepresidente, yo tengo que decirle que, a pesar de que es poco y demasiado tarde, yo espero que le salga bien, pero los augurios no son muy buenos. El ministro alemán y el ministro español, incomprensiblemente, ya han dicho que no están de acuerdo.

Yo creo que este Parlamento debe dar un mensaje claro de que es importante que este año la posición fiscal sea expansiva porque, si no, la recuperación no llegará.

Le vamos a pedir que también avancen, como le decía, en la distribución regional, que indiquen qué distribución regional tiene que haber.

Y finalmente, ustedes tienen que reconocer que las normas actuales de gobernanza no funcionan y que toda la estrategia de política económica de los últimos años ha sido un fracaso.

Peter Lundgren, *för EFDD-gruppen*. – Herr talman! Återigen bevittnar jag EU:s storvulna planer – planer som inte har fungerat tidigare och inte heller kommer att fungera denna gång. Vi som kritiserar byggandet av Europas förenta stater avfärdar ni föraktfullt som populister. Men låt mig påminna er om att det är det vanliga, lilla folket som ni avfärdar. Det är det vanliga, lilla folket som går till sitt jobb, som sliter varje dag för att kunna betala sina skattepengar. Det är dem som ni så föraktfullt kallar populister. Det är vanliga människor som är oroliga för sin vardag, hur de ska klara sig, hur familjen ska få pengarna att räcka till varje månad. Det är vanligt folk som till skillnad från er inser att er dröm inte fungerar i praktiken. Det är människor som inser att medlemsländer faktiskt skiljer sig fundamentalt åt, inte minst när det gäller ekonomiska förutsättningar. Därför är en gemensam valuta och en gemensam ekonomisk politik en fullständig utopi som aldrig kommer att fungera.

Nu förutspår ni att ekonomin växer till sig och att nästa år blir bättre. Det är väl ungefär som att jag förutspår att det kommer att börja snöa om en timme. Det är bara gissningar och förhoppningar. Vanligt folks tillit har ni fullständigt förlorat, vilket bevisas av det minskande valdeltagandet varje gång vi har val till Europaparlamentet.

Så länge ni fortsätter att driva detta som ett elitistiskt projekt och inte lägger örat mot marken och lyssnar på den lilla människans oro och förtvivlan, är detta projekt kallat Europeiska unionen dömt att misslyckas.

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. –Herr Vorsitzender, Herr Vizepräsident Dombrovskis! Die Europäische Kommission hat in der letzten Woche die Bewertung der Haushaltspolitiken der Mitgliedstaaten abgeschlossen und ein Paket wirtschaftlicher und sozialer Prioritäten vorgelegt, das gemeinsam mit den Wirtschaftsdaten der Herbstprognose 2016 das Europäische Semester für das kommende Jahr einleitet.

Das Europäische Semester stößt aber auf wenig Nachhaltigkeit bei den Mitgliedstaaten. Die einen halten sich nicht an das Europäische Semester und den Stabilitäts- und Wachstumspakt und müssen dafür auch keinerlei Konsequenzen nach sich ziehen: Anders als im Sommer angekündigt, nimmt die Kommission nun doch davon Abstand, den Defizitsündern Spanien und Portugal Strukturfondsmittel einzufrieren – von Sanktionsbefreiungen für latente Verweigerer einer Haushaltssanierung wie Frankreich und Italien einmal ganz abgesehen.

Die anderen kritisieren, dass die Europäische Kommission falsche Prioritäten setzt und nicht energisch gegen Defizitsünder vorgeht. Angeführt wird dabei – insbesondere von deutscher Seite –, dass die Europäische Kommission für das nächste Semester im Alleingang finanzpolitische Ziele für die Währungsunion vorgibt, für die es keine rechtliche Grundlage gibt, und gleichzeitig versucht, die gesamte Architektur der finanzpolitischen Koordinierung in der Eurozone zu verändern.

Unterstützung bekommt die deutsche Seite dabei von der slowakischen Ratspräsidentschaft, die eine Reform des Stabilitätspakts verlangt. Der Pakt soll einfacher und leichter verständlich werden. Ich zitiere den Ecofin-Präsidenten: Wenn Regeln unsinnig sind, so müsse man diese ändern, statt sie zu umgehen, denn sonst zerstöre man das Regelwerk. Die Glaubwürdigkeit des Semesters und des Stabilitätspakts, und somit des gesamten Regelwerks der Koordinierung steht auf dem Spiel, sofern es nicht überhaupt schon verspielt ist. Wenn Mitgliedstaaten, die einen Haushaltsüberschuss erzielen, aufgrund markoökonomischer Ungleichgewichte einer präventiven Komponente des Stabilitätspakts unterliegen und Länder, die Gegenstand von Defizitverfahren sind, seit Jahren unsanktioniert davonkommen, dann kann Flexibilität schnell als Prinzipienlosigkeit interpretiert werden.

Die gesamte Eurozone leidet nach wie vor an einer zu hohen Staatsverschuldung, das belegt auch die aktuelle Herbstprognose. Die Haushaltskonsolidierung kommt aber mit wenigen Ausnahmen nicht voran, weil die Regierungen keine unpopulären Strukturmaßnahmen umsetzen wollen und dies auch nicht müssen, weil sie die EZB indirekt finanziert. Daran ändert sich auch nichts, wenn ein, zwei Mitgliedstaaten mehr investieren. Diese Investitionen lösen die Struktur- und Finanzprobleme der anderen nicht.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, με φόβους για νέο κύκλο κρίσης, αμηχανία για το Brexit και την εκλογή Trump, επερχόμενες εκλογές σε διάφορες χώρες με αυξανόμενη λαϊκή αμφισβήτηση, που εγκλωβίζεται όμως σε αντιδραστική κατεύθυνση, οξύνονται οι ανταγωνισμοί παγκόσμια και στην Ένωση. Σε τέτοιο κλίμα αντιθέσεων, αλήθεια, ποια είναι η αξία της ενιαίας οικονομικής διακυβέρνησης και του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου;

Και όμως διατηρούν την αξία τους. Η σύγκλιση ή απόκλιση ή ακόμα και οι φυγόκεντρες δυνάμεις, κάποια χαλάρωση με μεταρρυθμίσεις που εισηγείται η Επιτροπή ή η αυστηρότητα, όπως επιμένουν η Γερμανία και άλλοι, αφορούν μόνο τη χρηματοδότηση του κεφαλαίου για επενδύσεις και όχι την αποκατάσταση όσων έχουν χάσει οι λαοί. Οποιοδήποτε μείγμα πολιτικής προϋποθέτει νέες μόνιμες λαϊκές θυσίες που περιγράφονται στο Ευρωπαϊκό Εξάμηνο. Σε αυτές συμφωνούν όλοι.

Παράδειγμα, η Ελλάδα των τριών ή και τεσσάρων μνημονίων που ετοιμάζεται για νέες απεργίες. Οι λαοί πρέπει να οργανωθούν με τη δική τους σημαία και όχι του κεφαλαίου για ανατροπή. Η εναλλαγή, απλά, διαχειριστών τους οδηγεί σε νέες απογοητεύσεις.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident Dombrovskis! Lassen Sie mich zunächst einmal rekapitulieren, was die Kommission uns an Zahlen aus den Mitgliedstaaten geliefert hat: Mit Blick auf die präventive Haushaltsüberwachung erfüllen vier Mitgliedstaaten die Anforderungen aus dem Stabilitätspakt nicht vollständig, und sechs Mitgliedstaaten sind kurz davor, dass ihnen eine Nichteinhaltung der Anforderungen attestiert wird. Zusätzlich dazu gibt es drei Mitgliedstaaten, die bereits verpflichtet werden mussten, mit deutlichen Korrekturen gegen die Nichteinhaltung vorzugehen.

Meine Damen und Herren! Was sagt uns diese Bilanz? Diese Bilanz ist eindeutig negativ und sie macht uns Sorgen über die fiskalpolitische Stabilität, über die immense Verschuldung und die strukturellen Probleme vieler Mitgliedstaaten in der Eurozone. Die Bilanz sagt aus, dass die Kommission in ihrer Kontrollfunktion als Hüterin unserer gemeinsam vereinbarten Regeln, die unser Zusammenwirken bestimmen und sichern, gefordert ist, und zwar mehr denn je.

Ein positiver fiskalpolitischer Kurs für die Eurozone ist kein Ausweg daraus. Ein fiskalpolitischer Kurs für die Eurozone ist nicht einmal rechtlich von unserem bestehenden wirtschaftspolitischen Rahmenwerk abgesichert. Strukturelle Probleme werden nicht durch das Zusammenrechnen bestimmter Kennzahlen gelöst, sie werden höchstens damit verschleiert. Doch mit einer Verschleierung wäre keinem geholfen. Allen voran wäre der Glaubwürdigkeit unseres politischen Handelns damit sicherlich nicht geholfen.

Ganz konkret möchte ich Sie, Herr Dombrovskis, heute fragen: Warum wendet die Kommission nicht erst einmal die Regeln an, die wir zur Verfügung haben, bevor Sie weitere Verwirrung stiften und Verantwortlichkeiten zerstreuen? Und wie lautet die Rechtsgrundlage für einen positiven fiskalpolitischen Kurs? Gibt es überhaupt diese Rechtsgrundlage? Was tun Sie, um in den einzelnen Mitgliedstaaten die Rückkehr zur Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen?

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Μια απλή ερώτηση: υπάρχει, κατά την άποψή σας, οποιαδήποτε ευθύνη για όσα έχετε πει στην γερμανική οικονομική πολιτική, και δη στην πολιτική του κυρίου Schäuble, και στην προσπάθεια αυτής της χώρας να γερμανικοποιήσει την ευρωπαϊκή οικονομική πολιτική;

Burkhard Balz (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe selten eine – Sie sagten, es war eine einfache Frage – so dumme Frage hier in diesem Haus gehört. „Germanisierung der Wirtschaftspolitik" ist so ziemlich das falscheste, was man überhaupt ansetzen kann. Ich glaube, dass Herr Schäuble außerordentlich verantwortungsvoll – als wirklicher Europäer im Übrigen – in den letzten Jahren gehandelt hat. Aus meiner Sicht sollte man hier nicht mit einzelnen Fingern auf einzelne Staaten zeigen, weder in Richtung Deutschland noch in den Heimatstaat, aus dem Sie kommen.

Maria João Rodrigues (S&D). – Mr President, we welcome the Commission because we are starting now to adapt economic policy to the real needs, economic, social, political needs, of the European Union and the euro area. We can also recognise that the European Parliament proposals adopted in the last Annual Growth Survey (AGS) report were also taken into account. We are now starting to have an economic policy driven by the European strategy for growth and jobs, we are having a policy mix giving more attention to investment, we are paying attention to the role of demand and reducing social inequalities, and we are developing a euro area stance with more focus on supporting growth. These are positive elements.

Nevertheless, we are still falling short of a real virtuous circle in the euro area, because for this we need to have much higher investment to tackle social inequalities, thus increasing growth, and with higher growth it will be easier to reduce our public debt. Of course fiscal discipline is important but this is not enough. We need to have this virtuous circle in the euro area. And for this we need to complete the economic and monetary union with a banking union and fiscal capacity. All members of the euro area need to have these conditions and we believe this is really a central task for the Commission when the White Paper is being prepared.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το περίφημο «Ευρωπαϊκό Εξάμηνο» αποτελεί μηχανισμό αναίρεσης των κυριαρχικών δικαιωμάτων των εθνικών κοινοβουλίων να διαμορφώνουν ελεύθερα τους κρατικούς τους προϋπολογισμούς. Αποτελεί εργαλείο επιβολής της μερκελικής λιτότητας και της βίαιης δημοσιονομικής προσαρμογής. Και όταν οι Βρυξέλλες δείξουν ότι επιχειρούν να αυτονομηθούν από την πολιτική του Βερολίνου, δίνοντας, όπως τώρα, λίγα ψίχουλα ανάπτυξης, τότε ο Schäuble τις ανακαλεί στην τάξη. Ο Schäuble, ο οποίος για άλλη μια φορά με ιταμό τρόπο, προκαλεί τον φτωχοποιημένο από τα μνημόνια ελληνικό λαό, απαιτώντας και νέες μειώσεις μισθών και συντάξεων.

Ήρθε λοιπόν η ώρα, κύριε Dombrovskis, να προχωρήσει η Ελλάδα στην εγγραφή των γερμανικών αποζημιώσεων στον ελληνικό κρατικό προϋπολογισμό. Για τον λόγο αυτό, διοργανώνουμε ηλεκτρονική ψηφοφορία με την οποία απαιτούμε επιτέλους την εγγραφή στον κρατικό προϋπολογισμό των οφειλών της Γερμανίας προς την Ελλάδα. Μια ηλεκτρονική ψηφοφορία που θα θέσει την Ελληνική Βουλή προ των ευθυνών της και θα αναγκάσει την ελληνική κυβέρνηση να πράξει το αυτονόητο, να εγγράψει, δηλαδή, εδώ και τώρα τις γερμανικές αποζημιώσεις στον υπό συζήτηση ελληνικό κρατικό προϋπολογισμό του 2017.

Jasenko Selimovic (ALDE). – Mr President, the recovery in the EU is gaining ground. There are a number of positive developments signalling the recovery. However, recovery remains fragile. Indeed Member States need to continue to pursue structural reforms to make their economies more competitive and build confidence in their economic and business environment.

But we again face broader uncertainty. The election of Donald Trump in the USA as President reflects the resurgence of protectionism and opposition to TPP and TTIP. It means that the benefits of openness and free trade are again under serious threat. We cannot afford this. We must uphold openness and facilitate the further integration of EU companies in global value chains. We need this as a source of jobs for Europeans.

Finishing CETA is a way to press the USA to keep up openness. It could not have come at better time as it creates immediate market opportunities for American companies, which will have to find alternatives against protectionism in the USA. That is why I urge the Commission and Parliament to finish CETA as soon as possible and to continue the implementation of the key reforms in this report.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”.* – Stimate coleg, ați spus, printre altele, că vreți să integrăm companiile europene în piața globală și sunt de acord cu dumneavoastră ca fost întreprinzător. Vă întreb, însă: credeți că cu această politică rigidă de plafonare a deficitului la 3 % se pot dezvolta noi investiții? Nu credeți că este nevoie de flexibilizare? Cum s-a calculat acest deficit de 3 %? De unde știm că este cifra optimă? De nu patru, de ce nu doi?

Jasenko Selimovic (ALDE), *blue-card answer.* – We have to have sound economies in order to be involved in global value chains in Europe in a global economy. The economies that are in deficit cannot be part of it, because they will just create and continue spreading the deficits around. I think that the involvement of European companies in the creation of jobs for Europeans has to be made on sound ground.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Dombrovskis, η τυφλή μονομερής λιτότητα, δηλαδή, το δόγμα Schäuble, δεν φέρνει ανάπτυξη. Αποσυνθέτει την Ευρώπη οξύνοντας τις κοινωνικές και περιφερειακές ανισότητες και τροφοδοτεί τους λαϊκιστές της Άκρας Δεξιάς. Η Επιτροπή πρέπει να προχωρήσει με πιο τολμηρά βήματα για μια στροφή υπέρ της οικονομικής ανάπτυξης σε όλη την Ευρώπη, με ενίσχυση των επενδύσεων και της ζήτησης, ιδιαίτερα από τις χώρες της ευρωζώνης, όπως η Γερμανία, που έχουν μεγάλα δημοσιονομικά πλεονάσματα, με τη χαλάρωση αλλά και την τροποποίηση του Συμφώνου Σταθερότητας και Ανάπτυξης, ώστε να έχουμε επιτέλους ανάπτυξη και μείωση της ανεργίας, ιδιαίτερα στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, που μαστίζονται από τεράστια ανεργία, ιδιαίτερα των νέων.

Κύριε Dombrovskis, το δόγμα «λιτότητα- λιτότητα-λιτότητα» σκοτώνει την ανάπτυξη, τροφοδοτεί την ανεργία και ενισχύει την ακροδεξιά ατζέντα για διάλυση της Ευρώπης και για μια τεράστια κοινωνική οπισθοδρόμηση. Έχετε ιστορικό καθήκον και ευθύνη να το αποτρέψετε και την έχουμε και εμείς στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο. Για αυτό, σταματήστε να αφήνετε τον εαυτό σας εκτεθειμένο ως Επιτροπή στο bullying του κυρίου Schäuble, που θέλει να αντικαταστήσει την Επιτροπή στον θεσμικό της ρόλο από αυτοματοποιημένους μηχανισμούς και τεχνοκράτες, όπως ο ESM. Περιμένουμε σθεναρές απαντήσεις σε αυτό το bullying.

Jean Lambert (Verts/ALE). – Mr President, when we are looking at the Growth Survey, we need to be considering its distribution and effect, not just figures. So does the Commission really feel that Member States have policies in place which will reduce inequality? This means dealing with issues such as corporate taxation and the top end of income, tax levels, pay ratios etc. In terms of reducing poverty, part of our 2020 Strategy, what progress does the Commission feel is being made? How many Member States have a genuine living wage policy in place? We know this is not the same as a minimum wage. What recommendations is the Commission making in this area?

The report mentions effective social security and benefits schemes. We recognise that these are essential, but too many of these schemes have no factual basis when we actually look at the amounts paid. So, again, what recommendations are we making? What progress is there? On decent jobs, workers' participation and the role of trades unions are important, so does the Commission believe that its policies and recommendations on labour market reform are enhancing such participation or threatening it, as is often reported? Lastly, on climate change, does the Commission believe that Member States have really incorporated action on this into their strategies on investment and skills development?

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io, da quando sono entrato in questo Parlamento, cioè nell'ultimo mandato, mi sono occupato di tutti quelli che sono i temi legati al semestre e ritengo allucinante che in due anni e mezzo, quasi tre, non si sia ancora riusciti a cambiare neppure di un minimo quello che è il dogma legato a questa austerità che è intrinseca nei trattati, che è intrinseca in questo progetto, secondo me non completabile e irriformabile dal punto vista sia tecnico che politico, che si chiama Unione economica e monetaria. Purtroppo sappiamo come, tecnicamente, l'euro sia una moneta insostenibile, che crea squilibri e provocando, appunto, la distruzione totale di quella che è la realtà sociale ed economica in Europa.

Se noi andiamo a vedere il surplus che ha accumulato quest'anno la Germania, constatiamo che esso ammonta quasi al 9%, cioè sono 300 miliardi. Ormai la Germania è diventata la Cina del mondo e tutto questo grazie all'euro, cioè grazie a una moneta che è sottovalutata per la sua economia e che le permette di generare questo surplus commerciale mostruoso a fronte dei deficit mostruosi che si generano nei paesi del Sud. Ecco, questa è una cosa che non si legge nei vostri testi e che, obiettivamente, andrebbe invece rimarcata di più.

E quindi cosa succede? Nel momento in cui voi dite che avete una crescita, una crescita in Europa c'è per via delle politiche monetarie che hanno svalutato nettamente la moneta e per via, appunto, di una situazione legata anche ai prezzi dell'energia, che sono molto bassi. Nel momento in cui questo verrà meno, non ci sarà più la crescita e verranno ancora fuori quelli che sono i problemi strutturali.

Io sono però veramente esterrefatto del fatto che proprio si difenda religiosamente il progetto moneta unica. Voi non potete continuare in questa direzione, perché lo stanno dicendo i più grandi economisti del mondo: se non metteremo al centro il problema dell'insostenibilità politica e soprattutto tecnica della moneta unica, non riusciremo ad andare avanti e ci sarà una dissoluzione incontrollata della zona. E la colpa di ciò sarà solo della Commissione e di tutti i partiti populisti e demagoghi che continuano a sostenere l'euro.

Bernard Monot (ENF). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, encore une fois, le Semestre européen est face à un constat d'échec. La majorité des pays n'ont jamais respecté la règle du pacte de stabilité et de croissance et la Commission n'ose toujours rien faire contre l'énorme excédent budgétaire et commercial allemand. Il est plus facile d'être fort avec les faibles que faible avec les forts. Que l'Allemagne montre l'exemple et paie sa dette historique à la Grèce.

Votre politique de coordination économique et budgétaire continue à produire le même résultat: les indicateurs macroéconomiques sont toujours dans le rouge. Ce qui explique la montée inexorable de l'euroscepticisme, mais vous continuez quand même dans une fuite en avant éperdue. M. Moscovici va même dans les régions françaises dispenser votre propagande sur les bienfaits économiques de l'Union européenne.

Malgré le bilan désastreux des destructions permanentes de richesses et d'emplois, vous voulez tenter l'expérience du fédéralisme économique et, d'ailleurs, chaque commissaire se rêve déjà en ministre des finances de la zone euro. Quel simulacre de voir que le budget français pour 2017 a été jugé globalement conforme par vos services, alors que tout le monde sait qu'il ne s'agit que d'un budget fantaisiste basé sur des statistiques économiques irréalistes. Les mêmes causes donneront les mêmes effets: le chômage massif, l'austérité qui tue la demande intérieure, le libre-échange, le laxisme de la BCE, le laisser-faire des États face aux multinationales et aux banques privées, les privatisations, la dérégulation du marché du travail et l'immigration massive.

Toute cette politique mènera les Européens à la banqueroute! Votre Semestre européen n'est qu'un soin palliatif. Tant que vous garderez l'euro monnaie unique, nous aurons l'austérité!

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση, για να διασφαλίσει την πολιτική της αυστηρής δημοσιονομικής πειθαρχίας στα κράτη μέλη, εφαρμόζει τα εξής εργαλεία: Στρατηγική «Ευρώπη 2020» βάθους δεκαετίας, Πολυετές Δημοσιονομικό Πλαίσιο βάθους εξαετίας, προγράμματα σταθερότητας και σύγκλισης βάθους τριετίας, σχέδια δημοσιονομικών προγραμμάτων σε ετήσια βάση και το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο σε εξαμηνιαία βάση. Αν υλοποιήσει δε ένα εργαλείο σε μηνιαία βάση, τότε καμία χώρα δεν θα μπορεί να αποφύγει την πλήρη κατάργηση της εθνικής της οικονομικής κυριαρχίας.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση δεν μπόρεσε να προβλέψει την οικονομική κρίση, την αθρόα λαθρομετανάστευση, την αύξηση της τρομοκρατίας και το Brexit, πολύ δε περισσότερο να τα αντιμετωπίσει ουσιαστικά. Η Ευρώπη δεν έχει ανάγκη από συστήματα οικονομικού ελέγχου των κρατών μελών. Έχει ανάγκη από πολιτικές προσαρμοσμένες στις ανάγκες των πολιτών. Και για να μιλήσω με στρατιωτικούς όρους, ο συγκεντρωτικός έλεγχος και η συγκεντρωτική διοίκηση είναι χαρακτηριστικά ενός κακού διοικητή. Η αποτυχία ενός κακού διοικητή οφείλεται στον ίδιο και όχι στο προσωπικό που διοικεί.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, I welcome the Annual Growth Survey 2017 and I fully support the three-pillar approach which puts the focus on investment, structural reforms and responsible fiscal policy.

However, after three years of being involved in this type of policy approach we see that growth, economic growth, has returned to Europe but it is still very fragile. But I do not know whether this is a reason to blame the Commission or the European Union in general. I would say that there are limits to what the EU can do, given the very small size of the budget and also the fact that many of the constraints on growth which we identify right now are in areas that are under the direct control of Member States. Let me just mention a few of them.

First of all, high debt levels both in banks and in enterprises. Then, low investment in innovation, knowledge, and education. Number three, this is still an insufficiently conducive environment for business activities that would make Europe an attractive, the most attractive, place for investment across the whole world.

So there are a number of things that have to be done by Member States. I would like to call on the Commissioner to increase the role of country-specific recommendations and to make sure that they are treated seriously by Member States because otherwise we can, of course, exchange reproaches in this House but without actually any tangible results in terms of higher growth and more jobs.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je pense que la Commission – lentement mais, je l'espère, sûrement – est en train d'amorcer un tournant. Je vois pour cela deux motifs, deux faits qui marquent ce tournant.

Le premier, c'est le fait d'avoir reconnu que l'Espagne et le Portugal avaient pris des mesures effectives et qu'une suspension des fonds structurels n'était pas nécessaire. Je crois que l'action de ce Parlement en ce sens a été déterminante et je m'en réjouis. Poursuivons ce dialogue structuré avec des résultats efficaces.

Le deuxième fait, c'est cette communication sur la position agrégée de la zone euro et la recommandation «zone euro» qui reconnaît, parallèlement au renouveau du plan Juncker, que la position agrégée est essentielle si l'on veut stimuler la croissance et soutenir l'investissement au niveau où il doit l'être. Pour cela, je crois aussi que le message qu'envoie le président de la Banque centrale européenne jour après jour – et il l'a refait hier –, selon lequel la politique monétaire a besoin d'être soutenue par une position budgétaire agrégée offensive, est de bon aloi.

Mais si nous nous félicitons de ces deux éléments dans votre examen annuel de la croissance 2017, alors il faudra en tirer deux conséquences au moment des recommandations spécifiques de la zone euro.

D'abord, nous ne voulons pas n'importe quelle réforme structurelle. Nous voulons des réformes structurelles «nouvelle génération», qui stimulent le capital humain, par exemple. Nous voulons aussi que toutes les conséquences en matière fiscale soient tirées, notamment pour soutenir l'investissement, mais aussi pour lutter plus efficacement contre les inégalités, qui restent un sujet de préoccupation majeur.

Enfin, sur le moyen terme, il faudra aussi tirer les conséquences de cette analyse. D'abord, le pacte de stabilité a besoin d'évoluer et, surtout, la feuille de route que vous devez mettre en branle avec le livre blanc sur la réforme de l'Union européenne à 27 ne doit pas passer sous silence le besoin d'une capacité budgétaire pour la zone euro et d'un achèvement des outils permettant à l'Union économique et monétaire de servir efficacement l'intérêt des pays membres de la zone.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card question*. – Would Ms Berès agree with me that France currently faces the worst of all economic worlds, in that it is locked in a currency that is entirely unsuited to its needs and that reduces room for fiscal manoeuvre, and also has a governing party which has imposed an anti-business culture which is seeing stagnation and growing unemployment? Is that the reason that nobody thinks the Socialists will have a candidate in the last round of the French presidential elections?

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Je ne savais pas que j'avais affaire à un expert en matière de politique nationale. Je constate que, dimanche après dimanche, ou jeudi lorsque les gens votent le jeudi, nous allons de surprise en surprise et que le résultat de dimanche dernier n'interdit pas une autre surprise pour demain. Je constate aussi que c'est à l'initiative de la France que la question du débat sur l'investissement et de l'achèvement de l'union bancaire a pu prendre toute sa dimension dans le débat européen, et je m'en réjouis.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej debacie, chcę zwrócić uwagę, że ożywienie gospodarcze w większości krajów Unii, w tym szczególnie południa strefy euro, jest słabe i nierównomierne, co więcej stymulowane głównie poluzowaniem polityki monetarnej EBC, a także fiskalnej oraz zewnętrznymi czynnikami, jednak o charakterze przejściowym, takimi jak na przykład niskie ceny ropy naftowej.

Na tym tle mój kraj, Polska – nienależący do strefy euro –wykazuje stabilny i zrównoważony wzrost gospodarczy, który w tym roku sięgnie 3 % PKB, a w 2017 — 3,6 % PKB przy jednoczesnym utrzymywaniu odpowiedzialnej polityki budżetowej, czego wyrazem jest deficyt sektora finansów publicznych utrzymywany poniżej 3 % PKB. Ulega także poprawie wydajność podatkowa: z czterech głównych podatków wzrośnie z 13,5 % do 15,3 % PKB, co oznacza wzrost o dwa punkty procentowe. A najniższym od 27 lat jest także bezrobocie, które według klasyfikacji GUS jesienią tego roku nie przekracza 8 %, a w 2017 roku będzie poniżej tego poziomu. Można więc stwierdzić, że stan gospodarek i finansów publicznych krajów Unii posługujących się własnymi walutami jest wyraźnie lepszy niż tych należących do strefy euro.

Sylvie Goulard (ALDE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je suis ravie, comme d'autres orateurs l'ont dit avant moi, de souligner que vous avez adopté cette année une approche agrégée qui paraît être une bonne chose parce que, effectivement, ce qui compte le plus, c'est que nous nous intéressions à l'intérêt de la zone euro dans son ensemble. À ce sujet, je tiens à dire, comme l'un des anciens rapporteurs du *six-pack*, à quel point je suis déçue par l'usage que vous en faites – enfin, quand je dis «vous», je ne suis pas sûre de m'adresser tout à fait à l'unique personne qui est, en l'occurrence, visée puisque c'est le collège qui prend des décisions. L'intention du législateur, quand nous avions élaboré le *six-pack*, était de rendre les règles moins susceptibles d'être interprétées, pour ne pas dire tordues, en

fonction de compromissions ou de compromis politiques.

Je tiens à rappeler, en tant que Française, que l'article 6 de la déclaration des droits de l'homme et du citoyen, la grande déclaration des droits de l'homme et du citoyen de la fin du XVIIIe siècle, dispose tout simplement que «la loi doit être la même pour tous». J'aimerais vraiment, en tant que Française pro-européenne, que la Commission s'en tienne effectivement à une lecture qui ne fasse pas de cadeaux à des pays parce qu'ils sont censés être grands. La grandeur consiste à respecter ses engagements.

Deuxièmement, on a l'impression dans ce débat – d'ailleurs, vous avez vu les foules que cela rassemble dans ce Parlement – que chacun, en fait, ne s'adresse pas aux autres Européens mais à son opinion publique. Nous commençons à assister aux méfaits d'une double démagogie. Dans certains pays, la démagogie consiste à insister sur la sévérité de l'application de la règle sans se préoccuper des conséquences et, dans les autres, il y a des partisans de la flexibilité qui finissent par perdre de vue que le but était quand même d'avoir des règles. Il y a eu un grand changement en Europe entre l'époque où chacun essayait de venir apporter quelque chose à la construction européenne et celle dans laquelle nous vivons, où chacun fait de la démagogie à l'usage de sa propre opinion.

Par conséquent, Monsieur le Vice-président, je ne saurais trop vous encourager à tenir bon et à regarder de près les lois en matière de finances, même quand elles dissimulent un certain nombre de chausse-trappes parce que, in fine, la croissance et l'emploi ne viendront que de finances publiques assainies et faites dans un esprit certes d'humanité et de flexibilité, mais sans complaisance.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este relatório representa o primeiro passo de mais um ciclo de inaceitável chantagem económica contra os Estados nacionais e as suas políticas orçamentais. O conteúdo do relatório representa mais um hino às políticas neoliberais que têm estado na base da austeridade imposta aos trabalhadores e aos pobres, ao mesmo tempo que crescem os lucros das grandes empresas.

Em Portugal, as eleições de outubro de 2015 criaram condições para uma alteração de políticas que reverteu muitas medidas impostas pela *troika*, amenizando a austeridade. Apesar de todas as pressões, das ameaças de multas, ou sobre a suspensão dos fundos estruturais, este pequeno alívio de austeridade, com aumento do salário mínimo, das pensões, com a diminuição da carga fiscal sobre o trabalho e, pasme-se, com a suspensão das privatizações, a economia portuguesa não se afundou. O crescimento económico aumenta e o défice das contas públicas melhorou.

Naturalmente que para a Comissão Europeia isto pouco interessa, na medida em que a governança económica que suporta o euro e a UEM representa, acima de tudo, um instrumento destinado a impor a sua agenda neoliberal aos trabalhadores e aos povos.

Patrick O'Flynn (EFDD). – Mr President, the European Semester programme rolls on year after year, always failing to meet its objectives. Eurozone growth crawls along in the slow lane as usual, 0.3% in the three months to September, 1.6% year on year. The EU-wide figures are slightly better thanks mainly to the UK outperforming its continental partners, this in the face of warnings that a Brexit vote would plunge Britain into immediate recession.

During this debate you will focus on many economic indices. I would like you to direct your attention to just one. I will call it the betrayal index because it tracks the lives blighted by youth unemployment. In Britain, with its own currency, the index stands at a bad enough 13%. In most European countries that surrendered their currencies it is far, far worse: 24% in France, 37% in Italy, 43% Spain and Greece. The ideology behind the euro has locked southern Europe into permanent economic stagnation. In these countries, whatever the time of year, it is always the winter semester.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbiamo aspettato anni il giorno in cui un Commissario avesse il coraggio di venire qui e dire: abbiamo sbagliato! L'Europa ha sbagliato: ha sbagliato la politica economica, la politica monetaria, la politica estera. Abbiamo sperato invano che arrivasse quel giorno ma ormai abbiamo smesso di sperare. Allora io chiedo al Commissario ma anche a tutti voi: in questi anni la disoccupazione è diminuita? Rispondo io per voi: no. Il debito pubblico è sceso? No. I cittadini europei sono più ricchi e ottimisti? No, sono più poveri. Avete fatto qualcosa per combattere il terrorismo islamico? No.

E allora noi diciamo no a questa Europa; diciamo no alle vostre folli politiche che ci hanno fatto invadere da migliaia di clandestini. Io voterò no il 4 dicembre. No a quella riforma della Costituzione italiana che farà decidere tutto a voi, alle grandi banche d'affari, alle lobby finanziarie, ai poteri forti che comandano questa «Unione sovietica» europea.

Noi vogliamo essere liberi e padroni a casa nostra, non schiavi di questi burocrati di Bruxelles.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, koordinacija fiskalnih politika i zajedničko djelovanje u okviru Europskog semestra pokazalo se više nego potrebnim za dugoročan i održiv razvoj Europske unije. Važno je nastaviti s pametnom fiskalnom konsolidacijom, poticanjem investicija, provedbom strukturnih reformi i izgradnjom jedinstvenog tržišta. Puno je još prostora za ulaganja i rast, i puno posla pred svima nama, od izgradnje jedinstvenog digitalnog tržišta, energetske unije do poticajnog eko sustava za inovacije i *start-up*-ove.

Želimo Europu koja inspirira, koja je uzor i globalni lider, koja raste puno više od 1 do 2 % godišnje. Za to je potrebno više. Treba nam odlučnija i brža provedba i više zajedništva. Na primjer, sada smo lideri u cirkularnoj ekonomiji. Ali, ako se ne ubrzamo, Kina i SAD će nas prestići jer nove tehnologije postaju jeftinije i dvojba oko konkurentnosti je riješena. A ove države su brže u donošenju regulative i prilagodbi tržištu. Zbog sporosti gubimo. Previše vremena nam treba za novu regulativu koja prati nove trendove, međusektorska povezivanja i nove poslovne modele. Previše vremena nam treba za snažnije povezivanje znanosti i gospodarstva te provedbu ostalih reformi, ključnih za poduzetnike i inovatore. Potpredsjedniče Dobrovskis, zato vas pitam što mislimo u tom dijelu napraviti?

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, signor Vicepresidente, onorevoli colleghi, apprezziamo la raccomandazione della Commissione per una *fiscal stance* moderatamente espansiva dell'area euro. Si tratta di una raccomandazione necessaria che avevamo sollecitato da tempo. L'andamento ancora troppo modesto della ripresa, che rimane esposta all'incertezza economica e politica internazionale, rende evidente il rischio di un circolo vizioso, tra basse aspettative di crescita e bassi investimenti, che può compromettere lo stesso potenziale di crescita e trasformare l'impatto della crisi da ciclico a strutturale. Serve un ruolo maggiore della politica fiscale per stimolare gli investimenti, soprattutto se si vuole, in prospettiva, ricorrere meno allo stimolo della politica monetaria.

A chi parla di allentamento eccessivo delle regole vorrei ricordare 1) che in questi anni il deficit dell'area euro è crollato dal 6,2% all'1,5% in pochi anni; 2) che, semmai, la raccomandazione della Commissione è la prova che le nostre regole devono migliorare, visto che le raccomandazioni specifiche per paese porterebbero a una *fiscal stance* inferiore a quella che la Commissione stessa ritiene necessaria nell'attuale contesto macroeconomico. Occorre quindi lavorare per una capacità fiscale dell'area euro e migliorare le nostre regole, a partire da una revisione della matrice e dall'apertura di un dibattito su un trattamento differenziato tra investimenti e spesa corrente nel patto di stabilità.

Il Parlamento sarà attivamente protagonista in questo dibattito, così come ha contribuito a una scelta saggia che noi salutiamo nei confronti di Spagna e Portogallo.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento))

Gunnar Hökmark (PPE), *blue-card question*. – I asked the leader of the Socialist Group earlier today where he had seen that increased deficits and debt burdens had given rise to growth and jobs instead of more austerity, and he really did not give any examples. So maybe I could ask my colleague here where he has seen that an economic strategy with increasing debts and deficits has given rise to growth and jobs, and not to austerity, because in reality this is what we see. Where we have had lax budget policies, we have seen increasing interest rates and rising unemployment.

Roberto Gualtieri (S&D), *blue-card answer*. – I would like to mention not only the current US economic policy, but also what Germany did at the beginning of the last decade, when it implemented very ambitious structural reform at the same time as fiscal stimulus, one of the elements at the basis of the current very excellent performance and competitivity of the German economy. Both American and European history give excellent examples, and we do not need to be Keynesian. I do not want to be Keynesian. I want to be pragmatic – as you are – to see that in the current macroeconomic context not to accept any kind of fiscal stimulus is not very logical.

Joachim Starbatty (ECR). – *(Der Redner spricht ohne Mikrofon)* … Wachstumsraten der letzten zehn Jahre angeschaut: die EU insgesamt 1,74 %, die Eurozone 0,83 % bzw., wenn man Deutschland und die Niederlande herausrechnet, 0,57 %.

Eben ist ja schon darauf hingewiesen worden, dass alle Länder außerhalb der Eurozone sich besserstehen. Warum ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau gesunken? Sie war in den letzten 25 Jahren noch nie so niedrig wie jetzt. Warum haben wir befriedigendes Wachstum? Warum hat Herr Schäuble einen Haushaltsüberschuss? Ja, das liegt am Wechselkurs. Herr Valli hat es gesagt: Wir haben einen nicht nachhaltigen Wechselkurs, der für die einen Länder zu hoch und für die anderen Länder zu niedrig ist. Und die Konsequenz wäre eine Abwertung der Länder, die den starken Euro nicht aushalten können. Stattdessen machen wir jetzt restriktive Haushaltspolitik, restriktive Lohnpolitik und restriktive Sozialleistungen – das ist die Konsequenz.

Man versucht also, die Abwertung dadurch zu kompensieren, dass man die einzelnen Länder schindet. Das ist nicht der Weg der Zukunft. Ich prognostiziere Ihnen: Wir werden im nächsten Jahre dasselbe Thema in derselben Art und Weise wieder diskutieren, wenn es immer noch diesen Euro gibt.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, the Council, Commission and Parliament have put together new rules for macroeconomic and fiscal coordination within the European Union. I believe these are not the most elegant rules but they are good ones. It is quite important to follow the rules for the time being, instead of trying to find different exemptions, and to explore all possibilities to use the exemptions and flexibility. They do not matter as much as the high level of debt and the deficit because they are, after all, creating great pressure on national budgets, leading to cuts in expenditure, including social expenditure, and an increase in taxation that is harming the economy and increasing unemployment. I believe that, for the time being, it is difficult to argue that an increase in budget deficits will increase economic growth, unlike the good and responsible governance that will create more certainty for economic agents.

Last, but not least, let me talk a little about unemployment. Looking at the recent statistics, I can see that five Member States have unemployment below 5%, 12 below 7%, and still seven above 10%. Among all the groups – you can see small states, big states, eurozone members and non-eurozone members, rich and poor – it shows that this is not a matter of a European economic and social model, but is a matter of responsible and good economic policies. We have a lot of inspiration around us and we should just follow them.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Vice-Presidente Dombrovskis, é realmente extraordinário que algumas vozes da direita neste Parlamento questionem a Comissão, até do ponto de vista legal, por cometer esse crime de propor uma política orçamental moderadamente expansionista, como se a União Europeia estivesse obrigada à austeridade eterna. São os mesmos que diziam que a política monetária expansionista do Banco Central Europeu violava o mandato, que a suspensão dos fundos para Portugal e a Espanha era legalmente obrigatória. Sabemos que nada disso é verdade.

A questão que devemos dirigir à Comissão é o que é que vai fazer para que esta orientação da política orçamental não seja apenas palavras e corresponda à realidade das políticas. Os orçamentos que acaba de viabilizar não garantem esses objetivos, as recomendações que a própria Comissão emitiu em julho não garantem esses objetivos, então o que é que a Comissão pode e vai fazer para que a política orçamental expansionista corresponda à realidade das políticas dos Estados-Membros.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, é preciso credibilizar o Semestre Europeu. Este processo tem de ser levado a sério nas suas múltiplas dimensões e não pode estar a servir, exclusivamente, para o debate político e antes funcionar como um verdadeiro sistema de coordenação ao serviço das populações. Não podemos continuar a assistir a mensagens contraditórias que apenas afastam os cidadãos das instituições europeias.

À segunda-feira os senhores anunciam sanções aos Estados-Membros por incumprimento do défice, mas à terça-feira levantam essas mesmas sanções, lavando as mãos das suas responsabilidades, à quarta-feira elogiam o desempenho económico, mas à quinta-feira criticam as dívidas soberanas, à sexta e ao sábado andamos todos enredados em projeções estatísticas e, felizmente, ao domingo descansamos.

Senhor Comissário, preocupa-me muito esta falta de planeamento, pois são os desempregados, os mais desfavorecidos e especialmente os mais jovens que vão pagar e que vão ser chamados a pagar esta ausência de uma estratégia global que apenas nos apresenta números simpáticos a curto prazo, pondo em causa o modelo social europeu.

Para atingirmos os objetivos da Estratégia 2020, temos de ter uma real coordenação dos indicadores económicos e sociais e investir na produtividade das nossas empresas, não numa perspetiva do aumento do tempo de trabalho, mas na construção de formas novas e inteligentes de trabalho, potenciando o seu capital humano.

Senhor Comissário, que não nos falte ambição e coragem para caminharmos neste sentido.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D). – Señor Presidente, hay compañeros diputados que critican el Semestre. Yo creo que, en una zona monetaria, coordinar el resto de acciones es no solo adecuado, sino altamente necesario. Pero teniendo el instrumento, tenemos que acertar con las políticas, con su orientación y también con su ambición. Y creo que es muy importante, como se marca en la Encuesta Anual de Crecimiento que ha presentado la Comisión, que es necesario hacer una política fiscal más ambiciosa, que la política monetaria no es suficiente.

Pero le falta en su intervención, señor Dombrovskis, algo que para mí es esencial: tener en el corazón de la política europea el empleo, no como una consecuencia, sino como un objetivo, un verdadero objetivo. Necesitamos aumentar la demanda interna, y es necesario para ello aumentar los salarios, unos salarios que en la última década, según datos de Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 % acumulado.

Necesitamos recuperar la dignidad del empleo para volver a vincular a millones de ciudadanos, de trabajadores, con las esencias de su modelo social, porque el empleo es mucho más que una política económica, es el cordón umbilical por el que muchos ciudadanos se sienten o no parte de una sociedad.

Aumentemos los salarios, incrementemos las políticas que coordinan el empleo de calidad y demos también una razón de esperanza, dentro del marco del Semestre Europeo, a millones de ciudadanos que quieren empleo, pero lo quieren de calidad y con decencia en sus salarios.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Die Kommission spricht ja auch in ihrem Papier von einem magischen Dreieck der Wirtschaftspolitik und fordert die Mitgliedstaaten auf, in den drei Bereichen zu investieren. Sie versteht darunter die Investitionsförderung, die Fortsetzung von Strukturreformen und die Sicherstellung verantwortungsvoller Haushaltspolitik. Ich möchte die Kommission bitten, quasi das magische Dreieck noch zu ergänzen durch einen vierten Punkt, nämlich die Entbürokratisierung. Ich spreche hier vorwiegend auch als ein Kollege, ein Abgeordneter für den ländlichen Raum, und wenn man sich anguckt, warum im ländlichen Raum manche Dinge nicht vorwärtsgehen, dann geht es vordergründig um Klein- und Kleinstunternehmer.

Wir sind uns einig: Arbeitsplätze werden ja von Unternehmern geschaffen, und die meisten Kleinunternehmer – wenn sie denn schon innovative Ideen haben, und die haben genügend unternehmerische Ideen – scheitern dann oftmals an der Bürokratie. Das heißt, der Aufwand, Investitionsförderung zu bekommen, der Kontrollaufwand ist nach wie vor viel zu groß. Hier muss man deutlich eine Entbürokratisierungskampagne für den ländlichen Raum starten, denn der ländliche Raum kann ja nur funktionieren, wenn regionale Wirtschaftskreisläufe entstehen. Der ländliche Raum ist kleinteilig geprägt, und er ist auch geprägt von Kleinunternehmen. Wir brauchen diese Unternehmen, wir brauchen diese Ideen, und das darf ganz einfach nicht im Bürokratiedschungel untergehen. Also ich möchte – ein bisschen im Gegensatz zu meinen Vorrednern – auch die These verbreiten, dass es nicht nur am Geld scheitert. Es scheitert manchmal auch an zu hohen bürokratischen Hürden.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, I think it is counterproductive to refer to Brexit and the Trump election as a sign of the times that justifies reconsideration of policies followed on the European Semester rules. These rules were defined technically, even when sometimes they were interpreted politically. They helped prevent a recurrence of 2008 but they have not led to a stable, significant and sustainable recovery in Europe. They failed technically and this is generating a political backlash. Employment remains at historically low levels, economic growth anaemic. Investment has not revived in the public and private sectors. The rules embedded in the European Semester process are the main contributors to this state of affairs. They were defined in a period when the situation was completely different to the one we are in now. The benchmarks they set no longer fit our circumstances. Some of them were anyway set arbitrarily and had no logical or existential justification. The rules themselves were instrumental in driving down public investment. In turn private investment, which piggy-backs on public investment, was negatively affected. What is urgently needed in Europe is a recognition that, independently of Brexit and Trump, the rules set by the Stability and Growth Pact should be revised.

Paul Tang (S&D). – We hebben één munt. Dat vraagt ook één beleid. Ik ben ook blij dat de Commissie kijkt naar het effect van de begrotingssaldi op de eurozone als geheel. Is het stabiliserend of juist niet? De Commissie concludeert en adviseert bovendien dat er 50 miljard euro extra uitgegeven moet worden. Daaruit blijkt dat de Commissie een nieuwe koers is ingeslagen en dat is ook terecht. Investeringsuitgaven zijn nodig voor economische groei, nu en later, en zeker Nederland en Duitsland hebben ruimte. Het is een nieuwe koers die niet door iedereen wordt gevolgd. Wolfgang Schäuble heeft al een brandbrief geschreven en schijnt dat advies naast zich neer te leggen, ondanks de historisch lage rente. Maar hij blijft alleen achter. Hij doet steeds meer denken aan de oude gierigaard Scrooge uit het kerstverhaal van Dickens. Het is binnenkort Kerstmis en ik blijf nog steeds hopen dat Wolfgang Schäuble en de haviken tot inkeer komen.

Hugues Bayet (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, je me réjouis évidemment de la décision de la Commission de desserrer un peu l'étau pour soutenir la croissance.

Il est clair que le fait de renoncer à sanctionner l'Espagne ou le Portugal, par exemple, va permettre à ces pays de pouvoir repartir d'un meilleur pied. Néanmoins, plusieurs rapports d'experts nous signalent que, pour revenir au niveau de la croissance d'avant la crise, il nous faudra encore de nombreuses années, la reprise n'étant prévue que timidement pour 2018.

Par conséquent, en appelant à une politique budgétaire expansionniste dans la zone euro, nous espérons évidemment que cela permette une relance plus rapide et plus importante de l'économie. C'est d'ailleurs ce que disait le président Barack Obama en octobre dernier. Ce que nous subissons encore à l'heure actuelle, c'est la résultante des mesures d'austérité qui ont été prises par le passé par l'Union européenne. La preuve, c'est qu'aujourd'hui les Américains ont enchaîné sept années de croissance, alors que l'Europe est toujours confrontée à une reprise économique faible et fragile.

Un assouplissement des mesures d'austérité doit donc aller de pair avec un plan d'investissement public qui soit plus ambitieux que le plan proposé par la Commission. Le plan Juncker est certes une première étape importante, mais il doit être accompagné d'un plan d'investissement public productif digne de ce nom, si l'on veut vraiment relancer l'économie et soutenir les entreprises.

Procedura «catch-the-eye»

Patricija Šulin (PPE). – Pri obravnavi sprejetja sklepa o svežnju evropskega semestra, vključno z raziskavo o letni rasti za leto 2017, je zelo pomembno vprašanje, ali se učinkovito uporabljajo veljavna pravila pakta za stabilnost in rast in ali se je okrepila povezava med strukturnimi reformami, naložbami in fiskalno odgovornostjo.

Dvig gospodarske rasti je na evroobmočju še vedno prenizka, da bi lahko govorili o prepotrebnem večjem ustvarjanju delovnih mest, predvsem za mlade. Učinkoviteje bo potrebno spodbujati izvajanje strukturnih reform, spodbujati naložbe, zlasti v okviru novega Evropskega sklada za strateške naložbe, in bolje upoštevati gospodarski cikel v posameznih državah članicah.

V skupini držav, kjer obstajajo tveganje neskladnosti proračunskega načrta za leto 2017 s pravili, so poleg Slovenije iz preventivne faze še Belgija, Italija, Ciper, Litva in Finska. Prav tako tveganja neskladnosti ugotavlja Komisija v Španiji in na Portugalskem. Konsolidirani bruto dolg slovenske države je konec leta 2015 znašal 32 milijard evrov, oziroma 83 % bruto domačega proizvoda. Tako visok javni dolg vsekakor ne more prispevati k zvečanju novih delovnih mest in dvigu gospodarstva.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, voi începe intervenția mea cu două cuvinte esențiale: responsabilitate socială. Dacă politica Europei nu se va subordona acestei necesități, nu vom avea șansa de a rămâne o Europă unită, nu vom putea fi competitivi pe piața globală.

Domnul Stiglitz ne explica științific că pragul de deficit de 3 % și datoria publică de 60 % sunt luate din aer. Nu este niciun calcul care să demonstreze că 3 % este pragul optim. Am lucrat în industrie și știu ce înseamnă deficit, știu ce înseamnă investiții. Când faci investiții este nevoie să crești deficitul. Important este însă să faci investiții operative și inteligente, care să îți acopere în etapa următoare deficitul. Aceasta este cheia rezolvării, asigurând locuri de muncă, calitatea vieții. Trebuie să stimulăm IMM-urile, dezvoltarea rurală și agricultura.

Domnule comisar, este nevoie și de responsabilitate financiară. Trebuie urmărită evaziunea fiscală și toate sustragerile de la plățile către buget. Avem nevoie însă de instituții care să susțină moneda euro, pentru că, altfel, nu putem să coordonăm 19 state cu aceeași monedă.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la fragile ripresa fatta registrare dall'Europa nell'ultimo anno, con il PIL di nuovo ai livelli pre-crisi, non deve trarre in inganno: i livelli di disoccupazione e povertà rimangono troppo elevati in molte regioni d'Europa e i livelli di disuguaglianza riducono le potenzialità di crescita.

Non condivido l'invito del Presidente Juncker agli Stati con meno margini di bilancio a portare avanti un risanamento di bilancio favorevole alla crescita. Porre limiti agli investimenti per la crescita in alcuni Stati e consentirli pienamente in altri non farà altro che aumentare le disparità economiche all'interno dell'Unione europea.

Faccio l'esempio del mio paese, l'Italia, che nell'ultimo anno ha registrato due gravissimi terremoti e che ogni anno destina all'immigrazione circa 6 miliardi di euro del proprio bilancio: adottare per tutti gli Stati membri la stessa ricetta economica, senza tener conto delle peculiarità di ognuno di essi e del loro particolare periodo storico, non vuol dire errare ma perseverare nell'errore, il che è diabolico.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η Επιτροπή συνεχίζει δογματικά την πολιτική της εμβάθυνσης, του νεοφιλελευθερισμού και της λιτότητας αδιαφορώντας για το γεγονός ότι έτσι οδηγεί μεγάλα τμήματα του πληθυσμού στη φτωχοποίηση. Πώς αλλιώς να αντιληφθούμε τους διθυράμβους στα σχόλια για την απασχόληση που περιλαμβάνονται στη δέσμη μέτρων του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου;

Προφανώς για την Επιτροπή αποτελεί επιτυχία να ευημερούν οι αριθμοί και όχι οι πολίτες. Στις χώρες του Νότου οι ανισότητες αυξάνονται. Η φτώχεια πλήττει πάνω από το 20% του πληθυσμού, ενώ το ποσοστό αυτό είναι 27,3% στην Ισπανία, 28,5% στην Ιταλία, 27,8% στην Κύπρο, 37,5% στην Ελλάδα.

Την ίδια στιγμή η ανεργία των νέων συνεχίζει να καλπάζει. Στις παραπάνω χώρες το ποσοστό των άνεργων νέων ξεπερνά το 30%. Πιο τραγική είναι η περίπτωση της Ελλάδας όπου το ποσοστό των άνεργων νέων φτάνει στο 52,4%. Οι πολιτικές της λιτότητας και των μνημονίων του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου δεν είναι τίποτε άλλο παρά μια ανελέητη επίθεση ενάντια στους εργαζόμενους και ενάντια στην κυριαρχία των λαών της Ένωσης.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, first of all I would like to thank you very much for this debate on the European Semester and to recall, really, that the main aim of the European Semester and the economic policy priorities which we are setting within the Semester is to strengthen the EU's economic recovery and make it more sustainable.

That is why we need to see the measures we are taking as a package of measures and not just pick one or another or a third element and discuss that without an overall context. That is why I would re-emphasise that there is a triangle of measures, a triangle of priorities, which we are proposing and all of those priorities are important: namely, to facilitate investment, to pursue structural reforms to modernise our economies, and to continue with responsible fiscal policies. And all of those elements are important if we are to ensure sustainable economic recovery.

Something which is also important in the context of the European Semester is ownership by the Member States. That is why we need to have a deeper engagement with the Member States, but also with the social partners and other stakeholders in Member States so that we really see that our policies are followed through. And nowhere will we see it better than in the context of the implementation of country-specific recommendations. There have been many debates, also in this Parliament, on the level of implementation of country-specific recommendations. We discussed it last month and once again we see somewhere between limited and some progress in implementation. So certainly more work is needed in this regard.

Then a number of questions were asked on the Communication on a positive fiscal stance for the euro area, including its legal basis. And there I would just reiterate what is said in the Communication itself, and which I also outlined in the introductory statements, namely that such orientation should build on the legal framework set by the Stability and Growth Pact and take into account broader fiscal sustainability concerns.

This is something which is very clearly outlined in the Communication itself, so the main logic is indeed that those Member States which are in excessive deficit will still need to pursue the adjustment path towards medium-term budgetary objectives in the preventive arm of the Stability and Growth Pact and should continue to do so, whereas those Member States which have fiscal space should utilise it to stimulate the demand side of the economy and in particular to stimulate investment. So that is the overall logic of this proposal.

A number of other questions were raised, including on how to motivate Member States, and I think once again that this motivation is first and foremost with engagement of Member States and strengthening their ownership on quality of public spending. This is something we also agree on and underline in our Communication: that the quality of public spending is as important as its quantity.

A question was raised on climate change objectives. This is also reflected, for example, through our work on investment, on the European Structural Investment Fund where 20% is now earmarked for sustainable – sustainable from an elemental point of view – development on reducing bureaucracy. This is also an important work strand which we are pursuing, among other things, through our REFIT initiative and a number of sector-specific simplification proposals which we are putting forward.

So once again, when we are working we always have to keep our mind on the main goal: to strengthen Europe's economic recovery and to make it more sustainable. And I am looking forward to constructive cooperation with this Parliament towards the next steps of the European Semester.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A versenyképesség fokozása és a gazdaság fejlesztése a beruházások ösztönzését kívánja meg. A Bizottság beruházási terve három év alatt legalább 315 milliárd euró összegű pótlólagos beruházás mozgósítását, valamint a beruházások válság előtti szintre való visszaállítását irányozta elő. Bár a Bizottság az Európai Stratégiai Beruházási Alap sikerességét igyekszik bizonyítani, én fontosnak tartom hangsúlyozni, hogy az Alap több problémát is felvet. Egyrészt minden, az uniós költségvetésből úgymond kiszervezett pénzügyi forrás, pénzügyi eszköz esetében csökkennek az uniós intézmények ellenőrzési jogosítványai, emellett nem ismertek az esetleges piactorzító hatások. Másrészt a források elnyerésének feltételei, kritériumai a többi végrehajtási területhez képest jóval átláthatatlanabbak, amit a banktitokra való hivatkozás csak tovább erősít.

Továbbá elmondható, hogy a Beruházási Alap megközelítése szigorúan a projektek pénzügyi megtérülésére koncentrál, figyelmen kívül hagyja a tágabb vagy áttételes társadalmi-gazdasági-politikai szempontokat. Az európai beruházások támogatásához nélkülözhetetlennek tartom a beruházási környezet javítását. Fokoznunk kell a szabályozási környezet kiszámíthatóságát, bővíteni és diverzifikálni kell a finanszírozási forrásokat, csökkenteni kell az adminisztratív terheket, továbbá azonosítanunk kell azokat a további kihívásokat, melyek leginkább gátlói a befektetések fellendülésének.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A válság óta a beruházási adatok igen eltérő képet mutatnak. Sajnos a szemeszterről szóló javaslatok tárgyalása során bebizonyosodott, hogy a beruházásokat továbbra is szabályozási és nem szabályozási jellegű kihívások is nehezítik. Ezért is fontos megemlítenünk, hogy a beruházásokat hátráltató kihívások azonosítása és felszámolása mindenképp részét képezzék azoknak az erőfeszítéseknek, melyek a keretfeltételek javítását, valamint adminisztratív akadályok visszaszorítását és a szabályozásból fakadó szűk keresztmetszetek felszámolását célozzák. Üdvözlöm azt, hogy az Európai Bizottság ebben a ciklusban ismételten elkezdte feltérképezni azon szakpolitikai területeket és eszközöket, amelyek áttekintéssel szolgálhatnak a beruházásokat nemzeti szinten hátráltató legfontosabb kihívásokról.

Úgy vélem továbbá, hogy az éves növekedési jelentésben is megállapított kihívások elemzésének azonban mindenképp folytatódnia kell az európai szemeszter keretében. Úgy vélem, itt az ideje, hogy újra párbeszédet kezdeményezzünk a tagállamokkal – többek közt a Tanácson és a Tanács bizottságain belül folytatott tematikus megbeszélések formájában – ezeknek a kihívásoknak és a kihívások leküzdését szolgáló esetleges lépéseknek, intézkedéseknek az azonosítása céljából, különben az európai szemeszter folyamata nem tudja betölteni majd azt a szerepet, amelyet neki szántunk megalkotásakor.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Ich begrüße die grundsätzliche Stoßrichtung für die wirtschaftspolitische Ausrichtung 2017. Mehr und mehr sieht die Kommission ein, dass der bisher streng verfolgte Sparkurs ein neoliberaler Irrweg ist. Soziale Gerechtigkeit und Investitionen sollen – laut den Plänen der Kommission – im nächsten Jahr im Vordergrund stehen. Schöne Worte reichen aber nicht aus: Hinter der richtigen Analyse für das Euro-Währungsgebiet steht nach wie vor die falsche regelgebundene Politik. Ein Mehr an Investitionen kann nicht funktionieren, wenn sich die Länder weiterhin an die strikten Regeln des Stabilitätspakts halten müssen. Um die Wirtschaft anzukurbeln, dürfen Investitionen in die Zukunft, etwa Ausgaben für Bildung, nicht länger von den strengen Fiskalregeln erfasst sein. Aus der Krise können wir uns nicht herausparen. Genauso wenig können wir die Nachfrage ankurbeln, wenn die Löhne stagnieren. Europaweit müssen die Löhne im gleichen Ausmaß wie die Produktivität und Inflation wachsen. Es braucht eine wirtschaftspolitische Ausrichtung der Union, die sich nicht an starren Wachstumsraten orientiert. Das Wohlergehen der Bevölkerung muss stattdessen in den Vordergrund gerückt werden.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Me alegra ver que la Comisión Europea está, lentamente, pero espero que con paso seguro, cambiando la política económica, adaptándola a las necesidades reales de la Unión. Espero que el paquete del Semestre Europeo 2017 sea el primer paso de muchos en este sentido. Por un lado, ha reconocido, gracias a los esfuerzos del Parlamento Europeo, que no se les deben suspender los fondos estructurales a España y Portugal. Lo contrario no sólo habría sido una irresponsabilidad, sino profundamente injusto para con una ciudadanía que ya ha sufrido lo indecible. Por otro lado, la Comisión por fin pasa a una política fiscal expansiva para la zona euro, pidiendo a los países con excedentes presupuestarios más inversión. Y se hace una apuesta todavía más fuerte por el Plan de inversiones. Pero desgraciadamente sigue faltando algo esencial: la creación de empleo de calidad con salarios dignos. Necesitamos aumentar la demanda interna, y para ello debemos aumentar los salarios que, en la última década, según Eurostat, han visto reducido su poder adquisitivo en más de un 10 %. Sólo poniendo la lucha contra las desigualdades en el corazón del Semestre europeo podremos construir una Europa más fuerte y más social bajo los escombros del populismo y la austeridad.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

(The sitting was suspended for a few moments)

3. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (Aussprache)

President. – The next item is the report by Emmanuel Maurel, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on the proposal for a Council directive amending Directive 2011/16/EU as regards access to anti-money-laundering information by tax authorities (COM(2016)0452 – C8-0333/2016 – 2016/0209(CNS)) (A8-0326/2016).

Emmanuel Maurel, *rapporteur.* – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, l'impôt est demeuré trop longtemps la variable d'ajustement de ceux, individus et multinationales, qui tirent profit de la mondialisation. Les États, trop longtemps aussi, ont détourné les yeux de ce que nous pourrions appeler «un délit de fuite en matière fiscale».

Le système financier international mais aussi les relations commerciales – nous en avons souvent parlé ici – sont parcourus de gigantesques flux de blanchiment d'argent et d'évasion fiscale. Les deux phénomènes empruntent souvent les mêmes canaux, et seuls de grands efforts en matière de transparence permettent de lutter contre ces fléaux pour les recettes publiques. C'est précisément cet esprit qui a guidé le projet de réforme dont nous débattons aujourd'hui.

D'abord, une amélioration substantielle va être apportée à la politique européenne en la matière avec la nouvelle directive contre le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme. Elle va fournir de nouveaux outils, parmi lesquels – et c'était très attendu – un registre central et complet de tous les bénéficiaires effectifs des sociétés et des trusts. Ces informations seront collectées dans chaque État par des unités de renseignement spécifiques.

Dans un souci de clarté et d'efficacité que nous, parlementaires, partageons, la Commission, en la personne de Pierre Moscovici – dont je salue ici les efforts jamais démentis avec les parlementaires pour essayer de lutter contre ce fléau de l'évasion fiscale –, a estimé que les autorités fiscales de chaque État devaient avoir un accès direct et horizontal à ces données, et en particulier au registre central que j'évoquais précédemment. C'est donc cette mesure qui est débattue aujourd'hui et qui va être mise en œuvre dans le cadre de la directive de coopération administrative de l'Union. L'initiative mérite d'être soutenue. Il va de soi que nos administrations fiscales, dans le cadre de leurs enquêtes, doivent pouvoir disposer directement des informations nécessaires à leurs enquêtes.

Avec les collègues de la commission ECON, nous avons tenu à garantir cet acquis, mais nous voulons ajouter un point supplémentaire. De l'avis unanime, et comme la Commission elle-même l'admet dans ses communications, face à ces phénomènes d'essence mondialisée, l'arme la plus efficace pour nous, c'est l'échange automatique et obligatoire des informations entre les États. J'ai souhaité, avec tous les rapporteurs fictifs que je remercie ici, que nous proposions le partage des informations entre les États européens.

Un exemple très simple permet de se représenter l'enjeu qui est capital. Pour poursuivre les cas d'évasion fiscale des contribuables français ou allemands, par exemple, les autorités fiscales de nos pays ont un besoin crucial de savoir s'ils se cachent derrière des trusts ou des sociétés boîte aux lettres dans un autre État membre. Il est donc important que cet autre État membre ait accès à ces informations et les donne à la France ou à l'Allemagne. Ce n'est que comme cela que nous pourrons lutter efficacement, bien entendu, contre l'évasion fiscale. Ce projet rend donc aussi la réforme cohérente avec son instrument, la directive de coopération administrative, qui est un instrument de partage d'informations entre États. Voilà pour le progrès, voilà ce que nous vous proposons.

J'ajouterais quand même un dernier point. En matière fiscale, vous le savez, c'est toujours le Conseil qui a le dernier mot. Autant les Vingt-huit ont un mal fou à se mettre d'accord pour une politique généreuse d'accueil des migrants, autant, quand il s'agit de fiscalité, systématiquement les membres du Conseil s'arrangent pour prendre position avant le Parlement de façon à négliger notre avis et la position des parlementaires européens. Je pense qu'il faut que cela cesse et, si le vote est le plus unanime possible – c'est ce que je souhaite –, nous enverrons alors un message clair au Conseil. Il est temps de réaffirmer devant nos concitoyens, qui sont légitimement scandalisés par ce qui se passe avec les affaires

d'évasion fiscale, que nous avons envie de faire de ce combat pour une redistribution plus juste une priorité absolue. Merci, chers collègues, et merci aussi aux rapporteurs fictifs qui nous ont bien aidés.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Monsieur le Rapporteur Emmanuel Maurel, Mesdames et Messieurs les députés, permettez-moi d'abord d'adresser mes félicitations très sincères au rapporteur et à l'ensemble de celles et ceux qui ont été impliqués dans l'élaboration de ce rapport parce que le travail qui a été fait a été très rapide, il est de très grande qualité et il permettra de très grands progrès.

Il ressort clairement du débat public, comme cela a été dit par Emmanuel Maurel dans son introduction, que l'équité, l'égalité de traitement et la justice sociale sont des demandes très fortes de nos concitoyens, à la fois au niveau national et au niveau européen. La fiscalité est un des domaines où la justice est absolument nécessaire. C'est encore plus vrai après les récents scandales que nous avons connus – je pense aux derniers en date, les *Panama papers* ou les *Bahamas Leaks* –, qui ont révélé que, malgré les progrès que nous avons réalisés, notamment en matière de transparence fiscale, les fraudeurs et tous ceux qui cherchent à échapper à l'impôt peuvent toujours se cacher derrière l'opacité de structures offshore et de trusts pour contourner les règles et pour éviter toute taxation, ce qui est tout simplement odieux pour nos concitoyens aujourd'hui.

Cette Commission, vous l'avez mentionné – je vous remercie de l'avoir souligné, Monsieur le Rapporteur –, a fait un pas que je qualifierais de gigantesque en matière de fiscalité en présentant et en faisant adopter des propositions concrètes pour améliorer justement la transparence et la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales, à la fois des individus et des sociétés.

L'Union a fait de la transparence son étendard. Nous sommes là des pionniers dans la mise en œuvre des standards internationaux. J'en parlais hier soir avec le secrétaire général de l'OCDE, M. Gurría, et tous nos États membres se sont engagés dans ces nouvelles initiatives. Après l'échange automatique des données financières, ce qu'on appelle DAC 2, des rescrits fiscaux, DAC 3, et des rapports pays par pays, DAC 4, la prochaine barrière à faire tomber est celle de la transparence en matière de bénéficiaires effectifs. Il s'agira de DAC 5. Le G20 le reconnaît aussi et il a appelé à prendre des mesures à ce sujet.

Les informations sur les bénéficiaires effectifs dont nous parlons aujourd'hui sont indispensables dans la lutte contre la corruption et contre son corollaire, le blanchiment d'argent. La directive qui est sur la table nous permet de progresser. Une fois adoptée, elle donnera aux autorités fiscales l'accès, tellement nécessaire, aux informations sur les bénéficiaires effectifs de ces structures opaques et de ces trusts aux activités mal connues. Les autorités fiscales de chaque État membre seront capables d'accéder aux données qui sont pour le moment collectées dans le cadre des règles européennes contre le blanchiment, en particulier aux informations résultant des obligations de vigilance à l'égard de la clientèle et aux informations contenues dans les registres nationaux des bénéficiaires effectifs. Avec l'accès à ces informations, les autorités fiscales seront en mesure d'identifier qui se cache effectivement derrière une société ou une structure opaque et de réagir rapidement aux situations de fraude et d'évasion fiscale.

Cet accès permettra un véritable bond en avant dans la coopération fiscale transfrontalière au sein de l'Union européenne et donnera un outil précieux aux États membres qui en ont besoin pour protéger l'intégrité de leurs systèmes fiscaux et pour lutter contre la fraude et les montages d'évasion fiscale.

J'en viens maintenant au rapport de M. Maurel et aux amendements adoptés par la commission des affaires économiques et monétaires. C'est vraiment un excellent rapport qui reconnaît la directive comme une étape majeure dans l'avancement de notre combat et je m'en félicite grandement.

Ce rapport propose un certain nombre d'amendements. Je reviens brièvement sur certains d'entre eux sans être exhaustif, en premier lieu pour souligner que, dans de nombreux cas, la Commission est tout à fait d'accord avec les évolutions suggérées. En second lieu, nous sommes d'avis que les objectifs poursuivis par certains amendements seraient mieux traités dans le cadre d'autres initiatives. Je vais prendre deux exemples, si vous le permettez, Monsieur le Rapporteur. Plusieurs d'entre vous ont appelé à étendre davantage le champ de cette directive et à la rendre plus ambitieuse encore. Je note ainsi particulièrement la demande de prévoir, dès à présent, un échange automatique des informations sur les bénéficiaires effectifs. Comme vous, je considère que les fraudeurs exploitent nos frontières internes et donc que la transparence doit s'appliquer au-delà de nos frontières.

Dans sa communication du 5 juillet, la Commission s'est donc engagée à examiner comment un accès transfrontalier aux informations nationales des États membres sur les bénéficiaires effectifs des sociétés trusts peut être fait et ce, en toute sécurité. Cette question sera couverte par une proposition distincte, dès que davantage d'informations seront disponibles sur le projet pilote du G5 et en prenant en considération les développements internationaux. Dans cette perspective, il faudra aussi – c'est ma deuxième remarque – prendre en compte le résultat des discussions sur la proposition de révision de la quatrième directive contre le blanchiment qui comprend déjà l'interconnexion des registres des bénéficiaires effectifs dans l'Union européenne.

Ces remarques ne remettent pas en cause la plupart des amendements mais suggèrent une démarche qui, dans le même esprit, avec le même objectif, peut être un peu différente ou qui, en tout cas, utilise des véhicules complémentaires.

Notre travail est loin d'être terminé. En réalité, il ne le sera jamais, mais nous devons être dans la course car l'imagination de ceux qui veulent frauder ou de ceux qui pratiquent la planification fiscale agressive ne s'arrête pas.

Vous connaissez mon engagement personnel, ma conviction: c'est que cette révolution de la transparence dans laquelle nous sommes ne fait que commencer. La Commission se réjouit et je me réjouis personnellement du soutien constant du Parlement européen, de son action déterminée sur ces questions de transparence et de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales.

Ensemble, je crois que nous sommes vraiment en train de faire bouger les choses dans un domaine où nos concitoyens perçoivent à la fois la nécessité et l'utilité de l'Europe. Dans ces temps compliqués, il n'y en a pas tant que cela. Raison de plus pour poursuivre et tirer ce fil jusqu'au bout.

Tom Vandenkendelaere, *namens de PPE-Fractie.* – Sterkere samenwerking en afdwingbare internationale afspraken zijn het enige effectieve antwoord op de angst die globalisering en internationalisering heeft losgemaakt. Alleen zo zullen we onze manier van leven en onze sociale welvaartsstaten kunnen beschermen. Daar ben ik echt van overtuigd. Een goed voorbeeld daarvan is fiscaliteit. Enkel door samen te werken kunnen we het net rond belastingontduikers en belastingparadijzen sluiten en agressieve belastingplanning aanpakken.

De laatste jaren leek ook op wereldniveau het besef gegroeid te zijn dat er minstens grenzen moeten worden gesteld aan de moordende belastingconcurrentie waarmee landen elkaars inkomsten afsnoepen, maar met Trump als toekomstig *tax evader in chief* en de Britten in *Brexit rules the waves*-modus dreigt de internationale beweging tot een abrupt einde te komen. Net daarom moet de Europese Unie haar verantwoordelijkheid opnemen en haar rol inzake fiscale samenwerking en transparantie voluit op zich nemen, zowel op wereldniveau als binnen onze eigen interne markt.

Het wetsvoorstel van vandaag vult daarbij een kleine maar belangrijke lacune in de bestaande samenwerking inzake belastingzaken tussen lidstaten en zal helpen om ondoorzichtige tussenconstructies à la Panama Papers bloot te leggen. Toch is er nog veel meer nodig om echte fiscale rechtvaardigheid binnen de Europese Unie tot stand te brengen. Ik denk daarbij ten eerste aan de gemeenschappelijke lijst met belastingparadijzen. Die mag absoluut geen afgezwakt compromis worden en moet gepaard gaan met reële sancties. Ten tweede denk ik aan de belastbare grondslag voor de vennootschapsbelasting. Die moet worden geharmoniseerd binnen Europa. Ten derde moet de *race to the bottom* inzake tarieven voor de vennootschapsbelasting een halt toegeroepen worden.

Voorzitter, collega's, de democratie staat onder druk op alle beleidsniveaus, zowel supranationaal als nationaal, door de toegenomen ongelijkheid en opdeling in onze westerse maatschappijen. Laten we onszelf alstublieft niet wijsmaken dat we die onvrede gaan oplossen met de oude nationale recepten van belastingsoevereiniteit waarmee we onder elkaars duiven schieten tot er niets meer overblijft om te herverdelen en beleid te voeren.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement)

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru"*. – Stimate coleg, în primul rând vreau să subliniez că avem aici un raport bun și sunt de acord cu ce a spus raportorul nostru. Dar, dumneavoastră, între altele, ați spus că trebuie să limităm impozitarea. Sunt de acord cu lupta împotriva evaziunii, dar nu am înțeles cum doriți să limităm impozitarea atât timp cât, în contextul subsidiarității, problema fiscală aparține statelor membre? Poate ne explicați.

Tom Vandenkendelaere (PPE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Ik wil vooral benadrukken dat we in Europa allemaal veel sterker moeten samenwerken. De prioriteit van de Europese Commissie, maar ook van ons als Europees Parlement, ligt nu bij het opstellen van de gemeenschappelijke lijst van belastingparadijzen, bij het koppelen van sancties aan deze lijst en bij die CCCTB. Een volgende discussie die ooit kan worden gevoerd, kan inderdaad gaan over het opleggen van een limiet, maar dan moeten we daarover hier in dit Parlement een akkoord vinden. Ook de lidstaten onderling, die hierover met unanimiteit eventueel kunnen beslissen, moeten daarover een akkoord kunnen vinden.

Peter Simon, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Zunächst einmal auch von meiner Seite herzlichen Dank an unseren Berichterstatter für einen wirklich aussagekräftigen Bericht, der deutlich hervorhebt, wie wichtig Transparenz in diesem Feld ist.

Transparenz: Eine der Hauptforderungen, wie wir sie in den Ergebnissen der TAXE-Sonderausschüsse zu Lux Leaks gefordert haben, wie wir sie jetzt in dem Panama-Papers-Untersuchungsausschuss fordern. Aber Transparenz werden wir in diesem Bereich hier nur erreichen, wenn wir den Austausch über die wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen so gestalten, dass tatsächlich in allen Mitgliedstaaten erkennbar ist, wem denn eine Firma gehört.

Ich verstehe, Kommissar Moscovici, dass Sie auf die Revision der vierten Geldwäscherichtlinie verweisen, aber das hilft uns im Moment nicht. Wir wissen nicht, ob sie in dieser Form und wie sie wann kommt. Ich bin bei Ihnen, dass, wenn wir eine Vernetzung der Unternehmensregister haben, ein automatischer Austausch der Informationen vielleicht hinfällig wird. Aber das ist nur ein Vielleicht. Wir sollten deswegen an dieser Stelle des Verfahrens darauf pochen, dass wir zu einem automatischen Informationsaustausch zu den wirtschaftlich Berechtigten von Unternehmen zwischen den Mitgliedstaaten kommen.

Denn wenn sie hier zu nichts verpflichten, dann, sage ich Ihnen voraus, wird dasselbe passieren, was bei der Frage des Informationsaustauschs zu Steuervorbescheiden – *tax rulings* – multinationaler Unternehmen passiert ist. Über Jahrzehnte waren die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Informationen auszutauschen. Haben sie es gemacht? Nie haben sie es gemacht. Nur die Verpflichtung zum Austausch bewegt Mitgliedstaaten, sich wechselseitig Informationen zukommen zu lassen – Informationen, die notwendig sind, um Steuerbetrug zu bekämpfen, Informationen, die notwendig und zwingend sind, um gegen Geldwäsche vorzugehen. Deswegen sollten wir an dieser Stelle ehrgeiziger sein. Deswegen sollten wir versuchen, Mitgliedstaaten auch hierzu zu verpflichten. Denn nur Transparenz garantiert uns, dass wir hier zu mehr Fairness im Steuerbereich kommen, zu weniger Geldwäsche, und wer Transparenz abschwächt, spielt der Schattenwirtschaft, der Geldwäsche in die Hände.

Pirkko Ruohonen-Lerner, *ECR-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, komission esitys uudeksi rahanpesun vastaiseksi direktiiviksi on hyvä, samoin esittelijä Maurelin mietintöluonnos. Haluaisin kuitenkin kiinnittää huomiota kahteen asiaan.

Ensiksi trusteista, joiden tärkeys on tiedostettu jo aikaisemmin käytetyissä puheenvuoroissa, mikä on erittäin hyvä. Vaikuttaa siltä, että esityksessä on edelleen porsaanreikiä, kuten mahdollisuus merkitä yritysten johtajia omistajiksi, jos todellisia omistajia ei ole tiedossa. Lisäksi omistusten piilottaminen olisi jatkossakin mahdollista trustien avulla, jos niiden edunvalvojat ovat vaikkapa Panamalla tai muissa EU:n ulkopuolisissa veroparatiiseissa.

Toinen huolenaiheeni liittyy listattujen osakkeiden omistukseen, josta on keskusteltu liian vähän rahanpesun torjunnan yhteydessä. Monet EU-maat käyttävät osakkeiden omistukseen hallintarekistereitä, joissa todellisten omistajien tunnistaminen riippuu täysin niitä hallinnoivista pankeista. Usein on mahdollista käyttää välikätenä lisäksi etävälittäjiä, jotka voivat sijaita toisissa EU-maissa. Kun näitä etävälittäjien kautta tehtäviä omistuksia ketjutetaan, kasvaa riski siitä, että todellisten omistajien tunnistaminen ei toimi niin kuin pitäisi.

Paras vaihtoehto on osakkeiden suora omistamisen malli, jossa omistajat kirjataan keskitettyyn julkiseen rekisteriin. Työtä tulisi tehdä sen puolesta, että tästä saataisiin yleiseurooppalainen malli.

Nils Torvalds, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman, bästa vice ordförande Moscovici, bästa föredragande! Vi har framför oss ett någorlunda hyggligt betänkande som vår grupp kommer att understödja, men samtidigt kan jag inte låta bli att påpeka att om kommissionen och rådet hade lyssnat på parlamentet för två år sedan när detta ämne behandlades förra gången, så hade vi varit betydligt längre i denna fråga.

Sedan kan jag inte låta bli att påpeka att detta förslag kom från kommissionen efter terrordåden i Paris. I det skedet hade kommissionen antingen ingen aning eller ville inte känna till att vi faktiskt har ett allvarligt penningtvättsproblem i Europa.

Ett av de hål genom vilka pengarna slinker handlar egentligen om kasinon, i synnerhet kasinon i de södra delarna av Europa. Mellan 60 och 80 procent av pengarna som rullar i kasinona har vi ingen aning om varifrån de egentligen kommer. När vi samtidigt vet att de som sköter spelborden har en andel i den penningmängd som går igenom kasinot så förstår vi att det inte heller finns någon större lust att kontrollera varifrån pengarna kommer. Av den orsaken tror jag att kommissionen borde ta en allvarlig titt på den penningtvätt, på de olagliga transaktioner, som egentligen försiggår inom vår kasinovärld. Alla effektiva åtgärder i den här meningen kommer inte att lyckas om vi inte tar oss an dessa frågor.

Sedan tror jag att vi i ett annat hänseende är lite på fel väg, eller i fel ordning. När vi har slutbehandlat betänkandet om de så kallade Panamadokumenten så kanske vi har ännu en anledning att återkomma till detta ärende.

Miguel Viegas, *em nome do Grupo GUE/NGL* – Senhor Presidente, naturalmente que apoiamos todas as medidas que visem um melhor acesso à informação e uma melhor cooperação entre as administrações fiscais dos Estados nacionais. Neste sentido, a inclusão de todo o acervo de informação tipificada no quadro da luta contra o branqueamento capitais ao nível da cooperação administrativa representa um passo positivo. Sublinhamos, contudo, que nos parece indispensável que estas informações sejam trocadas de forma automática para que esta alteração tenha de facto efeitos práticos.

Sobre o combate ao branqueamento de capitais importa, contudo, não alimentar ilusões. Na nossa opinião, não é possível combater este fenómeno confiando apenas nos deveres de diligência das companhias privadas e do sistema financeiro. Como tem sido criticado por muitas organizações, os resultados da luta contra o branqueamento de capitais têm sido residuais ao longo das últimas décadas. Assim acontece devido aos conflitos de interesse das entidades sobre quem recai a responsabilidade de denunciar movimentos suspeitos; assim acontece devido ao branqueamento de capitais e aos instrumentos legais que foram construídos pelos países desenvolvidos em nome da liberalização da economia; assim acontece, finalmente, porque os grandes grupos financeiros, os tais demasiado grandes para falir e por onde passa a esmagadora maioria dos fundos legais e ilegais, mandam, de facto, nos governos nacionais e nas instituições europeias. Ou seja, o branqueamento de capitais, assim como a fraude e evasão fiscal, são uma das faces visíveis da economia liberal e do sistema capitalista.

Neste sentido, a recuperação do controlo público sobre a banca e sobre o sistema financeiro é também uma condição indispensável para um combate mais efetivo a esses fenómenos assim como para um melhor funcionamento da economia.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, last week Nobel Prize-winning winning economist Professor Joseph Stiglitz gave evidence to our Panama Papers Inquiry Committee and he was also kind enough to spend some time meeting informally with a group of Green MEPs and staff. He was very clear about the importance of ensuring that corporations pay their fair share of tax, but also about the fact that there are still many obstacles in our way, the most obvious being continued secrecy and the jurisdictions that offer this to the rich and powerful.

The Anti-Money-Laundering Directive is key to tackling not just tax avoidance but the web of secrecy, money-laundering and criminal activity that is perpetuated by secrecy jurisdictions, such as the various UK overseas territories whose hidden activity was revealed in the Panama Papers. The revision to the Directive on Administrative Cooperation with regard to anti-money-laundering information that we are debating here today is therefore very welcome. I am pleased that we have cross-party agreement on this file and that Parliament has agreed that the Commission should have been more ambitious in its proposal.

While this revision to the directive is an important step forward, we believe that there continue to be several loopholes that could be used by tax-dodging experts to circumvent the automatic exchange of information, thereby undermining its effectiveness. As an example, synthetic tax residence certificates are readily available in countries such as Panama and the Bahamas to avoid reporting to the Union authority. To counter this, any previous residence in the EU within the last 10 years should be deemed as an indication of current residence, and a tax clearance certificate should be used to establish actual residence.

I welcome the fact that we have agreed on a strong and united position from this Parliament on the automatic exchange of information between Member States' tax authorities, as well as our Green call for the Commission to have access to the information exchanged. We emphasise to the Council and Commission our clear view that making the information readily available in this way increases our ability to fight tax fraud.

I am delighted that we have agreed a strong and united position. I hope we will now progress towards making all such tax information public, as well as ensuring that the whistleblowers whom we currently rely on to cast light into the dark corners of the world's financial system will be properly protected.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bene la revisione della direttiva da parte delle istituzioni europee ma non è ancora abbastanza per combattere, a mio avviso, in maniera efficiente il problema del riciclaggio, della corruzione e dell'elusione fiscale.

Dobbiamo agire, a mio avviso, su due punti fondamentali per implementare una legislazione coerente. Il primo punto – l'hanno ribadito già alcuni colleghi – è che non basta la condivisione delle informazioni per combattere questo problema ma è necessario che questo diventi un obbligo, altrimenti gli Stati non lo implementeranno mai. Il secondo punto è fondamentale: dobbiamo capire il ruolo preponderante del sistema bancario nell'agevolare questo tipo di comportamenti criminali. Fino a che non aumenteremo il controllo sulle transazioni bancarie e sul sistema bancario e non avremo a livello europeo un sistema di sanzioni comuni e pesanti, che arrivino fino al ritiro della licenza, non risolveremo questo problema. Gli scandali di questi anni ci hanno invitato ad agire e questo è il nostro compito. Bene la direttiva come primo passo ma non è abbastanza.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – You mentioned the non-obligation to exchange this kind of information and I truly agree with you. But you know the tax administration's access to anti-money laundering information differs considerably throughout the European Union. Do you not think it might be time for the European Commission to standardise this exchange of information?

Marco Zanni (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Assolutamente: è necessario. È necessario imporre uno standard comune per questo obbligo di scambio di informazioni. Un problema grosso, però, che deve risolvere contemporaneamente la Commissione è la dotazione di cui dispongono le amministrazioni fiscali locali: cioè, molto spesso le amministrazioni fiscali nazionali non hanno risorse né il personale necessario per elaborare questo tipo di informazioni. E ciò è anche colpa dell'austerità che viene imposta, in alcuni casi, alle amministrazioni governative e alle amministrazioni statali.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ENF.* – Madame la Présidente, le rapport Maurel a le mérite d'afficher la volonté de l'Union européenne de lutter contre l'évasion fiscale. J'approuve notamment son objectif d'améliorer l'échange d'informations entre les autorités fiscales des États membres. Toutefois, je doute que la lutte contre l'évasion fiscale soit réellement une priorité absolue de l'Union, comme l'affirme le rapport.

Il a en effet fallu attendre des scandales à répétition mettant en cause des commissaires ou d'anciens commissaires pour que l'Union commence à bouger: SwissLeaks, LuxLeaks, Panama Papers, BahamasLeaks, en attendant le prochain feuilleton Bruxelles Papers ou TurkishLeaks.

Quant à la Banque centrale européenne, il ne faut pas compter sur elle pour superviser la moralité des banques, car la Cour des comptes européenne vient de révéler qu'elle est en proie à de graves conflits d'intérêts. À ce propos, il est surréaliste que l'amendement 9 du rapport demande à la Commission d'analyser – je cite – «le rôle éventuellement joué par le système bancaire dans la facilitation du blanchiment de capitaux».

L'implication des banques n'est pas une hypothèse mais une certitude révélée par le scandale des Panama Papers. Quant à confier leur surveillance à la Commission, cela revient à confier les loups à leur chef de meute. À cet égard, je terminerai en rappelant qu'en réponse à la question que j'ai posée la semaine dernière à Bruxelles, le prix Nobel d'économie Joseph Stiglitz a qualifié Jean-Claude Juncker d'«architecte de l'évasion fiscale en Europe».

Steven Woolfe (NI). – Madam President, it is quite right that we have measures that prevent terrorist funds being used to terrorise the citizens of Europe. It is also quite right that governments should seek to prevent aggressive tax avoidance and that is why we have international organisations working on both money laundering and tax avoidance.

These proposals include provisions that make banks and financial institutions give information to tax authorities. These proposals therefore make banks an extension of the tax authorities, i.e. their police. Furthermore, the creation of lists of European citizens' assets is very concerning to those who believe in independence and freedom and liberty of the individual. It reminds me a little bit of the quote by the Irish writer C. S. Lewis: 'the safest road to hell is the gradual one – the gentle slope, soft underfoot, without sudden turning, without milestones, without signposts'.

My concern here is that there are no provisions in this directive or in the legislation that we seek that stop phishing exercises by tax authorities against legitimate individuals. There are no provisions here to prevent privacy being taken away bit by bit and slowly but surely. We must all seek to prevent money laundering and aggressive tax evasion but it must not be at the expense of the privacy and liberty of individuals doing absolutely nothing wrong.

Krišjānis Kariņš (PPE). – Priekšsēdētājas kundze! Kolēģi! Visā Eiropā mums ir problēma vai izaicinājums ar tā saucamajiem *ofšoriem*. *Ofšori* ir veids, kā indivīdi slēpj savus ienākumus. Vai nu tādēļ, lai legalizētu nelegāli iegūtus līdzekļus, vai tādēļ, lai finansētu terorismu, vai vienkārši tādēļ, lai izvairītos no godīgas nodokļu samaksas.

Mēs esam pieņēmuši likumu – Eiropas mēroga likumu – direktīvu, kas izveidos tā saucamo patiesā labuma guvēju reģistru, kurā būs redzams, kuri indivīdi stāv aiz jebkura uzņēmuma visā Eiropas Savienībā. Tas ir ļoti nopietns līdzeklis, kas palīdzēs cīņā pret šīm nelegālajām naudām.

Bet, kolēģi, ir jāatceras arī tas, ka tad, kad mēs cīnāmies pret naudas atmazgāšanu, kad mēs cīnāmies pret terorisma finansēšanu un kad mēs cīnāmies pret izvairīšanos no nodokļu samaksas, mums visu laiku jāliek svaru kausos – ko mēs darām, lai veicinātu šo cīņu, bet lai mēs tomēr nevajadzīgi nepārkāptu indivīda tiesības uz privātumu.

Nekur nav rakstīts, kur šo līniju vajag vilkt, bet ir svarīgi saprast, ka mums tas vienmēr ir jāliek svaru kausos. Jo mums ir vienlaikus gan jāpadara nelegālā darbība vēl grūtāka, jāpanāk tas, ka nevar viegli izvairīties no nodokļu samaksas, bet mēs nevaram ieiet tajā otrajā grāvī, t. i., vienkārši klaji ignorēt, teiksim, to 99 % iedzīvotāju intereses, kuri ir tiešām godīgi un visu dara tā, kā tas ir jādara. Paldies par uzmanību!

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta, yo quiero reiterar al señor Moscovici el apoyo de todos los socialistas a una agenda de lucha contra la evasión fiscal tan ambiciosa como la que se está poniendo en marcha. A raíz del escándalo de *Luxleaks*, quiero recordarles, Señorías, se ha introducido el intercambio automático de información en materia de resoluciones tributarias, de informes país por país; se ha propuesto limitar los abusos de los precios de transferencia para asegurar que los beneficios se graven allí donde se producen; y, por último, se ha retomado la armonización de la base del impuesto de sociedades.

Es una agenda muy ambiciosa, ciertamente, y esta Directiva que hoy tratamos con el informe que el señor Maurel nos ha presentado tiene como objetivo garantizar el acceso de las administraciones tributarias a la información que manejan las entidades financieras. Pero hasta aquí, por así decirlo, mis elogios, señor Moscovici.

Yo quiero señalarle también algunos reproches que creo que a esta Directiva, en particular, le hacen falta. En primer lugar, en mi opinión perviven en esta Directiva una serie de excepciones al intercambio automático de información, que en mi opinión no se justifican desde los escándalos de *Luxleaks* y de los papeles de Panamá y en el contexto de la alarma social que vive todo el mundo.

En segundo lugar, yo creo que hay que ampliar la lista de los agentes que intervienen en la información, porque no son solo los bancos, son muchos agentes financieros, notarios, mucha organización civil que tiene que intervenir también en esta información. Y, por último, hay que recordar que tantas reformas sobre la Directiva sobre cooperación administrativa requerirían un texto refundido, que ya es hora de poderlo hacer.

Me falta recordar que el Consejo tiene que emitir opinión sobre esta materia y no debe dejar al margen a la Comisión Europea en esta materia de coordinación fiscal.

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wer sein Eigentum versteckt, der hat ganz offensichtlich etwas zu verbergen.

Wir haben jetzt an den Panama Papers gesehen, wir haben es am Lux-Leaks-Skandal gesehen, wir haben es an den Bahamas Papers gesehen, dass manche Mitbürger alle möglichen Anstrengungen auf sich nehmen, um ihr Eigentum zu verstecken und ihre Einkünfte zu verschleiern. Wir wissen, dass illegale Aktivitäten, Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung, mafiöse Geschäfte und Steuerhinterziehung genau diese Art von Mechanismen nutzen. Dagegen müssen wir etwas tun. Der Rechtsstaat wird hier herausgefordert, eenn man sieht, welche Anstrengungen unternommen werden, um Einkünfte und Eigentum vor – auch nur dem Blick – der Steuerbehörden zu verbergen.

Deshalb ist es richtig, dass das Europäische Parlament hier aktiv wird, und deshalb ist es richtig, dass dieser automatische Informationsaustausch gefordert wird. Denn wir können es nicht weiter hinnehmen, dass in großem Umfang Gelder hinterzogen werden vor den legitimen Zwecken, die der Staat mit ihnen erfüllen möchte. Deshalb bitte ich Sie alle: Unterstützen Sie diesen Bericht. Ich glaube, es ist eine gute Initiative, und es ist nicht so oft, dass vom Europäischen Parlament so gute Initiativen ausgehen.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Een groot deel van de verschrikkelijkste dingen op deze wereld is verbonden aan witwaspraktijken en kan zelfs niet zonder. Of het nu gaat om terrorismefinanciering, drugshandel, mensensmokkel: allemaal maken ze gebruik van witwassen. Daarom is het ook heel goed dat de heer Maurel dit verslag heeft geschreven en de eurocommissaris dit voorstel heeft gedaan om in ieder geval een stap in de richting te zetten om tussen belastingdiensten informatie hierover uit te wisselen. We moeten er immers alles aan doen om witwaspraktijken te stoppen. Dat moet natuurlijk in internationaal verband. De werkomstandigheden voor de Commissie zijn niet verbeterd wat dit betreft, maar ik wil de commissaris toch oproepen om in de Panama Papers te laten zien dat het nodig is en toch zijn uiterste best te doen om dit ook internationaal weer verder te kunnen aanpakken, want alleen in Europa redden we het niet.

Er zijn echter nog andere sluipwegen waarop ik wil wijzen. Ik ben er heel erg blij mee dat in de ECON-commissie mijn amendement is aangenomen dat erin voorziet dat de reikwijdte ook wordt uitgebreid naar de zogenaamde virtuele valuta. Inmiddels zijn er immers zoveel miljarden in omloop in digitale munteenheden zoals de bitcoin, waarvan er bijvoorbeeld alleen al dit jaar meer dan 10 miljard in omloop is. Je wilt dus voorkomen dat criminelen nu de anonieme bitcoins en allerlei andere munteenheden kunnen gaan gebruiken om opnieuw de dans te ontspringen. Het gaat immers niet alleen om de bitcoin: je hebt ook nog litecoin, peercoin, namecoin, quarkcoin, Zcash en zelfs, je gelooft het niet, dogecoin. De naam alleen al moet de wenkbrauwen doen fronsen. Ik verzoek de Commissie en de Raad dan ook om dit over te nemen.

Rina Ronja Kari (GUE/NGL). – Fru Formand! Hvis der er én ting, som vi har lært af de mange afsløringer om skattely, er det, at skattely og hvidvaskning har det bedst i mørket. De lever bedst skjult for offentligheden. Vi ved derfor også, at et af vores allerstærkeste kort imod skatteunddragelse og imod hvidvaskning er åbenhed og offentlighed om skatteforhold og ikke mindst om ejerskab. Det forslag, vi stemmer om i dag, er en god ting, det skal hilses velkomment. Der skal ikke herske tvivl om, at vi skal sørge for at give skattemyndighederne alle de bedste redskaber til at efterforske og stoppe skattely og hvidvaskning, men desværre mangler vi stadigvæk at få rettet op på en del væsentlige elementer. Her bør vi først og fremmest se på at give offentligheden adgang til oplysninger om, hvem der er de reelle ejere af virksomhederne. Det er trods alt offentligheden, der har været drivende med hensyn til at afdække de store skattelyskandaler. Vores velfærd lider under de manglende betalinger, og det er tid til at komme ud over stepperne med effektive redskaber. Dagens forslag er fint, men det løser ikke i sig selv problemerne.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zuerst den Berichterstatter loben – er hat einen guten Bericht vorgelegt –, aber auch dem Kommissar danken dafür, dass er nach zwei Jahrzehnten des Stillstands die Initiative ergriffen hat und insbesondere für mehr Transparenz in Steuerfragen kämpft.

Transparenz ist der Schlüssel zu mehr Steuergerechtigkeit und mehr Steuerehrlichkeit. Und deshalb möchte ich Sie bitten, Herr Kommissar, dass Sie mit Nachdruck auf den automatischen Informationsaustausch drängen. Das ist das wichtigste Instrument. Sie haben das eben nicht ganz befürwortet. Ich weiß, dass die Mitgliedstaaten das blockieren – warum auch immer –, wahrscheinlich, weil sie selbst etwas zu verbergen haben mit ihren eigenen Steuerregeln. Aber es ist dringend notwendig, diesen Informationsaustausch zu automatisieren und damit den ersten Zugriff zu ermöglichen und nicht nur auf Anfrage zur Verfügung zu stellen.

Ich möchte allerdings auch die Kommission bitten, dass sie in der Evaluierung der Geldwäscherichtlinie etwas progressiver vorgeht. Die beiden Institutionen, die die Evaluierung machen, prüfen nur, ob die Gesetze umgesetzt sind, sie prüfen nicht, ob die Implementierung fortschreitet. Genauso ist es mit den schwarzen Listen im Auftrag der Kommission – die Kommission ist ja Mitglied bei der *Financial Action Task Force*, und die Kommission ist deshalb auch selbst beteiligt. Ich wünsche mir, dass dort mehr Initiative ergriffen wird, um die Mitgliedstaaten endlich auf den richtigen Weg zu bringen.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, I would like to thank the rapporteur for an excellent report. For too long we have seen in many countries and globally a blind eye turned to tax evasion and money laundering: crimes that make up the dark web of our current system used for terror finance, organised crimes by corrupt people and organised criminals.

Therefore we need transparency. Transparency is key. We need automatic cooperation between our tax authorities and our law enforcement authorities, and we need to exchange information of high quality. But secondly, we also need to see our banks and all intermediaries take responsibility for their own operations and businesses. The banks carry out due diligence and they need to be a barrier to illegal economic activities that they have been facilitating, without any real consequences to their business, for too long. Let me give one example. In 2015 Nordea Bank in Sweden was fined the maximum administrative fine of only EUR 5 million after 'major deficiencies' were found in the bank's work to prevent money laundering. In the same year Nordea made a high profit, many times the fine that they actually got.

So I want to thank the rapporteur for underlining two key principles: exchange of anti-money-laundering information between our tax authorities needs to be mandatory and automatic and we need to step up the fight against this.

Sander Loones (ECR). – Het is niet de eerste keer dat wij in dit Parlement praten over ongeoorloofde belastingontduiking en belastingontwijking. Integendeel, we hebben het er al zeer vaak over gehad. Het is mijn oprechte overtuiging dat we, wanneer we kiezen voor meer transparantie, voor meer samenwerking, voor meer informatie-uitwisseling, die strijd kunnen aangaan en dat we die strijd ook kunnen winnen. De ministers van Financiën, waaronder ook onze minister van Financiën Johan Van Overtveldt, hebben al een beslissing genomen over het dossier dat hier voorligt. Over deze richtlijn hebben zij een akkoord. Dat is een uitstekende zaak, want vanaf 2018 zal de fiscus bijkomende informatie kunnen inwinnen, informatie van diensten die bezig zijn met die bestrijding van het witwassen van geld. Dat is zeer belangrijk, want dat zijn precies de middelen, dat is de financiering die gebruikt wordt voor grote misdaden, ook voor terreur. Het is dus uitstekend dat ook de fiscus die informatie zal kunnen consulteren. We hebben ten slotte wel wat vragen bij een aantal laatste amendementen die hier in dit Parlement op tafel worden gelegd, maar dit is een goed voorstel. Dit is principieel een uitstekende zaak.

Enrique Calvet Chambon (ALDE). – Señora Presidenta, señor Moscovici, mi intervención va a hacer sobre todo política porque mis colegas ya han apreciado las lagunas, las debilidades, pero también las bondades de un texto, que, sin duda alguna, mi Grupo y yo mismo vamos a apoyar. Porque es un texto que a corto plazo es necesario. Es un texto de mínimos, por lo menos, y que atiende a una de las grandes peticiones de la sociedad. Y ahí es donde yo quería llegar.

Miren ustedes, en este tema de la elusión, de la evasión fiscal, de todos los temas relacionados con eso, pero, sobre todo, también del blanqueo de dinero, hasta el propio sistema democrático se está jugando su credibilidad. Y ahí es donde falta una ambición de ir mucho más allá. La cooperación no va a bastar mucho tiempo y además es muy imperfecta. Hay que forzarla, automatizarla e ir pensando en hacer una fiscalidad, una vigilancia de la fiscalidad, integral e integrada, por encima del intercambio voluntario.

(El orador acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Tisztelt Képviselő Úr! Én nagyon egyetértek Önnel, amikor azt mondja, hogy egy integrált felügyeletre van szükség, ugyanis jómagam is azt gondolom, hogy nem csak vállalatok vagy gonosz vállalatok, gonosz tanácsadók és gonosz bankok vannak ebben a képben, hanem – hát most jelző nélkül mondom – bizony adóhatóságok és sokszor kormányok is benne vannak ebben az egész adóelkerülési körben. És a kérdésem pedig az, hogy Ön szerint ez a mostani jelentés erre az aspektusra, tehát az adóhatóságok és a kormányzatoknak a negatív szerepére rátér-e?

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Vamos a ver, es un pequeño primer paso, que se basa demasiado sobre la buena voluntad de los Estados. La buena voluntad de los Estados no existe cuando, por ejemplo, en las resoluciones fiscales lo que hacemos es camuflar la ley, diciendo: «Bueno, los acuerdos los vamos a hacer verbales para no tener que transmitir acuerdos escritos». Por lo tanto, es un pequeño paso insuficiente, pero, en estos momentos, por lo menos hagamos esto. No perdamos nunca el norte: al final tendrá que ser una entidad supranacional la que asegure la plena vigencia.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, η πρόταση οδηγίας για την πρόσβαση των φορολογικών αρχών σε πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες είναι σήμερα πιο επίκαιρη από ποτέ. Καθώς διανύσαμε αρκετά χρόνια στη δίνη της οικονομικής κρίσης, η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της καλούνται να βάλουν ένα τέλος στον φαύλο κύκλο της διαφθοράς και της αδιαφάνειας.

Έχοντας πλέον αντιληφθεί τις αυξημένες δυνατότητες που υπάρχουν χάρη στην τεχνολογική πρόοδο, είναι λογικό να συζητούμε προτάσεις αυξημένης πρόσβασης των φορολογικών αρχών στις επιχειρούμενες συναλλαγές με στόχο την παρεμπόδιση αξιόποινων πράξεων.

Τούτο όμως δεν σημαίνει πως δικαιούμαστε να αδιαφορούμε για ζητήματα παραβίασης θεμελιωδών δικαιωμάτων των Ευρωπαίων πολιτών. Πρέπει, λοιπόν, να είμαστε προσεκτικοί και να διασφαλίσουμε τον σεβασμό των δικαιωμάτων αυτών επιτυγχάνοντας την απαραίτητη ισορροπία ανάμεσα στα συμφέροντα του κοινωνικού συνόλου, αφενός, και την προστασία των προσωπικών δεδομένων και του ιδιωτικού βίου, αφετέρου.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, the document we are discussing today is yet another step by the European Commission to effectively fight tax fraud and money laundering. As tax-related criminal practices are of a cross-border nature, they can only be tackled by joint international cooperation in tax matters. In this respect, I welcome the proposal by the Commission to give national tax authorities access to anti-money-laundering (AML) information. It is only with this information, and especially the information on beneficial owners, that Member States will be able to successfully address money laundering and tax evasion practices.

Moreover, I support the amendment of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) to take the Commission proposal a step further so that anti-money laundering information is automatically exchanged with other Member States and with the Commission. Only close cooperation within the EU and on the global level can bring us further to preventing revelations such as the ones described in the Panama Papers from happening again.

On another note, however, I want to criticise the fact that the Council has once again reached a political agreement on a tax-related matter before the consultative decision is made by the European Parliament. This, unfortunately, is not only against the rules but also undermines the spirit of good cooperation that the European institutions should have.

Ana Gomes (S&D). – Finalmente, depois dos escândalos Panama Papers, Bahamas Leaks, etc., Conselho e Comissão reconhecem que há ligação entre o combate à fraude e evasão fiscal e o combate ao branqueamento capitais e financiamento de terrorismo.

Contra o secretismo *onshore* e *offshore* de que vive a criminalidade, é necessária transparência no setor financeiro e empresarial, mais sinergias e mais troca de informação entre agências de aplicação da lei, incluindo autoridades tributárias, o que esta proposta da Comissão vem estabelecer.

Lamentavelmente, os Estados-Membros chegaram a acordo no Conselho, sem ouvir o Parlamento, mas terão de se confrontar com o que recomendamos neste relatório de Emmanuel Maurel. Importa atentar nas suas propostas que alargam o âmbito de matérias e quantidade de dados sobre os quais deve haver troca de informação, automática e obrigatória, incluindo sobre beneficiários efetivos de empresas e outras entidades legais que devem constar em registo de acesso público. Para isso, trabalhamos na revisão da quarta diretiva antibranqueamento de capitais. As informações em causa devem também ser disponibilizadas à Comissão, em virtude das suas competências de aplicação das regras em matéria de auxílios estatais.

É fundamental quebrar as fronteiras da investigação da criminalidade financeira na União Europeia. As autoridades fiscais e outras devem cooperar na realização de inquéritos transfronteiriços.

Stanisław Ożóg (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wykrywanie i ściganie przestępczości dotyczącej prania pieniędzy jest zadaniem bardzo trudnym i wymagającym współdziałania wielu organów i służb państwowych, a także współpracy międzynarodowej w zakresie wymiany informacji. Idea harmonizacji na poziomie unijnym w kwestii dostępu organów podatkowych do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu brudnych pieniędzy jest słuszna, ponieważ pozwala na usunięcie części przeszkód, które ograniczały dotąd skuteczność działania organów podatkowych.

Chciałbym jednak zwrócić uwagę na zawarte w sprawozdaniu niektóre propozycje czy też w innym przypadku brak tych propozycji, które mogą utrudnić raczej niż ułatwić pracę organów skarbowych państw członkowskich. Mam na myśli m.in. sprawę systemu bankowego, funduszy powierniczych czy też działalności gospodarczej. Szkoda, że ta dyrektywa dotyczy państw członkowskich, a nie możemy mówić o dyrektywie dotyczącej sytuacji globalnej.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Salut din nou propunerea Comisiei Europene și acest raport pentru mai multă transparență prin promovarea schimbului automat de informații între autoritățile fiscale din statele membre cu privire la spălarea de bani.

Recent, președintele SUA, domnul Obama, în ultimul turneu din Europa, a declarat că există o elită globală care nu simte că are obligația să își declare veniturile, să plătească impozitele, la fel ca cetățenii obișnuiți. De aceea, consider că Comisia Europeană are obligația de a acționa pentru același nivel de transparență și pe plan global și, în primul rând, de a-și face un aliat în această luptă din noua administrație americană.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, tämä on yksi askel komission ja parlamentin pitkäaikaisessa taistelussa ja työssä huonoa verotuskäytäntöä, veronkiertoa ja tuhannen miljardin verohukkaa vastaan.

Sikäli voimme olla tyytyväisiä tehtyyn esitykseen ja saavutettuun sopuun tähän mennessä parlamentissa. Mutta, kuten aikaisemmin kuulimme, on todella pahoiteltavaa, että neuvosto ja jäsenmaat eivät ainoastaan kieltäydy tässä yhteydessä normaalista vuoropuhelusta ja keskustelusta, vaan ovat olleet jo pitkään riippakivenä hyvän verohallinnon ja läpinäkyvyyden kehittämisessä.

Seuraava askel, mitä tarvitsisimme, on todellinen automaattinen tietojenvaihto aidon todellisen omistajan pohjalta suoraan maksajalta pankkien ja muiden rahoituslaitoksien välityksellä suoraan kyseisen maan verottajalle. Tähän tarvitsemme myös eurooppalaista verotunnistetietoa, ja tiedän, että tämäkin asia komissiossa ollut jo pitkään valmisteilla ja olisi mukava saada se sieltä myös aika pian eteenpäin.

Tarvitsemme myös toimia tilinpäätösdirektiivin ja kirjanpitodirektiivin uudistamiseksi niin, että verojalanjälki ja suosituimmuuskohtelut tulevat sinne raportoiduksi ja näin läpinäkyvyys omalta osaltaan myös vauhdittaa hyvää hallintoa tällä pohjalla.

Romana Tomc (PPE). – V zadnjem času smo sprejeli kar precej ukrepov, ki zapirajo možnosti za davčne utajevalce. Izrekli smo odločen ne tistim, ki skušajo s podporo sistema pridobiti osebne koristi na račun drugih. Upam, da se na tej poti ne bomo ustavili in da ne bo potrebno še kakšnega škandala, ki bi nas spomnil, da moramo vztrajati.

Končno smo se začeli zavedati, da je zelo pomembno, kdo je v resnici dejanski lastnik podjetja. Skrivanje za zapletenimi povezavami, za slamnatimi podjetji in raznimi prokuristi je megla, ki jo mi lahko s predpisi razblinimo. Končno je postalo jasno tudi, da morajo davčne oblasti med seboj sodelovati, da morajo biti povezane, če želimo stopiti na prste davčnim goljufom. Ta izmenjava mora biti samoumevna in mora biti avtomatična. In nenazadnje, končno smo prišli do spoznanja, da potrebujemo zdravo davčno konkurenco. Ne potrebujemo previsokih davkov, ki dušijo podjetja, in tudi ne individualnih dogovorov, ki izbranim podjetjem omogočajo posebne ugodnosti.

Seveda je konsolidirana davčna osnova eden izmed tistih instrumentov, ki bi lahko prispevala k temu. In nenazadnje, vprašajmo se tudi, zakaj vse to počnemo. Počnemo to zato, da bomo lahko imeli več denarja in več sredstev, ki bodo pomenili bolj socialno Evropo.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, this is been a very interesting and also a very necessary debate. There has been virtual unanimity that we need to do something in the interest of citizens to establish fairer play for everybody. Citizens feel that governments, democracy, are not serving them at this point in time. In the whole area of tax collection there is obviously a misfit, with citizens paying every single penny and powerful individuals and companies often not paying at all. Even worse, money goes to money laundering and financing terrorist activities. So obviously, as has been said, there is need for a central register, there is need for transparency, there is need for country-by-country reporting, and this is a necessary first step to ensure that there is fair play for everybody.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le rivelazioni emerse grazie a *SwissLeaks*, *LuxLeaks* e *Panama Papers* confermano la necessità di una maggiore trasparenza fiscale e di una maggiore cooperazione tra le giurisdizioni. Il nesso esistente tra evasione fiscale, elusione fiscale e riciclaggio di denaro rende indispensabile il ricorso a sinergie a livello nazionale, europeo ed internazionale. L'accesso sistematico dell'autorità fiscale alle informazioni in materia di antiriciclaggio permetterà una maggiore trasparenza e una più rapida elaborazione dei dati, evitando rallentamenti e disfunzioni nella cooperazione amministrativa tra le istituzioni finanziarie.

Sono favorevole all'estensione dello scambio automatico di informazioni ai servizi di cambio di valute virtuali e ai prestatori di servizio di portafoglio DIGIT. A mio avviso, però, manca un'analisi accurata dell'eventuale ruolo svolto dal sistema bancario e dagli operatori finanziari nel riciclaggio. Sarebbe infatti opportuno che la Commissione intervenisse con una proposta ad hoc, che preveda maggiori controlli e trasparenza sulle transazioni bancarie e finanziarie e rigorose sanzioni fino a giungere al ritiro dell'autorizzazione all'esercizio.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, προκειμένου να αντιμετωπιστεί η φοροαποφυγή και η φοροδιαφυγή, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή θέτει ως στόχο να δοθεί στις φορολογικές αρχές η δυνατότητα να έχουν συστηματική πρόσβαση στις πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες.

Ωστόσο, τα μέτρα που πρέπει να λάβει η Επιτροπή για την καταπολέμηση της φοροδιαφυγής πρέπει να είναι πιο δραστικά. Όπως φάνηκε από τα σκάνδαλα των Panama Papers και των Lux Leaks, ο αριθμός των πολυεθνικών που βγάζουν υπερκέρδη και φοροδιαφεύγουν και αποκρύπτουν τα κεφάλαιά τους σε φορολογικούς παραδείσους δεν μειώνεται καθόλου. Η μόνη λύση, επομένως, στο πρόβλημα των πρακτικών φοροδιαφυγής είναι η φορολόγηση των κερδών των επιχειρήσεων στον τόπο όπου πραγματοποιούνται τα κέρδη, ώστε να σταματήσουν οι εταιρείες να καταφεύγουν σε φορολογικούς παραδείσους ζημιώνοντας έτσι τους κρατικούς προϋπολογισμούς.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η διάπραξη απατών και η νομιμοποίηση και χρησιμοποίηση των παρανόμων εσόδων που προκύπτουν από αυτές είναι μία πρακτική η οποία εφαρμόζεται διεθνώς. Προκειμένου να αντιμετωπιστεί το φαινόμενο αυτό, θα πρέπει τα κράτη να λάβουν αυστηρά και αποτελεσματικά μέτρα και παράλληλα να συνεργαστούν με την Ευρωπαϊκή Ένωση, ούτως ώστε να αποφευχθεί τόσο η φοροαπαλλαγή όσο και η πρόσβαση των πολυεθνικών εταιρειών σε φορολογικούς παραδείσους.

Προς την κατεύθυνση αυτή, η ανταλλαγή πληροφοριών που έχουν σχέση με φορολογικά στοιχεία είναι απαραίτητη. Πρέπει όμως να προσεχθεί να μην γίνεται παραβίαση των δικαιωμάτων των νομίμων πολιτών. Ένα άλλο στοιχείο το οποίο πρέπει να προσεχθεί είναι ότι τα κράτη δεν πρέπει να επιβάλουν υπέρογκες φορολογίες, διότι έτσι ωθούν τους πολίτες αλλά και τις εταιρείες να φοροδιαφεύγουν. Κάτι τέτοιο συμβαίνει στην Ελλάδα όπου στα πλαίσια της εφαρμογής των μέτρων των μνημονίων έχουν επιβληθεί δυσβάσταχτοι φόροι.

Τέλος πρέπει να ελέγχεται το φορολογικό σύστημα και να μην επιτρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση σε υψηλόβαθμα στελέχη της -όπως έχει συμβεί μέχρι τώρα- να καλύπτουν τέτοιες παράνομες ενέργειες.

Patricija Šulin (PPE). – Zelo pomembno je, da sprejmemo spremembe direktive glede dostopa davčnih organov do informacij o preprečevanju pranja denarja, saj je pri učinkovitem boju proti davčnim utajam ključna hitra, transparentna in avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih za namene obdavčenja.

Škandali okrog skrivanja off-shore sredstev hodijo z roko v roki z izogibanjem plačevanja davkov, kot tudi s pranjem denarja, korupcijo, financiranjem terorizma in drugimi kriminalnimi dejavnostmi. Dostop davčnih uprav do podatkov se močno razlikujejo po vsej Evropski uniji, zato pozdravljam vzpostavitev centralnega registra, do katerega bodo lahko dostopale davčne uprave vseh držav članic. Finančne institucije bodo sedaj lahko identificirale dejanske lastnike v primerih, ko je imetnik računa posredniška struktura.

Komisiji predlagam, da za šestmesečno obdobje v letu 2017 pripravi poročilo, kakšni so bili učinki te direktive v državah članicah glede na to, da morajo države članice objaviti zakone in druge predpise, potrebne s to direktivo, najpozneje do 31. decembra letos.

Caterina Chinnici (S&D). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, ringrazio innanzitutto il collega Maurel per la sua relazione. Il riciclaggio di denaro di provenienza illecita è un'attività fraudolenta condotta ormai su scala globale e, come evidenziato da diverse indagini, tale attività è strettamente legata all'evasione e all'elusione fiscale ma anche alla criminalità organizzata e al finanziamento del terrorismo.

È quindi indispensabile la massima trasparenza in materia fiscale ed è compito dell'Unione europea operare affinché le autorità fiscali degli Stati membri abbiano uguale e reciproco accesso alle informazioni in materia, così da poter svolgere efficacemente tutte le necessarie azioni di monitoraggio e di contrasto. Ed è evidente che occorre una maggiore cooperazione fra le competenti autorità degli Stati membri, basata su uno scambio di informazioni di carattere automatico e obbligatorio in materia di antiriciclaggio. In particolare, considero fondamentale che vengano scambiate le informazioni e i documenti sulla titolarità effettiva di conti da parte di persone fisiche e giuridiche, imprese e trust.

Non possiamo più accettare che si compiano crimini finanziari utilizzando strutture intermediarie, ovvero beneficiando di norme e prassi poco chiare o inadeguate.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, nunca como ahora había sido tan extensa la indignación contra la corrupción y contra el blanqueo de dinero procedente de negocios ilícitos, y nunca como ahora había sido tan necesaria la cooperación administrativa para intercambiar información. Pero, sobre todo, nunca como ahora se habían puesto de manifiesto, después del escándalo de los papeles de Panamá, las carencias de la situación que actualmente padecemos.

Por tanto, a la Comisión hay que exigirle no solamente que tome la iniciativa, sino que se enfrente con el Consejo para asegurar que todos los países llevan a máximos este compromiso de transparencia, incluyendo en la información no solamente a las entidades financieras, sino también a los notarios y a los titulares de fideicomisos —además de los registradores—, obligándoles a traspasar la información a la Comisión con respecto de sus acuerdos tributarios —los llamados *tax rulings*— y, sobre todo, evitando que haya grandes corporaciones que no pagan impuestos y asegurándose de que, antes del final de la legislatura, se cumple el objetivo de que las empresas pagan dinero allí donde producen sus beneficios.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, podržavam svaku inicijativu kojoj je cilj financijska konsolidacija države bez dodatnog opterećenja za građane i tvrtke. U tom je smislu borba protiv utaje poreza i pranja novca vrlo važna jer u protivnom teret punjenja proračuna pada isključivo na poštene građane i poduzetnike koji se drže zakona i prisiljeni su plaćati za tuđi kriminal. To je nedopustivo.

No, moram izraziti žaljenje što u ovom domu o porezima i fiskalnoj konsolidaciji pričamo isključivo iz pozicije povećanja kontrole, a ne poreznog rasterećenja građana i tvrtki. Poreze, koji su u nekim državama članicama iznimno visoki i komplicirani, treba smanjiti i pojednostavniti, a kazne za neplaćanje postrožiti. Na taj bismo način destimulirali neplaćanje, a tvrtkama olakšali poslovanje, zapošljavanje i ulaganje u istraživanje i razvoj. Dodatna porezna represija može imati samo negativne učinke.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Députés, Monsieur le Rapporteur, je tiens encore une fois à vous remercier toutes et tous pour vos commentaires et pour l'impulsion que ce Parlement donne collectivement à notre action commune en matière de fiscalité. Je vérifie une fois de plus ce qui est pour moi une conviction constante, à savoir que nos deux institutions, au-delà des différences de sensibilité et de position qui peuvent se faire jour ici ou là, se trouvent globalement sur la même longueur d'onde, tout simplement parce que nous avons un même objectif: une fiscalité plus transparente, plus efficace et en même temps plus juste. Je salue donc le niveau d'ambition que certains d'entre vous ont évoqué et que le rapport de M. Maurel a parfaitement traduit.

Je peux vous assurer que cette directive créera les conditions pour mettre en place un mécanisme d'accès transfrontalier aux informations sur les bénéficiaires effectifs, mécanisme auquel beaucoup d'entre vous tiennent. De la sorte, brique après brique, nous construisons une structure de défense solide contre la fraude et l'évasion fiscale en Europe, qui soit une réponse systémique robuste contre les menaces extérieures sur les bases fiscales des États membres, un chemin vers plus d'équité fiscale pour tous les citoyens et toutes les entreprises européennes. La pression politique, au bon sens du terme, exercée par le Parlement, singulièrement par ses commissions ECON et maintenant PANA, est déterminante pour le succès de nos initiatives.

Je ferai peut-être quelques remarques un peu plus spécifiques en réponse aux observations qui ont été formulées par les parlementaires. J'ai bien noté votre demande d'un échange automatique d'informations et je partage cet objectif. Comme je l'ai dit, la Commission proposera un tel échange dans une proposition distincte dès que nous aurons suffisamment d'informations, précisément sur la meilleure manière de procéder. Ceci se fera en coordination avec l'évolution de la directive anti-blanchiment actuellement discutée par ce Parlement, comme par le Conseil.

Plusieurs d'entre vous ont souligné qu'il reste des activités ou des structures qui échappent à la transparence. Je suis bien sûr d'accord avec vous. La Commission y travaille et continuera avec votre aide à étendre autant que possible cette transparence. Plusieurs d'entre vous, notamment M. Kofod, ont mentionné la responsabilité des banques. À la Commission, nous considérons non seulement que la responsabilité des banques existe, mais que tous ceux qui facilitent la planification fiscale agressive doivent être inclus dans le champ de notre vigilance. Nous avons lancé une consultation publique – je l'ai dit – à ce sujet afin de déterminer le meilleur moyen de mettre ces facilitateurs de toute nature, de toute origine et de toute provenance en face de leurs responsabilités.

S'agissant de l'accord au Conseil, je prends bonne note de vos remarques sur le fait que le Conseil n'a pas attendu l'avis du Parlement pour se mettre d'accord sur une approche générale sur ce sujet particulier. Par chance, nos travaux continueront en vue d'accroître la transparence au moyen d'autres instruments juridiques. Il y a donc évidemment une utilité majeure aux débats qui se déroulent ici.

Je suis heureux, comme toujours, de poursuivre ce travail, heureux de pouvoir le faire en coordination étroite et en partenariat avec le Parlement européen pour parvenir, en Europe, à cette fiscalité plus juste qu'attendent nos concitoyens. Dans cette mesure, je suis aussi très heureux de saluer ce rapport, qui constitue une étape importante de notre combat commun, et, une fois de plus, la qualité remarquable de ce débat, qui fait vraiment avancer les choses.

Emmanuel Maurel, *rapporteur*. – Madame la Présidente, je vais conclure très rapidement parce que cela a été un débat très riche et très intéressant. Je me réjouis quand même – parce que ce n'est pas si fréquent – du caractère unanime du Parlement, qui a souhaité envoyer un certain nombre de messages clairs, au Conseil d'abord parce que – vous l'avez bien compris, Monsieur le Commissaire – cela devient assez insupportable pour les parlementaires que, sur ces questions spécifiques de fiscalité, le Conseil s'arrange toujours pour essayer de contourner notre avis ou pour faire mine de ne pas l'entendre.

Cela n'est pas votre cas et, d'ailleurs, il y a quelque chose de réconfortant pour vous comme pour nous, c'est qu'il y a de la part des parlementaires sur tous les bancs de cet hémicycle un soutien à votre action jamais démentie – je l'ai dit tout à l'heure – en vue d'aller vers plus de justice fiscale et, en même temps, une forme d'exigence. C'est pour cela qu'on a insisté inlassablement, que cela soit à la droite de cet hémicycle ou à la gauche, sur le nécessaire échange automatique des informations parce que, comme l'a très bien dit mon collègue Peter Simon – je crois dans la discussion –, on l'a vu sur les rescrits fiscaux, s'il n'y avait pas cette exigence-là, les États ne faisaient pas leur travail minimal.

Enfin, et je finirai par là, je remercie vraiment les collègues pour la qualité de ce débat. À ceux qui hésitent, à ceux qui doutent et disent «oui, mais l'Europe ne peut pas aller plus vite et plus loin que d'autres pays dans le monde», je rappelle l'excellente audition que nous avons eue avec le prix Nobel, M. Stiglitz. Il ne doit surtout pas être un maître à penser, mais il a dit quelque chose qui me paraît essentielle. Il a dit qu'en matière fiscale – et c'est très important –, l'Europe, à elle seule, peut provoquer de grands progrès pour le monde. De ce point de vue, c'était un formidable encouragement à poursuivre nos travaux.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Una seria lotta al riciclaggio è uno dei principali strumenti per sconfiggere tanto il terrorismo quanto la criminalità organizzata di vario tipo. L'accesso da parte delle autorità fiscali nazionali alle relative informazioni è quindi assolutamente vitale e, come sostenuto anche nella relazione, dovrebbe pertanto esser reso automatico e obbligatorio. Grazie al nostro contributo, il testo finale include anche un meccanismo sanzionatorio per le banche che facilitano il riciclaggio di danaro, in modo da scoraggiare il fenomeno alla base e rendere il ricorso allo stesso più «costoso» e difficile. La lotta al riciclaggio è un fronte che ci vede in prima fila e continueremo quindi a fare tutto ciò che è in nostro potere per contribuire al suo trionfo.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek. Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Obmedzovanie daňových únikov a vyhýbania sa daňovej povinnosti, a to aj v súvislosti s praním špinavých peňazí, musí byť pre Európsku úniu a jej členské štáty absolútnou prioritou. Veľké kauzy známe pod označeniami ako Swiss Leaks, Lux Leaks, Panama Papers či Bahama Leaks ukazujú, že daňové úniky a pranie špinavých peňazí sú globálnym javom. Ich odhaľovanie a najmä účinné potláčanie si preto vyžaduje zlepšenie spolupráce, koordinácie a zapojenie sa nielen EÚ, ale prakticky celého sveta. Dôležité je však aj ďalšie zvyšovanie transparentnosti bankových a finančných transakcií. V prípade neochoty a skrývania sa za bankové tajomstvo, by mali pri vzniknutých podozreniach existovať tvrdé sankčné mechanizmy, ktoré prinútia každú jednu banku spolupracovať. Represívnym zložkám pôsobiacim v tejto oblasti je potrebné uľahčovať ich činnosť a aktívne pomáhať pri odhaľovaní skutočných príjemcov nelegálne získaných finančných prostriedkov. V tomto skutočne nesmieme poľaviť. Samozrejmosťou musí byť kvalitné materiálové vybavenie a súvisiace využívanie najmodernejších informačných a komunikačných technológií. Len tie umožnia vysledovať činnosti súvisiace s praním špinavých peňazí už v počiatočnom štádiu.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Daňové podvody a úniky poškodzujú ekonomiku Únie a jej členských štátov. Úzko súvisia s korupciou, netransparentnosťou a trestnou činnosťou v podobe prania špinavých peňazí, podporovania terorizmu a organizovanou trestnou činnosťou. Ich pretrvávanie je dôsledkom nedostatočného boja s daňovými rajmi, ktoré takúto nekalú činnosť umožňujú a podporujú. Podporujem návrh o zmene smernice Rady, ktorou sa upravuje prístup daňových orgánov k informáciám na boj proti praniu špinavých peňazí. Dostatočné personálne a materiálne vybavenia daňových a colných orgánov, povinná automatická výmena informácií, medzinárodná spolupráca orgánov v daňovej oblasti, dôsledná legislatíva pre bankový a finančný sektor vrátane vysledovania skutočných vlastníkov spoločností je prostriedkom na dosiahnutie medzinárodnej daňovej transparentnosti. Členské štáty sú povinné zosúladiť svoje právne predpisy s touto smernicou najneskôr do konca budúceho roka.

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

(The sitting was suspended for a few minutes before voting time)

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

5. Abstimmungsstunde

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η Ώρα των ψηφοφοριών.

(Για τα αποτελέσματα και άλλες πληροφορίες σχετικά με τις ψηφοφορίες: Βλέπε Συνοπτικά Πρακτικά)

5.1. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol (A8-0342/2016 - Mariya Gabriel) (Abstimmung)

5.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0318/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

5.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0319/2016 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

5.4. Langfristiger Plan für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0325/2016 - Diane Dodds) (Abstimmung)

5.5. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (A8-0326/2016 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung)

5.6. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (A8-0302/2016 - Ramon Tremosa i Balcells) (Abstimmung)

5.7. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (A8-0294/2016 - Olle Ludvigsson) (Abstimmung)

5.8. Europäische Verteidigungsunion (A8-0316/2016 - Urmas Paet) (Abstimmung)

— Πριν από την ψηφοφορία επί της παραγράφου 6:

Urmas Paet, *rapporteur.* – I have one oral amendment for paragraph 6, and this oral amendment is to delete from paragraph 6 the words 'with the assistance of a deputy HR'.

(Η προφορική τροπολογία κρατείται)

5.9. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (A8-0306/2016 - Keith Taylor) (Abstimmung)

5.10. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (A8-0322/2016 - Cristian Dan Preda) (Abstimmung)

Πρόεδρος. – Η Ώρα των ψηφοφοριών έληξε.

6. Stimmerklärungen

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι οι Αιτιολογήσεις ψήφου.

6.1. Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol (A8-0342/2016 - Mariya Gabriel)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione riguarda una possibile cooperazione strategica tra Europol e Ucraina, anche in materia di scambio di dati personali. Va detto che quest'anno il Parlamento ha approvato il nuovo regolamento Europol e anche nuovi regolamenti per quanto riguarda la protezione e lo scambio di dati personali. Quando questi regolamenti entreranno in vigore, nel 2017, il Parlamento potrà godere di un ruolo potenziato, potendo esprimere un parere e non solo il consenso come avviene attualmente. Per questo motivo ho deciso di astenermi.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo por dos motivos clave. El primero, es que entiendo que la Agencia Europol no actúa con la transparencia y las garantías que requiere una institución de este tipo. Particularmente, en los acuerdos con terceros países, no se establecen unos mínimos en cuanto a protección de datos y garantías judiciales, además de no haber claridad en cuanto a las competencias de los diferentes cuerpos y los derechos a los que estaría sujeta una persona investigada o detenida. Por otro lado, que se dé este tipo de Acuerdo con Ucrania no es casual, y obedece a la estrategia de tensionar la relación entre la Unión y Rusia, a la que me opongo, además de ser Ucrania un país con unas instituciones copadas por la extrema derecha desde que se produjo el golpe de Estado en 2014, habiéndose producido un deterioro sustancial en las condiciones de derechos humanos. Por ambas razones, he votado en contra de un Acuerdo policial opaco y sin garantías y, además con un Estado con tan escasas garantías democráticas.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against increased cooperation between Europol and Ukraine for a number of reasons. We in Sinn Féin have concerns in relation to the operational oversight, or lack thereof, Europol is subject to. We oppose enhanced cooperation particularly when the human rights or justice standards of the state in question are dubious. Given the situation in Ukraine and coupled with the unaccountable, opaque, nature of Europol, we continue to oppose these strategic cooperation initiatives.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Ukrainos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimo. Šiuo susitarimu numatomas keitimasis informacija, įskaitant ir asmens duomenis. Tai reiškia, kad galėtų būti keičiamasi informacija specialiųjų žinių, bendrosios padėties ataskaitų, strateginių analizių rezultatų srityse, o taip pat informacija apie nusikalstamų veikų tyrimo procedūras bei nusikalstamumo prevencijos metodus. Susitarime numatomas dalyvavimas mokymų veikloje, konsultacijos ir pagalba atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus. Susitarimas ypatingai svarbus turint omenyje, kad Ukraina yra pagrindinė Europos Sąjungos partnerė Rytų partnerytės programoje, o būtent saugumas ir kova su nusikalstamumu yra pagrindiniai ir būtini klausimai, siekiant įgyvendinti pagrindinius partnerystės tikslus. Taip pat šis susitarimas gali turėti teigiamos įtakos ES ir Ukrainos piliečių glaudesniam bendradarbiavimui kitose srityse kaip, pavyzdžiui, judėjimo laisvė. Pritariu šio strateginio ir operatyvinio bendradarbiavimo susitarimo su Ukraina sudarymui, kadangi jis padėtų stiprinti kovą su organizuotu nusikalstamumu ir sudarytų sąlygas glaudesniam tarptautiniam bendradarbiavimui prekybos žmonėmis ir kitose su tuo susijusiose baudžiamosios teisės srityse. Esu įsitikinusi, kad glaudesnis ES ir Ukrainos bendradarbiavimas yra abipusiškai naudingas ir būtinas.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου σχετικά με την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία (Ευρωπόλ) της συμφωνίας για την επιχειρησιακή και στρατηγική συνεργασία μεταξύ της Ουκρανίας και της Ευρωπόλ, διότι θεωρώ πως η ασφάλεια και η καταπολέμηση του εγκλήματος συνιστούν βασική προϋπόθεση προκειμένου να επιτευχθούν πλήρως οι στόχοι μεταξύ της ΕΕ και της Ουκρανίας.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Hierbei handelt es sich um die vorgeschlagene Billigung eines Abkommens zwischen Europol und der Ukraine über operative und strategische Kooperation, welches den Austausch von Informationen einschließlich personenbezogener Daten beinhaltet. Solche Informationen könnten Spezialkenntnisse, allgemeine Lageberichte, Ergebnisse strategischer Analysen, Informationen über strafrechtliche Ermittlungsverfahren und über Methoden zur Prävention von Straftaten, die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen sowie die Bereitstellung von Beratung und Unterstützung in einzelnen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren umfassen. Laut Europol spielt die Ukraine eine immer wichtigere Rolle bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens, insbesondere von Drogen- und Wirtschaftskriminalität, Menschenhandel und -schmuggel sowie mobiler organisierter krimineller Gruppen.

Ich habe für den Bericht gestimmt, da es der EU, den Mitgliedstaaten und der Ukraine durch diesen Informationsaustausch ermöglicht wird, das organisierte Verbrechen, Terrorismus und andere Formen internationaler Kriminalität wirkungsvoller zu bekämpfen und zu verhindern.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec l'Ukraine.

Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel.

Ceci est inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique plus ou moins larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne. Or nous sommes opposés à cette idée.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – As a UKIP MEP, I was elected on a mandate of Britain's withdrawal from the European Union and opposition to Europol. Likewise, we do not support the European Union concluding agreements with third countries. Consequently, I voted against.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – The current conflict situation in Ukraine has also spilled over into other areas of concern both for Ukraine and other adjacent European countries. According to Europol itself, Ukraine is playing a much larger role than before in the issues of organised crime, drug trafficking, and human smuggling. Which is why the exchange of valuable information between the triad of the EU, the Member States, and Ukraine will allow a higher efficiency combat against these problems. This agreement would open the door not only to the exchange of information but also the possibilities of training and crime preventing activities to start battling the issues before they even spawn. The report also underlines the importance of further implementing all the previous security agreements established between the EU and Ukraine in order to enhance international cooperation on such matters.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Ukrainos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimo. Šio pasiūlymo tikslas – patvirtinti Europolo ir Ukrainos operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimą, pagal kurį numatytas keitimasis informacija, įskaitant asmens duomenis. Europolo teigimu, Ukrainos reikšmė auga kovojant su organizuotu nusikalstamumu, konkrečiau, su nusikaltimais, susijusiais su narkotikais, ir ekonominiais nusikaltimais, prekyba žmonėmis ir kontrabanda, taip pat su mobiliomis (keliaujančiomis) organizuotomis nusikalstamomis grupėmis. Todėl pritariu, kad keičiantis informacija būtų daugiau galimybių ES, valstybėms narėms ir Ukrainai veiksmingiau užkirsti kelią organizuotam nusikalstamumui, terorizmui ir kitų formų tarptautiniam nusikalstamumui ir su jais kovoti.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A javaslat egy, az Europol és Ukrajna közötti operatív és stratégiai megállapodás javasolt jóváhagyására irányul és – többek között a személyes adatok vonatkozásában is – információcseréről rendelkezik. Ezek az információk magukban foglalhatják a szakértelem, az általános helyzetjelentések, a stratégiai elemzés eredményeinek, a nyomozási eljárásokra és bűnmegelőzési módszerekre vonatkozó információk, valamint a képzési tevékenységekben való részvétel területét, illetve tanácsadást és támogatás nyújtását az egyes konkrét nyomozásokhoz. A jelen javaslat a szervezett bűnözés és terrorizmus elleni bűnügyi együttműködést szolgálja, így alapvetően európai és így magyar érdek is, hogy a köztudottan a szervezett bűnözés hálóival átszőtt Ukrajna tekintetében nagyobb esélyt kapjanak a tagállami rendőri szervek bűncselekmények megelőzése és felderítése terén.

Azonban joggal felmerül a kérdés, hogy ha ennyire a kormányzati szintekig hatoló a szervezett bűnözés befolyása egy államban, akkor az adatcserék és operatív információk nem jutnak-e az éppen üldözendő szervezett bűnözői körök kezébe. Az erre vonatkozó garanciákat biztosítva látják jelenleg, így az indítvány elfogadását támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this technically non-legislative consultation. UKIP do not support the legitimacy of Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

Évidemment, cet accord s'inscrit dans la perspective de l'adhésion de l'Ukraine à l'Union européenne: j'ai donc voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui recommande l'approbation d'un accord opérationnel et stratégique entre l'Ukraine et Europol car celui-ci permettra de faciliter et d'intensifier la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée en plus de contribuer à renforcer la coopération internationale notamment en matière de lutte contre la traite des êtres humains.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Ucraina rappresenta un partner importante dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale. La relazione Gabriel, che oggi ho sostenuto, approva l'accordo sulla cooperazione strategica tra Europol e l'Ucraina, rafforzando ulteriormente i legami con il paese e potenziando l'impegno comune in materia di sicurezza e lotta contro la criminalità organizzata. Il testo approvato consentirà in particolare un più vasto scambio di informazioni su conoscenze specialistiche, relazioni, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali e attività di formazione. Sarà rafforzata la collaborazione su temi come la lotta alla tratta di esseri umani, ai reati economici e quelli connessi con la droga, ai gruppi criminali itineranti e al riciclaggio di denaro. L'accordo prevederà inoltre lo scambio di dati personali, tenendo conto delle garanzie di protezione fornite dall'Ucraina e confermate dall'autorità di controllo comune di Europol.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Y aunque, según Europol, Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, no deja de ser un país con una relación conflictiva con los derechos humanos; criterio que mi grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier Acuerdo de Cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un Acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. He votado en contra.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Agradezco a la ponente su labor en este informe sobre el Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol. Tal y como hemos hecho en los últimos informes relativos a Europol, me he abstenido, así como mi grupo, ya que no tiene sentido aprobar ahora esto teniendo en cuenta que en unos meses vamos a tener que adaptarlo al marco general del nuevo acuerdo de Europol. Con el contenido puedo estar de acuerdo, pero me parece que hubiera sido mejor esperar a que el nuevo marco de Europol estuviera aprobado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol doit permettre d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité. Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières.

De plus, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel et cela porte un risque pour la confidentialité des personnes que je refuse. Enfin, cet accord est vu par l'UE comme un préalable à l'adhésion de l'Ukraine à l'UE, comme c'est le cas pour de nombreux accords précédemment présentés. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur avendo sempre appoggiato gli accordi sulla cooperazione operativa e strategica tra Europol e paesi terzi, in questo testo ho ravvisato dei passaggi che potrebbero aprire a criticità future e ho quindi preferito esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución legislativa mediante la cual el Parlamento aprueba el proyecto de Decisión de Ejecución del Consejo por la que se aprueba la celebración por parte de la Oficina Europea de Policía (Europol) del Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol.

El Acuerdo prevé un intercambio de información que ayude a que Europol profundice más en su cooperación con Ucrania. Ucrania es un socio clave de la UE y cada vez más relevante en la lucha contra la delincuencia organizada, específicamente en cuanto a delitos relacionados con drogas, trata de seres humanos, contrabando y bandas de crimen organizado.

El intercambio de información con Ucrania permitirá a la UE combatir más eficazmente la delincuencia organizada, el terrorismo y otras formas de delincuencia internacional. Además, el Acuerdo también amplia las oportunidades de cooperación en ámbitos como la lucha contra actividades de capacitación y la prevención de delitos.

La firma de este Acuerdo Estratégico y Operativo debe fomentar una mayor coordinación entre las distintas estrategias y planes de acción de la UE, sus Estados Miembros y Ucrania.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė tam, kad Europos policijos biuras (Europolas) sudarytų Ukrainos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo susitarimą. Tokie susitarimai gali būti susiję su keitimusi operatyvine, strategine, technine arba įslaptinta informacija. Operatyvinio bendradarbiavimo susitarimas apima ir keitimąsi asmens duomenimis. Šis Europolo ir Ukrainos susitarimas dėl operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimo, leidžia keistis informacija, įskaitant asmens duomenis. Susitarimas taip pat leidžia keistis informacija specialiųjų žinių, bendrosios padėties ataskaitų, strateginių analizių rezultatų srityse, informacija apie nusikalstamų veikų tyrimo procedūras, nusikalstamumo prevencijos metodus, taip pat leidžia dalyvauti mokymų veikloje, teikti konsultacijas ir pagalbą atliekant konkrečius nusikalstamų veikų tyrimus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem sporazum o operativnem in strateškem sodelovanju med Ukrajino in Evropskim policijskim uradom (Europol), ker se kaže jasna potreba po operativnem sodelovanju Europola z Ukrajino. Ukrajina je postala pomembna partnerica Evropske unije v okviru vzhodnega partnerstva, varnost in boj proti kriminalu pa sta nujni pogoj za polno uresničitev ciljev tega partnerstva. Po obstoječih Europolovih podatkih je Ukrajina vse bolj pomembna v boju proti organiziranemu kriminalu, še posebej povezanem z drogami in gospodarstvom, trgovino z ljudmi in tihotapljenjem ter mobilnimi (potujočimi) organiziranimi kriminalnimi združbami. Z izmenjavo informacij bodo lahko EU, države članice in Ukrajina učinkoviteje preprečevale organizirani kriminal, terorizem in druge oblike mednarodnega kriminala in se borile proti njim.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje se odnosi na predloženo odobrenje sklapanja operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Ukrajine, a kojim će se omogućiti razmjena informacija, uključujući razmjenu osobnih podataka.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution approving the agreement between Ukraine and Europol on their future cooperation because I firmly believe it may strengthen the fight against organised crime in Europe by enabling parties of the agreement to exchange useful information.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'accordo di cooperazione operativa e strategica tra Ucraina ed Europol è un atto da salutare positivamente, utile a rafforzare positivamente le collaborazioni in un momento difficile della storia della Repubblica di Ucraina, nel quadro della migliore cooperazione strategica e operativa tra gli Stati membri dell'Unione europea e i paesi alleati nell'ottica dell'efficientamento della lotta al terrorismo, alle mafie, al contrabbando e alla criminalità internazionale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cet accord vise à renforcer la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol afin d'améliorer l'efficacité de la lutte contre les formes graves de criminalité. Les termes de cette coopération prévoient des échanges d'informations incluant des expertises, des comptes rendus généraux, des résultats d'analyses stratégiques, des informations sur les procédures d'enquêtes pénales et des informations sur les méthodes de prévention de la criminalité. Néanmoins, cet accord comporte également des échanges de données à caractère personnel; par ailleurs il s'inscrit dans le cadre de négociations d'adhésion de l'Ukraine dans l'Union européenne. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Propunerea referitoare la cooperarea operațională și strategică dintre Ucraina și Europol prevede un schimb de informații din diferite domenii de specialitate, dar și diverse rapoarte cu privire la anumite metode de prevenire a infracționalității, proceduri de anchetare penală, dar și susținere în anumite anchete penale.

Ucraina reprezintă un partener important al Uniunii Europene în cadrul Parteneriatului estic, fiind esențială consolidarea relațiilor între Europol și Ucraina în vederea atingerii obiectivelor cu privire la securitate și lupta împotriva criminalității. Implicarea Ucrainei s-a dovedit necesară în lupta împotriva criminalității organizate, cu precădere a traficului de ființe umane și a introducerii ilegale de imigranți.

M-am exprimat în favoarea acestei propuneri, deoarece am convingerea că acest schimb de informații dintre Ucraina și Europol va sprijini lupta împotriva criminalității organizate și a terorismului, iar Ucraina va deveni un partener esențial în această luptă împotriva criminalității internaționale.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – În virtutea deciziilor 2009/371/JAI și 2009/934/JAI, Europol trebuie să încheie acorduri cu state și organizații terțe care sunt înscrise pe lista Deciziei 2009/935/JAI. Scopul acestor acorduri este de a susține acțiunea autorităților competente ale statelor membre și cooperarea acestora pentru prevenirea criminalității organizate, a terorismului sau a altor forme grave de criminalitate. În vederea îmbunătățirii eficienței în prevenție și a luptei împotriva formelor grave de criminalitate, dar mai ales datorită statutului de stat potențial candidat și de vecin apropiat al Uniunii pe care îl deține Ucraina, un acord asupra cooperării operaționale și strategice dintre Ucraina și Europol se arată absolut necesar.

Susțin raportul Mariyei Gabriel, deoarece, în relația cu partenerul ucrainean, avem nevoie de un acord operațional și strategic de cooperare care să prevadă schimbul de informații care să ajute la prevenirea criminalității și a activităților care duc la formarea acesteia.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione perché, sul piano pratico, vi è la chiara necessità che Europol approfondisca la cooperazione operativa con l'Ucraina. L'Ucraina è un partner chiave dell'UE nel quadro del partenariato orientale e la sicurezza e la lotta contro la criminalità costituiscono imperativi di fondo al fine di realizzare pienamente gli obiettivi del partenariato.

L'Ucraina riveste sempre più importanza nella lotta contro la criminalità organizzata, e più specificamente quella legata alla droga e ai reati economici, alla tratta di esseri umani e al contrabbando, nonché nella lotta contro gruppi mobili della criminalità organizzata. Lo scambio di informazioni consentirà all'UE, agli Stati membri e all'Ucraina di prevenire e combattere in modo più efficace la criminalità, il terrorismo e altre forme di criminalità internazionale organizzata.

Al di là dello scambio di informazioni, l'accordo apre anche opportunità in termini di attività di formazione e di prevenzione della criminalità. La conclusione di questo accordo di cooperazione è un passo molto concreto e importante per far sì che l'Ucraina divenga un partner fondamentale nella lotta contro la criminalità organizzata.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this technically non-legislative consultation. UKIP do not support the legitimacy of Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

David Casa (PPE), *in writing*. — I support the conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Ukraine, since it would aid and reinforce the fight against organised crime, which is international by definition, and would contribute, to enhancing international cooperation in the field of trafficking in human beings and other relevant criminal matters.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo di cooperazione strategica e operativa in esame tra Europol e Ucraina prevede lo scambio di informazioni, incluse quelle sui dati personali. Entro il maggio 2018 entreranno in vigore tanto il nuovo regolamento Europol quanto quello sulla protezione dei dati personali e la direttiva per lo scambio di dati nel corso di indagini su reati gravi o di terrorismo. Ancora, il nuovo regolamento dell'Agenzia per la conclusione di accordi internazionali di cooperazione strategica tra Europol e paesi terzi assicura un maggiore coinvolgimento del Parlamento che sarà chiamato a esprimere un parere invece che dare unicamente il proprio consenso o meno. In attesa di tale possibilità, ho deciso di astenermi.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I am convinced we, as the EU, need to enhance our cooperation with Ukraine, especially in this period. There is a practical point of having better cooperation and exchange of information between Ukraine and Europol. But above that, there is a political and strategic dimension to be understood. Ukraine has been receiving mixed messages from our side lately and we need to reassure them on our partnership.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Europol ha assunto un ruolo chiave nel contrasto alla criminalità transfrontaliera e alle organizzazioni terroristiche. È pertanto doveroso da parte nostra facilitare ogni accordo strategico che contribuisca ad aumentare la sua efficacia investigativa e le sue capacità operative.

Ritengo che la cooperazione strategica con l'Ucraina rappresenterà una risorsa essenziale per affrontare in modo congiunto le sfide comuni alla sicurezza in Europa, specialmente tramite lo scambio di informazioni, la creazione di *contact point* e programmi di formazione.

Ho quindi ritenuto di votare a favore della relazione in quanto credo che questo accordo sia particolarmente importante per l'Ucraina. In effetti, l'accordo rappresenta un segnale di fiducia e di incoraggiamento per un auspicato ritorno alla stabilità nel Paese che ancora fatica a superare una fase difficile della propria storia. Mi rammarico, tuttavia, che non sia stato riconosciuto al Parlamento europeo un ruolo più incisivo nella negoziazione dell'accordo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υποστηρίζουμε θερμά τη σύναψη της παρούσας συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας με την Ουκρανία, διότι θα βοηθήσει και θα ενισχύσει τον αγώνα κατά του οργανωμένου εγκλήματος, το οποίο εξ ορισμού είναι διεθνές, και θα συμβάλει στην ενίσχυση της διεθνούς συνεργασίας στον τομέα της εμπορίας ανθρώπων και άλλων σχετικών ποινικών ζητημάτων.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε για την έκθεση σχετικά με την επιχειρησιακή και στρατηγική συνεργασία μεταξύ της Ουκρανίας και της Ευρωπόλ. Είναι προφανές πως οι ανακατατάξεις που καλούμαστε να αντιμετωπίσουμε εξ αιτίας του μεταναστευτικού ζητήματος αλλά και της οικονομικής κρίσης οδηγούν στην ανάγκη εντονότερων ελέγχων. Παράλληλα όμως δημιουργείται προβληματισμός σχετικά με τις πρακτικές που θέλουμε να εφαρμόσουμε, αλλά και τα δικαιώματα των πολιτών που καλούμαστε να υπερασπιστούμε. Θεωρώ πως η έκθεση αυτή δεν καταφέρνει να καλύψει όλα τα ζητήματα σε επαρκή βαθμό· γι' αυτό και αποφάσισα να την καταψηφίσω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione. Pur confermando il valore positivo degli accordi di cooperazione di Europol con i paesi terzi per la lotta transfrontaliera al terrorismo e alla criminalità, reputo equilibrato il voto di astensione in considerazione della recente azione politica in chiave anti-russa che l'UE sta svolgendo in Ucraina.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La criminalità organizzata e l'illegalità sono ontologicamente indifferenti a lingua, religione, idee politiche e, soprattutto, aree geografiche. Dunque, non posso che invitare il Consiglio a concludere quanto più celermente un accordo tra l'Ucraina ed Europol ai fini di una cooperazione operativa e strategica, dal momento che solo attraverso un pronto e vivace interscambio relazionale e tecnico si potranno ottenere risultati positivi. Per un verso, infatti, è essenziale accompagnare l'Ucraina nel suo cammino verso la democrazia e la piena realizzazione dello Stato di diritto e perciò contributi nella formazione, nello scambio di prassi e conoscenze specialistiche e nella consulenza possono sostenere e agevolare prevenzione alla criminalità e risoluzione di casi penali.

D'altro canto, già i Romani avevano compreso l'importanza strategica del «Granaio d'Europa» vista la sua posizione geografica, che ad oggi rende l'Ucraina crocevia del traffico di droga, di esseri umani e del contrabbando, insomma decisamente appetibile per la criminalità organizzata. L'Unione ha il dovere morale di combattere tali passaggi, la cui mossa successiva consiste nella diffusione a livello europeo di problemi endemici e ben noti alle autorità. Con il mio voto, auspico si renda possibile arginare e annullare attività sussistenziali per il malaffare.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the draft Council implementing decision approving the conclusion by the European Police Office (Europol) of the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Ukraine and Europol and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – No âmbito do seu mandato, a Europol pode celebrar acordos com países terceiros e outras organizações, de modo a estabelecer vias de cooperação, sobretudo no combate ao crime organizado e ao terrorismo.

Nesse contexto compete ao Parlamento – visto o acordo alcançado – consentir na sua assinatura pela Europol. Fica assim dado o seu assentimento, demonstrado o cumprimento de todos os requisitos legais e garantidas todas as salvaguardas para os cidadãos europeus.

Este acordo com a Ucrânia reveste particular importância, uma vez que é consistente e complementar com uma maior mobilidade dos cidadãos europeus e ucranianos entre os dois territórios.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze den Abschluss des Abkommens über eine strategische und operative Kooperation mit der Ukraine.

Die Ukraine ist ein wichtiger Partner für die EU, und sie spielt eine immer wichtigere Rolle bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens.

Der Informationsaustausch wird es der EU, den Mitgliedstaaten und der Ukraine ermöglichen, das organisierte Verbrechen, Terrorismus und andere Formen internationaler Kriminalität wirkungsvoller zu verhindern und zu bekämpfen. Der Abschluss dieses Kooperationsabkommens ist ein wichtiger Schritt, damit die Ukraine ein Schlüsselpartner bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens werden kann.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto il provvedimento in esame è inerente alla proposta di approvazione della conclusione di un accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol, che comprende i dati personali, lo scambio di informazioni che possono includere conoscenze specialistiche, i resoconti generali, i risultati di analisi strategiche, le informazioni sulle procedure delle indagini penali, le informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità e la partecipazione ad attività di formazione, nonché la fornitura di consulenza e sostegno a singole indagini penali. L'Ucraina è un partner chiave dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale e la sicurezza e la lotta contro la criminalità costituiscono aspetti importanti al fine di realizzare pienamente gli obiettivi del partenariato.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo por dos motivos clave. El primero, es que entiendo que la Agencia Europol no actúa con la transparencia y las garantías que requiere una institución de este tipo. Particularmente, en los acuerdos con terceros países, no se establecen unos mínimos en cuanto a protección de datos y garantías judiciales, además de no haber claridad en cuanto a las competencias de los diferentes cuerpos y los derechos a los que estaría sujeta una persona investigada o detenida. Por otro lado, que se dé este tipo de Acuerdo con Ucrania no es casual, y obedece a la estrategia de tensionar la relación entre la Unión y Rusia, a la que me opongo, además de ser Ucrania un país con unas instituciones copadas por la extrema derecha desde que se produjo el golpe de Estado en 2014, habiéndose producido un deterioro sustancial en las condiciones de derechos humanos. Por ambas razones, he votado en contra de un Acuerdo policial opaco y sin garantías y, además con un Estado con tan escasas garantías democráticas.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il progetto di decisione di esecuzione del Consiglio sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol rappresenta un importante passo avanti nel partenariato tra UE e Ucraina. Questo paese è un partner chiave nella lotta alla criminalità internazionale e l'accordo, che prevede un quadro di cooperazione operativa per lo scambio di informazioni e dati personali, rappresenta un progresso nella gestione della sicurezza a livello europeo. Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione, perché ritengo che l'accordo raggiunto contribuisca a migliorare la cooperazione internazionale nei campi della tratta di umani esseri, delle questioni penali, della lotta contro la criminalità organizzata transfrontaliera e delle attività di formazione e di prevenzione della criminalità stessa. Inoltre, tale quadro di cooperazione è coerente con il riavvicinamento in atto in altri settori, quali la mobilità dei cittadini europei e ucraini, tra Ucraina e Stati membri dell'UE.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Ukrajna az Európai Unió kulcsfontosságú partnere a keleti partnerség keretében, a biztonság és a bűnözés elleni küzdelem pedig kiemelt fontossággal bírnak. Az Europol szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és embercsempészettel, valamint a mobil szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az információcsere lehetővé fogja tenni az Unió, a tagállamok és Ukrajna számára a szervezett bűnözés, a terrorizmus és a nemzetközi bűncselekmények egyéb formáinak hatékonyabb megelőzését, ami a mai világban különösen fontos. Az együttműködési megállapodás egy igen határozott és erőteljes lépés Ukrajna számára is, hogy kulcsfontosságú partnerré váljon a szervezett bűnözés elleni küzdelemben.

A mai szavazáson támogattam a stratégiai együttműködési megállapodás megkötését Ukrajnával, mivel az segítené és megerősítené a szervezett bűnözés elleni küzdelmet, ami lényegénél fogva nemzetközi jellegű, valamint hozzájárulna az emberkereskedelem és más vonatkozó bűncselekmények területén folytatott nemzetközi együttműködés megerősítéséhez.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zważywszy na status Ukrainy jako państwa starającego się o członkostwo w strukturach Unii Europejskiej, zagłosowałem za zawarciem porozumienia pomiędzy Ukrainą a Europolem o operacyjno-strategicznej współpracy. Szczególne znaczenie w tym zakresie ma skuteczna współpraca w kwestiach bezpieczeństwa. Głównym celem porozumienia jest zwiększanie skuteczności działań właściwych organów państw oraz koordynowanie współpracy w ramach zapobiegania przestępczości zorganizowanej, terroryzmowi i innym formom przestępczości. W dzisiejszych czasach kwestie te nabierają szczególnego znaczenia, co motywuje do podejmowania działań w obszarze umacniania systemów operacyjno-strategicznych, których celem jest zapewnienie bezpieczeństwa w Europie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I supported Parliament's consent for the finalisation of a strategic and operational cooperation agreement with Ukraine as I believed this would aid and reinforce the fight against organised crime and would contribute to enhancing international cooperation in the field of human trafficking and other crimes. This agreement includes the exchange of valuable information which could enable the EU, through its agency Europol, and Ukraine to prevent and combat organised crime, terrorism and other forms of international crime more effectively.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this technically non-legislative consultation. UKIP do not support the legitimacy of Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte pour la conclusion de l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol. Alors que l'Ukraine est un pays partenaire indispensable dans le cadre du partenariat oriental, nous devons renforcer notre coopération afin de faire face à la criminalité organisée et au terrorisme. Une coopération stratégique entre Europol et l'Ukraine devrait notamment permettre de renforcer notre action dans la lutte contre le trafic des êtres humains. Nous devons alors favoriser l'échange d'informations pour pouvoir démanteler les réseaux de passeurs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben.

Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Vandaag keurde de N-VA delegatie de overeenkomst voor operationele en strategische samenwerking tussen Oekraïne en Europol goed. Wij geloven dat het delen van informatie, met inbegrip van persoonlijke data, essentieel is in de strijd tegen de georganiseerde misdaad. Onze partij is steeds een grote pleitbezorger geweest van een verregaande operationele samenwerking met Oekraïne en wij zijn dan ook verheugd dat er vandaag een volgende stap in die richting werd gezet. Bovendien is Oekraïne een betrouwbare en belangrijke politieke en economische partner van de EU in het kader van het Oostelijk Partnerschap.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Il s'agit de la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre la Commission européenne et Europol. Les échanges d'information prévus vont des informations nécessaires à la lutte contre la criminalité organisée mais s'étendent aux échanges de données à caractère personnel, ce que nous ne saurions accepter. En outre, nous ne saurions accepter un accord servant de préalable à l'adhésion de l'Ukraine à l'Union européenne.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe it will help improve international relations. This will be even more important for Wales now as the UK leaves the EU.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: accord inacceptable, il s'inscrit dans l'optique de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe a aprovação de um acordo de cooperação estratégica entre a Europol e a Ucrânia. As informações trocadas podem incluir conhecimentos específicos, relatórios sobre a situação geral, resultados da análise estratégica, informações sobre os procedimentos de investigação criminal, informações sobre os métodos de prevenção do crime, atividades de formação e a prestação de aconselhamento e apoio em investigações criminais individuais.

É conhecida a nossa posição relativamente ao processo de federalização das questões da justiça e da investigação policial, ao confronto que daí resulta com aspetos fundamentais da soberania nacional e à falta de controlo democrático que lhes está associada. Defendemos a cooperação entre as estruturas de segurança interna e externa dos vários países. Mas rejeitamos qualquer pulsão federal, como a que este relatório claramente corporiza.

Por outro lado, esta proposta surge no quadro do confronto crescente com a Federação Russa, do avanço intimidatório das forças da NATO junto às suas fronteiras e da existência de um regime ultranacionalista e fascista na Ucrânia promovido pelos EUA, a UE e a NATO. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della conclusione dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol, che comprende i dati personali. L'Ucraina è un partner chiave dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale e la sicurezza e la lotta contro la criminalità costituiscono imperativi di fondo al fine di realizzare pienamente gli obiettivi del partenariato. Ritengo assolutamente necessario un approfondimento della cooperazione operativa con l'Ucraina: un migliore scambio di informazioni consentirà agli Stati membri dell'UE e all'Ucraina di prevenire e combattere in modo più efficace la criminalità, il terrorismo e altre forme di criminalità internazionale organizzata.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Už dlhší čas existuje potreba výrazného prehĺbenia operačnej spolupráce medzi Ukrajinou a Europolom, nakoľko Ukrajina je významným partnerom Európskej únie v rámci Východného partnerstva. Europol by mal pomôcť s bojom proti praniu špinavých peňazí a aktívnym bojom proti trestnej činnosti. Zlepšenie výmeny informácií medzi Európskou úniou a Ukrajinou pomôže bojovať proti organizovanému zločinu a najmä prevádzačstvu, ktoré sa v krajine v poslednom čase rozmáha. Podpísanie tejto dohody o strategickej a operačnej spolupráci musí podporovať ďalšiu koordináciu medzi stratégiami a akčnými plánmi v rôznych oblastiach trestnej činnosti v Európskej únie a jej členských štátoch na jednej strane a na Ukrajine na druhej strane.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto la politica UE in Ucraina è principalmente in chiave anti-russa.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση.

Η συμφωνία δεν ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων. Για τον λόγο αυτό, την καταψηφίζω.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This proposal concerns the proposed approval of an operational and strategic agreement between Europol and Ukraine, providing for the exchange of information, including personal data. Europol's Joint Supervisory Body, which consist of the national data protection authorities specialised in law enforcement, gave a positive opinion to the conclusions of this cooperation agreement, taking into account the data protection level in Ukraine. There is clear operational needs for Europol to deepen its operational cooperation with Ukraine. Ukraine is a key partner of the European Union in the framework of the Eastern Partnership, and security and the fight against crime constitute underlying imperatives in order to fully achieve the objectives of this partnership. Thus, I strongly support the conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Ukraine, since it would aid and reinforce the fight against organised crime, which is international by definition, and would contribute to enhancing international cooperation in the field of trafficking in human beings and other relevant criminal matters.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe que hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Desde el punto de vista operativo, es evidente que Europol tiene que intensificar su cooperación operativa con Ucrania. Este país es un socio clave de la Unión en el marco de la Asociación Oriental, y la seguridad y la lucha contra la delincuencia son imperativos subyacentes con vistas a la consecución plena de los objetivos de dicha Asociación. El intercambio de información permitirá a la Unión, los Estados miembros y Ucrania prevenir y luchar con mayor eficacia contra la delincuencia organizada, el terrorismo y otras formas de delincuencia internacional.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul progetto di decisione di esecuzione del Consiglio che approva la conclusione da parte dell'Ufficio europeo di polizia (Europol) dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol, perché penso che l'Ucraina, superate le difficoltà interne, sarà un partner fondamentale dell'UE nella lotta al terrorismo e alla criminalità organizzata.

Ritengo positiva, infatti, la decisione del Consiglio, competente in materia, di concludere un accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol, in quanto tale cooperazione a 29 può dare risultati importanti in una serie di aree come il traffico di esseri umani, il traffico d'armi, il traffico di stupefacenti, la falsificazione dei documenti identificativi, il finanziamento del terrorismo e la lotta contro la radicalizzazione.

La decisione ha anche l'effetto di avvicinare ancor di più quest'importante partner all'UE, con effetti importanti anche sugli altri aspetti della relazione bilaterale UE-Ucraina: penso, per esempio, alla formazione delle forze di polizia, allo scambio di buone prassi, alla cooperazione diplomatica e a una crescente mobilità dei cittadini di entrambe le parti.

Condivido infine il richiamo della relatrice al tema dei dati personali e la necessità di aggiornare continuamente le modalità della cooperazione a questo riguardo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für das Abkommen über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol gestimmt, da ich es für wichtig halte, die grenzübergreifende Polizeiarbeit über das Gebiet der EU-Staaten hinaus auszudehnen, um internationale Kriminalität effektiv bekämpfen zu können.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Union muss zum Schutz ihrer Bürger die operative und strategische Kooperation nicht nur unter den Mitgliedstaaten vollziehen, sondern diese Kooperation auch mit Drittstaaten ausbauen. Der Austausch von strategischen Informationen und personenbezogenen Daten mit der Ukraine stellt nicht nur einen wichtigen Schritt im Schutz unserer Bürger vor organisierter Kriminalität und im Kampf gegen Terrorismus dar, sondern ist auch ein elementarer Bestanteil der strategischen östlichen Partnerschaft mit der Ukraine.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I do not support the legitimacy of Europol as an institution and I do not support the EU concluding agreements with third countries, therefore I voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Y aunque, según Europol, Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, no deja de ser un país con una relación conflictiva con los derechos humanos; criterio que mi grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier Acuerdo de Cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un Acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. He votado en contra.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét, továbbá lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση αφορά την προτεινόμενη έγκριση συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Ευρωπόλ και της Ουκρανίας, η οποία προβλέπει την ανταλλαγή πληροφοριών που περιλαμβάνουν προσωπικά δεδομένα. Οι πληροφορίες αυτές μπορεί να αφορούν την εξειδικευμένη γνώση, εκθέσεις για τη γενική κατάσταση, αποτελέσματα στρατηγικών αναλύσεων, πληροφορίες σχετικά με διαδικασίες διερεύνησης εγκλημάτων και με μεθόδους πρόληψης της εγκληματικότητας, συμμετοχή σε δραστηριότητες κατάρτισης, καθώς και παροχή συμβουλών και υποστήριξης σε συγκεκριμένες ποινικές έρευνες. Εμείς διαφωνούμε τόσο επί της ουσίας όσο και επί των διαδικαστικών ζητημάτων. Επί της ουσίας, απορρίπτουμε τέτοιου είδους συμφωνίες με τρίτες χώρες, ιδιαίτερα όταν δεν υπάρχουν υψηλά πρότυπα προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Επίσης η εν λόγω συμφωνία μπορεί να θεωρηθεί ως ενισχυτικό εργαλείο άσκησης πίεσης εναντίον της Ρωσίας. Αξίζει να σημειωθεί πως το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ψήφισε τον νέο κανονισμό της Ευρωπόλ, ο οποίος τίθεται σε ισχύ τον ερχόμενο χρόνο, στη βάση του οποίου τέτοιες συμφωνίες θα συζητούνται με περισσότερη διαφάνεια. Οπότε η βιασύνη του Συμβουλίου να προωθήσει τις εν λόγω συμφωνίες κάτω από το παλαιό καθεστώς μας προβληματίζει. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – This proposal has the objective of supporting and strengthening action by the competent authorities of the Member States and their mutual cooperation in preventing and combating organised crime, terrorism and other forms of serious crime affecting two or more Member States, and may concern the exchange of operational, strategic or technical information, including personal data and classified information. The conclusion of this new international agreement is proposed on the basis of the Europol Council Decision as it is currently in force (Decision 2009/371/JHA). However, the EP and Council have concluded negotiations on a new Regulation for Europol (2013/0091(COD)), in which the procedure for concluding international agreements, as well as the relevant provisions and safeguards for the classification of EU documents or the protection of personal data of European citizens, are significantly modified, which follows the entry into force of the Lisbon Treaty. Therefore, I abstained from the final vote in order to defend the role of the Parliament and ensure proper scrutiny of the agreement.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je me félicite que le Parlement européen ait autorisé la conclusion d'un accord de coopération technique, stratégique et opérationnelle entre l'Ukraine et Europol. C'est une coopération d'autant plus importante que l'Ukraine peut être un partenaire essentiel dans la prévention et la lutte contre la criminalité organisée, le terrorisme et toute autre forme grave de criminalité comme la fraude documentaire qui amplifie l'immigration illégale vers l'Europe.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o nacrtu provedbene odluke Vijeća kojom se Europskom policijskom uredu (Europol) odobrava sklapanje Sporazuma o operativnoj i strateškoj suradnji između Ukrajine i Europola (10345/2016 — C8-0267/2016 – 2016/0811(CNS)), s obzirom da postoje jasne potrebe za produbljivanjem operativne suradnje Europola s Ukrajinom koja je ključni partner EU-a u Istočnom partnerstvu.

Ukrajina je važna u borbi protiv organiziranog kriminala te kriminala povezanog s drogom, gospodarskog kriminala, trgovine ljudima i krijumčarenja robe i drugim oblicima kriminala. Osim razmjene informacija, sporazumom se otvaraju i druge mogućnosti kao što su aktivnosti osposobljavanja te sprečavanja kriminala te poticanja daljnjeg usklađivanja strategija i akcijskih planova u raznim područjima kriminala.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Ukrajina je významným aktérem Východního partnerství, proto považuji za nezbytné spolupráci s ní upevnit a zaměřit se důsledněji na boj proti trestné činnosti. Podpořil jsem návrh na uzavření operativní a strategické dohody mezi Europolem a Ukrajinou, protože umožní výměnu utajovaných informací, včetně osobních údajů, za účelem předcházení trestné činnosti. Výměna se bude týkat odborných znalostí, všeobecných situačních zpráv, výsledků strategických analýz, informací o vyšetřovacích postupech v případech trestných činů a informací o metodách. Dále dohoda zahrnuje účast na odborné přípravě a poskytování poradenství a podpory u konkrétních případů vyšetřování trestné činnosti.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Mariya Gabriel relatif à la coopération entre l'Ukraine et Europol. L'agence Europol a pour mission de faciliter les échanges d'informations entre polices européennes. Dans le cas présent, il s'agit d'un renforcement de la coopération avec l'Ukraine pour la prévention de la criminalité organisée, du terrorisme et la lutte contre d'autres formes graves de criminalité. Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il a pour objectif de soutenir l'action des États membres et leur coopération mutuelle dans la prévention du terrorisme, du crime organisé, et d'autres formes graves de criminalité. L'accord opérationnel et stratégique entre l'Ukraine et l'Office européen de police (Europol) comporte des dispositions sur l'échange de données à caractère personnel, il élargit encore notre coopération avec des pays tiers pour la sécurité des européens, ce qui est indispensable dans ces temps difficiles.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zu dem vorliegenden Bericht, da hier auch personenbezogene Daten ausgetauscht werden sollen. Internationale Zusammenarbeit in Bezug auf Verbrechensbekämpfung begrüße ich ausdrücklich, jedoch nicht auf Kosten der Persönlichkeitsrechte der Bürger der Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – U hlasování o návrhu prováděcího rozhodnutí Rady, kterým se schvaluje uzavření dohody o operativní a strategické spolupráci mezi Ukrajinou a Evropským policejním úřadem (Europol), jsem se rozhodla zdržet. Přestože za normálních okolností jsem pro větší spolupráci policejních složek, tak si nejsem zcela jistá, jestli ukrajinská strana je tou, která zasluhuje naši důvěru. Ukrajina má velké množství problémů, a to mimo jiné i s korupcí v nejvyšších složkách státní správy, a to i policie. Nedomnívám se navíc, že údaje, které by evropská strana obdržela, by byly nutně zcela pravdivé, protože by mohly plnit objednávky od ukrajinské vlády.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – On 4 October I voted against the agreement between the Europol and the Chinese Ministry of Public Security. Now again we have a similar agreement on Operational and Strategic Cooperation with Ukraine and of course I voted against to this agreement too. It is important that we are consistent in our approach in regards to this kind of void agreements which do not contribute much to the protection of human rights neither in the EU, nor in our partner countries.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Ukrajnának egyre nagyobb lehetőségei nyílnak meg a fejlődésre, sőt egyre nagyobbak a szükségletei is. Korábban is az volt a brit tudósok véleménye, hogy a szervezett bűnözés egyik legerősebb európai bástyája éppen az EU-csatlakozásra készülő Ukrajna. Nos, az adott javaslat éppen a szervezett bűnözés és terrorizmus elleni bűnügyi együttműködést szolgálja, ami kétségtelenül összeurópai érdeknek számít. Némileg árnyalja a képet, hogy ugyancsak a hivatkozott szakértők szerint az összefonódottság a bűnüldöző és a bűnelkövető struktúrák között olyan mértékű, hogy a kényes információk akár illetéktelenek kezébe is kerülhetnek. Hiába, az integráció elmélyítése néha kockázatokkal is jár.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада относно проект на решение за изпълнение на Съвета за одобряване на сключването от страна на Европейската полицейска служба (Европол) на Споразумението за оперативно и стратегическо сътрудничество между Украйна и Европол.

С предложения доклад за одобрение на оперативно и стратегическо споразумение между Европол и Украйна се предвижда обмен на информация в областта на специализираните познания, общи доклади за обстановката, резултати от стратегически анализи, информация относно процедури по наказателни разследвания, информация относно методи за предотвратяване на престъпления, участие в обучения, консултации и подкрепа за конкретни наказателни разследвания.

Считам, че Украйна придобива все по-голямо значение в борбата срещу организираната престъпност, и по-конкретно свързаните с наркотици престъпления и икономическите престъпления, трафика на хора и контрабандата, както и мобилните организирани престъпни групи. Обменът на информация ще позволи на ЕС, държавите членки и Украйна да предотвратяват и да се борят по-ефективно срещу организираната престъпност, тероризма и други форми на международна престъпност. Освен обмена на информация споразумението също създава нови възможности, като например обучения и дейности по превенция на престъпността. Сключването на това споразумение за сътрудничество е много конкретна и значима стъпка, за да може Украйна да се превърне в ключов партньор в борбата срещу организираната престъпност.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – There is no doubt that we should approve the proposed operational and strategic agreement between Europol and Ukraine, providing for the exchange of information, including personal data. Indeed, there are many reasons why Europol needs to deepen its operational cooperation with Ukraine. First and foremost, Ukraine remains source country for organised crime, more specifically drug related crimes, economic crimes, human trafficking and smuggling. Second, exchange of information will enable the EU, Member States and Ukraine to prevent and combat organised crime, terrorism and other forms of international crime more effectively. Third, reinforced security cooperation between the EU and Ukraine is complementary with the rapprochement taking place in other areas such as the mobility of European and Ukrainian citizens. Last but not least, we should support the conclusion of this strategic and operational cooperation agreement with Ukraine, because it will pave the way for Ukraine to become a key EU partner in the fight against organised crime.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Sostengo la presente relazione, che analizza la proposta di conclusione dell'accordo sulla cooperazione operativa strategica tra l'Ucraina ed Europol, comprendente i dati personali. Tale cooperazione mira a fornire lo scambio di informazioni concernenti conoscenze specifiche come resoconti generali, informazioni sulle procedure delle indagini penali, sui metodi di prevenzione delle criminalità, consulenza e sostegno alle singole indagini penali. La sua data di applicazione è prevista per il 1º maggio 2017 e, fino ad allora, continueranno ad applicarsi le disposizioni vigenti nella decisione del Consiglio su Europol. Lo scambio di informazioni consentirà all'UE, agli Stati membri e all'Ucraina di prevenire e combattere in modo più efficace la criminalità, il terrorismo e altre forme di criminalità internazionale organizzata, fornendo altresì vantaggi in termini di attività di formazione e prevenzione della criminalità.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol. Cet accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel de citoyens français, ce que j'estime inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne. Or je m'oppose à cette idée. Je suis pour une meilleure coopération internationale des services de police, mais cette coopération doit garder un caractère intergouvernemental.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cet accord. Certes, il vise à renforcer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre la criminalité grave. A ce titre, la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et l'organisme européen de police transnationale Europol prévoit des échanges d'informations, d'expertise, de résultats d'analyses stratégiques… Néanmoins, cet accord entérine également l'échange de données à caractère personnel, ce à quoi je m'oppose formellement. Enfin, ce texte s'inscrit dans l'optique — souterraine — de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne, qui n'est pas souhaitable.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe porque se refiere a aprobar un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevé el intercambio de información, incluidos datos personales. Dicha información podría incluir información especializada, informes de situación general, resultados de análisis estratégicos, información sobre procedimientos de investigación penal, sobre métodos de prevención del delito, participación en actividades de capacitación y asesoramiento y apoyo en investigaciones penales individuales.

La conclusión de este Acuerdo de Cooperación es un paso muy concreto e importante para que Ucrania se convierta en un socio clave en la lucha contra la delincuencia organizada. La firma de este Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica, debe fomentar una mayor coordinación entre las estrategias y los planes de acción en las distintas zonas delictivas de la Unión y sus Estados miembros, por una parte, y Ucrania, por otra.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo por dos motivos clave. El primero, es que entiendo que la Agencia Europol no actúa con la transparencia y las garantías que requiere una institución de este tipo. Particularmente, en los acuerdos con terceros países, no se establecen unos mínimos en cuanto a protección de datos y garantías judiciales, además de no haber claridad en cuanto a las competencias de los diferentes cuerpos y los derechos a los que estaría sujeta una persona investigada o detenida. Por otro lado, que se dé este tipo de Acuerdo con Ucrania no es casual, y obedece a la estrategia de tensionar la relación entre la Unión y Rusia, a la que me opongo, además de ser Ucrania un país con unas instituciones copadas por la extrema derecha desde que se produjo el golpe de Estado en 2014, habiéndose producido un deterioro sustancial en las condiciones de derechos humanos. Por ambas razones, he votado en contra de un Acuerdo policial opaco y sin garantías y, además con un Estado con tan escasas garantías democráticas.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente texto aprueba el proyecto del Consejo por el que se aprueba la celebración por parte de la Oficina Europea de Policía (Europol) del Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol.

Este acuerdo preverá el intercambio de información, entre la que podría hallarse conocimientos especializados, resultados de análisis estratégicos, información sobre métodos de prevención de delitos y participación en actividades de formación, entre otros.

Teniendo en cuenta que Ucrania cada vez es un actor más importante en la lucha contra la delincuencia organizada y, más concretamente, en los delitos de carácter económico, trata de seres humanos y contrabando, y que este Acuerdo es coherente y complementario con el acercamiento que se está llevando a cabo en ámbitos como la movilidad de ciudadanos europeos y ucranianos, considero que su aprobación será muy beneficiosa para prevenir y luchar contra la delincuencia organizada internacional, de ahí el sentido positivo de mi voto.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that strengthens the mutual fight against organised crime.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovaj prijedlog odnosi se na predloženo odobrenje sklapanja operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Ukrajine kojim će se omogućiti razmjena informacija, uključujući razmjenu osobnih podataka. Takve informacije mogu uključivati stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama sprečavanja kriminala, sudjelovanje u aktivnostima osposobljavanja te pružanje savjeta i podrške u pojedinačnim kaznenim istragama. Prema podacima Europola, Ukrajina je sve važnija u borbi protiv organiziranog kriminala te specifičnijih kaznenih djela povezanih s drogom, gospodarskog kriminala, trgovine ljudima i krijumčarenja robe, kao i protiv putujućih skupina koje se bave organiziranim kriminalom.

Zajedničko nadzorno tijelo Europola dalo je pozitivno mišljenje o sklapanju ovog sporazuma o suradnji, budući da je Ukrajina ključni partner Europske unije u okviru Istočnog partnerstva, a sigurnost i borba protiv kriminala predstavljaju važne prioritete za potpuno ostvarenje ciljeva tog partnerstva. Razmjenom informacija EU-u, državama članicama i Ukrajini omogućit će se učinkovitije sprečavanje i suzbijanje organiziranog kriminala, terorizma i drugih oblika međunarodnog kriminala, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Such agreements have the objective of supporting and strengthening action by the competent authorities of the Member States and their mutual cooperation in preventing and combating organised crime, terrorism and other forms of serious crime affecting two or more Member States, and may concern the exchange of operational, strategic or technical information, including personal data and classified information.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Spoluprácu s Ukrajinou pri výmene informácií vrátane osobných údajov pokladám z hľadiska presadzovania práva, predchádzania a vyšetrovania trestnej činnosti a organizovaného zločinu na východnej hranici Únie za rozhodujúcu. Preto návrh uznesenia o schválení tejto dohody podporujem.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικής απόφασης του Συμβουλίου για την έγκριση της σύναψης από την Ευρωπαϊκή Αστυνομική Υπηρεσία (Ευρωπόλ) της συμφωνίας για την επιχειρησιακή και στρατηγική συνεργασία μεταξύ της Ουκρανίας και της Ευρωπόλ, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Ce rapport a pour objectif de donner l'accord du Parlement européen sur la coopération opérationnelle entre Europol et l'Ukraine. En réalité, il s'agit de l'échange de données à caractère personnel des Européens. Ce rapport touche ainsi directement à la sécurité des données des citoyens français. C'est la raison pour laquelle nous nous y opposons. En outre, ce rapport s'inscrit dans une optique de développement de coopération étroite entre l'Union européenne et l'Ukraine, en envisageant son adhésion potentielle dans le futur. Cette idée provoque également nos plus grandes réserves.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. — I voted in favour of the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Ukraine and Europol. According to the agreement, the European Union will benefit from strengthening cooperation with Ukraine, a country that plays a crucial role in the Eastern Partnership, security, and countering organized crime. In times when securing the European continent is challenging, exchange of operational, strategic, technical, or classified information will certainly contribute to control terrorism, human trafficking, and other kinds of international malicious activities more effectively.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich der Stimme, da in der vorliegenden Fassung des Berichts der Austausch von personenbezogenen Daten zwischen der Ukraine und Europol nicht ausgeschlossen wird, aber grundsätzlich derartige Abkommen (wie z. B. schon mit Brasilien und den Arabischen Emiraten) zu begrüßen sind.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už, nes Europolui ir Ukrainos teisėsaugos institucijoms keičiantis informacija būtų daugiau galimybių ES, valstybėms narėms ir Ukrainai veiksmingiau užkirsti kelią organizuotam nusikalstamumui, terorizmui ir kitų formų tarptautiniam nusikalstamumui. Susitarimu sudaromos galimybės ne tik keistis informacija, bet ir rengti mokymus ir vykdyti nusikalstamumo prevencijos veiksmus.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement est ici «consulté» sur l'approbation d'un accord de coopération entre l'Ukraine et Europol, l'Office européen de police. Il conviendrait a minima de s'assurer que les pays avec lesquels l'UE conclut de tels accords offrent toutes les garanties de respect de l'État de droit, en particulier concernant le système judiciaire. Surtout quand il s'agit comme ici d'échanger les données personnelles des citoyens. L'Ukraine actuelle, co-gouvernée par les néonazis, est loin d'apporter de telles garanties. Une telle coopération est donc un pur choix géopolitique que je désapprouve. Je me suis déjà opposé à de précédents accords similaires, notamment avec les Emirats arabes unis. Le Conseil pousse tous ces accords avec des pays tiers avant la fin de l'année 2016 afin de donner toute latitude à Europol pour 2017 quand entrera en vigueur son nouveau règlement encore plus menaçant pour la sécurité de nos données personnelles. Europol récolte arbitrairement des données personnelles en Europe et peut refuser de les communiquer aux citoyens concernés qui les lui réclame. Le scandale des révélations d'espionnage géant par la NSA et les autorités allemandes des gouvernements et des institutions européennes n'aura donc servi à rien pour Bruxelles. Je vote contre.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol est en réalité la conclusion d'un accord entre les deux parties. Cet accord prévoit des échanges d'informations comprenant l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. En plus de ces échanges d'informations, il existe aussi des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel. Étant opposée à la communication de données personnelles, je me suis opposée cet accord qui se fait aussi dans l'optique plus ou moins dissimulée d'une potentielle adhésion de l'Ukraine à l'Union Européenne.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O presente documento diz respeito à aprovação de um acordo de cooperação operacional e estratégica entre a Europol e a Ucrânia, que preveja o intercâmbio de informações, incluindo dados pessoais. Essas informações poderão ser no domínio dos conhecimentos especializados, relatórios gerais de situação, resultados de análises estratégicas, informações sobre processos de investigação penal, informações sobre métodos de prevenção da criminalidade, participação em atividades de formação, assim como prestação de aconselhamento e apoio em determinadas investigações penais. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it enables Europol and Ukraine to collaborate by exchanging information that is crucial in preventing and tackling crime, including, information on criminal investigation procedures.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le Parlement a été consulté sur la conclusion d'un accord de coopération stratégique entre l'Ukraine et Europol. Ce nouvel accord international vient renforcer la coopération qu'Europol entretient avec les pays tiers ce qui représente un outil essentiel au travail d'Europol.

Je tiens néanmoins à souligner que la conclusion de cet accord aurait dû être faite après l'entrée en vigueur du nouveau règlement Europol prévue pour mai 2017. Le nouveau règlement prévoit en effet des garanties renforcées en matière notamment de protection des données. De plus, après l'entrée en vigueur du nouveau règlement, le Parlement européen bénéficiera de plus de prérogatives dans la conclusion de tels accords internationaux.

Le rôle du Parlement dans ces matières doit absolument être défendu. C'est pourquoi il importe que la conclusion de tout nouvel accord obéisse aux nouvelles règles prochainement en vigueur.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Ukrajina je najväčšou krajinou Východného partnerstva a pre Európsku úniu predstavuje dôležitého politického partnera, a to nielen z dôvodu bezprostredného susedstva. Význam Ukrajiny pre Úniu, prirodzene, presahuje politický rámec, keďže Ukrajina participuje na mnohých projektoch EÚ zameraných na naštartovanie ekonomiky, podporu konkurencieschopnosti, vedu a výskum, podporu vzájomnej obchodnej výmeny, ale tiež na kultúrnu oblasť, celoživotné vzdelávanie (program Erasmus Mundus), občiansku spoločnosť či dodržiavanie ľudských práv. Dohoda o strategickej spolupráci medzi Ukrajinou a Europolom predstavuje ďalší míľnik vo vzájomných vzťahoch a domnievam sa, že je to významný krok v prehĺbení spolupráce v oblasti vnútra a trestných vecí, čo je vzhľadom na bezprostrednú geografickú blízkosť viac než žiaduce. Samotná dohoda rieši predovšetkým postup v rámci výmeny informácií týkajúcich sa odborných znalostí, všeobecných situačných správ, výsledkov strategických analýz, informácií o postupoch vyšetrovania trestnej činnosti, informácií o metódach predchádzania trestnej činnosti, účasti na aktivitách odbornej prípravy, ako aj poskytovania poradenstva a podpory pri jednotlivých prípadoch vyšetrovania trestných činov. Výmena informácií umožní obom stranám bojovať proti organizovanej trestnej činnosti a terorizmu, ale tiež rozvíjať ďalšie možnosti spolupráce, ako sú aktivity v oblasti odbornej prípravy a predchádzania trestnej činnosti. Uzavretie tejto dohody o spolupráci je veľmi konkrétnym krokom, aby sa Ukrajina stala kľúčovým partnerom v boji proti organizovanej trestnej činnosti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the agreement because it would aid and reinforce the fight against organised crime, which is international by definition, and would contribute to enhancing international cooperation in the field of trafficking in human beings and other relevant criminal matters. This agreement concerns the proposed approval of an operational and strategic agreement between Europol and Ukraine, providing for the exchange of information, including personal data. Such information could be in the field of specialist knowledge, general situation reports, and results of strategic analysis, information on criminal investigation procedures, and information on crime-prevention methods, participation in training activities as well as providing advice and support in individual criminal investigations.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Tanács határozattervezetet dolgozott ki az Ukrajna és az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) közötti, a személyes adatok cseréjét is magában foglaló operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás Europol általi megkötésének jóváhagyásáról. A tervezet elfogadásához a Tanácsnak konzultálnia kell a Parlamenttel. Ukrajna az Európai Unió kulcsfontosságú partnere a keleti partnerség keretében, a biztonság és a bűnözés elleni küzdelem pedig alapvető kötelességek e partnerség célkitűzéseinek maradéktalan teljesítése érdekében.

Az Europol szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében ezért azt indítványozza, hogy a Parlament hagyja jóvá a Tanács tervezetét. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec l'Ukraine. Les termes de la coopération prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel. Ceci est inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique plus ou moins larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne. Or nous sommes opposés à cette idée.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cet accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel, ce qui est inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique plus ou moins larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne à laquelle je m'oppose. Je vote donc contre cet accord.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol. Il a pour objectif de soutenir l'action des autorités des États membres dans la prévention de la criminalité organisée, du terrorisme et d'autres formes graves de criminalité. À l'heure où la criminalité est de plus en plus transfrontalière, il est essentiel de renforcer la coopération entre les autorités judiciaires à l'intérieur de l'Union européenne.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Rendőrségi Hivatal küldetése segíteni a tagállamokat a súlyos nemzetközi bűnözés és terrorizmus valamennyi formájának megelőzésében és leküzdésében. Az elmúlt évek során a fenyegetésekkel és veszélyekkel együtt az Europol szerepe is megnőtt. Örülök neki, hogy az operatív, stratégiai és technikai megállapodás az Európai Unió határain átnyúlva, számos országgal működik. Ezekhez a kulcsfontosságú szövetségesekhez pedig hamarosan Ukrajna is csatlakozhat majd. Szeretném hangsúlyozni, hogy az Európai Parlament különös figyelmet szentel a személyes adatok megfelelő védelmének, és Ukrajna minden feltételt teljesít ezen a téren.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The establishment of Europol was agreed through the Maastricht Treaty in 1992. Europol has its headquarters in The Hague, The Netherlands, and assists the 28 Member States of the European Union in their fight against international crime and terrorism. I have voted for this report that will provide approval of an operational and strategic agreement between Europol and Ukraine, providing for the exchange of information, including personal data.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Prezenta propunere se referă la aprobarea unui Acord operațional și strategic între Europol și Ucraina care prevede schimbul de informații, inclusiv de date cu caracter personal. Aceste informații ar putea fi din domeniul cunoștințelor de specialitate, rapoarte privind situația generală, rezultate ale analizelor strategice, informații privind procedurile de anchetare penală, informații privind metodele de prevenire a infracționalității, participarea la activități de formare, precum și furnizarea de consiliere și sprijin în anumite anchete penale. Ucraina este un partener esențial al Uniunii Europene în cadrul Parteneriatului estic, iar securitatea și lupta împotriva criminalității constituie imperative pentru atingerea obiectivelor acestui parteneriat.

Schimbul de informații va permite UE, statelor membre și Ucrainei să prevină și să combată într-un mod mai eficace criminalitatea organizată, terorismul și alte forme de criminalitate internațională. Dincolo de schimbul de informații, acordul oferă, de asemenea, alte oportunități, cum ar fi formare și activități de prevenire a criminalității. Încheierea acestui acord de cooperare este un pas foarte concret și puternic pe care îl face Ucraina pentru a deveni un partener esențial în lupta împotriva criminalității organizate.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, în condițiile în care Ucraina este și alege să se comporte ca un partener esențial al Uniunii Europene în cadrul cooperării stabilite prin Parteneriatul estic, iar securitatea și lupta împotriva criminalității sunt două dintre cele mai importante acțiuni în vederea continuării acestui parteneriat. Prin urmare, raportul adoptat astăzi aprobă cooperarea strategică dintre Ucraina și Europol, cooperare care intensifică schimbul de informații operaționale, strategice, tehnice sau clasificate, cu scopul prevenirii și combaterii criminalității, traficului de persoane și a altor infracțiuni de maximă importanță, cum este terorismul.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da der Austausch von personenbezogenen Daten nicht ausgeschlossen wird. Aufgrund dieser Tatsache kann ich mich nicht für diesen Bericht aussprechen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ukraina on ELi oluline partner ning koostöö Ukrainaga on oluline võitluses nii uimastite, inimkaubanduse kui ka organiseeritud kuritegevusrühmituste vastu. Kokkulepe annab võimaluse paremaks teabevahetuseks ja kuritegude ennetustööks ning laiema raamistiku rahvusvaheliste kuritegude vastu võitlemiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Visų pirma, reikia remti ir stiprinti valstybių narių kompetentingų institucijų veiksmus bei jų tarpusavio bendradarbiavimą organizuoto nusikalstamumo, terorizmo ir kitų rūšių sunkių nusikaltimų srityje. Atsižvelgiant į tai, kad Ukraina yra pagrindinė ES partnerė pagal Rytų partnerytės programą bei siekiant efektyviau kovoti ir stiprinti kovą su organizuotu nusikalstamumu, reikia skatinti glaudesnį Ukrainos ir Europolo operatyvinio ir strateginio bendradarbiavimą, keičiantis operatyvine, strategine, technine arba įslaptinta informacija. Pažymėtina, kad šis bendradarbiavimo susitarimas apima ir keitimąsi asmens duomenimis.

Pažymėtina, kad šis susitarimas leis veiksmingiau užkirsti kelią organizuotam nusikalstamumui, terorizmui ir kitų formų tarptautiniam nusikalstamumui ir su jais kovoti. Be to, jis didins tarptautinį bendradarbiavimą prekybos žmonėmis bei kitose susijusiose baudžiamosios teisės srityse taip pat prevencijos ir kovos su jais veiksmingumą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Ουκρανία είναι καίριος εταίρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο πλαίσιο της ανατολικής εταιρικής σχέσης, και η ασφάλεια και η καταπολέμηση του εγκλήματος συνιστούν βασική επιτακτική ανάγκη προκειμένου να επιτευχθούν πλήρως οι στόχοι αυτής της εταιρικής σχέσης.

Η Ουκρανία έχει όλο και μεγαλύτερη σημασία στην καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος, και πιο συγκεκριμένα των σχετικών με τα ναρκωτικά και των οικονομικών εγκλημάτων, της εμπορίας ανθρώπων και της παράνομης διακίνησης ανθρώπων, καθώς και των κινητών (πλανόδιων) ομάδων οργανωμένου εγκλήματος. Η ανταλλαγή πληροφοριών θα επιτρέψει στην Ευρωπαϊκή Ένωση, τα κράτη μέλη και την Ουκρανία να αποτρέψουν και να καταπολεμήσουν το οργανωμένο έγκλημα, την τρομοκρατία και άλλες μορφές διεθνούς εγκλήματος. Υπερψήφισα την έκθεση που αφορά τη συμφωνία για την επιχειρησιακή και στρατηγική συνεργασία μεταξύ της Ουκρανίας και της Ευρωπόλ, καθώς αυτή η συμφωνία θα δημιουργήσει ευκαιρίες για κατάρτιση και δραστηριότητες στον τομέα της πρόληψης του εγκλήματος και θα συμβάλει στην ενίσχυση της διεθνούς συνεργασίας στον τομέα της εμπορίας ανθρώπων και άλλων σχετικών ποινικών ζητημάτων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la conclusione di un accordo tra Europol e Ucraina per uno scambio reciproco di informazione sia idoneo al fine di facilitare l'ingresso del paese tra gli Stati membri dell'UE, considerando anche che l'Ucraina è un partner chiave per la lotta alla criminalità organizzata. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam sporazum o operativnoj i strateškoj suradnji između Ukrajine i EUROPOL-a jer smatram da je koordinirana i vođena suradnja ključan način uspješnog rješavanja čitavog niza sigurnosnih izazova s kojima se suočava Ukrajina, ali i Europska unija u cijelosti. Područja u kojima treba uspostaviti kvalitetnu suradnju su međunarodni organizirani kriminal, terorizam, trgovina ljudima, krijumčarenje migranata te trgovina drogom.

Uzimajući u obzir trenutno sigurnosno okruženje Europske unije, jasno je da je uspostava kvalitetne suradnje od zajedničkog interesa kako bi se stvorio kvalitetan okvir borbe protiv međunarodnog kriminala. Nužno je da države članice kroz djelovanje EUROPOL-a uspiju u prevenciji, otkrivanju, suzbijanju i istraživanju ozbiljnih oblika međunarodnog kriminala u prethodno spomenutim područjima. Razmjena strateških i tehničkih informacija važna je za analizu raznih ugroza i rizika s ciljem stvaranja strategija prevencije i metoda upravljanja raznim krizama. Zajedničko promatranje i nadzor te analiza dobivenih rezultata mogu pomoći uspješnijoj primjeni postojećih i budućih zakonodavnih aranžmana i rješenja te pripadajućih tehnika i alata. Važno je pak, s druge strane, osigurati da se razmjena podataka vodi osiguranim kanalima, koristeći najviše standarde zaštite tajnosti i privatnosti te mehanizme borbe protiv krađe podataka.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel. Ceci est inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique plus ou moins larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne. Fermement opposé à cette perspective, je vote donc contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Snažno podupirem sklapanje sporazuma o strateškoj i operativnoj suradnji s Ukrajinom jer bi se njime poduprla i osnažila borba protiv organiziranog kriminala, koji je po definiciji međunarodan, te bi se doprinijelo poboljšanju međunarodne suradnje u području trgovine ljudima i drugih relevantnih kaznenih pitanja. Postoje jasne operativne potrebe za produbljivanje operativne suradnje Europola s Ukrajinom. Ukrajina je ključni partner Europske unije u okviru Istočnog partnerstva, a sigurnost i borba protiv kriminala predstavljaju važne prioritete za potpuno ostvarenje ciljeva tog partnerstva. Razmjenom informacija EU-u, državama članicama i Ukrajini omogućit će se učinkovitije sprečavanje i suzbijanje organiziranog kriminala, terorizma i drugih oblika međunarodnog kriminala. Osim razmjene informacija, sporazumom se otvaraju i mogućnosti kao što su aktivnosti osposobljavanja i sprečavanja kriminala.

Sklapanje ovog sporazuma o suradnji predstavlja vrlo konkretan i snažan korak za Ukrajinu kako bi ona postala ključan partner u borbi protiv organiziranog kriminala. Potpisivanje ovog sporazuma poticati će daljnje usklađivanje strategija i akcijskih planova u različitim područjima kriminala u EU-u i njegovim državama članicama s jedne strane te u Ukrajini s druge strane.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe a homologação de um acordo de cooperação estratégica entre a EUROPOL e a Ucrânia. As informações trocadas podem incluir conhecimentos específicos, relatórios sobre a situação geral, resultados da análise estratégica, informações sobre os procedimentos de investigação criminal, informações sobre os métodos de prevenção do crime, atividades de formação, e da prestação de aconselhamento e apoio em investigações criminais individuais.

A EUROPOL é uma estrutura que impõe o caminho da Federalização. Desde a sua criação, que a UE atribuí-lhe competências que atentam contra a soberania dos Estados, por sobreposição às polícias nacionais e desenvolvendo a sua atividade fora do alcance e controlo democrático, por oposição a políticas de cooperação entre e inter Estados, no quadro da sua soberania e das suas próprias estruturas de segurança interna e externa.

Razões que justificariam por si um voto contra. Mas a que se soma o enquadramento geopolítico da Ucrânia, o palco privilegiado que tem sido para justificar o confronto com e cerco à Federação Russa, e do patrocínio da UE e dos EUA de um regime ultranacionalista e de natureza fascista na Ucrânia.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Zajištění bezpečnosti považuji za jeden z hlavních úkolů EU. Ukrajina je pro EU důležitým partnerem na poli bezpečnosti a boje proti trestné činnosti. Pokud bude EUROPOL efektivně spolupracovat s dalšími státy mimo EU, zvýší se jeho schopnost bránit kriminálním činnostem na našem území. Věřím, že spolupráce s Ukrajinou zvýší šance na odhalení drogové a hospodářské kriminality, obchodu s lidmi a převaděčství a zaměřit by se měla i na boj proti mobilním (kočujícím) zločineckým skupinám. Je důležité, aby obě strany koordinovaly své strategie a akční plány. Tato oboustranně výhodná dohoda bude založena především na sdílení informací, které umožní členským státům i Ukrajině předcházet organizovanému zločinu, terorismu a dalším formám mezinárodní trestné činnosti.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il progetto in esame concerne la proposta di approvazione della conclusione di un accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol. I termini della cooperazione prevedono lo scambio di informazioni che può includere conoscenze specialistiche, resoconti generali, risultati di analisi strategiche, informazioni sulle procedure delle indagini penali, informazioni sui metodi di prevenzione della criminalità e la partecipazione ad attività di formazione, nonché la fornitura di consulenza e sostegno a singole indagini penali. Reputo che vi sia la chiara necessità che Europol approfondisca la cooperazione operativa con l'Ucraina, in quanto partner chiave dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale. Sostengo vivamente la conclusione di questo accordo di cooperazione strategica e operativa con l'Ucraina, in quanto aiuterebbe e rafforzare la lotta contro la criminalità organizzata e contribuirebbe a migliorare la cooperazione internazionale nel campo della tratta di esseri umani e altre importanti questioni penali. Ho votato a favore di questa relazione.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podporuji spolupráci EU a Ukrajiny, a to v maximu oblastí. Z tohoto důvodu považuji za potřebnou i spolupráci, kterou dnes schvalujeme. Spolupráci v oblasti bezpečnosti považuji navíc za velmi významnou.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de cet accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol. L'échange d'informations permettra aux États membres de l'Union et à l'Ukraine de prévenir la criminalité organisée, le terrorisme et d'autres formes de criminalité internationale. La lutte contre ces phénomènes est un combat de chaque instant.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito à aprovação proposta de um acordo de cooperação operacional e estratégica entre a Europol e a Ucrânia. O mesmo prevê a troca de informações, incluindo dados pessoais, assim como também possibilita a realização de ações de formação e atividades de prevenção da criminalidade.

Atualmente a Ucrânia é um parceiro fundamental da União Europeia, pelo que a segurança e o combate à criminalidade são de sobremaneira relevantes no contexto desta parceria. O intercâmbio de informações permitirá à União, aos Estados Membros e à Ucrânia prevenir e combater, de uma forma mais eficaz, o terrorismo e outras formas de criminalidade internacional, incluindo a criminalidade organizada. A assinatura do acordo de cooperação operacional e estratégica deve incentivar uma maior coordenação entre os planos de ação nas diversas áreas da criminalidade da UE e respetivos Estados Membros, por um lado, e da Ucrânia, por outro.

Porque a celebração do presente acordo de cooperação é um passo muito concreto e importante na valorização da parceria entre a União e a Ucrânia, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP MEPs have voted against this technically non-legislative consultation. UKIP do not support the legitimacy of Europol as an institution and do not support the EU concluding agreements with third countries.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, este acordo com a Ucrânia representa mais um passo na luta contra a criminalidade organizada, mais especificamente em matéria de criminalidade económica e relacionada com a droga, o tráfico de seres humanos e o contrabando. O intercâmbio de informações com a Europol permitirá à União Europeia, aos Estados-Membros e à Ucrânia prevenir e combater mais eficazmente a criminalidade organizada, o terrorismo e outras formas de criminalidade internacional.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en el que se establece un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol.

El informe prevé un intercambio de información que ayude a que Europol profundice más su cooperación con Ucrania. Ucrania es un socio clave de la Unión y cada vez más relevante en la lucha contra la delincuencia organizada, específicamente en cuanto a delitos relacionados con drogas, trata de seres humanos, contrabando y bandas de crimen organizado.

El intercambio de información con Ucrania permitirá a la Unión combatir más eficazmente la delincuencia organizada, el terrorismo y otras formas de delincuencia internacional. Además, el Acuerdo también amplia las oportunidades de cooperación en ámbitos como la lucha contra actividades de capacitación y prevención de delitos.

La firma de este Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica debe fomentar una mayor coordinación entre las distintas estrategias y planes de acción de la Unión, sus Estados miembros y Ucrania.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'accord sur la coopération opérationnelle et stratégique entre l'Ukraine et Europol. Cet accord a pour objectif de soutenir l'action des autorités compétentes en vue de prévenir et de lutter contre la criminalité organisée, le terrorisme et les autres formes graves de criminalité.

Cet accord opérationnel et stratégique prévoit des échanges d'informations concernant notamment les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, etc.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Bendradarbiavimas teisingumo srityje su trečiosiomis šalimis – itin svarbi praktinės ES išorės santykių darbotvarkės dalis. Būtent plėsdami tokį bendradarbiavimą mes skatiname gero valdymo principų plėtrą ir užtikriname, kad nusikaltėliai bei įtariami asmenys negalės pasislėpti nuo teisingumo.

Esu įsitikinęs, jog šis susitarimas su Ukraina – mūsų partnere, daug iškentusia dėl savo europinių siekių, – taps svarbiu žingsniu skatinant gero valdymo erdvės plėtrą į rytus nuo Europos Sąjungos sienų. Kartu netgi norėčiau išreikšti savo nusistebėjimą ir pastabą Komisijai, kodėl tokie susitarimai nebuvo sudaryti gerokai anksčiau?

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Y aunque, según Europol, Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, no deja de ser un país con una relación conflictiva con los derechos humanos; criterio que mi grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier Acuerdo de Cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un Acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. He votado en contra.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo por dos motivos clave. El primero, es que entiendo que la Agencia Europol no actúa con la transparencia y las garantías que requiere una institución de este tipo. Particularmente, en los acuerdos con terceros países, no se establecen unos mínimos en cuanto a protección de datos y garantías judiciales, además de no haber claridad en cuanto a las competencias de los diferentes cuerpos y los derechos a los que estaría sujeta una persona investigada o detenida. Por otro lado, que se dé este tipo de Acuerdo con Ucrania no es casual, y obedece a la estrategia de tensionar la relación entre la Unión y Rusia, a la que me opongo, además de ser Ucrania un país con unas instituciones copadas por la extrema derecha desde que se produjo el golpe de Estado en 2014, habiéndose producido un deterioro sustancial en las condiciones de derechos humanos. Por ambas razones, he votado en contra de un Acuerdo policial opaco y sin garantías y, además con un Estado con tan escasas garantías democráticas.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi, il Parlamento europeo ha approvato la conclusione dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina e l'Ufficio europeo di polizia (Europol). Tale accordo riveste un'importanza di primo piano nel rafforzare la lotta contro la criminalità organizzata, in particolare quella legata alla droga e ai reati economici, alla tratta di esseri umani e al contrabbando, nonché nella lotta contro gruppi mobili della criminalità organizzata.

Nel quadro del partenariato orientale, l'Ucraina rappresenta un partner chiave nella realizzazione degli obiettivi di base di tale partenariato, quali la sicurezza e la lotta contro la criminalità. Esiste quindi una chiara necessità operativa di Europol di collaborare con l'Ucraina. La chiave del successo della lotta contro la criminalità organizzata risiede infatti nello scambio di informazioni e di competenze concernenti i gruppi criminali a livello UE e con i paesi interessati come in questo caso l'Ucraina. Europol può svolgere in questo contesto un ruolo determinante al fine di sostenere e rafforzare l'azione delle autorità competenti degli Stati membri e la reciproca collaborazione.

Ho votato pertanto a favore della conclusione di questo accordo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish for the EU to make agreements on our behalf.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Podporujem tento návrh uznesenia, ktorý sa týka navrhovaného schválenia operačnej a strategickej dohody medzi Europolom a Ukrajinou, ktorá upravuje výmenu informácií vrátane osobných údajov. Europol potrebuje jednoznačne prehĺbiť svoju operačnú spoluprácu s Ukrajinou. Ukrajina je kľúčovým partnerom Európskej únie v rámci Východného partnerstva a bezpečnosť a boj proti trestnej činnosti predstavujú základné požiadavky v záujme úplného dosiahnutia cieľov tohto partnerstva. Hlasoval som preto za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Uzavretie dohody o operatívnej a strategickej spolupráci medzi Ukrajinou a Europolom som podporila. Súhlasím s názorom, že ak chceme prehĺbiť vzťahy s naším najdôležitejším susedom z Východného partnerstva, posilnená bezpečnostná spolupráca je jej základným kameňom. Kooperácia medzi orgánmi Europolu a Ukrajiny bude spočívať najmä vo výmene kľúčových informácií, ktoré môžu mať operačný, strategický, technický alebo aj utajovaný charakter. Konkrétne sa táto výmena môže týkať odborných znalostí, všeobecných situačných správ, výsledkov strategických analýz, či informácií o postupoch vyšetrovania trestnej činnosti. Podľa informácií, ktorými disponuje Európsky parlament, má Ukrajina čoraz dôležitejšie postavenie v boji proti organizovanej trestnej činnosti. Europol je presvedčený, že Ukrajina bude pre EÚ dôležitým partnerom v boji proti špecifickým trestným činom, akými sú obchod s drogami, ekonomická trestná činnosť, obchodovanie s ľuďmi a prevádzačstvo. Preto vítam snahy Europolu zapojiť ukrajinské orgány do boja proti medzinárodnej trestnej činnosti a dúfam, že aj táto dohoda priblíži Ukrajinu európskemu postoju.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – EUROPOL pomaga državam članicam v boju proti organiziranemu kriminalu znotraj EU. Žal pa se razsežnosti organiziranega kriminala ne končajo z mejami EU, zato je za bolj uspešno delovanje nujno potrebno sodelovanje s tretjimi državami in mednarodnimi organizacijami. Skupina Zelenih/ESZ podpira čezmejno sodelovanje med državami v boju proti kriminalu. Omenjeni sporazum se fokusira na Ukrajino, državo blizu meja EU in tudi potencialno kandidatko za članstvo v EU. Zatorej je poglobljeno sodelovanje z Ukrajino z namenom preprečevanja vseh oblik kriminala in terorizma pomembno ter potrebno. Menim, da omenjeno lahko pozitivno vpliva na situacijo in razmere v državi, poleg tega pa lahko prispeva k boljši integraciji Ukrajine z EU.

Pozitivno je tudi to, da strateški sporazumi vključujejo izmenjavo informacij, vendar izključujejo osebne podatke. Poleg tega se lahko aktivnosti s strani EUROPOL-a lahko izvajajo šele takrat, ko to po predhodnem posvetovanju s predstavniki EUROPOL-a potrdi Evropski svet. Če gledam iz širše geopolitične perspektive, bi izboljšanje sodelovanja med EU in Ukrajino poglobilo politični dialog med obema stranema in posledično pozitivno vplivalo na nadaljnjo integracijo na področju človekovih pravic, vladavine prava in temeljnih človekovih pravic. Zaradi navedenega sem glasoval za sprejetje poročila.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Európa musí spolupracovať s partnerskými krajinami v boji proti organizovanej trestnej činnosti, terorizmu a iným formám medzinárodnej trestnej činnosti. Ukrajina zohráva čoraz dôležitejšiu úlohu v boji proti kriminálnym aktivitám. Výmena informácií a osobných údajov je v tomto kľúčová.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Velmi rád jsem svým hlasem podpořil uzavření strategické a operativní dohody o spolupráci mezi Ukrajinou a Europolem. EU, členské státy a Ukrajina budou díky dohodě moci mnohem efektivněji předcházet a zároveň bojovat proti organizované trestné činnosti, terorismu a dalším formám mezinárodní trestné činnosti. Spolupráce do budoucna zajistí výměnu odborných znalostí, strategických analýz, sdílení informací o vyšetřovacích postupech či metodách prevence. Díky partnerství bude poskytnuta podpora i při vyšetřování konkrétních případů trestné činnosti. Operativní povaha dohody oběma partnerům umožní sdílet i osobní údaje, jejichž výměna podstatně zvyšuje míru úspěšnosti vzájemné spolupráce. Rád bych připomenul, že uzavření dohody mezi Ukrajinou a Europolem je zároveň splněním jedné z mnoha podmínek pro uvolnění vízového styku mezi EU a Ukrajinou. Ukrajina dostála svým závazkům. Hlasování o vízové liberalizaci se tak doufám uskuteční již velmi brzy. Jako stínový zpravodaj úspěšně schválené dohody o spolupráci Ukrajiny s Eurojustem bych rád znovu vyzdvihl význam spolupráce EU s Ukrajinou. Užší partnerství v oblasti bezpečnosti je dalším silným signálem o postupném sbližování obou stran i v mnoha dalších oblastech.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Entwurf eines Durchführungsbeschlusses des Rates über die Zustimmung zum Abschluss eines Abkommens über operative und strategische Kooperation zwischen der Ukraine und Europol durch das Europäische Polizeiamt (Europol) habe ich nicht zugestimmt.

Dieser Vorschlag betrifft die vorgeschlagene Billigung eines Abkommens zwischen Europol und der Ukraine über operative und strategische Kooperation, das den Austausch von Informationen einschließlich personenbezogener Daten beinhaltet. Solche Informationen könnten Spezialkenntnisse, allgemeine Lageberichte, Ergebnisse strategischer Analysen, Informationen über strafrechtliche Ermittlungsverfahren und über Methoden zur Prävention von Straftaten, die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen sowie die Bereitstellung von Beratung und Unterstützung in einzelnen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren umfassen.

Europol hat mittlerweile einen ganzen bunten Strauß an Befugnissen, die auch die Internetüberwachung durch eine eigene Task Force einschließen, die sowohl innerhalb als auch außerhalb der EU das Internet überwacht. Motto ist „Fighting cybercrime around the world". Ich lehne alles ab, was Europol weitere Befugnisse und weiteren Datenzugriff einräumt. Hier wurde eine gute Idee, die der Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten in Bezug auf grenzüberschreitende Straftaten, weit überdehnt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Postoje jasne operativne potrebe za produbljivanjem suradnje Europola s Ukrajinom u borbi protiv organiziranog kriminala.

Razmjena informacija Europola i ukrajinskih vlasti omogućit će učinkovitije sprječavanje međunarodnog kriminala i terorizma.

Sporazumom se otvaraju i mogućnosti kao što su aktivnosti osposobljavanja i suzbijanja kriminala, što bi bio i snažan korak za Ukrajinu kako bi ona postala ključan partner EU-a u borbi protiv organiziranog kriminala.

Zajedničko nadzorno tijelo Europola dalo je pozitivno mišljenje o sklapanju tog sporazuma o suradnji uzimajući u obzir razinu zaštite podataka u Ukrajini.

Podržavam ovo izvješće jer bi suradnja Europola s Ukrajinom osnažila borbu protiv organiziranog kriminala, a sporazum bi pomogao i nastavku približavanja EU-a i Ukrajine.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Ukrajino in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola.

Podpiram sklenitev sporazuma med Europolom in Ukrajino, s katerim bomo okrepili operativno in strateško sodelovanje na področju izmenjave informacij. To pa zajema od strokovnega znanja in poročil o splošnem stanju do metod za preprečevanje kriminala ter sodelovanja pri dejavnostih usposabljanja ter svetovanja in podporo pri posameznih kazenskih preiskavah.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem dnes vyslovení souhlasu Evropského parlamentu s návrhem rozhodnutí Rady, kterým se schvaluje uzavření Dohody o operativní a strategické spolupráci mezi Ukrajinou a Europolem, protože jsem toho názoru, že existuje reálná potřeba užší spolupráce mezi policejními složkami členských států EU a Ukrajinou zejména v oblasti boje proti organizovanému zločinu (drogová, hospodářská kriminalita) či terorismu. Uzavření této dohody považuji také za důležitý prvek ve vztazích EU-Ukrajina zejména s ohledem na dosavadní pozitivní vývoj směrem k zavedení bezvízového režimu mezi EU a Ukrajinou.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η έκθεση αφορά την προτεινόμενη έγκριση συμφωνίας επιχειρησιακής και στρατηγικής συνεργασίας μεταξύ της Ευρωπόλ και της Ουκρανίας, η οποία προβλέπει την ανταλλαγή πληροφοριών που περιλαμβάνουν προσωπικά δεδομένα. Οι πληροφορίες αυτές μπορεί να αφορούν την εξειδικευμένη γνώση, εκθέσεις για τη γενική κατάσταση, αποτελέσματα στρατηγικών αναλύσεων, πληροφορίες σχετικά με διαδικασίες διερεύνησης εγκλημάτων και με μεθόδους πρόληψης της εγκληματικότητας, συμμετοχή σε δραστηριότητες κατάρτισης, καθώς και παροχή συμβουλών και υποστήριξης σε συγκεκριμένες ποινικές έρευνες. Εμείς διαφωνούμε τόσο επί της ουσίας όσο και επί των διαδικαστικών ζητημάτων. Επί της ουσίας, απορρίπτουμε τέτοιου είδους συμφωνίες με τρίτες χώρες, ιδιαίτερα όταν δεν υπάρχουν υψηλά πρότυπα προστασίας των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Επίσης η εν λόγω συμφωνία μπορεί να θεωρηθεί ως ενισχυτικό εργαλείο άσκησης πίεσης εναντίον της Ρωσίας. Επίσης αξίζει να σημειωθεί πως το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ψήφισε τον νέο κανονισμό της Ευρωπόλ, ο οποίος τίθεται σε ισχύ τον ερχόμενο χρόνο, στη βάση του οποίου τέτοιες συμφωνίες θα συζητούνται με περισσότερη διαφάνεια. Οπότε η βιασύνη του Συμβουλίου και της Ευρωπόλ να προωθήσουν τις εν λόγω συμφωνίες κάτω από το παλαιό καθεστώς μας προβληματίζει. Για τους λόγους αυτούς, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η πράξη αποδεικνύει ότι οι δεσμεύσεις σε τομείς ανταλλαγής πληροφοριών υπόκεινται είτε σε προσωπική βούληση είτε σε εθνικής ασφάλειας διαπιστεύσεις, με πρόσφατο παράδειγμα τους βομβιστές των τρομοκρατικών επιθέσεων σε Παρίσι και Βρυξέλλες, όπου οι μυστικές υπηρεσίες κρατών μελών δεν προέβησαν σε αλληλοενημέρωση. Η συμφωνία ούτε ενισχύει πραγματικά την προσέγγιση βάσει κινδύνου, ούτε διασφαλίζει την υποχρέωση της εκ σχεδιασμού και εκ προεπιλογής προστασίας δεδομένων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A nemzetközi szervezett bűnözés elleni sikeres fellépés érdekében rendkívüli jelentőséggel bír a harmadik országbeli partnerek bűnüldöző szerveivel megvalósuló információcsere. Az Európai Rendőrségi Hivatal (Europol) szerint Ukrajna egyre fontosabb szerepet tölt be a szervezett bűnözés, valamint a specifikusabb, droggal kapcsolatos vagy gazdasági, illetve az emberkereskedelemmel és -csempészettel, valamint a mobil (vándorló) szervezett bűnözői csoportok által elkövetett bűncselekmények elleni küzdelemben. Az Europol és Ukrajna között megkötendő operatív és stratégiai együttműködésről szóló megállapodás lehetővé teszi a szükséges információcserét és lehetőséget teremt a bűnmegelőzési tevékenységek és képzések megszervezésére. Az Europolnak egyértelműen szüksége van arra, hogy együttműködését elmélyítse Ukrajnával, ezért a Fidesz–KDNP néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam a kezdeményezést.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam, hogy az Európai Parlament adja meg hozzájárulását a Tanács tervezetéhez az Ukrajna hatóságai és az Europol közötti operatív és stratégiai együttműködést szabályozó megállapodáshoz. Ukrajna az EU kulcsfontosságú partnere a Keleti Partnerség, valamint a részlegesen már működő DCFTA alapján megvalósuló szoros együttműködés keretében, ami nem lehet teljes a határon átnyúló bűnüldözés lehetőségeinek kihasználása nélkül, különös tekintettel a két fél között húzódó hosszú közös határszakaszra. Az EP Ukrajnával foglalkozó, a társulási szerződés végrehajtását felügyelő delegációjának alelnökeként rendszeresen szembesülök azzal a jelentős erőfeszítéssel, amelyet az ukrán kormányzat és hatóságok az EU jogrendjéhez való közeledés érdekében tesznek.

Meggyőződésem, hogy az Europol és Ukrajna között most előirányzott megállapodás által megnyitott együttműködési lehetőségek a rendészeti és igazságügyi szervek között érdemben és közvetlenül szolgálják majd az európai polgárok biztonságát, különösen a szervezett bűnözés, ezen belül az illegális áru-, kábítószer- és embercsempészet elleni hatékonyabb fellépés révén. Úgy vélem, az EU részéről az ukrán állampolgárok számára a közeljövőben bevezetendő vízumkönnyítés különösen aktuálissá teszi az ukrán hatóságokkal való együttműködés szorosabbá fűzését.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană și-a stabilit în ultimii ani obiectivul de a combate și eradica fenomene negative cum ar fi terorismul, crima organizată transfrontalieră, traficul de arme, de persoane și de droguri, precum și alte activități ilegale. Realizarea acestui obiectiv este sarcina Europol, agenție specializată a Uniunii, al cărei rol a crescut semnificativ în ultima perioadă.

În vederea desfășurării unor activități cât mai eficiente, Europol a încheiat o serie de acorduri de cooperare operațională și strategică cu anumite state cu care Uniunea are relații privilegiate, acorduri pentru înlesnirea colaborării între instituțiile specializate ale ambelor părți, inclusiv schimbul de date personale, în vederea îndeplinirii obiectivului comun.

Ucraina este un partener-cheie al UE în cadrul Parteneriatului estic, care a semnat un parteneriat de asociere și stabilizare cu Uniunea și care a înregistrat progrese importante în privința adoptării legislației europene în toate domeniile. Semnarea acordului de cooperare operațională și strategică între Europol și Ucraina constituie un pas înainte în direcția consolidării cooperării între cele două părți, care va avea o influență pozitivă și asupra facilitării mobilității cetățenilor europeni și ucraineni.

Consider că este vorba despre un acord binevenit, a cărui adoptare va contribui la întărirea relației strategice dintre UE și Ucraina.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la conclusion de cet accord de coopération stratégique et opérationnelle avec l'Ukraine, car celui-ci permettrait de faciliter et d'intensifier la lutte contre le terrorisme et la criminalité organisée, qui revêt par définition un caractère international, en plus de contribuer à renforcer la coopération internationale en matière de lutte contre la traite des êtres humains et pour d'autres questions pénales pertinentes. D'après Europol, l'Ukraine joue un rôle de plus en plus important dans la lutte contre la criminalité organisée, plus particulièrement contre la criminalité liée à la drogue et la criminalité économique, contre la traite des êtres humains et les réseaux de passeurs, ainsi que contre les groupes criminels organisés itinérants. L'échange d'informations permettra à l'Union, aux États membres et à l'Ukraine de prévenir la criminalité organisée, le terrorisme et d'autres formes de criminalité internationale et de lutter plus efficacement contre ces phénomènes. Outre l'échange d'informations, l'accord prévoit la

possibilité de mener des actions de formation et de prévention de la criminalité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The proposal for an agreement on operational and strategic cooperation between Ukraine and Europol outlines the mutual benefits of such an agreement, which would see the intensification of cooperation against organised crime, terrorism, as well as other forms of crime affecting both EU Member States and Ukraine. The proposal aims to accomplish this through the exchange of operational, strategic and technical information, including personal data and classified information. More than ever, we need to work together to combat transnational and digital crime, and this can only be done through intensive cooperation between the EU and third countries. For these reasons, I voted in favour of the proposal.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Sporazum o operativnoj i strateškoj suradnji Ukrajine i Europola". Postoje jasne operativne potrebe za produbljivanje operativne suradnje Europola s Ukrajinom. Ukrajina je ključni partner Europske unije u okviru Istočnog partnerstva, a sigurnost i borba protiv kriminala predstavljaju važne prioritete za potpuno ostvarenje ciljeva tog partnerstva. Prema podacima Europola, Ukrajina je sve važnija u borbi protiv organiziranog kriminala te specifičnijih kaznenih djela povezanih s drogom, gospodarskog kriminala, trgovine ljudima i krijumčarenja robe, kao i protiv putujućih skupina koje se bave organiziranim kriminalom. Razmjenom informacija EU-u, državama članicama i Ukrajini omogućit će se učinkovitije sprečavanje i suzbijanje organiziranog kriminala, terorizma i drugih oblika međunarodnog kriminala.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovaj prijedlog odnosi se na predloženo odobrenje sklapanja operativnog i strateškog sporazuma između Europola i Ukrajine na temelju kojeg će se omogućiti razmjena informacija koje mogu uključivati stručno znanje, izvješća o općem stanju, rezultate strateške analize, informacije o postupcima kaznene istrage, informacije o metodama sprječavanja kriminala, sudjelovanje u aktivnostima osposobljavanja te pružanje savjeta i podrške u pojedinačnim kaznenim istragama.

Ukrajina je ključni saveznik Europske unije u okviru Istočnog partnerstva, a u skladu s time sve je važniji partner u borbi protiv organiziranog kriminala, krijumčarenja drogom, gospodarskog kriminala, trgovine ljudima i krijumčarenja robom. Stoga će ova razmjena informacija učinkovitije omogućiti EU-u, državama članicama i Ukrajini sprječavanje te borbu protiv organiziranog kriminala, terorizma i drugih oblika međunarodnog kriminala.

U vremenima u kojima je to prijeko potrebno, takva suradnja predstavljat će dodatnu i pojačanu sigurnost te zaštitu za sve građane država članica EU-a.

Stoga sam glasovala pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Ukrajino in Evropskim policijskim uradom sem podprla. V skladu s členom 23(2) veljavnega Sklepa Sveta o Europolu (Sklep 2009/371/PNZ) se sporazumi o mednarodnem sodelovanju s tretjimi državami ali mednarodnimi organizacijami lahko sklenejo šele, ko jih Svet po posvetovanju z Evropskim parlamentom odobri. Podani predlog se nanaša na predlagano odobritev operativnega in strateškega sporazuma med Europolom in Ukrajino, ki določa izmenjavo informacij, tudi osebnih podatkov.

Po Europolovih podatkih je Ukrajina vse bolj pomembna v boju proti organiziranemu kriminalu, še posebej tistemu, ki je povezan z drogami in gospodarstvom, trgovino z ljudmi in tihotapljenjem ter mobilnimi (potujočimi) organiziranimi kriminalnimi združbami. Z izmenjavo informacij bodo lahko EU, države članice in Ukrajina učinkoviteje preprečevale organizirani kriminal, terorizem in druge oblike mednarodnega kriminala.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Y aunque, según Europol, Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, no deja de ser un país con una relación conflictiva con los derechos humanos; criterio que mi grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier Acuerdo de Cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un Acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. He votado en contra.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Afin d'améliorer l'efficacité dans la prévention et la lutte contre des formes graves de criminalité, Europol a engagé la procédure de conclusion d'un accord sur la coopération opérationnelle et stratégique avec l'Ukraine. Les termes de la coopération régie par l'accord opérationnel et stratégique prévoient des échanges d'informations qui peuvent comprendre l'expertise, les comptes rendus généraux, les résultats d'analyses stratégiques, les informations sur les procédures d'enquêtes pénales et les informations sur les méthodes de prévention de la criminalité, la participation à des activités de formation, ainsi que la fourniture de conseils et de soutien dans des enquêtes pénales particulières. Par ailleurs, l'accord comporte des dispositions relatives à l'échange de données à caractère personnel. Ceci est inacceptable. En outre, la conclusion de cet accord s'inscrit dans l'optique plus ou moins larvée de l'adhésion potentielle de l'Ukraine à l'Union européenne. J'ai donc logiquement voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Istnieją potrzeby operacyjne, aby Europol pogłębił współpracę operacyjną z Ukrainą. Ukraina jest kluczowym partnerem Unii Europejskiej w ramach Partnerstwa Wschodniego, a bezpieczeństwo oraz walka z przestępczością stanowią jeden z podstawowych celów współpracy i strategicznych reform na Ukrainie. Dlatego zagłosowałem za przyjęciem porozumienia

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Europolra vonatkozó jelenlegi tanácsi határozat értelmében az Európai Parlamenttel való konzultációt követően a Tanácsnak kell jóváhagynia a nemzetközi együttműködési megállapodások harmadik országokkal vagy nemzetközi szervezetekkel történő megkötését. Egy ilyen megállapodás operatív, stratégiai, technikai vagy minősített adatok cseréjére vonatkozhat. Az operatív együttműködési megállapodás a személyes adatok cseréjét is magában foglalja. Szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – La propuesta hace referencia a la aprobación de la celebración de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información, incluidos datos personales. Y aunque, según Europol, Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, no deja de ser un país con una relación conflictiva con los derechos humanos; criterio que mi grupo tiene muy en cuenta a la hora de aprobar cualquier Acuerdo de Cooperación. Por otra parte, el Parlamento Europeo ha votado un nuevo Reglamento para Europol que entrará en vigor el próximo año, en el que los Acuerdos de Cooperación se establecerán mediante un procedimiento mucho más transparente que el actual. No hay razones suficientes para aprobar precipitadamente un Acuerdo con un país del que no contamos con las suficientes garantías democráticas y legales. He votado en contra.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I abstained from voting on the Report on the draft Council implementing decision approving the conclusion by the European Police Office (Europol) of the Agreement on Operational and Strategic Cooperation between Ukraine and Europol. The Report states that there is clear operational needs for Europol to deepen its operational cooperation with Ukraine. Beyond the exchange of information, the agreement also opens opportunities such as training and crime prevention activities. I abstained from voting because I believe that the Report contains too many elements that relate to third countries in the immediate neighbourhood.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta hace referencia a la aprobación de un Acuerdo de Cooperación Operativa y Estratégica entre Ucrania y Europol, que prevea el intercambio de información. Siendo este país un socio clave de la Unión en el marco de la Asociación Oriental, cabe estrechar la cooperación con él, ya que la seguridad y la lucha contra la delincuencia son imperativos subyacentes con vistas a la consecución plena de los objetivos de tal Asociación. Este Acuerdo permitirá respaldar y reforzar la lucha contra la delincuencia organizada –que, por definición, es internacional– y contribuirá a intensificar la cooperación internacional en el ámbito de la trata de seres humanos y otras cuestiones penales relevantes. Sabiendo que Ucrania ocupa un lugar cada vez más importante en la lucha contra la delincuencia organizada, he decidido votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este Acuerdo por dos motivos clave. El primero, es que entiendo que la Agencia Europol no actúa con la transparencia y las garantías que requiere una institución de este tipo. Particularmente, en los acuerdos con terceros países, no se establecen unos mínimos en cuanto a protección de datos y garantías judiciales, además de no haber claridad en cuanto a las competencias de los diferentes cuerpos y los derechos a los que estaría sujeta una persona investigada o detenida. Por otro lado, que se dé este tipo de Acuerdo con Ucrania no es casual, y obedece a la estrategia de tensionar la relación entre la Unión y Rusia, a la que me opongo, además de ser Ucrania un país con unas instituciones copadas por la extrema derecha desde que se produjo el golpe de Estado en 2014, habiéndose producido un deterioro sustancial en las condiciones de derechos humanos. Por ambas razones, he votado en contra de un Acuerdo policial opaco y sin garantías y, además con un Estado con tan escasas garantías democráticas.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat er binnen Europol duidelijk operationele behoefte is aan een versterkte samenwerking met Oekraïne. Oekraïne is een belangrijke partner van de EU in het kader van het Oostelijk Partnerschap, en veiligheid en de strijd tegen misdaad zijn fundamentele voorwaarden voor de verwezenlijking van de doelstellingen van dit partnerschap.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Europol é uma estrutura que impõe o caminho da Federalização. Desde a sua criação, que a UE lhe atribui competências que atentam contra a soberania dos Estados, desenvolvendo a sua atividade fora do alcance e controlo democrático. Entendemos que a Europol não deve sobrepor-se às polícias nacionais e às suas atividades. Defendemos por isso a cooperação entre as estruturas de segurança interna e externa dos vários países.

E porque esta proposta surge no quadro do recrudescimento das relações da União Europeia com a Rússia, do avanço intimidatório das forças da NATO junta das suas fronteiras, e da existência de um do regime ultranacionalista e fascista na Ucrânia promovido pelos EUA, UE e NATO, votamos contra.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag beinhaltet eine strategische und operative Zusammenarbeit und somit auch einen verstärkten Informationsaustausch zwischen Europol und der Ukraine. Einerseits wäre ein solches Abkommen wünschenswert, da aber andererseits bei diesem Abkommen der Austausch personenbezogener Daten nicht ausgeschlossen wird und ich der zentralen Europäisierung der Polizeiarbeit mit Europol kritisch gegenüberstehe, habe ich mich der Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'accordo sulla cooperazione operativa e strategica tra l'Ucraina ed Europol. Nella pratica, abbiamo la necessità che Europol approfondisca la cooperazione operativa con l'Ucraina, che ricopre il ruolo di partner importante dell'Unione europea nel quadro del partenariato orientale, e la sicurezza e la lotta contro la criminalità sono imperativi nel raggiungimento di questo fine.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la acordul dintre Europol și Ucraina. Propunerea Consiliului se referă la aprobarea unui acord operațional și strategic între Europol și Ucraina care prevede schimbul de informații, inclusiv de date cu caracter personal. Există necesități operaționale clare ca Europol să își aprofundeze cooperarea operațională cu Ucraina. Ucraina este un partener esențial al Uniunii Europene în cadrul Parteneriatului estic, iar securitatea și lupta împotriva criminalității constituie imperative subiacente pentru a atinge obiectivele acestui parteneriat.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Osobně považuji agenturu Europol za jednu z těch nejdůležitějších pro zajištění bezpečnosti v Evropě. V dnešní propojené Evropě není možné, aby předávání údajů o nebezpečných či potenciálně nebezpečných osobách nefungovalo. Plně proto podporuji tuto dohodu, jelikož díky spolupráci s Ukrajinou získá Europol komplexnější a plnohodnotnější obraz o trestné činnosti v Evropě, což mu umožní rychleji identifikovat a vyhodnocovat bezprostřední hrozby i dlouhodobější trendy ve všech oblastech kriminality. Lepší spolupráce mezi policejními orgány Ukrajiny a Europolu by měla také vést k vytváření kvalitnějších zpravodajských dokumentů, s jejichž pomocí bude možno účinněji chránit bezpečnost evropských občanů a efektivněji bojovat proti terorismu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Dohodu o operačnej a strategickej spolupráci medzi Europolom a Ukrajinou som podporila. Dohoda sa týka efektívnejšej výmeny informácií vrátane osobných údajov a celkového prehĺbenia spolupráce medzi Europolom a Ukrajinou. Keďže Ukrajina je kľúčovým partnerom Európskej únie v rámci Východného partnerstva, myslím si, že nová dohoda prispeje k zlepšeniu situácie v oblasti bezpečnosti a boja proti zločinnosti. Verím, že dohoda a najmä cenné skúsenosti Ukrajiny v boji proti trestnej činnosti budú v súčasnej nestabilnej bezpečnostnej situácii prínosom.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o osnutku izvedbenega sklepa Sveta o odobritvi sklenitve sporazuma o operativnem in strateškem sodelovanju med Ukrajino in Evropskim policijskim uradom (Europol) s strani Europola.

Po Europolovih podatkih je Ukrajina vse bolj pomembna v boju proti organiziranemu kriminalu, še posebej povezanem z drogami in gospodarstvom, trgovino z ljudmi in tihotapljenjem ter mobilnimi (potujočimi) organiziranimi kriminalnimi združbami. Zato podpiram sklenitev tega Sporazuma o strateškem in operativnem sodelovanju z Ukrajino, saj menim, da bo pripomogel k boju proti organiziranemu kriminalu in prispeval h krepitvi mednarodnega sodelovanja na področju trgovine z ljudmi in drugih večjih kaznivih dejanj.

6.2. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0318/2016 - Kostas Chrysogonos)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente dossier riguarda la revoca dell'immunità del deputato francese Jean-François Jalkh, accusato dall'associazione «Maison des potes - maison de l'egalitè» di istigazione pubblica alla discriminazione per motivi di nazionalità, razziali o religiosi. L'accusa fu mossa a seguito di alcune dichiarazioni che Jean-François Jalkh fece in un opuscolo intitolato «Manuale per i consiglieri locali del Front National». Poiché ritengo che sia scorretto e inaccettabile fare affermazioni che implichino qualsiasi tipo di discriminazione, ho deciso di votare a favore della revoca dell'immunità del deputato francese.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones discriminatorias y racistas. Las afirmaciones referidas no tienen que ver con su trabajo parlamentario, no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — In this case Mr Jalkh, previously the publications director and online editor for Front National, was responsible for the publication and dissemination of a handbook inciting discrimination. The Handbook in question contained guides for Front National local councillors about the need to give priority to French people, for instance in the allocation of social housing.

As Mr Jalkh was not an MEP at the time of publication, and the actions are in no way connected to his role as an MEP now, I voted for the waiver.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de Jean-François Jalkh.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La demande de levée d'immunité parlementaire du député JF Jalkh ne se justifie que par des motifs partisans, pour les raisons suivantes: le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes; le fait qu'il est affirmé que la présente demande de levée d'immunité fait suite à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Nanterre à l'encontre de M. Jalkh, ce qui est faux, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X; le fait que la présente demande porte sur un élément de programme du Front national qui n'a jamais été contesté par la justice en 44 ans d'existence de ce parti: la préférence nationale.

J'ai donc voté contre cette demande de levée d'immunité qui relève d'une grossière manœuvre partisane.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Requests for immunity waivers are not the subject of roll-call votes. In the interests of democracy and transparency I would therefore like to confirm that I voted to waive the immunity. My reason for this is straightforward, and completely unconnected to the circumstances of the case or any allegations: immunity does not cover events which occurred before the start of an MEP's mandate.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Versalio apeliacinio teismo generalinis prokuroras pateikė prašymą atšaukti Europos Parlamento nario Jeano-François Jalkho imunitetą. Jeano-François Jalkho imuniteto atšaukimas susijęs su įtarimais viešai prieš neįvardytą asmenį kurščius nacionalinę, rasinę ar religinę diskriminaciją žodžiu, raštu, naudojant vaizdus arba elektronines visuomenės informavimo priemones. Kadangi kaltinimai yra akivaizdžiai nesusiję su Jeano-François Jalkho, kaip Europos Parlamento nario, pareigomis, todėl nusprendžia atšaukti Jeano-François Jalkho imunitetą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztésére irányuló kérelem elektronikus közlés révén elkövetett, nemzeti, faji vagy vallási megkülönböztetésre való nyilvános uszítás bűncselekményének feltételezett elkövetésével függ össze. A panasz tárgyát „A Front National helyi önkormányzati képviselőinek kézikönyve" brosúrában – amelynek felelős kiadójaként Jean-François Jalkh volt megjelölve – szereplő kijelentések képezik, amely kijelentések a Front National 2014. március 23-i és 30-i választásokon megválasztandó önkormányzati képviselőinek arra való ösztönzésére vonatkoznak, hogy az új önkormányzati képviselőtestületek első ülésén a szociális lakások kiosztása során javasolják, hogy a francia emberek számára biztosítsanak elsőbbséget („nemzeti elsőbbség").

Az előző javaslattal természetesen lehet nem egyetérteni, azt határozottan elutasítani, de a megfogalmazást faji megkülönböztetésre való uszításnak tekinteni megítélésem szerint téves, s az illetékes bizottságnak a képviselő zavartalan munkájának biztosítása érdekében a mentelmi jog fenntartását kellett volna javasolnia. Az ezzel ellentétes tartalmú előterjesztésre nemmel szavaztam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – *Fumus persecutionis*.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Conformément à la recommandation de la commission des affaires juridiques, j'ai voté en faveur de l'immunité de Monsieur Jalkh.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica ho votato a favore della richiesta di revoca dell'immunità per l'onorevole Jean-François Jalkh. L'onorevole è stato accusato dall'associazione «Maison des potes – Maison de l'égalité» per il presunto reato di istigazione pubblica alla discriminazione per motivi di nazionalità, razziali o religiosi in relazione a dichiarazioni formulate in un opuscolo dal titolo «Manuale per i consiglieri locali del Front National», pubblicate il 19 settembre 2013 e postate sul sito internet ufficiale della federazione del Front National il 30 novembre 2013. La Commissione ha verificato la non sussistenza di alcun nesso fra le dichiarazioni controverse e le funzioni parlamentari di Jean-François Jalkh e non sospettando la presenza di *fumus persecutionis* ha deciso di revocarne l'immunità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y por lo tanto de suspender la inmunidad parlamentaria al Sr. Jalkh. Serán los tribunales pertinentes de su país quienes decidan si ha incurrido en delito o no, pero es nuestra labor suspender la inmunidad para que se pueda juzgar el hecho.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité s'inscrit dans le cadre d'une poursuite par le procureur de la République de Nanterre de Jean-François Jalkh en tant que directeur de la publication du site frontnational.com. Il avait été publié sur le site Internet de la fédération FN 66 un petit guide pratique du candidat et de l'élu FN préconisant aux conseillers FN de demander la préférence nationale dans les conseils municipaux. Ce guide existait aussi en version papier.

Pour moi, cette demande de levée d'immunité parlementaire relève bel et bien d'un fumus persecutionis pour plusieurs raisons, notamment le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la Justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes, mais aussi le fait qu'il soit affirmé que la présente demande de levée d'immunité est consécutive à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Nanterre à l'encontre de M. Jalkh, ce qui est faux, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X et d'autres raisons. J'ai donc naturellement voté contre et soutenu mon collègue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho partecipato alla votazione sulla relazione Chrysogonos.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de suspender la inmunidad parlamentaria de Jean-François Jalkh, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal de Apelación de Versalles ha solicitado tal suspensión en relación con un presunto delito de incitación a la discriminación nacional, racial o religiosa tras la querella interpuesta contra él por las declaraciones hechas en un opúsculo titulado *Petit guide pratique de l'élu municipal Front National* (Guía práctica del cargo electo del Frente Nacional), publicado el 19 de septiembre de 2013 y difundido en el sitio web oficial de la federación del Frente Nacional el 30 de noviembre de 2013, que incitaba a los candidatos del Frente Nacional elegidos concejales en las elecciones celebradas el 23 y el 30 de marzo de 2014 a recomendar, desde el primer pleno de los nuevos Ayuntamientos, la defensa de la «prioridad nacional» en materia de atribución de las viviendas sociales, siendo Jean-François Jalkh director de publicaciones del Frente Nacional.

Dado que Jean-François Jalkh no era diputado al Parlamento Europeo en el momento en el que se cometió el presunto delito y dado que los cargos no guardan relación manifiesta con su condición de diputado al Parlamento Europeo, he decidido votar a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nusprendė atšaukti Jeano-François Jalkho iš Prancūzijos imunitetą. Šis imuniteto atšaukimas susijęs su ikiteisminiu tyrimu, pradėtu prieš Jeaną-François Jalkhą Nantero apygardos teisme gavus asociacijos „Maisons des Potes – Maison de l'Égalité" skundą su civilinio ieškinio pareiškimu dėl viešo rasinės ar religinės diskriminacijos kurstymo. Skunde nurodomi 2013 m. rugsėjo 19 d. išleistoje brošiūroje „Į savivaldybės tarybą išrinkto Nacionalinio fronto nario atmintinė", kuri 2013 m. lapkričio 30 d. pasirodė Nacionalinio fronto federacijos oficialioje interneto svetainėje, įrašyti žodžiai, kuriais skatinami būsimi miesto tarybos nariai iš Nacionalinio fronto, kurie turėjo būti išrinkti 2014 m. kovo 23 d. ir 30 d. vykusiuose rinkimuose, nuo pat pirmo naujų miesto tarybos narių posėdžio rekomenduoti ginti „nacionalinį prioritetą" socialinio būsto skyrimo klausimu. Jean-François Jalkh tuo metu ėjo Nacionalinio fronto leidinių direktoriaus ir visų federacijos interneto svetainių leidinių direktoriaus pareigas. Jean-François Jalkh nebuvo Europos Parlamento narys, kai buvo įvykdyta veika, ir kaltinimai yra akivaizdžiai nesusiję su Jeano-François Jalkho, kaip Europos Parlamento nario, pareigomis, o yra iš tikrųjų susiję tik su nacionalinio ar regioninio pobūdžio veikla, nes žodžiai buvo skirti kandidatams į miesto tarybos narius, kurie ketino dalyvauti 2014 m. kovo 23–24 d. vietos rinkimuose.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z zahtevo za odvzem imunitete Jean-Francoisu Jalkhu, ker ob upoštevanju zahteve, ki jo je posredoval francoski minister za pravosodje in državljanske svoboščine v zvezi s sodno preiskavo, ki jo je odredilo okrožno sodišče v Nanterre na podlagi zahtevka združenja Maison des potes – Maison de l'égalité za združitev sodnih postopkov v zvezi z javnim spodbujanjem rasne ali verske diskriminacije. Sam menim, da je takšno javno spodbujanje k rasni ali verski diskriminaciji izredno neprimerno in nevredno človeka na takšne položaju.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Francoisu Jalkhu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire relève bel et bien d'un *fumus persecutionis*. On notera d'abord qu'après plus de deux ans d'enquête, la justice prétend encore ignorer que Jean-François Jalkh n'est pas directeur de la publication du site du Front National des Pyrénées orientales.

De plus, il est indispensable de rappeler que cette présente demande de levée d'immunité a été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors qu'elles relèvent de faits intervenus à des périodes différentes.

Enfin, cette présente demande porte sur un élément de programme du Front national qui n'a jamais été contesté par la justice en 44 ans d'existence de ce parti politique, à savoir la mise en place d'une préférence nationale en faveur de nos compatriotes en matière d'accès au travail, au logement et aux prestations sociales.

J'ai donc voté contre cette demande scandaleuse de levée d'immunité parlementaire.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της ασυλίας λαμβάνοντας υπόψη ότι δεν υπάρχει υπόνοια περί απόπειρας να παρεμποδιστεί η βουλευτική δραστηριότητα του Jean-François Jalkh στο πλαίσιο της δικαστικής έρευνας, η οποία ξεκίνησε μετά τη μήνυση που άσκησε η Ένωση «Maison des potes – Maison de l'égalité», προτού αυτός εκλεγεί βουλευτής στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Καθώς η αίτηση αυτή δεν αφορά διαδικασίες σχετικές με τις δραστηριότητές του στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο, θεωρώ πως οφείλουμε να μη σταθούμε εμπόδιο στη δικαιοσύνη. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the request for waiver of the immunity of Jean-Francois Jalkh and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché dall'analisi dei fatti presentati dal procuratore generale presso la Corte di Appello di Versailles si è appreso che la commissione del presunto reato, denunciata dall'associazione «Maison des potes - Maison de l'egalitè», non è avvenuta durante l'esercizio delle funzioni di deputato europeo di Jean-Francois Jalkh e considerando l'inesistenza di un *fumus persecutionis* nei confronti del deputato, non vi era ragione di mantenere l'immunità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the waiver of the parliamentary immunity of a Member of the European Parliament, Jean-François Jalkh, in connection with a legal action concerning an alleged offence and therefore agree that the report of concerned committee would be communicated immediately to the concerned parties.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones discriminatorias y racistas. Las afirmaciones referidas no tienen que ver con su trabajo parlamentario, no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'immunità parlamentare conferita dall'articolo 8 del protocollo si applica solo alle opinioni espresse dai deputati al Parlamento europeo nell'esercizio delle loro funzioni. Pertanto ho inteso votare favorevolmente alla presente decisione, poiché non essendovi alcun nesso diretto ed evidente tra le dichiarazioni contestate e le funzioni di Jean-Francois Jalkh in quanto deputato al Parlamento europeo, dette dichiarazioni, pronunciate nel contesto di un dibattito politico nazionale, non sono correlate né alla sua attività di deputato al Parlamento europeo né alle politiche dell'Unione europea.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram wniosek o uchylenie immunitetu Jeana-François Jalkha. Wobec eurodeputowanego toczy się postępowanie przed francuskim sądem w związku z zarzutami popełnienia przestępstwa. Eurodeputowanemu zostały postawione zarzuty w sprawie publicznego nawoływania do nienawiści na tle rasowym lub religijnym poprzez słowo. Immunitet nie może stanowić sposobu na uniknięcie odpowiedzialności, szczególnie jeśli zarzuty dotyczą okresu, kiedy osoba nie pełniła funkcji europosła, jak było w tym przypadku. Zarzucane czyny rozciągają skutki w państwie, z którego pochodzi europoseł. W tej kwestii nie ulega wątpliwości, że immunitet ogranicza możliwości sądu francuskiego w egzekwowaniu prawa. Sprawozdawca zaleca zniesienie immunitetu, ja uważam dokładnie tak samo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of waiving the immunity of Jean-François Jalkh as this will give the relevant authorities the opportunity to investigate the case in question and ensure justice is done.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. — UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Cette demande de levée d'immunité porte sur la qualité de directeur de publication de Jean-François Jalkh du site d'une fédération du Front National. En l'occurrence, le site encourageait les conseillers municipaux à réclamer des mesures de préférence nationale.

Sur la forme, Jean-François Jalkh était effectivement directeur de la publication du site du Front National – mais pas des sites de ses fédérations. Sur le fond, il s'agit d'une remise en cause d'un élément programmatique, dont le Front National a toujours été le défenseur en 44 ans d'existence de ce parti.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τάσσομαι κατά της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην παρούσα έκθεση τα γεγονότα που περιγράφονται ως κατηγορίες δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα παρά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις εκ μέρους των πολιτικών αντιπάλων, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – En virtud del artículo 9 del Protocolo n.º 7, los diputados del Parlamento Europeo gozan, en su territorio nacional, de las inmunidades reconocidas a los parlamentarios de su Estado miembro. Remitiéndonos a la Constitución francesa, el artículo 26 nos indica que ningún miembro del Parlamento francés podrá ser procesado, investigado, detenido, preso o juzgado por opiniones o votos que haya emitido en el ejercicio de sus funciones.

Considerando, en primer lugar, que Jean -François Jalkh no era parlamentario europeo en el momento en que se cometió el presunto delito, y, en segundo lugar, que no se encuentra una relación entre su condición de diputado y los cargos que se le imputan, la Comisión de Asuntos Jurídicos recomienda que el Parlamento Europeo suspenda la inmunidad parlamentaria de Jean-François Jalkh.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la demande de levée d'immunité parlementaire relève d'un *fumus persecutionis*.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório trata do pedido de levantamento da imunidade de Jean-François Jalkh, apresentado em abril de 2016 pelo Ministro francês da Justiça e das Liberdades, no âmbito do inquérito judicial instaurado contra este deputado, no Tribunal de Primeira Instância de Nanterre.

O pedido está relacionado com um alegado delito de incitamento público à discriminação em função da nacionalidade, raça ou religião. A queixa diz respeito a afirmações constantes duma brochura intitulada «Pequeno guia prático dos vereadores pela Frente Nacional», publicada em setembro de 2013 e posta em linha em novembro no sítio Internet da federação da Frente Nacional, a qual incentivava os candidatos da Frente Nacional eleitos para o cargo de vereadores a recomendarem, desde a primeira reunião dos novos órgãos autárquicos, que fosse dada prioridade aos cidadãos franceses em matéria de atribuição das habitações sociais.

Jean-François Jalkh era o diretor das publicações da Frente Nacional e tinha o controlo editorial de todos os sítios Internet da federação. A pessoa em causa não era deputado do Parlamento Europeu quando ocorreu o alegado delito. As ações em causa não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado no exercício das suas funções. Nada faz suspeitar da existência de uma tentativa de obstrução ao trabalho parlamentar de Jean-François Jalkh.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τάσσομαι κατά της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην παρούσα έκθεση τα γεγονότα που περιγράφονται ως κατηγορίες δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα παρά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις εκ μέρους των πολιτικών αντιπάλων, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The alleged actions do not relate to opinions expressed or votes cast by the Member of the European Parliament in the performance of his duties within the meaning of Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union. I therefore supported the decision to waive the immunity of Jean-François Jalkh.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (Front National) gestimmt. Das Europäische Parlament kommt damit einer Anfrage der französischen Justiz nach und ebnet den Weg für ein angemessenes, transparentes Verfahren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of waiving the immunity of Mr Jalkh.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε υπέρ της άρσης της κοινοβουλευτικής ασυλίας του Ευρωβουλευτή Jean-François Jalkh του Εθνικού Μετώπου (Γαλλία), έτσι ώστε να προχωρήσει η δικαστική έρευνα εναντίον του από τη γαλλική δικαιοσύνη για υποκίνηση συμπεριφορών και πρακτικών ρατσιστικού περιεχομένου.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Francoisu Jalkhu zbog toga što se radi o navodnom kaznenom djelu poticanja na diskriminaciju koje je počinjeno prije nego što je gospodin Jalkh izabran za zastupnika u Europskom parlamentu, te radi toga što optužba nije povezana s funkcijom zastupnika u Europskom parlamentu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Konstantínos Chrysogonos sur la demande de levée d'immunité parlementaire de Jean-François Jalkh. Cette procédure est une formalité qui, sans se prononcer sur le fond de l'affaire, vise à permettre aux autorités judiciaires de pouvoir effectuer leur travail d'investigation. L'examen de l'affaire a montré que les faits reprochés à M. Jalkh étaient sans lien avec son mandat parlementaire permettant ainsi la levée de son immunité.

Marek Jurek (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowanie sprzeciwiam się uchyleniu immunitetu posłowi Jean-François Jalkhowi, jako decyzji godzącej wprost w zasady wolności słowa i myśli, uznane również za prawa podstawowe Unii Europejskiej. Zasada preferencji narodowej, czyli priorytetowego traktowania obywateli Republiki Francuskiej w polityce społecznej francuskich samorządów w żadnym wypadku nie stanowi „publicznego nawoływania do nienawiści na tle rasowym lub religijnym poprzez słowo, pismo, obraz lub elektroniczny, publiczny środek komunikacji". Zarzuty stowarzyszenia „Maisons des potes – Maison de l'égalité" przeciw posłowi Jean-François Jalkhowi mogą być przedmiotem debaty publicznej i decyzji demokratycznych, a nie podstawą do represji sądowych. Gdyby one nastąpiły, stanowiłyby zarówno ograniczenie wolności, jak (w swych konsekwencjach) demokracji i jako takie to właśnie one powinny być przedmiotem potępienia opinii europejskiej.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté la levée de l'immunité de Jean-François Jalkh car l'accusation portée contre lui n'est pas liée à l'exercice de son mandat. L'affaire qui le concerne en tant que directeur de publication des sites internet du Front national est particulièrement grave, liée à des plaintes déposées contre des déclarations contenues dans une brochure mise en ligne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Nous sommes ici face à un cas typique de persécution politique. Entachée de plusieurs aspects procéduraux plus que douteux, ignorante des éléments de défense avancés de bonne foi par Jean-François Jalkh, cette demande d'immunité est honteuse, totalement à charge et téléguidée par une justice française digne d'une police politique.

Il est évident que je ne peux cautionner de telles pratiques. À l'instar de l'ensemble de notre groupe, j'ai donc voté contre la demande de levée d'immunité.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones discriminatorias y racistas. Las afirmaciones referidas no tienen que ver con su trabajo parlamentario, no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ukidanje imuniteta Jean-Françoisu Jalkhu odnosi na navodno kazneno djelo javnog poticanja na diskriminaciju na temelju nacionalnosti, rase ili vjerske pripadnosti u usmenom ili pismenom obliku, što je u okviru francuskog prava kazneno djelo.

Budući da navodna djela nisu povezana s izražavanjem mišljenja ili glasovanjem zastupnika u Europskom parlamentu pri obnašanju dužnosti u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Francúzske úrady požiadali o zbavenie imunity poslanca Jeana-Françoisa Jalkha v súvislosti s vyšetrovaním pre verejné podnecovanie k rasovej a náboženskej diskriminácii. Žiadosť je v súlade s rokovacím poriadkom a Protokolom č. 7 o výsadách a imunitách Európskej únie, preto som návrh na zbavenie imunity podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la demande de levée d'immunité de Jean-François Jalkh.

Monsieur Jalkh est inquiété en tant que directeur de la publication du site frontnational.com, en raison d'une publication papier et numérique de la fédération FN 66, antérieure à son élection.

Cette antériorité des faits et l'absence de lien entre sa fonction de Directeur de publication du site national et des publications des fédérations départementales sont très contestables. Par ailleurs, sur le fond, poursuivre un élu qui invite ses pairs à modifier la législation existante est une grave dérive antidémocratique, surtout lorsqu'il s'agit d'une position défendue par le parti depuis sa création.

Cette demande de levée d'immunité parlementaire relève bel et bien d'un *fumus persecutionis*.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Jalkh in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione super partes. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Palaikau sprendimą atšaukti Jeano-François Jalkho imunitetą. Prancūzijos teisėsaugos institucijoms turi būti sudarytos galimybės apklausti Parlamento narį ir išsiaiškinti visas aplinkybes dėl pareikštų kaltinimų dėl rasinės ir religinės diskriminacijos kurstymo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité parlementaire du député d'extrême-droite Jean-François Jalkh. En effet Jean-François Jalkh est poursuivi suite à une plainte de l'association «la Maison des potes» pour avoir, dans le «Petit guide pratique de l'élu municipal Front national», incités à privilégier les Français («priorité nationale») dans l'accès au logement social. Les accusations portées ne sont pas, de toute évidence, liées à la fonction de député européen de Jean-François Jalkh puisque les déclarations en question étaient adressées à des candidats à la fonction de conseiller municipal en vue des élections municipales des 23 et 30 mars 2014. Je vote pour la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire, concernant Jean-François Jalkh, émane du procureur de la République de Nanterre qui poursuit M. Jalkh, en qualité de directeur de la publication du site frontnational.com, au motif que dans un guide pratique du candidat et de l'élu FN il est demandé aux élus FN de réclamer la préférence nationale dans les conseils municipaux. Ce guide ayant été publié sur le site de la fédération du Front National des Pyrénées-Orientales.

Après deux ans d'enquête, la justice prétend toujours ignorer que M. Jalkh n'est pas le directeur de la publication du site internet de la fédération des Pyrénées-Orientales, ni des publications papiers du Front National. De plus, cette demande de levée d'immunité porte sur un élément du programme du Front National qui n'a jamais été contesté judiciairement depuis l'existence du Front National.

Cette demande relevant d'une certaine persécution des membres et élus du Front National par la justice française, je me suis donc opposée à celle-ci.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa.

No caso em apreço o Procurador Público do Tribunal da Relação de Versalhes solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de um deputado ao Parlamento Europeu, Jean-François Jalkh, em conexão com uma ação judicial relativa a um alegado delito. As acusações manifestamente não se relacionam com o cargo de Jean-François Jalkh como deputado ao Parlamento Europeu e dizem antes respeito a atividades de natureza meramente nacional ou regional, dado que as afirmações se dirigiam a eventuais futuros vereadores, tendo em vista as eleições a realizar em 23 e 30 de março de 2014, e se relacionavam com o seu cargo de diretor de publicações da Frente Nacional com controlo editorial sobre todos os sítios Internet da federação. Voto favoravelmente o levantamento da imunidade parlamentar.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Une plainte a été déposée contre M. Jean-François Jalkh sur base des déclarations contenues dans la brochure du FN intitulée «Petit guide pratique de l'élu municipal Front national», mise en ligne sur le site internet officiel de la fédération du Front national le 30 novembre 2013, dans laquelle les candidats FN élus conseillers municipaux étaient incités à privilégier les Français dans l'accès au logement social. Ce dernier est responsable des propos tenus dans la brochure du FN, en qualité de directeur des publications du Front national et chargé du contrôle éditorial de tous les sites internet de la fédération.

Étant donné que M. Jalkh n'était pas député européen lorsque au moment des faits, que les accusations portées contre lui ne sont pas liées à sa fonction actuelle, vu que les actions en cause ne concernent pas des opinions ou des votes émis par le député au Parlement européen dans l'exercice de ses fonctions au sens de l'article 8 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'Union européenne, j'ai décidé de voter en faveur de sa levée d'immunité.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the request for the waiver of the immunity of Jean-François Jalkh, because I am in agreement with the decision, forwarded on 14 April 2016 by the French Minister of Justice and Liberties, in connection with a judicial inquiry (file No 14142000183) opened against Mr Jean-François Jalkh at the Nanterre Regional Court in response to an application with joinder filed by the 'Maison des potes – Maison de l'égalité' association on grounds of public incitement to racial or religious discrimination and announced in plenary on 8 June 2016

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A franciaországi „Maison des potes – Maison de l'égalité" egyesület nemzeti, faji vagy vallási megkülönböztetésre való nyilvános uszítás bűncselekményével vádolta meg Jean-François Jalkh európai parlamenti képviselőt. A versailles-i fellebbviteli bíróság melletti ügyész az ezzel kapcsolatos bírósági eljárással összefüggésben kérte a képviselő mentelmi jogának felfüggesztését. A panasz tárgyát „A Front National helyi önkormányzati képviselőinek kézikönyve" című, és a Front National szövetség honlapján közzétett brosúrában szereplő kijelentések képezik, a Front National kiadványaiért felelős igazgató pedig Jean-François Jalkh volt, aki szerkesztői ellenőrzést gyakorolt a szövetség valamennyi honlapja tekintetében.

A Jogi Bizottság jelentésében rámutat, hogy a vádak nyilvánvalóan nem Jean-François Jalkh európai parlamenti képviselői, hanem kizárólag a Front National kiadványaiért felelős és a szövetség honlapjai felett szerkesztői ellenőrzéssel rendelkező igazgatói tisztségével kapcsolatosak, és nem áll fenn annak gyanúja, hogy a vizsgálat mögött a képviselő parlamenti munkája akadályozásának szándéka állna. Azt indítványozza ezért, hogy a Parlament függessze föl Jean-François Jalkh mentelmi jogát. Így szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire a incontestablement une dimension politique, puisqu'elle fait suite à une procédure à l'encontre du député FN Jean-François Jalkh pour la publication, sur le site local d'une fédération du FN dont il n'était pas directeur de la publication, d'un appel à la préférence nationale. Cette demande ne peut être soutenue.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à cette demande de levée d'immunité parlementaire, celle-ci relevant de la persécution, pour les raisons cumulées suivantes:

— le fait qu'après plus de deux ans d'enquête, la Justice prétende encore ignorer que M. Jalkh n'est pas directeur de la publication du site FN 66 ni des ouvrages papier du Front national;

— le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes;

— le fait qu'il soit affirmé que la présente demande de levée d'immunité est consécutive à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Nanterre à l'encontre de M. Jalkh, ce qui est faux, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X;

— le fait que la présente demande porte sur un élément de programme du Front national qui n'a jamais été contesté par la justice en 44 ans d'existence de ce parti.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztését. A közszereplőket sokszor jogtalanul vádolják a munkájukkal, közleményeikkel kapcsolatban, mégis ezeknek a közleményeknek nem szabad megsérteniük az alapvető értékeket, így például nem adhatnak okot faji vagy vallási alapú megkülönböztetéseknek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh, η οποία έχει σχέση με το φερόμενο αδίκημα της υποκίνησης σε διακρίσεις, φυλετικό μίσος και βία κατά προσώπου ή ομάδας προσώπων λόγω της καταγωγής τους ή της ιδιότητας μέλους ή μη μέλους συγκεκριμένης εθνοτικής ομάδας, φυλής ή θρησκείας, αδίκημα το οποίο προβλέπεται από το γαλλικό δίκαιο, κατόπιν μήνυσης που κατέθεσε η Ένωση «Maison des Potes – Maison de l'égalité» . Για να απολαύει ασυλίας ένας βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, πρέπει να διατυπώνει τη γνώμη του κατά την άσκηση των καθηκόντων του και, συνεπώς, απαιτείται να υπάρχει σχέση μεταξύ της γνώμης που εκφράζεται και των βουλευτικών καθηκόντων. Ωστόσο, ο Jean-François Jalkh δεν ήταν βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου όταν τελέστηκε το φερόμενο αδίκημα, δηλαδή στις 19 Σεπτεμβρίου και στις 30 Νοεμβρίου 2013. Παρόλα αυτά, αυτό το φερόμενο ως προσβλητικό υλικό ήταν προσβάσιμο σε οποιονδήποτε το επιθυμούσε στις 23 Ιουνίου και στις 2 Οκτωβρίου 2014. Επομένως, την υπόθεση πρέπει να αναλάβει η δικαιοσύνη της Γαλλικής Δημοκρατίας.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Engager contre des élus des poursuites sous prétexte qu'ils réclament dans leur programme un changement de la législation existante est une dérive antidémocratique extrêmement dangereuse dans la mesure où elle porte une atteinte particulièrement grave à la liberté d'opinion. Je soutiens évidemment mon collègue Jean-François Jalkh dans cette affaire et vote contre la levée de son immunité.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Jean-Françoisa Jalkha se tereti u okviru tužbe koju je udruga „Maison des potes – Maison de l'égalité" podnijela 22. svibnja 2014. Regionalnom sudu u Nanterreu te je javni tužitelj Žalbenog suda u Versaillesu zatražio ukidanje zastupničkog imuniteta zastupniku u Europskom parlamentu u vezi s tužbom. Ukidanje imuniteta odnosi se na navodno kazneno djelo javnog poticanja na diskriminaciju na temelju nacionalnosti, rase ili vjerske pripadnosti. Jean-François Jalkh je bio direktor za publikacije stranke Front National s uredničkom odgovornošću za sve internetske stranice stranke u vrijeme objavljivanja brošura na koje se tužba odnosi. Izjave dane u brošuri „Petit guide pratique de l'élu municipal Front national" (Priručnik za lokalne vijećnike u stranci Front National), objavljenoj 19. rujna 2013. i postavljenoj na službenu internetsku stranicu stranke Front National 30. studenoga 2013., kojima se svi članovi stranke Front National izabrani na položaj lokalnog vijećnika na izborima održanima 23. i 30. ožujka 2014. potiču na to da na prvoj sjednici novog lokalnog vijeća izdaju preporuku da se pri dodjeljivanju socijalnih stanova prednost daje francuskim državljanima („priorité nationale"). Optužba očito nije povezana s položajem Jean-Françoisa Jalkha kao zastupnika u Europskom parlamentu, već se odnosi na isključivo nacionalno ili regionalno djelovanje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de levantamento da imunidade de Jean-François Jalkh está relacionado com um alegado delito de incitamento público à discriminação em função da nacionalidade, raça ou religião, efetuado oralmente, por escrito, por imagens ou por meio de comunicação ao público através de via eletrónica, por pessoa ou pessoas desconhecidas, delito punido pela legislação francesa. A queixa diz respeito a uma brochura intitulada «Pequeno guia prático dos vereadores pela Frente Nacional», a qual incentivava os candidatos da Frente Nacional eleitos como vereadores nas eleições de 23 e 30 de março de 2014, a recomendarem nos novos órgãos autárquicos, que fosse dada prioridade a cidadãos franceses para atribuição de habitações sociais. Jean-François Jalkh era o diretor das publicações da Frente Nacional e tinha o controlo editorial de todos os sítios Internet da federação. Não era, à data, deputado ao PE. As acusações dizem respeito a atividades de natureza meramente nacional ou regional anteriores a essa condição. Nada faz suspeitar da existência de uma tentativa de obstrução ao trabalho parlamentar de Jean-François Jalkh por via do inquérito judicial instaurado.

Votámos a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado ao Parlamento Europeu no exercício das suas funções. O Parlamento Europeu decide proceder ao levantamento da imunidade de Jean-François Jalkh.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de suspender la inmunidad parlamentaria de Jean-François Jalkh, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal de Apelación de Versalles ha solicitado tal suspensión en relación a un presunto delito de incitación a la discriminación nacional, racial o religiosa tras la querella interpuesta contra él por las declaraciones hechas en un opúsculo titulado «*Petit guide pratique de l'élu municipal Front national*» (Guía práctica del cargo electo del Frente Nacional), publicado el 19 de septiembre de 2013 y difundido en el sitio web oficial de la federación del Frente Nacional el 30 de noviembre de 2013, que incitaba a los candidatos del Frente Nacional elegidos concejales en las elecciones celebradas el 23 y el 30 de marzo de 2014 a recomendar, desde el primer pleno de los nuevos ayuntamientos, la defensa de la «prioridad nacional» en materia de atribución de las viviendas sociales, siendo Jean-François Jalkh director de publicaciones del Frente Nacional.

Dado que Jean-François Jalkh no era diputado al Parlamento Europeo en el momento en el que se cometió el presunto delito y dado que los cargos no guardan relación manifiesta con su condición de diputado al Parlamento Europeo he decidido votar a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de Monsieur Jean-François Jalkh, afin que la justice française puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les déclarations incriminées (demande de privilégier les Français dans l'accès au logement social) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de Monsieur Jalkh, puisque les déclarations incriminées concernent des candidats à la fonction de conseiller municipal en vue des élections municipales. Elles sont liées à sa position de directeur des publications du Front national et ne sont, par conséquent, pas motivées par une quelconque volonté de nuire à sa fonction de député européen.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Bet koks teisėtvarkos institucijų kaltinimas Europos Parlamento nariui turi būti vertinamas rimtai. Negalime leisti, kad Europos Parlamento nario mandatas taptų galimybe vengti atsakomybės.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones discriminatorias y racistas. Las afirmaciones referidas no tienen que ver con su trabajo parlamentario, no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as this offence took place before he was an MEP.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia EP, ktorým EP zbavuje imunity poslanca EP Jeana-Francoisa Jalkha. Žiadosť o zbavenie imunity podal francúzsky minister spravodlivosti a slobôd v súvislosti so súdnym vyšetrovaním, ktoré sa začalo proti Jeanovi-Francoisovi Jalkhovi na krajskom súde v Nanterre na základe spoločného podania predloženého združením Maison des potes pre verejné podnecovanie k rasovej a náboženskej diskriminácii. Obvinenia preukázateľne nemajú spojitosť s funkciou Jeana-Francoisa Jalkha ako poslanca Európskeho parlamentu a týkajú sa činností, ktoré majú čisto vnútroštátny a regionálny charakter a vyhlásenia boli určené potencionálnym poslancom miestneho zastupiteľstva v súvislosti s komunálnymi voľbami v marci 2014 a s jeho funkciou riaditeľa pre publikačnú činnosť Národného frontu, ktorý vykonával redakčnú kontrolu nad všetkými internetovými stránkami hnutia. Toto jeho konanie nesúviselo s vyjadrenými názormi ani hlasovaním počas výkonu jeho funkcie poslanca Európskeho parlamentu, z tohto dôvodu nebol dôvod na zamietnutie žiadosti o zbavenie poslaneckej imunity.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Državni tožilec pritožbenega sodišča v Versaillesu zahteva odvzem poslanske imunitete poslancu Evropskega parlamenta Jean-Françoisu Jalkhu v zvezi s sodnim postopkom zaradi domnevnega kaznivega dejanja.

Zahteva za odvzem poslanske imunitete Jean-Françoisu Jalkhu je povezana z domnevnim kaznivim dejanjem zaradi javnega spodbujanja diskriminacije na podlagi državljanstva, rase ali vere v govorjeni ali pisni obliki ali s pomočjo podob ali javne elektronske korespondence. Tožba se navezuje na izjave iz letaka z naslovom „Priročnik za lokalne svetnike Nacionalne fronte“, izdanega 19. septembra 2013 in objavljenega 30. novembra 2013 na uradni spletni strani federacije Nacionalne fronte, ki je spodbujala kandidate te stranke, izvoljene za lokalne svetnike na volitvah 23. in 30. marca 2014, naj na prvi seji novega lokalnega sveta priporočajo prednostno obravnavo Francozov (t. i. priorité nationale) pri dodeljevanju socialnih stanovanj.

Jean-François Jalkh je bil vodja publikacij pri Nacionalni fronti in je imel uredniški nadzor nad vsemi spletnimi stranmi federacije. Omenjeno obnašanje sem mi zdi za evropskega poslanca nesprejemljivo in tudi sam strogo obsojam spodbujanje sovražnega govora ali diskriminacijo na podlagi vere, spola ali rase. Menim, da je treba francoskim oblastem dati možnost, da obsodijo osebe za omenjeno obnašanje, zato sem glasoval v prid odvzemu imunitete evropskemu poslancu Jean-Françoisu Jalkhu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Európsky parlament zbavil imunity Jeana-Françoisa Jalkha na žiadosť francúzskeho ministra spravodlivosti a slobôd v súvislosti so súdnym vyšetrovaním. Jean-François Jalkh čelí obvineniu za vydanie brožúry s názvom Príručka pre poslancov miestnych zastupiteľstiev za Národný front, kde odporúča kandidátom za stranu Národný front vo voľbách pre miestne zastupiteľstvá, aby na prvom zasadnutí nového miestneho zastupiteľstva odporučili uprednostňovať pri prideľovaní sociálneho bývania Francúzov (tzv. priorité nationale).

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Jean-Françoisa Jalkha tereti se u okviru tužbe koju je udruga „Maison des potes – Maison de l'égalité" podnijela 22. svibnja 2014. Regionalnom sudu u Nanterreu (Francuska).

Optužba se odnosi na izjave dane u brošuri „Petit guide pratique de l'élu municipal Front National" (Priručnik za lokalne vijećnike u stranci Front National).

Optužba očito nije povezana s položajem Jean-Françoisa Jalkha kao zastupnika u Europskom parlamentu, nego se isključivo odnosi na nacionalno ili regionalno djelovanje.

Podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Françoisu Jalkhu jer navodna djela nisu povezana s izražavanjem mišljenja ili glasovanjem zastupnika u Europskom parlamentu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην ανά χείρας έκθεση, τα γεγονότα που περιγράφονται για την τεκμηρίωση των κατηγοριών δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα αλλά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις από πολιτικούς αντιπάλους, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté positivement sur la demande de levée de l'immunité de Jean-François Jalkh afin que celui-ci puisse se défendre devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the waiver of the immunity of Jean-Francois Jalkh, who faces two cases of litigation. The first case relates an offence of public incitement of discrimination, hatred and violence, by where Mr Jalkh, the publishing editor of the National Front's website, posted the interview by where Jean-Marie Le Pen suggested to 'put them all in the oven together next time', when referencing the Jewish people. The second case relates public incitement to discrimination, based on statements Jalkh published in the National Front's 'Handbook for Front National local councillors', encouraging FN candidates, if elected, to give priority to French people when allocating social housing. As both charges are unrelated to Mr. Jalkh's work in the EP and do not reflect the opinions of a Member of the EP, I believe that his immunity should be waived.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Francuski ministar pravosuđa i sloboda uputio je Europskom parlamentu zahtjev za ukidanje imuniteta zastupniku Jean-Françoisu Jalkhu zbog sudske istrage u vezi navodnog kaznenog djela javnog poticanja na diskriminaciju na temelju nacionalnosti, rase ili vjerske pripadnosti u usmenom ili pismenom obliku ili korištenju slika ili elektroničkih javnih objava nepoznate osobe ili osoba.

Naime, udruga „Maison des potes – Maison de l'égalité" podnijela je 22. svibnja 2014. godine tužbu protiv Jalkha koja se odnosi na izjave dane u brošuri stranke Front National objavljenoj 19. rujna 2013. godine s preporukama da se pri dodjeljivanju socijalnih stanova prednost daje francuskim državljanima. Sudska istraga će se pokrenuti protiv Jalkha budući da je on u to vrijeme bio direktor za publikacije te stranke te je imao uredničku odgovornost za sve internetske stranice stranke.

S obzirom da Jalkh tada nije bio zastupnik u Europskom parlamentu te ne postoji sumnja da se ovom tužbom pokušava ometati njegov parlamentarni rad, podržala sam zahtjev za ukidanje imuniteta.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Evropskega parlamenta o zahtevi za odvzem imunitete Jean-Francoisu Jalkhu sem podprla. Državni tožilec pritožbenega sodišča v Versaillesu zahteva odvzem poslanske imunitete poslancu Evropskega parlamenta Jean-Françoisu Jalkhu v zvezi s sodnim postopkom zaradi domnevnega kaznivega dejanja. Obravnavani v tem obdobju še ni bil evropski poslanec, zato je ta dejavnost regionalno-lokalnega značaja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire relève d'un *fumus persecutionis*, un parfum de persécution, pour les raisons cumulées suivantes: le fait qu'après plus de deux ans d'enquête, la Justice prétende encore ignorer que M. Jalkh n'est pas directeur de la publication du Site FN 66 ni des ouvrages papier du Front national; le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes; le fait qu'il est affirmé que la présente demande de levée d'immunité fait suite à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Nanterre à l'encontre de M. Jalkh, ce qui est faux, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X; le fait que la présente demande porte sur un élément de pro-

gramme du Front national qui n'a jamais été contesté par la Justice en 44 ans d'existence de ce parti.

J'apporte donc évidemment tout mon soutien à mon collègue Jean-François Jalkh en m'opposant à la levée de son immunité parlementaire.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wniosek francuskiej prokuratury o uchylenie immunitetu parlamentarnego pana Jalkha jest związany z postępowaniem sądowym na temat publicznego podżegania do nienawiści rasowej w filmie „Wywiad z Jean-Marie Le Pen", który został opublikowany na oficjalnej stronie internetowej Frontu Narodowego oraz na blogu.

Jest oczywiste, że domniemane przestępstwo jest wyraźnie powiązane z funkcją posła do Parlamentu Europejskiego i wynika z pełnienia funkcji członka Rady Frontu Narodowego. Głosowałem za wnioskiem o uchylenie immunitetu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztésére irányuló kérelem ismeretlen személy ellen szóbeli, írásbeli, képi vagy a nyilvánosságnak szánt elektronikus közlés révén elkövetett, nemzeti, faji vagy vallási megkülönböztetésre való nyilvános uszítás bűncselekményének feltételezett elkövetésével függ össze, amely a francia jog szerinti bűncselekmény. Szavazatommal a frakció álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the request for waiver of the immunity of Jean-François Jalkh. The waiver of the immunity of Jean-François Jalkh was forwarded on 14 April 2016 by the French Minister of Justice and Liberties in connection with a judicial inquiry opened against Mr Jalkh that relates to an alleged offence of public incitement to discrimination on grounds of nationality, race or religion by word of mouth, in written form or by means of images or electronic public communication by a person or persons unknown. I voted in favour because Mr Jalkh was not a Member of the European Parliament when the alleged offence took place and the charges are manifestly unrelated to the position of Jean-François Jalkh as a Member of the European Parliament. Moreover, the alleged actions do not relate to opinions expressed or votes cast by the Member of the European Parliament in the performance of his duties and there is no suspicion of any attempt to obstruct the parliamentary work of Jean-François Jalkh behind the judicial inquiry.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia por sus declaraciones discriminatorias y racistas. Las afirmaciones referidas no tienen que ver con su trabajo parlamentario, no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista. Por lo tanto, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por sus incitaciones al racismo y al odio.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat Jean-François Jalkh op het tijdstip van de feiten, 19 september respectievelijk 30 november 2013, nog geen lid was van het Europees Parlement, maar de gewraakte inhoud op 23 juni en 2 oktober 2014 nog steeds online toegankelijk was voor eenieder die er kennis van wilde nemen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. — As acusações manifestamente não se relacionam com o cargo de Jean-François Jalkh como deputado ao Parlamento Europeu e dizem antes respeito a atividades de natureza meramente nacional ou regional. As alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado ao Parlamento Europeu no exercício das suas funções. Nada faz suspeitar da existência de uma tentativa de obstrução ao trabalho parlamentar de Jean-François Jalkh por detrás do inquérito judicial instaurado na sequência de uma queixa da associação «Maison des potes – Maison de l'égalité», apresentada antes de Jean-François Jalkh ter iniciado funções no Parlamento Europeu. Aprovamos por isso o levantamento.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Obe správy týkajúce sa žiadosti o zbavenie imunity poslanca Európskeho parlamentu Jeana-Francoisa Jalkha som podporila. V oboch prípadoch o zbavenie imunity žiada francúzsky prokurátor kvôli trestnému stíhaniu za údajné verejné podnecovanie diskriminácie a rasovej nenávisti. Keďže ani jeden z týchto prípadov sa netýka parlamentných aktivít pána poslanca Jalkha, nevidím dôvod na to, aby bol v trestnom konaní chránený poslaneckou imunitou. Tá sa totiž na poslancov Európskeho parlamentu vzťahuje iba vtedy, keď sa skutok, za ktorý má byť vedené trestné stíhanie, stal počas trvania poslaneckého mandátu a jasne súvisí s jeho poslaneckými aktivitami.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Poročilo o zahtevi za odvzem imunitete Jean-Françoisu Jalkhu, ker obtožbe očitno niso povezane s položajem Jean-Françoisa Jalkha kot poslanca Evropskega parlamenta in se pravzaprav navezujejo na dejavnosti, ki so povsem nacionalnega ali regionalnega značaja.

Prav tako ni suma o tem, da bi šlo pri sodni preiskavi, ki se je začela na podlagi vloženega zahtevka za poskus oviranja parlamentarnega dela Jean-Françoisa Jalkha (fumus persecutionis), saj je bil zahtevek vložen preden je postal poslanec Evropskega parlamenta.

6.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (A8-0319/2016 - Kostas Chrysogonos)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente dossier riguarda la revoca dell'immunità del deputato francese Jean-François Jalkh, accusato dall'associazione «Bureau national de vigilance contre l'antisemitisme» di istigazione pubblica alla discriminazione, all'odio e alla violenza. L'accusa fu mossa perché Jean-François Jalkh era il direttore responsabile delle pubblicazioni del sito internet del Front National che diffuse un'intervista contenente una frase molto violenta. Considero assolutamente inaccettabili tali dichiarazioni e altrettanto grave il fatto che esse siano state diffuse pubblicamente e per queste ragioni ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia como responsable de la publicación de unas declaraciones de Jean-Marie Le Pen claramente nazifascistas. Jean-François Jalkh era el director de la página web oficial del *Front National*, que publicó unas declaraciones de Le Pen, que precisamente, también le supusieron la suspensión de su inmunidad parlamentaria.

Teniendo en cuenta que estos hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, sino que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por su complicidad y promoción de incitaciones al racismo y al odio.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of the waiver of Mr Jalkh's parliamentary immunity. This case relates to a similar case for waiver from the last plenary concerning statements by Jean-Marie Le Pen against the Jewish community. The MEP in question in the present case was the publications director and online editor for Front National at the time these statements were made, and was responsible for the uploading and dissemination of content containing statements inciting discrimination, hatred and violence. For these reasons I voted for the waiver.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la levée de l'immunité parlementaire de Jean-François Jalkh.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette 2e demande de levée d'immunité parlementaire du député JF Jalkh n'est motivée que par des raisons partisanes.

Cette demande est totalement disproportionnée dans la mesure où M. JALKH n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction en cas de levée de son immunité. Une simple convocation ou un simple mandat de comparution aurait suffi.

J'ai donc voté contre cette levée d'immunité injustifiée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Requests for immunity waivers are not the subject of roll-call votes. In the interests of democracy and transparency I would therefore like to confirm that I voted to waive the immunity. My reason for this is straightforward, and completely unconnected to the circumstances of the case or any allegations: immunity does not cover events which occurred before the start of an MEP's mandate.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Paryžiaus apeliacinio teismo generalinis prokuroras pateikė prašymą atšaukti Europos Parlamento nario Jeano-François Jalkho imunitetą. Jeaną-François Jalkhą apkaltino Nacionalinis budrumo biuras, kovojantis su antisemitizmu. Kadangi Jean-François Jalkh nebuvo Europos Parlamento narys, kai buvo įvykdyta veika, be to, kaltinimai akivaizdžiai nesusiję su Jeano-François Jalkho, kaip Europos Parlamento nario, pareigomis. Todėl pritariu Jeano-François Jalkho imuniteto atšaukimui.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – *Fumus persecutionis.*

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Conformément à la recommandation de la Commission des affaires juridiques, j'ai voté en faveur de l'immunité de Monsieur Jalkh.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de suspender la inmunidad parlamentaria de Jean-François Jalkh porque está acusado por su cargo de director de publicaciones del sitio internet oficial del Frente Nacional por las declaraciones de Jean-Marie Le Pen, divulgada en el sitio internet «frontnational.com» y posteriormente en el blog «jeanmarielepen.com» el 6 de junio de 2014, en respuesta a la mención, por una participante, del nombre del cantante Patrick Bruel, quien había manifestado que ya no podía actuar en las ciudades que hubieran elegido a un alcalde del Frente Nacional: «No es de extrañar. Mire, la próxima vez los pasaremos por el horno»; considerando que Jean-François Jalkh era el director de publicaciones del sitio internet oficial del Frente Nacional.

Estas declaraciones son una clara incitación al odio y considero oportuno retirarle la inmunidad dado que para que un diputado al Parlamento Europeo esté amparado por la inmunidad, debe haber emitido su opinión en el ejercicio de sus funciones, lo que implica la exigencia de una relación entre la opinión expresada y las funciones parlamentarias. Y dicha relación debe ser directa e imponerse manifiestamente. En este caso no responde a ninguna de estas circunstancias, dado que las acciones fueron anteriores a su cargo como eurodiputado.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Attenendomi alle indicazioni della commissione giuridica ho votato a favore della richiesta di revoca dell'immunità per l'onorevole Jean-François Jalkh. L'onorevole è stato accusato dall'associazione «Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme» per il presunto reato di istigazione pubblica alla discriminazione per motivi di nazionalità, razziali o religiosi in relazione a dichiarazioni rilasciate da Jean-Marie Le Pen durante un'intervista diffusa sul sito internet «frontnational.com», del quale Jalkh era direttore responsabile per le pubblicazioni. La Commissione ha verificato la non sussistenza di alcun nesso fra l'incarico ricoperto in quel periodo e le funzioni parlamentari di Jean-François Jalkh e, non sospettando la presenza di *fumus persecutionis*, ha deciso di revocarne l'immunità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y por lo tanto de suspender la inmunidad parlamentaria al Sr. Jalkh, al igual que en el informe anterior. Serán los tribunales pertinentes de su país quienes decidan si ha incurrido en delito o no, pero es nuestra labor suspender la inmunidad para que se pueda juzgar el hecho.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette autre demande de levée d'immunité concerne des poursuites, par le procureur de la République de Paris, contre Jean-François Jalkh en tant que directeur de la publication du site frontnational.com, notamment à cause d'une interview du 6 juin 2014 de M. Jean-Marie Le Pen, interrogé sur M. Yannick Noah et M. Patrick Bruel, qui était publiée sur son blog hébergé par le site frontnational.com. En raison de son caractère peu conforme à la politique de communication voulue par M[me] Marine Le Pen, cette interview a aussitôt été retirée du site et le blog de M. Jean-Marie Le Pen n'a, à la suite de cette affaire, plus été hébergé par le site du FN.

Cette demande de levée d'immunité est une persécution, comme pour la précédente, avec des explications similaires, mais aussi en raison du fait que M. Jalkh n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction ou encore du fait que c'est totalement contraire au principe démocratique fondamental d'égalité des justiciables devant la loi, puisque la demande de levée de l'immunité parlementaire de l'auteur principal de propos incriminés, M. Le Pen, n'est pas du tout justifiée, elle, par la nécessité de délivrer un mandat d'amener. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho partecipato alla votazione sulla relazione Chrysogonos.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de suspender la inmunidad de Jean-François Jalkh, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal de Apelación de París ha solicitado tal suspensión en relación a un presunto delito de incitación a la discriminación, el odio o la violencia contra una persona o un grupo de personas por motivo de su origen o de su pertenencia a una etnia, a una nación, a una raza o a una religión determinada, delito tipificado en el Derecho francés, cuando Jean-François Jalkh no había asumido sus funciones de diputado al Parlamento Europeo y habiendo constatado que los cargos no guardan relación manifiesta con su condición de diputado al Parlamento Europeo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas nusprendė atšaukti Jeano-François Jalkho iš Prancūzijos imunitetą. Šis imuniteto atšaukimas susijęs su ikiteisminiu tyrimu, pradėtu prieš Jeaną-François Jalkhą Paryžiaus apygardos teisme gavus Nacionalinio budrumo biuro, kovojančio su antisemitizmu (BNVCA), skundą su civilinio ieškinio pareiškimu dėl viešo diskriminacijos kurstymo, neapykantos ar smurto skatinimo. Skunde nurodoma, kad 2014 m. birželio 6 d. interviu, kuris buvo paskelbtas interneto svetainėje frontnational.com, o vėliau tinklaraštyje jeanmarielepen.com, metu Jean-Marie Le Pen, reaguodamas į tai, kad viena dalyvė paminėjo dainininko Patricko Bruelio vardą ir jo žodžius, kad jis nebedainuos miestuose, kuriuose meru bus išrinktas Nacionalinio fronto atstovas, pasakė tokius žodžius: „Tai manęs nestebina. Klausykit, krosnį užkursim kitą kartą". Tuo metu Jean-François Jalkh ėjo oficialios Nacionalinio fronto interneto svetainės leidybos direktoriaus pareigas. Jean-François Jalkh nebuvo Europos Parlamento narys, kai buvo įvykdyta veika ir kaltinimai yra akivaizdžiai nesusiję su Jeano-François Jalkho, kaip Europos Parlamento nario, pareigomis.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z zahtevo za odvzem imunitete Jean-Francoisu Jalkhu, ker ob upoštevanju zahteve, ki jo je posredoval francoski minister za pravosodje in državljanske svoboščine v zvezi s sodno preiskavo, ki jo je odredilo okrožno sodišče v Nanterre na podlagi zahtevka združenja Maison des potes – Maison de l'égalité za združitev sodnih postopkov v zvezi z javnim spodbujanjem rasne ali verske diskriminacije. Sam menim, da je takšno javno spodbujanje k rasni ali verski diskriminaciji izredno neprimerno in nevredno človeka na takšne položaju.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Francoisu Jalkhu.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Lors d'une interview datant du 6 juin 2014 sur son blog, Jean-Marie Le Pen était interrogé sur la promesse de Yannick Noah de quitter la France en cas de victoire de Marine Le Pen aux élections présidentielles et sur le refus de Patrick BRUEL de se produire dans les municipalités gérées par le Front national, avant de conclure: «la prochaine fois, on fera une fournée…».

En raison de son caractère peu conforme à la politique de communication voulue par la Présidente du Front national, cette interview a été aussitôt retirée du site. De plus, le blog de Jean-Marie Le Pen n'a, à la suite de cette affaire, plus été hébergé par le site du Front national. Jean-François Jalkh est poursuivi par le procureur de la République de Paris en tant que directeur de la publication du site. Cette demande est totalement disproportionnée dans la mesure où Jean-François Jalkh n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction en cas de levée de son immunité. Je me suis donc opposé à sa levée d'immunité parlementaire qui relève d'un *fumus persecutionis*.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την αίτηση για άρση της ασυλίας λαμβάνοντας υπόψη ότι δεν υπάρχει υπόνοια περί απόπειρας να παρεμποδιστεί η βουλευτική δραστηριότητα του Jean-François Jalkh στο πλαίσιο της δικαστικής έρευνας, η οποία ξεκίνησε μετά τη μήνυση που άσκησε η Ένωση «Εθνικό Γραφείο Επαγρύπνησης κατά του Αντισημιτισμού (BNVCA)».

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Καθώς η αίτηση αυτή δεν αφορά διαδικασίες σχετικές με τη βουλευτική του δραστηριότητα, θεωρώ πως οφείλουμε να μη σταθούμε εμπόδιο στη δικαιοσύνη. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché dall'analisi dei fatti presentati dal procuratore generale presso la Corte di Appello di Versailles si è appreso che la commissione del presunto reato, denunciata dall'associazione «Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme(BNCVA)», non è avvenuta durante l'esercizio delle funzioni di deputato europeo di Jean-Francois Jalkh e considerando l'inesistenza di un *fumus persecutionis* nei confronti del deputato, non vi era ragione di mantenere l'immunità.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the waiver of the parliamentary immunity of a Member of the European Parliament, Jean-François Jalkh, in connection with a legal action concerning an alleged offence and therefore agree that the report of concerned committee would be communicated immediately to the concerned parties.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia como responsable de la publicación de unas declaraciones de Jean-Marie Le Pen claramente nazifascistas. Jean-François Jalkh era el director de la página web oficial del *Front National*, que publicó unas declaraciones de Le Pen, que precisamente, también le supusieron la suspensión de su inmunidad parlamentaria.

Teniendo en cuenta que estos hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, sino que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por su complicidad y promoción de incitaciones al racismo y al odio.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'immunità parlamentare conferita dall'articolo 8 del protocollo si applica solo alle opinioni espresse dai deputati al Parlamento europeo nell'esercizio delle loro funzioni. Pertanto ho inteso votare favorevolmente alla presente decisione poiché, non essendovi alcun nesso diretto ed evidente tra le dichiarazioni contestate e le funzioni di Jean-Francois Jalkh in quanto deputato al Parlamento europeo, dette dichiarazioni, pronunciate nel contesto di un dibattito politico nazionale, non sono correlate né alla sua attività di deputato al Parlamento europeo né alle politiche dell'Unione europea.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram wniosek o uchylenie immunitetu Jeana-François Jalkha. Wobec eurodeputowanego toczy się postępowanie przed francuskim sądem w związku z zarzutami popełnienia przestępstwa. Eurodeputowanemu zastały postawione zarzuty w sprawie publicznego nawoływania do nienawiści na tle rasowym lub religijnym poprzez słowo. Immunitet nie może stanowić sposobu na uniknięcie odpowiedzialności, szczególnie jeśli zarzuty dotyczą okresu, kiedy osoba nie pełniła funkcji europosła, jak było w tym przypadku. Zarzucane czyny rozciągają skutki w państwie z którego pochodzi europoseł, w tej kwestii nie ulega wątpliwości, że immunitet ogranicza możliwości sądu francuskiego w egzekwowaniu prawa. Sprawozdawca zaleca zniesienie immunitetu, ja uważam dokładnie tak samo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of waving the immunity of Jean-François Jalkh as this will give the relevant authorities the opportunity to investigate the case in question and ensure justice is done

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Une interview de Jean-Marie Le Pen du 6 juin 2014 sur son blog hébergé par le site «frontnational.com» portait sur la promesse de M. Yannick Noah de quitter la France en cas de victoire du Front national et sur le refus de M. Patrick Bruel de se produire dans des municipalités Front national.

Sur la forme, la nécessité de délivrer un mandat d'amener est contestable, puisque Monsieur Jalkh n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à la justice. En outre, Monsieur Jalkh était effectivement directeur de la publication au moment de la mise en ligne, mais a quitté ces fonctions peu après eu égard à son mandat européen. Enfin, la vidéo litigieuse a été très rapidement retirée du site.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Τάσσομαι κατά της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην παρούσα έκθεση τα γεγονότα που περιγράφονται ως κατηγορίες δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα παρά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις εκ μέρους των πολιτικών αντιπάλων, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – En virtud del artículo 9 del Protocolo n.º 7, los diputados del Parlamento Europeo gozan, en su territorio nacional, de las inmunidades reconocidas a los parlamentarios de su Estado miembro. Remitiéndonos a la Constitución francesa, el artículo 26 nos indica que ningún miembro del Parlamento francés podrá ser procesado, investigado, detenido, preso o juzgado por opiniones o votos que haya emitido en el ejercicio de sus funciones.

Considerando, en primer lugar, que Jean -François Jalkh no era parlamentario europeo en el momento en que se cometió el presunto delito, y, en segundo lugar, que no se encuentra una relación entre su condición de diputado y los cargos que se le imputan, la Comisión de Asuntos Jurídicos recomienda que el Parlamento Europeo suspenda la inmunidad parlamentaria de Jean-François Jalkh.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la demande de levée d'immunité parlementaire relève d'un *fumus persecutionis*.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório diz respeito ao pedido de levantamento da imunidade parlamentar, pelo Procurador Público do Tribunal da Relação de Paris, do deputado ao Parlamento Europeu Jean-François Jalkh, em conexão com uma ação judicial relativa a um alegado delito de incitamento à discriminação, ao ódio ou à violência contra uma pessoa ou um grupo de pessoas por motivo da sua origem ou da sua pertença ou não pertença a uma etnia, nação, raça ou religião específica, punido pela legislação francesa, acusação levada a cabo pelo Organismo Nacional de Vigilância contra o Antissemitismo (BNVCA), numa queixa apresentada na sequência de declarações de Jean-Marie Le Pen numa entrevista difundida no sítio Internet «frontnational.com» e posteriormente no blogue «jeanmarielepen. com», após a referência por parte de um membro do público ao nome do cantor Patrick Bruel.

As acusações manifestamente não se relacionam com o cargo de Jean-François Jalkh como deputado ao Parlamento Europeu e dizem antes respeito a atividades de natureza meramente nacional ou regional, dado que as afirmações se referem às eleições locais, realizadas em março de 2014, e ao seu cargo de diretor de publicações da Frente Nacional com controlo editorial sobre todos os sítios Internet da federação. Votámos favoravelmente o levantamento da imunidade parlamentar.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Τάσσομαι κατά της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh. Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην παρούσα έκθεση τα γεγονότα που περιγράφονται ως κατηγορίες δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα παρά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις εκ μέρους των πολιτικών αντιπάλων, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The charges are manifestly unrelated to the position of Jean-François Jalkh as a Member of the European Parliament and concern instead activities of a purely national or regional nature, given that the statements related to the local elections in France held on 23 and 30 March 2014 and to his position as the Front National's publications director with editorial control over the federation's websites. I therefore supported the decision to waive the immunity of Jean-François Jalkh.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Antrag auf Aufhebung der Immunität von Jean-François Jalkh (Front National) gestimmt. Das Europäische Parlament kommt damit einer Anfrage der französischen Justiz nach und ebnet den Weg für ein angemessenes, transparentes Verfahren.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of Mr Jalkh.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre les deux demandes de levée d'immunité concernant mon collègue Jean-François Jalkh. Elles relèvent en effet de l'habituel deux poids deux mesures appliqué par cette assemblée, prompte à protéger les députés «eurobéats» et à livrer à la (in)justice de leur pays les autres.

Même si le Parlement prétend ne pas juger sur le fond, il ne cesse de le faire, notamment dans les cas de prétendus délits liés à l'expression politique. Quant à la «forme» qu'il prétend respecter, il a été très loin dans le reniement, avec le cas de M. Jalkh en ignorant le fait qu'une des demandes de levée d'immunité était déposée dans le but exprès de délivrer un mandat d'amener. Or, en matière de délit de presse, ce dernier n'est pas licite en France.

Enfin, autoriser la persécution d'un député européen au motif qu'au moment des faits il n'était pas encore élu au Parlement, est une argutie d'une rare hypocrisie: c'est bien la volonté de gêner le député dans son activité parlementaire et sa réputation qui motive nombre de poursuites, notamment en France.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε υπέρ της άρσης της κοινοβουλευτικής ασυλίας του Ευρωβουλευτή Jean-François Jalkh του Εθνικού Μετώπου (Γαλλία), έτσι ώστε να προχωρήσει η δικαστική έρευνα εναντίον του από τη γαλλική δικαιοσύνη για υποκίνηση συμπεριφορών και πρακτικών ρατσιστικού και αντισημιτικού περιεχομένου.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Francoisu Jalkhu jer je riječ o tužbi za navodno kazneno djelo poticanja na diskriminaciju koje se dogodilo prije nego što je gospodin Jalkh preuzeo dužnost zastupnika u Europskom parlamentu.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté la levée de l'immunité de Jean-François Jalkh car l'accusation portée contre lui n'est en aucun cas liée à l'exercice de son mandat. L'affaire qui le concerne en tant que directeur de publication des sites internet du Front national est particulièrement grave, liée à des plaintes déposées contre la vidéo de Monsieur Le Pen appelant à une «fournée» pour des personnalités.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Lors d'une interview du 6 juin 2014 sur son blog hébergé par le site frontnational.com, M. Jean-Marie Le Pen était interrogé sur la promesse de M. Yannick Noah de quitter la France en cas de victoire du Front national, et sur le refus de M. Patrick Bruel de se produire dans des municipalités FN. Et de conclure: «la prochaine fois, on fera une fournée…».

Par son caractère peu conforme à la politique de communication voulue par la nouvelle présidente du FN M^{me} Marine Le Pen, cette interview a été retirée du site. Au surplus, le blog de Jean-Marie Le Pen n'a, à la suite de cette affaire, plus été hébergé par le site du Front national. Jean-François Jalkh est poursuivi par le procureur de la République de Paris en tant que directeur de la publication du site frontnational.com. Cette demande est disproportionnée, dans la mesure où M. Jalkh n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction en cas de levée de son immunité. Une simple convocation ou un simple mandat de comparution aurait suffi. Je me suis donc opposé à sa levée d'immunité.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia como responsable de la publicación de unas declaraciones de Jean-Marie Le Pen claramente nazifascistas. Jean-François Jalkh era el director de la página web oficial del *Front National*, que publicó unas declaraciones de Le Pen, que precisamente, también le supusieron la suspensión de su inmunidad parlamentaria.

Teniendo en cuenta que estos hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, sino que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por su complicidad y promoción de incitaciones al racismo y al odio.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Javni tužitelj Žalbenog suda u Parizu zatražio je ukidanje parlamentarnog imuniteta zastupniku u Europskom parlamentu Jean-Françoisu Jalkhu u vezi s tužbom za navodno kazneno djelo poticanja na diskriminaciju, mržnju ili nasilje prema osobi ili skupini osoba na osnovi porijekla ili pripadnosti ili nepripadnosti određenoj etničkoj skupini, naciji, rasi ili religiji, djelom kažnjivim prema francuskom zakonu.

Ova optužba nije povezana s položajem Jean-Françoisa Jalkha kao zastupnika u Europskom parlamentu, već se odnosi na isključivo nacionalno ili regionalno djelovanje, obzirom na to da su izjave bile povezane s lokalnim izborima održanima u Francuskoj 23. i 30. ožujka 2014. i s njegovim položajem direktora za publikacije u stranci Front National odgovornog za internetske stranice. Zbog svega navedenog podržala sam ovo izvješće.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Francúzske úrady požiadali o zbavenie imunity poslanca Jeana-Françoisa Jalkha v súvislosti s jeho vyšetrovaním z údajného spáchania trestného činu podnecovania k diskriminácii, nenávisti alebo násiliu voči osobe alebo skupine osôb na základe pôvodu alebo príslušnosti k určitej etnickej skupine, rase, národu či náboženstvu, ktorého sa mal dopustiť podľa francúzskeho práva. Žiadosť je v súlade s rokovacím poriadkom a Protokolom č. 7 o výsadách a imunitách Európskej únie, preto som návrh na zbavenie imunity podporil.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée d'immunité de Jean-François Jalkh.

Monsieur Jalkh est inquiété en tant que Directeur de la publication du site frontnational.com, en raison d'une publication hébergée sur ce site, bien que cette dernière ait été retirée dans la journée même de son hébergement, et que ces faits soient antérieurs à son élection.

Cette antériorité des faits, le fait que le procureur de Paris motive sa demande de levée de l'immunité par la nécessité de délivrer un mandat d'amener (demande disproportionnée, contraire à la procédure en cas de délit de presse), ainsi que le fait qu'il n'y ait qu'une plainte contre X traitée comme une plainte contre Monsieur Jalkh, démontrent que cette demande de levée d'immunité parlementaire relève bel et bien d'un *fumus persecutionis*.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio parere contrario alla richiesta di revoca dell'immunità dell'onorevole Jalkh in quanto ritengo che l'immunità parlamentare non sia un privilegio personale di un deputato bensì una garanzia di indipendenza del Parlamento e dei suoi membri in quanto istituzione super partes. Rimango convinto che in questi casi si debba seguire una linea garantista e di conseguenza continuerò a votare negativamente per questo tipo di relazioni a difesa del ruolo istituzionale conferito da questo Parlamento.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Palaikau sprendimą atšaukti Jeano-François Jalkho imunitetą. Prancūzijos teisėsaugos institucijoms turi būti sudarytos galimybės apklausti Parlamento narį ir išsiaiškinti visas aplinkybes dėl pareikštų kaltinimų dėl rasinės ir religinės diskriminacijos kurstymo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport demande la levée de l'immunité parlementaire du député d'extrême-droite Jean-François Jalkh. En effet Jean-François Jalkh est poursuivi suite à une plainte du Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme (BNVCA) en août 2014. La plainte porte sur des déclarations faites par Jean-Marie Le Pen à l'occasion d'une interview diffusée sur le site internet «frontnational.com», au cours de laquelle il aurait dit au sujet Patrick Bruel: «Ça ne m'étonne pas. Écoutez, on en fera une fournée la prochaine fois» .

Considérant que Jean-François Jalkh était le directeur des publications du site internet officiel du Front national il peut être tenu responsable des propos diffusé sur ce site. Étant donné que les accusations ne sont pas en lien avec son mandat de député européen mais à sa position de directeur des publications du Front national chargé du contrôle éditorial de tous les sites internet de la fédération, je vote pour la levée de l'immunité.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire concernant Jean-François Jalkh, émane du procureur de la République de Paris qui poursuit M. Jalkh, en qualité de directeur de la publication du site frontnational.com, au motif qu'il a été publié en juin 2014 une interview de Jean-Marie LE PEN durant laquelle il a prononcé le mot «fournée» .

Le procureur de Paris justifie cette demande de levée d'immunité par la nécessité de délivrer un mandat d'amener. Ceci est disproportionné puisque J-F. Jalkh n'a jamais déclaré vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction en cas de levée de son immunité.

Cette demande relevant d'une certaine persécution des membres et élus du Front National par la justice française, je me suis donc opposée à celle-ci.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa.

No caso em apreço o pedido de levantamento da imunidade de Jean-François Jalkh, foi apresentado em 14 de abril de 2016 pelo Ministro francês da Justiça e das Liberdades, no âmbito de um inquérito judicial (processo n.º 1422400530) instaurado contra Jean-François Jalkh, no Tribunal da Comarca de Paris, na sequência de uma queixa com constituição de parte civil apresentada pela associação Organismo Nacional de Vigilância contra o Antissemitismo (BNVCA), por incitamento público à discriminação, ao ódio ou à violência, o qual foi comunicado em sessão plenária em 8 de junho de 2016. As alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado ao Parlamento Europeu no exercício das funções, na aceção do artigo 8.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia. Voto favoravelmente a presente proposta.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Le ministre de la justice français a demandé la levée de l'immunité parlementaire de M. J-Fr. Jalkh en qualité de directeur des publications du site internet officiel du Front national, suite à une plainte du «Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme (BNVCA)», en raison des déclarations de Jean-Marie Le Pen prononcées lors d'une interview au cours de laquelle il aurait tenu les propos d'incitation publique à la discrimination, à la haine ou à la violence.

L'article 9 du protocole nº 7 sur les privilèges et immunités de l'UE stipule que les membres du PE bénéficient, sur leur territoire national, des immunités reconnues aux membres du parlement de leur État et l'article 8 du protocole nº 7 notifie que les membres du Parlement européen ne peuvent être recherchés, détenus ou poursuivis pour des opinions ou votes émis par eux dans l'exercice de leurs fonctions.

Comme monsieur Jean-François Jalkh n'avait pas pris ses fonctions de député au PE au moment des faits et que les accusations portées ne sont pas liées à sa fonction de député européen mais se rapportent à des activités d'une nature purement nationale ou régionale, j'ai décidé de voter en faveur de la levée d'immunité de l'intéressé.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the request for waiver of the immunity of Jean-François Jalkh, because I am in agreement with the decision, forwarded on 14 April 2016 by the French Minister of Justice and Liberties, in connection with a judicial inquiry (file No 1422400530) opened against Mr Jean-François Jalkh at the Paris District Court in response to an application with joinder filed by the Association 'National Office for Vigilance against Anti-Semitism (BNVCA)' on grounds of public incitement to discrimination, hatred or violence and announced in plenary on 8 June 2016.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A franciaországi „Antiszemitizmust Figyelő Nemzeti Iroda Egyesület (BNVCA)" szervezet kérelmére megkülönböztetésre, gyűlöletre vagy erőszakra való nyilvános uszítás miatt vizsgálat indult a párizsi kerületi bíróság előtt Jean-François Jalkh európai parlamenti képviselővel szemben. A párizsi fellebbviteli bíróság melletti ügyész a vizsgálattal összefüggésben kérte Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztését.

A panasz Jean-Marie Le Pennek a „frontnational.com” honlapján közzétett interjúban foglalt kijelentéseivel kapcsolatos, a Front National hivatalos honlapjának a kiadásért felelős igazgatója pedig Jean-François Jalkh volt. A Jogi Bizottság jelentésének megállapítása szerint a vádak nyilvánvalóan nem Jean-François Jalkh európai parlamenti képviselői, hanem kizárólag a Front National kiadványaiért felelős és a szövetség honlapjai felett szerkesztői ellenőrzéssel rendelkező igazgatói tisztségével kapcsolatosak, ezért azt indítványozza, hogy a Parlament függessze föl Jean-François Jalkh mentelmi jogát. Így szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette seconde demande de levée d'immunité, pour une publication sur le site internet du Front National des propos de son président d'honneur, relèvent à l'évidence d'un motif politique, qui n'est pas une cause valable de levée d'immunité.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Je m'oppose à cette demande de levée d'immunité parlementaire, celle-ci relevant de la persécution, pour les raisons cumulées suivantes:

— le fait qu'après plus de deux ans d'enquête, la Justice prétende encore ignorer que M. Jalkh n'est pas directeur de la publication du site FN 66 ni des ouvrages papier du Front national;

— le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes;

— le fait qu'il soit affirmé que la présente demande de levée d'immunité est consécutive à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Nanterre à l'encontre de M. Jalkh, ce qui est faux, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X;

— le fait que la présente demande porte sur un élément de programme du Front national qui n'a jamais été contesté par la justice en 44 ans d'existence de ce parti.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztését. A közszereplőket sokszor jogtalanul vádolják a munkájukkal, közleményeikkel kapcsolatban, mégis ezeknek a közleményeknek nem szabad megsérteniük az alapvető értékeket, így például nem adhatnak okot faji vagy vallási alapú megkülönböztetéseknek.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report according to the evaluation made by the JURI Committee.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της άρσης της ασυλίας του Jean-François Jalkh, η οποία έχει σχέση με το φερόμενο αδίκημα της υποκίνησης σε διακρίσεις, φυλετικό μίσος και βία κατά προσώπου ή ομάδας προσώπων λόγω της καταγωγής τους ή της ιδιότητας μέλους ή μη μέλους συγκεκριμένης εθνοτικής ομάδας, φυλής ή θρησκείας, αδίκημα το οποίο προβλέπεται από το γαλλικό δίκαιο, μετά από σχετική μήνυση που κατέθεσε η Ένωση «Εθνικό Γραφείο Επαγρύπνησης κατά του Αντισημιτισμού (BNVCA)». Για να απολαύει ασυλίας ένας βουλευτής του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου πρέπει να διατυπώνει τη γνώμη του κατά την άσκηση των καθηκόντων του και, συνεπώς, απαιτείται να υπάρχει σχέση μεταξύ της γνώμης που εκφράζεται και των βουλευτικών καθηκόντων. Ωστόσο, οι κατηγορίες αυτές δεν σχετίζονται με την ιδιότητα του Jean-François Jalkh ως βουλευτή του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Αντιθέτως αφορούν δραστηριότητες αμιγώς εθνικού και περιφερειακού χαρακτήρα, δεδομένου ότι οι δηλώσεις αφορούσαν τις εκλογές τοπικής αυτοδιοίκησης στη Γαλλία, που διεξήχθησαν την Κυριακή 23 και Κυριακή 30 Μαρτίου 2014, και την ιδιότητά του ως διευθυντή εκδόσεων του Εθνικού Μετώπου. Επομένως την υπόθεση πρέπει να αναλάβει η δικαιοσύνη της Γαλλικής Δημοκρατίας.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire relève bel et bien d'un fumus persecutionis, parfum de persécution pour les raisons cumulées suivantes: le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la Justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes; le fait que le procureur de Paris motive sa demande de levée de l'immunité parlementaire de M. Jalkh par la nécessité de délivrer un mandat d'amener alors que, en matière de presse, la chambre de l'instruction de la Cour d'appel de Paris a déjà eu l'occasion de censurer la délivrance d'un mandat d'amener (Cour d'appel de Paris, arrêt du 15 mai 2009, dossier nº 2008/06790); le fait que certains puissent affirmer que la présente demande de levée d'immunité fait suite à une information judiciaire ouverte au parquet du tribunal de grande instance de Paris à l'encontre de M. JALKH, ou à une plainte contre M. JALKH devant le doyen des juges d'instruction, ce qui est faux dans les deux cas, puisqu'il s'agissait d'une plainte contre X.

Je soutiens mon collègue dans cette affaire et vote contre sa levée d'immunité.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Udruga „Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme" tereti Jean-Françoisa Jalkha u tužbi koju je podnijela nadležnom tužitelju u Parizu 12. kolovoza 2014. te je javni tužitelj Žalbenog suda u Parizu zatražio ukidanje parlamentarnog imuniteta zastupniku u Europskom parlamentu. Ukidanje imuniteta povezano je s navodnim kaznenim djelom poticanja na diskriminaciju, mržnju ili nasilje prema osobi ili skupini osoba na osnovi porijekla ili pripadnosti ili nepripadnosti određenoj etničkoj skupini, naciji, rasi ili religiji, djelom kažnjivim prema francuskom zakonu. Jean-François Jalkh je bio direktor za publikacije službene internetske stranice stranke Front National u vrijeme objavljivanja spornih izjava na toj internetskoj stranici. Tužba se odnosi na izjave koje je Jean-Marie Le Pen dao tijekom intervjua objavljenog na internetskoj stranici „frontnational.com", a zatim i na blogu „jeanmarielepen.com" 6. lipnja 2014., pri čemu je reagirao na spomen imena pjevača Patricka Bruela u publici, koji je prethodno izjavio da više ne može nastupati u gradovima u kojima su izabrani gradonačelnici iz stranke Front National, te je o tome rekao: „To me ne iznenađuje. Slušajte, sljedeći put ćemo ih sve zajedno baciti u peć". Optužba očito nije povezana s položajem Jean-Françoisa Jalkha kao zastupnika u Europskom parlamentu, već se odnosi na isključivo nacionalno ili regionalno djelovanje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório diz respeito à solicitação do levantamento da imunidade parlamentar ao deputado ao Parlamento Europeu, Jean-François Jalkh, na sequência de uma ação judicial relativa a um alegado delito de incitamento à discriminação, ao ódio ou à violência contra uma pessoa ou um grupo de pessoas por motivo da sua origem ou da sua pertença ou não pertença a uma etnia, nação, raça ou religião específica, punível pela legislação francesa. A queixa diz respeito a declarações de Jean-Marie Le Pen sobre o cantor Patrick Bruel, que havia afirmado não atuaria nas cidades que elegessem um presidente de câmara da Frente Nacional, onde afirmou: «Isso não me espanta. Ouça, far-se-á uma fornada na próxima vez». Jean-François Jalkh era diretor de publicações do sítio Internet oficial da Frente Nacional que difundiu estas declarações. Não era, à data, deputado ao Parlamento Europeu. As acusações não se relacionam com o exercício dessas funções. Referem-se a atividades de natureza meramente nacional ou regional, nomeadamente às eleições locais e ao seu cargo de diretor de publicações da Frente Nacional. Nada faz suspeitar da existência de uma tentativa de obstrução ao trabalho parlamentar de Jean-François Jalkh por detrás do inquérito judicial instaurado na sequência da queixa.

Votámos a favor.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to waive the immunity because at the time that the alleged offences took place he was not a sitting MEP.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – As alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado ao Parlamento Europeu no exercício das suas funções. O Parlamento Europeu decide proceder ao levantamento da imunidade de Jean-François Jalkh.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de suspender la inmunidad de Jean-François Jalkh, a la vista del informe elaborado por la Comisión de Asuntos Jurídicos, que constata que el fiscal del Tribunal de Apelación de París ha solicitado tal suspensión en relación a un presunto delito de incitación a la discriminación, el odio o la violencia contra una persona o un grupo de personas por motivo de su origen o de su pertenencia a una etnia, a una nación, a una raza o a un religión determinada, delito tipificado en el Derecho francés, cuando Jean-François Jalkh no había asumido sus funciones de diputado al Parlamento Europeo y habiendo constatado que los cargos no guardan relación manifiesta con su condición de diputado al Parlamento Europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de Monsieur Jean-François Jalkh, afin que la justice française puisse effectuer son travail, dans le strict respect des droits de la défense, étant entendu que les déclarations incriminées (propos tenus par Jean-Marie Le Pen et relayés sur les sites internet du Front national) n'ont pas de lien direct avec la fonction de député européen de Monsieur Jalkh. Elles sont liées à sa position de directeur des publications du Front national, chargé du contrôle éditorial de tous les sites internet de la fédération, et ne sont, par conséquent, pas motivées par une quelconque volonté de nuire à sa fonction de député européen.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Bet koks teisėtvarkos institucijų kaltinimas Europos Parlamento nariui turi būti vertinamas rimtai. Negalime leisti, kad Europos Parlamento nario mandatas taptų galimybe vengti atsakomybės.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia como responsable de la publicación de unas declaraciones de Jean-Marie Le Pen claramente nazifascistas. Jean-François Jalkh era el director de la página web oficial del *Front National*, que publicó unas declaraciones de Le Pen, que precisamente, también le supusieron la suspensión de su inmunidad parlamentaria.

Teniendo en cuenta que estos hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, sino que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por su complicidad y promoción de incitaciones al racismo y al odio.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as the offence took place before he was an MEP.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Žiadosť o zbavenie poslaneckej imunity Jeana-Francoisa Jalkha podal francúzsky minister spravodlivosti a slobôd v súvislosti so súdnym vyšetrovaním, ktoré sa proti nemu začalo na okresnom súde v Paríži na základe spoločného podania predloženého združením Národný úrad pre dohľad nad antisemitizmom pre verejné podnecovanie k diskriminácii, nenávisti alebo násiliu. Návrh uznesenia o zbavenie imunity poslanca Jeana-Francoisa Jalkha som podporila, pretože je potrebné, aby okresný súd v Paríži preskúmal, či poslanec EP spáchal trestný čin, ktorý nemá súvislosť s jeho výkonom funkcie v EP ako poslanca, ale sa týka činností, ktoré majú vnútroštátny a regionálny charakter, keďže súviseli s komunálnymi voľbami v marci v roku 2014 a s jeho funkciou riaditeľa pre publikačnú činnosť Národného frontu, ktorý vykonával redakčnú kontrolu nad internetovými stránkami hnutia.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Državni tožilec pritožbenega sodišča v Parizu zahteva odvzem poslanske imunitete poslancu Evropskega parlamenta Jean-Françoisu Jalkhu v zvezi s sodnim postopkom zaradi domnevnega kaznivega dejanja. Zahteva za odvzem poslanske imunitete Jean-Françoisu Jalkhu je povezana z domnevnim kaznivim dejanjem javnega spodbujanja diskriminacije, sovraštva ali nasilja nad osebo ali skupino oseb zaradi njihovega porekla ali pripadnosti ali nepripadnosti določeni etnični skupini, narodnosti, rasi ali veri.

Pritožba se nanaša na izjave Jean-Marie Le Pen v intervjuju, objavljenem 6. junija 2014 na spletni strani frontnational.com in na blogu jeanmarielepen.com, kjer je ta v odgovor na vprašanje iz občinstva o pevcu Patricku Bruelu, ki je dejal, da ne more več nastopati v mestih, kjer so bili izvoljeni župani iz Nacionalne fronte, dejala: „To me ne preseneča. Poslušajte, naslednjič jih bomo vse skupaj dali v pečico."

V omenjenem obdobju je bil Jean-François Jalkh vodja publikacij za uradno spletno stran Nacionalne fronte. Ker poslanec Evropskega parlamenta uživa na ozemlju svoje države imuniteto in se zato zoper njega ne sme odrediti sodnega postopka ali preiskave menim da je smotrno, da se mu imuniteto odvzame. Zato sem glasoval v prid poročilu in s tem tudi za odvzem imunitete Jean-Françoisu Jalkhu.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Jean-François Jalkh bol zbavený imunity v súvislosti so súdnym vyšetrovaním pre verejné podnecovanie k diskriminácii, nenávisti alebo násiliu. Jean-François Jalkh ako riaditeľ pre publikačnú činnosť oficiálnej internetovej stránky Národného frontu opublikoval antisemitské výroky Jeana-Marieho Le Pena.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Jean-Françoisa Jalkha tereti se u okviru tužbe koju je udruga udruga „Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme" podnijela 12. kolovoza 2014. nadležnom tužitelju u Parizu.

Optužba se odnosi na izjave dane tijekom intervjua objavljenog na internetskoj stranici „frontnational.com”, a zatim i na blogu „jeanmarielepen.com”.

Optužba očito nije povezana s položajem Jean-Françoisa Jalkha kao zastupnika u Europskom parlamentu, nego se isključivo odnosi na nacionalno ili regionalno djelovanje.

Podržavam izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Françoisu Jalkhu jer navodna djela nisu povezana s izražavanjem mišljenja ili glasovanjem zastupnika u Europskom parlamentu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η άρση ασυλίας θα έπρεπε να καλύπτει αποκλειστικά και μόνον πράξεις που εμπίπτουν στα βουλευτικά καθήκοντα. Στην ανά χείρας έκθεση, τα γεγονότα που περιγράφονται για την τεκμηρίωση των κατηγοριών δεν έχουν να κάνουν με πραγματικά αδικήματα αλλά μόνο με κακόβουλες μηνύσεις από πολιτικούς αντιπάλους, με σκοπό να πλήξουν το κύρος του Ευρωβουλευτή και να παρακωλύσουν το έργο του.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté positivement sur la demande de levée de l'immunité de Jean-François Jalkh afin que celui-ci puisse se défendre devant la justice de son pays.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the waiver of the immunity of Jean-Francois Jalkh, who faces two cases of litigation. The first case relates an offence of public incitement of discrimination, hatred and violence, by where Mr. Jalkh, the publishing editor of the National Front's website, posted the interview by where Jean-Marie Le Pen suggested to 'put them all in the oven together next time', when referencing the Jewish people. The second case relates public incitement to discrimination, based on statements Jalkh published in the National Front's 'Handbook for Front National local councillors', encouraging FN candidates, if elected, to give priority to French people when allocating social housing. As both charges are unrelated to Mr. Jalkh's work in the EP and do not reflect the opinions of a Member of the EP, I believe that his immunity should be waived.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o zahtjevu za ukidanje imuniteta Jean-Francoisa Jalku”. Budući da se Jean-Françoisa Jalkha tereti u okviru tužbe koju je udruga „Maison des potes – Maison de l'égalité” podnijela 22. svibnja 2014. Regionalnom sudu u Nanterreu, za kazneno djelo javnog poticanja na diskriminaciju na temelju nacionalnost, rase ili vjerske pripadnosti prema članku 131. 2.,3. francuskog Kaznenog zakona koje je navodno počinjeno 19. rujna 2013. godine. U vrijeme navodnog počinjenja kaznenog djela optuženi nije bio zastupnik Europskog parlamenta. Imunitet u Europskom parlamentu zastupnika štiti od delikata koji su izravno i očito povezani s obavljanjem njegovih dužnosti. S obzirom da navodni delikt Jean-Francoisa Jalkua nije izravno povezan s njegovom dužnošću te da nije uopće eventualno počinjen u vrijeme mandata, smatram da je zahtjev za ukidanjem imuniteta opravdan.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Protiv zastupnika u Europskom parlamentu Jean-Françoisa Jalkha pokrenuta je sudska istraga zbog navodnog kaznenog djela poticanja na diskriminaciju, mržnju ili nasilje prema osobi ili skupini osoba na osnovi porijekla ili pripadnosti ili nepripadnosti određenoj etničkoj skupini, naciji, rasi ili religiji, koju je podnijela udruga „Bureau national de vigilance contre l'antisémitisme” (Nacionalni ured za suzbijanje antisemitizma) 12. kolovoza 2014.

Naime, Jalkh je tijekom lipnja 2014. godine obnašao funkciju direktora za publikacije službene internetske stranice stranke Front National, na kojoj je 6. lipnja 2014. godine objavljen intervju Jean-Mariea Le Pena. U tom intervjuu Le Pen se osvrnuo na izjavu pjevača Patricka Bruela da više ne može nastupati u gradovima u kojima su izabrani gradonačelnici iz stranke Front National. Le Pen je rekao: „To me ne iznenađuje. Slušajte, sljedeći put ćemo ih sve zajedno baciti u peć”.

Budući da Jean-François Jalkh tada još nije preuzeo svoje dužnosti kao zastupnik u Europskom parlamentu, optužba nije povezana s njegovim položajem zastupnika nego se odnosi isključivo na nacionalno ili regionalno djelovanje te njegov položaj direktora za publikacije u stranci, podržala sam zahtjev da mu se ukine imunitet.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog sklepa Evropskega parlamenta o zahtevi za odvzem imunitete Jean-Francoisu Jalkhu sem podprla. Državni tožilec pritožbenega sodišča v Versaillesu zahteva odvzem poslanske imunitete poslancu Evropskega parlamenta Jean-Françoisu Jalkhu v zvezi s sodnim postopkom zaradi domnevnega kaznivega dejanja. Obravnavani v tem obdobju še ni bil evropski poslanec, zato je ta dejavnost regionalno-lokalnega značaja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette demande de levée d'immunité parlementaire relève d'un *fumus persecutionis,* parfum de persécution pour les raisons cumulées suivantes: le fait que la présente demande de levée d'immunité de M. Jalkh ait été signée le même jour (14 avril 2016) par le ministre français de la Justice pour deux affaires impliquant le même parlementaire alors que ces affaires relèvent de faits intervenus à des périodes différentes; le fait que le procureur de Paris motive sa demande de levée de l'immunité parlementaire de M. Jalkh par la nécessité de délivrer un mandat d'amener.

Cette demande est totalement disproportionnée dans la mesure où M. Jalkh n'a jamais affirmé vouloir se soustraire à une convocation de la juge d'instruction en cas de levée de son immunité. Une simple convocation ou un simple mandat de comparution aurait suffi. Cette demande est surtout totalement contraire au principe démocratique fondamental d'égalité des justiciables devant la loi, puisque la demande de levée de l'immunité parlementaire de l'auteur principal de propos incriminé, M. Jean-Marie Le Pen, n'est pas du tout justifiée, elle, par la nécessité de délivrer un mandat d'amener. Il y a donc deux poids deux mesures.

J'apporte évidemment tout mon soutien à mon collègue Jean-François Jalkh.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wniosek francuskiej prokuratury o uchylenie immunitetu parlamentarnego pana Jalkha jest związany z postępowaniem sądowym na temat publicznego podżegania do nienawiści rasowej w filmie „Wywiad z Jean-Marie Le Pen", który został opublikowany na oficjalnej stronie internetowej Frontu Narodowego oraz na blogu.

Jest oczywiste, że domniemane przestępstwo jest wyraźnie powiązane z funkcją posła do Parlamentu Europejskiego i wynika z pełnienia funkcji członka Rady Frontu Narodowego. Głosowałem za wnioskiem o uchylenie immunitetu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Jean-François Jalkh mentelmi jogának felfüggesztésére irányuló kérelem valamely személlyel vagy személyek csoportjával szemben származás vagy valamely adott etnikai csoporthoz, nemzethez, fajhoz vagy valláshoz tartozás vagy nem tartozás miatti megkülönböztetésre, gyűlöletre vagy erőszakra való nyilvános uszítás bűncselekményének feltételezett elkövetésével kapcsolatos, amely bűncselekmény a francia jogban. Szavazatommal a frakció álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del suplicatorio para la suspensión de inmunidad tal y como ha sido propuesta por la comisión de JURI. Entiendo que no hay posibilidad de utilizar la suspensión para iniciar una persecución de corte político.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the request for waiver of the immunity of Jean-François Jalkh. The waiver of immunity of Jean-François Jalkh relates to an alleged offence of incitement to discrimination, hatred or violence in respect of a person or group of persons on account of their origin or membership or non-membership of a particular ethnic group, nation, race or religion. Jean-François Jalkh was accused by the Association 'National Office for Vigilance against Anti-Semitism (BNVCA)' in an application lodged with the Senior Examining Magistrate in Paris on 12 August 2014. I voted in favour because Jean-François Jalkh had not assumed his duties as a Member of the European Parliament when the alleged offence took place and that these charges are manifestly unrelated to the position of Jean-François Jalkh as a Member of the European Parliament. Moreover, the alleged actions do not relate to opinions expressed or votes cast by the Member of the European Parliament in the performance of his duties and there is no suspicion of any attempt to obstruct the parliamentary work of Jean-François Jalkh behind the judicial inquiry.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria a François Jalkh, puesto que ha sido denunciado en Francia como responsable de la publicación de unas declaraciones de Jean-Marie Le Pen claramente nazifascistas. Jean-François Jalkh era el director de la página web oficial del *Front National*, que publicó unas declaraciones de Le Pen, que precisamente, también le supusieron la suspensión de su inmunidad parlamentaria.

Teniendo en cuenta que estos hechos no tienen que ver con su trabajo parlamentario, sino que no son sino la expresión de su deplorable posición ultraderechista, he votado a favor del levantamiento de su inmunidad parlamentaria para que pueda ser juzgado por su complicidad y promoción de incitaciones al racismo y al odio.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de beschuldigingen klaarblijkelijk losstaan van de positie van Jean-François Jalkh als lid van het Europees Parlement en veeleer activiteiten betreffen in de zuiver nationale of regionale sfeer.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As acusações manifestamente não se relacionam com o cargo de Jean-François Jalkh como deputado ao Parlamento Europeu e dizem antes respeito a atividades de natureza meramente nacional ou regional, dado que as afirmações se referem às eleições locais, realizadas em 23 e 30 de março de 2014, e ao seu cargo de diretor de publicações da Frente Nacional com controlo editorial sobre todos os sítios Internet da federação. As alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos pelo deputado do Parlamento Europeu no exercício das funções. Nada faz suspeitar da existência de uma tentativa de obstrução ao trabalho parlamentar de Jean-François Jalkh por detrás do inquérito judicial instaurado na sequência da queixa. Aprovamos por isso o levantamento.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Zahteva za odvzem poslanske imunitete Jean-Françoisu Jalkhu je povezana z domnevnim kaznivim dejanjem javnega spodbujanja diskriminacije, sovraštva ali nasilja nad osebo ali skupino oseb zaradi njihovega porekla ali pripadnosti ali nepripadnosti določeni etnični skupini, narodnosti, rasi ali veri.

Ker obtožbe očitno niso povezane s položajem Jean-Françoisa Jalkha kot poslanca Evropskega parlamenta in se ne nanašajo na mnenje ali glas, ki bi ga ta poslanec izrazil pri opravljanju svojih dolžnosti poslanca Evropskega parlamenta v smislu člena 8 Protokola št. 7 o privilegijih in imunitetah Evropske unije, sem glasoval za Poročilo o zahtevi za odvzem imunitete Jean-Françoisu Jalkhu.

6.4. Langfristiger Plan für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen (A8-0325/2016 - Diane Dodds)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este nuevo plan del bacalao, puesto que simplifica el desembarque de capturas y actualiza el del 2008, lastrado por la limitación del esfuerzo pesquero que reducía el tiempo que los marineros podían faenar. Con la aplicación del veto a los descartes, este límite quedaba convertido en una herramienta innecesaria. Adaptada la propuesta a la nueva Política Pesquera Común, este nuevo Reglamento introduce por lo tanto una disposición que obliga al Consejo a fijar el Total Admisible de Captura (TAC) en función del rendimiento máximo sostenible (RMS) y establece que en la fijación de las cuotas en casos de datos insuficientes debe prevalecer el planteamiento de precaución. Esta actualización del plan de gestión del bacalao y las pesquerías que lo explotan es necesaria, aunque previsiblemente tenga una vida corta hasta la aprobación del Plan multianual del Mar de Norte. Todo ello no impide que acoja con prudencia la repercusión que la obligación del desembarque pueda tener en la sostenibilidad de las flotas pesqueras que las explotan.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte afin d'assurer notamment une meilleure sécurité juridique aux pêcheurs de l'Union.

La Cour de justice des Communautés européennes a soutenu le Parlement européen en déclarant que les plans pluriannuels de gestion des pêcheries, dans leur ensemble, constituent des choix politiques qui devraient être décidés dans le cadre du processus législatif ordinaire, conformément à l'article 43, paragraphe 2, du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne, qui est la base juridique du traité de Lisbonne pour les mesures qui poursuivent des objectifs de politiques communes en matière agricole et de pêche.

À la suite de cet arrêt, notre groupe socialiste a contribué de manière constructive à l'élaboration rapide d'un plan révisé de cabillaud qui soit pleinement conforme aux principes de la PCP réformée et puisse entrer en vigueur le 1er janvier 2017.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl menkių išteklių ir šių išteklių žvejybos daugiamečio plano. Svarbu tai, kad šiuo susitarimu, kuriuo įgyvendinami naujos bendros žuvininkystės politikos principai ir remiamas šios politikos plėtojimas, bus patobulintas 2012 m. reglamentas. Šiam pranešimui pritariau sutikdama, kad pusiausvyra turi būti užtikrinta ne tik žvejybos verslo bei vartotojų poreikių patenkinimo, bet ir menkių išteklių apsaugos bei tvarios žvejybos įtvirtinimo srityse.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της σύστασης για τη δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού αριθ. 1342/2008 του Συμβουλίου για τη σύσταση μακροπρόθεσμου σχεδίου για τα αποθέματα γάδου και τις αλιευτικές δραστηριότητες που εκμεταλλεύονται τα αποθέματα αυτά, διότι θεωρώ πως μέσω αυτής εφαρμόζονται οι αρχές της νέας Κοινής Αλιευτικής Πολιτικής.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008 a été adopté avant l'entrée en vigueur du TFUE et confère donc des pouvoirs décisionnels au Conseil (articles 10 et 11). Comme le TFUE ne permet plus cette possibilité, la Commission a donc suggéré une modification de ce règlement.

La proposition vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application.

Sur le fond, l'ancien plan de 2008 contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This matter was approved without a vote at second reading. Whilst I support a long-term plan for cod stocks (and indeed, for Britain regaining our 200-mile limit on leaving the EU), I also believe that the Common Fisheries Policy is woefully inadequate for achieving that. Had there been a vote, it is highly likely that I would have voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – – Balsavau už pranešimą dėl menkių išteklių ir šių išteklių žvejybos daugiametį planą. Dabartinėje situacijoje labai skiriasi ES valstybėse taikoma žuvininkystės veiklos kontrolė ir baudos už pažeidimus, o už tą patį pažeidimą gali būti skiriama administracinė nuobauda arba baudžiamoji sankcija. Todėl pritariu, kad būtina suvienodinti žuvininkystės veiklos kontrolę ir baudas už taisyklių pažeidimus. Taip pat nustatyti vienodą inspektorių mokymo programą.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008 a été adopté avant l'entrée en vigueur du TFUE et confère donc des pouvoirs décisionnels au Conseil (articles 10 et 11). Comme le TFUE ne permet plus cette possibilité, la Commission a donc suggéré une modification de ce règlement.

J'ai donc voté en faveur de cette proposition qui vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement de 2008, ce qui me paraît aller dans le bon sens, tant pour la préservation des stocks de cabillaud que pour les pêcheries exploitant ces stocks.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui souligne notamment l'utilité de mesures autres que la réduction des taux admissibles de capture et l'ajustement de l'effort de pêche pour atteindre les objectifs fixés dans le plan à long terme de gestion des stocks de cabillaud. Ainsi, les États membres devraient également accorder la priorité à l'élaboration et à la promotion de mesures et d'incitations visant à éviter les captures non désirées. Un soutien financier devrait également être accordé pour l'utilisation de mesures sélectives adaptées.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque hay numerosas evidencias científicas que apuntan a que las cuatro poblaciones de bacalao de Europa se encuentran a niveles muy inferiores a los sostenibles. Las normas más estrictas que se establecieron en 2004 (revisado en 2008) han resultado no ser suficientes.

A la espera de que se adopte el plan de gestión de la pesca mixta para el Mar del Norte, este Reglamento supone una solución provisional.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Dodds sull'istituzione di un piano a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco e le attività di pesca che sfruttano tali stock. Si tratta di un testo importante che aggiorna il regolamento (CE) n. 1342/2008 allo scopo di migliorare e chiarire alcune delle disposizioni in esso contenute. La valutazione scientifica sul testo legislativo vigente, infatti, ha dimostrato la presenza di alcuni problemi, in particolare per quanto riguarda la strategia di gestione degli stock nel mare del Nord. Le modifiche approvate oggi renderanno il regolamento compatibile con la nuova politica comune della pesca, stabilendo l'obbligo di sbarco e vietando la pratica dei rigetti in mare. Con le nuove misure sarà possibile avere dati più precisi sulle catture reali e garantire così una migliore pianificazione. L'obiettivo del piano a lungo termine è proprio quello di mantenere gli stock di merluzzo bianco sopra dei livelli in grado di produrre il rendimento massimo sostenibile, favorendo quindi una pesca redditizia per i pescatori e sostenibile per l'ecosistema.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque entiendo que se trata de un ajuste y adaptación de normativas.

Se realiza una introducción de actos delegados en los siguientes ámbitos: adaptación de los índices de mortalidad por pesca y los niveles asociados de biomasa del stock a los descubrimientos científicos, ajuste del esfuerzo pesquero en caso de exclusión o reingreso de un grupo de buques en régimen de esfuerzo, especificación de las normas relativas al método de cálculo de la capacidad de pesca y a la adaptación de los niveles máximos de capacidad y, finalmente, el establecimiento de normas sobre un método de cálculo que permita a los Estados miembros ajustar el esfuerzo pesquero máximo admisible en relación con la gestión de las cuotas y tras las transferencias de esfuerzo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la Sra. Doods su labor en este informe sobre el Plan a largo plazo para las poblaciones de bacalao y las pesquerías que las explotan. He apoyado dicho informe, que viene desde la legislatura pasada, ya que hemos tenido que adecuarlo no solo al Tratado de Lisboa sino también a la reforma de la política pesquera común.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je vote pour le plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks, modifiant le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008. Les principes de la nouvelle politique de la pêche nous paraissent de nature à préserver la biodiversité marine.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nel testo sono presenti alcune rilevanti criticità che mi hanno convinta a non sostenere questo nuovo piano a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco. Servono ben altre misure per rilanciare la pesca, per ridare lavoro ai nostri pescatori e agli operatori di tutto il settore ittico, che dall'Unione si aspettano meno ostacoli e più sostegno.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Informe objeto de denuncia ante el Tribunal de Justicia de la UE (TJUE). El Parlamento adoptó su posición en primera lectura el 11de junio de 2013, en espera del resultado del fallo del TJUE que el 1de diciembre de 2015 dejaba claro que los planes de gestión de pesca quedan bajo el procedimiento legislativo ordinario ex artículo 43(2) TFUE.

La sentencia anuló el Reglamento (UE) n.º 1243/2012 del Consejo, por el que se modificaban disposiciones del Plan en los artículos 9 y 12 para establecer las oportunidades de pesca en situaciones en los que los datos fueran insuficientes para establecer el estado de las poblaciones, y mantenía los efectos del Reglamento anulado durante un año adicional de forma que el nuevo Reglamento pudiera ser adoptado mediante la base legal correcta durante ese periodo de tiempo.

De esa forma, los colegisladores adoptaron un texto mediante el procedimiento legislativo ordinario en el plazo establecido para asegurar la certidumbre jurídica y se alcanzó un acuerdo de compromiso en el primer y único trílogo de 29 de junio de 2016.

El Plan revisado está completamente en línea con los principios de la PPC y, para asegurar certidumbre legal al sector pesquero, entrará en vigor el 1 de enero de 2017.

He votado a favor del informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pritarė reglamentui, kuriuo iš dalies keičiamas Tarybos reglamentas (EB) Nr. 1342/2008, nustatantis menkių išteklių ir šių išteklių žvejybos būdų daugiametį planą. Dėl šio reglamento nuo 2013 m Europos Teisingumo Teisme vyko tarpinstitucinis ginčas, nes Taryba viršijo savo įgaliojimus ir neatsižvelgė į Komisijos 2012 m. pateiktą pasiūlymą, kuriam pritarė Europos Parlamentas. Šiuo Parlamento pranešimu pritarėme tokiam reglamento tekstui, kuris atitinka Europos Sąjungos teisę ir visų institucijų poziciją pagal jų įgaliojimus.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy a Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, több forrásból jelentős környezeti terhelés éri azokat, ezért a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetően az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. A fentiek figyelembe vételével támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem omenjeno priporočilo, saj gre za ogroženo ribjo vrsto, katera je na seznamu predvsem zaradi prekomernega ulova. Pomembno je, da se zavedamo problematike prekomernega ulova določenih ribjih vrst in da jih zaščitimo za naše zanamce.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće, koje nakon dugogodišnjeg spora oko ovlasti EP-a kao zakonodavca u domeni ribarske politike i pozitivne presude Europskog Suda, konstruktivno pridonosi brzoj izradi izmijenjenog plana koji je u potpunosti u skladu s načelima reformiranog CFP-a.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1342/2008 du 18 décembre 2008 qui avait été adopté avant l'entrée en vigueur du Traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (TFUE), confère des pouvoirs décisionnels au Conseil européen. Étant donné que le TFUE ne permet plus cette possibilité, la Commission européenne a souhaité suggérer une modification de ce règlement. Celle-ci vise essentiellement à clarifier les dispositions du règlement et vise à mettre en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche. J'ai voté en faveur de cette modification de directive qui devrait contribuer à reconstituer les stocks de cabillaud.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Ce rapport renforce la coopération entre les scientifiques et les pêcheurs pour la gestion des stocks de cabillaud et permet une modification du calcul de l'effort pour limiter la pression de pêche. La liste précise des engins de pêche autorisés pour la capture du cabillaud permet de simplifier la législation. L'obligation de débarquement graduelle telle qu'adoptée dans la réforme de la politique commune de la pêche s'applique désormais au cabillaud. Afin d'atteindre le rendement maximal durable, une fourchette de valeurs de mortalité par pêche autorisée pour faire parvenir les stocks de cabillaud au rendement maximal durable est mise en place. Je me félicite de l'adoption de ce rapport en codécision à l'issue d'un conflit interinstitutionnel qui a permis de renforcer les compétences du Parlement en tant que législateur.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi abbiamo approvato il nuovo regolamento per gli stock di merluzzo bianco che è in linea con la riforma della Politica comune della pesca, in particolare in termini di definizioni e obiettivi. Le norme che disciplinano attualmente la definizione dei limiti annuali di cattura da parte del Consiglio sarebbero sostituiti con questo nuovo regolamento dall'obbligo di rispettare il principio di precauzione, congiuntamente a un sistema di autorizzazioni di pesca e di massimali relativi alle capacità di pesca. Mi sembra un ottimo risultato e un passo nella giusta direzione.

Nel 2012 il Consiglio ha adottato di propria iniziativa, bypassando il Parlamento europeo, diverse misure atte a modificare il piano di gestione della pesca in relazione a numerosi stock di merluzzo bianco nei mari europei. Tale regolamento, promulgato unicamente dal Consiglio, è stato annullato dalla Corte di giustizia europea. Oggi abbiamo finalmente un nuovo regolamento, fondato sulla base giuridica appropriata della «codecisione», che permette di adeguare il piano a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco e le attività di pesca che sfruttano tali stock.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of an agreement reached with the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 1342/2008 establishing a long-term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel giugno 2016 è stato raggiunto l'accordo tra Parlamento, Commissione e Consiglio per modificare il regolamento del 2008 che istituisce un piano di gestione a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco e le nuove regole entreranno in vigore dal 10 gennaio 2017. Il piano individuato è in linea con la riforma della Politica comune per la pesca (PCP) e prevede l'obbligo di rispettare un approccio precauzionale, cosi come un sistema di autorizzazioni di pesca e di limiti di capacità. Ho votato quindi a favore della sua adozione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε τη συμφωνία, καθώς αυτή εφαρμόζει τις αρχές της νέας Κοινής Αλιευτικής Πολιτικής και υποστηρίζει την εφαρμογή της.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της σύστασης για την τροποποίηση του κανονισμού αριθ. 1342/2008 του Συμβουλίου για τη σύσταση μακροπρόθεσμου σχεδίου για τα αποθέματα γάδου και τις αλιευτικές δραστηριότητες που εκμεταλλεύονται τα αποθέματα αυτά. Θεωρώ πως πρόκειται για μια θετική διαδικασία που στόχο έχει τον εξορθολογισμό των αλιευτικών και εμπορικών πρακτικών, με αποτελέσματα που λειτουργούν υπέρ της οικονομίας αλλά και υπέρ του περιβάλλοντος. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Approvo il piano di lungo termine dal momento che ritengo sia essenziale attuare i principi della nuova politica comune sulla pesca e sostenerne l'applicazione, pur di non assistere ai disallineamenti che si erano venuti a creare sul mercato a causa di applicazione di normative nazionali diseguali e tendenziose, oltre ai frequenti danni generati alla biodiversità e all'ecosistema per i mancati controlli. Auspico si prosegua affinché tale orientamento nel Mare del Nord prosegua nella più totale rappresentazione. Tuttavia, mi preme ricordare come spesso in merito alle politiche ittiche venga tralasciata la crescente e errata competizione che i paesi del Mediterraneo devono affrontare da parte di paesi extraeuropei, ove la pesca è bieca, incontrollata e non certo in linea con la normativa sanitaria prevista. Un maggior interesse, orbene, dovrebbe essere prestato in tal senso.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che approva l'accordo anticipato in seconda lettura raggiunto tra il Parlamento e il Consiglio nel giugno 2016. Il progetto di regolamento interrompe il complicato regime di pesca attualmente in vigore dal 2008 che non è riuscito a migliorare lo stato degli stock di merluzzo bianco nel mare del Nord. Le modifiche introdotte che prendono in considerazione, tra le altre cose, l'introduzione dell'obbligo di sbarco nelle aree del piano e che garantiscono una maggiore flessibilità nella definizione delle catture (TAC) e delle quote totali ammissibili sono a mio avviso migliorative delle situazione attuale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – According to this report, it has been verified that all the procedures have been duly completed, and, in agreement with the Secretary-General of the Council it calls to arrange for its publication.

I take note that after an ECJ judgement, the PECH Committee adopted a mandate for the negotiations with the Council in April and the file was concluded in a single trilogue in June.

The agreement implements principles of the new Common Fisheries Policy and supports its implementation. Given that this agreement was accepted by the PECH Committee on in July I see no reason to object to it.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. –He votado a favor de este nuevo plan del bacalao, puesto que simplifica el desembarque de capturas y actualiza el del 2008, lastrado por la limitación del esfuerzo pesquero que reducía el tiempo que los marineros podían faenar. Con la aplicación del veto a los descartes, este límite quedaba convertido en una herramienta innecesaria. Adaptada la propuesta a la nueva Política Pesquera Común, este nuevo Reglamento introduce por lo tanto una disposición que obliga al Consejo a fijar el Total Admisible de Captura (TAC) en función del rendimiento máximo sostenible (RMS) y establece que en la fijación de las cuotas en casos de datos insuficientes debe prevalecer el planteamiento de precaución. Esta actualización del plan de gestión del bacalao y las pesquerías que lo

explotan es necesaria, aunque previsiblemente tenga una vida corta hasta la aprobación del Plan multianual del Mar de Norte. Todo ello no impide que acoja con prudencia la repercusión que la obligación del desembarque pueda tener en la sostenibilidad de las flotas pesqueras que las explotan.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione per sostenere la posizione del Consiglio circa la modifica del regolamento sul piano a lungo termine per le attività di pesca che sfruttano gli stock di merluzzo. Infatti, ritengo che la modifica del regolamento (CE) n. 1342/2008, allo scopo di migliorarne e chiarirne le disposizioni, sia di fondamentale importanza per garantire l'attuazione di un piano sostenibile per la pesca e le attività legate alla pesca del merluzzo, in linea con i principi della nuova politica comune della pesca. Inoltre, si tratta di un risultato importante per il Parlamento europeo che, come confermato dal parere della Corte di giustizia, ha potere legislativo sulle politiche per la pesca secondo la procedura legislativa ordinaria.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za ustanowieniem długoterminowego planu w zakresie zasobów dorsza i połowów tych zasobów. Na podstawie sprawozdania sporządzonego przez Komitet Naukowo-Techniczny i Ekonomiczny ds. Rybołówstwa (STECF), dotyczącego oceny wdrażania i skuteczności rozporządzenia Rady (WE) nr 1342/2008 z dnia 18 grudnia 2008 r., stwierdza się liczne nieprawidłowości i uchybienia w tym zakresie. W sprawozdaniu STEFC, które zostało sporządzone po trzech latach od podjęcia rozporządzenia, stwierdzono, że nie udało się osiągnąć celów planu dotyczącego dorsza i mało prawdopodobne jest, że zostaną one osiągnięte do 2015 r.

Komitet, jak i Regionalne Komitety Doradcze oraz państwa członkowskie proponują zmianę tego rozporządzenia. Uważam za konieczne podjęcie działań, których nowe kierunki zmian zwiększą skuteczność w dążeniu do odbudowy zasobów dorsza w północnych wodach UE, ale również doprowadzą do uściślenia i uproszczenia procedur na korzyść przemysłu przy realnym uwzględnieniu wpływu społeczno-ekonomicznego.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – In 2012, the Council decided on a number of measures amending a fisheries management plan covering several stocks of cod in European seas. This Council-only regulation was annulled by the Court of Justice.

I am in favour of this report as it calls for the need to adopt a new regulation founded on the codecision legal basis to ensure an effective fisheries management plan. The report also notes that in order to ensure a fair and sustainable fishing industry, we must ensure that the fishing community has legal certainty and that a long-term plan for cod stock which is fully in line with the principles of the reformed common fisheries policy is implemented.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I was pleased to vote to secure the future for cod fishermen. This amendment cleans up the previous regulation, with all references to precautionary spawning biomass levels being deleted. All the previous provisions relating to effort regime, which have been seen as an obstacle to the implementation of the landing obligation, have also been deleted.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport porte sur la proposition de nouveau règlement modifiant le plan à long terme pour les stocks de cabillaud de 2008, amendement présenté par la Commission européenne en septembre 2012. L'objectif de cette proposition est d'adapter les règles en vigueur en fixant des limites des captures autorisées (TAC) applicables aux stocks pour lesquels les données informatives sont insuffisantes, et de renforcer les mesures relatives aux rejets. Considérant que, dans une réflexion de l'utilisation raisonnée des ressources naturelles, il est nécessaire de limiter autant que possible le système des rejets, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Il revient à l'Union européenne d'assurer à la fois la rentabilité du secteur de la pêche tout en assurant les capacités de reproduction des stocks. Le précédent règlement sur la gestion des stocks de cabillaud s'est avéré inadapté aux objectifs européens d'une exploitation durable des stocks.

J'ai donc soutenu la modification de ce règlement afin d'aligner le plan de gestion des stocks de cabillaud sur les exigences du règlement de base sur la politique commune de la pêche.

Ce nouveau règlement simplifie les règles concernant les possibilités de pêche et met fin au régime de gestion de l'effort de pêche qui empêchait la bonne application des mesures contre les captures accidentelles.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint ésszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à modifier le règlement (CE) nº 1342/2008 en vue de permettre aux pêcheurs de cabillaud en mer du Nord de débarquer plus facilement toutes leurs prises – et pas seulement celles de cabillaud.

À partir du 1er janvier 2017, les limites qui s'appliquent au nombre de jours qu'un navire peut passer dans une zone de pêche seront désormais supprimées et l'ensemble des obstacles liés au respect total de l'obligation de débarquement sera éliminé. Il convient toutefois de souligner que de nouveaux plans pluriannuels pour les pêcheries pluriespèces dans diverses régions de l'Atlantique sont en cours d'élaboration. Le règlement actuel continuera donc à s'appliquer mais seulement jusqu'à l'entrée en vigueur des nouveaux plans pluriannuels pour les pêcheries pluriespèces.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

La proposition vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement 1342/2008 du 18 décembre 2008 en mettant en œuvre la nouvelle politique commune de pêche, prenant acte du fait que l'ancien système n'avait pas permis de restituer les stocks.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θετική ψήφος. Μια κοινή αλιευτική πολιτική θα προστατεύσει τη θαλάσσια πανίδα και χλωρίδα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint észszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report as is it vital that we secure the future of our fisheries. When Wales is outside of the EU we will be responsible for our own fisheries policy and it is vital that it is sustainable.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: la proposition vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement. Sur le fond, l'ancien plan de 2008 contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de Regulamento está pendente desde a anterior legislatura, em virtude do seu envio para o Tribunal de Justiça da UE, por desacordo entre o Parlamento Europeu e o Conselho, sobre competências relativamente aos planos plurianuais.

A proposta original da Comissão Europeia previa a introdução de atos delegados nos seguintes domínios: adaptação das taxas de mortalidade por pesca e dos níveis associados de biomassa da unidade populacional às descobertas científicas; ajuste do esforço de pesca em caso de exclusão ou reinclusão de um grupo de navios no regime de esforço; especificação das regras relativas ao método de cálculo da capacidade de pesca e de ajustamento dos níveis máximos de capacidade; e estabelecimento das regras relativas ao método de cálculo que permita aos Estados-Membros adaptar o esforço de pesca máximo autorizado em relação à gestão das quotas e na sequência de transferências de esforço entre grupos de esforço.

O relatório, genericamente de acordo com a proposta da Comissão, propõe todavia uma definição mais estrita das circunstâncias em que a Comissão pode aprovar atos delegados, o que se considera positivo.

Refira-se, no entanto, que este documento será substituído por um Plano Multiespécies para a região onde é aplicado, o que merecerá ulterior e mais aprofundada reflexão.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω το μακροπρόθεσμο σχέδιο για τα αποθέματα γάδου και τις αλιευτικές δραστηριότητες που εκμεταλλεύονται τα αποθέματα αυτά. Μια κοινή αλιευτική πολιτική θα προστατεύσει τη θαλάσσια πανίδα και χλωρίδα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The act is adopted in accordance with the Council position. I support the long-term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint ésszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat, ezért támogattam a jelentés elfogadását.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione per la seconda lettura sulla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio recante modifica del regolamento (CE) n. 1342/2008 del Consiglio che istituisce un piano a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco e le attività di pesca che sfruttano tali stock, in quanto si tratta di un intervento necessario e atteso ormai da troppo tempo.

Il dossier relativo alla modifica del regolamento (CE) n.1342/2008 è infatti fermo da quasi 4 anni a causa dello scontro istituzionale che ha visto la Commissione, il Parlamento e il Consiglio sfidarsi davanti la Corte di giustizia sulla procedura legislativa applicabile. Tale conflitto ha nei fatti paralizzato un processo di adeguamento della normativa UE che è assolutamente necessario vista la riforma della politica comune della pesca e la recente introduzione dell'obbligo di sbarco e delle norme sulle catture indesiderate.

Trovo quindi importante che, nell'attesa che gli Stati membri definiscano i loro piani pluriennali per la pesca multispecie, il regolamento vigente venga modificato al fine di garantire la sopravvivenza degli stock ittici del merluzzo bianco e dare certezza giuridica ai pescatori europei.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Europaabgeordneter der Küstenregion Mecklenburg-Vorpommern ist mir der Erhalt der maritimen Biodiversität ein ehrliches Anliegen. Aus diesem Grund habe ich für den langfristigen Plan für die Kabeljaubestände und die Fischereien, die diese Bestände befischen, gestimmt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report given there is need to amend the current plan governing long term stocks, which are not doing enough to ensure recovery of fish mortality, and have little stakeholder support. I welcome that the amendments will increase cooperation between fisheries, industries and scientists.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché non c'è dubbio che la necessità di tutela degli stock di pesce deve essere coniugata molto attentamente con l'esigenza di flessibilità. È difficile spiegare perché è Bruxelles a stabilire la grandezza delle reti, la dimensione delle vongole, la quantità del pescato. Ci sono settori, penso alla pesca ma anche all'agricoltura, in cui il legame tra lavoratore e risorsa va ben oltre la professione. Il pescatore con il mare, l'agricoltore con la terra: sono relazioni che hanno regole non scritte che poco hanno a che fare con i regolamenti di Bruxelles.

Nel distretto produttivo della pesca più grande della mia regione – Mazara del Vallo – i pescherecci d'altura sono crollati da 400 a 80. Pescando in una zona di confine ai pescatori appare ancora più chiaro come la politica europea della pesca sia forte con i paesi membri e debole con quelli esteri. Con queste regole e questi costi di produzione il nostro pesce non potrà mai essere competitivo come quello libico, egiziano, tunisino, per non parlare di quello filippino. Nella valutazione della politica della pesca dovrebbero esserci anche questi numeri, quelli che fanno crollare la fiducia dei cittadini dal sogno europeo.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté cette résolution sur le plan pour les stocks de cabillaud.

D'application provisoire, ce plan sera remplacé à terme, par des plans pluriannuels pour les pêcheries mixtes (c'est-à-dire les pêcheries où plusieurs espèces sont pêchées) dans toutes les zones concernées.

En attendant ces plans régionalisés, les modifications apportées au plan «cabillaud» simplifient son application tout en garantissant une meilleure gestion des stocks.

Ainsi, les pêcheurs de cabillaud ne seront désormais plus soumis à des limites de temps (jours de mer) qui n'ont pas permis de restaurer les stocks. Ils pourront débarquer toutes leurs prises, même non désirées, au lieu d'en rejeter une partie en mer.

D'autres modifications sont apportées qui permettront d'éviter les disparités dans les calculs d'effort de pêche par les États membres (qui conduisent certains États à pêcher plus que ce que le plan autorise).

Il allège également la charge administrative des pêcheurs en supprimant des procédures portant sur les activités de pêche au cours desquelles sont capturées des quantités insignifiantes de cabillaud. Dans le même sens, il exempte du régime de gestion de l'effort de pêche les navires participant à des essais concernant des pêches complètement documentées.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque entiendo que se trata de un ajuste y adaptación de normativas.

Se realiza una introducción de actos delegados en los siguientes ámbitos: adaptación de los índices de mortalidad por pesca y los niveles asociados de biomasa del stock a los descubrimientos científicos, ajuste del esfuerzo pesquero en caso de exclusión o reingreso de un grupo de buques en régimen de esfuerzo, especificación de las normas relativas al método de cálculo de la capacidad de pesca y a la adaptación de los niveles máximos de capacidad y, finalmente, el establecimiento de normas sobre un método de cálculo que permita a los Estados miembros ajustar el esfuerzo pesquero máximo admisible en relación con la gestión de las cuotas y tras las transferencias de esfuerzo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it amends the current plan governing long term stocks, which were not doing enough to ensure recovery of fish mortality and had little stakeholder support. This report will increase cooperation between fisheries, industries and scientists.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta a Parlament és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályt. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott, ami a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint ésszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben a zárt rendszerű halastavaknak köszönhető az általuk létrehozott, és megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulás. Összességében tehát, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στις 12 Σεπτεμβρίου 2012, η Επιτροπή υπέβαλε πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την τροποποίηση του κανονισμού αριθ. 1342/2008 (COM(2012)0498 τελικό), με στόχο τη βελτίωση και την αποσαφήνιση των διατάξεων του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1342/2008 του Συμβουλίου για τη σύσταση μακροπρόθεσμου σχεδίου για τα αποθέματα γάδου και τις αλιευτικές δραστηριότητες που εκμεταλλεύονται τα αποθέματα αυτά. Ψηφίσαμε υπέρ, καθώς η συμφωνία είναι συμβατή με τις αρχές της νέας Κοινής Αλιευτικής Πολιτικής.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Following serious depletion of four of Europe's cod stocks to well below sustainable levels by the early 2000s, the EU imposed stringent rules on the industry through the first cod recovery plan in 2004 (revised in 2008; Regulation 1342/2008). The scientific evaluation report on the performance of the 2008 cod plan concluded the plan had not achieved its objectives. The aim of the proposal was to amend the existing Regulation of 2008 for a long-term plan for cod stocks. It suggested inter alia to: insert a certain flexibility into the rules on Total Allowable Catches; better harmonise the calculation of fishing effort; insert new and amended incentives into the system of fishing effort restrictions which aim at avoiding cod and reducing discards.

I fully supported the aim of this proposal which was to amend the rules currently in force for cod stocks (a long-term plan, also known as the cod recovery plan, which has been in force since 2008). The agreed draft regulation discontinues the existing effort regime known as 'days at sea' as it would have prevented the full application of the landing obligation (which is being phased in and will apply to all stocks by 2019) to the areas of the cod plan - thus granting more flexibility to fishermen.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – In July 2016 agreement was reached on this proposal between Council and Parliament. Quick adoption of this regulation will ensure that there will be a simple and smooth transition of rules governing the sustainable exploitation of cod stocks above levels capable of producing maximum sustainable yield (MSY)* in the Kattegat, the North Sea, the Skagerrak and the eastern Channel, the west of Scotland and the Irish Sea as of 1 January 2017.

This Regulation amends the existing 2008 Regulation to rebuild depleting cod stocks. The 2016 Cod Recovery Plan has been simplified and aligned with the aims and objectives of the reformed Common Fisheries Policy. The text has been amended and 'cleaned up'- all provisions relating to effort regime have been deleted (effort regime was seen as being an obstacle to the implementation of the landing obligation) and precautionary spawning biomass levels have been deleted and will be included in the multi-annual fisheries management plans. I voted in favour.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehal-állomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint ésszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – L'adoption du rapport sur les stocks de cabillaud tient compte de l'impérative nécessité d'assurer un avenir aux futures générations de pêcheurs.

Ainsi, je me réjouis que ce rapport mette l'accent sur la coopération entre le monde scientifique et les pêcheurs afin d'améliorer la gestion durable des stocks de cabillaud.

J'en appelle cependant à un respect total des règles par les pêcheurs de toutes nationalités car la concurrence déloyale pratiquée par certains tue la profession dans son ensemble à petit feu.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei rezoluții de stabilire a unui plan pe termen lung pentru rezervele de cod și zonele piscicole care exploatează aceste rezerve și care implementează noi principii ale politicii comune în domeniul pescuitului.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe o donošenju dugoročnog plana za stokove bakalara i ribolov koji iskorištava te stokove jer se time prihvaća stajalište Vijeća. Smatram da je potrebno u potpunosti implementirati princip najvišeg održivog prinosa uspostavljanjem pravila oko ribolovnih kvota te obvezom pravovremenog iskrcavanja stokova bakalara. Držim da politika pomorstva i ribarstva treba biti temeljena na održivim mjerama i načelima te u skladu s nacionalnim i međunarodnim odredbama. Zato podržavam ovu preporuku.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Diane Dodds relatif au plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries qui les exploitent. Ce texte vise à modifier les règles de pêche mises en place par le plan cabillaud de 2008. Ainsi, pour donner plus de flexibilité aux pêcheurs, il est prévu que le régime de gestion de l'effort de pêche soit abandonné et que les règles fixant les limites des captures autorisées soient simplifiées. J'approuve cette initiative qui va dans le sens des pêcheurs européens, qui ont aujourd'hui, plus que jamais besoin de notre soutien.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport en deuxième lecture. Il apporte plus de souplesse à nos pêcheurs en modifiant le régime d'effort sur le cabillaud, les règles de fixation des captures admissibles pour les stocks pauvres et protège l'espèce et l'environnement en renforçant les mesures de lutte contre les rejets.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. The current plan governing long term stocks does need to be amended, which are not doing enough to ensure recovery of fish mortality, and have little stakeholder support. The fact that these amendments will increase cooperation between fisheries, industries and scientists is something I very much welcome.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint észszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Sajnos az emberiségnek sikerült nagymértékben elszennyeznie a tengereket, de még így is a tengeri halak megfelelő ellenőrzés mellett nagyon fontos és egészséges táplálékforrásnak számítanak az európai fogyasztók élelmezése szempontjából. A halászat csak szabályozott keretek között folytatható a halállományok megőrzése érdekében, ehhez nyújt keretet a jelentésben szereplő korábbi tanácsi rendelet, az 1342/2008/EK számú, melynek aktualizálásával biztosítható az északi tengeri térség biológiai egyensúlyának fenntartása.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Изразих своята подкрепа за създаване на дългосрочен план за запасите от атлантическа треска и риболовните стопанства, които експлоатират тези запаси, тъй като считам, че това е изключително важна крачка в усилията за възстановяване на запасите от атлантическа треска в северните води на ЕС. Приетият план има за цел засилване и разширяване на сътрудничеството между учените в областта на рибарството и сектора. Свидетели сме на успешни проекти в редица сектори от рибарството, свързани с атлантическата треска. Те целят да се намали уловът на атлантическа треска и да се ограничат изхвърлянията обратно в морето, като се запазят устойчиви нива на улова на целевите видове. Това решение удовлетворява всички заинтересовани страни.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il regime di pesca attualmente in vigore dal 2008 va interrotto perché non è stato in grado di migliorare lo stock di merluzzo bianco del mare del Nord. Nell'aprile del 2016 è stato adottato un mandato dalla commissione PECH per i negoziati con il Consiglio. Tale accordo, che attua i principi della nuova politica comune sulla pesca sostenendone l'applicazione, è stato approvato dalla stessa commissione PECH nel luglio 2016. Essa ha previsto l'applicazione di alcune modifiche che mirano a introdurre l'obbligo di sbarco nelle aree del piano, garantendo una maggiore flessibilità nella modalità di pesca e delle quote totali ammissibili. La nuova proposta entrerà in vigore nel gennaio 2017 con validità sino all'adozione del nuovo piano pluriennale di gestione del mare del Nord, che di recente è stato presentato alla Commissione europea. Per le suesposte motivazioni, voto a favore della proposta.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur le plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks. Cette proposition de la Commission vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement de 2008. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application. Sur le fond, l'ancien plan contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette proposition tend à améliorer et clarifier les dispositions du règlement actuel, en vigueur depuis 2008. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application. Sur le fond, l'ancien plan contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer), qui n'a pas permis d'améliorer les stocks.

Je souscris volontiers à cette amélioration en votant pour ce rapport.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este nuevo plan del bacalao, puesto que simplifica el desembarque de capturas y actualiza el del 2008, lastrado por la limitación del esfuerzo pesquero que reducía el tiempo que los marineros podían faenar. Con la aplicación del veto a los descartes, este límite quedaba convertido en una herramienta innecesaria. Adaptada la propuesta a la nueva Política Pesquera Común, este nuevo Reglamento introduce por lo tanto una disposición que obliga al Consejo a fijar el Total Admisible de Captura (TAC) en función del rendimiento máximo sostenible (RMS) y establece que en la fijación de las cuotas en casos de datos insuficientes debe prevalecer el planteamiento de precaución. Esta actualización del plan de gestión del bacalao y las pesquerías que lo explotan es necesaria, aunque previsiblemente tenga una vida corta hasta la aprobación del Plan multianual del Mar de Norte. Todo ello no impide que acoja con prudencia la repercusión que la obligación del desembarque pueda tener en la sostenibilidad de las flotas pesqueras que las explotan.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente proyecto de resolución legislativa aprueba la posición del Consejo en primera lectura con vistas a la adopción de un Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se modifica el Reglamento relativo al establecimiento de un plan a largo plazo para las poblaciones de bacalao y las pesquerías que las explotan.

Tras un largo litigio sobre las competencias de codecisión, el Parlamento aprueba el acto, cuyo fin es el de reestablecer el número de existencias de bacalao por encima de los niveles que permitan obtener un rendimiento máximo y perdurable. Doy mi voto favorable porque la modificación será importante para conseguir el objetivo de la Unión de garantizar la sostenibilidad de la pesca.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The purpose of these amendments to establishing a long-term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks in the light of the evaluation of the plan carried out by the Scientific, Technical and Economic Committee for Fisheries.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της σύστασης για δεύτερη ανάγνωση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου σε πρώτη ανάγνωση ενόψει της έκδοσης κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την τροποποίηση του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1342/2008 του Συμβουλίου για τη σύσταση μακροπρόθεσμου σχεδίου για τα αποθέματα γάδου και τις αλιευτικές δραστηριότητες που εκμεταλλεύονται τα αποθέματα αυτά, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à clarifier et simplifier les dispositions du règlement nº 1342/2008 concernant le plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks. Il met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application. Le système introduit par le règlement du 2008 était assez compliqué, et n'a pas permis de restaurer les stocks de cabillaud. Le nouveau règlement supprime les limites qui s'appliquent au nombre de jours qu'un navire pouvait passer dans une zone de pêche, et élimine ainsi l'ensemble des obstacles liés au respect total de l'obligation de débarquement.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório visa a regulamentação de um plano a longo prazo para as unidades populacionais do bacalhau e para as pescas que exploram essas unidades populacionais, o qual apoia, na generalidade, a aplicação dos princípios da nova política comum das pescas e sua implementação, fornecendo aos países da UE um maior controlo a nível nacional e regional.

Esta política visa garantir que a pesca é sustentável do ponto de vista ambiental, económico e social e que constitui uma fonte de alimentos saudáveis para os cidadãos europeus. O seu objetivo é promover um sector das pescas dinâmico e garantir um nível de vida justo para as comunidades piscatórias. Votei a favor.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už, nes šiuo pasiūlymu siekiama patobulinti ir patikslinti reglamento nuostatas, kad jos atitiktų Europos Sąjungos teisę ir visų institucijų poziciją pagal jų įgaliojimus.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le règlement (CE) nº 1342/2008 établissant un plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks dispose que l'impact des mesures de gestion doit être évalué au cours de la troisième année d'application du plan. Le comité scientifique, technique et économique de la pêche (CSTEP) a évalué le plan en 2011.

Le rapport du CSTEP indiquait que les objectifs du plan de gestion du cabillaud n'avaient pas encore été atteints et qu'il était peu probable qu'ils le soient d'ici à 2015. Il révélait en outre l'existence de certains défauts dans la conception du règlement ainsi que de problèmes de mise en œuvre.

La Commission propose de modifier le règlement en tenant compte de ces critiques. Elle propose notamment de limiter le champ d'application afin d'éviter que le recours à des méthodes de calcul différentes n'entraîne une augmentation de l'effet de pêche.

Le rapport soutient la proposition de la Commission tout en ajoutant une définition plus stricte des circonstances dans lesquelles la Commission peut adopter des actes délégués. Je vote pour ce texte qui protège à la fois la ressource en cabillauds et les prérogatives du Parlement européen.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de modifier le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008, adopté antérieurement à l'entrée en vigueur du Traité de Fonctionnement de l'Union Européenne. Ce règlement confère des pouvoirs décisionnels au Conseil.

Cette modification vise à améliorer et clarifier les dispositions du règlement relevant notamment de la nouvelle politique commune de la pêche.

J'ai voté pour cette modification du plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks puisque le précédent plan contenait un système compliqué qui n'a pas permis de reconstituer les stocks.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É muito importante estabelecer um plano a longo prazo para as unidades populacionais de bacalhau e para as pescas que exploram essas unidades populacionais. Só assim se pode ter uma gestão eficaz dos recursos marítimos. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I approve of this long-term plan because it directs the Member States in determining the methods used to calculate annual fishing effort usages that will lead to better cod stock management and increase the stocks' long-term sustainability.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je salue l'approbation par le Parlement européen de la modification du règlement relatif à la création d'un plan à long terme pour les stocks de cabillaud et les pêcheries exploitant ces stocks. Désormais conforme à la nouvelle Politique Commune de la Pêche (PCP), le règlement ainsi mis à jour permettra d'assurer le respect de l'obligation de débarquement de toutes les captures.

En effet, en supprimant les dispositions relatives au calcul de l'effort de pêche, le nouveau règlement met fin aux incitants à rejeter des prises à la mer et permet donc aux pêcheurs de respecter pleinement l'interdiction de rejet telle que voulue pas la politique européenne de la pêche. Il s'agit donc là d'un pas supplémentaire vers la gestion responsable et durable de nos ressources halieutiques.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – In the long-standing dispute over the EP's powers as co-legislator in the domain of fisheries policy, the European Court of Justice supported the EP, stating that multiannual fisheries management plans in their entirety make policy choices which should be decided under the ordinary legislative procedure, i.e. according to Article 43(2) TFEU, which is the legal basis in the Treaty of Lisbon for measures that are necessary for the pursuit of the objectives of the common agricultural and fisheries policies. The report calls on the swift elaboration of a revised cod plan that is fully in line with the principles of the reformed CFP and can enter in force by 1 January 2017 to ensure legal certainty for fishermen, which is essential. That is why I have voted in favour of this report

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008 a été adopté avant l'entrée en vigueur du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (traité FUE) et confère donc des pouvoirs décisionnels au Conseil (article 10 et 11). Comme le traité FUE ne permet plus cette possibilité, la Commission a donc suggéré une modification de ce règlement. La proposition vise essentiellement à améliorer et à clarifier les dispositions du règlement. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application.

Sur le fond, l'ancien plan de 2008 contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks. Vote favorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La proposition vise essentiellement à améliorer et à clarifier les dispositions du règlement. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application.

Sur le fond, l'ancien plan de 2008 contenait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks. Je vote pour ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report as it will reduce burden on fisheries, and improve recovery for stocks.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport concernait le plan de gestion à long terme des stocks de cabillaud. Il s'agissait ici d'un texte en deuxième lecture pour lequel aucun amendement de rejet n'a été déposé. Il a donc été approuvé sans vote.

Alessandra Mussolini (NI), *per iscritto*. – Il progetto di regolamento interrompe il complicato regime di pesca attualmente in vigore dal 2008, il quale non è riuscito a migliorare lo stato degli stock di merluzzo bianco nel mare del Nord. Le modifiche introdotte prendono in considerazione l'introduzione dell'obbligo di sbarco nelle aree del piano e garantiscono una maggiore flessibilità nella definizione delle catture (TAC) e delle quote totali ammissibili. Pertanto mi sono espressa a favore del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this recommendation regarding a regulation that establishes a long–term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece încheie procesul de adoptare a planului pe termen lung pentru rezervele de cod. Negocierile dintre Consiliu și Parlamentul European privind atribuțiile celor două instituții în determinarea planului pe termen lung pentru rezervele de cod s-au desfășurat pe o perioadă de câțiva ani și au fost încheiate doar în urma deciziei Curții Europene de Justiție.

Consider că este extrem de important ca Parlamentul European să fie parte în stabilirea acestor planuri pe termen lung, deoarece trebuie să ne asigurăm că politica comună în domeniul pescuitului este respectată, iar obiectivele sunt atinse prin adoptarea acestor planuri. În acest context, consider că includerea în acest document a principiilor randamentului maxim durabil și a obligației de debarcare sunt fundamentale pentru o exploatare sustenabilă și pentru atingerea obiectivelor PCP.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Uuendatud seadus reguleerib tursavarude püügi ja kasvatamisega seotud nõudmisi.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rekomendacijai.

Šiuo reglamentu įgyvendinami naujos bendros žuvininkystės politikos principai ir remiamas šios politikos įgyvendinimas.

Visų prima, būtina užtikrinti tausų menkių išteklių naudojimą. Todėl būtina taikyti bendras taisykles dėl metinių šių išteklių žvejybos galimybių, išreikštų bendru leidžiamu sužvejoti kiekiu ir didžiausiomis leidžiamomis žvejybos pastangomis. Labai svarbu, kad planas būtų nuolat atnaujinamas remiantis patikimiausiomis mokslinėmis rekomendacijomis. Be to, žuvininkystės valdymui be jokių išimčių turi būti taikomas atsakingumo principas. Būtina užtikrinti, kad gyvieji jūrų biologiniai ištekliai būtų naudojami taip, kad būtų atkurti ir išlaikyti žvejojamų rūšių populiacijų dydžiai, viršijantys dydžius, kuriais gali būti užtikrintas didžiausias galimas tausios žvejybos laimikis. Įgyvendinus numatytas priemones bus užtikrintas menkių išteklių išsaugojimas, tausus naudojimas ir tvari žvejyba.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che sia giusto salvaguardare l'esistenza della fauna marina, in particolare quella del merluzzo bianco, ponendo dei limiti di stock. Infatti, una delle principali inquietudini in merito al regolamento (CE) n. 1342/2008, oggetto della seconda lettura, è causata dalla fissazione del TAC (totale ammissibile di cattura), il quale non ha comportato la riduzione della cattura di merluzzo bianco. Addirittura, in alcuni Stati membri non sono rispettati i limiti di rigetto stabiliti, nell'attività della pesca. Inoltre, il suddetto regolamento è entrato in vigore ben prima del trattato di Lisbona ed esso potrebbe dover essere applicato fino a quando non verrà individuato un nuovo piano di pesca mista. Però, allo stesso tempo, ritengo che si debba tener conto delle esigenze dei cittadini dell'Unione europea che vivono di sola pesca. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Podržavam izmjenu i dopunu Uredbe Vijeća o uspostavi dugoročnog plana za stokove bakalara i ribarstvo kojim se iskorištavaju ti stokovi. U znanstvenoj procjeni učinkovitosti Uredbe Vijeća (EZ) br. 1342/2008, koja je bila provedena 2011. godine, stoji da plan za stokove bakalara i ribarsko korištenje tih stokova nije ostvario svoje ciljeve, ali da postoje izgledi da će se ostvariti 2015. godine. Cilj ovih izmjena jest ispraviti nedostatke u provedbi Uredbe poput poboljšanja i razjašnjenja odredbi Uredbe (EZ) br. 1342/2008 koji su u napravljenoj procjeni učinka identificirani kao nejasni. Umjesto izuzimanja plovila koje odredi svaka država članica, izuzeci se sada temelje na kriterijima koji bi bili općenito primjenjivi za sva plovila, bez obzira na države članice kojima pripadaju. Tako primjerice brodovi koji su uključeni isključivo u ribarska istraživanja isključeni su od propisanih ribolovnih režima. Također, podržavam nastojanja za smanjivanjem i postupnim ukidanjem odbacivanja ulova na temelju znanstvenih procjena s ciljem očuvanja ribljeg fonda. Države članice trebale bi uvesti selektivnije ribarske alate i druge mjere s ciljem smanjivanja odbacivanja ulova te će to moći učiniti uz financijsku potporu iz Europskog fonda za pomorsku i ribarstvo.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – La proposition vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application.

Sur le fond, l'ancien plan de 2008 prévoyait un système compliqué d'efforts de pêche (jours de mer) qui n'a pas permis de restaurer les stocks.

Je vote en faveur de cette réforme qui, pour une fois, améliore plutôt la situation.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U višegodišnjem sporu o ulozi Europskog Parlamenta kao suzakonodavca u domeni ribarstvene politike, Sud Europske Unije podržao je stavove Parlamenta da se planiranje višegodišnjeg upravljanja odlučuje unutar uobičajenih zakonodavnih procedura, tj. prema članku 43. Ugovora o funkcioniranju Europske Unije, koji je temelj potrebnih mjera pri ostvarivanju ciljeva zajedničke poljoprivredne i ribarstvene politike. Nakon presude Suda Europske unije, Odbor PECH je 19. travnja 2016. usvojio mandat za pregovore s Vijećem i predmet je zaključen u jednom trijalogu 29. lipnja 2016. Odbor PECH je 11. srpnja 2016. prihvatio taj dogovor kojim se primjenjuju načela nove zajedničke ribarstvene politike i podržava njezina provedba. Moja grupa podržava što skorije donošenje dugoročnog plana za stokove bakalara i ribolov koji iskorištava te stokove - potrebna je zakonodavna jasnoća ribarima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito.* – Esta proposta de Regulamento está pendente desde a anterior legislatura, em virtude do seu envio para o Tribunal de Justiça da UE, por desacordo entre o Parlamento Europeu e o Conselho, sobre competências relativamente aos planos plurianuais. A proposta original da Comissão Europeia previa a introdução de atos delegados nos seguintes domínios: adaptação das taxas de mortalidade por pesca e dos níveis associados de biomassa da unidade populacional às descobertas científicas; ajuste do esforço de pesca em caso de exclusão ou reinclusão de um grupo de navios no regime de esforço; especificação das regras relativas ao método de cálculo da capacidade de pesca e de ajustamento dos níveis máximos de capacidade; e estabelecimento das regras relativas ao método de cálculo que permita aos Estados-Membros adaptar o esforço de pesca máximo autorizado em relação à gestão das quotas e na sequência de transferências de esforço entre grupos de esforço. O relatório, genericamente de acordo com a proposta da Comissão, propõe todavia uma definição mais estrita das circunstâncias em que a Comissão pode aprovar atos delegados, o que se considera positivo. Refira-se, no entanto, que este documento será substituído por um Plano Multiespécies para a região onde é aplicado, o que merecerá ulterior e mais aprofundada reflexão.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, jejímž cílem je zajistit udržitelné využívání populací tresky obecné, jejíž populaci je třeba trvale obnovovat a zachovat na úrovni, jež bude poskytovat maximální udržitelný výnos. Je to zásadní z environmentálního hlediska, protože nová úprava zrušila režim intenzity rybolovu neboli počet dnů, jež může rybářské plavidlo strávit na moři. V praxi to znamená, že plavidla s velmi omezeným počtem dní již nemusí lovit ryby blízko pobřeží, kde se soustřeďuje převážně populace nedospělých ryb. Jedná se o důležité opatření k zachování rybích populací a domnívám se, že je to další krok ke stabilitě biologického prostředí v mořích a k předcházení dalším změnám klimatu. Na druhé straně rozhodnutí o zrušení režimu intenzity rybolovu umožní rybářům větší flexibilitu. Umožní plavidlům, aby už nebyla nucena lovit ryby blízko břehu anebo v oblastech s nižším výskytem tresky. V projednávané věci vedl Parlament dlouhodobý spor s Radou ohledně volby právního základu. V loňském roce dal Soudní dvůr za pravdu Parlamentu a nařízení Rady označil za neplatné. Sociální demokraté udělali vynikající práci ve vyjednávání, aby tato úprava nařízení byla co nejdříve schválena. Vítám, že se nám podařilo zajistit rybářům větší právní jistotu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du rapport concernant le plan de gestion à long terme des stocks de cabillaud. Ce plan permettra aux pêcheurs de cabillaud de débarquer plus facilement toutes leurs prises.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 12 de Setembro de 2012, a Comissão apresentou uma proposta de regulamento, do Parlamento Europeu e do Conselho, que altera o Regulamento n.º 1342/2008 (COM(2012)0498) com a objetivo de melhorar e esclarecer as disposições do referido regulamento. O Regulamento n.º 1342/2008 trata de estabelecer um plano a longo prazo para as unidades populacionais de bacalhau e para as pescas que exploram essas unidades populacionais.

A 19 de abril de 2016, a Comissão PECH adotou um mandato para as negociações com o Conselho, tendo o processo sido concluído num único trílogo, a 29 de junho de 2016. O acordo, que aplica os princípios da nova Política Comum das Pescas e apoia a sua aplicação, foi aceite pela Comissão PECH, a 11 de julho de 2016. Na verdade, o referido acordo tem como uma das suas mais-valias a simplificação das leis relativas aos totais admissíveis de captura. Por considerar que é importante haver regulamentos claros e explícitos, assim como considerar de elevada importância o respeito pela sustentabilidade ambiental, votei favoravelmente.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Ce midi, le Parlement a approuvé la mise à jour d'un règlement de 2008 pour un plan à long terme en faveur d'une pêche plus raisonnée et d'une meilleure préservation des stocks de cabillaud. Ce poisson répandu dans l'Atlantique et dans nos eaux européennes est menacé par la surpêche et par une exploitation intensive depuis des années. L'Europe représente 70 % du marché mondial de cabillaud et l'état des populations en mer du Nord et d'Irlande ainsi qu'à l'ouest de l'Écosse reste critique malgré les efforts déjà engagés.

Les modifications approuvées ce mardi vont amener une méthode de calcul de l'effort de pêche commune à tous les États membres, et assouplir les limites de captures tout en respectant les avis scientifiques. Le but est de réduire les incitations à rejeter les poissons de moindre valeur, dont le taux de survie est alors faible. La restriction de cette pratique doit favoriser une meilleure gestion des populations ichthyennes ainsi qu'une meilleure utilisation des ressources marines exploitées, et assurer la pérennité de tout un pan de l'économie européenne, puisque le secteur de la pêche et de la transformation du poisson y emploie plus de 350 000 personnes.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Informe objeto de denuncia ante el Tribunal de Justicia de la UE (TJUE). El Parlamento adoptó su posición en primera lectura el 11.6.2013, en espera del resultado del fallo del TJUE, que el 1.12.2015 dejaba claro que los Planes de gestión de pesca quedan bajo el procedimiento legislativo ordinario, ex artículo 43, apartado 2, del TFUE.

La sentencia anuló el Reglamento (UE) n.º 1243/2012 del Consejo, por el que se modificaban disposiciones del Plan en los artículos 9 y 12 para establecer las oportunidades de pesca en situaciones en los que los datos fueran insuficientes para establecer el estado de las poblaciones, y mantenía los efectos del Reglamento anulado durante un año adicional, de forma que el nuevo Reglamento pudiera ser adoptado mediante la base legal correcta durante ese periodo de tiempo.

De esa forma, los colegisladores adoptaron un texto mediante el procedimiento legislativo ordinario en el plazo establecido para asegurar la certidumbre jurídica y se alcanzó un acuerdo de compromiso en el primer y único trílogo de 29.6.2016.

El plan revisado está completamente en línea con los principios de la PPC y, para asegurar certidumbre legal al sector pesquero, entrará en vigor el 1.1.2017.

He votado a favor del Informe.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Daugiametis menkių žvejybos planas –svarbus dokumentas, apibrėžiantis šio svarbaus ištekliaus ir ekosistemos komponento valdymo tikslus. Dabartinis menkių išteklių valdymo planas ne tik svarbus dokumentas, bet ir Europos Parlamento pergalė, juo 2012-2014 m. pavyko apriboti labai dideles Tarybos ambicijas ir atitinkamai prisidėti prie menkių išteklių nykimo stabdymo.

Pritariau svarstomam dokumentui, kaip atitinkančiam ilgalaikius darnios žuvininkystės tikslus.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque entiendo que se trata de un ajuste y adaptación de normativas.

Se realiza una introducción de actos delegados en los siguientes ámbitos: adaptación de los índices de mortalidad por pesca y los niveles asociados de biomasa del stock a los descubrimientos científicos, ajuste del esfuerzo pesquero en caso de exclusión o reingreso de un grupo de buques en régimen de esfuerzo, especificación de las normas relativas al método de cálculo de la capacidad de pesca y a la adaptación de los niveles máximos de capacidad y, finalmente, el establecimiento de normas sobre un método de cálculo que permita a los Estados miembros ajustar el esfuerzo pesquero máximo admisible en relación con la gestión de las cuotas y tras las transferencias de esfuerzo.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Festlegung eines langfristigen Plans für die Bewirtschaftung der Kabeljaubestände gestimmt.

Der Bericht schlägt bei der Regelung für die Festlegung der zulässigen Gesamtfangmengen bei Beständen mit schlechter Datenlage eine Änderung vor und befasst sich mit Maßnahmen zur Verringerung der Rückwürfe von Fischen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este nuevo plan del bacalao, puesto que simplifica el desembarque de capturas y actualiza el del 2008, lastrado por la limitación del esfuerzo pesquero que reducía el tiempo que los marineros podían faenar. Con la aplicación del veto a los descartes, este límite quedaba convertido en una herramienta innecesaria. Adaptada la propuesta a la nueva Política Pesquera Común, este nuevo Reglamento introduce por lo tanto una disposición que obliga al Consejo a fijar el Total Admisible de Captura (TAC) en función del rendimiento máximo sostenible (RMS) y establece que en la fijación de las cuotas en casos de datos insuficientes debe prevalecer el planteamiento de precaución. Esta actualización del plan de gestión del bacalao y las pesquerías que lo explotan es necesaria, aunque previsiblemente tenga una vida corta hasta la aprobación del Plan multianual del Mar de Norte. Todo ello no impide que acoja con prudencia la repercusión que la obligación del desembarque pueda tener en la sostenibilidad de las flotas pesqueras que las explotan.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il nuovo regolamento è volto ad assicurare uno sfruttamento sostenibile a lungo termine degli stock di merluzzo bianco nel rispetto del principio del massimo rendimento sostenibile. Ho deciso di esprimermi a favore dell'accordo raggiunto tra il Consiglio e il Parlamento, che costituisce un sicuro passo avanti verso una puntuale attuazione dei nuovi principi della politica comune della pesca.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – There was no vote on this, which shows how undemocratic this place is.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Po dlhom vyjednávaní od roku 2012 sa Európskemu parlamentu podarilo dohodnúť s Radou na viacročnom pláne riadenia rybolovu. Som rada, že sme konečne dospeli ku kompromisu, ktorý povedie k väčšej právnej istote pre rybárov, a preto som návrh v druhom čítaní podporila. Pôvodný návrh nariadenia predložila Komisia ešte v minulom volebnom období. Rada sa však v tej dobe rozhodla obísť Parlament a viacročný plán pre lov tresky prijala bez konzultácie. Komisia a Parlament sa preto obrátili na Súdny dvor, ktorý dal nakoniec Parlamentu za pravdu. Sporné nariadenie bolo následne zrušené a Parlamentu bolo priznané právo priamo spolurozhodovať o plánoch rybolovu. Medzi inými opatreniami sa v kompromisnom návrhu nariadenia predpokladá zachovanie miery úhynu pri rybolove na úrovni prijateľnej podľa vedeckých odporúčaní, čo by malo umožniť obnovu populácií rýb. Podobne by mali členské štáty vypracovať a podporiť také opatrenia, ktoré zabezpečia predchádzanie neželaným výlovom. V pláne sa

okrem toho stanovujú aj výnimky pre plavidlá, ktoré neprispievajú k úhynu tresky, a členské štáty by sa mali zamerať aj na také opatrenia, ktorými by sa znížila miera odhadzovania tresky. Keďže sa touto dohodou zavádzajú zásady novej spoločnej rybárskej politiky, je čas, aby sme sa postavili na stranu zodpovedného výlovu a rešpektovania potreby obnovy populácie rýb.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Pri omenjenem glasovanju gre za priporočilo za drugo obravnavo sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1342/2008 o določitvi dolgoročnega načrta za staleže trske in ribištvo, ki izkorišča te staleže.

Namen omenjene uredbe je spremeniti in razjasniti določene člene uredbe in jo tako izboljšati. Zato je Evropska komisija 12. septembra 2012 objavila predlog revizije obstoječe uredbe. Žal Evropski svet pri omenjeni uredbi ni upošteval postopka so-odločanja med Evropskim parlamentom in Evropskim svetom in je v svoji pristojnosti sprejel uredbo na podlagi člena 43(3) TFEU. Z omenjenim se nista strinjala niti Evropski parlament niti Evropska komisija. Zato je šel omenjeni primer na Evropsko sodišče. Slednje je decembra 2015 razveljavilo uredbo Sveta, kar je pomenilo, da je sodišče odločilo v korist Evropskega parlamenta in Evropske komisije. To je bila velika zmaga za Evropski parlament, ki bo sedaj sozakonodajalec pri omenjeni uredbi. Tako sta Evropski parlament in Evropski svet junija letos na trialogu dosegla soglasje glede omenjene uredbe, ki predvsem implementira načela novih skupnih politik na področju ribolova in obenem podpira implementacijo uredbe v državah članicah. Na podlagi omenjenega sem zato glasoval za sprejetje priporočila na plenarnem zasedanju.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing.* — Although a vote was not held, had there been on I would have voted against this amendment. The common fisheries policy is not the correct means by which to tackle the problem of depleted fish stocks.

As long as the sea and resources it offers suffer from the tragedy of the commons this problem will never truly be solved.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1342/2008 o določitvi dolgoročnega načrta za staleže trske in ribištvo, ki izkorišča te staleže.

Podpiram določitev pravil glede celotnega dovoljenega ulova ter omejitev časa, ki ga ribiči lahko preživijo na morju. Predlog Komisije tako vključuje, da se pri deležih kvote upošteva celoten ulov. Po določbah Sveta, ki je občutno spremenil besedilo Komisije, je tako prišlo do dobrega kompromisa med Komisijo in Svetom, kar pa je v skladu z novimi pravili, določenimi v novi osnovni uredbi.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Μια κοινή αλιευτική πολιτική θα προστατέψει την θαλάσσια πανίδα και χλωρίδα.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint ésszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amelynek célja, hogy kiigazítsa és egyértelművé tegye a közös halászati politika elveit életbe léptető, és annak végrehajtását támogató megállapodást. A tervezetet az előző parlamenti ciklusban blokkolta az Európai Bizottság és az Európai Parlament is, mivel az Európai Tanács egyoldalúan fogadott el intézkedéseket az Európai vizeken történő halászati tervekkel kapcsolatban. Mindezt az Európai Bíróság döntése követte, melyben megállapításra került, hogy az Európai Tanács hibát követett el az éves tőkehalterv felosztásával és egy részének egyoldalú elfogadásával kapcsolatban. Magyarán szólva az EP-t, mint társdöntéshozó szervet kerülte meg a Tanács a Halászati Politika területén.

A Bírósági döntés után az S&D frakció aktívan vett részt a tőkehalterv elveinek kialakításában, így például az éves fogási maximumok helyett az elővigyázatosság elvét vezeti be a rendelet, kiegészülve egy halászati engedélyezési és halászati felsőkapacitási rendszerrel. Mindemellett a rendelettervezet azonnal véget vetne a kimerítéshez nagyban hozzájáruló, több napos (days-at-sea) tőkehalhalászati gyakorlatnak. Ez az anyag teljes összhangban van a megreformált Közös Halászati Politikával, életbe léphet 2017. január elsejével és ezzel biztosítani tudjuk a halászok jogbiztonságát.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Eforturile de a reface rezervele de cod din apele UE nu pot avea efecte pe măsură dacă nu există cooperare din partea tuturor celor interesați și dacă aceștia nu își asumă responsabilitățile ce le revin în vederea reducerii mortalității provocate de pescuit și a impactului negativ asupra comunității din respectivele zone piscicole. În acest sens, statele membre trebuie să acorde prioritate dezvoltării și promovării de măsuri și stimulente (financiare) din perspectiva evitării capturilor nedorite și a utilizării uneltelor de pescuit selective, cu sprijinul financiar al Fondului european pentru pescuit și afaceri maritime.

De asemenea, statele membre trebuie să facă eforturi pentru a identifica (prin procesul CSTEP) uneltele ale căror caracteristici generează reducerea sau eliminarea capturilor accidentale de cod și pentru a transfera cunoștințele acumulate și celorlalte state membre, astfel încât să fie posibilă refacerea rezervelor de cod. Evident, în fundamentarea unui plan pe termen lung privind refacerea rezervelor de cod, trebuie să se țină cont de faptul că activitățile de pescuit integral documentate au dat rezultate și că pot fi dezvoltate și variante ale acestora, cu efecte benefice asupra rezervelor de cod și zonelor piscicole aferente.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Politica comună în domeniul pescuitului (PCP) a Uniunii Europene a fost elaborată pentru a oferi oamenilor implicați în acest sector posibilitatea de a trage maximul de foloase de pe urma desfășurării acestei activități.

În acest sens, în septembrie 2012 Comisia a venit cu o propunere de regulament în vederea menținerii stocurilor de cod necesare reproducerii speciei și sustenabilității activității de pescuit, propunere susținută de Parlament. Din păcate, Consiliul nu a fost de acord cu această propunere, ceea ce a creat un blocaj instituțional până la decizia Curții Europene de Justiție din decembrie 2015.

Decizia Curții a dat câștig de cauză poziției Comisiei și Parlamentului, confirmând cadrul de funcționare instituțional consacrat de Tratatul de la Lisabona și rolul Parlamentului European în elaborarea politicii europene în domeniul pescuitului. În aceste condiții, noul regulament revizuit va intra în vigoare la 1 ianuarie 2017 și va oferi mai multă siguranță și claritate în acest domeniu important.

De aceea, susțin adoptarea neîntârziată a acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte de mon collègue sur les stocks de cabillauds.

Il s'agit d'un accord informel conclu avec les ministres de l'Union. Les pêcheurs de cabillaud en mer du Nord seraient contraints de débarquer toutes leurs prises – et pas seulement celles de cabillaud. L'accord supprimerait les limites appliquées au nombre de jours qu'un navire peut passer dans une zone de pêche en échange de la mise en œuvre de «l'interdiction de rejet» de poissons non désirés en mer.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As a result of the serious depletion of four of Europe's cod stocks in the early 2000s, the EU imposed strict rules on the fishing industry through a recovery plan in 2004. The new regulation amends and updates the existing Regulation of 2004 and 2008, in the aim countering problems currently existing in the plan, as well as to align the provisions of the Regulation with the Treaty of Lisbon. I voted in favour of the amendments to the Regulation because it is important the EU regularly revises and evaluates its regulatory measures to protect Europe against any further depletion of one of the its most important resources.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du plan à long terme pour le cabillaud, bloqué depuis bien trop longtemps dans les tuyaux interinstitutionnels. Les négociations sur ce rapport, qui durent depuis 2012, ont en effet créé un précédent juridique entre le Conseil et le Parlement.

Il aura fallu attendre la saisine et un arrêt de la Cour de justice de l'Union européenne pour mettre un terme au conflit d'interprétation du traité de Lisbonne qui opposait les deux institutions.

En cause, la question sensible des quotas, pour lesquels les traités accordent au Conseil la seule prérogative décisionnelle. Le Parlement européen est quant à lui codécisionnaire sur les autres réglementations relatives à la pêche. Les plans pluriannuels touchant de près aux quotas, le Parlement européen menaçait donc d'empiéter sur les prérogatives du Conseil en la matière.

La Cour de justice a finalement donné partiellement raison au Parlement, en jugeant compatible avec les traités la détermination par le Parlement des principes environnementaux s'appliquant aux quotas.

Par ailleurs, je me réjouis que ce règlement mette fin au régime d'effort pour ces pêcheries, ne maintenant que le régime des quotas, ce qui est une bonne nouvelle car le double régime était absurde pour les professionnels et sans valeur ajoutée environnementale.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt iránymutatásának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt támogattam a tőkehalállományokra és az ezen állományok halászatára vonatkozó hosszú távú tervről szóló Dodds-jelentés szavazás nélküli elfogadását. Ez a lépés jóváhagyta az EP és a Tanács által megkötött második olvasatos megállapodásban véglegesített jogszabályszöveget. Szükség van az új jogszabályra, hiszen a régi halászati terv egy bonyolult fogási rendszert alkalmazott. Ez a gyakorlatban a tőkehalállomány romlását eredményezte. Az új szabályozás rugalmasabb a teljes kifogható halmennyiség és a halászati kvóták vonatkozásában, valamint észszerűsíti a kirakodási kötelezettségre vonatkozó szabályokat. Előrelépés tapasztalható a felhasználhatatlan halak visszadobásának szigorításában is.

A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. Ezért érthető, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre. A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt sem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije o stajalištu Vijeća u prvom čitanju radi donošenja uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o izmjeni Uredbe Vijeća (EZ) br. 1342/2008 o donošenju dugoročnog plana za stokove bakalara i ribolov koji iskorištava te stokove". Mišljenja sam da je navedeni prijedlog rezolucije potreban kako bi se pokrenuo zakonodavni postupak drugog čitanja i na nivou relevantnih zakonodavnih institucija Europske unije donijelo suglasno rješenje te uspostavio dugoročni plan za stokove bakalara i ribolov koji iskorištava te stokove.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau pranešimui dėl ilgalaikio menkių žvejybos plano, kurį rekomendavo Europos Parlamento narė Diane Dodds. Be abejo, racionalus menkių žvejybos planavimas padės apsaugoti šią rūšį nuo išnykimo Baltijos jūroje. Verta atkreipti dėmesį į tai, kad menkių žvejyba yra viena pagrindinių ir svarbiausių Baltijos jūroje, todėl ilgalaikėse perspektyvose turi būti atsižvelgta į balansą tarp šios rūšies apsaugojimo ir žvejybos apribojimų.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam preporuku koja će omogućiti da izlov bakalara bude iznad razine koja je prihvatljiva za postizanje održivih stokova bakalara, a ove mjere trebale bi početi vrijediti od 1. siječnja 2017. za područje Kattegata, Skagerraka, Sjevernog mora, Istočnog kanala, područja zapadno od Škotske i za Irsko more. Cilj ovih mjera jest zajamčiti da bakalar ponovno dosegne brojnost koja će omogućiti održivo ribarenje.

Ujedno smatram kako svaka država članica EU-a treba samostalno pronaći način da se zaštiti od neželjenog izlova kako bi se stokovi bakalara zadržali iznad prihvatljive razine.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe EU parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1342/2008 o določitvi dolgoročnega načrta za staleže trske in ribištvo, ki izkorišča te staleže, sem podprla.

Cilj tega predloga je uskladiti Uredbo o določitvi dolgoročnega načrta za staleže trske in ribištvo, ki izkorišča te staleže („načrt za trsko"), z novimi pravili PDEU. Pooblastila, ki jih ima Komisija sedaj na podlagi navedene uredbe, so bila prerazvrščena v ukrepe delegirane narave in ukrepe izvedbene narave. Glavni cilj načrta je zagotavljanje trajnostnega izkoriščanja staleža trske na geografskem območju Kattegata, Severnega morja, zahodne Škotske in Irskega morja na podlagi največjega trajnostnega donosa.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se realiza una introducción de actos delegados en los siguientes ámbitos: adaptación de los índices de mortalidad por pesca y los niveles asociados de biomasa del stock a los descubrimientos científicos, ajuste del esfuerzo pesquero en caso de exclusión o reingreso de un grupo de buques en régimen de esfuerzo, especificación de las normas relativas al método de cálculo de la capacidad de pesca y a la adaptación de los niveles máximos de capacidad y, finalmente, el establecimiento de normas sobre un método de cálculo que permita a los Estados miembros ajustar el esfuerzo pesquero máximo admisible en relación con la gestión de las cuotas y tras las transferencias de esfuerzo.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report. It is an important step in the right direction towards establishing a long-term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks. I support the fishing industry, since they are the first one who want to have fish in the future. Therefore, a sustainable path is a win-win situation for all parties.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le règlement nº 1342/2008 du Conseil du 18 décembre 2008 a été adopté avant l'entrée en vigueur du traité FUE et confère donc des pouvoirs décisionnels au Conseil (article 10 et 11). Comme le traité FUE ne prévoit plus cette possibilité, la Commission a donc suggéré une modification de ce règlement.

La proposition vise essentiellement à améliorer et clarifier les dispositions du règlement. Elle met en œuvre les principes de la nouvelle politique commune de la pêche et soutient son application.

J'ai donc voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W lipcu 2016 r. Rada i Parlament osiągnęły porozumienie w sprawie tego wniosku. Szybkie wdrożenie tego rozporządzenia ma zapewnić sprawne przeprowadzenie zmiany przepisów dotyczących zrównoważonej eksploatacji zasobów dorsza.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2012. szeptember 12-én a Bizottság előterjesztette az 1342/2008 rendelet módosításáról szóló európai parlamenti és tanácsi rendeletre vonatkozó javaslatát azzal a céllal, hogy az 1342/2008 rendelet rendelkezéseit kiigazítsa és egyértelműbbé tegye. 2012. december 19-én a Tanács anélkül, hogy a rendeletre irányuló javaslat valamennyi rendelkezését átvette volna, rendeletet fogadott el, jogalapként az EUMSZ 43. cikkének (3) bekezdését jelölve meg és az 1342/2008 rendelet 9. és 12. cikkének módosításait fogadva csak el. Voksommal a kérdésben a frakció álláspontját követtem.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque entiendo que se trata de un ajuste y adaptación de normativas.

Se realiza una introducción de actos delegados en los siguientes ámbitos: adaptación de los índices de mortalidad por pesca y los niveles asociados de biomasa del stock a los descubrimientos científicos, ajuste del esfuerzo pesquero en caso de exclusión o reingreso de un grupo de buques en régimen de esfuerzo, especificación de las normas relativas al método de cálculo de la capacidad de pesca y a la adaptación de los niveles máximos de capacidad y, finalmente, el establecimiento de normas sobre un método de cálculo que permita a los Estados miembros ajustar el esfuerzo pesquero máximo admisible en relación con la gestión de las cuotas y tras las transferencias de esfuerzo.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Recommendation for second reading on the Council position at first reading with a view to the adoption of a regulation of the European Parliament and of the Council amending Council Regulation (EC) No 1342/2008 establishing a long-term plan for cod stocks and the fisheries exploiting those stocks. The goal of the updated regulation is to allow North Sea cod fishermen to land every catch more easily. The regulation removes limits on the number of days a vessel can spend in a fishing area and thus removes all obstacles to complying with the landing obligation in full. I voted in favour because I believe that this update of the 2008 Regulation establishing a long-term-plan for cod stocks will make it fully compatible with the new Common Fisheries Policy (CFP).

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El objetivo de este texto es modificar las reglas que fijan límites en las cantidades de captura, enmendar el régimen de esfuerzo pesquero y reforzar las medidas para lidiar con los descartes. Pretendiendo dar mayor flexibilidad a los pescadores, elimina los obstáculos que supone introducir obligaciones en el plan. También flexibiliza extensamente las reglas en los límites de captura y conviene la necesidad de que los Estados miembros adopten medidas oportunas para minimizar y, en su caso, eliminar los descartes. Por todo ello, he votado a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este nuevo plan del bacalao, puesto que simplifica el desembarque de capturas y actualiza el del 2008, lastrado por la limitación del esfuerzo pesquero que reducía el tiempo que los marineros podían faenar. Con la aplicación del veto a los descartes, este límite quedaba convertido en una herramienta innecesaria. Adaptada la propuesta a la nueva Política Pesquera Común, este nuevo Reglamento introduce por lo tanto una disposición que obliga al Consejo a fijar el Total Admisible de Captura (TAC) en función del rendimiento máximo sostenible (RMS) y establece que en la fijación de las cuotas en casos de datos insuficientes debe prevalecer el planteamiento de precaución. Esta actualización del plan de gestión del bacalao y las pesquerías que lo explotan es necesaria, aunque previsiblemente tenga una vida corta hasta la aprobación del Plan multianual del Mar de Norte. Todo ello no impide que acoja con prudencia la repercusión que la obligación del desembarque pueda tener en la sostenibilidad de las flotas pesqueras que las explotan.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat het besluit dat is vastgesteld in overeenstemming is met het standpunt van de Raad.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta original da Comissão previa a introdução de atos delegados nos seguintes domínios: adaptação das taxas de mortalidade por pesca e dos níveis associados de biomassa da unidade populacional às descobertas científicas; ajuste do esforço de pesca em caso de exclusão ou re-inclusão de um grupo de navios no regime de esforço; especificação das regras relativas ao método de cálculo da capacidade de pesca e de ajustamento dos níveis máximos de capacidade; e estabelecimento das regras relativas ao método de cálculo que permita aos Estados-Membros adaptar o esforço de pesca máximo autorizado em relação à gestão das quotas e na sequência de transferências de esforço entre grupos de esforço.

Apesar do acordo genérico à proposta da Comissão, deveria haver uma definição mais estrita das circunstâncias em que a Comissão pode aprovar atos delegados

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione sulla posizione del Consiglio in prima lettura in vista dell'adozione del regolamento che istituisce un piano a lungo termine per gli stock di merluzzo bianco e le attività di pesca che sfruttano tali stock. La questione è stata oggetto di ricorso da parte del Parlamento europeo e della Commissione davanti alla Corte di giustizia in quanto abbiamo ritenuto illegittima la scelta del Consiglio di dividere la proposta per un piano a lungo termine per gli stock di merluzzo. La sentenza ha annullato il regolamento del Consiglio ed è dunque richiesto ai co-legislatori di adottare un nuovo testo entro fine anno al fine di garantire la certezza del diritto. Dopo la sentenza della Corte, la commissione PECH ha adottato un mandato per i negoziati con il Consiglio e il fascicolo è stato concluso. L'accordo, che attua i principi della nuova politica comune della pesca e ne sostiene l'applicazione, è stato approvato dalla commissione. Il gruppo S&D ha contribuito attivamente alla rapida adozione del piano al fine di garantire la certezza del diritto per i pescatori: abbiamo fatto in modo che il piano in questione rispetti i principi della riforma della PCP.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This report amends the current plan governing long-term stocks, which were not doing enough to ensure recovery of fish mortality and had little stakeholder support. The amendments will increase cooperation between fisheries, industries and scientists and is intended as a stopgap until a multi-species plan is introduced. This moves us towards the more sustainable fishing environment that we urgently need.

It is interesting to note that while the Brexiteers have been howling about EU fishing quotas back in the UK, the report was adopted unanimously in the European Parliament's Fisheries Committee, even though it was led by a pro-Brexit MEP.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu o návrhu nariadenia týkajúceho sa dlhodobého plánu pre populácie tresky a rybolovu zameraného na tento druh rýb som podporila. Išlo o odporúčanie na schválenie pozície Rady, pričom dohoda medzi Radou a Parlamentom už bola prijatá v lete tohto roku. Účelom nového nariadenia je najmä dosiahnutie udržateľného využívania populácie tresky vo vybraných oblastiach. Úprava nadväzuje na nariadenie o obnovení zníženej populácie tresky, ktoré bolo prijaté v roku 2008. Myslím si, že pozorné sledovanie populácie jednotlivých druhov rýb a úprava možností ich výlovu je veľmi dôležitá pre zachovanie biodiverzity. A správna rovnováha medzi zachovaním populácií a dosiahnutím maximálneho možného výťažku je nato kľúčovým nástrojom.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Dodds por apoiar a posição do Tribunal Europeu de Justiça que reitera as competências do Parlamento Europeu como colegislador ao anular a decisão do Conselho de adotar apenas parcialmente algumas das propostas de alteração do Regulamento que gere o plano para as unidades populacionais do bacalhau.

Com base nesta jurisprudência, é agora possível a revisão de um plano a longo prazo para essas unidades populacionais e para as pescas que as exploram assegurando a segurança jurídica para os operadores do sector.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Glasujem za izmjenu Uredbe vijeća o donošenju dugoročnog plana za stokove bakalara i ribolov koji iskorištava te stokove. Postoji jasna potreba da se osigura dosljedna provedba svih odluka Vijeća, posebice kada se radi o ribarstvenoj politici. Prekomjerni ulov bakalara može ugroziti stabilnost morske flore i faune te značajno utjecati na povezanu industriju.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem priporočilo za drugo obravnavo o stališču Sveta v prvi obravnavi z namenom sprejetja Uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe Sveta (ES) št. 1342/2008 o določitvi dolgoročnega načrta za staleže trske in ribištvo, ki izkorišča te staleže.

Predlog uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o spremembi Uredbe št. 1342/2008 (COM(2012)0498) je podan z namenom, da bi se izboljšale in pojasnile določbe trenutno veljavne Uredbe ter tako uspešneje uresničevala načela nove skupne ribiške politike.

6.5. Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche (A8-0326/2016 - Emmanuel Maurel)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Michela Giuffrida (S&D). – Ho votato a favore di questa relazione perché la lotta alle frodi, all'evasione fiscale e al riciclaggio di denaro deve essere una priorità dell'Unione europea. È una questione di giustizia, di equità: è una questione di politica.

Negli ultimi anni la maggior parte dei cittadini dell'Unione europea ha affrontato una crisi economica senza precedenti. In questi stessi anni sono emersi con sempre maggiore frequenza casi di frode fiscale – quello dei *Panama papers* parla per tutti – scandali che hanno visto coinvolti anche ex Commissari dell'Unione europea.

È finalmente il momento di fare chiarezza, è il momento di rafforzare la cooperazione e di consentire il trasferimento delle informazioni fiscali che possano in fretta portare a delle indagini. I cittadini europei che pagano le tasse sono spesso costretti a chiudere le loro attività. Non hanno paura della trasparenza, né dei controlli: hanno paura di essere governati da truffatori e da evasori, hanno sfiducia nelle istituzioni che, invece, ne tutelano gli interessi e sembrano prestare il fianco alle grandi multinazionali.

L'Europa deve scegliere e deve farlo con i fatti.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil toto doplnění směrnice, protože jsem přesvědčený, že v boji proti organizovanému zločinu, který nezná hranice, je role EU mimořádně důležitá.

V tomto případě se bojuje proti daňovým únikům a proti praní špinavých peněz, tady role jednotlivých národních států zkrátka nemůže být nikdy dostatečná. Tzn. koordinace na centrální evropské úrovni, jasná pravidla pro přístup finančních orgánů a orgánů policie k informacím o daňových podáních jednotlivých subjektů mají podle mého názoru smysl. To, že jsme dnes posílili přístup finančních orgánů k informacím z daňových zpráv v jednotlivých členských státech, povede k tomu, že do budoucna se bude efektivněji bojovat proti této formě organizovaného zločinu.

Takže návrh je správný a ačkoli nejsem příznivcem posilování EU a přenosu dalších pravomocí do Bruselu, tak tento příběh je o něčem jiném, je o boji proti organizovanému zločinu.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí seo go léir, is tábhachtach an t-ábhar é agus bhí áthas orm a bheith páirteach sa díospóireacht anseo sa Pharlaimint ó chianaibh; agus feisirí ó gach taobh den teach beagnach ar aon ghuth faoi thábhacht an ábhair seo. Caithfimid troid i gcoinne na caimiléireachta i gcoitinne, go háirithe mar a bhaineann sé le héalú ó cháin a íoc. Bíonn ar dhaoine aonaránacha gach aon euro de cháin a íoc agus ag an am gcéanna feicimid gur féidir le daoine cumhachtacha agus comhlachtaí móra éalú gan aon cháin a íoc; agus cuid den airgead seo ag dul go sceimhlitheoireacht, agus mar sin de. Dá bhrí sin, tá gá le comhaontú idir na tíortha chun troid i gcoinne an ruda mhíchirt seo, agus a luaithe agus a tharlóidh sé is fearr. Go raibh maith agat, a Uachtaráin.

Michał Marusik (ENF). – Panie Przewodniczący! Głosowałem przeciwko temu sprawozdaniu z dwóch zasadniczych powodów. Przede wszystkim pranie brudnych pieniędzy jest pojęciem dalece niedoprecyzowanym i używanym propagandowo. Pieniądz, który w jednym kraju jest brudny, w innym kraju wcale brudnym nie jest. Nie ma obiektywnej miary, który kraj posiada poprawną interpretację, i bardzo podobnie jest z przepisami podatkowymi. Jest więc rzeczą naturalną, że obywatele, jak i przedsiębiorcy, przenoszą swoją działalność tam, gdzie podatki są mniejsze, gdyż przedsiębiorstwa prowadzone są po to, żeby generować dochód, a podatek jest kosztem dla przedsiębiorców. A zatem państwa rywalizują między sobą systemami podatkowymi i powinny rywalizować, żeby wiadomo było, który system podatkowy jest efektywniejszy dla gospodarki. Nie należy tego unifikować, lecz należy pozwolić przedsiębiorcom przenosić działalność z systemów niekorzystnych do systemów korzystnych.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I feel that this report rather neatly demonstrates the difference between internationalism and supranationalism. Internationalism, the cooperation among sovereign countries, is impossible to argue with, and the idea that tax authorities should share information in order to crack down on illegal behaviour on tax evasion is uncontroversial. But every time this Parliament gets its hands on the subject it always starts inserting a different agenda to do with tax harmonisation and with treating jurisdictions with lower tax, or tax havens as they are invariably called here, as being intrinsically illicit rather than being, as they are, a spur to the rest of us to keep tax rates within a manageable level. By all means, let us have cooperation among tax authorities. Let us make it global rather than just continental and let us not leave it to the same bumbling Brussels institutions that gave us the common agricultural policy, the common fisheries policy, Schengen, the euro and all the rest of it. That is the difference between internationalism and supranationalism.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione tratta la revisione della direttiva riguardante lo scambio automatico di informazioni in materia fiscale e di tassazione. Reputo che sia di fondamentale importanza implementare dei meccanismi che garantiscano trasparenza e rendano complicato il riciclaggio di denaro. Un passo in questa direzione sarebbe sicuramente rendere obbligatorio e automatico lo scambio di informazioni, per evitare il reiterarsi di episodi come Luxleaks e Panama papers. Per le ragioni esposte sopra ho deciso di votare a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone una mejora en las exigencias con respecto al acceso de información por parte de las autoridades tributarias. Con el desarrollo de todos los escándalos fiscales producidos en los últimos años: *Luxleaks, Panamaleaks, Bahamaleaks*… el público ha conocido las prácticas fiscales de los principales actores del sistema financiero. Esta propuesta, nace de la presión de la opinión pública de actuar en este ámbito y permitir el acceso a la información tributaria relevante de los evasores fiscales. El acceso a la información por parte de las autoridades competentes es un paso necesario, para poder implementar el principio de pagar impuestos donde la riqueza es creada y llevar a cabo acciones contra los paraísos fiscales. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this report, which amends an existing Directive on Administrative Cooperation by Financial Institutions in the field of taxation. The goal of the changes is to enable tax authorities to consistently access anti-money-laundering information. Specifically this concerns access to the mechanism, procedures, documents and information on the true beneficial owners that hide behind shell companies and trusts. It also improves the requirements for customer due diligence procedures in accordance with the fourth Anti Money Laundering Directive. This information will be compiled in central registers and Member States will be obliged to share this information with tax authorities in the EU.

I fully support maximum transparency across the EU in order to combat money-laundering, tax evasion and tax avoidance.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Je me félicite de l'adoption, aujourd'hui en plénière, du rapport de mon collègue socialiste Emmanuel Maurel. La fraude et l'évasion fiscales sont des pratiques inacceptables. L'égalité devant l'impôt est une priorité absolue. C'est pourquoi, il est fondamental de renforcer la législation et rétablir la justice fiscale.

La Commission a présenté en juillet dernier un paquet législatif destiné à lutter contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme. Ce rapport répond à la principale limite de ces propositions: seul un accès national à ces données était prévu; autrement dit, le fisc luxembourgeois pouvait savoir qu'un Français était le bénéficiaire d'une société passive au Luxembourg, sans jamais en informer la France. On comprend le caractère très insuffisant d'une telle proposition!

En matière de lutte contre la fraude, l'évasion et l'optimisation fiscales agressives, l'outil unanimement reconnu comme le plus efficace est l'échange obligatoire et automatique d'informations. Je me félicite qu'Emmanuel Maurel ait réussi à dégager une belle majorité autour de cette proposition ambitieuse. Le Conseil, seul à décider en matière de fiscalité, doit écouter le Parlement européen lorsqu'il est consulté et mettre un terme à une pratique qui sape notre contrat social.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl mokesčių institucijų prieigos prie kovos su pinigų plovimu informacijos. Pritariu Europos Komisijos siekiui užtikrinti teisingesnį, veiksmingesnį, didesniu mokesčių skaidrumu grįstą apmokestinimą Europos Sąjungoje. ES darbotvarkės dėl mokesčių skaidrumo svarbą patvirtina neseniai žiniasklaidoje pasirodžiusi informacija apie didelio masto lėšų slėpimą lengvatinio apmokestinimo zonose. Iš minėtos informacijos matyti, kad išlieka sričių, kuriose reikalingos papildomos priemonės ES ir tarptautinės skaidrumo sistemos stiprinimui. Mokesčių institucijoms turi būti suteikta galimybė lengviau gauti informaciją apie tarpinių struktūrų tikruosius savininkus, kaip ir kitą klientų išsamiam patikrinimui reikalingą informaciją, siekiant sėkmingai nustatyti mokesčių slėpimo atvejus. Tikiu, kad ši iniciatyva prisidės prie veiksmingesnės kovos su pinigų plovimu.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για την τροποποίηση της οδηγίας 2011/16/ΕΕ όσον αφορά την πρόσβαση των φορολογικών αρχών σε πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, διότι θεωρώ πως η αυτόματη και η υποχρεωτική ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των φορολογικών αρχών για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες είναι ένα εξαιρετικά σημαντικό βήμα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die EU hat in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Fortschritte bei der Verbesserung der Steuertransparenz und der Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden der Mitgliedstaaten erzielt. Durch jüngste Änderungen an den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche wird den Verknüpfungen zwischen Geldwäsche und Steuerhinterziehung sowie den Herausforderungen bei der Prävention Rechnung getragen. Durch an die Medien durchgesickerte Informationen wie die „Panama Papers", die die Geheimhaltung in großem Maßstab von Offshore-Geldern zutage brachten, wurden Bereiche hervorgehoben, in denen noch weitere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

In dem Bericht wird gefordert, dass die Finanzämter in der gesamten EU Zugang zu Informationen über die wirklichen Eigentümer von Bankkonten sowie über Kontosalden oder Einkünfte wie Zinsen und Dividenden erhalten sollten. Zudem möchte das EU-Parlament einen Schritt weiter gehen als die Kommission und fordert, dass diese Informationen EU-weit auch unter Steuerbehörden ausgetauscht werden sollten.

Der Zugang für die Steuerbehörden zu diesen Informationen gewährleistet, dass diese besser in der Lage sind, ihren Überwachungspflichten nachzukommen.

Ich habe für den Bericht gestimmt, da ich der Meinung bin, dass der Transparenzrahmen sowohl auf EU-Ebene als auch auf internationaler Ebene unbedingt weiter verstärkt werden muss.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La proposition vise à modifier la directive 2011/16/UE du Conseil relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal en introduisant une disposition permettant aux autorités fiscales d'avoir accès à des informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales.

C'est une mesure que nous soutenons, surtout que nous avons voté pour la directive de lutte contre le blanchiment de capitaux, ainsi que pour la directive sur l'échange d'informations fiscales.

Pour sa part, en plus d'approuver les amendements de la Commission, le rapport du Parlement demande à ce que la date d'entrée en application des nouvelles dispositions ne soit pas le 1er janvier 2017, mais le 1er janvier 2018.

Il est aussi demandé la mise en place d'un registre public des entreprises qui garantirait l'accès à l'information, et l'obligation pour les États membres de transmettre automatiquement les informations fiscales qui pourraient intéresser un autre État membre dans les 3 mois après leur collecte. J'ai voté favorablement à ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I believe that such matters should be considered as sovereign tax matters. International agreements, where necessary, can be made at intra-governmental level without recourse to EU legislation. I therefore voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il est important que l'UE poursuive un ambitieux programme de lutte contre la fraude et l'évasion fiscales en vue de parvenir à une fiscalité plus équitable et plus efficace au sein de l'Union. Une plus grande transparence fiscale est un élément central de ce programme. Afin de la garantir, la priorité doit être de renforcer la coopération entre les autorités fiscales dans l'ensemble de l'Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl mokesčių institucijų prieigos prie kovos su pinigų plovimu informacijos. Matant „Swissleaks", „LuxLeaks", Panamos dokumentų ir Bahamų „Leaks" skandalus, kyla didelių abejonių dėl ES pajėgumų kovoti su mokesčių vengimu ir pinigų plovimu. Taip pat vis dažniau susiduriame su milžiniškomis daugianacionalinėmis korporacijomis, kurios naudojasi „privilegijomis" ir išvengia mokesčių. Todėl šioje srityje būtina užtikrinti reformas, kurios suteiktų daugiau skaidrumo ne tik ES, bet ir tarptautiniu lygiu.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés az adókijátszás és az adókikerülés elleni küzdelemmel foglalkozik és folytatása a 2011. évi tanácsi irányelvnek, amely az adózás területén történő közigazgatási együttműködésről szól. A Swissleaks, a Luxleaks, a Panama-papírok és a bahama-szigeteki kiszivárogtatások – mely események egy globális jelenség egyedi példái – rávilágítottak arra, hogy feltétlenül nagyobb adóügyi átláthatóságra és sokkal szorosabb igazságügyi koordinációra és együttműködésre van szükség. A jelen irányelv hangsúlyozza, hogy a Bizottságnak elemeznie kell a bankrendszer és a pénzügyi szolgáltatók lehetséges szerepét a pénzmosás elősegítésében. A pénzügyi és banki területen megnövelt hatáskörénél fogva az Unió beavatkozhatna egy, a banki és pénzügyi ügyletek szigorúbb ellenőrzésére és átláthatóságára vonatkozó szabályozás révén.

A pénzmosás és adóelkerülés elleni bizottsági fellépést szavazatommal támogattam. Ugyanakkor az eredendő ok az 1990-es évek pénzügyi liberalizációja, aminek a fenntartása esetén mindig lesz lehetőség az adózás elkerülésére, illetve a pénzmosásra, még ha a korábbinál kisebb mértékben is.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – The Directive will place mandatory requirements on Member States on sovereign tax matters and personal information that could, just as easily, be agreed at an intra-governmental level, rather than via the EU. Accordingly UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette directive met en œuvre la norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union. À ce titre, elle garantit que les informations sur les titulaires de comptes financiers sont communiquées à l'État membre dans lequel réside le titulaire du compte.

Voilà pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte, après avoir voté pour la directive de lutte contre le blanchiment de capitaux, ainsi que pour celle portant sur l'échange d'informations fiscales.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Il s'agit de la première directive de la Commission destinée à renforcer la lutte anti-blanchiment suite aux révélations des Panama Papers. L'objet de la directive est de permettre aux autorités fiscales des Etats membres de pourvoir avoir accès aux données liées aux clients et aux bénéficiaires finaux recueillis dans le cadre de la lutte contre le blanchiment. J'ai évidemment approuvé ce point.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por tratarse de un paso más hacia la erradicación del fraude fiscal. En concreto, esta modificación otorgará a las autoridades fiscales mayor acceso a la información sobre los beneficiarios activos de las entidades intermediaras a fin de identificar y abordar con mayor eficacia la evasión fiscal.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'evasione fiscale è un problema di grande attualità, un tema reso ancor più centrale dalle inchieste legate ai «Panama papers» che hanno giustamente destato scalpore nell'opinione pubblica mondiale e all'interno dell'Unione, anche a causa delle importanti figure coinvolte. La relazione Maurel, che oggi ho sostenuto con il mio voto, rappresenta una risposta comune delle istituzioni europee per far fronte alla persistenza del fenomeno dell'evasione fiscale. Le nuove misure hanno come obiettivo quello di rafforzare la proposta della Commissione, consentendo alle autorità fiscali di ciascuno Stato membro di accedere, e condividere, a tutte le informazioni sui proprietari di conti correnti bancari, con particolare attenzione al loro reddito, agli interessi e ai dividendi. La nuova normativa ha lo scopo di identificare gli evasori, rendendo inefficaci quegli strumenti, dispositivi legali ed entità, che oggi vengono utilizzati per coprire queste operazioni illegali. Non dobbiamo dimenticare che esistono legami molto forti tra evasione, riciclaggio di denaro, finanziamento del terrorismo e della criminalità organizzata. Occorre quindi una normativa aggiornata e rafforzata, che sappia puntare ad una sempre più efficace collaborazione tra i paesi membri dell'UE per combattere l'evasione fiscale e le sue conseguenze.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, a su vez favorable a la propuesta de la Comisión de obligar al intercambio de información sobre blanqueo de capitales entre Estados miembros, a fin de combatir el blanqueo de capitales y la evasión fiscal. La fecha final de entrada en vigor es 2017, considerada más realista por prácticamente todas las partes. Las enmiendas aportadas por el Parlamento obligan además al intercambio de información sobre los propietarios reales de sociedades, dificultando la evasión mediante el uso de empresas pantalla.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el acceso a la información por parte de las autoridades tributarias contra el blanqueo de capitales. Es necesaria más transparencia, claridad y sobre todo cooperación entre las autoridades tributarias. Hay mecanismos que hay que poner en marcha, la lucha contra el blanqueo de capitales es fundamental en la Unión.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je vote pour la modification de la directive 2011/16/UE du Conseil relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal. S'inscrivant dans un contexte post «Panama papers», elle introduit une disposition permettant aux autorités fiscales d'avoir accès à des informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales. Compte tenu du fait que nous avons toujours voté pour les textes permettant de lutter contre l'évasion fiscale et le blanchiment de capitaux, nous soutenons ces nouvelles propositions qui offriront aux administrations des États membres la possibilité d'accéder automatiquement aux informations de blanchiment de capitaux afin de renforcer la lutte contre l'évasion fiscale.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il tema della relazione è senz'altro interessante e degno di nota. Ciononostante non sono convinta che un parere consultivo della UE possa dare un effettivo contributo nella lotta al riciclaggio e nel prevenire casi come «Luxleaks» e i «Panama papers». Per questi motivi mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išdėstė savo poziciją dėl Tarybos direktyvos, kuria dėl prieigos prie kovos su pinigų plovimu informacijos iš dalies keičiama Direktyva 2011/16/ES. Siekdama užtikrinti teisingesnį ir veiksmingesnį apmokestinimą Europos Sąjungoje, Europos Komisija vykdo plataus užmojo kovos su mokesčių slėpimu ir vengimu darbotvarkę. Vienas svarbiausių šios darbotvarkės punktų – didesnis mokesčių skaidrumas. 2016 m. vasario 2 d. priimtame Kovos su teroristų finansavimu stiprinimo veiksmų plane Komisija įsipareigojo 2016 m. pirmąjį pusmetį pateikti pasiūlymą dėl ketvirtosios Kovos su pinigų plovimu direktyvos pakeitimų, kurių tikslas – dar labiau sugriežtinti kovos su teroristų finansavimu taisykles.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek. Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul.

A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s sprejetim poročilom in sem ga tudi podprl, saj so pretekla medijska razkritja pokazala odtekanje denarja v offshore davčne oaze in je postalo jasno, da rabijo davčni organi več pooblastil in večji dostop do podatkov o tem kdo so ekonomski lastniki teh podjetij. Pomembno je prav tako, da se davčnim oblastem podeli ustrezna orodja, da lahko ustrezno dostopajo do teh podatkov in sodelujejo v okviru evropske zakonodaje.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Automatska i obvezna razmjena podataka između poreznih tijela protiv pranja novca je novi korak naprijed u borbi protiv utaje poreza i izbjegavanja plaćanja poreza.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the amendments proposed by my colleague and rapporteur Mr Maurel because I think that combating tax evasion and tax avoidance is a political priority for the European Union. In this regard, a skilled staff is needed in order to facilitate a rapid and complete exchange of information.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Commissione europea sta portando avanti un programma contro l'evasione e l'elusione fiscali, per garantire una tassazione più equa e più efficace nell'UE. Sono stati compiuti progressi significativi nel rafforzamento della trasparenza fiscale e della cooperazione tra le amministrazioni fiscali in tutta l'Unione. Gli Stati membri hanno concordato nuove norme per lo scambio automatico d'informazioni sui ruling fiscali e sulle rendicontazioni in materia fiscale. Il programma dell'UE sulla trasparenza fiscale è di fondamentale importanza per identificare e affrontare l'evasione fiscale in modo efficace, poiché le autorità fiscali hanno bisogno di un accesso più ampio alle informazioni sui titolari effettivi degli enti intermediari e ad altre informazioni pertinenti in materia di adeguata verifica della clientela. Per questo è necessaria l'effettiva e rapida attuazione dello standard globale per lo scambio automatico di informazioni finanziarie a fini fiscali, applicato dalla direttiva 2014/107/UE, la quale garantisce anche che le informazioni sui titolari dei conti finanziari siano trasmesse allo Stato membro in cui risiede il titolare del conto. In assenza delle informazioni in materia di anti-riciclaggio, le autorità fiscali non saranno in grado di monitorare, verificare e confermare se le istituzioni finanziarie applicano adeguatamente la direttiva relativa alla cooperazione amministrativa.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans le cadre de la proposition de la Commission européenne de modifier la directive relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal. Cette proposition de modification vise à faciliter l'accès des autorités fiscales aux informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment des capitaux. Il est également demandé de mettre en place un registre public des entreprises afin de favoriser la transmission d'informations fiscales entre les États membres. Nous considérons que ces échanges de données contribueront à lever les obstacles administratifs qui entravent l'efficacité du travail des autorités nationales en matière de lutte contre l'évasion fiscale. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Prezenta inițiativă are în vedere extinderea accesului autorităților fiscale la informații cu privire la combaterea spălării banilor în vederea atingerii obiectivelor de monitorizare a aplicării Directivei privind cooperarea administrativă de către instituțiile financiare.

Combaterea evaziunii fiscale și a evitării obligațiilor fiscale au reprezentat întotdeauna priorități pentru Uniunea Europeană, creșterea transparenței fiscale fiind un obiectiv primordial în lupta de combatere a spălării de bani. Având în vedere că accesul administrațiilor fiscale la informații diferă semnificativ în unele regiuni ale Uniunii, această propunere devine oportună în vederea consolidării eforturilor împotriva evaziunii fiscale.

M-am exprimat în favoarea raportului referitor la accesul autorităților fiscale la informații privind combaterea spălării banilor, deoarece consider că este esențială consolidarea cooperării între autoritățile fiscale din statele membre în vederea combaterii acțiunilor frauduloase ce aduc prejudicii bugetului Uniunii.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Ce rapport constitue la position du Parlement sur la révision de la directive 2011/16/UE relative à l'accès des autorités fiscales aux informations sur la lutte contre le blanchiment. Le Parlement était consulté sur ce texte. Grâce à cette directive les échanges d'informations relatives à la lutte contre le blanchiment des capitaux seront automatiques entre les États membres. L'objectif de cette réforme est de renforcer la transparence fiscale et de rendre la lutte contre le blanchiment des capitaux plus efficace dans l'Union européenne. Les scandales des Luxleaks et des Panama papers ont montré de nombreuses failles dans ce domaine. Il faut donc agir en conséquence. J'ai voté en faveur de ce rapport

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che consente l'accesso automatico delle autorità fiscali degli Stati membri delle informazioni in materia di riciclaggio. L'accesso sistematico delle autorità fiscali alle informazioni in materia di antiriciclaggio permetterà una maggiore trasparenza e una più rapida identificazione ed elaborazione dei dati, evitando rallentamenti e disfunzioni nella cooperazione amministrativa da parte delle istituzioni finanziarie. La direttiva si applicherà alle imposte di qualsiasi tipo riscosse da o per conto di uno Stato membro o delle ripartizioni territoriali o amministrative di uno Stato membro, comprese le autorità locali, nonché ai servizi di cambio di valute virtuali e ai prestatori di servizi di portafoglio digitale. Gli Stati membri dovranno garantire che tutte le informazioni scambiate e ottenute siano oggetto di indagini tempestive, indipendentemente dal fatto che tali informazioni siano state ottenute dalle autorità su richiesta, mediante uno scambio di informazioni spontaneo o attraverso fughe di notizie pubbliche.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The Directive will place mandatory requirements on Member States on sovereign tax matters and personal information that could, just as easily, be agreed at an intra-governmental level, rather than via the EU. Accordingly UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report, which will help to fight money laundering and the large scale secret offshore funds which have hit the headlines in the past year. I am a firm believer that corruption and money laundering must be fought. The purpose of this report is to enable tax authorities to consistently access anti-money laundering information for the performance of their duties in monitoring the proper application of the Directive on Administrative Cooperation by Financial Institutions. Tax authorities of a Member State shall automatically exchange the documents and information on anti-money laundering with any other Member State.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La direttiva che implementa gli standard globali per lo scambio automatico delle informazioni in materia di tassazione è in corso di revisione e la proposta introduce la possibilità per le autorità fiscali nazionali di accedere alle informazioni antiriciclaggio. Ciò aiuterà a combattere il finanziamento di terrorismo, corruzione e altre attività criminali. Nelle intenzioni della relazione del collega lo scambio di informazioni dovrebbe essere automatico e obbligatorio, al fine di garantire la massima trasparenza. Grazie al nostro contributo la relazione comprende anche un meccanismo sanzionatorio per le banche che facilitano il riciclaggio di danaro, come il ritiro della licenza bancaria. Ho quindi votato convintamente a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Απέχουμε από την ψηφοφορία, καθώς μια πολύ σημαντική τροπολογία που κατατέθηκε από το Ευρωπαϊκό Λαϊκό Κόμμα δεν υπερψηφίστηκε, με αποτέλεσμα να μην μπορούμε να υπερψηφίσουμε την έκθεση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης για την πρόσβαση των φορολογικών αρχών σε πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες. Ιδιαίτερα μετά τις αναταράξεις που προκάλεσε η οικονομική κρίση στα περισσότερα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης, έχει πλέον γίνει αντιληπτή η σημασία της καταπολέμησης της αδιαφάνειας και των παράνομων οικονομικών δραστηριοτήτων. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione finalizzata a rafforzare le norme in materia di antiriciclaggio a livello europeo. L'intervento legislativo, pur lodevole negli intenti, arriva a danni compiuti (vedasi Panama Papers e simili) e non sarà risolutivo nel prevenire nuovi casi.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Alla luce di quanto emerso dai Panama Papers o soventemente sollevato dalla cronaca, è prioritario per l'Unione compiere un'azione politica e diplomatica nei confronti di operazioni che occultano pratiche di frode fiscale, evasione e riciclaggio di denaro e pertanto paleso il mio benestare al provvedimento.

Per una lotta efficace a fenomeni come l'evasione, l'elusione e la pianificazione fiscale aggressiva si rende basilare una pervicace attuazione di uno standard comunitario per lo scambio automatico di informazioni sui titolari dei conti finanziari e degli intermediari contestati. Nell'attesa e nella speranza che tale format raggiunga l'applicazione a livello globale, si invitano gli Stati a produrre informazioni della medesima qualità, per l'appunto, solo attraverso la compatibilità delle stesse e dei sistemi di lettura connessi lo standard automatico diviene funzionante. Certamente, il lavoro delle autorità è dettato e procede lungo il selciato della trasparenza attuata dai cittadini. Costoro, devono attenersi non solo alla legalità, bensì agire secondo quando previsto dalle norme in materia di trasparenza per non complicare ulteriormente un quadro già impervio nel suo esistere. Tuttavia, vanno mantenute intatte le libertà dei cittadini e lungi dal Parlamento istituire sistemi repressivi nei confronti dei diritti fondamentali o che disincentivino le attività economiche attraverso lacciuoli burocratici.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. — I supported the report on the proposal for a Council directive amending Directive 2011/16/EU as regards access to anti-money-laundering information by tax authorities and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto ritengo molto utile che venga consentito alle autorità fiscali di avere un accesso sistematico alle informazioni in materia di antiriciclaggio per lo svolgimento delle loro funzioni di monitoraggio della corretta applicazione della direttiva relativa alla cooperazione amministrativa da parte delle istituzioni finanziarie.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the call for political and diplomatic action aimed at eliminating offshore centres at global level. I believe that the Swissleaks, Luxleaks, Panama Papers and Bahamas Leaks revelations are individual manifestations of a global phenomenon which, as stated by the report, have confirmed the paramount need for greater tax transparency and much closer coordination and cooperation between jurisdictions.

Mandatory automatic exchange of tax information is recognised internationally as the most effective instrument in the achievement of international tax transparency, and as the EU we need to see that it is implemented diligently.

Union rules on the prevention and combating of money laundering have over time incorporated changes in international standards, with the aim of strengthening Member State coordination and responding to the challenges faced at global level.

In this sense, I am increasingly concerned with the interlinking links between money laundering, the funding of terrorism, organised crime and tax evasion and avoidance. Time is ripe to see to this.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono espresso favorevolmente nei confronti della relazione Maurel. A seguito dei recenti scandali quali Luxleaks o quello dei Panama Papers era molto attesa una risposta europea in ambito fiscale. Attraverso tale relazione si vuole facilitare un maggiore nonché più efficace controllo che possa limitare e combattere la corruzione, il riciclaggio di denaro, l'elusione e l'evasione fiscali in Europa. Sappiamo bene come un provvedimento in questo senso sia necessario, anche nella lotta al terrorismo, in quanto un maggior controllo mette in difficoltà le transazioni e gli spostamenti di ingenti somme di denaro da parte di gruppi armati terroristici. Una caratteristica importante da sottolineare è la nuova possibilità per uno scambio automatico e obbligatorio delle informazioni tra autorità fiscali e banche al fine di garantire maggiore trasparenza, e anche un meccanismo sanzionatorio che prevede il ritiro della licenza bancaria in caso di una comprovata accusa di riciclaggio di denaro sporco.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone una mejora en las exigencias con respecto al acceso de información por parte de las autoridades tributarias. Con el desarrollo de todos los escándalos fiscales producidos en los últimos años: *Luxleaks, Panamaleaks, Bahamaleaks*… el público ha conocido las prácticas fiscales de los principales actores del sistema financiero. Esta propuesta, nace de la presión de la opinión pública de actuar en este ámbito y permitir el acceso a la información tributaria relevante de los evasores fiscales. El acceso a la información por parte de las autoridades competentes es un paso necesario, para poder implementar el principio de pagar impuestos donde la riqueza es creada y llevar a cabo acciones contra los paraísos fiscales. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le modifiche della quarta direttiva anti-riciclaggio del denaro, proposte dalla Commissione nel luglio 2016, sono importanti per migliorare l'identificazione di riciclaggio di denaro, corruzione, terrorismo, finanziamento e altre attività criminali. L'obiettivo di questa relazione è quello di consentire alle autorità fiscali di accedere costantemente alle informazioni per l'anti-riciclaggio in modo da permettere di esercitare le loro prerogative nel controllo della corretta applicazione della direttiva sulla cooperazione amministrativa da parte delle istituzioni finanziarie. Ritengo che si tratti di un tema fondamentale da affrontare in questo momento delicato per la lotta al terrorismo. Rispetto al testo della Commissione, siamo riusciti ad integrarlo in modo da rendere lo scambio di informazioni tra le autorità fiscali in materia di antiriciclaggio obbligatorio e automatico. Questo è stato il positivo risultato del nostro negoziato e pertanto voto con convinzione a favore di questo testo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Dezvăluirile din cazuri precum „Swissleaks", „Luxleaks", dar și „Panama Papers" au confirmat nevoia fundamentală de creștere a transparenței fiscale și intensificarea coordonării și cooperării dintre instituții. Având în vedere caracterul global al activității de combatere a spălării de bani, această cooperare este esențială pentru o luptă eficientă împotriva acestor practici. Normele Uniunii Europene privind prevenirea și combaterea spălării banilor au integrat modificări ale standardelor internaționale, cu scopul de a consolida coordonarea dintre statele membre, ca răspuns la provocările mondiale, mai ales din cauza legăturilor dintre operațiunea de spălare de bani, finanțarea terorismului și a crimei organizate și evaziunea fiscală.

Am votat pentru un schimb automat și obligatoriu mai eficient de informații din domeniul fiscal, în sprijinul obținerii transparenței fiscale internaționale. Combaterea fraudei și eludării fiscale reprezintă o prioritate absolută pentru Uniune.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A pénzmosás elleni küzdelemmel kapcsolatos információkhoz való adóhatósági hozzáférési módosításáról szóló javaslat előzményét a sajtó által kiszivárgott adócsalási és pénzmosási gyakorlatok leleplezése adta. A történtek rávilágítottak, hogy nagyobb adóügyi átláthatóságra és szorosabb igazságügyi koordinációra és együttműködésre van szükség. Ennek kapcsán az offshore központok globális szintű eltörlését célzó politikai és diplomáciai cselekvésre kell törekedni. Az európai unió egyik alap prioritása az adókikerülés elleni küzdelem beleértve a pénzmosás elleni küzdelmet is. A módosító javaslat kiemeli a pénzmosás megelőzéséről és az ellene való küzdelemről szóló európai uniós jogszabályok tagállami koordinációjának megerősítését.

A módosító javaslat célja engedélyezni a hatósági szerveknek a folyamatos automatikus hozzáférést a pénzmosás elleni küzdelemmel kapcsolatos információkhoz és dokumentumokhoz a lehető legnagyobb átláthatóság biztosítása elérése céljából valamint, figyelni az irányelv megfelelő alkalmazására és törekedni szorosabb együttműködésre a pénzügyi intézményekkel. Az irányelv 2018. január 1-jén lép hatályba.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosowania w sprawie dostępu organów podatkowych do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy. Rozporządzenie ma na celu zapewnienie organom podatkowym konsekwentnego dostępu do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy. Obecnie dostęp do takich informacji jest zróżnicowany na terenie UE. W związku z tym zmiany zapewniłyby organom podatkowym dostęp do informacji wobec klienta, jako części czwartej dyrektywy w sprawie przeciwdziałania praniu pieniędzy. Uzasadnieniem głosu wstrzymującego się są pojawiające się uwagi w ustaleniach z Radą Unii Europejskiej.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Automatic and mandatory exchange of anti-money laundering information between tax authorities is a new step forward in the fight against tax evasion, tax avoidance and money laundering in the EU.

I am favour of this report as it improves tax transparency by enabling tax authorities in the EU to have access to national anti-money-laundering information. This initiative also facilitates the proper application of the Directive on Administrative Cooperation by Financial Institutions and does not impinge majorly on Member State sovereignty in this regard.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport vise à consulter le Parlement européen sur les questions de transparence du système fiscal européen et international. Le constat est clair: les autorités fiscales ont besoin d'un meilleur accès à l'information des entités intermédiaires afin de pouvoir identifier et éliminer efficacement l'évasion fiscale. Ce rapport propose donc que les autorités fiscales puissent accéder systématiquement aux informations relatives au blanchiment d'argent. Considérant que ce rapport clarifie et améliore l'efficacité du système antifraude en matière fiscale, j'ai voté en faveur.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – The Directive will place mandatory requirements on Member States on sovereign tax matters and personal information that could, just as easily, be agreed at an intra-governmental level, rather than via the EU. Accordingly UKIP voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux afin de permettre à ces autorités d'obtenir les informations nécessaires pour s'assurer de la bonne application de la législation sur la coopération administrative par les institutions financières. L'actualité récente nous a prouvé la nécessité de renforcer la transparence fiscale pour lutter contre la fraude. Pour cela, les autorités fiscales doivent notamment pouvoir systématiquement accéder aux informations leur permettant d'identifier les bénéficiaires effectifs des transactions financières.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Imposer le partage des informations fiscales, automatique et obligatoire, entre les États figurait au cœur du rapport d'Emmanuel Maurel. La Commission, dans son paquet législatif destiné à la lutte contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme, ne le proposait pas, alors même que c'est un outil unanimement reconnu et considéré comme le plus efficace pour contrer les pratiques d'optimisation et d'évasion fiscale. Ce combat a été gagné dans l'hémicycle.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Il s'agit d'un projet d'amendement de la directive 2011/16/EU, relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal. Ce projet met en œuvre la norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union européenne. Les améliorations centrales de cette directive consistent à permettre aux autorités fiscales d'accéder à des informations spécifiques dans le cadre de la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales. Les États seraient contraints de fournir une réponse sous trois mois. Un registre des entreprises serait, en outre, mis à la disposition du public.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Σε περιόδους οικονομικής κρίσης, όπου τα εισοδήματα συρρικνώνονται και η επιβολή φόρων είναι συνεχής, η καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής, μεταξύ άλλων, σε σχέση με τη νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, είναι ζωτικής σημασίας.

Οι αποκαλύψεις στις υποθέσεις SwissLeaks, LuxLeaks, των «εγγράφων του Παναμά» και Bahamas Leaks, που είναι μεμονωμένες εκδηλώσεις ενός παγκόσμιου φαινομένου, επιβεβαιώνουν την απόλυτη αναγκαιότητα για μεγαλύτερη φορολογική διαφάνεια και πολύ στενότερο συντονισμό και συνεργασία μεταξύ περιοχών δικαιοδοσίας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I supported this report, which should increase transparency for banking and financial transactions. This is an issue on which my constituents in Wales feel strongly, particularly as governments bailed out the banks during the financial crisis but made massive cuts in public services.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Apoiamos todas as medidas que visem melhorar o acesso à informação e a cooperação entre as administrações fiscais dos Estados nacionais. Nesse sentido, incluir todo o acervo de informações tipificadas no quadro da luta contra o branqueamento de capitais ao nível da cooperação administrativa representa um passo positivo. Sublinhamos, todavia, que somente nos casos em que estas informações sejam trocadas de forma automática se poderá lograr obter resultados práticos.

Sobre o combate ao branqueamento de capitais, importa contudo não alimentar ilusões. Não será possível combater este fenómeno confiando apenas nos deveres de diligência das companhias privadas e do sistema financeiro. Como tem sido criticado por muitas organizações, os resultados da luta contra o branqueamento de capitais tem sido residual ao longo das últimas décadas. Ou seja, o branqueamento de capitais, assim como a fraude e a evasão fiscal, são uma das faces da economia liberal e do sistema capitalista. Neste sentido, a recuperação do controlo público sobre a banca e sobre o sistema financeiro é condição necessária para um combate mais efetivos a estes fenómenos e para um melhor funcionamento da economia.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Hlavným cieľom predmetnej iniciatívy je umožniť daňovým orgánom konzistentný a neustály prístup k informáciám o praní špinavých peňazí. Obmedzovanie daňových únikov a vyhýbania sa daňovej povinnosti, a to aj v súvislosti s praním špinavých peňazí, musí byť pre Európsku úniu a jej členské štáty absolútnou prioritou. Represívnym zložkám pôsobiacim v tejto oblasti je potrebné uľahčovať ich činnosť a aktívne pomáhať pri odhaľovaní skutočných príjemcov nelegálne získaných finančných prostriedkov. Samozrejmosťou musí byť kvalitné materiálové vybavenie a súvisiace využívanie najmodernejších informačných a komunikačných technológií. Len tie umožnia vysledovať činnosti súvisiace s praním špinavých peňazí už v počiatočnom štádiu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto la relazione è tardiva ed esprime soltanto un giudizio «consultivo».

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόσβαση των φορολογικών αρχών σε πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, καθώς σε περιόδους οικονομικής κρίσης, όπου τα εισοδήματα συρρικνώνονται και η επιβολή φόρων είναι συνεχής, η καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής, μεταξύ άλλων, σε σχέση με τη νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, είναι ζωτικής σημασίας.

Οι αποκαλύψεις στις υποθέσεις SwissLeaks, LuxLeaks, των «εγγράφων του Παναμά» και Bahamas Leaks, που είναι μεμονωμένες εκδηλώσεις ενός παγκόσμιου φαινομένου, επιβεβαιώνουν την απόλυτη αναγκαιότητα για μεγαλύτερη φορολογική διαφάνεια και πολύ στενότερο συντονισμό και συνεργασία μεταξύ περιοχών δικαιοδοσίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the outcome of the report, as automatic and mandatory exchange of anti-money laundering information between tax authorities is a new step forward in the fight against tax evasion, tax avoidance and money laundering in the EU. Hence, I strongly support the exchange of AML information between tax authorities to be mandatory and automatic.

Tax administrations' access to AML information differs considerably throughout the EU. Even when this access is granted, authorities often still encounter significant barriers that hinder the effectiveness of their work against tax avoidance and evasion. The amendments to the Fourth Anti-Money-Laundering Directive, proposed by the Commission in July 2016, are important to improve the identification of money-laundering, corruption, terrorist financing and other criminal activities. Tax authorities should also have access to such information in order to maximise their capacity to tackle tax evasion and avoidance.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek. Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul.

A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb

teendőnk.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe con la intención de apoyar la lucha contra la evasión fiscal y el blanqueo de capitales. Este hecho, por sí solo, debe mover a la acción política y diplomática con el objetivo de eliminar los centros financieros extraterritoriales en todo el mundo. Por lo tanto, las autoridades tributarias necesitan poder acceder de forma rápida y completa a la información sobre blanqueo de capitales y disponer de personal suficiente y debidamente cualificado para desempeñar ese cometido y de la capacidad para intercambiar dicha información de manera automática y obligatoria, para aprovechar al máximo las sinergias resultantes de la cooperación a escala nacional, internacional y de la Unión.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar el intercambio automático en el marco del procedimiento de consulta, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en el que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscal es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al mismo tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Sono a favore delle modifiche legislative introdotte a questo importante testo, che ho avuto modo di seguire in prima persona presso la commissione affari giuridici. Questa riforma permette anche alla autorità fiscali nazionali di avere accesso alle informazioni obbligatorie secondo le norme antiriciclaggio.

È un passo avanti rilevante visto che le capacità e competenze delle autorità fiscali cambiano molto da paese a paese: con le modifiche alla quarta direttiva anti-riciclaggio sarà possibile una migliore cooperazione tra autorità fiscali e una migliore identificazione dei movimenti a rischio di evasione, elusione e criminalità economica.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di direttiva del Consiglio che modifica la direttiva 2011/16/UE per quanto riguarda l'accesso da parte delle autorità fiscali alle informazioni in materia di antiriciclaggio, perché lo scopo fondamentale dell'iniziativa consiste nell'abilitare le autorità fiscali ad avere un più consistente accesso alle informazioni in materia di antiriciclaggio, in applicazione della direttiva sulla cooperazione amministrativa fra istituzioni finanziarie, che costituisce il quadro normativo per molte delle azioni dell'UE nell'ambito della trasparenza in materia fiscale.

Lo scambio obbligatorio di informazioni in materia di antiriciclaggio fra autorità fiscali costituisce un nuovo traguardo nella lotta contro l'evasione fiscale, l'elusione fiscale e il riciclaggio di denaro nell'UE. Il nesso esistente tra evasione fiscale, elusione fiscale e riciclaggio di denaro richiede il maggior ricorso possibile alle sinergie che derivano dalla cooperazione a livello nazionale, europeo e internazionale tra le diverse autorità coinvolte nella lotta contro tali reati e abusi.

L'emersione di scandali come *SwissLeaks*, *LuxLeaks* e *Panama Papers* hanno confermato la necessità assoluta di una maggiore trasparenza fiscale, di un coordinamento e una cooperazione più stretti tra giurisdizioni. Ho condiviso, pertanto, l'invito alla Commissione ad analizzare l'eventuale ruolo del sistema bancario e degli operatori finanziari nel favorire il riciclaggio.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Europaabgeordneter der Familien-Partei kämpfe ich für neue und volle Steuergerechtigkeit und Transparenz. Aus diesem Grund habe ich für den Zugang von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche gestimmt.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Ujawnione „Panamskie papiery", które wyciekły z kancelarii Mosack Fonseca w Panamie, wykazały, jak zatrudnieni przez nią prawnicy pomagali swoim międzynarodowym klientom w praniu brudnych pieniędzy i niepłaceniu podatków. W konsekwencji tej i innych afer podatkowych Komisja Europejska rozpoczęła realizację ambitnego programu zwalczania uchylania się od opodatkowania. Parlament Europejski przyjął na listopadowej sesji planarnej nowe przepisy, które mają skuteczniej przeciwdziałać takim procederom. Nowe zasady zapewnią organom podatkowym możliwość dostępu do informacji o firmach i nałożenia na nie obowiązku wymiany danych.

Zwalczanie uchylania się od opodatkowania jest celem nadrzędnym dla osiągnięcia skuteczniejszego i sprawiedliwszego systemu podatkowego w UE. W tym kontekście niezbędne jest zwiększenie przejrzystości podatkowej, a także wzmocniona współpraca między organami podatkowymi w UE.

Dostęp organów administracji podatkowej do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy znacznie się różni w poszczególnych krajach członkowskich. Nawet jeżeli dostęp ten jest zapewniony, organy często napotykają liczne przeszkody, które ograniczają skuteczność ich działań. Nowe zasady są niezwykle istotne w kontekście lepszego wykrywania prania pieniędzy, korupcji, finansowania terroryzmu i innego rodzaju działalności przestępczej.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Bekämpfung von Geldwäsche ist eine zentrale Aufgabe, der sich die europäische Wirtschafts- und Währungsunion seit Jahren stellt. Der Informationsaustausch von Steuerbehörden ermöglicht es, die Geldwäsche in der Europäischen Union noch effektiver zu bekämpfen und kriminelle Organisationen zurückzudrängen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this directive because it seeks to place mandatory requirements on EU Member States on sovereign tax matters that could, just as easily, be agreed at an intra-governmental level, rather than at EU level.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this proposal, which will allow tax authorities to have access to vital information about company ownership so we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, a su vez favorable a la propuesta de la Comisión de obligar al intercambio de información sobre blanqueo de capitales entre Estados miembros, a fin de combatir el blanqueo de capitales y la evasión fiscal. La fecha final de entrada en vigor es 2017, considerada más realista por prácticamente todas las partes. Las enmiendas aportadas por el Parlamento obligan además al intercambio de información sobre los propietarios reales de sociedades, dificultando la evasión mediante el uso de empresas pantalla.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which will allow tax authorities to have access to vital information about company ownership so we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – «LuxLeaks», «SwissLeaks», «Panama papers»… Tous ces scandales mettent en exergue les pratiques inacceptables que sont l'évasion et la fraude fiscale, et surtout, notre devoir de les combattre. La proposition initiale de la Commission européenne sur ces sujets était trop timide. En effet, le seul accès national aux informations sur les titulaires de comptes bancaires des territoires européens ne permettait pas l'utilisation de l'arme la plus efficace à notre disposition pour la lutte contre le blanchiment de capitaux et pour plus de transparence: l'échange automatique et obligatoire d'informations. Le rapport d'Emmanuel Maurel, pour lequel j'ai voté, répond à ce manque en préconisant la mise en place d'un mécanisme automatique et obligatoire d'échange de données entre les autorités fiscales de l'Union européenne et montre la voie vers la justice fiscale et l'égalité devant l'impôt, qui doivent être nos priorités.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. Ennek megfelelően a témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években egyre erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket mutat fel, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint egyre több kutatási témát kínálva a kutatóknak. Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul.

A javasolt kezdeményezések végre összehangolják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentráltabb, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση, καθώς ενισχύει την προσπάθεια καταπολέμησης της διακίνησης του μαύρου χρήματος. Στο πλαίσιο της έκθεσης, οι φορολογικές αρχές κάθε κράτους μέλους θα μπορούν να ανταλλάσσουν, εντός τριών μηνών από τη συλλογή τους, έγγραφα και πληροφορίες για άτομα/κατόχους λογαριασμών που φορολογούνται.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I vote in favour of this report on the European Commission's proposal to enable tax authorities in the EU to have access to national anti-money-laundering information.

One area identified by the Commission in its recent efforts to boost tax transparency is to ensure that tax authorities have greater access to data provided under the EU's anti-money-laundering rules, particularly information on beneficial owners, such as checking the identity of customers and monitoring account activity for suspicious transactions. Anti-money-laundering information will now be included in mandatory automatic exchanges between national tax authorities, transmitting documents and information within six months of their collection to a Member State in which a beneficial owner is a taxpayer.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung muss verbessert werden. Es ist offensichtlich, dass nationale Behörden dazu auch Informationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten benötigen. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden der EU-Mitgliedstaaten ist dazu absolut erforderlich. Gleichwohl gilt es sicherzustellen, dass die nationalen Behörden diese Informationen durch ausreichend qualifiziertes Personal auch bearbeiten können und dass die Daten vertraulich behandelt werden. Im Ergebnis liefert der Bericht gute Vorschläge, um die europäische Verwaltungszusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche zu verbessern. Diese Anliegen unterstütze ich und habe für den Bericht gestimmt.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

A jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk, ezért támogattam a jelentést.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The rapid exchange of anti-money laundering information between tax authorities at a national and international level should be mandatory in order to aid the fight against tax evasion, tax avoidance and money laundering in the European Union.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Vijeća o izmjeni Direktive u pogledu pristupa poreznih tijela informacijama o sprječavanju pranja novca zbog toga što smatram da je potrebno osigurati učinkovitije, jasnije i poštenije oporezivanje u Europskoj uniji. Podržavam mjere kojima se poreznim vlastima omogućuje pristup svim potrebnim informacijama kako bi te vlasti učinkovito obavljale svoje dužnosti. Time se omogućuje pristup mehanizmima, dokumentima, procedurama i informacijama koji su neizbježni kako bi se ojačao europski i međunarodni okvir transparentnosti, te sprječavanje pranja novca. Povrh toga, potrebno je da se informacije među poreznim vlastima razmjenjuju automatski te da se međunarodna suradnja na tom području ojača.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – The Panama Papers revelations showed once more how essential it is to ensure proper exchange of information on bank data. With these new rules, tax authorities with anti-money laundering responsibilities in any EU country will have to automatically share information such as bank account balances, interest income and dividends with their counterparts in other Member States. I believe automaticity is the only way this sharing of information can work. Money laundering, terrorist financing, organised crime and tax evasion are all interlinked and recognise no borders, which is why tax authorities need to have equal access to anti-money-laundering information in all Member States.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Emmanuel Maurel sur l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux. Ce rapport vise à modifier les règles en matière de coopération administrative pour plus d'efficacité, en introduisant une coopération renforcée entre les autorités européennes. Dans la mesure où il s'agit d'un phénomène qui dépasse les frontières et qui touche l'ensemble des pays européens, ce n'est que par une approche européenne que l'on résoudra ce problème.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à permettre aux autorités fiscales d'accéder systématiquement aux informations relatives à des activités de blanchiment d'argent. Les scandales qui ont récemment éclaté montrent que la lutte contre le blanchiment d'argent doit être renforcée et que les autorités fiscales doivent avoir accès à ces informations, de sorte que les institutions financières appliquent correctement le droit en vigueur, et notamment la directive sur la coopération administrative des autorités financières.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Forderungen im vorliegenden Bericht für eine effizientere Bekämpfung der Steuerhinterziehung und –vermeidung. Ich hoffe, dass dieser Bericht einen weiteren Anstoß zur Erhöhung der Steuertransparenz darstellt und dadurch mehr Fairness bei der Bezahlung anfallender Steuern geschaffen wird.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on anti-money laundering information, because the Panama Papers scandal showed that some of the most egregious tax evaders are able to get away with it by concealing information about who truly owns a company. With this proposal, the EU will allow tax authorities to have access to this vital information, and thereby we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung muss verbessert werden. Es ist offensichtlich, dass nationale Behörden dazu auch Informationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten benötigen. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden der EU-Mitgliedstaaten ist dazu absolut erforderlich. Gleichwohl gilt es sicherzustellen, dass die nationalen Behörden diese Informationen durch ausreichend qualifiziertes Personal auch bearbeiten können und dass die Daten vertraulich behandelt werden. Im Ergebnis liefert der Bericht gute Vorschläge, um die europäische Verwaltungszusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche zu verbessern. Diese Anliegen unterstütze ich und habe für den Bericht gestimmt.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zprávu o návrhu směrnice Rady, kterou se mění směrnice 2011/16/EU, pokud jde o přístup daňových orgánů k informacím pro boj proti praní peněz, jsem velmi ráda podpořila, jelikož úloha bankovních účtů a společností se sídlem v daňových rájích a nespolupracujících jurisdikcích se ukázala jako společný jmenovatel u obrovského rozsahu obecně odkrytých a vytvořených operací, které skrývají daňové podvody, úniky kapitálu a praktiky praní peněz. Tato skutečnost by sama o sobě měla vyvolat politické a diplomatické kroky směřující k odstranění offshorových center na globální úrovni, ale Rada bohužel až příliš dlouho nečinně přihlížela. Přitom vypozorovaná souvislost mezi daňovými úniky, vyhýbáním se daňovým povinnostem a praním peněz si žádá využít v plné míře součinnosti plynoucí z domácí, unijní a mezinárodní spolupráce mezi různými orgány zapojenými do boje proti těmto trestným činům a protiprávnímu jednání. Otázky, jako je transparentnost skutečného vlastnictví nebo míra, do jaké se na subjekty, například z řad právních profesí, vztahuje rámec boje proti praní peněz ve třetích zemích, mají zásadní význam pro posílení schopnosti orgánů Unie řešit problém vyhýbání se daňové povinnosti a praní peněz.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour to this amendment of anti-money-laundering directive since it states clearly the obligations of tax authorities of all Member states to collect and automatically exchange fiscal information about beneficiaries and account holders within three months period.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Napjaink tényfeltáró sajtójának köszönhetően egyre nehezebb a szőnyeg alá söpörni az adózási visszaélések nemzetközi elterjedtségének és hatalmas volumenének tényét. A Swissleaks, a Luxleaks, a Panama-papírok és a bahama-szigeteki kiszivárogtatások adatai egyértelműsítik, hogy sokkal nagyobb adóügyi átláthatóságra, egyben szorosabb igazságügyi koordinációra és együttműködésre van szükség az ilyen típusú globális jelenségekkel szembeni eredményes harc érdekében. Kétségtelen, hogy az utóbbi néhány évben jelentős előrelépések történtek, de bőven maradtak teendők, például indokolt, hogy a nagy multinacionális vállalatok országonkénti bontásban tegyék nyilvánossá az adózással kapcsolatos adataikat. Fontos megállapítása az adott irányelvnek, hogy a Bizottságnak elemeznie kell azt, hogy a bankrendszer és a pénzügyi szolgáltatók milyen szerepet tölthetnek be a pénzmosás elősegítésében. Kellően visszatartó erejű szankcionálásra is szükség van, akár az engedélyek visszavonásáig bezárólag. A magam részéről eddig is támogattam minden fellépést a pénzmosással, adóelkerüléssel, korrupcióval kapcsolatban és a jövőben is ezt fogom tenni.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на предложението за директива на Съвета за изменение на Директива 2011/16/ЕС по отношение на достъпа на данъчните органи до информация за борбата с изпирането на пари.

Борбата с отклонението от данъчно облагане и избягването на данъци, включително във връзка с изпирането на пари, е абсолютен приоритет на Съюза, който се нуждае от гарантиране на ефективен контрол от страна на съответните институции, извършващи комплексна проверка, което не би могло да се случи без достъп до информация – пряк, навременен и комплексен.

Информацията, въведена регулярно в хармонизирани ИКТ системи между държавите членки, ще усъвършенства функционирането на всички равнища на административно сътрудничество. В предложението за директивата е посочена и важността на обмена на актуализирана информация, която ще допринесе за ефективно разследване. Директивата, приложена към националното законодателство на всяка една държава членка, би следвало да подпомогне и направи много по-надеждна работата на държавните институции в борбата с данъчните измами.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – We should support and adopt the Commission's proposal to amend Directive 2011/16/EU so that tax authorities with anti-money-laundering (AML) responsibilities in any EU country can have consistent access to AML information, procedures, documents and mechanisms in other Member States. In this sense, it is important to note that including AML information in mandatory automatic exchanges between national tax authorities will be an important step in the fight against tax avoidance and evasion because it will improve tax transparency. Nevertheless, I call on the EU to extend the scope of AML information available to national tax authorities with regard to virtual currency exchange services and custodial wallet providers to limit money laundering in the digital age.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione oggi approvata si prefigge come obiettivo quello di consentire alle autorità fiscali di poter avere accesso sistematico alle informazioni inerenti l'antiriciclaggio e di svolgere le loro funzioni di osservazione sulla corretta e idonea applicazione della direttiva relativa alla cooperazione amministrativa. Ciò al fine di rafforzare l'UE e le misure di trasparenza internazionale, in modo tale che le autorità fiscali riescano ad avere quante più informazioni sulla clientela, prevenendo anche fenomeni di evasione fiscale. Per poter prevedere meccanismi di questa portata, è necessario che gli Stati membri si scambino, in maniera del tutto automatizzata, le informazioni ed i documenti inerenti gli spostamenti finanziari. La direttiva 849/2015/UE, consentirà loro di accedere a tali informazioni nel corso del monitoraggio della corretta applicazione delle norme sullo scambio automatico di informazioni fiscali. Infine, l'accesso a tali informazioni garantirà che le autorità fiscali siano meglio preparate ad adempiere ai propri obblighi di monitoraggio, essendo così in grado di prevenire l'evasione fiscale e la frode fiscale.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Les récentes affaires révélées par les «LuxLeaks» ou les «Panama papers» ont mis en lumière de trop nombreuses infractions à la législation européenne en matière de blanchiment d'argent, de fraude et d'évasion fiscales.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport, qui propose de nouvelles mesures pour renforcer le cadre de transparence. L'objectif est que les autorités fiscales puissent accéder à l'ensemble des informations dont elles ont besoin, plus particulièrement en ce qui concerne l'identification des propriétaires effectifs des sociétés *offshore*.

Ainsi, nous nous engageons pour agir concrètement contre la criminalité financière.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux. La proposition en question consiste à permettre aux administrations fiscales d'accéder automatiquement aux informations relatives au blanchiment de capitaux afin de renforcer la lutte contre l'évasion fiscale, notamment après les problèmes d'échange d'informations révélés par l'affaire des «Panama papers». L'accès des administrations fiscales aux informations concernant le blanchiment de capitaux varie considérablement d'un État membre à l'autre. Même lorsque cet accès est accordé, les autorités se heurtent parfois à des obstacles majeurs qui entravent l'efficacité de leur travail de lutte contre l'évasion et la fraude fiscales. Afin d'assurer un suivi efficace de l'application par les institutions financières, il est donc nécessaire que les autorités fiscales aient accès aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette directive met en œuvre la norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union. À ce titre, elle garantit que les informations sur les titulaires de comptes financiers sont communiquées à l'État membre dans lequel réside le titulaire du compte. C'est une mesure que nous soutenons, nous qui avons voté pour la directive de lutte contre le blanchiment de capitaux, ainsi que pour la directive sur l'échange d'informations fiscales. Je suis favorable à ce projet qui ne peut qu'être positif pour la lutte contre le blanchiment de capitaux.

J'ai logiquement voté pour.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone una mejora en las exigencias con respecto al acceso de información por parte de las autoridades tributarias. Con el desarrollo de todos los escándalos fiscales producidos en los últimos años: *Luxleaks, Panamaleaks, Bahamaleaks*… el público ha conocido las prácticas fiscales de los principales actores del sistema financiero. Esta propuesta, nace de la presión de la opinión pública de actuar en este ámbito y permitir el acceso a la información tributaria relevante de los evasores fiscales. El acceso a la información por parte de las autoridades competentes es un paso necesario, para poder implementar el principio de pagar impuestos donde la riqueza es creada y llevar a cabo acciones contra los paraísos fiscales. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe busca que el intercambio entre las autoridades de los Estados miembros sea más ágil y rápido y, por tanto, se pueda luchar mejor contra el blanqueo de capitales. En ese sentido, el informe recuerda que la lucha contra la evasión fiscal, en particular en conexión con el blanqueo de capitales, es uno de los retos primordiales de la Unión Europea.

Prueba de ello es que los últimos acontecimientos han confirmado que hoy en día es indispensable implantar una mayor transparencia fiscal junto con mayor coordinación y cooperación internacional.

Doy mi voto favorable al informe, ya que el carácter global del blanqueo de capitales exige una respuesta eficaz y efectiva, que solo puede conseguirse mediante la cooperación internacional.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung muss verbessert werden. Es ist offensichtlich, dass nationale Behörden dazu auch Informationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten benötigen. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden der EU-Mitgliedstaaten ist dazu absolut erforderlich. Gleichwohl gilt es sicherzustellen, dass die nationalen Behörden diese Informationen durch ausreichend qualifiziertes Personal auch bearbeiten können und dass die Daten vertraulich behandelt werden. Im Ergebnis liefert der Bericht gute Vorschläge, um die europäische Verwaltungszusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche zu verbessern. Diese Anliegen unterstütze ich und habe für den Bericht gestimmt.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which aims to find new solutions to combat the concealment of offshore funds through increased transparency.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Direktiva Vijeća 2011/16/EU11, koja je izmijenjena Direktivom 2014/107/EU12 primjenjuje od 1. siječnja 2016. na 27 država članica i od 1. siječnja 2017. na Austriju. Tom se direktivom uvodi globalni standard za automatsku razmjenu informacija o financijskim računima u poreznim stvarima unutar Unije. Njome se osigurava da se državu članicu u kojoj je vlasnik računa rezident izvješćuje o informacijama o vlasnicima financijskih računa u cilju suzbijanja porezne utaje, izbjegavanja plaćanja poreza i agresivnog poreznog planiranja. Slučajevima poput *Swissleaks* i *Panama papers* još jednom se potvrdilo da je potrebna veća porezna transparentnost i uža koordinacija među institucijama, a obzirom na globalni karakter aktivnosti protiv pranja novca, međunarodna suradnja ključna je za učinkovitu i djelotvornu borbu protiv takvih aktivnosti. Postojanje automatske, obvezne i stalne razmjene informacija u području oporezivanja među različitim nadležnim tijelima ključna je za osiguravanje maksimalne transparentnosti i dobivanja osnovnog instrumenta za sprečavanje i suzbijanje prijevara svih vrsta.

Obvezna automatska razmjena informacija o poreznim pitanjima međunarodno je priznata kao najučinkovitiji instrument u službi međunarodne porezne transparentnosti na razini država skupine G20, OECD-a i Europske unije. Smatram kako je borba protiv porezne utaje i izbjegavanja plaćanja poreza apsolutni prioritet Unije, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – This proposal will make further progress in the fight against tax avoidance and tax evasion. For too long, Member States have turned a blind eye on tax evasion, leaving the circulation of huge flows of funds undetected.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Tí, ktorí sa vyhýbajú plateniu daní, sa vždy zameriavajú na menej transparentné režimy a využívajú ich slabé miesta. Nato, aby sme takéto možnosti obmedzili a aby sme zabezpečili rovnaké podmienky medzi členskými štátmi, je potrebný spoločný súbor pravidiel, ktorý daňovým orgánom umožní, aby si plnili svoje monitorovacie povinnosti. Daňové podvody a úniky poškodzujú ekonomiku Únie a jej členských štátov, úzko súvisia s korupciou, netransparentnosťou, trestnou činnosťou v podobe prania špinavých peňazí a podporovania terorizmu a organizovanou trestnou činnosťou. Podporil som preto návrh uznesenia EP o zmene smernice Rady, ktorou sa upravuje prístup daňových orgánov k informáciám na boj proti praniu špinavých peňazí. Dostatočné personálne a materiálne vybavenia daňových a colných orgánov, povinná automatická výmena informácií, medzinárodná spolupráca orgánov v daňovej oblasti, dôsledná legislatíva pre bankový a finančný sektor vrátane vysledovania skutočných vlastníkov spoločností je prostriedkom na dosiahnutie medzinárodnej daňovej transparentnosti. Členské štáty sú povinné zosúladiť svoje právne predpisy s touto smernicou najneskôr do 31. 12. 2017.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Suite aux divers scandales d'évasion fiscale, La Commission a présenté en juillet dernier un paquet législatif destiné à lutter contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme.

Dans ce cadre, le rapport recommande un échange automatique et obligatoire des informations sur les titulaires de comptes bancaires entre les administrations fiscales. La fraude ainsi que l'évasion et l'optimisation fiscale agressive sont autant de fléaux pour l'économie qui doivent être fermement combattus par un effort coordonné de tous les États membres; c'est pourquoi je vote en faveur de ce rapport.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Συμβουλίου για την τροποποίηση της οδηγίας 2011/16/ΕΕ όσον αφορά την πρόσβαση των φορολογικών αρχών σε πληροφορίες για την καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 22 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Il a pour objectif de donner aux autorités fiscales l'accès systématique aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux. La directive, en garantissant la communication des informations sur les titulaires de comptes financiers, applique la norme mondiale d'échange automatique de renseignements dans ce domaine. Par ailleurs, elle permet, lorsque ce titulaire est une structure intermédiaire, que les institutions financières examinent cette structure et identifient ses bénéficiaires effectifs. Nous approuvons ces mesures de transparence fiscale et d'amélioration de l'efficacité du travail des autorités fiscales.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on Access to anti-money-laundering information by tax authorities. Cooperation, in the form of information exchange, is crucial for Member States to be able to combat tax fraud, tax evasion, and money laundering. With scandals such as the Panama Papers, Luxleaks and Bahamas Leaks, to name a few, taking over the world, it is necessary to develop a new set of measures for greater tax transparency. One of those measures includes automatic exchange of tax information and hence, one reason for my positive vote. Finally, yet importantly, the exchange should go hand in hand with improved technology that can trace money-laundering activities.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório versa sobre a proposta de Diretiva do Conselho que altera a Diretiva 2011/16/UE, reforçando a ideia de que o combate à evasão fiscal e à elisão fiscal é (ou deverá ser) uma prioridade da UE. Os escândalos Luxleaks, Panama Papers e outros confirmam a necessidade de uma maior transparência fiscal e cooperação entre as jurisdições.

Ficou, assim, estabelecido que as autoridades fiscais dos Estados-Membros trocarão automaticamente, no prazo de três meses a contar da sua recolha, os documentos e informações comunicados com qualquer outro Estado-Membro se o beneficiário efetivo de uma empresa ou qualquer outro titular de uma conta for um contribuinte nesse Estado-Membro. Além disso, foi igualmente decidido que o acesso deveria ser concedido à Comissão para o cumprimento das suas missões, numa base confidencial. Votei a favor.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – La Commission, le Parlement européen et les États membres sont en train de finaliser une grande réforme visant à mieux surveiller et réprimer la corruption, le blanchiment d'argent et le financement du terrorisme (directive dite «AMLD I»). La Commission a proposé que les informations ainsi collectées soient accessibles aux fiscs nationaux.

Il s'agit en particulier de l'accès aux registres centraux des bénéficiaires effectifs de sociétés et de trusts qui seront mis en place dans chaque État.

Avec ce rapport, j'ai obtenu, au gré d'une négociation fructueuse avec les autres groupes politiques, que chaque État partage automatiquement les informations avec les autres pays concernés. Afin de lutter contre ce phénomène par essence mondialisé, l'échange automatique et obligatoire des informations est considéré par l'ensemble des experts comme l'arme la plus efficace à la disposition des pouvoirs publics.

En votant ce rapport et en recueillant une quasi-unanimité au sein du Parlement, j'espère qu'il pourra servir d'instrument de pression utile sur les gouvernements européens encore très timides en ce qui concerne la transparence fiscale.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Um eine effizientere Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung zu ermöglichen und damit eine Erhöhung der Steuertransparenz zu erwirken, stimme ich dem Vorschlag in vorliegender Form zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Mokesčių institucijoms turi būti suteikta galimybė lengviau gauti informaciją, kuri yra reikalinga siekiant nustatyti mokesčių slėpimo atvejus. Tikiuosi, jog tai padės atsakingoms institucijoms efektyviau užkirsti kelią mokesčių slėpimui ir padidins mokesčių skaidrumą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La proposition de la Commission vise à modifier la directive 2011/16/UE du Conseil relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal. Elle introduit une disposition permettant aux autorités fiscales d'avoir accès à des informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales. Le rapport reprend cette proposition en précisant certains éléments.

Ainsi, il souligne que pour être efficaces les autorités fiscales doivent disposer de «ressources humaines suffisamment nombreuses et qualifiées pour mener à bien cette tâche». Le rapport promeut «un échange d'informations automatique, obligatoire et continu entre les différentes autorités compétentes dans le domaine fiscal» . Le délai de transmission est fixé à trois mois après la collecte des informations.

Les systèmes d'évitement fiscal tels que celui révélé dans l'affaire «Luxleaks» sont nommément mis en cause. Enfin le rapport fixe comme objectif «l'extinction des centres offshore à l'échelle mondiale». Je vote pour ce texte sans illusion quant à ses effets.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est issu d'une procédure de consultation du Parlement, faisant suite à la proposition de la Commission européenne qui doit modifier la directive (2011/16/EU) relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal permettant aux autorités fiscales d'accéder aux informations concernant la lutte contre le blanchiment de capitaux.

Cette modification met en place une norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union.

Les récents scandales en la matière ont mis en exergue des lacunes dans les échanges d'informations fiscales et ont mis en avant les mesures à prendre pour soutenir la transparence fiscale à l'échelle européenne et internationale.

Ayant déjà voté pour la directive de lutte contre le blanchiment de capitaux, ainsi que pour la directive sur l'échange d'informations fiscales, j'ai voté pour ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O combate à evasão fiscal e à elisão fiscal, inclusive em ligação com o branqueamento de capitais, é uma prioridade absoluta para a União Europeia. A troca automática de informações obrigatória em matéria fiscal é reconhecida a nível internacional, no âmbito do G20, da OCDE e da União Europeia, como o instrumento mais eficaz para a consecução da transparência fiscal internacional. Para que sejam alcançados os objetivos da presente diretiva, é necessário que a Comissão estude o eventual papel do sistema bancário e dos operadores financeiros na facilitação do branqueamento de capitais. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this Report, which aims to tackle corrupt practices and illegal, abusive money laundering. We have seen with the Panama Papers scandal that we need to come down hard on those unscrupulous individuals who abuse the system to the detriment of the taxpayer.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Suite aux différents scandales, dont notamment ceux liés aux Panama papers, il était essentiel qu'un tel rapport soit adopté. L'objectif est de permettre un échange automatique, entre autorités fiscales nationales, des informations sur les titulaires de comptes bancaires.

En ayant accès aux registres qui reprennent l'ensemble des propriétaires effectifs de compte bancaires, leurs revenus sur les intérêts et les dividendes, il sera plus facile de lutter contre l'évasion fiscale et le blanchiment d'argent. Il s'agit après tout de mieux armer ceux qui sont en charge de faire respecter l'état de droit dans l'UE. Mais, comme nous le voyons dans le cadre de la Commission d'enquête Panama papers, le combat ne s'arrête pas là. La coopération entre États membres et la coordination au niveau européen doivent impérativement continuer à être renforcées.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which gives its green light to a proposal that will allow the exchange of sensitive information concerning money laundering between tax authorities.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Tanácsnak a 2011/16/EU irányelvnek a pénzmosás elleni küzdelemmel kapcsolatos információkhoz való adóhatósági hozzáférés tekintetében történő módosításáról szóló irányelv elfogadására. A javaslat elfogadása előtt a Tanács konzultálni köteles a Parlamenttel. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament 22 módosítással hagyja jóvá a javaslatot, és kérje föl a Bizottságot, hogy javaslatát ennek megfelelően módosítsa. Ennek megfelelően szavaztam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte permet d'introduire un certain nombre de mesures utiles à la lutte contre le blanchiment d'argent. Je vote donc pour.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on anti-money laundering information, because the Panama Papers scandal showed that some of the most egregious tax evaders are able to get away with it by concealing information about who truly owns a company. With this proposal, the EU will allow tax authorities to have access to this vital information and we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux. Cette pratique, qui consiste à jouer sur l'origine des fonds perçus, permet aux criminels ou aux organisations terroristes de subvenir à leurs besoins financièrement ; il est donc indispensable que l'Union européenne renforce la coopération entre ses États membres pour la faire cesser.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – L'accesso delle autorità fiscali alle informazioni in materia di antiriciclaggio differisce notevolmente tra gli Stati membri. Anche quando questo accesso è garantito, le autorità incontrano ancora notevoli ostacoli che minano l'efficacia del loro lavoro nella lotta contro l'evasione e l'elusione fiscali. Per queste ragioni è di fondamentale importanza sostenere misure volte a garantire l'identificazione di queste pratiche, spesso legate a fenomeni di corruzione, finanziamento ad organizzazioni terroristiche e altre attività criminali. Le rivelazioni emerse, ad esempio grazie a Luxleaks e Panama Papers, hanno confermato la necessità assoluta di una maggiore trasparenza fiscale nonché di un coordinamento e una cooperazione più stretti tra giurisdizioni nazionali.

Per questo ho sostenuto la proposta di istituire un registro centrale completo di tutti i beneficiari effettivi delle società e dei trust. Sono convinto inoltre che le autorità fiscali debbano avere un accesso orizzontale a quelle informazioni che possono massimizzare le capacità di contrastare l'evasione e l'elusione. Uno scambio automatico e obbligatorio di informazioni in materia di antiriciclaggio tra le autorità fiscali dei diversi Stati membri è quindi un passo fondamentale nella lotta contro l'evasione fiscale, l'elusione e il riciclaggio di denaro sporco. La gravità e la perseveranza di questi fenomeni richiedono un'azione politica immediata.

Alessandra Mussolini (NI), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta poiché ritengo che l'obiettivo di questa iniziativa è consentire alle autorità fiscali di avere un accesso sistematico alle informazioni in materia di antiriciclaggio. È indispensabile uno scambio automatico, obbligatorio e costante di informazioni in materia fiscale tra le varie autorità competenti, al fine di assicurare la massima trasparenza e disporre di uno strumento di base per prevenire e contrastare ogni tipo di comportamento fraudolento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 15 February 2011 the European Council issued Directive 2011/16/EU on administrative cooperation in the field of taxation. I have voted for this report that amends this Directive offering tax authorities anti-money laundering information.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Недоволството, което европейските граждани изпитват спрямо ЕС в последните години, не е необясним феномен. Това до голяма степен може да се обясни с факта, че за справянето с финансовата и икономическата криза основната тежест се пое и продължава да се поема от обикновените хора. Междувременно, влиятелни фигури, разполагащи със солидно състояние, бягат от съдебна и финансова отговорност посредством офшорни центрове, като тези, които бяха разкрити в „Панамските документи".

В този контекст, аз изразих своята подкрепа за тази резолюция, защото тя очертава борбата с отклонението от данъчно облагане и избягването на данъци, включително във връзка с изпирането на пари, като първостепенен приоритет на ЕС. Надявам се, че след като тази борба е поставена на дневен ред в ЕС, ще последват и конкретни политически действия, насочени към премахването на офшорните центрове на световно равнище.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Directiva privind accesul autorităților fiscale la informații privind combaterea spălării banilor se aplică tuturor tipurilor de taxe și impozite percepute de către sau în numele unui stat membru sau al subdiviziunilor teritoriale sau administrative ale acestuia, inclusiv de autoritățile locale, precum și serviciilor virtuale de schimb valutar și furnizorilor de portofele digitale în custodie. În vederea realizării obiectivelor prezentei directive, Comisia ar trebui să evalueze rolul pe care îl pot juca sistemul bancar și operatorii financiari în promovarea spălării banilor. În virtutea competențelor sale sporite în domeniul reglementării financiare și bancare, Uniunea ar putea, prin urmare, să ia măsuri printr-o propunere ad hoc privind creșterea controlului și a transparenței pentru serviciile bancare și tranzacțiile financiare și prin eventuale sancțiuni.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am dat un vot pozitiv acestui raport, deoarece este necesar ca una dintre prioritățile Uniunii Europene să continue să fie combaterea fraudei și a eludării fiscale, care generează fenomenul spălării de bani, atât de nociv bugetelor statelor membre. Întrucât avem în vedere o problemă care afectează nu doar România, ci toate statele europene, am votat pentru asigurarea unui mediu transparent, pentru accesul autorităților fiscale la informațiile financiare ale persoanelor și companiilor suspectate de astfel de fapte, cu mențiunea că aceste suspiciuni trebuie să fie întemeiate, pentru a preveni abuzurile. De altfel, un aspect important al raportului este propunerea de a ameliora cooperarea internațională a instituțiilor fiscale prin schimbul de informații esențiale în vederea combaterii acestor activități, care deseori au aspect transfrontalier.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu přijímanou postupem konzultace, jejímž cílem je zlepšit boj proti daňovým únikům, vyhýbání se daňovým povinnostem a agresivnímu daňovému plánování. Právě povinná automatická výměna informací v oblasti daní je mezinárodně uznávána jako nejúčinnější nástroj ve snaze o dosažení mezinárodní daňové transparentnosti. Zpráva potvrzuje, že existují pádné důvody pro další rozšíření správní spolupráce mezi daňovými orgány, aby se týkala informací o skutečném vlastnictví, a že automatickou výměnu informací o skutečném vlastnictví je možné integrovat do závazného rámce v oblasti daňové transparentnosti, který již EU uplatňuje. O reálnosti těchto úvah svědčí to, že všechny členské státy se již dnes účastní pilotního projektu výměny informací o skutečných vlastnících společností a trustů. Zároveň však platí, že jen dobře fungující daňové orgány využijí efektivně získané informace pro lepší výběr daní.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da ich mich für eine effizientere Bekämpfung der Steuerhinterziehung ausspreche und ich spreche mich für eine Erhöhung der Steuertransparenz aus.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Ce rapport porte sur l'automaticité du transfert par les autorités financières nationales des données relatives aux activités de blanchissement d'argent. En effet, en l'état, il n'existe pas d'obligation pour les États membres de l'Union européenne de partager ce type d'informations, ce qui pose problème dans le cas où les mouvements d'argent sont transfrontaliers.

J'ai voté en faveur de ce texte car il est nécessaire d'appliquer davantage de transparence financière au niveau de l'Union européenne dans le cadre de la lutte contre le blanchiment d'argent – c'est aussi un devoir envers nos concitoyens.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiiv seab reeglid võitluseks maksudest kõrvalehoidmise ja agressiivse maksupoliitika vastu. Eesmärgiks on takistada offshore-keskuste tekkimist.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam direktyvos projektui.

Kova su mokesčių slėpimu ir vengimu turi būti veiksmingesnė ir efektyvesnė. Mokesčių slėpimas ir vengimas yra tarpvalstybinio pobūdžio, todėl nepakanka vien nacionalinio lygmens veiksmų.

Siekiant kovoti su agresyvia mokesčių praktika ir apriboti galimybes dideliu mastu nuslėpti lėšas, reikia užtikrinti tinkamą mokesčių institucijų prieigą prie kovos su pinigų plovimu informacijos. Įgyvendinus numatytas priemones mokesčių institucijos galės tinkamai atlikti savo pareigas.

Pažymėtina, kad dėl mokesčių slėpimo ir vengimo valstybių biudžetai kiekvienais metais praranda milijardus pajamų, iškreipiama konkurencija. Todėl būtina koordinuoti kovą su piktnaudžiavimu mokesčiais tiek ES, tiek tarptautiniu lygmenimis bei dar labiau išplėsti mokesčių administratorių administracinį bendradarbiavimą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Οι αποκαλύψεις στις υποθέσεις SwissLeaks, LuxLeaks, των «εγγράφων του Παναμά» και Bahamas Leaks, που είναι μεμονωμένες εκδηλώσεις ενός παγκόσμιου φαινομένου, επιβεβαιώνουν την απόλυτη αναγκαιότητα για μεγαλύτερη φορολογική διαφάνεια και πολύ στενότερο συντονισμό και συνεργασία μεταξύ περιοχών δικαιοδοσίας. Επιπλέον, η διαπιστωθείσα σύνδεση μεταξύ της φοροδιαφυγής, της φοροαποφυγής και της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες απαιτεί διεθνή συνεργασία ώστε να καταστεί αποτελεσματική και αποδοτική η καταπολέμηση τέτοιων δραστηριοτήτων. Η έκθεση, την οποία υπερψήφισα, υποχρεώνει τις φορολογικές αρχές που έχουν στην αρμοδιότητά τους την καταπολέμηση του ξεπλύματος μαύρου χρήματος, σε όποια χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης και αν βρίσκονται, να μοιράζονται αυτόματα πληροφορίες, όπως τα υπόλοιπα των τραπεζικών λογαριασμών και τα έσοδα από τόκους και μερίσματα, με τις ομόλογές τους αρχές στα άλλα κράτη μέλη. Έτσι θα εξασφαλίζεται η μέγιστη διαφάνεια και θα υπάρχει ένα βασικό μέσο για την πρόληψη και την καταπολέμηση της δόλιας συμπεριφοράς κάθε είδους.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che l'unico modo per impedire l'occultamento dei fondi offshore è garantire l'elaborazione, ad opera dell'Unione europea, di un programma di trasparenze fiscale tra Stati membri, che consenta uno scambio automatico e obbligatorio di informazioni. L'accoglimento di questa proposta consentirebbe anche alle autorità fiscali di poter accedere più rapidamente alle informazioni per prevenire il reato di riciclaggio del denaro, di corruzione e di finanziamento del terrorismo. Però ritengo che non si debba eccedere nell'esercizio di tali funzioni, poiché bisogna rispettare anche i dati tutelati dal diritto alla privacy. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Recent media leaks exposed the large-scale concealment of offshore funds. The main new element of the report is that the tax authorities of a Member State shall automatically exchange the documents and information on AML with any other Member State. As a substitute member in the ECON Committee, I supported this report because I believe that better cooperation is essential to ensure that Member States can counter money-laundering practices better.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog koji izmjenjuje Direktivu 2011/16/EU o administrativnoj suradnji na području oporezivanja, uvođenjem mjera kojima bi se omogućilo poreznim vlastima da dosljedno pristupaju informacijama o pranju novca. Afera Panamskih dokumenata koji su otkrili veliko prikrivanje novca na tzv. offshore računima, pokazala nam je da moramo inzistirati na većoj transparentnosti i kontroli. Offshore tvrtke djeluju u pravnom prometu bez veće imovine, a za registraciju su im dovoljni osobni podaci, otvoreni žiro-račun i poštanski pretinac. Uglavnom se otvaraju u državama u kojima su na snazi niske porezne stope. Zbog načina poslovanja u tim državama, osnivačima tih tvrtki omogućeno je prebacivati novac u inozemstvo i time izbjegavati plaćanje poreznih obveza. Samim time narušava se porezni sustav države rezidenta korisnika tih usluga i dolazi do velikih poreznih malverzacija. Svrha izvješća je omogućiti poreznim vlastima da imaju konstantan pristup informacijama protiv pranja novca za obavljanje njihovih dužnosti u praćenju pravilne primjene Direktive 2011/16/EU, a traži se i automatska razmjena dokumenata i informacija.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette directive met en œuvre la norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union. À ce titre, elle garantit que les informations sur les titulaires de comptes financiers sont communiquées à l'État membre dans lequel réside le titulaire du compte. De plus, la directive 2011/16/UE dispose que, lorsque le titulaire du compte est une structure intermédiaire, les institutions financières examinent cette structure et identifient et signalent ses bénéficiaires effectifs.

La proposition vise à modifier la directive 2011/16/UE du Conseil relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal en introduisant une disposition permettant aux autorités fiscales d'avoir accès à des informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales.

Il est aussi demandé la mise en place d'un registre public des entreprises qui garantirait l'accès à l'information, et l'obligation pour les États membres de transmettre automatiquement les informations fiscales qui pourraient intéresser un autre État membre dans les trois mois après leur collecte.

Je soutiens ces mesures efficaces contre la fraude et le blanchiment et je vote donc en faveur de ce rapport.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La lotta al riciclaggio, all'evasione e all'elusione fiscale deve continuare a essere una priorità dell'Unione europea. È interesse di tutti che le autorità fiscali dispongano degli strumenti più efficaci per effettuare al meglio il loro lavoro, recuperare risorse importanti (specialmente in periodi di difficoltà economiche come quello che stiamo attraversando) e assicurare una maggiore equità fiscale a tutti i cittadini.

Questa relazione sostiene le proposte di modifica della quarta direttiva per la lotta al riciclaggio e della direttiva sulla cooperazione amministrativa, avanzate dalla Commissione, al fine di facilitare l'identificazione degli autori di attività illecite e l'accesso alle informazioni per le autorità fiscali. Inoltre, grazie all'impegno del nostro gruppo, la relazione richiede che lo scambio di informazioni tra le autorità fiscali diventi obbligatorio e automatico.

Attualmente le regole per l'accesso alle informazioni antiriciclaggio variano considerevolmente tra gli Stati membri e, anche quando tale accesso è formalmente garantito, la cooperazione delle istituzioni finanziarie è insoddisfacente e le autorità incontrano ostacoli significativi che limitano l'efficacia della loro attività. È più che giusto quindi che la Commissione si adoperi per migliorare il quadro normativo e che il Parlamento europeo sostenga questi sforzi.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Borba protiv porezne utaje i izbjegavanja plaćanja poreza, između ostalog i u vezi s pranjem novca, apsolutni je prioritet Unije. Otkrića u slučajevima Swissleaks, Luxleaks, „dokumenti iz Paname" i „dokumenti iz Bahama", koji su pojedinačne manifestacije globalne pojave, još jednom su potvrdila da je veća porezna transparentnost i mnogo uža koordinacija među jurisdikcijama od najveće važnosti. S obzirom na globalni karakter, međunarodna suradnja ključna je za učinkovitu i djelotvornu borbu protiv takvih aktivnosti. Direktivom Vijeća 2011/16/EU11 uvodi se globalni standard za automatsku razmjenu informacija o financijskim računima u poreznim stvarima unutar Unije. Osigurava se da se državu članicu u kojoj je imatelj računa rezident izvješćuje o informacijama o imateljima financijskih računa u cilju suzbijanja porezne utaje, izbjegavanja plaćanja poreza i agresivnog poreznog planiranja. Poreznim je tijelima potreban brz i potpun pristup informacijama o AML-u te dovoljno osoblja s odgovarajućim vještinama na raspolaganju. Taj bi pristup trebao biti rezultat obvezne automatske razmjene informacija. Bez takvog pristupa i odgovarajućeg osoblja navedena tijela ne bi mogla pratiti, potvrditi i revidirati da financijske institucije pravilno primjenjuju Direktivu 2011/16/EU ispravnim utvrđivanjem i prijavljivanjem stvarnih vlasnika posredničkih struktura.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Naturalmente apoiamos todas as medidas que visem um melhor acesso à informação e uma melhor cooperação entre as administrações fiscais dos estados nacionais. Neste sentido, incluir todo o acervo de informações tipificadas no quadro da luta contra o branqueamento de capitais ao nível da cooperação administrativa representa um passo positivo.

Sublinhamos, contudo, que nos parece indispensável que estas informações sejam trocadas de forma automática, para que esta alteração tenha, de facto, efeitos práticos.

Sobre o combate ao branqueamento de capitais, importa contudo não alimentar ilusões. Na nossa opinião, não é possível combater este fenómeno confiando apenas nos deveres de diligência das companhias privadas e do sistema financeiros. Como tem sido criticado por muitas organizações, os resultados da luta contra o branqueamento de capitais tem sido residual ao longo das últimas décadas.

Ou seja, o branqueamento de capitais, assim com a fraude e a evasão fiscal, são uma das faces visíveis da economia liberal e do sistema capitalista. Neste sentido, a recuperação do controlo público sobre a banca e sobre o sistema financeiro é também uma condição para um combate mais efetivo a estes fenómenos, assim como para um melhor funcionamento da economia.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – The automatic and mandatory exchange of anti-money laundering information between tax authorities is a new step forward in the fight against tax evasion, tax avoidance and money laundering in the EU. The main objective of this initiative is to enable tax authorities to consistently access the information for the performance of their duties in monitoring the proper application of the Directive on Administrative Cooperation by Financial Institutions. I consider this to be a crucial step to improve the identification of money-laundering, corruption, terrorist financing and other criminal activities. I firmly believe tax authorities should also have access to such information in order to maximise their capacity to tackle tax evasion and avoidance through the Commission's Directive on Administrative Cooperation. I would like to congratulate S&D rapporteur, Emmanuel Maurel, on passing the main objective of making the exchange of anti-money-laundering information between tax authorities mandatory and automatic with the support of a wide majority of political groups.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La Commissione europea sta portando avanti un programma ambizioso contro l'evasione e l'elusione fiscali, al fine di garantire una tassazione più equa e più efficace nell'UE. Il miglioramento della trasparenza fiscale costituisce un elemento fondamentale di questo programma. Gli Stati membri hanno concordato nuove norme per lo scambio automatico di informazioni sui «ruling fiscali» e sulle rendicontazioni in materia fiscale, paese per paese, delle multinazionali. Alcune fughe di notizie, recentemente diffuse dai media, che hanno rivelato un occultamento di fondi offshore su larga scala confermano l'importanza del programma dell'UE sulla trasparenza fiscale. Senza l'accesso da parte delle autorità fiscali a tali informazioni in materia di antiriciclaggio, l'efficacia del monitoraggio delle istituzioni finanziarie in relazione all'applicazione della direttiva relativa alla cooperazione amministrativa sarebbe ridotta in misura significativa. In assenza di tali informazioni, le autorità in questione non saranno in grado di monitorare, verificare e confermare se le istituzioni finanziarie applicano adeguatamente la direttiva. Per questi motivi ho deciso di votare a favore di questa risoluzione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rozporządzenie Rady ma na celu zapewnienie organom podatkowym konsekwentnego dostępu do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy, aby mogły wykonywać swoje obowiązki związane z monitorowaniem właściwego stosowania dyrektywy w sprawie współpracy administracyjnej przez instytucje finansowe, np. powiernictwa. Obecnie dostęp do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy jest zróżnicowany na terenie UE. W związku z tym zmiana zapewniałaby organom podatkowym dostęp do mechanizmów, procedur, dokumentów oraz informacji dotyczących własności rzeczywistej oraz będących ich podstawą procedur należytej staranności wobec klienta jako część czwartej dyrektywy w sprawie przeciwdziałania praniu pieniędzy. Nie mam zastrzeżeń do zmian wprowadzonych przez Komisję do dyrektywy w sprawie współpracy administracyjnej. Niemniej jednak Parlament w swoich konsultacjach zawarł elementy automatycznej wymiany informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy, co nie było celem oryginalnego wniosku Komisji ani kompromisu Rady i nie zostało uwzględnione. W związku z powyższym wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport concernant l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux. Suite aux divers scandales d'évasion fiscale, nous avons donné notre consentement pour que les autorités fiscales dans l'Union partagent automatiquement les informations sur les titulaires de comptes bancaires. Ces mesures sont primordiales pour lutter contre le blanchiment d'argent et l'évasion fiscale, qui sont étroitement liés au financement des activités terroristes et de la criminalité organisée.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os mais recentes casos relativos ao tratamento da informação na União justificam a adoção de medidas que reforcem o quadro de transparência, visto que o combate à evasão fiscal e à elisão fiscal, inclusive em ligação com o branqueamento de capitais, é uma prioridade absoluta para a União Europeia.

De forma a combater a evasão fiscal, é preciso dotar as autoridades fiscais de mais e melhor informação, nomeadamente, sobre os beneficiários efetivos das entidades intermediárias. Para que sejam alcançados os objetivos da presente diretiva ora em apreço, é ainda necessário que a Comissão estude o eventual papel do sistema bancário e dos operadores financeiros na facilitação do branqueamento de capitais

O presente relatório pretende dotar as autoridades fiscais de mais e melhor informação tendo como objetivo claro a luta contra a evasão fiscal, a elisão fiscal e o planeamento fiscal agressivo. Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The Directive will place mandatory requirements on Member States on sovereign tax matters and personal information that could, just as easily, be agreed at an intra-governmental level, rather than via the EU. Accordingly UKIP voted against.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Aujourd'hui j'ai voté pour le rapport de mon collègue Emmanuel Maurel sur la directive relative à la lutte contre le blanchiment de capitaux.

Ce rapport contient des éléments ambitieux pour créer un registre européen des filiales afin que les administrations fiscales puissent lutter contre le fléau du blanchiment d'argent et de l'évasion fiscale. Ce rapport va plus loin que la proposition de la Commission afin qu'il y ait un échange automatique des données fiscales via ce registre pour mieux tracer les flux des capitaux au sein de l'Union européenne.

L'égalité devant l'impôt et la justice fiscale sont des priorités absolues des eurodéputés socialistes. Et je me félicite de l'adoption de ce rapport qui propose des solutions concrètes.

Le Parlement européen devra maintenant négocier avec le Conseil de l'Union, représentant les États membres, pour arriver à un texte final. Les députés socialistes et démocrates maintiendront une ligne ferme pour que les propositions du rapport d'Emmanuel Maurel soient entérinées.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este relatório vai de encontro a tudo aquilo que temos vindo a defender no Parlamento Europeu, permitindo que as autoridades fiscais acedam de forma consistente à informação relativa ao anti branqueamento de capitais, de forma a melhorar o seu desempenho na monitorização da aplicação da Diretiva sobre Cooperação Administrativa pelas instituições financeiras. Como sabemos, o acesso a esta informação por parte da administração fiscal difere de forma considerável no interior da UE. Mesmo quando este acesso é garantido, as autoridades costumam encontrar barreiras significativas que colocam obstáculos à eficácia do seu trabalho contra a fraude e a evasão fiscais. As emendas propostas pela Comissão à Diretiva são importantes para melhorar a identificação da lavagem de dinheiro, corrupção, financiamento terrorista e outras atividades criminais. Também o é a obrigatoriedade da troca automática de informação.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta reforma de la Directiva de Cooperación Administrativa para permitir el acceso e intercambio de información relativa al lavado de dinero, y que en la Directiva anti-blanqueo están obligados a proporcionar las entidades financieras.

Si bien se ha logrado incorporar, en el marco del procedimiento de consulta, que el intercambio sea automático, se ha perdido la oportunidad de ampliar la lista de obligados a proporcionar la información más allá de las entidades financieras, en consonancia con la Directiva anti-blanqueo, tales como: notarios, representantes, fideicomisos, etc.

Por otro lado, es muy positivo que, a instancias del PSOE, se haya introducido en el informe la creación de un registro público de empresas en la que se contenga la información fiscal relevante, además de reiterarse que la lucha contra el fraude y la elusión fiscales es una prioridad absoluta de la Unión.

Los socialistas españoles esperamos que el Consejo tenga en cuenta este informe e incorpore estos logros, al tiempo que seguimos reclamando la comunitarización de la política tributaria.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – La lutte contre l'évasion fiscale doit être une priorité de l'Union européenne et de ses États membres et ce pour plusieurs raisons. Tout d'abord, cette évasion fiscale a des répercussions négatives sur les finances publiques des États membres, empêchant ces derniers de mener à bien notamment des politiques sociales fortes pour réduire la pauvreté. C'est d'autant plus inacceptable que l'Union européenne peine à atteindre l'objectif de réduction de la pauvreté qu'elle s'était fixée au travers de la stratégie Europe 2020. Cette lutte doit également être une de nos priorités parce que les liens entre le blanchiment d'argent, le financement du terrorisme, la criminalité organisée et l'évasion fiscale sont réels.

C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette proposition, qui oblige les autorités fiscales dans l'UE à partager automatiquement des informations sur les titulaires de comptes bancaires comme les soldes bancaires ou encore les revenus sur les intérêts et les dividendes.

Il sera maintenant important de mesurer l'efficacité de ces mesures et, le cas échéant, d'y apporter les modifications nécessaires pour limiter au maximum cette fraude tellement nuisible pour notre société.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Kova su mokesčių slėpimu ir pinigų plovimu – labai svarbi šiuolaikinės valstybės užduotis. Ypač globaliame pasaulyje, kur įvairios valstybės ir kvazivalstybiniai dariniai siūlo įvairiausias „mokesčių rojų" paslaugas. Todėl vienareikšmiškai pritariu teikiamam rezoliucijos projektui. Kartu noriu pabrėžti, jog ES ir valstybės narės turi dėti visas pastangas tam, kad mokestinių duomenų mainai tarp valstybių netaptų žmogaus teisių pažiedimų ar komercinio šnipinėjimo įrankiu.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – Le rapport d'Emmanuel Maurel prévoit un échange automatique et obligatoire des informations couvertes par la directive AMLD entre les administrations fiscales des États membres.

La lutte contre la fraude, l'évasion et l'optimisation fiscale agressive constitue une priorité absolue pour l'Union européenne. Toutefois, le paquet législatif destiné à la lutte contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme, présenté par la Commission en juillet dernier, n'est pas à la hauteur de l'enjeu, en ce qu'il limite l'accès aux informations collectées aux seules administrations fiscales nationales.

En recommandant un échange obligatoire et automatique des informations entre États membres, ce rapport incite la Commission, le Conseil et les pouvoirs publics nationaux à adopter des mesures plus ambitieuses pour lutter contre le blanchiment de capitaux. Il incarne la volonté une nouvelle fois affirmée du Parlement de garantir le principe d'égalité devant l'impôt et de protéger notre contrat social. En conséquence, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito a uma alteração da Diretiva 2011/16/UE no que respeita ao acesso às informações anti branqueamento de capitais por parte das autoridades fiscais.

Estas alterações que foram aprovadas no Parlamento Europeu permitirão às autoridades fiscais combater, de forma mais eficaz a evasão e fraude fiscais, tornando também mais eficaz as obrigações de controlo por parte das autoridades fiscais.

As novas regras aprovadas entrarão em vigor no início de 2018 e estabelecem, entre outras, medidas que autorizam o acesso aos dados sobre os beneficiários efetivos de determinadas entidades e sobre o dever de diligência relativamente aos seus clientes.

Subscrevo também a posição de que o acesso de dados deve resultar da troca automática de informações obrigatória e da pertinência dos Estados-Membros incluírem esses dados num registo público centralizado de empresas, fundos fiduciários e outro tipo de estruturas equiparadas.

Atento o supra exposto, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, a su vez favorable a la propuesta de la Comisión de obligar al intercambio de información sobre blanqueo de capitales entre Estados miembros, a fin de combatir el blanqueo de capitales y la evasión fiscal. La fecha final de entrada en vigor es 2017, considerada más realista por prácticamente todas las partes. Las enmiendas aportadas por el Parlamento obligan además al intercambio de información sobre los propietarios reales de sociedades, dificultando la evasión mediante el uso de empresas pantalla.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zum Vorschlag des Rates für eine Richtlinie für den Zugang zu Informationen für Steuerbehörden zur Bekämpfung von Geldwäsche gestimmt.

Durch die kürzlich aufgedeckten Skandale von Offshore-Fonds ist die Wichtigkeit für Maßnahmen für einen europäischen und internationalen Transparenzrahmen betont worden.

Das Ziel des Berichtes ist es, den Steuerbehörden zu ermöglichen, konstanten Zugang zu Anti-Geldwäsche-Informationen zu geben, um somit ihre Aufgaben erfüllen und Steuerhinterziehung effektiv adressieren zu können.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone una mejora en las exigencias con respecto al acceso de información por parte de las autoridades tributarias. Con el desarrollo de todos los escándalos fiscales producidos en los últimos años: *Luxleaks*, *Panamaleaks*, *Bahamaleaks*… el público ha conocido las prácticas fiscales de los principales actores del sistema financiero. Esta propuesta, nace de la presión de la opinión pública de actuar en este ámbito y permitir el acceso a la información tributaria relevante de los evasores fiscales. El acceso a la información por parte de las autoridades competentes es un paso necesario, para poder implementar el principio de pagar impuestos donde la riqueza es creada y llevar a cabo acciones contra los paraísos fiscales. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it calls for the EU to be able to transfer our personal tax information between different countries.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Všetky posledné odhalenia od „Luxleaks“ cez „Panama Papers“ až po „Bahama Leaks“ jasne dokazujú, že máme dočinenia s globálnym javom, ktorý si vyžaduje väčšiu daňovú transparentnosť a omnoho užšiu spoluprácu medzi jurisdikciami. Návrh na úpravu smernice o praní špinavých peňazí, ktorý predložila Komisia v júli tohto roku, preto jednoznačne schvaľujem. Do smernice sa nám podarilo zapracovať dôraznú požiadavku, aby sa boj proti daňovým únikom a vyhýbaniu sa daňovej povinnosti stal pre Úniu absolútnou prioritou. Keďže sa ukazuje, že medzi daňovými únikmi, vyhýbaním sa daňovým povinnostiam a praním špinavých peňazí môže existovať priama súvislosť, je nevyhnutné, aby kompetentné orgány mali možnosť efektívne spolupracovať. V smernici preto žiadame, aby členské štáty v maximálnej možnej miere využívali súčinnosť vyplývajúcu z vnútroštátnej, úniovej a medzinárodnej spolupráce medzi orgánmi zapojenými do boja proti trestnej činnosti a zneužívaniu. Dôležitým aspektom je automatická, povinná a priebežná výmena informácií v oblasti daní, ktorá sa touto smernicou zavádza, a mala by sa uplatňovať od januára 2018. Zabezpečí sa tak maximálna transparentnosť a jednotlivé orgány získajú základný nástroj na prevenciu a boj proti podvodom všetkého druhu. Keďže má problém obchádzania daňových povinností globálny charakter, pre efektívny boj proti praniu špinavých peňazí je medzinárodná koordinácia nenahraditeľná.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Razkritja v zadevah, kot sta LuxLeaks in dokumenti iz Paname, kažejo, da Evropska unija nujno potrebuje boljšo davčno preglednost, da se lahko uspešno spopada z izzivi, povezanimi s pranjem denarja, davčnimi utajami in izogibanjem davkov.

Direktiva 2011/16/EU davčnim organom omogoča dostop do informacij, postopkov, dokumentov in mehanizmov za izvajanje njihovih nalog na področju preprečevanja pranja denarja. S tem zagotavlja, da se informacije o imetnikih finančnih računov sporočajo državam članicam, v katerih je imetnik računa rezident.

Predlog Komisije o spremembi te direktive že v osnovi pravilno ugotavlja, da brez ustreznega dostopa do informacij o preprečevanju pranja denarja davčni organi ne morejo presojati, ali finančne institucije pravilno identificirajo dejanske lastnike in o njih tudi poročajo. Poročilo Parlamenta gre še korak dlje in predlaga, da je za preprečevanje pranja denarja nujna hitra, stalna, obvezna in predvsem avtomatska izmenjava informacij med državami članicami.

Poleg tega je zaradi globalnega značaja dejavnosti preprečevanja pranja denarja bistveno sodelovanje med davčnimi organi, pri čemer je treba čim bolj izkoristiti povezovanje na nacionalni, evropski in mednarodni ravni. Ker poročilo Parlamenta potrjuje in v nekaterih vidikih še dodatno krepi predlog Komisije, sem ga pri glasovanju podprl.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς*. – Το ξέπλυμα μαύρου χρήματος νομιμοποιεί χρήματα από παράνομες δραστηριότητες τα οποία στη συνέχεια μπαίνοντας στην αγορά στρεβλώνουν τον υγιή ανταγωνισμό. Διαιωνίζεται έτσι η συστηματική φοροδιαφυγή, στερώντας από τα κράτη μέλη πολύτιμα φορολογικά έσοδα και πιέζοντας ασφυκτικά τους κρατικούς προϋπολογισμούς. Είναι απαραίτητη η άμεση απόσυρση των χαρτονομισμάτων των 500 ευρώ στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Επίσης, στη χώρα μου την Ελλάδα πρέπει να υιοθετήσουμε άμεσα υποχρεωτικές ηλεκτρονικές συναλλαγές και χρήση πλαστικού χρήματος πάνω από 300 ευρώ. Μόνο έτσι θα μπορέσουμε να κάνουμε αποτελεσματικό φορολογικό σχεδιασμό ο οποίος, υπό προϋποθέσεις, θα μπορούσε να οδηγήσει σε ουσιαστική μείωση της φορολογίας.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung muss verbessert werden. Es ist offensichtlich, dass nationale Behörden dazu auch Informationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten benötigen. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden der EU-Mitgliedstaaten ist dazu absolut erforderlich. Gleichwohl gilt es sicherzustellen, dass die nationalen Behörden diese Informationen durch ausreichend qualifiziertes Personal auch bearbeiten können und dass die Daten vertraulich behandelt werden. Im Ergebnis liefert der Bericht gute Vorschläge, um die europäische Verwaltungszusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche zu verbessern. Diese Anliegen unterstütze ich und habe für den Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Veľké daňové podvody sa realizujú pomocou sofistikovaných schém ponad hranice a cez viacero subjektov. Pre ich odhaľovanie je dôležité, aby mali kontrolné orgány prístup k všetkým relevantným údajom. Európska spolupráca v tejto oblasti prispeje k ich rýchlejšiemu odhaľovaniu a ušetrí peniaze daňových poplatníkov.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on anti-money laundering information, because the Panama Papers scandal showed that some of the most egregious tax evaders are able to get away with it by concealing information about who truly owns a company. With this proposal, the EU will allow tax authorities to have access to this vital information and we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2011/16/EU bezüglich des Zugangs von Steuerbehörden zu Informationen zur Bekämpfung der Geldwäsche habe ich nicht zugestimmt.

Mit dieser Richtlinie wird der globale Standard für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten in Steuersachen (im Folgenden „Globaler Standard“) in der Union umgesetzt.

Ich bin gegen automatisierten Informationsaustausch. Dieser verletzt das Bank- wie auch das Steuergeheimnis. Die AfD setzt sich in ihrem Grundsatzprogramm für die Wiederherstellung des Bank- und Steuergeheimnisses ein. Die Freiheit des Bürgers von automatisierter Überwachung ist uns ein wichtiges Anliegen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Europska komisija provodi ambiciozan program protiv utaje i izbjegavanja plaćanja poreza. Nedavna curenja informacija putem medija koja su otkrila prikrivanje izvanteritorijalnih sredstava širokih razmjera potvrđuju važnost EU-ova programa za poreznu transparentnost.

Postalo je očito da je poreznim tijelima potreban veći pristup informacijama o sprječavanju pranja novca (AML) i o stvarnim vlasnicima posredničkih subjekata, a sve s ciljem prepoznavanja i sprječavanja utaje poreza. Važan novi element izvješća jest uvođenje automatske razmjene AML podataka između poreznih tijela država članica.

Podupirem ovo Izvješće jer će uspješno sakupljanje informacija o poreznim obavezama i sprječavanju pranja novca pridonijeti efikasnijem prikupljanju poreza i pravednijem i učinkovitijem oporezivanja u Europskoj uniji.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu direktive Sveta o spremembi Direktive 2011/16/EU glede dostopa davčnih organov do informacij o preprečevanju pranja denarja. Pri učinkovitem boju proti davčnim utajam je ključna hitra, transparentna in avtomatična izmenjava podatkov o finančnih računih za namene obdavčenja. Škandali okrog skrivanja off-shore sredstev hodijo z roko v roki z izogibanjem plačevanju davkov pa tudi s pranjem denarja, korupcijo, financiranjem terorizma in drugimi kriminalnimi dejavnostmi.

Dostop davčnih uprav do podatkov se po EU močno razlikuje, zato pozdravljam vzpostavitev centralnega registra, do katerega bodo lahko dostopale davčne uprave v vseh državah članicah. Odslej bodo finančne institucije lahko identificirale dejanske lastnike v primerih, ko je imetnik računa posredniška struktura.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η καταπολέμηση της νομιμοποίησης εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, καθώς και η διαφάνεια στις τραπεζικές και άλλες συναλλαγές αποτελούν θέση μας. Η έκθεση κινείται στη σωστή κατεύθυνση και προωθεί την ανταλλαγή πληροφοριών τραπεζικών συναλλαγών μεταξύ των κρατών μελών, εντός περιόδου 3 μηνών. Ψηφίσαμε υπέρ της έκθεσης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Σε περιόδους οικονομικής κρίσης, όταν τα εισοδήματα συρρικνώνονται και η επιβολή φόρων είναι συνεχής, η καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της φοροαποφυγής, μεταξύ άλλων σε σχέση με τη νομιμοποίηση εσόδων από παράνομες δραστηριότητες, είναι ζωτικής σημασίας. Οι αποκαλύψεις στις υποθέσεις SwissLeaks, LuxLeaks, «Έγγραφα του Παναμά» και Bahamas Leaks, μεμονωμένες αλλά όχι μοναδικές εκδηλώσεις ενός παγκόσμιου φαινομένου, επιβεβαιώνουν την απόλυτη αναγκαιότητα για μεγαλύτερη φορολογική διαφάνεια και για πολύ στενότερο συντονισμό και συνεργασία μεταξύ περιοχών δικαιοδοσίας.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A pénzmosás napjainkra az egyik legjövedelmezőbb és legnagyobb szabású üzletté vált a világon. Az IMF szerint a pénzmosás volumene a Föld összes országa egyesített GDP-jének 2–5%-át teszi ki. A témakör iránti szakmai érdeklődés nemzetközi tekintetben az elmúlt években ennek következtében töretlenül erősödött. A jogalkotási folyamat nemzetközi és nemzeti szinten is újabb és újabb eredményeket produkál, nem kevés többletfeladatot adva a jogalkalmazóknak, valamint újabb és újabb kutatási témát kínálva az elméleti szakembereknek.

Ilyen ez a mostani innovatív javaslat is, amelyet jómagam is üdvözlök, s örülök annak, hogy e jelentés egy sor olyan intézkedést tartalmaz, amely a bűnszervezetek által elkövetett pénzmosás elleni hatékony küzdelemre irányul. A javasolt kezdeményezések végre koordinálják és integrálják a már meglévő normákat, valamint célzottabb és koncentrált, kockázatalapú megközelítést hoznak létre az egész EU-ban a pénzmosás elleni hatékonyabb küzdelem érdekében. A nyilvántartások összekapcsolhatósága sajnos elengedhetetlen ezen információk felhasználhatósága érdekében az üzleti ügyletek határokon átnyúló jellege és a belső piac összekapcsolhatósága miatt. Ezért a nyilvántartásokat sürgősen össze kell kapcsolni és a hatóságok és a kötelezett jogalanyok számára hozzáférhetővé kell tenni. Ez most tehát a legfontosabb teendőnk.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam jelentést, amely jóváhagyja a Bizottság javaslatát a 2011/16/EU irányelvnek a pénzmosás elleni küzdelemmel kapcsolatos információkhoz való adóhatósági hozzáférés tekintetében történő módosításáról. Támogatom a jelentés által javasolt módosítókat, amelyek kihangsúlyozzák, hogy a pénzmosás elleni fellépés globális jellege miatt az ilyen tevékenységek elleni eredményes és hatékony küzdelem kulcsa a nemzetközi együttműködés. A Luxleaks, a Panama-papírok és a bahama-szigeteki kiszivárogtatások valóban egyértelművé tették, hogy nagyobb adóügyi átláthatóságra és sokkal szorosabb igazságügyi koordinációra és együttműködésre van szükség. Hogy ez valóban megvalósuljon, a jelentéshez hasonlóan szorgalmazom, hogy az adóhatóságok kapják meg a megfelelő támogatást. Az adókijátszás és az adókikerülés elleni küzdelem, beleértve a pénzmosással való kapcsolatát, továbbra is az Unió elsőrendű prioritásaként kell kezelni, azonban a pozitív eredmények sem várathatnak sokáig magukra.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Ostatnie doniesienia medialne w sprawie tzw. „Panama Papers" zwróciły uwagę na bardzo poważny problem prania brudnych pieniędzy i rajów podatkowych. Ten, jak i inne podobne skandale uświadomiły Unii Europejskiej, jak i państwom członkowskim konieczność zacieśnienia współpracy w zakresie zwalczania przestępstw podatkowych.

Dzięki zmianom w dyrektywie 2011/16/UE w odniesieniu do dostępu organów podatkowych do informacji dotyczących przeciwdziałania praniu pieniędzy, Unia Europejska może poczynić znaczne postępy w zwalczaniu unikania zobowiązań podatkowych i uchylania się od opodatkowania. Państwa członkowskie nie mogą przymykać oczu na oszustwa podatkowe, pozwalając tym samym na niekontrolowany przepływ ogromnych sum pieniędzy.

W związku z tym władze podatkowe muszą mieć dostęp do informacji o zakresie nielegalnych przepływów pieniędzy. Dla osiągnięcia tego celu niezwykle istotna jest wymiana informacji między unijnymi i krajowymi organami. Zadbać jednocześnie trzeba o zachowanie prawa do prywatności obywateli Unii.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Obiectivul acestei inițiative este de a permite autorităților fiscale să acceseze în mod constant informațiile privind combaterea spălării banilor. Aceasta le-ar permite să monitorizeze eficient aplicarea corespunzătoare a Directivei privind cooperarea administrativă de către instituțiile financiare.

Accesul administrațiilor fiscale la informațiile din acest domeniu diferă în mod considerabil la nivelul Uniunii Europene. Modificările aduse la a patra directivă împotriva spălării banilor, propusă de Comisia Europeană în iulie 2016, sunt importante pentru a eficientiza identificarea fraudelor, corupției, finanțării terorismului și a altor activități infracționale. Autoritățile fiscale ar trebui să aibă acces la astfel de informații, pentru a maximiza capacitatea lor de a combate frauda și evaziunea fiscală. Totodată, schimbul automat și obligatoriu de informații de combatere a spălării banilor între autoritățile fiscale reprezintă un nou pas înainte în lupta împotriva fraudelor, evaziunii fiscale și a spălării banilor în UE. Prin urmare, consider justificată susținerea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de directive du Conseil modifiant la directive 2011/16/UE en ce qui concerne l'accès des autorités fiscales aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux.

Son auteur précise, par exemple, dans cette actualisation, que le rôle des véhicules, des comptes et des entreprises établis dans les paradis fiscaux et les pays et territoires non coopératifs est le dénominateur commun d'un vaste ensemble d'opérations, généralement détectées a posteriori, qui cachent des pratiques de fraude fiscale, d'évasion fiscale et de blanchiment de capitaux. Ce fait, en soi, doit susciter une action politique et diplomatique visant l'extinction des centres offshore à l'échelle mondiale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The proposal for tax authorities to access anti-money-laundering information has been initiated through the introduction of a new measure. I voted in favour of the proposal, which falls in line with the Commission's agenda against tax evasion and avoidance, with a view to delivering fairer and more effective taxation in the EU. As a result of recent media leaks such as the Panama Leaks, the exposure of large-scale concealment of offshore funds proves that further measures still need to be taken to reinforce EU and international transparency initiatives. I believe that by providing greater access to information to tax authorities, effective identification of tax evasion can be achieved.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – La fraude et l'évasion fiscales sont des pratiques inacceptables contre lesquelles l'Union Européenne peut jouer un rôle déterminant.

Le rapport de mon collègue Emmanuel Maurel vise à renforcer la législation afin de rétablir en Europe la justice fiscale.

La Commission européenne avait présenté en juillet 2016 un paquet législatif destiné à lutter contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme. Ce paquet réformait notamment la directive dite AMLD, qui renforçait les contrôles sur une série de transactions, en créant des registres centraux dans chaque État membre, avec la liste des bénéficiaires effectifs de sociétés et trusts. Mais ces informations, pourtant cruciales, n'étaient pas toujours accessibles aux autorités fiscales. La seconde partie du paquet donnait donc aux administrations fiscales un accès direct et horizontal à ces informations.

Le rapport d'Emmanuel Maurel proposait initialement d'aller plus loin, en recommandant un échange automatique et obligatoire des informations entre États membres. Cette disposition a été malheureusement exclue de l'accord lors du Conseil préalable au vote.

J'ai voté pour ce rapport, et je me félicite de son adoption.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Podržavam nacrt Rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Vijeća o izmjeni Direktive 2011/16/EU u pogledu pristupa poreznih tijela informacijama o sprečavanju pranja novca. Smatram da je potrebna adekvatna suradnja i na razini institucija Europske unije i na razini institucija država članica kako bi se suzbio kriminalni mehanizam pranja novca. Novina unesena ovim izvješćem koja omogućava poreznim tijelima država članica da automatski međusobno izmjenjuju dokumente o pranju novca doprinosi nužnom jačanju preventivnog aparata Unije. Također, predviđanje duljeg perioda stupanja direktive na snagu postavlja realan okvir provođenja u djelo planiranih mehanizama. Temeljito postavljena suradnja na razini Europske unije od ogromne je važnosti kako bi se suzbio ekonomski organizirani kriminal. Očekujem da se poduzmu zajedničke mjere u tom smjeru te pozivam na djelotvornije djelovanje u osnivanju ureda Europskog javnog tužitelja čija je predviđena zadaća upravo uspostavljanje jedinstvenog europskog mehanizma koji će progoniti počinitelja financijskog kriminala, a u što spada i pranje novca.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu.* – Balsavau už šį pranešimą, nes manau, kad įveikus pinigų plovimą, įmanoma sustiprinti ES šalių finansines sistemas. Taip pat manau, jog tai yra rimtas žingsnis kovojant su organizuotu nusikalstamumu. Verta pastebėti, kad mokesčių mokėjimo vengimas ir pinigų plovimas yra panašūs nusikaltimai, tad sutinku su mintimi, jog institucijos, kovojančios su šiais nusikaltimais tūrėtų glaudžiau bendrauti tarpusavyje. Atsižvelgiant į vis dažnėjantį tarpvalstybinį nusikalstamumą, turi būti sustiprintas bendradarbiavimas tarp ES šalių institucijų tam, kad informacija pasiektų adresatą greitai ir organizuotai, o tai padėtų užkirsti kelią nusikaltimams.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Ovo izvješće je savjetodavnog karaktera. Parlament je zatražen za mišljenje te zakonodavni prijedlog može odbiti, prihvatiti ili predložiti amandmane. Vijeće nema pravnu obvezu da uvaži mišljenje Parlamenta, ali isto tako ne može donijeti konačnu odluku dok se ne konzultira sa Parlamentom.

Svrha ove Regulative Europskog vijeća je da se poreznim autoritetima omogući da imaju stalni pristup informacijama koje se tiču pranja novca, a vezano uz njihove dužnosti nadgledanja ispravne primjene Direktive o administrativnoj suradnji (DAC) financijskih institucija, npr. zaklada.

Trenutna situacija je takva da pristup informacijama o pranju novca varira ovisno o pojedinoj državi članici Unije, a ovaj bi prijedlog omogućio da porezni autoriteti imaju pristup mehanizmima, procedurama, dokumentima i informacijama, podcrtavajući kao osnovnu proceduru dubinsku analizu potrošača.

Stoga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu direktive Sveta o spremembi Direktive 2011/16/EU glede dostopa davčnih organov do informacij o preprečevanju pranja denarja sem podprla. V borbi proti izogibanju plačilu davkov in v izogib težavam, kot so jih pokazali panamski papirji, ter ob upoštevanju potrebe po izboljšavi preglednosti plačila davkov je Komisija predlagala, da se davčnim institucijam v EU omogoči dostop do nacionalnih informacij, ki zadevajo pranje denarja.

V borbi proti temu so se EU davčne institucije odločile, da bodo s pomočjo Direktive 2011/16/EU to tudi izpeljale. Direktiva nudi vpeljane prijeme in uveljavljene postopke za boljše (so)delovanje (kot je izmenjava informacij, nadzora in vzajemno obveščanje). En del izboljšav so prizadevanja Komisije za pospešitev preglednosti, da bi zagotovili davčnim institucijam večji dostop do podatkov lastnikov podjetij in omogočili preverjanje ljudi, ki so sodelovali pri nekaterih finančnih prevzemih.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, a su vez favorable a la propuesta de la Comisión de obligar al intercambio de información sobre blanqueo de capitales entre Estados miembros, a fin de combatir el blanqueo de capitales y la evasión fiscal. La fecha final de entrada en vigor es 2017, considerada más realista por prácticamente todas las partes. Las enmiendas aportadas por el Parlamento obligan además al intercambio de información sobre los propietarios reales de sociedades, dificultando la evasión mediante el uso de empresas pantalla.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Kampf gegen Geldwäsche und Steuervermeidung muss verbessert werden. Es ist offensichtlich, dass nationale Behörden dazu auch Informationen aus anderen EU-Mitgliedstaaten benötigen. Die Forderung nach einem automatischen Informationsaustausch zwischen den Behörden der EU-Mitgliedstaaten ist dazu absolut erforderlich. Gleichwohl gilt es sicherzustellen, dass die nationalen Behörden diese Informationen durch ausreichend qualifiziertes Personal auch bearbeiten können und dass die Daten vertraulich behandelt werden. Im Ergebnis liefert der Bericht gute Vorschläge, um die europäische Verwaltungszusammenarbeit mit dem Ziel der Bekämpfung von Steuerbetrug und Geldwäsche zu verbessern. Weil ich diese Anliegen unterstütze, habe ich für den Bericht gestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I strongly believe in and support this report which wants to reinforce anti-laundering measures and combat tax evasion more efficiently. It is essential to bring EU citizens nearer to the European Union and national authorities.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans le cadre d'une procédure de consultation du Parlement suite à la proposition de la Commission qui doit amender la directive 2011/16/EU relative à la coopération administrative dans le domaine fiscal, afin de permettre aux autorités fiscales de bénéficier d'un accès systématique aux informations relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux.

Cette directive met en œuvre la norme mondiale d'échange automatique de renseignements relatifs aux comptes financiers en matière fiscale au sein de l'Union. À ce titre, elle garantit que les informations sur les titulaires de comptes financiers sont communiquées à l'État membre dans lequel réside le titulaire du compte. De plus, la directive 2011/16/UE dispose que, lorsque le titulaire du compte est une structure intermédiaire, les institutions financières examinent cette structure et identifient et signalent ses bénéficiaires effectifs.

C'est une mesure que nous soutenons, d'autant plus que nous avons voté en faveur de la directive de lutte contre le blanchiment de capitaux et de la directive sur l'échange d'informations fiscales.

Pour sa part, en plus d'approuver les amendements de la Commission, le rapport du Parlement demande à ce que la date d'entrée en application des nouvelles dispositions ne soit pas le 1er janvier 2017, mais le 1er janvier 2018.

J'ai donc voté pour ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Niestety proponowane przepisy nie przekonują mnie, że pomogą zagwarantować równomierne przeciwdziałanie praniu pieniędzy w każdym państwie członkowskim ze względu na różnorodność gospodarek oraz przeprowadzanego procederu. Parlament w swoich konsultacjach zawarł elementy, które nie były celem oryginalnego wniosku Komisji ani kompromisu przygotowanego przez Radę. Dlatego głosowałem przeciwko projektowi.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az adókijátszás, az adókikerülés és a pénzmosás között megfigyelt kapcsolat szükségessé teszi, hogy a lehető legnagyobb mértékben kihasználják az ilyen bűncselekmények és visszaélések elleni küzdelemben részt vevő különböző hatóságok közötti belföldi, uniós és nemzetközi együttműködésből eredő szinergiákat. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, a su vez favorable a la propuesta de la Comisión de obligar al intercambio de información sobre blanqueo de capitales entre Estados miembros, a fin de combatir el blanqueo de capitales y la evasión fiscal. La fecha final de entrada en vigor es 2017, considerada más realista por prácticamente todas las partes. Las enmiendas aportadas por el Parlamento obligan además al intercambio de información sobre los propietarios reales de sociedades, dificultando la evasión mediante el uso de empresas pantalla.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Tam, kad mokesčių institucijos galėtų veiksmingai kontroliuoti, kaip finansų įstaigos taiko Direktyvoje 2011/16/ES nustatytas išsamaus patikrinimo procedūras, joms reikalinga prieiga prie kovos su pinigų plovimu informacijos.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a Council directive amending Directive 2011/16/EU as regards access to anti-money-laundering information by tax authorities. The new rules will enable and oblige tax authorities with anti-money laundering responsibilities in any EU country to share automatically information such as bank account balances, interest income and dividends, with their counterparts in other Member States. I voted in favour because I believe that efforts made in transparency are the only way to fight against tax evasion. Moreover, links between money laundering, the funding of terrorism, organised crime and tax evasion highlight the need for close cooperation and coordination among EU countries.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Existe un amplio consenso en la Unión acerca de la necesidad de tomar medidas de mayor calado para reforzar los marcos de transparencia tanto comunitarios como internacionales. Así, el propósito de este texto, es dotar a las autoridades tributarias de mayor acceso a la información contra el blanqueo de dinero para que puedan llevar a cabo correctamente su labor, en cumplimiento con la aplicación de la Directiva de 2011 relativa a la cooperación administrativa en el ámbito de la fiscalidad. En aras de seguir adelante en esta cooperación contra el blanqueo de capitales he votado a favor de dicho informe.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — La direttiva che implementa gli standard globali per lo scambio delle informazioni in materia di tassazione è stata revisionata consentendo alle autorità fiscali nazionali di accedere alle informazioni necessarie per contrastare efficacemente il riciclaggio di denaro, il finanziamento del terrorismo e altre attività illecite. Gli emendamenti del Parlamento hanno rafforzato la proposta della Commissione, richiedendo che lo scambio di informazioni sia reso automatico e obbligatorio. In particolare, con i nostri emendamenti abbiamo denunciato la necessità – a seguito dei recenti scandali quali Luxleaks, Swill Leaks, Panama Papers – di un'azione coordinata a livello UE per combattere il problema del riciclaggio di denaro, il crimine organizzato, il finanziamento del terrorismo, nonché l'elusione e l'evasione fiscali su scala europea. Abbiamo fortemente sostenuto la richiesta di favorire lo scambio automatico e obbligatorio delle informazioni e sottolineato l'importanza di rafforzare il meccanismo sanzionatorio contro le banche che facilitano il riciclaggio di danaro, a cui dovrebbe essere revocata la licenza bancaria nei casi più gravi di violazione. I nostri emendamenti sono stati inclusi nel testo finale, che è risultato generalmente bilanciato. Crediamo che la revisione della direttiva sia un passo verso la giusta direzione, per questo motivo abbiamo votato con voto positivo sia in commissione sia in seduta plenaria.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe, debido a que supone una mejora en las exigencias con respecto al acceso de información por parte de las autoridades tributarias. Con el desarrollo de todos los escándalos fiscales producidos en los últimos años: *Luxleaks*, *Panamaleaks*, *Bahamaleaks*… el público ha conocido las prácticas fiscales de los principales actores del sistema financiero. Esta propuesta, nace de la presión de la opinión pública de actuar en este ámbito y permitir el acceso a la información tributaria relevante de los evasores fiscales. El acceso a la información por parte de las autoridades competentes es un paso necesario, para poder implementar el principio de pagar impuestos donde la riqueza es creada y llevar a cabo acciones contra los paraísos fiscales. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor de este informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on anti-money laundering information, because the Panama Papers scandal showed that some of the most egregious tax evaders are able to get away with it by concealing information about who truly owns a company. With this proposal, the EU will allow tax authorities to have access to this vital information and we can take another vital step forward in the fight for tax justice.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de rol van tussenliggende ondernemingen, rekeningen en bedrijven die gevestigd zijn in belastingparadijzen en niet-coöperatieve rechtsgebieden een gemeenschappelijke noemer blijken te zijn bij een groot aantal operaties, die in het algemeen pas later ontdekt worden en waarachter belastingfraude, kapitaalvlucht en witwaspraktijken schuilgaan. Dit feit alleen al moet aanleiding geven tot politiek en diplomatiek ingrijpen met als doel offshorecentra wereldwijd uit te bannen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen a examiné en première lecture un projet de directive visant à mettre en place pour toutes les autorités fiscales des États membres un accès automatique aux informations spécifiques relatives à la lutte contre le blanchiment de capitaux à des fins fiscales pendant un délai maximum de trois mois après leur collecte. Cet accès concerne tant les mesures de mise en œuvre que les données relatives aux bénéficiaires effectifs.

L'échange de ces informations entre autorités fiscales était déjà prévu par la directive 2014/107/UE sur l'échange automatique et obligatoire d'informations dans le domaine fiscal.

Cet échange de données n'a cependant pas pu être appliqué de façon systématique, ce qui a empêché in fine d'identifier les bénéficiaires effectifs de la fraude.

Il s'agit donc de mieux lutter contre la fraude fiscale et ce qu'on appelle la planification fiscale agressive.

Toute information obtenue par une autorité fiscale devra être traitée dans le délai prescrit par le droit national et toute absence de traitement de ces données devra être justifiée.

Je ne suis pas sûre que cela conduise à une grande révolution en matière de fraude fiscale, mais cela peut contribuer à avancer en matière de transparence.

J'ai donc voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Naturalmente apoiamos todas as medidas que visem um melhor acesso à informação e uma melhor cooperação entre as administrações fiscais dos estados nacionais. Neste sentido, incluir todo o acervo de informações tipificadas no quadro da luta contra o branqueamento de capitais ao nível da cooperação administrativa representa um passo positivo.

Sublinhamos, contudo, que nos parece indispensável que estas informações sejam trocadas de forma automática, para que esta alteração tenha, de facto, efeitos práticos.

Sobre o combate ao branqueamento de capitais, importa contudo não alimentar ilusões. Na nossa opinião, não é possível combater este fenómeno confiando apenas nos deveres de diligência das companhias privadas e do sistema financeiros. Como tem sido criticado por muitas organizações, os resultados da luta contra o branqueamento de capitais tem sido residual ao longo das últimas décadas.

Ou seja, o branqueamento de capitais, assim com a fraude e a evasão fiscal, são uma das faces visíveis da economia liberal e do sistema capitalista. Neste sentido, a recuperação do controlo público sobre a banca e sobre o sistema financeiro é também uma condição para um combate mais efetivo a estes fenómenos, assim como para um melhor funcionamento da economia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da das Ziel des Vorschlags eine effizientere Bekämpfung der Steuerhinterziehung und -vermeidung ist, um dadurch zu einer Erhöhung der Steuertransparenz und einer faireren und wirksameren Besteuerung in der EU zu gelangen und damit auch eine Erhöhung der Steuertransparenz erwirkt wird, habe ich diesem Vorschlag zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione per dare il via libera a una proposta che permetterà lo scambio di informazioni sensibili tra le autorità fiscali riguardante il riciclaggio di denaro. Con questa nuova proposta, l'Europa farà ulteriori progressi nella lotta contro l'elusione e l'evasione fiscali. L'iniziativa si propone di consentire alle autorità fiscali di avere accesso a tutte le informazioni al fine di contrastare l'economia sommersa. L'obiettivo principale del nostro gruppo è stato quello di rendere lo scambio di informazioni tra le autorità fiscali obbligatorio e automatico.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on anti-money laundering information, as the European Union is globally placed to take a lead role in tackling tax evasion and avoidance, where Member States are not large enough to act individually. The Panama Papers scandal showed that some of the most egregious tax evaders are able to get away with it by concealing information about who truly owns a company. The EU's proposal will allow tax authorities to have access to this vital information and we can therefore take another vital step forward in the fight for tax justice.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that there should be a focus on eliminating offshore centres at global level. This tax havens have been identified to be the major sources of tax fraud, tax evasion and money laundering practices. Aggressive tax planning can only be addressed with an efficient information exchange system on an international level. I also believe that tax authorities need to have adequate information and communications technology in order to trace money-laundering activities. As a liberal I believe in the importance of transparency, and an automatic, mandatory and continuous exchange of information between authorities can only help to combat fraudulent behaviour of all kinds.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Podporila som legislatívne uznesenie o návrhu smernice Rady, ktorou sa mení smernica týkajúca sa prístupu daňových orgánov k informáciám na boj proti praniu špinavých peňazí. Tento boj musí byť absolútnou prioritou EÚ. Odhalenia v súvislosti s Panama Papers, Bahamas Leaks a pod. sú dôkazom toho, že je potrebná väčšia transparentnosť v daňovej oblasti a, samozrejme, i užšia spolupráca medzi trestnými orgánmi jednotlivých štátov. Praktiky, akými sú pranie špinavých peňazí, prekračujú hranice jedného štátu, preto som presvedčená, že výmena a zdieľanie informácii sú absolútne kľúčové. Potrebujeme, aby jednotlivé daňové úrady navzájom komunikovali a spolupracovali, čo povedie k zvyšovaniu transparentnosti. Obzvlášť dnes, keď verejnosť veľmi citlivo vníma a reaguje na akékoľvek netransparentné a pochybné finančné aktivity, najmä vo vzťahu k verejným zákazkám, je účinná legislatíva nevyhnutná. Sú to totiž často práve nespolupracujúce úrady a nastrčené firmy v daňových rajoch, ktoré sú spoločným menovateľom daňových podvodov.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi approvato la revisione della direttiva che implementa gli standard globali per lo scambio automatico delle informazioni in materie di tassazione. Tale revisione introduce la possibilità per le autorità fiscali nazionali di accedere alle informazioni anti *money laundering* al fine di combattere il finanziamento del terrorismo, la corruzione e altre attività criminali. Attraverso gli emendamenti del Parlamento tale revisione è addirittura migliorata. Il relatore ha infatti introdotto la possibilità che tale scambio di informazioni fosse automatico e obbligatorio. Gli emendamenti che ho presentato al testo hanno denunciato la necessità di un'azione coordinata a livello UE a seguito dei recenti scandali quali LuxLeaks, SwissLeaks e Panama Papers, nonché la necessità di rispondere in maniera univoca al problema del riciclaggio di denaro, al finanziamento del crimine organizzato, all'elusione e all'evasione fiscali su scala europea. Ho inoltre reiterato la richiesta di favorire lo scambio automatico e obbligatorio delle informazioni per garantire la massima trasparenza e richiesto di introdurre un meccanismo sanzionatorio per le banche che facilitano il riciclaggio di danaro, come il ritiro della licenza bancaria. Trattandosi di un testo a favore di maggiore trasparenza e sicurezza, ho espresso il mio voto positivo.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Luxleaks, Swissleaks, Bahamas Leaks, Panama Papers. Tyto případy nejsou ničím jiným než výsledkem naší špatné daňové politiky a malé transparentnosti v oblasti daní. Na ně jsou často ještě napojeny daňové úniky, vyhýbání se daňové povinnosti a v neposlední řadě také financování terorismu a organizovaná trestná činnost. Jsem přesvědčen, že tyto nelegální aktivity jsou nejen důkazem nedostatečné aktivity EU v daňové problematice, ale také impulsem k naší další aktivitě. Jako hlavní problém vidím především špatný přístup daňových orgánů jednotlivých členských států k informacím a jejich vzájemné výměně. Všechny daňové orgány v EU musí mít rychlý a snadný přístup ke všem informacím pro boj proti praní peněz a k relevantním dokumentům. Jestliže máme jednotný trh, společné hranice a propojené finanční systémy, je nemyslitelné, že by uvnitř EU nefungoval přímý přístup k těmto informacím. Jen tak můžeme zamezit dalším podobným skandálům a zajistit transparentnější a efektivnější danění v EU.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Maurel por concordar com a necessidade de combater eficazmente a evasão fiscal na União Europeia. Para tanto, o relatório estipula a necessidade de garantir que as autoridades fiscais tenham um acesso rápido e completo a informações de antibranqueamento de capitais e a necessidade de disporem de pessoal qualificado em número suficiente para desempenhar esta tarefa para terem a capacidade de proceder à troca destas informações.

É ainda de destacar a proposta do próprio relator em nome do grupo socialista europeu de que esta troca de informações seja automática e obrigatória entre Estados-Membros que devem incluir esses dados num «registo público centralizado» de empresas, fundos fiduciários e outras estruturas, constituindo uma nova abordagem mais proactiva no combate à evasão fiscal.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Razkritja Swissleaks, Luxleaks, dokumentov iz Paname in Bahamov, ki so le posamezni primeri globalnega pojava, so potrdila, da je nujno potrebna večja davčna preglednost ter tesnejše usklajevanje in sodelovanje med pravosodnimi organi.

Nova pravila tako predvidevajo obvezno avtomatično izmenjavo informacij o stanju na bančnih računih, prihodkov od obresti in dividend med organi, pristojnimi za preprečevanje pranja denarja in davčnih utaj v državah članicah. Resolucija še poudarja, da povezanost pranja denarja, financiranja terorizma, organiziranega kriminala in davčnih utaj, kliče k nujnemu tesnemu sodelovanju in usklajevanju med državami članicami EU.

Menim, da predlagana direktiva prinaša učinkovite in sorazmerne ukrepe proti davčnim utajam, zato sem glasoval za Poročilo o predlogu direktive Sveta o spremembi Direktive 2011/16/EU glede dostopa davčnih organov do informacij o preprečevanju pranja denarja.

6.6. Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 (A8-0302/2016 - Ramon Tremosa i Balcells)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I voted in favour of this report in light of the rapporteur's measured appraisal of the European System of Central Banks and the euro system's monetary policy. In particular I appreciate that price stability, transparency and the economic policies of the European Union provided a keystone for such a report in a welcome return to a stocktaking objective of the exercise. Above all, from an Irish perspective I am pleased to see Brexit and its implications occupying a central position in this report. The integrity of the single market must remain respected in this transition, and I am hopeful that the necessary rules and regulations will be established in order to maintain financial stability throughout this process. In supporting this report I am confident that the combination of sound fiscal policies and ambitious reform programmes will guide economic policy for the EU.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem tuto zprávu podpořil, protože i já považuji za důležité, aby byla udržena jak měnová, tak cenová stabilita.

Nepochybně je zde řada ekonomických termínů a institutů, které ECB ve své činnosti přímo hlídá, je to tak správné. Na druhou stranu chci pouze vyzvat ECB k tomu, aby se nestávala politickým orgánem, protože to by bylo nepochybně na škodu celé té monetární a fiskální kategorii, kterou ona má na starosti hlídat. Měla by si udržovat přísnou odbornost, nezávislost, nestrannost, ale zároveň se nezapojovat do těch politických procesů, protože to je jí na škodu. Mám trochu pocit, že tomuto riziku se v tom posledním období příliš nevyvarovala.

Cenová stabilita, inflační vývoj, zabránění riziku deflace anebo i kvantitativní uvolňování, které už má své výsledky, to mohu ocenit, jen bych byl rád, kdyby ECB nebyla politickým orgánem.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si occupa di analizzare ciò che la Banca centrale europea ha fatto durante l'anno 2016. Risulta chiaro a tutti che al giorno d'oggi i più grandi problemi per gli Stati membri, in materia economica, sono il troppo elevato tasso di disoccupazione e un crescente tasso d'inflazione, la cui causa può essere attribuita all'imposizione di un sistema di cambi fissi, legato all'adozione della moneta unica. Tuttavia, nella relazione questi aspetti non vengono minimamente menzionati, mentre vengono ampiamente elogiate le misure non convenzionali adottate dalla BCE per far fronte alle problematiche di cui sopra. Poiché è estremamente evidente che le misure messe in pratica dalla Banca centrale non hanno avuto nessun effetto positivo e, al contrario, hanno favorito la speculazione nei mercati finanziari, ho deciso di votare contro.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe puesto que se queda muy corto en las críticas al funcionamiento del Banco Central Europeo durante el ejercicio de 2015. Señala algunas críticas sustanciales de la actividad del BCE durante este periodo, el papel de los tipos de interés súper reducido, el impacto del *Quatitative Easing*, etc. Sin embargo, el informe continúa llamando a la necesidad de «reformas estructurales» para que la misma política monetaria pueda funcionar. Necesitamos una política monetaria diferente que ponga en cuestión la «independencia» del BCE y permita que funcione para financiar deuda pública y no solo mercados de deuda, donde el sistema financiero chantajea a los Estados. El informe no critica la actual estructura, ni su funcionamiento antidemocrático y es por esto por lo que he decido votar en contra del mismo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report outlined the main activities of the European Central Bank over the past year. I voted against this report, as Sinn Féin has a fundamentally critical view of the activities and functioning of the ECB.

The report is largely uncritical of the ECB's monetary and macro-economic policies, and it calls for ECB policy to be accompanied by Member States implementing further structural reforms and increasing competitiveness.

The ECB has over the past year flooded the markets with cheap money that only fuels speculative bubbles. Sinn Féin has an entirely different view of how to conduct monetary policy based on funding investments in the real economy in order to promote growth that benefits the majority of people and not only large banks and corporations. The report was also largely uncritical of the undemocratic nature of the ECB, while we believe it must be fundamentally reformed and held accountable.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Les socialistes et démocrates soutiennent généralement les politiques monétaires expansionnistes mises en œuvre par la BCE jusqu'à présent. Nous estimons cependant que la seule BCE ne peut stimuler la demande globale que si elle est complétée par des investissements et des programmes de réforme structurelle ambitieux et socialement équilibrés au niveau des États membres. Nous appelons également la BCE à faire plus pour s'assurer que cette liquidité atteigne l'économie réelle et les PME en particulier et, enfin, à être vigilent, afin que les faibles taux d'intérêt des banques bénéficient davantage à l'économie réelle.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Centrinio Banko 2015 m. metinės ataskaitos. Euro zonai vis dar būdingas aukštas nedarbo lygis, pernelyg maža infliacija ir dideli makroekonominiai disbalansai, įskaitant einamosios sąskaitos deficitą. Be to, euro zonos šalys pasižymi menku našumo augimu, kurį lemia investicijų trūkumas, nesugebėjimas įvykdyti struktūrines reformas ir silpna vidaus paklausa.

Sutinku su ECB pirmininko M. Draghi pozicija, kad vien tik bendroji pinigų politika negali skatinti bendros paklausos augimo ir kad ją valstybių narių lygmeniu būtina papildyti patikima fiskaline politika ir plataus masto ir socialiniu požiūriu, subalansuotomis struktūrinių reformų programomis. Vykdant socialiniu aspektu subalansuotas struktūrines ekonomikos ir darbo rinkos reformas taip pat derėtų visapusiškai atsižvelgti į demografinę padėtį Europoje ir skatinti labiau subalansuotą demografinę politiką. Taip pat svarbu, kad ECB atidžiai įvertintų būsimų naujų turto ir būsto kainų burbulų riziką, kylančią dėl ECB itin žemų (neigiamų) palūkanų normų politikos, atsižvelgiant į tai, kad labai padidėjo skolinimo apimtys ir neproporcingai išaugo kainos nekilnojamojo turto sektoriuje, ypač kai kuriuose didžiuosiuose miestuose. Pritariu pozicijai, kad reikėtų koordinuoti nacionalines ekonomines politikas, ypač euro zonoje, siekiant ekonominio augimo.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ετήσια έκθεση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για το 2015, διότι θεωρώ πως ο νομισματικός διάλογος είναι σημαντικός για την εξασφάλιση διαφάνειας στη νομισματική πολιτική.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Auf der Grundlage des Jahresberichts der Europäischen Zentralbank zieht das Europäische Parlament jährlich eine Bilanz der Aktivitäten des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Geldpolitik des Eurosystems. Die Hauptaufgaben des ESZB, zu denen die Gewährleistung der Preisstabilität und die Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik der Union zählen, bilden die zentralen Themen des Jahresberichts der EZB und der Antwort des Parlaments auf diesen. Im Kalenderjahr 2015 waren die Hauptthemen des Weiteren die Erholung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets, die anhaltend niedrige Inflation, die Effekte niedriger Zinssätze sowie die Entscheidung der EZB, ihr Asset-Purchase-Programm zu erweitern. Ich habe dem Bericht zugestimmt, der sich auch kritisch mit dem Handeln der EZB auseinandersetzt, und hoffe, dass die EZB diese Kritikpunkte zur Kenntnis nimmt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport formule des réserves pertinentes concernant la BCE mais il ne remet nullement en cause son action alors que la BCE incarne l'abandon de la souveraineté monétaire par les États-nations ainsi que la promotion des politiques d'austérité contreproductives et destructrices.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The European Central Bank has focused in recent years on propping up the euro, a currency entirely unsuited to the needs of a 21st-century economy and the diversity of economies from Germany to Greece. This report fails to comprehend the nature of the problem, and furthermore calls for more European Union, so I voted against the final report. I did, however, support various amendments which sought to highlight the problems within the ECB.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui vient rappeler le rôle fédéral de la BCE et qui dresse le constat selon lequel la zone euro continue de subir un fort taux de chômage, une inflation trop basse ainsi que des déséquilibres macro-économiques. Ce texte convient également que la seule politique monétaire n'est pas en mesure de relancer l'économie et qu'elle doit s'accompagner de politiques budgétaires sérieuses et de réformes structurelles. De fait, je réitère mon appel à la création d'un gouvernement de la zone euro.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos Centrinio Banko 2015 m. metinės ataskaitos. 2015 metų ECB ataskaitoje pažymima, jog euro zonai vis dar būdingas aukštas nedarbo lygis, pernelyg maža infliacija ir dideli makroekonominiai disbalansai. Taip pat euro zona susiduria su labai menku našumo augimu, kurį nulėmė investavimo trūkumas bei aukštas valdžios sektoriaus skolos lygis. Todėl matydamas šias euro zonos problemas pritariu, kad patikima fiskalinė politika ir socialiniu požiūriu subalansuotos ir į našumo didinimą orientuotos struktūrinės reformos yra vienintelė išeitis siekiant tvaraus ekonomikos atsigavimo.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az előterjesztés az Európai Központi Bank 2015. évi éves jelentéséről szól. A jelentés hangsúlyozza, hogy az euróövezetben továbbra is nagy arányú a munkanélküliség, túlzottan alacsony az infláció és jelentős a makrogazdasági egyensúlyhiány – többek között folyófizetésimérleg-hiány – jellemzi. Az euróövezetben igen alacsony a termelékenység növekedése, ami annak a következménye, hogy a válság kezdete óta egyre kevesebb a beruházás, elmaradtak a strukturális reformok és gyenge a belföldi kereslet. A jelentés lényegében a monetáris integrációt szorgalmazza, amivel nem értünk egyet, mert egyrészt nincsenek meg a gazdasági feltételei, ahogy néhány módosító javaslatból ez ki is tűnik, másrészt egy olyan integráltságot erőltet, amit a magunk részéről elutasítunk.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Whilst critical in parts (on for example TARGET2 imbalances) this non-legislative report nevertheless also calls on the ECB and Commission to act to shore up the ECB system rather than plan to disband it, accordingly UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel de la commission ECON sur l'action de la BCE s'éloigne du simple commentaire habituel et s'intéresse à la fois à la situation macroéconomique et aux dernières mesures prises par la banque centrale.

Sont ainsi passés en revue les instruments de politique monétaire conventionnels (abaissement des taux en mars dernier), mais surtout les outils non conventionnels (extension du quantitative easing jusqu'en mars 2017, TLTRO II etc.).

Or de vraies réserves sont exprimées dans ce rapport: sur la transmission à l'économie réelle du QE, sur les risques de bulles d'actifs (immobilier notamment), sur les risques des taux zéro sur le modèle économique de l'assurance-vie, sur celui de krach obligataire en cas de relèvement des taux, sur la gestion délicate d'une sortie du QE *(tapering)*, etc.

Autrement dit, il ne s'agit pas d'une ode à Mario Draghi ni donc d'un blanc-seing à la BCE. Voilà pourquoi je n'ai pas voté contre ce rapport, alors que je reste opposé aux orientations fondamentales de l'UE en matière monétaire.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui donne une évaluation générale des politiques monétaires de la BCE, avec des références claires au programme d'achat d'actifs (APP), aux opérations principales de refinancement (ORM) et aux opérations de refinancement à plus long terme ciblées (TLTRO I et II).

Le rapport souligne que la zone euro continue de souffrir d'un taux de chômage élevé, d'un taux d'inflation excessivement bas, de grands déséquilibres macroéconomiques, y compris des déséquilibres des comptes courants, et d'une très faible croissance de la productivité, conséquence du manque d'investissement. Cette référence claire au manque d'investissements est un point sur lequel nous avons insisté.

Le rapport demande l'achèvement et la pleine mise en œuvre progressive de l'Union bancaire, la construction d'une Union des marchés des capitaux ainsi qu'une solution à la question des prêts improductifs pour améliorer l'efficacité de la politique monétaire unique et atténuer les risques découlant d'un choc dans le secteur financier.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el importante rol que tiene el Banco Central Europeo, no obstante, quiero resaltar mi preocupación por los efectos que los tipos de interés negativos pueden tener sobre los ahorradores.

También quiero insistir en la necesidad de fortalecer la Unión Económica y Monetaria, en concreto, completar la Unión Bancaria.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La zona euro continua a subire gli effetti negativi della crisi economica, conseguenze importanti che sono riscontrabili nel permanere di elevati tassi di disoccupazione, nell'inflazione estremamente bassa e nella presenza di ampi squilibri macroeconomici. La BCE ha cercato di intervenire, nel corso degli ultimi anni, ammorbidendo la propria politica monetaria, riducendo i tassi di intervento a livelli senza precedenti. La relazione Tremosa i Balcells, che oggi ho sostenuto, valuta positivamente il lavoro svolto dalla Banca centrale europea nell'ultimo anno, approvando in particolare le politiche monetarie espansionistiche da essa ha adottate. Il sostegno all'azione promossa dal presidente Draghi si coniuga però alla consapevolezza della necessità di un'azione più ampia per accompagnare queste politiche. Bisogna puntare in primo luogo sul sostegno agli investimenti a livello comunitario e su programmi socialmente sostenibili di riforme strutturali, che coinvolgano tutti gli Stati membri. L'obiettivo principale deve essere quello di rilanciare l'occupazione e la domanda aggregata. Occorre che la BCE si impegni maggiormente per fare in modo che la liquidità raggiunga l'economia reale, garantendo che le banche approfittino dei bassi tassi di interesse per favorire i prestiti alle PMI che rappresentano non solo l'ossatura dell'economia europea ma anche una grande speranza per una rapida ripresa.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, a mi juicio, excesivamente complaciente con la actividad del Banco Central Europeo. Considero que el BCE incurrió durante 2015 en una clara extralimitación de sus funciones al utilizar los medios a su disposición para ejercer una presión política sobre el Gobierno griego. Además, la política de expansión cuantitativa y de compra de bonos por medio de los mercados secundarios, ha supuesto un regalo a las instituciones financieras que no ha redundado en beneficios para la sociedad y no ha logrado resolver los problemas económicos que pretendía.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – La Banque centrale européenne n'a pas les mêmes pouvoirs ni le même mandat que la Banque centrale américaine et on peut le regretter. Les objectifs de la FED sont le plein emploi, la stabilité des prix et des taux d'intérêt modérés afin de stimuler la croissance. La BCE, par contre, a pour seul mandat de contenir ou de stimuler l'inflation pour que celle-ci atteigne, sans les dépasser, les deux pour cent.

Même si on peut saluer le fait que la BCE veuille juguler les déficits budgétaires, force est de constater qu'aujourd'hui, malgré le rachat massif d'actifs des États membres, elle n'a pas réussi dans cette tâche, ce qui risque, à moyen terme, de replonger nos pays dans une nouvelle crise dévastatrice pour la prospérité de nos citoyens. La lecture du rapport de la BCE est ardue, mais il faut regretter qu'il n'envisage pas plus de souplesse dans la politique monétaire. Einstein disait il y a un siècle: «Faire toujours la même chose et attendre des résultats différents, est un signe de démence.» Espérons que la BCE entend ce sage conseil.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero felicitar a mi compañero de grupo Ramón Tremosa por su informe sobre el Informe Anual 2015 del Banco Central Europeo. Hay que impulsar la labor realizada por el BCE y su presidente para salvaguardar las competencias del euro y la fortaleza de nuestra moneda.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue de voter pour le rapport de la commission ECON sur l'action de la BCE. En effet, si le rapport présente un intérêt certain dans la lutte contre le blanchiment de capitaux, il ne remet pas fondamentalement en question l'action de la Banque centrale européenne, source de l'abandon de la souveraineté monétaire par les États et les politiques d'austérité.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Considerata l'inefficacia delle politiche economiche messe in campo dalla BCE per fronteggiare la crisi dei mercati, considerata la crisi bancaria che sta affossando i risparmi degli italiani a causa di provvedimenti quali il «Bail In» e le previsioni economiche di un altro anno di recessione a livello europeo, non ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas įvertino Europos Centrinio banko 2015 m. metinę ataskaitą. Parlamentas savo pranešime pabrėžė, kad euro zonai vis dar būdingas aukštas nedarbo lygis, pernelyg maža infliacija ir dideli makroekonominiai disbalansai, įskaitant einamosios sąskaitos disbalansus, be to, euro zona susiduria su labai menku našumo augimu, kurį nulėmė investavimo trūkumai, nesugebėjimas įvykdyti struktūrinių reformų ir silpna vidaus paklausa. Parlamentas taip pat atkreipė dėmesį į tai, kad aukštas valdžios sektoriaus skolos lygis, ypač didelis neveiksnių paskolų skaičius ir vis dar nepakankamai kapitalo turintis bankų sektorius kai kuriose valstybėse narėse vis dar skaldo euro zonos finansų rinką, tokiu būdu sumažinamos galimybės padėti pažeidžiamiausios ekonomikos šalims. Galiausiai, Parlamentas priminė federalinį ECB pobūdį, nes nenumatoma valstybių narių galimybė vetuoti sprendimus, o tai leidžia ECB imtis ryžtingų veiksmų siekiant įveikti krizę.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még inkább nagyobb figyelem irányul majd a Bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a Központi Bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveletei nélkül, sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam-növekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem letno poročilo Evropske centralne banke za leto 2015, saj je glavna naloga v teh časih zagotoviti stabilnost cen in podpiranje osnovnih ekonomskih politik. Letno poročilo za leto 2015 se torej nazaj osredotoča na glavne elemente aktivnosti ECB in sicer monetarne aktivnosti. Prav tako ponuja uravnotežene vmesne monetarne politike in se osredotoča na strukturne reforme in nevarnosti nizkih obrestnih mer. Ob obravnavi sem še opozoril, da politika nizkih obrestnih mer prinaša tudi nekatere negativne učinke, resne težave pa bodo kaj kmalu imeli tudi pokojninski sistemi po državah, še posebno tisti, ki so vezani na zajamčeno donosnost.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje pozdravlja dosadašnje napore Europske središnje banke, ali i daje mišljenje kako sam ECB ne može potaknuti agregatnu potražnju, osim ako je dopunjena ulaganjima te ambicioznim i društveno uravnoteženim programima strukturnih reformi na razini država članica.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed the resolution on the European Central Bank Annual Report for 2015 particularly because it stressed the lack of investment, the failure in carrying out structural reforms and the weakness of the internal demand in the euro area identifying the right problems we must deal with. Furthermore, it supported the recent ECB's work by underling some priorities which concern the Parliament.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ribadisce come la zona euro soffra per l'elevata disoccupazione e le basse inflazione e crescita della produttività. Inoltre, l'elevato debito pubblico e l'enorme numero di crediti in sofferenza nel settore bancario di alcuni Stati membri, provocano una frammentazione nel mercato finanziario che riduce la flessibilità nel sostegno alle economie più fragili. È comunque riconosciuta alla BCE, l'efficace adozione di misure per riportare l'inflazione all'obiettivo a medio termine del 2% e, tramite il programma di acquisto di asset, si osserva che l'economia reale è migliorata, con conseguente rafforzamento dei prestiti alle imprese e alle famiglie. Il Parlamento europeo concorda con il presidente Draghi che la politica monetaria non è in grado di stimolare la domanda aggregata se non è accompagnata da valide politiche fiscali e ambiziosi programmi di riforma in ciascuno Stato membro. Si invita inoltre la BCE a prestare attenzione a un troppo prolungato periodo di politica a un basso tasso d'interesse, che potrebbe mettere a rischio la stabilità finanziaria; e a valutare il rischio di una nuova bolla immobiliare conseguente a tali tassi d'interesse troppo bassi. Ricorda che l'indipendenza della BCE nello svolgimento della sua politica monetaria è fondamentale per l'obiettivo di mantenere la stabilità dei prezzi.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport émet des réserves quant à l'efficacité de la politique monétaire de la Banque centrale européenne (BCE), qui a consisté à baisser le taux de refinancement et le taux de dépôt ainsi qu'à renforcer le *quantitative easing* en vue de lutter contre les risques de déflation. Ces réserves portent notamment sur la transmission dans l'économie réelle des liquidités issues du rachat massif d'actifs sur les marchés financiers qui risquent de créer des bulles spéculatives. Néanmoins, notre position va bien au-delà des simples critiques émises dans ce rapport. À défaut d'une sortie de la zone euro, nous souhaitons mettre en œuvre une profonde modification des statuts de la BCE qui viserait à inclure des objectifs de croissance et de change ainsi qu'à ôter son autonomie auprès des États membres. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Zona euro continuă să fie influențată de rata foarte scăzută a inflației, de anumite dezechilibre macroeconomice semnificative, dar și de un nivel ridicat al șomajului, în ciuda tuturor eforturilor recente. De asemenea, raportul anual al Băncii Centrale Europene pe 2015 semnalează faptul că nivelul productivității este unul foarte scăzut, ceea ce sugerează lipsa investițiilor, dar și nepunerea în aplicare a reformelor structurale.

Salut măsurile adoptate de Banca Centrală Europeană cu privire la reducerea ratei inflației la 2% pe termen mediu și, de asemenea, sprijin programele de operațiuni țintite de refinanțare pe termen mai lung orientate către economia reală, programe care au favorizat îmbunătățirea situației financiare.

M-am exprimat în favoarea raportului anual al Băncii Centrale Europene pe 2015, deoarece consider că BCE s-a preocupat în permanență de respectarea angajamentelor cu privire la asigurarea stabilității financiare a zonei euro.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris.* – Economia mondială a continuat să se redreseze treptat în 2015, deși creșterea economică globală a fost ușor mai moderată față de anul precedent. 2015 a fost un an de redresare pentru economia zonei euro. Cu toate acestea, inflația s-a menținut pe o traiectorie descendentă. Deși riscurile privind evenimente extreme au fost, în cele din urmă, evitate, consider că pe viitor avem nevoie de mai multă claritate și securitate juridică în procesul de furnizare de lichidități de către Banca Centrală către instituțiile din zona euro.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la „Raportul anual al Băncii Centrale Europene pentru 2015". Ne confruntăm cu incertitudini legate de perspectivele economiei mondiale. Ne confruntăm în continuare cu forțe dezinflaționiste. Și ne confruntăm cu întrebări despre direcția în care se îndreaptă Europa și despre reziliența acesteia la noi șocuri. În acest context, trebuie luat un angajament față de respectarea drepturilor cetățeniilor, pentru a spori încrederea în rândul acestora. Trebuie să se promoveze reforme structurale care facilitează în mod direct investițiile și locurile de muncă.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula ho dato il mio voto positivo alla relazione sulla Relazione annuale 2015 della Banca centrale europea, in quanto valuto di cruciale importanza la necessaria adozione delle risorse strutturali, il cui sviluppo è un caposaldo della politica di stimolo e protezione attuata dalla BCE. Sebbene l'economia sia in ripresa, essa esce da anni di crisi e dimostra ancora tutta la sua fragilità. In quest'ottica, le azioni messe in atto dalla BCE sono un valido baluardo per il mondo finanziario ed un sicuro contrasto alla volatilità dei mercati. Va sottolineato che gli effetti distorsivi di una «hard Brexit» e lo scenario USA della elezione di Trump militano a sfavore di un equilibrio economico finanziario della zona euro. Di conseguenza, valuto positivamente la relazione e l'impegno assunto dalla BCE di «fare tutto il necessario» per difendere l'euro, cosa che a mio avviso sta effettivamente facendo.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Whilst critical in parts (on for example TARGET2 imbalances) this non-legislative report nevertheless also calls on the ECB and Commission to act to shore up the ECB system rather than plan to disband it, accordingly UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it provides a balanced assessment of the interplay of monetary polices and structural reforms and the risks of low interest rate policies. Its aim is to take stock of the activities of the European System of Central banks (ESCB) and the Eurosystem's monetary policy.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho ritenuto di esprimere voto favorevole, valuta in modo positivo l'operato della Banca centrale europea (BCE) per il 2015. Nonostante le politiche monetarie espansioniste messe in atto dalla BCE mirino a stimolare la crescita e la creazione di posti di lavoro, mi rammarico che queste ultime non siano state accompagnate da un adeguato livello di investimenti, così ottenendo effetti limitati sull'economia reale.

Credo che la politica dei tassi d'interesse negativi abbia avuto effetti positivi sulla solidità delle banche ma che sia necessario valutare attentamente le conseguenze di tale politica monetaria non convenzionale sui singoli risparmiatori e sull'equilibrio finanziario dei regimi pensionistici, nonché in termini di sviluppo di bolle speculative, in particolare nel settore immobiliare.

Ritengo che un mercato dei capitali efficiente, diversificato e integrato, vada costruito dando piena attuazione all'Unione bancaria e puntando ad una vera Unione dei mercati dei capitali.

Mi rammarico che, nonostante l'impegno puntuale della BCE in tal senso, si osservi ancora un importante divario fra i tassi di finanziamento concessi alle PMI e quelli concessi alle imprese di maggiori dimensioni. A tal proposito condivido l'invito della relazione a rafforzare il rapporto tra immissione di liquidità da parte della Banca centrale e l'erogazione di prestiti all'economia reale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπενθυμίζουμε ότι ο νομισματικός διάλογος είναι σημαντικός για την εξασφάλιση διαφάνειας στη νομισματική πολιτική έναντι τόσο του Κοινοβουλίου όσο και του ευρύτερου κοινού.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η ψηφοφορία επί της ετήσιας έκθεσης της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας (ΕΚΤ) για το 2015 εστιάζει στις δραστηριότητες αυτού του συγκεκριμένου οργάνου κατά το περασμένο έτος. Παρότι δεν προέκυψαν λάθη ή ατασθαλίες, έχουμε εκφράσει πολλές αντιρρήσεις ως προς τη δομή και τις ακολουθούμενες διαδικασίες της ΕΚΤ και ως εκ τούτου ο τρόπος λειτουργίας της δεν μας βρίσκει σύμφωνους. Γι' αυτό τον λόγο αποφάσισα να ψηφίσω αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Sconfortante relazione della Banca centrale europea sulle politiche monetarie comuni. Voto negativo.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'incertezza costituisce, indubbiamente, il peggiore di tutti i mali. Tuttavia, propendo per riconoscerla come la condizione perfetta per incitare l'uomo a scoprire le proprie capacità e pertanto approvo il quadro presentato dalla BCE in merito al 2015 e previsto per il futuro. Nel suo operare per mantenere la stabilità monetaria e promuovere il regolare funzionamento del sistema dei pagamenti, la BCE prevede per il 2016 un'inflazione prossima allo 0,2% e crescente nel 2017. Tale auspicio diventa arduo da conseguire a causa della congiuntura macro-economica sfavorevole. Se è indubbia la necessità di riforme strutturali atte a contrastare, oltre a quanto elencato, la disoccupazione stabile e una produttività scarsa, è altrettanto indiscutibile il livello del rischio che il bilancio della BCE sta raggiungendo nella realizzazione dei programmi stabiliti. Desta, inoltre, sconcerto l'impatto di tali operazioni sull'economia reale. Prova ne è il mancato seguito sulla ripartenza di investimenti e consumi. Congiuntamente a quanto esposto, rattrista osservare il divario esistente tra i tassi di finanziamento concessi alle banche e alle imprese.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the European Central Bank Annual Report for 2015 and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale in quanto condivido gli elementi di base rappresentati all'interno del testo inerenti le attività della BCE. La relazione fornisce inoltre una valutazione equilibrata delle interazioni tra politiche monetarie, riforme strutturali e rischi di politiche di bassi tassi di interesse. Non mancano nella relazione i riferimenti all'effetto negativo causato dell'elevato tasso di disoccupazione nella zona euro e al livello di crescita di produttività molto basso per lo più dovuto alla mancanza di investimenti e di riforme strutturali. Convengo che la politica monetaria unica non può essere in grado, da sola, di stimolare la domanda e la crescita se non viene integrata da corrette politiche di bilancio e da riforme strutturali da parte degli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Factors like the failure to carry out structural reforms and the weakness of internal demand, the huge number of non-performing loans and a still undercapitalised banking sector in some Member States, are still fragmenting the euro area financial market, thus reducing room for manoeuvre to support the most fragile economies.

As the report states, there are structural and socially-balanced reforms in the economy and the labour market should also take full account of the demographic deficit in Europe in order to tackle deflationary pressures and create incentives for a more balanced demographic structure that would make it easier to maintain an inflation target of around 2%.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ogni anno il Parlamento è chiamato a votare la relazione sulla BCE e quest'anno mi vedo costretto a dissentire ed esprimermi negativamente verso il rapporto presentato in quanto esso analizza solo parzialmente l'operato della Banca centrale. L'analisi risulta essere poco obiettiva, osannando l'operato della BCE senza muovere alcuna vera critica nei suoi confronti. Vorrei inoltre sottolineare che la BCE dovrebbe prendere al più presto in considerazione un meccanismo di opt-out che consenta agli Stati membri di poter uscire dall'Eurozona qualora tale mossa fosse ritenuta necessaria.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe puesto que se queda muy corto en las críticas al funcionamiento del Banco Central Europeo durante el ejercicio de 2015. Señala algunas críticas sustanciales de la actividad del BCE durante este periodo, el papel de los tipos de interés súper reducido, el impacto del *Quatitative Easing*, etc. Sin embargo, el informe continúa llamando a la necesidad de «reformas estructurales» para que la misma política monetaria pueda funcionar. Necesitamos una política monetaria diferente que ponga en cuestión la «independencia» del BCE y permita que funcione para financiar deuda pública y no solo mercados de deuda, donde el sistema financiero chantajea a los Estados. El informe no critica la actual estructura, ni su funcionamiento antidemocrático y es por esto por lo que he decido votar en contra del mismo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La relazione fornisce una valutazione positiva generale delle politiche monetarie della BCE con chiari riferimenti: *Asset Purchase Programme*, *main refinancing operations* e il *targeted longer-term refinancing operations*.

La relazione sottolinea che la zona euro continua a soffrire di un alto livello di disoccupazione, di un eccessivamente basso livello di inflazione, di grandi squilibri macroeconomici, tra cui gli squilibri delle partite correnti, e di un livello molto basso di aumento della produttività, che è il risultato della mancanza di investimenti, dell'incapacità di attuare riforme strutturali e della debolezza della domanda interna. Questo chiaro riferimento alla mancanza di investimenti è un punto su cui abbiamo, come gruppo dei socialisti e democratici, fortemente insistito, e ritengo che sia un punto centrale nella nostra battaglia. Inoltre, la relazione chiede anche un completamento *step-by-step* e la piena attuazione della *Union Banking*, dell'Unione dei mercati dei capitali, nonché una soluzione al problema dei *non performing loan* per migliorare l'efficacia della politica monetaria e mitigare i rischi derivanti da uno shock nel settore finanziario. Lo ritengo pertanto un testo condivisibile, sebbene ulteriori passaggi potevano essere compiuti per sottolineare, in linea con le proposte della Commissione, la necessità di una *fiscal stance* positiva.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Parlament állásfoglalására irányuló indítvány tükrözi az Európai Központi Bank 2015-ös éves tevékenységét. A jelentés kiegyensúlyozottan értékeli az EKB éves tevékenységét, annak monetáris politikáját, az alacsony kamatlábakat fenntartó politika rizikóit, valamint a strukturális reformok igényeit. Az Európai Központi Bank elsődleges célja az árstabilitás fenntartása egy stabil beruházási környezet megteremtése révén. A 2015-ös évben komoly problémát jelentett az euróövezetben a nagyarányú munkanélküliség, túlzottan alacsony infláció, makrogazdasági egyensúlyhiány és a termelékenység alacsony növekedése, melynek következményeként elmaradtak a strukturális reformok, egyre kevesebb volt a beruházás és gyengült a belföldi kereslet is. Az európai gazdaság versenyképességének növelését és a hiteles költségvetési politikát elsősorban szociálisan kiegyensúlyozott és elsődlegesen hatékony strukturális reformok által lehet elérni, melyek közvetlenül elősegítik a beruházásokat és a munkahelyteremtést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W głosowaniu nad przyjęciem sprawozdania wstrzymałem się od głosu, ponieważ w sprawozdaniu pozostaje kilka problematycznych kwestii, które wymagają szczególnego omówienia i doprecyzowania. Przykładem jest niezrozumiała kwestia przyczyn wprowadzania ujemnych stóp, niedookreślone wyrażenia czy różnice wynikające z podejścia do utworzenia unii bankowej, co w moim przekonaniu musi podlegać bardziej krytycznej ocenie, aniżeli tej, która została zaprezentowana w sprawozdaniu. To, co pozytywnie odbieram w sprawozdaniu, to wyważony i rozsądny sposób omawiania polityki EBC. Uważam, że sprawozdanie zawiera zbyt wiele wątpliwościami i nieścisłości.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report calls for further need for investments and socially balanced structural reform programmes at Member State level to stimulate aggregate demand. As the euro area continues to suffer from unemployment, structural reforms are necessary to tackle such a reality. Liquidity needs to reach the real economy, we need to invest in SMEs and make sure that the low interest rates that the banks are benefiting from are translated into more loans. As these aspects are all covered in the report, I voted in favour.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – L'attività della BCE è stata deleteria sin dalla nascita, cioè dall'avvio dell'Unione monetaria in un'area valutaria non ottimale. Austerity, disoccupazione, privatizzazioni, svendita dagli asset strategici dei Paesi membri in difficoltà, tagli agli investimenti, ai salari, ai diritti dei lavoratori, chiusura di piccole e medie imprese: sono solo alcuni degli effetti tangibili che milioni e milioni di cittadini europei hanno pagato sulla propria pelle.

Le risposte della BCE sono state inadeguate nei tempi e nei modi. Dal *Quantitative Easing* ai bassi tassi di interesse, ogni provvedimento immaginato per essere una risposta immediata e temporanea alla mancanza di liquidità e all'accesso al credito, si è trasformato in una palude di sabbie mobili, con un deterioramento reale delle condizioni macroeconomiche, che ha a sua volta indotto la necessità di fare appello alle riforme strutturali e alla *Capital Markets Union*. Queste vengono descritte come salvifiche per i cittadini, mentre non fanno altro che garantire la profittabilità di banche e soggetti finanziari.

Le conseguenze in termini politici, economici e sociali dell'euro e dei diktat della BCE sono gravissime e non è possibile sostenere chi di fatto induce povertà per salvare l'euro e i profitti delle banche. Per queste ragioni il mio voto è contrario.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport constitue la réponse du Parlement européen au rapport annuel de la Banque centrale européenne et évoque autant de sujet essentiels que sont les réformes nécessaires à la politique monétaire européenne, la gestion des faibles taux d'intérêt et enfin l'achèvement des marchés de capitaux. J'ai voté en faveur de ce rapport.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Whilst critical in parts (on for example TARGET2 imbalances) this non-legislative report nevertheless also calls on the ECB and Commission to act to shore up the ECB system rather than plan to disband it, accordingly UKIP voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur l'activité de la Banque centrale européenne (BCE) pour l'année 2015. Ce texte insiste notamment sur l'importance de mettre en œuvre l'union bancaire et une union des marchés des capitaux afin de renforcer l'efficacité de la politique monétaire unique et atténuer les risques résultant d'un choc dans le secteur financier.

Par ailleurs, il est important de rappeler que la politique monétaire ne peut à elle seule résoudre les problèmes structurels de l'économie européenne. Par conséquent, les États membres doivent effectuer les réformes nécessaires et mettre en œuvre des politiques budgétaires saines permettant la relance de la croissance et de l'emploi, ceci en garantissant notamment l'accès au financement pour les PME.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még inkább nagyobb figyelem hárul majd a bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a Központi Bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját. Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveletei nélkül, sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam-növekedéshez vezethetett volna.

Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport.

Ce rapport de la commission ECON du Parlement européen traite en profondeur des politiques de la Banque centrale européenne, aussi bien de ses outils conventionnels (abaissement des taux) que non conventionnels, et fait état de nombreuses réserves.

Le Front National souhaite, a minima, une révision des missions de la BCE telles que définies par les traités et également de son statut d'indépendance. En outre, le programme du Front National consiste, in fine, en une nationalisation des politiques monétaires et bancaires.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад е реакцията на Европейския парламент към годишния доклад на Европейската централна банка (ЕЦБ) за 2015 г. Доволен съм да видя, че в доклада на г-н Тремоса политиката на ЕЦБ е разгледана по разумен начин. Беше крайно време да видим критичен език по проблемни въпроси, като например ниското и дори отрицателно ниво на лихвения процент.

Въпреки това за мен и моята група има важни елементи в доклада, които противоречат на нашите идеи. Не сме съгласни с програмата за покупка на активи, насочена към дългосрочни операции по рефинансиране, и не разбираме защо беше наложена политиката на отрицателните лихви. Важно е да подчертая, че ние имаме много по-критичен поглед към банковия съюз и се разграничаваме от изразеното в доклада мнение.

Поради изложените силни и слаби страни на доклада гласувах „въздържал се".

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΚΤ, ως ένας από τους βασικούς θεσμούς της ΕΕ, θα πρέπει να ενεργεί με γνώμονα το καλό των πολιτών της Ένωσης, την ευημερία τους και την αξιοπρεπή διαβίωσή τους. Δεν πρέπει να τοποθετεί την προστασία του κοινού ευρωπαϊκού νομίσματος υπεράνω ανθρώπων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még inkább nagyobb figyelem hárul majd a bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a központi bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ez által sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveleti nélkül sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam-növekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I abstained on this report on the final vote. I believe that austerity policies have been partly responsible for the weak and uneven 'recovery'. The report does not call for building a sustainable economy but talks instead about growth and jobs. Wales needs to transform its economy and it can only do that with the right investment and on the basis of sustainability.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – São hoje mais claros para mais gente os reais objetivos da União Bancária. Criada sob o falso argumento de dar solidez ao sistema financeiro e cuidar dos bancos sistémicos, considerados «demasiado grandes para falir», não passou de uma manobra destinada a retirar da esfera pública, dos Estados nacionais e dos respetivos governos, sob controlo e escrutínio público, democrático, qualquer possibilidade de intervir no sistema.

Os seus reais objetivos passam por impor a concentração bancária à escala europeia, agravando portanto o problema que supostamente deveria resolver. No caso Português, a situação á gritante. Com a centralização de todas as funções de supervisão e resolução no BCE, os maiores bancos acabaram por ser vendidos a grupos estrangeiros a preço de saldo, ficando o prejuízo por conta dos contribuintes, uma vez que o fundo de resolução apenas tem sido financiado pelo Estado Português. Como é evidente, esta União Bancária não irá resolver nenhum dos problemas das economias, com ou sem o sistema de garantia de depósito. Porque esta União Bancária é expressão do domínio do sistema financeiro sobre o poder político da UE.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – V princípe nevidím problém v rozširovaní expanzívnej menovej politiky tak, ako ju praktizuje a navrhuje ECB, avšak ECB sama osebe nemôže stimulovať agregátny dopyt, ak nie je doplnený o potrebné investície a ambiciózne a sociálne vyvážené štrukturálne reformy na úrovni členských štátov. ECB môže urobiť viac aj v oblasti pomoci pre malé a stredné podniky. S ohľadom na súčasnú situáciu vo svete je veľmi smutné, že dopady opatrení ECB na reálnu ekonomiku boli veľmi obmedzené, banky boli schopné získať prístup k financovaniu prakticky za nulové či veľmi nízke náklady.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione sulla BCE, troppo faziosa e non realistica.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΚΤ, ως ένας από τους βασικούς θεσμούς της ΕΕ, θα πρέπει να ενεργεί με γνώμονα το καλό των πολιτών της Ένωσης, την ευημερία τους και την αξιοπρεπή διαβίωσή τους. Δεν πρέπει να τοποθετεί την προστασία του κοινού ευρωπαϊκού νομίσματος υπεράνω ανθρώπων. Για τον λόγο αυτό, ψηφίζω «κατά».

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I generally support the expansionary monetary policies implemented by the ECB until now but I am of the opinion that the ECB alone cannot stimulate aggregate demand unless it is complemented by investments and ambitious and socially balanced structural reform programmes at Member State level. I am also of the opinion that the ECB can do more to make sure that liquidity reaches the real economy and the SMEs in particular and to be vigilant that the low interest rates banks are benefiting from are translated into more loans to the real economy. Moreover, I support the report as it calls for a step-by-step completion and full implementation of the Banking Union, the building of a Capital Market Union as well as a solution to the issue of non-performing loans to enhance the effectiveness of the single monetary policy and mitigating the risks arising from a shock in the financial sector.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még inkább nagyobb figyelem hárul majd a Bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus ellenőrzés. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a Központi Bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveletei nélkül, sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyamnövekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente las consecuencias para la economía europea que puede acarrear el *Brexit*, así como, la disparidad a nivel estatal en referencia al crecimiento económico y la reducción de las tasas de desempleo. Del mismo modo, debemos tener presente que pese a los esfuerzos realizados, algunos países de la Unión aún siguen por encima de los objetivos de déficit establecidos. Debemos tener presente que la política monetaria única, por sí sola, no puede estimular la demanda agregada si no se complementa con políticas fiscales sólidas, programas de reformas estructurales ambiciosos y socialmente equilibrados a nivel de los Estados miembros. En este contexto, debemos completar la plena aplicación de la unión, ya que ello constituiría un paso decisivo para mejorar la eficacia de la política monetaria única y mitigar los riesgos derivados de un shock en el sector financiero.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe anual sobre las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis en las reformas estructurales —calificadas como socialmente sostenibles— que inicialmente recogía el proyecto de informe. Además, se reconoce la naturaleza federal del BCE y se reitera el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

La política monetaria no basta. Es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo. La revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas representa una oportunidad para realizar una emisión de bonos a largo plazo —aprovechando los tipos de interés negativos— que permita relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria o las infraestructuras, entre otros.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Condivido il tono della relazione della commissione per i problemi economici e monetari, che esprime un giudizio molto positivo del lavoro della BCE, in particolare per le politiche monetarie a sostegno della crescita e del finanziamento delle operazioni a lungo termine.

Preme anche a me sottolineare le gravi difficoltà economiche della zona euro riflettute nel rapporto, in primo luogo l'occupazione, la bassa inflazione, gli squilibri macroeconomici, la scarsa produttività, la grave assenza di investimenti, il ritardo nelle riforme strutturali nei paesi e una estrema debolezza della domanda.

Mi pare importante che le priorità del gruppo S&D a sostegno della politica monetaria espansiva portata avanti da Mario Draghi siano ben rappresentate, in particolare per aver ribadito che le scelte della BCE, da sole, non possono correggere le incompiutezze della zona euro e che devono essere pertanto accompagnate da investimenti e riforme strutturali equilibrate socialmente.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale 2015 sull'attività della BCE, perché ritengo che la politica monetaria e particolarmente le misure non convenzionali di allentamento quantitativo messe in atto dalla BCE siano in linea con gli obiettivi di stabilità dei prezzi e coerenti con il suo mandato, ma soprattutto perché sono state decisive per preservare l'integrità dell'Eurozona, proteggerla dalla deflazione e contribuire alla ripresa economica, ancora incerta in molti Stati dell'Eurozona.

Questa relazione costituisce ad un tempo l'occasione per il Parlamento europeo per fare il punto sul *policy mix* di riforme strutturali e politiche fiscali messo in atto nell'Eurozona, constatando, nondimeno, la necessità di un maggiore orientamento delle stesse alla crescita, attraverso investimenti pubblici e privati che rafforzino la coesione territoriale, così come sugli effetti delle politiche monetarie sul sistema finanziario europeo, oggi nettamente più forte in termini di capitale, *leverage*, finanziamento e assunzione dei rischi. Come affermato dal Presidente Draghi, il *Common Equity Tier* 1 dei gruppi bancari significativi dell'Eurozona è oggi oltre il 14 %.

Resta, infine, aperto il nodo della redditività delle banche e soprattutto quello del completamento dell'Unione bancaria, attraverso la creazione del terzo pilastro (EDIS) e la creazione di un *backstop* finale pubblico nell'ambito del secondo pilastro.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zum Jahresbericht der Europäischen Zentralbank für 2015 enthalten. Nicht, weil der Bericht selbst so unzureichend gewesen wäre – nein, mir geht es um die grundsätzliche Arbeit und zunehmende Politisierung der EZB. Das lehne ich ab, da es einer finanzpolitischen Stabilität im Euro-Raum – und damit im Ende allen Bürgern – schadet.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Europäischen Zentralbank (EZB) ist es in den vergangenen Jahren gelungen, die Inflation niedrig zu halten und zur Erholung des europäischen Wirtschaftsraumes beizutragen. Auch ihr Programm des Anlagenkaufes hat eine zentrale Rolle bei der positiven Entwicklung der europäischen Wirtschaft eingenommen. In Zukunft sollte die EZB ihre maßvolle Politik der ruhigen Hand fortsetzen und den europäischen Markt nicht durch Überregulierungen belasten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this report. Whilst the report is critical in parts (e.g. on negative interest rates and TARGET2 imbalances) it nevertheless calls on the ECB and the EU Commission to act and welcomes the ECB in doing 'whatever it takes' to save the euro.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report, which outlines measures that need to be taken to address the fragile economic situation of the euro area, provide jobs and growth and address excessively low inflation. I furthermore welcome that the report provides an analysis of the potential economic impact of Brexit.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Pour une fois, le rapport du Parlement n'est pas un satisfecit donné à la politique de la Banque centrale européenne.

Il est même extrêmement réservé, entre autres, sur l'impact des mesures non conventionnelles sur l'économie réelle, qui souffre encore d'un fort déficit d'investissement, et sur celui d'une politique de taux d'intérêt très bas, voire négatifs, prolongée trop longtemps, sur la piètre qualité des contreparties offertes en garantie dans les opérations de refinancement, sur les risques de bulles, notamment immobilières, ou de krach obligataire en cas de relèvement brutal des taux… Il s'inquiète à juste titre de la complexité de mise en œuvre de l'abandon de la politique non conventionnelle, qui ne pourra durer indéfiniment.

Mais les pistes d'action proposées restent désespérément collées au modèle institutionnel et politique qui est à la source même des problèmes. Je veux parler ici de la plus grande convergence des politiques budgétaires et des économies, de l'indépendance de la BCE, de la limitation de ses objectifs…

C'est pourquoi je me suis abstenu.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, a mi juicio, excesivamente complaciente con la actividad del Banco Central Europeo. Considero que el BCE incurrió durante 2015 en una clara extralimitación de sus funciones al utilizar los medios a su disposición para ejercer una presión política sobre el Gobierno griego. Además, la política de expansión cuantitativa y de compra de bonos por medio de los mercados secundarios, ha supuesto un regalo a las instituciones financieras que no ha redundado en beneficios para la sociedad y no ha logrado resolver los problemas económicos que pretendía.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which outlines measures that need to be taken to address the fragile economic situation of the euro area, provide jobs and growth and address excessively low inflation. I furthermore welcome that the report provides an analysis of the potential economic impact of Brexit.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, ezáltal még nagyobb figyelem hárul majd a Bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlendő, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a Központi Bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, hogy az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveletei nélkül, sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből kifolyólag valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami infláció-növekedéshez, majd túlzott árfolyamnövekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση, γιατί τονίζει πως, παρ' όλες τις ελλιπείς στρατηγικές της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, οι λύσεις που έδωσε ήταν αρκετές και αυτό που χρειάζεται τώρα είναι να συνεχίσουν ή να εμβαθύνουν τα κράτη μέλη τις διαρθρωτικές τους μεταρρυθμίσεις, να εμβαθυνθεί και να ολοκληρωθεί η τραπεζική ένωση και να εναρμονιστεί η νομισματική πολιτική των κρατών μελών. Η δική μας προσέγγιση βρίσκεται στην ακριβώς αντίθετη κατεύθυνση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this balanced report that outlines caution as well as some positive steps that need to be taken in a number of fields by the ECB. It highlights the reality of how persistently low interest rates are a growing problem, given their potential to undermine monetary policy transmission mechanisms. It also correctly identifies that the negative effects from this could be risks to private savings, a damaging reduction in bank profitability, impediments to the sound functioning of pension funds, inflation of asset bubbles and governments feeling less pressure to carry out structural reforms. On a more positive note, the report broadly supports the ECB's actions to deal with the difficult economic outlook, especially its endeavour to return to a sound level of inflation, and calls for the completion of the banking union and the establishment of a capital market union.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf den Jahresbericht der EZB 2015.

Generell ist hervorzuheben, dass dieser Report erstaunlich kritisch mit der EZB-Politik verfährt. So werden z. B. die Risiken von Niedrigzinsen ausdrücklich und besonders betont.

Allerdings weist der Text einige Punkte auf, die ich ausdrücklich nicht unterstützen kann. So sieht er die expansive Geldpolitik der EZB im Einklang mit dem Mandat der Zentralbank, begrüßt Draghis Ausspruch, „alles zu tun", um den Euro zu retten, und steht der Bankenunion positiv gegenüber.

Da es sich dennoch um eine der kritischsten Äußerungen des Parlaments zur aktuellen Politik der EZB handelt, habe ich mich in der Abstimmung enthalten, um diese positive Entwicklung zu honorieren.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Európai Központi Bank nagyon sok területen kap új feladatot, így szerepe felértékelődik, tevékenységére nagyobb figyelem irányul. Éppen ezért fontosnak tartom az Európai Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a központi bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveleti nélkül sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam-növekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The European Central Bank cannot stimulate aggregate demand unless its measures are accompanied by investments and structural reform programmes at Member State level. The ECB should do more to ensure that liquidity reaches the real economy and the SMEs. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za usvajanje Godišnjeg izvješća Europske središnje banke za 2015. godinu, (2016/2063(INI)) uzimajući u obzir njezin doprinos „obrani" eura te osiguranju financijske stabilnosti europodručja. Samo jedinstvena monetarna politika ne može potaknuti potražnju ako na razini država članica ne postoje dobre fiskalne politike te socijalno uravnoteženi programi strukturnih reformi. Treba osigurati povoljniju stopu financiranja za mala i srednja poduzeća te smanjiti postojeći nerazmjer između stopa financiranja za MSP-a i onih za veća trgovačka društva, zatim između kamatnih stopa na male i velike kredite te smanjiti razlike u uvjetima kreditiranja za MSP-a u različitim zemljama europodručja. Potrebno je nastaviti s mjerama monetarne politike koje donose atraktivnost ulaganja u europodručju. ESB treba pažljivo pratiti rizik ponovnog stvaranja balona na tržištu imovine i nekretnina zbog politike izrazito niskih (negativnih) kamatnih stopa. Treba poštovati neovisnost ESB-a te njezinu uloga u očuvanju financijske stabilnosti. Nažalost u europodručju se nastavlja negativan utjecaj visoke stope nezaposlenosti, pretjerano niske inflacije, velikih makroekonomskih neravnoteža, neravnoteže bilanci tekućih računa, niske razine rasta produktivnosti i manjka ulaganja.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I am of the view that it draws attention to important points such as the possible negative effects of unconventional monetary policy measures and negative interest rates, which may punish savers and pensions funds. Although the growth in the euro area remains low due to high public and private debt growth, this report also stresses that ECB operations show a positive impact on lending to the real economy.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ramon Tremosa relatif au rapport 2015 de la Banque centrale européenne. Le rapport relève que l'année 2015 a été celle d'une certaine reprise de l'économie dans la zone euro. La BCE y a contribué par deux moyens: d'une part, grâce à des décisions de politique monétaire efficaces et, d'autre part, grâce à une flexibilité des programmes, en ajustant les mesures à la conjoncture. Je soutiens ce rapport qui s'inscrit dans le cadre de la mission de contrôle du Parlement européen sur les activités de la Banque centrale européenne.

Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui porte sur le rapport de l'activité de la Banque centrale européenne en 2015. Il fait une évaluation équilibrée de l'interaction des politiques monétaires et des réformes structurelles ainsi que des risques liés aux politiques à faible taux d'intérêt.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den vorliegenden Bericht ab. Es ist zwar begrüßenswert, dass er sich kritisch zur aktuellen Geldpolitik der EZB äußert, jedoch kann ich die Forderung nach einer Vollendung der Bankenunion, insbesondere der Einlagensicherung, und die Schaffung einer Transferunion nicht mittragen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, but we must also acknowledge that the ECB alone cannot stimulate aggregate demand unless it is complemented by investments and ambitious and socially balanced structural reform programmes at Member State level. We also call on the ECB to do more to make sure that liquidity reaches the real economy and SMEs in particular.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf den Jahresbericht der EZB 2015.

Generell ist hervorzuheben, dass dieser Report erstaunlich kritisch mit der EZB-Politik verfährt. So werden z. B. die Risiken von Niedrigzinsen ausdrücklich und besonders betont.

Allerdings weist der Text einige Punkte auf, die ich ausdrücklich nicht unterstützen kann. So sieht er die expansive Geldpolitik der EZB im Einklang mit dem Mandat der Zentralbank, begrüßt Draghis Ausspruch, „alles zu tun", um den Euro zu retten, und steht der Bankenunion positiv gegenüber.

Da es sich dennoch um eine der kritischsten Äußerungen des Parlaments zur aktuellen Politik der EZB handelt, habe ich mich in der Abstimmung enthalten, um diese positive Entwicklung zu honorieren.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu ze dne 22. listopadu 2016 o výroční zprávě Evropské centrální banky za rok 2015 jsem nemohla podpořit. V textu se sice dočteme, že eurozóna je nadále sužována vysokou nezaměstnaností, příliš nízkou mírou inflace a vysokou makroekonomickou nerovnováhou, k níž přistupuje také nerovnováha běžného účtu, a že eurozóna se mimoto potýká také s velmi nízkou mírou růstu produktivity, která je důsledkem nízkých investic (o 10 procentních bodů pod předkrizovým stavem), neprovedených strukturálních reforem a slabé vnitřní poptávky, ale chybí pojmenování viníka. Tím jsou podle mého soudu zcela jasně právě politika Evropské centrální banky, a zejména evropské vlády, které slepě následovaly politiku škrtů, aby se proškrtaly na samé dno hospodářského růstu. S kolegy z GUE/NGL jsem proto navrhovala, aby Evropský parlament trval na tom, že ECB musí za svá rozhodnutí nést demokratickou odpovědnost a její rozhodnutí musí podléhat soudržné demokratické kontrole. Tento požadavek však byl trestuhodně ignorován.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még nagyobb figyelem hárul majd a bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a Parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a központi bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ezáltal sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveleti nélkül sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam-növekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against the ECB Annual Report, reflecting GUE/NGL's and my personal fundamental objection to the monetary policy adopted by the ECB.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A jelentés szerint minden gondokra gyógyírt nyújthat a monetáris integráció elmélyítése. Csakhogy, ha ez igaz lenne, akkor már eddig is segített volna, de nem ezt tapasztaljuk a való világban, hanem azt, hogy az EU-s munkanélküliségi ráta a hivatalos adatok szerint 4,6% és 24,9% között szór az eurót használó tagországokban, a reálnövekedés másfél százalék körüli, a beruházások visszafogottak. Egészében dominál az alacsony inflációval és a folyó fizetésimérleg-hiánnyal jellemezhető komoly makrogazdasági egyensúlyhiány. A bankszektorban a rossz hitelek magas aránya és az alultőkésítettség egyes tagállamokban különösen jellemző. Fentiekből láthatóan más gyógyírt kell keresni a gyökereknél leledző bajokra.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на годишния доклад на ЕЦБ за 2015 г. Считам, че поетият през август 2012 г. ангажимент на Европейската централна банка да „направи всичко необходимо“, за да защити еврото допринесе значително за осигуряването на финансовата стабилност на еврозоната.

Смятам, че един добре функциониращ, диверсифициран и интегриран капиталов пазар ще подкрепи каналите за трансмисия на единната парична политика. В тази връзка призовавам за постепенно завършване и пълноценно прилагане на банковия съюз и за пълно спазване от страна на държавите членки на свързаното с него законодателство, както и за изграждането на съюз на капиталовите пазари, тъй като това е решителна стъпка за повишаване на ефективността на единната парична политика и за намаляване на рисковете, произтичащи от сътресения във финансовия сектор. От изключително значение е да се реши проблемът с необслужваните заеми за най-силно засегнатите национални банкови сектори, за да се възстанови гладкото функциониране на трансмисионния механизъм на паричната политика за цялата зона.

Смятам, че е необходимо ЕЦБ да проучи в какво прилагането на паричната политика се различава между държавите членки с централизирани и концентрирани банкови сектори и тези с по-разнообразна мрежа от местни и регионални банки, както и между държави, които разчитат в по-голяма степен на банките или капиталовите пазари за финансирането на икономиката.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Unfortunately, the European Central Bank's (ECB) annual report for 2015 stresses that the euro area continues to suffer from a high level of unemployment, excessive low inflation, low level of productivity growth, lack of investment and large macroeconomic imbalances. To this point, ECB continues to underline the urgency of much-needed structural reforms and sound fiscal policies in the euro area. The report also expresses caution in a number of fields such as low interest rates, a damaging reduction in bank profitability, inflation of asset bubbles and impediments to the sound functioning of pension funds. Therefore, on the basis of the European Central Bank's (ECB) annual report for 2015, I urge the EU to put pressure on Member states in order to implement vital structural reforms as soon as possible. Furthermore, I call on the EU to facilitate the completion of banking union and to encourage the establishment of a capital market union. I certainly believe that these actions would be a decisive step towards improving the effectiveness of the single monetary policy and ensuring the financial stability of the euro area.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La relazione mette in evidenza come la zona euro continui a patire l'effetto negativo dell'elevato tasso di disoccupazione, dell'inflazione e degli squilibri macroeconomici e di un livello di crescita ancora molto basso. Alla luce di queste problematiche, le misure adottate dalla BCE per riportare l'inflazione all'obiettivo di medio termine del 2% risultano essere coerenti con i termini del suo mandato. La BCE ha contribuito al clima di fiducia contrastando i rischi per l'integrità dell'area dell'euro, connessi principalmente agli eventi verificatisi in Grecia nell'anno passato. Sulla base dell'attuazione di programmi mirati per il rifinanziamento a lungo termine dell'economia reale, le condizioni finanziarie sono migliorate, favorendo una ripresa dei prestiti alle imprese e alle famiglie nella zona euro.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport annuel de la Banque centrale européenne pour 2015. Le traditionnel rapport de la commission ECON sur l'action de la BCE formule peu de jugements de valeur favorables à la politique mise en place, et le ton se veut nuancé. L'avis livré n'est pas une ode à Mario Draghi et à la BCE. Toutefois, le modèle que je préconise va bien au-delà de ces simples critiques. Je suis favorable à une renationalisation de la politique monétaire et de la supervision bancaire, autour d'un euro monnaie commune accompagnant le passage aux monnaies nationales. À tout le moins, j'appelle de mes vœux une réforme des traités afin de modifier le mandat de la BCE (inclusion des objectifs de croissance, d'emploi, de la politique de changes) ainsi que son statut (autonomie et non indépendance vis-à-vis des États), et je réclame la possibilité de monétiser directement la dette (modification de l'article 123 TFUE). Ces options pour une autre politique monétaire ne trouvent pas d'échos dans ce rapport, bien que plusieurs groupes, outre l'ENL, y soient favorables. En cela il n'est représentatif que d'une partie de l'avis du Parlement, et certainement pas de la partie la plus dynamique électoralement.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le traditionnel rapport de la commission ECON sur l'action de la BCE s'éloigne du simple commentaire du rapport 2015 de l'institution et s'intéresse à la fois à la situation macroéconomique et aux dernières mesures prises par la banque centrale, y compris donc au cours de l'année 2016. Ces options pour une autre politique monétaire dans l'Union ne trouvent pas d'échos dans ce rapport, bien que plusieurs groupes, outre l'ENL, y soient favorables. En cela il n'est représentatif que d'une partie de l'avis du Parlement, et certainement pas de la plus dynamique électoralement. Étant donné le projet en cours, je me suis abstenu.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe puesto que se queda muy corto en las críticas al funcionamiento del Banco Central Europeo durante el ejercicio de 2015. Señala algunas críticas sustanciales de la actividad del BCE durante este periodo, el papel de los tipos de interés súper reducido, el impacto del *Quatitative Easing*, etc. Sin embargo, el informe continúa llamando a la necesidad de «reformas estructurales» para que la misma política monetaria pueda funcionar. Necesitamos una política monetaria diferente que ponga en cuestión la «independencia» del BCE y permita que funcione para financiar deuda pública y no solo mercados de deuda, donde el sistema financiero chantajea a los Estados. El informe no critica la actual estructura, ni su funcionamiento antidemocrático y es por esto por lo que he decido votar en contra del mismo.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf den Jahresbericht der EZB 2015.

Generell ist hervorzuheben, dass dieser Report, den ich als Schattenberichterstatter für unsere Fraktion betreute, erstaunlich kritisch mit der EZB-Politik verfährt. So werden z. B. die Risiken von Niedrigzinsen ausdrücklich und besonders betont.

Allerdings weist der Text einige Punkte auf, die ich ausdrücklich nicht unterstützen kann. So sieht er die expansive Geldpolitik der EZB im Einklang mit dem Mandat der Zentralbank, begrüßt Draghis Ausspruch, „alles zu tun", um den Euro zu retten, und steht der Bankenunion positiv gegenüber.

Da es sich dennoch um eine der kritischsten Äußerungen des Parlaments zur aktuellen Politik der EZB handelt, habe ich mich in der Abstimmung enthalten, um diese positive Entwicklung zu honorieren.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is carried out annually and assesses the activities of the ECB.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – U eurozoni se nastavlja negativan utjecaj visoke stope nezaposlenosti, pretjerano niske inflacije i velikih makroekonomskih neravnoteža, a zbog posljedica manjka ulaganja i neprovođenja strukturnih reformi zabilježena je i niska razina produktivnosti. Ovo izvješće govori o Godišnjem izvješću ESB-e za 2015., u kojem su središnje teme bile oporavak gospodarstva eurozone, nastavak niske inflacije, učinci niskih kamatnih stopa i odluke ECB-a o programu proširenja imovine kupnjom vrijednosnih papira. Izvješće napominje da visoka razina javnog duga i još uvijek nedovoljno kapitaliziran bankovni sektor u nekim državama članicama uzrokuju fragmentiranost financijskog tržišta eurozone. Rješenje tog problema je u dobrim fiskalnim politikama i socijalno uravnoteženim strukturnim reformama usmjerenim na produktivnost, jer se samo jedinstvenom monetarnom politikom ne može potaknuti ukupna potražnja ako je na razini država članica ne prate dobre fiskalne politike te ambiciozni i socijalno uravnoteženi programi strukturnih reformi.

Izvješće pruža uravnoteženu procjenu međuovisnosti monetarne politike i strukturnih reformi i rizika od politike niskih kamatnih stopa, stoga sam ga podržala.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Monetary policy alone is not the appropriate tool to solve the structural problems of the European economy. Sound fiscal policies and socially balanced structural reforms oriented towards increasing productivity are the only way of bringing about sustainable economic improvements in these Member States.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας για το 2015, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce rapport.

Ce texte concerne la révision annuelle des activités de la Banque centrale européenne (BCE). Contrairement au rapport de 2015 pour l'année 2014, le Parlement européen a décidé cette année d'adopter une approche un peu plus critique envers la BCE. Le rapporteur pose donc des questions concernant la situation macroéconomique en Europe, et les dernières mesures prises par la Banque centrale. Il formule peu de jugements de valeur favorables s'agissant de la politique mise en place et exprime certaines réserves pertinentes.

Cependant, il ne va pas assez loin pour remettre en cause l'existence et le mode de fonctionnement de la BCE. Il reste également aveugle s'agissant des conséquences des politiques d'austérité et de l'abandon de la souveraineté monétaire par les États membres.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the Report on the European Central Bank Annual Report for 2015. Supporting the report represents our commitment to reducing unemployment, government deficit, macroeconomic imbalances, and the debt-to-GDP ratio in the euro area. 2015 represented a year of recovery for the euro area economy and, therefore, the report represents a means to encourage European institutions to further cooperate and strengthen consumer confidence to boost spending, which in turn represents resuming hiring and investing. The report by the ECB shows areas of weakness that need improvement.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório sobre a atividade do BCE relativa ao ano de 2015 vem novamente apoiar a ideia de que a política monetária só atinge a sua plenitude se for complementada por políticas orçamentais sólidas e por programas de reformas estruturais ambiciosos.

Acresce ainda que o programa de empréstimos a taxas de juros quase negativas, sem qualquer condicionalidade, serviu na sua maioria para consolidar os balanços dos bancos, tendo pouco ou nenhum efeito na economia real.

Ora esta visão mais uma vez se encontra errada. Enquanto não adotarmos uma política monetária verdadeiramente expansionista e distributiva, que apoie o investimento das MPME e a criação de postos de trabalho, através da concessão de empréstimos bancários, com baixas taxas de juros, aos Estados-Membros periféricos que enfrentam maiores dificuldades em aceder ao crédito, os objetivos de uma retoma económica sustentável não serão alcançados. Votei contra.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht beleuchtet kritisch die Aktivitäten der EZB. Da er jedoch eine Vollendung der Bankenunion einerseits und andererseits die Einführung einer Transferunion fordert, lehne ich diesen Bericht ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Centrinio Banko 2015 m. metinę ataskaitą. Vertinu šios institucijos pastangas ir vykdomą politiką, siekiant užtikrinti euro zonos finansinį stabilumą.

Tačiau neturime pamiršti ir kitų valstybėms narėms, verslui bei visiems piliečiams opių klausimų tolesnio sprendimo – bankų pelningumo, paskolų suteikimo MVĮ, šešėlinės bankininkystės rizikos mažinimo, likvidumo užtikrinimo Graikijai, turto ir būsto kainų burbulų rizikos ir t. t. Šis susirūpinimas atsispindi ir EP rezoliucijoje, tad tikiuosi, jog Europos Centriniam Bankui pavyks rasti geriausiai subalansuotus finansų politikos sprendimus, kurie prisidės prie Europos ekonomikos augimo ir finansinio stabilumo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport annuel reconnait que «les effets sur l'économie réelle (des actions de la BCE) ont été très limités». Mais sans pour autant remettre en cause leur logique. Le rapport défend l'indépendance de la BCE. Il demande même aux gouvernements «d'éviter les déclarations mettant en question le rôle assumé par l'institution dans le cadre de son mandat». En clair, la BCE fait ce qu'elle veut et il est interdit de s'en plaindre! Surtout, le rapport ne propose pas de financer directement l'économie réelle et préfère continuer à alimenter les bulles spéculatives en renflouant les banques. Je vote contre ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport annuel passe en revue les instruments de politique monétaire conventionnels ainsi que les outils non conventionnels. Rédigé sur un ton policé, ce rapport ne met en avant que peu de jugements de valeur favorables à la politique mise en place par la BCE.

Il est clairement exprimé des réserves sur la transmission à l'économie réelle du quantitative easing (QE), sur la qualité douteuse des collatéraux apportés en contrepartie des liquidités, sur la non conditionnalité en termes de prêt à l'économie réelle de certains programmes, sur les risques des taux zéro sur le modèle économique de l'assurance-vie, sur celui de krach obligataire en cas de relèvement des taux, sur la gestion délicate d'une sortie du QE (tapering), sur le nécessaire partage des tâches avec l'EBA, etc.

Même si cet avis n'encense pas l'action du président de la Banque centrale européenne, Mario Draghi, nos critiques relatives au modèle économique de la BCE iraient bien plus loin que les simples réserves émises dans ce rapport. C'est pourquoi je me suis abstenue sur celui-ci.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A área do euro continua a registar um elevado nível de desemprego, uma inflação excessivamente baixa e grandes desequilíbrios macroeconómicos, incluindo da balança de transações correntes, e que, além disso, a área do euro se encontra confrontada com um nível muito baixo de crescimento da produtividade, que resulta da falta de investimento – 10 pontos percentuais abaixo do nível registado antes da crise – e da ausência de reformas estruturais, bem como da escassez de procura interna. O elevado nível da dívida pública e designadamente o elevado volume de empréstimos improdutivos e a persistência de um setor bancário em situação de subcapitalização em alguns Estados-Membros continuam a causar uma fragmentação do mercado financeiro da área do euro, reduzindo assim a margem de manobra que permitiria apoiar as economias mais frágeis. Políticas orçamentais sólidas e reformas estruturais socialmente equilibradas e orientadas para o aumento da produtividade são a única forma de introduzir melhorias económicas sustentáveis nesses Estados-Membros. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the ECB's annual report for 2015 as the ECB is critical in defending the stability of the euro.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La situation reste inquiétante. La zone euro continue à subir un fort taux de chômage, une inflation trop basse, un niveau très bas de croissance de la productivité et un manque de réformes structurelles. À cela s'ajoutent un niveau élevé de la dette publique et un secteur bancaire sous-capitalisé. Il était donc essentiel que la BCE continue les mesures extraordinaires afin de faire remonter l'inflation à l'objectif à moyen terme de 2 %. La BCE aujourd'hui remplit son rôle de tout faire pour défendre l'euro. Mais seul cela ne suffira pas. Nous devons renforcer les réformes structurelles dans l'UE, mettre en œuvre l'Union bancaire et créer une union des marchés des capitaux.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on the European Central Bank to do more in order to make sure that liquidity reaches the real economy and SMEs in particular, and to be vigilant that the low interest rates banks are benefiting from are translated into more loans to the real economy.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Központi Bank benyújtotta a 2015-ös évre szóló jelentését. A Gazdasági és Monetáris Bizottság állásfoglalás-tervezetében igyekszik szembenézni az euróövezet gazdasági gondjaival: a nagyarányú munkanélküliséggel, a túlzottan alacsony inflációval, a jelentős makrogazdasági egyensúlyhiánnyal, a beruházások egyre alacsonyabb szintjével, az elmaradt strukturális reformokkal, és ezek következtében a termelékenység igen alacsony növekedésével. Támogatja az EKB elnökének azt az álláspontját, hogy tagállami szintű megfelelő költségvetési politika, valamint ambiciózus és szociálisan kiegyensúlyozott strukturális reformprogramok nélkül az egységes monetáris politika önmagában nem képes ösztönözni az összkeresletet. Állást foglal a bankunió gyors, fokozatos kiteljesítése és maradéktalan megvalósítása mellett. Aggodalmát fejezi ki a rendkívül alacsony (negatív) kamatláb-politika miatti vagyon- és ingatlanbuborék kialakulásának kockázata miatt és felhívni javasolja az EKB-t a megfelelő lépések megtételére. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'avis qui nous est livré n'est pas une ode à Mario Draghi et à la BCE, les critiques et les réserves sont là. Toutefois, le modèle que nous préconisons irait bien au-delà de ces simples critiques. Nous sommes partisans d'une renationalisation de la politique monétaire et de la supervision bancaire, autour d'un euro monnaie commune accompagnant le passage aux monnaies nationales. À tout le moins, nous appelons de nos vœux une réforme des traités afin de modifier le mandat de la BCE (inclusion des objectifs de croissance, d'emploi, de la politique de changes) ainsi que son statut (autonomie et non-indépendance vis-à-vis des États), et nous réclamons la possibilité de monétiser directement la dette (modification de l'article 123 TFUE). Ces options pour une autre politique monétaire dans l'Union ne trouvent pas d'échos dans ce rapport, bien que plusieurs groupes, outre l'ENL, y soient favorables. En cela, il n'est représentatif que d'une partie de l'avis du Parlement, et certainement pas de la plus dynamique électoralement.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Quelques remarques de ce rapport vis-à-vis de la politique de la BCE sont pertinentes, mais il n'y a aucune remise en cause globale de la BCE. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which highlights the main financial-economic trends in the euro area in 2015. In addition, it stresses that single monetary policy alone cannot boost the economy: structural reforms are needed, in the banking sector and in the capital market union.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel 2015 de la BCE. Il permet de mettre en perspective la situation dans laquelle l'Union européenne, et plus particulièrement la zone euro, se trouve: un chômage trop important, des indicateurs économiques, notamment les déficits publics, encore très inquiétants.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm Ramon Tremosa Úr jelentését, különösen azt, hogy a jelentésben foglalkozik a rendkívül alacsony kamatlábakat fenntartó politikákkal, amelyeket egyes tagországokban az államháztartási hiányok konszolidálásának hiányához vezethetnek. Különösen örülök annak, hogy a jelentés hangsúlyozza az Európai Bíróság által lefektetett előfeltételeket, melyek a Központi Bankokat kötik az euróövezet tagállamai által kibocsátott államkötvények vásárlása esetére, illetve fontosnak tartom, hogy a nemzeti gazdaságpolitikákat összehangoljuk, különösen tekintettel az euróövezetre.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – On 1 June 1998 the European Central Bank was established with the main task of maintaining price stability in the euro area and thus preserving the purchasing power of the single currency. It is the central bank of the 19 Member States of the EU who have adopted the euro. I have voted for this 2015 annual report regarding the European Central Bank which states that the euro area is facing a very low level of productivity growth and will continue to do so due to the high level of unemployment, excessive low inflation and large macroeconomic imbalances.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Politica monetară unică trebuie completată de politici fiscale solide și de programe ambițioase de reformă structurală, echilibrate din punct de vedere social la nivelul statelor membre. Simpla politică monetară nu este instrumentul adecvat pentru a rezolva problemele structurale ale economiei europene, iar redresarea economică preconizată nu înlocuiește reformele structurale esențiale.

Subliniem că o piață de capital funcțională, diversificată și integrată ar sprijini canalele de transmitere a politicii monetare unice. Solicităm, în acest context, o finalizare treptată a uniunii bancare și respectarea deplină a legislației aferente de către statele membre, precum și construirea unei uniuni a piețelor de capital, deoarece aceasta ar reprezenta un pas decisiv pentru a îmbunătăți eficacitatea politicii monetare unice și pentru a atenua riscurile care decurg dintr-un șoc în sectorul financiar.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin vot acest raport care sintetizează extrem de bine problemele întâmpinate de BCE anul precedent, dar și reformele necesare în vederea creșterii economice. În acest sens, salut contribuția Băncii Centrale Europene și rolul pe care l-a avut pentru asigurarea stabilității financiare a zonei euro, apărarea monedei unice și stimularea ocupării forței de muncă. Nu în ultimul rând, am votat acest raport, deoarece el atrage atenția Comisiei Europene asupra necesității de a-și îmbunătăți practicile în vederea supravegherii sectorului bancar paralel (credite nebancare), întrucât este un fenomen în creștere.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která je přijímána každoročně a vyjadřuje se k činnosti ECB. O té lze konstatovat, že zatím dobře plní svůj úkol zajišťovat měnovou stabilitu eurozóny a podílet se na zajištění finanční stability eurozóny. Zpráva mimo jiné správně poukazuje na problém horší dostupnosti úvěrů pro malé a střední podniky v některých členských státech, který by mohl vést k dalšímu narušení hospodářské soutěže, pokud by ECB nakupovala dluhopisy velkých podniků na kapitálovém trhu. Zpráva také vysílá důležitý politický signál podporou postupného dokončení a plného provedení bankovní unie. Zdůrazňuji však, že projednávání této zprávy nesmí vést ke snaze o politickou ingerenci do rozhodování centrální banky.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht äußert sich sehr kritisch gegenüber der EZB. Jedoch fordert er die Vollendung der Bankenunion und setzt sich für eine Transferunion ein. Aus diesem Grund habe ich mich auch gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Ce rapport sert de bilan aux activités de la Banque centrale européenne et doit également permettre de fixer ses orientations et objectifs futurs. Les idées qu'il porte ne vont ni dans le sens d'une responsabilisation démocratique de la BCE, ni à l'encontre des méthodes actuelles de financement qui encouragent la formation de bulles spéculatives. C'est pourquoi j'ai décidé de voter contre.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Aruandes märgitakse, et majanduslangusest tulenevalt on tööpuudus ELis ikka veel kõrge, inflatsioonimäär on jätkuvalt madal ja riigivõlad kõrged. Raport juhib tähelepanu vajadusele pangandusliit järk-järgult lõpule viia ning toob välja, et majanduskriisist taastumine on liikmesriikide vahel geograafiliselt ebaühtlane, mis takistab kiiremat majanduskasvu.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Atkreiptinas dėmesys į tai, kad palankių veiksnių, kurie galėtų paskatinti ekonomikos atsigavimą, yra per mažai, nes kol kas ir Europos Centrinio Banko politika yra orientuota tik į taupymą. ECB taikytos nepaprastosios priemonės nebuvo efektyvios ir sukėlė neigiamų padarinių.

Pažymėtina, kad bendra valiuta neužriktino euro zonos finansinio stabilumo. Euro zonai vis dar būdingas aukštas nedarbo lygis ir pernelyg maža infliacija. Be to, dėl euro kai kuriose valstybėse susidarė mokėjimų balanso disbalansas ir pernelyg didelis perteklius, tačiau Komisija iki šiol nesiėmė jokių priemonių. Atsižvelgdamas į tai, manau, kad būtų tikslinga parengti alternatyvų tvarkingo ir kontroliuojamo pasitraukimo iš pinigų sąjungos planą, o kol jo nėra – numatyti atsisakymo dalyvauti procedūrą bet kuriai valstybei narei, pageidaujančiai pasitraukti iš pinigų sąjungos.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση της ΕΚΤ για το 2015 τονίζει ότι η ζώνη του ευρώ εξακολουθεί να πάσχει από υψηλό ποσοστό ανεργίας, υπερβολικά χαμηλό πληθωρισμό και μεγάλες μακροοικονομικές ανισορροπίες, καθώς και ότι βρίσκεται επίσης αντιμέτωπη με ένα πολύ χαμηλό επίπεδο αύξησης της παραγωγικότητας, που οφείλεται στην έλλειψη επενδύσεων, στη μη πραγματοποίηση διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων και στην ασθενή εσωτερική ζήτηση.

Υπερψήφισα την έκθεση, η οποία υπογραμμίζει ότι η ενιαία νομισματική πολιτική δεν επαρκεί μόνη της για την τόνωση της συνολικής ζήτησης, αλλά πρέπει να συμπληρώνεται από υγιείς δημοσιονομικές πολιτικές και φιλόδοξα και κοινωνικά ισόρροπα προγράμματα διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων σε επίπεδο κρατών μελών.

Επίσης η έκθεση επικρίνει το χάσμα μεταξύ των επιτοκίων της χρηματοδότησης που χορηγείται στις ΜΜΕ και εκείνων για τις μεγαλύτερες επιχειρήσεις. Η ΕΚΤ πρέπει να κάνει περισσότερα για να βεβαιωθεί ότι η ρευστότητα φθάνει στην πραγματική οικονομία και τις ΜΜΕ ειδικότερα. Ενόψει και της πρότασης αποχώρησης της Βρετανίας από την ΕΕ και δεδομένων των χαμηλών ρυθμών ανάπτυξης, των γεωγραφικών ανισοτήτων στην ευρωζώνη και της έλλειψης επενδύσεων στην πραγματική οικονομία, η συζήτηση για ολοκλήρωση και πλήρη εφαρμογή της τραπεζικής ένωσης στην ΕΕ καθώς και η ολοκλήρωση των εργασιών για την Ένωση των κεφαλαιαγορών, προκειμένου να βελτιωθεί η αποτελεσματικότητα της ενιαίας νομισματικής πολιτικής, είναι επίκαιρη όσο ποτέ.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che, nonostante la zona euro continui ad affrontare un periodo negativo dovuto dall'elevato tasso di disoccupazione, dall'inflazione bassa in modo preoccupante e da continui squilibri macroeconomici, la BCE agisce con fermezza davanti alla crisi. Infatti, all'avvio dell'APP del marzo del 2015 le condizioni sono leggermente migliorate e ciò ha consentito la ripresa dei prestiti alle famiglie e alle imprese della zona euro. Nel giugno del 2016 la BCE ha avviato una serie di rifinanziamenti di lungo termine (TLTRO II), ma affinché ciò avvenga con successo è necessario una riforma strutturale per i singoli Stati membri e la piena attuazione dell'Unione bancaria da parte degli stessi. Allo stesso tempo appare giusto chiedere alla Commissione la garanzia di una maggiore vigilanza in merito alla vulnerabilità del settore bancario. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — As a substitute member in the ECON Committee, I supported this report because it provides a good assessment of the interplay of monetary policies and structural reforms and the risks of low interest rate policies. The text as finally adopted takes a balanced assessment of the asset purchase programme (APP) of the ECB. It does not call for an expansion but requests an impact study concerning secondary markets for public debt.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Primarni zadatak ESCB (Europski Sistem Centralne Banke) je osigurati stabilnost cijena i podržati opću gospodarsku politiku Unije.

Izvanrednim mjerama koje je usvojio ESB inflacija bi se podigla na razinu srednjoročnog cilja od 2 %.

Ovime će se također povećati profitabilnost banaka i njihova spremnost na unapređivanje aktivnosti kreditiranja.

Izvješće se fokusira na osnovne elemente aktivnosti ECB-a tj. monetarne politike. To je značajno zato što se u Parlamentu kasnilo s izvješćem iz 2014. s obzirom da su se izvjestitelji odlučili fokusirati na ekonomske politike Unije, a ne na sam rad ECB-a.

Eurosustav bi trebao dodjeljivati kreditne rejtinge koji bi nadopunjavali one koje dodjeljuju privatne agencije kako bi se mogla ocijeniti prikladnost vrijednosnih papira javnog duga za APP-a. Tekst kao konačno usvojen vodi uravnoteženu procjenu nabavne imovine programa (APP) od ECB-a, ali zahtijeva studiju utjecaja u pogledu sekundarnog tržišta za javni dug.

U skladu s prioritetima EPP-a, ovo Izvješće pruža uravnoteženu procjenu monetarne politike i strukturnih reformi te rizika od politike niskih kamatnih stopa.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le rapport formule peu de jugements de valeur favorables à la politique mise en place (a contrario, §2 et 6), et le ton se veut nuancé. Il est ainsi clairement exprimé des réserves sur la transmission à l'économie réelle du QE, sur les effets d'éviction qu'il induit, sur les risques de bulles d'actifs (immobilier notamment), sur la qualité douteuse des collatéraux apportés en contrepartie des liquidités, sur la non conditionnalité en termes de prêt à l'économie réelle de certains programmes, sur les risques des taux zéro sur le modèle économique de l'assurance-vie, sur celui de krach obligataire en cas de relèvement des taux, sur la gestion délicate d'une sortie du QE (tapering), sur le nécessaire partage des tâches avec l'EBA, etc. Les critiques et les réserves sont là. Toutefois, le modèle que je défends irait bien au-delà de ces simples critiques. Je souhaite en effet une indispensable renationalisation de la politique monétaire et de la supervision bancaire, autour d'un euro monnaie commune accompagnant le passage aux monnaies nationales. Je préfère donc m'abstenir.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Condivido questa relazione perché, se da un lato approva la politica di espansione monetaria messa in pratica dalla Banca centrale europea, dall'altro sottolinea il fatto che la BCE da sola non può riuscire a stimolare a sufficienza la domanda aggregata, ma è indispensabile che sia accompagnata da investimenti e riforme strutturali ambiziose e socialmente equilibrate da parte degli Stati membri.

La zona euro continua a essere caratterizzata da un elevato tasso di disoccupazione, un'inflazione troppo bassa e una scarsa crescita della produttività. Tutti segnali importanti di una carenza di investimenti, della mancanza di adeguate riforme strutturali e di una debolezza della domanda interna.

La relazione critica giustamente anche il fatto che l'azione espansiva della BCE ha avuto effetti limitati sull'economia reale, perché le banche hanno utilizzato il credito a basso costo per mettere a posto i propri conti, più che per finanziare le attività economiche e produttive. Mi associo perciò all'appello alla BCE perché vigili più attentamente per garantire che le risorse che mette in campo si traducano in finanziamenti all'economia reale e, in particolare, alle PMI.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – ESB ne može sama stimulirati potražnju, potrebne su investicije i ambiciozne te socijalno uravnotežene strukturne reforme na razini država članica. U europodručju se nastavlja negativan utjecaj visoke stope nezaposlenosti i velikih makroekonomskih neravnoteža. Samo dobre fiskalne politike i reforme usmjerene na povećanje produktivnosti mogu dugoročno potaknuti održiva poboljšanja u gospodarstvu. Zabrinut sam zbog potencijalnih posljedica politike negativnih kamatnih stopa za štediše pojedince i financijsku ravnotežu mirovinskih sustava te u pogledu nastanka balona na tržištu imovine. Negativni učinci na prihode mogli bi dovesti do povećanja stope štednje kućanstava, što bi naštetilo domaćoj potražnji. Pozivam ESB da pažljivo ocijeni rizik ponovnog stvaranja balona na tržištu imovine i nekretnina. ESB trenutačnim politikama slabi vezu između osiguravanja likvidnosti središnje banke i kreditiranja realnoga gospodarstva. Usprkos ograničenim učincima na realno gospodarstvo, banke bi mogle pristupiti financijskim sredstvima uz gotovo nikakve troškove, čime su njihove bilance izravno subvencionirane, dok se pritom

obujam tih subvencija ne prati niti objavljuje. Treba imati na umu i demografski deficit u Europi pri rješavanju deflacijskih pritisaka, stvoriti poticaje za uspostavljanje uravnoteženije demografske strukture. Opasnost od negativnih investicijskih očekivanja u slučaju demografski nepovoljnih trendova ne smijemo ignorirati. Pozdravljam objavljivanje zapisnika sa sastanka Vijeća te potičem ESB da nastavi ulagati napore u transparentnost.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Hoje está claro que União Bancária criada para dar solidez ao sistema financeiro e tratar dos bancos sistémicos, apelidados de demasiado grandes para falir, não passou de uma manobra destinada a retirar da esfera da soberania dos Estados e dos governos nacionais a capacidade de intervir e a impor um conjunto de operações de fusões entre instituições financeiras, agravando, portanto, o problema que supostamente deveria resolver.

No caso português, a situação é gritante. Com a centralização de todas as funções de supervisão e resolução no BCE, os maiores bancos acabaram por ser vendidos a grupos estrangeiros a preço de saldo, ficando o prejuízo por conta dos contribuintes, uma vez que o fundo de resolução apenas tem sido financiado pelo Estado Português.

Como é evidente, a União Bancária não resolverá nenhum dos problemas das economias, com ou sem o sistema de garantia de depósito. Porque a União Bancária é expressão do domínio do sistema financeiro sobre o poder político da UE, que há muito se demitiu de defender os interesses do cidadão para se dedicar a servir os interesses daqueles que controlam o poder político na Europa.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La zona euro continua a subire gli effetti negativi dell'elevato tasso di disoccupazione e di ampi squilibri macroeconomici. La relazione annuale per il 2015 si concentra sugli elementi di base delle attività della BCE, ossia le politiche monetarie. Essa fornisce una valutazione delle interazioni tra politiche monetarie e le riforme strutturali attuate dai vari stati membri. Reputo che la creazione di un'Unione dei mercati dei capitali, nonché una migliore cooperazione tra le politiche economiche nazionali all'interno dell'UE, possa costituire un passo decisivo per migliorare l'efficacia della politica monetaria unica, riducendo altresì il ripetersi dei danni derivanti da uno shock nel settore finanziario, paragonabile a quello del 2008. Ho votato a favore dell'approvazione della relazione annuale della BCE.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie w rozsądny sposób omawia politykę EBC. Niemniej jednak z uwagi na zawarte w sprawozdaniu propagowanie wyjątkowo ekspansywnej polityki EBC (program skupu aktywów, ukierunkowane dłuższe operacje refinansujące), jak i moje poważne wątpliwości dotyczące pozytywnych skutków oświadczenia Mario Draghiego i bardziej krytyczne podejście do kwestii dalszego rozszerzenia unii bankowej niż to wyrażone w sprawozdaniu postanowiłem wstrzymać się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel de la Banque centrale européenne pour 2015. Le Parlement européen a pu dresser le bilan des activités du Système européen des banques centrales (SEBC) et de la politique monétaire de l'Eurosystème. Ce rapport démontre que la politique monétaire n'est pas suffisante pour sortir de la crise. L'Union a besoin de réformes structurelles, de budgets nationaux solides et de politiques fiscales responsables dans les États membres pour que la croissance au sein de la zone euro se généralise et que le chômage diminue dans tous les États membres. Il témoigne aussi de l'utilité du Parlement dans le contrôle des institutions de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Apesar dos seus indubitáveis benefícios, a zona euro continua a registar um elevado nível de desemprego, uma inflação excessivamente baixa e grandes desequilíbrios macroeconómicos, incluindo da balança de transações correntes. Para além disso, esta área enfrenta um nível muito baixo de crescimento, resultante de uma preocupante falta de investimento – 10 pontos percentuais abaixo do nível registado antes da crise – e da ausência de reformas estruturais, bem como da escassez de procura interna. O elevado nível da dívida pública e, designadamente, o elevado volume de empréstimos improdutivos e a persistência de um setor bancário em situação de subcapitalização em alguns Estados Membros, continuam a causar uma fragmentação do mercado financeiro da zona euro, reduzindo assim a margem de manobra que permitiria apoiar as economias mais frágeis.

Considero que só aplicando políticas orçamentais sólidas e reformas estruturais equilibradas e orientadas para o aumento da produtividade se conseguirá introduzir melhorias económicas sustentáveis nos Estados Membros em situação mais frágil, como é o caso de Portugal.

Por conseguinte, o meu voto é favorável.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Whilst critical in parts (on for example TARGET2 imbalances) this non-legislative report nevertheless also calls on the ECB and Commission to act to shore up the ECB system rather than plan to disband it, accordingly UKIP voted against.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Senhor Presidente, este relatório anual avalia de forma positiva a generalidade das políticas monetárias do BCE. Salienta, no entanto, que a área do euro continua a registar um elevado nível de desemprego, uma inflação excessivamente baixa e grandes desequilíbrios macroeconómicos, incluindo da balança de transações correntes, e que, além disso, a área do euro se encontra confrontada com um nível muito baixo de crescimento da produtividade, facto que resulta da falta de investimento – 10 pontos percentuais abaixo do nível registado antes da crise – e da ausência de reformas estruturais, bem como da escassez de procura interna. Observa também que o elevado nível da dívida pública, e designadamente o elevado volume de empréstimos improdutivos e a persistência de um setor bancário em situação de subcapitalização em alguns Estados Membros, continuam a causar uma fragmentação do mercado financeiro da área do euro, reduzindo a margem de manobra que permitiria apoiar as economias mais frágeis. Por tudo isto, são urgentes políticas orçamentais sólidas e reformas estruturais socialmente equilibradas e orientadas para o aumento da produtividade.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este dossier sobre el informe anual en torno a las actividades del BCE, ya que en el mismo se apoya la política monetaria expansiva que ha venido desarrollando el ente emisor del euro.

Gracias a los socialistas, se ha rebajado el énfasis inicial en el borrador de informe en las reformas estructurales, que se cualifican como socialmente sostenibles, además de reconocerse la naturaleza federal del BCE y reiterarse el apoyo a la promesa hecha por su presidente en julio de 2012, relativa a hacer todo lo posible para salvaguardar la estabilidad del euro.

Con todo, es cierto que la política monetaria no basta, por lo que es necesario que la Unión active una política fiscal expansiva que apoye el crecimiento y el empleo, siendo la revisión del Fondo Europeo para las Inversiones Estratégicas la ocasión para realizar una emisión de bonos a largo plazo, aprovechando los tipos de interés negativos, con la que relanzar la financiación de proyectos generadores de puestos de trabajo en sectores como la energía, la bioindustria, o las infraestructuras, entre otros.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur le rapport annuel 2015 de la Banque centrale européenne. Dans ce rapport, le Parlement européen souligne ses craintes de voir la BCE minimiser le lien entre la mise à disposition des liquidités de la banque centrale aux banques et les prêts accordés à l'économie réelle. Les banques doivent assumer leur part de responsabilité dans la relance de notre économie.

Ce rapport souligne également la nécessité de mettre en place des réformes structurelles étant donné les résultats moyens enregistrés par certains pays de la zone euro, notamment en matière d'emploi. Sur ce point, je suis très claire: ces réformes ne peuvent en aucun cas affaiblir les travailleurs. Au contraire, il est notamment crucial de sécuriser les parcours professionnels de nos travailleurs européens et d'apporter un soutien aux personnes qui n'ont pas d'emploi.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Europos centrinio banko veiklos ataskaita – ganėtinai nekontraversiškas dokumentas. Visgi, jį reikia pataisyti teikiamais siūlymais, tokiais kaip ECB veiklos įvertinimas kovojant su krize ir saugant euro stabilumą, taip pat raginimu daugiau dėmesio skirti bankų sąjungai galutinai įkurti ar įvertinti komercinių bankų, gaunančių paskolas labai lengvatinėmis sąlygomis, veiklą ir išliekantį nelikvidaus bankų turto dydį. Kartu noriu pabrėžti, jog kolegų pateikti pakeitimai, kritikuojantys eurą, kaip ekonomikos atsigavimą stabdantį veiksnį, greičiau yra padiktuoti populizmo, o ne įsigilinimo į problemą. Būtų gerai, jei tokios nuostatos neatsirastų galutiniame dokumente.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, a mi juicio, excesivamente complaciente con la actividad del Banco Central Europeo. Considero que el BCE incurrió durante 2015 en una clara extralimitación de sus funciones al utilizar los medios a su disposición para ejercer una presión política sobre el Gobierno griego. Además, la política de expansión cuantitativa y de compra de bonos por medio de los mercados secundarios, ha supuesto un regalo a las instituciones financieras que no ha redundado en beneficios para la sociedad y no ha logrado resolver los problemas económicos que pretendía.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2015, in welchem das Europäische Parlament Bilanz über die Tätigkeiten des Europäischen Systems der Zentralbanken zieht, gestimmt.

Die Zentralthemen des Berichts sind zum einen die Preisstabilität und zum anderen die Stützung der Wirtschaftspolitik der Union. Im Jahr 2015 wurde vor allem auf die Erholung der Wirtschaft des Eurogebiets, die kontinuierliche niedrige Inflation und die Auswirkung niedriger Zinsen fokussiert.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe puesto que se queda muy corto en las críticas al funcionamiento del Banco Central Europeo durante el ejercicio de 2015. Señala algunas críticas sustanciales de la actividad del BCE durante este periodo, el papel de los tipos de interés súper reducido, el impacto del *Quatitative Easing*, etc. Sin embargo, el informe continúa llamando a la necesidad de «reformas estructurales» para que la misma política monetaria pueda funcionar. Necesitamos una política monetaria diferente que ponga en cuestión la «independencia» del BCE y permita que funcione para financiar deuda pública y no solo mercados de deuda, donde el sistema financiero chantajea a los Estados. El informe no critica la actual estructura, ni su funcionamiento antidemocrático y es por esto por lo que he decido votar en contra del mismo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it calls for the EU Commission to legislate new rules.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Europejski Bank Centralny odgrywa w UE bardzo ważną rolę, która dodatkowo nabiera szczególnego znaczenia w czasach kryzysu. Europa boryka się obecnie z wieloma problemami, takimi jak wysokie bezrobocie w strefie euro, zaburzenie równowagi na rynku, wpływ rosyjskiego embarga, niski wzrost gospodarczy, niski poziom inwestycji, niewystarczający popyt wewnętrzny czy też rozdrobnienie rynku finansowego. EBC może przyczynić się do walki z tymi niekorzystnymi zjawiskami przez wprowadzanie instrumentów finansowych oraz wprowadzanie do swojej oferty ukierunkowanych produktów. Ponadto należy dołożyć wszelkich starań, aby zapewnić prawidłowe funkcjonowanie jednolitej polityki monetarnej i fiskalnej oraz zapewnienie stabilnych warunków sprzyjających inwestycjom.

Bardzo istotne jest również odpowiednie monitorowanie i kontrola efektywności podejmowanych działań, aby lepiej dobierać rozwiązania oraz przeprowadzać wiarygodne ewaluacje wykorzystania środków. Poza tym, przy podejmowaniu decyzji mających ogólnoeuropejskie skutki natury finansowej konieczne jest branie również pod uwagę ich potencjalnego wpływu na klientów indywidualnych oraz stabilność systemów emerytalnych.

Do problemów, z jakimi musi zmierzyć się EBC, należą również wpływ prowadzonej obecnie przez niego polityki w zakresie stóp procentowych na lokalne i regionalne banki i kasy oszczędnościowe czy też kwestia ryzyka w sektorze ubezpieczeń i emerytur. Również z tego powodu kluczowe jest prowadzenie szczegółowego monitorowania i opracowywanie prognoz oraz oceny wpływu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Aj keď rok 2015 bol pre hospodárstvo eurozóny rokom oživenia, eurozóna naďalej trpí vysokou úrovňou nezamestnanosti, príliš nízkou infláciou a značnou ekonomickou nerovnováhou vrátane nerovnováhy bežného účtu. Napriek tomu som podporila uznesenie, pretože si myslím, že Európskej centrálnej banke (ECB) sa v roku 2015 podarilo obnoviť spotrebiteľskú dôveru na podporu spotreby, podnikateľskú dôveru na obnovenie tvorby pracovných miest a investícií a dôveru bánk na zvyšovanie úverov. Za pozitívne považujem aj to, že posilnenie dôvery v roku 2015 zohralo zásadný význam na podporu oživenia a návratu inflácie k našej cieľovej úrovni, nižšej, ale blízkej 2 %. Som rada, že v eurozóne sa začala zvyšovať dynamika rastu úverov a naďalej nám rastie zamestnanosť. Na

druhej strane však musím poukázať na to, že eurozóna sa zatiaľ nedokázala vysporiadať s veľmi nízkou úrovňou rastu produktivity práce, ktorá je výsledkom nedostatku investícií. Uvedomujem si, že eurozóna v súčasnosti čelí určitej neistote, najmä pokiaľ ide o výhľad vývoja svetového hospodárstva a budúce smerovanie Európy. Napriek tomu verím však, že ECB sa podarí v ďalšom období zaručiť cenovú stabilitu, a tým aj dosiahnutie cieľov Únie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo Parlamenta o letnem poročilu Evropske centralne banke za leto 2015 ugotavlja, da visoka raven javnega dolga in številna slaba posojila v bančnem sektorju še naprej drobijo finančni trg evroobmočja, in obenem izpostavlja nekatera pomembna dejstva o trenutnih razmerah na finančnem območju.

Poročilo med drugim opozarja na zaskrbljujočo prakso ECB, ki z zagotavljanjem likvidnosti bank po negativnih obrestnih merah in odpravo zahtev za vračilo sredstev, če te pri posojilih ne dosežejo svoje referenčne vrednosti, zmanjšuje povezavo med zagotavljanjem likvidnosti centralnim bankam in posojili realnemu gospodarstvu. Ob tem tudi poudarja, da banke z zelo nizkimi stroški lahko dostopajo do sredstev za subvencioniranje svoje bilance stanja, medtem ko bi bili učinki na realno gospodarstvo minimalni, za te subvencije pa ne veljajo strogi pogoji glede izvedbe in namembnosti naložb.

Kljub mnogim pomembnim ugotovitvam pa poročilo ne nagovarja nekaterih drugih aktualnih vprašanj, kot je na primer potreba po spodbujanju bolj trajnostnega gospodarstva, in ne vključuje zahteve za vzpostavitev mehanizmov, ki bi sredstva usmerjali v naložbe z dolgoročnim pozitivnim učinkom na družbo in okolje, zato sem se pri glasovanju o tem poročilu vzdržal.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf den Jahresbericht der EZB 2015.

Generell ist hervorzuheben, dass dieser Report, den ich als Schattenberichterstatter für unsere Fraktion betreute, erstaunlich kritisch mit der EZB-Politik verfährt. So werden z. B. die Risiken von Niedrigzinsen ausdrücklich und besonders betont.

Allerdings weist der Text einige Punkte auf, die ich ausdrücklich nicht unterstützen kann. So sieht er die expansive Geldpolitik der EZB im Einklang mit dem Mandat der Zentralbank, begrüßt Draghis Ausspruch, „alles zu tun", um den Euro zu retten, und steht der Bankenunion positiv gegenüber.

Da es sich dennoch um eine der kritischsten Äußerungen des Parlaments zur aktuellen Politik der EZB handelt, habe ich mich in der Abstimmung enthalten, um diese positive Entwicklung zu honorieren.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Eurozóna stále trpí viacerými problémami, ako sú vysoká nezamestnanosť, príliš nízka inflácia, nízky rast a vysoký dlh verejných financií. Parlament preto vyzýva Európsku komisiu, aby pripravila návrh, ktorý zlepší makroprudenciálny dohľad a politické nástroje zmierňujúce riziká v tieňovom bankovníctve.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zum Jahresbericht der Europäischen Zentralbank 2015 habe ich nicht zugestimmt.

Das EU-Parlament begrüßt darin, dass „die EZB im August 2012 kategorisch erklärte, ‚alles zu tun', um den Euro zu verteidigen, was maßgeblich dazu beigetragen hat, die Finanzstabilität im Euro-Raum zu wahren". Es ist absolut falsch, dieses „whatever it takes" zu begrüßen. Die EZB hat damit ihr Mandat überschritten, indem sie fiskalpolitisch statt geldpolitisch gehandelt hat. Sie hat nicht die Finanzstabilität gewahrt, sondern den Euroraum auf einen falschen Pfad gesetzt. Diese Regellosigkeit setzt alle Sparvermögen in der Eurozone der Gefahr der vollständigen Entwertung aus.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Europodručje nastavlja biti pod negativanim utjecajem visoke stope nezaposlenosti, pretjerano niske inflacije (ispod ciljanih 2 %) i velikih makroekonomskih neravnoteža.

Ukupna potražnja ne može se potaknuti samo jedinstvenom monetarnom politikom ESB-a, a bez dobre fiskalne politike te ambicioznih i socijalno uravnoteženih programa strukturnih reformi. Neke države članice možda koriste niske (negativne) kamatne stope za odgodu strukturnih reformi.

Izvjestitelj je zabrinut zbog potencijalnih posljedica politike negativnih kamatnih stopa za štediše pojedince i financijsku ravnotežu mirovinskih sustava te naglašava da okončanjem te politike izrazito niskih (negativnih) kamata ESB treba upravljati pravilno, razborito i pravodobno.

Podupirem ovo Izvješće i pozdravljam kategoričko obećanje Europske središnje banke iz kolovoza 2012. da će „učiniti što god je potrebno" da bi obranila euro, što je ključno za osiguravanje financijske stabilnosti europodručja.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o letnem poročilu Evropske centralne banke za leto 2015. Ko se je leta 2012 Evropska centralna banka odločila, da po svoji najboljši moči zavaruje evro, je zelo pomembno prispevala k ohranitvi finančne stabilnosti v evroobmočju. Z morebitnim izstopom Velike Britanije iz Evropske unije bo evroobmočje soočeno z negativnim tveganjem.

Podpiram predsednika Evropske centralne banke Draghija, ki poudarja, da za stabilno rast v EU ni dovolj le enotna monetarna politika, če ji ne sledijo tudi sistemski ukrepi in strukturne reforme na ravni držav članic. Slovenija je ena izmed tistih držav, ki o strukturnih reformah že leta govori, žal jih pa še ni sprejela.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση τονίζει πως, παρ' όλες τις ελλιπείς στρατηγικές της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας (ΕΚΤ), οι λύσεις που έδωσε ήταν αρκετές και αυτό που τώρα χρειάζεται είναι να συνεχίσουν ή να εμβαθύνουν τα κράτη μέλη τις διαρθρωτικές τους μεταρρυθμίσεις, να εμβαθυνθεί και να ολοκληρωθεί η τραπεζική ένωση και να εναρμονιστεί η νομισματική πολιτική των κρατών μελών. Εκφράζει μεν φόβους για νέες φούσκες ακινήτων και την ίδια στιγμή ασκεί κριτική στην ΕΚΤ για τα δάνεια με αρνητικό επιτόκιο. Η διαφωνία μας με την πιο πάνω προσέγγιση είναι κάθετη. Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ΕΚΤ, ως ένας από τους βασικούς θεσμούς της ΕΕ, οφείλει να ενεργεί με γνώμονα το καλό των πολιτών της Ένωσης, την ευημερία τους και την αξιοπρεπή διαβίωσή τους και δεν πρέπει να τοποθετεί την προστασία του κοινού ευρωπαϊκού νομίσματος υπεράνω των ανθρώπων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az EKB szerepe még inkább felértékelődik, hisz nagyon sok területen kap új feladatot, tehát még inkább nagyobb figyelem hárul majd a bank tevékenységére. Éppen ezért fontosnak tartom a parlamenttel folytatott még szorosabb együttműködést annak érdekében, hogy megvalósulhasson a valódi demokratikus kontroll. Üdvözlöm, hogy az elmúlt évekhez hasonlóan az ez évi jelentésben is ragaszkodtak annak a Szerződésekben is világosan rögzített ténynek a lefektetéséhez, hogy a központi bank egyetlen és fő szerepe az árfolyam – így a közös valuta, az euró – stabilan tartása, s ez által sikerült helyes kontextusba helyezni az EKB politikáját.

Fontosnak tartom továbbá elismerni a tényt, miszerint az EKB múlt évben végzett hosszú távú refinanszírozási műveleti nélkül, sokkal nagyobb árfolyam-ingadozással kellett volna számolnia Európának. Ebből következőleg pedig valószínűleg sokkal nagyobb pénzkínálat halmozódott volna a piacokon, adott esetben sokszor rossz részvények formájában, ami inflációnövekedéshez, majd túlzott árfolyam növekedéshez vezethetett volna. Ugyanakkor azt látom, hogy az EKB-nak azonnal neki kell fognia ezen egyszeri pénzpiaci műveletek kivezetéséhez is, amint csökken a feszültség a bankszektorban, valamint ha az inflációra vonatkozó gazdasági mutatók ezt a döntést lehetővé teszik. A jövő kapcsán egyetértek a bevezetés fontosságával, amelynek jól kell tükröznie a nemzeti bankszektoron belüli sokszínűséget.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Központi Bank 2015. évi éves jelentéséről szóló európai parlamenti jelentést, melyhez hasonlóan üdvözlöm az Európai Központi Bank munkáját az euró védelme érdekében, ami nélkülözhetetlennek bizonyult az euróövezet pénzügyi stabilitásának megőrzésében. Egyetértek továbbá a jelentéssel abban, hogy a tagállami szintű megfelelő költségvetési politika, valamint ambiciózus és szociálisan kiegyensúlyozott strukturális reformprogramok nélkül az egységes monetáris politika önmagában nem képes ösztönözni az összkeresletet.

Helyeslem ezentúl azt a felhívást, hogy az EKB körültekintően mérje fel, milyen kockázatokkal jár a rendkívül alacsony negatív kamatláb-politika miatti vagyon- és ingatlanbuborék – különösen egyes nagyvárosokban történő – kialakulása, és hogy az Európai Rendszerkockázati Testülettel együtt nyújtson be javaslatokat kifejezetten ennek a problémának a megoldására szolgáló makroprudenciális ajánlások kidolgozására nézve. Ezenfelül egyetértek azzal a megállapítással is, hogy a monetáris politika és a Parlament szélesebb nyilvánosság felé való átláthatóságának biztosítása érdekében, rendkívül fontos a monetáris párbeszéd folytatása.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Raportul anual pe care Parlamentul îl pregătește privind documentul prezentat de Banca Centrală Europeană acoperă activitățile BCE desfășurate în domeniul politicii monetare - cum ar fi ratele dobânzilor și operațiunile monetare. Acesta însă nu acoperă aspecte specifice legate de funcția de supraveghere pe care BCE o are în contextul uniunii bancare.

Consider că BCE singură, fără susținere, nu poate stimula cererile înaintate, cu excepția cazului în care acestea sunt completate de investiții și programe ambițioase, desfășurate la nivelul statelor membre. În acest context, votez pentru susținerea documentului.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel de la Banque centrale européenne pour 2015.

La zone euro continue à subir un fort taux de chômage, une inflation trop basse ainsi que des déséquilibres macroéconomiques encore importants, y compris des déséquilibres excessifs des comptes courants. En outre, elle est confrontée à un niveau très bas de croissance de la productivité, qui découle en particulier de l'absence d'investissements – dix points de pourcentage en-deçà du niveau d'avant la crise –, d'un manque de réformes structurelles et de la faiblesse de la demande intérieure.

Le niveau élevé de la dette publique, et en particulier le volume énorme de prêts non performants dans le secteur bancaire, ainsi qu'un secteur bancaire encore sous-capitalisé dans certains États membres, entraînent toujours une fragmentation du marché financier de la zone euro, ce qui réduit la marge de manœuvre permettant de soutenir les économies les plus fragiles.

Seules une politique budgétaire solide et des réformes structurelles et équilibrées sur le plan social axées sur le renforcement de la productivité pourront apporter un développement économique durablement positif dans ces États membres.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The ECB Annual Report describes the activities of the European System of Central Banks and reports on the Eurosystems's monetary policy of the previous year. This year's report stresses that although the ECB's operations show a positive impact regarding assisting in real economic growth in the euro area, high public and private debt and the insufficient implementation of growth-enhancing reforms remain at the heart of the ECB's setbacks. I voted in favour of the draft report for 2015, as it has proven to be an important mechanisms in evaluating the ECB's performance and activities, providing foresight as well as hindsight into both the positive and negative policies and practices of the Bank, which, in the case of negative practices, if left unchecked, can have disastrous effects on the EU economy.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Alla luce dei dati, seppur modesti, di crescita economica, desidero incoraggiare la BCE a proseguire nella messa a punto di un programma di riforme strutturali nei paesi membri dell'Unione. Sottolineo inoltre l'importanza di un solido rafforzamento delle competenze del Meccanismo di vigilanza unico. Di concerto con i programmi di politica monetaria, il completamento dell'Unione bancaria permetterebbe di intravedere nei prossimi anni la crescita della competitività, per far tornare l'inflazione all'obiettivo del 2%.

Politiche di rilancio dell'economia devono assolutamente coniugarsi con la lotta alla disoccupazione che deve essere considerata una questione urgente e che continua a essere tra le cause della lenta ripresa economica. Nonostante sia scesa rispetto ai livelli del 2015, permangono consistenti disparità tra gli stati europei, con il 24% di disoccupazione in Grecia e il 6% in Germania, ancora più allarmante se si considerano i dati sulla disoccupazione giovanile.

È centrale affrontare con tempestività il consolidamento dei disavanzi pubblici sottolineando il ruolo chiave dei governi, dando impulso a politiche di crescita e sostegno alle categorie svantaggiate, dalla ricerca alle politiche di integrazione.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće o Godišnjem izvješću Europske središnje banke za 2015. Smatram da je izvješće za 2015. godinu u usporedbi s onim iz 2014. sustavnije, preglednije, te da kvalitetnije identificira meritum programa Europske središnje banke. Naglasak na europskoj monetarnoj politici te inzistiranje na neovisnosti Europske središnje banke u provođenju iste je ključ za održavanje stabilnosti cijena u državama članicama Europske unije. Također, pozivanje Europske središnje banke za ocjenom rizika i prevencijom ponovnog stvaranja balona na tržištu imovine i nekretnina koja prijeti zbog politike izrazito niskih kamatnih stopa potreban je kako bi se izbjegao novi financijski kolaps. Konačno, pozivanje Europske središnje banke da poštuje načela proporcionalnost u provođenju monetarne politike hvale je vrijedan zahtjev.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Zadovoljna sam s činjenicom da su izvjestitelji temi Europske središnje banke i politike koju ista provodi pristupili s iznimnim senzibilitetom. Posebice je ohrabrujuće vidjeti kritičke opservacije na problematične točke kao što su efekti koje može prouzročiti politika vrlo niskih (ili negativnih) kamatnih stopa.

Međutim, ne mogu se složiti s nekim elementima koje izvješće sadrži, posebice s tvrdnjom da je izvanredna ekspanzivna politika Europske središnje banke kao što je kupovanje imovine, ciljane operacije dugoročnog refinanciranja itd., konzistentna i komplementarna s njenim mandatom.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o letnem poročilu Evropske centralne banke za leto 2015 sem podprla. Letno poročilo se osredotoča na aktivnosti ECB v monetarni politiki in se ukvarja samo z dejanskim letnim dogajanjem v ECB.

Politika nizkih obrestnih mer, ki jo je vodila ECB, je dala določene rezultate. Sprostitev dodatnega denarja za rast gospodarstva je bila dobra odločitev. Vendar nadaljnje vztrajanje na nizkih obrestnih merah ne bi bilo dobro. Nenazadnje predstavlja tudi veliko nevarnost za pokojninske sklade, za katere obresti pomenijo sredstvo za ohranjanje in večanje premoženja.

Zdi se, da je ravno tiste države, ki že v preteklosti niso naredile potrebnih reform, gospodarska rast uspavala. To je zelo nevarno, saj bodo naslednje krize, če bodo prišle, kar prav gotovo bodo, pričakale še manj pripravljene kot doslej.

Slovenija je prav gotovo eden izmed takšnih primerov, to lahko vidimo iz poročil evropskega semestra. Trdnost evropskega monetarnega sistema je odvisna tudi od trdnosti vsakega posameznega, še tako majhnega nacionalnega sistema. Težave v bankah, s katerimi so se spopadale države, niso bile le posledica krize, ampak predvsem nevestnega, pogosto tudi namerno škodljivega ravnanja posameznikov ali nekaterih zainteresiranih skupin.

ECB bi morala v okviru svojih pristojnosti spodbujati ugotavljanje odgovornosti. Glede na odzive v povezavi s sanacijo slovenskega bančnega sistema je ECB žal ravnala preveč zadržano.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado en contra de este informe, a mi juicio, excesivamente complaciente con la actividad del Banco Central Europeo. Considero que el BCE incurrió durante 2015 en una clara extralimitación de sus funciones al utilizar los medios a su disposición para ejercer una presión política sobre el Gobierno griego. Además, la política de expansión cuantitativa y de compra de bonos por medio de los mercados secundarios, ha supuesto un regalo a las instituciones financieras que no ha redundado en beneficios para la sociedad y no ha logrado resolver los problemas económicos que pretendía.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich.* – Dieser Bericht ist die Antwort des Europäischen Parlaments auf den Jahresbericht der EZB 2015.

Generell ist hervorzuheben, dass dieser Report erstaunlich kritisch mit der EZB-Politik verfährt. So werden z. B. die Risiken von Niedrigzinsen ausdrücklich und besonders betont.

Der Text weist auch einige Punkte auf, die ich ausdrücklich nicht unterstützen kann. So sieht er die expansive Geldpolitik der EZB im Einklang mit dem Mandat der Zentralbank, begrüßt Draghis Ausspruch, „alles zu tun“, um den Euro zu retten, und steht der Bankenunion positiv gegenüber.

Da es sich dennoch um eine der kritischsten Äußerungen des Parlaments zur aktuellen Politik der EZB handelt, habe ich mich in der Abstimmung enthalten, um diese positive Entwicklung zu honorieren.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I think this report is a good compromise among European Parliament sensibilities. The ECB's action in response to the financial crisis was necessary to get credit flowing into the real economy. However, its effects will fade if national governments in countries like France, Spain and Italy do not reduce their excessive debt levels and implement reforms that generate growth and jobs. The ECB should be aware that increased banking concentration is one of the factors diminishing the effects of its monetary policies. The German banking system with a wide network of small banks should be the role model for the Eurozone.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le traditionnel rapport sur l'action de la BCE s'éloigne du simple commentaire du rapport 2015 de l'institution et s'intéresse à la fois à la situation macroéconomique et aux dernières mesures prises par la banque centrale, y compris donc au cours de l'année 2016.

Il est ainsi clairement exprimé des réserves sur la transmission à l'économie réelle du QE, sur les effets d'éviction qu'il induit, sur les risques de bulles d'actifs, sur la qualité douteuse des collatéraux apportés en contrepartie des liquidités, sur la non conditionnalité en termes de prêt à l'économie réelle de certains programmes, sur les risques des taux zéro sur le modèle économique de l'assurance-vie, sur celui de krach obligataire en cas de relèvement des taux, sur la gestion délicate d'une sortie du QE, sur le nécessaire partage des tâches avec l'EBA, etc.

Au final, l'avis qui nous est livré n'est pas une ode à Mario Draghi et à la BCE, les critiques et les réserves sont là. Toutefois, le modèle que nous préconisons irait bien au-delà de ces simples critiques. Nous sommes partisans d'une renationalisation de la politique monétaire et de la supervision bancaire, autour d'un euro monnaie commune accompagnant le passage aux monnaies nationales.

J'ai choisi l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Egyesült Királyság Európai Unióból történő esetleges kiválását illetően Draghi elnök helyesen jelentette ki, hogy „az, hogy a gazdasági kilátások mennyiben változnak, nagyban függ az előttünk álló tárgyalások időzítésétől, lefolyásától és végső kimenetelétől. Mindezidáig az euróövezet ellenálló volt, ám e miatt a bizonytalansági tényező miatt az alapforgatókönyv negatív irányban változhat" – szerepel a dokumentumban. Szavazatommal a végszavazásnál a frakció álláspontját támogattam.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Pritariu tam, kad gerai veikianti, diversifikuota ir integruota kapitalo rinka galėtų palaikyti bendros pinigų politikos perdavimo priemones. Ypač svarbu spręsti neveiksnių paskolų problemą labiausiai nukentėjusiuose nacionaliniuose bankininkystės sektoriuose, siekiant atkurti sklandų pinigų politikos perdavimą visoje euro zonoje.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, a mi juicio, excesivamente complaciente con la actividad del Banco Central Europeo. Considero que el BCE incurrió durante 2015 en una clara extralimitación de sus funciones al utilizar los medios a su disposición para ejercer una presión política sobre el Gobierno griego. Además, la política de expansión cuantitativa y de compra de bonos por medio de los mercados secundarios, ha supuesto un regalo a las instituciones financieras que no ha redundado en beneficios para la sociedad y no ha logrado resolver los problemas económicos que pretendía.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the European Central Bank Annual Report for 2015. The Report stresses that the euro area continues to suffer from a high level of unemployment, excessive low inflation and large macroeconomic imbalances. The Report underlines the federal nature of the European Central Bank, which rules out national vetoes, enabling it to act decisively in addressing the crisis. In addition, it notes that the APP would have a higher impact on the European economy if it was accompanied by effective and socially balanced structural reforms designed to increase the competitiveness of the European economy. I voted in favour because I believe that a well-functioning, diversified and integrated capital market would support the channels of transmission of the single monetary policy.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En cumplimiento con lo establecido en el artículo 284 del TFUE, se presenta el Informe Anual del Banco Central Europeo ante la Eurocámara. En esta ocasión, los temas centrales han sido la recuperación de la economía de la Eurozona, la baja inflación, los efectos de los tipos de interés bajos y la decisión del BCE de expandir su Programa de Compra de Activos. El análisis que el Parlamento Europeo hace aquí de este informe es ciertamente valioso, ya que se centra en los elementos nucleares de las actividades propias del BCE, como son las políticas monetarias —rompiendo con la praxis consistente en abarcar políticas económicas generales que en anteriores ocasiones llevó a retrasos y complicaciones en el procedimiento parlamentario—. El texto presente, a favor del cual he votado, proporciona una evaluación equilibrada de la relación entre las políticas monetarias, las reformas estructurales y los riesgos de los tipos de interés bajos; también, del Programa de Compra de Activos del BCE, no pidiendo su expansión, sino solicitando un estudio del impacto que tendría para la deuda pública.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato contro questa relazione del Parlamento sulla Relazione annuale 2015 della BCE perché esprime una visione completamente distorta e miope della realtà. Si tratta di una mera propaganda pro-BCE e pro-Euro, che sembra ignorare totalmente le vere cause dei problemi e il chiaro fallimento della politica monetaria nel contrastare la crisi. Il testo celebra anzi il successo della politica monetaria e attribuisce il problema della mancata ripresa economica agli Stati membri, da condannare per non aver pienamente implementato le assurde e insostenibili riforme strutturali imposte dalla Commissione. La relazione è chiaramente sbilanciata e anche incompleta, dato che non esprime nessuna osservazione critica in merito al ruolo controverso della BCE nella Troika e soprattutto rispetto ai conflitti di interesse e alle forti asimmetrie della nuova funzione di supervisione bancaria.

Non sono stati inclusi i nostri emendamenti che sottolineavano come la causa della crisi e dell'elevato tasso di disoccupazione nell'UE fosse da attribuire all'adozione della moneta unica, invocavano l'introduzione dell'opt-out per consentire a ogni Stato membro di uscire dall'Eurozona e riconquistare la propria sovranità, e denunciavano l'impatto inefficace e controproducente delle politiche non convenzionali BCE nel contrastare la crisi, criticando infine i progetti dell'Unione bancaria e dell'Unione dei mercati dei capitali, e insistendo sulla necessità di introdurre la riforma strutturale delle banche.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe puesto que se queda muy corto en las críticas al funcionamiento del Banco Central Europeo durante el ejercicio de 2015. Señala algunas críticas sustanciales de la actividad del BCE durante este periodo, el papel de los tipos de interés súper reducido, el impacto del *Quatitative Easing*, etc. Sin embargo, el informe continúa llamando a la necesidad de «reformas estructurales» para que la misma política monetaria pueda funcionar. Necesitamos una política monetaria diferente que ponga en cuestión la «independencia» del BCE y permita que funcione para financiar deuda pública y no solo mercados de deuda, donde el sistema financiero chantajea a los Estados. El informe no critica la actual estructura, ni su funcionamiento antidemocrático y es por esto por lo que he decido votar en contra del mismo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my S&D and EPLP colleagues, I voted in support of this report because it expresses its concerns on the potential consequences that the actual negative interest rates policy could have for individual savers, pension schemes and in terms of the development of asset bubbles and asks the European Commission to come forward with proposals to improve macro prudential oversight and the policy tools available for mitigating the risks in the shadow banking.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de ECB voorstander is van het kader voor eenvoudige, transparante en gestandaardiseerde securitisatie en de daaruit voortvloeiende lagere kapitaalvereisten, die zowel de securitisatiemarkten, als de financiering van de reële economie nieuw leven zullen inblazen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin Euroopan keskuspankin viime vuoden vuosikertomusta käsitellyttä mietintöä vastaan. Mietintö tukee voimakkaasti Euroopan keskuspankin politiikkaa, näkee Euroopan talousongelmien taustalla jäsenmaiden epäonnistumisen rakenteellisissa uudistuksissa ja kannustaa rakentamaan pankki- ja pääomamarkkinaunionia.

Mielestäni yritykset korjata euron valuvikoja vain pahentavat nykyistä tilannetta. Yhtenäisvaluutan perusvika on siinä, että mukana on liian erilaisia kansantalouksia. Euroopan keskuspankin tehtävä on toivoton, kun se yrittää vauhdittaa inflaatiota lähelle kahden prosentin tavoitetta. Euroalueen kokonaiskasvu on ollut olematonta. Laajan euroalueen reunamaat – Suomi mukaan lukien – ovat joutuneet velkakierteeseen, sisäisiin devalvaatioihin, suurtyöttömyyteen ja kovalle säästökuurille. Paras vaihtoehto olisi euroalueen hallittu purkaminen siten, että kaikki jäsenmaat tai ainakin osa niistä ottaisi euron rinnalla uudelleen käyttöön kansalliset valuutat.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport sur les activités de la Banque centrale européenne en 2015 — adopté par 16 voix de majorité — contient apparemment quelques réformes intéressantes du point de vue social et critique à juste titre la tendance de la BCE à s'aligner sur la position allemande malgré des conséquences désastreuses.

Malheureusement, ce rapport est peu critique — même complaisant – vis-à-vis de la politique monétaire de la BCE.

Il s'agit d'un faible compromis entre les groupes PPE, S&D et ALDE: on se concentre essentiellement sur les «réformes structurelles» à entreprendre et sur la «compétitivité» — des mots éculés et vides de sens.

A minima, il aurait fallu demander à la BCE de se fixer des objectifs en matière d'emplois au lieu de son obsessionnelle volonté de lutter contre la seule inflation.

Pour que l'Europe avance, il faut une nouvelle politique monétaire et, là encore a minima, un contrôle démocratique de la BCE.

Ce rapport ne tire pas de conclusions satisfaisantes. J'ai voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hoje, é claro que União Bancária criada para dar solidez ao sistema financeiro e tratar dos bancos sistémicos, apelidados de demasiado grandes para falir, não passou de uma manobra destinada a retirar da esfera dos governos nacionais qualquer possibilidade de intervir e a impor um conjunto de operações de fusões entre instituições financeiras, agravando, portanto, o problema que supostamente deveria resolver.

No caso português, a situação é gritante. Com a centralização de todas as funções de supervisão e resolução no BCE, os maiores bancos acabaram por ser vendidos a grupos estrangeiros a preço de saldo, ficando o prejuízo por conta dos contribuintes, uma vez que o fundo de resolução apenas tem sido financiado pelo Estado Português.

Como é evidente, esta União Bancária não irá resolver nenhum dos problemas das economias, com ou sem o sistema de garantia de depósito. Porque esta União Bancária é expressão do domínio do sistema financeiro sobre o poder político da UE, que há muito se demitiu de defender os interesses do cidadão para se dedicar a servir os interesses daqueles que mandam, de facto, na Europa.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht unterstützt die außerordentlichen Maßnahmen und die Geldpolitik, die von der EZB angesichts der andauernden Finanzkrise ergriffen wurden. Dabei wird explizit die Umsetzung der einheitlichen Geldpolitik genannt und in diesem Rahmen die schrittweise Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion gefordert. Da ich aber eine solche Transferunion ablehne, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Over several years, the ECB has taken action to keep the eurozone from further upheaval. However, we must be clear that the 'structural reforms' that we need are not more austerity, or more blindly applied 'budgetary discipline'. What we need is sensible social public investment for inclusive and sustainable growth. The eurozone and the EU as a whole must be built on social solidarity across borders.

Regardless of what the outcome of Brexit might be, we must maintain our core values and stick to the principles of the internal market and a social Europe.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I support the role that the ECB has of defending the euro. I support the gradual implementation of the full Banking Union and I also believe that the distortion of competition has to be avoided. As a liberal I support transparency, so I believe that there has to be more information on asset purchases. In this time of economic and political turmoil, the credibility of the European Central Bank is fundamental in order to make the European economy work. I believe that the ECB has to analyse the different situations across Member States before the implementation of new monetary policies, and thus analyse which Member State relies more on banks or capital markets for the financing of the economy, in order to prevent bad impacts on those economies. I agree that single monetary policies alone cannot stimulate aggregate demand unless it is complemented by efficient fiscal policies and socially balanced reform programmes at Member State level.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat rezoluția referitoare la Raportul anual al BCE pentru anul 2015. Rezoluția subliniază caracterul federal al BCE, fapt ce a permis luarea unor măsuri ferme împotriva crizei și recunoaște că măsurile extraordinare adoptate de BCE pentru a readuce rata inflației la 2 % pe termen mediu sunt conforme cu termenii mandatului său. În rezoluție se subliniază că în continuare există discrepanțe între ratele de finanțare acordate IMM-urilor și cele acordate societăților mai mari.

PE atrage atenția că nevoia constantă de ajustări ale bilanțului afectează, printre altele, disponibilitatea creditelor pentru IMM-uri în unele state membre. PE ia act de recunoașterea de către prezidiul BCE a existenței unor efecte distributive ale politicilor BCE cu impact asupra inegalităților și ia act de evaluarea BCE conform căreia reducerea costurilor de credit pentru cetățeni și IMM-uri, dublată de stimularea ocupării forței de muncă în zona euro, ar putea compensa parțial aceste efecte distributive.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Come ogni anno, abbiamo votato la relazione sulla BCE. Quest'anno la relazione è particolarmente controversa: nettamente schierato a favore della BCE, il testo fa un esame soltanto parziale e non avanza alcuna critica. Tutte le politiche non convenzionali della BCE vengono etichettate come politiche di successo e viene enfatizzata più volte la totale indipendenza della banca di Francoforte. Al contrario, si mette più volte in discussione la capacità degli Stati di fare le riforme strutturali e si imputa a loro stessi l'eventuale insuccesso di politiche non previste dai trattati. Nessuna critica sul ruolo della BCE nella supervisione bancaria, né tanto meno nella Troika.

Come già fatto in commissione ECON, ho espresso voto negativo a questa relazione con particolare attenzione al fatto che le politiche non convenzionali della BCE non solo si sono rivelate inutili poiché non hanno aiutato l'economia reale, ma sono state altresì dannose allorché, immettendo liquidità nel mercato, hanno favorito attività speculative da parte delle banche e aumentato il rischio di bolle speculative.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Zpráva o výroční zprávě Evropské centrální banky se zabývá ekonomickou situací EU a vyjadřuje pozici Evropského parlamentu k této problematice. Zprávu jsem se rozhodl podpořit, protože souhlasím s naprostou většinou předložených doporučení. Myslím si, že jasnými ekonomickými prioritami EU by mělo být zajištění dostatečně odolné eurozóny a neporušeného jednotného trhu. Je zřejmé, že eurozóna v současné době čelí problému s vysokou nezaměstnaností, nízkou mírou inflace a makroekonomickou rovnováhou. Souhlasím s tím, že ke zlepšení této situace pomůže zejména silná rozpočtová politika a sociálně vyrovnané strukturální reformy, které zajistí zvýšení celkové produktivity evropské ekonomiky.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu Európskeho parlamentu, ktorá bola odpoveďou na výročnú správu Európskej centrálnej banky za rok 2015, som nepodporila. Hoci táto správa bola svojim prístupom a obsahom príjemným prekvapením, napriek tomu sa v nej nachádzalo niekoľko prvkov, s ktorými sa nestotožňujem. K pozitívnym prvkom správy patril najmä spravodlivo kritický prístup k politike Európskej centrálnej banky. K tým negatívnym zasa ospravedlňovanie kontroverzného kroku banky znížiť úrokovú sadzbu na negatívnu úroveň, či prvkov expanzívnej politiky centrálnej banky. Práve pre tieto skutočnosti som sa v záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam Godišnje izvješće Europske središnje banke za 2015. godinu. Europska središnja banka krovno je tijelo u provođenju monetarne politike u Europskoj uniji. Važno je da to tijelo ima neovisnost u djelovanju i provođenju mjera čiji je cilj stvaranje stabilnog bankarskog sustava te održavanje razine inflacije i kamatnih stopa. Ipak, kako je i samo izvješće dobro identificiralo - mjere gospodarskog razvoja i rasta ne mogu ovisiti samo o monetarnoj politici, potrebno je angažirati čitav niz drugih mehanizama kako bi se stvorili zdravi temelji budućeg gospodarskog rasta. Podržavam ideju postojanja nezavisnog tijela na europskoj razini koje određuje kreditni rejting država članica zbog više puta uočenih pogrešaka u radu privatnih agencija za dodjeljivanje kreditnog rejtinga. Slažem se da rad Europske središnje banke treba biti što više transparentan te da mora postojati javnost rada u onoj mjeri u kojoj to ne narušava normalan rad.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — La relazione, che viene presentata annualmente dalla BCE al Parlamento, illustra le misure e le politiche adottate dalla medesima istituzione in materia monetaria nel corso del 2015. In questo documento tutte le politiche non convenzionali della BCE vengono identificate come politiche di successo. Invece, viene messa in discussione la capacità degli Stati di fare le riforme strutturali e si imputa a loro stessi l'eventuale insuccesso di politiche non previste dai trattati ma poste in essere dalla BCE. Ancora, non troviamo nessuna critica sul ruolo della BCE nella supervisione bancaria. Noi del M5S abbiamo presentato degli emendamenti che mettono in luce come, non solo, le politiche non convenzionali adottate dalla BCE si siano rivelate inutili poiché non hanno aiutato l'economia reale, ma

anche siano state dannose. L'immissione di liquidità nel mercato ha, infatti, favorito le attività speculative da parte delle banche e accresciuto quindi il rischio di bolle speculative. È inoltre necessario che la BCE ponga fine ad una eccessiva interpretazione del suo trattato costitutivo, assumendo più funzioni di quante previste originariamente come nel caso della partecipazione alla Troika e più recentemente della supervisione bancaria UE (SSM). Ho quindi dato il mio voto contrario a questa relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o letnem poročilu Evropske centralne banke za telo 2015, ker menim, da podaja uravnoteženo in realno oceno učinka monetarnih politik in strukturnih reform ter tveganja politike nizkih obrestnih mer.

6.7. Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden (A8-0294/2016 - Olle Ludvigsson)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a crise financeira mostrou duas coisas: primeiro, que a concentração financeira é uma coisa muito perigosa, segundo, que apenas uma regulação forte pode proteger os interesses dos consumidores. Este relatório parece esquecer as duas lições. Eu sou forte apoiante da estandardização dos produtos, mas, a esse respeito, o relatório é muito vago. Aposta na restrição de objetivos de vendas e numa maior informação e mais exigente aos consumidores, mas isso não chega. É importante, mas é ingénuo, nós pensarmos que podemos eliminar o risco enquanto os bancos venderem produtos que os consumidores não são capazes de decifrar.

Sejamos honestos, este relatório não previne novos lesados dos bancos e já tanta gente na Europa perdeu as poupanças de toda uma vida. Pelo contrário, este relatório, por exemplo, ao eliminar restrições à concorrência nos serviços de retalho, terá como consequência a formação de enormes conglomerados financeiros e a constituição de mais instituições, muito grandes para falhar. Por tudo isso votei contra. Devíamos ter aprendido e não o fizemos.

Stanislav Polčák (PPE). – Pokud jde o finanční maloobchodní služby, tak já zde vnímám opravdu jedno velmi výrazné riziko, a to je riziko nedostupnosti informací a nedůvěry spotřebitelů nebo klientů finančních služeb právě k těmto službám.

Tuto nedůvěru musíme překonat. Já jsem tuto zprávu podpořil z toho důvodu, že myslím, že velmi pravdivě pojmenovává i snahu Evropské komise a její návrhy na řešení obtíží v tomto klíčovém odvětví nebo v jednom z těch klíčových odvětví bankovního sektoru. My musíme překonat roztříštěnost finančních služeb, která je dnes dána roztříštěností právních řádů. 28 právních řádů znamená skutečně velmi zásadní problém, například pro řešení přeshraničních sporů nebo pro určení příslušnosti, například soudů pro řešení sporů vyplývajících z těchto právních vztahů.

Je zde celá řada složitých momentů. Obtížnost té problematiky, nedostupnost informací, to bychom měli řešit, sledovat světový vývoj, ale myslím si, že Komise v této věci nezahálí, tudíž jsem tuto zprávu podpořil.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente relazione riguarda la creazione di un mercato unico europeo per quanto riguarda i servizi finanziari al dettaglio. Nella relazione manca completamente un'analisi critica delle conseguenze che porterebbe l'implementazione di un mercato unico europeo. Contrariamente a quanto descritto nella relazione, infatti, le conseguenze sarebbero molto negative soprattutto per investitori privati e PMI, che vedrebbero di molto ristretta la loro accessibilità ai mercati. Poiché credo che quanto detto in precedenza non rappresenti affatto una soluzione, bensì crei e amplifichi gli squilibri macroeconomici già presenti in larga scala nell'economia europea, danneggiando soprattutto i piccoli investitori. Queste sono le ragioni per cui ho votato negativamente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que supone una continuación de la desregulación financiera que impera en el sistema financiero de la Unión. Este Libro Verde presenta la iniciativa de regular productos financieros minoristas a nivel trasnacional. En lugar de buscar una mayor transparencia y seguridad para los potenciales consumidores, el informe deja en manos del sistema financiero la creación de todo tipo de productos. En vez de simplificar, se deja hacer, permitiendo una diversidad y complejidad de productos financieros que pueden minar los intereses de los consumidores europeos, como ya ha ocurrido en el pasado con las participaciones preferentes. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report (a response to a Commission proposal) because I believe it weakens consumer protection when it comes to the investments of ordinary people. It also promotes the exclusion of those consumers who are not digitally 'literate'.

There are a lot of negative elements in both the Commission's proposal and this report, which promotes competition in the marketing of these products, fails to recognise significant differences in the nature of complex products in different countries, and will provide advantages for the largest multinational financial institutions.

The report aims to 'level the playing field' for various financial instruments across the EU and to facilitate the marketing of financial products across borders. But the financial products on the market vary significantly in complexity and in different countries. They are impossible to compare, and proposals in this report would create further advantages for multinational corporations in aggressively marketing their products across borders.

By promoting complex financial products at the same level as standard products, consumer protection is significantly weakened.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Les développements du marché unique des services financiers de détail dans un monde digitalisé ne fonctionneront que si nous assurons un niveau suffisant de protection des consommateurs grâce à une meilleure information et à une plus grande transparence. Nous demandons à la Commission de proposer un plan d'action cohérent comprenant des propositions législatives concrètes pour créer un marché européen dans lequel la protection des consommateurs et la transparence aient toute leur place.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl mažmeninių finansinių paslaugų žaliosios knygos. Ši iniciatyva savalaikė, atsižvelgiant į būtinybę aktyviai veikti visais politikos formavimo etapais, kad būtų galima efektyviai ir tinkamai reaguoti į pokyčius šioje novatoriškoje rinkoje. Jeigu norime, kad nauji teisės aktai gerai veiktų sparčiai besikeičiančioje rinkoje, turime būti aktyvūs čia ir dabar. Žalioji knyga yra būtina, nes dabar vykdomas spartus finansinių rinkų skaitmeninimas atveria naujas galimybes. Tinkamai panaudotas skaitmeninimas galėtų tapti tuo postūmiu, kurio reikia norint pradėti šalinti vis dar egzistuojančias tarpvalstybines kliūtis mažmeninių finansinių paslaugų srityje. Dabar atsirado galimybė susieti visoje Europoje įsisteigusius finansinių paslaugų subjektus su Europos vartotojais. Šios retos progos sukurti bendrąją rinką nereikėtų praleisti.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την Πράσινη Βίβλο για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, διότι θεωρώ πως είναι εξαιρετικά σημαντικό να προωθούνται θετικές εξελίξεις στις αγορές λιανικών χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών μέσω της δημιουργίας ανταγωνιστικού περιβάλλοντος και της διατήρησης ισότιμων όρων ανταγωνισμού για όλα τα ενδιαφερόμενα μέρη.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Ziel dieses Berichts ist es, den Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen für Privatkunden weiter auszubauen. Dabei ist wichtig, die spezifischen Hindernisse, denen Verbraucher und Unternehmen bei der Nutzung des Binnenmarkts ausgesetzt sind, zu identifizieren und Lösungen zu schaffen, um diese Hindernisse zu überwinden. Durch die Digitalisierung werden wichtige Impulse geschaffen, die dabei helfen können, solche Hindernisse für grenzüberschreitende Tätigkeiten abzubauen.

Ich habe für den Entwurf gestimmt, da der Aufbau eines Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen für Privatkunden bisher noch nicht weit genug vorangeschritten ist. Es ist daher von besonderer Wichtigkeit, dass die Angebotsauswahl, die Transparenz und der Wettbewerb zum Vorteil des europäischen Verbrauchers grenzüberschreitend verbessert werden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail pourrait s'ouvrir davantage.

La principale recommandation est d'établir une confiance réciproque, notamment en assurant la protection des consommateurs et la libre activité des entreprises dans leurs activités transfrontalières.

Nous nous opposons à cette volonté d'agrandir encore le marché unique car ce dernier a prouvé qu'il apportait plus de problèmes et d'inconvénients que d'avantages, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et réglementaires. Nous craignons donc que la mise en place du marché unique pour les services financiers de détail cause de graves séquelles à notre économie nationale et que les futures disparités de marché soient corrigées par encore plus d'administration et de contrôle technocratiques bruxellois.

Par ailleurs, les achats transfrontaliers de services financiers de détail sont une grave menace pour notre souveraineté bancaire et pour l'avenir de nos citoyens en cas de disparition de l'euro.

Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur, mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro ou l'Union européenne.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report calls for greater harmonisation of financial services, and therefore I had no choice but to vote against it.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car la présentation de ce livre vert me semble être un choix approprié. En effet, la construction du marché unique des services financiers de détail est restée à un stade embryonnaire. Nous sommes encore aujourd'hui en présence de 28 marchés différents et peu compétitifs. La numérisation est un facteur qui devrait nous permettre de supprimer les barrières à l'activité transfrontalière et je salue le lancement prochain d'une consultation publique auprès des acteurs du secteur.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Žaliosios knygos dėl mažmeninių finansinių paslaugų. ES mažmeninių finansinių paslaugų rinka vis dar nepakankamai išvystyta ir labai susiskaidžiusi, pavyzdžiui, tarpvalstybinių sandorių skaičius yra mažas, todėl reikalingi efektyvūs veiksmai siekiant išnaudoti visą bendrosios rinkos potencialą ir skatinti galutiniams naudotojams naudingas inovacijas. Atsižvelgiant į tai, pritariu Komisijos iniciatyvai, kuria buvo parengta Žalioji knyga dėl mažmeninių finansinių paslaugų.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a lakossági pénzügyi szolgáltatásokkal kapcsolatos zöld könyvről szól. Abból indul ki, hogy a pénzügyi kirekesztés széles körben elterjedt és súlyos probléma Európa-szerte, ami igen megnehezíti az emberek életét, mert nem férhetnek hozzá megfelelő módon legalább a legalapvetőbb pénzügyi szolgáltatásokhoz. Ezért a lakossági pénzügyi szolgáltatásokkal kapcsolatos zöld könyv főként a határokon átnyúló szolgáltatásokat kereső polgároknak kínált pénzügyi szolgáltatásokra összpontosít. Felfogása szerint céltudatosan továbbra is a határok lebontására és a lakossági pénzügyi szolgáltatásokkal kapcsolatos innovációt akadályozó, meglévő protekcionista irányzatok megfékezésére kell törekedni.

Nem értek egyet a jelentésben foglaltakkal. A Brexit bebizonyította, hogy a megalapozatlan integrációnak határai vannak, ennek átlépése szétesést eredményezhet. A fő probléma, hogy miközben mindent központosítani és Brüsszel hatálya alá akarnak vonni, a brüsszeli bürokraták nem felelnek azokért a gazdasági és társadalmi problémákért, amelyeket ez a központosító integráció okoz. (Például a periféria országainak eladósodására, vagy az életszínvonal csökkenésére.) Minden további ilyenfajta integrációs törekvésre nemet mondunk, az Unió mellényét az elejétől kezdve újra kell gombolni.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Calls on the Commission to become further involved in consumer protection in financial services, accordingly UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail pourrait s'ouvrir davantage. Pour le moment, les achats transfrontaliers de ces services restent très limités et la plupart d'entre eux est déjà disponible sur les marchés nationaux. La principale recommandation est donc d'établir une confiance réciproque, notamment en assurant la protection des consommateurs et une certaine liberté des entreprises dans leurs activités transfrontalières. Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur, mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro… ou l'Union européenne.

J'ai voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui est la contribution du PE au Livre vert de la Commission sur les services financiers de détail visant à préparer le plan d'action à proposer en 2017, tout en soutenant la priorité de la Commission qui consiste à identifier les obstacles spécifiques auxquels les consommateurs et les entreprises sont confrontés et les moyens de les surmonter. Le rapport insiste sur la nécessité d'assurer une bonne protection des consommateurs par des actions supplémentaires visant à donner aux consommateurs le pouvoir de prendre des décisions éclairées, d'accroître la transparence des produits financiers de détail et de supprimer les barrières, les coûts y afférents ou le retrait d'un produit. Dans cette perspective, le rapport appelle à une mise en œuvre complète des différentes législations déjà adoptées (directive sur le crédit hypothécaire, directive sur les comptes de paiement, directive sur les services de paiement 2, règlement sur les MIF, directive sur la distribution des assurances) et invite la Commission à prendre d'autres initiatives, y compris une proposition de compte d'épargne de l'UE, et à encourager le financement d'investissements durables et verts.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para respaldar el desarrollo a escala europea de los servicios financieros al por menor. El enfoque de este informe me parece muy oportuno, y el desarrollo de un mercado más eficaz permitirá más innovación y promoverá la entrada de nuevos operadores en el mercado.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il mercato dei servizi finanziari al dettaglio si presenta ancora poco sviluppato e fortemente frammentato all'interno dell'Unione, con un basso numero di transazioni transfrontaliere. La necessità di promuovere un'azione efficiente in questo settore ha quindi spinto la Commissione a presentare un Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio, accolto con favore dalla relazione Ludvigsson, che oggi ho sostenuto. Il testo sottolinea l'importanza di un approccio dinamico all'elaborazione delle politiche, prevedendo monitoraggi continui della loro attuazione a livello nazionale e sottolineando le sfide principali nell'avanzamento dell'agenda per i servizi finanziari al dettaglio. Occorre rafforzare la capacità di raccogliere e analizzare dati a livello dell'Unione, dando maggiore rilievo all'aspetto empirico nelle valutazioni di impatto. Bisogna garantire l'assenza di ingiuste differenze tra gli Stati membri che aderiscono o meno all'euro, sostenendo il mantenimento di condizioni di parità e garantendo una vera inclusione finanziaria collettiva. Il futuro del mercato europeo dei servizi finanziari al dettaglio deve essere coordinato con le agende del mercato unico digitale, dell'Unione dei mercati dei capitali e della strategia del mercato unico; solo così si potrà puntare alla creazione di occupazione, ad una crescita sostenibile e alla stabilità finanziaria.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta propuesta de liberalización de los servicios financieros al por menor. Si bien el objetivo de dar más poder de elección a los consumidores, y hacer bajar el precio de los productos puede parecer loable, la legislación avanza hacia una desregulación que favorece el mercado único pero que no ofrece garantías de estandarización y transparencia de los productos que se ponen en el mercado. De este modo podemos esperar que las grandes multinacionales puedan barrer a los proveedores más pequeños, y que productos financieros derivados cuyo riesgo es muy difícil de evaluar se impongan sobre productos más seguros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a Olle Ludvigsson su trabajo en este informe sobre el Libro Verde sobre servicios financieros al por menor. Las iniciativas basadas en este Libro Verde deber ser compatibles con la intensificación de la lucha contra el fraude fiscal, la elusion y la evasion fiscales y el blanqueo de capitales, incluidos más esfuerzos encaminados a la elaboración de un número de identificación fiscal común.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le livre vert sur les services financiers de détail.

Proposant la création d'un énième marché unique, en l'espèce relatif aux services financiers de détail, cette proposition représente une menace mortelle pour notre souveraineté bancaire. Clairement, si l'euro disparaissait, les services financiers de détail contractés dans d'autres pays seraient soumis au risque de change monétaire et de nombreux foyers verraient les montants des crédits à rembourser varier énormément. En outre, la mise en place du marché unique pour les services financiers de détail pourrait causer de graves séquelles à notre économie nationale.

Il semble évident que les futures disparités de marché seront corrigées par encore plus d'administration et de contrôles technocratiques bruxellois. Nous le refusons.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till detta initiativbetänkande om finansiella tjänster för privatpersoner.

Det finns stora problem kopplade till detta område. Skillnaderna mellan ländernas system är stora, och det blir svårt för medborgarna att få överblick och göra rätt val. Risken är stor att transnationella företag kommer att dominera marknaden med aggressiv marknadsföring. Jag anser inte att konsumenternas intressen är tillräckligt skyddade. Därför väljer jag att rösta nej.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado en favor de este informe de iniciativa por el cual el Parlamento expresa su posición del respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado por la Comisión, con vistas al plan de acción que se presentará en 2017.

El informe propone distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza. También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro y el aumento de financiación de inversiones verdes y sostenibles. Desde la Delegación Socialista Española, celebramos además la aprobación de nuestras enmiendas para eliminar barreras transfronterizas, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl Komisijos žaliosios knygos dėl mažmeninių finansinių paslaugų. Parlamentas teigiamai įvertino Komisijos žaliąją knygą dėl mažmeninių finansinių paslaugų, kurių apibrėžtis apima ir draudimą, ir šios žaliosios knygos iki šiol paskatintas gyvas ir produktyvias diskusijas. Parlamentas laikosi nuomonės, kad skaitmeninimas toliau teiks naujų konkurencijos, tarpvalstybinės veiklos ir inovacijų galimybių vartotojams, investuotojams, MVĮ ir kitoms įmonėms. Vis dėlto jis pabrėžia, kad skaitmeninimo nepakanka tam, kad būtų sukurta gyvybinga Europos mažmeninių finansinių paslaugų rinka. Parlamento manymu, daugelio kliūčių – pavyzdžiui, mokesčių, socialinės, teisinės, sutarčių, sveikatos ir vartotojų apsaugos tvarkos įvairovės, taip pat kalbų ir kultūrų skirtumų – negalima pašalinti vien skaitmeninimu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Omenjeno zeleno knjigo sem potrdil, saj gre za odgovor Evropskega parlamenta na Zeleni dokument Evropske komisije. Strateški cilj v dokumentu je odločiti kako naj se evropski finančni trg nadaljnje odpre, da prinese boljše rezultate za potrošnike in podjetja, pri tem pa zagotavlja enakovredno zaščito za potrošnike in investitorje. Ti cilji se bodo zagotovili preko digitalizacije, zagotovitve raznovrstnosti ponudnikov in potrebe, da se zagotovijo boljše možnosti za mala in srednja podjetja.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće. Smatram kako će daljnji razvoj ovog jedinstvenog tržišta maloprodaje financijskih usluga u digitaliziranom svijetu funkcionirati samo ako se osigura dovoljna razina zaštite potrošača putem boljeg informiranja i transparentnosti.

Komisija mora predložiti konzistentan akcijski plan, uključujući konkretne zakonske prijedloge za stvaranje EU-ovog tržišta u kojemu dobro zaštićeni potrošači imaju jednake mogućnosti i pristup transparentnim i dobro cijenjenim proizvodima.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported this resolution on the Green Paper on retail financial services because I shared with the rapporteur the idea of developing the retail financial services market at EU level. Indeed, a genuine European internal market for retail financial services will have an important impact both on consumers and competition: the former will have more choices and the latter will lead to lower prices.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Ci sono tre motivi fondamentali per cui il Libro verde è stato presentato al momento giusto. Innanzitutto perché si deve fare in modo che le misure di livello 2 siano eque e adeguate e che avvenga il monitoraggio dell'attuazione a livello nazionale. Inoltre, fino a oggi, sono stati fatti pochi progressi nella costruzione di un mercato unico dei servizi finanziari al dettaglio e, a causa di un gran numero di barriere, l'attività transfrontaliera è ancora limitata. Ciò non è un bene né per i consumatori né per le imprese innovative, o per il funzionamento generale dell'economia europea. Infine, se ben gestita, la digitalizzazione potrebbe creare lo slancio necessario per iniziare a rimuovere gli ostacoli dell'attività transfrontaliera. È necessario far progredire l'agenda per i servizi finanziari al dettaglio, rafforzando la capacità dell'Unione in termini di raccolta e analisi dei dati, operando l'identificazione nella pratica e creando e mantenendo condizioni di parità. Bisogna anche eliminare le inutili differenze tra gli Stati membri dell'UE e quelli che non appartengono ad essa. Perché il mercato unico sia veramente efficace, la sua integrità deve essere mantenuta all'interno di questo elemento essenziale. Infine, è fondamentale garantire che tutti siano inclusi. L'esclusione finanziaria deve essere ridotta drasticamente.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce livre vert vise à renforcer le marché européen des services financiers de détail tels que les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers et les assurances de la personne ou de la propriété. Ce projet permettrait d'accroître la concurrence entre les établissements financiers en faveur du pouvoir d'achat des clients. Pour y parvenir, ce texte préconise d'établir une confiance réciproque en assurant la protection des consommateurs et la libéralisation de l'activité banque/assurance dans les zones transfrontalières. Nous considérons, au contraire, que la mise en place du marché unique européen met surtout en évidence les disparités économiques, législatives et réglementaires qui existent entre les États membres. Nous craignons donc à juste titre que la Commission européenne corrige ces disparités en renforçant la réglementation et la législation européenne au détriment de notre souveraineté nationale. Par conséquent, ce marché unique constitue surtout une étape supplémentaire dans l'intégration économique, monétaire et financière de l'Union européenne. Je me suis donc opposé à ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Piața serviciilor financiare cu amănuntul de la nivelul statelor membre este una fragmentată, fiind în continuare insuficient de dezvoltată. Drept urmare, e nevoie de măsuri imediate pentru a favoriza inovația și a permite îmbunătățirea acestor servicii financiare.

În ceea ce privește numărul tranzacțiilor transfrontaliere, acesta este unul scăzut, motiv pentru care este necesară stabilirea unui cadru legislativ complet, care să impună protecția necesară a consumatorilor. Acest lucru ar putea conduce și la oportunități mai mari pentru intensificarea concurenței la nivel național.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider ca fiind esențială construirea unei piețe unice în domeniul serviciilor financiare cu amănuntul pentru a oferi consumatorilor servicii și produse financiare mai bune, o gamă largă de opțiuni și un acces îmbunătățit la serviciile financiare.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Serviciile financiare cu amănuntul sunt o parte esențială a vieții cotidiene a cetățenilor UE. Acestea cuprind conturi bancare personale, plăți, credite personale, credite ipotecare, economii, pensii, investiții și anumite produse de asigurare. Acestea facilitează participarea cetățenilor la economie, permițând-le planificarea pe termen lung și protejându-i în circumstanțe neprevăzute.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la „Cartea verde privind serviciile financiare cu amănuntul". În ultimii ani, au fost depuse mari eforturi pentru crearea unei piețe unice pentru servicii financiare în UE, dar integrarea serviciilor financiare cu amănuntul pare să nu fi ajuns încă la capacitatea sa maximă. De exemplu, unul dintre avantajele oferite de piața unică ar trebui să fie intensificarea concurenței. Cu toate acestea, pe unele piețe, concurența nu este eficientă, în special în domeniul plăților și în sectorul bancar. Cu alte cuvinte, consumatorii nu pot beneficia de servicii mai ieftine sau de înaltă calitate în alte state membre ale UE. Fără eforturi susținute, piețele financiare europene riscă să rămână fragmentate. O piață îmbunătățită în sectorul serviciilor financiare cu amănuntul ar crea, de asemenea, noi oportunități de piață pentru furnizori, sprijinind creșterea la nivelul economiei europene și creând locuri de muncă.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Commission a publié en décembre 2015 un livre vert et une consultation publique afin d'évaluer la faisabilité d'un marché européen des services financiers de détail. L'objectif de la Commission est de déterminer les obstacles persistant aux activités transfrontalières dans le domaine des services financiers de détail, compte tenu de la numérisation de ces services et des évolutions technologiques. Ce rapport est donc la contribution du Parlement européen à la réflexion sur la création d'un marché européen des services financiers de détail.

Un marché européen des services financiers de détail aura des conséquences très positives pour les consommateurs, les investisseurs, les PME, les fin-techs et les entreprises. Toutefois, il semble difficilement réalisable dans l'état actuel des choses. De nombreuses barrières, qui ne peuvent pas être surmontées uniquement par la numérisation des services, persistent telles que les barrières réglementaires (différents systèmes fiscaux, sociaux, de santé,…), géographiques et culturelles (langues). Il est également important de ne pas se précipiter dans le travail législatif pour ne pas créer de doublons avec les législations européennes qui ont récemment été créées dans le domaine. J'ai voté en faveur de ce rapport dont je suis le rapporteur pour le PPE.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula ho dato il mio voto positivo alla relazione sul Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio. Sono convinto che la causa per la quale i servizi finanziari al dettaglio a livello di UE sono ancora scarsamente sviluppati risiede nella scarsa trasparenza delle operazioni, che si ripercuote negativamente sulla fiducia dei consumatori. Segue che con molta difficoltà immagino uno sviluppo del coordinamento con il mercato unico digitale, innanzitutto a causa dello scarso rispetto dei principi di cooperazione e scambio di informazioni e dei profili di privacy. Sono tuttavia convinto che il coordinamento con il mercato unico digitale sia una strada obbligata e utile, in considerazione della facilità con la quale avvengono gli scambi di comunicazione nel mondo digitale. La *robo-advisory*, che rappresenta l'avamposto più moderno delle *fintech*, sarà presto una realtà.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Calls on the Commission to become further involved in consumer protection in financial services, accordingly UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as it seeks to address the specific barriers that consumers and firms face in making full use of the single market and ways in which these barriers could be overcome, including by making the best use of new technology. But the report considers that the diverse obstacles, such as contract and consumer protection regimes and different languages and cultures, that hinder the full excess to the single market cannot be overcome solely by means of digitalisation.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sul Libro verde della Commissione non analizza le ripercussioni negative della liberalizzazione del settore dei servizi finanziari al dettaglio, né dal punto di vista macroeconomico, né da quello della stabilità finanziaria. Non si tiene in considerazione il fatto che, invece che creare un reale miglioramento della concorrenza nel settore, il mercato configurato favorirà la produzione di strumenti standardizzati e sempre più complessi, difficilmente accessibili a piccoli investitori e PMI. La soluzione proposta rischia quindi di esacerbare gli squilibri macroeconomici e finanziari esistenti all'interno dell'eurozona, soprattutto in assenza di efficaci tutele preventive per gli investitori. Si tratta di un intervento che nulla apporterebbe all'economia reale e che rischia anzi di rivelarsi dannoso. Ho quindi espresso un voto assolutamente contrario.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – I sistemi finanziari al dettaglio, in ciascun contesto nazionale, offrono ai cittadini un ventaglio di servizi essenziali. Tuttavia, non esistendo al momento un mercato di portata europea, per i consumatori di uno Stato membro è difficile acquistare prodotti forniti in un altro Stato membro.

La creazione di un mercato unico, attraverso la digitalizzazione, consentirebbe di superare le differenze di prezzo e di scelta all'interno dell'Unione, agevolando le operazioni transnazionali a vantaggio sia dei consumatori, che beneficerebbero di una vasta offerta, sia delle imprese, che potrebbero rendere disponibili i propri prodotti in qualsiasi luogo dell'Unione.

Ritengo che per la realizzazione di tale ambizioso progetto sia essenziale assicurare ai consumatori una protezione rafforzata, garantendo loro un'adeguata informazione ed una maggiore trasparenza.

Ho votato, pertanto, a favore della relazione poiché credo sia fondamentale che la Commissione, nella preparazione di un piano d'azione per il 2017, tenti di individuare e rimuovere le barriere che ostacolano i consumatori e le imprese rispetto alle opportunità transfrontaliere. A tal proposito reputo indispensabile, per il raggiungimento di un mercato unico più equo, migliorare l'uso delle nuove tecnologie come pure potenziare la lotta alla frode e all'evasione fiscale.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως είναι σημαντικό να διασφαλίσουμε πως δεν θα υπάρχουν περιττές ή αθέμιτες διαφορές μεταξύ των κρατών μελών που ανήκουν στη ζώνη του ευρώ και των κρατών μελών που δεν ανήκουν στη ζώνη του ευρώ. Για να είναι πραγματικά αποτελεσματική η ενιαία αγορά, πρέπει να διατηρηθεί η ακεραιότητά της και ως προς αυτό το ζωτικό σημείο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με την Πράσινη Βίβλο για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες. Παρότι αρχικός στόχος της έκθεσης αυτής ήταν η προώθηση καινοτόμων υπηρεσιών υπό το πρίσμα της σύγχρονης εποχής και προς όφελος των πολιτών, διακρίνονται αστοχίες αλλά και περιορισμοί που οδηγούν στην περιθωριοποίηση πολιτών οι οποίοι δεν έχουν πρόσβαση σε νέες τεχνολογίες. Καθώς η προστασία των πολιτών αποτελεί προτεραιότητα, αποφάσισα να ψηφίσω αρνητικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo per questa relazione che esprime forte appoggio alle attività della Commissione europea senza tener conto delle critiche esposte. Non viene altresì menzionato il fatto che l'apertura ad un mercato unico dei servizi finanziari potrebbe mettere in ginocchio le imprese che hanno la propria sede in Stati membri con una situazione economica più fragile come per esempio l'Italia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Tra le note sfide che l'Europa ha il dovere di affrontare vi è indubbiamente quella di rendere il proprio sistema finanziario quanto più limpido e vicino a risparmiatori ed imprese. Reputo dunque l'adozione del Libro verde un importante tassello per questo mosaico normativo in fieri. L'obiettivo è l'apertura del mercato europeo per i servizi finanziari al dettaglio, conseguendo così risultati migliori in termini di utilità e tutela per consumatori e imprese. Si ricerca, infatti, un avvicinamento progressivo agli utilizzatori di tali servizi rimuovendo i numerosi ostacoli riscontrabili sul mercato unico dal momento che esso è poco sviluppato e fortemente frammentato. Certamente, le dinamiche di alta concentrazione e scarsa concorrenza, caratteristiche di codesto mercato, non lo rendono appetibile a causa delle esigue possibilità di scelta e di un rapporto costi benefici insoddisfacente. Il Libro verde sarà foriero di una salda tutela del consumatore anche estendendosi alla digitalizzazione e all'innovazione tecnologica finanziaria, produttrici di servizi rivoluzionari e ricchi di potenzialità grazie ai quali si ottengono riduzione dei costi di transazione e maggiore comparabilità dei prodotti. Attraverso tali metodi si potrà ottenere un'inclusione più ampia di risparmiatori, start-up e PMI facilitate, così, nell'accesso ai finanziamenti e nell'apertura a mercati transfrontalieri.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the Green Paper on Retail Financial Services and noted no objections.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché pone in risalto uno dei maggiori temi riguardanti i servizi finanziari al dettaglio, ovvero l'inclusione e l'istruzione finanziaria. Al fine di raggiungere il completamento della *capital market union* sarebbe necessario garantire ai tutti i consumatori pari opportunità di accesso ai servizi finanziari essenziali, anche attraverso canali non digitali al fine di evitare l'esclusione finanziaria. Inoltre, nel contesto attuale sempre più legato al mercato finanziario, risulta necessario per la protezione dei consumatori garantire e promuovere una corretta e approfondita istruzione finanziaria che permetta ai cittadini di valutare al meglio le opportunità di investimento proposte. Infine, nell'incentivare la digitalizzazione del servizi finanziari risulta opportuno tenere conto sia dei nuovi vantaggi che dei nuovi rischi, i quali possono riguardare sia i consumatori sia le infrastrutture tecnologiche del settore.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I consider that unjustified discrimination based on residence, unjustified price differences, and unfair and unjustified geoblocking practices applied to common retail financial products between Member States require action hinders progress in this sector.

I concord with the ambitions of the rapporteur to breaking down barriers and curbing existing protectionist tendencies that block innovation in retail financial services; whereas a true single market will make the EU attractive as the hub for innovative financial services.

I believe that the rapid transformation brought about by digitisation and fintech innovation not only has the potential, if prudently managed, to create new and often better financial products for consumers and to contribute to financial inclusion, including by means of lowering transaction costs and easing access to finance, but also involves key challenges in terms of security, data protection.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que supone una continuación de la desregulación financiera que impera en el sistema financiero de la Unión. Este Libro Verde presenta la iniciativa de regular productos financieros minoristas a nivel trasnacional. En lugar de buscar una mayor transparencia y seguridad para los potenciales consumidores, el informe deja en manos del sistema financiero la creación de todo tipo de productos. En vez de simplificar, se deja hacer, permitiendo una diversidad y complejidad de productos financieros que pueden minar los intereses de los consumidores europeos, como ya ha ocurrido en el pasado con las participaciones preferentes. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Pur sostenendo la priorità della Commissione per identificare le barriere che i consumatori e le imprese devono affrontare e i modi per superarli, soprattutto nell'uso di nuove tecnologie, la relazione approvata in commissione ECON insiste sulla necessità di garantire la tutela dei consumatori attraverso ulteriori azioni per consentire ai consumatori di prendere decisioni informate, per aumentare la trasparenza dei prodotti finanziari al dettaglio e per rimuovere le barriere al consumo e gli eventuali costi ingiustificati ad essi relativi o al ritiro da un prodotto. A questo testo, il contributo del gruppo dei socialisti e democratici è stato determinante al fine di rafforzare la protezione dei consumatori ma cercando di mantenere specifiche tutele per agevolare le transazioni transfrontaliere e lo sviluppo di nuovi servizi alla digitalizzazioni. Ritengo pertanto questo testo un atto molto importante delle istituzioni verso i consumatori al fine di aumentare la loro fiducia sui mercati.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Actele legislative trebuie să funcționeze bine în contextul unei piețe aflate într-o continuă schimbare; de aceea, trebuie să gândim aceste soluții într-un mod activ. În ceea ce privește majoritatea produselor financiare cu amănuntul, încă avem de-a face cu 28 de piețe naționale diferite și nu atât de competitive, cu o activitate transfrontalieră ce este încă limitată. Acest lucru este în dezavantajul consumatorilor, al întreprinderilor și al funcționării globale a economiei europene. Există un potențial enorm care încă nu este exploatat.

Pentru a face progrese în ceea ce privește agenda privind serviciile financiare cu amănuntul, anumite provocări majore trebuie abordate. Am votat pentru construirea unei capacități mai puternice pentru a colecta și analiza datele la nivelul UE într-un mod mai eficient, dar și pentru crearea și menținerea unor condiții de concurență echitabile. Construirea unei piețe unice funcționale în domeniul serviciilor financiare cu amănuntul este un proiect important. Este, în același timp, un proiect care merită toate eforturile și care va crea o valoare adăugată reală.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A lakossági pénzügyi termékek egyre bonyolultabbak és ezért oda kell figyelni, hogy a fogyasztók a számukra elérhető termékválasztékban felismerjék és összehasonlítsák a biztonságosan fenntartható és egyszerű termékeket. Szintén fontos hogy a fogyasztók az Unióban mindenhol azonos jogi védelemben részesüljenek, és az indítvány hangsúlyozza a pénzügyi oktatás jelentőségét is, mely növeli a fogyasztók tudatosságát. A zöld könyvön alapuló kezdeményezések összhangban vannak az adócsalás, az adókikerülés, valamint a pénzmosás elleni nemzetközi küzdelemmel, és ezen belül a közös adóazonosító szám bevezetésére irányuló erőfeszítések fokozásával.

Az indítvány kihívásai az uniós szintű adatgyűjtési és elemzési kapacitás megerősítése, az egyenlő feltételek megteremtése és fenntartása és az azonosítás gyakorlati megvalósítása. Az indítvány fontosabb pontjai a digitalizáció, a termékek összehasonlítása, zöld pénzügyi termékek létrehozása és a pénzügyi szolgáltatások hiányosságának indítványossága, mint például a tagállamok különböző adózási, szociális, igazságszolgáltatási, egészségügyi, szerződéskötési és fogyasztóvédelmi rendszerei.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – W celu odblokowania pełnego potencjału jednolitego rynku i ułatwienia wprowadzania innowacji z korzyścią dla użytkowników końcowych konieczne są skuteczne kierunki rozwoju i konkretne działania. Zielona księga, przy uwzględnieniu zasady proporcjonalności, koncentruje się głównie na usługach finansowych dla obywateli potrzebujących usług o charakterze transgranicznym. Głównym celem jest gwarancja, że rynek detalicznych usług finansowych funkcjonuje z korzyścią dla wszystkich. Należy zagwarantować działania dotyczące zniesienia barier i ograniczenia. Uważam również, że ważną kwestią jest współpraca pomiędzy państwami członkowskimi w ramach UE, z należytym uwzględnieniem zasady pomocniczości w zakresie wsparcia przedsiębiorstw świadczących detaliczne usługi finansowe, chcących lepiej wykorzystać transgraniczne możliwości biznesowe.

W związku z powyższym zagłosowałem za przyjęciem zielonej księgi w sprawie detalicznych usług finansowych, ponieważ podzielam stanowisko sprawozdawcy, iż unijny rynek detalicznych usług finansowych nadal jest stosunkowo słabo rozwinięty.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as I believe that in a developing single market and in a digitalised world we also need to identify the specific barriers that consumers and firms face in order to set out ways how to overcome them. We need to ensure good protection of consumers in order to empower them to make informed decisions which are complemented by increased transparency and this is duly noted in the report, as well as a legislative framework which enables equal opportunities to all consumers and access to well-valued products.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio evidenzia la necessità di creare un mercato UE in cui i consumatori siano ben tutelati, abbiano pari opportunità e accesso a prodotti semplici, trasparenti e caratterizzati da un buon rapporto qualità/prezzo, in un quadro giuridico armonizzato relativo a opzioni predefinite standardizzate per i prodotti finanziari dell'UE più comunemente utilizzati. Sostiene inoltre il rafforzamento della lotta internazionale alla frode fiscale, all'elusione fiscale e all'evasione fiscale, nonché al riciclaggio di denaro, compresi ulteriori sforzi per elaborare un codice fiscale comune.

Tuttavia, vi sono crescenti preoccupazioni circa l'emergere di nuovi fornitori di servizi finanziari al dettaglio, come nel caso delle assicurazioni, e la crescente complessità e ingegnerizzazioni dei prodotti finanziari al dettaglio. I cittadini non sempre comprendono in maniera chiara e piena i prodotti che sottoscrivono, mentre sarebbe opportuno che questi fossero completi, semplici, sicuri e standardizzati.

Inoltre, se la digitalizzazione continuerà a creare nuove opportunità per i consumatori, gli investitori, le PMI e le imprese in termini di concorrenza, attività transfrontaliere e innovazione, questa non risolverà problematiche legate alla sicurezza e alla protezione dei consumatori e dei loro investimenti.

Per queste ragioni il mio voto è contrario.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Procesul de dezvoltare și creștere a întreprinderilor mici și mijlocii și a întreprinderilor nou-înființate inovatoare are nevoie de transpunerea și implementarea acestei legislații, evitând duplicările și suprapunerile, precum și de crearea și menținerea unor condiții de concurență echitabile pentru toate părțile interesate, incluzând operatorii tradiționali și operatorii noi, cu reguli cât mai neutre din punctul de vedere al tehnologiei și al modelului de afaceri. Pe de altă parte, consider că este nevoie să se ia măsuri pentru ca același serviciu să fie reglementat prin aceleași norme, pentru a evita denaturarea concurenței, în special odată cu apariția noilor furnizori de servicii financiare cu amănuntul.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Calls on the Commission to become further involved in consumer protection in financial services, accordingly UKIP voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu ce rapport faisant suite à la publication du livre vert de la Commission élaboré afin d'évaluer la faisabilité d'un marché européen des services financiers de détail. La création d'un marché européen des services financiers de détails aurait en effet des retombées économiques positives, notamment pour les PME qui pourraient voir l'accès au financement facilité. Mais avant de parvenir à cet objectif, le texte insiste, à juste titre, sur la nécessité de renforcer la confiance des consommateurs dans les services financiers de détails en garantissant la transparence de ces produits et en facilitant leur compréhension et leur comparaison entre les différents États membres de l'Union européenne.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail (les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers, les assurances de la personne ou de la propriété) peut garantir la libre activité des entreprises dans leurs activités transfrontalières.

Nous nous opposons donc à ces propositions, qui s'inscrivent en faux avec la souveraineté bancaire des États membres et constituent une menace pour les Européens en cas de disparition de l'euro.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах в подкрепа на резолюцията. Този доклад е в отговор на Зелената книга на Комисията за финансовите услуги на пазара на дребно, с цел да се започне дебат за евентуалното отваряне на европейския пазар на финансовите услуги. Пазарите в целия Европейски съюз са много различни по характер поради регионални и национални особености и това е случаят и за финансовите услуги в рамките на ЕС. Съгласен съм, че една по-добра координация и обмен може да бъде от голяма полза, и приветствам факта, че докладчикът е изготвил доста балансиран доклад, в който е взел под внимание много предложения от други политически групи.

Някои от предложенията, които подкрепям и които бяха включени, са препратка към общия данъчен идентификационен номер, привеждане в съответствие на обобщението на проспекта с основния информационен документ за пакети с инвестиционни продукти на дребно и основаващи се на застраховане инвестиционни продукти (ПИПДОЗИП), европейските надзорни органи да увеличат своите дейности по въпроси, свързани с потребителите и инвеститорите на дребно, както и покана за активизирана работа срещу блокирането на географски принцип, приложено от законодателно предложение, насочено към финансовия сектор.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής σχετικά με την Πράσινη Βίβλο για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, διότι τασσόμαστε κατά των διασυνοριακών επενδύσεων με όλα τα επακόλουθα μεταναστευτικής πολιτικής που απαιτούνται. Ειδικά για τη χώρα μας, η δημοσιονομική κατάσταση και ο αποκλεισμός του δημοσίου τομέα από τις αγορές δημιουργεί ανυπέρβλητα εμπόδια για έκδοση πράσινων ομολόγων, τα οποία ενισχύουν την εξουσία των εποπτικών αρχών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report. It is essential for my constituents in Wales that we have effective rules that protect consumers and ensure transparency.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur, mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro ou l'Union européenne.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta iniciativa, estando aparentemente direcionada para a melhoria das condições dos utilizadores, representa, na prática, mais um elemento de harmonização, de aprofundamento federalista, que servirá os interesses dos grandes grupos financeiros, facilitando a concentração da riqueza e a centralização do poder financeiro e económico. Esta iniciativa levará à liquidação de empresas de menor dimensão e promoção de oligopólios bancários pan-europeus, com aumento dos lucros dos grandes bancos da UE, nomeadamente por via da redução com custos operacionais, onde se incluem o despedimento de trabalhadores, processos facilitados pela vertente digital e redução da implantação física das empresas. Iremos ter menos transparência, mais fraude e fuga ao fisco e uma agudização do problema das empresas «too big to fail». Não podemos senão rejeitar esta via.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione perché ritengo costituisca un importante stimolo affinché la discussione in merito alla creazione di un mercato unico per i servizi finanziari al dettaglio possa continuare proficuamente. Ritengo altresì rilevante il contenuto della relazione in merito alla necessità di una migliore comunicazione sui prodotti finanziari essenziali, sugli sforzi orientati a semplificare la legislazione in vigore e sugli effetti favorevoli che la digitalizzazione potrebbe avere nell'eliminare gli ostacoli transfrontalieri.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Vítam iniciatívu Európskej komisie v oblasti retailových finančných služieb. Aby sme v budúcnosti mohli pokročiť už v existujúcej agende, musíme sa vyrovnať s viacerými výzvami. Budeme musieť spoločnými silami nájsť spôsob, ako vybudovať efektívnejší a účinnejší systém pre zber dát a ich analýzu na úrovni Európskej únie. Vytvorenie dobre fungujúceho jednotného trhu v oblasti retailových finančných služieb je rozsiahly projekt. Zároveň takýto projekt určite stojí za námahu. Je jasným prípadom toho, keď Európska únia vytvára skutočnú pridanú hodnotu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario, alcuni spunti potrebbero essere condivisibili ma rimane un testo generico e lacunoso, con un forte appoggio incondizionato al lavoro della Commissione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής σχετικά με την Πράσινη Βίβλο για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, διότι τάσσομαι κατά των διασυνοριακών επενδύσεων με όλα τα επακόλουθα μεταναστευτικής πολιτικής που απαιτούνται. Ειδικά για τη χώρα μου, η δημοσιονομική κατάσταση και ο αποκλεισμός του δημοσίου τομέα από τις αγορές δημιουργεί ανυπέρβλητα εμπόδια για την έκδοση πράσινων ομολόγων, τα οποία ενισχύουν την εξουσία των εποπτικών αρχών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Further developments of the single market for retail financial services in a digitalised world would only work if we ensure a sufficient consumer protection level through better information and more transparency. Thus, I support the call for the Commission to propose a consistent action plan including concrete legislative proposals to create a EU market in which well protected consumers have equal opportunities and access to transparent and well-valued products. I consider important the need to ensure a right balance between consumer protection and the development of the single market for retail financial services. Therefore, I believe that the scope of the future Commission action plan should equally focus on consumer protection measures and the development of cross-border opportunities.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, teniendo presente que el Libro Verde se centra en una serie de elementos respecto de los cuales podría resultar ventajoso que la legislación, actualmente en fase de implantación, se completara en los próximos años. Por lo que respecta a la mayoría de los productos financieros al por menor, seguimos confrontados a veintiocho mercados nacionales divergentes y no tan competitivos como sería de esperar. Debido a una multitud de barreras, las actividades transfronterizas siguen siendo limitadas. Esto no es bueno ni para los consumidores, ni para las empresas innovadoras, ni para el funcionamiento general de la economía europea. Existe un enorme potencial al que todavía no le hemos sacado partido. El Libro Verde también es oportuno porque la digitalización está abriendo nuevas posibilidades a un ritmo acelerado. Si se aborda de manera adecuada, la digitalización podría aportar exactamente el impulso necesario para empezar a suprimir los obstáculos transfronterizos. Contamos ahora con una auténtica oportunidad para vincular a los agentes financieros establecidos a lo largo y ancho de toda Europa con los consumidores que residen en todo el continente. Esto representa una nueva oportunidad para el mercado único que no debe desaprovecharse.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe que refleja la posición del Parlamento con respecto al Libro Verde sobre servicios financieros al por menor —elaborado con la Comisión— ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado, además, varias enmiendas promovidas por los socialistas españoles para acabar con la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro y limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos. Por otro lado, se defiende al euro como moneda principal del mercado de servicios financieros. Se trata, por tanto, de un informe muy progresista y europeísta que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Resulta lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, si bien sin éxito.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Il miglioramento del funzionamento del mercato interno per consumatori e professionisti è un obiettivo centrale per la ripresa in Europa. Ho sostenuto perciò con forza questo rapporto, che risponde al Libro verde della Commissione, in vista di proposte normative attese per il 2017. Condivido la priorità di abbattere gli ostacoli ancora esistenti all'accesso (soprattutto digitali) per i clienti ai prodotti e servizi finanziari, in particolare i requisiti di tutela dei consumatori, di trasparenza, di contenimento dei costi e di diritto di recesso, il miglioramento del mercato digitale (un punto davvero prioritario per il Gruppo S&D).

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sul Libro verde sui servizi finanziari, perché ritengo di fondamentale importanza che il Parlamento, in vista di nuove proposte legislative della Commissione, si esprima sul tema dei servizi finanziari al dettaglio a livello UE, un mercato ancora scarsamente sviluppato e molto frammentato particolarmente nel caso di servizi finanziari al dettaglio transfrontalieri.

Esiste una legislazione in materia, ma data la frammentazione non è sufficiente e soprattutto non adeguata alle necessità attuali dello sviluppo del Mercato unico e nell'interesse dei consumatori e quindi dei risparmiatori europei. Una corretta e lungimirante informazione ai risparmiatori dà consapevolezza e responsabilizza i risparmiatori nelle loro scelte d'investimento, valorizzando al tempo stesso la funzione sociale ancorché economica del risparmio, e maggiore forza al mercato unico alle istituzioni finanziarie specializzate nel risparmio.

L'UE ha bisogno di una strategia d'investimento di lungo termine in grado di mobilizzare il risparmio europeo verso le PMI prima di tutto, nel quadro di un'attività di supervisione accresciuta a livello europeo dell'ESMA e delle autorità nazionali competenti, per rispondere alle sfide della *FinTech*, ovvero della sempre maggiore digitalizzazione dei servizi finanziari, e all'accresciuto ruolo delle piattaforme di negoziazioni che spesso sono all'origine di frodi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über das Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden gestimmt, da ich es für wichtig und richtig halte, wenn wir im europäischen Binnenmarkt noch mehr für die Sicherheit und Transparenz von Finanzprodukten für Privatkunden tun.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden ist ein wertvoller erster Schritt in der Implementierung eines funktionstüchtigen und global wettbewerbsfähigen Markts. Dieser sollte dabei darauf ausgerichtet sein, dass es keine Ausgrenzungen bzw. Unterschiede zwischen dem Euroraum und den übrigen Mitgliedstaaten gibt. Außerdem müssen gleiche Wettbewerbsbedingungen für Privatkunden in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union geschaffen werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this report. You could say this report forms part of the Capital Markets Union, which is illusionary, as a result of vastly different legal systems across the EU. It calls on the EU Commission to become further involved in consumer protection in financial services.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report which constitutes an important step towards creating a stronger single market for retail financial services which puts the consumer first.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Les services financiers de détail représentent encore un marché trop cloisonné, trop national. Les services de détails, c'est l'argent des simples citoyens: leurs comptes courants, leur épargne-retraite, leurs prêts immobiliers, leurs assurances…

Il s'agit ici d'encourager la création d'un marché unique de ces services, et d'encourager les achats transfrontaliers, trop rares. La Commission met en avant que l'outil informatique permet désormais une meilleure information, que la concurrence fera baisser les prix (rengaine souvent reprise mais rarement vérifiée), que la réglementation européenne permet une protection efficace du consommateur…

D'une part, je doute que des citoyens qui regardent déjà d'un œil critique les services bancaires de leur propre pays soient prêts à accorder une confiance aveugle à une banque étrangère et à se jeter dans une aventure dont ils ne connaîtront pas le traitement fiscal.

D'autre part, j'estime que ce projet s'abrite derrière des arguments fallacieux pour favoriser une interdépendance accrue des économies des États, rendant plus complexe une éventuelle sortie de l'UE ou de l'euro. Cette interdépendance favorisera de surcroît une inflation réglementaire nationale et européenne et, pour tout dire, une surveillance implacable des comptes en banque de Monsieur tout le monde.

J'ai voté contre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta propuesta de liberalización de los servicios financieros al por menor. Si bien el objetivo de dar más poder de elección a los consumidores, y hacer bajar el precio de los productos puede parecer loable, la legislación avanza hacia una desregulación que favorece el mercado único pero que no ofrece garantías de estandarización y transparencia de los productos que se ponen en el mercado. De este modo podemos esperar que las grandes multinacionales puedan barrer a los proveedores más pequeños, y que productos financieros derivados cuyo riesgo es muy difícil de evaluar se impongan sobre productos más seguros.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this Green Paper as it will strengthen the position of consumers in terms of their protection in financial services.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron, Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. — Η Πράσινη Βίβλος δεν απλοποιεί, πόσο μάλλον δεν αναιρεί τα διάφορα πολύπλοκα «προϊόντα» με τα οποία οι πολυεθνικές και οι τράπεζες προωθούν τον καπιταλισμό-καζίνο. Αυτά είναι τα «προϊόντα» με τα οποία κερδοσκοπούν εις βάρος των λαών και, εφόσον αυτά δεν καταπολεμούνται, δεν μπορούσαμε να στηρίξουμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this Green Paper on Retail Financial Services that calls on the removal of unnecessary barriers in the European retail financial market. The aim of this report is to improve choice, transparency and competition in the retail financial services sector to the benefit of European consumers through true cross-border supply of these services, so that financial firms can make the most of the economies of scale in a truly integrated EU market. Furthermore, the report took into account the impact of digitalisation on retail financial services with a view to allowing for growth of innovative solutions in this area in the EU.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report is a response to the Commission Green Paper on Retail Financial Services with an aim to launch a debate on the possible opening of the European market in financial services, in particular retail services, i.e. savings accounts, mortgages, pensions, insurance, etc. At the moment national markets in financial services across the EU remain very fragmented and the reasons for this are varied. The aim of the report is to look ahead at what could be done to make a European market in financial services happen. I voted in favour, as the rapporteur delivered a rather balanced report trying to take on board many suggestions from other political groups.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét. Különösen igaz ez napjainkban, amikor az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the developments of the single market for retail financial services in a world which undergoes constant digital innovation would truly work if we ensure a sufficient consumer protection level through better information and more transparency. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o Zelenoj knjizi o maloprodajnim financijskim uslugama jer smatram da je važno da novi prijedlozi budu na korist svim potrošačima iz EU-a kako bi se osiguralo da tržište maloprodajnih financijskih usluga funkcionira za svakoga. Spomenuto je tržište još uvijek prilično nerazvijeno i vrlo fragmentirano u EU-u, zbog čega je potrebno poduzeti učinkovite mjere da se otključa njegov puni potencijal jedinstvenog tržišta i olakšaju inovacije korisne za krajnje korisnike. Upravo Izvješće o Zelenoj knjizi, za koje sam glasovao, govori o financijskim uslugama koje se nude građanima u potrazi za prekograničnim uslugama, posebno vezano za brze promjene prouzročene digitalizacijom i inovacijama u području financijskih tehnologija. Tu postoji veliki potencijal stvaranja novih i boljih financijskih proizvoda, smanjenje transakcijskih troškova, olakšanje pristupa financiranju, sigurnosti i zaštiti podataka.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it removes unnecessary obstacles for consumers and businesses and stimulates finance for sustainable and green investments. I am also glad that it encourages retail financial service providers to finance projects associated with innovation and the environment. I believe that unlocking the full potential of retail financial services has a key importance for the dynamics of our internal market.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Olle Ludvingsson relatif au livre vert sur les services financiers. Le rapport souligne que de nombreuses barrières s'opposent encore à la création d'un marché européen des services financiers de détail, obstacles qui ne peuvent être surmontés que par la numérisation des services. Je soutiens cette initiative, qui devra être progressive et bénéficier aux consommateurs, aux PME et aux industries.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de décider comment le marché européen des services financiers de détail (assurances, prêts, paiements, comptes courants et d'épargne…) peut être amélioré pour les consommateurs et les entreprises. La contribution du Parlement au processus de consultation ouvert dans le cadre du Livre vert me paraît bien prendre conscience des nouveaux enjeux, insistant surtout sur la numérisation, la simplification de la législation ou encore la réduction des pratiques de géoblocage par exemple.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η πρόταση της Επιτροπής κινείται πράγματι προς τη σωστή κατεύθυνση και δείχνει τη σημαντική δουλειά που έχει γίνει μέχρι τώρα για την επίτευξη ενός εναρμονισμένου συστήματος λιανικών χρηματοπιστωτικών προϊόντων και υπηρεσιών. Ωστόσο, το πρόβλημα είναι ακόμα προφανές και ο κατακερματισμός αποδεικνύει ότι, προκειμένου να λειτουργήσει η αποτελεσματική κατανομή κεφαλαίων στην Ευρωπαϊκή Ένωση, θα πρέπει να αρθούν οι διαφορές μεταξύ των κρατών μελών, ειδικά τώρα που βρισκόμαστε σε μία διαδικασία σταδιακής μετάβασης σε ψηφιακές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Initiativbericht. Es ist begrüßenswert, dass Kunden einen besseren Zugang zu Finanzprodukten bekommen – unter Einhaltung der Beratungs- und Transparenzpflichten. Auch ist die Forderung unterstützenswert, Konsumenten die Möglichkeiten zu geben, ihr Geld in Finanzprodukte anderer EU-Länder leichter anzulegen und verlässliche und durchgängige Rechtsmittel einlegen zu können, wenn sie wissentlich falsch beraten wurden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is an important step for creating a stronger single market for retail financial services and one which puts the consumer first.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against, since the Green Paper represents the interests of multinational companies rather than the interests of the people. Although digitalisation brings many benefits, our role is to foresee also the side-effects of this process, e.g. increased unemployment caused by the closure of physical shops, and address them by introducing simple and sound legal framework.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A jelentés alapvetése nagyrészt helytálló, amennyiben a pénzügyi kirekesztés széles körben elterjedt és súlyos probléma Európa-szerte, ami megnehezíti az emberek életét, hiszen nem férhetnek hozzá megfelelő módon a legalapvetőbb pénzügyi szolgáltatásokhoz. Részleteiben támogatandó az anyag, mert üdvözlendő cél, hogy lehetővé tegyék a fogyasztóknak, hogy a számukra elérhető választékban felismerjék és összehasonlítsák a biztonságos, fenntartható és egyszerű termékeket. Egészében mégsem elfogadható a jelentés, mert amint a Brexit is igazolta, a megalapozatlan integrációnak határai vannak, sőt szétesés lehet a következménye. A brüsszeli bürokrácia hataloméhes központosító törekvése párosulva a felelősség teljes hiányával zsákutcának bizonyult, amint az előre várható volt. Nyakunkon a megoldatlan társadalmi és gazdasági gondok tömkelege elsődlegesen a perifériaországokban: a munkanélküliség, a zuhanó életszínvonal, az eladósodás stb.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Дадох своя глас в подкрепа на резолюцията относно Зелената книга за финансовите услуги на дребно, защото смятам, че различията в данъчните, социалните, правните, здравните, договорните системи и тези в областта на защитата на потребителите, както и различните национални специфики, не могат да бъдат преодолени само със средствата на цифровизацията.

Смятам за изключително важно насърчаването на положителното развитие на пазара на финансовите услуги на дребно чрез създаването и поддържането на равнопоставеност между всички участници в условията на спазване на правила, които да бъдат възможно най-неутрални по отношение на технологиите и бизнес моделите.

За да бъде Европа водещ пазар на иновации, както и да предостави възможност на потребителите за по-добър избор на по-ниски цени, трябва да постави силен акцент върху създаването на пазар на ЕС, в който добре защитените потребители имат равни възможности и достъп до продукти при добро съотношение качество-цена.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because the objective of the Green Paper on Retail Financial Services is to consult on the next steps toward creating a more integrated European market for retail financial services for both consumers and businesses. Thus, the Green Paper in the EU works in the interests of consumers and gives them the best deals, better products, more choice, and greater opportunities regardless of their age, skills and country of residence. In this context, I would like to note that the Green paper comes at the right time because digitalisation is now opening up new possibilities for consumers, investors, SMEs and other companies in terms of competition and cross-border activities. Therefore, I urge the EU to coordinate the Green Paper with the process of digitalisation, because this in practice represents a golden opportunity to link financial actors established all around Europe to consumers residing all around Europe. In a long term perspective, such a link between Green Paper and digitalisation could foster job creation, sustainable growth, financial stability and the role of the consumer in the European economy.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Con la relazione oggi approvata si vuole rendere più semplice l'offerta dei prodotti finanziari al dettaglio in altri Stati membri, dando la possibilità ai consumatori di poter scegliere tra una molteplicità di prodotti, e di poter trasferire questi ultimi qualora si decidesse di lavorare, studiare o andare in pensione in un altro paese. Un accesso transfrontaliero risulterebbe dunque utile per aiutare i cittadini nei loro processi decisionali e nella possibilità di scegliere prodotti concorrenziali offerti dall'Europa in relazione alle proprie esigenze e ai propri budget, mirando all'inclusione di questi servizi perché l'impossibilità di potervi accedere rende il tutto più complicato. Ritengo che dobbiamo lavorare affinché questa proposta sia in grado di appagare in pieno le esigenze della collettività e voto favorevolmente.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport concernant le livre vert sur les services financiers de détail. Ceux-ci comprennent les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers et les assurances de la personne ou de la propriété. Pour le moment, les achats transfrontaliers de ces services restent très limités et la plupart d'entre eux est déjà disponible sur les marchés nationaux. Cependant, la Commission européenne veut inciter les entreprises financières à proposer leurs produits dans tous les pays, et les citoyens à faire des achats transfrontaliers. Il s'agit d'une fausse bonne idée. La mise en place du marché unique a prouvé qu'il apportait plus de problèmes et d'inconvénients que d'avantages, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et réglementaires. Le marché unique pour les services financiers de détail pourrait causer de graves séquelles à notre économie nationale, et les futures disparités de marché seront corrigées par encore plus d'administration et de contrôle technocratiques bruxellois. Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro, ou l'UE.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail pourrait s'ouvrir davantage. Pour le moment, les achats transfrontaliers de ces services restent très limités et la plupart d'entre eux est déjà disponible sur les marchés nationaux. La principale recommandation est donc d'établir une confiance réciproque notamment en assurant la protection des consommateurs et la libre activité des entreprises dans leurs activités transfrontalières. Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro, ou l'Union européenne. J'ai voté contre cette idée de livre vert.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement heeft vandaag met een ruime meerderheid een verslag goedgekeurd waarin het om meer inspanningen vraagt op vlak van grensoverschrijdende financiële diensten voor consumenten. De Europese markt en de nationale markten voor onder meer pensioenen en verzekerings- en beleggingsproducten worden nog te vaak gekenmerkt door fragmentatie en gebrekkige concurrentie. Hierdoor betalen consumenten soms een te hoge prijs voor hun producten of kunnen ze niet ten volle profiteren van aanbiedingen in het buitenland.

Aan de andere kant stuiten ook bedrijven op heel wat hindernissen wanneer zij de weg naar de buitenlandse klant trachten te vinden. Dit verslag roept de Commissie dan ook op om werk te maken van mogelijkheden om grensoverschrijdende vraag en aanbod van financiële diensten voor consumenten aan te moedigen. Belangrijk is dat de Commissie daarbij de sociale en fiscale bevoegdheden van de lidstaten moet respecteren. Daarom hebben de N-VA-Europarlementsleden voor dit verslag gestemd.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que supone una continuación de la desregulación financiera que impera en el sistema financiero de la Unión. Este Libro Verde presenta la iniciativa de regular productos financieros minoristas a nivel trasnacional. En lugar de buscar una mayor transparencia y seguridad para los potenciales consumidores, el informe deja en manos del sistema financiero la creación de todo tipo de productos. En vez de simplificar, se deja hacer, permitiendo una diversidad y complejidad de productos financieros que pueden minar los intereses de los consumidores europeos, como ya ha ocurrido en el pasado con las participaciones preferentes.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe busca superar las barreras que existen hoy en día en los servicios financieros al por menor, a la par que desarrollarlos en los próximos años.

La Unión debe afrontar el desafío de crear y mantener unas condiciones de competencia equitativas. Cualquier nueva iniciativa legislativa basada en este documento debe basarse en la neutralidad desde el punto de vista tecnológico y del modelo empresarial. Al legislador, ante un mercado en rápida expansión, incumbe crear un marco regulatorio que permita, sin manipulaciones, crear un ambiente de crecimiento seguro y duradero, y después, han de ser los consumidores quienes decidan quién gana o pierde en este mercado.

Es igualmente importante destacar el desafío que representa asegurarse de que no existan diferencias injustas o innecesarias entre los Estados miembros de la zona del euro y los que están fuera de ella y que nadie se quede al margen. La exclusión financiera es un problema grave que afecta a toda Europa y para que el mercado único sea realmente eficaz, es necesario que conserve también su integridad en este aspecto fundamental.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which considers the simplification of legislation to make it easier to compare financial products in all Member States.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I welcome the Commission Green Paper on retail financial services and stated that its publication is timely, given the need to work proactively at all stages of the policymaking process in order to respond efficiently and adequately to developments in such an innovative and fast-changing market.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Táto kniha, ktorú Komisia zverejnila v decembri minulého roku, predstavuje prostriedok na zhromažďovanie a získavanie informácií o situácii na finančnom trhu. Finančný trh je organizmus, ktorý sa ustavične mení a vyvíja, so širokým záberom a dopadom na spotrebiteľov. Preto je pre jeho správne a efektívne fungovanie nutné ho priebežne sledovať a vyhodnocovať. Z dôslednej analýzy údajov možno čerpať návrhy na legislatívne a iné potrebné opatrenia, ktorými sa riadi finančný trh. Komisia a členské štáty musia odstraňovať prekážky fungovania efektívneho trhu a zlepšiť prístup k základným finančným službám tak, aby sa eliminovali zbytočné a neprimerané rozdiely medzi jednotlivými štátmi.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Απείχα κατά την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με την Πράσινη Βίβλο για τις λιανικές χρηματοπιστωτικές υπηρεσίες, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Le livre vert sur les services financiers de détail a pour objectif le développement du marché européen dans ce domaine, notamment pour les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers et les assurances de la personne ou de la propriété.

Nous nous opposons à cette volonté d'agrandir encore le marché unique qui n'a cessé de démontrer son inefficacité en raison des disparités économiques, culturelles et réglementaires.

Par ailleurs, notre souveraineté bancaire est menacée par les achats transfrontaliers de services financiers de détail et, si l'euro disparaissait, les services financiers de détails contractés dans d'autres pays seraient soumis au risque de change monétaire. De nombreux foyers verraient les montants des crédits à rembourser varier énormément.

Ce dispositif est, entre autres, un moyen de verrouiller la sortie des États membres de la zone euro.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme dem Papier zu, da der bessere Zugang von Kunden zu Finanzprodukten, eine bessere/kompetentere Beratung zu selbigen und die Möglichkeit, leichter Rechtsmittel einzulegen, zu begrüßen sind.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pozicijai dėl mažmeninių finansinių paslaugų žaliosios knygos. Tikiuosi, jog šis pasiūlymų rinkinys suteiks vartotojams realią pridėtinę vertę, užtikrins konkurenciją, didesnes pasirinkimo galimybes, daugiau galimybių gauti finansines paslaugas ir produktus bei mažesnes kainas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport vise à établir un marché européen des services financiers de détail (incluant les assurances) dans le cadre de l'essor du numérique dans le secteur bancaire. Il s'agit comme toujours de travailler à «l'abolition des barrières et à l'atténuation de tendances protectionnistes existantes», ce qui permettrait «une concurrence plus forte à l'échelon national». Tout cela soi-disant pour faciliter le choix des consommateurs. Pourtant, la variété des produits existant sur le marché de l'UE et leur complexité risque de rendre très difficile la comparaison des services financiers proposés. Le rapport insiste pour que les nouvelles règles «ne constituent pas un frein à l'innovation». Mais il ne s'inquiète pas des conséquences de la disparition des agences «physiques» pour les personnes âgées ou n'ayant pas accès au numérique. Enfin, le rapport soutien le passage à l'euro pour tous les états membres! Bel optimisme. Il prétend cette fois «que l'adoption de la monnaie unique par les États membres sans exception permettrait d'améliorer l'efficacité et la cohérence du marché unique des services financiers de détail». Le rêve! Je vote contre ce rapport qui ne cherche en rien à protéger les consommateurs mais favorise au contraire le secteur bancaire spéculatif.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce livre vert a pour objectif d'ouvrir davantage le marché européen des services financiers de détail comprenant les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers, les assurances de la personne ou de la propriété.

La volonté de l'Europe d'agrandir encore le marché unique, en y incluant les services financiers de détail, n'échappera pas aux multiples problèmes révélés par la mise en place du marché unique européen, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et réglementaires. Ceci engendrera de graves séquelles pour notre économie nationale et aura pour conséquence de renforcer le contrôle technocratique de Bruxelles.

La mise en place d'un marché unique des services financiers de détail représente donc un danger réel pour notre souveraineté nationale, notamment bancaire. C'est pourquoi je me suis opposée sur ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A dinâmica dos serviços financeiros de retalho, caracterizados pela conjugação de uma concentração relativamente elevada e de uma concorrência insuficiente, pode resultar numa escolha limitada e numa fraca relação custo-benefício, bem como em disparidades significativas entre Estados-Membros. Um mercado europeu dos serviços financeiros de retalho só é viável se representar uma verdadeira mais-valia para o consumidor, assegurando uma concorrência eficaz, a acessibilidade e a proteção dos consumidores, nomeadamente em relação aos produtos que são efetivamente necessários para a participação na vida económica. A iniciativa do Livro Verde é oportuna, tendo em conta a necessidade de trabalhar de forma pró-ativa em todas as fases do processo de tomada de decisão, a fim de responder de forma eficaz e adequada aos desenvolvimentos num mercado tão inovador e em tão rápida mutação. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour. This sector is crucial for continued growth in the EU and this green paper will help those dependent on the sector.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je tiens à saluer le livre vert de la Commission sur les services financiers de détail car il permet un débat fructueux ainsi que la consultation publique des différents acteurs concernés, ce qui va permettre de meilleurs produits, un plus large choix et davantage d'opportunités pour les consommateurs et les entreprises. En effet, le livre vert cherche à la fois à déterminer comment améliorer l'offre, la transparence et la concurrence dans le secteur des services financiers de détail dans l'intérêt des consommateurs européens, mais aussi comment permettre aux entreprises d'offrir ces services financiers directement dans les autres pays.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the green paper on retail financial services, which emphasises how timely the green paper is, points out that the European Union is lagging behind other global financial centres in some areas, and urges the Commission to come out with legislative proposals to strengthen the sector. I support such initiatives in the area of financial services and believe in a strong Capital Markets Union. Furthermore, this is all the more important in the current context where the United Kingdom, as Europe's leading financial services provider centre, is leaving the European Union.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015. december 10-én tette közzé „A lakossági pénzügyi szolgáltatásokról: Jobb termékek, bővebb választék és több lehetőség a fogyasztók és a vállalkozások számára" címet viselő zöld könyvét. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében leszögezi: a lakossági pénzügyi szolgáltatások jól működő egységes piacának megteremtése jelentős projekt, de olyan projekt, amely megéri az erőfeszítéseket. Azt indítványozza, hogy a Parlament úgy foglaljon állást: a zöld könyv előterjesztése a megfelelő időben történt, a Bizottság a megfelelő lépéseket tette meg, és a választott eljárás a megfelelő módszer. Számba veszi továbbá, hogy a lakossági pénzügyi szolgáltatások menetrendjének előmozdítása érdekében milyen kihívásokkal kell szembenézni. A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail pourrait s'ouvrir davantage, notamment en assurant la libre activité des entreprises dans leurs activités transfrontalières. Nous nous opposons à cette volonté d'agrandir encore le marché unique. Tout d'abord, la mise en place du marché unique européen a prouvé qu'il apportait plus de problèmes et d'inconvénients que d'avantages, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et réglementaires. Nous craignons donc que la mise en place du marché unique pour les services financiers de détail cause de graves séquelles à notre économie nationale, et que les futures disparités de marché soient corrigées par encore plus d'administration et de contrôle technocratique bruxellois. Par ailleurs, les achats transfrontaliers de services financiers de détail sont une grave menace pour notre souveraineté bancaire et l'avenir de nos citoyens en cas de disparition de l'euro. Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro, ou l'Union

européenne.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte propose la mise en place d'un marché unique qui veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur, mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro, ou l'Union européenne. Je m'oppose donc à ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – This report is an important step for creating a stronger single market for retail financial services, which puts the consumer first.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur le livre vert sur les services financiers de détail. Ce texte constitue la réponse du Parlement au livre vert présenté par la Commission en décembre 2015 relatif à la faisabilité d'un marché européen des services financiers de détail. Un tel marché présenterait de nombreux avantages pour les citoyens européens: un accès à tous les produits et services financiers de détail peu importe l'État membre dans lequel le citoyen réside, une possibilité d'augmenter la concurrence entre les établissements bancaires, ce qui entrainera une augmentation de l'innovation, une augmentation de la diversité des produits et une baisse des prix.

Alessandra Mussolini (NI), *per iscritto*. – L'obiettivo della relazione è quello di decidere come il mercato europeo per i servizi finanziari, per esempio assicurazioni, prestiti, pagamenti, conti correnti e altri investimenti al dettaglio, può essere ulteriormente aperto, portando risultati migliori per i consumatori e le imprese, pur mantenendo un adeguato livello di tutela dei consumatori e degli investitori.

Il Libro verde arriva al momento giusto anche in considerazione del fatto che, attualmente, la digitalizzazione offre nuove possibilità a un ritmo incalzante. Se gestita correttamente, la digitalizzazione potrebbe creare lo slancio necessario per iniziare a eliminare gli ostacoli transfrontalieri. In questo momento abbiamo l'opportunità di mettere in contatto gli attori finanziari e i consumatori di tutta Europa. Si tratta di un'opportunità imperdibile per il mercato unico. Pertanto mi sono espressa a favore del provvedimento.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Further efforts are needed in order for retail financial services to be bought and sold across the European Union's borders without any barriers. I have voted for this report on this consultation document of policy proposals that will be open to debates and discussions and will try to build a stronger EU level capacity for data collection and analysis. This initiative is a dynamic approach to policy making which is necessary in this field.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Секторът на финансовите услуги на дребно в ЕС в момента е недостатъчно развит и силно фрагментиран. Това ясно проличава от размера на финансово-технологичното финансиране в Европа, което възлиза на едва 348 милиона щатски долара. За сравнение, в Северна Америка и Китай, които са преки конкуренти на ЕС в този сектор, финансово-технологичното финансиране наброява 1,8 и съответно 2,6 милиарда.

На този фон, аз се застъпих за тази резолюция, защото тя се фокусира върху цифровизацията като начин да се развие пазарът на финансови услуги на дребно в Европа. Тя може да спомогне за разгръщането на потенциала на този сектор, като го направи по-атрактивен за европейския потребител чрез по-лесното сравняване на продуктите, по-добрия достъп до трансгранични инвестиции и по-бързите процеси на регистриране и плащане.

Подкрепих тази резолюция, защото смятам, че използването на лични данни и големи информационни масиви от доставчици на финансови услуги трябва да бъде строго ограничено до данните, необходими за подобряването на финансовите услуги на дребно в ЕС.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Această inițiativă, Cartea verde privind serviciile financiare cu amănuntul, sosește la momentul potrivit, având în vedere necesitatea de a acționa în mod proactiv în toate etapele procesului de elaborare a politicilor, pentru a răspunde în mod eficient și adecvat la evoluțiile unei piețe atât de inovatoare și care se schimbă cu atâta rapiditate.

Subliniem importanța promovării unor evoluții pozitive pe piețele serviciilor financiare cu amănuntul prin crearea și menținerea unor condiții de concurență echitabile pentru toate părțile interesate, incluzând operatorii tradiționali și operatorii noi, cu reguli cât mai neutre din punctul de vedere al tehnologiei și al modelului de afaceri. O astfel de abordare este necesară si pentru a sprijini creșterea IMM-urilor și a întreprinderilor nou-înființate inovatoare.

Solicităm Comisiei să se asigure că același serviciu este reglementat prin aceleași norme, pentru a evita denaturarea concurenței, în special odată cu apariția noilor furnizori de servicii financiare cu amănuntul. Această inițiativă va avea succes numai dacă va pune un accent puternic pe crearea unei piețe a UE în care consumatorii sunt bine protejați și au șanse egale și acces la produse rentabile, simple și transparente.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport, deoarece consider că piața serviciilor financiare cu amănuntul nu este suficient de dezvoltată în Uniunea Europeană, iar aceasta poate fi benefică pentru consumatori. În acest sens, raportul adoptat astăzi încurajează promovarea pieței serviciilor financiare cu amănuntul prin crearea unor condiții de concurență echitabile între operatorii tradiționali și cei noi, acest lucru fiind important în vederea susținerii și creării de noi IMM-uri. Nu în ultimul rând, salut acest raport, întrucât invită Comisia Europeană, împreună cu statele membre, să promoveze ghișeele unice naționale, care ar urma să ofere asistență întreprinderilor prestatoare de servicii financiare cu amănuntul care doresc să profite în mai mare măsură de oportunitățile transfrontaliere.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která správně zmiňuje výhody digitalizace pro retailové investory, jako jsou například snadnější porovnatelnost produktů, lepší a snadnější přístup k přeshraničnímu investování, zajištění spravedlivější soutěže mezi poskytovateli a rychlejší a snadnější proces registrace a plateb a snížení transakčních nákladů. Kromě toho poukazuje na nezbytnost posílení důvěry spotřebitelů ve finanční služby, zejména pokud jde o finanční produkty s vysokými riziky spojenými se směnným kurzem. Komise by měla přispět ke zlepšení finanční gramotnosti a informovanosti s cílem umožnit spotřebitelům činit informovaná rozhodnutí, zvýšit míru transparentnosti těchto produktů a odstranit překážky přechodu spotřebitele k jinému poskytovateli.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht sich für den Konsumenten ausspricht und für den Kunden einen besseren Zugang zu Finanzprodukten fordert. Des Weiteren wird gefordert, dass Kunden besser beraten werden und die Möglichkeit bekommen sollen, leichter Rechtsmittel einzulegen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Ce rapport propose de simplifier et d'unifier les règles relatives au marché de la vente au détail, afin de créer un marché européen en la matière et de permettre un équilibrage des prix sur le continent, quand les différences sont aujourd'hui trop importantes — une assurance-voiture peut coûter du simple au double pour une même personne en fonction du pays.

Cependant, j'ai décidé de voter contre cette proposition, qui se base principalement sur la mise en place d'un grand marché numérique aux conséquences négatives diverses: tout d'abord en excluant les personnes sans accès à internet ainsi qu'en favorisant les grands acteurs du secteur par rapport aux petits, sans offrir de protection adéquate aux consommateurs.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Jaefinantsteenuste turul ei ole liikmesriigid omavahel väga konkurentsivõimelised piiriüleste tõkete tõttu. Roheline raamat näeb ette võimalusi turgude avamiseks ning teenuste paremaks vahendamiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Mažmeninės finansinės paslaugos yra labai svarbios kasdieniniame ES piliečių gyvenime. Todėl būtina dėti didesnes pastangas siekiant vystyti mažmeninių finansinių paslaugų rinką ir spręsti problemas, su kuriomis šioje srityje susiduria vartotojai ir pramonės atstovai.

Labai svarbu, kad pasiūlytos iniciatyvos atitiktų didesnes tarptautines pastangas kovojant su mokestiniu sukčiavimu, mokesčių vengimu, mokesčių slėpimu ir pinigų plovimu. Todėl visoje ES reikėtų taikyti bendrą mokesčių mokėtojo identifikacinį numerį.

Tačiau nemanau, kad bendros valiutos įvedimas visose valstybėse narėse padidintų mažmeninių finansinių paslaugų bendrosios rinkos efektyvumą ir darną. Priešingai, bendra valiuta sukeltų itin neigiamų padarinių vartotojams ir visai rinkai.

Priemonės numatytos žaliojoje knygoje dėl mažmeninių finansinių paslaugų turi suteikti apčiuopiamą naudą ES vartotojams. Vartotojai turi būti tinkamai apsaugoti, o paslaugų teikėjai – finansiškai pajėgūs ir patikimi.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η οικοδόμηση μιας λειτουργικής ενιαίας αγοράς στον τομέα των λιανικών χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών αποτελεί σημαντικό εγχείρημα. Πρόκειται για χαρακτηριστική περίπτωση δημιουργίας πραγματικής προστιθέμενης αξίας από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Η παρουσίαση της Πράσινης Βίβλου έρχεται την κατάλληλη στιγμή για τρεις τουλάχιστον λόγους: Πρώτον, αν επιθυμούμε να έχουμε αποτελεσματική νομοθεσία σε μια τόσο ταχέως μεταβαλλόμενη αγορά, πρέπει να παρέμβουμε άμεσα τώρα, στα τελευταία στάδια του κύκλου πολιτικής. Πρέπει να παρακολουθούμε στενά την εφαρμογή σε εθνικό επίπεδο. Πρέπει από την πρώτη στιγμή να προετοιμαστούμε για τη διενέργεια επαρκούς αξιολόγησης. Είναι σημαντικό να εντοπίζονται τα πραγματικά προβλήματα και οι πραγματικές ευκαιρίες το ταχύτερο δυνατό. Δεύτερον, είναι σαφές ότι, παρά τα σημαντικά βήματα προόδου των τελευταίων ετών, υπάρχουν πολλά ακόμη που πρέπει να γίνουν. Η οικοδόμηση μιας ενιαίας αγοράς λιανικών χρηματοπιστωτικών υπηρεσιών δεν έχει έως σήμερα προχωρήσει σε μεγάλο βαθμό. Τρίτον, η Πράσινη Βίβλος είναι επιπροσθέτως επίκαιρη, επειδή η ψηφιοποίηση διανοίγει σήμερα νέες προοπτικές με γοργούς ρυθμούς. Με την κατάλληλη αντιμετώπιση, η ψηφιοποίηση μπορεί να δημιουργήσει ακριβώς την ώθηση που χρειάζεται ώστε να αρχίσουν να αίρονται διασυνοριακά εμπόδια. Υπάρχει αυτή τη στιγμή πραγματική δυνατότητα για σύνδεση των χρηματοπιστωτικών φορέων και ευκαιρία για τη δημιουργία ενιαίας αγοράς. Για τους παραπάνω λόγους υπερψήφισα τη έκθεση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che, nonostante il lavoro svolto dalla Commissione negli ultimi anni sia stato intenso, possiamo ancora migliorare dato che l'attività transfrontaliera presenta dei limiti e ciò non nuoce solo alle singole imprese innovative ma anche ai consumatori. Inoltre, va sfruttato, soprattutto, il momento poiché ci troviamo nell'era della digitalizzazione che ci permetterebbe di abbattere le barriere transfrontaliere, al fine di mettere in contatto, più facilmente, gli attori finanziari e i consumatori e, allo stesso tempo, consentire il pieno sviluppo del mercato unico. Però tutto questo deve essere garantito mantenendo un elevato livello di tutela per i consumatori e per gli investitori. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — This report is the Parliament contribution to the consultation process opened with the Commission Green Paper. The objective is to decide how the European market for retail financial services – namely insurance, loans, payments, current and savings accounts and other retail investments – can be further opened up, bringing better results for consumers and firms whilst maintaining an adequate level of consumer and investor protection. As a member of the IMCO and substitute member of the ECON Committees I fully support the digitisation and portability of services, issues which have been taken on board in this Report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Maloprodajne financije pružaju niz usluga koje su bitne za građane: tekuće račune, mirovine i štednje, hipoteke i financiranja ostale kupovine, osiguranje protiv zdravstvenih problema ili nezgoda i osiguranja imovine. Zelena knjiga istražuje trenutačno stanje jedinstvenog tržišta za maloprodaju financijskih usluga, kao i nedavni trend digitalizacije, te potrebu za djelovanjem u EU-u ili na nacionalnoj razini, kako bi se prevladale prepreke koje trenutačno zaustavljaju potrošače i tvrtke da odu preko granice. Zelena knjiga je prilika da se stvori prijedlog o europskom tržištu financijskim uslugama kao što su: osiguranja, krediti, plaćanja struje i štednih računa i drugih maloprodajnih ulaganja – te kako se otvoriti prema tim uslugama, a samim time se stvaraju bolji uvjeti za potrošače i tvrtke, a da se pritom i zadrži nivo zaštite potrošača i investitora. Također istražuje prepreke s kojima se susreću potrošači i tvrtke u korištenju jedinstvenog tržišta. Zbog svega navedenog podržala sam izvješće o Zelenoj knjizi o maloprodajnim financijskim uslugama.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La mise en place du marché unique européen a prouvé qu'il apportait plus de problèmes et d'inconvénients que d'avantages, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et règlementaires. Je crains donc que la mise en place du marché unique pour les services financiers de détail cause de graves séquelles à notre économie nationale et que les futures disparités de marché soient corrigées par encore plus d'administration et de contrôle technocratiques bruxellois.

Par ailleurs, les achats transfrontaliers de services financiers de détail sont une grave menace pour la souveraineté bancaire et l'avenir de nos citoyens en cas de disparition de l'euro. En effet, quand l'euro disparaîtra, les services financiers de détails contractés dans d'autres pays seront soumis au risque de change monétaire et de nombreux foyers verront les montants des crédits à rembourser varier énormément. Sans parler de la complexité administrative qu'une telle situation amènera pour ces mêmes citoyens.

Ce marché unique veut se donner l'apparence d'un moyen pour offrir plus de liberté au consommateur mais il s'agit surtout d'une chaîne supplémentaire que la Commission veut jeter sur les États membres pour les contraindre à ne pas quitter la zone euro, ou l'Union européenne. Je vote donc cintre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Potrebno je poduzeti učinkovite mjere da se otključa puni potencijal jedinstvenog tržišta – naime, tržište je maloprodajnih financijskih usluga u EU-u još uvijek prilično nerazvijeno i fragmentirano. Potrebno je zadržati postojeću razinu ambicija u rušenju barijera i ograničavanju postojećih protekcionističkih nastojanja kojima se sprečavaju inovacije u području maloprodajnih financijskih usluga. Samo na taj način možemo EU pretvoriti u čvorište inovativnih financijskih usluga. Pozdravljam održavanje javnog savjetovanja o Zelenoj knjizi o maloprodajnim financijskim uslugama tijekom kojega su svi dionici imali priliku izraziti mišljenje stvoreno na temelju specifičnosti svojeg djelovanja. Brze promjene prouzročene digitalizacijom i inovacijama u području financijskih tehnologija imaju potencijal stvoriti nove i često bolje financijske proizvode. Inicijativa iz Zelene knjige može polučiti uspjeh samo ako se čvrsto usmjeri na stvaranje tržišta EU-a na kojemu će dobro zaštićeni potrošači imati jednake prilike i pristup transparentnim proizvodima čija kvaliteta odgovara cijeni. U svim mjerama koje poduzimamo u području maloprodajnih financijskih usluga moramo u vidu imati aspekt uključenosti. Financijska isključenost širok je i ozbiljan problem u cijeloj Europi. Život postaje vrlo težak bez razumnog pristupa barem najosnovnijim financijskim uslugama. Želim naglasiti važnost financijskog obrazovanja kao alata za zaštitu i osnaživanje potrošača - pristup neovisnom financijskom obrazovanju moramo olakšati svima.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta iniciativa, estando aparentemente direcionada à melhoria das condições dos utilizadores, representa, na prática, mais um elemento de harmonização, de aprofundamento federalista, que servirá os grandes interesses financeiros, facilitando a concentração da riqueza e a centralização do poder económico.

Uma iniciativa que levará à liquidação de empresas de menor dimensão e promoção de oligopólios bancários pan-europeus, com aumento dos lucros dos grandes bancos da UE, nomeadamente por via da redução com custos operacionais, onde se incluem o despedimento de trabalhadores, processos facilitados pela vertente digital e redução da implantação física das empresas.

Iremos ter menos transparência, mais fraude e fuga ao fisco e uma agudização do problema das empresas «too big to fail». Não podemos senão rejeitar este caminho.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Trh maloobchodních finančních služeb byl značně ovlivněn procesem digitalizace. Došlo ke zvýšení potenciálu vytvářet a zlepšit současné finanční produkty a uspokojit potřeby spotřebitelů. Ve stejné chvíli ale došlo k potřebě zvýšit jejich ochranu a důvěru. Hlasoval jsem pro tuto zelenou knihu, jelikož kromě podpory rozvoje trhu dokument obsahuje hned několik velmi důležitých bodů. Tím prvním je boj proti diskriminaci a finančnímu poškozování občanů. Je nepřípustné, aby spotřebitelé v celé Unii nepožívali stejné právní ochrany anebo jim nebylo umožněno dostupné a nezávislé poradenství. Tím druhým je zvyšování informovanosti a zlepšování přístupu občanů k finančnímu vzdělávání. Třetím je ochrana údajů spotřebitelů finanční i nefinanční povahy, které by měly být využívány jen v souladu s platnými právními předpisy. Vyzval jsem svým hlasem ostatní relevantní instituce, aby pravidelně monitorovaly situaci na trhu retailových finančních služeb. Taktéž jsem hlasoval pro to, aby Komise zavedla rámec pro jednoduché, převoditelné a zejména bezpečné finanční produkty a aby se zaměřila na problém nevhodného prodeje finančních produktů a služeb. Vzhledem k tomu, že Evropa pořád zaznamenává nedostatek udržitelných a ekologických investic, jsem z pozice místopředsedy Výboru pro životní prostředí, veřejné zdraví a bezpečnost potravin velmi rád, že zelená kniha podněcuje k mnohem aktivnějšímu přístupu hledání a využívání kapitálových trhů právě pro investice tohoto rázu.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem rád, že byla dnes schválena zelená kniha o maloobchodních finančních službách. Ta se zaměřuje především na přeshraniční obchod, který by měl fungovat ku prospěchu všech občanů EU bez ohledu na to, kde žijí. Trh s retailovými finančními službami bude životaschopný, jen pokud bude spravedlivý a důvěryhodný. Proto je důležité udržovat rovné podmínky a posílit důvěru spotřebitelů v základní služby. Také je třeba zvýšit jejich finanční gramotnost a informovanost. Nesmíme přitom zapomínat na to, aby spotřebitelé v celé EU požívali stejné právní ochrany. Malé a střední podniky jsou páteří evropského hospodářství a motorem zaměstnanosti, proto se zelená kniha zaměřuje na jejich specifické charakteristiky. Domnívám se, že efektivní regulace maloobchodních finančních

služeb přispěje k vytvoření jednotného evropského trhu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'obiettivo della relazione è quello di presentare delle proposte affinché il mercato europeo per i servizi finanziari, vale a dire assicurazioni, prestiti, pagamenti, conti correnti, conti di risparmio e altri investimenti al dettaglio possa essere ulteriormente concorrenziale. Al suo interno si cercano di individuare le barriere specifiche che i consumatori e le imprese affrontano nell'utilizzo del mercato unico e i modi in cui poter superare tali barriere. Il Libro verde affronta diversi aspetti strategici. Ritengo che l'iniziativa della Commissione rappresenti un approccio dinamico all'elaborazione delle nuove politiche richieste da questo settore. Affinché il mercato unico sia veramente efficiente, occorre mantenere la sua integrità, poiché la sfida finale consiste nel garantire un'economia sociale di mercato efficiente. Creare un mercato unico ben funzionante per i servizi finanziari al dettaglio è un progetto di fondamentale importanza. Per tutte queste ragioni ho votato a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie koncentruje się na szerokim spektrum kwestii związanych ogólnie z usługami finansowymi, a bardziej szczegółowo na możliwościach usprawnienia tego sektora z korzyścią dla konsumentów i MŚP dzięki zapewnieniu otoczenia zdrowej konkurencji. Zwrócono uwagę głównie na potrzebę lepszego informowania o najważniejszych produktach finansowych, położono nacisk na pozytywne skutki cyfryzacji, wezwano do uproszczenia przepisów, przy jednoczesnym unikaniu powielania działań, podkreślono znaczenie edukacji finansowej, zaapelowano o poprawę konkurencji i dalsze wspieranie sieci rozstrzygania sporów finansowych. Dlatego poparłem to sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Pour contribuer à la réflexion sur la création d'un marché européen des services financiers de détail, la Commission a publié en décembre 2015 un livre vert afin d'évaluer la faisabilité de ce marché. J'ai voté en faveur de ce rapport qui porte sur la contribution du Parlement européen à cette réflexion. Il me semble important de pouvoir identifier les avantages de ces produits et services financiers pour les consommateurs, les investisseurs et les PME, ainsi que les difficultés de mise en place d'un tel marché.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O mercado dos serviços financeiros de retalho da União carece, ainda, de um franco desenvolvimento, designadamente face ao reduzido número de operações transfronteiriças, de modo que é necessário tomar medidas a fim de retirar pleno proveito do potencial do mercado único e de facilitar as inovações em benefício dos utilizadores finais.

Um mercado europeu dos serviços financeiros de retalho tem de representar uma verdadeira mais-valia para o consumidor, em termos de acessibilidade e de proteção da esfera jurídica dos mesmos, assegurando concomitantemente uma concorrência eficaz entre os vários *players*. Nesse sentido, é importante fomentar um ambiente competitivo e manter condições equitativas para todos os intervenientes, nomeadamente os operadores já estabelecidos e os operadores a estabelecer. Para tal, as regras aplicáveis devem basear-se num modelo tão neutro quanto possível quer a nível tecnológico, quer a nível empresarial.

Numa palavra, a abordagem referida no Livro Verde é importante para favorecer o desenvolvimento das empresas em fase de arranque, bem como das PME novas e inovadoras. Por conseguinte, votei favoravelmente o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Calls on the Commission to become further involved in consumer protection in financial services, accordingly UKIP voted against.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este Livro Verde representa uma oportunidade para refletir sobre a possibilidade de uma maior abertura do mercado europeu dos serviços financeiros de retalho – nomeadamente seguros, empréstimos, contas de pagamento, contas correntes e contas-poupança e outros investimentos a retalho – produzindo melhores resultados para consumidores e empresas, ao mesmo tempo que conserva um nível adequado de proteção tanto para o consumidor como para o investidor. Procura identificar os obstáculos específicos com que consumidores e empresas se deparam para utilizar plenamente o mercado único e as eventuais formas de superar esses obstáculos, inclusivamente tirando melhor partido das novas tecnologias, desde que sejam aplicadas as salvaguardas adequadas. Faz todo o sentido, numa União que se quer coesa, permitir: que as empresas sediadas num Estado-Membro (EM) da UE tenham maior facilidade em oferecer serviços financeiros de retalho noutros EM; que os consumidores possam comprar serviços financeiros de retalho oferecidos noutros EM; que os cidadãos possam continuar a usufruir dos seus produtos de serviços financeiros caso se mudem de um EM para outro, seja para efeitos de estudo, trabalho ou aposentação (chamada «portabilidade»).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa, que refleja la posición del Parlamento respecto del Libro Verde sobre servicios financieros al por menor elaborado con la Comisión, ya que se proponen distintas medidas para aumentar la transparencia, la protección de los consumidores y la eliminación de barreras de acceso, incluyendo las de naturaleza transfronteriza.

También se incluye una propuesta sobre la creación de una cuenta europea de ahorro destinada a aumentar la financiación de inversiones verdes y sostenibles.

Se han aprobado además varias enmiendas promovidas los socialistas españoles, para acabar con la práctica de la cancelación de tarjetas de pago por traslado de residencia a otro Estado miembro, limitar las comisiones abusivas en los cajeros automáticos, y en defensa del euro como moneda principal del mercado de servicios financieros, por lo que se trata de un informe muy progresista y europeísta, que puede influir decisivamente en las próximas propuestas legislativas de la Comisión sobre la materia.

Es lamentable que la derecha europea haya intentado eliminar, tanto en comisión como en el pleno, el párrafo relativo a la defensa de los derechos de los usuarios de tarjetas de pago, pero me felicito por que no haya tenido éxito.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport d'initiative sur le livre vert de la Commission européenne visant à lutter contre la fragmentation des produits financiers de détail. Il est en effet crucial de défendre les consommateurs européens, notamment en faisant en sorte que les produits qui leurs sont proposés soient transparents, simples et rentables. J'avais pour ma part soutenu l'amendement demandant d'œuvrer à la création d'une autorité européenne de protection des consommateurs, estimant qu'il s'agissait là d'un pas en avant vers une meilleure protection des consommateurs. Je regrette dès lors que cet amendement ne soit pas passé mais j'ai malgré tout décidé d'apporter mon soutien à ce texte qui comporte des éléments intéressants.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Mažmeninių finansinių paslaugų reguliavimas – itin svarbi bankininkystės veiklos sritis, nes šis klausimas tiesiogiai siejasi su tomis paslaugomis, kurias gauna kiekvienas vartotojas. Itin svarbu reguliuoti mažmeninių finansinių paslaugų teikėjų santykius su vartotojais, nes pirmieji paprastai disponuoja didesne derybine galia, ir neretai pasitaiko atvejų, kai ja piktnaudžiauja vartotojų atžvilgiu.

Svarstomas siūlymas yra ganėtinai subalansuotas. Kiek žinau, jame atsižvelgta į mūsų siūlymus stiprinti vartotojų apsaugą. Kartu jame yra svarbus mūsų teikiamas pakeitimas, kuriuo raginama tokias investicijas skatinti daugiau investuoti į žaliuosius prioritetus, taikyti investicijų „žalumo“ vertinimo metodikas.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta propuesta de liberalización de los servicios financieros al por menor. Si bien el objetivo de dar más poder de elección a los consumidores, y hacer bajar el precio de los productos puede parecer loable, la legislación avanza hacia una desregulación que favorece el mercado único pero que no ofrece garantías de estandarización y transparencia de los productos que se ponen en el mercado. De este modo podemos esperar que las grandes multinacionales puedan barrer a los proveedores más pequeños, y que productos financieros derivados cuyo riesgo es muy difícil de evaluar se impongan sobre productos más seguros.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu dem Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden gestimmt.

Das Ziel des Berichts ist es zu entscheiden, wie der europäische Markt für Finanzdienstleistungen für Privatkunden noch weiter geöffnet werden kann, um bessere Ergebnisse für Verbraucher und Firmen zu erreichen und trotzdem noch ein angemessenes Level an Schutz für Verbraucher und Investoren zu stellen.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu o zelené knize o maloobchodních finančních službách, protože se konkrétně věnuje řadě výzev dalšího rozvoje trhu s retailovými finančními službami na úrovni EU. Považuji za nezbytné, aby nedílnou součástí rozvoje tohoto trhu bylo nastavení a vymáhání právního rámce, který bude zajišťovat potřebnou ochranu spotřebitelů. Za důležité považuji také zdůraznění skutečnosti, že mnoho služeb přechází na internet, a proto je důležité zajistit, aby z nich nikdo nebyl vyloučen. Přístup k těmto službám musí být zajištěn i nedigitální cestou, aby se zabránilo finančnímu vyloučení. To se týká i využívání bankomatů – přístup k hotovosti prostřednictvím bankomatů je základní veřejnou službou, která musí být spotřebitelům poskytována bez jakýchkoli diskriminačních či nespravedlivých praktik a která nesmí být nadměrně nákladná.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que supone una continuación de la desregulación financiera que impera en el sistema financiero de la Unión. Este Libro Verde presenta la iniciativa de regular productos financieros minoristas a nivel trasnacional. En lugar de buscar una mayor transparencia y seguridad para los potenciales consumidores, el informe deja en manos del sistema financiero la creación de todo tipo de productos. En vez de simplificar, se deja hacer, permitiendo una diversidad y complejidad de productos financieros que pueden minar los intereses de los consumidores europeos, como ya ha ocurrido en el pasado con las participaciones preferentes. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this because it calls on the Commission to become further involved in consumer protection in financial services.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Chcem poďakovať spravodajcovi za predloženú správu, pretože zelená kniha o retailových finančných službách vyvolala živú a plodnú diskusiu, ktorá umožnila zainteresovaným stranám predložiť ich osobné skúsenosti a stanoviská. Podporila som uznesenie, lebo zelená kniha sa zameriava na finančné služby pre občanov a predložené návrhy sa môžu stať dostatočným prínosom pre všetkých spotrebiteľov v EÚ. Aj keď jednotný prístup v oblasti retailových finančných služieb by mohol byť vzhľadom na rôznorodosť aktérov a produktov kontraproduktívny, predkladané návrhy považujem za dôležité lebo, tento trh EÚ považujem zatiaľ za pomerne málo rozvinutý a roztrieštený. Verím, že účinnými opatreniami na uvoľnenie plného potenciálu jednotného trhu s retailovými finančnými službami a podporou inovácií prospešných pre koncových používateľov sa zabezpečí dôslednejšia ochrana spotrebiteľa a vytvorí sa väčší priestor pre zdravú hospodársku súťaž na vnútroštátnej úrovni. Som zástancom toho, že európsky trh s retailovými finančnými službami by mal byť väčším prínosom pre MSP, ktorý by im mal pomôcť zlepšiť prístup k finančným prostriedkom a umožniť im jednoduchší prístup na cezhraničné trhy.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Maloprodajne finančne storitve, med katere spadajo osebni bančni računi, plačila, osebna posojila, hipoteke in varčevalni računi, so del vsakdanjega življenja evropskih državljanov. Vendar pa se zaradi neučinkovite konkurence, ki je izrazita predvsem na področju plačil in bančništva, med državami članicami pojavljajo velike razlike v dostopu potrošnikov do visokokakovostnih in enako ugodnih storitev.

Evropska unija v preteklosti ni bistveno napredovala pri vzpostavitvi enotnega trga na področju maloprodajnih finančnih storitev in s to zeleno knjigo dobiva potreben zagon za odpravljanje čezmejnih ovir in povezovanje finančnih akterjev iz vseh držav članic s potrošniki celotne Evropske unije, da se zagotovijo možnost izbire, vrednost in kakovost za vse potrošnike ter s tem krepi njihovo zaupanje v ponudnike in pravilno odločanje glede na individualne finančne okoliščine.

Poročilo Parlamenta pozdravlja pobudo Komisije, saj se ta s spodbujanjem povezovanja in čezmejnega zagotavljanja finančnih storitev ustrezno odziva na hitro spreminjajoče se tržno okolje. Poročilo med drugim izpostavlja, da EU potrebuje visoko raven zakonodaje o varstvu potrošnikov ter njeno dosledno izvajanje, in v zvezi s tem poziva Komisijo, naj razišče zavajajoče prakse, s katerimi se potrošniki soočajo pri kartičnih plačilih in dvigih na bankomatu s pretvorbo valute, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Retailové finančné služby (ako napríklad pôžičky alebo poistenia) sú pre obyvateľov kľúčové, avšak celoeurópsky trh v tejto oblasti prakticky neexistuje. Nastupujúca digitalizácia otvára nové možnosti pre cezhraničné aktivity a inovácie. Pri vytváraní spoločného trhu treba mať na zreteli, aby tieto služby boli pre zákazníkov výhodné, férové a transparentné, a zároveň je potrebné zabezpečiť informovanosť zákazníkov.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – This report is an important step for creating a stronger single market for retail financial services, which puts the consumer first.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Grünbuch über Finanzdienstleistungen für Privatkunden habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass für die gleiche Dienstleistung die gleichen Vorschriften gelten, damit insbesondere durch das Auftreten neuer Anbieter von Finanzdienstleistungen für Privatkunden keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen. Das Gegenteil ist der Fall: Gleiche Vorschriften verhindern den Wettbewerb zwischen Rechtsordnungen. Ein offener Markt setzt auf gegenseitige Anerkennung der verschiedenen Produkte, nicht auf deren Harmonisierung unter einem Regime – das, jedenfalls arbeitet die EU derzeit so, auch noch übermäßig bürokratisch und überregulierend daherkommt.

Zudem fordert der Bereich verstärkte „Bemühungen zur Erarbeitung einer gemeinsamen Steueridentifikationsnummer" in der EU oder international. Das spricht für sich. Steuern stehen in nationaler Souveränität und das muss so bleiben.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Digitalizacija će povećati konkurentnost, prekograničnu aktivnost i inovativnost ponuditelja financijskih usluga, a to će stvoriti nove prilike za potrošače, ulagače, mala i srednja poduzeća te ostale vrste poduzeća.

Funkcionalno europsko tržište maloprodajnih financijskih usluga ne može počivati samo na digitalizaciji jer ona nije u stanju sama savladati brojne zapreke kao što su različiti porezni, socijalni, pravni i zdravstveni sustavi, mehanizmi sklapanja ugovora i zaštita potrošača kao i različiti jezici i kulture.

Usporedivost financijskih proizvoda među tržištima država članica, posebno u sektoru osiguranja, poboljšat će se pojednostavljivanjem i ujednačavanjem njihovih zakonodavstava.

Podupirem ovo Izvješće jer Europa treba promjenu mentaliteta i brz odgovor regulatora na tehnološki razvoj te bitno povećanje ulaganja u financijske tehnologije kako bi postala vodeće tržište inovacija u tom području.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o zeleni knjigi o maloprodajnih finančnih storitvah. Evropski notranji trg na marsikaterem področju še ni dosegel svojih potencialov in ne deluje tako, kot bi moral. Eno od teh področij je tudi trg EU za maloprodajne finančne storitve, ki je močno razdrobljen ter precej nerazvit.

Podpiram zeleno knjigo Komisije o maloprodajnih finančnih storitvah, s katero smo omogočili javno razpravo z različnimi deležniki na področju maloprodajnih finančnih storitev. Poročilo pravilno ugotavlja, da je bila pobuda iz zelene knjige oblikovana ob pravem času, predvsem v luči proaktivnega delovanja v vseh fazah oblikovanja politike. Le tako se bomo lahko učinkovito in ustrezno odzivali na hiter razvoj, ki smo mu priča.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε τη συγκεκριμένη Πράσινη Βίβλο, επειδή δεν απλοποιεί, πόσο μάλλον δεν αναιρεί τα διάφορα πολύπλοκα «προϊόντα» με τα οποία οι πολυεθνικές και οι τράπεζες προωθούν τον καπιταλισμό-καζίνο. Αυτά είναι τα «προϊόντα» με τα οποία κερδοσκοπούν εις βάρος των λαών και, εφόσον αυτά δεν καταπολεμούνται, δεν μπορούσαμε να στηρίξουμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Τασσόμαστε κατά των διασυνοριακών επενδύσεων με όλα τα επακόλουθα μεταναστευτικής πολιτικής που απαιτούνται. Ειδικά για τη χώρα μας, η δημοσιονομική κατάσταση και ο αποκλεισμός του δημοσίου τομέα από τις αγορές δημιουργούν ανυπέρβλητα εμπόδια για έκδοση πράσινων ομολόγων, τα οποία ενισχύουν την εξουσία των εποπτικών αρχών.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Nem szabad alábecsülnünk a szolgáltatások piaca európai integrációjának politikai jelentőségét, főként napjainkban, amikor lényeges kérdés az Unió egysége, az euróövezeten belüli, illetve azon kívüli országok kohéziójának előmozdítása, valamint az Unión belüli uniók kialakulásának elkerülése. A pénzügyi szolgáltatások közös piacának kialakítása valamennyi tagállam közös felelőssége. Tisztában vagyok a tagállamok eltérő helyzetével, a piacnyitás során tapasztalt nehézségekkel és az elért haladás elismerésének fontosságával. A kettős mércék és a kivételek azonban semmilyen körülmények között nem engedhetők meg. A belső piac gyakorlati lépések nélküli elvi szorgalmazása aláásná az európai polgárok uniós reformprogramba vetett bizalmát.

Ami most a legfontosabb: az Európai Tanács és a Versenyképességi Tanács tagjait meg kell bízni azzal a feladattal, hogy a szolgáltatások belső piacának ügyét rendszeresen politikai napirenden tartsák, a szabad mozgás előtt álló akadályok felszámolására vonatkozó világos ütemtervvel egyetemben. Végső soron Európa csak akkor indulhat el a növekedés útján, ha a tagállamok elkötelezik magukat a szolgáltatások valamennyi polgár javát szolgáló, ténylegesen szabad és nyitott belső piaca iránt.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a lakossági pénzügyi szolgáltatásokról szóló zöld könyvről szóló jelentést. Üdvözlöm a lakossági pénzügyi szolgáltatásokról szóló zöld könyvvel kapcsolatos nyilvános konzultációt. Helyeslem, hogy a jelentés kitért a digitalizációban rejlő további lehetőségekre, amelyek a fogyasztók, a befektetők, a kkv-k számára is új lehetőségeket fognak teremteni a verseny, a határokon átívelő tevékenységek és az innováció terén. Egyetértek továbbá a jelentéstevővel abban, hogy a digitalizálás önmagában nem elegendő a lakossági pénzügyi szolgáltatások valódi európai piacának megteremtéséhez. Számos akadály, például a különböző adózási, szociális, igazságszolgáltatási, egészségügyi, szerződéskötési és fogyasztóvédelmi rendszerek, valamint a különböző nyelvek és kultúrák valóban nem haladhatók meg csupán a digitalizálás révén.

A jelentés véleményem szerint egyik legfontosabb pontja, hogy rámutat a fogyasztóvédelemről gondoskodó megfelelő jogi keret szükségességére, valamint hogy felhívja a figyelmet arra, hogy a fogyasztók különböző forrásokból összegyűjtött pénzügyi és nem pénzügyi adatait egyre gyakrabban használják fel a pénzügyi szolgáltatók különféle célokra. Helyesnek tartom, hogy a jelentés hangsúlyozza, hogy a személyes adatok és a pénzügyi szolgáltatókra vonatkozó nagy adathalmazok felhasználásának az Unió adatvédelmi jogszabályaival összhangban kell állniuk.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Unijny rynek detalicznych usług finansowych jest nadal słabo rozwinięty i mocno rozdrobniony. Wciąż mamy 28 różnych, a przy tym niezbyt konkurencyjnych rynków krajowych. Konieczne jest zatem podjęcie skutecznych działań w celu odblokowania pełnego potencjału jednolitego rynku europejskiego i ułatwienia wprowadzania innowacji z korzyścią dla użytkowników końcowych.

Zielona księga Komisji Europejskiej stanowi krok we właściwą stronę. Konieczne jest podjęcie jak najszybszych działań i usunięcie istniejących barier ograniczających innowacyjność przedsiębiorstw oraz funkcjonowanie całej gospodarki europejskiej. Jest to szczególnie ważne w sytuacji tak szybko rozwijającej się digitalizacji świata. Obecnie istnieje realna szansa na powiązanie podmiotów finansowych prowadzących działalność w różnych miejscach Europy z konsumentami zamieszkującymi na całym jej obszarze.

Dalszy rozwój rynku detalicznych usług finansowych na szczeblu unijnym w odpowiednich ramach prawnych zapewniających wymaganą ochronę konsumentów nie tylko ułatwiłby intensywną i owocną działalność transgraniczną, ale mógłby także stworzyć szersze pole dla zdrowej konkurencji na szczeblu krajowym. Mam nadzieję, że Komisja w najbliższym czasie podejmie działania legislacyjne w zakresie detalicznych usług finansowych.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În contextul în care se discută despre digitalizarea tuturor sectoarelor economice, această inițiativă contribuie la crearea cadrului favorabil manifestării proactive a celor interesați de crearea unei piețe unice a serviciilor financiare cu amănuntul, o piață caracterizată prin transparență, benefică pentru toți.

Evident, crearea unei piețe unice financiare viabile reprezintă un deziderat ambițios pentru UE, cu reale posibilități de realizare, în contextul în care se asigură o concurență reală pe piața serviciilor financiare cu amănuntul, o informare adecvată a consumatorilor, acces facil și o protecție corespunzătoare a consumatorilor pe aceste piețe - cadrul necesar facilitării inovației în domeniul serviciilor financiare cu amănuntul cu impact pozitiv asupra utilizatorilor finali.

De asemenea, pentru ca UE să devină un centru pentru serviciile financiare inovatoare, nu este suficient să apară actori noi și produse financiare atractive pentru consumatori și companii, ci trebuie rezolvate provocările generate de societatea digitală legate de securitate, protecția datelor, protecția consumatorilor, barierele în calea furnizării de bunuri și servicii financiare la distanță, impozitarea, concurența echitabilă și constructivă, stabilitatea financiară etc.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I welcome the report which envisages a set of concrete proposals to ensure all consumers for retail financial services in the EU are well protected. We need to ensure consumers are well protected through further action to empower consumers to make informed decisions, to increase transparency of retail financial products, and to remove consumer barriers to switching and any unjustified costs relating thereto, or to withdrawal from a product. The Commission should take further initiatives, including a proposal for an EU savings account and encouraging finance for sustainable and green investments.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de ce livre vert. Il faut veiller à ce que tout le monde soit inclus. L'exclusion financière est un problème grave et largement répandu en Europe. La vie devient très compliquée pour ceux qui n'ont pas au moins accès aux services financiers les plus essentiels. Nous devons garder à l'esprit la perspective d'inclusion dans tout ce que nous entreprenons dans le domaine des services financiers de détail. Un objectif général permanent doit être la réduction de l'exclusion. La nouvelle directive sur les comptes de paiement, devant être entièrement mise en œuvre à l'automne, donnera le droit à chaque consommateur de détenir un compte de paiement de base. Si cela constitue un grand pas dans la bonne direction, c'est loin d'être suffisant. Un effort bien plus important s'impose.

Des travaux d'envergure nous attendent. La construction d'un marché unique des services financiers de détail qui fonctionne est un projet considérable. En même temps, c'est un projet qui en vaut la peine. Il s'agit clairement d'un cas où l'Union européenne crée une réelle valeur ajoutée.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Green Paper on Retail Financial Services identifies and aims to remove existing barriers in market retail finance in order to unlock its full potential, leading to more and better consumer choices, without compromising the existing level of consumer protection. Consumer and businesses' trust in the financial sector has lagged behind since the financial crisis of 2008. I voted in favour of the proposed Paper, as I believe that in order to restore consumer and business trust in the financial sector, there needs to be an initiative to create a regulatory environment within EU legislation that is more conducive to transparency, growth and innovation, elements which are all outlined in the Paper.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o Zelenoj knjizi o maloprodajnim financijskim uslugama. Mišljenja sam da je bilo potrebno pozvati Komisiju da odlučnije intervenira u borbi protiv diskriminacije koja se temelji na mjestu stalnog boravišta na europskom tržištu maloprodajnih financijskih usluga te da, po potrebi, dodatnim zakonodavnim inicijativama usmjerenima posebno na financijski sektor nadopuni predviđene opće prijedloge za okončanje neopravdanog uskraćivanja pristupa na temelju lokacije, imajući na umu da je cijena nekih proizvoda i nekih usluga povezana s nizom čimbenika (regulatornih ili geografskih) koji se razlikuju od jedne države članice do druge. Ovaj čimbenik je posebno bitan za ostvarenje punog potencijala hrvatskih maloprodajnih aktera na europskom tržištu. Ukoliko se želi ostvariti jedno od temeljnih načela Europske unije, načelo ravnopravnosti, smatram da je nužno da se istodobno i pravno represivnim i preventivnim mjerama pokrene mehanizam borbe protiv diskriminacije temeljem stalnog boravišta. Premda ovaj prijedlog rezolucije ima i drugih kvalitetnih aspekata, smatram da je upravo ovaj njegov najvrjedniji.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Smatram da Europska unija treba imati zakonodavstvo prilagođeno brzim promjenama na tržištu, a države članice moraju provoditi te politike. Na taj način olakšat će se prekogranične aktivnosti, što će od velike koristi biti potrošačima, investitorima i inovativnim poduzećima.

Iako izvješće sadrži pojedine elemente s kojima se ne slažem, kao što je osvrt na Zajednički identifikacijski porezni broj Europske unije, smatram da će izvješće donijeti nove, pozitivne mogućnosti za sveukupno funkcioniranje ekonomije Europske unije, stoga sam glasovala za njegovo usvajanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o zeleni knjigi o maloprodajnih finančnih storitvah sem podprla. Resolucija je prvi korak k izboljšanju maloprodajnih finančnih storitev. Toda čaka nas še veliko dela. Izgradnja dobro delujočega enotnega trga na področju maloprodajnih finančnih storitev je velik projekt, ki se prav gotovo izplača. To je očiten primer ustvarjanja resnične dodane vrednosti v EU. Zelena knjiga vsebuje številne točke, kjer bi lahko sedanjo zakonodajo v prihodnjih letih z dopolnitvami še izboljšali. Prišla je ob pravem času, saj je v vzponu digitalizacija, ki ponuja nove možnosti za skupen trg.

Obstaja tudi ogromno potenciala v čezmejnih dejavnostih, ki pa zaradi ovir ni izkoriščen (problem 28 med seboj nekonkurenčnih nacionalnih trgov). Medtem ko se številne ideje iz zelene knjige zdijo obetavne, pa je treba večino podkrepiti z obsežnimi in ustreznimi empiričnimi podatki. Knjiga povzema tudi več izzivov, kako pristopiti k izboljšanju zbiranja podatkov in analiziranja podatkov, kako izvajati identifikacijo v praksi, kako ohraniti in ustvariti enake konkurenčne pogoje, kako zagotoviti čim manjše razlike med državami članicami, da postane enotni trg res učinkovit, ter kako zagotoviti vključenost vseh.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta propuesta de liberalización de los servicios financieros al por menor. Si bien el objetivo de dar más poder de elección a los consumidores, y hacer bajar el precio de los productos puede parecer loable, la legislación avanza hacia una desregulación que favorece el mercado único pero que no ofrece garantías de estandarización y transparencia de los productos que se ponen en el mercado. De este modo podemos esperar que las grandes multinacionales puedan barrer a los proveedores más pequeños, y que productos financieros derivados cuyo riesgo es muy difícil de evaluar se impongan sobre productos más seguros.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce livre vert est de lancer un débat sur la manière dont le marché européen des services financiers de détail pourrait s'ouvrir davantage.

Les services financiers de détail comprennent: les comptes courants, les solutions d'épargne-retraite, les financements de projets immobiliers, les assurances de la personne ou de la propriété.

Cependant, considérant que le numérique est un bon outil pour offrir de plus en plus d'informations aux consommateurs, pour augmenter la concurrence et faire baisser les prix, la Commission européenne veut inciter les entreprises financières à proposer leurs produits de détail dans tous les pays, et les citoyens à faire des achats transfrontaliers.

La principale recommandation est donc d'établir une confiance réciproque notamment en assurant la protection des consommateurs et la libre activité des entreprises dans leurs activités transfrontalières.

Nous nous opposons à cette volonté d'agrandir encore le marché unique pour les raisons suivantes: tout d'abord, la mise en place du marché unique européen a prouvé qu'il apportait plus de problèmes et d'inconvénients que d'avantages, notamment à cause des disparités économiques, culturelles et réglementaires.

Par ailleurs, les achats transfrontaliers de services financiers de détail sont une grave menace pour notre souveraineté bancaire et l'avenir de nos citoyens en cas de disparition de l'euro. J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Przedmiotowe sprawozdanie jest reakcją na zieloną księgę Komisji Europejskiej w sprawie detalicznych usług finansowych, a jego celem jest zainicjowanie debaty na temat możliwego otwarcia europejskiego rynku usług finansowych, w szczególności usług detalicznych, tj. rachunków oszczędnościowych, hipotek, ubezpieczeń emerytalnych itd. Obecnie krajowe rynki usług finansowych w UE są nadal bardzo rozdrobnione, a przyczyny tego są różne. Celem sprawozdania jest przede wszystkim przeanalizowanie, jakie są możliwości urzeczywistnienia europejskiego rynku usług finansowych. Głosowałem za przyjęciem tego dokumentu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A lakossági pénzügyi szolgáltatásokról szóló kezdeményezést vizsgálva az előadó úgy véli, hogy a Bizottság a megfelelő lépéseket tette meg, és a választott eljárás a megfelelő módszer. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta propuesta de liberalización de los servicios financieros al por menor. Si bien el objetivo de dar más poder de elección a los consumidores, y hacer bajar el precio de los productos puede parecer loable, la legislación avanza hacia una desregulación que favorece el mercado único pero que no ofrece garantías de estandarización y transparencia de los productos que se ponen en el mercado. De este modo podemos esperar que las grandes multinacionales puedan barrer a los proveedores más pequeños, y que productos financieros derivados cuyo riesgo es muy difícil de evaluar se impongan sobre productos más seguros.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu Komisijos įsipareigojimą padėti skatinti tvarių ir ekologiškų investicijų finansavimą ir primygtinai raginu Komisiją, remiantis įvykusiomis konsultacijomis ir glaudžiai bendradarbiaujant su Europos Parlamentu, imtis aktyvesnio vaidmens, naudojant kapitalo rinkų sąjungą, remti augančią tvaraus ir atsakingo investavimo rinką, skatinant tvarias investicijas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the Green Paper on Retail Financial Services. The Green Paper mainly focuses on financial services for citizens who are looking for cross-border services. The Report stresses that a European retail financial services market must benefit SMEs in terms of both supply and demand. It takes the view that digitalisation will continue to create new opportunities for consumers, investors, SMEs and other companies in terms of competition, cross-border activities and innovation I voted in favour because I believe that simplification of legislation is crucial in efforts to make products more easily comparable across the Member States' markets.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe se presenta con el objetivo de que, una vez aprobado, sea transmitido en forma de resolución al Consejo y a la Comisión. Versa sobre los ejes de la situación actual del mercado minorista de productos y servicios financieros, los factores que dificultan su comercio intracomunitario, las vías de mejora para la digitalización en la comercialización y para el incremento de la confianza del cliente hacia el producto o servicio que procede de otro Estado miembro. También aboga por avanzar en el diseño y la garantía de pasaporte a tipos de productos y servicios minoristas específicos que cumplan con las condiciones que se establezcan de forma armonizada. Con ánimo de que sirva para mejorar e incrementar el uso de los servicios e instrumentos financieros al por menor, he emitido un voto positivo.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato contro questa relazione di iniziativa che sostiene la strategia della Commissione di creare un mercato unico per i servizi finanziari al dettaglio e rimuovere gli ultimi ostacoli all'espansione delle attività finanziarie *cross-border*. Ovviamente condivido gli obiettivi di facilitare la concorrenza e la trasparenza nel settore, ma ritengo che l'unica strada per perseguirli sia quella di una più forte regolamentazione e vigilanza finanziaria, non certo quella della liberalizzazione, che avrebbe effetti dannosi e controproducenti, soprattutto in un sistema bancario e finanziario che non è stato ancora messo in sicurezza e che è anche pesantemente distorto dalla moneta unica. L'esperienza insegna a quali conseguenze catastrofiche può portare la liberalizzazione finanziaria in un'area economica caratterizzata da forti distorsioni e squilibri. L'abbiamo visto con la Grecia, divenuta ostaggio delle banche tedesche e francesi che ne avevano alimentato, con prestiti facili, l'eccessiva accumulazione di debito estero privato. Non è difficile prevedere come il mercato unico dei servizi finanziari al dettaglio non andrà affatto ad aumentare la concorrenza e la tutela degli investitori al dettaglio, come auspica la relazione, ma andrà a favorire la concentrazione e l'oligopolio dei grossi gruppi bancari *too big to fail* e ad amplificare i già insostenibili squilibri finanziari nell'area Euro. È una storia già vista.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que supone una continuación de la desregulación financiera que impera en el sistema financiero de la Unión. Este Libro Verde presenta la iniciativa de regular productos financieros minoristas a nivel trasnacional. En lugar de buscar una mayor transparencia y seguridad para los potenciales consumidores, el informe deja en manos del sistema financiero la creación de todo tipo de productos. En vez de simplificar, se deja hacer, permitiendo una diversidad y complejidad de productos financieros que pueden minar los intereses de los consumidores europeos, como ya ha ocurrido en el pasado con las participaciones preferentes. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it is an important step for creating a stronger single market for retail financial services which puts the consumer first. The report is also strong on financial inclusion e.g. by supporting the full inclusion of all retail financial services within the scope of the Directive on the accessibility requirements for products and services (the 'European Accessibility Act').

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat een Europese markt voor financiële retaildiensten slechts denkbaar is als deze een echte meerwaarde voor de consument biedt door voor effectieve concurrentie, toegankelijkheid en consumentenbescherming te zorgen, met name in verband met producten die daadwerkelijk nodig zijn voor deelname aan het economische leven.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Vihreä kirja vähittäisrahoituspalveluista -mietintö oli kokonaisuutena tasapainoinen, mutta se sisälsi toteamuksen siitä, että EU:n markkinat toimisivat paremmin, mikäli kaikilla jäsenvaltioilla olisi käytössä yhtenäisvaluutta. Tämän kohdan takia en voinut kannattaa mietintöä.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta iniciativa, estando aparentemente direcionada à melhoria das condições dos utilizadores, representa, na prática, mais um elemento de harmonização, de aprofundamento federalista, que servirá os grandes interesses financeiros, facilitando a concentração da riqueza e a centralização do poder económico.

Esta iniciativa levará à liquidação de empresas de menor dimensão e promoção de oligopólios bancários pan-europeus, com o aumento dos lucros dos grandes bancos da UE, nomeadamente por via da redução de custos operacionais, onde se incluem o despedimento de trabalhadores, processos facilitados pela vertente digital e pela redução da implantação física das empresas.

Iremos ter menos transparência, mais fraude e fuga ao fisco e uma agudização do problema das empresas «*too big to fail*». Não podemos senão rejeitar esta via.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Idee hinter dem Grünbuch zu Finanzdienstleistungen ist eine Bestandsaufnahme möglicher regulatorischer Maßnahmen, wonach Dienstleistern die Möglichkeit eingeräumt werden soll, besser auf die schnellen Veränderungen des Marktes reagieren zu können. Darunter fallen Digitalisierungsmaßnahmen, die neue Möglichkeiten für Kunden und Investoren schaffen, den Wettbewerb anheizen und innovative Finanzprodukte schaffen werden, das niedrige Zinsumfeld und die stärkere Integration von Banken. Es wird daher notwendig sein, dass Kunden gleiche Zugangsmöglichkeiten zu Finanzdienstleistungen haben, damit sie überall davon profitieren können. Um das zu schaffen, schlägt der Bericht vor, durch mehr Transparenz Aufklärung und Vergleichbarkeit und dadurch Vertrauen in Finanzdienstleistungen zu schaffen. Daher habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione riguardante il Libro verde sui servizi finanziari al dettaglio, poiché oggi risulta necessario rimuovere le barriere transfrontaliere che danneggiano i consumatori, ostacolando le imprese innovative e il buon funzionamento dell'economia europea. La Commissione sta andando verso la giusta direzione e il nostro gruppo ha insistito sulla necessità di garantire un giusto equilibrio tra la tutela dei consumatori e lo sviluppo del mercato unico dei servizi finanziari al dettaglio. Riteniamo che la portata del futuro piano d'azione della Commissione debba concentrarsi allo stesso modo su misure di tutela dei consumatori e lo sviluppo di opportunità transfrontaliere.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This report is an important step for creating a stronger single market for retail financial services which puts the consumer first. It is an example of EU action making European citizens more prosperous by working together.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I support the improvement of advice and information to investors. In my opinion it is important that the Commission comes up with concrete proposals on eliminating identified obstacles and barriers to an internal retail finance market. As a Liberal I believe in transparency, so I support the call on the Commission to increase the consumer transparency framework, trying to reach a supervisory convergence between Member States. The establishment of a European Consumer Protection Authority can help in this task. I believe that there is a need to analyse the potentials of giving companies a greater regulatory flexibility in order to experiment and innovate, without disregarding consumer protection and safety.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul referitor la Cartea verde privind serviciile financiare cu amănuntul. Sunt de acord cu raportorul, care afirmă că această procedură reprezintă o direcție adecvată, Cartea verde fiind prezentată la momentul oportun.

Raportorul insistă asupra faptului că o piață europeană a serviciilor financiare cu amănuntul trebuie să fie benefică pentru IMM-uri atât din perspectiva cererii, cât și a ofertei. Din perspectiva ofertei, aceasta ar trebui să reprezinte un mijloc de îmbunătățire a accesului IMM-urilor la finanțare, iar din perspectiva cererii ar trebui să permită IMM-urilor să ajungă mai ușor pe piețele transfrontaliere.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'impostazione di questa relazione è molto limitata poiché non analizza le ripercussioni negative della liberalizzazione di questo settore dal punto di vista macroeconomico e della stabilità finanziaria. Si condivide l'assunto, errato, che la creazione di un mercato unico europeo dei servizi finanziari al dettaglio porti automaticamente a migliorare la concorrenza e ad aumentare l'innovazione e i benefici per i consumatori. Al contrario, questo mercato creerà strumenti standardizzati e sempre più complessi che saranno difficilmente accessibili ai piccoli investitori e alle PMI. Questa soluzione non è dunque la risposta alle necessità dell'economia reale. Gli emendamenti che ho presentato hanno messo in luce gli enormi rischi nascosti dietro la liberalizzazione dei servizi finanziari al dettaglio nell'ambito di un'area economica e finanziaria eterogenea e caratterizzata da forti asimmetrie e divergenze macroeconomiche tra i paesi dell'Eurozona già pesantemente aggravate dalla moneta unica. Una soluzione del genere porterebbe ad amplificare ancor di più gli squilibri macroeconomici e finanziari esistenti all'interno dell'eurozona soprattutto se non vengono create ex ante le condizioni per la tutela degli investitori. In conclusione, la proposta sul mercato unico dei prodotti e servizi finanziari *retail* è assolutamente dannosa e controproducente per questo ho espresso il mio voto negativo.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie reagujúce na Zelenú knihu o retailových finančných službách som podporila. Cieľom tohto uznesenia bolo najmä zahájenie diskusie o vytvorení jednotného európskeho trhu finančných služieb, ktorý je v súčasnosti výrazne fragmentovaný. Namiesto jedného trhu ich tak máme 28, čo nie je stav prospešný ani pre podniky, ani pre spotrebiteľov. Uznesenie sa preto snažilo identifikovať logické kroky, ktoré by k dosiahnutiu tohto cieľa viedli. Súhlasím s tým, že k hlavným takýmto krokom by mala patriť lepšia komunikácia, zjednodušenie legislatívy či veľmi dôležité finančné vzdelávanie. A hoci návrh podľa mňa obsahoval niekoľko prvkov, s ktorými nesúhlasím, ako napríklad spoločné daňové identifikačné číslo či informačný dokument v rámci PRIIPs, rozhodla som sa ho napriek tomu podporiť.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o zelenoj knjizi o maloprodajnim financijskim uslugama. Smatram da je ključno da ne postoje značajne prepreke u maloprodajnim financijskim uslugama kao što su tekući računi, mirovine i štednje, hipoteke i financiranje ostale kupovine, osiguranje protiv zdravstvenih problema ili nezgoda i osiguranje imovine. Ove usluge su u svakodnevnom životu građana važne i često postoji potreba za njihovim korištenjem. Zelenom knjigom o maloprodajnim financijskim uslugama postoji mogućnost stvaranja prijedloga o formiranju europskog tržišta maloprodajnim uslugama. Nužno je na razini unije identificirati prepreke s kojima se susreću potrošači i tvrtke te ujednačiti praksu kako bi prepreke stvorile što manje štete ukupnom gospodarstvu i financijskom tržištu. Manje prepreka na tržištu znači i lakši i jednostavniji pristup uslugama za građane.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o zeleni knjigi o maloprodajnih finančnih storitvah.

Trg EU je za maloprodajne finančne storitve še precej nerazvit in močno razdrobljen, še posebej kar zadeva nizko število čezmejnih transakcij. Zelena knjiga se osredotoča predvsem na finančne storitve za državljane, ki iščejo čezmejne storitve. Pomembno je, da novi predlogi prinašajo ugodnosti tudi za vse potrošnike v EU, s čimer bi zagotovili, da bo trg maloprodajnih finančnih storitev deloval za vse.

Ker ocenjujem, da Zelena knjiga predlaga učinkovite ukrepe, s katerimi bi izkoristili celotni potencial enotnega trga in spodbudili inovacije, sem jo podprl.

6.8. Europäische Verteidigungsunion (A8-0316/2016 - Urmas Paet)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Michela Giuffrida (S&D). – Oggi ci domandiamo come stiamo rispondendo a quell'82% di cittadini europei che hanno giustamente paura e che ritengono che la lotta al terrorismo sia una priorità comune europea.

È arrivato il momento di scegliere la direzione che dovrà prendere l'Europa. Abbiamo già testato una cooperazione a volte rafforzata, a volte no, che non funziona. Se il futuro, dopo la Brexit, deve essere più Unione, allora serve sostenere una politica di difesa comune, che non vuole certo dire avere un esercito per fare la guerra – dobbiamo stare molto attenti ai messaggi che mandiamo ai nostri cittadini – bensì intervenire nelle zone calde per fare soprattutto prevenzione. Dopo ogni tragico attentato di cui l'Europa è stata vittima, tutti hanno sottolineato l'assenza di un'*intelligence* efficace, di cooperazione tra Stati membri, un'assenza che purtroppo ci è costata cara.

L'Europa si è mostrata impreparata di fronte a un nemico che va ricercato dentro e fuori i confini europei e questo possiamo farlo solo se puntiamo ad una politica di difesa comune, perché se la minaccia è all'Europa, la risposta non può che essere europea.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem váhal, jestli tuto zprávu podpořit, nakonec jsem ji podpořil, protože jsem příznivcem toho, aby jednotlivé státy spolupracovaly na úrovni obranného průmyslu, aby ozbrojené síly spolu maximálně komunikovaly.

Na druhou stranu nejsem příznivcem evropských ozbrojených sil a jednotné evropské armády. Domnívám se, že zde máme NATO jako jasnou složku, která v této věci funguje, a vytvářet konkurenci organizaci NATO mi připadá jako zbytečné. Protože bod odůvodnění D týkající se právě jednotných ozbrojených sil neprošel, tak jsem celou zprávu nakonec podpořil.

Co považuji za mimořádně důležité v této zprávě je to, že vyzýváme členské státy, aby zvedly peníze na obranu, aby opravdu investovaly 2 % svého HDP do zbrojení a do své vlastní obrany, protože se nelze spoléhat na to, že nás pořád bude někdo bránit, například USA, a že tedy my vlastní peníze na to dávat nemusíme. To si myslím, že je hlavní poselství, spoléhat se na vlastní obranu a dávat do toho peníze.

Jan Zahradil (ECR). – Dnes jsem si přečetl na jednom serveru, že až odejde Velká Británie z EU, tak 80 % veškerých výdajů na obranu v Severoatlantické alianci budou platit ty členské státy, které nejsou členy EU, zejména tedy USA a pouze 20 % budou platit evropští členové.

To myslím dokládá celkem plasticky, v jakém rámci se pohybujeme. Myslím, že tady teď vést nějaké úvahy o společné evropské obraně neodpovídá realitě. Co je za potřebí, a to určitě je dobré podpořit, je apel na zvýšení výdajů na obranu u těch států, které ho nedodržují, ale vysílat signál zrovna v době, kdy nastupuje nová americká administrativa, že EU snad uvažuje o nějaké vlastní obranné kapacitě, je nerozumné. Právě teď bychom měli dávat najevo, že stojíme o NATO jako základní a zásadní bezpečnostní pilíř i pro Evropu i pro členské státy EU.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Monsieur le Président, il est bien dommage que la réponse que l'on entend apporter à la rupture avec l'Angleterre après le Brexit soit d'imaginer la préparation d'une communauté européenne de la défense. La peur des autres, la préparation de la guerre comme liant pour les peuples d'Europe, est une absurdité.

Nous avons fait l'Europe pour la paix et on nous annonce la préparation d'une guerre, car c'est bien de cela qu'il s'agit. Quand on s'arme et qu'on s'organise pour être armés ensemble, sans désigner un adversaire, c'est qu'on désigne le monde entier comme un adversaire potentiel. Vous parlez d'une défense? Mais contre qui? Cela n'est pas précisé. Il n'y a pas de politique européenne commune – nous le savons bien – en matière d'affaires étrangères, si bien que nous voici revenus aux origines de l'Europe, puisque le premier texte qui a été soumis aux peuples européens, en 1954, fut la Communauté européenne de défense. Mon pays a répondu «non» comme il répondrait «non» de nouveau si on le lui demandait.

En réalité, il s'agit d'une répartition des rôles entre les États-Unis d'Amérique et l'Europe, les États-Unis d'Amérique se tournant vers l'Asie tandis qu'on nous met dans la main de n'importe quelle provocation qui viendrait de l'Ukraine.

Je n'ai plus qu'un mot à dire, Monsieur le Président, pour conclure: la France a un système de défense qui est incompatible avec cette répartition des rôles. Elle suppose notre indépendance et la dissuasion. Pas de guerre, pas de guerre, la paix!

Marek Jurek (ECR). – Półtora roku temu Rada Europejska podjęła bardzo ważną decyzję dotyczącą naszej wspólnej obrony – decyzję konkretną o niszczeniu infrastruktury nielegalnego przemytu imigracji, zanim zostanie użyta. Przez te półtora roku nie zniszczono ani jednej łodzi. Zamiast tego, bez przerwy słyszymy w gruncie rzeczy zachęty do nielegalnej imigracji, bo tylko tak można interpretować zapowiedzi otwarcia legalnych dróg dla imigracji, która dzisiaj jest nielegalna. Można zawsze dyskutować o prawie do noszenia broni, o tworzeniu nowych instytucji zbrojnych, o granicach, kiedy jest i kiedy nie jest to potrzebne. Ale jedno jest pewne: nie można dawać broni ludziom, którzy nawet nieuzbrojeni są niebezpieczni dla otoczenia.

Πρόεδρος. – Οι αιτιολογήσεις ψήφου επί της έκθεσης Paet περατώνονται. Έχει ζητήσει τον λόγο η κ. Macovei, η οποία όμως δεν ήταν παρούσα όταν αναγνώστηκε το όνομά της. Κυρία Macovei, από ό,τι βλέπω, έχετε ζητήσει να παρουσιάσετε αιτιολόγηση ψήφου και στην έκθεση Preda. Επί της εκθέσεως Paet μπορείτε να καταθέσετε γραπτώς την αιτιολόγηση ψήφου, η οποία και θα καταχωρηθεί στα Πρακτικά.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Ett fördjupat europeiskt försvarssamarbete med respekt för försvarspolitik som nationell angelägenhet. Detta är min utgångspunkt i synen på den gemensamma försvars- och säkerhetspolitiken, och följaktligen på dagens resolution om ”en europeisk försvarsunion”.

I Kristdemokraternas europapolitiska program förordas ökad europeisk operationell förmåga för att kunna bidra till internationella fredsinsatser samt att EU-länderna, i spåren av ett minskande amerikanskt engagemang i omvärlden, måste ta ett större militärt ansvar för sitt närområde. Kristdemokraterna förespråkar samordning med Nato, men konstaterar också att EU måste skapa större förutsättningar för att kunna agera militärt på egen hand i fall då inte Nato kan eller bör ingripa. Att EU:s snabbinsatsstyrkor bör kunna utnyttjas understryks av partiet.

Jag röstade för resolutionen då den har en god balans mellan europeisk handlingskraft och samordning med Nato i linje med vad mitt parti förespråkar. Jag valde att rösta för förslaget om multinationella styrkor som är tänkt att vara en ersättning för och utveckling av snabbinsatsstyrkorna, då ökad förmåga att snabbt agera vid kriser i närområdet har visat sig vara helt nödvändig. Utifrån min och partiets syn på nationell suveränitet röstade jag mot formuleringar om ”europeiska väpnade styrkor” och finansiering av militära insatser med EU-medel istället för medel ur de nationella budgeterna.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione evidenzia come sia necessario creare una «Unione per la difesa» per garantire la sicurezza in tutta l'Unione europea. Inoltre, la relazione insiste su alcuni aspetti controversi, come investire parte dei fondi del quadro finanziario pluriennale per la ricerca nel campo della difesa, destinare il 2% del PIL degli Stati membri in spese di difesa o supportare le iniziative NATO. Per esprimere la mia perplessità legata alla non adeguatezza delle misure, in materia di difesa europea, presenti nella relazione, ho deciso di esprimere un voto negativo.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Es por ello que apoyamos el de avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello necesitamos que los Estados miembros se comprometan en avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es desarrollar proyectos comunes, y se espera que el dinero aportado pueda movilizar hasta 5 000 millones de euros al año a partir de 2017. Además, se pretende fomentar la investigación y el desarrollo en proyectos militares. Hasta ahora, el gasto comunitario en innovación excluía los usos militares, pero en 2017 se destinarán 25 millones y a partir de 2020, se prevén 500 millones al año.

He rechazado este informe que pretende el fortalecimiento de la perspectiva securitaria y militarista y, que exige a los Estados que destinen el 2 % del PIB en defensa, cuando la población europea se hunde cada vez más en la miseria y el desempleo (los datos nos dicen que en el Estado español 1 de cada 5 hogares están bajo el umbral de la pobreza, y el paro se sitúa cerca de los 4 millones de parados/as). Lo que deberían los Estados es incrementar la inversión social y creación de puestos de trabajo, no contribuir a la escalada militarista.

Según el artículo 41, apartado 2, del TUE no puede haber ninguna financiación militar del presupuesto de la Unión. Mi voto en contra de este informe de línea opuesta y militarista.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — Sinn Féin completely opposes the creation of a European Defence Union. We will continue to promote peace building and military neutrality for Ireland and the EU.

Specifically, we opposed this report as it called for the following: the immediate creation of a European Defence Union with a military headquarters and a permanent EU Council of Defence Ministers, an EU defence budget in next MFF, cooperation and compatibility with NATO, closer transatlantic cooperation, 2% minimum defence spend, use of EU funds for military budget, the creation of a European military industrial complex and arms trade, EU military research funding, including drones and the creation of a 'Defence Semester'.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. L'orientation isolationniste de M. Trump place l'Europe au pied du mur: nous devons prendre en main notre sécurité! Des voix en Allemagne appellent à une défense du continent européen. Saisissons ce contexte pour enfin construire une véritable défense européenne.

Je suis favorable à la mutualisation des moyens militaires entre les États membres de l'Union européenne. Elle permettrait à l'Europe d'être plus forte, tout en faisant d'importantes économies. Le rapport du Parlement européen de 2013 estimait le coût de l'absence d'Union européenne de la défense à 26 milliards par an ! Soit près de 15% des budgets européens de défense. Analysons en commun nos besoins et répondons-y ensemble.

Les citoyens sont en faveur d'un plus fort engagement militaire de l'Europe. Il est temps de se donner collectivement les moyens de protéger les Européens, de protéger aussi les valeurs et les intérêts de l'Union!

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes ja siekiama suvienyti ES valstybių narių gynybos pastangas, kad būtų galima tvirčiau ir greičiau reaguoti į kylančias grėsmes. Palaikau Europos Vadovų Tarybai skirtą raginimą inicijuoti Europos gynybos sąjungos, kuri veiktų kartu su NATO, kūrimą ir užtikrinti papildomą finansavimą jos įgyvendinimui. Taip pat pritariu, kad ES valstybės narės bent 2 proc. savo BVP skirtų gynybai ir ES šalių karinio bendradarbiavimo stiprinimui, įsteigiant ES karinių operacijų vadavietę bei daugiašales pajėgas. ES valstybių narių, NATO bei jas sudarančių šalių visuomenių tarpusavio bendradarbiavimas ir integracija yra ypatingai aktualūs šiandienos iššūkių, tokių kaip kibernetinis saugumas, kontekste. Esu įsitikinusi, kad Europos politinė valia ir ryžtas bei glaudesnis ES valstybių ir NATO karinis bendradarbiavimas reikšmingai prisidės prie sėkmingesnio hibridinių ir konvencinių grėsmių suvaldymo bei ES piliečių atsparumo didinimo ir tuo pačiu sustiprins mūsų visų saugumą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση, διότι πιστεύω πως η ανάπτυξη του τομέα της κοινής πολιτικής ασφάλειας και άμυνας της ΕΕ είναι ένα σημαντικό βήμα για την προστασία των πολιτών της καθώς και των αξιών και των συμφερόντων της, με πλήρη πάντα σεβασμό στο διεθνές δίκαιο και τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Diese Entschließung des Parlaments fordert, dass die EU-Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund eines Anstiegs hybrider Bedrohungen, der Bedrohung der Energieversorgungssicherheit, der Cybersicherheit oder durch Terrorismus ihre sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit ausweiten sollten und so den Weg für eine europäische Verteidigungsunion öffnen. Die Entschließung sieht vor, 2 % des BIP für Verteidigungszwecke auszugeben, multinationale Streitkräfte aufzustellen und ein EU-Hauptquartier zur Planung und Führung gemeinsamer Operationen einzurichten. Darüber hinaus wird der Europäische Rat dazu aufgerufen, bei der Konzeption einer gemeinsamen Verteidigungspolitik der Union eine Führungsrolle zu übernehmen und zusätzliche Finanzmittel für ihre Umsetzung bereitzustellen. Das Parlament fordert zuletzt eine Überarbeitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und dass die EU und die Nato enger zusammenarbeiten sollen.

Ich unterstütze das Vorhaben einer erweiterten verteidigungspolitischen Zusammenarbeit der Union. Die aktuellen Entwicklungen stellen uns vor sicherheitspolitische Herausforderungen, denen wir nur gemeinsam wirksam entgegenwirken können.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un des multiples rapports fait pour profiter du Brexit afin de tenter de réanimer la politique de défense européenne.

La politique de défense européenne est un serpent de mer de 15 ans d'âge qui se base, de ses propres aveux, sur l'OTAN. Il faut rappeler qu'elle fut la principale cause actée par N. Sarkozy pour le retour de la France dans le Commandement intégré. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte et trahit la nature réelle de l'UED qui est la fourniture de troupes supplétives pour ceux qui ont un outil militaire encore apte à d'autres puissances (ce qui sans la Grande-Bretagne ne sera bientôt que le cas de la France avec pourtant une armée en voie de délabrement). J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – As Britain is leaving the European Union, it seems to me eminently sensible that I should oppose measures related to the development of a European Defence Union – which could, over time, evolve into a European Army.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – L'idée d'une défense commune européenne a du sens. Aujourd'hui, à l'heure où les chefs d'États et de gouvernements tentent de préserver l'illusion qu'ils conservent leurs prérogatives de souveraineté sur un certain nombre de dossiers, je suis heureux de voir que l'on s'interroge sur une politique qui pourrait être plus efficacement exercée si la souveraineté était partagée. D'un point de vue budgétaire, un cadre plus intégré en matière de défense pourrait donner lieu à d'importantes économies, à des capacités supplémentaires et à des investissements plus soutenus. J'ai donc voté en faveur de cette résolution.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Recent years have shown a dramatic shift in the environment of security throughout the European Union and it has not been a shift for the better. These changes and current events call for a solution that would strengthen the EU's defence policy and work hand in hand with NATO to secure Europe. This report does just that, but it clearly differentiates between the differences of simply pumping more money into European defence and actually using the funds created for implementation. Similarly to the agreements of NATO, EU Member States should look to provide 2% of their GDP for EU security. This report calls for greater interlocking and cooperation between the EU Member States; only through these methods will we be able to create a European Defence Union that successfully compliments NATO in providing a safer present and future for Europe.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos gynybos sąjungos. Pastaraisiais metais saugumo padėtis Europoje ir kaimyninėse šalyse ženkliai pablogėjo ir sukėlė sudėtingų beprecedenčių problemų kurių nė viena šalis ar organizacija nepajėgtų išspręsti viena. Be to, Europa labiau nei bet kada iki šiol savo teritorijoje patiria terorizmo grėsmę. Todėl pritariu, jog Europos gynybos sąjunga turi būti pradėta kurti nuo visapusiškai persvarstytos bendros saugumo ir gynybos politikos, pagrįstos tvirtos kolektyvinės gynybos principu, efektyviu finansavimu ir veiklos koordinavimu su NATO.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are concerned by the increasing move towards EU military capability and its potential negative impact on UK foreign policy interests. NATO is and should remain the primary guarantor of security in Europe. Any development of EU foreign policy or defence capability risks undermining this.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les eurocrates cherchent à profiter du Brexit pour tenter de réanimer une prétendue politique commune de défense européenne… évidemment basée sur l'OTAN. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte (points 3, 36, 37 et 38) et trahit la nature réelle de l'«Union européenne de la défense»: la simple fourniture de troupes supplétives – pour ceux qui ont un outil militaire encore apte – à une organisation au service quasi-exclusif des intérêts américains. J'ai donc voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Face aux différentes situations auxquelles fait face l'Europe à ses abords, une collaboration plus étroite entre les États membres en matière de défense s'impose. J'ai dès lors approuvé ce rapport qui encourage le Conseil européen à être le moteur de la définition progressive de l'UED et à fournir des ressources financières à cette fin.

Le Conseil européen est invité à prendre les mesures concrètes visant l'harmonisation et la standardisation des forces armées de l'Union afin de faciliter la coopération des forces armées sous l'égide d'une nouvelle Union européenne de la défense.

Le Parlement est pour sa part incité à organiser une commission à part entière consacrée à la sécurité et à la défense afin de surveiller l'application d'une coopération structurée permanente.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Mentre negli ultimi trent'anni larga parte degli Stati membri ha deciso di continuare ad adottare tagli nelle spese per la difesa, si sono accresciute le sfide globali legate all'aumento di fenomeni come il terrorismo internazionale, le minacce ibride, l'insicurezza informatica ed energetica e la criminalità organizzata. Ho sostenuto con convinzione la relazione Paet sull'Unione europea della difesa perché credo sia fondamentale, in questo momento storico, intensificare gli sforzi in questa direzione. Occorre creare finalmente delle forze multinazionali all'interno della cooperazione strutturata permanente, mettendole a disposizione della politica di sicurezza e di difesa comune. Bisogna ridurre tutte quelle duplicazioni, quelle sovraccapacità e quegli ostacoli che nel settore degli appalti pubblici conducono oggi ad uno spreco stimato in 26,4 miliardi di EUR, realizzando acquisti congiunti per le risorse e mettendo in comune i materiali non letali, come i veicoli e i velivoli di trasporto. La creazione di un quartier generale per la pianificazione, il comando e il controllo delle operazioni comuni, unita ad una revisione completa della PSDC, sono tappe fondamentali per garantire all'Unione europea un ruolo da protagonista nello scenario globale, operando in sinergia con la NATO e tenendo anche conto dei nuovi spazi politici.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la Unión Europea de Defensa, porque propone dotar de una mayor autonomía estratégica a la Unión en políticas de defensa y una mayor coordinación, pero lo hace proponiendo medidas que en absoluto garantizan llegar a soluciones ante las problemáticas de seguridad que existen a nivel global. El informe pide que se destinen recursos específicos para la cooperación militar entre Estados miembros, crear una Unión Europea de Defensa, más allá de la Política Común de Seguridad y Defensa, convocar reuniones a nivel europeo de Ministros de Defensa, y crear un cuartel general de la Unión, entre otras medidas. Ninguna de estas medidas está orientada a resolver las causas que provocan las amenazas a la seguridad en la Unión, ni mucho menos contribuyen a generar un marco de estabilidad, cooperación y paz entre los países.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Il y a 62 ans, un premier projet d'union européenne de la défense fut rejeté par le vote des communistes et des gaullistes du Parlement de mon pays. Je le regrette amèrement car une défense européenne commune et indépendante reste un beau rêve dont il faut poursuivre la réalisation, eu égard aux menaces que nous devrons affronter à l'avenir. Je salue donc la bonne volonté du rapporteur, même si je crains que nous ne devions pas nous faire d'illusions. Une UDE ne sera pas pour demain. Des guerres civiles dans les Balkans à la crise en Ukraine, en passant par le conflit en Syrie aujourd'hui, les faits sont là: l'Europe ne réussit pas à parler d'une même voix. L'élection présidentielle américaine récente est là pour nous le rappeler et le premier tour de la primaire des Républicains en France aussi. Les deux élections ont vu le triomphe d'un candidat qui veut établir de meilleures relations avec la Russie. Fallait-il alors, fût-ce subrepticement, au détour d'une phrase, critiquer dans ce rapport la Russie? Comme si la Russie était le premier ennemi d'une Union européenne de la défense à venir…

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado el informe de mi compañero de grupo el Sr. Paet. Apoyo la creación de un ejército a nivel europeo, para lo cual se necesita un presupuesto equilibrado; pero no he estado de acuerdo con que se explicite en el texto que lo que se destine sea el 2 % del PIB. Tenemos que seguir cooperando para que el Ejército Europeo sea un hecho en el futuro.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Urmas Paet car il porte atteinte à la souveraineté des États membres dans des domaines qui relèvent des compétences régaliennes: la sécurité intérieure, la sécurité extérieure, la politique étrangère, la recherche en matière de défense et les industries stratégiques. La défense européenne est restée lettre morte, rendue caduque par les intérêts divergents des nations et des cultures militaires dissemblables. Il serait temps d'en prendre acte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Vista la palese incapacità della UE di difendere i propri confini, soprattutto quelli meridionali da cui entrano quotidianamente migliaia di clandestini, mi pare assurdo che si voglia imporre la disastrosa ricetta del «più Europa» anche nel settore della difesa. Ritengo siano inaccettabili ulteriori cessioni della nostra sovranità nazionale, soprattutto in un settore delicato e strategico per ogni Stato membro, quale quello della difesa. Per questi motivi non ho inteso supportare col mio voto questo testo.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat nej till detta betänkande, som jag anser vara ett militaristiskt upprustningsdokument. EU påstås vara en union för fred, men förslagen i det antagna betänkandet är fredens motsats.

Jag tar skarpt avstånd från kraven på ökade försvarsanslag (två procent av BNP), inrättandet av multinationella styrkor och skapandet av ett EU-högkvarter för att planera och utföra militära operationer i krisområden.

Jag stöder all militär personals rätt att organisera sig fackligt, men i en delomröstning av betänkandet var texten om detta tyvärr sammankopplad med text om det påstådda behovet av ett gemensamt EU-försvar, vilket medförde att jag inte kunde rösta för.

EU borde stoppa militariseringen och upprustningen, och istället konsekvent verka för fredliga politiska och diplomatiska metoder för att lösa konflikter. Jag anser att Europa och världen i dag behöver dialog, avspänning och nedrustning. Därför röstar jag nej till detta betänkande.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl Europos gynybos sąjungos. Pastaraisiais metais saugumo padėtis Europoje ir kaimyninėse šalyse ženkliai pablogėjo ir sukėlė sudėtingų beprecedenčių problemų, kurių nė viena šalis ar organizacija nepajėgtų išspręsti viena. Europa labiau nei bet kada iki šiol savo teritorijoje patiria terorizmo grėsmę, o Šiaurės Afriką ir Artimuosius Rytus kamuojantis terorizmas ir nuolatinis smurtas ir toliau plinta. Todėl siekiant solidarumo ir atsparumo reikia, kad ES būtų vieninga, nuosekliai imtųsi bendrų veiksmų ir tai darytų išvien su savo sąjungininkais, partneriais ir trečiosiomis šalimis. Parlamentas priminė, kad siekdama užsitikrinti ilgalaikį saugumą, Europa turi parodyti politinę valią ir ryžtą, juos pagrįsdama įvairiomis aktualiomis politikos priemonėmis, apimančiomis stiprius ir modernius karinius pajėgumus. Todėl paragino Europos Vadovų Tarybą vadovauti laipsniškam Sąjungos bendros gynybos politikos formavimui ir suteikti papildomų finansinių išteklių jos įgyvendinimui užtikrinti, siekiant, kad ji būtų sukurta.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához. A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös Biztonság- és Védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre.

A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. A fentiek figyelembe vételével szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Omenjeno poročilo sem podprl, ker se zavedam dejstva, da so se v zadnjih letih varnostne razmere v Evropi in njeni okolici bistveno poslabšale. Poslabšanje pomeni, da se soočamo s hudimi izzivi, s katerimi se nobena država ali organizacija ne more soočiti sama. Varnosti v Evropi in njenemu ozemlju tako grozil terorizem, medtem ko se nenehno nasilje v Severni Afriki in na Bližnjem vzhodu še naprej širi. Soočamo se tudi z resno migracijsko krizo, ki še ni minila. Ob upoštevanju vseh teh dejstev, pa se mi zdi primerno, da naše državljane primerno zaščitimo z ukrepi na področju obrambne politike.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o razvoju u području obrambene i sigurnosne politike, što je korak naprijed prema znatnijim kapacitetima samostalne obrane EU-a s ciljem da zaštiti svoje građane i promiče svoje vrijednosti i interese, uz puno poštivanje ugovora međunarodnog prava i zaštite ljudskih prava.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the European Defence Union because I strongly believe that the widespread perception of insecurity by European citizens makes the European Defence Union a matter of urgency. In particular, considering the increase in conflicts at the EU's borders I believe further integration with regard to defence policies at EU level is needed.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – A causa delle duplicazioni del personale del settore amministrativo, delle sovraccapacità e degli ostacoli nel settore degli appalti pubblici del settore della e della sicurezza, il costo della non-Europa è stimato in 26,4 miliardi di EUR all'anno. Gli analisti strategici e militari hanno stabilito che se l'Unione europea integrasse realmente le proprie funzioni difensive raddoppierebbe la propria capacità difensiva in caso di attacco e permetterebbe un risparmio per i cittadini. Oggi, con il progressivo disimpegnarsi degli USA dallo scenario europeo e mediterraneo e con l'aumentare delle minacce nell'Europa orientale e nel Nord Africa, si fa di nuovo attuale l'esigenza di una difesa autonoma dello spazio europeo e della necessità di sviluppare un sistema di intervento rapido che sia resiliente ed efficace davanti alle minacce ibride del XXI secolo. Il Libro bianco della difesa comune deve essere un atto concreto per il rilancio della difesa europea, non può ridursi ad un albo di buone intenzioni bensì il primo passo per la realizzazione delle forze armate comuni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport utilise comme prétexte la détérioration du climat politique en Europe et la menace terroriste actuelle afin de réanimer l'idée d'une politique de défense européenne. Il est notamment demandé aux États membres de coordonner leurs investissements dans la sécurité et dans la défense. Nous sommes extrêmement opposés à toute Union européenne de la défense qui concerne des domaines de compétence stratégiques relevant exclusivement de la souveraineté des États membres. Par ailleurs, cette politique commune en matière de défense sera calquée sur les plans d'actions de l'OTAN dont nous voulons que la France sorte en raison de l'hégémonie américaine. Il est, en effet, ahurissant de constater à quel point l'Union européenne souhaite se soumettre aux intérêts américains. Nous souhaitons au contraire entretenir des relations diplomatiques équilibrées avec l'ensemble des puissances internationales afin de faire émerger un monde multipolaire. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Europa este marcată de crize puternice de ordin social, economic, dar și de securitate. Europa se confruntă cu multiple amenințări teroriste, dar și cu probleme de natură economică, legate de insecuritatea cibernetică și energetică. Toate aceste amenințări necesită măsuri suplimentare, pentru a asigura securitatea și pentru a promova principiile democrației. În vederea asigurării securității pe termen lung, este necesară elaborarea unor instrumente politice puternice, susținute de resurse financiare relevante și bazate pe principii de apărare colectivă și, totodată, pe coordonarea cu NATO.

M-am exprimat în favoarea raportului privind Uniunea Europeană a Apărării, deoarece consider că e nevoie de eforturi conjugate pentru a putea răspunde eficient la provocările pe care le întâmpină Europa și pentru a gestiona crizele externe, în vederea asigurării apărării comune a întregului spațiu de libertate și securitate.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Mediul de securitate care înconjoară UE este volatil, complex și nesigur. În acest context, securitatea și apărarea ar trebui să rămână în centrul agendei europene. Europa trebuie să fie mai puternică, mai rapidă și mai reactivă în situațiile de amenințare reală. Trebuie să își asume partea sa de responsabilitate și să acționeze pe măsura ambițiilor sale.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la Uniunea Europeană a Apărării. O nouă strategie europeană de securitate este necesară de mult timp. Avem nevoie de o abordare proaspătă, care să țină seama de mediul de securitate radical schimbat, pentru a defini ambițiile politice ale UE, dar și pentru a transforma UE într-un actor mai puternic în domeniul securității.

Trebuie să folosim integral dispozițiile tratatelor în domeniul politicii de securitate și apărare comune (PSAC) și să operaționalizăm dispozițiile prevăzute în Tratatul de la Lisabona. Pentru a pune capăt insulelor izolate și necoordonate de cooperare militară, trebuie acordată prioritate lansării cooperării structurate permanente (PESCO).

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – He votado contra el párrafo 40 split2 porque si queremos avanzar hacia una política de defensa común hay que pedir que los Estados miembros con superávit aporten más que los Estados con problemas de déficit. Es necesario tener una visión global de la defensa en Europa.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione perché ritengo necessario un programma di ricerca per la sicurezza più ambizioso e una pronta strategia per procedere all'attuazione dell'Unione europea della difesa. Negli ultimi anni la questione sicurezza in Europa e nel mondo è drasticamente peggiorata. Le minacce del terrorismo, la criminalità organizzata e i cambiamenti climatici costituiscono le paure comuni a tutta la popolazione mondiale. L'UE pertanto ha il dovere di impegnarsi per garantire la sicurezze delle persone e porre la questione in merito tra le più importanti sfide dell'immediato futuro. È necessario che la commissione sia efficace con il suo Piano d'azione europeo per la difesa (EDAP) e renderlo uno strumento strategico fondamentale per favorire la cooperazione industriale per lo sviluppo di programmi di capacità di difesa. È opportuna una stretta collaborazione tra Commissione e Agenzia europea per la difesa (AED) per rafforzare la base industriale e tecnologica del settore della difesa.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as I believe that in the current geopolitical context the EU needs to reflect on its defence policy in the long term. The progressive framing of a common European Union defence policy as part of the common security and defence policy (CSDP), which will lead to an EU common defence when the European Council so decides voting unanimously, should be done in accordance with their respective constitutional requirements.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car l'Europe a besoin d'une coopération beaucoup plus développée et ciblée en matière de défense et de sécurité.

Il s'agit d'un texte ambitieux qui met notamment en place un programme de recherche et de développement dans le domaine de la défense.

Par ailleurs, il est important de développer la coopération entre l'Union européenne et l'OTAN, dont les actions doivent être complémentaires.

Cependant, je me suis exprimé contre l'amendement sur l'exemption d'impôts pour inciter l'industrie de la défense à coopérer. Selon moi, cette idée n'est pas la bonne et je reste persuadé que pour la relance de l'Europe de la défense, il faudrait dans un premier temps adopter une approche plus inclusive.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – È necessario garantire la sicurezza europea a lungo termine. Nella relazione che stiamo discutendo sottolineiamo come occorrano volontà e determinazione politiche basate su capacità militari forti e moderne. Dobbiamo definire un nuovo modello di Consiglio dei ministri della difesa per fornire una guida politica duratura. Il Consiglio dell'Unione europea dovrà istituire una riunione permanente che riunisca i ministri della Difesa degli Stati membri impegnati per una migliore sinergia tra gli Stati. Il metodo da seguire è quello di una cooperazione rafforzata nel campo della difesa europea che significherà maggiore efficacia, unità ed efficienza. La relazione sottolinea giustamente come prioritaria la definizione un'azione preparatoria per un futuro programma europeo di ricerca sulla difesa e noi ne auspichiamo il lancio effettivo quanto prima possibile.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – I molteplici conflitti armati e i tragici atti terroristici degli ultimi anni richiedono dall'Unione europea azioni concrete e nuove strategie in materia di difesa. I singoli Stati membri non possono rispondere da soli a tali crescenti minacce; gli Stati dell'UE devono quindi unire le forze per garantire la sicurezza all'interno e all'esterno dei propri confini.

L'UE è chiamata a svolgere un ruolo maggiore come dispensatrice di sicurezza, promuovendo i valori europei nel pieno rispetto dei trattati e dei diritti umani. In merito, credo che gli Stati membri debbano sfruttare appieno il potenziale del trattato di Lisbona in relazione alla politica europea per la difesa e la sicurezza (PSDC) e continuare il cammino verso una cooperazione strutturata. Sono pertanto necessarie adeguate politiche di difesa comune a livello dell'Unione e la messa a disposizione delle necessarie risorse per assicurarne l'attuazione.

Mi auguro che la relazione possa positivamente incoraggiare gli Stati membri a procedere in questa direzione e a impegnarsi concretamente per la realizzazione degli obiettivi definiti dalla PSDC. Per questi motivi ho ritenuto di sostenere la relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση η οποία υπενθυμίζει ότι, προκειμένου να εξασφαλίσει τη μακροπρόθεσμη ασφάλειά της, η Ευρώπη χρειάζεται πολιτική βούληση και αποφασιστικότητα, βασιζόμενη σε ένα ευρύ σύνολο συναφών μέσων πολιτικής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση αποτέλεσε εξ αρχής αντικείμενο έντονων διαπραγματεύσεων, καθώς καλούμαστε να ισχυροποιήσουμε τις αμυντικές δυνατότητες της Ένωσης, σεβόμενοι όμως μια σειρά δικαιωμάτων τόσο των πολιτών όσο και των κρατών μελών, ενώ παράλληλα χαράσσουμε συγκεκριμένη πολιτική για το μέλλον της Ευρώπης. Θεωρώ πως η έκθεση αυτή προωθεί πολιτικές που επιβαρύνουν την οικονομία και τα κράτη μέλη, ενώ δεν παίρνει θέση ως προς την επιζητούμενη μείωση των εξοπλιστικών προγραμμάτων. Γι' αυτό και την καταψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo per questa relazione riguardante la creazione di una politica di difesa comune dell'Unione come previsto dal trattato di Lisbona. Ritengo che i buoni propositi di pace e sicurezza a livello globale, siano utilizzati come pretesto per la creazione di uno strumento difensivo forte, che possa essere un valore aggiunto nelle trattative internazionali con Russia e Stati Uniti.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Di fronte al continuo emergere di minacce interne ed esterne, per l'UE si rende prioritaria l'adozione di sforzi comuni, coordinati e tempestivi per un annientamento ottimale delle stesse, perciò esprimo la mia aderenza alla relazione.

Ossia, implementando le attività congiunte di addestramento e formazione, in aggiunta a quelle operative si potranno debellare cancri dalle innumerevoli metastasi quali terrorismo, insicurezza informatica ed energetica e criminalità organizzata. Tale progetto, affinché non rimanga solo un sogno, ma si trasformi in un potente antidoto necessita di una revisione della politica di sicurezza e difesa comune, essa deve basarsi su principi di forte difesa collettiva dal funzionamento efficiente e dal coordinamento con la NATO.

Stabilendo, dunque, un'innovativa condizione di interoperabilità si potranno, oltretutto, non solo ridurre i costi per i singoli Stati grazie alla condivisione di piattaforme e materiali, ma anche accrescere l'innovazione tecnologica e migliorare l'industria europea della difesa dotandola di primati nella competitività globale. Coerentemente con quanto esposto, invito a stabilire un modello di Consiglio dei Ministri della difesa e a creare un gruppo di lavoro permanente sulle questioni da trattare. In virtù di ciò, condivido pienamente l'avvio nel 2017 di un'azione preparatoria nel campo della difesa e della sicurezza comune.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I abstained on the Report on the European Defence Union due to Ireland's position on neutrality.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A instituição de uma União Europeia de Defesa, como forma de maior integração, é importante e atual. Os desafios internacionais com que a União se depara exigem uma Política Comum de Segurança e Defesa (PCSD) plenamente realizada e operacional.

Entendo que a UE deve explorar todas as potencialidades do Tratado de Lisboa, como a Cooperação Estruturada Permanente ou as Missões de Petersberg, Para tal, é necessário que haja compromisso financeiro, no QFP e nos orçamentos anuais, de forma a eliminar o custo da não-Europa nesta área (26,4 mil milhões de euros/ano).

Congratulo-me pela iniciativa de elaborar um Livro Branco sobre Defesa e pelo consenso atual sobre maior integração. Espero que estas diligências e vontade política se concretizem em instrumentos concretos. Para tal, entendo ser urgente aplicar o plano de ação da Estratégia Global da UE nesta matéria.

Destaco prioridades como a cibersegurança, a segurança marítima ou a guerra híbrida, enquanto desafios atuais para a defesa europeia. Neste contexto, sublinho a importância da investigação científica para uma abordagem eficaz.

Defendo que uma UED deve representar uma oportunidade para os jovens empresários, para as PME europeias e para a contratação pública europeia nesta área.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn wir müssen innerhalb der EU sicherheits- und verteidigungspolitisch besser zusammenarbeiten. Die Sicherheitslage in und um Europa hat sich in den letzten Jahren erheblich verschlechtert, und es sind große und nie dagewesene Herausforderungen entstanden, die kein Land und keine Organisation allein bewältigen könnte. Wir brauchen eine Verteidigungsunion, um gegenüber Ländern wie den USA, Russland und China unabhängig zu sein. Die EU muss daher mehr Verantwortung in den Bereichen der inneren und äußeren Sicherheit übernehmen und gleichzeitig für die nötige Stabilität in der Welt sorgen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Gettare le basi per una vera e propria Europa della difesa, è questa la precisa richiesta avanzata dal Parlamento europeo nella risoluzione sull'Unione europea della difesa votata in settimana.

Finalmente l'Europa ha dato prova di coraggio e di dignità, chiedendo una sostanziale revisione della politica di sicurezza e difesa comune. Di fronte infatti alle tante minacce alla libertà e alla serenità della nostra gente, occorre una decisa svolta per contribuire in maniera determinante alla sicurezza dell'Unione ed alla gestione delle crisi internazionali che non può più basarsi su improvvisazione o azioni dei singoli paesi membri.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Vi har i dag röstat för betänkandet om en europeisk försvarsunion. Vi har däremot inte stött förslag om att EU ska ha egna militära förband, egen finansiering av militär förmåga eller kunna fatta egna beslut om militära operationer. Detta är frågor som är och ska förbli nationell suveränitet och en fråga medlemsstaterna emellan. Vi anser det däremot viktigt att slå vakt om solidariteten mellan medlemsstaterna och att försvarssamarbetet mellan medlemsstaterna utvecklas. Den gemensamma förmågan att verka mot terrorism, desinformation, ekonomisk krigföring och politisk destabilisering måste stärkas liksom förmågan att leda militära fredsbevarande och fredsskapande operationer – allt detta utan att inkräkta på att det är Nato som är den gemensamma struktur som står för det gemensamma försvaret av europeiskt territorium och fred.

Vi stöder förslagen om att öka anslagen till de nationella försvaren men understryker att det är upp till varje medlemsstat att besluta om sina mål och i vilken takt man vill och kan uppnå dessa.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione prevede la creazione di un'Unione per la difesa volta a rafforzare le capacità militari europee. Più particolarmente prevede l'introduzione di incentivi fiscali *(tax exemptions)* nel campo della difesa, con l'idea di sviluppare un'industria di droni europea, destinando fondi quindi in ambito militare, circa 500 milioni all'anno dal 2021 e il 2% del PIL di ogni Stato membro.

Inoltre si prevede di supportare le iniziative NATO per il dispiego di battaglioni negli Stati membri qualora sia necessario. Quanto detto mi sembra più che sufficiente per comprendere il mio totale dissenso verso questa relazione e il mio totale dissenso verso una militarizzazione dell'Europa.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es desarrollar proyectos comunes, y se espera que el dinero aportado pueda movilizar hasta 5 000 millones de euros al año a partir de 2017. Además, se pretende fomentar la investigación y el desarrollo en proyectos militares. Hasta ahora, el gasto comunitario en innovación excluía los usos militares, pero en 2017 se destinarán 25 millones y a partir de 2020, se prevén 500 millones al año.

He rechazado este informe que pretende el fortalecimiento de la perspectiva securitaria y militarista y, que exige a los Estados que destinen el 2 % del PIB en defensa, cuando la población europea se hunde cada vez más en la miseria y el desempleo (los datos nos dicen que en el Estado español 1 de cada 5 hogares están bajo el umbral de la pobreza, y el paro se sitúa cerca de los 4 millones de parados/as). Lo que deberían los Estados es incrementar la inversión social y creación de puestos de trabajo, no contribuir a la escalada militarista. Según el artículo 41, apartado 2, del TUE no puede haber ninguna financiación militar del presupuesto de la Unión. Mi voto en contra de este informe de línea opuesta y militarista.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Secondo l'Eurobarometro 85.1 di giugno 2016, circa due terzi dei cittadini dell'Unione vorrebbero vedere un maggiore impegno dell'UE in questioni inerenti alla politica di sicurezza e di difesa. Inoltre, il costo della non-Europa nel campo della difesa e della sicurezza è stimato in 26,4 miliardi di euro all'anno, a causa delle duplicazioni, delle sovraccapacità e degli ostacoli nel settore degli appalti pubblici della difesa.

Questa risoluzione intende rispondere all'esigenza di implementare un'Unione europea della difesa, ripartendo dagli strumenti inutilizzati già previsti dal trattato di Lisbona. Il trattato prevede che gli Stati membri mettano a disposizione capacità adeguate per le missioni e le operazioni militari e civili, nell'ambito della politica comune per la sicurezza e la difesa, attraverso strumenti come la cooperazione strutturata permanente e i gruppi tattici.

Ho votato a favore di questa risoluzione, perché ritengo necessario sfruttare a pieno i vantaggi della cooperazione europea per rispondere al contesto di crisi e sfide interconnesse che attanaglia l'Europa. In particolare, ritengo che occorra puntare su elementi chiave quali la cooperazione costruttiva tra UE e NATO, l'ampliamento del meccanismo Athena, il lavoro congiunto tra Commissione e Agenzia europea della difesa a favore dell'autonomia strategica e della competitività dell'industria della difesa europee.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – În ultimii ani, situația în ceea ce privește securitatea în Europa și în jurul ei s-a înrăutățit semnificativ, fapt ce a generat probleme dificile și fără precedent pe care nicio țară sau organizație nu le poate rezolva singură. Uniunea Europeană se confruntă mai mult ca oricând cu o criză de securitate pe teritoriul său, aceste amenințări devenind din ce în ce mai complexe.

Am votat pentru o politică comună de apărare a Uniunii care trebuie să întărească capacitatea Europei de a promova securitatea în interiorul ei și în afara granițelor sale. Uniunea Europeană a Apărării trebuie să se bazeze pe evaluări comune periodice ale amenințărilor la adresa securității realizate de statele membre, dar trebuie să fie, de asemenea, suficient de flexibilă pentru a face față încercărilor în materie de securitate cu care se confruntă fiecare stat membru și pentru a răspunde nevoilor individuale în materie de securitate ale acestora. UE trebuie să rămână un garant al respectării drepturilor omului, al propagării democrației și al statului de drept.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az elmúlt években a biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott, és példa nélküli kihívásokat támasztott. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a szervezett bűnözés, a kibertámadások, és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Ezeket a kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, hogy biztosítsa polgárai számára a biztonságot. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását.

A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Meggyőződésem, az Uniónak határozott lépéseket kell tennie az Unió és a polgárai védelme érdekében, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosowania nad inicjatywą utworzenia Europejskiej Unii Obronnej, ponieważ jestem przekonany, że polityka obrony musi nadal pozostać w gestii suwerennych państw. Rosnące zagrożenie dla bezpieczeństwa, przed jakim staje Europa, zmotywowało niektóre kręgi do podnoszenia kwestii budowania silniejszej współpracy pomiędzy państwami w zakresie bezpieczeństwa. Niektórzy przekonują wręcz, że współpraca ta powinna przyjąć kształt formalnej unii obrony. Podjęcie kwestii zmierzających do formalnych działań w tym zakresie stanowi naruszenie podstawowej zasady demokratycznego i suwerennego państwa. Kwestia bezpieczeństwa wymaga współpracy, dlatego uważam, że należy koordynować działania na forum NATO. Propozycja utworzenia armii UE osłabi NATO oraz będzie miała negatywny wpływ na relacje z międzynarodowymi partnerami w dziedzinie obrony.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The report in question deals with the creation of a European Defence Union in light of the security situations around Europe and the European neighbourhood region. The report however goes into detail about collective military spending, the control of Member States' military assets by other Member States, and even goes as far as to call on Member States to dedicate a percentage of their GDP to military spending – all aspects I voted against. Finally, I abstained on this report as a whole as I believe that any establishment of a European Defence Union needs to have an opt-out and recognition of national cases of neutrality.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I cannot support this report, which proposes significant enhancements to the defence union. Whilst I am in favour of significant bilateral cooperation with EU Member States, NATO remains the anchor of British national security and our own defence policy should remain under British sovereign control.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – In un quadro geopolitico internazionale caratterizzato da instabilità crescente, da un aumento delle minacce, dalla piaga del terrorismo e dai numerosi attacchi – informatici e non solo – all'interno e all'esterno dei nostri confini, il Parlamento europeo ha approvato oggi una risoluzione sull'Unione europea della difesa.

Un testo che ho sostenuto pienamente e che getta solide basi per la realizzazione di un vero piano per una difesa comune, che nel lungo periodo auspico possa condurre alla creazione di un esercito dell'Unione europea. In particolare, tra le proposte che ho sostenuto sottolineo la spinta verso la creazione di forze multinazionali e di un quartier generale operativo per le operazioni militari e misure verso la razionalizzazione della spesa, in modo da eliminare sprechi inutili, duplicazioni e sovraccapacità nell'industria della difesa.

Il messaggio che abbiamo lanciato è chiaro: sulla sicurezza e sulla difesa l'Europa non può più permettersi di muoversi in ordine sparso, ma deve andare verso una maggiore integrazione, assumendosi quelle responsabilità che sono oggi quanto mai necessarie per contribuire in maniera determinante alla legittima esigenza di sicurezza dei cittadini europei ed alla gestione delle crisi internazionali.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Dans cette proposition de résolution, nous appelons les États membres à intensifier la coopération en matière de défense. Au regard des menaces sécuritaires croissantes au sein de l'Union européenne et dans son voisinage, notamment la menace de l'État islamique, la coopération étroite entre les forces armées des pays de l'Union est jugée primordiale. Parmi les propositions phares, les députés européens recommandent de consacrer 2% du PIB à la défense, afin d'établir des forces multinationales et un quartier général de l'UE pour planifier et commander des opérations de gestion de crise. Soutenant ces objectifs, j'ai voté pour la résolution.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are concerned by the increasing move towards EU military capability and its potential negative impact on UK foreign policy interests. NATO is and should remain the primary guarantor of security in Europe. Any development of EU foreign policy or defence capability risks undermining this.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui appelle à avancer vers l'Union européenne de la défense. L'actualité récente avec le vote pour le Brexit et l'élection de Donald Trump à la présidence des États-Unis n'a fait que consolider notre volonté de continuer à renforcer les capacités de défense de l'Union européenne et la coopération entre les États membres dans ce domaine. Il me semble évident, que face à une menace terroriste des plus fortes, le risque de menaces hybrides, ou encore la criminalité organisée, nos travaux vers une Europe de la défense doivent être érigés au rang de première priorité. Ce texte met alors justement l'accent sur la nécessité pour l'Union européenne et ses États membres d'accorder des ressources financières adéquates en vue de cet objectif.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja a védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar állásponttal összhangban van, szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Sostengo la relazione perché ritengo che una più stretta collaborazione in materia di difesa sia una delle priorità degli Stati membri. Infatti, un numero crescente di cittadini europei vorrebbe un maggiore sforzo dell'Unione per le politiche di sicurezza e difesa comuni. L'Europa è circondata da minacce che vanno affrontate anche attraverso una migliore collaborazione con la NATO.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Après le Brexit, les attaques terroristes et la déstabilisation durable dans le voisinage de l'Europe, les questions de défense et de sécurité n'ont jamais été d'autant d'actualité. L'Union doit se doter d'un quartier général commun et doit être le creuset de la mutualisation des efforts en matière budgétaire et d'équipement. Dans un monde rendu moins sûr, c'est ce qu'attendent de nous les citoyens européens. Ce rapport soutient l'idée d'une construction progressive de l'Union européenne de la défense et propose quelques outils. Pour ma part, je rappelle mon souhait de voir les dépenses de défense ne pas entrer dans le calcul de la dette. Pour des raisons historiques, dans la lignée pacifique et de neutralité de certains États membre, la France assume quasiment seule la présence militaire de l'Europe dans le monde, elle doit pouvoir être soutenue d'une façon ou d'une autre dans cet effort.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Il vise en effet à faire renaître de ses cendres la politique européenne de défense, dans la foulée du Brexit.

La politique intégrée de défense européenne est appuyée par l'OTAN: elle constituait l'une des conditions de la réintégration par la France du commandement intégré de l'OTAN. Cet objectif est, au reste, pleinement assumé par le texte.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Новите условия и непрекъснатите заплахи за сигурността в Европа предизвикаха нов дебат сред европейските политици. На фона на новия дебат се очертаха две основни линии. Първата е на тези, които искат „повече Европа“, или иначе казано на федералистите. Втората е тази, която аз и моята група смятаме за правилна, а именно че сигурността и отбраната са най-важният признак на суверенитет и трябва да бъдат компетенция на националните държави.

Смятам, че на първо място държавите в Европа трябва да изпълнят ангажимента си към НАТО и да започнат да влагат 2% от БВП в отбрана и сигурност, а след това можем да градим нов съюз за отбрана.

По тази причина гласувах „против“ доклада относно Европейски съюз за отбрана.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Αρνητική ψήφος για την έκθεση στο σύνολό της. Ακόμη μια φορά η ΕΕ δείχνει την υποταγή της στο ΝΑΤΟ και στις ΗΠΑ, ακολουθώντας πιστά τις εντολές τους, οι οποίες είναι ενάντια στα συμφέροντα των λαών και εθνών της Ευρώπης.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar állásponttal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report because I am opposed to any militarisation of the EU. I believe the EU has huge potential to become an international force for peace and reconciliation and that a defence union is the wrong choice. In addition, the report talks of defence spending, weaponry and the development of a European drone industry. Wales is used for testing drones and there is huge opposition to this amongst my constituents.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: la politique de défense européenne se base de son propre aveu sur l'OTAN.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório reflete o processo em curso na UE de reforço da perspetiva securitária no plano interno e de uma perspetiva militarista no plano externo. O relatório defende que a UE deve desenvolver as suas capacidades militares de forma a poder estar preparada para intervir em qualquer situação dentro ou fora das fronteiras.

O relatório considera que a dita União Europeia de Defesa contribuirá para o próprio reforço da NATO e para estreitar ainda mais a colaboração com esta organização. O relatório propõe uma cooperação e desenvolvimento do sector industrial e de investigação militar. Pretende-se reforçar o financiamento e apoio a este sector.

Promove a definição de uma política comum de armamento. Propõe a realização de um Livro Branco para as questões de defesa. Defende o aumento dos gastos com os orçamentos de defesa. Defende o estabelecimento de Forças Armadas Europeias. Defende o aprofundamento da Política Comum de Segurança e Defesa. Defende as ações autónomas da UE e o desenvolvimento das capacidades militares da UE para atuar onde a NATO não puder atuar. Defende que a subcomissão parlamentar de Defesa (SEDE) se transforme numa comissão de pleno direito.

Enfim, o relatório desfia todo um tenebroso cardápio militarista que não pode senão ter o nosso voto contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Je nepochybné, že prvoradou úlohou Európskej únie je zabezpečenie bezpečia svojich obyvateľov, ktoré by malo byť podporené silnou vojenskou pôsobilosťou. S návrhom Európskej obrannej únie však nesúhlasím, pretože väčšina členských štátov EÚ sú členmi NATO, kde si štáty aj tak neplatia povinné príspevky, a nevidím dôvod na paralelnú štruktúru, ktorá bude stáť daňových poplatníkov v Európe miliardy EUR.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro la relazione in quanto, nonostante concordi su alcune questioni, sono scettico riguardo al funzionamento.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση στο σύνολό της. Ακόμη μια φορά η ΕΕ δείχνει την υποταγή της στο ΝΑΤΟ και στις ΗΠΑ, ακολουθώντας πιστά τις εντολές τους, οι οποίες είναι ενάντια στα συμφέροντα των λαών και εθνών της Ευρώπης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The report backs the idea of progressing in the direction of a European Defence Union and for such a structure to represent an 'umbrella' for military capabilities at the disposal of the European Union. It proposes the activation of permanent structured cooperation, it proposes setting up an EU Operational Headquarters, it encourages fostering the EU defence industries.

I strongly support the developments in the field of CSDP and encourage the steps towards a substantial autonomous defence capacity for the EU, aiming at protecting its citizens and promoting its values and interests, with full respect for the Treaties, international law and human rights. Therefore, I voted in favour of the report.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport qui rappelle encore une fois l'appel du Parlement européen de donner à l'UE les moyens de répondre aux attentes des citoyens en matière de sécurité. Le rapport souligne à juste titre que le niveau d'ambition doit être relevé de manière significative, au vu de l'instabilité et de l'imprévisibilité croissantes dans notre voisinage, et compte tenu aujourd'hui du résultat de l'élection présidentielle américaine. Il est grand temps que toutes les possibilités offertes par le traité de Lisbonne soient exploitées pour garantir plus de cohérence et d'effectivité de l'Union en matière de défense. De plus, le rapport démontre que davantage d'autonomie sur le plan de la défense ne fera que renforcer la crédibilité de l'OTAN. Par ailleurs, le rapport consacre une attention particulière aux questions de recherche et de base industrielle, pour lesquelles il est urgent de mobiliser les moyens adéquats. Enfin, l'Union européenne de la défense doit être replacée dans le contexte de la politique commune de défense et de sécurité et de la cohérence des politiques internes et externes, dans un monde où les menaces sécuritaires trouvent leur source aussi bien au sein de l'Union qu'à l'extérieur de ses frontières.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához. A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre.

A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar álláspontal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe plenamente convencido de la necesidad de dotar a la Unión de los elementos necesarios para hacer frente a los desafíos en el ámbito de la defensa. Actualmente, la cooperación entre los Estados miembros es ocasional, y Europa sigue confiando en gran medida en la OTAN y la solidaridad de los Estados Unidos. Ante en el deterioro de la seguridad los últimos años, en Europa y fuera de sus fronteras, debido al terrorismo, las amenazas híbridas y la inseguridad cibernética y energética, la Unión debe estar a la altura y dar pasos decididos hacia una unión de la defensa, ya que ningún país en solitario puede hacer frente a los retos a los que tenemos por delante. La Unión debe ser capaz de responder más rápido y con firmeza ante las amenazas, lo que exige que las fuerzas armadas mejoren su cooperación. Es especialmente importante estudiar la posibilidad de acometer compras conjuntas de material militar, así como contar con un cuartel operativo en la Unión para planificar y dirigir operaciones de gestión de crisis.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This is a very important report given that the security situation in and around Europe has considerably worsened in recent years. Threats like terrorism and conflicts in our neighbourhood are threats that no single country is able to face alone – this requires a European response.

The current financial constraints from austerity and the increased security threats require European armed forces to collaborate more closely and for them to train and work better in unison. The Union defence policy provided by the Council is a first step but it requires more financial resources for its implementation.

Key objectives for European defence in the future are joint procurement and other forms of pooling resources; this could provide a much-needed boost to Europe's defence industry. Another key objective is the launch of an EU-funded defence research programme; this should be launched at least by the next MFF – sufficient funding for this programme is key to ensuring the sufficient future defence capacities of the European Union.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho convintamente sostenuto la risoluzione del PE sull'Unione europea della difesa, perché sono a favore di questa importantissima proposta ispirata dal governo italiano per la creazione di un'Unione europea della difesa, obiettivo storico perseguito sin dall'avvio del processo di integrazione degli Stati europei dopo la fine della Seconda guerra mondiale.

I tempi sono ormai maturi, e le sfide che la storia pone all'Europa riguardano la sua stessa sopravvivenza. Sono quindi favorevole a che la politica estera comune dell'UE si arricchisca di un nuovo tassello, dotandosi di un ombrello militare che affianchi il ruolo della NATO nella protezione degli Stati membri dell'UE. L'Unione della difesa rappresenterebbe inoltre un ulteriore stimolo alla cooperazione tra Stati membri nella lotta al terrorismo e nella condivisione dell'intelligence, e permetterebbe di rafforzare l'industria europea della difesa e di avviare interessanti collaborazioni e iniziative comuni.

Spero quindi che le preoccupazioni di alcuni paesi vengano superate e che, attivando lo strumento della cooperazione strutturata, il Consiglio possa fare rapidi passi in avanti in questa direzione, come auspicato dal governo italiano.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe bewusst für die Idee einer Europäischen Verteidigungsunion gestimmt – nicht, weil ich sie für einen denkbaren Ersatz oder künftige Konkurrenz der NATO halte. Ich meine, es ist eine Chance und Notwendigkeit für Europa, sich gemeinsam der Aufgabe der Verteidigung und globalen Friedenssicherung zu stellen. Wir haben das bislang viel zu wenig und unkoordiniert getan. Unter den aktuellen weltpolitischen Vorzeichen müssen wir Versäumtes nachholen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Sicherheitslage in und um die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren erheblich verschärft. Die EU wird nicht nur in einer nie dagewesenen Weise durch internationalen Terrorismus bedroht, sondern sieht sich auch der Gewalt in der Ukraine, Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten gegenüber. Diesen Herausforderungen kann kein Land oder Organisation alleine begegnen.

Vielmehr muss die Europäische Union ihre Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter ausbauen und zu einer wirksamen Europäischen Verteidigungsunion zusammenwachsen. Dies sind wir nicht nur den Bürgern Europas, sondern in erster Linie den vielen stationierten zivilen und militärischen Angehörigen der Streitkräfte schuldig.

Durch die Bündelung von Kapazitäten, wie es bereits in den EU-Battlegroups der Fall ist, stärken wir die Kooperation und Verteidigungsstärke aller Mitgliedstaaten mit gleichzeitig einhergehenden Kostensenkungen der Verteidigungsetats der Mitgliedsländer. Um dieses Ziel zu erreichen, gilt es zunächst, permanente Strukturen auf europäischer Ebene zu implementieren. Zu diesen Strukturen gehört unter anderem ein europäisches Verteidigungshauptquartier.

Mit einer permanenten europäischen Verteidigungsstruktur ist die Europäische Union zukünftig im größeren Maße in der Lage, auf Sicherheitskrisen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft zu reagieren und damit ihrer historischen Verantwortung als Friedensprojekt gerecht zu werden.

In einer Welt mit globalen Herausforderungen an unsere Sicherheitslage dürfen wir nicht in nationalen Antworten denken. Nur mit gebündelten Kräften können wir diesen Herausforderungen zukünftig begegnen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against. Immediately following Brexit, the EU Commission and several key Member States began preparations for the further integration of EU Member States' military policies. This has given further impetus for more areas of integration in defence and industrial policy; ultimately leading to a defence union. This report is full of calls for more financial spending, greater use of existing tools, and the creation of EU strategic autonomy. The final article lists 21 new policy initiatives the Parliament wants the Commission to pursue.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – L'idée d'une défense commune à l'Union européenne est symboliquement désastreuse: elle sape toute souveraineté en mutualisant une compétence régalienne et en nous mettant gravement en danger, à une époque où les États ont besoin d'être capables de se défendre individuellement face à une menace.

Le prétexte du terrorisme ne plaide en rien pour une telle politique, dont on a justement clairement perçu les limites en la matière.

Pour ces raisons, je me suis opposée à ce rapport.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Beaucoup d'orateurs ont affirmé hier que les tendances isolationnistes affichées par M. Trump rendaient plus que jamais nécessaire une défense européenne. Mais une défense européenne contre qui, contre quoi, au service de quels intérêts diplomatiques et stratégiques?

Paradoxalement, toujours au service des intérêts américains. D'une part, il n'existe pas de politique extérieure cohérente de l'Union européenne, tant les intérêts et traditions des États membres divergent. D'autre part, le rapporteur n'envisage pas de cesser d'inclure la sécurité européenne dans le cadre de l'OTAN. Une armée «européenne» n'aurait donc d'«européenne» que le nom. Privée de sa composante britannique par le Brexit, elle se réduirait à une armée française, laminée par les coupes budgétaires, épaulée par quelques unités disparates d'autres pays, engagée sur des théâtres d'opérations extérieurs très éloignés de l'Atlantique nord mais décidés à Washington.

Engagée contre qui d'ailleurs, dans le futur ? Le rapporteur se garde bien de préciser sa pensée: vagues missions humanitaires ou de maintien de la paix, vagues définitions de menaces qui n'incriminent personne en particulier.

J'ai donc voté contre.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la Unión Europea de Defensa, porque propone dotar de una mayor autonomía estratégica a la Unión en políticas de defensa y una mayor coordinación, pero lo hace proponiendo medidas que en absoluto garantizan llegar a soluciones ante las problemáticas de seguridad que existen a nivel global. El informe pide que se destinen recursos específicos para la cooperación militar entre Estados miembros, crear una Unión Europea de Defensa, más allá de la Política Común de Seguridad y Defensa, convocar reuniones a nivel europeo de Ministros de Defensa, y crear un cuartel general de la Unión, entre otras medidas. Ninguna de estas medidas está orientada a resolver las causas que provocan las amenazas a la seguridad en la Unión, ni mucho menos contribuyen a generar un marco de estabilidad, cooperación y paz entre los países.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În calitate de raportor alternativ în Comisia IMCO pentru avizul privind Uniunea Europeană a Apărării, consider acest raport foarte important pentru politica de securitate și apărare comună prevăzută de Tratatul de la Lisabona, potrivit căreia UE trebuie să promoveze pacea și securitatea la nivel global. O cooperare europeană consolidată în domeniul apărării ar conduce la o mai mare eficacitate, la sporirea activelor și a capabilităților UE, precum și la eventuale efecte pozitive asupra cercetării și aspectelor industriale din domeniul apărării. Dezvoltarea capabilităților UE prin achiziții publice comune ar putea oferi un impuls pentru industria de apărare a Europei, inclusiv pentru IMM-uri, care stimulează creșterea economică și crearea de locuri de muncă. Este importantă încurajarea unei piețe europene a apărării funcționale, accesibile și transparente, care să sprijine IMM-urile și să aibă scopul de a capacita statele membre să-și maximizeze bugetele de apărare și de securitate.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted against this report as it offers ideas which could duplicate the work of NATO or interfere in an area of Member State competence.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à renforcer l'autonomie de l'Europe en matière de défense. L'Europe doit être capable de mieux garantir la sécurité et la protection de ses citoyens et de stabiliser son environnement extérieur. Pour cela, des mécanismes de financement commun doivent être développés et l'usage des groupements tactiques de l'UE doit être plus flexible. Il est également envisagé de partager du matériel non létal (véhicules de transport…) et de développer un programme commun de recherche en matière de défense. Il est essentiel de consolider la base industrielle, technologique et de recherche européenne en matière de défense et d'encourager l'investissement dans les nouvelles technologies. Maintenant que Donald Trump est à la tête des États-Unis, l'Union européenne doit plus que jamais apporter la preuve qu'elle est capable de faire face de façon autonome aux menaces contre ses intérêts de sécurité, d'apporter son aide à ses partenaires et de protéger son territoire et ses citoyens en toute indépendance vis-à-vis de l'OTAN.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Det försämrade säkerhetspolitiska läget i EU:s närområde har aktualiserat frågan om utvecklingen av den gemensamma säkerhets- och försvarspolitiken (GSFP). Vi svenska socialdemokrater anser att vi behöver ett handlingskraftigt och enat EU för att kunna möta de utrikespolitiska utmaningar vi står inför idag och ser mycket positivt på effektivisering av GSFP och ökat samarbete mellan medlemsstaterna i dessa frågor.

Säkerhets- och försvarspolitiken är ett av flera viktiga verktyg EU har till sitt förfogande för att bidra till att skapa en mer stabil och säker omvärld. Vi hade därför önskat att betänkandet tagit ett bredare perspektiv på säkerhetsbegreppet för att bättre reflektera prioriteringarna i EU:s globala strategi (EUGS). Det hade varit önskvärt med ett större fokus på den viktiga balansen mellan civila och militära kapaciteter för att EU effektivt ska kunna tillhandahålla krishantering, stabiliseringsinsatser och konfliktförebyggande åtgärder.

Flera av de förslag som presenteras i betänkandet, däribland ökad finansiering genom EU-medel, riktat stöd till försvarsforskning och försvarsindustri, samt det uttalade kravet på inrättandet av en europeisk försvarsunion är mer långtgående än vad vi vill se. Vi anser att beslutskompetensen inom säkerhets- och försvarspolitiken fortsatt bör vara nationell behörighet. Av den anledningen valde vi att inte stödja betänkandet i sin helhet.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdasági bizonytalanság, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. A példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy a hosszú távú biztonság érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση κινείται στην λογική της στρατιωτικοποίησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Προωθεί τον στόχο να αναπτύξει η Ευρωπαϊκή Ένωση τις στρατιωτικές της ικανότητες, ώστε να είναι έτοιμη να επέμβει σε οποιαδήποτε κατάσταση εντός ή εκτός των συνόρων της. Επίσης επιδιώκεται να συμβάλει η Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση στην ενίσχυση του έργου του ΝΑΤΟ. Επιπρόσθετα ζητεί τη δημιουργία ενός ταμείου εκκίνησης για τις προπαρασκευαστικές δραστηριότητες πριν από τις στρατιωτικές επιχειρήσεις, καθώς και την ενίσχυση της συνεργασίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το ΝΑΤΟ. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted against the report as I felt that it went too far in terms of harmonising security and defence policy at EU level. I also believe that for neutral countries, such as Ireland, an EU Defence Union undercuts this long-standing policy. Finally, I do not believe that it is in the interest of the EU to use funds in the budget on defence spending.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf europäischer Ebene. Die EU-Mitgliedstaaten sollen dabei enger kooperieren, mehr Geld für Verteidigung ausgeben und neue Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen vonseiten der EU in Gang setzen.

Nach Auffassung der EKR-Fraktion ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Iris Hoffmann (S&D), *schriftlich*. – Grundsätzlich unterstütze ich die Forderung nach einer besseren Koordinierung in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, insbesondere aus Kostengründen und wegen der entstehenden Synergieeffekte. So sehr ich die Vertiefung der GSVP als langfristiges strategisches Ziel auch nachvollziehen kann, so kritisch möchte ich diesen Prozess auch begleiten. Insgesamt ist das gesamte Vorhaben noch zu unkonkret.

Den Ansatz für den Bericht halte ich aber für grundsätzlich falsch, denn es fehlt an einer konkreten strukturellen und inhaltlichen Grundlage.

Bevor wir einem solchen ambitionierten Vorhaben zustimmen, müssen zunächst die Mitgliedstaaten dazu bereit sein, diese Mittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus erwarte ich, dass zugleich der Europäische Rat eine inhaltlich abgestimmte Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dem Parlament zuleitet. Dazu bedarf es dann einer breit angelegten parlamentarischen Debatte über die Ziele eines solchen Vorhabens und dessen Umsetzung. Daher lehne ich den Bericht ab.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Vi har i dag röstat för betänkande om en europeisk försvarsunion. Vi har däremot inte stött förslag om att EU ska ha egna militära förband, egen finansiering av militär förmåga eller kunna fatta egna beslut om militära operationer. Detta är frågor som är och ska förbli nationell suveränitet och en fråga medlemsstaterna emellan.

Vi anser det däremot vara viktigt att slå vakt om solidariteten mellan medlemsstaterna och att försvarssamarbetet mellan medlemsstaterna utvecklas. Den gemensamma förmågan att verka mot terrorism, desinformation, ekonomisk krigföring och politisk destabilisering måste stärkas liksom förmågan att leda militära fredsbevarande och fredsskapande operationer. Allt detta utan att inkräkta på att det är Nato som är den gemensamma struktur som står för det gemensamma försvaret av europeiskt territorium och fred.

Vi stöder förslagen om att öka anslagen till de nationella försvaren men understryker att det är upp till varje medlemsstat att besluta om sina mål och i vilken takt man vill och kan uppnå dessa.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához. A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre.

A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar állásponttal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I fully support the development and fostering of the EU's autonomous defence capacity. The European Defence Union should be supported in order for the EU to have its own common military capability.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za izvješće o Europskoj obrambenoj uniji (2016/2052(INI)), s obzirom da postoje jasne potrebe za promjenom dosadašnjeg modela budući da se posljednjih godina sigurnosna situacija u Europi i njezinu susjedstvu znatno pogoršala i stvorila nove izazove s kojima se nijedna zemlja ne može sama nositi. Vojne prijetnje, terorizam, hibridne prijetnje, gospodarska nestabilnost, kibernetička i energetska nesigurnost, organizirani kriminal predstavljaju glavne sigurnosne prijetnje u sve složenijem i povezanijem svijetu. Trošak neujedinjene Europe u području obrane i sigurnosti procjenjuje se na 26,4 milijarde EUR godišnje. Kako bi ostvarila svoju dugoročnu sigurnost, Europa osim političke volje treba i brojne konkretne instrumente, uključujući oblikovanje zajedničke obrambene politike, te dodatna sredstva za realizaciju modernih vojnih kapaciteta. Potrebno je uspostaviti vijeće ministara obrane u svrhu omogućavanja održivog političkog vodstva i koordiniranja oblikovanja Europske obrambene unije. Iako NATO mora ostati temelj kolektivne obrane u Europi, politički prioriteti NATO-a i EU-a ne moraju uvijek biti isti, te EU mora biti spremnija za samostalno osiguranje od mogućih prijetnji. Potrebno je što prije donijeti strategiju u kojoj bi bili opisani koraci koji se trebaju poduzeti kako bi se uspostavila i provela Europska obrambena unija.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Bezpečnostní situace v Evropské unii se stala méně předvídatelnou a stabilní. EU musí přijmout příslušná opatření, aby docílila maximální kontroly svých vnějších hranic. Jedině zvýšením investic do obrany bude možné plnohodnotně reagovat na znepokojení občanů členských států EU, které plyne z nedůvěry v akceschopnost Unie v této oblasti. Hlasoval jsem pro zprávu o evropské obranné unii, protože představuje krok směrem k vojenské spolupráci mezi členskými státy, která bude více systematická. Hlavním doporučením je zvýšit výdaje členských států na obranu na 2 % jejich HDP. Rovněž je potřeba uzpůsobit činnost bojových skupin EU a více rozvinout zbrojní průmysl. To vše plně v souladu s NATO.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Urmas Paet relatif à une coopération de l'UE en matière de défense. Au vu de la situation sécuritaire à l'intérieur et à l'extérieur des frontières européennes, je soutiens le renforcement de la coopération militaire au niveau européen en collaboration avec l'OTAN. Cette initiative ne conduira pas à la création d'un contingent militaire européen mais à une rationalisation des coûts, évitant ainsi les doubles emplois et les surcapacités qui font perdre des millions d'euros aux États membres.

Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à réfléchir et à imaginer une nouvelle politique européenne de la défense face aux enjeux actuels de sécurité auxquels nos États sont confrontés. Une PSDC (politique de sécurité et de défense commune) réformée et basée sur un solide principe de défense, un financement plus efficient et une coordination avec l'OTAN sont trois axes prioritaires. La création d'une Union européenne de la défense doit passer par une coopération permanente, c'est pourquoi je suis en accord avec les propositions de ce rapport: création d'un comité permanent des ministres de la défense, d'unités permanentes, d'un fonds de démarrage militaire, renforcement et élargissement du mécanisme Athéna (financements communautaires des opérations militaires de sécurité et de défense).

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – I voted in favour of Mr Paet's approach as it becomes more and more necessary for Europe to articulate a strong position when it comes to defence. We are experiencing very challenging times in a changing political environment. Europe should be able to respond to those challenges. However I need to stress the importance of cooperation with NATO so as to avoid duplication and to make sure that our resources are used in the most efficient way.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne den Vorschlag einer Verteidigungsunion ab. Die Planung einer solchen Verteidigungsunion würde auf eine zukünftige EU-Armee hinauslaufen und stellt einen großen Schritt hin zu einer Beschneidung der Mitgliedstaaten bezüglich ihrer militärischen Souveränität dar. Außerdem ist es meines Erachtens fragwürdig, wie ein Land wie Österreich, dessen militärische Neutralität hohes Ansehen in Politik und Gesellschaft genießt, einem solchen stark an die NATO angebundenen Bündnis zugehören könnte. Im Hinblick auf die wichtigen EU-Russland-Beziehungen kann dieser Bericht auch als Provokation verstanden werden.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted against the report as it offers ideas which could duplicate the work of NATO or interfere in what should be a Member State competence.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – I respekt for det danske forsvarsforbehold har vi stemt imod initiativbetænkningen om en europæisk forsvarsunion.

For Socialdemokratiet er, og bliver, NATO både Danmarks og EU's primære og vigtigste sikkerhedsgarant. Derfor er det også afgørende for os, at de tiltag hen i mod øget forsvarssamarbejde, som andre EU-lande måtte ønske at deltage i, er fuldt kompatible med NATO-samarbejdet og dets strukturer.

Vi støtter ikke tanken om en EU-hær, men ser selvsagt gerne, at der udvikles mulighed for at koordinere materielindkøb bedre, samt andre praktiske tiltag, som kan føre til lavere udgifter på tværs af landene, og som ikke er underlagt forsvarsforbeholdet.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Zpráva Urmase Paeta jako celek je výzvou k budování společné intervenční armády zemí EU. Budeme v ní těžko hledat požadavek na radikální řešení (rozuměj likvidaci) zbraní hromadného ničení na evropské a světové úrovni. Evropská obranná agentura má podle této zprávy výrazně spolupracovat na přípravě agresí států EU proti třetím zemím. Zcela nesmyslně je za velké nebezpečí považováno vedle Islámského státu i Rusko. Návrhy směřují, vedle výrazného posílení finančních prostředků vynakládaných národními státy na armádu, ke specializacím armád jednotlivých zemí a dále ke sdružování společných nákupů a k údržbě sil a materiálu za účelem zajištění kompatibility. Evropský parlament je vyzýván k zřízení nového výboru pro bezpečnost a obranu, v podtextu čehož je vytvoření společného průmyslového a technologického vojenského komplexu. Návrh rovněž požaduje, aby část výdajů na operace v této oblasti byla hrazena z rozpočtu EU. Přestože se na mnoha místech návrh zaklíná NATO jako základem kolektivní obrany v Evropě, žádá urychlit vytváření sil pro mise společné bezpečnostní a obranné politiky. Protože se v celé zprávě nevyskytují odkazy na teritoriální obranu, ale zjevně je celá obranná strategie orientována na intervence mimo území EU, jsem nucen zprávu v celé šíři odmítnout. Obrana a bezpečnost nemohou být založeny na přípravě intervencí mimo teritorium EU.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf europäischer Ebene. Die EU-Mitgliedstaaten sollen dabei enger kooperieren, mehr Geld für Verteidigung ausgeben und neue Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen vonseiten der EU in Gang setzen.

Nach Auffassung der EKR-Fraktion ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Jsem přesvědčena, že žijeme ve světě, který před nás klade nové bezpečnostní otázky, a je naší povinností jakožto přímo volených zástupců na ně reagovat. Obávám se však, že společná evropská armáda by byl krok špatným směrem, pokud by se mělo jednat pouze o jakýsi doplněk NATO, který stejně nebude fungovat. Vzhledem k tomu, že bojová seskupení EU, která dosáhla plné operační schopnosti v roce 2007 a jejichž posláním je nasazení k vojenským akcím humanitární, mírové a mír nastolující povahy, dosud nebyla využita z důvodů procesních, finančních a politických překážek, přestože k tomu byla příležitost a bylo to třeba, vidíme, že EU není schopna se dohodnout ani na vyslání malého počtu bojových jednotek, a nyní chce budovat společnou evropskou armádu. Poněkud mě zarazilo, že se Evropský parlament domnívá, že s rostoucí integrací vnitřní a vnější bezpečnosti je nezbytné, aby společná bezpečnostní a zahraniční politika překročila rámec řešení externích krizí, skutečně zajistila společnou bezpečnost a obranu a umožnila zapojení Unie ve všech fázích krizí a konfliktů s použitím celé škály nástrojů, které má k dispozici, jelikož v tom osobně vidím volání do zbraně, které by mělo být údajně mírovému evropskému projektu cizí. Hlasovala jsem tedy proti.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar álláspontal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since this report leads Europe to re-militarisation, wasting hundreds of millions of EUR in the EU's budget on defence research programme.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Sajátosan értelmezi a jelentés az uniós költségvetésre vonatkozó EUSZ 41. cikk (2) előírásait, melyek megtiltják, hogy az uniós költségvetést katonai, vagy védelmi vonatkozású műveletekből eredő költségek fedezésére használják fel. Nyilvánvalóan erős lobbiérdekek merültek fel az évi 500 millió eurós védelmi kutatási program elfogadtatása és a tagállamok védelmi kiadásainak a GDP-jük 2%-ára való emelése mellett. De miért szolgálná mindez az uniós polgárok érdekét, miközben a jelenleg legnagyobb biztonsági fenyegetést jelentő, a közel-keleti háborús övezetekből beáramló képzett és harcedzett terroristák ellen vajmi kevés hatékony fellépés történik? Az ellenség már a határokon belül van, nem kívül kell keresgélni.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione poiché credo sia giunto davvero il momento di mettere in piedi una politica di difesa comune dell'Unione in grado di promuovere lo Stato di diritto, la pace e la sicurezza a livello globale.

Tuttavia, per garantire la sicurezza sul lungo termine, l'Europa ha bisogno di volontà e determinazione politica basate su un'ampia gamma di strumenti politici pertinenti. Quindi, non solo una corsa agli armamenti, non solo una militarizzazione in chiave europea dei nostri confini, ma piuttosto un ricorso alla cooperazione strutturata permanente già definita all'articolo 42 del TUE e un richiamo alle attività elencate all'articolo 43. Mi riferisco in particolare alle azioni congiunte in materia di disarmo, alle missioni umanitarie e di soccorso, alle missioni di consulenza e assistenza in materia militare, alle missioni di prevenzione dei conflitti e di mantenimento della pace e alle missioni tese al ristabilimento della pace e le operazioni di stabilizzazione al termine dei conflitti. Anche questa è difesa europea e anche tutte queste azioni possono contribuire alla lotta contro il terrorismo, anche attraverso il sostegno a paesi terzi per combattere il terrorismo nel loro territorio.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because nowadays the EU and the Member States face many complex and interconnected security threats such as terrorism, violation of international law by third countries, energy insecurity, cyber attacks and hybrid warfare. Undoubtedly, the current state of the CSDP does not allow the EU and the Member States to address effectively these security threats. The inefficiency of the CSDP can be regarded as one of the reasons why approximately two thirds of EU citizens would like to see greeter EU engagement in matters of security and defence policy.

We should not turn a blind eye to the fact that in times of rising euroscepticism and nationalism, EU citizens increasingly regard security as a high priority and want the EU to show greater leadership. Offering our citizens security makes the establishment of the European Defence Union (EDU) a matter of urgency. I strongly believe that the establishment of EDU starts from a thoroughly revised CSDP, based on a strong collective defence principle, efficient financing and coordination with NATO. In a long term perspective, the establishment of EDU will foster the process of European integration, the EU's role in world politics, safety and security of EU citizens.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. –Secondo recenti statistiche, l'85,1 % dei nostri cittadini vorrebbe che l'Unione si impegni maggiormente su questioni legate alla sicurezza politica e di difesa, trovando soluzioni efficienti che garantiscano una società protetta.

Di fatti, la sicurezza dei nostri Stati è oggi minacciata da fenomeni emergenti tra cui il terrorismo, l'instabilità economica, informatica ed energetica, la criminalità organizzata, e da ultimo i cambiamenti climatici. Tali sfide non possono essere affrontate singolarmente, ma necessitano, al contrario, della collaborazione di tutti gli Stati membri e dell'adozione di programmi sistematici e comuni. Di conseguenza, la relazione del Parlamento sottolinea la necessità di garantire politiche di difesa a lungo termine tramite la creazione di un'Unione europea della difesa, e chiede che venga effettuata una revisione della strategia globale dell'UE.

La sicurezza rientra, indubbiamente, tra le maggiori preoccupazioni dei cittadini europei ed è nostro obbligo fare tutto il possibile per ottenere risultati concreti a loro beneficio.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative, qui donne une nouvelle impulsion au projet d'Union européenne de la défense. Alors que de réelles menaces existent et prennent de l'ampleur, il est nécessaire que les États membres de l'Union européenne intensifient leurs efforts de coopération en matière de sécurité et de défense, pour lutter efficacement contre le terrorisme notamment.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'Union européenne de la défense. Il s'agit d'un des multiples rapports fait pour instrumentaliser le Brexit afin de renforcer l'Union européenne, le cas échéant en tentant de réanimer la politique de défense européenne. La politique de défense européenne est un serpent de mer de 15 ans d'âge qui se base, de ses propres aveux, sur l'OTAN. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte (points 3, 36, 37 et 38) et trahit la nature réelle de l'UED. Quoi qu'il en soit, l'Union européenne ne dispose d'aucune légitimité politique, organisationnelle ou autre pour s'arroger la compétence en matière de la défense des États membres.

Bogusław Liberadzki (S&D), *na piśmie*. – Europejska Unia Obrony jest innowacyjnym rozwiązaniem ważnego i narastającego problemu zdolności obronnej Unii Europejskiej. Jest to pierwszy praktyczny, ale ważny krok podjęty w coraz bardziej złożonych okolicznościach i w czasie narastających niebezpiecznych sygnałów i zachowań płynących ze Wschodu Europy. Dodatkowo zachowanie nowej administracji waszyngtońskiej nie jest jednoznaczne.

Podkreślić należy przyjęty wniosek, aby każde państwo wywiązało się z obowiązku wydatkowania 2 % PKB na cele obronności. Polska wywiązuje się z tego zobowiązania. Dodatkowe zasoby na tworzenie Europejskiej Unii Obrony winny być przewidziane w nowych wieloletnich ramach finansowych, ale nie tylko pod kątem polityki spójności. Należy uwzględnić wysiłek budżetowy każdego państwa. Trzeba wspierać rozwój w dziedzinie WPBiO i zachęcać do dalszych kroków w celu zwiększenia zdolności obronnych UE z pełnym poszanowaniem traktatów, prawa międzynarodowego i praw człowieka.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui profite du flottement post-Brexit pour tenter de relancer la politique européenne de défense, serpent de mer défendu bec et ongles par l'OTAN.

Notre groupe n'approuvant pas le retour de la France dans le commandement intégré de l'OTAN, acté par Nicolas Sarkozy, et le lien consubstantiel de l'Alliance avec cette idée de politique européenne de défense, je me suis opposé à ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es desarrollar proyectos comunes, y se espera que el dinero aportado pueda movilizar hasta 5 000 millones de euros al año a partir de 2017. Además, se pretende fomentar la investigación y el desarrollo en proyectos militares. Hasta ahora, el gasto comunitario en innovación excluía los usos militares, pero en 2017 se destinarán 25 millones y a partir de 2020, se prevén 500 millones al año.

He rechazado este informe que pretende el fortalecimiento de la perspectiva securitaria y militarista y, que exige a los Estados que destinen el 2 % del PIB en defensa, cuando la población europea se hunde cada vez más en la miseria y el desempleo (los datos nos dicen que en el Estado español 1 de cada 5 hogares están bajo el umbral de la pobreza, y el paro se sitúa cerca de los 4 millones de parados/as). Lo que deberían los Estados es incrementar la inversión social y creación de puestos de trabajo, no contribuir a la escalada militarista.

Según el artículo 41, apartado 2, del TUE no puede haber ninguna financiación militar del presupuesto de la Unión. Mi voto en contra de este informe de línea opuesta y militarista.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Nos hallamos ante un reto que se ha mostrado como trascendental en estos últimos tiempos y que es la seguridad en Europa. Para proteger a la Unión y nuestros ciudadanos es esencial la colaboración de la Unión y sus Estados miembros, empezando por la puesta en marcha de las disposiciones relativas a la defensa, previstas en el Tratado de Lisboa.

El presente informe resalta la importancia de aprovechar todo el potencial del Tratado de Lisboa, en especial la cooperación estructurada permanente prevista en el artículo 42, apartado 6 del TUE, y el establecimiento de disposiciones y orientaciones prácticas para la futura activación del artículo 42, apartado 7, del TUE, sobre la ayuda y asistencia a un Estado miembro víctima de un ataque terrorista. Tampoco olvida la relación de cooperación entre la OTAN y la Unión, añadiendo que la Unión debe estar preparada para actuar sola en el caso que la OTAN no lo haga.

Doy mi voto favorable porque una actuación conjunta mejorará la seguridad, además de contribuir a la reducción de los costes.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf europäischer Ebene. Die EU-Mitgliedstaaten sollen dabei enger kooperieren, mehr Geld für Verteidigung ausgeben und neue Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen vonseiten der EU in Gang setzen.

Nach Auffassung der EKR-Fraktion ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Sigurnosna situacija u Europi i njezinu susjedstvu zadnjih godina znatno se pogoršala i stvorila brojne nove izazove stoga je potrebna organizacijska revizija kako bi se iskoristio puni potencijal Europske obrambene agencije i dokazalo da stvara dodanu vrijednost. Kako bi zajamčila svoju dugoročnu sigurnost, Europa treba političku volju, odlučnost, jake i moderne vojne kapacitete. Europsko vijeće treba predvoditi postupno oblikovanje zajedničke obrambene politike Unije.

Potrebno je izbjeći preklapanja u primjeni instrumenata NATO-a i Unije, a EU mora težiti tome da u obrani može djelovati samostalno, preuzimajući veću odgovornost poboljšanjem opreme, obuke i organizacije. Države članice moraju nastojati ostvariti cilj potrošnje 2 % BDP-a na obranu te da 20 % svojih proračuna za obranu utroše na opremu čiju je nužnost utvrdila Europska obrambena agencija. Vjerujem u važnost suradnje u obrambenoj politici, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The cost of non-Europe in defence and security is estimated at EUR 26.4 billion annually, as the result of duplication, overcapacity and barriers to defence procurement. It is the good platform for cooperation that can reduce unnecessary spending. But I am against imposing an obligation on Member States to spend 2% of GDP for defence.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Teroristické útoky v Európe preukazujú potrebu intenzívnejšej spolupráce Únie v oblasti obrany a bezpečnosti. Okrem koordinovanej a účinnejšej spolupráce spoločná obranná politika eliminuje aj zdvojenie nákladov EÚ a jednotlivých členských štátov na niektoré činnosti. Podporil som návrh zavádzania európskej obrannej únie, ktorá by mala byť budovaná na základe platného práva, vzájomnej spolupráce, rešpektovania práv členských štátov a spolupráce s medzinárodnými obrannými spoločenstvami. Posilnenie bezpečnosti a obranyschopnosti Únie pokladám za prioritu, ktorá zároveň zvýši aj zníženú dôveru obyvateľov v akcieschopnosť Únie.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Les attaques terroristes, la déstabilisation des pays voisins de l'Union et l'insécurité cybernétique sont autant de facteurs qui rendent une meilleure coopération en matière de sécurité et de défense nécessaire au sein de notre Union.

Le présent rapport soutient l'idée d'une construction progressive de l'Union européenne de la défense notamment à travers l'introduction d'un «Semestre européen de la défense», la création d'un quartier général de l'Union afin de planifier et de commander des opérations de gestion de crise ou encore un meilleur investissement dans le domaine de la recherche en matière de défense.

Afin de bâtir un espace européen toujours plus sûr et apte à répondre aux défis actuels, nos forces armées se doivent de collaborer plus étroitement; c'est pourquoi je soutiens ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte a pour objectif de développer la politique de défense européenne. Il profite du Brexit pour tenter de donner un souffle nouveau à ce projet qui pourtant a démontré son efficacité, et qui reconnaît lui-même se fonder sur l'OTAN. Cette Union européenne de la défense permet en réalité de fournir des troupes, de la part des États membres qui ont encore un outil militaire, aux États membres qui en sont dénués.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on European Defence Union. Security and defence are key topics that require the EU's utmost attention. The proliferation of terrorist organisations in the Middle East and North Africa is posing a security threat to the European continent, and, therefore, requires cooperation from all Member States as terrorism cannot be tackled effectively by one country only.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório promove o reforço de uma perspetiva securitária no plano interno e uma perspetiva militarista no plano externo da UE, ou seja, uma política comum de armamento.

Propõe, nomeadamente, o aumento das despesas militares, usando 2% do PIB para esse fim e 20% dos seus orçamentos de defesa identificados como necessários, o que viola o n.º 2 do artigo 41.º do TUE.

O que este relatório defende é a (re)militarização da Europa, assente numa visão securitária e de Europa-fortaleza. Votei contra.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Das langfristige Ziel einer Verteidigungsunion ist der Aufbau einer EU-Armee, was der erste Schritt zur endgültigen Abschaffung der Souveränität der Mitgliedstaaten ist. Die angedachte enge Kooperation mit der NATO und das im Bericht versuchte Säbelrasseln gegen Russland einerseits und die Treue zur österreichischen Neutralität andererseits sind die Gründe, gegen diesen Bericht zu stimmen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento pranešimą. Atsižvelgdami į sudėtingą geopolitinę situaciją privalome dėti visas pastangas, kad užtikrintume savo saugumą ir stiprintume Europos valstybių narių bendradarbiavimą ir tarpusavio supratimą šioje srityje. Vis dėlto manau, jog Europinės iniciatyvos gynybos srityje neturėtų dubliuoti NATO struktūrų atliekamų funkcijų.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tente de réanimer la politique de défense européenne, chimère se basant sur l'OTAN et visant à fournir des troupes à certaines puissances par les États ayant un outil militaire encore apte.

Ce qui, sans la Grande-Bretagne, ne pourra concerner bientôt plus que la France malgré une armée en voie de délabrement. Je me suis donc opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Para garantir a sua segurança a longo prazo, a Europa necessita de vontade política e de determinação sustentada por um amplo conjunto de instrumentos políticos pertinentes, incluindo capacidades militares fortes e modernas.

A criação da política de defesa comum da União constitui um progresso na aplicação da Política Comum de Segurança e Defesa do Tratado de Lisboa, que está sujeita ao direito internacional e é efetivamente indispensável para permitir que a UE promova o Estado de Direito, a paz e a segurança a nível mundial.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because a European Defence Union will improve Europe's defence in the face of unprecedented security challenges. It is not a question of impinging on States' neutrality but a matter of facing common challenges together.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — De nos jours, la sécurité européenne est de plus en plus menacée. La surveillance de nos frontières pose de nombreux problèmes et incertitudes. Or, l'Union n'est pas équipée pour faire face à cet éventail de menaces en matière de défense. Ces trente dernières années se sont caractérisées par des coupes constantes dans les budgets de la défense des EM et une coopération occasionnelle. Il n'y a pas de communauté de destin sans défense commune. Il ne peut y avoir de politique étrangère sans une politique de défense de l'Union proportionnelle à sa capacité économique. Il nous faut être plus cohérent et mettre nos effectifs militaires ensemble. Il nous est nécessaire de mettre en œuvre une nouvelle approche qui tienne compte de l'environnement sécuritaire profondément modifié et faire de l'Union un acteur plus important dans le domaine de la sécurité. L'Europe ne peut plus s'en remettre au bouclier stratégique américain. Elle doit développer une défense et être le bras armé de l'OTAN. Selon l'étude du Parlement européen sur le coût de la non-Europe 2014-2019, le gain d'efficacité potentiel d'une meilleure coordination au niveau européen en matière de sécurité et de défense pourrait atteindre les 26 milliards d'euros.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Súčasná napätá bezpečnostná situácia v Európe a vo svete si vyžaduje, aby EÚ držala spolu a spoločne a systematicky konala. Na tento účel je potrebné, aby európske ozbrojené sily užšie spolupracovali a aby vojenský personál spolu viac a lepšie cvičil. Podľa Eurobarometra z júna tohto roku si až 2/3 občanov EÚ želá, aby sa Únia viac zapájala do záležitostí bezpečnostnej a obrannej politiky. Článok 42 Zmluvy o Európskej únii stanovuje možnosť vytvorenia obranných inštitúcií, ako aj vymedzenie európskej politiky v oblasti spôsobilosti a vyzbrojovania. Spoločná obranná únia by posilnila schopnosť Európy presadzovať bezpečnosť na jej území aj za jej hranicami, ako aj partnerstvo s NATO, čím by došlo k ešte účinnejšej teritoriálnej, regionálnej, ale aj celosvetovej bezpečnosti a obrane. Prvým krokom k spusteniu európskej obrannej únie by malo byť aktivovanie stálych štruktúr spolupráce, ako aj implementácia akčného plánu pre globálnu stratégiu EÚ. Myslím si, že súčasné bezpečnostné podmienky a výzvy si vyžadujú silnú Európu v oblasti obrany. Únia by mala využiť svoj potenciál a zastávať silnú pozíciu v otázke bezpečnosti na celosvetovej úrovni.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – In the current global geopolitical situation with an increase in security threats in Europe and in our neighbouring countries, such as human trafficking, arms trafficking, terrorism attacks and wars, I support the idea of progressing in the direction of a European Defence Union and EU actions for the creation of good governance structures, respect for rule of law and human rights, and the prevention and fight against radicalisation. I agree that the CSDP has a key role to play in conflict prevention as well as in post-conflict capacity and peace building in ensuring a global stable environment. CSDP missions and operations can be an integral part of preventive engagement and crisis response mechanisms especially if activated in a timely and effective manner. Having said that however, I also disagree with a number of paragraphs in the report, such as putting binding commitments on Member States concerning how much they need to spend from their GDP to sustain the increase in the defence industry and on creating a European Defence Research programme with a total budget of at least 500 million per year. Therefore, I abstained at the final report.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Pártom, a Demokratikus Koalíció hosszabb távon az Európai Unió föderációvá történő alakításában, az Európai Egyesült Államok létrehozásában gondolkodik. Nyilvánvaló, hogy ennek kihagyhatatlan lépése az Európai Védelmi Unió létrehozása. A Védelmi Unió megalakítására azonban rövidebb távon is szükség van. Mindinkább látható, hogy a migrációs válsággal csak közös politikával lehet hatékonyan szembenézni – beleértve annak védelmi vonatkozásait is. Az Uniónak továbbá vállalnia kell a világ biztonságát fenyegető válsággócok kezelésében rá háruló felelősséget, ami megint csak a közös védelmi politika kialakítását föltételezi.

Nem tartható fenn a végtelenségig az a helyzet sem, hogy az Európai Unió tagállamainak biztonságát legfőképpen a NATO garantálja, ám ennek terhei aránytalanul nagy mértékben hárulnak az Amerikai Egyesült Államokra. Donald Trump elnökké választása előre vetíti, hogy az USA ennek az egyoldalúságnak gyorsan véget fog vetni, egy esetleges ilyen lépés pedig nem érheti készületlenül az Európai Uniót. Az Egyesült Államok ráadásul nyilván inkább mutat majd hajlandóságot ezirányú lépéseinek megfontoltabb megtételére, amennyiben az EU a mainál komolyabb hajlandóságot mutat saját maga és biztonsága megvédéséből kivenni a részét. Végül az Európai Védelmi Unió létrehozása irányába történő határozottabb lépések megtételéhez minden korábbinál jobb lehetőséget biztosít a legfőbb ellenző, az Egyesült Királyság EU-ból való, küszöbönálló kiválása. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un des multiples rapports faits pour profiter du Brexit afin de tenter de réanimer la politique de défense européenne. La politique de défense européenne est un serpent de mer de 15 ans d'âge qui se base de ses propres aveux sur l'OTAN. Il faut rappeler qu'elle fut la principale cause agréée par Nicolas Sarkozy pour le retour de la France dans le Commandement intégré. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte (points 3, 36, 37 et 38) et trahit la nature réelle de l'UED qui est la fourniture de troupes supplétives pour ceux qui ont un outil militaire encore apte à d'autres puissances (ce qui, sans la Grande-Bretagne, ne sera bientôt que le cas de la France avec pourtant une armée en voie de délabrement). Je vote contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La politique de défense est peut-être la plus cruciale pour un État. Sans défense propre, l'État n'en est pas un. Toute volonté de fédéraliser la défense doit donc être vue pour ce qu'elle est vraiment: une volonté de créer un État européen contre la volonté des peuples.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted against the report as it offers ideas which could duplicate the work of NATO or interfere in what should be a Member State competence.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte qui pousse la mise en place d'une défense européenne. Si je suis favorable à une coopération approfondie entre les armées européennes, je suis attachée, en tant que Gaulliste, à la souveraineté des États en matière militaire. Je considère en effet que les intérêts des États membres de l'Union européenne ne sont pas toujours les mêmes. À partir de ce constat, l'instauration d'une défense européenne n'est pas concevable aujourd'hui.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – La situazione geopolitica internazionale richiede una politica di difesa comune.

La frammentazione dei sistemi di difesa UE costa ogni anno quasi 26 miliardi di euro. Il cambiamento degli scenari a Est e Sud chiede di pensare a meccanismi di difesa integrati, complementari alla NATO. È di fondamentale importanza un coordinamento orizzontale degli Stati membri affinché non si sprechino risorse e si garantiscano risultati migliori. Serve, tra l'altro, incrementare gli investimenti nella difesa, raggiungendo l'obiettivo NATO del 2 % del PIL, anche per avere nel quadro atlantico una posizione europea più forte. In concomitanza, si potrebbe destinare parte del bilancio europeo alla cooperazione in materia di difesa, anche con prescrizioni specifiche nel quadro finanziario pluriennale.

Creare una sorta di Schengen della difesa ha l'obiettivo di evitare che la politica dell'UE dipenda solo da alcuni Stati membri, o che non sia un attore di peso nelle scelte della NATO. Un commissario della difesa europeo, incontri più regolari dei ministri della difesa europei, meccanismi di cooperazione strutturata anche per l'invio di forze multinazionali, un quadro per la ricerca tecnologica nel settore della difesa che garantisca autonomia strategica e valorizzando le eccellenze europee del settore: questi sono gli ultimi passi per creare una vera difesa comune europea.

József Nagy (PPE), *písomne* — Posilnenie obranyschopnosti EÚ je správna myšlienka, ale tento odkaz prišiel vo veľmi nevhodnom čase. EÚ musí sústreďovať svoje obranné sily v NATO, v rámci ktorého skôr či neskôr vznikne spoločná obranná politika aj armáda. V kontexte amerických prezidentských volieb však tento signál môže byť zle pochopený a oslabovať NATO.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Due to the latest developments, Europe's security environment is facing new challenges thus calling for the revival of European security cooperation and integration. I voted for this report that stresses the need for a broad set of relevant policy instruments as well as strong and modern military capabilities in order to ensure long-term security in Europe.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru raportul referitor la Uniunea Europeană a Apărării, deoarece este nevoie de promovarea unei cooperări europene mai ample și mai sistematice în domeniul apărării, pentru a asigura disponibilitatea unor capabilități esențiale.

O politică de apărare comună a Uniunii ar trebui să întărească capacitatea Europei de a promova securitatea în interiorul și în afara granițelor sale, precum și să întărească parteneriatul cu NATO și relațiile transatlantice și, prin urmare, va face posibilă o NATO mai puternică, promovând astfel, în continuare, o securitate și o apărare mai eficiente la nivel teritorial, regional și global.

Încurajăm Comisia să lucreze în colaborare cu Agenția Europeană de Apărare pentru întărirea bazei industriale și tehnologice a sectorului apărării, esențială pentru autonomia strategică europeană. Cercetările efectuate în colaborare cu industria europeană de apărare din toate statele membre pot ajuta la reducerea fragmentării sectorului și pot crește competitivitatea acestuia.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport, deoarece propune un cadru de măsuri realiste în ceea ce privește acțiunile ce trebuie întreprinse pentru înființarea unei Uniuni Europene a Apărării. Documentul subliniază importanța dezvoltării continue a politicii europene pentru apărarea cibernetică, cu scopul creșterii capabilităților de apărare cibernetică de care statele membre dispun, precum și a cooperării operaționale și a schimbului de informații.

În ceea ce privește componenta legislativă, raportul solicită Parlamentului European să instituie o Comisie pentru securitate și apărare de sine stătătoare, care să aibă drept obiectiv monitorizarea și punerea în aplicare a unei cooperări permanente și structurate în ceea ce privește domeniul apărării europene.

Tot la nivel instituțional, împărtășesc viziunea de reformă propusă de raportor, prin solicitarea adresată Consiliului Uniunii Europene de a institui, ca un prim pas, un format permanent pentru întâlniri care să reunească miniștrii apărării din statele membre, în cadrul unui forum decizional și consultativ.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o evropské obranné unii, protože se domnívám, že s ohledem na existující rizika a hrozby v Evropě by měla být vytvořena evropská obranná unie, zvláště kvůli neustále se zhoršující bezpečnostní situaci na hranicích Evropské unie, zejména ve východním a jižním sousedství. Proto jsem rád, že tato zpráva byla projednána a dostala jasnou podporu. Jsem toho názoru, že evropská obranná unie by měla být založena na pravidelném společném posuzování bezpečnostních hrozeb prováděném členskými státy, ale současně i dostatečně pružná, aby vyřešila jednotlivé problémy a potřeby členských států v oblasti bezpečnosti. K posílení evropské spolupráce mezi členskými státy v oblasti obrany, kterou považuji za prioritní agendu dneška (včetně strukturované spolupráce založené na principu dobrovolnosti), by měly být využívány všechny dostupné nástroje včetně zapojení zdrojů evropského rozpočtu.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich.* – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da die Planung einer Verteidigungsunion gezielt auf eine zukünftige EU-Armee hinarbeitet. Dies wäre ein erster Schritt, um die militärische Souveränität der Mitgliedstaaten endgültig abzuschaffen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin. Seoses Euroopa julgeolekuolukorra halvenemisega on ülim aeg hästitoimiva Euroopa kaitsekoostöö ülesehitamiseks, kuna Euroopa naabruskond on muutunud paaril viimasel aastal ebastabiilsemaks ja ettearvamatumaks. Raporti eesmärgiks on 2% liikmesriikide SKPst kulutamine kaitsele, NATO infrastruktuuri, nagu kasarmute, teede jne, toetamine ELi poolt ning kaitseväe-Schengeni loomine. Praegu on õige hetk hästitoimiva Euroopa kaitsekoostöö ülesehitamiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu.* – Nepritariu pasiūlymams kuo greičiau sukurti Europos gynybos sąjungą, steigti bendrą ES karinių operacijų vadavietę ir daugiašales pajėgas. Kiekvienos valstybės narės tikslas turėtų būti ne tik ginkluotojų pajėgų stiprinimas, bet ir gerokai platesnio politinio ir diplomatinio dialogo siekis.

Visų pirma, pranešime numatytos priemonės parodo nepasitikėjimą NATO. Be to, siekdami sukurti daugiašales pajėgas, tą nepasitikėjimą patvirtiname dar kartą, o kartu paneigiame esminius bendrijos narių savarankiškumo principus.

Nepritariu pasiūlymui, kad ES lėšos būtų naudojamos bendros gynybos politikos formavimui. Kiekviena valstybė narė turėtų būti skatinama dėti tinkamas pastangas ir pademonstruoti ryžtą apginti savo sienas ir savo piliečius. Naujos ginklavimosi varžybos ar nauji kariniai dariniai anaiptol nėra išsigelbėjimas nuo nuolat augančios įtampos. Jie gali tapti tik didesnių įtampų katalizatoriais.

Manau, kad yra netikslinga vykdyti Europos gynybos semestrą, skirtą su fiskalinėmis pastangomis susijusiai valstybių narių pažangai gynybos srityje įvertinti, taip pat rengti ES baltąją knygą dėl gynybos ir skirti didžiulį vaidmenį Europos gynybos agentūrai.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς.* – Η κατάσταση της ασφάλειας εντός και εκτός Ευρώπης έχει επιδεινωθεί σημαντικά τα τελευταία χρόνια, λόγω των προκλήσεων που καμία χώρα δεν μπορεί να αντιμετωπίσει μόνη της, όπως η τρομοκρατία, οι απειλές και οι παραβιάσεις ασφαλείας στον κυβερνοχώρο και την ενέργεια.

Οι πιο πάνω προκλήσεις δεν αφήνουν άλλη επιλογή στις χώρες της ΕΕ πέρα από το να εντείνουν τη συνεργασία μεταξύ των εθνικών τους ενόπλων δυνάμεων, ανοίγοντας έτσι τον δρόμο για τη δημιουργία μιας Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ένωσης.

Για λόγους αλληλεγγύης και ανθεκτικότητας, η ΕΕ πρέπει να παραμείνει ενωμένη, αλλά και να δρα ενωμένη και συστηματικά.

Μέσω της Ευρωπαϊκής Αμυντικής Ένωσης προτείνεται η καθιέρωση ενός «Ευρωπαϊκού Εξαμήνου Άμυνας, στο πλαίσιο του οποίου κάθε κράτος μέλος θα συμβουλεύεται τους κύκλους σχεδιασμού και τα σχέδια προμηθειών των άλλων κρατών», καθώς και η ενίσχυση και διεύρυνση του ρόλου του Ευρωπαϊκού Οργανισμού Άμυνας.

Το εν λόγω ψήφισμα ζητεί από το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο «να ηγηθεί της σταδιακής οριοθέτησης μιας κοινής αμυντικής πολιτικής της Ένωσης και να παράσχει επιπλέον οικονομικούς πόρους για την εξασφάλιση της υλοποίησής της».

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che nel corso degli ultimi anni la situazione di sicurezza interna dell'Unione europea sia stata messa a dura prova e abbia dato vita a sfide ardue e difficili da sostenere per i singoli paesi o singole organizzazioni.

Oggi, l'Europa è minacciata dal terrorismo e di conseguenza si chiede all'Unione europea di adottare posizioni che siano dirette, mediante lo scambio reciproco di informazioni, a lottare contro la violazione dei diritti dell'uomo. Già nel 2007, al momento della formulazione del trattato di Lisbona si prevedeva la possibilità, per gli Stati membri, di mettere a disposizione mezzi per eventuali operazioni militari e civili nell'ambito del PSDC e la facoltà di costituire un Unione europea della sicurezza e della difesa, che avrebbe portato alla costituzione delle Forze armate europee. Il solo Libro bianco a livello di sicurezza e di difesa rafforzerebbe la PSDC e accrescerebbe le capacità dell'Unione europea, oltre ad avvenire a costi contenuti.

Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The EU needs to reflect about its defence policy in the long term. I supported this report, due to the fact that current increasing security challenges and complexities make this defence policy a more pertinent task. The level of EU ambitions in the area of defence need to significantly increase and be coupled with political will at the highest level to unleash the potential of the Treaties (i.e. permanent structured cooperation) in this regard. This will help to ensure long-term security of the EU and its citizens.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o Europskoj obrambenoj uniji i smatram da je došlo vrijeme da države članice sjednu za stol i dogovore se te definiraju jasan stav o ovome pitanju. Ne ponavljajući opasnost i važnost koordiniranog pristupa sigurnosnim izazovima, za koje smatram da su odlično definirani u tekstu, moram istaknuti jednu važnu stavku za koju smatram da je propuštena biti jasno definirana, a to je institucionalna izgradnja propalih *(failed)* država. Europska unija mora definirati jasne ciljeve na vanjskopolitičkom planu te djelovati sukladno tome. Naša misija mora biti izgradnja postkonfliktnih društava, medijacija između zaraćenih strana te promoviranje europskih vrijednosti demokracije i poštivanja ljudskih prava. Smatram da bi taj dio morao biti ugrađen u tekst izvješća. Rastuća nestabilnost i nesigurnost saveza koje Europska unija ima s velikim svjetskim silama traži nužnu reviziju ne samo obrambene politike, nego šire vanjske politike Unije koja je nekoherentna i nedosljedna. Uspostava Europske obrambene zajednice jasan je i važan korak naprijed u jačanju samostalnosti i kapaciteta Europske unije u području obrane i sigurnosti i pozdravljam izneseno u ovome izvješću.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La politique de défense européenne est un serpent de mer de la construction européenne qui se base, de ses propres aveux, sur l'OTAN. Il faut rappeler qu'elle fut la principale cause actée par Sarkozy pour le retour de la France dans le Commandement intégré. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte (points 3, 36, 37 et 38) et trahit la nature réelle de l'UED qui est la fourniture de troupes supplétives pour ceux qui ont un outil militaire encore apte, à d'autres puissances (ce qui, sans la Grande-Bretagne, ne sera bientôt que le cas de la France avec pourtant une armée en voie de délabrement). Je défends l'indépendance nationale de mon pays, qui passé par la maîtrise totale de sa politique de défense. Je vote donc contre ce texte.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto questa relazione perché l'Unione europea deve sviluppare la cooperazione nel settore della politica comune di sicurezza e difesa e dotarsi di una capacità di difesa autonoma, per essere in grado di proteggere i suoi cittadini e promuovere i suoi valori e interessi, nel pieno rispetto dei trattati, del diritto internazionale e dei diritti umani.

Negli ultimi anni, la situazione della sicurezza ai confini dell'Europa si è considerevolmente deteriorata, dando luogo a crisi che nessun Stato membro è in grado di affrontare e gestire da solo. L'azione esterna dell'Unione per prevenire e mettere fine ai conflitti armati e alle continue violazioni dei diritti umani, per diffondere la democrazia e lo Stato di diritto, per combattere efficacemente il terrorismo, necessita anche della possibilità di dispiegare contingenti militari in tempi rapidi, come previsto dall'art.42 del TUE.

Questo sviluppo delle capacità UE deve realizzarsi in maniera complementare e compatibile con gli obiettivi della NATO, determinando un rafforzamento reciproco e un'azione comune più efficace. Il superamento delle duplicazioni dovute all'esistenza di 28 eserciti nazionali e degli ostacoli nel settore degli appalti pubblici della difesa, infine, libererebbe risorse economiche stimate in 26,4 miliardi di euro all'anno, che potrebbero essere usate meglio altrove.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Stvaranje zajedničke obrambene politike Unije neophodno je za EU što želi promicati vladavinu prava, mir i sigurnost na globalnoj razini. Stoga pozivam države članice da oslobode puni potencijal Ugovora iz Lisabona u pogledu obrambene i sigurnosne politike, posebice u pogledu stalne strukturirane suradnje. Istinski jaka Europska obrambena unija može ponuditi državama članicama jamstva i kapacitete veće od onih koje same imaju, što je posebice potrebno zbog pogoršanja sigurnosnog okruženja na granicama Europske unije. Snažna uloga agencije neophodna je za učinkovitu koordinaciju programa i projekata te uspostavu zajedničke europske politike kapaciteta i naoružanja, izbjegavanju dupliciranja i smanjenju troškova. Pozdravljam zajedničku izjavu predsjednika Europskog vijeća i Europske komisije te glavnog tajnika NATO-a iz srpnja 2016. što ističe potrebu suradnje u području sigurnosti i obrane. Pozivam potpredsjednicu Komisije/Visoku predstavnicu Unije za vanjske poslove i sigurnosnu politiku da pokrene izradu bijele knjige o sigurnosti i obrani EU-a koja će se temeljiti na globalnoj strategiji EU-a. Zato tražim od Vijeća da bez odgađanja dodijeli zadaću izrade nacrta tog dokumenta. Također želim istaknuti kibersigurnost - ovdje su suradnja i integracija od ključne važnosti, ne samo između država članica EU-a, ključnih partnera i NATO-a već i različitih društvenih sudionika jer nije riječ samo o vojnoj odgovornosti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório defende o desenvolvimento das suas capacidades militares para intervenção em qualquer situação dentro ou fora das fronteiras, a pretexto da degradação da segurança na Europa, da luta contra o terrorismo e das «ameaças» que vêm do sul (grupos radicais islâmicos) e de leste (Rússia).

O relatório consolida também a UE como o pilar militar europeu da NATO, contribuindo para o seu reforço e cooperação. Mas não deixa de transparecer a intenção de se afirmar como um bloco militar com aspirações a substituir-se à NATO em determinadas circunstâncias. Defende o aumento da despesa dos orçamentos de defesa, dedicando 2 % do PIB para esse fim.

Propõe-se ainda maior cooperação e financiamento para o desenvolvimento do setor industrial e da investigação militar, promovendo uma política comum de armamento. Defende a criação de um exército europeu, o aprofundamento da Política Comum de Segurança e Defesa e o aprofundamento da Agência Europeia de Defesa.

Um breve resumo das intenções que a maioria da direita e da social-democracia no PE fizeram aprovar, reforçando a visão securitária e militarista da UE, e o seu caráter agressor, bélico, intervencionista e predatório. Políticas que impõem o medo, a guerra e a destruição, contrárias a políticas de Paz e de cooperação entre Estados soberanos.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Bezpečnost je v současné době v Evropě tématem číslo jedna. V návaznosti na závěry bratislavského summitu podporuje tato zpráva myšlenku vytvoření evropské obranné unie, aby mohla Evropa rychle a účinně reagovat na hrozby a dostatečně důrazně chránit zájmy svých občanů. Tato zpráva podporuje zahájení stálé strukturované spolupráce mezi zeměmi EU v oblasti obrany, podporuje vytvoření operační centrály EU, zvýšení podpory pro obranný průmysl. Členské státy by se zároveň měly zavázat k výdajům alespoň 2 % HDP na obranu. Jsem přesvědčen, že je potřeba čelit vzrůstající hrozbě terorismu a celkově se zhoršující bezpečnostní situaci v Evropě a jejím okolí. Nemůžeme ignorovat geopolitický vývoj. Vytvoření evropské obranné unie je podle mého názoru správným krokem, byť o její realizaci a konečné formě se jistě povedou ještě dalekosáhlé debaty.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Questa relazione evidenzia l'importanza del Libro bianco sulla sicurezza e la difesa basata sulla strategia globale dell'UE.

Finalmente all'interno dell'UE sembra che ci si stia accorgendo che senza una politica comune delle difesa non potremmo realizzare una politica estera capace di difendere pienamente gli interessi europei sullo scacchiere internazionale. Per realizzare una difesa comune serve anzitutto promuovere e rafforzare una comune industria della difesa su scala continentale. Solo così potremmo raggiungere i più altri standard tecnologici, competere con le nuove forze militari emergenti, come la Cina, e dotarci di sistemi operativi indipendenti da quelli americani.

In questo settore l'Italia può giocare un ruolo da protagonista e a mio avviso dovrebbe, insieme alla Francia, guidare l'Unione europea della difesa. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Rosnące i bezprecedensowe zagrożenia dla bezpieczeństwa, przed jakimi stoi Europa, doprowadziły do tego, że w niektórych kręgach podnoszą się coraz wyraźniejsze głosy domagające się ściślejszej współpracy w dziedzinie obrony między państwami członkowskimi UE, a niektórzy przekonują, że współpraca ta powinna przybrać kształt formalnej unii obrony. Uważam, że współpraca obronna i współpraca w zakresie rozwoju zdolności obronnych w UE powinna pozostać dobrowolna i nie prowadzić do powielania planowania obronnego NATO. Dotyczy to zwłaszcza kwestii planowania obronnego, zrównoważonego rozwoju współpracy przemysłów obronnych i budowy potencjału obronnego we wszystkich państwach członkowskich. Dlatego wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne est sous la menace constante du terrorisme et des attaques de toutes sortes. Face à ce climat d'insécurité, nous n'avons d'autre choix que d'agir pour le renforcement de la coopération des États en matière de sécurité et de défense. C'est pourquoi, je me suis prononcé en faveur de ce rapport, il est important que les forces armées des États membres collaborent plus étroitement en la matière. Le Parlement invite désormais les États membres à consacrer 2% de leur PIB à la défense afin de consolider nos forces pour agir plus rapidement et plus fermement aux menaces réelles.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A situação em matéria de segurança na União e nos Estados vizinhos piorou significativamente e criou difíceis desafios que não podem ser enfrentados de forma isolada.

Assim, o princípio da solidariedade obriga a UE a atuar em concertação com os nossos aliados e parceiros e os países terceiros. Recordo que também a cibersegurança é um domínio de ação no qual a cooperação e a integração são cruciais, não apenas entre os Estados-Membros, mas também no âmbito da NATO, e ainda entre os diferentes intervenientes na sociedade, uma vez que não se trata de uma responsabilidade apenas militar.

De acordo com o Eurobarómetro 85.1 de junho de 2016, cerca de dois terços dos cidadãos gostariam de ver um maior envolvimento da UE em questões de política de segurança e de defesa, sendo que a segurança interna e externa são cada vez mais indistintas.

Pelo acima exposto, apoio o presente relatório.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Consider că instituirea unei Uniuni Europene a Apărării în actualul context politic în care se găsește UE nu reprezintă o soluție eficientă de securitate. Din contră, implică uriașe cheltuieli logistice. Totodată, obiectivele propuse de aceasta nu coincid realității cu care se confruntă UE. Singurul concept politico-militar care poate oferi garanții reale în ceea ce privește securitatea este Tratatul Nord-Atlantic.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are concerned by the increasing move towards EU military capability and its potential negative impact on UK foreign policy interests. NATO is and should remain the primary guarantor of security in Europe. Any development of EU foreign policy or defence capability risks undermining this.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Avec 369 voix contre, 255 voix pour et 70 abstentions, le Parlement a, ce midi, demandé au Conseil les moyens d'une véritable politique européenne de défense.

La situation géopolitique actuelle, les menaces terroristes, mais aussi le coût de la non-Europe dans ce domaine (26 milliards d'euros par an) rendent une Union de la défense plus que jamais nécessaire. Un sondage récent révèle que 66% des Européens (63% des Belges) souhaitent que l'Union agisse davantage en la matière.

À trois semaines d'un sommet européen consacré à cette question, le rapport voté aujourd'hui donne des orientations très claires au Conseil. Les États membres devraient consacrer au moins 2% de leur PIB à la défense, et établir des forces multinationales et un quartier général européen pour planifier et commander des opérations de gestion de crise. Tout aussi important, notamment en matière d'emploi et d'économies d'échelle, il faut créer les conditions d'un espace militaire Schengen et développer une industrie de la défense européenne.

L'Union doit également travailler à mieux compléter l'action de l'OTAN, et être prêt à s'y substituer lorsqu'elle ne souhaite pas s'engager. Tout cela est essentiel et devrait donner lieu à une révision en profondeur de la politique de sécurité et de défense commune.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Skeptiškai vertinu teikiamą siūlymą dėl Europos gynybos sąjungos steigimo. Visų pirma dėl to, jog ši sąjunga yra matoma kaip alternatyva NATO. Deja, bet kokia gilesnė analizė parodys, jog mes neturime alternatyvos NATO ir transatlantinei partnerystei. Nei technologinės, nei karinės. Noriu priminti, kad panaši iniciatyva prieš daugiau nei 60 metų baigėsi fiasko. Siūlyčiau vietoje naujų ir abejotino efektyvumo darinių kūrimo, geriau daugiau investuoti į esamų transatlantinių ryšių stiprinimą ir savo karinių pajėgumų didinimą. Daryti būtent tai, kaip šiuo metu elgiasi mano šalis – Lietuva.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório versa sobre a necessidade de reforçar a cooperação europeia no domínio da defesa, um sonho antigo da União Europeia (UE) desde do Plano Pleven.

A insegurança na Europa e nos países vizinhos degradou-se exponencialmente nos últimos anos, gerando um conjunto de novos desafios que urge enfrentar coletivamente.

Subscrevo, por isso, a necessidade de reforçar a colaboração e a cooperação entre as forças armadas europeias, designadamente através de algumas das recomendações apresentadas com vista a combater de forma mais eficaz o terrorismo e as diversas ameaças diárias à segurança dos cidadãos.

As propostas de criação de um quartel-general europeu, um semestre europeu de defesa, um investimento mínimo de 2% do PIB por parte dos Estados-Membros para Defesa são algo controversas e não geram a opinião unânime no seio do Parlamento Europeu.

Contudo, todas elas são propostas ambiciosas, que merecem reflexão, sendo objeto de negociações até atingirmos um resultado mais consensual, que privilegie a segurança coletiva na Europa.

Subscrevo ainda a ideia de proceder a uma revisão profunda da Política Comum de Segurança e Defesa, que permita à UE e aos Estados-Membros contribuírem mais para a segurança da União como um todo, afirmando a sua autonomia estratégica neste domínio.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui appelle à une plus grande coopération de l'Union européenne en matière de défense. Il est nécessaire que l'Union réagisse plus rapidement et plus fermement aux menaces actuelles. Pour cela, les forces armées européennes doivent coopérer plus étroitement. L'insécurité cybernétique ou encore le terrorisme obligent, aujourd'hui plus que jamais, les États de l'Union à intensifier leurs efforts de coopération en matière de sécurité et de défense. Ce texte appelle ainsi les États à consacrer 2% de leur PIB à la défense ainsi qu'à l'établissement d'un quartier général européen afin de planifier et de commander des opérations de gestion de crise. L'Union et l'OTAN doivent également coopérer davantage pour lutter contre les menaces hybrides et pour développer les capacités de défense. D'autre part, l'Union doit pouvoir agir de manière autonome dans les cas où l'OTAN n'est pas en mesure de répondre aux crises sécuritaires.

Enfin, j'ai soutenu ce texte parce qu'il demande la mise en place d'un réel soutien européen à la recherche en matière de défense. Il est urgent que l'Union européenne se dote d'une politique commune de défense renforcée et disposant de plus grands moyens afin de garantir aux citoyens européens leur sécurité.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la Unión Europea de Defensa, porque propone dotar de una mayor autonomía estratégica a la Unión en políticas de defensa y una mayor coordinación, pero lo hace proponiendo medidas que en absoluto garantizan llegar a soluciones ante las problemáticas de seguridad que existen a nivel global. El informe pide que se destinen recursos específicos para la cooperación militar entre Estados miembros, crear una Unión Europea de Defensa, más allá de la Política Común de Seguridad y Defensa, convocar reuniones a nivel europeo de Ministros de Defensa, y crear un cuartel general de la Unión, entre otras medidas. Ninguna de estas medidas está orientada a resolver las causas que provocan las amenazas a la seguridad en la Unión, ni mucho menos contribuyen a generar un marco de estabilidad, cooperación y paz entre los países.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – I abstained on roll-call votes on the European Defence Union report, and voted against the overall report for this reason: Malta is a neutral country. Its Constitution prohibits participation in military alliances and in international cooperative efforts promoting warfare capabilities and exercises, unless backed by the UN.

The report is based on premises for EU action that contradict this commitment. Moreover, I disagree that, at this time especially, the EU should reinforce a military dimension to its character. This move might appear suitable to counter the supposedly disintegrating effects of Brexit. It could have the opposite effect. There is no popular constituency for a European Union that morphs into a military coalition, funded from EU budgetary resources.

Again, we see the old 'business as usual' methods by which 'small' steps 'forward' are cumulated and then presented as requiring further integration, failing which disaster would ensue. This is not an acceptable way in which to forge unity in Europe.

I abstained on all subsidiary roll-call votes because it would not have been coherent to vote one way or the other on different aspects of the issues at hand, while voting against the overall concept.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur europäischen Verteidigungsunion gestimmt.

Der Bericht beruht auf einer Initiative der EVP und ist der Folgebericht im Bereich Verteidigung zur globalen EU-Strategie.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es desarrollar proyectos comunes, y se espera que el dinero aportado pueda movilizar hasta 5 000 millones de euros al año a partir de 2017. Además, se pretende fomentar la investigación y el desarrollo en proyectos militares. Hasta ahora, el gasto comunitario en innovación excluía los usos militares, pero en 2017 se destinarán 25 millones y a partir de 2020, se prevén 500 millones al año.

He rechazado este informe que pretende el fortalecimiento de la perspectiva securitaria y militarista y, que exige a los Estados que destinen el 2 % del PIB en defensa, cuando la población europea se hunde cada vez más en la miseria y el desempleo (los datos nos dicen que en el Estado español 1 de cada 5 hogares están bajo el umbral de la pobreza, y el paro se sitúa cerca de los 4 millones de parados/as). Lo que deberían los Estados es incrementar la inversión social y creación de puestos de trabajo, no contribuir a la escalada militarista.

Según el artículo 41, apartado 2, del TUE no puede haber ninguna financiación militar del presupuesto de la Unión. Mi voto en contra de este informe de línea opuesta y militarista.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this, as this is a blatant plan to start an EU Army.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Aktualna sytuacja w Europie, jej bliskim sąsiedztwie, jak również szybko postępująca globalizacja wymuszają zmianę podejścia w licznych obszarach, w tym również w obszarze bezpieczeństwa zewnętrznego i wewnętrznego. Dotyczy to zarówno wspólnej polityki zagranicznej i bezpieczeństwa, jak i ochrony granic zewnętrznych. Duże znaczenie dla prawidłowego funkcjonowania i realizacji zadań postawionych przed WPBiO ma prawidłowe funkcjonowanie rynku wewnętrznego UE oraz odpowiedzialne postępowanie państw członkowskich zobligowanych do wdrażania wspólnych przepisów.

Należy podkreślić, że rynek obronności w Europie jest bardzo niejednolity i rozdrobniony, a większość zamówień jest nadal zawierana na szczeblu krajowym. W tym kontekście dużo do zyskania mają małe i średnie przedsiębiorstwa, które mogłyby skorzystać na bardziej przejrzystym i otwartym rynku, umożliwiającym branie udziału w jasno sformułowanych przetargach również w innych państwach członkowskich niż te, w których mają one swoją siedzibę.

Istotne jest również lepsze współdziałanie w walce z terroryzmem i dzielenie się informacjami. Z uwagi na różnice w potencjale obronnym państwa UE powinny tym bardziej dążyć do pracowania nad uzgadnianiem wspólnego podejścia w kontekście zagrożeń hybrydowych, handlu ludźmi, wywiadu, cyberbezpieczeństwa i kontroli celnych. Bezpieczeństwo warunkuje nie tylko nienaruszalność granic, ale również prawidłowe funkcjonowanie zintegrowanej Europy.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Vytvorenie európskej armády v súčasnosti nepovažujem za úplne reálne, ale som za posilnenie obrannej spolupráce v rámci EÚ, ktorej kapacity by bolo možné využiť na ochranu vonkajších hraníc a riešiť tak migračné vlny, ktorým v Európe čelíme. Predovšetkým som však v obrannej politike za pokračovanie spolupráce v rámci NATO. Myslím si, že členské štáty EÚ by si mali zachovať určitú národnú zvrchovanosť, čo sa týka obrannej politiky. Hlasoval som preto proti tomuto uzneseniu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Bezpečnosť Únie patrí medzi jednu z piatich najdôležitejších priorít Globálnej stratégie pre zahraničnú a bezpečnostnú politiku EÚ. Keďže bezpečnostná situácia v Európe a jej okolí sa v posledných rokoch výrazne zhoršila, myslím si, že je správne, aby sa EÚ začala viac zapájať do záležitostí bezpečnostnej a obrannej politiky. Aj keď som presvedčená o tom, že európska obranná únia (EOU) je nevyhnutná preto, aby EÚ mohla globálne presadzovať zásady právneho štátu, mier a bezpečnosť, návrh uznesenia som nepodporila, pretože prešli pozmeňujúce návrhy, aby sa finančné prostriedky na obranu a bezpečnosť presúvali z eurofondov určených na regionálny rozvoj. Stotožňujem sa s tým, že EÚ v situáciách skutočného ohrozenia by mala v súčinnosti s našimi spojencami a partnermi a tretími krajinami konať dôraznejšie a rýchlejšie. Verím, že postupným formovaním spoločnej obrannej politiky a modernej vojenskej spôsobilosti zabezpečíme dlhodobú bezpečnosť Európy. Očakávam, že v záujme súčasnej finančnej a bezpečnostnej situácie EÚ vyvinie oveľa väčšie úsilie, aby európske ozbrojené sily užšie spolupracovali a aby vojenský personál spolu viac a lepšie cvičil a spolupracoval. Rovnako budem očakávať, že Európska rada (ER) sa bude zasadzovať za postupné formovanie spoločnej obrannej politiky a poskytne ďalšie finančné zdroje na jej zavedenie z iných zdrojov ako štrukturálne fondy.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu Evropského parlamentu z vlastní iniciativy o evropské obranné unii, jehož zpravodajem byl bývalý estonský ministr zahraničí Urmas Paet.

Jsem přesvědčena, že bezpečnost a obrana jsou přesně tím společným úkolem, jehož plnění občané očekávají od Evropské unie. Zároveň je to oblast, která je vlivem mnoha faktorů pro členské státy nejvíce citlivá. Vzhledem k aktuálním bezpečnostním hrozbám v evropském sousedství je tedy více než nutné se otázkou společné obrany zabývat. Možné oslabení NATO vlivem změny priorit ze strany nové americké administrativy nás také nabádá k tomu, aby Evropa myslela více na své vojenské kapacity a rozpočty (cílem je úroveň výdajů ve výši 2 % HDP na obranu).

Právní základ pro obrannou unii poskytuje Lisabonská smlouva s možností stálé strukturované spolupráce a fondů, které zatím nebyly plně využity. Usnesení pamatuje na většinu aspektů obranné politiky od institucionálního rámce, přes posilování interoperability ozbrojených sil až po dříve okrajové, nyní však důležité prvky, jakou je obrana před kyberútoky. Nezapomíná ani na klíčovou úlohu NATO, byť pracuje s myšlenkou, že Evropa se bude muset o sebe v tomto směru starat více sama. Usnesení jasně apeluje na posílení vzájemné obrany a celkové solidarity v případě napadení.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Menim, da omenjeno poročilo nima najbolj sistematičnega pristopa do evropske obrambne unije. Poročevalec bi lahko bil bolj sistematičen v smislu, da bi upošteval stvari, ki so bile na tem področju do sedaj že dosežene in narejene.

Kot primer lahko navedem, da v poročilu niti ni navedena točna definicija, kaj evropska obrambna unija je in kaj pomeni glede na dogajanja na tem področju v letu 2016. Sam vidim poročilo kot nekakšen seznam vsega, kar se lahko poveže in asociira z vojaškimi in obrambnimi temami na evropski ravni.

Med drugim lahko v poročilu najdemo koncept razvoja teritorialne obrambne politike na ravni EU in evropsko vojsko, ki naj bi jo podpirale in financirale vse države članice. Poleg tega se poročilo dotika dronov in financiranja vojaških raziskav na ravni EU. Ker se mi zdi navedeno problematično in poročilo zajema preveč aspektov, ki dejansko niso v pristojnosti le-tega sem se pri glasovanju o poročilu vzdržal.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Een gemeenschappelijk veiligheids- en defensiebeleid (GVDB) staat hoog op de Europese agenda, maar het is moeilijk hierover overeenstemming te bereiken tussen de verschillende lidstaten en politieke families. Elk verslag hierover verzandt in een ellenlange opsomming van alles wat van dicht of van ver met militaire of defensiezaken te maken heeft. Het lijkt wel een brief aan Sinterklaas.

Nu eens zien we de contouren opduiken van een Europees leger, dan weer de wens om de defensiebegroting op te trekken zodat er geld is om te investeren in drones of militair onderzoek. Het ontbreekt echter steevast aan een duidelijke visie op defensie en veiligheid voor de buitenwereld of de buitenlandse ambassades. Het is dus moeilijk om met zo'n verslag in te stemmen.

Groen wil dat een gemeenschappelijk veiligheids- en defensiebeleid wordt gefocust op humanitaire missies, vredeshandhaving en crisisbeheersing, eerder dan op oorlogsvoering en het verdedigen van ons vaderland. In plaats van de begroting voor defensie te verhogen, zouden we beter bekijken hoe we de jaarlijkse 200 miljard euro efficiënter kunnen inzetten: door gezamenlijk aan te besteden, gezamenlijk militair onderzoek te voeren en bovenal de transparantie op de "militaire markt" te verhogen door simpelweg de Europese regels inzake overheidsopdrachten te respecteren. Maar dit valt bij velen in dovemansoren.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf europäischer Ebene. Die EU-Mitgliedstaaten sollen dabei enger kooperieren, mehr Geld für Verteidigung ausgeben und neue Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen vonseiten der EU in Gang setzen.

Nach Auffassung der EKR-Fraktion ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – V kontexte zhoršujúcej sa geopolitickej situácie musí Európa viac spolupracovať v oblasti bezpečnostnej a obrannej politiky. Okrem vytvorenia Európskej obrannej agentúry (EDA) sa v rámci spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky EÚ urobilo málo. Parlament preto vyzýva členské štáty na prijatie záväzkov, ktoré by viedli k postupnému formovaniu európskej obrannej únie.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Tato zpráva vzešla z podvýboru pro obranu a bezpečnost, jehož jsem místopředsedou. Definuje podstatu, právní souvislosti a budoucí kroky k postupnému vytvoření evropské obranné unie. Tuto myšlenku podporuji. Jsem přesvědčen, že výrazně posílí schopnost Evropy prosazovat bezpečnost v rámci svých hranic i mimo ně. Převzetí většího dílu odpovědnosti za vlastní bezpečnost je v době nových globálních výzev, které nás obklopují, zásadní. Strategická nezávislost EU vyžaduje kromě spektra politických nástrojů i silné a moderní vojenské kapacity. Imperativem je vytvoření rámce pro evropskou obrannou unii v plné součinosti s NATO. Musí vést k účinější spolupráci, spravedlivému sdílení zátěže a smysluplnému rozdělení práce mezi NATO a EU. Obranná unie se nezrodí přes noc. Za okamžité nejdůležitější kroky tímto směrem považuji: zahájení řádného procesu bílé knihy o bezpečnosti a obraně, zřízení formátu stálé Rady ministrů obrany a přezkum mechanismu Athena tak, aby mise EU financovala Unie ze společných zdrojů. Členské státy by měly v rámci stálé strukturované spolupráce (PESCO) zřídit mnohonárodní síly, které budou k dispozici pro účely SBOP k udržování míru, předcházení konfliktům a posilování mezinárodní bezpečnosti. Úroveň výdajů na obranu by měla dosáhnout výše 2 % HDP, z toho 20 % rozpočtu na vybavení. Mělo by být vytvořeno stálé ústředí pro velení a kontrolu vojenských operaci SBOP.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted against the report as it offers ideas which could duplicate the work of NATO or interfere in what should be a Member State competence.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die EU soll zur Militärmacht unter Brüsseler Oberkommando aufgerüstet werden. Die EU-Armee kommt. Das beschloss das EU-Parlament in dieser Entschließung. Während die Gemeinschaft in den Jahrzehnten des Kalten Kriegs ohne eigene Armee auskam, rasselt das „Friedensprojekt EU" nun ausgerechnet in dem Moment mit dem Säbel und rüstet für eine eigene EU-Armee, da der designierte US-Präsident Donald Trump den Kalten Krieg beilegt und den Ausgleich mit Russland anstrebt. Die EU kann sich nicht auf die einfachsten Sachen einigen, aber Oberbefehlshaber Juncker soll eine Interventions-Armee kommandieren? Möge uns der Himmel davor bewahren! Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – EU treba razmisliti o svojoj obrambenoj politici gledajući dugoročno. Potrebna je strategija s koracima za uspostavu europske obrambene unije.

Poziva se Europsko vijeće da poduzme konkretne korake prema usklađivanju i standardizaciji europskih oružanih snaga s ciljem bolje suradnje unutar nove europske obrambene unije. Treba uspostaviti stalno Vijeće ministara obrane te reformirati koncept borbenih skupina EU-a s ciljem uspostave trajnih jedinica koje bi bile neovisne o bilo kojoj državi predvodnici i imale sustavnu zajedničku obuku i uvježbavanje.

Strateška autonomija i oblikovanje europske obrambene unije mora se ostvariti u punoj sinergiji s NATO-om i mora dovesti do učinkovitije suradnje, pravedne raspodjele opterećenja i produktivne podjele rada između NATO-a i EU-a.

Podupirem ovo Izvješće jer pogoršanje sigurnosnog okruženja na istočnim i južnim granicama Europske unije zahtijeva žurno osnivanje europske obrambene unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o Evropski obrambni uniji. V Evropi se v zadnjem času soočamo s hitro spreminjajočimi se varnostnimi razmerami tako znotraj kakor tudi v naši okolici. S poslabšanjem varnostnih razmer smo se tako soočili z novimi izzivi, na katere moramo najti prave odgovore.

Podpiram oblikovanje skupne obrambne politike Unije ter zagotavljanje dodatnih finančnih sredstev za njeno izvajanje. Podpiram mnenje Odbora za proračun, ki poziva k ambicioznejšim civilnim misijam, ki bodo bolje vključene v politični cikel in razpoložljive instrumente ter usklajene s splošnimi cilji zunanjih politik EU, hkrati pa bodo spodbujale vrednote EU, kot so mir, varnost in spoštovanje človekovih pravic.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dnešní zprávu Evropského parlamentu o evropské obranné unii, jelikož se domnívám, že v současné situaci je třeba dále pracovat na projektu společné evropské obrany a směřovat tak ke stavu, kdy EU přispěje daleko větším dílem ke světové bezpečnosti a posílí své kapacity ve smyslu větší akceschopnosti svých jednotek, ale také ve smyslu spolupráce v oblasti vědy a výzkumu. Bude-li toto úsilí, jak je správně zdůrazněno, zcela kompatibilní s NATO, nepůjde o oslabení NATO, ale naopak o posílení NATO.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση κινείται στην λογική της στρατιωτικοποίησης της ΕΕ. Προωθεί τον στόχο να αναπτύξει η Ευρωπαϊκή Ένωση τις στρατιωτικές της ικανότητες, ώστε να είναι έτοιμη να επέμβει σε οποιαδήποτε κατάσταση εντός ή εκτός των συνόρων της. Επίσης επιδιώκεται να συμβάλει η Ευρωπαϊκή Αμυντική Ένωση στην ενίσχυση του έργου του ΝΑΤΟ. Επίσης, ζητεί τη δημιουργία ενός ταμείου εκκίνησης για τις προπαρασκευαστικές δραστηριότητες πριν από τις στρατιωτικές επιχειρήσεις, καθώς και την ενίσχυση της συνεργασίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το ΝΑΤΟ. Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Για μια ακόμη φορά αποδεικνύει η ΕΕ την υποταγή της στο ΝΑΤΟ και στις ΗΠΑ με το να ακολουθεί πιστά τις εντολές τους, ακόμη και όταν αυτές αντιβαίνουν στα συμφέροντα των λαών και των εθνών της Ευρώπης.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához. A hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre.

A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar állásponttal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Védelmi Unió létrehozása mellett érvelő parlamenti jelentésen alapuló határozatot. Úgy ítélem meg, Európa nagyobb fokú védelmi autonómiájának megteremtésére megvannak az objektív feltételek: az EU az egyes tagállamok meglévő képességeit összeadva elvben a világ legerősebb védelmi szövetsége lehetne. Katonai és gazdasági szempontból az átfedések és párhuzamosságok tömege pedig egyértelműen megkövetelné a képességek és eszközök összehangolását, a „kevesebb pénzért több biztonságot" cél jegyében. A Lisszaboni Szerződés és a KBVP keretében meghozott politikai döntések sora a szükséges jogalapot is biztosítja az uniós szolidaritás kiteljesítéséhez a védelem területén is, a KBVP és az EDU keretében.

Az EDU politikai és katonai szükségszerűségét pedig az EU évek óta romló biztonsági környezete, az új típusú biztonsági kihívások, a terror-, a cyber-, a hibridjellegű veszélyek, s mindenekelőtt a közvetlen déli és keleti szomszédságunkban jelentkező katonai-politikai fenyegetés teremtette meg. Úgy vélem, a jelentés ezen indokok ismertetése mellett hasznos szervezeti és jogalkotási javaslatokat is tartalmaz a Védelmi Unió létrehozásához. Meggyőződésem, hogy az ehhez EU szinten szükséges politikai akarat kialakításában az EP mostani határozatával és további politikai és jogalkotási tevékenységével döntő mértékben járul majd hozzá.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W ostatnich latach poziom bezpieczeństwa w sąsiedztwie Unii Europejskiej znacznie się pogorszył. W sytuacji tak wielu zagrożeń żadne państwo czy organizacja nie jest w stanie samodzielnie zapewnić bezpieczeństwa swoim obywatelom. Najwyższa zatem pora, aby Wspólnota zaczęła budować własny system obrony.

Wyniki wyborów prezydenckich w USA oraz nawoływanie do zwiększenia zaangażowania w ramach NATO pozostałych państw członkowskich, uświadomiło jeszcze pilniejszą potrzebę budowania europejskiej zdolności obronnej.

W celu budowy unii obrony konieczna jest lepsza koordynacja zdolności militarnych poszczególnych państw, zwiększenie nakładów finansowych na obronność czy zaangażowanie budżetu UE w finansowanie wspólnych sił zbrojnych lub badań i rozwoju w zakresie obronności. W sprawozdaniu słusznie zauważono, że najbliższe ramy finansowe po 2020 roku powinny zakładać wsparcie finansowe na utworzenie Europejskiej Unii Obrony.

Zacieśnienie europejskiej współpracy w dziedzinie obronności przyczyniłoby się do zwiększenia skuteczności, jedności i efektywności, a także do zwiększenia aktywów i zdolności UE, jak również miałoby potencjalny pozytywny wpływ na badania w dziedzinie obrony i unijny przemysł. Niewątpliwie ustanowienie stałej współpracy strukturalnej w ramach Unii dałoby impuls do poszukiwania nowych możliwości wspólnych zakupów, konserwacji i utrzymania sił zbrojnych między państwami członkowskimi.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin Euroopan puolustusunionista laadittua mietintöä vastaan.

Eurooppalaisten valtioiden on syytä tiivistää yhteistyötä EU:n ulko- ja turvallisuuspolitiikassa muun muassa terrorismin torjunnassa ja yhteisten puolustustarvikemarkkinoiden kehittämisessä. Näitä asioita kannatin mietinnöstä äänestettäessä.

Mietinnössä esitetyt ehdotukset menivät monilta osin liian pitkälle. Mielestäni jäsenvaltioilla tulee olla vapaus valita omat puolustusratkaisunsa omien lähtökohtiensa mukaan, eikä EU:n tule ottaa askelia kohti yhteistä puolustusunionia. Tämä vie päätösvaltaa pois jäsenvaltioilta eikä se edistä Suomen kokonaisturvallisuutta.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – În contextul în care anumite fenomene negative, cum ar fi terorismul și imigrația ilegală, amenință din ce în ce mai mult securitatea Uniunii Europene, iar sursele acestora se regăsesc în conflictele din apropierea granițelor comunitare, este nevoie de o consolidare a Politicii de Securitate și Apărare Comună (PSAC). Aceasta cu atât mai mult cu cât noua administrație de la Washington ar putea să modifice susținerea pe care o acordă în prezent apărării europene, ceea ce ar constitui o vulnerabilitate critică pentru statele membre.

În aceste condiții, la nivelul Uniunii s-ar impune adoptarea unor măsuri coordonate de întărire a securității, inclusiv a celei militare. Una dintre aceste măsuri ar putea fi activarea Cooperării Structurate Permanente, inclusiv prin instituirea în cadrul Parlamentului a unei comisii pentru securitate și apărare de sine stătătoare. De asemenea, ar putea fi creat un centru operațional al UE și ar putea fi încurajată industria europeană de apărare. În acest fel, misiunile deja existente ale UE ar putea fi coordonate mai bine și s-ar putea lua măsurile necesare într-un mod mai rapid și eficient.

Toate acestea trebuie să țină, însă, seama de tratatele europene, precum și de normele dreptului internațional și ale drepturilor omului. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Paet. Je pense également qu'une défense européenne est une bonne chose pour amener plus de cohérence et permettre aussi certains États membres de baisser leur budget militaire au profit d'une armée de l'Union efficace.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As of recent, the EU has committed to establishing a European defence dimension. This recent development, after years of indecision, is the result of the growing instability and threats both from outside and within the EU borders. I voted in favour of the report on the EDU, which will produce the early steps toward a military union. I strongly believe that 2016 was a trying year for Europe and it is now time that the EU commits itself to developing the competences required to autonomously defend its territory and those surrounding it from threats such as illegal migratory flows, terrorism and human smuggling, among other nefarious threats.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans un contexte de tensions fortes et pressantes aux portes de l'Union européenne. Le monde est plus instable que dans les décennies précédentes et les politiques d'austérité ont réduit les marges de manœuvre des budgets nationaux. Nous devons réinterroger nos politiques de défense.

Comme dans d'autres domaines, le coût de la non-Europe en matière de défense — c'est-à-dire l'absence de mutualisation et coordination à l'échelle européenne — est élevé. Il est évalué à 26 milliards d'euros par an. Une politique de défense intégrée serait plus pertinente pour protéger les Européens.

Ce rapport propose des avancées en direction d'une mutualisation et d'une coopération européenne comme la création d'un Quartier général militaire et civil et le développement de la coopération structurée permanente en matière de défense. Il fixe également des lignes de convergence entre les politiques nationales de défense. J'ai approuvé ce rapport qui marque une avancée pour l'Europe de la défense.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea sta affrontando la minaccia del terrorismo sul proprio suolo e nel resto del mondo ed è sempre più evidente la crescente instabilità in Africa e in Medio Oriente. Credo che la collaborazione con i paesi terzi riguardo i dati sensibili, la sicurezza energetica ed informatica, la lotta alla criminalità organizzata e la cooperazione tra le forze armate siano le grandi sfide che si presentano alle Istituzioni europee.

Secondo recenti studi, i due terzi della popolazione europea chiede un impegno maggiore delle Istituzioni nella politica di sicurezza e di difesa comune. Ritengo importante che il Consiglio europeo promuova la definizione di una politica di difesa a livello dell'Unione, come previsto dall'articolo 42 del TUE, per la sicurezza del cittadino ma anche per rispondere alle sfide odierne.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Jelenleg a terrorizmus, a hibrid fenyegetések, a gazdaság volatilitása, a kibernetikai és energetikai szempontból nem biztonságos helyzet, a szervezett bűnözés és az éghajlatváltozás jelentik a fő biztonsági fenyegetést. Az eddig példa nélküli, új kihívásokat egyetlen tagállam, vagy szervezet sem képes egyedül kezelni. Ebben a helyzetben az EU-nak minden tőle telhetőt meg kell tennie, és keresnie kell az eszközöket a biztonság garantálásához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy hosszú távú biztonságának garantálása érdekében Európának politikai akaratra és eltökéltségre van szüksége. Emellett sürgeti az uniós tagállamokat, hogy aknázzák ki a Lisszaboni Szerződésben a Közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) tekintetében meglévő lehetőségeket, különös tekintettel az állandó strukturált együttműködésre. A védelmi uniónak hatékony finanszírozást kell kapnia, és össze kell hangolni azt a NATO-val. Mindezek mellett a Tanács keretében létre kell hozni a védelmi miniszterek ülését, hogy az biztosítsa az állandó politikai vezetést, és koordinálja az európai védelmi unió kialakítását. A kockázatok és fenyegetések egyre negatívabb megítélése Európában sürgőssé teszi az Európai Védelmi Unió létrehozását. Ennek oka kiváltképpen az Európai Unió határainak egyre romló biztonságában keresendő, különösen a keleti és déli szomszédjaival közös határokon. E jelentés a magyar állásponttal összhangban van, így szavazatommal támogattam annak elfogadását.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o Europskoj obrambenoj uniji. Mišljenja sam da je Europi potrebna jaka Europska obrambena unija koja će ponuditi državama članicama jamstva i kapacitete veće od onih koje same imaju. Europska unija bi trebala namijeniti vlastita sredstva za podupiranje jače i sustavnije europske obrambene suradnje među svojim državama članicama, uključujući stalnu strukturiranu suradnju. Uvjeren sam da bi se upotrebom fondova EU-a jasno iskazala kohezija i solidarnost te da bi se time svim državama članicama omogućilo da intenzivnijim zajedničkim nastojanjima poboljšaju svoje vojne sposobnosti. Pored toga, aktiviranje vojne industrije u svrhu stvaranja Europske obrambene unije aktiviralo bi uzlet ekonomskog razvitka svih država članica zapošljavanjem stanovništva u raznim proizvodnim sektorima. Osim što bi Europska obrambena unija unijela sigurnost koja je prijeko potrebna u današnje moderno vrijeme, također bi pridonijela gospodarskom napretku država članica.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv, jer čvrsto vjerujem da kompetencija nad obrambenom politikom uvijek mora biti i ostati u nadležnosti nacionalnih država kao temelj nacionalnog suvereniteta. U tom smislu, podupirem NATO organizaciju kao osnovu obrambene i sigurnosne suradnje Europske unije i transatlantskih saveznika.

Stoga se snažno protivim prijedlozima koji su na nivou Europske unije sve glasniji, a koji pozivaju na osnivanje vojske Europske unije te s tim u svezi, skupih vojnih struktura. Moje mišljenje je da bi navedeni prijedlog, osim financijskog gubitka, jedino mogao rezultirati nenadoknadivim gubitkom povjerenja dosadašnjih NATO saveznika te time značajno oslabiti veze s našim međunarodnim obrambenim partnerima.

Tim više što živimo u vremenima iznimne nesigurnosti, konstantnih terorističkih prijetnji i regionalnih konflikata diljem svijeta.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o Evropski obrambni uniji sem podprla. Resolucija upošteva dejstva, da so se v zadnjih letih varnostne razmere v Evropi in njeni okolici bistveno poslabšale. Terorizem, hibridne grožnje, gospodarska nihanja, pomanjkanje kibernetske in energetske varnosti, organizirani kriminal in podnebne spremembe bolj ogrožajo varnost.

Člen 42 Pogodbe o EU zahteva postopno oblikovanje skupne obrambne politike Unije v okviru skupne varnostne in obrambne politike, ki bo vodila do skupne obrambe EU (ta člen tudi določa ustanovitev obrambnih institucij ter evropsko politiko na področju zmogljivosti in oboroževanja). Doslej ni bil zasnovan, sklenjen ali izveden nobeden od ostalih manjkajočih elementov skupne varnostne in obrambne politike EU, razen ustanovitve Evropske obrambne agencije.

Bela knjiga na ravni EU o varnosti in obrambi bo nadalje okrepila Skupno varnostno in obrambno politiko SVOP in zmožnost EU za zagotavljanje varnosti v skladu z Lizbonsko pogodbo ter bi lahko predstavljala koristen razmislek o prihodnji in učinkovitejši SVOP, lahko bi pa tudi pomenila edinstveno priložnost za predlaganje dodatnih ukrepov.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la Unión Europea de Defensa, porque propone dotar de una mayor autonomía estratégica a la Unión en políticas de defensa y una mayor coordinación, pero lo hace proponiendo medidas que en absoluto garantizan llegar a soluciones ante las problemáticas de seguridad que existen a nivel global. El informe pide que se destinen recursos específicos para la cooperación militar entre Estados miembros, crear una Unión Europea de Defensa, más allá de la Política Común de Seguridad y Defensa, convocar reuniones a nivel europeo de Ministros de Defensa, y crear un cuartel general de la Unión, entre otras medidas. Ninguna de estas medidas está orientada a resolver las causas que provocan las amenazas a la seguridad en la Unión, ni mucho menos contribuyen a generar un marco de estabilidad, cooperación y paz entre los países.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht fordert eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung auf europäischer Ebene. Die EU-Mitgliedstaaten sollen dabei enger kooperieren, mehr Geld für Verteidigung ausgeben und neue Sicherheits- und Verteidigungsinitiativen vonseiten der EU in Gang setzen.

Nach Auffassung der EKR-Fraktion ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I support the vision of a European Defence army. I believe that it makes sense in a global world to have a strong European voice, it will be more cost-efficient than national army structures.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un des multiples rapports fait pour profiter du Brexit afin de tenter de réanimer la politique de défense européenne.

La politique de défense européenne est un serpent de mer de 15 ans d'âge qui se base, de ses propres aveux, sur l'OTAN. Il faut rappeler qu'elle fut la principale cause agréée par Sarkozy pour le retour de la France dans le Commandement intégré. Ce lien consubstantiel est d'ailleurs assumé par le texte (points 3, 36, 37 et 38) et trahit la nature réelle de l'UED qui est la fourniture de troupes supplétives pour ceux qui ont un outil militaire encore apte, à d'autres puissances (ce qui sans la Grande-Bretagne ne sera bientôt que le cas de la France avec pourtant une armée en voie de délabrement). J'ai voté logiquement contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Pomysł stworzenia tzw. Europejskiej Unii Obrony powinien zostać poddany głębszej dyskusji i refleksji. Przekonywałem wielokrotnie, że trzeba pozbyć się uprzedzeń wobec Europejskiej Unii Obrony, ale powinna ona zajmować się kilkoma zasadniczymi kwestiami, takimi jak wzmocnienie bazy przemysłowej, poprawa systemu mobilności personelu wojskowego, wyposażenia itp. Dobrze, że te sprawy są podjęte w tekście rezolucji. Niestety, z drugiej strony w propozycji znaleźć można postulaty niepotrzebne, prowadzące do tego, że EUO pośrednio przejmowałaby kompetencje NATO. Europejska Unia Obrony powinna zostać stworzona na gruncie wojsk czy służb państw członkowskich, tak aby gwarantowało to w dalszym ciągu suwerenność państw członkowskich. Dlatego wstrzymałem się przy głosowaniu nad tą rezolucją.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az elmúlt években a biztonsági helyzet mind Európán belül, mind a környező régióban jelentősen romlott, és olyan nehéz, eddig példa nélküli kihívásokat támasztott, amelyekkel egyetlen ország vagy szervezet sem képes egyedül szembenézni.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la Unión Europea de Defensa, porque propone dotar de una mayor autonomía estratégica a la Unión en políticas de defensa y una mayor coordinación, pero lo hace proponiendo medidas que en absoluto garantizan llegar a soluciones ante las problemáticas de seguridad que existen a nivel global. El informe pide que se destinen recursos específicos para la cooperación militar entre Estados miembros, crear una Unión Europea de Defensa, más allá de la Política Común de Seguridad y Defensa, convocar reuniones a nivel europeo de Ministros de Defensa, y crear un cuartel general de la Unión, entre otras medidas. Ninguna de estas medidas está orientada a resolver las causas que provocan las amenazas a la seguridad en la Unión, ni mucho menos contribuyen a generar un marco de estabilidad, cooperación y paz entre los países.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Manau, kad aktyvesnis Europos bendradarbiavimas gynybos srityje lemtų didesnį veiksmingumą, vienybę, efektyvumą, taip pat pagausintų ES gynybos srities turto bei pajėgumų ir galėtų daryti teigiamą poveikį gynybos srities mokslinių tyrimų ir pramonės aspektais. Pabrėžiu, kad tik vykdydamos tokį tvirtesnį bendradarbiavimą, kuris laipsniškai turėtų išsivystyti į tikrą Europos gynybos sąjungą, ES ir jos valstybės narės galės įgyti technologinių ir pramoninių pajėgumų, reikalingų norint greičiau, autonomiškai ir veiksmingai reaguoti ir tikslingai ir efektyviai įveikti šiandienos grėsmes.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the European Defence Union. Terrorism, hybrid threats and cyber and energy insecurity leave EU countries no choice but to step up their security and defence cooperation efforts. The security situation in and around Europe has worsened significantly in recent years, due to challenges like terrorism, hybrid threats or cyber and energy insecurity, that no country is able to tackle alone. The EU has to respond faster and more robustly to real threats, which demand that Europe's armed forces work together better. I voted in favour because I believe that solidarity and resilience require the EU to stand and act together.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe parte de una iniciativa del grupo PPE en la Subcomisión de Seguridad y Defensa en respuesta a la degradación de la seguridad que se está produciendo en nuestra vecindad, la cual obliga a los Estados miembros a emprender acciones conjuntas especialmente en la lucha contra el terrorismo. Para que éstas resulten eficaces, cabe paliar las carencias en el desarrollo de las capacidades de seguridad y defensa y ahondar en la posibilidad establecida por el artículo 42 del TUE, que prevé avanzar hacia una defensa común de la Unión. El texto considera que se deben movilizar todos los recursos para hacer sistemática la cooperación en materia de defensa, en particular mediante la Cooperación Estructurada Permanente (PESCO). En relación a la cooperación UE-OTAN, el documento destaca la necesidad de que ésta sea más estrecha, pues ello mejorará las sinergias y la compatibilidad de ambos marcos y permitirá sacar más partido a la inversión en defensa. Desde el convencimiento de que la Unión debe dotar de un marco más sólido a su política de defensa en el largo plazo, he votado a favor de este informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – Europa se enfrenta a amenazas y desafíos sin precedentes desde el final de la Segunda Guerra Mundial. Los socialistas hemos apoyado el avance continuo de la Unión hacia la integración, siendo la seguridad y defensa uno de los principales retos que afrontar.

Por ello, apoyamos avanzar en la dirección de una Unión Europea de Defensa, como una estructura «paraguas» para aglutinar, mejorar y coordinar las capacidades preventivas y reactivas militares a disposición de la Unión.

Defendemos una Unión Europea de Defensa que garantice el mantenimiento de la paz, la prevención de los conflictos y el refuerzo de la seguridad internacional, de conformidad con los principios de la Carta de las Naciones Unidas. Para ello, necesitamos que los Estados miembros se comprometan a avanzar a través de una cooperación estructurada permanente, que asegure capacidad reactiva y personal formado, así como medios suficientes.

Nuestro principal objetivo es claro: la seguridad de nuestros ciudadanos, pero no solo con una visión securitaria, sino a través de un enfoque global de respeto de los derechos fundamentales y la lucha contra las desigualdades sociales y culturales.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El objetivo de este informe es desarrollar proyectos comunes, y se espera que el dinero aportado pueda movilizar hasta 5 000 millones de euros al año a partir de 2017. Además, se pretende fomentar la investigación y el desarrollo en proyectos militares. Hasta ahora, el gasto comunitario en innovación excluía los usos militares, pero en 2017 se destinarán 25 millones y a partir de 2020, se prevén 500 millones al año.

He rechazado este informe que pretende el fortalecimiento de la perspectiva securitaria y militarista y, que exige a los Estados que destinen el 2 % del PIB en defensa, cuando la población europea se hunde cada vez más en la miseria y el desempleo (los datos nos dicen que en el Estado español 1 de cada 5 hogares están bajo el umbral de la pobreza, y el paro se sitúa cerca de los 4 millones de parados/as). Lo que deberían los Estados es incrementar la inversión social y creación de puestos de trabajo, no contribuir a la escalada militarista.

Según el artículo 41, apartado 2, del TUE no puede haber ninguna financiación militar del presupuesto de la Unión. Mi voto en contra de este informe de línea opuesta y militarista.

Geoffrey Van Orden (ECR), *in writing*. — The ECR Group is firmly against EU ambitions for separate and duplicative defence structures that would not only be a dangerous distraction from the revitalisation of NATO but would also send confusing signals to our potential enemies. This is reflected in our votes against the Report on European Defence Union. We only voted in favour of paragraph 36 of the report because if its central message concerning the need for more national investment in defence and defence industrial capability. We do not agree with any language in this paragraph that supports CSDP or other such EU political ambitions.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de veiligheidssituatie in en rondom Europa gedurende de afgelopen jaren aanzienlijk is verslechterd, waardoor zich moeilijke en ongeziene uitdagingen voordoen die geen enkel land en geen enkele organisatie alleen kan aangaan.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin Euroopan puolustusunionista laadittua mietintöä vastaan.

Eurooppalaisten valtioiden on syytä tiivistää yhteistyötä EU:n ulko- ja turvallisuuspolitiikassa muun muassa terrorismin torjunnassa ja yhteisten puolustustarvikemarkkinoiden kehittämisessä. Näitä asioita kannatin mietinnöstä äänestettäessä.

Mietinnössä esitetyt ehdotukset menivät monilta osin liian pitkälle. Mielestäni jäsenvaltioilla tulee olla vapaus valita omat puolustusratkaisunsa omien lähtökohtiensa mukaan, eikä EU:n tule ottaa askelia kohti yhteistä puolustusunionia. Tämä vie päätösvaltaa pois jäsenvaltioilta eikä se edistä Suomen kokonaisturvallisuutta.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution sur l'Union Européenne de la défense s'inscrit dans la tendance actuelle de l'Union à renforcer les politiques sécuritaires et interventionnistes. C'est en quelque sorte la suite des réponses annoncées par certains États membres, dont la France après le Brexit. Le texte appelle à renforcer les liens entre «l'Union européenne de la défense» et l'OTAN dans une optique de remilitarisation par des investissements massifs dans l'armement.

Alors que les besoins sont de plus en plus criants pour des investissements notamment dans le domaine social, il me semble aberrant d'encourager une politique militariste au profit de l'industrie de l'armement. Ce n'est pas la réponse qu'attendent les citoyens européens.

Où sont donc passées les aspirations originelles de l'Union à la promouvoir la paix ? Il y a mieux à faire et plus urgent qu'alimenter les tensions internationales par le réarmement. J'ai donc voté contre ce texte.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório confirma o cariz militarista e bélico da UE. As justificações, as de sempre. A insegurança em solo europeu ou a pretensa luta contra o terrorismo, sem qualquer referência ao absoluto falhanço das políticas de integração, ou ao que foram e são as responsabilidades da UE nas agressões a países no norte de África e Médio Oriente, bem como na promoção, financiamento, treino e armamento de grupos extremistas. Tão pouco faltam as supostas ameaças de Leste para justificar o cerco à Federação Russa.

A subserviência à NATO e seus objetivos, como o aumento para 2% do PIB dos orçamentos militares dos Estados-Membros, e o reforço do financiamento para investigação militar e para a indústria militar em solo europeu, não esconde as pretensões de ter na UE um grande bloco militar, com capacidades operacionais próprias, nomeadamente por via de um exército europeu.

Quem faz a guerra e alimenta a sua indústria não quer nem pode defender a paz.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bezieht sich auf die Erstellung einer gemeinsamen Europäischen Verteidigungsunion, die im Rahmen der GSVP, welche im Vertrag von Lissabon festgelegt wurde, zur Geltung kommen soll. Dabei sollen die Verteidigungskräfte der Mitgliedstaaten durch finanzielle Aufwertung wie z. B. im Rahmen des Europäischen Semesters oder im Forschungsbereich durch EDA-Mittel für diese vorbereitet werden. Dabei soll das Programm auch im MFR aufscheinen und berücksichtigt werden. Auch eine intensivere Kooperation mit NATO und s. g. Friedensmissionen sollen die Erfahrung der Truppen stärken. Die Europäische Verteidigungsunion soll von einer grundlegenden Überarbeitung der GSVP ausgehen, die von dem Grundsatz einer starken kollektiven Verteidigung bestimmt sein soll und mit einer „effizienten Finanzierung und der Koordinierung" mit der NATO einhergehen soll. Sicherlich ist es wünschenswert, eine effiziente und schlagkräftige Verteidigungsstreitkraft zu haben, die vor allem an den Grenzen eingesetzt wird und somit eine Gesamtkoordination aller europäischen Streitkräfte bedeutet. Das Manko bleibt aber, dass es unklar ist, wer eigentlich den Oberbefehl über diese Streitmacht haben wird – NATO, Kommission? Allein die enge Anbindung (auch finanziell) an die NATO finde ich sehr fragwürdig. Deswegen habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'Unione europea della difesa. Ritengo necessario sostenere gli sviluppi nel campo della politica di sicurezza e difesa comune e incoraggiare il raggiungimento di capacità di difesa autonome per l'UE, al fine di proteggere i suoi cittadini e promuovere i suoi valori e interessi nel pieno rispetto dei trattati, del diritto internazionale e dei diritti umani.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted against the report as it strays into Member State competence.

Whilst European defence cooperation is increasingly important given the turbulent geopolitical environment we find ourselves in, we must remember that the EU is above all a project of peace.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because I believe that in Europe a stronger security must be ensured. I agree with the idea of creating a recurrent Council-type meeting between the Ministers of Defence from each Member State, in order to sustain and coordinate better the Defence Union. Given the recent terrorist attacks, citizens in Europe are feeling more threatened than before. That is why the creation of a European Defence Union becomes very urgent.

The creation of this Union could also benefit SMEs, Europe's defence industry and capabilities, allowing positive consequences for growth and jobs. I believe that key EU stakeholders and companies will have to be involved in the European defence industry. Since I am a strong supporter of research, I support the plan of creating an EU defence research programme. Technological innovation is fundamental in this context in order to reach a more efficient and effective use of the defence and security budgets of each Member State.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – V prvom rade je potrebné si uvedomiť, že prijatá správa nevytvára spoločnú armádu Európskej únie, ale je len potrebným rámcom, ktorý k takejto iniciatíve má smerovať a ktorý má pripraviť zázemie pre uskutočniteľnosť takéhoto zámeru v budúcnosti. Nemyslím si, že EÚ je v súčasnosti pripravená mať vlastnú armádu, pretože európska identita u občanov EÚ nie je na takej úrovni, aby dokázala byť stmeľujúcim prvkom. Občania jednotlivých členských štátoch sa musia v prvom rade cítiť ako občania Európskej únie, až potom bude myšlienka vybudovania spoločnej európskej armády zmysluplná. Podporila som túto správu, pretože spoločná obranná politika je v dnešnej dobe nesmierne dôležitá. Únia čelí viacerým vnútorným, ale i vonkajším problémom a bezprecedentným výzvam. Spoločný postoj krajín v otázke obrany je jednou z odpovedí na tento stav. Je jasné, že dlhodobá bezpečnosť EÚ sa nezaobíde bez politickej vôle. Členské štáty musia využiť naplno potenciál Lisabonskej zmluvy, hlavne pokiaľ ide o oblasť spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky. Pre tento účel by sa mala vytvoriť rada ministrov obrany jednotlivých členských štátov, ktorá by politicky viedla a koordinovala formovanie európskej obrannej únie. Dôležitá je aj koordinácia s NATO, ktorého členom je väčšina členských štátov.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně.* – Podporuji tuto zprávu, protože jsem přesvědčen, že Evropská unie potřebuje společný přístup k obranné politice. Hlavní slovo a odpovědnost však mají v této oblasti vlády členských států. Oceňuji proto, že se na ně Evropský parlament snaží vyvíjet tlak a vyzývá je k dodržování úrovně výdajů na obranu ve výši 2 % HDP. Myslím si, že v nejbližší době bychom se měli zaměřit na revizi SBOP, která bude založena právě na lepším financování a lepší koordinaci mezi členskými státy. Osobně považuji za důležité také to, abychom zlepšili spolupráci s NATO, které by mělo být nadále vnímáno jako hlavní pilíř kolektivní bezpečnosti. Jsem přesvědčen, že v současné chvíli neexistuje mezi státy dostatečné odhodlání a vůle na to, abychom v nejbližší době byli svědky vzniku evropské armády.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie.* – W obliczu dzisiejszych wyzwań nie można stwierdzić po prostu, że Europa powinna lepiej współpracować w obszarze obronności i bezpieczeństwa – Europa musi to robić! Sytuacja geopolityczna zmusza państwa Unii Europejskiej do tego, by ponosiły ciężar odpowiedzialności za własne bezpieczeństwo, a nie tylko liczyły na pomoc sprzymierzonych mocarstw. Sami musimy się nim stać. Jesteśmy liderem pod względem gospodarczym, ale krok za tym musi iść siła militarna.

Sprawozdanie posła Paeta wskazuje wiele dobrych pomysłów na to, jak pogłębić współpracę obronną w Europie w ramach Unii Europejskiej. Traktat z Lizbony daje w tym zakresie sporo rozwiązań, jak chociażby możliwości wspólnego planowania zbrojeń czy stałą strukturalną współpracę (PESCO). Sprawozdanie wzywa także do lepszego wykorzystania istniejących struktur, jak Grupy Bojowe UE, czy Europejska Agencja Obrony. To inicjatywy warte poparcia. UE nie może się bać brać odpowiedzialności za bezpieczeństwo i rozwój zdolności obronnych. Niski poziom i niesatysfakcjonująca efektywność wydatków obronnych w Europie wskazują na potrzebę zmian i bardziej kolektywnego podejścia do tych istotnych kwestii. Badania opinii pokazują jasno – obywatele chcą bliższej współpracy obronnej i bezpieczeństwa w Europie. To sprawozdanie jest sygnałem, że chcemy podążać w tym kierunku.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie.* – Popieram sprawozdanie dotyczące Europejskiej Unii Obronnej. Wynika to z faktu, że Unia Europejska musi bardziej zdecydowanie reagować na pojawiające się zagrożenia, tj. terroryzm, cyberataki i bezpieczeństwo energetyczne. Potrzebna tutaj byłaby nie tylko lepsza koordynacja działań, ale także ustanowienie wspólnego dowództwa operacyjnego, by efektywniej wykorzystywać zasoby wojskowe będące w gestii poszczególnych państw członkowskich. Pożądanym rozwiązaniem jest także wydzielenie w budżecie UE środków na badania w dziedzinie obronności. W obecnym modelu prawnym jest to niestety niemożliwe. Jest to jedną z przyczyn coraz większego odstawania technologii wojskowych w Europie od takich państw jak USA, czy Rosja, które przeznaczają miliardy dolarów na uzyskanie przewagi technologicznej. Proponowane zmiany idą w pożądanym kierunku, dlatego też popieram to sprawozdanie.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu týkajúcu sa európskej obrannej únie som nepodporila. Chápem, že v súčasnej dobe rastúcich bezpečnostných hrozieb a stále nových a nových bezpečnostných výziev vo vnútri Európskej únie, ale najmä v jej susedstve silnejú hlasy volajúce po vytvorení formálnej bezpečnostnej únie. Takisto sa dokážem stotožniť s výzvami na koordinovanejšiu bezpečnostnú politiku alebo posilnenie financovania a som za to, aby sa o tejto otázke viedli diskusie. Myslím si však, že predložená správa zachádza až priďaleko. Volá po definovaní obrannej únie, prináša sériu návrhov, ktoré sa zaoberajú širokým spektrom otázok od pohybu bezpečnostného zariadenia až po výzvy na predloženie Bielej knihy európskej bezpečnosti a obrany. Správa však akosi nemyslí na to, že bezpečnostná a obranná politika je a vždy by aj mala byť kompetenciou členských štátov. Takisto som skôr zástancom posilňovania spolupráce s NATO, a nie jej oslabovania na úkor vzniku paralelnej obrannej štruktúry.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Paet, por concordar com as propostas apresentadas no domínio da política comum de segurança e defesa. Destaco o meu apoio ao desenvolvimento de uma capacidade autónoma de defesa por parte da UE, com o objetivo de proteger os seus cidadãos e promover os seus interesses sempre em plena conformidade com os Tratados, o direito internacional e os direitos humanos.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Jačanje stava o potrebi stvaranja Europske obrambene unije dolazi u vrijeme kada međunarodna vanjskopolitička i sigurnosna situacija i okruženje Europske unije prolaze kroz krize i nestabilnosti koje mogu rezultirati širim valom destabilizacije. Koordinirani pristup mnogobrojnim sigurnosnim izazovima s kojima se suočavaju države članice u neposrednom susjedstvu, ali i na vlastitom teritoriju ključan je kako bi se osigurala stabilnost i razina sigurnosti na području cijele unije. Ponovno razmatranje europske sigurnosne i obrambene politike važno je u svjetlu nedavnih događaja, pogotovo rezultata američkih predsjedničkih izbora. Europska unija mora biti u stanju braniti se od vojnih i nevojnih ugroza. Podržavam ovo izvješće i nadam se da će ono biti dobra baza za buduću konstruktivnu raspravu o smjeru u kojem će se razvijati europski obrambeni i sigurnosni kapaciteti. Europska unija treba razviti jasnu, konzistentnu i dosljednu vanjsku politiku, a stvaranje Europske obrambene zajednice jedan je od ključnih koraka u tom procesu.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o evropski obrambni uniji.

Varnostne razmere v Evropi in drugod so se v zadnjih letih zelo poslabšale zaradi izzivov, kot so terorizem, hibridne grožnje ali pomanjkanje kibernetske ter energetske varnosti, na katere nobena država ne more ustrezno odgovoriti sama.

Strinjam se, da EU za zagotovitev dolgoročne varnosti in miru na svetovni ravni potrebuje politično voljo in odločnost pri razvoju in izvajanju skupne varnostne in obrambne politike v skladu z Lizbonsko pogodbo, ki jo zavezuje mednarodno pravo.

6.9. Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg (A8-0306/2016 - Keith Taylor)

Προφορικές αιτιολογήσεις ψήφου

Seán Kelly (PPE). – Mr President, waterborne transport plays a central role in the development of a more efficient and sustainable European transport sector. I therefore support the recommendations of this report, given its identification of the extraordinary opportunity the geography of our Member States presents. In the combination of our common policies of safety, environment, trans-border cooperation, competition and accessibility, we may bolster more sustainable mobility across our Member States. I particularly appreciate that this would have a significant effect on the social and economic welfare of our citizens, whilst laying the ground for further development and innovation in this sector, and also with innovative developments help us in moving towards a low-carbon transport sector. This is vital in all areas: road, sea and air.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, como comenté en el debate de la Comisión de Transportes y Turismo respecto de este informe, es un primer paso que tiene algunos puntos positivos, pero que deja sin resolver algunos elementos que son fundamentales a la hora de construir una buena política de transportes.

En primer lugar, no especifica; y no es lo mismo hablar de un megacrucero para turistas en masa que hablar de un ferri de corto recorrido que usen los ciudadanos, que cohesione el territorio y que dinamice la economía local.

En segundo lugar, no es lo mismo promover el gas natural en países productores que en Estados miembros que no solo no tienen este recurso, sino que tendrían que traerlo atravesando miles de kilómetros, construyendo enormes infraestructuras y gastando millones de dinero público que podrían utilizarse en promover energías renovables de generación local y reducir, así, la enorme dependencia energética de la Unión Europea.

Sin embargo, este informe incide en la introducción del gas en los puertos, sin tener en cuenta estas consideraciones. Por esto hemos votado en contra.

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione si focalizza sul trasporto via acqua e presenta alcuni punti molto interessanti.

Sappiamo bene che il sistema di trasporto marittimo italiano ha bisogno di essere migliorato in alcuni aspetti e nella relazione, appunto, viene proposto di incentivare la competitività e di migliorare le infrastrutture. Inoltre si pone una speciale attenzione alla sostenibilità ambientale, promuovendo il rispetto degli obbiettivi della COP21 e incentivando la decarbonizzazione dei trasporti. Poiché l'aspetto ambientale rappresenta un tema molto importante e delicato a cui è necessario porre molta attenzione e poiché la relazione presenta molti buoni spunti ho deciso di votare positivamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que no añade ninguna prioridad política en el campo del transporte de pasajeros por vías navegables, y además, afianza la presencia de recursos no sostenibles como el gas natural licuado (GNL). El informe no incluye referencias específicas al papel que el sector público debe jugar en el desarrollo de estas vías de comunicación, manteniendo un enfoque de mercado que hasta la fecha no ha hecho más que inhibir su desarrollo. No obstante, pese a escasa claridad, a lo que sí hace una clara referencia es al transporte del GNL por estas vías, afianzando la gran apuesta por este recurso fósil y el fuerte impacto que el mismo tiene en las zonas de extracción o de almacenaje como es el caso del Parque Natural de Doñana. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Le transport de passagers par voie maritime peut constituer un mode de transport respectueux de l'environnement et des consommateurs, ainsi qu'un service essentiel pour les touristes et les personnes situées dans les zones reculées ou côtières. D'autres mesures doivent être prises pour promouvoir ce mode de transport, qui peut avoir un effet positif sur le développement économique le long des zones côtières et aussi soulager les embouteillages terrestres.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The report did not give any real direction on how to unleash the potential of passenger transport. There is no differentiation between small regular ferries (playing a key role a sustainable public transport alternative for citizens in their daily travels such as for Ireland's islands) and huge cruises for recreational mass-tourism. Neither between the strategic collateral impacts, such as its contribution to social and territorial long-term cohesion, decentralised local economy or a higher overall environmental performance. Nor there is a calling for proper social, economic and environmental assessment – including strategic alternative-analysis – when planning and funding new related infrastructure.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl keleivinio vandens transporto galimybių naudojimą. Šiais laikais daug Europoje į darbą važinėjančių asmenų važiuoja keliais, taip Europos miesto maršrutuose susidaro kamščiai, spūstys ir vėluojama nuvykti į vietą. Geriau išnaudojant keleivinio vandens transporto pajėgumus būtų galima ne tik sumažinti spūstis ir išmetamą CO_2 kiekį, bet ir pagerinti oro kokybę ir apskritai teikti geresnes transporto paslaugas. Europoje yra daug vietų, kuriose keliauti keltais ar kruiziniais laivais būtų žymiai taupiau, paprasčiau ir greičiau, tuo pat metu saugant Europos aplinką ir piliečių sveikatą. ES uostais kiekvienais metais pasinaudoja daugiau kaip 400 mln. žmonių, o 120 mln. keleivių vežami į tos pačios valstybės narės uostus. Ir nors vandens transportas jau dabar yra vienas darniausių keliavimo būdų, dar galima siekti, kad laivai būtų mažiau taršūs ir efektyviau vartotų energiją. Tam reikia pasitelkti mokslinius tyrimus ir inovatyvias technologijas, pavyzdžiui, saulės ir vėjo jėgainių energijos, sausumoje pagamintos elektros ir alternatyviojo kuro, drauge laikantis technologinio neutralumo principo. Pritariu, kad keleivinio vandens transporto vystymui reikia tobulinti ES finansavimo, pvz., sanglaudos, struktūrinių, regioninių, iniciatyvų INTERREG, „Horizontas 2020“, EITP ir TEN-T fondų prieinamumą ir naudojimą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αξιοποίηση των δυνατοτήτων των πλωτών επιβατικών μεταφορών, διότι θεωρώ ότι οι συγκεκριμένες μεταφορές επιβατών είναι φιλικά προσκείμενες προς το περιβάλλον και ότι παρέχουν ζωτικής σημασίας υπηρεσίες στους τουρίστες που μετακινούνται σε απομακρυσμένες παράκτιες περιοχές.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Développer le transport de voyageurs par voie d'eau est pertinent. Cependant, les travers écolo-européo-intégrationnistes, avec la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire pour les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française rend ce rapport inacceptable. Je m'y suis donc opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The UK is an island. The only cross-border co-operation required here is between Northern Ireland and the Republic of Ireland. This does not require action to be taken at European Union level, and seems to me to be the very definition of subsidiarity: a matter which could be better be decided by the United Kingdom than at a European Union level.

Indeed, the UK already has a well-established waterborne passenger transport system. Consequently, I voted against.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – L'amélioration de l'utilisation des capacités disponibles du transport de voyageurs par voie d'eau permettrait non seulement de réduire les encombrements, mais également de diminuer les émissions de CO_2 et d'améliorer la qualité de l'air en conséquence. C'est pour ces raisons que j'ai voté pour cette résolution.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl keleivinio vandens transporto potencialo išnaudojimo. Europos geografinė sandara pasižymi upių, vandens kelių, žiočių, ilgų pakrančių ir salų gausa, todėl suteikia nepaprastai daug galimybių keleiviams keliauti vandens transportu. Be to, Europos miesto maršrutuose susidaro kamščiai, spūstys ir vėluojama nuvykti į vietą. Todėl pritariu, kad geriau išnaudojant keleivinio vandens transporto pajėgumus būtų galima ne tik sumažinti spūstis ir išmetamą CO_2 kiekį, bet ir pagerinti oro kokybę ir apskritai teikti geresnes transporto paslaugas.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the EU is once again trying to adopt a one size fits all policy. The UK as a island nation has considerable expertise when it comes to issues relating to shipping and passenger transportation on the sea. The report does touch on some very relevant topics such as reducing fossil fuel requirement, however it goes too far by calling for decarbonisation but does not provide any alternative. The report also goes on to claim that the EU is responsible for facilitating Search and Rescue operations through the introduction of the EU passenger ship safety legislation, however, the UK has had Search and Rescue operations in place since the 1920's. It just goes to show that this report is both inaccurate and misleading and in addition to the reasons already mentioned I felt that I should vote against it.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau», ce à quoi les députés FN-RBM se sont toujours opposés. Cette création accélèrerait inévitablement la substitution, du moins partielle, des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger. L'intérêt de développer les transports de voyageurs par voie d'eau est évident. Cependant, les travers écolo-européo-intégrationnistes – avec la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française – rendent ce rapport inacceptable.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui rappelle que le transport de voyageurs par voie d'eau dans le cadre de la navigation côtière ou maritime constituait un grand potentiel au vu des infrastructures disponibles et qu'il constituait un facteur important pour renforcer la cohésion entre les divers régions de l'Union européenne.

La Commission est notamment invitée à financer des projets de service de transport intégré mieux organisés et plus efficaces afin d'assurer une gestion intermodale et efficace du transport de passagers.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Il trasporto di passeggeri per via d'acqua svolge già oggi un ruolo fondamentale nei collegamenti fra le diverse regioni dell'Unione europea, un'area che per le proprie caratteristiche geografiche, la presenza di molti fiumi, isole e coste, presenta però ancora un enorme potenziale per la crescita di sistemi di trasporto sostenibile.

Ho votato a favore della relazione Taylor perché condivido l'idea di investire in politiche che mirino a creare un vero spazio unico per il trasporto di passeggeri per via d'acqua. L'azione delle istituzioni comunitarie deve oggi puntare a sviluppare politiche che affrontino gli aspetti della sicurezza, delle norme ambientali, della cooperazione transfrontaliera e della competitività, nonché della qualità dei servizi, dei diritti dei passeggeri e dell'accessibilità senza barriere. Il trasporto di passeggeri per via d'acqua è una grande opportunità per il futuro, l'Europa dovrà sfruttarla al meglio per garantire non solo i servizi vitali alle comunità remote, ma per rilanciare il potenziale turistico di tante zone del nostro continente.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque tiene elementos interesantes, le falta enfoque crítico en asuntos fundamentales para construir una buena política de transportes a largo plazo. Por ejemplo, la evaluación de alternativas durante la planificación y gestión de infraestructuras o la diferenciación de tipos de barcos y líneas según su función social o su rendimiento medioambiental. No es lo mismo mantener y mejorar la red de puertos secundarios que construir mega-puertos industriales que luego permanecen infrautilizados. No es lo mismo un ferri de trayectos regulares que dinamice la economía local y mejore la movilidad de los ciudadanos que un macro-crucero de turismo de masas.

Además, el informe aboga por la introducción de infraestructuras de gas en los puertos TEN-T, lo cual es una línea roja para nosotros. En España no podemos permitirnos gastar en infraestructuras y transporte de gas millones de dinero público que podría utilizarse para promover energías renovables de generación local, crear empleo sostenido en el largo plazo y reducir nuestra enorme dependencia energética.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al Sr. Taylor su labor en el acuerdo sobre la liberación del potencial de los servicios de transporte de pasajeros por vías navegables. He apoyado este informe pero no he seguido la línea de mi grupo en relación a la mención sobre los límites aplicables a las emisiones de azufre.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative concerne le développement du transport de voyageurs sur les cours d'eau et les mers de l'Union. Je partage le constat selon lequel la géographie européenne est bien adaptée au transport fluvial et qu'il s'agit d'un mode de transport à développer car trop sous-exploité au profit du transport routier. Il souhaite la création d'autoroutes de la mer et le développement de l'inter-modalité, ce que je considère positif, mais la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau» me dérange. Cette création accélérerait inévitablement la substitution, au moins partielle, des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger.

D'autre part, le rapport est truffé de termes du parfait député bien-pensant.

Si, globalement, je souhaite développer le transport de voyageurs par voies d'eau (et en allant plus loin le fret fluvial aussi), ici le texte, avec cette volonté d'un espace unique supplémentaire, risque bien de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française et nous faire perdre un peu plus de notre souveraineté. J'ai donc voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo sull'importanza del trasporto passeggeri sulle vie navigabili pare ben ponderato. Ritengo fondamentale garantire ai nostri cittadini la possibilità di utilizzare il trasporto fluviale e marittimo come via di comunicazione. Un miglioramento di questo tipo di trasporto favorirebbe l'attività di molte delle nostre imprese, ad esempio del settore cantieristico e di quello turistico. Per questi motivi ho inteso sostenere il testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El transporte de pasajeros por mar y vías navegables ofrece gran potencial en cuanto a la utilización del exceso de capacidad disponible, tanto en términos de infraestructura como de embarcaciones, y desempeña un papel fundamental en la conexión de las regiones de la UE (especialmente las ultraperiféricas) siendo un factor importante de cohesión. Asimismo, la actividad de cruceros y transbordadores fomenta el turismo costero, que constituye una de las principales actividades marítimas en Europa.

Este informe anima a los Estados miembros, las autoridades regionales y locales y la Comisión a que tomen en consideración el transporte de pasajeros por mar y por vías navegables y, en especial, a que mejoren la infraestructura asociada, tanto en la red básica como en la red global, en el marco de la RTE-T y el MCE, reforzando su interconexión con las infraestructuras interiores ferroviarias, entre otras, así como mediante la provisión de infraestructuras e información que satisfagan las necesidades de movilidad de todos los viajeros. Asimismo, propone un conjunto de medidas para lograr un sector más competitivo y limpio, como mejorar las conexiones con centros urbanos, reducir el impacto medioambiental de los buques o actualizar la normativa de seguridad de buques de pasajeros así como la conectividad con otros modos y regiones. Por ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl keleivinio vandens transporto potencialo išnaudojimo. Keleivinis vandens transportas, įskaitant jūrų keltus, vidaus vandenų keltus, baržas ir kruizinius laivus, atlieka esminį vaidmenį norint pasiekti, kad Europos transporto sektorius būtų darnesnis ir veiksmingesnis, paremtas politika, kurią vykdant sprendžiami saugos, aplinkos standartų, tarpvalstybinio bendradarbiavimo ir konkurencingumo bei paslaugų kokybės, keleivių teisių ir prieinamumo be kliūčių klausimai. Daug Europoje į darbą važinėjančių asmenų važiuoja keliais, taip Europos miesto maršrutuose susidaro kamščiai, spūstys ir vėluojama nuvykti į vietą. Geriau išnaudojant keleivinio vandens transporto pajėgumus būtų galima ne tik sumažinti spūstis ir išmetamą CO_2 kiekį, bet ir pagerinti oro kokybę ir apskritai teikti geresnes transporto paslaugas. Europos geografinė sandara pasižymi upių, vandens kelių, žiočių, ilgų pakrančių ir salų gausa, todėl suteikia nepaprastai daug galimybių keleiviniam vandens transportui. Europoje yra daug vietų, kuriose keliauti keltais ar kruiziniais laivais būtų žymiai tausiau, paprasčiau ir greičiau, taip didėtų regionų socialinė ir ekonominė gerovė ir drauge būtų saugoma Europos aplinka ir piliečių sveikata.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülésbe indulhat.

Számomra igen fontos, hogy a belföldi hajójáratokon szállított utasok többsége olyan hajókon utazzon, amelyek megfelelnek a közös uniós biztonsági normáknak, erre rendelkezésre állnak bizonyos továbbképzések a személyzet számára is. Összességében, pozitívumként tekintek a jelentés fontosságára, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlog sem podprl, ker se mi zdi pomembno, da ustrezno izkoristimo ponujeni potencijal, ki ga ponujajo vodotoki in morske površine. Znano je, da Evropa s svojo edinstveno geografijo ponuja mnoge priložnosti. Zato je pomebno, da se zavemo, da dolge obale, mnogi otoki in reke ponujajo izjemne priložnosti za trajnostni vodni potniški promet. Prav tako smo v zadnjem času priča hitremu razvoju različnih plovil, ob tem pa velja vzeti v razmislek, da se lahko vodni promet zahvaljujoč tehnološkemu razvoju izkaže kot alternativa zgoščenemu cestnemu prevozu.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o ostvarivanju potencijala putničkog prijevoza vodnim putovima. Plovni prijevoz putnika može biti ekološki i potrošački prihvatljiv način prometa, kao i bitan servis za turiste i putnike u udaljenim / obalnim područjima.

Daljnje mjere se mogu poduzeti za promicanje ovog načina prijevoza, koji može imati pozitivan učinak na gospodarski razvoj uz obalna područja i oslobađanje zagušenja na kopnu.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported this resolution on unleashing the potential of waterborne passenger transport because I think that this kind of transport policy shall overcome the administrative burden arising from cross-border shipping in order to increase the efficiency of the sector, obviously by bearing in mind the need to reduce the environmental impact.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Un gran numero di pendolari in Europa viaggia su strada, creando ingorghi, congestione e ritardi sulle strade tratte urbane del nostro continente.

Un migliore utilizzo delle capacità disponibile di trasporto di passeggeri per via d'acqua potrebbe non solo contribuire a ridurre la congestione e le emissioni di anidride carbonica, ma anche migliorare la qualità dell'aria e l'offerta complessiva di servizi di trasporto. Le navi passeggeri svolgono un ruolo importante per la mobilità dei cittadini dell'Unione: oltre 400 milioni di persone transitano ogni anno per i porti dell'UE, con 120 milioni di passeggeri trasportati tra porti dello stesso Stato membro.

L'UE ha contribuito a migliorare la sicurezza sulle navi passeggeri e ad agevolare le operazioni di ricerca e salvataggio grazie ad un miglioramento notevole delle normative, tuttavia esistono ancora delle aree di miglioramento da sfruttare per rafforzare l'applicazione delle norme esistenti e per semplificarle, ove possibile, al fine di eliminare requisiti obsoleti o ridondanti e di garantire il livello di eccellenza della sicurezza dei passeggeri nei trasporti sulle vie d'acqua dell'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à développer le transport fluvial en faveur des voyageurs. Partant du constat que la géographie européenne s'y prête particulièrement et que ce mode de transport est sous-exploité au profit du transport routier entraînant un accroissement des embouteillages et de la pollution, le rapporteur préconise de créer un espace unique pour le transport de voyageurs par voie d'eau. Bien que je sois favorable à l'essor de ce mode de transport qui contribuera au dynamisme du tourisme et de nos économies, j'ai voté contre ce rapport qui risque de nuire aux entreprises spécialisées dans cette activité. Le texte insiste particulièrement sur le développement de flottes peu polluantes, sur la formation du personnel et l'accès général aux personnes à mobilité réduite. Avec ce type de contraintes environnementales, le transport de voyageurs par voie d'eau risque de ne pas dépasser le stade embryonnaire.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Transportul naval de pasageri are un rol esențial în vederea asigurării sustenabilității sectorului european de transporturi, fiind necesară valorificarea potențialului prin tehnologii inovatoare astfel încât navele să devină mai ecologice și totodată mai eficiente energetic. La momentul actual, există un număr ridicat de persoane care fac naveta în Europa alegând transportul rutier, ceea ce determină congestii si blocaje pe principalele artere ale Europei. Având în vedere că geografia Europei beneficiază de o serie de căi navigabile, ar fi indicată folosirea acestora atât pentru a reduce congestia și emisiile de CO_2, cât și pentru a asigura servicii mai bune și mai rapide de transport.

M-am exprimat în favoarea acestei inițiative, deoarece consider că transportul naval este unul dintre cele mai sustenabile moduri de transport și este necesar să se exploateze potențialul pe care acest tip de transport îl oferă în conformitate cu standardele de mediu.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Transporturile constituie fundamentul oricărei economi. Integrarea piețelor, creșterea economică și activitatea transporturilor sunt activități strâns legate. În UE, legăturile eficace la nivelul transporturilor au facilitat crearea și integrarea pieței interne. Mai trebuie făcute însă eforturi în vederea valorificării potențialului prezentat de transportul naval de pasageri, pentru a realiza un sector european al transporturilor mai sustenabil și mai eficient.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la raportul privind valorificarea potențialului prezentat de transportul naval de pasageri. Căile navigabile reprezintă singurul mod de transport care oferă o mare capacitate disponibilă. Foarte rar se întâmplă accidente, ceea ce transformă acest mod de transport într-un mediu ideal pentru transportul naval de pasageri.

În acest scop, avem nevoie de o revizuire a legislației la nivel european, care să îmbunătățească modalitatea de punere în execuție a normelor existente. De asemenea, se mai poate simplifica cadrul de reglementare curent pentru a elimina cerințele caduce sau cu dispoziții care se suprapun.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione in questione, che invita la Commissione a lavorare per lo sviluppo del trasporto dei passeggeri per via d'acqua (TPVA) in considerazione degli enormi benefici che può garantire.

La relazione indica come un migliore impiego del TPVA può rendere il settore dei trasporti europeo più efficiente e sostenibile. Una riduzione del trasporto passeggeri su strada e un giusto aumento del trasporto passeggeri per via d'acqua non solo può moderare la congestione del traffico, ma può ridurre le emissioni di CO_2 per il miglioramento della qualità dell'aria.

Tra gli incentivi da adottare, gli investimenti in tecnologie innovative e in ricerca, il perfezionamento della qualità dei carburanti e l'efficienza dei motori. È necessario integrare il TPVA nei sistemi di informazione al fine di sviluppare maggiormente il settore del turismo e accrescere la qualità dei servizi pubblici. La numerosa presenza di vie d'acqua è una grande opportunità per migliorare il benessere sociale ed economico di tutto il continente.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the EU is once again trying to adopt a one size fits all policy. The UK as a island nation has considerable expertise when it comes to issues relating to shipping and passenger transportation on the sea. The report does touch on some very relevant topics such as reducing fossil fuel requirement, however it goes too far by calling for decarbonisation but does not provide any alternative. The report also goes on to claim that the EU is responsible for facilitating Search and Rescue operations through the introduction of the EU passenger ship safety legislation, however, the UK has had Search and Rescue operations in place since the 1920's. It just goes to show that this report is both inaccurate and misleading and in addition to the reasons already mentioned I felt that I should vote against it.

David Casa (PPE), *in writing*. — Technological developments have once again made waterborne transport an alternative to congested access roads to city centres. Whilst waterborne passenger transport and waterborne freight transport face different challenges and have different needs in terms of infrastructure, environmental challenges, operational issues, security and port-city relations the integration of waterborne passenger hubs into European policy on interconnecting infrastructure, as already implemented through EU will provide further European added value. This could be enhanced through the possibilities for loans and guarantees for waterborne projects under the European Fund for Strategic Investments (EFSI) as a complementary instrument to the traditional grants. I voted in favour.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Il trasporto di passeggeri per via navigabile è un settore strategico rilevante nell'ambito dei trasporti e del turismo, sul quale è necessario creare basi giuridiche armonizzate che non ne ostacolino lo sviluppo.

Si tratta di un trasporto fondamentale per le regioni periferiche, spesso rese meno accessibili ed interconnesse a causa di un sistema di trasporto non adeguato al loro assetto territoriale. Potenziare il trasporto per via navigabile significa anche compensare un deficit di competitività che colpisce specifiche aree situate a grande distanza dai principali centri amministrativi ed economici. È quindi necessario accorciare le distanze attraverso un potenziamento strutturale dei collegamenti al fine di incrementarne le opportunità di sviluppo, crescita e occupazione.

Ho votato a favore della relazione poiché credo sia fondamentale sostenere un modello di sviluppo economico che tenga conto delle necessità specifiche di tali territori, svantaggiati a causa di un sistema dei trasporti ancora non competitivo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και επισημαίνουμε τις δυνατότητες και τη σκοπιμότητα της ενσωμάτωσης των πλωτών επιβατικών μεταφορών σε ένα πλαίσιο πολυτροπικής κινητικότητας, με έμφαση στις δημόσιες μεταφορές σε περιοχές μεγάλων αστικών συγκροτημάτων, τόσο για τους μετακινούμενους εργαζομένους όσο και για τους τουρίστες.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την αξιοποίηση των δυνατοτήτων των πλωτών επιβατικών μεταφορών στοχεύει στην ανάπτυξη ενός κλάδου που τα τελευταία χρόνια δεν αποτελεί προτεραιότητα των πολιτών και του επιχειρηματικού κόσμου. Παρά τις θετικές ιδέες που περιέχει, η έκθεση δεν καταφέρνει να εστιάσει στις ανάγκες μικρών και μεσαίων επιχειρήσεων, δημιουργώντας ευνοϊκές συνθήκες για ισχυρότερες επιχειρήσεις. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να απέχω.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Esprimo voto positivo per la relazione in oggetto. Si tratta di un testo non legislativo che si pone l'obiettivo di richiamare l'attenzione della Commissione europea sulle priorità del trasporto passeggeri sulle vie d'acqua, sia che esso riguardi il mare che le acque interne.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non vi è luogo nella nostra Unione ove non sia possibile godere della presenza di fiumi, laghi o coste. È, d'altronde, la stessa storia del mondo a insegnarci come le più grandi civiltà si siano sviluppate in aree ricche di acqua e poiché il nostro patrimonio sia storico sia culturale merita una degna prosecuzione, voto a favore del provvedimento. La conformazione dell'UE offre un'occasione eccezionale al trasporto sostenibile per via d'acqua, si rende perciò irrimandabile l'utilizzo delle capacità in eccesso ad oggi esistenti in termini di infrastrutture e imbarcazioni. Parimenti, il ruolo fondamentale dei collegamenti rappresenta un notevole fattore di coesione territoriale, oltre che un'opportunità turistica da sfruttare appieno. Pertanto, si intende semplificare gli oneri amministrativi per il passaggio navale transfrontaliero. L'obiettivo è, certamente, quello di aprire uno spazio ad una sferzata della competitività. Congiuntamente a ciò, siamo ben consci dell'impatto ambientale del trasporto via acqua, dunque intendiamo porre regole precise per il turismo sostenibile. Si invita, innanzitutto, Eurostat ad includere dati connessi al turismo via acqua e ai suoi impatti. Secondariamente, le autorità locali devono operare un'integrazione funzionale ed efficiente tra i trasporti idrici e quelli pubblici sulla terraferma.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on unleashing the potential of waterborne passenger transport and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O transporte de passageiros por vias navegáveis desempenha um papel fundamental para a construção de um sector europeu de transportes mais sustentável e eficiente.

O objetivo da UE em matéria de transporte marítimo é o de se tornar líder mundial na investigação e inovação marítima, bem como na construção naval, com vista a melhorar a eficiência e a inteligência energética dos navios, reduzir o impacto ambiental, minimizar o risco de acidentes e melhorar a qualidade de vida no mar.

Torna-se necessário eliminar os estrangulamentos nas ligações entre o sistema ampliado de vias navegáveis interiores da Europa ocidental e o atual sistema da Europa de leste, cuja degradação é notável e, em alguns locais, total.

A Comissão deve desenvolver um sistema harmonizado de recolha de dados estatísticos sobre acidentes e incidentes para as embarcações de navegação interior, incluindo o tráfego transfronteiras.

Os Estados-Membros devem promover e apoiar as iniciativas locais destinadas a ativar o transporte interior por vias navegáveis e como um meio de satisfazer as necessidades das aglomerações urbanas.

Pelo exposto, apoiei o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto sono convinta che il trasporto di passeggeri per via d'acqua (TPVA), compresi i traghetti marittimi, i traghetti della navigazione interna, le chiatte e le navi da crociera, svolga un ruolo molto importante nello sviluppo di un settore europeo dei trasporti più efficiente e sostenibile, assistito da politiche che affrontino gli aspetti della sicurezza, delle norme ambientali, della cooperazione transfrontaliera, della competitività nonché della qualità del servizio, dei diritti dei passeggeri e dell'accessibilità senza barriere.

Oggi sono ancora molti i pendolari che viaggiano su strada, creando ingorghi, congestione e ritardi sulle strade urbane del nostro continente: un migliore utilizzo della capacità disponibile di trasporto di passeggeri per via d'acqua potrebbe non solo contribuire a ridurre la congestione e le emissioni inquinanti, ma anche a migliorare l'offerta complessiva dei servizi di trasporto per i cittadini europei.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Overcoming seasonality in remote and peripheral regions of the Union such as coastal, island, lake and rural regions is a priority in most of our regions. I agree that SMEs should be a focal point for the promotion of tourism services and support the call on the Commission, the Member States and local and regional authorities to make fullest possible use of EU funding opportunities for SMEs, including subsidies for local communities in the aforementioned outlying regions.

We need a proper framework for providing connections with islands, island regions and remote areas which would be promoted with measures to facilitate better-quality ferries and appropriate terminals. By making better use of available capacity of waterborne passenger transport we could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que no añade ninguna prioridad política en el campo del transporte de pasajeros por vías navegables, y además, afianza la presencia de recursos no sostenibles como el gas natural licuado (GNL). El informe no incluye referencias específicas al papel que el sector público debe jugar en el desarrollo de estas vías de comunicación, manteniendo un enfoque de mercado que hasta la fecha no ha hecho más que inhibir su desarrollo. No obstante, pese a escasa claridad, a lo que sí hace una clara referencia es al transporte del GNL por estas vías, afianzando la gran apuesta por este recurso fósil y el fuerte impacto que el mismo tiene en las zonas de extracción o de almacenaje como es el caso del Parque Natural de Doñana. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il trasporto passeggeri per vie d'acqua è tra le modalità di trasporto più sostenibili ed un migliore utilizzo delle sue capacità potrebbe non solo contribuire a ridurre la congestione e le emissioni di CO_2, ma anche a migliorare la qualità dell'aria e l'offerta complessiva di servizi di trasporto.

Esistono certamente ulteriori margini per rendere le navi più pulite e più efficienti sotto il profilo energetico attraverso investimenti in ricerca e tecnologie innovative, ad esempio per quanto riguarda l'energia solare ed eolica, la fornitura di elettricità a terra e i combustibili alternativi. In questo senso, l'utilizzazione dei fondi dell'UE, come i Fondi di coesione, strutturali, regionali, di Interreg, di Orizzonte 2020, del CEF e delle TEN-T e i finanziamenti del FEIS possono essere la chiave di volta per rafforzare il potenziale del settore di riferimento.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Transportul naval de pasageri joacă un rol crucial privind realizarea unui sector european al transporturilor mai sustenabil și eficient, aflat într-o sinergie cu politicile din domeniul siguranței, al standardelor de mediu, al cooperării transfrontaliere și al competitivității.

Datorită numărului mare de persoane care tranzitează zilnic Europa, circulația rutieră se confruntă cu numeroase blocaje și congestii. Dacă s-ar folosi într-un mod mai eficient capacitatea disponibilă a transportului naval de pasageri, atunci nu doar am reduce emisiile de dioxid de carbon și congestiile din trafic, dar am îmbunătăți și sistemul de transport la nivelul Uniunii. Geografia Europei oferă oportunități extraordinare pentru dezvoltarea transportului naval.

Am votat pentru dezvoltarea acestui potențial enorm oferit de către transportul naval de pasageri. Anual, aproximativ 400 de milioane de persoane trec prin porturile UE. Legislația UE privind securitatea navelor de pasageri a condus la o îmbunătățire a siguranței pasagerilor.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat, ezért nagyobb hangsúlyt kellene helyezni a vízi személyszállításra az Unióban. A COP21 megállapodásokkal összhangban fontos szempont, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Továbbá segítheti a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon és ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülését is maga után vonhatja. Szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosu w sprawie sprawozdania dotyczącego kwestii uwolnienia potencjału pasażerskiego transportu wodnego. Uważam, że ważną kwestią jest poprawa wspólnych zasad dotyczących bezpieczeństwa statków przewożących pasażerów po wodach UE. W kontekście obecnej sytuacji niekontrolowanych napływów drogą morską nielegalnych imigrantów do Europy istnieje potrzeba w zakresie zwiększenia bezpieczeństwa załogi i pasażerów statków. Dostrzegam również potrzebę dalszego udoskonalania systemów w przypadku funkcjonowania dużych aglomeracji dla podniesienia jakości usług i komfortu osób podróżujących środkami komunikacji publicznej. Proponowane przepisy wkraczają jednak swoim zakresem w kompetencje, które powinny należeć do państw członkowskich, dlatego wstrzymałem się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Waterborne passenger transport has the potential to provide an alternative to land transport and thus relieves congestion on land. This type of transport can be environmentally and consumer friendly, while also providing services to the increasing tourism industry. In order to have an effective waterborne passenger transport system we need to improve the current infrastructure and support local initiatives. We need to also encourage cleaner fuels to lower CO_2 emissions. I voted in favour of this report as all these aspects are covered in the report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I abstained on this report as, whilst I fully agree that this sector plays an important role in connecting people and has great potential within and outside the UK, I cannot support all the recommendations within the final report. It makes some valid points on improving enforcement of passenger ship safety, but it fails to recognise the needs and differences of smaller operators or to address the unequal restrictions on sulphur emissions for British North Sea operators in comparison to their Mediterranean competitors.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris.* – Susțin poziția raportorului privind necesitatea integrării transportului naval de pasageri în rețelele urbane, regionale și transfrontaliere de transport public, ceea ce permite eficientizarea mobilității și o mai bună protecție a mediului, în corelare cu creșterea gradului de decongestionare a rețelelor de transport terestre și a confortului din orașe.

Pe de altă parte, este benefic pentru statele membre să promoveze și să sprijine inițiativele locale menite să activeze transporturile pe căi navigabile interioare ca o modalitate de aprovizionare a aglomerărilor, inclusiv prin dezvoltarea unor centre de distribuție în porturile fluviale și dezvoltarea transportului de pasageri, în primul rând pentru ca zonele în cauză să devină mai atrăgătoare pentru turiști, precum și trecerea la utilizarea în mai mare măsură a unor nave mai ecologice și mai eficiente din punct de vedere energetic, cu emisii mai scăzute.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against this because the EU is once again trying to adopt a one size fits all policy. The UK as a island nation has considerable expertise when it comes to issues relating to shipping and passenger transportation on the sea. The report does touch on some very relevant topics such as reducing fossil fuel requirement, however it goes too far by calling for decarbonisation but does not provide any alternative. The report also goes on to claim that the EU is responsible for facilitating Search and Rescue operations through the introduction of the EU passenger ship safety legislation, however, the UK has had Search and Rescue operations in place since the 1920's. It just goes to show that this report is both inaccurate and misleading and in addition to the reasons already mentioned I felt that I should vote against it.

Rachida Dati (PPE), *par écrit.* — J'ai voté en faveur du rapport sur l'exploitation du potentiel du transport de voyageurs par voie d'eau. Si plus de 400 millions de personnes transitent, chaque année, par les ports de l'Union, le transport de passagers par voie d'eau reste sous exploité. Confronté à la nécessité de réduire nos émissions de gaz à effet de serre, il est impératif de changer nos habitudes de transport. Le transport de voyageurs par voie d'eau représente une option crédible. Ce mode de transport est plus respectueux de l'environnement et promet un développement économique, notamment dans le secteur du tourisme.

Andor Deli (PPE), *írásban.* – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülésbe indulhat.

Számomra igen fontos, hogy a belföldi hajójáratokon szállított utasok többsége olyan hajókon utazzon, amelyek megfelelnek a közös uniós biztonsági normáknak, erre rendelkezésre állnak bizonyos továbbképzések a személyzet számára is. Összességében, pozitívumként tekintek a jelentés fontosságára, ezért szavazatommal támogattam a jelentést!

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto.* – Il trasporto per vie navigabili è più sostenibile per l'ambiente in quanto offre opportunità per ridurre l'inquinamento. Il settore dei traghetti e quello crocieristico rappresentano una parte importante dell'economia europea anche per il turismo con 400 milioni di cittadini che transitano nei porti dell'UE ogni anno e forniscono lavoro a circa 161 000 persone. Il settore assicura importanti collegamenti nelle regioni costiere e il traffico sui fiumi. Esorto dunque l'UE a continuare l'impegno per migliorare le prestazioni in materia di sicurezza dei traghetti e lo sviluppo di tecnologie che contribuiscono all'efficienza energetica.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – Ce rapport vise au développement des transports de voyageurs sur les cours d'eau et les mers de l'Union européenne.

En effet, alors que la géographie européenne se prête idéalement au transport fluvial, il est sous-exploité. L'intérêt de développer le transport fluvial est évident.

Pour autant, le Front National s'oppose à la création d'un espace unique fluvial en Europe, car une telle mesure aboutirait à la substitution des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Приветствам доклада и новите законодателни предложения на Комисията за опростяване и подобряване на общите правила относно безопасността на корабите, превозващи пътници във водите на ЕС, с цел да се повиши безопасността и конкуренцията, като правилата се изяснят и опростят и като се съобразят с правните и технологичните достижения. Въпреки това все още има допълнителна нужда да се опрости съществуващата регулаторна рамка, за да се премахнат остарелите или съвпадащи изисквания. По-голямо внимание трябва да бъде поставено върху безопасността на екипажа и пътниците на крайбрежни плавателни съдове в контекста на неконтролираните потоци от нелегални имигранти към Европа по море.

Смятам, че са необходими по-нататъшни подобрения, за да се разработят интегрирани билетни схеми и за повишаване на надеждността и честотата. Следва да се насърчава рамка за осигуряване на връзки с острови, островни региони и отдалечени райони, с мерки за улесняване на фериботи с по-добро качество и подходящи терминали.

Всичко това е добре описано в доклада и по тази причина аз го подкрепих.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Θετική η ψήφος μου για την έκθεση, διότι χρειάζεται η ολοκληρωτική εκμετάλλευση όλων των υδάτινων οδών για να βοηθηθούν οικονομικά πολλές περιοχές, αλλά ταυτόχρονα χρειάζεται να υπάρχουν και αυξημένα μέτρα ασφαλείας τόσο για τους ανθρώπους όσο και για το περιβάλλον.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülésbe indulhat.

Számomra igen fontos, hogy a belföldi hajójáratokon szállított utasok többsége olyan hajókon utazzon, amelyek megfelelnek a közös uniós biztonsági normáknak, erre rendelkezésre állnak bizonyos továbbképzések a személyzet számára is. Összességében, pozitívumként tekintek a jelentés fontosságára, ezért szavazatommal támogattam a jelentést!

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El transporte de pasajeros por mar y vías navegables desempeña un papel fundamental en la conexión de las distintas regiones de la Unión. Constituye, por tanto, un factor importante para mejorar la cohesión, tanto a nivel económico como de eficiencia. La actividad de cruceros y transbordadores, por otra parte, fomenta enormemente el turismo costero, una de las principales actividades marítimas en Europa. En el plano medioambiental, el transporte por vías de navegación interior es un modo de transporte respetuoso con el medio ambiente incluido en las recomendaciones del Libro Blanco.

Considerando la conveniencia de estos preceptos, desde el Parlamento Europeo apoyamos la liberación del potencial de los servicios de transporte de pasajeros por vías navegables.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report by my colleague on the Transport Committee, Keith Taylor. I believe Wales has great potential for development in this area, given the nature of our coastline. This report could help move the discussion forward.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: l'intérêt de développer le transport de voyageurs par voie d'eau est évident. Cependant, le risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française rend ce rapport inacceptable.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O desenvolvimento do transporte através de vias navegáveis – marítimo e fluvial – é uma questão muito importante relativamente à mobilidade de passageiros e mercadorias, tendo enormes benefícios ambientais e económicos.

A operacionalidade deste sistema de transporte requer a adequação das condições naturais e das infraestruturas.

Nos últimos anos, o desinvestimento nos equipamentos e nas infraestruturas, bem como a precarização laboral neste sistema, colocaram em causa muitos serviços.

Este relatório parte de um bom princípio, que é o desenvolvimento do transporte nas vias navegáveis, como fator de coesão territorial, social e económica; como fator de cumprimento dos objetivos de redução de emissões de gases com efeito de estufa e do aumento da sustentabilidade ambiental dos transportes; como meio mais seguro e controlável.

No entanto, a forma de realizar os objetivos de desenvolvimento do setor são os mesmos que têm conduzido este e outros sistemas de transportes à privatização, à desregulamentação, à perda de qualidade de serviço e, em certos casos, ao abandono – os preceitos do Livro Branco dos Transportes, o Mecanismo Interligar a Europa, a Rede Transeuropeia de Transportes e, como modo de financiamento em destaque, os FEEI.

Reconhecendo a importância do setor, não podemos apoiar este relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla relazione in quanto ritengo che vada incontro all'esigenza di semplificare e migliorare le norme comuni sulla sicurezza delle navi che trasportano passeggeri nelle acque UE. In particolare la relazione ha il merito di affrontare due tematiche rilevanti quale la sicurezza del personale e dei passeggeri delle imbarcazioni costiere, e l'integrazione del trasposto marittimo in un contesto di mobilità multimodale in particolare nelle isole, nelle regioni insulari e nelle zone remote.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Je nepochybné, že Európska únia nedostatočne využíva potenciál osobnej vodnej dopravy. Cestná infraštruktúra je v Európe už dlhodobo preťažená, a preto musíme hľadať možnosti, ako ju odľahčiť, a zároveň pomôcť životnému prostrediu prostredníctvom znižovania emisií skleníkových plynov. Súčasťou geografických podmienok Európy sú mnohé rieky, vodné cesty, ústia riek, dlhé pobrežia a ostrovy, ktoré ponúkajú z hľadiska vodnej dopravy mimoriadne možnosti. V Európe existuje mnoho oblastí, v ktorých by cestovanie trajektom alebo výletnou loďou bolo udržateľnejšie, jednoduchšie a rýchlejšie, zároveň by sa zvýšil sociálny a hospodársky blahobyt regiónu, ochrana životného prostredia Európy a zdravia jej občanov. Práve preto by sme mali v budúcnosti investovať oveľa viac finančných zdrojov do výskumu a inovačných technológií v oblasti lodnej dopravy a využívať Kohézny fond, štrukturálne, ale aj regionálne fondy.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione per rimarcare l'importanza del trasporto per le vie d'acqua sia per il turismo, sia per lo sviluppo economico e dei trasporti in generale.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αξιοποίηση των δυνατοτήτων των πλωτών επιβατικών μεταφορών, διότι χρειάζεται η ολοκληρωτική εκμετάλλευση όλων των υδάτινων οδών για να βοηθηθούν οικονομικά πολλές περιοχές, αλλά ταυτόχρονα χρειάζεται να υπάρχουν και αυξημένα μέτρα ασφαλείας τόσο για τους ανθρώπους όσο και για το περιβάλλον.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – This INI report makes recommendations to improve ferry, barge and cruise services for passengers, including proper integration of waterborne passenger transport into existing public transport networks and improving integrated ticketing. The use of existing EU funding should be fully exploited to develop further the inland and coastal waterborne transport routes.

Waterborne passenger transport can be an environmentally and consumer friendly transport mode, as well as a vital service for tourists and commuters in remote/coastal areas. Further measures can be taken to promote this mode of transport which can have a positive effect on economic development along coastal areas and relieve congestion on land.

I supported the report in the plenary.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió régióinak összekapcsolásában. A közlekedés ezen környezetbarát és energiahatékonyabb módjában az új, innovatív technológiák, mint a nap és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Összességében tehát, pozitívumként tekintek a jelentésre, ezért a FIDESZ néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam annak elfogadását!

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe, teniendo presente que el transporte de pasajeros por mar y por vías navegables desempeña un papel decisivo en la consecución de un sector del transporte europeo más sostenible y eficaz. Un mejor uso de la capacidad disponible del transporte de pasajeros por mar y por vías navegables podría contribuir no solo a reducir la congestión y las emisiones de CO_2, sino también a mejorar la calidad del aire y a brindar mejores servicios de transporte en general. Aunque el transporte por mar y por vías navegables ya es uno de los modos más sostenibles para desplazarse, aún hay más potencial para hacer que los buques contaminen menos y sean más eficientes energéticamente a través de inversiones en investigación y en tecnologías innovadoras.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Rafforzare lo sviluppo di un trasporto alternativo, come quello via mare, sarebbe per l'Unione un'ottima occasione di scommettere con maggiore efficacia su obiettivi fondamentali per l'Europa quali lo sviluppo sostenibile, l'input alla crescita attraverso il rilancio di nuove opportunità legate al turismo e contributi concreti alla riduzione delle emissioni CO_2 per un effettivo miglioramento della qualità dell'aria. Per questi motivi ho sostenuto e promosso con il mio voto la relazione «sprigionare il potenziale del trasporto di passeggeri per vie navigabili», convinto che il futuro del trasporto europeo debba improntarsi alla multimedialità integrata, alla sostenibilità sociale e ambientale e alle risorse messe in campo dalle nuove tecnologie.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho appoggiato la risoluzione del PE su «Liberare il potenziale del trasporto di passeggeri per vie navigabili» perché si tratta di una modalità di trasporto ecologica e favorevole alla protezione dell'ambiente. Il trasporto passeggeri per vie navigabili ha inoltre un ruolo importante nelle aree costiere e nelle aree remote e si collega al grande tema dello sfruttamento delle acque navigabili interne. In un continente popolato da molti fiumi, laghi, torrenti e vie d'acqua navigabili, trovo fondamentale che il trasporto su tali vie navigabili si affianchi e possibilmente superi il trasporto su strada, contribuendo a diminuire le emissioni di CO_2 e a diminuire il problema del traffico urbano. Come dimostra l'esperienza secolare di Venezia, l'integrazione del trasporto marittimo nel sistema del trasporto pubblico è dunque possibile e anzi doverosa. A questo si sommano le potenzialità del trasporto marittimo per lo sviluppo del turismo, per l'aumento del traffico merci in alcune zone d'Europa, per la mobilità delle persone affette da disabilità, per il collegamento tra aree urbane e periferia e per lo spostamento dei pendolari. Penso quindi che l'Europa debba incentivare tale modalità di trasporto, guardando anche al piano Juncker e al FEIS per finanziare progetti ad alto valore aggiunto europeo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Meine Heimatregion Mecklenburg-Vorpommern hat mit die größte Dichte an befahrbaren Binnenwasserstraßen europaweit. Auch aus dieser Tatsache heraus habe ich für den Bericht zur Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg gestimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Personen- und Güterbeförderung auf dem Wasserweg ist in einigen Regionen der Europäischen Union existenziell. Ein Beispiel sind auch die Nordseeinseln. Gesamteuropäisch betrachtet gibt es bei der Beförderung von Personen und Gütern jedoch noch weiteres Potenzial. Es gilt beispielsweise, gemeinsame Sicherheits- und Umweltstandards für Fähren und Wasserfahrzeuge zu implementieren und Passagierrechte zu stärken. Weiterhin sollte die Barrierefreiheit auf Fähren und Wasserfahrzeugen ein Zulassungskriterium sein.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this. Commuters in Europe travel by road, creating bottlenecks, congestion and delays on Europe's urban routes. Making better use of available capacity of waterborne passenger transport could help reduce congestion and CO_2 emissions, improve air quality and provide better transport services overall. The provision of statistical data on the number of cross-border ferry, cruise and maritime services, would be crucial. Provisions on interconnectivity with other transport modes, integrated ticketing and information systems are needed, taking into account the needs and rights of all travellers, including people with reduced mobility, commuters and tourists. The EU passenger ship safety legislation has been put in place over a period of 15 years and mainly in response to accidents. It resulted in improved safety of life on passenger ships sailing in EU waters and facilitated search and rescue operations. It is proposed that vessels be cleaner and more energy efficient through investment in research and innovative technologies, e.g. with regard to solar and wind energy, onshore electricity and alternative fuels, while applying the principle of technology neutrality. Connected to this is the availability and use of EU funding such as the cohesion, structural, regional, INTERREG, Horizon 2020, CEF, TEN-T and EFSI funds.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given that passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports every year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing in consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto a favore di questa relazione perché prosegue la serie positiva di decisioni volte ad adottare misure per ridurre le emissioni di CO_2 in linea con gli accordi della COP 21 che abbiamo tutti sostenuto. Favorire la mobilità e l'interconnessione delle infrastrutture di tutte le regioni europee è ormai una priorità imprescindibile per dare coesione al progetto dell'Unione che faticosamente costruiamo ogni giorno. Avendo quest'obiettivo in mente, la proposta evidenzia alcune criticità sicuramente da risolvere. Sarebbe innanzitutto fondamentale avere dati statistici sul trasporto per via d'acqua, soprattutto se consentono collegamenti transfrontalieri unendo diverse regioni europee. Con un attento monitoraggio potremmo sapere quali hanno un vero valore aggiunto e potenziarli. Inoltre, uniformità e semplificazione del quadro legislativo sono una necessità per migliorare la sicurezza delle persone e per incrementare il turismo che utilizzerà il trasporto per via navigabile.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport, având în vedere importanța transportului naval de pasageri. Acest sector prezintă un mare potențial de a folosi capacitatea excedentară disponibilă atât în ceea ce privește infrastructura, cât și în ceea ce privește navele și joacă un rol esențial în conectarea diferitelor regiuni ale Uniunii Europene, constituind, astfel, un factor important în dezvoltarea coeziunii.

Acest raport subliniază importanța încurajării dezvoltării autostrăzilor maritime, inclusiv de către țări terțe, care să promoveze transportul eficient multimodal, să faciliteze integrarea acestui mod cu alte rețele și moduri de transport, să elimine blocajele în infrastructurile-cheie ale rețelei și să asigure continuitatea teritorială. Trebuie eliminate blocajele de la nivelul legăturilor dintre sistemul extins de navigație interioară din Europa de Vest și sistemul existent din Europa de Est. Consider că trebuie să fie în sarcina Comisiei Europene să sprijine în totalitate investițiile în infrastructurile de calitate în hinterland, care pot contribui la o reducere a congestionării traficului local, și să se asigure că localnicii nu sunt afectați.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as passenger ships play an important role in the transportation of EU citizens, This report will help increase the importance of a sustainable sector, improve air quality and provide better transport services overall.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában. Továbbá a vízi közlekedés egy rendkívül környezetbarát és energiahatékony személyszállítási alternatíva, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelt fontosságú, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a széndioxid-kibocsátás csökkentését, hanem hozzájárulhat a levegő minőségének javulásához is. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, hiszen lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülése is beindulhat.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση (own initiative report) των Πρασίνων άγγιξε μάλλον επιδερμικά το θέμα των πλωτών μεταφορών αφήνοντας πίσω μια σειρά άλλων σημαντικών ζητημάτων. Ως εκ τούτου, την καταψηφίσαμε. Αυτή ήταν και η θέση της σκιώδους εισηγήτριας της Ομάδας μας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as waterborne passenger transport plays a crucial role in connecting the different regions of the European Union especially in areas such as shipping, inland and maritime ferries, urban and peripheral mobility, cruises and tourism. I welcome the efforts of the WPT sector to switch to cleaner, energy-efficient ships with lower emissions, developed as part of a European framework aimed at making waterborne transport greener.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The ECR Group welcomes this report and the Commission's new legislative proposals to simplify and improve the common rules on safety of ships carrying passengers in EU waters, with a view to enhancing safety and competition and to making the rules clearer, simpler and up-to date with legal and technological developments. However, there still is a further need to simplify the current regulatory framework in order to remove outdated or overlapping requirements. Greater emphasis should be placed on the safety of the crew and passengers of coastal vessels in the context of uncontrolled flows of illegal immigrants to Europe by sea.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól, ezért nagyon fontos, hogy a plenáris napirendjére került. Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban.

Le kell azonban szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek, és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róhat rájuk. Ezért nem tudom támogatni a jelentésnek ezen pontját. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – This type of transport can be an environmentally and consumer friendly as well as a vital service for tourists and commuters in remote or coastal areas. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o ostvarivanju potencijala putničkog prijevoza vodnim putovima jer se time poboljšavaju različiti aspekti putničkog prijevoza unutar Unije. Naime, povećava se sigurnost putnika na brodovima koji plove vodama EU-a, revitalizira turistički potencijal udaljenih lokalnih zajednica uz povećanje ekološke učinkovitosti, te samim time kvaliteta života. Time se također smanjuju emisije CO_2 i zagušenja na cestama, a važno je napomenuti da se promet vodnim putovima ne koristi samo za unutarnju plovidbu, već sve više i duž obala. Stoga, smatram da je nužno osigurati bolju kvalitetu usluga mobilnosti kako bi se osnažila njihova pouzdanost, udobnost, točnost i učestalost u vidu smanjenja pritiska na logističke lance i privlačenja putnika.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I supported this report because I am in favour of boosting the possibilities of using the waterways in Europe. I am of the view that the potential of Europe's waterborne transport can be further exploit and can play a more important role in the mobility of EU citizens. It stands for a more ecological and safe means of transport compared to traveling by roads.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Keith Taylor sur l'exploitation du transport de voyageurs par voie d'eau. Je soutiens cette initiative qui s'inscrit dans la volonté de développer des modes alternatifs de transport. Les voies d'eau sont également le moyen de revitaliser toute une économie et faire redécouvrir le front de mer dans un paysage urbain. Le rapport met également en avant l'interopérabilité de ce réseau avec le réseau transeuropéen de transport en renforçant les connexions entre le front de mer et l'arrière-pays. Je me réjouis que ce texte ait été adopté à une large majorité

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car les transports maritimes de passagers jouent un rôle crucial pour l'émergence d'un secteur européen du transport plus durable et plus efficace, avec des politiques axées sur la sécurité, les normes environnementales, la coopération et la compétitivité transfrontalières, la qualité, les droits des passagers et l'accessibilité sans obstacles.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Οι πλωτές επιβατικές μεταφορές, συμπεριλαμβανομένων των θαλάσσιων πορθμείων, των πορθμείων εσωτερικής ναυσιπλοΐας, των φορτηγίδων και των κρουαζιερόπλοιων, διαδραματίζουν καίριο ρόλο στην επίτευξη ενός περισσότερο βιώσιμου και αποτελεσματικού ευρωπαϊκού τομέα μεταφορών, με τη στήριξη πολιτικών που αφορούν την ασφάλεια, τα περιβαλλοντικά πρότυπα, τη διασυνοριακή συνεργασία και την ανταγωνιστικότητα καθώς και την ποιότητα των υπηρεσιών, τα δικαιώματα των επιβατών και την απρόσκοπτη προσβασιμότητα. Μολονότι οι πλωτές μεταφορές ήδη αποτελούν έναν από τους πιο βιώσιμους τρόπους μεταφοράς, υπάρχουν περαιτέρω δυνατότητες ούτως ώστε τα πλοία να καταστούν καθαρότερα και ενεργειακά αποδοτικότερα μέσω επενδύσεων στην έρευνα και σε καινοτόμες τεχνολογίες, για παράδειγμα στον τομέα της ηλιακής και αιολικής ενέργειας, της χερσαίας ηλεκτρικής ενέργειας και των εναλλακτικών καυσίμων, με παράλληλη εφαρμογή της αρχής της τεχνολογικής ουδετερότητας. Με τα παραπάνω σχετίζεται και η διαθεσιμότητα και χρήση των κονδυλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που προέρχονται μεταξύ άλλων από το ταμείο συνοχής, από τα διαρθρωτικά και τα περιφερειακά ταμεία, από τα προγράμματα INTERREG και «Ορίζοντας 2020», από τη ΔΣΕ, το ΔΕΔ-Μ και το ΕΤΣΕ. Συνεπώς υπερψήφισα την έκθεση του συναδέλφου Taylor.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich zum vorliegenden Bericht. Zwar sind Forderungen nach Abbau von Bürokratie, mehr Interkonnektivität sowie der Schaffung von Meeresautobahnen und die Beseitigung von Engpässen zwischen den ausgebauten Systemen westeuropäischer Binnenwasserstraßen und den weniger ausgebauten osteuropäischen Systemen begrüßenswert, doch ist das Potential der Personenbeförderung zu gering, um einen gewichtigen Beitrag für den nachhaltigen und effizienten Verkehrssektor leisten zu können.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports each year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing in consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 22. listopadu 2016 se na plenárním zasedání EP hlasovalo o využití potenciálu osobní vodní dopravy. Osobní vodní doprava hraje zásadní úlohu v úsilí o dosažení udržitelnějšího a účinnějšího evropského odvětví dopravy. Velký počet Evropanů, kteří dojíždějí za prací, cestuje po silnici, což na evropských městských komunikacích způsobuje dopravní zácpy, přetížení a zpoždění. Lepší využití dostupné kapacity osobní vodní dopravy by mohlo nejen napomoci omezit dopravní zácpy a emise CO_2, ale i zlepšit kvalitu ovzduší a zajistit všeobecně lepší dopravní služby. Přestože vidím ve vodní dopravě potenciál, nemohla jsem zprávu k této tematice podpořit. Dle mého názoru je zpráva velmi nízko profilová bez jakéhokoliv kritického přístupu politiky. Zpráva nerozlišuje mezi malými pravidelnými trajekty, které hrají klíčovou úlohu pro udržitelnost veřejné dopravy jako alternativa ke každodennímu cestování občanů, a velkými trajekty pro účely masové turistiky. Zpráva taktéž nevyzývá k hledání alternativních strategických analýz. V neposlední řadě zpráva obsahuje několik kontroverzních témat, jako je rozvoj mořských cest nebo prosazování zkapalněného zemního plynu (LNG). Z těchto důvodů jsem hlasovala proti.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A vízi közlekedés alapvető szerepet játszik az Európai Unió különböző régióinak összekapcsolásában, egy környezetbarát és energiahatékonyabb módon történő közlekedésben, melyben az új, innovatív technológiák, mint a nap- és szélenergia alkalmazása is teret kaphat. Kiemelném, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása nemcsak hogy segítheti a közúti forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít. Egy olyan közlekedési forma alakulhat ki, amely mindemellett a turizmusnak is kedvez, mert lehetővé teszi a turizmus fellendülést a folyó- és vízpartokon. Ezáltal akár egy kevésbé ismert régió gazdasági fellendülésbe indulhat.

Számomra igen fontos, hogy a belföldi hajójáratokon szállított utasok többsége olyan hajókon utazzon, amelyek megfelelnek a közös uniós biztonsági normáknak, erre rendelkezésre állnak bizonyos továbbképzések a személyzet számára is. Összességében, pozitívumként tekintek a jelentés fontosságára, ezért szavazatommal támogattam a jelentést!

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Kiegyensúlyozott jelentés egy valóban némileg elhanyagolt szektor, a vízi személyszállítás aktuális helyzetéről és lehetőségeiről, figyelemmel az elektromos és földgázmeghajtású járművek elterjesztésére is. A folyami hajózás nagymértékben visszaszorult hazámban is, fejlesztése időszerű. A környezetvédelmi szempontok kellő hangsúlyt kaptak az anyagban, ami indokolt is, hiszen a városi kikötőkben pöfékelő hajók súlyos környezetterhelést okoznak.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained from voting on unleashing the potential of waterborne passenger transport since while I do recognize that EU's inland waterways and sees have potential to alternate land and air communication in the areas where applicable, the report lacks in-depth and balanced analysis on the subject.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно оползотворяването на потенциала на превоза на пътници по вода, тъй като водният пътнически транспорт, включително морските фериботи, речните фериботи, шлеповете и круизните кораби, изпълняват ключова роля за постигането на по-устойчив и ефективен европейски транспортен сектор. Повечето ежедневно пътуващи до работното си място в Европа пътуват с наземен транспорт, а това създава претоварване, задръствания и забавяне по градските маршрути в Европа. По-пълноценното използване на наличния капацитет на водния пътнически транспорт не само може да спомогне за намаляване на задръстванията и емисиите на CO_2, но може да подобри качеството на въздуха и да осигури по-добри транспортни услуги като цяло.

С оглед на географските характеристики на Европа, включващи много реки, водни пътища, устия, дълги брегови линии и острови, се създават изключителни възможности за воден транспорт. В Европа има много области, в които пътуването по вода би било по-устойчиво, по-лесно и по-бързо, с което би се повишило социалното и икономическо благосъстояние на региона, успоредно със защитата на околната среда и здравето на европейските граждани.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Waterborne passenger transport (WPT) is a very important transport sector for the EU and Member States. The importance of the WPT sector comes from the fact that some ferry connections are lifelines – vital for territorial, social and economic cohesion in the true sense – connecting outermost regions to the mainland and the economic and industrial growth areas, thus contributing to European cohesion and integration. In addition, the WPT sector plays a crucial role in development of tourism, in particular in remote and peripheral regions of the Union such as coastal, island lake and rural regions. Looking from this perspective, I supported the resolution because the WPT sector is sustainable and efficient mode of transport for EU citizens. Importantly, we should support the WPT sector by making policies that address safety, environmental standards, cross-border cooperation and competitiveness as well as service quality, passenger rights and barrier-free accessibility. In this sense, we should put the WTP sector at the top of the EU's maritime transport policy strategy to 2018.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Il territorio europeo, occupato per lo più da fiumi, lunghe coste e isole, presenta svariate possibilità per il trasporto di passeggeri via acqua. Nonostante ciò, ingorghi, congestioni e ritardi caratterizzano le strade del nostro continente che molti pendolari utilizzano giornalmente. Per tali ragioni è importante investire maggiormente nelle capacità disponibili per il trasporto di passeggeri per via d'acqua (TPVA), che potrebbe contribuire alla riduzione delle emissioni di CO_2 e al miglioramento della qualità dell'aria. Se assistito da politiche della sicurezza, norme ambientali, qualità di servizio e diritti dei passeggerei, il TPVA potrebbe rappresentare la via principale verso un settore europeo dei trasporti più efficiente e sostenibile. La normativa dell'UE ha, sinora, incrementato la sicurezza sulle navi passeggeri armonizzando, al contempo, le norme sulla sicurezza in tutti gli Stati membri dell'Unione. Pur non di meno, si necessita tuttora un rafforzamento dell'attuazione delle norme in vigore, una semplificazione del quadro normativo e un maggiore investimento in ricerca e tecnologie innovative.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur l'exploitation du potentiel du transport de voyageurs par voie d'eau.

Ce rapport d'initiative vise à transmettre une résolution au Conseil et à la Commission afin de développer les transports de voyageurs sur les cours d'eau et les mers de l'Union. Le rapport part du double constat que, d'une part, la géographie européenne avec ses fleuves, ses côtes et ses îles se prête particulièrement bien au transport fluvial, maritime et lacustre. D'autre part, ce mode de transport est sous-exploité au profit du transport routier, ce qui entraîne des congestions routières et l'accroissement de la pollution, notamment dans les villes. Le rapporteur souhaite la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau», ce à quoi je me suis toujours opposée. Cette création accélèrerait inévitablement la substitution, du moins partielle, des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger. L'intérêt de développer le transport de voyageurs par voie d'eau est évident. Cependant, la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française rend ce rapport inacceptable.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – L'objectif affirmé de ce rapport est louable: il s'agit de développer le transport de voyageurs par voie maritime et/ou fluviale. Néanmoins, ce rapport est innervé de travers écolo-européo-intégrationnistes, avec notamment sa volonté de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau. Enfin, une telle résolution risque fortement de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française, ce que je ne peux cautionner. J'ai donc voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – El informe solicita que el transporte de pasajeros por vías navegables y marítimas cobre mayor importancia en la agenda política. El informe enumera una serie de medidas para fomentar este modo de transporte que, si bien es minoritario en comparación con el avión, tren y autobús, es clave para ciertas regiones, en particular las islas. Las medidas propuestas buscan que el conjunto del sector sea más competitivo, pero también más limpio y verde y van desde mejorar las conexiones con centros urbanos, las estadísticas, el impacto medioambiental de los buques, actualizar la normativa de seguridad de buques de pasajeros, así como, la conectividad con otros modos y regiones.

Reconoce la importancia de este modo de transportes para determinadas islas que no tienen otro modo de transporte alternativo, en especial la contribución a la cohesión territorial, social y económica que representa para las regiones ultraperiféricas. En concreto lamenta la falta de desarrollo de ciertas zonas en las regiones costeras e islas por la falta de conectividad y pide que se promueva una mejora de los terminales de pasajeros (en especial para aquellos con movilidad reducida), así como, medidas para lograr unos transbordadores de mejor calidad.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que no añade ninguna prioridad política en el campo del transporte de pasajeros por vías navegables, y además, afianza la presencia de recursos no sostenibles como el gas natural licuado (GNL). El informe no incluye referencias específicas al papel que el sector público debe jugar en el desarrollo de estas vías de comunicación, manteniendo un enfoque de mercado que hasta la fecha no ha hecho más que inhibir su desarrollo. No obstante, pese a escasa claridad, a lo que sí hace una clara referencia es al transporte del GNL por estas vías, afianzando la gran apuesta por este recurso fósil y el fuerte impacto que el mismo tiene en las zonas de extracción o de almacenaje como es el caso del Parque Natural de Doñana.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe recuerda el papel fundamental que juega el transporte de pasajeros por mar y por vías navegables en la conexión de las distintas regiones de la Unión, siendo, por tanto, un elemento importante para mejorar la cohesión. En ese sentido, hace hincapié en que más de 400 millones de personas pasan por los puertos de la Unión cada año, con 120 millones de pasajeros transportados entre puertos de un mismo Estado miembro.

El informe busca aprovechar las grandes oportunidades que ofrece este medio de transporte. No hay que olvidar que el transporte por mar y vías navegables puede ser una alternativa a las congestionadas carreteras de acceso a los centros urbanos.

Doy mi voto favorable al informe ya que favoreciendo un medio de transporte que se demuestra eficaz favoreceremos la integración europea.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which acknowledges the importance of waterways as a mode of transport in Europe.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Putnički promet vodnim putovima ima ključnu ulogu u stvaranju održivijeg europskog prometnog sektora. Boljim iskorištavanjem dostupnih kapaciteta za putnički promet vodnim putovima smanjila bi se zagušenja na cestama i emisije CO_2 i poboljšala kvaliteta zraka i općenito pružile bolje prometne usluge. Brojne su europske regije u kojima bi prometovanje trajektima ili brodovima za kružna putovanja bilo održivije, lakše i brže, čime bi se povećala njihova socijalna i ekonomska dobrobit te istovremeno zaštito okoliš i zdravlje građana Europe. Osim potencijala koji mala plovila imaju za znatno unapređenje ekološke učinkovitosti, ona bi se mogla koristiti i za pružanje prometnih usluga od ključne važnosti za udaljene lokalne zajednice i revitaliziranje njihovog turističkog potencijala.

Putnički brodovi imaju važnu ulogu u pogledu mobilnosti građana s obzirom na to da više od 400 milijuna ljudi svake godine prođe kroz luke EU-a. Zakonodavstvo EU-a o sigurnosti putničkih brodova uvedeno je na razdoblje od 15 godina, što je rezultiralo većom sigurnošću putnika i lakšom provedbom operacija potrage i spašavanja. Međutim, postoji dodatni prostor za bolju provedbu postojećih pravila i pojednostavljenje aktualnog zakonodavnog okvira, a zato bi trebalo više koristiti dostupna financijska sredstava fondova EU. Zbog svega navedenog podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the efforts of the waterborne passenger transport sector to switch to cleaner, energy-efficient ships with lower emissions, developed as part of a European framework aimed at making waterborne transport greener.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Zintenzívnenie osobnej vodnej dopravy má pozitívne dopady vo viacerých rovinách. Okrem finančného prínosu sa zníži preťaženosť európskych ciest, zvýši bezpečnosť cestujúcich, pri využití moderných technológií a palív sa skvalitní ovzdušie a zvýši ochrana životného prostredia. Zároveň sa oživí trh práce v oblasti prevádzkovania osobnej vodnej dopravy a súvisiacich služieb, čo pomôže regiónom náležiacim k vodnej doprave.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αξιοποίηση των δυνατοτήτων των πλωτών επιβατικών μεταφορών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport vise à encourager le développement du transport de voyageurs par voie fluviale, maritime et lacustre, domaine sous-exploité en Europe. L'intérêt de développer le transport des voyageurs par voie d'eau est évident, mais ce rapport suscite nos plus grandes réserves.

Nous craignons que la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau», ainsi que la création «d'autoroutes de la mer», réformes toutes deux souhaitées par ce rapport, accélèrent inévitablement la substitution des navires français par des navires étrangers, ce à quoi nous nous opposons fermement.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted positively for the report on unleashing the potential of waterborne passenger transport. Supporting the report means paving the way for reduction of CO_2 emissions and improvement of air quality and betterment of aquatic transport systems. By contributing to this project, European citizens can look forward to enjoying from even more sustainable, easier, and quicker maritime transport that protects both their environment as well as their health. Furthermore, improving waterborne transport will result in an increase of mobility of European citizens, which in turn will boost the economy in the maritime sector.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Forderung nach Abbau von Bürokratie im grenzüberschreitenden Personenschifffahrtsverkehr, mehr Interkonnektivität und der Schaffung von „Meeresautobahnen" ist zuzustimmen. Die Begradigung von bestehenden Wasserstraßen und die damit verbundenen ökologischen Probleme werden im Bericht nicht erwähnt.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariu EP pranešimui dėl keleivinio vandens transporto potencialo išnaudojimo. Pranešime aptariamos svarbios priemonės dėl konkurencingumo, paslaugų saugumo, kokybės, aplinkosauginių standartų užtikrinimo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La géographie de l'Europe, caractérisée par son littoral étendu, ses nombreuses îles et ses multiples fleuves, offre des perspectives extraordinaires pour le transport durable de voyageurs par voie d'eau. Ce rapport aurait pu saisir l'opportunité de proposer un plan ambitieux d'extension des capacité de transport écologique par voie d'eau. Mais le rapport ne distingue pas les petits ferries réguliers (jouant un rôle clé comme alternative de transport public durable pour les citoyens dans leurs déplacements quotidiens) et les croisières pour le tourisme de masse récréatif. Les impacts stratégiques en matière de cohésion sociale et territoriale à long terme, sur l'économie locale décentralisée ou la performance environnementale globale sont également ignorés. Dans ces conditions je m'abstiens

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à transmettre une résolution au Conseil et à la Commission pour le développement des transports de voyageurs sur les cours d'eau et les mers de l'Union.

Le souhait du rapporteur est la création d'un espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau, ce qui accélèrerait la disparition des bâtiments français et seraient remplacés par des bâtiments et du personnels étrangers.

Même si ce rapport est de bon sens, il est malheureusement entaché par les arguments habituels des écologistes et met en exergue leurs dérives européistes. J'ai donc voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O transporte de passageiros por vias navegáveis, incluindo os ferries marítimos, os ferries fluviais, os batelões e os navios de cruzeiro, desempenha um papel fundamental para a obtenção de um setor europeu dos transportes mais sustentável e eficiente, apoiado por políticas que tenham em conta a segurança, as normas ambientais, a cooperação transfronteiriça e a competitividade, bem como a qualidade dos serviços, os direitos dos passageiros e a acessibilidade sem barreiras. Uma melhor utilização das capacidades disponíveis de transporte de passageiros por vias navegáveis poderia não só ajudar a reduzir os congestionamentos e as emissões de CO_2, como também melhorar a qualidade do ar e proporcionar melhores serviços de transporte em geral.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because waterborne passenger transport plays a critical role in connecting the European Union's regions and is vital to increased cohesion across Europe.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La géographie de l'Europe se caractérise par des étendues d'eau relativement importantes, offrant dès lors des perspectives extraordinaires pour le transport par voie d'eau. Qu'il s'agisse de navires par transbordeurs ou de navires de croisières, ceux-ci jouent un rôle important pour la mobilité des citoyens de l'Union. Pas moins de 400 millions de personnes transitent chaque année par les ports de l'Union, dont 120 millions sont transportés entre les ports d'un même État membre. Le secteur du transport de passagers par voie d'eau fait cependant face à des défis et des besoins multiples tant sur les questions de l'infrastructure, de l'environnement, des processus opérationnels, de la sécurité et des liens entre les ports et les villes. Je salue donc le présent rapport qui vise à accorder au transport de voyageurs par voie d'eau, dans le programme de la politique des transports de l'Union et de ses États membres, davantage d'attention en matière de viabilité environnementale, de sureté et de sécurité ainsi qu'en matière de qualité et d'accessibilité des services.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Geografické podmienky Európy ponúkajú z hľadiska vodnej dopravy veľké možnosti. Osobné lode zohrávajú v rámci mobility občanov EÚ dôležitú úlohu, keďže každoročne prejde cez prístavy EÚ viac než 400 miliónov ľudí. Efektívne využívanie dostupnej kapacity vodnej dopravy by malo niekoľko pozitívnych účinkov. Nielen že by sa znížilo preťaženie dopravy, ale došlo by aj k redukcii emisií CO_2, k zlepšeniu kvality ovzdušia, a tým k zabezpečeniu lepších dopravných služieb vo všeobecnosti. Je veľkým pozitívom, že počas uplynulých rokov došlo k zavedeniu právnych predpisov EÚ v oblasti bezpečnosti osobných lodí, najmä v reakcii na nehody, čo umožnilo zlepšiť ochranu života cestujúcich na vodách EÚ a uľahčiť prípadné záchranné akcie. K posilneniu bezpečnosti došlo aj zavedením spoločných bezpečnostných noriem EÚ – tie dnes spĺňa väčšina vnútroštátnych osobných plavidiel. Priestor na zlepšovanie je však stále otvorený zjednodušeniu regulačného rámca, odstráneniu zastaraných požiadaviek. Napriek tomu, že je lodná doprava jedným z najudržateľnejších spôsobov cestovania, existuje ďalší potenciál, napríklad výroba ekologicky efektívnejších plavidiel, prostredníctvom investícií do výskumu a inovácií. Návrh podporujem svojím hlasom.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because I believe that waterborne passenger transport can be an environmentally and consumer friendly transport mode, as well as a vital service for tourists and commuters in remote/coastal areas. Further measures can be taken to promote this mode of transport, which can have a positive effect on economic development along coastal areas and relieve congestion on land.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság állásfoglalás-tervezete abból indul ki, hogy Európában az ingázók nagy része közúton utazik, szűk keresztmetszeteket, forgalmi dugókat és késéseket okozva Európa városainak útjain. Történik mindez annak ellenére, hogy Európa földrajza, a számos folyó, vízi útvonal, folyótorkolat, a hosszú partvonalak és a szigetek okán rendkívüli lehetőségeket kínál a vízi közlekedés számára. Európában számos olyan terület van, ahol a kompon vagy körutazást végző hajón való utazás fenntarthatóbb, könnyebb és gyorsabb lenne, továbbá fokozná a térség társadalmi és gazdasági jólétét, emellett pedig védené Európa környezetét és állampolgárai egészségét. A vízi személyszállítás ezért alapvető szerepet játszik a fenntarthatóbb és hatékonyabb európai közlekedési ágazat megvalósításában, a rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása segíthetné a forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, javítaná a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosítana. A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapporteur souhaite la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau», ce à quoi les députés FN-RBM se sont toujours opposés. Cette création accélèrerait inévitablement la substitution, au moins partielle, des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger. Il demande la création, comme pour le transport du fret maritime, d'autoroutes de la mer à destination des voyageurs par voie d'eau, avec le développement d'infrastructures adéquates permettant l'intermodalité avec notamment les transports terrestres, et appelle ainsi les États membres à développer les initiatives allant dans ce sens. Évidemment, la doxa habituelle du parfait député européen bien-pensant traverse tout le rapport: l'accent est mis sur le développement de flottes peu polluantes, avec des personnels formés pour assurer le maximum de sécurité, l'accès général aux personnes à mobilité réduite, et même la prise en compte des besoins des cyclistes. Les travers politiquement corrects du rapport, avec la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française, rend ce rapport inacceptable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'intérêt de développer le transport de voyageurs par voie d'eau est évident. Cependant, les travers écolo-européo-intégrationnistes, avec la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française rend ce rapport inacceptable. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports every year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing in consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'exploitation du potentiel du transport de voyageurs par voie d'eau. Alors que la Cop 21 vient de s'achever et que la Cop 22 est déjà en cours de préparation, il est essentiel de réduire la pollution atmosphérique liée notamment à la saturation de certains moyens de transports comme le transport routier. Favoriser le transport des voyageurs par voie d'eau aura également pour conséquence de fluidifier les réseaux de transports locaux dans certains territoires ou les touristes saturent les réseaux.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A vízi személyszállítás egy Európában még felfedezésre váró terület, amiben fel kell ismernünk a potenciált. Míg az utazók nagy része a közutakon jut el egyik pontból a másikra, gyakran forgalmi dugókat okozva, a vízen történő személyszállításban rejlő lehetőségek kihasználatlanul maradnak. A vízi közlekedés egy biztonságos, környezetbarát és energiahatékony alternatívát kínál, aminek kihasználására Európa minden szükséges földrajzi és természeti feltétellel rendelkezik.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – A crucial role in achieving a more sustainable and efficient European transport sector is played by waterborne passenger transport, which includes ferries, inland ferries, barges and cruises. I have voted for this report that will enhance efficiency, environmental performance, quality of life and will provide lifeline services to remote communities.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Дадох подкрепата си за тази резолюция, защото тя поставя акцент върху мярка, която не само би била от полза за развитието на речния туризъм в моята страна, но и смятам, че ще подобри ежедневието на много мои съграждани. В своята резолюция ЕП призовава Комисията да подкрепи инфраструктурните инвестиции при превоза на пътници по вода и по-специално по хинтерланда на населени места.

Смятам, че подобни инвестиции са от огромна полза за българските граждани, които живеят в близост до бреговите линии на река Дунав и останалите реки във вътрешността на страната. На първо място, те спомагат за намаляването на задръстванията в големите крайречни градове, подобрявайки техните екологични характеристики и увеличавайки техния комфорт и качество на живот. На второ място, чрез такава инфраструктура може да се предоставят услуги по осигуряване на отдалечени райони, както и да се развие капацитетът на речния туризъм в страната.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Transportul de pasageri în contextul transportului de coastă (transportul maritim pe distanțe scurte), feriboturile ce circulă pe căi navigabile interioare și cele maritime, mobilitatea urbană și periferică, croazierele și turismul, prezintă un mare potențial de a folosi capacitatea excedentară disponibilă, atât în ceea ce privește infrastructura, cât și în ceea ce privește navele și joacă un rol esențial în conectarea diferitelor regiuni ale Uniunii Europene.

Invităm statele membre să promoveze și să sprijine inițiativele locale menite să activeze transporturile pe căi navigabile interioare ca o modalitate de aprovizionare a aglomerărilor, inclusiv prin dezvoltarea unor centre de distribuție în porturile fluviale și dezvoltarea transportului de pasageri, în primul rând pentru ca zonele în cauză să devină mai atrăgătoare pentru turiști.

Salutăm eforturile sectorului transportului naval de pasageri de a face tranziția spre nave mai ecologice și mai eficiente din punct de vedere energetic, cu emisii mai scăzute, dezvoltate ca parte a unui cadru european care vizează ecologizarea transportului naval.

Aceasta ar conduce la soluții mai ieftine, care să fie sustenabile, mai atractive și, astfel, mai competitive din perspectivă economică.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece, în primul rând, el propune eliminarea blocajelor existente între sistemul extins de navigație interioară din Europa de Vest și sistemul existent în Europa de Est, legăturile dintre acestea aflându-se în momentul actual într-o stare ridicată de degradare. În al doilea rând, raportul solicită Comisiei Europene să integreze TNP în strategia sa privind mobilitatea la nivelul UE și să ia măsuri pentru a reduce emisiile de CO_2 în conformitate cu acordul COP 21.

Nu în ultimul rând, susțin acest raport deoarece el reiterează CE și statelor membre angajamentul de a respecta normele de mediu pentru reducerea poluării aerului, de a monitoriza calitatea carburanților și a motoarelor, cu scopul utilizării cu precădere a celor ce au un consum mai eficient de carburant.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ein Fortschritt im Transportbereich ist meiner Meinung nach notwendig. Des Weiteren unterstützt der Bericht erneuerbare Energiequellen sowie Solar- und Windenergie für Seeschiffe. Aufgrund der oben genannten Punkte habe ich mich für diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Säästvamaks reisijateveoks ja paremaks veeteede ühendusteks on oluline arendada transpordipoliitika valdkonda. Raport kutsub üles parandama konkurentsivõimet läbi parema taristu, keskkonnasäästlikkust ning teenuse kvaliteeti ja juurdepääsetavust.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Būtina tinkamai ir efektyviai išnaudoti keleivinio vandens transporto galimybes, kad šis sektorius taptų pigesnis, švaresnis, žalesnis. Visų pirma, ypatingas dėmesys turi būti skiriamas Rytų Europos vidaus vandenų keliams. Būtina gerinti jų kokybę ir infrastruktūrą, didinti konkurencingumą ir jungtis su Vakarų Europos vidaus vandenų sistema, kad būtų sukurta bendra keleivinio vandens transporto erdvė.

Pažymėtina, kad vandenų laivyba yra aplinką tausojanti transporto šaka. Todėl reikia dėti didesnes pastangas gerinant aplinkos tvarumą, kad būtų pereinama prie mažiau taršių ir energiją taupančių laivų. Būtini tvarūs, patrauklūs ir ekonominiu požiūriu konkurencingi sprendimai. Būtina gerinti saugą, paslaugų kokybę ir prieinamumą Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas Baltijos jūros standartams, kuro kokybei ir kurą efektyviau naudojantiems varikliams. Reikia didesnių pastangų ir pažangos mokslinių tyrimų ir inovacijų srityje, ypatingą dėmesį skiriant galimybei praktiškai panaudoti atsinaujinančiuosius išteklius, saulės ir vėjo energiją keleivinio vandens transporto sektoriuje.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση στην οποία διατυπώνονται συστάσεις για τη βελτίωση των υπηρεσιών των πλωτών επιβατικών μεταφορών, συμπεριλαμβανομένων των θαλάσσιων πορθμείων, των πορθμείων εσωτερικής ναυσιπλοΐας, των φορτηγίδων και των κρουαζιερόπλοιων, και τη σωστή ένταξη των πλωτών επιβατικών μεταφορών σε υφιστάμενα δημόσια δίκτυα μεταφορών και τη βελτίωση του συστήματος έκδοσης εισιτηρίων. Μεγάλος αριθμός εργαζομένων στην Ευρώπη μετακινείται οδικώς, δημιουργώντας σημεία συμφόρησης και καθυστερήσεις στους αστικούς άξονες της Ευρώπης. Η καλύτερη αξιοποίηση των διαθέσιμων δυνατοτήτων των πλωτών επιβατικών μεταφορών θα μπορούσε να συμβάλει όχι μόνο στη μείωση της κυκλοφοριακής συμφόρησης και των εκπομπών CO_2 αλλά και στη βελτίωση της ποιότητας του αέρα και στην παροχή καλύτερων μεταφορικών υπηρεσιών συνολικά. Η χρήση της υφιστάμενης χρηματοδότησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα πρέπει να αξιοποιηθεί πλήρως για την περαιτέρω ανάπτυξη της ενδοχώρας και των παραλιακών πλωτών μεταφορών.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che il trasporto di passeggieri per via d'acqua (TPVA), compresi i traghetti marittimi, i traghetti della navigazione interna, le chiatte e le navi da crociera hanno un ruolo fondamentale nell'ambito del settore europeo dei trasporti di maggior efficienza e sostenibilità. Sono mezzi di trasporto che, non solo, non danneggiano l'ambiente ma tutelano, anche, gli stessi passeggieri. Purtroppo, ad oggi, un gran numero di soggetti viaggia impiegando mezzi di trasporto su strada, elevando l'inquinamento cittadino, mentre l'impiego di questi mezzi di trasporto marittimi consentirebbe di ridurre le emissioni di CO_2, ma anche di migliore la qualità dell'aria. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — Waterborne passenger transport, including maritime ferries, inland ferries, barges and cruises, plays a crucial role in achieving a more sustainable and efficient European transport sector, assisted by policies that address safety, environmental standards, cross-border cooperation and competitiveness as well as service quality, passenger rights and barrier-free accessibility. As a member coming from a country with access to the River Danube, I support this report because I believe that a better and more efficient framework for travelling on waterborne passenger transport will be beneficial to the Member States economies and the cities with access to major rivers.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam ovo izvješće zato što korištenjem pomorskog prometa u svrhu prijevoza putnika imamo višestruke koristi. Danas se 75 % europske trgovine s drugim zemljama i 40 % teretnog prometa unutar Europe obavlja vodnim putevima, te toj prometnoj statistici moramo dodati putnički prijevoz upravo radi njegove isplativosti i minimalne količine emisije CO_2. Europa zbog svojih geografskih značajki ima veliki potencijal za uspostavu kvalitetne mreže plovnog prijevoza putnika, bilo da se radi o moru ili rijekama, te ukoliko ga ostvarimo radimo pomak u ostvarenju više europskih ciljeva. Prije svega, olakšavamo transport putnicima te ga činimo ekonomski pristupačnijim. Ovakav prijevoz putnika mogao bi imati osobit utjecaj na turizam, poglavito u Hrvatskoj koja ima razvedenu obalu s velikim brojem većih i manjih otoka koji često nisu kvalitetno povezani. Izuzev turizma, razvoj ovakvog prometa povećao bi kvalitetu života samih otočana koji danas moraju putovati 3-6 sati da bi prešli udaljenost od 94 km (primjer: Split-Lastovo), bilo da moraju hitno doktoru ili tek u banku. Također, moramo uzeti u obzir ciljeve koje smo si postavili vezano uz smanjenje zagađenja okoliša, a kojima je ovo izvješće sukladno. Poticanjem ljudi na korištenjem ove vrste prijevoza, putem prihvatljivih troškova i kvalitete usluge, smanjili bismo svakodnevno korištenje automobila, a time i zagađenje zraka.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – L'intérêt de développer le transport des voyageurs par voie d'eau est évident. Cependant, les travers écolo-européo-intégrationnistes, avec la volonté affichée de créer un espace unique supplémentaire en ce qui concerne les voyageurs par voie d'eau et son risque quasi inévitable de nuire à ce qu'il reste de la flotte commerciale française, rendent ce rapport inacceptable. Je vote donc contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La geografia dell'Europa offre opportunità straordinarie per il trasporto su acqua, grazie alla presenza di molti fiumi, vie d'acqua, lunghe coste e isole. Il trasporto di passeggeri per via d'acqua (TPVA) rappresenta, in molti casi, una valida alternativa al trasporto su strada, e permetterebbe di limitare le congestioni e i ritardi sulle tratte urbane che, purtroppo, conosciamo tutti molto bene. Potrebbe contribuire al miglioramento del benessere ambientale, grazie alla riduzione delle emissioni di CO_2 e di altre sostanze inquinanti nocive per la nostra salute. Infine, lo sviluppo dei trasporti via acqua, sia per le tratte interne sia per quelle costiere, rappresenterebbe un valido strumento per la promozione del turismo, anche in zone al di fuori degli itinerari tradizionali. Condivido quindi le raccomandazioni formulate nella relazione per il potenziamento dei servizi di trasporto passeggeri su traghetti, chiatte e navi da crociera e per la loro integrazione nelle reti di trasporto pubblico esistenti, migliorando anche il sistema dei biglietti integrati. I fondi europei dovrebbero contribuire pienamente allo sviluppo di nuove tratte per il trasporto di passeggeri per via d'acqua e di nuove tecnologie che ne migliorino ulteriormente la sicurezza, l'efficienza energetica e l'accessibilità per le persone a mobilità ridotta.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Geografska obilježja Europe, njezine duge obale te brojni otoci i rijeke nude izvanredne mogućnosti za održiv putnički promet vodnim putovima te mu se mora pridati više pozornosti u okviru programa prometne politike EU-a. Napore bi trebalo usmjeriti na stvaranje „jedinstvenog područja za putnički promet vodnim putovima". Putnički promet vodnim putovima nudi velik potencijal za korištenje dostupnim viškom kapaciteta i u pogledu infrastrukture i plovila te ima ključnu ulogu u povezivanju različitih regija Europske unije, što ga čini važnim faktorom u unapređenju kohezije. Uvrštenje bi putničkog prometa vodnim putovima u gradske mreže javnog prijevoza moglo znatno unaprijediti učinkovitost u pogledu mobilnosti, zaštitu okoliša, kvalitetu života, cjenovnu prihvatljivost, rasterećenja kopnenih prometnih mreža i udobnost u gradovima. Komisija bi isto tako trebala voditi računa o

tome da je turizam u obalnim regijama i na otocima nedovoljno razvijen zbog nedostatka povezanosti. U tim područjima postoji velika potražnja za kvalitetnim uslugama prijevoza. Sektor je putničkog prometa vodnim putevima važan i u područjima gdje trenutačno nema ekonomske opravdanosti kao što su slabije naseljeni udaljeni otoci. Trebalo bi promicati okvir za osiguravanje veza s otocima te otočnim i udaljenim regijama, uz mjere kojima bi se omogućila bolja kvaliteta trajekata i prikladni terminali.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O desenvolvimento do transporte através de vias navegáveis – marítimo e fluvial – é uma questão muito importante relativamente à mobilidade de passageiros e mercadorias, tendo enormes benefícios ambientais e económicos.

A operacionalidade deste sistema de transporte requer a adequação das condições naturais e das infraestruturas. Nos últimos anos, o desinvestimento nos equipamentos e infraestruturas, bem como a precarização laboral neste sistema, colocaram em causa muitos serviços.

Este relatório parte de um bom princípio, que é o desenvolvimento do transporte nas vias navegáveis, como fator de coesão territorial, social e económica; como fator de cumprimento dos objetivos de redução de emissões de gases com efeito de estufa e do aumento da sustentabilidade ambiental dos transportes; como meio mais seguro e controlável.

No entanto, a forma de realizar os objetivos de desenvolvimento do setor são os mesmos que têm conduzido este e outros sistemas de transportes à privatização, à desregulamentação, à perda de qualidade de serviço e, em certos casos, ao abandono – os preceitos do Livro Branco dos Transportes, o Mecanismo Interligar a Europa, a Rede Transeuropeia de Transportes e, como modo de financiamento em destaque, os FEEI.

Reconhecendo a importância do setor, não podemos apoiar este relatório.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – Waterborne passenger transport is an environmentally and consumer friendly transport mode, and a vital service for tourists and commuters in remote and coastal areas. I firmly believe further measures can and should be taken to promote this mode of transport which can have a positive effect on economic development along coastal areas, while also relieving congestion on land. I am pleased that the report makes recommendations to improve ferry, barge and cruise services for passengers, including proper integration of waterborne passenger transport into existing public transport networks and improving integrated ticketing. Our group stressed an emphasis on safety and security, with a focus on developing environmentally friendly services, services for people with limited mobility, and the promotion for tourism in addition to commuters. I think the use of existing EU funding efficiently contributes to developing further the inland and coastal waterborne transport routes to benefit both tourists and commuters.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Attraverso questa relazione di iniziativa il Parlamento ha la possibilità di fornire gli input necessari affinché si proceda verso l'ammodernamento della flotta e delle strutture portuali esistenti. Dobbiamo porci l'obiettivo ambizioso di contribuire a far diventare l'UE il leader mondiale nella ricerca e nell'innovazione marittima e per farlo, ritengo che le istituzioni pubbliche debbano collaborare strettamente con gli armatori e l'industria europea e in particolare con quei settori, come quello della crocieristica, che sono stati in grado di crescere e di innovare nonostante il perdurare della crisi economica. Dobbiamo sostenere gli sforzi per passare all'utilizzo di navi «più pulite», nell'ambito di un quadro europeo volto a rendere più ecologico il trasporto per via navigabile, anche attraverso l'adozione di misure di incentivi fiscali per i costruttori di imbarcazioni oltre che la fissazione di tempistiche certe. Attraverso il mio lavoro in qualità di relatore ombra del PPE ho sottoposto all'attenzione del relatore i seguenti temi: politiche di riconversione della flotta e di efficienza energetica; cooperazione con gli armatori; politiche di miglioramento dei servizi in banchina e loro riqualificazione tecnologica; politiche di riorganizzazione dei titoli di viaggio e creazione di tessere di viaggio digitali uniche e politiche di abbattimento dell'inquinamento. Ho votato a favore della sua approvazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Popieram wnioski mające na celu uproszczenie i usprawnienie wspólnych zasad bezpieczeństwa statków pasażerskich na wodach UE z myślą o poprawie bezpieczeństwa i konkurencyjności, a także doprecyzowanie, uproszczenie i aktualizację zasad z uwzględnieniem rozwoju w dziedzinie prawa i techniki. Jednak z uwagi na wezwanie do dekarbonizacji i promocję paliw niekopalnych wstrzymałem się od głosu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui invite les États membres et la Commission à organiser davantage le transport maritime de passagers (notamment les ferrys de navigation maritime et intérieure, les chalands et les croisières). La mise en valeur et le renforcement de l'accessibilité, de la sécurité et de la durabilité du secteur des transports maritimes permettra d'améliorer considérablement l'efficacité de la mobilité, la performance environnementale, la qualité de la vie, l'accessibilité financière, la décongestion des réseaux de transport terrestre et le confort des villes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Os navios de passageiros, incluindo os ferries marítimos, os ferries fluviais, os batelões e os navios de cruzeiro, desempenham um papel importante para a mobilidade dos cidadãos da União. Mais de 400 milhões de pessoas transitam pelos portos da UE todos os anos e 120 milhões de passageiros são transportados entre portos do mesmo Estado-Membro.

O transporte de passageiros por vias navegáveis desempenha um papel fundamental para a obtenção de um setor europeu de transportes mais sustentável e eficiente, devendo ser apoiado por políticas que tenham em conta a segurança, as normas ambientais, a cooperação transfronteiriça e a competitividade, bem como a qualidade dos serviços, os direitos dos passageiros e a acessibilidade sem barreiras.

A legislação da UE relativa à segurança dos navios de passageiros tem vindo a ser adotada ao longo de um período de 15 anos. Essa legislação melhorou a segurança da vida humana nos navios de passageiros que operam nas águas da UE e facilitou as operações de busca e salvamento.

De forma a aumentar o potencial deste tipo de meios de transporte é importante reforçar a aplicação das normas existentes e simplificar o quadro regulamentar em vigor, a fim de eliminar requisitos ultrapassados ou em sobreposição.

Por conseguinte, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the EU is once again trying to adopt a one size fits all policy. The UK as a island nation has considerable expertise when it comes to issues relating to shipping and passenger transportation on the sea. The report does touch on some very relevant topics such as reducing fossil fuel requirement, however it goes too far by calling for decarbonisation but does not provide any alternative. The report also goes on to claim that the EU is responsible for facilitating Search and Rescue operations through the introduction of the EU passenger ship safety legislation, however, the UK has had Search and Rescue operations in place since the 1920's. It just goes to show that this report is both inaccurate and misleading and in addition to the reasons already mentioned I felt that I should vote against it.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O transporte de passageiros por vias navegáveis, incluindo os ferries marítimos, os ferries fluviais, os batelões e os navios de cruzeiro, desempenha um papel fundamental para a obtenção de um setor europeu de transportes mais sustentável e eficiente, apoiado por políticas que tenham em conta a segurança, as normas ambientais, a cooperação transfronteiriça e a competitividade, bem como a qualidade dos serviços, os direitos dos passageiros e a acessibilidade sem barreiras.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El transporte de pasajeros por mar y vías navegables ofrece un gran potencial en cuanto a la utilización del exceso de capacidad disponible tanto en términos de infraestructura como de embarcaciones, desempeña un papel fundamental en la conexión de las distintas regiones de la Unión (especialmente las ultraperiféricas) y es un factor importante para mejorar la cohesión. Asimismo, la actividad de cruceros y transbordadores fomenta el turismo costero, una de las principales actividades marítimas en Europa.

Este informe anima a Estados miembros, autoridades regionales y locales, y Comisión a que tomen en consideración el transporte de pasajeros por mar y por vías navegables y, en especial, a que mejoren la infraestructura asociada, tanto en la red básica como en la red global, en el marco de la RTE-T y el MCE, reforzando su interconexión con las infraestructuras interiores ferroviarias, entre otras, así como mediante la provisión de infraestructuras e información que satisfagan las necesidades de movilidad de todos los viajeros. Asimismo, propone medidas para lograr un sector más competitivo y limpio, como mejorar las conexiones con centros urbanos, reducir el impacto medioambiental de los buques o actualizar la normativa de seguridad de buques de pasajeros. Por ello, he votado favorablemente.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur l'exploitation du potentiel du transport de voyageurs par voie d'eau car le transport des voyageurs par voie d'eau joue un rôle essentiel dans le renforcement de la durabilité et de l'efficacité du secteur européen des transports. En effet, l'amélioration de l'utilisation des capacités disponibles du transport de voyageurs par voie d'eau permettrait de réduire les encombrements et les émissions de CO_2, mais également d'améliorer la qualité de l'air et les services de transport. Le développement de technologies innovantes sur la base de l'énergie solaire et éolienne rendrait aussi les navires plus propres et plus économes. De plus, les mesures prévues par cette législation permettraient de revitaliser le potentiel touristique de nombreuses régions d'Europe. Finalement, cette législation prévoit aussi un renforcement de la sécurité des passagers transportés par navires en veillant à ce que ces navires répondent aux normes de sécurité communes de l'Union.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vandens keleivinis transportas gali tapti darnia alternatyva savo plėtros ribas daugelyje miestų pasiekusiam kelių transportui. Visokeriopai sveikinu idėją skatinti šio transporto plėtrą ir svarstymui pateiktą dokumentą.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque tiene elementos interesantes, le falta enfoque crítico en asuntos fundamentales para construir una buena política de transportes a largo plazo. Por ejemplo, la evaluación de alternativas durante la planificación y gestión de infraestructuras o la diferenciación de tipos de barcos y líneas según su función social o su rendimiento medioambiental. No es lo mismo mantener y mejorar la red de puertos secundarios que construir mega-puertos industriales que luego permanecen infrautilizados. No es lo mismo un ferri de trayectos regulares que dinamice la economía local y mejore la movilidad de los ciudadanos que un macro-crucero de turismo de masas.

Además, el informe aboga por la introducción de infraestructuras de gas en los puertos TEN-T, lo cual es una línea roja para nosotros. En España no podemos permitirnos gastar en infraestructuras y transporte de gas millones de dinero público que podría utilizarse para promover energías renovables de generación local, crear empleo sostenido en el largo plazo y reducir nuestra enorme dependencia energética.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg gestimmt.

Wasserbasierte Personenbeförderung spielt eine wichtige Rolle für die Erreichung eines nachhaltigen und effizienten europäischen Transportsektors. Aufgrund der vielzähligen Flüsse, Wasserstraßen, Flussmündungen, langen Küsten und Inseln hat Europa viel Potenzial für Wassertransport, der in vielen Bereichen nachhaltiger als andere Transportmittel ist.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que no añade ninguna prioridad política en el campo del transporte de pasajeros por vías navegables, y además, afianza la presencia de recursos no sostenibles como el gas natural licuado (GNL). El informe no incluye referencias específicas al papel que el sector público debe jugar en el desarrollo de estas vías de comunicación, manteniendo un enfoque de mercado que hasta la fecha no ha hecho más que inhibir su desarrollo. No obstante, pese a escasa claridad, a lo que sí hace una clara referencia es al transporte del GNL por estas vías, afianzando la gran apuesta por este recurso fósil y el fuerte impacto que el mismo tiene en las zonas de extracción o de almacenaje como es el caso del Parque Natural de Doñana. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Prendendo in considerazione l'assetto geografico dell'Europa: un maggiore sviluppo del settore dei trasporti di passeggeri per via navigabile nell'Unione europea consentirebbe, ad esempio, di offrire collegamenti con le regioni insulari e le zone isolate, agevolerebbe l'utilizzo di mezzi pubblici nelle zone costiere, nelle acque di navigazione interna e nei grandi agglomerati urbani e ridurrebbe l'inquinamento.

Sono già 400 milioni i cittadini che ogni anno transitano nei porti dell'Unione europea e 161 000 le persone direttamente occupate nel settore. Al fine di realizzare un settore europeo dei trasporti più efficiente e sostenibile, ritengo che l'approvazione di tale relazione rappresenti un passo avanti per la semplificazione e il miglioramento delle norme comuni, nonché per la realizzazione di iniziative politiche future in tale settore.

Competitività, sostenibilità ambientale, sicurezza e cooperazione transfrontaliera e qualità dei servizi, dei diritti dei passeggeri e dell'accessibilità senza barriere rappresentano gli aspetti fondamentali di tale iniziativa. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this because the EU is once again trying to adopt a one size fits all policy. The UK as an island nation has considerable expertise when it comes to issues relating to shipping and passenger transportation on the sea. The report does touch on some very relevant topics such as reducing the carbon footprint, however it goes too far by calling for decarbonisation but does not provide any alternative. The report also goes onto claim that the EU is responsible for facilitating search and rescue operations through the introduction of the EU passenger ship safety legislation, however, the UK has had search and rescue operations in place since the 1920s. It just goes to show that this report is both inaccurate and misleading and in addition to the reasons already mentioned I felt that I should vote against it.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Osobné lode zohrávajú v rámci mobility občanov EÚ dôležitú úlohu. Každoročne prejde cez prístavy EÚ viac než 400 miliónov ľudí, pričom 120 miliónov cestujúcich je prepravených medzi prístavmi toho istého členského štátu. Stále vidím potenciál napríklad pri využití kyvadlových trajektov, ktoré by sa mohli viac využívať v rušných mestských a medzimestských oblastiach. Taktiež považujem za potrebné ešte viac znižovať emisie CO_2 aj v tomto druhu dopravy. Hlasoval som za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Putnički promet vodnim putovima idealna je alternativa rješavanju sve većih problema zagušenih cesta diljem Europske unije. Najodrživiji je način putovanja, a njegovim bi se uvrštenjem u gradske mreže javnog prijevoza znatno unaprijedila učinkovitost u pogledu mobilnosti, zaštite okoliša, kvalitete života, cjenovne prihvatljivosti te udobnosti u gradovima.

Premda je Republika Hrvatska ponajprije jadranska i mediteranska zemlja okrenuta moru i pomorskom prometu, važnu ulogu ima iznimno povoljan zemljopisni položaj unutarnjih vodnih putova s naglaskom na rijeku Dunav koja Hrvatskoj daje geostrateški položaj u vidu omogućavanja razvoja intermodalnog prometa te povezivanja središnje i zapadne Europe s Jadranskim morem.

No, ovaj sektor u Hrvatskoj ima brojne slabosti koje je potrebno čim prije riješiti. Potreban je sustavni rad na uklanjanju nedostataka unutar sektora kad je riječ o organizaciji, modernizaciji flote, obrazovanju, izgradnji infrastrukture, poboljšanju suradnje s okolnim zemljama te uzimanju u obzir Konvencije UN-a o pravima osoba s invaliditetom koja jamči nesmetani pristup za putnike s invalidnošću ili smanjenom pokretljivosti.

Podržao sam prijedlog direktive Europskog parlamenta i Vijeća imajući u vidu navedene faktore kao i ciljeve ostvarene na konferenciji COP 21 u pogledu smanjenja emisija CO_2, a sve kako bi promet vodnim putovima doprinio postizanju održivih rješenja za što jeftinijim, čišćim i zelenijim prometnim sektorom.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia o uvoľnení potenciálu osobnej vodnej dopravy, pretože osobnú vodnú dopravu už v súčasnosti považujem za jeden z najudržateľnejších spôsobov prepravy akéhokoľvek druhu a myslím si, že práve táto forma dopravy si zaslúži dostať sa na poprednejšie miesto. O dôležitosti osobnej vodnej dopravy svedčí aj skutočnosť, že každoročne prejde cez prístavy EÚ viac než 400 miliónov ľudí, pričom 120 miliónov cestujúcich je prepravených medzi prístavmi toho istého členského štátu. Som presvedčená o tom, že geografické podmienky Európy s jej dlhými pobrežiami, mnohými ostrovmi a riekami vytvárajú mimoriadne príležitosti pre udržateľnú osobnú vodnú dopravu, a verím, že v krátkej budúcnosti budú zohrávať ešte významnejšiu úlohu v rámci spájania rôznych regiónov EÚ. Aj keď v posledných rokoch došlo k intenzívnemu rozvoju plavidiel určených na rôzne druhy plavby (napr. riečno-námorných plavidiel, ktoré sú schopné plavby aj v plytkých vodách) a prepojenosti medzi pobrežnými regiónmi a ostrovmi, je nevyhnutné, aby sa v rámci EÚ zintenzívnilo presadzovanie existujúcich pravidiel a zjednodušil sa súčasný regulačný rámec, ktorý v osobnej vodnej doprave odstráni existujúce nedostatky.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropska unija s svojimi dolgimi obalami, otoki in številnimi rekami ponuja odlične priložnosti za razvoj trajnostnega vodnega potniškega prometa, ki ima pomembno vlogo pri povezovanju evropskih regij in lahko močno prispeva h krepitvi kohezije.

Zaradi svojega intenzivnega tehnološkega razvoja, npr. razvoja plovil za prevoz po rekah in morju, se vodni potniški promet že dlje časa ponuja kot okolju prijaznejši način prevoza in alternativa zgoščenemu cestnemu prometu v smeri mestnih središč. Večja uporaba zmogljivosti vodnega potniškega prometa bi bistveno pripomogla predvsem k zmanjšanju cestnih zastojev in emisij ter izboljšanju kakovosti zraka.

Poročilo Parlamenta pravilno izpostavlja, da bi moral imeti vodni potniški promet večjo vlogo v okviru prometne politike EU in držav članic ter Komisijo in države članice spodbuja, naj izboljšajo svojo infrastrukturo s krepitvijo prometnih povezav ter razvojem pomorskih avtocest. Poročilo med drugim predlaga boljšo vključitev vodnega potniškega prometa v omrežja mestnega in regionalnega javnega prevoza za izboljšanje mobilnosti in kakovosti življenja ter razbremenitev kopenskih prometnih omrežij.

Na podlagi zgoraj navedenega in dejstva, da poročilo močno izpostavlja ključni pomen vodnega potniškega prometa tudi za razvoj trajnostnega turizma v obalnih, otoških in jezerskih regijah ter njegovo povezavo z vseevropskim kolesarskim omrežjem za krepitev privlačnosti evropskih regij, sem poročilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Geografia Európy poskytuje veľký potenciál osobnej vodnej dopravy. Lepšie využívanie nadmerných kapacít plavidiel a infraštruktúry pomôže prepojeniu a rozvoju regiónov, životnému prostrediu a odľahčí pozemnú dopravu. Preto treba navrhnúť rámec, ktorý zároveň zabezpečí aj kvalitu, bezpečnosť a ekologickú udržateľnosť.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports every year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing in consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments über die Freisetzung des Potenzials der Personenbeförderung auf dem Wasserweg habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verringerung der CO_2-Emissionen gemäß dem im Rahmen der Pariser Klimakonferenz (COP 21) beschlossenen Abkommen zu ergreifen. Das lehne ich ab.

Der Bericht fordert Photovoltaikanlagen auf den Gebäuden der Hafenterminals.

Der Bericht begrüßt den Vorschlag der Kommission, harmonisierte Normen für die Qualifikation von Besatzungsmitgliedern und Kapitänen festzulegen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Geografska obilježja Europe, njezine duge obale te brojni otoci, rijeke i kanali nude izvanredne mogućnosti za održiv putnički promet vodnim putovima.

Uključenje putničkog prometa vodnim putovima u gradske mreže javnog prijevoza moglo bi znatno unaprijediti zaštitu okoliša, rasteretiti kopnene prometne mreže u gradovima te uposliti višak kapaciteta vodne infrastrukture i plovila.

Eurostat se poziva da u svoje statističke podatke o putnicima na pomorskim kružnim putovanjima uključi i putnike ukrcane, odnosno iskrcane s brodova u svakoj tranzitnoj luci.

Pozdravljamo nove zakonodavne prijedloge Komisije kojima se nastoje pojednostaviti i poboljšati zajednička pravila o sigurnosti putničkih brodova u vodama EU-a.

Podupirem ovo Izvješće jer pokazuje veliki potencijal korištenja prometnih vodnih puteva kao odlične alternative začepljenim cestama koje vode do središta gradova.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o sprostitvi potenciala prevoza potnikov po vodnih poteh. Tako za nas, ki ladijske storitve uporabljamo predvsem za počitniške namene, še bolj pa za tiste, ki so dnevno odvisni od njih, je pomembna razpoložljivost in dobra povezanost ladijskih storitev z drugimi transportnimi povezavami. Pomembna je ustrezna vključenost ladijskega potniškega prometa v projekte, ki spodbujajo prometno multimodalnost, kot so integrirani evropski sistem izdaje vozovnic, vseevropska prometna omrežja in instrument za povezovanje Evrope.

Pozdravljam poročilo, ki opozarja na vrsto potrebnih sprememb v ladijskem potniškem prometu, s katerimi bi povečali njegovo uporabo s številnimi pozitivnimi posledicami, kot je na primer manjša gneča na cestah.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Dnes jsem podpořil zprávu o využití potenciálu osobní vodní dopravy, která má za úkol zjednodušit a zlepšit společná pravidla pro bezpečnost lodí přepravujících cestující ve vodách EU s cílem zvýšit bezpečnost a hospodářskou soutěž. Zpráva podporuje nejenom kvalitu služeb, ale i práva cestujících a bezbariérovou přístupnost v osobní vodní dopravě, včetně námořních trajektů, vnitrozemských trajektů, člunů a výletních plaveb. Dále podporuje rozvoj udržitelného cestovního ruchu, a to např. v oblasti překonání sezónních výkyvů, zejména ve vzdálených a okrajových regionech Unie, jako jsou pobřežní, ostrovní, jezerní a venkovské regiony. Lepší využití dostupné kapacity osobní vodní dopravy by mohlo nejen napomoci omezit dopravní zácpy a emise CO_2 v silniční dopravě, ale i zlepšit kvalitu ovzduší a zajistit všeobecně lepší dopravní služby.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Οι πλωτές επιβατικές μεταφορές διαδραματίζουν καίριο ρόλο στην επίτευξη ενός βιωσιμότερου και αποτελεσματικότερου ευρωπαϊκού τομέα μεταφορών. Ωστόσο, ελάχιστη είναι η διεργασία που έχει γίνει μέχρι σήμερα. Στην έκθεση δεν υπάρχει διαφοροποίηση μεταξύ των μικρών τακτικών δρομολογίων των πλοίων και των τεράστιων κρουαζιέρων αναψυχής, ούτε μεταξύ των στρατηγικών επιπτώσεων, όπως είναι η συμβολή τους στην κοινωνική και μακροπρόθεσμη εδαφική συνοχή ή στην υψηλότερη συνολική περιβαλλοντική απόδοση. Ούτε υπάρχει κάλεσμα για τη σωστή κοινωνική, οικονομική και περιβαλλοντική αξιολόγηση, κατά τον σχεδιασμό και τη χρηματοδότηση των νέων συναφών υποδομών. Γενικότερα, η έκθεση αγγίζει επιδερμικά το θέμα των πλωτών επιβατικών μεταφορών και για αυτό τηρήσαμε αποχή.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Χρειάζεται η ολοκληρωτική εκμετάλλευση όλων των υδάτινων οδών για να βοηθηθούν οικονομικά πολλές περιοχές, αλλά πρέπει ταυτόχρονα να υπάρχουν και αυξημένα μέτρα ασφαλείας τόσο για τους ανθρώπους όσο και για το περιβάλλον.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel egyetértek azzal, hogy a vízi személyszállítás, többek között a tengeri kompok, a belvízi kompok, az uszályok és az üdülési célú hajóutak alapvető szerepet játszanak a fenntarthatóbb és hatékonyabb európai közlekedési ágazat megvalósításában. Egyetértek a szerzővel abban, hogy a vízi személyszállítás terén rendelkezésre álló kapacitások jobb kihasználása és további fejlesztések révén nemcsak hogy segítheti a forgalmi torlódások és a CO_2-kibocsátás csökkentését, de javítja a levegő minőségét, és összességében jobb közlekedési szolgáltatásokat biztosít.

A jelentés leírja, hogy a vízi közlekedés már jelenleg is a leginkább fenntartható utazási lehetőségek egyike és egyetértek azzal, hogy további potenciállal rendelkezünk a hajók még jobban környezetbaráttá és energiahatékonyabbá tétele terén. Mindezt viszont úgy gondolom, hogy csak az innovatív technológiák terén folytatott kutatással tudjuk elérni, olyan területeken például, mint a nap- és a szélenergia, a parti villamos energia és az alternatív tüzelőanyagok. A jelentés megoldást is kínál – megnevezve az ezekhez elérhető uniós alapokat –, mint például a kohéziós, a strukturális, a regionális alapok, az INTERREG, a Horizont 2020, az Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz, a TEN–T és az ESB alapokat.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Pomimo negatywnych skutków kryzysu finansowego przemysł promów i liniowców w ostatnich latach skonsolidował się, a jego znaczenie wyraźnie wzrosło. Obecnie sektor zatrudnia ok. 160 000 osób i oferuje istotne połączenia na obszarach przybrzeżnych, śródlądowych i miejskich oraz jest szczególnie istotny dla regionów peryferyjnych. Jednocześnie transport wodny jest powszechnie uważany za jeden z najbardziej zrównoważonych sposobów przewozu pasażerów.

Należy zwrócić uwagę na potencjalny przyrost wydajności wskutek wzmocnienia pasażerskiego transportu wodnego oraz możliwość wprowadzenia zintegrowanej sprzedaży biletów w celu zwiększenia koordynacji między poszczególnymi rodzajami transportu. Naszym celem powinno być stworzenie jednolitego obszaru wodnego transportu pasażerskiego, w ramach którego możliwe byłoby uproszczenie obciążeń administracyjnych dotyczących transgranicznego transportu pasażerskiego.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta. Äänestin myös ympäristönormien puolesta esimerkiksi rikkidirektiivin esimerkin mukaan. Sillä vaikka rikkidirektiivin osalta Suomi neuvotteli asemansa huonosti, tulee EU:n tasolla panostaa myös ympäristösääntelyyn muun muassa Pariisin ilmastosopimuksen mukaan.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Valorificarea potențialului transportului naval de pasageri contribuie la atingerea obiectivului UE de a deveni liderul mondial al cercetării și inovării din domeniul maritim, stabilit prin strategia sa în materie de politică din domeniul transportului maritim până în 2018. Dezvoltarea transportului naval de pasageri, potențat de ritmul exponențial al dezvoltărilor tehnologice, ca o alternativă la transportul rutier, reprezintă un mod de transport ecologic, cu efecte benefice asupra mediului și asupra calității vieții cetățenilor.

De asemenea, o valorificare a potențialului TNP, bazat pe o infrastructură adecvată, realizată inclusiv prin dezvoltarea de proiecte cofinanțate din fonduri UE, generează dezvoltarea nu doar a turismului, ci și a altor sectoare ale economiei europene.

Sunt de acord cu faptul că o analiză a tuturor proiectelor din domeniul TNP cofinanțate din fonduri UE, precum și o sinteză privind punerea în aplicare a strategiilor UE în domeniul TNP, coroborată cu o diseminare adecvată a tuturor acestor informații statistice, este necesară în vederea abordării integrate a valorificării potențialului transportului naval de pasageri, deoarece acest sector prezintă o valoare adăugată importantă pentru economia europeană.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Succesul politicilor europene de transport va depinde în mare măsură de felul în care Uniunea Europeană va reuși să redirecționeze fluxurile de transport pe toate modurile existente, precum și de calitatea serviciilor oferite. Pe fondul unei cereri aflate în creștere, dar și în contextul unei preocupări din ce în ce mai mari pentru reducerea emisiilor, transportul pe apă poate fi soluția unui transport sustenabil și sigur, care să dea un nou imbold dezvoltării economice în zonele riverane și de coastă.

Raportul de față recomandă statelor membre și Comisiei să acorde o mai mare atenție transportului de pasageri pe apă, începând cu reabilitarea infrastructurii necesare și terminând cu o pregătire riguroasă a personalului din acest sector. O mai bună utilizare a acestui mod ar avea efecte semnificative asupra conectivității, mai ales în zonele izolate, și ar contribui, totodată, la dezvoltarea industriei turismului, oferind un acces îmbunătățit la destinațiile turistice europene.

Totodată, Parlamentul solicită ca executivul european să intensifice colaborarea cu statele membre în vederea atragerii de fonduri europene, cu precădere cele destinate IMM-urilor și politicilor de coeziune, pentru a elabora o strategie de transport corespunzătoare nevoilor fiecărei regiuni, dar și în raport cu prioritățile rețelei TEN-T.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport. Même si le transport par voie d'eau est déjà un des modes de transport les plus durables, il est possible de rendre les navires plus propres et plus économes en énergie à travers des investissements dans la recherche et les technologies innovantes, par exemple en ce qui concerne l'énergie solaire et éolienne, l'électricité terrestre et les carburants de substitution, tout en appliquant le principe de la neutralité technologique. Cela va de pair avec la disponibilité et l'utilisation des ressources de l'Union, telles que les fonds de cohésion, structurels et régionaux, Interreg, Horizon 2020, le MIE, le RTE-T et l'EFSI.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Although waterborne passenger transport is essential for the connectivity of certain European regions, very little attention is devoted to it in EU transport policies, resulting in a lack of statistics, investment and integration within the transport chain as a whole. The report, which I supported, advises the EU to work towards the establishment of a single area for waterborne passenger transport with the aim to simplify administrative procedures in cross-border passenger shipping and overall to offer a better quality of services.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il tema dei cambiamenti climatici casati dall'attività antropica rappresenta una minaccia che deve essere affrontata con tempestività dall'Europa. Il trasporto fluviale dei passeggeri rappresenta un settore a basso impatto ambientale, che contribuisce all'occupazione e che sta registrando un consistente aumento della domanda, soprattutto nelle regioni dell'Europa centro-orientale (+17% nel 2015). Viste le potenzialità del settore ritengo che il Parlamento europeo dovrebbe muoversi lungo due direttrici legislative: da un lato, lavorare su proposte che vadano a beneficio della sicurezza dei cittadini su trasporto fluviale; dall'altro incentivare i finanziamenti alla ricerca per modernizzare il settore e contribuire alla riduzione dell'inquinamento atmosferico. Ritengo fondamentale, per questo processo di modernizzazione, la parificazione delle tariffe e dei documenti di viaggio e l'alleggerimento degli oneri amministrativi che gravano sul settore. È nostro dovere sostenere le reti di trasporto europee che comportano il minor impatto sull'ambiente e compiere scelte nell'interesse dei cittadini volte a sviluppare le economie delle regioni periferiche, in primo luogo migliorando la qualità dei servizi di trasporto pubblici.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije za ostvarivanje potencijala putničkog prijevoza vodnim putevima. Ova rezolucija omogućit će bolje iskorištavanje dostupnih kapaciteta za putnički promet vodnim putevima kojih ima mnogo s obzirom na europska geografska obilježja u koja se ubrajaju brojne rijeke, vodni putovi, estuariji, duge obale i otoci. Pored toga predstavlja alternativu napučenim gradskim cestama, povećava sigurnost u prometu te postavlja temelje za smanjenje automobilskih štetnih emisija. Od posebne je važnosti poziv Europskoj komisiji koji ističe važnost sektora putničkog prometa vodnim putovima u razvijanju održivog turizma i rješavanju pitanja sezonske naravi turizma, posebno u udaljenim i rubnim regijama Unije kao što su priobalne, otočne, jezerske i ruralne regije. Turizam je u obalnim regijama i na otocima nedovoljno razvijen zbog nedostatka povezanosti te bi Komisija trebala voditi računa o tome da u tim područjima postoji veća potražnja za kvalitetnim uslugama prijevoza.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Izvješće o ostvarivanju potencijala putničkog prijevoza vodnim putovima korak je ka pojednostavljenju i poboljšanju pravila država članica o putničkom prometu vodnim putovima. Naime, izvješćem se promiče razvoj pomorskih autocesta s ciljem ostvarivanja integracije te vrste prijevoza s drugim prometnim mrežama i vrstama prijevoza te otklanjanja prepreka nesmetanom putničkom prijevozu, takozvanih uskih grla.

Osobito podržavam to što je prepoznata važnost ovog sektora u razvijanju održivog turizma i rješavanju pitanja sezonske naravi turizma, posebno u udaljenim i rubnim regijama, kao i poziv Komisiji, državama članicama i lokalnim i regionalnim tijelima da u najvećoj mogućoj mjeri iskoriste mogućnosti financiranja koje Europska unija nudi malim i srednjim poduzećima kao središnjim točkama za promicanje usluga turizma, uključujući subvencije za lokalne zajednice u rubnim regijama.

Budući da ovo izvješće predstavlja okvir za ostvarivanje učinkovitijih veza među otocima, otočkih regija i udaljenih regija, glasovala sam za njegovo usvajanje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o sprostitvi potenciala prevoza potnikov po vodnih poteh sem podprla. Vodni potniški promet, vključno s trajekti na morju, trajekti na celinskih plovnih poteh, baržami in potniškimi ladjami, igra bistveno vlogo pri doseganju bolj trajnostnega in učinkovitejšega evropskega prometnega sektorja. Velik delež transporta dnevnih migrantov poteka po cestah, kar ustvarja ozka grla. Večja uporaba potniškega vodnega prometa bi to olajšala, zmanjšali pa bi se tudi izpusti CO_2.

Za večino Evrope so značilne plovne reke in na mnogih območjih po Evropi bi bilo potovanje s trajekti ali potniškimi ladjami bolj vzdržno, lažje in hitrejše, kar bi povečalo socialno in gospodarsko blaginjo regije. Vodni potniški promet bi lahko uporabili tudi v namene turizma. Potniške ladje imajo pomembno vlogo pri mobilnosti evropskih državljanov, saj gre skozi pristanišča EU vsako leto več kot 400 milijonov ljudi, od tega 120 milijonov potnikov med pristanišči iste države članice.

Zakonodaja EU na področju varnosti potniških ladij se je v zadnjih 15 let počasi uvajala večinoma kot odziv na nesreče, kar je izboljšalo varnost vodnega potniškega prometa. Čeprav je vodni potniški promet že sedaj eden najbolj trajnostnih načinov prevoza, ga je še možno izboljšati predvsem na področju inovativnih tehnologij za čistejša in energijsko učinkovitejša plovila.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque tiene elementos interesantes, le falta enfoque crítico en asuntos fundamentales para construir una buena política de transportes a largo plazo. Por ejemplo, la evaluación de alternativas durante la planificación y gestión de infraestructuras o la diferenciación de tipos de barcos y líneas según su función social o su rendimiento medioambiental. No es lo mismo mantener y mejorar la red de puertos secundarios que construir mega-puertos industriales que luego permanecen infrautilizados. No es lo mismo un ferri de trayectos regulares que dinamice la economía local y mejore la movilidad de los ciudadanos que un macro-crucero de turismo de masas.

Además, el informe aboga por la introducción de infraestructuras de gas en los puertos TEN-T, lo cual es una línea roja para nosotros. En España no podemos permitirnos gastar en infraestructuras y transporte de gas millones de dinero público que podría utilizarse para promover energías renovables de generación local, crear empleo sostenido en el largo plazo y reducir nuestra enorme dependencia energética.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport part du double constat patent que, d'une part, la géographie européenne avec ses fleuves, ses côtes et ses îles se prête particulièrement bien au transport fluvial, maritime et lacustre. D'autre part, ce mode de transport est sous-exploité au profit du transport routier. Ce qui entraîne congestions routières et accroissement de la pollution, notamment dans les villes.

Le rapporteur souhaite la création d'un «espace unique pour le transport des voyageurs par voie d'eau», ce à quoi les députés FN-RBM se sont toujours opposés. Cette création accélèrerait inévitablement la substitution, au moins partielle, des bâtiments français par des bâtiments et du personnel étranger.

Il demande la création, comme pour le transport du fret maritime, d'autoroutes de la mer à destination des voyageurs par voie d'eau, avec le développement d'infrastructures adéquates permettant l'inter-modalité avec notamment les transports terrestres, et appelle ainsi les États membres à développer les initiatives allant en ce sens.

Évidemment, l'accent est mis sur le développement de flottes peu polluantes, avec des personnels formés pour assurer le maximum de sécurité, l'accès général aux personnes à mobilité réduite, et même la prise en compte des besoins des cyclistes. Tout ceci devant permettre le développement du tourisme, «durable»… J'ai voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Projekt rezolucji zakłada pozytywne zmiany i jest ważny, ale kilka istotnych kwestii zostało pominiętych, między innymi potrzeba uproszczenia aktualnych regulacji oraz położenie nacisku na bezpieczeństwo załogi i pasażerów statków śródlądowych, co staje się szczególnie ważne w trakcie kryzysu imigracyjnego.

Dużą szansą mogłoby być włączenie pasażerskiego transportu wodnego do ram systemów uwzględniających użycie dwóch lub więcej rodzajów transportu, co może być szczególnie ważne w dużych aglomeracjach. Brak tych postulatów zdecydował, że wstrzymałem się od głosu w sprawie przyjęcia tej rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A vízi személyszállítás, többek között a tengeri kompok, a belvízi kompok, az uszályok és az üdülési célú hajóutak alapvető szerepet játszanak a fenntarthatóbb és hatékonyabb európai közlekedési ágazat megvalósításában, melyeket a biztonsággal, a környezeti normákkal, a határokon átnyúló együttműködéssel és a versenyképességgel, valamint a szolgáltatás minőségével, az utasok jogaival és az akadálymentes hozzáféréssel foglalkozó politikák támogatnak. Szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque, aunque tiene elementos interesantes, le falta enfoque crítico en asuntos fundamentales para construir una buena política de transportes a largo plazo. Por ejemplo, la evaluación de alternativas durante la planificación y gestión de infraestructuras o la diferenciación de tipos de barcos y líneas según su función social o su rendimiento medioambiental. No es lo mismo mantener y mejorar la red de puertos secundarios que construir mega-puertos industriales que luego permanecen infrautilizados. No es lo mismo un ferri de trayectos regulares que dinamice la economía local y mejore la movilidad de los ciudadanos que un macro-crucero de turismo de masas.

Además, el informe aboga por la introducción de infraestructuras de gas en los puertos TEN-T, lo cual es una línea roja para nosotros. En España no podemos permitirnos gastar en infraestructuras y transporte de gas millones de dinero público que podría utilizarse para promover energías renovables de generación local, crear empleo sostenido en el largo plazo y reducir nuestra enorme dependencia energética.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Teigiamai vertina naujus Komisijos pasiūlymus dėl teisėkūros procedūra priimamų aktų siekiant supaprastinti ir patobulinti bendras laivų, gabenančių keleivius ES vandenyse, saugos taisykles, kad būtų padidinta sauga ir konkurencija, užtikrinus, jog taisyklės būtų aiškesnės ir paprastesnės ir atitiktų teisinius ir technologinius pokyčius.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on unleashing the potential of waterborne passenger transport. Waterborne passenger transport, including maritime ferries, inland ferries, barges and cruises, plays a crucial role in achieving a more sustainable and efficient European transport sector, assisted by policies that address safety, environmental standards, cross-border cooperation and competitiveness as well as service quality, passenger rights and barrier-free accessibility. A large number of commuters in Europe travel by road, creating bottlenecks, congestion and delays on Europe's urban routes. Furthermore, excess capacity of waterborne passenger transport vessels and infrastructure should be considered in the field of tourism. I voted in favour because I believe that even though waterborne transport is already one of the most sustainable ways to travel, there is further potential to make vessels cleaner and more energy efficient through investment in research and innovative technologies.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La legislación comunitaria en materia de seguridad en el tráfico marítimo se ha aplicado durante un período de 15 años, habiendo mejorado la seguridad de los viajeros y facilitado las operaciones de búsqueda y salvamento en caso de accidente. Sin embargo, aún queda margen para intensificar la aplicación de las normas vigentes por parte de los Estados miembros y, para simplificar el marco regulador actual con el objetivo de eliminar aquellos requisitos que se solapen. En este sentido, lo que propone este informe es un conjunto de medidas en materia de competitividad, sostenibilidad medioambiental, seguridad, protección y calidad y accesibilidad de los servicios. En Europa, la geografía ofrece extraordinarias oportunidades para el transporte de pasajeros por vías navegables. De hecho, anualmente más de 400 millones de personas pasan por los puertos de la Unión. En aras de apoyar todas aquellas propuestas que contribuyan al desarrollo de este tipo de transporte y que avancen por la senda de mayor intermodalidad, cohesión social, mejora del medioambiente y desarrollo socioeconómico más sostenible y eficaz, he respaldado con mi voto este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que no añade ninguna prioridad política en el campo del transporte de pasajeros por vías navegables, y además, afianza la presencia de recursos no sostenibles como el gas natural licuado (GNL). El informe no incluye referencias específicas al papel que el sector público debe jugar en el desarrollo de estas vías de comunicación, manteniendo un enfoque de mercado que hasta la fecha no ha hecho más que inhibir su desarrollo. No obstante, pese a escasa claridad, a lo que sí hace una clara referencia es al transporte del GNL por estas vías, afianzando la gran apuesta por este recurso fósil y el fuerte impacto que el mismo tiene en las zonas de extracción o de almacenaje como es el caso del Parque Natural de Doñana. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted with my Socialist colleagues in favour of this report because passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports every year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing in consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat er de laatste jaren een trend is van intensieve ontwikkeling van schepen voor diverse wateren, bijvoorbeeld schepen voor rivieren en voor de zee, die voldoen aan de vereisten voor zeeschepen en ook kunnen varen in ondiep water.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O desenvolvimento do transporte através de vias navegáveis, marítimo e fluvial, comporta potenciais benefícios económicos e ambientais em termos de mobilidade de passageiros e mercadorias. É relativamente seguro e controlável, pode constituir um fator indutor da coesão territorial, social e económica, além de contribuir para reduzir as emissões de gases de efeito de estufa.

Não se compreende, portanto, que, nos últimos anos, o desinvestimento nos equipamentos e nas infraestruturas e a precarização laboral neste setor tenham posto em causa tantos serviços. Claro que isto implicava investimento público para estimular, orientar e enquadrar o investimento privado.

A opção foi bem diversa: privatizar e esterilizar o investimento público com a austeridade, condenando o setor a um estado vegetativo, para desgraça das populações e trabalhadores e gáudio do grande capital.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter fordert den Abbau von Bürokratie im grenzüberschreitenden Personenschiffsverkehr, mehr Interkonnektivität sowie die Schaffung von Meeresautobahnen (auch durch Drittländer). Die in diesem Rahmen anfallenden „Engpässe" zwischen den ausgebauten System westeuropäischer Binnenwasserstraßen und dem bestehenden – weniger ausgebauten – osteuropäischen System müssen beseitigt werden. Das Potenzial der Personenbeförderung per Schiff ist meines Erachtens nach zu gering, um einen gewichtigen Beitrag für den nachhaltigen und effizienten Verkehrssektor leisten zu können. Da die EU bereits mehrere Makrostrategien für den Donauraum, die Adria und das Ionische Meer sowie für den Ostseeraum verabschiedet hat, der vorliegende Text keine Begradigung von bestehenden Wasserstraßen fordert, aber der Handlungsbedarf für das österreichische System eher gering ist, habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione volta a liberare il potenziale del trasporto di passeggeri per vie navigabili. Considerando che l'assetto geografico dell'Europa, con le sue lunghe coste e i suoi numerosi fiumi e isole, offre straordinarie opportunità per il trasporto sostenibile di passeggeri per via d'acqua e considerando che questo tipo di trasporto nei settori del cabotaggio, dei traghetti marittimi e interni, delle crociere e del turismo offre svolge un ruolo fondamentale nei collegamenti fra le diverse regioni dell'Unione europea, ritengo sia un fondamentale fattore per il rafforzamento della coesione. Il gruppo S&D è riuscito a porre l'accento sulla sicurezza, sullo sviluppo di servizi sostenibili rispettosi dell'ambiente e sulla fornitura di servizi più efficienti per le persone con mobilità ridotta.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Passenger ships play an important role for the mobility of EU citizens – more than 400 million people pass through EU ports every year, with 120 million passengers transported between ports of the same Member State. This report increases the importance and the potential of a sector that is one of the most sustainable ways to travel and is constantly increasing due to consumer demand. Making better use of available capacity of WPT could not only help reduce congestion and CO_2 emissions, but also improve air quality and provide better transport services overall. As a small island with a long coastline and many ports, this report is of particular significance to Britain although Brexit negotiations may present many challenges in fully realising the potential of WPT.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu o uvoľnení potenciálu osobnej vodnej dopravy som podporila. Táto správa sa zaoberala novou legislatívou, ktorá navrhuje najmä zjednodušenie a vylepšenie spoločných pravidiel týkajúcich sa bezpečnosti cestujúcich prepravovaných loďami v európskych vodách. Myslím si, že téma osobnej vodnej dopravy je momentálne veľmi zaujímavá a mali by sme o nej premýšľať ako o jednej z udržateľných a environmentálne priateľských možností odbremenenia veľmi vyťaženej cestnej dopravy. Na to je ale potrebné, aby sa rôzne druhy dopravy prepájali a aby právna úprava odrážala najnovší technologický vývoj s veľkým dôrazom na bezpečnosť. Oceňujem aj články vyzývajúce na zváženie zaradenia cestovných lístkov na vodnú dopravu do integrovaných schém. Rovnako si myslím, že využitie potenciálu tohto typu dopravy by veľmi pomohlo obyvateľom ostrovov či odľahlých regiónov.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Transport wodny to nie tylko tani, szybki, ale również przyjazny środowisku środek komunikacji. Jego znaczenie dla stworzenia jednolitej europejskiej sieci transportu jest niezwykle ważne. Niestety w wielu państwach członkowskich występują znaczące dysproporcje w poziomie rozwoju infrastruktury, ilości dostępnych połączeń czy różnorodności oferty. W Polsce przez wiele lat zaniedbywano transport śródlądowy także w wymiarze pasażerskim, mimo że jego potencjał w naszych warunkach geograficznych jest bardzo duży. Nie chodzi tu jedynie o możliwości komunikacyjne, ale także o szansę na stworzenie wielu miejsc pracy w stoczniach i przy modernizacji infrastruktury. Nieocenione pozostaje także znaczenie tego środka transportu dla rozwoju oferty turystycznej, która w wielu regionach Polski już teraz uwzględnia wykorzystanie pasażerskiego transportu wodnego. Dla województwa kujawsko-pomorskiego jest to temat kluczowy i szansa na rozwój poprzez stworzenie nowych możliwości komunikacyjnych dla inwestorów. Strategiczne położenie mojego regionu sprawia, że mógłby on być ważnym węzłem

dla transportu wodnego nie tylko z punktu widzenia Polski, ale całej Europy Środkowo-Wschodniej. Potrzebny jest jednak ogromy wysiłek finansowy, aby gruntownie zmodernizować istniejącą infrastrukturę. Taki wysiłek bez wsparcia ze strony Unii Europejskiej jest niemożliwy do udźwignięcia. Sprawozdanie, nad którym dzisiaj głosujemy, to ważny krok w kierunku przywrócenia właściwego miejsca pasażerskiemu transportowi wodnemu na komunikacyjnej mapie Polski.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Taylor por concordar com as propostas apresentadas para explorar o potencial do transporte de passageiros por vias navegáveis. Este modo de transporte tem potencial para contribuir para a descarbonização do sector, para servir de alternativa fiável ao consumidor e ainda para promover o descongestionamento das vias terrestres nas zonas costeiras.

Sublinho que mais de 400 milhões de pessoas transitam pelos portos da UE todos os anos e cerca de 120 milhões de passageiros são transportados entre portos do mesmo Estado-Membro, pelo que apoio as propostas de apostar em tecnologias menos poluentes e mais eficientes em termos energéticos.

Neste contexto, destaco que apresentei como relator da estratégia europeia para o LNG, no quadro da Comissão do Ambiente, uma proposta para a utilização de gás natural liquefeito para descarbonizar o sector marítimo e os transportes pesados. Realço ainda a necessidade de disponibilização de fundos para dinamizar projetos neste sentido.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće kolege Taylora o potencijalima putničkog prometa vodnim putevima. Putnički prijevoz vodenim putevima ima, zbog svih razvojnih perspektiva, veliku važnost za turizam, gospodarstvo i kvalitetu svakodnevnog života građana, posebice onih koji žive na udaljenim otocima s otežanim pristupom osnovnim uslugama kao što su liječenje ili bankarske usluge i obrazovanje. Putnički promet vodenim putevima i ekološki je prihvatljiv jer je isplativ i ispušta minimalnu količinu ugljikovog dioksida. Europski potencijal u razvoju putničkog prometa prilično je velik, kako zbog razgranate riječne mreže, tako i zbog duge obalne linije i razvedenosti obale. Uspostava kvalitetne mreže plovnih puteva preduvjet je i gospodarskog razvoja onih dijelova unije koji zbog nepostojanja prometne (cestovne ili željezničke) infrastrukture nemaju jednak razvojni put.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Poročilo o sprostitvi potenciala prevoza potnikov po vodnih poteh.

Geografija Evrope z dolgimi obalami ter mnogimi otoki in rekami ponuja izjemne priložnosti za trajnostni vodni potniški promet. Vodni potniški in vodni tovorni promet pa se soočata z različnimi izzivi in imata različne potrebe, ki so povezane z infrastrukturo, okoljskimi izzivi, operativnimi vprašanji, varnostjo ter povezavami med pristanišči in mesti.

Glede na velik potencial in zaželenost vključitve vodnega prometa v okvir multimodalne mobilnosti se strinjam, da je potrebno, da se vlaga v izboljšanje infrastrukture vodnih omrežij, v razvoj strokovnega znanja in spretnosti v pomorskem sektorju v EU.

6.10. Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (A8-0322/2016 - Cristian Dan Preda)

Γραπτές αιτιολογήσεις ψήφου

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La riduzione della povertà è un obbiettivo fondamentale della politica europea di sviluppo, come scritto anche nell'articolo 208 del TFUE. Un aspetto fondamentale nell'ambito della cooperazione allo sviluppo è il coinvolgimento della società civile, nello specifico cittadini, comunità locali e organizzazioni religiose in quanto il loro contributo nella promozione e nell'attuazione dell'agenda per l'efficacia degli aiuti. Ritengo che debba essere compiuto un ulteriore sforzo da parte degli Stati membri per rendere ancor più efficienti i programmi già esistenti, come ad esempio il GPEDC, in quanto l'Unione europea è il donatore principale di aiuti allo sviluppo. Queste sono le motivazioni per cui ho votato a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque enmarca y legitima la cooperación al desarrollo en la lógica de mercado, reforzando el papel de las empresas dentro de los mecanismos de la cooperación al desarrollo.

El llamamiento que incluye el texto a que los países receptores de ayuda asuman «la introducción de mecanismos de la economía de mercado», «la apertura de sus mercados a una competencia global» o «la movilización del capital privado», es un condicionamiento y un intento de utilizar la cooperación al desarrollo para injerir en la soberanía de cada país a la hora de organizar y regular su economía.

Rechazo la cooperación diseñada para abrir la puerta a los negocios de las empresas europeas en países empobrecidos. Y por tanto, rechazamos este informe que exige y condiciona —en pos de la «eficacia» de la ayuda— que terceros países posibiliten al sector privado el negocio con servicios básicos como las infraestructuras, la sanidad o la educación.

Por el contrario, entiendo que la eficacia de la ayuda pasa por la cooperación y el refuerzo del papel de los Estados de estos países empobrecidos, por el desarrollo de servicios públicos y por el control público de los sectores económicos estratégicos.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport. L'Union européenne doit veiller à ce que l'aide soit plus efficace à la coopération et au développement si on veut avoir un réel impact sur l'atténuation de la pauvreté dans un contexte de crises humanitaires et de développement croissantes et de rareté des ressources.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl vystomojo bendradarbiavimo veiksmingumo didinimo. 2016 m. gruodžio mėn. bus minimos penktosios pasaulinės veiksmingo vystomojo bendradarbiavimo partnerystės patvirtinimo metinės. Šia proga svarbu įvertinti pasaulinių pagalbos ir vystymosi veiksmingumo įsipareigojimų įgyvendinimą. ES ėmėsi svarbių veiksmų siekdama padidinti pagalbos skaidrumą, patobulinti bendrą programavimą, atkreipti dėmesį į konflikto ir pažeidžiamumo klausimą, taip pat vertinti rezultatus. Čia turime pripažinti pažangą bendro programavimo, kuris šiuo metu vykdomas daugiau nei pusėje šalių partnerių, gaunančių ES paramą vystymuisi, srityje. Tačiau vis dar reikia papildomų pastangų siekiant užtikrinti veiksmingą paramos vystymuisi koordinavimą, numatant aiškias ir įgyvendinamas taisykles tokiais klausimais, kaip demokratinė šalių atsakomybė, suderinimas su šalių strategijomis ir sistemomis, lėšų nuspėjamumas ir tarpusavio atskaitomybė. Norėtume išgirsti iš Europos Komisijos, kas buvo padaryta šioje srityje. Be to, svarbu ir tai, kad turi būti daugiau nuveikta tiek ES, tiek pasauliniu lygiu siekiant padidinti pagalbos ir vystomojo bendradarbiavimo veiksmingumą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αύξηση της αποτελεσματικότητας της αναπτυξιακής συνεργασίας, διότι προσδιορίζει μια σειρά ζητημάτων που θα μπορούσαν να βοηθήσουν στην προώθηση του θεματολογίου για την αποτελεσματικότητα της ανάπτυξης.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In diesem Bericht geht es darum, die Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern. Es wird gefordert, dass alle Entwicklungsakteure – aufbauend auf den Zusagen der Übereinkünfte von Paris bis Busan – ihre Bemühungen mit Blick auf die ehrgeizigen Ziele der Agenda 2030 so wirksam wie möglich gestalten und zudem die optimale Nutzung öffentlicher und privater Mittel für die Entwicklung weiter fördern. Die EU trägt als größter Entwicklungshilfegeber der Welt besondere Verantwortung für die Verbesserung der Wirksamkeit der EU-Hilfe weltweit und eine bessere Rechenschaftspflicht dieser Hilfe. Ich teile die Ansicht des Berichterstatters, dass die EU bei den globalen Anstrengungen zum Voranbringen der Agenda zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit eine Führungsrolle übernehmen und sicherstellen sollte, dass Transparenz, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit in den Entwicklungsländern weiterhin ein zentrales Anliegen bleiben.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport qui, bien que positif en ce qu'il vise à rationaliser et à rendre plus efficaces les aides au développement, vise aussi à mutualiser les actions de coopération, c'est-à-dire à soustraire cette compétence aux États membres pour en faire bénéficier la Commission, ce qui est inacceptable.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte car il est nécessaire de rendre la coopération pour le développement la plus efficace possible. L'objectif est de répondre aux attentes ambitieuses définies dans l'agenda 2030 en utilisant au mieux les ressources à la fois publiques et privées qui y sont allouées.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. — De VVD heeft zich onthouden in de eindstemming over het verslag betreffende de effectiviteit van ontwikkelingssamenwerking, omdat het niet aan de EU is om de lidstaten te verplichten 0,7 % van hun bnp aan ontwikkelingssamenwerking te besteden. Bovendien moeten de lidstaten de vrijheid behouden om voor ontwikkelingssamenwerking bestemde gelden in te zetten voor het bezweren van acute crises, zoals de vluchtelingencrisis. De VVD steunt voorstellen om ontwikkelingsgeld effectiever te besteden door voor grotere transparantie te zorgen en door corruptie in ontwikkelingslanden te bestrijden.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – – Balsavau už pranešimą dėl vystomojo bendradarbiavimo veiksmingumo didinimo. Taikant pagalbos veiksmingumo principus daugelyje šalių buvo aiškiai prisidėta prie pažangos siekiant Tūkstantmečio vystymosi tikslų, tačiau pažanga ir toliau yra nevienoda ir ne visuomet visose šalyse vystymosi subjektai visapusiškai įgyvendino visus principus. Todėl pritariu raginimams, kad visi vystymosi subjektai turi remtis prisiimtais įsipareigojimais ir atnaujinti bei sustiprinti savo pastangas tam, kad vystomasis bendradarbiavimas būtų kuo veiksmingesnis, siekiant Darbotvarkėje iki 2030 m. nustatytų tikslų ir uždavinių, ir kuo geriau pasinaudoti viešaisiais ir privačiaisiais vystymuisi skirtais ištekliais. Naudojant visas plėtros politikos priemones turime siekti panaikinti skurdą ir skatinti darnaus vystymosi tikslų.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A kezdeményezés olyan pozitív célokat fogalmaz meg, mint a szegénység és egyenlőtlenség csökkentése, a harmadik világbeli országok támogatása. Ezek megvalósításához a fejlesztési források minél hatékonyabb elosztását szorgalmazza. A tervezet helyesen kiemeli, hogy mindezek érdekében fontos, hogy egyes országok kormányai, parlamentjei, multilaterális szervezetek, a civil társadalom, szakszervezetek és a magánszektor is kivegye részét ezekből a feladatokból. Mindezen pozitívumok ellenére az egyik preambulumbekezdés olyan javaslatokat fogalmaz meg, amelyek nem a fejlődő országok érdekeit szolgálják, hanem káros gazdaságpolitikai intézkedések ajánlásával azok kiszolgáltatottságát, kizsákmányolását tennék lehetővé. Tekintettel arra, hogy az említett paragrafus kivételét a tervezetből a parlament nem támogatta, a javaslatot annak pozitív felvetései ellenére sem tudtam támogatni, a szavazás során tartózkodtam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report on increasing the effectiveness of development cooperation. The EU does not have the legitimacy to order countries, whether they are Member States or third countries, how or when they may use their foreign-aid budget, how much to spend or where it goes. UKIP does not support this growing influence and power of the EU and therefore voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays «en voie de développement», notamment africains. L'aide européenne est victime d'une dispersion puisque près de 75% de celle-ci est allouée par les États membres selon des procédures nationales afin de garder un lien fort vers d'anciennes colonies (France, Pays-Bas, Espagne, etc.). C'est un problème récurrent dans cette commission: la nécessité d'une coordination accrue avec les politiques nationales n'est jamais prise en compte. Je me suis abstenu sur ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le rapport, que j'ai approuvé, rappelle que les principes d'efficacité de l'aide ont nettement contribué aux progrès réalisés en direction des objectifs du Millénaire pour le développement dans de nombreux pays, mais que ces progrès demeurent encore inégaux. Il souligne également que l'aide publique au développement peut contribuer à mettre en œuvre le principe de l'appropriation démocratique de l'aide par les pays concernés.

Les députés invitent également tous les acteurs du développement à mettre en œuvre les engagements de la déclaration de Paris. Ceux-ci reposent notamment sur un financement suffisant de la politique de développement qui doit être mise au service de l'éradication de la pauvreté et de la promotion des Objectifs pour le développement durable. Mais pour y arriver, les bailleurs de fonds doivent respecter leurs engagements car il manque plus de 2 000 milliards de dollars d'aide à fournir aux pays en développement dans le but d'atteindre les objectifs du Millénaire pour le développement.

Le rapport insiste aussi sur l'amélioration de la transparence de l'aide au développement et la lutte contre la corruption dans les pays bénéficiaires qui constitue une grave menace pour la légitimité démocratique et le soutien public à l'aide au développement dans les pays donateurs.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Me parece importante que en el marco del proceso GPEDC 2HLM realicemos una autocrítica sobre los pobres resultados obtenidos en comparación con el esfuerzo empleado. He votado a favor de este informe porque me parece equilibrado y acertado.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Dan Preda sul miglioramento dell'efficacia della cooperazione allo sviluppo. Dal 2011, con gli impegni assunti a Busan, l'UE si è mossa definendo quattro principi per valutare l'efficacia degli aiuti: titolarità delle priorità di sviluppo dei paesi in via di sviluppo; attenzione ai risultati mediante azioni che riducono in modo durevole la povertà e le disuguaglianze nei paesi in via di sviluppo; partenariati di sviluppo inclusivi basati sul rispetto reciproco e trasparenza e responsabilità condivisa. Sono standard efficaci che hanno aiutato i paesi a raggiungere gli obiettivi di sviluppo del Millennio e a ottenere un largo sostegno pubblico nei paesi donatori. Sulla scia di questo lavoro si dovrà muovere anche il secondo incontro del GPEDC, il partenariato globale per un'efficace cooperazione allo sviluppo. In quell'occasione l'Unione europea dovrà sapersi dimostrare all'altezza delle sfide, incrementando l'impegno sia nella creazione di norme per accrescere l'efficacia degli aiuti e dello sviluppo sia

nell'adozione dell'agenda 2030. L'UE dovrà continuare ad adottare misure efficaci per aumentare la trasparenza degli aiuti, migliorare la programmazione congiunta, affrontare il problema dei conflitti e della fragilità e quantificare i risultati.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que subraya la plena actualidad de los Principios de Eficacia del Desarrollo. Considero fundamental que la agenda de eficacia sea un pilar clave de la implementación de los Objetivos de Desarrollo Sostenibles. La resolución resalta la importancia de que toda política de desarrollo cumpla con los principios de apropiabilidad y alineamiento con las estrategias de desarrollo nacionales de los distintos países, haciendo hincapié en la necesidad de desligar la ayuda y de la importancia de hacer uso de los sistemas de contratación pública de los países socios como primera opción. La resolución también señala que los agentes del sector privado deben adherirse a los principios de la eficacia del desarrollo y, atenerse a los principios de responsabilidad social de la empresa durante todo el ciclo de vida del proyecto y destaca la necesidad de que el sector privado respete los principios del Derecho internacional y las normas sociales y en materia de medio ambiente, así como, el Pacto Mundial de las Naciones Unidas sobre derechos humanos, los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos, las normas fundamentales de la OIT en materia laboral y la Convención de las Naciones Unidas contra la Corrupción.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J'ai déjà eu par le passé l'occasion de le dire. Trop d'aide humanitaire tue l'aide humanitaire, comme trop d'impôts tuent l'impôt. Il ne sert à rien d'augmenter les budgets alloués à l'aide humanitaire pour les pays en voie de développement si la corruption et la concussion, la gabegie et le népotisme dont souffrent trop de ces pays ne sont pas éradiqués. Les faits sont à cet égard éclatants. Un demi-siècle d'aide au développement et des dizaines de milliards gaspillés n'ont, hélas, nullement amélioré le sort des gens qui en avaient besoin. L'Europe a trop souvent fermé les yeux devant les détournements massifs dont se sont rendus coupables des gérontocrates, qu'ils s'appellent Mobutu ou Mugabe, en abusant de la pitié, de la générosité et de la naïveté des Européens. Oui, il faut saluer dans ce rapport l'appel qui demande aux bénéficiaires de notre aide plus de transparence, de démocratie et de bonne gouvernance. Il ne manquerait plus que cela. Mais ça fait combien de décennies que des hommes politiques lucides lancent cet appel? On peut redouter que ces paroles de bonne volonté restent, encore une fois, lettre morte.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre una mayor eficacia de la cooperación al desarrollo. Es necesario que cada administración destine el 0,7 % de su presupuesto para dicho objetivo. Hay que subrayar el papel que desempeñan en el desarrollo los ciudadanos, las comunidades locales, los representantes electos, las organizaciones confesionales, las organizaciones de la sociedad civil….estos actores deben participar en la promoción y aplicación del programa para el aumento de la eficacia a diversos niveles.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur l'amélioration de l'efficacité de la coopération au développement pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains.

L'UE est le premier donateur au niveau mondial (68 milliards d'euros en 2015, soit 0,47 % du RNB alors que l'objectif est de 0,7 % du RNB) mais l'aide est victime de dispersion car gérée encore à 75 % par les États membres. Il y a ce problème de coordination des politiques européennes avec les politiques nationales. Malheureusement, la clarification radicale des champs des politiques d'aide au développement de l'UE et des États va à l'encontre de ma philosophie. Cela donnerait plus de pouvoirs à la Commission. Quelques pistes intéressantes sont cependant proposées: inclure tous les participants, éradiquer la corruption et le gaspillage… dans le but de réduire la dépendance à l'aide au développement.

J'ai décidé de m'abstenir sur ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nonostante la relazione presenti dei passaggi condivisibili, rimane tuttavia l'ennesimo appello demagogico ad aiutare i paesi terzi, senza aggiungere nulla riguardo a una gestione più razionale ed efficace di questi aiuti. Per questi motivi mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner min röst.

Betänkandet handlar om biståndseffektivitet, uppföljning av toppmötena i Paris 2005, Accra 2008 och Busan 2011. Det innehåller många bra skrivningar om inkluderingen av icke-statliga organisationer, initiativ för fattigdomsbekämpning, vikten av mänskliga rättigheter och stöd för de nya utvecklingsmålen. Betänkandet saknar emellertid en tydlig kritik och fördömande av att EU, även med biståndsmedel, använder sig av tredjeländer för att stänga gränserna för människor som är på flykt.

Betänkandet saknar även referenser till EU:s ökade militariseringspolitik som i sin tur bidrar till mer krig och internationell osäkerhet. Vad som också lyser med sin frånvaro är kvinnors rättigheter, SRHR samt hbtq-personers rättigheter inom ramen för utvecklingssamarbetet. Med den motiveringen valde jag att lägga ner min röst.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en el que se evalúa la aplicación de los compromisos globales sobre la eficacia de la ayuda al desarrollo, la realización de los objetivos de desarrollo sostenible y la Agenda de Acción sobre la Financiación.

Se solicita a todos los Estados miembros la puesta en marcha de los planes para la cooperación al desarrollo, que aumenten sus aportaciones, que cumplan sus compromisos y que la información y los diferentes datos sean más accesibles, además de que, junto a la Comisión, informen a los Parlamentos nacionales y autoridades locales y regionales, alienten la coordinación y publiquen evaluaciones de la cooperación al desarrollo y las convocatorias de proyectos y de contratos públicos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl vystomojo bendradarbiavimo veiksmingumo stiprinimo. ES ilguoju laikotarpiu įsipareigojo gerinti pagalbos ir vystymosi veiksmingumą įgyvendinant vystomąjį bendradarbiavimą. Ankstesnės kadencijos metu Europos Parlamentas laikėsi pozicijos, kad reikia didinti pagalbos veiksmingumą, kuris dabar priskirtas platesnei – vystymosi veiksmingumo – sąvokai, ir pateikė savo indėlį rengiantis ketvirtajam aukšto lygio forumui pagalbos veiksmingumo klausimais. Praėjus penkeriems metams svarbu įvertinti pasaulinių pagalbos ir vystymosi veiksmingumo įsipareigojimų įgyvendinimą. Taip pat tai gera proga paanalizuoti, kaip pagalbos ir vystymosi veiksmingumas galėtų prisidėti siekiant darnaus vystymosi tikslų (DVT) ir įgyvendinant Adis Abebos vystymosi finansavimo darbotvarkę. Atsižvelgiant į naują Darbotvarkę iki 2030 m. ir būtinybę mažesnėmis sąnaudomis padaryti daugiau, ir toliau nepaprastai svarbus yra veiksmingesnis pagalbos teikimas ir vystomasis bendradarbiavimas, siekiant sumažinti skurdą, sustiprinti nacionalinį atsparumą ir suteikti galių vietos bendruomenėms.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein. A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák.

Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatására van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését. A fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da je potrebno povečati učinkovitost razvojnega sodelovanja. Načela učinkovitosti pomoči so v številnih državah očitno prispevala k napredku pri uresničevanju razvojnih ciljev tisočletja, vendar so pri napredku še vedno razlike, prav tako pa niso vse države in vsi razvojni akterji vseskozi v celoti izvajali vseh načel. Zato se strinjam, da je potrebno pozivati vse razvojne akterje, naj se opirajo na zaveze, sprejete od Pariza do Busana, ter obnovijo in okrepijo prizadevanja za povečanje učinkovitosti razvojnega sodelovanja, da bi uresničili ambiciozne cilje iz Agende 2030 ter kar najbolje izkoristili javna in zasebna sredstva za razvoj. Na takšen način bomo lahko podprli razvoj, bolje izkoreninjenjali revščino, zmanjšali neenakosti in podprli zagotavljanje osnovnih javnih storitev.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o učinkovitosti razvojne suradnje. Smatram kako EU treba osigurati učinkovitiju razvojnu suradnju ako se želi postići pravi učinak u ublažavanju siromaštva u kontekstu povećanja humanitarne i razvojne krize i oskudnosti resursa.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on increasing the effectiveness of development cooperation because it pushed development actors to improve their efforts aimed at achieving the 2030 Agenda's targets. Moreover, it called on the EU Member States to publish their Busan implementation plans and report their efforts prior to the Second High Level Meeting of Global Partnership for Effective Development Cooperation, which will take place from 28 November to 1 December 2016.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – «Fare di più con meno» è uno dei punti cardine della nuova agenda 2030 con cui noi europei intendiamo raggiungere una maggiore efficacia nell'erogazione degli aiuti e nella cooperazione allo sviluppo dei paesi delle aree povere dell'Africa, dell'Asia e del Sud America. Restano infatti cruciali interventi specifici al fine di contribuire ad alleviare la povertà, rafforzare la resilienza nazionale alle criticità ambientali e sanitarie, oltre a conferire autonomia alle comunità locali. I paesi sviluppati devono avere però maggiore consapevolezza che una governance legittima, inclusiva, basata sullo Stato di diritto e sul rispetto dei diritti umani nei paesi in via di sviluppo è un elemento indispensabile affinché l'assistenza allo sviluppo svolga correttamente il proprio ruolo nel ridurre la povertà e migliorare la situazione e le prospettive delle persone. Lo sviluppo etico e sostenibile, anche ambientalmente, è quindi di fondamentale importanza per l'efficacia dello sviluppo e deve essere considerato prioritario rispetto a qualsiasi accordo commerciale. L'UE, in quanto principale donatore mondiale di aiuti allo sviluppo, ha una responsabilità particolare nel migliorare l'efficacia e la responsabilità dell'assistenza in tutto il mondo: la trasparenza, il buon governo e lo Stato di diritto nel mondo in via di sviluppo devono rimanere una nostra preoccupazione centrale.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer l'efficacité des programmes d'aide au développement. Le rapporteur évoque des pistes de réflexion intéressantes, notamment sur la fragmentation de l'aide et sur le manque de coordination entre les donateurs et les États. Certes, une meilleure coordination entre le cadre pluriannuel commun de programmation de l'Union européenne et les politiques nationales contribuerait à accroître l'efficacité de la coopération au développement. Néanmoins, cela reviendrait à donner de nouvelles prérogatives à la Commission européenne au détriment de notre souveraineté nationale. Par ailleurs, ce rapport préconise d'éradiquer la corruption et le gaspillage dans les pays bénéficiaires afin d'y réduire à terme la dépendance à l'aide au développement. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenu sur ce texte.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – UE s-a angajat de mult timp să îmbunătățească eficacitatea ajutorului și dezvoltării prin intermediul cooperării pentru dezvoltare. Decembrie 2016 va marca a cincea aniversare a adoptării Parteneriatului de la Busan pentru eficacitatea cooperării pentru dezvoltare, angajament politic asumat și de Uniunea Europeană, care vizează obiectivul de ameliorare a calității punerii în aplicare, a gestionării și a utilizării asistenței oficiale pentru dezvoltare, în vederea maximizării impactului său.

În acest sens, Comisia și statele membre ar trebui să elaboreze noi inițiative pentru a consolida proiecte emblematice de cooperare sud-sud și tripartită, la care să participe noi donatori emergenți și alte țări cu venituri medii, bazate pe abordarea provocărilor globale de interes reciproc, fără a pierde perspectiva eradicării sărăciei.

Susțin acest raport, deoarece este absolut necesară valorificarea pe deplin a potențialului cooperării descentralizate cu scopul de a promova agenda privind eficacitatea dezvoltării, respectând în același timp toate garanțiile în ceea ce privește transparența, eficacitatea și coerența și evitând fragmentarea în continuare a arhitecturii ajutorului internațional.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione perché offre validi suggerimenti per migliorare l'efficacia degli aiuti allo sviluppo. L'UE, essendo il principale donatore, deve continuare a impegnarsi e mantenere la leadership su queste tematiche, affrontandole con le dovute responsabilità, per essere una guida agli sforzi globali. Inoltre, ha il dovere di garantire che la trasparenza e lo Stato di diritto nei paesi in via di sviluppo, restino argomento di preoccupazione sempre attuale. La relazione rende noto il contributo che l'UE può apportare nella lotta alla povertà e nella promozione dello sviluppo, soprattutto nei paesi più in difficoltà. Bisogna utilizzare tutti gli strumenti disponibili per lo sviluppo al fine di vincere le povertà, ridurre le disuguaglianze, fornire servizi pubblici essenziali e sostenere la buona governance, perseguendo gli obiettivi di sviluppo sostenibile e, sulla base di risultati certi, misurare l'efficacia dei finanziamenti.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report on increasing the effectiveness of development cooperation. The EU does not have the legitimacy to order countries, whether they are Member States or third countries, how or when they may use their foreign-aid budget, how much to spend or where it goes. UKIP does not support this growing influence and power of the EU and therefore voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. — I agree on the importance of official development aid and sustainable financing for development, while promoting an approach that goes beyond aid and aid-providing agendas. The report calls for a better articulation of the global development architecture and better coordination between all stakeholders, with a strong emphasis on monitoring, transparency, accountability and a shared responsibility for development results.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione in cui si ribadisce che l'Unione europea, in quanto principale donatore mondiale di aiuti allo sviluppo, debba aumentare e migliorare i propri sforzi nel settore. In virtù dell'articolo 208 del TFUE, che stabilisce come obiettivo principale della politica europea di sviluppo la riduzione e l'eliminazione della povertà, ritengo che sia nostro dovere rispettare gli impegni presi, soprattutto perché l'assistenza allo sviluppo può svolgere un ruolo cruciale nella realizzazione degli obiettivi dell'agenda 2030.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – La relazione, per la quale ho espresso voto positivo, valuta l'efficacia e la trasparenza delle politiche dell'Unione europea in materia di cooperazione allo sviluppo. Ritengo che l'Unione, che ad oggi rappresenta il principale donatore di aiuti allo sviluppo su scala mondiale, debba verificare attraverso un opportuno monitoraggio che i fondi che eroga siano utilizzati in modo efficace al fine di massimizzare il proprio contributo all'eradicazione della povertà. Accertarsi che le risorse siano destinate alle popolazioni bisognose mi sembra un imperativo ancor più necessario alla luce dell'attuale scenario mondiale caratterizzato da un aumento delle crisi umanitarie e della carenza di risorse. Sottolineo che una maggiore trasparenza sull'uso dei fondi contribuirà a eradicare la corruzione nei paesi beneficiari e nel lungo periodo a ridurre la dipendenza dagli aiuti. Sono inoltre convinta che le politiche di sviluppo sostenibile vadano attuate tramite una cooperazione con gli attori locali al fine di promuovere la buona governance e di responsabilizzare le Istituzioni dei paesi partner. Infine, credo che l'Unione europea debba farsi promotrice di modelli innovativi di cooperazione coinvolgendo nuovi paesi a reddito medio così come donatori emergenti provenienti dalla società civile e dal settore privato.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και υπενθυμίζουμε τη μακροχρόνια δέσμευση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη βελτίωση της αποτελεσματικότητας της βοήθειας και της ανάπτυξης μέσω της αναπτυξιακής συνεργασίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την αύξηση της αποτελεσματικότητας της αναπτυξιακής συνεργασίας στοχεύει στην επανεξέταση της στρατηγικής των κρατών ως προς τα προγράμματα ανάπτυξης που καταρτίζουν. Καθώς πρόκειται για μια έκθεση που δρα προς όφελος των κρατών, ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione per questa relazione in quanto non sembrano esserci segnali concreti di una reale inversione di tendenza sull'efficacia dell'azione di cooperazione da parte dell'UE.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In realtà preme dunque rimembrare loro il ruolo svolto nella cooperazione allo sviluppo ed è ciò che intendo fare palesando il mio voto favorevole. Tale provvedimento richiede, a cinque anni dagli impegni assunti a Busan, un rinnovo degli stessi congiunto all'intensificazione degli sforzi per accrescere la qualità dell'attuazione del partenariato globale e al conseguimento degli obiettivi dell'agenda 2030. Dal dicembre 2011, tuttavia, molti assetti e certezze sono venuti meno per mano della crisi, pertanto si rende prioritario sconfiggere la crescente povertà in Europa, oltre che nel resto del mondo. Infatti, la disuguaglianza sociale in continuo e impietoso aumento per il combinato disposto dalla crisi, va poi a riflettersi nella formazione di ambienti sociali disillusi dal futuro, in essi è percepita la totale lontananza degli Stati membri e dell'Unione aprendo le porte al degrado. Ovviare a ciò è possibile solamente attraverso politiche di governance sul modello *no-one behind*. Il Parlamento svolge un ruolo fondamentale per il controllo democratico sulle attività di sviluppo condotte dall'UE, raccomandando trasparenza ed equità negli aiuti e adozione di *best practices*.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on increasing the effectiveness of development cooperation and noted no objections.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O reforço da eficácia da ajuda e do desenvolvimento tem sido uma das principais preocupações da UE ao longo destes anos. Com a aproximação da segunda reunião de Alto Nível da Parceria Mundial para uma Cooperação para o Desenvolvimento Eficaz, cumpre fazer um balanço da execução dos compromissos globais em matéria de eficácia da ajuda e do desenvolvimento.

Considero que a UE deve continuar a desempenhar um papel importante de liderança nestas questões e ser um contribuinte de peso para a reflexão e execução das normas em matéria de desenvolvimento.

Não devemos esquecer o papel fundamental da ajuda pública ao desenvolvimento, recordando que a maior parte dos prestadores não cumpriu o seu compromisso de afetar 0,7% do Rendimento Nacional Bruto; devemos envidar esforços para uma maior coordenação e transparência, exigir a melhoria da gestão das finanças públicas e capacidade de absorção dos países beneficiários e uma maior cooperação com os parlamentos nacionais de países terceiros.

Chamo a atenção que só garantindo a paz, o respeito pelos direitos humanos e o primado do Direito, bem como sistemas judiciais independentes e a salvaguarda das minorias, se consegue cumprir estas metas de desenvolvimento e o cumprimento dos Objetivos de Desenvolvimento Sustentável.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto ribadisce l'importanza degli aiuti allo sviluppo e il finanziamento sostenibile per la cooperazione, promuovendo anche un approccio che va oltre gli aiuti stessi. Il testo si sofferma sulla necessità di una migliore articolazione dell'architettura globale dello sviluppo e un migliore coordinamento tra tutte le parti interessate, con un forte accento sul monitoraggio, sulla trasparenza e sulla responsabilità condivisa per i risultati. È necessario, a mio avviso, che per raggiungere una concreta efficacia degli aiuti non si perdano mai di vista: la titolarità delle priorità di sviluppo dei paesi interessati, l'attenzione ai risultati mediante azioni che riducono in modo durevole la povertà e le disuguaglianze nei paesi in via di sviluppo, i partenariati inclusivi basati sul rispetto reciproco e da ultimo una trasparenza e una responsabilità condivisa sui risultati conseguiti. È necessario proseguire nel percorso avviato dall'UE affinché si identifichino approcci sempre più innovativi allo sviluppo sostenibile unitamente alla definizione dei ruoli e delle responsabilità dei vari attori.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I believe that effectiveness of development funding should be assessed based on concrete results and its contribution to development policy. I agree with the rapporteur that the effectiveness principle, 'Leave No-one Behind', acknowledges the importance of placing a strong focus on poor, vulnerable and marginalised groups.

While this principle would correspond to the general philosophy and the overarching commitment of inclusiveness, I firmly believe that the private sector is an important partner in achieving the SDGs and mobilising further resources for development. In this sense private-sector actors must align with development effectiveness principles and abide by the principles of corporate accountability throughout the whole lifecycle of projects.

Finally, I agree to ensure that companies operating from tax havens do not participate in ODA-financed projects.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore del rapporto Preda, poiché riconosce il grande ruolo dell'Unione europea in materia di aiuto allo sviluppo e la necessità di aumentare gli sforzi in quest'ambito al fine di rispettare gli impegni presi come previsto sia dall'articolo 208 del TFUE sia al fine di lavorare di più per il raggiungimento degli Obiettivi di sviluppo sostenibile. Migliorare i nostri sforzi in questo settore significherebbe prepararsi e rispondere in maniera più efficace alle sfide che il prossimo futuro ci riserva, poiché migliorare lo sviluppo porta benefici reciprocamente condivisibili e aiuta a prevenire l'insorgere di nuove problematiche.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque enmarca y legitima la cooperación al desarrollo en la lógica de mercado, reforzando el papel de las empresas dentro de los mecanismos de la cooperación al desarrollo.

El llamamiento que incluye el texto a que los países receptores de ayuda asuman «la introducción de mecanismos de la economía de mercado», «la apertura de sus mercados a una competencia global» o «la movilización del capital privado», es un condicionamiento y un intento de utilizar la cooperación al desarrollo para injerir en la soberanía de cada país a la hora de organizar y regular su economía.

Rechazo la cooperación diseñada para abrir la puerta a los negocios de las empresas europeas en países empobrecidos. Y por tanto, rechazamos este informe que exige y condiciona —en pos de la «eficacia» de la ayuda— que terceros países posibiliten al sector privado el negocio con servicios básicos como las infraestructuras, la sanidad o la educación.

Por el contrario, entiendo que la eficacia de la ayuda pasa por la cooperación y el refuerzo del papel de los Estados de estos países empobrecidos, por el desarrollo de servicios públicos y por el control público de los sectores económicos estratégicos.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – In quanto primo donatore mondiale di aiuti nel campo della cooperazione allo sviluppo l'Unione europea ha la responsabilità di migliorare l'efficacia della sua azione attraverso una cooperazione più effettiva che abbia un impatto reale nell'alleviare la povertà in un contesto di crescenti crisi umanitarie e di scarsità di risorse. La prossima seconda riunione ad alto livello del partenariato globale per un'efficace cooperazione allo sviluppo (GPEDC) offre l'occasione per superare le criticità finora riscontrate e identificare approcci innovativi allo sviluppo sostenibile, affrontando chiaramente la questione dei ruoli e delle responsabilità dei vari attori dello sviluppo in modo differenziato. In questo contesto, credo che l'UE, che ha svolto un ruolo importante sia nella creazione delle attuali norme per l'efficacia degli aiuti e dello sviluppo sia nell'adozione dell'Agenda 2030, dovrebbe continuare ad assumere la leadership su questi temi e contribuire alla riflessione sull'articolazione e sulle sinergie tra questi due elementi, soprattutto nell'attuale fase di implementazione.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Angajamentele asumate la Busan pentru o cooperare eficientă în scopul dezvoltării au contribuit la definirea unui standard internațional privind eficacitatea ajutorului aplicabil pentru toți actorii din domeniul dezvoltării. Acordul Parteneriatului de la Busan a fost aprobat de 161 de țări și teritorii și 54 de organizații internaționale.

Uniunea Europeană joacă un rol important atât în elaborarea standardelor actuale privind eficacitatea ajutorului, cât și în adoptarea Agendei 2030. Programarea comună se aplică, în prezent, în mai mult de jumătate din țările partenere care beneficiază de asistență pentru dezvoltare din partea UE.

Am votat pentru continuarea acestui drum, dar și pentru intensificarea eforturilor privind eficacitatea ajutorului și a cooperării pentru dezvoltare. Implicarea mai activă din partea societății civile și a reprezentaților aleși în punerea în aplicare a agendei privind eficacitatea dezvoltării reprezintă o prioritate.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania w sprawie podniesienia skuteczności współpracy na rzecz rozwoju. Niebywale ważnym aspektem jest dążenie do poprawy pomocy rozwojowej na rzecz państw członkowskich. Uważam, że należy podejmować działania mające na celu poprawę jakości wdrażania pomocy rozwojowej, która zwalcza problemy państw związane z ubóstwem i występującymi nierównościami. W kontekście wdrażania strategii na rzecz rozwoju ważna jest współpraca pomiędzy sektorem prywatnym a publicznym, co przyczyni się do zrównoważonego rozwoju sprzyjającego włączeniu społecznemu. W realizacji strategii poza celami należy uwzględnić jednocześnie fakt, że wyzwania związane z rozwojem zmieniły swój charakter wraz z pojawieniem się nowych globalnych wyzwań, takich jak migracja, bezpieczeństwo żywnościowe, pokój i stabilizacja oraz zmiana klimatu. Uważam, że działania na rzecz rozwoju państw członkowskich są priorytetem działań wspólnoty UE i dlatego zagłosowałem za sprawozdaniem.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Union has a central role in providing aid to countries which are experiencing humanitarian or developing crises. As the biggest development aid donor, the Union needs to improve the effectiveness of its development tools to ensure more effective development cooperation aid to really and truly have an impact on alleviating poverty. I am in favour of the new mechanisms suggested in this report, as it is high time to develop an effective agenda and for the EU to act as a global actor.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin opinia raportorului privind necesitatea ca Parlamentul European să fie informat în mod periodic și în timp util cu privire la poziția adoptată de Comisie în cadrul Comitetului director al GPEDC pentru a-și putea îndeplini rolul esențial privind controlul democratic al politicilor Uniunii Europene.

Consider, totodată, benefice progresele înregistrate și susțin necesitatea asigurării accesului la informații pentru toți partenerii referitor la mecanismele de finanțare și transparența programării, precum și posibilele proiecte și fluxurile de ajutoare având ca destinație cooperarea pentru dezvoltare, în special în contextul Inițiativei internaționale privind transparența ajutoarelor și al înființării site-ului „EU Aid Explorer". Sunt necesare, totodată, o monitorizare corectă, realizarea de analize și schimburi de informații și experiență privind progresele înregistrate în domeniul dezvoltării în țările beneficiare.

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report on increasing the effectiveness of development cooperation. The EU does not have the legitimacy to order countries, whether they are Member States or third countries, how or when they may use their foreign-aid budget, how much to spend or where it goes. UKIP does not support this growing influence and power of the EU and therefore voted against.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Ce rapport sur le renforcement de l'efficacité de la coopération au développement rappelle, à juste titre, l'Union européenne et ses États membres à leurs engagements en matière d'aide au développement consistant à consacrer 0,7% de leur RNB (revenu national brut) à l'aide au développement. J'ai soutenu ce texte qui souligne que si l'aide publique au développement joue un rôle clef dans l'éradication de la pauvreté et la réalisation des objectifs du Millénaire pour le développement (OMD), des progrès dans sa mise en œuvre restent à produire. Il me semble notamment pertinent d'insister sur l'importance de la transparence des régimes fiscaux et de ces flux financiers. La corruption toujours présente dans de nombreux pays bénéficiaires est un obstacle considérable à la réalisation de nos objectifs en matière de développement.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a fejlesztési együttműködés hatékonyságának fokozásáról szóló jelentést. Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein.

A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák. Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatására van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Vandaag stemde de N-VA-delegatie voor het vergroten van de doeltreffendheid van de ontwikkelingssamenwerking. Aangezien we vaststellen dat er op een groot aantal niveaus kostbare middelen verloren gaan, pleiten wij voor een minder kapitaalintensieve en efficiëntere ontwikkelingssamenwerking. Om dit te bewerkstelligen, is het volgens onze delegatie echter essentieel dat alle geldstromen, zowel direct als indirect, duidelijk in kaart worden gebracht. We kunnen maar op zoek gaan naar schaalvoordelen en andere optimalisaties als we een volledig beeld krijgen van de financiële steun aan alle betrokken landen. Onze partij is daarom van mening dat de ODA-berekeningen (Official Development Assistance, officiële ontwikkelingshulp) niet beperkt mogen blijven tot de directe geldstromen, maar ook de indirecte geldstromen moeten blootleggen.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport traite des améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. En effet, l'Union européenne est le premier donateur au niveau mondial, avec 68 milliards d'euros d'aide au développement en 2015.

Les principaux problèmes mis en exergue sont: la fragmentation de l'aide, le manque de coordination entre donateurs, les agences d'aide et les pays donateurs.

Ce rapport apporte des pistes de réflexion intéressantes, notamment concernant la responsabilisation des États récipiendaires de l'aide financière et une exigence de transparence des programmes.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада на колегата Преда относно повишаването на ефективността на сътрудничеството за развитие. ЕС и неговите държави членки биха могли да работят върху нови инициативи за разработване на проекти за тристранно сътрудничество, като привличат нови донори и страните със среден доход.

ЕС би могъл да бъде по-активен в ангажирането на националните парламенти, местните власти, както и частни лица за програмиране и финансови ангажименти, свързани с помощта за развитие, чрез публикуване на специфичните за страната мнения за сътрудничество за развитие.

Подкрепям логиката на проекта на доклада, тъй като трябва да се направи повече (с по-малко финансови ресурси) както на равнище ЕС, така и на световно равнище, за да се повиши ефективността на помощта за развитие. Той одобрява всички предложени принципи на политиката – особено необходимостта да си партнира с частния сектор чрез смесване и публично-частни партньорства.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Ανάπτυξης σχετικά με την αύξηση της αποτελεσματικότητας της αναπτυξιακής συνεργασίας, καθώς αντιτασσόμαστε σε μια ενιαία αγορά συνεργασίας με τρίτες χώρες. Η μέχρι τώρα οικονομική πορεία έχει αποδείξει πως η έλλειψη διαφάνειας από τοπικές κοινότητες και εκλεγμένους αντιπροσώπους δεν διασφαλίζει την πραγματική φορολόγηση κερδών εκεί όπου ασκείται η δραστηριότητα, με αποτέλεσμα την παράνομη χρηματοοικονομική ροή.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a fejlesztési együttműködés hatékonyságának fokozásáról szóló jelentést. Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein. A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák.

Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatására van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I abstained in the final vote on this report because although the content was acceptable, it does not address the violation of development effectiveness principles in terms of EU migration policies. I visited the camp in Calais with a Welsh MP colleague to see at first-hand how refugees were having to live. The EU should set a good example.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: une demande claire est faite à la Commission de favoriser l'accès à la transparence des programmes, d'obtenir des rapports plus fréquents au sujet des efforts déployés, d'informer les parlements nationaux mais aussi les autorités locales et la société civile sur les engagements pris en matière financière.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As discussões no Parlamento Europeu em torno da eficácia da ajuda ao desenvolvimento são recorrentes. Raramente os relatórios que a abordam vão ao fundo da questão – antes a aproveitam para, quantas vezes de forma cínica e hipócrita, tentar condicionar os países em desenvolvimento, impondo-lhes modelos de organização política do Estado, nomeadamente no que respeita aos modos de organização económica e social. É o que mais uma vez sucede com este relatório.

Defende-se a salvífica economia de mercado, o setor privado, a abertura à concorrência mundial das economias destes países. Enfim, o típico receituário neoliberal que tem provocado os desastres económicos e sociais que estão à vista (nomeadamente em resultado das intervenções do FMI e Banco Mundial).

Sem prejuízo de concordarmos com diversas observações justas contidas no relatório, nomeadamente no que se refere à necessidade de aumento da Ajuda Pública ao Desenvolvimento, à crítica ao incumprimento das metas estabelecidas, entre outros aspetos, o que prevalece é uma certa visão neocolonial – patente nas referências à corrupção, circunscritas a referências aos países recetores da «ajuda» – e desresponsabilizadora da UE e das suas políticas. Nem uma palavra sobre os efeitos nefastos da desregulação e liberalização do comércio, por exemplo.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione in quanto ritengo importante migliorare l'efficacia degli aiuti attraverso la cooperazione allo sviluppo. La relazione individua approcci e principi strategici innovativi per incentivare lo sviluppo sostenibile e affrontare in modo chiaro la questione dei ruoli e delle responsabilità dei vari attori impegnati nei progetti di cooperazione. Inoltre, ritengo che il coinvolgimento di enti locali e attori privati nell'assistenza allo sviluppo e il rispetto della titolarità democratica dei paesi beneficiari costituiscano elementi strategici chiave per favorire l'efficienza e l'efficacia degli aiuti e della cooperazione allo sviluppo.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it will help the most vulnerable.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia je ako svetovo najväčší poskytovateľ rozvojovej pomoci osobitne zodpovedná za zlepšovanie účinnosti pomoci EÚ na celom svete a zvyšovanie zodpovednosti, ktorá je s ňou spojená. Na konci roka 2016 uplynie 5 rokov od prijatia tzv. Pusanského partnerstva pre účinnú rozvojovú spoluprácu. Je preto veľmi dôležité, aby sa Európska únia pozerala do budúcnosti a pripravila dôkladný program pre rozvojovú pomoc do roku 2030. Vítam preto, že Európska únia podnikla významné kroky v oblasti zvýšenia transparentnosti pomoci, a zlepšenie spoločného plánovania, ako aj spresnenie merania výsledkov. Európska únia sa musí usilovať aj o väčšiu angažovanosť občianskej spoločnosti do vykonávania programov účinnosti rozvoja.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto in questa relazione non sembrano esserci segnali concreti di una reale inversione di tendenza sull'efficacia dell'azione di cooperazione da parte dell'UE.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Ανάπτυξης σχετικά με την αύξηση της αποτελεσματικότητας της αναπτυξιακής συνεργασίας, καθώς αντιτάσσομαι σε μια ενιαία αγορά συνεργασίας με τρίτες χώρες. Η μέχρι τώρα οικονομική πορεία έχει αποδείξει πως η έλλειψη διαφάνειας από τοπικές κοινότητες και εκλεγμένους αντιπροσώπους δεν διασφαλίζει την πραγματική φορολόγηση κερδών εκεί όπου ασκείται η δραστηριότητα, με αποτέλεσμα την παράνομη χρηματοοικονομική ροή.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe the EU should ensure a more effective development cooperation aid if it wants to have a real impact in alleviating poverty in a context of increasing humanitarian and development crises and scarcity of resources.

The EU, as world's biggest development aid donor, has a special responsibility to improve the effectiveness of and bring more accountability to EU assistance. The EU should lead global efforts in advancing the development effectiveness agenda.

In the previous mandate, Parliament took a stance on the issue of improving aid effectiveness by providing its input in view of the Fourth High Level Forum on Aid Effectiveness. Five years later, it is important to take stock of the implementation of the global commitments achieved then.

The report is thus a good occasion to analyse how aid and development effectiveness could contribute to implementing the SDGs and the Addis Ababa Agenda on Financing for Development.

Our amendments achieved to defend a stronger Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC), more inclusive of civil society organisations and with a larger mandate, mainly by ensuring a better south-south and triangular cooperation and more transparency in access to information.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cet excellent rapport qui participe à un positionnement clair et précis de l'Union européenne dans le processus de mise en œuvre de l'agenda 2030 et la réalisation des objectifs de développement durable. Tout en réitérant l'importance de l'engagement d'allouer 0,7% du PIB à l'aide au développement, le rapport encourage une approche innovante et pragmatique, visant également à mobiliser les investissements privés. De plus, le rapport insiste particulièrement sur l'importance de l'inclusivité et des partenariats avec tous les acteurs pour atteindre les ODD. Je me réjouis également que le rapport prenne en considération le rôle des femmes et l'importance de l'égalité hommes-femmes pour garantir l'efficacité de la coopération au développement. Enfin, le rapport a le mérite de rappeler le lien extrêmement étroit entre l'amélioration de la transparence, de la bonne gouvernance et de l'état de droit dans les pays en développement et l'efficacité de la coopération au développement.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a fejlesztési együttműködés hatékonyságának fokozásáról szóló jelentést. Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein.

A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák. Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatása van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando el compromiso de la Unión en materia de ayuda y cooperación al desarrollo. Los compromisos contraídos sobre la base del acervo de la Declaración de París de 2005 y el Programa de Acción de Accra de 2008, han contribuido a establecer una norma internacional sobre la eficacia de la ayuda aplicable a todos los actores del desarrollo, pasando de la eficacia de la ayuda a la eficacia del desarrollo y de una perspectiva Norte/Sur, donante/receptor a un modelo que también hace hincapié en asociaciones y modalidades de financiación no relacionadas con la ayuda. No obstante, queda mucho por hacer, tanto a escala de la Unión como a escala mundial, para aumentar la eficacia de la ayuda y de la cooperación al desarrollo. La Unión, como mayor donante mundial de ayuda al desarrollo, tiene la responsabilidad especial de mejorar la eficacia y dotar de más responsabilidad a su ayuda en todo el mundo, fomentando la eficacia del desarrollo y comprobando la transparencia, la buena gobernanza y el Estado de Derecho.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sull'efficacia della cooperazione allo sviluppo perché ritengo che l'aiuto pubblico allo sviluppo possa svolgere un ruolo cruciale nel raggiungimento degli obiettivi dell'Agenda 2030 nei paesi a basso reddito, e nella la lotta alla povertà estrema e alla disuguaglianza. Nondimeno, è di fondamentale importanza che sia orientato al principio dell'efficacia.

In altri termini la cooperazione allo sviluppo deve basarsi sulla titolarità democratica dei paesi direttamente interessati, allineamento, potenziamento della capacità a livello locale, trasparenza e responsabilità democratica, monitoraggio dei risultati conseguiti, sull'inclusione, per permettere che la condizionalità degli aiuti rispetti il principio della titolarità democratica.

La riduzione della povertà implica necessariamente l'impiego di tutti gli strumenti della politica per lo sviluppo, tuttavia è chiaro da tempo a questa parte che occorrono anche altri strumenti di politica di sviluppo oltre agli aiuti e alla cooperazione per lo sviluppo, e soprattutto che l'UE e i suoi Stati membri rispettino il proprio storico impegno di destinare lo 0,7% del reddito nazionale lordo agli aiuti, potenziando i propri aiuti allo sviluppo, anche attraverso il bilancio dell'Unione e il Fondo europeo di sviluppo (FES), nonché attuando una chiara tabella di marcia efficace per tenere fede agli impegni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Koordinator meiner EKR-Fraktion für die EU-AKP-Delegation sehe ich in meiner täglichen Arbeit und dem Dialog mit den Schwellenländern die großen Defizite und Ineffizienzen unserer EU-Entwicklungspolitik. Das gilt es zu ändern – auch in unserem eigenen Interesse. Deshalb habe ich für den Bericht über die Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gestimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die bisher vollzogene Agenda zur Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit muss zukünftig gestärkt werden und mit der globalen Entwicklungsarchitektur in ein noch engeres Verhältnis verknüpft werden. Die Europäische Union muss sich dabei auch selbst auferlegten Mechanismen unterwerfen, die eine gerechte, zielgerichtete und projektgebundene Entwicklungshilfe garantieren.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this report. This is a non-legislative report, which looks at increasing the effectiveness of development cooperation. Calls on the EU Commission to increase transparency and accountability of all actors involved in spending and receiving aid funds. However, it urges the EU and its Member States 'to meet the longstanding commitment to devote 0.7% of GNI (Gross National Income) to aid and to step up their development assistance.' The EU does not have the right to tell any nation state on where and how they can spend their money. In addition to this, the report is asking for more resources to put in place a permanent secretariat for the Global Partnership for Effective Development Cooperation (GPEDC).

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which sets out the steps the EU should take to meet the Busan commitments on aid effectiveness and to reach its development targets, whilst attempting to 'do more, with less'. The report outlines how the EU can maximise the effectiveness of its development aid and meet its development targets agreed in the Sustainable Development Goals (SDGs).

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Il mese di dicembre 2016 segnerà il quinto anniversario dell'adozione del partenariato di Busan per un'efficace cooperazione allo sviluppo. È necessario fare un bilancio cinque anni dopo il documento conclusivo del 2011, che segnava una svolta molto significativa e sanciva il definitivo passaggio dal concetto di efficacia degli aiuti a quello di efficacia dello sviluppo, riaffermando la necessità di adempiere agli impegni derivanti dalla dichiarazione di Parigi del 2005 e dalla *Accra Agenda for Action* del 2008. Con il contesto dell'agenda 2030 in mente e le scarse risorse a disposizione data la congiuntura economica sfavorevole, è necessario oggi verificare l'applicazione di alcuni principi e il raggiungimenti degli obiettivi allora sanciti: titolarità dei paesi partner, lo sviluppo basato sui risultati, la partnership inclusiva per lo sviluppo, la trasparenza e la comune responsabilità di tutti gli attori della cooperazione. Ho votato quindi a favore di questa relazione perché indica criteri precisi per farlo e perché ritengo che il nostro ruolo di eurodeputati sia fondamentale per il mantenimento di questi obiettivi tra le priorità dei parlamenti nazionali e dei nostri territori.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que subraya la plena actualidad de los Principios de Eficacia del Desarrollo. Considero fundamental que la agenda de eficacia sea un pilar clave de la implementación de los Objetivos de Desarrollo Sostenibles. La resolución resalta la importancia de que toda política de desarrollo cumpla con los principios de apropiabilidad y alineamiento con las estrategias de desarrollo nacionales de los distintos países, haciendo hincapié en la necesidad de desligar la ayuda y de la importancia de hacer uso de los sistemas de contratación pública de los países socios como primera opción. La resolución también señala que los agentes del sector privado deben adherirse a los principios de la eficacia del desarrollo y, atenerse a los principios de responsabilidad social de la empresa durante todo el ciclo de vida del proyecto y destaca la necesidad de que el sector privado respete los principios del Derecho internacional y las normas sociales y en materia de medio ambiente, así como, el Pacto Mundial de las Naciones Unidas sobre derechos humanos, los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos, las normas fundamentales de la OIT en materia laboral y la Convención de las Naciones Unidas contra la Corrupción.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie poprawy skuteczności współpracy na rzecz rozwoju.

Po pięciu latach od przyjęcia partnerstwa z Pusanu przyszedł czas na podsumowanie realizacji ówczesnych zobowiązań w sprawie skutecznej współpracy na rzecz rozwoju. Rocznica ta stała się również dobrą okazją do dogłębnej analizy i wskazania takich sposobów zwiększenia skuteczności pomocy i rozwoju, aby przyczynić się do realizacji celów zrównoważonego rozwoju i planu działania z Addis Abeby dotyczącego finansowania rozwoju.

W kontekście nowego programu działań do roku 2030 oraz z uwagi na konieczność uzyskania lepszych efektów wsparcia przy udziale mniejszych nakładów finansowych opracowanie skuteczniejszych metod udzielania pomocy i współpracy na rzecz rozwoju nadal jest niezbędne, by pomóc w ograniczeniu ubóstwa, zwiększeniu odporności krajowej oraz wzmocnieniu pozycji społeczności lokalnych.

W mojej ocenie ważne jest nieustanne wypracowywania nowych, skutecznych metod wsparcia również przy współudziale sektora prywatnego, na przykład w ramach partnerstwa prywatno-publicznego.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which sets out the steps the EU should take to meet the Busan commitments on aid effectiveness and to reach its development targets, whilst attempting to 'do more, with less'. The report outlines how the EU can maximise the effectiveness of its development aid and meet its development targets agreed in the Sustainable Development Goals (SDGs).

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à renforcer et à améliorer l'aide au développement dans les pays émergents. Il s'agit d'apporter un soutien qui réponde efficacement aux besoins des populations en difficulté. Par conséquent, nos efforts doivent se concentrer sur la création d'institutions efficaces et réactives, sur des politiques saines, sur une gouvernance démocratique ouverte et sur des mesures de protection contre la corruption au sein de ces pays. À l'heure des défis climatiques et d'une démographie galopante dans les pays en développement, les États membres doivent respecter leurs engagements et établir un agenda d'actions précis pour que demain, ces pays en développement puissent subvenir à leurs propres besoins.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Egyetértek a jelentéstevővel abban, hogy fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; továbbá fontosnak tartom a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámolás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutás lehetőségein. A jelentés rávilágít arra is, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák.

Átláthatóságra és a fejlesztések nyilvánosság általi támogatására van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Kiemelendő továbbá a jelentés magánszektorra vonatkozó része, mely rámutat arra, hogy a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlen kis- és középvállalkozások számára megfelelő környezet kialakítása a partnerországokban, de mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtése.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέλαβε τη μακροχρόνια δέσμευση για τη βελτίωση της αποτελεσματικότητας της βοήθειας και της ανάπτυξης μέσω της αναπτυξιακής συνεργασίας και τον Δεκέμβριο θα είναι η 5η επέτειος της δημιουργίας της εταιρικής σχέσης του Busan για την αποτελεσματική αναπτυξιακή συνεργασία. Μέσα σε αυτό το πλαίσιο, η εν λόγω έκθεση τονίζει τον καίριο ρόλο της Επίσημης Αναπτυξιακής Βοήθειας. Επίσης επισημαίνει την ανάγκη να σεβαστεί ο ιδιωτικός τομέας τις αρχές του διεθνούς δικαίου και των κοινωνικών περιβαλλοντικών προτύπων. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support this motion. I support the call on development actors to build on the commitments made from Paris to Busan, and to renew and reinforce their efforts to make development cooperation as effective as possible with a view to achieving the ambitious goals and targets set out in the 2030 Agenda and making the best use of public and private resources for development.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The ECR Group supports the logic of the draft report as more needs to be done (with less financial resources) both at EU and global level to increase the effectiveness of development aid. It endorses all suggested policy principles – especially the necessity to partner with the private sector through blending and public-private partnerships. I voted in favour.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a fejlesztési együttműködés hatékonyságának fokozásáról szóló jelentést. Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein. A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák.

Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatása van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat pentru acest raport care dorește să aibă un impact real în diminuarea sărăciei și să asigure un ajutor de cooperare pentru dezvoltare mai eficient în contextul creșterii crizelor umanitare.

UE este principal donator pentru dezvoltare, fiind responsabil de îmbunătățirea eficientei cooperării.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o povećanju učinkovitosti razvojne suradnje jer smatram da ona ima ključnu ulogu u iskorjenjivanju siromaštva, smanjenju nejednakosti, pružanju bitnih javnih usluga i podupiranju dobrog upravljanja. Službena je razvojna pomoć fleksibilnija, predvidljivija i odgovornija od ostalih tokova koji mogu pridonijeti razvoju. Ovo Izvješće koje podržavam potiče EU i sve države članice da ispune svoju dugoročnu obvezu dodjeljivanja 0,7 % svojeg BND-a za pomoć, da povećaju pomoć koju izdvajaju za razvoj, među ostalim preko proračuna EU-a i Europskog razvojnog fonda, te da usvoje djelotvoran plan kako bi na transparentan, predvidljiv i odgovoran način postigle cilj u vezi s tom obvezom.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Podpořil jsem tuto zprávu, protože souhlasím s nástroji a postupy, které vyzdvihuje. Podtrhuje klíčovou úlohu oficiální rozvojové pomoci (ODA) při naplňování stanovených cílů agendy 2030. Klade důraz na adekvátní financování rozvojové politiky a efektivní využití veřejných a soukromých zdrojů. Soukromý sektor disponuje významným potenciálem pro dosažení udržitelných rozvojových cílů, zejména v oblasti dodržování lidských práv, sociální inkluze a udržitelnosti projektů.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Christian Dan Preda relatif à l'amélioration de l'efficacité de la coopération au développement. Dans un souci de répondre à l'exigence «de faire plus avec moins» le rapport met en avant les moyens pour améliorer l'efficacité des aides au développement allouées aux pays en difficulté. En tant que premier donateur mondial en matière d'aide au développement, il est important que l'Union se dote d'outils opérants pour contribuer à la l'éradication de la pauvreté et la promotion des objectifs de développement durable.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait un bilan de l'efficacité de la coopération au développement cinq ans après l'adoption à Busan du partenariat pour une action efficace et avant le second Sommet du partenariat mondial pour une coopération efficace au développement qui se tiendra en décembre à Nairobi. Rappelant à la fois l'importance de l'aide publique au développement et l'exigence de «faire plus avec moins», le rapport prône des mesures d'impact, une meilleure coordination ou encore l'implication des acteurs locaux et de la société civile.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ο μεγαλύτερος πάροχος αναπτυξιακής βοήθειας στον κόσμο. Έχει αναλάβει υποχρεώσεις και ορίσει προτεραιότητες σε σχέση με αναπτυξιακούς στρατηγικούς στόχους, και επομένως είναι απαραίτητο να εξετάσουμε ποια είναι η αποτελεσματικότητα των πρακτικών που έχουμε ακολουθήσει σε σχέση με τους στόχους που θέσαμε μέχρι τώρα, όπως και, δεδομένων των σημερινών οικονομικών περιορισμών, να βρούμε τρόπους συνεχούς αξιολόγησης της επίδρασης των πρακτικών μας στην ανάπτυξη, ώστε να μην υποχωρήσουμε ως Ευρωπαϊκή Ένωση στον διεθνή αναπτυξιακό μας ρόλο, αλλά την ίδια ώρα να χρησιμοποιήσουμε εξυπνότερα και καλύτερα τους πόρους που διαθέτουμε.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich unterstütze den Bericht zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit. Dieser Bericht verfolgt ausgeglichene Ziele und trägt hoffentlich zu einer Effizienzsteigerung bei der Entwicklungszusammenarbeit bei. Die darin enthaltenen Vorschläge zielen nicht nur darauf ab, dass entwickelte Länder mehr geben müssen, sondern nehmen auch Entwicklungsländer in die Pflicht, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, as part of the EU's commitment to improving the effectiveness of development aid to make sure aid spending is as effective as possible and reaches its intended targets.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dlouhodobým závazkem EU je zlepšovat účinnost pomoci a rozvoje prostřednictvím rozvojové spolupráce. Proto jsem při hlasování o zvýšení účinnosti rozvojové pomoci hlasovala pro. Oficiální rozvojová pomoc hraje důležitou roli v boji proti chudobě, při odstraňování nerovností, při podpoře rozvoje, zejména nejméně rozvinutých zemí a při prosazování přístupu nejvíce znevýhodněných a zranitelných skupin ke kvalitním veřejným službám, vzdělávání a zdravotnictví. Flexibilnější a předvídatelnější rozvojová pomoc je cestou ke snížení ilegálních toků finančních prostředků, k podpoře spolupráce za účelem obecnějšího zvýšení transparentnosti daňových režimů a finančních toků. Zásadní roli v tomto ohledu budou zajisté hrát nadnárodní společnosti a finanční instituce, které si musí uvědomit svou zodpovědnost, kterou v této problematice mají. Teď je na parlamentech přijímacích zemí, aby přijaly vnitrostátní politiky rozvojové pomoci a zlepšily tak odpovědnost dárců i přijímacích vlád, posílily správu veřejných financí a schopnost čerpat finanční prostředky, zefektivnily daňové systémy a zlepšily podmínky pro získání rozpočtové podpory a v dlouhodobém horizontu i snížily svou závislost na pomoci.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Egyetértek a jelentéstevővel, miszerint fokozni kell a polgárok, a helyi közösségek, a vallási alapú szervezetek, a tudományos intézetek és a szakszervezetek fejlesztésben betöltött szerepét; illetve fontosnak tartom, a szereplők teljes körű bevonását a fejlesztési folyamatba a tervezés, a végrehajtás és az elszámoltatás során is. Helyesnek tartom a jelentés civil társadalmi szervezetekre vonatkozó megállapítását, miszerint független fejlesztési szereplőként kell működniük, és a Bizottságnak javítania kell a finanszírozási forrásokhoz való hozzájutásuk lehetőségein. A jelentés rávilágít, hogy a fejlesztési segélyek nem lehetnek hatékonyak ott, ahol hiányzik a béke, az emberi jogok tiszteletben tartása, a jogállamiság, a pártatlan, hatékony és független igazságszolgáltatási rendszer; ahol nincsenek meg a szükséges környezetvédelmi, szociális és munkaügyi normák.

Átláthatóságra és a fejlesztési segítségnyújtás nyilvánosság általi támogatása van szükség, amely véglegesen felszámolja a korrupciót. Végül, határozottan egyetértek a jelentéstevő magánszektorra vonatkozó állásfoglalásával, miszerint a vállalkozások fontos partnerek a fenntartható fejlesztési célok megvalósításában. Elengedhetetlennek tartom a vállalkozások számára megfelelő környezet kialakítását a partnerországokban, mindenekelőtt az átlátható jogi és szabályozási rendszerek megteremtését.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – Although the EU is the world's biggest aid donor, many problems still exist concerning the effectiveness of delivered development aid. I voted in favour since the report urges the EU and its Member States to keep the promise about devoting 0.7% of their GNI to development aid, empowers civil society organisations in third countries, makes a principle of ownership more achievable and prevents involvement of offshore companies in the project implementation process.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно увеличаването на ефективността на сътрудничеството за развитие, тъй като той подпомага поетия от ЕС дългосрочен ангажимент за разработване на стандарти за ефективност на помощта за развитие, както и за приемането на Програмата до 2030 г.

ЕС е основен финансов донор в подкрепа на развитието на държави, които изпитват финансови затруднения, както и основен фактор в борбата с изкореняването на бедността до 2030г. Приветствам идеята за глобално партньорство и съвместното определяне на приоритетите за устойчиво развитие и ефективността на сътрудничеството за развитие между международните донори, националните правителства, частния сектор и гражданското общество. Сътрудничеството на международно ниво ще спомогне за по-голяма ефективност на помощта там, където има най-голяма нужда.

Смятам, че ЕС трябва да играе водеща роля в международните усилия за постигане на напредък по програмата за ефективност на развитието. Същевременно ЕС трябва да бъде гарант за мира, зачитането на правата на човека и принципите на правовата държава като основни предпоставки за прозрачното управление на предоставените ресурси на държавите, които се възползват от помощта. От своя страна, основен ангажимент на тези държави е да водят прозрачна и целенасочена политика за изпълнение на целите за устойчиво развитие на Програмата до 2030г.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – L'aiuto allo sviluppo svolge un ruolo essenziale nella lotta contro la povertà e l'eliminazione delle disuguaglianze; tuttavia questi aiuti non possono raggiungere efficacemente la loro finalità se impiegati in contesti in cui mancano la pace, il rispetto per i diritti umani e lo Stato di diritto, un sistema giudiziario imparziale, norme e tutele sociali, ambientali e lavorative, processi decisionali inclusivi. Per tale ragione chiediamo a tutti gli attori del settore pubblico e privato di moltiplicare i loro sforzi nel promuovere il progresso in un contesto di governance legittima e inclusiva, basata sullo Stato di diritto e il rispetto dei diritti umani. L'UE e gli Stati membri devono impegnarsi rispettare il proprio impegno di destinare lo 0,7% del reddito nazionale lordo agli aiuti, a potenziare i propri aiuti allo sviluppo, anche attraverso il bilancio dell'Unione e il Fondo europeo di sviluppo. Chiediamo inoltre che venga attuata una tabella di marcia efficace per tener fede agli impegni in modo trasparente e responsabile. Al Parlamento europeo dovrebbe essere garantita la possibilità di svolgere il suo ruolo di controllo democratico per tutte le politiche condotte dall'UE, comprese le politiche di sviluppo.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution because the EU is the world's biggest development aid donor and as such it has a special responsibility to improve the effectiveness of aid and development cooperation. In fact, this is necessary because aid and development effectiveness can play a crucial role in implementation of the 2030 Agenda for Sustainable Development and the achievement of the SDGs. In this context, the EU should enhance the accountability, transparency and visibility of EU aid in order to improve its quality and thus help developing countries achieve the Millennium Development Goals. The EU has played a major role both in building the current standards for aid and development effectiveness, and in the adoption of Agenda 2030, therefore I believe it should continue to assume leadership on these issues. Last but not least, aid and development effectiveness is in the interest of the EU because the fragmentation of the aid effort means an additional cost of between EUR 2 and 3 billion a year for the EU. Certainly, with more effective aid delivery and development cooperation the EU can 'do more, with less'.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — È compito dell'UE quello di migliorare l'efficacia degli aiuti e dello sviluppo tramite programmi a lungo termine. Nel dicembre 2016 si celebrerà il quinto anniversario dell'adozione del partenariato di Busan per un'efficace cooperazione allo sviluppo e la definizione dei principi comuni per l'efficacia dello sviluppo, tra cui l'inclusione, la trasparenza e la responsabilità condivisa, e l'adozione di politiche mirate. Parallelamente, alla fine di novembre 2016 si terrà a Nairobi la seconda riunione ad alto livello del partenariato globale per un'efficace cooperazione allo sviluppo (GPEDC), che ha il compito di monitorare l'attuazione degli impegni concordati a Busan. La relazione oggi approvata riafferma l'importanza degli aiuti ufficiali allo sviluppo e il finanziamento sostenibile per lo sviluppo, facendo un'analisi di successo dell'attuazione di questi impegni globali. Il report chiede che l'UE continui a svolgere un ruolo di leadership rafforzando gli sforzi nel campo, articolando meglio l'architettura globale dello sviluppo e promuovendo una migliore coordinazione. In questo contesto, si sottolinea costantemente l'importanza di applicare i principi comuni per l'efficacia dello sviluppo definiti precedentemente.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport intitulé «Améliorer l'efficacité de la coopération au développement».

Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. Il traite à la fois de problèmes comme la fragmentation de l'aide, et du manque de coordination entre donateurs, agences d'aide et pays donateurs. En effet, l'Union est le premier donateur au niveau mondial. L'aide européenne est victime d'une dispersion, puisque près de 75% de celle-ci est allouée par les États membres selon des procédures nationales afin de garder un lien fort vers d'anciennes colonies (France, Pays-Bas, Espagne, etc.). La Commission veut jouer un rôle plus important, au détriment, comme toujours, des États membres. Cependant, le rapport apporte quelques pistes intéressantes comme la nécessité d'inclure tous les participants (y compris les acteurs locaux, la société civile, le secteur privé, les parlements nationaux, les syndicats) avec comme corollaire une responsabilisation plus forte. Les pays bénéficiaires sont encouragés à adopter des politiques nationales de développement, à consolider les finances publiques et à éradiquer corruption et gaspillage, afin de réduire à terme la dépendance à l'aide au développement.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. L'aide européenne est victime d'une dispersion puisque près de 75% de celle-ci est allouée par les États membres selon des procédures nationales afin de garder un lien fort vers d'anciennes colonies (France, Pays-Bas, Espagne, etc.). C'est un problème récurrent dans cette commission: la nécessité d'une coordination accrue avec les politiques nationales. Je me suis abstenu sur ce texte.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque evalúa la aplicación de los compromisos globales sobre la eficacia de la ayuda y del desarrollo, así como, la propuesta para la realización de los objetivos de desarrollo sostenible (ODS) y a la Agenda de Acción de Adís Abeba sobre la Financiación para el Desarrollo. Hace hincapié en que queda mucho por hacer, tanto a escala de la Unión como a escala mundial, para aumentar la eficacia de la ayuda y de la cooperación al desarrollo.

Se pide a los Estados miembros la puesta en marcha planes de ejecución, que aumenten sus aportaciones y que cumplan sus compromisos mediante una hoja de ruta que asegure predictibilidad y trasparencia. Se alienta a todos los donantes a que hagan más esfuerzos para que la información y los datos sean más accesibles.

Finalmente, pide a la Comisión, a las delegaciones de la Unión y a las agencias de los Estados miembros que informen a los parlamentos nacionales y a las autoridades regionales y locales, así como a los agentes privados y a la sociedad civil, sobre la programación y los compromisos financieros en relación con la ayuda al desarrollo.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque enmarca y legitima la cooperación al desarrollo en la lógica de mercado, reforzando el papel de las empresas dentro de los mecanismos de la cooperación al desarrollo.

El llamamiento que incluye el texto a que los países receptores de ayuda asuman «la introducción de mecanismos de la economía de mercado», «la apertura de sus mercados a una competencia global» o «la movilización del capital privado», es un condicionamiento y un intento de utilizar la cooperación al desarrollo para injerir en la soberanía de cada país a la hora de organizar y regular su economía.

Rechazo la cooperación diseñada para abrir la puerta a los negocios de las empresas europeas en países empobrecidos. Y por tanto, rechazamos este informe que exige y condiciona —en pos de la «eficacia» de la ayuda— que terceros países posibiliten al sector privado el negocio con servicios básicos como las infraestructuras, la sanidad o la educación.

Por el contrario, entiendo que la eficacia de la ayuda pasa por la cooperación y el refuerzo del papel de los Estados de estos países empobrecidos, por el desarrollo de servicios públicos y por el control público de los sectores económicos estratégicos.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe destaca que una gobernanza legítima e inclusiva, basada en el Estado de Derecho y el respeto de los derechos humanos en los países en desarrollo, constituye un elemento indispensable para que la ayuda al desarrollo desempeñe adecuadamente su papel en la reducción de la pobreza y la mejora de la situación y las perspectivas de las personas.

La Unión, como mayor donante mundial de ayuda al desarrollo, tiene la responsabilidad especial de mejorar la eficacia y dotar de más responsabilidad a la ayuda de la Unión en todo el mundo. Además, la Unión debería liderar los esfuerzos mundiales para promover el programa de fomento de la eficacia del desarrollo y comprobar que la transparencia, la buena gobernanza y el Estado de Derecho en el mundo en desarrollo siguen siendo una preocupación primordial.

Doy mi voto favorable al presente informe por estar de acuerdo con dichos objetivos.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – The EU has a long-standing commitment to development cooperation. I voted in favour of this report encompassing the sustainable development goals.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU, kao najveći svjetski donator razvojne pomoći, ima posebnu odgovornost u poboljšanju učinkovitosti i povećanju odgovornosti za pomoć koju pruža diljem svijeta. Izvješće naglašava nužnost da EU postane predvodnik globalnih napora za poticanje provedbe programa razvojne učinkovitosti i brinuti se za to da transparentnost, dobro upravljanje i vladavina prava budu najviši prioritet u zemljama u razvoju. Globalno partnerstvo temelji se na sporazumu o Partnerstvu iz Busana iz prosinca 2011., koji je podržala 161 zemlja i područje te 54 međunarodne organizacije. Jedna od njegovih glavnih značajki jest uključivost, budući da okuplja širok raspon dionika, u cilju poticanja i potpomaganja učinkovite razvojne suradnje. Izvješće naglašava da EU, koja je imala jednu od glavnih uloga u pripremi trenutačnih standarda za učinkovitost pomoći i razvoja i u usvajanju Programa održivog razvoja do 2030., treba i dalje biti predvodnik u tim područjima i doprinijeti razmatranju njihova povezivanja i međusobnih sinergija. EU je poduzela važne korake u pogledu povećanja transparentnosti pomoći, unaprjeđenja zajedničkog programiranja, rješavanja problema sukoba i nestabilnosti te mjerenja rezultata.

Podržala sam ovo izvješće koje naglašava i nužnost da države korisnice razvojne pomoći poštuju ljudska prava i imaju legitimno i uključivo vladanje, kako bi razvojna pomoć koju primaju pomogla u smanjenju siromaštva.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support the efforts made to ensure that all actors concerned have access to information on transparency of development cooperation programming, funding mechanisms, projects and aid flows, in particular in the context of the International Aid Transparency Initiative and the setting-up of the 'EU Aid Explorer' website. Major steps still need to be taken in this regard, and called for further significant efforts be urgently made by all donors to make information and data more accessible, timely and comparable.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Únia patrí k hlavným aktérom rozvojovej pomoci. Je súčasťou rozvojovej politiky, ktorá je pri účinnom vykonávaní cestou na riešenie mnohých problémov dnešného sveta. Pri správnom fungovaní pomáha riešiť nielen chudobu, ale aj nestabilitu a konflikty v regiónoch. Jej realizácia vyžaduje vysokú mieru zodpovednosti od Únie aj členských štátov, pretože je aj prostriedkom politického riešenia demokracie, zavádzania právneho štátu a funkčnej verejnej správy. Aby nedochádzalo k zneužívaniu, musí byť poskytovaná cielene, účinne a predovšetkým transparentne.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την αύξηση της αποτελεσματικότητας της αναπτυξιακής συνεργασίας, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu pour ce texte.

Ce rapport a pour objectif d'améliorer le système de distribution d'aides financières aux pays en voie de développement, notamment les pays africains. Le rapporteur remarque que l'aide européenne est en grosse partie gaspillée à cause de sa fragmentation et du manque de coordination entre les agences d'aides et les pays donateurs.

Le rapport encourage donc les pays donateurs à augmenter le niveau de coordination, et les pays bénéficiaires à adopter des politiques nationales de développement, à consolider les finances publiques et à lutter contre la corruption et le gaspillage. Ces mesures ont pour objectif de réduire, à long-terme, la dépendance aux aides internationales des pays en voie de développement.

Cependant, ce texte reste très intégrationniste. Il critique le système actuel dans lequel les États membres ont une grande liberté quant à l'allocation des aides aux pays de leur choix (par exemple, les anciennes colonies avec lesquelles les liens économiques restent forts). En revanche, il envisage une coordination accrue au niveau européen, ce à quoi nous nous opposons.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on increasing the effectiveness of development cooperation. Supporting the aforementioned section will contribute to the EU's long-standing commitment to development in the form of alleviation of poverty and empowering of local communities in third-world countries. A number of issues have been identified, and, therefore, by supporting the report those issues will gain importance and will comply with development effectiveness. Development includes properly reducing poverty, securing the rule of law and the protection of human rights in those countries. Hence, my vote in favour.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe medidas de reforço da eficácia da cooperação para o desenvolvimento em todos os países, baseado na Parceria Global para uma Cooperação Eficaz para o Desenvolvimento (GPEDC).

Entre as diversas medidas propostas, pode salientar-se a necessidade de o sector privado respeitar os princípios de direito internacional e as normas sociais e ambientais, visando que Comissão Europeia assegure que as empresas que operam a partir de paraísos fiscais não participem em projetos financiados pela Ajuda Pública ao Desenvolvimento. Votei a favor.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį EP pranešimą. Vystomojo bendradarbiavimo pagalbos veiksmingumo didinimas yra būtinas. ES yra didžiausia paramos vystymuisi teikėja, todėl turime užsitikrinti, kad finansavimo mechanizmai būtų skaidrūs visuose projektų ir pagalbos srautų etapuose, prisidėtų prie skurdo mažinimo ir suteiktų galių vietos bendruomenėms.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Face aux défis mondiaux croissants tels que les migrations, y compris liées au climat, la sécurité alimentaire et la paix, ce rapport encourage une meilleure coopération et coordination de l'aide au développement au niveau international. Il rappelle l'engagement des États à consacrer 0,7% de leur revenu national à l'aide publique au développement. Il souligne que toute politique de développement et d'éradication de la pauvreté doit se faire par la promotion des services de l'État et donner les moyens de produire et consommer local. D'un côté, il note donc que «le renforcement des systèmes nationaux de marchés publics est un élément essentiel». Mais de l'autre, il conditionne les aides à l'ouverture à la concurrence mondiale. Il souligne l'obligation pour le secteur privé de respecter les normes internationales en matière sociale et environnementale. Mais de l'autre, il l'encourage à participer à l'élaboration des politiques de développement. Enfin, il met en garde, bien timidement, contre la politique européenne actuelle qui siphonne l'aide au développement au profit d'opérations de renvois des migrants. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer les programmes d'aides aux pays en voie de développement notamment africains. En effet, plusieurs problèmes sont mis en lumières comme la fragmentation des aides et le manque de coordination entre donateurs. À noter que l'Union européenne est le premier donateur au niveau mondial (68 milliards d'euros en 2015).

La nécessaire coordination entre l'Europe et les politiques nationales pour clarifier le champ de la politique de développement n'aura pour effet que de renforcer le pouvoir de la Commission européenne.

C'est donc pour cette raison que je me suis abstenue sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE tem um compromisso de longa data para melhorar a eficácia da ajuda e do desenvolvimento através da cooperação para o desenvolvimento.

A UE, que desempenhou um papel importante tanto na criação das atuais normas para a eficácia da ajuda e do desenvolvimento, como na adoção da Agenda 2030, deve continuar a assumir a liderança nestas questões e a contribuir para a reflexão sobre a articulação e as sinergias entre ambas, agora que entrámos na fase de execução.

A UE, enquanto maior doador à escala mundial de ajuda para o desenvolvimento, tem uma responsabilidade especial no sentido de melhorar a eficácia e assegurar uma maior responsabilização relativamente à assistência da UE em todo o mundo.

Além disso, a UE deve liderar os esforços globais para fazer avançar a agenda para a eficácia do desenvolvimento e acautelar que a transparência, a boa governação e o primado do Direito no mundo em desenvolvimento continuem a ser uma preocupação fundamental.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because, amongst others, it will make EU development aid more efficient with measures to combat corruption, it emphasises the importance of civil society organisations, it increases the complementarity of different aid packages and it also collaborates with the private sector to identify other development resources.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — L'Union Européenne est le premier contributeur en matière d'aide au développement. En votant en faveur du renforcement de l'efficacité de la coopération au développement nous montrons une fois encore l'importance que nous attachons à notre engagement qui est de contribuer à la réalisation des objectifs de développement durable (ODD) comme repris dans l'Agenda 2030. Nous reconnaissons que l'élimination de toutes les formes de pauvreté s'accompagne d'abord d'une approche coopérative avec les pays défavorisés à qui incombe au premier chef la responsabilité d'atteindre ces objectifs. Notre engagement pris à Busan nous rappelle que l'efficacité de cette coopération repose aussi l'aspect inclusif, reprenant les organisations internationales et régionales, mais aussi les organes nationaux (parlements, société civile, et secteur privé). Cet aspect devrait être renforcer en mobilisant davantage d'acteurs autour de la problématique du développement qui sont pleinement capable de reconnaître leur responsabilité afin d'améliorer ce domaine dans un environnement de paix respectant des droits de l'homme et de l'état de droit.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Na konci novembra 2016 sa v Nairobi uskutoční druhé zasadnutie Globálneho partnerstva pre účinnú rozvojovú spoluprácu (GPEDC) na vysokej úrovni, cieľom ktorého bude zhodnotenie globálnych záväzkov tykajúcich sa účinnosti pomoci a rozvoja prijatých v Busane. Účinnejšie poskytovanie pomoci a účinnejšia rozvojová spolupráca má naďalej kľúčový význam, aby sa prispelo k zmierneniu chudoby, posilneniu národnej stability a postavenia miestnych komunít, najmä preto, že sa snažíme dosiahnuť viac výsledkov s menším úsilím. Jedným z hlavných znakov GPEDC je inkluzívnosť, pretože združuje široké spektrum zúčastnených strán. Na tomto stretnutí je potrebné identifikovať inovatívne prístupy k trvalo udržateľnému rozvoju a jasne vymedziť úlohy a zodpovednosť rôznych aktérov rozvoja. Jednou z oblastí, v ktorej by GPEDC mohlo podstatne prispieť, je zodpovednosť za účinnosť rozvoja zameraná na vykonávanie cieľov udržateľného rozvoja. Potenciál má však, aj pokiaľ ide o zabezpečovanie spôsobov spolupráce s aktérmi, ktorí nepatria medzi darcovské krajiny OECD. EÚ ako svetovo najväčší poskytovateľ rozvojovej pomoci je osobitne zodpovedná za zlepšovanie účinnosti pomoci EÚ na celom svete a zvyšovanie zodpovednosti, ktorá je s ňou spojená. Mala by byť na čele svetového úsilia o napredovanie plnenia programu rozvojovej účinnosti a zabezpečenie toho, aby v popredí úsilia stáli transparentnosť, dobrá správa vecí verejných a zásady právneho štátu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, because I agree that the EU should ensure more effective development cooperation aid if it wants to have a real impact in alleviating poverty in the context of increasing humanitarian and development crises and scarcity of resources.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Fejlesztési Bizottság állásfoglalás-tervezete leszögezi: az Unió hosszú ideje elkötelezett amellett, hogy fejlesztési együttműködés révén javítsa a támogatások és a fejlesztések hatékonyságát. Ugyanakkor mint a világ legnagyobb fejlesztésisegély-adományozója, kiemelt felelősséget visel a hatékonyság javításáért és azért, hogy fokozza az elosztott uniós támogatások elszámoltathatóságát az egész világon. Mindezeken túl az Uniónak kell vezetnie a fejlesztéshatékonysági menetrend előmozdítására irányuló globális erőfeszítéseket, és gondoskodnia kell arról, hogy az átláthatóság, a jó kormányzás és a jogállamiság továbbra is központi jelentőségű szempont maradjon a fejlődő világban.

2016 decemberében lesz a hatékony fejlesztési együttműködésére irányuló puszani partnerség elfogadásának ötödik évfordulója. Ugyanebben az időben, 2016 novemberének végén a kenyai Nairobiban összeül a hatékony fejlesztési együttműködésre irányuló globális partnerség (GPEDC) második magas szintű találkozója, amely figyelemmel kíséri a puszani kötelezettségvállalások végrehajtását. A tervezet hangsúlyozza: öt év elteltével fontos számba venni a támogatások és a fejlesztések hatékonyságával kapcsolatos globális kötelezettségek végrehajtását. Ezt az alkalmat annak elemzésére is jó lehetőségnek tekinti, hogy a támogatások és a fejlesztések hatékonysága milyen módon járulhat hozzá a fenntartható fejlesztési célok, valamint a fejlesztésfinanszírozásról szóló addisz-abebai menetrend végrehajtásához. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. L'aide européenne est victime d'une dispersion puisque près de 75 % de celle-ci est allouée par les États membres. C'est un problème récurrent: la nécessité d'une coordination accrue avec les politiques nationales. Il existe en effet un cadre pluriannuel commun de programmation entre l'Union et les États membres, dans un certain nombre de pays bénéficiaires de l'aide européenne, et certains souhaitent clarifier radicalement les champs des politiques d'aide au développement de l'Union et des États membres. Et, forcément, cela va à l'encontre de notre philosophie, puisqu'en filigrane, c'est donner plus de pouvoirs à la Commission. Ce rapport apporte quelques pistes intéressantes comme la nécessité d'inclure tous les participants (y compris les acteurs locaux, la société civile, le secteur privé, les parlements nationaux, les syndicats), avec comme corollaire une responsabilisation plus forte. Les pays bénéficiaires sont encouragés à adopter des politiques nationales de développement, à consolider les finances publiques et à éradiquer corruption et gaspillage, afin de réduire à terme la dépendance à l'aide au développement.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte propose quelques réflexions intéressantes notamment sur la meilleure coopération entre donateurs et la lutte contre la corruption, mais il aurait pour effet d'accroître les pouvoirs de la Commission. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – The EU is committed to improving the effectiveness of development aid to make sure aid spending is as effective as possible and reaches its intended targets. I voted in favour of this report as it sets out the steps the EU should take to meet the Busan commitments on aid effectiveness and to reach its development targets, whilst attempting to 'do more, with less'. The report forms a good outline on how the EU can maximise the effectiveness of its development aid and meet its development targets agreed in the Sustainable Development Goals (SDGs).

Alessandra Mussolini (NI), *per iscritto*. – L'Unione europea si è assunta l'impegno a lungo termine di migliorare l'efficacia degli aiuti e dello sviluppo attraverso la cooperazione allo sviluppo. Ho votato a favore del provvedimento auspicando una migliore articolazione dell'architettura globale e un migliore coordinamento tra tutte le parti interessate, con un forte accento sul monitoraggio, trasparenza, responsabilità e una responsabilità condivisa per i risultati dello sviluppo.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést. Ahogy azt az ENSZ fenntartható fejlődésről szóló csúcstalálkozóján elfogadott „Világunk átalakítása: a 2030-ig tartó időszakra vonatkozó fenntartható fejlesztési menetrend" című dokumentumban is rögzítettük, minden országnak komoly figyelmet kell szentelnie a fenntartható fejlődést célzó politikákra és azok végrehajtására is. A fejlesztési projektek finanszírozása közös feladatunk, azokat közösen kell teljesítenünk. Örülök annak, hogy a jelentés foglalkozik a magánszektor résztvevőivel és hogy felhívja a figyelmet arra, hogy a magánszektor szereplőinek is felelősséget kell vállalniuk a fenntartható fejlődés elérésében, így például az ILO alapvető munkaügyi normáinak vagy az üzleti vállalkozások emberi jogi felelősségére vonatkozó irányelvek betartásában.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 2011 the Busan Partnership was agreed upon in South Korea by a wide range of governments and organisations for effective development cooperation. I voted for this report that will advance development effectiveness by increasing aid transparency, improving joint programming and addressing the issues of conflict and fragility.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията на г-н Преда, тъй като считам, че Глобалното партньорство за ефективно сътрудничество за развитие трябва да се разглежда в контекста на изпълнението на Програмата до 2030 г. и програмата за действие от Адис Абеба.

Трябва да бъде взет предвид фактът, че акцентът се измества от „ефективност на помощта“, което се отнася до традиционната публична помощ за развитие, към понятието „ефективност на сътрудничеството за развитие“.

Помощта за развитие и сътрудничеството са необходими, но недостатъчни фактори за ефективното премахване на бедността и насърчаването на целите за устойчиво развитие. Ето защо смятам, че ЕС може да се поучи от опита на държави като Китай, Бразилия, Русия и Индия, които притежават експертни познания и технологии в областта на развитието.

Имайки предвид, че помощта за развитие играе важна роля в борбата с бедността, както и в подобряването на достъпа до качествени обществени услуги за най-нуждаещите се уязвими групи, подкрепям идеята за кодифициране и укрепване на механизмите и практиките. Считам, че това би допринесло за по-добро взаимно допълване и ефективна координация на помощта за развитие сред държавите.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport care propune, în mod ambițios, tuturor actorilor din domeniul dezvoltării să se coordoneze în conformitate cu angajamentele asumate la Paris și Busan pentru atingerea obiectivelor din Agenda 2030 în ceea ce privește folosirea optimă a resurselor publice și private pentru dezvoltare.

Raportul subliniază, de altfel, rolul esențial al AOD (asistența oficială pentru dezvoltare) în ceea ce privește eradicarea sărăciei, reducerea inegalităților, furnizarea de servicii publice esențiale și sprijinirea bunei guvernanțe.

Un alt factor care m-a determinat să susțin acest raport este faptul că el readuce în discuție angajamentul de lungă durată luat de statele membre ale UE de a aloca 0,7% din VNB pentru ajutor și de a își consolida asistența pentru dezvoltare, inclusiv cea prin intermediul bugetului UE și al FED.

Acest raport amintește rolul important pe care îl joacă în dezvoltarea societății în care trăim atât cetățenii, cât și comunitățile locale, reprezentanții aleși, organizațiile bazate pe credință, sindicatele și mediul academic.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zpráva správně podotýká, že účinnost financování rozvoje by měla být posuzována na základě konkrétních výsledků a jeho přínosu k rozvojové politice jako celku. Je evidentní, že jedním z předpokladů účinné rozvojové spolupráce jsou dostatečné finanční prostředky, přitom však většina poskytovatelů oficiální rozvojové pomoci nedostála svému závazku poskytnout do roku 2015 na rozvojovou pomoc 0,7 % svého HND. EU a její členské státy by měly splnit svůj dlouhodobý závazek věnovat 0,7 % HND na účely pomoci, aby zvýšily svou rozvojovou pomoc, a to i v rámci rozpočtu EU a Evropského rozvojového fondu (ERF). V zájmu dosažení schopnosti rozvojových zemí postavit se na vlastní nohy je důležité podporovat účast všech členských států na daňové iniciativě z Addis Abeby za účelem zdvojnásobení technické pomoci do roku 2020 a posílení schopnosti zdanění partnerských rozvojových zemí.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da er Ziele beinhaltet, welche zur Entwicklungssteigerung der Entwicklungshilfe beitragen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. EL on maailma suurim abiandja, seetõttu on oluline, et selle abi andmine oleks tõhus, suunatud ja läbipaistev. Vajalik on koostöö kõikvõimalikel tasemetel ning oluline element arengukoostöö vahendite efektiivsel jagamisel on inimõiguste, õigusriigi põhimõtete järgimine ja korruptsioonivastased meetmed. Liikmesriigid peaksid püüdlema 0,7% RKTst ning panustama enam ELi eelarvesse ja Euroopa Arengukoostöö Fondi.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už pateiktą pranešimą.

Siekiant užsibrėžtų tikslų įgyvendinimo visi suinteresuotieji subjektai turi tinkamai laikytis savo prisiimtų įsipareigojimų ir didinti savo atskaitomybę paramos biudžetui požiūriu. Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas pasaulinei veiksmingo vystomojo bendradarbiavimo partnerystei ir jos teikiamai naudai. Siekiant panaikinti skurdą ir įgyvendinti darnaus vystymosi tikslus, turi būti efektyviai išnaudojamos visos plėtros politikos priemonės. Visų pirma, reikėtų paspartinti paramos teikimą ir priimti efektyvų planą, kad įsipareigojimų tikslai būtų įgyvendinti skaidriai, nuspėjamai ir atskaitingai.

Tam, kad vystymosi veiksmingumo darbotvarkė būtų įgyvendinta veiksmingai, reikia atsieti teikiamą vystymosi pagalbą ne tik ES, bet ir pasauliniu lygiu. Be to, vystymosi finansavimo veiksmingumas turėtų būti vertinamas remiantis konkrečiais rezultatais ir pagal jo indėlį į vystymosi politiką kaip visumą.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει διαδραματίσει σημαντικό ρόλο στην ανάπτυξη των υφιστάμενων προτύπων για την αποτελεσματικότητα της βοήθειας και της ανάπτυξης. Από την πλευρά της Ευρωπαϊκής Ένωσης, έχουν ληφθεί σημαντικά μέτρα για την αύξηση της διαφάνειας της βοήθειας, τη βελτίωση του κοινού προγραμματισμού, την αντιμετώπιση του ζητήματος των συγκρούσεων και της αστάθειας, καθώς και για τη μέτρηση των αποτελεσμάτων.

Υπερψήφισα την έκθεση η οποία επισημαίνει ότι απαιτούνται περισσότερες προσπάθειες, τόσο σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης όσο και σε παγκόσμιο, για την αύξηση της αποτελεσματικότητας της βοήθειας και της αναπτυξιακής συνεργασίας. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της θα μπορούσαν να εργαστούν για την ανάληψη νέων πρωτοβουλιών με σκοπό την ανάπτυξη έργων τριμερούς συνεργασίας, με τη συμμετοχή των αναδυόμενων δωρητών και των χωρών μεσαίου εισοδήματος. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη της θα μπορούσαν να δρουν πιο προορατικά και συστηματικά για την εξασφάλιση της συμμετοχής των εθνικών κοινοβουλίων, των τοπικών αρχών και της κοινωνίας των πολιτών για τον προγραμματισμό και τις δημοσιονομικές δεσμεύσεις που σχετίζονται με την αναπτυξιακή βοήθεια, δημοσιεύοντας ειδικές ανά χώρα ανασκοπήσεις της αναπτυξιακής συνεργασίας.

Η περαιτέρω συμμετοχή της κοινωνίας των πολιτών και των εκλεγμένων αντιπροσώπων στην υλοποίηση του θεματολογίου για την αποτελεσματικότητα της ανάπτυξης θα πρέπει να εξακολουθήσει να αποτελεί προτεραιότητα.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo importante migliorare l'efficacia degli aiuti e dello sviluppo mediante la cooperazione allo sviluppo. Ma, ritengo che l'Unione europea dovrebbe ulteriormente migliorare le articolazioni dell'architettura globale dello sviluppo e, allo stesso tempo, garantire un maggiore coordinamento tra tutte le parti interessate. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The EU has a long-standing commitment to improving aid and development effectiveness through development cooperation. I voted in favour of this report because it reaffirms the importance of official development aid and sustainable financing for development, while promoting an approach that goes beyond aid and aid-providing agendas. Placing the UN SDGs at the centre of the development cooperation global framework, the report insists on the need for a concrete and measurable impact of development policies. To this end, they should be coherent and ensure domestic ownership. In this regard, the involvement of local actors and civil society is imperative.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće zato što se Europska unija odavno obvezala da će poboljšati pomoć i učinkovitost putem razvoja suradnje, a što je u ovom izvješću jasno vidljivo. Ono potvrđuje važnost razvojne pomoći i održivog razvojnog financiranja dok se istovremeno promovira pristup koji nadilazi samo davanje pomoći. S obzirom da su sredstva ograničena i da smo primorani koristiti načelo „radi više s manje", učinkovitost je primarni problem koji se ovim izvješćem pokušava riješiti kako bi se približilo ciljevima ublažavanja siromaštva, osnaživanja lokalne zajednice i ojačavanja nacionalne otpornosti. Također, smatram da je transparentnost davanja pomoći izuzetno bitan faktor kako bismo mogli pratiti tko pomoć daje i, još bitnije, tko i koliko pomoći dobiva. Ovdje bi Globalno partnerstvo za učinkovitu razvojnu suradnju trebalo imati ključnu ulogu u pogledu transparentnosti, ali i načela učinkovitosti za postizanje ciljeva održivog razvoja i podrške njihove provedbe svih aktera na državnoj razini. Ovime će se omogućiti kvalitetnija razvojna suradnja te transparentnije praćenje davanja pomoći.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. Ce rapport pointe à la fois les problèmes comme la fragmentation de l'aide, le manque de coordination entre donateurs, agences d'aide et pays donateurs. En effet, l'Union est le premier donateur au niveau mondial (68 milliards d'euros en 2015 soit 0,47% du RNB alors que l'objectif est de 0,7% du RNB).

L'aide européenne est victime d'une dispersion puisque près de 75% de celle-ci est allouée par les États membres selon des procédures nationales afin de garder un lien fort vers d'anciennes colonies (France, Pays-Bas, Espagne, etc.).

C'est un problème récurrent dans cette commission: la nécessité d'une coordination accrue avec les politiques nationales. Il existe en effet un cadre pluriannuel commun de programmation entre l'Union et les États membres, dans un certain nombre de pays bénéficiaires de l'aide européenne et certains souhaitent clarifier radicalement les champs des politiques d'aide au développement de l'Union et des États membres. Encore une fois, le rapport propose donc d'augmenter les pouvoirs de la Commission. Ainsi, malgré les pistes et remarques intéressantes qu'il contient, je ne peux pas le soutenir et je m'abstiens.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea è il principale donatore al mondo di aiuti allo sviluppo e perciò ha anche una responsabilità particolare nel migliorarne l'efficacia e la trasparenza, se vuole davvero che questa assistenza abbia un impatto nella lotta alla povertà, in un contesto caratterizzato da crisi umanitarie ed economiche e di crescente scarsità delle risorse. La relazione offre una buona analisi dei progressi compiuti nei cinque anni successivi agli impegni assunti dal Parlamento europeo, in occasione del quarto forum ad alto livello sull'efficacia degli aiuti. Contiene, inoltre, suggerimenti su come proseguire gli sforzi per rendere la cooperazione allo sviluppo europea sempre più efficace e raggiungere gli obiettivi di sviluppo sostenibile e del programma di azione di Addis Abeba. Il meccanismo istituzionale del «partenariato globale per un'efficace cooperazione allo sviluppo» (GPEDC), elaborato cinque anni fa, ha dato buoni risultati. Come richiediamo con questa relazione, adesso è opportuno elaborare nuove pratiche per migliorare ulteriormente l'efficacia degli aiuti, come i progetti di cooperazione triangolare, un maggiore coinvolgimento dei parlamenti nazionali, delle autorità locali, della società civile e del settore privato.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Sva politička obećanja na visokoj razini iz prijašnjih deklaracija, zaključno s Četvrtim forumom o učinkovitosti pomoći u Busanu imaju isti cilj, odnosno poboljšanje ukupnog učinka državne potpore za razvoj. Načela učinkovitosti pomoći su doprinijela napretku u postizanju milenijskih razvojnih ciljeva, iako je taj napredak i dalje nejednak. Pozivam na uporabu svih alata razvojne politike u iskorjenjivanju siromaštva i promicanju ciljeva održivog razvoja. Učinkovitost bi se razvojnog financiranja trebala ocjenjivati na temelju konkretnih rezultata. Pozivam strane GPEDC-a da razmotre uspostavu neovisnijeg stalnog tajništva koje će raspolagati prikladnijim sredstvima i nadovezati se na rad zajedničke skupine za potporu. Parlamenti zemalja primateljica pomoći trebaju usvojiti nacionalne politike o razvojnoj pomoći kako bi se povećala odgovornost donatora i vlada koje primaju pomoć, uključujući i lokalne vlasti, unaprijedilo upravljanje javnim financijama i apsorpcijski kapacitet. Ulogu koju u razvoju imaju građani, izabrani predstavnici, vjerske organizacije, organizacije civilnog društva, akademska zajednica, sindikati i privatni sektor ne smije se umanjivati - stoga svi ti dionici moraju sudjelovati u promicanju i provedbi programa za učinkovitost. Zajedničkim programiranjem smanjilo bi se fragmentaciju pomoći i troškove transakcija, povećalo komplementarnost boljom podjelom rada te povećalo odgovornost i predvidljivost razvojne suradnje, što bi predstavljalo očite prednosti i za EU i partnerske zemlje.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – As discussões no Parlamento Europeu em torno da eficácia da ajuda ao desenvolvimento são recorrentes.

Raramente os relatórios que a abordam vão ao fundo da questão. Antes a aproveitam para, quantas vezes de forma cínica e hipócrita, tentar condicionar os países em desenvolvimento, impondo-lhes modelos de organização política do Estado, nomeadamente no que respeita aos modos de organização económica e social. É o que mais uma vez sucede com este relatório.

Defende-se a salvífica economia de mercado, o setor privado, a abertura à concorrência mundial das economias destes países. Enfim, o típico receituário neoliberal que tem provocado os desastres económicos e sociais que estão à vista (nomeadamente em resultado das intervenções do FMI e Banco Mundial).

Sem prejuízo de concordarmos com diversas observações justas contidas no relatório, nomeadamente no que se refere à necessidade de aumento da Ajuda Pública ao Desenvolvimento e à crítica ao incumprimento das metas estabelecidas, entre outros aspetos, o que prevalece é uma certa visão neocolonial – patente nas referências à corrupção, circunscritas a referências aos países recetores da «ajuda» – e desresponsabilizadora da UE e das suas políticas.

Nem uma palavra sobre os efeitos nefastos da desregulação e liberalização do comércio, por exemplo.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Současná uprchlická krize nás poměrně jasně přesvědčila o tom, že si Evropská unie nemůže dovolit nereagovat na konflikty, které jsou v hodně případech rozpoutané chudobou. Obrnit se hradbami vždy nefunguje tak efektivně, jak bychom si přáli. Na druhou stranu jsem si ale až velmi dobře vědom, že rozpočty rozvinutých zemí, pokud mají řešit hned několik naléhavých problémů zároveň, jsou podstatně omezené. Právě z tohoto důvodu jsem hlasoval pro zprávu, která nabádá Evropskou unii k účinnější rozvojové spolupráci a pomoci. Považuji za nutné, aby byla pomoc lépe sladěna s vnitrostátními plány rozvoje a mezinárodně dohodnutými cíli udržitelného rozvoje. Dále je potřeba, aby byli do implementace rozvojových programů v co největší míře zapojeni domácí aktéři. Již v minulosti jsme se mohli poučit, že při nedostatečném pocitu *ownership* rozvojová pomoc nemá žádoucí účinky. Připojil jsem se k výzvě, aby členské státy začaly plnit svůj rozpočtový závazek, který přijaly v rámci Organizace spojených národů, a aby Evropská komise byla aktivnější na poli monitoringu pokroku rozvoje. Je nutné co nejvíce sladit akční plány členských států a Evropské unie a učinit rozvojovou politiku transparentnější. Podpořil jsem tedy i iniciativy OECD mající za úkol snížit ilegální toky finančních prostředků a podrobit nadnárodní společnosti větší kontrole.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – EU je největším přispěvatelem v oblasti rozvojové pomoci. Jako sociální demokrat věřím, že rozvojová pomoc hraje důležitou roli v boji proti chudobě, ale pouze v případě, že je s ní nakládáno efektivně. Naší povinností je proto zlepšovat účinnost této pomoci a tím zajišťovat kýžený rozvoj. Sociálně demokratická frakce se zasadila o úpravu zprávy usilující o posílení globálního partnerství pro účinnou rozvojovou spolupráci (Global Partnership for Effective Development Cooperation), o větší zapojení občanské společnosti a zvolených zástupců do plnění programu účinnosti rozvoje a v neposlední řadě o větší transparentnost v přístupu k informacím. Efektivním čerpáním rozvojové a humanitární pomoci jsem se před časem věnoval ve své zprávě pro Výbor pro rozpočtovou kontrolu. Za jeden z klíčových prvků pro zvýšení efektivnosti považuji účinné propojení rozvojové pomoci s pomocí humanitární. EU zároveň musí posílit své kontrolní mechanismy, vyžadovat včasný a úplný reporting a trvat na vazbě rozvojové pomoci a dodržování především lidskoprávních závazků ze strany jejích příjemců.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Nel nuovo contesto dell'Agenda 2030, e vista la necessità di «fare di più con meno», la maggiore efficacia nell'erogazione degli aiuti e nella cooperazione allo sviluppo restano cruciali al fine di contribuire ad alleviare la povertà e a combattere le cause profonde dell'emigrazione. La relazione individua una serie di questioni importanti. L'UE e i suoi Stati membri potrebbero, ad esempio, lavorare a nuove iniziative per sviluppare progetti di cooperazione triangolare con il coinvolgimento di donatori emergenti e paesi a reddito medio. Concordo con il relatore laddove sottolinea che una governance basata sullo Stato di diritto e sul rispetto dei diritti umani nei paesi in via di sviluppo sia un elemento indispensabile affinché l'assistenza allo sviluppo svolga correttamente il proprio ruolo nel ridurre la povertà. Ho votato a favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Popieram podjęcie długofalowego zobowiązania, jakim jest przeznaczanie na pomoc rozwojową 0,33 % DNB w przypadku nowych krajów członkowskich, a 0,7 % w przypadku krajów „starej Unii". Mój kraj na przestrzeni ostatnich 7 lat wydatkował rocznie na pomoc rozwojową ok. 0,09 % DNB, czyli ¼ zadeklarowanej kwoty. Wynika to z braku funduszy, ale oczywiście jak najbardziej dążymy do zrealizowania tego celu. Niemniej jednak aktualnie nie jesteśmy w stanie sprostać zobowiązaniu, choć w pełni je popieramy. Dlatego wstrzymałem się w głosowaniu.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre de la réunion du partenariat mondial pour une coopération efficace au service du développement qui se tiendra fin novembre à Nairobi, il était important que l'Union européenne, en tant que premier donateur mondial en matière d'aide au développement, adopte une position forte en insistant sur la nécessité d'améliorer la transparence, la bonne gouvernance et l'état de droit dans les pays en développement. J'ai donc voté en faveur de ce rapport qui rappelle que l'efficacité du développement ne peut pas être garantie sans la paix et le respect des droits de l'homme, conditions essentielles à la réalisation des objectifs de développement durable.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Já há muito tempo que a União Europeia tem um compromisso para incrementar um modelo de cooperação para o desenvolvimento.

A União, que desempenha um papel importante tanto na criação das atuais normas para a eficácia da ajuda e do desenvolvimento, como na adoção da Agenda 2030, deve continuar a assumir a liderança nestas questões e a contribuir para a reflexão sobre a articulação e as sinergias entre ambas. Neste âmbito, foram dados passos notáveis.

Com efeito, o lançamento do quadro da União baseado em resultados, em março de 2015, representou um passo em frente no reforço da responsabilização, da transparência e da visibilidade da ajuda da UE.

Concordo com o colega Cristian Dan Preda, quando refere que uma governação legítima e inclusiva, assente no primado do Direito e no respeito pelos direitos humanos nos países em desenvolvimento, é um elemento indispensável para que a assistência ao desenvolvimento desempenhe adequadamente o seu papel de redução da pobreza e de melhoria de perspetivas dos cidadãos.

Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against the non-legislative report on increasing the effectiveness of development cooperation. The EU does not have the legitimacy to order countries, whether they are Member States or third countries, how or when they may use their foreign-aid budget, how much to spend or where it goes. UKIP does not support this growing influence and power of the EU and therefore voted against.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – À quelques jours de la conférence du Partenariat mondial pour une coopération efficace au service du développement, la Parlement a envoyé un message clair de soutien à cette initiative de l'OCDE. Par 545 voix pour, 39 contre et 92 abstentions, les députés européens se sont prononcés pour un renforcement de l'efficacité de l'aide du Partenariat mondial et des États membres. Fondé en 2011, ce forum réunit les différents acteurs (bénéficiaires, donateurs, secteur privé, société civile) pour dynamiser les politiques de développement.

Tout en saluant les efforts déployés, le rapport souligne que la société civile et le secteur privé sont des partenaires essentiels, que la transparence est primordiale et qu'il faut adopter des politiques nationales relatives à l'aide au développement dans les pays bénéficiaires.

Le texte insiste notamment sur l'engagement de 2005 des États membres à consacrer au moins 0,7% de leur revenu national brut au développement dès 2015. Bien que l'année dernière l'UE fût le premier donateur d'aide au développement au monde avec 68 milliards d'euros, seuls 5 pays ont en réalité réussi à respecter cet objectif: la Suède (1,4%), le Luxembourg (0,93%), le Danemark (0,85%), les Pays-Bas (0,76%) et le Royaume-Unis (0,71%). On est donc loin du compte.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A União Europeia, enquanto maior doador mundial de ajuda ao desenvolvimento, tem a responsabilidade de melhorar a eficácia e a prestação de contas no que respeita aos seus programas de assistência.

Daí a utilidade de todos os mecanismos que possam contribuir para o avanço da agenda da eficácia do desenvolvimento, tais como os projetos de cooperação triangular, o envolvimento dos parlamentos nacionais, das autoridades locais, da sociedade civil e do setor privado.

A União Europeia deve assegurar uma mais efetiva colaboração para o desenvolvimento se pretende ter um impacto real na redução da pobreza num contexto crescente de crises humanitárias e de desenvolvimento e de escassez de recursos.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este Informe en el que se evalúa la aplicación de los compromisos globales sobre la eficacia de la ayuda al desarrollo, la realización de los objetivos de desarrollo sostenible y la Agenda de Acción sobre la Financiación.

Se solicita a todos los Estados miembros la puesta en marcha y la ejecución de los planes para la cooperación al desarrollo, que aumenten sus aportaciones y que cumplan sus compromisos, además de que la información y los diferentes datos sean más accesibles, además de que, junto a la Comisión, informen a los parlamentos nacionales y autoridades locales y regionales que alienten la coordinación y publiquen evaluaciones de la cooperación al desarrollo y las convocatorias de proyectos y de contratos públicos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du renforcement de l'efficacité de la coopération au développement, en prémisse à la réunion de haut niveau du partenariat mondial pour une coopération au développement efficace, qui se tiendra la semaine prochaine à Nairobi. L'Union européenne, véritable pionnier du développement, doit renforcer les stratégies existantes et les orienter vers des résultats probants en complétant les actions nationales. Le partenariat inclusif, la transparence et la redevabilité réciproque sont des «forces motrices pour la réalisation des objectifs de développement durable». Nous devons atteindre notre objectif d'engagement et veiller à la qualité de l'aide fournie et au suivi des actions menées, en regard de la mise en œuvre de l'Agenda 2030. Il faut pour cela s'appuyer sur les forces nationales des pays, mais aussi impliquer la société civile et l'ensemble des acteurs de première ligne. Cela passe également par le respect de la gouvernance, des valeurs de démocratie et des droits fondamentaux.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Vystomasis bendradarbiavimas yra ne tik svarbus pagalbos besivystančioms šalims instrumentas, tačiau ir svarbi ES išorės santykių priemonė. Labai gerai, kad skiriame pakankamai dėmesio pagalbai trečiosioms šalims. Ne taip gerai yra tai, jog Europos Komisija šioje srityje vengia plačiau taikyti sąlygiškumo mechanizmą – tampriai susieti ES teikiamą paramą su valstybės-pagalbos gavėjos pažanga kuriant gerą valdymą, stiprinant žmogaus teisų apsaugą. Visgi palaikau šią rezoliuciją, kaip gerą priemonę ieškoti efektyvesnio ES vystomojo bendradarbiavimo pagalbos panaudojimo priemonių.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que subraya la plena actualidad de los Principios de Eficacia del Desarrollo. Considero fundamental que la agenda de eficacia sea un pilar clave de la implementación de los Objetivos de Desarrollo Sostenibles. La resolución resalta la importancia de que toda política de desarrollo cumpla con los principios de apropiabilidad y alineamiento con las estrategias de desarrollo nacionales de los distintos países, haciendo hincapié en la necesidad de desligar la ayuda y de la importancia de hacer uso de los sistemas de contratación pública de los países socios como primera opción. La resolución también señala que los agentes del sector privado deben adherirse a los principios de la eficacia del desarrollo y, atenerse a los principios de responsabilidad social de la empresa durante todo el ciclo de vida del proyecto y destaca la necesidad de que el sector privado respete los principios del Derecho internacional y las normas sociales y en materia de medio ambiente, así como, el Pacto Mundial de las Naciones Unidas sobre derechos humanos, los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos, las normas fundamentales de la OIT en materia laboral y la Convención de las Naciones Unidas contra la Corrupción.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit gestimmt, weil die EU eine Verpflichtung zur Verbesserung von Entwicklungshilfe und deren Wirksamkeit hat.

Im Kontext der neuen Agenda 2030 spielen Hilfestellung und Entwicklungszusammenarbeit noch immer eine wichtige Rolle, besonders zur Bekämpfung von Armut, Stabilisierung lokaler Gemeinden und Stärkung der nationalen Widerstandsfähigkeit.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque enmarca y legitima la cooperación al desarrollo en la lógica de mercado, reforzando el papel de las empresas dentro de los mecanismos de la cooperación al desarrollo.

El llamamiento que incluye el texto a que los países receptores de ayuda asuman «la introducción de mecanismos de la economía de mercado», «la apertura de sus mercados a una competencia global» o «la movilización del capital privado», es un condicionamiento y un intento de utilizar la cooperación al desarrollo para injerir en la soberanía de cada país a la hora de organizar y regular su economía.

Rechazo la cooperación diseñada para abrir la puerta a los negocios de las empresas europeas en países empobrecidos. Y por tanto, rechazamos este informe que exige y condiciona —en pos de la «eficacia» de la ayuda— que terceros países posibiliten al sector privado el negocio con servicios básicos como las infraestructuras, la sanidad o la educación.

Por el contrario, entiendo que la eficacia de la ayuda pasa por la cooperación y el refuerzo del papel de los Estados de estos países empobrecidos, por el desarrollo de servicios públicos y por el control público de los sectores económicos estratégicos.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho deciso di esprimere il mio voto a favore di tale relazione ritenendo di fondamentale importanza che l'UE e gli Stati membri si impegnino a lavorare su nuove iniziative per la realizzazione di una cooperazione allo sviluppo più efficace.

In primo luogo, condivido l'importanza di maggiori finanziamenti per le politiche di cooperazione, dunque la necessità che gli Stati membri rispettino il loro impegno di destinare lo 0,7% del reddito nazionale lordo previsto per l'aiuto allo sviluppo. Condivido inoltre la necessità di una maggiore trasparenza da parte dell'UE, dei parlamenti nazionali e dei soggetti privati in materia di programmazione, ad esempio tramite la presentazione di relazioni che rendano i dati, le informazioni e i piani d'azione più accessibili, puntuali e comparabili a livello di UE.

In questo senso, un adeguato sostegno dovrebbe essere dato ai parlamenti dei Paesi beneficiari in quanto l'assistenza può essere efficace solo se i destinatari sono impegnati e responsabili e garantiscono la piena partecipazione degli attori locali nell'attuazione e monitoraggio dei programmi di sviluppo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as I do not wish for the EU to start dictating to the UK how they use their own budget.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – EÚ je svetovo najväčším poskytovateľom rozvojovej pomoci, preto musí byť osobitne zodpovedná aj za zlepšovanie účinnosti pomoci EÚ na celom svete. Myslím si, že treba vykonať viac tak na úrovni EÚ, ako aj na svetovej úrovni, aby sa zvýšila účinnosť pomoci a rozvojovej spolupráce. Pre zvýšenie účinnosti pomoci je nevyhnutné, aby prijímajúce krajiny spolupracovali a súbežne s prijímaním rozvojovej pomoci aj uplatňovali hospodárske politiky podporujúce rast v ich krajinách. Hlasoval som za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasovao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – V decembri 2016 uplynie päť rokov od prijatia Pusanského partnerstva pre účinnú rozvojovú spoluprácu. Súhlasím, že je dôležité zhodnotiť toto obdobie z pohľadu vykonávania globálnych záväzkov týkajúcich sa účinnosti pomoci a rozvoja a v kontexte nového programu prijať také opatrenia, ktoré pomôžu zabezpečiť splnenie cieľov stanovených v programe do roku 2030. Podporila som uznesenie, pretože som presvedčená, že iba účinnejšia rozvojová pomoc a podpora rozvoja môže zabezpečiť lepšie plnenie v boji proti chudobe, odstraňovanie nerovností najmä najmenej rozvinutých krajín, lepší prístup najodkázanejších a najzraniteľnejších skupín osôb ku kvalitným verejným službám a splnenie ďalších rozhodujúcich systémových faktorov. Keďže finančné zdroje považujem za základný predpoklad pre účinnejšiu rozvojovú spoluprácu a dosiahnutie miléniových rozvojových cieľov, očakávam, že všetci poskytovatelia oficiálnej rozvojovej pomoci, ktorí si zatiaľ nesplnili svoj záväzok prideliť do roku 2015 na rozvojovú pomoc 0,7 % HND, tak urobia čo najskôr. Zároveň sa pridávam k výzve, aby rozvojoví aktéri nadviazali na záväzky prijaté v období medzi parížskym a pusanským fórom a aby zvýšili svoje úsilie o čo najúčinnejšiu rozvojovú spoluprácu.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Zprávu z vlastní iniciativy o zvýšení účinnosti rozvojové spolupráce jsem v konečném hlasování podpořila. Zpráva vznikla s ohledem na blížící se druhé setkání globálního partnerství pro účinnou rozvojovou spolupráci (GPEDC), mnohostranného fóra sdružujícího 161 zemí světa, které probíhá ve dnech 28. 11. 2016 až 1. 12. 2016 v Nairobi (Keňa) za účelem monitoringu dosavadního vývoje společných cílů přijatých na fóru v Pusanu (Korejská republika) v roce 2011. Evropský parlament ve zprávě zdůrazňuje svoji úlohu demokraticky kontrolovat všechny politiky EU, včetně rozvojových politik, a zároveň upozorňuje na nutnost reagovat na nové výzvy v oblasti rozvoje (migrace, mír a stabilita, potravinové zabezpečení). Považuji za nezbytné, aby Komise sledovala to, jak efektivně je finanční pomoc využita, zda není zneužívána na jiné účely. Připojuji se k apelu zprávy, aby členské státy byly v budoucnu ještě aktivnější v navazování spolupráce s vnitrostátními parlamenty zemí, které rozvojovou pomoc potřebují. Dobrým příkladem je v tomto ohledu například činnost České rozvojové agentury, která byla v nedávné studii OECD velmi pozitivně oceněna.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Menim, da je načelo učinkovitosti pomoči v številnih državah očitno prispevalo k napredku pri uresničevanju razvojnih ciljev. Res je, da so pri napredku med državami še vedno očitne razlike, vendar če se bo razvojni program še naprej podpiral, se lahko te razlike čez čas zmanjšajo in zabrišejo. Poleg tega lahko uradna razvojna pomoč odigra pomembno vlogo pri uresničevanju Agende 2030, zlasti v državah z nizkim dohodkom, pa tudi pri boju proti skrajni revščini in neenakosti.

Tu pa je potrebno omeniti, da mora biti le-ta bolje usmerjena in spoštovati načela učinkovitega razvojnega sodelovanja, demokratično odgovornost držav, usklajenost, krepitev lokalnih zmogljivosti, preglednost in demokratično odgovornost, osredotočanje na rezultate in vključenost.

Uporaba vseh dosegljivih orodij razvojne politike je dobra za izkoreninjenje revščine in spodbujanje ciljev trajnostnega razvoja. Menim pa, da bi bilo treba učinkovitost financiranja za razvoj ocenjevati na podlagi konkretnih rezultatov in njegovega prispevka k razvojni politiki kot celoti. Ker menim, da je razvojno sodelovanje pomemben element pri izpolnjevanju agende za učinkovitost razvoja, izkoreninjenju revščine in zmanjšanju neenakosti, sem glasoval v prid resoluciji in jo tudi podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – De Europese Unie heeft een leidersrol op het vlak van ontwikkelingssamenwerking. Hoewel er hieromtrent al veel positieve dingen worden verricht, kan er nog meer gebeuren om de effectiviteit van hulp en ontwikkeling te vergroten, en dit zowel op EU- als mondiaal niveau. Door in te zetten op een grotere betrokkenheid van nationale parlementen, het middenveld en burgers van de landen die hulp ontvangen, vergroot hun democratische inbreng en ligt de weg naar meer zelfstandigheid open.

Het mondiaal partnerschap voor doeltreffende ontwikkelingssamenwerking (GPEDC), dat waakt over de Busan-akkoorden, komt eind november samen om het voortouw te nemen bij het verbeteren van ontwikkelingssamenwerking. Die bijeenkomst kan volgens de rapporteur enkel succesvol zijn indien er nieuwe ideeën voor duurzame ontwikkeling uit voortkomen en er transparantie is rond de concrete bijdrage van elke deelnemer.

Wat ons betreft, zit het verslag goed, maar verliest de Europese Unie belangrijke principes uit het oog door geld voor ontwikkeling steeds meer te besteden aan opvang voor vluchtelingen. Die besteding is geen structurele en duurzame oplossing die bijdraagt tot sociaal-economische ontwikkeling. Ook de financiële draagkracht voor ontwikkelingssamenwerking neemt af, waardoor de ernst van de zaak heel duidelijk wordt. We betreuren dit ten zeerste en om die reden zullen we ons dan ook onthouden.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Rozvojová pomoc výrazne prispela k plneniu rozvojových cieľov milénia, avšak niektoré krajiny stále zaostávajú. Rozvojová pomoc musí pokračovať hlavne v témach ako odstraňovanie chudoby a pri dosahovaní cieľov trvalo udržateľného rozvoja. Popri tom bude treba vylepšiť niektoré aspekty, ako sú korupcia, transparentnosť, partnerstvo so súkromným sektorom a zmena zodpovednosti z odosielateľa na zodpovednosť zdieľanú.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur Steigerung der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit habe ich nicht zugestimmt.

Entwicklungshilfe sollte Angelegenheit der Mitgliedstaaten sein.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – EU se dugoročno obvezala na poboljšanje učinkovitosti pomoći prema zemljama u razvoju i njihova napretka preko razvojne suradnje.

Izvješće poziva na bolju usklađenost između globalnih sudionika u međunarodnoj pomoći i poticanju razvoja. Snažan se naglasak stavlja na praćenje rezultata, transparentnost te zajedničku odgovornost donatora, ali i lokalne zajednice za postizanje rezultata.

Lokalna vlast mora preuzeti dio odgovornosti. Zato je važno uključiti lokalne sudionike i društvo u provedbu projekata.

Bez mira, poštovanja ljudskih prava i vladavine zakona, ne može se postići efikasna provedba razvojnih projekata.

Podržavam ovo izvješće jer poziva na uporabu svih alata razvojne politike u iskorjenjivanju siromaštva i promicanju ciljeva održivog razvoja te ističe da se učinkovitost razvojnog financiranja treba ocjenjivati na temelju konkretnih rezultata.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o povečanju učinkovitosti razvojnega sodelovanja. Če želimo slediti zavezam in ciljem iz Agende 2030 ter tako izkoristiti javna in zasebna sredstva za razvoj, potem moramo okrepiti prizadevanja za povečanje učinkovitosti razvojnega sodelovanja.

Še vedno se namreč soočamo z razlikami pri napredku, saj niso vse države in ostali akterji redno izvajali vseh načel. Podpiram poziv k uporabi vseh orodij razvojne politike za izkoreninjenje revščine in spodbujanje ciljev trajnostnega razvoja.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem dnešní návrh zprávy o zvýšení účinnosti rozvojové spolupráce, jelikož se domnívám, že Evropská unie jako světově největší poskytovatel rozvojové pomoci musí neustále vyhodnocovat, jakými postupy docílit co nejefektivnější rozvojové pomoci. Zpráva správně upozorňuje, že „legitimní a inkluzivní správa věcí veřejných založená na zásadách právního státu a dodržování lidských práv je v rozvojových zemích nezbytným prvkem rozvojové pomoci, aby tak mohla řádně plnit svoji úlohy při snižování chudoby a zlepšování situace a budoucnosti lidí“. Při poskytování rozvojové pomoci je také třeba nespoléhat pouze na aktivity vlád, ale zapojit také nevládní organizace a další součásti občanské společnosti, kterým je třeba pomoci i v případě, že jejich vlády zastávají politiku nedodržování lidských práv.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέλαβε τη μακροχρόνια δέσμευση για τη βελτίωση της αποτελεσματικότητας της βοήθειας και της ανάπτυξης μέσω της αναπτυξιακής συνεργασίας και τον Δεκέμβριο θα είναι η 5η επέτειος της δημιουργίας της εταιρικής σχέσης του Busan για την αποτελεσματική αναπτυξιακή συνεργασία. Μέσα σε αυτό το πλαίσιο, η εν λόγω έκθεση τονίζει τον καίριο ρόλο της Επίσημης Αναπτυξιακής Βοήθειας. Σημειώνει την ανησυχία της για το γεγονός ότι μόνο 5 κράτη μέλη είχαν δημοσιεύσει, μέσα στο 2015, σχέδια εφαρμογής του Busan, ενώ καλεί τα κράτη μέλη να δημοσιεύουν τα σχέδια εφαρμογής και να υποβάλουν έκθεση αναφορικά με τις προσπάθειες τους. Επίσης επισημαίνει την ανάγκη να σεβαστεί ο ιδιωτικός τομέας τις αρχές του διεθνούς δικαίου και των κοινωνικών περιβαλλοντικών προτύπων. Για αυτούς τους λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Αντιτασσόμαστε σε μια ενιαία αγορά συνεργασίας με τρίτες χώρες. Η μέχρι τώρα οικονομική πορεία έχει αποδείξει ότι η έλλειψη διαφάνειας από τοπικές κοινότητες και εκλεγμένους αντιπροσώπους δεν διασφαλίζει την πραγματική φορολόγηση κερδών εκεί όπου ασκείται η δραστηριότητα, με αποτέλεσμα την παράνομη χρηματοοικονομική ροή.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – A jelentés kiemeli az Unió hosszú idejű elkötelezettségét amellett, hogy fejlesztési együttműködés útján javítsa a támogatások és a fejlesztések hatékonyságát. Ennek megfelelően az Európai Parlament már az előző ciklus során állást foglalt a segélyhatékonyság javításának kérdéséről, amelyet most a fejlesztési hatékonyság átfogóbb fogalma foglal magában. A jelentés rámutat, hogy öt év elteltével fontos számba venni a támogatások és a fejlesztések hatékonyságával kapcsolatos globális kötelezettségek végrehajtását, továbbá, hogy ez az alkalom annak elemzésére is jó lehetőséget kínál, hogy megvizsgáljuk, a támogatások és a fejlesztések milyen módon járultak hozzá a fenntartható fejlesztési célokhoz, valamint a fejlesztésfinanszírozásról szóló addisz-abebai menetrend végrehajtásához.

Fontosnak tartom megjegyezni, hogy az Unió alapvető szerepet játszott mind a segély- és fejlesztéshatékonyság jelenlegi normáinak kialakításában, mind pedig a 2030-ig szóló menetrend elfogadásában, és most, hogy beléptünk a végrehajtási szakaszba, továbbra is vállalnia kell a vezető szerepet ezekben a kérdésekben. Érdekes részletként jelenik meg, hogy az Európai Unió és a tagállamok kötelezettséget vállaltak arra korábban, hogy bruttó nemzeti jövedelmük 0,7%-át támogatási célokra ajánlják. Mindezt az Európai Fejlesztési Alapon (EFA) keresztül, tehát átlátható, kiszámítható és elszámoltatható módon. Úgy gondolom, hogy ezen keresztül innovációval és technológiával tudjuk hatékonyan segíteni a fejlődő országokat.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska od wielu lat angażuje się w poprawę skuteczności pomocy i rozwoju. W grudniu tego roku przypada piąta rocznica przyjęcia Partnerstwa z Pusanu w sprawie skutecznej współpracy. Po pięciu latach ważne jest zatem, aby podsumować realizację globalnych zobowiązań. Jest to jednocześnie dobra okazja do przeanalizowania, w jaki sposób zwiększenie skuteczności pomocy i rozwoju mogłoby się przyczynić do realizacji celów zrównoważonego rozwoju ONZ i planu działania z Addis Abeby dotyczącego finansowania pomocy.

Unia jako największy na świecie darczyńca ponosi szczególną odpowiedzialność w zakresie poprawy efektywności rozwoju i odpowiedzialności na całym świecie. Jednocześnie musimy promować zintegrowane zarządzanie w oparciu o praworządność i poszanowanie praw człowieka w krajach rozwijających się.

Powinniśmy dążyć do opracowania nowych inicjatyw mających na celu rozwój projektów w zakresie współpracy trójstronnej, obejmujących nowych darczyńców i kraje o średnich dochodach. Unia, a także jej państwa członkowskie muszą być bardziej proaktywne i systematyczne w kwestii angażowania w programowanie parlamentów krajowych, władz lokalnych, społeczeństwa obywatelskiego oraz podmiotów prywatnych.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietinnön puolesta. Erityisesti korostan uskonnollisten yhteisöjen pitämistä kehitystoimijoiden piirissä, sillä näen heidän roolinsa tässä yhteydessä globaalisti merkittävänä. Kehitysapuyhteisöjen joukossa uskonnolliset järjestöt ovat yksi suurimmista toimijoista eikä heitä tule sulkea tästä listauksesta ulos.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Demersul comun, în sens de parteneriat mondial, în ceea ce privește creșterea eficacității cooperării pentru dezvoltare este necesar dacă se dorește cu adevărat transformarea lumii în care trăim, adică punerea în aplicare a Agendei 2030.

Este timpul responsabilizării (evident diferențiate) chiar și a celor care primesc ajutorul. Deplasarea accentului de la „eficacitate a ajutorului” la „eficacitate a cooperării pentru dezvoltare” este salutară în acest context, dar în măsura în care este fundamentată pe rezultate concrete în ceea ce privește contribuția la realizarea unei dezvoltări durabile și favorabile incluziunii.

Principiul „de a nu lăsa pe nimeni în urmă”, corespunzător filozofiei generale și angajamentului primordial al Agendei 2030, reprezintă esența creșterii eficienței cooperării în vederea dezvoltării societății, la nivel global. Însă procesul aplicării cu eficiență și eficacitate a acestui principiu solicită indicatori de operaționalizare și monitorizare, schimb de bune practici și evaluări substanțiale, diseminarea rezultatelor și a progreselor înregistrate, astfel încât responsabilizarea și impactul cooperării pentru dezvoltare să crească, nu doar la nivel de stat membru. De asemenea, necesită politici naționale, corespunzător fundamentate, referitoare la ajutorul adecvat pentru dezvoltare, în vederea creșterii responsabilizării tuturor celor interesați în dezvoltare.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În calitate de principală sursă de ajutor pentru dezvoltare la nivel mondial, Uniunea Europeană are și o mare responsabilitate în ceea ce privește reglementarea corespunzătoare a acestui sector. Principalele probleme în acest sens sunt reprezentate de eficiența ajutorului și de transparența fondurilor oferite de Uniune țărilor în curs de dezvoltare.

În urma desfășurării celui de al patrulea Forum la nivel înalt privind eficacitatea ajutorului pentru dezvoltare, în 2011, s-a stabilit înființarea unui mecanism instituțional pentru monitorizarea acestui domeniu, sub forma Parteneriatului mondial pentru o cooperare eficace în scopul dezvoltării (GPEDC). Acesta este menit să fie o platformă de dialog la nivel internațional și să asigure îndeplinirea angajamentelor luate de statele participante. Scopul final este atingerea obiectivelor de dezvoltare durabilă (ODD) adoptate de Adunarea Generală a ONU și punerea în aplicare a Agendei de acțiune de la Addis Abeba, documente adoptate în 2015. În vederea îndeplinirii acestor obiective, UE susține o serie de abordări inovatoare pentru ca fiecare dintre actorii relevanți să își realizeze menirea, precum și să se adopte noi mecanisme, cum ar fi proiectele de cooperare triunghiulară, cu implicarea parlamentelor naționale, a autorităților locale, a societății civile și a sectorului privat. Este o inițiativă lăudabilă și, de aceea, susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé positivement lors du vote de ce rapport. L'Union européenne, en tant que premier donateur mondial en matière d'aide au développement, assume une responsabilité particulière dans l'amélioration de l'efficacité de l'aide et la responsabilisation entourant le soutien de l'Union dans le monde. Au-delà de cet aspect, l'Union devrait chapeauter les efforts mondiaux visant à faire progresser l'efficacité du développement et veiller à ce que la transparence, la bonne gouvernance et l'état de droit dans les pays en développement demeurent au cœur des préoccupations.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The Busan Global Partnership for Effective Development Cooperation is the multilateral agreement between civil society organisations, as well as partner governments, traditional donors, BRICS and private donors. In the aim of increasing aid and development effectiveness, the Busan Partnership for Effective Development Cooperation is now being reviewed, ten years on, in order to scrutinise implementation of the global commitments regarding aid and development effectiveness. I voted in favour of the report on increasing the effectiveness of development cooperation because I believe the aid-monitoring framework that was established ten years ago has to be built upon to be further strengthened and adjusted for maximum success.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Ritengo che sia importante focalizzarsi sulla qualità e l'efficacia delle risorse stanziate. L'aiuto allo sviluppo è composto infatti da molte voci, tra questi vi sono anche finanziamenti per le agenzie internazionali, le banche di sviluppo, i crediti di aiuto. Sono tutte componenti utili, ma occorre non perdere di vista l'obiettivo centrale, ossia la lotta alla povertà sostenendo nei paesi la definizione di politiche di sostegno alla popolazione e la realizzazione di interventi efficaci nel quadro dell'Agenda 2030. L'UE e i suoi Stati membri sono invitati a lavorare a nuove iniziative per sviluppare progetti di cooperazione triangolare con il coinvolgimento di donatori emergenti e paesi a reddito medio. L'UE, anche a livello di delegazioni, e i suoi Stati membri potrebbero essere più proattivi e coinvolgere sistematicamente parlamenti nazionali, enti locali, società civile e attori privati nella programmazione e negli impegni finanziari legati all'assistenza allo sviluppo, pubblicando analisi degli aiuti per la cooperazione allo sviluppo specifiche per paese. Fondamentale è poi ridurre i costi amministrativi che impegnano una percentuale troppo alta degli aiuti pubblici allo sviluppo.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije za povećanje učinkovitosti razvojne suradnje. Smatram da prijedlog rezolucije predstavlja svojevrsno nadovezivanje na pravnu stečevinu Pariške deklaracije iz 2005., Akcijskog plana iz Accre iz 2008. i sastanka G20 u Busanu 2010. Budući da se Europska unija obvezala predvoditi program razvojne učinkovitosti te biti kreator razvojne globalne arhitekture, smatram da je ova rezolucija indikator konzistentnosti puta Unije. Na strani EU-a poduzeti su važni koraci u pogledu povećanja transparentnosti pomoći, unaprjeđenja zajedničkog programiranja, rješavanja problema sukoba i nestabilnosti te mjerenja rezultata. Posebno bi trebalo primiti na znanje napredak u pogledu zajedničkog programiranja, koje sada obuhvaća više od polovice partnerskih država koje primaju razvojnu pomoć EU-a.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Pritariau Cristian Dan Predo pranešimui, nes Europos Sąjungai, kuri yra didžiausia pasaulyje vystomosios pagalbos teikėja, tenka ypatinga atsakomybė tiksliai pritaikyti ir teikti naudingą pagalbą. Pritariu minčiai, kad reikia ieškoti novatoriškų požiūrių tvaraus vystymosi srityje visame pasaulyje. Sutinku, kad norint teikti kuo veiksmingesnę pagalbą turime remtis keturiais principais: sutelkti didesnį dėmesį į paramos rezultatus, ribojančius skurdą ir nelygybę besivystančiose šalyse, skaidrumą ir bendrą atsakomybę, atskaitomybę plėtros prioritetų požiūriu ir šalių donorių visuomenės palaikymą.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Iako je razvojna pomoć pridonijela napretku mnogih zemalja, napredak je i dalje neujednačen jer se principi njegova provođenja ne poštuju jednako u svim zemljama. Upravo zbog toga Europska unija i države članice moraju raditi na razvoju fleksibilnijih, predvidljivijih i odgovornijih projekata koji više pridonose razvoju. Smatram da je cilj održivog razvoja koji se odnosi na mir, pravdu i snažne institucije od najveće važnosti za učinkovitost razvojne pomoći budući da su vladavina prava i poštovanje ljudskih prava u zemljama u razvoju neophodni elementi za pružanje razvojne pomoći i smanjenje siromaštva.

Osobito podržavam stav da je na razini Europske unije i na globalnoj razini potrebno postići više s manje financijskih sredstava kako bi se povećala učinkovitost razvojne pomoći, te smatram da se to može ostvariti javno-privatnim partnerstvima s privatnim sektorom. Zato sam glasovala za izvješće o povećanju učinkovitosti razvojne suradnje.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o povečanju učinkovitosti razvojnega sodelovanja sem podprla. EU je največja donatorka razvojne pomoči na svetu in je zato še posebej odgovorna za izboljšanje učinkovitosti svoje pomoči in povečanje odgovornosti, ki je z njo povezana.

Poleg tega bi morala biti EU na čelu globalnih prizadevanj za napredek agende za učinkovitost razvoja ter poskrbeti za to, da v središču pozornosti ostanejo preglednost, dobro upravljanje in vladavina prava v državah v razvoju. EU je dolgoročno zavezana k izboljšanju učinkovitosti pomoči in razvoja prek razvojnega sodelovanja.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de esta resolución que subraya la plena actualidad de los Principios de Eficacia del Desarrollo. Considero fundamental que la agenda de eficacia sea un pilar clave de la implementación de los Objetivos de Desarrollo Sostenibles. La resolución resalta la importancia de que toda política de desarrollo cumpla con los principios de apropiabilidad y alineamiento con las estrategias de desarrollo nacionales de los distintos países, haciendo hincapié en la necesidad de desligar la ayuda y de la importancia de hacer uso de los sistemas de contratación pública de los países socios como primera opción. La resolución también señala que los agentes del sector privado deben adherirse a los principios de la eficacia del desarrollo y, atenerse a los principios de responsabilidad social de la empresa durante todo el ciclo de vida del proyecto y destaca la necesidad de que el sector privado respete los principios del Derecho internacional y las normas sociales y en materia de medio ambiente, así como, el Pacto Mundial de las Naciones Unidas sobre derechos humanos, los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos, las normas fundamentales de la OIT en materia laboral y la Convención de las Naciones Unidas contra la Corrupción.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – I support this report and the objective of increasing the effectiveness of development cooperation. In particular solving the root problems of migration in Africa will help Europe's current dramatic issues linked to migration. Fighting against poverty and under-development in our Southern Mediterranean is in our own interest.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Ce rapport pointe les améliorations à apporter aux programmes d'aide au développement proposés aux pays en voie de développement, notamment africains. Ce rapport pointe à la fois les problèmes comme la fragmentation de l'aide, le manque de coordination entre donateurs, agences d'aide et pays donateurs. En effet, l'Union est le premier donateur au niveau mondial (68 milliards d'euros en 2015).

L'aide européenne est victime d'une dispersion puisque près de 75% de celle-ci est allouée par les États membres selon des procédures nationales afin de garder un lien fort vers d'anciennes colonies (France, Pays-Bas, Espagne, etc.).

C'est un problème récurrent dans cette commission: la nécessité d'une coordination accrue avec les politiques nationales qui va à l'encontre de notre philosophie, puisqu'en filigrane, c'est donner plus de pouvoirs à la Commission.

Ce rapport apporte quelques pistes intéressantes comme la nécessité d'inclure tous les participants (y compris les acteurs locaux, la société civile, le secteur privé, les parlements nationaux, les syndicats) avec comme corollaire une responsabilisation plus forte. Les pays bénéficiaires sont encouragés à adopter des politiques nationales de développement, à consolider les finances publiques et à éradiquer corruption et gaspillage, afin de réduire à terme la dépendance à l'aide au développement. J'ai choisi l'abstention sur ce dossier.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Należy poprzeć główną myśl projektu sprawozdania, gdyż zarówno na szczeblu UE, jak i na poziomie globalnym ważne jest, by przy zaangażowaniu zasobów finansowych pomagać efektywniej, poprawiać jakość naszej pomocy rozwojowej. Ciekawym rozwiązaniem jest współpraca z sektorem prywatnym poprzez instrumenty łączone i w ramach partnerstwa publiczno-prywatnego.

Godne uwagi są wszystkie wynegocjowane kompromisy z wyjątkiem kompromisu nr 2, który dotyczy osłabienia kryteriów oficjalnej pomocy rozwojowej. Całościowo, głosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Unió hosszú ideje elkötelezett amellett, hogy fejlesztési együttműködés útján javítsa a támogatások és a fejlesztések hatékonyságát. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que subraya la plena actualidad de los Principios de Eficacia del Desarrollo. Considero fundamental que la agenda de eficacia sea un pilar clave de la implementación de los Objetivos de Desarrollo Sostenibles. La resolución resalta la importancia de que toda política de desarrollo cumpla con los principios de apropiabilidad y alineamiento con las estrategias de desarrollo nacionales de los distintos países, haciendo hincapié en la necesidad de desligar la ayuda y de la importancia de hacer uso de los sistemas de contratación pública de los países socios como primera opción. La resolución también señala que los agentes del sector privado deben adherirse a los principios de la eficacia del desarrollo y, atenerse a los principios de responsabilidad social de la empresa durante todo el ciclo de vida del proyecto y destaca la necesidad de que el sector privado respete los principios del Derecho internacional y las normas sociales y en materia de medio ambiente, así como, el Pacto Mundial de las Naciones Unidas sobre derechos humanos, los Principios Rectores de las Naciones Unidas sobre las empresas y los derechos humanos, las normas fundamentales de la OIT en materia laboral y la Convención de las Naciones Unidas contra la Corrupción.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *in writing*. – Abstained as although not against whole content of the report do strongly regret that it does not address the current blatant violations of development effectiveness principles by the EU in the context of its migration policies.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Teigiamai vertinu padarytą pažangą ir rekomenduoju, kad Komisija toliau dėtų pastangas siekdama užtikrinti, kad visi susiję veikėjai turėtų prieigą prie informacijos apie vystomojo bendradarbiavimo programavimo, finansavimo mechanizmų, projektų ir pagalbos srautų skaidrumą, ypač atsižvelgiant į Tarptautinę paramos skaidrumo iniciatyvą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on increasing the effectiveness of development cooperation. The EU has a long-standing commitment to improving aid and development effectiveness through development cooperation. The commitments taken in Busan, building on the acquis of the 2005 Paris Declaration and 2008 Accra Agenda for action, have helped define an international standard on aid effectiveness applicable to all actors of development. The EU, which has played a major role both in building the current standards for aid and development effectiveness, and in the adoption of Agenda 2030, should continue to assume leadership on these issues and contribute to the reflection on the articulation and synergies between the two, now that we have entered the implementation stage. I voted in favour because I strongly believe that more needs to be done, both at EU and global level, to increase the effectiveness of aid and development cooperation.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este texto se presenta de cara a la segunda reunión de alto nivel del Partenariado Global para la Eficacia de la Ayuda, que se celebrará en Nairobi entre el 28 de noviembre y el 1 de diciembre a modo de continuación de la que tuvo lugar en México DF en abril de 2014. Con la vista puesta en Nairobi, el Parlamento Europeo espera contribuir a la consecución de una posición común de la Unión frente a la tendencia a enviar comentarios nacionales a los redactores del Documento Final. Así pues, con el objetivo de respaldar el principio de la eficacia en la ayuda desde una postura europea, he votado favorablemente.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque enmarca y legitima la cooperación al desarrollo en la lógica de mercado, reforzando el papel de las empresas dentro de los mecanismos de la cooperación al desarrollo.

El llamamiento que incluye el texto a que los países receptores de ayuda asuman «la introducción de mecanismos de la economía de mercado», «la apertura de sus mercados a una competencia global» o «la movilización del capital privado», es un condicionamiento y un intento de utilizar la cooperación al desarrollo para injerir en la soberanía de cada país a la hora de organizar y regular su economía.

Rechazo la cooperación diseñada para abrir la puerta a los negocios de las empresas europeas en países empobrecidos. Y por tanto, rechazamos este informe que exige y condiciona —en pos de la «eficacia» de la ayuda— que terceros países posibiliten al sector privado el negocio con servicios básicos como las infraestructuras, la sanidad o la educación.

Por el contrario, entiendo que la eficacia de la ayuda pasa por la cooperación y el refuerzo del papel de los Estados de estos países empobrecidos, por el desarrollo de servicios públicos y por el control público de los sectores económicos estratégicos.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it sets out Parliament's position on the principles of effective development cooperation and how they can contribute to implementing the Sustainable Development Goals (SDGs), particularly in the context of 'doing more, with less' i.e. increasing development to meet the SDGs without dramatic increases in overall aid levels.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor om de aanmoediging van de parlementen van ontvangende landen aan nationale beleidsmaatregelen op het gebied van ontwikkelingshulp te benadrukken, om ervoor te zorgen dat donoren en ontvangende landen, waaronder de plaatselijke autoriteiten, meer verantwoording afleggen, het financieel beheer van overheidsmiddelen en de absorptiecapaciteit te verbeteren, corruptie en alle vormen van versnippering van de hulp uit te bannen, de belastingstelsels doeltreffend te maken en de voorwaarden te verbeteren om in aanmerking te komen voor begrotingssteun en om op de langere termijn minder afhankelijk te worden van ontwikkelingshulp.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Osallistuin tämän kehitysyhteistyön tehokkuuden parantamista käsittelevän mietinnön laadintaan ryhmäni varjoesittelijänä. Pyrin tuomaan mietintöön mukaan laajempaa näkökulmaa siihen, miten kehitystä voidaan tehokkaasti edistää. Kehitysavun ja -yhteistyön lisäksi tarvitaan myös muita kehityspolitiikan välineitä, jotta voidaan tehokkaasti poistaa köyhyyttä ja edistää muita kestävän kehityksen tavoitteita. Äänestin lopputuloksen hyväksymisen puolesta.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – En 2002, la Conférence de Monterrey devait nous faire passer de l'ère de l'inquiétude sur le volume de l'aide au développement à celle du questionnement sur la qualité de celle-ci. En 2005, la Déclaration de Paris promettait l'alignement des pays donateurs sur les objectifs de développement des pays bénéficiaires. En 2011, le Partenariat mondial devait travailler à délier la fourniture de cette aide de toute condition imposée par le pays fournisseur.

Nous sommes en 2016 et l'échec de ces ambitions est patent. Non seulement le volume de l'aide n'a pas atteint le niveau demandé depuis 1970, mais, loin de s'aligner sur les besoins locaux, l'aide est de plus en plus utilisée pour servir les intérêts d'entreprises européennes, y compris dans le cadre de la lutte contre le dérèglement climatique, quand elle n'est pas détournée à des fins de contrôle des migrations.

Ce rapport ne rend que très partiellement compte de cette réalité. Il adopte par ailleurs une posture contradictoire avec les principes qu'il énonce en prétendant décider ce à quoi l'aide doit être prioritairement destinée. Je me suis abstenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta discussão não está isenta de alguma hipocrisia. Ao mesmo tempo que alguns aqui desfiam um rol de pias preocupações, fazem por esquecer que são as políticas que aqui são decididas que, em larga medida, entravam as possibilidades de desenvolvimento dos países menos desenvolvidos.

A desregulação e a liberalização do comércio internacional e os paraísos fiscais são instrumentos privilegiados destinados a favorecer a drenagem de recursos dos países pobres para os países ricos, e não o contrário.

A coberto destas preocupações, o que alguns querem é impor aos países em desenvolvimento a sacrossanta economia de mercado – erigida em panaceia para todos os males da humanidade, – o papel do setor privado e a abertura de mercados à concorrência mundial.

A solução passa pela mudança de políticas e não pela insistência nos mesmos caminhos que nos trouxeram até aqui.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht stellt auf die Verbesserung der Koordination unter unterschiedlichen Geberländern ab, wobei er hier die Mitgliedstaaten der Union insbesondere zur besseren Kooperation mit Nationen wie Brasilien oder Russland auffordert. Weitere Aspekte sind die Verstärkung des Kampfs gegen Korruption in den Empfängerländern sowie die Einbeziehung privater Akteure. Insgesamt schließt der Bericht zwar eine finanzielle Erhöhung der Entwicklungshilfen nicht aus, fokussiert sich aber eher auf die Optimierung der Mittelverwendung („doing more with less"). Da diese Mittelverwendung bei der Entwicklungshilfe ein unterstützenswertes Ziel darstellt und in der vorliegenden Form keine zusätzlichen Belastungen der Mitgliedstaaten begründet, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul miglioramento dell'efficacia della cooperazione allo sviluppo. Considerando che l'UE è il principale donatore al mondo di aiuti per lo sviluppo, abbiamo una responsabilità importante e dovremmo essere in grado di guidare gli sforzi globali per incrementare lo sviluppo a livello mondiale. La relazione ricorda che l'UE si impegna a svincolare i propri aiuti e riconosce i progressi compiuti in questo campo; invita tutti i fornitori di aiuti allo sviluppo a incrementare gli sforzi per accelerare lo svincolo degli aiuti a livello globale. L'UE, che ha svolto un ruolo importante nell'adozione dell'Agenda 2030, dovrebbe continuare ad assumere la leadership su questi. Il programma d'azione di Addis Abeba ha condotto alla creazione di un forum ECOSOC delle Nazioni Unite per il finanziamento allo sviluppo, oltre al forum biennale per la cooperazione allo sviluppo dell'ECOSOC che mira ad essere un forum globale per la condivisione della conoscenza su tendenze e progressi nella cooperazione internazionale allo sviluppo. Il GPEDC offre invece una prospettiva particolare in quanto si concentra sui rapporti tra gli attori dello sviluppo e monitora i progressi compiuti nell'applicazione dei principi di efficacia degli aiuti e dello sviluppo.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As the largest development aid provider in the world, the EU is committed to improving the effectiveness of development aid to make sure aid spending is as effective as possible and reaches its intended targets.

This report sets out the steps the EU should take to meet the Busan commitments on aid effectiveness and to reach its development targets, whilst attempting to 'do more, with less'.

The report forms a good outline on how the EU can maximise the effectiveness of its development aid and meet its development targets agreed in the Sustainable Development Goals (SDGs).

In order to make development policy truly effective, we must make sure we have policy coherence for development, and make sure we apply our values consistently to trade, economic and foreign policy. We must also properly recognise the role of culture as a powerful catalyst for development. This is an example of why EU action on this is so important.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă al colegului Cristian Preda referitor la creșterea eficacității cooperării pentru dezvoltare. În raport, se face apel la toți actorii din domeniul dezvoltării să se bazeze pe angajamentele asumate, precum și să își reînnoiască și intensifice eforturile pentru a face cooperarea în materie de dezvoltare cât mai eficace cu putință, în scopul de a realiza obiectivele și țintele ambițioase stabilite în Agenda 2030 și de a utiliza în mod optim resursele publice și private pentru dezvoltare. De asemenea, solicită utilizarea tuturor instrumentelor aferente politicii de dezvoltare pentru a eradica sărăcia.

Ca raportor pentru Regulamentul UE cu privire la minerale care provin din zonele de conflict, sunt un susținător al unei cooperări mai eficiente pentru dezvoltare, deoarece numai prin intensificarea eforturilor pentru eradicarea sărăciei și a exploatării oamenilor și comunităților din zonele de conflict putem să exercităm cu adevărat menirea UE de a promova democrația și drepturile omului pe tot globul.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Je to už 5 rokov, čo EÚ pre zaistenie účinnejšej rozvojovej spolupráce prijala dohodu Pusanského partnerstva. Túto dohodu schválilo 161 krajín a 54 medzinárodných organizácií. Ide o inkluzívnu dohodu, ktorá zoskupuje nielen štátnych aktérov, ale aj medzinárodné a regionálne organizácie, súkromný sektor a občiansku spoločnosť. EÚ prijala dlhodobý záväzok zvyšovať účinnosť rozvojovej pomoci. Globálne partnerstvo pre účinnú rozvojovú spoluprácu (GPEDC) sleduje plnenie záväzkov spomínanej dohody. Je treba si uvedomiť, že EÚ je najväčším poskytovateľom rozvojovej pomoci, a preto nesie veľkú časť zodpovednosti aj za zlepšovanie jej účinnosti. GPEDC, ktoré sa zameriava nielen na monitorovanie realizácie zásad účinnosti pomoci a rozvoja, ale i na vzťahy medzi jednotlivými aktérmi, môže poskytnúť pridanú hodnotu pre fórum o financovaní rozvoja, ktoré sa podieľa na realizácii a monitorovaní programu trvalo udržateľného rozvoja do roku 2030.

Jan Zahradil (ECR), *písemně*. – Skupina ECR předloženou zprávu bez výhrad podporuje. Souhlasíme, že „je třeba dělat více s menším množstvím vynaložených prostředků“, a současná migrační krize, které v EU čelíme, je jen obrazem chudoby a absence jakékoli ekonomické či sociální perspektivy v řadě rozvojových a nejchudších zemí světa.

Rád bych zdůraznil především tři následující principy, které považuji za zásadní vektory zvýšení účinnosti našich rozvojových politik:

1. role soukromého sektoru je klíčová. Soukromý sektor je vedle tradičních vládních a nevládních rozvojových organizací skutečným a účinným partnerem našich rozvojových strategií a je novým zdrojem financovaní rozvojové pomoci obecně;

2. Evropská unie nemůže nést sama odpovědnost (a důsledky) za neúspěch globálních rozvojových politik a pokračujících ozbrojených konfliktů. Je třeba více angažovat nové aktéry rozvojové pomoci, jako je Čína, Brazílie, Turecko, Rusko nebo Indie, a to nejen pro jejich geografickou blízkost, historické vazby, ale i pro nedávnou či současnou zkušenost s vlastním rozvojem;

3. a v neposlední řadě je třeba připomenout, že efektivnost rozvojové pomoci závisí ve velké míře na rozvojových zemích samotných. Přijímající země musejí současně provádět prorůstové hospodářské politiky, které zavádějí mechanismy tržní ekonomiky, mobilizaci soukromého kapitálu a postupného zapojování do světové ekonomiky.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozvojová spolupráce je jedním z dlouhodobých závazků Evropské unie, a proto podporuji tuto zprávu, která se zabývá možnostmi, jak zvýšit její efektivitu. EU jako jeden z největších poskytovatelů rozvojové pomoci nese zvláštní odpovědnost za zlepšování účinnosti pomoci na celém světě, a proto by měla jít příkladem ostatním aktérům. Domnívám se, že je důležité podporovat nejen rozvojovou pomoc a její financování, ale zároveň také prosazovat přístup, který jde za hranice této pomoci. Mám tím na mysli například kroky v oblasti zvýšení transparentnosti pomoci, zlepšení společného plánování anebo zajištění dobré koordinace mezi zainteresovanými aktéry – především v oblasti monitoringu, transparentnosti a sdílené odpovědnosti. Při prosazování rozvojové politiky totiž považuji za nezbytně nutné zapojení všech důležitých aktérů – vnitrostátních parlamentů, místních orgánů, subjektů ze soukromé sféry, ale i lokálních aktérů. Jedině tak může být rozvojová spolupráce efektivní.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu pána poslanca Preda o zvyšovaní účinnosti rozvojovej spolupráce som podporila. Rozvojová spolupráca zohráva významnú úlohu pri dosahovaní cieľov trvalo udržateľného rozvoja. Súhlasím s tým, že tradičné poňatie rozvojovej spolupráce je potrebné zmeniť a prispôsobiť novým podmienkam, a mám za to, že aby rozvojová spolupráca dosiahla svoj cieľ, je potrebné úsilie na oboch stranách. Pomoc musí byť účinná, proaktívna a zároveň sprevádzaná efektívnymi rozvojovými politikami. Na druhej strane je potrebné opustiť vnímanie rozvojovej pomoci na princípe darca – príjemca. Takisto je dôležité, aby sa štáty nielen zaviazali na rozvojovú pomoc prispievať, ale aby aj skutočne splnili svoje záväzky z roku 2015 a prispievali vo výške sľúbených 0,7 % HND. Len zodpovedným splnením záväzkov, ktoré štáty na seba v oblasti rozvojovej spolupráce prebrali, si totiž Európska únia môže zachovať svoje globálne prvenstvo.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Preda, por concordar com a necessidade de utilizar da melhor forma os recursos públicos e privados para a cooperação e o desenvolvimento com vista à concretização das metas e dos objetivos ambiciosos definidos na Agenda 2030.

Destaco o papel fundamental da ajuda pública ao desenvolvimento no cumprimento da agenda para a eficácia do desenvolvimento, na erradicação da pobreza, na redução das desigualdades, na prestação de serviços públicos essenciais e no apoio à boa governação.

Para tanto, é necessário que a União Europeia e os seus Estados-Membros honrem o compromisso de afetar 0,7 % do rendimento nacional bruto à cooperação para o desenvolvimento e adotem um roteiro eficaz com vista a alcançar a meta acordada de forma transparente, previsível e responsável.

Destaco ainda a importância de colocar uma tónica forte nos grupos pobres, vulneráveis e marginalizados, tendo em devida consideração a igualdade de género e as situações de fragilidade e conflito, no contexto da agenda da eficácia do desenvolvimento.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Jedan od ključnih modela pomoći koju Europska unija daje drugim državama je razvojna suradnja. Podržavam ovo izvješće jer ono jasno ističe upravo važnost razvojne pomoći i održivog razvojnog financiranja, ali i poziva na nadogradnju postojećeg pristupa. To se temelji na poticanju učinkovitosti i osnaživanju lokalnih zajednica te nacionalne otpornosti svim generatorima nestabilnosti ekonomskog razvojnog puta. Nužno je, ipak, s druge strane osigurati što je moguće veću transparentnost i informiranost o tokovima pomoći kako bi se osigurala maksimalna djelotvornost u postizanju ciljeva održivog razvoja. Suradnja s akterima na državnoj razini, ali i na razinama regionalne i lokalne vlasti, ključna je kako bi se programima i financiranjem postiglo približavanje ciljevima kao što su smanjenje siromaštva, osiguranje jednakosti pristupa uslugama, pogotovo obrazovanju te uspostava modela samoodrživosti zajednica.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o povečanju učinkovitosti razvojnega sodelovanja.

Razvojni izzivi so se z novimi globalnimi izzivi, kot so migracije, prehranska varnost, mir in stabilnost ter podnebne spremembe spremenili in za njihovo reševanje potrebujemo odločne pristope in medsebojno sodelovanje.

Poročilo potrjuje pomembnost uradne razvojne pomoči in trajnostnega financiranja razvoja, hkrati pa spodbuja tudi samoiniciativen pristop, ki presega pomoč, ki jo zagotavljajo uradni razvojni programi. Menim, da je pomembno, da vsi razvojni akterji pristopijo k izkoreninjenju revščine in spodbujanju ciljev trajnostnega razvoja s tesnejšim sodelovanjem in zavedanjem o skupni odgovornosti za razvojne rezultate. Učinkovitosti razvojnega sodelovanja ni mogoče zagotoviti brez miru, spoštovanja človekovih pravic in pravne države ter mednarodnih načel in standardov prava.

Πρόεδρος. – Οι Αιτιολογήσεις ψήφου περατώνονται.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Η συνεδρίαση διακόπτεται στις 13.00 και επαναλαμβάνεται στις 15.00)

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Lage in Syrien (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Lage in Syrien (2016/2933(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, honourable Members, thank you all for keeping a constant focus on Syria in your plenary debates. I am really sorry I could not be with you in person last month, but I believe this is the fourth or fifth time this year that we have had a plenary debate on our work on Syria. Last month I was in Brussels for the Afghanistan conference, another important file in which the European Union has a very important part to play, but the Slovak Presidency briefed me on your October exchanges, and they also provided a very important input for the discussions we had at the Foreign Affairs Council both in October and last week.

We have discussed Syria again, as I mentioned, in the Foreign Affairs Council both in October and last week, on Monday to be precise, and I have engaged in a number of meetings with both Syrian, regional and international actors, so for me this debate is a very precious opportunity to update you with the most recent initiatives and contacts and work we are carrying on, starting from the work on the humanitarian side that, together with Christos Stylianides, we have carried out relentlessly, I would say, in these last months.

Over the last few days, there has been a new escalation of violence against the eastern neighbourhoods of Aleppo. The resumption of airstrikes has worsened the humanitarian situation even further, particularly because it has left hundreds of thousands of besieged civilians without access to functioning hospitals. Together with Christos and his team, whom I would like to praise, and together with the United Nations, we are working literally day and night to create the conditions to let the humanitarian aid in, and to let the wounded out, of East Aleppo, as as well as to other besieged areas all across the Syrian territory.

To reach this goal, we are engaging both internationally with all relevant actors, and on the ground. We are in constant contact with the city council of eastern Aleppo, as well as with civilian administrations in several parts of Syria. We are helping them provide services to the local population in the areas where this is possible. Our activity on the ground is increasingly recognised, first of all by the local players, by the Syrians themselves, and this is for me – and I can speak also on behalf of Christos and all the people who are working with us on this – the number one priority, that our work reaches the Syrians on the ground. Believe me when I tell you of our frustration at not managing to do more, but all the humanitarian work that is done is basically thanks also, I cannot say all, but almost all, to the funding, the work, the support, the logistics, the commitment of the European Union. Here again, I would like to thank our team, both on the ground and in Brussels, which has been working really at an incredible rhythm on this, in full coordination always, with the United Nations.

Our work, as I said, is increasingly recognised inside Syria but also internationally. The contacts and the channels we have developed in this field will be crucial also to any settlement and to the transition. As you all know, the delivery of humanitarian aid is proving to be a very difficult exercise, given the lack of a broader political agreement on the cessation of hostilities, and we have realised very clearly in these last couple of months that the military-to-military work on the cessation of hostilities is more and more difficult in the absence of a wider political understanding on the future of Syria. So what we risk is a vicious circle.

This is why, after having discussed this with the Foreign Ministers and with the Heads of State and Governments in the Foreign Affairs Council and in the European Council, I have started to reach out to the key regional actors on the future of Syria. This means that in the last weeks I met and had talks with the foreign ministers or leaders, presidents, of different countries of the region on a clear agenda. In the name of transparency, and also in sharing with you this work, let me go into a rather detailed list again. I know this is not the politics we need to talk – we would also need to talk politics, but I think it is also important for you to know exactly what this regional outreach is meaning by now.

Meetings with Foreign Minister Al Thani of Qatar in Brussels. Then I headed to Tehran where I met President Rouhani and Foreign Minister Zarif, and two days later to Saudi Arabia to see King Salman. Last week I discussed this in Brussels with Foreign Minister Bassil of Lebanon. Over the weekend I met with Emirates Foreign Minister Sheikh Abdullah and Foreign Minister of Jordan Nasser Judeh. Contacts with others, notably Turkish Foreign Minister Çavuşoğlu and Egyptian Foreign Minister Shoukry will also follow. And on Friday, just a few days ago, we hosted a meeting with the Syrian opposition groups, the leaders of different groups that I met at length in Brussels to share this process with them, to listen to their views to ensure full ownership and an active participation on their side. And obviously all of this is done in constant contact with Staffan de Mistura and his team, both in Geneva and in the United Nations headquarters in New York.

So now to content. The focus of this outreach is on the future of Syria, looking in particular at the post-conflict end state. What I am trying to do is identify areas of common ground and possible elements of a positive agenda with all the key actors. The issues that we are discussing in the framework of this outreach include political accountability, decentralisation or devolution, participation and protection of all components of the very diverse Syrian society. I know that this Chamber is particularly attentive to the situation of Christians in the region; this is also part of our outreach. Reconciliation, especially the local exercises of reconciliation, and economic reconstruction. On the latter let me be extremely clear: the European Union is and will be ready to engage in the economic reconstruction of the country, together with other partners. But, let me stress as I stress it to our partners in the region, this will only happen once a political transition has begun under the framework of UN Security Council Resolution 2254.

This work aims at improving the chances for the success of the UN mandate and the UN Special Envoy for the intra-Syrian talks. Our regional outreach can help create some space and some confidence for the talks to start because of course it is, as I said, for the Syrians to decide the future of the country in direct talks under UN auspices, but in the meantime, if as the European Union we can provide some space regionally to accompany this process, it could only be useful.

In six years of war we should have learned something about the conflict in Syria. At times, an agreement between global powers could not hold, even if it was found, because the situation was out of control on the ground. In other cases, local ceasefires did not hold even if they were reached, because there was no agreement on a broader political level, either in the region or internationally. As I said, sometimes it is a vicious circle. Things locally do not hold because the international regional framework is not accompanying; at some other times you find an agreement on regional and international level and you do not have the local actors on your side.

So peace in Syria will require at the same time an agreement among world powers, the UN framework, among regional actors, the work we are trying to do, and all local players. I understand that it might sound strange to talk and to work on post-conflict at exactly the moment when war still rages on, and yet, talking about reconstruction, reconciliation, post-conflict, the system of governance, that could ensure Syria future a way, is a way of maybe opening the door for a process of peace. Because only if we start putting all the pieces together and to create some kind of consensus among the regional actors and among the citizens will we contribute to building peace in Syria.

Now as you know very well, and as I repeated many times, the European Union is not militarily involved in this war. This is the result of a political decision, one that was taken years ago, that I fully share and that unites us all in Europe. We are not a party to the conflict. But this is not a constraint on our diplomatic action. On the contrary, this puts us in a privileged position as we work for peace. From our position, we understand better than others that there is no military solution to the war. We see that every escalation leads us further away, and not closer, to peace. We are in a privileged position as we can talk to everybody, we do talk to everybody, we are trusted by everybody, and I am convinced that the European Union will be, and is becoming, an indispensable force to make peace in Syria possible and to achieve it concretely on the ground.

I can only ask you, this Parliament, to keep supporting, as you have done constantly this year, our work on humanitarian grounds for creating the political space for peace in Syria and for all the people of Syria, to benefit from a brighter future in their country.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, lors de notre dernier débat sur la Syrie, j'avais décrit la situation humanitaire comme étant dramatique et, aujourd'hui, j'ai impression que les mots me manquent pour décrire l'horreur de cette guerre qui continue.

Comme vous le savez très bien, la population est prise au piège entre les bombes russes et celles du régime. Selon les chiffres de l'ONU, 1 million de personnes sont assiégées en Syrie. Le volet humanitaire doit rester la priorité de l'Union et, dans ce sens, je tiens à saluer votre travail, Madame la Haute représentante, et celui de M. Stylianides en vue de faciliter l'acheminement de l'aide en Syrie.

Pour ce qui est du volet politique, nous sommes forcés de constater la paralysie de la communauté internationale. Cette paralysie a un responsable et ce responsable est la Russie, parce que la Russie est là, elle jette des bombes et, en même temps, bloque toute décision significative au niveau du Conseil de sécurité des Nations unies. La Russie va payer pour cette position et ne pourra pas éviter, d'ici quelque temps, le prix de cette situation.

Avant de conclure, je voudrais dire que la position que nous avons adoptée, à savoir soutenir l'aide humanitaire et ne pas s'engager militairement, doit être maintenue au cours de la prochaine période.

Victor Boștinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to say to the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy that, in six years of war, the world has been repeatedly appalled by the atrocities against civilians carried out in Syria by Isis, Daesh and other terrorist groups. At the same time, the heavy, indiscriminate aerial bombardment of eastern Aleppo by Russia and the Assad regime has killed hundreds, and continues even as I speak today.

The S&D Group condemns in the strongest terms the widespread violation of human rights and international humanitarian law and the deliberate continuous targeting of civilians, humanitarian workers and medical facilities by the parties involved in Aleppo. We call on the armed parties to the conflict, both state and non-state, to allow an immediate cessation of hostilities so as to pave the way for the resumption of negotiations, thereby ensuring that humanitarian assistance reaches all people in need throughout Syria, and immediately to allow medical evacuation and the delivery of emergency goods.

We are deeply concerned about Russia heavily reinforcing its military navy in the eastern Mediterranean and about the renewal of large-scale airstrikes on Aleppo, which can only bring further death and suffering to the Syrian people. Watching this disaster, it is our impression that even dictionaries no longer have words to describe the atrocities and the slaughterhouse of Aleppo. We urge you, Ms Mogherini, the Member States and the international community, to use all diplomatic tools and pressure necessary to urge those involved, including the Russian-backed Syrian regime, to stop attacks on Aleppo and to ensure that all those responsible for war crimes and crimes against international humanitarian law are prosecuted under appropriate, impartial criminal justice.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, nearly six years on since the start of the civil war we find ourselves in a position where Syria has become an almost accepted item or piece of intractable, insoluble foreign policy and a tragic killing field. Like so many others in the House, I also advocated a no-fly zone five years ago before Russia entered the conflict, which would have limited the loss of life and would have prevented us reaching this stalemate we now see today. But I do of course recognise and thank the High Representative for the excellent and fantastic job she is doing to try and re-engage and resume talks. The atrocious siege of Aleppo by Assad's army with the support of Russian bombers continues. UN special envoy Stephen O'Brien has described the situation as being one of a deliberate tactic of cruelty by Assad and Russia. We wait now to see what the Trump administrative policy will be with regard to Syria, but his comments regarding a deal with Russia over Syria and Ukraine leaves little room for optimism, both by betraying Ukrainian sovereignty and turning a blind eye to war crimes carried out against innocent civilians. We can draw some comfort that evil Isis is now being squeezed in Raqqa, but my fear is that they will regroup and re-emerge elsewhere, including in our cities in Europe.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, on Friday the world was an eyewitness to babies being bombed out of their incubators, and as the last hospital in Aleppo was targetedly pounded we must ask ourselves: why were we, those who promised 'never again', unable to prevent or stop these crimes against humanity from happening? It fills me with unspeakable shame.

The Syrian war has now lasted longer than the Second World War, and the Council still does not have a common position even while the impact of the war in Syria continues to shake the EU at its core. It is beyond comprehension, and particularly Prime Minister Renzi's veto, preventing sanctions on Russia for the role that Putin's army plays in bombing children, is a disgrace. Putin has taken maximum advantage of our absence.

So we do need an EU strategy, not on paper but one that leads to meaningful action, otherwise our negotiating position or persuasion towards third countries is far too weak. And while the EU and Member States are the main humanitarian donors, two thirds of Syrians do not have regular access to water and six million children need life-saving assistance. We are clearly not doing enough. Starvation is used as a war crime; look at Lebanon to draw your own conclusions. Declaring the statement with Turkey on migration as the Holy Grail will not solve our problems, especially when the EU is not delivering its part by ensuring relocation.

My Group calls again for sanctions to be put in place against Russia's role in committing war crimes, and the EU should lead broader efforts towards accountability and ending impunity. That includes ensuring that the hundreds of thousands of people being tortured and killed in prisons in Syria are not forgotten. Let there be no confusion: the hunger, despair, torture, bombardments and repression are causing people to flee. Assad's barbarism is also directly leading to radicalisation.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, Alta Representante, hay demasiada propaganda en todo lo que ocurre en Siria. Lleva un doble estándar que no ayuda para nada.

Por ejemplo, noticias que no salen en los grandes medios de comunicación y, por lo tanto, no están en nuestras intervenciones.

El 17 y el 18 de noviembre de 2016, los rebeldes moderados de Al Qaeda reprimieron a tiros las manifestaciones registradas en los barrios del este de Alepo, que pedían salir por los corredores humanitarios que habían abierto Rusia y el Gobierno sirio. El 30 octubre hubo un ataque con armas químicas en el este de Alepo. El 13 de noviembre lanzaron un ataque con cloro que mató a 28 personas.

Podríamos hablar también de la respuesta que dio el portavoz del Departamento de Estado de Estados Unidos, John Kirby, a una periodista, acusando a Rusia de determinados ataques contra hospitales. Cuando nos vamos a la fuente —una ONG turca—, esa ONG dice que no acusa a Rusia de bombardear los hospitales de Alepo; ni la OMS, a la que pertenece; ni siquiera la oficina regional del Comité Internacional de la Cruz Roja, en Damasco, que dice que confirma los ataques, pero no puede saber quién los hizo. Por lo tanto, dejemos ese maniqueísmo.

Hemos exigido a todas las partes que cumplan el Derecho internacional, pero solo juntos podemos llegar a la paz. Por lo tanto, no sigamos llamando «oposición» a los terroristas: son los mismos que atacaron en Bruselas o en París; son los mismos de Al Qaeda, que atacaron el 11 de marzo en mi país.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Hohe Vertreterin! Die Nachrichten, die uns täglich aus Syrien erreichen, sind extrem grausam, und insbesondere die Situation in Aleppo hat sich in den vergangenen Wochen erneut dramatisch verschlechtert, vor allem durch die brutalen Luftangriffe seitens der syrischen Armee und Russlands. Hier muss die EU weiterhin diplomatischen und wirtschaftlichen Druck auf die Konfliktparteien und ihre Verbündeten ausüben, um einen Waffenstillstand und eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu erreichen.

Gleichfalls muss sich die EU stärker dafür einsetzen, Menschenrechtsverletzungen an Gefangenen zu beenden. Sowohl in den Gefängnissen der Regierung als auch in den Haftzentren, die von bewaffneten Gruppen unterhalten werden, werden Menschen gequält, gefoltert und getötet. Nach Angaben von Amnesty International sind seit Beginn des Konflikts allein in Gefängnissen des syrischen Regimes mehr als 17 500 Menschen ums Leben gekommen. Die EU muss sich hier dringend dafür einsetzen, dass Gefangene angemessen behandelt werden, dass willkürlich Verhaftete freigelassen werden und dass internationale und unabhängige Beobachter Zugang zu Gefängnissen und anderen Haftanstalten in Syrien erhalten.

Das syrische Regime ist für die Mehrzahl der im Konflikt begangenen Verbrechen verantwortlich. Doch auch andere Konfliktparteien, insbesondere der sogenannte Islamische Staat, verüben brutale Verbrechen. Für eine dauerhafte Lösung des Syrienkonflikts ist es unerlässlich, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die schwerwiegende Verbrechen begangen haben. Alles andere wäre eine Verhöhnung der Opfer.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, Madam High Representative, the tragedy caused by the stalemate in Syria shows precisely the importance of mediation and diplomatic sophistication. That the international community has let this brutal civil war carry on for so long not only highlights its failure, but also displays an incredible lack of capacity in negotiation. That was often a role played by Great Britain, and it is my hope that our imminent diplomatic independence will allow us to fill this mediation gap, helping to assist the international community in working for the benefit of people trapped in these awful conflicts. We may not like everybody who we have to deal with on the international stage, but we cannot continue to allow conflicts to carry on over what ultimately boils down to disagreements between great powers. We must put these differences aside and return to sensible geopolitics, including the work towards a genuine sustainable peace in Syria.

Harald Vilimsky, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist Konsens hier in diesem Haus, dass man in aller Entschlossenheit gegen alle kriegerischen Aktivitäten entschieden vorgeht.

Aber gerade beim Syrienkonflikt habe ich etwas den Eindruck, dass hier die zwei großen Mächte – die US-Amerikaner und die Russen – nicht in gebotener Einigkeit agieren, um den eigentlichen Aggressor, nämlich den Islamischen Staat, nachhaltig auszuradieren, sondern eher, dass dieser Konflikt genutzt wird, um geopolitisch eine Konfliktlage zwischen den Amerikanern und den Russen hochzuschrauben. Das ist der falsche Weg.

Mittlerweile haben wir einen neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und ich habe den Eindruck, dass hier mehr Wille da ist, mehr Bereitschaft da ist, gemeinsam diesen eigentlichen Aggressor – den Islamischen Staat – zu neutralisieren. Je früher es gelingt, diesen Konflikt zu neutralisieren, desto rascher können auch all jene Menschen, die nach Europa gekommen sind, wieder zurück in ihre Heimat gehen, um hier bei der Stabilisierung und am Wiederaufbau in ihrem Land Hilfe zu leisten.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, elismerés illeti Főképviselő asszonyt azért a humanitárius segítségért, amit az Unió nyújt és nyújtott Szíria háború sújtotta lakosságának. A végső cél nem lehet más, mint fegyvernyugvás, béke és stabil állami működés megteremtése. Ehhez szükséges két nagyhatalomnak, az Egyesült Államoknak és Oroszországnak az együttműködése. A kapcsolatok most hidegháborús mélyponton vannak. Donald Trump megválasztása reményt ad arra, hogy ez a kapcsolat konstruktívvá válhat, és ebben az Európai Uniónak is pozitívan kell közreműködnie. Itt többször elhangzott, hogy az emberiesség ellen elkövetett bűnökért felelősségre vonásra van szükség. Ebben teljes mértékben egyetértek, de ezt nem lehet prekoncepcióval elindítani, csak az egyik félről beszélni, hanem ebben a sokrésztvevős háborúban teljes körűen kell föltárni minden fél által elkövetett bűntényeket.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I would like to thank Ms Mogherini for updating us and for her efforts to achieve something which seems to be impossible. But we need to continue our efforts, because the situation is deteriorating and peace negotiations are still at an impasse. We know that one million people are under siege, 200 000 are detained by the Assad regime under inhuman conditions. So I think our goal has still to be to achieve a ceasefire and to stop this massive violence against the civilian population for which both the Assad regime, backed by Russia and Iran, and Islamist extremists are responsible. And I support our colleague Schaake's conclusion that Mr Putin has taken maximum advantage from the weakness and inactivity of the EU. I think what is most important is to end this climate of impunity for people who are daily committing war crimes. And the second problem is that the EU should finally have a common EU/Syria strategy to facilitate political achievement. But I very much support your approach that we must be prepared for post-conflict reconciliation and reconstruction.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση με «γαλάζια κάρτα».* – Κατ' αρχήν δεν θα διαφωνήσω καθόλου για το αρνητικό της παρέμβασης και της Ρωσίας στην περιοχή. Νομίζω, όμως, ότι το να μη γίνεται καμία συζήτηση ή να μην γίνεται καμία αναφορά στις ευθύνες και άλλων κρατών, όπως είναι οι Ηνωμένες Πολιτείες και το Ηνωμένο Βασίλειο, δεν είναι σωστό, αν λάβουμε μάλιστα υπόψη ότι το κακό ξεκίνησε από την εισβολή στο Ιράκ. Ήθελα, λοιπόν, να ρωτήσω αν μπορείτε να έχετε πιο ολική προσέγγιση στο ζήτημα αυτό.

Tunne Kelam (PPE), *blue-card answer.* – I think we should appreciate actors by their deeds. While the United States and others are trying to avoid loss of civilian life, Russia, together with the Assad regime, is indiscriminately bombing the civilian population. This has been proved, and our first attention should go to those who are committing violence and war crimes against the civilian population, whoever they are.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, la catástrofe humanitaria que vive Siria es la combinación de tres factores al menos.

El primero de ellos es el fracaso continuado o la incapacidad de los actores globales del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas para prevenir un conflicto o para garantizar la paz y la seguridad internacionales en un conflicto que dura ya más de seis años.

El segundo elemento es la permanente violación de los derechos fundamentales y de las leyes humanitarias internacionales, a través de los continuados bombardeos de escuelas, de hospitales, de población civil: la violación —como digo— continua de los derechos más fundamentales.

El tercer elemento es la impotencia involuntaria de los actores humanitarios para poder acceder al lugar donde se necesita su actividad para aliviar el sufrimiento y para garantizar la pervivencia de esas poblaciones castigadas.

Ante esta situación, la Unión Europea debe apoyar el plan global humanitario propuesto por las Naciones Unidas que, a fin de cuentas, es la misma propuesta planteada no hace mucho por la Alta Representante y por el comisario Stylianides.

Y ese plan debe tener tres elementos fundamentales: garantizar la retirada médica de los heridos, garantizar el acceso de suministros médicos y permitir también alimentos a una población asediada.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Madam President, I can still see Chechnya and Grozny: total destruction and atrocities committed for the sake of maintaining geopolitical influence with total impunity for the perpetrators. The same is happening to Aleppo for the sake of maintaining, or regaining, influence by Vladimir Putin, Bashar al-Assad or the Iranian regime. There are crimes against humanity being committed there. Do we learn the lesson of history?

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhora Mogherini, com toda a franqueza e respeito, eu, sinceramente, não sei se estamos a falar do mesmo planeta ou se a União Europeia e a Comissão Europeia estão em total estado de negação. Eu não queria acreditar quando ouvi falar em começarmos a avançar para esta nova língua da situação de pós-conflito. O conflito está longe de terminar. Não vai terminar amanhã nem, se calhar, nos próximos anos, e não terminará amanhã nem nos próximos anos porque nós somos corresponsáveis por esta situação.

Enquanto a União Europeia continuar com esta visão maniqueísta do conflito, enquanto continuar a ignorar que continua a morrer gente todos os dias, que há uma disputa no território que vai para além disto tudo e que tem a ver com recursos e com posicionamentos geoestratégicos, enquanto ignorar que há um negócio de armas que está por trás de tudo isto, enquanto ignorar o papel da Turquia e dos países do Golfo, da Arábia Saudita, enquanto ignorar tudo isso e tentar contar uma história a preto e branco, enquanto continuar a ser parte do problema e não da solução, talvez não haja mesmo solução. Mas falar de solução para os conflitos, Sra. Mogherini, é mesmo estado de negação, é não aprender rigorosamente nada com o passado.

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, nous sommes chaque jour tous abasourdis par les images que nous voyons, particulièrement à Alep. Nous savons les crimes de guerre, nous savons les crimes contre l'humanité, nous savons la responsabilité du régime Assad et de ses complices, à savoir la Russie, l'Iran et peut-être demain les États-Unis de M. Trump.

Pour ma part, je suis toujours stupéfait de voir dans cet hémicycle la complaisance d'un certain nombre de responsables politiques vis-à-vis de Poutine. C'est la même chose dans nos pays européens. Je le vois dans la campagne présidentielle française, et même dans la primaire de la droite en France avec le candidat Fillon.

Cette complaisance est une corruption politique aujourd'hui totalement insupportable. Alors, comme nous n'irons pas faire la guerre à Alep, les moyens dont nous disposons, ce sont les sanctions contre les personnes et les groupes, les sanctions économiques contre le régime de Poutine. Appelons au boycott de la Coupe du Monde en Russie! On ne va quand même pas aller jouer au football à Moscou pendant que la Russie bombarde Alep. Prenons cette responsabilité sur les sanctions! Voilà un moyen d'action de l'Union européenne.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Bombningarna i Aleppo fortsätter. I konflikten har totalt över 300 000 människor dött och miljontals är på flykt. EU har tagit emot många migranter medan Gulfstaterna i närheten inte gör nästan någonting. Detta trots att de i många fall delar samma kultur och språk.

Det som går i rätt riktning i denna konflikt är dock att territoriet minskar för mördarna i IS. Offensiven i Mosul och på flera andra håll går i rätt riktning, och jag ser med glädje att flera byar har befriats från denna terrorgrupp. Det är dock långt kvar till att striderna tar slut. Vi i Europa måste vara mer beredda än någonsin på att nya terrordåd kan ske här, med tanke på att det blir svårare för islamistiska terrorister att ansluta sig till IS.

Jag vill dock understryka vilket misslyckande EU:s gemensamma utrikespolitik har varit i denna konflikt. EU:s medlemsstater får snällt sitta på sidlinjen och titta på medan den ej demokratiskt valda EU-kommissionen fastslår agendan. Vad har detta lett till? Jo, till att Europas roll i världen har reducerats till att invänta vad USA och Ryssland gör, och sedan stå här och rösta om resolutioner. Europas och särskilt mitt lands roll i världen var mycket starkare innan EU fanns. Jag vill inte stå här om ett år och rösta om ännu en resolution. Om ni i EU-kommissionen har tänkt er att sköta utrikespolitiken åt oss vill vi se resultat snarast.

Laurențiu Rebega (ENF). – Doamnă președintă, doamnă Înalt Reprezentant, este evident că de facto suveranitatea Siriei a fost grav încălcată. Este un teritoriu sfâșiat în care, în diverse zone, își exercită autoritatea diferite facțiuni. Intervențiile militare străine au înrăutățit această situație. Iarăși, este evident că, după atâția ani de război civil în care violențele și cruzimea au dus la uriașe pierderi de vieți omenești, o reconciliere națională va dura minim 20 de ani. Prelungirea războiului va duce la prelungirea acestei perioade sau/și la împărțirea actualului stat sirian în mai multe entități politice. Analizele arată că, în ultima vreme, actorii implicați își intensifică operațiunile militare pentru a putea ocupa un loc cât mai bun la masa negocierilor. Această intensificare a operațiunilor este plătită însă cu pierderi de vieți de către poporul sirian.

Uniunea Europeană ar fi putut juca un rol mult mai important în aplanarea conflictului și în blocarea organizațiilor teroriste. Din păcate, nu a făcut destul, iar implicarea a fost rigidă. Ori securitatea europeană depinde semnificativ de oprirea războiului și de aranjamentele post-conflict din Siria. Fac un apel către Consiliul European, către Comisie și către Înaltul Reprezentant să aibă în vedere, pe lângă intervențiile umanitare, și o politică mai activă și mai flexibilă, prin care să atingă aceste obiective.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η ορδή των φανατικών τρομοκρατών που η Δύση δημιούργησε, εξόπλισε και συνεχίζει να υποστηρίζει σύντομα θα εξαφανιστεί. Αισθάνεστε αμηχανία και προσπαθείτε με κάθε μέσο να αποτρέψετε τη συντριβή των μισθοφόρων που έχουν αιματοκυλίσει τη Συρία τα τελευταία έξι χρόνια. Στο πεδίο της μάχης πλέον κρίνεται το μέλλον των Σύρων και σύντομα θα πρέπει να προσαρμοστείτε σε νέα δεδομένα.

Επειδή πρέπει να τελειώνουμε μια και καλή με τους φανατικούς ισλαμιστές και με την υποκρισία, μπορεί να μου απαντήσει κάποιος στα ερωτήματα: πού ήταν η ευαισθησία της Ευρώπης όταν η Τουρκία εισέβαλε παράνομα στη Συρία; Αναβαθμίσατε το Μέτωπο Αλ Νούσρα από παρακλάδι της Αλ Κάιντα σε αξιοσέβαστο συνομιλητή, επειδή απλά άλλαξε όνομα;

Από τα μέσα μαζικής επικοινωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνεχίζετε την καθημερινή προπαγάνδα και την εσκεμμένη παραπληροφόρηση για το πόσο κακοί είναι οι Σύροι και οι Ρώσοι στο Χαλέπι και πόσο καλοί είναι οι κάθε λογής εκεί στασιαστές, αντικαθεστωτικοί ή ο δημοκρατικός στρατός, όπως αποκαλείται. Τα σχέδια αυτά ευτυχώς απέτυχαν και σύντομα αυτό θα είναι και επίσημο γεγονός. Ίσως στο μέλλον να βρεθεί μια νέα χώρα για να καταστρέψει η Δύση, αλλά να ξέρετε πως οι μέρες που μπορούσατε να καθορίζετε τις τύχες των λαών ανάλογα με τα συμφέροντά σας έχουν πια περάσει ανεπιστρεπτί.

David McAllister (PPE). – Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meinen Vorrednern kann ich mich nur anschließen, die Lage in Syrien ist entsetzlich. Es fehlen einem die Worte, wie der Kollege Preda es umschrieben hat.

Dieser Konflikt oder – präziser – diese humanitäre Katastrophe kann nicht militärisch, sie muss politisch gelöst werden. Die Debatte heute Nachmittag hat trotz unterschiedlicher Auffassungen gezeigt: Wir in der Europäischen Union können unseren Beitrag leisten, damit die Friedensverhandlungen der Vereinten Nationen das Töten in Syrien beenden.

Frau Hohe Vertreterin, ich möchte Ihnen ebenfalls – auch persönlich – danken, dass Sie Ende Oktober beispielsweise nach Teheran und nach Riad gefahren sind, um nochmals auf eine friedliche Lösung des Konflikts in Syrien hinzuwirken. Ohne die Einbindung der regionalen Akteure wird es keinen Frieden in Syrien geben können. In der Tat, Russland muss endlich seiner Verantwortung gerecht werden. Ich teile die heute vorgetragene Kritik an Moskau.

Bei allen Anstrengungen, eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen, muss eines ebenfalls klar sein: Die menschenverachtenden Angriffe dürfen nicht folgenlos bleiben, und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi giorni si sono succeduti attacchi indiscriminati contro scuole e ospedali, anche mediante l'utilizzo di armi chimiche. La popolazione è stremata dalla grave carenza di prodotti alimentari di base e forniture mediche nelle città controllate dalle parti in conflitto. La Siria, è stato detto, è logorata da sei anni di conflitto e ha urgente bisogno di una soluzione politica seria che coinvolga tutte le parti interessate.

Certo, l'Unione europea e le stesse Nazioni Unite devono svolge un ruolo di mediazione per rilanciare il processo di pace e garantire l'accesso umanitario. Ma ecco il punto: se non vogliamo che siano il caos e i rapporti di forza in campo a determinare un nuovo equilibrio nella regione, allora Le chiedo, signor Alto rappresentante, se non è venuto il tempo di compiere alcune scelte politiche che vadano oltre gli aspetti umanitari e che producano un vero e proprio punto di vista europeo sul quale deve essere questo nuovo equilibrio, evitando di lasciare il campo, da una parte, solo alla Russia, o agli intendimenti della nuova amministrazione americana.

Bas Belder (ECR). – Onder de paraplu van de Russische luchtmacht breidt de Islamitische Republiek Iran haar militaire invloed op het Syrische slagveld allengs uit. Onder supervisie van de Islamitische Revolutionaire Garde en haar gewillige Libanese instrument van de Hezbollah opereren daar tegenwoordig ook afzonderlijke brigades met tienduizenden sjiitische Pakistanen en Afghanen. Er wordt ook wel gesproken over de sjiisering van Syrië. De geopolitieke en hegemoniale doelstellingen van het ayatollahregime in Irak, Syrië en Libanon laten zich gemakkelijk raden. Zo ook het acute alarm bij de soennieten in de regio. Om maar niet te spreken van de staat Israël, waarvan de aanstaande vernietiging bij voortduring wordt geproclameerd door politieke en militaire leiders in Iran als vervolg op de inzet in Syrië.

Hoge Vertegenwoordiger, hoe kijkt u aan tegen het scenario van een regionale escalatie van het Syrische strijdtoneel en de aanjagende rol van Iran daarin? Is preventie met Europese inbreng nog mogelijk? Ik ben buitengewoon pessimistisch en ik denk dat de Irandeal daar treurig genoeg ook nog een aandeel in heeft.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, le nouveau président des États-Unis a reconnu la terrible responsabilité de ses prédécesseurs dans l'émergence de l'État islamique. Son élection à la tête de la première puissance mondiale devrait donc enfin changer la donne, d'autant qu'il a annoncé clairement qu'il allait s'associer aux Russes. Aux côtés des Syriens, ce sont en effet les seuls à lutter efficacement contre les barbares islamistes qui ravagent ce pays depuis plus de cinq ans maintenant. La situation serait évidemment pire aujourd'hui si les Américains avaient laissé MM. Hollande, Valls et Fabius faire en Syrie ce que MM. Sarkozy, Fillon et Juppé ont fait en Libye: la destruction totale du pays, livré aujourd'hui aux adeptes de la charia.

Il faut effectivement se donner les moyens d'éradiquer l'État islamique ainsi que les autres groupes djihadistes qui commettent des horreurs tout aussi détestables.

Il faut aider sur place les populations qui ont été les cibles de ces exactions, à commencer bien sûr par les chrétiens d'Orient, car la meilleure façon de les aider, c'est de leur permettre de continuer à vivre sur leurs terres ancestrales. Les aider ne consiste pas à les pousser à l'exil et au déracinement en leur faisant des promesses que nous ne pourrons pas tenir, car nous n'en avons pas les moyens.

Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Ja, wir sind in der Tat zum vierten oder fünften Mal hier, um über die Lage in Syrien zu sprechen. Wir sprechen immer wieder über die Wiederaufnahme der Bombardierungen. Warum ist das denn so? Es ist doch klar, dass diese Menschen diesen Krieg nur darum führen, weil sie Waffen erhalten. Und die Terroristen in Ost-Aleppo erhalten diese Waffenlieferungen eben über einen Korridor, der im Norden nach wie vor zur Türkei besteht, um gegen die entsprechenden Regierungstruppen zu kämpfen.

Es hat mich gefreut, dass Frau Mogherini genau mit denen gesprochen hat, die dafür verantwortlich sind, unter anderem mit der Türkei, mit den Außenministern von Saudi-Arabien und von Katar. Haben Sie, Frau Mogherini, aber auch über die Einstellung der Waffenlieferungen an die Terroristen verhandelt und gesprochen? Ich frage alle Kollegen hier in diesen 28 Mitgliedstaaten Europas: Welches Land in Europa oder auf der Welt erlaubt eine bewaffnete Opposition im eigenen Land? Es ist das Recht der Syrer, ihre eigene Souveränität zu verteidigen.

Lars Adaktusson (PPE). – Madam President, yesterday the Head of UN International Aid reported that the number of people living under siege in Syria has more than doubled over the last year. We are talking about one million people living under the most horrendous circumstances: isolated, starving, denied all humanitarian and medical assistance. Recently I travelled to Syria myself. I was invited by the Patriarch of the Syrian Orthodox Church, His Holiness Ignatius Aphrem. He took me to meetings with internally displaced persons (IDPs), with former hostages of the Islamic State and with leaders of the vulnerable Christian minorities. The overall message from all these suffering groups was very clear: please do not forget us, help us halt the violence.

The attacks on innocent civilians must stop. There is only one alternative to fighting to the bitter end. This only alternative is negotiations where all sides have to make concessions. Let us step up our efforts from the European side to make this possible. Let us increase our political pressure, on Russia especially, and on the regional actors feeding this very conflict.

Ana Gomes (S&D). – Vergonha é o que sinto como europeia por voltarmos a debater a Síria, sem nada se ter alterado. Alepo, inferno na terra, confronta-nos com homens, mulheres e crianças cruelmente bombardeados, escolas, hospitais, agentes humanitários e campos de refugiados deliberadamente atacados.

O Alto-Comissário da ONU para os Direitos Humanos pediu restrições ao veto dos P5 perante crimes de guerra, contra a humanidade ou genocídio, para ultrapassar a paralisia do Conselho de Segurança e levar os responsáveis pela carnificina na Síria ao Tribunal Penal Internacional. Porque não ouvimos a União Europeia a secundar este apelo, Sra. Mogherini?

A União Europeia e seus Estados-Membros têm sido incapazes de atuar estrategicamente, com sanções, corredores humanitários, *no fly zones*, ou o que quer que seja que faça alguma diferença pela paz na Síria. Permitimos, assim, a Putin ocupar o vazio em apoio do regime assassino de Assad e a grupos terroristas como o Daesh continuarem a massacrar o povo sírio com consequências diretas também para a segurança europeia.

Quando vamos perceber que, se não travarmos a guerra na Síria, estamos não apenas a fabricar mais refugiados, mas também a entregar gerações perdidas ao recrutamento terrorista?

Marcus Pretzell (ENF). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In Aleppo werden dieselben Terroristen bekämpft, wie sie in Paris, in Brüssel und anderen europäischen Städten zugeschlagen haben. Angesichts der sogenannten Erfolge der europäischen Außen- und Militärpolitik der vergangenen Jahre ist es einigermaßen anmaßend zu glauben, dass die Europäische Union Teil der Lösung – diesmal in Syrien – sein könnte.

Assad ist ein Diktator – gar keine Frage. Aber der Versuch, ihn zu beseitigen, hat Syrien ins Chaos gestürzt, hat eine Flüchtlingswelle in Richtung Europa ausgelöst, hat Terroristen nach Europa gespült und gleich auch noch eine Wanderungsbewegung aus Afrika und anderen Teilen der Welt nach Europa mitinitiiert.

Frau Mogherini! Die Türkei ist Teil des Problems – die Türkei, die bisher Partner der Europäischen Union war. Die USA sind Teil des Problems. Und ja, sicherlich wird auch Russland zur Lösung beitragen müssen. Es reicht aber nicht, auf Russland an dieser Stelle einzuschlagen.

László Tőkés (PPE). – Elnök Asszony, joggal állíthatjuk, hogy a szemünk előtt zajló szíriai háború a legnagyobb humanitárius válságot idézte elő a II. világháború óta. A nemzetközi erőfeszítések ellenére az országban a háborúskodások nem szűnnek, a polgári lakossággal szembeni kegyetlen bánásmód tovább tart, s ennek szenvedő alanyai között ott találhatók a nők, a gyermekek és az öregek. Aleppo helyzete különösképpen tragikus. Szíria egykori gazdasági központja romokban hever, az ellene irányuló totális légitámadások a védtelen lakosságot, sőt az egészségügyi intézményeket sem kímélik. Ezzel egyidőben az Iszlám Állam is országszerte garázdálkodik, és emberiesség elleni, illetve háborús bűnöknek minősülő sorozatos tömeggyilkosságokat követ el az őshonos keresztény és jazidi kisebbségek ellen.

A tarthatatlan helyzet végső soron csakis teljes körű nemzetközi összefogással volna rendezhető. Enélkül a válság tovább mélyül, és esély sem nyílik a tartós béke megteremtésére. Az Európai Uniónak az eddiginél is nagyobb szerepet kell vállalnia a szíriai válság megoldásában, utóbb pedig a menekültek hazatérésében, a társadalom, a szemben álló felek megbékítésében és az ország újjáépítésében.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, Madam Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, the last time I spoke about Syria I called for a no-fly zone against Syrian Government planes. I repeat this plea again as an urgent and necessary measure to ensure civilian protection. The need to protect civilians is paramount to any political process. Residents of Aleppo are at risk of extermination if we do not act now.

If we cannot trust Assad and Russia to stop bombing hospitals and schools how can we trust them to engage with them and implement a political solution? All EU states should develop and implement mechanisms to ensure that war criminals from the Syrian conflict are held to account. This is especially critical in light of Russia's veto of any accountability mechanism through the UN Security Council. I welcome the recent decisions to review EU sanctions against Syria. However, more needs to be done in this regard. Europeans want sanctions against the Assad regime, Russia and Iran.

Mariya Gabriel (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, tout d'abord, sur le plan humanitaire, nous devons sans relâche continuer nos efforts pour sécuriser l'aide humanitaire, protéger les civils et notamment faciliter une trêve générale autour d'Alep. Notre action au niveau local, comme vous l'avez souligné à juste titre, est primordiale.

Ensuite, Madame la Haute représentante, vous méritez nos félicitations et tous nos encouragements dans le travail de médiation que vous effectuez en essayant de créer les conditions favorables à la reprise d'un processus politique intra-syrien sous l'égide des Nations unies. Sous votre impulsion, l'Union peut trouver sa place de médiateur.

Les contacts du monde diplomatique sont primordiaux avec les acteurs régionaux, mais à d'autres niveaux aussi, l'Union doit anticiper ses actions, y compris en matière de réconciliation. Avec quels acteurs de la société civile, du monde académique, religieux et économique pensez-vous travailler? L'inclusivité du processus est essentielle pour une solution politique durable.

Enfin, l'Union devra aider à la reconstruction du pays. Nous devons anticiper l'immense travail de la reconstruction physique, le retour des réfugiés, le rétablissement de l'infrastructure économique et la création de l'emploi. Cela ne sera pas à nous de créer ni de mettre en place une stratégie d'après-guerre, mais bien aux Syriens. De notre côté, si nous voulons être un partenaire crédible et fiable de la Syrie de demain, nous devons nous assurer que nous serons au rendez-vous au bon moment, sans retard et sans délai.

Vous avez répondu dans votre introduction à ma question «comment nous préparons-nous avec les partenaires régionaux?», et je vous encourage à continuer dans cette direction.

Javi López (S&D). – Señora Presidenta, señora Mogherini, Alta Representante, tras seis años de guerra en Siria continuamos viendo como Al-Asad, Rusia, las potencias regionales o el extremismo islámico continúan chapoteando bajo la sangre de centenares de miles de civiles sirios y que nuestra estrategia de apoyo a de Mistura, sobre el territorio, de encontrar una salida negociada para el enviado especial, apoyando al enviado especial, está siendo insuficiente. Porque hay un bloqueo sobre el territorio de Damasco y hay un bloqueo, de igual forma, en el Consejo de Seguridad de Rusia. Y, al mismo tiempo, durante las últimas semanas y meses se recrudecían los ataques, especialmente en el este de Alepo, ataques, sin duda, cometidos en forma de crímenes de guerra.

Por ello, es absolutamente necesario que alcemos la voz, que utilicemos todas nuestras herramientas en materia de política exterior para que llegue la ayuda humanitaria, que, a día de hoy, no somos capaces de enviar. Porque al final no va a quedar nada sobre ese país.

György Hölvényi (PPE). – Elnök Asszony, engedje meg, hogy gratuláljak! Én nagyon örülök, amit elmondott. Itt ugye a jövőről beszélt, és van, aki ezt nehezményezte. Én úgy gondolom, hogy igenis, a jövőről is kell nekünk itt beszélni, főleg annak az összefüggésében, hogy nincsen hadseregünk, és a politikai megoldásra kell törekedni. A frakció, az Európai Néppárt autentikus forrásokból igyekszik tájékozódni a Közel-Keletről. Számos tényfeltáró utazást tettünk, és meghallgatjuk folyamatosan a helyi vallások és a népcsoportok vezetőit, legyenek ezek keresztények vagy muzulmánok. A vezetők világos javaslatait meg kell hallani Európának. Megbékélés, meg kell őrizni a szekuláris állam berendezkedését a jövő Szíriájában. Fel kell függeszteni a nemzetközi kapcsolatokat a szélsőségeseket finanszírozó szereplőkkel. Nagyon keveset tettünk ebben. Fenn kell tartani a sokszínű társadalom évszázados egyensúlyait. Nagyon vigyázni kell erre. S ami a leglényegesebb, hogy semmit a helyiek nélkül, helyettük, mert akkor csak megint saját rövid távú politikai céljukat használjuk ki, ha más szempontból is.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Der syrische Bürgerkrieg ist das wohl tragischste Kapitel dieses Jahrzehnts. Fast die Hälfte der Bevölkerung wurde vertrieben – innerhalb Syriens, in die Nachbarländer und nach Europa –, über 400 000 Menschen wurden getötet, unvorstellbare Grausamkeiten wurden begangen, Städte wurden bombardiert, ausgehungert, Hunderttausende Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung. Ein Frieden ist weiter denn je entfernt, und er ist notwendiger denn je. Es ist zu wenig, darauf zu hoffen, dass der Prozess schließlich doch in die Gänge kommen wird, und es ist auch nicht Platz für wechselseitige Schuldzuweisungen. Es geht um kurzfristige Maßnahmen, um humanitäre Maßnahmen. Es ist gut zu wissen, dass Europa da vorangeht: die Lieferung von Nahrung und medizinischer Versorgung, die Evakuierung besonders gefährdeter Menschen und schließlich auch die Unterstützung der befreiten Gebiete, in denen keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, wie etwa in Rodschawa.

Mittelfristig braucht es aber neues Engagement bei den Friedensverhandlungen. Europa ist nicht direkt in den Konflikt involviert. Das kann man als Schwäche auslegen, es bedeutet aber auch eine Chance, und die sollte Europa nutzen, allerdings gemeinsam und nicht im Sololauf einzelner Mitgliedstaaten. Das Mandat der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik sollte großzügig und umfassend ausgeweitet werden, und wir haben gesehen, dass sie eine sehr verlässliche und wichtige Person in diesen Verhandlungen ist.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Herr Kollege Weidenholzer! Wir alle kennen die Situation in Syrien und die Konfrontation, die derzeit mit der Türkei stattfindet. Glauben Sie, dass es möglich ist, die Flüchtlinge nicht nur in der Türkei abzusichern, sondern vor allem auch auf ihrem eigenen Gebiet? Und welche humanitären Leistungen können wir hier erbringen, um den Flüchtlingen eine Rückkehr in ihre Heimat zu erleichtern und zu ermöglichen? Glauben Sie, dass auch die Tätigkeit von Selbständigen sowie von kleinen und mittleren Betrieben dazu helfen könnte, die Bevölkerung vor Ort besser zu versorgen?

Josef Weidenholzer (S&D), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Die Hohe Vertreterin hat schon davon gesprochen, dass wir auch über das Nachher nachdenken müssen. Es ist wichtig, in jenen Gebieten, wo Sicherheit besteht, auch den Menschen die Rückkehr zu ermöglichen. Ich kenne sehr viele Menschen, die etwa in die Region Rodschawa zurückkehren wollen und darauf warten, aber es momentan noch nicht können.

In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig – weil auch die Klein- und Mittelbetriebe angeschnitten wurden –, dass man gerade auch Menschen, die sich jetzt in der Diaspora befinden, dazu bewegt, tätig zu werden und den Aufbauprozess zu unterstützen.

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Madam President, many believe that Russia has become involved in Syria in order to divert attention away from the conflict in Ukraine. Ukraine today represents the failure of the Kremlin's imperial policy, because this country has become one of the most hostile to the Russian state. Russia is experiencing international isolation and sanctions, and all this raises serious political and economic problems inside the country. The Russian people did not need another war in distant Syria. Moreover, the Syrian conflict has not weakened western attention to Ukraine.

It seems that, by bombing civilians in Syria, Putin is trying to prove that Russia is more than a regional power, as President Obama called it. The Kremlin has achieved this goal, at least temporarily, as the Syrian conflict can no longer be solved without Moscow's participation. The Kremlin becoming a serious player in Syria and the whole Middle East has its price. One should not forget that the Kremlin considers the United States of America as its most important rival in the world. Never, even in the Cold War years, has the world been so close to uncontrolled serious military conflict as now, so finding a ceasefire in Syria is of crucial importance.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora Presidenta, tras seis años de guerra en Siria, nos hemos inmunizado ante el horror. Pues no: no podemos volvernos inmunes ante la matanza de niños.

Las palabras empiezan a sonar huecas ante las imágenes de tanto dolor; y ya no somos creíbles, porque somos incapaces de frenar el sufrimiento de millones de sirios, que miran hacia nosotros esperanzados.

Tenemos que encontrar una solución política urgente. Tenemos que obligar a quienes bombardean a un cese al fuego inmediato porque, como bien han dicho, no llega la ayuda humanitaria, y eso es una vergüenza.

Y necesitamos también que, para una verdadera paz que nazca de la justicia, quienes han cometido estos crímenes de guerra sean procesados por tribunales internacionales.

(La oradora acepta responder a una pregunta formulada con arreglo al procedimiento de la «tarjeta azul» (artículo 162, apartado 8, del Reglamento))

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *ερώτηση με «γαλάζια κάρτα»*. – Επειδή, όπως ενδεχομένως γνωρίζετε, η κατάληψη μιας κατοικημένης περιοχής, όπως είναι το Χαλέπι, είναι, από στρατιωτικής απόψεως, δύσκολη και χρονοβόρα και ενδέχεται να κρατήσει πολύ χρονικό διάστημα, πώς θα βλέπατε την πρόταση να προβεί η Ευρωπαϊκή Ένωση σε ενέργειες προκειμένου να εκκενωθεί η ανατολική πλευρά του Χαλεπίου από τους αμάχους, ούτως ώστε να μη χρησιμοποιούνται αυτοί ως ανθρώπινη ασπίδα και να μην υπάρχουν θύματα μεταξύ του αμάχου πληθυσμού, και κυρίως των παιδιών;

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE), *respuesta de «tarjeta azul»*. – Sí, por supuesto que me parecería una buena solución. De lo que estamos hablando es de abrir corredores, por supuesto, corredores para que entre la ayuda humanitaria y se cure a los heridos y no se bombardeen hospitales, pero también para dejar salir a la sociedad civil y a las víctimas, a los más vulnerables, como son los niños, los ancianos y las mujeres. Y por supuesto que la Unión Europea debería implicarse.

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich habe zahlreiche Meldungen. Ich werde von jeder Fraktion eine oder einen drannehmen und von den beiden größten Fraktionen je zwei.

Catch-the-eye-Verfahren

Patricija Šulin (PPE). – Prihodnost Sirije je vedno bolj negotova, saj so se napadi na Alepo in tudi na druge dele Sirije okrepili. Ostro je potrebno obsoditi napade na civilno prebivalstvo in na pomanjkanje dostopa do prepotrebne humanitarne pomoči za ljudi v Siriji, kot tudi napade na konvoje s humanitarno pomočjo. Tako so največje žrtve – ženske, otroci in starejši –, ostali brez dostopa do humanitarne pomoči, do hrane, vode in zdravstvene oskrbe.

Pozdravljam sodelovanje Evropske unije z Združenimi narodi, ki poskuša urediti problem na tem področju. Ostro je potrebno obsoditi ravnanje Putina, Rusije in Asadovega režima. Evropska unija si mora še naprej prizadevati za dosego miru in imeti mora pomembnejšo, posredniško vlogo za dosego mirovnega sporazuma za Sirijo.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Haute représentante, il se trouve que j'ai eu l'occasion, avec Paul Rubig d'ailleurs, de visiter un camp de réfugiés syriens en Turquie, à une centaine de kilomètres d'Alep, et j'ai mesuré la détresse de ces femmes et de ces hommes qui, ne pouvant plus vivre dans leur pays, leur région, leur ville, ont décidé de partir, tout simplement pour sauver leur vie. Ils n'ont qu'une envie, c'est de rentrer chez eux. Bien entendu, ce n'est pas possible tant qu'il y a la guerre. Ils nous supplient, nous, Européens, de faire quelque chose pour leur permettre un jour de retrouver leur sol.

C'est une guerre compliquée où les acteurs belliqueux s'enchevêtrent, chacun apportant son lot de malheurs: les grandes nations, avec en tête la Russie que vous avez citée plusieurs fois, mais aussi les pays voisins et, bien sûr, Bachar Al-Assad ainsi que les terroristes de Daech.

Dans ce contexte, je crois que l'Union européenne a un double devoir: d'abord, tout faire pour mettre fin à la guerre et obtenir un cessez-le-feu, puis acheminer l'aide humanitaire.

Madame Mogherini, vous avez beaucoup travaillé. Nous comptons sur vous pour continuer dans cette voie.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση συζητά διαρκώς την κατάσταση στη Συρία και οι περισσότεροι συμφωνούν ότι η κατάσταση είναι κρίσιμη. Στην πράξη, όμως, άλλες δυνάμεις είναι αυτές που μάχονται και δίνουν διέξοδο σε έναν πόλεμο που, όπως ξέρουμε, ξεκίνησε με τις ευλογίες κάποιων ευρωπαϊκών δυνάμεων. Ούτε το Daesh ούτε καμιά άλλη φονταμενταλιστική ομάδα δεν πρέπει να επικρατήσει με οποιοδήποτε τρόπο, σε οποιοδήποτε σημείο στο Ιράκ ή στη Συρία.

Ταυτόχρονα, το τελευταίο διάστημα πρέπει να αντιμετωπιστεί και ο παράγοντας του τουρκικού επεκτατισμού, που, με πρόσχημα την καταπολέμηση της τρομοκρατίας, επιχειρεί να σπάσει το ενιαίο μέτωπο που έχουν δημιουργήσει οι Κούρδοι κατά του Daesh.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει, λοιπόν, να κρατήσει την Τουρκία μακριά από τα πεδία αυτά και να την καλέσει να σεβαστεί το διεθνές δίκαιο και τις δεσμεύσεις της όσον αφορά την εξεύρεση μιας βιώσιμης λύσης στη Συρία, αλλά και όσον αφορά την αντιμετώπιση των προσφυγικών ροών που αναμένεται εκ νέου να ενταθούν. Για τον λόγο αυτό, είναι απαραίτητη πλέον η συνεργασία της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των Ηνωμένων Πολιτειών και με τη Ρωσία για την καταπολέμηση του ισλαμισμού στην ευρύτερη περιοχή.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, gospođo Mogherini, ovaj rat traje predugo. Potpuno se slažem s vama da Europa treba uložiti maksimalne napore, mogu se složiti s vama da Europa i vi osobno imate kredibilitet u pregovorima, ali ovaj rat traje predugo. Kao da se možda niti ne želi završiti. Ne vjerujem da će taj dio svijeta biti miran ako bude velikih pobjednika u tom ratu. Treba se čim prije dogovoriti zbog stradanja svih nevinih ljudi u tom ratu.

Molim vas, nemojte pristati i prihvatiti rješenja, kao što se priča da bi moglo biti, po uzoru na ono što se dogodilo u Bosni i Hercegovini. Ne samo zato što će to biti nefunkcionalna država, nego zato što će to biti mogućnost stalnog novog ratnog sukoba. A na Bliskom istoku, kao što nažalost znamo, to je svakodnevni slučaj.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi abbiamo affrontato il tema della gestione della ricostruzione postbellica ma, in realtà, mi sembrano miraggi lontani, visto che ancora sentiamo sullo sfondo fischiare le bombe e vediamo davanti ai nostri occhi un dramma umanitario di cui tutti sono responsabili, non solamente certi attori geopolitici. E a tutt'oggi molti di questi attori si illudono ancora di poter vincere sul campo o, quanto meno, di poter strappare quanto più vantaggio possibile in vista del tavolo delle trattative.

La realtà è che davanti a noi c'è uno scenario in cui potremmo, come Unione europea, essere sorpassati dalle scelte e dagli accordi della nuova amministrazione americana, della Russia, degli altri attori regionali – cito ad esempio il riavvicinamento tra la Turchia e Israele, ma lo stesso riavvicinamento tra la Russia e la Turchia.

La priorità è ottenere una vera tregua, stabile e credibile. E questo non può che partire da una proposta realista e pragmatica, ad esempio con una larga autonomia delle regioni, una Siria federale o comunque tripartita.

Non credo che le visioni e gli attacchi manichei ci aiuteranno a uscire da questo dramma umanitario e, se non saremo noi i protagonisti, come attori realisti e pragmatici, temo che invece saremo spettatori delle scelte altrui.

Franz Obermayr (ENF). – Frau Präsidentin! Auch wenn es manche im Haus nicht begreifen wollen oder können: Syrien zeigt deutlich, was passiert, wenn man blind Islamisten, sogenannte Freiheitskämpfer, unterstützt. Hätte man von Anfang an Russland eingebunden, statt Saudi-Arabien und Iran Stellvertreterkriege führen zu lassen, würden jetzt nicht Hunderte, Millionen Menschen unter ständiger Belagerung leben, würden nicht Tausende gestorben sein und Millionen auf der Flucht.

Es sollte eigentlich, Frau Mogherini, ein unmittelbares Ziel für uns geben, nämlich ein Ziel, die Region Aleppo zu einer entmilitarisierten Zone zu machen, kontrolliert von der UNO, ohne lokales Militär, ohne die Interventionen der Türkei und Saudi-Arabiens, ohne Milizen und ohne die angeblichen sogenannten Freiheitskämpfer, die als feige Marodeure die Bevölkerung als Schutzschild nehmen und sich hinter diesen Leuten verbergen und verstecken.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, μετά και την εκλογή Trump στις ΗΠΑ, την αναθεώρηση της στρατηγικής προσέγγισης του ΝΑΤΟ, την αποκάλυψη των πραγματικών προθέσεων του Ερντογάν στην Τουρκία και την υποστήριξη της Ρωσίας στην επίσημη κυβέρνηση της Συρίας, ελπίζω ότι επιτέλους η κατάσταση στην περιοχή θα επιλυθεί.

Είναι πλέον καιρός να αλλάξει και η αντίστοιχη προσέγγιση της Ευρώπης. Να σταματήσει η υποστήριξη στη λεγόμενη μετριοπαθή αντιπολίτευση της Συρίας, που στην πραγματικότητα σφάζει, λεηλατεί, βιάζει, διακινεί παράνομα πετρέλαιο με την Τουρκία, προωθεί τον ακραίο ισλαμισμό και εθνοκτονεί Σύρους, Γεζίντι, Πεσμεργκά και χριστιανούς. Οι πολιτικοί υπερασπιστές των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του κράτους δικαίου υποκρίνονται και κωφεύουν χαρακτηριστικά στις κραυγές αγωνίας και τους επιθανάτιους ρόγχους αθώων ανθρώπων, γυναικών και παιδιών στη Συρία. Ως Ευρωπαίοι πρέπει να συνταχθούμε με τις δυνάμεις που μάχονται το ισλαμικό μόρφωμα του ISIS και να σταματήσουμε τον κίνδυνο εξάπλωσης των εχθρών του πολιτισμού και του χριστιανισμού.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Válka je vždy zlá a já, paní komisařko, děkuji za to, že vy vyvíjíte úsilí k jejímu ukončení. Válka v Sýrii je totiž pro nás pro všechny výzvou.

Kdo si představil před 6 lety, že tato válka bude trvat opravdu tak dlouho a že strany, které vypadaly, že zasednou k jednacímu stolu, nikdy k jednacímu stolu nezasedly nebo k jednacímu stolu nikdy nezasednou.

Moje otázka směřuje k tomu, paní komisařko, co děláte pro to, aby se boje, které dnes vidíme v Sýrii, nepřelily dál? Je otázka, aby se nepřelily například do Egypta, aby příslušníci ISIS nepřešli například do Libye nebo do dalších nestabilních zemí. To si myslím, že je důležitá otázka při řešení konfliktů nejen v Sýrii.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Siria è oggi al centro di una tragedia umanitaria, conseguenza di una guerra che forse sta registrando in questo periodo la fase più cruenta e delicata. La ripresa delle incursioni aeree delle forze russe e siriane potrebbe generare un'immane catastrofe umanitaria ad Aleppo. *Oxfam, Syrian American Medical Society* e *Big Heart Foundation* hanno lanciato un appello per una completa cessazione del conflitto in atto, declinando la drammaticità del quadro umanitario con oltre 250 000 persone intrappolate nella città, che si apprestano ad affrontare l'inverno con scorte di cibo e acqua in esaurimento e strutture sanitarie ormai al collasso.

Non c'è possibilità di risolvere la crisi siriana con le armi: la soluzione militare non fa altro che provocare maggiore sofferenza. È necessario fare, oggi più che mai, uno sforzo diplomatico. Questa opzione rimane l'unica strada per uscire dalla crisi siriana e fermare l'orrore che questa guerra si sta portando dietro.

Grazie, Presidente Mogherini, per quanto sta facendo.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Ich höre hier zu, wie von rechts außen mit einem Zynismus, der mich immer noch überrascht und immer noch empört, zurechtgebetet wird, was unerträglich ist. Herr Obermayr zum Beispiel hat gesagt, man hätte Russland früher einbinden müssen. Glauben Sie denn, Herr Obermayr, dass die aktuellen Bombardements russischer Flugzeuge gegen Krankenhäuser in Ost-Aleppo immer noch nötig sind, um zu unterstreichen, dass Russland rechtzeitig hätte eingebunden werden müssen? Das ist doch der absurdeste Zynismus, den man hier artikulieren kann. Schämen Sie sich! Sie können nicht für die europäischen Werte sprechen!

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, honourable Members, last month you adopted a resolution on Syria clearly asking the European Union – which means in this case me personally – to play a more pronounced role as a European Union. So collectively, all our institutions together, all our Member States together – the institutions together means also Parliament – were called on to play a more pronounced role in mediating a peace deal for Syria. I remember very well, during the State of the Union speech in September, not only President Juncker but many of you called for a pronounced work of the European Union on the future of Syria. This is why it is quite surprising for me to hear some of you say that we should not focus on the future of Syria. I would invite some coherence here in what we ask ourselves to do.

I heard very clearly the first two interventions here, by Mr Preda and Mr Boştinaru, prioritising the two key elements of our work: first, delivering humanitarian aid and making sure this can happen; second, using all the diplomatic tools we have to find, or rather to build, a political solution to put an end to the war in Syria. This is exactly the work we are doing: providing humanitarian aid, together with the UN, together with international agencies, together with international NGOs, with our people on the ground, still. You cannot imagining how difficult the conditions are, or maybe you can, and talking to all relevant players in the region to try and open ways for the political solution to the crisis. So if we are the ones, not some of them, but *the* ones financing humanitarian aid and making sure it can be delivered –obviously this does not depend only on us – but if we were not there, for sure there would be no humanitarian aid at all in the country.

Secondly, if we are *the* ones today still keeping open the talks, the dialogue, in a situation that otherwise is rather stalled, then I am sorry: I do not share the views of the few of you who have said that Europe should be ashamed. I believe we are not the ones who should be ashamed about Syria. We are doing our job, finally, maybe, but we are. The point is, this is not enough. We need the unity of the international community, so this is also part of our work. Six years of war; five years of polarisation in the international community. You remember that very well.

This year for the first time, thanks in part to our work in the international support group, we managed to have unity in the Security Council for the first time ever – even though we are not a member of the Security Council. You know that very well, but we managed to facilitate consensus in the Security Council twice, and those were the only weeks where aid was delivered, Syrians were getting out into the streets, trying to live a normal life again. These are the efforts we have to make in order to continue to build the unity of the international community. Otherwise, our efforts alone will be necessary and indispensable. We will continue to do that, but doing so alone would not be enough. We have to be a key player, but we cannot pretend we will be the only player. We have to build alliances, starting with those we have worked with well these past months.

We have our role to play, and we are now playing it fully. This was maybe not necessarily the case in past years in the first years of the conflict, but here, now, the European Union is there, politically and from a humanitarian perspective – not from a military perspective. This is not because we do not have a European army, but because of a clear political decision that was taken and I am sincerely proud that we are not a military player on the ground. We are not part of the war in Syria. Having said that, why focus on post-conflict? Some of you asked this and some others explained why, but let me say a few words on that.

Firstly, many conflicts in the past were solved exactly when the parties started to see the endgame shaping up. Sometimes it works, sometimes it does not, but we are facing a war and a crisis that does not allow us to leave any of the possibilities untried. When you start shaping the endgame, the parties would feel more confident engaging in direct talks, so this is a contribution we can make to the UN efforts to restart direct talks and find common ground.

Secondly, we need to be ready for the construction – the reconstruction – of Syria. At a certain moment, it will come; it will cost an enormous amount of money. How many conflicts in our region have faced the problem of nothing following the end of the conflict and have thus fallen back into conflict after maybe a few months or a few years? Working on post-conflict reconstruction today is fundamental so as to be ready at the moment when arms are finally laid down.

Thirdly, to give hope to the Syrians – not only to the refugees, but also to the internally displaced people and those that are still living in Syria in their own communities; to offer positive incentives; to offer the dividends for peace that make it possible for the parties to engage. Last but not least, you mentioned empowering the local players that can still be a force for good in their country – the women, the small experiences of civil society that are still struggling, the churches, the communities that are taking care of their own everyday lives, the children, and the women. This is work that the European Union does, but does not expect any of the big military players to do on the ground.

We can be – and we are – a force for good in Syria. Others are not, true – definitely true! We cannot delete this issue, but we can maybe compensate, maybe engage, or maybe encourage a more positive dynamic on the ground and diplomatically. This is the work we are doing. I thank you for the support in this effort. It will be needed, because it will not be something that we will solve in one week or one month. I am sure that we are now on the right track as regards what the European Union can and should do, and what it finally is doing.

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung acht Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 24. November 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – Siamo sconcertati davanti alle continue violenze che continuano a vessare il popolo siriano. Condanniamo con forza gli attacchi sferrati contro i convogli di aiuti umanitari, le gravi violazioni del diritto internazionale umanitario ed i probabili crimini di guerra. Il rispetto dei diritti umani e delle minoranze religiose, comprese quelle dei cristiani, sono importantissimi. È necessario per il popolo siriano continuare a vivere pacificamente nei territori che storicamente e tradizionalmente sono parte loro paese, nella dignità, nell'uguaglianza e nella sicurezza, e di praticare la loro religione e il loro credo. L'Unione europea e gli Stati del Quintetto (Stati Uniti, Francia, Germania, Italia e Regno Unito) hanno un ruolo importante nell'individuazione di una soluzione politica al conflitto siriano. È importante appoggiare una tempestiva azione concreta che coinvolga urgentemente l'Assemblea generale e l'operato dell'inviato speciale delle Nazione Unite.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstützte die Entschließung. Die Kampfhandlungen müssen unverzüglich eingestellt werden. Nur dann kann der Weg für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den politischen Wandel des Landes geebnet werden. Als Abgeordnete haben wir nur die Möglichkeit, mithilfe unserer Entschließungen an alle Beteiligten zu appellieren, die humanitäre Nothilfe für ganz Syrien zuzulassen und das Töten von Zivilpersonen sofort einzustellen. Die großflächige und systematische Verletzung der Menschenrechte muss aufhören! Dies gilt auch für die Blockadepolitik Russlands im VN-Sicherheitsrat.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A szíriai helyzet tragikus, a civil lakosok és gyermekek védelme prioritást kell, hogy élvezzen! Ugyanakkor nem szabad elfelejtenünk, hogy a menekülést kiváltó okok egyszer meg fognak szűnni és akkor az a közös érdekünk, hogy a szír menekültek majd visszatérhessenek hazájukba. Ezért arra kell törekednünk, hogy megsegítsük az olyan nagy menekülttáboroknak otthont adó, Szíriával szomszédos országokat, mint Törökország, Libanon vagy Jordánia. Fontos, hogy a menekülésre kényszerített emberek a hazájukhoz közeli táborokban megfelelő életkörülmények között élhessenek. Hogyha ezt nem tudjuk biztosítani nekik, akkor életüket kockáztatva indulhatnak el újabb tömegek Európába.

Fontos még a megfelelő oktatás biztosítása a menekülttáborokban a gyermekek részére, amely elengedhetetlen az egészséges fejlődésükhöz, de saját közösségük jövője szempontjából is, ugyanis nem eshet ki egész generáció az oktatásból. Magyarország már a válság kezdete óta azon az álláspontón van, hogy a menekülteket hazájuk közelében kell megsegíteni, és ezért jelentős összegeket különített el humanitárius segítségnyújtás céljából, valamint egyházi kezdeményezéssel több száz libanoni, jordániai és észak-iraki menekülttáborokban élő gyermek oktatási költségét is biztosítja.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Informacje, które nieprzerwanie docierają do nas z Syrii od czasu rozpoczęcia konfliktu w tym kraju, są przerażające i tragiczne. Gwałcone są prawa człowieka, codziennie giną cywile, bombardowane są szpitale. Fanatyczni terroryści nie mają żadnych hamulców i skrupułów, a mieszkańcy Syrii żyją w strachu i bojaźni, czy przetrwają do następnego dnia. Chociaż Unia Europejska dostarcza Syryjczykom wszelkiej niezbędnej pomocy humanitarnej, niestety nadal nie jest ona wystarczająca.

Należy także zwrócić uwagę na fakt, że Rosja i Turcja wspierają reżim Baszara al-Asada. Do Syrii jest dostarczana broń i jest rzeczą oczywistą, że w ten proceder zaangażowane są właśnie te kraje. Unia Europejska nie może akceptować popierania terroru, nasze decyzje powinny być bardziej surowe niż np. nałożenie sankcji. Potrzebne są rozmowy dotyczące dalszej polityki wobec sprzymierzeńców al-Asada. Unia absolutnie nie może być bierna w tej kwestii, a jej przedstawiciele nie powinni używać tylko pustych słów. To, czego potrzebuje teraz Syria, to szybkie i stanowcze działanie, prowadzące do zakończenia konfliktu.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Gospođo Visoka predstavnice, kada je Sirija u pitanju - podbacili smo. Potrošili smo toliko riječi na rat i humanitarnu krizu u Siriji i na uspostavu globalnih sporazuma koji nisu bili djelotvorni. Za genocid kršćana koji se tamo dogodio i još uvijek se događa, EU je odgovorna jer trguje s onima koji financiraju islamističke teroriste. Tisuće ljudi treba našu pomoć u Alepu, 250 tisuća ljudi je ubijeno od početka rata, a 11 milijuna Sirijaca je raseljeno. U Siriji i susjednim zemljama nalazi se 8,4 milijuna djece koja trebaju pomoć. Stanovnici Sirije pomažu jedni drugima dok mi raspravljamo kako bismo im pomogli. Progonjeni muslimani sklanjaju se u kršćanske crkve i tamo dobivaju pomoć od kršćana kojih je u sirijskim gradovima preostao neznatan broj. Potrebno je postići hitan dogovor oko dostave humanitarne pomoći u Alep kako bi ona došla do onih kojima treba. I važno je osigurati mir, kako bi djeca Sirije mogla odrastati u svojim domovima.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – As the Syrian warplanes renewed their bombing on Aleppo on 15 November and the Russians started new offensives against rebels resolute to resist in their strongholds, one thing is sure in this prolonged chaos: The fighting will lead to even more death and destruction in a region already utterly devastated by war. The Russian and Syrian air strikes have already killed hundreds of civilians, and destroyed neighbourhoods, hospitals and schools. Witnessing all this, I do not doubt that Ms Mogherini agrees with me that the EU needs to upscale its diplomatic role in the Middle East, especially considering that besides Russia wreaking havoc in the region, the uncertainties brought by the result of the US elections are now also on the cards. It is extremely important that we do all that we can so that hostilities stop, humanitarian aid is delivered and post-conflict discussion starts as fast as possible.

10. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission und Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (2016/2993(RSP)).

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, once again we gather here to discuss Turkey, and rightly so. I see that the other group leaders – most of them – are present here in the Chamber.

Our relationship with Turkey is at a crossroads because Turkey itself is at a crossroads. On the night of 15 July — we discussed it in September, I remember it very well – during the attempted coup d'état, we stood on the side of Turkey's democracy and the democratic institutions. We stood on the side of the Turkish people who took to the streets and bravely confronted the tanks. We stood on the side of the over 200 innocent people who were shot down that night. We stood on the side of the Parliament as it was being bombed and of the Turkish parties – all of them that spoke against the coup and in support of democracy – all of them.

We supported Turkish democracy on 15 July and it is precisely Turkish democracy that we support today as we see the leaders of the People's Democratic Party (HDP), a legitimate party in the Turkish Parliament, arrested and imprisoned. The arrest of the co-chairs of HDP, as well as the detention of several of its deputies, adds to a long list of extremely worrying developments. These include the consideration of the reinstatement of the death penalty, continued restrictions on freedom of expression, the closure of media outlets and the arrests of journalists and academics, the suspension of thousands of civil servants with a very worrying situation for the judicial system. We have always been clear that the Turkish authorities have a legitimate right to hold the perpetrators of the coup and of terrorist attacks accountable for their actions. We have also called on all political parties to unequivocally condemn terrorist violence.

At the same time we know that the respect for human rights and fundamental freedoms is the strongest antidote to extremism and terrorism. Any allegation of wrongdoing must be established via transparent procedures in all individual cases. Individual criminal liability can only be established with full respect for the separation of powers, the independence of the judiciary and the right of every individual to a fair trial. We all agreed on this opposition in the Foreign Affairs Council just one week ago, on Monday. All Foreign Ministers have agreed on the importance of maintaining a unified and clear European Union position in line with our declaration on behalf of all 28 Member States issued earlier in November.

Our relations with Turkey have reached a crucial point. I believe the best way to strengthen Turkey's democracy – the most effective way – is by engaging with Turkey and by keeping channels open. The accession process has achieved important results in many fields, from the energy sector to both our economies and businesses to the talks on Cyprus. Let me stress today how important the talks on Cyprus are for us all.

Turkey seems to be heading towards constitutional reform, and I would like to stress that this reform should serve as a platform to strengthen checks and balances, strengthen participatory democracy and address the Kurdish issue effectively. As we have made clear on many occasions, the European Union stands ready to fully support the country to achieve these goals. The work goes on and I recently met Turkey's Europe Minister, Omer Celik, and also with the Secretary-General of the Council of Europe, Jagland. This cooperation with the Council of Europe is particularly important and I really hope Turkey will address the concerns of the Council's Commissioners for Human Rights. What is crucial in the short term is a swift, fair and independent domestic redress mechanism to be in place. Failing this, we are going to see a flood of cases before the European Court of Human Rights. I know talks are ongoing with the Council of Europe, of which Turkey is a member, to address this issue. I hope this work will bring results.

This much the European Union and Turkey can do together starting, as I said, with Cyprus, but also our fight against terrorism, our economies, our businesses, refugees and the future of Syria which we have we just discussed, and the stability of the Caucasus. In all these fields we both need constant and reciprocal dialogue. I always say that foreign policy is about building win-win solutions. If the accession process came to an end, I believe we would both find ourselves in a lose-lose scenario. Europe would lose an important channel for dialogue and leverage with Turkey, Turkey would lose a lot, and we would all lose an opportunity for greater friendship and cooperation among our peoples.

In this spirit, we should also ask ourselves which tools and which instruments we have at our disposal in order to increase, and not to reduce, our leverage on Turkey's reforms and on its society as a whole. In order to do so we need full clarity from our Turkish partners on what they want. In that regard, it is clear that moving from rhetoric to action on the issue of the death penalty would be a signal that Turkey does not want to be a member of the European family – neither a member of the Council of Europe, which it is now, nor of the European Union. Membership means, above all, sharing the values Europe stands for, and capital punishment is certainly not one of them.

(Applause)

It is good to see that at least here in our Chamber we do.

Some say that Turkey has to choose between the West and the East. Personally, I do not agree. Turkey can – and should – stay true to its nature as a bridge between worlds and cultures. But if Turkey moves further away from our European Union and from democracy, it would lose part of its own heritage, its own identity, its own culture and also its own power. This would be in no-one's interests and certainly not in the interests of the Turkish people, all of them. The last time I was in Turkey we all agreed that we need to talk to each other more – which we are doing – and a little bit less about each other. Sometimes we are doing that. I believe that this is the attitude we need both on the part of the Turkish Government and inside our Union.

We are looking forward to hearing your views. Both Commissioner Hahn and I will be listening very carefully to your interventions. Again, let me thank you all and especially, as I said, noticing the presence of so many group leaders for a debate that I believe will be essential to shaping the future of our relations with Turkey.

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion*. –Frau Präsidentin, sehr geehrter Kommissar Hahn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Im Juli hatten wir den Putschversuch, und es war beeindruckend in der Türkei zu sehen, wie die Zivilgesellschaft aufgestanden ist, wie die Zivilgesellschaft gekämpft hat, durchaus in Partnerschaft mit den Politikern in der Türkei für Rechtsstaatlichkeit, für Demokratie, für eine Welt ohne eine Militärführung.

Die Türkei kann stolz darauf sein, dass es gelungen ist, die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit gegen das Militär verteidigt zu haben. Selbstkritisch dürfen wir übrigens dazu sagen, dass wir das vielleicht auch zu wenig zum Ausdruck gebracht haben in dieser Phase: die Unterstützung für die Kräfte in der Türkei.

Aber wer die Rechtsstaatlichkeit verteidigt, der muss sie jetzt auch umsetzen: Genau an diesem Punkt sind wir jetzt. Für uns als EVP-Fraktion ist klar: Wir achten die Türkei. Wir wollen eine stabile Türkei, wir wollen eine demokratische Türkei.

Ich möchte heute in meinem Redebeitrag an einen großen Türken erinneren, nämlich an Atatürk. *Peace at home – peace in the world*, war einer seiner Sätze, die er geprägt hat. Ein weiterer Satz von Atatürk war „Die Souveränität sollte nicht auf Angst gebaut werden. Die Souveränität, die allein auf Waffen ruht, kann nicht aufrechterhalten werden." Das ist eigentlich die Botschaft für die Türkei, nicht zunächst mit unseren europäischen Werten zu argumentieren, sondern mit den innertürkischen Argumenten zu werben, was die Türkei in der Tradition eigentlich ausmacht.

Da ist Respekt ein zentraler Begriff, Respekt vor den eigenen Menschen. Der Putsch war ein Verbrechen gegen die türkische Bevölkerung, und die Drahtzieher müssen verurteilt werden. Aber der Putsch darf jetzt nicht missbraucht werden.

Respekt vor anderen Meinungen. Die Türkei war immer stark, wenn sie tolerant war. Allerdings sind seit dem Putsch 110 000 Türken von ihren Ämtern in Politik und Verwaltung enthoben worden, 36 000 Menschen sind verhaftet worden, 138 Abgeordnete wurden ihrer Immunität enthoben. Heute ist die Türkei nach dem *Rule of Law Index* in der Rechtsstaatlichkeit hinter den Iran und Myanmar zurückgefallen. 170 Medien wurden geschlossen.

Respekt vor den Partnern: Die Türkei ist ein verlässlicher NATO-Partner, und deswegen setzen wir auch in diesen Fragen auf die Partnerschaft. Sie ist auch ein verlässlicher Handelspartner, und deswegen ist es überraschend, wenn jetzt damit gedroht wird, dass die Türkei gegenüber China und Russland Partnerschaften aufbauen kann und damit Europa ausspielen kann. Respekt vor Partnern sieht anders aus.

Zu guter Letzt: Respekt vor den eigenen langfristigen Interessen. Die Türkei braucht Europa. Die EU will gute Beziehungen. Es gibt zehnmal mehr türkische Exporte nach Europa als nach China und auch Russland zusammengenommen. 650 Mio. EUR zahlt die Europäische Union heute an die Türke, um die dortige Wirtschaft und Verwaltung zu unterstützen. Jetzt sehen wir, dass das türkische Wachstum faktisch zum Stillstand kommt.

Das ist die Bilanz der letzten Tage, der letzten Wochen, der letzten Monate, und es ist eine erschütternde Bilanz. Kommissarin Mogherini, unsere Vizepräsidentin und Hohe Vertreterin, hat das auch zum Ausdruck gebracht. Aber jetzt liegt es an uns, auch ein klares *wording* an den Tag zu legen. Das heißt natürlich für uns, dass wir der Entwicklung nicht tatenlos zuschauen können. Ein Business as usual – ein Weiter so – kann es nicht geben.

Deswegen unterstützt meine Fraktion die Forderung, die bestehenden Beitrittsgespräche zunächst einzufrieren, nicht abzubrechen – ich möchte ausdrücklich unterstreichen: nicht abzubrechen –, aber jetzt das Signal zu setzen, dass wir mit einer Türkei, die in so einem Zustand ist, aktuell nicht weitere Gespräche führen können. Das klare Signal muss auch sein: Wer die Einführung der Todesstrafe beschließt, kann nicht Mitglied der Europäischen Union werden. Dass muss von unserer Seite klipp und klar zum Ausdruck gebracht werden.

Mir geht es darum, nicht in allererster Linie anzuklagen. Mir geht es darum, dass wir an die Türkei als Freund, als Partner appellieren, den Weg, den sie heute geht, nicht weiterzugehen, im Interesse der eigenen türkischen Bürger, nicht in allererster Linie im europäischen Interesse, sondern weil es für die Türkei der falsche Weg ist.

Puhetta johti ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, saluto la vicepresidente Mogherini, alcune cifre sono state già ricordate dal collega Weber. Si tratta di cifre aberranti, agghiaccianti: quarantamila persone arrestate senza imputazione; centotrentamila persone licenziate senza motivo; 145 giornalisti in prigione, il numero più alto di giornalisti in prigione al mondo; un terzo dei giudici e dei procuratori incarcerati; undicimila insegnanti sospesi; dieci deputati sbattuti in prigione, seguiti da 36 sindaci, sostituiti da commissari dello Stato.

Ora, tutto questo non è giustificabile nemmeno alla luce di un colpo di stato, che noi abbiamo immediatamente contestato e condannato. Non è giustificabile! È una situazione drammatica, rispetto alla quale persino un gruppo come il gruppo socialista e democratico, che è stato sempre e rimane favorevole all'adesione della Turchia, non può non porsi il tema di un congelamento dei colloqui di adesione; non di una interruzione bensì di un congelamento che sia un segnale politico forte, da un lato a Erdogan: non proceda su questa strada! Non proceda sulla strada della repressione politica dei diritti! Torni indietro nell'interesse del suo popolo, il quale vuole una democrazia moderna ancorata all'Europa.

E noi per questo dobbiamo inviare un segnale preciso con il congelamento dei colloqui ma dobbiamo lasciare aperta la porta del dialogo perché si possa, nel futuro – io mi auguro nell'immediato futuro – riprendere la discussione e si possa lavorare insieme per una piena democratizzazione della Turchia, che rappresenta un partner che, per ragioni geopolitiche, geostrategiche e a mio avviso anche religiose, è fondamentale per l'Unione europea.

Ma veramente la misura è colma! Noi socialisti democratici non saremmo mai arrivati a questo punto se non fossimo veramente stati messi di fronte a una realtà aberrante e drammatica. Noi non possiamo rimanere in silenzio! Non accettiamo alcun ricatto! L'Unione europea non può accettare nessun ricatto quando in gioco ci sono i valori della democrazia e del rispetto dei diritti umani e mi fa piacere che questo Parlamento possa esprimere, come io sono certo farà una stragrande maggioranza dei colleghi, su questa situazione, posizioni ferme sul congelamento dei colloqui ma posizioni anche aperte al dialogo per il futuro.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, whatever our personal views, the time has come for us all to be honest and open with Turkey – a country that has seen remarkable economic growth, thanks to increasing economic freedom, under a governing AK Party that has married Islam with democracy and economic liberalisation.

There are many who had hoped it could become a model for a new form of Muslim democracy in countries across the Middle East and North Africa, just as Christian democracy developed in Europe. I am confident that many members of the AK Party still share this vision. But we all have concerns over the actions of President Erdogan. Had he simply been content to be elected as a ceremonial President, rather than seeking more power as an executive President, there might be a little less criticism. But what we have seen recently raises serious concerns: opponents being arrested, media being closed, minorities being persecuted. Across this Chamber today, I believe many of us are now united in saying 'Enough is enough.'

I fully understand why some politicians here, and in our national capitals, are reluctant to criticise Erdogan. I appreciate that there are much wider geopolitical factors at play: sustaining the EU-Turkey migration deal, after Turkey's generosity in hosting three million refugees; security cooperation – for Turkey too has suffered from terrorist attacks; and not wanting to push Erdogan into Putin's arms or into a corner.

However, we need to be honest with each other, and, in wanting to be honest with Turkey, we need to be honest with ourselves. For far too long, we have dishonestly dangled the prospect of EU membership in front of Turkey. You and I know there are so many reasons why it may not happen in our lifetimes: prejudice against a predominantly non-Christian nation, whose land mass is mostly in Asia; fears over Turkey's future voting weight in the European Parliament and Council; concerns over borders with Iran, Syria and Iraq as the EU seeks to extend its Common Security and Defence Policy – to name just a few reasons.

But the EU continues to pretend that it is 'business as usual' in relations with Turkey. Yet more sticking plaster across growing cracks! In common with other parliamentary Groups, the ECR has members who are for, against, and agnostic on, Turkish membership of the Union, but we can all see that the current relationship is not working. So, instead of 'business as usual', let us build a new relationship based not on false promises but on honesty. Let us build a new relationship based not necessarily on EU membership but on real cooperation. Let us build a new relationship based not on just fighting today's fires and problems but also on preparing for the challenges we will all face for decades to come.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, for a moment I thought Mr Kamall was saying let's merge the Brexit and the Turkish files, but I do not think that is what he was saying.

Ms Mogherini, you are saying that we need to know what the Turkish authorities want. I think we all know what the Turkish authorities want. They want accession to the European Union; they want a visa-free regime as quickly as possible; they want additional money, because of the deal we did on migration; and they certainly want no interference and no criticism from our side on what is happening, this shift to an autocratic system in Ankara and in Turkey. That is what they want. But let's not fool ourselves anymore. We all know that this is not in compliance with European values, that it is not in compliance with European principles and that it shows, I would say, a lack of courage not to see that President Erdoğan is for the moment closing the opposition media, jailing journalists and at the same time also criminalising a number of members of the Turkish Parliament. That is the reality. So instead of pretending 'oh! we still have an open channel if we continue these talks', I think in such circumstances we are fooling ourselves, we are fooling our citizens and also fooling the Turkish citizens – because many Turkish citizens think that Europe is their future and they do not find a future in these circumstances with a regime that is becoming more and more autocratic.

So instead of continuing the illusion of accession talks with a regime that is becoming more and more authoritarian, I think we would lose credibility to do so, and you have heard it, there is in my opinion in this House, unanimity – or close to unanimity, there is never unanimity in a House such as the European Parliament – but nearly I think, a broad majority, to say you have to freeze the accession talks for the moment. You have put a number of conditions on the restarting of these accession talks once Turkey complies with them.

That brings me to the broader picture because, let's be honest, there is a broader picture. Something is happening in our neighbourhood. It was Solana I think who said in 2003 'well, everything is okay in our neighbourhood, there is a ring of friends around Europe'. I can tell you today that it is more like a ring of autocrats around Europe – Erdoğan, Putin… I am not going so far as to put Trump on that little list, but they are all doing one thing: bashing Europe, bashing our values, bashing and fighting against our European democracy. Let's be honest, let's face it, you have to face it, we have to face it: what is happening is that Erdoğan is against every Turkish movement in whatever country of the European Union which is not in line with him. Putin is directly financing even groups here in this Parliament – always nationalists, populists and anti-Europeans. And let's face it, Mr Trump is not much better than that. His most important strategic advisor, Bannon, wants to launch an extreme right-wing website – Breitbart – he has done it already in the US but he wants to do it also in Paris and Berlin to influence the German elections, and to influence the French elections. Mr Trump even wants to take over the task of Her Majesty The Queen by appointing the future ambassadors of Britain. Mr Farage is not here, but it would be interesting if he could tell us if that is 'taking back control' in Britain. I think one clown in Washington is more than enough. We do not need more than that, dear colleagues.

(Applause)

So, in a certain sense Ms Mogherini, that is what I hope, with the Foreign Ministers and with the leaders, and you are aware of this. There is a fifth column active in Europe for the moment and the fifth column are not the refugees coming in from Syria, as Le Pen and Farage are saying. No, the fifth column are the cronies of a number of autocratic leaders, be it Putin, be it Erdoğan – I hope it will not be Trump tomorrow – who want to undermine the European Union. It is time to fight back and make it not happen. And if our European leaders do not do it, then we in the European Parliament should do it. I think it is now or never.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Edouard Ferrand (ENF), *question «carton bleu»*. – Alléluia, il y a eu un miracle, Monsieur Verhofstadt. Pour la première fois, on vous entend sur la Turquie. Alors taper sur la Russie, taper sur le Front national, taper sur les populistes… En fait, vous intervenez sur la Turquie pour parler de la Russie et du Front national. Vous êtes vraiment un équilibriste et je dirais même que vous êtes un opportuniste, Monsieur Verhofstadt. Vous parlez de la Turquie alors que cela fait des années qu'il y a un problème avec la Turquie. Vous n'ouvrez les yeux que maintenant?

J'en viens à ma question: vous demandez à suspendre les négociations avec la Turquie. Nous sommes au 17e chapitre sur 32. Mais demandez-vous aussi la fin des négociations avec la Turquie?

Guy Verhofstadt (ALDE), *réponse «carton bleu»*. – J'ai toujours été un ardent défenseur de l'entrée de la Turquie en Europe, parce que j'ai toujours estimé que ce n'est pas sur la base religieuse qu'il faut définir la civilisation européenne, mais sur la base de nos valeurs et d'autres critères.

Cependant, je ne suis pas fou. Je vois aussi ce qui se passe en Turquie. Ce que je vois, ce n'est pas un changement de ma position, mais un changement de la position de votre groupe qui commence à avoir beaucoup de sympathie pour M. Erdoğan, parce que plus il devient autoritaire, plus vous trouvez que c'est un bon allié pour l'avenir.

Τάκης Χατζηγεωργίου, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, νομίζω ότι το Κοινοβούλιό μας θα έχανε και το τελευταίο ίχνος αξιοπρέπειας αν δεν προχωρούσε στο βήμα στο οποίο φαίνεται ότι προχωρεί. Δεν θα επαναλάβω τα όσα συμβαίνουν σήμερα στην Τουρκία, καθώς έχω στη διάθεσή μου μόνο ενάμισι λεπτό. Θα σταθώ όμως στη σύλληψη του ηγέτη του τρίτου μεγαλύτερου κόμματος στη χώρα, ο οποίος εκπροσωπεί τουλάχιστον έξι εκατομμύρια ψηφοφόρους.

Εμείς, αγαπητοί συνάδελφοι, δεν έχουμε τίποτα εναντίον του τουρκικού λαού, ο οποίος βασανίζεται από ένα βαθύ διχασμό, πράγμα το οποίο δεν προοιωνίζεται τίποτα καλό για τον ίδιο τον λαό. Πληροφορίες ότι η Τουρκία άσκησε πιέσεις προς το Κοινοβούλιο για να μην περάσει αυτό το ψήφισμα, διότι αυτό θα επηρέαζε -υποτίθεται- τις συνομιλίες στο Κυπριακό, κινούνται, νομίζω, μόνο στη σφαίρα των εντυπώσεων παρά της αλήθειας.

Παρά την κρίση στις συνομιλίες στην Κύπρο, χαιρετίζω τη συμφωνία Τσίπρα-Ερντογάν για συνάντηση προκειμένου να συζητήσουν το θέμα της ασφάλειας στη μετά τη λύση εποχή· εποχή η οποία εύχομαι να μην είναι μακρινή. Χαιρετίζω επίσης την αναφορά σας, κυρία Mogherini, υπέρ της ανάγκης γρήγορης λύσης στο Κυπριακό.

Και θα ήθελα να κλείσω με το εξής: οι συγκλίσεις που έχουν επιτευχθεί αποτελούν ένα πολύ σημαντικό θεμέλιο, το οποίο δεν πρέπει να επιτρέψουμε να χαθεί. Και έχετε και εσείς μερίδιο ευθύνης να βοηθήσετε τα πράγματα σε αυτό το πολύ κρίσιμο σημείο στο οποίο βρίσκονται οι συνομιλίες μετά το χθεσινό αρνητικό αποτέλεσμα. Όλοι διαδραματίζουμε ένα ρόλο και έχουμε την ευθύνη να συμβάλουμε έτσι ώστε η Ευρωπαϊκή Ένωση να προχωρήσει τουλάχιστον σε αυτή τη μεγάλη επιτυχία.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Udo Voigt (NI), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe gerade vernommen, dass Sie zu Recht kritisieren, dass Vertreter der drittgrößten Partei in der Türkei verhaftet worden sind. Ich habe Ihre Stimme aber nicht vernommen – denn die Türkei gehört ja nicht zu Europa –, dass hier in einem Mitgliedstaat, nämlich in Griechenland, 18 Abgeordnete der drittgrößten Partei im letzten Jahr verhaftet worden sind. Dazu habe ich Sie nicht gehört. Wie erklären Sie sich das?

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *απάντηση «γαλάζια κάρτα»*. – Νομίζω ότι είναι πολύ ατυχής η σύγκριση της σύλληψης δημοκρατικών ανθρώπων, του ηγέτη του μεγαλύτερου κόμματος, με καταγγελίες που υπάρχουν εις βάρος του κόμματος στο οποίο αναφέρεστε, οι οποίες δυστυχώς έχουν να κάνουν με βαριά ποινικά αδικήματα.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir heute in die Verhandlungen zu dieser sehr schwierigen Entschließung gehen, möchte ich nach vielen Debatten mit Vertretern des türkischen Parlaments eines nochmal sagen: Ich und meine Fraktion und die Mehrheit dieses Hauses wollen, dass der Coup in der Türkei aufgeklärt wird, und wir sind für die rechtsstaatliche Bestrafung derjenigen, die man fairen Verfahren in ihrer Verantwortung überführt.

Was für uns nicht zumutbar ist, ist, dass von uns jetzt verlangt wird, dass wir Massenverfolgung, Massenverhaftung, unverhältnismäßiges Vorgehen gegen alle kurdischen Politiker, gegen jeden, der irgendwie in der Nähe der Gülen-Bewegung steht, gegen Richter, die unabhängige Urteile fällen, gegen liberale Journalisten, gegen Schriftsteller, die sich eine freie Meinung in dieser ganzen Auseinandersetzung bilden, als Teil der Aufklärung akzeptieren.

Die Entwicklungen in diesen letzten Wochen sind, glaube ich, für uns alle so, dass wir gesagt haben: Es kann in den Beziehungen zur Türkei nicht weitergehen wie vor diesem Absturz in eine Situation, die mit Rechtsstaatlichkeit nichts mehr zu tun hat. Und deswegen hat sich in der Mehrheit dieses Hauses die Auffassung durchgesetzt, dass das Einfrieren der Verhandlungen mit der Türkei über eine Mitgliedschaft ein angemessenes Reagieren ist.

Ich muss Ihnen dazu sagen: Ich war in der letzten Zeit oft in der Türkei. Ich bin immer wieder erschrocken. Zuletzt die Verhaftung von Ahmet Türk, einem hoch respektierten Mann, der für den Friedensprozess steht und der Bürgermeister dieser multikulturellen, vielsprachigen, multireligiösen, wunderbaren Stadt Mardin ist. Ich bin wirklich schockiert über das, was da passiert. Und trotzdem fällt es mir schwer, mir die Zukunft vorzustellen. Also ich bin für das Signal, das wir mit dieser Entschließung an die Türkei geben. Ich will aber gleichzeitig – an den ehemaligen Präsidenten Gül zum Beispiel gerichtet, an den ehemaligen Premier Davutoğlu gerichtet, an alle unsere Kollegen im türkischen Parlament gerichtet – sagen: Das, was uns geleitet hat in der Türkeipolitik, nämlich, dass wir Frieden und Sicherheit und Demokratie für die europäischen Bürger und für die türkischen Bürger erreichen wollten, das leitet mich immer noch. Und ich möchte, dass wir nicht aufhören, Dialog und Verständigung mit der Türkei zu suchen.

Ich sage Ihnen das hier an dieser Stelle zum letzten Mal in meiner Funktion als Fraktionsvorsitzende der Fraktion Grüne/EFA, und es wäre für mich sehr traurig, wenn wir nach zwölf Jahren Engagement in der Türkeipolitik sämtliche Brücken in die Türkei verlieren würden. Es wäre für mich auch deshalb sehr traurig, weil in allen Gesprächen, die ich in den letzten Wochen mit türkischen Oppositionellen und Dissidenten geführt habe, appelliert wurde: Haltet den Dialog offen!

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine weitere Zusammenarbeit mit meinen Kollegen auch hier aus der ersten Reihe in anderer Funktion.

(Beifall)

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Peter van Dalen (ECR), *"blauwe kaart"-vraag*. – Net zoals de andere fractievoorzitters in dit Parlement begon mevrouw Harms zo flink door ons allen weer even te vertellen over de weerzinwekkende daden die meneer Erdogan heeft ondernomen de laatste tijd. Ook sprekers vóór haar hebben dat keer op keer benadrukt. Maar dan klinkt het toch weer: "We willen dialoog en dus gaan we bevriezen". Welke dialoog is er? Meneer Erdogan is doof voor Europa, gaat zijn eigen gang, arresteert wie hij wil, zet minderheden weg. Ik was net zo veel als u in Mardin en ik heb in Mardin te horen gekregen: "Deze man moet weg". Dus is mijn vraag: waarom niet kappen met deze toetreding?

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich traue mir im Moment nicht zu, die Perspektive für das Verhältnis EU-Türkei zu beschreiben. Aber man muss auch mal in die Zukunft denken können. Und ich bestehe darauf, dass es wirklich auch in unserem Interesse ist, dass die Türkei eine rechtsstaatliche Entwicklung nimmt, dass wir in der Nachbarschaft eben möglichst dort, aber auch in anderen Teilen, die von Herrn Verhofstadt angesprochen worden sind, demokratische Staaten haben, weil das auch immer für uns und unsere Leute die größere Sicherheit garantiert, weil – zum Beispiel im Fall der Türkei, wenn man in die größere Region denkt, in die Nachbarschaft der Türkei hineindenkt – eine demokratische Türkei tatsächlich auch in der ganzen Region eine andere stabilisierende Wirkung hätte. Und deshalb: Dialog und Verständigung darf man nie und unter möglichst keinen Umständen aufgeben oder unversucht lassen.

Laura Ferrara, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la Turchia è sempre più lontana dall'Europa. Il contro-golpe di Erdogan sta rafforzando il suo potere autoritario e ad essere soffocate sono la legittima opposizione parlamentare e della società civile al suo governo, nonché la libertà di espressione della stampa e dei cittadini.

Con infinite epurazioni si sta realizzando una repressione sistematica degli oppositori del governo turco, particolarmente feroce nei confronti della minoranza curda: essa viene attuato attraverso un numero spropositato di arresti, licenziamenti, allontanamenti di docenti universitari, dipendenti pubblici e privati, di membri della magistratura e del Parlamento, e di chiusura di testate giornalistiche, a cui si aggiunge l'ipotesi agghiacciante della reintroduzione della pena di morte e di interventi legislativi lesivi dello stato di diritto, della democrazia e dei diritti fondamentali.

Le notizie diffuse dagli organi di stampa dichiarano che ora Erdogan avrebbe i numeri per una riforma costituzionale in senso «iperpresidenzialista», per concedersi anche nella forma ancora più potere autoritario. Si parla anche di un riprovevole disegno di legge, presentato dal partito del presidente, al fine di depenalizzare gli abusi sui minori e che aggraverebbe maggiormente il grave fenomeno delle spose bambine. Questa situazione contrasta non solo con gli impegni assunti dalla Turchia al fine di entrare a far parte dell'Unione europea, ma anche con gli obblighi internazionali a tutela dei diritti umani.

La condanna di queste azioni non può fermarsi alle sole parole. Chiediamo con forza la sospensione immediata dei negoziati di adesione che riguardano la Turchia e dei fondi europei ad essa destinati. Le circostanze sono tali, peraltro, da richiedere anche la sospensione dell'accordo in tema di immigrazione e asilo. L'Unione europea e tutti gli Stati membri devono condannare fermamente ciò che sta accadendo in Turchia e impedire che la sua svolta autoritaria produca risultati ancor più gravi.

Mario Borghezio, *a nome del gruppo ENF.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci vuole molto coraggio e molta spregiudicatezza a mettere sul banco degli imputati come amici di Erdogan noi che da questi banchi, in questi anni e soprattutto negli ultimi mesi, ci siamo sgolati a richiamare l'attenzione di quest'Europa ipocrita, che si è affidata totalmente, o per meglio dire, ha affidato i poveri profughi siriani a un satrapo come Erdogan, al democratico europeista Erdogan, tanto amico vostro fino a ieri o l'altro ieri.

Oggi mi sembra che non sia più amico vostro ma dalle parole edulcorate dell'Alto rappresentante, che non si capisce bene che cosa voglia fare con la Turchia, abbiamo sentito che comunque bisogna salvare il salvabile, ecc. ecc., abbiamo sentito anche dire che la Turchia è importante perché è un pilastro della NATO: non ci ha però detto che alcuni ufficiali turchi della NATO stanno chiedendo asilo politico all'Europa perché pensano che da un momento all'altro potrebbero essere incarcerati e magari, un domani, fucilati.

Questa è la situazione di un paese che è fuori dalle regole, oltre che dalla visione morale e storica della nostra democrazia europea. È un paese e un regime nei confronti del quale noi, a differenza di altre situazioni, avremmo già dovuto adottare delle sanzioni e allora bloccare definitivamente le trattative. E, semmai, andavano presi provvedimenti nei confronti non già dei profughi siriani, i quali non sono pericolosi, bensì dei pericolosissimi uomini della Turchia, in mezzo a noi, in Germania e voi non ve ne accorgete! Fate una bella pulizia in Germania degli uomini e delle spie del regime turco, che sono pronti a devastare la nostra democrazia!

E invece non lo stato facendo, cattivi tedeschi, che non liberate il vostro Paese. Ci vuole altro che un clown, ci vorrebbe la cura Trump per liberare l'Europa da certi pericoli, la cura Trump! Le dico già subito che non accetto il cartellino blu, perché non avete diritto di parlare di democrazia….

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, όπως όλοι γνωρίζουμε, η Τουρκία είναι μία χώρα η οποία ουδέποτε έχει κυβερνηθεί δημοκρατικά. Μάλιστα το πρόσφατο πραξικόπημα της 15ης Ιουλίου έδωσε στον Πρόεδρο Ερντογάν το άλλοθι για να μετατρέψει το πολίτευμα της χώρας σε δικτατορία.

Ο Τούρκος Πρόεδρος κατηγορεί συνεχώς την Ευρωπαϊκή Ένωση ότι επί πενήντα χρόνια δεν δέχεται τη χώρα του ως πλήρες μέλος. Βεβαίως, δεν αναφέρεται στο γεγονός ότι αυτή δεν έχει κάνει καμία προσπάθεια για να πληροί όλες τις απαιτούμενες προϋποθέσεις. Επιπλέον απειλεί την Ευρωπαϊκή Ένωση ότι θα την κατακλύσει με εκατομμύρια παράνομους μετανάστες, απειλεί την Ελλάδα με πόλεμο, διατηρεί στρατεύματα κατοχής στο 37% του εδάφους της Κύπρου, έχει εισβάλει στη Συρία και επιπλέον διώκει με μεσαιωνικές μεθόδους κάθε πολιτικό του αντίπαλο, πάνω από τον οποίο επικρέμαται η απειλή της θανατικής καταδίκης.

Επίσης, εφαρμόζει αρχές και μεθόδους γενοκτονίας στους Κούρδους που κατοικούν στην ανατολική πλευρά της Τουρκίας. Το πιο πρόσφατο επίτευγμά του είναι ότι, σε συνέντευξη που είχε με εκπροσώπους του ΝΑΤΟ, απείλησε ότι η Τουρκία θα ενταχθεί στο Σύμφωνο της Σαγκάης, μια στρατιωτική συμμαχία η οποία ελέγχεται από τη Ρωσία και την Κίνα. Όπως αντιλαμβάνεστε, μια τέτοια χώρα δεν έχει καμία θέση στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρέπει να διακοπούν αμέσως οι ενταξιακές διαδικασίες της Τουρκίας.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162 παράγραφος 8 του Κανονισμού))

Ангел Джамбазки (ECR), *въпрос, зададен чрез вдигане на синя карта.* – Уважаема г-жо Председател, уважаеми колега, не смятате ли, че поведението на турския президент е много по-диктаторско и много по-неприемливо откогато и да било за принципите, които се декларират в този Съюз? Не смятате ли, че незаконната окупация на Кипър, че намесата в Сирия също така е несъвместима с демократичните принципи, с управлението, което трябва да бъде част от Европейския съюз? Не смятате ли, че преследването на хора, че затварянето на редакции е израз на диктатура, която трябва да бъде наказана? Не смятате ли, че тази държава трябва да бъде наказана с прекратяване на преговорите за членство и с парични санкции?

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *απάντηση «γαλάζια κάρτα».* – Ευχαριστώ πολύ για την επισήμανσή σας, κύριε συνάδελφε. Βεβαίως, συμφωνώ απολύτως με όλες τις τοποθετήσεις σας. Όμως ο τρόπος με τον οποίον αντιμετωπίζεται η Τουρκία από την Ευρωπαϊκή Ένωση δείχνει και το μέγεθος της υποκρισίας κάποιων οι οποίοι είναι εδώ, λένε αυτά που λένε και έχουν το θράσος να εμφανίζονται ως δημοκράτες τη στιγμή που ανέχονται την παραβίαση της δημοκρατίας και σε χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, όπως στη χώρα μου, την Ελλάδα, όπως επισήμανε ο κύριος Voigt. Συμφωνώ, επαναλαμβάνω, απολύτως μαζί σας και θεωρώ αίσχος και ντροπή τον τρόπο με τον οποίο συμπεριφέρθηκαν εδώ σήμερα στο Κοινοβούλιο ο κύριος Χατζηγεωργίου αλλά και όλοι άλλοι.

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen! Die Türkei ist objektiv ein wichtiger Partner für uns und das sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Eine demokratische und rechtsstaatliche Türkei ist von ganz großer Bedeutung für uns. Aber gleichzeitig müssen wir sehen, dass die Entwicklung in eine andere Richtung hineingeht, und wir sehen, dass der Putsch, den wir verurteilen – auch die Beteiligung der Gülen-Bewegung –, von der gegenwärtigen Regierung in einem Maße genutzt wird, das dazu nicht proportional ist.

Das, was an Gefangennahmen von Abgeordneten, Entziehung der Immunität erfolgt, die Fragen, die mit den Rechten von Journalisten zu tun haben, die Entlassungen in einem Ausmaß, das wirklich nicht mehr verständlich ist, all das ist, glaube ich, eine Entwicklung, die deutlich macht, dass bis zur Klärung dieser Frage die Verhandlung zeitweise ausgesetzt werden soll. Ich glaube, alles andere ist nicht mehr erklärbar.

Wir sollten auch deutlich machen, dass die Einführung der Todesstrafe bedeutet, dass die Veranstaltung beendet ist. Aber gleichzeitig sollten wir auch sehen, dass wir Instrumente haben. Wir sind nicht abhängig von der Türkei. Die Zollunion ist ein solches Beispiel. Die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei hat mit der Zollunion zu tun und damit, dass zwei Drittel der Direktinvestments in der Türkei aus der Europäischen Union kommen. Es ist wichtig, dass auch deutlich wird, dass es bei den Flüchtlingen nicht nur um das Interesse der Europäischen Uniongeht, sondern um unsere Unterstützung für die Flüchtlinge, die wir ja doch nicht entziehen wollen. Das hilft doch den Menschen, den drei Millionen, die in der Türkei aufgenommen worden sind, dass die Flüchtlingsvereinbarung eine wichtige Sache ist.

Ich glaube, dass wir deswegen einen vernünftigen mittleren Weg gehen sollten, der deutlich macht: Der Beitritt ist weiter weg denn je. Das muss man über die Aussetzung der Verhandlungen deutlich machen. Aus diesem Grunde sollte man einen entsprechenden Druck ausüben und andere Instrumente zeigen. Aber insgesamt ist es, glaube ich, wichtig, dass wir in dieser Frage mit der Türkei auch deutlich machen, dass wir uns nicht beleidigen lassen.

Die EU sieht die PKK beispielsweise als eine Terrororganisation an, und die Behauptung von türkischen Ministern, wir würden Terroristen unterstützen, ist doch eine unglaubliche Beleidigung der Europäischen Union, die wir nicht hinnehmen würden.

Aber auf der anderen Seite wiederum: Ein Kollege hat hier von Zypern gesprochen. Es wäre schon schön, wenn die Vereinbarung in Zypern zwischen den verschiedenen Parteien zustande käme. Das sollte man auch einen kleinen Augenblick mit im Hinterkopf haben.

President. – I wish to give you some information. I will not be giving a blue card to those who are on the speaking list.

Kati Piri (S&D). – Madam President, the Turkish population is going through a difficult time. There is a serious threat of terrorism, both from ISIS and PKK, the war next door in Syria resulting in three million refugees and, on top of that, the coup attempt last summer. Unfortunately, the actions taken under the state of emergency have further aggravated the situation. Many people live in fear for their loved ones, who have been dismissed or arrested without any legal proceedings taking place even four months after the coup attempt. Tens of thousands of families are directly affected by the purges, including 145 journalists and 10 of our colleagues – parliamentarians – who are in jail.

We acknowledge the importance of good EU-Turkey relations and remain committed to keeping Turkey anchored to the EU. During the last decade it has been this Parliament that has consequently each year called for the chapters on the rule of law and democracy to be opened because we take the process seriously. The current situation, however, leaves us with no other choice than to call for the temporary freezing of the accession talks. It does not mean we should stop our dialogue, but we have come to the point where a meaningful negotiation on EU integration is not credible. We are not abandoning Turkish citizens – they believe in the same values as us – nor are we abandoning the vibrant civil society that is today under so much pressure. Our doors remain open. We are merely reacting to what is happening in a country that says it wants to join the European Union. If we take our values seriously, we must send a strong political signal and we expect our European leaders to do the same in December.

Mark Demesmaeker (ECR). – "Genoeg, genoeg, genoeg!". Het is de schreeuw van Turks-Europese verenigingen die minderheden, democratie en mensenrechten in Turkije verdedigen. Het is de schreeuw die ze mij toestuurden naar aanleiding van de poging tot brandstichting vorige week in Brussel in het Koerdisch Instituut, een ngo die altijd opnieuw heeft opgeroepen tot dialoog en een vreedzame oplossing van het Koerdische probleem. De dieperliggende redenen kennen we uiteraard maar al te goed: de harde repressie van Erdogan, zijn zuiveringen, vervolging van oppositie tot en met parlementsleden, vervolging van journalisten, zijn brutale machtsontplooiing in Turks Koerdistan, de dubbelzinnige rol in de strijd tegen IS. Het Turkije van Erdogan is duidelijk geen democratie meer en dat toont hij ten overvloede in binnen- en in buitenland.

"Genoeg, genoeg, genoeg!": het zou ook de conclusie moeten zijn van mevrouw Mogherini en van u, meneer commissaris Hahn. Maar dat heb ik helaas niet gehoord. Veel verder dan het uitdrukken van uw bezorgdheid komt u weer niet. Ik geloof er al langer niet meer in. Het kan toch niet zijn dat een staat waarvan de leider de principes van vrijheid, democratie en tolerantie reeds overboord gooide uitzicht kan behouden op EU-lidmaatschap. Stop die onderhandelingen en de financiering. Of gooien wij onze basisprincipes helemaal overboord?

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Kuuntelin huolellisesti Teidän puheenvuoronne, jossa sanoitte monta kertaa, että Euroopan unionin pitää katkaista kaikki suhteet Turkkiin.

Ettekö Te siis kannata tätä aika laajasti täällä hyväksyntää saanutta aloitetta, että jäädytetään neuvottelut tällä hetkellä ja annetaan tällä signaali siihen, että Turkin täytyy huolehtia ihmisoikeuskehityksestä ja tehdä parempaa yhteistyötä kansalaisten kanssa?

Mark Demesmaeker (ECR), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Mevrouw, u heeft niet goed geluisterd. Ik heb niet gezegd dat we alle banden moeten verbreken. Ik heb alleen gezegd dat we de toetredingsonderhandelingen eindelijk moeten stoppen. Het moet gedaan zijn met het zwaaien met een EU-lidkaart. Stop die onderhandelingen en stop de financiering. Dat is de enige taal die deze dictator verstaat.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Frau Präsidentin! Wir haben hier eben völlig zu Recht gehört, dass das Wichtigste an der Mitgliedschaft in der Europäischen Union geteilte Werte sind. Glaubt hier in diesem Haus irgendjemand, dass unsere Werte in der Türkei zurzeit gelebt werden – Pressefreiheit, Rechtsstaatlichkeit, die Freiheit von Forschung und Lehre? Glaubt das hier jemand?

Braucht es wirklich erst die Verabschiedung der Todesstrafe, um Schluss zu machen mit diesen Verhandlungen, die schon seit vielen Jahren zutiefst unehrlich sind? Wir vergessen ja gerne, dass die Immunität der 138 Abgeordneten schon vor dem Putsch aufgehoben wurde, dass sich die Türkei bereits vor dem Putsch von Europa entfernte. Nach dem Putschversuch ist das Ganze nur viel schneller gegangen, und viel mehr Menschen haben hingeschaut und festgestellt: Wir entwickeln uns total auseinander.

Aber dieser Prozess ist ja auch von unserer Seite schon vor diesem Putschversuch zutiefst unehrlich geführt worden. Im Grunde ist es wie eine gescheiterte Beziehung, in der jeder der beiden dem anderen sagt: Du musst Schluss machen. Präsident Erdoğan sagt den Europäern: Ihr müsst erklären, wenn ihr mit uns nicht verhandeln wollt. Wir sagen: Die Türkei soll erklären, dass sie nicht mehr mit uns verhandeln will. Die Verhandlungen sind unehrlich.

Den Gipfel der Unehrlichkeit kann man übrigens auch in dem schönen konfusen Beitrag des sonst sehr geschätzten Kollegen Elmar Brok sehen. Ich meine: Was war das denn? Wo steht denn bitte schön zum Beispiel die deutsche CDU? Die Vorsitzende dieser Partei ist gegen den Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Die ganze CDU ist dagegen. Frau Merkel ist die Vorsitzende der Partei. Als Bundeskanzlerin schlägt Frau Merkel aber vor: Wir eröffnen noch ein paar Kapitel, um den Beitritt voranzutreiben. Die türkischen Freunde sagen: Was ist denn jetzt wirklich eure Position? Auch die europäische Haltung der Türkei gegenüber ist zutiefst unehrlich.

Also bitte: Hören wir auf mit diesem unehrlichen Prozess – es wird keinen Beitritt geben; 85 % der Menschen in Deutschland und 80 % der Menschen in Frankreich sind gegen den Beitritt –, und ersetzen wir diesen unehrlichen Prozess. Ersetzen wir ihn durch einen neuen Rahmen für bessere konstruktive Beziehungen. Ich weise das zurück, was die Hohe Vertreterin hier gesagt hat: Es geht nicht darum, Brücken abzubrechen. Es geht nicht darum, den Dialog zu beenden. Es geht darum, ihn auf eine ehrliche Grundlage zu stellen mit einem wichtigen Nachbarn, der die Türkei auf immer bleiben wird.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Θα ήθελα να μου πείτε πώς σχολιάζετε τις αλυτρωτικές βλέψεις του σουλτάνου Ερντογάν εναντίον της Ελλάδος, ο οποίος έχει ανοίξει τώρα μια συζήτηση για αμφισβήτηση της Συνθήκης της Λωζάννης, ενώ παράλληλα το τουρκικό προξενείο στην Κομοτηνή προβαίνει σε ανθελληνικές δράσεις προσπαθώντας να δημιουργήσει θέμα απόσχισης της Θράκης από την Ελλάδα και προσχώρησης στην Τουρκία.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe diese Äußerungen in Bezug auf den Vertrag von Lausanne auch gehört, und sie müssen einen besorgt machen, weil sie die territoriale Frage noch einmal aufmachen, die seit 1923 abschließend geklärt ist.

Aber Gegenfrage an Sie: Warum unterstützt die griechische Regierung die Regierung der Republik Österreich nicht darin, einen neuen Schritt in den Beziehungen zu machen, die Verhandlungen zu beenden? Griechenland möchte weiter verhandeln. Ich kann das nicht verstehen. Für mich passt das hinten und vorne nicht zusammen, was da in Athen an Politik gemacht wird.

Martina Michels (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was hat die EU getan, um das Abdriften der Türkei in eine Diktatur aufzuhalten?

Kommission und Rat haben das Wegschauen kultiviert, garniert von kritischen Fortschrittsberichten. Warum? Der Premiumpartner in Sachen EU-Abschottungspolitik – der NATO-Partner Türkei – soll bei Laune gehalten werden.

Kein EU-Mitgliedstaat hat je Waffenlieferungen in die Türkei gestoppt. Die Zeit der Appelle und Besorgnisse ist vorbei. Das Einfrieren der Beitrittsverhandlungen ist nur ein Schritt. Aber ich fordere den Rat auf, endlich den faulen Flüchtlingsdeal zu beenden und sich aus der politischen Gefangenschaft Erdoğans zu befreien. Anderenfalls haben wir neben den Toten im Mittelmeer, neben Flüchtlingen ohne Schutz und Hoffnung auch noch die türkische und kurdische Opposition auf dem Gewissen. Am Ende des Tages können Sacharow-Preise an kurdische Oppositionelle das politische Versagen der EU nicht ausgleichen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pani Przewodnicząca! Mamy tutaj do czynienia z najbardziej radykalnym głosem w tej debacie. O ile wszyscy zgadzamy się co do tego, że Turcja nie ma perspektywy na akcesję, to chciałbym zapytać: w imię jakich wartości mielibyśmy zrywać porozumienie w sprawie uchodźców i imigrantów, które sprawdziło się i dobrze funkcjonuje? O jaką wartość tutaj chodzi?

Martina Michels (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“.* – Das kann ich Ihnen sagen: Weil dieser Flüchtlingsdeal von Anfang an ein fauler Deal war, der sozusagen auf Kosten der Flüchtlinge die Türkei in eine Position gebracht hat, in der wir verdeutlicht haben, dass wir uns in die Abhängigkeit von der Türkei begeben. Und das war von Anfang an ein haltloses Unterfangen.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Det bästa sättet att stödja demokratin, förbättra respekten för mänskliga rättigheter och rättsstatens principer och driva på fredsförhandlingar med kurderna – det är anslutningsförhandlingar. Det är vad vi gröna alltid har stått bakom, och i princip har vi inte ändrat uppfattning. Det måste emellertid finnas någon att förhandla med, vilket det har visat sig att det inte längre går med president Erdoğan. I stället går allt i fel riktning för ett närmande till EU i det som presidenten genomdriver. Om förslaget att införa dödsstraff skulle igenom så är det som fru Mogherini sa ”spiken i kistan” för medlemskap. I dagsläget är det väldigt svårt att se någon annan utväg än att tillfälligt frysa anslutningsförhandlingarna. Det räcker dock inte med det, utan vi borde också frysa Turkietöverenskommelsen.

Jag säger inte att vi ska sluta bidra med pengar till flyktingarna, däremot att vi ska sluta skicka flyktingar tillbaka till Turkiet istället för att göra oss beroende av en man som använder flyktingarna som utpressning mot oss. Om alla medlemsstater tar solidariskt ansvar för de flyktingar som kommer hit, så har vi inget större problem.

(Talaren godtog att besvara en fråga (”blått kort”) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Tomáš Zdechovský (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty.* – Já mám na Vás dotaz. Vy jste hovořila o tom, že ukončíme financování uprchlíků.

Byla jste se někdy v Turecku, v uprchlických táborech podívat? Viděla jste to, jak ti uprchlíci žijí? Viděla jste opravdu to, co je z těch peněz financováno? Co chcete zastavit? Co vyděláte na tom, že zastavíme pomoc uprchlíkům a že zastavíme tu dohodu s Tureckem? Kdo na tom vydělá? Potrestáte Erdogana nebo potrestáte ty lidi, kteří tu pomoc nejvíce potřebují?

Bodil Valero (Verts/ALE), *svar (”blått kort”).* – Jag sa faktiskt precis tvärtemot, nämligen att vi inte ska sluta skicka pengar till flyktingarna i Turkiet. Det finns olika delar i flyktingöverenskommelsen med Turkiet. Det som jag talar om är att vi ska sluta skicka tillbaka flyktingar från Europa till Turkiet. Turkiet är inte ett säkert land för flyktingar att komma till, så därför bör vi sätta stopp för det. Men självklart ska vi se till att pengar kommer till flyktinglägren i Turkiet, i Jordanien, i Libanon, i alla de länder som idag tar emot den allra största gruppen av flyktingar. Hit kommer ju bara en liten, liten del av dem.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, in primis voglio cominciare con un caloroso buongiorno a tanti colleghi che finalmente si sono svegliati. Mi chiedo dove fossero mentre noi denunciavamo, nel corso di questi anni, l'elenco lunghissimo delle azioni autoritarie e liberticide poste in essere dal governo di Erdogan e dall'attuale esecutivo turco.

Ebbene, vogliamo ricordare forse le ambiguità nella lotta al terrorismo, che ne hanno fatto per anni l'autostrada del jihadismo internazionale? Eppure lì, forse, nessuno se ne lamentava o forse pochi, perché faceva comodo. Vogliamo ricordare anche le ambizioni territoriali, neoimperialiste, verso Aleppo, Mosul, il Kurdistan siriano, l'intenzione di rimettere in discussione trattati vecchi di decenni, la volontà di negare il diritto all'autodeterminazione dei valorosi curdi del Rojava, di intervenire con l'operazione «Scudo dell'Eufrate» per combattere la loro avanzata, più che per fronteggiare Daesh? O vogliamo ancora ripetere quello che tanti hanno detto, cioè la continua negazione dei diritti umani, delle libertà civili e politiche, l'arresto di dodici parlamentari come noi, che hanno perso l'immunità e che adesso sono nelle galere turche? O vogliamo ancora ricordare l'arresto dei 142 giornalisti, l'ultimo Akin Atalay l'11 novembre? Per non parlare delle prescrizioni, delle purghe di decine di migliaia di funzionari, insegnanti, giudici e poliziotti. E da ultimo la proposta di depenalizzazione della violenza sessuale sulle minorenni grazie al matrimonio riparatore. Per non parlare dell'estensione del mandato, magari al 2029, senza passare per le elezioni.

La democrazia in Turchia ormai non c'è più e questo è un dato di fatto di cui noi dobbiamo prendere atto e reagire di conseguenza. Chiediamo una sospensione immediata, *sine die*, del processo di adesione e dei fondi per l'adesione. Chiediamo il rigetto immediato dell'accordo illegale sull'immigrazione e il rifiuto del ricatto migratorio. Perché l'Europa non può essere paralizzata dalle paure della Merkel in vista delle prossime elezioni tedesche. La società civile turca ci chiede oggi di dare una risposta forte e, senza una risposta forte contro Erdogan, abbandoneremo i turchi al loro destino. Questo è ciò che noi dobbiamo fare oggi.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 149, paragrafo 8, del regolamento))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *blue-card question*. – Thank you very much Madam President. Dear colleague, you mention the immediate suspension of the process of accession of Turkey, and I agree with lots of things that you said. But at the same time don't you think this is going to have a counter-productive effect on Europe, with no positive results on developments taking place nowadays in Turkey? At the same time we would be abandoning democratic forces in Turkey for whom the EU still plays an important anchoring role. Last but not least, are we are losing any leverage on Turkey by proceeding in this way?

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Grazie per la domanda, on. Frunzulică. Io le posso dire che, finora, la strategia del chiudere gli occhi e portare avanti le negoziazioni, a prescindere da quanto sta accadendo, non ha pagato, perché Erdogan ha continuato nel suo progetto costantemente e quindi, in questo momento, forse l'unica possibilità di riprendere un dialogo serio è di mostrarci interlocutori credibili , che dinanzi a queste violazioni sanno prendere delle decisioni forti e sanno implementarle.

Allora ci potremo risedere a un tavolo e allora vedremo se da parte turca ci sarà una presa di coscienza. Se continuiamo a girare lo sguardo dall'altro lato, se continuiamo a chiudere gli occhi, io penso che non ci sarà speranza di recuperare un rapporto diplomatico quantomeno decente nei confronti dell'interlocutore turco.

Marcel de Graaff (ENF). – Commissaris Timmermans had hier moeten zijn, want hij heeft onlangs gezegd dat er aanwijzingen zijn dat Gülen betrokken is bij de helaas mislukte couppoging in Turkije. Hij verwijst daarvoor naar een Amerikaans rapport. Op 16 augustus verklaarde Turkije dat het geen bewijs aan de VS had verstrekt van betrokkenheid van Gülen toen het vroeg om zijn uitlevering. Waar komt deze bewering dan vandaan? Bestaat dat rapport? Is de Commissie het eens met de heer Timmermans? Heeft de heer Timmermans deze informatie wellicht via Inovo BV gekregen? Dat is het lobbybedrijf van de Turkse AKP dat door ALDE-Europarlementariër Marietje Schaake mede is opgericht en dat tienduizenden euro's betaalt aan beïnvloeders en beslissers voor advies. Welke betrokkenheid heeft Timmermans bij Inovo BV? Wanneer Timmermans deze bewering overigens niet hard kan maken, dan moet hij opstappen, want laten we eerlijk zijn: je zegt zoiets alleen maar wanneer je de greep naar het dictatorschap van Erdogan wilt vergoelijken, wanneer je Turkije ten koste van alles tot de EU wilt laten toetreden en wanneer je de visumliberalisering per se overeind wilt houden. Dat moet absoluut stoppen.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, nous avons discuté plusieurs fois de la Turquie ces derniers mois, mais je crois que le débat d'aujourd'hui va marquer les relations entre l'Union et la Turquie parce que, cette fois-ci, nous demandons quelque chose de très fort. Les mots que nous avons utilisés, «gel des négociations», «report des négociations», «moratoire» – nous allons trouver la formule consensuelle –, sont très forts. Nous demandons effectivement que les négociations ne continuent pas.

Nous devons être très nuancés dans cette approche, et notre groupe politique insiste pour que ce gel, cette remise à plus tard, soit temporaire. Il ne faut pas que nous soyons compris comme un Parlement qui demande que les négociations soient finies, terminées pour toujours. Le caractère temporaire doit être souligné. Dans ce sens, nous avons besoin d'une liste de critères qui nous permettent plus tard une reprise, si cette reprise figure bien sûr à l'agenda d'Ankara, parce que, effectivement, il est possible – soyons conscients de cela, prenons aussi nos responsabilités – que M. Erdoğan décide à la suite de notre geste de tout terminer. Mais, au moins, restons nuancés et responsables.

Knut Fleckenstein (S&D). – Frau Präsidentin! Beitrittsverhandlungen wollen wir – auch wenn es nicht allen gefällt – wirklich nur aussetzen, nicht abbrechen!

Unsere Freunde in der Türkei sollen wissen: Wir glauben auch heute noch an die Möglichkeit einer gemeinsamen europäischen Zukunft. Was wir vorschlagen, ist also auch kein Kontaktsperregesetz. Auch in Zukunft wird es Dialog geben. Da stimme ich der Kommission und dem Rat ausdrücklich zu, wie gut wäre es, diese Einstellung auch an anderer Stelle zu finden.

Aber eines geht nicht: Während der türkische Präsident die Türkei wegentwickeln will, weg von Demokratie, weg von Rechtsstaatlichkeit und weg von den einfachsten Freiheitsrechten, führen wir gleichzeitig Beitrittsverhandlungen. Das ist nicht seriös. Das ist auch nicht seriös gegenüber den Menschen in der Türkei, auch nicht gegenüber unseren Mitbürgern, das ist Heuchelei auf Gegenseitigkeit.

Dann lieber eine Pause, die Zeit gibt nachzudenken. Nutzen wir sie auch für viele Gespräche mit den vielen Demokraten, die in der Türkei leben, die sich eine andere Türkei wünschen: eine demokratische und rechtsstaatliche. Ihnen sagen wir heute von hier aus: Wir lassen euch nicht hängen. Wir stehen an eurer Seite. Wir haben noch viel gemeinsam zu tun.

Charles Tannock (ECR). – Madam President, I have had concerns about the direction of travel of Turkey for many years, particularly since the AK Party took power in 2003, Following his inauguration as President and the subsequent attempted coup, we find President Erdoğan on an increasingly authoritarian trajectory, now with the arrest of journalists and opposition MPs.

His latest comments suggesting that Turkey, a NATO member state, could join the non-democratic China and Russia-led Shanghai Cooperation Council, highlights my concerns. And this coming so soon after he railed against inaction at the UN Security Council over Syria, where he supports Jihadi insurgents. Let us remind ourselves that it is his friend Russia, Mr Putin, and China that have done most to prevent any action on Syria at the UN Security Council.

It is clearer than ever that President Erdoğan does not seek to lead a Turkey that is capable of meeting the democratic and rule-of-law criteria for EU membership. Bearing in mind the crucial relationship that exists between Turkey and the European Union, it is perhaps now time that a new framework for relations be considered. Sadly, the EU- Turkish relationship was a key issue during the Brexit referendum campaign and helped to deliver a Brexit result – very sad indeed.

Marietje Schaake (ALDE). – Madam President, over the past days a lot of people in Turkey, who are desperately seeking a democratic anchor to hold on to, have asked me why this House is calling for freezing accession negotiations. As a friend of Turkey, I wish that I would never have had to answer that question, but the violations of the rule of law and human rights are too severe to continue as if it is business as usual. They directly violate the framework of accession negotiations and the Copenhagen criteria. Hundreds of thousands of people have been fired, mass arrests have taken place, journalists are imprisoned and NGOs are closed amid a climate of fear and self-censorship. So we have no choice but to respond to the disproportionate measures. After the despicable coup took place it has known only losers. Therefore, we call for the freezing of talks. They could be reviewed when the lifting of the state of emergency takes place and when measurable fair trial and due process standards are met.

Turkey needs to return to a democratic path and respect the rule of law. Furthermore, principles such as the presumption of innocence, freedom of expression, separation of powers and fair trial should have meaning. Frankly, the EU is already losing credibility when it comes to being a community of values, and that is unacceptable. The statement or deal or whatever it is called on migration with Turkey is a case in point. Our vote to freeze negotiations is intended to emphasise that the democratic principles that the EU cherishes are more than a dead letter.

Malin Björk (GUE/NGL). – Fru talman! Erdoğans fängelser håller på att fyllas med politiska fångar, media släcks ner och frivilligorganisationer förbjuds. Hbtq-personer utsätts för alltfler hatbrott. Våra kolleger i HDP har fängslats. Jag vill säga till er, mina kolleger i HDP, att ni står för hopp, för demokrati, för fred, för framtid. Och ni har all vår solidaritet.

Vad ska vi göra nu? Vad krävs av oss? Först av allt skulle jag vilja säga: Avsluta det skamliga avtalet med Turkiet som går ut på att stoppa flyktingar. Det är hyckleri att samarbeta med Erdoğan på detta sätt. De europeiska länderna ska själva på ett ansvarsfullt och värdigt sätt sköta flyktingmottagandet. Dessutom bör vi, som flera har sagt här, frysa medlemskapsförhandlingarna med Erdoğans regim. Förhandlingarna ska dock återupptas när rättsstatens principer efterlevs.

Sist men inte minst: Ge stöd till alla demokratikämpar i HDP, i kvinnoorganisationerna, i media, bland journalister och till alla de som står upp för demokratin i Turkiet.

Ska Keller (Verts/ALE). – Madam President, a lot of Members have said that we should use our various tools, and look for tools to use, in order to send a strong signal to Turkey, and I agree that we should indeed send such a strong signal. I think we have the tools with which to do so.

There is the customs union. The Commission says that it wants, this year, to propose an enlargement of the customs union. I think now is the completely wrong time – when we have so many human rights violations and so many people who have been imprisoned – to talk about enlargement of the customs union. We really should not do that, and we, as Parliament, can say that we will not agree to it.

Secondly, the Turkey deal is not so much an instrument which we possess but, rather, one which we have given to Erdoğan potentially to use against us. I think that was a very wrong decision – in terms of human rights, of course, and also because it makes us and the Member States dependent on Erdoğan's goodwill. We should absolutely stop sending people back to Turkey. We need to have an EU pact instead, because the answer to that question can only lie within the European Union.

Kristina Winberg (EFDD). – Fru talman! Turkietavtalet skulle aldrig ha ingåtts. Det var enbart ett sätt för Turkiet att utpressa EU. Det har både jag och många andra EU-kritiker ständigt sagt. De 3,9 miljarder euro som hittills har betalats ut hade kunnat göra otroligt mycket mer nytta i konflikternas närområden. I stället ska man dela ut kreditkort i Turkiet – förutsättningslöst. Det innebär alltså att man ger ett ekonomiskt stimulanspaket till Erdoğan i denna mycket känsliga tid. Ända sedan avtalet slöts har Erdoğan hotat med att om han inte får igenom sina krav så kommer han återigen att släppa igenom migranter som vill ta sig till Europa. Europa klarar inte en migrantström till.

Enda lösningen just nu är att varje medlemsstat får sina gränser och sin asylpolitik tillbaka, så att vi kan signalera till migranterna att det är fullt i våra medlemsstater. Det räcker inte med att frysa dessa förhandlingar, utan det handlar om att slänga dem i soporna och sätta på locket.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, le Parlement européen se donne bonne conscience en protestant contre les violations des droits de l'homme commises par la Turquie, mais ces protestations ne sont destinées qu'à tromper l'opinion publique, car l'Union européenne s'est soumise à la Turquie en acceptant le honteux accord d'immigration du 18 mars 2016.

Erdoğan se moque de l'Union et plonge chaque jour davantage son pays dans l'obscurantisme islamiste. Il vient de revendiquer des îles grecques au motif qu'elles abriteraient des mosquées turques et, à l'heure où nous parlons, il propose au Parlement turc de voter une loi qui dispensera de peine les violeurs dès lors qu'ils épouseront leurs victimes, même mineures. Le viol et la pédophilie seront ainsi légalisés.

L'Union continue malgré tout à accepter l'adhésion de la Turquie. Elle a tellement renié les valeurs européennes qu'elle n'est même plus capable de défendre les femmes et les enfants. Elle se soumet à l'islam radical.

J'appelle la France et invite les autres nations européennes à en tirer les conséquences, comme le Royaume-Uni l'a déjà fait.

Renate Sommer (PPE). – Frau Präsidentin! Sollen wir die Türkeiverhandlungen endgültig abbrechen und damit diesen Scheinargumenten des rechten Blocks und auch des Kollegen Lambsdorff folgen, der das für innenpolitische Zwecke missbraucht? Das wäre doch genau das, was Präsident Erdoğan will. Er will, dass wir der Türkei endgültig den Rücken zuwenden, denn dann könnte er der EU die Schuld zuweisen daran, dass die Türkei immer mehr abgleitet, regelrecht heruntergewirtschaftet wird. Der Tourismus ist doch schon stark eingebrochen, das Klima der Angst wird weiter Investoren aus dem Ausland abschrecken, das Land wird heruntergewirtschaftet.

Wir müssen jetzt im Gegenteil ganz klar machen, dass dies allein die Schuld des Herrn Erdoğan ist. Er missbraucht den Ausnahmezustand zur Verwirklichung seiner ganz privaten Träume und reißt damit sein Land ins Unglück. Und deshalb müssen wir jetzt klug handeln. Wir müssen wirklich Gesprächskanäle offenhalten. Das Einfrieren der Verhandlungen ist jetzt das richtige Mittel und nicht der endgültige Abbruch. Und zur Not – auch das wurde schon gesagt – gibt es ja für die Zukunft dann auch noch die Möglichkeit, über Vorbeitrittsmittel nachzudenken oder auch über die Zollunion.

Tanja Fajon (S&D). – Pozdravljam delo naše poročevalke Kati Piri, ki zelo odgovorno spremlja razmere v Turčiji.

Turčija je pomebna strateška partnerica Uniji. Imamo skupne izzive in priložnosti in želela bi si, da bi se danes pogovarjali drugače. Pa žal ni tako. Slika je črna.

Število zaprtih politikov, novinarjev in akademikov je nesprejemljivo. Vsak dan dobivamo sporočila o domnevnih samomorih v zaporih. Število žrtev narašča. Moji kolegi te dni niso smeli obiskati zaprtega voditelja opozicije. Tudi kolegici Piri niso omogočili vstopa v državo.

In vsa ta dejstva postavljajo pod vprašaj stanje demokracije v Turčiji. Ne moremo se obnašati, kot da gre za stanje business as usual. Spoštovanje človekovih pravic, vladavine prava in demokracije, to ni predmet pogajanj, kot tudi ne uvedba smrtne kazni.

Zato odločno podpiram začasno zamrznitev pristopnih pogajanj in si želim, da bo naslednja razprava potekala v boljšem ozračju.

Ελένη Θεοχάρους (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, όσοι νοιάζονται τόσο πολύ για την Κύπρο θα έπρεπε να γνωρίζουν ότι αυτά που ζητεί η Τουρκία για να δεχθεί την επίλυση του Κυπριακού παραβιάζουν και θα παραβιάζουν στο διηνεκές τα ανθρώπινα δικαιώματα του κυπριακού λαού. Στην Κύπρο συντελείται ένα ακόμη συνεχιζόμενο έγκλημα της Τουρκίας. Συνεχίζεται το ξεκλήρισμα του κυπριακού λαού και η Κυπριακή Δημοκρατία κινδυνεύει να μετατραπεί σε τουρκικό προτεκτοράτο.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέχεται αυτή την κατάσταση και οχυρώνεται πίσω από τις συνομιλίες, που κατέρρευσαν ήδη, χωρίς να λαμβάνει κανένα μέτρο κατά της Τουρκίας. Εξακολουθεί να χρηματοδοτεί την Τουρκία, αλλά δεν επιβάλλει κυρώσεις, όπως έπραξε με τη Ρωσία.

Αγαπητοί συνάδελφοι, κανείς από εσάς που μιλάτε αόριστα για λύση στο Κυπριακό δεν θα δεχόταν τους όρους της Τουρκίας για τον δικό του λαό. Δεν θα δεχόταν να πηγαίνουν τα παιδιά του υποχρεωτικά σε τουρκικό σχολείο. Δεν γνωρίζετε τι διαλαμβάνει η λύση που απαιτεί η Τουρκία. Δεν γνωρίζετε ότι η Τουρκία θα ελέγχει την Ευρωπαϊκή Ένωση μέσω του βέτο της ομόσπονδης τάχα κυβέρνησης της Κύπρου, την οποία θα ελέγχει πλήρως.

Σας ζητάμε να στηρίξετε επιτέλους την εφαρμογή των αρχών και των αξιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, να στηρίξετε την εφαρμογή όλων των αγαθών που απολαμβάνουν οι δικοί σας λαοί και για τον κυπριακό λαό, επιβάλλοντας στην Τουρκία κυρώσεις.

Неджми Али (ALDE). – Madam President, Mrs Vice-President Mogherini, Commissioner and dear colleagues, Turkey's integration in the European structure started a long time ago but unfortunately we still do not see conclusive results. Turkey is not just a candidate country, it is also a geo-strategic partner for the EU and we should support the positive development in the area of mutual beneficial cooperation. Together we experienced so many challenges that could be overcome only in close partnership. Turkey has a robust functioning market economy and it is the fifth largest trade partner of the EU, while the Union is its main trading partner. There is also a big untapped potential for further development in this area. The recent coup d'état attempt created turmoil in the society that could be overcome not least by the sincerest European support for Turkey's democratic institutions, including the Government, opposition parties and the civil society organisations. In this regard, a suspension of the negotiation process will be counterproductive. If we interrupt this process, how will we ensure continual support to civil society and the inflows and acceleration of the necessary reforms? As part of the accession negotiations, if we have succeeded to open Chapters 23 and 24 using the administrative capacity of the European institutions, it would have been possible to synchronise the legislative framework of Turkey with the European one. We consider that this is the way to continue working with a democratic, inclusive and stable country. Otherwise, by suspending the negotiating process will contribute to the weakening of civil society and the pro-European path of the people of Turkey.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señora Presidenta, señora Mogherini, señor Hahn, por una vez, la posición de este Parlamento está clara: congelar *(freeze)*, pero no romper.

En todo caso, en Turquía las cosas han llegado a un límite que, efectivamente, hace imposible mirar hacia otro lado. El Parlamento, no obstante, propone; la Comisión gestiona un día a día más y más complejo; y el Consejo, como siempre, decidirá en última instancia.

Lo que sabemos es que no podemos seguir instalados en el juego inútil de desplantes, declaraciones, avisos de última oportunidad.

En primer plano tenemos la sociedad civil turca y el pueblo kurdo, las únicas y auténticas víctimas, y al fondo los refugiados que, gracias a nuestra negativa a asumir las responsabilidades que nos corresponden, se han convertido en el escudo protector para la impunidad del presidente Erdoğan y su Gobierno.

Quizás sea útil, pues, el *freezing*, este mensaje más claro y contundente que el Parlamento envía, pero solo será útil si Comisión y Consejo lo saben administrar; también para abrir el diálogo franco y directo, sin tabúes ni autorrestricciones, que propone la señora Mogherini, el diálogo que nos permita saber dónde estamos ambos —Unión Europea y Turquía — para poder tomar las decisiones adecuadas a conciencia y sin precipitación.

¿Quiere Turquía mantener viva su pretensión europea? ¿Quiere la Unión Europea actuar con la decisión y claridad necesarias para que Turquía desande el camino que la lleva al desastre?

Raymond Finch (EFDD). – Madam President, the fact that you consider yourselves advocates for human rights across the world but support the principle that a Turkey, led by Mr Erdoğan, can become members of your club, smacks of hypocrisy. This is a regime that persecutes its citizens, imprisons journalists, covertly supports Islamic State, and has even considered legalising child rape as long as the rapist then marries the child. I am relieved to see that the Turkish Government appears to be backing down from this, but to have ever even considered it is a disgrace.

You spend EUR 650 million a year to support this junta. Do you think that this is a responsible way to spend taxpayers money, or that the 40 000 people who have recently been arrested are grateful for your support of this dictator?

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Also eines wird jedenfalls sehr deutlich, wenn man sich die heutige Debatte hier im Hause anhört, nämlich der höchst merkwürdige ethisch moralische Zugang und auch die Unehrlichkeit der politisch Verantwortlichen in dieser Union, wenn es um diese Sache geht.

Wie lange muss denn die Liste – Frau Mogherini hat sie selbst vorgelesen – noch werden, bis hier endlich in der Sache gehandelt wird? Frau Merkel fürchtet sich vor Donald Trump, wenn es um die Menschenrechte geht. Wir diskutieren hier Stunden und Tage über Menschenrechte. Das ist eines der wichtigsten Themen für Sie hier, und da sind Sie nicht bereit, endlich in der Türkei einzuschreiten?

Die Türkei - und das ist ein ganz wesentlicher Punkt – besetzt seit über 40 Jahren Gebiet der Europäischen Union. Auch das scheint Ihnen völlig egal zu sein. Versuchen Sie doch, einmal ehrlich zu sein – zu den Türken und auch zu den Europäern –, und sagen wir: Abbruch der Verhandlungen, Aussetzung jeglicher Zahlungen, was noch lange nicht bedeutet, dass man den Dialog abbrechen muss.

Esther de Lange (PPE). – Madam President, I would firstly strongly condemn the accusations that Mr de Graaff makes about, among others, our colleague Marietje Schaake, but I do believe – and I say this to the Commission – that there is some need for clarification. I will give you the exact quote that the first Vice-President of the Commission gave to the Belgian magazine *'Knack'*. He said, 'On the basis of American research, there are indications that the Gulen movement did play a role in the coup in Turkey'. That is quite a statement, and it caused quite a stir in Turkish communities, including in my country.

My time is limited, so I will ask the Commission only one question: can they clarify whether this is the position of the Commission? What research are we talking about because, until now, this research was unknown to the Parliament? However, the main issue is this: is it the Commission's position that the movement itself was behind the coup? Thank you for shedding light on this matter.

Marju Lauristin (S&D). – Madam President, we have to take very seriously the grim news which comes every day from Turkey about one more merciless violation of human rights, in prisons or elsewhere. And the latest messages coming from social media are an even stronger warning because there are signals on social media about a planned massacre in the prisons in Turkey under the pretext of planned unrest.

This could seem like fantasy, but for us – people who know well the history of Stalinism – it is a familiar pattern. Provocations of this kind and fake trials are part of a well-known pattern. It is important that the EU and you personally, Ms Mogherini, should do everything possible to ensure that we have an objective international team to investigate the situation of prisoners in Turkish jails, the situation with regard to torture, and the 21 suicides, or alleged suicides, and so on.

In this situation we really have no other option: if we want to be taken seriously as a guardian of human rights all over the world, then we have to react and we have to give Erdogan the clear message that he has stepped across all the red lines.

There is a way back – and that is why we want to freeze the talks, not to finish them. There could be a way back for the Turkish people, the Turkish nation, and we must do all we can so that the Turkish nation will have this way back.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Geoffrey Van Orden (ECR). – Madam President, many of us have long pointed out that if, over many years, we treated Turkey with disrespect and disdain, we should not now be surprised if she should give up her Western orientation of the past century and head off in a different direction.

I have just returned from Istanbul where I was attending the NATO Parliamentary Assembly. I can tell you that many Turks are angry and disappointed at what they see as lack of support from those who say they are her friends. Turkey sees how she stood firm throughout the Cold War at the borders of the Soviet Union. She is now at the heart of this arc of crisis in the Black Sea and Middle East region, she has suffered perpetual terrorist attacks over decades – particularly from the Soviet-created PKK – she is now hosting nearly three million refugees, costing her USD 25 billion, she is in the front line of the fight against Daesh, and she has suffered an attempted coup.

It could well be the case that Turkey, in due course, will seek a relationship with the EU different from full membership. That should be her decision. It would be a gross strategic error for the EU itself to slam the door in the face of Turkey, a country of crucial geo-strategic importance, a staunch NATO ally for 64 years, a crucial partner in combating jihadists, and with so many positive links to Western Europe. Don't forget that for many good people in Turkey the journey is perhaps more important than arriving at the destination …

(The President cut off the speaker)

Eduard Kukan (PPE). – Madam President, it is clear to us, and I hope to the Turks as well, that the restriction of civil liberties and violations of the rule of law and human rights are not consistent with the commitments of a country aspiring to EU membership. Nevertheless, we should not take hasty decisions: we should think, instead, about how to maintain our relations rather than cutting Turkey off. Suspending the negotiations will probably only worsen an already tense situation.

What should be our next step? We might use our ability to support any democratic developments in the country, as most of them are linked to the process of Europeanisation. We will also have to be ready to reopen many related economic and security issues. We face a difficult decision, however we should not shut the door on Turkey because, when we want to open it again, we could get an unpleasant surprise.

Μιλτιάδης Κύρκος (S&D). – Κυρία πρόεδρε, παρακολουθούμε με μεγάλη ανησυχία την επίθεση του Προέδρου Erdoğan στο κράτος δικαίου και τις ελευθερίες των πολιτών. Θα περίμενα λοιπόν μία ευρωπαϊκή αντεπίθεση υποστήριξης προς τη διωκόμενη τουρκική κοινωνία. Θα περίμενα να ανοίξουμε επιτέλους τα κεφάλαια για το κράτος δικαίου και τα θεμελιώδη δικαιώματα και να δηλώσουμε ότι αυτός είναι ο ευρωπαϊκός δρόμος και είναι αδιαπραγμάτευτος, μια πόρτα που δεν κλείνει, ότι οι ελευθερίες και τα δικαιώματα είναι τα προαπαιτούμενα για να αναπτυχθούν στενότερες σχέσεις, χωρίς όριο, αυτά που θα πολλαπλασιάσουν 140 δισεκατομμύρια των εμπορικών συναλλαγών και θα τα κάνουν πολύ περισσότερα. Τι βλέπουν όμως οι Τούρκοι πολίτες; Βλέπουν να τους εγκαταλείπουμε, εγκαταλείποντας ή παγώνοντας - εκτός από αυτούς - και το σημαντικότερο εργαλείο συνεργασίας και διαλόγου με το φιλοευρωπαϊκό τμήμα της τουρκικής κοινωνίας, μας βλέπουν να προσφέρουμε στον Erdoğan το άλλοθι για να βυθίσει το λαό του σε ένα τυφλό αντιευρωπαϊσμό και να κερδίσει τη συντηρητική πλειοψηφία. Κλείνοντας δε την πόρτα στην ευρωπαϊκή προοπτική της Τουρκίας, θέτουμε επιπλέον εμπόδια στις ήδη δύσκολες συνομιλίες για το Κυπριακό, με

κίνδυνο, ακραίο αλλά υπαρκτό, να φτάσουν τα σύνορα της Τουρκίας στη Λευκωσία. Μετά τη Λιβύη, την Αίγυπτο, τη Συρία και την Ουκρανία, ήρθε η ώρα να αποτύχουμε και στην Τουρκία.

Ulrike Trebesius (ECR). – Frau Präsidentin! Europa selbst ist in einer schweren Krise.

Europa ist alt, unflexibel und absteigend. Es leidet unter Zentralisierung und der Überregulierung und so weiter und so weiter. Dieser Abstieg unseres Kontinents sorgt dafür, dass wir selbst nicht mehr ernst genommen werden. Die Türkei bricht aktuell mit allen demokratischen Werten und wird zur islamischen Diktatur.

Gleichwohl schweigt die deutsche Regierung aus Rücksicht auf den Flüchtlingspakt. Dieser von Frau Merkel ausgehandelte Flüchtlingspakt ist Erdoğans wichtigstes Vehikel beim Transformationsprozess zur Diktatur und zur brutalen Unterdrückung von Minderheiten. Der Flüchtlingspakt schützt Erdoğan vor Sanktionen und sogar vor bloßer Kritik.

Wie sehr hat Frau Merkel den neuen US-Präsidenten Trump kritisiert und die westlichen und europäischen Werte diktiert, die Voraussetzung für eine Zusammenarbeit sein sollen! Wie unterwürfig ist die deutsche Bundeskanzlerin gegenüber Erdoğan! Hier dulden wir, dass diese gemeinsamen Werte einfach ignoriert und mit Füßen getreten werden. Die Zahl der türkischen Bürger, die in Deutschland Asyl beantragt haben, ist sprunghaft angestiegen. Es werden kurdische folgen, und wir sollten hier dringend ein Zeichen setzen.

Michaela Šojdrová (PPE). – Turecko má obrovské problémy a přesto tvrdím, že Turecko je pro nás klíčovým partnerem v boji proti nelegální migraci. Je naším partnerem pro navrácení uprchlíků a tato dohoda, která byla uzavřena, je plněna. Turecko je součástí aliance, která je nezbytná pro mírové řešení na Blízkém východě, a je také naším spojencem v NATO.

Dnes jednáme opět o Turecku proto, že jsme zneklidněni vývojem politiky prezidenta Erdogana. Turecko se vzdaluje evropským standardům. Toho je důkazem také to, že se naše delegace EU-Turecko zde v EP již rok a půl nesešla. Je to pochopitelné, zřejmě turecká reprezentace nemá zájem vysvětlovat některé své represivní kroky.

Já bych v této chvíli chtěla vyzvat paní vysokou představitelku, aby se zastala dvou českých zatčených občanů, kteří mají být souzeni kvůli příslušnosti ke kurdským milicím a mají být obviněni z terorizmu. Prosím, aby se zastala jejich řádného soudu a vyšetření a aby byli potom propuštěni.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta, este es un Pleno, un debate, muy triste. Porque quienes hemos defendido siempre la necesidad de que Turquía avanzara en su camino de adhesión hacia la Unión Europea hoy tenemos que pedir que se congelen esas negociaciones. Y uno de los efectos colaterales lamentables de la política de Erdoğan es que está dando fuerza a los argumentos de aquellos que siempre han sido enemigos de Turquía.

Desde la posición de quienes hemos defendido siempre a Turquía, hoy queremos lanzar el mensaje al pueblo turco de que desde aquí queremos defender sus libertades, su dignidad, la dignidad de las mujeres, la libertad de expresión, la libertad de ejercicio político, y que, porque queremos hacer eso, y porque esa es la Turquía en la que creemos, hoy pedimos que se congelen las conversaciones, con la esperanza —nosotros y el pueblo turco— de que esas negociaciones puedan abrirse el día que vuelvan a abrirse las libertades y la democracia en Turquía. Pero hoy, señora Presidenta, es un día triste para quienes creemos en Turquía.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία πρόεδρε, πολύ ορθά στηλιτεύουν σήμερα όλες οι πολιτικές ομάδες τη στάση και τη συμπεριφορά της Τουρκίας ως προς τις παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ως προς την περιφρόνηση αρχών και αξιών. Οφείλω όμως να επισημάνω ότι αυτή η συμπεριφορά της Τουρκίας δεν είναι σημερινή. Πρόκειται για διαχρονική συμπεριφορά η οποία έτυχε ανοχής και ατιμωρησίας, ακόμη και εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης, με αποτέλεσμα η Τουρκία να αποθρασύνεται και να προκαλεί. Όλοι γνωρίζουμε ότι η Τουρκία, εδώ και σαράντα δύο χρόνια, παραβιάζει καθημερινά τα ανθρώπινα δικαιώματα στην Κύπρο, ότι εισέβαλε και ότι κατέχει χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ότι συνεχίζει να προκαλεί και να προσβάλει τα αισθήματα όλων μας. Οφείλω να τονίσω ότι ο πρόεδρος της Κυπριακής Δημοκρατίας, Νίκος Αναστασιάδης, κατέβαλε το άπαν των δυνάμεών του για να εξευρεθεί μια λύση για το κυπριακό πρόβλημα. Συνάντησε όμως, κατά τη διάρκεια των συνομιλιών στην Ελβετία, την απαράδεκτη άρνηση της Τουρκίας να απαγκιστρωθεί από θέσεις προσβλητικές διότι θέλει να παραμείνει εγγυήτρια δύναμη σε μια χώρα που είναι μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, σε μία σύγχρονη χώρα. Πρέπει να τονίσω ότι είναι ευθύνη και της Ευρωπαϊκής Ένωσης να στηρίξει τη λύση του κυπριακού προβλήματος απέναντι σε μια Τουρκία η οποία συνεχίζει να προκαλεί ακόμη και την Ελλάδα αμφισβητώντας διεθνείς Συνθήκες. Τελειώνοντας, πολλοί εδώ επεσήμαναν ότι η Τουρκία είναι στρατηγικός εταίρος. Ελπίζω να αποσυρθεί διότι ούτε στρατηγικός εταίρος είναι, ούτε αξιόπιστος εταίρος είναι.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, come molti di voi, guardo con grande preoccupazione ai recenti avvenimenti in Turchia. Il tentato colpo di Stato del luglio scorso resta un atto antidemocratico da condannare, a cui sarebbero dovute corrispondere contromisure proporzionate. Così purtroppo non è stato.

In un paese da molto tempo candidato all'adesione non possiamo accettare le ripetute violazioni dello Stato di diritto, gli arresti di massa e la mancata tutela dei diritti umani, così come la possibile reintroduzione della pena di morte. L'Europa non è solo un'unione economica, ma soprattutto una comunità di valori.

Proprio in queste settimane, in commissione per il commercio internazionale, stiamo valutando le proposte per il rinnovamento del quadro commerciale Unione europea-Turchia e per modernizzare l'unione doganale con Ankara. Anche in questa prospettiva, occorre essere coerenti con i nostri valori: o la Turchia farà un passo indietro o saremo noi a dover cambiare atteggiamento, anche attraverso segnali forti, quali il congelamento del processo di adesione.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Στις τουρκικές φυλακές βρίσκονται αυτή τη στιγμή 2300 δικαστές και εισαγγελείς, 150 δημοσιογράφοι, πάνω από 31000 πολίτες και 10 μέλη του τουρκικού κοινοβουλίου, μεταξύ των οποίων ο κ. Demirtas. Συγχρόνως, 129000 δημόσιοι υπάλληλοι είτε έχουν απολυθεί είτε βρίσκονται σε αργία. Τα στοιχεία αυτά είναι φαραωνικών διαστάσεων. Ο κ. Erdoğan αντιμετωπίζει την απόπειρα πραξικοπήματος εναντίον της Τουρκικής Δημοκρατίας με ένα άλλο πραξικόπημα ενάντια στο κράτος δικαίου και τα ανθρώπινα δικαιώματα. Εκβιάζει με τη συμφωνία για τους πρόσφυγες χωρίς να αναλογίζεται το δράμα τους. Ανακινεί θέματα συνόρων που έχουν κλείσει εδώ και εκατό χρόνια με τη Συνθήκη της Λοζάνης. Όλα τα παραπάνω δείχνουν έναν ηγέτη που δεν υπηρετεί το δημόσιο συμφέρον του λαού του αλλά το πλάνο της προσωπικής του επιβίωσης και της προσωπικής του ηγεμονίας. Από εμάς θέλει να κρατήσουμε ένοχη σιωπή. Για τον λόγο αυτό, η απάντησή μας σήμερα πρέπει να ηχηρή και σαφής: εάν συνεχίσει στον ίδιο δρόμο, τότε δεν θα θεωρείται αξιόπιστος εταίρος, οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις θα τεθούν στην κατάψυξη και θα σταματήσει η προενταξιακή οικονομική βοήθεια που λαμβάνει η Τουρκία.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Νομίζω ότι έχει έρθει η ώρα για να δώσουμε απαντήσεις σε δύο πολύ βασικά ερωτήματα. Το πρώτο ερώτημα είναι «Τι Τουρκία θέλουμε;». Το δεύτερο ερώτημα είναι «Έχει βοηθήσει η μέχρι σήμερα στάση μας ούτως ώστε να έχουμε μία δημοκρατική Τουρκία;». Ναι, θέλουμε μια δημοκρατική Τουρκία που θα σέβεται τα δικαιώματα των πολιτών της, που θα σέβεται την κυριαρχία των γειτονικών της κρατών, θέλουμε μια Τουρκία η οποία δεν θα κατέχει άλλα μικρά κράτη που βρίσκονται στην περιοχή της. Μπορεί η μέχρι σήμερα στάση της Ευρώπης απέναντι στην Τουρκία να θεωρηθεί πετυχημένη; Απαντώ ξεκάθαρα «Όχι». Θα σας υπενθυμίσω ότι, σε απάντηση των ψηφισμάτων που έχουμε εκδώσει μέχρι σήμερα σχετικά με την Τουρκία, ο κ. Erdoğan δήλωνε ότι θα τα πετάξουνε στον κάλαθο των αχρήστων. Σήμερα το πρωί ακόμη, η Τουρκία απέδειξε ποια είναι η στάση της, τορπιλίζοντας ουσιαστικά τις συνομιλίες για επίλυση του Κυπριακού.

Julie Ward (S&D). – Madam President, yesterday I returned from my second visit to Turkey in less than a month, and I can report that the climate of state repression continues unabated, particularly against HDP political opponents and civil society. Erdoğan's forces are cranking up the level of fear and intimidation amongst the population, using the smokescreen of a state of emergency to carry out a policy that looks very much like ethnic cleansing in Kurdistan.

Having bombed and cleared whole neighbourhoods in Sur and Nusaybin, parents are now denied the right to bury their children killed in the process. The shutting-down of media outlets reporting from the ground means that the world does not know what is happening. Turkey is fast slipping into a fascist state, and we must rethink our relationship with our European neighbour, because European values of democracy and human rights are being sorely tested. When an elected member of the AKP ruling party can bring forward a bill that legalises the rape of a minor by means of child marriage, we should all worry about how things will end.

„Catch the eye" eljárás

Franc Bogovič (PPE). – V kolikor so zagovorniki širitve Evrope s Turčijo imeli kredibilnost do leta 2012, 2013, je takrat ta kredibilnost začela padati. Danes pa postajajo povsem neverodostojni. Mislim, da je treba reči bobu bob, da Evropa takšne Turčije, kakršna je danes, enostavno ne more in ne sme sprejeti v okvir Evropske unije, kajti to ni država, ki spoštuje naše vrednote.

Sam se tudi zelo sprašujem, če si Turčija sploh želi vstopa in spoštovati takšnih vrednot, kot jih imamo danes v Evropi, ali pa si predstavlja, da se bo Evropa prilagodila njihovi meri. Zato mislim, da je pravilna odločitev, da se ta pogajanja zamrznejo. Hkrati mislim, da moramo zelo resno razmisliti, kako bomo zaščitili naše interese, evropske interese, na Cipru in pa tudi v Grčiji. Predvsem pa se bojim pripraviti na nov begunski val, kajti ukrepi, ki jih bo zavzel Erdogan, so lahko na tem področju zanj najmočnejši, za nas pa tudi zelo sporni in težki.

Ana Gomes (S&D). – Madam President, MEPs are being barred from visiting fellow Turkish parliamentarians in prison, 10 from the HDP plus the seven mayors of Kurdish cities are jailed besides thousands of journalists, judges, teachers, officers, alleged to have links with the July coup. The EU should be alarmed and warn against a mass murder likely in preparation of prisoners whom Erdoğan considers linked to the Gulen Movement. Already 20 appeared to have been suicides, certainly to hide traces of torture. Already pro-government media report on mass escape plans by jailed prisoners, a convenient excuse to execute them. The EU must ditch any pretence that the accession negotiations are still possible with the repressive regime of Erdoğan in his latest crazy power grab. Let's instead, Ms Mogherini, engage and support all those brave men and women in Turkey who fight for democracy and human rights, and resist. We cannot be friends with a regime that brutally attacks the Kurds and oppresses the Turkish people.

Νότης Μαριάς (ECR). – Ήρθε ο καιρός για να μπει ένα τέλος στο μεγάλο εμπαιγμό της ενταξιακής πορείας της Τουρκίας και για να διακοπούν οριστικά οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις της Τουρκίας με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Η Ευρωπαϊκή Ένωση ανέχεται, εδώ περισσότερα από δέκα χρόνια, τις συνεχείς παραβιάσεις του διεθνούς δικαίου από πλευράς Τουρκίας και τις νεο-οθωμανικές βλέψεις της κυβέρνησης Erdoğan. Η Ευρωπαϊκή Ένωση παρακολουθεί αδρανής την ισλαμοποίηση μνημείων παγκόσμιας πολιτιστικής κληρονομιάς, όπως είναι η Αγιά Σοφιά, την επεμβατική πολιτική της Τουρκίας σε Συρία και Ιράκ καθώς και τη συνεργασία της Τουρκίας με το ISIS. Η Ευρωπαϊκή Ένωση παρακολουθεί αδρανής τις παραβιάσεις των ελληνικών κυριαρχικών δικαιωμάτων στο Αιγαίο και στη Θράκη και, φυσικά, ξεχνά τη συνεχιζόμενη κατοχή του 37% της Κύπρου από τα τουρκικά στρατεύματα. Στο πεδίο του προσφυγικού προβλήματος, η Τουρκία στέλνει χιλιάδες πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες στα νησιά του Αιγαίου, όπου οι κάτοικοι δεν αντέχουν άλλο. Εδώ και τώρα λοιπόν, πρέπει να κλείσουμε οριστικά την πόρτα της Ευρώπης στην Τουρκία και στον Erdoğan.

Pavel Telička (ALDE). – Madam President, when I was in the college in 2004 we debated the report on Turkey. I, together with Gunther Verheugen, was a strong advocate of starting the negotiations and approving the report. Why? Because Turkey had met the five conditions from Helsinki. For the same reason today, that means that Turkey is no longer complying with these conditions, I am in favour of suspension of these negotiations, of course with the possibility to resume once the conditions are met.

But let's be frank. Turkey today does not meet the Copenhagen criteria and the Copenhagen criteria are the criteria on the basis of which we launch negotiations, we negotiate, and we finish. We have no other option. That does not mean that we cannot have a dialogue, we cannot have a strategic partnership, we cannot try to resolve the issues that are separating us, but not through the accession negotiations.

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κυρία Mogherini, αυτό είναι το πέμπτο κατά σειρά ψήφισμα και το πιο καταδικαστικό για την Τουρκία. Σε όσα αναφέρει αυτό και σε όσα αναφέρατε εσείς για αθρόες διώξεις, συλλήψεις και φυλακίσεις, θα προσθέσω τις απειλές της Τουρκίας προς τους γείτονές της, τις καθημερινές παραβιάσεις εναέριων και θαλάσσιων συνόρων της Ευρωπαϊκής Ένωσης και την αμφισβήτηση του στάτους κβο της περιοχής. Όλα αυτά θα έπρεπε να έχουν γίνει αιτία αναστολής των ενταξιακών διαπραγματεύσεων προ πολλού. Χρειάστηκε όμως η υποτιθέμενη επαναφορά της θανατικής καταδίκης για να ψελλίσουν κάποιοι για αναστολή. Η πραγματικότητα όμως είναι αμείλικτη. Συγκεκριμένα συμφέροντα ανέχθηκαν την παραβίαση όλων σχεδόν των ευρωπαϊκών συνθηκών από την Τουρκία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση, ευθυνόμενη για τις αιτίες της προσφυγικής κρίσης, αρνείται να αντιμετωπίσει την κρίση με ένα ολοκληρωμένο και αποτελεσματικό σχέδιο. Για όσο διάστημα συμβαίνει αυτό, η Τουρκία θα συνεχίσει την ίδια πολιτική. Εσείς θα βγάζετε ανακοινώσεις και εμείς ψηφίσματα, γνωρίζοντας ότι η Τουρκία εκβιάζει με δυόμισι εκατομμύρια πρόσφυγες. Το επαναλαμβάνω λοιπόν, πιστεύοντας ότι αντιλαμβάνεστε και εσείς ότι η Τουρκία δεν θα γίνει μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης - όχι γιατί δεν το θέλουμε εμείς αλλά, πρωτίστως και κυρίως, γιατί δεν το θέλει η ίδια.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, hier in diesem Parlament doch eine breite Einigung zu erzielen, dass die Verhandlungen mit der Türkei auszusetzen sind, zu unterbrechen, wie hoffentlich bald der Wunsch auch der vielen europäisch gesinnten Leute in der Türkei wieder geäußert wird, dass dieses Regime Erdoğan einen anderen Weg einschlägt oder zu Ende kommt.

Auch im österreichischen Nationalrat gab es vor zwei Wochen eine Einigung aller sechs Parteien, die Verhandlungen auszusetzen. Da war auch die Freiheitliche Partei dabei, der Parteichef. Heute hören wir von den Freiheitlichen: Nein, völliger Abbruch – hier Herr Mayer gerade vor kurzem. Ich frage mich da wirklich: Was gilt bei den Freiheitlichen? Gilt das Wort des Herrn Mayer, das Wort des Herrn Parteichefs, des Präsidentschaftskandidaten, des Delegationsleiters oder des Generalsekretärs? Oder gilt wieder einmal gar nichts? Ich sage nur: Auf das Wort der Freiheitlichen ist kein Verlass, weder in Österreich noch im Europäischen Parlament noch in diesem gemeinsamen Europa.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία πρόεδρε, κυρία Mogherini, αυτό που συμβαίνει στην Τουρκία είναι απαράδεκτο και, ταυτόχρονα, πάρα πολύ ανησυχητικό. Ο κύριος Weber μίλησε για 36000 έγκλειστους στις φυλακές, για 38 βουλευτές φυλακισμένους, για 70 μέσα μαζικής ενημέρωσης των οποίων η λειτουργία έχει απαγορευθεί. Το θέμα είναι τι θα κάνουμε εμείς. Η ευρωπαϊκή προοπτική της Τουρκίας είναι συνδεδεμένη με τη μείζονα δική μας στρατηγική επιλογή για την ενίσχυση του εκδημοκρατισμού. Θα παραιτηθούμε από τον σκοπό αυτό; Θα παραδεχτούμε ότι αποτύχαμε; Πιστεύω ότι το πρώτο βήμα είναι να μην τους δοθεί ούτε ένα ευρώ - ούτε ένα ευρώ αναπτυξιακής βοήθειας - και δεν μιλάω εδώ για τα κονδύλια για τους πρόσφυγες. Δεν χρειάζεται να παραιτηθούμε από το μοναδικό ενεργό μοχλό πίεσης στον Erdoğan. Δεν πρέπει να επιτρέψουμε στον Erdoğan να οδηγήσει την Τουρκία στο χάος και να βυθίσει την Ελλάδα στο χάος, αφήνοντας τους πρόσφυγες να εισέλθουν στην Ένωση και δημιουργώντας μία ανεξέλεγκτη κατάσταση.

Jeppe Kofod (S&D). – Madam President, I would like to thank the High Representative. I think it is important to say, like many others, that today Turkey under Erdoğan is not respecting the Copenhagen criteria. Respect for democracy, the rule of law, minorities, free media and so on are undermined every day, but we also have to say that Turkey is bigger than Erdoğan. Erdoğan is not Turkey.

However, that said, I think it is important to send a clear signal to Erdoğan and similar types of leaders that we see arising around the world, leaders who do not respect democracy, who were themselves elected by democratic systems, but use their power to dismantle and undermine democratic institutions, the rule of law and so on. So this question is bigger than just Turkey. I am very much in favour of freezing the negotiations, but I am also in favour of sending a strong signal to all leaders, whether it is Putin in Russia or leaders in our own European Union who are now using methods of undermining democracy by limiting the rule of law or freedom of speech. Therefore we need strong reactions. This Parliament needs strong reactions.

A „catch the eye" eljárás vége.

Johannes Hahn, *Mitglied der Kommission.* – Frau Präsidentin! Auch im Namen von Frau Vizepräsidentin Mogherini darf ich mich sehr herzlich für die wiederum sehr facettenreiche Diskussion hier im Haus bedanken. Ich nehme an, das wird sich auch in der Beschlusslage widerspiegeln.

Ich kann nur wiederholen: Unser Jahresbericht zur Türkei hat die Fakten objektiv aufgezeigt. Wir mussten leider auch diesmal wieder – ich möchte fast sagen – ein düsteres Bild malen, das – wie ich heute auch sehen konnte – in diesem Hause doch ziemlich einhellig geteilt wird.

Die Türkei bewegt sich seit einiger Zeit – man könnte fast sagen: seit einigen Jahren – deutlich weg von der Europäischen Union, jedenfalls nicht in Richtung der Europäischen Union. Das ist die Realität, der wir uns stellen müssen und die wir eben nicht negieren können. In diesem Hohen Haus der Demokratie weiß jeder und jede, was geschehen muss: Wir brauchen ein Ende des Demokratieabbaus und ein klares Bekenntnis der Türkei zur Rechtsstaatlichkeit.

Ehrlich gesagt: Ausnahmezustand und Rechtsstaatlichkeit sind nicht Ausschließungsgründe, sondern im Gegenteil, man kann und man muss auch in einem Ausnahmezustand rechtsstaatliche Prinzipien aufrechterhalten. Es liegt also auch hier im Interesse der Türkei, das zu dokumentieren, und zwar sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Die aktuelle Situation könnte sich sehr schnell in einem sehr ernsten Stabilitätsverlust artikulieren und in ihn einmünden, insbesondere im Südosten der Türkei, aber auch darüber hinausgehend im Nahen Osten.

Wir brauchen hier in erster Linie eine Klarheit aus der Türkei selbst über ihre Strategie – ich sage jetzt gar nicht, ob sie der EU beitreten will oder nicht, sondern über ihre Strategie –, wie sie es denn wirklich handhaben will, was die europäische Perspektive anbelangt. Die Führung der Türkei muss verstehen, dass sie ihr Land immer weiter von einer glaubwürdigen EU-Perspektive wegführt. Niemand sollte daher den Ernst der Lage unterschätzen. Und ich glaube, die Wortmeldungen heute waren hier sehr eindeutig.

Federica Mogherini und ich selbst konnten beim Außenministerrat vor etwas mehr als einer Woche eindeutig feststellen, dass die Mitgliedstaaten bislang nicht gewillt sind, drastische Schritte zu setzen, sondern weitgehend auf Engagement setzen – auf unser Engagement, auf unser aller Engagement, auch jenes der Mitgliedstaaten selbst. Wir müssen also weiter darauf drängen, dass die Türkei ihre demokratischen und rechtsstaatlichen Verpflichtungen einhält, die sie selbst auf sich genommen hat. Ich muss nochmals darauf hinweisen: Die Türkei – und das war selbst ihr Ziel – ist ein Kandidatenland, und ein Kandidatenland hat zur Kenntnis zu nehmen, dass es höchsten und hohen Standards verpflichtet ist. In dieser Richtung können auch keine Abstriche getätigt werden.

Aber es gibt auch so etwas wie rote Linien – auch das ist heute mehrfach deutlich geworden. Ich wiederhole es nochmals, und ich lege ganz besonderen Wert darauf, dass die Einführung der Todesstrafe zum Beispiel eine solche eindeutige dunkelrote Linie wäre. Wir sollten nicht vergessen, dass die Abschaffung der Todesstrafe 2004 eine wesentliche Hauptbedingung zur Verhandlungseröffnung 2005 war.

Eines ist klar: Die Türkei wird immer ein enger Partner bleiben, egal in welcher Konstellation: beim Handel, in der Migration, in der Außen- und Sicherheitspolitik, in Energiefragen. *Geography is destiny* – das ist also nicht die Frage. Was wir brauchen, ist eine Türkei, die sich über ihre eigene Perspektive, über ihre eigene Rolle im Klaren ist. Und es sollte auch eine Türkei sein, die nicht nur sozusagen aus Erdoğan besteht, und das ist auch unsere Verpflichtung. Es geht hier um 80 Millionen Menschen, viele davon haben eine klare europäische Perspektive. Dies zu unterstützen, sollte immer unser Anliegen sein.

Elnök asszony. – Nyolc állásfoglalásra irányuló indítványt juttattak el hozzám.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2016. november 24-én, csütörtökön kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit.* – La question des relations entre l'Union européenne et la Turquie se pose plus que jamais, eu égard au contexte social actuel de ce pays. Je souhaiterais attirer l'attention sur une proposition de loi du gouvernement turc, récemment retirée à la suite du scandale qu'elle a suscité. Il s'agissait de pouvoir annuler la condamnation d'une personne pour viol sur un mineur, dans le cas où l'agresseur se marie avec sa victime. Ce type d' «arrangement» se pratique déjà dans plusieurs pays du monde. Néanmoins, l'exigence de consentement de la victime au mariage est rarement respectée, cette dernière subissant souvent des pressions familiales en faveur d'un mariage qui permet d'éviter un «scandale», dont les victimes sont régulièrement tenues pour responsables. Bien que le ministre de l'intérieur turc ait annoncé le retrait de ce projet de loi, cette actualité doit nous alerter sur la faible considération portée aux femmes dans un pays comme la Turquie, résolument incompatible avec une adhésion à l'Union européenne.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма.* – Турция, днес управлявана от нео-османистки диктатор, е опасна за териториалната цялост на своите съседи, а оттам и на ЕС. Дългото затваряне на очите на европейските лидери, които допреди година виждаха нео-османистка Турция като ключов стратегически партньор, и беззъбата европейска политика позволиха на кандидат-султана да прави каквото си поиска. Станахме свидетели на успешен преврат, който позволи на диктатора драстично нарушаване на всички човешки, граждански и политически права. Неговите съюзници – ислямисти от ДАЕШ и Сивите вълци, обезглавяваха войници на НАТО на площадите в Истанбул, Анкара и Диарбекир, провеждаха и провеждат етническо прочистване.

Диктаторът използва създадената ситуация, за да се отърве от кюрдската опозиция и да покаже, че кюрдите или ще се съобразяват с неговата политика, или ще ги сполети съдбата на арменците от 1915 г., да нахлуе незаконно в Сирия и Ирак и да се опита да анексира техни територии. Използва недопустимо човешки трагедии, за да изнудва ЕС и да осъществява свои вътрешни и външнополитически цели. Преговорите с Турция трябва да бъдат прекратени, предприсъединителните фондове – спрени. В тази насока аз и моите съмишленици събрахме подписка против влизането на Турция в ЕС още през 2010 г. и продължаваме да смятаме, че тази държава не е била и никога няма да бъде част от европейската цивилизация.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – Nuestras relaciones con Turquía están en un momento muy delicado. El gobierno de Erdogan se está convirtiendo en un gobierno autoritario donde no hay espacio para las libertades y los valores consagrados en la Unión. La detención arbitraria de periodistas, universitarios y académicos, el cierre de medios de comunicación, el despido indiscriminado de funcionarios y el encarcelamiento de líderes políticos de la oposición hacen que las conversaciones con Turquía sean cada vez más difíciles. Como he expresado en otras ocasiones, me preocupa también la situación de los laicos y no creyentes, a quienes representantes del gobierno han equiparado en numerosas ocasiones con terroristas. Las graves violaciones a la libertad religiosa y de pensamiento y a las libertades de expresión y de reunión, que se están produciendo en Turquía, hacen que nuestras relaciones sean insostenibles en estos momentos. Por ello, apoyo la idea de suspender las negociaciones de adhesión en curso y de establecer una serie de condiciones a la reapertura de las mismas basadas en el cumplimiento de los Criterios de Copenhague y en el respeto de los valores y principios de la Unión. Asimismo, considero indispensable fortalecer nuestro apoyo a la sociedad civil turca con mecanismos como el Instrumento Europeo para la Democracia y los Derechos Humanos.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα, ως προς το περιεχόμενό του, είναι προς τη σωστή κατεύθυνση, αλλά έρχεται με χρόνια καθυστέρηση. Το πάγωμα των τουρκικών ενταξιακών κεφαλαίων, που προτείνεται σήμερα, θα αποτελούσε ουσιαστική πίεση στην Τουρκία πριν χρόνια, όπως επιμέναμε, για διαμόρφωση δημοκρατικών θεσμών. Σήμερα, στην Τουρκία εδραιώθηκε πλέον η δικτατορία της φανατισμένης πλειοψηφίας που δηλητηριάστηκε από τον ισλαμισμό του Ερντογάν. Στο περιβάλλον αυτό, το πάγωμα των κεφαλαίων αποτελεί μεν καθαρό πολιτικό μήνυμα, αλλά δεν ασκεί οποιαδήποτε ουσιαστική πίεση στο καθεστώς Ερντογάν. Για όσους προσδοκούν ότι με το ψήφισμα θα ασκήσουν πίεση στον Ερντογάν, έχουν πάρει ωμή απάντηση σήμερα, με απόλυση άλλων 15 χιλιάδων υπαλλήλων στην Τουρκία χωρίς οποιαδήποτε τεκμηρίωση. Μοχλός πίεσης πάνω στο καθεστώς υπάρχει. Είναι το οικονομικό κόστος και κυρώσεις, όπως επιβλήθηκαν αλλού. Τώρα, καθώς παγώνουμε το άνοιγμα κεφαλαίων, το καθεστώς Ερντογάν θα απολαμβάνει τεράστια οικονομικά οφέλη και προνόμια από την Τελωνειακή Ένωση Τουρκίας-ΕΕ και τα προενταξιακά κονδύλια που θα χρησιμοποιεί για να εδραιώνεται περισσότερο στην εξουσία. Πρόσφατα, ανακοίνωσε 40% αύξηση στους μισθούς των μουχτάρηδων και ιμάμηδων, μέσω των οποίων χειραγωγεί την τουρκική κοινωνία. Ως Ευρωπαϊκή Ένωση είναι μάλλον αδύνατο να αλλάξουμε την Τουρκία του Ερντογάν. Αλλά το να απαλλάξουμε την Ευρωπαϊκή Κύπρο από τα τουρκικά στρατεύματα κατοχής είναι κάτι που μπορούμε και πρέπει να απαιτούμε.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Myslím si, že je nutné mít na paměti, že přístupová jednání s Tureckem byla zahájena ve velmi odlišné politické situaci. To, že v posledních letech vázla, není žádným tajemstvím. Ukončení přístupových jednání by bylo vcelku jasným odrazem stávající politické reality. To ovšem nesmí znamenat přerušení veškerých vazeb ani ukončení snah o sbližování, pokud jde o různé oblasti spolupráce. V komunikaci s Tureckem je nutné pokračovat, je to pro EU velmi důležitý partner.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, muutaman viime vuoden aikana Turkin demokratiakehitys on presidentti Erdoğanin hallinnon johdolla kääntynyt varsin huolestuttavaan suuntaan. Ratkaiseva käänne huonompaan nähtiin kesällä, kun vallankaappausyrityksen varjolla Turkin hallinto käynnisti jättimäiset puhdistukset, joiden seurauksena kymmeniätuhansia ihmisiä on irtisanottu tehtävistään ja pidätetty. Niin tärkeää kuin Turkin kanssa tehtävä yhteistyö onkin, Euroopan unioni ei voi katsoa läpi sormien sitä oikeusvaltioperiaatteen rikkomista, ihmisoikeuksien polkemista ja sananvapauden rajoittamista, mikä maassa on meneillään. Tilanteessa, missä kansalaisia pidätetään nyt täysin mielivaltaisesti ja poliittisin perustein, hallinto kaavailee jopa kuolemanrangaistuksen palauttamista. On selvää, että EU:n hakijamaa Turkki on etääntynyt nyt niin kauas eurooppalaisista arvoista, ettei Euroopan unioni voi tässä tilanteessa jatkaa jäsenyysneuvotteluja aivan kuin mitään ei olisi tapahtunut. Neuvottelujen jäädyttäminen on ainoa mahdollinen päätös. Yhteistyötä on tehtävä, mutta ei mihin hintaan tahansa. Euroopalla on arvonsa ja periaatteensa, joista meidän on pidettävä kiinni. Turkin on valittava, mihin suuntaan se valtiona haluaa kehittyä. Turkin jäsenyysneuvottelut on aikoinaan aloitettu kaikkien EU-jäsenmaiden yksimielisellä päätöksellä. Myös päätösvalta neuvotteluiden keskeyttämisestä kuuluu niille. EU-parlamentissa kaikki suuret poliittiset ryhmät ovat neuvotteluiden jäädyttämisen kannalla, joten tämä on nyt vahva viesti komissiolle ja neuvostolle.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Leider hat es viel zu lange gedauert, bis sich das Europäische Parlament zu seinem Handeln entschlossen hat. Dabei ist auch das noch zu kurz gegriffen: Die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei sind nicht nur „vorübergehend auszusetzen", sondern endgültig abzubrechen. Die Türkei hat nur ein einziges von 34 Beitrittskapiteln schließen können. Das ist nach elf Verhandlungsjahren erbärmlich. Trotzdem zeigen die türkischen Spitzenpolitiker in ewiger Opfermentalität mit dem Finger auf angeblich ungerechtes Verhalten der EU, anstatt sich an die eigene Nase zu fassen. Türkische Selbsterkenntnis wäre der erste Schritt für wenigstens ehrliche diplomatische Beziehungen. Erdoğan bewegt die Türkei in Richtung Islamismus und Diktatur. Das zeigt sich schon am Verlust der Pressefreiheit in der Türkei. Seit seinem Coup hat Erdoğan über 130 Medienbetriebe geschlossen, tausende Journalisten arbeitslos gemacht, über hundert Journalisten inhaftiert. Die Türkei liegt bei der Pressefreiheit im internationalen Ranking auf Platz 151 von 180. Die Behandlung von religiösen Minderheiten in der Türkei ist eklatant ungerecht. Die verweigerte Anerkennung der Republik Zypern spricht für den mangelnden Willen der Türkei, sich friedlich mit seinen Nachbarn zu arrangieren. Die Türkei wird niemals die Werte teilen, die wir teilen. Deswegen kann es für sie keinen Weg in diese Europäische Union geben. Die Beitrittsgespräche müssen endlich dauerhaft beendet werden.

11. Lage im Westjordanland und in den Siedlungen (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Bizottság alelnökének és az Unió külügyi és biztonságpolitikai főképviselőjének nyilatkozata a ciszjordániai, többek között a telepekkel kapcsolatos helyzetről [2016/2998(RSP)]

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. –Madam President, let me at the outset, and in order to properly frame this exchange, recall that the European Union has a clear position, set out in our Council conclusions, to pursue the two-state solution. The same two-state solution that since Oslo has been identified as the objective of all Israeli Governments, of the Palestinian leadership and of the international community. This to us is a clear position and also a clear objective not only of ours, but also that we share with the rest of the international community and of the parties.

As the July report of the Quartet points out, action is needed to preserve the possibility of achieving this goal that is commonly shared, at least formally. Stopping the expansion of settlements is an integral part of the efforts to keep the solution of two viable and contiguous states on the table. The so-called regularisation bill, which passed a preliminary reading in the Knesset would allow for the ex-post legalisation of Israeli outposts in the occupied West Bank. It would enable essentially the confiscation of the private property rights of Palestinian land owners in the West Bank for the benefit of settlers. This would mean crossing a new threshold, even under Israeli law, for the settlement enterprise in the West Bank. It would also mean the exact opposite of what the Quartet that has called for, namely preserving the two-state solution.

The debate in Israel on the regularisation bill has not concluded, but the choices are clear: either to uphold the principle of the two-state solution, or to go down the path of a one-state reality which will only lead to further conflict and instability at a time when the Middle East needs all the stability it can get. The choice belongs to Israel, but I believe it is only normal that we express our own views as any friend would do.

The Quartet report on which the European Union has worked very much has identified the process to retroactively legalise outposts as a threat against a two-state solution. There is an international consensus on this because the report is the result of common work we have done. It is true there has been a strong EU involvement and leadership in this, but we've done this together with the UN, the US and the Russian Federation. So these statements that we have in the report of the Quartet that we presented in July is a statement that we share with our friends in the international community. We have a very detailed description in the report of the situation on the ground, and a shared assessment of the risk it poses to peace.

But is also important to keep in mind that the debate on the regularisation bill is controversial inside the Israeli leadership and inside the Israeli society, and that the process is still open. The Israeli Attorney General himself has been very explicit that this bill is unconstitutional under Israeli law, against previous rulings by Israel's Supreme Court and in breach of international law. A final decision, as I said, has not been taken yet and I hope that the Israeli Government and legislators will do the right thing. We are in contact with the authorities in Israel and we've made the position of the European Union very clear to the government of Israel. We will continue to follow developments on this issue very closely together with Member States. Let me stress here the European Union is fully united on this issue.

As we also reflected in the Quartet report, our goal remains to help find a new path to successful final status negotiations. We need to rebuild the conditions for a peace process that can bring results – as I said several times in this House, not a process for the sake of a process – actually today even more than before we need to preserve, recreate political conditions and I would say that today even more than yesterday, it is crucial that the European Union builds and preserves international unity on this issue. Today is more important than yesterday, both on the fundamental coordinates of the two-state solution and on the way to get there.

Our role is more important than ever today. Our regional partners can also play a major role in promoting and supporting a solution. The Arab Peace Initiative in particular, with its vision for a comprehensive Arab-Israeli peace, remains a key basis and offers significant opportunities, including with regard to regional security that I believe would be extremely beneficial for Israel itself. At the same time, we know that real peace requires a real commitment from the Israeli and Palestinian leaderships and this is why the internal Israeli debate is so important to us. We've talked about settlement policy, where we sometimes differ – I would say often differ – from the Israeli Government, but there has also recently been some positive steps such as plans and pyramids for Palestinian construction inside Area C and this was also not uncontroversial at all within the Israeli Government and opinions.

So I believe we should not only criticise when we do not agree, but also acknowledge what we see as positive steps and encourage more of this and also more ambitious steps that lead to real progress on the ground.

So let me conclude on a more personal note. Two months ago I was in Jerusalem for the funeral of a great Israeli man and a great man of peace, Shimon Peres. It was a very sad moment also for me personally, I had known him for many years, and yet it showed that hope is still alive. An important gesture came that day from President Abbas – his presence at the funeral in Jerusalem and the handshake with Prime Minister Netanyahu were little steps in the right direction, a little moment of hope. And the night before the funeral I had the opportunity to have a long meeting with Prime Minister Netanyahu, in which he recognised, as Peres did, that only peace can bring security to Israel. So in difficult times for the Middle East we need to keep our eyes wide open, not only for the extremely worrying developments but also for any glimpses of hope and seize every opportunity that comes our way to make it grow.

I know this Parliament will keep its attention high both on the worrying developments, but also on the opportunities for peace, and encourage and accompany our work for making them grow.

Cristian Dan Preda, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, mon groupe a voulu changer l'intitulé de ce débat. Nous n'avons malheureusement pas réussi, mais notre position reste la même.

Dans le contexte actuel au Proche-Orient, cela a peu de sens de discuter de la situation en Cisjordanie, y compris dans les colonies, en l'isolant du reste compte tenu des multiples facettes du conflit israélo-palestinien. Si notre objectif est d'avancer vers la paix, je ne crois pas que notre débat soit très utile si on se focalise sur les colonies. Cela se reflète d'ailleurs dans le rapport du Quartet du mois de juillet, qui identifie comme obstacles non seulement cette question, mais aussi le terrorisme, l'incitation à la violence, la prolifération des groupes armés et l'absence d'unité du côté palestinien, ainsi que la situation très tendue dans la bande de Gaza. Nous devrions aborder cette situation dans sa globalité, puisque tous ces éléments font obstacle à la paix.

Puis, la question des colonies doit en effet être résolue par les négociations, mais avec les autres questions controversées, telles que les frontières, les arrangements de sécurité et le statut des réfugiés des deux côtés.

Or le problème est que les négociations de paix sont maintenant à l'arrêt. Nos efforts devraient être canalisés afin d'évoluer vers la création d'un environnement qui permette la reprise de négociations sérieuses et effectives. Nous le savons tous ici: il n'y a pas de solution de rechange et il n'y a pas de substitut possible aux négociations directes entre Israéliens et Palestiniens. Cette question est très claire, ce sont les Palestiniens qui refusent maintenant les négociations.

Enfin, je crois que l'Europe doit sérieusement réfléchir à la manière de prendre en compte la nouvelle donne au niveau international dans son approche du processus de paix au Proche-Orient.

Entre une Russie de plus en plus active dans la zone et sur cette question en particulier, et l'incertitude liée à la nouvelle administration américaine, il y a une chance pour l'Europe de jouer un rôle plus affirmé en faveur de la paix.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, High Representative Mogherini, we will commemorate next year 50 years of occupation and peace is still completely absent. Since we embarked one year ago on an unsuccessful structured dialogue with Israel, demolitions are on the rise and new settlements have been decided. It is important to stop this trend, not only because this is a loss of European taxpayers' money, but because we have to stop further displacement of Palestinian families living in this area and ensure that European aid goes effectively to those in need.

There is no doubt that Israel has an obligation to respect international humanitarian law and to stop the expansion of settlements in this area and beyond. Israel is our partner in one of the most important and most insecure regions on earth, one of the few reliable partners in the Middle East in turmoil. But Israel has to assume its responsibility for its actions as a sovereign and democratic state, and to ensure the respect of its own international commitments and democratic principles that it stands by. The establishment of the settlements as it stands today have been repeatedly and almost unanimously condemned by the international community. This effectively divides the West Bank and makes the possibility of a viable Palestinian state more remote. Indeed, continuing on the current path will make the prospect of a two-state solution remote while this is the only outcome to achieve an enduring peace for the two sides who need it, the Israelis and the Palestinians.

Therefore, the main objective of the EU should be to further invest in the Middle East peace process. Furthermore, both sides, the Israelis and Palestinians, have the responsibility to revive this process for the sake of their own citizens. It is essential not to let the states solution unravel and I really hope the new leadership in Palestine will act equally for peace.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – De invloed van de radicale islam neemt toe op de Westelijke Jordaanoever, tot grote schrik van Palestijnse christenen waarmee ik spreek. Zij hebben immers de gewelddadige vervolging van geloofsgenoten in Syrië en Irak levendig voor ogen. Niet-opgeleide predikers die openlijk haat zaaien in tientallen nieuwe ongecontroleerde moskeeën versterken de levende angstgevoelens onder Palestijnse christenen. En dan spreken we nog niet van de existentiële vrees van tot het christendom overgegane moslims.

Achter dit sombere beeld van de situatie van Palestijnse christenen op de Westelijke Jordaanoever gaat bovendien sociale marginalisatie schuil op educatief gebied (onderwijs) en op de arbeidsmarkt. Palestijnse christenen durven zich vaak niet openlijk uit te spreken vanwege de repercussies. Geen wonder dat steeds meer Palestijnse christenen ook van de Westelijke Jordaanoever vertrekken, tot schade en schande van hun directe leefomgeving. Vandaar mijn dringende oproep aan mevrouw Mogherini, de hoge vertegenwoordiger, om de Palestijnse Autoriteit ernstig aan te spreken op de naleving van het grondrecht van geloofsvrijheid van Palestijnse christenen, want dat is ook cement voor die samenleving.

Elnök asszony. – Tájékoztatom a képviselőtársaimat, hogy nincsen „kékkártyás" lehetőség továbbra sem, ebben a tárgyalási pontban sem, 25 perces késésben vagyunk az eredetileg tervezetthez képest.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Ik denk dat het een belangrijk moment is om hier vandaag opnieuw te spreken over Israël en Palestina, want er is duidelijk een verslechtering van de situatie op het terrein. Bovendien, en dat was hier al de hele middag in de plenaire vergadering te horen, denk ik dat we met de verkiezing van Trump tot nieuwe president van de Verenigde Staten ook met betrekking tot het Midden-Oosten een wijziging mogen verwachten.

Mevrouw Mogherini, ik wil u een paar heel concrete vragen stellen. In mei van dit jaar hebben wij hier een uitvoerig debat gevoerd en heeft u mij beloofd dat u zou pleiten voor een terugbetaling van de projecten van de Europese Unie die vernield zijn. Mijn collega Jean Arthuis is ter plaatse geweest en heeft een en ander kunnen vaststellen. Mij hebben ze altijd geleerd: als je iets stukmaakt van een ander, dan moet je daarvoor betalen. Hoe ver staat u met dat proces en zal Israël inderdaad onze projecten die het heeft kapotgemaakt terugbetalen? Bent u voorts bereid om op de Europese Raad in december conclusies neer te leggen over het vredesproces in het Midden-Oosten? Ik denk dat het moment is aangebroken om alles samen te leggen en ik hoop dat u daar een standpunt naar voren kunt schuiven. Dan kunnen we later in de VN-Veiligheidsraad als Europa één standpunt ondersteunen over een resolutie met betrekking tot de nederzettingen. En tot slot, mevrouw Mogherini, krijgen we al een aantal jaren verslagen van onze diplomaten ter plaatse in

Oost-Jeruzalem. We moeten echter vaststellen dat er met die verslagen heel weinig is gebeurd, dat de uitvoering van die aanbevelingen eigenlijk niet zo ver staat. Mijn vraag is heel concreet: wat gaan we daarmee doen? Gaan we werk maken van de uitvoering van die aanbevelingen met betrekking tot Oost-Jeruzalem?

Mevrouw Mogherini, ik heb u altijd bewonderd. Ik vind dat u heel veel goeds doet op buitenlands beleid, maar hier zou ik u willen vragen: zet u in. Zorg ervoor dat dit conflict eindelijk tot de geschiedenisboeken behoort.

Martina Anderson, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, *the* policy of building illegal settlements in the occupied Palestinian West Bank is a major barrier and makes a two-state solution impossible. The settlements are not only illegal under international humanitarian law, they are war crimes. But the Israeli Government continues to build more settlements, demolish Palestinian homes and confiscate more Palestinian land, leading to more tension and, without doubt, more violence.

There are now 800 000 Israeli settlers living illegally on occupied Palestinian land in the West Bank and in East Jerusalem. Some settlers involved in violence have citizenship of Member States, and they are violating international humanitarian law. Israel has been warned that demolitions and settlement constructions harm EU-Israeli relations, but where is the action?

The EU must do more than make hollow threats like a toothless tiger. Israel must be put under actual pressure, not just words. EU-Israeli relations must be made conditional on respect for, and compliance with, international law. The EU must suspend the EU-Israeli Association Agreement until Israel dismantles the illegal settlements, ends the occupation of Palestine and begins a genuine peace process for a lasting peace and a sustainable two-state solution.

Margrete Auken, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would like to say to Mrs Mogherini that I am puzzled by her lack of action in relation to Israel's occupation of Palestine, even when she is not constrained by the division of our Member States. In stores across Europe, honey from the Jordan Valley and wine from the Golan Heights continue to be sold as 'made in Israel' in clear violation of the EU's labelling rules. Mrs Mogherini, as guardian of the Treaties, why have you not taken action to enforce these rules?

You told us six months ago that you would take measures to claim compensation or restitution for EU projects demolished by Israel in the West Bank. Demolitions have continued. They have increased dramatically, and yet you have failed to take any action. It would be nice to have an answer about what prevented you, for instance, from subtracting the equivalent of the demolition from bilateral Commission programmes with Israel, such as twinning or Horizon 2020.

Mrs Mogherini, you have a historic opportunity to advance a differentiation policy across EU-Israel relations, distinguishing Israel proper from the settlements. I am convinced that such a policy would be a landmark contribution towards peace and would also ensure that our policies are fully in conformity with international law and our basic principles. So please act now. It is for the future of Israel and for the future of our relations, which would be flourishing if you did something real and not only words.

Rosa D'Amato, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, le colonie israeliane sono giudicate illegali dall'ONU, dall'Unione europea e dalla Corte internazionale di giustizia – è bene ricordarlo ai colleghi. La loro esistenza – e l'ho potuto vedere di persona in missione a febbraio con i colleghi della delegazione per le relazioni con la Palestina – è di ostacolo al raggiungimento di un accordo di pace in tempi brevi fra israeliani e palestinesi, soluzione che dovrebbe passare dalla soluzione dei due Stati.

Ma, colleghi, Vicepresidente Mogherini, come facciamo ancora a non sembrare utopistici a parlare di due Stati, quando tra il 2009 e il 2014 vi è stato un incremento del 23% del numero delle colonie, quando ormai i coloni hanno superato il mezzo milione di persone, quando ancora il 16 novembre il Parlamento israeliano ha approvato in lettura preliminare una legge che permetterebbe ai cittadini israeliani di appropriarsi forzosamente di terreni privati in territorio palestinese, limitandosi a compensare i proprietari con una somma di denaro. Il governo Netanyahu continua indisturbato a tutelare i coloni, assicurando loro acqua, elettricità, servizi di trasporto e totale impunità.

Concludo: chiedo a lei, Vicepresidente Mogherini … Le ripetute dichiarazioni di condanna di un europee e adesso anche degli Stati Uniti non hanno impedito agli insediamenti di cresce a dismisura ….

(Il Presidente toglie la parola all'oratore)

Marcus Pretzell, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Je weiter links wir in diesem Parlament kommen, desto schwerer scheint es manchem Redner zu fallen, seinen latenten Antisemitismus unter einer israelfeindlichen Maske zu verbergen.

Sie reden hier von einer Zweistaatenlösung, und Sie wissen, dass das nicht möglich ist, wenn Sie Sicherheitsaspekte für Israel dabei berücksichtigen. Sie reden davon, dass der Nahe Osten Stabilität braucht, und wenden sich gegen Israel, das der einzige Hort der Stabilität im Nahen Osten ist. Israel ist ein Rechtsstaat. Ich glaube, dass Israel ganz gut selbst diese juristischen Probleme im Westjordanland lösen kann.

Frau Mogherini, angesichts der Erfolge der Europäischen Union im Nahen Osten sollten Sie sich möglichst dort heraushalten. Ich glaube, damit tun Sie dem Nahen Osten und Israel den größten Gefallen.

Elena Valenciano (S&D). – Señora Presidenta, yo indudablemente quiero apoyar los esfuerzos de la Alta Representante en una gestión que es prácticamente imposible, entre otras cosas, porque los Estados miembros tienen opiniones muy divergentes con respecto a lo que hay que hacer en Cisjordania. Y sí me voy a centrar en Cisjordania, aunque no le guste al señor Preda y a algunos de sus colegas, porque lo que está pasando en Cisjordania es que Israel está destruyendo las casas de los palestinos. Y también está destruyendo gran parte de las edificaciones que están financiadas por la Unión Europea.

Aunque han sido declarados ilegales por muchísimos tribunales los asentamientos que produce Israel, y a pesar de la moratoria que la Unión Europea pidió en mayo, Israel ha seguido destruyendo instalación tras instalación. Y la Unión Europea sigue financiando la reconstrucción, de tal suerte que acabamos apoyando el *statu quo* que en este momento rige desgraciadamente en aquella región del mundo.

También está aumentando la confiscación de la asistencia humanitaria, que es ya el colmo. Todos sabemos, a pesar de lo que diga la extrema derecha de esta Cámara, que la única solución para la paz es la constitución de dos Estados, y lo que Israel está intentando es que el Estado palestino no sea viable nunca. Si el Estado palestino no es viable nunca, no habrá paz entre Israel y Palestina.

Esa es la verdad, y nosotros lo que tenemos que hacer es exigir a Israel, que efectivamente es una democracia, donde rige el Estado de Derecho, que cumpla con sus compromisos, también con los compromisos que adquiere con la Unión Europea.

Y, en todo caso, mi felicitación por el trabajo a la señora Mogherini.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, werte Hohe Vertreterin! Lage im Westjordanland und in den Siedlungen – schon diese Überschrift lässt Objektivität und Unabhängigkeit vermissen.

Der jüngste Quartett-Bericht der USA, der EU, der UNO und Russlands sagt sehr klar, dass man die Siedlungspolitik Israels nicht isoliert betrachten und verurteilen kann. Illegaler Waffenhandel terroristischer palästinensischer Gruppen, Terror und täglicher Raketenregen auf Israel, die Aufstachelung zum Hass – all das sind Fakten palästinensischer Aggression, die hier immer wieder ausgeblendet wird. Das ist nicht objektiv, das ist nicht zielführend.

Was tut die EU für Israels Sicherheit? So müssen wir die Siedlungspolitik Israels diskutieren, aber nie isoliert. Viele Verhandlungen, viele Bemühungen Israels enden seit Arafat immer wieder mit einem palästinensischen Nein. Meine heutige Bitte, Frau Mogherini: Seien Sie objektiv. Nur so wird Europa dem Nahen Osten zu neuem Frieden verhelfen.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, συζητάμε για τη Δυτική Όχθη και επιβεβαιώνουμε πως η κατάσταση γίνεται ολοένα και πιο απάνθρωπη. Έφοδοι των κατοχικών στρατευμάτων στα σπίτια, κατεδαφίσεις σχολείων και σπιτιών, επικράτηση της βίας των όπλων, επιθέσεις από 400.000 εποίκους εναντίον του παλαιστινιακού λαού, φυλακίσεις παιδιών, δολοφονίες και διωγμοί. Αυτή είναι η πραγματικότητα. Ενώ εμείς συζητάμε, οι έποικοι καταχρώνται τους φυσικούς πόρους στα παλαιστινιακά εδάφη προς ίδιο όφελος και καταπατούν τα ανθρώπινα δικαιώματα του παλαιστινιακού λαού.

Οι κατοχικές δυνάμεις, μόνο το 2016, κατέστρεψαν χίλιες οικοδομές των Παλαιστινίων, εκ των οποίων 158 χρηματοδοτήθηκαν από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Το Ισραήλ με τις εγκληματικές του ενέργειες αποδεικνύει πως στρέφεται ενάντια σε κάθε προσπάθεια της Ένωσης για στήριξη των Παλαιστινίων. Δεν αρκούν τα ευχολόγια για να επικρατήσει ειρήνη. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να ασκήσει πιέσεις προς το Ισραήλ για να τερματίσει τον εποικισμό, να άρει την κατοχή και να δεσμευτεί σε έναν οδικό χάρτη για την ειρήνη και τη δημιουργία δύο κρατών.

Tamás Meszerics (Verts/ALE). – Madam President, I say to the Vice-President, allow me to a start with a quotation: 'if you say you want two states, either you do something now or it is gone. We do not have a safety net or a plan B'. These are your words, Madam Vice-President, and roughly a year ago when they were spoken I fully agreed with them, and I agree with them even more now.

I also share the view that I would be very happy and very grateful for any glimmer of hope, namely for the most important actor, the Israeli government to show a basic commitment to the two-state solution, because there is no alternative in sight. But what we are seeing is actually a rise in construction in the West Bank, and it goes on at an increasing speed.

Between January and October, 158 EU- or Member State-funded structures were demolished, twice last year's total. This is something which we should focus on, even if you take into consideration the full scope of the complexity.

Petr Mach (EFDD). – Madam President, the Israeli-Palestinian conflict is complicated. I believe that we all want peace, but it takes two to tango and Palestinians simply refuse to negotiate with Israel on borders, on security and so on, and rather they attack it with rockets. The European Union cannot resolve this conflict in lieu of Palestinians and Jews. The EU should be impartial, but instead of that the EU patronises Palestinians and discriminates Jews.

Please respect that in the area of the West Bank, or Judea and Samaria as its historical name is, there are both Palestinians and Jews. Why can the Palestinians have free trade with the EU while the EU imposes high tariffs on EU goods? For this reason I have established a working group of friends of Judea and Samaria to establish fairness.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! När vi debatterade situationen på Västbanken här i kammaren i maj, kunde vi konstatera att det hade skett en märkbar förändring under 2016. Rivningarna av palestinska hem och av EU-finansierade biståndsprojekt på Västbanken ökade dramatiskt, samtidigt som expansionen av israeliska bosättningar fortsatte i oförminskad takt. Trots att EU redan då ställde krav på att Israel omedelbart skulle upphöra med rivningarna och medlemsstaterna till och med diskuterade krav på kompensation för de förstörda EU-finansierade biståndsprojekten, så har vi tyvärr inte sett någon förbättring av situationen.

Sedan i maj har istället, enligt uppgift, ytterligare 352 palestinska byggnader förstörts. Av dessa var 106 finansierade av europeiska biståndsgivare, och sammanlagt har över 3 400 palestinier drabbats av denna förstörelse. Det handlar heller inte bara om förstörelse. Min övertygelse är att för varje palestinskt hem som rivs urholkas möjligheterna till en varaktig fred. Vi urholkar möjligheten till att få en tvåstatslösning till stånd.

Detta betyder inte att vi på minsta vis kan ge efter eller ge upp, utan det är väldigt positivt att höra bilden av hoppet som ni beskrev, fru Mogherini, om hoppet som väcktes under Shimon Peres begravning. Låt oss ta fatt i det och göra politik av det! Vi måste se till att vi kommer tillbaka på spåret igen och kan se till att vi får en tvåstatslösning.

Pascal Durand (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame Mogherini, au mois de mai, je vous avais illustré par une photo ce qui restait d'un village palestinien après le passage de l'armée israélienne. Je me permets aujourd'hui de compléter ma galerie en vous montrant ce qui reste d'une école et d'une aire de jeu qui ont été financées, respectivement, par la France et par la Belgique pendant le premier trimestre de l'année 2016.

Madame Mogherini, pendant combien de temps l'Union européenne va-t-elle continuer à regarder ailleurs pendant que le gouvernement de M. Netanyahu fait progresser non pas le processus de paix, mais l'accaparement des terres, les expulsions et l'attribution à des fins coloniales des ressources en eau?

Il est plus que temps que l'Union européenne se pose la question de savoir comment elle peut véritablement agir. Il n'y a là qu'une manière, qu'une seule méthode pour faire revenir M. Netanyahu et le gouvernement israélien aux tables de négociations, c'est de faire respecter la dignité du peuple palestinien en suspendant l'accord commercial privilégié qui lie l'Union européenne à l'État d'Israël.

Afzal Khan (S&D). – Madam President, Madam High Representative, virtually the whole world accepts and wants a two-state solution, yet this concept is vanishing before our eyes. Given the US election results, the EU has to be even more active on this front. The truth is that if Israel carries on this way, then the only option left would be a one-state solution. Would Israel then accept the democratic values that come as a result?

Israel needs to wake up and smell the coffee, and indeed so do we. Everyone wants to use the Palestinian cause for their own needs, including the extremists. This year, over 100 structures funded by the Commission and Member States have been demolished or confiscated, costing our taxpayers over EUR 400 000. What further diplomatic pressure will the High Representative put on Israel to change its current settlement policy? Will the EU implement the differentiation policy? Will you now heed the recommendations of the EU Head of Missions' Reports on East Jerusalem and the West Bank? Ultimately, we need to revitalise the peace process – something we all agree on.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, sono trascorsi sei mesi da quando, in quest'Aula, lei ha chiesto giustamente una moratoria degli insediamenti israeliani. Da allora, Israele non ha solo continuato indisturbato l'espropriazione di terra alle comunità beduine, lo sfruttamento delle risorse naturali, la distruzione e la confisca di centinaia di strutture palestinesi ed europee, ma pochi giorni fa, come lei ha ricordato, la Knesset ha approvato, in via preliminare, un progetto di legge che legalizza tutti gli insediamenti israeliani nella Cisgiordania degli ultimi vent'anni, in violazione sia del diritto internazionale umanitario che dalla stessa legislazione israeliana.

Qui non siamo di fronte a un conflitto di religione né tanto meno a uno scontro di civiltà bensì a una potenza che opprime un popolo che *de facto* è senza Stato e senza diritti. Non denunciare tale situazione equivale ad esserne complici. Condivido quanto da lei detto ma proprio per queste ragioni, prima che gli insediamenti compromettano per sempre la possibilità di un accordo di pace tra due Stati e prima che l'amministrazione Trump decida di trasferire l'ambasciata americana a Gerusalemme, è necessario che l'Unione europea faccia pesare il proprio ruolo di principale partner economico della regione – e voglio sottolineare – usando tutti gli strumenti a disposizione e chiedendo le compensazioni necessarie per le demolizioni fatte a danno dei palestinesi e dei contribuenti europei.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Alto rappresentante, io condivido con Lei l'idea che soltanto l'Unione europea abbia in sé la forza politica e la credibilità per dare compiutezza all'idea di un'unità internazionale che porti al riconoscimento dei due Stati e, dunque, alla pace in quei territori.

Al di là di quella che sarà la politica estera del nuovo Presidente degli Stati Uniti, però, perché questo processo si avvii e perché il vostro lavoro abbia un ritorno positivo, credo sia indispensabile, nel brevissimo periodo, realizzare degli obiettivi: il primo è quello di fermare l'espansione delle demolizioni e delle colonie che sono state fatte. Il secondo è quello di chiedere un risarcimento, soprattutto dove sono coinvolti i progetti dell'Unione europea, utilizzando tutti gli strumenti che sono a disposizione dell'Unione europea stessa.

Senza un risultato concreto ravvicinato nel tempo, anche il tentativo nobilissimo di creare questa unità internazionale rischia di essere una buona intenzione che si infrange contro il muro eretto, questa volta politicamente, da parte di Israele.

Boris Zala (S&D). – Madam President, today the prospect of a two-state solution is further away than it has been for years. The social and economic situation in the West Bank is deteriorating. The legislation currently debated by the Israeli cabinet, which would legalise settlements in private for Palestinian territories, would be the final nail in the coffin for the two-state solution.

The EU must work to prevent it. However, it is increasingly clear that the EU, even when it does speak with one voice, has no leverage over Israeli policies. This is a challenge, but also an opportunity for EU foreign policy. The EU must be able to articulate its own plan and to assume strategic responsibility for it. In the Iran nuclear negotiations, the EU demonstrated its staying power: the ability to sustain a political process, even in the absence of immediate results. Our challenge now is similar: to keep the two-state solution alive.

„Catch the eye" eljárás

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, kao što je rekao predstavnik našeg Kluba pučana ova se situacija ne može promatrati izolirano od sveopće situacije na Bliskom istoku i stoga je naš klub imao stajalište da se ne razgovara samo o Zapadnoj obali i nasiljima, nego o svim ostalim problemima kao što su granice, migranti, problemi sigurnosti na Bliskom istoku.

Stoga smatramo da je glavno i jedino rješenje nastaviti mirovni proces, stvoriti političke preudvjete da se može nastaviti mirovni proces i smatramo da je to jedini izlaz. A jedini izlaz su izravni pregovori između Izraela i Palestine, što znači da je potez na Izraelu, ali i na nama kao EU-u imajući u vidu opću situaciju u svijetu, rastuću ulogu Rusije, nove okolnosti u SAD-u i očekujemo da se sukladno tome i mi pozicioniramo.

Nemojte zaboraviti izjave g. Netanyahua od prije nekoliko dana koji je upozorio svoje ministre da ne trijumfiraju nad novim odnosima i u novoj situaciji oko Trumpove pobjede. Dakle, ovdje treba pristupiti balansirano.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, it would be very important to underline here in this amphitheatre that the Israeli Government declared on many occasions that it is eager to discuss in direct peace talks any issue in dispute, including the settlements, as agreed upon with the Palestinians in the framework of the Oslo Accords. As declared, Israelis are committed to achieve peace with all their neighbours, including the Palestinians. We should remember there were a number of proposals made by Israel since 1967, like in 2000 in Camp David, in 2001 in Taba and in 2008 by the then-Israeli Prime Minister, considering that Israel could make territorial compromises. It goes without saying that Israel has a right to live in peace without terrorist threats and attacks coming from a terrorist entity on its southern border that calls for Israel's destruction. As well, we have to emphasise the fact of the right of the Palestinians to live in peace and security. Last but not least, the settlements are indeed a standing issue to be negotiated together with other disputed issues.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wszyscy doskonale wiemy z historii, że kiedy państwo Izrael miało wybór między pokojem a istnieniem osiedli, wybierało pokój. Tak było na Synaju po zawarciu pokoju z Egiptem, tak było w Gazie. Jednocześnie wszyscy doskonale wiemy, że za każdym razem, kiedy ruch palestyński liczył na to, że terror będzie narzędziem skutecznej presji, terror się wzmagał. I wiemy również, że za każdym razem, kiedy ruch palestyński liczył na presję międzynarodową, powstrzymywał się od rozmów pokojowych. Jeżeli naprawdę chcemy pokoju na Ziemi Świętej, jeżeli naprawdę chcemy, żeby perspektywa rozwiązania dwupaństwowego pozostała aktualna, powinniśmy wstrzymać się od jakiegokolwiek angażowania się w ten konflikt w celu wspierania strony palestyńskiej odmawiającej uznania państwa Izrael. To jest jedyna droga do pokoju.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, Israel incumple la legislación internacional sobre asentamientos, lo hace con el desparpajo que propicia la impunidad. Van a burlar ahora el mandato de su propia Corte Suprema, incumpliendo el desalojo obligatorio del asentamiento de Amona con una reforma legal que no tiene encaje ni en el Derecho local ni el internacional. Quieren, además, que la nueva Administración Trump les apoye a cambio de paralizar nuevos asentamientos. Estamos ante un acto ilegal, un abuso de poder, una imposición injustificable, una medida que insiste en políticas que solo han generado dolor, violencia e inestabilidad en Cisjordania.

Esta nueva imposición ilegal de Israel alimenta el conflicto y nos aleja de la paz. Y nuestra Unión debe impulsar un procedimiento inmediato y contundente de la comunidad internacional que se traduzca en medidas concretas que obliguen a Israel a reparar esta nueva vulneración de la legalidad internacional y de los derechos fundamentales de miles de personas.

Espero que nuestra próxima Resolución sobre la situación de Cisjordania, más que incluir condenas rituales, se centre en este objetivo.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, perante a conivência dos Estados Unidos e da União Europeia, o Governo de Israel, à revelia do direito internacional, vai retalhando o território da Cisjordânia, tomando posse das melhores terras agrícolas, das reservas de água e construindo um muro de separação que inferniza a vida das populações palestinianas e torna inviável a concretização de um Estado palestino.

Os justos protestos das populações palestinianas são reprimidos de forma bárbara, atingindo, de forma cruel, mulheres e crianças, tudo acompanhado de uma hábil propaganda que visa confundir a opinião pública, misturando deliberadamente questões de segurança e terrorismo.

A paz no Médio Oriente e na Palestina depende apenas da vontade política das principais potências ocidentais. Só com o fim do apoio económico e militar a Israel será possível voltar às negociações políticas e pôr em prática as resoluções da ONU, que impõem uma solução de um Estado palestino, com capital em Jerusalém, e a devolução de todos os colonatos ocupados ilegalmente.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η ισραηλινή κυβέρνηση ακολουθώντας μια νεότερη εκδοχή πολιτικής απαρτχάιντ κατά των Παλαιστινίων πολλαπλασιάζει ανενόχλητα τους εποικισμούς των παλαιστινιακών εδαφών. Στερεί χιλιάδες Παλαιστίνιους από την πατρογονική τους γη, τις καλλιέργειες, ακόμα και το νερό τους, κάθε μέσο επιβίωσης τους. Στήνει φράχτες και τείχη παντού. Φυλακίζει χωρίς δίκη και δολοφονεί. Χρόνια τώρα μεθοδεύει τον ξεριζωμό όσων Παλαιστίνιων απέμειναν στα εδάφη τους στη Δυτική Όχθη και στραγγαλίζει τη Γάζα.

Επιτέλους πώς μπορεί ένα κράτος να παραβιάζει ανενόχλητο επί δεκαετίες τα πιο θεμελιώδη δικαιώματα ενός λαού; Με τις πλάτες των Ηνωμένων Πολιτειών, του ΝΑΤΟ, της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών της, όπως και της ελληνικής κυβέρνησης, με εμπορικές και στρατιωτικές συμφωνίες που τους έχουν απονείμει τον ρόλο του χωροφύλακα του ιμπεριαλισμού στην κρίσιμη μεσανατολική περιοχή της ενέργειας και των αγωγών. Έχουν την ίδια εγκληματική ευθύνη όλοι αυτοί με την αντιδραστική ισραηλινή κυβέρνηση.

Η απάντηση των λαών πρέπει να είναι: αλληλεγγύη στον παλαιστινιακό λαό για ανεξάρτητο βιώσιμο παλαιστινιακό κράτος στα όρια του 1967, με πρωτεύουσα την Ανατολική Ιερουσαλήμ, κατεδάφιση των εποικισμών και απελευθέρωση των κρατούμενων.

(Η Πρόεδρος διακόπτει τον ομιλητή)

Olga Sehnalová (S&D). – Minulý týden proběhlo v Bruselu 42. meziparlamentní setkání delegací EP a izraelského Knesetu. Měla jsem tu čest tomuto setkání z velké části předsedat.

Proběhla zde otevřená výměna názorů, při které měli přítomní poslanci obou parlamentů dostatečný prostor pro otázky i obšírné odpovědi na různá témata včetně těch, na které existují rozdílné pohledy, jako je např. výstavba osad na okupovaných územích, ale také na otázky bezpečnosti, terorizmu, pokračování mírového procesu, budování důvěry a vzájemné spolupráce. Legitimní otázky padaly oběma směry.

Debata se nesla v duchu zájmu o pochopení situace na místě samém v terénu. To považuji za základ a jsem přesvědčená, že tento přístup by měl být vlastní všem debatám na parlamentní půdě.

(A „catch the eye" eljárás vége)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I would like to thank you all for this debate, which was, as always, very open and frank. It is not the first time we have debated the situation in the West Bank although it is, I believe, the first time we have done so with a specific focus on settlements.

I have noted that this is an issue on which, sometimes, we have more unity among the Member States than we do in this Chamber, which is perfectly fine and normal for me. Be sure that our work on the two-state solution and all its implications is – and remains – a top priority for me and for the European institutions.

On a personal note, I will add a comment – which I remember I have made already in this Chamber in one of our recent debates on the Middle East and on Israel-Palestine in particular – namely that I sometimes note, with a certain degree of embarrassment, that some Members of Parliament, and sometimes the most vocal and the most convinced in asking that this issue should remain our number one priority, are, for as long as they are speaking, extremely convinced that it is a top priority, yet as soon as they switch off their microphones they leave the room. Once again, there are not so many of us here to discuss this. So, please, if you really believe that this is the number one priority, and you say the European Union should be consistent, then at least spend these 15 minutes in the Chamber and demonstrate with your actions what you say.

I am sorry, but this is, for me, a matter of personal consistency. I am sure we will have other occasions to discuss this, and I hope that, next time at least, those who are asking me to do more will at least stay in the Chamber for the entire debate – which is not asking too much, at the end of the day. Obviously I very much appreciate those of you who have stayed.

Firstly, we are working very actively with the regional powers and with the international players. Some of you referred to the fact that the next US administration might have a different approach to this issue, which will place on our shoulders – and is already placing on our shoulders – a responsibility even greater than that which we have borne in the past. We are fully exploring these possibilities, but with an approach based on working with the parties in Israel and in Palestine and working with the regional powers.

Here again. we are giving this issue more attention than some of the regional powers are at the moment, as they are distracted by other crises. Sometimes – I will tell you very openly – I feel that we, as Europeans, are the ones who are working more convincingly on this. It is constantly on our agenda, both in the Council and here in Parliament. I realise that this is no longer always the case for other partners around the world, and that is why I put such emphasis on the need for us to build, preserve and nourish regional and international unity on this, because the European Union is a key player here in terms of working with Israel and working with Palestine.

However, this will not be something we manage to do alone. We will need, especially, the Arab countries, particularly around the Arab Peace Initiative and the Arab League. That is why I am glad that this is going to be one of the issues we discuss at our EU-Arab League ministerial summit in December. We need to build the common vision and common action in the region and in the international community.

There is a lot that you can do. I appreciate – and I took note of – all the suggestions about what I can do on my side, both on the Commission side and on the Council side. But let me stress that you, as Members of Parliament, do have power and a role, if you play it, because the European Parliament is part of the European Union and its institutions.

I appreciate, in particular, what Ms Sehnalová mentioned about the meeting with the Knesset Members. Your parliamentary contacts with the Knesset are particularly important with a view to passing a message and working to create space for political decisions to be taken on the Israeli side. The same can go for the Palestinian side. For instance, an issue that is particularly important to me – so much so that I focused most of my introductory remarks on it, and I noticed some of you have also underscored it – is that of the decisions the Knesset is taking at this moment, in these weeks, with the preliminary indication that has already been passed and the decisions still to be finalised.

This is the time for Members of the European Parliament to liaise with, and reach out to, Members of Knesset and to pass on your own vision of what is happening, establishing contacts in a constructive and frank working relationship. Parliamentary diplomacy can help a great deal and complement the work we can do at our level.

This is encouragement for those of you already doing this, and also a plea for you to think about what you can do yourselves. We would be more than glad to coordinate and work together, as we often do in this respect because, again, there are key moments – and I believe this is one of them – when the decision-making process is still open and decisive messages can be heard.

I would like to make one last point, which was not raised in the debate tonight although I am convinced that it is a key element today more than in the past, namely that we should focus our actions especially on supporting the conditions for peace in the respective societies in Israel and Palestine.

In particular, investing in the peace camps on both sides is something that is becoming quite urgent because the old generation is the one that was living in the days of the Oslo process, while the young generation has grown up with the despair of seeing Oslo not implemented. I believe that specific work that the European Union could do – fruitfully and in a very positive manner – would be to invest in the younger generations, on both the Israeli and the Palestinian sides, to work for constituencies for peace on both sides. At the end of the day, we will need such a basis if we want to create the right conditions.

Thank you very much for all your contributions and our exchanges, which I always enjoy hearing. I am sure that we will come back to this debate soon. Again, work on my side personally continues. I invite you also to take some steps on parliamentary diplomacy, especially at the present time when decision-making in the Knesset, especially in relation to settlement legislation, is open. I think you can effectively contribute to our work in the weeks ahead.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Tájékoztatom Önöket, hogy az állásfoglalásról szóló szavazásra egy későbbi plenáris ülésen kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – The international community agreed on the two-state solution at the Oslo Accords and the Israeli Government and the Palestinian leadership should continue negotiations on this main objective in direct peace, even though there might be issues in dispute, such as the settlements, as agreed upon between Israelis and Palestinians in the framework of the abovementioned Accords. The settlements are indeed a standing issue to be negotiated, but together with other disputed issues, such as the final borders, security arrangements and the status of refugees from both sides. I strongly believe that peace is achievable if both sides are willing to talk to each other and if both sides are willing to make the sacrifices necessary for peace. In this matter, the European Union should play a stronger role in supporting the conditions for peace.

12. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Ioan Mircea Paşcu által a Külügyi Bizottság nevében készített, a közös biztonság- és védelempolitika végrehajtásáról szóló jelentésről folytatott vita. (2016/2067(INI)) (A8-0317/2016)

Ioan Mircea Paşcu, *rapporteur*. – Madam President, before I begin I would like to welcome the presence of the High Representative at this debate as usual, which reflects the fulfilment of her obligation of consultation with Parliament according to Article 36 of the Lisbon Treaty, which should have governed our debate in the first place.

If in 2003 the EU leaders were announcing to the world that Europe has never been so prosperous, so secure nor so free, now, 13 years later, they are forced to recognise that we live in times of existential crisis within and beyond the European Union. Naturally, we should ask why is that. How did we get there? What have we done wrong? But primarily, we should ask what should we do to respond successfully to these times of existential crisis, and strengthening CSDP is a major component of that answer. That is why the report is of the opinion that a thorough and substantial revision of the CSDP is needed in order to enable the UN, its Member States to contribute in a decisive way to the security of the Union, to the management of international crisis and to asserting the EU strategic autonomy, recalling that no country can face the current security challenges on its own.

In the relative benign security environment prevalent until now, the EU and its Member States could allow themselves to actuate CSDP mainly with crisis management performed in relative distant places. Now the conflicts around us have multiplied and have become intertwined, spilling through terrorism and refugees into the EU area. Security and defence is no longer only a cry for help coming from a proud defence industry confronted with increasing difficulties like it was the EU Council on Defence in December 2013. Now security and defence is a major, if not even the main concern of European citizens which was finally heard by the EU leaders. Consequently things started to move, and only last week the implementation plan on security and defence has been approved by the member countries. And that, let me tell you, that surprised us, and we had to introduce a number of amendments in order to synch the report with the realities in the field.

The Commission in turn has advanced a number of defence-related initiatives, for instance the defence action plan and the defence industrial policy, getting involved in a support of a pilot plan on defence research run by EDA, the only institution we have for that kind of activity whose role would have to be strengthened in consequence, and instilling more flexibility in the instrument for peace and stability. Naturally, this is a big step compared to the current practices. The EU money was not used for defence and is already resisted in this Parliament. However, if we really want to defend our Union we should be prepared to make this step because otherwise we would continue to linger on in this complacency which brought us where we are today.

In the end, I would mention the relationship with NATO, guided now by the Joint Declaration signed in Warsaw last summer. The relationship should be one of cooperation and not competition. The EU needs to acquire a degree of strategic autonomy, particularly for situations where it might have to rely mainly on herself. Let us not forget that NATO is a collective defence alliance and not a company whose unprofitable branches could be shut down. Born from the lessons of two world wars, built with sacrifice by all the Member States, and meant to defend and promote the values which brought us together in the EU too.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Madam President, I would like to thank to Mr Pașcu: I also consider the debate on your report as a so-called 'Article 36 debate' since it deals with the implementation of CSDP, and I also just realised for this debate for sure I should be sitting on the other side of the hemicycle; you will forgive me if, for practical reasons, I take the point from this position.

Let me thank you very much, Mr Pașcu, for an excellent report, and all the Parliament for the work you are doing on security and defence. I had no doubt this would have been the case. This is one of five reports that have just been published, or are about to be discussed, on security and defence. I take it as a clear sign that the European Parliament fully understands the importance of this moment for our work on security and defence. We truly stand at a crucial juncture in our work towards a European Union of security and defence. But before I begin on content, let me say that I am particularly glad, and proud even, to discuss our common defence just a few hours after the presentation of our sustainable development package. Now you will ask me what for – exactly, because it is not only our work on security and defence that goes forward on the implementation of the global strategy, but it is all the different strands of action that we foresee in the global strategy in an integrated manner that are moving forward on implementation. Also because security in our region depends clearly on sustainable development and also vice-versa. So I would like to underline the fact that the debate we are having on this particular issue does not happen in a vacuum but, on the contrary, in full conjunction and in full coherence with the work that we do on other strands of work.

On defence in particular, there is today a momentum for deep and decisive changes. As I was preparing for this debate today I was remembering that, in my hearing in Athens in October 2014, before taking office, we discussed this issue at length and, in particular, I asked my team to print out the minutes of that hearing and I remembered, in particular, a question that Arnaud Danjean asked me at that time and I replied:

Je vais jouer mon rôle de chef de l'Agence européenne de défense, je vais visiter les missions, je vais beaucoup travailler avec les ministres de la défense, parce que dans ce cadre, il est important, bien entendu, de travailler avec nos autres partenaires, notamment l'OTAN mais pas seulement. Cependant, il y a un potentiel dans le traité de Lisbonne qui n'est pas forcément exploité, et je vais voir dans les cinq prochaines années si les conditions politiques pour l'utiliser enfin sont réunies.

I think we are actually there. I think that, after two years of my term of office, not necessarily for personal reasons, or in relation to personal skills, but because of political conditions. First of all, because our citizens see security as a top priority, and also because Member States see the need to work seriously on security and defence, I think we are there: at the political juncture where advancing on security and defence is finally possible.

As we all know, defence falls primarily within Member States' competences, and that is why, for each step we take, we receive input from Member States. All proposals are discussed extensively with all 28 Member States. Let me stress this: we are still 28 Member States, and all decisions we take in this field are unanimous decisions, including the one we took last week, and this process led to the Council conclusions adopted last Monday, based on the implementation plan that I presented to Ministers as a concrete follow-up to the EU global strategy.

These conclusions formulate the consensus among, as I said, 28 Member States about our joint level of ambition, and open a whole new chapter for our security and defence. I am glad to see, too, that our views are almost identical in all fields. Your report addresses all the critical issues we have been working on and its overall approach matches perfectly with our broader package of proposals concerning European security and defence. The report focuses on a more robust CSDP, on our integrated approach to crises, on our cooperation with NATO and other partners, and on the European defence industry.

If you look at the three proposals we are presenting, they are perfectly in line with your recommendations. It is a package, the one we are working on now on security and defence of the European Union – a package including three different sets of proposals, three different pillars. Those are the implementation plan on security and defence, which I presented and which was adopted last week, and also the implementation of the EU-NATO Joint Declaration that we signed in Warsaw, and the Commission Defence Action Plan on our defence industry.

So, just to give you a sense of how fast and concretely things are moving: on Monday last week the Foreign Affairs and Defence Ministers together adopted the implementation plan on security and defence. The day after that, on Tuesday last week, we met again with NATO Secretary General Jens Stoltenberg to progress cooperation with NATO. We presented a joint set of 40 proposals to turn into concrete actions – the principles of the Warsaw Declaration we signed jointly in July. These two processes are obviously autonomous and independent but running side by side, because we both share the assessment that a stronger Europe makes NATO stronger.

It is clear that in practice there is no contradiction between Europe's strategic autonomy, which we assert, and our commitment to our long-term partners. For NATO members, NATO will remain the cornerstone of collective defence. Strategic autonomy means, first and foremost, the ability to be a reliable partner, to care about our own security at home and in the neighbourhood, to take our fair share of responsibility and to be a genuine security provider.

This will also require stronger European defence capabilities, as the report rightly points out, and this need is also addressed by the implementation plan. I will get to that in a minute, but let me first mention the European Defence Action Plan, which will focus on overcoming the current fragmentation of the market and increasing the competitiveness of the European defence industry. Linked to that is the preparatory action for defence research to be launched next year. This can be a real game changer for our industry. The starting point is one of our most successful experiences, the Horizon 2020 research programme, which, to date, covers civilian and dual-use technologies. A continent-wide joint research programme on defence would be a natural extension of Horizon 2020. We have immense potential in terms of joint research programmes on defence, economies of scale and more predictable timeframes for investments.

To develop the technologies of the future, it is very clear to all of us, I believe, that we need to start investing now, but a big part of our work can also deliver concrete results in a shorter timeframe, and, with the implementation plan on security and defence, we are moving fast in this field too.

So, with last week's decision – and I am sorry you had to change the report – Member States agreed to raise the level of ambition of our security and defence policies. We have agreed that we need to protect our citizens through our external action. And let me clarify here that this is not about having an Article-5-style approach: as I said, collective defence is not for the European Union, we are not a military alliance, but we need to use our external action and instruments to protect our citizens, including at home.

We need to strengthen our neighbours and partners to prevent new conflicts, and we need to respond to crises in an effective manner. So the implementation plan includes 13 concrete proposals to match this new level of ambition that we determined together and agreed upon, as well as a clear timeframe for action. It will now be up to the European Council in December — when I will present this new level of ambition and the various options for putting it concretely on the table – to discuss and agree on the proposals. But let me mention a few of these proposals, as, again, they are perfectly in line with your report.

I will mention a few of them, not all of them, but enough to give you a flavour of what we are working on.

Firstly, more efficient defence spending. Most of the narrative turns around the need to increase our spending. However, when you look at the numbers, you see that Europeans spend 50% of the United States' budget on defence, yet in terms of output we achieve 15% compared to what we spend. So we have a budget gap, but we also have an output gap that we have to look at, and here I have proposed a coordinated annual review of defence spending to promote joint programmes among Member States and economies of scale.

Secondly, better rapid response. We know well that reacting fast is, at times, the only way to react effectively. Time is not neutral when one is reacting to crises. We already have first-class civilian experts and we need to be able to deploy them quickly, but this is also about our battle groups, which next year will have been in existence for 10 years. The plan proposes the removal of the political, technical and – let me stress – financial obstacles that have so far prevented the battle groups' deployment, including through modularity.

Thirdly, the joint planning and conduct of non-combat missions. Let me delete the word 'non-combat', as we do not have combat missions, we have executive and non-executive missions. Anyway, the joint planning and conduct of our missions and operations. The European Union is currently deploying 17 military and civilian operations, but to make them more effective we need to improve the coordination among them. The plan seeks to fill the gaps and to ensure that missions are planned and carried out in a coherent way. This is not about creating big, new operational, SHAPE-style headquarter. That is not what we need today: what we need today is to streamline our current structures and make them work better. We already have headquarters running our missions and operations, so this is not about creating something new: it is about using our resources better in a more effective and efficient manner and, as I said, streamlining and making more operational the coordination of our various missions and operations.

The last, though certainly not the least, of these few examples is that of new permanent-structure cooperation. Here again we come to the issue of making full use of the Treaties, as I said two years ago. A single system of permanent-structure cooperation is an option that is there in the Treaties. I suggest that we look into it for those Member States that are willing to undertake higher commitments on security and defence. A single PESCO would be one of the options on which I will work with a view to proposing this to Member States.

For all these proposals I am presenting concrete measures, and I would like to stress that this is very concrete and, at the same time, ambitious yet pragmatic work we are doing. It is not strategic thinking – we did that exercise last year. Now it is about turning this vision into action. We are not getting into a revision of the Treaties, which would take years and I am personally not sure it would lead us very far at this moment. We are not working on the creation of an EU army, only to get stuck in a never-ending ideological debate – and, by the way, not even NATO has a NATO army. As all those who deal with defence issues know very well, Member States have one set of forces, which they can use either nationally, in NATO, in the European Union, in the United Nations or in other formations.

We have already set up our vision, as I said, with the global strategy: we are now turning the vision into concrete, effective and immediate action, and I would like to stress that this immediate action is being taken together in unity.

I see the political will from Member States to do this. I see the will finally to move towards a European Union of security and defence. Our fathers and mothers and grandfathers and grandmothers tried this in the 1950s, and we know how the story ended: the Lisbon Treaty gave us instruments we did not use. Probably, the priority of managing the economic and financial crisis has since distracted us from security issues. I believe that now is the time for us to get serious and work effectively in this direction, and I expect the European Parliament to keep supporting and contributing to this process, as it has been doing, in a very useful manner.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier au nom du PPE, dont j'étais le rapporteur fictif, notre collègue Pașcu qui a fait un excellent rapport, un rapport annuel – il faut le rappeler –, mais qui évidemment trouve une actualité particulière aujourd'hui après les décisions que vous avez rappelées, Madame la Haute représentante, et qui sont importantes.

Malheureusement – et je ne parle pas pour vous, Madame la Haute représentante –, il aura fallu le Brexit et l'élection de Trump pour que, dans beaucoup de pays européens, on se rappelle que la défense et la sécurité devaient être une priorité pour les Européens eux-mêmes. Nous aurions pu souhaiter que cette prise de conscience intervienne plus tôt à cause des conflits et des crises qui nous entourent et qui ont un impact si dangereux. Mais enfin, mieux vaut tard que jamais.

La politique européenne de défense doit être ambitieuse, certes, mais elle doit être réaliste, pragmatique, flexible, et je pense que vous avez dessiné un certain nombre de pistes qu'il conviendra de concrétiser. Beaucoup de choses – nous le répétons depuis des années ici – figurent déjà dans le traité et méritent d'être appliquées avant qu'on ne crée – pardonnez-moi l'expression – de «nouvelles usines à gaz».

Permettez-moi de rappeler trois points qui me semblent très importants politiquement. Premièrement, une politique européenne de défense doit se distancier de deux mythes, celui de l'armée européenne commune, qui n'aide pas à avancer concrètement et pragmatiquement, mais aussi celui de la concurrence avec l'OTAN, parce que ce n'est absolument pas de cela qu'il s'agit. On parle de complémentarité et non pas de concurrence.

Deuxièmement, le lien transatlantique: il est fort, mais ce n'est pas un acquis éternel. Ce qui vient de se passer de l'autre côté de l'Atlantique nous rappelle fort pertinemment que, si nous ne prenons pas notre propre sécurité en main, nous risquons un jour d'avoir de très mauvaises surprises. Il nous faut donc investir plus dans notre défense et effectuer plus d'investissements industriels et dans des dispositifs vraiment opérationnels.

Troisièmement, l'OTAN: il reste un acteur majeur de notre sécurité collective, c'est une évidence. Mais enfin, l'OTAN ne peut pas, avec sa table de décision à laquelle siègent M. Erdoğan et bientôt M. Trump, être la caution de sécurité des Européens. Nous devons nous prendre en main, et il est temps de transformer les bonnes intentions et les bonnes paroles en actions concrètes.

Ana Gomes, *em nome do Grupo S&D*. – Senhor Presidente, o relatório que hoje aprovámos sobre a União Europeia da Defesa e este de Ioan Pașcu, sobre Política Comum de Segurança e Defesa, complementam-se face a um desafio que determinará se a União Europeia se constrói ou se deixa destruir.

É urgente repensar a defesa e a segurança da Europa face a mudanças estratégicas em curso, num mundo em desordem em que *Brexiters,* Putin, Trump e outros tenderão a semear paralisia no Conselho de Segurança e a enfraquecer a NATO.

A Europa tem de acordar, tem de se organizar. A estratégia global aprovada e um livro branco podem ser úteis, mas nada substitui vontade política e controlo democrático – hoje manifestamente insuficientes na maior parte dos Estados-Membros –, que têm de se exercer desde já sobre o compromisso para investir em investigação e tecnologia conjuntamente, em interoperabilidade de equipamentos e forças, em financiamento comum e numa visão integrada das dimensões interna e externa e das vertentes civis e militares da defesa e segurança de todos nós.

A União tem de fazer uso das ferramentas que criou, dos agrupamentos táticos em missões PCSD, apoiando os Estados-Membros, tanto no combate a forças terroristas onde seja necessário, como na neutralização de agressões e ameaças híbridas, incluindo na cibersegurança de infraestruturas críticas. Tarda o estabelecimento de um quartel-general permanente, como disse a Senhora Mogherini.

A União tem de ser capaz de intervir e fazer a diferença nas crises e conflitos, muitos à porta, outros já dentro de portas, com impacto na segurança dos nossos cidadãos, nos nossos interesses, na defesa do direito internacional e na segurança global.

Geoffrey Van Orden, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I am tempted to spend my time replying to Ioan's question about what went wrong with the EU. Well, maybe not listening to our citizens, maybe the euro, maybe migration policy…

What about misguided notions about EU defence? The security and credibility of the West rests on the combined strength of the democracies. We always knew that whoever became the next President of the United States, he or she would have demanded that the Europeans carry more of the defence burden. But I would suggest that this is done by the nations spending more on defence and showing more capability and revitalising the NATO alliance, not creating alternative structures. Unlike the EU, NATO is an intergovernmental organisation. It does not undermine national sovereignty, and above all, it has the enormous advantage of binding the United States to the security of Europe.

That is the great combined power that our potential enemies take seriously. Russia would be delighted if Europe was to develop its so-called 'strategic autonomy' separated from the United States – I mean, what's that all about? It is a dangerous fallacy for the European Union to imagine, and I am quoting here from the report, that it can 'intervene across the whole spectrum of crisis management' – that includes war fighting, by the way – and that the EU should aim for a 'common defence'. I thought you said you were not aiming for collective defence – 'common defence' is the same thing. Which immediately casts doubt on the continued relevance of NATO. How on earth would the EU protect its non-NATO members? It is just disingenuous for the EU to talk about complementarity with NATO when the aim is to set up a different military structure.

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE*. – Gospodine predsjedniče, najprije bih želio zahvaliti u ime ALDE grupe izvjestitelju na dobroj suradnji, i kao plod te suradnje na dobrom izvješću. Izvješće govori o bitno pogoršanim sigurnosnim okolnostima u Europi, govori o tome da su europska sigurnosna i obrambena politika daleko ispod očekivanja javnosti, naglašava važnost temeljite revizije te politike u takvim okolnostima i poziva Vijeće da radi na tome da europska sigurnosna i obrambena politika, kao što piše u ugovorima o osnivanju Europske unije, preraste u zajedničku obranu. Nakon tako jasnih i ozbiljnih formulacija i samo izvješće treba biti jednako tako ozbiljno, konkretno i vrlo precizno, i to na tragu provedbenog plana koji je Visoka predstavnica predstavila Vijeću Europske unije i na razini izvješća o Europskoj uniji koje je danas ovdje usvojio Europski parlament, a koji govore o potrebi uspostave stalnog zapovjedništva, zajedničkog zapovjedništva, reformi koncepta borbenih grupa, reformi atena mehanizma za financiranje vojnih operacija Europske unije i uspostavi početnog fonda, također za financiranje tih operacija.

To su, dakle, vrlo jasni ciljevi koji se spominju u dokumentima, uključujući ovo naše izvješće, i zato ALDE grupa neće podržati one amandmane koji slabe odlučnost Europske unije za jačanje zajedničke sigurnosne i obrambene politike, kao što su oni amandmani kojima se briše odredba o potrebi za stvaranjem zajedničkog zapovjedništva i relativiziranje europskog programa istraživanja u obrambenom sektoru.

Sabine Lösing, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! In Europa und weltweit nehmen Armut, soziale Spaltung und Ungerechtigkeit zu. Für viele Menschen stehen die Regierenden und ihre Politik durchaus zu Recht nur für die Vertretung der Interessen ökonomischer und politischer Eliten. Konsequenzen sind sozialer Absturz oder die Angst davor – und der Missbrauch dieser Probleme durch rechtsgerichtete Parteien und Bewegungen. Die Trumps – und wie sie hier so heißen – lassen grüßen.

Das kommt weder überraschend noch von ungefähr. Anstatt in Armutsbekämpfung zu investieren, für soziale Gerechtigkeit einzutreten und Menschen, die vor Krieg, Armut und Terror fliehen, wirksam zu schützen, verschleudern Sie hier Steuergeld an Waffenschmieden, an Forschung für Kriegsgerät, rüsten die Grenzen Europas auf und zwingen Menschen in Armut und Verelendung.

Entwicklungshilfe an Bedingungen dieser Politik zu knüpfen und Deals mit Regierungen, für die Menschenrechte keine Bedeutung haben – so etwas ist eine Schande für eine Union, die sich stets auf ihre großartigen Werte beruft.

Dieser Bericht und der Bericht zur Verteidigungsunion enthalten zu 90 % wieder Geschenke und Zugeständnisse an die Eliten, an mörderische Rüstungs- und Waffenfirmen. Diese werden die Profiteure sein. Doch keine dieser Maßnahmen wird Stabilität und mehr wirkliche Sicherheit erzeugen.

There is no alternative. Frau Thatchers viel zitierte Haltung zu Sozialabbau und Armut kennzeichnet auch die Haltung zur EU-Militär-Union. Da erübrigt sich dann jede Debatte. Aber es muss eine Alternative zur Aufrüstung und zu militärischen Interventionen geben.

Bodil Valero, *för Verts/ALE-gruppen*. – Herr talman! Idag har vi ställt oss bakom ett betänkande om försvarsunionen, och nu diskuterar vi ett annat betänkande som har väldigt många likheter med det. Överlag går våra diskussioner på sistone här i parlamentet mer och mer i riktning mot att vi vill skapa en gemensam militär kapacitet eller en gemensam armé, och det är önskelistor om allehanda militära aktiviteter betalda med EU-medel. Inte minst sedan Brexit-omröstningen är det som om vissa här i parlamentet verkligen har fått ett nytt hopp om att man ska kunna fördjupa samarbetet även på försvarsområdet.

Jag har absolut inget problem med samarbete utan tycker att samarbete är väldig bra – samarbete och samordning. Världen ser nämligen också annorlunda ut än vad den gjorde för bara tio år sedan. Vår säkerhetssituation är också en annan. Vi måste självklart anpassa oss till att det är nya tider och en helt ny värld vi lever i.

Det innebär dock inte att jag ser samma lösningar som de som finns i betänkandet, och som jag tycker också går längre än vad fru Mogherini nyss talade om. Jag tror till exempel inte att lösningen är att den framtida säkerhets- och försvarspolitiken ska utgå från ett gemensamt territorialförsvar, inkluderande dessutom kärnvapen. En annan märklig idé är att EU ska kunna gå in i medlemsländer vid eventuella upplopp. Jag tycker inte att detta inryms i Lissabonfördragets artikel 43, där man listar de militära aktiviteter som får lov att göras. Då skulle vi nämligen behöva en fördragsändring, vilket är något som tar väldigt lång tid, och som jag inte tror står för dörren just nu i alla fall.

Mike Hookem, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, here we have in black and white the dangerous fantasy that Nick Clegg tried to trick voters with in 2014, when he said there were no plans for an EU military.

Whilst the UK Government dithers over invoking Article 50, and pro-EU MPs and lords plot to overturn the will of the people, the EU is busy putting in place plans to spend British taxpayers' money on an EU military which many here hope will replace NATO. Except that this scheme will not just focus on martial law, but also seeks to encroach on civil liberties – and I would like to bring to MEPs' attention the fact that this report wants EU troops to combat subversion. Subversion actually covers everything from threats to the state to political opposition, books, films and even comedians. This is an attack on free speech and, because it comes from a place like this, an attack on those who oppose the EU project.

This report has huge implications for the sovereignty of the UK and its ability to control its own military, and those implications must serve as motivation for all Brexiteers and those who believe in democracy to ensure that the will of the people is served. We cannot afford to be trapped in this bloc, which so shamelessly uses crises of its own making, such as the migrant crisis, to further its political aims.

The terrorist attacks in Brussels and Paris have been directly linked to the stupidity of the EU's migration policy, which, had that policy been carried out by an organisation with any level of accountability, would have resulted in senior figures being unceremoniously fired.

To make the most of this opportunity, we need to invoke Article 50 as soon as possible and revitalise the UK armed forces, including by increasing defence spending and investment in our troops and in the industries needed to have a strong engineering and defence sector in the UK.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, Madame Mogherini, vous nous parlez de défense européenne. Une défense européenne demanderait une souveraineté européenne. Cette souveraineté n'existe pas. La seule qui existe est celle de nos États, qui peuvent certes coopérer, mais qui ne peuvent se dissoudre dans l'entité européenne, qui n'existe que par la volonté des nations et par leur coopération libre.

Une défense européenne impliquerait des intérêts communs. Où sont-ils? Quel intérêt la France partage-t-elle avec ceux qui ont choisi d'être soumis à l'OTAN, mais aussi d'être dans un esprit de revanche, tout en voulant que leur vengeance et leur ressentiment soient réalisés par d'autres car ils n'en ont pas les moyens? Une défense européenne impliquerait une politique étrangère commune. Le peu de politique étrangère commune est dicté par les États-Unis, qui changent. On le voit avec la Russie. Nous sommes ridicules. Une défense européenne impliquerait une filière d'armement maîtrisée et de recherche stratégique.

Vous avez choisi la complémentarité avec l'OTAN, c'est-à-dire la soumission technologique et la domination extérieure, là encore. En réalité, la défense européenne est un mythe pour utiliser les nations encore aptes à se défendre et à conserver leurs capacités propres.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Mówi się tutaj o obronności i bezpieczeństwie, tymczasem Wspólnota Europejska na początku liczyła sześć państw, przyjęła jeszcze dwadzieścia dwa i nikt nie krzyczy o agresji. Tymczasem do Federacji Rosyjskiej pięć państw zgłosiło chęć wstąpienia: Naddniestrze, Południowa Osetia, Republika Ługańska, Republika Doniecka oraz Krym. Rosja przyjęła tylko jedno z tych pięciu państw. Jeżeli mówimy o zagrożeniu, wystarczy popatrzeć, czy Rosja jest otoczona bazami NATO, czy Europa otoczona jest bazami rosyjskimi. Oczywiście Rosja się boi NATO, a nie Unii Europejskiej, bo kto się boi Unii Europejskiej?

Jeżeli mówimy o oderwaniu siłą, to chciałbym przypomnieć, że amerykańskie samoloty bombardowały miasta cywilne w Europie, po raz pierwszy odrywając Kosowo. I to jest to pierwsze oderwanie siłą terytorium innego państwa, a nie Krym. Również oderwanie Czarnogóry – bardzo miłego państwa skądinąd, któremu znacznie większej pomocy udzielono, niż małe zielone ludziki udzielały pomocy na Krymie.

Jeśli mówimy o zagrożeniu, to państwa, które znajdują się znacznie bliżej Rosji niż Bruksela, mianowicie Bułgaria, Mołdawia, Estonia wybrały ostatnio rządy całkiem prorosyjskie. Podejrzewam, że pani Lösing ma rację, że chodzi tutaj o łapówki za zbrojenia i cała ta historia jest tylko po to, żeby móc dawać łapówki za zbrojenia. A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mit Faszination den letzten Reden von ganz rechts und ganz links zugehört, die eine große Übereinstimmung miteinander hatten und bei denen alle Redner in großer Übereinstimmung mit Herrn Putin sind, gegen den man sich nicht verteidigen sollte. Wenn ich höre, dass es mit der kollektiven Sicherheit in Europa sowieso blödsinnig sei – und die Briten verteidigen sich ja ohnehin ganz alleine, wenn ich das richtig verstanden habe, und Frau Lösing, die sagt: „Doch bitte nicht die Grenzen schützen" –, dann muss ich sagen: Welches Konzept liegt hier vor?

Frau Vizepräsidentin, Hohe Vertreterin! Ich möchte Sie beglückwünschen zu dem Schritt, den Sie bei der Außenminister-Konferenz aufgrund Ihrer Vorschläge mit dem Implementierungsplan zuwege gebracht haben. Der geht uns in manchen Punkten noch nicht weit genug – das ist der Job des Parlaments, da weiter zu drücken. Aber ich glaube, wir müssen institutionell, was *permanent structured cooperation* angeht, *headquarters*, *battle groups* und bei vielen anderen Dingen vorankommen, wir müssen die Finanzmittel dafür haben, wir müssen neue Ideen haben, wie was mit der bestehenden Außen- und Sicherheitspolitik gemacht werden kann. Ich bin auch der Auffassung, dass wir noch viel weiter gehen müssen, wenn es um *research* und *procurement* geht.

Dies sind alles Ansätze, Geld zu sparen, Frau Lösing. Wir geben 200 Milliarden Euro aus mit einem negativen Effekt! Und ich glaube, hier können wir mit demselben Geld sehr viel mehr erreichen, wenn man in Richtung dieser Vorschläge vorgeht. Und ich glaube, dass es angesichts der Weltlage, die Sie ja positiv beschrieben haben, aber die ja realistisch mit Herrn Putin da ist und mit der Krim da ist und was da uns auch sonst noch vielleicht bezüglich der Unsicherheit in der NATO entgegenkommen könnte, wichtig ist, dass wir unseren Bürgern bei der inneren und der äußeren Sicherheit ein Angebot machen, soweit wir das schaffen können, mit all den Schwächen, die wir haben. Und dies ist – das muss man auch klarstellen, Herr Hookem –, dass der NATO-Generalsekretär bei dem Treffen der Verteidigungsminister in Bratislava die Vorstellung der Europäischen Union gestützt hat, weil er sagt, eine starke Europäische Union in Sicherheits- und Verteidigungspolitik produziert eine starke NATO. Deswegen ist es in unserem Interesse – und wir müssen unsere Fähigkeiten haben, in Afrika und anderen Orten, wo die NATO nicht zur Verfügung steht –, dass wir für unsere Sicherheit und für bessere Lebensbedingungen, für Menschenrechte kämpfen können.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg auf diesem Weg und danke Ihnen für den Bericht.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, the election of Donald Trump has been a wake-up call for us, even though the US has long urged Europeans to take more responsibility for their own security. European defence structures, require attention, as Ms Mogherini has said. Our spending is 50% that of USA, yet our achievement is 15%. There are clearly issues we need to attend to.

The goal of 2% of GDP, to which NATO allies committed themselves in 2014, has so far been reached by only four Member States. Reports also show how duplication and inefficiency eat into the EUR 200 billion annual defence spend of EU Member States. Lack of interoperability also remains a major problem affecting military cooperation.

What we need is a serious effort from Member States to invest more, and more efficiently, in military capabilities. It is time to demonstrate the political will to take action, as opposed to issuing declarations. The implementation plan on security and defence approved last week by all 28 Member States represents an important step forward in European security and defence.

We must rethink the EU's defence role and enhance its capacity to act in the changing global strategic environment. We have to be a more independent and resilient actor, less reliant on the US and working more closely with and complementing NATO, as agreed during the summit in Warsaw. If Europe is to remain safe and secure, defence cooperation among Member States must become the norm.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Ja reprezentuję jeden z tych czterech krajów, o których mówił mój przedmówca, które w pełni wywiązują się z obowiązków wobec wspólnego bezpieczeństwa. Bo trzeba jasno odróżnić dwie rzeczy: wspólne bezpieczeństwo i wspólnie prowadzoną politykę, która do tego zmierza. To jest na przykład udział ogromnej większości naszych państw w Przymierzu Atlantyckim, to jest dbanie o aktualność europejskiego wymiaru NATO, to są oczywiście konkretne decyzje polityczne czy inicjatywy dyplomatyczne, które tę wspólną odpowiedzialność realizują.

Ale czym innym jest wszystko to, co zmierza do budowy armii europejskiej. Pani Przewodnicząca Mogherini mówiła oczywiście o tym, że to jest nierealne, że tego nie będzie, ale wszyscy dobrze wiemy, że to jest stare marzenie, o którym mówił na przykład całkiem niedawno Romano Prodi. Artykuły 12 do 14 tego sprawozdania naprawdę nie uspakajają, chociaż jest w nim bardzo wiele trafnych obserwacji. Artykuł 38, to co idzie dalej – również. Pamiętajmy naprawdę o jednym: Europę stanowią państwa narodów Europy. Kiedy te państwa zamienią się widmo, Europa tak naprawdę przestanie istnieć.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, Frau Mogherini! Dass die externe Sicherheit der EU von uns mehr Anstrengungen verlangt, wussten wir schon vor Donald Trump.

Aber die komplette Revision der ESVP, wie es der Bericht vorschlägt, ist falsch und gar nicht nötig. Ich warne vor einer Überdehnung der Ambitionen: Wenn die Augen größer sind als der Magen, geht das selten gut. Dass die sogenannte strategische Autonomie nach wie vor eine dumme Idee ist, hat Herr Van Orden schon gesagt. Die Territorialverteidigung, von der der Bericht spricht, ist ein leeres, haltloses Versprechen. Der ESVP eine Rolle im Inneren gegen Subversion zu geben, ist ein Anschlag auf die Freiheit.

Von einem *output gap* analytisch zu reden und dann zu sagen, wir müssen mehr Geld sinnlos und ineffizient ausgeben, ist unlogisch. Der Gipfel der Unverfrorenheit besteht darin, dass jetzt die militärischen Subventionen auf das Niveau der USA angehoben werden müssen. Wenn man mit Hektik und Hysterie darauf reagiert, dass man zu lange geschlafen hat, dann wird das nichts, und ein Liebesdienst an der Militärlobby macht das auch nicht besser.

Die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit, einer Verteidigungsunion, ist unbestreitbar. Aber das ist der falsche Weg.

Diane Dodds (NI). – Mr President, there is no doubt that we live in dangerous and uncertain times. Perhaps we should start by congratulating French security forces this week on apprehending those who seemed set on terrorist activity, and express our solidarity with the city of Strasbourg, where heightened security measures have once again been deemed necessary in the run-up to the celebration of Christmas.

However, I also want to make it clear this evening that defence policy is not something that can be auctioned off to the highest bidder. It is the age-old right of sovereign nation states to keep their people safe. Many in these institutions are talking nonsense about an EU army and an operational headquarters. The United Kingdom has always shown itself willing to come to the aid of our allies. We will retain the right and the capacity to defend ourselves and also our closest neighbours inside and outside the European Union. The reality is that, while Brussels panders to federalist ambitions, it sacrifices the positive role that it can play. The EU must support NATO, not compete with it; foster national cooperation, not seek to replace it; and respect the indelible rights of governments to protect their citizens.

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, après avoir félicité M. Pașcu pour son rapport, je reprendrai vos propos, Madame Mogherini. Vous nous avez dit que la prochaine administration américaine risquait de faire peser plus de responsabilités sur nos épaules. Vous avez tout à fait raison. Vous le disiez à propos des relations entre Israël et la Palestine. Je crois que c'est vrai d'une façon beaucoup plus générale, et en particulier en matière de sécurité et de défense.

C'est dans la logique des engagements de M. Trump, qui prône finalement un certain repli sur soi des États-Unis et un désengagement, en tous les cas, des grandes zones de conflits où les États-Unis ont beaucoup travaillé au cours de ces dernières années. C'est d'ailleurs dans la logique de ce qui était dit aussi par ses prédécesseurs. La seule différence, c'est qu'il risque de le mettre en place. C'est dans la logique aussi de ses engagements fiscaux. Il faudra bien qu'il trouve de l'argent, et je suis persuadée que cela sera pris sur les dépenses de défense américaine qui représentent un budget extrêmement important, vous l'avez rappelé.

Alors, dire comme je l'ai entendu parfois ici qu'au milieu des crises actuelles qui nous menacent tous, un pays européen, quel qu'il soit, est à même de se protéger – je ne parle même pas de protéger les autres –, c'est quelque chose de totalement faux et de totalement irresponsable. Nous avons, nous, aujourd'hui – vous l'avez rappelé – des industries d'une défense européenne, et je ne parle pas du fantasme de l'armée européenne – Arnaud Danjean a très bien dit qu'il n'en était rien. Il est vrai que nous avons ces instruments, mais à une condition, c'est que chacun y participe effectivement. Or, nous voyons aujourd'hui que les pays européens font un effort par habitant pour leur sécurité et leur défense, qui va à peu près de 1 à 10.

Pensez-vous que l'on puisse effectivement faire une défense européenne en restant dans ce système actuel ou allez-vous inciter et pousser les uns et les autres à faire des efforts qui se rapprochent?

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente Czarnecki, gracias por la invitación en español. Deseo felicitar, en primer lugar, al ponente, señor Pașcu, por el excelente informe, que abre precisamente muchas preguntas pero, al mismo tiempo, plantea temas apasionantes; y, desde luego, a la Alta Representante, que casi va más aprisa que este Parlamento en ámbitos tan complejos y tan llenos de tabúes, pero tan importantes para la defensa europea y para Europa tal cual. Porque ya lo dijo Felipe González: «Europa no será Europa hasta que no tenga una política de defensa europea».

En ese sentido, deseo decirle que, como española y como europea, sé, por desgracia, que, a veces, la democracia hay que defenderla con las armas. De ahí que sea, en este momento, más importante todavía que en Europa nos hagamos responsables.

Sin embargo, tengo tres pequeños —digamos— elementos. Uno es la financiación —se lo han dicho a usted varias veces —. La financiación desearíamos que no saliera de otro lugar: de los refugiados, de los estudiantes o de los agricultores o de la cohesión. Necesitamos, por lo tanto, un presupuesto para la defensa nuevo, fresco. Y ahí me dirijo al Sr. Brok y al Sr. Gahler porque en Alemania, ahora mismo, se está hablando de aumentar a un 15 % el presupuesto para la defensa. Y yo entiendo que, desde allí, también deberían ser generosos con el ámbito europeo y abrir las puertas y la posibilidad a que realmente el presupuesto europeo, si tiene que, además, cubrir las necesidades —y yo así lo creo— de la defensa y la seguridad europea, tiene que ser un presupuesto más importante.

Y también quería decir que es importante que tengamos en cuenta a los militares, aunque no se hable todavía de un ejército como tal, pero está allí el Eurocorps. Y finalmente el control democrático por parte este Parlamento y de los parlamentos nacionales.

Charles Tannock (ECR). – Mr President, at a time when there are multiple threats facing Europe it is right for the EU to look at improving its level of intergovernmental cooperation in terms of the Common Security and Defence Policy. As ever, the proposals have been met by some in this House with false accusations that they amount to the creation of an EU army and a concerted effort to undermine the role of NATO.

The CSDP has always been rooted in absolute respect for the Member States' sovereignty in this key area of national policy, and on acknowledging NATO as the mainstay of European defence. The conclusions of the most recent Foreign Affairs Council uphold these key principles. Its support for strengthening Europe's industrial defence base, eliminating duplication and waste in certain areas of procurement, and exploring the possibility of greater levels of integration militarily for those Member States willing to take such action under the Permanent Structured Cooperation (PESCO) mechanism is to be welcomed, and also respects the principles of sovereignty.

The EU NAVFOR Atalanta mission stands out as a strong example of what cooperation at EU level can achieve. Bringing together Member States' defence capabilities alongside the EU's unique soft-power and hard-power capabilities, it was able comprehensively to defeat piracy in the Indian Ocean, and, most importantly, NATO welcomed this cooperation. It was, of course, commanded by the Royal Navy, based in my London constituency, but that is an aside.

Ultimately, and this is the point I want to make to the High Representative today, the United Kingdom after Brexit must stay plugged into the CFSP and the CSDP. That would be my lifelong ambition post-Brexit.

Tamás Meszerics (Verts/ALE). – Mr President, political developments in the last six months have compounded the challenges to European security and defence significantly. Some would argue that they have compounded these challenges to the degree that, today, the fundaments of the European security structures are called into question. I am not among those who would seek to raise false alarms, but there is much that we need to rethink.

The reports tend in that direction, but with all the failures which have already been mentioned. We need, I believe, a robust military capability; we need substantial power projection capability; we need credible power in order to be able to engage in conflict prevention successfully. But – allow me to use another comparison on relative defence spending – we spend 2.5 times more per year on defence than Russia. Let me be blunt: I believe we need more efficient and coordinated spending, and not more money.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, quisiera comenzar felicitando al señor Paşcu por su informe. Recoge importantes objetivos de este Parlamento en materia de seguridad y defensa. Como ya se ha señalado en este debate, nuestro entorno de seguridad se está deteriorando progresivamente. Estamos ante un nivel de amenazas, incluida la terrorista, sin precedentes.

El complejo escenario en nuestras regiones vecinas, oriental y meridional, el terrorismo, la inestabilidad en Oriente Medio, en el Sahel, posibles cambios, ya evocados, en la política exterior y de defensa de los Estados Unidos, deben tener como respuesta avances en la dimensión europea de seguridad y defensa, que, además, el *brexit* probablemente hará menos dificultosos. Esos avances requieren ambición y realismo. Ambición, que se traduce en un importante esfuerzo de voluntad política, y realismo, que pasa por ser consciente de los medios de los que se dispone, así como de las dificultades económicas y presupuestarias actuales. Pero hay que poner en marcha las potencialidades que encierran los Tratados en materia de seguridad y defensa. Pienso, en especial, en la cooperación estructurada permanente y también en el resto de medidas y posibilidades detalladas por el Consejo de Ministros de Defensa de la semana pasada: desde la inclusión de un programa de investigación en el próximo marco financiero plurianual, pasando por el refuerzo de la Agencia Europea de Defensa, hasta el paulatino desarrollo de la base industrial y tecnológica de la defensa europea.

Concluyo: yo espero que la OTAN siga siendo un pilar clave de nuestra estructura de seguridad, pero los europeos debemos poner más de nuestra parte. Como vengo repitiendo desde hace tiempo, con el *soft power* no es suficiente para hacer frente a nuestros retos y amenazas actuales.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Frau Hohe Vertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal mein Dank an den Berichterstatter, lieber Ioan, und danke auch dafür, dass du Änderungen im Artikel 48 übernommen hast.

Der Schlüsselsatz für mich als Haushälter lautet hier: Ruft die Mitgliedstaaten auf, die notwendigen zusätzlichen finanziellen Ressourcen bereitzustellen. Der Haushalt ist nämlich jetzt bereits unterfinanziert, und das sage ich Ihnen als Berichterstatter für den Haushalt der EU für das Jahr 2017.

Das Pilotprojekt für die Kooperation der Rüstungsindustrie haben wir so gerade noch finanzieren können, dahinter ist nicht viel möglich. Seien wir also vorsichtig, zusätzliche Maßnahmen zu fordern, wenn die Finanzierung nicht gesichert ist, oder nur allgemein die Finanzierung aus dem EU-Haushalt zu verlangen.

Unser Ziel muss es sein, für die Finanzierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zusätzliche finanzielle Mittel von den Mitgliedstaaten im Rahmen des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens zu erreichen, denn dieser Haushalt gibt nicht viel mehr her.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Das Letzte, was wir brauchen, ist eine europäische Armee. Die NATO hat den Westeuropäern das Schicksal Osteuropas erspart, und es war die NATO, die das Blutvergießen in Ex-Jugoslawien beendete. Wenn Putin demnächst feststellt, dass im Verteidigungsfall dieses Parlament erst vorher um Erlaubnis gefragt werden muss, ob die europäische Armee eingreifen darf, dann würde nicht nur die Sicherheit Osteuropas aufs Spiel gesetzt.

Natürlich kann Trump seinen Wählern nicht weiter zumuten, die finanzielle Hauptlast der NATO zu tragen. Deshalb müssen wir drei Dinge machen. Erstens: Wir müssen klarstellen, wer in Europa der Aggressor ist und wer nicht. Zweitens: Wir müssen unseren finanziellen Verpflichtungen für die Verteidigung nachkommen. Und drittens müssen wir auch Herrn Trump mal klarmachen, dass die NATO auch sein eigenes Land verteidigt.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an den Kollegen Paşcu für seinen hervorragenden Bericht.

Ganz kurz an den Kollegen Henkel: In diesem Bericht steht nichts über eine europäische Armee. Wir beschränken uns auf das, was mit diesem Vertrag möglich ist, und sagen das deutlich in diesem Jahresbericht. Das ist unser Beitrag zur Diskussion über die GSVP. Zwar tragen wir grundsätzlich die jüngsten Entscheidungen des Rates vom 14. November mit, der den Verteidigungsgipfel im Dezember vorbereitet. Doch können wir hier nicht stehen bleiben.

Angesichts der zunehmenden Unwägbarkeiten jenseits des Atlantiks, der krisenhaften Entwicklungen im Süden und im Osten Europas geben wir uns nicht mit den ambitionslosen Entscheidungen der Mitgliedstaaten zufrieden. Statt diesen Mangel an Ambitionen der Mitgliedstaaten schönzureden, bitte ich dieses Haus, an unseren parlamentarischen Forderungen festzuhalten.

Ich erinnere Frau Mogherini daran, dass wir eine EU-Bestandsaufnahme bestehender Fähigkeiten und ein Weißbuch für Sicherheit und Verteidigung einfordern, um den Weg zur europäischen Verteidigungsunion zu beschreiten und die strategische Orientierung mit den Fähigkeitsentwicklungen zu verbinden.

Frau Mogherini, bitte übernehmen Sie endlich Führung und überzeugen Sie die Mitgliedstaaten von der Notwendigkeit, die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zu aktivieren. Nur ein starkes, geeintes Europa kann auf Dauer die Sicherheit und Verteidigung unserer Bürger gewährleisten. Der Schlüssel zur geplanten und koordinierten Militär- und Rüstungskooperation liegt in dieser Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.

Ich bitte Sie dafür zu sorgen, den Implementierungsplan zu Sicherheit und Verteidigung in einen Weißbuchprozess zu überführen. Bitte setzen Sie sich in Ihrer Funktion als Vizepräsidentin der Kommission und Leiterin der EDA dafür ein, dass bestehende Beschlusslagen von den europäischen Verteidigungsgipfeln 2013 und 2015 von Kommission und EDA auch umgesetzt werden.

Bitte verschonen Sie uns im angekündigten Verteidigungsaktionsplan der Kommission davor, nur alte Beschlüsse in einem neuen Gewand zu verkaufen. Wir brauchen jetzt eine aktive Kommission zur Überwachung des europäischen Binnenmarktes für Verteidigungsgüter. Wir wollen Klarheit über die europäische Gestaltung von Versorgungssicherheit – *security of supply* – und EU-finanzierter Verteidigungsforschung. Treiben lassen ist keine Option. Wenn Sie führen, folgen Ihnen auch viele Mitgliedstaaten.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, poštovana Visoka predstavnice, čestitam izvjestitelju kolegi Paşcu na izvrsnom izvješću jer se u mnogome odmaknuo od rutinskog evidentiranja slabosti i nejasnih poruka kada je riječ o zajedničkoj sigurnosnoj i obrambenoj politici. Opća je ocjena da je ta dimenzija djelovanja Europske unije oduvijek bila više preventivna nego obrambena, ostajući vječito u izgradnji i stalno nedovršena, kao i najslabiji element u procesu europskih integracija. Slažem se i s procjenom da veliki broj dugotrajnih regionalnih kriza te nove asimetrične i hibridne prijetnje danas čine sigurnosni kontekst koji nameće vrlo ozbiljne izazove samoj stabilnosti Europske unije. Trebamo uzeti u obzir i najnovija politička događanja poput Brexita ili rezultate američkih predsjedničkih izbora. Ne smijemo dozvoliti da naša sigurnost ovisi o političkim procesima koji ne idu u prilog jačanju europskog zajedništva.

Ukratko, ovo je vrijeme osporavanja Europske unije na velikom dijelu njenih 15 000 kilometara dugih vanjskih granica, ali i razdoblje ozbiljnog preispitivanja unutar Europske unije kako našim građanima pružiti osjećaj sigurnosti. Odgovori 2016. mogu biti samo zajednički – europski.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, gospođo Visoka povjerenice, ima puno zemalja, naših članica, koje se boje da će izgradnjom zajedničke europske obrambene i sigurnosne politike izgubiti suverenitet. Vrijeme je da se ti mitovi maknu, dakle nema europske vojske - to je ono o čemu stalno govorimo i kompatibilni smo s Natom. To je ono što treba napomenuti i što svi trebaju znati. Dakle ne gradimo nikakvu europsku vojsku, nema straha od toga. Ali ima straha od Brexita, Putina, nove situacije u SAD-u.

U tim novim sigurnosnim uvjetima moramo se potruditi sačuvati naše unutarnje i vanjske granice i stoga se zalažem za to da članak 45. našeg Ugovora protumačimo na način da postane ekvivalentan članku 5. NATO-a po principu „Jedan za sve, svi za jednoga". To je jedini način da se Europa zaista stavi u centar, da počnemo razmišljati o sebi i da svoju sigurnosnu politiku vodimo sami.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da federalista europeo convinto, non posso che essere felice che finalmente si parli seriamente di passi concreti verso una difesa europea comune, come il Parlamento chiede da molti anni. Certo, ci sono voluti eventi dirompenti come la Brexit, la vittoria di Trump negli Stati Uniti, il deterioramento della sicurezza nei teatri geopolitici a noi vicini, persino la sfida della crisi dei rifugiati, per mostrare ancora più chiaramente che l'Unione non può perseguire completamente i propri interessi esterni e lavorare per la pace, la sicurezza, se non si dota di strumenti precisi. Penso in particolare alle forze multinazionali, realizzabili grazie alla cooperazione strutturata permanente, che possono essere messe a disposizione della politica di sicurezza e difesa comune, come peraltro già previsto dal trattato di Lisbona.

Forse l'attuale quadro di sicurezza globale spinge in questa direzione, e abbiamo raggiunto ora una condivisione maggiore per dare piena attuazione alle disposizioni del trattato, verso una piena revisione della politica di sicurezza e difesa comune in cooperazione e complementarietà con la NATO, per trasformare finalmente l'Unione europea in un soggetto in grado di assumere le proprie responsabilità per garantire la sicurezza dei propri cittadini, del proprio vicinato e del mondo.

Alojz Peterle (PPE). – Pridružujem se čestitkam kolegu Pascuju in senčnim poročevalcem za jasno poročilo. Očitno je, da mehka moč za uveljavitev miru ni dovolj.

Zato že dolgo podpiram močnejšo obrambno identiteto evropske zveze in v tem ne vidim nevarnosti podvajanja z Natom. Vendar naš problem ni tehnične ali organizacijske narave. Naš ključni izziv je politična podpora obrambni strategiji, za kar je potrebna celovita politična strategija evropske zveze, ki edino lahko pomaga uveljaviti evropsko obrambno strategijo.

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Sprawozdawco! Chciałbym podziękować za sprawozdanie i stwierdzić, że to, co łączy Unię Europejską, to coraz bardziej deficytowy towar. Jednocześnie około 80 % Europejczyków uznaje bezpieczeństwo za ważny problem, i to może nas złączyć, być motorem integracji wchodzącej wychodzącej poza aspekt gospodarczy. Wyzwania w zakresie bezpieczeństwa i obrony trzeba postrzegać szeroko, a kluczowym elementem jest oczywiście harmonizacja i skorygowanie różnych polityk, w tym również polityk gospodarczych, bowiem zdolności obronne są funkcją rozwoju gospodarki: im lepsza gospodarka, tym lepsze zdolności obronne. Chodzi zatem o politykę przemysłową Unii, politykę reindustrializacji, ale również innowacyjność i badania, czyli wszystko to, co pomieściliśmy między innymi w programie „Horyzont 2020" oraz kwestie niezależności energetycznej czy cyberbezpieczeństwo.

Chciałbym zwrócić również uwagę na aspekt militarny, ochronę granic, a zarazem relacje Unia – NATO, które zostały potwierdzone też deklaracją z Warszawy z lata 2016 r. Jest to również ten element, który powinien tutaj być uwypuklony.

Z zadowoleniem należy przyjąć koordynujące propozycje, jak chociażby strategię globalną Unii Europejskiej, czy też Europejską Unię Obrony, która może w przyszłości zastąpić dyskutowaną dzisiaj politykę bezpieczeństwa i obrony.

Ramona Nicole Mănescu (PPE). – Pentru prima dată observăm cum *softpower* depășește în influență efectivă *hardpower*. În fața acestei noi realități, atât Uniunea, cât și statele membre sunt nepregătite și vulnerabile.

Acest raport, împreună cu eforturile Comisiei, vor crește capacitatea de acțiune a Uniunii în acest sens. Statele membre trebuie să se implice în regândirea profundă și cât mai rapidă a politicii de securitate și apărare comună. Aceasta înseamnă inclusiv onorarea angajamentului de alocare a 2 % din PIB pentru apărare. În acest moment, Uniunea nu poate asigura protecția cetățenilor și a instituțiilor împotriva unor manipulări sau împotriva atacurilor cibernetice.

În continuare avem nevoie de colaborarea și complementaritatea cu NATO. În același registru, trebuie valorificat Parteneriatul transatlantic, mai ales în contextul unor resurse limitate. Mai mult ca oricând, Uniunea trebuie să susțină întărirea industriei de apărare și a cercetării, iar acest lucru trebuie să se reflecte în distribuția financiară pentru perioada rămasă din actualul cadru financiar multianual.

Vreau să-l felicit pe domnul Pașcu și susțin un vot pozitiv și sper ca direcțiile indicate să devină practică instituțională cât de curând.

Pytania z sali

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Chciałem zwrócić uwagę, że podczas tej sesji mamy kilka bardzo dobrych dokumentów, ważnych debat, ważnych dyskusji dotyczących bezpieczeństwa. Wczoraj pana Urmasa Paeta, dziś pana Pașcu, za chwilę – również kluczowe z punktu widzenia bezpieczeństwa – sprawozdanie pani Anny Fotygi. Jeden wspólny mianownik obejmuje wszystkie debaty – otóż są one krytyczne, oceniają krytycznie stan rzeczy, ale to jest jedyna dobra wiadomość, dlatego że wszystkie zalecenia na tej sali jednak poróżniły poszczególne grupy polityczne. Diagnoza lewej, prawej i środkowej części sali jest identyczna, zgodna. Natomiast szans na wyjście, po to żeby Europa była bezpieczniejsza, w tych dokumentach jednak za wiele nie ma, bo sala się różni w zakresie prognoz sytuacji, gotowości do określonych wydatków na rzecz obronności. I to mnie niestety martwi, chciałem na to zwrócić uwagę.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, negli ultimi anni il contesto della sicurezza in Europa è significativamente peggiorato, divenendo più instabile e complesso. A fronte di ciò la reazione degli Stati membri risulta essere scoordinata e frammentaria, complicando e spesso ostacolando l'adozione di un approccio uniforme.

Sono favorevole all'introduzione di meccanismi di coordinamento, come la creazione di una sede centrale permanente dell'Unione per le missioni e le operazioni civili e militari, dalla quale poter sovraintendere all'intero ciclo di pianificazione, dal concetto politico iniziale ai piani particolareggiati. Occorre però che tutte le decisioni del Consiglio riguardanti le missioni e le operazioni future privilegino gli interventi nei conflitti che interessano direttamente la sicurezza dell'Unione o la sicurezza di partner e regioni in cui essa svolge il ruolo di garante della sicurezza.

La decisione di intervento deve essere basata su analisi e comprensione comune del contesto strategico, nonché sugli interessi strategici condivisi dagli Stati membri, tenendo presenti le azioni di altri alleati e di organizzazioni quali l'ONU e la NATO.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, το ενδιαφέρον για την κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας της Ευρωπαϊκής Ένωσης αναζωπύρωσαν τα ραπίσματα που δέχθηκε το οικοδόμημα του ευρωατλαντισμού με το Brexit και τα αποτελέσματα των αμερικανικών εκλογών. Στόχοι αυτής της πολιτικής είναι η εξυπηρέτηση των επεμβατικών δράσεων κάποιων κρατών μελών της Ένωσης στη Μέση Ανατολή και στην Αφρική.

Απεναντίας όμως δεν βλέπω να υπάρχει καμιά κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας της Ευρωπαϊκής Ένωσης απέναντι στην Τουρκία που παραβιάζει καθημερινά τα ελληνικά κυριαρχικά δικαιώματα στο Αιγαίο και κατέχει παράνομα το 37% του εδάφους της Κύπρου. Ούτε βλέπουμε καμία αλληλεγγύη προς την Ελλάδα, όταν η Αλβανία θέτει ζήτημα Τσαμουριάς και απειλεί τις περιουσίες της αναγνωρισμένης ελληνικής εθνικής μειονότητας της Βορείου Ηπείρου, όπως σας έχω ενημερώσει με επιστολή που σας έστειλα, κυρία Mogherini.

Η κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας, λοιπόν, είναι μια φενάκη. Ο ελληνικός λαός δεν θα συναινέσει σε καμιά φενάκη που στόχο έχει να εξυπηρετήσει τα επεμβατικά συμφέροντα των ισχυρών της Ευρώπης.

Hilde Vautmans (ALDE). – Graag wil ik eerst meneer Paşcu bedanken voor zijn uitstekende verslag. Mevrouw Mogherini, ik ben heel erg blij met uw concrete voorstellen en de stappen voorwaarts die u wilt zetten in deze Europese defensie-unie en met de gedrevenheid waarmee u ze hier vandaag hebt verdedigd. Wat ik echter niet begrijp, is waarom u geen stap verder wilt gaan. Persoonlijk denk ik echt dat er een momentum is om de sprong te wagen, de sprong naar een Europees leger, de sprong naar geïntegreerde strijdkrachten. Waarom? We zitten met de brexit, de verkiezing van Trump, de verklaringen in verband met de NAVO, de budgettaire beperkingen in de nationale legers. Daarom denk ik dat we gehoor moeten geven aan de Eurobarometer. Daarin heeft 75 procent van de Europeanen gezegd: "Wij willen een Europese defensie". In België hebben we trouwens een studie laten uitvoeren waaruit blijkt dat jaarlijks 26 miljard euro zou worden bespaard als we de stap zetten naar een Europese defensie. Mevrouw Mogherini, mijn steun hebt u. Gebruik dit momentum, spring net die stap verder en zorg voor onze veiligheid met een Europese defensie.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a União Europeia prossegue a sua intenção desmesurada de afirmação enquanto bloco militar, promovendo a sua vertente beligerante, militarista e de ingerência externa.

Submisso à estratégia da NATO, pede-se o reforço dos orçamentos de defesa, o aumento do investimento na investigação e na indústria militar, mas a ambição imperialista motiva a criação de um exército europeu que leve a cabo criminosas ações de guerra, como as que este parlamento aprovou sobre a Líbia e como este parlamento se prepara para aprovar sobre a Síria.

Uma política de sangue e de morte, de guerra e destruição, a que ficam associados todos os que nesta casa a promovem e fazem aprovar. Uma política que alimenta a corrida ao armamento, não esquecendo o nuclear, aumentando as tensões mundiais, contrariando compromissos assumidos com o Tratado de Não Proliferação e Desarmamento – uma política que se opõe à paz e a compromete, e que não se desliga das políticas de exploração e empobrecimento dos trabalhadores e dos povos.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, επιλεκτικά θυμάται ο κύριος Paşcu. Επισημαίνω στον εισηγητή της έκθεσης ότι σε έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου δεν πρέπει να αναγράφονται ανακρίβειες. Το οφείλει ως ευρωβουλευτής και ως πρώην υπουργός Άμυνας της Ρουμανίας. Συγκεκριμένα, αναφέρει στην έκθεση ότι για πρώτη φορά μετά τον Δεύτερο Παγκόσμιο Πόλεμο άλλαξαν ευρωπαϊκά σύνορα με τη βία, δηλαδή, στην Ουκρανία, και υπογραμμίζει τον διεθνή αντίκτυπο της στρατιωτικής κατοχής.

Θα ήθελα λοιπόν να του υπενθυμίσω την παράνομη εισβολή της Τουρκίας και τη στρατιωτική κατοχή και τον εποικισμό του 37% του εδάφους της Κύπρου. Μια στρατιωτική κατοχή που συνεχίζεται παρά τις καταδικαστικές αποφάσεις όλων των διεθνών οργανισμών. Επίσης τη βίαιη διάλυση της Γιουγκοσλαβίας, την απόσχιση του Κοσόβου και άλλα. Ή μήπως τα παραλείπει, επειδή εμπλέκεται η Γερμανία και η Αμερική; Προς αποκατάσταση, λοιπόν, της αλήθειας και του δικαίου, ο εισηγητής της έκθεσης οφείλει να συμπεριλάβει στην έκθεσή του τα παραπάνω, διότι, όπως προκύπτει, η κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας είναι μια κοροϊδία.

Ivica Tolić (PPE). – Gospodine predsjedniče, visoka predstavnice, kolege i kolegice, na početku želim naglasiti da će zbog sigurnosnog stanja na granicama EU-a i asimetričnih prijetnji unutar Europe sigurnost i obrana biti sve više u fokusu javnosti. Samim time mora se snažnije djelovati na razini institucija EU-a.

Zbog karaktera suvremenih prijetnji i izazova sigurnost i obrana sve snažnije su u interakciji s gospodarstvima država članica i bitno će utjecati na ekonomiju. Zajedničku sigurnosnu politiku EU-a nužno je zato pregledati, doraditi te uskladiti s realnim stanjem i potrebama. Nakon toga potrebno je osigurati implementaciju zajedničke sigurnosne i obrambene politike u što kraćem roku.

Nužno je u što kraćem roku donijeti i strategiju, uspostaviti zajednička politička i upravna tijela i stalnu strukturalnu suradnju. Vrlo je važno razvijati kapacitete vojne industrije, razvijajući što je moguće više *dual use* tehnologiju. Pritom je važno imati na umu da je opremljenost sigurnosno-obrambenih snaga članica EU-a vrlo raznolika. Samim time raznolike su i sposobnosti. U nekim slučajevima opremljenosti još uvijek se može utvrditi nekompatibilnost opreme. Zato je potrebno i važno poraditi na pametnijem ulaganju u obrambenu industriju, a posebno, kako sam već istaknuo, *dual use* tehnologiju gdje se primjerice flote koje štite granice EU-a, uključujući hrvatsku na Jadranskom moru, mogu usmjeriti na opremanje, za operacije traganja i spašavanja, za operacije medicinskog prevoženja, sprečavanje onečišćenja mora, a modularnom nadogradnjom u vrlo kratkom vremenu mogu postati borbene flote.

Nijedna zemlja članica uključujući one najjače ne može danas sama odgovoriti na sigurnosne prijetnje, zato trebamo podržati izvješće, doradu i implementaciju zajedničke obrambene i sigurnosne politike i akcijskog plana. Vrijeme pred nama zahtijeva zajedničko dobro osmišljeno i učinkovito djelovanje, i na kraju i vrlo važno, djelovanje na vrijeme.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, sigurnosna situacija u Europi i susjednim regijama sve je alarmantnija pa je svima jasno da moramo učiniti više kako bismo zaštitili svoje građane i interese.

Neki u ovome vide priliku za okretanje leđa našim transatlantskim partnerima koji zajedno s nama, rame uz rame, već desetljećima brane naše zajedničke interese i vrijednosti.

Bilo je tu i velikih propusta zbog kojih su životi naših vojnika i građana bespotrebno ugroženi, a naš ugled u svijetu narušen. Od neuspjeha ne treba bježati, nego se s njime suočiti. Svjesna sam da dio kolega u izboru Donalda Trumpa vidi priliku za toliko željeni odmak od Amerike, ali to nije pravi put.

Sjedinjene su Države vjerovale u demokratsku Europu kad je ona bila u ruševinama. Vjerujmo i mi u svoje prekooceanske partnere i zajedno s njima sagradimo bolji, učinkovitiji i za svjetski mir još važniji NATO.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, az EU tagállamok biztonságának növeléséhez mindenképpen szükség lesz a jövőben az európai védelmi együttműködés formáinak változatossá tételére. Ez még akkor is igaz, ha a NATO mint katonai szövetség védelmi képessége és erőforrásai nem helyettesíthetők. A védelmi együttműködés ugyanakkor a teljes európai integráció továbblendüléséhez is hozzájárulhatna, hiszen az egyik legérzékenyebb területen várná el a tagállamok közötti együttműködést és nyitottságot. A védelmi ipar fejlesztése, a kibervédelmi együttműködés, a közös védelmi kutatások egy teljesen új területet nyitnak meg az integráció előtt, és lehet, hogy éppen erre van szüksége ma az oly sok törésvonal szabdalta Európának. A tagállamok közötti fokozott bizalom kiépítése ezen a fontos területen az egész EU hasznára válhat. Fontos hangsúlyozni, hogy a hadiipari együttműködés a békét szolgálja, hiszen az a kontinens, amely nem tud reagálni a kor kihívásaira, gyenge és sebezhető lesz, ez pedig belső feszültségekhez vezethet.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, we are facing new threats and challenges to our security. These are interconnected and no threats are isolated. The current Common Security and Defence Policy (CSDP) needs to reflect this change and to be responsive to the hybrid challenges the EU faces.

Let us be honest: No Member State can deal with the current security challenges alone. Cooperation is extremely important. We need a pragmatic way forward. The Member States need to do more on the European defence front, which means not only that they commit verbally but that they honour their commitments with financial contributions as well. We should recall the need for a strong collective defence principle.

We have a number of CSDP tools and instruments which need to be put to more effective use. We also need a concrete permanent structure like the EU headquarters for civilian and military operations. Following these principles, a synergic effect could be created, contributing to a more genuine CSDP.

I would like to thank Mr Pașcu for a good, responsible report.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να επισημάνω ότι, όπως συμβαίνει με την κοινή εξωτερική πολιτική, έτσι και με την πολιτική άμυνας και ασφάλειας υπάρχει μια αντιφατική φιλοσοφία. Από τη μια πλευρά, μας είπε η κυρία Mogherini ότι δεν είμαστε αμυντικός οργανισμός· από την άλλη όμως πλευρά, επιδιώκουμε να επιτύχουμε αμυντικές δυνατότητες. Θέλουμε να αυξήσουμε τις δυνατότητες της αμυντικής βιομηχανίας με έρευνες και παραγωγή ισχυρών οπλικών συστημάτων. Δεν απαντούμε όμως το ερώτημα εναντίον τίνος ισχυρού εχθρού θα χρησιμοποιηθούν αυτά τα μέσα.

Αντιφατική επίσης και συγκεχυμένη είναι και η θέση την οποία λαμβάνουμε μετά την έξοδο της Βρετανίας από την Ευρωπαϊκή Ένωση, το Brexit, αλλά και την εκλογή του Trump στις Ηνωμένες Πολιτείες. Ο Trump έχει διακηρύξει ότι θα προσπαθήσει και θα επιτύχει να συνεργαστεί με τη Ρωσία. Αυτό θα μειώσει και τις εντάσεις αλλά, πιθανόν, και τον κίνδυνο κάποιας απειλής. Άρα υπάρχει και εδώ αντίφαση.

Ο μόνος πραγματικός κίνδυνος που αντιμετωπίζει η Ευρωπαϊκή Ένωση είναι αυτός που προέρχεται από τη διεθνή τρομοκρατία και τις δυνατότητες που μπορεί να αναπτύξει, όπως, παραδείγματος χάρη, τις επιθέσεις στον κυβερνοχώρο. Αυτός ο κίνδυνος είναι δυνατόν να αντιμετωπιστεί από τη συνεργασία των αρχών ασφάλειας και άμυνας των χωρών της Ευρωπαϊκής Ενώσεως.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, Европейският съюз трябваше много отдавна да направи доста повече за своята сигурност. Това се очакванията на мнозинството от европейските граждани, както и очакванията на нашите партньори в Съединените щати. Ние не трябва да дублираме нашия капацитет с този на НАТО, а да го допълваме. Общо закупуване на техника, общо инвестиране в научна и развойна дейност в отбранителния сектор, общо обучение на нашите военнослужещи, общо командване, както и обща отбрана спрямо хибридни атаки.

Тук става въпрос за конкретни стъпки, които трябва да бъдат направени, и то в обозримо бъдеще, г-жо Върховен представител. Ако искаме наистина да играем някаква роля в света, да не бъдем маргинализирани – ние сме 7% от световното население, имаме над 25% от брутния вътрешен продукт, който държи Европейският съюз, и разпределяме над 50% от всички социални блага, за да можем да защитим това, трябва да инвестираме в нашата сигурност, г-жо Могерини, и аз приветствам това, което сте предложили. То трябва да стане обаче факт, а не само да остане на думи, което чуваме от десетилетия на нашия континент. На нас ни трябва обща отбрана, обща сигурност за европейските граждани.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl rovněž vyjádřit podporu paní komisařce Mogheriniové, protože její aktivitu vnímám velmi pozitivně.

Já si myslím, že občané EU od nás očekávají především, že jim zajistíme pocit bezpečí. To bezpečí se týká ochrany vnějších hranic, moře, ochrany před teroristy a spektrem dalších teroristických, případně jiných bezpečnostních hrozeb. Myslím si, že na to musíme reagovat a já chci poděkovat panu zpravodaji Paşcuovi za předloženou zprávu, protože ji považuji za vyváženou.

Měli bychom posílit víceletý finanční rámec právě v rozpočtu obranné a bezpečnostní politiky a samozřejmě i rozpočet na jednotlivé roky. V tomto ohledu mám pocit, že jsme vykročili dobrou nohou včetně dnešní schválené zprávy pana kolegy týkající se tedy bezpečnostní a obranné politiky.

(Koniec pytań z sali)

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, I think I can raise a point of order myself. I am entering my seventh hour in this hemicycle today. This is a very important debate so I am glad to hear everyone's views, but if you take all the catch-the-eyes at the end and all those who come into the room speak, it is not fair – not only for me, because the President changes but I am here for seven hours in a row, but it is also not fair for the following debate, which is a very important one. I apologise, but this might mean that at a certain point in the next debate – which is very important, Mrs Fotyga's report on EU strategic communication – it will obviously be squeezed a bit. I do not think this is fair to our way of working.

First, I would like to stress the fact that the report is excellent. The work we are doing on the common security and defence policy is not being done, because of the UK referendum. I understand that our friends from the UK might think that everything revolves around this, but the global strategy was prepared and presented during the previous year and presented just the day after the result of the referendum. It has been done and it is work we have to do because it is necessary for the security of our citizens, and, as long as the UK is in the European Union, this work will go on with the 28 all together. It also strikes me a bit that precisely those of our colleagues who have indicated that their country will be leaving the European Union are the ones who feel so strongly about the future of European defence cooperation. I also understand that some would like to stay plugged in – you will sort out amongst yourselves what you want to do in the future, and then we will discuss it together. But the European Union will certainly continue to implement the

decisions we have already taken with the 28, as I said – and I am glad about that – on concrete ambitious steps to strengthen the common security and defence policy. It is not about the EU army, and it is not about duplication with NATO. NATO is perfectly happy with what we are doing, because this is also a way of strengthening NATO. We are working-hand-in-hand together. It is not about building new, big headquarters; it is about being effective with the instruments we could have tomorrow if the political will is put in place and the financial resources are dedicated. It is not necessarily about spending more; it is about spending smarter, because in times of budget constraints – and some of you mentioned this – the only way for Europeans to invest smartly in defence is by doing it together.

So, as the European Union helps, supports and accompanies Member States in many fields to the advantage of European citizens, from agriculture to infrastructure (I don't want to go into other issues here), we can do the same on defence and make it more effective, more constructive and easier for Member States to work effectively in defence. No Member State alone – some of you mentioned this – can face security challenges today if not in cooperation, and our security is interconnected. We have seen it in recent months and in the last year and a half. Whenever we face a serious security threat in one of our Member States, all European citizens can be targeted, so we have a collective responsibility to work on our security together.

The integrated approach – soft power and hard power together, the European way – is what will be done more and more, so it is not about choosing hard power versus soft power. The European Union is the only player in the world that can use both hard power and soft power instruments in an integrated manner. Again, NATO is the first to recognise that we have instruments that NATO, as a military alliance, does not have.

I will continue to work in a very committed way, together with Parliament, to advance this agenda in a very pragmatic, but also very ambitious, manner. For me, this is also a test of the Lisbon Treaty. Some say I have two hats, but I actually have three, and I will use the three of them in this work, with the support, I hope, of the European Parliament, as head of the European Defence Agency, Vice-President of the Commission for Commission competences on the industrial and research part of it, and certainly as High Representative and as Chair of the Council, both in the foreign affairs and defence ministers formations.

Ioan Mircea Paşcu, *rapporteur*. – Mr President, I would say that whatever the High Representative says about the European army is not feasible; it is not on the radar. Whatever you would say, for instance about the headquarters, does not matter. Some people want to refer to this because this is the only way to attack. So I sometimes wonder whether we are really sending the right message. Well what kind of a message should we transmit, because the right one, the most explicit one, is not taken seriously? Mr Van Orden, who is a convinced pessimist with respect to European defence and will remain like that until the end, is somehow ignoring the fact that we also fought in Mali, for instance. In the future, Africa will probably be an area of responsibility where we will have to fight, so from this point of view I would not be so dismissive of this possibility.

Our friend from UKIP is trying to tell us, or to tell me as the author, what I did not say and is attacking me on that. Well, I am not a British citizen to be told the reasons why we should leave the European Union with lies, for instance that subversion is fought with European soldiers. It is not fought like that. Subversion is fought with the means there, that there are military who counter the propaganda which is used for subversion. That is a different story, but I would say that, from this point of view, many things have to be accepted as inevitable.

I am very glad that Mr Bütikofer, who has been my, shall we say…

(The President cut off the speaker)

IN THE CHAIR: ULRIKE LUNACEK

Vice-President

President. – You have to come to the end Mr Pașcu.

Ioan Mircea Pașcu, *rapporteur.* – Please allow me to conclude.

President. – Sorry, we are running very late and I am asking you to finalise, Mr Pașcu. If you can finish in 20 seconds that is fine.

(Interjection)

No, it is not enough for me. I have a list here of how much time is given to each Group and to each MEP and we are running very late with the time. If my predecessor does not stick to the time that is not my fault. I try to adhere to the time that is given to each speaker. So you no longer wish to have the floor? OK. I will switch to German.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 23. November 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Deteriorarea mediului de securitate european, generată de creșterea numărului de amenințări, fie ele convenționale sau hibride, a dus la creșterea sentimentului de insecuritate în rândul cetățenilor europeni.

Conform sondajului Eurobarometru 85.1 din 2016, aproximativ două treimi din aceștia doresc ca UE să se implice mai mult în chestiunile ce țin de politica de securitate și de apărare.

În acest context, consider că trebuie luate măsuri care să permită atât folosirea mai eficientă a instrumentelor PSAC existente, cât și crearea unor instrumente noi, pertinente, care să facă posibilă intervenția Uniunii Europene în orice tip de acțiune de gestionare a crizelor, începând cu prevenirea acestora și până la soluționarea lor. De asemenea, politica externă și de securitate europeană trebuie unificată, iar între statele membre trebuie să existe o mai bună cooperare și coordonare. Doar în acest mod, alături de o finanțare eficientă, se va realiza o creștere a eficacității PSAC, precum și o apărare colectivă puternică.

Nu în ultimul rând, sunt de părere că este incorect să ne bazăm doar pe investițiile venite din partea SUA. Statele Unite ale Americii trebuie privite ca parteneri, și nu doar ca unici furnizori de securitate și stabilitate în diverse zone ale lumii, inclusiv în Europa.

Acestea sunt motivele pentru care salut această inițiativă.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A União Europeia acentua a sua escalada militarista. Todos os pretextos servem. O objetivo é consolidar a UE como um bloco político-militar imperialista.

Defendendo um caminho de submissão à estratégia da NATO, multiplicam-se as vozes – da direita à social-democracia – pedindo o reforço dos orçamentos de defesa, o aumento do investimento na investigação e na indústria militar. Mais: defende-se a criação de um exército europeu, que leve a cabo criminosas ações de guerra, como aquela a que este Parlamento deu aval sobre a Líbia, e como agora se prepara novamente para fazer em relação à Síria. De forma irresponsável e criminosa.

Uma política de sangue e de morte, de agressão e de ingerência, de guerra e destruição, a que ficam associados todos os que nesta casa a promovem e fazem aprovar. Uma política que alimenta a corrida ao armamento, não esquecendo o nuclear, aumentando as tensões mundiais e contrariando compromissos assumidos com o tratado de não proliferação e de desarmamento.

Uma política que se opõe e compromete a Paz, e que não se desliga das políticas de exploração e empobrecimento dos trabalhadores e dos povos. Uma política que merece a nossa firme oposição e combate!

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. – Szanowny Panie Przewodniczący! Europa znajduje się w wyjątkowej sytuacji, jeżeli chodzi o liczbę konfliktów oraz potencjalnych zapalnych punktów u naszych granic, dobrze zresztą zidentyfikowanych przez sprawozdawcę. Jest rzeczą oczywistą, że aby móc skutecznie sobie radzić z obecnymi i przyszłymi zagrożeniami – zarówno zewnętrznymi, jak i wewnętrznymi – należy wzmocnić możliwości obronne poszczególnych państw członkowskich. Intensyfikowanie współpracy również na poziomie UE może przynieść korzyści, pod warunkiem jednak że zostanie to zrobione w sposób komplementarny do NATO, które jest i pozostanie podstawowym filarem bezpieczeństwa europejskiego. W tym kontekście dziwi zwłaszcza postulowana w sprawozdaniu konieczność zapewnienia większej autonomii strategicznej UE – trudno sobie wyobrazić, żeby miało się to dokonać bez uszczerbku dla NATO.

Najważniejszym obecnie zadaniem stojącym przed państwami będącymi jednocześnie członkami UE i Sojuszu Północnoatlantyckiego jest pełne wdrożenie postanowień Szczytu w Warszawie oraz spełnienie postulatu dotyczącego poziomu 2% PKB wydawanych na obronność. Unia musi skupić się przede wszystkim na realizacji Deklaracji Warszawskiej o współpracy UE–NATO. Deklaracja ta powinna stanowić trzon wszystkich działań związanych z implementacją Europejskiej Strategii Globalnej w sferze obronnej.

Nie możemy wreszcie zapominać o tym, co się dzieje na wschodzie, i o materialnym wsparciu dla armii ukraińskiej, która czynnie stawia opór w wojnie hybrydowej prowadzonej przez Rosję.

Soraya Post (S&D), *in writing*. – The ongoing and escalating militarisation of our policies and the 'machoisation' of our politics is quickly turning the geopolitical situation in Europe into a nightmare as vile as the current public discourse, only much more dangerous. Our already very unstable geopolitical situation will not be improved by sabre-rattling where everyone plays follow-the-leader.

As we in Europe would most probably find ourselves, literally speaking, in the line of fire, should a major conflict break out involving Russia, we ought to tread very lightly now that the fundamentals of our security structure is in shatters. The military escalation between Russia and NATO on the former's borders is a historically well-known recipe for disaster. Instead of directing our scarce resources towards military defence and cooperation with NATO, Europe should focus on de-escalation, diplomacy and dialogue and empowering democrats in the European neighbourhood with whom we can forge new alliances for peace and true stability.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Zgadzam się z koniecznością prowadzenia skutecznej polityki bezpieczeństwa i obrony. Do tej pory UE zajmowała się głównie sprawami gospodarczymi, otwierała wspólny rynek dla towarów i przemieszczania się ludzi. Teraz równie ważne staje się zapewnienie bezpieczeństwa, zwłaszcza walka z terroryzmem i ograniczanie skali nielegalnej imigracji.

Postawienie spraw bezpieczeństwa i obrony na wyższym miejscu wśród unijnych priorytetów wymusza także zwiększenie przez poszczególne państwa członkowskie środków na obronność. Przez ostatnie 30 lat ograniczono w Europie wydatki na wojsko i dzisiaj wynoszą one przeciętnie 1,4 % PKB. To wieloletnie niedoinwestowanie silnie obniżyło zdolności obronne poszczególnych państw i Unii jako całości. Dlatego też nie tylko NATO, ale także UE powinna naciskać na państwa, by zwiększyły wydatki obronne do 2 % PKB. Dopiero te dodatkowe środki stwarzałyby szanse na techniczną modernizację wojska, poprawę współdziałania i uzyskanie nowych zdolności, np. do walki w cyberprzestrzeni.

Ze względu na pogarszający się stan bezpieczeństwa wokół Europy powinniśmy w PE częściej analizować rzeczywistą sytuację w zakresie zdolności obronnych poszczególnych państw całej UE.

13. Mitteilung des Präsidenten: siehe Protokoll

14. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

15. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

16. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Anna Elżbieta Fotyga im Namen des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten über die strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (2016/2030(INI)) (A8-0290/2016).

Anna Elżbieta Fotyga, *rapporteur.* – Madam President, it is my pleasure and privilege to present the report on the EU's strategic communication to counteract the propaganda against it by third parties. I consider it a matter of the utmost importance that Parliament expresses its stance on an issue so pertinent and timely.

Allow me first to strike a very personal note, because this issue is also important for me personally. My whole public life – a large part of it under communist rule and afterwards – has been dedicated to countering the narrative exerted first by the Soviet Union and then by the Russian Federation of its special traditional sphere of influence. I always considered it very dangerous for our joint sovereignty because this same issue refers to many nations of Central and Eastern Europe, so I am very privileged to present it here today before Parliament. I also have very personal experience in observing, with my own eyes, the rise of radical Islamism throughout the years. It was very important for me to monitor the elections in Lebanon in 2005 after the assassination of Rafic Hariri and to see the influence of StratCom at that time. We have, of course, now seen many transformations of the strategic communications and propaganda in these countries.

The assignment from the enlarged Bureau of the Committee on Foreign Affairs (AFET) was very clear. I was given the task of describing the hostile propaganda from both state and non-state actors. It was decided that I present in my report, together with my co-workers and experts and after consideration and joint elaboration with excellent shadow rapporteurs from the political groups, the view of two directions from which we are facing hostile propaganda. In terms of the Russian Federation, the situation is somewhat clearer now, because, after the the annexation of Crimea and the aggression by the Russian Federation in the eastern part of Ukraine, many countries in the Western world – Western democracies – are fully aware of the proceedings of disinformation, manipulation and propaganda.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission*. –Thank you, Madam President. Last week, the Oxford Dictionary named 'post-truth' the word of the year 2016. 'Post-truth' describes a situation – and I quote from the dictionary – 'where objective facts are less influential in shaping public opinion than appeals to emotion and personal belief'. This phenomenon has always existed, for sure, but it has become even more relevant in the age of internet.

We know that the quality of the information is not always what makes content go viral. Social media and search engines tend to promote contents that confirm the user's views instead of challenging them, and we all understand how relevant this can be in political terms, including for our European Union. So I am glad that the report we discussed today has given this Parliament the opportunity to reflect on such a delicate and crucial issue, where not only security has to be taken into account, but also everyone's freedom of expression.

As the report states, exposing this information is an important task and I am glad that the report commends the work carried out by our East Stratcom Task Force. It is clear from the Task Force's work that the challenge coming from this information is not receding. Let me thank the Parliament for its close interest and support for the work we have been doing with the Task Force over the past year, as well the Member States who have contributed to the team. I can only welcome the proposal that this Parliament this advanced to strengthen both our East and South Task Forces on strategic communication. As I mentioned, both of them – Stratcom East and South.

Let me stress that our work on this information is very different and depends on a case-by-case scenario. This information can be contrasted with fact-checking and rational arguments. The propaganda of terrorist groups, like Daesh, needs instead to be confronted first and foremost by taking down illegal content from the internet. To address the issue of the accessibility of terrorist materials, the Commission has established an Internet Referral Unit at Europol that actively scans for terrorist content online and refers it to the internet companies. So far we are still in the initial phase; we have referred over 15 000 pages, and in 90% of cases the material has been removed.

Yet we know that this part of our work, however crucial, cannot be enough. What matters even more is to explain what the European Union is doing and how it is making a real and positive difference to the lives of so many people inside and outside the European Union. Now the report tackles with the issue of propaganda by third parties, but let me say that this is an issue that would be interesting to see inside the European Union, starting maybe from this very Hemicycle.

We need to give voice to the people who have benefited from our policies, amplify the positive stories, simplify the messages and talk about real life. The truth – to the East, to the South and inside our Union – is that this positive added value of the European Union has to be more visible. This is why we have put public diplomacy among the key areas of implementation of our global strategy. So the East Stratcom Task Force is doing this, providing expert guidance to our delegations; working closely with governments in the Eastern Partnership Region and with the Commission; reaching out to a Russian-speaking audience that want better access to information about the European Union in real time in Russia and from a source they can trust.

Similarly, the Task Force South is addressing Arabic-speaking communities in North Africa and in the Middle East together with our delegations. In particular, it is engaging with young people, working closely with the Anna Lindh Foundation, talking to the youth of the region, but also listening to their concerns and their aspirations.

Last but not least, we need to engage with civil society, young leaders, independent journalists and NGOs – credible voices that often lack the skills or the financial resources and sometimes the space – the freedom – to express themselves. So our policies are also aimed at improving media plurality, both to the East and to the South, helping journalists get the training, the networks and the quality information they need to do their jobs. Our new young Mediterranean voices, for instance, will twin young journalist with more senior professionals and reach out to the media industry.

So to conclude, in this post-truth era, the European Union must stick to objective facts and at the same time appeal to emotions, personal beliefs and motivations. We have so many stories to tell that are positive. Stories of reform against corruption or innovative start-ups, stories of reconciliation or economic growth, and the future of our Union will also depend on our capacity to tell these stories, explaining the facts and reviving the passion for our European project. We can start in this Parliament.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *autor projektu opinii Komisji Kultury i Edukacji.* – Dezinformacja i propaganda jest tak stara, jak konflikty wojenne, jak wojny. Wojny i konflikty hybrydowe natomiast, jak również to, co się dzieje z terroryzmem, uwidoczniły tylko destruktywność dezinformacji. Niestety Europa w tej materii jest słabsza. Europa na dezinformację nie może odpowiadać dezinformacją, musi odpowiadać informacją, musi odpowiadać promowaniem i propagowaniem tych wartości i tych informacji, które dla nas są istotne.

W imieniu Komisji Kultury złożyliśmy kilka uzupełniających poprawek, które zostały przyjęte, za co chciałbym podziękować. Dotyczyły one przede wszystkim wzmacniania niezależnych mediów, które funkcjonują poza Europą, prowadzenia działań zdecydowanie długofalowych, a nie krótkotrwałych, docenianie znaczenia informacji i ich promowania, jak i również tego wszystkiego, co jest związane z mediami społecznościowymi. To ważne sprawozdanie pani Anny Fotygi, sprawozdanie które, wzbudziło pozytywne reakcje, i za to należy podziękować.

Traian Ungureanu, *în numele grupului PPE*. – Acest raport e un avertisment care vine la timp. Bătălia pentru minţile şi sufletele oamenilor nu mai e o dezbatere deschisă, ci un război murdar bine finanţat şi avansat tehnologic. E meritul raportoarei, doamna Fotyga, că a abordat această chestiune urgentă şi delicată înainte ca efectele propagandei ostile să devină ireversibile. Rusia şi ISIS investesc masiv în această campanie, care urmăreşte instituirea fricii, discreditarea UE şi compromiterea ideii democratice.

Ce poate face UE? Raportul propune soluţii cu referire precisă la Serviciul European de Acţiune Externă şi la statele din Parteneriatul estic.

Există, însă, lucruri care nu pot fi legiferate. În lipsa lor, propaganda ostilă prosperă. Asta înseamnă că nu putem învinge propaganda prin propagandă. O putem învinge numai prin adevăr. Politicienii noştri trebuie să aibă curajul să renunţe la clişee. Presa, care a pierdut recent credibilitate în alegerile din Statele Unite, trebuie să se întoarcă la jurnalismul de informaţie solidă, altfel neîncrederea publică va creşte şi propaganda va găsi suficient spaţiu de manevră.

Adoptarea acestui raport e un pas înainte. Gândirea critică, educaţia onestă şi curajul politicienilor trebuie să fie paşii următori.

Eugen Freund, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I would like to express my sympathy to the High Representative for the ordeal that she has to go through down there. I will speak in German now.

— Das neue Medienumfeld, das jetzt gar nicht mehr so neu ist, munitioniert nun auch die Gegner der Demokratie und der Pressefreiheit.

Diese Aktivitäten sind in der ganzen westlichen Welt deutlich sichtbar: durch die Verbreitung von Lügen, Unwahrheit oder durch die Manipulation der Meinungen. Freilich, es gibt nicht nur ein einziges Land, das sich dieser Methoden bedient. Wir haben das gerade in diesen Wochen im Wahlkampf in den USA vor Augen geführt bekommen. Wir sehen das täglich in der Berichterstattung von regierungstreuen türkischen Medien.

Dennoch konzentriert sich dieser Bericht auf ein Land, nämlich Russland. Was ich noch bedenklicher finde: Trotz unseres heftigen Widerstands ist darin auch der IS enthalten. Er geht zweifellos mit ähnlichen Methoden vor, aber er ist natürlich kein Staat, und darin liegt auch das große Problem. Entgegen der wohlbegründeten These der EU und vieler anderer Staaten wird hier eine Terrororganisation auf die gleiche Ebene gehoben wie ein Staat. Etwas, das wir seit Jahren ausdrücklich verhindern, nämlich den IS als Staat zu betrachten, wird in diesem Bericht quasi als sekundär weggewischt.

Wir haben damit eine rote Linie überschritten. ISIS oder IS oder Da'esch ist kein Staat und sollte niemals wie ein solcher behandelt werden. Es ist unbestritten, dass Russland durch die Verbreitung von Unwahrheiten, durch das Nähren von Zweifeln und durch viele andere fragwürdige mediale Aktivitäten sowohl die Mitgliedstaaten zu entzweien versucht als auch einen Keil zwischen Europa und die USA treibt. Wir waren der Meinung, dass es auch andere Staaten gibt, die man in diesen Bericht hätte mit aufnehmen können, schon um eine größere Ausgewogenheit zu erreichen.

Das und die unleugbare Problematik, den IS hier mit aufgenommen zu haben, hat dazu geführt, dass wir diesem Bericht morgen unsere Zustimmung nicht geben können, sondern uns enthalten werden. Gleichzeitig ….

(Die Präsidentin unterbricht den Redner.)

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Ik krijg de nieuwsbrieven van de East StratCom Task Force van de EU twee keer per week in mijn mailbox en als je die leest, besef je pas in welke mate en op welke gesofisticeerde manier onze open maatschappij het mikpunt is van een beschadigingspolitiek van het Kremlin. Het doel: onze democratische waarden in twijfel trekken, Europa verdelen en daarvoor zoveel mogelijk steun vinden. Ik zie al te vaak met lede ogen aan hoe de desinformatie van het Kremlin ook in onze lage landen doorsijpelt via sociale netwerken en andere kanalen. Een antwoord bieden op die informatie-oorlog is van cruciaal belang voor onze veiligheid. De taskforce strategische communicatie is erin geslaagd om met een beperkte ploeg van mensen de desinformatie aan te wijzen en ze te beantwoorden met juiste informatie. Het verslag van collega Fotyga pleit er terecht voor dat de taskforce versterkt wordt, want we moeten naar mijn mening namelijk ook de desinformatie en de radicaliseringmethodes van IS begrijpen en aanpakken. Mijn regering startte vorig jaar al met een project rond het counteren van IS-propaganda. Een performante StratCom Task Force voor het zuiden kan ons daarbij zeker beter wapenen.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, 6 000 EU citizens recruited by, and fighting for, Daesh means that targeted propaganda focused on a particular individual proves more than successful. Equally successful, the Kremlin's propaganda operates in a different way: it tries to reach out to as many people as possible, with as many different stories. It is in the Kremlin's playbook to deconstruct the truth and to spread the lies around widely – an approach first tested by the Kremlin on its own people, citizens of Russia.

It was proven back in Soviet times that the moment the TV set wins over the fridge the regime can start feeling quite secure. To build on that further, however, it has to start gaining minds outside. The EU, the West, and our values have been chosen as a strategic target. Suddenly, Europeans who are used to information being free and based on facts become consumers of fake information and lies. The challenge is how to explain to Europeans that stories such as those of the crucified boy in Ukraine or the girl named Lisa kidnapped and raped in Germany have nothing to do with reality.

I am more than convinced that setting up the East StratCom Task Force within the European External Action Service was the right and timely response to those massive campaigns of anti-EU propaganda. I must highly commend the East StratCom Task Force team: it is extremely professional and is doing a great job. However, as we initiate a proposal to increase the budget allocation to that team, I would ask the High Representative's office to ensure that sufficient resources are made available to guarantee that the East StratCom Task Force delivers more in operational costs than is already covered in the 2017 budget.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, este es un informe demencial que alimenta la paranoia antirrusa y el virus neomacartista a la europea: la peor caricatura de la Guerra Fría. Mirar la realidad con estas gafas delirantes desnorta a la Unión Europea, todavía más, en el campo geoestratégico.

Es un informe peligroso, va hacia la confrontación y es un ataque a la libertad de información. Poner al mismo nivel a un grupo terrorista como el Dáesh, que en sus vídeos realiza asesinatos y torturas en directo, con un país miembro del Consejo de Seguridad y otras organizaciones multilaterales que, además, es un vecino con el que tenemos intercambios de todo tipo, es un insulto a la inteligencia de los europeos.

Enfocar el periodismo desde una óptica militar con la pamplina de la guerra híbrida es algo muy peligroso para la libertad de información diversa y para la seguridad de los periodistas. Llamar a crear medios propagandísticos proeuropeos, calificándolos de independientes, debe de ser una broma en sí misma. Obviar la propaganda afín, como la que desarrolló toda la gran prensa estadounidense en la mentira de Irak, es, cuanto menos, sospechoso.

Y, por último, decidir qué debemos ver los europeos, hacer listas negras de medios supuestamente propagandísticos, es un ataque a la libertad de información que tenemos los ciudadanos. Yo veré Russia Today y veré la Fox. Y ustedes no me lo impedirán.

Rebecca Harms, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Herr Kollege, niemand hindert Sie, Sie haben ja gesprochen. Eine Vorbemerkung zum Bericht und seiner Struktur: Der Bericht setzt keineswegs den IS und den russischen Staat gleich. Der Bericht beschäftigt sich mit zwei Herausforderungen durch Propaganda und hat deshalb auch zwei unterschiedlich strukturierte Kapitel. Also die Herausforderung durch russische Propaganda und die Herausforderung durch das, was der IS im Netz macht, sind völlig getrennt bearbeitet.

Zweitens: Ich glaube, dass es höchste Zeit gewesen ist, dass sich das Europäische Parlament mit den Herausforderungen des Krieges um Informationen tatsächlich einmal beschäftigt und zu guten und klugen Schlussfolgerungen kommt. Ich finde das sehr richtig, gerade nachdem wir jetzt nochmal in den Vereinigten Staaten im Wahlkampf oder auch vorher in der Brexit-Kampagne beobachten konnten, wie Propaganda Einfluss nimmt und wie Propaganda darauf zielt, auch innerhalb der Europäischen Union Zusammenhänge zu schwächen.

Meine Fraktion und ich sind überzeugt, dass die Kernbotschaften des Berichts sehr gut sind, nämlich, dass wir Propaganda erkennen müssen, dass wir Lügen erkennen müssen, dass wir systematische Verbreitung von Lügen erkennen müssen. Dafür ist die *stratcom* bei Frau Mogherini gut. Aber sie ist nicht stark genug, um das zu leisten, was sie leisten muss. Darüber muss diskutiert werden. Umgehen mit den Lügen wollen wir dann nicht mit eigener Propaganda, sondern wir wollen Qualitäts- und unabhängigen Journalismus fördern, um eben für Information und Aufklärung gegen Propaganda zu sorgen.

James Carver, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, after decades of relative peace in Europe – with the exception of the Yugoslavian civil war – this report is worryingly reminiscent of the Cold War. The breakdown in relations between the West and Russia, of which both parties are guilty, has produced far more insecurity in Europe; we know that. Diplomacy and deterrents are delicate mechanisms. When used correctly, they help guarantee security for our citizens, but when it goes wrong there is hell to pay. Escalation can spiral out of control and lead us to places that, I trust, nobody in this Chamber wishes to go. You have to stop your neo-colonialism and your justifications for more European Union and remember the hard-learned lessons of the Cold War – careful deterrents, sophisticated diplomacy, and cooperation where possible.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, ce rapport est une farce! Oui, une farce! La communication russe, qui s'appuie sur la réalité des faits de notre politique extérieure, le mensonge en Iraq, l'action hors mandat des Nations unies en Libye, la destruction de l'État syrien avec également le coup d'État en Ukraine et l'extension de l'OTAN contre la parole donnée avec cette logique de l'union sans frontières, devient de la propagande. La propagande mensongère européenne dénoncée par les peuples européens et même américains, par contre, devient vérité.

C'est une farce également au regard de la démocratie et du droit. Les faits sont de la propagande extérieure selon les bonnes logiques bolchéviques. Tout comme les dissidents étaient autrefois des agents américains, maintenant ce sont des agents russes. Le parallèle entre la Russie et Daech, par ailleurs, est une bête provocation, une honte!

Mais cette farce va se transformer en tragédie par votre vote. Cette négation de la réalité par votre propagande détruit toute légitimité à votre assemblée.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η έκθεση «Στρατηγική επικοινωνίας της ΕΕ για την αντιμετώπιση της προπαγάνδας εναντίον της από τρίτους», ένα παραλήρημα του πιο χυδαίου αντικομμουνισμού, δώρο κυριολεκτικά στους εγκληματίες ναζιστές, είναι μνημείο και απόδειξη της αντιδραστικότητας της Ένωσης και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, που, παραποιώντας την ιστορία, εξισώνει τον φασισμό με τον κομμουνισμό.

Δεν στοχεύει στο Ισλαμικό Κράτος, που άλλωστε στήριξαν οι Ηνωμένες Πολιτείες, το ΝΑΤΟ και η Ευρωπαϊκή Ένωση. Με πρόφαση ανταγωνισμούς με την καπιταλιστική Ρωσία, ανασύρετε κάτι που ισχυρίζεστε ότι νικήσατε οριστικά, αλλά -δικαιολογημένα- ακόμα φοβάστε: το φάντασμα του κομμουνισμού, της δουλειάς, της παιδείας, της υγείας, των κοινωνικών δικαιωμάτων για όλους.

Διαστρεβλώνοντας την έννοια «ριζοσπαστικοποίηση», προτείνετε δίκτυα καταδοτών, στοχοποιείτε σαν πράκτορες και στήνετε στον τοίχο εκατομμύρια ανέργους και φτωχούς που αμφισβητούν την Ευρωπαϊκή Ένωση, τις αστικές κυβερνήσεις και το σύστημά τους. Ζητάτε περιορισμό των δημοκρατικών δικαιωμάτων και των ελευθεριών ποινικοποιώντας σκέψη, λόγο και πολιτική δράση. Δηλητηριάζετε τη νεολαία στα σχολεία, στον πολιτισμό, με μέσα ενημέρωσης χρηματοδοτημένα και ελεγχόμενα από την Ένωση.

Να είστε σίγουροι: ό,τι κι αν κάνετε, το μέλλον της ανθρωπότητας δεν είναι η σαπίλα του συστήματός σας, αλλά η ανατροπή του.

Cristian Dan Preda (PPE). – Madame la Présidente, ce rapport a été élaboré à l'initiative du groupe PPE et nous sommes très contents parce que M[me] Fotyga, qui a eu le rapport au nom du groupe conservateur, a très bien travaillé.

Débattre maintenant de cette contre-propagande que nous avons tous en vue, sauf les extrêmes, gauche et droite, est important parce que nous sommes à un moment où beaucoup de voix parlent d'une normalisation des relations avec la Russie. Cette idée d'une normalisation est tout à fait déplacée quand on voit ce qui se passe dans la réalité: la manipulation des médias par les Russes, le chantage avec la charte énergétique et le financement illicite des organisations et des partis politiques, y compris dans ce Parlement.

Face à la propagande russe, nous avons besoin d'une stratégie claire, mais aussi de plus d'argent pour le plan d'action sur la communication stratégique. La commission des affaires étrangères a d'ailleurs approuvé, pour le budget de l'année prochaine, la mise à disposition de moyens supplémentaires pour la mise en œuvre de ce plan.

Il est aussi important de comprendre l'importance de la liberté de la presse, parce que ce que les Russes n'aiment pas, ce que nos extrémistes n'aiment pas, c'est la liberté. Ils veulent la contrainte, ils aiment la dictature de Poutine et ils sont fascinés par ce contrôle d'un homme fort. Par conséquent, la vraie réponse à donner à ces gens-là, à Poutine et à ses amis de gauche et de droite, ici des extrêmes, c'est la liberté, voilà le mot.

Victor Boștinaru (S&D). – Madam President, we have just heard how Russian propaganda works in this House. It is strong evidence. Allow me now to speak in Romanian.

Propaganda rusească și cea practicată de Daesh sunt evident diferite ca și metode de lucru, dar scopurile sunt în egală măsură toxice și, aș spune, mortale, pentru proiectul european înainte de orice. În Ucraina, propaganda rusească a acoperit și justificat ocuparea Crimeii, a utilizat atacurile cibernetice pe scară largă și, în sfârșit, a urmărit divizarea pozițiilor între statele membre ale Uniunii Europene.

Pentru cei care se întreabă dacă propaganda rusă este sau nu reală, îi invit să citească o carte faimoasă, *La France russe*, publicată de un foarte respectat jurnalist de la *Le Monde*, și să asculte evaluarea șefului Serviciului Secret German despre riscul ca alegerile din Germania să fie afectate negativ de intervenția rusească.

Am două propuneri, doamnă președintă, zece secunde. Cred că trebuie să practicăm identificarea…

(Președinta a întrerupt discursul vorbitorului.)

Yana Toom (ALDE). – Head kolleegid. Ma olen sündinud ja saanud hariduse Nõukogude Liidus ja lugedes seda resolutsiooni ja kuulates mõningaid sõnavõtte ma tabasin end mõttelt, et tuleb tuttav ette. Kas me tõesti oleme mänginud end sinna nurka, kus me võtame kasutusele totalitaarse režiimi retoorika? Kas me tõesti seisame tsensuuri eest? Kas me panustame anonüümsete autorite toodangule, mis ajakirjanduslikult on samasugune propaganda nagu see, mille vastu ta võitleb? Ja kas me tõesti, olles täie mõistuse juures, paneme võrdusmärgi Kremli ja ISISe vahele?

Minu koduriigis Eestis suleti kuu aega tagasi suuromaniku poolt kaks viimast venekeelset lehte, mis tähendab, et nende lugejaskond liigub sujuvalt Venemaa meedia orbiiti ning tänane või homne hääletus seda ei muuda. Kultuurikomisjonis me lähenesime asjale konstruktiivselt, rääkides ajakirjanike probleemide lahendamisest, aga dokument, mis täna on laual, sihib pigem seda, et keskenduda propagandale või siis vastupropagandale. See on tupiktee. Demokraatlikus maailmas poliitikud ei suuna meediat, isegi püha eesmärgi nimel, mõelgem selle peale.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il grande rispetto di chiunque abbia a cuore la libertà e la storia e il culto della storia per il sacrificio di coloro che, come ci ha ricordato la relatrice, hanno combattuto per la libertà e contro i tentacoli del comunismo internazionale ai tempi della Guerra fredda, non ci deve però impedire di renderci conto di qualcosa di anomalo in questa relazione, che mette inopinatamente sullo stesso piano la propaganda – perché sicuramente c'è propaganda da parte della Federazione Russa – e le attività di Daesh.

Quindi, semmai, si dovevano fare due relazioni ben distinte, nelle quali parlare di una cosa – e l'avremmo votata – cioè del pericolo della propaganda islamica che viene dappertutto (con il consenso di quelli che hanno sempre minimizzato il pericolo delle moschee e che adesso improvvisamente se ne accorgono).

Per quanto riguarda invece gli inviti a considerare questa relazione una relazione che difende le nostre libertà, io mi domando come mai, da questo Parlamento, quei signori non ci chiedano controlli sulla propaganda delle grandi multinazionali, delle banche e delle lobby, che sono padrone in questo Parlamento e che tutti i giorni fanno propaganda contro gli interessi della nostra gente.

Sandra Kalniete (PPE). – Madam President, I would like to praise Vice-President Mogherini for the great work done by the small team East StratCom in the External Action Service. I would also like to praise Ms Fotyga for her excellent report. I believe that the very small amount of money spent on the work of the team is some of the most efficiently used in the EU budget. However, the strategic communication efforts remain seriously underfunded and understaffed. Countering the hybrid information operations is critical for preserving our democracies, and indeed our Union. I therefore call on Vice-President Mogherini immediately and significantly to increase the resources allocated to this task, particularly to the task of countering the billions of propaganda dollars spent by Putin's agencies.

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Godātie kolēģi!

Līdz šim es domāju, ka Eiropas Savienībai ir nelokāma morālā pozīcija, ka pret propagandu var cīnīties ar faktiem un objektivitāti. Kad es ieraudzīju šo ziņojumu, sapratu, ka es esmu maldījies.

Tieši tā izskatās īsta propaganda! Vienā ziņojumā teroristiskas organizācijas apvienošana ar konkrētu valsti ir spilgts propagandas paņēmiens. Galvenais mērķis ir skaidrs – parādīt, ka Krievija un *Daesh* ir teju viens un tas pats.

Vēl viens propagandas paņēmiens ir parādīt, ka problēmas ir tikai vienā valstī. Izņemot *Daesh* un Krieviju, nav minēts neviens cits piemērs, kaut gan ziņojuma nosaukumā ir runa par trešajām pusēm. Vai tas nozīmē, ka visā pasaulē vairs neviens neizmanto propagandu? Es ļoti šaubos.

Līdz ar to par objektīvu un vispusīgu šo ziņojumu nosaukt nevar. Mums tiek piedāvāts nekvalitatīvs propagandas izstrādājums, kas pieņemšanas gadījumā diskreditēs Eiropas Savienību. Un ja Parlaments nobalsos par, tad nākamajā ziņojumā starp tiem, kas izmanto propagandu, mēs droši varam minēt Eiropas Savienību.

Андрей Ковачев (PPE). – Г-жо Председател, г-жо Комисар, в последните години виждаме, за съжаление, агресивни опити да се поставят под съмнение демократичните устои на Европейския съюз и да се подкопае нашето политическо единство. Разпространяват се манипулации, полуистини, откровени лъжи. Използват се Интернет, социалните медии и медийни тролове, информационни и по-точно дезинформационни агенции, които постоянно насаждат омраза към ЕС.

Ще дам два примера от моята страна. В началото на годината няколко сайтове, част от хибридната война срещу ЕС, а те са десетки такива в моята страна, разпространиха информацията, че Европейският съд е забранил и обявил за престъпление кръщаването на деца в църква. Тази седмица докладът, който в момента обсъждаме, стана повод за нова атака срещу Европейския съюз, като подобни медии твърдят, че Европейският парламент готви в последния момент тайна поправка към доклада, която да забрани православието. Това са два класически примера за хибридна информационна война и показват защо Европейският съюз трябва да противодейства на пропагандата и днешният дебат е абсолютно навременен и необходим.

Много съжалявам това, което чух от колегите от Европейските социалисти и демократи, че те ще се въздържат при гласуването. Ако не сме единни по тази тема, ние няма да бъдем и ефективни.

Най-зловещите посегателства срещу свободата на медиите и религиозните свободи в страните от Източна Европа бяха извършени точно от комунистическите режими, които се опитаха да наложат комунизма като държавна религия, следвайки указанията на Кремъл.

Нужно е европейските институции да наблюдават и анализират дезинформационните кампании срещу ЕС. Затова приветствам оперативната група „East StratCom“ в рамките на Европейската служба за външна дейност (ЕСВД), която да анализира и да се противопоставя на насочените срещу ЕС пропаганда и дезинформация. Докладът …

(Председателят прекъсна оратора)

Andi Cristea (S&D). – *(begining of the speech without microphone)* … and honest about is that there will be no successful EU global strategy and European Neighbourhood Policy if we do not have a credible and effective EU strategic communication. If we look at the Russian disinformation warfare in the Eastern Partnership countries – and not only those countries – I think we have sufficient reasons to feel nervous, and if you want to see how propaganda has already translated into political gain, just have a look at the presidential elections in the Republic of Moldova. I believe that we must first address the visibility of what the EU does. If we do not explain our work and our achievements, we only provide fertile ground for propaganda. Less visible means more vulnerable.

Second, we need to work on the framework and the legal deficits that allow propaganda to flourish. This means added funding to support media freedom and pluralism. Third, we must ourselves counterbalance disinformation with impartial and objective information. For this, we need a stronger and reinforced EU Strategic Communication Task Force.

Jaromír Štětina (PPE). – Jsme ve válce. Jsme ve válce s Ruskou federací. Neuvědomujeme si, že slovo může být silnější než raketové systémy nebo stíhací letouny Su-25. Je to hybridní válka, kterou proti nám, proti EU vede Kreml. Je to válka, ve které Kreml vítězí.

Anna Fotyga se rozhodla proti ruské nepřátelské propagandě zaujmout silný obranný postoj. V její zprávě se jasně deklaruje, že ruská strategická komunikace je součástí rozvratné kampaně. Rád bych Vás upozornil, paní vysoká komisařko, že Vaše obrana v této informační válce je slabá a neefektivní a nejen to, myslím si, že je také trestuhodně podfinancovaná. Jak chcete, paní komisařko, vzdorovat se svým nepatrným týmem milionům dolarů, kterými ruské tajné služby financují agentury, jako jsou např. Russia Today nebo Sputnik? Vzpamatujme se, dámy a pánové, prohrát tuto informační válku znamená začátek konce EU.

Tunne Kelam (PPE). – Madam President, I am happy that Madam Mogherini started her speech with an idea from my draft, namely the 'post-truth era', where the line between what is false and what is true is being deliberately blurred. This report brings home the alarming fact that, parallel to Daesh, the Russian leadership is engaged in a full-scale disinformation and propaganda war to undermine the EU democratic narrative and to separate Europe from its main democratic ally. And may I say that the irritation shown in this Hemicycle by the far left and far right is proving that Madam Mogherini's message has reached its targets. It is working. The EU, its institutions and Member States now need to recognise that information warfare is in full swing and requires immediate widespread and comprehensive reforms, and I would like also to support the idea that East StratCom needs a serious boost in its financing and role.

Die Präsidentin. – *(Die Präsidentin spricht ohne Mikrofon)*…… mehr Rednerinnen und Redner auf der *Catch-the-eye*-Liste, als ich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nehmen kann. Ich werde von jeder Fraktion, wo sich jemand gemeldet hat, eine Person zu Wort kommen lassen.

Catch-the-eye-Verfahren

Laima Liucija Andrikienė (PPE). – Madam President, tonight we are discussing how vulnerable democracies are – or could be – in the age of networks and networking, freedom of speech and the right to information. This is a timely and extremely important report, Ms Fotyga; thank you very much.

According to many experts, the Baltic States are expected to be the next hotspot for Russian information warfare. We, in the Baltics, have a substantial Russian media presence that has long targeted Russian-speaking audiences with false narratives and propaganda. Simultaneously, this propaganda tends to stoke anxiety among Lithuanian audiences over the country's perceived security and economic weaknesses. Finally, the work of StratCom is of high value, and cooperation among Member States' intelligence services should be enhanced, though it should not mean that the autonomy of national intelligence services is lost.

Julie Ward (S&D). – Madam President, as a member of the Culture and Education Committee, I believe that support for independent media and promotion of the freedom of the press, recognising the role of education and media literacy and the need for putting in place a strategic cultural diplomacy platform at EU level must be the pillars of EU actions aiming at countering propaganda. Supporting freedom of press and independent media must, in my view, include actions of support for imprisoned and persecuted journalists and human rights activists. On top of promoting media literacy and critical thinking, which are really the keys to many of the challenges we are facing, we need further regulation of hate speech online, including a greater collaboration with online platforms and social media. Finally – and most importantly for me – I want to emphasise further the role of intercultural dialogue, people-to-people contacts and encouraging the EU communication strategy to include local populations and civil society.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, kolegica Fotyga sjajno je prepoznala sve oblike propagandnog rata koji se vodi protiv Europe i Zapada općenito. Danas je lakše nego ikada plasirati lažne vijesti ili iskrivljene informacije koje potom u nekoliko sekundi obiđu svijet i privuku pozornost milijuna ljudi.

Bojim se da nema univerzalnog lijeka koji bi u ovo vrijeme procvata informacijskih tehnologija uspio učinkovito suzbiti neprijateljsku propagandu. Najsigurniji korak u pravom smjeru svakako je povećanje transparetnosti europskih institucija i vlada država članica, otvoreno partnerstvo među članicama bez fige u džepu i donošenje odluka važnih za živote građana što bliže njima kako bi bile podložnije njihovoj kontroli.

Propaganda protiv Europe i Zapada pada na plodno tlo jer građani sve manje vjeruju onima koji ih vode i za njih donose važne odluke. Ponovna izgradnja tog povjerenja najučinkovitiji je način borbe protiv propagande.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Jako už tolikrát v minulosti se vůbec nevěnujeme tomu podstatnému. Problém je přeci v tom, že občané EU mají čím dál menší důvěru v evropské instituce, protože se nedomnívají, že jim evropský projekt přináší užitek. Často řeší velmi složité osobní a rodinné socio-ekonomické problémy a ano, jsou proto náchylní k anti evropským náladám.

Co tedy řešit raději než propagandu? To jak našim občanům opravdu pomoci. Co takhle zkusit je více zatáhnout do rozhodovacího procesu, reflektovat jejich témata a starosti? V posledních letech jim ukazujeme jen to, že bohatší se stávají bohatšími a že předsedové Komise mají luxusní místa v byznysu po tom, co odejdou z vrcholných funkcí EU. Občané takovou Evropu nechtějí. My jim nedáváme alternativu, po které tak zoufale volají.

Poslední věc, věřme lidem. Oni vědí, co čtou, a vědí, jak s tím pracovat. Lidé nejsou hloupí, hloupí jsou ti, kteří se zabývají tématy, které jim rozhodně v životě nepomůžou.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Thank you Madam President. In my opinion, all red lines are crossed in the texts under discussion here. The enormous number of resolutions adopted by this Parliament critical of Russia and the Russian people has remained in my memory. But a resolution so offensive in both form and content is a new development for the European Parliament. The very principle of freedom of expression and information is challenged in this resolution. Russia is accused of – and I quote – 'aggressively employing a wide range of tools and instruments, such as think tanks and special foundations […], special authorities […] multilingual TV stations […]' – end of quote. But every state has its think tanks, special foundations, special authorities dealing with compatriots living abroad, and its TV stations.

It is impossible to understand what happens if you watch only channels like CNN, BBC, Euronews, TDF and France24. For example, the coverage by those channels of events in Aleppo and Mosul is based on evident double standards, so the Russia Today channel effectively contributes to the principle of media pluralism.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η προπαγάνδα είναι μία δραστηριότητα η οποία έχει τις ρίζες της στην αρχαιότητα και εφαρμόζεται ακόμη και σήμερα. Οι αρχές και οι στόχοι της ισχύουν ακόμη και σήμερα. Όμως στη σημερινή εποχή, κατά την οποία η δυνατότητα πρόσβασης του κόσμου σε μέσα ενημερώσεως είναι μεγάλη, πρέπει να είμαστε ιδιαίτερα προσεκτικοί στην αντιμετώπιση της οποιασδήποτε εχθρικής προπαγάνδας.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να λέει στους λαούς της την αλήθεια. Δεν είναι δυνατόν να βάζει στο ίδιο επίπεδο την προπαγάνδα της Ρωσίας και εκείνη του ISIS και να περιμένει να γίνει αυτό αποδεκτό από τον κόσμο. Δεν είναι δυνατόν να στοχοποιεί ομάδες ή πολιτικά κόμματα στις διάφορες χώρες και να περιμένει να μην κατηγορηθεί ως αντιδημοκρατική.

Όσα χρήματα και αν δώσουμε, όση προσπάθεια και αν καταβάλουμε, όσους δημοσιογράφους και αν προσλάβουμε, δεν θα μπορέσουμε να κάνουμε τίποτε, εάν προηγουμένως δεν φροντίσουμε να περάσουμε, κυρίως, στους νέους τις αρχές επάνω στις οποίες στηρίχθηκε η Ευρωπαϊκή Ένωση, ούτως ώστε να τους κάνουμε άτρωτους από την προπαγάνδα του ISIS.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, I would like, also on behalf of High Representative and Vice-President Mogherini, to thank this House again for its support. We are all in the process of developing our capacity to communicate in a more strategic and more focused way. To do this we need to work together across all institutions and in partnership with Member States so that our messaging on what we are doing within the European Union and externally strikes a deeper resonance.

Anna Elżbieta Fotyga, *rapporteur*. – Madam President, in the course of its preparation this report was also the target of hostile propaganda. I would like to thank Madam Mogherini and the whole team of East StratCom for their work in this respect, as well as the European Endowment for Democracy and the secretariat of the Committee on Foreign Affairs for their contributions. Last, but absolutely not least, I wish to thank my personal co-workers and excellent shadow rapporteurs for their contributions and ability to strike a consensus, making a very valuable contribution to this report.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 23. November 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Izvješće gđe Fotyga o propagandi ISIS-a i Rusije protiv EU-a je kontraproduktivan materijal. Nedopustivo je izjednačavati ISIS i Rusiju neovisno o temi. Nedvojbeno je da i ISIS i Rusija koriste mnoge propagandne kanale kako bi naštetili EU-u, državama članicama i pojedincima, ali njihovo izjednačavanje i u toj situaciji je politički potpuno neprihvatljivo.

Dodatno, naši odnosi prema ISIS-u i Rusiji moraju biti potpuno različiti. ISIS je teroristička tvorevina koja ugrožava veliki dio čovječanstva i utječe direktno na mnoge negativne pojave u svijetu i samom EU-u. Oni okrutno upravljaju tzv. Islamskom državom i potiču terorizam u Europi. S druge stane, Rusija je stalna članica Vijeća sigurnosti UN-a te s ogromnim utjecajem i snagom koju svi respektiraju. Uporno tvrdim da bi se trenutne odnose EU-a i Rusije trebalo mijenjati i graditi ih na partnerstvu i suradnji u obostranom interesu.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório mais não é do que um elemento do aprofundamento do caráter reacionário e antidemocrático da União Europeia. Partindo de valores que diz defender, alarga o seu âmbito às liberdades de comunicação, informação e expressão, valores que as políticas da União Europeia contrariam e comprometem, de que é o mais crasso exemplo a crise humanitária dos refugiados. Seriam muitos os exemplos e, de resto, nem seria preciso sair desta casa para os dar.

Segue-se uma estratégia de vitimização a que não falta uma retórica anticomunista retrógrada e bafienta. A UE é vítima de uma poderosa ofensiva mediática, diz-se, comprometendo a sua integridade – argumentos usados para avançar para a limitação e mais controlo dos meios de comunicação social, da Internet, de programas escolares e até de partidos políticos.

Absolutiza-se como verdadeira a informação da UE, distinguindo propaganda e crítica, balizando o que é a crítica aceitável. Abrem-se, assim, as portas da censura, que tantas páginas negras escreveu em solo europeu. Práticas dignas de regimes autoritários e ditatoriais.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The EU needs a clear information policy. It already disposes of huge soft power. Otherwise, why would irregular immigrants and refugees wish to reach its territories to live and find refuge there? The European Union is now finding that its presence, policies and achievements are being countered by manipulative propaganda programmes. However, the best way to counter them is not by developing similar mechanisms, even if we wrap them in highly virtuous declarations of intent. Even less should they be meant to contain the aims of this or that power, no matter how antagonistic it may seem to have become. This is especially so given the fact that the EU's soft power is still very effective.

What we need is a sober assessment of the current scope and reach of the EU's soft power, not least in its impact on societies outside the EU, and in whether it is projecting distorted images of the European reality. Secondly we need a revamp carried out in good faith of the EU's information and dissemination policies that projects a no-holds-barred view of the European reality, both for internal and external consumption. This report does not provide adequate basis for such an exercise.

17. Einführung einer Kompetenzgarantie (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Einführung einer Kompetenzgarantie von Thomas Händel im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (O-000133/2016 – B8-1808/2016) (2016/2799(RSP)).

Marita Ulvskog, *deputising for the author.* – Madam President, in an increasingly digitalised world, less-qualified persons have reduced employment opportunities, are more vulnerable to long-term unemployment and have more difficulties in participating fully in society. According to the OECD, having a high proportion of adults with low proficiency in basic and digital skills is linked with lower levels of productivity and lower prospects for growth and competitiveness. This is detrimental to the individuals concerned and also costly to the economy and society as a whole.

Nevertheless, the development of new ways of working and future-oriented sectors has a key role in relation to the types of skills needed. Skills mismatches and skills shortages can negatively affect not only productivity and growth but also the social situation within and across Member States.

The Commission proposal recommended that Member States build on existing initiatives or policies and set up a Skills Guarantee, allowing those who have left the education system without completing upper secondary education or equivalent, and who are not eligible for support under the Youth Guarantee, to access upskilling pathways. Against this background, I have a number of questions for the Commission.

The Commission calls on Member States to draw up, within one year of the adoption of the proposal, an action plan for implementation. Has the Commission proposed a mechanism or a body to support them in the preparation and monitoring of this plan?

Various stakeholders should be associated in the preparation of the plan: how will Member States be encouraged to involve civil society, education providers, trade unions, employers, businesses and industry in the decision-making process?

Does the Commission believe it is possible to cover this initiative without additional funding? The use of different EU funds, like the European Social Fund and Erasmus Plus, has been mentioned. Does the Commission envisage the introduction of appropriate procedures to enable the combination of different funds without creating red tape?

What strategy will the Commission use for the involvement of Member States in this non-legally-binding initiative?

Lastly, one of the main reasons for illiteracy is school drop-out. How does the Commission envisage tackling this issue through its recommendation?

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, the figures on adult skills levels in the Union are striking. For both economic and social reasons, we urgently need to act. Weak reading and writing is a problem for one fifth of European adults, while another quarter has difficulty with numeracy, and – even in this digital age – up to 40% of adults have low or no digital skills. They are effectively cut off from the digital age, unable to find information online or to buy a train ticket on the web, for example. Because of their low skills levels, their chance to have a job is lowered, their income is lower and their livelihood and health are at risk. This is why we must show our determination to help the most vulnerable in society. They need a strong foundation of basic skills and the opportunity for a true second chance. This is why we propose the Skills Guarantee, a skills guarantee for adults to develop their basic skills and progress towards higher qualifications. At the heart of this initiative is the idea that adults need flexible pathways which allow them to combine learning with their other – sometimes complex – responsibilities.

I welcome the fact that, yesterday, ministers reached a political agreement on the Commission proposal – and this in less than 6 months. I regret, however, that our proposed title has been diluted by the Council, which decided to call this now Upskilling Pathways: New Opportunities for Adults. The core elements of our proposal have been preserved. As you know, these are built on three practical steps and a strong partnership approach.

Turning to the questions you raise on the action plan for the implementation, our original proposal required each Member State to draw up a detailed action plan for implementing the recommendation. During the negotiations in the Council, this was replaced with a more general text, but also invited Member States to outline appropriate measures for implementation at national level by mid-2018 at the latest. I hope that Member States will attach the appropriate importance to its implementation. We stand ready to support them and will take stock of national implementing measures by the end of 2018. The Advisory Committee on Vocational Training will work with the Commission to follow up this initiative, and this tripartite body brings together government and social partners and representatives from all Member States.

Regarding funding, as you know, the provision of basic skills is – and remains – a national competence and should be funded first and foremost by national sources. This should be prioritised in national budgets. The recommendation does not require Member States to start from scratch; our proposal builds on their existing policy and practices. The Commission has made clear from the start that there is no additional EU funding. Nevertheless, considerable EU funds are already available for use by Member States on education and training, employment and social inclusion. We have EUR 27 billion of ESF funding that will be invested in education, training skills and lifelong learning from 2014 to 2020. In addition, EUR 21 billion is available for social inclusion, and EUR 30 billion for sustainable and high-quality employment, which can also support the integration of people with low skills.

I also want to use the opportunity to thank Parliament for having defended so effectively the budget increase of the Erasmus+ programme for 2017, as well as the youth employment initiative. It demonstrates that political priorities are not only based on words: to make a real change, policies need to be transformed into concrete actions and be supported by adequate funding. In fact, most Member States have already prioritised low-skilled adults in their ESF operational programmes, including supporting adult learning in libraries, in community centres, and, among others, on the factory floor.

Regarding the Commission's strategy to involve Member States, at European level there is already a forum that can follow up the initiative, as mentioned already: the tripartite Advisory Committee on Vocational Training. The adult learning strengths of the Erasmus+ programme will support suitable projects on peer learning between Member States. We will work closely with Member States in supporting as needed ESF interventions targeting low-skilled people. We will also continue through the European semester to emphasise the importance of upskilling and reskilling adults. As you remember, in 2016 not less than 10 Member States received country-specific recommendations in this area. Education, training and skills will continue to be covered in the detailed report on each country and therefore provide a regular opportunity for the Commission to highlight the issues raised by this initiative, whether or not they lead to a country-specific recommendation.

Regarding literacy as a reason for school dropout, this initiative complements the extensive work carried out by the Commission together with Member States and stakeholders to prevent early leaving from education and training. As you know, we aim to reach the European benchmark of 10% or less of early leavers from education and training by 2020. We are already supporting mutual learning among Member States and improving the evidence base, thanks to the expertise of Cedefop and Eurydice.

This new recommendation focuses on addressing the consequences of early leaving by providing a second chance to adults who were failed in previous decades and left school without acquiring a sound level of basic skills or qualifications. This must be part, too, of our shared commitment to fight inequalities in society, to combat poverty and to help break the cycle of inter-generational poverty, including by giving parents opportunities to improve their skills.

The adoption by the Council of this recommendation and the agreement reached yesterday is just the first step. Now the main challenge is translating this political commitment and ambition into concrete measures for citizens which make a difference in their lives. We are ready to work together to make this happen.

Die Präsidentin. – Bevor ich nun zu den Rednern und Rednerinnen der Fraktionen komme, möchte ich nur ankündigen, dass ich ab jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt und auch bei den letzten zweien, die noch anstehen, keine *Catch-the-eye*-Meldungen mehr nehme. Wir sind jetzt schon sehr spät in der Zeit. Wir werden etwa bis Mitternacht hier sein. Ich möchte das jetzt schon ankündigen.

Wenn Sie einen Beitrag schriftlich abliefern können, dann können Sie das machen. Er darf nur nicht mehr als 200 Worte haben.

Csaba Sógor, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, the world of work is rapidly changing before our eyes. Large shifts in trade patterns and technology and the increasing sophistication of industry, as well as the overall decline of industrial employment, are having profound effects on Europe's working population. Jobs, often elementary in nature, are ever fewer, and jobs of low qualification are becoming more and more demanding. With the decline of traditional manufacturing in many places in Europe, low-skilled workers are the ones who tend to lose out. It does not help that more than a quarter of EU citizens aged between 25 and 64 have not gone beyond lower secondary education and, as the OECD survey of adult skills shows, a similar share of people perform at the lowest level in literacy, numeracy and problem-solving skills.

This is why I welcome the Commission initiative on the skills guarantee, because of all the initiatives put forward in the new skills agenda it deals with the most vulnerable people within the labour market, and I believe that, if properly implemented, it could help deal with long-term unemployment too. What I would like to know from the Commission is how it plans to ensure that, when implementing the programme, Member States target systematic measures that address the specific needs and issues they are faced with and base their programmes on well thought-out strategies instead of financing ad-hoc measures which have a lot less of an impact.

Emilian Pavel, *în numele grupului S&D*. – Aproximativ 70 de milioane de europeni, adică aproape toată populația Franței, nu dețin în acest moment noțiuni elementare de scris, citit sau calculat. Despre abilitățile digitale am auzit mai înainte. Această realitate este extrem de îngrijorătoare și simt că statele membre nu sunt în totalitate conștiente de acest lucru. Această populație imensă, și nu doar ei, cu vârste de peste 25 de ani, se află într-un risc permanent de șomaj, sărăcie și excluziune. Ei trebuie sprijiniți urgent.

Din acest motiv, susțin inițiativa dumneavoastră și a Comisiei Europene. Sunt conștient de faptul că această inițiativă nu a fost primită cu același entuziasm de către toate instituțiile europene sau de către toate statele membre. Cred că acest lucru se datorează înțelegerii greșite a scopului acestei recomandări. Ea își dorește, de fapt, să ofere o susținere și ghidare suplimentară statelor membre în îmbunătățirea sau, în unele cazuri, chiar în stabilirea strategiilor naționale pentru dezvoltarea competențelor de bază necesare pieței forței de muncă. În ciuda dificultăților ridicate de faptul că acest program nu este obligatoriu pentru statele membre și în lipsa alocării de fonduri europene suplimentare, mă bucură faptul că, ieri, Consiliul European a căzut la un acord cu privire la această recomandare.

În urma evaluării primite, Comisia Europeană trebuie acum să reevalueze strategia de implementare, iar, din punctul meu de vedere, ea trebuie să asigure cel puțin trei lucruri. În primul rând, toate părțile interesate din societate, din sectorul public, dar și din cel privat, trebuie să se implice în implementarea acestei strategii. În al doilea rând, Comisia trebuie să ofere o bună pregătire guvernelor statelor membre în accesarea și interconectarea fondurilor europene existente. Nu în ultimul rând, Comisia Europeană, alături de statele membre, trebuie să identifice cele mai bune modalități de informare a persoanelor vizate, pentru că, deseori, acestea nu au acces la informația necesară și, de fapt, la informația destinată lor.

Această inițiativă poate fi extrem de utilă tuturor statelor membre, inclusiv țării mele, România, și consider că, după o criză economică atât de dureroasă, oamenii au nevoie de o garanție în plus, de siguranță și de noi oportunități.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR* – Hoci Slovensko patrí medzi štáty Európskej únie s relatívne nízkym počtom žiakov, ktorí predčasne ukončia vzdelávanie, trend je však na rozdiel od iných krajín Únie stúpajúci a to nie je dobrá správa. Lebo ľudia bez ukončeného stredoškolského vzdelania patria medzi najohrozenejšie skupiny. Na Slovensku len 34 % z nich sa dokáže zamestnať, a preto musíme nastaviť podmienky vzdelávacieho systému tak, aby aj títo ľudia mali možnosť získať kvalifikáciu a zručnosti v druhošancovom vzdelávaní. Záruka získania zručnosti by mala nadviazať na záruku pre mladých, ktorej potenciál sme, žiaľ, zatiaľ na Slovensku neboli schopní naplno využiť. Dúfam preto, že aj na základe dobrých skúseností z iných členských krajín, ako aj odporúčaní Komisie záruka zručností prinesie hmatateľnejšie výsledky. Lebo za každým jedným číslom štatistiky o počte žiakov, ktorí predčasne ukončia školskú dochádzku, je osud konkrétneho človeka a každý má právo na druhú šancu.

Renate Weber, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, the European labour market faces challenges like never before. In a digitalised world, the skills demand is constantly shifting towards new jobs, making low skilled jobs as well as traditional jobs obsolete, outlining the flaws of the educational system and leaving a big segment of the workforce unemployed. The Commission proposal considers that something must be done for those with low proficiency in basic skills, literacy and numeracy and digital skills and recommends a set of policies and initiatives to support them. The proposal limits itself, however, to addressing only the effects of a wider problem without questioning why these individuals lack basic skills. Is school drop-out one of the reasons? Is poverty a possible answer? I would welcome more Commission research into the causes of this lack of skills, be they poverty, unsustainability of educational systems or the need for mentality change, rather than seeing that the EU is once again focusing on patching up only the damaging effects of a problem. If this phenomenon is not tackled appropriately, the number of people without basic skills will simply repeat itself. Therefore, I urge the Commission to have a holistic vision towards the labour market and address its issues with strategies aimed at repairing its faults.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Madam President, the skills guarantee intends to target those people who are most in need of training and upskilling or who have a low proficiency in basic literacy and numeracy and digital skills, and there is a definite need for training and upskilling for those who, for whatever reason, have difficulty with literacy, numeracy or digital skills. The skills guarantee, when established, must seek to do that in a holistic manner so that not only do these people develop and hone new skills, but so that they also become critical, confident and independent individuals and achieve their full potential. It is also important that the skills guarantee involves civil society, education providers and trade unions in order for it to be successful, as these are the organisations that know how to reach out to the people who will benefit the most from upskilling pathways.

But to conclude on a slightly less positive note, the skills guarantee comes under the new skills agenda, which is a Commission initiative that seeks to get European educational institutions to do the bidding of private interests, creating insecurity in the labour market while calling it 'flexibility', and compromising education systems with demands of private industry interests. It is imperative that the skills guarantee does not follow the trend of submissively adapting education and training to the labour market.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, en tant que membre de la commission de la culture et de l'éducation, je ne peux que me réjouir que le problème majeur de l'acquisition des savoirs fondamentaux soit évoqué. Ses conséquences sur l'emploi des jeunes sont particulièrement désastreuses. En effet, je l'ai rappelé dans de nombreux amendements en commission, les indicateurs du rapport «Regards sur l'éducation 2015» démontrent qu'un individu ayant de bonnes compétences en lecture et en écriture aura 4,2 fois plus de chances de trouver un emploi qu'un individu ayant de faibles compétences dans ce domaine.

À l'heure où de nombreux pseudo-pédagogistes veulent faire l'impasse sur ces connaissances de base que sont la lecture, l'écriture et les mathématiques au profit de matières parfois nébuleuses, il est bon d'en reconnaître le caractère incontournable.

Cependant, dans cette question orale, il semble que mes collègues soient à nouveau pris d'amnésie et oublient l'article 6 du TFUE, lequel laisse aux États membres la compétence en matière d'éducation et de formation. Une fois n'est pas coutume, la Commission, en suggérant aux États membres de se fonder sur des initiatives politiques existantes au niveau national, semble vouloir être raisonnable. J'invite mes collègues à faire de même.

David Casa (PPE). – Anke jiena bħal ta' qabli nilqa' din il-proposta, li naturalment qed tassigura li l-investiment fl-edukazzjoni huwa wieħed mill-objettivi tal-politika ta' koeżjoni Ewropea. U allura jiena naħseb li dan m'għandux jikkonsisti biss f'riallokazzjoni ta' fondi minn linji ta' baġit oħrajn bħalma huwa, pereżempju, il-Fond Soċjali Ewropew, għaliex dawn il-fondi naħseb li għandhom ikunu ppreżervati. Għandu jiġi nnotat illi l-proċedura kollha li jħalltu fondi differenti sabiex jintlaħqu r-rekwiżiti ta' din ir-rakkomandazzjoni jafu jkunu diffiċili u burokratiċi.

U allura nixtieq nerġa' nsaqsi lill-Kummissjoni b'liema mod ser tinkoraġġixxi lill-pajjiżi membri sabiex jużaw dawn il-fondi differenti u fl-istess ħin nassiguraw li l-proċedura ma tkunx kumplikata ħafna? Aħna konxji wkoll li mhux kull pajjiż membru għandu l-istess riżorsi. U allura, iva, il-Kummissjoni tista' tgħin u għandha tibda proċess biex tgħin lill-pajjiżi membri sabiex dawn ikunu f'pożizzjoni li jistgħu jużaw ir-riżorsi umani b'mod aħjar u biex b'hekk ikunu jistgħu jimplementaw dan l-eżerċizzju b'mod aħjar u b' suċċess.

Fl-aħħar nett, nixtieq nappella lill-pajjiżi membri sabiex jaħdmu ħalli jimplimentaw din ir-rakkomandazzjoni fl-interess taċ-ċittadini kollha tagħhom.

Marita Ulvskog (S&D). – Fru talman! Jag vill också tacka kommissionär Thyssen för tydligheten. Detta är absolut en nationell uppgift. Det är en andra chans för unga vuxna och äldre vuxna. Det finns pengar på EU-nivå i form av Erasmus+ men också på andra håll. Jag hoppas verkligen att vi kan använda dessa pengar på ett vettigt sätt, eftersom det är bra för oss alla. Vi lever i en tid och ett samhälle som nästan håller på att gå sönder. Det finns så många rädda och olyckliga och outnyttjade människor. Det tycker jag egentligen att dessa förslag handlar om, nämligen att få en chans att utvecklas som människa och bli medborgare och bli någon som är med i samhället.

Jag tycker därför att det ska bli väldigt spännande att få jobba med denna kompetensgaranti, med dessa chanser, under den tid vi har framför oss under resten av mandatperioden.

Die Präsidentin. – Vielleicht kurz zur Erklärung, warum Frau Ulvskog jetzt noch einmal gesprochen hat: Ursprünglich war jemand anders als Verfasserin/Verfasser gedacht. Frau Ulvskog ist für diese Person eingesprungen, stand aber selbst auf der Liste. Insofern hatte sie jetzt noch einmal für eine Minute das Wort.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Komisja podaje, że około 70 milionów Europejczyków – tak, 70 milionów Europejczyków – posiada niewystarczające umiejętności czytania, pisania i liczenia, a 40 % ludności Unii nie posiada wystarczających umiejętności cyfrowych. To porażające dane. Gdybyśmy zastosowali bardziej wyśrubowane kryteria, zbadali na przykład funkcjonalny analfabetyzm, wynik byłby jeszcze bardziej przerażający. Nawet studenci uniwersytetu mają kłopoty ze zrozumieniem bardziej złożonych tekstów prasowych, nie mówiąc już o klasycznych tekstach literackich czy filozoficznych.

Mam jednak wątpliwości, czy kolejny program unijny, kolejna gwarancja, kolejny *framework*, nawet z dodatkowym budżetem, jest w stanie naprawić tę sytuację. Czy nie jest tak, że potrzeba raczej przemyślenia dotychczasowych strategii edukacyjnych, że potrzeba powrotu do starych sprawdzonych metod alfabetyzacji społeczeństwa i metod edukacyjnych, odbudowy kultury książki, niezbywalnej także w epoce cyfryzacji?

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os baixos índices de qualificações estão intrinsecamente ligados a questões relacionadas com o condicionamento e a limitação de direitos sociais, educativos e culturais.

Não se desligam de opções políticas de fundo, as mesmas que promovem a desregulamentação e a precarização no trabalho, e que têm, entre outras consequências, o aumento de desigualdades, a exclusão social e a pobreza permanente.

Valorizamos iniciativas que permitam o aumento dos níveis de competências a quem abandonou ou foi forçado a abandonar o sistema educativo em qualquer nível, devendo envolver a sociedade civil, as autoridades educativas e os sindicatos.

Só assim será possível garantir dinâmicas de formação profissional que não sejam um mero remendo social, que vise manipular e mascarar níveis reais de desemprego, desligadas das necessidades dos trabalhadores e das necessidades laborais de determinada região.

Dinâmicas que exigem e só poderão ser verdadeiramente concretizadas se acompanhadas de políticas sociais alicerçadas na regulação e proteção laboral, na defesa da contratação coletiva, no aumento de salários e no combate à precariedade.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). – Madame la Présidente, je soutiens avec enthousiasme cet établissement d'une garantie pour les compétences, parce que c'est une notion éminemment moderne qui doit s'adapter à toute l'évolution des métiers.

Il faut aujourd'hui que chacun ait droit à un enrichissement de son arbre de compétences, parce que les métiers évoluent et que nous devons adapter chaque salarié, chaque jeune aux nouvelles compétences dont nous avons besoin dans l'entreprise et dont nous allons avoir besoin, car l'ensemble de la pyramide de l'emploi va bouger. Ce n'est pas par la formation initiale ni par les diplômes, mais uniquement par l'évolution des compétences – cet enrichissement personnel – que nous allons pouvoir suivre cet immense mouvement et éviter que certains tombent dans le chômage.

Mais j'aimerais ajouter qu'il y a un autre avantage extrêmement important. Je voudrais vous parler de ce qui se passe dans la carrière des femmes. Ces dernières ont souvent des trous dans leur carrière, parce qu'elles s'arrêtent pour s'occuper d'enfants, d'enfants jeunes, d'enfants handicapés, de parents âgés et alors, que se passe-t-il? Elles ont un retard de carrière qui conduit à un appauvrissement des femmes.

Grâce à la garantie des compétences tout au long de la vie, nous pouvons selon moi reconstruire des curriculums vitæ, et il faut que nous ayons cette volonté de suivre la modernité. J'engage par conséquent les États membres dans cette voie.

Agnes Jongerius (S&D). – Het is van levensgroot belang dat de EU voorop blijft lopen als het aankomt op educatie, vaardigheden en innovatie. Zeker in een wereld van verregaande globalisering en technologisering. Daarnaast moet die vaardighedengarantie ook een instrument voor convergentie zijn. Als rapporteur voor de herziening van de detacheringsrichtlijn kom ik immers veel in Oost-Europa, waar mijn collega's en vrienden de noodzaak van de herziening snappen, maar bang zijn om verder achterop te raken, terwijl juist in deze landen het gebrek aan vaardigheden een groot probleem is. Laten we deze vaardighedengarantie dan ook gebruiken om met zekerheden voor voldoende middelen, fondsen en inzet boven alles deze kwetsbare maar potentieel zeer rijke landen een grote steun in de rug te geven.

Sven Schulze (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, sehr geehrte Damen und Herren! Heute sprechen wir über einen Teil der Agenda für neue Kompetenzen, die sogenannte Kompetenzgarantie. Hierzu möchte ich zwei Anmerkungen machen. Erstens: Die Kommission macht damit einen Vorschlag, der sicherlich sinnvoll und auch unterstützenswert ist, nämlich Menschen mit niedriger oder gar keiner Ausbildung in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft zu integrieren. Problematisch finde ich aber den Kostenaspekt bei diesem Vorschlag. Denn die Kommission macht hier Vorschläge, die andere zu bezahlen haben, nämlich die Mitgliedstaaten. Diese müssen die Vorschläge bezahlen, und sie unterliegen bekanntlich vereinbarten Ausgabenbeschränkungen, beispielsweise durch den Wachstums- und Stabilitätspakt. Im Vorschlag der Kommission liest man dazu lediglich, dass die angenommenen Ausgaben mit dem Wachstums- und Stabilitätspakt konform gehen, ohne dass erklärt wird, wie. Dazu hätte ich gern ein paar Informationen durch die Kommission.

Und auch auf einen weiteren Punkt möchte ich hinweisen: Wir sollten vorsichtiger sein, welchen Namen wir unseren politischen Initiativen geben. Zurzeit wird aus meiner Sicht das Wort Garantie inflationär benutzt. Wir haben eine Jugendgarantie, nun eine Kompetenzgarantie, manche fordern gar eine Kindergarantie. Aus meiner Sicht wecken wir mit solchen Begriffen zu große Hoffnungen in der Bevölkerung und schaffen Frustration und Europamüdigkeit, wenn wir nicht liefern können, beispielsweise bei der Kompetenzgarantie. Sie birgt die Gefahr, falsche Hoffnungen zu wecken. Erfolgreiche Bildung kann niemand garantieren, und bessere Bildung führt nicht automatisch zu einem Arbeitsplatz.

Brando Benifei (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la garanzia per le competenze è certamente una buona idea, perché parte dall'identificazione di un problema molto serio e allo stesso tempo molto pratico.

Le nostre società stanno cambiando a un ritmo elevatissimo, spinte dalla globalizzazione e dall'evoluzione delle nuove tecnologie. Questo fenomeno, che sta spiazzando la politica, che fatica a governarlo, si sta tramutando in maniera evidente in uno spiazzamento anche della forza lavoro, non solo in termini delle competenze necessarie per svolgere nuove tipologie di impiego, ma anche nel campo dei diritti e dei rapporti lavorativi.

Non c'è dubbio che ci sia una profonda esigenza di dare oggi delle garanzie ai lavoratori e agli aspiranti tali e l'interrogazione della commissione per l'occupazione cerca di capire meglio che tipo di garanzia la Commissione europea avrebbe in mente, quali e quante risorse utilizzare per farla funzionare, quale strategia adottare per renderla efficace e flessibile, ma anche vincolante nell'Unione e nei suoi Stati membri.

Vorrei sinceramente vedere un impegno reale in questo strumento, che si pone come obiettivo quello di valorizzare le persone, garantendo un livello minimo di competenze per tutti usando al meglio i fondi europei.

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, 70 millions d'Européens n'atteignent pas un niveau de base en lecture et en écriture. Dans le même temps, 40 % des employeurs ne parviennent pas à combler leurs postes vacants parce qu'ils ne parviennent pas à trouver les compétences nécessaires. Une réflexion sur l'adéquation de nos formations est donc primordiale.

Aujourd'hui, l'objectif de la garantie pour les compétences est de faire en sorte qu'un maximum d'adultes peu qualifiés acquièrent au moins les compétences de base en lecture, écriture, calcul et numérique indispensables pour trouver un travail.

Pour que cette garantie puisse être efficace, l'accent doit être mis sur deux éléments importants, de mon point de vue. D'abord, il faut pouvoir identifier les personnes qui ne disposent pas des compétences et, dans ce domaine, beaucoup de tabous existent encore et parfois les gens qui ne savent ni lire ni écrire préfèrent le cacher. Il faut donc faire évoluer les mentalités et lever les inhibitions. Il faut également cibler les zones et les groupes les plus défavorisés. Enfin, il faut inciter les petites et les moyennes entreprises à s'engager dans l'alternance dans la formation continue.

Il faut surtout sortir d'une logique qui se focalise sur les diplômes pour entrer enfin dans une logique de valorisation des compétences, entrer dans la modernité, comme l'a suggéré ma collègue, M[me] Morin-Chartier.

Julie Ward (S&D). – Madam President, I welcome the creation of a Skills Guarantee as part of a lifelong learning approach and would like to emphasise some elements. We need to prepare learners of all ages and from all backgrounds so that they can be ready for a fast-changing, complex and hyper-connected world, ready for jobs and competences that do not even exist yet. That is why it is key to ensure that learners are equipped with transferable skills, among which media literacy and curiosity, critical and creative thinking and entrepreneurship are key. We must also equip learners with the necessary skills for a more open, sustainable and inclusive society. We therefore need to invest in their social skills, and in particular their intercultural skills. On top of guaranteeing a minimum level of literacy, numeracy and digital skills for all, those are the skills that we must invest in for learners to become not only fit for the labour market, but also true problem-solvers and responsible and active citizens.

Michaela Šojdrová (PPE). – Oceňuji, že Komise přichází s důležitým opatřením na posílení lidského kapitálu, zaměstnanosti a konkurenceschopnosti. Také děkuji za informaci, že Rada tento váš návrh přijala.

Přestože vzdělání je plně v kompetenci členských států, je třeba, aby také na evropské úrovni reagovaly evropské instituce, abychom reagovali na to, že skutečně až 25 % dospělých nemá ani minimum úrovně čtenářské gramotnosti, matematické gramotnosti a digitálních dovedností. Že je tu 65 milionů obyvatel, kteří nedokončili ani sekundární vzdělání, které je prostě zásadní. Právě na tyto osoby s nedostatečnou kvalifikací je třeba tuto druhou šanci zaměřit.

Oceňuji návrh, ve kterém se zaměřujete na posouzení stávajících dovedností u těchto osob, na navazující nabídku vzdělávání, uzpůsobení pro potřeby daného trhu práce a také daného jednotlivce, následně by měla tedy následovat validace a uznání tohoto vzdělání. Myslím, že je to velmi dobrý program.

To, co bych chtěla ale zdůraznit a k čemu mám výhrady, je, že řešíme až důsledky toho, když škola, vzdělávací systém nedokáže zredukovat počet předčasných odchodů, a na to bychom se měli zaměřit. Tyto školy a učitele podpořit. Bez podpory učitelů rozhodně nedokážeme zlepšit stávající stav a k tomu vás chci také vyzvat.

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, je tiens aussi à saluer l'initiative de la Commission. C'est une initiative importante parce qu'elle vise à relever un immense défi, celui effectivement des 66 millions de personnes en Europe qui n'ont pas dépassé le cycle de l'enseignement secondaire. Ce défi d'avoir, encore aujourd'hui, un Européen sur cinq qui éprouve des difficultés pour lire et écrire. Ce sont des chiffres interpellants. Mais surtout, derrière ces chiffres, il y a des vies humaines, des personnes précarisées, des gens dans la difficulté financière, isolés, qui vivent tout cela dans leur chair. C'est pourquoi il est vraiment important d'adapter les parcours de formation en donnant toute leur valeur à la formation, à l'expérience.

La garantie de compétence initiée par la Commission doit renforcer en premier lieu les compétences de base. Elle doit être une main tendue vers celles et ceux qui sont actuellement exclus du marché de l'emploi. Comment? En leur proposant justement cet apprentissage personnalisé, l'accès à des formations, la possibilité de progresser vers une certification reconnue.

On ne peut pas se permettre de laisser des gens sur le bord du chemin et il est indispensable de permettre à celles et ceux qui n'ont pas suivi les filières les plus naturelles ou les plus évidentes d'avoir une seconde chance pour exister dans notre société.

C'est une responsabilité majeure pour les États membres et je tiens de nouveau à souligner l'initiative de la Commission qui, en faisant cela, construit des ponts pour faire en sorte que l'Europe de demain soit une Europe plus humaine.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, I have taken note of your comments and your observations. I will not address every point you have raised here, but will focus on just a few points to conclude.

The success of the skills agenda will depend on the commitment and active engagement of many players, as we have just discussed. We think first and foremost of Member States and regional authorities, and I am happy that just yesterday Member States confirmed their commitment. This is very important. We also need businesses, trade unions, education and training institutions and NGOs – as well, of course, as workers and learners themselves. The European Parliament has a key role to play in raising the political profile of this debate, both in Europe and in your home countries. You are indeed active and valued partners in shaping our initiatives, and I want to thank you again for your input and for your continued support.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet während einer späteren Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Manapság a fiataloknak olyan általános transzverzális készségekre van szükségük, mint például a kritikus gondolkodás, felelős döntéshozatal képessége, konfliktuskezelés és kreativitás, melyek hozzájárulnak, hogy aktívan részt vegyenek a társadalmi életben. Kutatások szerint az alapkészségek, valamint a digitális készségek területén alacsony jártassággal rendelkező felnőttek magas aránya alacsonyabb termelékenységi szintekhez, valamint gyengébb versenyképességi kilátásokhoz köthető. Ez nemcsak az egyénekre nézve jelent hátrányt, hanem rendkívül költséges a gazdaság és a társadalom egésze számára is. Üdvözlöm a Bizottság javaslatát a Készséggarancia létrehozásáról. A készségekkel kapcsolatos kereslet és kínálat közötti eltérések, valamint a készségek hiánya nemcsak a termelékenységet és a növekedést érintheti hátrányosan, hanem a tagállamokon belüli és a tagállamok közötti szociális helyzetet is.

Támogatom azt a javaslatot, amely szerint a tagállamoknak létre kellene hozniuk az. ún. Készséggaranciát, amely hozzáférést biztosítana az alapoktatási és -képzési rendszerből kimaradó felnőttek számára, akikre nem vonatkozik az Ifjúsági Garancia. Ez lehetővé tenné számukra: az írás-olvasási, számolási és digitális készségek minimális szintjének elsajátítását, és/vagy EKKR 4. szintű vagy azzal egyenértékű képesítés felé haladást szélesebb körű készségek elsajátításával.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Per ridurre il numero di adulti scarsamente qualificati in Europa la Commissione ha proposto di istituire una «garanzia per le competenze». L'iniziativa dovrebbe aiutare gli adulti scarsamente qualificati ad acquisire un livello minimo di competenze alfabetiche, matematiche e digitali. Questa proposta contiene, a mio avviso, alcune lacune che andrebbero colmate. La Commissione invita gli Stati membri a mettere a punto in tempi brevi un piano d'azione per l'attuazione di questa «garanzia per le competenze» senza prevedere un meccanismo o un organo incaricato di sostenere gli Stati membri nell'elaborazione e nel monitoraggio di tale piano. Inoltre questa iniziativa andrebbe sviluppata senza finanziamenti supplementari, cosa che mi sembra molto difficile. La Commissione fa riferimento al ricorso a diversi fondi dell'UE, ad esempio il Fondo sociale europeo e il programma Erasmus+, ma senza definire procedure appropriate che permettano la combinazione di questi diversi finanziamenti senza creare oneri burocratici. Un'altra lacuna della proposta che andrebbe colmata riguarda la strategia che la Commissione deve adottare per coinvolgere gli Stati membri in questa iniziativa non giuridicamente vincolante. Senza una strategia chiara che contribuisca a rendere operativa la garanzia per le competenze, i benefici potenziali rischiano di essere compromessi.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Istotną barierą wzrostu w wielu państwach członkowskich jest fakt, iż znaczna część społeczeństwa nie ma wystarczających umiejętności niezbędnych na rynku pracy. Problemem nie są jedynie osoby przedwcześnie kończące edukację, ale coraz powszechniejszy wtórny analfabetyzm. Wielu specjalistów zwraca uwagę na niepokojące zjawisko utraty umiejętności czytania ze zrozumieniem, tworzenia bardziej rozbudowanych wypowiedzi pisemnych czy też dokonywania prostych obliczeń matematycznych. Dlatego z pełnym przekonaniem popieram inicjatywę Komisji Europejskiej na rzecz ustanowienia gwarancji umiejętności.

Eksperci są zgodni, iż tradycyjny model edukacyjny, jaki znamy chociażby z własnego doświadczenia bądź też doświadczenia naszych dzieci, nie odpowiada w pełni na wyzwania XXI wieku. Do tej pory żaden kraj nie stworzył idealnego systemu edukacyjnego, z którego wszyscy mogliby czerpać. Aby w pełni wykorzystać już istniejące strategie polityczne, instrumenty oraz fundusze, powinniśmy uczyć się od siebie nawzajem i wykorzystywać pomysły, które z dużym powodzeniem funkcjonują w wielu państwach członkowskich.

Czy tworząc gwarancje na rzecz umiejętności, Komisja Europejska planuje skupić się na wymianie dobrych praktyk i zachęcić państwa do wdrożenia pomysłów, które już zostały sprawdzone i przynoszą efekty?

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Kannustan komissiota tarkastelemaan näyttötutkintokäytäntöjä (competence-based examinations) jäsenmaissa. Näyttötutkinto on erityisesti aikuisille suunniteltu joustava tutkinnon suorittamistapa. Näyttötutkinnoissa ammattitaito osoitetaan työelämässä riippumatta siitä, onko osaaminen kertynyt työkokemuksen, opintojen tai muun toiminnan kautta. Kaikki ammatilliset perustutkinnot, ammattitutkinnot ja erikoisammattitutkinnot voidaan suorittaa näyttötutkintona. Henkilö, jolla on jo riittävä ammattitaito voi suorittaa näyttötutkinnon tai sen osan osallistumatta koulutukseen. Näyttötutkinto antaa kelpoisuuden korkeakoulututkintoon johtaviin opintoihin ja yleisen kelpoisuuden ammattikorkeakouluopintoihin. Kaikkia tulisi kohdella potentiaalisina korkea-asteen opiskelijoina, joten polkujen varmentaminen mitä erilaisimmin keinoin on hyväksi. Yksi tällainen keino ovat aikuisten näyttötutkinnot, joilla voidaan todentaa ammattitaitonsa työelämässä hankkineiden osaaminen. Elinikäisen oppimisen hengessä EQF-4-tasoisen tutkinnon tulisi myös antaa valmiudet päivittää osaamista koko työuran ajan ja tarvittaessa jatkaa opintoja korkea-asteella.

Verónica Lope Fontagné (PPE), *por escrito*. – En primer lugar, quisiera mostrar mi pleno apoyo a la propuesta de la Comisión de establecer una Garantía de Capacidades. Si la propuesta se implementa de forma efectiva en todos los Estados miembros, si se orienta a sectores con potencial actual y futuro y, sobre todo, si cuenta con el apoyo y la colaboración de los interlocutores sociales, y en particular de los sectores educativo y empresarial, podremos conseguir que millones de ciudadanos europeos con bajas cualificaciones mejoren su empleabilidad y accedan al mercado laboral con mayor facilidad, fomentando así una mayor cohesión social. Sin embargo, muchas zonas rurales europeas y españolas, como la mía, Aragón, son regiones con un fuerte problema de despoblación y de dispersión de población, que carecen de una red de banda ancha adecuada, lo que dificulta aún más su desarrollo empresarial y económico. No discuto la importancia capital de los conocimientos digitales, pero me pregunto si disponemos de las infraestructuras necesarias para su desarrollo formativo y empresarial. Si no tenemos en cuenta estas distintas realidades territoriales,

corremos el peligro de convertir una propuesta destinada a mejorar la empleabilidad de los ciudadanos europeos con bajas cualificaciones en la condena a muerte de muchos pequeños municipios europeos.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Dwa podstawowe wyzwania, które stoją przed gwarancją na rzecz umiejętności, to uzupełnienie niedoborów kwalifikacji wśród obywateli UE oraz ich lepsze dopasowanie do rynku pracy. W tym kontekście podkreślam olbrzymią rolę nowoczesnych systemów edukacyjnych, które powinny skupiać się na kształtowaniu kompetencji podstawowych i szerszego zakresu umiejętności niezbędnych na rynku pracy teraz i w przyszłości, w tym umiejętności cyfrowych, przekrojowych, technicznych i społecznych.

Zwracam się także do Komisji o wsparcie państw członkowskich w modernizacji programów edukacyjnych, tak aby skuteczniej identyfikować, aktywować i rozwijać umiejętności i kwalifikacje Europejczyków.

Finalnie podkreślam, że umiejętności mogą przełożyć się na lepsze wyniki gospodarcze i społeczne, jeśli będą dla wszystkich klarowne i skutecznie wykorzystywane w całej Unii. W tym kontekście musimy zadbać o ich jakość, przejrzystość i uznawalność w innych państwach członkowskich. Zwracam także uwagę na znaczenie uznawania i potwierdzania kompetencji i kwalifikacji zdobytych w ramach edukacji pozaformalnej, co jest w szczególności ważne dla osób o niższych kwalifikacjach, bezrobotnych, zagrożonych bezrobociem i dla tych, którzy muszą zmienić swoją ścieżkę kariery.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržavam donošenje Jamstva za vještine koje će pomoći odraslim osobama koje su prerano napustile sustav obrazovanja, iz najčešće objektivnih razloga, da steknu osnovne kvalifikacije i uključe se na tržište rada. S obzirom na slobodu koju imaju u načinu provedbe, pozivam države članice da brzo i odlučno krenu u provedbu ovog programa. Za njega se nažalost ne izdvajaju dodatna sredstva iz europskog proračuna, ali je prihvatljiv za financiranje iz postojećih programa i ESI fondova, stoga je za uspjeh samo važna učinkovita realizacija. Ovaj će program pridonijeti jačanju cijelog društva jer je širenje osnovnih vještina na što veći broj stanovnika korak prema društvu socijalne pravednosti, znanja i konkurentnosti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Σύμφωνα με μελέτες, 70 εκατομμύρια Ευρωπαίοι δεν διαθέτουν επαρκείς δεξιότητες ανάγνωσης και γραφής και ακόμη περισσότεροι έχουν ελλιπείς δεξιότητες αριθμητικής και ψηφιακών γνώσεων. Έτσι έρχονται αντιμέτωποι με τον κίνδυνο της ανεργίας, της φτώχειας και του κοινωνικού αποκλεισμού. Με βάση τα στοιχεία της Ευρωπαϊκής Επιτροπής, το 56% των ατόμων μεταξύ 16 και 74 ετών στην Ελλάδα δεν διαθέτει καν βασικές ψηφιακές δεξιότητες, ενώ το αντίστοιχο ποσοστό στην Ευρωπαϊκή Ένωση ανέρχεται σε 41%. Παρόλο που το 39,4% των Ελλήνων ηλικίας 30-34 ετών έχει λάβει ανώτερη εκπαίδευση, μόνο το 47,4% των πτυχιούχων απασχολούνται, σε αντίθεση με τον ευρωπαϊκό μέσο όρο που είναι σχεδόν διπλάσιος (80,5%). Η ελληνική αγορά εργασίας προσφέρει σε ικανούς νέους υψηλών προσόντων ελάχιστες ευκαιρίες, αναγκάζοντάς τους να αυτοαπασχοληθούν ή να μεταναστεύσουν. Βάσει των στοιχείων της Τράπεζας της Ελλάδος, η Πατρίδα μου η Ελλάδα κατέχει την τέταρτη θέση στην Ευρωπαϊκή Ένωση στη μαζικότητα της μεταναστευτικής εκροής αναλογικά με το εργατικό δυναμικό της. Μόνο το 2013, περισσότερο από το 2% του συνολικού εργατικού δυναμικού της χώρας έφυγε για να δουλέψει στο εξωτερικό. Οι νέοι αποτελούν τους βασικούς εγγυητές μας για το μέλλον της χώρας. Πρέπει να καταργήσουμε τα μνημόνια εξαθλίωσης που αναγκάζουν τα παιδιά μας να ξεριζωθούν, αναζητώντας μια δήθεν καλύτερη ζωή.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Il existe aujourd'hui beaucoup de certifications et de qualifications différentes au sein de l'Union européenne. Cette diversité, qui constitue une richesse pour chaque État membre, peut parfois apparaître comme un frein au recrutement. Le constat de cette diversité avait mené, en 2008, à la mise en place d'un «cadre européen des certifications pour l'éducation et la formation tout au long de la vie». Les objectifs de ce cadre n'ont pas été remplis. Il est dès lors nécessaire, aux yeux de la Commission, de réviser ce système avec une nouvelle recommandation. Pourtant, en 2016, la Commission n'a pas plus d'études qu'en 2008. Elle n'est pas en mesure d'évaluer la valeur de la formation générale et professionnelle d'un pays à un autre. Or c'est en partie cette valeur qui permettrait de garantir des compétences équivalentes. Dans le même sens, elle ne peut garantir la perméabilité entre les différents systèmes de formation. Vous utilisez le terme d'harmonisation, mais en réalité vous devriez parler de nivellement vers le bas! En effet, les disparités sont trop importantes pour procéder à une telle harmonisation sans baisser les critères de qualification et de compétences. Par ailleurs, certaines spécificités nationales se trouvent, encore une fois, menacées par ce système.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Astăzi principala problemă pe piața muncii este nivelul și tipul de calificare pe care îl au cetățenii europeni. Discrepanța între formările oferite de școli și universități și competențele cerute potențialilor angajați, lipsa de îndrumare a tinerilor în cariera profesională, absența unei burse transparente a locurilor de muncă sau incapacitatea sistemului de formare de a dezvolta aptitudinile cerute de angajatori accentuează criza existentă pe piața europeană a muncii.

În acest sens, susțin demersul de a crea la nivel european o garanție a competențelor după modelul garanției pentru tineret. Această platformă ar urma să asigure accesul gratuit al unui număr important de europeni la o formare compatibilă cu piața muncii, ajutându-i să dobândească și aptitudinile necesare în activitatea de antreprenoriat.

Trebuie ca fiecare cetățean european să se simtă protejat de Uniunea Europeană, avem nevoie ca aceia aflați în dificultate să poată să își revină și să se integreze din nou pe piața muncii și este timpul pentru o reformă structurală în alocarea fondurilor europene pentru generarea de rezultate concrete pentru oameni.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I have always said that we cannot guarantee jobs or income to our citizens. But today we are talking about equipping people with skills, and this is a very welcome development. With this, we are making a strong political commitment to support the relentless development of our creative people.

I welcome the Commission's Skills Guarantee. Particularly, defining digital skills as basic capabilities marks a major development in mindset – being tech savvy is a key competence in life.

In order to make the New Skills Strategy work, we should: create a culture of learning across Europe – individuals must feel disposed to learn throughout their lives and confident in doing so; 'embed' basic skills – integrating literacy, language and numeracy learning into other trainings for a holistic approach to learning; ensure collaboration with employers and businesses, demonstrating basic skills training is an investment rather than a cost; and, most importantly, develop a strategic perspective, bringing together an understanding of the wider context and awareness of the need to adapt or change previous practice.

Following these steps, we can truly upskill our younger and older generations. This is crucial, because skills are the currency of the 21st century, they are Europe's strongest asset.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – Ich begrüße die Kompetenzgarantie, die die Weiterbildung der Menschen und somit die Zukunftssicherung betont. 70 Millionen Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union haben Schwierigkeiten beim Lesen oder Schreiben. Noch mehr Menschen haben grundlegende Defizite beim Rechnen und im Umgang mit digitalen Geräten. Diese Defizite sind echte Armutsfallen. Der digitale Wandel macht es nötig, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger besser vorbereiten, damit sie sich in einer rasant verändernden Arbeitswelt 4.0 zurechtfinden können. Der technologische Fortschritt schreitet so schnell voran, dass das erworbene Wissen und die Kompetenzen immer kürzere Haltbarkeitszeiten haben. Kritisch sehe ich, dass Investitionen in die Bildung der Menschen immer noch auf der Ausgabenseite verbucht werden und damit häufig den Haushaltskürzungen der Mitgliedstaaten als Erstes zum Opfer fallen. Wir können den Pfad der Wettbewerbsfähigkeit nur beibehalten und die Europa-2020-Ziele nur erreichen, wenn wir in der Bildung besser werden. Darum meine Bitte an die Kommission und den Rat, den Sparkurs zu verlassen und zu einer intelligenten und investitionsorientierten Politik zurückzukehren.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Menim, da bomo s programom Jamstvo za znanja in spretnosti državljankam in državljanom Evropske unije lahko pomagali pridobiti osnovno raven ali napredovati na višjo raven pisanja, računanja ter digitalne pismenosti. Gre namreč za veščine, ki so v današnjem času, ko se trg dela hitro spreminja, nujno potrebne in bodo našim državljanom omogočile lažji prehod iz izobraževanja v zaposlovanje pa tudi bolj samostojno življenje, če govorimo o odraslih osebah.

Program ima lahko zelo pozitiven vpliv, saj bo omogočil našim državljanom, da pridobijo širok nabor znanj in spretnosti, ki bodo enako priznana po celotni EU. V Evropi se skoraj 70 milijonov oseb sooča s pomanjkanjem bralnih in pisalnih sposobnosti, še več pa je takih, ki nimajo osnovne matematične in digitalne pismenosti. Brez teh osnovnih spretnosti je tveganje, da postanejo brezposelni, revni ali socialno izključeni, še večje.

Menim, da je program za nova znanja in spretnosti bistvenega pomena ter da bodo z njegovo pomočjo naši državljani pridobili osnovne veščine in se tudi lažje zaposlili.

18. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu Gebärdensprache und professionellen Gebärdensprachdolmetschern und —dolmetscherinnen (2016/2952(RSP)).

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Madam President, the challenges of the deaf and hard of hearing community do not yet get enough attention in the European Union, and I am therefore grateful to Members of the European Parliament, Helga Stevens and Ádám Kósa for constantly reminding us of what still needs to be done in order to ensure that all European citizens can participate actively in society.

Commissioner Tibor Navracsics recently took part in a conference on sign languages and human rights, organised by Helga Stevens, which showcased the challenges faced by the deaf and the hard of hearing on a daily basis. The Commission was impressed by the professional competence of the sign language interpreters, who were conveying the speeches in more than 30 sign languages. The Commission welcomes the political groups' initiatives for a motion for a resolution, because we believe that more should be done to show respect for the deaf and hard of hearing community and its languages. The Charter of Fundamental Rights of the European Union explicitly excludes any form of discrimination, and the Disability Strategy 2010-2020 stresses the principle of social inclusion.

The Commission believes in, and promotes, inclusive education. Whenever possible, schools should open their doors to deaf children, ensuring that the conditions are met for their successful inclusion in the classroom. Sign language interpretation should be provided whenever possible for public services.

Education and language policy falls under the exclusive competence of the Member States. However, the Commission supports them through facilitating cooperation and exchange of best practices. The Erasmus+ programme already funds a number of partnerships and mobility projects that develop open educational resources and train sign language teachers and interpreters. For example, the research project Developing and Documenting Sign Bilingual Best Practice in Schools maps the situation of sign bilingual education in 39 European countries.

The European Forum of sign language interpreters provides opportunities for meetings, conferences and exchange of experiences. We also have the toolkit Signs for Handshakes, Deaf-Youth-Meets-Employers, and the European Language Label. More support for sign languages is provided through the research programme Horizon 2020, and there again we have many examples: information technology is used for the early detection of and compensation for hearing impairment, and also to develop applications supporting the use of sign languages, for example. Another example is that a digital archive presenting the life narratives of elderly signers has developed. Remote communication between signing and speaking people through applications that translate text into sign languages is made possible, and another example under Horizon 2020 is an interactive digital atlas of the linguistic structures of the world's sign languages.

As regards the Commission, the Directorate General for Interpretation regularly provides sign language interpretation for EU-level meetings. To support the full participation of those using sign languages, interpreters tailor their services by discussing with participants whether international sign language is appropriate or whether a national sign language is needed.

As you can see, the Commission has come a long way since this House adopted its last resolution on sign language recognition in 1998, but we know we can and should do more to ensure our societies not only tolerate diversity, but also cherish and promote it. The Commission therefore welcomes this resolution, and will continue supporting sign languages, their users and their interpreters.

Ádám Kósa, *a PPE képviselőcsoport nevében*. – Elnök Asszony, a jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog a közösségben való teljes részvételhez. Az akadálymentesség előfeltétele, hogy a fogyatékossággal élő személyek önálló életet élhessenek és megfelelő módon részt vehessenek a társadalom életében.

Kérem jegyzőkönyvbe venni, hogy az én kérésemre a jelnyelvi tolmács nem fordította az előző szavaimat, és a jelen levő képviselők így nem érthették, hogy mit is mondok. Ezzel akartam érzékeltetni azt, hogy mit jelent az, hogyha az anyanyelvemet nem tudom szabadon használni és elmondani így a gondolataimat. Most megismétlem, amit mondtam.

Tehát, az oktatás, foglalkoztatás és hozzáférhetőség hármasából hogyha egy kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak. Ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és az akadálymentesség, illetve a hozzáférhetőség. Meggyőződésem, hogy a siket, a siketvak és a nagyotthalló diákok és szüleik számára az iskoláskor előtti szolgáltatásokkal vagy az iskolai oktatáson keresztül lehetőséget kell biztosítani arra, hogy a környezetükben használatos jelnyelvet elsajátíthassák. Végül kérem a Bizottságot, hogy hosszú távon tartsa fenn a már lezárult INSIGN európai kísérleti projektet, amelyet az Európai Parlament javasolt, és amelynek célja a siket és nagyotthalló emberek, illetve az uniós intézmények közötti akadálymentes kommunikáció biztosítása. Kérem azt is, hogy vizsgálja meg a Bizottság a tagállamokban, hogy megvalósul-e a siket, a nagyotthalló és a siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz.

Die Präsidentin. – Danke sehr, auch für diesen Hinweis, dass die Stille, die wir kurz gehört haben, nicht mit der Dolmetscherin zu tun hatte, sondern ein Zeichen von Ihnen war, wie das ist, wenn man eine Sprache nicht versteht.

Brando Benifei, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, i cittadini non udenti, sordo-ciechi e ipoudenti devono avere accesso alle stesse informazioni e comunicazioni di qualsiasi altro cittadino, sotto forma di interpretazione della lingua dei segni, sottotitolazione, conversione del parlato in testo e/o forme alternative di comunicazione, compresi gli interpreti.

Questo è un diritto inalienabile di oltre un milione di utilizzatori europei delle lingue dei segni, non udenti e di altri 51 milioni di cittadini ipoudenti. Parliamo della possibilità di condurre una vita autonoma, ricevere un'istruzione inclusiva e di qualità, aumentare l'occupabilità, vedersi garantito il diritto alla salute, l'accesso equo alla giustizia. Parliamo della possibilità di partecipare attivamente ai processi politici e democratici, nonché creare e scambiare cultura.

Il motto dell'UE è «Unita nella diversità» e per questo ci siamo sempre impegnati a promuovere la ricchezza e il pluralismo linguistico. È ora di fare un passo in più: quest'oggi chiediamo all'UE e agli Stati membri di riconoscere le lingue dei segni nazionali e regionali, riconoscere la figura professionale dell'interprete di lingua dei segni e conferire a questa professione una formazione e un inquadramento di qualità.

Helga Stevens, *namens de ECR-Fractie*. – Graag wil ik de Europese Dovenunie, hier aanwezig op de bezoekerstribune, welkom heten. Lange tijd werden gebarentolken beschouwd als helpers van dove mensen. Vaak fungeerde de familie van de dove persoon als tolk, zelfs tijdens officiële aangelegenheden. In veel landen in de EU is dit nog steeds het geval, maar de situatie gaat erop vooruit en vertolking in gebarentaal wordt stilaan gezien als een volwaardig beroep.

Deze gezamenlijke resolutie is gebaseerd op voorgaande resoluties van het Europees Parlement van 1988 en 1998 en de input van doven- en tolkenorganisaties. Ook is het een resultaat van de conferentie die ik op 28 september 2016 organiseerde in Brussel en waar voor de eerste keer alle 24 in de EU gesproken en 31 EU-gebarentalen werden gebruikt. Gebarentolken zijn onmisbaar voor het verzekeren van gelijke deelname van gebarentaalgebruikers. Het handvest van de grondrechten laat niet toe dat er wordt gediscrimineerd op basis van handicap. Dit kunnen we enkel doen door werk te maken van toegankelijkheid en redelijke aanpassingen. Ik verwijs ook naar het VN-Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap, dat zowel de EU als de meeste EU-lidstaten hebben geratificeerd.

Iedereen in dit Parlement weet dat de tolken een veeleisende baan hebben. Dit geldt zeker ook voor de gebarentolken. Daarom verdienen ze een passende en gelijkwaardige verloning voor hun werk. Er is nog steeds een groot tekort aan tolken in alle EU-lidstaten. Gemiddeld is er in de hele EU één gebarentolk beschikbaar voor 160 doven. Maar er zijn grote verschillen tussen de verschillende lidstaten onderling, van één tolk per acht doven tot één per 2 500. Stel je voor. Het voorzien van trainings- en opleidingsmogelijkheden voor toekomstige tolken is een absolute prioriteit.

Binnen de EU-instellingen is er steeds meer vraag naar tolken vanwege dove burgers. Gezien het feit dat er niet voldoende tolken zijn in de lidstaten zou ik graag aan de Commissie willen vragen hoe ze dit probleem zal aanpakken. Zijn er eventueel plannen om gebarentolken in dienst te nemen, rekening houdend met het feit dat gebarentolken ook deel uitmaken van de Internationale Vereniging van conferentietolken (IACI)?

Deze gezamenlijke resolutie, waarover morgen gestemd zal worden, is een belangrijke mijlpaal voor personen met een beperking en in het bijzonder voor dove gebarentaalgebruikers. Het is de eerste keer dat de focus ligt op de gebarentolken als beroepsgroep. Na twintig jaar is het hoog tijd om de volgende stap te zetten en aandacht te besteden aan het professionaliseren van het beroep van gebarentolken en de EU-instellingen moeten hier een voorbeeldrol spelen.

Die Präsidentin. – *(Die Präsidentin spricht ohne Mikrofon.)* … den Versuch gemacht, wie ich Frau Stevens vermittle, dass sie zu Ende kommen muss, denn mit dem Hammer funktioniert das nicht. Aber es hat gut funktioniert. Danke sehr.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, I am very pleased to be a co-signatory to this motion on sign languages and professional sign language interpretation. I applaud the important role of my colleagues, Ádám Kósa and Helga Stevens, in initiating this motion. It is, of course, a follow-on to Helga's very successful event in the Parliament on sign language, where I had the opportunity to meet a number of Irish people from the deaf community.

But tonight, the question is: how can we progress the initiative? One opportunity is the implementation of the United Nations Convention on the Rights of Persons with Disabilities, where the Convention elaborates on the need for reasonable accommodation. But we all know that there can be no reasonable accommodation without the provision of qualified and professional sign language interpreters. For this to happen, we need many things, but, crucially, we need to see official recognition of national and regional sign languages in Member States and in the EU institutions.

I want to acknowledge the campaign that is underway in Ireland to achieve formal recognition of the Irish sign language. In Ireland, approximately 40 000 people use the Irish sign language, 5000 of whom are deaf and 35 000 are family and friends. At national and EU level, we must make the educational system, the health system, the judicial system, the political system and many other public systems as accessible as possible. Speaking of the education system, we must ensure that the deaf, hard of hearing and deaf-blind can access Erasmus.

Marisa Matias, *em nome do Grupo GUE/NGL*. – Senhora Presidente, não posso continuar em língua gestual portuguesa, porque senão ninguém me ia entender hoje aqui. Nós juntamo-nos todos, de todos os grupos políticos, para defender uma questão de direitos humanos. É de salientar o trabalho que tem sido feito e, em particular, da colega Helga Stevens.

Devo dizer que a discriminação é uma das formas mais ativas de política, que a exclusão é uma das formas mais ativas de política. O que estamos aqui a pedir hoje não é nada de muito complicado, é o reconhecimento das línguas gestuais nacionais e regionais, também aqui nas instituições europeias.

É ter intérpretes profissionais e qualificados, que sejam remunerados de forma adequada. Sabemos, Senhora Presidente, que, para ter uma democracia completa, é preciso ter uma situação em que toda a gente pode eleger e ser eleita. Isso não acontece se excluirmos um milhão de cidadãos na Europa, porque nem todos têm acesso à informação, nem todos podem ser da mesma forma.

A única coisa que falta aqui é, verdadeiramente, vontade política, é uma questão de direitos humanos, volto a repetir, portanto, que venha essa vontade política, Senhora Comissária. Não podemos esperar mais.

Terry Reintke, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – (Die Rednerin spricht ohne Mikrofon.)* …. denn um Gebärdensprache zu lernen, hätte ich in der Schule GebärdensprachlehrerInnen gebraucht. Die gab es leider nicht, und die gibt es auch heute immer noch viel zu wenig in der Europäischen Union. Auch GebärdensprachdolmetscherInnen gibt es immer noch viel zu wenig. Für 12 000 taube Menschen in meiner Heimat Nordrhein-Westfalen gibt es gerade einmal 120 GebärdensprachdolmetscherInnen, um ihnen das alltägliche Leben zu ermöglichen. Das ist immer noch viel zu wenig. Denn nur wenn wir flächendeckend gut ausgebildete GebärdensprachdolmetscherInnen zur Verfügung stellen können, können taube Menschen wirklich vollwertig an der Gesellschaft teilnehmen. Hier muss die Europäische Union viel mehr tun, um Druck auf die Mitgliedstaaten auszuüben, damit endlich alle vollwertig an der Gesellschaft teilhaben können.

David Casa (PPE). – Nixtieq nirringrazzja naturalment il-kollegi tiegħi, is-Sur Ádám Kósa u S-Sa Helga Stevens, għal din ir-riżoluzzjoni li għandna quddiemna. Naturalment il-proviżjoni għall-interpreti professjonali għal-lingwa bis-sinjali trid tiġi kkunsidrata sabiex nassiguraw aċċess ugwali għall-impjiegi, l-edukazzjoni u t-taħriġ.

L-iżvilupp u teknoloġija ġdida għal-lingwa tista' tkun ta' benefiċċju għal dawk li jużaw il-lingwa tas-sinjali. Imma dan ma jistax jintlaħaq mingħajr speċjalizzazzjoni fil-lingwa tas-sinjali madwar l-Unjoni Ewropea kollha, u allura nafu li għad fadal ħafna xi jsir fuq il-livell tal-Unjoni Ewropea.

Kif qalet il-Kummissarju, għal soluzzjoni ta' suċċess fit-tul irridu insibu modi li bihom ninvestu min età żgħira fit-tfal tagħna li għandhom diżabilità sabiex narmawhom bis-snajja' neċessarji sabiex ikunu jistgħu jintegraw kompletament fis-soċjetà u fil-livell akkademiku. Dan ma jistax isir mingħajr il-parteċipazzjoni ta' kulħadd fil-preparament tax-xogħol preliminarju li jinkludi sejħa għal aktar nies li jispeċjalizzaw fil-lingwa tas-sinjali, u għal għalliema kompetenti fil-lingwa tas-sinjali u kompetenti ukoll fil-ħiliet neċessarji li jaħdmu b'mod effettiv f'sistemi bilingwali u f'ambjenti inklussivi fl-ambitu edukattiv.

Elena Gentile (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, rendere accessibile il mondo della conoscenza, dell'informazione e del lavoro: questo è un appuntamento non più rinviabile, se è vero come è vero che l'Europa ha, tra le sue finalità, l'abbattimento di ogni barriera che si frapponga alla libertà di ogni persona. Dunque, l'accessibilità è la frontiera dei diritti: accessibilità nei luoghi di vita, di formazione, di lavoro, ma anche negli spazi digitali.

Per raggiungere questo obiettivo è necessario promuovere, per un verso, la diffusione delle nuove tecnologie ma anche garantire l'interpretazione nelle istituzioni, appunto, nei luoghi di cura, di giustizia e di formazione, garantire le figure professionali formate perché il loro sia un lavoro di qualità, non precario, ma riconosciuto soprattutto nella filiera della pubblica amministrazione.

Concludo, dichiarando ovviamente il mio sostegno con un auspicio: augurandomi che le istituzioni europee promuovano l'insegnamento della lingua dei segni nelle scuole di ogni ordine e grado, perché si possa realizzare per davvero una nuova accessibilità sociale.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL). – A Uachtaráin, cuirim an-fháilte roimh an rún tábhachtach seo agus mo bhuíochas le Helga Stevens as ucht é seo a thabhairt chun solais. Tá sé thar a bheith in am dúinn dul chun cinn le haitheantas agus comhionannas a bhaint amach dár gcearta teanga san Eoraip agus inár mBallstáit féin. Cuireann an rún seo na háiseanna ríthábhachtacha atá riachtanach don phobal bodhar san áireamh agus is maith an rud é sin. In Éirinn le déanaí, chuaigh bille tríd an Seanad a thug aitheantas do ISL, an teanga chomharthaíochta atá againn sa bhaile, agus tá sé práinneach aitheantas iomlán a thabhairt do phobal na mbodhar anois.

Comh maith le Coinbhinsiún na Náisiún Aontaithe um Chearta na nDaoine faoi Mhíchumas a dhaingniú in Éirinn, táim ag seasamh go láidir ar son aitheantas do ISL a fháil ó stát na hÉireann. Tá an deis agus an dualgas orainne mar Fheisirí Eorpacha teacht le chéile chun comhoibriú ar son cearta teanga agus comhionannas do gach éinne.

Agus arís, mo mhíle buíochas le Helga as ucht é seo a thabhairt chun solais. Caithfimid, mar a deirim, seasamh i dteannta a chéile chun na cearta seo a aithint.

Romana Tomc (PPE). – Ta pobuda predstavlja zelo pomemben korak pri olajšanju vključevanja gluhih in naglušnih oseb v družbo in na trg dela. Znakovni jezik je osnovna pravica gluhih oseb in je tudi njihov prvi in uradni jezik, zato je zelo pomembno, da imajo možnost, da se v tem jeziku sporazumevajo, tako v družbi kot na delovnem mestu. Menim, da bi moral biti vedno zagotovljen dostop do informacij, komunikacije, izobraževanja in zaposlovanja, kar bi jim seveda omogočalo tudi samostojno življenje.

Države članice so tiste, ki bi morale v svojih ustanovah zagotoviti dostopnost vsega gradiva tudi slušno prizadetim. Ker naj bi bile evropske institucije zgled najboljše prakse menim, da bi znakovni jezik moral postati tudi eden od uradnih jezikov Evropskega parlamenta, tolmači pa bi morali biti na voljo na vseh sejah odborov.

Ob koncu bi rada povedala tudi to, da bom v okviru svojega dela omogočala pripravništvo in stažiranje tudi slušno prizadetim osebam in to svojo odločitev polagam na srce tudi kolegom.

Olga Sehnalová (S&D). – Lidé se sluchovým postižením musí každý den čelit překážkám i při tak běžných činnostech, jako je návštěva lékaře nebo úřadu a mnohým dalším.

Mnoho z těchto bariér by odstranila asistence profesionálního tlumočníka znakového jazyka, kterých je ale ve státech EU akutní nedostatek, např. v ČR jich pracuje pouze necelá stovka. Na jednoho tlumočníka tedy připadá zhruba 140 klientů. I když tuto službu neslyšícím přiznává zákon, v praxi je obtížně dostupná. I když jsou tlumočníci znakových jazyků plně srovnatelní s tlumočníky jakéhokoliv cizího jazyka, řada států jejich profesi neuznává a neexistují ani dostatečné standardy pro jejich formální výuku.

Už zde byla několikrát zmíněna konference na téma znakových jazyků, kterou nedávno uspořádala naše kolegyně Helga Stevensová. Stejně jako jsem ráda podpořila tuto konferenci a pozvala na ni delegaci osob se sluchovým postižením z ČR, tak také plně podporuji tuto rezoluci.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhora Presidente, o acesso à interpretação em língua gestual continua a ser abordado como se de um luxo se tratasse. Tenho muita honra de ter subscrito uma proposta de resolução que defende que, se quisermos garantir condições de integração aos cidadãos europeus portadores de deficiência auditiva, temos de lhes disponibilizar meios de comunicação eficientes.

Antes de mais, cada Estado-Membro deve providenciar para que cada criança com deficiência auditiva possa interagir plenamente com profissionais de educação, desde as mais terras idades, com recurso a intérpretes de língua gestual do seu país, devendo também garantir o acesso à educação bilingue no ensino pré-escolar e na escola.

Mas este dever de conquista de uma maior integração tem igualmente de ter expressão nos serviços públicos. Não se admite que, nos dias de hoje, um deficiente auditivo não possa comunicar com um médico nos serviços de urgência, num hospital público ou com as autoridades e serviços de justiça.

Alerto ainda para a necessidade de minimizarmos a discriminação das pessoas surdas no acesso ao conhecimento especializado, em especial o relativo ao ensino superior ou pós-graduado, que hoje todos sabemos ser essencial para combater o desemprego, pelo que é urgente envidarmos todos os esforços para que as universidades disponham de intérpretes de língua gestual ou de serviços *online* que o providenciem.

Sejamos ambiciosos. Como disse Helen Keller, nunca se pode concordar em rastejar quando se sente ímpeto de voar.

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, I warmly welcome this initiative to promote sign language recognition and the availability of sign language interpretation. While the recognition of sign language has been increased in many Member States recently, across the EU deaf, deaf-blind and hard of hearing citizens still encounter enormous disadvantages in terms of access to information or employment. Only in my country, Romania, more than 23 000 people face difficulties on a daily basis in this regard. Knowing that the ratio of sign language users to sign language interpreters is 160 to 1 on average in Europe, it is clear that Europe needs a lot more qualified and professional sign language interpreters. Improvements in this field should also be accompanied by the promotion and uptake of new emerging technologies in the area of accessibility in order to promote the independent and equal participation of people with disabilities in society.

Marianne Thyssen, *Lid van de Commissie*. – Beste leden van het Europees Parlement, bedankt voor uw debat. Bedankt ook voor uw waardevolle inbreng in de inspanningen die we zeker nog moeten opvoeren om ervoor te zorgen dat er voor dove mensen en hardhorenden sprake is van volledige participatie en echt gelijke kansen.

In mijn inleiding heb ik gewezen op een aantal engagementen van de Europese Unie en van de Europese Commissie, alsook op verbintenissen die we zijn aangegaan, onder meer in het kader van het VN-Verdrag inzake de fundamentele rechten van mensen met een beperking. Ik heb u ook gewezen op een aantal projecten die momenteel gefinancierd worden met Europese fondsen. Mag ik u er ook aan herinneren dat we datzelfde engagement vorm gegeven hebben in ons voorstel voor een Europese toegankelijkheidswet, waarin het er natuurlijk ook op aankomt om mensen met een beperking een veel betere en een volwaardige participatie te bieden in alle aspecten van onze samenleving.

Geachte leden van het Europees Parlement, u hebt een aantal concrete voorstellen gedaan ter verbetering. Ik ben er zeker van dat die morgen ook duidelijk zullen geformuleerd worden in de resolutie die u stemt en u mag erop rekenen dat wij u een gedetailleerde geschreven reactie zullen geven op die voorstellen. Dan zal ik nu de tijd die schaars is deze avond niet langer in beslag nemen. Bedankt voor uw inbreng, bedankt voor uw inspanning en bedankt, mevrouw de Voorzitter.

Die Präsidentin. – Zum Abschluss der Aussprache wurden gemäß Artikel 123 Absatz 2 der Geschäftsordnung zwei Entschließungsanträge eingereicht.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 23. November 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Considérant que les personnes handicapées ont le droit à une vie pleine et entière et aux mêmes loisirs, à la même éducation ou insertion professionnelle que tous, je tiens à réaffirmer mon attachement par cette déclaration à un combat qui affecte de trop nombreuses personnes dans l'UE. Rien qu'en France, la LSF est signée par 100 000 personnes en 2014 et par environ 169 000 personnes dans le monde. Depuis 2008 elle est une option au baccalauréat et les cours en langue des signes se développent partout dans les universités témoignant de la solidarité de tous avec les personnes sourdes.

Ce texte, qui va dans le bon sens, doit permettre la reconnaissance officielle des interprètes en langues des signes, avec notamment l'attribution d'un statut analogue, au sein des institutions européennes, à celui des interprètes des langues parlées. C'est un premier pas vers plus de justice sociale. Le chantier reste vaste pour une intégration réussie des personnes sourdes à tous les niveaux de la société et je ne cesserai de me battre pour garantir ces mêmes droits.

Algirdas Saudargas (PPE), *raštu*. – Gestų kalbos yra oficialios valstybių kalbos, todėl joms turi būti suteiktos tos pačios teisės. Tiek valstybėse narėse, tiek Europos Sąjungos institucijose skiriame per mažai dėmesio informacijos prieinamumo visiems problemai, tai turi keistis. Kalbų įvairovę reikia ne tik toleruoti, bet ir puoselėti, todėl daugiakalbystės skatinimas valstybėse narėse turėtų apimti ir gestų kalbas. Kai kuriose srityse kalbų technologijų vystymas ir naudojimo plėtra padėtų sumažinti žmonių su klausos negalia atskirtį ir padidintų jų prieigą prie informacijos. Būtina užtikrinti, kad Europos Komisijos programose, tokiose kaip „Horizontas 2020“, bei nacionaliniu lygiu būtų skiriamas pakankamas dėmesys kalbų technologijų plėtrai.

19. Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über das Abkommen über den Handel mit Umweltschutzgütern von Bernd Lange und Alessia Maria Mosca im Namen des Ausschussss für internationalen Handel (O-000138/2016 – B8-1811/2016) (2016/2980(RSP)).

Alessia Maria Mosca, *Autrice*. – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, il commercio e l'ambiente sono strettamente collegati. Il rapporto tra i due ambiti, però, non è univoco. Si potrebbe argomentare che l'espansione degli scambi internazionali e la crescita siano una delle cause del riscaldamento globale. È tuttavia necessario riconoscere alla globalizzazione il grande merito di aver favorito la diffusione delle tecnologie a basso impatto ambientale e di migliori standard.

È per questo che riteniamo così importante l'accordo sui beni verdi che si sta negoziando tra 17 parti, tra cui Stati Uniti e Cina, oltre all'Unione europea. I negoziati che, da quanto sappiamo, hanno avuto fasi alterne di rapidità e successo, ma che potrebbero concludersi in dicembre, presentano alcuni elementi di criticità. Abbiamo dunque presentato questa interrogazione con cui chiediamo chiarimenti relativamente alla strategia della Commissione e agli interessi offensivi e difensivi dell'Unione nell'ambito dei beni ambientali.

Alla base della nostra richiesta vi sono due preoccupazioni. La prima, concettuale, riguarda la natura dell'accordo stesso e, in particolare, l'obiettivo di contribuire alla lotta al cambiamento climatico. Temiamo infatti che a causa della mancanza di una definizione di «bene ambientale», l'accordo possa tradire i risultati della conferenza di Parigi. Ci interroghiamo su come la credibilità ambientale dell'accordo possa non essere compromessa dall'inclusione di alcuni prodotti che a fatica si possono classificare tra quelli ad uso ambientale o a maggiore efficienza energetica.

Altrettanto preoccupante è la scelta di non considerare l'impatto della produzione e il potenziale doppio uso degli articoli selezionati. L'aumento delle importazioni da paesi con una regolamentazione meno stringente potrebbe determinare un aumento delle emissioni. Ricordo a questo proposito che quando parliamo di *dumping* non ci riferiamo solo alla dimensione economica ma che pensiamo anche alle conseguenze sociali e ambientali. La liberalizzazione di alcuni prodotti come le biciclette, il cui processo manifatturiero in Europa rispetta i più rigidi standard, potrebbe paradossalmente avere un impatto ecologico negativo. Una tonnellata di CO_2 emessa in un paese con regolamenti meno rigorosi, oltre che parimenti dannosa, è anche più conveniente.

Pensando ad articoli come le tubature, domandiamo alla Commissione come intenda regolarne l'eventuale doppio uso. Un tubo, infatti, potrebbe essere impiegato sia per una centrale per il riciclo delle acque, sia nella costruzione di un oleodotto.

La seconda preoccupazione è di natura economica. L'Europa è leader nell'ambito dei beni ambientali. Consci della crescita ininterrotta del settore e della relativa ricaduta occupazionale, ci chiediamo se gli interessi offensivi europei siano effettivamente riflessi nell'accordo. Oltre ai dazi, infatti, i maggiori ostacoli incontrati dalle nostre aziende sono di natura non tariffaria. Temiamo che una loro esclusione possa pregiudicare i nostri interessi. L'Europa non può permettersi di aumentare la propria esposizione alla concorrenza senza ottenere eguale accesso ai mercati esteri.

Un'altra importante esclusione riguarda i servizi. Ad esempio, la manutenzione e la riparazione di un parco eolico possono raggiungere il 40% del valore totale della vendita: domandiamo pertanto alla Commissione come procedano le trattative per l'inclusione di entrambi questi aspetti.

In conclusione, lo stato attuale dell'ambiente ci impone un'azione concreta contro il cambiamento climatico. Allo stesso tempo, questo accordo potrebbe offrire grandi potenzialità economiche per un settore in forte crescita. Non possiamo perdere l'occasione di dimostrare come il commercio sia anche uno strumento di sviluppo sostenibile e possa quindi contribuire al miglioramento della vita delle persone e del pianeta.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, the Environmental Goods Agreement (EGA) negotiations were launched in July 2014 and are today at a finalisation stage after two years of intense negotiations, comprising 17 rounds of talks involving 44 World Trade Organisation member countries, including the 28 EU Member States.

Building on the strong political momentum that was created by G20 leaders in early September, to redouble efforts to find an agreement by the end of this year, we now have a unique window of opportunity to conclude a deal at the ministerial meeting that is scheduled for 3 and 4 December in Geneva. If we do that, we will send out a very strong signal that trade policy can contribute positively to environmental protection and fight against climate change by eliminating tariffs on a list of environmentally sound products. It is doable, but we still have a lot to work to do. So let me address some of the questions you have posed.

First you ask whether the Commission can ensure that the EU is conducting these negotiations pursuing primarily environmental-protection objectives and not influenced by specific sectoral interests to reduce tariffs on a certain number of goods. Let me reiterate that the key guiding principle of the EGA negotiation is to eliminate tariffs on a list of goods that are environmentally sound and contribute positively to environmental protection and to fighting climate change. In the years of negotiations, EGA members have closely scrutinised all nominated products from the environmental perspective, with a view to removing those that raised doubts. On the EU side, we have supported products crucial for renewable energy generation, products that are energy efficient due to their particular role with regard to the implementation of the Paris agreement and the shared goal of limiting global warming to 2º.

The negotiations also cover imported environmental products to contribute to clean air, soil and water, products that are used for waste management, environmental analysis and monitoring. In this process the negotiators have consulted relevant international organisations such as the United Nations Environmental Programme and the International Renewable Energy Agency and we have, of course, also sought the views of various national environmental agencies, environmental NGOs and industry. Furthermore, customs officials have helped to ensure that the environmental products are clearly defined and can be differentiated from other similar products in the customs nomenclature.

Now, let me clarify too that, while environmental aspects are, of course, key in these negotiations, they are also trade negotiations, and these negotiations will be positive for us, especially for SMEs, which will be able internationally to trade environmentally sound products at less cost and with less burdensome procedures.

The final agreement will need to be environmentally credible, commercially relevant and balanced so that we can have an acceptable deal for all the parties.

Secondly, you asked how the Commission intended to tackle possible market imbalances for those European industries that would continue to face non-tariff barriers when trying to enter foreign markets. Non-tariff barriers and services related to trade in environmental goods do play an important role in the green sector and, on the EU side, we have been vocal on the need to address the market imbalances and to include a work programme to look into this. In the negotiations we, from the EU, strongly advocated a broader agenda but that has not received so much support from other parties. Efforts have now focused on crafting the list of which tariffs will be eliminated, but we have managed to obtain a commitment on a future-oriented agreement that will allow for a work programme, so we can start on non-tariff issues in the future, with a view to identifying non-tariff barriers and also related services in the green sector and consider ways to facilitate trade further.

So that is where we are. I hope very much that we can conclude this in a couple of weeks and I am looking forward to the debate.

Christofer Fjellner, *för PPE-gruppen*. – Fru talman, fru kommissionär! Förkortningar är kontroversiella i handelspolitik har vi lärt oss, oavsett om det är Ceta, TTIP, ISDS. Själv tror jag att ”USA” nog är den mest kontroversiella förkortningen av alla. Men förkortningen EGA – *Environmental Goods Agreement* – borde inte vara kontroversiell. Ett grönt frihandelsavtal som kombinerar frihandel och hållbarhet borde omfattas av alla, men ändå finns det hot mot det. Det finns åtminstone två hot som jag är orolig för. Det ena är den traditionella protektionismen, dvs. alla de som vill bevara de tullar de nu skyddas av. Det gäller oavsett om det är bilindustrier i Europa som inte vill ha sänkta tullar på elbilar eller om det är tågproducenter som inte vill ha sänkta tullar på tåg. Trots att de då och då kommer till mig i min roll i miljöutskottet och berättar att de minsann är miljövänligast i världen och bäst i världen, så gör de allt de kan för att hålla sig borta från listan över miljövänliga produkter i det här sammanhanget. Eller för den delen de 22 medlemsstater som kämpar för att behålla tullar på cyklar, det vill säga det transportmedel som har noll utsläpp. Den typen av protektionism hotar det här avtalet. Men likaså de förment gröna, de som söker efter den perfekta definitionen på vad som är en miljövänlig produkt, någonting som är så tajt att nästan ingenting passerar igenom.

Jag tycker att man borde ha en annan definition. Jag tycker att man borde bestämma sig för att allt som ersätter någonting som vi vet är miljöskadligt borde vi betrakta som grönare. Något som kan substituera kan bli en liten komparativ fördel genom att sänka tullarna för det som bara är lite bättre, så gör vi något bra för miljön.

Jag tror att vi efter Trump och efter våra egna frihandelsförhandlingar med Kanada verkligen behöver framgång. Detta kan vara den framgång vi behöver, men det kräver att vi nu faktiskt vågar satsa på detta i Europa och inte låter förment gröna eller för den delen protektionister sätta käppar i hjulen.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, estas negociaciones nacieron con muy buenas intenciones: promover el comercio de bienes y servicios susceptibles de mejorar el medio ambiente y de luchar contra el cambio climático.

Yo soy consciente de los esfuerzos que ha hecho la Comisión, pero la verdad es que las noticias y las señales que llegan de las últimas rondas son muy preocupantes. Tras dos años y medio de negociaciones no se ha alcanzado un acuerdo sobre qué se entiende por un bien medioambiental, y yo me pregunto cómo es posible que se negocie un acuerdo de bienes medioambientales sin llegar a un acuerdo sobre qué son estos bienes.

La lista de productos se ha ido reduciendo progresivamente. Ahora están en menos de 300. Esta lista, como antes también ha señalado, se limita a bienes y no incluye los servicios. Se trabaja exclusivamente en rebajar las tarifas y no se puede incorporar la supresión de las barreras arancelarias de momento. Y la verdad es que la contribución a la protección del medio ambiente de los bienes incluidos en la lista cada vez está siendo más cuestionada. Yo me pregunto qué puede tener que ver en la mejora del medio ambiente una liberación de aranceles en aspiradoras o en frigoríficos, como está proponiendo alguno de los socios.

La verdad es que tengo la sensación de que las negociaciones han ido abandonando el objetivo loable que perseguían, y que el impacto medioambiental que se persigue conseguir con este acuerdo está quedando reducido cada vez a una expresión más pequeña.

Yo defiendo claramente que nuestra política comercial es un instrumento fundamental para hacer frente a uno de los grandes retos que tenemos, que es combatir el cambio climático; pero la verdad es que se han descafeinado demasiado el objetivo y el alcance del mismo.

Y me gustaría hacerle una pregunta concreta: teniendo en cuenta el resultado electoral en los Estados Unidos y la próxima presidencia del señor Trump, ¿cómo cree que puede afectar al resultado de estas negociaciones, teniendo en cuenta cuál es la posición que defiende el señor Trump respecto al calentamiento global y su poca confianza en poder, de verdad, ser efectivos en la lucha contra el cambio climático?

Hannu Takkula, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, arvoisa komissaari Malmström, hyvät viisi kollegaa, jotka olette vielä tällä iltahetkellä täällä paikalla. Tahdon kiittää komissiota työstä näiden neuvotteluiden aikana, ja näen tämän kysymyksen myös komissiolle myönteisenä.

Laitan nyt lasit, koska ikänäkö alkaa tässä iässä jo vaivata, jotta voin käyttää tämän puolitoista minuuttia ryhmäni puolesta tehokkaasti.

Tämä sopimus voi toimia merkittävänä tekijänä myös Euroopan unionin talouskasvulle. Meillä on Euroopassa korkeaa osaamista ympäristöystävällisissä tuotteissa ja pärjäämme tällä sektorilla myös globaalissa kilpailussa. Toivon, että tätä ei ole unohdettu, siitä huolimatta, että useat teollisuuden alat ajavat vain yhden tuotteen asiaa.

Sen sijaan, että takaamme yksittäisen tuotteen markkinoille pääsyn, meidän tulee ehkäistä markkinaepätasapainot sekä varmistaa tämän sopimuksen pysyminen kehityksen mukana. Tässä tehokas uudelleenarviointilauseke on ehdottoman tärkeä, jotta voimme varmistaa, ettei sopimus vanhene jo parissa vuodessa.

Tämä sopimus voi toimia myös työkaluna globaalien tavoitteiden saavuttamiseksi ja on hyvä osoitus siitä, että kauppa ja ympäristöystävällisyys eivät ole toisiansa poissulkevia tekijöitä. Neuvotteluissa on mukana suuria talouksia ja tämän sopimuksen myötä voimme viedä eteenpäin ympäristöstandardeja globaalilla tasolla. Tätä tavoitetta ei pitäisi sivuuttaa ainoastaan neuvotteluiden nopean päättämisen vuoksi.

Odotan innolla viimeisen neuvottelukierroksen tuloksia ja toivon tuloksen olevan tasapainoinen sekä tarjoavan mahdollisuuksia ympäristöystävälliselle talouskasvulle.

Anne-Marie Mineur, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Voorzitter, mijn collega's Lange en Mosca vragen of de Commissie met deze overeenkomst over milieugoederen wel echt de bescherming van het milieu nastreeft en niet de financiële belangen van bepaalde sectoren. Ze vragen verder of dit verdrag wel in staat is om mogelijke marktverstoring te voorkomen. Dat zijn terechte vragen, maar waarom moeten we deze vragen in dit stadium nog stellen? Deze vragen hadden aan het begin van de hele procedure moeten staan en niet aan het eind. Ze hadden de alfa en omega van deze onderhandelingen moeten zijn.

Een handelsverdrag inzake milieugoederen moet de bescherming van het milieu nastreven. Een handelsverdrag van welke aard dan ook moet zorgen dat de handel tussen twee of meer partijen tot eerlijke handel leidt, in wederzijds voordeel, en niet tot marktverstoringen. Als de commissaris niet kan beloven dat dit verdrag aan de verwachtingen voldoet op die punten, legt ze het dan aan ons voor? Goed, we accepteren op dit moment niet meer zowat elk product en de lijst met milieugoederen is alweer een beetje korter geworden, ze bevat niet meer elk wild idee. Want hoe kwam u er nou bij om asbest op de lijst te zetten? In welke wereld is dat goed voor het milieu? Maar ook dit verdrag is weer een levend verdrag, en dat betekent dat de regels weer gewoon gewijzigd kunnen worden.

De onderhandelingen waren weer hoogst geheim en onttrekken zich ook nu weer aan de openbaarheid en aan controle. Hoe weten we bijvoorbeeld dat biodiesel niet weer gewoon op de lijst komt te staan als we even de andere kant op kijken? Misschien dat u met de huidige momentopname van het verdrag wel de bescherming van het milieu nastreeft, maar wie garandeert ons dat dat zo blijft? Bovendien veroorzaken handelsverdragen per definitie schade aan het milieu. Het doel van vrijhandel is om het comparatieve handelsvoordeel volop …

(De Voorzitter onderbreekt de spreker)

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, at this late hour I would indeed think that many people are interested in these negotiations, and it should be easy to support this. We are trying to show that trade policy can be value-based and that trade policy can make its contribution to the Paris Climate Agreement. It is absolutely unique and something that I think many support. It is good for the environment and it is good also for our green industries. It will not be a perfect agreement – absolutely not – but this is the first time we are trying to do something like this, and we are doing our utmost to ensure that it is environmentally credible and future-oriented.

We have 44 countries – 28 EU and the others – and we need to find a balance. We are trying to learn from past successes and failures and base ourselves on the end-use of products that can be agreed by the members. There is no internationally-accepted definition of green goods. I deplore that, and, of course, it would have been much easier if there was. So we are trying to work ourselves through here, with the involvement of all the countries which are there, to try to establish a common determinator to agree on this.

It is the first attempt ever in the World Trade Organization (WTO) to cut tariffs on products that contribute to environmental protection and climate mitigation. This will, of course, be a living agreement. We will have a review mechanism where we can add new things to the list and also, as I said, we are pushing very hard to add non-tariff barriers (NTBs) and services, the people who provide the services to these environmental agreements.

It is not easy to speculate about the incoming presidential administration in the US. Everybody does that, but nobody really knows. What we do know is that the American current US chair will be at the meeting in Geneva at the beginning of December; we have had confirmation of this. He is very committed to finalising things, and from what we hear this is not something that the President-elect and his administration is opposing either. So we hope very much that we can have the US on board here, and hope also that other big countries, such as China, are willing to grasp this as an historic possibility to break new ground and to do something. It will not be perfect, as I said, but it is a start that we can build upon, and I hope very much for your support on this.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

20. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

21. Schluss der Sitzung

Die Präsidentin. – Ich danke Ihnen allen fürs Ausharren – auch den Dolmetscherinnen und Dolmetschern – und wünsche Ihnen eine gute Nacht.

(Die Sitzung wird um 23.30 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2114

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2016

(C/2024/2114)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 21. bis 24. November 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung . . . 4
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll . . . 4
3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll . . . 4
4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll . . . 4
5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll . . . 4
6. Mittelübertragungen: siehe Protokoll . . . 4
7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (Aussprache) . . . 4
8. Ergebnisse der COP 22 in Marrakesch (Aussprache) . . . 21
9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll . . . 39
10. Abstimmungsstunde . . . 39
    - 10.1. Tagungskalender des Parlaments für 2018 . . . 40
    - 10.2. Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen (B8-1220/2016) (Abstimmung) . . . 40

Inhalt Seite

10.3. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling) (Abstimmung) 41

10.4. Abschluss von Basel III (B8-1226/2016) (Abstimmung) 41

10.5. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (A8-0317/2016 - Ioan Mircea Paşcu) (Abstimmung) 41

10.6. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (A8-0290/2016 - Anna Elżbieta Fotyga) (Abstimmung) 42

10.7. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (B8-1230/2016, B8-1241/2016) (Abstimmung) 42

10.8. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon (B8-1228/2016) (Abstimmung) 42

11. Stimmerklärungen 42

11.1. Tagungskalender des Parlaments für 2018 42

11.2. Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen (B8-1220/2016) 49

11.3. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling) 87

11.4. Abschluss von Basel III (B8-1226/2016) 130

11.5. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (A8-0317/2016 - Ioan Mircea Paşcu) 157

11.6. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (A8-0290/2016 - Anna Elżbieta Fotyga) 197

11.7. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (B8-1230/2016, B8-1241/2016) 238

11.8. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon (B8-1228/2016) 267

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 291

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 291

14. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Aussprache) 291

15. Makrofinanzhilfe für Jordanien (Aussprache) 313

16. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (Aussprache) 323

17. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Aussprache) 338

Inhalt Seite

18. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (Aussprache) 346

19. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (Aussprache) 360

20. Internationale Luftverkehrsabkommen (Aussprache) 371

21. Europäische Energieversorgungssicherheit (Aussprache) 378

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll 386

23. Schluss der Sitzung 386

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2016

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La seduta è aperta alle 9.00)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

4. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

5. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

6. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

7. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Julie Girling, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio concernente la riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici

(COM(2013)0920 - C7-0004/2014 - 2013/0443(COD)) (A8-0249/2015).

Julie Girling, *rapporteur.* – Mr President, I am pleased to take this opportunity to address you on the National Emission Ceilings (NEC) Directive ahead of our final plenary vote this afternoon here in Strasbourg. This proposal represents three years of work for me personally and even longer for many others in the Commission and beyond. I would like to thank the political Group shadow rapporteurs for their close cooperation throughout the work on the proposal, the Commission team for their technical knowledge and irrepressible optimism and the Dutch Presidency for the good spirit in which these difficult negotiations were conducted. On the last day of the Dutch Presidency, 30 June 2016, we reached an agreement on this challenging legislative proposal after five months of tough trilogues and many technical drafting meetings.

The political backdrop has changed dramatically over the past three years, with the issue of air quality moving up the public agenda in an unprecedented way, culminating in the VW scandal and the focus on the issue of real-driving emissions. Perhaps there is also a recognition that we have spent the past decade or more concentrating so much on CO_2 that we have neglected air quality. We have known for some time that Europe needs to take action to clean up its air, and I believe strongly that this vote is a step in the right direction. It is not a perfect solution but it will go a long way to making important health improvements for our citizens.

Air pollution is the number one environmental cause of death in the EU. More than 400 000 of our citizens die prematurely each year and millions more suffer debilitating illness requiring medication and hospitalisation. This has an enormous human and economic cost, with tens of billions of euros in days lost at work and even more spent on healthcare bills, particularly in a country like my own where healthcare costs are met directly through our national system. Air pollution also hits the natural environment through eutrophication and acid deposition. So in December 2013 the Commission published its clean air package the central plank of which was the NEC Directive and the setting of emissions reduction targets in all the Member States for 2030.

This proposal has had a difficult passage through the legislative process. We had the European elections shortly after it was published, a new Commission taking office and a real fight from this House to keep the directive on the table after a suggestion that it might be withdrawn from the work programme. More recently, we have had to contend with the UK referendum on EU membership and securing a deal in the difficult days – for me at least – after the vote to leave.

I still feel strongly, as your rapporteur, that this is a key issue which is best tackled at EU level. Simply put, air pollution does not stop at Member State borders. I strongly believe that better regulation and good air quality are not mutually exclusive and that is why I fought so hard to keep this proposal alive and get it onto the books. There will be some people here who will say that the deal is not ambitious enough and that we should have fought longer and harder for even higher targets. The fact is, however, that this is a negotiation. Each side has its positions and, whilst there is always room for improvement, we have to be cognisant of the political reality and not allow perfection to become the enemy of good.

Parliament's starting position on Annex II was in line with the Commission's impact-assessed proposal, which estimated the emission reduction commitments would result in a 52% health improvement, whereas the Council's figures, set out as part of a general approach, would have resulted in a 48% reduction in premature mortality. In the final, hard-fought agreement the overall level of ambition on Annex II takes us to just under 50%.

Concerning the targets for 2025, the final compromise specifies that Member States may follow a non-linear trajectory if that is economically or technically more efficient, provided that, as from 2025, it converges progressively with the linear trajectory and does not affect any reduction commitment for 2030. In addition, Member States would have to explain the reasons for any deviation from the linear trajectory, as well as the measures necessary to return to it.

On flexibility provisions, Parliament accepted that Member States should be granted some flexibility in achieving the 2030 targets but tightened the wording proposed by the Council to ensure that the provisions were not open to abuse. Parliament accepted that methane be excluded from the scope of the legislation on condition that the Commission confirmed, in accordance with its right of initiative, that it would carry out a review with regard to methane even if it was not specifically in the directive.

This issue should never be about playing to the gallery: it should be about real action for our citizens. As the rapporteur, I am fully supportive of this final text and consider it to be an ambitious, fair and workable agreement for reducing the number of premature deaths attributable to air pollution. It is not a perfect agreement but, as a Brit working in Brussels, I am not sure there is any such thing, ever. Compromise is key to any negotiation and any final agreement. Indeed, having a seat at the table and being able to influence the discussions is a precious thing. So I urge you all to vote in favour of this deal today.

(Applause)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Ms Girling, and her team for their tireless efforts throughout the process, as well as the shadow rapporteurs for their constructive cooperation on this important issue. The result is a major achievement on the biggest environment and health problem facing Europe. It will reduce the health impacts of air pollution, respiratory diseases and premature death by close to 50% by 2030. Citizens across the whole European Union will benefit enormously and these are results that we collectively can be very proud of.

It will also pave the way for ratification of the revised Gothenburg Protocol and for pollution reduction in the Eastern European Caucasus and Central Asian States. It is important not only for the population of all those countries but also in terms of reducing trans-boundary pollution in the European Union.

In any negotiation there are compromises to be made, and discussions on the key points were long and hard, but the final position is an honourable outcome which is ambitious, fair and practical. The level of ambition is high, the flexibilities are limited and their use must be justified, and there must be steady progress towards the 2030 commitments, to ensure full and timely implementation, as well as providing legal certainty to investors in green technology.

All Member States and sectors will need to play their part in the implementation of the directive. It is understandable that where pollution, and therefore health impacts, are highest more effort is needed. We must maximise the use of European Union support as well as synergies with other policies such as those on agriculture, energy and climate. Cost-effective implementation will deliver not only better health but also the economic benefits of cleaner air, such as lower health costs and less absenteeism at work.

The Commission regrets the deletion of methane from the scope of the directive, and we have made clear in our statement that we will continue to monitor these emissions and their effect on ambient air quality and we will take action as appropriate. On ammonia, we regret that the reduction is less than we had initially proposed on the basis of scientific analysis in our impact assessment.

Lastly, we also regret that the co-legislator has departed from the letter and the spirit of the regulation governing the adoption of implementing acts. We have made our concerns clear in a further statement. However, this will not distract attention from the fact that the agreement before us is a major achievement by the three EU institutions working together for the benefit of the public, which I hope you will endorse today. This would enable us to turn our attention to implementation, with the health and wellbeing of our citizens always in mind. I trust that we can rely on your support.

Adam Gierek, *autor projektu opinii Komisji Przemysłu, Badań Naukowych i Energii*. – Czyste, niezatrute powietrze, innowacje ekologiczne, ochrona kapitału naturalnego oraz nowe proekologiczne technologie to nasz cel, jednak rozszerzanie ograniczeń na nietrujące gazy i limitowanie na przykład emisji metanu może zakłócić funkcjonowanie sektora rolnego. Ograniczenia w tym sektorze winny dotyczyć jedynie silnie trującego siarkowodoru i amoniaku, i to na terenach o zwartej zabudowie. Trucizny emitowane do atmosfery działają lokalnie, a ich uśrednianie przez włączanie terytoriów zamorskich, tzw. elastyczność w naliczaniu, to ewidentny przekręt. Istotne staje się aktualizowanie limitów tlenków azotu emitowanych przez silniki Diesla. Niniejszy projekt nie uwzględnia niestety emisji cząstek o wielkości znacznie mniejszej niż dwa i pół mikrometra, nie uwzględnia dioksyn oraz niestety zupełnie pomija szczególnie groźną, występującą w sezonie grzewczym *low level emission*.

Jan Huitema, *Rapporteur voor advies van de Commissie landbouw en plattelandsontwikkeling*. – Allereerst wil ik mijn collega Julie Girling hartelijk bedanken voor haar harde werk en toewijding op dit lastige dossier. Als rapporteur van de Landbouwcommissie ben ik blij dat methaan uit het akkoord is gelaten. Hiermee hebben we dubbele wet- en regelgeving voorkomen. Methaan is een broeikasgas en wordt al gereguleerd via de klimaatdoelstellingen. Bovendien behoudt de agrarische sector hiermee de flexibiliteit om zelf te bepalen hoe het de uitstoot van verschillende broeikasgassen gaat verminderen. Ik wil namelijk voorkomen dat boeren noodgedwongen de koeien op stal moeten houden om methaan af te vangen die koeien uitstoten. Dat is nou net wat de maatschappij niet wil. Daarnaast moeten we ook rekening houden met de biologische sector. Biologisch gehouden dieren stoten gemiddeld meer methaan uit doordat zij een ander samengesteld rantsoen krijgen. Daarentegen kan juist de biologische sector en de gangbare sector een grote bijdrage leveren aan het verminderen van broeikasgassen in de lucht door CO_2 te binden in de bodem via organische stoffen.

Jens Gieseke, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident! Vielen Dank an die Berichterstatterin Julie Girling und die Schattenberichterstatter für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir begrüßen die Einigung mit dem Rat vom 30. Juni 2016 noch unter niederländischer Ratspräsidentschaft. Damit wird zügig eine Verbesserung der Luftqualität in Europa erreicht, und damit bekommen auch die betroffenen Wirtschaftssektoren die nötige Planungs- und Investitionssicherheit.

Die fünf wichtigsten Punkte im Einzelnen: Erstens das Gesundheitsziel: Wir erreichen eine beinahe 50%ige Verbesserung der Gesundheit durch erhebliche Reduzierung von fünf Luftschadstoffen: Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen und Feinstaub. Zweitens – und darauf hat der Kollege Huitema gerade zu Recht hingewiesen: Methan wurde aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Da ist ein berechtigtes Anliegen der Kollegen aus dem Agrarausschuss berücksichtigt worden. Drittens: Die nationalen Emissionsreduktionsziele für Ammoniak konnten auf ein realistisches, das heißt auf ein umsetzbares Niveau festgesetzt werden. Das war ganz bestimmt ein gutes Verhandlungsergebnis. Und viertens: Die Reduktionsziele für Quecksilber wurden hier nicht aufgenommen. Hier ist ein ebenso berechtigtes Anliegen der Kollegen aus dem Industrieausschuss berücksichtigt worden.

Wir sind dem Prinzip „keine Regulierung ohne Folgenabschätzung" treu geblieben. Wir sollten diesem Prinzip auch in Zukunft treu bleiben. Dann machen wir wirklich bessere Gesetze und behaupten dies nicht nur.

Fünftens und letztens: Die Ziele für 2025. Die Mitgliedstaaten können einen nichtlinearen Pfad verfolgen, wenn dies für sie effizienter ist. Entscheidend ist nicht das Erreichen von Zwischenzielen, sondern entscheidend ist das Prinzip der Kosteneffizienz.

Fazit: Insgesamt haben wir ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Wir erreichen schneller eine bessere Luft für Europa. Das ist gut für die Menschen, das ist gut für die Gesundheit der Menschen in Europa. Insofern können wir als Europäische Volkspartei diesem Kompromiss mit Überzeugung zustimmen.

Seb Dance, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, I like to extend my thanks to the rapporteur and the shadow rapporteurs for their excellent cooperation on this very important file. It is important to recognise that, at the beginning of the mandate of this Parliament, the issue of air equality was not perhaps quite uppermost in people's thoughts. It has taken a scandal or two to get us to this situation, most notably, of course, the 'Dieselgate' scandal involving VW.

This is an issue that affects so many of our citizens: 400 000 across the EU are dying prematurely, and in my city – the EU's biggest city, London – 10 000 people are dying every single year from the effects of poor air. 90% of our citizens who live in cities are exposed to dangerously high levels of air pollution. We could be proud of this place and the coordinated action that has taken place at a European level. Throughout the process, it was the European institutions that led the way in terms of ambition. The high initial ambition shown by the Environment Committee is testament to the individual ambitions of the Members who supported the highest targets, and this place can be proud of consistently holding a higher line than that shown by the Member States. Ultimately we had to compromise, but it was the national governments who had consistently shown the least resolve.

At every stage this Parliament, representing 500 million citizens across the European Union, was backed not just by NGOs, scientists and public health campaigns, but also by cities from Berlin to Barcelona, London to Lisbon, Paris to Prague, to Dublin to Dubrovnik, Amsterdam to Aarhus. City mayors have shown us that they want this action to be taken at European level. We now have this deal on the table with Member States; it is not perfect, and it will not eliminate the problem, but it is significant progress and it does show what can be achieved by scaling up overriding competing regional and national interests and acting in the common good. Our task is now to hold governments to account on delivering these targets. We must challenge the old tired but re-emerging competition between industry and the idea that industry and clean air cannot go hand in hand. We must consistently put pressure to target resources into innovation and the development of new technology, and we must never surrender to the divisive rhetoric from those who want to see a race to the bottom between us on environmental standards.

It has perhaps become fashionable in my country to pretend we can insulate ourselves from difficult decisions, to pretend that we can deal with these issues on our own. We cannot. We breathe the same air. I have no idea what Brexit will end up doing to my city and my country, but I do know that the best environmental protections we have have come from this place. If we are to continue to work and to trade with our nearest neighbours in the world's biggest market, we have to abide by its rules. I do not expect them to, but if my government decides to use environmental standards as a bargaining chip, I expect and urge all of us here to stand firm. Let us continue in this place to show the highest resolve.

Jadwiga Wiśniewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Pani Sprawozdawczyni! Czyste powietrze to cel, do którego wszyscy powinniśmy dążyć, ale zbyt ambitne cele spowodują między innymi zwiększenie niskiej emisji i też uderzą bardzo silnie w rolnictwo. Porozumienie zawarte pomiędzy instytucjami w sprawie redukcji niektórych substancji zanieczyszczających oceniam krytycznie z trzech powodów. Po pierwsze, Szanowni Państwo, z przyczyn metodologicznych. Całe negocjacje oparte były o wątpliwą metodologię, która przeliczała redukcję zanieczyszczeń na procentowo określoną poprawę zdrowia – tak jakby poprawa zdrowia zależała tylko i wyłącznie od tego jedynego źródła. Po drugie, oceniam je krytycznie również z przyczyn proceduralnych, ponieważ Parlament postawił sobie za punkt honoru osiągnięcie konkretnego poziomu ochrony zdrowia. Żeby zadowolić Parlament, prezydencja holenderska narzuciła trzem państwom – Polsce, Rumunii i Węgrom – zobowiązania, których tak naprawdę te państwa nie są w stanie spełnić. I trzeci powód – to przyzwoitość. Komisja Europejska jasno określiła, że koszty redukcji w Holandii są kilkakrotnie niższe niż na przykład w Polsce. Jak to zatem ma się do przyzwoitości? Jeżeli zatem prezydencja holenderska chce zadowolić Parlament, mogła to zrobić na swoim przykładzie. Byłoby taniej i przyzwoiciej.

Catherine Bearder, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, air pollution is serious. Doctors and scientists are giving us the evidence and warning European governments of the disastrous effects on us all. It is high time that clean air is seen as an essential human right, as is clean drinking water and enough food for all. Air pollution causes 400 000 premature deaths every year in Europe. Dirty air is particularly damaging to unborn babies. While I am pleased that EU governments have agreed to halve the number of early deaths in Europe from air pollution by 2030, it is clear that we must all work to achieve this – industry, farming, governments and everyone else.

These negotiations were tough, and it has been good to work cross-party. I thank all of us who were working on that. Thankfully, we had Julie Girling, who was that tough negotiator that we really needed, but many Member States were reluctant to agree to the targets and may drag their feet. Just look at my own government in the UK. They know that London is failing on air quality, yet they plough on with expanding Heathrow Airport. Air pollution around the airport is already dangerously above legal levels of nitrogen dioxide, and this will make it worse. For the Conservative Government, air pollution is a trade-off. Chasing economic growth is more important than actually protecting the public's health, or perhaps they think that outside the EU we will not be affected by air at all. That is not acceptable, and as a Liberal Democrat I will continue to fight against the Heathrow expansion and for good quality care for all European citizens.

Kateřina Konečná, *za skupinu GUE/NGL*. – Dovolte mi na úvod poděkovat především paní zpravodajce Julii Girlingové a ostatním stínovým zpravodajům. Myslím, že to nebyla vždy jednoduchá práce, a myslím, že to byla i poměrně časově náročná práce, a přesto si troufnu říci, že ji především paní zpravodajka jako naše vedoucí zvládla a zvládla ji dobře.

Nicméně když si zpětně vzpomenu, jak probíhala celá vyjednávání k této směrnici, je mi tak trochu smutno, neboť je považuji také za promarněnou šanci. Finální text je pouhým stínem původně schváleného ambiciózního znění. Závěr vyjednávání byl negativně ovlivněn dvěma věcmi. V prvé řadě až panickým strachem z nadcházejících předsednictví v Radě a v druhé, promiň Julie, brexitem, který v té době měl pouhých několik málo dní od svého šokujícího zrození. V této atmosféře jsme zbytečně zpanikařili a na finálním výsledku je to znát. Největší problém vidím v tom, že původní text ve znění před trialogy obsahoval právně závazný závazek snížení zdravotní zátěže způsobené lidem znečištěním ovzduší o 52 % ve srovnání s rokem 2005. Současně hlasovaný text však souhlasí s Radou navrženou hodnotou 49,6 %, přitom *red line* měla 50 %.

Za těmito abstraktními čísly se však skrývají konkrétní zmařené lidské životy navíc, čemuž šlo zabránit. A to ani nekomentuji další obrovské ústupky, které jsme Radě naservírovali na stříbrném podnosu. Proto je pro mě velmi těžké se s tímto dokumentem nějak ztotožnit. Ráda bych však svoji řeč ukončila alespoň trochu pozitivně. Každé zlepšení ovzduší je cestou vpřed a pomůže zdraví lidí, a to i za situace, kdy mohlo být větší. Ač tu hodnotu vidím jako velké zklamání, v konečném důsledku toto číslo může znamenat čistější ovzduší, než naši občané dýchají nyní, a to je jistě, byť malé, pozitivum.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all I would like to thank the rapporteur, Ms Girling, for her very good work on striking this deal. Indeed, as a previous colleague said, it was a very interesting and tough negotiation path, but I do think that in the end Ms Girling was very helpful in trying to strike a deal.

However, if you assess the deal we can only be disappointed. Just look at the demands that we had as a Parliament. We wanted higher ambition. We had to give in substantially. We did not want any flexibilities on top of that. The Council and the Member States were asking for more and more flexibilities. We do not have a 2025 target, so it is now only talking about 2030, which is very, very far down the road. Methane is out, so the agriculture sector is off the hook again for cleaning our air. All these things together can only lead to one conclusion and that is that this package is not good enough.

And I think I have to turn now to the Council – to the Dutch Presidency maybe in particular – who did good work in striking this deal. But if you turn to all the Member States, I really have a question. We are discussing air pollution. If there is one thing that is clearly a European competence and that is really cross-border, it is air pollution. If we do something about it, it will lead to jobs, cleaner technologies, cleaner air, better improvements for our citizens, lower costs for health. All these things we can achieve. What we saw at the Member State level was just a purely nationalistic approach; what can I do? I shall pay no mind to my neighbouring countries and only do what I can deliver. That approach really caused the deterioration of this deal, and it is a shame.

I ask the Member States to keep in mind that if you want to fight for Europe, you have to fight for European solidarity on these kind of issues. Otherwise, we are giving away this project, and that is the worst thing we could do.

Piernicola Pedicini, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io voglio ricordare che oggi il 92% della popolazione mondiale vive in luoghi dove i livelli della qualità dell'aria non rispettano i limiti fissati dall'Organizzazione mondiale della Sanità. Ogni anno in Europa muoiono 490 000 persone a causa dello smog o dell'inquinamento in generale nelle nostre città. Questo equivale a un ottavo delle morti totali sul nostro territorio.

Eppure, incredibilmente, nel nuovo testo sui limiti alle emissioni nazionali sono stati indeboliti gli obiettivi di riduzione, rinunciando così a salvare 10 000 persone ogni anno. Dovete anche spiegare perché avete escluso il metano dalla lista dei gas inquinanti, nonostante sia un gas serra 21 volte più dannoso per l'ambiente della CO_2. Questo cambio di direzione dei grandi gruppi va contro il diritto fondamentale alla salute dei cittadini europei, mentre difende i soliti petrolieri, le lobby degli inceneritori, oltre che del settore agricolo.

Spesso dai grandi gruppi si sente dire in quest'aula che noi siamo euroscettici e populisti, ma sono proprio queste azioni che stanno sgretolando l'Unione europea, che oggi più che mai viene rifiutata dai cittadini europei. Sono proprio queste azioni che il popolo detesta.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, la révision de la directive 2001/81/CE répond à une priorité environnementale et de santé publique. Pour autant, la question environnementale ne saurait devenir une chape de plomb pour les États et les acteurs économiques. À cet égard, je regrette la proposition de la rapporteure consistant à renforcer le contrôle de la Commission sur les programmes nationaux et à supprimer le mécanisme permettant la déduction des émissions du secteur maritime international.

En outre, je suis résolument opposée à l'inclusion de l'ammoniac et du méthane dans le champ d'application d'une nouvelle directive. En particulier, je n'accepte pas que le méthane soit visé par la nouvelle directive, quand bien même il ne serait inclus qu'à partir de 2030. Cela pénaliserait le secteur agricole, alors même que d'autres textes européens traitent déjà de ce gaz de façon spécifique. Selon l'avis de la rapporteure, cette question devrait également être traitée au titre de la politique agricole commune.

L'ouverture de nouvelles voies de recours administratif aux citoyens semble répondre à un objectif louable d'information du public. C'est en réalité une brèche de plus dans la souveraineté des États, dont certains, comme la France, sont déjà munis d'un arsenal important de possibilités de recours administratif et judiciaire ouvert aux citoyens.

Pour toutes ces raisons, et en particulier parce que je crois que les programmes de réduction de la pollution atmosphérique doivent rester du ressort des États, je ne saurais soutenir le rapport de M^me^ Girling, que je remercie par ailleurs pour son travail de qualité.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A légszennyezés a fő okozója ökoszisztémánk károsodásának, és amint az előadótól hallottuk, négyszázezer ember idő előtti haláláért felelős Európában. Határokon átívelő kérdésről van szó, így érthető az uniós szintű szabályozás.

A mostani módosítás 2020-ra és '30-ra az egyes szennyezőanyagokra nemzeti kibocsátási határértéket állapít meg. Ez helyes, azonban egy követelményt nem tud teljes mértékben teljesíteni, hogy ezek az értékek reálisak legyenek, és egy ágazatot se sújtsanak erőteljesebben. Itt nem véletlenül hangzott el többször a mezőgazdaság helyzete, az állattenyésztés, az ammóniakibocsátásra vonatkozó szigorú határértékek. Figyelembe kellett volna venni, hogy ez az ágazat '90 óta már elért 30%-os csökkentést. Egyébként Magyarország irányába támasztják a legnagyobb követelményt, 32%-kal kell az ammóniakibocsátást a mezőgazdaságnak 2030-ig csökkentenie.

Ezt annak fényében is kell vizsgálnunk, hogy vajon hogy állunk az egyik legveszélyesebb kibocsátóval, a gépkocsi által okozott szennyezéssel. Úgy tűnik, hogy az autóipar eléri, hogy nyolc éve ismert követelményt nem kell majd teljesítenie, kibújik alóla, és ebben természetesen partnere, együttműködik vele az Európai Bizottság. Ez elfogadhatatlan!

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst mal Julie Girling als Berichterstatterin und allen anderen danken, die geholfen haben, besonders dem Schattenberichterstatter der EVP, Jens Gieseke.

Ich glaube, wir haben ein gutes Ergebnis erzielt, und wir sollten mit großer Mehrheit dafür stimmen. Wir verbessern durch das Ergebnis die Luftqualität. Die Schadstoffe, um die es geht, verursachen unter anderem Lungenkrebs, Herzerkrankungen, und in den europäischen Großstädten – auch in Brüssel, wo wir einen großen Teil unseres Lebens verbringen – wird die Lebenserwartung dadurch, dass wir eine so hohe Luftverschmutzung haben, signifikant verringert. Deswegen müssen diese Schadstoffe herunter.

Das, was jetzt auf dem Tisch liegt, ist auch für die Industrie machbar. Wir haben als EVP nicht im Umweltausschuss den sehr strengen Werten zugestimmt, aber dann im Plenum dem Vorschlag der Kommission. Leider hat der Rat ihn ein bisschen aufgeweicht. Aber das ist jetzt auf jeden Fall machbar.

Ich möchte noch einen Satz zu Ammoniak sagen. Das ist ja ein Schadstoff, der nicht vor allen Dingen aus der Industrie kommt, sondern vor allen Dingen aus der Landwirtschaft, zum Beispiel beim Ausbringen von Gülle. Wenn wir es schaffen, die Gülle gezielter auszubringen – durch neue Technologie –, wenn man das besser macht als bisher, dann können wir die Ammoniakemissionen herunterbringen und damit Gesundheit und Umwelt schützen.

Aber es hat auch einen weiteren Vorteil: Es stinkt dann einfach weniger. Ich glaube, das ist gut für die Akzeptanz der Landwirtschaft. Wir müssen den Landwirten helfen, und auch da gab es zunächst überzogene Vorschläge. Aber wenn es weniger stinkt, dann ist das gut für die Akzeptanz der Landwirtschaft, und wenn die Schadstoffe runtergehen, ist das gut für die Umwelt und die menschliche Gesundheit. Realistisch muss es sein, das haben wir geschafft. Deswegen, glaube ich, haben wir ein gutes Ergebnis. Wir sollten heute Mittag mit großer Mehrheit zustimmen.

Miriam Dalli (S&D). – Nixtieq nibda billi nirringrazzja wkoll lil Julie Girling, li naf li ma kellhiex biċċa xogħol faċli, imma anke lix-Shadow Rapporteur tan-naħa tagħna, tas-Soċjalisti u d-Demokratiċi, lil Seb Dance, li naf li ħadem ħafna proprju fuq din il-leġiżlazzjoni.

Imma tajjeb insostnu illi, wara d-Direttiva Ewropea li qegħdin nitkellmu dwarha llum, hemm regolament li jikkonċerna dritt bażiku ta' kull ċittadin Ewropew: id-dritt li tieħu nifs minn arja nadifa! Dritt, li sfortunatament ilna niħduh *for granted* għal żmien twil wisq issa. It-tniġġis tal-arja, kif diġà smajna, la jaf b'distanza u lanqas jaf bi fruntieri nazzjonali jew fruntieri Ewropej. Hawnhekk għandna *issue* b'konsegwenzi diretti ta' saħħa u konsegwenzi ambjentali għaċ-ċittadini kollha tal-Unjoni Ewropea. Għaldaqstant iva, hemm bżonn ta' azzjoni immedjata.

U filwaqt li huwa pożittiv li t-tniġġis tal-arja qed jingħata aktar prominenza fuq l-aġenda politika, anke minħabba l-implikazzjonijiet serji fuq is-saħħa pubblika, sfortunatament għad għandna ħafna Stati Membri li xorta mhumiex qegħdin jilħqu l-istandards miftiehma. Neħtieġu aktar ambizzjoni biex nindirizzaw l-isfidi preżenti imma, minkejja dan, il-Kunsill jidher li m'għandux l-ambizzjoni meħtieġa.

Ngħid li neħtieġu gvernijiet Ewropej li jaġixxu u jintroduċu limiti fuq l-emissjonijiet biex ir-riżultati jkunu immedjati u reali. Qed nitkellmu fuq is-saħħa taċ-ċittadini tagħna. Għalhekk li l-gvernijiet għandhom jaħdmu aktar. Konformità shiħa hija mistennija mill-Istati Membri kollha. Inoltre, l-ibliet u anke l-lokalitajiet l-aktar esposti għal tniġġis tal-arja għandhom iżidu l-isforzi tagħhom biex jikkontrollaw b'mod effettiv dawn il-problemi u jibqgħu konformi mal-miri tal-emissjonijiet tal-Unjoni Ewropea.

Li niftiehmu dwar l-objettivi sal-2030 huwa l-ewwel pass. Imma hemm bżonn inkomplu naħdmu biex nilħqu l-għanijiet fit-tul. U dan huwa importanti issa aktar minn qatt qabel. L-industrija u s-setturi ekonomiċi kollha għandhom isegwu triq aktar sostenibbli. Wara kollox, huma biss l-ambizzjoni fit-tul u miri ta' tnaqqis fl-emissjonijiet għal tul ta' żmien li jistgħu jassiguraw li d-dritt tagħna għal arja nadifa jkun protett u salvagwardjat sew għalina u anke għall-ġenerazzjonijiet tal-futur.

Mark Demesmaeker (ECR). – Slechte luchtkwaliteit zorgt ervoor dat in de Europese Unie naar schatting 400 000 mensen per jaar vroegtijdig sterven. Dat is onaanvaardbaar. De nieuwe normen waarover we vandaag stemmen moet tot een halvering van dit aantal leiden en het is wel degelijk onze verantwoordelijkheid om de EU-burgers te beschermen tegen gezondheidsrisico's. Zij verwachten dat van ons. Volgens de Eurobarometer is er een grote meerderheid van de Europeanen, 79 procent, die wil dat de Europese Unie daarvoor actie onderneemt. Gezamenlijke Europese afspraken zijn nodig om het dodelijke probleem van luchtvervuiling structureel aan te pakken. Luchtvervuiling kent inderdaad geen grenzen. En dat geldt in de eerste plaats voor dichtbevolkte en geïndustrialiseerde regio's zoals mijn eigen land, zoals Vlaanderen met Nederlandse, Duitse en Franse industriekernen vlakbij. Ongeveer 45 procent van de luchtvervuiling in mijn land komt van onze buurlanden. Het is dus samen verantwoordelijkheid nemen of samen stikken. En meneer Cañete, commissaris, natuurlijk, u heeft gelijk, altijd kan alles beter en het ambitieniveau had ook voor ons wat hoger gemogen, maar collega Girling heeft volgens mij het best mogelijke akkoord bereikt en ik zal het ook voluit steunen. Het is essentieel dat de lidstaten nu effectief werk maken van deze aangescherpte normen. Er is geen tijd te verliezen, aangezien elke verbetering van de luchtkwaliteit meteen een positieve impact heeft op de volksgezondheid. Opnieuw, dat is precies wat de mensen van ons verwachten.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Voorzitter, wij kunnen als mensen heel veel doen om onze eigen gezondheid te verbeteren. Wij kunnen meer bewegen, we kunnen gezond eten, we kunnen besluiten om niet te roken. Eén ding kunnen wij als individu niet en dat is bepalen welke lucht wij inademen. Wij ademen de lucht in die om ons heen is, hier, wij in deze plenaire zaal, en als we in Brussel zijn op de Wetstraat of de rue Belliard. En daarom is de verantwoordelijkheid van overheden ook zo groot. De overheid is de enige die kan bepalen hoe schoon die lucht is. Volksgezondheid is één ding. Economische schade is een tweede. En ik vind het onbegrijpelijk dat de lidstaten zelf onder het kosteneffectieve scenario van de Europese Commissie zijn gaan zitten. Voorzitter, vandaag zal het Europees Milieu Agentschap het jaarlijkse luchtkwaliteitsrapport presenteren en daaruit blijkt weer dat één sector veel en veel te weinig doet om luchtkwaliteit te verbeteren en dat is de landbouwsector. En laat dat nou net de sector zijn die ook vandaag weer uit de wind gehouden wordt. Ammonia-doelen snel omlaag en methaan zelfs helemaal geschrapt. Is vuile lucht, vuile emissies, is die minder schadelijk als die van de landbouw komt? Misschien kan iemand mij hier dat uitleggen waarom die altijd zo speciaal behandeld moet worden. Voorzitter, de lidstaten hebben echt gefaald. Burgers hebben recht op schone lucht en dat wordt hen nu echt onthouden en dat is de reden waarom ik helaas tegen dit akkoord zal moeten stemmen.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che il diritto alla qualità dell'aria sia un diritto fondamentale, come il diritto alla salute. E allora vorrei parlarvi di un caso molto particolare che proviene dalla mia terra, dalla Puglia, in cui si registrano novanta morti all'anno per le sole emissioni dello stabilimento Ilva di Taranto. Ecco, io credo che questo sia uno dei casi che dimostra come l'argomento di cui stiamo parlando oggi sia fondamentale per la salute dei cittadini e delle cittadine ed è la ragione per cui noi non possiamo accettare alcun compromesso al ribasso sul nodo della qualità dell'aria.

Avremmo voluto degli obiettivi intermedi vincolanti per il 2025; purtroppo, credo che il Consiglio da questo punto di vista stia imponendo, appunto, una mediazione al ribasso. Allora, il punto è che occorre davvero che questo Parlamento lanci un messaggio molto, molto chiaro sul tema della qualità dell'aria. Credo che anche su queste questioni si giochi la credibilità di quest'Aula.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident! Wir sind als Grüne nicht ganz zufrieden mit dem Kompromiss, das wissen Sie. Vor allem dass der Schutz der Gesundheit von vielen nicht als das höchste Gut akzeptiert wird, das ärgert uns. Gerade der Rat hat hier einige Veränderungen nach unten hin bewirkt, die wir nicht akzeptieren können. Er ist schon mehrmals gesagt worden: Der Agrarbereich ist im Grunde genommen von den Reduktionszielen fast völlig ausgenommen worden.

Ich kann nicht sagen, dass der ganze Agrarbereich jetzt dahinter steht, wie er heute immer gesagt hat. Im Agrarausschuss gab es durchaus auch andere Meinungen. Wir müssen auf eine andere Form von Landwirtschaft setzen. Herr Huitema, da ist Bio schon besser als Massenproduktion, und dann könnten wir auch die Ziele der Kommission bei dem Punkt erreichen. Was schlecht ist, ist, dass wieder Ausnahmetatbestände und eine gewisse Flexibilität geschaffen wurden, das wird die Umsetzung erschweren.

Es kommt jetzt vor allem auf die Umsetzung an und dann appelliere ich doch mal an die Automobilindustrie, die als größter Teil der Luftverschmutzung seit Jahren dazu beiträgt, dass wir die Reduktionsziele, die wir jetzt schon haben, nicht erreichen. Ich finde es einen Skandal, dass wir nicht härter gegen einen Betrug der Automobilindustrie durchgreifen und das quasi als Kavaliersdelikt bewerten.

Wir müssen verhindern, dass zum Beispiel Diesel-Stinker in Innenstädte kommen und die Luftqualität dort gefährden und damit auch die Gesundheit der Menschen.

John Stuart Agnew (EFDD). – Mr President, Mr Gerbrandy asked why agriculture gets a pass. Agriculture involves natural processes – urination and defecation. Mr Gerbrandy is guilty of the same processes. I challenge him to reduce them. When I was a boy in London we had a big problem called smog. We got rid of it without the help of the EU and without the help of the Green Party. I look at the problem of ammonia on farms and I am interested to see that small farms are going to get a pass, while larger farms are not. By a strange coincidence the larger farms are in the UK. I also wonder about the inspections and the enforcement of all of this. We will do it in the UK to the letter. I wonder if the same can be true of elsewhere in Europe.

I am also concerned about NMVO compounds. Are we going to export an industry here? Are we simply going to import materials that are being produced with these compounds elsewhere?

Finally, nitrous oxide is produced by leguminous plants, yet the European Commission wants farmers to produce more leguminous plants.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρώπη έχει κάνει σημαντικότατα βήματα όσον αφορά τη μείωση της εκπομπής των ατμοσφαιρικών ρύπων και, γενικότερα, την προστασία του περιβάλλοντος. Προς αυτή την κατεύθυνση κινείται και η συγκεκριμένη έκθεση, παρά τις επιμέρους διαφωνίες που μπορεί να έχουμε.

Δυστυχώς, όμως, η μόλυνση του περιβάλλοντος είναι ένα παγκόσμιο πρόβλημα, το οποίο δεν μπορεί να επιλυθεί από την Ευρωπαϊκή Ένωση μόνο, ενώ οι εκπομπές ρύπων και η προσπάθεια μείωσής τους έχουν επιπλοκές που επεκτείνονται σε θέματα πέρα από την οικολογική προσέγγιση και έχουν να κάνουν με την οικονομία, τον ανταγωνισμό των εταιρειών και το πλαίσιο μέσα στο οποίο λειτουργούν οι εταιρείες.

Παραδείγματος χάριν, με τις συμφωνίες ελεύθερου εμπορίου οι εταιρείες που παραμένουν εντός της Ένωσης, όπου και ισχύουν οι πολλοί και σωστοί περιορισμοί σχετικά με την εκπομπή ρύπων, θα βρεθούν να αντιμετωπίζουν εταιρείες με έδρα την Κίνα ή τη νοτιοανατολική Ασία ή ακόμα και τις ΗΠΑ, όπου οι κανονισμοί είναι σαφώς πιο χαλαροί και, κατά συνέπεια, το κόστος παραγωγής μειώνεται. Το αποτέλεσμα είναι ουσιαστικά ότι οι εταιρείες εξαναγκάζονται να μεταναστεύσουν προκαλώντας στην Ένωση κοινωνικά και οικονομικά προβλήματα, αλλά και συνολικά μεγαλύτερη μόλυνση του περιβάλλοντος.

Καταλήγουμε, λοιπόν, στο συμπέρασμα πως οι περιορισμοί στην εκπομπή ρύπων πρέπει να συνοδεύονται και από μια πολιτική οικονομικού προστατευτισμού, καθιστώντας ακριβότερες τις εισαγωγές από χώρες που δεν πληρούν τις ίδιες ακριβώς νομικές προϋποθέσεις σχετικά με την εκπομπή ρύπων. Δυστυχώς, οι συμφωνίες ελεύθερων συναλλαγών κινούνται στην ακριβώς αντίθετη κατεύθυνση.

Τέλος, πρέπει η Ένωση να επανεξετάσει τις σχέσεις που διατηρεί με τρίτες χώρες και να καταστήσει την προστασία του περιβάλλοντος σημαντικό παράγοντα και προαπαιτούμενο για τη συνέχιση των σχέσεων αυτών.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, n'ayons pas peur des mots, la pollution atmosphérique est un tueur de masse silencieux dont on parle très peu mais qui fait pourtant un véritable massacre. J'ai longtemps présidé un réseau de surveillance de la qualité de l'air et je connais bien le sujet.

Rien qu'en France, cette pollution serait responsable de 48 000 décès prématurés par an, soit jusqu'à deux ans d'espérance de vie en moins. Dans certaines zones urbaines, respirer l'air ambiant est aussi dangereux que de fumer dix cigarettes par jour. Nous sommes bien placés pour le savoir, Bruxelles étant l'une des métropoles les plus polluées d'Europe. Il devient donc urgent pour l'Union européenne de protéger ses citoyens contre ce fléau de santé publique.

Je félicite M[me] Girling pour avoir obtenu cet accord malgré les réticences des États membres. L'objectif ambitieux de réduction, d'ici à 2030, de près de 50 % de la mortalité due à la pollution atmosphérique doit nous servir de guide. Cependant, le mieux est souvent l'ennemi du bien et toute la bonne volonté du monde n'aurait pas suffi pour mettre en œuvre ce texte si nous étions restés campés sur des objectifs inatteignables. C'est pourquoi je suis ravie que cet accord comprenne des plafonds nationaux d'émissions plus réalistes, gradués et qui laissent aux États membres une certaine flexibilité dans la manière d'atteindre ces objectifs. Le principe de subsidiarité doit donc s'appliquer.

Enfin, je suis satisfaite que les émissions de méthane ne rentrent finalement pas dans le champ d'application de cette directive parce que ce cadre juridique n'aurait pas été le bon concernant le méthane. Cela n'aurait fait que créer des complications additionnelles pour nos agriculteurs qui n'ont vraiment pas besoin de cela en ce moment.

Christel Schaldemose (S&D). – Hr. formand! Vi kan hverken se eller smage dem, men de er i luften. De er farlige, og det er forurenende stoffer. De fører til mere end 400 000 for tidlige dødsfald om året og hundredtusindvis af alvorlige sygdomme for vores borgere. Og så skader disse stoffer også vores miljø. Men nu gør vi altså noget ved nogen af dem. Vi tager fat i nogle af de allerfarligste stoffer med denne luftpakke. Og vi stiller krav til medlemslandene om, at de skal reducere mængden af forurening i luften. Det er vigtigt for folkesundheden, og det er vigtigt for miljøet. Målet er, at vi i 2030 skal have reduceret de sundhedsskadelige virkninger med 50 %. Med andre ord skal det ikke være 400 000, der dør, men maksimalt 200 000, der dør for tidligt.

Er det ambitiøst nok? Nej! Jeg havde da vældig gerne set, at det var endnu mere ambitiøst. Vi skal havde gjort rigtig meget ved luftforureningen. Men jeg synes også, at det er vigtigt, at vi siger »ja« til denne luftpakke, for den er et vigtigt skridt i den rigtige retning. Det er alvorligt med luftforureningen, og vi bliver nødt til at stille nogle krav til, at medlemslandene begynder at agere.

Så jeg siger med glæde »ja« til luftpakken, men jeg håber også, at Kommissionen vil tage endnu flere initiativer på andre områder, så vi for alvor kan komme al luftforurening til livs.

Beata Gosiewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Czyste powietrze to właściwy cel, wszyscy się z tym zgadzamy. Powinniśmy dążyć do ograniczenia emisji trujących gazów do atmosfery, jednak wysokość norm oraz długość okresu dostosowania do dyrektywy nie może hamować rozwoju rolnictwa i gospodarek krajowych państw członkowskich Unii Europejskiej.

Wszyscy wiemy, że opłacalność w rolnictwie od wielu lat jest bardzo niska, a wiele gałęzi jest wręcz deficytowych. Normy nie mogą zagrażać opłacalności produkcji i zmuszać do jej znacznego ograniczenia. W moim odczuciu ważne jest ustalenie właściwych norm. Wiemy, że każdy z krajów Unii Europejskiej jest na różnym etapie rozwoju i boryka się z różnymi problemami w tym zakresie. Dlatego cel jest właściwy, natomiast samo wykonanie – niekoniecznie trafne.

Frédérique Ries (ALDE). – Monsieur le Président, la pollution de l'air, ce sont des milliers de tonnes de soufre, de méthane, d'azote et de particules fines qui sont rejetés dans l'atmosphère et qui tuent 8 millions de personnes par an (400 000 en Europe seulement). C'est dire l'ampleur du défi qui est le nôtre.

Le verre n'est pas plein, évidemment, mais la directive que nous votons enfin ce midi revoit à la hausse nos ambitions de 2001, fixe de nouveaux plafonds et introduit un nouveau polluant. Un seul, malheureusement. Le Conseil a complètement exclu le méthane, là où le Parlement s'était montré «sensible» aux revendications de nos agriculteurs concernant les émanations des ruminants, qui représentent quand même un quart des émissions de méthane au total.

Je souhaiterais poser deux questions à la Commission à cet égard. Confirmez-vous, Monsieur le Commissaire, que vous prendrez rapidement des mesures pour réduire cette pollution au méthane dans d'autres outils, méthane qui est, par ailleurs, un gaz à effet de serre 23 fois plus réchauffant que le CO_2? Et quid des contrôles et des sanctions aussi contre les États membres qui ne respectaient pas et qui ne respecteraient pas les nouveaux plafonds?

Julia Reid (EFDD). – Mr President, we in UKIP believe in the importance of improving air quality. Elevated levels of – and long-term exposure to – air pollution can lead to severe conditions affecting human health. The respiratory and inflammatory systems are very often affected, and serious illnesses such as asthma, chronic obstructive pulmonary disease (COPD) and cancer are related. Air pollution also causes harm to flora and fauna.

However, UKIP is against further EU legislation, and in this instance we are concerned about the increased administrative burden for industry and governments. Member States should be free to adopt specific measures at national level. With Brexit, we will finally be free to reject EU environmental and climate policies that have been detrimental to our economies. We will be able to autonomously determine our own policy whilst mobilising our own resources in this area. Free from the EU Commission, the UK will provide a reliable and consistent regulatory environment in order to facilitate investment in all affordable energy technologies at the same time as putting the health and interests of our citizens first.

Giovanni La Via (PPE). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, vorrei iniziare il mio intervento ringraziando l'onorevole Girling per l'importante lavoro fatto e per il risultato raggiunto.

Abbiamo ascoltato in quest'aula opinioni diverse. Una cosa però è certa: 400 000 cittadini muoiono ogni anno per effetto dell'inquinamento dell'aria. E qualcosa andava fatto con una politica, un intervento decisamente comunitario. Lo abbiamo fatto e l'accordo probabilmente non è il miglior accordo. Abbiamo ascoltato da parte di alcuni che avrebbero voluto ben altri *target*, ben altri inquinanti inseriti nell'accordo finale. Però un accordo è meglio di un non accordo.

E quando con la collega Girling, nell'ambito del negoziato, ci siamo trovati di fronte alla scelta di dover accettare un accordo al ribasso rispetto alle posizioni del Parlamento, ma un accordo che andava nella direzione giusta, abbiamo scelto l'accordo; abbiamo scelto di avviare un processo, un processo che ridurrà sensibilmente le morti in Europa per la qualità dell'aria, ci porterà ad avere una qualità migliore per i cittadini che vivono in Europa ed è sicuramente un passo nella direzione giusta.

Per questo annunzio che voterò a favore e chiederò a tutti gli altri colleghi di farlo. Non è giusto criticare se poi non ci si muove nella direzione giusta. La critica da sola non produce effetti positivi per i cittadini europei.

Karin Kadenbach (S&D). – Sehr geehrter Herr Kommissar, Herr Präsident! In einem kleinen Mitgliedstaat wie Österreich leiden derzeit 42 000 Kinder im Alter zwischen zwei und sechs Jahren an Asthma.

Wie kann man ihnen und ihren Eltern erklären, dass es mit ca. 2,2 Mrd. EUR Einsatz pro Jahr gelingen könnte, ihr Leiden zu erleichtern? Wie kann man ihnen erklären, dass durch diese Investition auf der anderen Seite ca. 40 Mrd. EUR in Europa frei würden, die wir heute im Gesundheitswesen, in der Umwelt, brauchen, um diesen Schäden, die durch die Luftverschmutzung entstehen, entgegenzuwirken? Wie kann man diesen Menschen erklären, dass sie nicht alleine sind, sondern dass 400 000 Europäerinnen und Europäer pro Jahr vorzeitig sterben, weil wir nicht bereit waren, in der Vergangenheit entsprechende Vorsorge zu treffen und diese Vorsorge auch gründlich zu implementieren und zu überwachen?

Ich glaube, das, was wir heute zu beschließen haben, ist ein wichtiger Schritt, auch wenn er nicht ausreichend ist, um wirklich in allen Bereichen nachhaltig zu wirken. Ich denke hier zum Beispiel, dass wir Methan noch nicht erfassen. Aber ich glaube, ich kann heute getrost nach Hause fahren, diesen Eltern, diesen Kindern sagen: Es ist zwar erst ein erster Schritt, aber es ist ein wesentlicher Schritt. Wir können dazu beitragen, nicht nur hier für Gesundheit, für bessere Umwelt zu sorgen. Wir können auch dazu beitragen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden und dass die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gestärkt wird.

Ich glaube, das müssen wir hinaustragen. Vor allem tut es mir leid, dass es eine Reihe von Mitgliedstaaten gegeben hat, die sich so lange geziert haben und wo ich heute noch den Verdacht habe, dass sie die Implementierung und Kontrolle nicht mit voller Kraft vorantreiben werden. Ich möge mich in dieser Frage täuschen.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor Presidente, señor Comisario, Señorías, en el marco del Convenio de Ginebra tenemos el Protocolo de Gotemburgo, que prevé objetivos específicos para la reducción de las emisiones con efectos contaminantes transfronterizos.

La Directiva que aprobamos hoy actualiza la legislación europea, la modificación que se hizo de este Protocolo en 2012, y marca objetivos nacionales específicos para la reducción de cinco contaminantes. Estos objetivos tienen que fijarse por Estado miembro, porque las condiciones de cada Estado son diferentes. También prevé el control y seguimiento de otros contaminantes y su revisión en 2025, para realizar los ajustes necesarios.

El acuerdo alcanzado por el Consejo es muy positivo y equilibrado para la industria, el transporte y la agricultura. Los objetivos acordados para la reducción de emisiones de amoníaco son realistas y las medidas son muy positivas, y la combinación de ambos va a permitir reducir las emisiones en la agricultura, que en ocasiones pueden tener un fuerte impacto en las zonas urbanas.

Es importante, además, que más adelante, cuando haya datos comparables, se aprueben objetivos de reducción para el mercurio y el monóxido de carbono. Yo quiero felicitar muy especialmente a la ponente, señora Girling, por el resultado obtenido y el esfuerzo que ha hecho en las negociaciones.

Esta nueva Directiva no será la ideal para muchos, pero es un excelente instrumento para reducir la contaminación y sus impactos, especialmente en el ámbito de la salud de los ciudadanos.

Damiano Zoffoli (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a questa proposta va tutto il mio sostegno: l'obiettivo è di ripulire l'aria che respiriamo. Le 400 000 morti premature ogni anno, già più volte ricordate, sono un costo inaccettabile. I 300 miliardi di euro di spese sanitarie per le sole malattie respiratorie croniche sono un costo insostenibile. L'inquinamento atmosferico non si blocca alle frontiere dei singoli Stati con i muri, che non vanno mai bene.

Con questa direttiva si riduce significativamente l'inquinamento in tutta l'Unione europea, con obiettivi realistici e raggiungibili entro il 2030. Avremmo voluto un testo ancora più ambizioso ma considero questo un importante passo in avanti di una strategia più ampia che deve coinvolgere tutti i settori produttivi: industria 4.0, agricoltura verde e una mobilità più sostenibile.

Una politica ambientale intelligente non riduce i posti di lavoro ma ne crea di nuovi e più qualificati. Non si tratta quindi di un punto di arrivo ma di un decisivo contributo a un modello di sviluppo più sostenibile.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Tack, kollega Julie Girling, för din insats i förhandlingarna. Vi är många som hade velat gå längre, men nu så visar sig EU åtminstone från sin bästa sida och på sin styrka. Vi kan bemöta många av de problem som vi ser – att människor blir lidande av förkortad livstid, orsakade dödsfall, astma, allergi och annat som leder inte enbart till ett stort personligt lidande hos många europeiska medborgare utan även till väldigt stora kostnader i våra samhällen, både när det gäller den fysiska infrastrukturen och människors rena hälsa. Jag tror att de som kritiserar Europeiska unionen för att inte leverera till medborgarna bör ta sig en noga titt på grunden till detta och vad det kan komma att göra.

Från mitt parti, Centerpartiet, brukar vi säga att vi vill se ett EU som är vasst på områden där EU bör ha kompetens. Detta är ett område där EU bör ha mer kompetens och mer kraft att kunna lyfta kvaliteten i miljön och också kvaliteten för våra medborgare. Här har EU visat framfötterna, och det vill vi se mer av framöver.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Voorzitter, schone lucht is belangrijk voor de gezondheid van heel veel mensen in Europa. We spreken hier vandaag over het voorstel van de nationale emissieplafonds. Belangrijk voor ons is dat methaan niet langer deel uitmaakt van dit voorstel. Want dan zouden de koeien minder vaak in de wei rondlopen in Europa en ik denk daarbij onder andere aan Oostenrijk en aan Nederland. Koeien horen in de wei. Dat past bij het landschap en dierenwelzijn is daar ook bij gebaat. Voorzitter, nu over ammoniak. In Europa is de uitstoot van ammoniak met 30 procent verminderd sinds 1990. In Nederland is de uitstoot van ammoniak verminderd met 70 procent. De beperking kostte enorme inspanningen van onze boerengezinsbedrijven, die zwaar hebben geleden onder deze extra zware milieumaatregelen en het is daarom ook goed dat zowel het Parlement als de Raad een herzieningsclausule hebben aangenomen op dit compromis. We moeten ook gaan werken aan mestverwerking. Dat levert schone lucht, schoner water en een beter bodemleven op en laten we met elkaar zorgen dat het geld van het EFSI daarvoor gebruikt gaat worden. Tot slot, de gemiddelde luchtkwaliteit in de Europese Unie behoort tot de schoonste van de wereld. Dit resultaat is bereikt dankzij de inspanningen van heel veel mensen in de lidstaten, bedrijven en ondernemers. En daar moeten we in de toekomst mee verder gaan. Laten we ze een kans geven. Laten we niet alleen kijken naar de heilige koe, de auto, maar ook de gewone koe een kans geven. Onze ambities voor schonere lucht mogen best inspanningen kosten, maar het gaat wel om haalbaarheid, betaalbaarheid en uitvoerbaarheid.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Elnök Úr! Én mindenféleképpen néppárti képviselőnek a véleményét szeretném hallani, ugyanis úgy látom, bár jómagam is nagyon egyetértek itt az eddig elhangzottakkal, azért nagyon-nagyon-nagyon elégedett nem lennék. Én kérdezem tőlük, hogy, értem, eddig lehetett most eljutni, na de innentől kezdve nem kéne még ambiciózusabb célok iránt dolgozni már holnaptól kezdve? Például, hogy 2050-ig betiltsuk a fosszilis energiákat?

Annie Schreijer-Pierik (PPE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Dat ben ik helemaal met u eens en daar zijn we volop met elkaar mee aan de slag gegaan. Maar je moet daar dan wel ook iedereen de kans voor geven. Ik heb u net gezegd, als we door willen gaan zoals mijn twee collega's uit Nederland net hebben genoemd, hebben we in Nederland geen enkel boerenbedrijf meer over. Die hebben heel veel inspanningen gedaan. We hebben ook andere mogelijkheden. Dat moeten we ook aanpakken. Als ik kijk, ik houd het nu bij landbouw en bij mestverwerking, dan moet je daar volop op gaan inzetten. Maar we hebben ook gesproken over de autobranche. Die moet ook aan de doelstellingen gaan werken. Met elkaar, iedere sector aan de slag en het bedrijfsleven wil ons volop ondersteunen.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, a má qualidade do ar é responsável por mais de 400 000 mortes prematuras todos os anos na Europa. Cerca de 90% dos europeus que vivem em cidades estão expostos a níveis de poluição atmosférica considerados prejudiciais para a saúde humana. Muitos grupos sociodemográficos vulneráveis são também particularmente afetados.

E, portanto, é preciso agir! Os Estados-Membros terão diversos caminhos para cumprirem as novas metas de redução de dióxido de enxofre, óxidos de azoto e partículas. A dinamização da mobilidade elétrica é uma opção que pode dar um contributo muito relevante, sobretudo nos centros urbanos.

Como membro da comissão de inquérito às emissões do sector automóvel neste Parlamento, posso afirmá-lo com conhecimento acrescido de causa e, Senhor Comissário, nós apreciamos este relatório na sequência da Cimeira de Marraquexe e dos riscos colocados ao cumprimento do acordo Paris pela eleição do novo presidente norte-americano.

O apelo global feito em Marraquexe para que seja possível manter a trajetória de combate ao aquecimento global e ao aumento de emissões é uma boa notícia, mas o fundamental é a ação e esta diretiva, agora alterada, dá um importante contributo para a liderança da União Europeia nesta agenda.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, hvala vam lijepo gospodine povjereniče. Svi smo jutros čuli ovdje da je osnovno odnosno temeljno prava građana pravo na zrak, pravo na vodu, pravo na zdravlje. I nitko to ne dovodi u pitanje. Dakle, udisanje svježeg zraka je ono što se smatra zajamčenim. Ali, istovremeno imamo podatak o 400 tisuća Europljana koji umiru zbog posljedica kakvoće zraka. Čuli smo podatak da se u urbanim sredinama događa situacija da je čak udisanje zraka jednako deset popušenih cigareta. U svakom slučaju to je zastrašujući podatak.

Ja želim ovdje istaknuti jedan primjer grada u Hrvatskoj koji se zove Slavonski Brod, koji se nalazi na granici s drugom državom, Bosnom i Hercegovinom. Maloprije smo rekli da onečišćenje ne poznaje granice. Mi svake godine u *Progress Report*-u za Bosnu i Hercegovinu naglašavamo primjer rafinerije nafte u Bosni i Hercegovini, u Bosanskom Brodu, koji uzrokuje onečišćenje. Imamo primjer da je ta država treća na svijetu po broju umrlih zbog kakvoće zraka. Dakle, 222 građana umre na 100 tisuća stanovnika. Dakle, nema granica, mi u Hrvatskoj patimo od onečišćenja u Bosni i Hercegovini. Stoga je vrijeme za ovo istaknuti i ovdje u Europskom parlamentu.

Ovaj instrument koji smo danas ovdje donijeli je dobar, shvaćam da nisu svi ciljevi postignuti, ali je ambiciozan. Ovaj Parlament uvijek ima veće ciljeve nego što je to moguće postići, ali u svakom slučaju dobar je put za rješenje problema do 2030. godine.

Procedura «catch-the-eye»

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, grija față de mediu trebuie să fie permanentă, deoarece poate contribui la reducerea costurilor legate de sănătate și salvează vieți. Sunt o susținătoare a îmbunătățirii calității mediului. Totuși, cred că orice măsură pe care o luăm în acest sens trebuie să țină cont de realitatea de pe teren, de corelarea țintelor propuse pentru emisii și PIB-ul țării respective, de posibilitățile de investiție și de retehnologizare, de ritmul cercetării în domeniu.

De aceea, nu sunt de acord cu ce au spus colegii, că este prea multă flexibilitate în acest raport. Eu reclam că nu este suficientă flexibilitate, și am să și motivez de ce: de exemplu, pentru dioxidul de sulf, la țara mea s-a pus o țintă de 77 % procent de reducere, iar la Olanda 28 %. Știu că Olanda „iubește" România foarte mult, a mai avut probleme și cu intrarea în zona Schengen. S-a spus aici că 400 000 de oameni mor anual, dar câți oameni mor de sărăcie? Câți oameni mor pentru că nu pot să învețe, să urmeze o educație, sau din cauza condițiilor de viață?

Deci trebuie să ne gândim economic, să nu spulberăm locuri de muncă. Și aș vota acest raport dacă domnul comisar promite că îl convinge pe domnul Juncker ca acel fond strategic de investiții să fie dat și pe criteriu geografic, ca să putem să scoatem din sărăcie zonele care acum au condiții de viață precare.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι δράσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη μείωση της ατμοσφαιρικής ρύπανσης είναι σημαντικές. Όμως, κύριε Cañete, θα σας αναφέρω ξανά το πρόβλημα που υπάρχει στην Ελλάδα, δηλαδή, το πρόβλημα της αιθαλομίχλης που έχει αναπτυχθεί τα τελευταία χρόνια. Και το πρόβλημα αυτό έχει προκύψει διότι ο φτωχοποιημένος από τα μνημόνια ελληνικός λαός, προκειμένου να ζεσταθεί, χρησιμοποιεί ακατάλληλες ύλες για θέρμανση. Και γιατί το κάνει αυτό; Διότι το μνημόνιο έχει αυξήσει τον συντελεστή ειδικού φόρου κατανάλωσης για το πετρέλαιο θέρμανσης, όπως και τον ΦΠΑ για το πετρέλαιο θέρμανσης, το ηλεκτρικό ρεύμα και το φυσικό αέριο.

Το αποτέλεσμα είναι η αύξηση των αιωρούμενων σωματιδίων και η επιδείνωση της δημόσιας υγείας. Όπως δέχτηκε ο κύριος Moscovici, απαντώντας σε ερώτησή μου, 11.000 πρόωροι θάνατοι ετησίως οφείλονται σε αυτή την αιτία.

Ζήτησα λοιπόν να μειωθεί ο ειδικός φόρος κατανάλωσης για το πετρέλαιο θέρμανσης. Η απάντηση του κυρίου Moscovici ήταν: «δεν μπορεί να γίνει αυτό, διότι η Ελλάδα πρέπει να εκπληρώσει τους στόχους της από το μνημόνιο». Τελικά, πρέπει να υπάρξει προστασία της δημόσιας υγείας των Ελλήνων πολιτών ή θα πρέπει να συγκεντρώνονται τεράστια ποσά από τους φόρους, προκειμένου να πληρωθούν τα πρωτογενή πλεονάσματα και οι δανειστές; Απαντήστε μας σε αυτό, κύριε Cañete.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, godinama smo, rekao bih desetljećima, vodili bitku u Istri u pogledu onečišćenja zraka koje je termoelektrana Plomin činila na području Labinštine i naravno puno šire. Čisti zrak je danas ljudsko pravo. Ta bitka koja je dobivena nije bila jednostavna. Vjerujem da smo dobili i bitku protiv onoga što se htjelo učiniti, a to je sljedeća, još jedna termoelektrana, na ugljen naravno. I tu je glavni problem. Međutim, danas imamo problem u drugom dijelu Hrvatske. Na istoku Hrvatske, Slavonski Brod je jedan od onih gradova koji trpe ogromno onečišćenje zraka i to prekogranično iz Bosne i Hercegovine.

Zato pozivam ovu Komisiju da dobro razmisli kako uključiti i prekogranična onečišćenja zraka iz zemalja koje nisu članice Europske unije, ali su kandidatkinje i žele ući u Europsku uniju. I s njima trebamo ozbiljno povesti razgovor o prekograničnom onečišćenju zraka.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, this is an extremely important topic, because people dying from pollution – and particularly air pollution – is something that is seen across the world. Last week, I had the privilege of being in Marrakech with Commissioner Arias Cañete, among others, and the Chinese in particular were telling us about the efforts they are making to try and combat air pollution in their cities. Last year, I was honoured to represent Parliament in Vietnam. It was obvious there, again, that air pollution is a big problem. In our own countries, we have similar problems in many places, and, indeed, one of the things that our government did a number of years ago, under the then Minister for Health, Micheál Martin, was to ban smoking in public areas. It transformed the air quality in restaurants and bars, etc., so I think we have to do everything to ensure that the quality of air that people have is second-to-none, because otherwise people will continue to die.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'accordo raggiunto con il Consiglio sulla riduzione delle emissioni nazionali di alcuni inquinanti atmosferici consentirà di dimezzare entro il 2030 le morti premature da inquinamento tossico. Attualmente sono più di 400 000 all'anno solo in Europa. Ma i limiti individuati dalla direttiva sono ben lontani dalle raccomandazioni fatte dall'Organizzazione mondiale della Sanità, che il Parlamento ha cercato di difendere in ogni modo nella fase di trilogo.

L'atteggiamento miope di alcuni Stati membri si tradurrà in circa 10 000 morti premature supplementari ogni anno. Poco soddisfacenti anche i criteri di flessibilità introdotti, che renderanno i limiti più difficili da applicare. L'autorizzazione concessa agli Stati membri di regolare le emissioni in base alle temperature stagionali oppure di compensare la riduzione delle emissioni di un settore con quelle maggiori prodotte in un altro settore, destano non poche perplessità.

La speranza è che gli Stati membri modifichino l'atteggiamento miope che hanno fatto registrare durante i negoziati. Respirare aria pulita è un diritto dei cittadini e l'Unione europea deve alzare l'asticella dell'ambizione. Lo dobbiamo fare per noi stessi e per le nuove generazioni.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! Wir haben jetzt ganz viel gehört, dass es ganz wichtig ist, die Luftreinhaltung zu verstärken, weil wir viele gesundheitliche Probleme durch Luftverschmutzung haben – durch verschiedene Partikel, die die Menschen krank machen können.

Das ist sicherlich richtig und darum gut, dass wir uns damit beschäftigt haben. Ich muss sagen, ich danke ganz herzlich Julie Girling für den Kompromiss, den sie ausgehandelt hat. Es ist nicht ganz das, was das Parlament wollte. Aber ich glaube, es ist genau der richtige Kompromiss, den wir brauchen, um mit der Reinhaltung der Luft im Interesse der Bürgerinnen und Bürger voranzukommen und um gleichzeitig eben auch ausgewogen vorzugehen.

Ich möchte etwas zu Methan sagen. Es wurde bedauert, dass Methan jetzt hier herausgenommen ist. Ich halte es aber für richtig. Ich bin auch dafür, dass wir uns mit Methan befassen. Wir reden gleich über Marrakesch und COP 22, da gehört Methan hin. Es ist ein Treibhausgas, und wir müssen unbedingt sehen, wie wir das im Interesse des Klimas und der Ozeane und Meere – für die ich immer streite – eindämmen können. Aber es ist nicht giftig für die menschliche Gesundhei. Darum ist es meines Erachtens in Ordnung, dass wir das jetzt hier in dieser Gesetzgebung nicht drin haben. Aber vielen Dank noch einmal an alle, die daran gearbeitet haben.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission.* – Mr President, I would like to thank you all for your pertinent and constructive comments. I am encouraged by the broad support for the agreement that has been reached. It is close to the original Commission proposal in terms of ambition and, given the difficulty of the negotiation, is in my view a good compromise between various positions.

I know that concerns remain on flexibilities and on interim checks on the trajectory to 2030. However, the additional flexibilities are tightly constrained and we will monitor their application closely. Likewise, for the interim trajectory there is now a robust management framework in place to ensure that Member States are on track to meet their commitments. The Commission will evaluate the national programmes, including the credibility of the reduction pathways, and those evaluations will be made public.

I have listened to and note the concerns of some about the level of effort required in particular Member States, but those are the very Member States whose citizens will benefit the most from implementation of the measures. They are the Member States that have the greatest problems in complying with ambient air quality standards and they are the Member States that will save most in terms of health and other economic benefits. We will work with non-Member States to maximise their support, including from European Union financing and from synergies with, for instance, EU climate and energy policies for the successful and cost-effective implementation of the directive.

On the review of methane emissions, the Commission has made a declaration because it considers that there is a strong air-quality case for keeping the development of methane emissions in the Member States under review in order to reduce the ozone concentrations in the EU and to promote methane reductions internationally.

The Commission confirms that, on the basis of the reported national emissions, it intends to assess further the impact of methane emissions on achieving the objectives set out in Article 1(2) of the NEC Directive; it will consider measures for reducing those emissions and, where appropriate, will submit a legislative proposal for that purpose. In its assessment the Commission will take into account a number of ongoing studies in this field, due to be finalised in 2017, as well as further international developments in this area.

I would like to close by again thanking the rapporteur and shadow rapporteurs for making possible this major step forward in air pollution control.

Declaration by the Commission on the procedure for adoption of implementing acts

The Commission underlines that it is contrary to the letter and to the spirit of regulation 182/2011 (OJ L 55 of 28.2.2011, p. 13) to invoke Article 5§4, subparagraph 2, point b) in a systematic manner. Recourse to this provision must respond to a specific need to depart from the rule of principle which is that the Commission may adopt a draft implementing act when no opinion is delivered. Given that it is an exception to the general rule established in Article 5§4 recourse to subparagraph 2, point b), cannot be simply seen as a 'discretionary power' of the Legislator, but must be interpreted in a restrictive manner and thus must be justified.

Julie Girling, *rapporteur.* – Mr President, thank you to all the colleagues who have spoken this morning. Their contributions reflect the divisions in this House over the ambition levels, and particularly the removal of methane and the effects on agriculture. In fact, agriculture has taken quite a prominent position in this debate, so I would particularly like to mention to Mr Häusling that, whilst he extols the virtue of organic farming, you will search in vain through his organic regulation proposals, currently in trilogue, for any reference to agricultural standards on air quality, whereas the NEC proposal contains an extensive annex referencing farming practices. This is a lost opportunity I think.

Also, to those Polish members who criticise this directive: they have spoken about unfairness to agriculture, while rather ignoring the elephant in the room. In 2013, a survey by the Environmental Agency of air quality in 386 cities found that Krakow had the third most polluted air in Europe, predominantly as a result of 30 000 coal-fired boilers, with a further 150 000 in the wider Malopolska area. Dealing with this would improve their citizens' health massively without affecting their agriculture at all. The solution, as ever, lies in their own hands.

I would particularly like to acknowledge the support of those colleagues, led by the majority of the shadow rapporteurs, who see the agreement as a hard-fought compromise that is not perfect but are accepting it and encouraging a vote for it. I would like to urge those colleagues who will indulge themselves in a vote against – under the cover of the majority who, they know, propose to compromise – to think again and to give us, later today, as wide and as big a majority across the House as we can achieve.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Jaarlijks overlijden er in Europa bijna een half miljoen mensen aan de gevolgen van luchtvervuiling. De huidige Europese normen voor luchtkwaliteit zijn veel te slap om de gezondheid van mensen te kunnen beschermen. Europa zou de richtlijnen van de Wereldgezondheidsorganisatie moeten overnemen, waarin veel hogere eisen worden gesteld aan fijnstof, ozon, stikstofdioxide en zwaveldioxide. Maar in plaats daarvan presenteert zij een sterke afzwakking van de huidige zwakke normen voor luchtkwaliteit.

De Partij voor de Dieren vindt dit voorstel beschamend en onacceptabel. Vergeleken met de huidige richtlijnen zal dit voorstel zelfs tot 10 000 extra doden per jaar lijden. Onder druk van de landbouwsector is de uitstoot van het broeikasgas methaan uit het voorstel verdwenen en worden de normen voor ammoniak verlaagd. Terwijl deze stoffen een gigantisch aandeel hebben in de vervuiling van onze lucht en er ook voor zorgen dat mensen ernstige gezondheidsklachten oplopen of vroegtijdig overlijden. Europa laat haar inwoners stikken en daar doet de Partij voor de Dieren niet aan mee.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen*. – Arvoisa puhemies, olen tyytyväinen, että direktiivistä päästiin sopuun. Ilmanlaatu on monessa jäsenmaassa edelleen hyvin vaikea ongelma, joka vaatii ratkaisuja. Ei tarvitse kuin vilkaista komission listausta ympäristölainsäädännön rikkomisesta, niin huomaa, että jäsenmailla on vaikeuksia noudattaa edes voimassa olevaa lainsäädäntöä. Tämä ei johdu siitä, että lainsäädäntömme on liian tiukkaa vaan siitä, että puhtaan ilman puutetta ei oteta tarpeeksi vakavasti! Ilman epäpuhtaudet aiheuttavat EU:ssa enemmän kuolemantapauksia kuin mikään muu ympäristöongelma. Toivon, että jatkamme sääntelyä ja pyrimme jatkossa entistä kunnianhimoisempaan tasoon. Kaikilla on oikeus puhtaaseen ilmaan ja meillä on velvollisuus varmistaa, että tämä oikeus toteutuu.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Vítám dohodu ohledně snížení národních emisí některých látek znečišťujících ovzduší, přestože výsledný kompromis zaostává za ambicemi Evropského parlamentu. Celkově má do roku 2030 dojít ke snížení emisí po přepočtu na zdravotní dopady o 49,6 %, což je nepochybně zlepšení oproti současnému stavu. Navržené redukční cíle byly neformálně dohodnuty během nizozemského předsednictví v Radě EU. Souhlasila s nimi i Česká republika, která návrh v současném znění podporuje a která v rámci Národního programu snižování emisí již přijala přísnější redukční závazky do roku 2020, než jaké obsahuje text směrnice. Je rovněž v souladu se schválenou rámcovou pozicí ČR a bude mít pozitivní dopady na kvalitu ovzduší jak v důsledku opatření přijatých v ČR, tak i následkem nižšího přeshraničního přenosu znečištění.

Chci také zdůraznit, že navržené redukční cíle jsou přijatelné a splnitelné, aniž by znamenaly neúnosnou zátěž pro hospodářství. Je potřeba uvědomit si, že znečištění ovzduší nemá negativní vliv jen na zdraví a životní prostředí, ale že způsobuje rovněž externí náklady v rozmezí 330–400 miliard EUR, včetně přímých hospodářských škod ve výši 15 miliard EUR (absence v zaměstnání vlivem zdravotních potíží), 4 miliard EUR (náklady na zdravotní péči), 3 miliardy EUR (ztráty výnosů zemědělských plodin) a 1 miliardy EUR v důsledku poškození budov.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, изминаха три години от публикуването на законодателния пакет за чист въздух, време на продължителни, но важни обсъждания и търсене на приемливи решения за по-чист и здравословен въздух в нашите градове и села. Подкрепям постигнатия със Съвета компромис за новата директива, която поставя амбициозни цели за намаляване на замърсяването на въздуха в периода до 2030 г.

Напоследък вниманието беше концентрирано върху парниковите емисии, а това доведе до спадане на темповете за ограничаване на другите замърсители, които имат сериозно влияние върху човешкото здраве и околната среда. Например разрастването на дизеловите автомобили заради по-ниските CO_2-изхвърляния доведе до увеличаване на вредните азотни окиси от тях. Почти 400 000 души в ЕС умират преждевременно от замърсен въздух, а други 40 млн. души дишат прахови частици далеч над нормите. Новото законодателство трябва да възстанови доверието в намаляването на вредните емисии със своята амбициозност на целите и здравите механизми за контрол.

Приветствам съществената гъвкавост, която се дава на държавите членки да постигнат техните индивидуални цели, поставени в директивата, защото така ще бъдат намерени най-ефективните и целесъобразни мерки за справяне с проблема. Особено ценно в директивата е загрижеността към селското стопанство и отчитането на неговата специфика за реагиране, макар от сектора да идват повечето от емисиите на амоняк и метан.

8. Ergebnisse der COP 22 in Marrakesch (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione sulla dichiarazione del Consiglio e della Commissione sull'esito della COP22 a Marrakech (2016/2995(RSP)).

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Mr President, honourable Members, one year after the Paris Agreement, the conference in Marrakech last week clearly marked a new phase in global climate governance. At the outset, let me highlight that the European Union has shown its strong commitment to climate action by ratifying the Paris Agreement on 5 October 2016. Following the consent given by Parliament, the ratification of the Agreement by the EU, together with seven Member States, triggered its entry into force on 4 November 2016 and confirmed the key role of the European Union in the multilateral process. This was clearly recognised in Marrakech.

Overall, 112 parties ratified the Paris Agreement by 18 November. The European Union can be satisfied with the result of the Marrakech Conference. We witnessed the unprecedented quick entry into force of the Paris Agreement, the progress made on the development of its rules and the major demonstration of activities by non-state actors. This all confirmed the determination of the international community to continue moving forward, with a transition towards a low emission and climate-resilient future.

The European Union's main objective at the Marrakech Conference was to put on track the swift preparation for the effective and comprehensive implementation of all the elements of the Paris Agreement.

Marrakech demonstrated progress and enabled action in the following areas: First, the subsidiary bodies outlined the work to establish the Paris rulebook, including the progress on the features of nationally determined contributions, the Transparency Framework, the Adaptation Mechanism and the Adaptation Registry.

Other elements to be mentioned are the global stock take, the Sustainable Development Mechanism concerning markets, non-market approaches and the compliance mechanism. The COP also mandated the current and incoming presidencies to start preparations for the 2018 facilitative dialogues. Secondly, progress was made on enhancing action and transparency before 2020, including on the predictability of climate finance flows to developing countries; on loss and damage, namely the review of the Warsaw International Mechanism; on technology development and transfer, capacity-building mechanisms, methodological issues, response measures, as well as on measures concerning gender and indigenous peoples.

Thirdly, the Global Climate Action Agenda was another key part of Marrakech. The Action Agenda builds on the growing momentum from stakeholders to mobilise global action in the water sector and in the areas of oceans, disaster risk reduction, agriculture, forestry, transport, energy and human settlements. All these initiatives by non-state actors support the Convention and the aims of the Paris Agreement.

Amongst many other issues, I would like to highlight the second round of the multilateral assessment process, which took place in Marrakech. Nineteen EU Member States and the European Union successfully completed the process of reviewing the progress made in the implementation of emission reductions and removals related to their quantified economy-wide emission reduction targets. The remaining Member States will follow next year.

And finally, the conference made a high-level political statement, the Marrakech Action Proclamation, which reflects the continuous political commitment towards the implementation of the Paris Agreement and reaffirms the willingness of all participants to fight against climate change and to support sustainable development.

Miguel Arias Cañete, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Minister, it is a pleasure to be here today, having just returned from the COP22 in Marrakech, where almost 200 countries met against the background of the early ratification and entry into force of the Paris Agreement.

First, I want to thank the European Parliament's delegation to COP for their very strong support throughout the conference. This enabled the European Union to stay unified as we forge ahead on global climate action. I also want to take this opportunity, in the presence of the Minister, to thank the Slovak Presidency for the close cooperation, both in the preparations and during the COP22. I will also stress again my appreciation for Parliament's role in ensuring the early ratification of the Agreement, which enabled the Marrakech Conference to convene the first ever meeting of the parties to the Paris Agreement.

COP22 lived up to expectations as an action and implementation COP. It is true that, in the light of the United States election results, we face political challenges and uncertainties ahead, but the message from Marrakech was nevertheless clear: we will stand by Paris; we will defend Paris; and we will implement Paris.

The Marrakech Action Proclamation reflects the spirit of COP22. It is a statement of global unity, confirming that the parties remain committed to climate action post-Paris and the transition to a global low-carbon economy. Important progress was also achieved under the Paris Work Programme. The parties agreed a clear way forward to ensure that the rule book will be ready by 2018, and advanced on key elements to guide the implementation of the Agreement, including transparency and the five-year ambition cycle.

Solidarity with our international partners is critical if we wish to maintain global momentum on climate action, and the parties welcomed the adoption of the 2020 climate finance roadmap as progress towards the goal of mobilising USD 100 million by 2020.

Member States have also shown their commitment to supporting the most vulnerable countries in dealing with the impacts of climate change. Several European Union Member States announced that new contributions to the adaptation fund, which now stands at USD 81 million, directly supporting developing countries in their efforts to cope with the effects of climate change. In addition, the parties also showed a continued commitment to capacity building and the Warsaw International Mechanism for Loss and Damage. A decision was adopted on the review of the Mechanism, which will result in increasing its potential and effectiveness and confirming the shared commitment of parties to address the concerns of the most vulnerable countries.

On the Action Agenda, COP22 included an impressive range of high-level side-events. This enabled countries, states, regions, cities, the private sector and NGOs to come together under the Global Climate Action Agenda to showcase inspiring climate action initiatives to reduce emissions, transition to a low-carbon economy and support our partners in the mitigation and adaptation efforts. Besides several other major actions, COP22 saw the launch of the international NDC partnership. We will support developing countries in the implementation of the nationally determined contributions to the Paris Agreement.

The European Union played an instrumental role in achieving the Marrakech outcomes, and there was regular effective coordination with Member States, no red lines were crossed and all politically sensitive options were considered carefully and collectively. The European Union Member States negotiated with flexibility, and their commitment to delivering a positive outcome in Marrakech was very clear.

The European Union also demonstrated its determination to making significant efforts to scale up support to climate relevant action. In 2015, the European Union and its Member States provided EUR 17.6 billion to help developing countries tackle climate change. Moreover, the European External Investment Plan expected to trigger public and private investment of up to EUR 44 billion in Africa and the European Union's neighbourhood area had a very positive reception by our international partners. The High Ambition Coalition – the alliance of developed and developing countries that made possible the Paris Agreement – also convened during COP22. The meeting helped to define our joint negotiation strategy during the COP, as well as to exchange views on the potential impact of the outcome of the United States elections on the United Nation negotiation process. What is clear is that, given the current uncertainties, the High Ambition Coalition has a renewed sense of purpose as we move ahead with the implementation of the Paris Agreement.

Now that we have returned from Marrakech, the hard work does not stop. In the current uncertain geopolitical setting the European Union must, more than ever, remain steady on its course to a low-carbon, energy-efficient future. Marrakech showed us we are not alone. The momentum keeps growing in many of our G20 partners, including China, that are more determined than ever. We have good scope for scaling up international collaboration in terms of bilateral policy dialogues and sharing experiences. I will do the necessary to deliver on this.

I will also work closely with the German G20 Presidency to make sure we exploit the positive opening under the G20 to follow up on the Paris implementation. In addition to strengthening our strategic partnerships, we must continue to demonstrate to the world our commitment to climate action by implementing our NDC. Our proposals on the 23rd legislative framework, including the European Union ETS and LLUCF, are now on the table, and I look forward to working with the Parliament in the months ahead to ensure strict progress on this package.

Implementing the Paris Agreement is an unprecedented opportunity to modernise our economy and create jobs and growth. It is a central element in achieving broad and sustainable development goals as well as the European Union priorities on investment, competitiveness, circular economy research, innovation and energy transition. Therefore, we will also shortly come forward with a package under the title Smart and Clean Energy for all Europeans – a package of proposals which will put energy efficiency first, will reinvigorate our global leadership in renewables and deliver a fair deal for European consumers and citizens, as well as business and industry. Together with existing proposals on the table, this package will ensure a comprehensive and coherent climate and energy policy framework up to 2030. It will deliver on our contribution to the Paris Agreement and will make bigger steps forward towards our overall vision for an energy union.

In conclusion, honourable Members, we have achieved marked progress this year on global climate action. Less than twelve months ago, we adopted the Paris Agreement, and through commitment and hard work ensured its entry into force earlier this month. We still have much work to do to implement our commitments on the ground and I count on your continued support to turn our commitments into reality.

PRÉSIDENCE DE MME SYLVIE GUILLAUME

Vice-présidente

Giovanni La Via, *a nome del gruppo PPE.* – Signora Presidente, signor Commissario, signor Ministro, onorevoli colleghi, la conferenza di Marrakech si è conclusa con risultati concreti. La COP22 – ce lo siamo detti sin dall'inizio – era il luogo in cui passare dalle parole alle azioni. E lo abbiamo fatto.

Vorrei ringraziare il Commissario Arias Cañete per la sua azione decisa e per il continuo e costante contatto con la delegazione del Parlamento che ho avuto l'onore di presiedere. Quasi 200 Paesi si sono incontrati in Marocco e tanti sono stati gli impegni della nostra delegazione, che ha avuto modo di confrontarsi con molte altre delegazioni nazionali e personalità di rilievo.

Possiamo sicuramente affermare che i progressi fatti a Marrakech sono la prova che il mondo andrà avanti con la lotta al cambiamento climatico. Con la dichiarazione di Marrakech, infatti, gli Stati hanno dimostrato un'idea di solidarietà e continuità gli uni con gli altri. La COP22 non lascia dubbi: dobbiamo continuare il percorso iniziato lo scorso anno. L'accordo di Parigi non sarebbe stato possibile senza la fiducia tra le parti e noi a Marrakech abbiamo confermato questa fiducia.

Per quanto riguarda l'Unione europea, continueremo a implementare i nostri impegni e raggiungere gli obiettivi che ci siamo posti, qualunque cosa succeda. Si tratta di un problema più grande di un singolo paese o di una singola elezione, anche se questa riguarda gli Stati Uniti. Abbiamo davanti un processo che ci porterà fino alla fine del secolo e che considero irreversibile. Al di là delle incertezze e dei dubbi paventati difenderemo Parigi e implementeremo Parigi.

La transizione verso un'economia pulita è oramai mai iniziata e l'Unione europea continuerà a fare da apripista e leader verso un'economia sostenibile e competitiva.

Jo Leinen, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die COP 22 war ein Erfolg.

Für die S&D-Fraktion darf ich der Kommission und dem Rat für die gute Verhandlungsführung und auch für die Einbeziehung der Parlamentsdelegation mit den täglichen Briefings danken. Es ist gut zu sehen in Marrakesch, dass die Weltgemeinschaft zusammensteht und dass alle 195 Staaten bekräftigt haben, das Pariser Abkommen durchzusetzen und sich von der Wahl des neuen amerikanischen Präsidenten Donald Trump nicht verunsichern zu lassen.

Allerdings: Mit der Wahl in den USA brauchen wir eine Neuaufstellung der Leadership in dem weltweiten Klimaschutz. Die EU muss diese Führungsrolle annehmen und – Herr Kommissar, Sie haben es gesagt - wir sollten China als Partner gewinnen und weiter behalten, damit diese Koalition die Agenda von Paris wirklich vorantreiben kann. China wird für neue Technologien, wie auch für einen globalen Kohlenstoffmarkt, nützlich sein.

Die nächste COP, die sehr wichtig wird, ist die COP 24 in zwei Jahren – 2018. Wir brauchen dort die Überprüfung der nationalen Zusagen. Hier wäre meine Frage an Rat und Kommission: Was wird die EU 2018 bieten? Werden wir unsere 2030-Ziele dort auch schon zur Debatte stellen, ob wir uns besser stellen können?

Wir haben in Marrakesch auch gesehen, dass sich 48 Staaten entschieden haben, 100 % auf erneuerbare Energien umzustellen und eine Langfriststrategie zu organisieren. Sind wir auch als EU in der Lage, eine Roadmap 2050, eine 2050-Strategie zu beschließen?

Ich glaube, dass wir jetzt unser Commitment zeigen müssen. Hier gibt es die großen Fragen an das Winterpaket. Sind wir in der Lage, die Erneuerbaren weiter zu fördern, oder bremsen wir sie aus, und sind wir ehrgeizig bei der Energieeffizienz? Das wird die Nagelprobe schon nächste Woche – Herr Kommissar – bei dem Winterpaket, das wir dann von Ihnen bekommen.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to express my thanks to Commissioner Arias Cañete for his continuing inclusive style of leadership through COP 22, continuing on from good experiences at COP 21.

It is pretty impossible to ignore, though, the big orange cloud that was hanging over COP 22, and not from the Saharan dust. It is true that the US elections did have an effect, but there were positive outcomes. In a political statement of resolve following the US presidential elections, the Conference adopted a call for all nations to honour promises made in Paris and renew their attempts to limit global warming to well below 2 degrees. Negotiators focused on initiatives to reinforce existing carbon reduction plans, with some countries promising to review ambitions before 2020. Countries also fixed a 2018 deadline for preparing a rule book establishing the rules and processes needed to provide operational guidance for the Paris Agreement and 11 governments, including my own, actually ratified the climate agreement during the COP.

There were, of course, some negative outcomes. Despite strategic funding commitments from the US, Germany and the UK to improve carbon accounting in developing countries, the sums on offer fall well short of the EUR 100 billion a year developed countries have promised to mobilise by 2020 in order to help poorer countries develop their infrastructure on many fronts. I know that the work to increase these new financial pledges will be ongoing, and Mr Arias Cañete is in the forefront with his high ambition coalition.

The issue of loss and damage and how to approach recompense for damage caused by climate change has been put off again for discussions at further dates, but that does not mean that it has been forgotten. Over the past 12 months, we have made rapid and unprecedented progress in laying the foundations for a low-carbon, climate-resilient economy. This COP 22 showed us that progress is never linear, but it does not mean that it is not going on, and it does not mean that it will not be successful.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, let me also thank Commissioner Arias Cañete, not only for the way he works very inclusively with Parliament, but also for the way that he is dealing with the other important states in the world, and especially the way he has improved the relationship with China, in particular with President Xi Jinping is very encouraging to see.

At the start of the Marrakech COP I had one hope, and that was that the entire world would send a message to Washington that the Paris Agreement and the process after that would be irreversible, that the world would move towards this zero-carbon economy, and that in the end is exactly what happened. If President-elect Trump has achieved anything, it is that the world is much more united now behind this transition towards a zero-carbon economy, and even countries like India seem to be much more determined now than they were a few months ago – as does China. What happened in Marrakech shows very well how rapidly the geopolitical scene is changing at the moment. It is only two years since President Obama struck the deal with President Xi Jinping on climate with China. Before that, China was one of the biggest obstacles in international climate negotiations, and look at it now. China is now one of the leading countries in the post-Paris process and that is extremely encouraging.

And what about Europe? Of course Europe is still one of the leaders, and we are still leading by example, but we have to be careful. Look at the difficult internal negotiations within Council but also within Parliament on the ETS. Look at the first reactions by almost all Member States on the effort-sharing regulation proposal from the Commission. It is not that long ago that we all laughed about Russia counting every tree in the Kyoto Agreement to try to undermine that, but now all Member States are doing exactly the same. We think that our trees will save us in the fight against climate change and that is not going to happen.

Finally, it is also an economic issue. China is investing two-and-a-half times more on green technology than Europe. As a percentage of GDP, it is even four times as much, so we have to be extremely careful there. This is also a race ….

(The President cut off the speaker)

Estefanía Torres Martínez, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, me temo que yo no voy a ser tan optimista como el resto de los colegas.

La Cumbre de Marrakech no nos ha dejado buen sabor de boca porque no hemos dado pasos adelante en la implementación del Acuerdo de París; más bien nos ha quedado el miedo a que se den pasos atrás.

Siento decirle, señor Cañete, que yo no voy a agradecer su papel como Comisario. El poco peso de la Unión Europea en las negociaciones se ha hecho aún más evidente y, dado el nuevo escenario mundial, más preocupante.

Nos preguntamos todavía qué hace un político con intereses en la industria petrolera y lazos con los gigantes del ladrillo —relacionado, además, con escándalos de corrupción como Acuamed o los papeles de Panamá— representando la posición de la Unión Europea en la lucha contra el cambio climático.

Usted se llenó la boca en Marrakech calificando la transición energética de imparable y, sin embargo, el partido al que pertenece ni siquiera ratificó el Acuerdo de París a tiempo, retiró los incentivos a las energías renovables, y, desde que el Partido Popular llegó al Gobierno en España, las emisiones no han dejado de crecer. España es el único país de la Unión Europea que ha aumentado sus emisiones de gases de efecto invernadero desde el año 2013. Me parece que no es este un buen método para hacer la transición energética.

Señor Cañete, la Unión Europea ha estado fuera, ha estado ausente en muchas negociaciones importantes. Esto le debería hacer reflexionar sobre cuál es su papel como Comisario, si está usted a la altura ética del puesto.

Yo, de verdad, creo que, por respeto a la ciudadanía, por respeto al resto de los países, por respeto a la Unión Europea, por respeto a Europa en definitiva, usted debería dimitir.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, as a member of the delegation, I would also like to thank our Chairman, Mr La Via, for the excellent professional organisation. We had a great time and our Commissioner is certainly a good international negotiator. I think it is right that we should point this out.

It was a good COP. We had the impression of a quick ratification, there was unity against Mr Trump and there were a lot of positive vibes, in part because of the positive agenda that the French have started in Paris: energy efficiency in buildings, energy efficiency in transport, renewable energy, interconnectivity, and getting financial markets to understand that it is not black energy but green energy which is the future. All that was around us and is really positive.

I have two critical remarks to make. One, Commissioner, is that I think we in Europe could be better at selling our story. The success story of Europe is that 95% of our climate achievements are in eco-design, labelling, building legislation, energy efficiency legislation, renewables, CO_2 and cars. Five percent may be due to the ETS, because the ETS is largely a failure.

So why, at international COPs, do we speak only about carbon markets and why do we hide away our success stories on renewables? Why did nobody from the Commission speak about the Juncker external fund for Africa at a time when we could help Africa to improve and to move much more quickly into renewable energy?

The second criticism concerns early ambition. You will have a difficult time in 2018 if we go with that the Council's low level of ambition, which was set in the light of Mr Cameron's veto threat. Forty percent by 2727 is not a story in a 1.5º world nor in a 2º world. Your energy package of next week will be the occasion to show that Europe is a leader and, in that regard, why are you now reducing the investment opportunities for renewables in Europe with low ambition, low governance and the destruction of priority access and despatch?

On the rule book and the support scheme, you have some civil servants who prevent you from doing what you have politically agreed. Why is Mr Timmermans opposing a quota on renewable energy? I hope it is not because we have so many gas lobbyists hanging around. I tell you, and I tell Mr Juncker, if next week is not about Europe being positive, being number one, you will have another blow to European public opinion.

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la COP22 avrebbe dovuto essere quella dell'azione e invece è stata giocata in difesa. L'ombra delle dichiarazioni preelettorali di Trump era su tutta la conferenza e di fatto da Marrakech è uscita solo una proclamazione, che però ribadisce la volontà di proseguire uniti e compatti nell'attuazione di quanto deciso e stabilito nell'accordo di Parigi, il che non era scontato, per cui comunque è una buona notizia. Vogliamo essere positivi e diciamo che «irreversibilità» e «cooperazione» sono le due parole chiave della COP22.

Irreversibilità, perché la lotta ai cambiamenti climatici attraverso lo sviluppo di un'economia sostenibile è un meccanismo che non potrà più essere fermato. Nemmeno da Trump: i dubbi riguardo all'impegno di Stati Uniti sono stati spazzati dalle parole del Segretario di Stato uscente Kerry, il quale ha spiegato come sarà la stessa economia statunitense, le stesse imprese, a far tornare Trump sui suoi passi. Indietro non si torna. Cooperazione, perché è solo attraverso il sostegno, gli investimenti e il trasferimento di conoscenze fra paesi sviluppati ed economie in via di sviluppo, che la lotta al riscaldamento globale potrà essere vinta.

Ora, con gli Stati Uniti verosimilmente meno motivati e decisi ai tavoli di trattativa, tocca all'Unione europea prendere la leadership nelle negoziazioni e nelle politiche contro il riscaldamento globale. E le azioni sulle quali essere forti e decisi adesso sono soprattutto quelle dei singoli paesi. È essenziale che l'Unione spinga per avere una prima revisione degli NDC, nell'anno cruciale 2018, forte e ambiziosa e mirata a rispettare il limite degli 1,5 gradi stabilito a Parigi. E non può e non deve assolutamente lasciare che i suoi Stati membri – come qualcuno, fra cui l'Italia, sta già facendo – inizino a giocare al ribasso.

È necessario spingere in maniera forte sulla neonata *2050 Pathway Platform*, a cui l'Unione europea ha prontamente aderito, per renderla un'occasione per rafforzare le politiche climatiche degli Stati membri, integrandole in un piano più ampio ed efficace. Ma come possiamo essere credibili su questi impegni se l'Europa stessa ancora destina oltre 300 miliardi all'anno per i sussidi alle fonti fossili?

Angelo Ciocca, *a nome del gruppo ENF*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vi invito a riflettere su un detto delle mie parti: «Se ammazzi il cavallo vai a casa a piedi». E riflettiamo sulle costosissime decisioni che colpiscono le famiglie, gli agricoltori, gli artigiani e le imprese e che impoveriscono, ahimè, i nostri Paesi europei.

Ad anni di distanza quali sono gli effetti che si sono creati? Da un lato l'impoverimento del lavoro, l'impoverimento della produzione manifatturiera dei nostri Paesi, delocalizzata appunto in Cina, in India, in Brasile. Ma purtroppo, ahimè, anche l'inquinamento mondiale non si è ridotto. Perché è ovvio che se tu sposti la produzione da una parte all'altra e non agisci sulle cause reali, hai spostato l'inquinamento ma non hai ridotto l'inquinamento. E quindi l'inquinamento continua ad esserci e lo testimoniano, ahimè, le azioni che appunto si vogliono mettere in campo di spesa di oltre 100 miliardi di dollari per ridurre l'impatto ambientale.

L'invito che faccio nel pacchetto che state studiando è di usare queste risorse per riportare la produzione in Italia, per riportare la produzione in Europa, per riportare la produzione là dove c'è la cultura reale del rispetto dell'ambiente, là dove i cittadini, le imprese, i nostri imprenditori hanno la cultura di rispetto e attenzione per l'ambiente.

Ultima riflessione che faccio: siete stati capaci di mettere attorno a un tavolo quasi 200 capi di Stato per decidere il clima dei prossimi anni: perché sull'immigrazione non riuscite a farlo?

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Claude Turmes (Verts/ALE), *blue-card question*. – You are saying that we are deindustrialising Europe. Are you aware that electricity prices in Germany today, for example are as low as they are in the USA and that German industry has very good years behind it? Please show me the facts. Today, because we have renewables and energy efficiency, prices for big electricity consumers are relatively low. Be aware also that the Commission, through the Juncker investment fund, is now organising money for precisely what you want to have, which is combating energy poverty in Europe. So be more positive.

Angelo Ciocca (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Io non ho il dubbio che, magari, la Germania sia stata capace di trarne vantaggi. Purtroppo l'Italia non ha tratto nessun vantaggio: lei pensi che il 50 % della bolletta elettrica è gravata ahimè da questi costi in Italia. Quindi abbiamo il costo di energia elettrica che è 4-5 volte superiore rispetto ad altri paesi europei; è un dato di fatto. Io arrivo dalla Lombardia e ho fatto il presidente della commissione per le attività produttive, quindi parlo a ragion veduta: abbiamo perso purtroppo in questi anni una serie di realtà manifatturiere e io penso che un Paese senza produzione non è un Paese che può guardare al futuro. Non può esserci la politica solo delle banche o della finanza speculativa ma quella della produzione.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento))

Giovanni La Via (PPE), *Domanda «cartellino blu»*. – Ho appena sentito parlare, da lei, dei famosi 100 miliardi che si stanno mettendo insieme sul piano internazionale, come delle risorse europee per integrare e investire sul settore industriale. Guardi che quel fondo ha ben altra finalità e quindi la invito a studiare prima di parlare.

Angelo Ciocca (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Intanto mi sarei aspettato, magari, una spiegazione, visto che c'era questa occasione. Dopo di che, quelle risorse, mi auguro – visto che sono ancora da spendere – che tutti i colleghi pensino di utilizzarle per investire nel generare produzione là dove esiste la cultura del rispetto dell'ambiente e quindi nelle imprese europee e nelle imprese italiane.

Peter Liese (PPE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Marrakesch war ein Erfolg, und ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben.

Ich möchte den Kollegen Turmes loben, weil er den Kommissar gelobt hat. Wir sind uns einig in der EVP: Wenn die Grünen Jean-Claude Juncker und Miguel Arias Cañete loben, dann müssen wir das gutheißen.

Die Wahl von Donald Trump war natürlich für alle in Marrakesch ein Schock. Aber es gab von allen übrigen Staaten der Welt eine klare Reaktion. Wenn wir früher die Situation hatten, dass Klimaschutz gegen die USA und China gemacht werden musste, dann haben wir jetzt zumindest die klare Zusage von China, dass es bei der Umsetzung des Abkommens von Paris und bei der Konvention weitermacht.

In den USA gibt es ja Gott sei Dank auch Diskussionen, ob die Ankündigungen von Trump so umgesetzt werden – das wissen wir noch nicht. Aber wir müssen gewappnet sein. Das ist eine wichtige Aussage, die ich hier im Namen der EVP-Fraktion treffen möchte. Wir müssen jetzt nach der Wahl in den Vereinigten Staaten umso mehr darauf achten, dass die Industrie – wenn sie auf dem neuesten Stand ist – geschützt wird. Deswegen wollen wir im Emissionshandel die freie Zuteilung für die Industrie erhöhen.

Wir müssen uns überlegen, was passiert, wenn Trump wirklich aussteigt. Ich war immer – wie viele in meiner Fraktion – gegen Zölle an den Grenzen, gegen *carbon border tax adjustments*. Aber wenn ein Land aus dem Klimaübereinkommen – aus der Konvention und dem Übereinkommen von Paris – aussteigt, dann müssen wir zumindest überlegen, ob wir dann nicht auch dieses Instrument gegen dieses Land nutzen.

Jean-Claude Juncker hat gesagt: Wir kennen Donald Trump noch nicht. Wir werden ihn kennenlernen. Aber er soll uns auch kennenlernen. Wir werden uns von einer neuen amerikanischen Regierung nicht alles gefallen lassen, sondern unsere Industrie und den Klimaschutz weiter schützen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Elnök Asszony! Tisztelt Képviselő Úr! Ön azt mondja, hogy duplán kell odafigyelni Donald Trump tevékenységére. Hát én azt hiszem, hogy ezen már túl vagyunk, nagyon nagy figyelem van rajta. Én azt gondolom, hogy sokkal inkább már most Európának akcióba kéne lendülnie, akár ennek az Európai Parlamentnek, hogy egy nagyon-nagyon világos üzenetet küldjünk az új amerikai adminisztrációnak, hogy nem tűrjük azt, hogy ők egymaguk megpróbáljanak világtrendeket megfordítani. Egyetért-e Ön ezzel?

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Wir sollten klar sein in dem Ziel, das Klima zu schützen und die Verträge – den Pariser Vertrag – umzusetzen. Aber wir wissen ja noch nicht, was die amerikanische Regierung wirklich durchführt. Deswegen ist diese Überlegung mit den Schutzzöllen etwas, was wir jetzt sehr vorsichtig angehen müssen. Vielleicht hilft es ja, dass Donald Trump von seinen ursprünglichen Plänen ablässt.

Und ich glaube, eines ist noch sehr wichtig: Die nächste COP wird in Bonn stattfinden, aber die Fidschi-Inseln werden die Präsidentschaft haben. Das ist diese Allianz, die wir brauchen: die Europäische Union und die am meisten gefährdeten Länder gegen rückwärtsgewandte Tendenzen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine weitere Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *ερώτηση «γαλάζια κάρτα»*. – Θα ήθελα να ζητήσω μια απλή διευκρίνιση: είπατε ότι πρέπει να αυξήσουμε τις παροχές προς την ευρωπαϊκή βιομηχανία. Δεν διαφωνώ καθόλου. Όμως, πώς συνδυάζεται αυτό με μείωση των ρύπων στην Ευρώπη; Ή μήπως εννοούσατε κάτι διαφορετικό;

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich denke, es liegt ein sehr guter Kompromissvorschlag vom Berichterstatter Ian Duncan für den Emissionshandel vor. Wir werden im Gegensatz zur Kommission der gefährdeten Industrie wie der Stahlindustrie, aber auch anderen Sektoren die Sicherheit geben, dass sie, wenn sie auf dem neuesten Stand der Technik sind, dann die Zertifikate kostenlos bekommen.

Das ist auch gut für den Klimaschutz. Denn wenn Industrie, obwohl sie alles tut, was technisch möglich ist, aus Europa vertrieben wird, dann hilft das dem Klima nicht. Aber diejenigen, die eben nicht auf dem neuesten Stand sind, müssen auch investieren. Und Ian Duncan hat zum Beispiel auch vorgeschlagen, die MSR anzuschärfen, und das würde das richtige Signal geben. Also bitte: Andere Fraktionen, unterstützen Sie diesen Kompromiss, dann wird beides erreicht!

Kathleen Van Brempt (S&D). – Ik ben deze keer niet meegegaan en ik heb er spijt van. Ik dacht: dat wordt een gewone COP die Parijs gaat implementeren. Maar ik denk dat het door de verkiezing in de Verenigde Staten een bijzonder politieke COP geworden is en ik heb daar heel goede signalen over ontvangen. Want dat hebben al velen gezegd, en dat willen we absoluut ondersteunen: de dynamiek die in Parijs ontstaan is, die is niet gebroken in de COP 22, ondanks de verkiezingen in de Verenigde Staten. En op dat elan moet er worden verder gewerkt. En dan is het uitermate belangrijk dat Europa de historische leidende rol niet alleen vasthoudt, maar verder versterkt en nieuwe bondgenoten zoekt, bijvoorbeeld door naar China te kijken. En dat betekent dat we dat leiderschap ook moeten tonen in ons eigen beleid en ik ondersteun wat collega Turmes daarover gezegd heeft: als het gaat over het winterpakket dat er aan zit te komen, laat dat alsjeblieft, commissaris, het meest ambitieuze zijn dat we naar voren kunnen schuiven als het gaat over energie-efficiëntie, over onze gebouwen en uiteraard over de hernieuwbare energie. Maar het is ook een opdracht voor ons zelf, er is daarnet al een paar keer over gezegd: we zitten in de laatste rechte lijn in het Parlement om te onderhandelen binnen ENVI over ETS. Ook daar, beste collega's, zo ambitieus mogelijk. We moeten nog met de lidstaten gaan onderhandelen. We weten altijd dat dat aanleiding geeft tot nog wat verwatering van de compromissen. Dus leg de lat hoog, laat zien aan de rest van de wereld dat we ons hoofd niet laten hangen. Maar, en dan geef ik eigenlijk ook Peter Liese gelijk, ik vind dat heel bemoedigend en ik vind dat we echt moeten nadenken, over de partijpolitieke grenzen heen, de komende weken en maanden, hoe we dat gaan oplossen. Als, ik zeg wel als, de Verenigde Staten zich op één of andere manier terugtrekken uit Parijs, dan moeten we niet naïef zijn. We moeten én ambitieus zijn, én tegelijkertijd ervoor zorgen dat we onze industrie beschermen. Als we van onze industrie grote inspanningen vragen, wat we moeten doen om ervoor te zorgen dat wij de CO_2 aanpakken, moeten we er ook voor zorgen dat we op een goede manier bekijken hoe we ons kunnen beschermen tegen landen die uit het akkoord van Parijs stappen. En ik denk dat we daar moeten nadenken over wat de best mogelijke manier is en dat houdt uiteraard ook verband met een nieuwe visie op handel in de toekomst.

Peter van Dalen (ECR). – "He's got the whole world in his hands", dat lied gaat over God die de wereld in zijn hand houdt. En hij heeft ons de verantwoordelijkheid gegeven om goed te zorgen voor zijn schepping en ik hoop en ik bid dat aankomend president Donald Trump dat ook zal beseffen en nadrukkelijk ook zal doen. Op de klimaattop in Marokko is gelukkig het klimaatakkoord van Parijs opnieuw bevestigd en iedereen heeft elkaar opgeroepen tot concrete actie. En ik was ook blij dat in Marrakesh ook het bedrijfsleven nadrukkelijk van zich liet horen. En ik vind het hoopgevend dat uitgerekend in de Verenigde Staten er steeds meer bedrijven zijn die opkomen voor duurzaam produceren, duurzaam ondernemen, juist in de tijd dat meneer Trump eraan komt. Die concrete actie, Voorzitter, moet wat mij betreft ook plaatsvinden in de sectoren die buiten Parijs zijn gebleven. En dan denk ik aan de scheepvaart en aan de luchtvaart. Het is zo dat in Montreal de luchtvaart een eerste stap heeft gezet, maar dat is echt verre van voldoende. Er

moet veel meer gebeuren. En de scheepvaart werkt inderdaad aan schonere motoren en misschien ook aan retrofits van bestaande motoren, maar harde reductiedoelstellingen blijven uit. Het bedrijfsleven en de overheden moeten in deze sectoren laten zien dat ze klimaatverandering serieus nemen. Want als we de klimaatverandering en de gevolgen daarvan echt willen aanpakken, dan is de inzet van iedereen nodig: én bedrijven én overheden. Let's all join hands.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Závěrečné prohlášení COP 22 charakterizuje uplatňování současného pařížského závazku jako naléhavou povinnost. Dnes více než kdy dříve jen nutné, aby vyspělé země znovu jasně vyjádřily svůj závazek uvést Pařížskou smlouvu v činy a zajistit dostatečné financování, především směrem k rozvojovým zemím.

Minulý rok se nám podařil historický úspěch, dovedli jsme k jednání o klimatu všechny podstatné hráče a to i ty, kteří dlouhodobě nechtěli přijmout svůj díl odpovědnosti za osud světa, mezi nimi i USA. Jejich nový prezident však svými slovy tento úspěch přímo ohrožuje a já pevně doufám, že z jeho strany opravdu zůstane jen u slov.

Prezident Trump by si měl uvědomit, že jeho postoj přímo ovlivní i ostatní velké znečišťovatele. Odstoupí-li od smlouvy USA, odstoupí od ní i zbytek velkých hráčů a s nimi i zbytek světa. Reálně nám hrozí, že Evropa ve svém boji zůstane osamocena. Tohoto konce bych se velmi nerada dožila. Musíme apelovat na pana Trumpa, aby si uvědomil svůj obrovský díl odpovědnosti za osud planety a postavil se mu jako pravý chlap, za kterého se tak rád označuje.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, I would like first of all to thank the Council and the Commission for providing good information to the European Parliament's delegation last week in Marrakech, which kept us informed and made sure that we could follow the negotiations very well. However, we all know also that the negotiations were tedious and very technical, and the big political point was, of course, what is going to happen with the United States. That was the political side of the story which was not in the negotiations room, but was very prominent and visible and you could feel it in the rooms in Marrakech. There, we really have a challenge. What we saw happening in Marrakech is that China is taking the lead. They say that they are going ahead no matter what. So we have left the idea that we are finger-pointing at each other and the idea of 'we only move if you move'. That is very important, but we also know that it is a delicate balance. For example, a country like India is much more insecure. So this really boils down to 'what is Europe going to do'? Is Europe going to step in in two ways – dealing with China and also increasing ambition? We need to show that we, as Europe, not only talk the talk but also walk the walk. That is crucial, and that is where Europe is not delivering yet, but it is also now very crucial in the negotiations on ETS, for example. Everyone who is talking about the importance of climate change – and I am looking at my EPP colleagues now – make sure you also deliver on ETS, because in the current negotiations we are only discussing 'protecting, protecting, protecting' and forgetting the ambition, and that is making us weak internationally.

Roger Helmer (EFDD). – Madam President, we have just seen the unedifying sight of 10 000 climate alarmists flying off to Marrakech and emitting thousands of tons of CO_2 in the process. And what have they achieved? I will tell you: three parts of not very much. On the vexed question of finance, they agreed to keep talking; on the Adaptation Fund, they failed to reach agreement; on the Facilitative Dialogue, they postponed to 2018; on the rulebook, they reached no real conclusion; and on the vague concept of loss and damage from climate change, they agreed a five-year plan, effectively postponing the decision until 2022. That is failure writ large.

A few weeks ago, I had the pleasure of hosting my friend Marc Morano of the American advocacy group Climate Depot in the Brussels Parliament for a showing of his movie 'Climate Hustle', a critical appraisal of climate alarmism. Marc Morano also went to Marrakech, where he symbolically shredded a copy of the Paris Climate Agreement. We were told that the Paris Agreement was legally binding. In fact, it had no binding targets and no sanctions for non-compliance. We now have a new American President who has repudiated that agreement. I think we can now say with some confidence that the Paris Agreement is well and truly dead.

Olaf Stuger (ENF). – Afgelopen maanden hebben de leden van dit Huis en de leden van de Commissie de heer Trump belachelijk gemaakt, bespot en beschimpt en zich laatdunkend over hem uitgelaten. De heer Verhofstadt noemde hem zelfs een clown. Maar we weten inmiddels, Voorzitter, dat de meerderheid van het volk precies het tegenovergestelde denkt dan het establishment en zij koos de heer Trump als president. Na die verkiezing heeft de heer Juncker tijdens een persbijeenkomst nog een keertje gezegd dat de heer Trump niets begrijpt van de wereld, niets begrijpt van Europa en niets begrijpt van normen en waarden. En de heer Juncker zou het hem wel even gaan uitleggen. Voorzitter, dat lijkt me niet zo slim als je met deze meneer nog heel veel zaken te doen hebt, bijvoorbeeld het uitonderhandelen van een klimaatakkoord. Dus de grootste saboteurs van uw klimaatverdrag wonen niet in China, wonen straks niet in het

Witte Huis; de grootste saboteur van het klimaatverdrag houdt zijn kantoor hier een paar honderd meter vandaan, en dat is de incompetente heer Juncker.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, like my colleagues I must say it was a pleasure to attend the Morocco COP22, having been in Paris last year for the historical global agreement. Thanks indeed to the Slovak Presidency, Commissioner Cañete and the Commission, and my colleagues under the chairmanship of the excellent Mr La Via. Also there is thanks due to Morocco itself, it was a good location because they gave an example of moving to low-carbon economy: they have the largest solar plant in the world and electric cars were used to ferry people around from place to place.

Some people were worried about the impact of the presidential elections. I left much less worried then when I went there, for two reasons. Number one: the United States themselves have indicated that in many states there are movements to decarbonise the economy, both at official level and at business level. This is not going to change in states like California, Florida, Pennsylvania, and so on.

Number two: China, in reply to a question I put to them directly as to whether they would use the election in the United States to renege, or to attain the opportunity for global leadership on this issue, they said they would continue with global leadership on the path they promised last year. So I think we can be encouraged.

The word that we can use to describe this movement now is 'unstoppable'. In answer to Mr Helmer, the climate change movement is alive and well, not dead; it is alive and well and living across the world. It will continue to grow. We have to do an awful lot, especially in relation to the developing countries. The EUR 100 billion fund will have to be attained. Energy use in Africa is going to treble over the next number of years, and double in Southeast Asia. So we have to help those countries, because they are also anxious to move, as they see the actual effects – on a daily basis – of global warming and climate change to their economies.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, el cambio climático es el principal reto que tenemos por delante. No solamente nos jugamos qué tipo de futuro vaya a tener la humanidad, sino el hecho mismo de que la humanidad vaya a tener futuro. Y no tenemos tiempo que perder, ya se ha perdido mucho tiempo. París fue un gran paso adelante, pero en la aplicación del Acuerdo de París es donde nos jugamos realmente nuestra respuesta al cambio climático. Marrakech puede ser visto con optimismo, pero hay algunas reacciones, fundamentalmente las de los Estados Unidos, que nos llevan a la preocupación.

Pero quería subrayar los aspectos humanitarios. El cambio climático intensifica los desastres naturales, acelera la destrucción de los ecosistemas, provoca hambrunas prolongadas, sequías devastadoras, y son los más vulnerables los que sufren esta realidad. Tenemos que acelerar el apoyo financiero a esos más vulnerables. Como ha señalado el ACNUR, en torno a 27 millones de personas se convierten en refugiados cada año por razones climáticas. En pocas décadas puede haber centenares de millones en el mundo. Como ha señalado la Cruz Roja, el cambio político climático es el principal freno a la lucha contra el hambre. Por tanto, no tenemos tiempo que perder; no podemos aceptar frenos cuando se trata de frenar el calentamiento global; no podemos aceptar, mucho menos, pasos hacia atrás.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η κλιματική αλλαγή αποτελεί αδιαμφισβήτητα απειλή για το περιβάλλον και τον άνθρωπο. Ο Παγκόσμιος Οργανισμός Υγείας υπολογίζει ότι 12,5 εκατομμύρια θάνατοι ετησίως συνδέονται με τη ρύπανση του περιβάλλοντος, ενώ 6,5 εκατομμύρια από αυτούς σχετίζονται με την ατμοσφαιρική ρύπανση από οικιακές και εξωτερικές πηγές. Επίσης περίπου το ήμισυ του συνόλου των παιδικών θανάτων από πνευμονία οφείλεται στην εσωτερική ρύπανση του αέρα.

Χρειάζονται πιο ολοκληρωμένες πολιτικές. Χρειάζονται λύσεις και μέτρα που να ανατρέπουν την υποβάθμιση του περιβάλλοντος και τα προβλήματα υγείας που προκαλούν. Ένα επιπλέον μείζον θέμα που πρέπει να τεθεί στη συμφωνία του Μαρακές είναι οι πρόσφυγες λόγω κλιματικών αλλαγών που διαρκώς αυξάνονται. Υπολογίζεται ότι μεταξύ του 2008 και του 2013 οι κλιματικοί πρόσφυγες ανέρχονταν σε 166 εκατομμύρια, ενώ ο αριθμός αυτός αυξάνεται.

Τέλος, κύριε Cañete, αναμένω την απάντησή σας στο ερώτημα που σας έθεσα προηγουμένως για την αιθαλομίχλη στην Ελλάδα και την αναγκαιότητα μείωσης του ειδικού φόρου κατανάλωσης στο πετρέλαιο θέρμανσης.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, με τη Συμφωνία του Παρισιού επιτεύχθηκε ένα σημαντικό πλαίσιο για την αντιμετώπιση των κλιματικών αλλαγών. Ωστόσο, ο σκοπός της 22ης Συνόδου για το Κλίμα, που συνίσταται στην ανάπτυξη εθνικών σχεδίων δράσης και στην προώθηση ειδικότερων στόχων, ώστε να ενισχυθούν οι δράσεις έως το 2020 και να στηριχθεί έτσι η εφαρμογή της Συμφωνίας του Παρισιού, απέτυχε.

Δυστυχώς, στο Μαρακές δεν επετεύχθη η πρόοδος που αναμέναμε για άμεση δράση ούτε τέθηκαν φιλόδοξοι στόχοι βάσει των αναγκών των λαών και όχι βάσει των συμφερόντων των πολυεθνικών και των μονοπωλίων. Για αυτό μείναμε και πάλι στις εξαγγελίες, ενώ δεν λήφθηκαν δεσμευτικές αποφάσεις για ουσιαστική δράση.

Κύριε Επίτροπε, η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα πλούσια κράτη, ανεξάρτητα από το τι θα κάνουν οι ΗΠΑ, οφείλουν άμεσα να προχωρήσουν σε συνεργασία με την Κίνα και άλλα κράτη, να στηρίξουν τις αναπτυσσόμενες χώρες, να αναπτύξουν ολοκληρωμένο σχέδιο δράσης για την καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας, για τον τερματισμό της αλόγιστης χρήσης των φυσικών πόρων και της αποψίλωσης των δασών, για τη μείωση των εκπομπών του θερμοκηπίου και την προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας.

Gilles Lebreton (ENF). – Madame la Présidente, il est nécessaire de limiter le réchauffement de l'atmosphère pour préserver l'avenir de l'humanité. 197 États en ont pris conscience et ont signé l'accord de Paris, en 2015, par lequel ils s'engagent à réduire leurs émissions de carbone. La conférence de Marrakech, dite COP22, vient de faire le point sur le lancement des premières mesures concrètes. Le bilan est encore modeste, mais déjà encourageant.

Premièrement, le Fonds vert de 100 milliards de dollars va être utilisé pour aider le Liberia et le Népal à hauteur d'environ 2 millions de dollars chacun. Deuxièmement, une plateforme des stratégies 2050 réunit 22 États, 15 grandes villes, 17 régions et 196 entreprises pour accélérer la réduction des émissions de carbone. Troisièmement, l'Allemagne s'engage à atteindre l'objectif «zéro émission» en 2050 et accueillera la prochaine conférence sur le climat dans un an.

Malgré tout, il est à craindre que nous n'éviterons pas des bouleversements climatiques qui généreront des crises et des migrations. Tous les États, y compris les États-Unis d'Amérique, doivent continuer à coopérer pour en atténuer l'ampleur.

Jerzy Buzek (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner for once again leading the negotiations for the EU successfully. Marrakech was not about ground-breaking issues. It was about how to turn the Paris commitments into reality: that was the main topic. We have a clear message to our partners, especially the major economies: the Paris Agreement is our joint achievement and our joint responsibility. We have to deliver it together.

My question, Commissioner, is this: how did they really answer, and what did you feel? Not only the regional proposals are important but also your general feeling. The second issue is that of our 'homework' – the internal responsibility of the European Union with regard to the ETS, proper reform of the ETS system to prevent carbon leakage and stimulate modernisation in a gradual and technological neutral way. We simply have to do this homework: otherwise, firstly, we neglect our share of global responsibility; secondly, we increase global emissions; and, thirdly, we endanger our competitiveness. All three of these are unacceptable.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *question «carton bleu»*. – Monsieur Buzek, vous êtes très sensible au problème du réchauffement climatique – vous voulez des actions –, mais je me pose la question de la compatibilité entre des accords climatiques forts et contraignants au niveau de chaque État et les accords de libre-échange. Ne trouvez-vous pas que des accords tels que le TAFTA et le CETA sont incompatibles avec les accords climatiques? Quelle est votre position à ce sujet?

Jerzy Buzek (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – To właśnie jest pytanie również do pana komisarza i do Komisji. Z mojego punktu widzenia powinniśmy przede wszystkim zabiegać o to, żebyśmy nie byli jedyną wielką gospodarką na świecie, która naprawdę walczy ze zmianami klimatycznymi. Na razie jesteśmy dość osamotnieni i nie pomożemy w walce z klimatem, jeśli nadal tak będzie. Nasza sytuacja międzynarodowa i wpływ na nią jest tej chwili najważniejszy, a jeśli dzisiaj spowodujemy wyciek emisji na skutek złych decyzji odnośnie ETS-u – wyciek emisji, czyli wyciek miejsc pracy z Unii Europejskiej – to de facto globalna emisja zwiększy się, a nie zmniejszy, gdyż emisja poza granicami Unii jest większa. A więc ostrożnie z reformą ETS-u, żebyśmy nie zniszczyli własnej gospodarki, gdyż jest to groźniejsze dla zmian klimatycznych niż jakiekolwiek ostre reguły ETS-u.

Miriam Dalli (S&D). – Fil-fatt, quddiem l-aħħar żviluppi fl-Istati Uniti, COP22 uriet id-determinazzjoni ta' kważi mitejn mexxej minn madwar id-dinja li jridu li l-ftehim ta' Pariġi jkun suċċess. U dak li ġara f'Marakex huwa xhieda oħra ta' kemm il-mudell ta' Pariġi fejn għandek it-tmexxija maqsuma bejn gvernijiet, bliet, reġjuni u kumpaniji privati qiegħed, fil-fatt, jaħdem u huwa b'saħħtu.

Iżda biex tassew jirnexxi, pajjiżi sinjuri u żviluppati jridu jonoraw il-wegħda li jipprovdu sostenn finanzjarju u jassistu lil dawk il-pajjiżi li għadhom qegħdin jiżviluppaw, biex jindirizzaw bis-serjetà t-tibdil fil-klima. Mexxejja minn madwar id-dinja jridu jirrikonoxxu li l-ġlieda kontra t-tibdil fil-klima hija dover urġenti u li d-dinja kollha trid tiġbed ħabel wieħed. Il-messaġġ huwa wieħed ċar. Jekk pajjiż jaħseb li għandu joħroġ mill-ftehim ta' Pariġi u ma jonorax l-obbligi tiegħu, il-pajjiżi l-oħra se jżidu l-pressjoni.

Nixtieq niffoka issa fuq il-ħeffa ta' implimentazzjoni, li s'issa kienet waħda inkonsistenti ħafna. It-tibdil fid-dinja reali qiegħed jiġri b'aktar ħeffa minn dak li qegħdin jimxu bih il-gvernijiet fin-negozjati u t-taħdidiet f'Marakex urew li ma nistgħux immorru lura mit-tranżizzjoni lejn enerġija aktar nadifa.

Huwa evidenti li l-gvernijiet iridu jibdew jiċċaqalqu, iridu jaġixxu aktar malajr biex ikun hemm tranżizzjoni sostenibbli u *cost-effective* għall-benefiċċju tal-pajjiżi tagħna, tal-ekonomiji tagħna, u taċ-ċittadini tagħna. B'dan il-mod biss nistgħu naċċertaw li mill-kliem, bis-serjetà, ngħaddu għall-fatti.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhora Presidente, Senhor Cañete, quero manifestar a nossa preocupação pelo uso que pretendem fazer da agricultara na luta contra as alterações climáticas, dizer-lhe que não aceitaremos que a tornem um elemento contável para manter, ou mesmo aumentar, as emissões.

Não acreditamos em falsas soluções como a chamada agricultura climaticamente inteligente. Também não consentiremos a pressão sobre as terras agrícolas ou a financeirização dos recursos naturais. Para nós, é imprescindível avançar na redução das emissões. E é por isso que defendemos a agricultura baseada na agroecologia, a atribuição de prioridade aos mercados de proximidade e aos circuitos curtos de comercialização como elemento-chave para outra PAC que terá de ser descrita no quadro da soberania alimentar.

Deploramos a instrumentalização da COP22 por parte de Marrocos, condenamos a expulsão da deputada sarauí Selma Beiruk e apoiamos a decisão do Parlamento Pan-Africano de se retirar da COP22.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Nach den großen Überschriften, die in Paris beschlossen wurden, geht es jetzt wirklich darum, in Marrakesch eben auch die entsprechende Umsetzung voranzutreiben.

Treibhausgase lassen sich nicht von Grenzen aufhalten, und beim Klima sitzen wir wirklich weltweit alle im selben Boot. Wir können uns leider nicht aussuchen, ob unser Sitznachbar in diesem Boot an den Klimawandel glaubt oder nicht. Ich halte es jetzt für sehr wichtig, auch abseits dieser Spekulationen festzuhalten, dass Europa nicht allein in der Lage sein wird, auch die weltweiten Herausforderungen zu stemmen. Umso wichtiger ist ein starkes gemeinsames Bekenntnis zum Pariser Übereinkommen.

Die Klimafinanzierung und die Aufteilung zwischen Nord und Süd, zwischen Inseln und Festland werden in den kommenden Jahren wirklich massiv unsere Politik prägen. Es ist wichtig und richtig, dass wir hier diesen Weg eingeschlagen haben. Die EU ist auch auf dem besten Weg, ihre 2020- und 2030-Ziele zu erreichen, und mit dem Klimapaket, den Vorschlägen zur *Effort Sharing Decision* und vielen anderen mehr haben wir auch die richtigen Grundlagen dafür.

Gerade die Landwirtschaft ist massiv von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen und es liegt, glaube ich, in unserer Hand, gemeinsam mit der Wirtschaft und den Innovationen in Europa uns für die Klimazukunft zu wappnen. Klimaschulden auf Kosten unserer Enkel müssen wirklich dem Ende angehören.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! COP 22 i Marrakesh markerer tydeligt, at Paris-klimaaftalen er kommet for at blive. Det er både godt og nødvendigt, for klimaforandringerne påvirker millioner af mennesker og miljøet negativt. Så tak for et rigtig godt stykke arbejde i Marrakesh. Men COP 22 må ikke blive en sovepude, for løfter er én ting, handlinger er noget helt andet! Og ikke mindst set i lyset af det amerikanske præsidentvalg tror jeg, at vi i Europa skal spille en endnu større og endnu stærkere rolle, vi skal tage mere ansvar på os. Det betyder, at vi også bliver nødt til at øge vores ambitioner. Derfor henvender jeg mig også direkte til Rådet i dag. Det er særligt vores medlemslande i EU, som er fodslæbende. Det er medlemslande, som ikke reelt vil løfte ambitionerne. Et godt råd: Tag nu ansvar! Gør nu mere! Løft ambitionerne! Det er den eneste måde, vi kan få løst klimaforandringerne på.

Michel Dantin (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je tiens tout d'abord à saluer le pays hôte de cette 22e conférence des Nations unies sur l'action pour le climat, le Maroc, qui a œuvré pour que cette COP s'inscrive dans le sillon de l'accord historique qui a été adopté l'an dernier à Paris.

La COP21 a marqué un tournant dans la coopération internationale pour lutter contre le changement climatique. Cet accord est scellé. Chaque État, chaque peuple doit maintenant honorer ses engagements. À Marrakech, cette année, et à Bonn, demain, l'effort doit se concentrer sur la mise en œuvre de l'accord de Paris. Or, nous le constatons, la COP22 a engagé cette dynamique mais les négociations demeurent lentes et difficiles.

Permettez-moi d'attirer votre attention sur le sujet de l'eau. Je constate avec regret que, trop souvent, nous faisons de l'approvisionnement en eau de qualité et en quantité suffisante un acquis. Pourtant, le changement climatique et la croissance démographique sont des menaces sans précédent. 80 % des emplois dans le monde dépendent de l'accès à un approvisionnement en eau. La bonne gestion de l'eau est donc un défi prioritaire. C'est un sujet transversal qui devrait être au cœur de l'action pour le climat.

La COP22 a consacré une journée à l'eau, ce qui constitue une avancée. Cet événement a mis en évidence l'hyperactivité de la société civile qui innove au quotidien, invente et développe pour améliorer la gestion de l'eau et rationaliser les usages. Les acteurs de l'eau sont prêts à relever ce défi.

Ce dont nous avons besoin aujourd'hui, c'est d'un portage politique et d'un cadre d'action pour libérer le potentiel de l'économie bleue. Plusieurs principes clés me semblent prioritaires: mieux prendre en compte l'interaction au climat et généraliser le système des bassins hydrographiques, échelle la plus pertinente pour une bonne gestion de l'eau.

Le succès de la COP dépend d'une meilleure gestion de l'eau. C'est une ressource essentielle à la vie qui mérite toute notre attention dans le cadre de notre action pour le climat.

Linda McAvan (S&D). – Madam President, I have a question for Commissioner Cañete. As Chair of the Development Committee, I want to ask what link you see, Commissioner, between what we are talking about today and the package adopted by the Commission yesterday? Because the Commission adopted two communications, one on the next steps for a sustainable European future and one on the consensus for development, and it seems to me that the link to be made with Paris is a golden opportunity to have real policy coherence for development. So I hope we will work together in this Parliament, and also that the various parts of the Commission will work together.

The second opportunity concerns energy in Africa and developing countries, and I thank Claude Turmes for talking about the external investment plan because this is an extremely important opportunity, and we have not talked much today about Africa and developing countries. Seventy percent of African energy now comes from renewables, mainly biomass. In Marrakech, 47 developing countries, I think, pledged to invest in renewable energy, and we should be helping them to do that. I hope, Commissioner Cañete, that you will be working with Commissioners Mimica and Timmermans and the others in order to get a coherent EU policy.

Interventions à la demande

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il summit di Marrakech avrebbe dovuto occuparsi dell'applicazione dell'accordo di Parigi sul cambiamento climatico. In realtà non è stato così: ancora molte promesse e pochi fatti.

Peccato però che il cambiamento climatico non procede a piccoli passi, visto che l'Organizzazione meteorologica mondiale ha comunicato che il 2016 si avvia a diventare l'anno più caldo dal 1880 ad oggi. Di questo passo l'accordo di Parigi, anche se fosse implementato, nonostante le dichiarazioni di Donald Trump, non basterà a tenerci entro i due gradi di riscaldamento globale. La finanza climatica con fondi come il *Green Climate Fund* dovrebbe mobilitare finanziamenti per 100 miliardi di dollari all'anno a partire dal 2020, ma finora ha raccolto per l'adattamento climatico solo 81 milioni, e per il 91 % dall'Europa.

Bisogna riequilibrare le risorse destinate alla mitigazione dei cambiamenti climatici con quelle impiegate per le politiche di adattamento. Se non risolveremo questo problema, il rischio sarà quello di dividere la comunità internazionale.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, quiero expresar aquí mi satisfacción por el ritmo y los plazos que se han acordado en la Cumbre de Marrakech para completar las normas del Acuerdo de París y porque, tanto en la ciudad marroquí como en las cumbres de Lyon, París o Quito, se va consolidando el papel regional y local en la lucha contra el cambio climático.

Son las ciudades y las regiones quienes mejor conocen la situación medioambiental de su territorio, quienes son titulares de competencias como el urbanismo o la movilidad y quienes, gracias a su proximidad, impulsan los cambios culturales y de hábitos que son imprescindibles para descarbonizar el planeta.

Por eso espero que, a nivel europeo, se profundice en la consideración institucional de agentes fundamentales para que Europa sea un referente en el planeta, con bajas emisiones. Para ello se han organizado en entidades, como The Climate Group, naciones y regiones para el desarrollo sostenible, por lo que me gustaría saber, señor Cañete, cómo la Comisión está adaptando sus métodos para trabajar con este tipo de organizaciones.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, una delle conseguenze più allarmanti del cambiamento climatico, riconducibile all'azione dell'uomo, sono le migrazioni causate dai disastri ambientali.

Secondo l'Organizzazione internazionale per le Migrazioni, entro il 2050, almeno 200-250 milioni di persone saranno costrette a spostarsi a causa dei cambiamenti climatici; ciò vuol dire una persona ogni 45 nel mondo, una media di 6 milioni di donne e uomini costretti ogni anno a lasciare i propri territori.

Sono numeri spaventosi che potrebbero addirittura raggiungere, se si realizzasse il più drammatico degli scenari immaginati dall'agenzia delle Nazioni Unite, l'impressionante cifra di un miliardo di profughi ambientali. Da questo punto di vista, purtroppo, gli impegni assunti dalla COP22 appaiono ancora deboli.

In attesa che gli Stati diano seguito concretamente agli impegni solennemente assunti a Marrakesh, auspico che il Parlamento europeo sappia cogliere l'occasione offerta dalla riforma della legislazione in materia di asilo per fornire adeguato riconoscimento e tutela ai rifugiati ambientali.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, στη συνάντηση του Μαρακές στην 22η Σύνοδο της Διάσκεψης των Μερών της Σύμβασης-Πλαισίου των Ηνωμένων Εθνών για την Κλιματική Αλλαγή σηματοδοτήθηκε η στροφή από τα χρόνια της διαπραγμάτευσης στη νέα φάση η οποία επικεντρώνεται στην εφαρμογή, χωρίς βέβαια αυτό να σηματοδοτεί τίποτε το χειροπιαστό ακόμα.

Η μετάβαση είναι μια πρόκληση, μετά και τη Συμφωνία του Παρισιού λόγω της φύσης της διαφοροποίησης μεταξύ των ανεπτυγμένων και των αναπτυσσόμενων χωρών. Απαιτούνται περαιτέρω αποφάσεις για ένα ευρύ φάσμα θεμάτων, μεταξύ άλλων, τον μετριασμό, την προσαρμογή, τη χρηματοδότηση, τη διαφάνεια, τις διαδικασίες, τους μηχανισμούς της αγοράς, την εφαρμογή και τη συμμόρφωση.

Ο νεοεκλεγείς πρόεδρος Trump δεσμεύτηκε για επανεξέταση, ακόμη και για κατάργηση της Συμφωνίας του Παρισιού. Ίσως η νέα Συμφωνία αποτελεί μια χρυσή ευκαιρία για αναθεώρηση των πεδίων πολιτικής εφαρμογής των τομέων της Συμφωνίας.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospođo predsjednice, godinu dana poslije Pariza se dogodio Marakeš. Smatram da je to nova faza i da je dobro da je Pariz stupio na snagu. Indikativna je brojka od 118 potpisnika – to je rok koji je bez presedana. Postignuti su rezultati, sada nam predstoji implementacija. Dakle, najvažnija je implementacija. Ali smatram da je Marakeš bio jaka politička deklaracija kako bi se implementiralo sve iz Pariza.

Dakle, provedba Pariškog sporazuma je vrlo važna, ali treba uzeti u obzir najnovije izjave predsjednika Trumpa i rezultate američkih izbora. Ne vjerujem da će ono što je govorio u predizbornoj kampanji i što ovih dana govori izvršiti, ali u svakom slučaju ostajemo odlučni i hvala vam na tome.

Provoditi sporazum, preuzeti odgovornost, zaštititi zemlju i predati je budućim generacijama. Smatram da je ovo velika prekretnica, jer moramo smanjiti stakleničke emisije, više koristiti obnovljive izvore energije te razmotriti energetsku učinkovitost.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il est clair que l'accord de Paris lors de la COP21 a été un grand moment de prise de conscience du monde sur la question du réchauffement climatique. Sa mise en œuvre effective – et rapide d'ailleurs, après l'accord de l'Union européenne, mais aussi de grands États comme la Chine, désormais moteur dans ce domaine, et les États-Unis –, a été une deuxième bonne nouvelle. La COP22 à Marrakech a confirmé et élargi cet engagement, ce qui est une troisième bonne nouvelle.

Mais il y a aussi une mauvaise nouvelle, celle de l'élection de Donald Trump aux États-Unis, qui a exprimé sa volonté de sortir de l'accord. Les États-Unis font, jusqu'à nouvel ordre, partie intégrante de notre planète. Ils feraient bien de prendre aussi conscience des conséquences du réchauffement climatique sur leur propre territoire, avec notamment les dérèglements climatiques dont ils sont régulièrement victimes.

Si tous les pays se mettent ensemble pour pousser les États-Unis à respecter leur signature, nous avons quelques chances de réussir, mais il faut que tous les pays se mettent ensemble, y compris les ONG et toutes les parties prenantes.

Karin Kadenbach (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Es ist nicht direkt der Klimawandel und es ist nicht direkt die Energieproduktion, mit der ich mich jetzt befassen möchte, aber mit deren Auswirkungen. Wir diskutieren im Moment sehr heftig, dass wir die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie erhalten wollen, wie sie ist. Denn es wird auch in Zukunft von wichtiger Bedeutung sein, wie Artenschutz, wie Biodiversität in der Europäischen Union als Vorbild für andere Länder dieser Erde, aber auch als Rückzugsgebiet von Pflanzen, von Tieren funktionieren. Das heißt: Meine Bitte ist – auch in Betracht der COP 22, der Auswirkungen des Klimawandels auf die Europäische Union und auf unsere Umwelt –, dass wir hier dieses Paket nicht wieder aufmachen, sondern die bestehende Gesetzgebung, die Implementierung und die Kontrolle weiter überwachen. Riskieren wir mit REFIT nicht etwas, was funktioniert!

(Fin des interventions à la demande)

Miguel Arias Cañete, *Miembro de la Comisión*. – Señora Presidenta, yo quisiera trasladar mi agradecimiento a todas las señoras y señores diputados que han intervenido en este debate y que ponen de manifiesto el interés de esta Cámara por las políticas de cambio climático.

Es evidente que la Comisión ha desarrollado un papel muy intenso. Lo hicimos en París, poniendo en marcha la ambición de la gran coalición; en Marrakech, en unas negociaciones que son distintas, mucho más técnicas, pero avanzando en la hoja de ruta. Y tendremos que seguir en futuras COP, futuras COP que van a ser muy diferentes, no van a tener ese elemento de negociación política tan acusado que tuvo París, pero van a ser unas COP que técnicamente son importantes para dotar al Acuerdo de París de los instrumentos necesarios para su puesta en marcha y, por otra parte, van a ser COP de implementación, de desarrollar nuestras políticas.

En esta COP lo que hemos visto es que los actores no gubernamentales tenían una presencia muy importante: municipios, regiones, comunidades autónomas, oenegés, sociedad civil, compañías de energía, compañías de energías renovables, de eficiencia energética, actores económicos, actores sociales. Ha sido una COP, como van a ser las COP futuras, de ver las mejores prácticas. Me planteaban la pregunta de cuál es la actitud de la Comisión respeto a los actores no gubernamentales: de máxima colaboración y apertura. Hemos trabajado muy estrechamente con el Covenant of Mayors, porque entendíamos que las ciudades eran un crisol de experiencias de cambio climático muy potente, y seguiremos trabajando con el resto de actores no gubernamentales, con el Comité de las Regiones y con todos estos actores, porque la lucha contra el cambio climático es un *bottom up*, no es *up bottom*, y, por lo tanto, tenemos que hacerla de manera enormemente participativa.

Yo quiero decir que 2016 ha sido un año muy positivo para el cambio climático. 2015 tuvo el emblemático Acuerdo de París, pero en 2016 lo hemos ratificado —la Unión Europea y muchos de sus Estados miembros, en este momento dieciséis Estados miembros, ya lo han ratificado—; ha entrado en vigor gracias a la ratificación europea, y hemos desarrollado la COP 22 de acuerdo con las expectativas que estaban encima de la mesa e incluso con el Plan de Acción de Marrakech, que supone el compromiso de todas las partes de mantener la acción a un nivel importante y de ejecutar nuestras políticas.

El señor Helmer ha dicho que París estaba muerto. Pues «los muertos que Vos matáis gozan de buena salud», porque París está vivito y coleando, que se dice en español, en castellano, y, si algo vi en Marrakech era el deseo de todo el mundo de seguir adelante. Y se ha planteado el problema de China. Ante un horizonte de incertidumbre, es evidente que China y la Unión Europea tienen que aproximarse para mantener ese liderazgo permanente en la lucha contra el cambio climático, desarrollando nuestras políticas. Y la Unión Europea puede estar orgullosa y acudir a estas negociaciones teniendo activos muy importantes que justifican que pueda participar en el liderazgo mundial. Porque tenemos el objetivo de reducción de emisiones más ambicioso, como mínimo un 40 % con acción doméstica, no con créditos internacionales. En segundo lugar, somos la única de las partes que, en este momento, ha lanzado (o va a lanzar la semana que viene) toda la legislación necesaria para cumplir sus objetivos climáticos, mediante legislación, no mediante decisiones presidenciales. Y eso es un factor diferencial, porque, al margen de los distintos resultados electorales que pueda haber en los veintiocho Estados miembros, las políticas permanecen constantes, y ese es un valor del que podemos presumir los europeos.

Y, finalmente, tenemos la solidaridad financiera internacional, el respeto de los países en vías de desarrollo. Podemos orquestar grandes coaliciones con países en vías desarrollo porque somos solidarios financieramente; porque somos los que más financiación climática ponemos encima de la mesa, y además, coordinadamente con nuestras políticas de desarrollo. El comisario Mimica y yo trabajamos juntos. Somos los que más aportamos en financiación climática; somos los que financiamos el 50 % del Fondo Verde por el Clima; financiamos el 90 % del Fondo de Adaptación, y nos respetan los países en vías de desarrollo. No es una obra de este comisario, es obra de unas políticas muy consistentes, que justifican que la voz de la Unión Europea pueda sonar fuerte y buscar alianzas que en el futuro serán complejas.

Y tendremos que tender las alianzas a la India, lo ha dicho el señor Eickhout: es fundamental contar con la India, un país que tiene una demografía impresionante y unas emisiones de CO_2 igualmente impresionantes, como su demografía. Tendremos que hacer aproximaciones a los grandes emisores, para liberar la reducción de las mismas. Por lo tanto, los retos que tenemos por delante son importantes.

Señor Turmes, a usted le consta que yo lucho por tener el paquete más ambicioso posible, y me conoce bien. Por lo tanto, en este empeño estaremos juntos. Yo lanzaré un paquete importante y luego, como ha dicho aquí la señora Van Brempt, el Parlamento también tendrá sus responsabilidades, empezando por el sistema europeo de derechos de emisión, fundamental para los sectores industriales; siguiendo por los sectores difusos —la agricultura, los edificios, el transporte—; y, finalmente, desarrollando la innovación tecnológica que nos permita liderar los procesos de eficiencia energética y renovables en el mundo.

Para todo esto sé que cuento con este Parlamento. Es muy agradable trabajar en una política que, en un momento de división en la Unión Europea, es una política que concita unidad. Hubo unidad en el Consejo de Medio Ambiente, bajo la Presidencia eslovaca, para lanzar el proceso de ratificación; ha habido unidad en este Parlamento para dar su consentimiento a esa ratificación; ha habido unidad en los Parlamentos nacionales, pues ya dieciséis Parlamentos de la Unión Europea han ratificado este proceso.

Y quería decirle una cosa a la señora Estefanía Torres Martínez —que me parece que no está— cuando criticaba la falta de ratificación en el país que yo conozco: hombre, debería decir toda la verdad. El Gobierno estaba en funciones durante todo el año pasado y un gobierno en funciones, con la Constitución española, no puede ratificar un acuerdo. Pero el primer acto que tomó el Gobierno del país que mejor conozco, tras la investidura, fue lanzar el proceso de ratificación. Lo cual demuestra que en toda la Unión Europea las políticas de cambio climático son políticas que concitan unidad, ambición y esperanza.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, thank you and I thank all those honourable Members who have spoken. I will not repeat what I stressed at the beginning of this debate, on behalf of the Council. Instead I would like to consider today's debate because its title was to assess the outcome of Marrakech. That was extremely important, and many thanks to all those who agreed that Marrakech was a success for the European Union.

But this debate was more than a stocktaking of what happened in Marrakech. For me the political message from here is to maintain the momentum for our common political commitment to continue the work because we know that what matters at the end of the day is implementation.

Secondly, several of you referred to the Council. I dare say that, this year, the Council has delivered, and I thank Commissioner Cañete for reminding us that this was the case. We have been working hard and I am sure I can say that the upcoming Maltese and Estonian Presidencies will be equally committed. By the way, the Slovak Presidency is coming to an end, but we are still working hard and we hope that, at the meeting of the Environment Council in December, we will have an agreement on the ETS.

Fourthly and lastly, I would like to thank Parliament for its cooperation throughout the year, including its committed cooperation on the spot in Marrakech, and in particular to thank Mr La Via, Chair of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, for his leadership.

La Présidente. – Le débat est clos.

Déclarations écrites (article 162)

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Valuto in maniera decisamente positiva l'esito della Conferenza delle Parti recentemente svoltasi in Marocco. Credo che l'adozione di modelli di crescita compatibili con la tutela dell'ambiente sia oggi, come non mai nella storia dell'umanità, una priorità assoluta. La volontà della comunità internazionale di definire, entro il 2018, una *road map* per dare concreta attuazione all'accordo di Parigi, costituisce un importantissimo segnale di speranza per la salute e il futuro del nostro pianeta.

Sebbene rimangano ancora diversi nodi da risolvere, come le criticità inerenti all'istituzione del *Green Climate Fund*, sono convinto che il programma di lavoro e le scadenze temporali stabilite siano la testimonianza di una rinnovata sensibilità in materia ambientale da parte dell'intera comunità internazionale che deve renderci ottimisti.

Benedek Jávor (Verts/ALE), *in writing*. – At COP22, parties reaffirmed their collective commitment to implement the Paris Agreement – despite the outcome of the US elections.

Unfortunately, the EU has also failed to put forward any new measures to help close the emission gap, to hold global warming to well below 2°C, and to pursue efforts to limit it to 1,5°C. Thus, COP24 in 2018 will be the next moment for countries to increase their ambition and scale up emission reduction pledges, and the EU's leadership is crucial. We must start walking the talk and prioritise energy transition by ramping up our own policies and inadequate climate and energy targets.

To this end, now we need an ambitious energy winter package for 2030 which promotes energy savings and efficiency measures, high renewables penetration as well as proper governance of the Energy Union. However, it seems that EC rather wants to subsidise new fossil fuel capacities and undermine market access for renewables.

The credibility of the EU and our common future is at stake. We need to take commitments made in Paris seriously: substantially reducing GHG emissions in the short term and bringing emissions to zero in the longer term –it is our only chance.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No comparto la valoración optimista de los resultados de esta COP 22. Criticamos el Acuerdo de París por limitarse a compromisos voluntarios y por fijar la reducción de temperaturas a 1,5 ºC en lugar de los 2 ºC exigidos por la comunidad científica. Esta cumbre no va más allá de estos planteamientos y, en acuerdos concretos, los países más industrializados han demostrado de nuevo su falta de compromiso y de visión. Por el contrario, este ha sido el *show* de las empresas y las finanzas, con sus macroproyectos y fondos financieros con los que parasitar la economía verde para su propio beneficio. No ha sido ajeno a este giro, tampoco, el anfitrión, el Reino de Marruecos, que también ha utilizado la propaganda verde para normalizar ante la comunidad internacional su ocupación del Sáhara Occidental. Lamento no haber encontrado en sus palabras una condena explícita a los nuevos proyectos verdes que ahondarán en el expolio de los recursos saharauis o contra la expulsión de Sueilma Beiruk, parlamentaria saharaui, que desencadenó la ausencia de toda la delegación de la Unión Africana. Europa falta a sus compromisos climáticos, pero también, a sus compromisos de paz.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Terminou a vigésima segunda sessão da Conferência das Partes - COP 22, em Marraquexe. O objetivo de avançar na definição de regras para a concretização do Acordo de Paris não foi alcançado.

Um evento que devia ter arrancado com medidas para a mitigação das emissões de gases com efeito de estufa e para a adaptação às alterações climáticas acabou por se transformar numa enorme desilusão.

A anunciada Carta de Marraquexe não consegue ir mais além do que reconhecer que é necessário concluir o programa de trabalho no âmbito do Acordo de Paris «o mais rapidamente possível», colocando como limite temporal a COP 24, que reunirá no final de 2018.

Ficou de novo evidente que o Acordo de Paris, que entrou em vigor no dia 4 de novembro, só passará do papel com uma forte mobilização dos povos e dos trabalhadores em defesa do ambiente e do clima, e pela transformação da nossa sociedade com um outro modelo de desenvolvimento, o socialismo.

9. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

(La séance est suspendue à 11 h 50)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

10. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

Mario Borghezio (ENF). – Brevissimamente sull'ordine dei lavori, Presidente. Non so se le è stato riferito ma ieri, durante la discussione in Aula, sono state proferite delle parole ingiuriose: ci si è riferiti al Presidente eletto degli Stati Uniti con il termine *clown*.

Glielo segnalo non già a fini di repressione – perché noi siamo liberali e non votiamo contro chi esprimere liberamente le proprie opinioni, né ne chiediamo l'arresto o il processo – ma semplicemente per una questione di opportunità, conoscendo la sua sensibilità all'immagine del Parlamento, perché lei prenda i necessari provvedimenti.

Der Präsident. – Wir werden überprüfen, was da in der Sitzung gesagt worden ist. Wenn das nicht mit den Regeln des Parlaments zu vereinbaren ist, werde ich logischerweise dagegen vorgehen.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Meine Fraktion hat wie schon in den Jahren davor einen Änderungsantrag zum vorgeschlagenen Entwurf des Kalenders für das nächste Jahr eingereicht. Und wieder einmal haben Sie, Herr Schulz, unseren Änderungsantrag für unzulässig erklärt. Der Änderungsantrag schlägt lediglich eine Kürzung pro Tag für die Tagung in Straßburg vor. Unserer Ansicht nach untergräbt das nicht die Verträge oder das Urteil des Gerichts. Unabhängig davon war das Hauptziel unseres Änderungsantrages, den Mitgliedern dieses Hauses eine gewisse Kontrolle über ihr eigenes Parlament zu geben. Wir bedauern, Herr Schulz, dass Sie entschieden haben, den Kalender nun ohne Abstimmung vorzulegen.

Der Präsident. – Verehrte Frau Kollegin! Ich lege den Kalender nicht ohne Abstimmung vor, sondern ich lege ihn zur Abstimmung vor. Ich habe Ihren Änderungsantrag für unzulässig erklärt. Das ist nicht das erste Mal. Dieser Änderungsantrag ist objektiverweise deshalb nicht zulässig, weil Sie die Streichung des Donnerstags beantragt haben. Wir sind aber vom Gericht – vom Europäischen Gerichtshof – schon zweimal verpflichtet worden, die Tagung zwölfmal hier in Straßburg an vier Tagen inklusive des Donnerstags zwischen 9.00 Uhr morgens und 17.00 Uhr nachmittags abzuhalten. Da Sie eine Abgeordnete aus der Bundesrepublik Deutschland sind, wissen Sie, dass wir zur Rechtstreue verpflichtet sind, insbesondere gegenüber Urteilen der höchstrichterlichen Rechtsprechung. Ich halte mich an diese.

10.1. Tagungskalender des Parlaments für 2018

10.2. Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen (B8-1220/2016) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung:*

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it seems that the majority of the political groups are coming to the conclusion that this Parliament should also postpone the vote on consent for the CETA agreement until December. I think that, if this is confirmed, it is very sensible because we need to deal with it responsibly. One reason why 89 Members have proposed this resolution calling for the opinion of the European Court of Justice on the compatibility of this agreement – and especially of the investor protection rules – with EU law, is that we need to deal with this responsibly. Referring to Rule 190(4), I would like to suggest, in the name of my Group, that we postpone the vote on this resolution calling for the opinion of the European Court of Justice on the compatibility with EU law until December.

Der Präsident. — Vielen Dank, Frau Hautala. Möchte jemand für den Antrag von Frau Hautala sprechen? Ich sehe niemanden. Jemand dagegen?

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE). – Herr Präsident! Also ich finde, wir können jetzt hier über diesen Antrag abstimmen. Ich finde auch die Vorstellung der Kollegin Hautala, das Parlament würde sich nicht in verantwortlicher Weise mit diesem Abkommen befassen, unberechtigt. Das Abkommen ist seit anderthalb Jahren ausverhandelt. Der zuständige Ausschuss diskutiert es seit langem in sehr verantwortlicher Weise. Ich glaube, dass dieser Vorschlag der Fraktion der Grünen hier das Ziel hat, die weiteren Verfahrensschritte erneut hinauszuzögern, ohne dass dadurch in der Substanz irgendetwas erreicht würde. Insofern würde ich gegen den Antrag der Kollegin Hautala sprechen.

(Beifall)

Der Präsident. – Ich lasse nunmehr über den Antrag abstimmen. Es geht um die Verschiebung der jetzt gleich anstehenden Abstimmung über den Entschließungsantrag zu diesem Gutachten.

(Zwischenrufe)

Frau Kollegin! Vielleicht hören Sie erst zu, bevor Sie schreien. Wir sind in einem Abstimmungsverfahren, wir haben hier einen Antrag nach der Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung sieht Folgendes vor: Der Antrag wird gestellt. Anschließend fragt der Präsident einen oder eine, dafür zu reden oder ….

(Zwischenrufe)

Nein, sie hat sich eindeutig nicht gemeldet. Gut, damit Sie jetzt nicht wieder behaupten, ich sei ein Terrorist: Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

(Zwischenrufe)

Anne-Marie Mineur (GUE/NGL). – Als ik de gelegenheid krijg om mijn mening te geven…. Het is een goed idee, en daar zijn we hiervoor als Europees Parlement, om te spreken over dit soort belangrijke verdragen en u heeft zojuist zelf gezegd dat we moeten luisteren naar de uitspraken van het hoogste gerechtsorgaan. We moeten dat orgaan dan ook de gelegenheid geven om zich uit te spreken over dit soort belangrijke verdragen waar de Europese rechters, de Duitse *Richterbund* en 100 hoogleraren van gezegd hebben dat het zeer dubieus is. We moeten voorkomen dat we een verdrag aannemen dat tegen de Europese rechtsorde ingaat.

Der Präsident. — Frau Mineur! Sie hatten sich eben – zumindet für uns hier oben – nicht sichtbar gemeldet. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, wollen Sie ja, dass wir darüber abstimmen, das Ding an den EuGH zu schicken. Sie haben aber gerade verlangt, dass wir genau diese Abstimmung verschieben. Nun gut, okay.

10.3. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling) (Abstimmung)

10.4. Abschluss von Basel III (B8-1226/2016) (Abstimmung)

10.5. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (A8-0317/2016 - Ioan Mircea Paşcu) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung über Änderungsantrag 10:

Bodil Valero (Verts/ALE). – Mr President, I would like it to read as follows: 'Underlines the need for the European Union to develop a stronger export control regime for security and defence-related goods and services; calls on the Commission in consultation with the EEAS to develop a proposal on how to strengthen the implementation of the eight criteria of common position 994/2008/CFSP on arms exports, under which weapons, ammunition, defence equipment and technologies can be exported to third countries'.

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

Ioan Mircea Paşcu, *rapporteur.* – Mr President, because I was not offered the opportunity to thank the shadow rapporteurs and all those who have contributed to this result and to this report yesterday, I am doing it now. Thank you very much.

(Applause)

10.6. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (A8-0290/2016 - Anna Elżbieta Fotyga) (Abstimmung)

10.7. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (B8-1230/2016, B8-1241/2016) (Abstimmung)

10.8. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon (B8-1228/2016) (Abstimmung)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

11. Stimmerklärungen

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

11.1. Tagungskalender des Parlaments für 2018

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich wollte nur zwei Botschaften loswerden.

Erstens freue ich mich natürlich, dass wir jetzt schon die Sitzungen für das Kalenderjahr 2018 beschlossen haben. Aber zum Zweiten verliere ich die Hoffnung nicht, dass es uns diesmal im Jahr 2018 gelingen wird, möglichst viele Wahlkreiswochen zu organisieren, denn das Europäische Parlament muss vor Ort präsent sein. Die Abgeordneten brauchen auch Zeit, im Wahlkreis arbeiten zu können.

Das ist vielleicht noch einmal der Appell an uns selber, an unsere eigene Verwaltung, dass wir die Arbeit so effizient organisieren, dass wir auch in den Wahlkreisen präsent sein dürfen.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I wonder, as a thought experiment, what would happen if this Parliament were suddenly to disappear. Which of our constituents would notice? Which of us would be missed? That may sound like a rather ungenerous way of putting it, so let me phrase it the other way around: consider the immense talent gathered in this Chamber, the great skills and experience brought by people from 28 countries. Wouldn't it be a wonderful thing if those skills could be released into the private sector to contribute to the economy by making and selling things instead of by regulating them? One great upside of the coming Brexit is that at least British Eurocrats and British MEPs, about whom I have occasionally been rude, will now be redeployed from the unproductive to the productive bit of the economy.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, Parliament's calendar for 2018 was an issue which was approved without a vote. I would like to confirm, for the record, that if this had been voted on I would have abstained, because I am very hopeful that by 2018 this won't affect me – I am hopeful that the UK will have left the European Union.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Considero che il calendario proposto per le tornate parlamentari nell'anno 2018 sia adeguato, per questo motivo ho votato a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adopción del calendario del Parlamento Europeo para el año 2018 en un procedimiento formal de respaldo a la propuesta elaborada por los servicios parlamentarios y acordada por los diferentes grupos políticos en la Eurocámara.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). Nous tenons beaucoup au siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen et la seule institution de l'Union européenne basée en France. Nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne bouleverse pas l'organisation du Parlement pour renforcer encore le site de Bruxelles, comme un certain nombre de députés ne manquent pas de le réclamer régulièrement, lançant même des pétitions pour l'abandon complet de Strasbourg. Dans ces conditions, en tant que Français, soutenir ce projet de calendrier peut être considéré comme une manière de défendre les intérêts de la ville de Strasbourg et de la France et j'ai donc soutenu cette proposition.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už 2018 m. Parlamento plenarinių sesijų kalendorių.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). En tant que Français, nous avons toujours défendu le siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen et la seule institution de l'Union européenne basée en France.

Nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne bouleverse pas l'organisation du Parlement pour renforcer encore le site de Bruxelles, comme un certain nombre de députés ne manquent pas de le réclamer régulièrement, lançant même des pétitions pour l'abandon complet de Strasbourg. Dans ces conditions, en tant que Français, soutenir ce projet de calendrier peut être considéré comme une manière de défendre les intérêts de la ville de Strasbourg et de la France: c'est donc ce que j'ai fait.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce point

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Non avendo alcuna obiezione sul progetto presentato, oggi ho espresso il mio voto positivo alla proposta di calendario per le tornate parlamentari del 2018.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de una propuesta de calendario que considero adecuada.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Régulièrement, la présentation des périodes de session du Parlement essaye de renforcer le pouvoir de Bruxelles au détriment du siège de Strasbourg. En tant que Française et élue de la région Grand Est, et même si je combats durement cette UE technocratique, je considère qu'il ne faut pas amoindrir le pouvoir de Strasbourg par rapport à Bruxelles. Le calendrier habituel avec les grandes sessions à Strasbourg et à Bruxelles pour les mini-sessions respecte encore les équilibres. Je serais donc contre tout rapatriement des activités du Parlement à Bruxelles ce qui serait dommageable pour le commerce et l'hôtellerie locale.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho preso atto della risoluzione sul calendario delle tornate del Parlamento europeo per l'anno 2018.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de calendario para los periodos parciales de sesiones del Parlamento Europeo en 2018.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio dokumento, nes juo buvo patvirtintas 2018 m. Europos Parlamento darbo kalendorius.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam Izvješće o rasporedu sjednica Parlamenta za 2018.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – E' una cosa positiva avere a disposizione il calendario delle tornate parlamentari con largo anticipo, così da permettere a ciascuno di noi di organizzarsi al meglio per assicurare la massima presenza e partecipazione sia ai lavori in aula che sui nostri territori di provenienza.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier 2018 vise à maintenir les traditionnelles sessions à Strasbourg et à limiter les mini-sessions à Bruxelles. En tant que député français au Parlement européen, je me réjouis évidemment de voir que ce projet ne remet pas en cause l'existence du Parlement à Strasbourg au profit du site bruxellois, comme certains députés ne manquent pas de le réclamer. En soutenant ce calendrier, nous défendons les intérêts de la ville de Strasbourg et d'une certaine manière ceux de la France. C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce texte.

David Casa (PPE), *in writing*. — I agree with the calendar as proposed and voted in favour.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε το χρονοδιάγραμμα των περιόδων συνόδου του Κοινοβουλίου για το 2018, καθώς συμφωνούμε με τις προτεινόμενες ημερομηνίες.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la programmazione stabilita per i lavori parlamentari nel 2018 e sono onorato di potervi partecipare.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported Parliament's calendar of part-sessions – 2018.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo con la calendarizzazione delle tornate parlamentari del 2018.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adopción del calendario del Parlamento Europeo para el año 2018 en un procedimiento formal de respaldo a la propuesta elaborada por los servicios parlamentarios y acordada por los diferentes grupos políticos en la Eurocámara.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw przyjęciu kalendarza sesji miesięcznych Parlamentu na rok 2018 w związku z odmiennym stanowiskiem w kwestii odnoszącej się do zmiany czasu trwania posiedzeń. W zaprezentowanym kalendarzu proponuje się wydłużenie czasu posiedzeń plenarnych w Strasburgu. Obserwując dotychczasowy system pracy Parlamentu oraz przyjętą organizację czasu pracy, nie dostrzegam konieczności zamian w tym kierunku. Uważam, że zmiany te nie przyniosą wzrostu efektywności, a jedynie mogą opóźnić proces podejmowania decyzji.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce vote visait à adopter le calendrier des périodes de sessions parlementaires du Parlement en 2018. Je me réjouis de voir que le nombre de mini-sessions à Bruxelles recule fortement par rapport aux années précédentes ; il convient de rappeler que le seul siège du Parlement européen est à Strasbourg. J'ai voté en faveur de ce calendrier.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues).

Les élus Front National ont toujours soutenu le maintien du siège du Parlement européen à Strasbourg, à l'encontre des demandes d'autres parlementaires. Pour ce seul principe, nous soutenons ce calendrier.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne bouleverse pas l'organisation du Parlement pour renforcer encore le site de Bruxelles.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I approve the Parliament calendar of part-sessions for 2018.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Tagungskalender des Parlaments für 2018 gestimmt, muss aber betonen: Ich hätte mir eine Ausdehnung der Sitzungswochen in Straßburg auf Montag bis Freitag gewünscht, so wie es früher der Fall und deutlich effizienter war. Gleichzeitig plädiere ich für eine völlige Abschaffung der vollkommen überflüssigen „Mini-Plenarsitzungen" in Brüssel. Straßburg ist der Sitz des Europäischen Parlamentes – unser Ziel sollte es sein, an diesen einzig wahren „single seat" zurückzukehren und die maroden Gebäude in Brüssel zu veräußern, statt sie mit Milliardenaufwand zu sanieren.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de una propuesta de calendario que considero adecuada.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Je suis satisfait du calendrier des activités du Parlement européen pour l'année 2018.

Je pense en effet que cette fois-ci, le calendrier respecte l'esprit des traités dans la mesure où douze sessions plénières sont organisées à Strasbourg et que la session du mois de juillet n'a pas lieu au cours de la semaine de la Fête nationale française comme cela avait pu être le cas par le passé.

Je m'inquiète en revanche des dérives constatées cette année tendant à alourdir l'ordre du jour des sessions extraordinaires à Bruxelles et à vider celles de Strasbourg ce qui, à long terme, conduirait à délégitimer l'existence du siège du Parlement dans la capitale alsacienne. C'est une stratégie perfide contre laquelle nous, Français et tous ceux qui respectent les Traités et le légalisme, devrions nous élever avec la plus grande véhémence.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za raspored sjednica Parlamenta za 2018. jer smatram da je prijedlog uravnotežen i dosljedan trenutačnim predviđanjima, te kako bi se čim prije ustanovio plan rada za 2018. godinu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – Le calendrier parlementaire pour 2018 a été voté par une large majorité de parlementaires. Je me réjouis de la réduction du nombre de «mini sessions plénières» à Bruxelles qui passeront de 10 en 2015 à 3 en 2018. Je maintiens que le Parlement Européen de Strasbourg, qui est son siège officiel, doit être utilisé de façon efficace en y concentrant l'ensemble des sessions plénières et en rationalisant les dépenses liées aux navettes entre Bruxelles et Strasbourg.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce calendrier qui réduit les mini-sessions à Bruxelles et renforce ainsi le siège de Strasbourg.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Vorschlag zur Ansetzung der Plenartermine im Jahr 2018. Er kommt früh genug, um die Planung für 2017 dementsprechend zu gestalten.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Parliament's calendar of part-sessions for 2018.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du projet de calendrier prévisionnel de nos travaux pour l'année 2018. Je me réjouis en effet de la forte diminution des «mini-plénières» programmées à Bruxelles, qui ne seront qu'au nombre de 3 en 2018 (contre 10 en 2015, 5 en 2016 et 5 également en 2017). Il est important que l'essentiel de nos votes se déroule en session plénière à Strasbourg, siège officiel et unique du Parlement européen.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). Nous tenons beaucoup au siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen, et la seule institution de l'Union européenne basée en France. Nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne bouleverse pas l'organisation du Parlement pour renforcer encore le site de Bruxelles, comme un certain nombre de députés ne manquent pas de le réclamer régulièrement, lançant même des pétitions pour l'abandon complet de Strasbourg. Dans ces conditions, en tant que Français, soutenir ce projet de calendrier peut être considéré comme une manière de défendre les intérêts de la ville de Strasbourg et de la France et, j'ai donc pu soutenir cette proposition.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adopción del calendario del Parlamento Europeo para el año 2018 en un procedimiento formal de respaldo a la propuesta elaborada por los servicios parlamentarios y acordada por los diferentes grupos políticos en la Eurocámara.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το Χρονοδιάγραμμα των περιόδων συνόδου του Κοινοβουλίου-2018, διότι το εν λόγω χρονοδιάγραμμα, παρότι προωθεί με επάρκεια και πληρότητα τις νομοθετικές και λοιπές κοινοβουλευτικές δραστηριότητες του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, εντούτοις λειτουργεί αποκλειστικά με βάση τις θρησκευτικές αργίες της Καθολικής Εκκλησίας και δεν λαμβάνει υπόψη τις θρησκευτικές αργίες των Ορθόδοξων Εκκλησιών, όπως καθορίζονται ειδικότερα από το Οικουμενικό Πατριαρχείο Κωνσταντινουπόλεως, παρότι σημαντικός αριθμός βουλευτών αλλά και υπαλλήλων του ΕΚ είναι χριστιανοί ορθόδοξοι και, ως εκ τούτου, υφίστανται διακρίσεις εν προκειμένω κατά την ενάσκηση των θρησκευτικών τους πεποιθήσεων, ιδίως σε σχέση με την εορτή του Πάσχα.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Ce texte maintient les sessions à Strasbourg, et limite les mini-sessions à Bruxelles, ce que nous soutenons étant donné que Strasbourg est officiellement le seul siège du Parlement européen. Il est souhaitable pour la France de maintenir la seule institution de l'UE basée sur son territoire métropolitain et dans ce sens, ce calendrier respecte nos intérêts.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Plenarinių sesijų kalendoriuje numatytos EP posėdžių datos. Balsavau už.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La détermination du calendrier de ses sessions est l'une des attributions du Parlement. Dans le calendrier proposé pour 2018 les commémorations nationales importantes sont respectées. Il ne propose de sessions, ni le 8 mai, jour de la capitulation des armées nazies, ni le 14 juillet, commencement révolutionnaire de l'ère moderne, ni le 11 novembre, jour de la défaite de l'impérialisme allemand. Nous pourrons participer aux cérémonies sans être pénalisé par notre absence en séance. Je vote pour et j'encourage vivement cette attitude respectueuse de l'histoire importante de l'Europe.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg mais limite les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). Nous tenons beaucoup au siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen et la seule institution de l'Union européenne basée en France. Nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne renforce pas encore le site de Bruxelles, comme un certain nombre de députés ne manquent pas de le réclamer régulièrement, lançant même des pétitions pour l'abandon complet de Strasbourg. Dans ces conditions, en tant que Française, soutenir ce projet de calendrier est une manière de défendre les intérêts de la ville de Strasbourg et de la France. Je soutiens donc cette proposition.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Parliament's calendar of part sessions for 2018.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Parlament 2018-ra tervezett ülésezési rendjét megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). Nous tenons beaucoup au siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen et la seule institution de l'Union européenne basée en France. Nous pouvons donc nous satisfaire que ce projet ne bouleverse pas l'organisation du Parlement pour renforcer encore le site de Bruxelles, comme un certain nombre de députés ne manquent pas de le réclamer régulièrement, lançant même des pétitions pour l'abandon complet de Strasbourg. Dans ces conditions, en tant que Français, soutenir ce projet de calendrier peut être considéré comme une manière de défendre les intérêts de la ville de Strasbourg et de la France et nous pouvons donc soutenir cette proposition.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce calendrier reprend essentiellement le calendrier des années précédentes. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Je soutiens ce nouveau calendrier des périodes de session du Parlement qui a pour but de réduire les séances plénières de Bruxelles pour recentrer le travail en plénière à Strasbourg.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for the Parliament's calendar of 2018 part-sessions.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Concordo con il calendario delle tornate del 2018 presentato, poiché coincide perfettamente con gli impegni

Pertanto esprimo voto positivo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Rasporedom sjednica Europskog parlamenta za 2018. godinu dan je okvirni kalendar za planiranje glavnih aktivnosti Parlamenta te je predviđen okvir za planiranje aktivnosti zastupnika tijekom 2018. godine. Novost u odnosu na kalendare za 2016 i 2017. godinu jest povećanje broja „zelenih tjedana" s dosadašnjih 9 na 10 tijekom kojih se ne održavaju sastanci odbora, političkih grupa u sjedištima Europskog parlamenta u Bruxellesu i Strasbourgu. To je vrijeme planirano za ostale aktivnosti zastupnika u njihovom izbornim jedinicama. Nedostatak komunikacije s izbornom bazom i mogućnost predstavljanja europskih politika za koje se zastupnici Europskom parlamentu zalažu svojim biračima smatra se najvećim problemom u percepciji javnosti zbog „udaljenosti" zastupnika u Bruxellesu od svojih građana. Povećanje vremena koje možemo aktivno provesti na terenu s građanima te od njih izravno čuti povratne informacije i želje vezano uz politike za koje se zalažemo na europskoj razini kao i konkretno čuti njihova iskustva o primjeni tih politika dobar je prijedlog te sam podržala Raspored sjednica Parlamenta za 2018. godinu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le projet de calendrier présenté cette semaine pour l'année 2018 maintient les traditionnelles sessions à Strasbourg (douze sont au programme) et limite en revanche les mini-sessions à Bruxelles (seules trois sont prévues). Je tiens beaucoup au siège de Strasbourg, qui est officiellement le seul siège du Parlement européen. Je suis donc satisfait de ce projet de calendrier.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Nous avons adopté le calendrier des sessions plénières du Parlement européen pour 2018. Il comporte 15 sessions plénières dont trois mini-sessions additionnelles, seulement, à Bruxelles. Nous tenions en effet, dans le but de réaliser des économies, à limiter l'ajout de sessions supplémentaires à Bruxelles, alors que l'ordre du jour à Strasbourg n'est souvent assez pas rempli. Notre objectif à terme serait de supprimer les sessions plénières à Bruxelles. D'autre part, je tiens à rappeler l'importance de la reconnaissance de Strasbourg comme siège officiel du Parlement européen.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de calendario para los periodos parciales de sesiones del Parlamento Europeo en 2018.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du calendrier des périodes de session du Parlement européen pour 2018. Ce calendrier permet notamment aux Députés de disposer du temps nécessaire pour aller à la rencontre des citoyens et ainsi faire remonter leurs inquiétudes au sein de notre hémicycle.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu siūlomam dokumentui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – De acordo com o Regimento do Parlamento Europeu, torna-se necessário aprovar o calendário dos períodos de sessões para 2018, tal como se encontra previsto no seu artigo 145.º.

Porque se trata de uma questão de legalidade formal, embora relacionada com a organização interna, votei a favor do calendário proposto para o período das sessões parlamentares em 2018.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de una propuesta de calendario que considero adecuada.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adopción del calendario del Parlamento Europeo para el año 2018 en un procedimiento formal de respaldo a la propuesta elaborada por los servicios parlamentarios y acordada por los diferentes grupos políticos en la Eurocámara.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – There was no vote on this proposal.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Kalendár schôdzí Parlamentu na rok 2018 som podporila, pretože aj napriek výhradám mnohých obyvateľov EÚ, ale aj nás poslancov musíme dodržiavať platné zmluvy a 12-krát zasadať v Štrasburgu. Každomesačné sťahovanie z Bruselu do Štrasburgu 751 poslancov, asistentov, úradníkov,… stojí značnú sumu z rozpočtu EÚ. Ale nato, aby sa to zmenilo, musia s tým súhlasiť všetky členské štáty EÚ, teda aj Francúzsko, kde sa plenárne schôdze konajú. Aby sme ušetrili, pokúsili sme sa zredukovať zasadnutia v Štrasburgu tak, že sme určili jednu schôdzu na pondelok a utorok , v stredu sme nerokovali a na štvrtok a piatok vzápätí druhú schôdzu. Tým sme chceli dodržať článok zmluvy, ktorý určuje zasadnutie v Štrasburgu 12-krát v roku, ale *de facto* by sme vycestovali iba 6-krát. To napokon bolo Európskym súdom napadnuté, a aj keď na dvakrát schôdza, počítalo sa iba jedno zasadnutie. Striedanie týždňov, keď zasadajú výbory, politické skupiny a zasadnutie pléna, je dobrý systém, pretože je dostatok času na prípravu, prerokovanie a diskusiu o návrhoch uznesení skôr, než hlasujeme v pléne.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Glasoval sem za predlagani koledar delnih zasedanj Evropskega parlamenta za leto 2018 in s tem predlog tudi podprl, saj se mi je zdel dober in smotrn.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Kalendár činnosti Európskeho parlamentu sa stanovuje každoročne na návrh Konferencie predsedov. Obsahuje dvanásť štvordňových zasadnutí v Štrasburgu, 6 dvojdňových zasadnutí v Bruseli, dva týždne v mesiaci schôdze parlamentných výborov a medziparlamentných delegácií, jeden týždeň v mesiaci schôdze politických skupín a 4 týždne do roka sú v ňom určené na prácu a pôsobenie europoslancov v ich volebných obvodoch.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Αποτελεί συνήθη κοινοβουλευτική πρακτική.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de calendrier, qui est globalement conforme à nos demandes pour exercer notre travail de manière optimale et plus efficace.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rasporeda sjednica za 2018. godinu". Smatram da će vremenski okvir predviđenog rasporeda adekvatno odgovarati svim obvezama i zadaćama koje su prema pravnom okviru Europske unije stavljene pred instituciju Europskog parlamenta.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv jer se snažno protivim nepotrebnom rasipanju novca poreznih obveznika na putovanja između dva sjedišta Europskog parlamenta jer se na isti način bez ikakvog logičnog opravdanja na godišnjoj razini potroši otprilike 180 milijuna eura, koji bi se svakako mogli potrošiti na nebrojene korisne i neophodne projekte.

Također, protivim se i upornom odbijanju amandmana kojima moja parlamentarna grupacija predlaže barem skraćivanje plenarnih sjednica u Strasbourgu kao nekakav vid kompromisnog rješenja.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Koledar delnih zasedanj Parlamenta za leto 2018 sem podprla.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de una propuesta de calendario que considero adecuada.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Technikai döntés, amelyet támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de una propuesta de calendario que considero adecuada.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Parliament's calendar of part-sessions for 2018 because I do not have any objections to the schedule of the Parliament's part-sessions for 2018.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la adopción del calendario del Parlamento Europeo para el año 2018 en un procedimiento formal de respaldo a la propuesta elaborada por los servicios parlamentarios y acordada por los diferentes grupos políticos en la Eurocámara.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Aprovar este calendário para 2018, quando temos pela frente uma enorme tempestade social e política cujo desfecho é impossível de prever constitui sempre um gesto inconfortável. A UE enferma de contradições que são evidentes. A cegueira das instituições e a recusa em constatar o óbvio só tem agravado a crise e deixa antever um horizonte negro e suscita a eventual inutilidade do presente voto.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Gegen den Entwurf für den Tagungskalender des Parlaments für 2018 ist nichts einzuwenden. Daher habe ich diesem Entwurf zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – While of course I support the Parliament continuing its important democratic work representing the citizens of the European Union, I would like to use this opportunity to register my opposition to the European Parliament's Strasbourg seat.

Together with an overwhelming majority of my MEP colleagues, I support a single seat for the European Parliament, doing its important work in Brussels.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam predloženi raspored sjednica Europskog parlamenta u 2018. godini. U novom kalendaru vidljiva je promjena u odnosu na 2017. godinu u broju tjedana koje zastupnici provode na terenu. U 2018. godini zastupnici će moći provesti dodatni tjedan u aktivnostima koje organiziraju izvan parlamenta i to je prednost za upoznavanje i suradnju s bazom, uočavanje postojećih problema i rad na njihovom rješavanju.

11.2. Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen (B8-1220/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor Presidente, hay votaciones que son cuestión de sentido común y de decencia democrática. Hoy estamos ante un Tratado cuya legalidad ponemos en duda no solo muchos eurodiputados y la sociedad civil, sino también los propios jueces y hasta el Tribunal Constitucional alemán. Hemos votado hoy a favor de una cuestión que, como decía, es de sentido común. Queremos que sea el Tribunal de Justicia Europeo quien dictamine, quien resuelva, si el CETA es legal o no.

Es inaceptable que algunos que se hacen llamar demócratas, socialdemócratas y cristianodemócratas hayáis votado que no. Votáis que no porque teméis que el Tribunal diga lo que todos sabemos: que el CETA otorga unos derechos extraordinarios y exclusivos a las empresas y no a la gente, y que esto atenta contra la igualdad de todos ante la ley, que es un principio fundamental del Estado de Derecho. Y por eso es ilegal. Ha sido lo suyo un voto del miedo, del miedo ante la verdad, y ante la legalidad y ante la democracia.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Se l'accordo economico e commerciale proposto tra Canada e Unione europea (CETA) entrasse in vigore, sappiamo bene che causerebbe catastrofici effetti in molti degli Stati membri. Inoltre, per com'è strutturato, agisce fuori dal sistema giudiziario degli Stati membri e conferisce ancora più potere alle multinazionali, che di potere ne hanno già fin troppo.

Per questi motivi io, i miei colleghi del Movimento 5 stelle e altri deputati abbiamo richiesto il parere della Corte di giustizia, che è l'organo adibito a valutare il rispetto dei trattati dell'Unione europea. Per dimostrare che accordi come il CETA sono illegali, ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta moción porque el Tratado comercial entre Canadá y la Unión (CETA) plantea graves problemas jurídicos que el TJUE debería resolver antes de su aplicación. Tal y como han manifestado autoridades y tribunales nacionales, el CETA crea instituciones como los tribunales de arbitraje (que permiten a las multinacionales extranjeras obtener una compensación económica por cualquier cambio regulatorio que les afecte, anteponiendo sus beneficios a los derechos democráticos) o los organismos de cooperación regulatoria (en los que las multinacionales intervienen directamente en el proceso legislativo) que afectan negativamente a competencias estatales. Es por lo tanto una exigencia jurídica que el TJUE se pronuncie sobre el ámbito legislativo del CETA y que éste no entre en vigor hasta que sea votado favorablemente en cada Estado miembro.

El CETA es un tratado que afectará muy negativamente a los derechos de los trabajadores y trabajadoras europeas, a la estabilidad financiera y económica, a la protección medioambiental y a la propia democracia. Lamento profundamente que para una mayoría de diputados de esta Cámara su aprobación, en beneficio del gran capital, sea tan urgente como para querer evitar incluso los debates y protocolos legales más elementales.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this motion for a resolution which called to refer the EU-Canada Comprehensive and Economic Trade Agreement (CETA) to the European Court of Justice.

This comes following opinions by judges, legal practitioners and academics (including Irish) that Chapter 8 on Investment Protection, which establishes a Permanent Investment Court, is contrary to the EU judicial order as laid out in Article 19 of the TEU. The issue lies in the fact that this new court, established outside the existing judicial framework, which is not answerable to nor overseen by the CJEU or the national courts cannot be compatible with the EU Treaties. The European Parliament reserves the right to refer any International Agreement to the European Court of Justice for an opinion via Article 218(11) TFEU before it gives its consent.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour la saisine de la Cour de justice de l'Union européenne. Ce vote est une défaite pour la transparence et pour la démocratie! Le contenu de l'accord CETA est encore entouré d'incertitudes juridiques qu'il convient de dissiper: quel est le poids juridique des 38 déclarations additionnelles incluses à l'issue du bras de fer mené par la Wallonie? Le mécanisme de coopération réglementaire est-il constitutionnel? Le nouveau système de règlement des différends liés à l'investissement (ICS) est-il compatible avec le droit européen?

Je regrette le choix fait par une majorité au Parlement européen de rejeter cette saisine. C'est une erreur politique! Ce faisant, le Parlement laisse à d'autres le soin de faire ce qu'il aurait dû effectuer lui-même, au nom de l'ensemble des citoyens européens.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš rezoliuciją dėl Teisingumo Teismo nuomonės, ar numatytas sudaryti Kanados ir Europos Sąjungos susitarimas dėl išsamaus ekonomikos ir prekybos susitarimo (IEPS) suderinamas su Sutarčių nuostatomis. Labai apgailestauju, kad kai kurie Europos Parlamento nariai stengiasi sumenkinti IEPS svarbą ES ir Kanadai bei siekia sukurti kuo daugiau kliūčių šio susitarimo įsigaliojimui. Esu tvirtai įsitikinusi, kad IEPS yra vienas geriausių ir naudingiausių iki šiol ES sudarytų tarptautinių susitarimų. IEPS neabejotinai bus naudingas ES piliečiams, prisidės prie ES valstybių narių ir tuo pačiu Kanados ekonominio augimo ir verslo plėtros.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Es handelt sich hierbei um einen Entschließungsantrag des Europäischen Parlaments mit dem Ziel der Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Übereinkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen.

Neben meinen Kollegen vertrete auch ich die Ansicht, dass Rechtsunsicherheit dahingehend herrscht, ob das vorgeschlagene Abkommen mit den Verträgen und insbesondere mit Artikel 19 des Vertrags über die Europäische Union und mit den Artikeln 49, 54, 56, 267 und 340 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vereinbar ist, und würde sehr gerne den Gerichtshof um ein Gutachten über die Vereinbarkeit des geplanten Abkommens mit den Verträgen ersuchen. Ich bedauere, dass es für dieses Ersuchen im Parlament keine Mehrheit gegeben hat. Unabhängig davon bleibe ich ein entschiedener Gegner dieses Abkommens in seiner jetzigen Form.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte détermine si le CETA est compatible avec les traités européens, notamment en ce qui concerne la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE).

Si nous ne sommes pas favorables à la CJUE, qui amoindrit notre souveraineté, j'ai voté favorablement à cette proposition de résolution qui ferait perdre du temps à la mise en application du dangereux traité CETA puisqu'il faudra attendre le jugement de la CJUE.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – If CETA were a genuine move towards free trade, and one which was designed to benefit working people, then I would be fully supportive of it. Free trade is important for economic development, and indeed one of the arguments for Brexit is that it will enable us to negotiate free trade deals with countries around the world.

However, CETA appears to be another deal which will support big business whilst hampering small business, and I have huge concerns about the proposed investor-state dispute resolution provisions. In the current case, I voted in favour of the resolution (and, in effect, against CETA) for three reasons:

1. The European Union must not break its own rules, and therefore legal questions should be resolved first.

2. If legal questions are not resolved before the adoption of CETA, it creates the potential for confusion and loss of business.

3. Regardless, this vote would in any case have served to cause a delay in the implementation of a bad deal.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car sur le fond, je souhaite une pause dans la négociation des traités de libre-échange. Ceux-ci n'ont de sens que par rapport à une vision et un projet pour l'Europe. Je n'ai alors pas l'intention d'approuver le CETA. En revanche, j'estime que le Parlement doit se dispenser de recourir au juge pour trancher ses options politiques.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos kuriuo prašoma, kad Teisingumo Teismas pateiktų nuomonę dėl to, ar numatytas sudaryti Kanados ir Europos Sąjungos susitarimas dėl išsamaus ekonomikos ir prekybos susitarimo (IEPS) suderinamas su Sutarčių nuostatomis. Šis išsamus ekonomikos ir prekybos susitarimas tarp ES ir Kanados yra labai svarbus skatinant prekybą ir stiprinant ekonominius santykius, kurie prisidės prie naujų darbo vietų atsiradimo ir augimo. Manau, kad šis susitarimas turi būti įgyvendintas kuo greičiau, todėl balsavau prieš šią siūlomą rezoliuciją, kuri apsunkintu kelią IEPS susitarimo įgyvendinimui.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Nyolcvankilenc képviselő nyújtott be határozati javaslatot, amelyben kezdeményezték az Európai Bírósághoz fordulást az EU–Kanada szabadkereskedelmi megállapodás (CETA) uniós alapszerződésekkel való összhangjának kérdésében. Közelebbről a befektető-állam vitarendezési mechanizmusról (ISDS) kívánták a bíróság véleményét kikérni. Ez az eljárás lehetőséget teremt a globális cégeknek arra, hogy tagországokat pereljenek be választott magánbíróságon, amennyiben úgy ítélik meg, hogy a tevékenységük állami korlátozása profitkiesést okozott számukra. A korlátozásnak lehet környezetvédelmi, közegészségügyi vagy más társadalmi-gazdasági oka, amelynek érvényesítése során egy szuverén kormány a lakosságtól kapott felhatalmazással jár el. Ennek ellenére döntése megtámadható, s az említett bírósági eljárás sok esetben a befektető cégnek ítél meg jelentős összegeket.

Az Európai Parlament megdöbbentő módon 419 nem szavazattal 258 igennel szemben, 22 tartózkodás mellett elutasította az indítványt. Ezzel világossá vált, hogy a nemmel szavazók a globális gazdasági szereplők érdekét még azon az áron is képviselik, hogy az általuk támogatott nemzetközi megállapodás ellentétes lehet az uniós alapszerződésekben foglaltakkal.

Természetesen én igennel szavaztam az indítványra.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We supported this resolution because we see both CETA and TTIP as part of the globalisation of crony capitalism and primarily benefitting 'big business' rather than people.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai évidemment voté pour cette proposition de résolution: il s'agit en effet de s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends entre investisseurs et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne).

Sur le fond, je reste opposé à l'AECG, plus connu sous son sigle anglais de «CETA», petit frère du funeste PTCI (en anglais TTIP ou TAFTA).

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Malgré les améliorations nettes obtenues par la Wallonie et l'engagement de la Belgique de demander un avis à la Cour de justice sur la compatibilité de l'ICS avec les traités européens, il me semblait opportun que le Parlement européen lui-même, en tant que représentant de 500 millions d'Européens, demande à la Cour de justice de vérifier la compatibilité de cet accord commercial entre l'Union et le Canada et notamment du règlement des différends commerciaux en matière d'investissements (ICS) avec les traités européens. J'ai donc soutenu cette résolution qui portait cette requête. L'Assemblée a toutefois rejeté cette demande.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – La iniciativa de llevar el CETA ante el Tribunal de Justicia de la Unión Europea es un intento de obstruccionismo. Si lo hiciéramos con todas las leyes, sería imposible avanzar, legislar y gobernar. En Europa, en España, en cualquier ayuntamiento. El Parlamento Europeo tiene sus servicios jurídicos con buenos profesionales. Ha habido un proceso democrático de debate y tramitación. Aun así, es legítimo acudir a la justicia si se cree que una ley o acuerdo aprobado incumple la ley. Quien así lo crea, que denuncie.

Yo estoy a favor del excelente acuerdo comercial UE-Canadá. Considero que es bueno para los europeos. No acepto que se trate de deslegitimar e insultar a los que pensamos así. Yo creo que el libre comercio es positivo, porque trae prosperidad y progreso, y es compatible con los avances sociales y el respeto a los derechos humanos. Y sé, porque la historia lo avala, que el proteccionismo y los aranceles empobrecen. No obstante, cómo no, respeto a los que discrepan, desde Trump hasta Podemos.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione, rigettata dal Parlamento, che prevedeva la richiesta di un parere alla Corte di giustizia sulla compatibilità del CETA con i trattati. L'accordo economico e commerciale globale tra Canada e UE rappresenta senza dubbio un risultato importante ottenuto dalla Commissione: tuttavia, esso presenta anche alcune disposizioni che potrebbero, a mio parere, generare situazioni di interferenza con la prerogativa delle istituzioni comunitarie, e dei governi, di legiferare su temi centrali come la protezione della salute o dell'ambiente.

La perplessità maggiori sono legate alle sezioni D e F del capitolo 8 dell'accordo, relative alla tutela degli investimenti e alla risoluzione delle controversie in materia di investimenti tra gli investitori e gli Stati. Soprattutto l'istituzione di corti private sovranazionali per l'arbitraggio dei conflitti tra Stati e multinazionali, risulta essere a mio parere un argomento particolarmente delicato, che avrebbe meritato un approfondimento giuridico da parte della Corte.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – La compatibilidad del ICS de CETA con el ordenamiento jurídico europeo ha sido puesta en duda por asociaciones de juristas de toda Europa.

He votado a favor de solicitar al Tribunal Europeo que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Nos parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal Europeo de Justicia el rol que le corresponde y, no correr el riesgo de que entre en vigor un tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de esta petición de consultar al Tribunal de Justicia sobre la compatibilidad con el Acuerdo CETA. Ya han sido realizadas consultas por los servicios jurídicos, tanto del Parlamento Europeo como de la Comisión, y también por alguna de las Cortes Supremas de los Estados miembros, como es el caso de Alemania. Quienes ahora hacen esta propuesta y las organizaciones que se oponen a este tratado o al ATCI no han enviado al Tribunal episodios como los que algunos Estados miembros han protagonizado usando el ISDS contra otros en el marco de tratados bilaterales y pretendan ahora enviar este Tratado que incorpora la más profunda revisión y mejora de este sistema jamás realizada.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de résolution demandant l'avis à la Cour de justice sur la compatibilité du CETA avec le traité sur le fonctionnement de l'Union européenne. En effet, cette proposition demande la saisine de la Cour de justice de l'Union européenne afin qu'elle vérifie que le CETA est compatible avec les traités européens. Notre groupe est farouchement opposé au CETA. En conséquence, nous sommes favorables à tout ce qui pourrait retarder sa mise en œuvre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione che chiede alla Corte di giustizia di pronunciarsi sulla compatibilità con i Trattati dell'Accordo tra il Canada e l'Unione europea su un accordo economico e commerciale globale (CETA).

Questa Europa sta portando a termine un accordo con il Canada, che andrà contro le economie dei nostri territori, contro la nostra agricoltura, contro un modello di mercato veneto ed italiano basato sulla qualità delle nostre eccellenze che rischia di essere spazzato via dalle multinazionali canadesi che vogliono appropriarsi del nostro «saper fare».

Il CETA va fermato subito, prima che arrivi a eliminare la nostra economia e il nostro agroalimentare con la conseguente perdita di migliaia di posti di lavoro nelle nostre regioni.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas prašo, kad Teisingumo Teismas pateiktų nuomonę dėl to, ar numatytas sudaryti Kanados ir Europos Sąjungos susitarimas dėl išsamaus ekonomikos ir prekybos susitarimo (IEPS) suderinamas su Sutarčių nuostatomis.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Glasoval sem proti tej resoluciji, saj sem po podrobnem preučevanju pravnih argumentov, ki so bili na voljo, ugotovil, da so bile te dileme, ki jih navajajo predlagatelji, že razčiščene. Pristojni odbori, ki delajo na sporazumu že nekaj let, so iz pravnega vidika že preverjali skladnost sporazuma z našim pravnim redom, nobenih odstopanj pa ni ugotovila niti pravna služba Evropskega parlamenta, ki je kot neodvisen organ podala obsežno obrazložitev tega mnenja. Pridobivanje mnenja sodišča EU bi pomenilo najmanj dvoletni zamik uveljavitve sporazuma CETA in na podlagi prava EU ima to sodišče tudi povsem druge pristojnosti. Zato v tej zahtevi ne vidim dodane vrednosti kot le to, da bi zadevo zavlačevali v nedogled, EU pa bi še naprej pridobivala na slabem ugledu nekompetentnega in nezanesljivega pogajalca in partnerja v svetu.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted against this resolution because there is no need to seek an opinion from the Court of Justice on the Comprehensive Economic and Trade Agreement between the EU and Canada if the one issued by the legal service of the Parliament already provide enough safety and the confirmation that the CETA is not against European Law.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione per richiedere il parere della Corte di Giustizia sulla compatibilità dell'Accordo economico e commerciale globale Canada-UE (CETA) con i trattati.

Molte sono le preoccupazioni legate al CETA: le negoziazioni sono state portate avanti nella completa segretezza e le conclusioni potrebbero avere effetti molto negativi sui nostri processi democratici e rischiano di colpire duramente servizi pubblici e diritti dei lavoratori.

Purtroppo, il Parlamento si è pronunciato a maggioranza contro l'accoglimento della richiesta. Se fosse stata accolta, la Corte avrebbe potuto pronunciarsi sulle questioni legate all'*Investment Court System* (ICS), che garantirà agli investitori esteri la possibilità di citare in giudizio gli Stati qualora emanassero regolamenti o normative che mettono a rischio le loro aspettative di business.

Infatti, l'istituzione di corti private sovranazionali per l'arbitraggio dei conflitti tra Stati e multinazionali sembra essere in contrasto con i trattati UE perché nega in buona sostanza la sovranità nazionale e aggira la giustizia ordinaria. Considero paradossale il fatto che, a fronte di tutti questi dubbi di legittimità, si voglia spingere per l'attuazione immediata del CETA.

James Carver (EFDD), *in writing*. – We supported this resolution because we see both CETA and TTIP as part of the globalisation of crony capitalism and primarily benefitting 'big business' rather than people.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution as I believe that this resolution would unnecessarily disrupt and delay the process of implementation of CETA and would be harmful to CETA, as well as EU trade policy as a whole. Such a motion for a resolution would also signal to other countries with which the European Union intends to negotiate and sign trade agreements with, that the European Union is becoming a less open economy and is not a reliable partner to negotiate with.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Chiedere la compatibilità di un Trattato concluso dall'UE con un paese terzo è una delle prerogative del Parlamento. In particolare, l'accordo tra UE e Canada solleva molteplici questioni di primaria importanza per i cittadini europei, che abbiamo ripetutamente denunciato. Ho quindi votato a favore della richiesta di parere alla Corte di giustizia senza il minimo dubbio.

Jean-Marie Cavada (ALDE), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur le vote de cet avis essentiellement parce qu'il n'était pas une réponse aux questions que peuvent poser le CETA sur le fond et loin de moi le désir de participer à un vote idéologique.

Je n'ai pas de position ferme sur le CETA, car il manque selon moi trop d'éléments probants pour me prononcer ou non en toute conscience en sa faveur.

Ce traité peut apporter des choses bénéfiques à l'Union européenne. Cependant, je déplore que le Parlement ne soit pas plus clairement impliqué et j'estime qu'il est nécessaire d'attendre d'avoir de nouveaux éléments concrets avant de trancher. Ce n'est pas un avis de la Cour de justice, aussi judicieux soit-il, qui va répondre à toutes les questions économiques et sociales que les citoyens européens sont en droit de se poser, tout comme moi.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος το οποίο εκφράζει τη γνώμη ότι δεν υπάρχει ασφάλεια δικαίου όσον αφορά το κατά πόσο η συμφωνία CETA είναι συμβατή με την ευρωπαϊκή νομοθεσία και θεωρεί απαραίτητη τη γνώμη του Ευρωπαϊκού Δικαστηρίου σχετικά με τη συμβατότητα της προτεινόμενης συμφωνίας με τις Συνθήκες.

Οι συνέπειες της επικύρωσης της συμφωνίας CETA που έρχεται -εσπευσμένα και αδιαφανώς- για ψηφοφορία στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο θα πλήξουν σε τεράστιο βαθμό τις εργασιακές σχέσεις, την αγροτική οικονομία, το περιβάλλον, τους τομείς της δημόσιας υγείας και των δημόσιων υπηρεσιών στο σύνολό τους σε όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυρίως στα οικονομικά πιο αδύνατα.

Αυτού του είδους οι συμφωνίες ελευθέρου εμπορίου και το κοινωνικό ντάμπινγκ που συνεπάγονται αποτελούν ξεκάθαρη απειλή για τη δημοκρατία και τα δικαιώματα. Τα κοινωνικά και περιβαλλοντικά πρότυπα, ιδιαίτερα στην εποχή κρίσης που διανύουμε, θα πρέπει να ενισχυθούν ουσιαστικά και όχι να αποτελέσουν αντικείμενο διατλαντικών διαπραγματεύσεων με σκοπό τη μείωσή τους προς όφελος του εμπορίου των πολυεθνικών επιχειρήσεων.

Ο αγώνας ενάντια στην CETA αλλά και στην TTIP, αλλά και στις δυνάμεις που τις προωθούν, θα πρέπει να συνεχιστεί με κάθε δυνατό μέσο.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – For Socialdemokratiet er det hjerteblod at stå vagt om arbejdstagerrettigheder, de højeste miljø-, fødevare- og folkesundhedsstandarder og retten til at lovgive frit. Ingen af disse ville vi nogensinde give køb på – hverken for en handelsaftale eller for nogen anden aftale.

Derfor har vi også arbejdet aktivt for at sikre, at der blev sat effektive værn og garantier for disse. Og for at sikre en så demokratisk og gennemskuelig proces som muligt.

Det arbejde har båret frugt, og der står derfor nu – sort på hvidt - i den konsoliderede aftaletekst om CETA mellem EU og Canada, at hverken Canada, EU eller Danmark på nogen måde mister retten til at lovgive, som man ønsker, og at ingen eksisterende domstol i hverken Danmark eller EU får indskrænket sit virke eller sit mandat.

Foruden garantierne i selve aftalen foreligger der også allerede en vurdering fra Europa-Parlamentets juridiske tjeneste, der bekræfter, at aftalen indeholder sikringer af disse forhold.

På den baggrund har vi stemt imod beslutningsforslaget om at udskyde CETA-aftalen i op til to år, mens man venter på en udtalelse fra EU-domstolen. En sådan udtalelse er allerede på vej, da den belgiske region Vallonien vil efterspørge en sådan.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Καταψηφίζουμε την έκθεση, καθώς διατηρούμε σημαντικές διαφωνίες με ορισμένα σημεία της έκθεσης.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με το ψήφισμα σύμφωνα με το οποίο ζητείται η έκδοση γνώμης του Δικαστηρίου όσον αφορά τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της προτεινόμενης συνολικής οικονομικής και εμπορικής συμφωνίας (CETA) μεταξύ του Καναδά και της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Καθώς πρόκειται για ιδιαίτερα σημαντικό ζήτημα το οποίο χρήζει ενδελεχούς έρευνας, αποφάσισα να ψηφίσω θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Tra i molti scontenti che un accordo delle proporzioni del CETA può destare, certamente, quello giuridico non è annoverabile. La conferma rispetto a tale assunto non è solamente riscontrabile a partire dalla già completa ed esaustiva verifica giuridica terminata il 29 febbraio scorso, bensì dall'assenza di incompatibilità con i trattati del proposto accordo economico e commerciale globale tra il Canada e l'Unione europea e specialmente con i citati articoli 49, 54. 56 267 e 340 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

Di fatti, non si può ritenere il CETA avverso alla libertà di stabilimento postulata dall'articolo 49, la quale facilita l'accesso alle attività autonome e al loro esercizio. Così come resta fermo che lo status delle società costituite conformemente alla legislazione di uno Stato membro e aventi sede sociale, amministrazione centrale o centro di attività principale nell'UE sia equiparabile a quello delle persone fisiche aventi cittadinanza europea. Parimenti, non vi è nulla di avverso al principio stabilito dall'articolo 340, stando al quale la responsabilità contrattuale dell'Unione è regolata dalla legislazione applicabile al contratto in causa.

Coerentemente con quanto esposto, rigetto la proposta e auspico che laddove il CETA possa presentare lacune o dubbi fondati, vi sia un intervento efficace.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I voted against the motion for resolution on an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between Canada and the European Union on a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). CETA should be implemented very soon so that EU citizens and business can reap the benefits of the agreement.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O acordo de livre comércio entre a União Europeia e o Canadá representa um marco na política comercial da União Europeia, eliminando mais de 99 % dos direitos aduaneiros atualmente impostos ao comércio entre a UE e o Canadá.

Compreendo as preocupações de cidadãos e empresas, mas não há acordos perfeitos, e estou certo de que será mais fácil à União como um todo proteger os nossos interesses do que a cada Estado-Membro isolado.

Num contexto em que alguns dos países mais influentes do mundo se viram para nacionalismos e medidas protecionistas, há que responder com mais comércio internacional, que se traduz em crescimento económico e criação de emprego.

As objeções de natureza jurídica em que a presente resolução se consubstancia parecem-me mais sustentadas na vontade política de obstaculizar o acordo do que numa preocupação de violação dos Tratados.

Acresce que tanto os serviços jurídicos do Conselho, como da Comissão e do Parlamento Europeu foram consultados na matéria e pronunciaram-se pela compatibilidade das disposições do Acordo com os Tratados da UE.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'accordo CETA tra Canada e Unione europea è illegale, in quanto paventa l'istituzione di una corte sovranazionale a scapito del sistema giudiziario dei vari Stati membri, avvantaggiando le multinazionali. Noi, dal canto nostro, abbiamo chiesto un parere della Corte di giustizia europea in merito, affinché si potesse riconoscere l'illegalità di tale accordo, ma la nostra proposta è stata bocciata in sede di votazione parlamentare. In ogni caso ho espresso il mio voto riguardo l'accordo CETA, ed esso è chiaramente negativo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta moción porque el Tratado comercial entre Canadá y la Unión (CETA) plantea graves problemas jurídicos que el TJUE debería resolver antes de su aplicación. Tal y como han manifestado autoridades y tribunales nacionales, el CETA crea instituciones como los tribunales de arbitraje (que permiten a las multinacionales extranjeras obtener una compensación económica por cualquier cambio regulatorio que les afecte, anteponiendo sus beneficios a los derechos democráticos) o los organismos de cooperación regulatoria (en los que las multinacionales intervienen directamente en el proceso legislativo) que afectan negativamente a competencias estatales. Es por lo tanto una exigencia jurídica que el TJUE se pronuncie sobre el ámbito legislativo del CETA y que éste no entre en vigor hasta que sea votado favorablemente en cada Estado miembro.

El CETA es un tratado que afectará muy negativamente a los derechos de los trabajadores y trabajadoras europeas, a la estabilidad financiera y económica, a la protección medioambiental y a la propia democracia. Lamento profundamente que para una mayoría de diputados de esta Cámara su aprobación, en beneficio del gran capital, sea tan urgente como para querer evitar incluso los debates y protocolos legales más elementales.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw rezolucji o zwrócenie się do Trybunału Sprawiedliwości UE w sprawie zbadania zgodności umowy CETA z traktatami Unii Europejskiej. Przedstawiona opinia zbyt liberalnie podchodzi do interpretacji przepisów i postanowień zawartych w umowie.

Eksperci prawni, którzy pracowali nad interpretacją przepisów, uważają, że CETA nie wpływa na ramy prawne, kompetencje UE czy podstawowe prawa traktatowe. Zespoły prawne Parlamentu Europejskiego, które badały kwestię zgodności, nie znalazły sprzeczności między rozdziałem inwestycyjnym CETA a unijnymi traktatami. W związku z powyższym uważam, że nie jest konieczne ponowne badanie tej sprawy.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted against the request to ask for an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between Canada and the European Union on a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) as a European Parliament Legal Service opinion has already been made. My vote is conditional on the decision that Parliament will provide more time for a proper analysis of the agreement to ensure that that the European Parliament's various committees, including the Environment Committee, will be given the opportunity to analyse the agreement and submit their informed opinion.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – This resolution is an attempt to delay the implementation of the trade agreement with Canada by asking for an additional and unnecessary legal opinion, with the sole purpose of delaying the introduction of the trade deal. I cannot support an attempt to hold up the trade agreement, as doing so could cost UK exporters millions of pounds in lost exports and extra import duties and penalise UK consumers by forcing them to pay additional taxes and tariffs on goods imported from Canada.

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – Il CETA è un accordo che avrebbe un fortissimo impatto sulla vita dei cittadini europei. I servizi pubblici sarebbero permanentemente erogati «al massimo livello di liberalizzazione», con la logica della competitività, del mercato e della ricerca del profitto da parte delle aziende. Gli interessi dei cittadini, la qualità degli stessi servizi e i vantaggi per la società sarebbero del tutto marginali o inesistenti.

Più di 3 milioni di cittadini europei si sono attivati l'anno scorso con una *European Citizens' Initiative* per fermare il TTIP e il CETA e i parlamentari europei hanno il dovere di dare loro voce, tenendo in dovuta considerazione le loro preoccupazioni e la loro volontà. La trasparenza, la democrazia, i servizi pubblici e l'ambiente sono importanti quanto il commercio. Non può prevalere l'ottica di quest'ultimo a discapito della tutela dei diritti e della salute di oltre mezzo miliardo di europei.

Per questo motivo e in considerazione del parere della Corte di giustizia sulla compatibilità del CETA con i Trattati europei, il mio voto è positivo.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente contro la risoluzione sulla richiesta di un parere della Corte di giustizia circa la compatibilità con i trattati dell'accordo economico e commerciale globale tra il Canada e l'Unione europea CETA). Considero questa risoluzione prettamente strumentale, presentata con l'unico obiettivo di ritardare la ratifica da parte del Parlamento europeo dell'accordo CETA e, quindi, ritardare la sua applicazione provvisoria.

La richiesta in questione si riferisce in particolar modo alla compatibilità delle disposizioni relative alla risoluzione delle controversie in materia di investimenti ovvero al nuovo meccanismo ICS, compatibilità che il Belgio ha già dichiarato ufficialmente di voler verificare prima dell'entrata in vigore finale dell'accordo.

Mi preme ricordare, inoltre, che le disposizioni in questione sono state chiaramente escluse dall'applicazione provvisoria e che Consiglio e Commissione hanno riaffermato il loro impegno a continuare il lavoro tecnico di miglioramento del sistema ICS nella direzione che il Parlamento ha chiesto.

Abbiamo bisogno di più chiarezza e trasparenza della politica commerciale e dei processi decisionali che la accompagnano, soprattutto nei confronti un'opinione pubblica sempre più interessata e attenta. A questo proposito, sarà necessario rilanciare il ruolo del Parlamento europeo come garante dello scrutinio democratico e lavorare per costruire una globalizzazione sempre più regolamentata, inclusiva ed equa.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution, déposée par 89 députés, propose de renvoyer l'accord économique et commercial global (AECG, ou CETA en anglais) devant la Cour de justice de l'Union européenne afin d'en vérifier la compatibilité avec le droit de l'Union.

Considérant que le service juridique du Parlement européen n'a trouvé aucune contradiction entre le contenu du CETA, notamment le chapitre sur les investissements, et les traités européens, et que cette résolution a pour unique but de ralentir le processus de ratification du CETA, j'ai voté, avec mes collègues de la délégation française du PPE contre cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté contre la proposition de résolution demandant l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne sur la compatibilité de l'accord entre le Canada et l'Union européenne dit «accord économique et commercial global» (CETA) avec les traités. Les services juridiques du Parlement ont déjà été mobilisés pour répondre aux mêmes craintes que celles exposées dans cette proposition de résolution et ont déjà confirmé la compatibilité des dispositions prévues par le CETA avec nos traités. L'accord du CETA avec le Canada représente une grande opportunité pour les citoyens et les entreprises de l'Union. Nous nous devons d'accélérer le processus pour soumettre le texte au vote du Parlement le plus rapidement possible et mettons fin aux manœuvres politiques des opposants à cet accord pour retarder sa mise en application.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui demande un avis de la Cour de justice sur la compatibilité de l'accord commercial entre l'Union européenne et le Canada avec les traités européens. Cette demande est une initiative des fermes opposants au CETA, qui accusent la Commission de ne pas avoir respecté les traités dans les négociations de cet accord, ce qui n'est pas la réalité.

Le CETA est un accord de qualité, qui permettra à nos entreprises d'accéder aux marchés publics canadiens, tout en protégeant nos modèles agricoles et alimentaires, grâce à la reconnaissance des indications géographiques européennes, par exemple. L'Union européenne est la première puissance commerciale du monde et elle ne doit pas s'isoler. L'ouverture de nos marchés représente d'importantes opportunités pour un grand nombre de secteurs; c'est également l'occasion de permettre aux normes européennes de devenir des standards internationaux.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sollicitant la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) sur l'accord CETA afin de lever les incertitudes juridiques entourant le nouveau système de règlement des différends liés à l'investissement, dont la compatibilité avec les traités est soulevée. La majorité du Parlement n'a pas fait ce choix. Il aurait permis pourtant de rassurer l'opinion publique et les citoyens européens, très divisés sur la question du CETA. L'avis de la CJUE aurait apporté la clarté nécessaire.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre la demande dilatoire de 89 députés visant à demander l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) quant à la conformité des dispositions du traité de libre-échange entre l'Union européenne et le Canada (CETA) avec le droit des traités européens. Je considère qu'il est inenvisageable de bloquer indéfiniment un accord négocié depuis 7 ans, qui a été validé par les gouvernements des États membres représentant plus de 500 millions d'Européens et dont la compatibilité juridique avec le droit européen a déjà fait l'objet de trois analyses qui ont confirmé qu'en l'espèce, le CETA n'a pas de conséquence sur notre cadre juridique, sur les compétences de l'Union ou sur nos droits constitutionnels. Je suis cependant soucieux de respecter l'accord intra-belge obtenu récemment et en particulier la possibilité dont disposera le gouvernement belge d'interroger la CJUE sur le point précis de la compatibilité du mode de règlement des conflits (ICS) avec les traités européens. Je considère qu'il est dans l'intérêt de tous de faire définitivement la clarté sur ce point.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer de la compatibilité du CETA, notamment en ce qui concerne la protection des investissements, avec les libertés définis aux termes du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne.

Nous sommes farouchement opposés à ce traité de libre-échange, et espérons que cette procédure portée devant la Cour de justice de l'Union européenne permettra de freiner la mise en application de ce traité.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах в подкрепа на тази резолюция. Категорично съм за очакване на „Становище на Съда на Европейските общности относно съвместимостта с Договорите на предложеното споразумение между Канада и Европейския съюз (CETA)“, задължаващо Парламента за спиране на процедурата си за даване на съгласие за споразумението.

Аз лично не съм съгласен с идеята, че становището на правните служби на Европейския парламент е достатъчно. Споразумение от такъв мащаб не е достатъчно и законно адекватно, оценено само и единствено чрез Правната служба на ЕП. Тази оценка не може да замести съдебната присъда, нито националната правна преценка. Съдът на Европейските общности е правилният задължителен инструмент за издаване на становище. Националните парламенти дори не са започнали, нито имали достатъчно време за процедурите за анализ, правен контрол и ратификация и просто са изразили политическа, юридически необвързваща готовност за по-нататъшно доразвитие на търговските отношения с Канада.

Отгоре на това, според процедурните правила за преговор и въвеждане на този тип международни споразумения, предстои необходимата оценка на всяка една държава членка, която ще направи свой индивидуален анализ на национално ниво, след което би могло да се започне процедурата за ратификация и прилагане на CETA, а без подходяща предварителна оценка единствено се повдигат още повече политически и процедурни въпроси.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η προτεινόμενη οικονομική / εμπορική συμφωνία ΕΕ - Καναδά δεν είναι συμβατή με τις Συνθήκες, ιδιαίτερα στα τμήματα που αφορούν στην προστασία των επενδύσεων και στην επίλυση διαφορών μεταξύ επενδυτών και κρατών.

Η συμφωνία πρέπει να καταπέσει.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution to ask the European Court of Justice to rule whether CETA is compatible with the EU Treaties. I have been contacted by many hundreds of my constituents in Wales asking for the Parliament's support for this move. With CETA, as with all trade deals, there has to be absolute certainty of compliance with EU law.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Handelsavtalet mellan EU och Kanada har förhandlats under många år, och kommissionen har varit mån om att hålla processen så öppen och transparent som möjligt. Handelsavtalet ger stora exportmöjligheter för europeiska företag, ger möjlighet till en bättre ekonomisk utveckling i EU och Kanada samt förstärker den viktiga transatlantiska länken. Avtalet innehåller mer progressiva dimensioner än de redan existerande handelsavtalen.

Betänkandet uppmanar till att EU-domstolen ska granska om handelsavtalet är förenligt med fördragen. Jag anser att den juridiska bedömning av handelsavtalet som genomförts av kommissionen är fullt tillräckligt och har därför valt att rösta nej till betänkandet.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte, qui vise à déterminer si le CETA est compatible avec les traités européens (Cour de justice de l'Union européenne).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução é apresentada num momento em que o Parlamento Europeu e as demais instituições da UE pretendem impor, a todo o custo, aos Estados-Membros, o Acordo Económico e Comercial Global entre a União Europeia e o Canadá – o CETA.

A UE prepara-se para fazer entrar em vigor este Tratado, que comporta impactos gravíssimos sobre numerosos setores produtivos, sobre o emprego, o ambiente e a saúde pública.

Prepara-se para fazê-lo na sequência de negociações opacas e por via de um processo que constitui um desrespeito pela democracia e pela soberania dos Estados.

Relembramos aqui a trama de pressões e chantagens sobre os povos que na Europa têm levantado a voz contra este acordo, que representa, ademais, uma tentativa de fazer entrar por portas travessas o TTIP (negociado paralelamente ao CETA) e as empresas dos EUA na Europa.

Não alimentando nenhuma ilusão sobre a natureza do Tribunal de Justiça da UE, sobre o seu papel e, sobretudo, sobre o conteúdo dos Tratados que enquadram a sua ação, apoiamos este pedido como forma de prolongar o período de esclarecimento, mobilização e luta das populações contra este Tratado que representa um retrocesso social e económica intolerável.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as I believe this proposed agreement must be tested under European law given it has far reaching consequences if ever enacted.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione che chiede il coinvolgimento della Corte di Giustizia perché sia verificata la compatibilità con i trattati del testo frutto dell'accordo commerciale (CETA) tra UE e Canada.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Transatlantycką umowę gospodarczo-handlową z Kanadą (CETA) uważam za dodatkowy komponent architektury bezpieczeństwa i pogłębienie związków transatlantyckich, o czym świadczy podpisana równolegle umowa o partnerstwie strategicznym. Mechanizm arbitrażu, który najczęściej podnoszony jest jako przeszkoda, będzie przedmiotem osobnej ratyfikacji w polskim Sejmie. Umowa respektuje dotychczasowe ograniczenia w prawie polskim i unijnym dotyczące handlu rolnego, takie jak np. niewpuszczanie GMO. Niweluje za to cła i inne bariery pozataryfowe, zwiększając konkurencyjność polskich towarów.

Podzielam pogląd koleżanek i kolegów z ECR sprzeciwiających się dalszym próbom mającym na celu opóźnianie głosowania nad umową CETA, zwłaszcza po osiągnięciu jednomyślnego porozumienia przez 28 państw członkowskich. Stanowisko polskiego rządu w tej sprawie jest również jednoznaczne.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η προτεινόμενη οικονομική / εμπορική συμφωνία ΕΕ - Καναδά δεν είναι συμβατή με τις Συνθήκες, ιδιαίτερα στα τμήματα που αφορούν στην προστασία των επενδύσεων και στην επίλυση διαφορών μεταξύ επενδυτών και κρατών. Για αυτό, καταψηφίζω τη Γνώμη του Δικαστηρίου όσον αφορά τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της προτεινόμενης συνολικής οικονομικής και εμπορικής συμφωνίας (CETA) μεταξύ του Καναδά και της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *în scris*. – Componenta geostrategică a CETA este importantă pentru România nu numai din punct de vedere economic, ci și din perspectiva mai largă a relațiilor bilaterale UE-Canada și România-Canada. În consecință, am respins propunerea de rezoluție privind solicitarea opiniei Curții de Justiție a Uniunii Europene privind compatibilitatea cu dreptul european a CETA pentru a permite aplicarea provizorie a unei părți importante din acord încă din prima parte a anului 2017.

Consider că o solicitare de către PE a avizului Curții de Justiție a Uniunii Europene (CJUE) ar fi antrenat prelungirea situației de incertitudine privind poziția Parlamentului European (și implicit a UE în ansamblu) cu privire la CETA. Prin urmare, apreciez că această inițiativă nu este oportună, având în vedere declarația anexată deja la CETA în care Belgia a stipulat clar intenția sa de a cere avizul CJUE.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la propuesta de resolución al considerar que el Tratado de Acuerdo Económico Global previsto entre la UE y Canadá, ya dispone de los todos los mecanismos democráticos de control posibles. Del mismo modo, considero que tras lo múltiplos filtros que ha tenido que pasar, no existe una incertidumbre jurídica en cuanto a la compatibilidad del Acuerdo previsto con los Tratados, en particular el artículo 19 del Tratado de la Unión Europea y con los artículos 49, 54, 56, 267 y 340 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Tenemos que tener presente que los acuerdos comerciales, si son justos y respetan la legislación en materia medioambiental, laboral, etc. de la Unión, pueden comportar beneficios para el conjunto de la sociedad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Das „Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen" verlangt eine wiederholte, langwierige Prüfung des CETA-Abkommens durch den Europäischen Gerichtshof. Ich bin als Vertreter der Familien-Partei Deutschlands gegen das CETA-Abkommen in seiner jetzigen Form – halte weitere juristisch-politische Spielchen allerdings auch für den falschen Weg. CETA verdient eine klare Entscheidung. Das braucht politischen Mut – aber den sollten wir uns zutrauen, statt wieder neu Juristen damit zu beschäftigen. Deshalb habe ich mich bei dieser Abstimmung enthalten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir dürfen das CETA-Abkommen nicht weiter verzögern, da durch CETA schätzungsweise ein Überschuss von ca. 12 Milliarden Euro jährlich und rund 230.000 neue Arbeitsplätze in der Europäischen Union entstehen werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I backed this motion. CETA and TTIP are being created to benefit big business and I have concerns about the investor dispute resolution provisions, to which I object strongly. The issue is the ECJ opinion is more complicated – I am often concerned about the motivation, impact and consequence of such ECJ rulings. However, I believed it was reasonable to ask for an early ruling and I am disappointed that it didn't pass.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted against this initiative given that Parliament's legal service has already given assurances concerning the compatibility of the investment chapter with the Treaties in March 2016. The Council moreover decided to exclude parts of the investment protection provisions and of ICS from the provisional application of CETA. The Canadian Government, the Commission and the Council have taken explicit commitments to continue the technical work on the establishment of the ICS-system in the direction that we as social democrats put forward. We all share the objective of having a sound public system in place which corresponds to the criteria we have established in our position paper from February 2015. We have therefore an interest not to stop the process now with a referral to the European Court of Justice.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour la saisine de la Cour de justice de l'Union européenne pour vérifier la compatibilité du CETA avec les traités européens, même si cette tentative désespérée de gagner du temps était vouée d'avance à l'échec. Cet échec est en soi un scandale et prouve que la majorité «UMPS» – si je peux dire – de ce Parlement craint que ne soient effectivement révélées des incompatibilités majeures.

Cet accord commercial global avec le Canada est le brouillon du traité transatlantique (le TTIP) que la Commission continue de vouloir négocier avec les États-Unis. Il en a tous les vices, mais est curieusement considéré par certains, dont François Hollande, comme moins dangereux car conclu avec un partenaire réputé moins prédateur et plus loyal. C'est oublier un peu vite que le Canada est lié depuis 1994 aux États-Unis, ainsi qu'au Mexique, par un accord de libre-échange, l'ALENA.

L'élection de M. Trump a fait naître le formidable espoir de la mort du TTIP, rejeté par une large majorité de citoyens européens et américains. Ratifier le CETA reviendrait à trahir une nouvelle fois les populations en réintroduisant, de manière hypocrite et détournée, le loup dans la bergerie. Et ce sera de la responsabilité exclusive de ce Parlement.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – La compatibilidad del ICS de CETA con el ordenamiento jurídico europeo ha sido puesta en duda por asociaciones de juristas de toda Europa.

He votado a favor de solicitar al Tribunal Europeo que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Nos parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal Europeo de Justicia el rol que le corresponde y, no correr el riesgo de que entre en vigor un tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – M-am abținut de la votarea propunerii de rezoluție a Parlamentului European referitoare la decizia de a solicita avizul Curții de Justiție cu privire la compatibilitatea cu tratatele a propunerii de acord dintre Canada și Uniunea Europeană privind încheierea unui Acord economic și comercial cuprinzător, deoarece o astfel de solicitare ar avea atât aspecte pozitive, cât și negative.

În primul rând, aceasta ar împiedica aplicarea provizorie a acordului și ar avea ca și consecință prelungirea situației incerte privind poziția Parlamentului European cu privire la CETA. Canada este un partener economic important pentru Uniunea Europeană. Împiedicarea aplicării provizorii a acordului ar putea avea efecte negative din punct de vedere economic și politic, inclusiv în ceea ce privește implementarea prevederilor legate de eliminarea vizelor pentru cetățenii români.

Pe de altă parte, nu am vrut să se considere că nu am dorit să îi acord posibilitatea Curții de Justiție să analizeze compatibilitatea acordului cu tratatele. Am considerat că este bine să fim siguri că nu există în acord incompatibilități care pot aduce prejudicii statelor membre și IMM-urilor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted against this resolution, because it is important to take responsibility for taking a decision on whether to support or not the ratification of CETA and not delay the decision for at least two years.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Des doutes sérieux pèsent sur la validité légale du CETA: c'est pour lever ces doutes que j'ai voté en faveur de la demande de saisine de la Cour de justice, avant de pouvoir me prononcer sur cet accord.

Cette question est trop importante pour que nous laissions un quelconque flou demeurer. J'estime nécessaire de clarifier le fait qu'il ne peut y avoir de transfert de la délibération publique à des négociations opaques, au travers de l'ICS – ce nouveau mécanisme de règlement des différends créé pour permettre de trancher les litiges entre les investisseurs, quasi exclusivement des firmes multinationales, et les États.

De très sérieux doutes subsistent quant à la compatibilité du CETA avec les traités de l'Union européenne.

Seule la Cour de justice pourra véritablement établir ce qu'il en est. Cette démarche est indispensable pour regagner la confiance de nos citoyens.

Il s'agit ici de se battre pour que la régulation de la mondialisation ne se fasse plus au détriment des principes démocratiques.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében fog szavazni az Európai Parlament, így érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – As one of the authors of the resolution I strongly supported this motion. I believe it is essential to refer the Canadian trade deal to the European Court of Justice in order to establish if the Commission's Investment Court System proposal is compatible with the EU treaties. This is the first EU trade deal which includes a form of ISDS and is with a country that has as robust and developed a judicial system as our own. These Investor Protection Courts appoint their own judges and are not answerable to national or EU courts. President Juncker in one of his first speeches in the Parliament said 'my Commission will not accept that the jurisdiction of courts in the EU Member States be limited by special regimes for investor-state disputes' yet this is precisely what is happening. Ireland is the only country in the EU which does not have these Investor Protection Courts in any bilateral trade agreements, yet we will leave ourselves open to multimillion euro claims in these special courts if the trade deal is ratified. This resolution is not anti-CETA and is merely asking for legal certainty on this important issue.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Vrijhandelsverdragen zoals CETA en TTIP zijn een ramp voor de dieren, voor de natuur en voor het milieu, maar vormen ook een bedreiging voor de democratie. De Partij voor de Dieren is van mening dat het Europees Hof voldoende tijd moet krijgen om na te gaan of het handelsakkoord in strijd is met de EU-Verdragen. Er bestaan nog veel onduidelijkheden rondom CETA, dus een oordeel van het Hof is zeker niet overbodig. Zo'n procedure neemt natuurlijk tijd in beslag, maar dit uitstel is een goede zaak. In deze periode kan eindelijk een volwaardig debat over CETA worden gevoerd in het Europees Parlement. Zonder debat, geen democratie. Daarom heb ik voor een advies van het Hof van Justitie gestemd.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – CETA ist das beste bilaterale Freihandelsabkommen, das die EU bisher ausgehandelt hat. Die Kommission folgt dem Verhandlungsmandat und ist darüber hinaus auf die Bedenken zum Investitionsschutz eingegangen. Darüber hinaus haben wir im Ausschuss für Internationalen Handel bereits eine Einschätzung des Rechtlichen Diensts eingeholt – Ergebnis: Investitionsschutz ist kompatibel mit EU-Recht.

Wir haben es hier mit einem schmutzigen, taktischen Spielchen zu tun: Was nach einem vernünftigen Anliegen aussieht, würde CETA um mindestens 2 Jahre verzögern. Die EU würde sich Kanada und der Welt gegenüber erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner beim Thema „Handel" zeigen. Nach der Grundsatzeinigung mit Kanada hatte die EU den Investitionsschutz in unüblicher Weise nachverhandelt. Darüber hinaus hatte die Blockade der Wallonischen Region Ende Oktober das Abkommen fast zum Scheitern gebracht.

Aus diesen Gründen lehne ich den Entschließungsantrag ab.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution calling for the CETA text to be referred to the ECJ, for consideration of whether the terms are entirely compatible with the EU treaties. A very large number of constituents have been in touch with me expressing concerns about the potential consequences of CETA, and also with concerns about the recent apparent moves to apply unseemly haste to the process of consideration by this Parliament. Surely we owe it to our constituents to allow time for full scrutiny in our Committees of this text, and to consider whether the concerns of critics can be openly and genuinely addressed.

Although we have been told that the ICS system within CETA will be constrained to a limited extent by the inclusion of a clause which 'guarantees' the right of governments to regulate in the public interest, I think it reasonable to seek a judgement of the ECJ for clarity and I am disappointed that the resolution did not achieve a majority in the vote.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam protiv rezolucije Europskog parlamenta u kojoj se traži mišljenje Suda o usklađenosti predloženog Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma (CETA) između Kanade i Europske unije s Ugovorima jer sam slijedio stav ALDE grupe, te radi toga što ne podržavam prijedlog kojim se suspendira privremena primjena Sporazuma.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Étant opposé par tous les moyens possibles au CETA, cette initiative de compatibilité est selon moi un très bon obstacle, bien que provisoire, à la mise en application du traité car il faudra attendre le jugement de la Cour de justice de l'Union européenne.

J'ai voté pour.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – I do not consider questioning of the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between Canada and the EU relevant because both the EP's and Commission's legal services have no doubt that the Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) and the Investment Court System (ICS) are compatible with EU law. That is why I voted against this resolution. CETA is one of the most progressive treaties the EU has ever negotiated and I fully support its fulfilment without any further delay.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution demandant l'avis de la Cour de Justice sur l'accord avec le Canada. Cette pure manœuvre d'obstruction parlementaire aurait eu pour effet de repousser de deux ans la ratification de cet accord par le Parlement européen. Les services juridiques du Parlement européen avaient déjà estimé que l'accord était parfaitement compatible avec les traités. Il n'était donc pas utile de retarder le processus de deux ans pour avoir l'avis de la Cour de justice. Par ailleurs, la Belgique ayant déjà exprimé sa volonté de demander l'avis de la Cour sur la question, sans que cela n'entrave le processus de ratification et d'application provisoire du CETA, il était inutile de faire une demande similaire.

La résolution a été rejetée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Marek Jurek (ECR), *na piśmie*. – Uzasadnienie głosowania w sprawie CETA:

Po amerykańskich wyborach prezydenckich sprawa TTIP przestaje być czasowo aktualna. Jednak CETA to wyłom, przez który słabsze gospodarki europejskie zostaną wypchnięte na nierówną konkurencję, która na przykład dla rolnictwa – zwracam uwagę na to jako Polak, reprezentant najbardziej rolniczego kraju w Europie – będzie zabójcza. Obrona naszego rolnictwa, stanowiącego wielki kapitał społeczny dla Polski i dla Europy, jest naszym obowiązkiem.

CETA to również ograniczenie suwerennych praw naszych państw wobec naszych narodowych rynków, zagrożonych utrwaleniem i rozszerzeniem mechanizmu międzynarodowych arbitraży. Oznacza to uprzywilejowanie firm pozaeuropejskich i jako takie powinno było być zbadane przez Trybunał Sprawiedliwości UE, co swoim głosowaniem poparłem.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car il s'agissait d'une alliance de circonstance entre verts, extrême gauche, extrême droite et certains socialistes français qui, en demandant un avis à la Cour de justice, cherchaient avant tout à faire de l'obstruction parlementaire pour retarder la ratification de l'accord avec le Canada. Cet accord, qui protègera davantage nos indications géographiques protégées, a déjà trop attendu. Il n'est pas question de le bloquer pour de mauvaises raisons.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Το διεθνές εμπόριο αποδεδειγμένα επιταχύνει τις δυναμικές της ανάπτυξης και τα οφέλη του ανταγωνισμού και, για τον λόγο αυτό, μία εξωστρεφής και ανοιχτή οικονομική πολιτική αποτελεί μέρος οποιασδήποτε πολιτικής ανάπτυξης για τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Ωστόσο διεθνές εμπόριο χωρίς κανόνες σταματάει να είναι εμπόριο. Πρέπει να υπάρχουν ασφαλείς κανονισμοί, που θα πρέπει να εφαρμόζονται είτε νομικά είτε εντός κοινά αποδεκτών θεσμικών πλαισίων. Η CETA αποδεικνύει ότι η διαδικασία που χρησιμοποιεί η Ευρωπαϊκή Ένωση για την ολοκλήρωση διεθνών εμπορικών συμφωνιών πρέπει να τροποποιηθεί.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Vorschlag ist zuzustimmen. Er sieht vor, dass jede Möglichkeit zur kritischen Überprüfung des Abkommens genutzt werden kann, was für die Bürgerinnen und Bürger von größter Bedeutung ist.

Othmar Karas (PPE), *schriftlich*. – Den von 89 Mitgliedern des Europäischen Parlaments eingebrachten Antrag, das Handelsabkommen mit Kanada (CETA) vorerst nicht zu beschließen, sondern zu einer neuerlichen Prüfung an den Europäischen Gerichtshof zu verweisen, unterstütze ich nicht.

Die EU-Kommission, die Regierungen und das Europäische Parlament haben das CETA jahrelang überprüft. Den unabhängigen Juristischen Dienst des Parlaments zu ignorieren und jetzt am Ende noch eine Prüfung zu beantragen, ist reine Verzögerungstaktik. Der Antrag kommt von denen, die dem CETA ohnehin nicht zustimmen wollen. Dies zerstört das Vertrauen in die demokratischen Institutionen und schürt Ängste. Wir machen beim bösen Spiel des Zerstörens von Vertrauen nicht mit!

Mit unseren Handelsabkommen, wie zum Beispiel dem CETA, geben wir auf die Sorgen der Menschen eine Antwort, ohne unsere demokratischen Entscheidungsspielräume zu beschneiden. Wir geben der Globalisierung Regeln, ohne die kommunale Daseinsvorsorge, Kunst und Kultur zu gefährden. Wir schützen unsere Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und sichern unserer Landwirtschaft eine gute Zukunft. Aus den genannten Gründen habe ich mich entschieden, gegen die vorliegende Entschließung zu stimmen.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the referral of CETA to the European Court of Justice because I believe that this agreement raises important legal questions that must receive proper answers before MEPs can vote on it. CETA would be the first ever EU trade deal to include an investment dispute arbitration mechanism. This mechanism, known as the Investment Court System (ICS), would become the template for investment protection in all future trade deals. Yet it has never been tested.

A large number of respected legal experts, trade unions and consumer organisations have argued that ICS could seriously hamper the UK government's ability to regulate in the public interest. It could also infringe on EU and national courts' jurisdictions, and give foreign investors greater rights than European investors. These questions are too important to be overlooked, and it is therefore entirely appropriate for MEPs to seek the opinion of the European Court of Justice on these matters.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – For Socialdemokratiet er det hjerteblod at stå vagt om arbejdstagerrettigheder, de højeste miljø-, fødevare- og folkesundhedsstandarder og retten til at lovgive frit. Ingen af disse ville vi nogensinde give køb på – hverken for en handelsaftale eller for nogen anden aftale.

Derfor har vi også arbejdet aktivt for at sikre, at der blev sat effektive værn og garantier for disse. Og for at sikre en så demokratisk og gennemskuelig proces som muligt.

Det arbejde har båret frugt, og der står derfor nu – sort på hvidt - i den konsoliderede aftaletekst om CETA mellem EU og Canada, at hverken Canada, EU eller Danmark på nogen måde mister retten til at lovgive, som man ønsker, og at ingen eksisterende domstol i hverken Danmark eller EU får indskrænket sit virke eller sit mandat.

Foruden garantierne i selve aftalen foreligger der også allerede en vurdering fra Europa-Parlamentets juridiske tjeneste, der bekræfter, at aftalen indeholder sikringer af disse forhold.

På den baggrund har vi stemt imod beslutningsforslaget om at udskyde CETA-aftalen i op til to år, mens man venter på en udtalelse fra EU-domstolen. En sådan udtalelse er allerede på vej, da den belgiske region Vallonien vil efterspørge en sådan.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – CETA ist das beste bilaterale Freihandelsabkommen, das die EU bisher ausgehandelt hat. Die Kommission folgt dem Verhandlungsmandat und ist darüber hinaus auf die Bedenken zum Investitionsschutz eingegangen. Darüber hinaus haben wir im Ausschuss für Internationalen Handel bereits eine Einschätzung des Rechtlichen Diensts eingeholt – Ergebnis: Investitionsschutz ist kompatibel mit EU-Recht.

Wir haben es hier mit einem schmutzigen, taktischen Spielchen zu tun: Was nach einem vernünftigen Anliegen aussieht, würde CETA um mindestens 2 Jahre verzögern. Die EU würde sich Kanada und der Welt gegenüber erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner beim Thema „Handel" zeigen. Nach der Grundsatzeinigung mit Kanada hatte die EU den Investitionsschutz in unüblicher Weise nachverhandelt. Darüber hinaus hatte die Blockade der Wallonischen Region Ende Oktober das Abkommen fast zum Scheitern gebracht.

Aus diesen Gründen lehne ich den Entschließungsantrag ab.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Byla jsem velmi ráda, že jsem se svými kolegy z Evropského parlamentu mohla předložit návrh usnesení, které zastávalo názor, že panuje právní nejistota ve věci toho, zda je navrhovaná dohoda CETA slučitelná se Smlouvou o Evropské unii a Smlouvou o fungování Evropské unie, a chtěla požádat Soudní dvůr o posudek ve věci slučitelnosti navrhované dohody se Smlouvami. Nějakým zázrakem se však stalo, že se ze 419 poslanců Evropské parlamentu přes noc stali renomovaní soudci a přečetli si celou smlouvu CETA (1 600 stran) a rozhodli se, že tomu rozumí více, a stanovisko soudu tedy není zapotřebí. Přitom je co zkoumat. CETA obsahuje mechanismus mezinárodních arbitráží nově pojmenovaný ICS, který ale zachovává největší problémy předešlého ISDS, tj. zvláštní soudy pro korporace, před kterými jsou státy vždy jen v pozici žalovaných. Navíc díky svým kanadským sídlům mohou žaloby pomocí smlouvy CETA využívat i americké nadnárodní korporace. Okolo 80 % z nich má ono kanadské sídlo. Samotná Kanada čelila několika desítkám mezinárodních arbitráží. Neslavným příkladem je firma Lone Pine, která žaluje Kanadu o více jak 175 milionů euro za to, že provincie Québec zakázala nebezpečnou těžbu břidlicového plynu. Hlasovala jsem tedy pro tento zodpovědný návrh.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – CETA-sopimus on parlamentin ja komission lakiasiantuntijoiden toimesta todettu lailliseksi. Sen lähettäminen uudelleen tarkasteltavaksi viivästyttäisi päätöksentekoa pahimmillaan vuosilla. En kannata sopimuksen lähettämistä uudelleen tarkastettavaksi.

Parlamentti on kuunnellut kansalaisia ja vaihtanut sijoittajan ja valtion välisen riitojenratkaisun (ISDS) investointituomioistuinjärjestelmään (ICS). Kannatan oikeusvaltiota enkä näe ongelmaa siinä, että mahdolliset riidat ratkaistaan riippumattomassa tuomioistuimessa. Mitä kollegat, jotka vastustavat riippumatonta tuomioistuinta, oikein pelkäävät? Miksi riippumaton tuomioistuin on heille niin suuri mörkö? Itse näen, että oikeusvaltioissa asiat voidaan ja pitää ratkaista tarvittaessa oikeudessa.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – L'accord avec le Canada pose de nombreuses questions tant sur son impact au niveau économique que légal. En plus des ouvertures commerciales qui représentent de nombreux risques pour les emplois industriels et le secteur agricole, c'est tout un système législatif parallèle qui est créé par l'accord.

Afin de réduire les différences de normes entre l'Union européenne et le Canada, il crée un mécanisme de coopération réglementaire qui vise à écrire les futures lois à deux mains multipliant les points d'entrées pour les lobbys, accompagné d'un système de tribunal privé qui pourrait faire condamner un État si les lois vont contre les intérêts des investisseurs.

Cette résolution que j'ai cosignée et soutenue demandait que la Cour de justice de l'Union européenne se saisisse de cette question et nous dise clairement où s'arrêtent les compétences du traité avec le Canada, notamment les privilèges qu'il ménage pour les investisseurs.

En faisant tomber ce texte, c'est tout un questionnement sur l'ordre juridique de l'accord avec le Canada qui est évité après le refus du débat démocratique.

Voilà qui est des plus inquiétant lorsque l'on considère l'impact qu'aura à l'avenir cet accord sur nos emplois, comme sur la façon dont nous ferons nos lois.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de la proposition d'accord économique et commercial global entre le Canada et l'Union européenne (CETA). Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends en matière d'investissement entre investisseurs et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne concernant la discrimination, la liberté d'établissement, et la libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différents en matière d'investissement entre investisseur et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne).

Nous ne sommes, certes, pas favorables à la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE), qui est en surplomb des États et amoindrit notre souveraineté. Cependant, le vote de cette proposition ferait perdre du temps à la mise en application du dangereux traité de libre-échange avec le Canada (CETA), puisque celle-ci sera dépendante du jugement de la CJUE.

Je me suis donc prononcé POUR cette proposition de résolution, parce que toutes les raisons sont bonnes pour – au moins – retarder la mise en œuvre de cet accord.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie stemde tegen de resolutie die het Hof van Justitie verzoekt om haar advies over de verenigbaarheid van de CETA-overeenkomst met de Verdragen van de Europese Unie. De tekst in voorliggende resolutie is er enkel op gericht om de besluitvorming zoveel mogelijk te vertragen en uit te stellen. Onze delegatie wenst zich niet in te schrijven in deze logica en geeft de voorkeur aan het volgen van de gewone parlementaire weg.

Het Parlement werd betrokken door de Raad in het kader van de instemmingsprocedure over CETA. Alvorens het handelsakkoord goed te keuren of af te keuren en de eventuele voorlopige toepassing te kunnen opstarten, krijgen de parlementsleden binnen deze procedure de kans om in discussie te treden en zich te informeren over de verschillende onderdelen van het akkoord. Wij wensen er trouwens op te duiden dat wat betreft de grootste bezorgdheid, omtrent de investeringsbescherming en geschillenbeslechting (ICS), België in haar verklaring bij het CETA-akkoord heeft aangegeven naar het Hof van Justitie te zullen stappen om de verenigbaarheid van ICS met de Europese Verdragen te laten nagaan. Bovendien zal een eventuele voorlopige toepassing niet van tel zijn voor deze bepalingen.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta moción porque el Tratado comercial entre Canadá y la Unión (CETA) plantea graves problemas jurídicos que el TJUE debería resolver antes de su aplicación. Tal y como han manifestado autoridades y tribunales nacionales, el CETA crea instituciones como los tribunales de arbitraje (que permiten a las multinacionales extranjeras obtener una compensación económica por cualquier cambio regulatorio que les afecte, anteponiendo sus beneficios a los derechos democráticos) o los organismos de cooperación regulatoria (en los que las multinacionales intervienen directamente en el proceso legislativo) que afectan negativamente a competencias estatales. Es por lo tanto una exigencia jurídica que el TJUE se pronuncie sobre el ámbito legislativo del CETA y que éste no entre en vigor hasta que sea votado favorablemente en cada Estado miembro.

El CETA es un tratado que afectará muy negativamente a los derechos de los trabajadores y trabajadoras europeas, a la estabilidad financiera y económica, a la protección medioambiental y a la propia democracia. Lamento profundamente que para una mayoría de diputados de esta Cámara su aprobación, en beneficio del gran capital, sea tan urgente como para querer evitar incluso los debates y protocolos legales más elementales.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de resolución busca la opinión del Tribunal Europeo de Justicia sobre la compatibilidad con los Tratados del Acuerdo Económico y Comercial Global previsto entre Canadá y la Unión Europea.

Mi voto es negativo debido a numerosas razones. De entrada, esta primavera el servicio legal del Parlamento, que es políticamente neutral y que se basa exclusivamente en conjeturas jurídicas, emitió una conclusión en la que sostenía la compatibilidad del CETA con los Tratados de la Unión Europea. Asimismo, la aprobación de la resolución desplazaría al CETA a un limbo legal, ya que el Parlamento no podría votarlo hasta que el Tribunal Europeo hubiese emitido su dictamen. No puedo apoyar una resolución que busca bloquear un tratado que será sumamente beneficioso para la Unión y sus ciudadanos y que es ampliamente apoyado por el Parlamento.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – CETA ist das beste bilaterale Freihandelsabkommen, das die EU bisher ausgehandelt hat. Die Kommission folgt dem Verhandlungsmandat und ist darüber hinaus auf die Bedenken zum Investitionsschutz eingegangen. Darüber hinaus haben wir im Ausschuss für Internationalen Handel bereits eine Einschätzung des Rechtlichen Diensts eingeholt – Ergebnis: Investitionsschutz ist kompatibel mit EU-Recht.

Wir haben es hier mit einem schmutzigen, taktischen Spielchen zu tun: Was nach einem vernünftigen Anliegen aussieht, würde CETA um mindestens 2 Jahre verzögern. Die EU würde sich Kanada und der Welt gegenüber erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner beim Thema „Handel" zeigen. Nach der Grundsatzeinigung mit Kanada hatte die EU den Investitionsschutz in unüblicher Weise nachverhandelt. Darüber hinaus hatte die Blockade der Wallonischen Region Ende Oktober das Abkommen fast zum Scheitern gebracht.

Aus diesen Gründen lehne ich den Entschließungsantrag ab.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – După intrarea CETA în vigoare, UE și Canada vor renunța imediat și complet la o parte din liniile tarifare pentru produsele industriale și de pescuit, iar pentru restul după perioade de tranziție de până la șapte ani. La fel și în ceea ce privește produsele agricole. În al doilea rând, în domeniul achizițiilor publice - o zonă care este uneori subestimată, dar care are un potențial de sute de miliarde de dolari - CETA aduce o liberalizare semnificativă, ceea ce înseamnă că firmele europene vor putea să liciteze pentru contracte publice în Canada, la toate nivelurile de guvernare (cu unele limitări în provinciile Quebec și Ontario).

Toate acestea vor aduce mai multe oportunități de afaceri, o piață mai mare, creșterea exporturilor și mai multe locuri de muncă. Estimările experților arată că UE va avea un câștig anual de 12 miliarde de euro. România va beneficia de reducere în domenii precum producția de produse din piele și încălțăminte, agricultura, componentele auto, ceramica, textilele. În plus, parte a acestei înțelegeri, cetățenii români nu vor mai avea nevoie de viză de la 1 decembrie 2017.

Cele 28 de state membre și-au dat acordul unanim, ca atare susțin aplicarea CETA în cel mai scurt timp posibil.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Vijeće je 27. travnja 2009. ovlastilo Komisiju da u ime Europske unije i njezinih država članica pregovara o Sporazumu o gospodarskoj integraciji s Kanadom. Nakon toga je 12. rujna 2011. Vijeće usvojilo Preporuku Komisije o izmjeni pregovaračkih smjernica za Sporazum o gospodarskoj integraciji s Kanadom kako bi se Komisiju ovlastilo da u ime Unije pregovara o ulaganju.

Pregovarači su zaključili pregovore o CETA-i u kolovozu 2014. i dovršili pravnu reviziju 29. veljače 2016., no Parlament smatra da postoji pravna nesigurnost u pogledu usklađenosti predloženog sporazuma s Ugovorima. Zbog toga Parlament namjerava zatražiti mišljenje Suda o usklađenosti predloženog sporazuma s Ugovorima, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – Днес гласувах против предложената резолюция да се поиска становище от Съда на ЕС относно Търговското споразумение с Канада (CETA). В резолюцията се твърди, че съществува правна несигурност дали Споразумението (и по-специално новата система за разрешаване на спорове между инвеститор и държава) е съвместимо с Договорите. Припомням, че още през пролетта правният отдел на Европейския парламент беше сезиран точно по този въпрос и излезе със становище, че нито един текст в главата относно инвестициите в CETA не е в противоречие с Договорите на ЕС. Нямам причина да не се доверя на юристите, работещи в правния отдел на Европейския парламент, който не е обвързан с политическите групи.

Целта на резолюцията бе по-скоро да се забави ратификацията. Самото съдебно производство би отнело около година и половина. Да се използват правните процедурите по такъв начин, само и само да се забави процесът на взимане на решение, е най-малкото грешно. В момента е налице възможно най-добрата перспектива за България: временно прилагане на Споразумението, процедура по одобрението му във всяка отделна държава членка и ясен ангажимент за отпадане на визите. Нека да не ограничаваме разговора за CETA само в Европейския парламент. Крайно време е в държавите членки да се проведе широк, основан на факти обществен дебат.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I voted for the decision to ask the opinion of the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the agreement between Canada and the European Union – CETA. We must be sure that this agreement corresponds to European law before we vote for it.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Návrh uznesenia, ktorým sa žiada predchádzajúce stanovisko Súdneho dvora k dohode medzi EÚ a Kanadou som nepodporil. Ďalšie posúvanie ratifikácie dohody poškodzuje ekonomiku a podnikateľské prostredie Únie. Som toho názoru, že pochybnosti je možné zmluvne ošetriť právne vhodným ustanovením.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Nous avons voté aujourd'hui une résolution sur l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité avec les traités de la proposition d'accord économique et commercial global entre le Canada et l'Union européenne (CETA).

L'importance du débat suscité par le CETA mérite que l'Union agisse avec certitude et en pleine connaissance de cause. Trop de zones d'ombres persistent encore sur la valeur juridique des déclarations additionnelles incluses dans le CETA. C'est pourquoi j'ai soutenu cette résolution appelant à la saisine de la Cour de Justice de l'Union européenne sur la compatibilité du mécanisme de règlement des différends liés à l'investissement avec les traités.

Je regrette néanmoins le choix fait par une majorité d'eurodéputés de rejeter cette saisine, alors que le Parlement ne fait qu'exercer son droit au nom de l'ensemble des citoyens européens.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος με το οποίο ζητείται η έκδοση γνώμης του Δικαστηρίου όσον αφορά τη συμβατότητα με τις Συνθήκες της προτεινόμενης συνολικής οικονομικής και εμπορικής συμφωνίας (CETA) μεταξύ του Καναδά και της Ευρωπαϊκής Ένωσης, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte a pour objectif de vérifier la compatibilité entre une partie du CETA et de nombreux articles du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (traité FUE), notamment au sujet des discriminations, de la liberté d'établissement, de la libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers.

Bien que nous ne soyons pas favorables à la Cour de justice de l'Union européenne, voter pour ce texte permettra, en attendant le jugement de la Cour, de reculer l'application du CETA, traité catastrophique pour les intérêts de la France.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – L'accord commercial récemment conclu entre l'Union européenne et le Canada (CETA) est bien plus qu'un accord traditionnel de libre-échange. Puisqu'il ne s'agit pas uniquement de démanteler les droits de douane mais également d'harmoniser des normes, il convient d'analyser soigneusement le contenu de ce «méga-accord» avant qu'il puisse être soumis au vote des parlementaires.

Or, force est de constater que le fond de l'accord CETA est encore entouré d'un voile d'incertitudes que personne n'est en mesure de dissiper. Par exemple, notamment grâce au combat mené par Paul Magnette et les socialistes wallons, 38 déclarations additionnelles ont été ajoutées au CETA, mais certaines d'entre elles sont contradictoires: la Commission n'a pas été capable de préciser, dans ces cas-ci, quel texte devait prévaloir. Il existe par ailleurs d'importantes incertitudes quant à la compatibilité – ou l'incompatibilité – du dispositif de protection des investissements (ICS) avec le droit communautaire.

J'ai donc non seulement soutenu mais également co-signé la résolution proposant au Parlement européen de saisir la Cour de justice de l'Union européenne pour qu'elle tranche les questions en suspens. À mes yeux, il s'agit d'une précaution absolument indispensable dans le cadre d'un exercice démocratique de ratification d'un traité international.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Esu įsitikinęs, jog laisvosios prekybos sutartis CETA atvers daug galimybių Lietuvos verslui, o naujų rinkų atsivėrimas yra ypač svarbus po Rusijos politiniais motyvais grįsto sprendimo smarkiai apriboti Lietuvos ir kitų Europos valstybių maisto produktų importą.

Manau, jog grupės EP narių pasiūlymas kreiptis į Teisingumo teismą, kad jis įvertintų, ar CETA suderinama su ES sutarčių nuostatomis yra ne kas kita, o bandymas trukdyti šios sutarties pasirašymui. Kreipimasis į Teismą nukeltų CETA sutarties įsigaliojimą mažiausiai 1,5 metų, todėl nepritariau tokiam pasiūlymui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La résolution demande que la Cour de justice de l'Union européenne soit saisie pour vérifier la compatibilité du CETA, et plus particulièrement des aspects concernant les tribunaux d'arbitrage, avec les traités européens. À vrai dire, même s'il est jugé compatible, je maintiendrai mon opposition, en bloc et en détail, au CETA. Néanmoins, je saisis cette opportunité de bloquer la conclusion de l'accord. Je vote POUR cette résolution que j'ai d'ailleurs cosignée.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends entre investisseurs et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne). Ce texte vise à clarifier la compatibilité du CETA avec les traités européens. Je me suis donc prononcée favorablement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto contra as duas propostas de resolução apresentadas pelo GUE e pelo ALDE sobre o pedido de parecer ao Tribunal de Justiça relativamente à compatibilidade com os Tratados do acordo entre os Estados Unidos da América e a União Europeia sobre a proteção dos dados pessoais no âmbito da prevenção, investigação, deteção e repressão de infrações penais.

Trata-se de um expediente dilatório que fará atrasar o processo negocial. Sou favorável ao fecho do acordo entre os dois blocos nesta matéria, compatível com o Direito da União Europeia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted against this motion to request the opinion of the Court of Justice of the EU on the Canada-EU Agreement because it delays the adoption of the agreement unnecessarily. This agreement will boost trade, strengthen economic relations between Canada and the EU and spur job growth.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — Je me félicite du rejet d'une proposition de résolution demandant l'avis de la Cour de justice sur la compatibilité de l'accord entre le Canada et l'Union européenne (CETA) avec les traités européens. Ce 23 novembre, la session plénière du Parlement européen a rejeté cette demande à une forte majorité. En réalité, il s'agissait d'une manœuvre politique de quelques groupes du Parlement (verts, communistes, extrême-droite) dont l'objectif était de bloquer la procédure de ratification de l'accord par le Parlement européen d'abord, par les parlements des États membres ensuite. Autre raison de voter contre la demande de renvoi devant la Cour: elle est fort éloignée de l'accord intra-belge. Là où le compromis trouvé entre le gouvernement fédéral et le gouvernement wallon limite la demande à la nouvelle procédure d'arbitrage (dite ICS), la requête des 89 députés visait tout le contenu du CETA. Le CETA a déjà été déclaré compatible avec les traités européens à trois reprises: par le tribunal constitutionnel de Karlsruhe le 13 octobre dernier, et par les services juridiques de la Commission et du Parlement. Il n'est pas question de bloquer sine die un accord négocié depuis sept ans, qui a été validé par les gouvernements des États membres représentant plus de 500 millions d'Européens.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The resolution Rule 108 on the opinion from the Court of Justice on the compatibility with the EU treaties of the proposed CETA agreement does not concern the text of the signed agreement between Canada and the EU, but the request to seek an opinion from the European Court of Justice on the compatibility with the EU law of the provisions of CETA related to investment dispute settlement. As a Social Democrat, I have always supported clarity about ICS, but this interest is already secured and reassured by the legal analysis made by the EP services. Moreover, there is already a legal statement of Belgium attached to the CETA text that commits Belgium to ask the European Court of Justice for an opinion on the compatibility of ICS with EU law and in the meantime ICS will not be applied. Therefore, I voted against this Resolution.

Sorin Moisă (S&D), *în scris*. – O astfel de solicitare nu se justifică, în condițiile în care Serviciul juridic al Parlamentului European a formulat o opinie scrisă, neechivocă și publică privind compatibilitatea. Adoptarea ar fi avut ca efect amânarea cu ani de zile a unui vot în Parlamentul European și, mai important, amânarea aplicării provizorii a unor părți din acord care aduc beneficii imediate cetățenilor europeni (inclusiv români) și în legătură cu care nu a fost exprimat niciun dubiu privind compatibilitatea. Dincolo de aspectele economice, CETA și Acordul de Partenerial Strategic între Uniunea Europeană și Canada au o importantă componentă geostrategică, contribuind la consolidarea relațiilor bilaterale într-un moment dificil pentru Europa și lumea occidentală în general, în care atât Europa, cât și Canada au nevoie de stabilitate și de parteneri de dialog politic cu valori comune.

Interesul național al României cere înlocuirea cât mai grabnică a vechiului sistem de arbitraj privat între state și investitori (ISDS) cu noul sistem al curților de investiții (sistem public) conținut în CETA. Orice amânare a procedurilor care permit intrarea în vigoare a CETA este deci împotriva interesului României.

În prezent, CETA este analizat în comisii, în principal în Comisia pentru comerț internațional, din care fac parte. Plenul Parlamentului European va vota pe acest important dosar în februarie 2017.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament jogi szakértői a CETA megállapodásra irányuló javaslatot a Szerződésekkel összeegyeztethetőnek találták. Belgium kérésére már az Európai Bíróság is vizsgálja a Szerződésekkel való összeegyeztethetőséget, a beruházó és az állam közötti, beruházásokkal kapcsolatos viták rendezéséről szóló szakasz pedig mindaddig nem kerül alkalmazásra, amíg a Bíróság a kérdésről véleményt nem nyilvánít. A benyújtott tervezet elfogadása esetén a CETA mindaddig nem volna ratifikálható, amíg a Bíróság a kérdésről nem dönt, ami a hét éven át tárgyalt megállapodás hatályba léptetését újabb két évvel kitolná. Az előterjesztést ezért nem támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends en matière d'investissement entre investisseur et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne). Ce texte vise à clarifier si le CETA est compatible avec les traités européens. Dans la mesure où nous sommes opposés à ce type de traité, du fait de pouvoir soulever des incompatibilités juridiques et, partant, retarder son éventuelle mise en œuvre, nous sommes favorables à cette initiative.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à clarifier si le CETA est compatible avec les traités européens, ce qui permettra de ralentir l'adoption de ce traité. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte qui sollicitait l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) sur la compatibilité du CETA avec les traités. Ce texte constitue un artifice mis en œuvre par les groupes opposés au CETA pour en repousser l'exécution provisoire. En effet, solliciter la CJUE retardera d'au moins deux ans l'application du traité, ce qui pénalisera nos producteurs et nos industries notamment dans l'accès aux marchés publics que ce traité permet. En outre, la Belgique sollicitera déjà la CJUE en tant qu'État, ce qui n'altérera pas l'application provisoire du CETA.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – I negoziati UE-Canada per il CETA sono iniziati nel maggio 2009 e conclusi nel settembre 2014. Nel 2016 si è conclusa la verifica giuridica del trattato, con il verdetto favorevole dei servizi giuridici del Parlamento. Ricordiamo in particolare come questo Parlamento, su iniziativa del gruppo dei Socialisti e Democratici in particolare, abbia chiesto – e ottenuto – l'annullamento del controverso sistema ISDS, sostituito con un modello di corte internazionale per risolvere le controversie tra investitori e Stati, prevedendo in particolare misure di agevolazione per le PMI, per rendere il sistema più accessibile.

Nel CETA, inoltre, vi è il riconoscimento delle indicazioni geografiche, a tutela dei consumatori e degli alimenti tipici del nostro Paese; nonché degli accordi sugli standard dell'Organizzazione internazionale del lavoro. Questo accordo è – come detto da più parti – un accordo commerciale progressista. Nondimeno, i cittadini hanno espresso perplessità su alcuni aspetti, e ritengo che le modifiche intercorse ne abbiano tenuto conto. La richiesta di questa risoluzione, che non ho sostenuto, avrebbe ulteriormente rallentato un processo che garantirà all'Europa, alle PMI e ai lavoratori numerose opportunità di crescita e occupazione.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az állásfoglalási indítványt elutasítottam, egyrészt mert teljesen elégedett vagyok a Kanadával megkötendő egyezmény tartalmával, másrészt pedig mert hitelességünket kockáztatjuk az egyezmény elfogadását késleltető trükkökkel. Tavaly tavasszal a Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság ugyanezzel a kérdéssel fordult az Európai Parlament független, jogi szolgáltatásokkal foglalkozó egységéhez, ahonnan egyértelmű válasz érkezett. Hosszú éveket dolgoztunk ezen az egyezményen és épp itt az ideje, hogy érvénybe lépjen és érezni kezdjük pozitív hatásait.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted against this motion for a resolution regarding the compatibility issue between CETA and the Treaties following the European Parliament's Legal Service assessment that found no contradiction between CETA's investment chapter and the EU Treaties.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am decis să mă abțin de la votul pe acest raport care propunea solicitarea unui aviz al Curții de Justiție a Uniunii Europene cu privire la acordul economic UE-Canada, deoarece nu am ales să fac parte dintr-o dispută dintre UE și unul dintre statele membre, și anume Belgia, care, din cauza disputelor interne, își dorește o amânare a aplicării acestui tratat. Consider că discuțiile trebuie purtate mai mult pe fondul problemei, pe analizele despre beneficiile pe care acest acord le va avea pentru țările noastre și să decidem în funcție de acestea.

Nu în ultimul rând, nu pot ignora faptul că o eventuală intrare în vigoare a CETA ar însemna eliminarea vizelor de acces al românilor în Canada, iar o amânare cu un an și jumătate, necesară obținerii unui aviz al CJUE, ar fi anulat cel mai probabil și această înțelegere între autoritățile române și cele canadiene.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem proti návrhu usnesení žádajícího Soudní dvůr o posudek ve věci slučitelnosti dohody CETA se Smlouvami a jsem rád, že návrh neprošel. Považuji jej za snahu části politické reprezentace za každou cenu zabránit vstupu CETA v platnost, nebo jej alespoň oddálit. Dohoda CETA je přijímána standardním postupem pro přijímání mezinárodních smluv a není důvod, aby do tohoto procesu vstupoval Soudní dvůr EU. Jsem přesvědčen, že CETA byla vyjednána kvalitně a její brzký vstup v platnost je v zájmu české ekonomiky i evropské ekonomiky jako celku.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Vorschlag ausgesprochen, da jede Möglichkeit zur kritischen Überprüfung des Abkommens genützt werden sollte.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Ei toetanud. Komisjon on lepingut läbi rääkides lähtunud ELi õigusaktidest ja aluslepingutest, samuti on lepingule heakskiitva hinnangu andnud Euroopa Parlamendi õigusteenistus, seega ei pea ma vajalikuks eraldi arvamuse küsimist Euroopa Kohtult. Pigem on tegemist järjekordse katsega venitada või takistada kaubandusleppe sõlmimist ning selle tegevusega kannatab eelkõige ELi majanduspoliitika tervikuna.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Manau, kad yra tikslinga kreiptis į Teisingumo teismą dėl numatyto sudaryti Kanados ir Europos Sąjungos susitarimo atitikties ES Sutarčių nuostatomis.

Atkreiptinas dėmesys į tai, jog šis susiarimas reiškia globalizacijos principų Europos prekyboje įteisinimą. Jo nuostatos nėra naudingos Europos žmonėms.

Visų pirma, susitarime nėra numatyta pakankamai saugiklių ne tik dėl naujų darbo vietų sukūrimo, bet ir dėl dabartinių išsaugojimo Europoje. Be to, gerokai nuleidžiama kartelė dėl importuojamo maisto bei žemės ūkio produkcijos saugumo reikalavimų. Prekybos partneriams suteikiama gerokai daugiau teisių ir galimybių ginčus spręsti jiems palankesnėje teisinėje terpėje. Galų gale, nėra iki galo įvertinta galima tokio susitarimo žala Europos pramonei ir ekonomikai.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta dei miei colleghi poiché ritengo che, essendo l'accordo tra Unione europea e Canada incompatibile ai sensi dell'articolo 19 TUE e ai sensi degli art. 49, 54, 56, 267, 340 TFUE, appare inutile chiedere un parere alla Corte di Giustizia. Infatti, ritengo che non si possa concludere un accordo che sia contrario a due fonti primarie del diritto comunitario come il TUE e il TFUE. Pertanto ho espresso voto negativo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Nisam podržala Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta u kojem se traži mišljenje Suda o usklađenosti predloženog Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma (CETA) između Kanade i Europske unije s Ugovorima. Ugovor između Kanade i Europske unije o slobodnoj trgovini potpisan je 30. listopada ove godine, a pregovori su završili u kolovozu 2014. godine. Ugovorom su Europska unija i Kanada dogovorile ambiciozan sporazum koji će otvoriti nove mogućnosti za trgovinu i ulaganja za gospodarske subjekte s obje strane Atlantika. Obje su strane ovim Sporazumom naglasile važnost odvijanja gospodarske aktivnosti u okviru jasnih i transparentnih propisa koje donose javna tijela te su istaknule da pravo na zakonsko uređivanje u javnom interesu smatraju temeljnim načelom Sporazuma. Primjerice, u članku 1.9. Sporazuma navodi se kako voda nije roba niti proizvod te da obje strane sporazuma zaštite i očuvaju prirodne vodne resurse kao što ništa u sporazumu ne obvezuje potpisnice Sporazuma da dozvole komercijalnu uporabu vode u bilo koje svrhe.

U posljednje dvije godine bilo je dovoljno vremena da se ovaj Sporazum prouči i analizira. Države članice ako to smatraju potrebnim, sukladno Temeljnim ugovorima EU-a, imaju pravo preispitati pojedine dijelove sporazuma pred Sudom Europske unije te ne vidim razlog zašto bih podržala ovu inicijativu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends en matière d'investissement entre investisseur et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne).

Ce texte vise à clarifier si le CETA est compatible avec les traités européens. Je soutiens cette résolution, qui pourrait retarder la mise en application de cet abominable traité. Je vote donc en faveur de ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Parlament traži mišljenje Suda o usklađenosti Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma (CETA) s Ugovorima Europske Unije. Vijeće je 27. travnja 2009. ovlastilo Komisiju da u ime Europske unije i njezinih država članica pregovara o Sporazumu o gospodarskoj integraciji s Kanadom, te je 12. rujna 2011. usvojilo Preporuku Komisije čime je Komisija ovlaštena da u ime Unije pregovara o ulaganju. Pregovarači su pregovore o CETA-i zaključili u kolovozu 2014. i dovršili pravnu reviziju 29. veljače 2016. Tekst sporazuma koji je podnesen sadrži poglavlje o ulaganju (Poglavlje 8.) koje, među ostalim, obuhvaća i odjeljak o zaštiti ulaganja (Odjeljak D) i odjeljak o rješavanju ulagačkih sporova između ulagatelja i država (Odjeljak F). Smatram kako Parlament treba preuzeti političku odgovornost za odlučivanje o ovom Sporazumu te koristiti vlastite pravne resurse za sve eventualne nedorečenosti.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Presenciámos hoje mais uma página negra da história deste Parlamento. Perante o coro de protesto sobre o CETA, as reservas levantadas por partidos, instituições e associações muito diversas e espalhadas por todo o continente europeu, este Parlamento inviabilizou a realização de um debate que teria tido o mérito de clarificar os seus reais objetivos e confrontar os diferentes grupos políticos e partidos com a sua visão do acordo.

A votação de um projeto de resolução sem direito a debate diz muito sobre a qualidade da democracia que se pratica no Parlamento Europeu.

O CETA foi discutido de forma secreta ao longo de sete anos, tendo sido apresentado sob a forma de um documento de 1600 páginas sem qualquer possibilidade de alteração.

O CETA representa um instrumento destinado a liberalizar as relações comerciais e abrir os mercados públicos às multinacionais, nivelando por baixo todas as normas sociais e ambientais. É isto que a direita e a social-democracia recusam discutir, em prejuízo e ignorando a luta e justas reivindicações dos povos.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro rezoluci Evropského parlamentu a mrzí mě, že ji Parlament nepodpořil. Obchodní smlouvu s Kanadou považuji za velmi přínosnou pro rozvoj ekonomik EU i Kanady, na druhou stranu musíme vyslechnout a zohledňovat obavy našich občanů a dokázat jim vysvětlit všechna fakta, nad kterými visí otazníky. Jsem toho názoru, že zjištění Soudního dvora budou důležitým prvkem v komunikaci a transparentnosti procesu ohledně smlouvy CETA.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution demandant un avis juridique à la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) pour vérifier la compatibilité du CETA avec les traités. Il s'agit certes d'une énième manœuvre politique de l'extrême gauche, mais elle mérite une vraie explication. Les dépositaires de la résolution ont fait croire qu'ils avaient besoin de tous les éléments entre les mains pour prendre une décision finale sur le vote de l'accord. Il faudrait qu'on m'explique pourquoi 82 des 89 signataires de la résolution ont déjà affirmé qu'ils rejetteraient le CETA! Ils accusent surtout la Commission, gardienne des traités, d'avoir négocié un accord commercial avec l'aide de 28 États membres sans que cela ne respecte les traités. Pourtant, elle les a toujours suivis et défendus, jusqu'à faire du zèle! Demander un avis de la CJUE prendrait deux ans. Il est prévu que la Belgique le fasse de toute façon de son côté! En votant contre cette résolution, j'ai voté contre les manœuvres politiciennes des extrémistes, qui ont voulu faire ce qu'ils incarnent le mieux: des doublons inutiles.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A 27 de abril de 2009, o Conselho autorizou a Comissão a negociar um acordo de integração económica com o Canadá, em nome da União Europeia e dos seus Estados Membros.

O procedimento de negociação e de ratificação do CETA (Canada Comprehensive Economic and Trade Agreement) prolongou-se durante cerca de seis anos. Ademais, neste procedimento participaram não apenas expertos europeus e canadianos, várias Instituições Europeias e outras entidades supranacionais. O acordo foi aprovado em Conselho Europeu e assinado na Cimeira do Canadá, a 30 de outubro de 2016. Sou do entendimento de que o CETA está de acordo com todas as normas do ordenamento jurídico europeu.

Pelo ante exposto, e por reconhecer uma importância capital ao acordo ora em apreço, voto contra o presente relatório.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Impactul pe care îl propune acordul UE-Canada va schimba definitiv viața cetățenilor europeni. Consider imperios ca, înainte de aplicarea, semnarea și aprobarea provizorie a acestui acord, să se solicite, de către Parlamentul European, avizul din partea CJUE, pentru a elucida orice urmă de insecuritate juridică cu privire la compatibilitatea Tratatului privind Uniunea Europeană și a Tratatului privind funcționarea Uniunii Europene cu CETA.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We supported this resolution because we see both CETA and TTIP as part of the globalisation of crony capitalism and primarily benefitting 'big business' rather than people.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen s'est prononcé sur une résolution demandant à la Cour de justice de l'Union européenne de se prononcer sur la légalité du CETA, le projet d'accord de libre-échange avec le Canada. Le commerce en soi n'est pas une mauvaise chose; il serait irréaliste ou de mauvaise foi de dire le contraire. Les liens entre l'Europe et le Canada sont anciens, nous avons besoin de part et d'autre de l'Atlantique de pouvoir échanger des biens et des services. Mais le commerce ne peut pas se faire au prix de notre capacité à légiférer, et le CETA ne doit pas entraîner une discrimination entre entreprises européennes et canadiennes. C'est bien parce que la Cour de justice est le seul organe à même de trancher ces épineuses questions juridiques que j'ai soutenu cette résolution. Notre chambre en a hélas décidé autrement, ce que je déplore, mais je resterai avec la délégation socialiste française extrêmement vigilante sur les évolutions de ce texte. Le vote du Parlement européen reste une étape indispensable pour l'application du traité; le travail législatif est donc loin d'être terminé.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le bon sens l'a emporté ce midi sur l'accord économique et commercial entre le Canada et l'Union européenne (CETA). 419 députés européens, soit une large majorité du Parlement européen, ont dit NON à la proposition de résolution demandant l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne sur la compatibilité du CETA avec les traités européens.

En réalité, il s'agissait d'une manœuvre politique de quelques groupes politiques (essentiellement verts, communistes, souverainistes) dont l'objectif était de bloquer la procédure de ratification de l'accord par le Parlement européen d'abord, par les Parlements des États membres ensuite.

Autre raison légitime de rejeter cette demande de renvoi devant la Cour de justice de l'Union européenne: elle est très éloignée de l'accord intra-belge. Là où le compromis trouvé entre le gouvernement fédéral et le gouvernement wallon limite la demande à la nouvelle procédure d'arbitrage (dite ICS), la requête des 89 députés visait tout le contenu du CETA. Pourtant, à trois reprises, le tribunal constitutionnel de Karlsruhe (le 13 octobre dernier) et les services juridiques de la Commission et du Parlement ont déjà dit la conformité du CETA avec les traités européens. Il faut souhaiter maintenant que le Parlement européen puisse rapidement ratifier cet accord «*win-win*», négocié depuis 7 ans.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O espírito do acordo CETA prevê a supressão de praticamente todos os direitos aduaneiros; novas oportunidades de acesso ao mercado de trabalho; um melhor acesso para os fornecedores europeus e uma maior competitividade das companhias da UE no mercado.

A UE deve dar um sinal de confiança aos seus parceiros no Canadá.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La aprobación de esta resolución implicaba que la votación del acuerdo CETA en el Parlamento Europeo se suspendiera hasta que el Tribunal de Justicia de la Unión Europea emitiera un dictamen sobre la compatibilidad del capítulo de inversiones con los Tratados de la Unión, lo que podría durar al menos dos años. Ello suponía hurtar el debate político democrático que los diputados del Parlamento, como representantes de los ciudadanos, debemos tener sobre el contenido del CETA, constituyendo una herramienta legal para evitar una decisión política. Esto no hubiera estado a la altura de las responsabilidades que el grupo socialista tiene en el Parlamento Europeo.

Los socialistas defendemos la necesidad de tener claridad jurídica sobre todos los aspectos del tratado y, en particular, la compatibilidad del capítulo de inversión del CETA con los Tratados de la Unión, por ello solicitamos la opinión sobre este punto del servicio jurídico de este Parlamento, que avaló dicha compatibilidad. Además, consideramos esta resolución innecesaria, pues las disposiciones relativas al sistema de tribunales de inversiones del CETA no serán de aplicación provisional si el Parlamento Europeo da su consentimiento al acuerdo. Por todas estas razones, hemos decidido votar en contra de esta resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution qui visait à faire passer le CETA sous le contrôle de la Cour de justice de l'Union européenne, car il m'apparaît essentiel qu'un accord de telle importance offre toutes les garanties de compatibilité avec le droit européen. De nombreux magistrats ont exprimé des réserves notamment sur la base juridique du mécanisme de règlement des différends. C'est pourquoi il faut impérativement demander l'avis de la Cour de justice de l'Union européenne sur la compatibilité de cet accord avec le droit européen. Aussi, je regrette que les députés ne se soient pas exprimés majoritairement en faveur de cette position légitime.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Esu įsitikinęs, jog mes per daug skubame pasirašyti tokius susitarimus, kaip CETA ir TTIP. Nors palankiai žiūriu į transatlantinės prekybos plėtrą, ypač neramina su jais susijęs slaptumas. Kokias prekybos reguliavimo paslaptis ES gali slėpti nuo savo piliečių? Ir kodėl Kanada, demokratinė šalis, turėtų slėpti atitinkamas nuostatas nuo savo piliečių. Juk įsigaliojus sutarčiai šios nuostatos taps viešomis.

Teismo sprendimas, nors ir įneštų šiek tiek aiškumo į šią diskusiją, iš esmės yra žingsnis į šalį. Visų pirma turime spręsti pačių sutarčių viešumo ir skaidrumo klausimus.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution – dont je suis signataire – qui demande la saisine par le Parlement européen de la Cour de justice, afin que cette dernière examine la compatibilité de l'accord CETA avec les traités européens. La portée de nombreuses dispositions de cet accord commercial reste incertaine: tel est par exemple le cas des déclarations additionnelles, du mécanisme de coopération réglementaire, ou encore du système de règlement des différends liés à l'investissement. Sans préjuger en aucune façon de la position finale du Parlement européen sur le CETA, un avis de la Cour de justice de l'Union européenne aurait clarifié la portée et les conséquences juridiques de l'accord et permis au législateur européen de se prononcer en pleine connaissance de cause. La majorité des membres du Parlement a fait le choix de voter contre cette résolution et je le regrette.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta surge no seguimento de um pedido de 89 deputados pertencentes a 5 grupos políticos: EFDD, Verdes, GUE, S&D (31 deputados) e ALDE (apenas 2 deputados) e não representa mais do que um expediente dilatório, com fins claramente ideológicos e partidários, para atrasar a entrada em vigor deste Tratado, que poderá atrasar a entrada em vigor do mesmo 2 anos.

Na verdade, a Comissão do Comércio Internacional já solicitou, em 7 de abril último, um parecer aos serviços jurídicos do PE sobre a matéria, tendo a resposta sido dada a 1 de junho, formulando nas suas conclusões que «tendo em conta o objetivo e o conteúdo do capítulo relativo ao investimento no AECL, pode considerar-se que as disposições previstas para a resolução de litígios de investimento são compatíveis com os Tratados da UE».

Pela importância central que o Tribunal de Justiça da UE possui na arquitetura da UE, parece-me evidente que não o devemos (deixar) instrumentalizar, permitindo a sua utilização como arma de arremesso político-partidário.

Atentas as razões acima expostas, votei contra esta proposta de resolução, pois considero que o Parlamento Europeu deverá dar um sinal forte de apoio e não de fragilidade à celebração deste Acordo.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution déposée à titre individuel par 89 députés et demandant un avis de la Cour de justice sur la compatibilité de l'accord CETA entre l'Union européenne et le Canada avec les traités européens.

Une telle demande reporterait une nouvelle fois l'entrée en vigueur de l'accord CETA qui permettra à nos entreprises et citoyens de bénéficier de nombreux avantages comme l'accès aux marchés publics, la suppression de nombreux droits de douane et la protection d'indications géographiques.

Après avoir franchi de nombreux obstacles, il est temps que l'accord CETA puisse entrer en vigueur, de manière provisoire.

De plus, le service juridique du Parlement européen a déjà rendu un avis juridique qui a été publié et qui déclare que le nouveau mécanisme ICS, pour lequel un avis juridique est ici demandé dans le cadre du CETA, est compatible avec les traités européens.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – The wide debate that went on internationally about comprehensive trade and investment treaties negotiated during past years has given rise to justified queries. Is the logic underpinning such treaties politically, economically and socially tenable under conditions of globalisation?

No matter what one may think about Canada – and I have always been one of its admirers – the same doubts and questionings apply to the comprehensive agreement drafted with it. Its acceptance would serve as a precedent and model for the adoption of other comprehensive agreements with other trade blocs. In the circumstances it makes sense to take a step back and see whether the institutional and legal foundations for such a ground breaking exercise really exist.

On the other hand it is also true that the process of negotiation is now well advanced. One could reasonably claim that doubts and fears are being expressed at too late a stage. There must be a way, not necessarily the one indicated in this resolution, by which to review whether the agreement with Canada could simply serve as curtain raiser to a development by which we will be promoting the oligopolisation of global markets.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Beschluss über das Gutachten des Gerichtshofs zur Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Abkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen gestimmt.

Der juristische Dienst des Parlaments, welcher eine neutrale Institution ist, hatte im Juni ein Rechtsgutachten zu CETA abgegeben, in welchem festgelegt wurde, dass CETA mit europäischen Verträgen vereinbar ist.

Der Beschluss wurde vorgeschlagen von Abgeordneten, die die Durchführung von CETA erschweren bzw. verhindern möchten. CETA spielt eine wichtige Rolle für Europa und bietet viele Möglichkeiten, weswegen ich dieses Abkommen unterstützte.

Udo Bullmann; Knut Fleckenstein; Evelyne Gebhardt; Sylvia-Yvonne Kaufmann; Bernd Lange; Jo Leinen; Susanne Melior; Norbert Neuser; Gabriele Preuß; Ulrike Rodust; Joachim Schuster; Peter Simon; Jakob von Weizsäcker; Martina Werner; Tiemo Wölken (S&D), *schriftlich*. – Wir haben in der heutigen Abstimmung gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt, da wir der Auffassung sind, dass es die Aufgabe des Europäischen Parlaments selbst ist, die Vereinbarkeit von internationalen Handelsabkommen mit dem EU-Recht zu prüfen. Das Europäische Parlament ist souverän in den Beratungen, und wir haben stets für ausreichend Raum der Befassung im EP gestritten. Nachdem nun klar ist, dass ein vorläufiger Zeitplan zur Ratifizierung des CETA-Abkommens nicht haltbar ist und die Veränderung des Zeitplans sowie die Beteiligung weiterer Fachausschüsse zugesichert wurde, hat unserer Auffassung nach das Parlament ausreichend Zeit, diese Prüfung durchzuführen. Eine andere Vorgehensweise ist nicht akzeptabel.

Damit können im Zuge der weiteren parlamentarischen Beratungen die Argumente, die eine Unvereinbarkeit mit den EU-Verträgen begründen, ausführlich erörtert werden. Die den Investitionsgerichthof betreffenden Inhalte des CETA-Vertrages werden von der vorläufigen Anwendung des CETA-Vertrages nach einer möglichen Ratifizierung durch das Europäische Parlament ausgenommen. Sollten nach der Prüfung weiter begründete Zweifel an einer Vereinbarkeit bestehen, besteht weiterhin die Möglichkeit, dem Europäischen Gerichtshof die Frage zur Prüfung vorzulegen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta moción porque el Tratado comercial entre Canadá y la Unión (CETA) plantea graves problemas jurídicos que el TJUE debería resolver antes de su aplicación. Tal y como han manifestado autoridades y tribunales nacionales, el CETA crea instituciones como los tribunales de arbitraje (que permiten a las multinacionales extranjeras obtener una compensación económica por cualquier cambio regulatorio que les afecte, anteponiendo sus beneficios a los derechos democráticos) o los organismos de cooperación regulatoria (en los que las multinacionales intervienen directamente en el proceso legislativo) que afectan negativamente a competencias estatales. Es por lo tanto una exigencia jurídica que el TJUE se pronuncie sobre el ámbito legislativo del CETA y que éste no entre en vigor hasta que sea votado favorablemente en cada Estado miembro.

El CETA es un tratado que afectará muy negativamente a los derechos de los trabajadores y trabajadoras europeas, a la estabilidad financiera y económica, a la protección medioambiental y a la propia democracia. Lamento profundamente que para una mayoría de diputados de esta Cámara su aprobación, en beneficio del gran capital, sea tan urgente como para querer evitar incluso los debates y protocolos legales más elementales.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as I wish to do everything to stop CETA.

Pedro Silva Pereira (S&D), *por escrito*. – Votei contra o pedido de parecer ao Tribunal de Justiça sobre a compatibilidade com os Tratados do novo sistema de resolução de litígios (Investment Court System - ICS) incluído no acordo de comércio com o Canadá (CETA) por ser um mero expediente para suspender a aplicação provisória do acordo, apesar das conquistas alcançadas nas negociações, muito por pressão dos socialistas.

Acresce que o Serviço Jurídico do Parlamento Europeu (PE) já emitiu um parecer que conclui que não há incompatibilidade e que, de qualquer modo, está assegurado que a Bélgica pedirá idêntico parecer ao Tribunal de Justiça.

Uma coisa é pedir um parecer sem bloquear a aplicação provisória, como a Bélgica se propõe fazer, outra é pedi-lo para travar essa aplicação por 2 anos, ameaçando o próprio acordo, como sucederia com esta proposta.

Nada justifica essa atitude à luz do resultado das negociações e do entendimento obtido com a Valónia, para mais quando se sabe que o sistema ICS está excluído da aplicação provisória.

Finalmente, a imediata aplicação do CETA, ainda que parcelar, traz importantes benefícios para a economia portuguesa através da eliminação ou redução das pesadas tarifas aduaneiras que prejudicam gravemente as exportações dos nossos setores tradicionais.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted against this resolution, not because I am against having clarity about the ICS provisions in CETA but against doing this to the detriment of the entire CETA Agreement, whose majority of the text does not pose any legal problem. It is important to take responsibility for taking a decision on whether to support or not the ratification of CETA and not delay the decision up until at least two years.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Odlučio sam biti suzdržan prema ovom Izvješću, a ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Omenjena resolucija od Sodišča EU zahteva presojo skladnosti sporazuma CETA s pravom EU. Če gre zares za tako dober sporazum, kot nas prepričuje Evropska komisija, česa se potem določene osebe bojijo?

Glede na vsa opozorila in kritike, ki najbolj letijo prav na mednarodna arbitražna sodišča, sem mnenja, da bi se o tem Sodišče EU moralo izreči, še preden CETA stopi v veljavo. Vse bolj je očitno, da se želi CETO spraviti pod streho z veliko naglico in to ne glede na vse poteptane demokratične standarde. Zdi se, da je snovalcem CETE demokracija zgolj v napoto. Nezaslišano je, da se v Evropskem parlamentu celo omejuje demokratično razpravo o tako pomembni temi, od katere je odvisna naša prihodnost, saj o predlogu resolucije ni bila dopuščena niti razprava. Prav tako pa parlamentarni odbori, ki so pristojni za nekatera ključna področja, na katera bo CETA močno posegla, npr. okolje, zdravje, varnost hrane, zaposlovanje, socialne zadeve in varstvo potrošnikov, ne bodo smeli sodelovati v postopku odločanja o celotnem sporazumu.

Takšne poteze so v nasprotju s temeljnimi pojmi demokracije in svobodo izražanja. Zato sem glasoval za sprejetje resolucije in s tem podprl poziv, da Sodišče EU presodi skladnost sporazuma CETA s pravom EU.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – CETA ist das beste bilaterale Freihandelsabkommen, das die EU bisher ausgehandelt hat. Die Kommission folgt dem Verhandlungsmandat und ist darüber hinaus auf die Bedenken zum Investitionsschutz eingegangen. Darüber hinaus haben wir im Ausschuss für Internationalen Handel bereits eine Einschätzung des Rechtlichen Diensts eingeholt – Ergebnis: Investitionsschutz ist kompatibel mit EU-Recht:

https://polcms.secure.europarl.europa.eu/cmsdata/upload/49daf369-5480-40d7-aa8d-df745c4ff98c/SJ-0259-16_legal_opinion.pdf

Wir haben es hier mit einem schmutzigen, taktischen Spielchen zu tun: Was nach einem vernünftigen Anliegen aussieht, würde CETA um mindestens 2 Jahre verzögern. Die EU würde sich Kanada und der Welt gegenüber erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner beim Thema „Handel" zeigen. Nach der Grundsatzeinigung mit Kanada hatte die EU den Investitionsschutz in unüblicher Weise nachverhandelt. Darüber hinaus hatte die Blockade der Wallonischen Region Ende Oktober das Abkommen fast zum Scheitern gebracht.

Aus diesen Gründen lehne ich den Entschließungsantrag ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Parlament zamietol uznesenie o požiadanie stanoviska Súdneho dvora. Keďže sa Parlament domnieva, že právna neistota neexistuje, o stanovisko rozhodol nepožiadať.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur Einholung eines Gutachtens des Gerichtshofs über die Vereinbarkeit des vorgeschlagenen Übereinkommens zwischen Kanada und der Europäischen Union über ein umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit den Verträgen habe ich zugestimmt.

Der dem Rat unterbreitete Wortlaut des abzuschließenden, zu unterzeichnenden und vorläufig anzuwendenden Abkommens umfasst ein Kapitel über Investitionen (Kapital 8), in dem unter anderem ein Abschnitt über den Schutz von Investitionen (Abschnitt D) und ein Abschnitt über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Investoren und Staaten (Abschnitt F) enthalten sind. Es besteht Rechtsunsicherheit dahingehend, ob das vorgeschlagene Abkommen mit den Verträgen und insbesondere mit Artikel 19 des Vertrags über die Europäische Union und mit den Artikeln 49, 54, 56, 267 und 340 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union vereinbar ist. Ich habe daher befürwortet, den Gerichtshof um ein Gutachten über die Vereinbarkeit des geplanten Abkommens mit den Verträgen zu ersuchen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Odbijam ovaj prijedlog rezolucije o mišljenju Europskog suda o usklađenosti predloženog Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma između Kanade i Europske unije s Ugovorima o Europskoj uniji jer ne smatram da postoji pravna nesigurnost, ali podržavam CETA-u generalno jer kažemo li ne CETA-i, reći ćemo ne slobodnoj trgovini, što će se negativno odraziti i na trgovinske sporazume s drugim zemljama. CETA je prvi sveobuhvatni gospodarski sporazum EU-a s nekom visokoindustrijaliziranom zemljom. Poticanje novih gospodarskih aktivnosti i stvaranje novih tržišta rušenjem postojećih barijera pokazujemo da mislimo ozbiljno kad je riječ o slobodnoj trgovini. Ovim trgovinskim sporazumom otvorili bi mnoga radna mjesta i prilike malim i srednjim poduzećima koji su kotačići gospodarstva.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti predlagani resoluciji o pridobitvi mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega sporazuma o celovitem gospodarskem in trgovinskem sporazumu (CETA) med Kanado in Evropsko unijo s Pogodbama.

Pogajanja o sporazumu o gospodarskem sodelovanju med Evropsko unijo in Kanado so bila zaključena avgusta 2014, v začetku letošnjega leta pa je bil končan tudi pravni pregled.

Resolucije ne morem podpreti, ker je nedorečena in premalo natančna glede glavnega: tega, da ni pravne gotovosti glede skladnosti predlaganega sporazuma s Pogodbama.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η προτεινόμενη οικονομική / εμπορική συμφωνία ΕΕ - Καναδά, δεν είναι συμβατή με τις Συνθήκες, ιδιαίτερα στα τμήματα που αφορούν στην προστασία των επενδύσεων και την επίλυση διαφορών μεταξύ επενδυτών και κρατών.

Η συμφωνία πρέπει να καταπέσει.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott.

A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés.

Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a határozati javaslatot, ahogy a Kanadával kötött kereskedelmi egyezmény (CETA) életbe lépését is hasznosnak és szükségesnek vélem. Mindazonáltal a minden szempontból körbejárt és a Bíróság vizsgálódásával megalapozott továbblépést demokratikus perspektívából kívánatosnak tartottam volna. A többség ugyan nem ezt az álláspontot foglalta el a szavazás során, megjegyzem, hogy saját megítélésem szerint is az egyezmény előzetes parlamenti tárgyalása során számos biztosíték került kialakításra a kompromisszumok és kölcsönös garanciák nyomán, hogy az egyezmény, beleértve annak a jogviták nemzetközi bíráskodással való rendezéséről (ICJ) szóló részt, ne sértse az EU és tagállamai, illetve az európai polgárok érdekeit, ugyanakkor hasznos lehetőségeket kínál gazdasági-kereskedelmi kapcsolataink fejlesztésére Kanadával.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Partie lewicowe, populistyczne i zieloni podjęły kolejną próbę opóźnienia wejścia w życie CETA, czyli najbardziej ambitnej umowy o wolnym handlu, jaką do tej pory negocjowała Unia Europejska. Rezolucja zaproponowana przez część grup politycznych obecnych w Parlamencie Europejskim z wnioskiem o wydanie przez Trybunał Sprawiedliwości UE opinii w sprawie zgodności porozumienia CETA z unijnymi traktatami to tak naprawdę kolejne działanie przeciwko handlowi międzynarodowemu, ponadnarodowej współpracy i globalizacji dobrobytu.

CETA jest najbardziej kompleksowym i zaawansowanym porozumieniem tego typu, jakie do tej pory wynegocjowała Unia Europejska. Dzięki umowie 98 % wszystkich linii taryfowych zostanie zlikwidowanych. Możliwy będzie także niemal nieograniczony dostęp do kanadyjskich zamówień publicznych na wszystkich szczeblach. Co najważniejsze, w odpowiedzi na głosy Europejczyków, wprowadzono nowy mechanizm ochrony inwestycji, który zapewnia, że rząd ma całkowite prawo ustanawiać przepisy w imię interesu publicznego.

Projekt rezolucji należy zatem traktować wyłącznie jako manifest polityczny i próbę podjęcia działań dywersyjnych przeciwko handlowi międzynarodowemu. Należy bowiem pamiętać, że latem tego roku służby prawne Parlamentu Europejskiego wyraziły opinię w sprawie zgodności CETA z traktatami, wskazując, że jest ona całkowicie zgodna z prawodawstwem UE i nie wpływa na nasze ramy prawne, kompetencje UE czy prawa konstytucyjne.

W związku z tym zagłosowałem przeciwko przyjęciu rezolucji.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöluonnosta vastaan. Tämän mietinnön läpimeno olisi viivästyttänyt koko sopimuksen ratifiointia EU-tasolla liki kahdella vuodella. Tällöin sopimusta ei olisi voinut soveltaa edes osittain. Jos EU ei onnistu viemään läpi vapaakauppasopimusta Kanadan kanssa, kauppapolitiikan tulevaisuus näyttää aika toivottomalta.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – La maggioranza dell'Europarlamento ha bocciato il tentativo di chiedere il parere della Corte di giustizia europea sul CETA, il trattato con il Canada. Ci sono seri dubbi sulla sua compatibilità con il diritto europeo, soprattutto perché esso contiene la clausola ICS che consente agli investitori di rivolgersi a tribunali privati per far causa allo Stato in caso di provvedimenti pubblici contrari al loro interessi.

Per questo 89 europarlamentari di vari schieramenti – fra cui tutti noi del M5S – hanno chiesto di sollecitare il parere della Corte di giustizia europea: si trattava solo di verificare la legalità del trattato al di fuori delle posizioni a favore o meno.

Ma i palazzi del potere hanno paura che il CETA venga analizzato: più se ne parla, più viene alla luce che esso contiene un siluro puntato contro il principio di precauzione, indebolisce la sicurezza alimentare, manda al macello la nostra agricoltura, fissa amplissimi margini per l'intervento privato in servizi come acqua, scuola e salute, detta i criteri per il rilascio di permessi e licenze relative a tutte le attività economiche.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – CETA prevede mai multe beneficii din punct de vedere economic pentru Uniunea Europeană. În cazul României, vorbim despre încurajarea dezvoltării unor sectoare importante datorită eliminării taxelor vamale canadiene. Aceasta este o oportunitate de a consolida și mai mult relațiile bilaterale cu statul canadian, care de-a lungul mai multor ani s-a prezentat drept un partener stabil pentru UE.

Luând în considerare că CETA oferă cetățenilor români efecte pozitive de lungă durată, votez împotriva propunerii de rezoluție.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous sommes 89 eurodéputés à demander que la Cour de justice de l'Union européenne statue sur la conformité et la légalité du traité CETA. Notre demande a été soumise au vote ce mercredi. J'ai bien sûr voté pour cette requête car j'estime qu'il est normal et responsable d'obtenir toutes les garanties pour le respect du droit des citoyens européens!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted against the motion for a resolution seeking an opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between Canada and the European Union on CETA. I believe that CETA is the most modern, progressive and extensive agreement that the EU has succeeded in closing. The agreement with Canada allows the EU to maintain its values and standards, while accessing new lucrative markets, providing consumer choices and new investment opportunities. I support CETA, and therefore voted against the motion for a resolution, which would once again delay the ratification process. I strongly support the final agreement as it significantly benefits European businesses and its citizens.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le projet de traité de libre-échange négocié entre le Canada et l'Union européenne suscite un vif débat, justifié par les conséquences souvent destructrices du libre-échange et renforcé par l'opacité des négociations.

La portée d'un possible accord CETA sur le mode de vie des citoyens européens est trop importante pour ne pas faire l'objet d'un examen approfondi. C'est un impératif démocratique. Parmi les points de débat se pose la question de la conformité d'un tel accord commercial avec les traités européens, comme le système de règlement des différends entre les multinationales et les États (ICS). De nombreux juristes ont émis des doutes, ce qui justifie que la Cour de justice de l'Union européenne soit consultée. Je considère que le Parlement, institution garante des intérêts des citoyens, est légitime pour la saisir.

C'est la raison pour laquelle j'ai proposé, avec 88 autres députés issus de 5 groupes politiques, une résolution en ce sens, afin de disposer de tous les éléments nécessaires pour une prise de décision quand le projet d'accord final nous sera soumis. J'ai donc contribué à promouvoir, et voté, cette résolution.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A mai szavazás a Kanada és az Európai Unió közötti szabadkereskedelmi megállapodásról szóló eljárási kérdésre vonatkozott. A szabadkereskedelmi megállapodás Unió részéről történő hatálybaléptetéséről várhatóan ez év decemberében kerül sor az Európai Parlamentben szavazásra, így az ügy érdemében akkor születik majd döntés. Az Európai Parlamenten kívül többek között a tagállamoknak is lehetőségük van ezzel, vagy a megállapodással kapcsolatos bármely egyéb kérdéssel – még az Unió részéről történő hatálybaléptetést követően is – az Európai Unió Bíróságához fordulni véleményért.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Prijedlog rezolucije „Mišljenje Suda Europske unije o usklađenosti predloženog Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma (CETA) između Kanade i Europske unije s Ugovorima" ne podržavam. Uzimajući u obzir da je Pravna služba Europskog parlamenta u lipnju 2016. godine utvrdila da CETA sporazum nije u povredi s ugovorima Europske unije, stava sam da će traženja mišljenja Suda Europske unije usporiti postupak. Stav Suda EU-a je obligatoran te implikacije negativnog odgovora mogu spriječiti stupanje CETA sporazuma na snagu. Vjerujući u stručnost pravnog odbora Pravne službe Parlamenta, smatram da bi eventualno traženja odgovora samo usporilo postupak usvajanja CETA sporazuma te da kao takvo nije potrebno.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ova rezolucija na dnevni red plenarne sjednice dodana je u posljednji tren od strane grupa Zelenih, GUE, EFDD, ENF i nekolicine članova S&D grupe.

Rezolucija traži mišljenje Europskog suda pravde o kompatibilnosti CETA sporazuma s Ugovorima o Europskoj uniji. Ako rezolucija bude prihvaćena, to će značiti da će Parlament automatski morati stopirati proceduru pristanka te čekati presudu Suda. Bez pristanka Parlamenta CETA sporazum privremeno ne može biti primijenjen.

Protivim se ovoj Rezoluciji, jer cilj iste zapravo nije testiranje pravne primjerenosti sporazuma, jer pravna strana ugovora nije sporna niti u jednome segmentu - pravna služba Europskog parlamenta već je izdala mišljenje da je sporazum CETA kompatibilan s Ugovorima. Pravi cilj je odgoda sporazuma koji je već jednoglasno odobren u 28 individualnih država članica Unije.

Stoga glasujem protiv.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije v skladu s členom 108(6) Poslovnika o pridobitvi mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega sporazuma o celovitem gospodarskem in trgovskem sporazumu (CETA) med Kanado in Evropsko unijo s Pogodbama nisem podprla. Nekatere države članice se sprašujejo, ali je prostotrgovinski sporazum EU-Kanada v skladu z nekaterimi smernicami EU, kot so zaščita zdravja, varnost in okolje.

Evropski parlament ni zaznal nobenega nasprotja med poglavjem sporazuma CETA o investicijah in nekaterimi sporazumi EU. Nekateri člani Parlamenta so nato želeli še dodatno mnenje glede skladnosti sporazuma, zato so se obrnili na Sodišče. CETA je sporazum, ki bo evropskemu gospodarstvu prinesel nova delovna mesta. Evropskim podjetjem bo prinesel več in boljše gospodarske priložnosti, ki jih ponuja Kanada. Sporazum bo izvoznikom prihranili več kot 500 milijonov evrov letno in ustvaril pogoje za boljše gospodarsko sodelovanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – La compatibilidad del ICS de CETA con el ordenamiento jurídico europeo ha sido puesta en duda por asociaciones de juristas de toda Europa.

He votado a favor de solicitar al Tribunal Europeo que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Nos parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal Europeo de Justicia el rol que le corresponde y, no correr el riesgo de que entre en vigor un tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – CETA ist das beste bilaterale Freihandelsabkommen, das die EU bisher ausgehandelt hat. Die Kommission folgt dem Verhandlungsmandat und ist darüber hinaus auf die Bedenken zum Investitionsschutz eingegangen. Darüber hinaus haben wir im Ausschuss für Internationalen Handel bereits eine Einschätzung des Rechtlichen Diensts eingeholt – Ergebnis: Investitionsschutz ist kompatibel mit EU-Recht.

Wir haben es hier mit einem schmutzigen, taktischen Spielchen zu tun: Was nach einem vernünftigen Anliegen aussieht, würde CETA um mindestens 2 Jahre verzögern. Die EU würde sich Kanada und der Welt gegenüber erneut als unzuverlässiger Verhandlungspartner beim Thema Handel zeigen. Nach der Grundsatzeinigung mit Kanada hatte die EU den Investitionsschutz in unüblicher Weise nachverhandelt. Darüber hinaus hatte die Blockade der Wallonischen Region Ende Oktober das Abkommen fast zum Scheitern gebracht.

Aus diesen Gründen lehne ich den Entschließungsantrag ab.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted against this resolution signed by a number of MEPs (mostly from Groups on the left) to refer CETA and especially the Investment Court System (ICS) to the European Court of Justice, to check its compatibility with EU law.

CETA is the most progressive treaty the EU has ever negotiated. CETA and ICS have been cleared by the German high court in Hannover. Both Parliament's and the Commission's legal services are in no doubt that CETA and ICS are compatible with EU law. Further, the ICS in CETA is a major overhaul and improvement on the outdated investor-state dispute system (ISDS), which neither MEPs nor NGOs ever tried to refer to the ECJ in the past. ICS is in fact the only way to improve the outdated ISDS, which our Member States continue to use, even against each other. There are more than 4 000 existing bilateral agreements between EU Member States with out-dated ISDS provisions.

A referral to the ECJ of CETA would lead to a case taking up to one-and-a-half years.

This resolution is a clear attempt by the anti-trade camp to further delay the approval of CETA in the hope of sabotaging the entire agreement, and in the process, EU trade policy as whole.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est destinée à s'assurer que la partie du CETA sur la protection des investissements et la résolution des différends en matière d'investissement entre investisseur et États est compatible avec les articles 19, 49, 54, 56, 267 et 340 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (discrimination, liberté d'établissement, libre prestation des services à l'intérieur de l'Union et vers les États tiers, Cour de justice de l'Union européenne – CJUE).

Ce texte vise à vérifier la compatibilité du CETA avec les traités européens (CJUE).

Si nous ne sommes pas favorables à la CJUE, le vote de cette proposition de résolution ferait perdre du temps à la mise en application du dangereux traité CETA puisqu'il faudra attendre le jugement de la CJUE.

J'ai donc voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W tej kwestii Komisja INTA już zwracała się o wydanie opinii do Służb Prawnych Parlamentu Europejskiego. Opinia wyraźnie stwierdza, że przepisy są zgodne z traktatami UE, gdyż: „biorąc pod uwagę cel i treść działu inwestycyjnego CETA, można uznać, że planowane przepisy dotyczące rozstrzygania sporów inwestycyjnych są zgodne z traktatami UE".

Warto dodać, że opinia Służb Prawnych została uznana za wystarczającą i sprzeciwia się dalszym próbom mającym na celu opóźnianie głosowania nad umową CETA, zwłaszcza po osiągnięciu jednomyślnego porozumienia przez 28 państw członkowskich. Dlatego głosowałem za odrzuceniem opinii, która ma za zadanie przeciągnąć w czasie podjęcie decyzji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – La compatibilidad del ICS de CETA con el ordenamiento jurídico europeo ha sido puesta en duda por asociaciones de juristas de toda Europa.

He votado a favor de solicitar al Tribunal Europeo que se pronuncie en un dictamen sobre la cuestión. Nos parece que es una cuestión que va más allá de estar a favor o en contra del Tratado, es una cuestión de sentido común: otorgar al Tribunal Europeo de Justicia el rol que le corresponde y, no correr el riesgo de que entre en vigor un tratado que contiene un instrumento que podría ser incompatible con nuestro ordenamiento jurídico.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted against of the opinion from the Court of Justice on the compatibility with the Treaties of the proposed agreement between Canada and the European Union on a Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA). Negotiators finished the negotiations on CETA in August 2014, and completed the legal review on 29 February 2016. The text of the agreement submitted to the Council to be concluded, signed and provisionally applied contains a chapter on investment (Chapter eight), which includes a section on investment protection and a section on the resolution of investment disputes between investors and states. I voted against because I see no reason to delay further a final decision of the European Parliament.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Ho sostenuto fortemente la richiesta di fare ricorso alla Corte di giustizia perché si pronunci sulla compatibilità del CETA con il diritto UE. Abbiamo bisogno di fare chiarezza su questo, perché riteniamo che quest'accordo mini l'uniformità del diritto europeo e metta in pericolo la tutela dei diritti fondamentali dei cittadini europei.

Con il CETA viene creato un tribunale sovranazionale para-giudiziario che consentirebbe alle multinazionali di fare causa agli Stati al di fuori del sistema giudiziario normale per ottenere risarcimenti per eventuali danni subiti a causa di leggi e regolamenti a tutela di cittadini, salute e ambiente. Come può questo mostro giuridico essere compatibile con i diritti e valori sanciti nei Trattati?

Avremmo voluto sentire il parere definitivo sulla questione da parte dei giudici europeo. Purtroppo con 419 voti contro 258 il Parlamento ha voluto bocciare questa richiesta e quindi negare l'apertura del dibattito. Probabilmente temono che il responso dei giudici europei dia ragione a noi e non alle multinazionali.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde tegen, omdat ik van mening ben dat er geen rechtsonzekerheid bestaat over de vraag of de voorgestelde overeenkomst verenigbaar is met de Verdragen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Il est superflu de revenir sur le CETA, l'accord de libre-échange entre l'Union européenne et le Canada, petit frère ou cheval de Troie du TAFTA. À la suite de la décision de la Belgique de saisir la Cour de justice de l'Union européenne (CJUE) pour vérifier la compatibilité du CETA – notamment de son mécanisme d'arbitrage – avec les traités européens, la GUE/NGL et les Verts ont déposé une motion proposant de se joindre à cette procédure.

Il nous a semblé indécent de faire voter cette motion sans aucun débat préalable. En début de session plénière, nous avons donc réclamé un débat, mais notre proposition a été rejetée par 184 voix contre, 170 pour et 9 abstentions, et la résolution elle-même visant à saisir la CJUE a été rejetée par 419 voix contre, 258 pour et 22 abstentions.

Ce rejet est un affront à la démocratie. Le CETA comporte des points d'ombres, des incertitudes juridiques que le Parlement européen se serait honoré de vouloir clarifier. Pourquoi les partisans de ces accords ont-ils tant peur des décisions de la Cour ?

Le combat continue; nous attendons avec impatience l'avis de la Cour de justice.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Presenciámos hoje mais uma página negra da história deste Parlamento. Perante o coro de protesto sobre o CETA, as reservas levantadas por partidos e associações de todo o tipo, este Parlamento inviabilizou a realização de um debate que teria tido o mérito de clarificar os seus reais objetivos e confrontar cada deputado com um debate livre e democrático.

Desta forma, iremos ter uma votação de um projeto de resolução sem direito a debate, o que diz muito sobre a qualidade da democracia que se respira neste hemiciclo.

O CETA foi discutido de forma secreta ao longo de sete anos, tendo sido apresentado sob a forma de um documento de 1600 páginas sem qualquer possibilidade de alteração. O CETA representa um instrumento destinado a abrir os mercados públicos às multinacionais e a nivelar por baixo todas as normas sociais e ambientais. É isto que o Parlamento recusa discutir. Perde a democracia e perdem os povos da Europa.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dem Vorschlag für das Ersuchen eines Gutachtens über die Vereinbarkeit des geplanten Abkommens mit den Verträgen habe ich zugestimmt, da meiner Meinung nach jede Möglichkeit zur kritischen Überprüfung dieses Abkommens genutzt werden soll.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As an advocate of the Alternative Trade Mandate, I support trade that puts people and planet ahead of profits. Citizens and civil society organisations from across Europe, as well as respected legal authorities have expressed doubts as to whether the Investment Court System (ICS) is compatible with the EU's treaties, and with the ECJ as the sole interpreter of EU law.

I am proud to have been one of the MEPs to co-sign the resolution. I voted in favour of the referral to the ECJ because it is important to have legal certainty that the rights of European citizens will not be violated, and that the democratic accountability of governments will be protected.

I will continue to follow these issues actively as they develop.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted against this motion for a resolution since I believe that CETA is an agreement that will strongly benefit Europe and its citizens. I don't think there is any legal uncertainty as to whether the proposed agreement is compatible with the EU Treaties mentioned in the motion, since ICS will not be part of the provisional application of this Treaty. Thus there is no need to ask the intervention of the Court of Justice. We should now look forward on benefiting from this new international trade agreement and try to make it as more efficient and reliable as possible. Canada is a country with a strong economy and with a lot of values in common with European ones, so Europe will benefit a lot from the trade agreement.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat împotriva propunerii de rezoluție cu privire la solicitarea avizului CJUE în privința Acordului CETA. O solicitare de către PE a avizului CJUE ar fi împiedicat aplicarea provizorie a acordului și ar fi antrenat prelungirea situației de incertitudine privind poziția Parlamentului European și, implicit, a UE în ansamblu cu privire la CETA. Prin urmare, am apreciat că această inițiativă nu era oportună, având în vedere declarația anexată deja la CETA în care Belgia a stipulat clar intenția sa de a cere avizul CJUE. Totodată, amânarea aplicării provizorii a CETA ar fi putut avea efecte negative din punct de vedere economic și politic pentru România și întreaga UE, inclusiv în ceea ce privește implementarea prevederilor legate de eliminarea vizelor pentru cetățenii români.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα για την παραπομπή της αντιλαϊκής CETA στο ΔΕΕ επιχειρεί να αθωώσει την Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρόκειται για τη γνωστή χρεωκοπημένη προπαγάνδα που παρουσιάζει την Ευρωπαϊκή Ένωση, την ιμπεριαλιστική συμμαχία των μονοπωλίων, σαν φιλολαϊκή ένωση που «παραστράτησε» δήθεν από τις «αξίες» της λόγω της κυριαρχίας σε αυτή «νεοφιλελεύθερων» αντιλήψεων. Ταυτόχρονα, εξυπηρετεί τη χειραγώγηση του λαού από πολιτικές δυνάμεις, όπως ο ΣΥΡΙΖΑ, που σαν κυβέρνηση έβαλε φαρδιά πλατιά την υπογραφή της στη CETA, ενώ ευρωβουλευτές του παριστάνουν τους πολεμίους της. Τώρα θέλουν να βάλουν τους λαούς στη γωνία, να περιμένουν την απόφαση του Ευρωδικαστηρίου, καθώς η CETA θα εφαρμόζεται ανεμπόδιστα. Το Ευρωδικαστήριο αποτελεί όργανο της Ευρωπαϊκής Ένωσης και σαν τέτοιο είναι ταγμένο να υπηρετεί τα συμφέροντα του κεφαλαίου. Η CETA είναι «συμβατή» με τις ευρωσυνθήκες και τις «αξίες» της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που συνοψίζονται στις τέσσερις ελευθερίες του κεφαλαίου, για να μεγιστοποιεί την κερδοφορία του, στόχο που υπηρετεί η εμπορική συμφωνία ΕΕ-Καναδά. Η τύχη της CETA, όπως και της TTIP, συνολικά της αντιλαϊκής πολιτικής Ευρωπαϊκής Ένωσης και κυβερνήσεων, θα κριθεί στους δρόμους από τη λαϊκή κινητοποίηση. Θα εξαρτηθεί από την ικανότητα του εργατικού-λαϊκού κινήματος να κατευθύνει την πάλη του στον πραγματικό αντίπαλο, τα μονοπώλια, την εξουσία και τις ενώσεις τους, ανοίγοντας τον δρόμο για τη δική τους οικονομία και εξουσία.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie, prostredníctvom ktorého niektoré politické frakcie navrhovali predloženie dohody CETA Európskemu súdnemu dvoru, som nepodporila. Na základe neho chceli skupiny dosiahnuť pozastavenie procedúry týkajúcej sa tejto dohody v Európskom parlamente a následné čakanie na rozhodnutie Súdneho dvora. Súdny dvor mal pritom posúdiť otázku súladu niektorých prvkov dohody (najmä systému ochrany investorov) s právom Európskej únie. Proti tomuto uzneseniu som sa rozhodla hlasovať preto, že súlad dohody CETA s právom Európskej únie už posúdil právny servis Európskeho parlamentu, pričom jeho záver znel v prospech dohody. Nevidím preto dôvod, aby bola opäť posudzovaná kompatibilita niečoho, čo už posudzované raz a s kladným výsledkom bolo.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Podpisanie przez Unię Europejską kompleksowej umowy o wolnym handlu z Kanadą to temat budzący wiele kontrowersji i obaw. Inicjatorom działań mających na celu skierowanie umowy CETA do Trybunału Sprawiedliwości nie chodziło jednak o wyjaśnienie pojawiających się zastrzeżeń. Wniosek, który był przedmiotem tego głosowania, był próbą wykorzystania wątpliwości opinii publicznej do opóźnienia procesu ratyfikacji tej umowy. Tego rodzaju sztuczki nie powinny być wykorzystywane w tak poważnej debacie, dlatego głosowałem przeciwko temu wnioskowi.

Wielokrotnie na forum Parlamentu Europejskiego oraz w Komisji Handlu Międzynarodowego dyskutowano aspekty prawne tej umowy mogące rodzić zastrzeżenia i zdaniem wielu ekspertów jest ona zgodna z prawem europejskim.

Nie oznacza to jednak, że pozostaję bezkrytyczny wobec tego porozumienia, a szczególnie wobec sposobu, w jaki było ono negocjowane. Brak przejrzystości procesu negocjacyjnego to ogromne zaniechanie Komisji, którego efektem są pojawiające się, czasem bardzo radykalne głosy sprzeciwu dla CETA.

Jednak proces ratyfikacji tej umowy dopiero się rozpoczął, a głos decydujący będą miały w nim państwa członkowskie. To właśnie obywatele dzięki możliwości oddziaływania na władze krajowe powinni podjąć w tej sprawie ostateczną decyzję. Zrzucanie odpowiedzialności na prawników nie jest właściwą odpowiedzią na deficyt demokracji w UE.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei contra o envio do Acordo CETA (Acordo Económico e Comercial Global entre a UE e o Canadá) para parecer do Tribunal de Justiça por considerar que a dinamização dos tratados internacionais é uma resposta necessária às tendências isolacionistas e nacionalistas que estão a ganhar força no mundo e porque a entrada em vigor do CETA antes da ratificação pelos 28 Estados Membros tem carater provisório e não inclui o ICS (mecanismo de arbitragem) cuja verificação de conformidade poderá ser suscitada antes da entrada em vigor definitiva do Tratado, sem obrigar ao seu congelamento nesta fase.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Ne podržavam ovaj prijedlog rezolucije o mišljenju Suda Europske unije o usklađenosti predloženog Sveobuhvatnog gospodarskog i trgovinskog sporazuma između Kanade i Europske unije s Ugovorima o Europskoj uniji. Europska unija ima svoje vrijednosti, norme i pravo koje proizlazi iz osnivačkih akata te kasnijih pripadajućih pravnih dokumenata. Iz tog razloga važno je da svi trgovinski i gospodarski ugovori budu u skladu s tim vrijednostima, jer ne postoji onaj oblik ekonomske ili druge suradnje koji bi mogao biti važniji od poštovanja temeljnih postulata Unije.

Poticanje novih gospodarskih aktivnosti i stvaranje novih tržišta rušenjem postojećih barijera ne smije biti praćeno degradacijom zaštite potrošača, kvalitete proizvoda i svih ostalih pravnih okvira koji reguliraju tržište. Suradnja mora biti transparentna, na dobro građana Europske unije i Kanade. Smatram da nije potrebno provoditi dodatne provjere sadržaja ugovora jer su sve pravne nesigurnosti otklonjene prije potpisa i obje potpisnice u dobroj vjeri potpisale su postignuti sporazum.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. — Il CETA, l'accordo di libero scambio tra Europa e Canada, è illegale perché crea una corte sovranazionale a uso e consumo delle multinazionali, che potranno fare causa agli Stati al di fuori del sistema giudiziario normale. Noi del Movimento 5 Stelle abbiamo presentato un ricorso davanti ai giudici europei della Corte di giustizia per chiedere un parere definitivo: vogliamo sapere se il CETA è compatibile con i Trattati europei. La Corte di giustizia dell'Unione europea è l'unico organo che garantisce l'osservanza e il rispetto dei trattati fondativi dell'Unione europea.

Il CETA mina l'uniformità del diritto europeo e con esso i diritti dei cittadini. La corte sovranazionale creata dal CETA potrebbe essere chiamata a interpretare il diritto dell'Unione. E come si comporterà di fronte ai diritti dei cittadini una corte fatta per difendere i diritti delle multinazionali? Tutto questo senza che la Corte di giustizia europea, cioè l'organismo deputato a interpretare il diritto UE, abbia alcuna voce in capitolo in materia.

Bisogna avere il coraggio di difendere i diritti dei cittadini europei in modo forte perciò ho votato a favore di questa risoluzione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Predloga resolucije o pridobitvi mnenja Sodišča o združljivosti predlaganega sporazuma o celovitem gospodarskem in trgovinskem sporazumu (CETA) med Kanado in Evropsko unijo s Pogodbama nisem podprl, ker menim, da je omenjeni trgovinski sporazum skladen z določili Pogodbe o Evropski uniji in Pogodbe o delovanju Evropske unije ter bo prispeval h krepiti trajnostnega gospodarskega razvoja.

11.3. Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (A8-0249/2015 - Julie Girling)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Molly Scott Cato (Verts/ALE). – Mr President, it seems that the UK Government is not only hell-bent on making Britain the dirty man of Europe again, but also lowering ambition for the rest of Europe. Our British Government has been taken to court several times now by ClientEarth for not meeting the current requirements on air pollution, specifically nitrogen dioxide, in the existing National Emission Ceilings Directive. In my constituency, the government has failed to create a clean air zone in Bristol, so air pollution will continue to cause at least 300 premature deaths every year within the city. It has been left to local campaigners to try to protect the people of Bristol from breathing dirty air.

Parliament had a chance today to protect present and future generations, but the positive targets and measures in the Environment Committee report have been watered down to such a degree that supporting it would have meant condoning a policy of continued air pollution and the health damage it causes.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, îngrijirile medicale cauzate de poluare ne costă între 330 și 940 de miliarde de euro pe an. Este o sumă enormă. Cu toate acestea, nu au dus la epuizarea și la eliminarea poluării, ci, dimpotrivă, continuăm să avem boli cardiovasculare datorate poluării și, de asemenea, să avem boli respiratorii. Trebuie spus foarte clar că sunt morți premature cauzate de poluare. Deci, banii pe care îi cheltuim, nu știu pe ce îi cheltuim. Poate se duc în locuri în care nu se întâmplă nimic, ci doar se duc în nisip și nu către oameni și către eradicarea poluării.

În al doilea rând, poluarea este o problemă și pentru economie, nu numai o problemă de mediu. Este un generator de pierderi economice, crește costurile și scade productivitatea. Foarte pe scurt: trebuie monitorizată cu atenție, banii trebuie cheltuiți transparent și trebuie să verificăm unde se duc și ce se întâmplă cu ei și, de asemenea, trebuie să investim în inovație pentru a eradica poluarea în mod real și nu numai a vorbi despre ea de ani de zile.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, the Volkswagen scandal a couple of years ago was a terrible blow to the automotive industry, but few people stopped to ask how it was that we had got to the stage where the European Union was pushing for diesel fuel – which throughout our lives has been regarded as the filthier option – rather than doing what the rest of the world was doing, which was moving towards electric and hybrid cars. We now know the answer. It happened because of a brilliant lobbying operation by Volkswagen and other car manufacturers which had discovered a new form of turbo engine. The result was literally fatal. We do not know how many people died as the result of pushing diesel, because the death certificate will not show 'diesel'. It will show 'heart failure' or 'pollutants getting into the brain'. But the impact was that because of corporatism and because of crony lobbying, people who would otherwise be alive today are now not. The system, in other words, is not only corrupt and oligarchic, but is literally murderous.

Stanislav Polčák (PPE). – Já jsem tuto zprávu podpořil, protože je nepochybné, že musíme chránit ovzduší nejen pro nás samotné, ale i pro naše děti. Musíme chránit zdraví, životní prostředí a životy.

Podle mého názoru právě proto, že vzduch nezná žádné hranice, tak je to jednoznačně přeshraniční problém a kompetence EU ve spolupráci s členskými státy řešit problematiku znečištění ovzduší je naprosto nezpochybnitelná. My u nás v ČR máme například oblast Ostravska, která právě trpí emisemi, exhalacemi do ovzduší. Tato část naší země je takto postižená právě i díky tomu přeshraničnímu vlivu. Nechci říkat, kterých konkrétně členských států, ale tuto problematiku bychom měli skutečně řešit v kooperaci členských států a v kompetenci orgánů EU.

Seán Kelly (PPE). – Go raibh maith agat, a Uachtaráin. Ghlacas páirt sa díospóireacht faoin ábhar seo ar maidin agus bhí sé soiléir go raibh an chuid is mó de na feisirí i bhfabhar rud éigin a dhéanamh faoi thruailliú aeir atá timpeall an domhain; agus tá sé seo le feiceáil in a lán tíortha mar a dúradh, tíortha fiú amháin san Aontas Eorpach, ach go háirithe in áiteanna cosúil leis an tSín agus Vítneam. Bhí sé de phribhléid agamsa bheith i mBéising agus anuraidh i Vítneam agus bhí sé le feiceáil go soiléir go bhfuil truailliú aeir ann: daoine go raibh orthu a n-aghaidh a chosaint dá bharr. Ach anois tá siad ag iarraidh rud éigin a dhéanamh faoi agus is é an rud is tabhachtaí ná go gcuirfimid i bhfeidhm na geallúintí a tugadh in COP 21 i bPáras anuraidh agus tar éis COP 22 in Marrakech tá dóchas agam go dtarlóidh a leithéid. I mo thír féin freisin chuir siad chosc ar thabac a chaitheamh in áiteanna poiblí cosúil le bialann agus tithe tabhairne agus cabhróidh sé go mór. Go raibh míle maith agat.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico rappresenta oggi un problema molto grave ed importante e come tale va affrontato. Sono migliaia le persone che ogni anno muoiono o si ammalano a causa dell'inquinamento, per non parlare del costo che ha il suo impatto sulla salute, circa 1,4 trilioni di euro all'anno in Europa.

La direttiva oggetto del report fissa obbiettivi di riduzione nazionali specifici per tutti gli Stati membri, con l'obbiettivo di ridurre l'inquinamento attraverso specifici programmi di controllo. Poiché ritengo che questo il rapporto, pur contenendo dei punti importanti, non vada abbastanza a fondo sul tema, ho deciso di votare contro.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que el resultado final de las negociaciones en los trílogos ha reducido las exigencias de la posición inicial del Parlamento, poniendo a los Estados miembros el mantenimiento de la situación actual más fácil. Esta directiva ha resultado una oportunidad perdida para obligar a los Estados a tomar medidas inmediatas para mejorar la calidad del aire en su territorio, especialmente en las grandes ciudades. Nos enfrentamos a una situación crítica, donde se están produciendo miles de muertes debido a la mala calidad del aire que respiramos en las principales zonas urbanas de la Unión, sin embargo, pese a una buena posición de partida del Parlamento Europeo, en las negociaciones con el Consejo y la Comisión se han reducido el carácter obligatorio de las medidas, dejando de lado la verdadera emergencia que debemos enfrentar. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted against this report. Air pollution in Europe causes 400 000 deaths per year and the National Emissions Ceilings Directive is a crucial piece of legislation which is meant to tackle this problem by placing appropriate limits on certain key pollutants which cause high levels of damage to public health.

The agreement on updating this Directive which has come out of negotiations between the Parliament, Commission and Council is unacceptably weak. It has significantly lowered ambition on a range of pollutants to the extent that it is now estimated that this weakened agreement will lead to an extra 10 000 lives lost every year, compared to the original proposal.

For these reasons I voted against endorsing this weak first reading agreement and would have preferred the three institutions to return to the negotiating table to considerably improve upon this legislation.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Après trois années de négociations, je me félicite que le Conseil et le Parlement européen soient enfin parvenus à un accord. La pollution de l'air cause plus de 430 000 décès prématurés en Europe par an dont plus de 50 000 décès en France. C'est pourquoi il était impératif que le Parlement européen adopte, aujourd'hui, le paquet législatif «Qualité de l'air». C'est désormais chose faite. L'objectif principal est de répondre aux risques sanitaires et aux effets sur l'environnement de la pollution atmosphérique.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl pasiūlymo dėl Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos dėl tam tikrų valstybėse narėse į atmosferą išmetamų teršalų kiekio mažinimo, kuria iš dalies keičiama Direktyva 2003/35/EB. Reikia pažymėti, kad per pastaruosius 20 metų Europos Sąjungoje įgyvendinant specialią politiką į atmosferą išmetamų antropogeninių teršalų ir oro kokybės srityje padaryta didelė pažanga, tačiau ir toliau lieka neišspręstas didelio neigiamo poveikio ir pavojaus aplinkai ir žmonių sveikatai klausimas. Todėl nustatytas išmetamųjų teršalų nacionalinių ribų taikymo režimas turėtų būti persvarstytas, siekiant užtikrinti atitiktį Sąjungos ir valstybių narių tarptautiniams įsipareigojimams. Pritariu pranešėjui, kad ši direktyva turėtų padėti ekonomiškai efektyviu būdu siekti Sąjungos teisės aktuose nustatytų oro kokybės tikslų, švelninti klimato kaitos poveikį, mažinant išmetamą trum-

paamžių atmosferos teršalų kiekį, ir apskritai gerinti oro kokybę stiprinant sinergiją su Sąjungos klimato ir energetikos politika ir užtikrinant, kad nesidubliuotų esami teisės aktai. Visų pirma ši direktyva turėtų būti suderinta su besiformuojančiais Sąjungos ir tarptautiniais su klimato kaita susijusiais veiksmais. Pritariu nuostatai, kad siekiant sumažinti iš pagrindinių šaltinių į atmosferą išmetamų teršalų kiekį, į nacionalines oro taršos kontrolės programas turėtų būti įtrauktos priemonės, taikytinos visiems susijusiems sektoriams, įskaitant žemės ūkį, pramonę, kelių transportą, ne keliais judančius mechanizmus, vidaus vandenų ir nacionalinę laivybą, buitinį šildymą ir tirpiklius.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων και την τροποποίηση της οδηγίας 2003/35/ΕΚ, διότι η συγκεκριμένη οδηγία αποτελεί ένα σημαντικό βήμα για την αντιμετώπιση διαφόρων προβλημάτων τόσο υγείας όσο και του περιβάλλοντος εξαιτίας της ατμοσφαιρικής ρύπανσης.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Im Hinblick auf den VW-Skandal und die Frage der Emissionen unter realen Fahrbedingungen ist das Thema Luftqualität aktueller als je zuvor. Die Luftverschmutzung wirkt in hohem Maße umwelt- und gesundheitsschädigend. Schlechte Luftqualität verursacht jedes Jahr ungefähr 400.000 vorzeitige Todesfälle in der EU. Das Parlament hat sich daher für neue Vorschriften ausgesprochen, die nationale Emissionsreduktionsverpflichtungen für die Schadstoffe Schwefeldioxid (SO_2), Stickoxide (NO_x), flüchtige organische Verbindungen außer Methan (NMVOC), Ammoniak (NH3) und Feinstaub (Partikel unter 2,5 Mikrometer Durchmesser) festlegen.

Die vorgeschlagenen strengeren Grenzwerte sind ein Schritt in die richtige Richtung. Das Ziel ist es, die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die öffentliche Gesundheit bis zum Jahr 2030 um ungefähr 50 % zu verringern, was sicherlich ein vernünftiges Anliegen ist.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est inacceptable à de nombreux égards :

Il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États.

Nous ne saurions soutenir l'inclusion du méthane dans le champ de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole. J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I am against further EU legislation and the consequent increased burden on Member States, I also recognise the dangers caused by the pollutants mentioned in this report. I could neither vote in favour nor vote against, and therefore I had to abstain.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte mesuré car il est anormal que la pollution atmosphérique dans l'Union cause encore 400 000 décès prématurés chaque année. Je salue donc ce projet mais je souligne toutefois qu'en dépit de cette législation, les niveaux de pollution resteront supérieurs aux recommandations de l'OMS dans une grande partie de l'Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl tam tikrų valstybėse narėse į atmosferą išmetamų teršalų kiekio mažinimo. Šio pranešimo tikslas – iki 2030 m. labiau apriboti sieros dioksido, azoto oksido, kietųjų dalelių ir kitų oro teršalų išmetimą ES šalyse. Pritariu atnaujintoms taisyklėms, kuriomis nustatomas griežtesnis teršalų išmetimo ribos naujam laikotarpiui (iki 2030 m). Tikiu, kad papildomas taršos apribojimas leis sumažinti oro taršos neigiamą poveikį sveikatai.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP abstained on the legislative report on Emissions of certain atmospheric pollutants. We in UKIP firmly believe in the importance of improving air quality. Air pollution does not only have a negative effect on human beings, it also causes harm to plants and animals. This said, UKIP is firmly against the creation of further EU legislation. In this particular case, we are concerned of the considerable increase of administrative burden for industry and governments. Member States should be free to adopt specific measures at national level. We are also concerned at the possibility of fines being levied against the UK by the EU.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapport consiste en une série d'amendements de la commission ENVI concernant la réduction des émissions nationales de la directive 2001/81/CE fixant des plafonds nationaux pour certains polluants atmosphériques. L'objet de ce texte est de remplacer la directive susvisée, notamment en cohérence avec les engagements internationaux de l'Union européenne (protocole de Göteborg, 1999). Les plafonds imposés aux États membres visent à parvenir à 70 % de la réduction maximale techniquement réalisable des effets sur la santé, selon la définition de l'OMS. Ils sont déterminés unilatéralement par la Commission.

Je ne saurais soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole, sans parler du secteur gazier qui comprend une part croissante de biométhane.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui propose de limiter les émissions nationales de certains polluants atmosphériques. Ceci doit notamment avoir pour objectif des niveaux de qualité de l'air qui n'entraînent pas d'incidences néfastes majeures ou de risques pour la santé humaine et pour l'environnement.

Cet objectif nécessite que les États membres s'engagent à réduire leurs émissions polluantes à des plafonds plus ambitieux d'ici 2030, à protéger la santé des groupes vulnérables ou encore évidemment à soutenir la transition vers des investissements dans des technologies propres et efficaces à l'aide d'incitations fiscales.

La Commission devrait pour sa part faciliter l'accès aux financements pour veiller à ce que des mesures puissent être adoptées afin de respecter les objectifs fixés par la directive.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico rappresenta una fonte di grande preoccupazione per la salute pubblica. La scarsa qualità dell'aria ha causato 400 000 decessi prematuri, numerose assenze dal lavoro per malattia e notevoli costi per l'assistenza sanitaria. Essa ha generato anche un netto calo di produttività, una diminuzione dei raccolti e danni agli edifici; perdite economiche considerevoli stimate tra i 330 e i 940 miliardi di euro all'anno.

Ho votato a favore della relazione Girling perché condivido la necessità di stabilire limiti più stringenti alle emissioni di inquinanti. Il testo approvato definisce infatti nuovi impegni nazionali per la riduzione delle emissioni di biossido di zolfo (SO_2), ossidi di azoto (NO_x), composti organici volatili non metanici (COVNM), ammoniaca (NH3) e particolato fine (inferiore a un diametro di 2,5 micrometri).

L'Unione europea deve proseguire il proprio impegno per migliorare la qualità dell'aria e deve farlo proseguendo migliorando la normativa di controllo che si è dimostrata inefficace nel caso VW e nella discrepanza tra i valori delle emissioni in condizioni di guida reale e le emissioni di NO_x nei test di prova delle autovetture diesel Euro 6.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe porque, si bien, el Parlamento Europeo y la Comisión habían propuesto medidas mucho más sólidas, estas mismas no han tenido éxito durante las negociaciones con el Consejo.

Puntos débiles del acuerdo alcanzado:

— El Consejo logró eliminar el metano y el mercurio del acuerdo final.

— Flexibilidad para los Estados miembros. El Consejo ha logrado obligar al Parlamento a aceptar varias de las llamadas «flexibilidades» de la Directiva, lo que hace que los límites sean mucho más difíciles de hacer cumplir.

— No hay objetivos intermedios vinculantes 2025. El Parlamento pidió objetivos intermedios vinculantes para todos los contaminantes excepto el metano, pero al final aceptó la posición del Consejo que tenía esos objetivos sólo indicativos.

— La reducción de la mortalidad prematura en 2030. El texto original enmendado por el Parlamento Europeo contenía un compromiso jurídicamente vinculante de reducir la mortalidad prematura en 2030 causada por la contaminación del aire en un 52 % con respecto a 2005. Finalmente se acepta la propuesta del Consejo del 49,6 %.

Si bien el texto acordado persigue mejorar aún más las condiciones de calidad del aire, el texto fue significativamente diluido por el Consejo durante las negociaciones.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre el acuerdo obtenido en lo relativo a emisiones de ciertos contaminantes atmosféricos. Ha habido mucho debate, pero lo conseguido es un paso firme en la buena dirección que me ha llevado a apoyarlo en esta votación.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de la commission ENVI relatif à la réduction des émissions nationales de la directive 2001/81/CE fixant des plafonds nationaux pour certains polluants atmosphériques. Ce rapport n'est pas satisfaisant pour deux raisons. D'abord, il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. Enfin, nous ne saurions soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une charge trop lourde pour le secteur agricole.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur presentando dei passaggi condivisibili ritengo che in fase di negoziazione il nostro Governo avrebbe potuto negoziare condizioni più favorevoli per le nostre imprese. Sono convinta che sarebbe stato più opportuno procedere con la «seconda lettura» che avrebbe permesso di valutare in maniera più approfondita e trasparente l'impatto delle diverse proposte sul tavolo al fine di ottenere un consenso più ampio tra gli Stati membri. Per questi motivi non ho potuto sostenere pienamente questo testo e mi sono espressa con un'astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. Air pollution in Europe causes 400 000 deaths per year and the National Emissions Ceilings Directive is a crucial piece of legislation which is meant to tackle this problem by placing appropriate limits on certain key pollutants which cause high levels of damage to public health. The agreement on updating this Directive which has come out of negotiations between the Parliament, Commission and Council is unacceptably weak. It has significantly lowered ambition on a range of pollutants to the extent that it is now estimated that this weakened agreement will lead to an extra 10 000 lives lost every year, compared to the original proposal. Intense lobbying from agri-business has led to a text which crucially no longer includes a cap for methane as well as a lowering of the limit for ammonia, two pollutants which contribute significantly towards premature mortality and adverse health outcomes in the EU. For these reasons I voted against endorsing this weak first reading agreement and would have preferred the three institutions to return to the negotiating table to considerably improve upon this legislation.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La mala calidad del aire es responsable de más de 400 000 muertes prematuras al año, y su coste económico para la salud se estima entre 300 000 y 900 000 millones de euros anuales.

Muchos grupos sociodemográficos vulnerables se ven particularmente afectados, y alrededor del 90 % de los europeos que viven en ciudades están expuestos a niveles de contaminación atmosférica considerados perjudiciales para la salud humana.

Dentro del Paquete sobre Calidad del Aire de la Comisión (18.12.2013), se incluye una propuesta de modificación de la Directiva 2001/81/CE de techos nacionales de emisión (Directiva NEC/TNE), que sustituye al actual régimen de limitación anual de determinados contaminantes atmosféricos.

El objetivo es reducir las emisiones con el fin de abordar los riesgos para la salud y los efectos medioambientales que representan. La propuesta fija límites para cada Estado a cinco contaminantes tóxicos: dióxido de azufre (SO_2), óxidos de nitrógeno (NO_x), partículas finas (PM2,5), compuestos orgánicos volátiles no metánicos (COVMM) y amoníaco (NH3).

Aunque hubiera deseado un acuerdo más ambicioso, a la vista de la oposición del Consejo, voté a favor del acuerdo alcanzado a fin de que se apliquen los importantes pasos que contiene frente a los altos riesgos para la salud y los impactos ambientales que genera la contaminación atmosférica.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas išreiškia savo poziciją dėl Europos Parlamento ir Tarybos direktyvos dėl tam tikrų valstybėse narėse į atmosferą išmetamų teršalų kiekio mažinimo. Prasta oro kokybė prisideda prie per ankstyvų mirčių, nedarbingumo dėl ligos, didelių sveikatos priežiūros išlaidų, prarasto produktyvumo, prarastų pasėlių ir žalos pastatams. Europoje su sveikata susijusios bendros išorinės išlaidos dėl oro taršos visuomenei apytiksliai per metus kainuoja nuo 330 iki 940 mlrd. EUR. Be to, vis daugiau pateikiama įrodymų, kad dėl atmosferos azoto nuosėdų kinta natūrali aplinka, pvz., dėl eutrofikacijos ir rūgštėjimo sumažėja žemės paviršiaus augalijos įvairovė, sulėtėja augalų augimas ir atsiranda nesubalansuota mityba. Visoje Sąjungoje dedamos pastangos oro taršai mažinti, tačiau dauguma valstybių narių neatitinka sutartų standartų.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet. Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában. Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette.

Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metánkibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni. A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből. Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárástechnikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s predlagano spremembo direktive, saj vem kako pomembno je, da nadaljujemo dobre prakse glede zmanjševanja izpustov glavnih onesnaževalcev zraka. Čistejši zrak ima pomemben vidik pri javnem zdravju. Nizka kakovost zraka prispeva k prezgodnji umrljivosti, odsotnosti z dela zaradi bolezni, visokim stroškom zdravstvene oskrbe, manjši produktivnosti, izgubi pridelka in škodi na stavbah. Ob tem pa je zaskrbljujoče dejstvo, da številne države članice kljub opravljenemu delu za zmanjšanje onesnaženosti zraka po vsej Uniji še vedno ne dosegajo dogovorjenih standardov. Poleg tega je EU še vedno daleč od svojega dolgoročnega cilja: spoštovati priporočene mejne vrednosti kot jih narekujejo smernice Svetovne zdravstvene organizacije.

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Quello approvato oggi è un accordo al ribasso ed è per questo che il mio voto è stato contrario. Nel negoziato inter istituzionale il Consiglio ha dettato le condizioni e il Parlamento ha ceduto su tutti i punti principali. Nel nuovo testo sui limiti alle emissioni sono stati indeboliti gli obiettivi di riduzione per gli inquinanti, i *target* al 2025 non sono vincolanti e in determinate circostanze sono previste diverse flessibilità per il rispetto dei limiti. L'inquinamento atmosferico resta il principale fattore ambientale di rischio per la salute umana, abbassa la qualità della vita ed è la causa stimata di 467 mila morti premature l'anno in Europa: bisognava fare di più!

Biljana Borzan (S&D), *in writing*. – I support this this deal because it will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for what they emit. The Member States now need to act to fully implement the Directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants because I strongly believe the EU institutions should review and update their ceilings to emissions of sulphur dioxide, nitrogen oxides, non-methane volatile organic compounds and ammonia in order to better address the air pollution in the Union.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico, trascurato per anni dalla politica, è ora tra le priorità strategiche in quanto fonte di grande preoccupazione per la salute pubblica. La scarsa qualità dell'aria è causa di decessi prematuri, assenze dal lavoro per malattia, notevoli costi per l'assistenza sanitaria, perdita di produttività, diminuzione dei raccolti e danni agli edifici.

Si stima che in Europa il totale dei costi sanitari esterni a carico della società e derivanti dall'inquinamento atmosferico sia compreso tra 330 e 940 miliardi di euro l'anno. Inoltre, è disponibile un crescente corpus di prove che dimostrano che il deposito di azoto nell'atmosfera determina cambiamenti dell'ambiente naturale, tra cui la riduzione della diversità della vegetazione al suolo, una minore crescita delle piante e squilibri nutritivi a causa dell'eutrofizzazione e dell'acidificazione.

Nonostante gli importanti miglioramenti, molti Stati membri sono ancora lontani dagli standard concordati di riduzione delle emissioni inquinanti. I nuovi obiettivi per il 2030 contenuti nella proposta in discussione mirano a realizzare circa il 70% delle riduzioni consigliate dai parametri dell'OMS: è un passo avanti importante, su cui non possiamo arretrare di un millimetro e di cui dobbiamo chiedere la piena e concreta applicazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à modifier la directive 2001/81/CE qui fixe les plafonds nationaux concernant l'émission de certains polluants atmosphériques tels que le dioxyde de souffre, l'oxyde d'azote, l'ammoniac ainsi que le méthane. Cette révision préconise de durcir la législation en vigueur dans les États membres afin d'atteindre des objectifs ambitieux à l'horizon de 2020 et de 2030. D'une part, ce rapport renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission ainsi que les prérogatives de l'Union européenne en matière d'élaboration des programmes de réduction des émissions au détriment de notre souveraineté nationale. D'autre part, la réduction des émissions de méthane, que le rapporteur appelle de ses vœux, renforcera les contraintes qui pèsent sur le secteur agricole, déjà en proie à de graves difficultés en raison de la baisse du cours des matières premières, de l'embargo russe et de la multiplication des accords de libre-échange. C'est pourquoi j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Aproximativ 90% din locuitorii orașelor din Europa sunt expuși la poluanți în concentrații peste nivelurile de calitate a aerului, considerate dăunătoare pentru sănătate. Totodată, în Europa, costurile externe totale în materie de sănătate asociate poluării atmosferice sunt estimate la 330-940 de miliarde EUR pe an.

Cu toate că s-au întreprins acțiuni pentru reducerea poluării atmosferice în Uniune, numeroase state membre nu respectă standardele convenite. Astfel, UE este încă departe de respectarea obiectivului său pe termen lung, acela de a adopta și respecta limitele de poluare recomandate prin orientările din 2005 privind calitatea aerului ale OMS.

M-am declarat în favoarea acestui raport deoarece sunt de părere că, pentru a urma o cale sustenabilă, Europa va trebui să dea dovadă de ambiție și să nu se rezume la legislația actuală, iar fără aplicarea unei legislații de bază eficace statele membre nu își vor putea îndeplini obiectivele de reducere a emisiilor.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Propunerea de directivă privind reducerea emisiilor naționale de anumiți poluanți atmosferici și de modificare a Directivei 2003/35/CE determină o poziționare diferită pentru anumite state membre. În cazul României, la finalul negocierilor i-au fost impuse ținte de reducere a emisiilor disproporționate în raport cu PIB-ul, capacitatea de investiții și stadiul dezvoltării tehnologice, în pofida abordării sale constructive, demonstrată prin contribuția voluntară importantă la creșterea nivelului de ambiție al țintelor sale din anexa II.

Consider că este necesar ca obiectivele de reducere a emisiilor din această directivă să fie realiste și fezabile pentru a reduce consecințele negative ale poluării aerului asupra sănătății umane, considerând necesar, în același timp, ca acestea să nu afecteze dezvoltarea economică. Prin urmare, m-am abținut de la vot.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur la réduction des émissions nationales de polluants atmosphériques qui s'inscrit dans le cadre du paquet législatif de la commission sur l'augmentation de la qualité de l'air. Il s'agit d'un accord de première lecture concernant la révision à la baisse des plafonds nationaux d'émissions de cinq substances polluantes pour 2020. Des engagements ambitieux en matière de réduction des émissions sont nécessaires pour résoudre les problèmes d'incidence de polluants atmosphériques sur la santé et l'environnement. L'accord trouvé en trilogue exclut les émissions de méthane entérique produit par les ruminants du champ d'application de la directive. Ce retrait permet de protéger l'agriculture européenne et de maintenir une cohérence entre les politiques de l'Union, notam-

ment la politique environnementale et la politique agricole commune.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP abstained on the legislative report on Emissions of certain atmospheric pollutants. We in UKIP firmly believe in the importance of improving air quality. Air pollution does not only have a negative effect on human beings, it also causes harm to plants and animals. This said, UKIP is firmly against the creation of further EU legislation. In this particular case, we are concerned of the considerable increase of administrative burden for industry and governments. Member States should be free to adopt specific measures at national level. We are also concerned at the possibility of fines being levied against the UK by the EU.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of for new EU standards to be put in place for cleaner air as from 2020 and 2030. The plan provides for ambitious, but realistic standards. It will continue to drive emission limits further downwards between 2020 and 2030. This is an important step taken by EU legislators in order to continue our work on cleaner air for our citizens.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento dell'aria determina ogni anno all'interno dell'Unione europea la morte di circa 400 000 cittadini e conseguenti costi per il sistema sanitario degli Stati membri stimati tra i 300 e i 900 miliardi di euro sempre su base annuale.

Per ridurre l'impatto dell'inquinamento atmosferico sulla salute pubblica, ho ritenuto di votare a favore dell'aggiornamento della direttiva concernente la riduzione delle emissioni nazionali di determinate sostanze inquinanti.

Ritengo infatti che ogni Stato membro, compatibilmente con le proprie possibilità, debba ridurre obbligatoriamente le proprie emissioni di biossido di zolfo, di ossidi di azoto, di ammoniaca e di composti organici volatili non metanici al fine di tutelare l'ambiente ed il benessere dei propri cittadini. A tal fine, è opportuno che gli Stati membri trasmettano ogni due anni alla Commissione i programmi nazionali di controllo dell'inquinamento per tutti i settori economici con particolare riferimento alle attività industriali e ai trasporti.

Considero positivamente che l'aggiornamento della direttiva impegni gli Stati membri a valutare anche gli impatti dell'inquinamento atmosferico sugli ecosistemi acquatici e terrestri. Mi compiaccio, infine, che la direttiva abbia ora previsto disposizioni specifiche a tutela dei gruppi vulnerabili ed in particolare dei minori (ad esempio il divieto di consumo di combustibili solidi nelle aree residenziali).

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και επισημαίνουμε πως η ατμοσφαιρική ρύπανση έχει σημαντική θέση στην πολιτική ημερήσια διάταξη ως μείζον ζήτημα δημόσιας υγείας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων και την τροποποίηση της οδηγίας 2003/35/ΕΚ. Παρότι υπάρχουν αρκετά θετικά στοιχεία στην έκθεση, θεωρώ πως δεν καταφέρνει να αντιμετωπίσει σημαντικά ζητήματα και, ως εκ τούτου, δεν προτείνει επαρκείς λύσεις. Γι' αυτό και ψήφισα αρνητικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Negli ultimi 20 anni sono stati registrati nell'Unione progressi non indifferenti in merito alla qualità dell'aria e delle emissioni atmosferiche antropiche grazie, specialmente, all'adozione di politiche specifiche. Pertanto, accolgo con favore la fissazione di limiti massimi per alcuni tra i gas più nocivi coerentemente con gli obiettivi di lungo termine miranti ad un'atmosfera priva di impatti negativi su salute e ambiente. Attraverso il provvedimento approvato si intende ridurre i livelli e i depositi di inquinanti atmosferici acidificanti ed eutrofizzanti e di altri inquinanti, compreso l'ozono. In aggiunta, si conferma l'impellenza di sinergie tra la futura direttiva e i programmi climatici ed energetici europei.

Alla richiesta agli Stati membri di ridurre come minimo le emissioni annue antropogeniche conformemente agli impegni nazionali applicabili dal 2020 segue la richiesta di monitorare e aggiornare la Commissione sui propri progressi. Sono, comunque, previsti meccanismi di flessibilità, ma questi necessitano di precisazioni sugli inquinanti in causa e sui settori interessati da ciò. Infine, gli Stati membri devono garantire che il pubblico interessato sia consultato in una fase iniziale dell'elaborazione e dell'adozione di programmi nazionali di controllo dell'inquinamento e in ogni eventuale fase di tali attività prima del loro effettivo completamento.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants and amending Directive 2003/35/EC.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn mit den vorgeschlagenen Maßnahmen wird es gelingen können, bis 2030 die Luftverschmutzung deutlich zu reduzieren. Ich denke, dass wir mit diesem Text ambitionierte Ziele mit einem realistischen Ansatz kombinieren: keine generelle Verschärfung der Richtlinie, sondern strengere nationale Grenzwerte für Emissionen von bestimmten Schadstoffen wie z. B. für Stickstoffoxide, die tatsächlich die Hauptursache für die Luftverschmutzung in Europa darstellen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto condivido i nuovi limiti previsti dal testo previsti dal 2020 e dal 2030. La pulizia dell'aria deve diventare sempre più prioritaria all'interno delle politiche europee con lo scopo di tutelare in modo sempre più incisivo e concreto la salute dei cittadini: sono convinta che le misure previste da questa direttiva possano contribuire a raggiungere quest'obiettivo. L'azione prevista continuerà infatti verso la riduzione delle emissioni nocive come l'anidride solforosa, gli ossidi di azoto, l'ammoniaca, i composti organici volatili o polveri sottili (PM 2,5).

È necessario che l'UE continui a perseguire la propria strategia garantendo nel medio periodo il perseguimento di una migliore e più salubre qualità dell'aria sul territorio comunitario e, nel breve periodo, supportando gli Stati membri nel processo di raggiungimento degli standard comunitari previsti dalle direttive in materia. L'inquinamento atmosferico che per anni è stato purtroppo trascurato dalla politica deve oggi più che mai diventare oggetto di legislazione specifica anche per eliminare i possibili rischi connessi alla salute dei cittadini.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The aims put forward in this report should be introduced in a cost-effective manner in line with air quality objectives set in Union legislation. I agree therefore with the rapporteur that Member States should ensure that impacts on small to medium-sized farms are fully taken into account and these impacts do not entail significant additional costs that cannot be borne by such farms.

Such should also contribute to the reduction of the health-related costs of air pollution in the Union by improving EU citizens' quality of life as well as to favour the transition to a green economy; given that in Europe the total external health-related costs to society from air pollution are estimated to be in the range of EUR 330 to 940 billion per year.

It is of the essence that Member States establish a system of routine and non-routine environmental inspections and market surveillance and public reporting of mobile and stationary sources to ensure that policies and measures are effective in delivering emission reductions under real operating conditions.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nonostante la limitazione dell'inquinamento atmosferico sia giustamente una priorità per l'Europa, non si è riusciti attraverso questo rapporto a garantire una riduzione marcata degli inquinanti atmosferici in oggetto, piuttosto sono state fatte ampie concessioni come ad esempio l'esclusione del metano dalla lista delle sostanze inquinanti da limitare. Inoltre si è constatato un troppo ampio grado di flessibilità che rischia di precludere l'efficacia di tali limitazioni alle emissioni. Pertanto il mio voto a riguardo è negativo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que el resultado final de las negociaciones en los trílogos ha reducido las exigencias de la posición inicial del Parlamento, poniendo a los Estados miembros el mantenimiento de la situación actual más fácil. Esta directiva ha resultado una oportunidad perdida para obligar a los Estados a tomar medidas inmediatas para mejorar la calidad del aire en su territorio, especialmente en las grandes ciudades. Nos enfrentamos a una situación crítica, donde se están produciendo miles de muertes debido a la mala calidad del aire que respiramos en las principales zonas urbanas de la Unión, sin embargo, pese a una buena posición de partida del Parlamento Europeo, en las negociaciones con el Consejo y la Comisión se han reducido el carácter obligatorio de las medidas, dejando de lado la verdadera emergencia que debemos enfrentar. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento dell'aria è una problematica transfrontaliera, importante sia per la salute umana che per l'ambiente che riguarda tutti i cittadini dell'Unione ed esige un'azione immediata. Oggi la scarsa qualità dell'aria è causa di decessi prematuri, assenze dal lavoro per malattia, notevoli costi per l'assistenza sanitaria, perdita di produttività, diminuzione dei raccolti e danni agli edifici.

Ritengo che la proposta di revisione della direttiva 2001/81/CE sui limiti nazionali di emissione possa essere uno strumento efficace per realizzare il 70% delle riduzioni massime tecnicamente attuabili a livello di effetti sulla salute, come stabilito dall'OMS. Nell'ultimo decennio, infatti, la qualità dell'aria è stata trascurata e questo ha favorito la presenza di politiche divergenti e incoerenti, che devono essere superate.

A tal fine accolgo con favore la predisposizione di misure per l'individuazione precoce dei problemi nei casi in cui gli Stati membri rischino di non riuscire a rispettare i loro obblighi, al fine di permettere loro di adottare provvedimenti correttivi.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Legislația UE are la bază evaluări de impact solide și cuprinzătoare. Calitatea aerului reprezintă un aspect legat atât de mediu, cât și de sănătatea umană, ce nu cunoaște granițe, afectează direct fiecare cetățean al Uniunii Europene și care necesită măsuri imediate. După mulți ani în care aceasta trecuse într-un plan secund, poluarea atmosferică a revenit în centrul agendei politice ca preocupare majoră pentru sănătatea publică. Doar în Europa, costurile totale în materie de sănătate asociate poluării atmosferice sunt estimate la 330-940 de miliarde EUR pe an. Deși s-au întreprins acțiuni pentru reducerea poluării atmosferice în Uniune, numeroase state membre nu respectă standardele convenite.

Am votat pentru introducerea unei reglementări mai eficiente și pentru reducerea sarcinilor administrative atât pentru întreprinderi, cât și pentru statele membre. Uniunea Europeană este încă departe de a respecta obiectivul său de a adopta și respecta limitele de poluare.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw sprawozdaniu dotyczącemu emisji niektórych rodzajów zanieczyszczenia atmosferycznego. Obawy wynikają z faktu, iż inicjatywa ta w swoim brzmieniu, zakładając ograniczenia emisyjne, może mieć negatywne skutki dla polskiego sektora rolniczego, hutniczego, budownictwa i szczególnie energetyki cieplnej. Wprowadzenie zmian będzie w konsekwencji skutkowało wysokimi nakładami finansowymi w związku z redukcją emisji związków dwutlenku siarki i amoniaku, które zostały wymienione w dyrektywach.

W celu uniknięcia negatywnych skutków dla kraju oraz ochrony polskiej gospodarki zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year. This is unacceptable. We need to address the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. I am in favour of this report as it seeks to set limits on each Member State for five toxic pollutants and thus to reduce national emissions. It is high time that we implement measures that address dangerous pollutants. The European Union needs to prioritise our citizens' health and force governments to act and take responsibility for what they emit.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Sunt de acord cu poziția raportoarei privind angajamentul Comisiei de a introduce reglementări mai inteligente și mai eficiente la nivel european și de a reduce sarcinile administrative atât pentru întreprinderi, cât și pentru statele membre. Directiva privind plafoanele naționale de emisie trebuie să se înscrie și ea pe această linie. Consider totodată că, pentru succesul pe termen lung al prezentei directive, avem nevoie de: date fiabile, îmbunătățirea schimbului de informații, o monitorizare adecvată și raportări corecte atât pentru plafoanele naționale de emisie, cât și pentru toate instrumentele de legislație de bază.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Secondo dati recentemente pubblicati in un rapporto dell'Agenzia europea dell'ambiente, nel periodo che va dal 2000 al 2014, le polveri sottili hanno provocato ogni anno la morte di oltre 430 mila persone in Europa, 66 mila soltanto nel nostro paese. Una fotografia preoccupante e drammatica, che conferma come lo smog e la cattiva qualità dell'aria restino il problema numero uno in Europa per la salute pubblica e l'ambiente che ci circonda.

Con l'approvazione della direttiva sulla riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici, che aggiorna e modifica la precedente direttiva 2003/35/CE, le istituzione europee compiono oggi un primo passo in avanti, verso la riduzione dei limiti dei maggiori inquinanti, attraverso la definizione di target significativi da raggiungere entro il 2030.

Le morti premature, cui si devono sommare costi totali derivanti dall'inquinamento atmosferico – stimati in oltre 940 miliardi di euro l'anno in tutta Europa – sono un peso inaccettabile che merita una risposta più responsabile e sforzi ancora più ambiziosi da parte non soltanto dell'Unione europea, ma soprattutto dagli stati membri, che saranno chiamati ad attuare questa direttiva.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport propose d'adopter le résultat des négociations interinstitutionnelles relatives à la directive sur les plafonds d'émission de polluants nationaux (NECD). Ce texte vise à remplacer le régime actuel de l'Union concernant le plafonnement annuel des émissions nationales de polluants atmosphériques et veille à ce que les plafonds d'émission nationaux pour les États membres s'appliquent jusqu'en 2020.

Je partage pleinement les objectifs de ce texte qui vise notamment à réduire l'impact sur la santé humaine des émissions de polluants, causant chaque année un nombre important de victimes. Je m'étais également tout particulièrement engagé, au sein des commissions AGRI et ENVI, pour que ces limites soient néanmoins raisonnables et réalistes en ce qui concerne le méthane (CH4) et plus particulièrement le méthane entérique. Le méthane entérique, qui constitue un rejet exclusivement issu de l'élevage de ruminants, est très difficile à réduire, à moins d'enfermer les animaux toute l'année.

Je me réjouis que le méthane entérique ne fasse plus partie des plafonds en question et qu'en même temps le niveau d'ambition de cette législation soit resté très haut. Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de ce texte.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai soutenu la directive concernant la réduction des émissions nationales de certains polluants atmosphériques. La qualité de l'air étant une problématique commune à l'ensemble des États membres, la lutte contre la pollution atmosphérique fait partie des grandes missions de l'Union européenne. Cette directive permet d'intensifier nos efforts en limitant l'émission des plus grands polluants atmosphériques européens avec des objectifs contraignants pour 2020, 2025 et 2030. Alors que la pollution atmosphérique est responsable d'environ 400 000 décès prématurés dans l'Union européenne chaque année, je me félicite de l'objectif ambitieux que nous avons fixé pour réduire d'ici 2030 la mortalité due à la pollution atmosphérique de près de 50%.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport concernant la révision d'une directive qui fixe des plafonds nationaux d'émission de cinq substances polluantes. Il est important que des réglementations protègent les citoyens européens de la pollution ambiante, qui est un problème de santé publique à prendre très au sérieux. Cette directive fixe des objectifs ambitieux, comme précisément celui de réduire de 50 % la mortalité due à la pollution atmosphérique. Mais il comprend en même temps des plafonds nationaux d'émission réalistes qui respectent le principe de subsidiarité des États membres. Ainsi, chaque pays peut et doit s'engager pour la réduction de ses émissions de polluants atmosphériques.

Je me réjouis aussi que le méthane entérique ait été exclu des substances citées dans cette directive. Il semblait en effet relativement difficile de l'intégrer de façon cohérente, les émissions de ce méthane étant très difficiles à mesurer. Cette exclusion était essentielle dans l'intérêt des agriculteurs européens.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban a metán-kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárástechnikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico rappresenta una fonte di preoccupazione per la salute pubblica. È un impegno che la Commissione europea porta avanti già dal 2013 con il pacchetto «Aria pulita» teso a migliorare la qualità dell'aria entro il 2030. Sostengo l'individuazione precoce dei problemi ambientali e l'adozione di provvedimenti correttivi.

Inoltre, ribadisco la necessità che la Commissione svolga un ruolo di vigilanza e assistenza agli stati membri negli aspetti chiave dei loro programmi nazionali. Per questi motivi ho ritenuto opportuno votare per una legislazione dell'UE più stringente sui temi ambientali.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fixe des plafonds nationaux aux émissions de cinq polluants (le dioxyde de souffre, les oxydes d'azote, les composés organiques volatils non méthaniques, l'ammoniac et les particules fines) et exclut le méthane (qui provient à 50 % des activités agricoles) de la directive pour répondre aux inquiétudes du secteur agricole européen. J'avais pu déjà m'exprimer sur la question du méthane émanant des ruminants. Il était aberrant de vouloir limiter ces émissions sauf à faire une croix sur l'élevage et la part active que prend aussi le monde agricole dans la lutte contre le réchauffement climatique à travers l'entretien des prairies et des campagnes, véritables puits de carbone.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Je me suis exprimée oralement en séance plénière sur cette proposition de la députée Julie Girling, modifiant le texte de la directive 2001/81/CE fixant des plafonds nationaux pour certains polluants atmosphériques.

Les propositions de Julie Girling renforcent les pouvoirs de l'Union européenne au détriment des États membres, et suppriment certaines facilités accordées à ceux-ci (réductions des émissions d'oxyde d'azote, de dioxyde de souffre et de particules provenant du commerce maritime international).

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах за това досие. Като част от ревизираната Директива за националните тавани за емисии (NECD), част от Clean Air пакета на Комисията, тя замества сегашния режим на Съюза на годишния таван на националните емисии на замърсители на въздуха, както е посочено в Директива 2001/81/ЕО за серен диоксид (SO_2), азотни оксиди (NO_x), неметанови летливи органични съединения (НМЛОС) и амоняк (NH3) до 2020 г. Новата директива ще създаде нови ангажименти за намаляване на националните емисии, приложими от 2020 г. и 2030 г. за тези замърсители, както и за фини прахови частици (PM2.5) и метан (CH4).

Аз подкрепям тезата държавите членки да имат известна гъвкавост при постигането на целите 2030, както ситуациите и изискванията за постигането на тези цели се различават драстично помежду тях, но самата формулировка да бъде прецизирана, за да се гарантира, че разпоредбите не са отворени за злоупотреба. Тъй като това е за здравето на всички граждани във всички държави – членки на Европейския съюз, този въпрос трябва да бъде приоритет. Метанът е изключен от обхвата, тъй като Комисията потвърди, че ще извърши преглед на метан дори да не е посочен в директивата.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η ποιότητα του ατμοσφαιρικού αέρα αποτελεί ένα σημαντικό διασυνοριακό ζήτημα υγείας και περιβάλλοντος, το οποίο έχει τεράστιο αντίκτυπο σε όλους του πολίτες της ΕΕ και απαιτεί άμεση δράση. Όλα τα κράτη μέλη οφείλουν να εκπληρώνουν τις υποχρεώσεις τους, καθώς και να προβλέπουν μέτρα για τον έγκαιρο εντοπισμό του προβλήματος, ώστε να παρέχεται δυνατότητα λήψης επανορθωτικών μέτρων. Κατά συνέπεια, υπερψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metán kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárás-technikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against this report on the emissions of atmospheric pollutants. This aim of the report was to establish new national emission reduction commitments from 2020 and 2030 but it was weakened to the extent that I couldn't support it. Methane was completely removed from the text, and the 2025 target was made non-binding. I want better measures to protect my constituents and their environment in Wales.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Luftföroreningarna i unionen är ett av de största hälsoproblem som vi har framför oss. Varje år förloras människors liv p.g.a. giftiga partiklar i luften. Det är inte bara en hälsomässig tragedi utan kostar också samhällen runtom i EU enorma summor.

Här gäller det att vi höjer ambitionen och kommer åt de farliga ämnena i luften. Jag har länge drivit på för bindande åtgärder på området – här måste vi fortsätta arbeta för en ambitiös klimatpolitik som sätter medborgarnas välmående i centrum.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce rapport ne nous satisfait pas, en effet, à de nombreux égards:

Il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États.

Nous ne saurions soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico risulta essere il principale fattore ambientale di rischio non solo per la salute umana ma anche per la biodiversità animale e vegetale. Le sue ripercussioni negative sugli ecosistemi, sugli edifici, sui materiali e sul clima determinano danni incalcolabili. Esso è responsabile di un numero eccessivo di morti premature, di malattie e ricoveri ospedalieri in tutto il continente europeo.

OMS e OCSE ritengono che il costo economico che ha l'impatto dell'inquinamento atmosferico sulla salute in Europa ammonta a circa 1,4 trilioni di euro. Il peggioramento della qualità dell'aria non sarà arginato con obiettivi irrealistici, pertanto non possiamo che accogliere sfavorevolmente una regolamentazione che finisce con il tutelare gli affari di pochi a scapito della tutela dell'ambiente e della salute.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2013, a Comissão Europeia adotou um pacote de propostas para melhorar a qualidade do ar na Europa, denominado «Pacote da qualidade do ar». A parte principal do pacote é uma proposta de revisão da Diretiva Limites Nacionais de Emissão (NEC).

A atual Comissão Europeia pensou em retirar a proposta em 2014, mas devido à forte resistência do Parlamento Europeu e de várias ONG a proposta foi mantida.

A diretiva NEC revista prevê controlos em diferentes tipos de poluentes nos Estados-Membros. O seu objetivo será reduzir para metade o número de mortes prematuras – estimadas em 400 000 por ano na UE – causadas pela poluição do ar até 2030.

Esta proposta de revisão estabelece novos compromissos nacionais de redução de emissões, aplicáveis a partir de 2020 e 2030, para dióxido de enxofre (SO_2), óxidos de azoto (NO_x), compostos orgânicos voláteis não metanos (COVNM) e amoníaco (NH3), e para as partículas finas (PM2,5) e metano (CH4) também.

Em resultado da votação na Comissão de Ambiente, entre outros aspetos, o mercúrio (Hg) foi adicionado à lista de poluentes, os objetivos médios para 2025 foram acrescentados à legislação, as metas de metano foram adiadas até 2030 (para dar ao setor agrícola tempo de adaptação) e a proposta de flexibilidade da Comissão Europeia foi suprimida.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – L'inquinamento atmosferico, trascurato per anni dalla politica nazionale ed europea, deve essere annoverato tra le priorità strategiche dell'agenda dell'UE, in quanto rappresenta una fonte di grande preoccupazione per la salute pubblica.

Ho votato a favore della proposta di revisione sui limiti nazionali di emissione di determinati inquinamenti atmosferici, poiché verte sugli impegni nazionali di riduzione delle emissioni, la flessibilità e il mantenimento del metano.

In particolare, ritengo importante il fatto che la direttiva concederà più flessibilità agli Stati membri per il raggiungimento degli obiettivi per il 2030, mantenendo allo stesso tempo un programma per la trasparenza nell'impegno di ciascun Paese.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia je považovaná za lídra v boji proti znečisteniu ovzdušia a klimatickým zmenám. V poslednom desaťročí vynaložila Európska únia nemalé úsilie a priniesla prísnu legislatívu. Viacero členských štátov má však aj v súčasnosti problém s dodržiavaním stanovených pravidiel a dohodnutých noriem. Členské štáty musia mať všetky informácie o tom, ako sa im darí plniť záväzky v oblasti znižovania emisií. Ak členským štátom hrozí, že si povinnosti nesplnia, mali by sa zaviesť opatrenia na včasné určenie problému, čím sa krajinám umožní, aby prijali nápravné opatrenia. Je veľmi dôležité, aby Európska komisia v tomto smere zohrávala úlohu komplexného dohľadu a varovania, a to tým, že bude pomáhať členským štátom s kľúčovými prvkami ich národného programu, alebo v najzávažnejších prípadoch tým, že im umožní, aby mohli prijímať potrebné opatrenia. Európska komisia sa bude musieť v budúcnosti viac zamerať na reguláciu viacerých sektorov hospodárstva, ktoré vplývajú na znečisťovanie ovzdušia. Dobrým príkladom je automobilový priemysel, kde by Európska komisia mala čo najskôr predložiť nariadenie o emisiách Euro 6c.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione in quanto sarebbe stato più opportuno procedere con la seconda lettura per valutare in maniera più approfondita e trasparente l'impatto delle diverse proposte sul tavolo al fine di ottenere un consenso più ampio tra gli Stati membri.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η ποιότητα του ατμοσφαιρικού αέρα αποτελεί ένα σημαντικό διασυνοριακό ζήτημα υγείας και περιβάλλοντος, το οποίο έχει τεράστιο αντίκτυπο σε όλους τους πολίτες της ΕΕ και απαιτεί άμεση δράση. Όλα τα κράτη μέλη οφείλουν να εκπληρώνουν τις υποχρεώσεις τους, καθώς και να προβλέπουν μέτρα για τον έγκαιρο εντοπισμό του προβλήματος, ώστε να παρέχεται δυνατότητα λήψης επανορθωτικών μέτρων. Κατά συνέπεια, υπερψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – We must urgently tackle premature deaths as a result of toxic air pollution – which amount to over 400 000 in the EU. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

I agree to support the full inclusion of ammonia but to exempt emissions of enteric methane produced by ruminant livestock from the Directive.

I welcome the fact that we raised the overall level of ambition of the directive, by changing the ceilings for nitrogen oxides (NO_x) and setting binding targets for 2025 to ensure linear reduction of emissions. It is important to establish requirements for drawing up and updating of national air pollution control programmes and ensuring emission reductions from road transport and other sources.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet. Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában. Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette.

Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metánkibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni. A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből. Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárástechnikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que calidad del aire es un asunto de gran importancia en lo relativo a la salud humana y al medio ambiente. La mala calidad del aire contribuye a la muerte prematura, a las bajas laborales por enfermedad, a los elevados costes de atención sanitaria, a la pérdida de productividad, a las pérdidas de cosechas y a los daños a edificios. En Europa, se estima que los costes externos relativos a la salud para la sociedad derivados de la contaminación del aire oscilan entre los 330 000 y los 940 000 millones de euros al año. Aunque se ha trabajado para reducir la contaminación del aire en toda la Unión, muchos Estados miembros no alcanzan los baremos acordados, por lo que la Unión sigue lejos de su objetivo a largo plazo: cumplir los límites de contaminantes recomendados en las directrices sobre la calidad del aire de la OMS de 2005. La propuesta de la Comisión se basa en conseguir el 70 % de las reducciones máximas técnicamente viables en los efectos para la salud, tal como especifica la OMS. Ahora, desde las instituciones de la Unión debemos de seguir con atención el desarrollo de la normativa y el cumplimiento de la misma por los Estados miembros.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This is an important report on ensuring our air quality and on action needed to be taken so that there are no significant negative impacts on and risks to human health and the environment. I support the report in establishing emission reduction commitments for the Member States in atmospheric emissions of sulphur dioxide (SO_2), nitrogen oxides (NO_x), non-methane volatile organic compounds (NMVOC), ammonia (NH3) and fine particulate matter (PM 2.5).

For this directive to be successful and to ensure air quality and emission levels in the EU, the Member States should set up and implement national control programmes. To achieve this it is important that the Member States can access EU funds for implementation of this directive and that there is an easy access for Member States to exchange best practises and experiences in reducing emissions and ensuring air-quality.

Lastly I support the flexibility for Member States that is included in this directive, it is important that Member States are not forced to take a certain action to ensure air quality and emissions levels as the most efficient way for one Member State to deal with these issue might not hold true for another.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio sostegno alla modifica della direttiva sul tetto alle emissioni, reputo importante fissare nuovi alti standard per limitare ulteriormente alcune sostanze nocive quali diossido di zolfo, nitrogeno, particelle, ammoniaca.

Voglio sottolineare l'importante miglioramento per la salute pubblica: si stima infatti di poter dimezzare entro in 2030 il numero di decessi a causa di aria tossica; sarà perciò fondamentale verificare il mantenimento degli impegni dei governi a ridurre drasticamente le emissioni secondo gli standard previsti.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio concernente la riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici e che modifica la direttiva 2003/35/CE perché si tratta di un voto importante che sblocca un dossier fermo quasi da 3 anni e che dà risposte importanti ai cittadini europei.

La qualità dell'aria che respiriamo non è solo una questione di tipo ambientale, ma una grave emergenza sanitaria, con quasi il 90% dei cittadini nell'UE che vive in luoghi inquinati e circa 400.000 morti premature annue collegate. Se vogliamo migliorare la qualità della vita dei nostri cittadini, soprattutto nelle grandi realtà urbane, è dunque necessaria una riforma ambiziosa, con degli obiettivi forti.

Personalmente plaudo allo sforzo fatto dal Parlamento, e dal gruppo S&D in particolare, a favore di obiettivi vincolanti entro il 2025. L'accordo con Il Consiglio sconta però le esigenze dei governi, e ci consegna una normativa più flessibile e aperta, con obiettivi non vincolanti, l'esclusione di alcuni settori e una serie di clausole di flessibilità.

L'accordo resta comunque un importante progresso, la cui attuazione e implementazione dovrà adesso essere attentamente scrutinata da parte del Parlamento.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den „Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG" meiner geschätzten Fraktionskollegin Julie Girling gestimmt. Der Bericht ist sehr ausgewogen: Er erkennt die erfolgreichen Bemühungen Europas um bessere Luftqualität an, formuliert aber gleichzeitig neue, erreichbare Ziele, um die Situation weiter zu verbessern.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – The EU Commission wants to replace the existing NEC Directive with a new one. I am against the creation of further EU legislation and I am concerned about the considerable increase of administrative burden for industry and government. However, due to the sensitivity of the issue I abstained on this report (elevated levels and long-term exposure to air pollution can lead to severe conditions affecting human health).

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this directive, which constitutes an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300bn and 900bn every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

This deal will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for what they emit. The Member States now need to act to fully implement the directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe porque, si bien, el Parlamento Europeo y la Comisión habían propuesto medidas mucho más sólidas, estas mismas no han tenido éxito durante las negociaciones con el Consejo.

Puntos débiles del acuerdo alcanzado:

— El Consejo logró eliminar el metano y el mercurio del acuerdo final.

— Flexibilidad para los Estados miembros. El Consejo ha logrado obligar al Parlamento a aceptar varias de las llamadas «flexibilidades» de la Directiva, lo que hace que los límites sean mucho más difíciles de hacer cumplir.

— No hay objetivos intermedios vinculantes 2025. El Parlamento pidió objetivos intermedios vinculantes para todos los contaminantes excepto el metano, pero al final aceptó la posición del Consejo que tenía esos objetivos sólo indicativos.

— La reducción de la mortalidad prematura en 2030. El texto original enmendado por el Parlamento Europeo contenía un compromiso jurídicamente vinculante de reducir la mortalidad prematura en 2030 causada por la contaminación del aire en un 52 % con respecto a 2005. Finalmente se acepta la propuesta del Consejo del 49,6 %.

Si bien el texto acordado persigue mejorar aún más las condiciones de calidad del aire, el texto fue significativamente diluido por el Consejo durante las negociaciones.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Consider că măsurile luate la nivel european în domeniul protecției mediului trebuie să fie reale și trebuie luată în considerare corelarea țintelor de reducere cu PIB-ul fiecărei țări și cu posibilitățile de investiție, retehnologizare și cercetare.

Din acest motiv, am votat împotriva acestui raport. Consider că grija față de mediu trebuie să fie permanentă deoarece impactul unui mediu nesănătos asupra populației poate fi devastator, însă trebuie să luăm în considerare și alte aspecte care afectează populația. Faptul că Olanda a stabilit pentru România, de exemplu, o țintă pentru dioxid de sulf de 77 %, în timp ce Olanda are doar 28 %, este un alt motiv pentru care nu pot vota acest raport.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this directive, which constitutes an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car l'Union européenne doit protéger ses citoyens contre le fléau de santé publique que constitue la pollution atmosphérique. Celle-ci est un véritable tueur de masse silencieux, responsable en France de 48 000 décès prématurés par an. Dans certaines zones urbaines, respirer l'air ambiant est aussi dangereux que de fumer 10 cigarettes par jour! Cette nouvelle directive impose donc de fixer des plafonds nationaux d'émissions pour cinq substances polluantes afin d'atteindre l'objectif ambitieux de réduire de près de 50 % d'ici 2030 la mortalité due à la pollution atmosphérique. Je suis cependant satisfaite que les émissions de méthane ne rentrent finalement pas dans le champ d'application de cette directive. Ce n'était pas le bon cadre juridique et cela n'aurait fait que créer des complications additionnelles pour nos agriculteurs.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet. Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában. Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette.

Vitatott volt továbbá, hogy helye van-e a javaslatban a metánkibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni. A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Σκοπός της οδηγίας είναι να μειωθούν οι εθνικές εκπομπές ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων, με σκοπό την αντιμετώπιση των εξαιρετικά σημαντικών κινδύνων για την υγεία και των περιβαλλοντικών επιπτώσεων, ιδιαίτερα της ατμοσφαιρικής ρύπανσης στην Ένωση. Εντούτοις η έκθεση παρουσιάζει σοβαρά ελλείμματα ειδικά όσον αφορά την αφαίρεση οροφής για εκπομπές μεθανίου και υδράργυρου καθώς και την απουσία δεσμευτικών ενδιάμεσων στόχων (2025) για περιορισμό των ρύπων (υπάρχει μόνο αναφορά για ενδεικτικούς στόχους). Ως εκ τούτου, καταψηφίσαμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Along with the majority of MEPs, I supported this report on the emission of certain atmospheric pollutants which was agreed on with the Council. Air pollution a major health risk in the EU that causes more than 400 000 premature deaths each year. It is a cross-border threat that should be tackled at the European level. This Directive aims to achieve this by:

— updating reduction targets for 2020 based on the current NEC Directive for certain pollutants;

— new reduction targets for 2030 for the same pollutants.

It is hoped that such measures will avoid tens of thousands of premature deaths annually and improve the quality of the environment. Meeting the new targets will cut the negative health effects of pollution by half by 2030. Tackling air pollution also brings economic benefits to society, since the economic cost of the health impacts of air pollution is estimated at 3-9% of GDP. I would like to point out that methane will not be part of this directive as was originally planned by the EP it will be dealt with under separate legislation.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – I voted in favour.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metán kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárás-technikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei directive care reprezintă un pas important în abordarea riscurilor ridicate privind sănătatea umană și a impactului asupra mediului generate de poluarea aerului.

S-a constatat că există 400 000 de decese premature în fiecare an datorită poluării atmosferice, cu un cost economic pentru sănătate estimat între 300 și 900 de miliarde EUR în fiecare an. Nivelul ridicat de poluare a aerului, dăunător sănătății umane, afectează în jur de 90 % dintre europeni. Sunt necesare măsuri urgente de reducere a poluanților periculoși care să acopere toate sectoarele vizate, reducând-se astfel numărul deceselor cu aproape jumătate până în 2030.

Ca urmare a intrării în vigoare a acestor măsuri, guvernele din Uniunea Europeană ar fi forțate să asigure și să își asume responsabilitatea pentru sectoarele poluante. Statele membre trebuie să ia măsuri de reducere a poluării atmosferice și să pună în aplicare directiva, precum și să își intensifice ambiția lor în lupta împotriva poluării aerului.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ jer su pogoršanje ljudskog zdravlja i onečišćenje okoliša problemi koji ne poznaju granice, direktno utječu na sve građane Unije te zahtijevaju hitno djelovanje. Zagađenje zraka izravno i snažno utječe na preranu smrt, podizanje troškova zdravstva, raznolikost prizemnog rašća, rast biljaka, te na niz drugih problema.

Zadani ciljevi koji vode ka smanjenju zagađenja zraka još uvijek nisu dostignuti, te su potrebne konkretne mjere kako bi Unija ostvarila dugoročne i dosljedne ciljeve. Podržavam nova ograničenja emisija za 2020. i 2030. godinu, te izradu nacionalnih programa kontrole zagađenja zraka. Nastavno tome, držim da je potrebno pametnije i efikasnije zakonodavstvo koje će smanjiti administrativni teret za države članice i poduzeća, te bolja razmjena informacija na svim razinama. U tom kontekstu, nužno je da države članice budu jasno upoznate sa stanjem učinka njihovog djelovanja, te da u slučaju nepoštovanja zadanih obveza pokrenu konkretne korektivne mjere.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Je ne me satisfais pas de cet accord qui a pour effet d'augmenter le pouvoir règlementaire de la Commission et l'emprise de l'Union européenne sur ses États membres, lesquels se voient dépossédés de certaines facilités qui leur étaient jusque-là accordées. Enfin, l'inclusion du méthane dans la directive constitue une atteinte grave au secteur agricole.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *in writing.* – I endorsed this report because the European Union has made significant progress in the area of the protection of our environment and human health so far, but I believe that we have to continue in our efforts and keep leading by an example. The Commission's proposal calls on Members States to contribute to air quality by reducing the pollution caused by anthropogenic air emissions. I am in favour of high standards of environmental legislation and that is why I supported this proposal ambitiously contributing to the EU's global strategy to combat air pollution as well as the overall environmental legislative framework.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk.* – De SP heeft voor dit verslag gestemd, omdat het een vooruitgang betekent ten opzichte van de huidige uitstootplafonds en dit moet worden gezien als een stap in de goede richting. Tegelijkertijd achten wij de vastgestelde plafonds niet voldoende en streven wij naar strengere normen.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour le rapport de ma collègue Julie Girling relatif aux émissions de polluants atmosphériques. Le texte visait spécifiquement cinq polluants dont les oxydes d'azotes, le dioxyde de soufre et les particules fines, avec pour objectif de les réduire fortement d'ici à 2030. L'Union a recensé près de 400 000 décès liés à la pollution en Europe, ce qui a également des répercussions en termes de dépenses de santé ou de jours de travail perdus. Ainsi, ce rapport s'inscrit dans le cadre des mesures concrètes de lutte contre la pollution urbaine, et ce dans l'intérêt de nos concitoyens.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing.* – Air pollution in Europe causes 400 000 deaths per year and the National Emissions Ceilings Directive is a crucial piece of legislation which is meant to tackle this problem by placing appropriate limits on certain key pollutants which cause high levels of damage to public health.

The agreement on updating this Directive which has come out of negotiations between Parliament, the Commission and the Council is unacceptably weak. It has significantly lowered ambition on a range of pollutants to the extent that it is now estimated that this weakened agreement will lead to an extra 10 000 lives lost every year, compared to the original proposal.

Intense lobbying from agri-business has led to a text which crucially no longer includes a cap for methane as well as a lowering of the limit for ammonia, two pollutants which contribute significantly towards premature mortality and adverse health outcomes in the EU.

For these reasons EH Bildu has voted against endorsing this weak first reading agreement and would have preferred the three institutions to return to the negotiating table to considerably improve upon this legislation.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fixe de nouveaux plafonds pour les émissions de plusieurs polluants atmosphériques. La pollution de l'air est devenue une préoccupation majeure des opinions publiques en raison de ses effets néfastes sur la santé et l'environnement. Il fallait remplacer la directive existante sur les plafonds nationaux d'émission et fixer de nouveaux plafonds pour les émissions de dioxyde de soufre, d'oxydes d'azote, d'ammoniac et de composés organiques volatils non méthaniques pour 2020 et 2030. J'ai aussi voté en faveur de ce rapport car il étend le champ d'application de la directive aux microparticules à partir de 2020.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Ενώ επί πολλά χρόνια παραμελήθηκε από τους πολιτικούς, η ατμοσφαιρική ρύπανση απέκτησε σημαντική θέση στην πολιτική ημερήσια διάταξη ως μείζον ζήτημα δημόσιας υγείας. Η κακή ποιότητα του αέρα προκαλεί πρόωρους θανάτους, απουσίες από την εργασία λόγω ασθενείας, σημαντικές δαπάνες υγειονομικής περίθαλψης, απώλεια της παραγωγικότητας, απώλειες της απόδοσης των καλλιεργειών και ζημιές σε κτίρια. Στην Ευρώπη το συνολικό εξωτερικό σχετικό με την υγεία κόστος που προκύπτει για την κοινωνία εξαιτίας της ατμοσφαιρικής ρύπανσης εκτιμάται μεταξύ 330-940 δισεκατομμυρίων ευρώ ετησίως. Αναγνωρίζοντας το γεγονός αυτό, η εισηγήτρια πιστεύει επίσης ότι είναι επιτακτικό να εξουσιοδοτηθούν οι αρμόδιες αρχές να εξασφαλίσουν ότι μπορούν να αναλάβουν την απαιτούμενη δράση για να συμμορφωθούν με όλες τις νομοθετικές διατάξεις που αφορούν τα όρια του 2030. Χαρακτηριστικό παράδειγμα μιας τέτοιας δράσης θα ήταν η καθιέρωση ζωνών χαμηλών εκπομπών ρύπων, ενός συστήματος χρέωσης τελών για ρύπανση από την οδική κυκλοφορία με στόχο τη μείωση των εκπομπών των ντιζελοκίνητων οχημάτων στις αστικές περιοχές που πλήττονται περισσότερο από τις εκπομπές οξειδίων του αζώτου και σωματιδίων. Συνεπώς, υπερψήφισα τη σχετική έκθεση.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den vorliegenden Gesetzesvorschlag. Zwar ist der Kommissionsvorschlag weniger weitreichend, aber der Ausschuss hat gute Arbeit geleistet und einen für alle akzeptablen Bericht hervorgebracht. Grundsätzlich ist auch eine europaweite Strategie zur Verbesserung der Luftqualität wünschenswert.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this directive, which is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Given that poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year, and the economic cost for ill health estimated at between EUR 300 and EUR 900 billion each year – measures to address dangerous pollutants are badly needed.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban a metán-kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárás-technikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since in comparison to initial draft now we have much weaker text on the table than it was before unsuccessful negotiations with Council.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих постигнатото споразумение относно намаляването на националните емисии на някои атмосферни замърсители, тъй като смятам, че са необходими нови конкретни цели за намаляването на замърсяването на въздуха, което е основен проблем както за околната среда, така и за човешкото здраве.

Подкрепям определените нови национални цели за намаляване на емисиите на пет основни замърсители на въздуха до 2030 г. и предоставените в доклада конкретни ангажименти, чрез които да се приемат национални програми за контрол. ЕС е основен фактор в борбата с климатичните промени, част от които се дължат и на замърсяването на въздуха и околната среда.

Същевременно основен ангажимент за ЕС трябва да представлява здравето на европейските граждани. Поради тази причина смятам, че е необходимо държавите членки да се ангажират с изпълнението на техните конкретни ангажименти за намаление на емисиите съгласно директивата.

Merja Kyllönen (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report. Air pollution in Europe causes 400 000 deaths per year and the National Emissions Ceilings Directive is a crucial piece of legislation which is meant to tackle this problem by placing appropriate limits on certain key pollutants which cause high levels of damage to public health.

The agreement on updating this directive which has come out of negotiations between the Parliament, Commission and Council is unacceptably weak. It has significantly lowered ambition on a range of pollutants to the extent that it is now estimated that this weakened agreement will lead to an extra 10 000 lives lost every year, compared to the original proposal.

Intense lobbying has led to a text which crucially no longer includes a cap for methane as well as a lowering of the limit for ammonia, two pollutants which contribute significantly towards premature mortality and adverse health outcomes in the EU.

For these reasons I voted against endorsing this weak first reading agreement and would have preferred the three institutions to return to the negotiating table to considerably improve upon this legislation.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – After years of political neglect, air pollution has become the single largest environmental cause of premature death in urban Europe, productivity loss, crop yield loss and damage to buildings. Over the last couple of decades, emission reductions have led to improvements in air quality in Europe, but not enough to avoid an unacceptable 400 000 premature deaths in Europe and growing damage to environment. I supported the resolution because the growing air pollution represents a real health threat to the EU, its Member States and citizens. I call particularly on Member States to adopt and implement national air pollution control programmes with a view to meeting their emission reduction requirements and to contributing effectively to the achievement of the Union air quality objectives. Most importantly, in order to reduce emissions from the main contributors, national air pollution control programmes should include measures applicable to all relevant sectors, including agriculture, industry, road transport, non-road mobile machinery, inland and domestic shipping, domestic heating and solvents.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les émissions de certains polluants atmosphériques. Ce texte renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États. Je ne peux pas soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole français.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport n'est pas satisfaisant, à divers égards. Tout d'abord, il renforce le pouvoir réglementaire de la Commission ainsi que les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, ce texte supprime certaines facilités, jusqu'ici accordées aux États. Par ailleurs, je ne souhaite pas soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole (par rapport à l'élevage). J'ai fermement voté CONTRE ce rapport.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor ya que es un paso importante para abordar los altos riesgos para la salud y los impactos ambientales que genera la contaminación atmosférica. La mala calidad del aire es responsable de más de 400 000 muertes prematuras cada año y su costo económico para la salud se estima entre 300 000 y 900 000 millones de euros anuales. Alrededor del 90 % de los europeos que viven en ciudades están expuestos a niveles de contaminación atmosférica considerados perjudiciales para la salud humana, y muchos grupos sociodemográficos vulnerables se ven particularmente afectados. Por ello, hay que adoptar medidas para abordar los contaminantes peligrosos que abarcan todos los sectores.

El objetivo principal de los socialistas es abordar urgentemente las muertes prematuras como resultado de la contaminación tóxica del aire, que asciende a más de 400 000 en la Unión, por lo que consideramos necesario elevar el nivel global de ambición de la directiva, como la modificación de los límites máximos de NO_x y la fijación de objetivos vinculantes para 2025 para garantizar la reducción lineal de las emisiones.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que el resultado final de las negociaciones en los trílogos ha reducido las exigencias de la posición inicial del Parlamento, poniendo a los Estados miembros el mantenimiento de la situación actual más fácil. Esta directiva ha resultado una oportunidad perdida para obligar a los Estados a tomar medidas inmediatas para mejorar la calidad del aire en su territorio, especialmente en las grandes ciudades. Nos enfrentamos a una situación crítica, donde se están produciendo miles de muertes debido a la mala calidad del aire que respiramos en las principales zonas urbanas de la Unión, sin embargo, pese a una buena posición de partida del Parlamento Europeo, en las negociaciones con el Consejo y la Comisión se han reducido el carácter obligatorio de las medidas, dejando de lado la verdadera emergencia que debemos enfrentar. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Este texto recuerda los efectos que tiene un aire de mala calidad. Una muerte prematura, bajas laborales por enfermedad o los elevados costes de atención sanitaria son solo algunos de sus ejemplos.

Así, el presente texto establece los nuevos límites nacionales de emisiones para los tipos más significativos de contaminantes atmosféricos. Modifica así el compromiso de emisiones de dióxido de azufre, óxidos de nitrógeno, compuestos orgánicos volátiles no metánicos y amoníaco, con las partículas finas de diámetro no menor de 2,5 micras y con las emisiones de metano. Asimismo, establece nuevas normas sobre la participación pública en la elaboración de planes relacionados con el medio ambiente.

Doy mi voto favorable por los claros beneficios que supone para la salud humana y el medio ambiente una buena calidad del aire.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that seeks to place a limit on the overall amount of pollutants in the air and thereby improve our air quality and environment.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Ovim prijedlogom Direktive treba se na učinkovit način pridonijeti ostvarenju ciljeva u području kakvoće zraka, koji su utvrđeni u zakonodavstvu Unije, i ublažavanju utjecaja klimatskih promjena tako da se, uz poboljšanje kakvoće zraka na svjetskoj razini smanje emisije klimatskih onečišćivača kratkog vijeka, poboljšaju sinergije s klimatskim i energetskim politikama Unije i zajamči da se ne preklapaju postojeća zakonodavstva.

Ipak, EU je još daleko od ostvarenja svog dugoročnog cilja, odnosno pridržavanja preporučenih granica onečišćenja prema smjernicama za kvalitetu zraka iz 2005. Komisija je 2013. objavila dugo očekivani Paket za čisti zrak, koji navodi mjere kako bi se osiguralo da se postojeći ciljevi realiziraju u kratkom roku i postavlja nove ciljeve kakvoće zraka za razdoblje do 2030. Ovo izvješće naglašava činjenicu da bolja regulacija i zaštita okoliša nisu međusobno isključivi i zato bi ova Direktiva trebala biti usklađena s drugim stupovima politike EU-a. Bolja razmjena informacija, s posebnim naglaskom na praćenje i izvješćivanje o nacionalnim gornjim granicama emisija, ključni su za dugoročni uspjeh ove Direktive, stoga sam podržala ovo izvješće,

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Over 400 000 Europeans die prematurely every year due to the bad quality of the air they breathe. This is why the European Parliament passed a new law to reduce the ceiling of dangerous pollutants allowed in EU Member States. I backed the new law because it will save lives and also public money: national governments pay between EUR 300 and EUR 900 billion every year in health-related costs.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Nevyhovujúci stav životného prostredia a ovzdušia má dopady na kvalitu života, poškodzuje prirodzené prostredie a vegetáciu, čo zhoršuje zdravie obyvateľov a zároveň zvyšuje výdavky na verejné zdravotníctvo. Náklady súvisiace s liečbou ochorení súvisiacich so znečisťovaním ovzdušia sa v Európe odhadujú na 330 až 940 miliárd eur ročne. Napriek tomu nie všetky krajiny plnia svoje záväzky na znižovanie emisií. Podporujem novú smernicu, ktorá stanovuje nové národné emisné stropy pri vypúšťaní piatich najčastejšie znečisťujúcich látok. Treba však prehodnotiť aj sankčné opatrenia, inak sú záväzky nevymožiteľné. Zároveň treba podporovať a financovať výskum, vedu a vývoj nových opatrení, ktoré povedú k znižovaniu emisií.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – La pollution atmosphérique constitue le premier risque sanitaire d'origine environnementale en Europe: elle cause plus de 430 000 décès prématurés en Europe par an, dont plus de 50 000 décès en France.

Face à ce constat, la Commission européenne a présenté en décembre 2013 son paquet législatif «Qualité de l'air». L'objectif principal de ce projet législatif est de répondre aux risques sanitaires et aux effets de la pollution atmosphérique sur l'environnement.

Malgré les bonnes intentions du présent rapport sur les émissions de certains polluants, ce texte est décevant à plusieurs égards: d'une part, il manque d'ambition sur les seuils tolérés d'émission de polluants. D'autre part, les territoires d'outre-mer sont exclus du champ d'application du projet législatif sur lequel porte le rapport que nous votons aujourd'hui. Ce traitement différencié entre la métropole et les territoires outre-mer ne peut être toléré; tous citoyens, domiens ou européens, devraient pouvoir bénéficier d'une égale protection de la qualité de l'air. Je vote donc contre ce texte.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά τη μείωση των εθνικών εκπομπών ορισμένων ατμοσφαιρικών ρύπων και την τροποποίηση της οδηγίας 2003/35/ΕΚ, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce rapport a pour objectif d'amender la directive nº 2001/81/CE fixant des plafonds nationaux pour certains polluants atmosphériques. Il vise à augmenter les limites imposées aux États membres, et à rendre tous les engagements de réduction contraignants à l'horizon 2025. Nous ne pouvons pas accepter ce texte qui renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission, ainsi que les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted positively for the report on reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants. It is clear that air quality needs support and requires of immediate action because, just like the report points out, air is 'a significant trans-boundary human health and environmental issue that profoundly affects all EU citizens.' Air pollution has increased to worrying levels for the health and we can no longer let this keep on taking place. It is important to acknowledge the existing air-related health issues by introducing new legislation and policy that can lead to potential change even when the situation is challenging.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório diz respeito à emissão de determinados poluentes atmosféricos, visando a sua redução e a melhoria das condições de qualidade do ar. Inicialmente, as medidas propostas pelo Parlamento Europeu e pela Comissão eram bastante mais fortes. No entanto, tais medidas sofreram várias limitações e cortes durante as negociações com o Conselho, apoiado por diversos países da UE.

Com base num relatório recente da OMS, a poluição do ar constitui o maior perigo ambiental para a saúde, estimando-se que ocorram três milhões de mortes por ano relacionadas com a poluição do ar. Este relatório, entre outras fraquezas, não inclui alguns poluentes atmosféricos cuja emissão ameaça gravemente o ambiente e a saúde. Votei contra.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine europaweite Strategie zur Verbesserung der Luftqualität ist wünschenswert und findet meine Zustimmung. Es ist jedoch anzumerken, dass der Kommissionsvorschlag weniger weitreichend als der des Ausschusses ist.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Europos Parlamento ir Tarybos direktyva siekiama nustatyti naujas nacionalines teršalų išmetimo ribas, skirtas svarbiausių atmosferos teršalų tipams. Pakeitimų tikslas – sumažinti galimą grėsmę žmonių sveikatai, aplinkai ir klimatui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En décembre 2013, la Commission européenne a adopté un ensemble de propositions visant à améliorer la qualité de l'air en Europe, appelé «paquet qualité de l'air». La proposition qui nous est présentée révise cette directive pour mettre en place des contrôles sur les différents types de pollution atmosphérique dans chaque État membre. Son objectif est de réduire de moitié, d'ici 2030, le nombre de décès prématurés — estimés à 400 000 par an dans l'UE — causés par la pollution de l'air.

Toutefois, lors des négociations avec le Conseil, les éléments clés de la proposition ont été supprimés. Ainsi, le méthane et le mercure ne sont plus concernés par les limites d'émission. Les États membre seront autorisés à faire la moyenne de leurs émissions sur trois ans en cas d'«été sec» ou d'«hiver froid».

Enfin, les objectifs intermédiaires (2015) contraignants proposés par le Parlement ont été supprimés. Bref, la proposition est vidée de sa substance. Bien joué les lobbies! Vous méritez vos payes. Je vote contre ce texte qui ignore les objectifs de santé publique.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'objet de ce texte est la mise en cohérence avec les engagements internationaux de l'Union européenne (protocole de Göteborg, 1999). Cette révision vise à fixer des objectifs à l'horizon 2020 et 2030 notamment pour la réduction des émissions des principaux gaz polluants: dioxyde de soufre, oxydes d'azote, composés organiques volatils non méthaniques et ammoniac.

Ce rapport n'est pas, à mes yeux, satisfaisant car il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission ainsi que les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. Par ailleurs, nous ne pouvons pas soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole. J'ai donc voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A definição de políticas com base em dados concretos deve ser o pilar da legislação da UE.

As leis devem assentar em avaliações de impacto sólidas e exaustivas, que expliquem por que motivo a legislação aborda as questões fundamentais sobre se uma proposta é necessária e proporcionada e avalia qual a melhor ação a nível da UE.

No caso da qualidade do ar, a resposta é clara: trata-se de uma questão transfronteiriça significativa em matéria de saúde humana e ambiente, que afeta profundamente todos os cidadãos da UE e exige uma ação imediata.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because air pollution has detrimental effects on our health and hazardous emissions should be minimised wherever possible.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Ondanks het feit dat er de voorbije jaren vooruitgang is geboekt in de strijd tegen de luchtvervuiling is de luchtkwaliteit in Europa nog steeds zorgwekkend. Bovendien blijven ondanks een aantal goede maatregelen het verkeer op de weg, de industrie, de elektriciteitsproductie, de uitstoot door huishoudens en de verbranding van fossiele brandstoffen belangrijke schade toebrengen aan het milieu en aan de gezondheid van de burgers. Volgens het laatste rapport van het Europees Milieuagentschap was fijnstof in 2013 verantwoordelijk voor méér dan 400 000 vroegtijdige overlijdens in de Europese Unie. Stikstofoxide zorgde nog eens voor 70 000 bijkomende sterfgevallen. Omdat luchtvervuiling ook tot extra uitgaven in de gezondheidszorg en slechtere oogsten voor de landbouw leidt, wordt de jaarlijkse kostprijs hiervan geschat op minstens 330 miljard euro.

Daarom steun ik voluit de beslissing van het Europees Parlement om tegen 2030 de normen aanzienlijk aan te scherpen en strengere en bindende nationale uitstootplafonds in te voeren voor zwaveldioxide, stikstofoxide, fijnstof, vluchtige organische componenten en ammoniak. Met de invoering van strengere uitstootnormen wordt een belangrijke stap vooruit gezet die veel levens kan redden en de levenskwaliteit van de mensen in de steden en dichtbevolkte gebieden aanzienlijk moet verbeteren.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Snaha o znižovanie emisií v ovzduší tvorí integrálnu súčasť politiky životného prostredia Európskej únie, v rámci ktorej Únia nielen plní svoje medzinárodné záväzky, ale usiluje sa udržať si postavenie svetového lídra v tejto oblasti. Súčasná správa reflektuje iniciatívu Komisie a Rady v záujme revízie legislatívy bojujúcej proti emisiám v ovzduší na národnej úrovni. Nebezpečné látky, ktoré musia členské krajiny bezpodmienečne limitovať na najnižšiu možnú úroveň, sú predovšetkým oxid siričitý, oxidy dusíka, prchavé organické zlúčeniny okrem metánu a amoniaku, ďalej tuhé častice s priemerom aspoň 2,5 mikrometra a emisie metánu. Eliminácia týchto škodlivín v ovzduší je dôležitá v súvislosti s plnením cieľov v rámci agendy 2030. Z tohto dôvodu sú všetky členské krajiny zaviazané znižovať národné stropy a pravidelne revidovať svoje ciele (každé dva roky). Domnievam sa, že všetky členské štáty a sektory musia prispievať k plneniu spoločne vytýčených cieľov, prímorské krajiny, leteckú či lodnú dopravu nevynímajúc. Správa má moju podporu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between €300 billion and 900 billion every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed and this report is an important step to address those issues.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – Ranked as a top health hazard in Europe, air pollution is the cause of premature death of hundreds of thousands Europeans. A rational solution is to transform primarily our urban systems by adopting for example low-carbon mobility and energy efficiency strategies, hence applying stricter binding targets for EU Member States to reduce their atmospheric pollutants would be a driver for a sustainable and greener adjustment. I voted in favour of the report on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants because ambitious targets for the period after 2020 are essential in order to save lives. The industry should seize this opportunity to become fully compliant with EU legislation and, in the long run, this is consistent with cost-efficient results.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett a Parlamentnek és a Tanácsnak az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről és a 2003/35/EK irányelv módosításáról szóló irányelv elfogadására. A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében azt indítványozza, hogy a Parlament első olvasatban, 118 módosítással fogadja el a Bizottság javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport consiste en une série d'amendements de la commission ENVI concernant la réduction des émissions nationales au sens de la directive 2001/81/CE fixant des plafonds nationaux pour certains polluants atmosphériques.

Cette révision vise à fixer des objectifs à l'horizon 2020 et 2030 pour la réduction des émissions des principaux gaz polluants. Ce rapport ne nous satisfait pas, en effet, à de nombreux égards. Il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions.

En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États. Nous ne saurions notamment soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États. Ainsi, on ne peut soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole. Je vote donc contre ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300bn to 900bn every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed. This deal will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for what they emit. The Member States now need to act to fully implement the directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif aux émissions de polluants dans l'atmosphère. Il s'agissait ici d'un accord en première lecture visant à réviser la directive qui fixe des plafonds nationaux d'émissions de cinq substances polluantes. La question qui se posera sera celle de la transposition de ce texte car la France s'est malheureusement spécialisée dans la «surtransposition» des textes européens ce qui pénalise nos agriculteurs et pour tous les producteurs.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Egy felnőtt több tízezer liter levegőt lélegzik be naponta, mégis hajlamosak vagyunk elfelejteni, milyen fontos is a levegő minősége. A levegőbe kerülő szennyezőanyagok szmogot és savas esőt okoznak, káros hatással vannak a környezetre, és közrejátszanak a különböző betegségek kialakulásában. A levegőminőség ügyében egyértelműen a közös uniós fellépés a megfelelő megoldás. Külön örülök annak, hogy a jelentés magában foglalja a levegő minőségét leginkább befolyásoló területeket, mint az autóipart vagy a mezőgazdaságot.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting this report on emissions of certain atmospheric pollutants.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat împotriva acestui raport deoarece consider că valorile de reducere a emisiilor din această directivă ar fi trebuit să fie realistice și fezabile pentru a avea un obiectiv sigur, și anume reducerea consecințelor negative ale poluării aerului asupra sănătății umane. De aceea, nu cred că eforturile care sunt solicitate statelor membre trebuie să le afecteze dramatic dezvoltarea economică. În cazul României, țintele de reducere a emisiilor au fost disproporționate în raport cu PIB-ul țării noastre, cu capacitatea de investiții și stadiul dezvoltării tehnologice și consider acest lucru neprofesionist și incorect.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem dohodu EP a Rady v druhém čtení, která stanoví přísnější národní stropy pro emise látek znečišťujících ovzduší, jako je oxid siřičitý, oxid dusíku, těkavé organické sloučeniny (ředidla, rozpouštědla, čistidla), amoniak a jemné prachové částice. Výsledná dohoda v podobě evropského průměru národních emisních stropů 50 % je kompromisem mezi původním přísnějším postojem EP, který navrhoval národní stropy v evropském průměru 52 %, a mírnějším postojem členských států v Radě, které navrhovaly 48 %. Schválená směrnice přispěje ke zvýšení kvality ovzduší v EU a v ČR její účinky pozitivně pocítí zejména obyvatelé příhraničních regionů, kteří jsou vystaveni znečištění z některých sousedních zemí. Znečištění ovzduší totiž nezná hranice, a proto je třeba otázku kvality ovzduší řešit evropsky.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Auch für diesen Bericht habe ich mich ausgesprochen, da meiner Meinung nach eine europaweite Strategie zur Verbesserung der Luftqualität dringend notwendig ist.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le présente directive vise à instaurer de nouvelles mesures et règlementations pour limiter la pollution de l'air en Europe, responsable de près de 40 000 décès chaque année.

J'ai voté contre ce texte en raison du manque de dispositions claires et cohérentes telles que les valeurs plafonds pour les émissions de méthane et de mercure, de l'absence d'objectifs intermédiaires contraignants pour 2025 ou encore l'absence d'engagements visant à réduire la mortalité prématurée liée à la pollution de l'air d'ici à 2030.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Arvestades õhusaaste äärmiselt suurt mõju inimeste tervisele, on vaja tegeleda õhusaaste vähendamisega. EL on kaugel veel seni seatud sihtidest, seetõttu on vaja võtta täiendavaid meetmeid nendeni jõudmiseks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Tik bendrų pastangų dėka galime efektyviai sumažinti oro taršą ir jos neigiamą poveikį visuomenės sveikatai ir aplinkai. Todėl būtina koordinuoti veiksmus išmetamųjų teršalų mažinimo ir oro kokybės, taip pat klimato kaitos ir biologinės įvairovės apsaugos srityse.

Pažymėtina, kad nustatant išmetamųjų teršalų mažinimo įsipareigojimus, turėtų būti atsižvelgiama į valstybėse narėse išmetamų teršalų poveikį ne tik šalies, bet ir tarpvalstybiniu lygmeniu.

Tačiau griežtesni išmetamųjų teršalų mažinimo įsipareigojimai neturėtų sukelti neproporcingų išlaidų pramonės subjektams. Valstybėms narėms turi būti suteikiama teisė naudotis tam tikromis lankstumo priemonėmis. Be to, siekiant pareiti prie mažo anglies dioksido kiekio technologijų ekonomikos, labai svarbu išlaikyti Europos ekonomikos konkurencingumą ir apsaugot MVĮ interesus.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση η οποία προβλέπει τη μείωση των επιτρεπόμενων εθνικών ορίων για τις εκπομπές βασικών ρύπων μέχρι το 2030, συμπεριλαμβανομένων του οξειδίου του αζώτου NO_x, των σωματιδίων και του διοξειδίου του θείου. Η κακή ποιότητα του αέρα είναι υπεύθυνη για πάνω από 400.000 πρόωρους θανάτους κάθε χρόνο και το οικονομικό κόστος για την υγεία εκτιμάται μεταξύ €300-900δις κάθε χρόνο. Περίπου το 90% των Ευρωπαίων που ζουν σε πόλεις είναι εκτεθειμένοι σε επίπεδα ρύπανσης του αέρα τα οποία θεωρούνται βλαβερά για την ανθρώπινη υγεία, και πολλές ευάλωτες κοινωνικό-δημογραφικές ομάδες πλήττονται ιδιαίτερα.

Η νέα συμφωνία για μείωση των επιτρεπόμενων εθνικών ορίων θα μειώσει τον αριθμό των πρόωρων θανάτων από τοξικό αέρα σχεδόν κατά το ήμισυ μέχρι το 2030, αναγκάζοντας τις κυβερνήσεις σε όλη την Ευρώπη να δράσουν και να εξασφαλίσουν, για πρώτη φορά, ότι όλοι οι ρυπογόνοι τομείς, συμπεριλαμβανόμενης της γεωργίας, θα αναλάβουν ευθύνη για ό,τι εκπέμπουν. Τα κράτη μέλη πρέπει τώρα να δράσουν για την πλήρη εφαρμογή της οδηγίας και, επιπλέον, να κάνουν πράξη τη φιλοδοξία τους για καταπολέμηση της ατμοσφαιρικής ρύπανσης.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cet accord conclu en trilogue qui permet de fixer les plafonds nationaux de cinq polluants responsables de maladies graves, de troubles respiratoires et de cancers. La pollution atmosphérique constitue en effet le premier risque sanitaire d'origine environnementale en Europe. La pollution de l'air continue de causer plus de 430 000 décès prématurés en Europe par an dont plus de 50 000 décès en France. Nous devions donc impérativement réagir face aux risques sanitaires et aux effets sur l'environnement de la pollution atmosphérique. Avec cette directive, nous y répondons pleinement!

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta poiché ritengo che sia importante impegnarsi, nazionalmente, per un ulteriore riduzione delle emissioni di inquinamento atmosferico dal 2020 al 2030. Inoltre, con tale direttiva l'obiettivo è migliorare, da un lato, la salute umana e, dall'altro, tutelare anche l'ambiente. Questi programmi nazionali diretti al controllo dell'inquinamento atmosferico sarebbero applicabili dal settore agricolo al settore industriale, quindi chiunque ne potrebbe beneficiare. Pertanto, ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Programi koje nalaže direktiva moraju uzeti u obzir isplativost mjera za smanjenje emisija, prioritete konkretnih političkih mjera koje imaju za cilj smanjenje rizika za zdravlje osjetljivih skupina ljudi, kvantificirati dodatna smanjenja emisija štetnih plinova kako bi se ispunili ciljevi Svjetske zdravstvene organizacije do 2030. godine, podržati pomak ulaganja prema čistim i učinkovitim tehnologijama i održivoj proizvodnji uz pomoć fiskalnih poticaja. Komisija će ocijeniti najkasnije do 2025. Godine, napredak u smanjenju atmosferskih onečišćivača prema ljestvici čistoće zraka Svjetske zdravstvene organizacije. Direktivom se pridonosi dugoročnom cilju Unije da se postigne razina kvalitete zraka koja ne dovodi do značajnih negativnih učinaka na zdravlje ljudi i okoliš, postizanju ciljeva biološke raznolikosti i ekosustava Unije smanjenjem razine i taloženja određenih atmosferskih onečišćivača, postizanju ciljeva kvalitete zraka iz zakonodavnih akata Unije, ublažavanje utjecaja klimatskih promjena smanjenjem emisija kratkotrajnih klimatskih zagađivača i poboljšanjem sinergije s klimatskom i energetskom politikom Unije.

Zbog navedenog sam podržala amandmane koje je Europski parlament usvojio 28. listopada 2015. o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ nakon ponovnog razmatranja u matičnom Odboru za okoliš, javno zdravlje i sigurnost hrane.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport ne me satisfait pas, en effet, à de nombreux égards. Il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États. L'inclusion du méthane dans le cadre de la directive est susceptible de poser de graves problèmes au secteur agricole, déjà très fragile. Dans ces conditions, je vote contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europska je unija u posljednjih 20 godina postignula značajan napredak u području antropogenih emisija u zrak i kakvoće zraka zahvaljujući ambicioznim politikama. Međutim, rizici za okoliš i ljudsko zdravlje i dalje su prisutni. Ova Direktiva važan je korak u borbi protiv zagađenja zraka. Direktivom se treba pridonijeti ostvarenju ciljeva u području kakvoće zraka koji su utvrđeni u zakonodavstvu Unije i ublažavanju utjecaja klimatskih promjena tako da se uz poboljšanje kakvoće zraka na svjetskoj razini smanje emisije klimatskih onečišćivača kratkog vijeka te poboljšaju sinergije s klimatskim i energetskim politikama Unije.

Loša kvaliteta zraka uzrokuje preko 400,000 slučajeva preuranjene smrti godišnje i njeni se gospodarski troškovi procjenjuju na 300-900 milijardi eura svake godine. Ovim sporazumom se namjerava prepoloviti broj preuranjenih smrti do 2030. 90% građana Europe živi u gradovima i izloženi su stupnjevima zagađenosti zraka koja šteti ljudskom zdravlju. Mnoge ranjive socio-ekonomske skupine su posebno izložene. Mjere za suzbijanje opasnih zagađivača hitno su potrebne u svim sektorima. Vlade EU-a moraju početi djelovati i osigurati da sektori gospodarstva, uključujući poljoprivredu, odgovorno postupaju kada je riječ o tvarima što ispuštaju u atmosferu. Pozivam zemlje članice da djeluju što prije i u potpunosti primjene Direktivu te daljnje korake u našoj zajedničkoj borbi protiv zagađenja zraka.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Em 2013, a Comissão Europeia adotou o «Pacote da qualidade do ar» de propostas para melhorar a qualidade do ar na Europa.

A parte principal do pacote é uma proposta de revisão da Diretiva Limites Nacionais de Emissão (NEC). A atual Comissão Europeia pensou em retirar a proposta em 2014, mas devido à forte resistência do Parlamento Europeu e de várias ONG a proposta foi mantida.

A diretiva NEC revista prevê controlos em diferentes tipos de poluentes nos Estados-Membros. O seu objetivo será reduzir para metade o número de mortes prematuras – estimadas em 400 000 por ano na UE – causadas pela poluição do ar até 2030.

Esta proposta de revisão estabelece novos compromissos nacionais de redução de emissões, aplicáveis a partir de 2020 e 2030, para dióxido de enxofre (SO_2), óxidos de azoto (NO_x), compostos orgânicos voláteis não metanos (COVNM) e amoníaco (NH3), e para as partículas finas (PM2,5) e metano (CH4) também.

Em resultado da votação na Comissão de Ambiente, entre outros aspetos, o mercúrio (Hg) foi adicionado à lista de poluentes, os objetivos médios para 2025 foram acrescentados à legislação, as metas de metano foram adiadas até 2030 (para dar ao sector agrícola tempo de adaptação) e a proposta de flexibilidade da Comissão Europeia foi suprimida.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Revize směrnice zajišťující limity ročního množství emisí toxických látek znečišťujících ovzduší má za cíl především zajistit další snižování těchto emisí a předcházet tak zdravotním rizikům spojeným s kvalitou vzduchu. Zpráva byla předmětem velmi dlouhých a složitých jednání Rady zvláště kvůli tlakům ze zemí jako Velká Británie, Francie, Itálie nebo Polsko. Také postoje v rámci jednotlivých parlamentních frakcí prošly mnoha změnami. Jsem rád, že se nakonec naší zpravodajce Julii Girlingové podařilo najít podporu napříč spektrem s výjimkou frakce Zelených, pro které pochopitelně není tato zpráva dostatečně ambiciózní. I já bych byl rád, kdyby se podařilo dosáhnout shody na vyšších cílech, nicméně si myslím, že dosažený kompromis je maximem možného v dané situaci a věřím, že bude přijatelný i pro Radu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'elaborazione di politiche sulla base di elementi concreti deve essere la pietra angolare della legislazione dell'Unione europea. Nel caso della qualità dell'aria si tratta di una problematica estremamente importante sia per la salute umana che per l'ambiente, che riguarda tutti i cittadini dell'Unione ed esige un'azione immediata a livello sovranazionale. L'inquinamento atmosferico, trascurato per anni dalla politica, figura, ora, tra le priorità.

È fondamentale che la Commissione svolga in tal senso un ruolo di vigilanza e di impulso politico. Ritengo sia di primaria importanza garantire un adeguato livello di qualità dell'aria in quanto bene pubblico. Reputo a tal fine necessario individuare modalità innovative per finanziare le riduzioni delle emissioni. Considero che questa direttiva vada nella giusta direzione e per questo motivo ho deciso di votare a favore.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Propozycja rewizji dyrektywy o krajowych pułapach emisji (NECD) jest częścią pakietu „Czyste Powietrze" Komisji i zastępuje obecne uregulowania ustalone w dyrektywie 2001/81/WE dla dwutlenku siarki (SO_2), tlenków azotu (NO_x), niemetanowych związków organicznych (NMVOC) oraz amoniaku (NH3), które obowiązują do 2020 r. Nowa dyrektywa miała ustalić nowe poziomy redukcji emisji od 2020 do 2030 r. dla tych substancji, a także dla pyłów (PM2.5) oraz metanu (CH4).

Ze względu na wysokość kosztów redukcji emisji dwutlenku siarki i amoniaku, które mogą mieć negatywne skutki dla sektora rolniczego i energetycznego, głosowałem przeciwko przyjęciu sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Chaque année en Europe, 400 000 décès prématurés sont liés à la pollution de l'air. Il devient urgent d'agir pour améliorer significativement la qualité de l'air en limitant drastiquement les émissions de certains polluants atmosphériques qui proviennent directement des activités industrielles, des moyens de transport ou des systèmes de chauffage que nous utilisons. J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit de limiter, d'ici 2030, les émissions des dioxydes d'azote, du dioxyde de souffre, de l'ammoniac, des particules fines et des composés organiques volatils non méthaniques grâce à la mise en place de programmes nationaux. Cependant il était important pour la protection de nos agriculteurs, et notamment de nos éleveurs d'exclure le méthane du champ d'application de ce texte.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta relativa à redução das emissões nacionais de determinados poluentes atmosféricos enquadra-se no Programa Ar Limpo para a Europa, anunciado pela Comissão a 18 de dezembro de 2013.

Após anos de negligência política, a poluição atmosférica surgiu na agenda internacional como um importante problema de saúde pública. Não restam dúvidas de que uma fraca qualidade do ar contribui para morte prematura, absentismo laboral motivado por doença, perda de produtividade, perda de rendimento das colheitas e danos nos edifícios.

Os custos significativos com a saúde são outra consequência de uma fraca qualidade do ar, sendo que, na Europa, os custos externos totais para a sociedade relacionados com a saúde e provocados pela poluição atmosférica estão estimados entre 330 e 940 mil milhões de euros por ano.

A proposta da Comissão revoga e substitui a diretiva existente relativa a valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos, estabelecendo novos valores-limite de emissão de dióxido de enxofre, óxidos de azoto, amoníaco e compostos orgânicos voláteis não-metânicos para 2020 e 2030.

Visto que, por um lado, estes valores refletem os limites que foram acordados a nível internacional ao abrigo do Protocolo de Gotemburgo, e dado que, por outro lado, só o respeito destes limites, por parte dos Estados Membros, possibilitará o cumprimento das suas metas de redução de emissões, votei favoravelmente.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Am votat împotriva raportului privind reducerea emisiilor naționale de anumiți poluanți atmosferici, deoarece am considerat, împreună cu alți europarlamentari români, că ambițiile și obiectivele Uniunii Europene în materie de reducere a efectelor poluării la nivel european trebuie să țină cont de PIB-ul, capacitatea de investiții pe termen mediu și lung, dezvoltarea tehnologică și economică a țărilor membre.

În ceea ce privește efectul impunerii acestei propuneri în România, am considerat că este imperativ ca procentul de reducere a emisiilor cu caracter poluant, stabilit prin această propunere, să fie realist și relevant și să nu afecteze în mod negativ procesul economic și industrial din România.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP abstained on the legislative report on Emissions of certain atmospheric pollutants. We in UKIP firmly believe in the importance of improving air quality. Air pollution does not only have a negative effect on human beings, it also causes harm to plants and animals. This said, UKIP is firmly against the creation of further EU legislation. In this particular case, we are concerned of the considerable increase of administrative burden for industry and governments. Member States should be free to adopt specific measures at national level. We are also concerned at the possibility of fines being levied against the UK by the EU.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A má qualidade atmosférica é responsável por cerca de 400 mil mortes anuais. A isto acrescenta-se o enorme esforço financeiro em cuidados médicos.

Votou-se a revisão da Diretiva que estabelece valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos (dióxido de carbono, enxofre, óxidos de azoto, etc.). É uma proposta mais ambiciosa. São definidos diferentes limites para cada Estado-Membro e para cada poluente. A proposta resulta de uma difícil negociação com o Conselho.

Houve vários temas controversos entre os grupos, principalmente os relacionados com a inclusão do metano e a exigência de objetivos menos ambiciosos para a amónia. Foi acordado apoiar a inclusão plena da amónia e isentar as emissões de metano entérico produzido pelo gado ruminante.

O S&D pretendia objetivos mais ambiciosos, mas apoiamos o acordo na medida em que é o melhor que se consegue obter sem correr o risco da retenção indefinida da Diretiva no Conselho.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La mala calidad del aire es responsable de más de 400 000 muertes prematuras/año y su costo económico para la salud se estima entre 300 000 y 900 000 millones de euros anuales.

Muchos grupos sociodemográficos vulnerables se ven particularmente afectados y alrededor del 90 % de los europeos que viven en ciudades están expuestos a niveles de contaminación atmosférica considerados perjudiciales para la salud humana.

Dentro del Paquete sobre Calidad del Aire de la Comisión (18.12.2013), se incluye una propuesta de modificación de la Directiva 2001/81/EC de techos nacionales de emisión (Directiva NEC/TNE) que sustituye al actual régimen de limitación anual de determinados contaminantes atmosféricos.

El objetivo es reducir las emisiones con el fin de abordar los riesgos para la salud y los efectos medioambientales que representan. La propuesta fija límites para cada Estado a cinco contaminantes tóxicos: dióxido de azufre (SO_2), óxidos de nitrógeno (NO_x), partículas finas (PM 2,5), compuestos orgánicos volátiles no metánicos (COVMM) y amoníaco (NH3).

Aunque hubiera deseado un acuerdo más ambicioso, a la vista de la oposición del Consejo, voté a favor del acuerdo alcanzado a fin de que se apliquen los importantes pasos que contiene frente a los altos riesgos para la salud y los impactos ambientales que genera la contaminación atmosférica.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En 2015, j'avais déjà voté en faveur de la position du Parlement européen sur cette directive visant à réduire la pollution atmosphérique et donc à améliorer la qualité de l'air dans l'Union européenne à l'horizon 2030. Le texte de compromis négocié entre le Parlement et le Conseil n'est pas parfait. Il est en tout cas moins ambitieux que la position initiale du Parlement européen. Mais malgré cette ambition revue à la baisse, j'ai fait le choix d'apporter mon soutien à cette révision car je suis convaincu qu'elle permettra des avancées importantes en matière de santé publique en réduisant considérablement le nombre de décès prématurés liés à la pollution atmosphérique dans l'Union européenne.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Svarstomas rezoliucijos projektas apima labai svarbią aplinkosaugos sritį. Pats dokumentas yra parengtas gerai, išskyrus keletą dešiniųjų frakcijų kolegų parengtų pakeitimų, kuriais siūlomas laisvesnis teršalų reguliavimo režimas. Džiaugiuosi, kad juos pavyko atmesti ir gavome gerą rezoliuciją.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre a proposta de Diretiva do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à redução das emissões nacionais de determinados poluentes atmosféricos, alterando a Diretiva 2003/35/CE.

Recordo que a poluição atmosférica é responsável por mais de 400 mil mortes prematuras por ano em toda a União Europeia.

Com a aprovação deste relatório, o Parlamento aprovou novas metas nacionais de redução de emissões, estabelecendo valores-limite nacionais de emissão de determinados poluentes atmosféricos, como o dióxido de enxofre, óxidos de azoto e partículas finas.

Ficam também contemplados novos objetivos de redução dos impactos da poluição atmosférica para a saúde em cerca de 50 % até 2030, estipulando diferentes limites para cada Estado-Membro e para cada poluente.

Por considerar globalmente positiva estas alterações constantes desta proposta de Diretiva, na medida em que contribuem para melhorar a qualidade do ar e combater problemas ambientais e de saúde pública, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui fixe de nouveaux plafonds nationaux concernant certains polluants et permettra un contrôle ambitieux du niveau de pollution de l'air dans l'Union européenne.

En effet, nous devons apporter des solutions au phénomène grave qu'est la pollution de l'air et qui provoque chaque année plus de 400 000 décès prématurés dans l'Union européenne dont plus de 48 000 en France! En votant ce rapport, nous poursuivons l'objectif de l'amélioration de la qualité de l'air, et l'Union européenne s'engage pleinement pour la protection des citoyens européens contre la pollution atmosphérique.

Ce texte fixe des plafonds nationaux réalistes d'émissions pour cinq substances polluantes en demandant notamment l'exclusion du méthane du champ d'application de la directive. Ainsi, l'Europe se fixe comme objectif ambitieux de réduire de près de 50 % d'ici 2030 l'impact de la pollution de l'air sur la santé, tout en ne créant pas de complications additionnelles pour les agriculteurs.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe porque, si bien, el Parlamento Europeo y la Comisión habían propuesto medidas mucho más sólidas, estas mismas no han tenido éxito durante las negociaciones con el Consejo.

Puntos débiles del acuerdo alcanzado:

— El Consejo logró eliminar el metano y el mercurio del acuerdo final.

— Flexibilidad para los Estados miembros. El Consejo ha logrado obligar al Parlamento a aceptar varias de las llamadas «flexibilidades» de la Directiva, lo que hace que los límites sean mucho más difíciles de hacer cumplir.

— No hay objetivos intermedios vinculantes 2025. El Parlamento pidió objetivos intermedios vinculantes para todos los contaminantes excepto el metano, pero al final aceptó la posición del Consejo que tenía esos objetivos sólo indicativos.

— La reducción de la mortalidad prematura en 2030. El texto original enmendado por el Parlamento Europeo contenía un compromiso jurídicamente vinculante de reducir la mortalidad prematura en 2030 causada por la contaminación del aire en un 52 % con respecto a 2005. Finalmente se acepta la propuesta del Consejo del 49,6 %.

Si bien el texto acordado persigue mejorar aún más las condiciones de calidad del aire, el texto fue significativamente diluido por el Consejo durante las negociaciones.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution in support of better air quality and improved public health. Air pollution leads to chronic, debilitating and fatal diseases which are, in many cases, avoidable. Complying with the new limits may be challenging, but there are a number of flexibilities in the directive which will help, including the non-binding nature of interim targets. Such big changes, bringing with them significant improvements to public health, cannot happen immediately. But setting ambitious targets for the long term health of people and society is critical. Preventing disease is not only the best option for the individual – it also delivers the biggest savings to society in the long run through lower health and social costs.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe gestimmt, da dieser Emissionsgrenzen nennt, welche klare Vorteile für die Gesundheit und die Umwelt bringen.

Der Bericht hält fest, dass die neue Emissionsobergrenze von den Mitgliedstaaten bis mindestens 2020 läuft, und erstellt neue Emissionsreduzierungsmethoden.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que el resultado final de las negociaciones en los trílogos ha reducido las exigencias de la posición inicial del Parlamento, poniendo a los Estados miembros el mantenimiento de la situación actual más fácil. Esta directiva ha resultado una oportunidad perdida para obligar a los Estados a tomar medidas inmediatas para mejorar la calidad del aire en su territorio, especialmente en las grandes ciudades. Nos enfrentamos a una situación crítica, donde se están produciendo miles de muertes debido a la mala calidad del aire que respiramos en las principales zonas urbanas de la Unión, sin embargo, pese a una buena posición de partida del Parlamento Europeo, en las negociaciones con el Consejo y la Comisión se han reducido el carácter obligatorio de las medidas, dejando de lado la verdadera emergencia que debemos enfrentar. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ogni anno l'inquinamento atmosferico provoca oltre 400 mila morti premature nell'Unione europea, costituendo il principale fattore ambientale di rischio per la salute dell'uomo. L'inquinamento imputabile, ad esempio, ai trasporti, al riscaldamento, all'industria e all'agricoltura implica, inoltre, elevati costi esterni dovuti ai giorni lavorativi persi, alle spese sanitarie, alla perdita di resa delle colture e ai danni arrecati agli edifici, per un totale che varia dai 330 ai 940 miliardi di euro all'anno.

Ho votato pertanto a favore della proposta di aggiornamento della direttiva che fissa i limiti nazionali di emissione degli inquinanti atmosferici, auspicando che la nuova normativa contribuisca a ridurre i decessi prematuri e a migliorare la qualità dell'aria.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote as I do not wish for the EU to get involved in emissions.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Unia Europejska przykłada ogromną wagę do kwestii ochrony środowiska oraz walki z efektami zmian klimatycznych. Działania te muszą jednak brać pod uwagę wiele czynników oraz długofalowe skutki dla różnych sektorów gospodarki, z których rolnictwo zajmuje szczególną pozycję.

Warto przy tym pamiętać, że rolnictwo i leśnictwo są jedynymi sektorami gospodarki, które należą wprawdzie do znacznych emitentów gazów cieplarnianych, jednak są też sektorami, które jednocześnie przeciwdziałają globalnemu ociepleniu przez pochłanianie i wiązanie w glebie i roślinach znacznych ilości dwutlenku węgla. Ponadto rolnictwo i leśnictwo są kluczowe dla zapewnienia w Europie bezpieczeństwa żywnościowego oraz zaopatrzenia wielu gałęzi przemysłu w surowce. Z uwagi na ten specyficzny charakter, funkcje środowiskowe pełnione przez rolnictwo, oraz już wprowadzone obostrzenia problematycznym dla sektora byłoby uwzględnienie zobowiązań do emisji metanu w dyrektywie w sprawie krajowych pułapów emisji. Dobrze się więc stało, że metan został w tym sprawozdaniu wyłączony.

Państwa członkowskie UE są bardzo zróżnicowane pod względem struktury produkcji rolnej, wielkości gospodarstw czy form produkcji, dlatego też modernizacja tego sektora pod kątem zmniejszania emisji gazów cieplarnianych oraz wpływu środowiskowego powinna być realizowana w sposób na tyle elastyczny, aby spowodować nie zastój gospodarczy a rozwój gospodarki w kierunku innowacyjnych i zrównoważonych rozwiązań. W każdym wypadku należy zadbać o synergię między polityką rolną i energetyczną oraz środowiskiem.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of a first reading agreement on the revised National Emissions Ceiling Directive (NECD). This directive is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300 billion and EUR 900 billion every year. This deal will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for what they emit. The Member States now need to act to fully implement the directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Onečišćenje zraka problem je na lokalnoj, paneuropskoj i globalnoj razini jer onečišćujuće čestice u zraku ispuštene u jednoj zemlji vrlo lako dospijevaju u druge zemlje pritom uzrokujući ili doprinoseći lošoj kvaliteti zraka. Stoga su snažniji napori za rješavanje ovog problema itekako potrebni.

Europska unija djeluje na brojnim razinama u smanjenju izloženosti ovom problemu: putem zakonodavstva, suradnjom sa sektorima odgovornima za onečišćenje, nacionalnim i regionalnim tijelima, nevladinim organizacijama te putem istraživanja.

Revidiranom Tematskom strategijom o onečišćenju zraka određeni su novi strateški ciljevi za razdoblje do 2030. zbog ostvarenja ciljeva Unije, a uključuju mjere kojima se nastoje smanjiti emisije dušikovog dioksida, dušikovog oksida, amonijaka, sitne lebdeće čestice te broj oboljelih i prerano umrlih zbog bolesti uzrokovanih onečišćenjem zraka. No, u obzir i dalje nisu uzete emisije zrakoplovstva pri polijetanju i slijetanju, kao ni emisije nastale pomorskim prometom.

Potrebno je izmijeniti Direktivu 2003/35/EZ Europskog parlamenta i Vijeća kako bi se osigurala dosljednost ove Direktive s Konvencijom iz Aarhusa iz 1998. o pristupu informacijama, sudjelovanju javnosti u odlučivanju i pristupu pravosuđu u pitanjima okoliša.

Pojačan napor svih zemalja članica ključan je čimbenik ovog procesa pri smanjenju emisija klimatskih onečišćivača te poboljšanju kvalitete zraka na svjetskoj razini.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Aj keď EÚ a jej členské štáty dosiahli určitý pokrok v oblasti zmenšovania znečistenia ovzdušia, musím aj ja konštatovať, že mnohé členské štáty nedodržiavajú všetky dohodnuté normy. Hlasovala som preto za návrh legislatívneho uznesenia, lebo si myslím, že ak chceme splniť dlhodobé ciele v oblasti kvality ovzdušia, musíme prijať také opatrenia, ktoré zabezpečia zníženie znečisťovania zo stredne veľkých spaľovacích zariadení, akými sú elektrárne pre veľké budovy a malé priemyselné zariadenia. Rovnako ako spravodajkyňa aj podporujem nový záväzok Komisie pre zavedenie inteligentnejšej a efektívnejšej regulácie a zmenšenie administratívnej záťaže podnikov a členských štátov. Verím, že stropy pre cieľové dátumy uvedené v správe dokážu nielen dostatočne stimulovať znižovanie emisii, ale zároveň budú stanovené na úrovni, ktorá je reálna, primeraná, uskutočniteľná a nebude mať neúmerný vplyv na žiadne odvetvie. Za dôležité považujem aj to, aby Komisia vo vzťahu plnenia záväzkov v oblasti znižovania emisii zohrávala úlohu komplexného dohľadu a varovania a členským štátom tak pomáhala dosiahnuť stanovené ciele.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně.* – Podpořila jsem zprávu Evropského parlamentu o návrhu směrnice Evropského paramentu a Rady o snížení národních emisí některých látek znečišťujících ovzduší a o změně směrnice 2003/35/ES, která je ve třetím čtení. Směrnice stanovuje cíle pro snížení emisí nejzávažnějších polutantů ovzduší (oxidu siřičitého, oxidů dusíku, těkavých organických látek nebo amoniaku) stanovením redukčních cílů do roku 2030 pro jednotlivé členské státy a EU jako celek oproti referenčním hodnotám roku 2005. EU se do roku 2030 zavázala ke snížení celkových emisí o 49,6 %. Přestože Evropský parlament zašel při stanovování cílů snižování emisí ještě dále, než byl návrh předložený Komisí, pro Českou republiku se jedná o cíle splnitelné, které nebudou znamenat neřešitelnou hospodářskou zátěž. Pro naši zemi je navíc důležité, že se tak omezí přeshraniční znečištění přicházející převážně z Polska. Jsem přesvědčena, že cíle v oblasti snížení emisí nejzávažnějších polutantů, o kterých jsme dnes hlasovali, přispějí z dlouhodobého hlediska ke snížení negativních dopadů těchto emisí na životní prostředí a zdraví obyvatel.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno.* – Predlog direktive, ki jo obravnava to poročilo, zagotavlja, da se bodo obstoječe zgornje meje emisij onesnaževal zraka iz Direktive 2001/81/ES uporabljale do leta 2020 in obenem določa nove nacionalne obveznosti glede zmanjšanja emisij do leta 2030. Nacionalne zgornje meje emisij so namenjene zmanjševanju onesnaženosti zraka in njenih škodljivih vplivov na javno zdravje in okolje v vsej Evropski uniji.

Ker je onesnaženost zraka čezmejne narave, ta problematika zahteva pristop na več ravneh, pri čemer je del odgovornosti treba prevzeti tako na evropski kot tudi nacionalni, regionalni in lokalni ravni. Zmanjšanje onesnaženosti bo mogoče samo s celostnim pristopom, ki upošteva odgovornost onesnaževalcev, pravne pristojnosti in pravično razdelitev stroškov.

Predlog Komisije je v več delih žal premalo ambiciozen, saj državam članicam na primer ne nalaga zavezujočih vmesnih ciljev (2025), ki bi jih spodbudili k stalnemu in enakomernemu zmanjševanju emisij ter uresničenju ciljev do leta 2030, iz seznama onesnaževal v celoti izvzema škodljiv metan ter ne upošteva zahtev Parlamenta za spremembo zakonodaje, ki bi bolj upoštevala pomen čistega zraka in drugih okoljskih ciljev. Tudi poročilo Parlamenta teh pomanjkljivosti ne nagovarja, niti ne predlaga ustreznih sprememb v predlogu Komisije, zato ga pri glasovanju nisem podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Boj proti znečisteniu ovzdušia musí prebiehať na úrovni celej Európskej únie. Je však potrebné zohľadňovať aj špecifiká jednotlivých štátov a posudzovať štruktúru ich hospodárstva. Stropy na emisie jednotlivých škodlivých látok musia byť nastavené tak, aby nepoškodzovali rozvoj priemyselnej výroby.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – This directive is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300billion and EUR 900 billion every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

This deal will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for what they emit. The Member States now need to act to fully implement the directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Bei der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe und zur Änderung der Richtlinie 2003/35/EG habe ich mich enthalten.

Diese Richtlinie betrifft Schadstoffe und Emissionen. Ich hielte es für besser, wenn Schadstoffe durch nationale demokratische Entscheidungen reguliert würden. Die Regulierung von sog. Klimagasen lehne ich ab.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ jer ispravno identificira nedostatke postojeće regulative, posebice kada je riječ o isplativosti mjera za smanjenje emisija i prioritetima konkretnih političkih mjera koje ciljaju na smanjenje zdravstvenih rizika ugroženih skupina. Nužan je pomak prema korištenju i osmišljavanju novih tehnologija koje su čiste i učinkovite. U tu svrhu potrebno je angažirati dodatna proračunska sredstva kako bi se postigla zadovoljavajuća razina kvalitete zraka i kako bi se izbjegao negativan utjecaj na zdravlje ljudi. Atmosferski onečišćivači ne utječu samo na ljude, nego i na okoliš i životinjski i biljni svijet – potrebno je djelovati kako bi se poništile moguće posljedice za ekosustav u cijelosti.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zmanjšanju nacionalnih emisij za nekatera onesnaževala zraka in o spremembi Direktive 2003/35/ES.

Onesnaženost zraka, ki v številkah pomeni 330–940 milijard evrov na leto, kolikor znašajo skupni stroški družbe zaradi onesnaženosti zraka, mora ostati pomembno vprašanje, ki ga moramo obravnavati na ravni celotne Evropske unije.

Podpiram predlog Komisije, ki z novo direktivo določa nove zgornje meje emisij za nekatere kemične spojine. Soočamo se namreč s problemom, da številne države članice še vedno ne dosegajo dogovorjenih standardov.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η περίπτωση της ποιότητας του ατμοσφαιρικού αέρα αποτελεί διασυνοριακό ζήτημα υγείας και περιβάλλοντος. Η έκθεση αυτή αφορά την πρόταση της Επιτροπής για αναθεώρηση της ήδη υπάρχουσας οδηγίας ΕΑΟΕ καθορίζοντας νέα ανώτατα όρια για τις εκπομπές διοξειδίου του θείου, οξειδίων του αζώτου, αμμωνίας και πτητικών οργανικών ενώσεων εκτός από το μεθάνιο για το 2020 και το 2030. Πολλά, ωστόσο, είναι τα αδύνατα σημεία της έκθεσης. Το κείμενο δεν είναι φιλόδοξο όσον αφορά τα όρια εκπεμπόμενων ρύπων, ενώ υπάρχει ευελιξία στην εφαρμογή της οδηγίας από τα κράτη μέλη, γεγονός που καθιστά την εφαρμογή των ορίων πολύ δύσκολη. Πρόσθετα, δεν υπάρχουν δεσμευτικοί ενδιάμεσοι στόχοι για το 2025. Λαμβάνοντας υπόψη τις πιο πάνω αδυναμίες προχωρήσαμε στην καταψήφιση της έκθεσης.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η ποιότητα του ατμοσφαιρικού αέρα αποτελεί ένα σημαντικό διασυνοριακό ζήτημα υγείας και περιβάλλοντος, το οποίο έχει τεράστιο αντίκτυπο σε όλους του πολίτες της Ευρωπαϊκής Ένωσης και απαιτεί άμεση δράση. Όλα τα κράτη μέλη οφείλουν να εκπληρώσουν τις υποχρεώσεις τους καθώς και να προβλέπουν μέτρα για τον έγκαιρο εντοπισμό του προβλήματος, ώστε να παρέχεται δυνατότητα λήψης επανορθωτικών μέτρων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metán kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárás-technikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mert úgy vélem, hogy a lehetőségekhez képest ambiciózus javaslatokat fogalmaz meg az európai bizottsági javaslatra. Fontos kompromisszumokat sikerült elérni az EP jogalkotási folyamata során, és bízom abban, hogy a tagállamok is aktívan fogják támogatni azt. Sőt, úgy gondolom, hogy igenis gyorsabb és határozottabb lépések is belefférnének a károsanyag-szennyezés csökkentése érdekében, a 2030-as céldátumot akár hamarabb is el lehet érni.

Mint azt a jelentés is megfogalmazza, a légszennyezés évente 400 ezer európai korai halálához vezet, de ez itt nem áll meg: az egész ökoszisztémát veszélyezteti az emberi tevékenység okozta károsanyag-kibocsátás. Mindennek komoly költségvonzatai vannak, így minél hamarabb felszámoljuk, annál hamarabb tudjuk másra költeni ezt a rengetek összeget, például rendes egészségügyi rendszerre, vagy valós tudást adó oktatásra. Úgy vélem, hogy egy minden szektort lefedő, komplex fellépésre van szükség.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Ținând cont de faptul că, la sfârșitul anului 2016, nu se poate spune că avem un aer curat, propunerea de directivă privind reducerea emisiilor naționale de anumiți poluanți atmosferici este de bun augur.

Evident că sunt necesare nu doar noi angajamente ale statelor membre pentru reducerea emisiilor la nivel național în perspectiva anilor 2020, 2025 și 2030 pentru principalii șase poluanți atmosferici, ci și adoptarea, punerea în aplicare și actualizarea programelor naționale de control al poluării atmosferice (care să includă măsuri rentabile specifice fiecărui sector poluant în parte), realizarea de inventare naționale de emisii și diseminarea acestor informații, eficientizarea controalelor, etc.

Desigur, atingerea limitelor de emisii naționale de către fiecare stat membru necesită susținere financiară europeană pentru fiecare sector poluant în parte, în funcție de gradul și intensitatea impactului negativ al poluanților respectivi asupra sănătății umane și asupra mediului, astfel încât să fie realizabil și dezideratul: economia verde europeană.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Poluarea atmosferică a atins cote alarmante în statele membre ale Uniunii Europene. Anual, se înregistrează nu mai puțin de 400 000 de decese premature cauzate de poluare, iar costurile economice sunt estimate la aproximativ 300 de miliarde de euro. De asemenea, se estimează că aproape 90 % dintre europenii care trăiesc la oraș sunt expuși la acest tip de poluare dăunătoare sănătății umane. Din aceste motive, Uniunea Europeană a decis să adopte reglementări care să limiteze în mod semnificativ acest fenomen negativ și să limiteze numărul de decese premature la jumătate până în 2030. Sunt vizate emisiile toxice de bioxid de sulf, oxizi de azot, particule în suspensie, compuși organici volatili nemetanici și amoniac. Plafoanele impuse la nivel național sunt insuficiente pentru a gestiona situația și, de aceea, se impune o reglementare la nivel european.

În urma unor negocieri dificile, propunerea Comisiei a fost acceptată, cu o serie de amendamente de către Consiliu în luna iulie a acestui an. Deși documentul rezultat ar fi putut fi mai ambițios în privința țintelor de atins, el constituie un pas decisiv în combaterea poluării și trebuie adoptat cât mai curând, pentru a genera efecte pozitive în plan concret. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – 500 000 Européens meurent prématurément chaque année de maladies liées à la pollution de l'air. Nous avons voté pour une remise en question des plafonds nationaux que nous jugions trop bas en ce qui concerne les plus grands polluants atmosphériques. Même s'il ne s'agit pas totalement d'un bol d'air pur, on peut quand même se réjouir de ce souffle dans la bonne direction.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Air pollution is a major health risk in the EU that causes more than 400 000 premature deaths each year. It is a cross-border threat that must be tackled at the European level. This directive will save lives: it will avoid tens of thousands of premature deaths annually and improve the quality of the environment. Meeting the new targets will cut the negative health effects of pollution by half by 2030. Tackling air pollution also brings economic benefits to society, since the economic cost of the health impacts of air pollution is estimated at 3-9% of GDP.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – La pollution atmosphérique constitue le premier risque sanitaire d'origine environnementale en Europe. Elle raccourcit l'espérance de vie et est à l'origine de maladies graves, telles que les maladies cardiaques, les troubles respiratoires et les cancers.

Selon le dernier rapport par l'Agence européenne pour l'environnement (AEE) publié en 2015, la pollution de l'air continue de causer plus 430 000 décès prématurés en Europe par an.

Ainsi, dès décembre 2013, la Commission Européenne avait présenté un paquet législatif «Qualité de l'air», qui révisait la directive NEC/PEN, en s'alignant sur les engagements pris au niveau international à la suite de la révision du protocole de Göteborg en 2012.

Lors de la première lecture au Parlement Européen, en octobre 2015, mon collègue Éric Andrieu avait suggéré d'exclure le méthane entérique de la limitation des émissions de méthane. Malheureusement, à la suite des discussions en trilogue, le Conseil a demandé l'exclusion des émissions de méthane de la directive, pour répondre aux attentes du secteur agricole européen.

Cependant, je me félicite de l'adoption de ce rapport, qui établit des plafonds nationaux pour les émissions de cinq gaz polluants, dont les particules fines, responsables de milliers de morts par an.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Il livello di inquinanti atmosferici nell'aria non è ancora sceso sotto livelli necessari per la tutela della salute umana e dell'ambiente. Ritengo che siano necessari sforzi ulteriori per ridurre le oltre 460.000 morti premature causate ogni anno dalle polveri sottili, oltre che le 80.000 dovute dalle emissioni di diossido di azoto.

Credo che la riduzione degli inquinanti emessi ogni anno, pur riconoscendo i possibili effetti economici negativi che verrebbero registrati per alcuni settori, sia un importante stimolo alla ricerca nelle tecnologie verdi.

La creazione di innumerevoli posti di lavoro nel settore lancerebbe un segnale positivo da Bruxelles, dimostrando concretamente l'impegno che l'Unione europea si è assunta nella tutela dei propri cittadini, anche a fronte di nuove sfide sul piano della crescita economica. Saranno inoltre notevolmente ridimensionati i costi della sanità pubblica, ora consistenti a causa di malattie cardiovascolari e respiratorie.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A rossz levegőminőség vezető környezeti halálok az Európai Unióban, amely évente 400 ezer ember korai elhalálozásához vezet.

Az egyes légköri szennyezőanyagok nemzeti kibocsátásainak csökkentéséről szóló irányelv célja, hogy Unió-szerte csökkenjen a levegőszennyezés mértéke, valamint az emberi egészségre és a környezetre gyakorolt káros hatása. Az új szabályozás csökkentést ír elő a tagállamoknak a kén-dioxid (SO_2), nitrogén-oxidok (NO_x), illékony (nem metán) szerves vegyületek (NMVOC), ammónia (NH3), és finom részecskék (2,5 mikrométernél kisebb átmérőjű szálló por) kibocsátásában.

Magyarország számára a legnagyobb problémát kezdetektől a mezőgazdaság teljesítményét érintő ammónia és a lakossági fűtéssel összefüggő kisméretű részecske (PM2,5) kibocsátás 2030-ra vonatkozó csökkentési kötelezettségének mértéke jelentette. Vitatott volt továbbá, hogy van-e helye a javaslatban metán-kibocsátások szabályozásának, tekintve, hogy a metán nem levegőszennyező anyag, hanem üvegházhatású gáz, és ezért célszerűbb lenne továbbra is a klímavédelem területén kezelni.

A hosszan elhúzódó tárgyalások alatt képviselt álláspontunk eredményeként az elfogadásra került változatban szereplő célértékek szakmai szempontból teljesíthetőek, a tagállamok nyomására pedig végül a metán is kikerült a szabályozás köréből.

Bár a holland elnökség a tárgyalásokat meglehetősen erőltetett menetben hajszolta és szokatlan eljárás-technikai megoldással kényszerítette ki a végső döntést, a fentiekre tekintettel támogattam szavazatommal a megállapodást.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Izrazio sam podršku „Prijedlogu rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ". Izvješće nudi kvalitetniju soluciju korištenja modernih tehnologija koje će podignuti učinkovitost suzbijanja emisija atmosferskih onečišćivača. Izvješće je meritorno definiralo nedostatke postojeće regulative s naglaskom na isplativost mjera smanjenja onečišćujućih emisija te na uspostavljanje adekvatnih političkih mjera koje će smanjivati zdravstvene rizike.

Uzimajući u obzir da onečišćivači utječu na cjelokupni ekosustav, potrebno je iz proračuna Europske unije angažirati dodatna financijska sredstva kako bi se uspostavila odgovarajuća kvaliteta zraka. Izvješćem se inzistira da se u uređivanju ekološke politike Europske unije postigne potpuna sukladnost s pozitivno-pravnim legislativnim rješenjima. Također, posebno ističem zakonodavnu intenciju kojom se uzima u obzir načelo proporcionalnosti te se u reguliranju navedene materije vodi računa o ekonomski racionalnim potezima i troškovno učinkovitijim mjerama.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu.* – Balsavau už Europos Parlamento narės J. Girling pranešimą dėl kelių svarbių priežasčių. Gera oro kokybė yra labai svarbi ES gyventojams ne tik dėl sveikatos, bet ir dėl begalės kitų priežasčių. Todėl manau, kad šis klausimas turi būti sprendžiamas už tai atsakingų institucijų. Norint veiksmingai kovoti su aplinkos ir oro užterštumu privaloma finansiškai remti ES šalis. Kadangi šios problemos sprendimas yra aktualus visoms šalims, Europos Sąjungai tenka didelė atsakomybė už tai, kad būtų įvestos tinkamos taisyklės ir apribojimai. Svarbu paminėti, kad įvestų taisyklių ir apribojimų laikymasis turėtų būti lankstus ir jas turėtų būti įmanoma įvykdyti visoms ES narėms. Kaip tik šias problemas savo pranešime apibendrino J. Girling.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Iako su politike Europske unije u velikoj mjeri usmjerene na očuvanje i zaštitu okoliša, može se primijetiti da je veći dio fokusa usmjeren na rješavanje problema klimatskih promjena, dok je daleko manja pažnja dana kvaliteti zraka. S obzirom da loša kvaliteta zraka pridonosi preuranjenoj smrtnosti, bolestima, gubitku produktivnosti, gubitku prinosa usjeva i oštećenju zgrada, jasno je da su emisije atmosferskih zagađivača zdravstveni i ekološki problem.

Podržavam to što je u izvješću prepoznata potreba za smanjenjem negativnih utjecaja i rizika koje onečišćeni zrak ima na okoliš i na ljudsko zdravlje, no smatram da se uspostavom novih, povišenih ograničenja neće postići mnogo budući da pojedine države članice ne mogu ostvariti zadane ciljeve.

Smatram da je prije svega potrebno za svaku državu članicu odrediti ciljeve koje će ona biti u mogućnosti zaista ispuniti, te sam sukladno tome glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu direktive EU parlamenta in Sveta o zmanjšanju nacionalnih emisij za nekatera onesnaževala zraka in o spremembi Direktive 2003/35/ES sem podprla.

Zakonodaja EU mora temeljiti na oblikovanju politike na podlagi dokazov. Glede kakovosti zraka je jasno, saj gre za pomembno čezmejno vprašanje in zadeva človeško zdravje ter okolje. Nizka kakovost zraka prispeva k prezgodnji umrljivosti, odsotnosti z dela zaradi bolezni, visokim stroškom zdravstvene oskrbe, manjši produktivnosti, izgubi pridelka in škodi na stavbah. V Evropi se skupni zunanji stroški družbe, ki so povezani z zdravjem in so posledica onesnaženosti zraka, ocenjujejo na približno 330–940 milijard EUR na leto.

Poleg tega je vse več dokazov, da usedanje atmosferskih delcev dušika v ozračju povzroča spremembe v naravnem okolju, kot so zmanjšana raznolikost pritalne vegetacije, manjša rast rastlin in neuravnoteženo stanje prehranjenosti zaradi evtrofikacije in zakisljevanja.

Predlog Komisije razveljavlja in nadomešča sedanjo Direktivo o nacionalnih zgornjih mejah emisij ter določa nove zgornje meje emisij za žveplov dioksid, dušikove okside, amonijak in nemetanske hlapne organske spojine za obdobje od leta 2020 in od leta 2030.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Voto en contra del informe porque, si bien, el Parlamento Europeo y la Comisión habían propuesto medidas mucho más sólidas, estas mismas no han tenido éxito durante las negociaciones con el Consejo.

Puntos débiles del acuerdo alcanzado:

— El Consejo logró eliminar el metano y el mercurio del acuerdo final.

— Flexibilidad para los Estados miembros. El Consejo ha logrado obligar al Parlamento a aceptar varias de las llamadas «flexibilidades» de la Directiva, lo que hace que los límites sean mucho más difíciles de hacer cumplir.

— No hay objetivos intermedios vinculantes 2025. El Parlamento pidió objetivos intermedios vinculantes para todos los contaminantes excepto el metano, pero al final aceptó la posición del Consejo que tenía esos objetivos sólo indicativos.

— La reducción de la mortalidad prematura en 2030. El texto original enmendado por el Parlamento Europeo contenía un compromiso jurídicamente vinculante de reducir la mortalidad prematura en 2030 causada por la contaminación del aire en un 52 % con respecto a 2005. Finalmente se acepta la propuesta del Consejo del 49,6 %.

Si bien el texto acordado persigue mejorar aún más las condiciones de calidad del aire, el texto fue significativamente diluido por el Consejo durante las negociaciones.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport ne me satisfait pas, en effet, à de nombreux égards:

— il renforce considérablement le pouvoir réglementaire de la Commission et renforce les prérogatives de l'Union européenne sur les États membres dans l'élaboration et l'application des programmes nationaux de réduction des émissions. En outre, le texte supprime certaines facilités, jusqu'à présent accordées aux États;

— nous ne saurions soutenir l'inclusion du méthane dans le champ d'application de la directive, car une telle inclusion constituerait une contrainte inacceptable pour le secteur agricole.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Powyższe sprawozdanie jest dogodnym dla wielu krajów, ale nie dla polskiej gospodarki, która oparta jest w 90 % na węglu. To węgiel powoduje największy przyrost dwutlenku węgla w atmosferze. Terminy, jakie są zaproponowane w sprawozdaniu, nie pozwalają przebranżowić się gospodarce polskiej. Głosowałem przeciwko sprawozdaniu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A tényeken alapuló politikaalkotásnak az uniós jogi szabályozás sarokkövét kell képeznie. A jogszabályoknak részletes és átfogó hatásvizsgálatokon kell alapulniuk, amelyek rámutatnak, hogy egy jogszabály miért ad választ a javaslat szükségességének és arányosságának központi kérdésére, és miként méri fel, hogy az uniós szintű fellépés lenne-e a leghatékonyabb. A levegőminőség tekintetében a válasz egyértelmű: az emberi egészséget és a környezetet érintő jelentős, országhatárokon átterjedő problémáról van szó, amely súlyosan kihat valamennyi uniós polgár életére, és azonnali fellépést igényel. Voksommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto en contra del informe porque, si bien, el Parlamento Europeo y la Comisión habían propuesto medidas mucho más sólidas, estas mismas no han tenido éxito durante las negociaciones con el Consejo.

Puntos débiles del acuerdo alcanzado:

— El Consejo logró eliminar el metano y el mercurio del acuerdo final.

— Flexibilidad para los Estados miembros. El Consejo ha logrado obligar al Parlamento a aceptar varias de las llamadas «flexibilidades» de la Directiva, lo que hace que los límites sean mucho más difíciles de hacer cumplir.

— No hay objetivos intermedios vinculantes 2025. El Parlamento pidió objetivos intermedios vinculantes para todos los contaminantes excepto el metano, pero al final aceptó la posición del Consejo que tenía esos objetivos sólo indicativos.

— La reducción de la mortalidad prematura en 2030. El texto original enmendado por el Parlamento Europeo contenía un compromiso jurídicamente vinculante de reducir la mortalidad prematura en 2030 causada por la contaminación del aire en un 52 % con respecto a 2005. Finalmente se acepta la propuesta del Consejo del 49,6 %.

Si bien el texto acordado persigue mejorar aún más las condiciones de calidad del aire, el texto fue significativamente diluido por el Consejo durante las negociaciones.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Ši direktyva turėtų padėti ekonomiškai efektyviu būdu siekti Sąjungos teisės aktuose nustatytų oro kokybės tikslų, švelninti klimato kaitos poveikį, mažinant išmetamą trumpaamžių atmosferos teršalų kiekį, ir apskritai gerinti oro kokybę.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the reduction of national emissions of certain atmospheric pollutants and amending Directive 2003/35/EC. Close to half a million Europeans die every year from diseases linked to the millions of tons of gases and particulates human activity releases into the atmosphere. The aim of the new directive is to set tougher emission limits for key air pollutants. I voted in favour because I believe that the directive would set national targets to reduce emissions from five key air pollutants by 2030 compared to 2005.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta de Directiva de reducción de emisiones de contaminantes atmosféricos, conocida como techos nacionales de emisión (NEC), es un instrumento esencial para mejorar la calidad del aire. Además de establecer topes máximos nacionales para los años 2020 y 2030 (el acuerdo sobre esta última fecha constituye una novedad), exige a los Estados miembros la elaboración de programas nacionales de control de la contaminación del aire y el seguimiento sistemático del impacto de la contaminación atmosférica en los ecosistemas. Las cifras consensuadas suponen drásticas reducciones de las emisiones de contaminantes, que persiguen lograr una significativa disminución del impacto en salud medido en muertes prematuras provocadas por la mala calidad del aire (se estima que se reducirán prácticamente a la mitad las 400 000 muertes prematuras anuales en la Unión). La aplicación de esta Directiva significará que todos los países comunitarios tengan que asumir obligaciones muy exigentes, pero también muy necesarias para paliar un problema ambiental de primer orden. Así, y desde la preocupación que genera el hecho de que la deficiente calidad del aire que se respira sobre todo en las ciudades tiene un grave impacto en la salud de los ciudadanos, he apoyado con mi voto este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe, debido a que el resultado final de las negociaciones en los trílogos ha reducido las exigencias de la posición inicial del Parlamento, poniendo a los Estados miembros el mantenimiento de la situación actual más fácil. Esta directiva ha resultado una oportunidad perdida para obligar a los Estados a tomar medidas inmediatas para mejorar la calidad del aire en su territorio, especialmente en las grandes ciudades. Nos enfrentamos a una situación crítica, donde se están produciendo miles de muertes debido a la mala calidad del aire que respiramos en las principales zonas urbanas de la Unión, sin embargo, pese a una buena posición de partida del Parlamento Europeo, en las negociaciones con el Consejo y la Comisión se han reducido el carácter obligatorio de las medidas, dejando de lado la verdadera emergencia que debemos enfrentar. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this directive, it is an important step in addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300 billion and EUR 900 billion every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat deze richtlijn ook dient bij te dragen tot de vermindering van de gezondheidsgerelateerde kosten van luchtverontreiniging in de Unie door de levenskwaliteit van de EU-burgers te verbeteren en de overgang naar een groene economie te bevorderen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório constata que, após anos de negligência política, a poluição atmosférica surgiu na agenda política como um importante problema de saúde pública. Uma fraca qualidade do ar contribui para morte prematura, absentismo laboral motivado por doença, custos significativos com a saúde, perda de produtividade, perda de rendimento das colheitas e danos nos edifícios.

Assim, de acordo com o relatório, na Europa, os custos externos totais para a sociedade relacionados com a saúde e provocados pela poluição atmosférica estimam-se entre 330 e 940 mil milhões de euros por ano. Além disso, está disponível um conjunto crescente de provas que demonstra que a deposição atmosférica de azoto está a conduzir a alterações no ambiente natural, com impacto ao nível da biodiversidade.

Infelizmente, e mais uma vez, não são atendidas as reais causas que explicam esta inércia, apelando-se a uma maior e sempre mais complexa e ineficaz regulação.

Pela nossa parte, a poluição e a incapacidade de lidar com este problema decorrem das políticas de privatizações de vastos setores da economia, entre os quais os transportes e a energia, condenando os Estados a meros espectadores passivos da progressiva destruição do planeta.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es sollen Maßnahmen auf EU-Ebene getroffen werden, um die Luftqualität zu verbessern. Die Luftverschmutzung verursacht externe Gesundheitskosten (ca. 330 bis 940 Mrd. EUR) für die Gesellschaft in Europa.

Mit dem Vorschlag der Kommission werden die bestehenden Richtlinien über nationale Emissionshöchstmengen aufgehoben und neue Emissionshöchstmengen für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak sowie flüchtige organische Nichtmethankohlenwasserstoffe für 2020 und 2030 festgelegt. Durch diesen Vorschlag werden die Mitgliedstaaten verpflichtet, nationale Luftreinhalteprogramme aufzustellen.

Der Fokus der EU lag in den letzten zehn Jahren hauptsächlich auf der Bekämpfung des Klimawandels, was zu einer Vernachlässigung des Themas Luftqualität führte. Dies hatte divergierende und widersprüchliche pol. Ansätze zur Folge. So stieg zum Beispiel der Anteil der Dieselfahrzeuge, welche mehr Stickstoffoxide und Feinstaub produzieren, jedoch 15 % weniger CO_2-Emissionen aufweisen. Weiter gibt es große Wechselwirkungen zwischen Klima- und Luftqualitätsstrategien, weswegen auch Methan in den Anwendungsbereich der Richtlinie fallen soll. Die GAP soll mit einbezogen werden, um umweltfreundlichere Maßnahmen in der europäischen Landwirtschaft, insbesondere eine Reduzierung von Ammoniak- und Methanemissionen, zu erreichen.

Da eine solche Strategie zur Verbesserung der Luftqualität wünschenswert ist, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento e del Consiglio sulla riduzione delle emissioni nazionali di determinati inquinanti atmosferici. L'elaborazione di politiche sulla base di elementi concreti deve essere la pietra angolare della legislazione dell'Unione europea. Nel caso della qualità dell'aria, la risposta è chiara: si tratta di una problematica importante e transfrontaliera sia per la salute umana che per l'ambiente che riguarda tutti i cittadini dell'Unione ed esige un'azione immediata.

La proposta della Commissione fissa per il 2020 e il 2030 nuovi limiti per le emissioni di biossido di zolfo, ossidi di azoto, ammoniaca: i nuovi obiettivi per il 2030 mirano a realizzare il 70% delle riduzioni massime tecnicamente attuabili a livello di effetti sulla salute, come stabilito dall'OMS. La Commissione ha stabilito i limiti per i singoli Stati membri sulla base di una valutazione degli ambiti in cui è possibile attuare le misure più efficaci in termini di costi.

Il testo della Commissione impone inoltre agli Stati membri di adottare programmi di controllo nazionali dell'inquinamento atmosferico da aggiornare ogni due anni.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – This directive is an important step towards addressing the high health risks and environmental impacts posed by air pollution. Poor air quality is responsible for over 400 000 premature deaths each year and its economic cost for health is estimated at between EUR 300 billion and EUR 900 billion every year. Around 90% of Europeans living in cities are exposed to levels of air pollution deemed damaging to human health, and many vulnerable socio-demographic groups, such as the elderly, are particularly affected. Measures to address dangerous pollutants covering all sectors are urgently needed.

This deal will cut the number of premature deaths from toxic air by almost half by 2030, forcing governments across Europe to act and ensuring, for the first time, that all polluting sectors, including agriculture, take responsibility for their emissions. Member States now need to act to fully implement the directive and furthermore step up their ambition in the fight against air pollution.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution because a possibility is offered to each Member State to contribute to air quality with specific and defined measures. To protect the health of citizens and the environment, it is important to reduce emissions of mercury. I believe that in order to improve air quality, each relevant sector should be addressed such as agriculture, industry, road transport and shipping. It's important that each Member State takes into account the impact that this kind of measures will have on small and medium enterprises. I believe that each Member State should update the Commission providing information on the progress towards achieving their national emission reduction commitments. Fiscal incentives can play a big role in shifting investments towards clean and efficient technologies for a more sustainable production. I think that the different needs and difficulties in tackling air pollution have to be analysed in advance for each national geographic region.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu týkajúcu sa emisií určitých látok znečisťujúcich ovzdušie som podporila. Správa sa zaoberala revíziou smernice o národných emisných stropoch, ktorá je súčasťou tzv. balíka politiky čistého vzduchu. Nová úprava tak stanovuje záväzné národné limity na obdobie do roku 2030 pre vybrané látky znečisťujúce ovzdušie. Znečisťovanie ovzdušia je totiž napriek pokroku, ktorý bol v tejto oblasti dosiahnutý, stále významným problémom. Znečistené ovzdušie má na svedomí množstvo ochorení, predčasných úmrtí, ale aj problémy spôsobené následnými klimatickými zmenami. Práve preto oceňujem, že revízia si v tomto stanovila ambiciózne ciele, medzi ktoré patrí okrem redukcie nepriaznivých vplyvov na verejné zdravie a životné prostredie aj vytváranie nových pracovných miest či rozvoj inovatívnych „zelených" technológií.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Girling por concordar com as propostas apresentadas para reforçar a nossa estratégia de diminuição das emissões de poluentes atmosféricos no espaço europeu. Destaco que a má qualidade do ar é responsável por mais de 400 000 mortes prematuras todos os anos e com um impacto na área da saúde estimado entre 300 mil milhões a 900 mil milhões de euros a cada ano.

Por conseguinte, saúdo as propostas deste relatório de fixar objetivos mais ambiciosos para a qualidade do ar, permitindo reduzir o número de mortes prematuras por ar tóxico em quase metade até 2030. Sublinho ainda o papel da mobilidade elétrica limpa como uma opção que pode dar um contributo muito relevante no combate à redução de emissões nocivas para a saúde.

Finalmente, realço ainda o apelo global feito em Marraquexe para que seja possível manter a trajetória de combate ao aquecimento global e esta diretiva agora alterada dará um importante contributo da União Europeia nesse sentido.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o smanjenju nacionalnih emisija određenih atmosferskih onečišćivača i izmjeni Direktive 2003/35/EZ. Antropogene emisije plinova i čestica su većinom uzrokovane nepotpunim sagorijevanjem goriva koje se koristi za grijanje, proizvodnju energije, prijevoz ili procesima u industrijskim kemijskim postrojenjima te abrazijom koju proizvode motorna vozila. Cilj predložene direktive je uspostava novih nacionalnih granica za ispuštanje onečišćivača za najznačajnije zagađivače atmosfere.

Države članice moraju osigurati kontinuirano praćenje promjena i postignutih smanjenja u ukupnoj količini onečišćivača . Za one države koje ne ispunjavaju kriterije i postavljene ciljeve na vrijeme, nužno je uspostaviti mehanizme kojima će se osigurati provođenje ove direktive. Neki od ciljeva koje postavlja regulativa su izazov za države članice i u nekim uvjetima Europska unija mora osigurati financijsku pomoć u reformskim nastojanjima, posebice kada je riječ o prijevozu. Čisti zrak mora ostati javno dobro.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zmanjšanju nacionalnih emisij za nekatera onesnaževala zraka in o spremembi Direktive 2003/35/ES.

Prizadevanja za doseganje visoke kakovosti zraka, ki nimajo večjih negativnih vplivov na zdravje ljudi in okolje ter ne ogrožajo resno zdravja ljudi in okolja so eden izmed bistvenih elementov trajnostnega razvoja h kateremu stremi EU. Ker menim, da bodo ukrepi predlagane direktive prispevali k postopnemu zmanjševanju onesnaževanja zraka in zagotavljanju visoke ravni zaščite zdravja ljudi in okolja, sem jo podprl.

11.4. Abschluss von Basel III (B8-1226/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, criza financiară ne-a arătat că avem nevoie de criterii, de standarde solide și de principii pentru reglementarea prudențială a băncilor. Din acest motiv, salut activitatea post-criză a Comitetului pentru supraveghere bancară de la Basel. Acesta și-a propus revizuirea abordării standard pentru calculul activelor cu risc potențial.

Sectorul bancar trebuie negociat și trebuie standardizat într-un mod foarte serios și reglementat foarte serios pentru oameni, pentru a asigura o concurență loială pe piață și stabilitate financiară. Concurență loială atât pe piața bancară, cât și o concurență - cum să spun - între bănci, care să ofere toate garanții pentru populație și pentru oameni.

Băncile joacă un rol esențial în finanțarea economiei europene și rămân în acest moment principala sursă de finanțare pentru economie, inclusiv pentru întreprinderile mici și mijlocii.

Cred că, peste câțiva ani, va veni vremea în care băncile vor arăta cu totul altfel și vor avea un rol mult mai mic în economie și în viața noastră de zi cu zi. Dar, asta este o altă discuție.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, we are often told that we need to be at the top table. It was a refrain throughout the recent UK referendum, but this report is a reminder that the top tables these days are global, rather than European. In this instance – the Basel III rules, the implementation of rules on financing and banking – the EU is, if you like, a regional subcontractor. It implements a decision that has been taken at a higher level, because of course finance is not continental but is worldwide in its scope and its movements. And the result of the European Union's competence in this question is that all of our Member States are, in effect, represented around that table by one 28th of a European Commissioner or the relevant deputising official. How on earth can that be in the interests of an economy like my country's, which depends heavily on financial services? One of the huge bonuses of taking back our place at the world table is that we will once again be able to speak in our own interests, rather than having to contract everything through a bureaucracy which may occasionally have an interest that coincides with ours but usually, as we have learned, does not.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, as noted in the resolution, attention must be paid to the specificities of European bank models, the markets they operate in and the varying size of the institutions. The Basel III reform measures should not be tossed into effect without clear appreciation of the fact that, whilst opportunity occupies one side of the coin, threats to that very sense of opportunity lie on the other side. Speaking from an Irish perspective, I can appreciate the ways in which Basel III has made the system more stable, but I am also worry that the increased instability may curtail opportunities for profit-making.

These matters are worse for countries on the periphery, such as Ireland, where, between 2007 and 2015, investment as measured by gross fixed capital formation crashed from an average of 25.9% to 20.9% of gross domestic product. The discussion is a good one, and I hope to observe further improvement in ensuring competitive positioning for all banks.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La seguente proposta di risoluzione riguarda il completamento di Basilea III, ossia un insieme di proposte di riforma che riguardano la regolamentazione bancaria.

Le banche europee stanno vivendo un periodo molto critico, causato soprattutto da un'inadeguata, e a tratti assente, regolamentazione finanziaria iniziata negli ultimi decenni del secolo precedente. Reputo che Basilea III sia molto lontano da poter essere considerato perfetto o anche solo adeguato per le condizioni in cui verte il sistema bancario attuale. Tuttavia, votare contro significherebbe promuovere quella deregolamentazione di cui si parlava in precedenza.

Queste sono le principali motivazioni per cui deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pretende diluir los trabajos de Basilea III y limitar las exigencias de capitales a la banca europea, una de las más especulativas del mundo.

El sistema financiero ha demostrado ampliamente su incapacidad para autorregularse y el grave riesgo que supone para la estabilidad del sistema económico en su conjunto: es por eso que nuestra propuesta se fundamenta en la banca pública y la prohibición de la actividad especulativa. Mientras tanto, es necesario asegurar que la banca privada cumple con precauciones tan elementales como dotarse de suficiente capital para que sean sus accionistas los que asuman los riesgos financieros que incurren, en lugar de trasladar a los Estados sus pérdidas especulativas. Es por ello que no puedo aceptar el contenido de este informe y he votado en contra.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this resolution and in favour of all amendments proposed by GUE/NGL.

The Basel Committee on Banking Supervision (BCBS), the international standard-setting body for banking regulation, is in the process of finalising new prudential regulations (reducing the level of risks depositors are exposed to), which is supposed to be finished by the end of the year. It is considering several new requirements such as restrictions on how banks use internal models to estimate risks from real-estate loans as well as corporate and infrastructure lending. Banks like HSBC and Deutsche Bank, among others, have been lobbying fiercely against these new requirements saying they will amount to a massive increase in their capital requirements.

This resolution is a statement of the European Parliament's position on the issue, in response to Commission statement backing the banks. The resolution calls for the BCBS to revise its draft proposals to ensure the revision does not bring about a significant increase in overall capital requirements, and to ensure a 'level playing field' between EU and global banks.

In other words, it calls on the Basel Committee to back away from imposing regulations that would protect the public and depositors.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport équilibré. Il est primordial que les banques constituent une composante efficace de notre économie et non un élément de risque. Les banques doivent être bien capitalisées afin de soutenir l'économie réelle, de réduire le risque systémique et d'éviter la répétition des énormes sauvetages observés pendant la crise. Les travaux en cours du comité de Bâle devraient promouvoir des conditions de concurrence équitables au niveau mondial en atténuant — plutôt qu'en exacerbant — les différences entre les juridictions et les modèles bancaires et en ne pénalisant pas indûment le modèle bancaire de l'UE.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl susitarimo „Bazelis III“ galutinio patvirtinimo, kuria Europos Parlamentas atkreipia dėmesį į Bazelio komiteto vykdomą darbą galutinai patvirtinti sistemą „Bazelis III“, kuria siekiama padidinti pagal riziką įvertinto kapitalo taisyklių paprastumą, palyginamumą ir konvergenciją, siekiant spręsti pernelyg didelių turto įvertinimo pagal riziką skirtumų problemą ir tai pačiai rizikai taikyti tas pačias taisykles. Svarbu yra tai, kad siekiant didesnio Bazelio komiteto svarstymų teisėtumo ir atsakomybės už juos, reikia daugiau skaidrumo ir atskaitomybės. Pritariu rezoliucijos nuostatai raginti Komisiją atidžiai ir išsamiai įvertinti kokybinį ir kiekybinį naujausių ir būsimų reformų poveikį, be kita ko, realiosios ekonomikos finansavimui Europoje ir numatomiems Europos teisėkūros projektais, pavyzdžiui, kapitalo rinkų sąjungai. Manau, jog Komisija turi užtikrinti, kad naujieji Bazelio komiteto pasiūlymai arba jų įgyvendinimas neprieštarautų šioms iniciatyvoms bei nepakenktų ligšioliniams teisėkūros pasiekimams, o komiteto išvados neturėtų būti vertinamos kaip raginimas panaikinti reguliavimą.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την οριστικοποίηση της «Βασιλείας ΙΙΙ» διότι αναφέρεται σε θέματα τα οποία θα επηρεάσουν τη σχετική νομοθεσία για τον τραπεζικό τομέα τα προσεχή χρόνια.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Il faut accorder une priorité à la préservation des banques européennes dans un contexte où les exigences prudentielles vont moins toucher leurs concurrentes américaines. Il en va de la souveraineté de notre économie. Le rapport va dans ce sens, j'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This motion was not subject to a roll-call vote, and therefore in the interests of transparency and democracy I would like to confirm that I voted against this resolution. This was due to the call for more Commission involvement in Member State affairs and a push for further globalisation of banking regulations.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl susitarimo „Bazelis III“ galutinio patvirtinimo. Bazelio bankų priežiūros komitetas pateikė pasiūlymų patobulinti bankų rizikos ribojimo sistemą sprendžiant su kredito ir operacine rizika susijusius klausimus. Pritariu šiam pasiūlymui, kad bankai turi turėti pakankamai kapitalo, jog būtų galima remti realiąją ekonomiką, mažinti sisteminę riziką ir išvengti per krizę taikytų milžiniškos apimties gelbėjimo valstybės lėšomis priemonių pasikartojimo. Be to, reikia tinkamai reguliuoti šešėlinės bankininkystės sektorių, siekiant užtikrinti sąžiningą konkurenciją ir finansinį stabilumą.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A 2007-ben kirobbant globális pénzügyi válság rámutatott a bankok kockázat- és válságkezelési gyakorlatának problémáira, hiányosságaira. A Bázeli Bankfelügyeleti Bizottság 2011-ben tette közzé az általa kidolgozott Bázel III keretrendszert, amely a bankok tőkemegfelelésére és likviditására vonatkozó új globális szabályozási sztenderdeket és a hozzájuk tartozó végrehajtási tervet tartalmazza.

A legfontosabb, hogy a bankoknak meg kell emelniük a jelenlegi alaptőkéjüket. Az eddigi alaptőkearányt 4 százalékról 6 százalékra kell növelniük. Az alaptőkének kell válságos helyzetben fedeznie a bank bevételkieséseit. A Bázel III másik eleme a likviditási követelmények megfelelő alakítása. A pénzügyi intézményeknek elegendő likvid eszközzel kell rendelkezniük ahhoz, hogy súlyos stresszhelyzetben 30 napon keresztül fedezni tudják az ún. nettó likviditás-kiáramlásukat. Az állásfoglalási indítvány a Bázel III megállapodás véglegesítéséről szól. A különböző rendelkezéseket fokozatosan vezetik be 2019-ig.

Az állásfoglalási indítványt támogattam, mert csökkenti a pénzügyi válságok kialakulásának valószínűségét. Ugyanakkor azt is szeretném hangsúlyozni, hogy a problémát véglegesen csak akkor lehetne megoldani, ha visszatérnénk az 1990-es évek előtti állapotokhoz, vagyis a Glass-Steagall törvény előírásaihoz, amelyek a kereskedelmi bankoknak megtiltják a befektetési banki funkciókat, ill. értékpapír-kereskedő cégek birtoklását.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – This non-legislative motion for a resolution calls on the Commission to act, accordingly UKIP voted against.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette résolution pourrait augmenter la compétitivité des banques européennes en limitant leurs contraintes. Au moment où le reste du monde, et notamment les États-Unis avec les intentions annoncées de la nouvelle administration Trump, laisse plus de marge de manœuvre à ses banques, nous ne pouvons pas nous permettre d'être en reste alors que certaines banques européennes, et notamment françaises, ont déjà dû céder une partie de leurs activités, notamment en Asie, du fait des exigences de Bâle. J'ai donc voté pour.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Le Parlement réaffirme par là même que les banques doivent être correctement capitalisées afin de soutenir l'économie réelle, de réduire le risque systémique et d'éviter toute répétition des opérations de sauvetage massives observées pendant la crise. Il souligne la nécessité d'élaborer une réglementation appropriée du secteur bancaire parallèle afin de garantir une concurrence loyale ainsi que la stabilité financière.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Estoy de acuerdo en endurecer ciertas normas bancarias con el fin de encontrar un sistema más justo para los ciudadanos. Pero el sector es crucial para la financiación de la economía, y hay que tener muy en cuenta los diferentes modelos de la banca europea a la hora de cambiar ciertos criterios. Seguiremos muy de cerca la implicación de la Autoridad Bancaria Europea, el BCE y la Comisión en el Comité de Basilea.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La crisi finanziaria globale ha portato i leader del G20 a concordare un esaustivo programma di riforme teso a rafforzare le norme regolamentari a cui sono soggette le banche internazionali, un progetto che vede un ruolo centrale del Comitato di Basilea che sta sviluppando norme minime per i requisiti prudenziali applicabili alle grandi banche operanti su scala internazionale.

La proposta di risoluzione approvata oggi dal Parlamento, e da me sostenuta, sviluppa una riflessione sul ruolo centrale svolto dalle banche all'interno dell'UE e da essa muove per definire alcuni elementi fondamentali per un positivo completamento del quadro normativo di Basilea III. Occorre che il Comitato di Basilea si impegni a promuovere standard di qualità, trasparenza e coerenza in materia di capitalizzazione e copertura dei rischi.

L'obiettivo primario deve essere quello di garantire un vero sostegno all'economia reale, riducendo il rischio sistemico e definendo un approccio che vada a mitigare le differenze tra modelli di *banking* e giurisdizioni stabilendo meccanismi di regolazione che siano basati sul rischio.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución, en la que el Parlamento pone trabas a la revisión de la directiva Basel sobre las exigencias de capital de los bancos. Aumentar las exigencias de capital obliga a los bancos a guardar una suma mayor de capital a la hora de hacer préstamos. Esto es una condición para reducir la inestabilidad y la vulnerabilidad del sistema financiero. Sin embargo, la posición de los *lobbies* bancarios y de la Comisión es que esto disminuiría la competitividad de los bancos europeos frente a los estadounidenses. Pienso que la alta volatilidad de los bancos europeos y su tamaño desproporcionado es una amenaza muy seria a la sociedad europea y exige una intervención drástica para que las entidades financieras cumplan su función social.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente, Sr. Gualtieri, su trabajo en el informe donde se subraya la importancia de normas y principios mundiales sólidos para una regulación prudencial de los bancos y celebra el trabajo posterior a la crisis del CSBB al respecto.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Cette résolution sur la finalisation de l'accord de Bâle III mérite d'être soutenue car, en effet, j'estime qu'il faut désormais accorder la priorité à la préservation des banques européennes dans un contexte où les exigences prudentielles vont moins toucher leurs concurrentes américaines. Il en va de la souveraineté du financement de notre économie. Depuis 2008, la tendance a été celle d'un renforcement des exigences, qui a contraint les banques à augmenter leurs fonds propres ou à réduire leurs engagements (prêter moins, plus cher, ou à des projets ou des entreprises moins risquées). Il y a beaucoup de travaux complexes afin d'affiner la formule de calcul pour mieux contenir les risques.

Nous soutenons donc cette option qui privilégie la compétitivité des banques européennes face à leurs concurrentes, notamment américaines. Elle voit donc d'un mauvais œil l'introduction des nouvelles exigences. L'élection de Donald Trump, qui a annoncé vouloir desserrer la contrainte sur les banques américaines (modification du Dodd-Franck act), vient renforcer l'actualité de la menace. De fait, certaines banques européennes, et notamment françaises, ont déjà dû céder une partie de leurs activités, notamment en Asie, du fait des exigences de Bâle.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – «Basilea 3» è un insieme articolato di provvedimenti di riforma, predisposto dal Comitato di Basilea per la vigilanza bancaria, al fine di rafforzare la regolamentazione, la vigilanza e la gestione del rischio del settore bancario.

Pur essendo condivisibili gli obiettivi che questi testo si pone, ritengo che sia inaccettabile che in esso non sia presente nessun passaggio critico circa il comportamento di alcune banche europee che avrebbe potuto essere evitato da un efficace sistema di vigilanza.

Sono convinta che i giusti richiami al ruolo del sistema bancario in aiuto di famiglie e PMI sono soltanto un esercizio retorico visto lo stato di crisi a livello patrimoniale di molti istituti, schiacciati alla fine anch'essi dal debito privato generato dalla politica monetaria dell'UE. Per tutti questi motivi mi sono espressa con voto contrario a questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta resolución de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios del Parlamento sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III. Con esta resolución, solicitamos que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional. Además, el informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl susitarimo „Bazelis III". Sistema „Bazelis III" yra siekiama padidinti pagal riziką įvertinto kapitalo taisyklių paprastumą, palyginamumą ir konvergenciją, siekiant spręsti pernelyg didelių turto įvertinimo pagal riziką skirtumų problemą ir tai pačiai rizikai taikyti tas pačias taisykles. Didžiojo dvidešimtuko vadovai po finansų krizės pritarė visapusiškų reformų darbotvarkei, kuria stiprinami tarptautinių bankų reguliavimo standartai, įskaitant rizikos ribojimo reikalavimų sugriežtinimą. Bazelio komitetas rengia tarptautiniu mastu sutartus būtiniausius standartus, kuriais nustatomi rizikos ribojimo reikalavimai dideliems, tarptautiniu mastu veikiantiems bankams. Bazelio komitetas stebi ir peržiūri šių pasaulinių standartų įgyvendinimą ir teikia ataskaitas Didžiajam dvidešimtukui, o šio komiteto gairės yra svarbi priemonė siekiant išvengti skirtingo reguliavimo visame pasaulyje.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram predloge resolucij, saj je odporen in dobro kapitaliziran bančni sistem temeljni pogoj za ohranjanje finančne stabilnosti in zagotavljanje primernih posojil ter prispeva h gospodarski rasti. Prav tako so se voditelji držav skupine G-20 v okviru odpravljanja posledic finančne krize dogovorili o celovitem programu reform za okrepitev regulativnih standardov mednarodnih bank, vključno z okrepitvijo zahtev glede skrbnega in varnega poslovanja, da bi se preprečile nadaljnje bančne krize.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – In seguito alla crisi economica e finanziaria del 2008, il Comitato di Basilea per la vigilanza bancaria è stato istituito con l'obiettivo di rafforzare la capacità delle banche di assorbire shock derivanti da tensioni finanziarie ed economiche, in modo da ridurre il rischio di contagio dal settore finanziario all'economia reale. Nell'UE le banche svolgono infatti un ruolo prevalente nel finanziamento dell'economia.

Con questa risoluzione, che sostengo, il Parlamento europeo sottolinea la necessità di norme minime concordate a livello internazionale in modo da evitare una frammentazione normativa in materia di regolamentazione patrimoniale. La necessità è proprio quella di assicurare che l'accordo di Basilea III rispetti standard di qualità, trasparenza e coerenza in materia di capitalizzazione e copertura dei rischi facendo attenzione a che, con le nuove norme, la moderata crescita che l'UE sta conoscendo nel periodo post-crisi venga favorita e non rallentata.

Il Parlamento ricorda inoltre l'importanza di riforme basate sul principio di parità di condizioni a livello mondiale, affinché le differenze tra paesi e modelli bancari vengano attenuate anziché incrementate.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo pitanje Komisiji. Smatram kako je važno da banke budu učinkovita komponenta našeg gospodarstva, a ne element rizika.

Banke moraju biti u mogućnosti podržavati realno gospodarstvo, smanjiti sistemski rizik i izbjeći ponavljanje ogromnih spašavanja kojima smo svjedočili tijekom krize.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Gli Accordi di Basilea sono linee guida in materia di requisiti patrimoniali delle banche, redatte dal Comitato di Basilea, costituito dagli enti regolatori dei principali Paesi del cosiddetto «Primo Mondo», allo scopo di perseguire la stabilità monetaria e finanziaria internazionale.

Il più recente dei tre accordi di Basilea, entrato in vigore sei anni fa, ha istituito un organismo, il CBVB (Comitato di Basilea per la Vigilanza Bancaria), che ha presentato alla comunità internazionale un pacchetto di proposte volte a perfezionare il quadro prudenziale per le banche che devono far fronte a rischi creditizi e di operatività finanziaria.

Queste proposte devono essere raccolte dall'Unione europea e rielaborate con l'obiettivo di migliorare la sensibilità al rischio e la solidità degli approcci standardizzati, di regolamentare meglio i flussi finanziari e attuare – ove serve – le opportune restrizioni, portando a termine la progettazione e la calibrazione della leva finanziaria con una prospettiva di lungo termine e la volontà politica di privilegiare la stabilità e l'economia reale rispetto alle speculazioni finanziarie di breve termine.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le comité de Bâle élabore des règles prudentielles sous forme de recommandations transposables en droit national et européen par les autorités compétentes. Depuis la crise financière de 2008, ces règles visent à contraindre les établissements bancaires à accroitre leurs fonds propres afin d'améliorer leur solvabilité, l'objectif étant de les rendre plus résistants à des scénarios d'instabilité financière. Ce rapport considère que les nouvelles réglementations, visant à accroitre les ratios de solvabilité des banques européennes, ne doivent pas nuire à la compétitivité de notre secteur bancaire. Conjuguée à l'Union des marchés des capitaux, l'application de Bâle IV pourrait accentuer le désavantage concurrentiel de nos banques. J'ai voté en faveur de ce texte qui met en garde les autorités européennes et nationales contre les conséquences d'une règlementation trop contraignante.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho dato il mio voto positivo alla risoluzione sulla conclusione dell'accordo di Basilea III, sulla scorta delle seguenti considerazioni:

— una migliore gestione del rapporto banca/impresa è prioritaria sia dal lato impresa che dal lato banca, per evitare rischi operativi e perfezionare il quadro prudenziale delle banche;

— un corretto accesso al mercato dei capitali e una concreta assistenza all'individuazione di nuove forme di capitalizzazione, sono elementi imprescindibili per assicurare stabilità al sistema produttivo;

— la Commissione deve essere da traino nel garantire condizioni concorrenziali di parità e nel calibrare le norme finali.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This non-legislative motion for a resolution calls on the Commission to act, accordingly UKIP voted against.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour as I believe that we need to take better account of the specificities of the European banking models, the different models, sizes of the institutions and risk profiles. The methods to measure risks proposed by the Basel Committee will put a disproportionate strain on European banks. We need to avoid penalising European banks over American banks when implementing the new plans of the Basel Committee.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε ότι ένα ανθεκτικό και καλά κεφαλαιοποιημένο τραπεζικό σύστημα αποτελεί προϋπόθεση για τη διατήρηση της χρηματοπιστωτικής σταθερότητας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την πρόταση ψηφίσματος για την οριστικοποίηση του πλαισίου «Βασιλεία ΙΙΙ» που στοχεύει στην ισχυροποίηση και προστασία του χρηματοπιστωτικού συστήματος στην Ευρώπη. Παρότι ο σκοπός του πλαισίου αυτού θα μπορούσε να λειτουργήσει προς όφελος ιδιαίτερα των μικρότερων ευρωπαϊκών τραπεζών, θεωρώ πως για μια ακόμη φορά δεν επιτυγχάνεται η ορθολογική ρύθμιση του πλαισίου λειτουργίας των τραπεζών, γεγονός που στο πρόσφατο παρελθόν αποτέλεσε έναν από τους λόγους της οικονομικής κρίσης που έπληξε την ευρωζώνη. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να καταψηφίσω την πρόταση ψηφίσματος.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il terzo accordo di Basilea rappresenta una vigorosa rete di provvedimenti riformatori per la vigilanza bancaria al fine di rafforzare la regolamentazione, la vigilanza e la gestione del rischio del settore, nello specifico, sono imposte delle soglie minime di capitale alle banche per evitare che shock finanziari le mettano in ginocchio con conseguenze distruttive per l'intero sistema.

Una regolamentazione prudenziale, dal mio punto di vista, va favorita ed implementata, dunque esterno il mio favore al provvedimento. La ragione che più di ogni altra mi spinge ad agire in tal modo trova le sue origini nel sostegno offerto all'economia reale. Ossia, le regole di Basilea sono disegnate per stabilizzare il mondo finanziario e imporre ai suoi protagonisti delle corrette pratiche in termini di capitalizzazione, di gestione del rischio e di liquidità, condizionando fortemente i loro impieghi verso l'economia reale e quindi il loro convoglio verso aziende e cittadini.

Una maggiore sicurezza degli istituti, con cuscinetti di capitale anti-crisi di un certo livello può, infatti, tradursi in una contrazione del credito alle imprese e quindi in un freno all'economia. L'equilibrio è tutto e alle banche Basilea 3 chiede garanzie su capitale e liquidità affinché il finanziamento a famiglie ed imprese sia riscontrabile e sicuro.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motions for resolutions – Finalisation of Basel III.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto condivido le proposte avanzate dal Comitato di Basilea per la vigilanza bancaria (CBVB) volte a perfezionare il quadro prudenziale per le banche che devono far fronte a rischi di credito e operativi (finalizzazione dell'accordo di Basilea III, il cosiddetto «Basilea IV»).

L'obiettivo delle proposte è di migliorare la sensibilità al rischio e la solidità degli approcci standardizzati, analizzare ulteriori restrizioni per quanto riguarda il ruolo degli approcci modellati internamente nel quadro del capitale e portare a termine la progettazione e la calibrazione della leva finanziaria e di un eventuale livello minimo di capitale, sulla base di approcci standardizzati.

È necessario, a mio avviso, continuare a monitorare l'attività delle banche – che oggi svolgono un ruolo chiave nel finanziamento dell'economia europea e rimarranno verosimilmente la principale fonte di finanziamento per le famiglie e le imprese, in particolare per le PMI – per ridurre un eventuale rischio sistemico.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pretende diluir los trabajos de Basilea III y limitar las exigencias de capitales a la banca europea, una de las más especulativas del mundo.

El sistema financiero ha demostrado ampliamente su incapacidad para autorregularse y el grave riesgo que supone para la estabilidad del sistema económico en su conjunto: es por eso que nuestra propuesta se fundamenta en la banca pública y la prohibición de la actividad especulativa. Mientras tanto, es necesario asegurar que la banca privada cumple con precauciones tan elementales como dotarse de suficiente capital para que sean sus accionistas los que asuman los riesgos financieros que incurren, en lugar de trasladar a los Estados sus pérdidas especulativas. Es por ello que no puedo aceptar el contenido de este informe y he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – È necessario tutelare la peculiarità del sistema bancario europeo: dove alle grandi banche di livello internazionale, si affiancano le piccole banche regionali e cooperative, ricchezza europea. È fondamentale tutelare diversità ed eterogeneità nel panorama finanziario europeo, che permette anche una diversificazione del rischio.

In particolare, è importante proteggere quelle banche che conoscono le istanze e i problemi degli artigiani e delle piccole e medie imprese del territorio. Pertanto le regole devono essere proporzionali alla dimensione e al rischio della banca. È necessario che la regolamentazione sia basata sul rischio. In particolare, allo stesso rischio deve corrispondere un trattamento comune a livello di regolamentazione globale. Cosi, si potrà garantire una riduzione dell'arbitraggio regolamentare.

A questo riguardo, è importante che il Parlamento riaffermi il suo potere legislativo nei confronti di una materia come l'implementazione degli standard di Basilea, che molto spesso, viene accusata di essere decisa fuori da schemi democratici. Pertanto, si deve evitare una trasposizione diretta, ma un attenta implementazione che tenga conto della proporzionalità e della peculiarità del sistema europeo.

Per queste ragioni, ritengo il testo finale un ottimo compromesso a difesa del ruolo democratico del Parlamento verso politiche a difesa di un impegno del sistema finanziario verso l'economia reale.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciwko finalizacji pakietu Bazylea III. Uważam, że pakiet ten przyniesie negatywne skutki dla klientów banków, oraz mam wątpliwości co do szacowanych korzyści gospodarczych płynących z proponowanych zmian. Zastosowanie regulacji w postaci określonych ram, a nie konkretnych przepisów, nie daje możliwości jednoznacznej oceny skutków pakietu.

Z kolei brak konkretnej oceny skutków, pociąga za sobą szereg sprzecznych opinii. Jak wskazują eksperci wprowadzenie wyższych wymogów kapitałowych, czego wymaga proponowany pakiet, będzie oznaczało wyższe koszty dla banków. Te zaś zostaną przerzucone na klientów.

Zbyt dużo wątpliwości i brak jednoznacznej oceny korzyści, jakie mógłby przynieść ten pakiet, motywuje do dalszej pracy, a w chwili obecnej do odrzucenia pakietu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – In order to avoid the repeat of bailouts witnessed during the crisis our banks need to be well capitalised to reduce risks and provide a level playing field globally. A risk-based approach to regulation is also the key, with the same rules being applied to the same risk. The finalisation of Basel is a positive step forward in mitigating the differences between jurisdictions.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution est relative à la finalisation de l'accord de Bâle, dont le comité a pour but d'établir des recommandations financières à l'échelle globale, et sans valeur contraignante. Dans ce contexte, l'accord Bâle III vise à augmenter les obligations de capitalisation des banques, établissant ainsi des règles supplémentaires (règles prudentielles). Considérant que ces accords renforcent la régulation du système financier international et son harmonisation, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le comité de Bâle sur le contrôle bancaire (CBCB) a joué un rôle essentiel dans la réforme du système bancaire mondial en instaurant des normes minimales de régulation. Pour autant, je considère qu'en l'état, les dernières propositions du comité ne prennent pas en compte les spécificités du secteur bancaire européen et sont dans leur ensemble plus favorables aux banques américaines. J'ai donc voté en faveur de la résolution sur la finalisation de Bâle III, afin que les représentants des institutions européennes au CBCB agissent pour modifier le prochain paquet de réforme de ce comité et tiennent informés les législateurs européens de l'avancée de ces discussions.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Les accords du comité de Bâle concernent la solvabilité des établissements bancaires et établissent les règles prudentielles afférentes. Les travaux actuels, dits de Bâle IV ou III ½, étudient l'introduction d'un nouveau risque au dénominateur du ratio de solvabilité, le risque de taux (en sus du risque de marché, de crédit et du risque opérationnel).

Les règles prudentielles sont certes contraignantes pour les établissements bancaires européens, en concurrence avec des établissements étrangers soumis à des règles plus souples. Néanmoins, le Front National privilégie la protection des déposants contre les risques systémiques. Nous n'avons donc aucune raison de nous opposer à ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно финализирането на Базел III. Базел III е цялостен набор от мерки за реформи, разработени от Базелския комитет за банков надзор, целящи да се засили регулирането, надзора и управлението на риска в банковия сектор. Тяхната цел е да се подобри способността на банковия сектор да поема шокове, произтичащи от финансов и икономически стрес, независимо от неговия източник, както и подобряване на управлението на риска и управлението, засилване на прозрачността и оповестяването на банките. Смятам, че устойчивата и добре капитализирана банкова система е предпоставка за съхраняване на финансовата стабилност и подкрепа на икономическия растеж.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ένα καλά κεφαλαιοποιημένο τραπεζικό σύστημα αποτελεί προϋπόθεση για τη διατήρηση της χρηματοπιστωτικής σταθερότητας, ενώ πρέπει να στηρίζει την οικονομική ανάπτυξη. Στα πλαίσια της αντιμετώπισης του πιστωτικού κινδύνου και του επιχειρησιακού κινδύνου, δαπανήθηκαν τεράστια ποσά για τη διάσωση των τραπεζών, ποσά τα οποία καλούνται να πληρώσουν οι πολίτες των κρατών μελών της ΕΕ. Ειδικά στην περίπτωση της Ελλάδας, η διάσωση των τραπεζών, η απόδοση τεράστιων μερισμάτων στους μετόχους και η ανακεφαλαιοποίηση των χρηματοπιστωτικών ιδρυμάτων μεταφράστηκαν στην υπογραφή των μνημονίων.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the resolution on the finalisation of Basel III, as I believe the European Parliament should take a stronger position on the financial system. Weaknesses in the system have caused damage to European citizens including my constituents in Wales.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Perante a ofensiva neoliberal dos anos oitenta e a fúria desreguladora e liberalizadora que desregulamentou o setor financeiro, cedo se percebeu que a banca privada necessitava de algumas regras sob pena de pôr em causa todo o sistema.

As regras criadas desde Basel I até III pretendem impor níveis mínimos de capitais próprios. Contudo, as regras para a sua contabilização foram-se tornando cada vez mais complexas e opacas, como convém aos grupos de interesses que sempre se aproveitam da falta de transparência.

Hoje, os modelos de avaliação de risco dos ativos são da responsabilidade dos bancos ditos sistémicos, ao contrário dos outros que estão sujeitos a um modelo normalizado. Ou seja, temos na prática, ativos com ponderações diferentes de banco para banco. Ou seja, temos um sistema em que os rácios de solvabilidade e os testes de stress são completamente manipulados pelos grandes bancos, retirando assim qualquer credibilidade a todo o sistema de supervisão.

Pela nossa parte, a solução é simples. O crédito é demasiado importante para ser deixado à livre iniciativa do setor privado. O controlo público sobre a banca e o sistema financeiro é hoje, mais do que nunca, uma necessidade.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – While I agree that we all need a stable, safe, secure banking system, the system that currently exists isn't it. Again, while I agree that banks should be regulated (and the more the better), introducing more legislation when that which already exists isn't implemented is a bit of a joke – witness what happened to Jonathan Sugarman when he blew the whistle on major breaches of regulation in Ireland.

We need an entirely new banking system, a system controlled by national governments, a system in which money creation is likewise controlled by national governments but to the benefit of the people (as in No /low interest rates) and not – as is currently the case – to the benefit of banks and financiers.

That is why I voted against this piece of legislation.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Predmetná rezolúcia v budúcnosti ovplyvní pripravovanú legislatívu Európskej únie v oblasti bankového sektora. Je nevyhnutné, aby banky zohrávali pozitívnu úlohu pre spoločnosť a aby sa opäť stali účinným prvkom ekonomiky, a nie predstavovali prvok rizika. Banky musia byť kvalitne a dobre kapitalizované a ich hlavným prínosom musí byť podpora reálnej ekonomiky, zníženie systémového rizika, a aby sa pokúsili zabrániť zopakovaniu obrovskej hospodárskej a finančnej krízy.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ένα καλά κεφαλαιοποιημένο τραπεζικό σύστημα αποτελεί προϋπόθεση για τη διατήρηση της χρηματοπιστωτικής σταθερότητας, ενώ πρέπει να στηρίζει την οικονομική ανάπτυξη.

Στα πλαίσια της αντιμετώπισης του πιστωτικού κινδύνου και του επιχειρησιακού κινδύνου, δαπανήθηκαν τεράστια ποσά για τη διάσωση των τραπεζών, ποσά τα οποία καλούνται να πληρώσουν οι πολίτες των κρατών μελών της ΕΕ.

Ειδικά στην περίπτωση της Ελλάδας, η διάσωση των τραπεζών, η απόδοση τεράστιων μερισμάτων στους μετόχους και η ανακεφαλαιοποίηση των χρηματοπιστωτικών ιδρυμάτων μεταφράστηκε στην υπογραφή των μνημονίων. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την οριστικοποίηση της Βασιλείας ΙΙΙ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I consider that banks should be an efficient component of our economy and not an element of risk. Banks need to be well capitalised in order to support the real economy, reduce systemic risk and avoid the repeat of the enormous bailouts witnessed during the crisis. The ongoing work of the Basel Committee should promote the level playing field at the global level by mitigating – rather than exacerbating – the differences between jurisdictions and banking models and not unduly penalising the EU banking model. A risk-based approach to regulation is key, with the same rules being applied to the same risk.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución considerando que es vital contar con un sistema bancario resiliente y con una buena capitalización, ya que son condiciones indispensables para preservar la estabilidad financiera, proporcionando una concesión adecuada de créditos a la economía real y reforzando el crecimiento económico. Es por tanto importante contar con normas y principios mundiales sólidos para una regulación prudencial de los bancos, continuar trabajando para finalizar el marco de Basilea III, destinado a reforzar la simplicidad, la comparabilidad y la convergencia del marco del capital ponderado por el riesgo, para poder responder a la excesiva variabilidad de los activos ponderados por el riesgo y para aplicar las mismas reglas a los mismos riesgos, así como, conseguir una mayor transparencia y responsabilidad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución pide que se mejore la posición financiera de las entidades sin aumentar significativamente los requisitos de capital y que no se perjudique el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

Además, el informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to support this important report on the work of the BCBS to finalise the Basel III framework. This is a key part of legislation to develop internationally agreed minimum standards and requirements for large, international banks. This would serve to add simplicity and comparability of the existing framework on risk-weighted capital – this could serve to address excessive variability of these assets and it would importantly mean that the same rules are applied to the same risks. Extensive monitoring of the effects will be necessary in order to ensure no negative effects on the banking sector.

Banks play a key role in financing the European economy and they are especially important for SMEs – who makes up the real backbone of the European economy. In regard to SMEs, flexibility plays a key role in their financing needs, and we as lawmakers must keep this a relevant theme in all financial regulation. It is of crucial importance that we promote the financing of, and investments in, European SMEs since they are already underfunded and financing possibilities are needed to reverse the sluggish growth of the EU economy.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul completamento di Basilea III riguardante i requisiti di capitale delle istituzioni finanziarie, sulla cui trasposizione nel diritto europeo ha lungamente lavorato il PE la scorsa legislatura. Ritengo, infatti, che il PE essendo colegislatore debba poter esprimere le proprie preoccupazioni rispetto alla revisione da parte del Comitato di Basilea, che si riunirà in Cile prossimamente, di talune regole (revisione dell'approccio standard al rischio operativo e di credito, potenziale introduzione di nuove soglie minime di capitale «*output floors*»).

Condivido risolutamente le preoccupazioni verso un ulteriore inasprimento dei requisiti di capitale, per i potenziali effetti sull'economia reale per giunta in una fase molto delicata per l'intera economia europea, i cui segnali di crescita sono ancora deboli, come affermato dal Presidente Draghi questa settimana davanti al PE.

Cosi come la necessità che le banche europee siano ben capitalizzate al fine di poter supportare l'economia reale e le PMI e nel contempo siano ridotti i rischi. Pertanto, ritengo sia opportuna la richiesta del PE di un maggiore equilibrio nella stesura di nuove regole per ridurre le possibilità di arbitraggio regolamentare e contrastare l'indebolimento del modello bancario europeo, garantendo contemporaneamente la crescita dell'economia e la stabilità del sistema finanziario.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Seit 2013 löst Basel III schrittweise die „Basel II" genannten Vorläuferregeln zur Finanzmarkt- und Bankenregulierung ab. Grund der Reform waren Schwächen der bisherigen Bankenregulierung, die durch die Finanzkrise seit 2007 offengelegt und mit Basel III korrigiert wurden. Das ist gut für unsere Bürger, gut für Europa – deshalb habe ich dafür gestimmt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given it is vital to kick-start economic growth and create new jobs. Banks are key players in achieving this goal by bolstering the EU economy. However, we have to ensure that banks are stable and well capitalised because they are fundamental to sustainable economic growth.

As co-legislator, Parliament needs to assess carefully the qualitative and the quantitative impact of these new reforms on the European economy, in particular the financing of infrastructure and real assets.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución, en la que el Parlamento pone trabas a la revisión de la directiva Basel sobre las exigencias de capital de los bancos. Aumentar las exigencias de capital obliga a los bancos a guardar una suma mayor de capital a la hora de hacer préstamos. Esto es una condición para reducir la inestabilidad y la vulnerabilidad del sistema financiero. Sin embargo, la posición de los *lobbies* bancarios y de la Comisión es que esto disminuiría la competitividad de los bancos europeos frente a los estadounidenses. Pienso que la alta volatilidad de los bancos europeos y su tamaño desproporcionado es una amenaza muy seria a la sociedad europea y exige una intervención drástica para que las entidades financieras cumplan su función social.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the finalisation of Basel III. It is fundamental for our citizens that banks are an efficient component of our economy and do not pose a risk. Banks must have sufficient capital to ensure that we avoid a repeat of the enormous bailouts witnessed during the crisis.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε την έκθεση, αφού βασική μας ανησυχία ήταν ότι οι ευρωπαϊκές τράπεζες δεν θα πρέπει να έχουν ένα μειονέκτημα σε σύγκριση με τις αντίστοιχες στις ΗΠΑ. Η ανησυχία του χρηματοπιστωτικού τομέα στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι ότι οι προτάσεις θα μπορούσαν να οδηγήσουν σε σημαντικά υψηλότερες κεφαλαιακές απαιτήσεις ειδικά για τις τράπεζες που χρησιμοποιούν εσωτερικά μοντέλα (internal models). Η έκθεση εδράζεται στην ανάγκη δημιουργίας ισότιμων όρων ανταγωνισμού και αναλογικότητας, ιδίως όσον αφορά μικρότερες και λιγότερο πολύπλοκες τράπεζες. Αν και συμφωνούμε με κάποιες από αυτές τις ανησυχίες (όσον αφορά τις μικρότερες και λιγότερο επικίνδυνες τράπεζες), διαφωνούμε ουσιαστικά με το γεγονός ότι δεν πρέπει να επιβαρύνεται υπερβολικά ο τραπεζικός κλάδος. Πιστεύουμε ότι τα εσωτερικά μοντέλα των τραπεζών ήταν μια σημαντική αιτία της χρηματοπιστωτικής κρίσης, καθώς συχνά χρησιμοποιούνταν για να αποκρύψουν σημαντικούς κινδύνους στους ισολογισμούς των τραπεζών.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the finalisation of Basel III. Basel III is part of the continuous effort to enhance the banking regulatory framework. It builds on the Basel I and Basel II documents, and seeks to improve the banking sector's ability to deal with financial stress, improve risk management, and strengthen the banks' transparency. A focus of Basel III is to foster greater resilience at the individual bank level in order to reduce the risk of system-wide shocks.

However while this is being addressed on several levels of the banking union, I was happy to support an amendment to this resolution that highlights that regulation has not been sufficiently addressed around the 'too big to fail' banks, such as was seen in the Deutsche Bank case recently.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag der großen Koalition im Europäischen Parlament positioniert sich klar gegen eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken durch die anstehenden Basel-III-Reformen. Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass zur Stabilität unseres Finanzsystems und als Lehre aus der Finanzkrise eine solche Erhöhung unabdingbar ist, und habe somit gegen den Text gestimmt.

Die aktuelle Bankenregulierung basiert auf Risikogewichtung der Eigenkapitalanforderungen und gibt so vor, Risiken könnten im Vorfeld beziffert werden. Ebenfalls ignoriert sie völlig die enormen Risiken des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes. Das Parlament führt als Argument gegen die Basler Reformen eine Benachteiligung europäischer Banken an. Tatsächlich müssen amerikanische Banken aktuell weit mehr Eigenmittel vorhalten als ihre europäischen Konkurrenten. Auch das Argument, die Kreditvergabe im Euroraum werde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals gefährdet, teile ich nicht. Die größte Gefährdung stellt eine Finanzkrise dar und diese lässt sich nur verhindern, wenn endlich die notwendigen Schlüsse aus den für den Steuerzahler verheerenden Entwicklungen im Bankensystem von 2008 gezogen werden.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – The banking system should be an efficient component of our economy and not an element of risk. Banks have to be well capitalised in order to support the real economy and reduce systemic risk. Moreover, the initiatives of the Basel Committee should promote a level playing field at the global level, by working on mitigating the differences between jurisdictions and banking models, and not penalising the EU banking model.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o finalizaciji Basela III jer kako bi se očuvala financijska stabilnost, osiguralo kreditiranje realnog gospodarstva i podržao gospodarski rast potreban je bankarski sustav koji je dobro kapitaliziran i otporan. Smatram da banke imaju važnu ulogu u financiranju europskog gospodarstva, posebice malih i srednjih poduzeća, te da je potrebno smanjiti razlike među jurisdikcijama i bankovnim modelima kako bi se promovirali jednaki uvjeti poslovanja na svjetskoj razini. U tom kontekstu važno je da načelo proporcionalnosti i pristup temeljen na riziku budu uspostavljeni na razini Unije, ali i na međunarodnoj razini, te da se razmjenjuju primjeri uspješnih praksi među regulatorima. Držim također da europska i nacionalna nadzorna tijela za bankarstvo imaju relevantnu ulogu u jamčenju usklađenosti nadzora u Europskoj uniji, te stoga podržavam ovaj prijedlog rezolucije.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Roberto Gualtieri relatif à la finalisation de l'accord de Bâle III. L'accord de Bâle III s'inscrit dans une réforme des accords de Bâle de 1988 et vise à obliger les établissements bancaires à améliorer la gestion interne de leurs risques. Ainsi, après Bâle II, l'objectif est de renforcer la capacité des établissements bancaires à s'adapter à la conjoncture et donc à ne pas succomber en cas de crise financière.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui invite la Commission à tenir compte de plusieurs principes lors de la traduction des propositions de Bâle III en droit européen. D'abord, les spécificités des modèles bancaires européens et des marchés, mais aussi la préservation de la diversité du secteur bancaire et le respect du principe de proportionnalité.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Έχουν ήδη γίνει σημαντικές νομοθετικές παρεμβάσεις για την ισχυροποίηση του θεσμικού πλαισίου των χρηματαγορών και του τραπεζικού κλάδου και η Ευρωπαϊκή Ένωση διαδραμάτισε πάντα παραγωγικό ρόλο στη Βασιλεία. Ωστόσο η επιτυχία του καθεστώτος της Βασιλείας περνά μέσα από μία ισορροπημένη προσέγγιση της διαφορετικότητας των τραπεζικών συστημάτων σε παγκόσμιο επίπεδο, με πιο χαρακτηριστική την διαφορά προσέγγισης του πιστωτικού ρίσκου σε Ευρώπη και ΗΠΑ, όπου στις ΗΠΑ η κανονικοποίηση του πλαισίου είναι υπερβολική και αφήνει ανοιχτό το ρίσκο αγοράς, σε αντίθεση με την Ευρώπη που είναι πολύ πιο επιφυλακτική στο ρίσκο αγοράς και περισσότερο ελαστική σε θέματα πιστωτικού ρίσκου. Τα εσωτερικά μοντέλα μέτρησης πιστωτικού ρίσκου των τραπεζών είναι εργαλείο που βοηθά και δεν αναστέλλει τους κανονιστικούς στόχους, επομένως πρέπει να το συμπεριλάβουμε στις εκτιμήσεις μας αναφορικά με το πλαίσιο που έρχεται να ορίσει η Βασιλεία.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die vorliegende Entschließung. Sie ersucht die Kommission eindringlich, bei der Umsetzung der Basel-III-Kriterien und bei der Arbeit des BCBS mehr Augenmaß zu halten und auf die Besonderheiten des europäischen Bankensystems einzugehen. Die – vor allem von US-Seite angestrebte – Erhöhung der Kapitalunterlegung von Banken bei der Vergabe von Immobilien- und anderen Krediten könnte zu einer ernsthaften Gefahr für Europas Wirtschaft werden. Die US-Banken sind davon kaum betroffen, da sich US-Unternehmen stärker direkt über den Kapitalmarkt finanzieren und staatliche Förderbanken den Geschäftsbanken Wohnimmobilienkredite größtenteils abnehmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given it is vital to kick-start economic growth and create new jobs. Banks are key players in achieving this goal by bolstering the EU economy yet we have to ensure they are stable and well capitalised because they are fundamental to sustainable economic growth.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag der großen Koalition im Europäischen Parlament positioniert sich klar gegen eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken durch die anstehenden Basel-III-Reformen. Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass zur Stabilität unseres Finanzsystems und als Lehre aus der Finanzkrise eine solche Erhöhung unabdingbar ist, und habe somit gegen den Text gestimmt.

Die aktuelle Bankenregulierung basiert auf Risikogewichtung der Eigenkapitalanforderungen und gibt so vor, Risiken könnten im Vorfeld beziffert werden. Ebenfalls ignoriert sie völlig die enormen Risiken des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes. Das Parlament führt als Argument gegen die Basler Reformen eine Benachteiligung europäischer Banken an. Tatsächlich müssen amerikanische Banken aktuell weit mehr Eigenmittel vorhalten als ihre europäischen Konkurrenten. Auch das Argument, die Kreditvergabe im Euroraum werde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals gefährdet, teile ich nicht. Die größte Gefährdung stellt eine Finanzkrise dar und diese lässt sich nur verhindern, wenn endlich die notwendigen Schlüsse aus den für den Steuerzahler verheerenden Entwicklungen im Bankensystem von 2008 gezogen werden.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - A 2007-ben felszínre került pénzügyi válság okai mélyen gyökereznek és a bankrendszer működési sajátosságait ismerők számára egyértelműek voltak már korábban is, ezek legfelszínesebb megjelenése a bankok kockázat- és válságkezelési gyakorlatának problémái, hiányosságai. A további hasonló válságok elkerülése érdekében kínál részmegoldásokat a Bázel III. keretrendszer, amely a bankok tőkemegfelelésére és likviditására vonatkozó új, globális szabályozási sztenderdeket és a hozzájuk tartozó végrehajtási tervet tartalmazza. Az adott állásfoglalási indítvány egyértelmű előrelépést jelent az európai polgárok pénzügyi biztonsága vonatkozásában, ezért támogatandó még akkor is, ha átfogó megoldás ezen az úton nem érhető el.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur la finalisation de l'accord de Bâle III. Le comité de Bâle est un organisme international qui élabore des règles prudentielles applicables aux établissements bancaires afin d'en améliorer la solvabilité. Il s'agit de recommandations qui doivent ensuite être transposées par les institutions compétentes. La tendance depuis la crise de 2008 a été celle d'un renforcement des exigences, qui a contraint les banques à augmenter leurs fonds propres ou à réduire leurs engagements (prêter moins, plus cher, ou à des projets ou des entreprises moins risquées). J'estime qu'il faut renforcer la compétitivité des banques européennes face à leurs concurrentes, notamment américaines. Conjuguée à l'Union des marchés de capitaux (favoriser les financements de marché, où les établissements américains sont les plus forts, face au crédit classique), l'application de Bâle IV pourrait accentuer le désavantage concurrentiel des établissements européens. Trop de régulation finirait en outre par gripper le crédit et l'économie.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette résolution pourrait augmenter la compétitivité des banques européennes en limitant leurs contraintes. Au moment où le reste du monde, et notamment les États-Unis avec les intentions annoncées de la nouvelle administration Trump, laisse plus de marge de manœuvre à ses banques, nous ne pouvons pas nous permettre d'être en reste alors que certaines banques européennes, et notamment françaises, ont déjà dû céder une partie de leurs activités, notamment en Asie, du fait des exigences de Bâle. J'ai donc voté pour.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III.

La resolución solicita que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional.

El informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pretende diluir los trabajos de Basilea III y limitar las exigencias de capitales a la banca europea, una de las más especulativas del mundo.

El sistema financiero ha demostrado ampliamente su incapacidad para autorregularse y el grave riesgo que supone para la estabilidad del sistema económico en su conjunto: es por eso que nuestra propuesta se fundamenta en la banca pública y la prohibición de la actividad especulativa. Mientras tanto, es necesario asegurar que la banca privada cumple con precauciones tan elementales como dotarse de suficiente capital para que sean sus accionistas los que asuman los riesgos financieros que incurren, en lugar de trasladar a los Estados sus pérdidas especulativas. Es por ello que no puedo aceptar el contenido de este informe y he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag der großen Koalition im Europäischen Parlament positioniert sich klar gegen eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken durch die anstehenden Basel-III-Reformen. Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass zur Stabilität unseres Finanzsystems und als Lehre aus der Finanzkrise eine solche Erhöhung unabdingbar ist, und habe somit gegen den Text gestimmt.

Die aktuelle Bankenregulierung basiert auf Risikogewichtung der Eigenkapitalanforderungen und gibt so vor, Risiken könnten im Vorfeld beziffert werden. Ebenfalls ignoriert sie völlig die enormen Risiken des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes. Das Parlament führt als Argument gegen die Basler Reformen eine Benachteiligung europäischer Banken an. Tatsächlich müssen amerikanische Banken aktuell weit mehr Eigenmittel vorhalten als ihre europäischen Konkurrenten. Auch das Argument, die Kreditvergabe im Euroraum werde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals gefährdet, teile ich nicht. Die größte Gefährdung stellt eine Finanzkrise dar und diese lässt sich nur verhindern, wenn endlich die notwendigen Schlüsse aus den für den Steuerzahler verheerenden Entwicklungen im Bankensystem von 2008 gezogen werden.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report that refines banking frameworks.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prijedlog rezolucije naglašava da je otporan i dobro kapitaliziran bankarski sustav preduvjet za očuvanje financijske stabilnosti, osiguravanje odgovarajućeg kreditiranja realnog gospodarstva i potpora gospodarskom rastu. Europska unija provela je međunarodno dogovorene standarde u okviru Uredbe o kapitalnim zahtjevima (CRR) i Direktive o kapitalnim zahtjevima (CRD IV), iako ih je prilagodila stvarnim potrebama EU-a za financiranjem i omogućila određeni stupanj fleksibilnosti. Nužno je da banke budu dobro kapitalizirane kako bi podupirale realno gospodarstvo, smanjile sustavni rizik i kako se ne bi ponovilo spašavanje banaka golemim financijskim sredstvima, budući da imaju ključnu ulogu u financiranju europskog gospodarstva i da će ostati glavni izvor financiranja kućanstava i poduzeća, a posebno MSP-a.

Ključnu ulogu u osiguravanju usklađenosti nadzora u EU-u imaju europska i nacionalna nadzorna tijela za bankarstvo, uz uvažanje načela proporcionalnosti i prikladnosti pravila za različite bankovne modele. Rezolucija naglašava važnost pouzdanih i usporedivih informacija o stanju institucija koje se nadzire kako bi se taj posao mogao obavljati učinkovito i pouzdano. Podržala sam ovu rezoluciju.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – It is important to establish global standards and principles for the prudential regulation of banks. Banks need to be well capitalised in order to support the real economy, reduce systemic risk and avoid any repeat of the enormous bailouts witnessed during the crisis.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Bazilejské dohody od roku 1988 postupne upravujú pravidlá kapitálovej primeranosti bánk.

Pravidlá Bazilej III sú reakciou na finančnú krízu z rokov 2008-2009. Podrobne upravujú globálne regulačné štandardy kapitálovej primeranosti bánk a likvidity, lepšie pokrytie rizík a zavádzajú opatrenia na podporu vybudovania kapitálu, ktorý sa môže čerpať v krízových obdobiach. Nemajú však právnu záväznosť, a aby boli účinné, je potrebné ich transponovať do legislatívy EÚ. Aj to bolo dôvodom, že niektoré banky v uplynulom období vyplatili dividendy akcionárom napriek tomu, že boli podkapitalizované. Bankový sektor významne ovplyvňuje financovanie ekonomiky Únie, preto podporujem návrh, že Komisia by mala pracovať na prevzatí pravidiel do legislatívy bez zvýšenej administratívnej záťaže. Dôsledný bankový dohľad musí zamedziť tomu, aby boli ohrozované úspory obyvateľstva a aby nezodpovedné konanie bánk bolo kryté zo spoločných zdrojov. Aj v tejto oblasti musí nastúpiť konzekventná osobná zodpovednosť.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την οριστικοποίηση της «Βασιλεία ΙΙΙ», για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 21 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

L'accord de Bâle III consiste en des règles prudentielles applicables aux établissements bancaires afin, d'une part, d'en améliorer la solvabilité et, d'autre part, de contenir les risques. Bâle IV (dit aussi Bâle III ½) a pour objectif l'introduction d'un nouveau risque au dénominateur de plusieurs ratios (solvabilité, risque de taux, etc.), et respecte la tendance existante depuis 2008: un renforcement des exigences.

En l'espèce, la proposition soumise au vote tend à réduire ces exigences et à permettre ainsi une meilleure compétitivité des banques européennes face à leurs concurrents, ce que nous soutenons. En effet, certaines banques françaises ont déjà dû céder une partie de leurs activités à cause de ces exigences. La souveraineté du financement de notre économie est en jeu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Pritariau EP pozicijai dėl susitarimo „Bazelis III". Šio susitarimo tikslas – užtikrinti bankininkystės sistemos stabilumą, deramą skolinimą realiajai ekonomikai ir ekonomikos augimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. — Cette résolution entérine l'état des discussions sur les nouvelles normes bancaires mondiales dites Bâle III. Définies en 2010, elles étaient censées répondre à la crise de 2008 mais ne sont toujours pas en vigueur faute d'accord sur leurs modalités d'application. Institution oligarchique, le comité de Bâle n'est composé que des banquiers centraux des pays ayant les plus grandes banques. La BCE y est représentée alors que les régulateurs nationaux de la majorité des pays de l'UE n'en font pas partie! La résolution ne dit pas un mot sur la légitimité discutable d'une telle institution. Elle est aussi indigente sur le diagnostic du système financier. Elle ne dit rien sur la spéculation et évoque marginalement les dangers de la titrisation. Elle priorise l'évaluation et la compensation des risques financiers mais pas du tout leur prévention. La résolution ne dit pas non plus un mot sur le détournement des liquidités centrales accordées aux banques sans que l'économie réelle n'en voie jamais la couleur. Elle accorde au contraire un satisfecit à la BCE. Je vote contre cette résolution qui ne fait aucune proposition utile face aux dangers renforcés du capitalisme financier.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'accord de Bâle III a été retranscrit dans la réglementation européenne. La question est de savoir s'il faut continuer à réglementer l'exposition des banques aux risques de marché et donc à aller sur un accord Bâle III ½ et IV afin de limiter encore un peu plus l'effet de levier. Notre position est de privilégier la compétitivité des banques européennes face à leurs concurrentes, notamment américaines. Nous sommes donc réticents à l'introduction de nouvelles exigences, orientation que prend la résolution d'ECON. L'élection de Donald Trump, qui a annoncé vouloir desserrer la contrainte sur les banques américaines (modification du Dodd-Franck Act) vient renforcer l'actualité de la menace. De fait, certaines banques européennes, et notamment françaises, ont déjà dû céder une partie de leurs activités, notamment en Asie, du fait des exigences de Bâle. En effet, nous devons faire face au paradoxe suivant: la réglementation est de plus en plus contraignante pour nos banques (alors que beaucoup d'autres pays ne sont pas soumis à la même) et celle-ci ne nous protège pas des risques de crises. Nous restons donc sur nos positions qui consistent à défendre la séparation des banques d'affaires et de dépôt. J'ai ainsi voté en faveur de la proposition de résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Os bancos têm de ser bem capitalizados para poderem apoiar a economia real, reduzir o risco sistémico e evitar uma repetição dos enormes resgates a que se assistiu durante a crise.

É necessária uma adequada regulamentação para o setor bancário «sombra», a fim de assegurar a concorrência leal e a estabilidade financeira. Um sistema bancário resiliente e com uma boa capitalização é uma condição indispensável para preservar a estabilidade financeira, garantir a concessão adequada de créditos à economia real ao longo do ciclo e reforçar o crescimento económico.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion because this comprehensive set of reforms on banking supervision are necessary to reinforce regulation, oversight and risk management in the banking sector.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — La crise financière de 2008 a été provoquée pour une grande part par des prêts déraisonnables qui ont échappé à tout contrôle. La domination du court terme et du rendement à tout prix a pénétré le marché financier. La finance a ainsi été détournée de sa finalité première, à savoir transformer les dépôts des épargnants en investissements à long terme. Lorsque la bulle financière a éclaté, certaines banques ne possédaient donc pas les liquidités nécessaires pour éponger leurs pertes. Suite à cette crise, un vaste programme de réforme visant à renforcer les normes réglementaires applicables aux banques internationales, telles que les exigences prudentielles, a été convenu

par les dirigeants du G20. Le Parlement européen rappelle aujourd'hui l'importance de définir des normes et des principes solides à l'échelle mondiale en ce qui concerne la réglementation prudentielle des banques en vue de réduire la probabilité et la gravité des crises à venir. Un système bancaire solide et bien capitalisé est essentiel pour préserver la stabilité financière, garantir l'octroi de prêts adéquats à l'économie réelle tout au long du cycle et soutenir la croissance économique.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on finalization of Basel III, which has been adopted to state Parliament's position on some key issues under discussion by the Basel Committee (BCBS) that will influence the legislation for the banking sector in the coming years.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A 2010-ben született Bázel III. megállapodás a 2008-2010 közötti pénzügyi válságra adott nemzetközi válasz, amelyet a Bázeli Bankfelügyeleti Bizottság (BCBS) dolgozott ki. Fokozatosan erősíteni hivatott a kereskedelmi bankok működésének biztonságát, elsősorban azzal, hogy a bankoknak az alaptőkearányt a jelenlegi 4 százalékról 6 százalékra kell megemelniük. A megállapodás véglegesítésével kapcsolatban a Gazdasági és Monetáris Bizottság állásfoglalás-tervezete két elvet hangsúlyoz: egyrészt, hogy az általános tőkekövetelményeket nem szabad jelentősen növelni, ugyanakkor erősíteni kell az európai bankok általános pénzügyi pozícióját, másrészt, hogy globális szinten egyenlő versenyfeltételeket kell biztosítani, csökkentve – és nem elmélyítve – a joghatóságok és a banki modellek közti különbségeket.

A jelentés aggodalommal állapítja meg: a BCBS friss tervezeteinek előzetes elemzése arra utal, hogy a reformcsomag a jelenlegi szakaszában nem áll összhangban e két elvvel, és fölszólítani javasolja az illetékes testületeket a javaslatok ilyen szempontú fölülvizsgálatára, az új szabályok véglegesítése és ellenőrzése során pedig ezen elvek tiszteletben tartásának biztosítására. A tervezet elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport présenté demande en substance que les nouvelles normes du comité de Bâle n'aboutissent pas à un alourdissement des besoins en fonds propres des banques. La compétitivité des banques européennes face à leurs concurrentes, notamment américaines, est menacée par l'introduction des nouvelles exigences. L'élection de Donald Trump, qui a annoncé vouloir desserrer la contrainte sur les banques américaines (modification du Dodd-Franck act), vient renforcer l'actualité de la menace. Conjuguée à l'union des marchés de capitaux (qui favorisera les financements de marché, où les établissements américains sont les plus forts, face au crédit classique), l'application de Bâle III-IV pourrait accentuer le désavantage concurrentiel des établissements européens, d'autant que les règles du CRR et de la CRD IV n'ont pas encore pleinement produit leurs effets. Trop de régulation finirait en outre par gripper le crédit, l'économie. Le vote est donc favorable, tout en réaffirmant qu'il faut soutenir les efforts pour obliger les banques à cesser leurs activités de spéculation ou, à défaut, imposer une vraie séparation bancaire, seule à même de protéger les déposants.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – L'application de Bâle IV pourrait accentuer le désavantage concurrentiel des établissements européens, d'autant que les règles du CRR et de la CRD IV n'ont pas encore pleinement produit leurs effets. Trop de régulation finirait en outre par gripper le crédit et donc l'économie. Je vote en conséquence pour cette résolution.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on the Third Basel Accord.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията за финализирането на „Базел III“, защото считам, че е наш дълг да осигурим една устойчива и добре капитализирана банкова система.

България е една от държавите, които са преживели срив в банковата система. У нас той беше породен от разкриването на финансовата пирамида на КТБ. Обявяването на банката в несъстоятелност породи редица въпроси у гражданите относно стабилността на банковата система в страната и контрола над банките.

Ето защо, считам че реформите заложени в „Базел III“, съсредоточени върху повишаването на чувствителността към рисковете и стабилността на стандартизирания подход за кредитен риск, допълнителните ограничения за подхода за вътрешно моделиране и финализирането на определението на коефициента на ливъридж и потенциален капиталов под, ще допринесат за стабилността на банките.

Банките трябва да бъдат добре капитализирани с цел да оказват реална подкрепа на икономиката. Трябва да вземем нужните мерки, за да предотвратим системните рискове и да намалим възможността от отпускане на нови спасителни мерки в немалки размери. Стабилността на банките в ЕС е крачка към стабилна икономика на държавите членки.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení, které zdůrazňuje význam činnosti basilejského výboru vyvíjejícího mezinárodně dohodnuté minimální standardy pro obezřetnostní požadavky pro velké mezinárodně působící banky. Činnost výboru je důležitá, aby se zabránilo regulační roztříštěnosti po celém světě. Je třeba poukázat na to, že banky musí být dobře kapitalizovány, aby mohly podporovat reálnou ekonomiku, snižovat systémová rizika a předcházet opakování scénáře zachraňování bank pomocí veřejných prostředků *(bailouts)*, jako tomu bylo během krize. Zároveň je třeba dbát na to, aby kumulativní dopad regulace neohrozil schopnost finančních institucí podporovat ekonomiku tak, aby byl udržen stabilní ekonomický růst.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da der Bericht ein stärkeres regulatorisches Regime für Banken fordert, dies könnte jedoch wieder zu einer Kreditklemme führen und darunter leidet schlussendlich die Realwirtschaft.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on tagada, et Euroopa finantsteenuste ettevõtted ei peaks olema vastamisi oluliselt suurenenud kapitalinõuetega. See on vajalik selleks, et pankadel oleks võimalik olla konkurentsivõimeline teiste pankadega mujal maailmas.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Atsižvelgiant į krizės padarinius bankų sektoriui, svarbu užtikrinti, jog jie turėtų pakankamai kapitalo, kad būtų galima remti realiąją ekonomiką, mažinti sisteminę riziką ir išvengti per krizę taikytų milžiniškos apimties gelbėjimo valstybės lėšomis priemonių pasikartojimo. Be to, siekiant užtikrinti sąžiningą konkurenciją ir finansinį stabilumą, reikia griežčiau reguliuoti šešėlinės bankininkystės sektorių.

Pažymėtina, kad sistema „Bazelis III“ leis padidinti pagal riziką įvertinto kapitalo taisyklių paprastumą, palyginamumą ir konvergenciją ir padės sukurti pasauliniu mastu taikomas vienodas veiklos sąlygas.

Tačiau atliekant bet kokį persvarstymą pirmiausia turi būti sprendžiama per didelių ir per plačiai susietų, kad jiems būtų leista žlugti, bankų problema ir užkertamas kelias nuostolių padengimui visuomenės sąskaita.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα θέτει το θέμα της κεφαλαιακής επάρκειας των τραπεζών και των επιπτώσεων στην ικανότητα δανειοδότησης. Τίθεται το θέμα κατά πόσο τα επιπλέον κεφάλαια που οι τράπεζες θα πρέπει να τηρούν ως αποθεματικό βάσει της προτεινόμενης αναθεώρησης των κανόνων για την κεφαλαιακή επάρκεια των τραπεζών (οριστικοποίηση της Βασιλείας ΙΙΙ) θα μειώσει την ικανότητά τους να δανείζουν στην πραγματική οικονομία και θα μειώσει την ανταγωνιστικότητά τους διεθνώς. Για αυτό, όπως τονίζεται και στο ψήφισμα το οποίο υπερψήφισα, οι όποιες αλλαγές στους κανόνες αυτούς θα πρέπει να λάβουν υπόψη τις ιδιαιτερότητες του ευρωπαϊκού τραπεζικού τομέα και τον βασικό ρόλο που διαδραματίζουν οι τράπεζες στη χρηματοδότηση της ευρωπαϊκής οικονομίας. Οι τράπεζες χρειάζεται να διαθέτουν επαρκή κεφάλαια, προκειμένου να υποστηριχτεί η πραγματική οικονομία, να μειωθεί ο συστημικός κίνδυνος και να αποφευχθεί η επανάληψη των τεράστιων διασώσεων που έγιναν κατά τη διάρκεια της κρίσης.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che un sistema ben risalente e ben capitalizzato è il presupposto fondamentale per la tutela della salvaguardia finanziaria, per garantire una corretta erogazione di crediti all'economia reale e per sostenere la crescita economica.

Anche il G20 ha concordato nella elaborazione di un programma di riforme diretto a proteggere le norme regolamentari, unitamente il CBVB ha sviluppato norme internazionali volte a stabilire dei requisiti prudenziali da applicare alle banche internazionali.

Però, dato che tale requisiti prudenziali possono variare nella loro applicazione a seconda dell'attività bancaria, la CBVB sta trattando ulteriori modifiche al sistema prudenziale per le banche. La CBVB dovrà, comunque, valutare attentamente l'impatto delle riformi sui Paesi e sui modelli bancari.

Pertanto ho espresso voto positivo

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o finalizaciji Basela III kojim se želi stvoriti dobro kapitaliziran i otporan bankarski sustav. Takav bankarski sustav preduvjet je očuvanja financijske stabilnosti i osiguranja kreditiranja realnog gospodarstva. Posljednja gospodarska kriza pokazala je važnost uloge bonitetnih agencija u ukupnom povjerenju tržišta prema nekoj državi ili tvrtki. Iz tih razloga ključno je da se uspostave globalni standardi i načela kojima će se regulirati bonitetni status banaka i ujednačiti prakse. Veliki su napori uloženi u povećanje jednostavnosti i konvergencije poslovanja te izražavam nadu da će u budućnosti biti smanjeni vezani rizici i da će ukupno poslovanje i ekonomska kretanja biti predvidljivija.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le projet présenté permet de défendre les banques européennes face à leurs concurrentes, particulièrement américaines. Je le soutiens donc et vote en sa faveur.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Banke moraju biti efikasni dio našeg gospodarstva, ne element rizika. One imaju ključnu ulogu u financiranju europskog gospodarstva i vjerojatno će ostati glavni izvor financiranja kućanstava i poduzeća, a posebno malih i srednjih poduzeća. Otporan i dobro kapitaliziran bankarski sustav preduvjet je za očuvanje financijske stabilnosti i potporu gospodarskom rastu. Revizija koju trenutačno provodi BCBS mora poticati i promicati uravnotežene šanse za uspjeh, jednake uvjete poslovanja za sve na globalnoj razini. Mora umanjiti, ne dodatno naglasiti, razlike u jurisdikcijama i bankarskim modelima te izbjeći nepotrebno kažnjavanje EU-ovog bankarskog modela. Ključ je u pristupu temeljenom na pravilnoj procjeni rizika, s istim pravilima što se primjenjuju na isti rizik. Zdrav okvir za financijsku stabilnost i rast treba biti sveobuhvatan i uravnotežen kako bi obuhvatio dinamičnu praksu nadzora, a ne se samo usredotočio na statičnu regulaciju koja se uglavnom odnosi na kvantitativne aspekte. Želim naglasiti potrebu za većom transparentnošću i odgovornošću kako bi se povećala legitimnost savjeta BCBS-a i njihovo preuzimanje. Banke trebaju biti dobro kapitalizirane da bi podržale realno gospodarstvo, smanjile sustavni rizik i da se ne bi ponovilo spašavanje banaka golemim financijskim sredstvima, čemu smo svjedočili tijekom krize.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Após a onda neoconservadora dos anos oitenta e a fúria neoliberal que desregulamentou o setor financeiro, cedo se percebeu que a banca privada necessitava de algumas regras sob pena de pôr em causa todo o sistema.

As regras criadas desde Basileia I até III pretendem impor níveis mínimos de capitais próprios. Contudo, as regras para a sua contabilização tornam-se cada vez mais complexas e opacas, como convém aos grupos de interesses que lucram sempre com a falta de transparência.

Hoje, ao cidadão incute-se a ideia de que os modelos de avaliação de risco dos ativos são da responsabilidade dos bancos ditos sistémicos, ao contrário dos outros que estão sujeitos a um modelo normalizado. Ou seja, temos, como foi comprovado por um estudo da Standard & Poor's, ativos com ponderações diferentes de banco para banco, logo, um sistema em que os rácios de solvabilidade e os testes de stress são completamente manipulados pelos grandes bancos, retirando assim qualquer credibilidade a todo o sistema de supervisão.

Pela nossa parte, a solução é simples. O crédito é demasiado importante para ser deixado à livre iniciativa do setor privado. O controlo público da banca e o sistema financeiro é hoje uma imperativa necessidade.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la finalisation de l'accord de Bâle III, dont l'objectif principal est d'accroître la capacité de résilience des grandes banques internationales, c'est-à-dire leur capacité à s'adapter à la conjoncture économique. En réponse à la crise financière, il est primordial d'améliorer la robustesse des banques tout en préservant leur capacité à financer l'économie.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Um sistema bancário resiliente e com uma boa capitalização é *conditio sine qua non* da estabilidade financeira, da garantia da concessão adequada de créditos à economia real e do crescimento económico.

Na sequência da recente crise financeira mundial, os líderes do G20 aprovaram um programa abrangente de reformas que beneficia os sistemas bancários internacionais, incluindo o reforço dos requisitos prudenciais.

Nesse sentido, é de sobremaneira importante que os bancos sejam capitalizados para poderem apoiar a economia real, reduzir o risco de crises sistémicas e evitar uma repetição dos enormes resgates a que se assistiu durante a crise.

Defendo a necessidade de regulamentação adequada para o setor bancário, a fim de assegurar a concorrência leal e a estabilidade financeira.

Por conseguinte, voto favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This non-legislative motion for a resolution calls on the Commission to act, accordingly UKIP voted against.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É primordial que os bancos sejam um elemento eficiente da nossa economia e não um elemento de risco. Os bancos precisam de ser bem capitalizados, de forma a suportar a economia real, reduzir o risco sistémico e evitar a repetição dos enormes resgates verificados durante a crise.

O trabalho em curso da Comissão de Basileia deve promover a igualdade de condições a nível global, atenuando as diferenças entre jurisdições e modelos bancários e não penalizando indevidamente o modelo bancário da UE.

A posição tomada pelo Parlamento com esta resolução é a de sublinhar a necessidade de maior transparência e prestação de contas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado esta resolución de la comisión de asuntos económicos y monetarios del Parlamento sobre el proceso de regulación bancaria internacional conocido como Basilea III. Con esta resolución, solicitamos que se mejore la posición financiera de las entidades pero sin aumentar significativamente los requisitos de capital, y que no se afecte el modelo europeo de banca en el marco de la competencia internacional. Además, el informe apoya el enfoque de cálculo de los niveles de capital con base al riesgo, pero reduciendo la variabilidad.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Finansų sektoriaus reguliavimui skirtas Bazelio III teisės aktų paketas yra žingsnis atgal. Jame iš esmės yra įtvirtinama nuostata, jog kai kurios finansines institucijos yra per didelės, kad būtų galima jas priversti laikytis sąžiningos konkurencijos ar net atsakingo finansų valdymo principų, o valstybės faktiškai įsipareigoja jas gelbėti bankroto grėsmės atveju. Kas liūdniausia, daugeliu atvejų Komisija buvo ta institucija, kuri vykdė lobistinę veiklą, skirtą Bazelio III susitarimų susilpninimui. Kartu su frakcijos kolegomis balsuoju prieš ir raginu daugiau dėmesio skirti finansų institucijų priežiūrai. Bent jau kaip prevencinei priemonei prieš artėjančią galimą naują finansų krizę.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O sistema bancário quer-se resiliente e com níveis de capitalização adequados, sendo estas condições indispensáveis para a preservação da estabilidade financeira, a garantia da concessão adequada de créditos à economia real ao longo do ciclo, o reforço do crescimento económico e a criação de emprego.

A UE necessita de regulamentação apropriada para o setor bancário, a fim de assegurar a concorrência leal e a estabilidade financeira, pois os bancos desempenham um papel fundamental no financiamento da economia, sendo a principal fonte de financiamento para as famílias, as empresas e os cidadãos em geral. A legislação da UE tentou, desde cedo, refletir esta vertente da atividade bancária.

O trabalho para finalizar o quadro de Basileia III perspetiva o reforço da simplificação, uma maior comparabilidade e a convergência do quadro do capital ponderado pelo risco, sublinhando a necessidade de maior transparência e responsabilidade.

Esta revisão deve promover a igualdade de condições concorrenciais a nível mundial, mitigando as diferenças entre as várias jurisdições e modelos bancários, sem prejuízo do modelo bancário europeu.

Por considerar importante que este trabalho possa ser efetuado de forma eficaz e fiável, em prol do bom funcionamento e aplicabilidade da legislação bancária, votei favoravelmente esta proposta.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución, en la que el Parlamento pone trabas a la revisión de la directiva Basel sobre las exigencias de capital de los bancos. Aumentar las exigencias de capital obliga a los bancos a guardar una suma mayor de capital a la hora de hacer préstamos. Esto es una condición para reducir la inestabilidad y la vulnerabilidad del sistema financiero. Sin embargo, la posición de los *lobbies* bancarios y de la Comisión es que esto disminuiría la competitividad de los bancos europeos frente a los estadounidenses. Pienso que la alta volatilidad de los bancos europeos y su tamaño desproporcionado es una amenaza muy seria a la sociedad europea y exige una intervención drástica para que las entidades financieras cumplan su función social.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pretende diluir los trabajos de Basilea III y limitar las exigencias de capitales a la banca europea, una de las más especulativas del mundo.

El sistema financiero ha demostrado ampliamente su incapacidad para autorregularse y el grave riesgo que supone para la estabilidad del sistema económico en su conjunto: es por eso que nuestra propuesta se fundamenta en la banca pública y la prohibición de la actividad especulativa. Mientras tanto, es necesario asegurar que la banca privada cumple con precauciones tan elementales como dotarse de suficiente capital para que sean sus accionistas los que asuman los riesgos financieros que incurren, en lugar de trasladar a los Estados sus pérdidas especulativas. Es por ello que no puedo aceptar el contenido de este informe y he votado en contra.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il comitato di Basilea per la vigilanza bancaria (CVBV) ha proposto dei requisiti più severi sul capitale bancario, come previsto dalla revisione delle norme contenute nell'accordo di Basilea III. È importante che tali misure consentano alle banche di continuare a svolgere il loro ruolo chiave di finanziatori dell'economia europea, senza compromettere ad esempio la loro capacità di erogare prestiti.

Con l'auspicio che gli organi competenti, quali la Commissione e la Banca centrale europea, trasmettano al Parlamento aggiornamenti e valutazioni precise e trasparenti in merito ai lavori in corso del CBVB, ho deciso di esprimere il mio voto a favore della risoluzione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it calls on the EU Commission to get involved in agreements that should be managed on a bilateral basis.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of the finalisation of Basel III. It is paramount that banks are an efficient component of our economy and not an element of risk. Banks need to be well capitalised in order to support the real economy, reduce systemic risk and avoid the repeat of the enormous bailouts witnessed during the crisis.

This resolution has been made to state Parliament's position on some key issues under discussion by the Basel Committee (BCBS) that will influence the legislation for the banking sector in the coming years.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia volajúceho po dokončení rámca Bazilej III, pretože som presvedčená, že je dôležité, aby boli banky funkčnou súčasťou ekonomiky. Nemôžu byť pre ekonomiky rizikom, a aby sme predišli gigantickým krachom bánk, aké sme pozorovali počas krízy, musia byť banky dostatočne kapitálovo zabezpečené pre podporu reálnej ekonomiky. Práca bazilejského výboru predstavuje snahu pripraviť podmienky na zmierňovanie rozdielov medzi právnymi prostrediami a bankovými modelmi. Odporúčania, ktoré výbor vydáva, síce nie sú záväzné, ale pre centrálne banky krajín, ktoré sú jeho členmi, predstavujú štandardy bankového sektoru. Súhlasím aj s názorom spravodajcu, že nie je možné bankový model EU penalizovať a že pri jeho regulácii je potrebné zachovávať rovnaké pravidlá pre rovnakú mieru rizika. Uznesenie, ktoré sme dnes schválili, predstavuje príspevok do diskusie bazilejského výboru o budúcich legislatívnych úpravách bankového sektoru. Naším zámerom je zdôrazniť potrebu väčšej transparentnosti a zodpovednosti, ktorá by zvýšila legitimitu bazilejského výboru. Jeho závery by mali byť viac prepojené s prácou európskych inštitúcií, aby ich bolo možné lepšie zapracovať do reforiem, ktoré v súčasnosti v EU prebiehajú. Bankový sektor nemá medzi ľuďmi dobré meno, a preto by bolo dobré, keby sa do jeho pôsobenia podarilo vniesť zodpovednejšie pravidlá správania.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Za ohranjanje finančne stabilnosti in zagotavljanje posojil realnemu gospodarstvu so ključni vzdržen in dobro kapitaliziran bančni sistem ter trdni svetovni standardi in načela.

Baselski odbor za bančni nadzor združuje centralne banke in nadzornike večjih bančnih institucij po svetu, ki oblikujejo mednarodno dogovorjene minimalne standarde glede skrbnega in varnega poslovanja bank in obravnavajo negativne posledice svetovne ekonomske in finančne krize, s katerimi se še vedno soočajo države v Evropski uniji in drugod po svetu.

Poročilo Parlamenta sicer navaja nekatera dobra izhodišča za prihodnost, kot so na primer preprečevanje negativnih posledic nezanesljivega finančnega sistema za realno gospodarstvo in odvzem pravice do uporabe običajnih bančnih praks v primerih, kjer so se te že izkazale za neuspešne, dodelitev pristojnosti nadzornikom, da od bank zahtevajo natančen izračun tveganja klasičnih bančnih instrumentov, in zavezo Parlamenta, da se bo še naprej zavzemal za preprečitev ponovnega vala reševanja slabih bank.

Ker pa so priporočila Baselskega odbora za bančni nadzor premalo ambiciozna in preblaga, obljube svetovnih voditeljev, da davkoplačevalci ne bodo več plačevali za neodgovorno ravnanje bank, pa do danes niso bile izpolnjene in obenem obstaja velika možnost, da bomo v prihodnosti priča celo negativni deregulaciji na tem področju, poročila pri glasovanju nisem podprl.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag der großen Koalition im Europäischen Parlament positioniert sich klar gegen eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken durch die anstehenden Basel-III-Reformen. Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass zur Stabilität unseres Finanzsystems und als Lehre aus der Finanzkrise eine solche Erhöhung unabdingbar ist, und habe somit gegen den Text gestimmt.

Die aktuelle Bankenregulierung basiert auf Risikogewichtung der Eigenkapitalanforderungen und gibt so vor, Risiken könnten im Vorfeld beziffert werden. Ebenfalls ignoriert sie völlig die enormen Risiken des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes. Das Parlament führt als Argument gegen die Basler Reformen eine Benachteiligung europäischer Banken an. Tatsächlich müssen amerikanische Banken aktuell weit mehr Eigenmittel vorhalten als ihre europäischen Konkurrenten. Auch das Argument, die Kreditvergabe im Euroraum werde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals gefährdet, teile ich nicht. Die größte Gefährdung stellt eine Finanzkrise dar und diese lässt sich nur verhindern, wenn endlich die notwendigen Schlüsse aus den für den Steuerzahler verheerenden Entwicklungen im Bankensystem von 2008 gezogen werden.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Cieľom rámca Bazilej III je zvýšiť jednoduchosť, porovnateľnosť a konvergenciu rizikovo váženého kapitálového rámca s cieľom riešiť nadmernú variabilitu rizikovo vážených aktív a uplatňovať rovnaké pravidlá na rovnaké riziká. Komisia by mala posúdiť uskutočniteľnosť budúceho regulačného rámca pozostávajúceho z menej zložitých, vhodnejších a primeranejších prudenciálnych pravidiel, ktoré by boli špecificky prispôsobené rôznym typom bankových modelov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zur Fertigstellung von Basel III habe ich nicht zugestimmt.

Ich halte alle Bemühungen zur Stabilisierung der Banken für fruchtlos. Das ist Symptombehandlung, die die eigentlichen Wurzeln der Probleme, die auch im Geldsystem begründet liegen, nicht antastet. Es ist gut, höhere Kapitalanforderungen zu stellen. Dies kann jedoch kaum im Wege einer verbesserten Aufsicht gelingen und auch nicht abhängig sein von einem konzertierten Zusammenwirken im Rahmen der G20 oder des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht. Alle diese Regulierungsbemühungen verfehlen das Ziel, lassen klare Haftungsregelungen vermissen und ersetzen diese durch politisch getriebene, schein-objektive Aufsicht und Regulierung. Ein guter Regelungsrahmen benötigt diese internationale Zusammenarbeit nicht und sein Entstehen wird dadurch mindestens verzögert und wahrscheinlich verhindert. Wenn zudem die Aufsicht – wie im Rahmen der Bankenunion die Aufsicht durch den SSM bei der EZB – durch nationale Interessen „gekapert" wird, ist es vollends um Objektivität geschehen. So wie der SSM nationalen Interessen ausgeliefert ist, so dient auch der Basler Ausschuss als Deckmantel für die Durchsetzung nationaler Industriepolitik. Es ist nicht richtig, wenn genau solche Kredite regulatorisch benachteiligt werden, die bei europäischen Banken in der Bilanz bleiben, während die gleichen Risiken in den USA durch halbstaatliche Organisationen den Banken abgenommen werden.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Podržavam rezoluciju o finalizaciji Basela III. Otporan i dobro kapitaliziran bankarski sustav preduvjet je očuvanja financijske stabilnosti te osiguranja odgovarajućeg kreditiranja gospodarstva. Postojanje globalnih standarda i načela za bonitetno reguliranje banaka važno je pogotovo u vremenu krize. Potrebno je priznati uložene napore BCBS-a da se finalizira okvir Basel III čija je svrha povećati jednostavnost, usporedivost i konvergenciju od kapitalnog okvira rizika radi rješavanja pitanja njegove prekomjerne varijabilnosti. Pozdravljam inicijativu koju predlaže ovo izvješće o jačoj ulozi Europskog parlamenta u cjelokupnom procesu te poziv na dijalog i razmjenu primjera najbolje prakse na europskoj, ali i međunarodnoj razini.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije k vprašanju za ustni odgovor o dokončanju okvira Basel III. K zadnji finančni in gospodarski krizi, katere posledice marsikatera država čuti še dandanes, so prispevale tudi banke, ki so neodgovorno kreditirale podjetja. Podpiram dober bančni nadzor in zahteve glede skrbnega in varnega poslovanja. Resolucija pravilno poudarja, da morajo biti banke dobro kapitalizirane, da bi podpirale realno gospodarstvo in zmanjšale sistemsko tveganje ter da ne bi znova prišlo do obsežnega reševanja z javnimi sredstvi, ki smo mu bili priča v času krize. Pošteno konkurenco in finančno stabilnost bomo dosegli z ustrezno ureditvijo sektorja nebančne kreditne dejavnosti.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Προφανώς το κύριο μέλημα των μεγάλων ομάδων του Κοινοβουλίου και των κυρίαρχων οικονομικών κύκλων της Ένωσης ήταν να «διατηρηθεί η ανταγωνιστικότητα των ευρωπαϊκών τραπεζών» απέναντι στις αντίστοιχες αμερικανικές. Αυτός είναι ο λόγος που οι τράπεζες δεν αναγκάζονται να αυξήσουν την κεφαλαιακή τους επάρκεια και οι τεχνικές κερδοσκοπίας τους δεν αντιμετωπίζονται. Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ένα καλά κεφαλαιοποιημένο τραπεζικό σύστημα αποτελεί προϋπόθεση για τη διατήρηση της χρηματοπιστωτικής σταθερότητας, ενώ πρέπει να στηρίζει την οικονομική ανάπτυξη.

Στα πλαίσια της αντιμετώπισης του πιστωτικού κινδύνου και του επιχειρησιακού κινδύνου, δαπανήθηκαν τεράστια ποσά για τη διάσωση των τραπεζών, ποσά τα οποία καλούνται να πληρώσουν οι πολίτες των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ειδικά στην περίπτωση της Ελλάδας, η διάσωση των τραπεζών, η απόδοση τεράστιων μερισμάτων στους μετόχους και η ανακεφαλαιοποίηση των χρηματοπιστωτικών ιδρυμάτων μεταφράστηκαν στην υπογραφή των μνημονίων.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a Bázel III megállapodás véglegesítéséről szóló állásfoglalási indítványt, amelyhez hasonlóan üdvözlöm a Bázeli Bankfelügyeleti Bizottság (BCBS) a bankok prudenciális szabályozására vonatkozó globális előírások és elvek megszilárdításával kapcsolatos munkáját. Az előadóval egyetértve hangsúlyozom, hogy a válság során a bankoknak nyújtott mentőcsomagok nem ismétlődhetnek meg, ezért kellő mértékben feltőkésített bankokra van szükség, amelyek képesek támogatni a reálgazdaságot. Szintén helyeslem az indítvány által megfogalmazott felhívást, miszerint a BCBS határozatai legitimitásának és elismerésének fokozása érdekében nagyobb átláthatóságra és elszámoltathatóságra van szükség, valamint folytatni kell az intézmények közötti párbeszédet.

Továbbá helyeslem, hogy az állásfoglalási indítvány egyik fontos pontja rámutat, hogy más joghatóságoktól eltérően az európai gazdaságban a bankok kulcsszerepet játszanak a háztartások és a vállalkozások, különösen a kkv-k finanszírozásában. Ezt továbbra is figyelembe kell venni, miközben törekedni kell az európai gazdasági finanszírozási formáinak diverzifikálására.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – It is paramount that banks are an efficient component of our economy and not an element of risk. Banks need to be well capitalised in order to support the real economy, reduce systemic risk and avoid the repeat of the enormous bailouts witnessed during the crisis. The ongoing work of the Basel Committee should promote a level playing field at the global level by mitigating – rather than exacerbating – the differences between jurisdictions and banking models and not unduly penalising the EU banking model. A risk-based approach to regulation is key, with the same rules being applied to the same risk. I therefore support Parliament's resolution that underlines key issues that could help to achieve greater transparency and accountability in enhancing the legitimacy and ownership of the Basel Committee (BCBS).

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Le Parlement réaffirme par là même que les banques doivent être correctement capitalisées afin de soutenir l'économie réelle, de réduire le risque systémique et d'éviter toute répétition des opérations de sauvetage massives observées pendant la crise. Il souligne la nécessité d'élaborer une réglementation appropriée du secteur bancaire parallèle afin de garantir une concurrence loyale ainsi que la stabilité financière.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Basel III is a global, voluntary regulatory framework on bank capital adequacy, stress testing, and market liquidity risk. The motion for a resolution on the Basel III accord calls for a revision of the regulatory framework, to include, inter alia, a better promotion of a level playing field at the global level by mitigating the differences between jurisdictions, national banking competencies and models, which in turn would mitigate the likelihood of unduly penalising the EU banking model. I voted in favour of this resolution because I believe in better coordination and harmonisation of banking standards; as in most other sectors, there can be more opportunities for growth and prosperity.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog Rezolucije podnesen nakon pitanja za usmeni odgovor B8-001810/2016 u skladu s člankom 128. stavkom 5. Poslovnika o finalizaciji Basela III (2016/2959(RSP). Njime se ističe da za razliku od drugih jurisdikcija, banke imaju ključnu ulogu u financiranju europskog gospodarstva i da će vjerojatno ostati glavni izvor financiranja kućanstava i poduzeća, a posebno malih i srednjih poduzeća. Također, prijedlog rezolucije naglašava da je zakonodavstvo EU-a oduvijek pokušavalo odražavati tu činjenicu i da tako treba i dalje ostati. Ipak, prepoznaje važnost diverzificiranja izvora financiranja europskog gospodarstva i u tom pogledu pozdravlja sadašnji rad u okviru unije tržišta kapitala. Prijedlog rezolucije također daje važnost i usklađenosti nadzora u EU-u za koji su zadužena europska i nacionalna nadzorna tijela za bankarstvo, uz uvažanje načela proporcionalnosti i prikladnosti pravila za različite bankovne modele.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo usmeno pitanje Odbora ECON vezano je uz privođenje kraju Basela III. Bazelski odbor za nadzor banaka (BCBS) predlaže da se bonitetni okvir za banke koje rade s kreditnim rizicima unaprijedi, što bi označilo početak Basela IV.

Prijedlog primjerice ide u smjeru revidiranja standardiziranih metoda koje računaju rizik za ponderirane aktive banke, pri čemu se ne dira u međunarodne sporazume dogovorene u Baselu koji se protive povećanju kapitalnih davanja, a istodobno se poštuje specifičnost bankarskog sektora u Uniji.

Stoga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o dokončanju okvira Basel III sem podprla, ker je odporen in dobro kapitaliziran bančni sistem temeljni pogoj za ohranjanje finančne stabilnosti in zagotavljanje primernih posojil realnemu gospodarstvu v celotnem življenjskem ciklu ter prispeva h gospodarski rasti.

Baselski odbor tudi razvija standarde glede varnega in skrbnega poslovanja velikih mednarodnih bank. V njem potekajo razprave o dodatnih spremembah bonitetnega okvira za banke, ki se nanašajo na kreditno in operativno tveganje, kar je pozitivno. Te reforme se osredotočajo na povečanje občutljivosti za tveganja in trdnost standardiziranih pristopov za kreditno tveganje. Za ureditev skrbnega in varnega poslovanja bank so potrebni trdni svetovni standardi, za katere pa se Baselski odbor zavzema.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución, en la que el Parlamento pone trabas a la revisión de la directiva Basel sobre las exigencias de capital de los bancos. Aumentar las exigencias de capital obliga a los bancos a guardar una suma mayor de capital a la hora de hacer préstamos. Esto es una condición para reducir la inestabilidad y la vulnerabilidad del sistema financiero. Sin embargo, la posición de los *lobbies* bancarios y de la Comisión es que esto disminuiría la competitividad de los bancos europeos frente a los estadounidenses. Pienso que la alta volatilidad de los bancos europeos y su tamaño desproporcionado es una amenaza muy seria a la sociedad europea y exige una intervención drástica para que las entidades financieras cumplan su función social.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag der großen Koalition im Europäischen Parlament positioniert sich klar gegen eine Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen für europäische Banken durch die anstehenden Basel-III-Reformen. Ich bin ausdrücklich der Meinung, dass zur Stabilität unseres Finanzsystems und als Lehre aus der Finanzkrise eine solche Erhöhung unabdingbar ist, und habe somit gegen den Text gestimmt.

Die aktuelle Bankenregulierung basiert auf Risikogewichtung der Eigenkapitalanforderungen und gibt so vor, Risiken könnten im Vorfeld beziffert werden. Ebenfalls ignoriert sie völlig die enormen Risiken des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes. Das Parlament führt als Argument gegen die Basler Reformen eine Benachteiligung europäischer Banken an. Tatsächlich müssen amerikanische Banken aktuell weit mehr Eigenmittel vorhalten als ihre europäischen Konkurrenten. Auch das Argument, die Kreditvergabe im Euroraum werde durch eine Erhöhung des Eigenkapitals gefährdet, teile ich nicht. Die größte Gefährdung stellt eine Finanzkrise dar und diese lässt sich nur verhindern, wenn endlich die notwendigen Schlüsse aus den für den Steuerzahler verheerenden Entwicklungen im Bankensystem von 2008 gezogen werden.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le comité de Bâle est un organisme international qui élabore des règles prudentielles applicables aux établissements bancaires afin d'en améliorer la solvabilité. Il s'agit de recommandations, qui doivent ensuite être transposées par les institutions compétentes.

La tendance depuis la crise de 2008 a été celle d'un renforcement des exigences, qui a contraint les banques à augmenter leurs fonds propres ou à réduire leurs engagements (prêter moins, plus cher, ou à des projets ou des entreprises moins risquées).

Deux conceptions s'affrontent. La première privilégie la compétitivité des banques européennes face à leurs concurrentes, notamment américaines. Elle voit donc d'un mauvais œil l'introduction des nouvelles exigences. C'est la position que prend le rapport. L'élection de Donald Trump, qui a annoncé vouloir desserrer la contrainte sur les banques américaines, vient renforcer l'actualité de la menace.

La seconde conception se place davantage du côté de l'épargnant et de la stabilité systémique, en considérant qu'il faut encore accentuer la solidité des banques pour protéger les déposants contre les risques d'une résolution et garantir la solidité du système. Selon cette approche, les banques n'attendent qu'un desserrement de la réglementation pour reprendre leurs mauvaises pratiques à risque (titrisation, dérivés, etc).

La position politique que je retiens est de supporter la première option. J'ai donc voté pour.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Bazylejski Komitet Nadzoru Bankowego zaproponował udoskonalenie ram ostrożnościowych dla banków w zakresie ryzyka kredytowego i operacyjnego („Bazylea IV"). Proponowane środki obejmują między innymi rewizję standardowej metody kalkulowania aktywów banku ważonych ryzykiem. Proponowane zmiany znacząco przyczyniają się do ograniczenia roli krajowych instytucji kontrolnych. Bezpośrednio prowadzi to do większej centralizacji władzy europejskiej. Dlatego zagłosowałem przeciw rezolucji

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az indítvány szerint többek között a pénzügyi stabilitás és növekedés szilárd kerete átfogó és kiegyensúlyozott kell legyen, hogy dinamikus felügyeleti gyakorlatokat tartalmazhasson és ne csak a főként kvantitatív aspektusokra vonatkozó statikus szabályozásra összpontosítson. Voksommal a végszavazásnál az S&D-frakció álláspontját támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución, en la que el Parlamento pone trabas a la revisión de la directiva Basel sobre las exigencias de capital de los bancos. Aumentar las exigencias de capital obliga a los bancos a guardar una suma mayor de capital a la hora de hacer préstamos. Esto es una condición para reducir la inestabilidad y la vulnerabilidad del sistema financiero. Sin embargo, la posición de los *lobbies* bancarios y de la Comisión es que esto disminuiría la competitividad de los bancos europeos frente a los estadounidenses. Pienso que la alta volatilidad de los bancos europeos y su tamaño desproporcionado es una amenaza muy seria a la sociedad europea y exige una intervención drástica para que las entidades financieras cumplan su función social.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Raginu ES ir tarptautiniu lygmenimis nustatyti reguliavimo institucijų tarpusavio dialogą ir keitimąsi geriausios praktikos pavyzdžiais proporcingumo principo taikymo klausimais.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted against the motion for a resolution further to Question for Oral Answer B8 001810/2016 pursuant to Rule 128(5) of the Rules of Procedure on the finalisation of Basel III. A resilient and well capitalised banking system is a prerequisite for preserving financial stability, providing appropriate lending to the real economy throughout the cycle and supporting economic growth. The G20 leaders agreed in the aftermath of the financial crisis to a comprehensive reform agenda strengthening the regulatory standards of international banks, including the strengthening of prudential requirements. The European Union implemented the internationally agreed standards in the framework of the Capital Requirements Regulation (CRR) and Capital Requirements Directive (CRD IV). I voted

against because I believe the approach, which assumes that every standard has to be applied in the same way, would not be efficient or proportionate.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este texto expresa la posición de la Eurocámara con respecto a la discusión de una reforma del marco prudencial para los bancos que actualmente lleva a cabo el Comité de Supervisión Bancaria de Basilea (BCBS). Esta reforma tiene como objetivo hacer que el enfoque estandarizado sea más sensible al riesgo y, al mismo tiempo, restringir el uso de modelos internos para determinadas carteras, además de establecer algunos niveles para los productos del resto sobre la base del enfoque estandarizado. Mediante mi voto afirmativo, muestro apoyo a las negociaciones de Basilea, considerando fundamental que su adaptación al marco europeo de regulación financiera no desemboque en incrementos sustanciales de los requerimientos de capital de las entidades, así como, que no afecte de forma asimétrica a los distintos modelos de negocio bancarios y contribuya a diseñar y mantener un marco regulatorio estable y de igual trato a todas las entidades.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Durante la scorsa plenaria è stata votata una mozione sulla finalizzazione di Basilea III e sulla futura Basilea 4 sui requisiti di capitale per le banche. Nella mozione ci sono punti condivisibili ma anche alcune importanti criticità. Riteniamo per esempio non sostenibile l'appello ad utilizzare il metodo interno che consente alle banche di calcolarsi attraverso modelli interni i requisiti di capitale, al posto del metodo standardizzato, dato che l'utilizzo di questo metodo ha generato distorsioni e aperto la strada a veri e propri abusi da parte delle grandi banche.

Non sosteniamo inoltre l'introduzione di un approccio basato sul rischio anche i titoli di stato che avrebbe l'effetto di scoraggiare gli investimenti nei titoli dei Paesi giudicati più a rischio dai mercati, andando quindi a danneggiare paesi come l'Italia. Condividiamo però alcuni principi sottolineati in modo molto chiaro nella mozione tra cui la necessità che la regolamentazione non vada a restringere ulteriormente la capacità di prestito delle banche all'economia reale e l'importanza di garantire pari condizioni nel mercato tra operatori. Per questi motivi abbiamo preferito astenerci durante il voto in Aula.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución pretende diluir los trabajos de Basilea III y limitar las exigencias de capitales a la banca europea, una de las más especulativas del mundo.

El sistema financiero ha demostrado ampliamente su incapacidad para autorregularse y el grave riesgo que supone para la estabilidad del sistema económico en su conjunto: es por eso que nuestra propuesta se fundamenta en la banca pública y la prohibición de la actividad especulativa. Mientras tanto, es necesario asegurar que la banca privada cumple con precauciones tan elementales como dotarse de suficiente capital para que sean sus accionistas los que asuman los riesgos financieros que incurren, en lugar de trasladar a los Estados sus pérdidas especulativas. Es por ello que no puedo aceptar el contenido de este informe y he votado en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat een veerkrachtig en voldoende gekapitaliseerd bankenstelsel een voorwaarde is voor het handhaven van financiële stabiliteit, het verstrekken van passende leningen aan de reële economie gedurende de hele cyclus, en het bevorderen van economische groei.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Les modèles de calcul des risques bancaires ont été la cause majeure de la crise financière car ils étaient régulièrement utilisés pour cacher les risques importants dans les bilans des banques.

Partant de ce constat, le cadre de Bâle adopté en 2007 garantit un niveau minimum de capitaux propres afin d'assurer la solidité financière des banques.

Le secteur financier européen met en avant de soi-disant répercussions négatives sur sa capacité à financer l'économie réelle si elles devaient mettre en œuvre de façon stricte les nouvelles propositions du comité de Bâle. Cela se passe de commentaires.

Mais la majorité des groupes politiques s'est surtout montrée préoccupée de la compétitivité des banques européennes face à leurs homologues américaines, et a surtout critiqué les efforts du comité de Bâle pour plus de transparence.

Au mieux peut-on se féliciter de la demande de création de conditions équitables entre les banques petites et grandes. Cette résolution ne va pas dans le bon sens. J'ai voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Após a onda neoconservadora dos anos oitenta e a fúria neoliberal que desregulamentou o setor financeiro, cedo se percebeu que a banca privada necessitava de algumas regras sob pena de pôr em causa todo o sistema.

As regras criadas desde Basileia I até III pretendem impor níveis mínimos de capitais próprios. Contudo, as regras para a sua contabilização tornam-se cada vez mais complexas e opacas, como convém aos grupos de interesses que lucram sempre com a falta de transparência.

Hoje, o cidadão aprende que os modelos de avaliação de risco dos ativos são da responsabilidade dos bancos ditos sistémicos, ao contrário dos outros que estão sujeitos a um modelo normalizado. Ou seja, temos, como foi comprovado por um estudo da Standard & Poor's, ativos com ponderações diferentes de banco para banco.

Ou seja, temos um sistema em que os rácios de solvabilidade e os testes de *stress* são completamente manipulados pelos grandes bancos, retirando assim qualquer credibilidade a todo o sistema de supervisão.

Pela nossa parte, a solução é simples. O crédito é demasiado importante para ser deixado à livre iniciativa do setor privado. O controlo público sobre a banca e o sistema financeiro é hoje mais do que uma evidência, é uma necessidade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Entschließungsantrag ersucht die Kommission eindringlich, bei der Umsetzung der Basel-III-Kriterien und bei der Arbeit des BCBS (Basel Committee on Banking Supervision) mehr Augenmaß zu halten und auf die Besonderheiten des europäischen Bankensystems einzugehen. Seit der Krise 2008 sind die Anforderungen für Banken immer stärker angestiegen. Die letzte Runde an Verordnungen des BCBS zur Stabilität (TLAC, Leverage Ratio, Kapitalanforderungen, RWA, Eigenmittelanforderungen, LCR, NSFR) stellt Anforderungen an die Banken, für die das europäische System gar nicht gemacht ist – die USA und asiatische Banken aber stark bevorteilen. Damit die europäischen Banken auf Augenhöhe mit den US-Banken konkurrieren können und die europäische Bankenstruktur nicht mittelfristig ganz verschwindet (und so europäische Finanzierung nur mehr von außereuropäischen Banken kommt), sollte die Kommission, aber auch EBA, besser Rücksicht auf die Besonderheiten des europäischen Systems nehmen – und nicht einen One Size Fits All-Ansatz wählen.

Aus diesen Gründen habe ich diesem Entschließungsantrag zugestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla risoluzione sul completamento di Basilea III. Questa risoluzione è da considerarsi equilibrata, poiché dovrebbe rispettare il principio di non aumentare in modo significativo i requisiti globali di capitale, mentre allo stesso tempo viene rafforzata la posizione finanziaria complessiva delle banche europee.

Le banche rappresentano una componente fondamentale per il funzionamento efficace della nostra economia; devono essere ben capitalizzate al fine di sostenere l'economia reale, ridurre il rischio sistemico ed evitare i salvataggi verificatisi durante la crisi. Il lavoro che sta svolgendo il Comitato di Basilea dovrebbe riuscire a mitigare le differenze tra le giurisdizioni e i modelli bancari europei.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – It was the reckless deregulation of the banking sector which led to the financial and economic crisis of 2008, a crisis we still suffer from today. I therefore welcome EU efforts to create more responsible prudential standards for the financial sector, in order to avoid such a crash happening again.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o dokončanju okvira Basel III.

Odporen in dobro kapitaliziran bančni sistem je temeljni pogoj za ohranjanje finančne stabilnosti in prispeva h gospodarski rasti. Ker imajo banke zelo pomembno vlogo pri financiranju evropskega gospodarstva in bodo verjetno ostale glavni vir financiranja za gospodinjstva in podjetja, je potreben učinkovit bančni nadzor za dokončanje okvira Basel III, katerega namen je povečati jasnost, primerljivost in tveganju prilagojen kapitalski okvir, da bi odpravili pretirana nihanja tveganju prilagojenih sredstev ter uporabljali enaka pravila za enaka tveganja.

11.5. Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (A8-0317/2016 - Ioan Mircea Paşcu)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Mr President, EU Common Security and Defence is further evidence of the unrelenting push for the militarisation of Europe at all levels, from coordinated security and defence policy through to an EU army. At its core, the CSDP report militaristically demands more investment in defence and defence research for Member States to reach the NATO capacity target of a minimum of 2% of GDP. It demands more money from the EU general budget to be allocated to defence spending and demands a strong munitions and defence industry in Europe.

This report is symptomatic of the ever-growing militarisation of the European Union that is driven by the unelected Commissioners and larger Member States. The use of the result of the Brexit referendum to push ahead with these militaristic aims is utterly unscrupulous, as is the undermining of the neutrality of Member States such as Ireland. Instead of focusing on the militarisation of the EU, can we not redouble our efforts to tackle poverty, hunger, land rights, climate change, citizen participation and economic inequalities?

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Europa a fost și rămâne vulnerabilă la atacurile teroriste, la problemele de securitate pe care le avem și la alte probleme (criza migrației și așa mai departe). Pe toate acestea le trăim astăzi și vedem că lumea se schimbă în fiecare zi. Și rămânem vulnerabili pentru că statele membre nu reacționează coordonat, unele au politici diferite și păreri diferite, nu schimbăm informații - și e vorba de agențiile de aplicare a legii - și pentru că bazele noastre de date, bazele europene de date, bazele naționale de date nu sunt complete, nu sunt umplute cu date corecte, imediate și complete de către statele membre și, de asemenea, unele dintre ele nu comunică între ele, deci nu există interoperabilitate între aceste baze de date. E foarte greu să te lupți împotriva terorismului sau a altor pericole în aceste condiții.

În al doilea rând, avem și colegi în instituțiile europene și în Parlamentul European care pur și simplu nu cred că există vreo măsură care să împiedice atacurile teroriste, de pildă, sau care să asigure securitatea cetățenilor. Adică, unii o iau ca pe ca pe un moft sau o iau ca pe o intruziune în viața privată și atât. Nu se gândesc la securitatea cetățenilor și, repet, nu o iau în serios. Pe toate acestea trebuie să le rezolvăm între noi, dar, pe de altă parte, trebuie supuse opiniei publice.

Și, ultimul lucru, îmi cer scuze că am întârziat, un singur lucru: sunt pentru forțe armate europene, dar, în nici un caz, acestea nu trebuie să înlocuiască NATO. Noi trebuie să lucrăm împreună cu NATO și trebuie să cerem garanții noului președinte al Statelor Unite că NATO va continua să apere Europa și, mai ales, Europa centrală și de est.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE). – Mr President, unfortunately nowadays the EU and its Member States live in a more dangerous and less predictable security environment. We are facing a broad and evolving set of challenges, both conventional and hybrid. Despite the fact that these challenges represent common risks and threats to the security of the EU, they affect us differently. Consequently the Member States react to them in an uncoordinated and fragmented way.

Therefore, I strongly believe that a substantial revision of the Common Security and Defence Policy will enable the EU to effectively cooperate and coordinate their efforts and capabilities in order to contribute in a decisive way to the security of the Union. Working from this perspective, a revised CSDP will not only assert the European Union's strategic autonomy and strengthen its resilience, but will also further enhance political integration within the EU. This strategy should be based on a strong collective defence principle, efficient financing and should be implemented in coordination with international institutions in the field of security and defence, particularly in full complementarity with NATO.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, we kept being told a hundred times, a thousand times, during our campaign that no one is talking about a militarised EU. Yet, as we have just heard my comrade Lynn Boylan from the Communist Group say, the other Member States immediately responded to Brexit with precisely such a proposal for militarisation.

Well, good luck! I mean we are not going to be around, but we are still going to be allies, right? During our referendum campaign, a decision was made to deploy British troops to the defence of Poland and of Estonia, and it was not criticised on any side. Nobody tried to press it into the arguments about the referendum, because we understand that we still have a vested interest, an immediate interest, in the prosperity and security of our European friends. We want to be good neighbours, we want to be dependable partners, but our relationship from now on is going to be based on alliance, not assimilation.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, I am reminded of the famous 'duck test'. If it looks like a duck, if it swims like a duck and it quacks like a duck, then it's probably a duck. Commissioner Mogherini has told us that there are no plans for an EU army – soldiers fighting under the EU flag, yes, EU battle groups, yes, EU headquarters, yes – but No EU army. I suspect that this somewhat fails the duck test.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Jag röstade för resolutionen om den gemensamma säkerhets- och försvarspolitiken (GSFP), då Kristdemokraterna ser behov av ökat europeiskt samarbete i försvarsfrågor, inklusive försvarsmaterielkoordinering och forskning. Resolutionen betonar mycket riktigt behovet av samordning med Nato. Att ”strategisk autonomi” betonas utgör i detta sammanhang inte ett problem, då det bör finnas möjlighet för EU att agera när Nato varken kan eller bör göra så. Jag röstade fortsatt för att finansiering av EU-insatser ska ske med medel ur de nationella budgeterna samt mot skrivningar om ”EU-armé”.

Jag röstade för en skrivning om ”ett permanent EU-högkvarter för civila och militära uppdrag och insatser inom GSFP”, då texten också betonade att detta inte skulle vara en kopia av Natostrukturerna, utan istället skulle utgöra nödvändig grund för planering och ledningskapacitet för uppdrag och insatser inom GSFP.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il seguente rapporto evidenzia come la situazione sicurezza in Europa sia arrivata ad un livello considerato critico, soprattutto dopo gli ultimi attacchi terroristici dell'ISIS. A questo proposito il relatore propone di investire più risorse nella difesi, come destinare il 2% del PIL, intensificare i rapporti con la NATO, la creazione di un quartier generale europeo militare per le missioni e altre misure in questa direzione.

Nonostante si trattino alcuni temi abbastanza interessanti manca completamente una valutazione sull'impatto negativo che quanto detto in precedenza potrebbe avere su alcuni Stati membri, per questo motivo ho votato negativamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe de AFET se basa en el Informe anual del Consejo al Parlamento Europeo sobre la Política Exterior y de Seguridad Común. Exige un aumento del componente militar en la PCSD, una mayor inversión en investigación en defensa y aboga por destinar el 2 % del PIB para gastos de defensa. El informe pide además un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, y exige una industria de defensa fuerte. Además, apoya más reformas al sector de la seguridad y capacitar y equipar también a los militares financiados con ayuda al desarrollo (entre ellos, el instrumento civil que contribuye a la estabilidad y la paz), promueve ampliar el mecanismo Athena para financiar todas las misiones militares y grupos tácticos de la Unión, escapando al control parlamentario y, presiona para el despliegue de grupos tácticos de la Unión para todo tipo de gestión de crisis.

Nosotros rechazamos la financiación militar del presupuesto de la Unión, y primar el enfoque civil para la resolución de conflictos y dejar de contribuir a la escalada militar, y abogamos por una separación total entre la Unión y la OTAN, mientras que el informe propone una mayor cooperación. Por esto, voté en contra.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against this report as it goes against our position on the CSDP, it supports the militarisation of the EU including calling for the reform of EU law to be reformed to allow European defence industries to benefit from state aid as their counterparts in the US do. It wishes to expand the military aspect of the Common Security and Defence Policy including investment in defence research and other capabilities whilst fostering a closer relationship with NATO. In this regard it is regressive and does not suit Ireland's position of neutrality regarding military alliances.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Je soutiens une politique commune de sécurité et de défense et soutiens pleinement les démarches en vue d'une capacité de défense autonome substantielle de l'UE visant à protéger nos citoyens et à promouvoir nos valeurs et nos intérêts dans le plein respect des traités, du droit international et des droits de l'homme.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl bendros saugumo ir gynybos politikos įgyvendinimo. Turime pripažinti, kad Europos saugumo situacija gerokai pablogėjo. Ji tapo sudėtingesnė, pavojingesnė ir sunkiau nuspėjama. Tradicines ir hibridines grėsmes kelia valstybiniai ir nevalstybiniai subjektai, jos kyla iš Pietų ir Rytų ir daro skirtingą poveikį valstybėms narėms. ES valstybių narių saugumas yra tarpusavyje labai susijęs, tačiau jos reaguoja į bendras grėsmes ir riziką nekoordinuotai ir nenuosekliai. Koordinavimo trūkumas – tai viena iš Sąjungos veiksmų silpnųjų vietų, kuria sėkmingai naudojasi agresoriai. Europai trūksta atsparumo siekiant veiksmingai atremti ir hibridines grėsmes. Pritariu pranešėjui, kad dėl šių priežasčių reikia nuodugniai ir iš esmės persvarstyti BSGP, siekiant sudaryti ES ir jos valstybėms narėms galimybes ryžtingai prisidėti prie Sąjungos saugumo, tarptautinių krizių valdymo ir įrodyti ES strateginį savarankiškumą. Akivaizdu, kad jokia šalis negali savarankiškai susidoroti su dabartinėmis saugumo problemomis. Todėl būtina pasiekti, kad BSGP būtų grindžiama tvirtu kolektyvinės gynybos principu ir veiksmingu finansavimu bei įgyvendinama koordinuojant su tarptautinėmis institucijomis saugumo ir gynybos srityje, visapusiškai papildant NATO. ES turėtų skatinti valstybes nares laikytis NATO nustatyto pajėgumų lygio, pagal kurį reikalaujama gynybos išlaidoms skirti mažiausiai 2 proc. BVP, kaip dar kartą patvirtinta Velse ir Varšuvoje vykusiuose aukščiausiojo lygio susitikimuose.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας (σύμφωνα με την ετήσια έκθεση του Συμβουλίου προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σχετικά με την κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας) διότι πιστεύω ότι η ανάπτυξη του τομέα της κοινής πολιτικής ασφάλειας και άμυνας της ΕΕ αποτελεί σημαντικό βήμα για την προστασία των πολιτών της, καθώς και των αξιών και των συμφερόντων της, με πλήρη πάντα σεβασμό στο διεθνές δίκαιο και στα ανθρώπινα δικαιώματα.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Mit dieser Entschließung reagiert das Parlament auf den jährlichen Bericht des Rates zum Stand der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), insbesondere zur Implementation der GSVP in den einzelnen Mitgliedstaaten. Vor dem Hintergrund des sich zunehmend verschlechternden Sicherheitsumfeldes der EU (Annexion der Krim, Krieg in Syrien) spricht sich das Parlament für einige Maßnahmen aus, die das gemeinsame Handeln der Mitgliedstaaten im Bereich der GSVP stärken sollen. Zu diesen Maßnahmen gehören unter anderem die grundlegende Überarbeitung der GSVP, die Einrichtung eines permanenten EU-Hauptquartiers für die Planung der zivilen und militärischen Einsätze sowie die Unterstützung der Forschung im Bereich der GSVP. Darüber hinaus betont der Bericht, wie wichtig die Zusammenarbeit mit der NATO für die EU ist. Ich unterstütze den Bericht, da ich der Überzeugung bin, dass eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Bereich der GSVP notwendig ist, da kein Land alleine die Herausforderungen der globalisierten Welt bewältigen kann.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour but d'assurer l'emprise de l'UE sur les politiques étrangères et de défense des États membres. Il part du principe que l'UE est menacée à la fois par des modifications violentes de frontières opérées par la Russie et la déstabilisation des États du Moyen-Orient. Le rapport détaille les multiples concessions qui sont attendues des États pour que la PESC devienne un partenaire fiable de l'OTAN. Il définit également comment la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans la défense. J'ai voté contre ce rapport inacceptable.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – L'environnement de sécurité en Europe s'est sensiblement détérioré au cours de ces derniers mois. Cette imprévisibilité et cette complexité nous obligent à recourir plus efficacement aux instruments actuels de la politique de sécurité et de défense commune. Elle doit faire l'objet d'une vaste et profonde révision afin de répondre à ces nouveaux défis. Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce texte.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – These past years have sadly marked a shift in Europe's security environment. We face tensions from Russian aggression, terrorist threats in our own region, and the uncertainty left after the UK referendum and the US elections. All of these issues call upon us to work together in one of the most vital cornerstones of any society – its safety and security. Which is why this time provides us the best window of opportunity to implement the Common Security and Defence Policy that would in no way compete with a similar transnational structure – NATO – but on the contrary, would complement and strengthen its current agenda. This policy is not one of militarising Europe, but rather increasing its readiness and capabilities for its defence. A large part of the report focuses on the sheer capabilities that the EU currently lacks in the defence sector, which is why it also calls for investments in defence research in order to catch up with the quickly advancing technologies all around the world. Only through these strategies will we be able to independently ensure the safety and security of our citizens in these turbulent times.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. — De VVD heeft zich onthouden van de eindstemming van het rapport over de tenuitvoerlegging van het gemeenschappelijke Veiligheids- en Defensiebeleid, omdat het optuigen van een Europees militair hoofdkwartier op dit moment niet opportuun is. De NAVO is en blijft de hoeksteen van het Europese veiligheidsbeleid en de NAVO-inspanningen moeten niet worden gedupliceerd. De VVD steunt het voorstel voor een eengemaakte defensiemarkt, meer defensie-investeringen, onder meer op het gebied van onderzoek en ontwikkeling.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl bendros saugumo ir gynybos politikos įgyvendinimo. Europos saugumo aplinka gerokai pablogėjo ir tapo mažiau stabili, sudėtingesnė, pavojingesnė ir mažiau nuspėjama. Šiuo metu Europai trūksta atsparumo siekiant veiksmingai atremti hibridines grėsmes, kurios dažnai yra tarpvalstybinio pobūdžio. Todėl pritariu, kad būtina persvarstyti bendrą saugumo ir gynybos politiką (BSGP) siekiant sudaryti ES ir jos valstybėms narėms galimybes ryžtingai prisidėti prie Sąjungos saugumo, tarptautinių krizių valdymo ir įrodyti ES strateginį savarankiškumą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are opposed to the development of a centralised EU defence and foreign policy capability. As such we reject the annual review process of CSDP and CFSP and the calls for increased EU capability contained within this report. We remain fully committed to NATO as the primary guarantor of security in Europe. We are supportive of the NATO 2% defence spending minimum. It is UKIP party policy to ensure the UK remains at least above 2% and we would also encourage fellow NATO allies to meet this commitment. We are however uneasy at language contained within this report in which the EU calls on Member States to meet this requirement. There is a fine line between this and the 2% commitment to NATO being replaced with one to the EU. This risks further undermining NATO and risks the position of traditionally neutral countries.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui part du postulat que l'Union européenne serait menacée tant au sud qu'à l'est. Le rapport demande aux États membres de nombreuses concessions et détaille comment la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans la défense, portant atteinte à notre souveraineté.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui souligne que l'environnement de sécurité en Europe s'est sensiblement détérioré et que pour y faire face, l'Union doit se doter d'une politique commune révisée et plus robuste basée sur une coopération structurée permanente. De même, cette politique devrait reposer sur un principe fort de défense collective et un financement efficace ainsi que sur la participation active de tous les États membres.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – I grandi mutamenti avvenuti negli ultimi anni nello scenario globale rendono sempre più necessaria una riflessione sulla capacità dell'Europa di far fronte alle enormi sfide del nostro tempo, avversità che si presentano non solo sotto forme convenzionali ma sempre più spesso come minacce ibride che vedono coinvolti attori statali e non statali. La relazione Pașcu, che oggi ho sostenuto con il mio voto, sottolinea con forza la necessità di una sostanziale revisione della PSDC, al fine di consentire all'UE e ai suoi Stati membri di contribuire in maniera decisa alla gestione delle crisi internazionali e all'affermazione dell'autonomia strategica dell'Unione. Serve un Libro bianco della difesa e della sicurezza europea che individui la strada per un rafforzamento dell'industria di difesa del continente e allo stesso tempo prefiguri le linee d'azione negli scenari internazionali. Il cuore della nuove PSDC deve però risiedere nella creazione di una vera capacità di difesa autonoma per l'UE che punti a proteggere i suoi cittadini e promuovere i propri valori e interessi, nel pieno rispetto dei trattati, del diritto internazionale e dei diritti umani.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Informe señala el deterioro de la seguridad europea ante el crecimiento de la amenaza terrorista y la situación bélica que viven Ucrania, Siria e Irak, así como nuevos desafíos como el ciberterrorismo. Apunta una creciente intranquilidad de la opinión pública ante el terrorismo y la inestabilidad política, y expone la necesidad de reforzar la política común de seguridad y defensa con mayor coordinación y un crecimiento del presupuesto en al menos un 2 % por país miembro. También solicita mayores facilidades para financiar operaciones internacionales y la creación con urgencia de un fondo económico para tal fin. Pide reforzar la investigación militar y el sector armamentístico europeo con una financiación suficiente, y unas ayudas a la producción industrial similares a las que reciben las empresas norteamericanas del sector. He votado en contra, porque ahonda en la apuesta política y financiera por un Ejército y una industria armamentística fuertes en la Unión para combatir amenazas exteriores. Aunque entiendo que algunas de estas amenazas son reales, creo que aumentando el clima bélico no se va a conseguir llegar a la resolución real de los problemas y a conseguir un marco de estabilidad y paz en la Unión.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe del Sr. Pascu sobre la aplicación de la política común de seguridad y defensa. Es necesario avanzar en un ejército europeo, pero me he abstenido en las referencias a destinar el 2 % del PIB de los Estados para ello. Yo creo que se necesita un análisis más exhaustivo antes de establecer ninguna cifra concreta por mucho que esto se reiterara en las Cumbres de Gales y Varsovia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concernant la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune doit en réalité assurer l'emprise de l'UE sur les politiques étrangères et de défense des États membres. En effet, le rapport part du principe que l'UE est menacée à l'est et au sud par à la fois des modifications violentes de frontières opérées par la Russie (point 7) et la déstabilisation des États du Moyen-Orient.

Il faut que les États fassent des concessions pour que la PESC devienne un partenaire fiable de l'OTAN et il définit ses règles dans le domaine de la passation de marchés de la défense (point 44). Pour ces raisons, j'ai donc naturellement voté contre.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto sostenuto in questa relazione, non ho quindi inteso votare in suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la aplicación de la política común de seguridad y defensa, por el que se realiza una evaluación de la aplicación de las políticas en este ámbito, así como de los acontecimientos que han tenido lugar este año.

El informe pide una revisión de estas políticas, así como un Libro Blanco de la Unión, una industria de defensa más fuerte y el Plan Europeo de Acción para la Defensa. Por otro lado, considera necesario mejorar y ampliar la cooperación con la OTAN.

Asimismo, se solicita una mayor coordinación intracomunitaria dentro de la Unión, para poder adaptarse mejor ante nuevas amenazas.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisako dėl bendros saugumo ir gynybos politikos įgyvendinimo Europos Sąjungoje. Europos saugumo aplinka gerokai pablogėjo ir tapo mažiau stabili, sudėtingesnė, pavojingesnė ir mažiau nuspėjama, grėsmės yra tradicinės ir hibridinės, jas kelia valstybiniai ir nevalstybiniai subjektai, jos kyla iš Pietų ir Rytų ir daro skirtingą poveikį valstybėms narėms. Parlamentas priminė, kad ES valstybių narių saugumas yra tarpusavyje labai susijęs, ir pažymėjo, kad kol kas jos reaguoja į bendras grėsmes ir riziką nekoordinuotai ir nenuosekliai, taigi darosi sudėtinga ir kliudoma taikyti bendresnį požiūrį. Toks koordinavimo trūkumas – tai viena iš Sąjungos veiksmų silpnųjų vietų. Europai trūksta atsparumo siekiant veiksmingai atremti hibridines grėsmes, kurios dažnai yra tarpvalstybinio pobūdžio. Radikalių islamistų organizacijų ir asmenų prieš Europą nukreiptas terorizmas yra precedento neturinčio masto ir daro spaudimą Europos gyvenimo būdui. Parlamentas pabrėžė, kad todėl asmens saugumas tapo pirmaeilis tikslas ir nyksta tradicinis skirtumas tarp tokio saugumo išorės ir vidaus aspektų. Todėl ragina ES prisitaikyti prie šių saugumo iššūkių, visų pirma veiksmingiau naudojant esamas BSGP priemones ir jas derinant su kitomis išorės ir vidaus priemonėmis bei ragina užtikrinti didesnį valstybių narių bendradarbiavimą ir koordinavimą, ypač kovos su terorizmu srityje.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége. A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da se začne na ravni EU izvajati skupno varnostno in obrambno politiko. Ugotavlja se, da se je evropsko varnostno okolje zelo poslabšalo ter postalo bolj negotovo, bolj kompleksno, nevarnejše in manj predvidljivo. Grožnje so tako konvencionalne, kot hibridne. Ustvarjajo jih tako državni kot nedržavni akterji z juga in vzhoda, na vsako državo članico pa vplivajo drugače. Zato je potrebno opozoriti, da je varnost držav članic EU močno prepletena. Na skupne grožnje in tveganja pa se države članice odzivajo neusklajeno in razdrobljeno, kar otežuje in pogosto ovira izvajanje enotnejšega pristopa. Zato so primerni pozivi k odločni preventivni politiki, ki temelji na celovitih programih deradikalizacije. Vzpostavitev stalnega strukturnega sodelovanja (člen 42(6) Pogodbe o EU) pa bo omogočila razvoj samoobrambe oziroma stalne obrambne strukture, ki bi izboljšala operacije kriznega upravljanja.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – L'attuale quadro di deterioramento della sicurezza all'interno e all'esterno del territorio europeo ha ben dimostrato che l'Unione deve dotarsi di strumenti per difendere la pace e sicurezza dei propri cittadini. Questa relazione è in linea con l'impegno dell'Alto rappresentante per la politica estera e di sicurezza comune, Federica Mogherini, nell'auspicare un lavoro di piena revisione delle politiche in materia di sicurezza e difesa per affrontare i cambiamenti strutturali del contesto internazionale. Chiediamo l'istituzione di meccanismi efficaci che sfruttino a pieno le potenzialità già presenti nei trattati europei, come la cooperazione permanente strutturata.

L'invito rivolto agli Stati membri, che conservano le prerogative in materia di difesa, è quello di una migliore cooperazione, che passi attraverso un solido principio di difesa collettiva e su un finanziamento efficiente per promuovere l'autonomia strategica dell'Unione europea. Questo significa rafforzare le proprie capacità e porsi sulla scena internazionale come un partner affidabile, capace di cooperare in piena complementarietà con le istituzioni internazionali attive nel settore, in primo luogo la NATO, per far fronte alle esigenze di sicurezza dell'Unione europea e a quelle del suo vicinato.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o provedbi zajedničke sigurnosne i obrambene politike.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the implementation of the Common Security and Defence Policy because I think the Union should use its foreign policy tools more efficiently by bearing in mind that the European security environment has deteriorated considerably. Indeed, more and better coordination between Member States is needed in order to tackle the current challenges. As a matter of fact, this resolution provided the base for further developments of the EU foreign policy tools towards a revised and more robust CSDP.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Nessun Paese può affrontare da solo le sfide della sicurezza: oggi più che mai è necessario un agire unitario per assicurare la difesa delle frontiere europee e la sicurezza interna. È necessario rivedere radicalmente il quadro della politica di sicurezza comune adottato finora, rafforzarlo e iniziare ad agire in una prospettiva di integrazione federale dei servizi di intelligence, delle forze armate e delle strutture di controllo frontaliero così come si sta positivamente facendo per la nuova Guardia costiera dell'Unione europea.

Assieme alle necessarie decisioni politiche e giuridiche da intraprendere non può essere lasciato in secondo piano lo sviluppo di una più forte industria della difesa per rafforzare l'autonomia strategica e l'indipendenza tecnologica dell'Unione. Per rafforzare lo status dell'UE quale garante della sicurezza nel vicinato dell'Europa sono necessarie capacità appropriate e sufficienti, nonché un'industria della difesa concorrenziale internazionalmente, efficiente e trasparente che garantisca una catena di approvvigionamento sostenibile.

Oggigiorno il settore europeo della difesa è caratterizzato da frammentazione e duplicazioni, che devono essere gradualmente eliminati attraverso un processo che fornisca incentivi e ricompense a tutti gli attori nazionali e che tenga conto delle prospettive a lungo termine di un mercato della difesa integrato.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport utilise la dégradation du climat politique en Europe, notamment avec la Russie, ainsi que la menace islamiste comme prétextes pour assurer l'emprise de l'Union européenne sur les politiques étrangère et de défense des États membres. La politique de sécurité et de défense commune dont ce rapport définit les contours serait calquée sur les plans d'actions de l'OTAN, avec comme conséquence la soumission de notre politique étrangère aux intérêts américains. Aux nombreuses concessions attendues des États membres s'ajoutent de nouvelles règles en matière de marchés publics. Je me suis bien évidemment opposé à ce rapport qui enferme nos nations dans un carcan atlantiste alors que nous souhaitons au contraire entretenir des relations équilibrées avec l'ensemble des puissances internationales dans le but de faire émerger un monde multipolaire. J'ai donc voté contre ce texte.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *în scris*. – Europa se confruntă cu un arc de instabilitate. La sud, ISIS și alte organizații teroriste sunt din ce în ce mai numeroase în Orientul Mijlociu și în Africa de Nord. În est, războiul hibrid dus de Rusia împotriva Ucrainei, anexarea ilegală a Crimeii și tacticile hibride, inclusiv terorismul cibernetic și războiul informațional, utilizate pentru a destabiliza țările din Parteneriatul Estic, reprezintă cele mai urgente amenințări la adresa securității UE.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la punerea în aplicare a politicii de securitate și apărare comune (pe baza Raportului anual al Consiliului către Parlamentul European privind politica externă și de securitate comună). Instrumentele PSAC ar trebui să rămână un instrument esențial în cadrul abordării globale.

Intensitatea amenințărilor hibride cu care ne confruntăm este fără precedent. Viitorul cadru strategic comun ar trebui să se concentreze pe propuneri concrete și realizabile pentru a contribui la contracararea amenințărilor hibride și la promovarea rezilienței UE și a statelor membre. Cadrul strategic comun ar trebui dezvoltat într-o coordonare deplină și cu consultarea regulată a NATO, care va elabora propriul său răspuns la războiul hibrid. Nu ar trebui ratată o oportunitate unică de armonizare a răspunsurilor UE cu cele ale NATO.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che prevede una necessaria e approfondita revisione della politica di sicurezza e difesa comune (PSDC). I cittadini hanno bisogno di percepire e sentire un maggior impegno da parte dell'Unione europea su questo tema.

È necessario che si combatta con determinazione la propaganda terroristica attraverso operazioni di PSDC più efficienti. Una politica estera più unificata contribuirebbe in modo significativo alla diminuzione degli scontri in Iraq e in Siria.

La relazione sottolinea la necessità di avere un forte sostegno da parte degli Stati membri con la fondamentale collaborazione dei parlamenti nazionali, al fine di garantire la veloce realizzazione delle priorità della politica estera e di sicurezza europea (EUGS).

Condividere con la NATO gli stessi interessi strategici rappresenta una grande opportunità per l'Unione, ma occorre lavorare per una più forte e stretta cooperazione anche con altri partner istituzionali come l'OSCE, nonché con partner bilaterali strategici.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are opposed to the development of a centralised EU defence and foreign policy capability. As such we reject the annual review process of CSDP and CFSP and the calls for increased EU capability contained within this report. We remain fully committed to NATO as the primary guarantor of security in Europe. We are supportive of the NATO 2% defence spending minimum. It is UKIP party policy to ensure the UK remains at least above 2% and we would also encourage fellow NATO allies to meet this commitment. We are however uneasy at language contained within this report in which the EU calls on Member States to meet this requirement. There is a fine line between this and the 2% commitment to NATO being replaced with one to the EU. This risks further undermining NATO and risks the position of traditionally neutral countries

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione annuale sulla politica di sicurezza e difesa comune presenta diversi passaggi a mio avviso problematici. Tra questi figurano la richiesta agli Stati membri di destinare il 2% del PIL alla difesa, come previsto negli incontri NATO del Galles e di Varsavia; una rafforzata partnership con la NATO; la creazione di un quartier generale europeo civile/militare per le missioni e le operazioni della CSDP; la richiesta all'UE di supportare gli Stati membri che partecipano alla coalizione contro l'ISIS, creando una missione CSDP ad hoc; la richiesta di modificare lo strumento per la pace e la stabilità per permettere alla UE di equipaggiare attori militari in paesi partner; la revisione dei meccanismi di finanziamento dei battaglioni europei e delle operazioni militari. Essendo preoccupato da alcune delle proposte qui sopra esposte, ho espresso voto negativo.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψήφισα την έκθεση πρωτοβουλίας σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, επειδή συντάσσεται με εκείνες τις φωνές στην Ευρώπη που ζητούν περισσότερη στρατιωτικοποίηση και καταστολή. Διαφωνώ με την έκθεση που συντάσσεται με την αύξηση των στρατιωτικών δαπανών των κρατών μελών ώστε να επιτευχθούν οι στόχοι που έχει θέσει η ιμπεριαλιστική συμμαχία του ΝΑΤΟ. Διαφωνώ με τους στρατιωτικούς μηχανισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ATHENA και EU Battlegroups, που αποτελούν ευρωπαϊκούς μηχανισμούς καταστολής και επιβολής πολιτικών που έχουν τη δυνατότητα να επεμβαίνουν σε μια ανεξάρτητη χώρα. Αγωνιζόμαστε για μια Ευρώπη της ειρήνης και της αλληλεγγύης. Για μια Ευρώπη που θα αποτελεί παράγοντα σταθερότητας στην ευρύτερη περιοχή και όχι παράγοντα αποσταθεροποίησης, οικονομικού ιμπεριαλισμού και στρατιωτικών επεμβάσεων.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – I respekt for det danske forsvarsforbehold har vi stemt imod initiativbetænkningen om en europæisk forsvarsunion.

For Socialdemokratiet er, og bliver, NATO både Danmarks og EU's primære og vigtigste sikkerhedsgarant. Derfor er det også afgørende for os, at de tiltag hen i mod øget forsvarssamarbejde, som andre EU-lande måtte ønske at deltage i, er fuldt kompatible med NATO-samarbejdet og dets strukturer.

Vi støtter ikke tanken om en EU-hær, men ser selvsagt gerne, at der udvikles mulighed for at koordinere materielindkøb bedre, samt andre praktiske tiltag, som kan føre til lavere udgifter på tværs af landene, og som ikke er underlagt forsvarsforbeholdet.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση και επισημαίνουμε ότι το ευρωπαϊκό περιβάλλον ασφάλειας έχει επιδεινωθεί σημαντικά, έχοντας καταστεί πιο ρευστό, πιο περίπλοκο, πιο επικίνδυνο και λιγότερο προβλέψιμο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας αποτελεί μια προσπάθεια εντατικοποίησης των μηχανισμών ασφάλειας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Παρότι διανύουμε μια περίοδο αναταράξεων και οφείλουμε να εντείνουμε τις προσπάθειες διαφύλαξης της ασφάλειας των ευρωπαίων πολιτών, η έκθεση αυτή εστιάζει σε συντηρητικές πρακτικές και στόχους, χωρίς να εξασφαλίζει δημοκρατικές και υγιείς διαδικασίες ελέγχων, ενώ παράλληλα προωθεί την εντονότερη συνεργασία με το ΝΑΤΟ, γεγονότα που μας βρίσκουν αντίθετους. Γι' αυτό και αποφάσισα να καταψηφίσω την έκθεση.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Non c'è giorno in cui i media non costringano i nostri occhi ad osservare le mattanze compiute dall'ISIS, o a comunicarci in maniera apocalittica un quadro internazionale instabile e complesso, oltre che pericoloso ed imprevedibile. La nostra è indubbiamente una generazione fortunata perché, anche grazie all'Unione europea, non ha conosciuto le atrocità della guerra da vicino, affinché tale condizione possa restare ed estendersi voto a favore della relazione.

In un'UE quanto mai interconnessa, la reazione alle minacce, infatti, rimane scoordinata e frammentaria impedendo, dunque, efficienza e prontezza risolutiva. Per gestire i casi critici e imprimere autonomia strategica all'UE si rende essenziale il coinvolgimento degli Stati membri *ab initio* per ragioni plurime che vanno dallo scongiurare impasse futuri fino ai vantaggi pratici della messa in comune di capacità di difesa europee. Si arriva ad auspicare una cooperazione strutturata permanente congiuntamente alla redazione di un Libro Bianco sulla difesa.

Per di più, non va tralasciata l'ipotesi di una sede centrale permanente dell'Unione per le missioni, le operazioni civili e militari dal momento che le condizioni attuali sono cariche di debolezze strutturali. È evidente, del resto, come il settore europeo della difesa sia caratterizzato dalla frammentazione e dalla duplicazione, tali elementi indeboliscono l'autonomia strategica e l'indipendenza tecnologica.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I abstained on the report on the implementation of the Common Security and Defence Policy due to Ireland's position on neutrality.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A União Europeia enfrenta um conjunto de ameaças, tanto convencionais como híbridas, criadas por Estados e sujeitos não estatais do Sul e do Leste. Este quadro complexo exige uma Política Comum de Segurança e Defesa (PCSD) operacional e eficaz. Este facto é reconhecido por dois terços dos cidadãos europeus, que defendem maior empenho europeu em segurança e defesa (Eurobarómetro).

Para tal, defendo uma revisão da PCSD que estabeleça a Cooperação Estruturada Permanente, prevista nos tratados.

Entendo que o reforço do investimento em defesa (idealmente para 2% do PIB) deve ser complementado com melhores processos de contratação pública em defesa, além de compreender um maior apoio à investigação. Precisamos de uma indústria de defesa mais capacitada e competitiva.

Acompanho a vontade de instituir um quartel-general permanente da UE para as operações civis e militares, mas alerto para a necessidade de coordenar a ação com a NATO, enquanto pilar da defesa coletiva europeia. Neste sentido, a relação UE-NATO deve ser reforçada e compreender a cooperação com outros parceiros, como a União Africana ou a OSCE.

Partilho a preocupação com a cibersegurança, enquanto vetor mais urgente numa maior cooperação em defesa.

Pelo exposto, apoio o presente relatório.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The security of the EU Member States is deeply interconnected, and like the rapporteur I agree that we still reply to common threats and risks in an uncoordinated and fragmented way. In turn this complicates matters and often hampers a more common approach exposing vulnerabilities of the Union's action.

Like everyone I am concerned that terrorism carried out by radical Islamist organisations and individuals is targeting Europe on an unprecedented scale, bringing the European way of life under pressure. Such requires a proper response from our end through coherence with other external and internal instruments. This can only be achieved through better cooperation and coordination between Member States, especially in the field of counter-terrorism.

In this sense, I see scope in this report which calls upon the European Council to start developing the common security and defence policy into a common defence as provided for in Article 42(2) TEU to strengthening the EU's resilience.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Jag har röstat för initiativbetänkandet om genomförandet av den gemensamma säkerhets- och försvarspolitiken (GSFP). Fokus var hur man kan stärka den gemensamma förmågan, vilket är synnerligen viktigt i dag. Det gäller vår förmåga att effektivt arbeta tillsammans för att skydda oss mot krigföring liksom att leda militära fredsbevarande insatser. Däremot har jag röstat emot att EU ska ha ett gemensamt militärt försvar eller att EU ska investera i ett militärt försvar. Det är nödvändigt med samarbete inom EU för att säkra vår omgivning och Sverige, men frågor som rör finansiering och militära förband är frågor som allena ska beslutas om av medlemsstaterna själva.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione si lega a quella sulla creazione di un'Unione europea per la difesa. Anch'essa quindi sostiene un rafforzamento di tipo militare a livello europeo per rispondere agli attacchi terroristici dell'ISIS in primis. La relazione parla di investire il 2% del PIL di ogni Stato membro nel campo della difesa, poi di una rafforzata partnership con la NATO, e avanza la possibilità dell'Unione europea di equipaggiare attori militari in paesi partner. Anche in questo caso perciò il mio voto è negativo e contrario.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe de AFET se basa en el Informe anual del Consejo al Parlamento Europeo sobre la Política Exterior y de Seguridad Común. Exige un aumento del componente militar en la PCSD, una mayor inversión en investigación en defensa y aboga por destinar el 2 % del PIB para gastos de defensa. El informe pide además un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, y exige una industria de defensa fuerte. Además, apoya más reformas al sector de la seguridad y capacitar y equipar también a los militares financiados con ayuda al desarrollo (entre ellos, el instrumento civil que contribuye a la estabilidad y la paz), promueve ampliar el mecanismo Athena para financiar todas las misiones militares y grupos tácticos de la Unión, escapando al control parlamentario y, presiona para el despliegue de grupos tácticos de la Unión para todo tipo de gestión de crisis.

Nosotros rechazamos la financiación militar del presupuesto de la Unión, y primar el enfoque civil para la resolución de conflictos y dejar de contribuir a la escalada militar, y abogamos por una separación total entre la Unión y la OTAN, mientras que el informe propone una mayor cooperación. Por esto, voté en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'UE si trova di fronte a una serie di crisi regionali e sfide sempre più interconnesse e complicate, non ultima quella del terrorismo di matrice islamista. La sicurezza europea è in pericolo a causa di un'azione scoordinata e frammentaria tra gli Stati membri. Ritengo che l'UE dovrebbe poter intervenire a 360 gradi nella gestione delle crisi, dalla prevenzione alla risoluzione delle stesse, non solo attraverso il dialogo e la cooperazione con i paesi terzi dalla regione, ma soprattutto con una maggiore cooperazione e interoperabilità tra gli Stati membri.

Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione che sostiene il coinvolgimento pieno degli Stati membri nel processo di revisione della politica comune per la sicurezza e la difesa. L'UE dovrebbe incoraggiare gli Stati membri a raggiungere gli obiettivi fissati dalla NATO, che richiedono un livello minimo di spesa per la difesa del 2% del PIL, al fine di incrementare la complementarità delle capacità tra UE e NATO in termini di difesa collettiva e di finanziamento efficiente.

L'impegno dell'UE dovrebbe seguire una tabella di marcia definita sotto forma di un piano di attuazione in materia di sicurezza e difesa e di Libro bianco, in linea con le priorità individuate dalla strategia globale.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Mediul de securitate european s-a deteriorat considerabil, devenind din ce în ce mai schimbător, mai complex, mai periculos și mai puțin previzibil. Statele membre depind puternic unul de altul în ceea ce privește securitatea, iar acestea reacționează în mod necoordonat și fragmentat la amenințări și pericole comune, complicând și adeseori împiedicând aplicarea unei abordări comune. Uniunea Europeană este obligată să reacționeze la apariția unor crize tot mai complexe, trebuie să intensifice dialogul și cooperarea cu țările terțe din regiune și trebuie să fie pregătită să facă față unor schimbări structurale din peisajul securității internaționale.

Am votat pentru integrarea securității și apărării informatice ca elemente de bază a politicii de securitate și apărare comune, dat fiind faptul că conflictele și crizele din Europa și din vecinătatea acesteia au loc atât în spațiul fizic, cât și în cel informatic. O reformă legislativă este necesară pentru a le permite industriilor din domeniul apărării să beneficieze de aceleași ajutoare de stat precum cele de care se bucură industriile din SUA.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A fenti problémák orvoslására a közös biztonság- és védelempolitika (KBVP) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség. A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására.

Kiemeli, hogy a KBVP-nek az erős kollektív védelem elvén és hatékony finanszírozáson kell alapulnia, továbbá hogy a KBVP-t a biztonság és védelem terén illetékes nemzetközi intézményekkel, például a NATO-val teljes összhangban, és teljes mértékben egymást kiegészítve kell végrehajtani. Úgy véli, hogy az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat legalább a GDP 2%-ára növeljék a walesi és a varsói csúcstalálkozókon megerősítetteknek megfelelően. Meggyőződésem, hogy egy hatékony KBVP-hez elengedhetetlen a komoly kötelezettségvállalás és a hírszerzési és egyéb információk tagállamok közötti fokozott és hatékonyabb cseréje, szükséges a tagállamok közti jobb együttműködés és koordináció, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Mivel a jelentés pont ezekre mutat rá, ezért szavazatommal támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosu w głosowaniu nad sprawozdaniem nt. wdrażania wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony, ponieważ sprawozdanie sugeruje zbyt daleką ingerencję UE w sprawy państw członkowskich. Podkreślając ogromne znaczenie działań mających na celu poprawę bezpieczeństwa w Unii Europejskiej, należy dążyć do budowy strategii, która będzie uwzględniała interesy i suwerenność państw w tym zakresie. Zgodnie ze sprawozdaniem UE powinna odpowiadać na wyzwania wobec bezpieczeństwa wewnętrznego państw członkowskich. Jednoznacznie należy stwierdzić, że kwestie obronności powinny na zawsze pozostać kwestią narodowej suwerenności.

Uważam, że przedstawione sprawozdanie nie może dążyć w kierunku ingerencji w kompetencje państw członkowskich, w związku z powyższym wstrzymałem się od głosu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The developments in the field of CSDP were positive. However, in recent years the security situation in and around Europe has created unprecedented challenges that need to be tackled by all European Member States, as no single country or organisation is able to face them alone. Whilst I agree that we need to move to a substantial autonomous defence capacity aiming at protecting citizens and the cores on which the European Union is based, it is important that such a move should respect the neutrality of countries like Malta.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution du Parlement européen fait suite au rapport annuel 2015 du Conseil sur la politique étrangère et de sécurité commune (PESC), en particulier la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune (PSDC).

Dans un contexte où l'environnement de sécurité européen se dégrade considérablement et où l'on peut craindre un désengagement des États-Unis de l'OTAN, je considère que l'Union européenne et ses États membres doivent prendre toute la mesure de leur responsabilité, en poursuivant et en renforçant les coopérations en cours en matière de défense. Pour ces raisons, j'ai soutenu cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte sur la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune qui souligne, à juste titre, l'importance d'une coordination accrue entre les États membres en matière de défense alors que le climat sécuritaire est une inquiétude permanente. En matière de défense, l'Union européenne se doit d'être ambitieuse, et cela passe par le développement de notre industrie de la défense, ainsi que par des financements adéquats. Lorsque notre sécurité est en jeu, l'Europe ne peut pas se permettre d'être tributaire des connaissances technologiques de pays tiers. De plus, le texte appelle notamment à la mise en place de programmes élaborés de déradicalisation et de politiques de prévention de la radicalisation solides face aux menaces soulevées par les organisations terroristes. Ce sont deux combats que j'avais moi-même portés au Parlement européen dans mon rapport sur la prévention de la radicalisation et le recrutement de citoyens européens par les organisations terroristes.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége.

A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához. A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. A magyar állásponttal összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах против доклада относно прилагането на общата политика за сигурност и отбрана, тъй като смятам, че призоваването към по-широки компетенции на ЕС в областта на сигурността и отбраната е недопустимо.

Днес в Европа се очертават ясно две линии, тази на федералистите и тази на анти-федералистите. Аз съм част от вторите, тъй като смятам, че Европа ще бъде по-силна, ако се върне към идеята за „Европа на нациите“. Смятам, че сигурността е изключителна компетентност на държавите членки и трябва да остане така. Сигурността и отбраната са последният белег за суверенитет на държавите членки и ще отстоявам тези свои възгледи и занапред.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η έκθεση, στο σύνολό της, είναι αρνητική για τα συμφέροντα των κρατών της ΕΕ. Εξυπηρετεί την πολιτική των ΗΠΑ και του ΝΑΤΟ.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége.

A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához. A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, a védelmi kiadások idővel legalább a GDP 2%-ára növelését.

A KBVP eszközei továbbá jobb tagállami együttműködést és koordinációt szorgalmaznak, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. A magyar álláspontal összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted against the report on the Implementation of the Common Security and Defence Policy as I am opposed to the militarisation of the European Union. I believe the EU could play an invaluable role on the world stage in conflict prevention. I am engaged in the campaign to establish a Peace Institute in Wales which will help promote peace in our society and in our everyday lives. The EU should have its own Peace Institute to help develop a policy that would bring people real security.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le rapport détaille les multiples concessions qui sont attendues des États pour que la PESC devienne un partenaire fiable de l'OTAN.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório prossegue, no essencial, os mesmos objetivos do relatório sobre a chamada União Europeia de Defesa, aprovado nesta mesma sessão. Aumento dos orçamentos de defesa do Estados-Membros, financiamento e desenvolvimento da indústria e investigação militares, criação de forças militares europeias, especialização das forças militares por Estado-Membro, maior cooperação com a NATO e a ambição de a UE se tornar um bloco militar. Tudo em nome do combate ao terrorismo, à radicalização, e reforço do confronto e cerco à Rússia, obliterando qualquer análise de responsabilidades da UE em conflitos militares em regiões vizinhas.

O relatório insere-se na escalada militarista em curso na UE, e por esta ativamente promovida, fazendo o Parlamento Europeu a sua parte. Uma atitude que alimenta a corrida aos armamentos, não esquecendo o nuclear, que faz aumentar as tensões mundiais, contrariando compromissos assumidos com o tratado de não proliferação e de desarmamento, e que aumenta os riscos de um conflito militar de grandes proporções com consequências imprevistas.

Uma política que se opõe e compromete a Paz, e que não se desliga das políticas de exploração e empobrecimento dos trabalhadores e dos povos.

A UE revela a sua verdadeira face de inimiga da Paz.

Evidentemente só poderíamos votar contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained because Ireland is neutral country and should stay as one.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európa čelí z hľadiska svojej stability stále novým výzvam, na ktoré sa musíme naučiť primeraným spôsobom odpovedať. Bezpečnosť členských štátov Európskej únie je vzájomne prepojená. Na vznikajúce hrozby však často reagujú izolovane, čo komplikuje spoločný postup. Význam Európskej únie z hľadiska jej zahraničnopolitickej relevancie sa napriek ekonomickej sile a deklarovanej spoločnej bezpečnostnej a obrannej politike nezvyšuje. Pretrvávajúca hrozba terorizmu, ale napríklad aj možné útoky v kybernetickom priestore dostávajú štandardný európsky spôsob života pod tlak. Treba ukázať spoločnú iniciatívu a lepšiu koordináciu v oblasti obrany a ochrany našich občanov. V opačnom prípade budeme čeliť len ďalšiemu nárastu populizmu a radikalizácie. Týka sa to aj investícií do výskumu a vývoja v prípade obranných technológií. Tie sa napriek vzrastajúcemu napätiu vo viacerých členských krajinách naivne znižujú. Potrebujeme odstrániť fragmentáciu a duplicitu v európskom obrannom sektore.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione in quanto è troppo irrealistica e faziosa.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας. Δεν συμφωνώ με πολλές τροπολογίες σχετικά με τη θέση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο θέμα της ασφάλειας και άμυνας και για αυτό το λόγο δεν μπορώ να στηρίξω την εφαρμογή της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας .

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I strongly support the call for an EU White Book on Security and Defence and a stronger defence industry, and I welcome the European Defence Action Plan. I believe it is time to reform the Athena mechanism for financing the missions and operations of the EU. I think it is the right moment for us to push for a bolder approach to EU defence, towards a full military alliance.

The European Union and NATO must divide their tasks to avoid duplication of efforts. We must reach a common position and encourage steps towards a substantial autonomous defence capacity for the EU, aiming at protecting its citizens and promoting its values and interests, with full respect for the Treaties, international law and human rights.

Mariya Gabriel (PPE), *in writing*. — I have voted in favour because security is a priority for European citizens. No country can face the current security challenges on its own. First, because the changing European neighbourhood and complex crises have showed that internal and external security are becoming more and more intertwined. Therefore the EU should be empowered to act along the entire spectrum of internal and external instruments.

Secondly, because over the last years, CSDP cooperation, such as border assistance, capacity building and training in the (broader) EU neighbourhood has proven its benefit. We should strengthen existing CSDP tools and use them more efficiently. I encourage further cooperation and coordination between Member States, also in the framework of the provisions of the Treaty of Lisbon, with the commitment, ownership and support of Member States and national parliaments. I therefore welcome the roadmap on CSDP that VP/HR Mogherini will present, with a concrete timetable and actions.

Finally, I welcome all references to increased dialogue and enhanced cooperation on security and defence with international institutions and third countries. Without duplicating NATO structures, we should strengthen the partnership, in full complementarity. Cooperation, be it between EU Member States or with partner countries and institutions, will entail practical and financial benefits.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el entorno de seguridad europeo se ha deteriorado considerablemente y se ha vuelto más peligroso y menos predecible. No debemos olvidar que la seguridad de los Estados miembros de la Unión está estrechamente interconectada y que debemos reaccionar de manera coordinada ante amenazas y riesgos comunes. La falta de coordinación es uno de los puntos vulnerables de la acción de la Unión y, carece de la resiliencia necesaria para atajar eficazmente amenazas que a menudo tienen una dimensión transfronteriza. Del mismo modo, la Unión debe prepararse para hacer frente a cambios estructurales en el panorama internacional de seguridad y a desafíos como conflictos entre Estados, el hundimiento de Estados y ciberataques, así como el terrorismo y las consecuencias del cambio climático en términos de seguridad. Por todo esto, debemos hacer un uso más eficaz de los instrumentos de la PCSD ya existentes y empleándolos de manera coherente con otros instrumentos externos e internos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione presentata dal Parlamento europeo sull'attuazione della politica di sicurezza e di difesa comune (sulla base della relazione annuale del Consiglio al Parlamento europeo sulla politica estera e di sicurezza comune), perché sono fermamente convinta che sia necessaria una revisione del PSDC per contribuire, in maniera sostanziale, alle politiche di sicurezza degli Stati membri dell'Unione europea. Ritengo che tali azioni giochino un ruolo indispensabile nella prevenzione e nella gestione e risoluzione delle crisi internazionali e rappresentino una base sulla quale costruire un comune piano di azione per la difesa dei cittadini europei. Incoraggio, con la mia scelta in aula, tutte le istituzioni europee ad avviare un politica volta alla collaborazione degli Stati membri al fine di avere la gestione, in piena autonomia, del controllo e della difesa dei territori nel loro insieme. Sostengo che nessun paese possa sostenere da solo le moderne minacce alla sicurezza e per questo sono estremamente convinta dell'utilità della collaborazione tra tutte le forze in questione. Sono certa che, attraverso una modifica sostanziale del PSDC, si possa partecipare pienamente al mantenimento della sicurezza in Europa nel pieno rispetto dei trattati e dei diritti umani riconosciuti.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur „Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" gestimmt, da ich das Thema in der aktuellen Zeit für eine der Kernherausforderungen der EU halte. Es gilt, hier neue Wege einer kraftvollen, effizienten Zusammenarbeit im Rahmen der NATO zu wagen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Union sollte in der Lage sein, zu jeder Zeit auf jede erdenkliche Bedrohungslage angemessen reagieren zu können. Dazu bedarf es der Aufstellung permanenter Strukturen. Das beinhaltet unter anderem ein europäisches Hauptquartier für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die weitere Förderung der Aufstellung von EU-Battlegroups. Des Weiteren sollte eine zukünftige Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik in einer engen Kooperation mit der NATO und weiteren Organisationen stehen. Neben dem Ausbau der strategischen Zusammenarbeit gilt es auch, den verteidigungsindustriellen Sektor in der Europäischen Union zu stärken.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. I am opposed to the development of a centralised EU defence and foreign policy capability. As such I reject the annual review process of CSDP and CFSP and the calls for increased EU capability contained within this report. I remain fully committed to NATO as the primary guarantor of security in Europe. I am supportive of the NATO 2% defence spending minimum. It is UKIP party policy to ensure the UK remains at least above 2% and we would also encourage fellow NATO allies to meet this commitment. I am however uneasy at language contained within this report in which the EU calls on Member States to meet this requirement. There is a fine line between this and the 2% commitment to NATO being replaced with one to the EU. This risks further undermining NATO and risks the position of traditionally neutral countries.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – La relazione chiede il potenziamento della componente di cooperazione europea della PSDC, in stretta collaborazione e obiettivi condivisi con la NATO, per definire meglio in questa fase di incertezza sul futuro dell'Unione se, in quanto europei, riteniamo sia necessaria maggiore autonomia e capacità d'azione in questo ambito nei prossimi anni. Politica estera e di difesa sono differenti ma strettamente correlate: ho votato a favore di questa relazione anche perché credo che un passo avanti nel dialogo e nell'interdipendenza in materia di difesa e sicurezza possa aumentare la fiducia reciproca e proseguire i passi già compiuti nella costruzione di un'efficace proiezione estera dell'Unione europea. È la complessità dei problemi di oggi correlati alla sicurezza e difesa che ce lo richiede. Servono un approccio multidisciplinare, come ho detto ora, ma non basta. Da un alto, la dimensione e la tipologia delle sfide da affrontare supererà, se già non è avvenuto, la capacità di ogni singola nazione di gestirle in modo indipendente. Dall'altro, la complessità, il costo delle capacità operative e delle tecnologie richieste superano di gran lunga le possibilità di ogni singolo Stato di intervenire negli scenari interni e internazionali efficacemente, rendendo la cooperazione una necessità imprescindibile del futuro della politica di difesa e sicurezza comune.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Dans le même esprit que le rapport d'Urmas Paet sur l'Union européenne de la défense, ce rapport relatif à la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune supporte les mêmes critiques, avec en prime une stigmatisation de la Russie.

Ce rapport préconise par ailleurs aux États des concessions afin de renforcer le partenariat avec l'OTAN, et souhaite que la Commission définissent des règles précises quant aux passations de marchés dans le domaine de la défense.

C'est un texte qui exclut totalement l'idée de souveraineté et, pour ces raisons, je m'y suis opposée.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Informe señala el deterioro de la seguridad europea ante el crecimiento de la amenaza terrorista y la situación bélica que viven Ucrania, Siria e Irak, así como nuevos desafíos como el ciberterrorismo. Apunta una creciente intranquilidad de la opinión pública ante el terrorismo y la inestabilidad política, y expone la necesidad de reforzar la política común de seguridad y defensa con mayor coordinación y un crecimiento del presupuesto en al menos un 2 % por país miembro. También solicita mayores facilidades para financiar operaciones internacionales y la creación con urgencia de un fondo económico para tal fin. Pide reforzar la investigación militar y el sector armamentístico europeo con una financiación suficiente, y unas ayudas a la producción industrial similares a las que reciben las empresas norteamericanas del sector.

He votado en contra, porque ahonda en la apuesta política y financiera por un Ejército y una industria armamentística fuertes en la Unión para combatir amenazas exteriores. Aunque entiendo que algunas de estas amenazas son reales, creo que aumentando el clima bélico no se va a conseguir llegar a la resolución real de los problemas y a conseguir un marco de estabilidad y paz en la Unión.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I abstained on this vote. Overall, I support the report. We need to provide a renewed focus on where CSDP can best contribute to global security, through a full cycle approach to tackling conflict, using a comprehensive approach and complementing NATO. Nevertheless, the report offers ideas which could duplicate the work of NATO, or interfere in what should be Member State or industry driven activity.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Vi svenska socialdemokrater tycker att det är viktigt att EU anpassar sig till den säkerhetspolitiska utvecklingen genom att de befintliga verktygen för EU:s gemensamma försvars- och säkerhetspolitik (GSFP) används mer effektivt. Vi ser positivt på att betänkandet undersöker olika möjligheter för att effektivisera medlemsstaternas samarbete inom ramen för GSFP.

Vi ställer oss även principiellt positiva till det nya förslaget om att stärka möjligheterna för EU att stötta partnerländer när det gäller kapacitetsuppbyggnad till stöd för säkerhet och utveckling (CBSD). Vi vill dock understryka vikten av att OECD:s kriterier för offentligt utvecklingsbistånd (ODA) respekteras i beslut om hur militära insatser ska finansieras av EU:s biståndsbudget. Därför valde vi att avstå i omröstningen om de två ändringsförslagen om punkt 29 som vill förkasta eller avvisa förslaget helt.

Vidare stöder vi inte betänkandets genomgående uppmaningar om att GSFP ska utvecklas i riktning mot ett gemensamt försvar, eftersom vi anser att försvarspolitiken fortsatt bör vara nationell behörighet. Vi tycker även att det är viktigt att GSFP-åtgärder också fortsättningsvis endast används för att bevara fred och förebygga konflikter utanför unionen, i enlighet med Lissabonfördragets bestämmelser, och inte utvecklas till ett internt försvar. Eftersom texten uttryckligen uppmanar till detta valde vi att inte rösta för betänkandet.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen leromlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kiszámíthatatlanabbá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formát öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik legkomolyabb sebezhetősége. A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση ζητεί την αύξηση της στρατιωτικής συνιστώσας της ΚΠΑΑ, περισσότερες επενδύσεις στην άμυνα και την έρευνα για την άμυνα. Είμαστε αντίθετοι στην έκθεση, διότι υποστηρίζει μια βαθιά συνεργασία με το ΝΑΤΟ, ζητεί μια ισχυρή αμυντική βιομηχανία και χαιρετίζει το Ευρωπαϊκό Σχέδιο Δράσης, που ωφελεί τις βιομηχανίες άμυνας και ασφάλειας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Εμείς ζητούμε ριζικό (που περιλαμβάνει τον χημικό, βιολογικό, ραδιολογικό και πυρηνικό) αφοπλισμό σε επίπεδο Ευρωπαϊκής Ένωσης και σε παγκόσμιο επίπεδο, καμία στρατιωτική χρηματοδότηση από τον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης, αυστηρό διαχωρισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης από το ΝΑΤΟ και μια μη στρατιωτική Ευρωπαϊκή Ένωση. Μια Ευρωπαϊκή Ένωση που θα προωθεί την ειρήνη και την επίλυση προβλημάτων με τον διάλογο και όχι με τη χρήση των όπλων.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I abstained on the report on the implementation of the common security and defence policy. I believe there were many positive elements to the report and I do agree with the assertion that the EU faces new threats which are hybrid and often cross borders. As well as that, I do agree that the European security environment has deteriorated considerably over the past few years and has become more fluid and more complex. Nevertheless, I felt that the report went too far in terms of harmonising security and defence policy at EU level. For example, I am not in favour of requiring Member States to allocate 2% of their GDP towards defence spending. Again, I believe this should be a decision taken at Member State level. However, I was in favour of some aspects: for example, I supported the call for strong preventive policies based on comprehensive deradicalisation programmes to be used against all forms of extremism.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Initiativbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Pașcu fordert mit Rücksicht auf die aktuellen Krisen und insbesondere die Annexion der Krim eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Dabei soll ein neues Hauptquartier der GSVP für Einsätze entstehen, worunter unter anderem Grenzkontrollen, militärische Ausbildung und maritime Aktionen zu verstehen sind.

Nach Auffassung der EKR ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Iris Hoffmann (S&D), *schriftlich*. – Grundsätzlich unterstütze ich die Forderung nach einer besseren Koordinierung in der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik insbesondere aus Kostengründen und wegen der entstehenden Synergieeffekte. So sehr ich die Vertiefung der GSVP als langfristiges strategisches Ziel auch nachvollziehen kann, so kritisch möchte ich diesen Prozess auch begleiten. Insgesamt ist das gesamte Vorhaben noch zu unkonkret.

Den Ansatz für den Bericht halte ich aber für grundsätzlich falsch, denn es fehlt an einer konkreten strukturellen und inhaltlichen Grundlage. Bevor wir einem solchen ambitionierten Vorhaben zustimmen, müssen zunächst die Mitgliedstaaten dazu bereit sein, diese Mittel zusätzlich zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus erwarte ich, dass zugleich der Europäische Rat eine inhaltlich abgestimmte Sicherheits- und Verteidigungsstrategie dem Parlament zuleitet. Dazu bedarf es dann einer breit angelegten parlamentarischen Debatte über die Ziele eines solchen Vorhabens und dessen Umsetzung. Daher lehne ich den Bericht ab.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Jag har röstat för initiativbetänkandet om genomförandet av den gemensamma säkerhets- och försvarspolitiken (GSFP). Fokus var hur man kan stärka den gemensamma förmågan, vilket är synnerligen viktigt i dag. Det gäller vår förmåga att effektivt arbeta tillsammans för att skydda oss mot krigföring liksom att leda militära fredsbevarande insatser. Däremot har jag röstat emot att EU ska ha ett gemensamt militärt försvar eller att EU ska investera i ett militärt försvar. Det är nödvändigt med samarbete inom EU för att säkra vår omgivning och Sverige, men frågor som rör finansiering och militära förband är frågor som allena ska beslutas om av medlemsstaterna själva.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban. Összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége. A fenti problémák orvoslására a Közös biztonság- és védelempolitika alapos felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. A magyar álláspontal összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe the CSDP should have a strong cooperation with NATO. However, the EU must have an autonomous defence capacity. As such, I fully support this project.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće o provedbi zajedničke sigurnosne i obrambene politike (na temelju godišnjeg izvješća Vijeća o zajedničkoj vanjskoj i sigurnosnoj politici Europskom parlamentu) (2016/2067(INI)), s obzirom na kompleksno europsko sigurnosno okruženje koje je postalo znatno opasnije i manje predvidljivo te potrebu snažnije povezanosti i koordiniranog djelovanja protiv prijetnji i opasnosti s kojima su suočene zemlje članice.

Izvješće upravo ukazuje na bitno pogoršane sigurnosne okolnosti u Europi te kako je Zajednička europska obrambena i sigurnosna politika daleko ispod potreba te očekivanja javnosti. Potrebna je dosljedna realizacija ciljeva Zajedničke sigurnosne i obrambene politike kako je to navedeno u Ugovoru o osnivanju EU-a. Potrebno je jačati obrambenu sposobnost, te stratešku i tehnološku autonomiju Unije u tom smislu. Podržavam također otvaranje stalnog glavnog stožera EU-a za civilne i vojne misije i operacije u okviru ZSOP-a iz kojega bi integrirani operativni stožer pružao potporu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'intention de l'Union européenne de s'assurer la mainmise sur les politiques étrangères et de défense des États membres m'apparaît trop tangible. De même, je n'entends pas soutenir un quelconque renforcement du pouvoir de la Commission, par exemple dans le domaine de la passation de marchés dans la défense.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Současné bezpečnostní prostředí se vyznačuje nižší předvídatelností a naopak vyšší provázaností dalších sektorových oblastí s ním spojených. Dynamika bezpečnostních hrozeb je natolik překotná, že je nutné flexibilněji reagovat na aktuální dění. K tomu potřebuje společná bezpečnostní a obranná politika disponovat příslušnými zdroji a nástroji. Podpořil jsem tuto zprávu, protože souhlasím s její vizí trvalé a strukturované spolupráce členských států a integrovaného přístupu ke krizím. Rovněž bych rád podtrhl význam hlubší spolupráce v oblasti kybernetické ochrany. Kybernetické útoky mohou nabrat devastující rozměry, a proto je nezbytné se co nejlépe na tuto formu kriminální činnosti společně připravit.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ioan Mircea Pascu sur la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune. La situation actuelle demande que l'Union ait un rôle plus important en matière de gestion de crise et qu'elle affirme son autonomie. Cette affirmation passe par la mise en place d'un quartier général européen permanent et la définition d'une stratégie globale pour la politique étrangère et de sécurité commune portée par la haute représentante. Le manque de coordination entre États membres de l'UE est une menace pour notre sécurité à tous.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui cherche à réviser la politique de sécurité et de défense commune afin que l'UE soit en mesure d'intervenir sur l'ensemble du spectre de la gestion des crises, englobant toutes les étapes du cycle du conflit, et que nous nous adaptions aux nouveaux enjeux de sécurité et de défense. Tout cela nécessite des mesures qui sont préconisées dans ce rapport comme, entre autres, un solide principe de défense collective, un financement efficace (2 % du PIB), l'intégration de la cybersécurité dans le spectre de la PSDC, etc.

Je me félicite tout particulièrement que le dernier paragraphe de ce rapport préconise de réformer le droit européen pour permettre aux industries européennes de la défense de bénéficier des mêmes aides d'État que celles dont bénéficient les industries américaines. C'est un amendement que j'ai porté.

Eva Kaili (S&D), *in writing*. – Over the last years we have been facing a number of challenges. The crises in multiple areas of the world, terrorism, radicalisation, are only some of the problems that Europe needs to address. Dr Pascu's approach is moving in the right direction. A thorough and substantial revision of the CSDP is needed in order to enable the EU and its Member States to contribute in a decisive way to the security of the Union, to the management of international crises and to asserting the EU's strategic autonomy, recalling that no country can face the current security challenges on its own.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme gegen die vorliegende Entschließung zur Überarbeitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. So wie das zukünftige Vorgehen darin beschrieben wird, liest sich daraus eine deutlich härtere und einseitigere Politik gegenüber Russland heraus und es verlangt darüber hinaus eine weitaus engere Bindung an die NATO auf allen Ebenen.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Společná bezpečnostní a obranná politika je již od 50. let jedním z velkých témat diskuzí uvnitř Společenství. První šestka států se postupně rozšířila o další vyspělé průmyslové země, přičemž každá z těchto zemí vyráběla „své" zbraně, ať již ruční či jiné. Původní koncepce, tj. Západoevropská unie, měla přinést sblížení standardů a možnou kooperaci mezi výrobci zbraní. Zvláště po vystoupení Francie z vojenské složky NATO a stěhování její centrály do Bruselu měl projekt reálné kontury. Po odchodu de Gaulla do politického důchodu stačilo významné zakašlání za oceánem, případně zvednuté obočí u nejvyššího šéfa NATO a nové zbraně, zejména při obnově leteckého parku a u dalších moderních systémů byly nakupovány z USA. Přesto, čas od času, se objevuje snaha původní koncepci osvěžit a podpořit vojenskoprůmyslový komplex EU. Snad jedinou oblast, kde se to podařilo a kde EU úspěšně konkuruje, představuje konsorcium Airbus, jde však o výrobu zejména pro civilní použití. Zůstávají pouze dvě úspěšné vícestranné realizace, obě v letecké technice, Eurofighter Typhoon a Gripen. Z principiálních důvodů tedy požadujeme provádění společné bezpečnostní a obranné politiky zásadně v souladu s Chartou OSN a mezinárodním právem. Je nezbytné důsledně oddělit EU a NATO. Zbraně hromadného ničení všech druhů musí být celosvětově zakázány a zlikvidovány.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Initiativbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Paşcu fordert mit Rücksicht auf die aktuellen Krisen und insbesondere die Annexion der Krim eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Dabei soll ein neues Hauptquartier der GSVP für Einsätze entstehen, worunter unter anderem Grenzkontrollen, militärische Ausbildung und maritime Aktionen zu verstehen sind.

Nach Auffassung der EKR ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Zprávu jsem nemohla podpořit, jelikož se její zpravodaj domnívá, že základem pro těsnou a účinnou spolupráci EU a NATO je doplňkovost a slučitelnost jejich misí a tedy i inventářů jejich prostředků. Zpráva navíc podporuje iniciativy Komise z oblasti obrany, např. obranný akční plán a politiku obranného průmyslu, k jejichž realizaci by se mělo přikročit poté, co bude představena Bílá kniha EU pro oblast bezpečnosti a obrany, podporuje další zapojení Komise do oblasti obrany pomocí rozsáhlého a správně zaměřeného výzkumu, plánování a provádění, vítá přípravnou akci pro výzkum v oblasti SBOP a žádá přiměřené financování pro zbývající část současného víceletého finančního rámce a podporuje vývoj výzkumného programu v oblasti obrany EU v příštím víceletém finančním rámci (2021-2027). Já se nedomnívám, že by EU měla investovat do zbrojního průmyslu a vyhovět tak zbrojařské lobby. Ta se tedy konečně dočkala a sáhne si na evropské dotační peníze. Všichni, kteří si přejí mírový rozvoj našeho kontinentu a planety, se logicky tohoto vývoje obávají, protože militarizace Evropy vždycky vedla k válečnému konfliktu, a nikoliv k jeho odvrácení, takže proč by tomu dnes mělo být jinak.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordinációnak effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége.

A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához. A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. A magyar állásponttal összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since we have always advocated not only civilian power Europe but also an independent and sovereign Europe. In contrast to our vision, the present report is full of controversies since, while developing the idea of an autonomous European defence policy, it advocates deepening our ties with NATO even further at the same time.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно прилагането на общата политика за сигурност и отбрана, защото смятам че от първостепенно значение за ЕС е сигурността на европейските граждани. ЕС днес повече от всякога има нужда от адекватна политика за отбрана и сигурност, чрез която да защитава своите граници, да има възможност да предотвратява кризи и да води активна политика срещу хибридната война.

Смятам, че ЕС и държавите членки трябва да инвестират повече средства в своята собствена отбрана. От изключително голямо значение е изграждането на общ отбранителен капацитет и повече инвестиции в общото закупуване на отбранителна техника, обща научна дейност в отбранителния сектор, общо обучение на военнослужещи и изграждане на обща разузнавателна и контраразузнавателна дейност.

Подкрепям идеята, че ЕС трябва да има собствена стратегическа отбрана, която да допълва капацитета на НАТО, а не да го дублира. НАТО е стратегически партньор на ЕС, с който има тясно сътрудничество, но в днешните условия на миграции и кризи ЕС има нужда от собствен отбранителен съюз, с който да пази сигурността и мира в Европа.

0Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — La politica di sicurezza e di difesa comune (PSDC) è una delle parti più importanti della politica estera e di sicurezza comune (PESC), in quanto contiene un obbligo tra tutti gli Stati membri a intervenire in solido in caso di necessità. Gli Stati membri vivono sempre di più uno stato di insicurezza, e reagiscono in maniera non coordinata e frammentaria. Pertanto una revisione sostanziale di questa politica consentirà all'UE di coordinare i propri sforzi per contribuire alla sicurezza dei suoi cittadini. L'Europa è purtroppo sempre più vulnerabile di fronte alle crisi e agli attacchi alla quale è stata sottoposta negli ultimi mesi, e continua oggi ad essere un possibile bersaglio, nonostante gli sforzi di prevenzione e intelligence compiuti dagli Stati membri, che però non agiscono in maniera coordinata. Bisogna, quindi, giungere a soluzioni concrete, e ritengo che votare favorevolmente la relazione possa essere d'aiuto in questo, al fine di sostenere con forza l'idea di uno slancio di un'Europa veramente politica, a partire da una comune politica di sicurezza e difesa.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune». En parallèle du rapport Paët adopté hier, il s'agit d'assurer l'emprise de l'Union européenne sur les politiques étrangères et de défense des États membres. Ce rapport menace la souveraineté des États membres par la volonté de ne pas les laisser se servir de leur outil et de leurs industries militaires librement. La défense doit rester une prérogative des États.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport tend à s'assurer de l'emprise de l'Union européenne sur les politiques étrangères et de défense des États membres. Il part du principe que l'UE est menacée sur son flanc est par les modifications frontalières violentes opérées par la Russie, et sur son flanc sud par la déstabilisation des États du Moyen-Orient. Par ailleurs, sont détaillées ici les multiples concessions que l'UE attend des États pour que la PSDC devienne un partenaire fiable de l'OTAN. Le rapport définit enfin la manière par laquelle la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans la défense.

Devant autant de remises en cause de la souveraineté des États, qui plus est dans un domaine régalien aussi important que celui de la sécurité et de la défense, notre groupe a montré une ferme opposition. J'ai ainsi voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe porque hace una evaluación de la aplicación de la PCSD y de los acontecimientos en este ámbito en el último año. El informe, pide una revisión substancias de la PCSD, la elaboración de un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, una industria de defensa más fuerte y el Plan Europeo de Acción para la Defensa. También promueve la reforma del mecanismo Athena para financiar las misiones y las operaciones de la Unión. Así mismo aboga por la cooperación con la OTAN.

Ante conflictos más severos, de mayor duración y con actores diversos, se subraya que aunque la seguridad de la Unión está interconectada, la repuesta sigue siendo fragmentada y descoordinada, haciéndola vulnerable. Se subraya que la falta de resiliencia de la Unión le impide dar una mejor respuesta ante ataques transnacionales. En este sentido, se le pide la Unión más coordinación intracomunitaria, así como con terceros países; adaptarse a las nuevas amenazas aplicando todas las herramientas de la PCSD y de otros instrumentos disponibles; así como realizar una política más preventiva. El informe persigue el aumento del componente militar en la PCSD, más inversión en investigación de defensa.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe de AFET se basa en el Informe anual del Consejo al Parlamento Europeo sobre la Política Exterior y de Seguridad Común. Exige un aumento del componente militar en la PCSD, una mayor inversión en investigación en defensa y aboga por destinar el 2 % del PIB para gastos de defensa. El informe pide además un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, y exige una industria de defensa fuerte. Además, apoya más reformas al sector de la seguridad y capacitar y equipar también a los militares financiados con ayuda al desarrollo (entre ellos, el instrumento civil que contribuye a la estabilidad y la paz), promueve ampliar el mecanismo Athena para financiar todas las misiones militares y grupos tácticos de la Unión, escapando al control parlamentario y, presiona para el despliegue de grupos tácticos de la Unión para todo tipo de gestión de crisis.

Nosotros rechazamos la financiación militar del presupuesto de la Unión, y primar el enfoque civil para la resolución de conflictos y dejar de contribuir a la escalada militar, y abogamos por una separación total entre la Unión y la OTAN, mientras que el informe propone una mayor cooperación. Por esto, voté en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – En un contexto en el que el entorno de seguridad europeo se ha deteriorado considerablemente y en que las amenazas se han diversificado y aumentado, es necesario adaptarse a estos desafíos en materia de seguridad y, ante la amenaza terrorista, prevenir mediante programas de desradicalización.

Hay que revisar a fondo la política común de seguridad y defensa, que ha de tener en cuenta la ciberseguridad y la ciberdefensa como elementos clave. Asimismo, resalta la importancia del establecimiento de un cuartel general permanente de la Unión en el que se planifiquen y ejecuten las misiones y operaciones de la PCSD, siendo compatible con el resto de instituciones internacionales.

Doy mi voto favorable porque ningún país es capaz de hacer frente a los retos actuales en materia de seguridad en solitario y, porque es esencial jugar un papel más activo en la amenaza de radicalización y terrorismo, lo que será posible a través del impulso de la política europea de defensa.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Initiativbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Paşcu fordert mit Rücksicht auf die aktuellen Krisen und insbesondere die Annexion der Krim eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Dabei soll ein neues Hauptquartier der GSVP für Einsätze entstehen, worunter unter anderem Grenzkontrollen, militärische Ausbildung und maritime Aktionen zu verstehen sind.

Nach Auffassung der EKR ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europsko sigurnosno okruženje znatno je narušeno, a prijetnje su konvencionalne i hibridne naravi, dolaze s juga i s istoka te različito utječu na države članice. EU se mora prilagoditi ovim sigurnosnim izazovima, posebice učinkovitijom uporabom postojećih instrumenata ZSOP-a u skladu s drugim vanjskim i unutarnjim instrumentima i kvalitetnijom suradnjom među državama članicama, posebno u području protuterorizma. Izvješće napominje da je važno aktivnije se boriti protiv radikalizacije i terorističke propagande i promicati pravosudnu suradnju među sustavima kaznenog pravosuđa, uključujući Eurojust. U borbi protiv radikalizacije i terorizma važna je bliska suradnja institucija Unije i država članica, ali i sa svim drugim svjetskim organizacijama, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – European countries have to decide whether European countries need to create common army or not. The Lisbon Treaty creates the possibility to take some steps in this direction. I support steps to eliminate duplication, overcapacity in defence and security and barriers to defence procurement. But I am against imposing an obligation on Member States to spend 2% of GDP for defence.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Hrozba vojenských a teroristických útokov nadobúda v súčasnosti nové rozmery. Použitie biologických a chemických zbraní môže ohroziť celé generácie. Práve preto si bezpečnosť EÚ vyžaduje silnú spoločnú bezpečnostnú a obrannú politiku, postavenú na zásadách prevencie, jednoty, neútočenia a spolupráce členských krajín Únie navzájom, ale aj spolupráce s ostatnými obrannými systémami. Budovanie takejto politiky však nesmie podliehať záujmom úzkych skupín, ale musí byť transparentné a pre obyvateľov Únie dôveryhodné.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την εφαρμογή της κοινής πολιτικής ασφάλειας και άμυνας (σύμφωνα με την ετήσια έκθεση του Συμβουλίου προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο σχετικά με την κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας), για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 22 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a vote in favour of the report on the implementation of the Common Security and Defence Policy. The report needs great support in order to reduce the incoordination that is fragmenting the EU and preventing it from effectively tackling hybrid threats. It is important to prioritise securing a stable and safe European environment for citizens, especially after the rise of radical Islamic organisations targeting Europe 'on an unprecedented scale.' In addition, there is a need to reiterate that maximum cooperation and communication among Member States is crucial in these times of countering terrorism. Finally, yet importantly, the report stands out as it calls for a more unified and effective European Foreign and Security Policy that shows signs of contributing to the reduction of armed clashes.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório tem por base o Relatório Anual do Conselho sobre a Política Externa e Segurança Comum (PESC), o qual exige um aumento da componente militar da UE e um maior investimento na investigação na área da defesa, promove uma indústria de defesa forte e defende a meta traçada pela NATO de 2% do PIB para despesas de defesa.

Esta Política Comum de Segurança e Defesa (PCSD) não poderia estar mais errada no que toca aos princípios em que se fundamenta. A militarização da UE, o financiamento militar através do orçamento da União, acolhendo as medidas propostas pela NATO, são ideias inconcebíveis e inaceitáveis. Votei contra.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die hier skizzierte GSVP plant eine engere Bindung an die NATO auf allen Ebenen und gleichzeitig eine deutlich härtere und einseitigere Politik gegenüber Russland. Dies lehne ich ab.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento pranešimą. Atsižvelgdami į sudėtingą geopolitinę situaciją privalome dėti visas pastangas, kad užtikrintume savo saugumą ir stiprintume Europos valstybių narių bendradarbiavimą ir tarpusavio supratimą BSGP srityje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport de bilan de la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense européenne tombe à point nommé. La responsable aux affaires étrangères européenne devrait annoncer en décembre son plan d'action vers la création d'une armée européenne. Il permet de remettre une couche derrière le rapport voté la veille. On y retrouve la nécessité d'opérations militaires en complément de l'OTAN, la création d'un budget de défense, en particulier de recherche, propre à l'UE et d'autres escalades dangereuses, déconnectées de la souveraineté populaire. Comble du cynisme: cette soi-disant «mise en commun» est exigée au nom des «contraintes budgétaires» qu'ils se sont eux-mêmes fixées. La logique néolibérale s'insinue donc partout. Pire, ils demandent un marché commun de la défense car «le protectionnisme et le caractère fermé des marchés européens de la défense constituent un obstacle». Et si un État souverain s'oppose, il se voit menacer de procédures d'infraction avec sanctions financières à la clef. Démanteler la défense française sous la houlette des eurocrates. La honte. Je vote contre cette atteinte au droit souverain de protéger nos intérêts géostratégiques et notre industrie.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport part du principe que l'UE est menacée par les opérations menées par la Russie et par la déstabilisation du Moyen-Orient. Le rapport détaille les multiples concessions qui sont attendues des États pour que la PESC devienne un partenaire fiable de l'OTAN. Il définit également comment la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans le secteur de la défense. Je me suis alors opposée à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A segurança dos Estados-Membros da UE está altamente interligada mas estes reagem às ameaças e riscos comuns de forma descoordenada e fragmentada, tornando, assim, uma abordagem comum mais difícil ou frequentemente impossível de aplicar. Esta falta de coordenação constitui um dos pontos fracos da ação da União.

A Europa não tem resiliência para enfrentar com eficácia ameaças híbridas, que têm muitas vezes uma dimensão transfronteiriça. Uma política externa e de segurança europeia mais unificada e, por conseguinte, mais eficaz pode contribuir decisivamente para reduzir a intensidade dos confrontos armados espalhados pelo mundo.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the implementation of this report because this policy is essential to strengthen Europe's security and defence mechanisms.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — De Europese veiligheidssituatie is er de voorbije jaren aanzienlijk op achteruitgegaan. Niet alleen is de Europese Unie het doelwit van terroristische acties, maar zijn er ook voortdurende spanningen aan de buitengrenzen en langdurige broeihaarden van geweld in Afrika en elders in de wereld die de internationale vrede en stabiliteit bedreigen.

Volgens de resultaten van de Eurobarometer van juni 2016 vragen twee op drie Europeanen dat de Europese Unie grotere inspanningen levert op vlak van veiligheid en defensie. Terecht, want vandaag reageren de individuele lidstaten ongecoördineerd en gefragmenteerd op risico's die ons allen bedreigen en is geen enkel land alleen nog in staat weerwerk te bieden in deze crisissituaties. Bovendien moeten we er ons ook van bewust zijn dat we voor onze veiligheid niet kunnen blijven rekenen op anderen.

Het is dus tijd voor een radicale omslag. De lidstaten moeten hun krachten bundelen. Als we een geloofwaardig, daadkrachtig Europees buitenlands beleid willen, dan moeten we, zoals opgenomen in dit verslag, dringend werk maken van gezamenlijke operaties en missies, van gezamenlijke investeringen in defensie, van een gezamenlijke defensie-capaciteit en van een Europees operationeel hoofdkwartier. Dit alles moet op termijn resulteren in een Europese troepensterkte die borg staat voor internationale vrede en veiligheid.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Bezpečnostné prostredie v Európe sa v poslednom období v dôsledku konfliktov v jej susedstve zásadne zhoršilo. Napriek tomu, že je bezpečnosť členských štátov Únie vzájomne prepojená, štáty na spoločné hrozby reagujú nekoordinovane a každý sám, čo znemožňuje zaujať spoločný postup pri riešení kríz, čo oslabuje aj postavenie samotnej Únie. Jednotnejšia, a teda účinnejšia európska zahraničná a bezpečnostná politika by mohla byť prínosnom pri riešení konfliktu v Sýrii a Iraku. To sa však nezaobíde bez dôkladnej revízie spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky (SBOP), ktorá by mala pozostávať z niekoľkých krokov. Je potrebné vytvoriť stále štruktúry spolupráce, aby bola Únia schopná zasahovať v rôznych krízach a v akomkoľvek štádiu konfliktu, pričom mala by vychádzať zo zásady pevnej kolektívnej obrany a efektívneho financovania. SBOP by sa mala vykonávať koordinovane s medzinárodnými inštitúciami v oblasti bezpečnosti a obrany a v plnej miere sa dopĺňať s NATO. Členské štáty by mali plniť záväzky a ciele NATO týkajúce sa kapacity, v rámci ktorých sa požaduje minimálna úroveň výdavkov na obranu vo výške 2 % HDP. Podporujem silnejšiu Európu v oblasti obrany.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The report makes an assessment of the implementation of the CSDP and of the developments in this field in the last year. In the current global geopolitical situation with increase of security threats in Europe and in our neighbouring countries such as human trafficking, arms trafficking, terrorism attacks and wars, I support the idea of progressing in the direction of a European Defence Union and EU actions for the creation of good governance structures, the respect for rule of law and human rights, and preventing and combating radicalisation. I agree that the CSDP has a key role to play in conflict prevention as well as in post-conflict capacity and peace building in ensuring a global stable environment. CSDP missions and operations can be an integral part of preventive engagement and crisis response mechanisms, especially if activated in a timely and effective manner. Having said that, however, I also disagree with a number of paragraphs in the report, such as putting binding commitments on Member States on how much they need to spend from their GDP to sustain the increase of the defence industry and on substantially financing a European Defence Research programme from the EU budget. Therefore, I abstained on the final report.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Külügyi Bizottság állásfoglalás-tervezete megállapítja, hogy az európai biztonsági környezet jelentősen leromlott, fölvázolja azokat az új biztonsági kihívásokat, amelyekkel az Uniónak szembe kell néznie, és fölszólítja az EU-t, hogy alkalmazkodjon ezekhez a biztonsági kihívásokhoz, különösen azzal, hogy más külső és belső eszközökkel összhangban hatékonyabban használja fel a KBVP eszközeit, továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaz a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Minthogy az aktuális biztonsági kihívásokkal egyedül egyetlen ország sem tud szembenézni, a közös biztonság- és védelempolitika alapos és jelentős felülvizsgálatát szorgalmazza, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához, a nemzetközi válságok kezeléséhez, és érvényesíteni tudják az EU stratégiai autonómiáját.

Sürgeti a szoros együttműködést a NATO-val, és azt, hogy az EU ösztönözze tagállamait a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat legalább a GDP 2%-ára növeljék. Szorgalmazza az európai védelmi együttműködés elmélyítését és egy állandó uniós parancsnokság létrehozását a polgári és katonai KBVP-missziók és -műveletek számára. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport part du principe que l'UE est menacée à l'est et au sud par à la fois des modifications violentes de frontières opérées par la Russie et la déstabilisation des États du Moyen-Orient.

Le rapport détaille les multiples concessions qui sont attendues des États pour que la PESC deviennent un partenaire fiable de l'OTAN (point 15, 21, 23, 33 à 37, 40). Il définit également comment la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans la défense. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La politique de défense est une prérogative réservée aux États, il est hors d'en question d'accepter que celle-ci soit cédée à un organisme supranational illégitime.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Overall, I support the report. The need for Europeans to work together to improve their defence capabilities has never been greater. An effective and credible European security and defence policy is, therefore, the foundation of our citizens' well-being and welfare. We need to provide a renewed focus on where CSDP can best contribute to global security, through a full cycle approach to tackling conflict, using a comprehensive approach and complementing NATO, which is the cornerstone of European defence. However, the report offers ideas which could duplicate the work of NATO, or interfere in what should be Member State or industry driven activity. We therefore abstained on the final vote.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom azokat a kezdeményezéseket, amelyek Európa biztonságpolitikájának megerősítésére irányulnak, hiszen egyre több olyan kihívással találjuk magunkat szemben, melyek határozott és erős fellépést igényelnek. Oda kell azonban figyelnünk arra is, hogy mi folyik körülöttünk. Az amerikai elnökválasztások után tudatosítanunk kell, hogy az Európai Unió szerepvállalása a NATO-ban messze nem elégséges. Úgy gondolom, hogy mielőtt megtesszük a következő lépést, minden lehetőséget mérlegelnünk kell.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Due to developments in the last years, the security in the European Union has deteriorated thus becoming a more complex and dangerous and less predictable issue. I have voted for this report. I have voted for this report that will enable a revision of the CSDP in order to enable the EU and its Member States to better contribute to the security of the Union.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru raportul referitor la punerea în aplicare a politicii de securitate și apărare comune deoarece statele membre ar trebui să își coordoneze investițiile în securitate și apărare și să-și îmbunătățească sprijinul financiar acordat cercetării din domeniul apărării de la nivelul UE.

Sunt necesare un angajament, o aderare și un sprijin puternice din partea statelor membre și a parlamentelor naționale, în strânsă cooperare cu toate organismele competente ale UE, pentru a asigura punerea în aplicare rapidă și eficace a Strategiei globale pentru politica externă și de securitate a Uniunii Europene. Un viitor program al UE de cercetare în domeniul apărării ar trebui să finanțeze proiecte de cercetare din domenii prioritare convenite de statele membre.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece acesta reamintește faptul că statele membre depind puternic unul de altul în ceea ce privește securitatea și trage un semnal de alarmă referitor la faptul că acestea reacționează în mod necoordonat și fragmentat la amenințările și pericolele comune. De asemenea, raportul constată că Europei îi lipsește rezistența necesară pentru a putea răspunde într-un mod eficient amenințărilor hibride, acestea având, de cele mai multe ori, un caracter transfrontalier.

Un alt element care m-a determinat să votez acest raport este cel referitor la faptul că raportul subliniază impactul negativ al ocupației militare pentru securitatea Europei în ansamblu și reiterează ideea că orice modificare a granițelor Ucrainei se abate de la principiile Cartei ONU și ale Actului final de la Helsinki.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – В предвид силно променилата се международна среда, ЕС се нуждае от нов подход и нова стратегия за сигурност. Докладът подчертава, че Европа вече не разполага с пълен контрол върху средата си от гледна точка на сигурността и призовава ЕС да се приспособи към новите предизвикателства, като използва по-ефикасно съществуващите инструменти на ОПСО. Докладът призовава за по-добро сътрудничество и координация между държавите членки, особено в областта на борбата с тероризма. Докладът напълно подкрепя и по-нататъшното засилване на сътрудничеството в областта на сигурността и отбраната с други институционални партньори като ООН.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die überarbeitete Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik strebt eine deutlich härtere, einseitigere Politik gegenüber Russland an und eine ganz enge Bindung an die NATO auf allen Ebenen, aufgrund dessen habe ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le présent rapport cherche à définir les orientations futures de la stratégie militaire de l'Union Européenne. Il promeut une augmentation des dépenses en matière de défense, de recherche militaire et de politique de sécurité. Cette augmentation pourrait, toujours selon le rapport, être soutenue via une réorientation des fonds relatifs à l'aide au développement, un instrument pacifique visant à établir la paix et la stabilité.

J'ai choisi de voter, par principe, contre ce texte, car une vraie politique européenne de défense appelle au préalable un grand débat au sein de tous les États Membres.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa julgeolekuolukorra parandamiseks on oluline riikidevaheline koostöö, suurem kaitsekoostöö ELi tasandil ja tihedam koostöö NATOga.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Manau, kad karinis bendros saugumo ir gynybos politikos srities komponentas neturėtų būti didinamas ir plėtojamas. Svarbiausias šiandienos tikslas Europos valstybėms yra ne tik pačių šalių ginkluotojų pajėgų stiprinimas, bet ir gerokai platesnio politinio ir diplomatinio dialogo siekis. Tik labiau suvienyta ir todėl veiksmingesnė Europos užsienio ir saugumo politika gali ryžtingai prisidėti mažinant ginkluotų susirėmimų Irake ir Sirijoje intensyvumą, ir kovojant su „Islamo valstybe“. Be to, turi būti aktyviau taikoma prevencinė politika, grindžiama išsamiomis deradikalizacijos programomis, taip pat efektyviau sprendžiama ekstremistinio turinio platinimo internete problema ir skatinamas aktyvesnis teisminis baudžiamosios teisenos sistemų bendradarbiavimas.

Negalima leisti, jog ES lėšomis būtų finansuojamas gynybos sektorius bei gynybos srities moksliniai tyrimai. Nepritariu pasiūlymui dislokuoti ES kovines grupes bet kokioms krizės valdymo užduotims atlikti. Manau, kad naujos ginklavimosi varžybos ar nauji kariniai dariniai anaiptol nėra išsigelbėjimas nuo nuolat augančios įtampos. Jie gali tapti tik didesnių įtampų katalizatoriais. Negalėdami tinkamai spręsti socialinių problemų, nes papildomų lėšų reikės naujoms karinėms reikmėms, galime sulaukti tų problemų protrūkio pačiomis bjauriausiomis formomis.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Μέσω της εφαρμογής της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας παρέχεται μεγαλύτερη στήριξη στα κράτη μέλη που πολεμούν το Ισλαμικό Κράτος. Υπερψήφισα την έκθεση η οποία καλεί το Συμβούλιο να δημιουργήσει ένα ταμείο για την παροχή επείγουσας χρηματοδότησης για την αρχική φάση των στρατιωτικών επιχειρήσεων και ζητά από την ΕΕ να στηρίξει με συνεκτικό τρόπο τα κράτη μέλη που συμμετέχουν στον συνασπισμό κατά του αυτοαποκαλούμενου Ισλαμικού Κράτους, μέσω της δημιουργίας επιχείρησης της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας στο Ιράκ που θα εστιάζεται στην εκπαίδευση. Η ασφάλεια έχει γίνει ένα βασικό πρόβλημα για τους πολίτες της ΕΕ. Ζητούμε την πλήρη και ουσιαστική αναθεώρηση της Κοινής Πολιτικής Ασφάλειας και Άμυνας, η οποία δεν μπορεί πλέον να είναι απλά ένα μέσο διαχείρισης κρίσεων εκτός της Ένωσης, διότι πρέπει αυτή να διασφαλίσει μια πραγματική ευρωπαϊκή κοινή πολιτική ασφάλειας και άμυνας, γεφυρώνοντας την εσωτερική και εξωτερική ασφάλεια, αλλά και να γίνει ένα εργαλείο της ΕΕ για τη διαχείριση των διεθνών κρίσεων σε όλα τα στάδια του κύκλου της σύγκρουσης. Η αποτελεσματική υλοποίηση των πρόσφατων αποφάσεων για την ανάπτυξη της ΚΕΠΑΑ είναι ζωτικής σημασίας για την προστασία των πολιτών και την προώθηση των αξιών και των συμφερόντων της ΕΕ, με πλήρη σεβασμό των Συνθηκών, του διεθνούς δικαίου και των ανθρώπινων δικαιωμάτων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che bisogna garantire ai cittadini dell'Unione europea il livello migliore di sicurezza e ciò potrà avvenire solo con un efficace revisione del PSDC. Tale miglioramento dovrà svilupparsi con la cooperazione tra Stati membri e con la NATO. Però allo stesso tempo, ritengo che si debba adottare un approccio civile e pacifico per la risoluzione dei conflitti, in quanto si deve, sempre, agire nel rispetto dei diritti umani. Pertanto ho espresso voto positivo.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. — The European security environment is deteriorating considerably, and the EU need to find ways to react to an arc of increasingly complex crises in its neighbourhoods. I strongly believe the EU needs to do that in a coherent and coordinated manner, pursuing a common approach, and in collaboration with NATO and other partners. For this reason, I voted in favour of this report.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da je na dobar način identificiralo prednosti i nedostatke dosadašnjeg djelovanja Europske unije u području sigurnosti i obrane. Činjenica je da je Europska unija prostorno velika zajednica, da broji gotovo 510 milijuna stanovnika te da se u njenom susjedstvu i vanjskim granicama nalazi nestabilno okružje koje prijeti stabilnosti čitavog kontinenta. Važno je da Europska unija uspostavi koordinirano djelovanje u području sigurnosnih službi, obrambenih kapaciteta, razmjene informacija te praktičnog djelovanja na terenu s ciljem samozaštite i zaštite saveznika koji se nalaze izvan Europske unije. To je zadaća nacionalnih država i nacionalnih sigurnosno-obavještajnih snaga, ali izloženi brojnim sigurnosnim netradicionalnim izazovima, moramo postati svjesni kako je koordinacija i zajedničko djelovanje jedini i isključivi način postizanja cilja, a to je mir i okružje koje dozvoljava prosperitet i razvoj za sve. Gradnja buduće europske sigurnosne institucionalne i resursne zajednice mora pratiti put u kojem će se države članice usuglasiti oko svih ključnih točaka, izazova, prednosti, područja suradnje i zajedničkog interesa. Jačanje institucionalnih veza preduvjet je dosljednom provođenju Zajedničke vanjske i sigurnosne politike te Zajedničke obrambene i sigurnosne politike Europske unije.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte gravement atteinte à l'indépendance de la France en matière de politique de défense, de politique industrielle d'armement et de diplomatie, puisqu'il s'agit de tout soumettre à des exigences européennes qui sont en réalité celles de l'OTAN. Je vote donc bien évidemment contre.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il contesto internazionale è caratterizzato da una sempre maggiore instabilità e complessità. L'Europa si trova a dover fronteggiare minacce sempre più difficili da prevedere, provenienti da diverse zone geografiche e da attori sia statali che non statali, che nessuno Stato membro è in grado di affrontare autonomamente. Una revisione sostanziale e approfondita della politica di sicurezza e difesa comune è perciò indispensabile per dotare l'Unione europea di un'effettiva capacità di intervento. Condivido quindi la richiesta di elaborare un Libro bianco sulla sicurezza e la difesa, che indichi al Consiglio la strategia più idonea per realizzare una vera politica comune, che risponda alle aspettative del Parlamento e dei cittadini. Elogio l'impegno dimostrato dall'Alto rappresentante Federica Mogherini nell'attuazione del piano d'azione europeo in materia di difesa e auspico che il Parlamento e tutte le altre istituzioni continuino a sostenere i suoi sforzi in questo senso. Un'Europa più unita e forte rafforzerebbe anche il ruolo della NATO, con cui condivide gli stessi interessi strategici, e sarebbe in grado di portare avanti un'azione complementare in settori come il mantenimento della pace e la prevenzione dei conflitti. Le critiche di chi vede contraddizioni tra PSDC e NATO sono perciò del tutto fuori luogo.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nijedna se zemlja ne može sama suočiti s trenutačnim sigurnosnim izazovima. Naše sigurnosno okruženje je narušeno te je postalo protočnije i manje predvidljivo. Prijetnje su konvencionalne i hibridne naravi, uzrokuju ih državni i nedržavni akteri, dolaze s juga i s istoka. Nedostatak usklađenosti predstavlja jednu od slabosti djelovanja Unije. EU bi trebao biti spreman suočiti se sa strukturalnim promjenama u međunarodnom sigurnosnom okolišu - izazovima poput raspada država i kibernapada, kao i sigurnosnim implikacijama klimatskih promjena. Za EU je nužno da se prilagodi tim sigurnosnim izazovima, posebice učinkovitijom uporabom postojećih instrumenata ZSOP-a. Potrebno je revidirati ZSOP kako bi se omogućilo da EU i države članice daju presudan doprinos sigurnosti Unije, rješavanju međunarodnih kriza i potvrdi strateške autonomije EU-a. ZSOP mora biti još brža i efektivnija. Mi Europljani moramo biti spremni odmah odgovoriti na krize, pritom u potpunosti poštujući Povelju UN-a, međunarodne ugovore i ljudska prava. EU bi trebao pojačati dijalog i suradnju s trećim zemljama iz regije te s regionalnim i podregionalnim organizacijama. Svjesni smo postali činjenice da moramo kolektivno i odgovorno preuzeti veću ulogu u svijetu. Naši partneri očekuju od EU-a da igra važnu ulogu, posebno pri osiguravanju globalne sigurnosti. Kvalitetnija suradnja i usklađenost među državama članicama jest imperativ.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório prossegue, no essencial, os mesmos objetivos do relatório da União Europeia de Defesa, aprovado nesta mesma sessão. Aumento dos orçamentos de defesa dos Estados-Membros, financiamento e desenvolvimento da indústria e investigação militar, criação de forças militares europeias, especialização das forças militares por Estado-Membro, maior cooperação com a NATO e a ambição de se tornar um bloco militar. Tudo em nome do combate ao terrorismo, à radicalização, e reforço do confronto e cerco à Rússia, obliterando qualquer análise de responsabilidades da UE em conflitos militares em regiões vizinhas.

Uma política de sangue e de morte, de guerra e destruição, promovida pela maioria do Parlamento Europeu. Uma política que alimenta a corrida ao armamento, não esquecendo o nuclear, que faz aumentar as tensões mundiais, contrariando compromissos assumidos com o tratado de não proliferação e de desarmamento, e que aumenta os riscos de um conflito militar de grandes proporções com consequências imprevistas.

Uma política que se opõe e compromete a Paz, e que não se desliga das políticas de exploração e empobrecimento dos trabalhadores e dos povos.

Evidentemente, só poderíamos votar contra.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu, která požaduje důkladnou revizi společné bezpečnostní a obranné politiky, zdůrazňuje nutnost posílit partnerství s NATO a transatlantické vztahy obecně. Považuji úzkou spolupráci s NATO za zásadní pro ochranu občanů a prosazování hodnot a zájmů EU, samozřejmě při plném respektování Smluv, mezinárodního práva a lidských práv. Zpráva vyzývá k vypracování bílé knihy EU pro bezpečnost a obranu, což považuji za velmi žádoucí. Zpráva dále požaduje silnější obranný průmysl a podporuje reformu mechanismu ATHENA zajišťujícího financování operací a misí EU. Jsem přesvědčen, že důkladná revize SBOP je nezbytná, Evropa musí být připravená a akceschopná, musí být na mezinárodním poli relevantním hráčem.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Lo sviluppo di una più forte industria della difesa rafforzerebbe certamente l'autonomia strategica e l'indipendenza tecnologica dell'Unione. In questo senso reputo doveroso sottolineare la necessità di approfondire ulteriormente la cooperazione in materia di cyber-difesa e garantire la piena cyber-resilienza delle missioni PSDC. Le minacce presenti nel contesto europeo sono di natura sia convenzionale che ibrida, imputabili ad attori sia statali che non statali. La sicurezza degli Stati membri dell'UE è strettamente interconnessa. Ciò premesso, la mancanza di un efficace coordinamento rappresenta uno dei punti deboli dell'azione esterna dell'Unione. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W sprawozdaniu postuluje się, że to UE powinna odpowiadać „na wyzwania wobec bezpieczeństwa wewnętrznego państw członkowskich, z przewrotami włącznie, do których nie odnosi się artykuł 5" NATO. Choć sprawozdanie zawiera wiele wezwań do współpracy z NATO, to postuluje się w nim również strategiczną autonomię UE. Niniejszym wstrzymałem się od głosu.

Soraya Post (S&D), *in writing*. – I cannot in good conscience vote for the report on the implementation of the Common Security and Defence Policy. This is not only because I am a pacifist by principle and cannot condone the use of violence under any circumstances. In addition, I truly believe that there are more efficient and constructive methods for implementing peace and security in our European neighbourhood.

In fact, it is my firm conviction that the current militarisation of our policies and the 'machoisation' of our politics and public discourse only worsens an already very unstable geopolitical situation. We in Europe would most probably find ourselves, literally speaking, in the line of fire, should a major conflict break out involving Russia. We ought to tread very lightly now that the fundamentals of our security structure is in shatters.

The military escalation between Russia and NATO on the former's borders is a historically well-known recipe for disaster. Instead of directing our scarce resources towards military defence and cooperation with NATO, Europe should focus on de-escalation, diplomacy and dialogue, and empowering democrats in the European neighbourhood with whom we can forge new alliances for peace and true stability.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Dans le prolongement du rapport sur l'Union européenne de la défense, que j'ai soutenu, je me suis prononcé en faveur de ce rapport proposant de réviser et de renforcer la politique de sécurité et de défense commune. Cela permettra à l'Union européenne d'intervenir dans l'ensemble de la gestion des crises, y compris leur prévention et leur résolution, en donnant la priorité aux engagements dans les conflits ayant des conséquences directes sur la sécurité de l'UE.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O ambiente de segurança europeu deteriorou-se consideravelmente, tornando-se mais fluido, mais complexo, mais perigoso e menos previsível. As ameaças que hoje assombram a União Europeia são tanto convencionais como híbridas, criadas quer por Estados quer por intervenientes não estatais, estas vêm do sul e do leste e afetam os Estados-Membros de forma diferente.

A multiplicidade de crises humanitárias que, hodiernamente, se fazem sentir na periferia da União, nomeadamente, na África Ocidental, passando pelo Sael, pelo Corno de África, pelo Médio Oriente e pelo Leste da Ucrânia até ao Cáucaso, necessitam de uma reação europeia em matéria de segurança e defesa. A União deve, portanto, intensificar o diálogo e a cooperação com os países terceiros da região, assim como com organizações regionais e sub-regionais.

Concomitantemente, os atos de terrorismo levados a cabo por organizações e indivíduos radicais visam a Europa numa escala sem precedentes, colocando o modo de vida europeu sob pressão e tornando a segurança dos cidadãos europeus uma prioridade.

Considero que a UE deve preparar-se para fazer face a alterações estruturais do panorama internacional de segurança, de forma a enfrentar os novos - mas, em boa verdade, não tão novos - desafios em matéria de defesa e de segurança.

Por conseguinte, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. We are opposed to the development of a centralised EU defence and foreign policy capability. As such we reject the annual review process of CSDP and CFSP and the calls for increased EU capability contained within this report.

We remain fully committed to NATO as the primary guarantor of security in Europe. We are supportive of the NATO 2% defence spending minimum. It is UKIP party policy to ensure the UK remains at least above 2% and we would also encourage fellow NATO allies to meet this commitment.

We are however uneasy at language contained within this report in which the EU calls on Member States to meet this requirement. There is a fine line between this and the 2% commitment to NATO being replaced with one to the EU. This risks further undermining NATO and risks the position of traditionally neutral countries.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre la Aplicación de la política común de seguridad y defensa, por el que se realiza una evaluación de la aplicación de las políticas en este ámbito, así como de los acontecimientos que han tenido lugar este año. Por ello se pide una revisión de estas políticas, así como un Libro Blanco de la Unión, una industria de defensa más fuerte y el Plan Europeo de Acción para la defensa. Por otro lado, es necesario mejorar y ampliar la cooperación con la OTAN.

Asimismo, se solicita una mayor coordinación intracomunitaria dentro de la Unión, para poder adaptarse mejor ante nuevas amenazas.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pranešimas svarbia – ES Bendrosios saugumo ir gynybos politikos įgyvendinimo – tema vis dėlto yra ganėtinai silpnas. Manau, jame per daug dėmesio skiriama ir netgi pernelyg jautriai reaguojama į terorizmo grėsmę ir per mažai akcentuojama ES gynybinių pajėgumų nuo konvencinių karinių grėsmių tema. Terorizmo grėsmė visada buvo ir lieka labiau policijos funkcija, kurios nereiktų maišyti su kariuomenės vaidmeniu. Kartu tekste galėtų atsirasti daugiau nuostatų dėl karinio bendradarbiavimo tarp ES valstybių narių stiprinimo, technologinio atsilikimo nuo JAV mažinimo, tokių veiksnių, kaip Rusijos grėsmė, įvertinimo.

Dalis šių nuostatų yra pateiktuose pakeitimuose. Juos atmetus, ši rezoliucija taps silpnu dokumentu, neatitinkančiu savo pirminių tikslų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório versa sobre a necessidade de reforçar a cooperação europeia no domínio da defesa- um sonho antigo da União Europeia (UE) desde o Plano Pleven. A insegurança na Europa e nos países vizinhos degradou-se exponencialmente nos últimos anos, gerando um conjunto de novos desafios que urge enfrentar, coletivamente.

Subscrevo, por isso, a necessidade de reforçar a colaboração e a cooperação entre as forças armadas europeias, designadamente através de algumas das recomendações apresentadas com vista a combater, de forma mais eficaz, o terrorismo e as diversas ameaças diárias à segurança dos cidadãos.

As propostas de criação de um quartel-general europeu, um semestre europeu de defesa, um investimento mínimo de 2% do PIB por parte dos Estados-Membros para Defesa são algo controversas e não geram opinião unânime no seio do Parlamento Europeu. Contudo, todas elas são propostas ambiciosas - que merecem reflexão, sendo objeto de negociações até atingirmos um resultado mais consensual, que privilegie a segurança coletiva na Europa.

Subscrevo ainda a ideia de proceder a uma revisão profunda da Política Comum de Segurança e Defesa, que permita à UE e aos Estados-Membros contribuírem mais para a segurança da União como um todo, afirmando a sua autonomia estratégica neste domínio.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui dresse un bilan de la mise en œuvre de la politique de sécurité et de défense commune (PSDC) et qui suggère des pistes afin d'en renforcer son efficacité. La PSDC doit être renforcée afin d'affirmer l'autonomie stratégique de l'Union européenne et de renforcer sa capacité de résistance.

Cette résolution appelle l'Union à poursuivre ses missions PSDC, telle que l'EUNAVFOR MED qui permet de lutter efficacement contre le trafic d'armes et d'êtres humains en Méditerranée au large de la Libye.

Ce rapport demande également le lancement d'opérations de formation de PSDC en Irak pour soutenir les États membres impliqués dans la coalition qui lutte contre Daech.

En matière de défense, il est crucial que l'Union européenne ne mette pas en place des actions qui pourraient faire double emploi avec celles menées par l'OTAN. À ce titre, cette résolution souligne les nouvelles mesures adoptées pour renforcer les relations UE-OTAN, notamment en matière de coopération contre les cyber-attaques.

Enfin, j'ai soutenu ce texte parce qu'il rappelle qu'il est nécessaire que l'Union réagisse plus rapidement et plus fermement aux menaces réelles et que les forces armées européennes coopèrent plus étroitement.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Informe señala el deterioro de la seguridad europea ante el crecimiento de la amenaza terrorista y la situación bélica que viven Ucrania, Siria e Irak, así como nuevos desafíos como el ciberterrorismo. Apunta una creciente intranquilidad de la opinión pública ante el terrorismo y la inestabilidad política, y expone la necesidad de reforzar la política común de seguridad y defensa con mayor coordinación y un crecimiento del presupuesto en al menos un 2 % por país miembro. También solicita mayores facilidades para financiar operaciones internacionales y la creación con urgencia de un fondo económico para tal fin. Pide reforzar la investigación militar y el sector armamentístico europeo con una financiación suficiente, y unas ayudas a la producción industrial similares a las que reciben las empresas norteamericanas del sector.

He votado en contra, porque ahonda en la apuesta política y financiera por un Ejército y una industria armamentística fuertes en la Unión para combatir amenazas exteriores. Aunque entiendo que algunas de estas amenazas son reales, creo que aumentando el clima bélico no se va a conseguir llegar a la resolución real de los problemas y a conseguir un marco de estabilidad y paz en la Unión.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – I abstained on roll call votes on the European Defence Union report, and voted against the overall report for this reason: Malta is a neutral country. Its constitution prohibits participation in military alliances and in international cooperative efforts promoting warfare capabilities and exercises, unless backed by the UN. The report is based on premises for EU action that contradict this commitment.

Moreover, I disagree that at this time especially, the EU should reinforce a military dimension to its character. This move might appear suitable to counter the supposedly disintegrating effects of Brexit; it could have the opposite effect.

There is no popular constituency for a European Union that morphs into a military coalition, funded from EU budgetary resources.

Again, we see the old 'business as usual' methods by which 'small' steps 'forward' are cumulated and then presented as requiring further integration, failing which disaster would ensue. This is not an acceptable way by which to forge unity in Europe. I abstained on all subsidiary roll call votes because it would not have been coherent to vote one way or the other on different aspects of the issues at hand, while voting against the overall concept.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gestimmt.

Der Bericht fordert, dass die EU sich den Sicherheitsherausforderungen anpassen und die schon vorhandenen Möglichkeiten der Sicherheits- und Verteidigungspolitik effektiv nutzen muss.

Des Weiteren wird eine engere Zusammenarbeit mit der NATO gefordert.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe de AFET se basa en el Informe anual del Consejo al Parlamento Europeo sobre la Política Exterior y de Seguridad Común. Exige un aumento del componente militar en la PCSD, una mayor inversión en investigación en defensa y aboga por destinar el 2 % del PIB para gastos de defensa. El informe pide además un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, y exige una industria de defensa fuerte. Además, apoya más reformas al sector de la seguridad y capacitar y equipar también a los militares financiados con ayuda al desarrollo (entre ellos, el instrumento civil que contribuye a la estabilidad y la paz), promueve ampliar el mecanismo Athena para financiar todas las misiones militares y grupos tácticos de la Unión, escapando al control parlamentario y, presiona para el despliegue de grupos tácticos de la Unión para todo tipo de gestión de crisis.

Nosotros rechazamos la financiación militar del presupuesto de la Unión, y primar el enfoque civil para la resolución de conflictos y dejar de contribuir a la escalada militar, y abogamos por una separación total entre la Unión y la OTAN, mientras que el informe propone una mayor cooperación. Por esto, voté en contra.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it is a blatant attempt to form an EU Army.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I abstained on the report on the Implementation of Common Security and Defence Policy. The need for Europeans to work together to improve their defence capabilities has never been greater. An effective and credible European security and defence policy is, therefore, the foundation of our citizens' well-being and welfare. We need to provide a renewed focus on where CSDP can best contribute to global security, through a full cycle approach to tackling conflict, using a comprehensive approach and complementing NATO, which is the cornerstone of European defence.

However, the report offers ideas which could duplicate the work of NATO, or interfere in what should be Member State or industry driven activity. We therefore abstained on the final vote.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Principiálne som za to, aby sa posilnila obranyschopnosť Európy. Predovšetkým som však za pokračovanie spolupráce v rámci NATO, kde obranu členských štátov EÚ, ktoré sú aj členskými štátmi NATO, zaručuje článok 5. Teda v obrannej politike som za pokračovanie spolupráce v rámci NATO. Zároveň si myslím, že členské štáty EÚ by si mali zachovať určitú národnú zvrchovanosť, čo sa týka obrannej politiky. Preto som hlasoval proti.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Hlasovala som za správu o spoločnej bezpečnostnej a obrannej politike (SBOP). Situácia, v ktorej sa v súčasnosti Európa ocitla, je nadmieru nestabilná. Ostré konflikty sa odohrávajú priamo na našich hraniciach. V správe sa pokúšame vyhodnotiť, do akej miery bola SBOP zatiaľ implementovaná. Potenciál tohto rámca, ktorý je zakotvený v zmluvách Únie však, zdá sa, nie je dostatočne využívaný. Žiadame preto Komisiu, aby vypracovala bielu knihu o bezpečnosti a obrane, a zároveň vítame európsky akčný plán pre obranu. Zdôrazňujeme potrebu reformovať mechanizmus ATHENA, na základe ktorého sú financované misie a operácie EU. V súčasnosti sú to práve zahraničné misie Únie, ktoré predstavujú jasný príklad, že spolupráca v otázkach obrany dokáže byť na európskej úrovni funkčná. Nie je potrebné, aby bola prehĺbená európska obrana akýmsi protipólom NATO alebo že by ho mala nahradiť. Naopak, samostatná európska obrana by mala s NATO spolupracovať. Na druhej strane, ak chceme uvažovať o posilnení európskeho obranného priemyslu a vývoja, je potrebné si položiť otázku, odkiaľ naň presunieme zdroje. Nie je možné na obranu využívať prostriedky určené na výskum alebo na regionálnu politiku. Som však presvedčená, že by sa európska obrana mala osamostatniť, aby sme mohli lepšie ochrániť našich občanov a hodnoty, na ktorých je Únia založená.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo Parlamenta o izvajanju skupne varnostne in obrambne politike ugotavlja, da je evropsko varnostno okolje v zadnjem času postalo precej bolj negotovo, nevarnejše in manj predvidljivo, države članice pa se na skupne grožnje odzivajo neusklajeno, zaradi česar je enoten pristop EU močno otežen.

Kljub podpori uvodnim ugotovitvam poročevalca se ne strinjam, da bi bilo skupno varnostno in obrambno politiko EU treba močno revidirati, ampak se mora zagotoviti njeno boljše in učinkovitejše izvajanje. Poleg tega se ne strinjam z navedbo, da Evropa ni več zmožna nadzorovati varnosti znotraj svojih meja, ampak menim, da je treba okrepiti prizadevanja za stabilizacijo ter konkurenčnejši in učinkovitejši varnostni sektor.

Ker poročilo Parlamenta ne vključuje bistvenih načel, za katera se zavzemamo v skupini Zeleni/ESZ, kot sta na primer nestrinjanje z uporabo evropskih sredstev za raziskave v zvezi z obrambo na ravni EU in krepitev oboroženih sil tretjih držav, obenem pa navaja številne zahteve, ki so v nasprotju z našim prepričanjem, ga pri glasovanju nisem podprl.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Een gemeenschappelijk Veiligheids- en Defensiebeleid (GVDB) staat hoog op de Europese agenda, maar het is moeilijk hierover overeenstemming te bereiken tussen de verschillende lidstaten en politieke families. Elk rapport hierover verzandt in een ellenlange opsomming van alles wat ook maar iets met militaire of defensiezaken te maken heeft. Het lijkt wel een brief aan Sinterklaas.

Nu eens zien we de contouren opduiken van een Europees leger, dan weer de wens om de defensiebudgetten op te trekken zodat er geld is om te investeren in drones of militair onderzoek. Het ontbreekt echter steevast aan een duidelijke visie op defensie en veiligheid voor de buitenwereld of de buitenlandse ambassades. Het is dus moeilijk om met zo'n rapport in te stemmen.

Groen wil dat een gemeenschappelijk veiligheids- en defensiebeleid focust op humanitaire missies, vredeshandhaving en crisisbeheersing, eerder dan op oorlogsvoering en het verdedigen van ons vaderland. In plaats van het defensiebudget te verhogen, zouden we beter kunnen bekijken hoe we de jaarlijkse 200 miljard euro efficiënter kunnen inzetten. Door gezamenlijk aan te besteden, gezamenlijk militair onderzoek uit te voeren en bovenal de transparantie op de "militaire markt" te vergroten door simpelweg de Europese regels inzake overheidsopdrachten te respecteren. Maar dit is in veel gevallen aan dovemansoren gericht.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Initiativbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Paşcu fordert mit Rücksicht auf die aktuellen Krisen und insbesondere die Annexion der Krim eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Dabei soll ein neues Hauptquartier der GSVP für Einsätze entstehen, worunter unter anderem Grenzkontrollen, militärische Ausbildung und maritime Aktionen zu verstehen sind.

Nach Auffassung der EKR ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Bezpečnostné prostredie v EÚ sa výrazne zhoršilo a stáva sa čoraz nestabilnejším, nebezpečnejším a menej predvídateľným. V dôsledku toho treba dôkladne a výrazne revidovať spoločnú bezpečnostnú a obrannú politiku s cieľom umožniť EÚ a jej členským štátom, aby rozhodujúcim spôsobom prispeli k bezpečnosti Únie. Jedným z nástrojov je napríklad aj vytvorenie stáleho veliteľstva EÚ pre civilné a vojenské misie a operácie spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Overall, I support the report. The need for Europeans to work together to improve their defence capabilities has never been greater. An effective and credible European security and defence policy is, therefore, the foundation of our citizens' well-being and welfare. We need to provide a renewed focus on where CSDP can best contribute to global security, through a full cycle approach to tackling conflict, using a comprehensive approach and complementing NATO, which is the cornerstone of European defence.

However, the report offers ideas which could duplicate the work of NATO, or interfere in what should be Member State or industry driven activity. My colleagues and I therefore abstained on the final vote.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt. Die EU will den Pfeiler der europäischen Verteidigung, die NATO, kopieren, um ihn besser zu untergraben und zu umgehen. Für zukünftige starke und moderne militärische Fähigkeiten verlangt das EP von den Mitgliedstaaten zusätzliche Haushaltsmittel, damit die EU Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Sicherheit weltweit mit Waffengewalt voranbringen kann. Dafür sollen die 27 Armeen ihre nationalen Verteidigungsstreitkräfte vereinheitlichen. Rat und Kommission werden in Gesprächsgruppen und Arbeitskreisen militärische Konzepte sowie Kontakte zur Rüstungsindustrie vertiefen. Das Kalkül: Brüssel soll die Finanzierung der nationalen Verteidigungsstreitkräfte übernehmen, und mithin auch das Oberkommando. Wer zahlt, bestimmt. Indem die nationalen Regierungen die Mängelverwaltung beim Militär der EU-Ebene übertragen, entledigen sie sich dieses Problems im Heimatland. Denn die Armeen der 27 Mitgliedstaaten sind entweder kaputtgespart oder chronisch unterfinanziert. Die Bundeswehr muss gar Minderjährige rekrutieren. Viele ausgezehrte nationale Armeen ergeben jedoch keine schlagkräftige EU-Armee. Wir haben in Deutschland in langen Jahren einen tragfähigen, verfassungsmäßig verankerten Parlamentsvorbehalt erkämpft. In Deutschland entscheidet der Bundestag über den Bundeswehr-Einsatz. Das wird durch die EU zunichtegemacht. Gegenüber einem zukünftigen EU-Einsatzkommando der Exekutive werden nationale Parlamente hilflos sein.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – U vremenu trajnih nestabilnosti koje okružuju Europsku uniju, poseban fokus stavljen je na provođenje i dosljedno vođenje europske sigurnosne i obrambene politike. Podržavam ovo izvješće jer uspješno označava ključne nedostatke među državama članica, a to je niska razina spremnosti, suradnje i kompatibilnosti vojnih resursa. Ključno je da države članice rade na koordiniranju djelovanja u području sigurnosti i obrane kako bi se osigurala veća stabilnost i predvidljivost sustava. Ipak, u provođenju sigurnosne i obrambene politike važno je osigurati suradnju i s drugim državama u europskom bliskom susjedstvu, suradnju koja će stvoriti stabilni partnerski odnos temeljen na povjerenju i uzajamnom pomaganju. U svjetlu nedavnih američkih predsjedničkih izbora, pitanje europske obrane i sigurnosti postaje sve važnije zbog najava da će se Sjedinjene Američke Države suzdržati od aktivne uloge u NATO-u. Europska unija mora biti sposobna braniti se od sigurnosnih izazova.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o izvajanju skupne varnostne in obrambne politike (na podlagi letnega poročila Sveta Evropskemu parlamentu o skupni zunanji in varnostni politiki). V zadnjih letih se je zaradi različnih okoliščin varnostno okolje zelo spremenilo in EU se mora na vse te spremenjene okoliščine odzvati ter ustrezno prilagoditi. Podpiram poročilo, ki poudarja, da bi morala EU okrepiti dialog in sodelovanje s tretjimi državami iz regije, pa tudi z regionalnimi organizacijami ter da bi morala biti pripravljena na obvladovanje strukturnih sprememb v mednarodnem varnostnem okolju in na izzive, ki vključujejo meddržavne konflikte.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o provádění společné bezpečností a obranné politiky, která především volá po koordinovanějším postupu členských států s ohledem na zhoršující se bezpečnostní situaci v oblastech přímo sousedících s EU a s ohledem na současnou provázanost celého světa zejména v oblasti kybernetické bezpečnosti. Je jasné, že žádný členský stát nemůže současným hrozbám čelit samostatně a žádný členský stát nemůže samostatně vyřešit například situaci v Sýrii. Jde tedy o lepší koordinaci nejen ve fázi reakce, ale také ve fázi akce, protože jen koordinovaná politika EU má potenciál zamezit vzniku zdrojů napětí.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η εφαρμογή της ΚΠΑΑ δεν θα μπορεί να αντιμετωπίσει αποτελεσματικά τις υφιστάμενες και μελλοντικές απειλές. Επιπρόσθετα, η πλειονότητα των κρατών μελών δεν δύναται να ανταποκριθεί στις επιβαλλόμενες και απορρέουσες υποχρεώσεις αυτής.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A koordináció effajta hiánya az uniós fellépés egyik sebezhetősége.

A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához. A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. A magyar álláspontnak összhangban szavazatommal

támogattam a jelentés elfogadását.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert az pontos, reális, ugyanakkor kritikus képet ad az EU közös biztonsági és védelmi politikájának problémáiról, egyúttal megjelölve a továbblépés lehetséges irányát, elsősorban Európa nagyobb fokú védelmi autonómiájának megteremtése révén. Rámutat, hogy az átfedések és párhuzamosságok tömege egyértelműen megkövetelné a tagállami védelmi képességek és eszközök összehangolását, illetve a már létező európai szintű képességek és eszközök (például a „battlegroup" egységek) érdemi kihasználását. A szorosabb és önállóbb európai védelem politikai és katonai indokoltságát a jelentés az EU évek óta romló biztonsági környezete, az új típusú biztonsági kihívások, a terror-, a cyber-, a hibrid-jellegű veszélyek, s mindenekelőtt a közvetlen déli és keleti szomszédságunkban jelentkező katonai-politikai fenyegetés bemutatásával támasztja alá – számomra meggyőzően.

Saját tapasztalataimat tükrözve utal a jelentés arra is, hogy tagállami szolidaritás érvényesülésében ugyanis a védelem terén sem lehet kizárólag a kormányokra számítani, mert az uniós szolidaritás egyoldalú, önző felfogása, a saját védelmi képességek elhanyagolása nem akadályozza egyes országok vezetőit abban, hogy szövetségeseik védelmi garanciáit adottnak tekintsék. Úgy vélem, éppen ez a jelentés és parlamenti határozat segíthet annak EU-szintű felismerésében, hogy a jövőben a KBVP alakítása, illetve egy védelmi Unió létrehozása során politikai és jogi garanciákat kell beépíteni a rendszerbe az ilyen egyoldalú tagállami magatartás megelőzése érdekében.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Sytuacja w zakresie bezpieczeństwa europejskiego istotnie się pogorszyła, stała się mniej jasna, bardziej skomplikowana i nieprzewidywalna. Należy pamiętać, że bezpieczeństwo państw członkowskich Unii Europejskiej w bardzo dużym stopniu ma charakter współzależności, a obecna sytuacja rozdrobnienia i braku koordynacji jest szczególnie niebezpieczna.

Konieczne jest jak najszybsze dostosowanie się UE do obecnych wyzwań w zakresie bezpieczeństwa, zwłaszcza przez skuteczniejsze korzystanie z istniejących narzędzi w ramach wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony w połączeniu z innymi instrumentami zewnętrznymi i wewnętrznymi.

Należy w szczególności rozważyć ustanowienie stałej współpracy strukturalnej, opracowanie strategii sektorowej na rzecz polityki zagranicznej i bezpieczeństwa, utworzenie stałej unijnej kwatery głównej dla cywilnych i wojskowych misji i operacji w ramach WPBiO oraz dalszą ścisłą współpracę z NATO.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Deteriorarea mediului de securitate european în ultimii ani, manifestată prin multiplicarea amenințărilor de tip convențional, non-convențional și hibrid, reclamă necesitatea consolidării politicii de securitate și apărare comună (PSAC) a Uniunii. Ascensiunea fenomenului terorist generat de organizațiile islamice radicale, precum și apariția unor crize complexe în apropierea granițelor externe ale Uniunii necesită un răspuns mai ferm din partea statelor membre în cadrul comun creat de PSAC. Din acest punct de vedere, e nevoie de o mai bună coordonare a capacităților de apărare ale statelor membre, concomitent cu intensificarea cooperării cu structurile existente în cadrul NATO. De asemenea, ar fi utilă susținerea industriei de apărare europene și reformarea sistemului ATHENA pentru finanțarea misiunilor și operațiunilor militare ale UE. Adoptarea unei Cărți albe a UE privind securitatea și apărarea ar constitui un ajutor important pentru trasarea principalelor priorități în acest domeniu.

Adoptarea Planului de acțiune european în domeniul apărării (EDAP) și a Programului european de cercetare în domeniul apărării (EDRP), alături de întărirea rolului Agenției Europene de Apărare (AEA) sunt de natură să consolideze PSAC și să întărească securitatea cetățenilor europeni. Din aceste motive, susțin adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte du collègue Pașcu. Je constate que l'environnement de sécurité en Europe s'est sensiblement détérioré et est désormais plus mouvant, plus complexe, plus dangereux et moins prévisible. Je constate également que les menaces sont à la fois conventionnelles et hybrides, qu'elles sont aussi bien le fait d'acteurs étatiques que non étatiques, qu'elles proviennent du Sud et de l'Est et que leurs répercussions varient d'un État membre à l'autre.

Je suis pour une armée européenne!

De plus, cela permettra de faire de nombreuses économies dans de nombreux pays. Cela augmentera aussi l'efficacité de notre défense.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the implementation of the Common Security and Defence Policy assesses the implementation of the CSDP and the developments that took place in the last year. The report supports an EU White Book on Security and Defence, a stronger defence industry and promotes the European Defence Action Plan. Further, the report endorses cooperation between the EU and NATO. I voted in favour of the overall report, as I believe the CSDP is a vital element in protecting EU citizens, as well as the promotion of EU values and interests, with full respect for the Treaties, international law and human rights.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen romlott az elmúlt időszakban, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. Az említett fenyegetések egyre változatosabb formákat öltenek, mind hagyományos, mind hibrid jellegűek. Az uniós tagállamok biztonsága szorosan kapcsolódik egymáshoz, ám a tagállamok mégis összehangolatlanul és erőforrásaikat szétaprózva reagálnak a közös fenyegetésekre és kockázatokra. A fenti problémák orvoslására a KBVP (Közös biztonság- és védelempolitika) alapos és jelentős felülvizsgálatára van szükség, hogy az EU és tagállamai döntő mértékben hozzá tudjanak járulni az Unió biztonságához.

A jelentés hangsúlyozza, hogy az állandó strukturált együttműködés (az Európai Unióról szóló szerződés 42. cikkének (6) bekezdése) létrehozása által lehetőség nyílna az önvédelem vagy egy állandó önvédelmi struktúra kialakítására. A KBVP-missziókon keresztül az EU a válságkezelés teljes spektrumában beavatkozhatna, többek között a válságmegelőzés és válságrendezés területén is. Emellett az EU-nak a NATO kapacitáscéljainak teljesítésére kell ösztönöznie a tagállamokat, ami megköveteli, hogy a védelmi kiadásokat idővel legalább a GDP 2%-ára növeljék. A KBVP eszközei továbbá jobb együttműködést és koordinációt szorgalmaznak a tagállamok között, különösen a terrorizmus elleni küzdelem terén. Végezetül a KBVP-missziók – többek között a határokon nyújtott támogatás, a kapacitásépítés, a katonai kiképzési missziók és a haditengerészeti műveletek – hozzájárulnak a nemzetközi békéhez és stabilitáshoz. A magyar állásponttal összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o provedbi zajedničke sigurnosne i obrambene politike (na temelju godišnjeg izvješća Vijeća o zajedničkoj vanjskoj i sigurnosnoj politici Europskom parlamentu). Smatram da je potrebno osigurati implementaciju zajedničke sigurnosne i obrambene politike u što kraćem roku. Nužno je donijeti i strategiju, uspostaviti zajednička politička i upravna tijela i stalnu strukturalnu suradnju. Vrlo je važno razvijati kapacitete vojne industrije, razvijajući što je moguće više *Dual-use* tehnologiju. Pri tome je potrebno imati na umu da je opremljenost sigurnosno-obrambenih snaga članica Europske unije vrlo raznolika. Samim time, raznolike su i sposobnosti. U nekim slučajevima opremljenosti, još uvijek se može utvrditi i nekompatibilnost opreme. Zato je posebno važno poraditi na pametnijem ulaganju u obrambenu industriju, a posebno kako sam već istakao *Dual-use* tehnologiju gdje se primjerice flote koje štite granice Europske unije, uključujući Hrvatsku na Jadranskom moru, mogu usmjeriti na opremanje za operacije traganja i spašavanja, za operacije medicinskog prevoženja, sprječavanje onečišćenja mora, a modularnom nadogradnjom u vrlo kratkom vremenu mogu postati borbene flote.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv jer čvrsto vjerujem da kompetencija nad obrambenom politikom uvijek mora biti i ostati u nadležnosti nacionalnih država kao temelj nacionalnog suvereniteta. U tom smislu, podupirem organizaciju NATO kao osnovu obrambene i sigurnosne suradnje Europske unije i transatlantskih saveznika.

Stoga se snažno protivim prijedlozima koji su na nivou Europske unije sve glasniji, a koji pozivaju na osnivanje vojske Europske unije te s tim u vezi, skupih vojnih struktura. Moje mišljenje je da bi navedeni prijedlog, osim financijskog gubitka, jedino mogao rezultirati nenadoknadivim gubitkom povjerenja dosadašnjih NATO saveznika te time značajno oslabiti veze s našim međunarodnim obrambenim partnerima.

Izvješće sugerira da se Europska unija mora suočiti s izazovima unutarnje sigurnosti u državama članicama, uključujući svrgavanje, što nije obuhvaćeno djelovanjem NATO-a. Iako kompromisi sadrže mnogo poziva za suradnju s NATO-om, sadrže i mnogo poziva za kreiranje autonomne sigurnosne i obrambene politike i kolektivnog obrambenog principa – što grubo zadire u princip nacionalne suverenosti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o izvajanju skupne varnostne in obrambne politike (na podlagi letnega poročila Sveta Evropskemu parlamentu o skupni zunanji in varnostni politiki) sem podprla.

aEvropsko varnostno okolje se je zelo poslabšalo ter postalo bolj negotovo, zapletenejše, nevarnejše in manj predvidljivo. Varnost v EU je med državami zelo prepletena in države se na grožnje ter tveganja odzivajo neenotno in neusklajeno, kar je treba spremeniti. Neusklajenost in neenotnost pripomore k ranljivosti in nemoči Evrope v skupnih akcijah proti grožnjam.

SVOP (Skupna varnostna in obrambna politika) je bil eden izmed korakov v smer enotnosti in usklajenosti vendar so zaradi strukturnih pomanjkljivosti akcije SVOP še vedno neučinkovite.

Strateški načrti EU in zveze NATO so si podobni, zato morata delovati združeno ter dopolnjevalno. Odnos med organizacijama mora biti sodelovalen in ne tekmovalen. Korak k sodelovanju je bil podpis skupne izjave v Varšavi o izboljšanju sodelovanja glede hibridnih in kibernetskih groženj.

Potreben je tudi razvoj močne obrambne industrije, ki bi okrepil strateško avtonomijo in tehnološko neodvisnost EU. Države članice še ne izvajajo sistematičnega in dolgoročnega obrambnega sodelovanja z zadostno zavzetostjo in to je treba spremeniti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Informe señala el deterioro de la seguridad europea ante el crecimiento de la amenaza terrorista y la situación bélica que viven Ucrania, Siria e Irak, así como nuevos desafíos como el ciberterrorismo. Apunta una creciente intranquilidad de la opinión pública ante el terrorismo y la inestabilidad política, y expone la necesidad de reforzar la política común de seguridad y defensa con mayor coordinación y un crecimiento del presupuesto en al menos un 2 % por país miembro. También solicita mayores facilidades para financiar operaciones internacionales y la creación con urgencia de un fondo económico para tal fin. Pide reforzar la investigación militar y el sector armamentístico europeo con una financiación suficiente, y unas ayudas a la producción industrial similares a las que reciben las empresas norteamericanas del sector.

He votado en contra, porque ahonda en la apuesta política y financiera por un Ejército y una industria armamentística fuertes en la Unión para combatir amenazas exteriores. Aunque entiendo que algunas de estas amenazas son reales, creo que aumentando el clima bélico no se va a conseguir llegar a la resolución real de los problemas y a conseguir un marco de estabilidad y paz en la Unión.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Initiativbericht des sozialdemokratischen Abgeordneten Pașcu fordert mit Rücksicht auf die aktuellen Krisen und insbesondere die Annexion der Krim eine Verstärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP). Dabei soll ein neues Hauptquartier der GSVP für Einsätze entstehen, worunter unter anderem Grenzkontrollen, militärische Ausbildung und maritime Aktionen zu verstehen sind.

Nach Auffassung der EKR ist die Verteidigung Sache der einzelnen Nationalstaaten. Darüber hinaus stellt die NATO als Verteidigungsbündnis die Sicherheit Europas sicher. Eine Konkurrenzsituation mit neuen europäischen Sicherheitsstrukturen ist abzulehnen, zumal die Entscheidungskompetenzen bei der GSVP unklar sind und – sofern sie funktionieren soll – nur im Rahmen eines europäischen Superstaates vollumfänglich zur Geltung kommen könnten. Aus diesem Grund lehne ich den Bericht ab.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report. A revision of the CSDP is needed in order to enable the EU to contribute in a decisive way to the security of the Union, to the management of international crises and to asserting the EU's strategic autonomy; recalls that no country can face the current security challenges on its own.

It is most cost-efficient to create a single permanent EU headquarters for civilian and military CSDP missions and operations, from where an integrated operational staff would support the entire planning cycle.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'assurer l'emprise de l'UE sur les politiques étrangères et de défense des États membres.

Ce rapport part du principe que l'UE est menacé à l'est et au sud par à la fois des modifications violentes de frontières opérées par la Russie (point 7) et la déstabilisation des États du Moyen-Orient.

Le rapport détaille les multiples concessions qui sont attendues des États pour que la PESC deviennent un partenaire fiable de l'OTAN (point 15, 21, 23, 33 à 37, 40). Il définit également comment la Commission doit imposer ses règles dans le domaine de la passation de marchés dans la défense (point 44).

J'ai donc voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Idea wspólnej polityki bezpieczeństwa i obrony powinna budzić pozytywne emocje. Niestety, wspomniana rezolucja poszła za daleko i podważa suwerenność państw członkowskich w sprawie polityki obronnej. Należy wspierać wysiłki NATO, a nie tworzyć kłopotliwe regulacje. W związku z tym wstrzymałem się od głosu.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az európai biztonsági környezet jelentősen leromlott, képlékenyebbé, összetettebbé, veszélyesebbé és kevésbé kiszámíthatóvá vált. A fenyegetések mind hagyományos, mind hibrid jellegűek, melyeket állami és nem állami szereplők váltanak ki, délről és keletről érkeznek és az egyes tagállamokat eltérően érintik. Szavazatommal támogattam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Este Informe señala el deterioro de la seguridad europea ante el crecimiento de la amenaza terrorista y la situación bélica que viven Ucrania, Siria e Irak, así como nuevos desafíos como el ciberterrorismo. Apunta una creciente intranquilidad de la opinión pública ante el terrorismo y la inestabilidad política, y expone la necesidad de reforzar la política común de seguridad y defensa con mayor coordinación y un crecimiento del presupuesto en al menos un 2 % por país miembro. También solicita mayores facilidades para financiar operaciones internacionales y la creación con urgencia de un fondo económico para tal fin. Pide reforzar la investigación militar y el sector armamentístico europeo con una financiación suficiente, y unas ayudas a la producción industrial similares a las que reciben las empresas norteamericanas del sector.

He votado en contra, porque ahonda en la apuesta política y financiera por un Ejército y una industria armamentística fuertes en la Unión para combatir amenazas exteriores. Aunque entiendo que algunas de estas amenazas son reales, creo que aumentando el clima bélico no se va a conseguir llegar a la resolución real de los problemas y a conseguir un marco de estabilidad y paz en la Unión.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Susirūpinęs pažymiu, kad radikalių islamistų organizacijų ir asmenų prieš Europą nukreiptas terorizmas yra precedento neturinčio masto ir daro spaudimą Europos gyvenimo būdui; pabrėžiu, kad todėl asmens saugumas tapo pirmaeilis tikslas ir nyksta tradicinis skirtumas tarp tokio saugumo išorės ir vidaus aspektų.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the implementation of the Common Security and Defence Policy (based on the Annual Report from the Council to the European Parliament on the Common Foreign and Security Policy). The European security environment has deteriorated considerably, becoming more fluid, more complex, more dangerous and less predictable. The security of the EU Member States is deeply interconnected and they react to common threats and risks in an uncoordinated and fragmented way. The report calls for a strong preventive policy based on comprehensive deradicalisation programmes. I voted in favour because I believe that a thorough and substantial revision of the CSDP is needed in order to enable the EU and its Member States to contribute in a decisive way to the security of the Union, to the management of international crises and to asserting the EU's strategic autonomy.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta propuesta se basa en la evolución del contexto estratégico actual de la Unión, caracterizado por una seguridad deteriorada, la mezcla de amenazas convencionales e híbridas, la intervención de actores estatales y no estatales y la emergencia de nuevos riesgos (menos previsibles) al Este y al Sur. Este contexto exige priorizar la prevención de las crisis que tienen lugar más allá de las fronteras comunitarias, pero sin dejar de intervenir en las fases de resolución y estabilización en aquellos conflictos que afecten directamente a la seguridad de la Unión. Consciente de que Europa tiene que hacer frente a un número creciente de crisis en su vecindario inmediato (cuya consecuencia más visible son los actos terroristas perpetrados en nuestro propio territorio) de la manera más eficaz posible —que pasa por la acción conjunta y una cooperación más estrecha—, he creído oportuno votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe de AFET se basa en el Informe anual del Consejo al Parlamento Europeo sobre la Política Exterior y de Seguridad Común. Exige un aumento del componente militar en la PCSD, una mayor inversión en investigación en defensa y aboga por destinar el 2 % del PIB para gastos de defensa. El informe pide además un Libro Blanco de la Unión sobre Seguridad y Defensa, y exige una industria de defensa fuerte. Además, apoya más reformas al sector de la seguridad y capacitar y equipar también a los militares financiados con ayuda al desarrollo (entre ellos, el instrumento civil que contribuye a la estabilidad y la paz), promueve ampliar el mecanismo Athena para financiar todas las misiones militares y grupos tácticos de la Unión, escapando al control parlamentario y, presiona para el despliegue de grupos tácticos de la Unión para todo tipo de gestión de crisis.

Nosotros rechazamos la financiación militar del presupuesto de la Unión, y primar el enfoque civil para la resolución de conflictos y dejar de contribuir a la escalada militar, y abogamos por una separación total entre la Unión y la OTAN, mientras que el informe propone una mayor cooperación. Por esto, voté en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat ik er vast van overtuigd ben dat een grondige en wezenlijke herziening van het GVDB noodzakelijk is, zodat de EU en haar lidstaten op beslissende wijze kunnen bijdragen tot de veiligheid van de EU, de beheersing van internationale crises en de handhaving van de strategische autonomie van de EU. Geen enkel land kan alleen het hoofd bieden aan de huidige veiligheidsdreigingen.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin yhteisestä turvallisuus- ja puolustuspolitiikasta laadittua mietintöä vastaan. Kannatan eurooppalaista yhteistyötä muun muassa puolustustarvikehankinnoissa ja yhteisten puolustustarvikemarkkinoiden muodostamisessa. Niin ikään terrorisminvastainen toiminta on tehokkaampaa, kun sitä harjoitetaan yhdessä. Sen sijaan en hyväksy yhteisen turvallisuus- ja puolustuspolitiikan kehittämistä puolustusunioniksi.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport prône l'établissement d'un «livre blanc de la défense européenne». Il faudrait accroître et diversifier les capacités d'intervention militaire de l'Union en dehors de tout contrôle parlementaire.

En outre, la volonté de développer des capacités opérationnelles plus indépendantes des États membres s'accompagne d'un rapprochement toujours plus poussé avec l'OTAN.

Pire, il s'agit d'encourager des subventions massives à l'industrie d'armement en demandant aux États membres de porter leurs efforts en matière de défense à au moins 2 % du PIB. Une telle politique ne peut se faire qu'au détriment des autres politiques de développement de l'Union.

Avec la GUE/NGL, nous demeurons résolument hostiles à la surenchère militariste et favorable à une politique de désarmement.

L'UE ferait mieux de consacrer son énergie et ses finances à la promotion de la paix, au multilatéralisme et au le dialogue pacifique entre les peuples. J'ai donc voté contre ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A União Europeia enquanto bloco militar promove a sua vertente beligerante, militarista e de ingerência externa. Numa posição de total subalternidade em relação à NATO, pede-se o reforço dos orçamentos de defesa, o aumento do investimento na investigação e na indústria militar, para além da criação de um exército europeu, eventualmente para futuras criminosas ações de guerra como a que este Parlamento aprovou sobre a Líbia e como este Parlamento se prepara para aprovar sobre a Síria.

Uma política de sangue e de morte, de guerra e destruição, a que ficam associados todos os que nesta casa a promovem e fazem aprovar. Uma política que alimenta a corrida ao armamento, não esquecendo o nuclear, aumentando as tensões mundiais, contrariando compromissos assumidos com o tratado de não proliferação e de desarmamento. Uma política que se opõe e compromete a Paz, e que não se desliga das políticas de exploração e empobrecimento dos trabalhadores e dos povos.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'attuazione di una politica di sicurezza e difesa comune. Ritengo che il contesto europeo della sicurezza sia significativamente peggiorato, diventando più instabile, più complesso, più pericoloso e meno prevedibile. È necessaria quindi una politica estera e di sicurezza europea più unificata e più efficace, che possa contribuire significativamente a mantenere una situazione di stabilità e pace.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist schon unter dem Aspekt der nationalen Souveränität abzulehnen. Verteidigungspolitik muss Domäne souveräner Völker sein, was nicht ausschließt, dass verteidigungspolitische und militärische Maßnahmen im Krisen- und Kriegsfall auf europäischer Ebene (und ggf. unter Leitung eines gemeinsamen europäischen Kommandos) koordiniert werden. Völlig abzulehnen ist aber die Orientierung einer europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auf die NATO hin, wie sie im vorliegenden Bericht zum Ausdruck kommt. Anzustreben ist im Gegenteil größtmögliche Unabhängigkeit von US-amerikanischen und NATO-Vorgaben. Die im Bericht beschworene „Komplementarität" europäischer und NATO-Strukturen widerspricht allen Bemühungen um eine eigenständige europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik elementar und ist deshalb abzulehnen.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – In light of the current unpredictable security situation in our closest neighbourhood, the EU needs a fully efficient Common Security and Defence Policy (CSDP) even more than ever before. This is actually a view which is also shared by around two thirds of EU citizens according to the recent Eurobarometer survey. Personally, I am firmly convinced that, in line with the report's recommendations, the EU should firstly make good use of its tools available at hand. This means ensuring that our currently deployed 17 military and civilian missions are able to address the whole spectrum of crisis management, and thereby that they are fulfilling their mandate properly. Furthermore, the deployment of EU battlegroups should become one of the possible crisis response options for the EU as they have been operational since 2007 but have never been used. This is why the report stresses as well the importance of creating a permanent EU headquarters coupled with the extension of scope of the ATHENA mechanism to finance all EU military missions. Consequently, I am sure that this report will ensure a higher level of coherence in EU external action, thus I voted in favour.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Overall, I support the report. The need for Europeans to work together to improve their defence capabilities has never been greater. An effective and credible European security and defence policy is, therefore, the foundation of our citizens' well-being and welfare. We need to provide a renewed focus on where CSDP can best contribute to global security, through a full cycle approach to tackling conflict, using a comprehensive approach and complementing NATO, which is the cornerstone of European defence.

However, the report offers ideas which could duplicate the work of NATO, or interfere in what should be a Member State or industry driven activity. Labour MEPs therefore abstained on the final vote.

The EU must remain above all a project of peace. In our common security and defence policy we must emphasise the need to refrain from selling arms to regimes which violate human rights and commit war crimes. The EU must always stand for human rights, democracy, and the rule of law, and nothing in our CSDP should ever compromise those commitments.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since as a liberal I believe in the fight against radicalisation. I believe that the Common Security and Defence Policy will also help to reduce conflicts in the Middle East. We need to create synergies between EU capabilities and we also need to increase investments in security and defence. This topic is relevant especially right now, in light of the recent terrorist attacks and the unstable political landscape outside the Union. In this situation we need a permanent structured cooperation. Moreover I support the Defence Action Plan and the EU Defence Research Programme. Cooperation between Member States on this sensible topic will only be beneficial for the safety of the EU citizens.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă al colegului Ioan Mircea Pașcu cu privire la punerea în aplicare a politicii de securitate și apărare comune a UE.

Pornind de la constatarea că mediul de securitate european s-a deteriorat considerabil, devenind din ce în ce mai schimbător, mai complex, mai periculos și mai puțin previzibil, raportul propune revizuirea detaliată și aprofundată a PSAC. Sunt de acord cu ideea că o revizuire reușită a PSAC va trebui să includă pe deplin statele membre ale UE încă de la începutul procesului, pentru a se evita riscul apariției unor blocaje în viitor.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Předloženou zprávu podporuji, protože věřím, že společná bezpečnostní a obranná politika EU by měla být jednoznačně posílena. Na teoretické rovině jsem přesvědčen, že vznik společné evropské armády by byl jednoznačně prospěšný a že tyto jednotky by mohly efektivně podporovat síly Severoatlantické aliance, která pro nás v současné době představuje jedinou bezpečnostní alternativu. Na druhou stranu jsem realista a myslím si, že vznik evropské armády by ve skutečnosti trápily stejné problémy, které má teď NATO. Mám tím na mysli zejména nedostatečnou ochotu států přispívat na vlastní obranu a obecnou nevůli států zabývat se obranou na kolektivní úrovni. Jako prvotní krok ke společné obraně by se proto teď státy EU měly zaměřit především na dodržování úrovně výdajů na obranu ve výši 2 % HDP, ale také na zlepšení spolupráce mezi národními ozbrojenými složkami. Evropská unie by měla být schopna rychle a efektivně reagovat na aktuální bezpečnostní hrozby. To, jestli to bude díky spolupráci států anebo díky společným jednotkám, není v současné chvíli až natolik relevantní.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu o implementácii spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky som nepodporila. Správa vo svetle súčasných stupňujúcich sa bezpečnostných kríz vyzýva na efektívnejšie využívanie už existujúcich nástrojov spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky, ako aj na silnú politiku prevencie. Správa obsahuje aj množstvo článkov, ktoré volajú po silnejšej spolupráci s NATO. Napriek týmto akceptovateľným požiadavkám správa rozoberá revíziu spoločnej bezpečnostnej a obrannej politiky, ktorej cieľom by mala byť stála štruktúrovaná spolupráca umožňujúca rozvinutie vlastnej spoločnej obrany. Hoci si uvedomujem, že výzvy, ktorým Európska únia čelí, sú bezprecedentné a je potrebné im čeliť, som skôr zástanca posilnenia spolupráce s NATO. Myslím si, že práve na tejto spolupráci by sme mali stavať obranu a nesnažiť sa o vytvorenie paralelnej štruktúry, ktorá by v konečnom dôsledku mohla túto obranu založenú na spolupráci s NATO oslabiť.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Pascu, por concordar com as propostas sobre a execução da Política Comum de Segurança e Defesa. Destaco o meu apoio ao desenvolvimento de uma capacidade autónoma de defesa por parte da UE, com o objetivo de proteger os seus cidadãos e promover os seus interesses sempre em plena conformidade com os Tratados, o direito internacional e os direitos humanos.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o provedbi zajedničke sigurnosne i obrambene politike na temelju godišnjeg izvješća Vijeća i zajedničkoj vanjskoj i sigurnosnoj politici. Obrana i sigurnost postali su jako važni na dnevnom redu ne samo europskih i nacionalnih institucija, nego i čitavog niza drugih važnih aktera kao što su civilno društvo, mediji, skupine eksperta i u konačnici građani. Nestabilno europsko okruženje zahtijeva jasan i konzistentan odgovor na sve prijetnje i Europska unija mora osigurati dosljednu provedbu zajedničke sigurnosne i obrambene politike. Problem sigurnosne arhitekture Europske unije je u tome što se previše oslanjala na NATO, a malo radila na ujednačavanju vojnih procedura, kompatibilnosti opreme i razvoju vojne industrije. U novim geopolitičkim okolnostima, pojačana suradnja i koordinacija u području sigurnosti i zaštite postaje prioritet.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o izvajanju skupne varnostne in obrambne politike.

Evropsko varnostno okolje je postalo bolj negotovo, zapletenejše, nevarnejše in manj predvidljivo. Evropa se mora zdaj odzvati na številne vse kompleksnejše krize na območju, ki se razteza od zahodne Afrike prek Sahela, Afriškega roga in Bližnjega vzhoda ter vzhodne Ukrajine do Kavkaza. Da bo EU pripravljena na obvladovanje strukturnih sprememb v mednarodnem varnostnem okolju in močan dejavnik pri vzpostavljanju miru je potrebno, da države članice še tesneje sodelujejo in oblikujejo usklajen pristop v okviru skupne varnostne in obrambne politike.

11.6. Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken (A8-0290/2016 - Anna Elżbieta Fotyga)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, George Orwell spunea: „dacă gândurile corup limba, atunci și limba corupe gândurile". Propaganda naște alți oameni și o altă mentalitate. Am văzut acest lucru în trecut acasă, în România, în alte state din Europa Centrală și de Est postcomuniste și, din păcate, o vedem și astăzi. Federația Rusă a așteptat, a avut răbdare ani de zile, a construit și acum atacă. Atacă peste tot în Europa Centrală și de Est. Atacă prin propagandă și a început deja să treacă și la acțiuni directe. Se folosește limba rusă, se cumpăra licențe în aceste state postcomuniste - se cumpără licențe de televiziune și de radio în care se va difuza, sau se difuzează deja, direct în limba rusă. Deci, mințile oamenilor vor fi convertite, picătură cu picătură, de către propaganda rusă.

Trebuie să vedem cu toții și să nu mai fim naivi că, da, se poate repeta istoria, dacă nu suntem atenți. Da, putem intra din nou în sfera influenței rusești, poate mai mult decât influență, dacă nu suntem atenți și dacă nu credem că, într-adevăr, este posibil. Să nu ne imaginăm că am câștigat libertatea și democrația odată pentru totdeauna. Dimpotrivă, acum este momentul în care Rusia ne atacă din nou și trebuie neapărat să fim împreună și uniți și să trezim oamenii, că oamenii nu înțeleg și nu cred.

Michał Marusik (ENF). – Panie Przewodniczący! W tej sprawie głosowałem przeciw. Powołam się, tak jak pani Macovei, na Orwella. Otóż to właśnie George Orwell doskonale opisał ten mechanizm, gdy w państwie istnieje policja myśli, gdy istnieje Ministerstwo Prawdy, które jako instytucja dopuszcza lub nie dopuszcza treści do publicznego przekazu. Ja znam ten świat, bo byliśmy pod panowaniem Moskwy – tam była cenzura i wiemy, jakie miała skutki. I ten koszmarny świat George'a Orwella w Rosji przegrał.

Natomiast okazuje się, że teraz ten koszmar zwycięża w Zachodniej Europie, która do niedawna była oazą wolności i wolnego słowa. Można było mówić również o tych sprawach, co do których człowiek się mylił. Wolno było mówić w przestrzeni publicznej, było wolne słowo, był wolny przekaz. A niestety to jest znamieniem upadku cywilizacyjnego Zachodu, który był kiedyś oazą wolności. I chciałbym, aby tą oazą wolności pozostał i żeby moja ojczyzna była krajem wolnym – żeby naszymi myślami i słowami nie administrowały żadne urzędy. Nawet jeżeli się mylę, żebym miał prawo publicznie to ogłosić.

Момчил Неков (S&D). – Уважаеми г-н Председател, като член на този Парламент и представител на една от държавите – членки на Европейския съюз, искам да изразя своето голямо разочарование и недоумение от езика на омраза, който някои мои колеги насаждат чрез подобни текстове. Аз гласувах против този доклад, защото освен острия език към глобален и стратегически участник на международната сцена – Русия, докладът поставя под въпрос и компетентността на държавите – членки на Европейския съюз, които „не съзнават в достатъчна степен, че са аудитория и арена на пропаганда и дезинформация".

Това е отявлена обида към демократично избрани правителства и държавни глави, както и към самите граждани на Европейския съюз. Гласуваният текст е удар и върху развитието на отношенията с Русия на база двустранно сътрудничество и съвместни проекти с отделни държави – членки на Европейския съюз. Този доклад е уж срещу пропагандата и езика на омразата, а самият той предизвиква това.

Marek Jurek (ECR). – Cieszę się, że sprawozdanie o wrogiej propagandzie przypomina, że komunizm niszczył tradycję i tożsamość narodów podbitych przez Związek Sowiecki, że narzędziem tego niszczenia było kłamstwo historyczne i niestety że to narzędzie ciągle jest używane w polityce postkomunistycznej Rosji. Cieszę się, że nasz apel wzywa do tego, żeby przez politykę kulturalną i edukację przypominać zbrodnie popełnione przez komunizm i tym samym wypełniać obowiązki pamięci w stosunku do jego ofiar. Żałuję tylko, że ciągle jeszcze nie potępiliśmy praktykowanego w Rosji kultu wodzów bolszewizmu, ale myślę, że sprawozdanie, które dzisiaj przyjęliśmy, jest dobrym krokiem w tym kierunku, jak również do tego, żeby potępić apologię Związku Sowieckiego jako taką.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, I want to echo what my friend and colleague Mr Jurek just said. Marxism and Leninism must, in crude mathematical terms, be reckoned the most murderous ideology ever devised by human intelligence, and yet this is a point that has to be made anew in every generation. I saw an opinion poll the other day that showed that a third of American millennials believe that George W. Bush killed more people than Stalin did. Well, here's a nice easy way to remember the difference. The limerick comes courtesy of the great poet and historian Robert Conquest: 'There was an old bastard named Lenin Who did two or three million men in. That's a lot to have done in But where he did one in, That old bastard Stalin did ten in.'

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, this report is all about an EU communication to counteract anti-EU propaganda. I do not think that taxpayers' money should be spent on this because it is very dangerous when the state starts getting involved in telling us what is, and what is not, acceptable to be said.

Perhaps, being fair and reasonable people, the EU would be amenable to a compromise – to spending half of the money countering pro-EU propaganda, the same politicians who told us that leaving the EU would lead to World War III or the end of western political civilisation as we know it. Perhaps we could have a bit of help countering some of that propaganda.

The UK Government spent EUR 10 million sending a booklet to every household with pro-EU propaganda telling people to vote for the EU, but actually what you often find is that propaganda backfires. I am sure it would be only too fair to counteract pro-EU propaganda and nonsense as well, but what are the chances of the EU voting for that? Zero.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I supported this proposal, sharing the rapporteur's belief that combating anti-EU propaganda and disinformation by third countries is essential – in the first place to uphold democratic values and a united Europe. EU citizens cannot effectively legitimise us, and the work we do on their behalf, if they do not have access to accurate information.

Speaking from an Irish point of view, investing in education in order to equip the public better for critical thinking has long been a priority. As Franklin D. Roosevelt stated, democracy cannot succeed unless those who express their choice are prepared to choose wisely. Given the prevalence of disinformation, stemming in particular nowadays from electronic means of dissemination such as social media, it is imperative that we collaborate on deconstructing such propaganda. I therefore welcome the recommendations offered in this report.

Diane James (NI). – Mr President, this report takes an extremely selective, aggressive, hostile and confrontational position towards Russia, ignoring other countries guilty of many of the same things. My position and voting decisions should not – I would emphasise – be interpreted as defending Russia, or even supporting Russia, but rather as registering my support for stopping the EU from needlessly aggravating what is acknowledged to be a poor and increasingly negative relationship with Russia. Contributing to a return of the Cold War mentality is unhelpful, and binding the United Kingdom to such inflammatory and confrontational statements is not in my country's interests.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, in the novel *Nineteen eighty-four*, George Orwell created a world of three continents in conflict with each another. The governments of the day, in that novel, managed to control their own people by the creation of propaganda. Their own propaganda was called 'news speak' and they controlled people for having thought crimes. Just as, in that book, Oceania was against Eurasia, we now have proposals in this particular document to pit the EU against Russia.

This creates propaganda within its own text. For example, in paragraph one of the report, it says that Russia employs a wide range of tools such as Russia Today and Sputnik yet, in paragraph 36 of this same report, it says that the EU must create its own communication policies and television companies to fight Russia. One propaganda against another does not make things fair.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il rapporto presenta alcune misure da adottare per contrastare le campagne di informazione con l'Unione europea. Tuttavia sono presenti alcuni elementi molto problematici, ad esempio vengono identificati come attori che attuano una propaganda per screditare l'Unione Europea, la Russia e l'ISIS. Ritengo inconcepibile mettere sullo stesso piano uno paese partner dell'Unione europea e un'organizzazione terroristica che ha attaccato più volte con azioni estremamente violente l'Europa. Inoltre viene proposta tra le possibili soluzioni quella di finanziare i media di paesi terzi limitrofi. Poiché ritengo poco chiare e in alcuni non adeguate le misure proposte nella relazione, ho deciso di votare negativamente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos encontramos aquí ante un ejemplo más de la rusofobia de este Parlamento y que sobredimensiona constantemente las diferencias entre Rusia y la Unión.

El informe es un ataque frontal a los medios de comunicación, llamando a usar instrumentos de la OTAN, como el Centro de Excelencia de Comunicaciones Estratégicas (COE STRATCOM), para combatir a los medios de comunicación rusos. Además, llama a prestar apoyo directo a medios de comunicación «independientes», lo que es una paradoja, ya que al patrocinarlos desde organizaciones europeas, estos medios dejarían obviamente de ser independientes.

No contentos con esto, en el informe, y siguiendo esa retórica paranoica antirrusa, se sostiene que «los servicios de seguridad y de inteligencia concluyen que Rusia tiene la capacidad y la intención de realizar operaciones destinadas a desestabilizar a otros países», continuando con la retórica militarista y abocándonos a una escalada de tensión inaceptable.

El informe identifica dos amenazas relativas a la propaganda: un actor estatal, Rusia, y grupos terroristas como Dáesh, y se centra en conceder a la Unión los medios para apoyar sus propias campañas estratégicas de propaganda, principalmente contra Rusia, país de la ONU a quien pone al mismo nivel de amenaza que Dáesh.

Mi voto fue claramente en contra.

Louis Aliot (ENF), *par écrit*. – L'adoption de ce rapport en séance plénière du PE est un véritable scandale et une provocation vis-à-vis d'un partenaire aussi essentiel que la Russie (tant politiquement qu'économiquement).

En effet, en assimilant la propagande de Daech sur internet à des sites d'information russes tels que RTnews ou Sputniknews, le législateur européen s'érige en censeur suprême de la liberté de penser différemment des «eurobéats».

Les sites d'infos russes sont ouvertement eurosceptiques et particulièrement depuis les sanctions décidées par l'UE en lien avec les positions de Vladimir Poutine sur le conflit syrien.

Aussi, ne supportant pas la contradiction, quoi de mieux pour les europhiles que d'interdire ces sites web?

Cette censure s'inscrit dans le même esprit que le projet de loi gouvernemental français visant à pénaliser les «soi-disant» sites de désinformation sur l'IVG. Ainsi, dans les mois à venir en France, il ne sera plus possible de proposer en ligne des solutions alternatives à l'avortement.

Désormais, les sites proposant une autre vision que celle des bien-pensants de Bruxelles et des «ProLife» français seront purement et simplement filtrés par les serveurs. Cette méthode est déjà mise en application en Chine pour l'ensemble des réseaux sociaux non gouvernementaux.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – La propagande ciblant l'UE et ses citoyens est un fait qui nécessite une réaction forte de notre part. La lutte contre la propagande et la radicalisation exige une coopération entre les États membres et les institutions européennes. Je regrette cependant que ce texte ne soit pas à la hauteur des enjeux. C'est pourquoi j'ai décidé de m'abstenir.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES strateginės komunikacijos, siekiant neutralizuoti prieš ES ir jos valstybes nares nukreiptą trečiųjų šalių propagandą. Pritariu rezoliucijoje išreikštam susirūpinimui dėl sparčiai augančios Kremliaus dezinformacijos ir propagandos Europoje, įskaitant dezinformaciją ir propagandą, siekiant išlaikyti ar padidinti Rusijos įtaką ir turint tikslą silpninti ir skaldyti ES. Vienas Kremliaus propagandos tikslų – pavaizduoti kai kurias Europos valstybes kaip „tradiciškai priklausančias Rusijos įtakos sferai“, taip kenkiant jų suverenumui ir europinei tapatybei. Todėl siekiant pasipriešinti Kremliaus diskursui reikia didinti informuotumą apie komunistų režimo darytus nusikaltimus, vykdyti visuomenės informavimo kampanijas bei naudoti švietimo sistemas ir remti mokslinius tyrimus ir dokumentų tyrimo veiklą ES valstybėse narėse. Be to, būtina, kad ES veiktų vieningai ir koordinuotai taikytų priemones ir instrumentus, skirtus kovai su propaganda. Tai ypač svarbu Baltijos šalių atžvilgiu, kurios tampa Rusijos informacinio karo frontu. Lietuvoje Kremlius taiko kompleksinę propagandos ir dezinformacijos strategiją, siekia įteigti, kad tradicinės lietuviškos vertybės ir likusios Vakarų Europos vertybės skiriasi, bei parodyti, kad Lietuva yra neapginama ir todėl neverta jos ginti. Tam, kad būtų įveikta Kremliaus vykdoma propaganda, reikia sutelkti nacionalines saugumo tarnybas, tačiau noriu pabrėžti, jog jų autonomija turi būti išlaikyta, siekiant efektyvaus informacijos rinkimo bei valstybinių paslapčių išsaugojimo.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Entschließung richtet sich gegen die Bedrohungen, die durch gezielte Propaganda von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren gegen die EU entstehen. Explizit nennt der Bericht die Aktivitäten Russlands und des IS, die sich gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten richten. So versucht Russland, die Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander sowie zu den USA zu stören und das Wertesystem der EU in Frage zu stellen. Der IS versucht mit seiner Propaganda, Menschen zu radikalisieren und zum Kampf gegen die europäischen Werte zu bewegen. Ich unterstütze den Bericht, da er fordert, dass die zuständigen Stellen sowohl auf europäischer als auch auf mitgliedstaatlicher Ebene besser und koordinierter zusammenarbeiten müssen, um Hasspropaganda gegen die EU zu unterbinden.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour but de lutter contre les fameuses «menaces hybrides» qui menaceraient l'Union européenne. Ces menaces ont deux sources: la Russie et l'État islamique.

Ce rapport est un témoignage de la dérive de l'Union européenne, qui, à défaut d'avoir une quelconque consistance, essaye d'exister en manipulant les peurs, et amalgame de manière grossière un État souverain respectueux des traités internationaux qu'il a signés et une organisation terroriste. J'ai voté contre rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'idée de produire une communication au nom de l'Union sur ce sujet. Toutefois, j'émets des réserves quant à la mise au même niveau des différentes menaces. La guerre aux portes de l'Europe et les méthodes de radicalisation utilisées par l'EIIL/Daech sont à l'heure actuelle une menace qui n'a rien de comparable avec la politique actuelle d'un pays comme la Russie. Pour cette raison, j'ai décidé de m'abstenir.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES strateginės komunikacijos, siekiant neutralizuoti prieš ją nukreiptą trečiųjų šalių propagandą. Europos visuomenė susiduria su aktyviai vykdoma dezinformacija, propaganda bei augančia radikalizacija. Šiuo metu strateginė komunikacija ir informacinis karas yra ne tik ES išorės, bet ir vidaus klausimas. Todėl pritariu, kad būtina patvirtinti ES strateginės komunikacijos veiksmų planą, kuris neutralizuotų propagandą, dezinformaciją ir augančią radikalizaciją.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The recent breakdown in relations between the west and Russia, of which both parties are guilty, has produced far more insecurity in Europe. Diplomacy and deterrence are delicate mechanisms. We are uneasy with the constant peddling of aggression and justifications for more EU action.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport scandaleux joue sur les peurs en mettant sur le même plan, de façon grossière et absurde, un État souverain comme la Russie et une organisation terroriste telle que l'État islamique qui seraient tous deux à l'origine de supposées et vagues «menaces hybrides». J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui demande à l'Union d'élaborer des actions afin de contrer la propagande contre elle par des pays tiers. Les députés demandent notamment à l'Union et à ses États membres d'inclure la stratégie de contre-propagande contre l'EIIL/Daech dans une stratégie régionale plus vaste et globale associant des instruments diplomatiques, socio-économiques ainsi que des outils de développement et de prévention de conflits.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido de votar en el informe, porque a pesar de estar de acuerdo con el contenido no comparto el enfoque. Está centrado en la crítica particular a un país, Rusia, y a un grupo terrorista, Dáesh. Equiparar y poner al mismo nivel a un país y a un grupo terrorista no me parece acertado y desvirtúa el texto.

Comparto la crítica a la política propagandística de comunicación rusa centrada en romper el proceso de integración de la Unión. Y a este respecto, tal y como indica el texto, lamento el respaldo otorgado por Rusia a las fuerzas antieuropeístas en la Unión, en lo que respecta a los partidos de extrema derecha, las fuerzas populistas y los movimientos que niegan los valores básicos de las democracias liberales. También estoy de acuerdo en que la Unión debe plantearse su comunicación estratégica como una prioridad, destinando a ella los recursos pertinentes.

Y condeno sin reservas al grupo terrorista Dáesh, y, por supuesto, la utilización y promoción sistemática que realizan del discurso del odio con fines políticos. La Unión debe elaborar políticas comunes decididas y eficaces para proteger a la sociedad de los procesos de radicalización que conducen al terrorismo y al extremismo violento.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea si trova ad affrontare, negli ultimi tempi, una pressione sistematica generata da campagne di disinformazione e propaganda che intendono compromettere il basilare concetto di informazione oggettiva all'interno dell'Unione. Ho deciso di astenermi in merito alla relazione Fotyga perché, pur ritenendo fondamentale rafforzare la comunicazione strategica dell'UE, non considero adeguato parificare le misure da adottare contro attori statali, come la Russia, a quelle da intraprendere contro organizzazioni terroristiche come Daesh. Si tratta di un approccio che non ritengo adeguato anche se condivido la necessità di investire in azioni coordinate di formazione e sensibilizzazione che coinvolgano i mezzi di comunicazione online e i media locali. Serve una prospettiva diversa, che favorisca la collaborazione tra istituzioni comunitarie e Stati membri e faccia anche affidamento su una collaborazione tra NATO e UE, ma che non metta sullo stesso piano situazioni diverse.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre comunicación estratégica de la Unión contra propaganda de terceros, porque hace un análisis que deja fuera muchos aspectos de la realidad geopolítica en la que se encuentra la Unión actualmente. Fomentar discursos de odio y miedo nos parece una forma poco eficaz de acabar con las amenazas discursivas que recibe la Unión. El análisis y el tono de todo el informe es parcial y poco veraz, y se sitúa además en una línea política opuesta a la nuestra en materia de Política Exterior.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Rarement un texte aussi manichéen aura été proposé à notre assemblée. Comment même oser citer sur le même plan Daesh, une organisation terroriste, et la Fédération de Russie, État de droit souverain, partenaire obligatoire et souhaité d'une Europe pleinement consciente de son identité et de sa raison d'être?

C'est un rapport russophobe, caricatural, qui témoigne d'une dégradation manifeste de la démocratie et de la liberté de la presse en Europe. Malgré des millions d'euros injectés dans la communication — propagande devrions-nous dire — des institutions européennes, les Européens refusent de se soumettre à vos diktats et cherchent des sources d'informations alternatives, notamment en Russie. Pourquoi interdire RT si vous n'interdisez pas la BBC, télévision d'état britannique, à la pointe de la désinformation en Syrie ou en Lybie? Pourquoi ne pas interdire les huit groupes financiers qui se partagent 100 % des télévisions et 97 % des médias écrits en France?

Ce rapport est insultant pour la Russie, mais il témoigne aussi de la dictature molle que les instances européennes entendent mettre en place dans une Europe où seuls les partisans du système pourraient s'exprimer. Vous faites tomber un nouveau rideau de fer sur l'Europe, et nous ne sommes plus du bon côté…

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque no estoy para nada de acuerdo con el mismo. El único apartado que podría compartir es el n.º 6. No es de recibo votar una resolución donde se equiparan a Rusia y a ISIS y la propaganda que ambos utilizan. Estoy en total desacuerdo con el contenido de este informe, que en mi opinión no se tenía que haber escrito.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – C'est toujours l'idéologie et non l'intérêt général qui prévaut dans ce cénacle qu'est le Parlement européen. On en a encore eu une preuve supplémentaire avec le vote par les députés d'un texte visant à «contrer la propagande menée contre l'Union européenne par des pays tiers». Autrement dit, l'argent des contribuables européens va servir en priorité à écraser toute critique, contestation ou voix dissonante au sein de l'Union.

Je m'étais déjà opposée à l'avis de la commission culture sur ce texte en déposant des amendements rappelant notamment que le pluralisme et la liberté d'expression sont consacrés par les traités européens. Lors de ce vote, j'avais également rappelé que si l'Union souffre d'une crise de légitimité sans précédent, celle-ci ne sera pas réglée par des mesures de marketing voire des opérations de propagande.

On peut s'interroger sur la sincérité des parlementaires européens qui décrient la Russie sur le thème des droits de l'homme et de la liberté d'expression mais n'ont par ailleurs aucun mal à dorloter la Turquie qui pourtant multiplie les purges des élus, journalistes et toute voix dissidente.

J'ai évidemment voté contre ce rapport, nouvel exemple de la schizophrénie endémique des institutions européennes.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione oggetto di voto non risulta equilibrata e condivisibile, non ho quindi inteso supportarla.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Este informe de propia iniciativa del Parlamento se refiere a dos amenazas exteriores en cuanto a la propaganda que dirigen contra la Unión: una proveniente de un actor no estatal, el grupo terrorista Dáesh y un actor estatal, la Federación Rusa, y busca contrarrestar la radicalización mediante la cooperación entre los Estados miembros y las instituciones europeas. Sin embargo, se coloca a un Estado, Rusia, en el mismo plano que un grupo terrorista.

Aunque resulta evidente la necesidad de reaccionar por medio de una comunicación estratégica contra la propaganda dirigida a la Unión y a sus ciudadanos, la mezcla de actores estatales y no estatales en el mismo plano no es un enfoque adecuado para una resolución de este Parlamento. Por ello, he decidido abstenerme en el voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, nes juo Parlamentas pasisakė dėl ES strateginės komunikacijos, siekiant neutralizuoti prieš ją nukreiptą trečiųjų šalių propagandą. ES, jos valstybės narės ir piliečiai patiria didėjantį sistemingą spaudimą imtis veiksmų dėl informacijos, dezinformacijos ir klaidinančios informacijos kampanijų bei propagandos iš šalių ir nevalstybinių subjektų, pavyzdžiui, tarpvalstybinių teroristinių ar nusikalstamų organizacijų ES kaimynystėje. Priešiška propaganda, nukreipta prieš ES, pateikiama daugeliu formų ir naudojant įvairias priemones, dažnai pritaikyta prie ES valstybių narių ypatybių, siekiant iškreipti tiesą, sukelti abejonę, supriešinti valstybes nares, skatinti strateginį ES ir NATO partnerių išskyrimą ir paralyžiuoti sprendimų priėmimo procesą, diskredituoti ES institucijas ir transatlantines partnerystes, kurios turi pripažintą reikšmę Europos saugumo sistemai ir ekonomikos struktūrai, ES bei jos kaimyninių šalių piliečių akyse ir mintyse, pakenkti Europos politiniam diskursui, grindžiamam demokratinėmis vertybėmis, žmogaus teisėmis ir teisinės valstybės principu, ir šį diskursą ardyti. Todėl Parlamentas ragina ES institucijas pripažinti, kad strateginė komunikacija ir informacinis karas yra ne tik ES išorės, bet ir vidaus klausimas, o taip pat reiškia susirūpinimą dėl riboto kai kurių valstybių narių suvokimo, kad jos yra propagandos ir dezinformacijos auditorijos ir arenos.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással. A fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da je potrebno strateško komuniciranje zoper omenjeno propagando. EU in njene države članice so izpostavljene vse večjim, sistematičnim pritiskom, saj se morajo spopadati z informacijskimi in dezinformacijskimi kampanjami ter propagando nekaterih držav in nevladnih akterjev. Informacijska vojna je zgodovinski pojav, ki je tako star kot samo vojskovanje. Gre za neobhoden del hibridnega vojskovanja, kombinacije prikritih in odkritih vojaških in nevojaških ukrepov, katerih namen je destabilizirati politično, gospodarsko in družbeno stanje v državi, ki se napada, brez uradne vojne napovedi. Z omenjenimi napadi se ne soočajo zgolj partnerji EU, temveč tudi Evropska unija, njene institucije, vse države članice in državljani, ne glede na narodnost in religijo. Zato je pomembno, da se zavedamo groženj in nanje primerno odgovorimo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o strateškoj komunikaciji EU-a za borbu protiv propagande koju protiv nje provode treće strane. Propagandom se cilja EU i njene građane i to je činjenica, pa je potreba za reakcijom strateškog komuniciranja očita.

Smatram isto tako kako miješanje državnih (Rusija) i nedržavnih (ISIS) aktera nije baš adekvatan pristup za takav tekst.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I abstained from the vote on the resolution on EU strategic communication to counteract ant-EU propaganda by third parties because I do not believe that this approach to communication can work efficiently in Europe. In fact, I think that EU communication campaigns are more important than campaigns contesting anti-European propaganda. We should focus on the former instead of defending ourselves from the latter.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea è una grande realtà in grado di promuovere democrazia e benessere non solo fra i propri cittadini ma anche nelle regioni limitrofe. È uno spazio di libertà che è spesso visto come un esempio per i popoli che si avviano sulla strada dell'integrazione e del rispetto dello stato di diritto, ma è visto anche come una minaccia da coloro che vedono nel rispetto della libertà di pensiero, di parola e di religione soltanto una limitazione del proprio potere.

Realtà autoritarie e violente ancora circondano l'Europa: la Russia e le teocrazie islamiche costituiscono ancor oggi un pericolo per chi vuole costruire un mondo libero, democratico e aperto. Queste realtà attuano una propaganda serrata per mistificare l'operato dell'UE e per rafforzare coloro che lavorano per disgregarla.

Dobbiamo essere consapevoli che un'Europa più debole significa un rafforzamento dei regimi autoritari ai nostri confini, una democrazia interna più debole e un impoverimento della popolazione. Dobbiamo lavorare per cambiare l'Europa, per migliorarla, non per distruggerla.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à contrer la propagande dirigée contre l'Union européenne et qui est principalement menée par l'État islamique et par la Russie. Propagande de l'État islamique pour justifier leurs actes terroristes qui ont récemment frappé la France et la Belgique; propagande de la Russie pour décrédibiliser et affaiblir l'Union européenne et ses institutions. En associant une organisation criminelle et terroriste à une grande puissance internationale, l'Union européenne contribue à attiser les tensions avec la Russie.

Ce rapport utilise nos droits fondamentaux comme la liberté d'expression, la liberté de la presse et le pluralisme politique comme prétextes pour mener une campagne d'information antirusse et pour marginaliser la Russie en ce qui concerne nos relations commerciales et diplomatiques. Nous considérons, au contraire, que nous devons pacifier et intensifier nos relations avec l'ensemble des grandes puissances internationales notamment pour faire émerger un monde multipolaire. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Statele membre ale UE, precum și cetățenii acestora se confruntă cu o presiune tot mai intensă de dezinformare și de propagandă din partea unor țări și actori nestatali. Organizațiile teroriste și criminale transnaționale din vecinătate, care au ca interes subminarea noțiunii de informare obiectivă sau de jurnalism etic prin difuzarea informațiilor sub o formă părtinitoare sau ca instrument de putere politică, urmăresc atacarea valorilor și a intereselor democratice.

Acest război informațional a fost utilizat pentru prima dată în special de Uniunea Sovietică în timpul Războiului Rece și a reprezentat, încă de atunci, o componentă intrinsecă a războiului hibrid modern, care combină măsuri militare și nemilitare de natură deschisă și mascată.

Am votat în favoarea Raportului referitor la comunicarea strategică a UE pentru a contracara propaganda părților terțe împotriva sa deoarece consider că este necesară o comunicare cât mai sinceră și realistă pentru a putea evita dezinformările care există în momentul de față în mass-media, comunicare benefică atât pentru bunăstarea si siguranța statelor membre UE, cât și a cetățenilor acestora.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne est souvent victime d'une propagande très négative provenant de certains de pays tiers ou de groupements. Il est important de mettre en place une stratégie pour rétablir la vérité à propos de l'Union européenne. J'ai cependant voté contre ce rapport. Je ne considère pas ce texte comme étant une bonne base pour élaborer cette stratégie. Je ne crois pas que l'approche proposée soit opportune. De plus, le rapport met sur un même pied Daech et la Russie. Nous ne pouvons pas traiter la Russie et Daech de la même manière. C'est une insulte pour le peuple russe. La Russie est et doit rester un de nos partenaires stratégiques. Daech est un ennemi de l'Union européenne. Je rappelle que nos concitoyens ont été les victimes de nombreux attentats perpétrés par ce groupe

islamiste. Pour toutes ces raisons j'ai voté contre ce rapport.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución ya que es un alegato más que un informe, muy alejado de los intereses geopolíticos de la Unión. Es en mi opinión inaceptable que se asemeje a un potencial aliado como es Rusia con Dáesh.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla comunicazione strategica dell'Unione europea per contrastare la propaganda contro di essa a opera di terzi perché questa Europa appare sotto attacco dall'esterno ma anche dall'interno con una propaganda ostile nei suoi confronti che si presenta in varie forme e utilizza vari strumenti con l'obiettivo di distorcere la verità, seminare il dubbio, screditare agli occhi dei cittadini le stesse istituzioni dell'UE. Ho votato a favore perché proprio oggi che l'Europa è in affanno è necessario lavorare per migliorare, non per azzerare, diminuendo i gap economici, lavorando sui contenuti, potenziando le affinità tra i popoli. Perché, come immaginarono Spinelli, Rossi, Colorni, l'Unione delle nazioni deve continuare a farsi solida barriera contro le guerre, i pregiudizi, le violazioni dei diritti umani, l'isolamento, il razzismo, l'ignoranza, il provincialismo.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Taxpayers' money should not be used this way.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione ha l'obiettivo di analizzare e contrastare quella che viene definita una «pressione sistematica» di campagne di informazione, disinformazione, cattiva informazione e propaganda da parte di attori terzi il cui scopo è quello di screditare l'Unione europea. Gli attori presi in considerazione nel rapporto sono specificatamente due: la Russia e l'Isis. Ritengo inaccettabile mettere sullo stesso piano, o anche solo affrontare nella stessa relazione, due situazioni tanto diverse i cui attori sono rispettivamente uno stato sovrano partner importante della UE e degli Stati membri e una organizzazione terroristica che si è macchiata di alcuni dei più gravi attentati e atti di violenza mai realizzati. Così facendo si sovrappone il doveroso dialogo con un protagonista indiscusso della scena internazionale con il terrorismo islamico che semina terrore in Siria, nel nord dell'Iraq e in Europa. Io e la delegazione del Movimento 5 Stelle abbiamo votato contro questa relazione perché, anziché favorire il dialogo e la stabilità, alza muri e diffidenze.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I supported the resolution on this highly important issue we have been heavily exposed to in recent years. Threats of disinformation campaigns, spreading misleading and incorrect information through the EU public, are undermining our democracy and trust. As seen in some earlier cases, some of the key decisions of EU citizens have been influenced by such propaganda. As this is a real and serious security threat, we need to be able to come up with efficient tools how to counter it.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Propaganda, misinformation og bevidst manipulerede historier forklædt som nyhedsartikler florerer i stigende grad frit. Særligt på sociale medier udbredes propaganda systematisk.

Visse steder er udbredelsen af propaganda og bevidst manipulation så stor, at det kan udgøre et demokratisk problem. Har en befolkning ikke adgang til en fri, kritisk og fagligt kompetent presse kan demokratiet undergraves og autoritære kræfter vinde frem.

Det er vigtigt at understrege, at der selvsagt skal skelnes klart mellem kritik og propaganda. Kritik er et bærende element i et frit, demokratisk samfund. Således også kritik mod EU, regeringer, partier eller politikere. Kritik kan være både berettiget eller uberettiget, konstruktiv eller sensationalistisk. Alt dette må et frit, demokratisk samfund kunne bære.

Propagandaen adskiller sig ved at være bevidst og systematisk manipulerende. Propaganda udbredes også ofte for at nå andre mål – f.eks. at destabilisere et land eller et område, at opildne til had mod minoriteter eller tilskynde til volds- og krigshandlinger.

Vi hverken kan eller skal acceptere, at den slags propaganda får frit løb. Derfor støtter vi en række enkeltforslag, men undlader at stemme hverken for eller imod den samlede betænkning da vi mener der er behov for et mere gennemarbejdet udspil, gerne fra Kommissionens side.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και ζητούμε από τα αρμόδια θεσμικά όργανα και αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης να παρακολουθούν στενά τις πηγές χρηματοδότησης της αντιευρωπαϊκής προπαγάνδας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με τη στρατηγική επικοινωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την αντιμετώπιση της προπαγάνδας εναντίον της από τρίτους. Παρότι η διαφύλαξη των συμφερόντων και των δικαιωμάτων της Ευρώπης είναι μια φυσιολογική και θεμιτή προτεραιότητα, θεωρώ πως η έκθεση αυτή εστιάζει αποκλειστικά στη δημιουργία εντυπώσεων εναντίον τρίτων κρατών, χωρίς να προωθεί υγιείς ιδέες υπέρ της Ευρώπης. Ως εκ τούτου την καταψήφισα.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto negativo. La relazione si riferisce alla propaganda da parte dell'ISIS/Daesh e Al-Qaeda a danno dell'Europa, ma è principalmente una relazione contro la Russia e si focalizza sui mezzi utili all'UE per sostenere le proprie campagne di propaganda strategica nei confronti della Russia. Pare assurdo anche il parallelismo Daesh/Russia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'Unione Europea simboleggia e persegue ideali di democrazia, rispetto dei diritti umani e libertà fondamentali tra le quali annovera strenuamente quella di espressione. Tali principi possono lecitamente dare adito ad incomprensioni in chi non li ha compresi o non ha lottato per ottenerli, tuttavia, spesso, il relativo contenuto viene ad essere volutamente travisato dando luogo a (dis)informazione e propaganda anti-UE. Tuttavia, oggi, attori di natura prevalentemente non statale intraprendono campagne di discredito e odio nei nostri confronti. Effettivamente, le guerre odierne più che con le armi, si dotano di strumenti quali la speculazione finanziaria e il discredito, come è purtroppo emerso anche a danni dell'Italia. Il ruolo svolto dal quarto potere gode di responsabilità abnormi e perciò voto a favore della relazione dal momento che ritengo come debbano essere adottati mezzi difensivi contro le campagne di odio intraprese nei confronti dell'Unione. Ritengo prioritario offrire in ambito informatico una decisiva cooperazione con i fornitori di servizi di social media per arginare l'incitamento all'odio e la disinformazione. Parallelamente bisogna indagare sui motivi socio-demografici forieri di radicalizzazione e approntare strumenti istituzionali multidimensionali che colleghino la ricerca accademica, l'amministrazione penitenziaria, la polizia, la giustizia, i servizi sociali e l'istruzione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on EU strategic communication to counteract propaganda against it by third parties.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – É inegável que há um conjunto de organizações e até de Estados empenhados em promover propaganda e contrainformação contra a União Europeia. Desde organizações terroristas como o Daesh até Estados como a Rússia, os esforços de desinformação têm-se multiplicado. Igualmente preocupante tem sido a utilização da Internet e das redes sociais para o incitamento ao ódio e à violência.

A União não pode nem deve renunciar aos seus princípios de respeito pela liberdade de expressão e independência dos órgãos de comunicação social, mas tem a obrigação de reagir.

Saúdo especialmente o «Plano de Ação para uma Comunicação Estratégica» e a necessidade de apoiar a liberdade dos meios de comunicação social no âmbito da política europeia de vizinhança, e apoio, assim, o relatório da colega Fotyga.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn wir müssen massiv und geschlossen gegen die von terroristischen Organisationen und Ländern wie Russland betriebene Online-Propaganda, die Angst und Unsicherheit schürt und Europa zu spalten droht, vorgehen. Wir benötigen hier einen umfassenden Ansatz, denn nur dann werden wir uns gegen staatliche und nichtstaatliche Akteure wehren können, die eine Bedrohung für uns und unsere Partner darstellen. Ich begrüße daher die Forderung einer verstärkten Koordinierung auf nationaler und europäischer Ebene, denn nur so werden wir wirksam Desinformation und Propaganda bekämpfen können.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree that the EU should consider its strategic communication efforts as a priority to demonstrate how it is a successful model of integration which continues, amid crisis, to attract countries wanting to replicate this model and become part of it.

No soft power strategy can succeed without cultural diplomacy and promotion of intercultural dialogue between and within countries, something which, as the report states, should encourage long-term public and cultural diplomacy actions and initiatives, such as scholarships and exchange programmes for students and young professionals, including initiatives to support intercultural dialogue.

We should counteract efforts to discredit EU institutions and transatlantic partnerships, which play a recognised role in the European security and economic architecture, in the eyes and minds of EU citizens and of citizens of neighbouring countries. This would indirectly undermine our efforts as Europeans to be effective in actions based on democratic values, human rights and the rule of law; one of the most important tools used is incitement of fear and uncertainty in EU citizens.

Finally, I support the rapporteur in his call to tackle radicalisation and terrorist propaganda though enhanced Member States' and EU cooperation by granting the EU the means to support its own strategic propaganda campaigns.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos encontramos aquí ante un ejemplo más de la rusofobia de este Parlamento y que sobredimensiona constantemente las diferencias entre Rusia y la Unión.

El informe es un ataque frontal a los medios de comunicación, llamando a usar instrumentos de la OTAN, como el Centro de Excelencia de Comunicaciones Estratégicas (COE STRATCOM), para combatir a los medios de comunicación rusos. Además, llama a prestar apoyo directo a medios de comunicación «independientes», lo que es una paradoja, ya que al patrocinarlos desde organizaciones europeas, estos medios dejarían obviamente de ser independientes.

No contentos con esto, en el informe, y siguiendo esa retórica paranoica antirrusa, se sostiene que «los servicios de seguridad y de inteligencia concluyen que Rusia tiene la capacidad y la intención de realizar operaciones destinadas a desestabilizar a otros países», continuando con la retórica militarista y abocándonos a una escalada de tensión inaceptable.

El informe identifica dos amenazas relativas a la propaganda: un actor estatal, Rusia, y grupos terroristas como Dáesh, y se centra en conceder a la Unión los medios para apoyar sus propias campañas estratégicas de propaganda, principalmente contra Rusia, país de la ONU a quien pone al mismo nivel de amenaza que Dáesh.

Mi voto fue claramente en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I cittadini europei sono esposti a campagne di disinformazione e propaganda da parte di paesi terzi e attori non statali che mettono in pericolo il concetto di informazione oggettiva o di giornalismo etico, rendendo l'informazione faziosa o un puro strumento di potere politico. Due esempi chiari sono sia la guerra di propaganda e l'intrusione dei media russi nei paesi del vicinato orientale, che le strategie di comunicazione e di propaganda diretta messe in campo da l'ISIS/Daesh, Al-Qaeda attraverso i social media. Ho votato a favore di questa risoluzione, perché sottomette all'attenzione europea, e non solo, una questione delicata, ma sottovalutata, che ha un impatto importante sui cittadini dell'UE, in particolare sulle fasce più giovani. Inoltre, la risoluzione suggerisce alcune misure per contrastare la propaganda. Ritengo efficace il piano di comunicazione strategica nel «Quadro congiunto per contrastare le minacce ibride» e sostengo ulteriori sforzi in direzione di una maggiore coordinazione tra gli Stati Membri, la NATO, European Endowment for Democracy, l'OSCE e le istituzioni dell'UE. Altro strumento utile, le due newsletter settimanali della task force per la comunicazione strategica dell'UE che ogni Stato membro potrebbe rendere disponibili ai suoi cittadini per sensibilizzare l'opinione pubblica sui metodi di propaganda usati da terzi.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem za przyjęciem sprawozdania w sprawie unijnej komunikacji strategicznej w celu przeciwdziałania wrogiej propagandzie stron trzecich. Choć mogłoby się wydawać, że kwestia propagandy jest dorobkiem przeszłości, to nadal w niektórych państwach stanowi ważne narzędzie w rękach władzy do manipulacji opinią publiczną w celu realizacji własnej polityki.

Kreowanie fałszywej świadomości wśród obywateli poprzez działania dezinformacyjne jest na porządku dziennym w Federacji Rosyjskiej. Propaganda służy również skutecznej rekrutacji bojowników ISIS. Dostrzegając konieczność działania w tej sprawie, należy kreować strategie w celu przeciwdziałania propagandzie stosowanej wobec UE oraz państw członkowskich na różnych poziomach. Jednym z proponowanych rozwiązań jest wspieranie organizacji i grup specjalnych zajmujących się niwelowaniem tego zjawiska. Uwzględniając wagę problemu, zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I abstained on this report as I believe that the key to countering messages which encourage anti-Europe sentiments is by empowering our citizens with correct, concise information. I believe that to strengthen European relations with the rest of the globe, it is essential to use the tool of diplomacy to ensure mutual agreement on matters which effect the EU and beyond.

As technology continues to grow, it is also important that we focus on countering negative messages with positive ones within the framework of growing technology through strategic diplomatic communication and cooperation between the Member States and beyond.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur les activités de propagande menées des tiers à l'encontre de l'Union européenne et de ses États membres. Le rapport évalue quelle stratégie, l'Union européenne peut adopter pour contrer la communication notamment d'États tiers.

Alors que l'État islamique mène une propagande très agressive pour recruter des jeunes, promouvoir l'islam radical, nuire aux valeurs et intérêts européens et inciter à la haine contre ceux-ci, il n'est cité qu'une seule fois dans ce rapport. À l'inverse, la Russie est citée 25 fois, cette différence de traitement entre d'un côté la propagande de l'État islamique, notre ennemi, et la Russie, qui reste en dépit de nos désaccords de fond, un partenaire incontournable, n'est pas exempt d'arrière-pensées et d'amalgames.

Bien que partageant l'idée qu'un tel travail de contre-propagande soit nécessaire, je considère aussi que ces ambiguïtés nuisent à l'objectif défendu par le rapport. Pour ces raisons, j'ai voté contre.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Le rapport sur la communication stratégique de l'Union visant à contrer la propagande dirigée contre elle par des tiers souligne que l'Union européenne fait face à une pression croissante de propagandes et de campagnes de désinformation issues d'acteurs étatiques comme non étatiques. Il faut lutter contre toutes les formes de propagande, qu'elles émanent des chaînes télévisées, des agences ou d'internet. Je soutiens plusieurs des dispositions de ce texte, et notamment celles encourageant une meilleure coopération avec les réseaux sociaux pour lutter contre les discours haineux, l'incitation à la violence et la discrimination en ligne. Toutefois, les nombreuses maladresses et le manque de cohérence de ce rapport justifient mon abstention sur ce texte. Il ne me semble notamment pas judicieux d'associer les stratégies de communication de l'organisation terroriste de l'État islamique qui pervertit notre jeunesse, à celles de la Russie.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Le rapport sur la communication stratégique de l'Union visant à contrer la propagande dirigée contre elle par des tiers insiste pour que la Commission favorise une meilleure communication à l'échelle de l'Union. Il est important de mettre en place une stratégie globale de lutte contre toute forme de désinformation et de propagande, dont l'Europe est de plus en plus victime. En matière de sécurité, je pense que des mesures doivent être mise en place pour permettre aux États membres de coopérer étroitement et facilement. Cependant je me suis abstenue sur ce rapport car plusieurs imprécisions et maladresses le rendent incohérent. En particulier, le rapprochement qui est fait entre les stratégies de communication de l'État islamique et celles de la Russie, ne me paraît pas pertinent.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – À l'occasion de ce rapport, je voudrais rappeler l'importance de lutter contre la propagande sur internet quel que soit l'émetteur. Je suis préoccupé par le glissement que je vois s'opérer sur la qualification de ce qu'est véritablement une information.

J'ai en tête les élections américaines où la responsabilité des réseaux sociaux est patente dans la victoire de Trump. Tout comme pour le Brexit, ils ont relayé massivement de fausses informations qui font le lit des postures extrêmes.

Ces plateformes sont devenues des supports que les gens consultent pour se faire une opinion. Pour autant, il ne s'agit pas de médias au sens traditionnel. Fonctionnant en circuit fermé, en fonction des «amis» que vous suivez, vous n'avez pas d'accès à un point de vue contradictoire. Les positions y défilent, sans mise en perspective, sans hiérarchie. Pire, certains sujets donnent lieu à de véritables batailles rangées où des discours de haine s'entre-alimentent de vidéos choquantes dont la source est invérifiable.

C'est la une question centrale du devenir de nos démocraties que d'encadrer ces pratiques et de mettre en place les garde-fous nécessaires: la lutte contre la concentration des médias et leur liberté partout dans le monde, l'éducation aussi.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport et je me suis abstenu sur les votes séparés qui ont eu lieu sur les différents paragraphes. Je l'ai fait délibérément.

Bien sûr, je suis d'accord sur la nécessité pour l'UE de mettre en place une stratégie efficace et démocratique de lutte entre les propagandes hostiles. Mais je ne peux me résoudre à mettre quasiment sur le même pied les contre-mesures à opposer à la Russie de Poutine et celles qui visent à répondre aux fanatiques criminels de Daech qui égorgent des innocents et planifient des attentats meurtriers sur le sol européen. Je réprouve le comportement autoritaire de Poutine et la posture belliqueuse de la Russie, mais cela ne justifie pas de les mettre dans le même sac que les barbares sanguinaires de l'État islamique.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport.

Ce rapport traite des menaces hybrides contre l'Union européenne, émanant, à l'en croire, de l'État islamique et de la Russie. Nous ne saurions soutenir un texte qui opère un amalgame grossier entre un État souverain et une organisation terroriste.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – αρνητικό. Η έκθεση εξισώνει την προπαγάνδα της Ρωσίας με εκείνη του ISIS, με συνέπεια να αποτελεί ένα κείμενο που βρίσκεται εκτός πραγματικότητος . Δεν εξυπηρετεί τις ανάγκες της ΕΕ για την αντιμετώπιση κάποιας εναντίον της προπαγάνδας.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report on strategic communication to counteract anti-EU propaganda by third parties. Cyber warfare is increasingly used in several countries together with restrictions on the freedoms of independent media and civil society. This is unacceptable to the people in Wales that I represent who value the freedom of the press. We have been all too aware in the past year what a huge impact disinformation and misinformation campaigns can have on our society.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – I en värld där informationsflöden spelar allt större roll för människors uppfattning av vad som händer i omvärlden är det viktigt att vi markerar mot dem som vill oss illa.

Även om betänkandet i flera avseenden går utanför tillämpningsområdet så är det viktigt att EU tar dessa utmaningar på allvar och hittar konkreta politiska åtgärder för att adressera desinformation.

Jag röstade för detta betänkande, trots det i viss mån felaktiga tillämpningsområdet – särskilt olyckligt är det när man blandar ihop IS och Ryssland. Det senare är en suverän stat och det andra en terrororganisation.

I sin helhet fyller betänkandet ändå ett vakuum, särskilt eftersom utmaningarna blir alltmer påtagliga och påfrestande för unionen och dess funktion – det är med anledning av det som jag väljer att visa mitt stöd för betänkandet som sådant.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: ce rapport est un témoignage à la fois de la dérive obsidionale de l'Union européenne, qui a défaut d'avoir une quelconque consistance, essaye de manifester son existence en manipulant les peurs, et de l'ensauvagement que l'UE constitue pour la vie internationale tant il est en dehors des limites de la diplomatie d'amalgamer de manière aussi grossière un État souverain et une organisation terroriste.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório mais não é do que um elemento de aprofundamento do carácter reacionário e antidemocrático da União Europeia. Partindo de valores que diz defender, inclui no seu âmbito as liberdades de comunicação, informação e expressão. Valores que as políticas da UE contrariam e comprometem, do que é o mais crasso exemplo a crise humanitária dos migrantes e refugiados.

Integra uma estratégia de vitimização, construindo um suposto contexto de ofensiva contra a UE, numa pretensa guerra de informação sem precedentes, uma poderosa ofensiva mediática, diz-se, comprometendo a sua integridade territorial e a soberania dos Estados, procurando a desestabilização interna da UE e dos membros da NATO.

Promove-se abertamente a intervenção e a ingerência externas num discurso a que não falta uma bafienta e retrógrada retórica anticomunista, procurando confundir a Rússia capitalista de hoje com a URSS.

Argumentos usados para avançar para a limitação e mais controlo de meios de comunicação social, da internet, de programas escolares e até partidos políticos. Absolutiza-se como verdadeira a informação da UE, distinguindo propaganda e crítica, balizando o que é a crítica aceitável.

Abrem-se, assim, as portas da censura que tantas páginas negras escreveu em solo europeu. Práticas dignas de regimes autoritários e ditatoriais.

Votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Konštruktívna kritika Európskej únie je pre jej správne fungovanie veľmi dôležitá. To nikto nespochybňuje. Aj vďaka nej je Európska únia úspešným projektom, ktorý pomohol zaistiť viac ako 70 rokov mierového spolužitia v Európe. Stále je čo zlepšovať, no dôležitým meradlom je aj prevládajúci záujem ďalších krajín s cieľom zapojiť sa. Objektívnu kritiku si však nemožno zamieňať s otvorenými lžami a propagandou, ktorým sú EÚ, jej liberálno-demokratické zriadenie a aj samotné členské štáty vystavované. Rusko je kľúčovým globálnym aktérom. Naším spoločným záujmom by mal byť boj proti radikalizácii a zverstvám, ktoré v súčasnosti predstavuje najmä Dáiš. Namiesto spolupráce sme však z jeho strany svedkami rôznorodých snáh o oslabovanie európskej súdržnosti. Deje sa tak napríklad prostredníctvom finančnej podpory populistických a extrémne pravicových strán a hnutí v jednotlivých štátoch. Súčasťou tejto agendy je aj prezentovanie rôznych aspektov nedemokratického zriadenia a štátov ako silnejších, než v skutočnosti sú. Podnecovanie k nenávisti, obmedzovaniu práv niektorých skupín obyvateľstva či k násiliu nemôže byť považované za slobodu prejavu. Obrana voči takémuto konaniu, či už na sociálnych sieťach, ale aj v reálnom živote, musí byť naším prvoradým cieľom.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione che pone uno Stato come la Russia allo stesso livello di minaccia del Daesh e riconosce la propaganda europea come l'unica possibile.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *na piśmie*. – Cieszę się z przyjęcia sprawozdania. Dziękuję wszystkim, którzy się do tego przyczynili. Moją osobistą pracę nad nim poświęcam śp. prezydentowi RP Lechowi Kaczyńskiemu i wszystkim pozostałym ofiarom katastrofy smoleńskiej. Okoliczności ich śmierci były przedmiotem olbrzymiej fali kłamstw i manipulacji propagandowych ze strony Kremla.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική επικοινωνίας της ΕΕ για την αντιμετώπιση της προπαγάνδας εναντίον της από τρίτους. Θεωρώ πως η έκθεση κινείται ενάντια στους λαούς και τα έθνη, καθαρά υπέρ των ΗΠΑ, ενώ κυριαρχεί το συμφέρον των τραπεζών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – It is clear that Russians' activities in Europe represent a hybrid threat that seeks to influence public opinion and decision-making processes, clearly aiming to weaken EU coherence and undermine EU policies. Nowadays we have to face a wide range of dangers, including the hacking of emails and websites, media manipulation, backing for anti-government demonstrations and political support for Russia-friendly populist parties.

I support the report as I believe we need to start taking the actions of third parties as a very serious threat for our peace and stability and to tackle information, disinformation and misinformation campaigns and propaganda from countries and non-state actors. Moreover, it is time to develop a counter-narrative to ISIL/Daesh involving the education system, including through the empowerment and increased visibility of mainstream Muslim scholars who have the credibility to delegitimise ISIL/Daesh propaganda.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida.

A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que la Unión, sus Estados miembros y sus ciudadanos están sometidos a una presión sistemática cada vez mayor para hacer frente a las campañas de información, desinformación e intoxicación y a la propaganda por parte de países y agentes no estatales, como organizaciones terroristas y delictivas transnacionales en los países vecinos. La libertad de los medios de comunicación, el acceso a la información y la libertad de expresión son piedras angulares del sistema democrático de la Unión. Debemos tener presente que la comunicación estratégica y la guerra informativa no es solo una cuestión externa a la Unión, sino también interna, por lo que la Unión debe plantearse su comunicación estratégica como una prioridad, destinando a ella los recursos pertinentes.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Mi sono astenuta sul voto sulla proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulla comunicazione strategica dell'UE per contrastare la propaganda nei suoi confronti da parte di terzi perché, nonostante sia fermamente convinta sia indispensabile tutelare le cittadine e i cittadini europei dagli attacchi di disinformazione mediatica provenienti dai paesi terzi e da attori non statali quali le organizzazioni criminali, nel caso specifico la risoluzione azzarda un paragone tra l'attività informativa del Cremlino a quella dei gruppi terroristici come l'ISIS/Daesh. Ritengo indispensabile sostenere l'impegno che l'UE ha assunto per il raggiungimento dei principi di democrazia che si manifestano anche attraverso la libertà dei media, il libero accesso all'informazione ed una garantita pluralità della stessa. Sono fermamente convinta che ci sia il bisogno di contrastare tutte le azioni di propaganda politica mediatica volte a distorcere la verità e creare una divisione tra gli Stati membri, indebolendo in maniera pubblica la credibilità delle azioni dell'UE, ma sia necessario, allo stesso tempo, un discernimento tra i differenti modus operandi come in questo caso.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den sehr guten Bericht meiner Fraktionskollegin Anna Fotyga zu „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" gestimmt. Er spricht Klartext und nennt Dinge beim Namen, die jeder und jedem von uns schon bei der täglichen Nutzung von twitter und facebook begegnen: bewusst gestreute Desinformation und Propaganda gegen die EU – nicht selten ausgehend von russischen Servern. Wir sprechen hier von einer neuen, einer digitalen Form des Kalten Krieges. Dagegen gilt es sich zu rüsten – im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Zurzeit sieht sich die Europäische Union immer deutlicher durch staatliche und nichtstaatliche Akteure bedroht. Im Bereich der Kommunikation äußert sich die erhöhte Bedrohungslage vor allem durch gegen sie gerichtete Propaganda. Um solchen Bedrohungslagen zukünftig geschlossener begegnen zu können, muss eine verstärkte Koordinierung der Mitgliedstaaten untereinander vorangetrieben werden. Des Weiteren sollte die Kooperation der Europäischen Union mit dem Exzellenzzentrum für Strategische Kommunikation der NATO ausgebaut werden.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this non-legislative and non-binding report. The recent breakdown in relations between the west and Russia, of which both parties are guilty, has produced far more insecurity in Europe. Diplomacy and deterrence are delicate mechanisms. I feel uneasy with the constant peddling of aggression and justifications for more EU action.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *in writing*. – While I fully understand the essential need to counteract propaganda and disinformation by third parties that directly threaten the values and the stability of the Union, I simultaneously believe that in order to achieve this goal, our strategic communication must meet some basic requirements: 1) It should observe fundamental European values, such as freedom of expression and freedom of the press; 2) it should be sensible to the different political natures of the parties involved; and 3) it must be effective – and at least not counterproductive.

After a long and careful evaluation, I understand that the final report does not sufficiently meet these three basic requirements: 1) The idea of a free and independent media is hard to reconcile with the proactive training and support of these same Media by the EU itself; 2) The report puts Russia, a nation-state with a long history, at a same level as Daesh, an accidental pseudo-state and a terrorist group; failing to recognize the long-term need of a peaceful cooperation between Russia and the Union, specially where our interests overlap; 3) I thus believe that the implementation of this strategy may unnecessarily escalate on going conflicts and don't serve its own strategic priority.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Par un amalgame douteux — la Russie est comparée à l'État islamique — ce rapport acte la stratégie à mener contre «la propagande dirigée contre elle par des tiers».

Ce rapport est lui-même en l'espèce totalitaire, dénonçant le fait que des critiques soient adressées à son encontre au sein même de l'UE, mais aussi en dehors. Et bien évidemment, ce rapport liberticide ne définit aucunement une stratégie efficace contre Daech.

Pour ces raisons, je me suis opposée à ce rapport.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Le paragraphe 1 de ce rapport dit, globalement, que «la propagande hostile contre l'Union européenne» a pour but «de déformer la vérité, d'instiller le doute, de diviser les États membres […], de paralyser le processus décisionnel, de discréditer les institutions de l'Union et les partenariats transatlantiques», en incitant à la peur et à l'incertitude. Les propagandistes visés sont la Russie et Daesh, dans un amalgame hallucinant de mauvaise foi. Pas de pitié pour la Russie et ses soutiens, une recherche d'excuses pour ceux que Daesh radicalise.

Il me semble, à moi, que l'Union européenne et les technocrates qui la dirigent avec la complicité des gouvernements européens, se débrouillent très bien pour arriver à provoquer le rejet de ce qu'ils sont: par les politiques qu'ils mènent ou imposent, par l'absence de transparence, par le mépris qu'ils ont de l'opinion des peuples, par leurs choix sociétaux et immigrationnistes… Ils pratiquent eux-mêmes constamment la désinformation, la propagande massive et partiale, favorable au TTIP, hostile à la Russie ou aux eurosceptiques, promouvant l'Union européenne comme seule forme légitime de coopération européenne.

Vous aimeriez en fait instaurer un contrôle de l'information à votre profit et à celui de vos dogmes. Je refuse cette censure.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre la comunicación estratégica de la Unión contra propaganda de terceros, porque hace un análisis que deja fuera muchos aspectos de la realidad geopolítica en la que se encuentra la Unión actualmente. Fomentar discursos de odio y miedo nos parece una forma poco eficaz de acabar con las amenazas discursivas que recibe la Unión. El análisis y el tono de todo el informe es parcial y poco veraz, y se sitúa además en una línea política opuesta a la nuestra en materia de Política Exterior.

Sylvie Goulard (ALDE), *par écrit*. — La désinformation et toutes les formes de propagande sont un danger, surtout sur internet. Il faut lutter contre elles d'où qu'elles émanent. Néanmoins, ce rapport est mal conçu. Il est dépourvu de la rigueur qu'exige une information de qualité en procédant à un amalgame. C'est la raison pour laquelle je me suis abstenue, moins sur le fond que sur la méthode.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I abstained on the final vote on this resolution. Labour MEPs agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — För oss svenska socialdemokrater är EU ett samarbete där vi förlitar oss på fri debatt och fria medier. Vi vill gärna se initiativ för mer öppen debatt och kritisk källgranskning för att öka medvetenheten kring felaktig information som sprids inom EU men anser att betänkandet inte intar en särskilt konstruktiv hållning i detta avseende.

Att texten endast behandlar ett fåtal aktörer när användningen av propaganda förekommer i flera länder runtom i världen är problematiskt ur vårt perspektiv.

Vi vänder oss särskilt emot att en icke-statlig aktör, närmare bestämt terroristorganisation IS/Daish, i texten placeras i samma sammanhang, och behandlas på liknande sätt, som en statlig aktör (Ryssland). Vi anser att detta ger IS/Daish en form av legitimitet som EU försökt undvika i många år och som vi inte kan ställa oss bakom.

Sammantaget gjorde detta att vi valde att inte ta ställning till betänkandet om strategisk kommunikation.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza az újságírók képzésének fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket a célzott félretájékoztatással szemben.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση επισημαίνει δύο απειλές όσον αφορά την προπαγάνδα: έναν κρατικό οργανισμό, και συγκεκριμένα τη Ρωσία, και τρομοκρατικές ομάδες όπως το Daesh. Αυτή η έμμεση προσπάθεια σύνδεσης των δύο δεν είναι καθόλου τυχαία, αφού επιχειρεί να παρουσιάσει τον ρόλο της Ρωσίας στην ανατολική Ευρώπη παρόμοιο με αυτόν του Daesh στην Μέση Ανατολή. Αυτό για μας είναι ανεπίτρεπτο. Επίσης η έκθεση καταγράφει μια σειρά από συνέργειες στις οποίες θα πρέπει να προχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη σε συνεργασία με το ΝΑΤΟ για να αντιμετωπιστούν αυτές οι καταστάσεις. Για τους λόγους αυτούς θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted against this resolution. While I think that the safety of European citizens is of paramount importance, and equally, that they should not be subject to propaganda and misinformation at the hands of foreign entities, I do not believe it is appropriate to class ISIS/Daesh on a par with the Russian Federation. In doing so, we risk legitimising and recognising the terrorist group as the government of the area in which they exert de facto control.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" ist problematisch. Das Anliegen ist es zunächst, Propaganda exterritorialer Akteure, namentlich Russlands und des IS, zu bekämpfen und eine Gegenpropaganda einzurichten. Dass es russische Propaganda gibt, ist unbestritten und wird beispielsweise auch durch NATO-Dokumente belegt. Gerade in Osteuropa, wo die Medien kleinerer Staaten oft relativ finanzschwach sind, besteht die Gefahr einer russisch dominierten Einseitigkeit des Informationsangebotes. Einige Staaten unterstützten auch politische Parteien innerhalb der EU mit erheblichen Beträgen.

Die Frage ist aber, wie man diese Propaganda identifiziert und wie man sie einschränkt, ohne das Informationsinteresse der Bevölkerung zu schädigen. In der Abwägung beider Anliegen muss also eine Abwägung getroffen werden. Ist die Gefahr durch Propaganda Dritter höher einzuschätzen als die Gefahr einer Zensur wichtiger Informationen durch die EU? In der Abwägung habe ich mich trotz erheblicher Bedenken entschlossen, dem Bericht zuzustimmen.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida.

A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam protiv Izvješća o strateškoj komunikaciji Europske unije za borbu protiv propagande koju protiv nje provode treće strane (2016/2030(INI)), s obzirom da izvješće obrađuje istovremeno Rusiju i ISIL/Daiš te smatram da odnos EU-a prema jednoj državi odnosno jednoj terorističkoj organizaciji ne može biti razmatran na jednaki način te ne predstavlja jednaku razinu problema s kojim se EU treba suočavati na jednaki način u istom dokumentu. Osim toga svođenje različitih pitanja i problema kao što se u ovom izvješću razmatra moglo bi dovesti do različitih interpretacija samog odnosa prema navedenim trećim stranama te moglo umanjiti ugled EU parlamenta kao značajne i međunarodno priznate institucije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – L'objectif de ce rapport est de lutter contre les menaces hybrides dirigées, semble-t-il, contre l'Union européenne et menées par la Russie et le groupe «État islamique». C'est là l'émanation d'un désir d'existence qui, faute d'être une réalité vérifiée à l'intérieur des frontières communautaires, se manifeste par le trouble et la manipulation des esprits, tant l'amalgame entre un État important et souverain et une organisation terroriste apparaît comme une provocation grossière.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Jsem toho názoru, že svoboda projevu musí zůstat jedním ze základních pilířů Evropské unie. Je však potřeba rozlišit svobodu slova a propagandu. Kampaně, které cíleně a systematicky desinformují nejen občany EU, je potřeba potírat a nepodceňovat. Podpořil jsem tuto iniciativu, která si vzala za cíl boj s šířením nepravdivých informací ze třetích zemí. Nesnášenlivá rétorika obecně nesmí být přehlédnuta, a zejména ta, která pochází z nitra teroristických uskupení, nesmí být tolerována v jakékoli formě. Jsem rád, že se Evropský parlament rozhodl vydat cestou proti reakce a Evropa nezůstane v této oblasti pasivní.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De SP erkent de gevaren van desinformatie vanuit derde partijen, zoals Rusland en IS, maar heeft zich onthouden van stemming omdat in het verslag te veel oproepen worden gedaan voor zaken die wij niet ondersteunen, zoals de versterking van de Europese Dienst voor extern optreden (EDEO) en hechtere samenwerking met de NAVO. Bovendien is het verslag niet kritisch genoeg wat betreft de EU-informatievoorziening.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de ma collègue Anna Fotyga relatif à la communication de l'Union visant à contrer la propagande dirigée contre elle par des tiers. Engagé dans la volonté de promouvoir l'action extérieure de l'Union européenne dans sa lutte contre le terrorisme et contre la propagande étrangère, je ne pouvais néanmoins soutenir ce rapport qui tend à mettre la Russie et le groupe «État islamique» sur le même plan. Quand bien même la Russie peut mener des opérations de propagande au sein de l'Union européenne, il m'a semblé déplacé de comparer cette situation à la propagande terroriste du groupe «État islamique», qui a elle déjà provoqué de trop nombreuses victimes sur notre territoire.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car je ne pense pas que mettre le groupe «État islamique» et la Russie sur le même plan serve les intérêts européens. La propagande opérée par la Russie n'est en rien comparable à la propagande mortifère du groupe «État islamique».

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht ist als Ganzes abzulehnen. Er kritisiert jene durch soziale Medien geschaffene Medienpluralität und setzt diese sogar mit einem „Informationskrieg bzw. hybrider Kriegsführung" gleich, die besser kontrolliert werden müsse, will aber gleichzeitig, dass die EU durch verstärktes Auftreten in sozialen Netzwerken Medienpluralität in anderen Ländern fördert. Die Erwähnung eines russischen „Propagandakriegs", der sich angeblich rapide in Osteuropa ausdehne, ist nicht zielführend. Besonders anzumerken ist, dass der Bericht ausführlich auf den Propagandakrieg und die fehlende Medienpluralität in Russland eingeht, jedoch den IS und die al-Qaida erst abschließend anführt, und über die fehlende Medienpluralität und Zensur in der Türkei kein einziger Satz geschrieben wurde.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Jau labu laiku var novērot, kā Krievija īsteno pret Rietumiem vērstu propagandu. Tas vislabāk ir novērojams Krievijas robežvalstīs, kas agrāk bijušas daļa no Padomu Savienības, tajā skaitā Latvijā. Šī propaganda nav nekas cits kā sabiedrības dezinformācija, kuras mērķis ir sašķelt sabiedrību.

Uzskatu, ka Eiropas Parlamenta rezolūcija ir solis pareizā virzienā, lai cīnītos pret šo propagandu, tāpēc plenārsesijā es atbalstīju šo rezolūciju. Pirmais solis veiksmīgai cīņai pret propagandu ir apzināties, ka šāds informācijas karš tiek izvērsts, un informēt par to sabiedrību. Eiropas Savienībai ir jāsper attiecīgi soļi, lai dotu pretsparu Kremļa dezinformācijas smagajai artilērijai, bet cilvēkiem pašiem jāizvērtē informācija, tās saturs un objektivitāte.

Jan Keller (S&D), *písemně*. – Zprávu poslankyně Fotygové o žádoucnosti kontra propagandy namířené proti Rusku a Islámskému státu považuji za velice nepovedenou. Celá zpráva je psána jazykem, který důvěrně známe z období, kdy neexistovalo právo na odlišnost názoru. Zpráva je naplněna podezíravostí vůči těm, kdo si dovolují kriticky uvažovat, a vymezuje se proti všem, kdo se údajně „schovávají za svobodu projevu". Autorka zprávy má tendenci dělit lidi na ty, kdo nejsou schopni vlastního úsudku, a ty, kdo jsou povoláni sdělovat jim jedinou platnou pravdu. Dobře si vzpomínám, že stejným způsobem se argumentovalo i v dobách husákovské normalizace, proto jsem hlasoval proti této zprávě. Tón zprávy bych dokázal pochopit, pokud by byla součástí putinovské propagandy. Jako názor Evropského parlamentu mi však připadá nedůstojný.

Jude Kirton-Darling (S&D), *in writing*. – EPLP abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as a propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Propaganda, misinformation og bevidst manipulerede historier forklædt som nyhedsartikler florerer i stigende grad frit. Særligt på sociale medier udbredes propaganda systematisk.

Visse steder er udbredelsen af propaganda og bevidst manipulation så stor, at det kan udgøre et demokratisk problem. Har en befolkning ikke adgang til en fri, kritisk og fagligt kompetent presse kan demokratiet undergraves og autoritære kræfter vinde frem.

Det er vigtigt at understrege, at der selvsagt skal skelnes klart mellem kritik og propaganda. Kritik er et bærende element i et frit, demokratisk samfund. Således også kritik mod EU, regeringer, partier eller politikere. Kritik kan være både berettiget eller uberettiget, konstruktiv eller sensationalistisk. Alt dette må et frit, demokratisk samfund kunne bære.

Propagandaen adskiller sig ved at være bevidst og systematisk manipulerende. Propaganda udbredes også ofte for at nå andre mål – f.eks. at destabilisere et land eller et område, at opildne til had mod minoriteter eller tilskynde til volds- og krigshandlinger.

Vi hverken kan eller skal acceptere, at den slags propaganda får frit løb. Derfor støtter vi en række enkeltforslag, men undlader at stemme hverken for eller imod den samlede betænkning da vi mener der er behov for et mere gennemarbejdet udspil, gerne fra Kommissionens side.

Jaromír Kohlíček (GUE/NGL), *písemně*. – Zpráva paní Fotygové se zřejmě omylem jmenuje o strategické komunikaci EU s cílem bojovat proti propagandě, které proti ní vedou třetí strany. Již letmý pohled do textu o 58 bodech ukazuje, že ve skutečnosti se zpráva zabývá zejména způsobem, jak propagandisticky působit ve třetích zemích proti jejich současným režimům. Několikrát je zdůrazněno, že dobrým příkladem jednotlivým zemím EU je činnost Velkého bratra, Spojených států. Rusofobie, která je charakteristická pro významnou část polské politické scény, nachází svůj výraz ve členění zprávy. Po úvodních bodech nejdříve najdeme krásně nazvanou kapitolku pod označením Pochopení a odhalení ruské dezinformační a propagandistické války. Po 9 bodech prodchnutých třeskutou rusofobií se bigotní katolička zabývá metodami Islámského státu. A to v celých 8 bodech. Zdá se tedy, že v jejích očích jsou islámští radikálové a jejich metody radikalizace poměrně rozsáhlé muslimské obce uvnitř EU podstatně méně nebezpeční než Rusko, které se odmítá stát surovinovým přívěskem států EU. V dalších odstavcích se dočteme, například že „a vyzývá členské státy, aby přizpůsobily a aktualizovaly své právní předpisy“ nebo „aby plně prováděly a prosazovaly stávající právní předpisy týkající se projevů nenávisti“. Pokud budu tuto formulaci brát vážně, autorka zprávy bude jistě záhy, nejspíše v Polsku, vyšetřována pro šíření chorobné rusofobie.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken“ ist problematisch. Das Anliegen ist es zunächst, Propaganda exterritorialer Akteure, namentlich Russlands und des IS, zu bekämpfen und eine Gegenpropaganda einzurichten. Dass es russische Propaganda gibt, ist unbestritten und wird beispielsweise auch durch NATO-Dokumente belegt. Gerade in Osteuropa, wo die Medien kleinerer Staaten oft relativ finanzschwach sind, besteht die Gefahr einer russisch dominierten Einseitigkeit des Informationsangebotes. Einige Staaten unterstützten auch politische Parteien innerhalb der EU mit erheblichen Beträgen.

Die Frage ist aber, wie man diese Propaganda identifiziert und wie man sie einschränkt, ohne das Informationsinteresse der Bevölkerung zu schädigen. In der Abwägung beider Anliegen muss also eine Abwägung getroffen werden. Ist die Gefahr durch Propaganda Dritter höher einzuschätzen als die Gefahr einer Zensur wichtiger Informationen durch die EU? In der Abwägung habe ich mich trotz erheblicher Bedenken entschlossen, dem Bericht zuzustimmen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratíváját. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, -oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since the report is highly biased and misleading as far as it concerns to the sources of anti-EU propaganda. Instead of truly working to address the real threats coming from Daesh, this report was drafted to finance anti-Russian propaganda from the EU budget. Here I believe we have a contradiction in terms since 'independent media' which will be in charge of counter-propaganda is going to be financed by the EU, therefore not leaving much options for the latter to be truly independent.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Megszokott dolog a jelentések kidolgozói részéről, hogy árukapcsolást hoznak létre úgy, hogy valami kevéssé elfogadható anyagrészt az egészséggel, emberi-, vagy kisebbségi jogokkal, kis- és középvállalatok érdekeire, miegyébre való hivatkozással tesznek megszavazandóvá. Ebből adódóan sok mindennel találkoztam már az EP-ben, de ennyire durván csúsztató anyaggal még nem. Egy jelentésben összekötni egy jogállam nemzeti sajtóorgánumainak tevékenységét a világ jelenlegi legnagyobb terrorista szervezetének propagandagépezetével, a kettő közé egyenlőségjelet téve, hajmeresztő. De ez még tovább lett fokozva az által, hogy az EU elleni propagandakampány eszközeit az állami szereplővel szembeni harchoz kéri a jelentéstevő. A terroristákat nem kívánja zaklatni, hisz azok szerinte ártalmatlanok.

Bárkinek, aki nyitott szemmel, füllel jár a világban, feltűnik a tengerentúli tőkéből bőségesen finanszírozott NGO-k és sajtó hallatlan médiatúlsúlya, de akár Udo Ulfkotte és más tényfeltárók írásaiból is tájékozódhat. Az ilyen jellegű durva propagandabeavatkozás nem csípi az érintettek szemét? Mélyen felelőtlen, kirívóan szélsőséges a jelentés és nagyon elszomorító, hogy a létező demokrácia ennyire mélyrepülésben van.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D), *kirjallinen*. – Kenellekään ei liene epäselvää, että disinformaatio, valeuutiset ja propaganda ovat vahingollisia sekä kansalaisille että valtioille. Post-fakta-aika palvelee valheilla ja provokaatiolla ratsastavaa populismia ja syö eurooppalaista arvopohjaa, johon kuuluvat vapaus ja demokratia.

Päätöslauselmassa on hyviä ja kannatettavia ajatuksia. En kuitenkaan katso, että Venäjän ja ISISin rinnastaminen edesauttaa välttämätöntä vuoropuhelua. Päätöslauselmassa myös käytetään Venäjän toimista termiä "sota" (informaatiosota, propagandasota jne.). Aikana, jolloin Venäjä käy myös todellista sotaa, ei ole järkevää puhua sodasta sellaisissa tilanteissa, joissa kyseessä ovat pikemminkin vaikutusyritykset tai propaganda.

Tällä hetkellä EU yrittää painostaa Venäjää käyttäytymään paremmin. Painostusyritykset talouspakotteista julkilausumiin eivät ole saaneet Venäjää muuttamaan käytöstään. Painostuskeinoja voidaan yhä jatkaa, mutta rinnalla haluaisin nähdä EU:n vahvan tuen Venäjän omille kansalaisjärjestöille ja osalle sen oppositiota. Muutokseen tarvitaan painetta myös sisältä.

Äänestin tyhjää, koska vaikka raportissa on paljon hyviä kohtia, sen puutteet ovat liian suuret, jotta voisin hyväksyä sen.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — L'Unione europea, nonostante le diverse sfide e minacce cui è sottoposta, è stata in grado di difendere i principi fondatori di integrazione, unità, determinazione e cooperazione, e rappresenta pertanto un modello da seguire. Pur non di meno, tra le varie minacce, l'UE è sempre più soggetta a una propaganda ostile, mirata a seminare terrore, insicurezza, volta a screditare le istituzioni e mettere in dubbio i valori democratici, lo Stato di diritto e i diritti umani. La relazione, dunque, segnala gli attori principali di questa propaganda, tra cui alcuni gruppi terroristici, ed enfatizza la necessità, da parte dell'Unione, di concentrarsi su strategie di comunicazione volte a contrastare la minaccia della disinformazione promossa da una simile propaganda. La proposta chiede una maggiore cooperazione tra gli Stati membri; la messa a disposizione di risorse rilevanti a sostenere le proprie campagne di propaganda strategica e capaci di mettere a nudo e affrontare la guerra di disinformazione e di radicalizzazione dell'ISIS/Daesh; nonché una strategia a livello europeo capace di contrastare questa propaganda ostile. Esprimo, di conseguenza, parere favorevole alla relazione sulla comunicazione strategica dell'Unione europea per contrastare la propaganda contro di essa a opera di terzi.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne est souvent visée par des campagnes de propagande provenant d'acteurs étatiques ou non étatiques, qui menacent l'Union elle-même et les États membres. Cela concerne plus particulièrement le groupe «État islamique», dont la propagande a pour objectif d'embrigader des jeunes, promouvoir l'islamisme radical, nuire aux valeurs et intérêts européens ou inciter à la haine contre nos peuples. Notre engagement doit être total face à ce fléau.

Certaines actions menées par la Russie sont également ambigües. Néanmoins, contrairement à ce que propose le rapport, j'estime qu'il est souhaitable de garder des relations diplomatiques et politiques avec ce pays. Pour cette raison, j'ai préféré m'abstenir sur le vote final.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – La thématique centrale est ici la lutte contre les menaces hybrides potentiellement dirigées contre l'Union européenne. Au rayon des sources identifiées de ces menaces, elles sont deux, placées à égalité: la Russie et le groupe «État islamique». On observe ici toutes les dérives obsidionales de l'UE qui, à défaut d'avoir une quelconque existence en matière de défense et de politique de sécurité, essaie de manifester son existence en manipulant les peurs et en déformant la réalité pour faire l'amalgame entre la Russie — un État souverain — et le groupe «État islamique»- une organisation terroriste.

Je ne peux que m'opposer à une vision honteusement déformante et inquiétante, et ai voté CONTRE ce tissu de malhonnêteté.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos encontramos aquí ante un ejemplo más de la rusofobia de este Parlamento y que sobredimensiona constantemente las diferencias entre Rusia y la Unión.

El informe es un ataque frontal a los medios de comunicación, llamando a usar instrumentos de la OTAN, como el Centro de Excelencia de Comunicaciones Estratégicas (COE STRATCOM), para combatir a los medios de comunicación rusos. Además, llama a prestar apoyo directo a medios de comunicación «independientes», lo que es una paradoja, ya que al patrocinarlos desde organizaciones europeas, estos medios dejarían obviamente de ser independientes.

No contentos con esto, en el informe, y siguiendo esa retórica paranoica antirrusa, se sostiene que «los servicios de seguridad y de inteligencia concluyen que Rusia tiene la capacidad y la intención de realizar operaciones destinadas a desestabilizar a otros países», continuando con la retórica militarista y abocándonos a una escalada de tensión inaceptable.

El informe identifica dos amenazas relativas a la propaganda: un actor estatal, Rusia, y grupos terroristas como Dáesh, y se centra en conceder a la Unión los medios para apoyar sus propias campañas estratégicas de propaganda, principalmente contra Rusia, país de la ONU a quien pone al mismo nivel de amenaza que Dáesh.

Mi voto fue claramente en contra.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – El presente informe aborda la cuestión de ciberseguridad, en especial los ataques que sufre la Unión por parte de medios y propaganda que buscan desacreditarla a ella y sus instituciones. Asimismo, se centra en la lucha contra la propaganda del Dáesh en internet.

El informe propone, entre otros, estudiar las fuentes de financiación de la propaganda antieuropea, aumentar la visibilidad de los académicos musulmanes moderados que tengan credibilidad para deslegitimizar la propaganda del Dáesh y crear un sitio, en redes sociales muy utilizadas para desacreditar a la Unión e incitar al odio, destinado al público en general que agrupe los distintos medios destinados a detectar la desinformación y que explique su funcionamiento.

Doy mi voto favorable al informe, porque es importante acabar con las desinformaciones que en definitiva atentan contra algo tan importante como es el poder acceder a una información objetiva y de calidad por parte de los ciudadanos, lo que es esencial para poder formarse en una sociedad democrática y de derecho.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" ist problematisch. Das Anliegen ist es zunächst, Propaganda exterritorialer Akteure, namentlich Russlands und des IS, zu bekämpfen und eine Gegenpropaganda einzurichten. Dass es russische Propaganda gibt, ist unbestritten und wird beispielsweise auch durch NATO-Dokumente belegt. Gerade in Osteuropa, wo die Medien kleinerer Staaten oft relativ finanzschwach sind, besteht die Gefahr einer russisch dominierten Einseitigkeit des Informationsangebotes. Einige Staaten unterstützten auch politische Parteien innerhalb der EU mit erheblichen Beträgen.

Die Frage ist aber, wie man diese Propaganda identifiziert und wie man sie einschränkt, ohne das Informationsinteresse der Bevölkerung zu schädigen. In der Abwägung beider Anliegen muss also eine Abwägung getroffen werden. Ist die Gefahr durch Propaganda Dritter höher einzuschätzen als die Gefahr einer Zensur wichtiger Informationen durch die EU? In der Abwägung habe ich mich trotz erheblicher Bedenken entschlossen, dem Bericht zuzustimmen.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – Disinformation, propaganda and fake news are having an impact on the proper function of European democracy. Europe needs to enhance cooperation with third parties to combat this threat effectively.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – EU se obvezala na to da će svoje djelovanje na međunarodnoj sceni provoditi prema načelima kao što su demokracija, poštovanje ljudskih prava i temeljnih sloboda te sloboda medija, dostupnost informacija, sloboda izražavanja i medijski pluralizam i slično. Izvješće naglašava kako neprijateljska propaganda protiv EU-a poprima različite oblike i u njenu svrhu se upotrebljavaju razna sredstva, prilagođena profilima država članica, kako bi se izvrnula istina, izazvala sumnja, razjedinile države članice i prouzročilo razilaženje između Europske unije i njezinih sjevernoameričkih partnera. Sredstva koja se upotrebljavaju u svrhu propagande su izazivanje straha i nesigurnosti u građanima EU-a i predstavljanje neprijateljskih državnih i nedržavnih aktera jačima i uspješnijima nego što jesu u stvarnosti. Izvješće naglašava kako su strateška komunikacija i informacijski rat vanjski i unutarnji problem EU-a i izražava zabrinutost zbog toga što se neprijateljska propaganda službi brojnim širiteljima informacija unutar EU-a.

Rusija ulaže znatna financijska sredstva u svoje instrumente dezinformiranja i propagande primijenjene bilo izravno državnim kanalima bilo posredstvom poduzeća i organizacija koje kontrolira Kremlj. Također, često daju financijsku potporu političkim ekstremistima i kampanjama dezinformiranja velikih razmjera u masovnim medijima. Izvješće potiče vlade država članica na oprez u pogledu ruskih operacija informiranja u Europi i na dijeljenje kapaciteta i suprostavljanju takvim operacijama, stoga sam podržala ovo izvješće.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – На 23 ноември беше приета резолюция на Европейския парламент за Стратегическа комуникация от ЕС за противопоставяне на пропагандата, насочена срещу Европейския съюз от трети страни.

Развитието на технологиите и комуникацията предлага все повече възможности за упражняване на свободите на гражданите и журналистите. Същевременно интернет, като инструмент с възможна двойна употреба, крие редица опасности. ЕС трябва да положи всички усилия, за да запази ценностите на демократичния и медийния плурализъм, свободата на словото, но и да гарантира качествена информираност на своите граждани. Назоваването на преките заплахи в лицето на руската пропаганда и дезинформационната кампания на конструкти като ДАЕШ е ключов елемент от изграждането на по-ефективна комуникационна политика на ЕС.

Единственият възможен отговор на Европейския съюз се състои в насърчаване свободата на медиите, засилване ролята на оперативна група Стратегическа комуникация и осигуряване на по-голяма видимост на постиженията на Съюза. Вярвам, че истината е най-силното оръжие в борбата с дезинформацията в ерата на пост-истината и бих приветствал по-нататъшните действия на ЕС в тази посока.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Parlaments nobalsoja par nekvalitatīvu propagandas izstrādājumu, kas diskreditē Eiropas Savienību. Vienā ziņojumā teroristiskās organizācijas apvienošana ar konkrētu valsti ir spilgts propagandas paņēmiens. Galvenais mērķis ir skaidrs: parādīt, ka Krievija un *Daesh* ir teju viens un tas pats.

Līdz šim es domāju, ka Eiropas Savienībai ir nelokāma morālā pozīcija, ka pret propagandu var cīnīties ar faktiem un objektivitāti. Kad Parlaments nobalsoja par šo ziņojumu, sapratu, ka esmu maldījies.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – To, ako sa EÚ dokáže vysporiadať s informačnou vojnou a propagandou, závisí od zodpovednosti každého politika, každého verejného činiteľa. Transparentnosť v konaní a vyjadrovaní vo všetkých oblastiach politiky, spolu s dôrazom na právo obyvateľov na informácie, kvalitné vzdelávanie, osobnú zodpovednosť a spravodlivý trest v prípade porušovania zákonov, môžu zamedziť šíreniu klamstiev, neprávd a cielených manipulácií.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Le présent rapport porte sur la communication stratégique de l'Union visant à contrer la propagande dirigée contre elle par des tiers. Ce rapport émet un certain nombre de propositions afin de lutter efficacement contre la diffusion de désinformations hostiles à l'égard de l'UE.

Au-delà du manque de substance sur les moyens de mise en œuvre de ces propositions, le texte se focalise sur deux menaces: l'une venant de Russie, l'autre du groupe «État islamique». Ces deux entités sont traitées de manière identique alors qu'il s'agit d'une part d'un État et, de l'autre, d'une organisation terroriste.

Malgré l'utilité de chercher à lutter contre la propagande dirigée contre l'UE, les trop nombreuses imprécisions et confusions au sein de ce texte me poussent à m'abstenir.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με τη στρατηγική επικοινωνίας της ΕΕ για την αντιμετώπιση της προπαγάνδας εναντίον της από τρίτους, καθώς η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich lehne diesen Bericht zur Gänze ab, da die Europäische Union anscheinend die Flexibilität und Unkontrollierbarkeit von Nachrichten in sozialen Medien als Bedrohung wahrnimmt und der fehlenden Möglichkeit von zensurähnlichen Handlungen entgegenwirken will.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą. Europos valstybės pastaraisiais metais susiduria su ypač intensyviomis propagandos, dezinformacijos kampanijomis, kuriomis siekiama kvestionuoti fundamentalias, Europos puoselėjamas, demokratines vertybes, ardyti ES valstybių narių vienybę, kelti destrukciją. Pasitelkdamos įvairius kanalus ir metodus šias kampanijas vykdo tiek Rusija, tiek teroristinės grupuotės.

Realiausias Europos atsakas į šias kampanijas – visuomenės informuotumo didinimas apie šių kampanijų specifiką, užsakovus, finansavimo šaltinius ir tikruosius kėslus. Švietimas yra pats svarbiausias veiksnys, įgalinantis piliečius kritiškai analizuoti žiniasklaidos turinį ir reaguoti į dezinformaciją.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La paranoïa aigue de ce parlement est sans limite. Persuadé d'une prochaine attaque russe contre l'UE, il ressort le vocabulaire de la guerre froide et se montre le premier acteur de l'escalade des tensions avec la Russie. Ce rapport sur la contre-propagande commence par comparer un État membre du Conseil de sécurité de l'ONU avec une organisation terroriste. Pour le reste, vous pourrez chercher à la loupe les mesures contre le groupe «État islamique». L'objet est de dénoncer une «guerre de propagande» orchestrée par Moscou contre l'Union européenne. Ceux qui s'opposent à un «récit positif» sur l'UE sont repeints en «extrémistes et populistes», qui oseraient briser la cohésion de «l'Occident». Le rapport demande de promouvoir des médias «indépendants» en UE et en Russie… en les finançant avec l'argent de l'UE. Drôle de vision de l'indépendance. «Il convient d'évaluer de manière critique la façon de traiter les sources de médias dont il est prouvé qu'elles ont été impliquées à plusieurs reprises dans une stratégie de tromperie et de désinformation délibérées» et traquer les élus qui s'aventureraient à rencontrer leur contreparties russes. Je vote contre cette logique du bloc contre bloc dangereuse !

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de lutter contre les menaces dites «hybrides» dirigées contre l'Union européenne elle-même par la Russie et le groupe «État islamique». Ce rapport témoigne de la dérive de l'Union, en ce que, d'une part, elle manipule les peurs pour s'arroger une certaine légitimité et, d'autre part, parce qu'elle fait un amalgame entre un État souverain et une organisation terroriste. J'ai ainsi voté contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A comunicação estratégica e a guerra de informação constituem não só um assunto externo da UE mas também um assunto interno. Temos que nos preocupar com o crescente número de retransmissores de propaganda hostil existentes na União.

A estratégia de propaganda e desinformação de países terceiros contra a UE pode assumir diferentes formas e envolver, designadamente, meios de comunicação social tradicionais, redes sociais, programas escolares e partidos políticos, tanto na União Europeia como fora dela.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because while the EU is committed to respecting fundamental freedoms, including media freedom, the third-party actors currently trying to discredit the Union, such as Daesh, do not share the same values. They are using the media to spread misinformation and disinformation, thus violating the principle of imparting objective information through journalism.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — In de oorspronkelijke opzet van het verslag lag de nadruk op de noodzaak een duidelijke strategie aan te nemen tegen vijandige propaganda en desinformatie die worden verspreid door derden, die erop gericht zijn Europa en haar samenleving te ontwrichten en jongeren aanzetten tot geweld tegen de samenleving waarin ze zijn opgegroeid. Daarom steun ik ook alle initiatieven en instrumenten die boodschappen van haat en propaganda tegengaan en jongeren en mensen weerbaar en immuun maken voor de perfide effecten van propaganda.

Het probleem met dit verslag is echter dat in de beoordeling van het fenomeen *propaganda* Rusland en het terroristische Da'esh op dezelfde hoogte worden geplaatst en op dezelfde manier worden behandeld. Daarom heb ik het verslag niet goedgekeurd, wat niets afdoet aan het feit dat propaganda naar mijn mening altijd moet kunnen worden weerlegd en het geen twijfel lijdt dat de gruwelpraktijken van Da'esh ten scherpste moeten worden veroordeeld.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Európska únia, jej partneri, členské štáty i občania v súčasnosti čelia informačnej vojne z viacerých strán. EÚ je pod nátlakom 2 hlavných propagačných prúdov: zo strany Ruska, ktoré sa snaží o narušenie integračného procesu EÚ aj tým, že podporuje sily namierené proti Únii, najmä extrémne pravicové strany, populistické hnutia, ktoré popierajú základné hodnoty liberálnej demokracie. Na druhej strane pôsobí propaganda teroristickej organizácie Dá'iš/ISIS, ktorá presadzuje politickú, náboženskú a sociálnu nenávistnú rétoriku na európskej i svetovej úrovni. V rámci opatrení EÚ zameraných na boj s propagandou musí Únia posilniť ochranu v kybernetickej oblasti a zaistiť odolnosť informačných systémov EÚ. Členské štáty musia viac spolupracovať pri ochrane spoločností. Na domácej pôde i vo svojom susedstve má veľký význam zvyšovanie informovanosti, vzdelávania, gramotnosti týkajúcich sa internetových médií, aby boli občania schopní kriticky vyhodnotiť informácie, ktoré sa k ním dostávajú. Je potrebné zvyšovať povedomie o radikalizácii, aby sa zabránilo náborom, najmä mladých ľudí. Prostredníctvom svojej vonkajšej činnosti by mala EÚ naďalej aktívne presadzovať rešpektovanie základných práv a slobôd, najmä slobody prejavu, zhromažďovania sa, právo na prístup k médiám a nezávislosť médií v susedských krajinách.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I support the main objectives of the report on the EU strategic communication to counteract propaganda against it by third parties, which identifies threats, such as the terrorist group known as Daesh/ISIS, and suggests countering the propaganda and radicalisation through cooperation between the Member States and the European Institutions. Having said that, however, the fact that the report is mixing a state such as Russia with non-state actors such as terrorist organisations is not exactly the adequate approach for such a text and therefore I decided to abstain at the final vote.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Külügyi Bizottság jelentésének célja a radikalizmus és a terrorista propaganda megerősített tagállami és uniós együttműködés révén történő kezelése. Külön kitér két fenyegetésre: arra, hogy Oroszország az uniós partnerekkel meglévő kapcsolatait és a velük tartott találkozókat a valódi párbeszéd kialakítása helyett inkább propagandacélokra és arra használja fel, hogy nyilvánosan gyengítse az Unió közös álláspontját, továbbá az ISIL/Dáis információs hadviselésének félretájékoztatási és radikalizálódási módszereire. Fölvázolja a propaganda elleni fellépés uniós stratégiáját, amelynek középpontjában az alapvető jogok és szabadságok tiszteletben tartásának aktív előmozdítása áll, ugyanis a véleménynyilvánítás szabadságának, a gyülekezési szabadságnak, az információkhoz való hozzáférés jogának és a média függetlenségének támogatása a szomszédos országokban erősíti az EU propaganda ellen irányuló fellépéseit.

Szorgalmazza a médiapluralizmus és a média objektivitásának, pártatlanságának és függetlenségének a nem állami szereplőkre is kiterjedően történő megerősítését az Európai Unióban és szomszédságában, és megdöbbenését fejezi ki a média függetlenségével és szabadságával kapcsolatos, egyes uniós tagállamokbeli problémák miatt. A tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport se propose de lutter contre les fameuses «menaces hybrides» qui seraient des menaces contre l'Union européenne. Les menaces identifiées ont deux sources: la Russie et le groupe «État islamique», mises sur un pied d'égalité. Ce rapport est un témoignage de la dérive de l'Union européenne, qui essaye de manifester son existence en manipulant les peurs. Il est en outre clairement en dehors des limites de la diplomatie d'amalgamer de manière aussi grossière un État souverain et une organisation terroriste. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport cherche à amalgamer un Etat souverain (la Russie) et la menace que constitue le groupe «État islamique». Je vote contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Labour MEPs abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as a propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte, qui accuse directement la Russie de faire de la propagande, d'utiliser ses réseaux en Europe pour nuire à notre Union et de mener des campagnes de désinformation de masse. Un tel texte, en plus d'être totalement diffamatoire à l'égard de la Russie, montre également la paranoïa antirusse qui règne malheureusement à l'intérieur du Parlement européen et qui a pour seule conséquence une escalade stérile des sanctions qui nuisent à nos économies, à nos producteurs et à nos agriculteurs.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – La propaganda contro l'Unione europea è un dato di fatto che non può essere negato e che richiede immediatamente una reazione in termini di contro comunicazione mediatica. L'opera di disinformazione perpetrata dalla Russia e dall'ISIS contro l'UE e quindi contro i valori europei non è più accettabile. L'Unione europea, che si fonda sui valori di libertà, uguaglianza, democrazia, Stato di diritto, rispetto dei diritti umani e delle libertà fondamentali, accesso ad un'informazione plurale, non può accettare questi comportamenti. Le violazioni di cui la Russia si è resa responsabile, annettendo la Crimea e conducendo una guerra ibrida nel Donbass, oltre alle continue ingerenze del Cremlino nel contesto dei media europei, hanno messo in tensione il rapporto con l'Unione. D'altra parte, le tecnologie belliche dell'informazione e delle comunicazioni, di cui l'ISIS fa continuo uso per giustificare le proprie azioni e reclutare giovani europei, rappresentano una concreta minaccia per la sovranità degli Stati membri e l'integrità europea. Per queste ragioni ho votato a favore di questa importante risoluzione, che definisce i rischi di questa guerra dell'informazione che porta con sé minacce sia nella stabilità esterna che interna dell'Unione.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Fontos, hogy az Európai Unió képes legyen gyorsan reagálni minden felmerülő veszélyre. A közvetlen biztonsági fenyegetéseken kívül foglalkoznunk kell az európai értékek ellen irányuló támadásokkal is. Az EU ellenes propagandát olyan célok hajtják, mint a kétségkeltés, a tagállamok megosztása és a stratégiai megállapodások legyengítése. A propaganda mögött álló csoportok leghatékonyabb eszköze a félelemkeltés és a szabadságérzés korlátozása. Ezt az üzenetet közvetítik az Európa ellen elkövetett terrortámadások is. Támogatom a stratégiai kommunikációs munkacsoport tevékenységeit és bízom benne, hogy a propaganda elleni cselekvési tervek meghozzák a várt eredményt.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have abstained from voting on this report on EU strategic communication to counteract propaganda against it by third parties.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – M-am abținut de la votul pe acest raport, care, deși punctează anumite aspecte reale în ceea ce privește dezinformările și manipulările la care suntem supuși cu toții într-o societate extrem de dependentă de media, nu cred că este necesar. Nu consider că este rolul nostru, o instituție publică, să intervenim și să reglementăm comunicarea de masă.

Provin dintr-o fostă țară comunistă și am o reticență crescută față de cenzură, față de restricțiile impuse de autorități comunicatorilor, pentru că mass-media se cenzurează după propriile reguli, după propriile regulamente și în funcție de public. Zona de comunicare de masă, cu toate deficiențele ei, merită încrederea noastră, ca parteneri într-o societate în care fiecare putere își are stabilită zona de influență.

Nu în ultimul rând, am ales să mă abțin de la votul pe un acord care practic pune în aceeași categorie Rusia și ISIS, ceea ce consider a fi o lipsă de tact diplomatic și o incitare care nu era necesară.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, která správně zdůrazňuje, že informační válka není jen vnějším, ale i vnitřním problémem EU. Tato oblast představuje jedno z klíčových témat dneška. Strategie propagandy a dezinformací vůči EU ze strany třetích zemí může mít různé formy a může využívat tradiční média, sociální sítě, školní osnovy či politické strany, příkladem budiž extrémně pravicová francouzská Národní fronta Marine Le Penové. Zpráva se podle mého názoru měla více soustředit na Rusko jako hlavní zdroj této nepřátelské propagandy vůči EU a dát tím najevo, že právě ruskou propagandu považuje za největší hrozbu pro stabilitu v EU. Místo toho však zpráva vyhrazuje stejný prostor i propagandě tzv. Islámskému státu, která je v porovnání s tou ruskou podstatně méně sofistikovaná, a tedy i nebezpečná. Na strategii EU pro boj proti propagandě by se proto měly vyčlenit dostatečné materiální a lidské zdroje, aby toto riziko naši budoucnost méně ohrožovalo.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich gegen diesen Bericht ausgesprochen, da die durch die sozialen Medien geschaffene Medienpluralität kritisiert wird. Sie wird unter anderem mit einem Informationskrieg oder einer hybriden Kriegsführung gleichgesetzt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Valeinformatsiooni levikule tuleb pöörata tähelepanu. Euroopa ühiskond peab aru saama, et liikvel on äärmiselt palju valeinformatsiooni ning selle vastu tuleb tegutseda.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Mes privalome imtis visapusiškų veiksmų, siekdami kovoti su radikalizacija ir teroristine propaganda.

Visų pirma, didesnis dėmesys turi būti skiriamas tvirtesnio valstybių narių ir ES bendradarbiavimo priemonėms. Reikia stiprinti veiksmus, nukreiptus prieš terorizmo grėsmes, laikantis žmogaus teisių ir teisinės valstybės principų. Tačiau kovojant su trečiųjų šalių skleidžiama prieš ES nukreipta propaganda ir dezinformacija, turėtų būti siekiama palaikyti konstruktyvius ryšius su trečiosiomis šalimis. Pažymėtina, jog siekiant pašalinti įtampą su kaimyninėmis trečiosiomis šalimis turi būti skatinamas platesnis politinis ir diplomatinis dialogas bei taikaus bendradarbiavimo susitarimai.

Būtina užkirsti kelią „Da'esh" gauti finansavimo ir lėšų iš naftos arba prekybos ginklais. Todėl kai kurios valstybės narės turėtų atitinkamai peržiūrėti savo santykius su tam tikromis trečiosiomis šalimis, nes tai ypač svarbu siekiant užkirsti kelią radikalizacijai ir apsaugoti ES vertybes.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Επισημαίνουμε ότι η καταπολέμηση της προπαγάνδας δεν μπορεί να γίνει με περισσότερη προπαγάνδα αλλά με περισσότερα θετικά μηνύματα και εκστρατείες ευαισθητοποίησης και πληροφόρησης.

Το σχέδιο ψηφίσματος υπογραμμίζει ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση υφίσταται αυξανόμενες συστηματικές πιέσεις για την αντιμετώπιση εκστρατειών παραπληροφόρησης και προπαγάνδας, από διάφορες χώρες και μη κρατικούς φορείς, που χρησιμοποιούν ένα ευρύ φάσμα εργαλείων, όπως ψευδο-πρακτορεία ειδήσεων και διαδικτυακά «τρολ», με στόχο την αμφισβήτηση των δημοκρατικών αξιών και τη διαίρεση της Ευρώπης.

Σε καμία περίπτωση όμως δεν εξισώνω τη Ρωσία με το Ισλαμικό Κράτος. Πρέπει να υπάρξει ξεκάθαρος διαχωρισμός και να μην παρομοιάζουμε την Ρωσία με το Ισλαμικό Κράτος. Είναι ανεύθυνο να τεθεί ένα κράτος όπως η Ρωσία στο ίδιο επίπεδο απειλής με το Ισλαμικό Κράτος. Η Ρωσία πρέπει να αναγνωρισθεί ως ένας βασικός εταίρος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και βασικός παγκόσμιος παράγοντας, τόσο όσον αφορά την εξωτερική ασφάλεια όσο και τον κοινό αγώνα κατά του Ισλαμικού Κράτους.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Mi astengo dal votare la proposta dei miei colleghi poiché ritengo che allo stato attuale dei fatti assistiamo a un notevole incremento del numero dei pericoli che possono colpire e danneggiare i cittadini dell'Unione europea, quindi sarebbe idonea aggiornare costantemente la popolazione con un continuo scambio di informazione tra Stati membri. Però, allo stesso tempo, ritengo che sia sbagliato vedere una cospirazione contro l'Unione europea in tutto ciò che ci circonda, anzi gli Stati membri dovrebbero collaborare tra di loro trasmettendo sicurezza ai loro cittadini e non allarmandoli, trascinandoli, in una guerra mediatica con Stati extra europei. Pertanto mi astengo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Smatram da je važno da se na institucionalnoj razini osvijesti važnost borbe protiv propagandnih ratova usmjerenih protiv Europske unije te da to prijeđe fazu evolucije od onoga što nam je svima poznato i čega smo svjesni prema jasnom položaju Europske unije koji daje odgovarajuće mjere i mehanizme sprječavanja ovih negativnih fenomena. Posebno bih pozvala Europski parlament i Komisiju da s većim fokusom prate događanja u bliskom susjedstvu Unije, pogotovo da se fokus usmjeri na događanja u Srbiji, Crnoj Gori i Bosni i Hercegovini. U ovim državama na djelu je snažna proruska propagandna akcija koja je eskalirala u nekoliko slučajeva - na parlamentarnim izborima u Crnoj Gori, nezakonitom referendumu održanom u Republici Srpskoj te nedavnim vojnim vježbama ruske, srbijanske i bjeloruske vojske u blizini hrvatske granice. U Bosni i Hercegovini postoje naznake islamističke radikalizacije te je nužno raditi i na suzbijanju ovog zabrinjavajućeg trenda. Hrvatsko susjedstvo ne smije postati meki trbuh Europe i nužno je da Europska unija i dalje daje snažnu potporu europskoj perspektivi ovih zemalja te da se osigura neovisnost medija, provjerenost informacija i očuvanje istinskih europskih vrijednosti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est un objet de stupéfaction comme on en voit heureusement peu. Il met sur le même plan la Russie et l'organisation terroriste État islamique, ce qui est aussi scandaleux qu'absurde. Il fait donc preuve d'un aveuglement idéologique très éloigné de toute diplomatie intelligente. Par ailleurs, il oublie une réalité: la propagande la plus efficace contre l'Union européenne, c'est la politique menée par l'Union et ses résultats désastreux pour les peuples qui la subissent. Les citoyens ont analysé par eux-mêmes la catastrophe européiste, ils n'ont pas eu besoin qu'un État tiers leur dicte que penser. Je vote bien évidemment contre ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – EU, njegove države članice i građani su pod sustavnim i sve većim pritiskom da odgovore na kampanje dezinformacija i propagande. Pokušava se dovesti u pitanje i potkopati europski politički narativ koji se temelji na demokratskim vrijednostima, ljudskim pravima i vladavini prava – kako u očima građana EU-a, tako i njemu susjednih zemalja. Neprijateljska propaganda protiv EU-a poprima brojne oblike, često prilagođene profilima država članica. Želi se izazvati sumnju i razjediniti države članice te paralizirati procese donošenja odluka. Zazivanje straha i nesigurnosti u građanima EU-a jedno je od najvažnijih sredstava koje se upotrebljava, kao i predstavljanje neprijateljskih državnih i nedržavnih aktera jačima i uspješnijima nego što jesu u stvarnosti. Strategija antieuropske propagande obuhvaća tradicionalne medije, društvene mreže, školske programe i utjecaj na političke stranke u Europskoj uniji i izvan nje.

Pozivam EU i njegove države članice da poduzmu dosljedne mjere u cijelom EU-u protiv govora mržnje koji netolerantni, radikalni propovjednici sustavno promiču u svojim istupima. Nadležne institucije moraju pomno pratiti izvore financiranja antieuropske propaganda.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório mais não é do que um elemento do aprofundamento do carácter reacionário e antidemocrático da União Europeia. Partindo de valores que diz defender, alarga o seu âmbito às liberdades de comunicação, informação e expressão. Valores que as políticas da União Europeia contrariam e comprometem, de que é o mais crasso exemplo a crise humanitária dos refugiados.

Integra uma estratégia de vitimização, construindo um suposto contexto de ofensiva contra a UE, numa pretensa guerra de informação sem precedentes, uma poderosa ofensiva mediática, diz-se, comprometendo a sua integridade territorial e a soberania dos Estados, procurando a desestabilização interna da UE e dos membros da NATO.

Promove-se abertamente a intervenção e a ingerência externas num discurso a que não falta uma retórica anticomunista retrógrada e bafienta, procurando confundir a Rússia capitalista de hoje com a URSS.

Argumentos usados para avançar para a limitação e mais controlo de meios de comunicação social, da internet, de programas escolares e até partidos políticos.

Absolutiza-se como verdadeira a informação da UE, distinguindo propaganda e crítica, balizando o que é a crítica aceitável.

Abrem-se assim as portas da censura que tantas páginas negras escreveu em solo europeu. Práticas dignas de regimes autoritários e ditatoriais.

Votámos contra.

Miroslav Poche (S&D), *in writing*. – The main point of the report is to counter propaganda and radicalisation through cooperation between the Member States and the European institutions. Unfortunately, the report identifies two threats regarding propaganda: a non-state actor, the terrorist group known as Daesh or ISIS, and a state actor, Russia. I believe the propaganda targeting EU and its citizens is an undeniable fact, the need to react by strategic communication is apparent, but mixing the state and non-state actors is not the correct approach.

However, the fact that the EU states are subject to a very strong propaganda, while the Russian one is more present in the Central and Eastern Europe, made me express my support to the report. I am persuaded, however, that further attention should be given to both Russian and Daesh actions, but in a separate way. The separation is necessary not only because of the political gap but also because of the different strategic communication targets. Countering the propaganda and the radicalisation requires cooperation between the Member States and the European institutions. We should not underestimate the role of efficient propaganda and visible impacts on our society.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione individua due minacce principali per quanto riguarda la propaganda da parte di paesi terzi: un attore statale, segnatamente la Russia, e gruppi terroristici come Daesh. Nel testo si invita ad affrontare la radicalizzazione e la propaganda terroristica attraverso una cooperazione rafforzata a livello degli Stati membri e dell'UE. Si tratta di una proposta sensata che mi trova perfettamente d'accordo. Il problema è che il testo si focalizza anche sul fatto che l'UE sia vittima di un'attività di propaganda filo-russa portata avanti dal governo di Mosca. Fermo restando che personalmente ritengo che la Russia non rappresenti attualmente un nemico e una minaccia per la sicurezza dell'UE, reputo profondamente sbagliato puntare il dito contro delle iniziative che non possono in alcuno modo essere paragonate all'azione propagandistica perpetrata da gruppi terroristici. Ancora una volta alcuni membri del Parlamento europeo si sono fatti influenzare dai loro pregiudizi antirussi. Pertanto mi sono astenuto.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie zajmuje się przeciwdziałaniem propagandzie stosowanej wobec UE oraz państw członkowskich na różnych poziomach, mówi o niezbędnych ustaleniach i zmianach między instytucjami, które pozwoliłyby na szybszą i lepszą reakcję na działania podejmowane zarówno przez Federację Rosyjską, jak i rekrutację bojowników ISIS.

Jednym z proponowanych rozwiązań jest wzmocnienie specjalnej grupy zadaniowej w ramach ESDZ oraz wspieranie organizacji takich jak EED (European Endowment for Democracy). Sprawozdanie skupia się również na kampaniach propagandowych i informacyjnych prowadzonych przez Kreml wobec krajów Partnerstwa Wschodniego i opisuje je jako część szerszych działań w ramach wojny hybrydowej, zalecając bliższą współpracę między państwami członkowskimi, UE oraz organizacjami międzynarodowymi takimi jak NATO i OBWE. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Ce rapport met en exergue de nouvelles mesures visant à contrer les campagnes de désinformation menées à l'encontre de l'Union européenne et de ses États membres par la Russie, de même que contre la propagande des terroristes du groupe «État islamique», d'Al-Qaida et d'autres groupes terroristes djihadistes violents.

J'ai décidé de m'abstenir de voter sur ce rapport, qui place les actions de propagande provenant de la Russie sur la même échelle que la propagande produite par des organisations dangereuses telles que le groupe «État islamique» ou Al-Qaida. Cela n'a aucun sens car nos véritables ennemis restent le groupe «État islamique» et toutes les autres organisations qui menacent notre sécurité et que nous devons combattre sans relâche.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A União, os respetivos Estados-Membros e os seus cidadãos estão sujeitos a uma pressão crescente e sistemática para debelar a propaganda e as campanhas de informação, desinformação e deturpação da informação por parte de outras entidades do complexo poliforme que compõe a hodierna comunidade internacional, nomeadamente organizações terroristas e organizações criminosas. Não raras vezes, estes atores pretendem pôr em causa o próprio conceito de informação objetiva ou de ética jornalística e tratam todas as informações como tendenciosas ou como um instrumento do poder político pela via da distorção dos factos e pela criação de divisões entre os Estados-Membros.

É necessário reforçar o pluralismo, a objetividade, a imparcialidade e a independência dos meios de comunicação social, tanto dentro da União como na sua vizinhança. Tal é possível, apoiando jornalistas e desenvolvendo programas de reforço de capacidades destinados aos agentes da comunicação social, promovendo parcerias e redes de intercâmbio de informação, investigação relacionada com os meios de comunicação e oportunidades de mobilidade e formação para jornalistas.

Porque a liberdade de imprensa, o acesso à informação e a liberdade de expressão constituem pilares fundamentais de um sistema democrático, em que a transparência da propriedade dos meios de comunicação social e do respetivo financiamento se reveste da maior importância, aprovo o presente relatório.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report. The recent breakdown in relations between the west and Russia, of which both parties are guilty, has produced far more insecurity in Europe. Diplomacy and deterrence are delicate mechanisms. We are uneasy with the constant peddling of aggression and justifications for more EU action.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Fotyga à deux mains, contrairement à 208 collègues qui en pensaient la même chose mais ont choisi la voie diplomatique de l'abstention ! C'est à cause d'eux qu'il aura suffi de 304 députés sur les 691 présents pour faire passer un texte souffrant d'un péché originel inamendable: placer sur pied d'égalité l'État islamique et la Russie.

L'époque est à la guerre d'informations et l'Europe doit se doter d'une stratégie robuste pour contrer la propagande dirigée contre elle. Ce n'est pas seulement un enjeu de relations extérieures. Les campagnes de l'EI pour laver le cerveau des jeunes Européens en sont un exemple criant quand elles encouragent le terrorisme sur notre territoire. L'EI, c'est plus de 33 000 morts, 41 000 blessés, et 11 000 otages dans le monde entre 2002 et 2015.

Je suis d'accord avec la substance de ce texte, comme l'immense majorité de ceux qui l'ont comme moi rejeté. Le problème a été de traiter la Russie et l'EI dans un rapport unique. C'est ce vice de forme essentiel que je dénonce. Que nous aimions les façons de faire de Poutine ou pas, aucune solution ne sera trouvée au terrorisme mondial sans la Russie.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O relatório identifica duas ameaças no que respeita à propaganda: o Daesh e a Rússia. O objetivo será o de combater a propaganda e a radicalização através da cooperação entre os Estados Membros e as instituições europeias.

Um dos pontos controversos e inaceitáveis do relatório é o facto de o mesmo colocar a Rússia, um Estado soberano, ao mesmo nível de uma organização terrorista.

Por esse motivo, o grupo dos Socialistas e Democratas optou pela abstenção em plenário.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Este informe de propia iniciativa del Parlamento se refiere a dos amenazas exteriores en cuanto a la propaganda que dirigen contra la Unión: una proveniente de un actor no estatal, el grupo terrorista Dáesh y un actor estatal, la Federación Rusa, y busca contrarrestar la radicalización mediante la cooperación entre los Estados miembros y las instituciones europeas. Sin embargo, se coloca a un Estado, Rusia, en el mismo plano que un grupo terrorista.

Aunque resulta evidente la necesidad de reaccionar por medio de una comunicación estratégica contra la propaganda dirigida a la Unión y a sus ciudadanos, la mezcla de actores estatales y no estatales en el mismo plano no es un enfoque adecuado para una resolución de este Parlamento. Por ello, he decidido abstenerme en el voto.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la communication stratégique de l'Union visant à contrer la propagande dirigée contre elle par des tiers, car la désinformation distillée par des groupes terroristes islamistes, d'une part, et de la Russie, d'autre part, fait courir un grand risque à la démocratie. Comme l'écrivait Alfred Sauvy: «Bien informés, les hommes sont des citoyens; mal informés ils deviennent des sujets». Il faut investir davantage dans la sensibilisation et l'éducation pour permettre à chacun de se forger son opinion, avec esprit critique et en toute connaissance de cause. La propagande n'a jamais rien apporté de bon et s'il convient de coopérer et de mettre des moyens pour lutter contre la manipulation, nous nous devons de le faire.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Gyvename informacinėje visuomenėje, kur viešai komunikuojamos žinios yra itin svarbios. Tai ne tik padeda greičiau skleisti žinias, gebėjimus bei patirtį, tačiau ir daro mūsų visuomenę labai jautrią nedraugiškų jėgų išpuoliams, melui ir propagandai. Svarstomas dokumentas, skirtas padėti kovoti su melu ir propaganda yra labai savalaikis ir reikalingas. Vienareikšmiškai jį palaikau. Kartu noriu atkreipti dėmesį, jog galutinai šios problemos neišspręsime net ir priėmę geriausius teisės aktus. Vienintelis ilgalaikis ir tvarus sprendimas – aktyvi, gerai informuota pilietinė visuomenė, pati galinti atsirinkti ir pasipriešinti melui ir propagandai. Būtent parama tokios visuomenės stiprinimui turi būti esminė ES informacinės politikos dalis ir strateginės komunikacijos prioritetas.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A incitação ao ódio e ao uso da violência têm tido um progressivo impacto mediático nos últimos anos, fruto da utilização das novas tecnologias de informação e comunicação, que transmitem conteúdos de forma muito mais direta, rápida e eficaz. Particularmente preocupante é a propaganda dirigida contra a União Europeia (UE) por terceiros.

A UE e os seus cidadãos têm, por isso, estado sujeitos a uma pressão crescente, pelo que urge combater a propaganda e a informação enviesada e negativa (diria mesmo «negra») por parte de países terceiros e de intervenientes não estatais, como organizações terroristas e/ou organizações criminosas, preservando aqueles que são os seus valores fundamentais, como a democracia ou a liberdade de expressão.

Nesse sentido, delineou uma estratégia de comunicação para travar ataques com esta natureza - o Plano de Ação para uma Comunicação Estratégica.

As medidas passam por financiamento suplementar que apoie a formação e a liberdade dos meios de comunicação social (evitando informações tendenciosas), bem como a aposta na educação e a aproximação das comunidades locais.

Por concordar com a posição da relatora relativa à necessidade de uma maior cooperação e coordenação de todos os intervenientes a nível da UE para garantir o sucesso desta estratégia, votei favoravelmente este relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre comunicación estratégica de la Unión contra propaganda de terceros, porque hace un análisis que deja fuera muchos aspectos de la realidad geopolítica en la que se encuentra la Unión actualmente. Fomentar discursos de odio y miedo nos parece una forma poco eficaz de acabar con las amenazas discursivas que recibe la Unión. El análisis y el tono de todo el informe es parcial y poco veraz, y se sitúa además en una línea política opuesta a la nuestra en materia de Política Exterior.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zur strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken, gestimmt.

Der Bericht gilt als verstärkte Reaktion des Parlaments auf die Anwendung hybrider Strategien und Operationen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Besondere Aufmerksamkeit wird dabei auf die Aktivitäten Russlands und des ISIS, die sich gegen die EU und ihre Mitgliedstaaten wenden, gelegt.

Der Bericht fordert eine verstärkte Koordinierung auf EU-Ebene mit Blick auf die Bekämpfung von Desinformation und Propaganda.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos encontramos aquí ante un ejemplo más de la rusofobia de este Parlamento y que sobredimensiona constantemente las diferencias entre Rusia y la Unión.

El informe es un ataque frontal a los medios de comunicación, llamando a usar instrumentos de la OTAN, como el Centro de Excelencia de Comunicaciones Estratégicas (COE STRATCOM), para combatir a los medios de comunicación rusos. Además, llama a prestar apoyo directo a medios de comunicación «independientes», lo que es una paradoja, ya que al patrocinarlos desde organizaciones europeas, estos medios dejarían obviamente de ser independientes.

No contentos con esto, en el informe, y siguiendo esa retórica paranoica antirrusa, se sostiene que «los servicios de seguridad y de inteligencia concluyen que Rusia tiene la capacidad y la intención de realizar operaciones destinadas a desestabilizar a otros países», continuando con la retórica militarista y abocándonos a una escalada de tensión inaceptable.

El informe identifica dos amenazas relativas a la propaganda: un actor estatal, Rusia, y grupos terroristas como Dáesh, y se centra en conceder a la Unión los medios para apoyar sus propias campañas estratégicas de propaganda, principalmente contra Rusia, país de la ONU a quien pone al mismo nivel de amenaza que Dáesh.

Mi voto fue claramente en contra.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it calls to spend our tax money to counter anti EU propaganda.

Anti EU Propaganda normally means facts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — EPLP abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as a propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Zdržal som sa hlasovania pri tomto uznesení. Moje zdržanie vyjadruje, že v dokumente sú kvalitné veci, za ktorými stojím, ale aj tie, s ktorými nemôžem súhlasiť. Rozhodne som proti propagande, či už ruskej alebo inej. Avšak v uvedenom dokumente sa na rovnakú váhu dáva tzv. Islamský štát a Rusko. A pri takýchto hodnoteniach som preto opatrný, nakoľko situáciu na Blízkom východe dôverne poznám z mojich osobných skúseností z tohto územia.

Zároveň na druhej strane považujem rovnako za dôležité, aby sa neprekrúcali historické fakty a takto zmanipulované dejiny sa predkladali verejnosti a hlavne mladým ľuďom, ako sme toho svedkami aj v mojej krajine, na Slovensku. A toto považujem za hrubú propagandu.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Napriek tomu, že problém s propagandou smerujúcou z tretích strán do Únie sa za posledné roky zintenzívnil, pri hlasovaní o tejto správe som sa zdržala. Súhlasím s tým, že európske krajiny sú vystavené enormnému tlaku konšpiračných a propagandistických internetových stránok, ale nie je možné, aby sme v jednej správe dávali na rovnakú úroveň štátneho aktéra, Rusko, a neštátneho aktéra, akým je Islamský štát. Propaganda, ktorej sú európski občania vystavení, je faktom, voči ktorému sa Únia bude musieť vymedziť určitou strategickou komunikáciou. Ale používať rovnaké prostriedky na boj s radikálnym islamizmom a so snahou definovať určité časti Európy ako tradičné sféry vplyvu Ruska, nie je adekvátny prístup. Proti propagande musia pôsobiť európske inštitúcie s orgánmi členských štátov, pretože situácia v jednotlivých krajinách sa značne líši. Kľúčové bude, aby sa zvyšovalo povedomie a vzdelávanie občanov o kritickom myslení. Digitálna doba je poznačená pretlakom informácií, ktoré občanov neustále zaplavujú. Snahou internetovej propagandy je ľudí zneistiť, zmiasť a rozdeliť. Podporujem preto prácu Európskej služby pre vonkajšiu činnosť, ktorá robí už dnes záslužnú prácu v odhaľovaní a dešifrovaní dezinformácií, ktoré sa internetom denne šíria.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu z vlastní iniciativy o strategické komunikaci EU s cílem bojovat proti propagandě, kterou proti ní vedou třetí strany. Považuji za důležité, aby EU reagovala na aktivity, které vůči EU vytváří zejména Rusko, ale i ISIS a další státy či subjekty. Z doby před rokem 1989 si pamatuji neustále přítomnou propagandu v televizi, rozhlase i novinách, která systematicky likvidovala veškeré náznaky opozice vůči socialistickému zřízení a politice KSČ. Dnešní doba je jiná, právo na vyjadřování a přístup k informacím máme všichni, o to je složitější se v nich orientovat a zjistit, kterým důvěřovat a kterým nikoliv, které z nich byly vytvořeny k tomu, aby nás záměrně oklamaly. Rusko i ISIS hrají na stejnou notu posilováním strachu, nedůvěry a nenávisti. V České republice v současnosti registrujeme na čtyřicet webových stránek s dezinformačním obsahem, z nichž některé jsou přímo napojeny na Rusko nebo mají v názvu EU. To je velmi znepokojivé. Naším společným cílem jistě není vytváření EU propagandy, ale postavit se šíření bludů a dezinformací. Musíme bránit pravdu a učit její rozpoznání, a to již u žáků a studentů na školách. Musíme také lépe a srozumitelněji komunikovat s občany, vysvětlovat naši práci, naše společné

úsilí, naše společné evropské hodnoty.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" ist problematisch. Das Anliegen ist es zunächst, Propaganda exterritorialer Akteure, namentlich Russlands und des IS, zu bekämpfen und eine Gegenpropaganda einzurichten. Dass es russische Propaganda gibt, ist unbestritten und wird beispielsweise auch durch NATO-Dokumente belegt. Gerade in Osteuropa, wo die Medien kleinerer Staaten oft relativ finanzschwach sind, besteht die Gefahr einer russisch dominierten Einseitigkeit des Informationsangebotes. Einige Staaten unterstützten auch politische Parteien innerhalb der EU mit erheblichen Beträgen.

Die Frage ist aber, wie man diese Propaganda identifiziert und wie man sie einschränkt, ohne das Informationsinteresse der Bevölkerung zu schädigen. In der Abwägung beider Anliegen muss also eine Abwägung getroffen werden. Ist die Gefahr durch Propaganda Dritter höher einzuschätzen als die Gefahr einer Zensur wichtiger Informationen durch die EU? In der Abwägung habe ich mich trotz erheblicher Bedenken entschlossen, dem Bericht zuzustimmen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Ruská a islamistická propaganda ohrozuje stabilitu a mier v Európskej únii. Nemôžeme proti nej bojovať nejakou protipropagandou, ale len poctivou politikou a otvorenou komunikáciou s ľuďmi. Úspech závisí len od vôle vlád členských štátov postupovať jednotne. V prípade tej slovenskej mám vážne pochybnosti, či takáto vôľa existuje.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Dezinformační a propagandistická agenda dnešního Ruska vykazuje jasné paralely s dobou sovětské masové miskomunikace. V Evropském parlamentu permanentně upozorňuji na nebezpečí naší nečinnosti a naší naprosto nedostatečné obrany.

Řešení problému začíná jeho pojmenováním, a proto si cením a podpořil jsem usnesení o strategické komunikaci s cílem bojovat proti propagandě. Jeho autorkou je předsedkyně podvýboru pro obranu a bezpečnost Anna Fotyga. Dnes je již naprosto zřejmé, že informační válka a dezinformace nejsou jen vnějším, ale i vnitřním problémem EU. Zpráva dokládá, že dezinformace a propaganda jsou součástí hybridní války. Hybridní války, kterou proti nám vede Kreml. Je nejvyšší čas si uvědomit, že slovo může být silnější než raketové systémy.

Další nebezpečnou aktivitou Ruské federace, kterou zpráva zmiňuje, je finanční podpora Kremlu proti unijním silám v EU. Subjekty popírající základní hodnoty liberálních demokracií, zejména strany krajní pravice, populistické síly a hnutí jsou na vzestupu nemalou měrou i díky těmto snahám.

Náprava napáchaných škod nebude jednoduchá. Co dělat? Nezbytných kroků je velká řada, uvedu jeden příklad. Dlouhodobě upozorňuji, že dosavadní snahy jsou skandálně podfinancovány. Bod 27 hovoří o pracovní skupině pro strategickou komunikaci. Ta v řádu několika expertů působí v rámci ESVČ. Je třeba ji významně posílit a financovat dodatečnou zvláštní rozpočtovou položkou.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – EPLP abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as a propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Kritik an der EU ist verboten. Das geht aus der Entschließung über „Strategische Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" hervor. Darin stellt das EU-Parlament Russland und die Terroristen des „Islamischen Staats" auf eine Stufe. Beide werden der „organisierten EU-Gegenpropaganda" beschuldigt. Kritik an der EU von innen und außen soll mit allen Mitteln verboten werden. Selbst wenn man dafür Terroristen mit Russland gleichstellt. Deswegen habe ich gegen diese Entschließung gestimmt. Das EU-Parlament geht mit „Propaganda" sowieso sehr variabel um. Das erleben wir im Parlamentsalltag im Umgang der Verwaltung mit eurokritischen Fraktionen. Nach außen macht das EU-Parlament selbst ganz schön Propaganda: Parlamentarium, Europarl-TV, Euranet, „Haus der Geschichte der EU" und das Europäische Jugend-Event sind ebenso Propaganda-Instrumente, und dafür gibt es immer Steuerzahlergelder. Es gibt sogar ein parlamentseigenes Propaganda-Kino: den LUX-Preis. Er wird an den besten EU-Propaganda-Film verliehen, der mit Hilfe der EU-Filmförderung produziert wurde. In diesem Jahr erklärte die Preisträgerin ohne Scham: „Filme (wie meinen) gibt es nur dank der nationalen und europäischen Subventionen." Dank der steuerfinanzierten EU-Filmförderung entstehen nämlich Filme, die im normalen Kino-Kunst-Wettbewerb nicht einmal aufs Papier gebracht werden würden, weil sie niemanden interessieren. Die hauseigene EU-Propaganda-Parlamentskino-Steuergeldverschwendung begann vor 10 Jahren. Wir verdanken sie der CDU-EU-Abgeordneten Doris Pack aus dem Saarland.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Europska unija u posljednje je vrijeme stalna meta čitavog niza negativnih kampanja u režiji destabilizirajućih faktora u bližem i širem europskom susjedstvu. Uzimajući u obzir već narušenu sliku Europske unije i europskih vrijednosti uslijed učestalih eskalacija i na europskom teritoriju, nužno je da se unija osposobi u aktivnom pristupu borbi protiv propagande koju protiv nje provode treće strane. Uspostava mehanizama provjere i obavještavanja europskih građana o objektivnoj i činjeničnoj istini koja je različita od poruka koje šalju treće strane jedini je način očuvanja komunikacijskog integriteta unije. Poticanje slobodnog novinarstva, medijskih sloboda te inzistiranje na poštovanju najviših pravila i standarda struke moraju biti ugrađeni u jednu takvu strategiju. Stoga podržavam ovo izvješće jer je prvi korak u djelovanju protiv onih koji se protiv Europske unije bore propagandnim i informacijskim ratovanjem.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o strateškem komuniciranju EU zoper propagando, ki jo proti njej usmerjajo tretje strani. V zadnjih letih smo v Evropi priča spremenjenemu varnostnemu okolju. Evropska unija se tako med drugim sooča s številnimi grožnjami, propagando ter različnimi oblikami populizmov, katerih cilj je gospodarsko, politično in družbeno destabilizirana EU. Ne glede na to, da je preprečevanje groženj EU s strani tretje strani predvsem v pristojnosti držav članic, potrebujemo na ravni Evropske unije enoten okvir. Z močnejšim povezovanjem med državami članicami na eni strani ter med Evropsko unijo in zvezo Nato na drugi strani, bomo okrepili Evropo v varnostnih in obrambnih zadevah.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Dnes jsem podpořil zprávu Evropského parlamentu o strategické komunikaci EU s cílem bojovat proti propagandě, kterou proti ní vedou třetí strany. Zpráva jasně pojmenovává nutnost bojovat proti propagandě, která je v současnosti integrální součástí tzv. hybridního způsobu vedení války. V případě propagandy, kterou provádí Rusko v členských státech EU, nejde ani tak o získání nových příznivců Putinovi politiky, ale o rozšiřování nepravdivých a zmanipulovaných informací za účelem znemožnění jakékoli diskuse založené na faktech. Cílem ruské propagandy je narušit spolupráci jednotlivých členských států EU a možnosti demokratické diskuse v těchto jednotlivých státech. Do budoucna však nestačí jen tyto jevy pojmenovat, ale především se proti nim aktivně bránit. K tomu je třeba vyčlenit odpovídající prostředky finanční i lidské.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η έκθεση επιτίθεται κατά της δημοσιογραφίας και καλεί τους δημοσιογράφους να χρησιμοποιούν τα μέσα του ΝΑΤΟ, όπως το Κέντρο Στρατηγικών Επικοινωνιών, για να «πολεμήσουν» τα ρωσικά μέσα ενημέρωσης. Επίσης επιδιώκεται να εξισωθεί η Ρωσία με τις τρομοκρατικές οργανώσεις. Τέλος, η έκθεση καταγράφει μια σειρά από συνέργειες στις οποίες θα πρέπει να προχωρήσει η Ευρωπαϊκή Ένωση και τα κράτη μέλη σε συνεργασία με το ΝΑΤΟ για να αντιμετωπιστούν οι «επικίνδυνες καταστάσεις». Για τους λόγους αυτούς καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Η στρατηγική επικοινωνίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την αντιμετώπιση της προπαγάνδας εναντίον της από τρίτους κινείται προς τη λάθος κατεύθυνση. Δεν πρέπει να υπερισχύει η λογική «εφεύρεσης εχθρών» και αποδιοπομπαίων τράγων, για να δικαιολογείται η απουσία χρηστής πολιτικής διακυβέρνησης.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratívát. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás,-oktatás és -képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – A jelentés elfogadásánál tartózkodtam, mert bár az európai integrációt és a kontinens békéjét fenyegető jelentős és újszerű kihívásra mutat rá, egyúttal javaslatokat téve ennek kivédésére is, mégis egyúttal olyan állításokat is megfogalmaz, amelyekkel nem tudok azonosulni. Mindazonáltal külön figyelemmel voltam a jelentésben egyebek mellett bemutatott orosz propaganda-törekvésekre, mert azok erőteljesen jelen vannak az én hazámban is, különös tekintettel a szélsőjobboldali erők anyagi és politikai támogatására, a közvélemény befolyásolására, illetve az EU-tagság aláásására utaló jelekre. Az ezzel szembeni fellépés ebben az esetben különösen nehéz, mivel Moszkva az Orbán-rezsimben nem ellenfélre, hanem partnerre számíthat, amely követi és nyíltan méltatja a putyini politikai módszereket, s a migrációt és az EU-t érintő törekvésekben is lényegében Putyin forgatókönyvét hajtja végre.

A jelentésben vázolt közös, EU-szintű ellenakciót ebben az esetben azért is fontosnak tartanám, mert itt belső jelenségről, egy EU-tagállam kormányáról van szó, amely könnyen Unión belüli követőkre találhat, amennyiben az Unió a legmagasabb szinten nem képes gátat vetni ennek a veszélyes politikai játéknak. Úgy gondolom, ez nem csak része, hanem előfeltétele az EU-ellenes külső propaganda elleni kommunikációs stratégia hatékony végrehajtásának.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W ostatnich latach ma miejsce coraz więcej aktów propagandowych wymierzonych przeciwko Unii Europejskiej, zwłaszcza ze strony Rosji, a także Państwa Islamskiego, Al-Kaidy i innych grup terrorystycznych. Strategiczna propaganda przeciwko Unii i jej krajom ma na celu przeinaczanie faktów, wzbudzanie wątpliwości, dzielenie Unii i jej partnerów w Ameryce Północnej, sparaliżowanie procesu podejmowania decyzji, a przede wszystkich wzbudzanie lęku i niepewności wśród obywateli UE.

Wraz z aneksją Krymu i rozpoczęciem wojny hybrydowej w Donbasie Kreml nasilił propagandę skierowaną przeciwko Unii przy wykorzystaniu szerokiego wachlarza narzędzi, jak telewizja, *think tanki*, pseudoagencje informacyjne czy trolle mediów społecznościowych. Celem jest zakwestionowanie wartości demokratycznych, podzielenie Europy czy zyskanie poparcia wewnętrznego. Co więcej, powszechnie wiadomym jest, że Kreml finansuje działalność europejskich partii skrajnie prawicowych czy ruchów populistycznych w Europie, które negują podstawowe wartości liberalnej demokracji.

Podobne metody stosuje tzw. Państwo Islamskie i inne organizacje terrorystyczne, co ma im ułatwić rekrutowanie swoich członków na terenie Unii. Niezwykle ważna jest ściślejsza współpraca instytucji Unii i państw członkowskich w celu ochrony szczególnie młodych ludzi przed radykalizacją i rekrutacją do organizacji terrorystycznych. Tego celu nie uda się osiągnąć bez inwestowania w edukację i podnoszenie świadomości obywateli, aby ułatwić krytyczną analizę i identyfikację propagandy.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin mietintöä vastaan, sillä koin tekstin tasapainottomaksi. Tekstissä oli sekoitettu kaksi täysin eri asiaa, eikä lähestymistapa missään nimessä ollut ongelmaan nähden oikea. Kaikin puolin epäonnistunut asiakirja, jota ei edes muutosehdotuksilla olisi saanut korjattua.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro la «Comunicazione strategica dell'Unione europea per contrastare la propaganda contro di essa a opera di terzi» poiché la considero come una chiara e ingiustificata mozione unilateralmente antirussa. Il testo invoca il potenziamento della task force UE contro «le campagne di disinformazione della Russia». La task force in questione ora è costituita da un «network di 400 esperti» che i cittadini europei stipendiano perlopiù a propria insaputa. I suoi prodotti on line sono un sito internet e un account twitter dedicati alle «bugie mediatiche favorevoli alle politiche della Russia». La mozione descrive la crescente disaffezione dei cittadini verso l'UE come un «declino del pensiero critico nel pubblico» che diventa così «più predisposto alla disinformazione e alla manipolazione», ma non lega ad esempio questa disaffezione all'austerity e alla conseguente macelleria sociale. La accosta invece al fatto che il Cremlino finanzierebbe «partiti e altre organizzazioni all'interno dell'UE» e che la sua «propaganda» colpirebbe «giornalisti, politici e individui specifici all'interno dell'UE» con lo scopo di «distorcere la verità, incutere paura, provocare dubbi e dividere l'UE». Un modo per evitare inconsciamente di prendere atto della triste realtà, cioè i disastri sociali figli delle politiche UE.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În contextul societății informaționale, dezvoltarea conținutului, a modelelor, structurii și teoriilor comunicării generează oportunități și presiuni în vederea abordări sistemice și integrate a comunicării la nivelul UE, astfel încât nu doar să fie cunoscut modelul de succes care este UE cu toate valorile, principiile, reușitele sale, ci să și atragă țările să facă parte din respectivul model. În acest sens, UE trebuie să acorde prioritate eforturilor sale de comunicare strategică, implicând resurse relevante și actori, ce corespund unei abordări proactive atât în cadrul comunității europene, cât și în afara ei.

Comunicarea strategică, presupunând existența unei relații cauză-efect între activitățile de comunicare și îndeplinirea obiectivelor UE, aduce în prim plan rolul comunicării asociate unui management strategic în cadrul acesteia.

Mai mult decât atât, UE trebuie să dezvolte strategii de comunicare eficiente în vederea promovării respectării drepturilor și libertăților fundamentale prin acțiunile sale (interne si externe), implicând nu doar comunitățile locale, ci și toate părțile interesate, utilizând noile tehnologii generate de economia digitală, în vederea dezvoltării sinergetice a fluxurilor informaționale pozitive față de UE, în general.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Uniunea Europeană a devenit în ultima vreme ținta unor campanii sistematice de discreditare, dezinformare și intoxicare din partea propagandei lansate de anumite țări și actori nestatali. Aceste practici derivă din amenințarea pe care o suscită valorile europene ale democrației, statului de drept, drepturilor omului și libertăților fundamentale asupra anumitor actori internaționali care nu împărtășesc aceste valori. Este vorba despre un veritabil război informațional practicat în special de către organizații teroriste cum ar fi Statul Islamic și Al-Qaida.

Pentru a contracara aceste atacuri subtile din exterior, Uniunea Europeană are nevoie de măsuri de comunicare strategică care să demaște încercările respective în fața cetățenilor europeni și care să evite discreditarea proiectului european în cadrul statelor membre. În acest sens, este nevoie de o cooperare strânsă între instituțiile europene și statele membre, în vederea monitorizării surselor de finanțare ale propagandei antieuropene, sprijinirea mass-media din țările incluse în politica europeană de vecinătate (PEV), sprijinirea educației jurnalistice în interiorul și în vecinătatea UE și a comunicării eficiente cu cetățenii. Totuși, consider că acest document are nevoie de o serie de îmbunătățiri și de un tratament diferențiat între state și actorii nestatali.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu lors de ce vote. En effet, pour être tout à fait sincère, de nombreux passages prêtent à interprétation et me semble poser des problèmes. La rédaction imparfaite, voire quelques fois erronée, ne me permet pas de donner mon aval.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the EU strategic communication to counteract anti-EU-propaganda by third parties seeks to create an EU response to misinformation and propaganda against the EU, notably by sources of opposition such as Russia and ISIS. The diffusion of propaganda has become a persistent challenge to EU legitimacy and is used by outside forces to destabilise and weaken Europe's integrity. I voted in favour of the report because I believe the EU has to do everything in its power to mitigate the spread of misinformation by those who oppose Europe and wish to destabilise the Union.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A mai napon, az Európai Néppárt álláspontjának megfelelően, fideszes képviselőtársaimmal együtt szavazatommal támogattam azt a jelentést, amely a harmadik felek által kifejtett EU-ellenes propaganda elleni fellépést szolgáló stratégiai kommunikáció erősítését szolgálja. A dokumentum hangsúlyozza, hogy az EU-ellenes propaganda célja az, hogy megossza a tagállamokat, megbénítsa a döntéshozatali eljárásokat, rontsa az uniós intézmények hitelét, továbbá hogy aláássa a demokratikus értékeken, az emberi jogokon és a jogállamiságon alapuló európai narratíváját. A jelentés felszólítja az EU-t és tagállamait, hogy Unió-szerte következetesen lépjenek fel az intoleráns, radikális hitszónokok által hangoztatott gyűlöletbeszéddel szemben, amely termékeny talajt teremt olyan terrorszervezetek növekedése számára, mint az Iszlám Állam és az al-Kaida. A jelentés éppen ezért hangsúlyozza a színvonalas újságírás, oktatás és képzés fontos szerepét a minőségi elemzések magas színvonala érdekében, és felszólítja a Bizottságot, hogy terjesszen elő jogalkotási kezdeményezéseket annak érdekében, hogy hatékonyabban fel lehessen venni a harcot a célzatos félretájékoztatással.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam „Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o strateškoj komunikaciji Europske unije za borbu protiv propagande koju protiv nje provode treće strane". Njom se naglašava da se u svrhu propaganda protiv EU-a upotrebljavaju razna sredstva, često prilagođena profilima država članica, kako bi se izvrnula istina, izazvala sumnja, razjedinile države članice, prouzročilo strateško razilaženje između Europske unije i njezinih sjevernoameričkih partnera. Takva propaganda može potencijalno paralizirati procese donošenja odluka, diskreditirati institucije EU-a i transatlantska partnerstva u očima građana EU-a i njemu susjednih zemalja, te dovesti u pitanje i potkopati europski politički narativ koji se temelji na demokratskim vrijednostima, ljudskim pravima i vladavini prava.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Neprijateljska propaganda protiv EU-a poprima različite oblike te se u njezine svrhe upotrebljavaju razna sredstva kako bi se izvrnula istina, izazvala sumnja, razjedinile države članice, diskreditirale institucije EU-a i transatlantska partnerstva.

Rusija se agresivno služi širokom lepezom sredstava i instrumenata kako bi dovela u pitanje vrijednosti Zapada, podijelila Europu, pribavila podršku domaće javnosti i stvorila predodžbu o državama u istočnom susjedstvu EU-a kao o državama u raspadu. S druge strane, islamističke terorističke organizacije, posebno ISIL/Daiš i al-Kaida, vode aktivne informacijske kampanje kako bi ugrozile europske vrijednosti i povećale razinu mržnje prema njima. Posebno me zabrinjava činjenica kako se ISIL/Daiš opsežno služi alatima društvenih mreža kako bi zagovarao svoje ciljeve propagande i novačenja, osobito među mladima, koji trebaju posebnu zaštitu od te opasne radikalizacije.

NATO, EU, države članice te nevladine i građanske organizacije bi trebale uspostaviti najbolju moguću koordinaciju i razmjenu informacija te usko surađivati za dobrobit svih građana EU-a. Za predloženo djelovanje nužna je suradnja i koordinacija svih relevantnih aktera na razini EU-a i na nacionalnoj razini, a jedino sveobuhvatan pristup može dovesti do uspjeha u naporima, stoga sam podržala ovo izvješće te glasovala pozitivno.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o strateškem komuniciranju EU zoper propagando, ki jo proti njej usmerjajo tretje strani, sem podprla.

EU se je zavezala, da bo pri svojih ukrepih na mednarodnem prizorišču upoštevala načela, kot so demokracija, pravna država, spoštovanje človekovih pravic in temeljnih svoboščin, svoboda medijev, dostopnost informacij, svoboda izražanja in medijski pluralizem.

Nove države članice so pod vse večjim informacijskim in dezinformacijskim pritiskom, ker želijo nekateri akterji spodkopavati objektivno resnico. To pa trese demokratična načela in vrednote.

Treba se je zoperstaviti informacijskim vojnam, katerih namen je destabilizirati politično, gospodarsko in družbeno stanje v državi. Prav tako je treba legitimirati ukrepe, ki pomenijo grožnjo suverenosti in politični neodvisnosti držav članic EU, varnosti njihovih državljanov in njihovi ozemeljski celovitosti. Predvsem je problem ruskega komuniciranja.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The approach to this problem comes from a wrong angle. While we should have been focusing on the professionalism and ethical behaviour of journalists, the approach seems to be to fight propaganda with counter-propaganda. Counter-propaganda which is written by anonymous sources, as in the case of EastStratCom.

In addition, we are taking a dangerous step in the wrong direction when we condemn the behaviour of a government of a state and a terrorist organisation in the same document. This sends a signal that either the Russian Government is regarded as a terrorist organisation or ISIS is a sovereign state. Either way, this is unacceptable.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre comunicación estratégica de la Unión contra propaganda de terceros, porque hace un análisis que deja fuera muchos aspectos de la realidad geopolítica en la que se encuentra la Unión actualmente. Fomentar discursos de odio y miedo nos parece una forma poco eficaz de acabar con las amenazas discursivas que recibe la Unión. El análisis y el tono de todo el informe es parcial y poco veraz, y se sitúa además en una línea política opuesta a la nuestra en materia de Política Exterior.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht zur „strategischen Kommunikation der EU, um gegen sie gerichteter Propaganda von Dritten entgegenzuwirken" ist problematisch. Das Anliegen ist es zunächst, Propaganda exterritorialer Akteure, namentlich Russlands und des IS, zu bekämpfen und eine Gegenpropaganda einzurichten. Dass es russische Propaganda gibt, ist unbestritten und wird beispielsweise auch durch NATO-Dokumente belegt. Gerade in Osteuropa, wo die Medien kleinerer Staaten oft relativ finanzschwach sind, besteht die Gefahr einer russisch dominierten Einseitigkeit des Informationsangebotes. Einige Staaten unterstützten auch politische Parteien innerhalb der EU mit erheblichen Beträgen.

Die Frage ist aber, wie man diese Propaganda identifiziert und wie man sie einschränkt, ohne das Informationsinteresse der Bevölkerung zu schädigen. In der Abwägung beider Anliegen muss also eine Abwägung getroffen werden. Ist die Gefahr durch Propaganda Dritter höher einzuschätzen als die Gefahr einer Zensur wichtiger Informationen durch die EU? In der Abwägung habe ich mich trotz erheblicher Bedenken entschlossen, dem Bericht zuzustimmen.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Il s'agit de lutter contre les fameuses «menaces hybrides» qui seraient des menaces contre l'Union européenne. Ces menaces ont deux sources: la Russie et le groupe «État islamique».

Ce rapport est un témoignage de la dérive obsidionale de l'Union européenne, qui, à défaut d'avoir une quelconque consistance, essaye de manifester son existence en manipulant les peurs. Ce rapport est aussi le témoin du danger que représente désormais l'UE pour la vie internationale tant il est en dehors des limites de la diplomatie d'amalgamer de manière aussi grossière un État souverain et une organisation terroriste.

J'ai donc voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska znajduje się pod rosnącą presją ze strony Rosji, która używa propagandy oraz wojny informacyjnej jako części swojej strategii wobec UE, wykorzystując znaczne środki przeznaczone tylko i wyłącznie na ten cel.

Rezolucja zajmuje się przeciwdziałaniem propagandzie stosowanej wobec UE oraz państw członkowskich na różnych poziomach, mówi o niezbędnych ustaleniach i zmianach między instytucjami, które pozwoliłyby na szybszą i lepszą reakcję na działania podejmowane zarówno przez Federację Rosyjską, jak i rekrutację bojowników ISIS.

Sprawozdanie skupia się również na kampaniach propagandowych i informacyjnych prowadzonych przez Kreml wobec krajów Partnerstwa Wschodniego i opisuje je jako część szerszych działań w ramach wojny hybrydowej, zalecając bliższą współpracę między państwami członkowskimi, UE oraz organizacjami międzynarodowymi takimi jak NATO i OBWE. Zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Unió elkötelezte magát amellett, hogy nemzetközi szintű fellépése olyan elvekkel összhangban történik, mint amilyen a demokrácia, a jogállamiság, az emberi jogok és alapvető szabadságok tiszteletben tartása, a média szabadsága, az információkhoz való hozzáférés, a véleménynyilvánítás szabadsága és a médiapluralizmus. Az Uniót és az európai értékeket sokféle támadás éri, többek között az orosz állami propaganda részéről. Ez ellen tenni kell. A mostani javaslat azonban rosszul közelített a kérdéshez, ezért tartózkodtam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe sobre comunicación estratégica de la Unión contra propaganda de terceros, porque hace un análisis que deja fuera muchos aspectos de la realidad geopolítica en la que se encuentra la Unión actualmente. Fomentar discursos de odio y miedo nos parece una forma poco eficaz de acabar con las amenazas discursivas que recibe la Unión. El análisis y el tono de todo el informe es parcial y poco veraz, y se sitúa además en una línea política opuesta a la nuestra en materia de Política Exterior.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – ES strateginė komunikacija, siekiant neutralizuoti prieš ją nukreiptą trečiųjų šalių propagandą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted against the report on EU strategic communication to counteract propaganda against it by third parties. The EU, its Member States and citizens are under growing, systematic pressure to tackle information, disinformation and misinformation campaigns and propaganda from countries and non-state actors, such as transnational terrorist and criminal organisations in its neighbourhood. The report underlines that the EU must consider its strategic communication efforts as a priority, which should involve relevant resources. I voted against because I believe that the report is one-sided and that it wrongfully equates the situation in Russia with propaganda carried out by the terrorists linked to ISIL.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Esta Propuesta de Resolución pone de manifiesto la presión creciente a la que se ve sometida la Unión por parte de terceros —actores estatales y no estatales que, mediante la propaganda, pretenden debilitarla—. En aras de servir como base evaluadora de los objetivos que persiguen los planes comunitarios de comunicación estratégica, señala los métodos usados por Rusia para desacreditar a las instituciones de la Unión, maquinar una separación estratégica de los Estados Unidos y la Unión, fomentar la división entre sus Estados miembros y poner en cuestión los valores europeos en términos de respeto por los derechos humanos y el Estado de derecho. También analiza las estrategias de Dáesh para el reclutamiento de jóvenes, la promoción del islam radical y el incremento del odio hacia los principios y los intereses comunitarios. El texto pide mayor coordinación entre las partes

relevantes tanto a nivel Unión como a nivel nacional, de manera que se trabaje en base a un enfoque que sea efectivo a la hora de combatir la desinformación y la propaganda. Desde el convencimiento de que la comunicación estratégica es uno de los vectores esenciales en el marco de nuestra política exterior, he votado sí a esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos encontramos aquí ante un ejemplo más de la rusofobia de este Parlamento y que sobredimensiona constantemente las diferencias entre Rusia y la Unión.

El informe es un ataque frontal a los medios de comunicación, llamando a usar instrumentos de la OTAN, como el Centro de Excelencia de Comunicaciones Estratégicas (COE STRATCOM), para combatir a los medios de comunicación rusos. Además, llama a prestar apoyo directo a medios de comunicación «independientes», lo que es una paradoja, ya que al patrocinarlos desde organizaciones europeas, estos medios dejarían obviamente de ser independientes.

No contentos con esto, en el informe, y siguiendo esa retórica paranoica antirrusa, se sostiene que «los servicios de seguridad y de inteligencia concluyen que Rusia tiene la capacidad y la intención de realizar operaciones destinadas a desestabilizar a otros países», continuando con la retórica militarista y abocándonos a una escalada de tensión inaceptable.

El informe identifica dos amenazas relativas a la propaganda: un actor estatal, Rusia, y grupos terroristas como Dáesh, y se centra en conceder a la Unión los medios para apoyar sus propias campañas estratégicas de propaganda, principalmente contra Rusia, país de la ONU a quien pone al mismo nivel de amenaza que Dáesh.

Mi voto fue claramente en contra.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With EPLP, I abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as a propaganda. Russia is not the only state involved in this activity; and putting ISIS on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that supporting quality and independent journalism more actively is the way forward.

Paavo Väyrynen (ALDE), *kirjallinen*. – Vastustin mietintöä EU:n strategisesta viestinnästä kolmansien osapuolten levittämän EU:n vastaisen propagandan torjumiseksi. Mietintö oli kokonaisuutena heikko ja se rinnasti täysin perusteettomasti Venäjän ja ISIS-järjestön harjoittaman propagandan. Mietinnöstä puuttui tasapaino ja se oli huonosti valmisteltu. Näistä syistä en voinut kannattaa mietintöä.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Cette résolution s'appuie théoriquement sur le Plan d'action de l'UE de juin 2015 sur la communication stratégique visant à répondre aux «activités extérieures de désinformation». Cette résolution propose de renforcer les moyens de l'Union dans la lutte informationnelle contre le terrorisme, mais elle établit un parallèle pour le moins étonnant et même contestable entre la «propagande» de la Russie et celle de Daesh. Il n'existe aucun autre pays que l'on oserait assimiler à une organisation terroriste.

Cette obsession antirusse participe à l'exacerbation des tensions politiques et ne peut que les aggraver. Il conviendrait à tout le moins de s'interroger sur la signification du terme de propagande, qui me parait utilisé sans que l'on prenne le soin de le définir, alors que cela mériterait un minimum de contextualisation et quelques comparaisons.

Ce texte, loin de renforcer la politique de défense de l'Union, contribue à alimenter une logique de blocs comme au «bon vieux temps» de la guerre froide. J'ai voté contre cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório, partindo de valores que diz defender, alarga o seu âmbito às liberdades de comunicação, informação e expressão, valores que as políticas da União Europeia contrariam e comprometem, de que é mais crasso exemplo a crise humanitária dos refugiados. Seriam muitos os exemplos e de resto nem seria preciso sair desta casa para os dar.

A estratégia de vitimização a que não falta uma retórica anticomunista retrógrada e bafienta é por demais evidente. A UE é vítima de uma poderosa ofensiva mediática, diz-se, comprometendo a sua integridade.

Com estes argumentos, avança-se para a limitação e controlo de meios de comunicação social, da internet, de programa escolares e até de partidos políticos. Absolutiza-se como verdadeira a informação da UE distinguindo propaganda e crítica, balizando o que é a crítica aceitável. Abrem-se, assim, as portas da censura e outras práticas dignas de regimes autoritários e ditatoriais cuja memória ainda deveria prevalecer na Europa.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht kritisiert jene durch soziale Medien geschaffene Medienpluralität und setzt diese sogar mit einem „Informationskrieg bzw. hybrider Kriegsführung" gleich. Es scheint so, als ob die Flexibilität von digitaler Kommunikation der Europäischen Union aufgrund der fehlenden Möglichkeit von zensurähnlichen Handhabungen ein Dorn im Auge ist.

Der vorgeschlagene Lösungsansatz ist, wie die zuvor erfolgte Feststellung des Problems, wenig durchdacht und einseitig: Um russische Propaganda zu bekämpfen, müsse es mehr Bemühungen und Ressourcen für den Ausbau der „strategischen Kommunikation" geben. Vorhandene Stellen im Bereich strategischer Kommunikation sollen in den EAD eingegliedert werden und mehr Personal und Budget erhalten.

Besonders perfide ist, dass der Berichterstatter ausführlich auf den Propagandakrieg und die fehlende Medienpluralität in Russland eingeht, den IS und al-Qaida erst danach auflistet und über die Türkei kein einziges Wort verliert.

Zusammenfassend lässt sich eines feststellen: Der Berichterstatter wirft „den Russen" genau jene Verhaltensweise vor, die die Europäische Union derzeit selbst aufrechterhält. Manipulierendes Auslegen historischer Ereignisse, die Verbreitung eines alternativen Narrativs, Verfälschung von Geschichte.

Diesen Bericht habe ich natürlich nicht mitgetragen.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Bei dem in Rede stehenden Bericht handelt es sich um ein Dokument der ideologisch-propagandistischen Aufrüstung und der weiteren Eskalation im Verhältnis zu Russland. In zahlreichen Kapiteln und Einzelabschnitten wird der angebliche „Informationskrieg" Russlands gegen westliche Länder und die vorgebliche Einmischung Russlands in die inneren Angelegenheiten der EU unterstrichen. Vieles davon ist faktisch NATO-Propaganda. Die Hauptstoßrichtung des vorliegenden Berichts zielt gegen Russland und ist der längst überfälligen Entspannung im Verhältnis zu Russland diametral entgegengesetzt. Hier war ein klares „Nein" geboten.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. — The Kremlin and Daesh have stepped up their propaganda war seeking to undermine the democratic foundations of the EU together with some of our neighbours' policies. Therefore, I am very glad that the EU treats that sort of disinformation campaign as a potential serious threat for its security environment. That is the reason why the EU has decided now to reinforce its Strategic Communication Task Force with adequate budgetary resources and staffing. However, the task of that unit is challenging as it has to reassure streamlining of the correct information successfully, keeping in mind that countering propaganda with propaganda is counterproductive.

Due to that fact, the only way of dealing with disinformation campaigns is to tackle them with professionalism in journalism. In order to do so, it is crucial to strengthen civil society within the EU and the resilience of media in our neighbourhood countries, such as Ukraine. The report ensures it will be done, along with other tools, through publishing weekly newsletters creating awareness among the general public of propaganda methods. Consequently, I am sure that implementation of this report will make us and our neighbours more resilient in dealing with propaganda, thus I voted in favour.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – EPLP abstained on the final vote on the resolution. We agree that countering propaganda and radicalisation requires cooperation between Member States. However, there are elements in the report itself which could be perceived as propaganda. Russia is not the only state involved in this activity. Also, putting Daesh (ISIS) on the same footing as a state is not appropriate. Therefore, we believe that actively supporting quality and independent journalism is the way forward.

As shadow rapporteur on the CULT Committee opinion, it is clear to me that support for independent media and promotion of the freedom of the press, recognising the role of education for media literacy, and the need for putting in place a strategic cultural diplomacy platform at EU level must be the pillars of EU actions aimed at countering propaganda. We must also work to encourage and promote high editorial standards in journalism so as to counter misinformation and propaganda.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that the image of the EU must be preserved all around the world. Hostile propaganda against the EU comes in different forms and so various tools will have to be used to counteract it. This is not only an external EU problem but also an internal one. Disinformation and propaganda are part of hybrid warfare aimed to weaken the image of the European Union. Often this propaganda is based on false or distorted information, in order to create confusion in the mind of the citizens.

Russia is contacting EU counterparts in order to establish propaganda that puts Europe in a bad light. Russia is using a wide range of instruments such as think tanks, special foundations and multilingual TV stations. I stand totally against this way of acting by the Russian Government, and I think that everything has to be done in order to defend Europe and its values. However, I think the topics of Russia and IS should have been addressed in separate resolutions since they are two very different issues.

Cecilia Wikström (ALDE), *skriftlig*. – Det var olyckligt att Fotygas betänkande om EU:s strategiska kommunikation för att bekämpa propaganda ställde problembeskrivningen av Ryssland – en nationalstat – bredvid den av Daish/Isil – en terrorsekt. Jag uppmanade ALDE:s skuggföredragande att förhandla med föredraganden om att betänkandet skulle skickas tillbaka till utskottet för bearbetning. Det gick inte, så jag valde att ändå stödja betänkandet, eftersom det trots det olyckliga formatet tar upp viktiga problem som jag inte känner att jag kan rösta emot. Organiserade desinformationskampanjer mot Europa sker dagligen, men vi bör inte likställa Ryssland med Daish/Isil i någon skrivelse.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Raportul din proprie inițiativă referitor la comunicarea strategică a UE pentru a contracara propaganda părților terțe împotriva sa se axează pe propaganda ostilă împotriva UE care îmbracă forme diferite, care folosește instrumente adaptate profilurilor statelor membre, cu scopul de a denatura adevărul, de a da naștere îndoielii, de a diviza statele membre, de a promova decuplarea strategică dintre Uniunea Europeană și partenerii săi din America de Nord.

Am votat acest raport care recunoaște faptul că UE trebuie să acorde prioritate eforturilor sale de comunicare strategică, care ar trebui să implice resurse relevante și care invită UE și statele membre să adopte măsuri consecvente la nivelul Uniunii împotriva discursurilor de incitare la ură promovate sistematic pe diverse canale.

Raportul susține că o strategie de comunicare eficientă trebuie să implice comunitățile locale în discuțiile despre acțiunile UE, să sprijine contactul interpersonal și să acorde atenția cuvenită schimburilor culturale și sociale ca platforme esențiale de combatere a prejudecăților populațiilor locale.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Toto uznesenie má za cieľ postaviť sa čelom propagande a útokom na integritu a hodnoty EÚ zo strany štátnych, ale i neštátnych aktérov. Ich cieľom je oslabiť Úniu zvnútra podnecovaním strachu a vyvolávaním neistoty medzi občanmi EÚ. Osobitnou kapitolou tohto uznesenia je ruská dezinformačná a propagandistická vojna. V tejto časti uznesenie rázne odsudzuje všetky prostriedky Ruskej federácie, ktoré používa s cieľom rozdeliť Európu a vytvoriť dojem zlyhávajúcich štátoch vo východnom susedstve. Napriek tomu je však podľa mňa zatiaľ priskoro hovoriť o vojne s Ruskom. Je pravdou, že EÚ dnes čelí tak priamemu, ako i nepriamemu ruskému dezinformačnému tlaku. Riešenie existujúcich sporov však musí vychádzať z diplomacie. Nezdá sa mi preto dobré, že text uznesenia kladie na jednu úroveň Rusko a teroristickú skupinu Dá'iš (ISIS), hoci tá tiež zručne využíva propagandu a dezinformácie na radikalizáciu potenciálnych prívržencov.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Předloženou zprávu o boji proti propagandě podporuji, jelikož si myslím, že jde o oblast, ve které by Evropská unie měla mít mnohem aktivnější postoj. Zároveň chci podotknout, že se musíme pečlivě soustředit na to, abychom nepřekročili tenkou linii mezi bojem proti propagandě a omezováním svobody slova u těch, kteří chtějí pouze kriticky uvažovat. Cílem internetové propagandy je vyvolávat pochybnosti, šířit nepravdivá tvrzení a potažmo tak vyvolávat strach a negativní emoce. Osobně jsem přesvědčen, že propagandistickým kampaním bychom neměli čelit jejich omezováním, zakazováním či ještě větší propagandou, ale naopak snahou o lepší informovanost a zvyšováním povědomí o pravdivém pohledu na věc. Rusko, Islámský stát, ale i další aktéři investují obrovské prostředky jednak do vlastních agentur, které šíří dezinformace, ale také do ovlivňování názorů na sociálních sítích či v mainstreamových mediích. Evropská unie si toto musí uvědomit a věnovat více úsilí a prostředků na boj v této informační válce.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Wojna ery cyfrowej to w dużej mierze wojna informacyjna. Dzięki internetowi i nowym mediom możliwości działań propagandowych są znacznie większe niż kiedykolwiek wcześniej. Mimo że Europa nie jest stroną otwartego konfliktu zbrojnego, jesteśmy poddawani nieustannej presji dezinformacyjnej przez wiele podmiotów państwowych i pozapaństwowych. Dwa z nich są obecnie szczególnie niebezpieczne.

Federacja Rosyjska nie jest na polu walki propagandowej nowicjuszem, ale rewolucja cyfrowa stworzyła wiele nowych kanałów i narzędzi do manipulowania opinią publiczną Zachodu. W sytuacji trwającego cały czas konfliktu na Ukrainie nasilenie tych działań znacznie wzrosło i skutecznie odwraca uwagę od zaangażowania Moskwy w tę wojnę nowej ery. Dzieje się to poprzez fabrykowanie fałszywych informacji, finansowanie organizacji pozarządowych i partii politycznych w Europie i cyberprzestępczość.

Drugim podmiotem, który poprzez dezinformację i propagandę stara się oddziaływać na Europę, jest ISIS – złośliwy polityczny nowotwór, który wypowiedział wojnę kulturową wartościom cywilizowanego świata. Polityka inspirowania fanatycznych wyznawców islamu do przeprowadzania samobójczych ataków na europejskie miasta już zebrała krwawe żniwo.

Sprawozdanie, nad którym dzisiaj głosowaliśmy, może być początkiem skutecznej walki z dezinformacją i propagandą na poziomie europejskim, o ile unijnym elitom wystarczy determinacji, by – szczególnie w przypadku Federacji Rosyjskiej – podjąć szybkie i konkretne działania.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Abstive-me no ponto relativo à comunicação estratégica da UE para enfrentar a propaganda dirigida contra ela por terceiros porque é preciso enviar um sinal forte contra a propaganda antieuropeia, mas considero que não se pode colocar toda a propaganda na mesma matriz de análise.

A propaganda que visa a UE e os seus cidadãos é um facto e a necessidade de fazer uso da comunicação estratégica para a combater é óbvia, mas acredito que misturar o Estado e atores não estatais não é a melhor abordagem para uma resolução do Parlamento Europeu sobre esta matéria.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o strateškoj komunikaciji Europske unije za borbu protiv propagande koju protiv nje provode treće strane jer poziva na aktivno djelovanje unije s ciljem očuvanja ugleda, vjerodostojnosti i istine o raznim događanjima u koje je Europska unija uključena. Korištenje propagande postalo je popularno u posljednjih nekoliko godina, pogotovo na ratištima u Ukrajini, Siriji i Iraku. Korisnici ovakvog pristupa svoje djelovanje temelje na pokušajima stvaranja iskrivljene slike o europskim vrijednostima i aktivnostima koje unija provodi na vanjskopolitičkom planu.

Borba protiv propagande mora se temeljiti na dosljednom inzistiranju na osiguranju medijskih sloboda, ali i odgovornog novinarskog izvještavanja i rada koji se temelji na standardima struke. Osnivanje tijela koje će raditi na ovome problemu nužan je korak u borbi protiv negativne kampanje koju provode treće strane.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o strateškem komuniciranju EU zoper propagando, ki jo proti njej usmerjajo tretje strani.

EU je izpostavljena informacijskim in dezinformacijskim kampanjam in propagandam držav in nevladnih akterjev, kot so teroristične in kriminalne organizacije v soseščini, ki spodkopavajo demokratične vrednote in interese EU ter posredujejo pristranske informacije ali jih izkoriščajo kot instrument za pridobivanje politične moči.

Zato se strinjam, da mora EU svoje strateško komuniciranje na različnih ravneh, vključno z institucijami EU, državami članicami, različnimi organi zveze NATO in OZN, nevladnimi organizacijami in organizacijami civilne družbe, obravnavati prednostno. Učinkovit in odgovoren pristop komuniciranja pa mora vključevati tudi ozaveščanje, izobraževanje državljanov EU ter razvito spletno, medijsko in informacijsko pismenost v EU in njeni soseščini.

11.7. Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen (B8-1230/2016, B8-1241/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, sign languages represent Europe's multicultural and multilingual heritage, and I am pleased to offer my support for improving the quality of the sign language interpreting profession. Hard-of-hearing, deaf and deaf-blind citizens should not be disabled by their working environment from equal access to the same information and communication as their peers.

In Ireland the Recognition of Irish Sign Language for the Deaf Community Bill 2016 is currently being reviewed. This would mean, if passed, that Irish sign language would be designated as a native and independent language – one which is used as a permanent means of communication by over 5 000 members of the deaf community. Additionally, GPs can now easily access professional sign language interpreters for deaf medical care patients, thanks to a new agreement between the health authority, HSE, and the sign language interpreting service.

I think we are heading in the right direction. In particular, I look forward to discussion on how to utilise language technologies in providing equal access for all to the digital space.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, earlier in this Chamber we may have had a bit of an interpretation issue. In the English interpretation of what was said, President Schulz was portrayed as saying that he would allow someone to speak so that she could not say he was acting like a terrorist.

I am sure the President of Parliament would not speak in such a way intentionally, as this would come across as inappropriate for the office, so could I just please ask that the interpretation of whatever was said is checked, because that is certainly how it came across in English. I am sure that is not how it was intended in German.

I won't be leaping to any conclusions against Mr Schulz over this, but I would just ask that we all please remember in future to be very careful over the interpretation being accurate before leaping to conclusions over words that have been used in this Chamber.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione ha lo scopo di garantire ed ampliare il più possibile l'accessibilità ad opere, contenuti, ecc. alle persone non udenti. Nella società di oggi risulta di fondamentale importanza permettere alle persone non udenti di poter accedere a un maggior numero di servizi, tra i quali servizi pubblici e governativi, contenuti online. Proprio la parità di accesso nello spazio digitale è un tema che ritengo particolarmente importante visto l'intenso sviluppo delle tecnologie e la rapida digitalizzazione. In questo senso bisognerebbe cercare di accelerare il più possibile la possibilità di fornire l'interpretazione per la lingua dei segni a tutti gli ambiti in cui sia necessario. Poiché sono particolarmente sensibile a tematiche di questo genere ho votato a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución puesto que apuesta por la defensa efectiva de los derechos de las personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas y reclama una serie de medidas como el reconocimiento oficial de las lenguas de signos, tanto nacionales como regionales, en los diferentes Estados miembros, así como, en las instituciones de la Unión. Además, aboga por el reconocimiento profesional de los intérpretes de lengua de signos y propugna la incorporación de la lengua de signos a los programas educativos de forma similar a las lenguas extranjeras. Asimismo, considera que la inclusión de personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas ha de garantizarse en programas europeos como Erasmus +, y su integración laboral ha de promocionarse de forma efectiva en las instituciones europeas.

Consciente de la importancia que tiene la promoción de la lengua de signos a nivel educativo para sensibilizar al conjunto de sociedad y facilitar el respeto del derecho a la igualdad de los más de 52 millones de ciudadanos y residentes que se calcula se expresan en diferentes lenguas de signos en la Unión, he decidido apoyar este texto.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The motion for a resolution, from Helga Stevens, was a straight forward apolitical and rights-based motion for a resolution on sign languages and sign language interpreters. It was an encompassing motion for a resolution and received unanimous support across Parliament.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte. L'Union européenne compte près d'un million de sourds utilisant la langue des signes. Au XXIe siècle, il est fondamental que les citoyens atteints de surdité, sourds et aveugles ou malentendants aient accès aux mêmes informations et aux mêmes moyens de communication que leurs concitoyens.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl gestų kalbos ir profesionalių gestų kalbos vertėjų. Visi neįgalūs asmenys, ypač moterys ir vaikai, taip pat kurti ir klausos sutrikimų turintys asmenys, naudojasi tokiomis pat teisėmis ir turi teisę į asmens orumą, nepriklausomą gyvenimą, savarankiškumą ir galimybę visapusiškai dalyvauti visuomenės gyvenime. Todėl pritariu, kad reikalingi kvalifikuoti profesionalūs gestų kalbos vertėjai, kurių statusas turi būti garantuotas oficialiai pripažįstant nacionalinę ir regioninę gestų kalbą valstybėse narėse ir ES institucijose, pasirūpinant formaliu mokymu (universitetiniu ar pan., kuris prilygtų 3 metų trukmės nuolatinėms studijoms ir atitiktų šnekamųjų kalbų vertėjų rengimo reikalavimus), pasirūpinant registracija (oficialia akreditacijos ir kokybės kontrolės sistema, pvz., nuolatinio profesinio tobulėjimo būdais), bei oficialiai pripažįstant profesiją. Pritariu, kad gestų kalbos vertimas yra profesionali paslauga, už kurią turi būti deramai atlyginama.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη νοηματική γλώσσα και τους επαγγελματίες διερμηνείς της νοηματικής, διότι θεωρώ ότι η πρόσβαση σε υψηλής ποιότητας υπηρεσίες για άτομα με ειδικές ανάγκες πρέπει να βελτιωθεί.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution est assez consensuelle puisqu'elle s'inscrit dans une volonté d'une plus grande accessibilité et intégration pour les personnes handicapées, sans jamais marquer un désir d'interférer dans la politique des États membres.

Malgré quelques paragraphes défaillants, c'est globalement une résolution consensuelle en faveur de l'accessibilité pour les personnes en situation de handicap. Étant favorable aux mesures proposées, en l'absence de remise en cause de la compétence des États membres, j'ai voté favorablement à ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte car j'estime qu'il est essentiel de disposer d'interprètes en langue des signes qualifiés et professionnels. Il est évident que les citoyens atteints de surdité doivent avoir accès aux mêmes informations et aux mêmes communications que leurs concitoyens au moyen de l'interprétation en langue des signes.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl gestų kalbų ir profesionalių gestų kalbos vertėjų. ES yra apie milijoną gestų kalbos vartotojų ir 51 milijonas klausos sutrikimų turinčių piliečių, kurių nemažai taip pat vartoja gestų kalbą. Klausos sutrikimų turintys piliečiai turi teisę į savarankiškumą ir visapusišką dalyvavimą visuomenės gyvenime, todėl gestų kalbos vertėjai jiems yra būtinas dalykas tai užtikrinant. Tačiau gestų kalbos vertėjų padėtis valstybėse narėse labai nevienoda: vienais atvejais tai neformalią pagalba šeimos rate teikiantys asmenys, kitais – profesionalūs išsilavinimą universitete įgiję visapusiškai kvalifikuoti vertėjai. Taip pat visose valstybėse narėse trūksta kvalifikuotų profesionalių gestų kalbos vertėjų. Todėl pritariu, kad būtina užtikrinti kvalifikuotų gestų kalbos specialistų kiekį bei užtikrinti, jog jie gautų atitinkamą atlyginimą. Taip pat visiems gestų kalbos vartotojams turi būti prieinama tokia pat informacija ir komunikacijos būdai, kaip ir visiems kitiems, užtikrinant gestų kalbos vertimo, subtitravimo, balso konvertavimo į tekstą paslaugas ir (arba) alternatyvius komunikacijos būdus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, motion for a resolution. There are many aspects of the resolution which UKIP in principle could support and of course we want to further help those people who are deaf, blind, partially sighted and hard of hearing. However we cannot support the EU telling Member States what they should be doing or in any way give an excuse for action at EU level. The only people who should decide these things is our elected national government, not unaccountable EU institutions. As the resolution itself didn't contain anything which called on the EU or the Commission to act, UKIP abstained.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car, bien qu'elle puisse être améliorée, elle représente clairement une opportunité pour l'amélioration de l'intégration des personnes sourdes ou malentendantes.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport, qui souligne toute l'importance de disposer d'interprètes en langues des signes qualifiés et, qu'à cette fin, il convient notamment de reconnaître les langues des signes nationales et régionales dans les États membres et au sein des institutions de l'Union, de développer des formations officielles et de permettre des reconnaissances officielles de la profession.

Le rapport insiste également sur l'accessibilité pour les citoyens atteints de surdité, sourds, et aveugles ou malentendants aux mêmes informations et aux mêmes communications que leurs concitoyens au moyen de l'interprétation en langues des signes, du sous-titrage, de la reconnaissance vocale ou d'autres formes de communication, y compris par le truchement d'interprètes en langue orale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, porque considero fundamental que todas las personas con algún tipo de discapacidad tengan igualdad de derechos, una dignidad inalienable, igualdad de trato, una vida independiente, autonomía y plena participación en la sociedad.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – All'interno dell'Unione europea vivono circa 1 milione di utenti della lingua dei segni non udenti, ai quali vanno aggiunti i 51 milioni di cittadini ipoudenti che utilizzano in larga parte per comunicare anche il linguaggio gestuale. Si tratta di cittadini che hanno uguali diritti e possono giustamente pretendere una parità di trattamento che possa loro assicurare una vita indipendente e autonoma e la piena partecipazione alla vita sociale. La risoluzione approvata oggi dal Parlamento, che ho deciso di sostenere con convinzione, ribadisce la necessità di garantire un'accessibilità che non sia limitata unicamente all'ambiente fisico, ma che sia estesa all'informazione e alla comunicazione, che devono offrire contenuti nella lingua dei segni. Occorrono a tal fine interpreti professionisti e qualificati, iscritti ad appositi registri e opportunamente formati e retribuiti. Le nuove tecnologie devono essere impiegate per recare vantaggi agli utenti, con interventi che dalla sottotitolazione giungono a contenuti online fruibili tramite intermediari in diretta e a distanza. Le istituzioni europee devono essere in prima linea in questa battaglia, presentando gli esempi migliori per quanto riguarda le buone prassi e impegnandosi per la fornitura di soluzioni ragionevoli e l'accessibilità.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, porque comparto plenamente el espíritu de no discriminación a colectivos sociales como el de las personas sordas, y defendemos el principio de igualdad en las instituciones. La Resolución ha sido firmemente defendida y trabajada por nuestro grupo parlamentario, y defiende la plena integración de este colectivo facilitando la accesibilidad de toda la información, y solicitando el reconocimiento europeo de los y las profesionales intérpretes de lengua de signos.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado la Resolución sobre las lenguas de signos y los intérpretes profesionales de lengua de signos, así como las cuatro enmiendas presentas a la misma. Esta Resolución destaca la necesidad de intérpretes de lengua de signos cualificados y profesionales que podrá atenderse mediante el reconocimiento oficial de las lenguas de signos nacionales y regionales en los Estados miembros y las instituciones de la Unión, así como por una formación reglada universitaria o similar.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de soutenir cette résolution concernant la langue des signes et les interprètes professionnels en langue des signes. Celle-ci s'appuie notamment sur la convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées, qui a été ratifiée par la France et subsidiairement par l'Union européenne.

Une fois n'est pas coutume, le texte ne relève pas de l'ingérence et rappelle que les personnes en situation de handicap devraient pouvoir jouir des mêmes droits que chaque citoyen, notamment via des mesures d'accessibilité et d'aménagement raisonnable.

C'est un combat qui m'est cher, c'est pourquoi je dépose souvent des amendements en commission culture, sur des textes relatifs au sport ou à l'éducation, pour promouvoir une plus grande inclusion sociale des personnes handicapées.

Par ailleurs, je suis favorable à une reconnaissance officielle des interprètes en langues des signes, avec notamment l'attribution d'un statut similaire, au sein des institutions européennes, que pour les interprètes des langues parlées.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – In Europa vivono un milione di cittadini non udenti e 51 milioni di ipoudenti che ogni giorno lottano per far sentire la propria voce nella società. In questi anni al Parlamento europeo ho attivamente sostenuto la battaglia per i diritti di questi cittadini. Ho quindi inteso sostenere con il mio voto questa risoluzione che promuove il riconoscimento ufficiale delle lingue dei segni nazionali e anche il riconoscimento formale della professione di interprete di lingua dei segni e di appositi registri nazionali o regionali per gli operatori del settore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El 28 de septiembre tuvo lugar en el Parlamento Europeo la histórica conferencia sobre «El multilingüismo y la igualdad de derechos en la UE: el papel de las lenguas de signos». Los oradores destacaron la importancia del reconocimiento de la lengua de signos y la disponibilidad de interpretación para la plena inclusión de las personas sordas en la sociedad. También subrayaron que el reconocimiento por sí solo no es suficiente: solo la plena aplicación de legislación puede asegurar que los sordos tienen acceso a intérpretes, habiendo una grave falta de intérpretes cualificados totalmente universitarios.

Esta Resolución común de los Grupos S&D, PPE, ECR, ALDE, Verts/ALE y EFDD, contiene los principios básicos sobre cualificación de profesionales de la lengua de signos y sobre acceso de las personas sordas, sordomudas y con grave problemas de audición a este tipo de servicios, de forma que se garantice la igualdad de oportunidades y la no discriminación en ámbitos como la educación, el mercado laboral y las instituciones Europeas.

Solo en España más de un millón de personas padecen discapacidad auditiva, de las cuales unas cien mil sufren de sordera profunda.

Por estos motivos, he votado a favor de esta Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė už gestų kalbos ir gestų kalbos vertėjų profesijos stiprinimą Europos Sąjungoje. Rezoliucija raginama pripažinti gestų kalbas kaip oficialias Europos Sąjungoje bei stiprinti gestų kalbos vertėjo profesiją. Europos Sąjungoje gestų kalba naudojasi beveik 52 milijonai žmonių, bet gestų kalbos vertėjo profesija nėra pripažinta visose valstybėse narėse ir daugelyje dar nėra šios profesijos mokoma universitetuose. Mano manymu, kurtiesiems ir akliesiems bei klausos sutrikimų turintiems asmenims turi būti prieinama tokia pat informacija, komunikacijos ir mokymosi būdai, kaip ir visiems kitiems. Privalome užtikrinti gestų kalbos vertimo, subtitravimo, balso konvertavimo į tekstą paslaugas, vertėjus žodžiu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot. A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében. A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás–foglalkoztatás–hozzáférés háromszög egyik eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására. Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre. Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s predlogi resolucij ker imajo vse invalidne osebe, vključno z gluhimi in naglušnimi, med katerimi nekateri uporabljajo znakovni jezik, kot polnopravni državljani povsem enake pravice in neodtujljivo pravico do spoštovanja njihovega dostojanstva, enakega obravnavanja ter neodvisnega življenja, samostojnosti in polne udeležbe v družbi. Ob upoštevanju, da je v EU približno milijon gluhih uporabnikov znakovnega jezika in 51 milijonov naglušnih državljanov, med katerimi prav tako številni uporabljajo znakovni jezik, je pomembno, da jim karseda olajšamo življenje in omogočimo enako vključenost v družbo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće, u kojem se smatra kako pristup visokokvalitetnim uslugama i mjerama razumne prilagodbe znakovnog jezika treba biti ojačan kako bi se osigurao jednak tretman i sudjelovanje osoba s invaliditetom u društvu.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I endorsed this resolution because the Union constantly fights against discrimination based on disability and for the equal participation of such persons in society. In this regard, I recognised the need to provide the European institutions with qualified and professional sign language interpreters.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Riconoscere l'importanza della lingua dei segni è un atto di civiltà che non può essere più rimandato. Tutti i cittadini europei hanno diritto di informarsi, di accedere ai documenti pubblici, di poter conoscere e di poter intervenire nel dibattito politico. È necessario rimediare alla carenza di interpreti della lingua dei segni e dotarsi di nuovi professionisti in grado di rendere davvero fruibile per tutti i cittadini quanto elaborato dalle istituzioni dell'Unione europea.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution consensuelle vise à améliorer l'accessibilité et l'intégration des personnes handicapées, en s'appuyant notamment sur la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées, ratifiée en 2016 par la France et par l'Union européenne. Parmi les recommandations, nous retiendrons la volonté de rendre accessibles aux personnes handicapées tous les services publics ainsi que de reconnaître officiellement les langues des signes nationales.

J'ai bien évidemment voté en faveur de ce texte. Nous considérons en effet qu'il est essentiel dans nos sociétés de protéger et de favoriser l'intégration des plus vulnérables.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Luând în considerare Carta drepturilor fundamentale a UE și Convenția Națiunilor Unite, se impune ca UE să combată discriminarea pe motiv de handicap și să elaboreze măsurile necesare care să asigure persoanelor cu dizabilități autonomia, integrarea socială și profesională, precum și participarea la viața comunității.

Totodată, trebuie subliniat faptul că în acest moment există aproximativ un milion de utilizatori ai limbajului semnelor și 51 de milioane de cetățeni cu deficiență de auz, mulți dintre aceștia utilizând limbajul semnelor.

Consider că persoanele cu dizabilități, în calitatea lor de cetățeni cu drepturi depline, femei și copii, sau persoane surde și cu deficiență de auz, cele care în mod special utilizează limbajul semnelor și care nu îl utilizează, au drepturi egale și sunt îndreptățite să aibă parte de demnitate inalienabilă, tratament egal și o viață independentă.

În acest context, am votat în favoarea propunerii de rezoluție referitoare la limbajul semnelor și la interpreții profesioniști în limbajul semnelor deoarece consider că nu trebuie să existe o discriminare față de persoanele care utilizează limbajul semnelor.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della proposta di risoluzione in questione, che dà maggiore rilievo alla figura degli interpreti di lingua dei segni professionisti e qualificati. La proposta indica la necessità di porre rimedio alla carenza di tali interpreti, attraverso il riconoscimento formale della professione, il conseguimento di un titolo formale e l'iscrizione in un registro. Si manifesta, senza dubbio, come una proposta molto valida perché va a beneficio di determinati gruppi di soggetti (cittadini non udenti, sordociechi e ipoudenti) che devono avere lo stesso diritto degli altri di accedere alle informazioni. Ed è per questo motivo che l'interpretazione nella lingua dei segni costituisce un servizio professionale di grande rilevanza. Inoltre, la proposta sottolinea l'importanza di far conoscere agli studenti non udenti, sordociechi e ipoudenti nonché ai genitori la lingua dei segni nazionale attraverso corsi scolastici e prescolastici. È richiesta l'attuazione del progetto pilota UE INSIGN, che mira a migliorare la comunicazione tra i non udenti e ipoudenti con le istituzioni UE.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, motion for a resolution. There are many aspects of the resolution which UKIP in principle could support and of course we want to further help those people who are deaf, blind, partially sighted and hard of hearing. However we cannot support the EU telling Member States what they should be doing or in any way give an excuse for action at EU level. The only people who should decide these things is our elected national government, not unaccountable EU institutions. As the resolution itself didn't contain anything which called on the EU or the Commission to act, UKIP abstained.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Come sancito dalla Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea e dalla Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità, le istituzioni europee hanno il dovere di lottare contro ogni tipo di discriminazione fondata sulla disabilità.

I non udenti e gli ipoudenti sperimentano ogni giorno gli ostacoli alla partecipazione paritaria in tutti i settori della vita, sia che si tratti di formazione, di occupazione, di salute, di giustizia o di vita sociale e politica. L'Unione ha l'obbligo morale di rimuovere questi ostacoli e combattere ogni discriminazione esistente.

Dobbiamo garantire a tutti i cittadini l'accesso alle stesse informazioni e comunicazioni sotto forma di interpretazione nella lingua dei segni e sottotitolazione con un alto livello di qualità, qualità che troppo spesso varia considerevolmente da uno Stato membro all'altro. In tal senso mi auguro che le istituzioni competenti possano beneficiare delle nuove tecnologie linguistiche nel consentire parità di accesso per tutti allo spazio digitale.

Ritengo inoltre che sia necessario porre rimedio all'insufficiente attuazione del riconoscimento legislativo della lingua dei segni a livello nazionale e alla mancanza di riconoscimento formale della professione di interprete di lingua dei segni.

Per questi motivi ho votato a favore del progetto di risoluzione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε την ανάγκη για εξειδικευμένους επαγγελματίες διερμηνείς της νοηματικής γλώσσας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος για τη νοηματική γλώσσα και τους επαγγελματίες διερμηνείς της είναι μια θετική πρωτοβουλία που δρα προς όφελος ατόμων με αναπηρίες αλλά και ενός επαγγελματικού κλάδου που προσφέρει σημαντικές υπηρεσίες στην ευρωπαϊκή κοινωνία, ενισχύοντας τη θέση τους και δίνοντας πρόσθετες δυνατότητες. Γι' αυτό και ψήφισα θετικά.

Angelo Ciocca (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo per questa relazione finalizzata alla rimozione degli ostacoli che ancora impediscono la piena integrazione dei cittadini non udenti e ipoudenti. La creazione di una società accessibile ai portatori di handicap uditivo è pienamente condivisibile.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – La carenza di interpreti di lingua dei segni professionisti e qualificati mi spinge a votare fermamente a favore della risoluzione in esame. Fuori da ogni qual tipo di dubbio, è prioritario garantire la totale accessibilità a non udenti e ipoudenti non solo nei processi politici caratterizzanti l'Unione, bensì in qualunque tipo di attività. Si raccomanda, dunque il riconoscimento in tutti gli Stati membri e in seno alle istituzioni europee stesse delle lingue dei segni nazionali e regionali. Si richiede, altresì, la promozione dell'identità linguistica delle comunità di non udenti e dell'apprendimento della lingua dei segni. Ciò si presenta come realizzabile solo attraverso un efficiente sistema formativo, cui deve fare seguito l'istituzione di un registro degli interpreti e il riconoscimento formale della professione. L'accessibilità richiede di essere perseguita, inoltre, indipendentemente dall'onere ed essa è obbligatoria anche per via della scarsa offerta di interpretazione riscontrabile. Garantire parità di accesso all'occupazione, all'istruzione e alla for-

mazione costituisce un imperativo categorico ed è il risultato tangibile di programmi di intervento precoce finalizzati allo sviluppo di competenze per la vita. In linea con quanto enunciato, auspico la piena attuazione del progetto pilota dell'UE INSIGN, un servizio di interpretazione della lingua dei segni in tempo reale.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on sign language and professional sign language interpreters.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Na Europa apenas existem cerca de um milhão de utilizadores de língua gestual e mais de 50 milhões de pessoas com deficiência auditiva. Estes números são suficientes para perceber o impacto de qualquer medida neste domínio. No entanto, não existe ao nível europeu uma abordagem holística nesta matéria, que deve ter em conta a crescente mobilidade dos cidadãos, com as consequentes barreiras linguísticas, bem como as especificidades do mundo *online*, nomeadamente no acesso a serviços públicos.

Esta resolução faz uma identificação detalhada destes desafios e apresenta um conjunto de soluções e melhores práticas, pretendendo ser um primeiro impulso para a sua implementação. Neste sentido, o Parlamento - como bem propõe esta resolução - deve implementar um conjunto de medidas que combatam as injustificadas discriminações dentro de portas.

Apoio, por isso, esta resolução.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the rapporteur in his emphasis for qualified and professional sign language interpreters. True inclusiveness permits deaf, deafblind and hard-of-hearing citizens to have access to the same information and communication as their peers in the form of sign language interpretation, subtitling, speech-to-text and/or alternative forms of communication, including oral interpreters.

Early intervention programmes are crucial for children in the development of life skills, including language skills. This motion is positive in the sense that it notes, furthermore, that those programmes should ideally include deaf role models rather than categorise them as stereotypes. In this sense, I support the call for Member States to encourage the learning of sign language in the same way as foreign languages. I believe that all persons with disabilities are entitled to inalienable dignity, equal treatment, independent living, autonomy and full participation in society. The EU's multilingualism policy should be enabled further to promote this principle.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución puesto que apuesta por la defensa efectiva de los derechos de las personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas y reclama una serie de medidas como el reconocimiento oficial de las lenguas de signos, tanto nacionales como regionales, en los diferentes Estados miembros, así como, en las instituciones de la Unión. Además, aboga por el reconocimiento profesional de los intérpretes de lengua de signos y propugna la incorporación de la lengua de signos a los programas educativos de forma similar a las lenguas extranjeras. Asimismo, considera que la inclusión de personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas ha de garantizarse en programas europeos como Erasmus +, y su integración laboral ha de promocionarse de forma efectiva en las instituciones europeas.

Consciente de la importancia que tiene la promoción de la lengua de signos a nivel educativo para sensibilizar al conjunto de sociedad y facilitar el respeto del derecho a la igualdad de los más de 52 millones de ciudadanos y residentes que se calcula se expresan en diferentes lenguas de signos en la Unión, he decidido apoyar este texto.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Parlament által elfogadott a jelnyelvekről és a szakképzett jelnyelvi tolmácsokról szóló állásfoglalás hozzásegít ahhoz, hogy a siket és nagyothalló polgárok alapvető joga, a jelnyelvi tolmácsolás biztosított legyen. A jelnyelvi tolmácsolás az érintett személyek társadalmi, kulturális, politikai életben való teljes jogú részvételét biztosítja, mivel a jelnyelvet használók számára a jelnyelv maga az anyanyelv. A hátrányos megkülönböztetés azon formáit is fel kell számolni, amelyek a siketeket és nagyothallókat érintik. Külön kiemelném a gyerekek jogait, valamint azokét, akik kisebbségi nyelvet beszélő közösséghez tartoznak, az ő helyzetüket érintően is további pozitív, támogató impulzusokra van szükség európai és tagállami szinten. Nagyon fontos, hogy olyan szolgáltatások álljanak a családok és gyermekek részére, amelyek biztosítják a kisebbségi nyelven beszélő és jelbeszélő gyermekek, szülők jogait, többek között a gyermekek megfelelő oktatáshoz való hozzáférését.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem rezolucji dotyczącej uregulowania kwestii języka migowego i profesjonalnych tłumaczy języka migowego. Uważam, że działania w tej sprawie są bardzo ważne w celu zapewnienia jak najwyższego komfortu pracy osobom niepełnosprawnym. Instytucje UE są zobligowane zobowiązaniami Konwencji Narodów Zjednoczonych o prawach osób niepełnosprawnych (UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, UNCRPD) do realizowania jej postanowień w celu zapewnienia równego traktowania obywateli niepełnosprawnych. Przyjęta rezolucja proponuje rozwiązania o kompleksowym charakterze przyczyniającym się do ułatwienia swobodnego funkcjonowania osób niepełnosprawnych w przestrzeni publicznej i instytucjach UE.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – All citizens, including persons with disabilities, are entitled to dignity, equal treatment, independent living and autonomy. This is why I am in favour of this resolution as it is important to recognise the need for qualified and professional sign language interpreters for deaf and hard-of-hearing people. This service is important and we need to ensure that appropriate remuneration is given to those offering the service. Persons with disabilities must have access to the same information and communication as their peers in the form of sign language and this is why we need to make sure that these communication tools are made available at both national and European Level, and that those offering the service have the qualifications needed.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Cetățenii europeni au cu toții drepturi depline, indiferent că vorbim de persoane cu dizabilități, în special femei și copiii, și, mai ales, persoanele surde și cu deficiențe de auz. Aceste persoane utilizează limbajul semnelor ca mijloc de comunicare cu celelalte persoane, motiv pentru care au drepturi egale și sunt îndrituite să beneficieze de demnitate inalienabilă, tratament egal, viață independentă, autonomie și participare deplină în societate. Din păcate, acest lucru este îngreunat de faptul că ei folosesc limbajul semnelor.

Susțin, deci, necesitatea asigurării pregătirii de interpreți calificați și profesioniști în limbajul semnelor, iar măsurile necesare sunt recunoașterea oficială a limbajelor naționale și regionale ale semnelor în statele membre și în instituțiile UE, instruirea formală (la nivel universitar sau similar, echivalentul a trei ani de studii la zi, care corespunde cu formarea necesară a interpreților de limbă vorbită), precum și înregistrarea (acreditarea oficială și sistemul de control al calității, cum ar fi dezvoltarea profesională continuă).

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — Par l'adoption de cette résolution, le Parlement émet ses recommandations pour la meilleure intégration des citoyens européens sourds et malentendants. J'ai soutenu ce texte, qui met notamment l'accent sur la formation et le statut des interprètes professionnels en langue des signes. Au regard de l'égalité de traitement, il est primordial d'accorder le même statut aux interprètes en langue des signes qu'aux interprètes en langues parlées. Les institutions européennes devront montrer l'exemple en accordant officiellement ces statuts à ses interprètes en langue des signes.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot.

A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében.

A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására.

Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché ritengo che tutte le persone non udenti e ipoudenti abbiano diritto alla dignità, parità di trattamento, autonomia e inclusione sociale. Esorto gli Stati membri e le istituzioni europee a incrementare il numero degli interpreti della lingua dei segni per consentire la piena partecipazione alla vita sociale delle persone non udenti e ipoudenti.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Il s'agit d'une proposition de résolution consensuelle, qui s'appuie sur la convention des Nations unies et vise à favoriser l'intégration des personnes handicapées, mais sans encourager l'interférence dans la politique des États membres. Il n'y a donc aucune raison de s'y opposer.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – След ратифицирането от страна на Европейския съюз на Конвенцията на ООН за правата на хората с увреждания през 2010 г., институциите на ЕС вече са в процес на правно задължение за прилагане на разпоредбите, съдържащи се в Конвенцията, която включва достъпност и равенство на всички граждани с увреждания. За тази цел моята група на Европейските консерватори и реформисти поиска да има изявление на Комисията, придружено от резолюция, която аз подкрепих.

Целта е да се окаже натиск върху институциите на ЕС за пълно прилагане на Конвенцията, която включва предоставянето на жестомимичен превод за публични събития и срещи, проведени в институциите на ЕС. Резолюцията включва квалификации, разумно приспособяване и достъпност, заетост, образование, обучение и ролята на институциите на ЕС.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Οι κωφοί, τυφλοκωφοί και βαρήκοοι πολίτες πρέπει να έχουν πρόσβαση στις ίδιες πληροφορίες και στην ίδια επικοινωνία με τους συμπολίτες τους μέσω της διερμηνείας στη νοηματική γλώσσα, του υποτιτλισμού, της αναγνώρισης ομιλίας ή/και εναλλακτικών μορφών επικοινωνίας, συμπεριλαμβανομένων των διερμηνέων προφορικής μεθόδου.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot.

A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében.

A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására.

Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La accesibilidad es un requisito previo para que las personas con discapacidad puedan vivir de manera independiente y participar en la sociedad plenamente en igualdad de condiciones. Dicha accesibilidad no se limita únicamente a la accesibilidad física del entorno, sino que comprende la accesibilidad a la información y la comunicación, también en forma de contenidos presentados en lengua de signos. Por otro lado, tanto la situación profesional de los intérpretes cualificados y profesionales de lenguas de signos, como la calidad de los subtítulos en la televisión pública y en la privada varía considerablemente entre Estados miembros.

Teniendo en cuenta que la Carta Social Europea de 1961 establece en el artículo 15 que toda persona minusválida tiene derecho a la integración social y a la participación en la vida de la comunidad, desde el Parlamento Europeo apoyamos la presente resolución sobre las lenguas de signos y los intérpretes profesionales de lengua de signos.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted for this resolution on sign language. I support more rights for sign language users as well as the measures called for in the resolution regarding professional qualifications for interpreters. It is an issue of accessibility and equality. Representing a bilingual nation where the rights of Welsh speakers have been hard won, I know the importance of equality in relation to language.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – As questões da língua gestual e da existência de intérpretes é de extrema pertinência.

Esta resolução surge alguns dias depois do Dia Nacional da Língua Gestual Portuguesa, efeméride que se deve valorizar no respeito pela inclusão dos seus utilizadores.

O PCP tem materializado algumas medidas neste sentido, através da sua intervenção na Assembleia da República.

Eis algumas medidas que importa considerar:

— A necessidade de dar apoio técnico aos alunos surdos, incluindo a interpretação (para que não seja paga pelas famílias);

— Considerando que poucas empresas dispõem de recursos para incluir pessoas surdas, importa dinamizar serviços que promovam uma política inclusiva (disponibilidade de intérpretes);

— Pugnar pelo reconhecimento das línguas gestuais como línguas oficiais;

— Envolver as associações de surdos na definição de políticas;

— Melhorar a situação profissional dos intérpretes e dos professores de língua gestual, equiparando-os a profissionais equivalentes (outros intérpretes de línguas e professores);

— Permitir às pessoas/crianças bilingues a entrada em escolas que usam a língua gestual;

— Desenvolver tecnologias que permitam o acesso a serviços de emergência ou outros (como o 112 - medida, aliás, recentemente anunciada).

Esta resolução, de carácter eminentemente técnico, salienta as necessidades das pessoas surdas. Muitas das questões que fazem parte das nossas propostas para esta área estão incluídas.

Votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulle lingue dei segni e gli interpreti di lingua dei segni professionisti. Credo fermamente nell'importanza e nella difesa dei diritti dei cittadini non udenti, sordociechi e ipoudenti, da un punto di vista simbolico ma anche pratico. Questi ultimi devono avere accesso alle stesse informazioni e comunicazioni dei loro omologhi sotto forma di interpretazione nella lingua dei segni, sottotitolazione e forme alternative di comunicazione, compresi gli interpreti. La parità di accesso ai servizi per i cittadini deve essere una variabile costantemente presente, della quale noi europarlamentari non dobbiamo mai dimenticarci.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as it has obvious tangible benefits for the deaf community.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Rezolúcia Európskeho parlamentu sa usiluje o posilnenie a zlepšenie postavenia a situácie znakového jazyka, jeho prístupnosti, ale aj o posilnenie úlohy profesionálnych tlmočníkov posunkového jazyka a zapojiť sa tak výraznejšie do boja proti diskriminácii na základe zdravotného postihnutia.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione per chiedere agli Stati membri e alle istituzioni che vengano rimossi alcuni ostacoli che ancora impediscono la piena integrazione dei cittadini sordi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω, στο σύνολο, τις προτάσεις ψηφίσματος, καθώς οι κωφοί, τυφλοκωφοί και βαρήκοοι πολίτες πρέπει να έχουν πρόσβαση στις ίδιες πληροφορίες και στην ίδια επικοινωνία με τους συμπολίτες τους μέσω της διερμηνείας στη νοηματική γλώσσα, του υποτιτλισμού, της αναγνώρισης ομιλίας ή/και εναλλακτικών μορφών επικοινωνίας, συμπεριλαμβανομένων των προφορικών διερμηνέων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. — The European Parliament resolution seeks to improve the situation of the sign languages, their access and availability, and strengthen the role of professional sign language interpreters, in order to step up the fight against discrimination based on disability. Access to high-quality sign language services and measures of reasonable accommodation need to be strengthened in order to ensure equal treatment and participation of persons with disabilities in society.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot. A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében. A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására. Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre. Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución teniendo presente que como ciudadanos de pleno derecho, todas las personas con discapacidad, en particular las mujeres y los niños, incluidas las personas sordas e hipoacúsicas, tanto las que utilizan la lengua de signos como las que no, gozan de igualdad de derechos y tienen derecho a una dignidad inalienable, igualdad de trato, una vida independiente, autonomía y plena participación en la sociedad. Por lo tanto, es necesario contar con el reconocimiento oficial de las lenguas de signos nacionales y regionales en los Estados miembros y las instituciones de la Unión, así como una formación reglada. Todos los ciudadanos de la Unión deben tener acceso a la misma información y comunicación que el resto a través de la interpretación en lengua de signos, los subtítulos, el reconocimiento vocal o formas de comunicación alternativas, incluida la interpretación de lenguas orales.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – I voted to support this report on ensuring the rights of individuals who use sign language and that their need for interpreters is respected. The report outlines the necessary qualifications that should apply for an interpreter and applies the same standards for sign language interpreters – this is an important step to ensure that no discrimination exists and that these interpreters have professional recognition.

The European institutions must have a commitment to making the political process as accessible as possible for everyone – including through sign language interpreters – and this requires recognised minimum standards. Access to employment, education and training are a key issue for the inclusion of people with hearing disabilities and we must ensure that every action is taken to ensure the equal opportunity to learn and work.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die sehr gute Resolution meiner EKR-Kollegin Helga Stevens zu „Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und -dolmetscherinnen" gestimmt. Ich wünsche mir eine Stärkung der Gebärdensprachen in Europa und eine noch bessere Barrierefreiheit für Gehörlose – auch im Europäischen Parlament.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – In der Europäischen Union leben rund 1 Million Gehörlose. Etwaige Missstände bezüglich deren Gleichberechtigung gilt es umgehend zu beseitigen. Dazu gehört auch, die verschiedenen regionalen und nationalen Gebärdensprachen anzuerkennen. Durch eben diese Anerkennung garantieren wir den Gehörlosen eine vollwertige Verdolmetschung in allen EU-Institutionen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this resolution because I oppose EU interference and action in EU Member States regarding sign language, but I don't oppose the use of sign language. It should be up to national governments to decide.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, given that access to high-quality sign language services and measures of reasonable accommodation need to be strengthened in order to ensure equal treatment and participation of persons with disabilities in society.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché l'Unione europea deve non solo difendere a parole ma anche applicare concretamente i diritti di tutti i cittadini. E infatti, come cittadini a pieno titolo, tutte le persone con disabilità, e in questo particolare parliamo di coloro che hanno necessità del supporto del linguaggio dei segni, hanno il diritto inalienabile alla piena partecipazione alla vita della società di cui fanno parte. La garanzia di questo diritto deve essere dimostrata a cominciare dalle istituzioni europee. In particolare, sono convinta che sia giusto esortare le istituzioni a dare lo stesso riconoscimento agli interpreti di lingua dei segni che viene concesso agli interpreti di lingua parlata in relazione ai servizi di interpretazione che forniscono quotidianamente. Per raggiungere quest'obiettivo ci sono dei passi concreti da poter fare anche negli Stati membri, a partire dalla formazione e dal riconoscimento formale della professione. Dobbiamo infine riconoscere che l'interpretazione della lingua dei segni costituisce un servizio professionale che richiede una remunerazione adeguata, in virtù del servizio che offrono e della possibilità che danno alle istituzioni di garantire il rispetto del diritto di uguaglianza tra tutti i cittadini europei.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, porque comparto plenamente el espíritu de no discriminación a colectivos sociales como el de las personas sordas, y defendemos el principio de igualdad en las instituciones. La Resolución ha sido firmemente defendida y trabajada por nuestro grupo parlamentario, y defiende la plena integración de este colectivo facilitando la accesibilidad de toda la información, y solicitando el reconocimiento europeo de los y las profesionales intérpretes de lengua de signos.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I fundamentally believe that high-quality sign language services and measures of reasonable accommodation need to be strengthened across the EU. This is the only way in which persons with disabilities can receive equal treatment and fully participate in society.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételhez. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai közéletet. A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon vehessenek részt a társadalomban. A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, melynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására. Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt már törvény biztosítja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση γιατί κινείται προς μια σωστή κατεύθυνση καλώντας την Ευρωπαϊκή Ένωση να αναγνωρίσει τις ανάγκες των κωφών και κωφάλαλων ατόμων και να λάβει όλα τα αναγκαία μέτρα για να τους παρέχονται όλες οι αναγκαίες υπηρεσίες επαγγελματικής διερμηνείας.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that clearly states that all citizens, all persons with disabilities including those who use sign language and those who don't, all have equal rights and are entitled to equal treatment, independent living, autonomy and full participation in society. There are currently 51 million deaf sign language users in the EU and 51 million hard of hearing citizens. The EU needs to combat discrimination based on defining and implementing its policies and activities.

One opportunity we can use in Ireland, is the ratification of the UN Convention on the rights of persons with disabilities which clearly articulates that all persons including those in the deaf, deaf blind and hard of hearing community are entitled to full participation in society. This convention also elaborates on the need for reasonable accommodation, but there can be no reasonable accommodation without the provision of qualified and professional sign language interpreters. For this to happen one crucial requirement is the have official recognition of national and regional sign languages in the Member States and within EU institutions.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – With the EU ratifying the UNCRPD (UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities) in 2010, the EU institutions are now under a legal obligation to implement the provisions contained in the Convention, which includes accessibility and equality for all disabled citizens.

To this effect, the ECR Group requested to have a Commission statement with a resolution voted in plenary in order to put pressure on the EU institutions to fully implement the CRPD, which includes the provision of sign language interpreters for public events and meetings held in the EU institutions. The ECR Group has drafted a resolution which addresses the following issues: qualifications, reasonable accommodation and accessibility, employment, education, training and the role of the EU institutions. I voted in favour of the ECR joint motion for a resolution.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot. A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében. A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására. Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre. Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, за съжаление голяма част от гражданите на Европа са изправени пред различни бариери, възпрепятстващи ги да използват пълния набор от правата си. Една от най – засегнатите групи в това отношение са хората с увреждания, които често са поставени в ситуация на липса на адекватна социална интеграция и невъзможност за осъществяване на пълния си потенциал. Недостатъчният брой преводачи на жестомимичен език ясно насочва към този проблем. Той затруднява получаването на информация от различни от писмените източници, предпоставя затруднения в обучението, осигуряването на социални услуги и активното участие в политическия живот за хората с увреждания на слуха и говора. Смятам, че една истински инклузивна Европа на XXI век трябва да се стреми с всички средства да преодолява трудностите, пред които са изправени хората с увреждания, тъй като това ще допринесе за разгръщане на потенциала им и в крайна сметка – за обогатяване на европейската икономика.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – There is a great need for developing new language technologies and high quality sign language interpreting services. Moreover, there needs to be more involvement of representatives from the deaf community.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije o znakovnom jeziku i profesionalnim prevoditeljima znakovnog jezika jer u svim državama članicama nedostaje kvalificiranih i profesionalnih prevoditelja znakovnog jezika, a kao punopravni građani, sve osobe s invaliditetom, posebno žene i djeca, uključujući gluhe i nagluhe osobe, osobe koje se služe znakovnim jezikom i one koje se ne služe njime, imaju jednaka prava i pripada im pravo na neotuđivo dostojanstvo, jednako postupanje, neovisan život, autonomnost i potpuno sudjelovanje u društvu. Ono što je prvenstveno potrebno napraviti jest službeno priznati nacionalne i regionalne znakovne jezike u državama članicama i unutar institucija EU-a, priznati struku te omogućiti formalnu izobrazbu (fakultet ili slična razina).

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Dans l'ensemble, la proposition de résolution est plutôt consensuelle, une fois n'est pas coutume, car elle ne s'attaque pas à la politique des États membres et se limite à des recommandations sur l'accessibilité et l'intégration. De plus, je soutiens d'une manière générale les mesures proposées et salue le respect de la souveraineté et des compétences des États.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Adam Kosa sur la langue des signes et les interprètes professionnels. Le rapport appelle à la reconnaissance d'un statut des professionnels qualifiés de la langue des signes. Un statut calqué sur celui des interprètes de langue parlée pour mettre un terme à la rupture d'égalité entre professionnels interprètes. Il s'agit également d'élaborer des standards sur la langue des signes tout en reconnaissant les spécificités régionales et nationales présentes dans l'UE. Le rapport met en avant des considérations qui touchent aujourd'hui des millions d'Européens (un million sont sourds, 51 millions sont malentendants) et dont les institutions européennes doivent se saisir.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui met principalement en avant le besoin d'interprètes qualifiés en langue des signes. Plus généralement, elle rappelle l'évidence de l'égalité à laquelle les personnes sourdes ou malentendantes ont droit notamment dans l'accès à l'information et la communication, a fortiori sur le service public et notamment pour les programmes politiques.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für die vorliegende Resolution. Sie setzt einen wichtigen Schritt zur Gleichstellung und Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen vor allem durch die Bereitstellung von Gebärdensprach-Verdolmetschung. Darüber hinaus setzt sie sich für mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung im Sinne der Verdolmetschung ein.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is that high-quality sign language services and measures of reasonable accommodation need to be strengthened across the EU. This is the only way in which persons with disabilities can receive equal treatment and fully participate in society.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE), *schriftlich*. – Ich begrüße unsere Entschließung zu Gebärdensprachen und professionellen Gebärdensprachdolmetschern.

Wir sollten das Erlernen der Gebärdensprache in derselben Weise fördern wie das Erlernen von Fremdsprachen!

Schließlich leben in der EU etwa 1 Million gehörlose sowie 51 Millionen hörgeschädigte Gebärdensprachnutzer. Angesichts der Vielzahl von nationalen und regionalen Gebärdensprachen, die ebenso wie die gesprochenen Sprachen vollwertige natürliche Sprachen mit ihrer ganz eigenen Grammatik und Syntax sind, ist eine offizielle Anerkennung des Berufes von Gebärdensprachdolmetschern längst überfällig. Das gilt gerade für die Mitgliedstaaten. Wir in den EU-Institutionen könnten da mit gutem Beispiel vorangehen.

Viele gehörlose Menschen sehen sich noch immer mit großen Hindernissen konfrontiert, wenn sie versuchen, an Bereichen wie Bildung, Beschäftigung, Justiz, Kultur oder auch der Politik teilzunehmen.

Einer der Hauptgründe dafür ist der bestehende Mangel an qualifizierten, professionellen Gebärdensprachdolmetschern. In der Regel benötigen diese eine akademische Ausbildung. Genauso wichtig sind aber auch deren Registrierung, eine Qualitätskontrolle sowie die fortlaufende berufliche Weiterbildung.

Ein weiteres, für mich ganz besonders wichtiges Anliegen besteht außerdem darin, dass die europaweite Notrufnummer 112 allen Menschen, d. h. auch den gehörlosen Bürgern in Europa, zugänglich ist. Die Notdienste müssen entsprechend ausgerüstet und in der Lage sein, auf Unfälle und Notsituationen zu reagieren, in die Gehörlose und hörgeschädigte Bürger involviert sind.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně.* – Na středečním plenárním hlasování Evropského parlamentu jsem hlasovala pro podpoření znakových jazyků a tlumočníků znakových jazyků. Dle odhadů lze v Evropské unii nalézt přibližně 1 milion hluchých osob používajících znakové jazyky a 51 milionů nedoslýchavých osob, ze kterých většina taktéž používá znakové jazyky. Nýbrž každý občan má právo na rovné zacházení a plné začlenění do společnosti. Proto jsem na plenárním zasedání podpořila další úsilí o zajištění nezávislosti a autonomie hluchých, hluchoslepých a nedoslýchavých osob. Členské státy by se měly zavázat ke vzdělávání nových tlumočníků znakových jazyků, aby byl zaručen přístup všech občanů ke vzdělání, zaměstnání, technologiím a plnohodnotnému životu. A instituce Evropské unie by měly v tomto jít příkladem.

Ádám Kósa (PPE), *írásban.* – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot.

A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében.

A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására.

Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма.* – Подкрепям резолюцията относно жестомимичните езици и професионалните преводачи на жестомимичен език. Всеки един гражданин, независимо от здравословното си състояние, има право на пълноценен, самостоятелен и равностоен живот. Достъпността не трябва да се ограничава само до физическата достъпност на околната среда, а да се отнася и до достъпността на информацията и комуникацията, включително под формата на предоставяне на съдържание на жестомимичен език. Уверен съм, че развитието на нови езикови технологии би могло да бъде от полза за хората, използващи жестомимичен език. Конвенцията подчертава необходимостта от предоставянето на професионални преводачи на жестомимичен език, с цел да се гарантира равен достъп до заетост, образование и обучение.

0Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. — Nell'UE sono circa 1 milione gli utenti della lingua dei segni non udenti e 51 milioni gli ipoudenti, che spesso utilizzano il linguaggio gestuale. Tutte queste persone, sia che facciano uso della lingua dei segni o no, hanno diritto a una vita indipendente, alla parità di trattamento, all'autonomia e alla partecipazione alla vita sociale. L'accessibilità, intesa sia a livello fisico, sia riguardante l'informazione e la comunicazione, è l'elemento chiave per poter garantire questi diritti. Vi è purtroppo una carenza di interpreti di lingua dei segni qualificati nei nostri Stati membri, quindi molto spesso una limitata accessibilità all'informazione per coloro che presentano delle disabilità. Per tali ragioni, la relazione oggi approvata presenta delle proposte volte ad aumentare il numero di interpreti di lingua dei segni professionisti e qualificati, ad accrescere l'accessibilità alle informazioni, a garantire la parità di accesso all'occupazione, all'istruzione e alla formazione e, infine, a rendere più accessibili le istituzioni dell'Unione europea. I cittadini dell'Unione hanno diritto alle stesse opportunità a prescindere da razza, genere, età e disabilità, e per tali ragioni voto a favore di questa proposta di risoluzione.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car, bien qu'elle puisse être améliorée, elle représente clairement une opportunité pour l'amélioration de l'intégration des personnes sourdes ou malentendantes.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la moción porque contiene de forma sucinta unos principios básicos en relación a la cualificación de los profesionales de la interpretación de la lengua de signos y al acceso de las personas sordas, sordo mudas y con grave problemas de audición a este tipo de servicios, de forma que se garantice la igualdad de oportunidades y la no discriminación en ámbitos de especial interés, como el acceso a la educación o al mercado laboral y en especial en las Instituciones Europeas.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución puesto que apuesta por la defensa efectiva de los derechos de las personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas y reclama una serie de medidas como el reconocimiento oficial de las lenguas de signos, tanto nacionales como regionales, en los diferentes Estados miembros, así como, en las instituciones de la Unión. Además, aboga por el reconocimiento profesional de los intérpretes de lengua de signos y propugna la incorporación de la lengua de signos a los programas educativos de forma similar a las lenguas extranjeras. Asimismo, considera que la inclusión de personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas ha de garantizarse en programas europeos como Erasmus +, y su integración laboral ha de promocionarse de forma efectiva en las instituciones europeas.

Consciente de la importancia que tiene la promoción de la lengua de signos a nivel educativo para sensibilizar al conjunto de sociedad y facilitar el respeto del derecho a la igualdad de los más de 52 millones de ciudadanos y residentes que se calcula se expresan en diferentes lenguas de signos en la Unión, he decidido apoyar este texto.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted in favour of increasing accessibility of communication with sign language.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Osobe koje se služe znakovnim jezikom i one koje se ne služe njime, imaju jednaka prava i pripada im pravo na neotuđivo dostojanstvo, jednako postupanje, neovisan život, autonomnost i potpuno sudjelovanje u društvu.

Politikom višejezičnosti EU-a promiče se učenje stranih jezika, a jedan od njezinih ciljeva je da svaki Europljanin, osim svog materinskog, govori dva jezika. Iz tog razloga bi učenje i promicanje nacionalnih i regionalnih znakovnih jezika moglo doprinijeti tom cilju.

Gluhi, gluhoslijepi i nagluhi građani moraju imati pristup istim informacijama i komunikaciji kao i ostale osobe u obliku prevođenja na znakovni jezik, pretvaranja govora u tekst ili alternativnih oblika komunikacije, uključujući i usmene prevoditelje.

Smatram da institucije EU-a moraju biti primjer najbolje prakse kad je riječ o osiguranju prilagodbe i pristupačnosti za svoje zaposlenike, izabrane dužnosnike i stažiste, a to uključuje i prevođenje na znakovni jezik. Prijedlogom rezolucije potiče se institucije da prevoditeljima znakovnog jezika službeno dodijele isti status kao i usmenim prevoditeljima u odnosu na usluge prevođenja koje nude institucijama, uključujući pristup tehnološkoj podršci, pripremnim materijalima i dokumentima, stoga sam je podržala.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Odstraňovanie bariér pre sluchovo postihnutých ľudí musí byť samozrejmosťou. Nerešpektovaním tejto základnej potreby sú vytesňovaní zo spoločnosti, znemožňuje a upiera sa im vykonávanie ich základných práv. Preto plne podporujem návrh, aby všetky inštitúcie verejného a spoločenského života zabezpečovali dostupné a primerané tlmočenie do posunkového jazyka tak, aby sa sluchovo postihnutým občanom vytvorili všetky podmienky na plnohodnotný život.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη νοηματική γλώσσα και τους επαγγελματίες διερμηνείς της νοηματικής γλώσσας, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich trete für die gleichen Rechte für Menschen mit Beeinträchtigung ein. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Bereitstellung von Gebärdensprach-Verdolmetschung, mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Beeinträchtigung im Sinne der Verdolmetschung. Ich stimme dieser Fassung voll zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją. Gestų kalbos vartotojams turi būti gerinamas prieinamumas prie informacijos, jiems turi būti sudaromos sąlygos, užtikrinančios jų visapusišką dalyvavimą visuomenės gyvenime. Siekiant šių tikslų ypač svarbus ir kvalifikuotų profesionalių gestų kalbos vertėjų ruošimas, jų darbo sąlygų užtikrinimas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les États membres sont confrontés à une pénurie d'interprètes en langue des signes qualifiés et professionnels. Pour y remédier, la résolution demande «la reconnaissance officielle des langues des signes nationales et régionales dans les États membres et au sein des institutions de l'Union», ainsi que la mise en place de formations officielles (universitaires ou équivalentes, soit trois années d'études à temps plein, ce qui correspond à la formation exigée pour les interprètes en langues parlées) et une reconnaissance officielle de la profession.

Tout ceci va dans le bon sens. Je regrette simplement que la résolution commune ne prenne pas en compte les propositions élaborées par mon groupe GUE/NGL. Il demandait notamment la mise en place d'un code de déontologie pour les interprètes, ou encore la mise en place de services d'urgence capables de communiquer avec des individus malentendants. Néanmoins, je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques paragraphes problématiques sur le multilinguisme dans l'UE ou sur la liberté de circulation, c'est globalement une résolution consensuelle en faveur de l'accessibilité pour les personnes en situation de handicap, sans pour autant de remise en cause de la compétence des États membres. Par conséquent, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Como cidadãos de pleno direito, todas as pessoas com deficiência, incluindo as pessoas surdas e as pessoas com deficiência auditiva, incluindo as que utilizam e as que não utilizam a língua gestual, beneficiam dos mesmos direitos e têm o direito inalienável à dignidade, à igualdade de tratamento, à vida independente, à autonomia e à plena participação na sociedade.

As instituições da UE devem ser um exemplo de boas práticas perante os cidadãos da UE, no que diz respeito à adoção das medidas de adaptação razoável e das medidas de acessibilidade, o que inclui a disponibilização de interpretação em língua gestual.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion because thanks to professional sign language interpreters there will be greater equality of access to information and discussion for deaf and hard-of-hearing people.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. — J'ai décidé de voter en faveur de la proposition de résolution concernant la langue des signes et les interprètes professionnels en langue des signes. Chaque citoyen a le droit de choisir sa vie, de s'accomplir dans sa singularité et d'exercer librement ses potentialités. Il est essentiel de lutter contre toute discrimination basée sur le handicap. L'égalité entre individus doit être réelle conformément à la convention des Nations unies de 2006 sur les droits des personnes ayant un handicap. Tout individu a droit à la dignité, à l'égalité de traitement, à la vie autonome, à la pleine participation à la vie sociale. L'accessibilité ne se limite pas à l'accessibilité physique, mais va au-delà, notamment à l'accessibilité de l'information et de la communication ainsi qu'à l'égalité d'accès à la justice, à l'emploi, à l'éducation et à la formation. En votant cette résolution, nous contribuons à assurer la pleine et égale jouissance de tous les droits de l'homme aux personnes ayant un handicap dans le respect leur dignité.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I supported the text of the EP Resolution, which seeks to improve the situation of sign languages, their access and availability, and strengthen the role of professional sign language interpreters, in order to step up the fight against discrimination based on disability.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A jelnyelvekről és a szakképzett jelnyelvi tolmácsokról a GUE/NGL képviselőcsoport nyújtott be önálló, és a PPE, az S&D, az ECR, az ALDE, a Verts/ALE, valamint az EFDD képviselőcsoportok közös állásfoglalás-tervezetet. Az utóbbit támogattam szavazatommal.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution est assez consensuelle, puisqu'elle s'inscrit dans une volonté d'une plus grande accessibilité et intégration pour les personnes handicapées, sans jamais marquer un désir d'interférer dans la politique des États membres. Elle s'appuie notamment sur la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées, laquelle a été ratifiée en 2016 par la France et par l'Union européenne.

Malgré quelques paragraphes défaillants, c'est donc globalement une résolution consensuelle en faveur de l'accessibilité pour les personnes en situation de handicap. Nous sommes également plutôt favorables aux mesures proposées.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques paragraphes défaillants, cette résolution en faveur de l'accessibilité pour les personnes en situation de handicap va dans le bon sens. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte relatif à la langue des signes et aux interprètes professionnels en langue des signes. Il demande notamment à l'Union européenne de mettre sur un pied d'égalité les interprètes en langue des signes et les interprètes de langues parlées, que ce soit au niveau de leur rémunération mais aussi au niveau de leur accès aux documents préparatoires pour préparer les séances du Parlement. Les personnes atteintes de surdité ne doivent pas être exclues de la construction européenne et de l'action européenne en raison de leur handicap.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió egyik alapelve az egyenlő bánásmód mindenkivel szemben, beleértve a nőket, gyerekeket, kisebbségeket és a fogyatékossággal élőket. Ma elfogadtunk egy állásfoglalási indítványt, ami ezt a fogyatékossággal élők esetében is lehetővé teszi. Az indítványozók az európai uniós intézményeken keresztül kívánnak jó példát mutatni a jelnyelv használatára, amit ajánlásokkal és intézkedésekkel támasztanak alá. Örömmel fogadom az iniciatívát, ismét tettünk egy lépést a jó irányba.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – All persons with disabilities, including deaf and hard-of-hearing persons have equal rights and are entitled to equal treatment, independent living, autonomy and full participation in society. I have voted for this motion for a resolution that stresses the need for qualified professional sign language interpreters.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen und setze mich für gleiche Rechte für Menschen mit Behinderung ein. Bereitstellung von Gebärdensprachverdolmetschung und mehr Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung im Sinne der Verdolmetschung ist meiner Meinung nach ein weiterer Fortschritt in die richtige Richtung.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. ELis on arvestatav osa inimesi, kes kasutavad viipekeelt ning kelle jaoks on iseseisva elu ja ühiskonnas osalemise tingimuseks oluline juurdepääsetavus mitte ainult füüsilisele keskkonnale, vaid ka teabele ja suhtlusele. Seetõttu on oluline, et nii liikmeriigid kui ka ELi institutsioonid teeksid kõik, et tagada neile juurdepääs viipekeele või muude suhtlusvormide kaudu samale teabele ja suhtlusele nagu teistel kodanikel.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai. Pažymėtina, kad prieinamumas yra prielaida kurtiesiems, kurtiesiems ir akliesiems bei klausos sutrikimų turintiems asmenims gyventi savarankiškai ir lygiomis teisėmis visapusiškai dalyvauti visuomenės gyvenime. Jiems turi būti prieinama tokia pat informacija ir komunikacijos būdai, kaip ir visiems kitiems. Atsižvelgiant į tai, yra būtina numatyti didesnę pagalbą ir daugiau konkrečių priemonių.

Visų prima, gestų kalba turėtų būti įtraukta į švietimo programas siekiant padidinti informuotumą apie gestų kalbos vartojimą ir jį skatinti. Siekiant užtikrinti vienodas galimybes įsidarbinti, įgyti išsilavinimą ir mokytis, turi būti taikomos būtino pritaikymo priemonės, įskaitant profesionalių gestų kalbos vertėjų paslaugas. Be to, valstybėse narėse ir ES institucijose turėtų būti oficialiai pripažįstama nacionalinė ir regioninė gestų kalba ar kalbos ir turi būti gerinamos gestų kalbos vertėjų darbo sąlygos.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπάρχουν περίπου ένα εκατομμύριο κωφοί χρήστες νοηματικής γλώσσας στην ΕΕ και 51 εκατομμύρια βαρήκοοι πολίτες, πολλοί από τους οποίους είναι επίσης χρήστες νοηματικής γλώσσας. Στο ψήφισμα, το οποίο υπερψήφισα, τονίζεται η ανάγκη για επίσημη αναγνώριση των εθνικών και περιφερειακών νοηματικών γλωσσών στα κράτη μέλη και στα όργανα της ΕΕ, η ενίσχυση του ρόλου των επαγγελματιών διερμηνέων νοηματικής γλώσσας, η παροχή υπηρεσιών διερμηνείας υψηλής ποιότητας στη νοηματική γλώσσα προκειμένου να ενισχυθεί η καταπολέμηση των διακρίσεων λόγω αναπηρίας. Επίσης, όπως επισημαίνεται στο ψήφισμα, πρέπει να εξασφαλιστεί η προσβασιμότητα, δηλαδή πρέπει κωφοί, κωφάλαλοι και βαρήκοοι πολίτες να έχουν πρόσβαση στις ίδιες πληροφορίες και στην ίδια επικοινωνία με τους συμπολίτες τους μέσω της διερμηνείας στη νοηματική γλώσσα, του υποτιτλισμού, της αναγνώρισης ομιλίας και/ή εναλλακτικών μορφών επικοινωνίας. Ως πολίτες με πλήρη δικαιώματα, όλα τα άτομα με αναπηρίες έχουν ίσα δικαιώματα και δικαιούνται αδιαμφισβήτητα τον σεβασμό της αξιοπρέπειάς τους, την ίση μεταχείριση, καθώς και ανεξάρτητη διαβίωση, αυτονομία και πλήρη συμμετοχή στην κοινωνία.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che tutte le persone diversamente abili che facciano uso o meno della lingua dei segni hanno pari diritti. L'Unione europea, sia con il TFUE sancisce, ai sensi dell'articolo 10, la necessità di combattere contro le discriminazioni dovute alla disabilità e sia con la Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea proibisce tali discriminazioni e, allo stesso tempo, promuove la partecipazione paritaria dei disabili alla vita della comunità. Inoltre, nella zona europea possiamo contare 1 milione di utenti della lingua dei segni non udenti e 51 milioni di cittadini ipoudenti, di conseguenza l'Unione europea oltre a promuovere la conoscenza di un maggior numero di lingue parlate, deve anche incentivare la conoscenza della lingua dei segni, riconoscendo ai conoscitori di tale linguaggio la stessa importanza degli interpreti di lingua parlata. Questi diritti riconosciuti ai disabili devono estendersi, anche, all'accessibilità alle fonti di informazione, quindi bisognerebbe promuovere la presenza dei conoscitori della lingua dei segni anche sui mezzi di informazione europei. Pertanto ho espresso voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da moramo kontinuirano raditi na brisanju svakog oblika diskriminacije prema osobama s invaliditetom. Ovdje često zaboravljamo osobe za koje na prvi pogled smatramo da nemaju invaliditet pa se tako često dogodi kriva pretpostavka kako im ne treba pružiti mogućnost jednakog pristupa informacijama, poslu ili jednostavno sudjelovanju u društvenim aktivnostima. Deklaracija o ljudskim pravima nas, kao građane Europe i kao članove Europskog parlamenta, obvezuje da kontinuirano radimo na boljitku naših građana i poboljšanju situacije u svijetu. Angažiranjem profesionalnog prevoditelja na znakovni jezik omogućavamo gluhim osobama i osobama s oštećenjem sluha jednaku razinu sudjelovanja kakvu imaju i svi ostali. Ovo je osobito važno za europske institucije koje predstavljaju sve građane Europe. Bitno je zaista predstavljati sve građane te omogućiti sugrađanima s invaliditetom jednak pristup našim institucijama i jednako iskustvo kakvo imaju ostali. Zbog načina na koji današnje društvo funkcionira, gluhe osobe i osobe s oštećenjem sluha stavljene su u inferiorni položaj i po pitanju vlastite reprezentacije i po pitanju funkcioniranja u životu, stoga bi trebali u svim javnim institucijama, a pogotovo onim pravnoga tipa, omogućiti interpretatore i zaista živjeti ono što govorimo, živjeti jednakost i provoditi je svakoga dana.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution est assez consensuelle puisqu'elle s'inscrit dans une volonté d'une plus grande accessibilité et intégration pour les personnes handicapées, sans jamais marquer un désir d'interférer dans la politique des États membres. Elle s'appuie notamment sur la convention des Nations unies relative aux droits des personnes handicapées, laquelle a été ratifiée en 2016 par la France et par l'Union européenne. Dans ces conditions, attaché à l'amélioration de la vie des personnes handicapées, je vote en faveur de cette résolution.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U EU-u živi otprilike jedan milijun osoba koje se služe znakovnim jezikom za gluhe, te daljnjih 51 milijun nagluhih građana. Pristupačnost je preduvjet da osobe s invaliditetom vode neovisan život te da ravnopravno sudjeluju u društvu i ona nije ograničena samo na fizičku pristupačnost okruženju, već se odnosi i na pristupačnost informacija i komunikacije, uključujući u obliku pružanja sadržaja na znakovnom jeziku.

Institucije EU-a moraju biti primjer najbolje prakse kad je riječ o osiguranju razumne prilagodbe i pristupačnosti za svoje zaposlenike, izabrane dužnosnike i stažiste, a to uključuje i prevođenje na znakovni jezik. No nedostaje kvalificiranih i profesionalnih prevoditelja znakovnog jezika u svim državama članicama. Potreba za njima može se jedino ispuniti uz službeno priznavanje nacionalnog i regionalnog znakovnog ili znakovnih jezika u državama članicama i unutar institucija EU-a, te formalnom izobrazbom i službenim priznanjem struke. Isto tako, moraju se ponuditi uravnotežene i cjelovite informacije o znakovnom jeziku i gluhoći tako da roditelji mogu donijeti utemeljene odluke koje su u interesu njihove djece. Programi su rane intervencije ključni za razvoj životnih vještina kod djece. Gluhim, gluhoslijepim i nagluhim učenicima i njihovim roditeljima mora se omogućiti da nauče nacionalni ili regionalni znakovni jezik svog okruženja kroz predškolsku skrb i u školama.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – As questões da língua gestual e da existência de intérpretes é de extrema pertinência, face à continuada desconsideração dos direitos das pessoas surdas e dos seus familiares.

A resolução integra muitas das questões sobre as quais nos temos vindo a pronunciar apresentando propostas concretas e que passam, entre outras, por:

— a necessidade de assegurar apoio técnico aos alunos surdos, incluindo a interpretação;

— dinamizar serviços que promovam uma política inclusiva, procurando contrariar os fatores de exclusão, nomeadamente no acesso ao emprego, a que os surdos estão sujeitos;

— pautar pelo reconhecimento das línguas gestuais como línguas oficiais;

— envolver as associações de surdos na definição de políticas;

— melhorar a situação profissional dos intérpretes e dos professores de língua gestual, equiparando-os a profissionais equivalentes;

— permitir às pessoas e crianças bilingues a entrada em escolas que usam a língua gestual;

— desenvolver tecnologias que permitam o acesso a serviços de emergência ou outros.

A resolução, de carácter eminentemente técnico, salienta de forma correta as necessidades das pessoas surdas, razões que motivaram o voto favorável.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Pro mě jako sociálního demokrata je naprosto prioritní zamezit jakékoliv formě dikriminace lidí, neslyšící občany nevyjímaje. Proto jsem rád, že se nám podařilo prosadit usnesení o znakových jazycích a profesionálních tlumočnících znakového jazyka. Neslyšící používají národní znakové jazyky, které by měly být rovnoprávné s ostatními jazyky. V EU žije přibližně 1 milion neslyšících, kteří používají znakový jazyk, a 51 milionů nedoslýchavých, z nichž mnozí rovněž preferují znakový jazyk. Dokud nebudou znakové jazyky rovnoprávné, bude pro jejich uživatele nemožné dosáhnout nezávislého života, autonomie a plného zapojení do společnosti. Proto je nutné, aby bylo možné používat znakové jazyky při komunikaci s národními úřady i orgány EU, což se v praktické rovině neobejde bez zapojení tlumočníků do znakových jazyků. Musíme se zasadit o jejich rovnocenné podmínky s tlumočníky do jazyků přirozených.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – W 2010 r. UE ratyfikowała Konwencję ONZ o prawach osób niepełnosprawnych (UNCRPD). Instytucje UE są obecnie prawnie zobowiązane do wdrożenia przepisów zawartych w tej konwencji, które obejmują równość obywateli niepełnosprawnych i dostępność usług. Moja grupa zwróciła się o oświadczenie Komisji w celu wywarcia nacisku na instytucje UE, aby w pełni wdrożyły konwencję zawierającą przepisy w sprawie tłumaczy języka migowego w trakcie wydarzeń i posiedzeń publicznych odbywających się w instytucjach UE. Niniejszym poparłem rezolucję.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai souhaité voter en faveur de cette résolution qui vise à améliorer l'autonomie des personnes souffrant de handicap, malentendantes, sourdes ou aveugles. Il est de notre devoir de faire en sorte que ces personnes aient les mêmes droits que les autres citoyens, en encourageant le développement, la formation et la reconnaissance des compétences et du statut des interprètes en langues des signes.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Todos os cidadãos europeus merecem igual tratamento e iguais oportunidades, independentemente das suas diferenças. Nesse sentido, em vista do disposto nas normas do TFUE, a União Europeia deve combater potenciais desigualdades aquando da definição e da implementação das suas políticas e atividades.

Neste âmbito, os cidadãos com necessidades especiais, como os surdos e outras pessoas com problemas de audição, incluindo aqueles que comunicam via linguagem gestual, devem beneficiar de um estatuto idêntico ao de toda a sociedade. Assim, a dignidade humana intrínseca à sua existência, e que lhes é inalienável, bem como o direito ao igual tratamento, à autonomia e à participação ativa e completa na sociedade, devem ser assegurados a estes cidadãos.

Atualmente, na União Europeia, há cerca de um milhão de surdos, assim como 51 milhões de cidadãos com graves dificuldades de audição, que comunicam através de linguagem gestual. O reconhecimento da linguagem gestual como uma língua oficial nos Estados-Membros e nas suas organizações é, por conseguinte, crucial.

Consequentemente, o meu voto é favorável.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Persoanele surde și cu deficiențe de auz sunt cetățeni cu drepturi depline, care nu trebuie discriminați și care trebuie să aibă acces la servicii și informații la fel ca orice altă persoană. Cel mai important rol în acest sens îl au interpreții calificați și profesioniști în limbajul semnelor, din păcate prea puțini în raport cu utilizatorii limbajului semnelor. Profesia acestora trebuie recunoscută oficial în fiecare stat în parte și trebuie să se acorde importanță formării profesionale corespunzătoare, de aceeași manieră ca și formării necesare a interpreților de limbă vorbită.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative, non-binding, motion for a resolution. There are many aspects of the resolution which UKIP in principle could support and of course we want to further help those people who are deaf, blind, partially sighted and hard of hearing. However we cannot support the EU telling Member States what they should be doing or in any way give an excuse for action at EU level. The only people who should decide these things is our elected national government, not unaccountable EU institutions. As the resolution itself didn't contain anything which called on the EU or the Commission to act, UKIP abstained

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Como cidadãos de pleno direito, todas as pessoas com deficiência – em particular as mulheres e as crianças, nomeadamente as pessoas surdas e as pessoas com deficiência auditiva, incluindo as que utilizam e as que não utilizam a língua gestual – beneficiam dos mesmos direitos e têm o direito inalienável à dignidade, à igualdade de tratamento, à vida independente, à autonomia e à plena participação na sociedade.

Existem cerca de um milhão de utilizadores de língua gestual na União Europeia e 51 milhões de cidadãos com deficiência auditiva, muitos dos quais são também utilizadores de língua gestual. Daí que se constituam como questões prioritárias: a necessidade de intérpretes qualificados e profissionais de língua gestual; a melhoria da acessibilidade a estes serviços; a garantia de igualdade ao emprego, à educação e à formação.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El 28 de septiembre tuvo en el Parlamento Europeo la histórica conferencia sobre «El multilingüismo y la igualdad de derechos en la UE: el papel de las lenguas de signos». Los oradores destacaron la importancia del reconocimiento de la lengua de signos y la disponibilidad de interpretación para la plena inclusión de las personas sordas en la sociedad. También subrayaron que el reconocimiento por sí solo no es suficiente: sólo la plena aplicación de legislación puede asegurar que los sordos tienen acceso a intérpretes, habiendo una grave falta de intérpretes cualificados totalmente universitarios.

Esta moción conjunta de los Grupos S&D, EPP, ECR, ALDE, Greens y EFDD, contiene los principios básicos sobre cualificación de profesionales de la lengua de signos y sobre acceso de las personas sordas, sordomudas y con grave problemas de audición a este tipo de servicios, de forma que se garantice la igualdad de oportunidades y la no discriminación en ámbitos como la educación, el mercado laboral y las Instituciones Europeas. Solo en España hay más de un millón de personas padecen de discapacidad auditiva, de las cuales unas cien mil sufren de sordera profunda.

Por estos motivos, he votado a favor de esta moción.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur les langues des signes et les interprètes professionnels en langues des signes car elle consacre plusieurs aspects importants en la matière.

Tout d'abord, cette résolution souligne l'importance de disposer d'interprètes en langues des signes qui soient qualifiés et professionnels.

Deuxièmement, elle précise davantage la distinction entre accessibilité et aménagement raisonnable en matière de langue des signes.

Troisièmement, elle traite de la question de l'accessibilité, et notamment de la nécessité de faire en sorte que les personnes atteintes de surdité, sourdes et aveugles ou malentendantes aient accès aux mêmes informations et communications que leurs concitoyens.

Quatrièmement, elle met en exergue l'engagement des États membres à garantir le droit au travail aux citoyens atteints de surdité, sourds, aveugles ou malentendants au moyen de l'éducation et de la formation.

Finalement, elle réitère le rôle d'exemple que doivent jouer les institutions européennes en matière d'aménagements raisonnables et d'accessibilité pour le personnel et les visiteurs des institutions.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu siūlymui numatyti galimybę ES institucijų veikloje naudoti gestų kalbos vertėjus. Taip atsiranda potencialas pasiekti dar platesnę auditoriją. Kitą vertus, pasigendu konkrečia peržiūrų statistika ir pačių kurčiųjų interesais pagrįstos analizės dėl to, koks realus tokio vertimo poreikis ir kiek pateisinamos būtų tam skiriamos išlaidos.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Todos os cidadãos e, muito particularmente, os cidadãos portadores de deficiência têm direito a beneficiar de direitos iguais, tendo, indubitavelmente, o direito à dignidade, à igualdade de tratamento, à vida independente, à autonomia e à plena participação na sociedade.

Atualmente, existem cerca de um milhão de utilizadores de linguagem gestual na União Europeia (UE) e 51 milhões de cidadãos portadores de deficiência auditiva, muitos dos quais são utilizadores de linguagem gestual.

O TFUE estabelece que a UE, na definição e execução das suas políticas e ações, tem por objetivo combater a discriminação em razão da deficiência, atribuindo-lhe, por isso, mecanismos para adotar legislação e combater esse tipo de discriminação.

Nesta proposta são elencadas medidas que pretendem que a UE reforce a promoção da qualificação de intérpretes e profissionais de linguagem gestual, a inclusão desta linguagem nos diversos serviços públicos, no processo político e democrático e nos serviços digitais.

Votei favoravelmente esta proposta de resolução por considerar fundamental a prestação do serviço de interpretação em linguagem gestual enquanto medida que contribui para combater a discriminação e facilita a inclusão de milhões de pessoas com deficiência auditiva.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne compte près d'un million de personnes sourdes utilisant la langue des signes et 51 millions de citoyens malentendants qui sont nombreux à l'utiliser également.

J'ai voté en faveur de cette résolution qui souligne la nécessité de disposer d'interprètes en langue des signes qualifiés et professionnels. Il est important de soutenir la reconnaissance et la formation des interprètes en langue des signes.

Les personnes atteintes de ce handicap doivent pouvoir jouir des mêmes droits que tout citoyen et ne doivent pas être pénalisées dans l'accès à leurs droits et libertés.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, porque comparto plenamente el espíritu de no discriminación a colectivos sociales como el de las personas sordas, y defendemos el principio de igualdad en las instituciones. La Resolución ha sido firmemente defendida y trabajada por nuestro grupo parlamentario, y defiende la plena integración de este colectivo facilitando la accesibilidad de toda la información, y solicitando el reconocimiento europeo de los y las profesionales intérpretes de lengua de signos.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I fully support this resolution. There are many challenges on the issue of sign language, but as we consider those challenges we should not forget about the situation in this House. I have already addressed my concerns directly to the President about the availability of sign language interpretation in the European Parliament. I have organised two events on Parliament premises about disability issues and I am sorry to say that many improvements still need to be made to ensure people with disabilities have proper access to this institution.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución puesto que apuesta por la defensa efectiva de los derechos de las personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas y reclama una serie de medidas como el reconocimiento oficial de las lenguas de signos, tanto nacionales como regionales, en los diferentes Estados miembros, así como, en las instituciones de la Unión. Además, aboga por el reconocimiento profesional de los intérpretes de lengua de signos y propugna la incorporación de la lengua de signos a los programas educativos de forma similar a las lenguas extranjeras. Asimismo, considera que la inclusión de personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas ha de garantizarse en programas europeos como Erasmus +, y su integración laboral ha de promocionarse de forma efectiva en las instituciones europeas.

Consciente de la importancia que tiene la promoción de la lengua de signos a nivel educativo para sensibilizar al conjunto de sociedad y facilitar el respeto del derecho a la igualdad de los más de 52 millones de ciudadanos y residentes que se calcula se expresan en diferentes lenguas de signos en la Unión, he decidido apoyar este texto.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – In seguito alla ratifica della Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti delle persone con disabilità nel 2010, l'Unione europea si è assunta l'obbligo di attuare le disposizioni in essa contenute. Nello specifico, tale convenzione evidenzia l'importanza delle prestazioni professionali degli interpreti di lingua dei segni al fine di agevolare un'uguale e paritaria partecipazione delle persone non udenti alla società. Accessibilità, occupazione, istruzione e formazione sono infatti alcuni dei problemi affrontati nella presente risoluzione, oltre a una più specifica disposizione riguardante la fornitura di interpreti di lingua dei segni per eventi pubblici e riunioni tenuti nelle istituzioni dell'UE. Considerando che in Europa vi sono circa 1 milione di persone non udenti e 51 milioni ipoudenti che utilizzano la lingue dei segni e che in tutti gli Stati membri vi è carenza di interpreti professionisti e qualificati, è importante che le istituzioni europee diano piena attuazione alla Convenzione ONU. Ho deciso pertanto di votare a favore della risoluzione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – Whilst I support the right for people to use sign language and I think it is a great way for people to communicate I do not wish to see the EU involved in such things. Therefore I abstained.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of this resolution which seeks to improve the situation of the sign languages, their access and availability, and strengthen the role of professional sign language interpreters, in order to step up the fight against discrimination based on disability. Access to high-quality sign language services and measures of reasonable accommodation need to be strengthened in order to ensure equal treatment and participation of persons with disabilities in society.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – I support this measure to recognise sign language interpreters, and the important role they play for those without hearing. It has been educational to see sign language used each day with colleagues, enabling full integration into the workplace, and making it possible to draw on the talents of those who would otherwise be excluded. These languages are hard to learn, and must be treasured as part of our European culture, giving a strong message on equality for all.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Jednoznačne som podporila návrh uznesenia , ktorý bol predložený na základe vyhlásenia Komisie o posunkovej reči a profesionálnych tlmočníkoch posunkovej reči. Nepočujúci, hluchoslepí a nedoslýchaví občania musia mať rovnaký prístup k informáciám a komunikácii ako ostatní, a to formou tlmočenia posunkovej reči, titulkovania, prevádzania zvukového záznamu na text a alternatívnych spôsobov komunikácie vrátane tlmočníkov hovoreného jazyka. Inštitúcie EÚ vytvárajú príklady osvedčených postupov pre zamestnancov, volených verejných činiteľov a stážistov a voči občanom EÚ, pokiaľ ide o zabezpečenie primeraného prispôsobenia potrebám a zabezpečenie dostupnosti, čo zahŕňa aj poskytovanie tlmočenia v posunkovej reči. Aj napriek tomu je potrebné naliehavo vyzvať všetky inštitúcie, aby oficiálne priznali tlmočníkom posunkovej reči rovnaké postavenie ako tlmočníkom hovoreného jazyka, pokiaľ ide o tlmočnícke služby poskytované pre inštitúcie alebo ich zamestnancov a volených verejných činiteľov vrátane prístupu k technickej podpore.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem zprávu Evropského parlamentu z vlastní iniciativy týkající se znakového jazyka a profesionálních tlumočníků znakového jazyka. Zpráva usiluje o plné zapojení osob se sluchovým postižením do společnosti, především obsahuje konkrétní návrhy, jak řešit nedostatek kvalifikovaných překladatelů znakového jazyka, zdůrazňuje nutnost zajistit veřejné a státní služby osobám se sluchovým postižením, přesné překlady v případě soudních řízení, nebo poukazuje na možnost využívání jazykových technologií v digitální oblasti. Zpráva byla přijata ve znění pozměňovacích návrhů, z nichž zmíním především pozměňovací návrh požadující zachování závazku členských států vyzvat poskytovatele mediálních služeb, aby zajistili postupné zpřístupnění svých služeb osobám se zrakovým nebo sluchovým postižením ve směrnici o audiovizuálních mediálních službách. Hlasovala jsem pro přijetí tohoto pozměňovacího návrhu, protože je v souladu s tím, co se ve Výboru pro kulturu a vzdělávání snažíme prosadit do revidované směrnice.

Považuji za nezbytné, aby audiovizuální mediální služby byly přístupné osobám se sluchovým postižením. Je nezbytné podporovat plné zapojení osob se sluchovým postižením do společnosti a umožnit jejich přístup k informacím, včetně digitálního obsahu. Zpřístupnění audiovizuálních mediálních služeb osobám se sluchovým postižením považuji za opatření, které výrazně přispěje k zajištění rovných příležitostí těchto osob s širším dopadem na jejich přístup ke vzdělání a zaměstnání.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Menim, da je treba vsem invalidnim osebam omogočiti enake pravice in neodtujljivo pravico do spoštovanja njihovega dostojanstva, enakega obravnavanja ter neodvisnega življenja, samostojnosti in polne udeležbe v družbi. Na tem mestu je pomembno omeniti, da je v EU približno milijon gluhih uporabnikov znakovnega jezika in 51 milijonov naglušnih državljanov, med katerimi številni uporabljajo znakovni jezik.

Treba se je tudi zavedati, da so nacionalni in regionalni znakovni jeziki popolnoma razviti naravni jeziki z lastnimi slovničnimi in skladenjskimi pravili, tako kot govorni jeziki. Zaskrbljujoče je dejstvo, da v vseh državah članicah primanjkuje usposobljenih in poklicnih tolmačev za znakovni jezik. Usposobljeni in poklicni tolmači za znakovni jezik so nujno potrebni v vseh državah članicah. Povečanje števila tolmačev pa je možno doseči tako, da se v državah članicah in institucijah EU uradno prizna nacionalne in regionalne znakovne jezike, omogoči formalno usposabljanje in uradno prizna poklic tolmača znakovnega jezika.

Podpiram tudi zahtevo resolucije, da morajo gluhi, gluho-slepi in naglušni državljani imeti dostop do enakih informacij in komunikacije kot slišeči. Zaradi vsega navedenega sem glasoval za sprejetje resolucije in jo na glasovanju tudi podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Nepočujúci, nedoslýchaví občania musia mať rovnaký prístup k informáciám a komunikácii ako ostatní. Parlament preto zdôrazňuje potrebu zvýšiť ich podporu a posilniť osobitné ustanovenia, napr. tlmočenie v posunkovej reči a textové informácie, pričom však musí byť zabezpečená ich kvalita. Inštitúcie EÚ musia vytvárať príklady osvedčených postupov.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zu Gebärdensprachen und professionellen Gebärdensprachdolmetschern habe ich mich enthalten.

Hilfe für Personen, die auf Gebärdensprache und Dolmetscher für diese angewiesen sind, ist ein wertvolles Anliegen. Die vorliegende Regulierung scheint mir jedoch ein klarer Fall von Überregulierung zu sein. Zu fordern, dass man akademische Ausbildung der Dolmetscher benötigt, wird eine Angebotsverknappung am Markt bewirken. Es ist auch nicht notwendig, den Beruf durch Registrierungen zu bürokratisieren. In der AfD setze ich mich für eine Abschaffung des Kammerzwangs ein. Ich bin dagegen, Schritte zu unternehmen, die einer Verkammerung weiterer Berufe Vorschub leisten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Izražavam svoju podršku ovom izvješću jer nudi sustavan pristup rješavanju problema diskriminacije s kojom se suočavaju osobe s invaliditetom. Postoje razni oblici invaliditeta, kao i razni stupnjevi te je potrebno pružiti mogućnost jednakog pristupa informacijama, zaposlenju i sudjelovanju u društvenim događanjima i aktivnostima. Nužno je ulagati trajne napore u stvaranje društva koje će pružati jednake prilike za sve i koje će biti usmjereno na boljitak svih, posebice osoba koje se bore s određenim nedostatcima. Angažiranje profesionalnih prevoditelja na znakovni jezik omogućuje osobama s oštećenjem sluga i gluhim osobama da se lakše i cjelovitije integriraju u zajednicu. Ovo posebice dolazi do izražaja kada se promatra rad raznih institucija. Društvo jednakosti mora biti uspostavljeno i svi ljudi moraju imati jednake šanse za uspjeh u životu, neovisno o vlastitim fizičkim nedostatcima ili poteškoćama.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za predlog resolucije ob zaključku razprave o izjavi Komisije o znakovnih jezikih in poklicnih tolmačih za znakovni jezik. Podpiram resolucijo, ki poudarja, da morajo gluhi, gluho-slepi in naglušni državljani imeti dostop do enakih informacij in komunikacije kot slišeči. V Evropski uniji je po podatkih približno milijon gluhih uporabnikov znakovnega jezika in 51 milijonov naglušnih državljanov. V luči večjega dostopa gluhih in naglušnih državljanov do enakih informacij in komunikacije, bi morale bi javne in vlade službe dostopne prek tolmačev za znakovni jezik na kraju samem ali pa na daljavo prek interneta.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση κινείται προς μια σωστή κατεύθυνση καλώντας την Ευρωπαϊκή Ένωση να αναγνωρίσει τις ανάγκες των κωφών και κωφάλαλων ατόμων και να λάβει όλα τα αναγκαία μέτρα για να τους παρέχονται όλες οι αναγκαίες υπηρεσίες επαγγελματικής διερμηνείας. Επίσης ζητεί την εφαρμογή ολιστικών πολιτικών προς αυτή την κατεύθυνση. Η ομάδα μας προσπάθησε να ενισχύσει την έκθεση εισάγοντας τροπολογίες για ειδικές πολιτικές στα εκπαιδευτικά συστήματα, χωρίς όμως να βρεί στήριξη από άλλες πολιτικές ομάδες. Υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι κωφοί, τυφλοκωφοί και βαρήκοοι πολίτες πρέπει να έχουν πρόσβαση στις ίδιες πληροφορίες και στην ίδια επικοινωνία με τους συμπολίτες τους μέσω της διερμηνείας στη νοηματική γλώσσα, του υποτιτλισμού, της αναγνώρισης ομιλίας ή/και εναλλακτικών μορφών επικοινωνίας, συμπεριλαμβανομένων των προφορικών διερμηνέων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot.

A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében.

A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás – foglalkoztatás – hozzáférés háromszög egyike eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására.

Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Cunoscut este faptul că UE (Carta drepturilor fundamentale) interzice în mod explicit discriminarea pe criterii de dizabilitate, susținând participarea egală a persoanelor cu dizabilități în societate. Am votat pentru ca toate persoanele cu deficiențe de auz, care se confruntă cu lipsa de profesionalism a interpreților în limbaj mimico-gestual, să se poată implica cu succes în toate domeniile vieții socio-economice, beneficiind de demnitate inalienabilă, tratament egal, viață independentă, autonomie și participare deplină în societate.

În același timp, ținând cont de faptul că UE promovează multilingvismul și, implicit, învățarea limbilor străine, limbajul semnelor trebuie inclus în programele de învățământ în vederea nu doar a promovării și învățării limbajului semnelor (ca oricare altă limbă străină), ci și pentru a crea condițiile necesare dezvoltării gradului de accesibilitate (a informațiilor și comunicațiilor) al persoanelor cu dizabilități.

În acest sens, recunoașterea oficială a profesiei interpreților în limbajul semnelor și acordarea, de către diferitele instituții (începând cu cele ale UE), a aceluiași statut ca și cel al interpreților de limbă vorbită, în ceea ce privește serviciile de interpretare pe care le oferă instituțiilor și/sau personalului acestora sau funcționarilor numiți, inclusiv accesul la asistență tehnică și materiale reprezintă un deziderat și o necesitate stringentă pentru persoanele cu dizabilități.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – În prezent, există o lipsă de interpreți calificați în limbajul semnelor. Aș dori să subliniez faptul că persoanele cu dizabilități sunt cetățeni cu drepturi depline și trebuie să fie tratate egal, asigurându-le toate condițiile necesare pentru o participare activă în societate.

În acest context, consider că statele membre ale Uniunii Europene ar trebui să încurajeze învățarea limbajului semnelor în același mod cum sunt studiate limbile străine. Un element important este elaborarea unor manuale în formate și limbi accesibile tuturor.

Totodată, este necesară recunoașterea oficială a limbajelor semnelor cu specific regional și național în țările membre.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Il est essentiel de disposer d'interprètes en langues des signes qualifiés et professionnels et il convient, à cette fin, de prendre les mesures de reconnaissance officielle des langues des signes nationales et régionales dans les États membres et au sein des institutions de l'Union, de formation officielle (universitaire ou équivalente, soit trois années d'études à temps plein, ce qui correspond à la formation exigée pour les interprètes en langues parlées), d'enregistrement et, enfin, de reconnaissance officielle de la profession.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – INSIGN is the EU's pilot project, which initiates the implementation of a real-time sign language application and service, aimed at improving communication between deaf and hard-of-hearing people and the EU institutions. This initiative will help cater to the needs of deaf, deaf-blind and hard-of-hearing visitors in the EU institutions by directly providing access to national or regional sign language and speech-to-text services. I voted in favour of the motion for a resolution on improving access to sign language and professional sign language interpreters because I believe, in the objective of true equality, that hearing-impaired persons should have access to the same quality interpretation and communication as any other person would have.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – A siketeknek joguk van a politikai részvételre. Szükség van arra, hogy a választások, a nyilvános konzultációk és egyéb események során is szakképzett jelnyelvi tolmácsok tegyék akadálymentessé a politikai folyamatot.

A jelnyelvi tolmácsolás nem segítség, hanem alapvető emberi jog: a jelnyelvet használó embernek ez az anyanyelve. A tolmácsolás teszi lehetővé, hogy a siketek és siketvakok önálló életet élhessenek, teljes körű és egyenlő módon részt vehessenek a társadalom életében.

A határozat felkéri a Bizottságot, hogy vizsgálja meg, hogy a tagállamokban megvalósul-e a siket és siketvak gyermekek egyenlő esélyű hozzáférése az oktatáshoz és maradéktalanul hajtsa végre az INSIGN európai kísérleti projektet, amelynek célja a siket és nagyothalló emberek és az uniós intézmények közti kommunikáció javítása.

Ha az oktatás-foglalkoztatás-hozzáférés háromszög egyik eleme kiesik, akkor a siketek továbbra is hátrányos helyzetben maradnak: ebben játszik kulcsszerepet a tolmácsolás és akadálymentes hozzáférés. A siket, siketvak és nagyothalló diákok és szüleik számára ezért már az iskoláskor előtti szolgáltatások vagy iskolai oktatás révén lehetőséget kell adni a környezetükben használt nemzeti vagy regionális jelnyelv megtanulására.

Büszke vagyok arra, hogy Magyarországon ezt törvény garantálja, itt az idő, hogy ebből mindennapos gyakorlat legyen és a társadalom minden tagja odafigyeljen a fogyatékossággal élőkre.

Szavazatommal ezért támogattam a határozat elfogadását.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Podržavam Prijedlog rezolucije o znakovnom jeziku i profesionalnim prevoditeljima znakovnog jezika. Smatram da sve osobe s invaliditetom imaju jednaka prava i pripada im pravo na potpuno sudjelovanje u društvu.

U potpunosti podržavam sve institucije Europske unije u borbi protiv diskriminacije na temelju invaliditeta te smatram da se gluhim, slijepim i nagluhim građanima Unije mora omogućiti pristup izravnoj komunikaciji sa zastupnicima u Europskom parlamentu, kao i s administratorima u institucijama Europske unije.

Institucije EU-a moraju biti primjer najbolje prakse kad je riječ o osiguranju razumne prilagodbe i pristupačnosti za svoje zaposlenike, izabrane dužnosnike i stažiste, a to uključuje i prevođenje na znakovni jezik.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Još od 2010. godine, kada je ratificirala Konvenciju Ujedinjenih naroda o pravima osoba s invaliditetom, Europska unija ima zakonsku obvezu provoditi odredbe sadržane u Konvenciji. No, šest godina nakon ratificiranja vidljivi su tek neznatni pomaci.

Kako bi građanima s invaliditetom u potpunosti omogućila dostupnost i jednakost, institucije Europske unije trebaju biti najbolji primjeri državama članicama te osigurati osobama s invaliditetom jednak pristup informacijama i komunikaciji.

Upravo zbog toga sam supotpisala rezoluciju svojih kolega zastupnika iz grupe Europskih konzervativca i reformista kojom nudimo pristupe za poboljšanje položaja osoba s invaliditetom, točnije gluhih, gluhoslijepih i nagluhih građana.

Prije svega, unutar institucija EU-a i država članica potrebno je službeno priznavanje nacionalnog i regionalnog znakovnog jezika, službeno obrazovanje te priznavanje znakovnog jezika kao profesionalne i stručne usluge koja zahtjeva odgovarajuću naknadu, odnosno davanje jednakog statusa prevoditeljima znakovnog jezika kao što imaju profesionalni prevoditelji. Osim toga, smatram da je potrebno osigurati jednak pristup zapošljavanju, obrazovanju i osposobljavanju mladih gluhih ljudi kako bi se smanjila njihova nezaposlenost.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o znakovnih jezikih in poklicnih tolmačih za znakovni jezik sem podprla. Tudi osebe z motnjami sluha morajo imeti enake pravice in morajo biti enako obravnavane. Imeti morajo avtonomijo, možnost neodvisnega življenja ter sodelovanja v družbi.

Vsakršno diskriminacijo je treba obsoditi, kakor jo obsoja tudi listina Evropske unije o temeljnih pravicah. Treba se je zavzemati za to, da bi znakovni jezik obvladalo čim več ljudi, oz. da bi se ga čim več ljudi imelo možnosti naučiti ter delovati kot tolmač. Kakršen koli razvoj novih jezikovnih tehnologij bi bil v veliko pomoč uporabnikom znakovnega jezika. Gluhonemi bi preko uradnih tolmačev lažje dostopali do zdravstva, sodstva in šolstva.

Evropske institucije so naredile že velik korak v to smer, a naslednji korak bi lahko bil, da je znakovni jezik eden izmed uradnih jezikov v Evropskem parlamentu.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, porque comparto plenamente el espíritu de no discriminación a colectivos sociales como el de las personas sordas, y defendemos el principio de igualdad en las instituciones. La Resolución ha sido firmemente defendida y trabajada por nuestro grupo parlamentario, y defiende la plena integración de este colectivo facilitando la accesibilidad de toda la información, y solicitando el reconocimiento europeo de los y las profesionales intérpretes de lengua de signos.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré quelques paragraphes défaillants, c'est globalement une résolution consensuelle en faveur de l'accessibilité pour les personnes en situation de handicap.

J'ai donc voté pour ce rapport.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Teljes jogú polgárként a fogyatékkal élő személyek, és különösen a nők és gyermekek – beleértve a siket és nagyothalló személyeket, a jelnyelvet használókat és az azt nem használókat – egyenlő jogokkal rendelkeznek, és joguk van az elidegeníthetetlen méltósághoz, az egyenlő bánásmódhoz, a független életvitelhez, az önállósághoz és a teljes körű társadalmi szerepvállaláshoz. Voksommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, porque comparto plenamente el espíritu de no discriminación a colectivos sociales como el de las personas sordas, y defendemos el principio de igualdad en las instituciones. La Resolución ha sido firmemente defendida y trabajada por nuestro grupo parlamentario, y defiende la plena integración de este colectivo facilitando la accesibilidad de toda la información, y solicitando el reconocimiento europeo de los y las profesionales intérpretes de lengua de signos.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Suvokiu teisingo ir tikslaus vertimo žodžiu ir raštu paslaugų svarbą, ypač teisme ir kitokioje teisinėje aplinkoje; todėl pakartoju, kad svarbų vaidmenį – ypač minėtoje aplinkoje – atlieka aukštos kvalifikacijos profesionalūs gestų kalbos vertėjai.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution to wind up the debate on the statement by the Commission pursuant to Rule 123(2) of the Rules of Procedure on sign languages and professional sign language interpreters. As full citizens, all persons with disabilities, in particular women and children, are entitled to inalienable dignity, equal treatment, independent living, autonomy and full participation in society. There are approximately one million deaf sign language users in the EU and 51 million hard-of-hearing citizens, many of whom are also sign language users. The report recognises that sign language interpretation constitutes a professional service requiring appropriate remuneration. It equally stresses the need for qualified and professional sign language interpreters. I voted in favour because I believe that deaf, deafblind and hard-of-hearing citizens must have access to the same information and communication as their peers.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este texto destaca la importancia crucial del reconocimiento de la lengua de signos y la disponibilidad de interpretación para la plena inclusión de las personas sordas en la sociedad. Subraya, además, que el mero reconocimiento no es suficiente, sino que sólo la plena aplicación de la legislación en los Estados miembros puede asegurar que los europeos sordos tengan acceso a intérpretes plenamente calificados, con titulación universitaria reconocida. Y es que, según recoge, generalmente hay una grave falta de intérpretes de lengua de signos totalmente cualificados en el territorio comunitario. Partiendo del deseo de mejorar la calidad de vida del millón de personas con discapacidad auditiva que hay en España, así como del conjunto de personas que la padecen en toda Europa, he apoyado con mi voto este documento.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución puesto que apuesta por la defensa efectiva de los derechos de las personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas y reclama una serie de medidas como el reconocimiento oficial de las lenguas de signos, tanto nacionales como regionales, en los diferentes Estados miembro así como en las instituciones de la UE. Además, aboga por el reconocimiento profesional de los intérpretes de lengua de signos y propugna la incorporación de la lengua de signos a los programas educativos de forma similar a las lenguas extranjeras. Asimismo, considera que la inclusión de personas sordas, sordo-ciegas o con dificultades auditivas ha de garantizarse en programas europeos como Erasmus +, y su integración laboral ha de promocionarse de forma efectiva en las instituciones europeas.

Consciente de la importancia que tiene la promoción de la lengua de signos a nivel educativo para sensibilizar al conjunto de sociedad y facilitar el respeto del derecho a la igualdad de los más de 52 millones de ciudadanos y residentes que se calcula se expresan en diferentes lenguas de signos en la UE, he decidido apoyar este texto.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor gestemd, omdat toegankelijkheid voor personen met een handicap een eerste voorwaarde is voor een onafhankelijk leven en een volledige en gelijke deelname aan het gemeenschapsleven.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução surge alguns dias depois do Dia Nacional da Língua Gestual Portuguesa, efeméride que se deve valorizar, no respeito pela inclusão dos seus utilizadores.

Corresponde à necessidade de dar apoio técnico aos alunos surdos, incluindo a interpretação (para que não seja paga pelas famílias), e ajudar empresas com recursos para incluir pessoas surdas (que excluem, por exemplo, uma surda de uma entrevista de emprego) e dinamizar serviços que promovem uma política inclusiva (disponibilidade de intérpretes).

No caso concreto desta resolução, considera-se que o carácter eminentemente técnico que apresenta salienta as necessidades das pessoas surdas. Muitas das questões que fazem parte das nossas propostas para esta área estão incluídas, pelo que se pode apoiar a resolução.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dem Entschließungsantrag über Gebärdensprache und professionelle Gebärdensprachdolmetscher und —dolmetscherinnen habe ich zugestimmt, da meiner Meinung nach eine Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderung wichtig ist, damit sie ein unabhängiges Leben ohne jegliche Einschränkungen führen können.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As a disability rights champion and as a qualified BSL signer, I welcome EU action to promote sign language learning. The EU must promote a non-discriminatory approach to the use of a sign language, as required under the UN Convention on the Rights of Persons with Disabilities, which has been ratified by the EU and all EU Member States except one.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Uznesenie o posunkovej reči a profesionálnych tlmočníkoch posunkovej reči rieši otázku diskriminácie z dôvodu zdravotného postihnutia. Súhlasím s týmto uznesením, nakoľko ľudia so zdravotným postihnutím majú plné právo na ľudskú dôstojnosť a plnohodnotné zapojenie sa do spoločenského života. Táto správa rieši otázku potreby uznania posunkovej reči ako oficiálneho jazyka v členských štátoch a inštitúciách EÚ a dostupnosť kvalifikovaných a profesionálnych tlmočníkov tejto reči. Je dôležité, aby ľudia s hendikepom sluchového aparátu mali zabezpečený prístup k informáciám a službám verejnej správy. Vítam tiež iniciatívu zaradiť posunkovú reč do učebných osnov, aby sa zvýšila informovanosť o tejto reči. Platí totiž, že spoločnosť definuje práve to, ako sa správa k tým najzraniteľnejším.

Auke Zijlstra (ENF), *schriftelijk*. – De PVV stemde tegen de motie gebarentaal en professionele gebarentolken.

In de motie wordt onder andere geëist dat: in overheidsinstellingen en in het onderwijs gebarentolken beschikbaar moeten zijn, gebarentaal onderdeel moet zijn van de lesprogramma's, de Europese instellingen inclusief het Europees Parlement meer doven moeten aannemen.

De PVV is van mening dat in Nederland de deelname van mensen met een lichamelijke beperking aan het maatschappelijk verkeer is gewaarborgd. Nederland loopt ver voor op de voorstellen die in het Europees Parlement zijn gedaan. De voorstellen overschrijden ook het mandaat van het EP.

De verplichting door de Europese Unie om gebarentaal op te nemen in lesprogramma's kan de PVV niet steunen, aangezien het EP geen zeggenschap heeft over de curricula in het onderwijs.

Dat de EU voor haar eigen instellingen een verbetering van de ondersteuning van doven en slechthorenden bepleit, juicht de PVV toe. Daar is echter deze motie niet voor nodig, dat kan men eenvoudigweg doen.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie o posunkovej reči a profesionálnych tlmočníkoch posunkovej reči som samozrejme podporila a zároveň som aj jednou z jeho spolupredkladateliek. Hlavným cieľom tohto uznesenia je dosiahnuť uznanie posunkových jazykov za oficiálne jazyky členských štátov a európskych inštitúcií. Hoci si to mnoho ľudí neuvedomuje, posunkové jazyky sú kľúčovými komunikačnými prostriedkami pre približne milión nepočujúcich obyvateľov Európskej únie. Napriek tomu tlmočenie do týchto jazykov je len zriedkavo zabezpečené a tlmočníkov (a to aj na verejných inštitúciách) často suplujú rodinní príslušníci nepočujúceho. Naviac, vzdelávanie v tejto oblasti značne zaostáva. Myslím si preto, že uznanie posunkových rečí je absolútne prirodzenou požiadavkou, ktorá medziiným vyplýva aj z Dohovoru o právach osôb so zdravotným postihnutím. A Európsky parlament by mal ísť pozitívnym príkladom a tlmočenie do posunkových rečí oficiálne zaviesť.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podupirem prijedlog rezolucije o znakovnom jeziku i profesionalnim prevoditeljima na znakovni jezik. U osiguravanju jednakosti pristupa osoba s poteškoćama raznim uslugama i sadržajima, važno je osigurati mehanizme integracije za osobe s oštećenjima sluha i gluhe osobe.

Mogućnost sporazumijevanja i komunikacije glavni je preduvjet za uspješno uključenje u zajednicu, radno mjesto, studij i pristup uslugama i sadržajima. Djelovanje država članica o ovom području je raznoliko, prakse su neujednačene i nedosljedne. Ovim prijedlogom rezolucije Europska unija uočava ovaj problem te poziva na što skorije suočavanje s njim.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o znakovnih jezikih in poklicnih tolmačih za znakovni jezik.

Gluhi, gluho-slepi in naglušni državljani morajo imeti dostop do enakih informacij in komunikacije kot slišeči – s tolmačenjem za znakovni jezik, podnaslavljanjem, samodejnim zapisom govora in/ali drugimi oblikami komuniciranja, tudi z govornimi tolmači. Tako jim omogočimo neodvisno življenje, samostojnost in polno udeležbo v družbi. Zato podpiram besedilo Resolucije, ki predlaga ukrepe za zagotovitev visokokakovostnih storitev tolmačenja v znakovni jezik.

11.8. Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon (B8-1228/2016)

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In questa relazione si affrontano le problematiche relative all'utilizzo in agricoltura, come erbicida selettivo post-emergenza, della sostanza attiva bentazone, che è stato riscontrato avere un elevato potenziale di lisciviazione diretta nelle acque sotterranee. Ritenendo che la valutazione degli impieghi del bentazone sia insufficiente per concludere che non si avrà alcun effetto nocivo sulla salute umana o degli animali o sulle acque sotterranee o alcun impatto inaccettabile sull'ambiente, si chiede alla Commissione di ritirare il progetto di regolamento di esecuzione, che prevedeva l'autorizzazione del bentazone fino al 31 gennaio 2032, e di presentare un nuovo progetto. Ho espresso voto favorevole.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado en contra de esta objeción porque, cuando se da el hecho de que una sustancia activa cumple los requisitos para su autorización, incluido el informe científico de la EFSA, considero que la CE ha actuado correctamente, especialmente por el hecho de que queda abierta la posibilidad de aportar nuevos datos que pueden confirmar o interrumpir dicha autorización.

Los agricultores necesitan disponer de sustancias activas para luchar contra las plagas.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción, porque estoy en contra de la renovación de la substancia activa bentazona, uno de los plaguicidas que más frecuentemente se encuentra en aguas subterráneas y profundas, ya que no hay datos científicos que demuestren que se trata de una substancia segura, ni para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. Por tanto, la propuesta de la Comisión atenta contra el principio de precaución e ignora las propuestas del Defensor del Pueblo para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión (restringiendo la práctica de aprobar una sustancia mientras simultáneamente se solicitan datos que se espera que confirmen su seguridad), por lo que he votado a favor de la objeción.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this objection to the Commission proposal to renew approval for the active substance bentazone, a broad-use herbicide. The Commission is proposing to approve bentazone for the maximum time limit of 15 years even though the data available has substantial gaps and whilst it is also a substance which can easily leak into ground water and is suspected of interfering with human reproduction. No active substance should be approved for safe use without the essential data which proves its safety. The European Commission must request and assess the relevant missing information before deciding to renew the authorisation.

The European Ombudsman earlier this year called on the Commission to severely restrict the use of this process, known as the confirmatory data procedure. The Commission however has ignored this recommendation and infringed the precautionary principle by proposing the approval of bentazone. For these reasons, I voted against its reauthorisation and called on the Commission to withdraw its proposal and submit a new one.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection. La Commission devrait tenir compte de toutes les données nécessaires pour confirmer la sécurité d'une substance donnée avant de délivrer les autorisations. La période d'approbation doit être proportionnée aux risques éventuels inhérents à l'utilisation de ces substances. Le principe de précaution devrait être le principe directeur du processus d'autorisation de l'ensemble des produits phytopharmaceutiques.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau prieš rezoliuciją dėl leidimo naudoti veikliąją medžiagą benzatoną atnaujinimo, kadangi veikliosios medžiagos benzatono reprezentatyvaus naudojimo vertinimas buvo nepakankamas norint daryti išvadą, kad augalų apsaugos produktas, kuriame yra veikliosios medžiagos neigiamai nepaveiks žmonių ar gyvūnų sveikatos ar gruntinių vandenų, arba nedarys nepriimtino poveikio aplinkai. Kadangi vis dar nėra pakankamai informacijos dėl benzatono nekenksmingumo, negaliu pritarti kolegos Pavel Poc pataisai, raginančiai Komisiją patvirtinti benzatoną iki 2024 m. liepos 31 d., t. y. 7,5 metų. Mūsų aplinkoje jau yra itin daug kenksmingų medžiagų, todėl negalima atsainiai žiūrėti į dar vienos kenksmingos medžiagos naudojimą. Kadangi Pavel Poc pataisa vis dėlto buvo priimta, turėjau balsuoti prieš visą rezoliuciją. Tikiuosi, kad Komisija prieš patvirtindama sprendimą gaus trūkstamą informaciją ir ją nuodugniai įvertins.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Europäische Kommission hat den Mitgliedstaaten einen Beschlussentwurf vorgelegt, nach dem die Zulassung des umstrittenen Stoffes Bentazon, der in Pflanzenschutzmitteln verwendet wird, bis zum Jahr 2032 verlängert werden soll. In seinem Einwand erklärt das EU-Parlament die Vorlage dieses Entwurfs für unzulässig, da die Auswirkungen und Risiken des Wirkstoffes noch nicht hinreichend geklärt seien und die Kommission daher mit dem Zulassungsentwurf ihre Befugnisse überschreite. Das Parlament ist der Meinung, dass bei der Risikoanalyse von Bentazon erhebliche Mängel bestehen, die nachgearbeitet werden müssen, und verlangt, dass die Kommission den Mitgliedstaaten einen anderen Entwurf vorlegt. Ich habe für den Einwand des Parlamentes gestimmt, da ich der Überzeugung bin, dass der Schutz der Verbraucher das wichtigste Kriterium im Zulassungsverfahren sein muss und dass das Vorsorgeprinzip hier uneingeschränkt zur Anwendung kommen sollte.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte consiste en une objection de la commission ENVI au renouvellement de la substance active bentazone.

Le bentazone est un pesticide couramment utilisé, notamment pour les cultures de pois, haricots et pommes de terre. Des doutes subsistent quant à sa nocivité pour l'homme et l'environnement, en dépit de plusieurs études encourageantes.

En particulier, le bentazone peut infiltrer les eaux de surface et souterraines. En outre, des doutes subsistent quant à la dangerosité du bentazone pour la santé humaine, bien que, selon les conclusions de plusieurs études scientifiques émanant notamment de l'Organisation mondiale de la santé, celle-ci serait conditionnée à l'absorption de très fortes doses de bentazone.

Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution, et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans (la période maximale).

Pour toutes ces raisons, le groupe ENF soutient l'objection appelant la Commission à diligenter les évaluations complémentaires nécessaires au renouvellement de l'autorisation du bentazone, avant de procéder à celui-ci. J'ai donc voté favorablement à cette objection.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because Bentazone is a much-needed herbicide within the agricultural industry and is currently approved for use in the UK. With every herbicide we ban across the EU, we put more farmers out of work and rely more heavily on unrestricted imported goods. This leads to the potential of worsening environmental standards globally - in essence, outsourcing environmental damage.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection visant à ne pas renouveler l'autorisation d'importation et de mise sur le marché de la substance active bentazone. Son utilisation pourrait avoir des effets néfastes sur les utilisateurs et consommateurs.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos dėl Prieštaravimo pagal Darbo tvarkos taisyklių 106 straipsnį: leidimo naudoti veikliąją medžiagą benzatoną atnaujinimo. 2016 m. balandžio 8 d. Komisijos įgyvendinimo reglamentą, veikliosios medžiagos bentazono patvirtinimo galiojimas pratęstas iki 2017 m. birželio 30 d., nes atidėtas medžiagos vertinimas. Tačiau apsvarsčius pastabas, gautas pagal galiojimo pratęsimo vertinimo ataskaitą, buvo nuspręsta, kad EFSA turėtų atlikti ekspertų konsultacijas ir pateikti išvadas dėl to, ar galima tikėtis, jog veikliąja medžiaga bentazonas atitiks sąlygas, nustatytas Europos Parlamento ir Tarybos reglamente. Remiantis EFSA išvadomis buvo nustatyta, kad veikliosios medžiagos bentazono reprezentatyvaus naudojimo vertinimas buvo nepakankamas. Todėl pritariu, kad Komisija taikydama veikliajai medžiagai bentazonui pažeidė Reglamento nuostatas ir nusižengė atsargumo principui.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalási indítvány célja, hogy a Bizottság vonja vissza a bentazon tartalmú, illetve ilyen hatóanyaggal rendelkező gyomirtó szerek uniós forgalomba hozatali engedélyezésének leghosszabb időtartammal történő meghosszabbítását. A bentazon a kultúrnövények kelése utáni 1–15 napban kihelyezésre kerülő szelektív gyomirtó szer, mely a széleslevelű gyomnövényeket pusztítja el. Az Egyesült Királyságban számos olyan tanulmány látott már napvilágot a bentazonnal kapcsolatban, amelyben részletesen kimutatják, hogy a bentazon a talajvízben feldúsulhat és a létrejövő magasabb koncentrációjának köszönhetően nemcsak a talajt és a növénykultúrát, de az állatvilágot és elsősorban az emlős kisállatok reproduktivitását gátolhatják. Ezzel közvetetten az emberi egészségre is ártalmas vegyületről beszélhetünk, főleg annak tudatában, hogy a bentazon tartalmú gyomirtó szerek a legnagyobb mennyiségben és a legszélesebb körben alkalmazott gyomirtó szerek az EU-ban.

Fontos az engedély megadásának elutasításához megemlíteni. hogy az EFSA tudományos értékelésében újfent arról tett tanúbizonyságot, hogy szakmailag egy erősen megkérdőjelezhető és felületes tudományos értékelést végzett, amelyben figyelmen kívül hagyta a kisemlősökre gyakorolt toxicitást és annak tudományos konzultáció keretében történő vizsgálatát.

Mivel az indítvány a Bizottság forgalombahozatali engedélyre vonatkozó rendeletének visszavonását szorgalmazza, ezért azt támogattam.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the non-legislative resolution on renewing the approval of the active substance bentazone. We believe it is important to assess missing safety information on the use of this substance. However, we would like this issue to be decided by national Parliaments.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide dont la nocivité pour l'homme et l'environnement est toujours discutée. L'Agence britannique de l'environnement a constaté des cas fréquents de contamination au bentazone des eaux, souterraines et de surface, car les pesticides ont tendance à s'infiltrer dans les sols. Cette objection au renouvellement de l'autorisation de la substance active bentazone souligne à juste titre que les tests et les études sont loin d'être unanimes quant à l'absence de dangers et c'est pourquoi j'ai voté en sa faveur.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui rejette le projet de règlement de la Commission portant renouvellement de l'approbation de la substance active bentazone. Le rapport estime en effet que l'évaluation des utilisations représentatives de la substance bentazone n'est pas suffisante pour conclure qu'elle ne pourrait pas avoir d'effet nocif sur la santé humaine. Il invite dès lors la Commission à accorder la priorité à l'évaluation des informations pertinentes manquantes avant de prendre une décision concernant l'approbation

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado en contra de este informe por varias razones. En primer lugar, porque el proyecto de Reglamento de Ejecución de la Comisión no aplica las propuestas del Defensor del Pueblo Europeo con miras a una solución para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión.

Pero sobre todo, no veo lógica la decisión de la Comisión de aprobar una sustancia activa, solicitando al mismo tiempo datos que confirmen su seguridad (proceso conocido como «procedimiento de datos confirmatorios») permitiría la comercialización de la sustancia activa antes de que la Comisión hubiera obtenido todos los datos necesarios para apoyar dicha decisión. Debemos esperar por lo tanto a tener estos datos antes de tomar cualquier decisión al respecto.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de la objeción en línea con el principio de precaución para evitar la renovación de la bentazona.

Ante la ausencia de datos que demuestren la seguridad de una sustancia química, entiendo que no debe autorizarse su uso.

La Comisión Europea excede sus competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº 1107/2009.

La reautorización prevista de la bentazona durante 15 años no es compatible con la finalidad del Reglamento (CE) nº 1107/2009, que es garantizar un alto nivel de protección tanto de la salud humana y animal como del medio ambiente.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al Sr. Poc su trabajo en este informe, del que he votado en contra. He votado además a favor de la enmienda del PPE donde se pedía la autorización de dicho producto hasta el 31 de julio de 2024. Al no haberse aprobado dicha enmienda, he votado en contra del informe que considero que la Comisión se excede de las competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº. 1107/2009. El sector agrícola necesita este producto para sus cultivos y la EFSA ya ha dicho que no es nocivo y tiene los estándares de seguridad bien cubiertos.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai souhaité soutenir cette objection émanant de la commission ENVI du Parlement concernant le renouvellement de l'autorisation du bentazone.

Je considère en effet que le manque de données fiables sur les potentiels dangers que cette substance pourrait faire peser sur la santé humaine ne permet pas d'accorder un renouvellement immédiat.

D'autant plus après la publication de l'étude de l'Agence britannique de l'environnement, laquelle a constaté des cas fréquents de contamination au bentazone des eaux souterraines, voire des eaux de surface.

Certes, je suis consciente des conclusions délivrées par l'OMS dans plusieurs de ses rapports et qui assure que les risques sont conditionnés par une forte abstention de bentazone. Il vaut cependant mieux prévenir que guérir et c'est pourquoi de nombreuses évaluations des effets de ce pesticide sont à réaliser.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho sostenuto col mio voto l'obiezione al rinnovo dell'autorizzazione della sostanza attiva bentazone.

Malin Björk (GUE/NGL), *in writing*. — I voted in favour of this objection to the Commission proposal to renew approval for the active substance bentazone, a broad-use herbicide. The Commission is proposing to approve bentazone for the maximum time limit of 15 years even though the data available has substantial gaps and whilst it is also a substance which can easily leak into groundwater and is suspected of interfering with human reproduction. No active substance should be approved for safe use without the essential data which proves its safety. The European Commission must request and assess the relevant missing information before deciding to renew the authorisation.

The European Ombudsman earlier this year called on the Commission to severely restrict the use of this process known as the confirmatory data procedure. The Commission however has ignored this recommendation and infringed the precautionary principle by proposing the approval of bentazone. For these reasons, I voted against its reauthorisation and called on the Commission to withdraw its proposal and submit a new one.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El Reglamento de Ejecución (UE) nº 2016/549 de la Comisión, de 8 de abril de 2016, por el que se modifica el Reglamento de Ejecución (UE) nº 540/201, prorrogó el período de aprobación de la sustancia activa bentazona hasta el 30 de junio de 2017. A su vez, la Comisión Europea ha propuesto la prorrogación de la bentazona hasta el 31 de enero de 2032, de conformidad con el Reglamento (CE) nº 1107/2009 relativo a la comercialización de productos fitosanitarios.

Por mi parte, he votado a favor de una prórroga de 7,5 años y en contra de la supresión del uso de la sustancia activa. Entiendo que la bentazona actúa como un herbicida selectivo post-emergente contra las malezas de hoja ancha en una amplia gama de cultivos, que permite controlar las malas hierbas y es una herramienta fundamental para el manejo de diversos cultivos en España, como por ejemplo el arroz. La supresión del uso de la bentazona reduce las herramientas fitosanitarias de los agricultores, empeorando la capacidad competitiva de los mismos.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas prašo Komisijos atsiimti savo įgyvendinimo reglamento projektą ir pateikti komitetui naują projektą. Šis įgyvendinimo reglamentas buvo pateiktas dėl leidimo naudoti veikliąją medžiagą benzatoną atnaujinimo. Veiklioji medžiaga bentazonas veikia kaip atrankinis jau išdygusias plačialapes piktžoles naikinantis herbicidas, tinkamas daugeliui pasėlių ir paprastai naudojamas žemės ūkyje. Veiklioji medžiaga bentazonas dėl jai būdingų savybių turi dideles galimybes tiesiogiai nutekėti į gruntinius vandenis. JK aplinkos agentūros duomenimis veiklioji medžiaga bentazonas yra JK gruntiniuose vandenyse dažniausiai nustatomas patvirtintas pesticidas, kurį galima aptikti ir vandens paviršiuje ir panaši padėtis yra visoje Europoje. Apsvarsčius pastabas, gautas pagal galiojimo pratęsimo vertinimo ataskaitą, buvo nuspręsta, kad reikėtų paprašyti, kad prašytojai pateiktų papildomą informaciją. Taip pat, Parlamentas pažymėjo, kad rizikos vartotojams vertinimas nebuvo baigtas, nes siūlomos nuosėdų apibrėžtys siekiant įvertinti riziką augalams ir poveikį naminiams gyvuliams dėl nustatytų duomenų trūkumų buvo laikomi negalutiniais.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ne strinjam se z ugovorom in ga tudi nisem podprl, saj se aktivna snov betazon, ki deluje kot selektivni herbicid za zatiranje listnatega plevela pri širokem razponu poljščin po vzniku pogosto uporablja v kmetijstvu. Kot takšna je pomembna za učinkovito kmetovanje in olajša kmetu marsikatere težave, ter mu priskrbi večji pridelek. Prav tako, pa so glede na trenutno znanstveno in tehnično znanje vključeni nekateri pogoji in omejitve pri njegovi uporabi, da se omejijo morebitni negativni učinki. Brez prave alternative je zelo neodgovorno do evropskega kmetijstva, da bi snov prehitro in nepremišljeno umikali iz uporabe. Takšnih potez se ne dela čez noč temveč se temeljito preuči vse možne posledice na različne deležnike.

Biljana Borzan (S&D), *in writing*. – I support this objection. The Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The approval period should be proportionate to the possible risks inherent in the use of such substances. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted against the regulation renewing the approval of the active substance bentazone because it contained too many criticisms to the placing of these plant protection products on the market despite all reassurances provided by the Commission's studies. Indeed, I trust the work of the Commission's experts on that topic, and I think the assessment they gave on the representative uses of the active substance bentazone is sufficient to conclude that those products do not have harmful effects on human or animal health.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il benzatone è una sostanza che agisce come erbicida selettivo post-emergenza contro le malerbe a foglia larga in un'ampia varietà di colture ed è comunemente impiegato in agricoltura. Tuttavia ha un elevato potenziale di lisciviazione diretta nelle acque sotterranee (falde, torrenti, sorgenti) e risulta presente in quantità molto significative in numerosi bacini idrici di superficie in tutta Europa. Le analisi e gli studi circa la sua effettiva o presunta pericolosità non sono ancora completi e, finora, non permettono di escluderla in toto. Per questo, e in osservanza del principio di precauzione, noi parlamentari europei chiediamo alla Commissione di ritirare il suo progetto di regolamentazione del benzatone, di aspettare i nuovi dati e di ridefinire un nuovo progetto che metta al centro al tutela della salute dei cittadini e la sicurezza delle acque e dei terreni agricoli.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide couramment utilisé dans la culture des pois, haricots et pommes de terre. Il s'avère que de nombreux doutes persistent quant à la nocivité de cette substance pour l'homme et l'environnement en raison des multiples cas de contamination des nappes phréatiques au bentazone. C'est dans ce contexte que ce rapport émet une objection au renouvellement de cette substance active. Cette objection souligne que des évaluations et analyses complémentaires demeurent indispensables avant d'accorder l'autorisation de son renouvellement. Nous soutenons cette objection en raison du principe de précaution que nous devons appliquer dans l'intérêt de nos concitoyens et de l'environnement. Nous appelons par conséquent la Commission à diligenter les évaluations complémentaires nécessaires au renouvellement de son autorisation. J'ai donc voté pour ce texte.

Cristian-Silviu Buşoi (PPE), *in writing*. – I have voted against the motion for resolution on the draft Commission implementing regulation renewing approval of the active substance bentazone because bentazone is controlling volunteers of herbicide-tolerant crops and is safe when used appropriately.

Bentazone is important for European farmers, being one of few ingredients which controls broad-leaf weeds in post-emergence of those crops. The active ingredient has a different mode of action which make it a key tool in resistance management in controlling difficult weeds like Ambrosia, Datura, Matricaria etc. Furthermore, bentazone has not been identified as an endocrine disruptor under the current interim criteria. Moreover, this motion neglects the significant impact such measures can have on European farmers, regarding their productivity, competitiveness, and sustainability.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della proposta di risoluzione sul rinnovo da parte della Commissione dell'autorizzazione del bentazone. I dati dell'Agenzia dell'ambiente del Regno Unito rilevano una presenza importante di questo antiparassitario nelle acque sotterranee del Regno unito, in ragione delle sue proprietà intrinseche. Allo stato attuale non si dispone di informazioni adeguate e sufficienti, che possano constatare l'effettiva assenza di effetti nocivi per la salute umana, animale e di disastroso impatto ambientale. La decisione riguardo il rinnovo della Commissione contrasta con la sua stessa richiesta di maggiori informazioni scientifiche che confermino la sicurezza della sostanza attiva. Sulla base di ciò, l'obiezione chiede il ritiro del progetto di esecuzione e la formulazione di uno nuovo che si basi su ulteriori dati a disposizione.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the non-legislative resolution on renewing the approval of the active substance bentazone. We believe it is important to assess missing safety information on the use of this substance. However, we would like this issue to be decided by national Parliaments

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος για την την αντίρρηση σχετικά με την ανανέωση της έγκρισης της δραστικής ουσίας bentazone αποτελεί μια λογική πρόταση επανεξέτασης των δεδομένων που οδήγησαν στην έγκριση της συγκεκριμένης ουσίας. Καθώς πρόκειται για μια προσπάθεια προστασίας της υγείας των ευρωπαίων πολιτών, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – In virtù degli studi emersi recentemente, in particolar modo nel Regno Unito, riguardo il bentazone, non posso che votare contro il rinnovo dell'autorizzazione scadente il 30 giugno 2017. Si tratta, infatti, di un erbicida selettivo post-emergenza contro le malerbe a foglia larga utilizzato in un'ampia varietà di colture ed è comunemente impiegato in agricoltura. Esso ha un elevato potenziale di lisciviazione diretta nelle acque sotterranee in ragione delle sue intrinseche proprietà. Non stupisce, dunque, come sia l'antiparassitario maggiormente rilevato nelle falde acquifere sotterranee. Ritengo che la sicurezza del bentazone necessiti di conferme e approfondimenti, ricordando come una peer-view dell'Autorità europea per la sicurezza alimentare propenda per la classificazione dell'erbicida tra le sostanze tossiche per la riproduzione. Il Parlamento europeo chiede alla Commissione di valutare le informazioni mancanti prima di optare per un rinnovo dell'autorizzazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I did not support the motion for resolution on the objection pursuant to Rule 106: Renewing the approval of the active substance bentazone, as its safety has yet to be confirmed.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro il provvedimento in questione in quanto ritengo che gli effetti collaterali del bentazone come sostanza attiva non siano ancora stati sufficientemente testati. È necessario a mio avviso approfondire la questione effettuando tutte le ulteriori necessarie verifiche, inclusa una raccolta dati completa, prima di adottare decisioni in merito.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree that the Commission is exceeding the implementing powers provided for in Regulation (EC) No 1107/2009 on the use of the active substance bentazone. I support the precautionary stand by the rapporteur when stating that it is insufficient to conclude that, for at least one of the representative uses, a plant protection product containing the active substance bentazone may be expected not to have any harmful effect on human or animal health or on groundwater or any unacceptable influence on the environment.

The reasoning is based on the precautionary principle, as set out in Article 191 of the Treaty on the Functioning of the European Union and on that basis I agree with the call on the Commission to give priority to requesting and assessing any relevant missing information before taking a decision on approval.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción, porque estoy en contra de la renovación de la substancia activa bentazona, uno de los plaguicidas que más frecuentemente se encuentra en aguas subterráneas y profundas, ya que no hay datos científicos que demuestren que se trata de una substancia segura, ni para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. Por tanto, la propuesta de la Comisión atenta contra el principio de precaución e ignora las propuestas del Defensor del Pueblo para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión (restringiendo la práctica de aprobar una sustancia mientras simultáneamente se solicitan datos que se espera que confirmen su seguridad), por lo que he votado a favor de la objeción.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il progetto di regolamento di esecuzione della Commissione che rinnova l'approvazione della sostanza attiva bentazone relativo all'immissione sul mercato dei prodotti fitosanitari, prevede, sulla base di una valutazione scientifica condotta dall'Autorità europea per la sicurezza alimentare (EFSA), l'autorizzazione del bentazone fino al 31 gennaio 2032, vale a dire per il periodo massimo consentito. Tuttavia, la valutazione dei rischi per i consumatori non è ancora stata ultimata, dato che le definizioni di residui proposte per la valutazione dei rischi nelle piante e per l'applicazione agli animali sono considerate provvisorie a causa delle lacune individuate nei dati. Pertanto, ho deciso di votare in favore della presente obiezione, poiché la decisione della Commissione di approvare una sostanza attiva consentirebbe di immettere sul mercato la sostanza attiva prima che siano stati ottenuti tutti i dati necessari per suffragare tale decisione.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw w głosowaniu nad sprzeciwem wobec aktu wykonawczego w sprawie odnowienia zatwierdzenia substancji czynnej bentazon. Uważam, że substancje czynne ze względu na swój niebezpieczny charakter powinny podlegać szczególnej kontroli. Nieprawidłowe wykorzystanie tych związków może prowadzić do szkodliwych skutków zarówno dla ludzi, jak i środowiska.

Odnowienie zatwierdzenia substancji jest konieczne w celu określenia konkretnego zastosowania środków ochrony roślin. Zastosowanie tego związku chemicznego w wielu środkach służących rolnictwu musi zawierać stosowne ostrzeżenia o jego specyfice i skutkach działania. Niedopuszczalne jest, by tego rodzaju substancje pozostawały bez szczególnego nadzoru i były swobodnie stosowane w produkcji środków ochrony roślin. W związku z powyższym zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Whilst acknowledging that Bentazone is a post-emergent herbicide used against broadleaved weeds, commonly used for crops in agriculture, and that it can leach under conditions of extreme rainfall due to its high mobility, it is also worth looking at its impacts on the environment and citizens' health, such as the high potential for direct leaching to groundwater due to its inherent properties, before reauthorising this substance for the maximum 15 years.

I voted in favour of the objection because we want to have proper data in hand before actually having this substance reauthorised. It is not a question of banning the substance but a question of making sure this substance doesn't have negative health implications.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I firmly oppose this resolution which is factually incorrect. By seeking to object to renewing the approval of the active substance bentazone, Parliament is pandering to half-truths and hearsay over scientific assessment.

I also object to the fact that the Ombudsman was misquoted in the resolution, and to the resolution's conclusion that the Commission has breached the provisions of the regulation; this is simply incorrect.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette proposition de résolution vise à émettre un avis négatif au sujet du renouvellement de l'autorisation du bentazone, une substance active servant à la fabrication des pesticides utilisés dans l'agriculture. Dans le cadre du mandat accordé par le Parlement européen et le Conseil, la Commission a proposé le renouvellement jusqu'en 2032, durée légale standard. À la lumière des connaissances scientifiques et techniques actuelles, je soutiens la proposition de renouvellement, mais j'appelle aux poursuites des analyses toxicologiques. Je regrette que le rapporteur n'ait pas pris en considération les propositions du groupe PPE visant à apporter plus de garanties quant à l'usage des produits au bentazone. Nous avions en effet proposé de réduire la période de ré-autorisation, de réserver l'usage des produits aux professionnels et d'interdire son recours dans les zones sensibles, tels que les parcs et jardins publics. Considérant, d'une part, que la Commission a respecté son mandat en suivant l'avis scientifique positif de l'Autorité européenne de sécurité des aliments et, d'autre part, que cette proposition ne prend pas en compte les positions défendues au PPE, j'ai voté contre.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Certains députés européens ont présenté une objection au renouvellement de l'autorisation du bentazone, une substance active de produit phytosanitaire qui présente un effet herbicide. Cette substance, déjà utilisée dans certains États membres comme la France, est essentielle pour lutter contre des plantes toxiques. Le secteur ne connait pas encore de solutions alternatives à cette substance, ce qui rend le bentazone indispensable.

Le groupe PPE a proposé plusieurs amendements afin de trouver une position équilibrée sur cette question. Nous avons notamment proposé un renforcement de l'encadrement de son utilisation pour les professionnels et son interdiction pour les non-professionnels. Des études scientifiques montrent que le bentazone ne présente pas de danger lorsqu'elle est utilisée de façon appropriée. Nous avions également proposé d'interdire cette substance dans les zones utilisées par le grand public ou encore de soutenir la recherche et l'innovation afin de trouver des solutions alternatives. Enfin, nous souhaitions un renouvellement non pas pour 15 ans comme le proposait la Commission mais seulement pour 7 ans et demi.

Ces solutions n'ont cependant pas été retenues et nous n'avons pas réussi à trouver un compromis acceptable quant au renouvellement de cette substance, ce que je regrette, j'ai donc voté contre cette objection.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie heeft het bezwaar tegen de vernieuwde goedkeuring van de actieve stof bentazon niet gesteund, voornamelijk om volgende twee redenen: de Europese Commissie heeft bij haar beslissing tot vernieuwde goedkeuring haar mandaat niet overschreden. De N-VA gelooft sterk in *evidence-based* en wetenschappelijk onderbouwd beleid. Zowel het Europese Agentschap voor Voedselveiligheid (EFSA) als de rapporteur-lidstaat Nederland kwamen tot de conclusie dat bentazon veilig is wanneer het correct wordt gebruikt.

Dit alles neemt niet weg dat de N-VA nadrukkelijk voorstander is van geïntegreerde plagenbestrijding *(integrated pest management)* en pleit voor een duurzaam gebruik van pesticiden en niet-chemische alternatieven. De N-VA heeft amendementen in die zin dan ook gesteund.

In Vlaanderen is overigens sinds januari 2015 een pesticidenverbod voor openbare besturen van kracht onder het motto *zonder is gezonder*. Pesticiden kunnen enkel nog gebruikt worden onder specifieke voorwaarden. Ook particulieren worden aangemoedigd om pesticiden *buitenspel te zetten*.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution demandant que l'autorisation européenne de l'herbicide bentazone, qui expire le 30 juin 2017, ne soit pas renouvelée tant que sa sécurité n'aura pas été confirmée. Il apparaît que le bentazone peut facilement atteindre les eaux souterraines et qu'il pourrait être toxique pour la reproduction humaine. Je constate en outre que l'autorité européenne pour la Sécurité des aliments (EFSA) a proposé que la substance active bentazone soit classée parmi les substances toxiques pour la reproduction de catégorie 2. Aussi, tant que l'évaluation des risques pour les consommateurs n'aura pas été finalisée et que des données seront manquantes, en particulier en ce qui concerne l'exposition potentielle des eaux souterraines, je plaide pour l'application stricte du principe de précaution.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport.

Par ce rapport, les commissaires demandent que la Commission fasse procéder aux analyses complémentaires nécessaires avant le renouvellement de l'autorisation de la substance active bentazone. En effet, la Commission comptait recourir à la procédure des données confirmatives, qui s'inscrit en faux avec le principe de précaution.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικού κανονισμού της Επιτροπής για την ανανέωση της έγκρισης της δραστικής ουσίας bentazone, σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 1107/2009 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με τη διάθεση φυτό-προστατευτικών προϊόντων στην αγορά, και για την τροποποίηση του παραρτήματος του εκτελεστικού κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 540/2011 της Επιτροπής, διότι οι πληροφορίες που υποβάλλονται στην εν λόγω επιτροπή, πρέπει να έχουν επιβεβαιωτικό χαρακτήρα όσον αφορά τις επιπτώσεις στην υγεία των ανθρώπων, των ζώων, τα υπόγεια ύδατα ή οποιαδήποτε μη αποδεκτή επίδραση στο περιβάλλον.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report. I believe the evidence shows that this policy is the correct one. We are very aware of the dangers of chemicals in our environment in Wales.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote pour: l'objection souligne à juste titre que de nombreuses évaluations demeurent nécessaires pour l'octroi de l'autorisation: il s'agit, notamment, des évaluations sur le risque pour le consommateur et la possibilité d'infiltration des eaux souterraines et de surface. Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans (la période maximale).

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com o prazo estabelecido no Reg.1141/2010, houve um pedido de renovação da substância ativa já autorizada bentazona, já que a sua autorização expirou inicialmente em 30/6/2016.

A presente resolução opõe-se ao projeto de medida de execução da Comissão Europeia que aprova a renovação da substância por mais quinze anos.

Existem fundadas preocupações quanto aos efeitos desta substância ativa no meio ambiente, que justificam um aprofundamento e melhoria do conhecimento disponível, tendo em vista a adoção das medidas que se revelem necessárias no plano da salvaguarda do ambiente e da saúde pública.

Importa ter presente a elevada dependência desta substância em determinadas culturas, como é o caso do arroz, e bem assim o facto de atualmente não existirem restrições ao uso da bentazona, enquanto no passado a substância foi autorizada apenas para uso como herbicida.

No imediato, e perante o problema da ausência de alternativa invocado por vários produtores, importaria considerar a redução obrigatória das doses de aplicação e da concentração desta substância ativa, considerando, ao mesmo tempo, o papel dos adjuvantes, a necessária inibição de ações paralelas nefastas e, assim, a facilitação da decomposição.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the objection.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Predmetný návrh uvažuje o povolení pre látku bentazón na dobu 15 rokov, konkrétne do 31.1.2032. Viaceré štúdie poukazujú na škodlivosť látky bentazón pre životné prostredie. Posudzovanie na základe reprezentatívneho používania aktívnej látky bentazón je nedostatočné, aby sa mohlo dospieť k záveru, že aspoň v jednom z typických spôsobov používania možno očakávať, že prípravok na ochranu rastlín obsahujúci účinnú látku bentazón nebude mať škodlivé účinky na zdravie ľudí alebo zvierat alebo na podzemné vody alebo neprijateľný účinok na životné prostredie. Európska komisia by sa mala zamerať na overenie informácií a ich dôkladné posúdenie pred prijatím rozhodnutia o schválení.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore dell'obiezione perché ritengo necessario che la Commissione riceva tutte le eventuali informazioni mancanti sul bentazone prima di prendere una decisione in merito all'approvazione per il rinnovo dell'autorizzazione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, σχετικά με το σχέδιο εκτελεστικού κανονισμού της Επιτροπής για την ανανέωση της έγκρισης της δραστικής ουσίας bentazone σύμφωνα με τον κανονισμό (ΕΚ) αριθ. 1107/2009 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με τη διάθεση φυτοπροστατευτικών προϊόντων στην αγορά, και για την τροποποίηση του παραρτήματος του εκτελεστικού κανονισμού (ΕΕ) αριθ. 540/2011 της Επιτροπής, καθώς οι πληροφορίες που υποβάλλονται στην εν λόγω επιτροπή πρέπει να έχουν επιβεβαιωτικό χαρακτήρα όσον αφορά τις επιπτώσεις στην υγεία των ανθρώπων, των ζώων, τα υπόγεια ύδατα ή οποιαδήποτε μη αποδεκτή επίδραση στο περιβάλλον.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. — The objection does not focus on the characterisation of the substance and whether bentazone itself should be banned or re-authorised, but it is based on the authorisation process itself as the Commission (once again) proposes to re-authorise an active substance for the maximum period possible (15 years) while at the same requesting confirmatory data to evaluate its safety. This is against the EU Ombudsman's ruling from February 2016 (Case: 12/2013/MDC), against the provisions in the Regulation 2009/1107 and against any logic of evaluating safety of pesticides.

The severity of this objection might be not as high compared to the objection on active substance glyphosate but the principle of respecting the existing law is crucial. Otherwise we would find ourselves in a position where approved substances in the EU are, in some instances, unsafe and/or not in accordance with relevant legislation. The Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The approval period should be proportionate to the possible risks inherent in the use of such substances. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado en contra de la objeción considerando que con toda la información disponible, el uso de la sustancia activa bentazona no representa un riesgo para la salud de los ciudadanos europeos o tenga una incidencia en el medio ambiente.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul progetto di regolamento di esecuzione della Commissione che rinnova l'approvazione della sostanza attiva bentazone a norma del regolamento (CE) n. 1107/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio relativo all'immissione sul mercato dei prodotti fitosanitari, e che modifica l'allegato del regolamento di esecuzione (UE) n. 540/2011 della Commissione, perché ritengo che manchino ancora tutte le informazioni necessarie per avvallare con totale certezza il rinnovo dell'approvazione del bentazone concesso dalla Commissione. Il principio di precauzione contenuto nel regolamento 1187/2009 è per me infatti un principio cardine della politica ambientale UE: la protezione delle piante e la commercializzazione dei prodotti fitosanitari devono quindi conformarsi a questo principio. La scelta della Commissione di concedere il rinnovo dell'approvazione attraverso l'eccezionale procedura relativa ai dati di conferma si pone in violazione di questo principio e il Parlamento non può accettare che venga rilasciata un'autorizzazione di lungo termine per un prodotto in assenza di una valutazione sui rischi per i consumatori, sui mammiferi e sui profili di interferenza endocrina. Chiedo quindi alla Commissione di ritirare il provvedimento proposto e all'EFSA di compiere tutti gli accertamenti necessari.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den „Einwand gemäß Artikel 106 der Geschäftsordnung: Verlängerung der Genehmigung des Wirkstoffs Bentazon“ gestimmt, da ich die Position der EU-Kommission und das Verbot dieses gefährlichen Stoffes unterstütze.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir dürfen die Landwirtschaft nicht durch weitere Überregulierung belasten, wenn hierdurch kein Vorteil für Gesundheit oder Umwelt entsteht. Ich habe mich daher gegen ein Verbot von Bentazon ausgesprochen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against the non-legislative resolution on renewing the approval of the active substance bentazone. I believe it is important to assess missing safety information on the use of this substance. However, I would like this issue to be decided by national parliaments.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection given the Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de la objeción en línea con el principio de precaución para evitar la renovación de la bentazona.

Ante la ausencia de datos que demuestren la seguridad de una sustancia química, entiendo que no debe autorizarse su uso.

La Comisión Europea excede sus competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº 1107/2009.

La reautorización prevista de la bentazona durante 15 años no es compatible con la finalidad del Reglamento (CE) nº 1107/2009, que es garantizar un alto nivel de protección tanto de la salud humana y animal como del medio ambiente.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this objection because the Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο ΠΟΥ το 1991 ανέφερε ότι η ουσία bentazone έχει σχετικά χαμηλή οξεία τοξικότητα σε αρουραίους, ινδικά χοιρίδια και κουνέλια και ο ΠΟΥ την έχει κατατάξει ως ελαφρώς επικίνδυνη ουσία. Επίσης υπάρχουν μελέτες που καταδεικνύουν ότι είναι τοξική σε έμβιους οργανισμούς καθώς και ότι, εάν εντοπιστεί σε μεγάλη περιεκτικότητα σε πόσιμο νερό, είναι επίσης πολύ τοξική. Γι' αυτό καταψηφίσαμε την πρόταση ψηφίσματος.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The objection focused exclusively on procedural aspects of this pesticide authorisation. For one, certain data had still been requested from the applicant in the so-called 'confirmatory data procedure', a practice which had been heavily criticised by the European Ombudsman in a Decision from February 2016. On top of that, the Commission granted the authorisation for a full 15 years despite this lack of data on human and animal toxicity as well as ecotoxicity, as stated in the EFSA review.

The original authorisation for bentazone was granted in August 2001 and expired at the end of 2015. However, COM Implementing Regulation (EU) 2016/549 extended the expiry date for bentazone by 1.5 years until 30 June 2017 in order to allow the renewal process to be completed before the expiry of the approval. The current draft Implementing Regulation proposes to renew the authorisation of bentazone until January 2032.

The European Parliament has no formal right of veto on this Implementing Regulation but can give its opinion prior to the vote by the Member States. The draft was presented to the Standing Committee on Phytopharmaceuticals for opinion in the meeting of 7/8 October.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De Europese Commissie wil de goedkeuring voor het veelvuldig gebruikte herbicide bentazon verlengen met maar liefst 15 jaar, en dat terwijl bentazon zeker geen onbesproken gifstof is. Er zijn aanwijzingen dat bentazon het grondwater vervuilt en dat het een hormoonverstorende werking heeft. Zolang er geen onomstotelijk bewijs is dat het gebruik van bentazon veilig is voor mens, milieu en dier moet het voorzorgsbeginsel gelden. Dan kan het niet dat de Europese Commissie onbekommerd goedkeuringen en verlengingen uitdeelt.

De Partij voor de Dieren is van oordeel dat er geen verlenging van de goedkeuring moet komen voor de actieve stof bentazon. Daarom heb ik tegen deze verlenging gestemd.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Am votat pentru această obiecție de folosire a substanței bentazon, care expiră la 30 iunie 2017, dar al cărei proiect de măsură aprobă reînnoirea autorizării substanței pentru încă 15 ani (până la 31 ianuarie 2032).

Comisia trebuie să ia în considerare toate datele necesare care confirmă siguranța substanței înainte de eliberarea autorizațiilor. Perioada de aprobare trebuie să fie proporțională cu eventualele riscuri inerente utilizării unor astfel de substanțe. Principiul precauției ar trebui să fie principiul director în procesul de autorizare a produselor.

Peter Jahr (PPE), *schriftlich*. – Politische Beschlüsse sollten immer auf wissenschaftlicher Basis unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Erfordernisse beruhen. Der heutige Beschluss des Europäischen Parlaments zu Bentazon wird diesem Anspruch nicht gerecht. Mit den von der EVP-Fraktion eingebrachten Änderungen hatten wir einen, meiner Meinung nach, ausbalancierten Text erarbeitet, der allerdings im Plenum keine Mehrheit gefunden hat. Ich begrüße jedoch die Forderung an die Kommission, Forschung und Innovation und eine nachhaltige und kosteneffiziente Alternative im Pflanzschutzbereich bereitzustellen. Unsere Landwirte sind genau darauf angewiesen, um die Nahrungsmittelsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft sicherzustellen.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu provedbene uredbe Komisije o produljenju odobrenja aktivne tvari bentazona u skladu s Uredbom (EZ) br. 1107/2009 Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju na tržište sredstava za zaštitu bilja i o izmjeni Priloga Provedbenoj uredbi Komisije (EU) br. 540/2011 jer se time poziva Komisiju da povuče nacrt provedbene odluke. Iznimno je važno primijeniti načelo predostrožnosti u slučajevima u kojima postoji opasnost za ljudsko zdravlje i okoliš. U dotičnom slučaju, različite okolnosti ukazuju na to da je potrebno pristupiti oprezno kako se ne bi odobrila aktivna tvar koja može ugroziti javno zdravlje ili okoliš, te stoga podržavam ovaj prigovor.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Compte tenu du caractère potentiellement dangereux du bentazone, je soutiens l'objection visant à mettre en œuvre des études complémentaires, nécessaires pour le renouvellement de l'autorisation de ce produit.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre l'objection sur le renouvellement de l'autorisation de la substance active bentazone. L'Autorité européenne de sécurité des aliments est arrivée à la conclusion que la substance active du bentazone est sûre lorsqu'elle est utilisée de façon appropriée. Le secteur fait face à une situation complexe au vu de l'absence de solution de substitution. J'ai soutenu les compromis soulignant l'importance de la recherche et de l'innovation pour trouver des solutions alternatives et limiter son utilisation dans les endroits fréquentés par le public (aires de jeux, jardins publics, parcs) au nom du principe de précaution.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection qui avait pour objectif d'empêcher le renouvellement de l'herbicide bentazone. Cette substance est utilisée en France sur trois légumes destinés à l'industrie (le pois de conserve, le haricot en gousse et le flageolet). Elle est essentielle pour lutter contre des plantes toxiques. De plus, aussi bien l'agence nationale responsable que l'agence européenne en charge de ces dossiers (l'Autorité européenne de sécurité des aliments — EFSA), sont arrivées à la conclusion que la substance active bentazone est sûre lorsqu'elle est utilisée de façon appropriée. Il n'y a donc aucune raison d'empêcher son renouvellement. Le PPE a par ailleurs déposé des amendements pour encadrer son utilisation et limiter le renouvellement de son autorisation.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich stimme für den Einwand gegen eine Zulassung von Bentazon. Dieser Wirkstoff ist ein Herbizid gegen breitblättrige Pflanzen und wird üblicherweise in der Landwirtschaft verwendet, wobei eine hohe Gefahr der Grundwasserverschmutzung besteht. Der vorliegende Einwand durch diese Resolution stellt richtigerweise fest, dass ein Genehmigungsverfahren – vor allem wenn die Zulassung auf den Maximalzeitraum verlängert werden soll – dem Vorsorgeprinzip Rechnung trägt, und fordert die Kommission auf, fehlende Informationen nachzubringen, bevor sie eine Entscheidung über die Genehmigung fällt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the objection given the Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Dne 23. 11. 2016 jsme na plenárním zasedání Evropského parlamentu ve Štrasburku hlasovali o námitce proti obnovení schválení účinné látky bentazon. Jedná se o jeden z mnoha soubojů, který jsme s kolegy svedli s Evropskou komisí a její ustálenou praxí obnovovat autorizaci používání potenciálně nebezpečných látek bez řádného a odbornou veřejností otevřeně konzultovaného vědeckého posouzení škodlivosti. Tentokrát Evropská komise předložila návrh obnovení autorizace této látky dokonce na další 15 let (u glyfosátu si vystačila se 7), a to i přes to, že Agentura pro životní prostředí Velké Británie detekovala běžnou přítomnost tohoto pesticidu v povrchových i podzemních vodách a u bentazonu nebyly dosud realizovány žádné relevantní studie o jeho rakovinotvornosti a vlivu na endokrinní soustavu člověka. Přitom zásadní vliv na endokrinní soustavu savců se již u této látky prokázal např. u laboratorních potkanů. Při absenci jasných dat o tom, že tato látka je zdravotně nezávadná, jsem postupovala dle principu předběžné opatrnosti a podpořila jsem tuto námitku. Tedy hlasovala jsem proti reautorizaci bentazonu.

Elisabeth Köstinger (PPE), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung zur Verlängerung der Genehmigung von Bentazon der Stimme enthalten: Aufgrund ausreichender Ersatzstoffe in der landwirtschaftlichen Anwendung in Österreich ist die Zulassung in meinem Mitgliedstaat nicht zwingend nötig. Angesichts möglicher Überschreitungen in der Anwendung durch den Wirkstoff sollte die Entscheidung des Mitgliedstaates im Sinne der Souveränität akzeptiert werden.

Nichtsdestotrotz bin ich mir des Bedarfs für die Anwendung in der Landwirtschaft in anderen Mitgliedstaaten bewusst.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour to prohibit the renewal of bentazone authorisation since there is not enough evidence to conclude that its use will not harm human and animal health and the environment.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide dont la nocivité pour l'homme et l'environnement est toujours discutée. L'Agence de l'environnement britannique a constaté des cas fréquents de contamination au bentazone des eaux, souterraines et de surface, car les pesticides ont tendance à s'infiltrer dans les sols. Cette objection au renouvellement de l'autorisation de la substance active bentazone souligne à juste titre que les tests et les études sont loin d'être unanimes quant à l'absence de dangers et c'est pourquoi j'ai voté en sa faveur.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción, porque estoy en contra de la renovación de la substancia activa bentazona, uno de los plaguicidas que más frecuentemente se encuentra en aguas subterráneas y profundas, ya que no hay datos científicos que demuestren que se trata de una substancia segura, ni para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. Por tanto, la propuesta de la Comisión atenta contra el principio de precaución e ignora las propuestas del Defensor del Pueblo para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión (restringiendo la práctica de aprobar una sustancia mientras simultáneamente se solicitan datos que se espera que confirmen su seguridad), por lo que he votado a favor de la objeción.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I voted against this resolution as it goes against the Commission proposal of renewing the authorisation of bentazone.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Aktivna tvar bentazon djeluje kao selektivni herbicid koji se primjenjuje nakon nicanja protiv širokolisnih korova u raznim usjevima i često se koristi u poljoprivredi.

Prema podacima Agencije Ujedinjene Kraljevine za okoliš aktivna tvar bentazon je odobreni pesticid koji se u podzemnim vodama Ujedinjene Kraljevine najčešće pronalazi, a prisutan je i u površinskim vodama. Slična situacija je i na području cijele Europe.

Na temelju ocjene reprezentativnih uporaba aktivne tvari bentazona nije moguće donijeti zaključak da se može očekivati da sredstvo za zaštitu bilja koje sadržava aktivnu tvar bentazon neće imati nikakve štetne posljedice za zdravlje ljudi ili životinja ili podzemne vode, ili bilo kakav neprihvatljivi učinak na okoliš, stoga sam podržala ovu rezoluciju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* – Podporujem žiadosť EP voči Komisii, aby dôsledne dodržiavala zásadu predbežnej opatrnosti pri povoľovaní používania látky bentazón. Táto látka sa bežne používa v poľnohospodárstve a preniká do spodných aj povrchových vôd v celej Európe. V prípade pochybností o vplyve látok na verejné zdravie a životné prostredie nemôže Komisia bez náležitého zisťovania navrhovať schválenie látok.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος με την οποία το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο ζητεί από την Επιτροπή να αποσύρει τον ως άνω εκτελεστικό κανονισμό της.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der großen Gefahr, die durch die Verwendung von diesem Herbizid für das Grundwasser entsteht, ist entschieden entgegenzutreten. Die vorliegende Resolution verurteilt den Vorschlag der Kommission, die Verwendung von Bentazon bis 2032 zu verlängern. Dies findet meine volle Zustimmung.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už pasiūlymą dėl rezoliucijos. Pritariu ekspertų nuomonei, kad Komisija, pratęsdama veikliosios medžiagos bentazono patvirtinimo galiojimą neatsižvelgė į visas aplinkybes bei nesivadovavo atsargumo principu. Pritariu rezoliucijos nuostatoms, kuriose Komisija raginama prieš priimant sprendimą surinkti trūkstamą informaciją ir ją įvertinti. Dėl šių priežasčių Europos parlamentas prašo Komisijos atsiimti savo įgyvendinimo reglamento projektą ir pateikti komitetui naują projektą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La substance active bentazone est un herbicide sélectif de post-levée contre les mauvaises herbes à larges feuilles. Elle est commercialisée par le groupe toxique BASF et est couramment utilisée dans l'agriculture. Aussi elle se retrouve fréquemment dans les eaux souterraines ou les eaux de surface, entrainant des pollutions des réserves d'eau potables. Le rapport qui nous est proposé s'oppose au renouvellement de l'autorisation de ce produit proposé par la Commission européenne. En effet il apparait que la Commission envisageait de renouveler cette substance sans avoir au préalable recueilli les données confirmant sa sécurité. Vu son irresponsabilité en la matière je m'oppose à toute future prise de décision de la Commission sur les produits phytopharmaceutique. Je vote pour ce texte

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide couramment utilisé en agriculture. Des doutes subsistent quant à sa nocivité pour l'homme et l'environnement, en dépit de plusieurs études rassurantes.

Cette contamination par l'infiltration des eaux dépend, en partie, du type de sol et de sa porosité et est entravée par la photodégradation rapide de cette substance. Pour autant, l'Agence de l'environnement britannique a constaté des cas fréquents de contamination au bentazone des eaux souterraines, voire des eaux de surface. En outre, des doutes subsistent quant à la dangerosité du bentazone pour la santé humaine, bien que, selon les conclusions de plusieurs études scientifiques émanant notamment de l'Organisation mondiale de la santé, celle-ci serait conditionnée par l'absorption de très fortes doses.

L'objection souligne que de nombreuses évaluations demeurent nécessaires pour l'octroi de l'autorisation: il s'agit, notamment, des évaluations sur le risque pour le consommateur et la possibilité d'infiltration des eaux souterraines (et de surface). Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution, et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans.

Je soutiens donc l'objection appelant la Commission à solliciter des évaluations.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A substância ativa bentazona atua como herbicida seletivo de pós-emergência contra infestantes de folha larga numa vasta gama de culturas, sendo habitualmente utilizada na agricultura.

A substância ativa bentazona, devido às suas propriedades intrínsecas, apresenta um elevado potencial de lixiviação para as águas subterrâneas.

Face ao exposto e aos termos em que a presente proposta foi apresentada, votei contra.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – It is evident that there is insufficient information on the potential harmful effect on human or animal health amongst others of plant protection products containing the active substance bentazone. I believe that the Commission should request and assess any relevant missing information before a decision for approval is taken. I have therefore voted in favour of the objection for the renewal of the approval of the active substance bentazone.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. — Met deze resolutie vragen wij aan de Commissie om geen premature beslissingen te nemen, maar een goedkeuring voor de verlenging van de toepassing van het actieve bestanddeel bentazon in gewasbeschermingsmiddelen te baseren op alle noodzakelijke informatie die nodig is om die beslissing te nemen. De vergunning voor het gebruik van bentazon vervalt op 30 juni 2017. Dit betekent dat de Commissie tot dan de tijd heeft om op basis van een volledig dossier, met inbegrip van de gegevens over de impact van bentazon op mens, dier en milieu, een beslissing te nemen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Aktívna látka bentazón pôsobí ako selektívny herbicíd proti širokolistým burinám a bežne sa používa v poľnohospodárstve. Bentazón má však v dôsledku svojich základných vlastností veľký potenciál prenikať do podzemných vôd, čo potvrdzujú aj údaje Agentúry Spojeného kráľovstva pre životné prostredie, ktoré ukazujú, že bentazón je najčastejšie zisteným schváleným pesticídom v spodných vodách v Spojenom kráľovstve a vyskytuje sa aj v povrchových vodách; situácia je podobná v celej Európe. Zásada predbežnej opatrnosti, ktorú treba uplatňovať v súlade s nariadením (ES) č. 1107/2009, si vyžaduje, aby Komisia neschvaľovala aktívne látky v prípadoch, keď by mohlo byť ohrozené verejné zdravie alebo životné prostredie. Informácie o nezávadnosti látky bentazón nie sú dostatočné, posudzovanie na základe reprezentatívneho používania bentazónu nestačí na vyvodenie záveru, že prípravok na ochranu rastlín obsahujúci účinnú látku bentazón nebude mať škodlivé účinky na zdravie ľudí, zvierat, podzemné vody alebo životné prostredie. Komisia teda prekračuje rámec vykonávacích právomocí, ktoré sú stanovené v nariadení. Preto súhlasím s návrhom uznesenia, v ktorom Parlament žiada Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho nariadenia a aby predložila výboru nový návrh.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because I agree that the Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The approval period should be proportionate to the possible risks inherent in the use of such substances. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság állásfoglalási indítványt nyújtott be a bentazon hatóanyagnak a növényvédő szerek forgalomba hozataláról szóló 1107/2009/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet szerinti jóváhagyásának meghosszabbítására, továbbá az 540/2011/EU végrehajtási rendelet mellékletének módosítására irányuló bizottsági végrehajtási rendelettervezettel kapcsolatban. Az állásfoglalás-tervezet megállapítani javasolja, hogy a bizottsági végrehajtási rendelet tervezete túllépi az 1107/2009/EK rendeletben meghatározott végrehajtási hatásköröket, a megerősítő jellegű információkkal kapcsolatos eljárásnak a bentazon hatóanyagra történő alkalmazásával pedig a Bizottság megsértette az 1107/2009/EK rendelet rendelkezéseit, valamint az elővigyázatosságnak az Európai Unió működéséről szóló szerződés 191. cikkében szereplő elvét.

A tervezet azt indítványozza, hogy a Parlament a Bizottságot hívja föl, hogy végezze el a releváns hiányzó információ igénylését és értékelését, mielőtt a jóváhagyásról döntene, továbbá kérje föl arra, hogy vonja vissza végrehajtási rendelete tervezetét és nyújtson be új tervezetet. A javaslatot megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide couramment utilisé, notamment pour les cultures de pois, haricots et pommes de terre. Des doutes subsistent quant à sa nocivité pour l'homme et l'environnement, en dépit de plusieurs études encourageantes. L'objection souligne à juste titre que de nombreuses évaluations demeurent nécessaires pour l'octroi de l'autorisation: il s'agit, notamment, des évaluations sur le risque pour le consommateur et la possibilité d'infiltration des eaux souterraines et de surface. Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution, et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans (la période maximale). Pour toutes ces raisons, le groupe ENF soutient l'objection appelant la Commission à diligenter les évaluations complémentaires nécessaires au renouvellement de l'autorisation du bentazone, avant de procéder à celui-ci.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Cette objection appelant la Commission à diligenter les évaluations complémentaires nécessaires au renouvellement de l'autorisation du bentazone, avant de procéder à celui-ci, me semble fondée. Je vote pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette objection au bentazone. Cette substance, qui est l'une des seules efficaces, est utilisée sur certains légumes pour lutter contre des plantes toxiques comme les daturas, les morelles et les séneçons. Cette substance a en outre été considérée comme sûre par l'autorité européenne de sécurité des aliments. Les groupes politiques qui ont déposé cette objection servent davantage leurs positions dogmatiques plutôt que les intérêts des agriculteurs et plus largement des citoyens européens.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Bentazone is used as a herbicide against broadleaved weeds in a broad range of crops in agriculture. I have voted for this motion for a resolution that requests the Commission to assess and complete all relevant information before taking a decision regarding the approval of use for this substance.

Dan Nica (S&D), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția Parlamentului European prin care se solicită Comisiei să își retragă proiectul de regulament de reînnoire a aprobării substanței active bentazon și să prezinte un nou proiect.

Substanța activă bentazon este pesticidul autorizat cel mai frecvent detectat în ape, deoarece are un mare potențial de infiltrare directă în apele subterane.

Invităm Comisia și statele membre să finanțeze cercetarea și inovarea în domeniul soluțiilor alternative durabile și rentabile pentru produsele de combatere a dăunătorilor, cu scopul de a garanta un nivel ridicat de protecție a sănătății umane și animale și a mediului.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da meiner Meinung nach noch weitere Informationen nachgereicht werden müssen, um eine endgültige Entscheidung treffen zu können. Der Wirkstoff ist ein Herbizid gegen Breitblättrige und wird üblicherweise in der Landwirtschaft verwendet.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ei ole veel välja selgitatud, kas bentasoon on inimestele kahjutu, seega ei tohiks selle kasutusluba pikendada enne, kui see on selgeks tehtud.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai. Siekiant išvengti žmonių sveikatai ir aplinkai keliamos pesticidų grėsmės, neužteršti vandens telkinių, gruntinių vandenų bei dirvožemio, būtina atidžiai ir kruopščiai rinktis augalų apsaugos priemones. Manau, kad leidimas naudoti veikliąją medžiagą benzatoną neturi būti atnaujintas atsižvelgiant į šios medžiagos neigiamą poveikį aplinkai ir žmonių sveikatai.

Pažymėtina, kad Komisijos sprendimas patvirtinti veikliąją medžiagą tuo pačiu prašant duomenų, kuriais būtų patvirtintas jos saugumas sudarys galimybę pateikti ją rinkai prieš tai, kai Komisija gaus visus duomenis, kurių reikia šiam sprendimui pagrįsti. Tokie veiksmai gali neigiamai paveikti žmonių ar gyvūnų sveikatą, aplinką bei užteršti gruntinius vandenis. Atsižvelgiant į tai, manau, kad Komisija turi atsiimti savo įgyvendinimo reglamento projektą ir pateikti komitetui naują projektą. Be to, prieš priimdama sprendimą patvirtinti, Komisija privalo prašyti trūkstamos informacijos ir ją įvertinti.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui recommande de ne pas renouveler l'autorisation de l'herbicide bentazone. Le bentazone peut facilement atteindre les eaux souterraines et pourrait être toxique pour la reproduction humaine. La Commission européenne doit prendre en compte toutes les données nécessaires confirmant la sûreté d'une substance donnée avant d'émettre les authorisations d'autant que l'examen collégial de l'autorité européenne pour la Sécurité des aliments (EFSA)a proposé que la substance active bentazone soit classée parmi les substances toxiques pour la reproduction de catégorie 2.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la sostanza attiva di bentazone sia impiegata, con ottimi risultati, come strumento volto a estirpare la malerba a foglia larga, e inoltre rappresenta, alla luce dei dati elaborati dall'Agenzia dell'ambiente del Regno Unito, la sostanza maggiormente rilevata nelle acque sotterranee e superficiali. L'Unione europea, con il regolamento n. 1107/2009 del Parlamento Europeo e del Consiglio relativo alle immissioni sul mercato dei prodotti fitosanitari e che modifica l'allegato del regolamento di esecuzione (UE) n. 540/2011 della Commissione, estende l'impiego di tale sostanza fino al 2032, imponendo, comunque, il rispetto delle condizioni e restrizioni dovute alla natura pericolosa della sostanza attiva di bentazone. Pertanto ho espresso voto negativo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Nisam podržala prigovor Europskog parlamenta u skladu s člankom 106. Poslovnika koji se odnosi na Produljenje odobrenja aktivne tvari bentazona. Nuspojave bentazona kao aktivne tvari još nisu dovoljno ispitane te sam zbog toga podržala amandmane Kluba zastupnika Europskih pučana kojima se tražilo produljenje odobrenja kraćeg razdoblja u odnosu na predloženo, uz provođenje nužnih ispitivanja. Naime, bentazon je aktivna tvar više različitih herbicida koji se primjenjuju u poljoprivredi za zaštitu kultura poput kukuruza, graška, graha… Što se tiče toksičnosti na naciljane vrste i kvalitetu aktivna tvar prepoznata je kao potencijalni mutagen, ali ne i karcinogen, te je bez negativnog utjecaja na oprašivače poput pčela. U nekim državama članicama zbog intenzivne uporabe zabilježene su povećane koncentracije u vodotocima nakon primjene i oborina, ali se pravilnom i stručnom primjenom negativni učinci mogu ublažiti. U Hrvatskoj se ta aktivna tvar koristi na 37.000 hektara poljoprivredne površine te hrvatski poljoprivrednici smatraju da u ovom trenutku nema adekvatne zamjenske tvari koja bi jednako dobro zamijenila bentazon. S obzirom da se u skorijoj budućnosti ne nazire mogućnost održive konvencionalne poljoprivrede bez uporabe herbicida te zbog svih drugih ovdje navedenih razloga, nisam podržala ovaj prigovor.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide couramment utilisé, notamment pour les cultures de pois, haricots et pommes de terre. Des doutes subsistent quant à sa nocivité pour l'homme et l'environnement, en dépit de plusieurs études encourageantes. L'objection souligne à juste titre que de nombreuses évaluations demeurent nécessaires pour l'octroi de l'autorisation: il s'agit, notamment, des évaluations sur le risque pour le consommateur et la possibilité d'infiltration des eaux souterraines et de surface. Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution, et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans (la période maximale).

Pour toutes ces raisons, je soutiens l'objection appelant la Commission à diligenter les évaluations complémentaires nécessaires au renouvellement de l'autorisation du bentazone, avant de procéder à celui-ci.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Aktivna tvar bentazon djeluje kao selektivni herbicid što se koristi u poljoprivredi te zbog njegovih inherentnih svojstava postoji velika mogućnost izravnog ispiranja u podzemne vode, kao i prisutnosti u površinskim vodama, što potvrđuju podaci agencija za okoliš. Uzimajući u obzir trenutačne znanstvene i tehničke spoznaje, Nacrt provedbene uredbe navodi određene uvjete i ograničenja, a naročito zahtjev da se pruže dodatne potvrdne informacije. Nakon razmatranja dobivenih primjedbi o izvješću, zaključeno je da bi se od podnositelja zahtjeva trebale zatražiti dodatne informacije. Procjena rizika za potrošača nije dovršena zato što su predložene definicije ostataka za procjenu rizika u bilju i za primjenu na životinjama smatrane privremenima zbog nedostatnih podataka. Stoga sam mišljenja da Nacrt provedbene uredbe Komisije prekoračuje provedbene ovlasti predviđene Uredbom (EZ) br. 1107/2009 te smatram da ocjena reprezentativnih uporaba bentazona nije dostatna da bi se moglo zaključiti da sredstvo za zaštitu bilja koje sadržava spomenutu tvar neće imati nikakve štetne posljedice za zdravlje ljudi ili životinja ili podzemne vode, ili bilo kakav neprihvatljivi učinak na okoliš.

Pozivam Komisiju da poštuje načelo opreznosti utvrđeno člankom 191. Ugovora o funkcioniranju Europske unije te da joj prioritet bude zahtijevanje i ocjenjivanje svih relevantnih informacija koje nedostaju prije nego što donese odluku o odobrenju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com o prazo estabelecido no Reg.1141/2010, houve um pedido de renovação da substância activa já autorizada bentazona, já que a sua autorização expirou inicialmente em 30/6/2016.

A presente resolução opõe-se ao projeto de medida de execução da Comissão Europeia que aprova a renovação da substância por mais quinze anos.

Existem fundadas preocupações quanto aos efeitos desta substância ativa no meio ambiente, que justificam um aprofundamento e melhoria do conhecimento disponível, tendo em vista a adoção das medidas que se revelem necessárias no plano da salvaguarda do ambiente e da saúde pública.

Importa ter presente a elevada dependência desta substância em determinadas culturas, como é o caso do arroz, e bem assim o facto de atualmente não existirem restrições ao uso da bentazona, enquanto no passado a substância foi autorizada apenas para uso como herbicida.

No imediato, e perante o problema da ausência de alternativa invocado por vários produtores, importaria considerar a redução obrigatória das doses de aplicação e da concentração desta substância ativa, considerando, ao mesmo tempo, o papel dos adjuvantes, a necessária inibição de ações paralelas nefastas e, assim, a facilitação da decomposição.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Bentazon je hojně využívaný herbicid a je důležitou součástí ochrany rostlin a zemědělské produkce. V souladu s navrhovatelem námitky jsem ale přesvědčen, že zdraví lidí a zvířat a efektivní ochrana prostředí musí být na prvním místě, neboť právě na tom všem závisí udržitelnost zemědělské produkce. Pro látky narušující činnost žláz s vnitřní sekrecí dosud nejsou jednoznačně stanovena kritéria a navzdory tlaku zemědělského sektoru si myslím, že je to naopak důvod počkat na relevantní data, na nichž tato kritéria postavíme. Námitka nechce zpochybňovat dosavadní vědecké výzkumy, ale žádá, aby ověřená data byla dostupná před tím, než bude látka potenciálně toxická a ohrožující reprodukční schopnosti povolena na dalších 15 let. Jde i o dodržování stávajících právních předpisů. Poslanci Evropského parlamentu mají právo vznést proti prováděcím aktům námitky a předchozí případy ukázaly, že navzdory skutečnosti, že oficiálně neexistuje žádný vliv na postup Evropské komise, politický tlak může hrát ve výsledku zásadní roli.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Zatwierdzenie dla substancji czynnej bentazon traci ważność w dniu 30 czerwca 2017 r. W projekcie środka przygotowanym przez Komisję zatwierdzono odnowienie zezwolenia dla substancji oraz – zgodnie z rozporządzeniem (WE) nr 1107/2009 i aktualną wiedzą naukową i techniczną – zawarto pewne warunki i ograniczenia. Rozporządzenie (WE) nr 1107/2009 przewiduje wykonywanie przez Komisję uprawnień wykonawczych.

Zawarte w rezolucji motywy dotyczące luk w danych występujących w ocenie ryzyka dla konsumentów i narażenia wód podziemnych zostały powielone z wzajemnej weryfikacji oceny ryzyka bez odpowiedniego wyjaśnienia, dlaczego te luki miałyby dawać podstawy do odmowy odnowienia substancji aktywnej. Samo występowanie luki w danych nie jest wystarczającym powodem do sprzeciwu.

Jedyne dane potwierdzające, jakich zażądano, odnosiły się do testów dotyczących możliwości działania zaburzającego funkcjonowanie układu hormonalnego w badaniu toksyczności rozwojowej u szczurów. Ta luka w danych została stwierdzona w związku ze stosowaniem kryteriów przejściowych w odniesieniu do substancji zaburzających funkcjonowanie układu hormonalnego, a Komisja obecnie jest w trakcie określania nowych kryteriów identyfikacji substancji zaburzających funkcjonowanie układu hormonalnego. Oczekuje się zatem, że w każdym razie wymagane będą nowe dane, gdy te kryteria zaczną być stosowane. Niniejszym głosowałem przeciwko rezolucji.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé contre l'objection au renouvellement de l'autorisation de la substance active bentazone. Je comprends les inquiétudes concernant les éventuels effets nocifs que cette substance herbicide pourrait engendrer sur l'homme ou l'environnement. Cependant je me fie aux avis des agences européennes qui ont conclu que la substance active bentazone est sûre lorsqu'elle est utilisée de façon appropriée. Je ne souhaite pas que les agriculteurs qui subissent déjà lourdement le poids de nombreuses normes contraignantes, se retrouvent dans des difficultés supplémentaires pour cultiver leurs légumes. Il est donc de notre devoir de faire en sorte que cette substance soit utilisée correctement sans léser les agriculteurs.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the non-legislative resolution on renewing the approval of the active substance bentazone. We believe it is important to assess missing safety information on the use of this substance. However, we would like this issue to be decided by national Parliaments.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – L'autorisation européenne du bentazone ne devrait pas être renouvelée tant que sa sécurité n'a pas été démontrée. C'est en résumé, le message envoyé par la plénière du Parlement européen ce mercredi dans une résolution non contraignante visant cet herbicide qui agit contre les mauvaises herbes à feuilles larges et est utilisé couramment dans le secteur agricole.

Les objecteurs, en premier lieu desquels le député Pavel Poc, se sont concentrés dans cette résolution exclusivement sur les aspects procéduraux de cette autorisation. Un travail pas facile, mais nécessaire! D'une part, certaines données ont encore été récemment demandées à la société requérante dans le cadre de la «procédure de confirmation des données», pratique qui avait été fortement critiquée par le Médiateur européen dans une décision de février 2016. Par ailleurs, la Commission a accordé une autorisation maximale de 15 ans, soit jusqu'au 31 janvier 2032, en dépit de l'absence de données sur la toxicité humaine et animale ainsi que sur l'écotoxicité, comme indiqué dans l'étude de l'EFSA. C'est donc tout ce travail complémentaire que les députés européens veulent voir réalisé par l'autorité européenne pour la Sécurité des aliments avant que la Commission et les experts nationaux décident d'autoriser ou non le bentazone.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El Reglamento de Ejecución (UE) nº 2016/549 de la Comisión, de 8 de abril de 2016, por el que se modifica el Reglamento de Ejecución (UE) nº 540/201, prorrogó el período de aprobación de la sustancia activa bentazona hasta el 30 de junio de 2017. A su vez, la Comisión Europea ha propuesto la prorrogación de la bentazona hasta el 31 de enero de 2032, de conformidad con el Reglamento (CE) nº 1107/2009 relativo a la comercialización de productos fitosanitarios.

Por mi parte, he votado a favor de una prórroga de 7,5 años y en contra de la supresión del uso de la sustancia activa. Entiendo que la bentazona actúa como un herbicida selectivo post-emergente contra las malezas de hoja ancha en una amplia gama de cultivos, que permite controlar las malas hierbas y es una herramienta fundamental para el manejo de diversos cultivos en España, como por ejemplo el arroz. La supresión del uso de la bentazona reduce las herramientas fitosanitarias de los agricultores, empeorando la capacidad competitiva de los mismos.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen qui demande à la Commission de retirer son projet de règlement d'exécution visant à prolonger l'approbation pour la substance active bentazone jusqu'au 31 janvier 2032. La raison qui m'a poussé à faire ce choix est simple: aujourd'hui, il n'existe pas de preuves suffisantes permettant d'affirmer que cette substance pourrait ne pas avoir d'effet nocif sur la santé humaine ou animale ou sur les eaux souterraines ou avoir une incidence inacceptable sur l'environnement. Dès lors, pour des raisons évidentes de santé publique, il m'apparaissait important de m'opposer à une quelconque prolongation de la bentazone.

Je me réjouis également que cette résolution invite la Commission et les États membres à financer la recherche et l'innovation en matière de solutions viables et rentables visant à remplacer ces pesticides pour des raisons sanitaires.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei contra esta proposta de resolução que objeta à renovação da aprovação da substância ativa bentazona, que em Portugal está registada no milho, no arroz e na ervilha, sendo as duas primeiras culturas basilares da agricultura nacional.

Este tipo de herbicida tem-se revelado um instrumento importante para os agricultores, na medida em que contribui para a manutenção de um controlo sustentável das infestantes das culturas para a qual está autorizada.

Por essa razão e pelo facto de tanto o relatório como a EFSA salientarem que esta substância não representa um risco acrescido para a saúde humana nem para o ambiente, considerei que não haveria razões suficientes para objetar à sua renovação, tendo em conta, sobretudo, o impacto que tal medida teria junto dos agricultores europeus, em geral, e dos portugueses, em particular.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de la objeción en línea con el principio de precaución para evitar la renovación de la bentazona.

Ante la ausencia de datos que demuestren la seguridad de una sustancia química, entiendo que no debe autorizarse su uso.

La Comisión Europea excede sus competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº 1107/2009.

La reautorización prevista de la bentazona durante 15 años no es compatible con la finalidad del Reglamento (CE) nº 1107/2009, que es garantizar un alto nivel de protección tanto de la salud humana y animal como del medio ambiente.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution because of doubts about the process for approving active substances and the possible implications for health and the environment. There is great concern that the Commission is using the confirmatory data procedure too readily, which can mean the approval of substances which have not been fully analysed. The European Ombudsman has raised concerns about the fact that substances can be approved without understanding the extent of their potentially harmful effects. In this case, the risks relate to mammalian toxicology, ecotoxicology, and the environment. These are important data gaps which should be addressed before authorisation, not years afterwards.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción, porque estoy en contra de la renovación de la substancia activa bentazona, uno de los plaguicidas que más frecuentemente se encuentra en aguas subterráneas y profundas, ya que no hay datos científicos que demuestren que se trata de una substancia segura, ni para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. Por tanto, la propuesta de la Comisión atenta contra el principio de precaución e ignora las propuestas del Defensor del Pueblo para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión (restringiendo la práctica de aprobar una sustancia mientras simultáneamente se solicitan datos que se espera que confirmen su seguridad), por lo que he votado a favor de la objeción.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I do not wish to see the EU involved in the regulation of chemicals.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of this objection. The Commission should take into account all necessary data confirming safety of a given substance before issuing the authorisations. The approval period should be proportionate to the possible risks inherent in the use of such substances. The precautionary principle should be the guiding principle in the authorisation process of plant protection products.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Námietku proti znovuuvedeniu látky bentazón do obehu som podporila. Nesúhlasím totiž s postupom, ktorý Komisia v povoľovacom procese zvolila. Platnosť povolenia na používanie aktívnej látky bentazón vyprší 30. júna 2017. Komisia však vo svojom návrhu plánuje rozšíriť povolenie na ďalších 15 rokov neberúc do úvahy súčasné vedecké a technické znalosti. Aktívna látka bentazón je známa ako selektívny herbicíd proti širokolistým burinám a bežne sa v poľnohospodárstve používa. Jednou z charakteristík tejto látky je aj veľmi vysoký potenciál prenikať do podzemných vôd. Bentazón bol objavený v podzemných vodách viacerých krajín, napriek tomu detailnejšie informácie tohto charakteru v návrhu Komisie chýbajú. Navyše ešte nebolo ukončené ani posudzovanie rizika pre spotrebiteľa. Je to z toho dôvodu, že definícia rezíduí pre posúdenie rizika u rastlín a pre presadzovanie v prípade hospodárskych zvierat bola považovaná za predbežnú kvôli nedostatku údajov. Komisia sa tak snaží schváliť uvedenie bentazónu na trh predtým, ako by mala rozhodnutie potvrdzujúce jeho bezpečnosť. Takýto postup síce môže byť v určitých prípadoch použitý, ale už aj európska ombudsmanka vyzvala Komisiu, aby ho prestala uplatňovať v

prípade aktívnych látok. Preto verím, že Komisia uzná túto námietku a svoj návrh stiahne.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Aktivna snov bentazon deluje kot selektivni herbicid za zatiranje listnatega plevela pri širokem razponu poljščin po vzniku in se pogosto uporablja v kmetijstvu. Zaradi svojih lastnosti zlahka pronica v podtalne vode. Zato je bentazon prisoten tako v podtalnicah kot tudi v površinskih vodah v večini držav članic. Uporaba te snovi v EU je dovoljena do konca meseca junija leta 2017. Evropska komisija pa sedaj na podlagi ocene, ki jo je opravila Evropska agencija za varnost hrane, predlaga podaljšanje uporabe bentazona do 31. januarja 2032, kar je najdaljše možno obdobje.

Menim, da bi se morala Evropska agencija za varnost hrane posvetovati s strokovnjaki glede toksikoloških učinkov bentazona na sesalce in o njegovem vplivu na okolje. Poleg tega je nujno potrebno predložiti podatke potrditvene narave, da omenjena snov ni endokrini motilec, saj razne študije ugotavljajo toksičnost za prenatalni razvoj pri podganah, kar je zaskrbljujoče.

Menim, da bi sklep Komisije o odobritvi bentazona omogočil dajanje te aktivne snovi v promet, preden bi Komisija pridobila vse potrebne podatke v podporo temu sklepu. Ker za bentazon manjkajo podatki o njegovem dejanskem negativnem vplivu na okolje in zdravje ljudi, sem glasoval za sprejetje ugovora zoper obnovitev odobritve te snovi.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Počiatočným hodnotením rizík uskutočneným príslušným orgánom členského štátu spravodajcu – Holandskom – a EFSA sa dospelo k záveru, že aktívna látka bentazón je bezpečná, ak sa používa zodpovedajúcim spôsobom. Herbicídy sú dôležité pre poľnohospodárstvo EÚ, bezpečnosť potravín v EÚ a súbor nástrojov európskych poľnohospodárov a záhradníkov.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I abstained from voting on this motion for a resolution. Although there are concerns regarding its effect on the environment as well as human and animal health this should be subject to regulation by the Member States. Therefore, I could neither bring myself to vote for or against this measure.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Široko korištenje bentazona u poljoprivredi mora biti uvjetovano pozitivnim rezultatima mjerodavnih ispitivanja koje moraju utvrditi sve nuspojave korištenja ove supstance u proizvodnji poljoprivrednih proizvoda. Zdravlje i čistoća okoliša, posebno onog u kojem se proizvodi hrana, moraju biti apsolutni prioriteti Europske unije. Postavljanje strožih kriterija i procedure odobrenja korištenja pesticida u poljoprivredi preduvjet je sigurnoj i zdravstveno ispravnoj proizvodnji poljoprivrednih proizvoda te zaštite podzemnih voda. Ne podržavam rezoluciju jer su oba ključna amandmana odbijena.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem proti resoluciji o osnutku izvedbene uredbe Komisije o obnovitvi odobritve aktivne snovi bentazon v skladu z Uredbo Evropskega parlamenta in Sveta o dajanju fitofarmacevtskih sredstev v promet ter o spremembi priloge k Izvedbeni uredbi Komisije. Menim, da osnutek izvedbene uredbe Komisije ne presega izvedbena pooblastila, določena v uredbi. Prav tako menim, da je ocena glede uporabe aktivne snovi bentazon zadostna in da niso potrebne dodatne ocene glede tega.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ο ΠΟΥ έχει χαρακτηρίσει την ουσία bentazone ως ελαφρώς επικίνδυνη. Επίσης υπάρχουν μελέτες που καταδεικνύουν ότι είναι τοξική σε έμβιους οργανισμούς καθώς και ότι, εάν εντοπιστεί σε μεγάλη περιεκτικότητα σε πόσιμο νερό, είναι επίσης πολύ τοξική. Γι' αυτό καταψηφίσαμε την πρόταση ψηφίσματος.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι πληροφορίες που υποβάλλονται στην εν λόγω επιτροπή πρέπει να έχουν επιβεβαιωτικό χαρακτήρα όσον αφορά τις επιπτώσεις στην υγεία των ανθρώπων, των ζώων, τα υπόγεια ύδατα ή οποιαδήποτε μη αποδεκτή επίδραση στο περιβάλλον.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a bentazon, mint növényvédő szer hatóanyag-engedélyének meghosszabbításával kapcsolatos előterjesztés ellenvetési indítványát. A jelenlegi engedély 2017. június 30-án jár le és az Európai Bizottság a meghosszabbítására tett javaslatot (2032-ig). Azonban felmerült a gyanú, hogy az intenzív használat eredményeként az a talajvízben kimutatható és valószínűleg az emberi szaporodásra is károsan hat. Egyetértek az indítvánnyal abban, hogy ezeket a szereket felelősségteljesen és mértékkel szabad csak használni, és fontosnak tartom, hogy megfelelő, tudományos bizonyíték birtokában, az élelmiszerbiztonságot szem előtt tartva lehet csak az ilyen szerek meghosszabbításáról dönteni. Amennyiben gyanú merül fel ezekkel a szerekkel kapcsolatban, nem használhatjuk azokat.

Az indítvánnyal nem fog azonnal megszűnni a bentazon engedélye, de az elővigyázatosság elvét szem előtt tartva meggyőződésem, hogy nem is szabad meghosszabbítani azonnal. Ezt egy igen gyors, komoly és átfogó kutatás kell, hogy megelőzze. A rendelkezésre álló értékeléseket nem tartom kielégítőnek. Alternatív utak vannak, ezek hatékony használatát és a klasszikus gazdálkodási formák pótlását, illetve használatának csökkentését ki lehet alakítani. Nem utolsó sorban fontosnak tartom a növényvédelmi orvosok szerepének megerősítését, az engedélyezési eljárás és a felhasználás szigorítását gyanú esetén.

Hannu Takkula (ALDE), *kirjallinen*. – Äänestin vastalausetta vastaan, sillä tästä asiasta ei ole tieteellistä näyttöä riittävästi luvan jatkamisen vastustamiseksi. Perusteeton ja ei-tieteeseen perustuva päätöksenteko on kohtuutonta teollisuuden näkökulmasta. Poliitikoilla ei ole riittävästi tietopohjaa tällaisen kysymyksen ratkaisemiseen ilman tieteellistä näyttöä.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Sănătatea cetățenilor europeni este una dintre prioritățile Uniunii și ale instituțiilor sale. Prezența unor compuși chimici dăunători în cadrul produselor agricole folosite în alimentația consumatorilor, ca rezultat al utilizării erbicidelor împotriva buruienilor, este inacceptabilă. Unul dintre acești compuși este substanța activă bentazon și este folosit în mod curent în agricultura statelor membre împotriva buruienilor cu frunză lată dintr-o gamă largă de culturi.

La nivel european, Comisia este cea care autorizează folosirea acestor produse, de obicei pentru o perioadă de 15 ani. În acest caz, însă, Comisia a prelungit perioada de aprobare până la 30 iunie 2017, deoarece, în urma unor teste asupra cobailor, au fost constatate o serie de efecte adverse asupra sarcinilor și a dezvoltării fetale și în vederea finalizării testelor privind apele de suprafață. În cazul în care aceste indicii se vor confirma, compusul ar trebui inclus în rândul disruptorilor endocrini și interzis. În aceste condiții, proiectul de regulament de punere în aplicare elaborat de Comisie nu poate fi aprobat, pentru că reprezintă un risc pentru sănătatea cetățenilor europeni. Susțin adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution. L'évaluation des utilisations représentatives de la substance active bentazone n'est pas suffisante pour conclure que, pour au moins l'une des utilisations représentatives, un produit phytopharmaceutique contenant la substance active bentazone pourrait ne pas avoir d'effet nocif sur la santé humaine ou animale ou sur les eaux souterraines ou avoir une incidence inacceptable sur l'environnement.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – While I consider it important to apply the precautionary principle when there is a potential danger for human or environmental health, in this case, several circumstances justify a more cautious approach, in particular against the background of the still unresolved questions over a proper definition for criteria for endocrine disruptors. For this reason but also because of the potential interest-related matter of the ANO leader I decided to abstain.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Ne podržavam Rezoluciju Europskog parlamenta o nacrtu provedbene uredbe Komisije o produljenju odobrenja aktivne tvari bentazona u skladu s Uredbom (EZ) br. 1107/2009 Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju na tržište sredstava za zaštitu bilja i o izmjeni Priloga Provedbenoj uredbi Komisije (EU) br. 540/2011.

Aktivna tvar bentazon djeluje kao selektivni herbicid koji se koristi protiv korova u raznim usjevima, a od iste postoji mogućnost zagađivanja podzemnih voda. Smatram da je Europska komisija pogriješila u dopuštanju da ova tvar bude stavljena na tržište prije nego što su se dobili kompletni podatci o njenoj sigurnosti.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Odobrenje aktivne tvari bentazona, koji se često koristi u poljoprivredi, istječe 30. lipnja 2017. godine. Iako je Komisija predložila da se produlji odobrenje te aktivne tvari, smatram da bi institucijama Europske unije trebalo na prvom mjestu biti zaštita ljudskog zdravlja, kao i zaštita okoliša. Prije odluke o odobrenju produljenja, Komisija bi trebala pribaviti sve potrebne informacije o djelovanju te tvari na ljude, životinje, biljke i okoliš. Naime, nije dovršena procjena rizika potrošača, kao ni procjena izloženosti podzemnih voda.

Držim da podaci koje je Komisija dobila o bentazonu ne sadržavaju dovoljno potvrdnih informacija da ta tvar neće imati nikakve štetne posljedice za zdravlje ljudi, životinja ili na podzemne vode, stoga sam podržala izvješće kojim se ulaže prigovor na njezino produljenje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Ugovora o osnutku izvedbene uredbe Komisije o obnovitvi odobritve aktivne snovi bentazon v skladu z Uredbo (ES) št. 1107/2009 Evropskega parlamenta in Sveta o dajanju fitofarmacevtskih sredstev v promet ter o spremembi priloge k Izvedbeni uredbi Komisije (EU) št. 540/2011 nisem podprla.

Bentazon je aktivna snov, ki deluje kot selektivni herbicid za zatiranje listnatega plevela pri širokem razponu poljščin po vzniku in se pogosto uporablja v kmetijstvu. Snov izredno zlahka pronica v podtalnico. Prav tako ocena tveganja za potrošnike še ni znana.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de la objeción en línea con el principio de precaución para evitar la renovación de la bentazona.

Ante la ausencia de datos que demuestren la seguridad de una sustancia química, entiendo que no debe autorizarse su uso.

La Comisión Europea excede sus competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº 1107/2009.

La reautorización prevista de la bentazona durante 15 años no es compatible con la finalidad del Reglamento (CE) nº 1107/2009, que es garantizar un alto nivel de protección tanto de la salud humana y animal como del medio ambiente.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le bentazone est un pesticide couramment utilisé, notamment pour les cultures de pois, haricots et pommes de terre. Des doutes subsistent quant à sa nocivité pour l'homme et l'environnement:

— Le bentazone peut infiltrer les eaux de surface et souterraines. Cette contamination dépend, en partie, du type de sol et de sa porosité et est entravée par la photodégradation rapide de cette substance.

— Des doutes subsistent également quant à la dangerosité du bentazone pour la santé humaine, bien que, selon les conclusions de plusieurs études scientifiques émanant notamment de l'OMS, celle-ci serait conditionnée à l'absorption de très fortes doses de bentazone.

L'objection souligne à juste titre que de nombreuses évaluations demeurent nécessaires pour l'octroi de l'autorisation: il s'agit, notamment, des évaluations sur le risque pour le consommateur et la possibilité d'infiltration des eaux souterraines et de surface. Au regard de l'importance de ces informations, la procédure dite de «données de confirmation» va à l'encontre du principe de précaution, et ne saurait fonder l'octroi d'une autorisation pour une période de quinze ans (la période maximale).

J'ai donc voté pour cette objection.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowałem się odrzucić ten sprzeciw, który nie ma podstaw w stanie faktycznym. Rozporządzenie (WE) nr 1107/2009 przewiduje wykonywanie przez Komisję uprawnień wykonawczych, więc z proceduralnego punktu widzenia sprzeciw ten nie ma większego sensu. Głosowałem przeciwko rezolucji.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A bentazon hatóanyag növénykultúrák széles körében alkalmazott kelés utáni, szelektív növényvédő szer széleslevelű gyomnövények ellen, amelynek használata elterjedt a mezőgazdaságban. Voksommal támogattam a vonatkozó dokumentumot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Voto a favor de la objeción en línea con el principio de precaución para evitar la renovación de la bentazona.

Ante la ausencia de datos que demuestren la seguridad de una sustancia química, entiendo que no debe autorizarse su uso.

La Comisión Europea excede sus competencias de ejecución previstas en el Reglamento (CE) nº 1107/2009.

La reautorización prevista de la bentazona durante 15 años no es compatible con la finalidad del Reglamento (CE) nº 1107/2009, que es garantizar un alto nivel de protección tanto de la salud humana y animal como del medio ambiente.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Raginu Komisiją prieš priimant sprendimą prašyti trūkstamos informacijos ir ją įvertinti.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the objection pursuant to Rule 106 : Renewing the approval of the active substance bentazone. The active substance bentazone acts as a selective post-emergent herbicide against broad-leaved weeds in a broad range of crops and is commonly used in agriculture. However, the active substance bentazone has a high potential for direct leaching to groundwater due to its inherent properties. The objection considers that the draft Commission implementing regulation exceeds the implementing powers provided for in Regulation (EC) No 1107/2009. It underlines that the assessment on the representative uses of the active substance bentazone to be insufficient to conclude that, for at least one of the representative uses, a plant protection product containing the active substance bentazone may be expected not to have any harmful effect on human or animal health or on groundwater or any unacceptable influence on the environment. I voted in favour because I believe that, by applying the confirmatory data procedure for the approval of the active substance bentazone, the Commission breached the provisions of Regulation (EC) No 1107/2009 and infringed the precautionary principle.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta objeción, porque estoy en contra de la renovación de la substancia activa bentazona, uno de los plaguicidas que más frecuentemente se encuentra en aguas subterráneas y profundas, ya que no hay datos científicos que demuestren que se trata de una substancia segura, ni para la salud humana y animal ni para el medio ambiente. Por tanto, la propuesta de la Comisión atenta contra el principio de precaución e ignora las propuestas del Defensor del Pueblo para mejorar el sistema de aprobación de plaguicidas de la Comisión (restringiendo la práctica de aprobar una sustancia mientras simultáneamente se solicitan datos que se espera que confirmen su seguridad), por lo que he votado a favor de la objeción.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. — Ik heb voor gestemd, omdat er door de inherente eigenschappen van bentazon een grote kans bestaat dat de werkzame stof bentazon in het grondwater terechtkomt.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução defende a consonância com o princípio da precaução, denunciados os procedimentos da UE através de atos delegados para a autorização destas substâncias.

A nossa solução passaria por dar mais tempo para que mais estudos possam aclarar este assunto, preservando um período intermédio de transição capaz de dar resposta às questões da produção.

Neste sentido, abstemo-nos.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ich habe den Entschließungsantrag, mit welchem das Vorhaben der Kommission, Bentazon trotz fehlender Unbedenklichkeitsprüfung auf den maximalen Zeitraum zu genehmigen, vorerst gestoppt wird, unterstützt. Im Sinne des Vorsorgeprinzips muss die Kommission dazu angehalten werden, dieses Herbizid umfassend, vor allem auf mögliche Grundwassergefährdungen, zu testen.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Ne podržavam ovaj prigovor kojim se želi revidirati produljenje odobrenja za korištenje aktivne tvari bentazona. Bentazon je selektivni kontaktni herbicid koji na korov djeluje tako da inhibira transport elektrona u procesu fotosinteze. Nakon prvotne primjene, ovaj herbicid u svega nekolika dana uspješno isušuje korov. Budući da i dalje ne postoji definirano stajalište o štetnim posljedicama korištenja ove tvari u poljoprivrednoj proizvodnji (zbog utjecaja na podzemne vode, kvalitetu tla i konačnih prehrambenih proizvoda). Pošto ne postoji stav o svim štetnostima i trajanju negativnih efekata same tvari, nužno je provesti mjerodavna istraživanja kojima bi se utvrdio opseg i utjecaj nuspojava. Europska unija mora insistirati na dosljednom provođenju postojeće regulative u zaštiti potrošača te standarda kvalitete proizvoda i sigurnosti cjelokupnog proizvodnog procesa.

President. – That concludes the explanations of vote.

12. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.50 i wznowione o godz. 15.00)

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ

alelnök

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

14. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (Aussprache)

Elnök asszony. – Az első napirendi pont egy szóbeli választ igénylő kérdés a Tanácshoz és a Bizottsághoz: Az EU csatlakozása a nők elleni és a családon belüli erőszak megelőzéséről és felszámolásáról szóló isztambuli egyezményhez – (2016/2966(RSP)).

Anna Maria Corazza Bildt, *author.* – Madam President, violence against women is not a private issue. It is a serious crime and it is widespread. Behind every victim, there is a heart-breaking story of a broken life. Too many women and girls today live in fear and despair, bleeding in their minds and bodies, hurt and crushed by guilt and shame.

I have visited shelters from Sweden to Greece, witnessing amazing examples of civil society taking women and girls by the hand to help them recover their dignity and rebuild their life. However, women at home continue to be beaten, and often children witness terrible scenes. In public there are cases where even going to a swimming pool or to a music festival poses a danger of harassment or rape, and persecution in the social media has become a global phenomenon affecting an entire generation.

Let us be clear: this is often about men attacking women out of jealousy or frustration, under the influence of alcohol or for revenge. Often they just cannot accept a woman being strong, independent and modern, making her own choices and then daring to live them.

Let us talk about Lucia, an Italian woman disfigured by acid. She had the courage to denounce her former partner. She said: 'It is not your fault to have chosen the wrong man. It is his fault to have hit you.' The time has come to say no to sexism and to build a culture of respect for women and girls – and religion and culture can never be excuses for the abuse of women.

On the International Day for the Elimination of Violence against Women, with our joint resolution, let us give a voice to women who are victims of violence. Let us help them to break the vicious circle of silence and loneliness. Together we call on the Member States to implement the Anti-Trafficking Directive, the European Protection Order and the Directive on Protection of Victims, and to ratify the Istanbul Convention. We also ask them to speed up the accession of the EU to the Convention, to strengthen our tools, to combat and prevent violence against women and to protect victims.

Madam President, the EPP Group will continue to be committed to a policy of zero tolerance on violence against women.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy, *auteure.* – Madame la Présidente, la violence contre les femmes et les filles est un fléau d'une terrible actualité qui frappe partout en Europe comme dans le monde.

Ces violences sont révélatrices des inégalités et des discriminations dont souffrent les femmes par rapport aux hommes. Plus encore, les femmes en Europe ne sont pas protégées de la même façon face à la violence selon le pays dans lequel elles vivent. La lutte contre les violences envers les femmes est un combat de tous les jours, qui appelle un changement profond des mentalités, nourries par les préjugés et les stéréotypes sexistes. Il ne s'agit pas d'un problème qui concerne uniquement les femmes. Il engage l'ensemble de nos sociétés et nécessite une réponse politique forte.

L'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul apportera une première pierre à l'édifice pour mieux lutter contre les violences envers les femmes en Europe et proposer des outils juridiques pour les protéger. À travers nos questions orales, nous demandons à la Commission et au Conseil des réponses précises sur l'état des lieux des négociations. Aussi, nous exhortons les 14 États de l'Union qui ne l'ont pas encore fait à ratifier la convention d'Istanbul. Au-delà, le groupe des socialistes et démocrates défend l'adoption d'une directive sur la lutte contre les violences envers les femmes. Je suis convaincue également que le mécanisme de l'état de droit contribuera à renforcer la mise en œuvre de la convention d'Istanbul dans les États membres. Je me félicite que nous proposions demain une résolution commune pour faire porter notre voix dans ce combat et dire non à la violence contre toutes les femmes et les filles.

Mon grand regret est que ce texte passe sous silence le déni de l'accès à un avortement sûr et légal et les grossesses forcées qui en résultent. Pourtant, nous parlons bien ici d'une forme de violence caractérisée envers les femmes. Si la convention d'Istanbul fait l'impasse sur le droit à l'avortement, les Nations unies le reconnaissent comme un droit humain. Je ne cesserai de m'engager pour que l'avortement puisse être reconnu et protégé comme un droit fondamental au sein de l'Union européenne. L'inaction et l'indifférence ne sont pas des options envisageables quand il s'agit de défendre les droits des femmes. Comme le disait Martin Luther King, nos vies commencent à se terminer le jour où nous devenons silencieux à propos des choses qui comptent.

Angelika Mlinar, *author.* – Madam President, first of all I would like to express my appreciation for the great support among almost all the political forces in this House to promote the Istanbul Convention. We are almost unanimously asking the European Union and individual Member States to ratify it, and for the first time we are sending a clear and strong political message. We are – and we will always be – on the side of victims of gender-based violence and violence against women. I will never get tired of repeating that violence against women is a violation of women's human rights and an extreme form of discrimination embedded in gender inequalities and contributing to reinforcing them.

For those who still wonder why we are once again debating this, my answer is very simple. We are not gender ideologists, we are human rights defenders. It is true that the accession process was initiated by the Commission, all EU Member States have already signed it and 14 Member States have ratified it. But my experience has never proved me wrong: never take rights for granted. We should be vocal until we have a generation of Europeans completely aware that gender-based violence is not tolerable and there is never a justification for it. On behalf of my Group, I would like to express our full support for the Commission and for making sure that the Council reacts.

Until the Istanbul Convention is ratified by the European Union, we will not have an instrument in Europe to set legally binding standards to specifically prevent violence against women and girls, protect victims and punish perpetrators. I look forward to cooperating with the Commission and the coming Council Presidencies to make the Istanbul Convention an EU instrument against violence against women.

My last words go to the Orange Campaign on Friday. We should orange the world and join the UN women's initiative, keeping in mind that we have to fight inequalities and violence every single day.

Terry Reintke, *author.* – Madam President, let me start with some good news from the last days. The horrible law proposed by the Turkish Government to clear a rapist of all his charges if he marries the victim has been withdrawn by the AKP. The Turkish Government has not withdrawn this proposal because they think it is wrong, but because of thousands of women fighting against this proposal in the streets of Istanbul. It is so sad, but also so obvious, that we will have to fight for our freedom over and over again.

Now one could argue, well, this is far away, and this is not happening in the European Union. But it is. It is happening in the European Union as well. Every third woman in the European Union experiences violence in her life. This might seem like an abstract number, but out of 280 women in this Chamber, approximately 90 would have been those who experienced violence in their lives. This is not 'the others'. This is us. It is women who are sitting with us in this Chamber, voting, representing their constituents – maybe women that you have a coffee with from time to time. They have the same fate as millions of women in the European Union, and it is not enough to talk about it once a year.

We need to do something, especially in times when the other side is gearing up, where there are more and more people who are trying to go back to the good old times, to the 1950s, when a husband beating up his wife was actually not really a reason to bother about and, yes, we will have to fight for our freedom over and over again: against a Polish Government that wants to restrict women's rights, against the Turkish government that wants to do that, and against a backlash that we are facing in the European Union. We will have to fight against this, but this fight will be a thousand times stronger if we have a good legal foundation, and the Istanbul Convention is one of the tools to do that. So please, Madam Commissioner, and all Member States, ratify this Convention.

Malin Björk, *författare*. – Fru talman! Inte i något land har det gjorts tillräckligt för att bekämpa våld mot kvinnor och flickor. Hotet om våld förminskar våra livsutrymmen – det handlar inte om någonting mindre viktigt än så.

Istanbulkonventionen, eller Europarådets konvention mot våld mot kvinnor, är ett viktigt verktyg för alla oss som kämpar mot våld mot kvinnor, inte minst för att den sätter våld mot kvinnor i ett sammanhang som handlar om makt och strukturer. Konventionen kräver också att alla länder tar ett helhetsgrepp för att stoppa det könsbaserade våldet genom offentlig finansiering av kvinnojourer, genom förebyggande åtgärder, genom krav på samtyckeslagstiftning.

Vi kan dock också konstatera att vi lever i en kultur som accepterar mäns våld mot kvinnor. Annars hade det ju stoppats. Offentliga personer som har begått övergrepp på kvinnors och flickors kroppar fortsätter att hållas om ryggen. Titta bara på den nyvalde presidenten Donald Trump, förre IMF-chefen och tilltänkte franske presidentkandidaten Dominique Strauss-Kahn, filmregissören Roman Polanski. Dessutom tillåter flera länder fortfarande en prostitutionsindustri där kvinnor och flickor kan köpas av män.

I en sådan kultur blir det svårt att skapa rättvisa och leverera fällande domar för våldtäktsmål till exempel. Det är inte bara i Sverige som fällande domar i våldtäktsmål lyser med sin frånvaro. Det är sanningen uti hela Europa.

Här i Europa saknas det politisk vilja. Tidigare idag röstade vi om ett betänkande där man kräver upprustning. Är det viktigare att skramla med vapen än att försvara kvinnors kroppar och rättigheter? Det håller inte!

Kampen för jämställdhet, för kvinnors kroppar, mot machokulturen, måste få ta den centrala plats den borde ha i detta hus. Vi kräver att Istanbulkonventionen ratificeras av EU, av medlemsstaterna. Samtidigt vill vi också ha en EU-strategi och en finansiering för att bekämpa våld mot kvinnor. Vi har mycket arbete framför oss. Vi hoppas att kommissionen och rådet kommer att stå med oss i det arbetet. Europaparlamentet kommer att kräva handling.

Helga Stevens, *Auteur*. – Aan de vooravond van de internationale dag voor de uitbanning van geweld tegen vrouwen is het absoluut niet aanvaardbaar dat er maar een geringe vooruitgang is bij het bestrijden van geweld tegen vrouwen en gendergerelateerd geweld. Volgens een recente studie van het FRA heeft in de EU één op vijf vrouwen te maken gehad met fysiek geweld door een andere dan hun partner sinds hun vijftiende. In het bijzonder vrouwen met een beperking lopen volgens schattingen anderhalf tot 10 keer meer risico om misbruikt te worden dan vrouwen zonder beperking. Geweld tegen vrouwen, maar zeker ook tegen mannen en kinderen, vormt een schending van de grondrechten en is een extreme vorm van discriminatie die zowel oorzaak als gevolg van genderongelijkheid is. De Commissie stelde op 4 maart 2016 voor dat de EU toetreedt tot het Verdrag van Istanbul: het eerste juridisch bindende instrument op internationaal niveau voor het voorkomen en bestrijden van geweld tegen vrouwen.

Slechts 14 EU-landen, waaronder België, hebben het verdrag geratificeerd. Ik steun uiteraard de toetreding van de EU tot het Verdrag van Istanbul. Natuurlijk is het in principe aan de lidstaten om hun job te doen en vrouwen tegen geweld te beschermen, maar de EU kan hier aanvullend in optreden, bijvoorbeeld in verband met de rechten van slachtoffers en beschermingsbevelen en op het gebied van gerechtelijke samenwerking in strafzaken.

Ivan Korčok, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, I would like to thank you for having this debate today, just two days before International Day for the Elimination of Violence against Women. There is no doubt that combating all forms of violence against women and girls is a core element of the observance of fundamental rights. It is therefore of the utmost importance to send out a strong message on our commitment to uphold equality and respect for human rights. We believe that our joint effort and a strong message of unity are needed to ensure the protection of all women and girls in Europe.

I know this House shares the Council's long-standing commitment to see an end to the suffering of victims through a binding and effective instrument such as the Istanbul Convention. I would like to recall that the Council has repeatedly expressed its commitment to the prevention and elimination of all forms of violence against women. These are crimes that have no place in the EU Member States, and the Council has encouraged them to sign and ratify the Istanbul Convention. As you know, all the Member States have already signed and, so far, 14 of them have ratified the convention.

We are aware of Parliament's efforts, such as last year's initiative by the Committee on Women's Rights and Gender Equality in launching a working group on violence against women, and all the many hearings and inter-parliamentary committee meetings you have organised to raise awareness. We very much welcome these initiatives and I would like to inform you that the Presidency – specifically the working party Chair – will be addressing the hearing on the EU accession to the Istanbul Convention co-organised next week – 29 November 2016 — by the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs and the Women's Rights Committee. This will be an excellent opportunity for exchanges with the co-rapporteurs and representatives of the Council of Europe, the United Nations and the Commission.

Allow me to turn now to the state of play as regards our work in the Council, and on the EU's proposed accession to the Istanbul Convention. This matter has been one of our priorities since the very start of our Presidency last July. It has been dealt with by the Council's working party responsible for fundamental rights, which last convened on 10 November 2016.

In a first phase, Member States have agreed to concentrate on the Council decision authorising the signature, on behalf of the EU, of the Istanbul Convention. There is very broad support among Member States for this accession. However, there are still diverging views regarding the scope of the EU's accession. These involve complex legal matters on which Member States are seeking more clarity. Nevertheless, we are confident that we will be able to make substantial progress with the proposal for a Council decision on the signing of the Convention. Another meeting is scheduled next week to continue the negotiations.

As regards the external dimension of the Istanbul Convention, the Presidency is organising a meeting in December with the Council's working party responsible for human rights. Throughout these last months of our Presidency, we have been in regular contact with the co-rapporteurs on this subject, Ms Bildt and Ms Revault D'Allonnes Bonnefoy, and this close collaboration with Parliament will be encouraged in the future. For our part, and I think this is most important, we still aim to submit the proposal for the Council decision on the signing of the Convention to the Council in December.

Lastly Madam President, I need to apologise for not being able to be here with you until the end of your debate. I will have to leave after the presentation by Commissioner Jourová but, be sure, our colleagues here, and we as a Presidency, will pay attention to it during our last days and weeks in office, and we are still working towards getting an agreement in December.

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, let me thank you all, first and foremost, for keeping violence against women high on the European Parliament's agenda. It is a privilege to be here just a few days before – this has already been mentioned several times – the International Day for the Elimination of Violence Against Women on 25 November, and to give you an overview from the perspective of the Commission, together with the Council Presidency, on how we see the progress towards an EU accession to the Istanbul Convention.

Together with you and Member States' Ministers at this year's United Nations Conference on the Status of Women, where we as 'Team Europe' successfully represented the EU in delivering on our messages, we agree that the importance of the Istanbul Convention and the need to address the difficult issue of gender-based violence in a coordinated and focused way is desirable. This Conference took place in March shortly after the Commission adopted proposals for the signing and conclusion of the accession to the Convention. Since then, we have put all our efforts behind constructive discussions with the Council to reach political agreement. The Council Presidencies involved have been very successful and useful in facilitating this.

We have held in-depth discussions on all legal aspects of the accession, in particular the extent of accession. We discussed the division of roles between the Member States and the Union in the implementation of the Convention. As you know, the Commission is of the view that EU accession should generate the added value we are seeking to make a difference on the ground. We want to strengthen and complement the existing framework in a wide range of policy areas. The competences and roles of the EU and Member States are closely intertwined. That is why the EU aims to accede to this Convention in parallel to national ratifications. I seriously hope that we can reach an agreement on the terms of the signing decision within the coming month. We heard from the Presidency that it should be in December. This would be the best news. Signing this decision would demonstrate the common political will of the Union to be bound by the Convention.

We have emphasised since the beginning that only the joint participation of both the EU and the Member States makes sense, legally and politically. I am constantly encouraging the Member States to ratify alongside the EU, and the Member States can rely on available European Programmes and funds to help in this process. I would like to thank the Parliament again for its support and I look forward to its interim report, which will be adopted next year. We will continue to monitor and support the implementation of the existing legal instruments to combat violence against women. That includes the Victims' Rights Directive and EU legislation on cross-border recognition of protection orders.

I have promised to you several times that we want to devote the year 2017 to strengthening combating violence against women, so I am particularly glad to announce to you that, on 25 November, as part of our year of focused actions to combat violence against women, I will launch the promised EU-wide campaign. My objective is to provide a framework for a coordinated approach and join forces together with you, Member States, the European Institute for Gender Equality, UN Women and other International Organisations, civil society organisations, academia, businesses, trade unions, media and, within the Member States, also with law enforcement authorities, because I said we want to make a change on the ground. This means that the women will be protected not only by preventive measures, but also – let us face it – by a necessary reaction from the side of criminal justice.

During the year of focused actions to combat violence against women, many activities are planned. It is a cross-cutting effort and work within the Commission, involving many of my colleague Commissioners and their services. Apart from communication, best practices and experience sharing, it also includes funding.

As for the Commission's work on this campaign, you very often call for more efforts in mainstreaming gender topics and gender policy, so I can confirm today that several of my colleague Commissioners will take very concrete actions next year from their perspective, be it eliminating violence in transport, the campaign against alcoholism – which is very often one of the enabling situations in domestic violence – or the effort to get this topic more to documentary film creation. This is a very wide range of different plans and actions and I can only say that I have received a very good reaction from my colleague Commissioners.

With regard to the funding I indicated, the Commission dedicated EUR 4 million from the Rights, Equality and Citizenship Programme in 2016 to support Member States in developing and implementing national practical and targeted information, awareness-raising and educational activities aimed at preventing and combating violence against women. Why do we rely on Member States for this? Simply because violence against women has many different forms in Member States. That is why we speak about targeting actions and the Commission provides the funding for this, as well as the unifying logo, slogans, design and many other things. That is just for you to understand how the campaign will work.

Activities will cover all forms of violence against women or focus on specific forms or issues, as relevant. In addition to the EUR 4 million, EUR 6 million will be provided in 2017 for transnational grassroots projects to prevent the problem and protect and support victims, under the Daphne strand of the Rights, Equality and Citizenship Programme. This money will go to the organisations – the NGOs – which work on the ground and which can also contribute in a very significant way to the success of this campaign. Just to add regarding the money, in 2016 alone the EU spent EUR 24.5 million to support 62 gender-based violence combating humanitarian projects.

I would like to thank the Parliament once again for its support of our endeavours in fighting violence against women. I remain committed to continue informing you in a timely manner on all developments in this area, and of course to invite you to join and participate in our coming campaign.

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Biztos Asszonynak a nyitó gondolatát. Annál is inkább fontos ez számunkra, hogy ne csak határozott elképzelésünk legyen, hanem e mögött legyenek források is.

Most a képviselőcsoportok vezérszónokai következnek.

Constance Le Grip, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, les violences faites aux femmes sont, malheureusement,

(La Présidente interrompt l'oratrice pour un problème d'interprétariat)

un fléau qui n'épargne aucun de nos pays européens – je dis bien aucun – et c'est une honte. C'est une honte absolue.

Nous sommes à deux jours du 25 novembre et de la journée internationale dédiée à la lutte contre les violences faites aux femmes et nous nous retrouvons à nouveau ici, dans cet hémicycle de Strasbourg, comme chaque année, à peu près à la même époque et quasiment dans le même type de configuration, les unes et les autres, les uns et les autres, pour déplorer cet état de fait et appeler à la mobilisation. Cela suffit. Combien d'années encore allons-nous nous retrouver pour déplorer l'aggravation de la situation faite aux femmes?

Certes, cette année, nous avons une nouvelle perspective qui est l'adhésion de l'Union européenne à la Convention dite d'Istanbul visant à prévenir et à lutter contre toutes les formes de violences faites aux femmes. C'est un acte majeur, un pas en avant significatif extrêmement important qui serait ainsi fait pour une mobilisation, un engagement renforcé concret de l'Union européenne et de ses institutions en faveur de l'élimination des violences faites aux femmes. Ce serait également une pression supplémentaire mise sur les États membres qui, quoique ayant signé cette fameuse convention, ne l'ont pas encore ratifiée ou ne l'ont pas encore concrètement mise en œuvre dans leur pays.

J'appelle donc vraiment instamment la Commission européenne à tout faire pour continuer à mettre la pression – si je puis dire – sur les États membres, afin qu'ils fassent face à leurs responsabilités et qu'ils se mobilisent pour que, ensemble, nous arrivions véritablement à mettre en œuvre des plans concrets réels de lutte et d'élimination de toutes les violences faites aux femmes.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, cada hora cuarenta y ocho mujeres y niñas son víctimas de violencia sexual en la República Democrática del Congo. En la ciudad mexicana de Puebla, se han registrado cincuenta feminicidios en los últimos quince meses. El pasado 31 de diciembre falleció una niña de dieciséis años en Calcuta violada por siete hombres. Podría seguir narrando estas historias y se nos encogería el alma.

Y, desgraciadamente, esta realidad no tiene nada que ver con cuestiones geográficas. En Europa también se sufre de la misma manera. Las cifras en España nos revelan que existe una media anual de 113 000 denuncias de víctimas de violencia de género. En este año, en lo que llevamos de año, treinta y nueve mujeres han sido asesinadas a manos de sus maltratadores. Por desgracia, en Europa no existen datos homogéneos, pero sabemos, según estudios, que un 33 % de las mujeres europeas han sido víctimas de algún tipo de violencia.

Esto nos obliga a actuar de manera contundente. Es urgente ratificar la Convención de Estambul, pero no es menos urgente la necesidad de una directiva europea contra la violencia de género. Sé que legislar no es la única solución, pero sí la manera de comprometerse y obligar a las instituciones públicas en la lucha contra la violencia contra las mujeres.

Hablamos de vidas truncadas, de familias rotas, de futuros condenados al dolor. ¿Qué más tiene que pasar para que nos decidamos a actuar? No es el momento de complacencias ni de excusas. Rompamos los silencios cómplices, porque nosotras también somos ellas.

Julie Girling, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, violence against women is a very real and all too frequent reality for many women worldwide. In the EU alone, research has shown that one third of women have experienced physical and/or sexual violence since the age of 15. This equates to 62 million women. That is my Member State, the population of my country, represented in that number. While cases are reported and action is taken, there are still far too many instances where women are trapped, suffering in silence and with no conceivable way out. Violence against women does not just apply to physical abuse. It also covers the emotional manipulation and psychological trauma thousands of women are subjected to just because they are women. Violence against women is a form of gender-based violence. It is gross, inexcusable and a violation of human rights.

Given the varying forms violence against women can take, as well as the numerous avenues through which such violence can be executed, no single intervention will result in its elimination. A combination of infrastructural, legal, cultural, educational and social actions, in addition to the sharing of best practices between Member States, is essential to raise awareness and stimulate the action needed, so I welcome the Commissioner's reassurances on all of those areas. The Istanbul Convention opens the path to make change possible. I therefore urge Member States, including my own, the UK, to ratify and implement the Convention if they have not already done so.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, gracias, querida Comisaria Jourová, porque estamos seguros de que va a conseguir que la Unión Europea ratifique por fin el Convenio de Estambul. Y será una gran noticia, porque es un instrumento extraordinario, por fin legalmente vinculante e integral, para acabar con la violencia de género y la violencia intrafamiliar.

Pero las mujeres que cada día, a nuestro lado, en todos los países de la Unión, son maltratadas, violadas, agredidas, asesinadas, no quieren de nosotros más palabras, quieren que erradiquemos de una vez la violencia contra las mujeres. Y es que podemos hacerlo.

La Presidencia eslovaca habla maravillas del Convenio de Estambul, pero Eslovaquia no ha ratificado el Convenio. Theresa May y Angela Merkel son dos de las mujeres más poderosas del mundo, pero ni Reino Unido ni Alemania han ratificado el Convenio de Estambul.

Señorías, ya está bien de papeles mojados. No hay una sola razón para no ratificar e implementar el Convenio de Estambul en todos los Estados de la Unión, y los que no lo hagan merecen ser señalados. Basta ya de hipocresía, señores. Basta de excusas.

Κωνσταντίνα Κούνεβα, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κυρία Πρόεδρε, ποιο είναι το πιο διαδεδομένο έγκλημα στο κόσμο; Η βία κατά των γυναικών. Μία στις τρεις γυναίκες πέφτει θύμα βίας. Μία από αυτές είμαι και εγώ γιατί αποκάλυψα την απλήρωτη εργασία, γιατί ήμουν γυναίκα, μετανάστρια, συνδικαλίστρια. Μπορούν να αποτραπούν περιστατικά βίας όπως αυτό εναντίον μου; Φυσικά. Γι` αυτό υποστηρίζουμε τη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης, διότι είναι το πρώτο δεσμευτικό διεθνές νομικό εργαλείο κατά της βίας. Υπάρχουν όμως εκείνα τα κράτη μέλη που προφασίζονται υψηλό κόστος και, είτε δεν την επικυρώνουν, είτε δεν την εφαρμόζουν. Είναι αρκετή η επικύρωση της σύμβασης, όπως δικαίως ζητούμε; Φυσικά όχι. Είναι απαραίτητη η αλλαγή της κουλτούρας και είναι απαραίτητη η εκπαίδευση από μικρή ηλικία στον αμοιβαίο σεβασμό μεταξύ των φύλων, για να μάθουν οι άντρες ότι η παραπάνω δύναμη που τους έδωσε η φύση δεν είναι για να ασκούν βία ενάντια στις γυναίκες.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora Presidenta, estamos hartos de ver todos los días, las cifras, las muertes, las estadísticas… Esta estadística que persigue a la Unión Europea: que un tercio de las mujeres en Europa ha sido víctima de la violencia física o sexual alguna vez. Y yo creo que, para eso, necesitamos reforzar nuestros instrumentos jurídicos y aplicarlos mejor. Las dos cosas son importantes: más instrumentos jurídicos y aplicarlos mejor.

Hoy estamos a las puertas —y es muy importante— de ratificar el Convenio de Estambul por parte de la Unión Europea, un instrumento que va a suponer tener el primer mecanismo vinculante a escala de Europa para crear un marco legal común, y es muy importante.

Ratificar este Convenio garantizará traducir en acciones reales y concretas los compromisos adquiridos y conllevará que en Europa la violencia machista ya no será vista como un caso aislado particular, sino como un problema endémico, sistémico, que debemos afrontar.

Por lo tanto, adelante con la ratificación, señora Comisaria, vayamos lo más rápido que podamos. Y creo que también este Parlamento debe hacer un llamamiento urgente a que todos los Estados miembros finalicen el proceso de ratificación de forma individual.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, vorrei provare a fare con voi una riflessione un po' diversa. Sono passati ormai oltre cinque anni dall'approvazione della convenzione di Istanbul e credo che dobbiamo porci una domanda: come mai non tutti gli Stati dell'UE l'hanno ancora ratificata e altri nemmeno firmata?

Gli Stati che non l'hanno ratificata non l'hanno fatto, di certo, perché non sono contro la violenza sulle donne. Quindi, soffermiamoci a capire le reali motivazioni di queste mancate ratifiche. Il motivo per cui alcuni Stati si oppongono alla ratifica è da ricercare in alcuni contenuti della convenzione stessa, che esulano dall'argomento proprio della lotta alla violenza di genere, come ad esempio l'introduzione, per la prima volta in un trattato internazionale, della definizione sociale di «gender», che diviene vincolante per gli Stati che ratificato la convenzione. Ed è perciò comprensibile che gli Stati in cui il dibattito sul gender è più complicato siano restii a tale ratifica. Se all'epoca non si fosse fatta questa forzatura, che nulla ha a che vedere con l'urgenza del tema della violenza contro le donne, oggi, probabilmente, non ci troveremmo ad affrontare una situazione così paradossale.

Chiediamoci, piuttosto, se negli Stati in cui è stata ratificata e per cui si è legiferato in materia, ci sono stati dei netti risultati statistici positivi in termini di diminuzione della violenza di genere. Non è forse il caso di focalizzare l'attenzione sul fatto che gli Stati membri legiferino e adottino effettivamente misure volte a prevenire e combattere il fenomeno della violenza contro le donne? Molti Stati, infatti, si sono concentrati sulle misure di repressione e ancora troppo poco su quelle di prevenzione.

Dall'esperienza che abbiamo toccato con mano in giro per l'Europa, purtroppo, il concetto di prevenzione è ancora focalizzato sul rinchiudere la potenziale vittima in una struttura protetta, limitandone così la libertà e gli spostamenti, e lasciando il soggetto pericoloso in libertà di movimento. Ecco, mi pare assurdo che uno strumento come la convenzione, che dovrebbe unirci in questa battaglia, finisca per dividerci e, a distanza di cinque anni, non siamo ancora arrivati a un risultato, a una soluzione.

Insomma, superiamo queste questioni formalistiche e concentriamoci maggiormente sul monitoraggio di quanto sta realmente accadendo nei singoli Stati.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Madam President, you are not addressing the silent agenda, and I do not call on anyone in here to do anything, because you cover up the fact that young migrants, often of Muslim backgrounds, are over-represented in the violence against women statistics – which, by the way, is not the same as claiming that all Muslim migrants are prone to this type of behaviour.

Their crimes against women, each year, in my country: female genital mutilation, 5 700 reported cases; honour killings, around a dozen; polygamy, around 20 000 illegal marriages; false marriage, 1 200 reported each year; child marriages, 5 000 to 8 000; and all this is done in the shadow of Sharia law.

It took years before the Rotherham child abuse case was brought to light in the UK, out of fear of being labelled racist. In the UK we still have a parallel society of Sharia courts operating right under our noses. In fact all over Europe we see the same pattern. Those claiming to champion women's rights are in denial and attempt to sweep this problem under the carpet. No amount of EU law or funds will make a difference until this is addressed. The truth is that by letting millions of young migrant men with Muslim backgrounds into our countries, we have submitted our women to these attacks. It is a form of terrorism. No more cover-ups, no more mitigating circumstances, no more political correctness. Like President-elect Trump, I would like more scrutiny of those you are letting in, but in the EU that won't happen, so in order to protect our women, we need to drain the EU swamp and then make Europe great again.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Elnök asszony. – Képviselőtársaim! Mi ez a fújolás? Aki valamilyen véleményt akar kinyilvánítani, tegye annak rendjemódja szerint, és tartózkodjanak ezektől.

Egyébként volt egy kék kártya Atkinson képviselő asszonyhoz. Elfogadja ezt a kék kártyát? Görling képviselő asszony szeretne Önhöz kérdést intézni.

Julie Girling (ECR), *blue-card question*. – Reluctant as I am to offer Ms Atkinson the opportunity to spout more of her vile views, I do feel compelled to ask her: does she believe that in the UK, of which she appears to be so fond, violence against women is a very recent thing that has only occurred with immigration from Muslim countries, or will she knowledge that violence against women has been a scourge in our society for centuries?

Janice Atkinson (ENF), *blue-card answer*. – Of course, Mrs Girling, I accept that. I have been fighting against this type of violence all my life as a woman who has actually been affected by violence in the home and on the street. My statistics are government statistics, but it is a fact, whether you like it or not, and that is why our government is having an investigation at the moment into Sharia law. Until we actually address the problems and we address that it is the Muslim migrants coming into our countries because of open borders …

And that is why you will be going, Madam. You will be leaving this Chamber because we voted for Brexit and because you all wonder why the populace are on the rise in America and in Holland and in other countries: because of people like you and them across there.

Diane Dodds (NI). – Madam President, in Northern Ireland in 2014-2015, there were over 13 000 reported incidents of domestic violence. The Police Service of Northern Ireland responded to one domestic incident every 19 minutes. In this period, there were 2.5 times as many domestic abuse crimes as drug offences. These are unacceptable figures, and we must do everything in our power to tackle these awful abuses.

In Northern Ireland, the 24-hour domestic and sexual violence helpline is managed by the Women's Aid Federation. In 2014-15, it managed 27 000 calls and reported a rise in the percentage of male callers, and in this Chamber we should not forget that men are often the victims of these crimes as well. So, it is right that, both in this Parliament and in our national parliaments, we send a message. The Government is not just willing, but ambitious to tackle these abuses at the earliest stages. International agreements can be pursued, but local solutions are necessary.

Мария Габриел (PPE). – Г-жо Председател, наблягам на това, че Истанбулската конвенция създава цялостна правна рамка за превенции и борба с насилието над жените и домашното насилие. Тя е и призив за повече равнопоставеност между половете, която няма как да бъде постигната, докато статистиките продължават да показват, че една на всеки три жени в Европа е била жертва на физическо или сексуално насилие поне веднъж в живота си. В тази връзка подкрепям присъединяването на Европейския съюз към Конвенцията и призовавам за нейното ратифициране от страните членки.

Няколко аспекта да вземем предвид обаче. На първо място, за да постигнем желаните резултати, е важно да има съгласуваност на разпоредбите в Конвенцията с отделните национални правни системи. Това предполага както адаптирането на съответните нормативни разпоредби на национално ниво, така и предвиждането на достатъчен финансов и човешки ресурс.

На следващо място, искам да подчертая ключовата роля, която има тясното сътрудничество с организациите на гражданското общество за постигане на координиран подход към борба с насилието над жени и повишаване на осведомеността. Националната кампания, която проведохме заедно с тях в България за насилието над жените „Да отворим очи и нарушим мълчанието“, показа, че нашето сътрудничество може да бъде мощен катализатор за промяна.

И накрая, важно е да продължим на европейско ниво с усилията си за създаване на обща система за събиране на данни относно насилието спрямо жени, защото насилието над жените не е проблем само на жените. То засяга всеки един от нас. Затова институциите трябва да бъдат активни и присъединяването на Европейския съюз към Конвенцията е решителна стъпка в тази посока.

Tanja Fajon (S&D). – Leta 2016 smo, živimo v časih izjemnega razvoja. Zdi se, da so naše človekove pravice dobro zaščitene.

Toda z naraščajočo ksenofobijo in nacionalizmom lahko opazujemo porast še enega pojava – seksizma. Nenadoma se moramo ponovno pogovarjati o pravicah žensk, ki smo jih uzakonili že pred desetletji, kot je svobodno odločanje žensk o lastnem telesu. To se je zgodilo tudi v Sloveniji, čeprav to pravico ščiti ustava.

Gre za trend, ki je izredno zaskrbljujoč. Treba ga je prepoznati in ustaviti. Unija je lahko uspešna le, če bomo branili pravice vseh prebivalcev – in ženske navsezadnje sestavljamo polovico.

Nasilje nad ženskami in nasilje v družini je grožnja številka ena blaginji žensk. Ogroža nas tako fizično kot psihično, prispeva k neenakosti spolov in za sabo pušča dolgoročne posledice.

Statistike dokazujejo, da ne ukrepamo dovolj. Kot je bilo slišano, vsaka tretja ženska po petnajstem letu je že bila žrtev nasilja. Lahko bi bila jaz, lahko si ti.

Te hude kršitve pravic žensk moramo ustaviti. Nujno moramo narediti korak v smeri učinkovitejše obravnave nasilja nad ženskami.

28 držav članic je Istanbulsko konvencijo že podpisalo. Le polovica jih je sporazum tudi ratificirala, med njimi moja država Slovenija. In zdaj moramo ta proces pripeljati do konca in zagotoviti enako raven zaščite ženskam. Zato podpiram resolucijo in pozivam Komisijo, naj z direktivo uvede primerne ukrepe.

Arne Gericke (ECR). – Frau Präsidentin, werte Frau Kommissarin Jourová! Internationaler Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen: Ich möchte den Fokus auf ein Feld der Gewalt gegen Frauen legen, bei dem ich mir auf allen politischen Ebenen mehr Engagement wünsche. Es geht um die Gewalt gegen Frauen in der Geburtshilfe, Menschenrechte hinter der Kreißsaaltür, es geht um das Recht auf sichere Geburt – für Mutter und Kind. Weltweit erinnern Mütter an die bestehenden Missstände im Rahmen der *Roses Revolution*.

In Deutschland, ja in ganz Europa kommt Geburtshilfe zunehmend unter die Räder der Rentabilität. Deutschlandweit stehen bis zu 400 Geburtsstationen auf der Roten Liste. Der Mangel an Hebammen ist eklatant. Für Großkliniken müssen Geburten effizient, schnell und terminierbar sein. Die Rechte der gebärenden Frau werden missachtet und in eine menschenunwürdige Gebärmaschinerie gepresst – fatal für Mutter und Kind.

Deshalb mein Appell: Nehmen wir die *Roses Revolution* ernst. Greifen wir ihre Sorgen auf. Schaffen wir ein Recht auf sichere Geburt – europaweit.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, Comisaria, esta mañana he repasado los veintitrés vistos y los dieciséis considerandos que fundamentan nuestra petición para que la Unión se adhiera al Convenio de Estambul. Son treinta y nueve contundentes razones para apoyar esta petición. ¿Qué más se puede añadir? Entonces se me ha ocurrido aplicar a las víctimas de la violencia de género la misma idea que la Asociación de Memoria Histórica plantea con los desaparecidos durante el franquismo. No ha sido fácil. Necesitaba primero saber cuántas mujeres han sido asesinadas por esta causa en la Unión en los últimos diez años. Es significativo: ha sido imposible encontrar el dato, porque no todos los Estados afrontan con la misma visión, siquiera las muertes vinculadas al machismo.

Sin desanimarme, he obtenido uno, extrapolando a nivel de la Unión los asesinatos machistas cometidos en ese plazo en España: más de 700. El resultado es el considerando 40, el que me faltaba: dedicar aquí un minuto de silencio a cada una de esas 7 000 mujeres nos mantendría en silencio, en un silencio atronador, cuatro días, catorce horas y treinta y cinco minutos.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señora Presidenta, el Convenio de Estambul reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos, y es, sin duda, un paso enorme para tomar medidas políticas y judiciales contra la violencia machista, porque el maltratador no nace, el maltratador se hace.

En mi país, solo este año, ya hay al menos cuarenta mujeres asesinadas. Y lamento que la señora Atkinson se haya ido porque habría que decirle que son cuarenta mujeres asesinadas precisamente por cristianos, no por ninguna sharía ni por nada. No es cuestión de religiones, no es cuestión de razas y no es cuestión de situaciones económicas o culturales.

Cada segundo cuenta y, por ello, necesitamos que la Comisión y los Gobiernos se pongan de acuerdo pero ya mismo, y se pongan en serio y con voluntad política real.

Por último, le pediríamos que tuviera un poco de coherencia en la política exterior esta Unión Europea. Y, sin duda, hemos de aplaudir las luchas feministas de estos últimos días en Turquía: ni debemos ni queremos permitir retrocesos en nuestros derechos.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señora Presidenta. «Guapa, ¿te estudio o te trabajo?»: es uno de los típicos piropos machistas que las mujeres tienen que sufrir en su vida diaria y que muchos hombres utilizan de forma natural. Los hombres tenemos la responsabilidad de desterrar el machismo en que la sociedad nos ha educado y de volcarnos en la lucha contra todo tipo de violencia contra las mujeres.

Hoy, más de la mitad de las mujeres en la Unión Europea ha sufrido acoso sexual; y en España, en lo que llevamos de año, treinta y nueve mujeres han sido asesinadas a manos de sus parejas. Frente a esta inadmisible lacra es urgente que todos los Estados miembros ratifiquen el Convenio de Estambul y que, como ha prometido la señora Comisaria, la Unión Europea lo haga antes de finalizar 2016. Esto es un paso fundamental para construir un marco global de protección a todas las mujeres víctimas de violencia machista, porque la seguridad de la mujer es también la seguridad de todos y todas. ¡Ni una más!

Elnök asszony. – Igen, lehetne sokkal több férfi is itt jelen.

Beatrix von Storch (EFDD). – Frau Präsidentin! Die EU-Kommission will, dass die EU als Staat der Istanbul-Konvention beitritt. Gewalt gegen Frauen, das lehnen wir ab – alle. Dafür braucht es keine Konvention und auch keine Diskussion. Aber darum geht es nicht.

Die Istanbul-Konvention will festlegen, dass das Geschlecht eines Menschen ein soziales Konstrukt ist. Das Geschlecht entsteht also durch den Menschen selbst, durch Einbildung und Ausbildung, durch die Gezeiten, durch Sonne, Mond und Sterne. Der Mensch macht sich selbst zum Gott.

Meine Damen und Herren, das ist Schwachsinn. Und wer diesem Schwachsinn zustimmt, der ist vermutlich auf Drogen.

Die Istanbul-Konvention will alle nationale Gesetzgebung auf diesen Gender-Gaga-Mist festlegen. Kein Mensch bei klarem Verstand kann dem zustimmen. Gender-Mainstreaming – das ist die Seuche dieses Jahrhunderts. Das ist Wohlstandsmüll, der gehört auf den Müllhaufen der Geschichte.

Elnök asszony. – Képviselőtársaim! Attól, hogy más-más véleményt formálunk, még fogadjuk el ezeket, és hallgassuk meg egymást.

Steeve Briois (ENF). – Madame la Présidente, chère collègue, vos envolées lyriques en faveur de l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul ne vous déchargent en rien de la responsabilité qui est la vôtre dans la régression actuelle du droit des femmes, car vous avez laissé prospérer le fondamentalisme islamique en Europe, cette idéologie mortifère qui prône l'application de la charia, incluant la polygamie et le mariage forcé.

Vous avez organisé la subversion migratoire de l'Union européenne par le biais du plan de relocalisation des migrants, avec comme conséquence l'explosion des agressions sexuelles comme notamment à Cologne l'année dernière.

Enfin, vous soutenez l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Je vous rappelle simplement que le gouvernement turc envisageait juste, il y a quelques jours encore, d'annuler la condamnation d'un violeur qui consent à épouser sa victime. Alors, avant de ratifier une énième convention, commencez d'abord par assurer aux femmes leur droit premier, à savoir le droit à la sécurité.

Pour conclure, je rappellerai que cette adhésion porte gravement atteinte à la souveraineté des États membres et que l'Union européenne n'a aucune légitimité pour leur imposer cette convention.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πριν από όλα, θέλω να επισημάνω το σύμπλεγμα κατωτερότητος και ιστορικής αμάθειας που διακρίνει όλους όσους σε αυτή την αίθουσα έχουν αναφερθεί στην Κωνσταντινούπολη με το όνομα Ιστανμπούλ. Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης, λοιπόν, αναγνωρίζει τη βία κατά των γυναικών ως παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, πράγμα το οποίο δεν επιδέχεται αμφισβήτησης. Επιπλέον της ενημέρωσης και της ευαισθητοποίησης σε εθνικό και Ενωσιακό πλαίσιο, χρειάζονται μέτρα που θα αποσκοπούν στην πρόληψη της βίας, στην προστασία των θυμάτων και στη δίωξη των δραστών. Πολλά κράτη μέλη έχουν επικυρώσει τη Σύμβαση, μεταξύ των οποίων και η Ελλάδα, πλην όμως έχουν καθυστερήσει χαρακτηριστικά στην ενσωμάτωσή της στην εθνική νομοθεσία. Δεν θέλω να πιστέψω ότι ο κυριότερος λόγος που προβάλλουν τα κράτη μέλη για τη μη επικύρωση της σύμβασης είναι το υψηλό κόστος εφαρμογής της διότι, αφενός, αν μειωθεί η βία, θα υπάρξει αντίστοιχη μείωση στα απαιτούμενα κονδύλια κατά επτά δισεκατομμύρια ευρώ, και, αφετέρου, διότι ο ανθρώπινος πόνος δεν μετριέται με το χρήμα. Όπως είπε κάποτε ο Απόστολος Παύλος, «ρίζα γαρ πάντων των κακών εστίν η φιλαργυρία».

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señora Presidenta, cada año mueren en Europa ciento once mujeres por violencia machista y, por ello, cada día es más necesaria una acción común desde la Unión Europea ante la violación del más importante de los derechos humanos: el derecho a la vida.

Los datos que nos da la Agencia de los Derechos Fundamentales son escalofriantes. Un tercio de las mujeres europeas ha sufrido violencia física o sexual al menos una vez en su vida, y en la mayoría de los casos no se denuncia por miedo o vergüenza. Las víctimas, en muchos casos, están desamparadas, y sus agresores gozan de impunidad.

Ante un panorama europeo donde las mujeres no están igualmente protegidas en todos los Estados, es urgente adoptar un marco legislativo común que, aunque no sea la solución inmediata, sí será un gran avance para proteger a las víctimas.

Para terminar con la violencia debemos tomar no solo medidas legales sino educativas, culturales y sociales. Por ello, hemos presentado esta pregunta oral a la Comisión. En ella instamos, señora Comisaria, a que la adhesión de la Unión Europea al Convenio de Estambul sea una realidad lo más pronto posible, ya que este es el más poderoso instrumento legislativo vinculante para combatir la violencia, en el que se criminalizan las diferentes formas de violencia contra la mujer en un marco donde se protege a las víctimas y se persigue a los criminales.

Queda mucho camino por recorrer, mientras las mujeres siguen siendo asesinadas, violadas y vejadas. Por ello, pido a la Comisión que acelere el paso, porque la violencia no cesa, y creo que necesitamos una Europa que tenga una voz clara y única.

¡Ni una más, ni una mujer asesinada más!

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, Simone de Beauvoir disait: «Il suffira d'une crise politique, d'une crise économique ou d'une crise religieuse pour que les droits des femmes soient remis en question. Ces droits ne sont jamais acquis.»

Aujourd'hui, nous vivons les trois crises: une crise politique avec une recrudescence des populismes et des conservatismes, une crise économique, bien entendu, et une crise religieuse – il suffit de voir ce qui se passe aujourd'hui en Syrie et les victimes, particulièrement, que sont les femmes dans ces mouvements migratoires. Ces trois crises doivent nous rendre plus vigilantes encore en ce qui concerne les violences faites aux femmes, parce qu'on peut bien entendu s'attendre à ce qu'il y ait recrudescence encore de ces violences faites aux femmes.

Il ne s'agit pas uniquement de dénoncer, ce que nous faisons aujourd'hui, bien entendu. Ce que nous demandons par le biais de la ratification de la convention, c'est d'agir. Agir pour qu'effectivement il y ait des plans d'action concrets afin de lutter contre ces violences, agir pour qu'il y ait des outils législatifs qui nous permettent de jouer notre rôle en tant que parlementaires afin de pouvoir imposer un certain nombre de choses.

Par conséquent, à tous ceux qui déclarent que nous n'avons pas les outils pour agir – comme le Conseil l'a dit tout à l'heure lorsqu'il a indiqué qu'il y avait des choses à régler sur le plan juridique –, je dis que nous pouvons agir, et je dirais même que nous devons agir.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Wszyscy jesteśmy przeciwni przemocy względem kobiet i wobec cierpienia kobiet nie wolno nam przechodzić obojętnie. Jednak nie wolno nam jeszcze jednego – udawać, że ten koszmar zakończy ideologiczna konwencja stambulska. Przystąpienie do niej przez Unię doprowadzi do tego, że we wszystkich państwach członkowskich definicje przestępstw objętych konwencją skazi ideologia gender. Ideologia zakładająca, że płeć ma podłoże społeczno-kulturowe, jak i zakładająca to, że przemoc wobec kobiet wynika z rzekomo patriarchalnego społeczeństwa, które trzeba zmienić na jedynie słuszną lewicową modłę. Jak bzdurne jest to założenie, można zobaczyć w wielu państwach Europy Zachodniej, które tą ścieżką podążają od lat, a gdzie statystyki dotyczące przemocy są zatrważające. Ratyfikacja przekreśli wszystkie zastrzeżenia do konwencji złożone przez państwa członkowskie, a unijne instytucje postawi na straży chorej wizji społeczeństwa.

Hilde Vautmans (ALDE). – Neen is neen. Laat me met rust is neen. Ik heb geen zin is een nee. Niet doen is nee. Ik wil niet is neen. Dit, vrienden, kunnen we in alle talen hier op het halfrond zeggen. En toch, één op drie vrouwen is slachtoffer van geweld. Ik ben blij dat wij hier vandaag de stap zetten tot toetreding tot het verdrag, maar laten we eerlijk zijn: we moeten meer doen. We moeten komen tot een echt actieplan. We moeten komen tot een situatie waarin de mannen de handen van de vrouwen afhouden. We moeten komen tot een situatie waarin we slachtoffers echt beschermen, waarin aangiften van seksueel geweld ernstig worden genomen, waarin slachtoffers geholpen worden. Collega's, ik roep u hier vandaag op, laten we vandaag nu eens allemaal samen opstaan op dit halfrond, alsjeblieft sta met mij op en roep luid: Neen tegen geweld tegen vrouwen.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io vorrei che ci chiedessimo tutte e tutti che Europa è quella in cui un terzo delle donne, un terzo delle cittadine europee, un terzo delle donne che attraversano l'Europa, subisce violenza fisica o materiale o simbolica in virtù della propria appartenenza a un genere. Non c'è giustificazione alcuna per la mancata ratifica da parte di 14 Paesi della convenzione di Istanbul e stupisce che alcune colleghe evochino lo spettro del gender per giustificare la mancata ratifica; così come non c'è giustificazione alcuna, in quei paesi che hanno ratificato la convenzione, per una sua mancata e piena attuazione.

Dobbiamo combattere contro tutte le forme della violenza maschile contro le donne, appunto, materiali, fisiche, simboliche, psicologiche. E noi saremo in piazza a Roma il 26 novembre, all'interno di una manifestazione convocata per dire «non una di meno», per denunciare e combattere contro tutte le forme di violenza maschile.

Voglio infine dedicare il mio intervento a Figen Yuksekdag, una parlamentare dell'HDP, in queste ore tenuta in carcere dal regime di Erdogan. Credo che alle donne curde e alle donne turche che lottano contro il regime……

(Il Presidente toglie la parola all'oratrice)

Sophie Montel (ENF). – Madame la Présidente, chers collègues, nous sommes ici pour discuter de la convention d'Istanbul contre les violences faites aux femmes. Permettez-moi, en premier lieu, de pointer l'incroyable ironie de cette convention qui porte le nom de la capitale turque. En effet, il y a quelques jours seulement, le gouvernement de ce pays souhaitait faire voter une loi qui aurait annulé les condamnations pour agression sexuelle sur mineur si l'auteur des faits voulait bien épouser sa victime. Ces atteintes à la dignité de la femme sont révoltantes. La dégradation de la condition féminine dans nos différents pays est insupportable, car les droits des femmes reculent. Le fondamentalisme islamiste s'enracine, attaque frontalement les femmes et cherche à les enfermer dans des cages de tissu. Les atteintes à leur intégrité physique se maintiennent à un niveau dramatiquement haut. Rien qu'en France, une femme est victime d'un viol toutes les 40 minutes. Les traités de libre-échange que la Commission européenne négocie ou les lois qu'elle impose aux États membres, comme la loi El Khomri en France, précarisent davantage les salariés et font des femmes leurs premières victimes.

Vous avez tous souscrit à ces textes de régression sociale. Le Front national, premier parti féministe de France, refuse pour sa part ces monstrueuses atteintes aux droits des femmes, et nous nous battrons tout au long de cette mandature et pendant la campagne présidentielle qui arrive, aux côtés de Marine Le Pen pour que la condition des femmes s'améliore enfin.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *question «carton bleu»*. – Madame la Présidente, je constate avec regret que nos collègues de l'extrême droite populiste française utilisent les femmes victimes de violences pour faire campagne électorale. C'est un scandale.

Je veux poser la question suivante à M[me] Montel: que dites-vous aux millions de femmes, blanches ou pas blanches, qui ont été victimes de violences sexuelles, qui ont été battues, qui ont été tuées par des hommes blancs européens du monde occidental?

Sophie Montel (ENF), *réponse «carton bleu»*. – Votre question n'a absolument aucun sens, chère Madame. Marine Le Pen va mener une campagne très dynamique, et vous verrez qu'un nombre important et un nombre croissant de femmes voteront et soutiendront Marine Le Pen, qui est la seule candidate qui défende les femmes dans cette élection présidentielle en France.

(Réaction hors micro de M[me] Corazza Bildt: «Eh bien, cela prouve que c'est une campagne électorale!»)

Anna Záborská (PPE). – Vážim si prácu predkladateliek, ale si myslím, že táto téma nepatrí do pôsobnosti Európskej únie.

Na rozdiel od mojich kolegov som presvedčená, že pri boji proti násiliu na ženách neriešime problém diskriminácie žien voči mužom zo strany štátu. Trestné právo vo všetkých členských štátoch totiž nerobí rozdiel medzi obeťami násilia podľa ich pohlavia. Riešime uplatňovanie týchto zákonov v praxi, fungovanie polície a súdov, ale aj to, ako účinne predchádzať násiliu a ako chrániť jeho obete, aj tie potenciálne. Navyše Istanbulský dohovor by vniesol do právneho systému EÚ definíciu termínu rod, ktorý nepoznajú ani Zmluvy ani Charta základných práv. Otvorila by sa tým široká brána pre presadzovanie politík založených na identite. Mám vážne obavy, že práve tento spôsob myslenia spoločnosť polarizuje, pretože umožňuje, aby rozdeľovanie my verzus oni preniklo do každej oblasti politiky.

Dnes viac než kedykoľvek doteraz potrebujeme presný opak, sústrediť sa na to, čo nás spája ako Európanov a občanov a nie to, čo nás rozdeľuje.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Die Grundrechteagentur in Wien hat erhoben, dass in der EU jede Frau über 15 Jahre bereits einmal im Leben Opfer physischer oder sexueller Gewalt geworden ist.

Das ist schockierend. Das passiert überall: in allen Gesellschaftsschichten, in allen Altersgruppen und in allen Mitgliedstaaten. Ja, und es ist auch wieder salonfähig geworden, sich in sexistischer Weise über Frauen lustig zu machen. Bekanntlich beginnt ja alles mit Worten.

Der Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention wäre ein deutliches Zeichen, dass die Geschichte nicht rückgängig gemacht werden darf. Der Beitritt würde eine bessere Umsetzung bestehender Gesetze ermöglichen, entsprechende Durchgriffsrechte gegenüber Tätern, er würde die Präventions- und Opferarbeit verbessern, Bewusstsein für die Schaffung von Notunterkünften schaffen und so weiter. Diese Richtlinie, die heute schon oft diskutiert wurde, ist deswegen sehr notwendig.

Der Kommission ist es zu danken, dass sie die Initiative ergriffen hat, und die Unterstützung des Parlaments ist ihr sicher. Einige Tage vor dem 25. November ist das ein wichtiges Zeichen. Der Rat sollte erkennen, dass es keinen Sinn macht, eine so wesentliche Materie auf die lange Bank zu schieben. Es ist keine nebensächliche Materie, es sollte *causa prima* sein.

Die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist die Grundlage einer zivilisierten Gesellschaft, und der Ratsvorsitz sollte auch Druck auf die säumigen Mitgliedstaaten ausüben.

Branislav Škripek (ECR) – Neschvaľujem domáce násilie. Násilie páchané na ženách je, samozrejme, zlý skutok, treba ho jednoznačne odsúdiť, treba proti tomu bojovať. Ale nepovažujem pristúpenie Európskej únie k Istanbulskému dohovoru za vhodný nástroj boja proti domácemu násiliu. Pani komisárka, ja sa pýtam: prečo Komisia presadzuje nástroj, ktorý z rúk členských štátov berie ich suverénne kompetencie v tejto veci? Malo by byť rešpektované právo každého členského štátu zvážiť si na národnej úrovni, či sa tejto právomoci vzdá alebo nie. Dohovor núti 14 členských štátov, ktorí ho zatiaľ neratifikovali, aby súhlasili napríklad so záväzným zavedením pojmu „gender" ako sociálneho konštruktu a s presadzovaním genderovej ideológie; druhý bod: a so zasahovaním do vzdelávania, a to vrátane obmedzovania práv rodičov. Pristúpenie k dohovoru by podkopalo súdny poriadok členských štátov, pričom dostatočne nerieši problematiku násilia samotného. Takto sa opäť oslabuje dôvera v Úniu zo strany občanov. Preto na Vás nalieham, aby ste podporili iné metódy zastavenia násilia v našej spoločnosti, nie však pretláčaním tohto kontroverzného dohovoru.

(Rečník súhlasil, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru".* – Stimate coleg, recunoașteți, prin ceea ce ați spus, că există această violență și ați spus că ratificarea convenției nu rezolvă problema. Care ar fi atunci varianta dumneavoastră de rezolvare a problemei? Pentru că, dacă este cea pe care ați spus-o, că la nivel național totul s-ar rezolva, de ce nu s-a rezolvat până acum?

Branislav Škripek (ECR), *odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty* – Čo je problematického, než vytvoriť iný dokument, ktorý bude rešpektovať to, čo tých 14 štátov odmieta? Veď to je celé. Celý problém, ktorý tu má 14 štátov je, že sa tu zavádzajú genderové pojmy, ideologicky motivované nápady – my ich odmietame, to je celé. A keď sa vypracuje iný dokument, my všetci – úplne všetci z každého tábora – tu hovoríme, že chceme potláčať násilie na ženách a domáce násilie. No tak ho potláčajme bez vecí, ktoré tomu vadia.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe kein Dope genommen, wie uns Frau von Storch unterstellt hat. Also, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen kann etlichen Mitgliedstaaten ja gar nicht so wichtig sein, denn sie haben die Istanbul-Konvention noch nicht ratifiziert. Von welchen Werten sprechen diese Mitgliedstaaten eigentlich, wenn sie den moralischen Zeigefinger gegen andere Länder erheben, obwohl sie nicht einmal in der Lage sind, ihre nationale Gesetzgebung der Konvention anzupassen? Diese Konvention gilt zu Recht als das derzeit wichtigste Instrument zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Sie schafft umfassende Schutzmaßnahmen für alle Frauen und für Mädchen und Frauen auf der Flucht. Das ist heute sehr, sehr wichtig.

Wir müssen dem Sexismus mit allen möglichen Mitteln den Kampf ansagen, wir müssen jetzt handeln! Alle Mitgliedstaaten sollten die Konvention möglichst schnell ratifizieren, damit wir in dieser wichtigen Frage einen Schritt weiterkommen.

Carlos Coelho (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, caras e caros colegas, já passaram mais de 20 anos após a proclamação do Dia Internacional para a Eliminação da Violência Contra as Mulheres, mas persistem ainda números preocupantes: uma em cada 20 mulheres europeias foi violada, uma em cada 5 já foi perseguida.

Estes dados tornam clara uma evidência. Este é um combate de homens e de mulheres e uma causa de todos e de cada um. Por isso, apelamos hoje aos Estados-Membros que ainda não o fizeram para que ratifiquem a Convenção de Istambul. Por isso, apelamos para que o Conselho avance com as negociações para a adesão da União Europeia.

Mas, que fique claro, esta é uma mudança que não se opera apenas com este debate ou com a ratificação de um tratado. É uma mudança que requer um trabalho constante e laborioso. Somos o continente do mundo que mais luta pela defesa dos direitos humanos. Também neste domínio temos de ser um farol de esperança para milhões de mulheres que aqui, ou além-fronteiras, ainda sofrem simplesmente por serem mulheres.

Liliana Rodrigues (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Comissária e caros colegas, todos os dias centenas de mulheres sentem na pele e no corpo a violência de quem entende que ser mulher é um azar da natureza, de um destino social e cultural que lhes destrói a alma.

Na verdade, todos sabemos que esta é apenas uma forma de manter uma justificação sem sentido para a violência. Violência que se faz de diferentes formas: no corpo marcado, na recusa de outro poder decidir sobre o meu próprio corpo, na rejeição dos meus direitos de saúde reprodutiva, na negação da minha educação, na morte antecipada, pelo simples facto de que sou mulher.

Estamos a falar daqueles que compreendem que sermos mutiladas genitalmente é apenas mais um azar. Já não da natureza, mas da cultura, da educação e da nossa história. E é isto que temos de combater. Temos um trunfo na mão, Senhora Comissária. E temos de dar um sinal, um sinal de solidariedade com todas as mulheres, um sinal de que acreditamos, como um todo, na igualdade, esse valor único europeu.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! O konwencji stambulskiej dyskutujemy długo, tym bardziej, że w wielu krajach – na przykład w Niemczech – konwencja ta nie została ciągle ratyfikowana. Oczywiście jest to dokument ideologiczny, nacechowany marksistowskimi uprzedzeniami wobec rodziny traktowanej jako przestrzeń przemocy. Jest to oczywiście również dokument obłudny, który ignoruje przemoc w takich środowiskach, jak na przykład związki chwilowe, albo towarzyszącą takim zjawiskom, jak pornografia. Ale dzisiaj nie rozmawiamy o treści tej konwencji – ta dyskusja toczyła się albo wciąż się toczy w naszych państwach. Dzisiaj rozmawiamy o tym, czy wyposażyć Unię Europejską w jeszcze jeden instrument ingerencji w politykę naszych państw, a na to nikt, kto naprawdę ceni demokrację, suwerenność, odpowiedzialność polityczną i debatę publiczną, nie powinien się zgadzać. Zachęcam tych kolegów, którzy jeszcze nie ratyfikowali konwencji – prowadźcie tę dyskusję u siebie w kraju, a ten Parlament zostawcie w spokoju!

Michaela Šojdrová (PPE). – Souhlasím s přistoupením EU k Istanbulské úmluvě jako se symbolickým gestem, protože násilí na ženách je stále rozšířeným zlem a je třeba proti němu bojovat.

Stejně tak je třeba bojovat proti násilí na každém člověku, na dětech, na seniorech. Jsem proti násilí na nenarozených dětech. Myslím si, že bychom také proto neměli vyčlenit násilí na ženách jako zvláštní trestný čin na úrovni EU.

Konkrétní opatření proti násilí na ženách a proti domácímu násilí musí realizovat členské státy. Pokud se k boji proti násilí zaváže EU, chápu to jako podporu v úsilí členských států a s takovýmto závazkem EU mohu souhlasit.

Sylvie Guillaume (S&D). – Madame la Présidente, ériger en infractions pénales les violences physiques, sexuelles et psychologiques, proposer des refuges sûrs aux femmes victimes de violences, éduquer à l'égalité des genres, informer les professionnels qui travaillent auprès des victimes et fournir les ressources financières nécessaires, voici quelques-unes des mesures proposées par la convention d'Istanbul, premier outil international juridiquement contraignant destiné à lutter contre les violences faites aux femmes. Nous apprenons que cela n'aura finalement pas lieu, mais il est particulier d'entendre citer Istanbul quand on a en tête les projets de dégradation des droits des jeunes filles qu'envisageait cette proposition abjecte des autorités turques pour permettre aux violeurs de réparer leurs crimes en épousant leurs victimes.

S'agissant des violences faites aux femmes, les responsables sont d'abord les individus. Mais pour éradiquer ces actes inqualifiables, les gouvernements et l'Union européenne ont aussi leur part de responsabilité. C'est pourquoi nos législations doivent s'aligner sur la convention d'Istanbul.

La situation des femmes face aux violences ne va pas changer d'un claquement de doigt ou de stylo, mais notre responsabilité est de légiférer pour faire évoluer le droit et les mentalités en profondeur. C'est le sens de la convention d'Istanbul. Parmi les 28 États membres qui l'ont signée, seule la moitié l'a ratifiée. Il faut sortir de la duplicité et passer à l'action.

La Commission européenne a proposé l'adhésion de l'Union à cette convention en mars dernier et je m'en félicite. Elle doit accélérer le pas – vous nous avez fait des propositions –, car une approche commune est indispensable pour protéger les femmes de la même façon, indépendamment de leur lieu de vie dans l'Union.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – Ačiū, gerbiama pirmininke. Smurtas prieš moteris yra vienas didžiausių žmogaus teisių pažeidimų, kuris neturi jokių geografinių, ekonominių, kultūrinių ar socialinių ribų. Beveik kas ketvirta moteris Europos Sąjungoje yra patyrusi fizinę prievartą. Ir visi smurtiniai nusikaltimai – fizinis, psichologinis, seksualinis, ekonominis – daro neatstatomą žalą moterų fizinei ir psichinei sveikatai. Ir nors smurto prieš moteris problemai mes skiriame nemažą dėmesį, tačiau skaudu matyti, kad mums vis dar nepavyksta apsaugoti moterų nuo tokių nusikaltimų. Praėjusiais metais Parlamente mes priėmėme rašytinį pareiškimą raginantį Komisiją 2016 metus paskelbti kovos su smurtu prieš moteris metais. Šio prašymo Komisija neįgyvendino. Bet sveikinu ją, jog ėmėsi konkrečių žingsnių, kad Europos Sąjunga prisijungtų prie Stambulo konvencijos, o tai yra didelis ir svarbus žingsnis, kuris leistų iš tikrųjų padaryti postūmį šioje nesibaigiančioje kovoje ir turime prisiminti, kad visos programos ir priemonės skirtos sustabdyti smurtą prieš moteris pasiteisins tik tada kai moterys bus užtikrintos, kad prabilus apie smurtą jomis bus pasirūpinta, suteikta psichologinė ir socialinė pagalba, sveikatos priežiūra, o smurtautojai nusikaltėliai bus nubausti.

Soraya Post (S&D). – Fru talman! Den 25 november är en dag att sörja för att vi inte har kommit längre. Det är en dag att sörja för att vi inte vill betrakta våld i nära relationer för vad det faktiskt är: ett säkerhetspolitiskt problem. Jag sörjer för att EU ska vara i framkant gällande forskning av mänskliga rättigheter men väljer att ignorera båda genom att exkludera våld i nära relationer i den nya säkerhetsagendan.

Vi har alltså tagit ett stort steg tillbaka i frågan. Att alla medlemsstater, inkluderat EU, ska ratificera Istanbulkonventionen är ett viktigt steg som måste tas. Om vi på allvar menar att vi vill avskaffa våld i nära relationer, måste vi förstå att det inte är en kvinnofråga som tillhör den privata sfären. Om vi ska komma ifrån våldet på de samhälleliga nivåerna, måste vi komma ifrån våldet på de internationella arenorna. Vi kan därför inte tala om försvarspolitik och könsbaserat våld separat, utan vi måste erkänna sambandet. Det är när vi skapar en säkerhetspolitik för människor och inte för uråldriga nationsgränser som vi kan sluta sörja. Det är då som vi på allvar kan utrota det problem som ständigt hotar kvinnors existens.

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte mich der dringenden Forderung meiner Vorrednerin natürlich anschließen. Es ist ganz klar, dass die Istanbul-Konvention endlich in ganz Europa greifen muss, eingeführt werden muss und umgesetzt werden muss.

Aber darüber hinaus möchte ich noch einen anderen Punkt ansprechen: Es geht um die Klimapolitik für Frauen – und damit meine ich nicht das Wetter. Die Klimapolitik für Frauen – da geht es um das gesellschaftliche Klima, in dem sich Frauen bewegen. Das gesellschaftliche Klima wird in den USA zum Beispiel durch den Sexisten Trump vergiftet. In Europa sind es die Rechten, die ganz Rechten und die ganz, ganz Rechten, die das Klima gegen Frauen vergiften. Sie erzeugen ein soziales Klima, ein gesellschaftliches Klima, das Gewalt gegen Frauen möglich macht. Die Gesellschaft ist immer auch ein Teil der Täter. Die Gesellschaft macht es möglich, dass Gewalt gegen Frauen passiert und dass sie so lange unentdeckt bleibt.

Ich bin der Meinung, wir müssen die Istanbul-Konvention unterzeichnen, ratifizieren und umsetzen – in ganz Europa. Und ich bin der Meinung, wir brauchen einen Klimapakt für Frauen, um das soziale Klima in Europa endlich zu verbessern.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Asszony! Ha van olyan ügy, ahol teljes egyetértésnek kellene lennie a világban, de valami árthatatlan-érthetetlen okból még mindig nincs: az a nők elleni erőszak ügye. Éppen ezért egyszerűen elfogadhatatlan, hogy az isztambuli egyezményt még mindig nem ratifikálta minden EU-tagállam, köztük Magyarország sem. Miközben tudjuk, hogy minden harmadik európai nőt érint, vagy érintett a nők elleni erőszak valamilyen formája. Különösen nehéz a többszörösen hátrányos helyzetű, a társadalom perifériáján élő nők helyzete, mivel nekik alig van eszközük jogaik érvényesítésére. Nekik külön megkülönböztetett figyelemre és segítségre van szükségük.

A nők elleni erőszak nem csak a nők ügye, hanem olyan közügy, amelyik mérgezi, sérti a demokráciát. Olyan társadalmi probléma, amely komplex jogi, szociális, oktatási és kulturális intézkedéseket, és azok következetes végrehajtását követeli meg. Ezen az úton az első lépés az isztambuli egyezmény ratifikálása kell, hogy legyen.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, di fronte a una tragedia così diffusa nella nostra civile Europa, solo poche voci ottuse e razziste possono pensare che il fenomeno sia riconducibile solo all'immigrazione. Di fronte a questa tragedia, signora Commissaria, noi vediamo che la società civile, le associazioni, le ONG stanno facendo un lavoro enorme. Non così le istituzioni europee.

Il Consiglio ancora si dibatte – hanno detto – tra sofisticati problemi giuridici. Ecco, voglio dire che abbiamo risolto i più sofisticati problemi giuridici quando ci interessava arrivare a un risultato. E la Commissione ancora non ha fatto quello che ogni anno chiediamo e che adesso chiediamo con il punto 10 della risoluzione, cioè una direttiva che sia una base giuridica, perché in alcuni Stati membri non c'è una legge, non c'è una legge, una base di diritto che tuteli le vittime e le persone oggetto di violenza.

Allora, signora Commissaria, le chiediamo ancore una volta questo: si faccia forte della nostra forza, della forza delle donne in questo Parlamento e pretenda dalla Commissione che si proponga una direttiva, un atto legislativo. Vogliamo leggi e vogliamo risorse e servizi, perché in molti Paesi le case per le donne e i servizi di accoglienza stanno chiudendo.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, con questa risoluzione il Parlamento ripaga un debito incolmabile nei confronti delle tante, troppe donne vittime di violenza in Europa e restituisce speranza verso un cammino che dovrebbe essere spedito e senza ostacoli, ma che invece procede a un ritmo lento in seno al Consiglio.

La violenza contro le donne rappresenta una forma estrema di discriminazione e una violazione dei diritti e delle libertà fondamentali delle vittime. Per tale ragione, chiediamo che ogni atto di violenza contro le donne e le ragazze, e quindi anche la violenza domestica, rientri tra gli atti di criminalità particolarmente gravi, così come sancito anche dal nostro trattato.

L'Unione deve impegnarsi ed intervenire con un piano globale per la lotta contro tutte le forme di disuguaglianza di genere, perché nessuno Stato può sentirsi meno coinvolto di un altro in questa lotta di civiltà.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è già stato detto che una donna su tre subisce almeno un episodio di violenza fisica o sessuale nel corso della sua vita. Non solo: secondo i dati della Commissione europea, solo il 30% delle vittime riesce a denunciare i soprusi subiti alle autorità competenti, condannando così al silenzio un problema che rischia di trasformarsi in una piaga sociale.

Ora, la mia opinione è che la Presidenza del Consiglio oggi, proprio oggi, ha perso una occasione: quella di essere presente qui con qualcosa di nuovo. E invece ha fatto un compitino, per lo più ipocrita, senza assumersi nessun impegno in questa direzione.

Il 25 novembre sarà la Giornata internazionale contro la violenza sulle donne. Credo che oggi questa iniziativa del Parlamento europeo non debba rappresentare soltanto un fatto simbolico, ma deve essere un'azione concreta per gli Stati membri, non solo per la ratifica, ma soprattutto perché vengano chiamati ad una maggiore responsabilità legislativa nel perseguire giuridicamente la violenza di genere, promuovendo invece la parità di genere come valore essenziale della nostra società plurale e democratica.

„Catch the eye" eljárás

Csaba Sógor (PPE). – Az isztambuli egyezményhez való csatlakozás sajnos nem azt jelentené, hogy a tagállamokban egyszerre felszámolódna a nők elleni erőszak. Napjainkban számtalan példát láthatunk arra, hogy rengeteg a kormányok tennivalója ezen a téren. A bántalmazási statisztikák rendre lefele torzítanak, hiszen sok esetben semmilyen következmény vagy feljelentés nem követ egy bántalmazást, főleg, ha az családon belül van. Az FRA elemzése mégis sokatmondó: minden harmadik nő tapasztalt fizikai vagy szexuális erőszakot 15 éves kora óta.

A nők elleni erőszak bűncselekmény, ezt meg kell értsék az európai polgárok és azok is, akik Európába érkeznek. Az egyezményhez való csatlakozás azt a változást hozná el, hogy az állami hatóságok összehangoltan léphetnének fel a nők elleni erőszak és a családon belüli erőszak ellen, továbbá a bűnmegelőzésre vagy az áldozatvédelemre külön politikákat kellene felépíteniük, amelyeket nemzetközi szakértők ellenőriznének. Kár a késlekedésért, mert így a rendelkezések gyakorlatba ültetése is későbbre tolódik, ezért a helyzet javulása sem indulhat el.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι γυναίκες και τα νεαρά κορίτσια συχνά εκτίθενται σε σοβαρές μορφές βίας, όπως είναι η ενδοοικογενειακή βία, η σεξουαλική παρενόχληση, ο βιασμός και ο ακρωτηριασμός των γεννητικών οργάνων, γεγονότα που συνιστούν σοβαρές παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων καθώς και μείζον εμπόδιο στην επίτευξη της ισότητας μεταξύ ανδρών και γυναικών. Τα περιστατικά που περιγράφονται είναι απαράδεκτα. Μία στις τρεις γυναίκες στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχει βιώσει σωματική ή σεξουαλική βία ή και τα δύο, ενώ μόνο το 30% περίπου των θυμάτων αναφέρει τα περιστατικά στην αστυνομία. Παράλληλα, μία στις τέσσερις γυναίκες επιλέγει να μην καταγγείλει τη σεξουαλική βία που υπέστη λόγω ντροπής και μία στις πέντε δεν επιθυμεί να το μάθει κανείς. Η προσχώρηση λοιπόν της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης θα συμβάλει στους ευρύτερους στόχους της Ένωσης για ισότητα των φύλων, προστασία των γυναικών ενάντια σε κάθε μορφή βίας και θα συμβάλει στις προσπάθειες για ποινική δίωξη των θυτών, για εξάλειψη της βίας κατά των γυναικών και για εξάλειψη της ενδοοικογενειακής βίας.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, νομίζω ότι έχουν λεχθεί εδώ τόσες τραγικές ιστορίες, με τον πιο γλαφυρό τρόπο, ώστε να μην χρειάζονται επαναλήψεις. Επιθυμώ όμως να αναφερθώ στις χιλιάδες των γυναικών, από τη Συρία κυρίως, που έχουν πνιγεί στη θάλασσα της Μεσογείου στην προσπάθειά τους να βρουν ελευθερία. Δεν υπάρχουν πολλοί τρόποι, πέρα από τις Συμβάσεις, αλλά χρειαζόμαστε παιδεία και ποινές, δηλαδή πρόληψη και καταστολή. Η παιδεία πρέπει να περιλαμβάνει ειδικά μαθήματα στο θέμα της ισότητας των φύλων. Θέλω να κλείσω με το εξής: μέσα σε αυτή την αίθουσα, αγαπητοί συνάδελφοι, υπάρχει μια γυναίκα η οποία έχει υποστεί με τον πιο βάναυσο τρόπο την βία στο πρόσωπό της και κάθεται πίσω μου. Είναι η κ. Κούνεβα, η οποία δέχθηκε επίθεση με καυστικό δηλητήριο. Θέλω να τη χαιρετήσουμε όλοι με ένα χειροκρότημα, όχι διότι υπέστη αυτή τη βία βεβαίως αλλά διότι αγωνιζόταν ήδη πριν το γεγονός και πολύ περισσότερο διότι συνεχίζει να αγωνίζεται και μετά από αυτή την τραγική ιστορία, με σθένος, υπέρ των δικαιωμάτων των γυναικών αλλά και των ανδρών. Εγώ την ευχαριστώ ιδιαιτέρως.

(Οι βουλευτές χειροκροτούν την κυρία Κούνεβα)

Presidente. – Anche da parte della Presidenza un caloroso saluto e una vicinanza.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident! In der Silvesternacht sind in Köln mehrere Frauen, die sich einfach nur gefreut haben über Silvester, wirklich tätlich angegriffen worden.

Es wurde sexuelle Gewalt ausgeübt, einige wurden sogar vergewaltigt, und es konnte im Prinzip überhaupt nichts gemacht werden. Erstens hat man die Täter nicht wirklich gefunden, und hätte man sie gefunden, hätte man nach deutschem Gesetz keine Möglichkeit gehabt, sie wirklich zu verurteilen, weil Deutschland die Istanbul-Konvention noch nicht unterzeichnet hat. Das ist genau der Punkt, warum das so wichtig ist.

Wir brauchen wirklich ein Werkzeug, ein Gesetz gegen Gewalt gegen Frauen, das die Frauen sicher macht, das wirklich besagt: Nein heißt Nein, damit man sich sicher fühlen kann – nicht nur in Deutschland, überall auf der Welt. Im Grunde genommen: Ich finde es wirklich menschenverachtend, wenn Beatrix von Storch hier gerade sagt: Jeder, der das verteidigt, der das einfordert, ist auf Droge. Das ist ein Schlag ins Gesicht von allen Frauen, denen jemals Gewalt angetan wurde.

Genauso so es, jetzt hier zu sagen, das geht die EU überhaupt nichts an. Wenn die EU auch ratifiziert, dann ist das natürlich ein ganz starkes Signal an alle Mitgliedstaaten, die das noch nicht getan haben. Wir müssen unbedingt etwas tun, um Gewalt gegen Frauen grundlegend zu bekämpfen.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la violenza contro le donne continua, ancora continua. Donne vittime di violenze fisiche, psicologiche e sessuali, violenza in ambito familiare, violenza alla presenza dei figli, dei bambini. Non è tollerabile, non è più tollerabile.

Occorre che l'Unione europea lanci un messaggio chiaro sulla necessità di proteggere le donne in tutta Europa dalle violenze. Occorrono norme giuridiche specifiche e armonizzate. In tal senso, le disposizioni della convenzione di Istanbul contengono strumenti giuridici utili non solo a perseguire gli autori di reati ma anche a prevenire le violenze. Penso, per esempio, alla possibilità di allontanare l'autore delle violenze domestiche dal domicilio.

Ma proteggere le donne dalla violenza significa anche proteggere i bambini. I bambini, vittime di violenza assistita, testimoni delle violenze familiari, che provocano traumi psicologici e lasciano spesso tracce indelebili.

Sono cosciente delle sfide giuridiche per l'adesione dell'Unione alla convenzione di Istanbul ma spero che l'odierno dibattito e la risoluzione che voteremo domani siano efficace stimolo verso una rapida e positiva conclusione del procedimento di adesione.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a assinatura desta convenção não se traduzirá em resultados se não for acompanhada de políticas concretas de combate à pobreza e à exclusão social.

Aliás, é sintomático que a resolução que será votada não tenha qualquer referência, muito menos relação, entre as políticas de direita de ataque aos direitos sociais e laborais, ou das políticas de austeridade que a União Europeia tem imposto e o aumento das desigualdades, da pobreza e exclusão social, dos elevados níveis de desemprego, da precariedade laboral e de como estes fenómenos incidem particularmente sobre as mulheres e contribuem para o aumento da violência sexual e doméstica, que em Portugal vitimou mortalmente 428 mulheres entre 2004 e 2015, ou no aumento das redes de prostituição e do tráfico de seres humanos.

Esta realidade exige uma mudança de políticas sociais e laborais que visem a eliminação de qualquer tipo de violência contra a mulher, mas também a eliminação das desigualdades, o reforço da proteção social e laboral, o fim da precariedade e o aumento de salários.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 4 marzo 2016 la Commissione ha proposto l'adesione dell'Unione europea alla convenzione di Istanbul, il primo strumento a livello internazionale giuridicamente vincolante per la prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne. Il 25 novembre ricorre la Giornata internazionale contro la violenza sulle donne, un'occasione di sensibilizzazione e riflessione per rilanciare l'impegno per superare, prevenire e sconfiggere ogni forma di violenza e di molestia nei confronti delle donne in ogni ambito della vita personale, familiare e sociale, compresi i luoghi di lavoro.

L'Italia, come altri paesi membri, ha recepito nel proprio ordinamento la convenzione di Istanbul. Tutti gli altri Stati membri devono però farlo presto. Serve uno sforzo di tutti sul piano culturale, per consentire il superamento di comportamenti sessisti ed offensivi verso le donne ed educare i cittadini al rispetto. L'adesione dell'Unione europea alla convenzione è un ulteriore passo in avanti per assicurare maggiore efficienza e coerenza alle politiche per la prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica: ma servono politiche concrete.

(Fine della procedura «catch-the-eye»)

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for this discussion. I am really unhappy to have to repeat that the situation is not getting better; the situation is becoming worse in Europe and that is why we decided to earmark quite a lot of money to the campaign. That is why we keep exerting pressure on the Member States to ratify the Istanbul Convention. That is why we are in such intensive discussions with the Council to have the accession of the European Union to the Istanbul Convention adopted.

These are the concrete measures and concrete steps. I just want to tell you and confirm that what was quoted here by Ms Arena – from Simone de Beauvoir – was right: we are now in a period of where the atmosphere in society as such is worsening. I am working also in the field of anti-extremism and anti-radicalisation of society. I am in contact with the main IT providers. We are trying to combat hate speech online with all possible efficient tools, and this is the sphere where a lot of violence against women starts.

And it is not only against women. It is against all the other vulnerable groups in our societies. We should bear in mind that this is a complex issue and the worsening of the atmosphere in our society is not any excuse for saying, 'okay, so this is also the case with violence against women'. We must combat and mobilise forces against this on all fronts.

I know that you expect answers from me and I am going to raise several questions here. I will not be long as I know that we are limited by time.

You asked: is the political will missing? I think we have to monitor what will be done at Member State level, whether they will ratify the Convention, but I can only share with you my frustration that I was in discussions with some colleagues from Member States, some of the Ministers and people responsible for equality and gender policy, and they told me it is more and more difficult to sell. It is more and more unpopular in some of our Member States. Why is that so? We have to support this policy from a European level and to support these colleagues who work in the Member States.

Another question which was flying through the air here: is violence against women a taboo in society? Is it really culturally rooted in some parts of our society where we hear that violence is something normal, it is normality? Is there really such a strong silent acceptance of this phenomenon in our society?

If so, then I am afraid that we cannot change it just by legislation. We need to do much more on the preventive side. We need to do much more campaigning, awareness-raising. We have to work with the young generation. So it is a very complex issue, and I am afraid that if something is culturally-rooted, it will take more time to change it and we have to keep on trying.

We will open the data on this which we now have from the Eurobarometer. For 94% of our citizens, violence against women is intolerable. It is a very surprisingly high number, but at the same time, one quarter of people say 'but the victims are very often also guilty'. We will see these surprising findings from this new survey, which will show us that we have to work more vis-à-vis society itself, and legislation will not do this by magic.

And believe me, I speak to politicians, I speak to organisations, NGOs, to people who are somehow engaged, and all of them say that this is very serious, this is getting worse, we have to combat this. And then when I speak to – and forgive me for this expression – 'normal people', they say to me: 'What do you want? Nothing is happening, it cannot be that bad'. And this applies to everything we do on gender. Once that label of 'gender' is put on it, it does not take off. People say: 'What do you want?'

Sometimes when I promote gender policy and the policy of equality I work with economic figures. I have never done this for this problem of violence. I will do it now. The estimation of the costs for Europe is more than EUR 200 million a year. This is the cost of violence against women. And why am I quite reticent to use this argument? Because here, we have to speak about the lives of women and children. This is not about money, but it is good to understand that it also has this economic aspect.

The last difficult question is: can we change the behaviour of the victims themselves? Everybody – and the Eurobarometer survey showed it – knows somebody who is a victim. So why do we have so few of them – 15-20% of victims – who report it and use the helping hand of society, use the social services, use the power of law enforcement authorities? Why is this so? We need to change this and we need to encourage them.

We have legislation for this. The Victims Directive clearly asks and demands that the law enforcement authorities take a special approach to victims of violence, of domestic violence, to children and women who are the victims of this. So we need to join forces and we need to use all possible instruments, not only legislation, to change the situation.

I am sure the Istanbul Convention should be ratified by all Member States because there are practical measures. There are also measures which can help children who are victims, as well as women. European Union accession is equally important. It is not true that we are decreasing the competences of Member States by this accession. We are enlarging the coherence of this policy within Europe. We can get better data collection and monitoring of the situation. It is also equally important and it will achieve slightly different goals from those which must be achieved through ratification by the Member States.

One last comment. It must be absolutely clear to European society, to European people, and to the newcomers, the people who come in the refugee influx – and this is more a message for this side of the Chamber – that violence against women is intolerable in Europe, for all, and we must not relativise it. This must be absolutely clear, and this must not only be the subject for awareness-raising in European citizens, but also in all integration plans and activities vis-à-vis the people who are coming to Europe.

Presidente. – La discussione è chiusa. Comunico di aver ricevuto due proposte di risoluzione conformemente all'articolo 128, paragrafo 5 del regolamento.

La votazione si svolgerà domani.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – El Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres y la Violencia Doméstica es el primer instrumento en Europa que establece normas jurídicamente vinculantes y específicas para el plano de la prevención de la violencia de género, de la protección de las víctimas y del castigo al agresor. El Convenio abarca una amplia gama de medidas, incluidas las obligaciones que van desde la sensibilización y la recopilación de datos, hasta las medidas jurídicas sobre la penalización de las diferentes formas de violencia. Si bien todos los Estados miembros de la Unión Europea han firmado el Convenio, únicamente catorce de ellos lo han ratificado. Desde el Parlamento Europeo consideramos fundamental apoyar la adhesión de la Unión al Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres y la Violencia Doméstica.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Kobiety żyjące w UE niestety dalej często padają ofiarą przemocy. Jak wynika z analiz przeprowadzonych przez Agencję Praw Podstawowych w 2014 r., szacuje się, że jedna trzecia wszystkich kobiet w Europie doświadczyła przemocy fizycznej lub seksualnej, co najmniej raz w ciągu dorosłego życia, 20 % doświadczyło molestowania w internecie, jedna na 20 kobiet została zgwałcona oraz ponad jedna na 10 kobiet padła ofiarą przemocy seksualnej z użyciem siły. Niepokojący jest fakt, że odnotowujemy niewielkie postępy w zwalczaniu tego zjawiska, które jest jawnym pogwałceniem praw człowieka i stanowi formę dyskryminacji.

W marcu tego roku Komisja zaproponowała przystąpienie UE do konwencji stambulskiej, która jest pierwszym prawnie wiążącym międzynarodowym instrumentem dotyczącym zapobiegania i zwalczania przemocy wobec kobiet. Wszystkie państwa członkowskie UE podpisały wspomnianą konwencję, ale tylko 14 ją ratyfikowało. Przystąpienie UE do konwencji poprawi skuteczność i spójność unijnej polityki wewnętrznej i zewnętrznej w kwestiach związanych ze zwalczaniem i zapobieganiem przemocy wobec kobiet i przemocy na tle płciowym w Europie. Ponadto zapewni skuteczniejsze wdrażanie unijnych przepisów, programów i funduszy, przyjętych w tym celu. Przyczyni się także do dążeń UE w dziedzinie równości kobiet i mężczyzn, przeciwdziałania dyskryminacji, zdrowia publicznego i wzrostu gospodarczego.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – This Friday we are marking the International Day for the Elimination of Violence against Women. It is a reminder that this violation of human rights continues globally. 1 in 3 women worldwide have experienced physical or sexual violence. 4.5 million people are victims of forced sexual exploitation – 98% of them are women and girls. 32 countries exempt rape perpetrators from prosecution when they are married to or subsequently marry the victim. Just now Turkey tried to reintroduce the inhumane law. We can only stop this by working together. More men must stand up against violence, denounce it, and stop it. Male leaders, including traditional and religious leaders, must lead the way. Violence against women is a serious impediment to women's progress in any area of life. Combating all forms of violence against women must therefore be a priority for the EU and I call on the EU to ratify the Istanbul Convention. We need to address the root causes of gender inequality and support better services for women in violent situations, more accurate reporting of risk and prevalence, and provide greater help for women's organisations. All of us must work tirelessly to stop violence, whatever form it takes.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Naistevastane vägivald on ulatuslik inimõiguste rikkumine, millest Euroopa Liit ei tohi mööda vaadata. ELi liikmesriikidel on kõigil vähem või rohkem seadusandlikul tasandil reguleeritud võitlus naistevastase vägivalla vastu, ent mitmetes neist riikidest on võimalik teha rohkem naiste kaitseks ja kurjategijate kohtu ette toomiseks. Seetõttu on mul hea meel, et EL liitub Istanbuli konventsiooniga, mis võimaldab ühtlustada ELi tasandil vastavaid õigusakte ja paremini koguda statistikat. On äärmiselt kahetsusväärne, et seni on Istanbuli konventsiooni ratifitseerinud vaid 14 ELi liikmesriiki. Kutsun siinkohal üles ka Eestit võimalikult kiiresti edasi liikuma Istanbuli konventsiooni ratifitseerimisprotsessiga.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – La 25 noiembrie sărbătorim Ziua internațională pentru eliminarea violenței împotriva femeilor, dar, din păcate, progresele înregistrate în ceea ce privește combaterea violenței împotriva femeilor și a violenței pe criterii de gen nu sunt notabile. Statisticile nu s-au îmbunătățit, iar femeile sunt încă omorâte în bătaie în țările din UE. La 4 martie 2016, Comisia a propus aderarea UE la Convenția de la Istanbul, primul instrument obligatoriu din punct de vedere juridic privind prevenirea și combaterea la nivel internațional a violenței împotriva femeilor. Toate statele membre au semnat-o, dar numai 14 au ratificat-o. Comisia Europeană are datoria de a încuraja statele membre să ratifice convenția sau cel puțin să își revizuiască legislația pentru a se asigura că aceasta corespunde convenției. Amploarea violenței fizice și sexuale la care sunt supuse femeile în întreaga Uniune impune o atenție reînnoită din partea politicilor în acest domeniu și acțiuni imediate. Nu mai putem rămâne indiferenți.

Ελισσάβετ Βόζεμπεργκ-Βρυωνίδη (PPE), *γραπτώς*. – Η βία κατά των γυναικών και η έμφυλη βία εξακολουθούν δυστυχώς να αποτελούν εκτεταμένα φαινόμενα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Πρόσφατες μελέτες αποδεικνύουν ότι το 1/3 του συνόλου των γυναικών στην Ευρώπη έχουν υποστεί σωματική ή σεξουαλική βία τουλάχιστον μια φορά στην ενήλικη ζωή τους, ενώ περίπου 20% των νεαρών γυναικών έχουν υποστεί σεξουαλική παρενόχληση μέσω Διαδικτύου. Η καταπολέμηση και η εξάλειψη κάθε μορφής βίας κατά των γυναικών, το δικαίωμα στην ίση μεταχείριση αλλά και στη μη διάκριση συνιστούν θεμελιώδη δικαιώματα, κατοχυρωμένα στις Ευρωπαϊκές Συνθήκες. Αυτό που μένει ακόμη είναι να ριζώσουν τα δικαιώματα αυτά βαθιά στα θεμέλια των κοινωνιών μας και να εφαρμοστούν στην πράξη και στην καθημερινή ζωή, αλλάζοντας αναχρονιστικές νοοτροπίες και αντιλήψεις. Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης αποτελεί σημαντικό νομικό κείμενο που καλύπτει το θέμα της βίας κατά των γυναικών σε διάφορα επίπεδα, θέτοντας συγκεκριμένες δεσμεύσεις και στόχους, όπως πρόληψη, καταπολέμηση των διακρίσεων, ποινικές κυρώσεις για την αντιμετώπιση της ατιμωρησίας καθώς και προστασία και στήριξη των θυμάτων. Η προσχώρηση της ΕΕ σε αυτήν θα εξασφαλίσει ένα συνεκτικό ευρωπαϊκό νομοθετικό πλαίσιο για την πρόληψη και την καταπολέμηση της βίας αλλά κυρίως θα αποτελέσει παράδειγμα προς μίμηση για την κύρωση της Σύμβασης από όλα τα ευρωπαϊκά κράτη μέλη.

15. Makrofinanzhilfe für Jordanien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Emmanuel Maurel, a norma della commissione per il commercio internazionale, sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla concessione di ulteriore assistenza macrofinanziaria a favore del Regno hascemita di Giordania

(COM(2016)0431 - C8-0242/2016 - 2016/0197(COD)) (A8-0296/2016)

Emmanuel Maurel, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, comme vous le savez toutes et tous, la Jordanie est l'une des premières victimes collatérales du chaos syrien et, à ce titre, elle est confrontée à des défis considérables qui, s'ils n'étaient pas surmontés, créeraient une situation d'instabilité encore plus grande.

Je ne reviendrai pas sur ce qui se passe en Jordanie, mais les conséquences économiques et sociales de ce qui se passe autour de ce pays sont évidemment considérables. Le tourisme a chuté brutalement, l'exportation est ralentie parce que les débouchés commerciaux naturels de la Jordanie, que sont la Syrie et l'Iraq, sont totalement dévastés, la croissance est en berne, le chômage a explosé. Nous avons donc un pays qui est à la fois stable politiquement, mais en grande difficulté économiquement et socialement.

En dépit de cela, la Jordanie doit faire face à un autre défi, un défi colossal et considérable, celui d'accueillir par centaines de milliers des réfugiés venant de ces pays en guerre, qui fuient les persécutions et la misère. Je rappelle qu'en Jordanie, les réfugiés sont moins dans des camps que dans les villes, où les autorités jordaniennes essaient de les insérer, de leur permettre de travailler, et tout cela avec beaucoup de dignité. Cela devrait interpeller ceux d'entre nous qui connaissent un peu la situation de ce pays, en tant qu'Européens également confrontés à cette crise des réfugiés, mais avec des réponses qui tardent parfois à venir et en tout cas une générosité dont nous ne faisons pas vraiment preuve.

Ainsi, face à cette situation exceptionnelle, les institutions européennes ont évidemment décidé de porter une aide, un secours à la Jordanie via ce que l'on appelle une «aide macrofinancière» (AMF). Bien sûr, il y a d'autres moyens pour aider ce pays, ce n'est pas le seul. D'ailleurs, la Commission travaille à une flexibilisation des règles d'origine pour les produits jordaniens et l'on évoque éventuellement la négociation d'un accord commercial qui soit à la fois asymétrique et progressif. Mais en tout cas, au sein de la commission INTA, nous avons discuté de cette aide macrofinancière et nous sommes parvenus à un premier accord.

Il y avait des éléments techniques puisqu'il fallait accepter des modifications introduites par le Conseil sur le texte de la Commission – cela ne nous a pas pris beaucoup de temps – mais évidemment, nous avons surtout parlé du montant. Il y a eu une unanimité au sein de la commission INTA, droite et gauche confondues, pour essayer de proposer un montant bien supérieur à celui suggéré par la Commission, qui n'était que de 200 millions d'euros. Il y a eu un débat intéressant. Nous estimions que les besoins de financement des Jordaniens étaient importants et que l'Europe avait largement les moyens de les aider. Il y a eu un débat, une discussion. Je remercie d'ailleurs Bernd Lange, président de la commission INTA, qui a beaucoup œuvré pour trouver un compromis. Nous sommes finalement parvenus à un compromis que j'estime acceptable, puisqu'il y aurait une première tranche de 200 millions d'euros qui seraient décaissés immédiatement mais avec la promesse, ou en tout cas l'engagement de la Commission, de faire de même au cours de l'année suivante. Voilà ce que propose ce rapport.

À titre personnel, je souhaite toutefois réitérer deux demandes que j'ai inscrites dans l'exposé des motifs. D'abord, je pense que la Commission doit faire preuve d'intelligence et de flexibilité dans les modalités de ce que l'on appelle «le protocole d'accord», c'est-à-dire qu'elle négocie avec les autorités jordaniennes et ne soit pas obsédée par les réformes structurelles dont le rythme serait trop hâté. Mais il ne faut surtout pas oublier que l'AMF n'est qu'un prêt; ce ne sont pas des dons. À un moment, à l'instar de ce que nous avions fait quand nous avions eu le débat sur la Tunisie avec M[me] de Sarnez qui en était la rapporteure, il faudra évidemment que nous nous interrogions sur la renégociation de la dette jordanienne, qui risque d'être très importante dans l'avenir.

Voilà, chers collègues, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Président, je tiens évidemment à remercier tous les rapporteurs fictifs qui, sur ce sujet, ont été très actifs et déterminés pour que le Parlement européen parle d'une seule voix sur un sujet qui est important, puisqu'il s'agit de l'avenir des pays de notre voisinage immédiat.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me first thank the rapporteur, Mr Emmanuel Maurel, and the Committee on International Trade (INTA) for their valuable work on this report. I also thank the Committee on Foreign Affairs (AFET) and the Committee on Budgets (BUDG) for their support.

As you know, Jordan is among those partner countries facing enormous political and economic challenges due to the regional conflict and the influx of more than one million Syrian refugees. The intensification of the conflicts in Syria and Iraq led to a deterioration of the macroeconomic situation in Jordan in 2015, with trade, the tourism sector and the gas supply being particularly affected. It is in this broader context of regional conflict and with every intention of supporting Jordan and its people during this difficult time that the Commission submitted its proposal for the macro-financial assistance operation.

The international community has continued to fully support Jordan in this difficult situation and pledged about EUR 10 billion at the so-called London Conference in February 2016 for countries most affected by the Syrian refugee crisis. At this conference the EU pledged EUR 2.4 billion including a EUR 200 million macro-financial assistance loan. The EU-Jordan partnership priorities approved recently by the Council also include the prospect of this macro-financial assistance. In view of these international commitments, it is crucial that Parliament and the Council agree on the proposed macro-financial assistance of EUR 200 million to Jordan so that this support can be effectively and swiftly delivered.

The new macro-financial assistance operation will of course be subject to the fulfilment of a number of economic reforms. Jordan must satisfactorily implement the programme of the International Monetary Fund as well as the policy measures to be agreed between the EU and Jordan in a memorandum of understanding.

Once agreement on the proposed loan is reached, we will work to agree quickly the policy measures with our Jordanian partners. It is likely that these would cover measures in the areas of public finance management, fiscal reform, the societal safety net and access for Syrian refugees to the labour market, measures that would help Jordan withstand the economic pressure it is currently facing while securing a stable future for its people.

I am pleased that Parliament and the Council were able to agree on the final text in trilogue on 27 October 2016, with two amendments that the Commission can support. In accordance with the joint statement agreed by the three institutions the Commission will, in 2017, if appropriate, submit a new proposal for macro-financial assistance, provided that the usual preconditions for this type of assistance are fulfilled and on the basis of an updated assessment by the Commission of Jordan's external financing needs. I am pleased to underline that two weeks ago the Council confirmed already its approval of the Commission proposal subject to the approval of this Parliament.

I hope, therefore, that you will choose to vote positively on the proposal and the accompanying compromise. We need to move ahead quickly to achieve a positive impact in support of Jordan and the Jordanian people. I hope we will have your full support going forward.

Salvatore Cicu, *a nome del gruppo PPE.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che bisogni, in questa occasione, ricordare l'intervento del re di Giordania dello scorso marzo 2015 proprio a Strasburgo: richiamo all'unità e alla messa a punto di una collaborazione di una *partnership* strategica tra Giordania europea. La priorità di questa strategia è quella di creare un'alternativa alla radicalizzazione per sconfiggere l'incertezza economica e l'esclusione ma, soprattutto, per procedere verso una pace consolidata.

La Giordania ha chiesto un prestito all'Unione europea perché, per la Giordania, lo sviluppo e la crescita rappresentano una priorità in termini assoluti. Voglio ricordare che la Giordania – così com'è già stato fatto, peraltro – al di là delle gravi difficoltà economico-finanziarie, ha aperto le braccia a un enorme numero di rifugiati siriani: 1 400 000, che rappresentano il 20% della popolazione giordana. È come se l'intera popolazione del Belgio si trasferisse in Francia.

È confrontata inoltre a importanti difficoltà anche sul piano dell'approvvigionamento energetico, a un calo importante dell'introito riferito al settore del turismo, nonché a un calo degli investimenti stranieri. Quindi, massiccia presenza di profughi, con un costo per il Regno di Giordania stimato a 7 miliardi di euro, e un disavanzo delle partite correnti ancora molto alto, che si aggira intorno all'11,7% del PIL giordano.

La squadra negoziale al trilogo, così come ha ricordato il relatore, si è battuta per ottenere un incremento dell'assistenza macro-finanziaria: l'accordo a livello istituzionale non è stato trovato ma l'erogazione di 200 milioni resta una scelta di grande responsabilità e di amicizia nei confronti della Giordania, con un impegno per il 2017 a erogare ulteriori 200 milioni. Quindi noi sosterremo convintamente e fortemente questo provvedimento.

David Martin, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, as we have heard from the previous three speakers, Jordan is facing a very serious financial and economic crisis brought on by the instability in the region and the refugee flows coming from that. According to the UNHCR, there are 650 000 refugees, and as we have heard from the Commissioner, possibly a million, and as we have heard from Mr Cicu, possibly 1.4 million. That is a significant number no matter how you measure it.

Yet despite its economic difficulties, Jordan has not followed the example of other countries in Europe and around the world. It is not calling for walls to be built around its nation. On the contrary, it has shown a remarkable generosity to its neighbours and has kept its borders open. Because of that generosity, we should be as generous as possible to the country.

Jordan, also in difficult circumstances, continues to have an effective democratic system. It includes a multi-party parliamentary system. It respects the rule of law and human rights in Jordan are guaranteed, and of course, these are all preconditions for receiving MFA. Like the rapporteur, I am disappointed that we could not have been more generous, but also like the rapporteur, I am pleased that during the trilogue we managed to find a compromise that at least looks like we can promise more money to Jordan in 2017, if the need arises. I strongly support this agreement and congratulate both the rapporteur and the Commission on their work.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Panie Premierze! Byłem w Jordanii niedawno z delegacją Komisji Kontroli Budżetowej. Jest jasne, że pomoc płynie do tego kraju zarówno z Unii Europejskiej, jak i z państw członkowskich Unii Europejskiej, a także z instytucji międzynarodowych. Trzeba też jasno powiedzieć, że mieliśmy zastrzeżenia do celowości niektórych wydatków. Trzeba pomagać, ale trzeba to robić z głową, mądrze, wiedząc, na co dajemy i kontrolując te pieniądze, tak aby nie powstawała czarna dziura, bo to może zniechęcić europejskiego podatnika do wykładania tych kwot. A więc *trust and check* – ufaj, ale sprawdzaj. Ta pomoc jest potrzebna. Jest kwestia na przykład szkolnictwa dla dzieci uchodźców. To są cele humanitarne, ale też jest rzeczą ważną dla nas, dla Europy, żeby jak najwięcej ludzi zostało tam, a nie przyjeżdżało do nas.

Marielle de Sarnez, *au nom du groupe ALDE*. – Monsieur le Président, je voudrais d'abord remercier le rapporteur, Emmanuel Maurel, pour le très bon travail qu'il a fourni et pour l'investissement qui a été le sien.

Nous devons évidemment aider la Jordanie, qui est dans une situation critique. Elle a une guerre à ses frontières, notamment avec la Syrie et l'Iraq, des pays complètement déstabilisés. Elle accueille environ – car nous ne le savons pas avec exactitude – un million de réfugiés syriens et quelques dizaines de milliers de réfugiés iraquiens. Rappelons qu'à ces personnes s'ajoutent plus de deux millions de réfugiés palestiniens qui sont en Jordanie depuis des décennies.

La situation est donc très difficile et l'économie est très déstabilisée. Le tourisme est évidemment à la baisse, la dette s'amplifie et le pays connaît des difficultés en matière d'infrastructures et de financement pour l'accueil des réfugiés. Par conséquent, il est évident que nous devons aider la Jordanie – cela va sans dire –, mais c'est encore mieux si on peut être à ce rendez-vous-là. Nous soutenons donc tous cette idée d'une aide macrofinancière à la Jordanie. Nous avons tous dit que nous aurions souhaité qu'elle soit plus importante qu'elle ne l'est.

Rappelons que la Jordanie est un pays stable dans un environnement totalement déstabilisé. D'où l'importance d'être à ce rendez-vous. 200 millions, c'est bien, mais c'eût été mieux d'aller plus loin. Nous prenons en compte l'engagement de la Commission de faire davantage l'année prochaine et nous serons, nous, Parlement, extrêmement vigilants pour que ce rendez-vous soit maintenu et pour que cet engagement soit tenu.

Ajoutons, enfin, que ce n'est pas de l'argent qu'on donne, c'est de l'argent qu'on prête. Il faut que ce soit clair et je pense que l'Union européenne serait inspirée de penser à une reconversion de dettes sur des projets extrêmement précis, comme la France et l'Allemagne l'ont fait pour la Tunisie, par exemple.

J'incite vivement la Commission à travailler sur ce point et à approfondir cette question de reconversion de dettes sur des projets de terrain que nous pouvons ensuite clairement financer et évaluer. Voilà peut-être aussi ce que nous devrions faire pour la Jordanie.

Patrick Le Hyaric, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, je crois aussi qu'il est indispensable de manifester notre solidarité avec la Jordanie qui, depuis 70 ans, subit les contrecoups des mouvements du monde. La non-résolution de la question de l'État palestinien, puis les conséquences des guerres en Iraq, de la guerre civile en Syrie et l'emprise de l'État islamique dans la région n'ont fait qu'augmenter sans cesse le nombre de réfugiés sur le territoire de la Jordanie.

Je soutiens donc la proposition d'Emmanuel Maurel d'augmenter l'aide financière macroéconomique au-delà des 200 millions d'euros qui sont prévus. Cette aide doit être octroyée sans condition et passer par d'autres moyens que les prêts conditionnés du Fonds monétaire international. D'autre part, l'autonomie économique de la Jordanie doit d'autant plus être prise en compte que l'arrivée des réfugiés syriens alourdit encore considérablement les besoins financiers en matière de services publics, d'approvisionnement en eau, d'éducation ou d'énergie.

Il vaut mieux utiliser les financements prévus dans le cadre de la politique de voisinage, accompagnés de la renégociation de dettes et d'un partenariat commercial visant à aider l'économie jordanienne.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, stiamo per votare la concessione di aiuti alla Giordania sotto forma di assistenza macrofinanziaria. In altre circostanze il Movimento 5 Stelle si è espresso non favorevolmente rispetto al trasferimento di contributi economici ad altri paesi ma la Giordania rappresenta un'eccezione notevole: per la sua posizione geografica, ha incassato tutti gli effetti della crisi siriana, il suo turismo è calato, la sua disoccupazione è aumentata, la crescita è diminuita. Né possiamo ignorare il fatto che ha accolto oltre 650 000 profughi siriani sul suo territorio, facendo ciò che quasi tutta l'Europa rifiuta di fare: occuparsi di loro. La Giordania, inoltre, è in prima linea contro il terrorismo, contro l'Isis, e aiutare la Giordania significa anche proteggere l'Europa.

Quindi, riteniamo di dover sostenere questi sforzi. Voteremo a favore di questo provvedimento e ringrazio l'onorevole Maurel per il suo lavoro.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, il est évident que, dans un Proche-Orient tumultueux, nous défendons l'idée de soutenir un État qui présente une certaine stabilité. Néanmoins, je me méfie toujours de la politique des droits de l'homme puisque les droits de l'homme ne sont pas une politique. Il convient en premier lieu de soutenir politiquement les acteurs de cette région et de faire en sorte que, là où les empires occidentaux ont déstabilisé le Proche-Orient, nous puissions reconstruire une véritable *realpolitik*. Je pense que, dans cette politique étrangère de l'Union européenne, il convient de bien voir les enjeux, à savoir le soutien à toutes les forces qui résistent à l'État islamique et qui luttent contre celui-ci.

Nous pensons que les premiers à devoir bénéficier de cette aide sont bien évidemment les chrétiens, qui ont été les premiers déstabilisés par la politique de l'islamisme radical. Je pense notamment au Liban, qui vient de se doter d'un nouveau président. Le Liban n'a pas été aidé comme un certain nombre d'autres pays et, selon moi, à l'instar de la Jordanie, nous devrions faire les mêmes efforts pour soutenir le Liban, qui a montré qu'il pouvait justement avoir une politique de stabilité encore plus forte que celle de la Jordanie.

Le Liban vient de se doter d'un président. Le Liban accueille, à mon avis, beaucoup plus de réfugiés que la Jordanie et personne ne parle aujourd'hui du Liban. Je crois que nous, Français, notamment ici, au Parlement européen à Strasbourg, nous devrions être plus attentifs à la nécessité d'élaborer une politique homogène et de ne pas privilégier uniquement une politique unilatérale en faveur d'un certain nombre de réfugiés.

Selon moi, il faut revoir toute notre politique étrangère et, si le Haut Commissariat des Nations unies pour les réfugiés a malheureusement suspendu toute aide au Liban, il convient de reprendre notre volonté politique pour faire en sorte que toutes les options soient mises en place en Jordanie, au Liban et au Proche-Orient pour un véritable retour à la stabilité.

Daniel Caspary (PPE). – Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In Jordanien leben gut 8 Millionen Menschen, die dort ansässig sind und es leben laut aktuellen Zahlen, die man deutschen Medien entnehmen kann, im Moment bis zu eineinhalb Millionen Flüchtlinge im Land. Das setzt das Land an die Grenzen der Belastbarkeit. Trotzdem tut die jordanische Regierung alles, um die Situation unter Kontrolle zu halten und die Flüchtlinge ordentlich und menschenwürdig unterzubringen. Viele Kollegen sind darauf eingegangen.

Wir hätten uns als EVP gewünscht, dass die Kommission schon jetzt zugesagt hätte, die Makrofinanzhilfe von 200 Mio. EUR auf 350 Mio. EUR zu erhöhen. Dass der Kompromiss besagt, dass wir uns das im Jahr 2017 anschauen, ist gut. Aber wir sollten uns immer wieder vor Augen halten: Wenn wir das Land nicht unterstützen, wenn wir die Stabilität in dem Land gefährden, wenn wir die Kräfte, die Stabilität und Sicherheit in dem Land aufrechterhalten wollen, nicht auch mit finanziellen Mitteln unterstützen, sondern nur mit warmen Worten, dann droht die Gefahr, dass in der Region ein weiteres Land unter die Räder kommt.

Wir haben in der Region schon zu viele Länder, wo die Menschen unsicher sind, wo die Menschen aus nachvollziehbaren Gründen fliehen. Ich wünsche mir, dass wir über diese Markofinanzhilfe zumindest einen kleinen Beitrag leisten, dass Menschen in ihrem Heimatland eine Zukunft bekommen.

Deswegen kümmern Sie sich bitte nicht nur darum, dass das Geld ausgegeben wird, sondern dass auch strukturelle Reformen in dem Land angegangen werden, um nachhaltig Perspektiven für die Menschen zu schaffen. Aber bitte helfen Sie alle mit, dass wir über diese Finanzhilfen hinaus versuchen, Ruhe und Frieden in Syrien und in die Region zu tragen, um insgesamt die Lebenswirklichkeit in der Region zu verbessern.

Bernd Lange (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar! In der Tat reden wir ja hier über einen Kompromiss. Wir als Europäisches Parlament, wir als Handelsausschussvorsitzende wollten 350 Millionen EUR Makrofinanzhilfe für Jordanien geben. Das ist offenbar auch der Bedarf, der da ist. Und nur weil der Rat sich geweigert hat, diesen Weg zu gehen, reden wir jetzt über 200 Millionen mit der Möglichkeit, 2017 noch etwas draufzulegen. Da frage ich mich schon angesichts der Situation, wieso ein Land, das vorbildlich Integration von Flüchtlingen organisiert, das ganz anders als andere Länder, mit denen wir so reden, Flüchtlinge aufnimmt, keine vernünftige Ausstattung bekommt, wo doch klar ist, dass dieses Geld – wie Frau de Sarnez gesagt hat – ja nicht verschenkt wird, sondern nur verliehen wird. Deswegen kann ich den Rat überhaupt nicht verstehen, dass er sich so sperrig angestellt hat in den Verhandlungen, dass es nicht möglich war, überhaupt über einen zusätzlichen Euro zu reden. Insofern ist es ein Kompromiss, den ich auch mittrage, aber ein Kompromiss, den ich eigentlich anders ausgestaltet hätte sehen mögen, damit gerade die Flüchtlingssituation in Jordanien besser angegangen werden könnte.

Ich danke ausdrücklich unserem Berichterstatter, Herrn Maurel, der massiv versucht hat, das durchzudrücken, leider am Widerstand des Rates – der ja sonst auch viel Geld für Dinge, die sehr zweifelhaft sind, ausgibt – gescheitert ist. Trotzdem herzlichen Dank dafür.

Branislav Škripek (ECR). – Mr. President, when I recently visited Jordan, I saw the great impact that the refugee crisis has on the Jordanian people. They have received more than 1.4 million Syrian refugees and a large group of Iraqis and others. I therefore welcome the financial help from the EU to Jordan to relieve some of their burden. However, in addition to the macro-financial assistance to help Jordan, we should also not forget to help the refugees themselves, including those who are refugees but not registered as such. As I have seen for myself, the EU is helping many refugees, but the problem is that the larger groups of the refugees are either not registered or are not allowed to register. These groups are helped by the Jordanian people, churches and NGOs. I therefore call on the Commission not only to assist Jordan at the macro level, but also at the micro level by giving financial assistance to NGOs and civil society.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE). – Señor Presidente, pese a la inestabilidad regional de los conflictos que sufren los países vecinos, Jordania ha llevado a cabo una importante agenda de reformas, contenida en la hoja de ruta para la reforma política y económica, que incluye, entre otras cuestiones, tanto la reforma de la ley electoral, como la ley de descentralización, destinadas a construir un sistema político más participativo.

Jordania es un aliado importante de la Unión Europea en Oriente Medio y un socio clave en la lucha contra el terrorismo, y participa activamente en la coalición internacional contra el Dáesh. Es, además, un factor de estabilidad fundamental en una región marcada por los conflictos, por lo que su estabilidad interior es una cuestión de capital importancia.

Jordania ha contribuido de una manera generosa, ya se ha dicho, a acoger a cientos de miles de refugiados sirios que huyen del horror de la guerra. En estos momentos más de un millón de sirios viven en Jordania, y la mitad son niños. A tenor de todo lo dicho, es preciso destacar la necesidad de reforzar nuestro compromiso político con el país, así como nuestra asistencia macrofinanciera, que complementa los programas ya existentes del Fondo Monetario Internacional. De este modo podremos ayudar a mantener su estabilidad política y económica y ayudar al desarrollo e implementación del citado programa de reformas.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, troppo spesso ultimamente il dibattito pubblico sulla politica commerciale si è concentrato su temi fortemente divisivi, che stanno creando fazioni contrapposte e non una coscienza comune che possa sfruttarne appieno le potenzialità. Il commercio internazionale è infatti anche uno strumento fondamentale di politica estera e non solamente un mezzo per migliorare l'accesso ai mercati.

Il caso dell'assistenza macrofinanziaria alla Giordania in questo senso è emblematico. L'Unione europea si è impegnata in una grande prova di solidarietà verso un Paese di sei milioni e mezzo di abitanti che ospita più di due milioni di rifugiati. La storia giordana deve essere d'esempio: un popolo alle prese con una crisi regionale e con una forte instabilità geopolitica, che non si è tirato indietro di fronte alle grandi difficoltà. Va riconosciuto, grazie anche all'ottimo lavoro del relatore Emmanuel Maurel, che il Parlamento europeo aveva fissato degli obiettivi ancora più ambiziosi, che hanno avuto almeno la conseguenza di alzare ulteriormente l'asticella della decisione finale.

La misura che faremo entrare in vigore con il nostro voto mira davvero a sostenere l'impegno dei nostri partner, provando a mitigare le cause dei flussi migratori. Questo è un buon esempio di politica commerciale, che sa guardare oltre i soli interessi economici, in grado di influire sul futuro.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, we are aware that since the beginning of the conflict in Syria and Iraq in 2011, the Jordanian economy has significantly deteriorated. The conflict strains public finances, impacts tourism, blocks trade routes and influences the flow of natural gas from Egypt. In addition, Jordan hosts approximately 1.4 million Syrians, of whom 635 000 are registered with the United Nations High Commissioner for Refugees. In total. Syrians now make up 21% of Jordan's 6.7 million inhabitants. This is a very heavy burden to carry for such a small country.

The Commission proposes making available to Jordan macro-financial assistance (MFA) for a maximum amount of EUR 200 million, provided in two instalments in the form of loans, but I do not believe this is enough. I fully support the idea to increase the amount of MFA up to EUR 350 million. Obviously the allocations would be conditional on successful programme reviews under the IMF's new financial arrangement and Jordan would need to commit to specific reforms.

Jordan is home to tens of thousands of refugees from Syria. It has been carrying this burden for many years and we need to do everything to help them in this situation. Let us not waste any more time because the situation is getting worse by the minute.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, o povo da Jordânia merece, sem dúvida, a solidariedade da União Europeia, e este parlamento deve apoiar claramente a concessão de assistência macrofinanceira, tal como resultou do acordo com o Conselho, também graças ao excelente trabalho do nosso colega Emmanuel Maurel.

Todos conhecem a situação no terreno: a Jordânia está a ser afetada pela instabilidade na região, enfrenta sérios problemas humanitários e de segurança e, apesar disso, tem dado um notável exemplo de generosidade no acolhimento dos refugiados.

Estas razões são mais do que suficientes para justificar o apoio financeiro europeu à Jordânia. Esta é a forma de cumprimos, portanto, o nosso dever, manifestar de uma forma concreta essa solidariedade e apoiar ativamente um parceiro estável numa região em turbulência.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la Jordanie est l'un de ces États clés de notre voisinage avec lequel nous avons la possibilité de travailler concrètement pour la stabilisation de la région méditerranéenne et du Moyen-Orient.

Les crises et les foyers d'instabilité dans la région, nous le savons, ont des répercussions en Europe. Avec la Jordanie, nous avons la chance de pouvoir travailler au-delà du contexte d'une crise aiguë. Je me réjouis ainsi du compromis trouvé, le 27 octobre, sur l'aide macrofinancière de 200 millions d'euros dans un premier temps et qui laisse la porte ouverte à une extension et à un relèvement de ce montant en 2017. Compte tenu des besoins spécifiques du pays ainsi que de notre ambition de préserver la Jordanie comme un îlot de stabilité, nos actions doivent être à la hauteur de l'enjeu.

Deuxième remarque: je me réjouis que, parallèlement à l'octroi de l'aide macrofinancière, nous puissions soutenir la mise en place de réformes structurelles importantes en Jordanie. Ce pays, par ses choix politiques et économiques, se veut un exemple de modération et de modernité dans la région. La Jordanie a fait un travail humain de très grande valeur en accueillant les réfugiés syriens et a lancé des réformes importantes au cours des dernières années, notamment sur le plan politique et démocratique. La nouvelle loi électorale de mars dernier et le bon déroulement des élections, que nous avons observées en septembre dernier, en sont un autre exemple.

Enfin – et je terminerai par une question –, je suis convaincue que nous devons rendre notre partenariat encore plus étroit avec la Jordanie, sur tous les plans et grâce à différents outils. Le plan d'investissement extérieur européen est sans doute l'un de ces outils, mais quels sont les autres initiatives prévues et les domaines considérés comme prioritaires?

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il conflitto in Siria non ha confini perché riguarda tutti: prima di tutto l'Europa, dove terribili attacchi terroristici hanno costretto sulle nostre coste migliaia di rifugiati. Poi ci sono i paesi che questo conflitto lo subiscono soprattutto per la vicinanza territoriale a quel drammatico teatro di guerra: Libano e Giordania, su cui pesa di più l'instabilità dell'intera regione mediorientale. Paesi che sono anche quelli che, però, reagiscono con maggiore responsabilità e solidarietà, accogliendo migliaia di profughi e facendo da esempio per tutti.

L'Unione europea deve continuare a garantire assistenza finanziaria alla Giordania, che è un partner chiave nella regione, anche perché gioca un ruolo importantissimo nel contrasto al terrorismo e all'Isis. Ma con un debito pubblico che arriva al 93% del PIL, la Giordania, da sola, non è certamente in grado di sostenere questa pressione. Fondamentale, però, è legare il nostro sostegno a precise condizioni, imponendo prima di tutto il rispetto dei diritti democratici e di quelli umani. Il dialogo politico con la Giordania dovrà consolidare in pratica un modello positivo che sia di esempio per tutto il Medio Oriente.

Procedura «catch-the-eye»

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ιορδανία είναι η χώρα που πλήττεται ευθέως από την κρίση στη Συρία και στο Ιράκ λόγω της γεωγραφικής της θέσης. Οι συγκρούσεις στην περιοχή παρεμποδίζουν τη διάθεση των προϊόντων της Ιορδανίας στις ιστορικές της αγορές. Επιπλέον, η μείωση της τουριστικής κίνησης και των ξένων επενδύσεων, ο αποκλεισμός των εμπορικών οδών και οι επαναλαμβανόμενες διακοπές του εφοδιασμού σε φυσικό αέριο από την Αίγυπτο λειτουργούν ανασταλτικά στην ανάπτυξη της χώρας και επιβαρύνουν την οικονομία της. Επιπροσθέτως, οι Σύριοι πρόσφυγες στην Ιορδανία υπολογίζονται σε 1,4 εκατομμύρια, αριθμός που αντιστοιχεί στο 20% του πληθυσμού της χώρας. Το ετήσιο κόστος για τη φροντίδα αυτών ανέρχεται σε 3 δισεκατομμύρια δολάρια, με μόλις το 1/3 να καλύπτεται από τις χορηγίες της διεθνούς κοινότητος. Στην Τουρκία, με πολύ λιγότερα προβλήματα από τους πρόσφυγες, κυριολεκτικά χαρίζονται δισεκατομμύρια ευρώ. Τα 350 εκατομμύρια λοιπόν που προτείνει η έκθεση ως μακροοικονομική συνδρομή της Ένωσης στην Ιορδανία είναι απλά εμπαιγμός. Προτείνω τον τριπλασιασμό του ποσού μέσω της αφαίρεσης αντίστοιχων ποσών από τα κονδύλια που προορίζονται για την Τουρκία.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel mese di settembre ho partecipato a una missione della commissione CONT in Libano e in Giordania, Paesi che hanno accolto il maggior numero di rifugiati siriani in proporzione alla propria popolazione. Abbiamo constatato le difficili condizioni nelle quali vivono i rifugiati siriani e anche palestinesi ma anche lo sforzo considerevole del governo di Amman per accogliere le popolazioni in fuga dai conflitti dei paesi vicini.

Tuttavia, l'elevatissimo numero di rifugiati presenti sul territorio giordano sta rischiando di portare al collasso alcuni servizi pubblici del paese, quale il sistema sanitario ed educativo. In particolare, l'insufficienza di posti disponibili nelle scuole comporta che il diritto all'istruzione sia negato anche a moltissimi minori siriani. La pressione migratoria e le conseguenze che il conflitto siriano ha avuto sull'economia giordana, in particolare in termini di esportazioni e di turismo, stanno contribuendo a una impennata del debito pubblico.

È quindi giusto e necessario da parte dell'Unione fornire assistenza macrofinanziaria a favore della Giordania, paese che si pone come esempio di solidarietà per gli sforzi posti in essere per dare dignitosa accoglienza ai rifugiati, fra cui molti minori.

Илхан Кючюк (ALDE). – Уважаеми колеги, безспорно доброто сътрудничество между Европейския съюз и Йордания е от общ интерес. В момента Европейският съюз и Йордания си сътрудничат в рамките на европейската политика за съседство, която засяга различни области, сред които икономическото развитие, търговията, сигурността, ролята на младите хора и жените, подобряване на административния капацитет и човешките права.

За съжаление поради географското си положение Йордания е една от страните, най-пряко засегнати от продължаващата криза в Близкия Изток. Поради нестабилната обстановка в Сирия и Ирак икономиката на Йордания страда от ниски нива на туризма, външната търговия и преки чуждестранни инвестиции. В допълнение, икономическият социален модел на страната е подложен на невиждан натиск от голям брой бежанци и разселили се лица, които пристигат в страната през последните пет години.

В тази връзка подкрепям отпускането на финансова помощ от 350 милиона евро за Йордания с оглед на подпомагане на икономическото стабилизиране на страната. Макрофинансовата помощ е изключителен инструмент на Европейския съюз за реагиране при кризи, която в случая на Йордания значително ще допринесе за социалноикономическото развитие на страната.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ιορδανία και ο Λίβανος δέχονται το μεγαλύτερο αριθμό προσφύγων στον κόσμο. Το 2014, ο πληθυσμός της Ιορδανίας ήταν 6,8 εκατομμύρια και τώρα έχει φτάσει στα 9,5 εκατομμύρια, γιατί έχουμε πλέον 2,7 εκατομμύρια πρόσφυγες οι οποίοι αποτελούν και το 40% του πληθυσμού. Αυτό σημαίνει ότι οι άνθρωποι αυτοί έχουν εγκατασταθεί στις πόλεις και ότι υπάρχει μεγάλη πίεση στις δημόσιες υπηρεσίες και στην εκπαίδευση. Ταυτόχρονα, το χρέος της Ιορδανίας καλπάζει. Έχουμε λοιπόν υποχρέωση, ως Ευρωπαϊκή Ένωση, να στηρίξουμε και την Ιορδανία και τον Λίβανο, όπως έχω πει επανειλημμένα στην αίθουσα αυτή. Αντί λοιπόν να δίνουμε τα χρήματά μας στην Τουρκία, η οποία δεν τηρεί τις υποχρεώσεις της, πρέπει να στηρίξουμε την Ιορδανία. Ταυτόχρονα, πρέπει η Ευρωπαϊκή Ένωση να στηρίξει και τα νησιά του Αιγαίου που έχουν πλημμυρίσει από χιλιάδες πρόσφυγες και παράνομους μετανάστες. Στη Σάμο, στη Χίο στα άλλα νησιά οι κάτοικοι, με μαζικές συγκεντρώσεις, στέλνουν μήνυμα που είναι κραυγή αγωνίας. Πρέπει να ακούσετε και τους κατοίκους του Αιγαίου.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'esperienza della crisi dei rifugiati siriani mostra in modo inequivocabile che non si può procedere come in passato, lasciando il peso maggiore sulle spalle di alcuni Paesi. Stiamo affrontando la più grande crisi migratoria del nostro tempo e serve un netto rafforzamento della solidarietà globale. È necessario alleviare l'onere dei Paesi che ospitano numeri importanti di rifugiati.

La Giordania è uno dei Paesi che offre un contributo rilevante rispetto alla propria popolazione: sono in 670 000 i rifugiati sistemati solo nei campi profughi. Migliaia di donne e uomini, soprattutto bambini, hanno bisogno di aiuto immediato. Tutti vivono in condizioni critiche, spesso senza aver conosciuto nella loro vita nient'altro che la guerra e la disperazione dei campi.

L'assistenza macrofinanziaria alla Giordania è un'ottima iniziativa per favorire la stabilizzazione del Medio Oriente ed è la giusta modalità per dimostrare concretamente solidarietà ad un Paese, come la Giordania, che vive una situazione così critica.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Torej Jordanija se je znašla v praktično bližini vojnih žarišč v zelo nestabilnem področju in kljub temu na široko odprla svoja vrata številnim beguncem, ki predstavljajo kar četrtino njenega celotnega prebivalstva. To je seveda veliko breme za vsakogar, tudi za državo s približno petimi milijoni prebivalcev. To seveda močno načenja tudi finančno stabilnost, tudi ekonomski potencial, turizem in vse tisto, kar je nekoč tako plemenitilo Jordanijo, kot državo, seveda, tisočerih čudes.

In zato je prav, da ta makrofinančni okvir namenimo tudi tej državi. Bi si pa seveda prizadeval, da to ni enkratna pomoč 200 milijonov, ampak da je to projekt, ki se bo nadaljeval tudi v prihodnje, ker ne pozabiti, Jordanija je na svoja pleča prevzela velik kos pogače prevzemanja beguncev in tako lahko predstavlja tudi zgled marsikateri, tudi evropski državi.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Pomoc makrofinansowa dla Jordanii jest niewątpliwie nie tylko uzasadniona, ale też pilnie potrzebna. Kraj ten jest jednym z najbardziej dotkniętych kryzysem migracyjnym. Ocenia się, że od roku 2011 liczba mieszkańców niebędących Jordańczykami uległa podwojeniu, stawiając w ten sposób Jordanię na pozycji światowego rekordzisty w zakresie stosunku liczby uchodźców do liczby ludności. Dodatkowo niestabilna sytuacja w regionie w znaczny sposób odbiła się na jej kondycji gospodarczej. Tymczasem Jordania jest krajem o szczególnym znaczeniu dla regionu, gdyż daje szansę na przywrócenie stabilności politycznej i gospodarczej na tym obszarze i w związku z tym jest strategiczna dla jego bezpieczeństwa.

Nie ulega wątpliwości, iż należy uczynić wszystko, co możliwe, by pomóc Jordanii w jak najlepszym odgrywaniu tej ważnej roli, jak również zapewnić utrzymanie i stabilność, dlatego też wsparcie makroekonomiczne jest tu niewątpliwie bardzo potrzebne.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Honourable Members very much for their very wide and unified support for the proposal. A few remarks were raised by many Members. For instance, many supported the sum but said it should be bigger.

Why did the Commission propose what it proposed and what was accepted in the trialogues? The proposed MFA amount takes into account several factors: firstly Jordan's external financing needs at the time of the Commission's decision, which was at the end of June; secondly, a marked reduction in IMF financing; thirdly, the burden-sharing efforts of other donors; and, fourthly, the Commission's budget constraints. It also takes into consideration Jordan's reserves in foreign currencies, which are at relatively healthy levels.

We should not forget that this MFA operation is part of the larger and very substantial package of assistance to Jordan. That includes support in forms other than direct financial assistance. The Jordan Compact also includes about EUR 550 million in grants for the next three years, as well as a significant relaxation of the rules of origin for an extended duration. It should also be seen in combination with the first MFA programme, which brings the EU's total amounts for balance of payments support alone to EUR 380 million.

Since the outbreak of the Syrian crisis in 2011, the EU has allocated almost EUR 1.13 billion euros to Jordan under various instruments. In any case, as is now underlined in the joint declaration to be adopted with the proposed decision, the Commission stands ready to continue providing support to Jordan should the situation call for it and acute needs remain.

I hope that you will follow the advice of the rapporteur, Mr Maurel, and approve the Commission proposal, which was accepted or agreed in trialogue.

Emmanuel Maurel, *rapporteur.* – Monsieur le Président, je suis heureux de constater que quasiment tous les parlementaires qui se sont exprimés sont bien conscients de l'urgence de la situation en Jordanie et de la nécessité de lui apporter une aide financière substantielle, à quelques exceptions près, nous l'avons vu lors du débat.

Je voudrais rassurer certains collègues, à la fois M. Le Hyaric et M[me] Gabriel: l'aide macrofinancière n'est qu'un outil parmi d'autres. Il y a bien sûr aussi: 1) ce que soulevait M[me] de Sarnez, c'est-à-dire l'idée d'un travail sur la restructuration de la dette, qui me paraît totalement important et urgent, 2) les projets d'investissement auxquels M[me] Gabriel faisait allusion, 3) l'esquisse d'une réflexion sur un partenariat commercial qui pourrait être fécond entre l'Union européenne et la Jordanie – je l'ai dit, mais peut-être pas assez clairement –, et 4) la somme de 200 millions – je reprécise – pour cette fois-ci et un engagement de la Commission pour la même somme, voire plus, l'année d'après. Le président Bernd Lange a bien rappelé que ce qui a été difficile dans notre négociation, c'était évidemment la position relativement inflexible du Conseil, alors même que, par ailleurs, nous multiplions les déclarations qui mesurent la gravité de la crise des réfugiés et cherchons des solutions pour en sortir.

Enfin, pour répondre au représentant du Front national – il n'est pas là, il a quitté l'hémicycle – qui s'est lancé dans une longue dissertation sur la politique étrangère de l'Union, je voudrais d'abord dire que nul n'ignore ici le sort des chrétiens d'Orient dans ce Parlement, mais nul n'ignore non plus le sort des Libanais. On peut d'ailleurs rappeler que, dans le cadre de la politique de voisinage, l'Union européenne a aidé, à de nombreuses reprises, le Liban: il y a un accord d'association, une aide technique financière et plus de 700 millions d'euros alloués exceptionnellement dans le cadre de la crise syrienne. Ce que je veux dire par là, c'est que, évidemment, l'Europe est totalement consciente de la situation dans ces pays et fait de son mieux pour contribuer à la résolution de cette crise, qui est une crise, en effet, très importante. Je vous remercie en tout cas pour ce débat et j'espère que le vote de demain sera le plus majoritaire possible – et je pense que c'est ce que les Jordaniens attendent aussi de nous.

Președintele. – Dezbaterea este închisă.

Votul va avea loc joi, 24 noiembrie 2016.

16. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Werner Langen în numele Comisiei pentru afaceri economice și monetare intitulat „Către un sistem de TVA definitiv și combaterea fraudei în domeniul TVA" (2016/2033(INI)) (A8-0307/2016).

Werner Langen, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Ich möchte den Berichtsentwurf des ECON-Ausschusses vorstellen.

Wir haben das Aktionsprogramm der Europäischen Kommission, das am 7. April 2016 vorgestellt wurde, intensiv diskutiert. Es lagen insgesamt 239 Änderungsanträge vor. Es wurden zwei Ausschüsse zur Mitberatung eingeladen. Am Ende haben wir 81 Punkte beschlossen, die mit 47 Ja-Stimmen bei 5 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen eine breite Mehrheit gefunden haben.

Ich möchte zuerst allen, die sich beteiligt haben, für die konstruktive Zusammenarbeit und die guten Ideen danken. Am Ende haben wir, so glaube ich, Kompromisse gefunden, die in die Beratungen der Kommission für die konkreten Gesetzesmaßnahmen, aber auch in die Beschlussfassung des Rates eingehen sollten.

Das Problem bei Steuerfragen ist, dass im Rat einstimmig beschlossen werden muss, wir aber vorher angehört werden müssen. Deshalb haben wir die Sache auch ernster genommen, auch wenn wir im Endeffekt nicht im Mitentscheidungsverfahren stehen. Es ist unbestritten, dass die Mitgliedstaaten über ihre Steuerpolitik selbständig entscheiden können. Die Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie von 1993 gibt allerdings einen Rahmen für die Verbrauchs- und Mehrwertsteuer her. Diese Sechste Mehrwertsteuerrichtlinie ist mehrfach revidiert und reformiert worden.

Es bleibt ein großes Problem, das ist die Mehrwertsteuerlücke und der grenzüberschreitende Mehrwertsteuerbetrug. Das Aufkommen ist ca. 1 Billion EUR. Die vom Rechnungshof nochmals bestätigte Mehrwertsteuerlücke im letzten Jahr betrug 160 Mrd. EUR einschließlich Betrug, der auf 60 Mrd. EUR geschätzt wurde. Das heißt, ca. 16 % des Aufkommens werden nicht eingetrieben oder können im Ergebnis aufgrund von betrügerischen Maßnahmen nicht eingetrieben werden.

Wir sind uns alle einig, dass dagegen etwas getan werden muss. Aber in der Vergangenheit waren alle Schritte sehr zögerlich. Deshalb hat die Kommission vorgeschlagen, die Kooperation der Mitgliedstaaten, den Datenaustausch, die Informationen zu verbessern und notwendige und mögliche technische Einheiten bei der grenzüberschreitenden Abrechnung zu nutzen.

Wir haben das alles begrüßt, und es gab eine breite Zustimmung im Ausschuss, dass die Ideen, die die Kommission vorgeschlagen hat, insgesamt positiv sind. Aber wir haben auch darüber hinausgehende Vorschläge diskutiert, nämlich – insbesondere – das von der Tschechischen Republik und von einer doch bedeutenden Zahl von Mitgliedstaaten im letzten Ecofin-Rat unterstützte Vorhaben, in Tschechien ein Pilotprojekt zum *Reverse- Charge*-Verfahren anzusetzen. Das war nicht unumstritten und wir haben uns im Kompromiss auf ein solches Pilotprojekt geeinigt, haben allerdings auch gesagt: Die Dauer eines solchen Pilotprojekts darf nicht dazu führen, dass am Ende die anderen Maßnahmen nicht ergriffen werden.

Denn es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Die verlorenen Mehrwertsteuereinnahmen sind deutlich höher als der EU-Haushalt. Das muss man wissen, und in der Mehrwertsteuerrichtlinie von 1993 steht: Es wird ein endgültiges System angestrebt. Das endgültige System ist jetzt vorgeschlagen: dass das Bestimmungslandprinzip eingeführt werden soll, dass wir die Koordination, die Zusammenarbeit verbessern, dass wir den Betrug bekämpfen.

Aber es gibt auch noch weitere Maßnahmen: Neben dem von mir genannten Pilotprojekt ist insbesondere auch der Vorschlag der Kommission von Bedeutung, eine Liste mit ermäßigten Gütern und Dienstleistungen nicht für den Normalsteuersatz, sondern für ermäßigte Steuersätze vorzusehen. Hier stellen wir fest, dass die Liste heute ellenlang ist, dass sie viel zu lang ist, weil sie noch aus der Entstehungsgeschichte der Mehrwertsteuerrichtlinie stammt und die Staaten damals darauf beharrt haben, dass ihre eigenen Interessen auch zum Maßstab künftiger gemeinsamer Gesetzgebung gemacht werden.

Der eklatanteste Fall ist der Beschluss des Rates vom Sommer, für Hygieneprodukte für Männer und Frauen in Großbritannien den Steuersatz Null zuzulassen. Das heißt, wir haben eine Fülle von Aufgaben. Ich möchte mich ausdrücklich bedanken. Der Bericht ist mit großer Mehrheit angenommen worden, und ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, trotz aller *split votes* und aller Änderungen an den Kompromissen dem Bericht insgesamt zuzustimmen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte" gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Richard Sulík (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Langen! Ich habe eine Frage an Sie: Diese Karussellgeschäfte, die durch diese Betrügereien entstehen, entstehen doch dadurch, dass sich in der Lieferantenkette einer die Mehrwertsteuer gutrechnen kann, und dann exportiert er die Güter, ja?

Haben Sie darüber nachgedacht, dass das ganze Mehrwertsteuersystem durch eine Umsatzsteuer ersetzt wird, wo nur der Letzte, der Verkäufer, an den nicht registrierten Steuerzahler diese Umsatzsteuer berechnet, aber die registrierten Abnehmer und Lieferanten untereinander sich diese Steuer nicht berechnen? Denn das würde ja die ganze Basis für die Karussellbetrügereien wegschaffen.

Werner Langen (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Kollege! Das ist ja der wesentliche Inhalt des *Reverse-Charge*-Verfahrens, das Tschechien in einem Pilotprojekt machen will. Wir haben ein Hearing gemacht, und der tschechische Vertreter des Finanzministeriums hat ganz klar gesagt: In den Branchen, die wir bisher untersucht haben, hat sich das bewährt, da ist der Betrug zurückgegangen.

Es gibt aber auch technische Möglichkeiten, dass die Meldeverfahren zeitgleich in einem *One-Stop-Shop*-Verfahren gemeldet werden, dass man also nicht zuerst die Erstattung beantragen kann, dann die Firma liquidiert und keine Steuern zahlt und damit den Betrug fördert. Es gibt mehrere Dinge, das erfordert aber einen hohen technischen Standard der Mitgliedstaaten und eine extrem gute Kooperation, die bis heute nicht möglich war, weil in Steuerfragen der nationale Egoismus immer noch Urstände feiert.

Nedzhmi Ali, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgetary Control*. – Mr President, the creation of a single VAT area in the EU could support a deeper and fairer single market, boosting jobs, growth, investment and competitiveness. While VAT is one of the major sources of revenue in the EU, we should recognise that the current VAT system is fragmented, complex for the growing number of businesses operating cross-border, and prone to fraud.

The VAT system needs to be reformed, and the recommendations in this regard include simplification, in order to become business-friendly; combating the growing risk of fraud; increasing efficiency, in particular exploiting the opportunities of digital technology; integrating the cost of revenue collection; enhancing trust, both between business and tax administrations and among EU Member States' tax administrations; and improving the quality of Member States' replies to information request and the reliability of the VAT information exchange system.

The Commission and the Member States should strengthen cooperation with non-EU countries and enforce VAT collection. We need to implement necessary reforms in order to combat fraud efficiently, remove administrative barriers and reduce regulatory costs so as to simplify life for European businesses.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, let me start by thanking the rapporteur, Mr Langen, and everybody who has contributed to this very significant report. We are very glad of your valuable guidance for the Commission and I am also glad that we share the same views on many of these issues.

VAT is a big source of revenue for the Member States and that is why, every once in a while, we have to check if everything in this field is fit for purpose because the world around us is changing. There are obviously some shortcomings which we have to address. First, Member States are faced with a massive revenue loss. The VAT gap has been estimated at around EUR 160 billion each year. Cross-border fraud alone accounts for EUR 50 billion each year. Second, complying with VAT rules for cross-border and digital activities is still very cumbersome. Compliance costs need to be reduced. Third, we must adapt the system to technological progress, tax goods and services where they are consumed, and give Member States more flexibility in setting VAT rates.

The Commission, via the Action Plan, sets out immediate and urgent actions to tackle the VAT gap and adapt the VAT system to the digital economy, e-commerce and the needs of small and medium-sized enterprises. It provides a clear orientation towards a robust, definitive VAT system for cross-border supplies and proposes options for modern and flexible rules on VAT rates. Overall this Action Plan sets out progressive steps towards a modernised and rebooted VAT system tailored to the single market. The proposed initiatives are numerous and ambitious, but I believe that they are realistic with their step-by-step approach. I am pleased that the report of the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) welcomes many of these.

The option we put forward for the definitive VAT system based on the – already agreed – destination principle consists in taxing intra-EU supplies in the Member States of destination via an extended one-stop shop. I warmly welcome Parliament's support in the report adopted by ECON and its strong reference to the principle of the fractionated payments of VAT, which should remain a core element of the definitive VAT system. This would ensure a consistent treatment with domestic supplies and drastically reduce cross-border fraud. It has been estimated that this option would reduce cross-border VAT fraud by 80%. In real terms EUR 40 billion more could be collected per year.

Other options, like the generalised reverse charge, which ECON's report recommends, do not offer the same potential. In fact replacing VAT by a sort of sales tax could significantly increase fraud and administrative burdens for businesses. In our view, this is not the right approach. The time has also come to adapt the VAT rates legislation to the definitive VAT system based on the destination principle, which should allow for creative rates flexibility for Member States.

I welcome Parliament's willingness to provide us with a clear guidance on the options we have set out in the VAT Action Plan. We will give full consideration to this guidance when preparing our legislative proposals next year. By the end of this year the Commission will already address some of your recommendations in a series of ambitious legislative proposals.

As regards SMEs and e-commerce, the Commission's upcoming proposal will include a threshold and other simplification initiatives targeted at small and micro-businesses, including an extended and enhanced one-stop shop mechanism. This proposal will also address current distortions putting EU businesses at a significance disadvantage compared to non-EU businesses, which can legally supply small consignments VAT-free into the EU annually and frequently omit paying the VAT they should.

As regards rates for e-publication, our upcoming proposal will give Member States the option of aligning the VAT treatment of e-publication, such as books, newspapers and periodicals, with that of printed publication. Taking into account last May's ECOFIN Council conclusions on the Action Plan, the Commission will pursue its efforts to achieve consensus. We count on Parliament's active support in this respect.

The Commission is equally determined to take strong actions to speed up the fight against VAT fraud in the EU, an idea dear to this House. As recommended and supported by you, the Commission is working to improve the administrative cooperation between the Member States, in particular by reinforcing Eurofisc, by more efficient and real time sharing of information, and by adding a common risk analysis, as well as by deepening cooperation with other European and national law enforcement authorities.

I look looking forward to a good debate and good cooperation when trying to find good and concrete proposals next year.

Luděk Niedermayer, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, first of all let me say that this is a very important and well prepared initiative. Better, more efficient and fairer taxation is one of our key economic priorities and we are acting accordingly.

Collecting taxes better applies not only in relation to large corporations or multinationals but also in any areas where we are losing money. As was said by the Commissioner and the rapporteur, we are losing tens of billions of euros every year in VAT fraud or VAT avoidance, and there is no excuse for us not to act. Unlike in the case of corporate taxation, where Europe cannot resolve all of the issues, these are our own domestic issues. So there is no excuse for not taking decisive steps – and improving the exchange of information among Member States is not a sufficient solution.

That is why I believe the Commission proposal is a very good and efficient way to tackle the issue. I consider VAT to be an effective means of collecting tax, and I believe that any move towards a turnover or sales tax, rather than solving problems, would create more problems. That is why I really support the initiative to tackle the challenges of the digital economy and, especially, to improve and amend the cross-border aspect. Once again, I would call on the Commission and the Council to build consensus as soon as possible and to start to act.

Tibor Szanyi, *a S&D képviselőcsoport nevében*. – Elnök Úr! Szintúgy, mint az adócsalás és adóelkerülés esetében egy korrupciómentes európai áfarendszer létrehozásához is mindenekelőtt politikai akarat szükséges. A tagállamok csak közösen tudnak hatékonyan fellépni az áfacsalással szemben, illetve csak teljes egyetértéssel tudják meghozni azokat a szabályokat, amelyek szükségesek a felesleges adminisztratív akadályok lebontásához, könnyebbé téve ezzel az európai vállalkozások életét. Hisz minél bonyolultabb egy rendszer, annál könnyebb azt kijátszani.

Kifejezetten üdvözlendő tehát, hogy a Bizottság elkötelezte magát egy hatékonyan működő egységes uniós áfaövezet létrehozása mellett, annál is inkább, mivel a jelenlegi áfarendszer nem képes a csalások kivédésére. Hozzáteszem, hogy az egységes uniós áfaövezet esetében nekünk a pilot projektek – amik eltérő logikákat vezetnek be az áfarendszerbe – nem feltétlenül rokonszenvesek.

A Bizottság becslése szerint az áfabevétel-kiesés évente mintegy 170 milliárd euró, amelyből csak a határon átnyúló csalás értéke legalább 50 milliárd euró, bár attól tartok, hogy itt a valós számok lényegesen nagyobbak, egyes helyeken 1000 milliárd eurót mondanak évente, amit elvesztünk a rossz, vagy nem helyesen működő áfarendszerünk miatt.

Igenis tegyenek meg mindent tehát a tagállamok az egymás közötti információcsere hatékonyságáért, mivel anélkül, valamint a tagállamok közötti adópolitika összehangolása nélkül soha nem lesz hatékony az adócsalás és adókikerülés elleni küzdelem.

Helyeslem továbbá, hogy a Bizottság szorosan kövesse nyomon a nemzeti adóhatóságok működését, elkerülve az olyan, a magyarországihoz hasonló sajnálatos eseteket, ahol a nemzeti Adó- és Vámhivatalt pont a saját munkatársa jelentette föl, amiért az a kormányzati körök védelmét élvező nagyobb hazai és multinacionális cégek esetében asszisztált, de legalábbis félrenézett az évi több mint 3 milliárd euró értékű adóösszeg elcsalásánál. A magyar kormány részéről egyébként ez az eset közérdekű bejelentő perbefogásával végződött, és ilyenkor látjuk a tagállami felelősséget is.

Stanisław Ożóg, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! W sprawozdaniu jest wiele zapisów zasługujących na poparcie, jak chociażby ustęp 32, gdzie jest apel, aby produkty nabywane w formie cyfrowej czy fizycznej podlegały jednak owemu opodatkowaniu. W ustępie 65 słusznie zwraca się uwagę na oszustwa karuzelowe i oszustwa typu „znikający podmiot gospodarczy". Nie uważam jednak, że mechanizm tzw. odwrotnego obciążenia – ustęp 37 – doprowadzi do zmniejszenia liczby oszustw czy poprawy sytuacji MŚP. Jest to przecież sztuczne przenoszenie odpowiedzialności między podmiotami.

Nie mogę zagłosować za sprawozdaniem z zapisami zmierzającymi do harmonizacji polityki podatkowej. Zdrowego środowiska konkurencji nie można tak po prostu nazwać barierami. Osobiście nie jestem za objęciem usług finansowych podatkiem VAT oraz za utworzeniem kolejnego organu, jakim byłaby prokuratura europejska, o czym mówi ustęp 79.

Petr Ježek, *za skupinu ALDE*. – Současný systém DPH je nedokonalý, a proto je na místě, že Komise předložila návrh akčního plánu k DPH. Modernizace a zjednodušení celého systému jsou potřebné. Stávající systém nedostatečně brání podvodům a jejich rozsah je ohromný.

V rámci opatření proti daňovým podvodům považuji za významné a téměř nezbytné uplatnit mechanismus přenesení daňové povinnosti na konečného plátce. Širší zavedení mechanismu přenesení daňové povinnosti představuje třetí pilíř reformy správy daní v mé vlasti, České republice, a zcela odstraňuje tzv. kolotočové podvody na DPH. Samozřejmě i návrh zprávy EP se tímto mechanismem zabývá a vítá pilotní projekt v této oblasti.

Já bych chtěl vyzvat Komisi, aby objektivně posoudila jeho dopad na boj proti podvodům v oblasti DPH, a doufám, že z posouzení Komise vyjde při tvorbě nového systému DPH v EU. Nejen proto, že mechanismus přenesení daňové povinnosti je testován praxí na rozdíl od jiných, zatím pouze teoretických konceptů.

Zásadním předpokladem úspěšného boje proti podvodům je také spolupráce uvnitř EU, ale i s třetími zeměmi. Především rychlá a pravidelná výměna informací v oblasti vnitřního trhu je účinným nástrojem. Je tedy nutné vybavit naše národní orgány tak, aby mohly zlepšit výběr daní, rozsah kontrol a vzájemnou komunikaci. I s ohledem na četná odhalení propojení daňových úniků na DPH s organizovaným zločinem a se závažnou trestnou činností, včetně financování terorizmu, je modernizace stávajícího systému nezbytná.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Luděk Niedermayer (PPE), *blue-card question*. – In the Czech plan for a pilot for reverse charging, the Czech Government would like to use the reverse charge plan for roughly five years. When you call upon the Commission to consider the results of the pilot project, and only after that to decide on the shape of European reform, does that mean that you are in favour of postponing the proposed reform for many years?

Petr Ježek (ALDE), *blue-card answer*. – I would say that the pilot project has two purposes. The first is to tackle the level of crime in this area, which is high in the Czech Republic, and the second is to demonstrate whether this approach can deliver results. I think the Commission does not need five years to evaluate what is going on. There has already been success in some areas in the Czech Republic in this regard, and the enlarged pilot project could be assessed in less than five years, I would say.

Martina Anderson, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, as with corporation tax avoidance, the biggest culprits in VAT fraud are multinationals. Overseas sellers use big names like Amazon to sell VAT-free products in the EU, and multinationals turn a blind eye.

This is the cause of the biggest share of the EU's VAT gap. These companies must take some responsibility for combating such fraud, which drives local businesses to the wall and deprives the public purse of millions in revenue.

We need to ensure that decisions about VAT rates and exemptions are in the hands of local, accountable governments. The Irish Government, for example, claims that the EU rules do not allow a lower rate on life-saving defibrillators. VAT, like all indirect taxes, has a regressive effect on distribution, and the poor lose the largest portion of their income. We should ensure that our VAT systems include both luxury rates and reduced rates on essential items.

Molly Scott Cato, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, for several years now the VAT rules in the EU have been out of touch with small businesses and the way in which citizens make a living. The Commission's VAT action plan makes important proposals to bridge this divide by introducing a single definitive VAT regime for the EU, and I welcome this.

For two years now I have been raising the issue of the difficulties of the VAT mini one-stop-shop, or 'VAT MOSS' as it is known, ever since small businesses in South West England began contacting me to say that the changes would put them out of business. I have submitted questions to the Commission, written to UK ministers and Commissioner Ansip, and most recently submitted an amendment to this report, constantly calling for a VAT threshold of EUR 100 000 for start-ups and small businesses. So I am pleased that other MEPs have joined the call, and we can all welcome the Commission's proposals for this VAT threshold in the final Parliamentary report. We must ensure that the VAT regime works for people, not against them, in our overall goal of tackling tax fraud.

Lastly, I am delighted that we also have a reference to the social, environmental and gender dimension of VAT on certain products. We can and should use lower rates and zero rates to encourage renewable energy and the insulation of buildings, and to prevent discrimination against menstruating women.

No intervention would be complete without a shout-out to the tireless tampon tax campaigners in the UK and across the continent! The End Tampon Tax campaign in the UK was phenomenal and I encourage all of you here to sign our Written Declaration No 89 to bring the success achieved in the UK to the rest of Europe.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), *blue-card question*. – Excuse my ignorance, Ms Scott Cato, but I do not quite understand the 'gender dimension of VAT'. Could you could explain this?

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card answer*. – I certainly can and thank you for giving me the opportunity.

I went on to talk about the tampon tax and the fact that women across Europe are facing additional tax on necessary sanitary products, which obviously men do not have to use. Some countries have reduced the rates, but other countries still charge what are actually luxury rates of VAT on tampons and sanitary towels, and on moon cups as well. So what we are suggesting – and this is where you can sign our written declaration and share it with your friends – is that all countries zero-rate those products which women use.

Patrick O'Flynn, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, by exiting the EU Britain will soon restore full sovereignty over taxation matters. We will be able to abolish VAT and design our own sales tax suited to our own country. That tax could be flexible: if we like, we could charge a higher rate on sectors dominated by imports; we could choose to levy higher rates for luxury goods and lower rates for staple goods, thereby countering objections to the regressive nature of VAT. The great thing is that it will be up to us. Our democracy will be restored, and where issues arise we will be able to address them without needing the European Commission's say-so. The government of the fifth largest economy in the world will even acquire the power to make its own decisions on the taxation of sanitary products.

You lot can work towards a standard VAT regime controlled by Brussels. We will set our own taxes, thank you very much.

President. – Thank you. Milk and honey is the promise …

Barbara Kappel, *im Namen der ENF-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar Katainen! Der Mehrwertsteuer kommt eine hohe Bedeutung zu – deshalb auch diesem Bericht –, weil sie die wichtigste Einnahmequelle ist für die Haushalte der Mitgliedstaaten und auch eine wichtige Einnahmequelle für die Europäische Union. 2014 wurden EU-weit 1 000 Mrd. EUR an Mehrwertsteuereinnahmen getätigt, 17,6 Mrd. davon sind in das Budget der Europäischen Union eingeflossen. Das macht insgesamt 12,2 % des europäischen Budgets aus.

Die Steuerausfälle bei einer so großen Steuer sind aber auch gigantisch, und es wurde heute schon vom Berichterstatter angesprochen: Der Steuerausfall bei der Mehrwertsteuer ist höher als das Budget der Europäischen Union. Der Steuerausfall drückt sich aus in der Mehrwertsteuerlücke, die sich auf 170 Mrd. EUR jährlich angehäuft hat, und davon sind 50 Mrd. EUR auf grenzüberschreitenden Betrug zurückzuführen. Das ist wiederum in erster Linie Karussellbetrug, und hinter Karussellbetrug steht die organisierte Kriminalität. Den europäischen Ermittlern ist hier erst kürzlich ein großer Schlag gegen die organisierte Kriminalität gelungen. Sie konnten ein Karussellbetrugssystem aufdecken, das einen Schaden von 320 Mio. EUR verursacht hat.

Die Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und Mehrwertsteuervermeidung, das heißt, auch die Schließung der Mehrwertsteuerlücke müssen also Priorität haben. Aus diesem Grund muss das Mehrwertsteuersystem einfacher, weniger betrugsanfällig und unternehmensfreundlicher gemacht werden. Insbesondere für KMU ist eine einfachere Handhabung ohne zusätzlichen Administrationsaufwand notwendig, und wichtig werden dabei digitale Technologien sein, digitale Abwicklungsplattformen, damit diese Mehrwertsteuer hinkünftig besser und auch ertragskräftiger eingehoben werden kann.

Ich danke dem Berichterstatter, der einen sehr ausgewogenen und guten Bericht vorgelegt hat. Und ich hoffe, dass uns dieser Bericht dabei helfen wird, Mehreinnahmen für die Mitgliedstaaten und für die Europäische Union zu erzielen.

Steven Woolfe (NI). – Mr President, 1973 will forever stand in the history of Britain as a year of infamy. On 1 January that year, as a consequence of the Prime Minister Ted Heath's signature, we joined the EU. Later that year, his Chancellor Lord Barber introduced VAT into the UK. The VAT is really an example of everything that is wrong about the European Union. It started at 10% but has grown to 20%. It is swollen in size and complexity. In the UK, it has 3 200 pages of tax legislation, and as the Commissioner said: it cannot cope with innovation or start-ups.130 countries, have adopted it, yes, but one significant country – the United States – has not. It is more innovative and is more flexible, and has an economy greater and better than that of those in the European Union. Just as the British people recognised and reversed a decision of Ted Heath and his huge deceit on sovereignty, on Brexit the UK Government has a huge opportunity to reverse VAT and have a more flexible regime in taxation.

Dariusz Rosati (PPE). – Mr President, first of all let me congratulate our rapporteur Mr Langen on an excellent report. In the report, we can read that the current VAT system across the EU is excessively complicated, with a multitude of VAT rates and exemptions that put unnecessary burden on companies involved in cross-border trading. Moreover, this complexity opens up ample possibilities for VAT fraud and VAT avoidance within the single market. According to the Commission's assessment, in 2014 alone the VAT gap between expected revenue and revenue actually collected was estimated at about EUR 160 billion.

These enormous losses suffered by all Member States call for swift and ambitious action to address VAT fraud. The focus should be on three areas: firstly, we should minimise the amount of goods that benefit from reduced VAT rates across the EU. Secondly, in the longer run, we should aim at gradually harmonising national VAT rates within the single market. Thirdly, the EU should take steps to address tax fraud coming from the so-called carousel schemes.

One way of solving this last problem is to ask banks to separate the VAT obligations from the gross price paid for a given transaction. A payment by a payer for any given invoice should then be immediately split by the bank into VAT tax due that would be transferred to the national tax authority, and the remaining amount would be transferred to the seller's account.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, je veux d'abord évidemment remercier notre rapporteur. Je crois que, dans la stratégie globale qui est en train de se mettre en place en termes de fiscalité, ce plan d'action de la Commission européenne pour combattre la fraude dans le domaine de la TVA est un élément bienvenu.

Lorsque l'on connaît les chiffres de cette fraude, on constate qu'il y a effectivement quelque chose qui ne va pas. C'est un sujet qui concerne évidemment directement l'Union européenne puisque l'on discute d'un impôt qui constitue aussi l'une des rares ressources propres de son budget. Or, sur 1 000 milliards, les 170 milliards de fraude annuelle, dont 50 milliards dans les opérations transfrontières, ne sont pas acceptables par nos concitoyens ni par nos États, pas plus que par l'Union européenne.

Je pense que les pistes proposées par la Commission vont dans le bon sens pour ce qui est de la livraison d'un bien entre États membres qui deviendrait taxable dans l'État d'arrivée ou de la possibilité pour l'acquéreur de finaliser sa TVA avec la mise en place de mini-guichets qui, je pense, permettront de contribuer à l'amélioration du dispositif.

Un débat est ouvert sur l'avantage octroyé à la République tchèque de tester dans un projet pilote le mécanisme de l'autorégulation. Soyons francs, nous n'y croyons pas, nous ne pensons pas que cela va réduire la fraude. Nous ne pensons pas que cela va dans le bon sens car la TVA est un impôt utile, un impôt efficace, et il faut simplement corriger les choses qui ne nous permettent pas de collecter cet impôt dans de bonnes conditions. Mais mettre en place l'autorégulation, c'est renoncer au mécanisme de la TVA.

Nous préférons donc les propositions qui vont dans le sens du renforcement de l'action proposée par la Commission européenne.

Richard Sulík (ECR) – Od roku 1993 je platný súčasný systém DPH, ktorý je koncipovaný ako prechodný režim. Bolo to dostatočne veľa času nato, aby sme zistili, že tento systém umožňuje karuselové a iné podvody v rozsahu desiatok miliárd eur. Môžete robiť veľa opatrení, ale podstata ostane tá, že tento systém umožňuje karuselové podvody. Preto vyzývam Komisiu, ako aj Radu, aby zmenila systém DPH na systém dane z obratu. To znamená, jednotlivé články dodávateľsko-odberateľského reťazca si nebudú medzi sebou účtovať túto daň, a teda zároveň si na ňu nárokovať, čo umožňuje podvody, ale len ten posledný článok, ktorý bude už predávať konečnému spotrebiteľovi, ktorý nie je registrovaný platca tejto dane, len ten by vyfakturoval tú daň. Toto je to, čo skutočne vyrieši tieto obrovské problémy, ktoré tu s DPH máme už 20 rokov.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE). – Ik wil ook graag beginnen met het bedanken van de rapporteur, de heer Werner Langen, voor zijn uitstekende werk en ook dat van de collega schaduwrapporteurs natuurlijk. Ik ben erg blij met het actieplan voor de btw want ook in mijn land, Nederland, duikt het probleem van de btw-carrouselfraude steeds weer opnieuw op. Zo werd er in dit jaar bekend dat een netwerk van Deense en Spaanse jihadisten door btw-fraude bij de in- en verkoop van Goudse kaas en Hollandse kipfilet mogelijk honderdduizenden euro's voor de internationale jihad heeft verdiend. En dit voorbeeld maakt maar weer eens duidelijk hoe belangrijk het is om btw-fraude op Europees en internationaal niveau aan te pakken. Maar er is nog een reden waarom ik erg blij ben met het btw-actieplan en dit rapport, want bovenaan mijn verlanglijstje staat al een hele tijd dat ondernemers met bijvoorbeeld een webwinkel niet langer 28 verschillende btw-administraties hoeven bij te houden. Laten we snel een einde maken aan het huidige ingewikkelde

aangiftesysteem dat zorgt voor hoge administratieve lasten voor ondernemers. Eén gezamenlijk formulier zou al heel veel helpen.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL). – Mr President, one of the reasons why we have fraud in VAT is because people are required, due to crippling austerity, to go outside the law for basic goods. Essential goods are made more expensive. The Greens representative mentioned tampons and women's sanitary products. The Economic and Social Research Institute in Ireland found that groups hardest hit by VAT were households in the poorest income decile – households in rural areas, six-person households and those containing a single adult with children.

I hear people say that VAT gives people choice. Where is the choice for low income families? The only people who really have choice with VAT are the rich. It is inequitable, and those who can afford to pay the most should pay the most.

In Ireland, our VAT take is around EUR 10 billion per year. This year alone we are going to burn two billion we already have on promissory note bonds. We get nothing back for it. We are also going to give away billions to Apple in tax. Fill that hole by taxing what should be taxed and get rid of this inequitable tax – and also stay out of our tax affairs. We are sovereign on that.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente, señor Comisario, bienvenidos sean los esfuerzos de la Comisión para la reforma del IVA. Ahora tenemos una cierta armonización, imperfecta e insuficiente, y tenemos un nivel de fraude más que insoportable: 160 000 millones de euros justifican sobradamente las reformas que se proponen, aunque habrá, desde luego, que seguir atentamente su aplicación.

Seamos conscientes del coste altísimo de la «no Europa», de no disponer en esta materia de un sistema completo y blindado europeo.

Cuando recuerdo las negociaciones de la semana pasada, las sesiones de conciliación presupuestaria y la batalla infinita con el Consejo para conseguir ampliar en 50 millones la dotación de partidas, como el Horizonte 2020, la verdad es que me invade una cierta tristeza que este debate no hace más que confirmar.

Apoyamos, pues, el plan de acción, no tanto la propuesta de proyecto piloto de carga revertida, cuyos efectos deberían estudiarse muy detenidamente. Nos parece del todo acertada, en cambio, la orientación hacia la reducción de costes y carga burocrática de pequeñas y medianas empresas y defendemos el uso adecuado de tipos fiscales diferenciados para favorecer e influir el consumo sostenible en cuestiones *(inaudible)* como las que explicaba la señora Scott Cato con toda la razón.

Marco Zanni (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il testo e la proposta di questa riforma dell'IVA a livello europeo non ci soddisfa e non ci soddisfa perché non propone soluzioni efficienti, sufficienti e definitive a questo grave problema, come le cifre in ballo hanno dimostrato.

Quattro punti da migliorare: abbandonare il principio del Paese d'origine per il Paese di destinazione non farà altro che agevolare le frodi, soprattutto la frode «carosello», che è quella più importante e che toglie più risorse agli Stati. Come secondo punto: manca un vero sistema di condivisione delle informazioni: la trasparenza è fondamentale. Ad esempio manca un registro unico delle imprese a livello europeo che aiuterebbe la comunicazione per contrastare queste frodi. Tre: manca un limite superiore all'IVA imposta dagli Stati membri. Sappiamo che un livello troppo alto di IVA comprime i consumi e Dio sa quanto ne abbiamo bisogno oggi in Europa. E l'ultimo punto è sulla *reverse charge*, che è un meccanismo che si è dimostrato inefficace nel combattere le frodi e rischia di favorirne di nuove, ponendo anche un carico amministrativo oneroso alle piccole e medie imprese.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο φόρος προστιθέμενης αξίας (ΦΠΑ) αποτελεί σημαντική πηγή εσόδων για κάθε κράτος μέλος και παράλληλα συμβάλλει σημαντικά στην αύξηση των εσόδων της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Αυτός είναι και ο λόγος για τον οποίον η Ευρωπαϊκή Ένωση προβάλλει την ανάγκη της δημιουργίας κοινού συστήματος ΦΠΑ, με το πρόσχημα ότι τα προϊόντα και οι υπηρεσίες θα φορολογούνται στην χώρα όπου παρασχέθηκαν. Αυτό σαν ιδέα ακούγεται καλό. Το φορολογικό σύστημα κάθε χώρας όμως είναι διαφορετικό και πάνω σε αυτό στηρίζεται η ανάπτυξη της οικονομίας της χώρας. Η ισοπεδωτική ενσωμάτωση όλων σε ένα κοινό φορολογικό σύστημα ΦΠΑ θα δημιουργήσει συνεπώς οικονομικές αναταράξεις και απώλεια εσόδων. Πραγματικός σκοπός αυτής της προτάσεως είναι η αφαίρεση από τα κράτη της δυνατότητας να διαχειρίζονται αυτά τις οικονομίες τους και να ικανοποιούν τις ανάγκες και τις επιδιώξεις τους και η εκχώρηση αυτού του δικαιώματος στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Οι συνέπειες αυτής της πολιτικής έχουν φανεί στην Ελλάδα, όπου η τρόικα έχει καταστρέψει την οικονομία της χώρας και έχει επιβάλει φόρο προστιθέμενης αξίας 24% ο οποίος επιβαρύνει τον τελικό καταναλωτή…

(Ο Πρόεδρος διακόπτει τον εισηγητή)

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Im Jahre 1993 wurde die erste Übergangsregelung geschaffen.

Es sind seitdem 23 Jahre vergangen, und die Welt hat sich sehr stark verändert: Der Online-Handel ist heute nicht mehr wegzudenken, grenzüberschreitende Dienstleistungen gehören zum Alltag. Das Problem ist aber, dass dadurch der Mehrwertsteuerbetrug zugenommen hat und der Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten verzerrt wird.

Wir müssen daher viele und breite Lösungsansätze diskutieren. Die Kommission hat die *Reverse-Charge* vorgeschlagen, ein System, die Waren- und Dienstleistungen ab nun im Bestimmungsland zu besteuern. Da die Mehrwertsteuer eine Konsumentensteuer ist, wäre es sinnvoll, dass sie im Land des Konsumenten und nicht im Land des Unternehmers eingehoben wird. Wir haben daher in Österreich auch ein Alternativmodell erarbeitet. Eine Alternative zum *Reverse-Charge*-System wäre eine europaweite IT-Plattform, bei der die Verkäufer sich im Land des Kunden registrieren müssen. Dort wird die monatliche Umsatzsteuer automatisch festgestellt, und die Daten werden sofort an die Behörde weitergeleitet und europaweit geteilt.

Ich bitte, auch diesen Ansatz zu bedenken – er hat positive Seiten. Denn wir benötigen einen Wettbewerb der Ideen, denn nur die Vielfalt der Lösungsansätze kann den Steuerbetrug bekämpfen und Europas Handlungsfähigkeit demonstrieren und stärken.

Anneliese Dodds (S&D). – Mr President, I would like first to commend the rapporteur, Mr Langen, for his work on this file, as well as the Commission for its continuing endeavours to clamp down on VAT fraud.

Any new VAT system must of course promote economic growth in a sustainable way, while protecting public policy objectives. In that regard, I would like to underline the need for the European Commission to speedily make clear when and how it will honour its pledge to introduce a VAT threshold for small businesses engaged in cross-border trade of e-services.

Many British firms have had a very difficult time adjusting to the new VAT system, with little help from the current British Government. I hope that the Commission at least can help them by stating exactly when, and at what level, the threshold will be reintroduced. I would also like to underline the need for the Commission and Member States to work to exempt essential products from VAT, not least sanitary products. VAT is a regressive tax, when applied to sanitary products like tampons and towels, it becomes a sexist tax too.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Zabierając głos w tej dyskusji, chcę podkreślić, że w moim kraju, w Polsce, wielkość tzw. luki podatkowej w podatku VAT w ostatnich latach sięgała 30 % wpływów, a więc była wyraźnie wyższa od średniej unijnej. Dlatego też nowy polski rząd od początku tego roku podejmuje działania, zmieniając prawo, reformując służby skarbowe, co już przyniosło dobre efekty, a wpływy z VAT są blisko o 10 % wyższe w stosunku do analogicznego okresu roku ubiegłego. Zmiany w prawie niedotyczące VAT to m.in. ograniczenia w kwartalnym systemie rozliczania tego podatku, rozszerzenia systemu odwróconego VAT, ograniczenia w rejestracji tzw. „słupów" służących do wyłudzania VAT, zwiększenie rozmiarów sankcji finansowych, a także karnych za wyłudzanie VAT, wreszcie wprowadzenie centralnego rejestru paragonów i centralnego rejestru faktur.

W związku z tym wydaje mi się, że propozycje przygotowane przez Komisję, zmierzające do ograniczenia wyłudzeń VAT, powinny dotyczyć tylko obrotów wewnątrzwspólnotowych, natomiast w pozostałym zakresie decyzję tę należy pozostawić poszczególnym państwom członkowskim.

Róża Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE). – Panie Przewodniczący! Dziękuję bardzo mojemu koledze Wernerowi Langenowi za tę inicjatywę i za ten dokument, o którym teraz rozmawiamy. I rzeczywiście, te 28 różnych porządków VAT-owskich to jest jedna z zasadniczych barier na naszym jednolitym rynku europejskim. To również jeden z powodów geoblokowania – bardzo często wymieniany. 28 różnych porządków prawnych – za dużo tych przepisów, często bardzo skomplikowanych. W związku z tym przedsiębiorcy, którzy obawiają się komplikacji z VAT-em w różnych krajach, skomplikowanych procedur i procedur, których nie znają, często sami z siebie ograniczają swoją działalność do tych krajów, gdzie VAT rozumieją, gdzie sobie radzą z VAT-em bez dodatkowego zatrudniania ludzi, bez dodatkowych kłopotów. To dotyczy szczególnie małych przedsiębiorców. Oni ograniczają swój rozwój i swoje zarobki, a konsument ma przez to mniejszy dostęp do produktów i usług z całego naszego wspaniałego wspólnego rynku. Mamy przez to też mniejszą konkurencję na naszym europejskim rynku. My rozmawiamy na ten temat już od dawna, ja oczekuję od Komisji Europejskiej, Panie Komisarzu, odważnej, śmiałej propozycji w sprawach VAT-owskich i apeluję bardzo o zharmonizowanie przynajmniej procedur VAT-owskich na naszym wspólnym rynku europejskim.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Monsieur le Président, c'est un rapport particulièrement important dont la Commission devrait faire son miel sur l'une des ressources fiscales essentielles des États. Pour ma part, je souhaiterais intervenir sur deux sujets.

Le premier concerne les services publics, qui devraient bénéficier de la TVA à taux réduit lorsqu'ils traitent des aspects sociaux, sanitaires, environnementaux, nutritionnels et culturels afin de préserver les valeurs essentielles de l'Union. Les services sociaux d'intérêt général, par exemple, devraient bénéficier d'une exemption.

Le deuxième sujet concerne les territoires, et notamment les territoires ruraux isolés sur lesquels certaines activités économiques jouent un rôle social important. C'est le cas, par exemple, de la filière équine, qui est caractérisée par une implantation à vocation multiple englobant le sport, la pleine nature et l'équitation, de même que le tourisme, l'hippothérapie, etc. Les exploitations sont d'une manière générale assez fragiles et leur équilibre économique dépend sans doute des taux de TVA.

C'est la raison pour laquelle une TVA excessive mettrait en péril ces exploitations et mettrait en place une économie grise qui irait justement à l'encontre d'une fiscalité équitable et transparente.

Hugues Bayet (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, comme d'autres de mes collègues, je salue évidemment la décision de la Commission de mettre en place un plan d'action en matière de TVA. Je pense qu'il est vraiment nécessaire d'avoir une réforme qui instaurera un espace communautaire unique dans le domaine de la TVA.

On le sait, la TVA en Europe, c'est quelque chose d'important. En 2014, elle représentait 1 000 milliards d'euros de recettes, soit environ 7 % du PIB de l'Union et, surtout, c'est une partie des ressources propres de l'Union qui nous permettent de financer toute une série de projets intéressants pour nos concitoyens, que ce soit la garantie jeunesse, les programmes culturels, l'aide aux plus démunis ou encore l'aide aux licenciés des multinationales.

Mais, on le sait tous, il y a encore trop de fraude. Je pense donc que ce texte va vraiment nous aider à améliorer le système de perception de la TVA, à éliminer la fraude à la TVA et à réduire les formalités administratives. Je pense que ce dernier point est important, car cela permettra de simplifier les opérations commerciales des PME et, plus important encore, cela soulignera la nécessité d'une harmonisation au niveau de l'Union européenne en matière de politique fiscale. On a d'ailleurs lancé un appel aux États membres puisque – on le sait tous – c'est une politique nationale, mais il est bon de converger vers un taux équivalent de TVA dans les différents États membres si nous voulons trouver une solution à ce problème.

Nous demandons également un réexamen régulier de l'annexe de la directive «TVA» contenant la liste des biens et des services réduits en TVA, parce que je tiens à rappeler que la TVA est quand même un impôt injuste qui touche de la même façon toutes les catégories de la population. Il me semble donc quand même essentiel de soutenir la réintroduction d'un taux de TVA qui soit plus élevé, notamment pour tous les produits de luxe, mais aussi – comme vient de le dire mon collègue Denanot – de soustraire les services sociaux d'intérêt général à la loi du marché et, en ce qui concerne l'application de la TVA, de maintenir les exceptions dont bénéficient les services publics.

Enfin, Monsieur le Commissaire – et c'est pour moi la demande la plus essentielle faite à la Commission –, il faut évaluer l'impact de l'absence d'harmonisation des taux d'imposition au niveau de l'Union européenne. Je pense que c'est ce qui arrivera vraiment à convaincre les États membres, vu la fraude transfrontalière.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Monsieur le Président, dernièrement, tout le monde semble avoir parlé en français mais, malheureusement, je vais faire mon intervention en anglais.

VAT is a major and growing source of tax revenue in the European Union. However, the current VAT system is too vulnerable to fraud and too bothersome and complex for businesses that wish to expand beyond a Member State in which they are established. Therefore, I would like to welcome the outcome of the report, which puts forward proposals to improve the VAT collection system, eradicate VAT fraud and reduce red tape, highlighting the need to reform the system with the aim of achieving a single EU VAT area and thus helping to promote employment, growth, investment and competitiveness.

However, there is one aspect that I would like to underline: we need to assess carefully the consequences of the reverse charge mechanism and to examine whether this procedure would simplify the situation for small and medium-sized enterprises and reduce VAT fraud, because it might, in practice, create more loopholes and increase the VAT collection loss that it is intended to address.

Procedura „catch the eye"

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Chciałbym przy tej okazji upomnieć się o kulturę, upomnieć się o takie regulacje i praktyki w zakresie VAT, które obejmują szeroko rozumianą kulturę, przemysły kreatywne, samych twórców. To właśnie jeżeli chodzi o VAT, bardzo często zdarzało się, że usługi konserwatorskie były bardzo różnie traktowane. To właśnie w obszarze kultury audiobooki miały obniżony VAT, natomiast e-booki – już nie. Wiele takich elementów w praktyce niestety dotykało właśnie obszaru kultury i samych twórców.

Chciałbym jednocześnie posłowi sprawozdawcy bardzo podziękować. Jest to właściwy krok we właściwym kierunku, natomiast to, czego mi brakuje w finale, w tej długiej perspektywie, to właśnie sama kultura.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non è la prima volta che intervengo sui temi della elusione ed evasione fiscale, del *tax ruling* e della vulnerabilità alle frodi del regime IVA. Ribadisco gli effetti dannosi di questi sistemi che si riflettono sul regime della concorrenza, causandone distorsioni; sulle entrate di bilancio degli Stati membri, sottraendone ingenti proventi a detrimento delle finanze pubbliche; sulle piccole e medie imprese, creando un ambiente fiscale distorto.

La mancanza di armonizzazione fiscale dell'IVA rappresenta infatti la linfa finanziaria delle attività criminali, le quali sfruttano le divergenze legislative ed informative tra i vari Stati membri con l'attuazione delle frodi «carosello», le quali generano fino a 53 miliardi di euro di mancato gettito IVA ogni anno. Il fenomeno mina alle fondamenta la fiducia dei cittadini e allontana all'ingresso il funzionamento del mercato unico digitale e la sua armonizzazione con il mercato dei capitali.

A queste istanze risponde alla relazione alla quale mi associo, consapevole della necessità di un miglioramento dell'attuale sistema IVA come annunciato dalla Commissione il 7 aprile.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Katainen, πρώτον, σύμφωνα με τον προϋπολογισμό της Ελλάδας για το 2017, οι Έλληνες πολίτες θα κληθούν να πληρώσουν 20,3 δισεκατομμύρια EUR σε άμεσους φόρους και 26,2 δισεκατομμύρια EUR σε έμμεσους φόρους. Τα περισσότερα από αυτά τα χρήματα θα πάνε στον ΦΠΑ. Δεύτερον, υπήρξε αύξηση του ΦΠΑ από 23 στο 24% στα νησιά του Αιγαίου. Αυτό σημαίνει ότι έχουν διαλυθεί πλέον όλα τα νησιά του Αιγαίου. Δεν μπορεί να υπάρξει αποτελεσματική οικονομική λειτουργία και μάλιστα σε μια περίοδο όπου τα νησιά του Αιγαίου έχουν γεμίσει από πρόσφυγες. Τρίτον, αυξημένος ΦΠΑ σημαίνει ότι φεύγουν επιχειρήσεις από την Ελλάδα και πηγαίνουν στη Βουλγαρία και στην Κύπρο. Κυρίως όμως σημαίνει ότι ο φτωχοποιημένος ελληνικός λαός πληρώνει πλέον πανάκριβα τα είδη διατροφής, πληρώνει πανάκριβη την ηλεκτρική θέρμανση, πληρώνει πανάκριβα το πετρέλαιο θέρμανσης. Δεν είναι δυνατόν να συνεχιστεί αυτή η κατάσταση. Απαιτείται λοιπόν μηδενικός ΦΠΑ στα βασικά είδη διατροφής του ελληνικού λαού που έχει φτωχοποιηθεί και που πλήττεται από τεράστια ανεργία.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Čezmejne goljufije na področju DDV stanejo države članice na milijone evrov letno. Vrste goljufij na področju DDV so seveda zelo raznolike in se spreminjajo in prilagajajo zelo hitro, tudi zakonodaji.

Zato mora Komisija paziti pri svojih ukrepih, da bo seveda toliko učinkovita, da bo predvidela tudi vse morebitne prihodnje oblike davčnih goljufij, kolikor se seveda da, in da na ta način omeji najbolj znane oblike davčnih vrtiljakov, ki so zelo razprostranjeni na področju elektro industrije, mobilne telefonije, tekstila, blaga, ki torej potuje znotraj Evropske unije in ustvarja miljone in milijone davčnih goljufij.

Zato seveda gre pozdraviti določeno poenotenje tudi DDV-ja na področju Evropske unije, pri čemer pa seveda pozivamo tudi k večji transparentnosti in pa tudi ustreznemu sankcioniranju.

Андрей Новаков (PPE). – Г-н Председател, г-н Комисар, на първо място искам да благодаря на г-н Ланген за усилията, които е положил по доклада. Очевидно е, че имаме система, която не работи така, както сме искали да работи в момента. И честно казано, няма как да е иначе, след като сме представили тази методология преди четиридесет години. Не може тя да е адекватна днес. В този ред на мисли приветствам усилията на Комисията и амбициозния план, който има за справяне с ДДС измамите, тъй като има недобросъвестни търговци, които генерират щети за милиарди.

Според мен има няколко стъпки, които трябва да следваме за дълготрайно решение на този проблем. Първото е всеобхватна, пълна, единна система на Европейския съюз за ДДС – плащане и възстановяване. Това би улеснило много компаниите, които са добросъвестни, и би попречило на измамите. Второ, със сигурност трябва да облекчим административната тежест и процедурите за стартъпи. Не можем да очакваме компании с трима човека персонал да се справят така, както големи международни компании. И накрая, националните служби трябва да си комуникират откровено и в пълност.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, riformare il sistema europeo dell'IVA ormai è indispensabile. Il sistema attuale, obsoleto, si è infatti dimostrato vulnerabile alle frodi e fonte di distorsione della concorrenza a danno delle piccole e medie imprese.

Per esempio le frodi dell'IVA, messe in atto dai soli gruppi criminali, secondo le ultime stime, costano a livello di Unione europea fra i 40 e i 60 milioni di euro ogni anno. Diverse indagini condotte da Europol hanno infatti dimostrato che i gruppi criminali si finanziano anche tramite frodi transfrontaliere dell'IVA su larga scala, le cosiddette frodi «carosello», approfittando anche delle lacune legislative esistenti fra gli Stati membri.

Per sradicare questo fenomeno è indispensabile rafforzare la cooperazione amministrativa tra Stati al fine di rimuovere gli ostacoli di natura giuridica che impediscono lo scambio di informazioni fra autorità amministrative e giudiziarie. Ringrazio quindi il relatore per il suo lavoro sul testo che propone una riforma dell'IVA, testo che condivido.

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, čestitam kolegi Langenu na izvrsnom izvješću. Kao što smo svi istaknuli, postojeći sustav PDV-a je kompliciran, velika je administracija na poduzetnicima i poreznim upravama i ostavlja puno prostora za porezne prijevare. Zbog toga, naravno, podržavam ovo izvješće i prijedloge iznesene da se sustav PDV-a pojednostavi, ali ono što bih željela istaknuti je da niti reforma PDV-a, niti bilo koja druga ne može biti uspješna bez zajedništva svih država članica i, naravno, važne uloge koju Komisija mora imati u harmonizaciji cijelog sustava.

Napravimo prvi korak, a to je da zajednički počnemo raditi, razmjenjivati informacije i time spriječiti prijevare i zaštititi poštene poduzetnike i građane dok, naravno, paralelno radimo na izmjenama i donošenju novog sustava.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, susțin raportul și îl consider important, mai ales din două perspective: problema fraudei și problema IMM-urilor. Nu o să mai vorbesc de fraudă, pentru că s-a spus foarte mult. Doresc însă să subliniez problemele pe care le au IMM-urile din mai multe puncte de vedere. Sigur că frauda aduce o presiune foarte mare chiar asupra IMM-urilor, dar sistemul existent, înființat în 1993, este complex. IMM-urile, în momentul în care doresc să lucreze transfrontalier, se confruntă cu declarații diferite și au o sarcină majoră. Comisia trebuie să se gândească la o formă unică de declarație. Este nevoie de un sistem nou, simplificat pentru IMM-uri, pe care să-l aplice cu ușurință.

Domnule comisar, mă bucur că aveți un program și doriți un prag de scutire a IMM-urilor de TVA. Dar v-ați gândit ce presiune și ce cost are un IMM când importă tehnologie, utilaje? V-ați gândit și aici să schimbați ceva? Pentru că un IMM își poate recupera TVA-ul pe instalațiile pe care le importă sau le cumpără în ani de zile, poate, datorită cifrei de afaceri scăzute. Deci poate și aici gândiți ceva să diferențiați importul pe tehnologie.

Stanislav Polčák (PPE). – Já bych chtěl rovněž poděkovat panu Langenovi, protože pokud v daňové oblasti je předložena zpráva, která je napříč politickým spektrem takto chválena, tak to si myslím, že opravdu zasluhuje uznání a poděkování.

Složitost systému, úniky, které v rámci systému vznikají díky podvodnému jednání – se vším souhlasím, co řekli kolegové. Já pocházím z ČR a ta zde byla mnohokráte zmiňována. Naše hnutí je na národní úrovni v opozici, na evropské úrovni se cítím být součástí koalice. Z toho důvodu bych chtěl dát šanci i Ministerstvu financí ČR, aby ukázalo, co umí, aby skutečně předložilo pilotní projekt a zpracovalo ho tak, aby ten problém ještě více nezkomplikovalo a zbytečně nezdržovalo právě postup na evropské úrovni.

Pevně věřím, že se to ministerstvu financí podaří, pokud by se tak nestalo, je to jeho ostuda.

Brian Hayes (PPE). – Mr President, I want to congratulate my colleague Mr Langen on his report. I think it is an important marker to the Commission to bring forward new proposals and I also think it is important that we have a VAT collection system that is fit for purpose. This is supposed to be a single market: why these distortions can be allowed to occur is a fundamental issue. Also, in the digital world, we know it is difficult to make sure we can track down these payments. So we need a system that is fit for purpose.

We also need a collection system that actually brings in the money. There is very little point in having VAT rates unless we have a technologically sound collection system that can bring the money in, to close the deficits in all our Member States.

Lastly, it is important that the reverse charging mechanism is included in the report. This does point to new ways of doing business. If we can learn from that as a pilot project, we should do so, because ultimately this is about closing the gap – making sure that the EUR 50 billion that is out there, cross-border, is brought home to Member States so that we can close deficits.

(Încheierea procedurii „catch the eye")

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission.* – Mr President, I would like to thank Members for their mostly positive ideas about how to further improve the VAT system. Mr Langen has obviously done a valuable job and all the thanks to him are well deserved. Tax fraud is a cancer in our society. It is bad for entrepreneurs, it is bad for consumers and it is bad for our societies. That is why there are good reasons to reform the VAT system in order for it to be more watertight than it is at the moment.

I will make a couple of personal and rather political observations. These are not necessarily the political views of the Commission. As a former finance minister, I like VAT a lot. It is a money machine but it must be a fair money machine. If it functions well, you do not need to worry about revenues. They just come. It is basically a very simple tax and, if we manage to address the fraud opportunities, it is one of the best taxes we can have.

But I also want to say that I do not see the VAT system as a perfect tool for taking care of social policy goals because it is much better to collect returns by VAT but then use direct subsidies to help those who need our joint help and common effort. So VAT is a good money machine but not ideal for addressing social issues. That is why direct subsidies are more efficient in this respect.

Also, the fewer reduced rates there are, the more efficient the VAT system is. I know that there are always good reasons to use reduced rates for good purposes but, at the same time, it is not good for the efficiency of the system as such. So that is why I, personally, am not a big fan of a large amount of reduced rates because it would be better to keep a general rate at as low a level as possible and at the same time not to use too many reduced rates.

But, as I said, these couple of observations were more my own opinions and contributions to this good discussion which we have witnessed today.

Werner Langen, *Berichterstatter.* – Herr Präsident! Ich möchte anknüpfen an die Wortmeldung des Vizepräsidenten Katainen.

Natürlich haben wir in unserem Antrag auch die sozialpolitische, die umweltpolitischen und die sonstigen Funktionen, die möglich sind. Aber Sie haben Recht: Der Rechnungshof hat in seinem Gutachten festgestellt, dass eigentlich nur eine beschränkte Zahl von sozialpolitischen, niedrigen Steuern zu rechtfertigen ist – insbesondere für Lebensmittel und Grundbedürfnisse. Also da werden wir streiten müssen.

Ich möchte mich aber bei allen für ihre positiven Beiträge bedanken, für das unverdiente Lob – denn alle haben mitgearbeitet. Ich glaube, wenn wir die Mehrwertsteuer nach dem Bestimmungslandprinzip erheben, dann liegt es in der Hand der Mitgliedstaaten, die Steuerlücke besser schließen zu können. Denn dann haben sie es selbst in der Hand, ob das der Fall ist.

Der griechische Finanzminister hat bei einem Termin in Athen im Frühjahr dieses Jahres gesagt: Seit der Einführung der automatischen Kassen im Einzelhandel in Griechenland sind die Einnahmen um 18 % gestiegen. Das heißt, es gibt auch technische Vorrichtungen, die die Mitgliedstaaten selbst in die Hand nehmen können. Das Bestimmungslandprinzip ist eine solche. Es sind alle Argumente ausgetauscht worden, insbesondere die Frage, dass kleine und mittlere Unternehmen am ehesten unter der hohen Bürokratie leiden, die das Vorsteuerverfahren – das Abzugsverfahren – mit sich bringt. Wir sind uns einig, den Betrug zu bekämpfen.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen, den die beiden nicht mehr anwesenden britischen Kollegen gesagt haben: Also die Mehrwertsteuer soll ein Zeichen für das sein, was in Europa falsch läuft; er hat gesagt die Erhöhung des Satzes von 10 auf 20 %. Noch ist der Steuersatz in der selbständigen Verantwortung der Mitgliedstaaten. Das ist also eine falsche Fährte.

Die andere Aussage, dass der Brexit die Möglichkeit bietet, den Briten endlich ihre Tamponsteuer einzuführen, ist höchster Nonsens. Denn bisher gibt es über 500 Ausnahmen, die die Mitgliedstaaten verteidigt haben. Wenn die britische Regierung dazu in der Vergangenheit nicht in der Lage ist, dann soll die das verantworten, und es soll nicht auf Europa geschoben werden.

Ich bedanke mich nochmals sehr herzlich.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 24 noiembrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Julia Pitera (PPE), *na piśmie*. – W 2014 roku wpływy z VAT wyniosły prawie 1 bln EUR. Niestety, obecny system VAT, zwłaszcza w transakcjach transgranicznych, podatny jest na oszustwa i błędy. Ponadto skuteczność przeciwdziałania oszustwom z tego tytułu w poszczególnych państwach członkowskich jest bardzo zróżnicowana. Europol oszacował, że działalność zorganizowanych grup przestępczych prowadzi do strat w dochodach państw członkowskich w wysokości ok. 50 mld EUR rocznie. Skala tego zjawiska jest niezwykle trudna do oszacowania, gdyż tylko dwa państwa członkowskie gromadzą statystyki w tym zakresie.

W procesie zwalczania oszustw związanych z VAT niezwykle ważne jest uproszczenie systemu, również dzięki wykorzystaniu nowoczesnej technologii. Należy też dążyć do minimalizacji obciążeń zarówno finansowych, jak i administracyjnych dla przedsiębiorców. Zwiększeniu skuteczności przeciwdziałania oszustwom VAT służyć będzie współpraca państw członkowskich na rzecz porozumienia co do ostatecznego systemu VAT. Skuteczności będzie również służyła koordynacja polityki podatkowej i wymiana informacji w tym zakresie pomiędzy państwami członkowskimi, a także organami podatkowymi państw członkowskich. Warto też dążyć do tego, by wymiana informacji obejmowała również wymiary sprawiedliwości i organy ścigania. Należy z zadowoleniem przyjąć zapowiedź Komisji, że do 2017 roku zaproponuje ona system VAT, który ma być prostszy i skuteczniejszy.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – O IVA é um imposto tremendamente regressivo que pressupõe um maior esforço das pessoas com menos recursos. Aumentar a carga fiscal com base no IVA é uma profunda injustiça social. A cobrança fiscal deve vir principalmente de impostos diretos e progressivos que pesem mais sobre as pessoas com rendimentos mais elevados.

A este respeito, a União Europeia não deve pressionar os Estados para que, dentro dos compromissos necessários para cumprir o objetivo do défice, aumentem as taxas de IVA.

Acreditamos também que a simplificação do complexo sistema atual não pode ser usada para restringir o número de bens e serviços aos quais se podem aplicar taxas reduzidas ou super-reduzidas de IVA. Mais uma vez, tem um sério impacto sobre as pessoas com rendimentos mais baixos, que suportariam sobre bens e serviços básicos, no caso do Estado espanhol, um IVA de 21% em comparação com os 4% ou 10% de hoje. Também afeta os produtos de tipo reduzido pela sua componente social.

Por outro lado, exprimimos a nossa rejeição de que as taxas de IVA sejam as mesmas em toda a União Europeia, uma vez que o poder de compra não é o mesmo em todos os Estados.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Actualul sistem European privind TVA a fost introdus acum 23 de ani ca fiind „temporar”. Acest sistem a încurajat frauda fiscală, în cazul comerțului între statele membre, în cadrul pieței unice. În fine, Comisia Europeană a recunoscut că trecerea la un sistem TVA bazat pe plata TVA în țara de origine nu este posibil. De aceea, Comisia Europeană vine cu propunerea de a se păstra sistemul de TVA bazat pe plata TVA în țările de destinație ale produselor și serviciilor exportate. Aceasta este soluția corectă.

Este nevoie însă să găsim cele mai bune soluții pentru stoparea fraudei fiscale în cazul TVA, respectiv ca importatorii să declare, din proprie inițiativă, obligațiile de plată a TVA pentru produsele și serviciile importate. Din păcate, propunerile Comisiei Europene în această direcție sunt încă neconvingătoare.

17. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Aussprache)

Președintele. – Următorul punct de pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui Brian Hayes, în numele Comisiei pentru afaceri economice și monetare, referitor la propunerea de directivă a Parlamentului European și a Consiliului privind activitățile și supravegherea instituțiilor pentru furnizarea de pensii ocupaționale (reformare) (COM(2014)0167 - C7-0112/2014 - 2014/0091(COD)) (A8-0011/2016).

Brian Hayes, *rapporteur.* – Mr President, I am glad we are having this debate on this important piece of legislation here in plenary this evening. It is the outcome of an important and positive negotiation, for which I want to thank everyone in this Chamber.

In June of this year, we reached agreement with the Dutch Council Presidency: I believe this is a good outcome for European pensioners, and we have brought more protection, more transparency and more security to the way that occupational funds are managed across Europe. I believe we have achieved the right balance between respecting differences between Member States' individual pension schemes and encouraging pension mobility within the European Union.

Although this is a minimum harmonisation directive, it is also an extremely sensitive piece of legislation in that we are dealing with other people's money here. We are dealing with people who have saved money, who have put that money aside, and we must always respect that. This has been a guiding principle that I had in the course of the negotiations.

I want to highlight the excellent working partnership in Parliament's negotiating team, and that applies to all my colleagues and all the political Groups. I was proud of the fact that we received a very broad majority in the Committee on Economic and Monetary Affairs. I want to thank my colleagues, here this evening, who worked with me as their rapporteur and I also want to thank the Committee on Employment and Social Affairs and the Committee on Women's Rights and Gender Equality for their work in terms of the opinions they gave on the proposal. I especially want to thank the secretariat of the Economic and Affairs Committee for the excellent work they did and the expertise they brought to this issue.

Ultimately, I believe Parliament's position was upheld very strongly in the negotiations, and I want to highlight some of our achievements. On funding provisions, we managed to ensure that under-funding can occur when doing cross-border business. Currently under-funding is not permitted for cross-border activity, and this has caused a great deal of uncertainty for cross-border pension business. We brought clarity to this area, and we have ensured that appropriate action should be taken by regulators to correct the situation.

On cross-border transfers we have ensured that when a pension scheme is being transferred to another Member State there is just one single authorisation from the regulator of the host Member State along with prior consent from the home Member State regulator. Both regulators must assess a limited list of criteria when approving transfers. The transfer must also be approved by members and beneficiaries of the scheme – a crucial issue. These procedures have never been set out before in EU legislation, so we have made advances here.

On the pension benefit statement, this annual statement to members and beneficiaries on their pension rights has been turned from a very prescriptive and fully harmonised statement into a principles-based approach, and therefore we have more flexibility in terms of using Parliament's proposed structure. We have also ensured that members and beneficiaries receive, at the very least, the key information on their contributions, the costs, the guarantees and the projections within their scheme.

We have ensured that the depository function remains as a Member State option, so as to take into account the variety of pension systems and the way in which depository activities can be conducted.

On environmental, social and government (ESG) risks for occupational pension funds: under this directive, we now have to assess these risks when making investment decisions. This idea follows the work of the United Nations. This is the first financial services directive in which such a requirement has been incorporated. It was a crucial issue for many members of Parliament's negotiating team, and we have achieved that.

On intergenerational balance, it has been recognised in the text that there should be intergenerational solidarity between younger and older members of a pension scheme, so that younger generations should not be disproportionately burdened if there are losses in the scheme.

I am optimistic that this directive can pave the way for a stronger internal market for pensions across the European Union, but I also feel that it can kick-start a real debate on pensions in the EU – a debate that is much needed here. Lastly, can I make this remark: I hope that we will recast the debate on pensions, which is necessary in a situation where so many people who are currently working across the 28 EU Member States lack pension cover for the future. That is an issue that we need to address in a creative and constructive way.

President. – Sometimes there has to be a trade-off between keeping strictly to the time and communicating practically. This time I chose communication.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I shall try not to take more than the three minutes that have been allocated to me.

I welcome the importance that this Parliament attaches to the revision of the Institutions for Occupational Retirement Provision Directive (IORPs). Your agreement will be an important step towards modernising the EU framework for occupational pension funds.

The Directive accommodates diversity in the EU pensions landscape with principles-based rules under a minimum harmonisation approach, which gives Member States maximum flexibility in implementation in national systems. The IORP2 directive brings improvements to governance provisions on cross-border activities and transfers, provisions on transparency to members, an increased freedom of investment of IORPs over the long term contributing to these EMU objectives.

Let me briefly present these improvements. The financial crisis has reinforced the need for sound governance of financial institutions and clear information to members and beneficiaries. Failure of governance of certain funds in the EU meant in some cases a cut in members' and beneficiaries' rights. In the new IORP2 directive, occupational pension funds and their members and beneficiaries will benefit from pension funds governed by experienced persons who carry out their duties in an objective, fair and independent way.

The directive will make it easier for pension funds to conduct cross-border business, creating new opportunities for companies and their workforce. By making use of these possibilities, innovative companies ranging from SMEs to multinationals will be able to reduce costs through economies of scale, risk diversifications and innovations.

The directive will improve the information provided to individuals about their pension savings. As a result, individuals will know more about their pensions. They will receive updates about their pensions regularly and will be able to make more informed choices about where they put their money. The directive will ensure that clear information is provided to pension scheme members and beneficiaries. The directive will stimulate the capacity of IORPs to invest in financial assets with a long-term economic profile and thereby support the financing of growth in the real economy.

The new rules will also make it easier for pension funds to invest in long-term assets, strengthening the role they can play in the capital markets union. Finally, the new directive will also encourage responsible investments. As a result of the agreement, pension funds will have to consider the risk of environmental, social and governance risks in their investment decisions and documents. This entails a three-yearly statement of investment policy principles. I would like to thank this House once again and look forward to a productive debate.

Jeroen Lenaers, *Rapporteur voor advies van de Commissie werkgelegenheid en sociale zaken*. – Allereerst dank aan Brian Hayes voor de prettige samenwerking tussen onze commissies op dit dossier en felicitaties voor het behaalde resultaat. Drie punten waren leidend in de beraadslaging in onze commissie over dit onderwerp. Allereerst, pensioenfondsen dienen een sociaal doel en moeten ook als zodanig behandeld worden. Nummer twee, Europese eenheidsworst op het gebied van pensioenen gaat niet werken. Daarvoor zijn de verschillen tussen de lidstaten te groot en is het pensioenlandschap in Europa te verschillend. Drie, wij moeten er vanuit Europa voor zorgen dat we die landen waar nog geen IBPV's bestaan stimuleren om dergelijke systemen te ontwikkelen en niet het tegendeel. Al deze drie punten zijn dankzij het

goede werk van de Raad en het Parlement in deze richtlijn terechtgekomen. We hebben een goede balans gevonden tussen enerzijds de noodzaak om goede Europese normen te hebben op het gebied van bestuur, toezicht en transparantie, terwijl we tegelijkertijd ervoor zorgen dat lidstaten de flexibiliteit hebben om deze normen aan hun eigen specifieke context aan te passen. En dat is zeker gezien het originele voorstel een niet te onderschatten resultaat.

Sirpa Pietikäinen, *rapporteur for the opinion of the Committee on Women's Rights and Gender Equality.* – Mr President, for active and healthy ageing, it is necessary to have sustainable levels of pensions. This is not always the case in Europe, and we have new threats like the economic landscape, carbon bubbles, resource efficiency and other factors. This is a crucial issue where I see that we have taken the first step to ensuring and guaranteeing adequate pensions for all Europeans.

In the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) we duly hope that the Commission will soon be ready to take the next steps which are needed. This means taking into account the different earning patterns of women and men. If a woman's salary is roughly 70% to 80% of a man's, the woman's pension euro is worth only about 60 cents because salaries are lower and working periods are shorter. If we do not compensate this in our pension calculation structures, this is going to be an unsustainable risk in the future.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident! Wir alle wissen, die Altersvorsorgesysteme in Europa sind auf die Probe gestellt.

Die größten Herausforderungen rühren aus der demografischen Entwicklung in Europa. Große Herausforderungen rühren natürlich auch aus den limitierten öffentlichen Mitteln, die den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Darüber hinaus kommen Herausforderungen aus der anhaltenden Niedrigzinsphase hinzu, die Ansparungen für die Zukunft noch schwieriger machen.

Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen. Denn klar ist: Das System der staatlichen Altersvorsorge benötigt eine effektive Ergänzung, und zwar sowohl durch die Stärkung der betrieblichen als auch durch die Stärkung der privaten Altersvorsorge. Hier kann die Europäische Union liefern, und sie hat geliefert. Unsere Fraktion begrüßt die Überarbeitung der Richtlinie zur betrieblichen Altersvorsorge, die unter Federführung unseres EVP-Berichterstatters, Brian Hayes, ausverhandelt wurde.

Die Richtlinie bekräftigt, dass die Möglichkeiten zur betrieblichen Altersvorsorge in den Mitgliedstaaten stärker gefördert und besser gesichert werden müssen. Um dies zu erreichen, müssen die Besonderheiten der unterschiedlichen Arten betrieblicher Altersvorsorge anerkannt werden. Das ist uns gelungen. Die Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge verfügen über besondere, effektive Sicherungsmechanismen. Sie sind eng mit den Arbeitgebern verknüpft. Das ist eine Tatsache, die sich auch auf die Bewertung von Risiken in den Einrichtungen auswirken muss.

Die Gesetzgeber haben sich für eine umfassende Absicherung der Risiken, aber bewusst gegen eine Einführung einer Solvenzbilanz entschieden. Es war uns wichtig, dass die betriebliche Altersvorsorge in der Breite gestärkt wird. Kleinere und mittelgroße Einrichtungen sollen die Chance haben, trotz der anspruchsvollen europaweiten Regeln ihr Angebot weiter aufrechtzuerhalten.

Von der neuen Richtlinie wird die betriebliche Altersvorsorge profitieren. Von der neuen Richtlinie werden die Pensionäre profitieren, die künftig bessere, einheitliche und reguläre Informationen über ihre Ansprüche erhalten werden. Es ist am Ende ein sehr gutes Ergebnis für die europäische Finanzmarkt-, aber auch Sozialpolitik.

Paul Tang, *namens de S&D-Fractie*. – Graag een hartelijk welkom aan de lezers en kijkers van Geen Stijl. Europa en pensioenen. Ja, jullie schrikken, ik weet het, maar tot tien tellen, blijven ademhalen, niet schuimbekken. Dat kan altijd nog. Nederland, België, Zweden, Frankrijk, Duitsland: verschillende landen met verschillende pensioenstelsels en dat blijft zo. De Europese richtlijn stelt minimumvoorwaarden waaraan Nederland in de meeste gevallen ruimschoots voldoet en in sommige gevallen niet. Zo krijgen deelnemers betere uitleg over de gevolgen van het beleggingsbeleid door hun pensioenfonds voor milieu en samenleving. Zo krijgen deelnemers een betere bescherming als hun pensioenfonds wil verhuizen naar een ander land, een driedubbel slot. Meer informatie en betere bescherming. Dat is het resultaat en dat resultaat overtuigt ook de CDA-fractie in het Europees Parlement maar niet hun partijgenoot Pieter Omzigt, die niet tot 10 wist te tellen. Dus betere informatie, een betere bescherming, terwijl jullie dachten dat wij alleen aan ons eigen pensioen denken.

Ashley Fox, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, my Group welcomes the text agreed with the Council in trialogue. The UK has already introduced automatic enrolment schemes, so all employees enjoy workplace pensions with contributions from their employers. I therefore hope that this legislation will encourage the provision of work-based pensions across the whole of the EU.

This report makes substantial improvements to the Commission's original proposal. It is a less prescriptive text that recognises pensions as a Member State competence, focuses more on the provisions for cross-border IORPs, and deletes the delegated acts originally proposed by the Commission.

Employees will now receive a tailored annual pension benefit statement and will be consulted if there are decisions which affect their pension payouts. I am happy that there are no harmonised EU solvency requirements. I support the more lenient funding regime, which was included, rather than the fully funded model. Allowing for periods of under-funding is important to reflect instances such as mergers, which would prevent funds from being fully funded at all times.

I am pleased the legislation is now more proportionate and that IORPs with less than 100 members will have reduced compliance commitments. Finally, my group is happy to see that if a Member State has equivalent protection in place then the requirement to appoint a depository for defined contribution schemes would not be necessary.

We are pleased with this report and we thank Mr Hayes for his excellent work.

Cora van Nieuwenhuizen, *namens de ALDE-Fractie*. – Voorzitter, het is hier vanavond een soort Nederlands feestje. En dat zie je aan de grote hoeveelheid Nederlandse sprekers. In Nederland zit, als het P-woord valt, pensioen, iedereen eigenlijk meteen rechtop en dan wordt er met argusogen gekeken naar "Wat heeft Brussel daarmee te maken? Wat gaan ze in Europa doen met onze pensioenen?". Ik ben blij met dit eindresultaat, daar wil ik ook complimenten voor geven aan de rapporteur Brian Hayes en alle andere onderhandelaars die eveneens in de trialogen actief zijn geweest. Want ik denk dat we hier heel erg tevreden mee kunnen zijn. Het is een voorstel dat gericht is op minimumharmonisatie, vooral op het gebied van governance en transparantie. En daarmee blijft er voor alle lidstaten voldoende vrijheid bestaan om een eigen beleid te voeren, bijvoorbeeld op het gebied van bescherming van deelnemers en pensioengerechtigden. Want het is natuurlijk - dat werd ook al door de rapporteur gezegd - een gevoelig onderwerp, aangezien het gaat over het geld van andere mensen, waar andere mensen zelf voor gespaard hebben. We moeten daar dus heel zorgvuldig mee omgaan. Er zijn geen nieuwe bevoegdheden gedelegeerd aan de Commissie of de Europese pensioentoezichthouder Eiopa en de nationale pensioenfondsen blijven gewoon onder nationaal toezicht vallen, in Nederland van de Nederlandsche Bank. En ook zijn de vereisten op het gebied van informatievoorziening en governance niet meer zo gedetailleerd als in het eerste voorstel. Want natuurlijk is het belangrijk dat deelnemers en pensioengerechtigden goed worden geïnformeerd over hun rechten en verplichtingen, maar met welke kleur papier, inkt en lettertype dat nou precies moet, dat kunnen ze natuurlijk heel goed zelf bepalen. Een focus op de principes in plaats van op de pietluttige regeltjes. Dus geen doorgeslagen betutteling, dat is er gelukkig uitgehaald. En tot slot, Voorzitter, vind ik het ook belangrijk dat hierin voldoende aandacht is geschonken aan de verdeling van de voordelen en de risico's tussen de generaties onderling en dit is natuurlijk erg belangrijk om het pensioensysteem ook in de toekomst betaalbaar te houden.

Miguel Urbán Crespo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, Señorías, como hemos planteado desde el principio, ante un mercado de trabajo muy internacionalizado, con gran movilidad de los trabajadores dentro de Europa y también fuera de ella, compartimos el objetivo de garantizar los derechos sociales, asegurando su movilidad para los trabajadores que se desplazan.

También nos parece bien mejorar la transparencia y facilitar la información clara a los trabajadores para que conozcan sus derechos y puedan defenderlos. Sin embargo, nos preocupa que se promueva el segundo pilar de pensiones como el modelo deseable del sistema de pensiones, porque nosotros apostamos justamente por un sistema 100 % público, donde la pensión vitalicia sea la norma y donde no se juegue al casino con los ahorros de la gente.

Por ello, nos preocupa que se utilice esto como una oportunidad para alimentar inversiones especulativas y peligrosas. Nos tememos que la lógica de la refundición sea la de favorecer la movilización de capitales para grandes infraestructuras, en el mismo espíritu que el plan Juncker. También lamentamos que el ponente se haya negado a exigir las garantías de solvencias para este tipo de fondos. No entendemos que se quieran reducir las exigencias justamente en algo tan vital como las pensiones. También lamentamos que los fondos de pensiones puedan servir para mercantilizar servicios públicos y de bienes comunes. En este sentido, nos preocupa el énfasis que se pone en la inversión en grandes infraestructuras, que suele contribuir a la privatización de lo público, como puertos u otras estructuras de energía.

Señorías, las pensiones son un derecho, no algo con lo que especular. No podemos jugar al casino con los derechos de la gente.

Bas Eickhout, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr. President, indeed I am another Dutchman speaking on pensions. This is unavoidable on this topic because indeed in the Netherlands as soon as you talk about pensions and Europe, it is great fun, and that is even an understatement. I would like to thank the rapporteur, Brian Hayes – by the way, in Ireland it is also good fun on pensions and Europe – for his very good work. Maybe from the starting position we had slightly different views on this file. For Brian, it was also very important to stimulate the cross-border activity of pension funds, whereas for me, the protection of the people back home to ensure that their pension funds could not just go under and leave them unprotected was very important, as was ensuring that national banks keep their supervision and their control.

We secured that very well, and the compromise that we struck is a very good way of dealing with cross-border pension funds. This is indeed crucial. Why is Europe addressing this issue? It is because we are talking about huge investments with huge consequences that people are relying on, and you want to make sure that people can rely on them in the longer term too. We are especially happy that, under the Green initiative, pension funds are now obliged to report on their investments and future carbon stocks so that in the longer term the carbon bubble is being taken care of for the pension funds' longer-term investments. That is a very important Green success which we have happily achieved under the leadership of Brian Hayes. Thank you for that once again, and also thanks to all the Dutch shadows who joined in the negotiations.

President. – The better you work now, the better you will feel when you are my age. Please remember that!

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι εξελίξεις στο συνταξιοδοτικό, μαζί με την Πράσινη Βίβλο της Ένωσης και τη νομοθεσία των κυβερνήσεων, αποδεικνύουν ότι τα επαγγελματικά ταμεία, που ενισχύετε παντοιοτρόπως, οι φοροαπαλλαγές στους εργοδότες και τα λοιπά είναι μέθοδος κατεδάφισης της κοινωνικής ασφάλισης, που εξελίσσεται σε όλα τα κράτη μέλη.

Προϋπόθεση είναι η ουσιαστική κατάργηση της επικουρικής ασφάλισης, ο περιορισμός της κύριας σε επίπεδα φτωχοκομείου, όπως συμβαίνει στην Ελλάδα με το τρίτο αριστερό μνημόνιο της κυβέρνησης ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ. Είναι μορφή ανταποδοτικής ιδιωτικής ασφάλισης που, αν έχεις τα οικονομικά μέσα, συμμετέχεις -αποκλείονται, βέβαια, εκατομμύρια άνεργοι, απλήρωτοι, χαμηλόμισθοι, ευέλικτα απασχολούμενοι- χωρίς να ξέρεις ποτέ αν και πόσα θα πάρεις.

Τα αποθεματικά παίζονται από τα κοράκια της ιδιωτικής ασφάλισης στα χρηματιστήρια ενισχύοντας τις επιχειρήσεις, ενώ πολλά δισεκατομμύρια χάθηκαν παντού ή συντάξεις πετσοκόβονται όπως στην Ελλάδα.

Το ασφαλιστικό δεν κλείνει, όπως ισχυρίζεται η ελληνική κυβέρνηση και άλλες βέβαια, όσο η εργοδοσία και το κράτος θα αναζητούν νέες απαλλαγές χάριν της καπιταλιστικής ανταγωνιστικότητας. Ένας δρόμος υπάρχει για τους εργαζόμενους: οργάνωση και πάλη για αποκλειστικά δημόσια, καθολική ασφάλιση με βάση τις σύγχρονες ανάγκες τους.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, mulțumesc raportorului și celor care au lucrat direct la acest raport. Eu cred că, în primul rând, trebuie să recunoaștem că sistemele de pensii bazate pe principiul „pay as you go", adică pe transferul inter-generații, este depășit în condițiile în care asistăm la tendința de îmbătrânire a populației în întreaga Europă și, evident, la creșterea mobilității forței de muncă. De aceea, trebuie să încurajăm sistemele de pensii în care fiecare individ contribuie la fondul său de pensii pe întreaga durată activă a vieții sale. Iar schemele ocupaționale de pensii se încadrează în această categorie. Iată de ce felicit Comisia Europeană și susțin propunerile Comisiei, precum și propunerile din prezentul raport.

Atrag însă atenția că, în unele state membre, atunci când schemele ocupaționale de pensii se află în sectoarele finanțate din bugetul public, trebuie să evităm contribuțiile excesive din bugetele publice la aceste scheme, pentru că nu înseamnă altceva decât tot transfer inter-generațional prin taxe plătite.

Neena Gill (S&D). – Mr President, Europe's population is aging. Today we have four people of working age for everyone over 65, but by 2060 this ratio will be halved. This means that the pension system we have today will become untenable. This is a critical piece of legislation and my congratulations to the rapporteur Brian Hayes and to the shadow rapporteurs for ensuring that the pension system is simplified while retaining essential information, for boosting cross-border schemes, and for introducing new rules on greater transparency on remuneration policy for the managers of pension funds.

High standards on governance of pension funds are essential if we are to tackle scandals like the BHS one in the UK. Pension schemes have to be well run by managers who are fit and proper, to ensure that ordinary members get vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive once they retire.

Let us not forget that pension funds are key players in making the capital markets union a reality. Therefore, it is really important that they take more environmental, social and corporate governance criteria into account when investing, but at the same time, if we want these funds to ensure they have a good return for future pensioners, it is important they improve the diversity of their portfolios, not just concentrating on investing in OECD countries with low economic growth.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, na União Europeia, até 2060, o grau de dependência social sobre a população em idade ativa ultrapassará os 140 %, o que exige, como tenho vindo a reforçar nos meus relatórios sobre o Semestre Europeu, que façamos reformas socialmente responsáveis nos regimes de pensões para garantir que a minha geração terá direito a reformas dignas.

É economicamente inviável continuarmos a sobrecarregar os regimes de pensões públicos – dependentes, em exclusivo, de uma solidariedade entre gerações, ameaçada pelos preocupantes níveis de desemprego jovem a que temos vindo a assistir –, assim como é economicamente inviável continuarmos a ignorar os resultados das alterações demográficas, nomeadamente o aumento da esperança média de vida dos europeus e a redução da natalidade, bem como o início tardio da atividade laboral.

Os regimes de pensões públicos têm de continuar a assegurar a dignidade na velhice, mantendo-se como pilares de um modelo social europeu. Mas faz hoje cada vez mais sentido que se promovam e que reforcemos planos complementares de pensões, associados aos contratos de trabalho, que permitam aos trabalhadores, voluntariamente, garantir para o seu futuro uma situação financeira estável.

Os Estados-Membros devem ser capazes de assegurar mecanismos de supervisão destes planos profissionais de pensões, garantindo que constituem um complemento credível e seguro para os nossos cidadãos, assim como primar pela transparência dos mesmos, permitindo que os nossos concidadãos conheçam as respetivas condições e que possam, assim, tomar decisões sobre o seu futuro em consciência.

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Nach vielen Niederländern jetzt mal ein weiterer Deutscher. Ich danke Brian Hayes für seine exzellente Arbeit und die zähen Verhandlungen im Trilog. Möge es gelingen, dass in der morgigen Abstimmung ein klares Signal gesetzt wird für den Fortbestand der betrieblichen Altersversorgung.

Wir sagen Ja zu einem Mindestmaß an europäischer Harmonisierung. Wir bestehen jedoch darauf, dass die Mitgliedstaaten aufgrund ihrer höchst unterschiedlichen Vereinbarungen und Umsetzungen eigenständig für weitere Maßnahmen sorgen können. Dazu gehört ein verstärkter Schutz für die Leistungsempfänger. Auch soll die demografische Entwicklung beachtet werden und für ein Gleichgewicht zwischen den Generationen gesorgt werden.

Betriebsrenten sind Pensionseinrichtungen, die sozialen Zwecken dienen. Sie sind keine Finanzdienstleistung. Eine Anwendung von Solvabilität-II hätte ihren Fortbestand gefährdet, hohe Mehrkosten und großer bürokratischer Aufwand wären die Folgen gewesen. In Deutschland haben wir 20 Millionen Beschäftigte, die einen Anspruch auf Betriebsrenten haben. Die Mittel zur Deckung belaufen sich auf mehr als 550 Mrd. EUR.

Ich freue mich sehr, dass die inhaltliche Linie meiner Arbeiten als Berichterstatter zum Thema in den Jahren 2012 und 2013 jetzt konsequent fortgesetzt wurde – dank eurer Arbeit –, ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem sozialeren Europa.

Procedura „catch the eye"

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση που επικρατεί στην Ελλάδα στο επίπεδο των συντάξεων είναι πραγματικά απογοητευτική και έχει δημιουργηθεί λόγω της πολιτικής της τρόικας.

Προηγουμένως, κύριε Katainen, αναφέρθηκα στο ΦΠΑ. Τώρα θα σας πω τα στοιχεία για τις συντάξεις, μια πολιτική που ξεκίνησε από το 2010 μέχρι τώρα. Σήμερα, λοιπόν, έξι στους δέκα συνταξιούχους παίρνουν κάτω από 650 ευρώ, ενώ το 80% των συνταξιούχων στην Ελλάδα παίρνει λιγότερα από 750 ευρώ. Το ασφαλιστικό σύστημα διαλύθηκε, διότι με το περίφημο PSI η ζημιά των ασφαλιστικών ταμείων φθάνει στα 12,5 δισεκατομμύρια ευρώ. Υπάρχει απάντηση στο ζήτημα αυτό;

Πράγματι, μπορεί να γίνει ανακεφαλαιοποίηση του ασφαλιστικού συστήματος, διότι υπάρχουν 19,5 δισεκατομμύρια ευρώ από το τρίτο δανειακό πακέτο που πήρε η Ελλάδα και δεν έχουν χρησιμοποιηθεί και θα μπορούσαν 12,5 ή και 14 δισεκατομμύρια ευρώ να διατεθούν για την ανακεφαλαιοποίηση των ασφαλιστικών ταμείων τα οποία ζημιώθηκαν. Ανακεφαλαιοποίηση για τις τράπεζες έγινε. Μπορεί να γίνει και για το ασφαλιστικό σύστημα.

(End of catch-the-eye procedure)

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I will be very short. I just want, on my behalf and on the Commission's behalf, to thank rapporteur Hayes for an excellent job and it is also very good to hear that the principles are so widely shared here and that there is a political will to look at this proposal, and hopefully everything will go well in the future.

Brian Hayes, *rapporteur*. – Mr President, I promise on this occasion I will stick under my two minutes. I want to express my thanks for all of the contributions that have been made. As people have said: the great news is we are living longer, and we have got to respond to the demographic needs across the European Union, but we have also got to respect the fact that we have, within the European Union, many different pension schemes, different pillars, and that has to be respected.

So our principle of having minimum harmonisation, respecting Member States, and doing that in a framework, is at the heart of this proposal. I think it is really important that we send out a strong message to encourage employers and employees, which is a great European tradition in terms of the social market economy, to start saving and putting money aside. We are not going to do that if we impose new solvency requirements on pensions, if we impose new taxation on pensions. Now is the time for people to save, to ensure they have an adequate income into the future, and the way to do that is to make sure that we get this proposal right.

Others have spoken about the challenges. Yes, this is a low interest rate environment. It is an enormous challenge for pension schemes to yield the return that they need. We have seen a move from defined benefit to defined contribution schemes within the second pillar. There is a clear funding gap for many of these schemes. That is why we need a period of certainty and not to start having enormous regulatory burdens placed on the industry right now.

I am particularly proud of the fact that we have managed to put in place a better regime for cross-border pension provision and for cross-border schemes in terms of the fully funded arrangement, and also in terms of the clear rules for home and host. This is a major advance to ensure that we can get more take-up of cross-border pension schemes.

Finally, this has to be seen within the context of CMU, within the context of aligning our pension policy towards jobs, investment and growth across the European Union. If we do that we will make a success of that into the future by protecting people's real incomes into the future.

Președintele. – Dezbaterea a fost închisă.

Votul va avea loc joi, 24 noiembrie 2016.

Declarații scrise (articolul 162)

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – În Uniunea Europeană, disparitatea în materie de pensii între femei și bărbați este în medie de 39 %. Motiv pentru care Comisia ar trebui să propună acțiuni și posibile schimbări structurale ce sunt necesare pentru a asigura niveluri egale de pensii pentru femei și bărbați în toate statele membre.

O soluție ar fi încurajarea statele membre să elaboreze scheme complementare care să contribuie la pensiile din pilonul al doilea, astfel încât să se elimine disparitatea în materie de pensii dintre femei și bărbați și să se garanteze accesul femeilor la pensii decente. Aceste instituțiile pentru pensii ocupaționale sunt o parte vitală a economiei europene, deținând active în valoare de 2,5 mii de miliarde de euro în numele a aproximativ 75 de milioane de cetățeni ai Uniunii.

Având în vedere că la nivel european avem sute de mii de lucrători transfrontalieri, care au un loc de muncă în alt stat membru, consider că este important să găsim o soluție pragmatică pentru acele instituții care decid să gestioneze o schemă în alt stat membru. Aceasta ar putea duce la economii semnificative pentru aceste instituții, ar îmbunătăți competitivitatea sectorului la nivelul Uniunii și ar facilita mobilitatea forței de muncă.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het uitbouwen van pensioenstelsels in de tweede pijler (bedrijspensioen) mag niet ten koste gaan van het wettelijk pensioen (eerste pijler), dat nog steeds de beste garantie biedt tegen armoede op oudere leeftijd. Mensen worden immers in pensioenstelsels geduwd waarbij ze wel de risico's delen, maar niet de voordelen kunnen halen uit aandelen. Een stresstest toonde aan dat er een kloof gaapt van 430 miljard euro tussen de beloofde opbrengsten en de eigenlijke middelen die beschikbaar zijn om de beloftes waar te maken. Dit zou kunnen oplopen tot 770 miljard euro bij een gelijkblijvend economisch klimaat. Wanneer het spaarpotje uit het wettelijk pensioen wordt gehaald, worden de cijfers misschien opgelapt, maar het biedt geen duurzame oplossing. We willen overigens niet de grensoverschrijdende pensioenmarkt stimuleren. Ik steun het rapport evenwel ten volle steun, omdat in de investerings- en risicomanagementprocedures ook criteria inzake milieu, sociale impact en bestuursaspecten zijn opgenomen. Dat maakt de pensioenfondsen niet alleen transparanter, ze krijgen ook de wettelijke garantie dat een om milieuredenen verantwoorde investeringsstrategie niet voor de rechter kan worden gebracht, als die investering minder zou opbrengen dan een sociaal- of milieuonvriendelijke investering. En dat is uniek in Europese wetgeving.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

18. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Catherine Bearder, en nombre de la Comisión de Medio Ambiente, Salud Pública y Seguridad Alimentaria, sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres (2016/2076(INI)) (A8-0303/2016).

Catherine Bearder, *rapporteur*. – Mr President, our thanks must go to Commissioner Vella for delivering this ambitious action plan against wildlife trafficking.

In preparing my report I must thank my shadow rapporteurs, the Committee on International Trade, the Committee on Legal Affairs, the Committee on Development and the Committee on Fisheries for their opinions, the Secretariat of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety, the policy team of the Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE), and my own staff, who have all worked very hard on this report. Also, thanks to all the members of MEPs4wildlife who have consistently backed the drive to bring this plan forward.

Whilst we have been meeting here today in Strasbourg an estimated 44 more elephants have died: one every 15 minutes. They are poached, killed most brutally to make useless trinkets out of their tusks. But the problem of wildlife trafficking is not just elephant or rhino poaching. Brutal as this is, it is not the whole story.

Wildlife trafficking is the trade in plants, animals, fish, birds and insects collected illegally – taken from the wild and sold in the global market place. That market place is huge. Europe is a market and a transit route for these goods. It is frogs' legs, caviar or sharks for the catering industry. It is skins, furs and timber for the fashion and furniture industry. It is bones and scales for medicines, and reptiles and birds for pets. The lists go on and on.

The risk of detection is low and the financial rewards attract criminals who launder money, destabilise communities and fund their illegal activities. In short, it is terrorism against nature and it has to be stopped.

My report builds on the Commission's good action plan by calling for some more ways to reduce wildlife trafficking. First, wildlife trafficking must be given the same priority as drugs, human trafficking and money laundering in Europol's Serious and Organised Crime Threat Assessments. Secondly, while it is illegal in source countries to seize certain species, they have no protection here in the EU, and this is a gap in the law. We should introduce a US-style 'Lacey Act' at EU level.

Thirdly, better reporting needs coordination and watching. An EU wildlife trafficking coordinator would ensure this and watch Member States. This works very well with our human trafficking work, and we should repeat it here. Fourthly, until we can prove otherwise, we must introduce a full and immediate ban on the trade, export and re-export of ivory across the whole of the EU, including 'pre-Convention' ivory, and rhino horns.

Finally, the punishment must fit the crime. The UN Convention on Serious and Organised Crime sets a minimum of four years' internment. All Member States should sign up now and implement common standards of justice so these gangs know they will be caught and punished anywhere in the EU. At the end of the day, the fight against wildlife trafficking stands and falls with the EU's Member States. They must make this plan an urgent priority. The public is with us on this, the politicians now need to act.

This is about fighting crime, but also about protecting the planet and its wondrous gifts for future generations.

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr. President, there has been a dramatic surge in wildlife trafficking. It raises between EUR 8 and 20 billion each year for organised criminal groups, ranking alongside trafficking of drugs, people and arms. It not only threatens the survival of some species, it also creates corruption, claims human victims and deprives poorer communities of much-needed income. It also threatens security in Central Africa, funding militia and terrorist group activities.

The Commission responded by adopting in February an EU Action Plan to tackle wildlife trafficking within the EU, and to strengthen the EU's role in a global fight against these illegal activities. Member States endorsed the plan at the June Environment Council. Parliament already had an important role in developing the EU approach. Your resolution of 2014 was an important contribution to the development of the action plan.

This new resolution is comprehensive and ambitious. It is particularly encouraging to see that several committees – Development, International Trade and Fisheries – have provided substantial input to the resolution, in addition to the Environment Committee. This reflects the multi-dimensional nature of wildlife trafficking as well as the need for a large spectrum of stakeholders and communities to take action and work together to address this trafficking.

In the Commission also, not only myself and Carmen Vella but also several other colleagues – Federica Mogherini, Nina Mimica and Dimitris Avramopoulos – were all closely associated in the development and adoption of the Action Plan, with the support of our services. We have now turned to implementation of the Action Plan, as requested in your resolution. It is too early to give a detailed report on this, but good progress has already been made since its adoption.

The Action Plan helped the EU to get successful outcomes at the recent Conference of the Parties of the CITES Convention. The CITES COP was a success and the EU was a major driver for that. My colleague Commissioner Vella was on the spot with the Commission team to guide EU positions, and I know also that the rapporteur herself and several other Members of this House were in Johannesburg following the negotiations. The EU tabled a record number of proposals at this meeting. This included the inclusion of new species in CITES, in particular rare and valuable reptiles and birds which are traded into the EU for the exotic pet market. The resolution was adopted, which for the first time in CITES clearly recognises that corruption is a key enabler for wildlife trafficking and calls on CITES parties and bodies to investigate and penalise it. The EU also pushed for targeted recommendations and sanctions to improve the fight against ivory, rhino horn and tiger trafficking.

At international level, we have also succeeded in including the issue of wildlife trafficking on the agenda of the G20 and of the Financial Action Task Force, the main international body in charge of money laundering, so that the financial dimension of wildlife trafficking will be addressed. Within the EU, the Commission has been working with enforcement agencies from the Member States, Europol and European networks of judges and prosecutors, to raise the awareness of wildlife crime, especially through training sessions and the facilitation of joint enforcement operations.

The Commission and the Member States are also developing guidelines on trade ivory to make sure that trade within the EU, or exports from the EU, do not contribute to international ivory trafficking. We will continue to work on many strands of the EU Action Plan to make sure that the EU delivers on its commitments and makes a real difference in the fight against wildlife trafficking.

Brian Hayes, *rapporteur for the opinion of the Committee on Development*. – Mr President, on behalf of the Committee on Development, and the opinion, we managed to bring near unanimity in terms of our Committee. We welcome this report and congratulate Mrs Bearder for the work that she has done; equally we congratulate the Commission on their ambitious action plan.

It is worth saying that we are talking here about an illegal activity, which has been recognised to be close to USD 19 billion in terms of its scale globally. We are talking about the fourth largest illegal activity on the planet and Europe is not just a taker of this illegal activity; it is also a significant transit point. So we have responsibilities. We have signed up to a UN Convention and, as the Commissioner has said, it is now about implementation. It is about getting it done, Member State by Member State, and calling out those Member States where there is an insufficiency of response in terms of that UN mandate.

So we very much support what Mrs Bearder has put forward in this particular resolution. The Committee on Development fully supports the work that she has brought to Parliament in terms of this plenary session. We expect substantial support for this in the House tomorrow.

It is worth saying, as she rightly said, that the public is ahead of politicians here. The public is demanding action on this illegal activity. They are demanding an international coordinated response and if it does not start here within the European Union, across the 28 Member States, it cannot start anywhere, and I think that is the message that needs to come from this debate this evening.

Emma McClarkin, *rapporteur for the opinion of the Committee on International Trade. blue-card question.* — Mr President, illegal wildlife trade is a global problem with implications that go beyond wildlife: the threat to our ecosystems as well as our global security. Sharp increases in wildlife crime and the increasing involvement of organised criminals only go to emphasise that the moment to act is now. We need a full-ranging, comprehensive approach, one that tackles not only economic development in source countries but also supply chains and demand in domestic markets and other destination countries. Trade policy, customs, law enforcement and development policies must be coherent and complementary, and sufficient resources must be available.

The EU and its Member States must lead these efforts, ensuring that appropriate wildlife sustainability provisions are prioritised in its trade policy and included in all future trade agreements, with the aim of elimination of illegal wildlife trade. My own-initiative report, which will be voted in the Committee on International Trade (INTA) next January, reflects these concerns and the ambitions of my colleague Catherine Bearder's report. I therefore welcome this report and I am fully supportive of it.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Franz Obermayr (ENF), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte". – (Der Redner spricht ohne Mikrofon.)* … diesen Bericht unterstütze und mich natürlich selbstverständlich gegen illegalen Handel und illegale Jagd ausspreche. Ich möchte aber fragen – und das könnte ich eigentlich alle Berichterstatter fragen –, ob Sie sich auch mit der Ziffer 56 des Berichts einverstanden erklären, wo behauptet wird, dass die legale Trophäenjagd zu dem massiven Rückgang der gefährdeten Arten beigetragen hat. Mich würde interessieren, woher Sie diese Informationen haben, ob Sie das auch belegen können und ob Sie mir da freundlicherweise ein bisschen Information zukommen lassen könnten.

Emma McClarkin (ECR), *blue-card answer.* – Mr President, if I can beg your time on this, he has actually referred his question directly to the rapporteur. So I do not know how I can answer a question that is referred directly to the rapporteur. Is the rapporteur able to answer this question, one might ask? Personally, I do not believe that trophy hunting is a suitable way to tackle this problem. But Mr President, I leave it to your discretion as to who answers this specific question.

El Presidente. – Una vez que finalice el debate —de hecho, es la ponente quien lo cierra—, habrá tiempo para poder responder.

Ricardo Serrão Santos, *relator de parecer da Comissão das Pescas.* – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Senhora relatora, a Comissão das Pescas salienta o facto de este plano de ação ser bastante omisso em relação ao domínio aquático.

Infelizmente há problemas sérios no mundo aquático, incluindo no ambiente marinho, relacionados com o tráfico de espécies selvagens, incluindo espécies carismáticas como os corais e as tartarugas, entre muitas outras.

Há que reconhecer que ainda há pesca ilegal, não declarada e não regulamentada, nos mares e rios europeus, e parte dela assenta no tráfico de espécies selvagens.

Quando pressionamos, e bem, para a alteração dos comportamentos em países terceiros, atribuindo-lhes cartões amarelos e vermelhos, ainda não fomos eficientes no controlo da pesca de enguias de vidro, por exemplo, de esturjões, de pregado, entre muitas outras, dentro das nossas próprias fronteiras.

Apela-se a uma maior coordenação entre as diferentes direções-gerais da Comissão e que se apliquem novas metodologias e tecnologias no combate ao tráfico.

Por último, sugere-se a criação de um prémio que reconheça o empenho daqueles que, seja em terra ou no mar, defendem as espécies selvagens, por vezes com risco da própria vida.

Κώστας Χρυσόγονος, *Εισηγητής της γνωμοδότησης της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων*. – Κύριε Πρόεδρε, η παράνομη εμπορία των λεγόμενων άγριων, δηλαδή, στην πραγματικότητα, των ανυπότακτων στον άνθρωπο, ζωικών ειδών αποτελεί ειδεχθές έγκλημα σε βάρος της βιοποικιλότητας. Το οργανωμένο λαθρεμπόριο άγριας ζωής, που αποτιμάται σε 20 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως, συντελεί στην προϊούσα ερημοποίηση του πλανήτη μας και για αυτό πρέπει να αντιμετωπιστεί με τον πιο αυστηρό τρόπο.

Χρειάζεται ενίσχυση της συνεργασίας ανάμεσα στις χώρες προέλευσης, διαμετακόμισης και προορισμού. Καλούμαστε να υποστηρίξουμε μια προσπάθεια που αφορά την πανίδα σε παγκόσμια κλίμακα εξασφαλίζοντας την επιβίωση σημαντικών ειδών μέσω της επιβολής αποτελεσματικότερων μέτρων προστασίας της άγριας ζωής.

Το σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών αποτελεί απλώς ένα βήμα προς τη σωστή κατεύθυνση . Γενικότερα, όμως, η ανθρωπότητα οφείλει να συνειδητοποιήσει ότι είναι μέρος της φύσης και όχι οι ιδιοκτήτες της και να συμπεριφερθεί ανάλογα.

Marijana Petir, *u ime kluba PPE*. – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, prije svega zahvaljujem gđi Bearder na izvrsnoj suradnji koju smo imali prilikom izrade ovog izvješća i čestitam joj na njenom radu.

Nezakonita trgovina divljom florom i faunom jedna je od najunosnijih vrsta organiziranog kriminala u svijetu s godišnjim prometom između 8 i 20 milijardi EUR. Od 2007. godine više se nego udvostručila, a u odnosu na 1998. triput je veća te je time postala četvrta najveća nezakonita aktivnost na svijetu nakon krijumčarenja droge, krivotvorenja i trgovine ljudima.

Taj oblik kriminala postaje ozbiljna prijetnja sigurnosti, političkoj stabilnosti, gospodarstvu, izvoru zarade na lokalnoj razini, prirodnim resursima i kulturnom nasljeđu

mnogih zemalja.

U borbi protiv ilegalne trgovine divljim vrstama smatram važnim poduzimanje preventivnih mjera kako bi se ponuda ilegalno uhvaćenih divljih vrsta učinila što nedostupnijom našim građanima. Potrebno je pooštriti mjere kontrole i razraditi učinkovite politike za borbu protiv potencijalnih nezakonitih aktivnosti na internetu.

Europska unija i njene države članice moraju dosljedno provoditi postojeće zakonodavstvo i međunarodne sporazume.

Za borbu protiv tog oblika organiziranog kriminala nadležnim tijelima je nužno osigurati dostatna sredstva i odgovarajuće administrativne kapacitete.

Sve uključene dionike treba odgovarajuće osposobiti ovisno o važnoj funkciji koju u toj borbi protiv kriminala obavljaju.

Jednako važno, za uspjeh provedbe Akcijskog plana EU-a nužna je suradnja među državama članicama te ovo izvješće upravo vidim kao poticaj boljoj razmjeni informacija i povećanju udruženih napora kao bi se ilegalnoj trgovini divljim vrstama stalo na kraj.

Susanne Melior, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Wir haben hier einen Bericht vorliegen, in dem vonseiten des Parlaments richtig gute Arbeit steckt – der Kommissar hat schon darauf hingewiesen.

Es gab auch eine gute Vorlage der Kommission, nämlich den Aktionsplan insgesamt. Aber ich will mich ausdrücklich bei der Berichterstatterin, Catherine Bearder von der ALDE-Fraktion, bedanken. Sie hat richtig gute Arbeit geleistet. Wir haben uns in *Shadow-Meetings* gut aufeinander verständigen können. So sind aus 188 Änderungsanträgen und vier Stellungnahmen anderer Ausschüsse dann 19 Kompromisse geschmiedet worden.

Der Bericht ist jetzt insgesamt mit 65 Ziffern leider etwas lang geworden, dadurch ist dadurch die Präzision meiner Meinung nach ein bisschen verloren gegangen. Aber andererseits wurde damit auch klar, dass fast alle Abgeordneten und Ausschüsse hier am selben Strang in die richtige Richtung ziehen und dem illegalen Artenhandel ein Ende bereiten wollen.

Der Kommissar hat schon darauf hingewiesen: Es geht nicht nur um Elefanten und Nashörner – darauf komme ich gleich. Vor allem Schuppentiere und Reptilien werden in der EU illegal gehandelt. Das sind zum Beispiel Pangoline, kleine Krokodile, bestimmte Schildkröten, aber auch Orchideen, Tropenhölzer und exotische Papageien gehören dazu. Die Mitgliedstaaten müssten hier sehr viel mehr Anstrengungen unternehmen – und dabei sollten wir sie auch unterstützen –, diesem illegalen Handel ein Ende zu bereiten.

Besonders hinweisen möchte ich noch auf einen Punkt: nämlich die Ziffer 58 im Bericht. Darin geht es um den illegalen Handel mit Elfenbein und Nashorn-Horn innerhalb der EU. Dieser soll ganz klar verboten werden. Nur zur Bestätigung: Die erst vor wenigen Monaten abgeschlossene große Zählung der Elefanten in Afrika zeigt deutlich, wie gefährdet diese Tiere sind. Zwischen 2007 und 2014 ist die Elefantenpopulation um 30 % gesunken. In den 18 untersuchten Ländern wurden nur noch 350 000 Elefanten gezählt. Das sind weit weniger, als vorher erwartet wurde. Also von da einmal mehr der Beweis, dass wir dem illegalen Handel hier stark entgegenstehen müssen.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Een schrikbarend aantal olifanten, tijgers, neushoorns en andere diersoorten wordt gedood voor gadgets en souvenirs, zogeheten geneesmiddelen of nutteloze modeaccessoires. Gewetenloze stropers en handelaars zetten voor grof geld de natuur in de uitverkoop en daar moeten we met z'n allen een eind aan maken. Illegale handel in wilde dieren en planten is één van de belangrijkste vormen van georganiseerde misdaad ter wereld. De handel brengt jaarlijks miljarden euro's in handen van criminele organisaties, heeft banden met drugs- en wapenhandel en financiert milities en terroristische groeperingen. Bovendien nemen de illegale activiteiten spectaculair toe. Illegale handel is niet alleen dodelijk voor heel wat beschermde soorten, het is ook enorm gevaarlijk. De handel leidt tot onveiligheid en instabiliteit, bijvoorbeeld in Centraal-Afrika en dit werd ook expliciet erkend door de VN-Veiligheidsraad. De EU is betrokken partij. Europa is immers niet alleen een afzetmarkt voor illegale producten, maar fungeert ook als draaischijf. Redenen genoeg om deze illegale handel fors te bestrijden. In het belang van de natuur en van onze veiligheid. Een Europees actieplan komt geen moment te vroeg. We hebben een goed actieplan, maar daarmee is de kous niet af. De grote uitdaging bestaat erin de woorden effectief om te zetten in daden. De uitvoering, handhaving en monitoring van het actieplan en van bestaande wetgeving zijn cruciaal. Rest mij nog collega Bearder en de andere collega's te bedanken voor de fijne en voor de constructieve samenwerking.

Gerben-Jan Gerbrandy, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank Catherine Bearder for her great work. With this report all the European paperwork has been done, and now it is time for action – urgent action. I must compliment the Commission; the Commission is doing more than its bit, but I am more doubtful about the role of the Member States. If you look at the Council conclusions from June 2016, they were rather weak. The Council conclusions only 'invited' the relevant actors to implement the action plan, and that is far too weak.

This action plan has 32 actions; 24 of these 32 actions had to be implemented before the end of 2016, that is today. So my question to the Commission is: can you inform Parliament of this a little bit sooner than July 2018? And Mr President, can you send the minutes of this meeting to the Council, asking the Council to put the Action Plan again on the Council agenda.

Is it urgent? Yes, it is extremely urgent. In the two years since the communication was published, we have lost more than 10% of the wild rhinos, and more than 75 000 elephants.

Stefan Eck, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Der Bericht ist sicherlich ein bedeutender Schritt zur Rettung vieler bedrohter Arten und zur Eindämmung des illegalen Handels mit Wildtieren, Wildtierprodukten und seltenen Pflanzen. Aber leider muss ich feststellen, dass die EU-Politik wieder einmal kläglich versagt hat, denn dieser Bericht kommt für unzählige Tier- und Pflanzenarten viel zu spät, die nämlich bereits ausgestorben sind oder kurz vor dem Aussterben stehen. Wir sind Zeitzeugen des sechsten Massenaussterbens auf diesem Planeten, und dafür ist auch der illegale Wildtier- und Pflanzenhandel maßgeblich mitverantwortlich.

Dieser Bericht kommt viel zu spät, weil im Mittelpunkt der Kommissionspolitik vor allem die meist selbst verschuldeten Krisen stehen und weil der politische Wille einfach fehlt, wenn es um Tiere und die Natur geht, wenn wirtschaftliche Interessen tangiert werden. Meine Kollegin Catherine Bearder und die Mitglieder der *MEPs for Wildlife* trifft absolut keine Schuld, dass dieser Bericht zu spät kommt und auf mich wie eine Beruhigungspille für die Kommission wirkt.

Warum sperrt sich die Kommission gegen ein ausnahmsloses Elfenbeinhandelsverbot? Warum haben wir noch kein Handelsverbot für exotische Tierarten? Warum haben wir bis jetzt noch kein Verbot für die Einfuhr von Jagdtrophäen von seltenen Tierarten? Warum haben wir kein Handelsverbot für den vom Aussterben bedrohten Blauflossen-Thunfisch und für viele andere Fischarten?

Herr Kommissar, wenn wir keine strengeren Gesetze nach diesem Bericht erlassen, werden Ihre Kinder und Enkelkinder viele Tier- und Pflanzenarten nur noch aus Büchern und Filmdokumenten kennen. Dies zu verhindern, liegt nun in den Händen der Kommission. Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger Europas von Ihnen.

Benedek Jávor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, as a member of the MEPs for Wildlife group, I would like to warmly welcome the Commission's proposal, the Action Plan, and also I would like to say thank you to Catherine Bearder for the great report from the Parliament.

In my one minute I would like to underline just three points. The first is, and it was already mentioned, the implementation, not only of the Action Plan, but also of the existing EU regulation in the Member States.

Secondly, for proper implementation of the regulation and the Action Plan we need strong and competent authorities in the Member States. There are serious shortcomings regarding the authorities in the Member States. Here the Commission has to give support for the Member States for proper authorities, but also the Commission has to control the proper implementation of the Action Plan and the existing regulation by the authorities in the Member States, and this is lacking from time to time.

Thirdly, we sometimes need further legislative measures regarding the authorities, regarding environmental inspections, and we need strong sanctions against those who are violating the existing rules and who are violating the Action Plan.

Marco Affronte, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non dobbiamo pensare che il traffico illegale di fauna selvatica riguardi solo gli ambientalisti. Economicamente, con un fatturato di 213 miliardi di dollari, è il quarto mercato criminale dopo la droga, il commercio di esseri umani e il mercato delle armi.

La relazione è ottima e rafforza i contenuti del piano di azione della Commissione europea, in quanto, per esempio, chiede una maggiore coordinazione tra gli Stati membri e le agenzie dell'Unione europea, ma anche che gli stessi Stati elaborino dei piani di azione nazionali al fine di assicurare approcci efficaci, coerenti e armonizzati. Sottolinea l'importanza di nuove forme di finanziamento per la lotta al traffico illegale da parte dell'Unione europea, così come l'introduzione di controlli regolari che verifichino periodicamente i progressi e l'efficacia del piano di azione.

La relazione esprime inoltre preoccupazione per la mancanza di un'appropriata attuazione della CITES in alcuni Stati membri e pone l'attenzione sui trofei di caccia, chiedendo il divieto immediato di tutte le importazioni ed esportazioni dei corni di rinoceronte e dell'avorio. Infine, evidenzia l'importanza della campagna di sensibilizzazione sia delle popolazioni locali che dei consumatori.

Ringrazio la relatrice e tutti i colleghi perché è stato fatto veramente un ottimo lavoro.

Mireille D'Ornano, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, il faut reconnaître que ce texte a le mérite de mettre fin au commerce de l'ivoire et des cornes de rhinocéros en Europe. De même, il prône, à juste titre, une meilleure adaptation des engins de pêche pour éviter les prises accessoires d'espèces marines menacées. On peut se réjouir qu'il dénonce dans le même temps la corruption et le rôle majeur du commerce d'animaux en ligne.

Néanmoins, à la création d'un bureau spécial européen, nous aurions préféré une coordination internationale sur les trafics. Nos amendements proposaient, par ailleurs, un renforcement de l'organisation Interpol et c'est malheureusement l'Office européen de police (Europol) qui a été préféré. De même, l'adhésion de l'Union européenne à la convention CITES relative aux espèces menacées est présentée comme un progrès. Or nous voyons bien où l'Union veut en venir. Il s'agit purement et simplement de remplacer progressivement les États lors des décisions internationales sur ces sujets.

Malheureusement, le rapport Bearder appelle l'Union à surveiller les États membres, voire à leur imposer une augmentation des budgets dans ce domaine. Pire, les recommandations en matière de droit pénal menacent clairement notre souveraineté. Cela est regrettable pour un texte qui avait pourtant intégré nos propositions sur le caractère particulièrement lucratif de ce commerce ou encore sur la nécessité d'une approche impliquant les pays concernés.

Norbert Lins (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Illegaler Artenhandel stellt eines der lukrativsten Verbrechen weltweit dar. Es geht um 8 bis 20 Mrd. EUR schmutziges Geld. Der florierende Handel mit unrechtmäßig erworbenen Pflanzen und Tieren stellt eine ernsthafte Bedrohung für Natur und Mensch dar. Ich finde es positiv, dass wir innerhalb von wenigen Wochen nun schon zum zweiten Mal eine Plenardebatte hier führen.

Europa stellt zugleich Ziel-, Transit- und Ursprungsregion dar und ist daher stark in die illegalen Handelsströme verwickelt. Deswegen brauchen wir eine konkrete und abgestimmte Strategie. Deswegen finde ich den Aktionsplan der Kommission sehr positiv mit den Schwerpunkten der Kooperation bei Polizei und Zoll, den gemeinsamen Operationen und vor allem einer besseren und einheitlichen Durchsetzung in den Mitgliedstaaten und insbesondere dem internationalen Engagement der EU vor allem bei CITES. Zum Beispiel ist es bei der erfolgreichen COP 17 in Johannesburg gelungen, die Regeln für die Trophäenjagd international entscheidend zu verschärfen.

Nur gut und nachhaltig organisierte Trophäenjagd hat gewinnbringende Effekte für Natur und Mensch. Die Kommission, der Auswärtige Dienst und die Mitgliedstaaten müssen jetzt noch entschlossener in die Umsetzung investieren, damit wir möglichst schnell diese 8 bis 20 Mrd. EUR austrocknen können.

Miriam Dalli (S&D). – Ippermettili nibda billi nirringrazzja, l-ewwel u qabel kollox, lil Catherine Bearder, u anke lill-kollega tagħna, Susanne Melior, li kienet ix-Shadow Rapporteur f'isem is-Soċjalisti u d-Demokratiċi.

Huwa fatt li l-komunità internazzjonali bħalissa qed tiffaċċja żieda straordinarja fil-kummerċ illegali ta' annimali selvaġġi, b'tali mod li qegħdin ikunu f'riskju li jintilfu l-isforzi ta' konservazzjoni u preservazzjoni li saru fl-aħħar deċennji. Teżisti żieda fid-domanda globali għal dawn l-ispeċi selvaġġi u l-prodotti tagħhom, bl-Unjoni Ewropea sservi kemm ta' *hub* ċentrali kif ukoll bħala punt ta' tranżitu għal traffikar f'kontinenti oħra.

U f'dan il-kuntest, jeħtieġ li, b'mod immedjat, ikun hemm sett ta' miżuri biex l-Unjoni Ewropea tkun f'pożizzjoni tiġġieled it-traffikar illegali ta' speċi selvaġġi u prodotti magħmula minnhom. U fil-preżent, diversi speċi selvaġġi traffikati b'mod illegali qegħdin f'riskju ta' estinzjoni. Dan ifisser li l-implimentazzjoni ta' dan il-pjan hija kruċjali u r-rispons immedjat huwa neċessarju.

Fl-opinjoni tiegħi, hemm tliet aspetti ewlenin li wieħed irid jindirizza. L-ewwelnett, il-penali. Nistgħu nibagħtu messaġġ b'saħħtu biss jekk ikollna leġiżlazzjoni stretta li ma tippermettix l-importazzjoni ta' speċi selvaġġi protetti. It-tieni, nappella lill-mexxejja Ewropej biex jindirizzaw il-problema ta' siti onlajn li jbigħu dawn il-prodotti, u jiżguraw li dawn jiġu penalizzati. U fl-aħħarnett, importanti kuxjenza akbar dwar dan is-suġġett. Huwa biss permezz ta' aktar edukazzjoni u għarfien li nistgħu nnaqqsu drastikament id-domanda għal dawn il-prodotti, fl-Unjoni Ewropea u lil hinn.

Il-pjan ta' azzjoni mill-Unjoni Ewropea qiegħed hemm. Issa jeħtieġ li l-Istati Membri jikkommettu ruħhom politikament u jkunu parti minn dan il-pjan ta' azzjoni. Biex dan iseħħ, iżda, hemm bżonn sostenn adegwat, kemm f'termini finanzjarji, kif ukoll f'termini ta' riżorsi umani. U nittama li dan ir-rapport ikun biss l-ewwel pass biex din l-attività ta' kriminalità organizzata tkun indirizzata bis-serjetà.

Julie Girling (ECR). – Mr President, I would like to thank the rapporteur Mrs Bearder, who brings her usual rigour and enthusiasm to this subject and it is very welcome. We need to start taking wildlife trafficking more seriously. It is a transnational organised crime, which requires a suitably serious and coordinated response. It has far-reaching implications; not only does it contribute to biodiversity loss and species extinction, it also helps to fund organised criminal groups which undermine regional stability and the rule of law.

I believe in smart regulation, and that means clear and enforceable rules with an absolute minimum of derogations and exceptions. No excuses and no confusion. On that basis, I would like to echo Mr Eck's call for consideration of a trade ban on exotic species, because all the way through these discussions I ask myself why do we need to trade legally in these species at all. I fully support the calls for a more coordinated joined-up approach to combating wildlife trafficking across different policy areas such as trade, development, foreign affairs, justice and home affairs, and I wish her every success with this report.

Anja Hazekamp (GUE/NGL). – Wild life crime vormt een ernstige bedreiging voor de biodiversiteit, maar het vormt vooral een bedreiging voor dieren. Denk maar eens aan de vier olifanten die tijdens dit korte debat zullen sterven voor hun ivoren slagtanden. En illegale handel in dieren gaat niet alleen over ivoor, over hoorn en over tijgervellen. Het gaat vooral over dieren. En miljoenen dieren worden levend verhandeld in Europa, met Nederland als het kloppend hart van deze nietsontziende business. De illegale handel is nauw verweven met legale handel en maakt gebruik van dezelfde routes. En Voorzitter, we hebben het hier niet over broodroosters. We hebben het hier over dieren met bewustzijn en gevoel en daarom moeten we ook zeker niet de legale handel in wilde dieren stimuleren. En het is geweldig dat dit plan aandacht heeft voor preventie, handhaving en de opvang van wilde dieren. Want zolang er onvoldoende geschikte opvangplaatsen zijn voor wilde dieren zullen veel handhavers liever de andere kant op kijken als ze een alligator, een berberaap of een leeuwenwelp in beslag moeten nemen. Voorzitter, voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je tiens à remercier ma collègue, M[me] Bearder, pour son rapport. Comme cela a été dit, le trafic d'espèces sauvages est la quatrième activité illicite la plus lucrative après le trafic des drogues, la traite des êtres humains et le commerce des armes. On estime les bénéfices réalisés chaque année entre 8 et 20 milliards d'euros, mais son véritable coût est inestimable.

C'est pourquoi j'approuve la Commission et encourage les États membres à sérieusement s'attaquer à ce crime contre la biodiversité. Les pays européens qui ne sanctionnent pas pénalement ce trafic deviennent des points d'entrée privilégiés, mais aussi d'importantes plaques tournantes de ce commerce international.

N'oublions pas que ces trafics se nourrissent avant tout de la pauvreté, de la criminalité et des conflits armés et que, dans certaines régions du globe, les défenseurs de la nature sont aussi en danger de mort. Mais n'oublions surtout pas que l'homme n'a pas besoin d'un fusil pour être le plus dangereux des prédateurs.

Questionnons nos modes de vie, luttons contre la disparition des espèces végétales et animales, protégeons les écosystèmes, arrêtons la bétonisation et la déforestation comme l'accaparement des terres. Dans un récent rapport du WWF, il a été démontré que la pression des activités humaines avait provoqué la disparition de la moitié des vertébrés en seulement quarante ans, et le changement climatique risque d'aggraver encore plus cette pression.

L'Europe doit être à la pointe et préserver notre climat, sinon nous serons tous responsables de la sixième extinction des espèces.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Es ist zu begrüßen und höchste Zeit, dass die Kommission versucht, illegalen Artenhandel und damit auch die Wilderei zu verhindern. Schließlich tragen Wilderei und illegaler Handel wesentlich dazu bei, Tier- und Pflanzenarten auszurotten.

Allerdings wurde in diesem Bericht unter Ziffer 56 auch die legale und somit nachhaltige Trophäenjagd als wesentlicher Grund für die Gefährdung bedrohter Tiere genannt, und dies folgt eher einer ideologischen Position gegen die nachhaltige Jagd und weniger der Vernunft.

Die nachhaltige Jagd führte in den letzten Jahrzehnten sicherlich nicht zur Ausrottung von Tierarten, ganz im Gegenteil. Und das Beispiel von Kenia, wo seit 1977 ein Jagdverbot besteht und bis heute die Wildtierpopulation um 68 % zurückgegangen ist, ist ja hoffentlich auch der Kommission hinlänglich bekannt. Die Gründe hierfür sind fehlendes Wildtiermanagement, Zivilisationsdruck, aber auch fehlender Schutz vor illegaler Jagd. Die Tiere besitzen dort für weite Teile der Bevölkerung eben keinen realen Wert, sie werden hemmungslos und wurden hemmungslos als illegale Trophäenlieferanten und Schädlinge getötet. In Südafrika allerdings, wo Jagen erlaubt ist, stieg im gleichen Zeitraum die Nashornpopulation trotz stellenweiser Wilderei von 2 000 Tieren um circa 900 %, weil es eben dort dem Staat und den Einheimischen wichtig und wert ist, Tiere zu schützen und den Bestand zu erhalten und auch zu erhöhen.

Denn wo Menschen von und mit der Trophäenjagd leben, erhält das Wildtier automatisch auch einen Wert, wird geschützt und wird dementsprechend weniger Ziel illegaler Jagd. Das Wildtier bietet damit auch eine Lebensgrundlage für viele Menschen und eine ordentliche Entlohnung der regionalen Bevölkerung. Gut ausgebildete und ausgerüstete Jagdaufseher oder *bush rangers* sind Garanten für den Erhalt der Wildtierpopulation. Die Ziffer 56 diskriminiert die Jagd, ist daher abzulehnen, weil schlichtweg falsch.

Dem Bericht selber werde ich zustimmen, weil sehr viel Positives darin ist. Und wir müssen festhalten: Nachhaltige Jagd schützt im Endeffekt wirklich nur die Umwelt.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Ik dank mijn collega Bearder voor dit rapport. De illegale handel in wilde dieren en planten vormt inderdaad een ernstige bedreiging voor de natuur en de rechtsstaat. Laten we eens kijken naar de neushoorn. De stroperij alleen al in Zuid-Afrika breekt dit jaar een record. Meer dan duizend neushoorns zijn al gestroopt en dat is een dieptepunt. Stroperij van neushoorns is in zeven jaar tijd met 9 000 procent gestegen. Meer dan drie neushoorns per dag worden op dit moment gedood. De hoorn van dit dier is duurder dan goud. Het levert 50 000 euro per kilo op. Zo'n opbrengst maakt deze misdaad te aantrekkelijk voor de arme bevolking in de regio en deze misdaad moeten we dus keihard aanpakken met het actieplan dat voor ons ligt. Verder wijs ik op het belang van de legale jacht, punt 56. In sommige reservaten is duurzaam legaal wildbeheer een belangrijke inkomstenbron. Deze inkomstenbron biedt de arme bevolking een goed alternatief voor de stroperij. Gecertificeerde legale duurzame jachttrofeeën kunnen dus best een belangrijke bijdrage leveren, ondanks alle emoties en vooroordelen. En daar mag je als jager best trots op zijn. En deze moeten we dus wel toe kunnen laten. Voorzitter, verder vind ik het belangrijk dat de Europese ontwikkelingsfondsen de opkomende landen financieel ondersteunen om stropers en smokkelaars te stoppen, op te pakken en te bestraffen. En ik ben dan ook blij dat de milieucommissie mijn amendement over dit punt heeft ondersteund.

(De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag (artikel 162, lid 8, van het Reglement))

Stefan Eck (GUE/NGL), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte"*. – Ich habe an die Vorrednerin eine einzige Frage: Trifft es zu, dass Ihr Gatte Jäger ist?

Annie Schreijer-Pierik (PPE), *"blauwe kaart"-antwoord*. – Ik ben heel blij dat u mij die vraag stelt. Mijn man is jager en mijn hele familie, allemaal boeren, bestaat niet uit jagers. Maar je hebt ze allebei nodig. Ik ben er na het huwelijk van mijn man achter gekomen hoe de jagers ook duidelijk bijdragen aan het juiste evenwicht in deze zaak waar we nu over spreken. Ik ben totaal tegen illegale jacht. Maar de legale jacht heb je gewoon keihard nodig.

Karin Kadenbach (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Auf der einen Seite – haben wir heute gehört – steht ein gut organisiertes kriminelles Unternehmen, das pro Jahr circa 20 Mrd. EUR erwirtschaftet. Auf der anderen Seite haben wir ein – lassen Sie es mich so nennen – Sammelsurium von Maßnahmen, die diesem organisierten kriminellen Markt des illegalen Artenhandels gegenüberstehen sollen. Ich glaube, das kann nicht funktionieren.

Das heißt, ich bin froh über die Maßnahmen, die jetzt gesetzt werden sollen. Ich möchte mich auch ganz herzlich bei der Berichterstatterin und ihren Kolleginnen und Kollegen bedanken für diesen ganz tollen Bericht, der endlich eine Chance erkennen lässt, dass man diesem organisierten Verbrechen etwas entgegenhalten kann. Wir müssen zuerst einmal – und das ist heute schon erwähnt worden – den Absatzmarkt austrocknen. Überall dort, wo Nachfrage ist, wird auch das Angebot geliefert werden. Überall dort, wo die Strafen nicht wirklich abschreckend sind – sowohl für den, der illegales Gut kauft, wie auch für den, der damit handelt –, wird es einfach weiterleben.

Und weil es heute um Artenschutz geht: Herr Kommissar Katainen, ich kann es mir nicht verkneifen: Wir brauchen auch funktionierenden Artenschutz in der Europäischen Union, und wir haben den mit der FFH-Richtlinie – glaube ich – sehr, sehr gut vorangetrieben. Es gilt jetzt, diese FFH-Richtlinie weiter umzusetzen. Überall dort, wo sie implementiert ist, funktioniert sie. Bitte zerstören Sie sie mit einem Aufmachen im Rahmen von REFIT nicht, sondern unterstützen Sie uns in der weiteren Umsetzung.

Martin Häusling (Verts/ALE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle kennen die Bilder, und ich gebe der Berichterstatterin recht, die gesagt hat: Das ist Terror gegen die Natur.

Die Strukturen des mafiösen Handels sind ja fast dieselben. Wir müssen halt gucken, dass wir diese Strukturen auch irgendwo angreifen. Da reicht es jetzt nicht, Appelle zu senden, dass man mehr zusammenarbeiten muss, sondern da muss tatsächlich in die Strukturen eingegriffen werden. Wir müssen die Gewinne abschöpfen, die aus diesem Handel entstehen. Wir müssen tatsächlich auch gucken, dass wir die Handelswege kappen und wir müssen auch sehen, dass wir am Ende härtere Strafen aussprechen. Die Strafen, die ausgesprochen werden, wenn mal jemand erwischt wird, sind teilweise lächerlich – auch beim illegalen Handel.

Europa hat eine Vorreiterrolle und Europa muss diese Vorreiterrolle auch wahrnehmen, nicht nur weil Europa ein Zielplatz, sondern auch weil es ein Handelsplatz für illegalen Handel ist. Wir müssen deshalb nicht nur in Europa miteinander zusammenarbeiten, sondern auch mit den Zielländern – ich nenne hier vor allem China und Vietnam. Auch da muss es eine Kooperation geben, um den weltweiten Handel einzudämmen. Ich appelliere nochmal: Das ist ein Menschheitsproblem, und das muss auf die Agenda der Weltgemeinschaft gesetzt werden, sonst werden wir in Jahren eine Katastrophe bekommen und werden ……

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Philippe Loiseau (ENF). – Monsieur le Président, étant justement corédacteur d'une proposition de résolution récente sur la lutte contre le trafic d'ivoire par le biais de la chasse aux trophées, la question me touche bien entendu tout spécialement. Si je partage une grande partie des constats de ce rapport, je souhaite néanmoins apporter certains bémols essentiels.

Tout d'abord, cessez de mettre le trafic d'espèces sauvages dans le même sac que celui de la drogue ou, pire, des êtres humains. Depuis Aristote, l'échelle des êtres est un principe fondateur de la philosophie naturelle. Il est peut-être temps d'ailleurs de rappeler que, philosophiquement, l'homme est supérieur à l'animal comme l'animal l'est au végétal et le végétal au minéral.

Il me semble donc irresponsable et scandaleux de comparer le trafic d'espèces sauvages à la traite des êtres humains, autrement appelée esclavage – une analogie exprimée d'ailleurs noir sur blanc dans ce rapport.

Autre thème également biaisé: la chasse aux trophées. Si elle est respectueuse de la biodiversité et bien encadrée, elle est pourtant nécessaire. Elle permet de cofinancer des plans de conservation de la faune sauvage et d'apporter suivi et traçabilité pour travailler en symbiose avec les États souverains. Ces États justement, respectez-les! Respectez la Namibie qui, d'ailleurs, a consacré dans sa Constitution souveraine le rôle positif de la chasse dans le respect de la biodiversité.

Parlez avec les États, certes, mais laissez-les décider de leur politique pénale en la matière après avoir exporté …

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, Europa debe ser contundente en la lucha contra el tráfico de especies silvestres ante sus tres peores caras.

Primera, la pérdida de biodiversidad. Se estima, de acuerdo con lo que se expone en el informe, que encaramos una clara extinción de especies que puede desequilibrar la cadena trófica de las especies animales y provocar, por tanto, un daño irreparable a algunos ecosistemas que son únicos en nuestro planeta.

Segunda, la financiación de organizaciones criminales. Aproximadamente, el negocio de contrabando de especies silvestres mueve unos 20 000 millones de euros anualmente; 20 000 millones de euros ocultos, que ni tributan a los Estados, ni se sabe de dónde salen, ni ayudan a mejorar la economía de los países de origen de dichas especies; más bien al contrario, la desestabilizan.

Tercera, impunidad en los delitos ambientales. Habitualmente se ha considerado menor la comisión de delitos ambientales, con pequeñas sanciones que rara vez pasan de la sanción administrativa.

Debemos ser conscientes de que el daño que hagamos a la naturaleza esta nos lo devolverá por 10, 100 o 1 000 veces, y, en consonancia, debemos establecer sanciones penales coherentes, eficaces y disuasorias, como menciona el informe. Por todo ello, porque debemos actuar con prevención, cooperando con otros países, y porque debemos ser estrictos en el cumplimiento de las normas que entre todos hemos acordado, los Estados y la Comisión y la Unión Europea no pueden dilatar la implementación del plan de acción contra el tráfico de especies silvestres.

Renata Briano (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il piano d'azione per contrastare il traffico di specie selvatiche all'interno dell'UE è ambizioso e rafforza il nostro ruolo nella lotta contro questa attività illegale nel mondo.

Il traffico sta diventando una delle realtà criminali più redditizie e porta annualmente nelle tasche dei gruppi di criminalità organizzata fino a 20 miliardi di euro, cifra equivalente a quella del traffico di droga, di persone, di armi. L'Unione europea è uno dei principali paesi di destinazione per il commercio della fauna selvatica e occorrono azioni coordinate per affrontarne le cause, per applicare le norme esistenti in modo efficace e rafforzare la cooperazione globale tra i paesi di origine, di transito e di destinazione.

Ci sono soprattutto le ripercussioni negative sulla biodiversità e sugli ecosistemi esistenti, come pure sui nostri bambini. Sì, perché, come ha giustamente detto il Commissario Vella, per far capire ai nostri cittadini, ai consumatori, l'importanza di questa decisione: al ritmo attuale i bambini nati oggi vedranno morire gli ultimi elefanti e rinoceronti selvatici prima di aver compiuto 25 anni. E non solo, fra l'altro, le specie così note come elefanti e rinoceronti, ma molte altre specie non meno importanti.

Max Andersson (Verts/ALE). – Herr talman! I dag diskuterar vi en oerhört viktig fråga, nämligen EU:s handlingsplan mot den olagliga handeln med vilda djur och växter. Den globala efterfrågan på denna olagliga handel är växande. Straffen är i många länder alldeles för låga, och risken att en brottsling åker dit är alldeles för liten. Profiterna som görs i denna handel är enorma.

EU är inte bara ursprungs- och mottagarland utan även transitland. Vi behöver gemensam lagstiftning för att täppa till kryphålen i regelverket. Maskorna i nätet som gör att vi inte har varit tillräckligt bra på att hindra denna olagliga handel. Detta är en gränsöverskridande miljöfråga för att hindra utrotning av djur och växter. Vi behöver tuffare regler. Bifall till betänkandet.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, we are seeing an unprecedented loss of endangered species, and species in general, all over the world. At the same time, we see wildlife trafficking expanding at a faster pace than ever. So, yes, we do need to act with much more urgency and in a stricter way than we have envisioned to date.

This includes compulsory trained units on duty in customs services, including trained dogs. It means specialised training units, including in police forces. It means liability for transportation companies, including air freight companies and other middlemen in the processes. Yes, it means banning imports of trophies – and, yes indeed, that actually fuels the illegal transportation of wildlife and endangered species because it makes it harder to make the difference between legal and illegal.

If we do not act on these points right now, if we do not take responsibility here in Europe, as I urge the Commission to do, then in a couple of years' time it could be too late.

Florent Marcellesi (Verts/ALE). – Señor Presidente, el tráfico de especies silvestres se ha convertido en uno de los negocios ilegales más lucrativos en el mundo, después de la droga, de la trata de seres humanos y del comercio de armas.

En los países del sur, sobre todo, esta práctica esquilma la biodiversidad, alimenta la corrupción, fomenta los conflictos armados y empobrece a muchas poblaciones. Pues bien, sabemos que Europa es un destino, un mercado y un nudo central de ese tráfico.

Aunque nos hubiera gustado más contundencia en el informe, el plan de acción nos parece, sin embargo, que va por el buen camino. Pero eso sí: es fundamental que todas las políticas europeas tengan en cuenta de forma transversal la protección de las especies, en línea con los objetivos de reducción de la pobreza y los objetivos de desarrollo sostenible. Es una cuestión de coherencia de las políticas europeas.

Por último, nos parece esencial que la Unión Europea reconozca el tráfico de especies como un ecocidio: son crímenes ecológicos contra los derechos humanos de la naturaleza y del conjunto de seres vivos. Y los crímenes tienen que ser juzgados.

Intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Tak długo, jak będą nabywcy gotowi płacić olbrzymie pieniądze za cenne okazy, tak długo będzie trwał proceder nielegalnego handlu dziką fauną i florą. I zawsze – zwłaszcza jeżeli kara za przestępstwa jest niewielka w stosunku do osiąganego zysku – znajdą się ludzie i grupy organizujące ten proceder. Zwróćmy uwagę, że pomimo wielu akcji, szkoleń i coraz większej świadomości społecznej cały czas obserwujemy wzrost tej przestępczości, nie tylko lokalnie, ale przede wszystkim w postaci transgranicznej przestępczości zorganizowanej. Istnieje zatem potrzeba wzmocnienia europejskiego prawa i zacieśnienia globalnej współpracy w tym zakresie, a także większego respektowania przez państwa członkowskie unijnego prawa.

Jednakże walcząc z tym procederem, nie możemy doprowadzić do likwidacji pięknej tradycji łowieckiej, bo w wielu przypadkach dzięki myśliwym odtworzono lub uratowano wiele zanikających gatunków zwierząt.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il traffico illegale di specie selvatiche rappresenta una minaccia grave e crescente per la biodiversità e l'ambiente, ma rappresenta anche fonte di guadagno per le organizzazioni criminali, per un valore di affari annuo complessivo di diversi miliardi di euro, proventi che vengono spesso utilizzati per finanziare ulteriori gravissimi crimini.

È indispensabile, quindi, che l'impegno delle istituzioni europee, oltre ad armonizzare e rendere più severo il quadro normativo, sia indirizzato a rafforzare la cooperazione fra le forze di polizia dei paesi di origine, transito e destinazione delle specie selvatiche e ad incentivare la condivisione di informazioni con le preposte e competenti agenzie dell'Unione.

Quella del commercio illegale di specie selvatiche è una sfida che non possiamo permetterci di perdere. Occorre preservare la ricchezza biologica del nostro pianeta e conservarla intatta per le future generazioni e occorre togliere alla criminalità organizzata tale fonte di guadagno.

Ringrazio quindi la collega Bearder per il suo lavoro.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει εγκρίνει, από τον Φεβρουάριο του 2016, σχέδιο δράσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών. Εμπορία που έχει εξελιχθεί σε μια από τις πλέον επικερδείς εγκληματικές δραστηριότητες παγκόσμια.

Η παράνομη εμπορία των ειδών άγριας πανίδας και χλωρίδας έχει αυξηθεί δραματικά τα τελευταία χρόνια επηρεάζοντας αρνητικά τη βιοποικιλότητα και τους φυσικούς πόρους, ενώ τα έσοδά της υπολογίζονται από 8 έως 20 δισεκατομμύρια ευρώ ετησίως. Παράλληλα, το παράνομο εμπόριο άγριων ειδών συνιστά απειλή για την ανάπτυξη των τοπικών κοινοτήτων όπου εξαντλούνται πλέον οι πόροι των άγριων ειδών, ενώ η ζήτηση για τα προϊόντα άγριων ειδών παραμένει υψηλή.

Επομένως, το σχέδιο δράσης της Ένωσης για την εμπορία άγριων ειδών θα πρέπει να συμβάλει στην πρόληψη και στο χτύπημα της παράνομης εμπορίας και στη μείωση της προσφοράς και της ζήτησης των παράνομων ειδών, καθώς και στην ενίσχυση της εφαρμογής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος.

Merja Kyllönen (GUE/NGL). – Arvoisa puhemies, vihdoin sekä EU että Yhdistyneet kansakunnat ovat heränneet siihen, että kyseessä ei ole vain ympäristöongelma. Nyt ymmärretään, että salametsästys ja villieläinten osilla käytävä kauppa uhkaavat myös valtioiden hyvää hallintoa, turvallisuutta ja kestävää kehitystä.

Tutkimusten mukaan aseistautuneet ryhmät Afrikassa rahoittavat toimintaansa ja näin myös konflikteja salametsästyksestä saaduilla tuloilla. Välittömiä toimia tämän biodiversiteettiä uhkaavan ahneen ja turhan ilmiön kitkemiseksi tarvitaan kaikilla saroilla, ja erityisesti EU:n on toimittava tässä suoraselkäisesti, oli kyse sitten ympäristö- tai kauppapolitiikasta tai turismista.

Stanislav Polčák (PPE). – Já souhlasím se svými předřečníky, pokud mluvili o významu škodlivosti tohoto jevu. Skutečně, obchodování s volně žijícími zvířaty je jev, který ohrožuje samotné populace, a došlo to už do takových kategorií, že tyto druhy vymírají.

Souhlasím i s tím, jaký je význam prevence, vzdělávání a výchovy, o tom zde bylo řečeno mnoho, ale myslím si, že to hlavní se skrývá v každém z nás. Jaký je přístup každého z nás ke zdrojům, ať již ekonomickým nebo ke krajině anebo také k živočišným?

Myslím si, že pokud se řídíme heslem „po nás potopa", tak to velmi brzy pocítí naši potomci. Já bych byl velmi rád, kdybychom se přihlásili k opravdu odpovědnému a rozumnému enviromentálnímu přístupu. Ten bych chtěl také podporovat.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il traffico di specie protette rappresenta il quarto mercato illegale dopo quelli di droga, armi ed esseri umani, per un giro d'affari di decine di miliardi di euro l'anno. Gestito spesso dalla criminalità organizzata a danno dell'ambiente, non di rado serve a finanziare movimenti terroristici. La bassa probabilità di essere scoperti e gli elevati profitti rappresentano un richiamo irresistibile per la criminalità organizzata.

In questo contesto, considero efficace il piano d'azione europeo promosso dalla Commissione, che rafforzerà il ruolo dell'Unione nella lotta globale al traffico illegale di specie selvatiche mediante la prevenzione, la cooperazione e il riconoscimento dell'Europa come mercato di destinazione e come punto di origine e di transito dei prodotti di specie selvatiche.

Serve però porre particolare attenzione all'attuazione tempestiva da parte degli Stati membri di tutti gli strumenti del piano d'azione. Il monitoraggio costante della Commissione e la relazione annuale da presentare al Parlamento europeo saranno utili verifiche per testare la validità delle misure adottate.

(Fin de las intervenciones con arreglo al procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

Jyrki Katainen, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I do appreciate the broad support for the Action Plan which comes from across all the political groups. This is very positive news.

In many contributions, many Members highlighted the importance of implementation; that is of course of the essence. We have to make sure that our Member States will implement everything that we have agreed. Many colleagues here said that the Commission must make sure that the Action Plan is implemented. We do our share, but implementation is mostly in the hands of Member States, and you as representatives of Member States can hopefully put pressure on your governments so that these things are taken seriously. So let us take this implementation as a core issue.

The third point I want to make is that the EU has the strictest rules on the trade in hunting trophies. Trade is possible but strictly framed, which is very good. The EU made a proposal to CITES and this proposal was accepted, which means that there are guidelines to ensure that hunting trophies are from legal and sustainable origins. We now have an international standard that establishes an export permit for species like lions, hippos and polar bears.

On the fourth element, illegal killing has nothing to do with hunting, because hunting always has legal rules and it is better to have sustainable rules for hunting. Illegal killing is a crime which destroys sustainability and that is why we have to concentrate our efforts, especially with this.

Some Members asked about the continuation of the process. The Action Plan covers five years from this year to 2020, and the Commission and the EEAS will establish a scoreboard to monitor implementation. The Commission will report to the European Parliament and to the Council by July 2018 on progress made. Evaluation of the plan's curbing of wildlife trafficking will be carried out in 2020. Thank you very much for a very good discussion and let us focus on implementation, both at national but also at European level.

Catherine Bearder, *rapporteur*. – Mr President, I would like to thank all the speakers tonight for their support and their kind words about this report. It is also very good to hear that the Commission is starting implementation. But, as with any of this, the important thing is enforcement and making sure that we do what we say we are signed up to do. So we will be looking to you, Commissioner, to make sure that that is done.

On the issue of trophy hunting: trophy hunting pretends to be about conservation. If it was about conservation we would not have a problem, but there are tens of thousands of animals taken from the wild and it is creating a market for illegal trophies and putting money into big businesses. It is not helping local communities. It is not helping the animals.

It is very complicated to stop wildlife trafficking. The source countries need help. We need to stop the money laundering and the gun running. I am very pleased to hear about the online marketplace, which is also a really growing market. Biodiversity is under huge pressure; climate change and human pressure on wildlife areas are adding to that, but wildlife trafficking is a concerted attack for profit. It is heart-breaking to see what is happening.

Out there are brave game rangers risking their lives, and others are facing determined criminals. We face telling our children: once there were elephants, or rhinos, or redwood trees. This action plan is good, but so far it is just a paper document. We have to work altogether to turn that into action, and quickly. The biosphere is under attack. It is the life-sustaining system of our planet and it is the beautiful result of millions of years of evolution. Without action now we will lose most of it forever. We in the EU can and must protect it, and we can set an example for the rest of the world about how we can do it. This report and action plan is the start of a journey. Please support my report, and then we can really get to work on tackling this horrible crime.

El Presidente. – Se cierra el debate.

La votación tendrá lugar mañana.

Declaraciones por escrito (artículo 162 del Reglamento)

Monica Macovei (ECR), *in writing*. – I welcome the Commission's Action Plan against Wildlife Trafficking, as the EU needs a coordinated response to wildlife trafficking, which is a serious and growing problem in Europe and globally. It is an organised international crime worth billions, and linked to other forms of serious crime such as money laundering and the financing of militias. In addition to being a security issue, wildlife trafficking also endangers biodiversity and ecosystems. It is essential to protect vulnerable and endangered species of flora and fauna to meet the UN's sustainable development goals. Therefore, it is important to follow the key priorities set out by this Action Plan, namely to address root causes, effectively implement and enforce rules, increase global cooperation, and address internal trade. Member States need to increase protection of target species and habitats, especially for those that are vulnerable. Furthermore, as wildlife trafficking is a global issue, there needs to be dialogue and cooperation with source, transition, and destination countries.

Carolina Punset (ALDE), *por escrito*. – Tan innegable como el cambio climático es la sexta extinción de especies. La sobrepesca, la ganadería extensiva en Amazonas o las plantaciones para aceite de palma en Borneo y Sumatra eliminan el hábitat de animales y plantas. Pero la gran crueldad que contribuye a la desaparición de especies la constituye el comercio de animales exóticos. Negocio sangriento que mueve miles de millones. Según informe de la ONU, se matan diariamente más de 80 elefantes, anualmente más de 1 000 rinocerontes y 120 tigres, especies dramáticamente al borde de la desaparición. España es la puerta de entrada a Europa de muchas especies vivas procedentes del comercio ilegal que son decomisadas y realojadas en centros de fauna silvestre privados o desgraciadamente son sacrificadas aunque sean especies amenazadas o en peligro de extinción. Del orden de 15 000 animales han sido decomisados en España desde 2005, que como muchos otros Estados miembros carece de centros propios de rescate, dejando en manos privadas y de donantes a los animales decomisados sin protocolo oficial de readaptación al medio. España, por su enclave, debería contar con más apoyo a nivel europeo no solo para el control aduanero sino también para las víctimas directas de este comercio ilegal.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Unanim este recunoscut faptul că traficul cu specii sălbatice reprezintă o altă formă, printre cele mai profitabile, de criminalitate internațională organizată, în creștere în întreaga lume. O astfel de inițiativă de reglementare este salutară, deoarece traficul cu specii sălbatice este un fenomen negativ, organic legat de alte forme de criminalitate gravă, organizată, cu impact negativ asupra biodiversității, ecosistemelor, patrimoniul statelor membre, resurselor naturale și conservării speciilor. Mai mult decât atât, traficul cu specii sălbatice aduce atingere securității globale, stabilității politice și dezvoltării socio-economice a UE. Ca atare, Planul de acțiune al UE împotriva traficului cu specii sălbatice necesită o abordare strategică, la nivelul UE, fundamentată pe cooperarea tuturor celor interesați, nu doar a actorilor implicați în cadrul acestui fenomen negativ.

În vederea realizării unui plan adecvat al UE împotriva traficului cu specii sălbatice este salutară inițiativa de a se lua în considerare modelul și mecanismele utilizate pentru combaterea traficului de ființe umane.

De asemenea, dezvoltarea și implementarea mecanismelor de monitorizare a măsurilor și progreselor înregistrate de statele membre în acest domeniu trebuie să fie corelată cu procesul de diseminare a rezultatelor și cu campaniile de sensibilizare a actanților, în vederea modificării comportamentului acestora la nivel individual și colectiv.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Trafic de drogues, traite d'êtres humains, commerce des armes: voici les trois activités les plus lucratives dans le milieu criminel. Au pied de ce podium, avec jusqu'à 20 milliards d'euros de bénéfices annuels, se place le trafic d'espèces sauvages, de plantes et d'objets tirés de ces commerces illicites. La situation empire d'années en années, entrainant la disparition de certaines espèces. Comble de l'horreur: plus une espèce devient rare, plus le prix des produits liés à ces meurtres augmente, causant par là même l'intensification du massacre. Le Parlement européen propose un plan d'action et demande des sanctions exemplaires pour lutter contre ce fléau. Sans biodiversité, il n'y aura plus d'humanité. Nous demandons entre autres que des sanctions lourdes soient prises sur le sol européen à l'encontre des trafiquants, ainsi que la mise en place d'un coordinateur européen de la lutte contre ce type de criminalité. Europol doit considérer cette activité comme une forme de crime organisé. Enfin, nous demandons une législation inspirée du modèle américain et dans laquelle il soit clairement mentionné que si un produit a été confectionné ou obtenu de manière illégale dans un pays, celui-ci est aussi illégal dans le pays de destination.

19. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate sobre el informe de Dominique Riquet, en nombre de la Comisión de Transportes y Turismo, sobre nuevas oportunidades para las pequeñas empresas de transporte, incluidos los modelos de negocio colaborativos (2015/2349(INI)) (A8-0304/2016).

Dominique Riquet, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, je tiens tout d'abord à adresser mes remerciements à mes corapporteurs pour la qualité de leur contribution, la cordialité de nos rapports et la capacité que nous avons eue d'obtenir un très large assentiment ensemble.

Il est nécessaire de rappeler que les transports, indispensables à la circulation des personnes et des biens, constituent un élément fondamental du marché intérieur. À côté des transports publics, souvent en difficulté, les PME du secteur des transports – ou, devrais-je dire, de «la mobilité» – représentent une activité essentielle et souvent l'essentiel de l'activité du secteur, un élément capital de la mobilité, notamment dans les nœuds urbains, et une source dynamique de croissance et, donc, de création d'emplois pour faire face à une demande toujours plus importante de mobilité.

Les défis auxquels sont confrontées les PME européennes du transport dans leur globalité sont de différents ordres. Elles sont confrontées premièrement à un défi réglementaire dû à la complexité, aux coûts inhérents engendrés et à la grande disparité des règles d'accès aux professions réglementées; deuxièmement, à un défi économique lié aux charges importantes et à l'éternel problème du financement avec un accès difficile au crédit pour des capacités d'investissement limitées; troisièmement, à un défi environnemental résultant de la congestion, des émissions et de la dépendance aux énergies fossiles ; quatrièmement, à un défi technologique avec l'émergence de la nouvelle économie, des plateformes d'intermédiation, l'autonomisation, l'automation et la connectivité des véhicules.

Par ailleurs, ce dernier point m'amène à souligner l'apparition d'un nouveau phénomène dans ce contexte. C'est dans le secteur des transports que l'économie collaborative a d'abord fait sa percée la plus spectaculaire. L'ubérisation est un terme qui en témoigne. Or, cette nouvelle économie apporte des ruptures technologiques et commerciales innovantes positives, mais pose aussi certains problèmes aux acteurs traditionnels ainsi qu'aux régulateurs.

Les progrès engendrés par l'économie collaborative sont nombreux: amélioration de la qualité et de la fluidité des services existants; sécurisation des acteurs au bénéfice du consommateur – je veux parler des gains de confiance générés par l'identification et la notification réciproques du consommateur et du prestataire de services; renforcement de la sécurité des transactions; création d'un nouveau type de travailleurs indépendants, souvent en manque de revenus et participant à la fois à la progression de la croissance et à la réduction du chômage.

Cela étant, n'oublions pas les défis que pose cette économie de plateformes, à commencer par la définition et l'encadrement des rapports entre ces plateformes et les prestataires de services, tant pour la raison de la fiscalité que de la protection sociale ou de la sécurité de la stabilité juridique. Ensuite, la nature du service offert par le prestataire au particulier doit-il être qualifié de «commercial» ou de «partage de coûts» dans le cadre de la coconsommation? En outre et en conséquence de ce qui précède, la question est posée du statut fiscal et social des acteurs de l'économie collaborative ainsi que de la différenciation entre l'économie de partage à but non lucratif pour le prestataire et l'économie des plateformes à but lucratif.

La protection des données est évidemment un sujet d'importance, sans oublier les rapports avec l'économie dite «classique» du transport et les corporations. L'accès aux professions réglementées est souvent complexe, restreint et différent dans les États membres.

La réponse à l'ensemble de ces problèmes implique, d'une part, l'amélioration de l'environnement des PME du secteur par l'allègement de leur charge administrative, par la simplification de leur accès au crédit, voire à la recherche, par la modernisation du statut des professions et par un accès facilité aux nouvelles technologies pour les acteurs traditionnels. Cette réponse implique, d'autre part, la convergence entre l'économie classique et la nouvelle économie collaborative au niveau européen par l'harmonisation des statuts et des règles d'accès aux professions, par la détermination de ce qui relève du partage et de ce qui relève du profit dans une activité commerciale, par l'harmonisation des régimes fiscaux et sociaux afin d'assurer des règles identiques entre l'économie classique et la nouvelle économie et par la progression vers des cadres européens qui définissent le statut des professions et leur cadre économique.

Mes chers collègues, voilà les défis qui nous attendent. Je me réjouis que ce rapport ait pu recevoir en commission des transports un très large soutien de mes collègues. J'espère qu'il sera utile pour avancer vers plus d'efficacité, de croissance, d'emploi et de durabilité au service des citoyens et je m'apprête à écouter avec beaucoup d'attention vos interventions.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to welcome the report by Mr Riquet which provides a really balanced view of current developments in the transport sector, while pointing out some of the major challenges. Let me respond to the elements of his report. First, on the importance of SMEs in the transport sector. Road transport is a sector which is characterised by hundreds of thousands of SMEs. As an example, 95% of road freight companies are micro-companies with less than 10 employees. As opposed to other modes of transport, companies in road transport are subject to stiff competition in an already open market. This is largely due to the creation of a single market.

However, looking at the local level and at passenger transport in particular, the development has been quite different. Local and regional markets are often closed and strictly regulated, or even operated directly by public authorities. This way of functioning has not been challenged until recently. In some cases it has not promoted the industry to develop innovative solutions for transport.

On the role of the Commission, our role is to propose, where appropriate, EU legislation that addresses issues identified in a proportionate manner, having regard to the different public interests possibly involved, such as road safety or social working conditions, and of course our role is also to ensure that Member States comply with EU law, and the responsibility of Member States highlighted by your report is therefore very welcome.

On the 2017 road initiatives, as you know, the Commission has announced legislative proposals in the field of road transport to be presented in the first semester of 2017. When reviewing existing EU legislation in road transport, we will be looking for a balance between social standards and enhancing the functioning of the internal market. In particular, we are looking at ways to improve rules on access to the profession of road transport operator that are supposed to ensure fair conditions for hauliers of different Member States. We need to adjust and clarify rules in a way that does not increase administrative burdens.

On digitalisation of the economy, digitalisation is an opportunity to increase mobility and reduce congestion in cities, but it may also be a challenge for transport. We must ensure access to relevant transport data by all potential service providers, which is essential to ensure fair competition and effective functioning of the single market, and for municipalities and regulators to improve mobility services.

On the collaborative economy and regulation of shared passenger transport, the Commission has made it clear, notably in the communication on the collaborative economy, that it supports initiatives that help make better use of resources and that make the lives of citizens easier. We have also made it clear that all undertakings must observe Union law, as well as applicable national law, which itself must be in line with Union law. Within this framework, however, it is up to the undertakings concerned to choose their business model. At the same time, we have encouraged Member States to take the emergence of new technological solutions and business models as an opportunity to modernise decades-old regulations, and only apply restrictions if fully justified, proportionate and non-discriminatory.

When looking at the legislation and applying it to new business models, the Commission encourages Member States to take into account the particularities of the collaborative economy. In this context, thresholds may be a good means to distinguish between professional providers and peer providers. Banning services should only be a last resort and should be objectively justified by reason of an overriding public interest. In the specific case of passenger transport by taxi, hire car and ride-sharing, the Commission launched a fact-finding study which has identified a huge diversity of national and local rules, resulting in a very different development on the market in each Member State.

While one can see some restrictions which are difficult to justify, we also see some good examples. More and more Member States realise the potential of technological development, as well as new ways of organising transport services. Some Member States have decided to modify and simplify their laws by removing unnecessary barriers while ensuring minimum standards. These signs are encouraging and the Commission will continue to support this process.

Elena Gentile, *relatrice per parere della commissione per l'occupazione e gli affari sociali*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel mercato dei trasporti, ai modelli imprenditoriali tradizionali oggi si aggiungono nuovi modelli di impresa che appaiono interessanti per le ricadute occupazionali e perché rendono più competitivi i servizi offerti, a tutto vantaggio dei consumatori finali.

Ma non possiamo non dirci preoccupati per le possibili ripercussioni sulle condizioni di lavoro, la sua precarizzazione, la sua sicurezza, con il rischio che il confine tra lavoro autonomo e subordinato diventi indistinto. E ancora, i modelli digitalizzati d'impresa non appaiono così trasparenti rispetto alle regole della concorrenza, con il rischio di favorire pratiche di mercato sleali, l'elusione e l'evasione fiscale.

Serve dunque un quadro giuridico che stabilisca una griglia dentro la quale prevalga la necessità di tutelare il mercato tradizionale, mettere in sicurezza i lavoratori, garantire i consumatori, impedire che l'economia collaborativa vada a collocarsi dentro gli spazi dell'economia e del lavoro sommerso.

Luis de Grandes Pascual, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, señor ponente, con independencia de mi deseo personal de intervenir en este informe, represento aquí a la señora Monteiro —que excusa su ausencia—, que es la ponente alternativa en nombre del PPE. Trasladaré sus criterios en su nombre, ya que ella está ausente.

El informe, a juicio de la señora Monteiro, analiza las nuevas oportunidades para el sector del transporte, especialmente en el ámbito de la economía colaborativa. La señora Monteiro opina que es una cuestión importante que la actual legislación tenga en cuenta la innovación. A su juicio, las aplicaciones digitales facilitan la conexión entre cliente y empresa y son parte de la imparable innovación.

La señora Monteiro considera que hay regulación en demasía para el acceso a la profesión de los taxis y que los Estados miembros no deben proteger ni a unos ni a otros, sino encontrar una solución de equidad para así crear condiciones óptimas para los dos modelos de empresa. La ponente alternativa reclama también de los Estados miembros que actualicen sus leyes nacionales, para que estos abarquen una idea de economía colaborativa.

Y ya paso a hacer una serie de juicios personales, no sin decir antes que mi coincidencia con la señora Monteiro es absoluta: la economía colaborativa puede y debe ser un elemento de innovación y competencia, siempre que respete los elementos básicos del transporte, como la seguridad y la protección del consumidor, y no se incurra en la competencia desleal.

Sin embargo, el elemento que preocupa a la delegación española es el de los vehículos industriales ligeros. Las empresas pequeñas no pueden recurrir a medios de transporte que optimicen la economía de escala. El señor Riquet se pregunta en su informe, en el apartado 37, si existen razones para eximir los vehículos industriales ligeros de la aplicación de la normativa europea.

Pues bien, como bien indica su título —Nuevas oportunidades para las pequeñas empresas de transporte—, se trata de un informe que pretende facilitar la integración de las pequeñas y medianas empresas en el mercado del transporte. Es por lo tanto incoherente, a nuestro juicio, el cuestionar la exención a los vehículos industriales ligeros, ya que sería ponerse en contra de lo pretendido en el título del informe.

Por lo tanto, entendemos y vemos como una traba el que se endurecieran las condiciones administrativas para los vehículos más pequeños. Los vehículos ligeros de carga representan una ínfima parte del sector del transporte de mercancías en Europa. En consecuencia, la delegación española del PPE votará en contra del apartado 37 de este informe, sin perjuicio de nuestro voto positivo final a este buen trabajo, como lo será el de todo el Grupo PPE a este informe, que nos parece positivo y muy realista.

Maria Grapini, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, doamna comisar, vreau, de la bun început, în calitate de coraportoare din partea Grupului S&D, să mulțumesc raportorului, domnul Riquet, care a creat o bună atmosferă și o bună colaborare în echipa pe care a coordonat-o. Raportul a fost foarte important pentru mine și pentru grupul meu, deoarece am avut posibilitatea să propunem îmbunătățirea situației IMM-urilor prin crearea de noi oportunități pentru aceste IMM-uri în domeniul transportului. Sunt provocări pentru întreprinderile mici din transport și noi, Parlamentul, Comisia, Consiliul, dar și autoritățile naționale trebuie să le sprijinim. Iată de ce consider important acest raport și sper să fie susținut și votat de toate grupurile politice.

Am subliniat în raport nevoia ca statele membre și Comisia să ia măsuri adecvate de combatere a practicilor anticoncurențiale din partea marilor grupuri integrate. Comisia trebuie să crească transparența și îi cerem să publice o foaie de parcurs privind eliberarea datelor referitoare la transportul finanțat din fonduri publice. Nu trebuie să fugim de adevăr: întreprinderile mici nu pot pătrunde în transportul urban național sau chiar internațional finanțat public exact datorită marilor grupuri integrate. Am propus mai multe amendamente la acest raport și mulțumesc raportorului, dar și raportorilor din umbră pentru modul în care am negociat compromisurile.

Raportul face referire și la dumping social și la protecție socială și la protecția consumatorilor. În raport cerem instituirea unor structuri de cooperare între întreprinderile mici de transport, institutele de cercetare și autoritățile locale și regionale, cu scopul de a organiza mai bine mobilitatea urbană și interurbană, pentru a răspunde în mod eficient la apariția unor servicii și produse, inclusiv a celor oferite de IMM-uri.

Sunt și copreședintă a intergrupului pentru IMM-uri și am avut foarte multe dezbateri pe tema IMM-urilor, inclusiv a celor din domeniul transportului. Domnul Riquet a amintit multe din ele: accesul la finanțare, problema documentației, birocrației, costurile. Raportul solicită Comisiei ca, în colaborare cu autoritățile naționale, regionale, locale ale statelor membre, să dezvolte o platformă de comunicare pentru a consilia și forma IMM-urile, deoarece s-a constatat că, de multe ori, IMM-urile, întreprinderile mici, mai ales, evită să se extindă în sectorul transporturilor din cauza riscurilor sporite pe care le implică activitatea transfrontalieră. Trebuie să înțelegem mai bine, doamnă comisar, că întreprinderile mici de transport sunt inerente mobilității europene, IMM-urile sunt creative, inovative, dar trebuie sa aibă un mediu prielnic pentru a se dezvolta. Trebuie să sprijinim întreprinderile mici să convertească provocările în oportunități, în special în ceea ce privește TIC. Modelul economiei colaborative și-a făcut simțită prezența și în domeniul transporturilor, cu forme de muncă mai flexibile și acest lucru este benefic. Nu trebuie să uităm că întreprinderile mici de transport au importanță deosebită în regiunile greu accesibile, în regiunile îndepărtate, în mediul rural, dar și în cel periferic din zonele urbane. Iată de ce este important acest raport din proprie inițiativă al Parlamentului European și susțin votarea lui.

Închei, încă o dată, prin a mulțumi colegilor care au depus amendamente și raportorului, domnul Riquet, care a avut o poziție obiectivă în negocierea compromisurilor. Sper, doamna comisar, că veți ține cont de recomandările din raport.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Małe i średnie przedsiębiorstwa działające w sektorze transportu muszą się mierzyć z wieloma ograniczeniami: barierami podatkowymi, ekologicznymi czy socjalnymi, które skutecznie utrudniają im funkcjonowanie. Pokonanie tych barier nie jest możliwe bez przyjaznej legislacji.

Rewolucja cyfrowa stworzyła dla małych i średnich przedsiębiorstw transportowych wiele nowych możliwości. Nowe modele biznesowe oparte na współdzieleniu środków transportu są najpopularniejszą z tych szans, dlatego tak bardzo potrzebujemy rozsądnej i kompleksowej oceny ich wpływu na cały rynek usług transportowych. Zarówno samoregulacja tego segmentu, jak i nałożenie na niego zbyt wielu ograniczeń nie będą sprzyjały innowacyjności, bezpieczeństwu oraz ochronie praw konsumentów i pracowników.

Nie chodzi tu już na pewno o nadawanie zbyt dużego znaczenia aspektom socjalnym, do czego niestety to sprawozdanie ma tendencję, ale o zrównoważoną i skoordynowaną reakcję na wyzwania rewolucji cyfrowej na poziomie europejskim. Bez wątpienia także wszelkie formy protekcjonizmu państwowego, których szczególnie w obszarze transportu drogowego towarów jesteśmy świadkami od wielu miesięcy, szkodzą rozwojowi małych firm transportowych.

Warto, aby Komisja Europejska, projektując przyszłość europejskiego rynku przewozów drogowych, pamiętała, że to właśnie w tym sektorze małych i średnich firm jest najwięcej i że większość z nich to firmy z Polski i z innych państw Europy Środkowej.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, quiero felicitar al señor Riquet por este informe que sugiere un potente programa de trabajo para que las pequeñas empresas de transporte europeas puedan adaptarse a dos grandes retos: la evolución que inducirá a este sector a un uso intensivo de las nuevas tecnologías y su adaptación a nuevos modelos de negocio que llegan de la mano de la economía colaborativa.

Así, estas empresas van a jugar un papel decisivo en la lucha contra el cambio climático, a la vez que estarán en la mejor posición para resolver el gran reto al que se enfrenta la integración de los distintos modos de transporte en un sistema inteligente de movilidad,

la solución al reto del «último kilómetro», tanto en los espacios no urbanos como en las ciudades.

Favorecer que los actuales y futuros emprendedores aprovechen esta oportunidad requiere impulsar debidamente la unidad de mercado del transporte.

Además, como señala este informe, obliga a cambiar la filosofía de la regulación para adaptarla a la nueva realidad, para favorecer la innovación y la competencia leal, y para garantizar los derechos de los consumidores. Además, debe reconocer y aprovechar el impulso que muchas autoridades locales están dedicando ya a propiciar esta transformación con operadores pequeños y locales.

Si acertamos, el cambio será cantera de empleos de calidad.

Señora Comisaria, solo me queda instar de nuevo a los Estados miembros a cumplir las prioridades de inversión previstas en la TEN-T porque son necesarias para poder permitir esta evolución. Por eso, añaden un valor a nivel europeo y por eso hay que concluirlas.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, kiitoksia komissaari, kiitokset kollegoille hyvästä yhteistyöstä ja tietysti erityisesti meidän esittelijämme Riquetille.

Uusia digitaalisia liikennepalveluja liikennesektorille syntyy kuin sieniä sateella ja hyvä niin. Erityisesti minua ilahduttaa se, että poikkeuksellista aktiivisuutta on pienten ja keskisuurten yritysten ja startupien rintamalla. Uudet palvelut ja uudet toimijat tuovat mukanaan kaivattua helppokäyttöisyyttä ja käyttäjälähtöisyyttä liikenteeseen ja auttavat yhdistämään eri liikennemuotoja toimiviksi matkaketjuiksi.

Lainsäätäjät ja kansallisella tasolla että täällä Brysselissä ovat hiukan ymmällään, miten asiassa kannattaa toimia ja tarvitaanko kehityksen ohjaamiseksi uutta sääntelyä vai ennemminkin olemassa olevan sääntelyn purkamista. Asiaa hankaloittaa se, että uudet palvelut eivät ole yksinomaan liikennepalveluita, vaan ne ovat mitä enenevässä määrin myös digitaalisia palveluita tai useiden eri liikennepalveluiden yhdistelmiä, jolloin totutut vanhat pelisäännöt eivät enää yksinomaan päde.

Meidän lainsäätäjien tulee nyt olla kuin curling-vanhemmat, jotka ikään kuin lanaavat tietä ja luovat toimintaedellytyksiä, mutta antavat alan ja yritysten itsensä tehdä työn. Uskaltaisin sanoa, että olen itse perehtynyt tähän asiaan aika paljon ja tullut siihen tulokseen, että keskeisintä on nyt luoda EU-tasolla vastuukysymysten kohdalla turvallisuuden ja kuluttajansuojan takaavat pelisäännöt.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, tous les jours, les citoyens européens se posent la question de leur transport, du quotidien.

Ils vivent, comme nous, avec cette vague numérique qui est une évolution positive et qui amène la multiplication des plateformes qui chahutent nos modèles existants. Parmi ces plateformes, nous trouvons de nouveaux modèles économiques éthiques qui poursuivent des valeurs de partage, de protection du climat et du lien social. C'est un petit peu là-dessus que devrait se fonder l'économie collaborative et, à partir de là, on devrait se dire qu'une économie collaborative pourra profiter à tous, que ce soit le constructeur, le conducteur, les passagers ou l'environnement. Notre rôle, en tant que législateur, est d'anticiper les bouleversements technologiques sans freiner l'innovation.

C'est pourquoi je veux dire qu'il est urgent d'avoir un cadre réglementaire strict et je fais cet appel à la Commission européenne parce qu'il y a encore trop d'incertitudes juridiques, qui sont des freins au développement de l'économie collaborative. Dans ce cadre réglementaire, il nous faut, d'une part, définir ce qu'est une plateforme de l'économie collaborative qui repose sur le partage des frais par opposition aux plateformes qui fournissent des services professionnels et, d'autre part, harmoniser les règles au niveau européen.

Il faut réglementer l'économie collaborative pour deux autres raisons également. Tout d'abord, pour la protéger d'elle-même parce que c'est un secteur qui est encore peu mature et qui a une tendance au monopole. Ensuite, il convient d'établir des règles pour que la concurrence ne soit pas déloyale et qu'elle ne favorise pas le dumping fiscal ni le dumping social. Ce risque de dumping existe. C'est lorsqu'une petite catégorie de personnes utilisent les plateformes collaboratives pour en faire un *business*. C'est donc à cette condition que l'économie collaborative pourra s'épanouir dans un cadre réglementaire…

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei esprimere il mio sostegno alla relazione ed evidenziare alcuni punti che costituiscono per noi una priorità.

Il primo riguarda l'ambiente e la necessità di mettere le piccole imprese nelle condizioni, anche economiche, per uniformarsi alle nuove politiche ambientali derivanti dagli accordi di Parigi e per poter ammortizzare eventuali nuovi maggiori costi e oneri. Siamo inoltre favorevoli alle nuove opportunità per modelli collaborativi d'impresa, ponendo particolare attenzione ai problemi di carattere sociale, alle eventuali distorsioni, al *dumping* sociale e alle problematiche legate alla sicurezza. Favoriamo i modelli collaborativi ma stiamo al passo per arginare queste problematiche.

Diamo poi il benvenuto alla revisione del regolamento vigente per le norme in materia di trasporto internazionale e cabotaggio. Da quando è entrato in vigore, vi sono state enormi criticità, soprattutto legate ad alcune forme di trasporto e in particolare al trasporto pesante su gomma. Promuoviamo, infine, l'accesso universale a Internet per una maggiore economia collaborativa, garantendo l'accesso a internet gratuito a tutti.

Wim van de Camp (PPE). – Ik wil allereerst collega Riquet bedanken voor het rapporteurschap. U ziet, Voorzitter, ook op onze leeftijd kan je nog heel innovatief zijn en dat is wel belangrijk bij dit rapport. Wij hebben hier te maken met een kroonjuweeltje van de Europese economie. De combinatie tussen midden- en kleinbedrijf, start-ups, de deeleconomie en internet is, samen met transport, werkelijk een bron van innovatie en nieuwe werkgelegenheid. En ik wil de commissaris ook oproepen om flexibel te zijn met nieuwe proefprojecten. Er lopen in Europa duizenden mensen rond die kleine bedrijfjes willen beginnen in de deeleconomie, in de transportwereld en als start-up. Dat moeten wij benutten. En soms zijn de Europese regels voor de subsidies wel erg strak.

Dan, Voorzitter, nog even over de kleine commerciële voertuigen. Mijn collega de Grandes sprak er al over. Daar moeten we even goed naar kijken, want er zijn toch veel van die kleine busjes die de regels voor het transport in Europa negeren, bijvoorbeeld op het punt van de tachograaf. Daar moeten we goed naar kijken. Geen paniek, maar wel een onderzoek.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, deseo felicitar también al colega Riquet por su informe, que aúna la ligereza de la idea de que algún día podremos montarnos en el móvil —o que nos traiga el desayuno directamente y nos lleve a casa— con la solidez de sus reflexiones sobre la necesidad de financiación y la necesidad de un marco legislativo. Y, por lo tanto, yo animo también a la Comisión y a la Comisaria aquí presente para que implementen más las inversiones sobre la parte de sinergias en el MCE entre transporte, telecomunicación y energía o también las inversiones en nodos urbanos, precisamente para facilitar a las empresas pequeñas de transporte.

También Apple y Google en su momento fueron pequeñas y, por lo tanto, yo también advierto que no puede ser, por otra parte, que los vacíos en normativa de la Unión Europea en materia social o fiscal sirvan para que algunas empresas, aunque sean pequeñas de momento, escapen a la reglamentación nacional en materias tan importantes como seguridad de los consumidores, en cuanto a calidad y seguridad, responsabilidad —se lo hemos pedido a las agencias de viajes: deben tener también responsabilidad—, la fiscalidad, por supuesto —se ha hablado de dumping fiscal—, o las normas laborales, por no hablar ya de los servicios públicos y de sus obligaciones.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаема г-жо Комисар, уважаеми колеги, малките и средните предприятия са основният двигател на европейската икономика, създават работни места за две трети от заетите европейци. Освен това те придават добавена стойност, тъй като отлично познават местния пазар и се характеризират с бързи реакции и близост до клиентите.

Транспортният сектор в частност е една от тези сфери, в които малките транспортни предприятия играят решаваща роля за функциониране на мобилността в Европа. Транспортните предприятия се сблъскват със значителни предизвикателства, за да отговарят на нарастващото търсене, мобилност и често са изтласквани от пазара заради наличието на монополи, и са подложени на изключителен натиск. Пример за такъв натиск са изискванията, въведени от Франция и Германия, за налагане на минимална работна заплата в този сектор, ограничаващи по непропорционален начин свободата на предоставянето на услуги и свободното движение на стоки. И това според мен е дискриминация.

Всяка промяна в законодателството трябва да отчита основните свободи в Европейския съюз и в никакъв случай не трябва да ограничава лоялната конкуренция и предприемачеството.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I too would like to congratulate Dominique Riquet on a very good report, and I would like to draw attention to the fact that digitalisation should focus on passengers, on the consumers, rather than what I may call the complex approach. Creativity of SMEs, all that provides for enormous opportunities, but based on the condition (and that is something that you have stressed, Madam Commissioner) of an internal market without barriers – of course, fully respecting the Community legislation, and national laws for sure, but at the same time, in this framework, by addressing eventual anti-competitive approaches and measures, giving an opportunity to new business models. That will create the opportunities, that will provide for better services, focus on the consumers but also on creating jobs. I think we should maintain that approach.

Jill Seymour (EFDD). – Mr President, this report calls on Member States to stop over-regulating small transport businesses, which I find most hypocritical. Across the UK, self-employed hauliers and SME hauliers have been drowned in EU legislation. The driver's certificate of professional competence has crippled the UK's small transport businesses, costing them an absolute fortune. This has led to a massive drop in the number of qualified drivers and also to a significant shortage of drivers. The EU should stop criticising Member States and start looking a little bit closer to home.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE). – Herr Präsident, verehrte Frau Kommissarin! Zwei Drittel aller Erwerbstätigen in der EU sind in kleinen und mittleren Unternehmen tätig.

Deshalb sollten wir deren Tätigkeit besondere Aufmerksamkeit schenken, deren Gründung erleichtern, ihnen ein Wachstum ermöglichen und sie insbesondere nicht mit Bürokratie überfrachten.

Vor allem im Bereich des Verkehrssektors spielen kleine Verkehrsunternehmen die entscheidende Rolle bei der Sicherung der Mobilität von morgen. In Bezug auf den ersten und letzten Abschnitt einer Reise sind sie einfach unerlässlich. Dieser Bericht macht deutlich, dass es den KMU aufgrund der zunehmenden Umweltauflagen und des zum Teil unfairen Wettbewerbsdrucks durch monopolähnliche Marktstrukturen schwer gemacht wird, den wachsenden Herausforderungen erfolgreich zu begegnen.

Durch technologische Neuerungen steht auch der Verkehrsbereich ganz im Zeichen der Digitalisierung. Die Entwicklung der kollaborativen Wirtschaft ist wirklich bedeutsam. Gerade sie fördert die nachhaltigen Mobilitätsformen, welche vor allen Dingen der Rechtssicherheit bedürfen. Besonders auch im Zusammenhang mit dem multimodalen Reisen halte ich es für unbedingt notwendig, dass die Informationen über Mobilitätsdienste, die von KMU angeboten werden, in die öffentlich zugänglichen Reiseinformations- und planungsdienste aufgenommen werden. Nur so können Dienstleistungen selbst kleinster Verkehrsunternehmen einer großen Personengruppe zugänglich gemacht werden.

Natürlich ist für diese Unternehmen ein erleichterter Zugang zu Krediten und öffentlichen Finanzhilfen notwendig. Selbst Start-ups sollten von der EFSI-Unterstützung profitieren können. Komplizierte Verwaltungsverfahren hierzu lehnen wir ab. Grenzüberschreitende Geschäftstätigkeiten verdienen es, gefördert zu werden.

Claudia Țapardel (S&D). – Domnule președinte, doamnă comisar, dragi colegi, creșterea spectaculoasă a economiei digitale este pe punctul de a schimba radical piața transporturilor. Salut raportul domnului Riquet, care ne dă ocazia să reflectăm asupra noilor modele de business. Aceastea, este adevărat, vin cu servicii noi și cu un grad de flexibilitate greu de egalat de către jucătorii tradiționali, dar și cu o serie de noi provocări, mai ales dacă ne referim la echilibrul dintre competitivitate și menținerea drepturilor sociale.

În acest context, ar trebui să pornim de la întrebarea: care este rolul nostru, al legiuitorilor, în fața provocărilor aduse de fenomenul economiei colaborative? Cu alte cuvinte, putem aplica regulile vechi, le adaptăm sau venim cu unele noi? Este esențial ca Parlamentul European să transmită un mesaj clar că susține inovația și că poate transforma dezbaterea actuală într-un set de reguli concrete pentru jucătorii de pe piață.

De asemenea, consider că succesul unei piețe a transporturilor unice și integrate depinde de existența unor reguli comune pentru toate statele membre. Ca eurodeputat cu viziuni de stânga, cred că avansul tehnologic poate aduce îmbunătățiri semnificative și pentru angajații din transporturi, mai ales în ceea ce privește abuzurile legate…

(Președintele retrage cuvântul vorbitoarei.)

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Małe i średnie przedsiębiorstwa są kluczowym czynnikiem wspierającym wzrost gospodarczy i tworzącym nowe miejsca pracy, dlatego ważna jest likwidacja wszelkich barier ich rozwoju. Lekkie pojazdy dostawcze odgrywają ważną rolę w europejskim sektorze transportu. Przez ostatnie lata obserwujemy znaczący przyrost małych i średnich firm transportowych, co przełożyło się na ponad trzydziestoprocentowy wzrost popytu na te właśnie pojazdy i usługi, które świadczą.

Dlatego pragnę wyrazić uznanie dla przedstawionego sprawozdania i wyrazić swoje poparcie dla tych zapisów, które wspierają rozwój MŚP, mówią o potrzebie ograniczenia obciążeń, nadmiernych regulacji i wsparciu w dostępie do środków finansowych i kredytów.

Jednakże – podobnie jak delegacja hiszpańska czy portugalska – nie mogę zgodzić się z ustępem 37 i polska delegacja będzie głosowała przeciwko jego przyjęciu. Propozycja, by lekkie pojazdy miały podlegać takim samym wymogom jak duże pojazdy transportowe przewożące jednorazowo dziesiątki ton towarów, będzie miała negatywny wpływ na małe europejskie firmy transportowe zajmujące się głównie przewożeniem towarów na krótkich dystansach. Obawiamy się, że to skutkowałoby nie tylko dodatkowym obciążeniem administracyjnym, zwiększeniem kosztów, ale ograniczyłoby ich rozwój i konkurencyjność.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, la politica di trasporto dell'Unione non può prescindere dal ruolo chiave che le piccole e medie imprese giocano in questo settore, generando attività economica, creando posti di lavoro e contribuendo a rendere più efficiente la gestione della mobilità in Europa. Il valore aggiunto di tali imprese si riscontra in particolare nelle aree più remote, dove risulta determinante la conoscenza del mercato locale e la vicinanza al cliente.

In questo contesto è importante porre l'accento sui modelli collaborativi, sempre più diffusi, che rappresentano un'ulteriore risorsa per lo sviluppo sostenibile della connettività, soprattutto nelle regioni periferiche, montane e rurali, con benefici indiretti anche per il settore turistico.

Ultimo, ma di fondamentale importanza, il tema dell'accesso al mercato, rispetto al quale ritengo sia essenziale garantire condizioni eque che prescindano dalle dimensioni delle singole imprese.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, haluaa myös kiittää tästä erinomaisesta mietinnöstä edustaja Riqueta, jonka johdolla se on tehty. Mielestäni se on hyvin edistyksellinen ja olen iloinen siitä, että niin parlamentin liikennevaliokunta kuin komissiokin suhtautui hyvin positiivisesti liikenteen digitalisoinnin ja jakamistalouden tuomiin uusi mahdollisuuksiin.

Olemme investoineet miljardeja internetiin ja nopeisiin yhteyksiin, jotka mahdollistavat nyt aivan uudenlaiset palvelut liikennealalla, missä pystymme toimimaan usein ympäristön kannalta ja ajallisesti entistä tehokkaammin ja ennen kaikkea toimittamaan sellaisia palveluja, joihin kuluttajat ovat hyvin tyytyväisiä.

Samalla olen kuitenkin hyvin huolestunut siitä, mihin mietinnössäkin kiinnitetään huomiota: edelleen monet jäsenmaat pyrkivät pikemminkin estämään näiden uusien innovaatioiden tulon markkinoille sen sijaan, että ne kannustaisivat yrityksiä kehittämään uusia palveluita ja innovaatioita. Tähän olisi tärkeää saada muutos.

Mietinnössä aivan oikein painotetaan sitä, että säätelyä on uudistettava niin, että se tukee näitä uusia palveluita ja innovaatioita, ja toisaalta säätelyn tulee olla myös suhteessa liiketalouden kokoon. Erityisesti on otettava huomioon, että säätely ei saa muodostua pienten yritysten kannalta liian raskaaksi.

Meille on ilman muuta haaste, että teknologia kehittyy paljon nopeammin kuin lainsäädäntö pysyy perässä, kuluttajien odotukset kehittyvät paljon nopeammin ja sen johdosta lainsäädännön pitää olla hyvin mahdollistavaa ja joustavaa. Mutta on erinomaista, että tällainen mietintö on saatu tehtyä ja siinä suhtaudutaan hyvin positiivisesti ja kannustavasti tähän uuteen digitaalisen talouteen.

Catch-the-eye-Verfahren

Andor Deli (PPE). – Tisztelt Biztos Asszony, kedves Kollégák! Nagyon fontos témáról van szó, és ezért külön köszönet a jelentéstevő Riquet úrnak, hiszen a kkv-k jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő szállításban, és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. Kis alaptőkével fiatal vállalkozók is be tudnak kapcsolódni, így a fuvarozási szolgáltatások beindítása jó lehetőséget jelent a fiatal vállalkozók számára.

Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt, arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban. Le kell szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek, és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna feletti járművekre vonatkozó összes előírást, ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róhat rájuk. Ezért a magyar delegáció nem tudja támogatni a jelentésnek ezen pontját.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι μεταφορές αποτελούν ζωτικό κομμάτι της οικονομικής και κοινωνικής ζωής. Η Ελλάδα, δυστυχώς, και στον τομέα αυτό εμφανίζεται να υστερεί σημαντικά έναντι των υπολοίπων κρατών μελών, καθώς οι μεταφορείς στην Ελλάδα σπαταλούν πολύτιμο χρόνο εξαιτίας της συμφόρησης στους δρόμους, γεγονός που οδηγεί στη μη τήρηση των υποχρεωτικών κανόνων για τα ωράρια εργασίας και τον χρόνο οδήγησης και ανάπαυσης των οδηγών.

Επιπλέον, οι μεταφορείς πλήττονται και από τα μέτρα που ελήφθησαν στο πλαίσιο του Μνημονίου, κυρία Επίτροπε, κυρία Bulc, και βρίσκονται σε άσχημη οικονομική κατάσταση. Επίσης, η ψυχροπολεμική σύγκρουση Ευρωπαϊκής Ένωσης - Ρωσίας έχει προκαλέσει δυσμενείς επιπτώσεις στους μεταφορείς του ευρωπαϊκού Νότου. Οι Έλληνες μεταφορείς έχουν χάσει 10 εκατομμύρια ευρώ από το ρωσικό εμπάργκο, καθώς τουλάχιστον το 40% των ελληνικών αγροτικών προϊόντων μεταφερόταν στη Ρωσία με φορτηγά.

Πρέπει λοιπόν να θεσπιστεί ένας ελάχιστος μέσος ευρωπαϊκός μισθός, να σταματήσουν οι αθέμιτες πρακτικές που χρησιμοποιούν η Γαλλία και η Γερμανία καθώς επίσης και το κοινωνικό ντάμπινγκ και να προστατευτούν τα δικαιώματα των μικρών μεταφορικών επιχειρήσεων.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Małe przedsiębiorstwa transportowe są ważną częścią europejskiej gospodarki nie tylko dlatego, że przyczyniają się do zwiększania zatrudnienia i wzrostu gospodarczego. Na wielu terenach znacząco poprawiają dostępność i jakość transportu pasażerów. Niewielkie przedsiębiorstwa transportowe rozwinęły swoją działalność i dobrze funkcjonują tam, gdzie brak jest infrastruktury kolejowej, a drogowy transport jest niewystarczający, ułatwiając mobilność mieszkańców. Jest to ważne zadanie z punktu widzenia spójności terytorialnej i społecznej. Dlatego też uważam, iż należy te firmy wspierać i stwarzać odpowiednie warunki do rozwoju.

Zgadzam się z autorem sprawozdania, iż potrzebujemy lepszej koordynacji między władzami lokalnymi i regionalnymi a tymi podmiotami, ale nie tylko na terenach miejskich, ale także w tych właśnie rejonach oddalonych, rzadziej zaludnionych, ze słabszą infrastrukturą. Ich współpraca jest niezbędna, aby sprostać takim wyzwaniom jak cyfryzacja, zmniejszenie emisji czy dobre wykorzystanie środków z funduszy strukturalnych.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, this was a really good and constructive discussion and I thank the honourable Members for all their contributions and comments and for the debate. It shows me that Parliament is taking a position in many respects very similar to that of the Commission, especially when it comes to modernisation of the regulatory frameworks.

Among other things, emerging business models may indeed raise problems of legal uncertainty with regard to the application of the existing legal framework. We also agree that we need to distinguish between profit-making and cost-sharing activities. This is, again, in line with the Commission's communication on the collaborative economy. In that communication, besides a clear definition of terms, the Commission also made very clear that operators in the collaborative economy should comply with rules that are well designed to ensure consumer protection, safety and security, adequate working conditions and training and fiscal compliance.

With this report, Parliament calls on the Commission and Member States to combat anti-competitive practices. The reaction of Member States to the emergence of new players has indeed been diverse and the Commission is following the developments. Whether or not the Commission needs to intervene will depend on case-by-case assessment. When appropriate, the Commission may use its competition-policy tools to guarantee the proper functioning of the market with access for SMEs.

We take note of Parliament's call on the Commission to continue monitoring the developments and impact of the collaborative economy and the Digital Agenda. Monitoring exchanges of best practices and enforcement are among the key actions that the Commission intends to pursue, as explained in the communication of 2 June 2016.

Here, I can also assure you, once again, that we keep SMEs constantly in mind. Not long ago, I was one of them. Therefore we will be paying special attention to ensure open systems and access to customers, especially in the digital age, while at the same time ensuring that safety is not compromised.

Dominique Riquet, *rapporteur.* – Monsieur le Président, chère Madame la Commissaire, chère Violeta, chers collègues, je vous remercie d'abord pour votre contribution à la clarté et à la qualité des contributions qui ont été apportées, ainsi que pour l'excellent esprit qui a présidé à l'établissement de ce rapport.

Au-delà des grandes entreprises de transport public, la majeure partie des transports en Europe est donc assurée par ces millions d'artisans, d'indépendants et de PME qui doivent affronter des défis environnementaux et des progrès technologiques qui bouleversent leurs conditions d'exercice et de vie. Il convient que l'Europe soutienne leur adaptation à ces mutations rapides en améliorant leur environnement et en concentrant son action sur les priorités suivantes: une réglementation plus efficace, plus simple et moins coûteuse, une fiscalité plus lisible, stable et attractive, un accès au crédit qui doit être simplifié, accéléré et plus effectif, ainsi qu'une protection sociale et une égalité fiscale.

Le développement explosif dans les transports de ces nouvelles technologies de l'économie des plateformes exige aussi un effort rapide et puissant de notre part, à savoir une harmonisation des régulations d'accès et d'exercice qui sont parfois corporatistes et diffèrent beaucoup d'un territoire à l'autre, ainsi qu'un effort de convergence pour aller vers une définition et une régulation européennes des activités de plateformes numériques dans le transport.

Un mot sur cet amendement 37 qui a été évoqué plusieurs fois. Il ne s'agit nullement de réglementer et encore moins de surréglementer, il s'agit de demander à la Commission de bien vouloir étudier un problème nouveau, qui est celui des véhicules utilitaires légers dans le transport international. Ce phénomène totalement imprévisible, d'ailleurs, mais nouveau, a suffisamment inquiété un certain nombre d'États membres pour que neuf d'entre eux saisissent la Commission par une lettre qui a été cosignée par neuf ministres. Je pense qu'il ne s'agit pas de réglementer, il s'agit de voir clair et, si des éléments nouveaux sont apportés, d'y réfléchir tous ensemble.

Pour finir, ce rapport d'initiative – ce modeste rapport, Madame la Commissaire – vise à inciter la Commission européenne à proposer le plus rapidement et le plus effectivement possible les mesures nécessaires au soutien à l'harmonisation et à la convergence de tous les types d'entreprises dans le domaine des transports.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmng findet am Donnerstag, 24. November 2016, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – L'impact de l'économie numérique et le développement rapide des plateformes dans les transports sont une réalité que le législateur européen ne peut plus ignorer. Les enjeux sont nombreux, de la protection des droits des travailleurs à l'accès à la profession de chauffeur en passant par la responsabilité juridique des plateformes. Le rapport qui nous est présenté contient des éléments positifs en matière de lutte contre le dumping social, de formation des chauffeurs ou encore de lutte contre les monopoles. Je salue également la distinction entre les plateformes qui génèrent de véritables bénéfices et l'économie collaborative, qui est fondamentalement basée sur le partage des coûts. Cependant, je regrette que ce rapport ne prenne pas en compte les risques de précarisation des chauffeurs utilisant des plateformes comme Uber. Je n'approuve pas également les paragraphes qui visent à limiter la capacité des États à règlementer ces plateformes; c'est contradictoire avec le message envoyé en faveur d'un cadre règlementaire modernisé. Enfin, je considère que les transporteurs utilisant ces plateformes doivent être réglementés comme des «entreprises de transport». Le support numérique n'est qu'un outil au service du prestataire qui propose un service bien défini: le transport de particuliers!

20. Internationale Luftverkehrsabkommen (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über internationale Luftverkehrsabkommen von Michael Cramer im Namen des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr (O-000128/2016 - B8-1807/2016) (2016/2961(RSP)).

Michael Cramer, *Verfasser*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Dezember 2015 hat die Kommission eine Luftverkehrsstrategie für Europa verabschiedet. Im Rahmen dieser Strategie wurde vorgeschlagen, auf EU-Ebene Verhandlungen über Flugsicherheitsabkommen mit Japan und China und über Luftverkehrsabkommen mit China, der Türkei, Mexiko, den sechs Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates, Armenien und dem Verband südostasiatischer Staaten ASEAN aufzunehmen. Der Rat ermächtigte die Kommission am 8. März 2016, Verhandlungen mit China und Japan über Flugsicherheitsabkommen aufzunehmen. Am 7. Juni 2016 wurde die Aufnahme von Verhandlungen über Luftverkehrsabkommen auf EU-Ebene mit dem ASEAN, der Türkei, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten genehmigt. Der Rat berät derzeit noch über den Entwurf von Verhandlungsrichtlinien für die Aufnahme von Verhandlungen auf EU-Ebene über Luftverkehrsabkommen mit China, Mexiko, Armenien und den verbleibenden vier Mitgliedstaaten des Golf-Kooperationsrates.

Der Ausschuss für Verkehr und Tourismus – nicht Verkehr und Fremdenverkehr – richtet in diesem Zusammenhang folgende Fragen an die Kommission: Welche Zielsetzungen, Themenschwerpunkte und Zeitrahmen wurden für die Aushandlung von Luftverkehrsabkommen festgelegt, für die die Kommission die Verhandlungsrichtlinien erhalten hat? Wie ist der Stand der Verhandlungsrichtlinien, über die der Rat noch entscheiden muss? Wie gedenkt die Kommission, dafür Sorge zu tragen, dass das Parlament gemäß Artikel 218 Absatz 10 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union unverzüglich und umfassend über alle Verhandlungsetappen unterrichtet wird? Wie gedenkt die Kommission, bei den Verhandlungen für die angemessene Transparenz und Akteneinsicht zu sorgen? Kann die Kommission zusichern, dass das Parlament und der Rat gleichzeitig informiert werden, und das vor und nach jeder Verhandlungsrunde – auf Augenhöhe, würde ich sagen? Kann die Kommission bestätigen, dass sie sich nicht um eine vorläufige Anwendung abgeschlossener Luftverkehrsabkommen bemühen wird, solange das Parlament nicht seine Zustimmung zu den Abkommen erteilt hat?

Frau Kommissarin, ich bin gespannt auf Ihre Antwort.

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Kollege Cramer. Wir werden noch in eine semantische Auseinandersetzung eintreten, was den Unterschied zwischen Tourismus und Fremdenverkehr anbelangt. In der Landschaft, aus der ich herkomme, bemühen wir uns sehr, Touristen nicht als Fremde zu behandeln.

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, Mr Cramer, thank you very much for all your questions. I hope I will be able to respond to them adequately.

Since the publication of the Commission communication on developing the external aviation agenda, the EU and the Commission have been successfully pursuing aviation agreements in the neighbourhood and with key external partners. In the aviation strategy last December, we announced an ambitious external aviation agenda to ensure that our industry can be where growth is, and can deliver benefits to the European consumer and the EU economy.

To that end, the Commission proposed to negotiate EU air transport agreements with a number of partner countries – China, the member states of the Association of Southeast Asian Nations (ASEAN), Turkey, Mexico, all six member states of the Gulf Cooperation Council and Armenia – as well as EU air safety agreements with China and Japan. The objective is to tap into those markets and improve commercial opportunities within a modern regulatory framework.

EU transport agreements with these partners aim to provide for market access based on the acceptance of certain common rules. In the case of neighbourhood countries, the EU expects the partner country to agree to implement the entire EU aviation acquis. The Commission aims to replicate in new air transport agreements the positive impact of the existing agreements. These already cover almost half of today's passengers flying in and out of the EU, and deliver consumer benefits through a modern, transparent and enabling regulatory framework, better connections and lower fares. With all the countries with which we sign such agreements we also see dramatic increases in traffic.

EU bilateral aviation safety agreements promote cooperation to ensure high levels of civil aviation safety and environmental compatibility. They also serve the purpose of facilitating and promoting trade and investment relations for aeronautic products and services. Through the negotiation of such air safety agreements with China and Japan, the Commission is seeking to replicate the benefits that have been achieved from similar agreements with the United States of America, Canada and Brazil.

So what is the state of play of negotiations? On 7 March 2016, the Council authorised the Commission to open negotiations for bilateral air safety agreements with China and Japan. A first round of negotiations with China will take place in December in Beijing and a first round of negotiations with Japan is expected in early 2017. On 7 June 2016, the Council authorised the Commission to open negotiations with Qatar, the United Arab Emirates (UAE), ASEAN and Turkey. The first round of negotiations has taken place with Qatar, ASEAN and Turkey. The next rounds are planned for early 2017. Concerning the UAE, there is no confirmation yet on the starting date for negotiations.

The dialogue so far has been very constructive and the interest of all parties in making progress is already clear. We intend to sustain a quick pace throughout the negotiations. Further requests for authorisation to launch negotiations with Armenia, Mexico, China and the four remaining countries of the Gulf Cooperation Council, namely Bahrain, Kuwait, Oman, and Saudi Arabia, are still on the table at the Council. We expect that the Commission will be authorised by the Council in December to open negotiations with Armenia.

Regarding cooperation with the European Parliament, as you know, honourable Members, the Commission considers it very important that Parliament is kept fully informed of progress in the aviation negotiations. The modalities for the Commission's contribution to keeping Parliament informed were agreed between our two institutions and set out in the framework agreement. Good cooperation on these matters must continue, as outlined in my letter of March this year to the Chair of the Committee on Transport and Tourism, Mr Cramer.

My staff are working in this spirit to keep interested members of the Transport Committee informed about the state of play in the negotiations, as provided for in the Interinstitutional Agreement on Better Law-Making, concluded earlier this year between Parliament, the Council and the Commission, on improved practical arrangements for cooperation and information sharing in the context of international agreements. These negotiations provide a good opportunity to discuss further the modalities of our cooperation on these matters.

Wim van de Camp, *namens de PPE-Fractie*. – Inderdaad is de grote vraag vanavond: hoe wordt het Europees Parlement betrokken bij de onderhandelingen over de internationale luchtvaartovereenkomsten? Sinds het Verdrag van Lissabon heeft de Europese Commissie het recht en de plicht om namens de 28 lidstaten te onderhandelen over dit soort akkoorden. En het Europees Parlement, u hebt het gehoord van onze voorzitter, wil graag betrokken zijn bij die onderhandelingen. Maar Voorzitter, ik heb geleerd dat parlementen niet zelf moeten onderhandelen. Dat is levensgevaarlijk. Wij hebben allerlei opvattingen, wij hebben allerlei vleugels in dit huis, wij moeten niet zelf onderhandelen. Maar, Voorzitter, en daarin ben ik het zeer eens met de Transportcommissie en de Commissie toerisme, er is inderdaad een groot verschil tussen *Fremdenverkehr* en toerisme. Want toerisme klinkt veel sympathieker. En ik vraag mevrouw Bulc om die informa-

tiestroom overeind te houden. En inderdaad, tussentijdse berichten over de onderhandelingen zouden zeer welkom zijn. Voorzitter, wij moeten de cultuurverschillen tussen de Europese Unie en een aantal van onze verdragspartners niet onderschatten. Het gelijke speelveld dat wij graag willen, bijvoorbeeld met de Golfstaten, maar ook de kwestie van de illegale staatshulp, alsmede de sociale aspecten, zijn voor het Europees Parlement van groot belang. En ik vertrouw erop, Voorzitter, dat de Europese Commissie deze nieuwe taak uit het Verdrag van Lissabon naar behoren zal vervullen.

Isabella De Monte, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, gli accordi sul trasporto aereo tra l'Unione e i paesi terzi, con un'attenzione particolare ai nuovi mercati in espansione, rappresentano un'opportunità importante per la connettività internazionale dell'Europa. La negoziazione di tali accordi costituisce una fase cruciale in questo contesto, dato che influirà in modo decisivo sull'eventuale contenuto degli stessi.

Per queste ragioni mi preme sottolineare quanto sia essenziale il pieno e costante coinvolgimento del Parlamento europeo, previsto espressamente dal trattato sul funzionamento dell'Unione europea. Non si tratta soltanto di una questione di trasparenza: poter valutare le questioni in gioco, conoscere le tempistiche e lo stato dell'arte, prima e dopo ciascuna tornata negoziale, significa essere posti nelle condizioni di scegliere consapevolmente se sostenere o meno, in futuro, un potenziale accordo raggiunto.

In questo senso, ritengo che le opportunità create da tali accordi non possano e non debbano prevalere sulla necessità di garantire condizioni di mercato eque e trasparenti per le compagnie aeree dell'Unione europea. Allo stesso tempo, credo fermamente che in fase negoziale sia indispensabile assicurare che le rispettive politiche delle parti interessate sostengano livelli elevati di protezione in ambito sociale.

Da ultimo, mi preme sottolineare che il ruolo del Parlamento europeo non dovrebbe limitarsi ad essere solo conoscitivo ma anche propositivo dei contenuti.

Jacqueline Foster, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, as we know, aviation agreements date back to 1913 when France and Germany exchanged notes over the movement of their airships. Following phenomenal technological advances during World War II, the transition that moved us from airships to biplanes to the invention of the jet engine meant we were now developing the ability to move more and more people and freight around the world. As a result, in 1944, 54 countries signed the Chicago Convention, which is an important reminder that these agreements predate the foundation of the United Nations. In 1946 the first bilateral between the UK and the US became the model. This consisted of a schedule which outlined prices and capacity in order to regulate air traffic between two countries. These were registered under the auspices of the International Civil Aviation Organisation (ICAO), where additional criteria were lodged.

The EU court judgment of 2002 sent a clear message: that, in order to have the EU nature of our carriers recognised, Member States had to allow access for the relevant third country.

To conclude, while it is vitally important that we are updated with the progress of negotiations, we should be aware that unrealistic demands on third-country airlines who wish to access the EU will ultimately damage the opportunities for our airlines to expand their networks worldwide. Ultimately, these agreements are about trade, jobs and wealth and it is vital that we take a pragmatic approach.

Pavel Telička, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to underline that many of us have negotiated numerous international agreements and we know that there has to be a certain balance. Obviously, while we would love to be consulted on every single proposal that is made, sometimes negotiating techniques mean that this is not always possible.

But that is one side of the story. The second part of the story – and you have heard it – is that many of us have different concerns. Some have social concerns, some have concerns about security, safety or trade, some want to see a liberal approach etc. I must say that the Parliament is very lively today on these issues. While I might not share some of the concerns, I do appreciate the fact that the Parliament has to be engaged. We need to find the right balance. This is perhaps the way to avoid unpleasant surprises later on. This means that we can have solid interaction with the Commission from time to time in plenary as we are doing today, but the Committee and the Commission services should be in intensive contact on the relevant issues to be negotiated. That is a message to the Commission.

The message for us is that the agreements are an opportunity. It is something that can address a number of the issues that we are legitimately concerned about. Some of you mentioned social issues and some mentioned anti-competitive measures. I am the rapporteur for aviation strategy, and I would like to see a fair competition clause in the bilateral agreements. This is just one example, but I think that we need to understand that, while there has to be a balance, we also need to address these agreements as an opportunity to settle some of the problems and some of the concerns, but also maximise the effect for our consumers, our industries and our airliners and to avoid counterproductive results.

Merja Kyllönen, *GUE/NGL-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, lentoliikenteen kehittäminen sekä Euroopan sisällä että yhdessä kolmansien maiden kanssa on hyvin tärkeää. On hyvä, että liikennemuotoa kehitetään strategisesti, kunnianhimoisesti ja koordinoidusti.

Paljon sopii odottaa käynnissä olevilta sopimusneuvotteluilta kumppanimaiden kanssa ja siksi yhdyn täysin puheenjohtaja Cramerin esittämään pyyntöön saattaa parlamentti aina tietoiseksi neuvottelujen etenemisestä.

Itseäni hieman huolettaa, onko komissiolla tässä nyt tällä hetkellä liikaakin palloja samaan aikaan ilmassa? Toivon, että nähtävissä olisi selvää edistymistä käynnissä olevissa neuvotteluissa ennen kuin neuvotteluja avataan uusien kumppaneiden kanssa.

Lisäksi toivon hyvin rehellistä ja suoraselkäistä suhtautumista sellaisiin mahdollisiin tilanteisiin, joissa neuvottelut EU-tasolla uhkaavat tyssätä. Tällöin jäsenmailla tulee olla mahdollisuus jatkaa ja kehittää yhteistyötä kolmansien maiden kanssa, myös bilateraalisopimusten pohjalta.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, l'informazione e la trasparenza nei confronti del Parlamento e dei cittadini europei sono fondamentali, soprattutto in un settore come quello dell'aviazione, che coinvolge milioni di passeggeri ogni anno.

Vorrei sapere dalla Commissione come intende affrontare alcuni temi specifici in tali accordi, temi come quelli ambientali, sociali, della sicurezza e della competitività. Proprio quanto ad ambiente e sicurezza, sappiamo bene che non tutti i paesi terzi mostrano la stessa attenzione e premura ed è dunque necessario che si mantengano alti gli standard europei.

Come Unione dobbiamo perseguire gli obiettivi di Parigi e dobbiamo adottare tutte le misure necessarie a tal fine, ivi compresa, ad esempio, la necessità di scegliere le rotte più brevi e non quelle meno costose per le compagnie aeree. È necessario inoltre rimarcare l'importanza della correlazione tra gli aspetti sociali e quelli legati alla sicurezza. Non meno importante, poi, è la sicurezza legata alla lotta al terrorismo.

Infine, vorrei chiedere alla Commissaria in che modo intende tutelare l'industria europea e la concorrenza leale, considerate le norme sugli aiuti di Stato vigenti nel nostro mercato interno e la presenza sempre più considerevole di capitali stranieri che spesso esulano dall'applicazione di tali norme.

Andor Deli (PPE). – Mr President, Madam Commissioner, I am really pleased that this topic has made it to the plenary agenda. It is evident and maybe normal to have a certain level of rivalry between European institutions, but I am convinced that the European Parliament can help the Commission's efforts to achieve strong and sustainable deals and agreements. This is true for all policy areas, but it is very evident in the aviation sector, given the fact that it is a very complex global industry and service area.

As one of the two co-legislators the European Parliament could work more effectively and swiftly if it were involved in the whole negotiation process from the very beginning. I am afraid that this fact is not getting the proper level of attention. For example, at the beginning of October, the EP delegation got the opportunity to participate at the 39th plenary session of the ICAO in Montreal, of which I was also part. We arrived for the final days of the difficult negotiations on global market-based measures (GMBM) and other dossiers. If we had been allowed to participate from an earlier stage, it would help us to understand the whole process and the reasons behind certain decisions much better. This kind of insight could help us when it comes to European legislation and the approval of these agreements in Parliament. I do hope that during the ICAO visit this became evident for the Commission as well, so we should build on this experience also when it comes to the new aviation agreements and negotiations. I kindly ask you, Commissioner, to take these arguments into consideration when planning future negotiations in the aviation sector.

Inés Ayala Sender (S&D). – Señor Presidente, yo también me uno al interés por los acuerdos, tanto en materia de seguridad como de servicios aéreos, con todos los Estados, con todos los países que se han nombrado —en algunos, como usted sabe, tenemos todavía otros debates en calidad de reservas—.

Y, por lo tanto, me parece fundamental insistir en la necesidad de que esos acuerdos se establezcan sobre la base de la reciprocidad y, desde luego, en el más absoluto respeto de los estándares internacionales que establecen tanto la OACI, en materia de exigencias medioambientales y de servicios, como la OIT en el caso de las reglas sociales.

Y, desde luego, también estoy con mis compañeros y con mis colegas en relación a la necesidad de una mayor transparencia y una comunicación lo más diaria posible con este Parlamento.

Usted sabe que estamos abiertos precisamente a una ampliación y que estamos en contra de proteccionismos en ese sentido, que son reduccionistas. Pero en este tipo de acuerdos, cuanta mayor transparencia y cuanto mayor apoyo, que le brindaremos, tendrá usted mejores resultados.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Z tej dzisiejszej debaty można jasno wyciągnąć dwa wnioski. Pierwszy to ten, że te umowy są potrzebne i że wszyscy uważamy, że one są potrzebne. I drugi wniosek – że nic o nich nie wiemy, że jesteśmy niedoinformowani, że Komisja Europejska ignoruje art. 218 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej. Szanowni Państwo! Wyciągajcie wnioski z rzeczywistości!

Teraz mamy do czynienia z ogromnymi protestami przeciwko TTIP i przeciwko CETA. Większość z tych protestów, drodzy Państwo, wynika właśnie z tego, że Parlament Europejski i zainteresowane strony nie były informowane o postępie negocjacji, o tym, w którym to idzie w kierunku itd. I dzisiaj też: dzisiaj pani komisarz odpowiedziała na kilka pytań, ale jest chyba jasne, że chcemy tych odpowiedzi więcej. Drodzy Państwo! Wyciągajcie wnioski z rzeczywistości!

Matthijs van Miltenburg (ALDE). – Mr President, first of all I would like to thank Commissioner Bulc for joining us tonight because I know she came all the way from Warsaw from the high-level conference on drones.

The point I want to make is that the Commission recently forwarded to the secretariat of the Committee on Transport and Tourism EU restricted information regarding the air agreements with ASEAN. An email from the Transport Committee secretariat was sent to some MEPs – not all, only a few – with the following information, and I quote, 'Documents are accessible on a need-to-know basis to the following authorised persons: chairs, vice-chairs, coordinators, rapporteurs, shadow rapporteurs and staff involved in the specific file.' I have one question: why not extend the right to know to all interested MEPs, given that restricted documents are to be consulted individually in a secure reading room?

My second question, Commissioner, is how will you debrief Parliament after each negotiating round?

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, thank you Commissioner for coming to respond to the question, and I would also like to thank those who have brought us to this point. I am sure, Commissioner, that you hear from the floor here tonight the many concerns that various Members have. They want to be involved, and the point has been made very clearly by a number of colleagues that if you could engage early with Parliament and get its views on board, it will save trouble or conflict down the road. I hope that that will not come, but the views of parliamentarians are important and I hope that you will take them on board.

I very much welcome the agreements that you are hoping to make with other countries, and I think they are very important. You said it yourself: it is so that EU airlines can tap in to other markets. I think that that is important. We tend to see it so much from the other side: it is about other airlines coming here and availing themselves of the lucrative market that is the European Union. However, we should look at it from the other said too, and the value that is there for European airlines to tap into markets and to bring customers, those who would be carrying out business and passengers to those markets. Indeed on the return leg too it would bring tourists, business and consumers to Europe.

The facts speak for themselves. Previous air agreements have been very successful and have led to a growing aviation market, so I really would appeal to you following tonight's debate to set up structures so that the European Parliament can be informed and be kept up to date on the progress and the content of the negotiations.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, señora Comisaria, la negociación de los múltiples acuerdos que la Unión Europea ha emprendido en el campo de la aviación comercial nos obliga a un esfuerzo de transparencia, porque su ejercicio es la base de la confianza.

Creo que es una obligación dar a conocer calendarios, intereses en juego, fechas y objetivos previstos en estos procesos, así como que se cumplan los Tratados en lo que respecta a la información que debe recibir este Parlamento y el momento en el que debe hacerlo, como el Consejo Europeo y antes y después de cada ronda negociadora.

Finalmente, hay que garantizar que los acuerdos solo se apliquen tras el visto bueno de esta Cámara. El protocolo de claridad y transparencia que plantea esta pregunta creo que resuelve cualquier duda sobre la marcha de un proceso negociador. Es evidente que no garantiza que todos estén de acuerdo con los contenidos de un acuerdo alcanzado en estas condiciones, pero nos evitaremos las críticas por opacidad en el futuro.

Catch-the-eye-Verfahren

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι αερομεταφορές διαδραματίζουν σημαντικό ρόλο στην ευρωπαϊκή οικονομία, στηρίζουν 5,5 εκατομμύρια θέσεις εργασίας, συνεισφέρουν 110 δισεκατομμύρια ευρώ στο ΑΕΠ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και ενισχύουν τον τουρισμό και, συνολικά, την οικονομική ανάπτυξη.

Όσον αφορά, όμως, την επιδιωκόμενη αεροπορική συμφωνία Ευρωπαϊκής Ένωσης - Τουρκίας, δημιουργείται έντονη καχυποψία εξαιτίας των ανταλλαγμάτων που προσφέρει η Ευρωπαϊκή Ένωση στην κυβέρνηση Ερντογάν το τελευταίο διάστημα, προκειμένου να εξασφαλίσει τη συνεργασία στο θέμα της προσφυγής κρίσης.

Κυρία Επίτροπε, κυρία Bulc, η Επιτροπή πρέπει να διασφαλίσει την κατοχύρωση των κυριαρχικών δικαιωμάτων και των ζωτικών συμφερόντων κάθε κράτους μέλους, και κυρίως της Κύπρου και της Ελλάδας, στο πλαίσιο της επιδιωκόμενης αεροπορικής συμφωνίας, και να εξασφαλίσει ότι η Τουρκία θα σεβαστεί πλήρως τις υποχρεώσεις που απορρέουν από τη συμφωνία, αλλά και από το ευρωπαϊκό και διεθνές δίκαιο. Επιπλέον, πρέπει να διασφαλιστεί η πλήρης διαφάνεια κατά τη διάρκεια των διαπραγματεύσεων, για να έχουμε εικόνα του τι ακριβώς συζητείται.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, thank you for your interest in this topic and, of course, for sharing your views.

I strongly believe that the changing landscape of global aviation offers many opportunities for the EU. Our successful internal EU aviation market shows that open markets are the best basis for developing our international aviation relationships. But let me stress this point: market opening must come with a clear, fair and stable regulatory environment. EU aviation agreements are our tools to achieve this and make the external aviation policy a success. We should therefore aim to capitalise on the benefits of international aviation agreements without delay and with as many partners as possible.

I know that some of you might dispute that, but if we do not have enough partners with whom we can negotiate at the same time, we will lose the competitive situation and that works against us.

Under the Treaty, provisional application may begin from the date of signature of an international agreement, if so decided by the Council. You know very well that there is, unfortunately, a very long delay between the signing and the conclusion of EU air transport agreements. This is due to the fact that they are mixed agreements that have to be ratified by all 28 Member States before proceeding to conclusion at EU level.

We are, however, only at the beginning of the process. The first negotiating rounds were promising. I am looking forward to continuing to work with Parliament and I will keep you fully informed of the progress of the talks. The Commission is committed to transparency. For the agreements pursued as part of the aviation strategy, in particular, we have made available the documents that come under the Commission's responsibility, as provided for in the framework agreement. We have also arranged to debrief the rapporteurs on the progress made today.

Dialogue is ongoing as to how to make this information process even smoother. When addressing this we have to consider too the sensitive nature of this information and our commitment, both that of the Commission and that of Parliament, to handle it accordingly.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Dezember statt.

Die gemäß Artikel 128 Absatz 5 GO einzureichenden Entschließungsanträge werden zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. –Odnosząc się do przyjętej w 2015 roku przez Komisję europejskiej strategii w dziedzinie lotnictwa oraz do nowo rozpoczętych negocjacji w sprawie bezpieczeństwa lotniczego z Japonią i Chinami, jak i do umów o komunikacji lotniczej na szczeblu UE z ASEAN-em, chciałabym wyrazić moje zaniepokojenie odnośnie do niebezpieczeństwa pojawienia się nieuczciwej konkurencji, jaka mogłaby zaistnieć w przypadku przelotów nad terytorium Rosji.

W związku z sankcjami nałożonymi na Rosję, jak i jej odpowiedzią na nie, europejskie linie lotnicze płacą zdecydowanie większe stawki za lot tranzytowy nad terytorium Rosji. Kwoty, o których tutaj mówimy, są bardzo duże. Niektóre europejskie linie lotnicze mają rozbudowane siatki połączeń i odbywają nawet po kilkaset lotów nad terytorium Rosji. Już teraz bilety są bardzo drogie. Podpisanie umowy np. z Chinami, których linie lotnicze posiadają zdecydowanie niższe stawki za loty tranzytowe nad Rosją, może sprawić, iż wielu europejskich przewoźników po prostu upadnie.

Ponadto pragnę zaznaczyć, że Komisja powinna dążyć do ujednolicenia opłat pobieranych za obsługę przelotów nad terytorium danego kraju, w tym wypadku państw Unii Europejskiej. Obecnie opłaty są nierównomierne i istnieją duże różnice, które powinny być zharmonizowane.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Zračni sektor snažan je pokretač gospodarskog razvoja, stvaranja radnih mjesta, mobilnosti i trgovine u Europskoj uniji. Europski sektor zrakoplovstva znatno se razvio posljednjih 20 godina zahvaljujući liberalizaciji tržišta te povećanoj potražnji za ovom vrstom usluge. Poseban napredak uočen je u međunarodnom prometu izvan Europe s iznimno velikim rastom u određenim regijama svijeta, a povezan je s pomicanjem gospodarskog težišta svijeta prema istoku, posebno Aziji. U okviru strategije Komisije iz prosinca 2015. predlaže se otvaranje pregovora o potpisivanju sporazuma na razini EU-a o sigurnosti zračnog prometa s Japanom i Kinom te sporazuma o uslugama u zračnom prometu s Kinom, Turskom, ASEAN-om, UAE-om, Omanom, Katarom itd. EU politika o zrakoplovstvu svakako mora iskoristiti nova rastuća tržišta jer će se na njima u narednim desetljećima otvoriti velike gospodarske prilike budući kako je već na temelju prethodnih sporazuma postalo jasno da su dogovori o sveobuhvatnim sporazumima o zračnom prometu s trećim zemljama na razini EU-a učinkovit alat. Upravo zbog toga nameću se neka od ključnih pitanja: Koji su ciljevi, pitanja i vremenski okviri predviđeni za pregovore o sporazumima o zračnom prometu? Koje je aktualno stanje preostalih pregovaračkih smjernica? Na koji način Komisija planira zajamčiti transparentnost i pristup dokumentima tijekom održavanja pregovora?

21. Europäische Energieversorgungssicherheit (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Europäischen Energieversorgungssicherheit (2016/2994(RSP)).

Violeta Bulc, *Member of the Commission.* – Mr President, ensuring a safe, reliable and uninterrupted energy supply in the EU is a top objective of European energy policy. As stated in the Energy Union Strategy, we need to adopt a broad approach on energy security, encompassing solid emergency plans, external supply diversification, enforcement of internal market rules, infrastructure development, indigenous renewable generation and energy savings.

First, the Commission has proposed a revision of the 2010 Security of Gas Supply Regulation in order to improve further the level of preparedness and resilience of our gas system. This proposal aims at a more robust and consistent security of support framework, in particular by strengthening regional cooperation to lay the foundation for true solidarity among Member States.

Second, the EU needs to ensure that intergovernmental agreements signed by its Member States with third countries in the area of energy are more transparent and fully compliant with EU law. To that end, the Commission proposed to significantly improve the information exchange mechanism with regard to intergovernmental agreements and non-binding instruments.

Third, the Commission adopted the LNG and gas storage strategy, which analyses the related strategic infrastructure to complete the internal energy market and the necessary projects to end the single source dependency of some Member States.

Lastly, the security of supply package included the heating and cooling strategy. The Commission strategy focuses on removing barriers to decarbonisation in buildings and industry, highlighting the role of modern technologies, increased energy efficiency and the use of renewables. In July 2015 the Commission proposed a revision of the Energy Labelling Directive and it will soon present a comprehensive review of the Renewable Energy Efficiency and Energy Performance of Buildings Directives.

But energy security also refers to the electricity sector itself, where security of supply requires us to develop a more integrated approach, based on common methods and rules, as well as regional cooperation. To ensure this, the Commission is currently considering a proposal for a new regulation on how to prevent and manage crisis situations in the European electricity sector, which would include the obligation to draw up risk preparedness plans for Member States, as well as sharing information and cooperation in times of crisis.

In 2014 more than 80% of our total gas imports came from just three countries. The diversification of both suppliers and supply routes is therefore a key area to ensure security of supply, but we also need more competition that keeps prices in check. As argued in the Energy Union Strategy, the Commission has identified four main areas that can play a crucial role in enhancing gas supply diversification in Europe.

First, the realisation of the Southern Gas Corridor is a landmark project as it will link the EU market to the immense gas resources around the Caspian Basin. The implementation of the project is on track and, as of 2020, it will start supplying the European market with 10 billion cubic meters of Azeri gas each year. The Caspian region has an incredible potential in terms of expanding these gas volumes. Following the signature of the Ashgabat Declaration, the Commission is working with Azerbaijan, Georgia, Turkey and Turkmenistan to extend the Southern Gas Corridor to Central Asia.

Second, we have to cooperate with the countries bordering the Eastern Mediterranean in order to develop their rich resources. With regard to Eastern Mediterranean gas, a solution to the transport mode is required. Both the LNG and pipeline options are on the table.

Third, although North Africa already supplies 15% of our gas imports, the region still has untapped oil and gas reserves, both conventional and unconventional. The main challenge to realising this potential and linking it to the EU market is to overcome the current security issues and political instability. In order to realise the opportunities in our southern neighbourhood a Euro-Mediterranean Platform on Gas has been set up and is operational.

Fourth, with the emergence of new suppliers, LNG will become an important flexibility element in the coming years. In this respect, we need to ensure an optimal use of our existing and future regasification capacities.

When it comes to gas supply, it is important to stress that Ukraine is – and should remain – an important transit country for Russian gas to Europe. The Commission has led trilateral negotiations between Russia, Ukraine and the EU to ensure a continuous flow of Russian gas into Ukraine and to the rest of Europe. We are also working with our Ukrainian partners to revise and upgrade the existing Memorandum of Understanding on Energy Cooperation to be fit for the common challenges ahead. We hope to sign this at the EU-Ukraine summit later this week.

Let me conclude this intervention with a few words on Nord Stream II. Irrespective of the organisational set-up of Nord Stream II, the Commission's overall negative assessment of the project's contribution to the EU's energy policy goals remains valid. If built, Nord Stream II would have to fully comply with applicable EU law, as the project cannot happen in a legal void or only according to Russian law. Nord Stream II, if built, has to be operated under a legal framework which also takes due account of the key principles of our energy market rules. Transport capacity from Russia is currently only used at a rate of about 50%. If constructed, Nord Stream II would, according to our estimates, increase access transmission capacity from Russia even further.

In this context, let me also mention the decision on OPAL that the Commission took a few weeks ago. This is the result of an exemption procedure under the EU's Third Energy Package legislation for the use of an internal pipeline in the EU, and was requested by a national regulator. This decision will allow a more efficient use of the existing infrastructure and, in particular, allow competitors better access to it, thereby enhancing competition. In our view, this makes the economic case for Nord Stream II even less compelling.

I am now ready to listen to your comments and then respond to them.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā*. – Priekšsēdētāj! Kolēģi! Iedomājieties, ka mums ir mērķis ne tikai skriet maratonu, bet noskriet maratonu zem trim stundām. Ja mēs gribam sasniegt šo mērķi, ir zināmas lietas, ko mēs vienkārši nedarīsim — mēs nedzersim alu katru dienu, mēs atmetīsim smēķēšanu. Mēs zinām, ka mēs nevaram pārtikt no saldām bulkām vien. Ja grib sasniegt mērķi, ir jābūt konsekventām darbībām un pie šīm darbībām jāpieturas, citādi mērķi nesasniegt.

Eiropas Savienībā mums ir izvirzīts mērķis izveidot tā saucamo Enerģijas savienību — tā, kā skriet maratonu. Enerģijas savienībā ir vairāki mērķi vienlaikus: samazināt importa atkarību, samazināt CO_2 izmešus un palielināt konkurenci starp energopiegādātājiem, lai patērētājiem būtu pēc iespējas zemākas cenas. Tāpēc ir pilnīgi nesaprotamas trīs lietas, kas notiek vai nenotiek no Komisijas puses un kas faktiski kavē šo Enerģijas savienību.

Tas pirmais ir — kas notiek ar mierizlīgumu? Būs vai nebūs mierizlīgums ar *Gazprom*? *Gazprom* ilgstoši ļaunprātīgi ir izmantojis savu dominējošo stāvokli, liekot Austrumeiropai maksāt daudz dārgāk par gāzi. Mēs lasām presē, ka iespējams mierizlīgums, kur vispār viņam nebūs jāmaksā nekas. Kas tas ir? Kā tas samērojas ar mūsu mērķiem?

Otrs — šis *Nord Stream* 2 gāzes vads. Eiropas Komisija, visu laiku jūs sakāt: "Nu, tam jābūt sakarā, viņam ir jāatbilst…" Viņš neatbilst mūsu mērķiem! Skaidri un gaiši, melns uz balta tas ir jāpasaka!

Un trešais — *Opel* gāzes vada paplašināšana tieši *Gazprom* vajadzībām. Visas šīs trīs lietas strādā pret mūsu mērķiem sasniegt Enerģijas savienību. Tas ir kā maratonistam katru dienu smēķēt, nevis trenēties.

Flavio Zanonato, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non si avvertiva, io penso, tutta questa urgenza di dibattere, adesso, sulla sicurezza energetica europea. Siamo a poche settimane dall'approvazione della relazione Buzek e siamo in assenza di fatti nuovi e rilevanti.

Certo, intendiamoci, la sicurezza degli approvvigionamenti si conferma un elemento imprescindibile della strategia energetica europea, oltre ad essere una responsabilità in capo agli Stati nazionali. Sicurezza energetica vuol dire sempre di più anche lotta alla povertà energetica su larga e piccola scala. Ma la tempistica,, per me, non è delle migliori, soprattutto in vista del pacchetto legislativo invernale che è previsto per il 30 novembre e che conterrà non poche indicazioni in materia, oltre a concentrarsi in particolare sulle rinnovabili, sul *market design* e sull'efficienza energetica.

È forse in quell'ambito, guardando al quadro nel suo complesso, che possiamo meglio comprendere le prospettive di sicurezza energetica europea di medio e lungo termine, senza tuttavia tralasciare il dibattito contingente, come quello sul *North Stream 2* o su altri progetti infrastrutturali che sembrano andare contro le ragioni dell'Unione dell'energia.

È molto importante che la Commissione esca quindi con le nuove proposte il 30 novembre per permettere a questo Parlamento una discussione, uno sviluppo dei relativi lavori, adeguatamente attento, presente e costruttivo.

Anna Elżbieta Fotyga, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Decyzja, którą podjęła Komisja Europejska, przychylając się do stanowiska niemieckiego regulatora w sprawie gazociągu OPAL, zdecydowanie niweluje wszystkie pozytywne efekty stanowiska Komisji Europejskiej w odniesieniu do gazociągu Nord Stream 2. Znacząco zwiększa dominację Gazpromu na rynkach energetycznych Europy Środkowej i Wschodniej, powoduje, że to właśnie Gazprom uzyskuje de facto pozycję hegemoniczną. Ta decyzja jest oprotestowywana przez polskie przedsiębiorstwa, takie jak PGNiG. Zgłaszają również zastrzeżenia Ukraińcy, strona ukraińska. Decyzja podważa prawo europejskie, podważa również zasadę solidarności w odniesieniu do Ukrainy i innych państw, taką jaka jest zapisana w traktacie o wspólnocie energetycznej, umowie stowarzyszeniowej z Ukrainą i w innych aktach prawnych.

Kaja Kallas, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, two years ago President Juncker launched his Energy Union as one of his priorities, but since then, despite the energy security package, we have seen many actions that are at odds with this priority. It is difficult to understand how Nord Stream 2 and the OPAL pipeline, which provide Gazprom with increased access to Europe, will achieve our goals of energy security. It seems that, despite common goals to build an energy union, some Member States would still rather focus on their own energy security and their own national production.

One good example is in central Europe, where Poland and the Czech Republic had to put in place barriers against inflows from the German grid. Is this uncoordinated approach really acceptable if we have a single market? When I was asked to comment on the Gazprom antitrust case, I stressed the need for much better interconnection between competition policy, single market legislation and energy policy, as the overall approach lacks coherence. This lack of coherence is to the benefit of market players and others who favour divide-and-rule policies.

For every piece of bad news, there is good news, and I am happy that the Baltic Connector gas pipeline project is moving forward, but there are still many concerns. One of the concerns in our part of Europe is definitely the fact that the Baltic countries are still synchronised with the Russian and Belarus systems. I would very much like to see the Commission addressing this, too, in order to improve energy security.

Xabier Benito Ziluaga, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, en esta Cámara se habla mucho de seguridad del suministro energético, pero bastante poco de la seguridad de acceso a la energía. En el Estado español, más de cinco millones de personas sufren de pobreza energética.

Como las noticias nos lo recordaron trágicamente hace poco, cada año mueren más personas por falta de suministro energético que por accidentes de tráfico. Un derecho tan básico como el acceso a la energía se está convirtiendo, cada vez más, en un lujo. Por eso, debemos reconocer el derecho a la energía como un bien común y necesario para la vida y prohibir los cortes de luz a las personas en situación de vulnerabilidad —como mandan las directivas—.

Y, por supuesto, para cumplir con este derecho, hay que asegurar el suministro. Pero no es un problema que el gas venga de Rusia o del más allá, como está planteando la Comisión, es un problema de no querer asumir que la Unión Europea debe poner en marcha una verdadera transición energética que, por un lado, mejore la eficiencia energética y, por otro, permita el desarrollo de las energías renovables.

De hecho, los propios tests de estrés de la Comisión Europea ante eventuales cortes del suministro de gas, lo dicen: las infraestructuras actuales son suficientes y cumplir con los objetivos de 2030 de renovables y eficiencia mejoraría la situación y reduciría la dependencia de los combustibles fósiles importados.

Por ello, pedimos a la Comisión y a los Estados miembros que para el *Winter Package* no escuchen tanto a los *lobbies* y escuchen más a la gente.

Y, por último, esos ricos recursos del mar Caspio, nos hacen cómplices de regímenes autoritarios como el de Azerbaiyán.

(El Presidente retira la palabra al orador)

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Woher kommt unsere Energie? Aus Russland, Saudi-Arabien, den Golfstaaten und vielen anderen Staaten, von denen Sie selbst, Frau Kommissarin, gesagt haben, dass sie keine verlässlichen Partner sind oder die sehr weit entfernt sind oder beides. Gerade deshalb sind wir heute darauf angewiesen, große Energiespeicher zu haben. Und Sie, Frau Kommissarin, haben ja auch darauf hingewiesen, dass wir unterirdische Erdgasspeicher nützen müssen.

Damit können wir aber gleichzeitig ein ganz anderes Problem lösen: Wir haben zum Teil viel zu viel Strom in unseren Netzen, so viel, dass wir sehr oft Windkraftanlagen abschalten müssen. Das bedeutet, dass wir viel mehr Energie selbst erzeugen könnten und diese Energie dann nicht importieren müssten. Das ist ein wesentlicher Faktor. Die Menge ist ganz wichtig.

Es gibt aber heute schon Anlagen, die Erdgas aus Strom machen. Die sind nur deswegen unrentabel, weil sie von den Mitgliedstaaten mit unverhältnismäßig hohen Steuern belegt werden, und das müssen wir ändern.

Von der Kommission aus müssen wir eines tun: Wir müssen den Mindestanteil an diesem natürlichen Erdgas erhöhen, der heute nur bei 0,5 % liegt. Wenn wir das tun, dann können wir deutlich mehr Energie selbst erzeugen. Die brauchen wir nicht zu importieren, und damit tragen wir ganz erheblich zu unserer Energiesicherheit bei.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, la sécurité énergétique à base de fédéralisme met nos peuples en insécurité énergétique.

Vous refusez aux États la liberté fondamentale de contracter, d'assurer en pleine souveraineté la sécurité énergétique chez eux, ce qui est contraire à la subsidiarité, mais surtout à l'efficacité. Seuls des contrats à long terme menés par les États, par la visibilité économique qu'ils donnent, permettent l'investissement à long terme des capacités privées ou d'État.

La libéralisation de l'énergie nous entraîne dans le court-termisme du moins cher et fragilise par là même la sécurité et la rentabilité à long terme. En soumettant la diplomatie énergétique des États au bon vouloir de Bruxelles par le court-termisme, la libéralisation d'un monopole naturel et votre diplomatie politique, vous engagez une totale insécurité énergétique.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Szczerze mówiąc, mam już dosyć słuchania, że trzeba walczyć z Gazpromem, po czym się zakłada Nord Stream 2, po czym się odradza OPAL. Jeżeli chcemy coś osiągnąć w dziedzinie energetycznej, to trzeba pamiętać o tym, że herbata staje się słodka nie tyle od mieszania, ile od dodawania cukru, czyli musimy dbać o dostawy energii – nie tępić ludzi wiatrakami czy panelami słonecznymi, tylko zadbać o prawdziwą tanią energię, gaz i ropę. Takim rezerwuarem jest na przykład Libia i gdyby ktoś w Komisji Europejskiej miał odrobinę pomyślunku, to wszedłby w porozumienie z Libijczykami z Cyrenajki, którzy walczą o niepodległość, chcą się oderwać od Libii: wszedł z nimi w porozumienie, dostarczył im broń i pieniądze. Mielibyśmy w ten sposób załatwione dostawy ropy z Cyrenajki. Niestety nikt tego nie robi, tylko padają słowa, słowa, słowa i słowa. Mam tego naprawdę dosyć.

A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi być zniszczona.

Jerzy Buzek (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Kończy się rok 2016, rok wdrożenia unii energetycznej. Komisja przygotowała kilka bardzo dobrych propozycji, między innymi – w ramach pakietu gazowego – rozporządzenie o bezpieczeństwie dostaw gazu czy decyzja o umowach międzyrządowych. Jednocześnie jednak Komisja Europejska zatwierdziła niedawno nową decyzję niemieckiego regulatora w sprawie gazociągu OPAL.

Doceniam wysiłki Komisji, by decyzja ta oparta była o mechanizmy rynkowe, jednak w Europie Środkowej nadal nie ma w pełni konkurencyjnego rynku energii, a nawet są wyspy energetyczne, o czym powszechnie wiadomo. To sprawia, że decyzja o OPAL-u jest równie kontrowersyjna jak plany rozbudowy Nord Streamu. Jest również sprzeczna z duchem unii energetycznej: po pierwsze, osłabia bezpieczeństwo energetyczne regionu przez uprzywilejowanie jednego dostawcy, po drugie, rodzi napięcia między krajami unijnymi i po trzecie, godzi w sąsiadów Unii, w tym w Ukrainę.

I jeszcze jedno – mówię to jako sprawozdawca Parlamentu Europejskiego do rozporządzenia o bezpieczeństwie dostaw gazu: dzisiaj Rada blokuje w rozmowach trójstronnych dobre skądinąd propozycje Komisji dotyczące tego właśnie rozporządzenia o bezpieczeństwie dostaw gazu. Paradoksalnie decyzja Komisji w sprawie OPAL-u może utwierdzić niektóre kraje w przekonaniu, że nieważny jest interes, nieważna jest litera i duch unii energetycznej, a to byłoby dla bezpieczeństwa energetycznego najgorsze rozwiązanie i najgorsze przypuszczenie.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidenta, señora Comisaria, la dimensión geoestratégica de la seguridad energética es sin duda crucial, pero la pobreza energética no puede esperar. Comisaria Bulc, dígaselo al Comisario de Energía, hoy ausente.

Estamos hablando de cincuenta millones de europeos, de cinco millones de españoles. ¿Qué más tiene que ocurrir para que adopten medidas urgentes? Urge conceder una tregua invernal, dar prioridad a un marco europeo de lucha contra la pobreza energética, con tarifas reducidas y revisión de impuestos y tasas de la factura de la luz.

La Comisión debe centrar los fondos europeos para eficiencia y autogeneración en los ciudadanos víctimas de la pobreza energética, beneficiarles con obligaciones de eficiencia, mejoras en el mercado minorista y promoción del autoconsumo. Estamos hablando de seguridad. Estamos hablando de un derecho vital como es el acceso a la energía, que afecta a muchísimas personas, a muchísimas personas de carne y hueso que no pueden esperar, señora Comisaria.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Bezpieczeństwo czyli *security* to jest dzisiaj największa potrzeba mieszkańców Europy, najważniejsze chyba kryterium oceny czy miary użyteczności Unii Europejskiej dla mieszkańców naszego kontynentu i najważniejsze pole starcia z populizmem, który żyje z rozbudzania lęków i strachów na naszym kontynencie.

Z wielu wymiarów bezpieczeństwa, które jest potrzebne Europejczykom, rzeczywiście materializuje się coś, co nazywamy unią energetyczną czy bezpieczeństwem energetycznym. Staje się to po kilku lekcjach, których udzielił nam główny dostawca ze wschodu, który nie tylko nadużywa pozycji dominującej, ale także czasami potrafi użyć gazu jako broni politycznej. Widać to w regulacjach Unii Europejskiej, widać to w możliwościach finansowania rozbudowy infrastruktury, która jest techniczną przesłanką solidarności europejskiej. Odnotowujemy rzeczywiście jako krok istotny nowe rozporządzenie o bezpieczeństwie dostaw gazu z 16 lutego 2016 r., które u nas w Parlamencie spoczywa w bezpiecznych rękach Jerzego Buzka jako sprawozdawcy.

Ale oprócz tych przedsięwzięć, które budują bezpieczeństwo, mamy przedsięwzięcia, które stawiają pod znakiem zapytania tego typu regulacje, ale oba te przedsięwzięcia zostały wspomniane: chodzi o Nord Stream 2 i o decyzję o możliwości wykorzystania do 100 % gazociągu OPAL. Wszystkie argumenty zostały wytoczone w tej sprawie, w związku z tym zaoszczędzę Państwu czasu.

Gunnar Hökmark (PPE). – Madam President, Commissioner, how we deal with Nord Stream 2 will be a test of whether we are serious in what we talk about. The Third Energy Package was designed in order to tear down monopolies, not to allow them. The whole idea with the Energy Union is to increase security, to bring us together and to secure our supplies and ensure that we cannot be exposed to political projections from someone who would like to use energy for those means.

However, Nord Stream 2 is contrary to all that. It has a political aim: to divide and undermine European cooperation. It will establish a new architecture for European energy markets. It will give Gazprom a dominant role, and it will undermine the security of a number of European countries – not only their energy security, but also their security in a wider sense. That is why it is important to hear from the Commission about what they are going to do with Nord Stream 2. We can't at the same time say that we want to increase unity, cooperation, solidarity, energy union and secure the implementation of our legislation while allowing this to happen to undermine the security of a number of Member States in the European Union, as well as security in Europe. So I think the question is for the Commission to deal with, and to prove that we are serious about what we talk about in front of our neighbours and members.

Catch-the-eye-Verfahren

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, η ασφάλεια εφοδιασμού δεν μπορεί να αγνοεί την άμεση αντιμετώπιση της ενεργειακής φτώχειας. Το νέο νομοθετικό πακέτο, που θα μας προωθήσει η Επιτροπή στις 30 Νοεμβρίου, οφείλει να αντιμετωπίσει επιτόπου την ενεργειακή φτώχεια.

Κατ' αρχήν χρειαζόμαστε έναν κοινό ορισμό. «Όσοι πληρώνουν περισσότερο από το 10% του εισοδήματός τους για ενέργεια»: αυτό δεν είναι πια μια προσέγγιση που αποδίδει την πραγματικότητα. Όσοι δεν έχουν τα οικονομικά μέσα, κυρία Επίτροπε, απλώς δεν ζεσταίνονται, απλώς δεν δροσίζονται το καλοκαίρι, απλώς δεν πληρώνουν. Δεν έχουν να πληρώσουν.

Στην Ελλάδα οι δείκτες δείχνουν ότι το 36% των πολιτών αγγίζει την ενεργειακή φτώχεια. Χρειαζόμαστε μια στρατηγική που θα μειώνει τις τιμές του ηλεκτρικού ρεύματος, θα αυξάνει την ενεργειακή αποτελεσματικότητα των κτιρίων, θα θέτει στόχους σε κάθε κράτος μέλος και θα δίνει τη δυνατότητα να χρησιμοποιηθούν συνδυαστικά όλα τα ευρωπαϊκά εργαλεία για χρηματοδότηση, το λεγόμενο ΕΣΠΑ, το «πακέτο Juncker», αλλά και η συμβολή του ιδιωτικού τομέα.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να λάβει σοβαρά μέτρα για να διασφαλίσει την ενεργειακή της ασφάλεια. Λύση στο πρόβλημα αποτελεί η ενεργειακή ανεξαρτησία των κρατών της Ένωσης. Πρέπει να διαμορφωθεί ένα κοινό πλαίσιο δράσης της Ένωσης με κοινές αρχές, εντός του οποίου τα κράτη μέλη θα διατηρούν τα κυριαρχικά τους δικαιώματα και θα αξιοποιούν τις πλουτοπαραγωγικές πηγές τους.

Όσον αφορά την Ελλάδα, πρέπει να αξιοποιήσει τον αγωγό TAP, τον αγωγό «Greek Stream», αλλά και το υγροποιημένο αέριο, καθώς και το φυσικό αέριο και το πετρέλαιο που βρίσκονται στην ελληνική ΑΟΖ. Επιπλέον, η Ελλάδα πρέπει να προχωρήσει με τη βοήθεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε επενδύσεις όχι μόνο σε εναλλακτικές πηγές ενέργειας, αλλά και σε μονάδες ηλεκτροπαραγωγής που λειτουργούν βάσει του λιγνίτη, με παράλληλη λήψη μέτρων για την προστασία του περιβάλλοντος.

Ειδικότερα πρέπει να χορηγηθεί και στην Ελλάδα η εξαίρεση από την υποχρέωση αγοράς δικαιωμάτων εκπομπών αερίων, όπως ισχύει για τη Βουλγαρία και την Πολωνία.

Τέλος, πρέπει να ληφθούν μέτρα για την αντιμετώπιση της ενεργειακής φτώχειας, μια και ο ελληνικός λαός κινδυνεύει να παγώσει και αυτόν τον χειμώνα, αφού η τιμή του πετρελαίου θέρμανσης έχει φτάσει στα ύψη.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Kwestie bezpieczeństwa energetycznego Europy poruszaliśmy już na tej sali dziesiątki razy, jednak mam wrażenie, że cały czas konfrontowani jesteśmy z tą samą bolesną rzeczywistością. Pomimo że Unia Europejska jest światową potęgą gospodarczą, w kwestii bezpieczeństwa energetycznego to inni dyktują nam warunki. Nasze wysokie uzależnienie od energii z krajów trzecich może również – w moim przekonaniu – stanowić zagrożenie dla suwerenności Unii.

Apeluję zatem o to, abyśmy byli w stanie przezwyciężyć egoizmy narodowe i nie dali się rozgrywać i dzielić stronom trzecim, na przykład przy realizacji takich projektów jak Nord Stream 2. Jestem bowiem przekonany, że wyłącznie działając wspólnie i dając silny sygnał o naszej jedności i solidarności, jesteśmy w stanie zwiększać unijne bezpieczeństwo energetyczne i działać na rzecz europejskich konsumentów.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, the EU's energy security is a top priority for the Commission. That is a fact. It is not only considered in a time of supply crisis; it has become an integral part of the EU's energy policy and is firmly enshrined in the Energy Union strategy.

Let me now try to reply to some of the topics that many of you raised. First, Nord Stream: if built, Nord Stream 2 would have to fully comply with applicable EU law, as the project cannot happen in a legal void or only according to Russian law. It has to at least comply with the main principles of the Third Energy Package and fully respect the applicable rules of EU environmental and public procurement legislation.

On topic number 2, OPAL: in general, enabling efficient use of existing pipelines contributes better to market integration and security of supply for all EU Member States than building new costly pipelines. The decision does not provide access to new supply sources or alternative supply routes in a crisis situation, but promotes closer integration of the Czech and German gas market.

On the topic of the overall situation in the gas sector and climate change, the EU gas markets have been experiencing important changes in the last two to three years and are exposed to a lot of uncertainty regarding future consumption levels. Following the COP 21 Summit in Paris, opportunities are arising for the gas market as a traditional fuel. Yet, thanks to the increasing energy efficiency and continued development of renewables, the sluggish recovery of the EU economy gas consumption is likely to pick up by 2020.

On the fourth topic, the Winter Package of 30 November: in July 2015, the Commission proposed a revision of the Energy Labelling Directive, and it will soon present a comprehensive review of the Renewable Energy Efficiency and Energy Performance of Buildings Directives. But energy security also refers to the electricity sector itself, where security of supply requires us to develop a more integrated approach based on common methods and rules, as well as regional cooperation.

Last, but not least, energy poverty: EU legislation clearly assigns responsibility for protecting vulnerable consumers and addressing energy poverty to Member States. However, the Commission has been taking action to assist Member States to meet their obligations under EU law by identifying best practices and supporting the exchange of information on how to alleviate energy poverty in the most cost effective way. As announced in the Consumer Communication, the Commission will further consider how to improve the EU-wide data collection and monitoring of energy poverty.

Finally, let me stress one more time that the Commission is putting a lot of effort into strengthening the frameworks and concrete projects to enhance the EU's energy security, in full consistency with the priorities identified by the Energy Union strategy. We welcome the support of the European Parliament for our work in this area; this is crucial in order to ensure a swift implementation of the Energy Union strategy. Thank you very much.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Rosa D'Amato (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione continua a richiamare nei propri obiettivi l'incremento delle energie rinnovabili, l'abbattimento delle emissioni, la sicurezza dell'approvvigionamento. Eppure nei fatti, continua a sostenere fonti fossili, come il gas, strizzando l'occhio anche a quello ottenuto negli USA con il fracking, o addirittura il petrolio, quando non il nucleare. Nel frattempo, oltre 50 milioni di cittadini europei vivono in condizioni di povertà energetica a un livello tale da richiedere interventi per salvaguardare la propria salute. Molti Stati membri inoltre sono ben lontano dagli obiettivi previsti per le energie rinnovabili, che garantirebbero invece un approvvigionamento sicuro e autonomo. Ripeto dunque quanto già sostenuto in passato, ovvero il fatto che è fondamentale giungere a un rapido abbandono della dipendenza da fonti fossili, per agevolare una diffusa autoproduzione e autosufficienza energetica basata proprio sulle rinnovabili. La fase di transizione deve essere rapida e sostenuta dalla ricerca, dall'innovazione e da un utilizzo effettivo ed efficace di tutti i fondi europei disponibili per incrementare l'efficienza energetica e la produzione di energia da fonti rinnovabili.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La dimensión geoestratégica de la seguridad de suministro energético no puede hacernos perder de vista el drama de más de 50 000 000 de europeos afectados por la pobreza energética. Un 60 % de las muertes en incendios domésticos se atribuyen a la pobreza energética. Rosa falleció la madrugada del lunes en Reus (Tarragona), al incendiarse su colchón. La anciana de 81 años vivía sin luz desde hacía dos meses, se iluminaba con las velas que ocasionaron el fuego. ¿Cuántas muertes tiene que haber para que la Comisión adopte medidas urgentes frente a este drama? Resulta prioritario un marco europeo de lucha contra la pobreza energética, con promoción de tarifas reducidas y revisión de impuestos y tasas de facturación. La Comisión debe centrar los fondos de eficiencia y autogeneración en ciudadanos víctima de pobreza energética, al tiempo que beneficiarles con obligaciones de eficiencia, mejoras del mercado minorista y promoción del autoconsumo. Resulta necesaria una definición común, abordar la normalización de datos y recopilar las mejores prácticas. En definitiva, nadie debe de tener que elegir entre calefacción o refrigeración y alimentación o medicamentos y, mucho menos, pagar con su propia vida. Por todo esto, instamos a la Comisión a adoptar, urgentemente, las medidas oportunas.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La dimensión geoestratégica de la seguridad de suministro energético no puede hacernos perder de vista el drama de más de 50 000 000 de europeos afectados por la pobreza energética. Un 60 % de las muertes en incendios domésticos se atribuyen a la pobreza energética. Rosa falleció la madrugada del lunes en Reus (Tarragona), al incendiarse su colchón. La anciana de 81 años vivía sin luz desde hacía dos meses, se iluminaba con las velas que ocasionaron el fuego. ¿Cuántas muertes tiene que haber para que la Comisión adopte medidas urgentes frente a este drama? Resulta prioritario un marco europeo de lucha contra la pobreza energética, con promoción de tarifas reducidas y revisión de impuestos y tasas de facturación. La Comisión debe centrar los fondos de eficiencia y autogeneración en ciudadanos víctima de pobreza energética, al tiempo que beneficiarles con obligaciones de eficiencia, mejoras del mercado minorista y promoción del autoconsumo. Resulta necesaria una definición común, abordar la normalización de datos y recopilar las mejores prácticas. En definitiva, nadie debe de tener que elegir entre calefacción o refrigeración y alimentación o medicamentos y, mucho menos, pagar con su propia vida. Por todo esto, instamos a la Comisión a adoptar, urgentemente, las medidas oportunas.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Nagy örömömre szolgál, hogy az Európai Bizottság ismételten kiemeli az ellátásbiztonság kérdését az energia területén. Úgy gondolom, hogy a téma fontosságát nem lehet eléggé hangsúlyozni. Mi, középkelet-európai képviselők, pontosan ismerjük, hogy milyen az, amikor az energiaellátás akadozik, vagy korábban megbízhatónak vélt rendszerek egyszer csak csődöt mondanak az ellátás elapadása miatt. A megbízható energiaellátás minden más gazdasági tevékenység előfeltétele. Kiszámítható, stabil és megfizethető áram- és gázszolgáltatásra van szükség a gazdasági és lakossági fogyasztók biztonsága érekében. Az Uniós integráció egyedi és pótolhatatlan lehetőséget jelent az európai tagállamoknak. A már meglévő, önellátásra berendezkedett energiahálózataikat összekapcsolva és összehangolva a tagállamok képesek lehetnek egy sokkal hatékonyabb és gazdaságosabb rendszer üzemeltetésére.

Természetszerű, hogy az Energiauniós integráció előrehaladtával az energetikai tervezés egyre inkább elszakad a tagállamok szintjétől és egyre magasabb, regionális, illetve Uniós szintre emelkedik. Alapvetően üdvözlöm ezt az integrációt, ugyanakkor nagyon fontos, hogy a folyamat közben ne feledkezzünk meg az Európai Unió egyik legnagyobb versenyelőnyéről, a különböző nemzetek sokszínűségéből fakadó erőről. Úgy gondolom, hogy az országos energiamixek tagállami szintű meghatározása olyan vonás, ami ugyan egyeztetésre ösztönöz, ugyanakkor mindenkit megerősít. Fontos, hogy minden tagállamnak lehetősége legyen meghatározni, hogy mire építi fel energiarendszerét.

Javi López (S&D), *por escrito*. – La dimensión geoestratégica de la seguridad de suministro energético no puede hacernos perder de vista el drama de más de 50 000 000 de europeos afectados por la pobreza energética. Un 60 % de las muertes en incendios domésticos se atribuyen a la pobreza energética. Rosa falleció la madrugada del lunes en Reus (Tarragona), al incendiarse su colchón. La anciana de 81 años vivía sin luz desde hacía dos meses, se iluminaba con las velas que ocasionaron el fuego. ¿Cuántas muertes tiene que haber para que la Comisión adopte medidas urgentes frente a este drama? Resulta prioritario un marco europeo de lucha contra la pobreza energética, con promoción de tarifas reducidas y revisión de impuestos y tasas de facturación. La Comisión debe centrar los fondos de eficiencia y autogeneración en ciudadanos víctima de pobreza energética, al tiempo que beneficiarles con obligaciones de eficiencia, mejoras del mercado minorista y promoción del autoconsumo. Resulta necesaria una definición común, abordar la normalización de datos y recopilar las mejores prácticas. En definitiva, nadie debe de tener que elegir entre calefacción o refrigeración y alimentación o medicamentos y, mucho menos, pagar con su propia vida. Por todo esto, instamos a la Comisión a adoptar, urgentemente, las medidas oportunas.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – La dimensión geoestratégica de la seguridad de suministro energético no puede hacernos perder de vista el drama de más de 50 000 000 de europeos afectados por la pobreza energética. Un 60 % de las muertes en incendios domésticos se atribuyen a la pobreza energética. Rosa falleció la madrugada del lunes en Reus (Tarragona), al incendiarse su colchón. La anciana de 81 años vivía sin luz desde hacía dos meses, se iluminaba con las velas que ocasionaron el fuego. ¿Cuántas muertes tiene que haber para que la Comisión adopte medidas urgentes frente a este drama? Resulta prioritario un marco europeo de lucha contra la pobreza energética, con promoción de tarifas reducidas y revisión de impuestos y tasas de facturación. La Comisión debe centrar los fondos de eficiencia y autogeneración en ciudadanos víctima de pobreza energética, al tiempo que beneficiarles con obligaciones de eficiencia, mejoras del mercado minorista y promoción del autoconsumo. Resulta necesaria una definición común, abordar la normalización de datos y recopilar las mejores prácticas. En definitiva, nadie debe de tener que elegir entre calefacción o refrigeración y alimentación o medicamentos y, mucho menos, pagar con su propia vida. Por todo esto, instamos a la Comisión a adoptar, urgentemente, las medidas oportunas.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die bis jetzt noch dageblieben sind – insbesondere auch den Diensten. Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Nachtruhe. Schlafen Sie wohl.

(Die Sitzung wird um 22.45 Uhr geschlossen.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos

Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe C

C/2024/2115

15.3.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2016

(C/2024/2115)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2016-2017

Sitzungen vom 21. bis 24. November 2016

STRASSBURG

Inhalt

Seite

1. Eröffnung der Sitzung 4

2. Lage in Syrien (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

3. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

4. Lage in Belarus (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll 4

5. Petitionen: siehe Protokoll 4

6. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (Aussprache) 4

7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache) 20

7.1. Der Fall des in China inhaftierten Verlegers Gui Minhai 20

7.2. Lage der Guarani-Kaiowa im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul 25

7.3. Der Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen Ildar Dadin in Russland 29

8. Abstimmungsstunde 34

8.1. Der Fall des in China inhaftierten Verlegers Gui Minhai (RC-B8-1256/2016, B8-1256/2016, B8-1257/2016, B8-1258/2016, B8-1259/2016, B8-1263/2016, B8-1269/2016, B8-1272/2016) (Abstimmung) 34

Inhalt Seite

8.2. Lage der Guarani-Kaiowa im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul (RC-B8-1260/2016, B8-1260/2016, B8-1262/2016, B8-1265/2016, B8-1268/2016, B8-1271/2016, B8-1274/2016, B8-1275/2016) (Abstimmung) . . . 34

8.3. Der Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen Ildar Dadin in Russland (RC-B8-1261/2016, B8-1261/2016, B8-1264/2016, B8-1266/2016, B8-1267/2016, B8-1270/2016, B8-1273/2016) (Abstimmung) . . . 34

8.4. Makrofinanzhilfe für Jordanien (A8-0296/2016 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung) . . . 34

8.5. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (A8-0011/2016 - Brian Hayes) (Abstimmung) . . . 34

8.6. Lage in Syrien (B8-1123/2016, RC-B8-1249/2016, B8-1249/2016, B8-1250/2016, B8-1251/2016, B8-1252/2016, B8-1253/2016, B8-1254/2016, B8-1255/2016) (Abstimmung) 34

8.7. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (RC-B8-1276/2016, B8-1276/2016, B8-1277/2016, B8-1278/2016, B8-1279/2016, B8-1280/2016, B8-1281/2016, B8-1282/2016, B8-1283/2016) (Abstimmung) . . . 34

8.8. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (B8-1229/2016, B8-1235/2016) (Abstimmung) . . . 34

8.9. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (A8-0331/2016 - Notis Marias) (Abstimmung) . . . 35

8.10. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (A8-0307/2016 - Werner Langen) (Abstimmung) . . . 35

8.11. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (A8-0303/2016 - Catherine Bearder) (Abstimmung) . . . 35

8.12. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (A8-0304/2016 - Dominique Riquet) (Abstimmung) . . . 35

8.13. Lage in Belarus (RC-B8-1232/2016, B8-1232/2016, B8-1233/2016, B8-1234/2016, B8-1237/2016, B8-1238/2016, B8-1239/2016, B8-1240/2016) (Abstimmung) . . . 35

9. Stimmerklärungen . . . 35

9.1. Makrofinanzhilfe für Jordanien (A8-0296/2016 - Emmanuel Maurel) . . . 35

9.2. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (A8-0011/2016 - Brian Hayes) . . . 64

9.3. Lage in Syrien (B8-1123/2016, RC-B8-1249/2016, B8-1249/2016, B8-1250/2016, B8-1251/2016, B8-1252/2016, B8-1253/2016, B8-1254/2016, B8-1255/2016) . . . 90

9.4. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (RC-B8-1276/2016, B8-1276/2016, B8-1277/2016, B8-1278/2016, B8-1279/2016, B8-1280/2016, B8-1281/2016, B8-1282/2016, B8-1283/2016) . . . 116

9.5. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (B8-1229/2016, B8-1235/2016) . . . 150

9.6. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (A8-0331/2016 - Notis Marias) . . . 182

9.7. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (A8-0307/2016 - Werner Langen) . . . 207

9.8. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (A8-0303/2016 - Catherine Bearder) 239

Inhalt Seite

9.9. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (A8-0304/2016 - Dominique Riquet) 269

9.10. Lage in Belarus (RC-B8-1232/2016, B8-1232/2016, B8-1233/2016, B8-1234/2016, B8-1237/2016, B8-1238/2016, B8-1239/2016, B8-1240/2016) 301

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll 322

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll 322

12. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (Aussprache) 322

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll 332

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll 332

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll 332

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll 332

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode 332

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2016

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

1. Eröffnung der Sitzung

(Η συνεδρίαση αρχίζει στις 09.00)

2. Lage in Syrien (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Lage in Belarus (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

5. Petitionen: siehe Protokoll

6. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το πρώτο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η έκθεση του κ. Νότη Μαριά σχετικά με την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015 [2016/2150(INI)] (A8-0331/2016)

Νότης Μαριάς, *Εισηγητής.* – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα και εγώ, με τη σειρά μου, να καλωσορίσω την Ευρωπαία Διαμεσολαβήτρια, την κυρία O'Reilly, να την συγχαρώ για την εργασία την οποία έχει κάνει, που πραγματικά είναι πάρα πολύ σημαντική. Θα ήθελα φυσικά να καλωσορίσω και τον κύριο Timmermans, τον Αντιπρόεδρο της Επιτροπής, ο οποίος συμβάλλει επίσης με τη δραστηριότητά του στην προσπάθεια αντιμετώπισης των κρουσμάτων κακοδιοίκησης στο πλαίσιο της λειτουργίας όχι μόνο της Επιτροπής, αλλά συνολικά της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Επιτρέψτε μου να ευχαριστήσω τους σκιώδεις εισηγητές, οι οποίοι συνέβαλαν με την παρέμβασή τους στο να διαμορφώσουμε αυτή την έκθεση. Θα ήθελα επίσης να ευχαριστήσω τα μέλη της Γραμματείας της Επιτροπής Αναφορών για την προσπάθεια την οποία έκαναν.

Θεωρώ ότι η διαδικασία που συζητούμε σήμερα είναι πολύ σημαντική. Είναι μια διαδικασία δημοκρατικής λογοδοσίας, μια διαδικασία κατά την οποία θα ακούσουμε και θα μπορέσουμε να κρίνουμε τη δραστηριότητα της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας. Ο θεσμός του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή είναι πολύ σημαντικός, ξεκίνησε από το 1996 -αν δεν κάνω λάθος- και το θεσμικό αυτό όργανο διορίζεται από το ίδιο το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Επιτρέψτε μου να επισημάνω ότι το βασικό στοιχείο που αφορά τη δραστηριότητα του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή προέρχεται από το άρθρο 24 της Συνθήκης λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπου αναφέρεται ότι οι πολίτες έχουν δικαίωμα να καταγγείλουν περιπτώσεις και κρούσματα κακοδιοίκησης στον Ευρωπαίο Διαμεσολαβητή. Με την έννοια «κακοδιοίκηση» εννοούμε την πλημμελή και ανεπαρκή διοίκηση, μια διοίκηση η οποία παραβιάζει τον νόμο, παραβιάζει τα ανθρώπινα δικαιώματα, παραβιάζει τις αρχές της χρηστής διοίκησης, στις οποίες συμπεριλαμβάνεται και η διαφάνεια και η σύγκρουση συμφερόντων.

Έχουμε, λοιπόν, θέσει στην έκθεσή μας μια σειρά ζητημάτων τα οποία πρέπει να εξετάσουμε. Πρώτα από όλα, πώς αντιμετωπίζει ο Διαμεσολαβητής την περίπτωση σύγκρουσης συμφερόντων ή ενδεχόμενης σύγκρουσης συμφερόντων στο πλαίσιο της λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας, διότι η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, όπως ξέρετε, συμμετέχει στην τρόικα, ενώ ταυτόχρονα είναι δανειστής των κρατών μελών, είναι εποπτική αρχή των τραπεζών και είναι μια ανεξάρτητη νομισματική αρχή. Πώς συμβιβάζει όλους αυτούς τους ρόλους και υπό ποιους όρους ελέγχουμε τη διαφάνεια στον τρόπο λήψης απόφασης;

Το ίδιο ισχύει και για την Ευρωομάδα, που είναι ένα όργανο άτυπο αλλά ουσιαστικό, καθώς λαμβάνει σημαντικές αποφάσεις που επηρεάζουν την κοινωνική και οικονομική ζωή των Ευρωπαίων πολιτών. Ερωτήματα τίθενται και για τον ESM, τον οργανισμό ο οποίος δίνει δάνεια στα κράτη μέλη, αλλά επιβάλλει ταυτόχρονα και μνημόνια. Αυτή την γκρίζα ζώνη, λοιπόν, πρέπει να αντιμετωπίσουμε και νομίζω ότι οι παρατηρήσεις που κάνουμε στην έκθεση θέτουν τα ζητήματα αυτά.

Ερχόμαστε στη δραστηριότητα της ίδιας της Επιτροπής, η οποία πραγματικά ελέγχεται για τον τρόπο με τον οποίο χειρίστηκε το θέμα της διαπραγμάτευσης της TTIP. Υπήρξαν κριτικές από τους πολίτες, υπήρξε και παρέμβαση της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας για περισσότερη διαφάνεια και νομίζω ότι ο τρόπος με τον οποίο στη συνέχεια η Επιτροπή έδωσε πληροφορίες για το σημαντικό αυτό θέμα άνοιξε τον δρόμο για να γίνουν ουσιαστικές συζητήσεις και παρατηρήσεις.

Άλλο ένα σημαντικό θέμα το οποίο συζητήσαμε είναι: ποια είναι τα όρια λειτουργίας της Επιτροπής όταν ενεργεί ως θεματοφύλακας των συνθηκών; Είναι υποχρεωμένη να παραπέμπει όλα τα κράτη μέλη ή διατηρεί διακριτική ευχέρεια;

Ταυτόχρονα στην έκθεσή μας αναφερόμαστε και στον τρόπο με τον οποίο πρέπει να λειτουργήσει η Ευρωπαϊκή Πρωτοβουλία Πολιτών, ποια είναι τα δικαιώματα των ατόμων με ειδικές ανάγκες, ποια είναι η λειτουργία και ο έλεγχος του Frontex, τι κάνουμε στην περίπτωση των «revolving doors», υπό ποιους όρους και προϋποθέσεις ελέγχονται οι πρώην Επίτροποι οι οποίοι έχουν αναλάβει θέσεις σε άλλους οργανισμούς, με κυριότερη την περίπτωση του κυρίου Barosso, ο οποίος ανέλαβε σημαντική θέση στην Goldman Sachs. Αυτά είναι τα βασικά θέματα που έχουμε θίξει στην έκθεσή μας, κύριε Πρόεδρε, και αναμένω τις παρατηρήσεις των συναδέλφων, για να κάνω την καταληκτική μου παρέμβαση και να ολοκληρωθεί συζήτηση.

Emily O'Reilly, *Ombudsman*. – Mr President, good morning and thank you Mr Marias and all the shadow rapporteurs for your work on this report. The text before the Chamber today expresses strong support for the work of the Office of the European Ombudsman, for which I am profoundly grateful. I would like to thank in particular the Committee on Petitions, and its Chair, Ms Wikström, for its engaged cooperation and support over this past year. In our separate but complementary roles, we work directly with European citizens who seek our help.

Honourable Members, this is my third time addressing you in plenary since 2013. Each time I have benefited from your expertise, your advice and support and that has fed directly into my work. My Office is driven by the complaints we receive and, as today's report notes, over 22% of complaints concern access to document requests. Transparency and the Treaty-based right of access to documents must continue to play a crucial role in our EU democracy. The EU does indeed set higher standards than many Member States, and given its role and its global reach in many areas, so it should.

The Juncker Commission is, I recognise, working to improve standards in this regard and I welcome the proposal made just yesterday to revise the Commissioners' Code of Conduct, as both I as Ombudsman, and this Parliament, have urged. This is a positive step, although I do think that there are other possible future improvements to the Code on how this challenging issue is handled. In addition, the Juncker Commission, through Vice-President Timmermans, has proposed earlier this year a revised Transparency Register, which I welcome. Many Member States do not have a register, while others have been unsuccessful in introducing them. However, a register is only as good as its capacity to give citizens assurance that lawmaking is not being inappropriately or unduly influenced – and so I look forward to seeing the outcome of the negotiations with Parliament and Council on this Commission proposal.

Much EU lobbying of course focuses either on the Permanent Representative offices of the Member States in Brussels, or in the national capitals, and so I hope the Member States will reflect on how this can be made more transparent for all European citizens. I am currently working on this issue with my colleagues in the European Network of Ombudsmen, both to raise awareness of lobbying transparency and to show the very real way in which lobbying directly affects people's lives.

Last June, I hosted a network conference in Brussels at which we discussed the refugee and migration crisis, lobbying transparency, and the rule of law. I was very pleased that my Ombudsman colleagues were able to have engaged and spirited conversations with EU officials, and I believe it was a valuable learning experience for both groups

This report recognises the work of my Office in several areas in cooperation with the EU administration, and with the support of Parliament, to seek and achieve real improvements. These include: transparency and balance of Commission Expert Groups; Commission efforts to make the TTIP talks more transparent; Commission efforts to implement Article 16 of the Staff Regulations; whistleblowing rules to protect EU staff; how fundamental rights are upheld in EU cohesion policy; the UN Convention on the Rights of People with Disabilities; and the European Citizens' Initiative.

I also wish to mention three other areas which I know are of interest to this House. Frontex became a particularly critical EU agency in 2015 during the refugee crisis. I welcome its efforts in implementing the Special Report I sent to Parliament concerning a Frontex complaints mechanism, but also the recommendations I made in relation to joint return flights.

The European Central Bank has also become a much more familiar institution to EU citizens and I thank it for working with my Office and boosting the transparency of its administration as also noted in today's report.

Given the heightened citizen awareness of EU institutions and agencies in the wake of the financial crisis, and now of Brexit, none of us can work in the shadows or resist citizen demands for greater transparency and accountability.

In 2015, I also launched an inquiry into the transparency of the Trilogues negotiation process and made several proposals concerning transparency, while respecting the legislators' need to negotiate in confidence. I thank the three institutions for their good cooperation, and I look forward to their responses next month.

Today's report also notes the correspondence we have had with President Dijsselbloem in relation to boosting the transparency of the Eurogroup. I welcome his focus on that issue, particularly given the increased importance of this group in the lives of citizens within the eurozone. The Dutch Presidency, which ended this summer, also worked hard to boost transparency in the Council. This is an area I will continue to focus on, as it is important for citizens to be able accurately to disentangle, and understand, the separate lines of decision making at EU and Member State level.

But let me also mention some examples of the everyday cases my Office deals with, which assist in improving the experience of the EU for its citizens. A German citizen complained that the Commission had not properly explained why it was not investigating his infringement complaint about the E-Privacy Directive. I found that the Commission had not provided sufficient reasoning about why it was not taking action on the issues raised by the complainant, and the Commission has agreed to take my analysis into account when it reviews the Directive.

Another important individual case involved a Parliament employee, who has a daughter with severe and irreversible brain damage. The employee came to me after Parliament's administration had sought to revoke a derogation it had granted her from having to move from her place of work under mobility rules. Happily, Parliament agreed to my recommendation to maintain the derogation for as long as the daughter needs her mother's presence and care.

Another case concerned the Education Audiovisual and Culture Executive Agency. A small community group had claimed that the agency had unfairly shortened the deadline for funding applications for town-twinning projects. Following my intervention, the agency clarified its actions and the complainant will be able to participate in a future twinning project.

Before I finish, I wish to note again the high standards of the EU civil service, of the thousands of dedicated people who work in the EU institutions and agencies all over Europe. Europeans want to see positive change for their families in their daily lives. This is mainly a political challenge, but a strong and ethical public administration is a hallmark of a strong democracy.

To recognise the work of EU staff and share best practice across the institutions, I recently launched the Award for Good Administration to acknowledge examples of good service, transparency and ethical behaviour. This award is open to staff in all EU institutions, agencies and bodies and nominees may be proposed by anyone up until the end of January of next year. I welcome of course any nominations from Members of this House.

Honourable Members, we live in challenging and even frightening times. We must, however, not be afraid to 'connect the dots' in this new wave of citizen unrest manifested in increasing populism and nationalism, and we must examine at a deeper level our political and administrative governance structures in Europe. We must also detach our views of the personalities involved in some of these movements from the genuine citizen concerns and distress that sometimes fuel them. The power and responsibility to do that at EU level lies mainly within the hands of this Parliament, the Commission, and the governments of the Member States, and those are onerous and solemn responsibilities. Those of us who value and support our pluralist European democracy must now redouble our efforts and demonstrate clearly that we serve the public interest and the public interest alone. Thank you again to the rapporteur, the shadow rapporteurs, their staff and the secretariats for all the work on this year's report.

(Applause)

Πρόεδρος. – Σας ευχαριστώ, κυρία O'Reilly, για όσα σημαντικά και ενδιαφέροντα μας είπατε και για τη δημοκρατία και για τη διαφάνεια και για τη συνεργασία σας με το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, I want to congratulate Mr Marias on an excellent report on the activities of the European Ombudsman in 2015.

The work of the European Ombudsman in fighting maladministration by EU institutions and bodies is of the utmost importance. Our citizens have a right to good administration; they expect and deserve high quality service. It is our joint responsibility to live up to these high standards. I would like to take this opportunity to say that the Commission is very pleased with the consistently good cooperation with the Ombudsman and her services. We also welcome the recent adoption by the Ombudsman of the new implementing provisions governing inquiry procedures.

The report puts emphasis on the importance of the Ombudsman's work on transparency as a guarantee of good administration. Transparency has been from day one a key priority of this Commission, and of me personally, and we have taken important steps in that regard. Since December 2014, all bilateral meetings with those who seek to influence our decision-making have been made public. In September this year we proposed to make the new transparency register mandatory, based on a new and binding interinstitutional agreement covering the European Parliament, the Commission and, for the first time, the Council. I would like to underscore all the remarks Ms O'Reilly made on the need to have the same standards applied everywhere in the EU, including in places where we do not have direct responsibility but which fall under the direct responsibility of our Member States.

All of us who serve in European public office have a duty to respect the highest standards of integrity and ethics. In the light of recent developments concerning members of the Barroso Commission, the Commission has this week backed President Juncker's intention to revise the Code of Conduct for Commissioners. He will consult the President of Parliament, in line with a framework agreement between our two institutions, on proposals to increase the cooling-off period for members of the Commission to two years, and for the Commission President to three years.

I am also pleased that the report acknowledges the Commission's efforts to follow up on the Ombudsman's recommendations in various areas. This includes the publication of numerous TTIP documents, the increased information on senior officials leaving the Commission to work outside the institutions, the new rules on the composition and functioning of expert groups, and the introduction of a complaints mechanism for fundamental rights in the new European Border and Coast Guard. The Commission always takes the Ombudsman's remarks very seriously. We take swift action to address cases of maladministration and comply with her recommendations whenever possible. From time to time there may be cases where the Commission and the Ombudsman disagree but this only concerns a very limited number of cases. In 2014, the Commission's compliance rate was 86%.

Let me conclude by stressing that the Commission will continue to cooperate fully and loyally with the Ombudsman in her inquiries and to build upon the existing very good work relations with the Ombudsman and her services.

Julia Pitera, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! W 2015 roku biuro Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich rozpatrzyło wiele skarg i zajmowało się wieloma ważnymi kwestiami, m.in. przejrzystością negocjacji handlowych pomiędzy Unią Europejską a Stanami Zjednoczonymi czy też *cooling-off period* (okresem karencji).

Niewątpliwie należy podjąć prace nad nowelizacją kodeksu postępowania unijnych urzędników w zakresie *cooling-off*. Okres 18 miesięcy, jakie musi upłynąć pomiędzy ustąpieniem ze stanowiska a objęciem nowej funkcji, jest zbyt krótki.

Jawność natomiast jest fundamentem demokratycznych państw, a dostęp obywateli do dokumentów jest ważnym filarem systemu jawności. Należy jednak określić jej granice. Czy orędownicy pełnej transparentności w zakresie negocjacji handlowych, dostępu dla każdego do tych dokumentów i negocjacji we własnych krajach mają systemy umożliwiające każdemu taki dostęp do wiedzy o stosunkach międzynarodowych, o polityce finansowej, monetarnej czy ekonomicznej? Czy naprawdę chcą, by dokumenty z państw członkowskich zaklasyfikowane jako poufne były jawne na każde żądanie? A przecież tylko te kategorie zostały ujęte w rozporządzeniu Parlamentu Europejskiego i Rady z 2001 roku i powinny być respektowane w toku prac nad dokumentami w Parlamencie Europejskim. Bo przecież z dostępnej wiedzy mogliby korzystać nie tylko zatroskani obywatele, ale również ci, którzy chcieliby wykorzystać pozyskane informacje dla własnego interesu lub na szkodę interesu publicznego. Idealizm jest niezwykle nośny społecznie. Pytanie natomiast, czy realizacja takich rozwiązań byłaby dla tego społeczeństwa bezpieczna. Dlatego apeluję o rozważne głosowanie nad poprawkami zgłoszonymi do sprawozdania w sprawie sprawozdania z działalności Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich w 2015 roku.

Miriam Dalli, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, First Vice-President Timmermans, Ombudsman O'Reilly, the report we will be voting on today proves what an essential asset the role of the European Ombudsman is for Europe and also for the European institutions.

As Socialists and Democrats, we positively welcome the Ombudsman's efforts to ensure greater transparency in her work, and ensuring also the rights of the most vulnerable. The European Ombudsman is there to ensure that Europe's institutions maintain the highest standards for all of our citizens and her efforts to remove the shadow of secrecy surrounding the TTIP negotiations have proved this. I urge her to be vigilant and to help us in ensuring that citizens will have full information when it comes to all trade agreements, including CETA. This is why I and other colleagues are insisting that the European Ombudsman should be given the power to issue a statement of non-compliance should our institutions refuse to release public documents which do not endanger public safety or security or put the privacy and the integrity of individuals at stake. Furthermore, we called for the European Ombudsman to be further empowered to take decisions, if the need arises.

Another important measure we are calling for is stronger rules on the protection of whistleblowers, together with legal safeguards at all levels for the individuals involved. It is all about trust. The EU needs to take greater measures to entrust its citizens with the power of information and to allow our citizens to play an active and engaged role in policy making. I believe that in doing so we will be strengthening our societies and I have no doubt that the Ombudsman and her office can be at the forefront to ensure such empowerment.

Ryszard Czarnecki, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Przewodniczący Komisji! Grupa Europejskich Konserwatystów i Reformatorów będzie za przyjęciem tego sprawozdania. Wskazujemy wszakże na kilka elementów. Po pierwsze, oczywiście to jest urząd polityczny, nie ma co tego ukrywać. Skoro zajmuje się traktatem TTIP o handlu i inwestycjach między Unią a Ameryką, to ma to wymiar polityczny i nie udawajmy, że tak nie jest.

Myślę, że rzeczą bardzo istotną jest kwestia kodeksu postępowania urzędniczego, postępowania urzędników. To jest rzecz, która jest oczekiwana przez opinię publiczną – może nie wszystkich obywateli – ale opinię publiczną w naszych państwach członkowskich. Tutaj urzędnicy unijni powinni być jak żona Cezara – poza podejrzeniami. I wreszcie myślę, że czasem spory między poszczególnymi instytucjami – Rzecznikiem, Komisją a czasem Parlamentem – dodają wiarygodności realnej debacie, która powinna się toczyć w Unii Europejskiej, jeżeli Unia Europejska ma być wiarygodna dla obywateli, dla podatników.

Cecilia Wikström, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, Vice-President Timmermans, Ombudsman O'Reilly, I am happy to have you here in plenary this morning and I am sure that I speak on behalf of the whole Committee on Petitions when I say I am sure that all of us appreciate our mutual good cooperation.

The European Ombudsman is doing an excellent job, especially in constantly using the possibilities to initiate own-initiative inquiries. It is important for democracy in general, and for the perception of the European institutions in particular, that the Ombudsman raises sometimes very difficult and sensitive questions and also investigates our own working methods and procedures. I am very pleased that the Ombudsman keeps pushing the European institutions to improve transparency in all different fields and bodies. Especially in these days of populism and euroscepticism it is crucial that the institutions live up to the expectations of EU citizens concerning transparency and good conduct. I therefore believe that the EU needs to take the issue of revolving doors much more seriously, otherwise the reputation of the European Commission and the European Union itself is put at risk. Therefore I welcome that Commission President Juncker yesterday proposed to tighten the Code of Conduct for Commissioners. However, I agree with the Ombudsman that some positions will not cease to be problematic simply because two or three years have passed. The rules therefore need to be made more explicit and possibly also include a range of sanctions for any breaches of the rules.

Something that I would like to have seen more strongly reflected in the report is to ensure that the European Ombudsman is able to order documents to be released from the Commission when needed. To be able to perform her duties with regard to maladministration of the European institutions, the Ombudsman needs to be able to act on her own behalf and not to be dependent on the goodwill of the European institutions. It is in all our interests if we want to be perceived as credible in these difficult days. Once again, I thank you very much for an excellent cooperation.

Ángela Vallina, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, lo primero de todo, quisiera agradecer la labor de la Defensora del Pueblo y la presentación de este informe anual. Muchas gracias. Gracias a su trabajo, podemos constatar cómo las denuncias por falta de transparencia de las instituciones de la Unión siguen siendo la principal preocupación de la ciudadanía, y podemos hablar con muchos ejemplos.

Podemos hablar de las puertas giratorias, como la del anterior presidente de la Comisión, Durão Barroso, ahora trabajando para Goldman Sachs; de los conflictos de intereses existentes entre los propios comisarios, como por ejemplo la excomisaria de Competencia o el actual comisario, Arias Cañete; la falta de información sobre las reuniones del Eurogrupo, donde se deciden los acuerdos de recortes presupuestarios para los países del euro; la falta de transparencia entre los grupos de expertos de la Comisión, es decir, de los *lobbies* con los que se negocian las políticas de la Unión a puerta cerrada; la falta de transparencia en los expedientes de infracción que abre la Comisión a los Estados cuando vulneran el Derecho de la Unión; y, por supuesto, la falta de información referente a las negociaciones del TTIP.

Quisiera denunciar, una vez más, que los eurodiputados acudamos a las salas de lectura sin posibilidad de hacer copias de la información que se nos ofrece, de la poca información. Por cierto, resulta también bastante ofensivo que la Comisión haya tumbado la iniciativa ciudadana contra el TTIP, que recibió más de tres millones de firmas.

Finalmente, queremos felicitar a la Defensora por su investigación sobre la agencia Frontex. Las devoluciones en caliente y las expulsiones masivas son contrarias al Derecho humanitario internacional. Pese a que se intente reformar, implantar una policía de fronteras no es la solución al drama humanitario que estamos viviendo.

En definitiva, esperamos que la Comisión y el Consejo tomen nota de las aportaciones de la Defensora. En ellos está ahora mismo la credibilidad del proyecto europeo.

Margrete Auken, *for Verts/ALE-Gruppen*. – Hr. Formand! Først tak til Emily O'Reilly, men jeg vil også gerne benytte lejligheden til at takke kommissær Timmermans. Jeg griber hver eneste lille bitte chance, jeg har, for at sige tak og rose ham, og her har jeg en mulighed, så den skal selvfølgelig benyttes. Det er ikke så tit, det sker, så tusind tak for et godt svar også fra kommissæren.

Vi er glade for, at vi har en rigtig ombudsmand, at det er lykkedes os i Parlamentet at sikre, at der ikke er gået partipolitik i vores ombudsmand, men at vi har en troværdig, uafhængig ombudsmand. Alle vores tre ombudsmænd har været med til at styrke institutionen og tilliden hos borgerne. Det har dit arbejde vist så glimrende, og det har Marias' betænkning også. Vi støtter selvfølgelig op om den.

Jeg vil se på nogle af de heftige punkter. Det drejer sig om god forvaltningsskik. Her har flere kollegaer nævnt åbenhed og transparens. Det er ikke godt nok endnu. Vi kommer til at gøre mere ud af det. Jeg er rigtig glad for, at vi har fået ønsket om et direktiv til beskyttelse af whistleblowere ind i betænkningen. Det vil være en af de vigtige ting, der skal med her. Men vi har stadig også administrationer nationalt, der modarbejder åbenheden, så det er en kamp, der langt fra er vundet.

Lad mig også nævne den anden vigtige side af god forvaltningsskik: interessekonflikter. Det er mærkeligt, at der stadigvæk er mange i administrationen, der tror, at det er nok at lave en »declaration of conflict of interest«. Nej, det er ikke nok! De må slet ikke være der! Vi skal have det system ordentlig indarbejdet, også i vores agenturer, også i medicinalagenturet, også i fødevareagenturet, EMA og EFSA, få det klart, at hvis borgerne skal have tillid til de beslutninger, der træffes, så må der ikke være interessekonflikter. Jeg synes, vi skal hjælpe hinanden med at styrke dette.

Endelig vil jeg bede om, at vi får flertal herinde for at komme af med de ulidelige læserum, hvor man næsten skal sidde med fingrene i ørene og næsten med bind for øjnene. Borgernes tillid til os bliver altså ikke hjulpet af disse læserum, så jeg appellerer også til socialdemokraterne om at støtte vores ændringsforslag, så vi kan blive klare på det punkt i vores afstemning.

Eleonora Evi, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i casi di cattiva amministrazione riscontrati dal Mediatore europeo nelle azioni delle istituzioni e degli organi dell'Unione fanno intendere pienamente i gravi limiti democratici dell'attuale modello di *governance*.

La relazione annuale di cui stiamo discutendo oggi, che analizza l'attività del Mediatore, appare soddisfacente nel far emergere questo aspetto. Ma l'Unione europea è ben lontana dall'assicurare la piena trasparenza nel proprio operato. Questo si desume chiaramente dal persistere di una situazione nella quale è negato il pieno accesso ai documenti detenuti dalle istituzioni europee e permangono pesanti opacità nel rapporto con le potenti lobby del settore privato.

Non sorprende riscontrare, quindi, come una molteplicità di decisioni assunte dalle istituzioni europee appaiono sin da subito orientate a soddisfare gli interessi particolaristici delle élite economico-finanziarie. Il peggio è rilevare contestualmente quanto gravi siano le implicazioni socioeconomiche e ambientali delle stesse a danno dei diritti fondamentali dei cittadini.

La vicenda di Barroso, che al termine del mandato da Presidente della Commissione europea, accetta un incarico di vertice presso *Goldman Sachs International*, appare emblematica nel confermare il connubio perverso tra vertici istituzionali europei ed élite economico-finanziarie. Già da tempo avrebbero dovuto essere adottate norme molto più rigorose per evitare non solo i casi di porte girevoli, come nella vicenda Barroso, ma anche tutti quei piccoli e grandi conflitti di interesse presso le istituzioni, le agenzie e gli organi dell'Unione che hanno tramortito e continuano a tramortire la credibilità dei processi decisionali sul piano tecnico e politico a livello europeo.

In ragione della situazione esistente, non è un caso verificare come lo strumento dell'ICE, l'iniziativa dei cittadini europei, che avrebbe dovuto accrescere la partecipazione diretta dei cittadini alla definizione delle politiche dell'Unione, continui ad essere mortificata da quelle vistose carenze procedurali che ne pregiudicano l'efficacia.

Un netto cambiamento del paradigma politico e morale dell'Unione europea va messo in atto per riconquistare la fiducia dei cittadini. E io quindi ringrazio nuovamente la Mediatrice per il suo ottimo lavoro.

Sylvie Goddyn, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, le rapport de M. Marias dresse un état complet des activités du Médiateur européen en 2015 en insistant plus sur les victoires, souvent symboliques, que sur les défaites.

Ainsi, le nombre de demandes traitées passe de 23 000 en 2014 à 17 000 en 2015, ce qui démontre que les Européens ne sont pas très convaincus par cette institution. Ce n'est pourtant pas faute de la connaître. En effet, 83 % des citoyens européens sont conscients qu'ils peuvent porter plainte devant la Commission, le Parlement ou le Médiateur européen. Quelle est donc la cause de cette désaffection pour le Médiateur? Les résultats ne sont pas bons.

Le premier exemple en est la transparence. Le Médiateur se félicite que la Commission ait publié des documents sur le traité transatlantique, mais c'est surtout l'ONG Greenpeace qui a permis la transparence contre la volonté même des institutions européennes. Quant aux lanceurs d'alerte, les institutions européennes ne sont pas crédibles non plus. Les plus connus, Snowden et Assange, n'ont même pas obtenu l'asile en Europe. La seule petite victoire en matière de transparence est que la Banque centrale européenne publiera cette année les comptes rendus de son conseil de direction.

Le bilan est donc très modeste. Par contre, il devient nuisible lorsqu'on examine son action en faveur de l'immigration clandestine. Le Réseau européen des médiateurs a mené une enquête sur les droits fondamentaux des migrants expulsés. À la suite de cette enquête, le Médiateur a recommandé à Frontex de donner aux migrants la possibilité de porter plainte contre les gardes-frontières. Il a d'ailleurs récidivé en 2015 en lançant une initiative stratégique sur l'immigration et le Fonds d'intégration en matière d'asile. Cette aide apportée aux clandestins disqualifiait en elle-même l'action du Médiateur, car le coût financier et humain de cette immigration est insupportable pour les Européens.

L'activité du Médiateur en 2015, entre esbroufe et aide aux clandestins, n'est donc pas de nature à donner confiance aux Européens dans cette institution. Nous ne voterons donc pas en faveur de ce rapport.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, παρά τα πολλά προβλήματα και τις περιπτώσεις αδιαφάνειας και κακοδιοίκησης, η κυρία O'Reilly έχει να επιδείξει ένα εξαίρετο έργο, αποτέλεσμα των άοκνων προσπαθειών της για τη βελτίωση της ποιότητας των υπηρεσιών που παρέχονται στους πολίτες από τις ευρωπαϊκές διοικήσεις.

Τα θέματα και οι τομείς όπου η Διαμεσολαβήτρια οφείλει να ρίξει ιδιαίτερο βάρος είναι: η διασφάλιση αμεροληψίας στις διαδικασίες λήψης αποφάσεων της Επιτροπής σε θέματα ανταγωνισμού· η αύξηση της διαφάνειας στις διαπραγματεύσεις για τη Διατλαντική Εταιρική Σχέση Συναλλαγών και Επενδύσεων μέσω της υποβολής προτάσεων στην Επιτροπή· η συμμόρφωση των κρατών μελών με τον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων κατά την εφαρμογή δράσεων που χρηματοδοτούνται από τα κονδύλια της Ένωσης· η συνέχιση των ερευνών της σχετικά με υποθέσεις «περιστρεφόμενης θύρας» στην Επιτροπή· η επιβολή μεγαλύτερης διαφάνειας στις εργασίες της Ευρωπαϊκής Κεντρικής Τράπεζας· η καθιέρωση ενός πλήρους υποχρεωτικού και νομικά δεσμευτικού Μητρώου ομάδων συμφερόντων με στόχο να κλείσουν όλα τα παραθυράκια και να καταστεί απολύτως υποχρεωτική η εγγραφή στο Μητρώο για όλους τους εκπροσώπους ομάδων συμφερόντων· η έκδοση οδηγίας για την υποβολή καταγγελιών η οποία να καθορίζει κατάλληλους διαύλους και διαδικασίες για την καταγγελία όλων των μορφών κακοδιοίκησης· η διασφάλιση της διοικητικής συνεργασίας και συνοχής μεταξύ των διοικητικών οργάνων της Ένωσης· η συνέχιση των προσπαθειών για την καθιέρωση διαφάνειας στη διαδικασία λήψης αποφάσεων της Ένωσης και στους τριμερείς διαλόγους· η ενίσχυση αυτής ως προς τις εργασίες του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου, καθώς και η πρόληψη συγκρούσεων συμφερόντων για τους ειδικούς συμβούλους.

Η Διαμεσολαβήτρια, τέλος, οφείλει να προφυλάξει τους Ευρωπαίους πολίτες από τις κακές αποφάσεις των θεσμικών οργάνων, οι οποίες έχουν άμεσες επιπτώσεις στην καθημερινότητά τους, όπως, για παράδειγμα, οι αποφάσεις επί οικονομικών και φορολογικών θεμάτων.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ein Dankeschön an die Bürgerbeauftragte. Die Zusammenarbeit war sehr gut. Ich denke, wir – der Petitionsausschuss und die Bürgerbeauftragte – haben unsere gemeinsame Rolle gefunden: Wir sind beide dafür da, die Europäische Union etwas besser zu machen – nicht für uns, sondern für die europäischen Bürgerinnen und Bürger. Man könnte auch sagen: Manchmal geht es auch darum, die Europäische Union etwas verständlicher zu machen.

Das Dankeschön an den Berichterstatter des Parlaments kann ich hier nur selektiv geben. Der Berichterstatter konnte der Versuchung nicht widerstehen, den Jahresbericht zum Bürgerbeauftragten politisch zu überladen. Es ist auch dem Amt gegenüber nicht fair, politisch ungelöste Probleme beim Bürgerbeauftragten abzuladen. Das heißt, wir müssen uns im Parlament selber erst mal verständigen und diskutieren, was wir eigentlich an den großen Baustellen wollen. Die Baustellen sind genannt: EZB, Europagruppe, ESM, Transparenzoffensive, Whistleblowerschutz, Drehtüreneffekt und Interessenkonflikte. Als Koordinator der EVP-Fraktion biete ich Ihnen und uns auch an, gemeinsam mit den zuständigen Fachausschüssen die genannten Punkte zu diskutieren, verbunden mit dem Ziel, der Kommission politische Handlungsempfehlungen zu geben. Wir sehen ja auch: Die Kommission – Herr Timmermans hat es heute Morgen gesagt – bewegt sich ja auch. Aber es wäre gut, wenn wir uns im Parlament erst mal verständigen, bevor wir einfach dann einen Schnellschuss im Jahresbericht des Bürgerbeauftragten versuchen.

Meine Fraktion schätzt die Arbeit des Bürgerbeauftragten, wir werden auch weiterhin konstruktiv zusammenarbeiten. Frau O'Reilly, lassen Sie nicht nach, die Interessen der europäischen Bürgerinnen und Bürger weiterhin zu vertreten! Wir werden Sie dabei unterstützen. Auf eine weitere gute Zusammenarbeit!

Soledad Cabezón Ruiz (S&D). – Señor Presidente, señora Defensora del Pueblo, cuando los populismos acaban denostando la política y, por ende, la instituciones democráticas, necesitamos una respuesta clara que refuerce la confianza de la ciudadanía europea en el proyecto europeo.

Considero que su oficina, con usted a la cabeza, ha sabido hacerse eco de esta prioridad haciendo prioritario el tema de la transparencia y dando respuesta a ese 22 % de reclamaciones por parte de la ciudadanía europea en este ámbito.

Por lo tanto, le transmito mi felicitación y la animo a que continúe en esta senda y, además, le pido que se implique incluso un poco más y que impulse, junto con el resto de personas competentes, un código de conducta coherente, compartido y claro y transparente en el conjunto de las instituciones europeas, incluidas las agencias europeas, para, incluso, evitar posibles dudas en cuanto a los conflictos de intereses.

Por lo tanto, transparencia sí; pero también regulación de las conductas de las personas —políticos y trabajadores— que estamos dentro de las instituciones europeas.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Rzecznik! Panie Przewodniczący Komisji! Ja chcę wyrazić uznanie dla działania Pani Rzecznik i poparcie dla sprawozdania pana posła Mariasa. Rzeczywiście ten akcent na przejrzystość zasługuje na bardzo mocne poparcie; cieszę się, że kontrolą przejrzystości zostaną objęte także te nowe instytucje unijne, trzy najważniejsze instytucje współpracujące ze sobą i działania Eurogrupy.

Tak jak zawsze w działaniach publicznych kluczem jest to, czy jesteśmy jednoznaczni i czy działamy systemowo. Ja bardzo liczę na to, że porozumienie międzyinstytucjonalne zaproponowane przez pana komisarza Timmermansa zostanie wcielone w życie. Ale chcę zwrócić także uwagę na sprawozdanie posła Giegolda, które bardzo precyzyjnie i jednoznacznie idzie w stronę przejrzystości, domagając się na przykład wprowadzenia śladu legislacyjnego we wszystkich sprawozdaniach, wydłużenia okresu, w którym byli urzędnicy unijni nie mogą otrzymywać zatrudnienia w biznesie. Bardzo liczę na to, że Komisja udzieli wsparcia temu podejściu, jakie jest obecne w parlamentarnym sprawozdaniu na rzecz transparentności, i że rzeczywiście dojdzie do synergii działań na rzecz przejrzystości.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE). – Mr President, I would like to thank the Ombudsman very much for the remarkable work she does. Ombudsman, given your relentless, persistent efforts in making all the EU institutions more accountable, I would like to ask you to investigate, in cooperation with Parliament's Bureau and the European Anti-Fraud Office, the conduct of Mr Farage MEP in the past days.

On 9 November, during committee week, Mr Farage flew on vacation to the United States, stating on camera that he was just a tourist. At the same time, he stated on a popular radio show that he was hoping to be offered a new job by President-Elect Trump. Just two days ago, Trump proposed that Mr Farage should become UK Ambassador to the United States. Whether it was a tourist visit, a job application tour or just a photo opportunity, please investigate whether Mr Farage's private trip to the US was actually paid for by European taxpayers, or whether he received any parliamentary allowances during his absence from the European Parliament.

Κωνσταντίνα Κούνεβα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση για τον απολογισμό των δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή είναι μια καλή ευκαιρία για να εντοπίσουμε τα προβλήματα στη λειτουργία των ευρωπαϊκών οργάνων. Είναι μια ευκαιρία για να δούμε για ποια θέματα ανησυχούν οι Ευρωπαίοι πολίτες.

Φαίνεται ότι οι περισσότερες καταγγελίες αφορούν τη διαφάνεια και την πρόσβαση στις πληροφορίες, τις πολιτικές της Ένωσης και τον ρόλο της Επιτροπής. Πάνω από το 55% των υποθέσεων που διερευνά ο Διαμεσολαβητής αφορούν την Ευρωπαϊκή Επιτροπή. Οι πολίτες παραμένουν καχύποπτοι για τη δράση της και ζητούν έλεγχο, όπως είναι καχύποπτοι και για τις συζητήσεις πίσω από τις κλειστές πόρτες. Καταλαβαίνουμε όλοι αυτή την καχυποψία.

Για αυτόν τον λόγο, υποστηρίζω την έκθεση. Χρειαζόμαστε πιο ισχυρό τον Ευρωπαίο Διαμεσολαβητή που να ακούει χωρίς διακρίσεις τις φωνές των πολιτών και να καταπολεμεί τα φαινόμενα κακοδιοίκησης.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Monsieur le Président, je voudrais adresser mes félicitations à Madame la Médiatrice pour le travail qu'elle effectue.

Je voulais vous interroger sur deux choses: l'accès aux documents et le problème des liens d'intérêt des experts de la Commission, notamment du traité Euratom.

S'agissant de l'accès aux documents, vous savez que la Commission avait refusé de donner les documents, que ce soit à Greenpeace ou à PAN Europe, concernant le glyphosate, la substance active du Roundup. Le tribunal et notamment la Cour de justice de l'Union européenne avaient dit que l'accès devait normalement être donné à ces documents. La Commission avait fait appel. Hier – et c'est pour cette raison que ce rapport tombe à point –, la Cour de justice de l'Union européenne a donné gain de cause aux associations.

Cela montre bien que, quand on vous saisit, on voudrait que vous ayez encore plus de pouvoir en ce qui concerne l'accès aux documents de la Commission, mais aussi des agences comme l'EFSA.

Le deuxième point porte sur les liens d'intérêt des experts. Madame la Médiatrice, je vous avais saisie pour obtenir le nom des experts et les liens d'intérêt des experts du traité Euratom qui avaient été à l'origine des limites maximales admissibles en cas d'accident nucléaire. J'ai obtenu les noms, mais pas les liens d'intérêt, et vous m'avez répondu que c'est au groupe d'experts de décider s'ils communiquent, oui ou non, ces liens.

Par conséquent, je vous demande vraiment, ainsi qu'à la Commission et aux États, de faire en sorte que vous ayez plus de pouvoir pour veiller à ce que nous ayons accès à ces informations.

Laurențiu Rebega (ENF). – Domnule președinte, în contextul actual, eforturile Mediatorului ar trebui să se îndrepte cu precădere asupra abuzului de putere al administrației europene. În ultima perioadă instituțiile create tocmai pentru a asigura stabilitate, siguranță și creștere economică, prin puterile exagerate pe care și le-au atribuit treptat, nu au făcut decât să împiedice rezolvarea unor probleme urgente cum sunt, spre exemplu, migrația și ieșirea din criza economică.

Cel mai grav abuz de putere este însă nerespectarea solicitărilor adresate de către cetățeni. Procedura de consultare publică nu este doar o etapă formală în procesul legislativ. Această consultare trebuie să se reflecte în decizia politică finală. Sesizarea unor deficiențe tocmai în interiorul Comisiei Europene reprezintă un serios semnal de alarmă.

Recomand insistent Mediatorului European să utilizeze prerogativele de care beneficiază în baza articolului 228 din Tratat și să aibă cât mai multe activități din proprie inițiativă, în special pentru verificarea modului în care instituțiile europene își respectă propriile regulamente.

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Frau Bürgerbeauftragte! Frau O'Reilly – erfolgreich in ihrer Funktion als Europäische Bürgerbeauftragte – ist die direkte Ansprechpartnerin für 500 Millionen EU-Bürger, wenn es um die Beschwerden über Verwaltung und Arbeitsweise der Institutionen und Behörden geht, und somit der natürliche Partner an der Seite des Europäischen Bürgerparlaments.

Im Rahmen des heute abzustimmenden Jahresberichts schätze ich die Bestrebungen von Frau O'Reilly, die Einrichtung des Bürgerbeauftragten für die Menschen so zugänglich wie möglich zu gestalten. Mit neuen strategischen Untersuchungen zu konkreten Problemen in den Einrichtungen und Organen der EU konnte sie eindeutig dazu beitragen, die hohen Transparenz- und Verwaltungsstandards in den öffentlichen Stellen der EU weiter zu verbessern. Bedauerlich ist hier im Haus, dass manche Fraktionen und Abgeordnete – allen voran der zuständige Berichterstatter – versuchen, wichtige Dossiers zu ideologisieren, für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen und wichtigen Kompromissen überhaupt nicht zugänglich zu sein.

So werden in diesem Bericht – ohne dass Beweise vorliegen – auch Personen genannt und vernadert, desavouiert, beispielsweise explizit Kommissar Arias Cañete. Soweit bekannt ist, handelte er immer präzise im Rahmen des Verhaltenskodex, er ging sogar darüber hinaus. Es kann hier nicht von einem Bruch des Verhaltenskodex gesprochen werden.

Diese Berichterstattung ist unqualifiziert.

Noch bin ich zuversichtlich, dass bei den Verantwortlichen in den Fraktionen schlussendlich die Vernunft siegt und wir als Europäische Volkspartei dem Bericht im Plenum zustimmen können. Die Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly verdient es allemal.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, I would like to say to the Ombudsman that her work has really been invaluable for us in increasing transparency in the European Union. In the face of rising populism, transparency is vital for the long-term legitimacy of the European Union. Coming from the UK, that is something which is very dear to my heart.

Ombudsman, I strongly support your work in opening up the black boxes of EU decision-making, but to do this we need to go further. I would like to highlight three areas. We should ensure that the transparency that has been achieved around the TTIP negotiations is replicated for all EU trade negotiations. We should see the publication of all documents both from trialogues between the Parliament, Council and Commission on proposed legislation, and from Commission expert groups. Transparency is crucial to rebuild trust in the European project. Democracy is a fragile flower and transparency and public debate are its water and feedstock. So going into a new year, I would plead that you remain a good gardener.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE). – Arvoisa puhemies, haluan myös yhtyä niihin kiitoksiin, joita oikeusasiamiehelle on esitetty.

Työnne ei ole helppoa ja resurssinne ovat hyvin vähäiset. Lisäksi silloin, kun teette työnne hyvin, joudutte astumaan myös aika suurille varpaille, ja se ei ole aina varmasti helppoa.

Toiseksi haluaisin sanoa, että Euroopan unioni tarvitsee hyvää hallintoa koskevan lain, selkeät säädökset hallinnon eri tasoille, mitkä ovat oikeudet ja mitkä velvollisuudet. Sen kautta virkamiehen oikeudet määritellä tarkasti, mutta myös kansalaisen oikeudet valittaa tulevat selvästi esille. Komissaari Timmermans, Teidät on totuttu tuntemaan toimen miehenä. Lissabonin sopimuksessa on määritelty että EU:hun tulee hyvää hallintoa koskeva laki. Se on ainoa kohta, mitä tässä Lissabonin sopimuksessa ei ole vielä pistetty millään tavalla toimeen, eli komission olisi nyt ryhdyttävä töihin. Tämän hyvää hallintoa koskevan lain valmistelu täytyy pistää käytäntöön.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, the repeated scandals involving European Commissioners have to stop. The anger over Barroso's plum new role in Goldman Sachs extends right across the political spectrum. More importantly, it extends far beyond this Chamber to the millions of citizens who have borne the brunt of the austerity policies which he imposed. Add Juncker and LuxLeaks, Arias Cañete in the Panama Papers, and Kroes in the Bahamas Leaks, and we see the corrosive impact of corruption in the European institutions. We are not talking about conflicts of interest – it is full-blown corruption.

Barroso shows that the 18-month cooling-off period in the Code of Conduct is entirely inadequate. It should be five years at least. Sanctions must apply for breaches of the Treaty obligation on Commissioners to act with integrity. But we need more. I urge the Ombudsman's office to take a lead on closing the Commission's revolving door. Ombudsman, there is a lot faith in this Chamber in your ability to do that.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Úr, Ombudsman Asszony, Alelnök Úr, örömmel nyugtázhatjuk, hogy az ombudsmani tevékenység – 20 évvel ezelőtti – európai szinten való megjelenése óta az intézmény sok pozitívumot mutatott fel. Egyik beszédében az ombudsman asszony találóan fogalmazott feladatukat illetően. Azt mondta, hogy ők a kis polgárok és a nagy állam között állnak és megpróbálják a köztük lévő hatalmi árkot szűkíteni. Ez nagyon fontos. Én rövid felszólalásomban négy olyan elemre szeretném felhívni a figyelmet, amelyek véleményem szerint hozzájárultak ahhoz, hogy jobb európai közigazgatásunk legyen. Üdvözlöm, hogy az európai ombudsman 2015-ben megkezdte az Ombudsmanok Európai Hálózatának megreformálását. Ezzel egy új lehetőség jött létre, párhuzamos vizsgálatok lefolytatása nemzeti és európai szinten. Örülök annak is, hogy figyelemmel követte az európai polgári kezdeményezések ügyét, és azon van, hogy a Bizottság többet tegyen a jobb működés érdekében, ez is fontos.

Nagyra értékelem, hogy vizsgálódott azügyben is, hogy az EU Alapjogi Chartáját tiszteletben tartják-e a tagállamok a Kohéziós Alapból származó források felhasználásakor. És végezetül üdvözlöm azt a tényt is, hogy felülvizsgáljuk a magatartási kódexet, szükség van erre. És Ombudsman Asszony, a felszólalásom végén egy korábban már említett dologra szeretném felhívni a figyelmét. Kérem, ne feledkezzen meg arról, mennyire fontos, hogy az EU polgárai az Ön tevékenységének minél több részletét anyanyelvükön is megismerhessék! Köszönöm az együttműködést!

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Médiatrice, je vais sortir des sentiers battus. Je souhaite vous sensibiliser à un sujet qui n'a jamais été abordé et, pourtant, il y a beaucoup à dire et à faire. Je parle du Parlement européen.

Des centaines d'attachés parlementaires travaillent dans cette institution, et la précarité de leur contrat de travail fait qu'ils n'ont pas trop intérêt à se plaindre. En effet, ils peuvent être remerciés sur une simple déclaration de rupture de confiance, et ce à la discrétion du parlementaire. Cela calme! Pourtant, le harcèlement sexuel est une réalité, et il n'existe ici aucune structure d'écoute, de conseil ou d'alerte. C'est un manque, c'est une souffrance! Le harcèlement sexuel n'a pas de couleur, il n'a pas d'odeur et il n'a pas de couleur politique.

Il est donc urgent de mettre en place des outils de veille qui viennent en aide aux victimes afin que l'omerta ne soit plus de mise ici. Il faut un véritable statut de l'attaché parlementaire afin qu'il puisse mieux défendre ses droits. Nous ne pouvons pas être ici les donneurs de leçon à la terre entière sans mettre de l'ordre chez nous. Les victimes comptent donc sur vous, Madame la Médiatrice, et je souhaite une initiative forte de votre part.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, the Office of the European Ombudsman deals with instances of maladministration in the activities of the European institutions, bodies, offices and agencies. In 2015, the Ombudsman helped over 17 000 Europeans, mostly from Spain, Germany, Poland and Belgium. In addition, the Ombudsman launched 17 own-initiative inquiries regarding major issues on the EU agenda, such as TTIP transparency, whistleblowing or the European Citizens' Initiative. It is also important to mention that the activities of the European Network of Ombudsmen has been increased to include the national and regional ombudsmen, aimed at fostering cooperation and conducting parallel investigations in important subjects such as the forced return of illegal immigrants.

I would also like to congratulate the Ombudsman on the initiative of the Award for Good Administration that was inspired by the examples of exemplary administration carried out by civil servants. The Ombudsman wants to underline the fact that useful work for citizens goes sometimes unnoticed because of distance and that good practice is not shared within the administration. I hope that this award will help to refocus the situation and I firmly support this reinforcement. It is a good way to show our appreciation for these good practices. I wish the Ombudsman further success and dedication in everyday work and I wish her good luck because her work has been exemplary. I wish her all the best in continuing the work.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). – Panie Przewodniczący! W 2015 roku Urząd Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich pomógł ponad 17 tysiącom obywateli, z czego prawie 14 tysięcy spraw rozstrzygnięto poprzez udzielenie porady za pośrednictwem interaktywnego przewodnika znajdującego się na stronie Rzecznika. Ponad 2 tysiące spraw rozpatrzono jako skargi, ponad tysiąc jako wnioski o udzielenie informacji. W porównaniu z poprzednim rokiem liczba skarg pozostała na podobnym poziomie, jednak odsetek skarg w łącznej liczbie spraw był wyższy niż w 2014 roku. Czołową pozycję, jeśli chodzi o państwa, z których pochodziły skargi, zajęła Hiszpania, kolejne miejsca – Niemcy, Polska, Belgia, Zjednoczone Królestwo. Nie mamy niestety informacji, na ile rozpatrzenie tych skarg usatysfakcjonowało obywateli, ale same statystyki wyglądają optymistycznie. Życząc kolejnych sukcesów Pani Rzecznik Emily O'Reilly, mam nadzieję, że instytucja Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich nie ustanie w usprawnianiu swych działań na rzecz gwarancji pełnego korzystania przez obywateli z przysługujących im praw. Na koniec gratuluję sprawozdawcy, posłowi Mariasowi, dobrze wykonanej pracy.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io mi congratulo con il Mediatore europeo per la sua attività e la relazione annuale; faccio lo stesso con la collega Dalli per l'approfondita relazione, che mette in luce come sia cambiato il rapporto dei cittadini con le istituzioni e come i cittadini entrino finalmente, anche attraverso le denunce, nel vivo dei dibattiti sulle politiche europee, nel vivo dei nostri dibattiti

C'è stata una grande richiesta di trasparenza: penso, ad esempio, per i negoziati sul TTIP e per altri accordi internazionali. Attraverso il Mediatore ma anche attraverso la commissione per le petizioni, che voglio ricordare, i cittadini hanno accesso diretto alle istituzioni e hanno potuto così manifestare preoccupazioni e avere risposte, come nel conflitto di interessi, ad esempio, di ex commissari europei che assumono incarichi nel settore privato.

Le politiche europee hanno un forte impatto sulla vita dei nostri cittadini e muovono giri d'affari da milioni di euro: tutelare gli interessi dei cittadini è la nostra priorità. A guadagnarne sarà la credibilità stessa dell'Unione europea.

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il Mediatore europeo è un punto di riferimento per quella che viene definita la gestione dei conflitti sui diritti dei cittadini europei, singoli individui, aziende e associazioni, che si scontrano con problemi di cattiva amministrazione da parte di una istituzione dell'Unione europea.

Il suo, signora Mediatrice, è un ruolo fondamentale per ridurre il *gap* esistente fra cittadini e istituzione dell'Unione ed essenziale che lei continua a far valere i diritti fondamentali dei cittadini europei, promuovendo, a fronte dei casi di cattiva amministrazione, la buona *governance* e la cultura della legalità.

Mi compiaccio che la relazione sorti le istituzioni ad adottare procedure specifiche per la segnalazione regolamentata di irregolarità da parte degli informatori, che ritengo tuttavia vadano tutelati più efficacemente. Sono convinta però che si dovrà fare di più in termini di comunicazione con cittadini e imprese, per informare sul ruolo della Mediatrice e sulla possibilità di presentare denunce di irregolarità attraverso il suo ufficio

.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, Vicepresidente Timmermans, Defensora del Pueblo Europea, este Parlamento desempeña un papel en la lucha contra el espectro del populismo que recorre Europa, que acentúa como nunca la necesidad de la transparencia y la dación de cuentas. Por eso reconocemos su trabajo en la promoción de una figura europea de protección del denunciante, del *whistleblower*; en la denuncia del absurdo que supone esa sala de lectura, que tanto desprestigia el procedimiento decisional desde el Parlamento Europeo; y, sobre todo, en la exigencia de un máximo nivel de cumplimiento de las reglas éticas a los miembros de la Comisión, el Ejecutivo permanente de la Unión Europea.

Hemos denunciado el inaceptable contraejemplo que supone que el expresidente de la Comisión, Barroso, haya fichado por Goldman Sachs, que tanto contribuyó al desastre de la burbuja financiera. Pero, sobre todo, hay que decir también que es igualmente inaceptable lo que hemos conocido del Comisario Günther Oettinger, que ha viajado a Hungría en un avión privado de un lobista que es al mismo tiempo el cónsul de Moscú en Baden-Württemberg, el Land del propio Comisario, que se ha despachado además con comentarios inaceptables de carácter racista o estigmatizadores del matrimonio homosexual. Todo eso forma también parte de la regla de dación de cuentas que es exigible a los miembros de la Comisión.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, grazie signora Mediatrice per quanto sta facendo per avvicinare le istituzioni europee alla società civile. Mi piace sottolineare la sensibilità dimostrata nella proposizione delle linee guida per migliorare il funzionamento dell'iniziativa dei cittadini europei, specialmente per quanto riguarda la necessità per la Commissione di apportare solide motivazioni per rigettare un'iniziativa popolare.

Approfitto della presenza in Aula della Mediatrice per sollevare la questione spinosa dei cosiddetti casi di «porte girevoli», ossia di alti funzionari che hanno lasciato la Commissione per lavorare nel settore privato. Si tratta ormai di episodi molto frequenti. Sono stato tra i firmatari della missiva a lei indirizzata nella quale le si chiedeva di intervenire – cosa che ha effettivamente fatto – in seguito alla nomina dell'ex Presidente della Commissione Barroso a consigliere e presidente non esecutivo di *Goldman Sachs International*.

Quali iniziative intende intraprendere affinché la Commissione si doti di un codice di condotta idoneo ed efficace, atto ad impedire che i suoi funzionari occupino, successivamente, nel settore privato, ruoli in conflitto di interessi con la posizione che prima ricoprivano in Commissione?

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-eye»)

Frans Timmermans, *First Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, observing principles of good administration in all our relations with citizens is not only an obligation on EU institutions, it is an imperative if you want to earn citizens' trust. The Ombudsman's work is essential in making sure we live up to the high standards of public service that citizens rightly expect from all of us, and this was underlined by every single one of you.

I want to reiterate this Commission's strong political commitment to the highest standards of transparency and ethics, and I signalled already before that President Juncker has addressed a letter to the President of your Parliament to have a discussion on the Code of Conduct.

But let's not forget that in the eyes of our citizens, we are all Brussels, regardless of the institution we have the honour to represent. It is therefore essential that together, the three EU institutions involved in lawmaking move to the next stage. This means delivering on the mandatory transparency register we have proposed earlier this summer and hopefully also adopting the Giegold report in the European Parliament that will help us move forward in that respect.

Some issues pertaining to the internal workings of the European Parliament were also raised this morning. But of course I will leave that entirely to Parliament. It is not the Commission's role to comment on the behaviour of Ambassador-Elect Farage.

Emily O'Reilly, *Ombudsman*. – Mr President, I would like to thank all the honourable Members for their contributions. This is always a very important meeting for me because it gives me confidence in what I am doing, that the strategy that I am applying and the way in which I am dealing with complaints conform generally to your particular wishes and the values that you wish to see upheld through the work that I do. Of course, it also gives me new ideas about particular new areas that I should concentrate on, or about reinforcing the areas that I am working on, and thank you for that.

I just want to stress a few things in relation to some of the comments that were made. First of all, my greatest strength as an Ombudsman is my independence: my political independence and also my independence from the complainants. In order to work, I need both the confidence of the citizens who come to me for help, but also the confidence of the institutions that I am independent and impartial. I would ask you to continue to support me in that, because it is very important for the work that I do.

Very briefly, in relation to three particular matters that were raised: there was a question in relation to a particular MEP. I just want to stress that it is not part of my mandate to investigate individual MEPs. If there are particular issues concerning MEPs that concern some of their colleagues, it is obviously Parliament that has to deal with that in the first instance.

In relation to the questions on glyphosate and the court ruling, of course I will analyse what the final court ruling is and take guidance from that. The issue of expert groups is something that my office has done a considerable amount of work on, including conflict of interests, where we have made certain proposals in relation to that. Of course, I am always willing to hear or receive any complaints in that regard, because it is certainly an area which we take very seriously.

In relation to MEPs' assistants, I am very aware that some of them do have difficult and challenging work to do in a sometimes very stressful and political environment. We do, and we can, take complaints from them, but generally those complaints would be against the European Parliament administration in relation to how they have handled their complaints. Obviously that is something I am more than willing to discuss.

Just to sum up, obviously once again a lot of your focus has been on transparency and I do acknowledge the work that has been done, particularly by Vice-President Timmermans, in promoting greater transparency. I think there is a particular urgency now, given what has happened, both here in Europe and also in the US, to really address citizens' concerns and to listen to their demands for a greater awareness of what the institutions are doing on their behalf. The conflicts of interest, particularly in relation to the recent high-profile case, has also forced us all to join the dots between things that happen like that and the wider concerns of citizens and how, ultimately, they are expressed at the ballot box.

Once again, thank you all very much, thank you to Mr Maris for his report and thank you, Mr President.

Νότης Μαριάς, *Εισηγητής*. – Κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω την κυρία Διαμεσολαβήτρια, τον κύριο Timmermans και τους συναδέλφους για τα θετικά σχόλιά τους. Θα ήθελα να απαντήσω σε αγωνίες και παρατηρήσεις συναδέλφων λέγοντας ότι στην έκθεση κατ' αρχάς δεν αναφερόμαστε στον κύριο Cañete. Η μόνη αναφορά είναι στον κύριο Barroso. Δεύτερον, οι αναφορές που γίνονται έχουν ως στόχο να καταδείξουν τη θέση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και να καταστήσουν επίσης σαφές ότι υπάρχει μια μεγάλη ανησυχία όσον αφορά το πώς λειτουργούν οι «revolving doors». Και είναι σημαντικό ότι και ο κύριος Junker ανέλαβε πλέον μια πρωτοβουλία. Αναγνωρίζει το πρόβλημα και θεωρεί ότι πρέπει να αλλάξει ο κώδικας λειτουργίας των ίδιων των μελών της Επιτροπής. Άρα λοιπόν, συνάδελφοι, αυτό πρέπει να λάβετε υπόψη.

Τρίτον, νομίζω ότι οι παρατηρήσεις που κάναμε για την έλλειψη διαφάνειας στην TTIP έχουν αποδώσει. Διατυπώσαμε τις ίδιες παρατηρήσεις πέρυσι και είδαμε την Επιτροπή να ανταποκρίνεται.

Θέτουμε επίσης όλοι το εξής θέμα: δεν είναι δυνατόν να πηγαίνουμε σε κλειστά δωμάτια, σε αναγνωστήρια, για να διαβάσουμε τα έγγραφα. Και αυτό είναι κάτι που πρέπει να το αντιμετωπίσουμε και να το δούμε την επόμενη χρονιά.

Δεν υπάρχουν «ιερές αγελάδες» σήμερα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Είναι όλοι κάτω από την κριτική. Πρέπει να υπάρχει διαφάνεια παντού και στα πάντα, και στο Eurogroup, που εκδίδει αποφάσεις που επηρεάζουν την κοινωνική και οικονομική ζωή εκατομμυρίων πολιτών, οι οποίες είναι διαθέσιμες μόνο στα Αγγλικά. Προσέξτε το αυτό. Δεν μπορούμε να αφήσουμε έξω από την κριτική μας ούτε την Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, η οποία λαμβάνει επίσης σημαντικές αποφάσεις. Αυτά είναι, λοιπόν, τα θέματα που συζητούμε.

Θεωρώ σημαντικό ότι υπάρχει μια πολύ καλή συνεργασία της Επιτροπής Αναφορών με τη Διαμεσολαβήτρια. Το θέμα αυτό το έχω θίξει στο βιβλίο μου για τον European Ombudsman, που εξέδωσα το 1994, και τόνιζα ότι η βάση για να λειτουργήσει ο θεσμός του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή είναι να υπάρξει σωστή συνεργασία της Επιτροπής Αναφορών με τον Ευρωπαίο Διαμεσολαβητή. Πάνω σε αυτή τη βάση μπορεί να λειτουργήσει το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Στόχος μας είναι να δώσουμε δύναμη στον Διαμεσολαβητή/στη Διαμεσολαβήτρια για να προχωρήσει, για να προχωρεί με αμεροληψία και ανεξαρτησία. Αν εμείς εδώ δεν εγγυηθούμε αυτή την ανεξαρτησία και τη δυνατότητα δράσης, δεν νομίζω ότι θα προσφέρουμε σημαντικά αποτελέσματα.

Έλεγχος των λόμπι, δικαιώματα των ατόμων με αναπηρία, πρόσβαση στα έγγραφα και στις πληροφορίες, ακόμη μεγαλύτερη προστασία των καταγγελλόντων, βελτίωση της λειτουργίας της Ευρωπαϊκής Πρωτοβουλίας Πολιτών -θέμα πάρα πολύ σημαντικό, διότι οι πολίτες παίρνουν την κατάσταση στα χέρια τους-, έλεγχο επίσης και στον Ευρωπαϊκό Οργανισμό Χημικών Προϊόντων για να υπάρξει αποφυγή δοκιμών σε ζώα: όλα αυτά τα θέματα έχουν τεθεί.

Κλείνοντας, κύριε Πρόεδρε, θα ήθελα να τονίσω ότι έχουμε την ευκαιρία να ψηφίσουμε μία έκθεση η οποία θα δίνει ακόμη μεγαλύτερη δύναμη στην Ευρωπαία Διαμεσολαβήτρια για να ενεργήσει, διότι ενεργεί εκ μέρους όλων των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί σήμερα, Πέμπτη 24 Νοεμβρίου 2016, στις 12.00 το μεσημέρι.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Szeretném üdvözölni, hogy az Európai Ombudsman elkötelezett a fogyatékossággal élő személyek jogainak védelme mellett és aktív szerepet vállal az Egyesült Nemzetek fogyatékossággal élő személyek jogairól szóló egyezménye 33. cikkének (2) bekezdése alapján létrehozott uniós keret tevékenységében, amelynek feladata az egyezmény védelme, előmozdítása és végrehajtásának ellenőrzése. Személy szerint az Európai Parlamentet képviselem az uniós keretben és így közelről láthatom, hogy az Európai Ombudsman az Európai Parlamenttel vállvetve dolgozik, a fogyatékossággal élő személyek jogainak védelmén és annak biztosításán, hogy az uniós igazgatás tudatában legyen az e jogokkal kapcsolatos felelősségének. Bátorítom az Európai Ombudsmant, hogy folytassa értékes tevékenységét a fogyatékossággal élő személyek érdekében!

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Čestitam Emily O'Reilly za odlično delo in nenehno prizadevanje, da bi izboljšala kakovost storitev, ki jih EU ponuja državljanom. Zavedati se je namreč treba preglednosti kot osrednjega elementa za pridobitev zaupanja in dobro upravo, ki ga izkazuje tudi visok delež pritožb v zvezi s preglednostjo.

Evropski varuh ima zelo pomembno funkcijo, saj je pooblaščen, da sprejema pritožbe glede nepravilnosti pri dejavnostih institucij, organov, uradov ali agencij Unije. In tudi vsak državljan Unije in vsaka fizična ali pravna oseba s prebivališčem ali statutarnim sedežem v eni od držav članic ima pravico, da se obrne na Evropskega varuha človekovih pravic glede nepravilnosti pri dejavnostih institucij, organov, uradov ali agencij Unije.

Evropska varuhinja človekovih pravic je leta 2014 dosegla, da je bilo upoštevanih 90 % njenih sklepov in/ali priporočil, kar je 10 odstotnih točk več kot leta 2013. Pozdravljam in podpiram nenehna prizadevanja evropske varuhinje človekovih pravic za povečanje preglednosti v pogajanjih o TTIP sporazumu s podajanjem predlogov Komisiji. Menim, da je pri mednarodnih sporazumih, kot so TTIP in CETA potrebna okrepljena preglednost, k čemur pozivajo številni zaskrbljeni državljani.

Delo varuhinje človekovih pravic je pomembno, saj se tako izboljšuje in ohranja zaupanje evropskih državljanov v delovanje EU institucij.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne* – Úrad európskeho ombudsmana vykonáva nezastupiteľnú úlohu pri kontrole dodržiavania legislatívy Európskej únie. Je poľutovaniahodné, že sa vyskytujú prípady, keď európske inštitúcie úrad ombudsmanky ignorujú, obchádzajú, či mu nedodávajú komplexné informácie potrebné k prešetreniu jednotlivých prípadov. Menovite ide o výbor EMIS, ktorý vyšetruje emisný škandál a kde pôsobím ako jediný zástupca Slovenska. Komisia nedodala všetky vyžiadané dokumenty nám ani ombudsmanke, čím našu prácu spomalila. Podobné situácie neprispievajú k plynulej činnosti inštitúcií ani k zvyšovaniu dôvery občanov. V budúcnosti by sme mali kompetencie úradu ombudsmanky posilniť a zaviesť voči nespolupracujúcim inštitúciám či konkrétnym úradníkom sankcie.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Gerbiamas Pirmininke, Europos ombudsmeno veikla turi labai didelę įtaką Europos Sąjungos gyventojams. Pranešimas, kurį pateikė Emily O'Reilly už 2015 metus yra labai išsamus, skaidrus ir paremtas faktais, todėl galime lengviau analizuoti šios institucijos veiksmus. Džiugu, kad šiame pranešime Parlamento vardu buvo iškelti keli svarbūs klausimai, į kuriuos ombudsmenas turėtų labiau atsižvelgti ateityje. Pavyzdžiui dėl gyventojų nusiskundimų apie aukštas pareigas užimančių pareigūnų arba politikų įsivėlimą į korupcijos skandalus. Taip pat reikėtų labiau atsižvelgti į tautinių mažumų teises, kurių ne visada paisoma ES valstybėse ir kurios numatytos Lisabonos sutarties aktuose ir tarptautinėse konvencijose. Teigiamai vertinu nuoširdų ir pozityvų ombudsmeno darbą kuriant ES teisines sistemas žmonėms su negalia, remiantis JT konvencijos pagrindu, kurių tikslas yra pagerinti tokių žmonių apsaugą ir propaguoti jų teises visuomenėje. Be to, šių teisių turi laikytis tiek ES valstybių, tiek ES administracinės institucijos. Džiaugiuosi, kad ombudsmenas pabrėžė, jog yra svarbu efektyviau naudotis Europos administracijos palaikymu, kas padės greičiau ir efektyviau spręsti problemas, kurios yra aktualios visiems piliečiams.

7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

7.1. Der Fall des in China inhaftierten Verlegers Gui Minhai

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι συζητήσεις για περιπτώσεις παραβίασης των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, της δημοκρατίας και του κράτους δικαίου σύμφωνα με το άρθρο 135 του Κανονισμού:

— Η υπόθεση του φυλακισμένου εκδότη Gui Minhai στην Κίνα (2016/2990 /RSP))

Jakop Dalunde, *författare*. – Herr talman! Den svenske bokförläggaren Gui Minhai sitter fängslad sedan oktober förra året, utan rättegång, efter det att kinesiska myndigheter omhändertog honom i Thailand. Formellt sett står han anklagad för en trafikolycka, men i verkligheten är hans enda brott att han äger ett förlag och en bokhandel som ger ut och säljer böcker som inte uppskattas av den kinesiska regimen. Minhai är född i Kina men är svensk medborgare och därmed också EU-medborgare.

Minhai har nu suttit fängslad i mer än ett år. Han har ytterst begränsad tillgång till kontakt med sin familj. Hans dotter har inte fått några livstecken från sin pappa sedan i juni. Det är en fruktansvärd situation.

Svenska myndigheter har ännu inte fått tillgång till Minhai. Trots upprepade ansträngningar, vägrar de kinesiska motparterna att samarbeta, vilket är fullständigt oacceptabelt. Vi fördömer alla kränkningar av mänskliga rättigheter i Kina, såsom godtyckliga arresteringar, framtvingade bekännelser och hemliga förvar.

Vi fördömer å det kraftigaste bristen på yttrandefrihet i Kina och de repressionsmedel som används. Kina måste frige alla fredliga regimkritiker – antikorruptionsaktivister, advokater och journalister, inklusive Gui Minhai.

Bas Belder, *Auteur*. – "Who will remember my father Gui Minhai?", de titel van een opinie-artikel in de Washington Post van 17 oktober. Een ontroerende liefdesverklaring van Angela Gui aan het adres van haar ontvoerde vader, tot herfst vorig jaar een vrij man in Hongkong, publicist, boekverkoper en uitgever. Wie wil, wie zal zich mijn vader herinneren? Vandaag herinneren wij ons hier in het Europees Parlement in elk geval hardop, en op papier met een resolutie, de ongehoorde illegale vrijheidsberoving van Gui Minhai door de Chinese autoriteiten. Wat drijft de leiders van de mondiale grootmacht China tot dit brute, wrede optreden? Welke angst hebben ze eigenlijk voor burgers als Gui Minhai? Een plausibel antwoord geeft de Duitse auteur Jan-Philipp Sendker, die China al meer dan 20 jaar bereist, in zijn bijdrage aan het weekblad Die Zeit van 17 november. Naar buiten toe gedragen China's leiders zich zeer zelfbewust, maar innerlijk worden zij gedreven door angst voor de eigen bevolking. Het gevolg is een enorme vertrouwenskloof tussen regering en burgers. Het gevolg is derhalve ook dat veel Chinezen zelf hun land willen verlaten, aldus Jan-Philipp Sendker. Of dat ze plannen hiervoor smeden voor hun eigen kinderen. Ik eindig, meneer de Voorzitter, met een lichtpunt. De Chinese autoriteiten kunnen een begin van een tegenbewijs van de vertrouwenskloof leveren: de onmiddellijke vrijlating en rehabilitatie van Gui Minhai en talloze lotgenoten.

Ignazio Corrao, *Autore*. – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, Gui Minhai è stato visto l'ultima volta il 17 ottobre 2015 in Thailandia. Da allora è stato in carcere in Cina senza assistenza legale e consolare. Oltre a questo, nessuna informazione sul suo stato di salute o su dove concretamente si trovi è stata data alla sua famiglia, né alle autorità svedesi.

Vorrei sottolineare il fatto che è stato rapito dalle autorità cinesi mentre viveva in Thailandia, nella sua proprietà. Le sparizioni forzate violano una serie di altri diritti umani fondamentali, poiché comprendono la tortura e altri trattamenti crudeli, inumani o degradanti. Qui, oltre alla grave violazione dei diritti umani, abbiamo anche la violazione del diritto internazionale.

Per la seconda volta in un anno, il Parlamento europeo si esprima con una risoluzione sui diritti umani in Cina. Ribadisco sia opportuno che l'Unione europea approfondisca i suoi legami economici e commerciali solo se ci saranno visibili e tangibili miglioramenti nella situazione relativa ai diritti umani, cosa che ad oggi non è avvenuta.

L'Unione deve impegnarsi affinché vengano rafforzati democrazia, Stato di diritto, indipendenza della magistratura, trasparenza e libertà d'espressione. Bisogna evitare di essere indifferenti, colleghi, soprattutto dopo questi avvenimenti che riguardano Gui Minhai.

Lars Adaktusson, *author.* – Mr President, we are debating a significant urgent resolution regarding the case of the Swedish book publisher, Gui Minhai. Mr Minhai has been imprisoned without trial and without legal assistance since last autumn after being abducted in Thailand.

Thanks to three of Mr Minhai's colleagues, who were detained as well, we now know how the Chinese regime treats publishers who dare to criticise the system. They arrest them, keep them in solitary confinement and force them to appear in front of TV cameras. This is unacceptable. It is against international conventions. Freedom of speech and freedom of expression are fundamental human rights. China persistently violates these rights. It is time for the EU to speak out against the communist regime in Beijing. It is time for the immediate release of Mr Gui Minhai.

(Applause)

Pier Antonio Panzeri, *Autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a nove mesi di distanza dalla risoluzione di urgenza del Parlamento europeo sul caso degli editori scomparsi, rimane il mistero sulla sorte di Gui Minhai. Questo caso riporta alla ribalta il tema della libertà di espressione in Cina, lesa ancora una volta dalle più recenti norme introdotte nel paese.

L'entrata in vigore delle nuove regole sulla gestione delle ONG straniere, prevista per il gennaio 2017, metterà al bando tutte le organizzazioni che non saranno registrate presso il ministero della Sicurezza pubblica, mentre la legge sulla sicurezza informatica, promulgata all'inizio di novembre, non farà altro che dare maggiore legittimità alla nota politica di censura della rete perseguita dalle autorità cinesi. Il governo di Pechino impiega ogni mezzo a disposizione per impedire che Internet venga utilizzato come canale di informazione e per ostacolare l'operato delle ONG internazionali.

Con la risoluzione di oggi rivolgiamo alle autorità cinesi un appello per la liberazione di Gui Minhai e un invito a riconsiderare la legislazione corrente, al fine di garantire uno spazio adeguato alle espressioni della società civile.

Malin Björk, *författare.* – Herr talman! Gui Minhai har suttit fängslad i över ett år nu, och svenska myndigheter har bara fått träffa honom vid två tillfällen. De svenska myndigheterna har bett om kinesiska myndigheters fulla stöd för att våra svenska medborgare, liksom andra försvunna personer, ska få sina rättigheter skyddade. Varken Gui Minhais familj eller den svenska regeringen har blivit informerad om några formella anklagelser mot honom eller var han formellt sitter frihetsberövad.

Mina tankar går också i dag till Minhais dotter Angela som arbetar för att få sin pappa frigiven och hem i säkerhet. Att inte veta vad som har hänt och att inte få ha kontakt med sin familj är i sig ett brott.

Gui Minhais försvinnande är liksom flera andra en del av ett mönster där mediefrihet, yttrandefrihet och det fria ordet kränks. Politiska fångar har andra talare nämnt. FN:s kommitté mot tortyr har utryckt allvarlig oro över konsekventa rapporter från olika källor om fortsatta olagliga frihetsberövanden i icke erkända och inofficiella interneringsanläggningar.

EU har sagt att de ska hålla en ny runda i människorättsdialogen med Kina snart. Jag skulle vilja säga så här: Det går inte att vara en handelspartner och inte ha respekt för mänskliga rättigheter. Jag tycker att EU ska bli mycket tydligare och sluta hyckla. Människorättsklausulen måste kunna aktiveras när länder bryter så uppenbart mot dessa rättigheter.

Vi vill med denna resolution, som nästan alla politiska grupper här i parlamentet har ställt sig bakom, vara tydliga med att vi nu kräver Minhais omedelbara frigivning. Vi kräver att yttrandefriheten och mediefriheten och det fria ordet stärks.

Tomáš Zdechovský, *za skupinu PPE*. – Já bych chtěl k tomuto případu říci, že dodržování lidských práv v Číně považuje EU, potažmo i Evropská lidová strana, za stejně důležité jako výborné obchodní vztahy. Únosy lidí z jakéhokoli jiného státu zpět do Číny jsou absolutně nepřijatelné a budou vždy pro EU absolutně nepřijatelné.

EP požaduje, aby všichni Číňané, včetně vydavatelů, šéfredaktorů, žurnalistů a blogerů dostali prostor pro vyjádření svých názorů bez strachu z jakéhokoli postihu. Svoboda slova je základem všech zdravých společností a je potřeba v tomto smyslu s Čínou poměrně tvrdě diskutovat. Vyřešením tohoto případu se určitě zlepší vztahy mezi EU a Čínou, nicméně tímto případem náš zájem o lidská práva v Číně rozhodně nekončí.

Jo Leinen, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the kidnapping of booksellers by the Chinese enforcement agencies is a clear violation of international law. I am the Chair of the China Delegation in this House, and my political Group, the S&D, fully supports the 'one China, two systems' principle, but we cannot accept this arbitrary intervention.

What does China fear about the booksellers? Stories about corruption and misbehaviour by high-ranking officials in Beijing? Okay, but freedom of expression should not be compromised. This kidnapping of booksellers is a symptom of the generally miserable situation with regard to freedom of expression, and of the intimidation of journalists and bloggers in mainland China.

It is of a piece with the NGO law, which restricts civil society enormously, and the censorship in cyberspace on the grounds of combating terrorism. The European institutions need to engage with China's counterparts to address these issues: we cannot accept this restriction of freedom of opinion. But unfortunately, to my knowledge, China is down-playing the next human rights dialogue in Brussels: I heard that they are sending only a very low-ranking official. This is not a good sign.

I hope that trust and cooperation between the EU and China can be increased, even on these difficult questions.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – We kennen natuurlijk de talloze gevallen in China waarbij mensenrechtenverdedigers, schrijvers, dissidenten te maken krijgen met bedreiging, willekeurige arrestatie, detentie op onbekende plekken, oneerlijke processen, huisarrest en zelfs marteling. Nieuwe Chinese wetgeving geeft de autoriteiten vrijwel onbeperkte bevoegdheden om burgers op basis van vage omschrijvingen te arresteren, vast te houden op onbekende plekken en tot langdurige gevangenisstraffen te veroordelen. China gaat heel ver en achtervolgt mensen tot buiten zijn grenzen. We maken ons vandaag zorgen om uitgever Gui Minhai, burger uit Hongkong die uit z'n flat in Thailand is ontvoerd en naar China is gesmokkeld. En die nadien op de Chinese staatstelevisie verscheen met een bizarre bekentenis. Vier andere verdwenen collega's van hem zijn intussen terecht. Er zijn veel vragen, maar weinig of geen antwoorden. Waar en hoe wordt hij vastgehouden? Heeft hij toegang gehad tot een advocaat of bezoek en zo niet, waarom niet? Opereren Chinese politiediensten tegen de afspraken in op het grondgebied van Hongkong? We vragen opheldering en een engagement van de EU om met China een echte en duidelijke mensenrechtendialoog te voeren.

Urmas Paet, *fraktsiooni ALDE nimel*. – Euroopa Liidu välissuhtlus peab selgelt põhinema inimõiguste ja rahvusvahelise õiguse järgimisel ja seda loomulikult ka suhetes Hiinaga. Rootsi kodaniku Gui Minhai kadumine on järjekordne näide sellest, et vaba sõna kasutamine toob selles riigis kaasa repressioone. Euroopa Liidul on kohustus suhetes Hiinaga järjepidevalt inimõiguste temaatikat adresseerida nii Euroopa Liidu tasandil kui ka riikidel kahepoolsetes suhetes. Hiinal tuleks ratifitseerida kodaniku- ja poliitiliste õiguste kokkulepe ja alla kirjutada ja ratifitseerida ka kõigi isikute pealesunnitud kadumiste vastu võitlemise rahvusvaheline konventsioon.

Hiina soovib olla üks mõjukamaid riike maailmas. Jah, tal on selleks potentsiaali, kuid poliitilise ja majandusliku mõjuga kaasneb ka vastutus. Vastutus inimelude ja inimeste vabaduste ja inimõiguste austamise tagamisel. Selleks, et Hiina saaks ka tegelikult oma potentsiaali maailmas rakendada, on hädavajalik, et ka inimõiguste austamine jõuaks selles riigis adekvaatsele tasandile.

Diane James (NI). – Mr President, Gui Minhai, also known as Michael Gui, is a Chinese-born Swedish scholar and, importantly from my point of view, a Hong Kong-based book publisher. He was a prolific author, and probably still would be but for his current situation, of books regarding Chinese politics and political figures.

He went 'missing', presumed abducted, 13 months ago. As a British MEP, I am citing his case today given the relationship between the United Kingdom and China following the handover of Hong Kong. Gui Minhai appears – and I emphasise 'appears' – to have been the subject of an unlawful rendition by Chinese law enforcers. If so, international law has been violated by his kidnappers. This abduction and that of his colleagues represents enforced disappearance, which violates a range of fundamental human rights. No country has the right to snatch people and then hold them against their will, seemingly with the involvement and connivance of a national government.

I today call upon China to release Gui Minhai and his colleagues and, in doing so, to demonstrate to the world its adherence to human rights legislation. In doing so, China will gain international respect and acclaim for such action. I would be delighted to initiate such appreciation and acknowledgment in this parliamentary chamber as soon as Guy Minhai is released.

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Pavel Svoboda (PPE). – Bohužel dnes musíme znovu apelovat na Čínu, aby dodržovala základní lidská práva, zásady spravedlivého procesu a dokonce své vlastní normy vztahující se na území Hongkongu.

Případ švédského občana Kueje Min-chaje, který je stále zadržován neznámo kde za provozování legálních aktivit v Hongkongu, nám znovu připomíná, že v úsilí o dodržování základních lidských práv nesmíme polevit, a to ani v zájmu zlepšení obchodních vztahů. To zejména mluvíme-li o zemi, která praktikuje nucené odebírání orgánů z těl vězňů. Musíme Čínu neustále přesvědčovat, že dodržování vlastních předpisů a mezinárodních standardů není projevem slabosti, ale naopak projevem zdravého sebevědomí a předpokladem respektu ze strany mezinárodního společenství.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel mese di gennaio cinque editori, critici nei confronti del governo cinese, sono spariti nel nulla. La storia dei librai di Hong Kong ha cominciato a rimbalzare sui siti di tutto il mondo, destando sdegno e preoccupazione.

Le interrogazioni sulla sorte dei librai scomparsi sono molteplici. Preoccupazioni destano le notizie dell'arresto da parte del governo cinese di Gui Minhai, cittadino svedese cinquantunenne, proprietario della casa editrice *Mighty Current* di Hong Kong. Attivisti per i diritti umani ritengono che Gui Minhai, scomparso dall'ottobre scorso, sia in stato di detenzione a causa di un libro non ancora pubblicato sulla vita privata del Presidente cinese. Tutto questo avviene in un clima di grande inquietudine.

Agnes Chow, una delle più attive figure del movimento *Occupy*, aveva registrato un videomessaggio in cui chiedeva, per questi fatti, aiuto al mondo intero. Ed è questo appello, anche questa volta, che voglio girare all'Assemblea.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Kuej Min-chaj je dalším občanem Švédska žijícím v Hongkongu, který byl unesen a je vězněn neznámo kde. Je to tento případ a mnoho dalších, které zmiňujeme v našem usnesení.

Čína se zavázala v případě Hongkongu respektovat princip jedna země dva systémy, včetně dodržování osobních svobod obyvatel. Svým nynějším počínáním se Čína staví do role nevěrohodného partnera pro země EU. Vítám proto apel EP na to, aby se propuštění Kueje Min-chaje a dalších zmizelých osob stalo tématem při příštích oficiálních jednáních mezi představiteli EU a Číny. Čína musí vědět, že nám na lidských právech záleží, že dodržování lidských práv a transparentnosti je součástí moderních obchodních dohod. Dodržování práv a právního státu je v zájmu i našich podnikatelů působících v Číně.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η Κίνα έχει μια ανοιχτή οικονομία, μια ανοιχτή αγορά και αυτό την βοήθησε στο να έχει οικονομική ανάπτυξη. Όμως, οφείλει να έχει και μια ανοιχτή κοινωνία. Οφείλει να σέβεται τη δημοκρατία, την ελευθερία, το κράτος δικαίου και το διεθνές δίκαιο.

Η περίπτωση που συζητούμε σήμερα του Gui Minhai, ο οποίος είναι Κινέζος πολίτης, αλλά ταυτόχρονα έχει και σουηδική υπηκοότητα, είναι συγκλονιστική, διότι σύμφωνα με τις καταγγελίες έχει εξαφανιστεί, έχει απαχθεί και είναι φυλακισμένος. Αυτό προξενεί τεράστια ερωτηματικά και, ταυτόχρονα, αγωνία για την τύχη του.

Θα ήθελα να επισημάνω ότι στην αρχή του χρόνου χιλιάδες πολίτες συγκεντρώθηκαν στους δρόμους του Χονγκ Κόνγκ, διαμαρτυρήθηκαν για την εξαφάνιση πέντε βιβλιοπωλών και για τις επιθέσεις που είχαν δεχθεί οι δημοσιογράφοι, επειδή εξέφρασαν τις απόψεις τους. Ζητούμε λοιπόν την άμεση απελευθέρωση του Gui Minhai και ζητούμε λεπτομερείς πληροφορίες για το πού βρίσκεται και ποια είναι κατάστασή του.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, since his disappearance from Thailand in October 2015, the EU has closely followed the case of the Hong Kong resident and Swedish citizen Gui Minhai, associated with the publishing house Mighty Current. Immediately after he resurfaced, in an attempt to ensure his well-being and whereabouts the Swedish Government started working on his case. In a concerted effort the European Union expressed its concerns about his case to Hong Kong and Chinese authorities at high-level political meetings and through written statements. The head of the EU office to Hong Kong made numerous inquiries to the Chief Executive, Secretary of Justice and Ministry of Foreign Affairs Commissioner. Additionally, the head of the EU delegation to China inquired with the Ministry of Foreign Affairs in Beijing. Consequently, the EU has seen reports that Sweden succeeded in securing consular access to Mr Gui, who remains in detention in China.

The European Union is not in a position to publicly comment on the consular contacts and the efforts of the Swedish Government. However, given certain aspects of this consular case, most notably Mr Gui's disappearance from Thailand and his publicly broadcast statement after resurfacing in China, the European Union remains deeply concerned. The European Union finds the practice of public broadcasting of so-called 'confessions' by Chinese and EU citizens unacceptable. The European Union believes that this case is a serious challenge to Hong Kong's Basic Law and the 'one country, two systems' principle, as it raises serious concerns about the application of China's criminal law to acts that are not punishable under Hong Kong law.

Gui Minhai's case is also part of a worrying trend that calls into question China's respect for the rule of law and for its international human rights obligations, not least freedom of speech. The European Union expects that Mr Gui will be released immediately after serving his traffic-related crime sentence. The European Union continues to be concerned at the case of Gui Minhai and stands ready to work together with all actors and authorities concerned.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – The EU and China are two of the biggest traders in the world. China is EU's second largest trading partner and world's second fastest growing economy. Despite its huge economic success, China continues systematically to violate a wide range of fundamental human rights, including freedom of expression, association, assembly, religion and minority rights. The ongoing illegal detention of Mr Gui Minhai (Swedish and EU citizen) is another proof that China continues to criminalise freedom of expression and to target peaceful government critics, anti-corruption activists, lawyers and journalists. Therefore, I call on Chinese authorities to release immediately Mr Minhai and all Chinese citizens who dare to express themselves freely despite repression and intimidation by Chinese authorities. Furthermore, I call on the EU to put preservation and protection of human rights as a top priority in its relations with China.

7.2. Lage der Guarani-Kaiowa im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sieben Entschließungsanträge zur Lage der Guarani-Kaiowá im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul (2016/2991(RSP)).

Molly Scott Cato, *author.* – Mr President, it is 20 years since we last debated an urgent resolution on the situation in Brazil so our consideration of the plight of Brazil's indigenous communities is long overdue. The Brazilian Constitution recognises the right of indigenous peoples to maintain their cultural traditions. The basis of our resolution today is to remind the current Government of Brazil to live up to its clear obligations as enshrined in that Constitution.

Our motion is focused on the urgent situation facing the Guarani-Kaiowá in the State of Mato Grosso do Sul. As is the case for all Brazil's indigenous people, the Guarani-Kaiowá have the right to their ancestral territory guaranteed in the Constitution. But this right in theory is not adequately defended in practice. A full demarcation of their lands is still pending, although it is crucial to their survival.

Information from Brazil's Ministry of Health indicates that, over the past 14 years, at least 400 indigenous people have been assassinated defending their land rights. The interests of large landowners, agribusiness and mining corporations have always taken precedence in Brazil, and armed groups attack and kill indigenous people who legitimately oppose those interests. Far from defending their rights, the state offers such powerful interests impunity.

Brazil's National Indigenous Foundation (FUNAI) is tasked with defending indigenous rights but it has never been adequately resourced, and the current President, who holds his position as the result of a judicial coup, has reduced its funding to the lowest level in the past 10 years.

There is wide support in this House for our motion, which strongly condemns the violence perpetrated against the indigenous communities, and calls on the Brazilian authorities to investigate the murders of indigenous people. I would also strongly appeal to my colleagues in the Brazilian Parliament to re-examine constitutional amendment PEC 215, as it threatens the legitimate land rights of indigenous people.

Mark Demesmaeker, *Auteur.* – Het is een van de drama's van de geschiedenis van de mensheid. Inheemse volkeren werden al te vaak op een dramatische manier geconfronteerd met onrecht en geweld. Ze werden verdreven, opgejaagd, vervolgd door nieuwkomers of kolonisten die op zoek waren naar fortuin of die dachten dat ze de beschaving brachten. Het is niet het fenomeen van één land of één continent. Het is op veel plaatsen gebeurd. Historische fouten kunnen we helaas niet herstellen, maar we kunnen en we moeten de inheemse volkeren die het vandaag moeilijk hebben om te overleven, die ijveren voor erkenning en fundamentele rechten, wel steunen. Zoals de Guarani-Kaiowà, volk dat in de Braziliaanse deelstaat Mato Grosso do Sul plaats moest maken voor grootschalige landbouw. Ze werden zo geleidelijk uit hun leefgebied verdreven. Het leidt tot conflicten, jammer genoeg ook tot geweld. Ze hebben bescherming nodig, een gegarandeerd leefgebied en ze moeten een beroep kunnen doen op hun grondwettelijke rechten. We vragen de Braziliaanse overheid om haar verantwoordelijkheid te nemen. Brazilië, het land dat zoveel investeerde om de Olympische Spelen te organiseren, moet nu ook de Olympische gedachte van broederlijkheid in de praktijk brengen en instaan voor de rechten van dit mooie volk.

Ignazio Corrao, *Autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi in Brasile vivono circa 51 000 Guaraní suddivisi in tre gruppi, tra cui quello dei Kaiowá, che significa «popolo della foresta», che è il più numeroso. È un popolo intensamente spirituale: per centinaia di anni i Guaraní hanno percorso grandi distanze in cerca della terra ancestrale, cercando l'immortalità e il riposo infinito. I discendenti dei nostri antenati, in nome dello sviluppo, oggi considerato sostenibile, hanno privato i Guaraní della loro terra, e quindi della loro ragione di vita, provocando suicidi, anche tra i bambini.

Dobbiamo intervenire per porre fine allo sviluppo insostenibile, attuato grazie all'elargizione di mazzette a politici e funzionari di Stato, e alle atrocità commesse dai paramilitari. Parliamo di attività finanziate da speculatori senza scrupoli e da multinazionali, anche europee: dighe anacronistiche, coltivazione ed allevamenti intensivi, sfruttamento dei giacimenti minerari e fossili stanno portando alla morte per fame di centinaia di bambini Guaraní e all'estinzione dei nostri guardiani della biodiversità, della prima razza umana, la più importante, la più sostenibile.

Ci auguriamo che l'Alto rappresentante pretenda dei paesi ospitati dal popolo indios la demarcazione delle terre considerate ancestrali.

Sofia Ribeiro, *Autora*. – Senhor Presidente, a nossa posição é muito clara: preferíamos que o Parlamento Europeu não seguisse este caminho. Ele é injusto e contraproducente. As autoridades do Brasil, nas últimas décadas, com governos de várias cores políticas, fizeram enormes progressos na proteção dos direitos humanos em todas as frentes e, em especial, na defesa dos povos indígenas e também do povo Guarani-Kaiowá.

Basta conhecer a resposta circunstanciada que o Brasil deu ao relatório da relatora especial da ONU, resposta que, pelos vistos, muitos dos parlamentares ignoram. Ninguém nega que há aqui um problema de direitos humanos e que é preciso fazer mais e melhor, mas não é um problema que justifique esta tomada de posição que, cito, é de fortíssima condenação.

Esta situação nada tem a ver com outras que aqui temos, e bem, condenado. Demos o nosso contributo para focar a questão no terreno estrito dos direitos humanos. Se assim for, apoiaremos a moção com reservas, mas se vencer a versão radical e as menções à política interna do Brasil, que vemos no texto original e principalmente em alterações, não podemos subscrevê-lo.

Colegas, não é deste tipo de ajuda que o povo Guarani-Kaiowá precisa. Oxalá o Parlamento perceba isso a tempo.

Der Präsident. – Vielen Dank! Herr Benito Ziluaga, Sie haben selber gleich Redezeit. Deswegen gibt es keine „*blaue Karte*". Sie sind ja als nächster auf der Liste. Ja, ich weiß. Aber wenn Sie selber Redezeit haben, dann machen wir das normalerweise nicht.

Francisco Assis, *Autor*. – Senhor Presidente, os Guarani-Kaiowá do Mato Grosso do Sul não têm terras suficientes para proverem à sua subsistência e as reservas indígenas existentes estão sobrelotadas. Isto leva a que vivam em condições de grande pobreza, muitas vezes em acampamentos precários ao longo de autoestradas.

Esta situação é agravada pelo facto de, nos últimos anos, a demarcação de novos territórios indígenas se encontrar paralisada. O desespero leva os Guarani a tentar reocupar territórios ancestrais que ainda não foram homologados pelas autoridades. É sobretudo nestas tentativas de reocupação que ficam em rota de colisão com interesses ligados ao agronegócio e à extração de matérias-primas, sofrendo represálias por parte de seguranças privados e mercenários.

Muitos acabam assassinados, outros são vítimas de abusos sexuais, despejos forçados e outras formas de violência. Segundo várias entidades, entre as quais o Conselho Indigenista Missionário e o enviado especial da ONU para os direitos dos povos indígenas, tem-se registado nos últimos anos um aumento da violência sobre o Guarani e uma regressão na proteção dos seus direitos humanos.

Segundo um relatório do Conselho Indigenista Missionário, em 2015 foram assassinados 33 indígenas só em Mato Grosso do Sul. Em face deste cenário, vou já terminar, esta resolução apela a que as autoridades brasileiras tomem medidas urgentes para proteger a integridade física dos Guarani-Kaiowá, garantam devidamente os seus direitos constitucionais e concluam os processos de demarcação pendentes, que são absolutamente fundamentais para a salvaguarda dos seus legítimos interesses.

Xabier Benito Ziluaga, *Autor*. – Señor Presidente, la situación de la comunidad indígena guaraní-kaiowá en Brasil es dramática: cuatrocientos asesinatos desde 2003. Por eso, era urgente que este Parlamento Europeo se pronunciase.

Los guaraníes-kaiowá no mueren de viejos ni de enfermedades raras, sino que se les asesina. Y digo bien: se les asesina. ¿Quién asesina? Las empresas multinacionales que violan los derechos humanos constantemente. Sus tierras ancestrales, a las que tienen derecho según la legislación internacional y nacional de Brasil, son ocupadas por la industria de la soja, una soja y unas multinacionales europeas en última instancia.

Y ¿cómo lo hacen? A través de la impunidad —las autoridades de Brasil no acometen la delimitación de sus tierras— y también a través del aumento de la represión por parte del presidente ilegítimo Temer hacia los movimientos sociales, los estudiantes, el movimiento sindical Sin Tierra. Y si alguien osa interponerse en las reformas antisociales de Temer a la Constitución brasileña, te asaltan la sede con disparos.

Pero para la Unión Europea y para el Partido Popular, Brasil está abriéndose ahora al mundo y al negocio del libre comercio.

António Marinho e Pinto, *Autor.* – Senhor Presidente, a primeira ideia que quero realçar é que esta moção não constitui um gesto de hostilidade para com o governo do Brasil. Ela pretende ser sobretudo um estímulo para que as autoridades deste país ponham fim a uma situação que choca a comunidade internacional e, estou certo, a própria sociedade brasileira.

Não é possível que num país que tem uma das mais progressistas ordens jurídicas do mundo em matéria de direitos humanos, veja-se o artigo 5.º da Constituição brasileira, se pratiquem atos que lembram os piores momentos do colonialismo português e espanhol na América Latina.

A violência física contra uma comunidade indígena que luta pelas suas terras ancestrais, além de uma inqualificável violação dos direitos humanos, sugere que se pode estar perante crimes bem mais graves, ou seja, crimes étnicos contra um povo, que a comunidade internacional condena com severidade.

O Brasil é um país imenso que tem terra suficiente para todos os brasileiros. Partilhem-na com o respeito pelo Direito.

Stanislav Polčák, *za skupinu PPE.* – Podle zvláštního zpravodaje OSN pro práva původních obyvatel nebyl během posledních 8 let zaznamenán prakticky žádný větší pokrok při provádění doporučení OSN týkajících se klíčových řešení dlouho trvajícího problému práv domorodých národů v Brazílii.

Naopak pozorujeme ústup od ochrany těchto práv. Připomínáme, že federální brazilské ministerstvo podepsalo spolu s národní nadací pro podporu domorodých lidí jasné konkrétní závazky. Mimo jiné vymezit 36 území společenství Guaraní-Kaiowá v Mato Grosso Do Sul do roku 2009. Tento cíl nebyl dosud splněn. Naopak sledujeme násilí, jehož jsme svědky v poslední době, které se dramaticky stupňuje. Partnerství mezi EU a Brazílií je postaveno na vzájemné důvěře a respektování demokratických zásad a hodnot, mezi které ochrana lidských práv neochvějně patří. Měli bychom to představitelům Brazílie jednoznačně připomenout.

Carlos Zorrinho, *em nome do Grupo S&D.* – Senhor Presidente, como vice-presidente da Delegação Parlamentar para as Relações entre a União Europeia e o Brasil, fui, por diversas vezes, confrontado e contactado pelos índios Guarani-Kaiowá. O contexto de vida a que aqueles povos indígenas têm sido sujeitos é insustentável.

As autoridades brasileiras não podem deixar de ter em conta as recomendações incluídas na resolução em debate, promovendo o respeito pelos mais elementares direitos humanos e respeitando a identidade e a dignidade dos índios no quadro constitucional vigente.

O quadro constitucional não deve ser alterado para não permitir às forças e interesses económicos, que disputam aos indígenas o poder de demarcação das terras, o uso abusivo da lei para bloquear as decisões favoráveis às reivindicações dos seus ocupantes milenares.

Como grande nação multicultural e multirracial, a República Federativa do Brasil deve garantir aos povos indígenas os seus direitos no quadro do processo democrático, dando cumprimento, em simultâneo, aos compromissos com os Objetivos do Milénio e com as metas de sustentabilidade previstas no Acordo de Paris.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, le peuple Guarani-Kaiowá est un des symboles de la lutte des peuples indigènes. Depuis des dizaines d'années, ils luttent contre la spoliation de leurs terres ancestrales et ils l'ont payé au prix fort. La démarcation de leur territoire reconnu en 1988 n'est toujours pas une réalité. Les terres amazoniennes attirent beaucoup d'appétit. Déforestation, accaparement des terres au bénéfice des industries agroalimentaire, énergétique, forestière et minière, élevages intensifs et immenses barrages ont détruit un tiers de la forêt amazonienne. Alors qu'ils sont un rempart contre le changement climatique, ils en sont les premières victimes via la frénésie sur les agrocarburants.

L'Union européenne est un partenaire commercial important du Brésil – son premier partenaire – et a donc des responsabilités. Elle ne peut pas fermer les yeux sur les coûts humains et environnementaux des politiques qu'elle promeut et des produits qu'elle importe, pas plus qu'elle ne peut se dédouaner de la responsabilité des multinationales européennes. Il est temps d'agir.

Josef Weidenholzer, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Zu den elementarsten Menschenrechten zählt das Recht, in seinen angestammten Siedlungsgebieten ein Leben im Einklang mit traditionellen Gepflogenheiten führen zu dürfen. In vielen Teilen der Welt wird indogenen Völkern dieses Recht verwehrt, obwohl ihre Rechte in internationalen Verträgen garantiert sind und die Staaten sich verpflichtet haben, diese auch einzuhalten. Immer wieder werden sie zu Opfern kurzsichtiger, zumeist ökonomischer Interessen. Menschen, die sich dagegen wehren, auflehnen, werden verfolgt, bedroht, getötet, so auch in Brasilien im konkreten Fall der Guarani-Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso.

Brasilien ist ein wichtiger Partner und Verbündeter Europas. Wir erwarten daher gerade von Brasilien, dass das Land auch in der Praxis zu seinen Verpflichtungen steht und alles unternimmt, die Rechte der Menschen zu schützen.

Catch-the-eye-Verfahren

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, caros colegas, na época do descobrimento, o território que hoje corresponde ao brasileiro era habitado por cerca de 2 a 5 milhões de índios. Desde esse momento, a população indígena diminuiu drasticamente na mesma proporção em que os seus direitos foram sonegados, com o pretexto da assimilação de uma cultura que não é, nem nunca foi, a deles e cuja única razão é a cobiça de vastos territórios pertencentes a estas populações.

Esta realidade é bem visível no Estado do Mato Grosso do Sul que lidera o número de assassinatos de índios no país, que ocorrem impunemente nas barbas das autoridades brasileiras.

Caros colegas, no momento em que são aprovadas propostas de emendas à Constituição brasileira, que visam alterar as regras para a demarcação de terras indígenas e possibilitar inclusive a revisão de terras indígenas já demarcadas, o índio brasileiro vê, uma vez mais, os seus direitos enquanto nação milenar, ameaçados.

Caros colegas, devemos recordar ao governo brasileiro esta triste realidade e que reexaminem as propostas de emendas à Constituição brasileira, lembrando o etnólogo brasileiro e defensor da causa indígena Darcy Ribeiro que dizia «a nação brasileira jamais existirá, em dignidade e vergonha, se deixar morrer os poucos índios que ainda sobrevivem».

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Senhor Presidente, com a expansão das monoculturas de soja e de cana-de-açúcar, o povo originário Guarani-Kaiowá foi relegado para áreas muito limitadas. Sofre pobreza extrema e não tem acesso à terra.

O compromisso do governo de demarcar os seus 36 territórios não se concretizou e os ataques a esta comunidade continuam. Após o golpe contra a Presidente Dilma Rousseff, a criminalização, a repressão e a violência contra líderes comunitários, povos originários e movimentos sociais aumentaram.

No quadro desta repressão do movimento popular em todo o Brasil, quero trazer também aqui o caso do Movimento Sem Terra, criminalizado e reprimido pela sua incansável luta pela reforma agrária, pela justiça social e contra a violência do agronegócio. Quero destacar a invasão, em 4 de novembro, por parte da polícia, da Escola Nacional Florestan Fernandes, em São Paulo, sem mandato judicial e disparando contra estudantes e militantes do MST.

Quero pedir à União Europeia que faça uma chamada de atenção ao Brasil para a imperiosa necessidade de acabar com a repressão, com a criminalização e exigir o respeito dos direitos humanos.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι Guarani-Kaiowá είναι αυτόχθονες οι οποίοι ζουν εδώ και πάρα πολλούς αιώνες στη Βραζιλία και μάλιστα στην πολιτεία Mato Grosso. Ήδη έχουν αναπτύξει ένα σοβαρό κίνημα, διότι διεκδικούν να παραμείνουν στα πατρογονικά τους εδάφη, τα οποία έχουν μετατραπεί σε εκβιομηχανοποιημένη γεωργία από τις πολυάριθμες πολυεθνικές οι οποίες έχουν εγκατασταθεί εκεί, μεταξύ των οποίων συγκαταλέγονται και ευρωπαϊκές πολυεθνικές. Αυτές λοιπόν αναγκάζουν τους Guarani-Kaiowá να είναι εγκλωβισμένοι πλέον σε φτωχούς οικισμούς και να δουλεύουν κάτω από απάνθρωπες συνθήκες.

Σύμφωνα με στοιχεία του Υπουργείου Υγείας της Βραζιλίας, επί 14 χρόνια έχουμε δολοφονίες ιθαγενών, 400 τουλάχιστον, και 700 δήθεν αυτοκτονίες. Παράλληλα υπάρχουν συνεχείς επιθέσεις εναντίον τους. Επομένως, πρέπει να υπάρξει αναγνώριση των εδαφικών δικαιωμάτων των Guarani-Kaiowá.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, the European Union follows closely the situation of indigenous people's rights in Brazil. Together with Member States' embassies, the European Union is in regular contact with the Brazilian authorities, as well as with indigenous people's representatives and civil society. The EU also implements several projects in support of indigenous people in Brazil.

Although the Brazilian Constitution establishes an exemplary framework for indigenous people's rights, and a series of measures has been taken to implement and protect those rights, access to basic social services, especially in certain parts of the country, remains problematic, as does violence in the context of land disputes. This was highlighted in the report by the UN Special Rapporteur on the rights of indigenous peoples on her mission to Brazil.

Indigenous people's rights are regularly discussed in the framework of the EU-Brazil Human Rights Dialogue, including at the last dialogue, co-chaired by the EU Special Representative for Human Rights, Mr Lambrinidis, in September 2015. The EU has called for enhanced efforts to ensure the protection of indigenous peoples, such as the Guarani-Kaiowá, and their representatives, and for the effective investigation of murders and other crimes against them.

Our cooperation on human rights will also be on the agenda of the next high-level political dialogue in Brasilia on 25 November 2016, which is tomorrow. In the context of the EU's work on human rights, the EU delegation in Brazil, together with EU Member States' embassies, organises regular visits to various regions in Brazil to get first-hand information on the situation of indigenous people. The last visit, in April 2016, was to Campogrande, in the State of Mato Grosso do Sul, to the Guarani-Kaiowá community.

The EU implements several projects, to a total value of EUR 2.5 million, in support of the human rights of indigenous peoples in Brazil. These projects offer legal aid, education on human rights and indigenous people's rights, access to basic social services, support for the autonomy of indigenous peoples and support to their leaders, including those of the Guarani-Kaiowá people.

To conclude, let me assure you that the European Union will continue to support indigenous people's rights in Brazil, using all the available channels in its bilateral relations with Brazil.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

7.3. Der Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen Ildar Dadin in Russland

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über sechs Entschließungsanträge zum Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen Ildar Dadin in Russland (2016/2992(RSP)).

Hier ist die Kollegin Hautala als Verfasserin zurzeit nicht anwesend. Ich würde daher vielleicht den Kollegen Demesmaeker bitten, als erster für zwei Minuten zu sprechen. Er ist ja auch Verfasser – insofern wäre das hilfreich.

Mark Demesmaeker, *Auteur.* – "Ik ben niet bang om te sterven. Ik ben vooral bang dat ik de folteringen niet langer kan verdragen". Laat die woorden vooral even tot u doordringen collega's, commissaris. Dramatische woorden waarmee Ildar Dadin vanuit de gevangenis nummer 7 in Karelië, Noordwest-Rusland, een brief aan z'n vrouw afsluit. Twee en een half jaar gevangenisstraf kreeg hij omdat hij kritiek uitte op het Poetin-regime en straatprotesten organiseerde. Hij werd zwaar mishandeld, net als zovele andere politieke en gewetensgevangenen in Rusland en uit bezette gebieden, zoals de Oekraïense Krim. Het is trouwens opvallend en ongewoon dat z'n verhaal zelfs het nieuws haalde op de Russische staatstelevisie. Het Kremlin beloofde de zaak te onderzoeken. We zullen zien. We noemen vandaag expliciet de naam van Ildar Dadin en we vragen om zijn vrijlating. Maar we vergeten niet dat hij één van de vele slachtoffers is van een reeks van speciale wetten waarmee het Kremlin alle oppositie wil smoren, het middenveld wil lamleggen en de vrije meningsuiting wil inperken. De wet op ongewenste organisaties, de demonstratiewet, de wet op homopropaganda onder minderjarigen, de wet op buitenlandse agenten, de lasterwet, de hoogverraadwet, de blasfemiewet, de internetwet, de anti-Magnitski-wet, enzovoort. Het is bijzonder cynisch en verontrustend dat Rusland de mensenrechtenschendingen gewoon gelegaliseerd heeft. We willen graag dat Rusland opnieuw een echte en betrouwbare partner wordt, en de meeste Russen willen hetzelfde. En dat zal ook gebeuren als het Kremlin zijn internationale verplichtingen opnieuw nakomt. Daarom moet de Europese Unie met één stem de boodschap naar Moskou blijven sturen dat respect voor mensenrechten en het internationale recht een absolute voorwaarde is. Om die boodschap kracht bij te zetten, moeten we gerichte sancties nemen tegen degenen die verantwoordelijk zijn voor de mishandeling van Ildar Dadin en andere mensenrechtenactivisten, journalisten of opposanten.

Heidi Hautala, *laatija.* – Arvoisa puhemies, Ildar Dadinin tapaus on jälleen yksi esimerkki siitä, miten Venäjän lait sortavat rauhanomaista kansalaistoimintaa.

On todellakin järkyttävää, että hän on saanut tällaisesta yhden hengen mielenosoituksesta – jotka minun tietääkseni ovat Venäjällä vieläpä sallittuja – kolmen vuoden rangaistuksen rangaistuslaitoksessa. On täysin paikallaan, että Euroopan parlamentti taas muistuttaa Venäjää siitä, että lainsäädäntöä, jonka nojalla kansalaistoimijoita tällä tavalla rangaistaan, ei voida hyväksyä, eikä se ole minkään kansainvälisten normien eikä myöskään Euroopan neuvoston normien mukainen.

Toiseksi Ildar Dadinin tapaus tuo esiin sen, että vankilaolot ja olot rangaistuslaitoksissa Venäjällä ovat äärimmäisen huolestuttavat. Toivoisin, että Venäjän vankilaviranomaiset ja esimerkiksi tässä tapauksessa kyseessä olevat Karjalan tasavallan viranomaiset tulisivat vaikkapa Suomeen, rajan yli ihan lähelle, tutustumaan siihen, minkälainen meininki meillä vankiloissa on. On tietenkin niin, että vankiloissa voidaan myös syyllistyä yhä uusiin ihmisoikeusrikkomuksiin, jos vangeilta kielletään oikeus esimerkiksi tavata omaisiaan tai asianajajiaan ja jos harrastetaan myös kidutusta ja muuta epäinhimillistä kohtelua niin kuin tässä tapauksessa. Todellakin Venäjän vankilaolot ovat sellaiset, että ne ovat suuri ihmisoikeuskysymys.

Jaromír Štětina, *Autor.* – Případ Ildara Dadina pro mě symbolizuje 3 zásadní otázky dnešního Ruska: flagrantní pošlapávání práva na pokojné shromažďování, alarmující stav soudnictví a vězeňství, včetně nelidského zacházení a mučení, případy těch, kteří byli zatčeni na základě falešných nebo nepodložených obvinění nebo proto, že využívali svého práva na svobodu projevu a shromažďování.

Ildar Dadin je prvním občanem Ruské federace, který byl zbaven svobody na základě skandálního článku 212.1 trestního zákona, který v roce 2014 přijala ruská Duma. Je to článek, podle kterého může být vsazen do vězení až na 5 let každý, kdo se zúčastní pokojných veřejných protestů, dokonce i ten, kdo pokojně drží na veřejnosti protestní plakátek. Tento článek tak pregnantně porušuje i samotnou Ústavu Ruské federace. Pokud bude dále platit, může spustit lavinu represí proti jinak smýšlejícím. Případ Ildara Dadina se tak stává novým symbolem pošlapávání lidských práv v Rusku.

Pier Antonio Panzeri, *Autore.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Ildar Dadin è stato condannato dal tribunale di Mosca il 7 dicembre del 2015 a quasi tre anni di carcere per aver manifestato in piazza il suo dissenso contro il governo. Ha denunciato il mese scorso di essere stato sottoposto a maltrattamenti e percosse, e addirittura a forme di tortura, da parte del personale penitenziario. E nonostante la CEDU abbia preso atto della richiesta inoltrata tramite il suo avvocato e imposto alla Federazione russa di avviare un'indagine efficace in proposito, Dadin è stato trasferito in un luogo diverso e pochi giorni fa gli è stata negata la possibilità di incontrare il suo avvocato.

Il caso di Dadin non è isolato ma va ad affiancarsi a procedimenti penali simili, aperti dalle autorità russe, quale il caso di Vladimir Ionov, condannato per aver criticato la recente politica della Russia in Ucraina orientale. L'Unione europea deve mantenere aperti, certo, i canali ufficiali per un dialogo inclusivo e costruttivo con Mosca e deve parlare con una voce sola, pretendendo il pieno rispetto del diritto internazionale e dei diritti che vincolano la Russia in quanto membro di diversi organismi internazionali.

Petras Auštrevičius, *author.* – Mr President, Commissioner, colleagues, Ildar Dadin is a courageous citizen of Russia, has been repeatedly tortured, beaten and threatened with murder in a Russian jail. For what? For holding a banner saying, I quote: 'if you keep silence today they will come to you tomorrow and others will keep silence'. Ildar Dadin is the first person in Russia sentenced under the new Article 212.1. Now peaceful protest will bring up to five years in jail. There are 102 political prisoners today in Russia, with this draconian law in place, how many will there be tomorrow?

Colleagues, to keep power, Putin chose to withdraw from the civilised community of the rule of law, like the Rome Statute of ICC, just recently. Moscow no longer obeys the rulings of the European Court of Human Rights. I call on Russia to repeal Article 212.1 and immediately release Mr Ildar Dadin.

Cristian Dan Preda, *în numele grupului PPE.* – Domnule președinte, așa cum au spus și colegii mei, Ildar Dadin este un cetățean rus care a protestat începând de la alegerile legislative din 2011 împotriva felului în care se face politică în Rusia. A fost arestată pentru că și-a îngăduit să meargă în fața Poliției Secrete de la Moscova. Tabloul pare scos din vremea URSS și nu dintr-o țară normală. E torturată în acest moment în închisoare și autoritățile au recunoscut acest fapt, nu s-au ascuns. E absolut inacceptabil.

Din păcate cu acest regim vor unele dintre partidele europene, și am văzut în dezbaterea pe care am avut-o acum câteva zile pe marginea raportului Fotyga, să normalizeze relațiile. E absolut inacceptabil ceea ce extrema stângă și extrema dreaptă vor să facă în disprețul libertăților.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg, *w imieniu grupy S&D*. – Panie Przewodniczący! Po raz kolejny na forum Parlamentu Europejskiego omawiamy sytuację w Rosji, zwłaszcza w kontekście represji wobec krytykujących władze aktywistów. Ildar Dadin został skazany za udział w pokojowych demonstracjach, między innymi przeciwko rosyjskiej agresji na Ukrainie i w obronie więźniów politycznych. W grudniu zeszłego roku został skazany za wielokrotne naruszanie zasad zgromadzeń publicznych na trzy lata pozbawienia wolności. Za pośrednictwem adwokata skazanego dowiadujemy się teraz o biciu i torturach mających miejsce wobec skazanych w kolonii karnej w Siegieży w Karelii, gdzie przebywa Ildar Dadin.

Rosja jako członek wielu organizacji międzynarodowych, takich jak Rada Europy i ONZ, jest zobowiązana do ochrony i promowania praw człowieka, podstawowych wolności oraz rządów prawa.

W tym kontekście wzywamy władze Rosji do bezzwłocznego przeprowadzenia gruntownego dochodzenia w sprawie zarzutów nieludzkiego traktowania w wyżej wymienionej jednostce penitencjarnej. Ponadto wzywamy władze na Kremlu do kontynuowania i pogłębiania reformy systemu penitencjarnego oraz kodeksu karnego w celu wdrożenia standardów ustalonych w konwencjach międzynarodowych.

Monica Macovei, *în numele grupului ECR.* – S-au împlinit o mie de zile de când Rusia a anexat Crimeea. La Kremlin, Putin îi face curte ultimului dictator, președintele Belarusului, e vorba despre Lukashenko. În paralel pune la cale înființarea unei armate comune împreună cu regiunea separatistă Abhazia. Acum vorbim despre închiderea și torturarea liderului opoziției pentru că a organizat manifestații, demonstrații pentru pace, pentru democrație și antirăzboi, un om care este în închisoare și care este torturat, Ildar Dadin.

Sigur că cerem eliberarea de îndată a lui Ildar Dadin, dar trebuie să ne gândim să vorbim despre sistemul sovietic, despre sistemul rus, pentru că e tot sovietic, și despre ce vrea Putin. Putin tot ceea ce face este să preia conducerea, să fie cineva și să preia conducerea în lumea în care trăim. A pornit pe acest drum și nu se va opri. La Kremlin viața oamenilor nu mai contează.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, with all the focus needed to stop Russia's army and its role in the killing of people in Syria or in the illegal annexation of Crimea, I am glad that the Russian population is at the heart of our debate today.

Ildar Dadin faces the same repression so many Russians face on top of difficult economic circumstances. In particular, opposition voices, human rights defenders, people working in NGOs and civil society, journalists and bloggers have faced stricter laws increasingly applied with political motives in Russia. This has created a climate of fear and repression. Of course, we recall the murder of Boris Nemtsov, the systematic torture in prisons and intimidation that is met with impunity. Prison conditions are awful. The murder of Sergei Magnitsky shows that people are not safe in the hands of the State. It is important that Ildar Dadin is released, and we urge Putin to lead Russia, not away from the rule of law, but back towards respecting it, back in the direction of the international community.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, Ildar Dadin est condamné pour manifestation illégale, la première fois, dans des situations qui n'étaient effectivement pas respectables. La police russe est condamnée par les autorités russes. Il récidive et va en prison. Le 2 novembre 2016, il est examiné par une commission de médecins de l'hôpital de district de Segueja, qui constate qu'il n'y a pas eu de sévices. Le 12 novembre 2016, le service russe de la BBC fait part, à la demande des organisations de défense des droits de l'homme, de l'examen de M. Dadin réalisé par le docteur Vasily Generalov. De nouveau, on constate qu'il n'a pas de sévices.

Je voudrais rappeler, en parallèle, ce qui s'est passé dans mon pays. Pour avoir organisé une manifestation légale contre le mariage homosexuel, pour avoir porté le tee-shirt, certains se sont retrouvés en prison. Pour avoir manifesté pendant un mois, certains se sont également retrouvés en prison. C'est le cas de Nicolas Buss. Je souhaite que l'on condamne également mon pays dans ce cas-là!

Pavel Svoboda (PPE). – Ruská federace je stát, který nedodržuje mezinárodní právo a nedodržuje ani vlastní právo nebo si vlastní právo upravuje tak, jako kdyby to právo nebylo, ale pouze nástroj zmocňující státní orgány k libovolnému nakládání s vlastními občany. Já osobně jsem žil v totalitě pod nadvládou Rusů, takže vím, o čem mluvím.

Případ Ildara Dadina a dalších politických vězňů, kteří jsou vězněni a mučeni za to, že se odvážili svobodně projevit svůj názor, je toho důkazem. Stát, který ve 21. století takto systematicky mučí své vlastní občany zatímco je zároveň členem Rady Evropy a signatářem Úmluvy o ochraně lidských práv, není důvěryhodným partnerem v mezinárodních vztazích a EU by mu to měla dávat najevo.

Stanislav Polčák (PPE). – Ildar Dadin stál na chodníku a držel v ruce transparent. Nevím, co opravdu mohl spáchat proti ruskému právu, pokud článek 31 ruské ústavy říká: „Občané mají právo pokojně se shromažďovat beze zbraní, pořádat shromáždění, setkání a demonstrace, pochody." Podle čl. 29 odst. 1 ruské ústavy musí být každému zaručena svoboda myšlenek a projevu. Podle odstavce 4 má každý právo svobodně vyhledávat a přijímat, vyrábět, šířit informaci jakýmkoli zákonným způsobem.

Já skutečně netuším, jak může být za této situace pan Dadin držen ve vězení. Jsem velmi rád, že Rada Evropy a její soud vzal tento případ jako jeden z prioritních a bude jej projednávat. My bychom zde měli najít v rámci našich politik EU nějaké propojení s Výborem ministrů Rady Evropy, aby i jejich rozhodnutí byla Ruskem respektována.

Catch-the-eye-Verfahren

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem velmi rád, že dnes zde na plénu projednáváme příběh pana Dadina. Já jsem z ČR, ze střední Evropy, kde se zkrátka vede ve veřejném prostoru velmi otevřená debata o tom, na kolik je ruský režim akceptovatelný a na kolik akceptovatelný není.

Tento konkrétní příběh ukazuje, jaký je opravdu ruský režim. Nastavuje to tvář všem těm, kteří v bývalých postkomunistických státech stále adorují a obhajují myšlenky ruského režimu a režim pana Putina. Dadin je příběhem toho, jak v Rusku nejenže je omezena svoboda shromažďování, svoboda projevu, ale pokud se tam shromažďujete a vyjadřujete svoje názory, nejenže je to zakázané, ale půjdete ještě na několik let do vězení. V tom vězení vás ještě budou mučit.

Je to opravdu případ, který ukazuje zrůdnost Putinova režimu. Je dobře, že tu dnes je, je třeba to říkat v našich zemích, kde bohužel občas různé propagandistické síly relativizují Putinův režim. Je třeba udělat vše pro to, abychom Dadina dostali z vězení.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Ildar Dadin è un attivista russo, il primo a essere stato condannato per aver violato le norme sulle manifestazioni pubbliche.

Dadin, 34 anni, era stato processato nel dicembre 2015 e condannato a due anni e mezzo di detenzione. La sentenza aveva provocato grande clamore. Il caso è stato poi riacceso dopo che una ONG ha denunciato che l'attivista era stato violentemente percosso in carcere. Lo stesso Dadin ha denunciato in una lettera, resa nota dal suo avvocato, di aver subito violenze.

Il caso ha suscitato indignazione non solo in Russia: *Amnesty International, Human Rights Watch* e il premio Nobel per la letteratura Aleksievič hanno lanciato un appello per la liberazione di Dadin e chiesto un'inchiesta immediata sulle accuse di tortura. Un appello a cui si dovrebbe associare anche l'Europa e tutta la comunità internazionale.

Nonostante il lavoro congiunto svolto dal Consiglio d'Europa e dalla Federazione russa per riformare il sistema penitenziario russo, bisogna fare ancora molta strada perché in questo Paese siano pienamente rispettati i diritti civili.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Neven Mimica, *Member of the Commission.* – Mr President, the European Union watches with grave unease the developments in the Ildar Dadin case. Mr Dadin, who is serving a two-and-a-half-year prison term in the Russian Federation for peaceful acts of protests, has allegedly been tortured and mistreated in prison. He described being subjected to appalling instances of torture, including being suspended for long periods of time and being threatened with rape and murder. The European Union has been vocal about its concern with this case. We have raised this issue at high-level political meetings with the Russian authorities, and through a statement at the OSCE Permanent Council on 10 November.

Torture is a detestable violation of human rights and its universal prohibition is absolute and unconditional. The case of Mr Dadin has rightly received attention in Russia and internationally. We welcome the initial steps the Russian authorities have taken to investigate the claims, while continuing to urge the Russian authorities to carry out a swift, thorough and impartial investigation of Mr Dadin's torture allegation.

We are disturbed by frequent reports of torture in Russian prisons, and we believe that steps need to be taken to eliminate the use of torture and other ill-treatment in Russian penitentiary facilities. In this regard, we are worried to learn that there have been attempts to weaken the existing oversight mechanisms, the public monitoring commissions, in charge of investigating claims of abuse in prison.

The European Union will continue to monitor this case. We call on the Russian authorities to release Mr Dadin and to review the law on public assemblies that has been used to send him to prison. Indeed, this law, which criminalises anyone found to have violated it more than twice within 180 days, is not in line with Russia's international obligations. Mr Dadin's case is another worrying example of the ongoing restrictions on fundamental freedoms and civil society by the Russian authorities. We urge Russia to ensure an open and safe environment for civil society activity and peaceful dissent.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet im Anschluss an die Aussprache statt.

(Die Sitzung wird für einige Minuten unterbrochen.)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

8. Abstimmungsstunde

President. – The next item is the vote.

(For the results and other details of the vote: see Minutes).

8.1. Der Fall des in China inhaftierten Verlegers Gui Minhai (RC-B8-1256/2016, B8-1256/2016, B8-1257/2016, B8-1258/2016, B8-1259/2016, B8-1263/2016, B8-1269/2016, B8-1272/2016) (Abstimmung)

8.2. Lage der Guarani-Kaiowa im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul (RC-B8-1260/2016, B8-1260/2016, B8-1262/2016, B8-1265/2016, B8-1268/2016, B8-1271/2016, B8-1274/2016, B8-1275/2016) (Abstimmung)

8.3. Der Fall des gewaltlosen politischen Gefangenen Ildar Dadin in Russland (RC-B8-1261/2016, B8-1261/2016, B8-1264/2016, B8-1266/2016, B8-1267/2016, B8-1270/2016, B8-1273/2016) (Abstimmung)

8.4. Makrofinanzhilfe für Jordanien (A8-0296/2016 - Emmanuel Maurel) (Abstimmung)

8.5. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (A8-0011/2016 - Brian Hayes) (Abstimmung)

8.6. Lage in Syrien (B8-1123/2016, RC-B8-1249/2016, B8-1249/2016, B8-1250/2016, B8-1251/2016, B8-1252/2016, B8-1253/2016, B8-1254/2016, B8-1255/2016) (Abstimmung)

8.7. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (RC-B8-1276/2016, B8-1276/2016, B8-1277/2016, B8-1278/2016, B8-1279/2016, B8-1280/2016, B8-1281/2016, B8-1282/2016, B8-1283/2016) (Abstimmung)

8.8. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (B8-1229/2016, B8-1235/2016) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Madam President, I just want to really thank all the co-authors. We have today joined forces across political groups to give a voice to the many, many women that are victims of violence in Europe. Thank you.

(Applause)

8.9. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (A8-0331/2016 - Notis Marias) (Abstimmung)

— *After the vote:*

Νότης Μαριάς, *Εισηγητής.* – Κυρία Πρόεδρε, θα ήθελα να ευχαριστήσω τους σκιώδεις εισηγητές για τη συνεργασία που είχαμε. Θα ήθελα επίσης να ευχαριστήσω το Σώμα για τη μεγάλη πλειοψηφία με την οποία ενέκρινε το ψήφισμα, το οποίο δίνει πλέον μεγάλη δύναμη στην Ευρωπαία Διαμεσολαβήτρια, για να συνεχίσει να δίνει τον αγώνα της για μεγαλύτερη διαφάνεια υπέρ των Ευρωπαίων πολιτών.

8.10. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (A8-0307/2016 - Werner Langen) (Abstimmung)

8.11. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (A8-0303/2016 - Catherine Bearder) (Abstimmung)

8.12. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (A8-0304/2016 - Dominique Riquet) (Abstimmung)

8.13. Lage in Belarus (RC-B8-1232/2016, B8-1232/2016, B8-1233/2016, B8-1234/2016, B8-1237/2016, B8-1238/2016, B8-1239/2016, B8-1240/2016) (Abstimmung)

President. – That concludes the vote.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

9. Stimmerklärungen

9.1. Makrofinanzhilfe für Jordanien (A8-0296/2016 - Emmanuel Maurel)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Podpořil jsem toto usnesení, protože jsem přesvědčen, že je třeba podporovat Jordánsko jako zemi, která na Blízkém východě výrazně přispívá ke stabilitě. Je to země, kde jsou respektována v zásadě lidská práva. Je to země, kde je celá řada uprchlíků. A hlavně je to spojenec Evropy a obecně západních demokracií, a proto jsem přesvědčen, že je třeba tuto zemi podporovat a případně i poskytnout určité finanční prostředky.

Proto jsem tento návrh podpořil a jsem rád, že i toto usnesení přispěje k partnerství mezi EU a Jordánskem.

Jan Zahradil (ECR). – Myslím si, že je dobře, že tato zpráva byla schválena. Myslím, že Jordánsko zůstává tak trochu ve stínu ostatních zemí postižených uprchlickou krizí, přitom se samo musí potýkat s velkým náporem migrantů ze Sýrie.

Myslím, že EU má a musí dát tímto způsobem najevo, že se o Jordánsko bude starat a že nějakým způsobem reflektuje tu nelehkou situaci, která se tam vytvořila. Takže i tato makrofinanční pomoc je jedním z takových kroků. Myslím, že bychom měli reflektovat, že Jordánsko je jednou ze zemí v regionu, kterou můžeme stále ještě považovat za spojence, že je to země, která vykazuje politickou stabilitu, ve které jsou potlačeny prvky náboženského radikálního islámského fundamentalismu, a že je to země, jejíž politici, zejména hlava státu, se těší velkému respektu v zahraničí. Proto jsem rád, že tato zpráva prošla, a já jsem ji samozřejmě podporoval.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, certainly Jordan is a beleaguered state struggling in a difficult neighbourhood. I wonder though whether we shouldn't look at the origins of a lot of the problems in that region. It is a hundred years since the Sykes-Picot Agreement and the creation of states which were effectively synthetic. Reality has imposed itself in Iraq in the sense that there is now, to all intents and purposes, an autonomous Kurdish entity, and something very similar is happening in Syria. How long before the *de jure* recognition of the world follows the *de facto* lines on the ground? It is bizarre that we remain wedded to this idea that multi-ethnic states must be superior to what people democratically choose for themselves on the ground.

Stanislav Polčák (PPE). – Jordánsko je skutečně zemí, která potřebuje naši podporu. Myslím si, že si ji plně zaslouží, a já jsem rád, že jsem mohl tuto rezoluci podpořit.

Jordánsko je zemí, která leží ve stínu těch událostí, ale tím, že je právě spjata se stínem událostí na Blízkém východě, tak na ni přímo doléhají všechny efekty a události, ke kterým v místě dochází. Pro nás by mělo být velmi důležité podporovat tuto zemi, protože ctí lidská práva, nemáme zprávy o tom, že by tam docházelo k porušování základních práv. Z tohoto důvodu jsem přesvědčen, že splňuje vlastně veškeré atributy pro to, aby jí mohla být podpora EU přiznána, a já jsem ji proto rád podpořil.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Dal 2011, l'Unione ha allocato più di 500 milioni di euro alla Giordania sotto la veste di programmi di cooperazione bilaterale sotto l'egida della politica europea di vicinato. Ciononostante, a giugno la Commissione europea ha proposto ulteriori 200 milioni di euro sotto forma di assistenza macro finanziaria (MFA).

La Giordania è uno dei paesi che più ha subito effetti negativi dalla crisi siriana, assistendo a una riduzione di turismo, di investimenti esteri, oltre ad aver subito il blocco delle vie commerciali e varie perturbazioni, imposte dall'Egitto, riguardo all'accesso al gas naturale. Nel 2015 la crescita economica è conseguentemente rallentata del 2,4% e la disoccupazione ha raggiunto nel 2016 un allarmante tasso pari al 14,6%.

Oltre alla crisi economica, la situazione in Siria ha determinato un elevato flusso migratorio verso la Giordania: ad oggi si registrano infatti più di 650 mila rifugiati siriani nei centri urbani giordani, che sottopongono l'amministrazione giordana a rilevanti sforzi in tema di trasporto, salute ed educazione.

Pur consapevole che si tratta di fondi a carico dell'erario nazionale degli Stati target, con le conseguenti esigenze di controllo, ho deciso di votare a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La «ayuda macrofinanciera» a Jordania, no es otra cosa que la intermediación de la Unión en un crédito privado de hasta 350 millones de euros como contrapartida a un programa de ajuste del FMI, que impondrá nuevos recortes a los derechos laborales y al presupuesto público de la frágil economía de Jordania. Creo que la imposición de nuevas políticas neoliberales no hará sino aumentar la inestabilidad en la región políticamente. Por ello he votado en contra.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report calls on the EU to provide support to Jordan to help it deal with the significant effects of the conflict in Syria and Iraq on its economy.

Jordan's economy has suffered from losses of its natural export market and trade routes, lower levels of tourism and direct foreign investment, and has welcomed a huge number of refugees from the neighbouring conflicts.

The EU has already granted Jordan EUR 180 million in Macro-Financial Assistance (MFA). In February, the international community pledged to undertake a comprehensive support plan for Jordan, and the EU pledged EUR 2.39 billion, including a EUR 200 million loan, for a second MFA operation under the EU-Jordan Compact.

Sinn Féin fully supports providing assistance to the Jordanian economy, especially given the burden it has taken in helping refugees, but the MFA is linked to IMF loans and programmes that impose a neoliberal agenda and 'structural reforms' – in other words, austerity. It requires Jordan to sign a Memorandum of Understanding to implement these IMF neoliberal reforms.

For this reason, and because the EU could easily have provided this assistance under other programmes, including the European Neighbourhood Initiative, we abstained on the final vote.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte et je tiens à féliciter, au passage, mon collègue Emmanuel Maurel pour la qualité de ce rapport. Nous devons fournir l'assistance la plus efficace possible à la Jordanie, et cela, dès que possible, en reconnaissant le rôle qu'elle joue face à la crise des réfugiés et en tant que partenaire fiable de longue date de l'Union européenne.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl makrofinansinės pagalbos Jordanijai. Dėl savo geografinės padėties Jordanija yra viena labiausiai Sirijos krizės paveiktų šalių. Nuo 2011 m. jos ekonomika, daugiausiai paremta paslaugomis ir pramone, yra labai paveikta regioną krečiančių neramumų. Sumažėję turistų ir tiesioginių užsienio investicijų srautai, užblokuoti prekybos keliai ir nuolatiniai gamtinių dujų tiekimo iš Egipto sutrikimai stabdo Jordanijos ūkio ekonominį augimą ir neigiamai veikia šalies biudžetą. Tačiau net tokiomis sudėtingomis sąlygomis Jordanija pasižymi tuo, kad kartu su Libanu ji yra daugiausiai pabėgėlių, palyginti su jos gyventojų skaičiumi, priimanti šalis pasaulyje ir ji įsipareigojo palengvinti pabėgėlių iš Sirijos galimybes įsidarbinti – 650 000 sirų šiuo metu yra registruoti kaip pabėgėliai, o Jordanijos valdžios institucijos mini net 1,4 mln. jos teritorijoje esančių pabėgėlių skaičių. Visas ne Jordanijos piliečių, gyvenančių šalyje, skaičius per penkerius metus padvigubėjo. Didžiausia jų dalis gyvena miestuose, todėl Jordanijos viešųjų paslaugų sektorius patiria didelį spaudimą, visų pirma sveikatos ir švietimo srityje. Jordanijos skola 2015 m. pabaigoje siekė 93,4 proc. jos BVP. Pritariu pranešėjui, kad Jordanijai susiduriant su ekonominiais sunkumais Europos Sąjunga turi įrodyti, kad remia savo partnerę, kurios pabėgėlių priėmimo politika kelia pagarbą. Svarbu, kad makrofinansinė pagalba būtų pradėta teigti nedelsiant, kad šiuo kritiniu metu Jordanija galėtų ja pasinaudoti.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη χορήγηση περαιτέρω μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής στο Χασεμιτικό Βασίλειο της Ιορδανίας, διότι η Ιορδανία αποτελεί έναν αξιόπιστο εταίρο της Ευρωπαϊκής Ένωσης έχοντας διαδραματίσει καθοριστικό ρόλο στην αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Jordanie et son économie sont affectées par la guerre en Syrie: baisse du tourisme, des investissements étrangers, blocage des routes commerciales, problèmes pour importer le gaz d'Égypte, ont freiné la croissance et pesé sur le budget. La Jordanie a subi un afflux de 1,3 millions de réfugiés syriens. Les frais seraient de 6,6 milliards de dollars depuis 2011.

Malgré la mise en place d'un programme d'ajustement avec le FMI et un prêt de 2 milliards de dollars, les problèmes persistent. La Commission propose au Parlement Européen un prêt de 200 millions d'euros à moyen terme. Ces prêts aideront la Jordanie à s'occuper des réfugiés syriens ce qui est légitime pour un pays qui prend largement sa part du fardeau dans la crise migratoire. Toutefois le FMI et l'UE demandent des ajustements structurels. L'économie jordanienne est en grave difficulté de financement et a cependant besoin de cette aide. Ces prêts sont subordonnés à la mise en place de règles imposées de l'extérieur en contradiction avec l'état actuel de la société jordanienne. Si ces règles sont appliquées avec trop de rigueur et sans mesure, cela est potentiellement dangereux pour la stabilité de ce pays. Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution as I do not believe that British taxpayers' money should be used to fund Jordan through EU institutions.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette assistance macro financière car la Jordanie est l'un des pays les plus durement touchés par la crise. Son économie a fortement été impactée par les tensions au niveau régional. Malgré tout, la Jordanie se distingue par l'accueil d'un nombre très important de populations déplacées. De fait, l'Union Européenne doit faire preuve de son soutien à cet État en réponse à sa politique d'accueil.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je ne m'oppose pas à ce que l'on apporte une assistance macrofinancière à la Jordanie ; en revanche, les présupposés et les conditions posées ne sont pas les bons.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui propose que l'Union mette à la disposition de la Jordanie une assistance macrofinancière d'un montant maximal complémentaire de 350 millions d'euros. La Jordanie, confrontée à une baisse de sa croissance économique suite notamment aux conflits en Irak et en Syrie, abrite en effet des centaines de milliers de réfugiés syriens et il convient de lui apporter une aide conséquente pour l'aider dans cet effort considérable.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Mauriel sull'assistenza macrofinanziaria a favore della Giordania. A causa della sua posizione geografica, il paese arabo si trova a subire, sin dal 2011, i contraccolpi della crisi siriana e dell'instabilità nell'intera regione, eventi che hanno causato oltre alle grandi sfide legate all'aiuto umanitario, ingenti perdite economiche soprattutto nel settore turistico e degli investimenti esteri.

Oggi la Giordania è un paese dell'accoglienza che ospita 650 000 siriani ufficialmente registrati dentro i suoi confini, sebbene le autorità giordane dichiarino la presenza sul territorio di oltre 1,4 milioni di rifugiati. Si tratta di cifre enormi, soprattutto in rapporto alla popolazione totale del paese, che rappresentano una sfida considerevole per gli stessi servizi pubblici che oggi lo Stato si trova ad offrire in condizioni completamente mutate. Il debito pubblico ha raggiunto nel 2015 il 93,4% del PIL e continua a salire.

In questo contesto, l'Unione europea ha il dovere di sostenere economicamente la Giordania, un partner fondamentale in Medio Oriente che sta progredendo nell'affermazione dei principi democratici e che dimostra un impegno generoso e meritorio con la sua politica di accoglienza dei rifugiati.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención porque, la iniciativa en sí me parece positiva y necesaria, pero se ha abordado desde un ángulo que hace muy poco probable que consiga sus objetivos, y que implica un riesgo notable de que la ayuda tenga, de hecho, un efecto contraproducente.

El objetivo de esta ayuda es ofrecer un balón de oxígeno a Jordania en vista de que su economía ha sido una de las grandes perjudicadas de la guerra en Siria. El descenso de los ingresos, unido a la llegada masiva de refugiados, ha contribuido a un aumento notable de la deuda externa. De ahí la iniciativa de ayuda macrofinanciera que hemos votado.

El motivo por el que pongo en duda que esta ayuda vaya a suponer un auténtico apoyo para la economía y la sociedad jordana, es que el instrumento está vinculado a programas de préstamo del FMI que, como condición, imponen la aplicación de reformas estructurales neo-liberales. Estas reformas, unidas a un posible incremento de la deuda pueden tener consecuencias negativas a largo plazo y no eran la mejor opción disponible.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al Sr. Maurel su trabajo en este informe sobre la ayuda macrofinanciera a Jordania. Es uno de los países más directamente afectados por la crisis de Siria, y recientemente hemos establecido una asociación cada vez más estrecha con el país hachemita. En la Conferencia de Donantes, que tuvo lugar el 4 de febrero en Londres, la comunidad internacional se comprometió a aplicar un verdadero plan global de apoyo a este país, y me parece pertinente votar a favor de este informe.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur le vote en faveur de l'octroi d'une aide macrofinancière à la Jordanie, laquelle a été et reste grandement affectée par la guerre en Syrie. Rappelons en effet que la Jordanie a d'ores et déjà accueilli plus de 1,3 million de réfugiés syriens, ce qui correspondrait à une charge financière de 6,6 milliards de dollars depuis 2011.

Avec par ailleurs un chômage à 14,6 %, un déficit budgétaire à 3,5 %, ainsi qu'un déficit de la balance courante de 11,7 % du PIB, la Jordanie subit par ailleurs de plein fouet une baisse du tourisme, des investissements étrangers ou encore des problèmes d'importation du gaz en provenance d'Égypte.

Le prêt de 200 millions d'euros proposé par la Commission européenne me semble, dans ces conditions, légitime, d'autant que la Jordanie prend plus que sa part dans la gestion des réfugiés syriens.

Je m'inquiète cependant des conditions fixées par le FMI et par l'Union européenne à la Jordanie pour bénéficier d'une aide financière. Une nouvelle fois, c'est la course au chantage des réformes structurelles, comme si l'Union européenne ne pouvait accepter qu'il puisse encore exister d'autres modèles d'organisation politique et économique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Con questo intervento si intende erogare sotto forma di prestito, assistenza macrofinanziaria alla Giordania. Nonostante le rassicurazioni della Commissione europea, ritengo che debbano essere messi in atto tutti gli strumenti di controllo a nostra disposizione per vigilare sul corretto e trasparente uso del prestito erogato.

Comunque, considerato l'impegno della Giordania nella lotta all'ISIS e il fatto che essa è in prima fila nell'assistenza ai profughi Siriani, pur non avendo goduto di trattamenti di favore dall'Ue come invece è stato per la Turchia con importi ben maggiori, ho inteso sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que se otorga una ayuda macrofinanciera a Jordania. Desde hace tiempo la Unión mantiene prósperas relaciones con Jordania y se debe reconocer el esfuerzo que realiza al ofrecer refugio y asistencia a las personas que proceden de Siria. Desde principios del 2011, la economía de Jordania se ha visto muy deteriorada a causa de una fuerte pérdida de ingresos y el descenso de inversiones extranjeras, agravado, además, por los sucesos ocurridos en Siria. Por ello, es necesario ofrecer asistencia a Jordania de la manera más rápida y eficaz posible para aliviar su situación económica.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsakė savo poziciją dėl tolesnio makrofinansinės pagalbos Jordanijos Hašimitų Karalystei teikimo. Dėl savo geografinės padėties Jordanija yra viena iš labiausiai Sirijos krizės paliestų šalių. Nuo 2011 m. jos ekonomika, daugiausiai paremta paslaugomis ir pramone, yra labiausiai veikiama regioną krečiančių neramumų. Sumažėję turistų ir tiesioginių užsienio investicijų srautai, užblokuoti prekybos keliai ir nuolatiniai gamtinių dujų tiekimo iš Egipto sutrikimai stabdė Jordanijos augimą ir darė neigiamą poveikį biudžeto padėčiai. Sirijoje ir Irake vykstantis konfliktas Jordanijos produktams uždaro jų istorinę rinką. Tokiomis sudėtingomis sąlygomis Jordanija visgi priima daug perkeltų žmonių. Kartu su Libanu ji yra daugiausiai pabėgėlių palyginti su jos gyventojų skaičiumi priimanti šalis pasaulyje ir ji įsipareigojo palengvinti pabėgėlių iš Sirijos galimybes įsidarbinti – 650 000 sirų šiuo metu yra registruoti kaip pabėgėliai, o Jordanijos valdžios institucijos mini netgi 1,4 mln. jos teritorijoje esančių pabėgėlių skaičių. Siekdama Jordanijai padėti susitvarkyti su krize ir padengti likutinį išorės finansavimo poreikį, Europos Sąjunga jau skyrė makrofinansinę pagalbą ir turi ir toliau padėti Jordanijai, kad ji galėtų įveikti jai kylančius iššūkius.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011 óta érzékenyen érintik a régiót sújtó hadicselekmények. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében: a növekedés lelassult (2,4%), és a fennmaradó, a 2016 és 2017 közötti időszakra vonatkozó külső finanszírozási igény becsült összege 3,2 milliárd USD. 2016 első félévében a kiugróan magas munkanélküliség az aktív népesség 14,6%-át (az aktív fiatalok 33%-át, az aktív nők 23,7%-át) érinti.

A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó. A cél az, hogy a makroszintű pénzügyi támogatási program mielőbb érvénybe lépjen annak érdekében, hogy Jordánia ténylegesen kihasználhassa ennek előnyeit e döntő jelentőségű időszakban. Véleményem szerint a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen kell segítséget nyújtani. A fentiek értelmében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno.* – Strinjam se z makrofinančno pomočjo Jordaniji in sem tudi podpr omenjeni dokument, saj je po svoji geografski legi ena od držav, ki jih je sirska kriza najbolj prizadela. Od leta 2011 so na njeno gospodarstvo, ki temelji predvsem na storitvenih dejavnostih in industriji, močno vplivali nemiri, ki pretresajo regijo. Upad turizma in manjši pritok neposrednih tujih naložb, zaprte trgovske poti ter stalne motnje dobave zemeljskega plina iz Egipta so v Jordaniji zavrli rast in povzročile poslabšanje njenega proračunskega stanja. Zaradi konflikta v Siriji in Iraku je ostala brez tržišč, na katerih je doslej prodajala svoje izdelke. Prav tako pa se sooča z begunskim navalom zato je prav da pokažemo nekaj solidarnosti saj gre za izredne okoliščine.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam ovo Izvješće kojim se želi osigurati najučinkovitija pomoć Jordanu što je prije moguće, prepoznavajući ulogu koju su igrali u pomoći kod rješavanja krize izbjeglica i potrebu da se pomogne njihovom gospodarstvu koje je u teškoj situaciji.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing.* – I endorsed this resolution on further macro-financial assistance to Jordan mostly because the Syrian conflict still impacts Jordan's economy by disrupting trade and causing an inflow of around 1.3 million refugees into the country since the beginning of the war.

Renata Briano (S&D), *per iscritto.* – La Giordania è uno dei paesi più direttamente colpiti dalla crisi siriana. La diminuzione del turismo e degli investimenti diretti esteri, il blocco delle rotte commerciali e le interruzioni del flusso di gas naturale dall'Egitto hanno rallentato la crescita, gravando sulla situazione finanziaria, e aumentato il fabbisogno residuo di finanziamenti.

Nonostante tale contesto, la Giordania si distingue per l'accoglienza di un considerevole numero di sfollati, che soggiornano per lo più in ambiente urbano. Ciò esercita notevole pressione sui servizi pubblici giordani, soprattutto in materia di sanità e istruzione. A fronte della crisi e per coprire il fabbisogno di finanziamenti esterni residui, l'Unione europea ha già concesso alla Giordania un'assistenza macrofinanziaria di 180 milioni di euro.

Nel quadro della grande Conferenza dei donatori, svoltasi a Londra, la comunità internazionale si è impegnata ad attuare un autentico piano globale di sostegno alla Giordania. Le donazioni promesse hanno raggiunto i 10 miliardi di dollari. Di fronte alle difficoltà economiche della Giordania, l'UE deve dar prova del proprio sostegno al suo partner, la cui politica di accoglienza dei rifugiati merita rispetto.

Pertanto si auspica che il programma di assistenza macrofinanziaria sia effettivo il prima possibile affinché possa andare concretamente a beneficio della Giordania.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Dată fiind amplasarea sa geografică, Iordania este una dintre țările direct afectate de criza din Siria. Din 2011, economia sa, bazată în principal pe servicii și pe industrie, este afectată în mod evident de tulburările care zguduie regiunea. Din cauza conflictelor din Siria și din Irak, produsele iordaniene nu se mai desfac pe aceste piețe tradiționale. În 2015, conflictele încă nestinse din țările vecine au continuat să perturbe comerțul exterior al Iordaniei.

Ca urmare a crizei și pentru a-i acoperi nevoile reziduale de finanțare externă, Uniunea Europeană a acordat deja Iordaniei o asistență macrofinanciară în valoare de 180 de miliarde de euro (decizia de acordare în 2013, plăți în 2015). Cu toate acestea, Uniunea Europeană trebuie să ajute în continuare Iordania să facă față provocărilor cu care se confruntă.

Iordania este angajată într-un parteneriat recent, dar tot mai strâns, cu Uniunea Europeană, care este al doilea partener comercial al său. După acordul de asociere, încheiat în 1997 și intrat în vigoare în 2002, Iordania s-a angajat în 2010 la un parteneriat cu „statut avansat" cu UE.

Am votat în favoarea acestui raport, având în vedere faptul că Uniunea Europeană trebuie să facă dovada sprijinului pentru partenerul său, a cărui politică de primire a refugiaților impune respect.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla concessione di ulteriore assistenza macrofinanziaria a favore del Regno hascemita di Giordania perché stiamo affrontando la più grande crisi migratoria del nostro tempo per la quale serve un aumento esponenziale della solidarietà globale.

È necessario alleviare l'onere dei Paesi che ospitano un numero ingente di rifugiati. La Giordania è uno dei paesi che offre un contributo rilevante rispetto alle dimensioni della propria popolazione, 670 mila sistemati nei campi profughi e un milione e mezzo assimilati nel Paese. Questa gente ha bisogno di aiuto umanitario subito.

Di fronte alle difficoltà economiche cui è esposta la Giordania, l'Unione europea deve dar prova del proprio sostegno per un partner come la Giordania che vive un momento così critico.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as given the economic difficulties facing Jordan, the EU must show support to its partner, whose policy of welcoming refugees is commendable. I agree that the macro-financial assistance programme is put into effect as soon as possible in order to provide tangible benefit to Jordan at this critical juncture. Overall, the number of non-Jordanian residents has doubled in five years. The vast majority of them are not in camps but in urban areas, which is putting great pressure on Jordan's public services, including health and education. Jordan's debt rose to 93.4% of GDP at the end of 2015. The macro-financial assistance will be provided in the form of loans.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Giordania, per la sua situazione geografica, è uno dei paesi più toccati dalla crisi siriana con conseguente riduzione di turismo, di investimenti esteri e blocco di vie commerciali. Ad oggi nel Paese si registrano più di 650 mila rifugiati siriani, tutti a carico dell'amministrazione giordana. Nel 2015 la crescita economica è rallentata del 2.4% con un tasso di disoccupazione pari al 14.6% nel 2016. Pur se titubante sull'utilizzo dell'assistenza macro finanziaria (MFA) e sull'effettivo controllo dei fondi in loco, considerate le circostanze in cui si trova la Giordania, ho votato a favore dell'allocazione di fondi dello strumento MFA.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση, καθώς θεωρούμε ότι, ενώπιον των οικονομικών δυσκολιών που αντιμετωπίζει η Ιορδανία, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υποστηρίξει τον εταίρο της, του οποίου η πολιτική υποδοχής των προσφύγων είναι αξιέπαινη.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση για τη χορήγηση περαιτέρω μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής στο Χασεμιτικό Βασίλειο της Ιορδανίας. Παρότι η προοπτική υποστήριξης κρατών που το έχουν ανάγκη με βρίσκει σύμφωνο, θεωρώ πως η προτεινόμενη διαδικασία δεν είναι ξεκάθαρη και δεν εγγυάται θετικά αποτελέσματα για την Ιορδανία. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Date le innumerevoli difficoltà presenti sia sul piano pratico sia su quello umano a causa dell'ingente flusso migratorio vissuto dal mio Paese in questo momento, non posso che votare a favore della relazione ed esprimere la mia vicinanza e riconoscenza al regno hashemita di Giordania per l'impegno profuso nei confronti dei profughi accolti.

La Giordania, invero, non è stata soltanto colpita violentemente dalla crisi siriana, la quale ha portato all'arrivo di 650 mila profughi (nonostante fonti non ufficiali parlino di 1,4 milioni di persone migrate nel regno), ma, come se non bastasse, dal 2011 è afflitta dal calo turistico e degli investimenti diretti esteri. A ciò vanno ad aggiungersi il blocco dei traffici commerciali e le ripetute interruzione del flusso di gas naturale dall'Egitto. Attualmente la disoccupazione ammonta al 14% e il debito è pari al 93,4% del PIL.

Conseguentemente, l'UE metterà a disposizione un'assistenza massima pari a EUR 350 mln per il sostegno alla stabilizzazione economica. Tale fondo è subordinato all'adozione di riforme strutturali e alla solidità delle finanze pubbliche comprensive di un calendario per il loro soddisfacimento. Le condizioni da soddisfare sono negoziate dalla Commissione e qualora non dovessero venire soddisfatte, l'erogazione verrà sospesa o temporaneamente cancellata.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council providing further macro-financial assistance to the Hashemite Kingdom of Jordan.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento in quanto la Giordania è uno dei paesi più direttamente colpiti dalla crisi siriana. Dal 2011 l'economia giordana, fondata soprattutto sui servizi e sull'industria, sta subendo in modo significativo le turbolenze che scuotono la regione. Nonostante questa critica situazione finanziaria, la Giordania si sta distinguendo per l'accoglienza di un considerevole numero di sfollati. Ritengo quindi corretto che l'UE aiuti con un prestito questo Paese al fine di aiutarlo, in questo difficile momento, a riequilibrare la sua bilancia dei pagamenti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La «ayuda macrofinanciera» a Jordania, no es otra cosa que la intermediación de la Unión en un crédito privado de hasta 350 millones de euros como contrapartida a un programa de ajuste del FMI, que impondrá nuevos recortes a los derechos laborales y al presupuesto público de la frágil economía de Jordania. Creo que la imposición de nuevas políticas neoliberales no hará sino aumentar la inestabilidad en la región políticamente. Por ello he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La Giordania è uno dei Paesi che ha maggiormente sofferto gli effetti della crisi siriana a causa dell'arrivo dei rifugiati siriani. Dall'inizio della crisi siriana l'Unione ha stanziato a favore della Giordania quasi 1,130 miliardi di euro. Tuttavia, il governo giordano ha sottolineato che i costi dell'emergenza sono stati particolarmente ingenti, a causa dell'impatto sul mercato del lavoro, sul settore turistico, sul commercio e sul sistema scolastico. Oltre a ciò, il sostegno finanziario fornito sinora dai Paesi del Consiglio di cooperazione del Golfo è diminuito.

Pertanto, ho votato a favore di questa risoluzione che ribadisce l'impegno dell'Unione nel sostenere gli sforzi della Giordania che deve affrontare gli attuali problemi economici e sociali e ad attuare le necessarie riforme. In quanto paese coperto dalla politica europea di vicinato, la Giordania è stata ammessa a ricevere una tornata supplementare di assistenza macro-finanziaria dell'Unione, pari a 200 milioni di euro in forma di prestiti.

L'assistenza macro-finanziaria dell'UE intende ripristinare la sostenibilità della situazione finanziaria esterna della Giordania e sostenere il programma di riforme strutturali del paese, in modo complementare alle risorse già stanziate dall'accordo con il FMI per coprire il fabbisogno della bilancia dei pagamenti.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Dată fiind amplasarea sa geografică, Iordania este una dintre țările direct afectate de criza din Siria. Din 2011, economia sa, bazată în principal pe servicii și pe industrie, este afectată în mod evident de tulburările care zguduie regiunea. Scăderea turismului și a investițiilor străine directe, blocarea rutelor comerciale și perturbările repetate ale aprovizionării cu gaz natural provenit din Egipt au frânat creșterea economică a Iordaniei și au avut un impact asupra situației sale bugetare. În ultimii cinci ani, numărul rezidenților străini s-a dublat. Autoritățile din Iordania vorbesc despre aproximativ 1,4 milioane de refugiați sirieni aflați pe teritoriul țării, serviciile publice abia mai făcând față numărului de oameni.

Am votat pentru ca acordul de asistență macrofinanciară să intre în vigoare în cel mai scurt timp, pentru ca Iordania să poată profita de acesta în aceste momente decisive.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011 óta érzékenyen érintik a régiót sújtó zavargások. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is jelentős zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében.

A „Segítségnyújtás Szíriának és a térségnek" címmel a múlt év február 4-én Londonban tartott nagyszabású donorkonferencia keretében a nemzetközi közösség kötelezettséget vállalt arra, hogy Jordánia támogatására egy valódi globális tervet hajtson végre. A felajánlások összege elérte a 10 milliárd dollárt. Ebből az összegből az Unió 2,39 milliárd eurót ajánlott fel, beleértve egy 200 millió euró összegű kölcsönt is a Jordániára irányuló második makroszintű pénzügyi támogatási művelet céljából. A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó.

A jelentést szavazatommal támogattam, hiszen meggyőződésem, hogy a leghatékonyabb az, ha a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen nyújtunk segítséget.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Poparłem pomoc makrofinansową dla Jordańskiego Królestwa Haszymidzkiego.

Nieustanne konflikty u sąsiadów Jordanii, w Iraku i Syrii, wywierają bardzo duży wpływ na gospodarkę tego kraju. Negatywne w skutkach działania wojenne pozostawiają Królestwo w złej kondycji gospodarczej. Udzielenie wsparcia pozwoli na priorytetowe partnerstwo na przyszłość. Uzasadnieniem poparcia dla przyznania środków są wysiłki Królestwa Jordanii w zakresie polityki migracyjnej wyrażającej się w przyjmowaniu uchodźców z Syrii, a także walka z wyzwaniami, jakie niesie ze sobą udzielanie im wsparcia. Należy podkreślić, iż ważnym aspektem w tej sprawie jest stworzenie instrumentów nadzorujących prawidłowe wykorzystanie funduszy przez państwo będące beneficjentem. W związku z powyższym zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Jordan is playing an important role by assisting in the refugee crisis and is also a long-standing reliable partner to the EU. I am in favour of the report that makes macro financial assistance (MFA) available to Jordan for a total maximum amount of EUR 200 million, provided in the form of a medium-term loan, as I believe the EU must support such a valuable partner.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Conflictul din vecinătate a determinat o accentuare a dificultăților economice cu care se confruntă Iordania în ultima perioadă: scăderea turismului și a investițiilor străine directe, blocarea rutelor comerciale și perturbările repetate ale aprovizionării cu gaz natural provenit din Egipt, pe de o parte, și creșterea șomajului - care a afectat doar în primul semestru din 2016 14,6 % din populația activă (33 % dintre tinerii activi, 23,7 % dintre femeile active) -, pe de altă parte. În paralel, 650 000 de sirieni sunt înregistrați oficial ca refugiați, iar autoritățile din Iordania vorbesc chiar despre un număr de 1,4 milioane.

În aceste condiții, Uniunea Europeană trebuie să facă dovada sprijinului pentru partenerul său. Susțin poziția raportorului, care dorește ca programul de asistență macrofinanciară să intre în vigoare cât mai curând posibil, pentru ca Iordania să poată profita concret de el în aceste momente decisive.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – In ragione della difficile situazione economica e finanziaria in cui versa il Regno di Giordania, aggravata da importanti flussi di rifugiati che, fuggendo dalla guerra e dalla violenza che imperversa nella vicinia Siria, cercano protezione all'interno del Paese, il Parlamento europeo ha deciso di procedere a una rapida adozione della proposta di assistenza macrofinanziaria dell'UE a favore della Giordania.

In particolare, il regolamento si compone di due rate da 100 milioni di euro ciascuna, da erogarsi in due *tranche* tra la fine del 2016 e il secondo trimestre 2017, le cui operazioni saranno gestite e monitorate direttamente dalla Commissione europea.

In virtù dell'importante ruolo che la Giordania ha svolto e continua a svolgere nel fronteggiare la crisi dei rifugiati siriani, nonché del difficile momento economico in cui versa la sua economia, mi sono espresso favorevolmente per l'adozione di questo provvedimento, nei confronti di un Paese che si trova in prima linea nel fronteggiare, assieme all'Europa, una crisi migratoria senza precedenti.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de codécision fait suite à la proposition de la Commission Européenne de mettre à la disposition de la Jordanie une assistance macrofinancière d'un montant global maximal de 200 millions d'euros dans le but de soutenir l'économie nationale dans un contexte de conflits militaires en Syrie et en Irak. Considérant que l'Union Européenne subit, à travers les flux de réfugiés, les conséquences désastreuses des conflits syriens et irakiens, au même titre que la Jordanie, et que l'Union Européenne se doit de soutenir ses partenaires dans une logique de codéveloppement, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la décision portant attribution d'une nouvelle assistance macrofinancière à la Jordanie. L'instabilité du Proche et Moyen Orient ont mis à mal l'économie de la Jordanie, un allié important dans la lutte contre Daech, et un partenaire clé dans l'accueil des réfugiés fuyant les conflits de la région. C'est pourquoi je suis favorable à l'augmentation du montant maximal de l'assistance macrofinancière jusqu'à 200 millions d'euros. Afin d'être assurée de l'utilisation optimale de ces fonds, il est important que la Commission convienne, avec les autorités jordaniennes, des conditions auxquelles l'assistance macrofinancière de l'Union doit être subordonnée.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011 óta érzékenyen érintik a régiót sújtó zavargások. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében: a növekedés lelassult (2,4%), és a fennmaradó, a 2016 és 2017 közötti időszakra vonatkozó külső finanszírozási igény becsült összege 3,2 milliárd USD. 2016 első félévében a kiugróan magas munkanélküliség az aktív népesség 14,6%-át (az aktív fiatalok 33%-át, az aktív nők 23,7%-át) érinti.

A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó. A cél az, hogy a makroszintű pénzügyi támogatási program mielőbb érvénybe lépjen annak érdekében, hogy Jordánia ténylegesen kihasználhassa ennek előnyeit e döntő jelentőségű időszakban. A Fidesz–KDNP néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen az összhangban áll a magyar kormány azon törekvésével, hogy a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen nyújthassunk segítséget.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport.

La Jordanie et son économie sont affectées par la guerre en Syrie: baisse du tourisme, des investissements étrangers, blocage des routes commerciales, problèmes pour importer le gaz d'Egypte, ont freiné la croissance et pesé sur le budget.

Un accord de financement est en passe d'être conclu avec l'Union européenne et le FMI. Nous approuvons cette aide apportée à un État fortement déstabilisé, à la réserve des réformes structurelles exigées de la Jordanie par les deux institutions susvisées.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно предоставянето на макрофинансова помощ за Йордания на стойност 200 милиона евро. Страната и нейната икономика бяха засегнати в значителна степен от продължаващите конфликти в съседните Ирак и Сирия. Предстои през следващата година Комисията да предостави своята оценка и да реши, ако счете за необходимо, дали тази помощ да бъде удължена и увеличена. Безспорен е фактът, че Кралство Йордания полага усилия за приемане на сирийски бежанци за разлика от някои от другите страни в региони, като Саудитска Арабия, но в ситуацията на криза, в която се намира ЕС, той трябва внимателно да следи дали средствата, които отпуска, се използват коректно от получаващата ги страна. Смятам, че ако това условие бъде изпълнено и ако Йордания продължи да приема бежанци, помощта към страната не бива да спира.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Ενώπιον των οικονομικών δυσκολιών που αντιμετωπίζει η Ιορδανία, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υποστηρίξει τον εταίρο της, του οποίου η πολιτική υποδοχής των προσφύγων είναι αξιέπαινη.

Όμως, τα 350 εκατομμύρια που προτείνει η έκθεση ως μακροοικονομική συνδρομή της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην Ιορδανία είναι απλά εμπαιγμός και προτείνω τον τριπλασιασμό τους, αφαιρώντας αντίστοιχα ποσά από τα κονδύλια που προορίζονται για την Τουρκία.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011 óta érzékenyen érintik a régiót sújtó zavargások. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében: a növekedés lelassult (2,4%), és a fennmaradó, a 2016 és 2017 közötti időszakra vonatkozó külső finanszírozási igény becsült összege 3,2 milliárd USD. 2016 első félévében a kiugróan magas munkanélküliség az aktív népesség 14,6%-át (az aktív fiatalok 33%-át, az aktív nők 23,7%-át) érinti.

A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó. A cél az, hogy a makroszintű pénzügyi támogatási program mielőbb érvénybe lépjen annak érdekében, hogy Jordánia ténylegesen kihasználhassa ennek előnyeit e döntő jelentőségű időszakban. A Fidesz–KDNP néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen az összhangban áll a magyar kormány azon törekvésével, hogy a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen nyújthassunk segítséget.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the granting of macro financial assistance to Jordan from the International Trade Committee. Successful policies and agreements on trade are in the interests of Wales as of the rest of the EU.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório debruça-se sobre a assistência macrofinanceira à Jordânia. A proposta consiste no aumento do valor desta assistência em 150 milhões. Propõe-se conceder um valor total de 350 milhões de euros, que «deve incluir um calendário para o cumprimento» de condições financeiras.

Ora, este tipo de assistência tem tipicamente associadas exigências de «reformas estruturais e macroeconómicas», que sabemos bem o que significam e que repudiamos: desregulação e liberalização de diversos sectores da economia, ataques ao papel do Estado e às suas funções sociais, privatizações, enfim, tudo sob pretexto da conformação do Estado às regras da «economia de mercado».

Em alternativa, apoiamos o princípio da cooperação e da genuína ajuda ao desenvolvimento, que importa aprofundar, no respeito pela vontade e opções soberanas de cada Estado, livre de condições ou imposições de «reformas», destinadas, fundamentalmente, a impor um modelo assente na liberalização total da vida económica dos países.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla presente relazione poiché essa consentirà alle autorità fiscali l'accesso alle informazioni in materia di antiriciclaggio nel quadro della corretta applicazione della direttiva relativa alla cooperazione amministrativa (DAC). In particolare, attraverso questa modifica, si cercherà di creare una maggiore omogeneità in materia di antiriciclaggio a livello UE, garantendo tanto l'accesso alle informazioni relative alla titolarità effettiva, quanto adeguate procedure di verifica della clientela.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Jordánsko čelí vážnym ekonomickým a finančným problémom v dôsledku situácie v Sýrii. Predmetný návrh obsahuje makrofinančný záväzok Európskej únie voči Jordánsku vo výške 200 miliónov EUR, ktorý by mal byť poskytnutý ako strednodobá pôžička, ktorá pomôže Jordánsku pri financovaní externých potrieb krajiny v rokoch 2016-2017. Európska komisia uvažuje v budúcnosti o dohode s Jordánskom, ktoré by sa malo zaviazať k uskutočneniu potrebných štrukturálnych reforiem, ktoré by mali krajine priniesť udržateľný ekonomický rast.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione che aiuta la Giordania, uno dei pochi paesi stabili del Medio Oriente che accoglie i rifugiati siriani e lotta contro l'Isis.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Ενώπιον των οικονομικών δυσκολιών που αντιμετωπίζει η Ιορδανία, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υποστηρίξει τον εταίρο της, του οποίου η πολιτική υποδοχής των προσφύγων είναι αξιέπαινη. Για τον λόγο αυτό υπερψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη χορήγηση περαιτέρω μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής στο Χασεμιτικό Βασίλειο της Ιορδανίας.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Kingdom of Jordan both needs and deserves substantial financial help from the EU. The chaotic regional context massively impacts Jordan's economy, social systems and public services, which makes its debt ratio barely sustainable. Meanwhile, its continued commitment in dealing with the refugees' crisis with dignity (it welcomes around 1.3 million Syrians) ought to be praised. Thanks to our work in the European Parliament the Commission will have to propose, in addition to this year's EUR 200 million, an extra macro-financial assistance operation of at least the same amount in 2017.

The second macro-financial assistance package will help the country to cover part of its external financing needs in 2016-2017, while supporting reforms aimed at alleviating the balance of payments and budgetary needs, improving the investment climate and strengthening economic integration with the EU.

It is also intended to support efforts to boost economic growth and job creation.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que Jordania, debido a su situación geográfica, es uno de los países más afectados directamente por la crisis siria, ya que acoge a un gran número de refugiados. Del mismo modo, debemos tener presente que el descenso del turismo y de las entradas de inversiones extranjeras directas, el bloqueo de las rutas comerciales y las perturbaciones reiteradas del suministro de gas natural procedente de Egipto han frenado el crecimiento del país. El conflicto en Siria e Irak sigue perturbando el comercio exterior de Jordania, por lo que el crecimiento económico se ha desacelerado (2,4 %), y el desempleo afectaba al 14,6 % de la población activa (a un 33 % de los jóvenes activos y a un 23,7 % de las mujeres activas). Ante las dificultades económicas a las que se enfrenta Jordania, la Unión debe apoyar a su socio, por lo que debemos apoyar el programa de ayuda macrofinanciera para que Jordania pueda hacer uso de él en este momento decisivo.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – La Giordania è uno dei paesi più colpiti dalle crisi siriana e migratoria; essa è un partner fondamentale per evitare che la sempre crescente violenza continui la sua impennata. La sua stabilità è importante sia per la regione che per l'Europa. L'economia di questo paese è stata colpita, in particolare, nel settore del turismo, degli investimenti stranieri e del commercio internazionale e interno.

A causa di questi fattori la Giordania ha dovuto affrontare un rallentamento della crescita economica e la crescita annua è ora pari all'1,9% del PIL. Il paese si trova di fronte anche un tasso di disoccupazione crescente, con il tasso di disoccupazione ufficiale ora al 15,8%.

La Giordania è il secondo Paese al mondo per numero di rifugiati e ci sono attualmente più di 650 000 siriani e 58 000 iracheni ufficialmente registrati nel paese. Trovare una stabilità economica e sociale è quindi importante per la Giordania, per la regione e per l'Europa.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del PE del 24 novembre 2016 sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla concessione di ulteriore assistenza macrofinanziaria a favore del regno hascemita di Giordania perché dallo scoppio del conflitto in Siria nel 2011 l'Unione si è impegnata esplicitamente ad aiutare la Giordania ad affrontare le conseguenze economiche e sociali della crisi siriana, in particolare la presenza di un gran numero di rifugiati siriani sul territorio giordano, e ha aumentato il sostegno finanziario al paese, rafforzando la cooperazione in molti settori, fra cui la società civile, il sistema elettorale, la sicurezza, lo sviluppo regionale e le riforme sociali ed economiche.

Dall'inizio della crisi siriana l'Unione ha stanziato a favore della Giordania quasi 1,130 miliardi di EUR, a vario titolo (assistenza finanziaria, nell'ambito del normale programma di cooperazione bilaterale per la Giordania, aiuto umanitario). Inoltre, dal 2011 la BEI ha messo a disposizione prestiti per un importo di 264 milioni di EUR.

Saluto favorevolmente il diritto all'informazione sull'attuazione dell'assistenza che il PE ha rivendicato. Entro il 30 giugno di ogni anno la Commissione presenta al PE e al Consiglio una relazione sull'attuazione della decisione nel corso dell'anno precedente.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Das Königreich Jordanien leistet in der aktuellen Flüchtlingskrise Unglaubliches. Obwohl nur 6,5 Millionen Einwohner in Jordanien leben, haben dort über 1,5 Millionen Flüchtlinge Zuflucht gefunden. Schon allein vor diesem Hintergrund begrüße ich die Fortführung der Makrofinanzhilfen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Aufgrund der Konflikte in Syrien und im Irak sehen sich die jordanische Regierung und die jordanische Wirtschaft erheblichen Herausforderungen ausgesetzt. So sind in den letzten Jahren massive Flüchtlingsströme nach Jordanien gekommen. Weiterhin blieb der Tourismus nach Jordanien weitgehend aus und ausländische Direktinvestitionen gingen massiv zurück.

Die Europäische Union sollte Jordanien in der Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien und dem Irak beistehen und Jordanien finanzielle Hilfen zukommen lassen.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as I don't believe that tax payer's money should be used in this way.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which concerns EU financial assistance to Jordan. This support is vital given Jordan is struggling with an unsustainable level of debt due to conflicts in its neighbourhood. Meanwhile, the country is an important partner in addressing other consequences of the regional crises, welcoming around 1.3 million Syrians. I therefore welcome that the Commission will propose, in addition to this year's EUR 200 million, an extra macro-financial assistance operation of at least the same amount in 2017.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención porque, la iniciativa en sí me parece positiva y necesaria, pero se ha abordado desde un ángulo que hace muy poco probable que consiga sus objetivos, y que implica un riesgo notable de que la ayuda tenga, de hecho, un efecto contraproducente.

El objetivo de esta ayuda es ofrecer un balón de oxígeno a Jordania en vista de que su economía ha sido una de las grandes perjudicadas de la guerra en Siria. El descenso de los ingresos, unido a la llegada masiva de refugiados, ha contribuido a un aumento notable de la deuda externa. De ahí la iniciativa de ayuda macrofinanciera que hemos votado.

El motivo por el que pongo en duda que esta ayuda vaya a suponer un auténtico apoyo para la economía y la sociedad jordana, es que el instrumento está vinculado a programas de préstamo del FMI que, como condición, imponen la aplicación de reformas estructurales neo-liberales. Estas reformas, unidas a un posible incremento de la deuda pueden tener consecuencias negativas a largo plazo y no eran la mejor opción disponible.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie pomocy finansowej dla Jordańskiego Królestwa Haszymidzkiego.

Jordania z uwagi na swoje położenie geograficzne znalazła się w trudnej sytuacji, gdyż prowadzone tuż przy jej granicach działania wojenne w Syrii i Iraku wywarły duży wpływ na gospodarkę tego kraju. Aktualnie Jordania jest jednym z krajów najbardziej dotkniętych kryzysem syryjskim – spadek wpływów z turystyki i bezpośrednich inwestycji zagranicznych, blokowanie tras handlowych i powtarzające się zakłócenia dostaw gazu ziemnego z Egiptu zahamowały wzrost gospodarczy w Jordanii oraz wywarły negatywny wpływ na jej sytuację budżetową.

W mojej ocenie należy wesprzeć wysiłki Jordanii w kwestii przyjmowania uchodźców i udzielania im wsparcia.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which concerns EU financial assistance to Jordan. This support is vital given Jordan is struggling with an unsustainable level of debt due to conflicts in its neighbourhood. Meanwhile, the country is an important partner in addressing other consequences of the regional crises, welcoming around 1.3 million Syrians.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Αν και συμμεριζόμαστε πλήρως την ανάγκη ενίσχυσης της ιορδανικής οικονομίας, η οποία δοκιμάζεται εξαιτίας και της φιλοξενίας που παρέχει η χώρα σε εκατομμύρια πρόσφυγες από τη Συρία, εντούτοις ψηφίσαμε αποχή, αφού η υπό εξέταση μακροοικονομική χρηματοδοτική συνδρομή της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνδέεται άμεσα με προγράμματα του ΔΝΤ τα οποία επιβάλλουν νεοφιλελεύθερες διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις και ήδη εφαρμόζονται στη χώρα.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I support giving further aid to Jordan. Jordan has had to handle the effects of the war in Syria, including hosting more than one million Syrian refugees. As a result, I believe that the EU should provide assistance to the Jordanian authorities on clearly defined economic policy and financial conditions, focusing on structural reforms and sound public finances.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht definiert die Finanzhilfen im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Königreich Jordanien über ein Darlehen von 200 Millionen EUR. Die liberal-konservativen Reformer unterstützen dies vor dem Hintergrund der Krise in Syrien und der Bedeutung der Leistungen Jordaniens in der Flüchtlingsproblematik. Diese Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der geopolitischen Stabilisierung der Region. Ferner ist das jordanische Königshaus international anerkannt und das Land hat seinen Reformwillen in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt. Somit ist das Darlehen trotz des hohen Schuldenstandes von 93,4 % des BIP sinnvoll (Stand 2015) und ich konnte dem Bericht zustimmen.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o Prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o pružanju daljnje makrofinancijske pomoći Hašemitskoj Kraljevini Jordanu (COM(2016)0431 – C8-0242/2016 – 2016/0197(COD)), s obzirom da se radi o zemlji partneru EU-a koja je posljednjih godina izuzetno teško pogođena stanjem u okruženju, zbog čega je izgubila znatan dio svog tradicionalnog tržišta. Unatoč tome Jordan je država koja je očuvala stabilnost te postigla određene demokratske napretke. Osim direktne gospodarske štete koja je nastala ratom u Iraku i Siriji posebno je bitno naglasiti humanitarnu ulogu Jordana u kojem se nalazi prema službenim podacima 650 000 izbjeglica a neslužbeno i preko milijun izbjeglica. Sve to opterećuje gospodarsku i društvenu stabilnost ove zemlje te je nužno stvoriti pretpostavke za što brže aktiviranje pomoći EU-a.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les événements au Moyen-Orient ont conduit à un afflux de plus d'un million de réfugiés syriens en Jordanie, d'où un fardeau de plusieurs milliards de dollars. Il est naturel que nous nous portions au secours de ce pays dans la tourmente migratoire, bien que je ne m'associe pas aux demandes du FMI et de l'UE d'ajustements structurels.

Je me suis abstenu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Emmanuel Maurel sur le soutien financier à la Jordanie. Largement soutenue par les parlementaires, cette assistance prendra la forme d'un prêt de 200 millions d'euros au nom de l'UE. En tant que partenaire de l'Union dans la lutte contre le terrorisme au Moyen-Orient, l'économie jordanienne a été fortement impactée par le conflit en Syrie: baisse du tourisme et accueil massif de réfugiés sur son territoire. Cette aide permettra au royaume hachémite de mettre en place les réformes structurelles nécessaires pour relancer son économie.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution afin d'attribuer une assistance macrofinancière de 200 millions d'euros à la Jordanie, pays très affecté par les conflits en Syrie et en Irak.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Η μακροοικονομική ενίσχυση της Ιορδανίας αποτελεί ζήτημα που πρέπει να εξετάσουμε όχι μόνο με οικονομικούς όρους αλλά κυρίως με γεωπολιτικούς και στρατηγικούς. Η Ιορδανία ευρίσκεται σε μία διαδικασία ενίσχυσης των εταιρικών της σχέσεων με την Ευρωπαϊκή Ένωση και έχει μία οικονομία που εξαιτίας της γεωγραφικής εγγύτητας ζημιώθηκε σε μεγάλο βαθμό από την συριακή κρίση. Επιπλέον η Ιορδανία, μαζί με τον Λίβανο, έχει τη μεγαλύτερη εισροή Σύρων μεταναστών σε σχέση με τον πληθυσμό της σε όλο τον κόσμο. Είναι επομένως στρατηγική προτεραιότητα να ενισχύσουμε στη φάση αυτή την Ιορδανία που εξελίσσεται σε στρατηγικό εταίρο μας στην περιοχή λόγω των συνθηκών.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter stellt im vorliegenden Bericht die erheblichen finanziellen Einbußen und Lasten, die Jordanien derzeit infolge der regionalen Konflikte zu tragen hat, vor. In Anbetracht dieser Tatsache und aufgrund der Tatsache, dass Jordanien zukünftig zu einer effizienteren Bekämpfung der Migrationskrise beitragen kann, ist eine Finanzhilfe für dieses Land nicht abzulehnen. Daher stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report providing finance support to Jordan. This support is vital given Jordan is struggling with an unsustainable level of debt due to conflicts in its neighbourhood.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht definiert die Finanzhilfen im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Königreich Jordanien über ein Darlehen von 200 Millionen EUR. Die liberal-konservativen Reformer unterstützen dies vor dem Hintergrund der Krise in Syrien und der Bedeutung der Leistungen Jordaniens in der Flüchtlingsproblematik. Diese Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der geopolitischen Stabilisierung der Region. Ferner ist das jordanische Königshaus international anerkannt und das Land hat seinen Reformwillen in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt. Somit ist das Darlehen trotz des hohen Schuldenstandes von 93,4 % des BIP sinnvoll (Stand 2015) und ich konnte dem Bericht zustimmen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011 óta érzékenyen érintik a régiót sújtó zavargások. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében: a növekedés lelassult (2,4%), és a fennmaradó, a 2016 és 2017 közötti időszakra vonatkozó külső finanszírozási igény becsült összege 3,2 milliárd USD. 2016 első félévében a kiugróan magas munkanélküliség az aktív népesség 14,6%-át (az aktív fiatalok 33%-át, az aktív nők 23,7%-át) érinti.

A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó. A cél az, hogy a makroszintű pénzügyi támogatási program mielőbb érvénybe lépjen annak érdekében, hogy Jordánia ténylegesen kihasználhassa ennek előnyeit e döntő jelentőségű időszakban. A Fidesz–KDNP néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen az összhangban áll a magyar kormány azon törekvésével, hogy a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen nyújthassunk segítséget.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained from voting on macro-financial assistance to Jordan since while I highly appreciate the huge efforts of Jordanian society and government in hosting millions of Syrian refugees and I recognise the necessity to assist Jordan, I am in principle against the 'structural reforms', adjusted to any macro-financial assistance agreement.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям ЕС да предостави макрофинансова помощ за Йордания. Йордания е една от държавите, най-пряко засегнати от кризата в Сирия. Програмата за макрофинансова помощ трябва да бъде ефективна, защото Йордания е страната, приела най-голям брой разселени лица.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport car il a certes le mérite d'aider la Jordanie, courageux pays qui lutte contre Daech. Mais il conditionne son aide financière au respect du pluralisme parlementaire, sans se demander s'il est légitime d'imposer ainsi une démocratie «à l'occidentale».

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Il est normal d'aider la Jordanie qui prend largement sa part du fardeau concernant les migrants syriens. Le prêt de l'UE de 200 millions d'euros est légitime. Ces prêts sont toutefois subordonnés à la mise en place de règles imposées de l'extérieur en contradiction avec l'état actuel de la société jordanienne, avec des objectifs qui pourraient nuire à la stabilité de la société jordanienne. Je me suis donc abstenu sur ce vote.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque desde principios de 2011, la economía de Jordania se ha visto muy afectada por los acontecimientos internos relacionados con la Primavera Árabe y por la agitación en la región, principalmente en los países vecinos Irak y Siria. En un entorno mundial deteriorado, Jordania está sufriendo una pérdida de ingresos y una fuerte presión en sus finanzas pública.

La situación de Jordania se ha visto agravada en los últimos tiempos por el conflicto en Siria, que ha provocado la entrada de aproximadamente 1,3 millones de personas refugiadas en el país, según estimaciones de la Comisión Europea. En este contexto, la Comisión ha propuesto la concesión de una ayuda macrofinanciera a este país, en forma de crédito a medio plazo. El objetivo es compensar la necesidad de financiación exterior para 2016-2017, sobre la base de estimaciones del FMI. La ayuda será gestionada por la Comisión y viene acompañada de disposiciones para la prevención de fraude y otras irregularidades, en consonancia con el Reglamento Financiero.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Jordania, país con el estatuto de «socio avanzado» de la Unión, está enfrentándose a una serie de dificultades económicas. En efecto, es uno de los países que más se ha visto afectado por la crisis siria, debido al descenso de turismo y el bloqueo de rutas comerciales.

Sin embargo, un gran número de desplazados han sido acogidos por Jordania, habiéndose comprometido a facilitar el acceso a empleo por parte de los sirios que han llegado.

Doy mi voto favorable a la concesión de esta ayuda macrofinanciera ya que la Unión ha de apoyar a su socio que tan solidariamente ha acogido a tantos refugiados.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht definiert die Finanzhilfen im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Königreich Jordanien über ein Darlehen von 200 Millionen EUR. Die liberal-konservativen Reformer unterstützen dies vor dem Hintergrund der Krise in Syrien und der Bedeutung der Leistungen Jordaniens in der Flüchtlingsproblematik. Diese Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der geopolitischen Stabilisierung der Region. Ferner ist das jordanische Königshaus international anerkannt und das Land hat seinen Reformwillen in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt. Somit ist das Darlehen trotz des hohen Schuldenstandes von 93,4 % des BIP sinnvoll (Stand 2015) und ich konnte dem Bericht zustimmen.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Kraljevina Jordan je jedna od zemalja koja je izravno pogođena sirijskom krizom. Jordansko gospodarstvo se već godinama ne razvija, ali bez obzira na tešku situaciju u kojoj se nalazi, Jordan je među onim država koje su primile najviše izbjeglica.

S obzirom da je Jordan još 2010.godine dobio status „naprednog partnera" Europske unije, EU je odlučila dati makrofinancijsku pomoći u iznosu od 200 milijuna eura zbog krajnje nužnog programa reformi i gospodarske stabilizacije. Kako bi se osigurala ključna stabilnost u regiji, a s obzirom da uvijek postoji mogućnost da Europska komisija privremeno obustavi ili prekine isplatu u slučaju da Jordan ne ispuni sve zadane uvjete, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support Parliament's position that the European Union should make macro-financial assistance of a maximum amount of EUR 350 million available to Jordan instead of the EUR 200 million that the Commission has proposed. Jordan is now in a very difficult situation because of the war in Syria. But Jordan remains a stable state that manages to help a lot of Syrian refugees.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Podporujem návrh na poskytnutie makrofinančnej pomoci Jordánsku vo výške 350 miliónov eur, a to na účely podpory stabilizácie hospodárstva a programu reforiem. Jordánska sa priamo dotýka konflikt v Sýrii, čo oslabuje hospodárstvo založené na službách a priemysle. Napriek tomu táto krajina prijíma pomerne vysoký počet vysídlencov. Tým prispieva k riešeniu utečeneckej krízy. Poskytnutie makrofinančnej pomoci je podmienené rešpektovaním demokratických mechanizmov vrátane pluralitného parlamentného systému, zásad právneho štátu a dodržiavania ľudských práv.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη χορήγηση περαιτέρω μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής στο Χασεμιτικό Βασίλειο της Ιορδανίας για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal providing further macro-financial assistance to the Hashemite Kingdom of Jordan. Jordan has shown great levels of stability amidst conflict and tension in neighbouring Syria, which have had their impact in the country. Jordan is suffering from lower levels of tourism and foreign direct investment, blocked trade routes and disruptions to the flow of natural gas from Egypt. Since the EU considers Jordan an effective ally for maintaining excellent relations with the Gulf countries, it is important that the EU continues supporting the country. Without further ado, my vote was positive since macro-financial assistance shows signs of benefitting both the European Union and Jordan's critical position in the Middle East.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – A Jordânia enfrenta neste momento enormes desafios económicos agravados pela resposta solidária de acolhimento de um muito elevado número de refugiados do conflito sírio. Nesse sentido, recorreu à UE para um pacote de ajuda financeira.

Sendo essa ajuda fundamental, os montantes envolvidos - que ficam muito aquém do necessário - e a condicionalidade imposta pelas instituições europeias levarão a doses massivas de austeridade que penalizará o povo jordano.

Por estas razões, abstive-me.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – La Jordanie est confrontée à plusieurs crises: sur le plan économique — du fait du blocage de ses routes commerciales traditionnelles -, sur le plan financier — avec un budget exsangue — et sur le plan social — son taux de chômage atteint des sommets historiques. Et pourtant, les autorités et le peuple jordanien affrontent avec humanité les défis qui se présentent à eux, comme celui d'accueillir de la meilleure manière le million de réfugiés déplacés en Jordanie par les conflits meurtriers de la zone irako-syrienne.

L'Union européenne a déjà pris plusieurs mesures pour soutenir la Jordanie dans cette période difficile: elle a délivré diverses aides techniques, financières et humanitaires; a flexibilisé les «règles d'origine» applicables aux produits jordaniens exportés; et va potentiellement entamer prochainement les négociations pour un partenariat commercial asymétrique. Cependant, c'est au projet de nouvelle assistance macrofinancière que mon rapport s'est intéressé: je me félicite que le Parlement européen se soit mis à la hauteur de l'urgence en se rangeant à ma suggestion d'approuver, en plus des 200 millions d'euros prévus cette année, le principe d'une nouvelle opération, pour la Jordanie, d'au moins 200 millions supplémentaires au cours de l'année 2017.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Makrofinanzieller Unterstützung für Jordanien, das mit erheblichen Einbußen und Lasten bedingt durch regionale Konflikte zu kämpfen hat, stimme ich zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už finansinės paramos Jordanijai suteikimą. Jordanija kartu su Libanu yra daugiausiai pabėgėlių palyginti su jos gyventoju skaičiumi priimanti šalis pasaulyje ir ji įsipareigojo palengvinti pabėgėlių iš Sirijos galimybes įsidarbinti – 650 000 sirų šiuo metu yra registruoti kaip pabėgėliai, o Jordanijos valdžios institucijos mini netgi 1,4 mln. jos teritorijoje esančių pabėgėlių skaičių. Visas ne Jordanijos piliečių, gyvenančių šalyje skaičius per penkis metus padvigubėjo. Didžiausia jų dalis gyvena ne stovyklose, bet miestuose, todėl Jordanijos viešosios paslaugos patiria didelį spaudimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Union propose par ce texte une assistance macrofinancière à la Jordanie d'un montant maximal de 200 millions d'euros, sous forme de prêt. Sous couvert «d'assistance» il s'agit en fait de soumettre le pays aux exigences du FMI, doublé d'un «mémorandum» avec l'UE. Tout est dit très clairement à ce sujet. L'aide financière n'a pas d'autre but que «d'appuyer la mise en œuvre d'un programme d'action comportant des mesures fortes d'ajustement et de réforme structurelle» dans un objectif «d'assainissement budgétaire». Déjà, avec l'accord euro-méditerranéen UE-Jordanie de libre-échange en 1997, l'UE n'avait pas de complexe à féliciter le Roi Hussein pour ses réformes, sans remettre nullement en cause le caractère autocratique et rétrograde du régime jordanien. Avec son fils, le Printemps Arabes a été bien vite oublié. Je vote contre cet accord inique. A fortiori quand d'autres types d'aides et de dialogues auraient pu et dû être faveorisés.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Jordanie et son économie sont affectées par la guerre en Syrie. Il y a eu un afflux de 1,3 millions de réfugiés syriens. Les frais seraient de 6,6 milliards de dollars depuis 2011. Il est normal d'aider la Jordanie qui prend largement sa part du fardeau concernant les migrants syriens. Le prêt de l'UE de 200 millions d'euros nous semble donc légitime. Seule difficulté, pour nous, le FMI et l'UE demandent des ajustements structurels. Ces prêts sont alors subordonnés à la mise en place de plusieurs mesures potentiellement dangereuses pour l'équilibre du pays. Cette aide ne doit pas être conditionnée par les désidératas de l'UE. Étant favorable globalement au texte, j'ai voté pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Jordânia é, pela sua situação geográfica, um dos países mais diretamente afetados pela crise na Síria. Desde 2011, a economia do país, principalmente baseada nos serviços e na indústria, é afetada pela instabilidade que se vive na região. A diminuição das receitas do turismo e dos fluxos de investimento direto estrangeiro, o bloqueio dos fluxos comerciais e as repetidas perturbações no abastecimento de gás natural proveniente do Egito travaram o crescimento da economia da Jordânia e pesaram sobre a sua situação orçamental. O conflito na Síria e no Iraque impede que os produtos jordanos continuem a ser escoados para os seus mercados históricos.

Face às dificuldades económicas que a Jordânia enfrenta, a União Europeia deve apoiar o seu parceiro, cuja política de acolhimento de refugiados deve ser elogiada.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of macro-financial assistance to Jordan because it is one of the countries most directly affected by the war in Syria due to its geographical proximity to the conflict.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Jordánsko patrí ku krajinám, ktoré najviac doplácajú na vojnu v Sýrii a v Iraku, z pohľadu hospodárstva krajiny. Napriek tomu spolu s Libanonom prijíma najväčší počet utečencov v pomere k počtu obyvateľov na svete a prisľúbilo, že Sýrčanom uľahčí prístup k zamestnaniu. Oficiálne je zaregistrovaných 650 000 Sýrčanov ako utečencov, jordánske úrady však uvádzajú až 1,4 milióna, čo pochopiteľne spôsobuje obrovský tlak ako na verejné služby v krajine, tak na hospodárstvo a infraštruktúru. EÚ už Jordánsku poskytla makrofinančnú pomoc v hodnote 180 miliónov eur, avšak aby sa krajina vysporiadala s problémami, je potrebné v pomoci pokračovať. Jordánsko je partnerom EÚ s posilneným štatútom a intenzita tohto partnerstva stále narastá. Vďaka svojej geografickej polohe je strategickou krajinou, pokiaľ ide o stabilitu a bezpečnosť v regióne, ale tiež v koalícii proti ISIS. Poskytnutie pomoci je podmienené tým, že Jordánsko bude rešpektovať demokratické mechanizmy. Zároveň bude naplnením záväzku EÚ, ktorý prijala na Medzinárodnej konferencii hlavných darcov vo februári 2016, keď medzinárodné spoločenstvo prisľúbilo krajine pomoc vo výške 10 miliárd dolárov. EÚ poskytne svoju adekvátnu sumu prostredníctvom dostupných nástrojov, ako sú európske susedstvo, humanitárna pomoc, rozvojová spolupráca a i. Návrh o poskytnutí pomoci Jordánsku podporujem.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because it is important to provide the most effective assistance to Jordan as soon as possible, recognising the role they are playing assisting in the refugee crisis and as a long-standing reliable partner to the EU.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a Jordán Hásimita Királyságnak nyújtandó további makroszintű pénzügyi támogatásról szóló határozat elfogadására. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság jelentésében azt indítványozta, hogy a Parlament első olvasatban három módosítással fogadja el a Bizottság javaslatát. Ennek megfelelően szavaztam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La Jordanie a fait face à un afflux de 1,3 million de réfugiés syriens. Les frais seraient de 6,6 Mds de $ depuis 2011. Il n'est donc pas absurde d'aider la Jordanie qui prend largement sa part du fardeau en ce qui concerne les migrants syriens. Cependant, le FMI et l'UE demandent des ajustements structurels. L'économie jordanienne est en grave difficulté de financement, ce qui promet de la déstabiliser encore plus. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, it is important that the EU provides the most effective assistance to Jordan as soon as possible bearing in mind the role they are playing assisting in the refugee crisis and the need to help their ailing economy.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette assistance macro financière à la Jordanie d'un montant maximum de 200 millions d'euros. Ce pays, qui pâtit depuis 2011 des crises au Moyen-Orient, joue un rôle essentiel notamment dans l'accueil des personnes qui fuient les zones de conflit et qui peuvent venir en Jordanie dans des camps structurés. En aidant ces populations à rester à proximité de leur bassin de vie, la Jordanie évite que ces personnes viennent en Europe avec la conviction que nous serons capables de leur offrir un travail, un logement, des soins, et qui se retrouvent finalement dans des jungles comme celle qui existait à Calais.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In Jordan unemployment is very high affecting 14.6% of the active population (33% of young people and 23% of women due to the conflicts in neighbouring Syria and Iraq. Despite its internal problems, Jordan has taken in a large number of displaced persons and it is estimated that around 1.4 million Syrians are present in their territory. I have voted for this report that will provide Jordan with a macro-financial assistance in order to support its economic stabilisation and substantive reform agenda.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport extrem de necesar pentru continuarea relațiilor de bună colaborare dintre Uniunea Europeană și Iordania. Subliniez că atât condițiile financiare, cât și cele de politică economică prevăzute în memorandumul de înțelegere sunt în acord cu practicile UE în acest domeniu, dar și cu programele de ajustare macroeconomică și de reformă structurală implementate de către Iordania cu ajutorul FMI. În pofida dificultăților economice cu care Iordania se confruntă, UE își arată, prin acest gest, sprijinul față de partenerul său, a cărui politică de primire a refugiaților a fost ireproșabilă, Iordania fiind țara care a primit cei mai mulți refugiați raportat la numărul de locuitori. De asemenea, un alt aspect pozitiv este faptul că Iordania s-a angajat să faciliteze accesul pe piața muncii pentru refugiații sirieni aflați pe teritoriul său, în număr de peste 700 000, un gest de generozitate și toleranță pe care nu l-am văzut la nicio altă țară.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da Jordanien aufgrund der regionalen Konflikte derzeit erhebliche finanzielle Einbußen zu tragen hat.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Jordaania on silmitsi äärmiselt suure põgenike arvuga. Keerulise olukorra tõttu on välised otseinvesteeringud ja turism langenud, suletud on osad kaubateed ja korduvalt on katkestatud Egiptusest tulevad maagaasitarned. Põgenike kriisi tulemusena on ka Jordaania majanduskasv aeglustunud, seega on ELi toetus vajalik.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση που προβλέπει την εφαρμογή ενός προγράμματος μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής, ούτως ώστε να αποβεί προς απτό όφελος της Ιορδανίας αυτή την τόσο κρίσιμη στιγμή. Λόγω της γεωγραφικής της θέσης, η Ιορδανία είναι μία από τις χώρες που πλήττονται πιο άμεσα από την κρίση στη Συρία. Από το 2011, η οικονομία της, που βασίζεται κατά κύριο λόγο στις υπηρεσίες και στη βιομηχανία, υφίσταται σοβαρές επιπτώσεις από την αστάθεια στην περιοχή. Παράλληλα, μαζί με το Λίβανο, η Ιορδανία είναι η χώρα που υποδέχεται τον μεγαλύτερο αριθμό προσφύγων ανά τον κόσμο σε σχέση με το μέγεθος του πληθυσμού της και ανέλαβε την υποχρέωση να διευκολύνει την απασχόληση Σύρων. Η Ιορδανία συμμετέχει σε εταιρική σχέση με την Ευρωπαϊκή Ένωση, η οποία είναι ο δεύτερος εμπορικός της εταίρος. Επομένως, είναι λογικό, λαμβανομένων υπόψη των οικονομικών δυσκολιών που αντιμετωπίζει η Ιορδανία, ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υποστηρίξει τον εταίρο της, του οποίου η πολιτική υποδοχής των προσφύγων είναι αξιέπαινη.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette assistance macrofinancière à la Jordanie. Ce pays accueille des centaines de milliers de réfugiés syriens qui viennent s'ajouter aux réfugiés palestiniens historiquement installés dans le pays en attente d'un retour. Dans ce contexte géopolitique exceptionnel, il est urgent que l'Union européenne vienne en aide à ce pays, rare exemple de stabilité dans la région. 200 millions d'euros seront ainsi accordés au titre de cette aide d'urgence. La Commission européenne s'est également engagée à introduire, en 2017, une nouvelle proposition d'assistance macrofinancière d'un montant similaire. Proposition que je soutiens !

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che sia più che idoneo garantire alla Giordania, paese maggiormente colpito dalla crisi siriana, una macro-assistenza finanziaria che preveda un importo massimo di 350 milioni di euro, al fine di sostenere sia la sua stabilizzazione economica sia un programma di riforma nel paese.

Non bisogna nemmeno dimenticare che la Giordania, insieme al Libano, è la nazione che accoglie il maggior numero di rifugiati in proporzione alla numero della popolazione e cerca, anche, di agevolare l'occupazione dei siriani stessi. Inoltre, credo che sia appropriato che la Commissione supervisioni lo sfruttamento di tale assistenza finanziaria, coadiuvando la Giordana nello stabilire, da un lato, la politica e, dall'altro, le strategie migliori da adottare. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam namjeru Europske unije da pomogne Jordanu u iznosu od dodatnih 200 milijuna dolara. Nužno je da Europska unija financijski potpomaže države koje su njen važan vanjskopolitički partner u kriznim područjima. Jordan je učinio mnogo tijekom sirijskog sukoba i izbjegličke krize te je važno solidarizirati se kako bi se umanjila i otklonila šteta koja je nastala zbog geografskog elementa. Primanje izbjeglica veliki je čin i nužno je da Europska unija taj potez honorira te učini što je moguće više kako bi osigurala razvojnu stabilnost zemlje te potpomogla posrnulo gospodarstvo.

Pomoć koja će biti osigurana Jordanu bit će jasan signal i znak svim saveznicima Europske unije da postoji ozbiljno, plansko i svrhovito vanjskopolitičko djelovanje. Teret koji podnose sve države u okruženju Sirije mora biti raspoređen i na druge države i organizacije kako bi se postigla ujednačenost. Europska unija doživjela je enorman izbjeglički val u proteklih godinu i pol te je nužno da iz naučenog razvije i strategije za zemlje u kojima je izbjeglički val kontinuiran i koje su primile milijune izbjeglica od početka sirijskog sukoba. Financijsku pomoć, međutim, treba pratiti i snažan poticaj institucionalnoj stabilizaciji te izgradnji djelotvornog državnog aparata.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Od rane 2011. gospodarstvo je Jordana destabilizirano nemirima u regiji. Oslabljeni učinak ukupnog svjetskog gospodarstva dodatno je napregnuo javne financije zemlje. Regionalni konflikti nisu samo narušili trgovinu u regiji, već su za Jordan značili i priljev velikog broja izbjeglica. Na donatorskoj konferenciji održanoj u veljači ove godine u Londonu, međunarodna zajednica obvezala se provesti globalan plan potpore Jordanu. Europska unija svjesna je da Jordan mora ostati stabilan radi budućnosti regije. Riječ je i o važnom partneru s kojim imamo snažne ekonomske veze. Unija je 2014. bila drugi najveći trgovinski partner Jordana.

Pozdravljam prijedlog za drugi paket makrofinancijske pomoći kao i činjenicu da bi ona bila dio tzv. pakta između EU-a i Jordana, važne inicijative što sadrži točne obveze obiju strana. Između Europske unije i Jordana je potrebno uspostaviti čvršće partnerstvo. Preduvjet za odobravanje makrofinancijske pomoći jest obveza Jordana da poštuje učinkovite demokratske mehanizme, uključujući višestranački parlamentarni sustav i vladavinu prava, te jamči poštovanje ljudskih prava. Želio bih naglasiti stratešku ulogu Jordana u koaliciji protiv tzv. Islamske države i velike napore koje je uložio na sigurnosnom i obavještajnom području te koliko je zato važno pružati odgovarajuću potporu Kraljevini Jordanu te nastaviti politički, sigurnosni i gospodarski dijalog između Europske unije i Jordana.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta consiste no aumento do valor da assistência macrofinanceira à Jordânia em 150 milhões, ou seja, na concessão de um valor total de «350 milhões de euros», que «deve incluir um calendário para o cumprimento» de condições financeiras.

Este tipo de assistência tem tipicamente associadas exigências de «reformas estruturais e macroeconómicas», que repudiamos.

Em alternativa, apoiamos, sim, o princípio da cooperação e da genuína ajuda ao desenvolvimento, que importa aprofundar, no respeito pela vontade e pelas opções soberanas de cada Estado, livre de condições ou imposições de reformas, destinadas, fundamentalmente, a impor um modelo assente na liberalização da vida económica e social dos países.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Per la sua posizione geografica la Giordania è uno dei paesi più direttamente colpiti dalla crisi siriana. Il calo degli introiti del turismo e degli investimenti diretti esteri, il blocco delle rotte commerciali e le ripetute interruzioni del flusso di gas naturale dall'Egitto hanno rallentato la crescita economica della Giordania gravando pesantemente sulla sua situazione finanziaria.

Ritengo che di fronte alle difficoltà economiche cui è esposta la Giordania, l'Unione europea debba dar prova di solidarietà. Al fine di garantire la stabilità di Damasco e dell'intera regione reputo fondamentale fornire un adeguato sostegno economico, proseguendo il dialogo politico ed economico tra Ue e la Giordania. La Commissione propone di distribuire un prestito di 200 milioni alla Giordania per il riequilibrio della sua bilancia dei pagamenti. La commissione sul commercio internazionale propone a larga maggioranza di incrementare l'entità del prestito fino ad un massimo di 350 milioni di euro.

A seguito di questo sostanziale emendamento si è proceduto al trilogo con il Consiglio e la Commissione. L'esito positivo del trilogo ha confermato il prestito di 200 milioni con l'impegno a verificare la possibilità di un incremento nel corso del prossimo anno, qualora le condizioni in Giordania lo richiedessero. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Konflikty toczące się u sąsiadów Jordanii – Iraku i Syrii, wywarły duży wpływ na gospodarkę tego kraju. Podczas konferencji poświęconej wsparciu dla Syrii i okolicznych regionów, która odbyła się w Londynie w dniu 4 lutego 2016 r., UE zobowiązała się przekazać kwotę 2,39 mld EUR na rzecz krajów dotkniętych kryzysem uchodźczym w Syrii, a także udzielić pożyczki w wysokości 200 mln EUR na cele drugiej operacji udzielenia pomocy makrofinansowej Jordanii. Wypłatą unijnej pomocy makrofinansowej zajmować się będzie Komisja i będzie ją realizować zgodnie z umowami lub porozumieniami zawartymi między Międzynarodowym Funduszem Walutowym a Jordanią, a także w oparciu o główne zasady i cele reform gospodarczych określone w układzie o stowarzyszeniu między UE a Jordanią, jednolite ramy wsparcia na lata 2014-2017, a także priorytety partnerstwa na przyszłość. Popieram operację udzielenia pomocy makrofinansowej.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Depuis 2011, l'économie jordanienne est sensiblement affectée par le conflit qui frappe la Syrie et l'Iraq. C'est pourquoi un second paquet d'aide macrofinancière d'un montant de 200 millions d'euros, sous forme de prêts, a été accordé au pays par la Commission. J'ai voté en faveur de l'octroi de cette aide. Notre groupe politique souhaitait augmenter le montant de l'aide à 350 millions d'euros, compte-tenu notamment de la tâche qui incombe à la Jordanie de faire face aux milliers de réfugiés venant de Syrie, nous avons réussi à garantir une aide supplémentaire pour 2017.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Taxpayers' money should not be used this way.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Todos reconhecemos o papel desempenhado pela Jordânia na assistência à crise de refugiados (650 mil sírios registados como refugiados, mas as autoridades garantem que chegam aos 1,4 milhões) e a necessidade de ajudar a sua economia debilitada. A diminuição das receitas do turismo e dos fluxos de investimento direto estrangeiro, o bloqueio dos fluxos comerciais e as repetidas perturbações no abastecimento de gás natural proveniente do Egipto travaram o crescimento da economia da Jordânia e pesaram sobre a sua situação orçamental.

O conflito na Síria e no Iraque impede que os produtos jordanos continuem a ser escoados para os seus mercados históricos. Em 2015, a persistência dos conflitos nos países vizinhos continuou a perturbar o comércio externo da Jordânia: o crescimento desacelerou (2,4 %) e as necessidades residuais de financiamento externo no período 2016-2017 são estimadas em cerca de 3,2 mil milhões de dólares.

No primeiro semestre de 2016, o desemprego, extremamente elevado, afetava 14,6 % da população ativa (33 % dos jovens ativos e 23,7 % de mulheres ativas). A assistência será de 200 milhões entre 2016 e 2017. Ainda assim, o S&D é da opinião de que se poderia ter ido mais longe.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por el que se otorga una ayuda macrofinanciera a Jordania. Desde hace tiempo la Unión mantiene prósperas relaciones con Jordania y se debe reconocer el esfuerzo que realiza al ofrecer refugio y asistencia a las personas que proceden de Siria. Desde principios del 2011, la economía de Jordania se ha visto muy deteriorada a causa de una fuerte pérdida de ingresos y el descenso de inversiones extranjeras, agravado, además, por los sucesos ocurridos en Siria. Por ello, es necesario ofrecer asistencia a Jordania de la manera más rápida y eficaz posible para aliviar su situación económica.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de l'aide macrofinancière de 200 millions d'euros à destination de la Jordanie en vue de contribuer à la stabilité économique de ce pays, avec lequel l'Union européenne entend mener un partenariat étroit. Cette somme, allouée sous forme de prêts pour les deux années à venir, vise également à soutenir le programme de réformes substantiel dont le pays a besoin pour se relever, ainsi que les besoins de la Jordanie en matière de balance des paiements.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Jordanija – viena didžiausių konflikto Sirijoje aukų. Būtent į šią šalį patraukė labai didelė dalis pabėgėlių. Ir būtent Jordanija, priešingai nei daugelis kitų arabų šalių, priėmė šiuos pabėgėlius ir stengiasi jiems visokeriopai padėti. Be to, Jordanija yra viena iš nedaugelio demokratiškų ir gerai valdomų Artimųjų Rytų valstybių, aktyviai dalyvaujanti Europos kaimynystės politikoje. Nepaisant sąlyginai aukšto gerovės lygmens, ši šalis dėl konflikto Sirijoje susiduria su didžiuliais finansiniais iššūkiais, ypač siekdama subalansuoti savo makrofinansinius srautus.

Todėl tiek siekdami užtikrinti saugumą Europos kaimynystėje, tiek ir iš bendražmogiškų siekių, mes turime stengtis padėti Jordanijai išsilaikyti. Svarstomu sprendimu ES skirs sąlyginai nedidelę paramą, tačiau tai visų pirma bus investicija. Investicija ne tik į savo saugumo stiprinimą, stabilumo užtikrinimą ES pasienyje, tačiau ir investicija į žmogiškumo ir tarpusavio supratimo plėtrą.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Atendendo ao seu posicionamento geográfico, a Jordânia é um dos países mais afetados pela crise síria, tendo o sector económico sido gravemente fustigado pela instabilidade que se verifica na região.

Por essa razão, e por ser também o país no mundo que, juntamente com o Líbano, mais refugiados acolhe em relação à sua população, considero que estão reunidos os pressupostos suficientes para que a UE preste uma assistência macrofinanceira a este país, de forma célere, a fim de aliviar o peso da dívida pública na Jordânia e contribuir para que sejam implementadas as reformas necessárias à estabilização democrática e à concretização de um verdadeiro Estado de Direito, respeitador dos Direitos Humanos.

A par desta assistência macrofinanceira, convém não esquecer a importância que assumem as negociações do Acordo de Comércio Livre Abrangente e Aprofundado para que as relações comerciais entre a UE e a Jordânia sejam intensificadas e possam trazer benefícios mútuos a ambas as partes.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui conclut les négociations institutionnelles sur l'octroi d'une assistance macrofinancière à la Jordanie.

L'économie jordanienne est affectée par les troubles qui secouent la région, notamment en Irak et en Syrie. La Jordanie accueille 1,3 millions de réfugiés syriens sur son territoire et cette situation exerce une pression sur ses infrastructures publiques. En parallèle, l'augmentation du taux de chômage ainsi que de la dette publique accentuent la crise économique que traverse le pays. A la suite de la conférence internationale «Supporting Syria and the Region» qui s'est tenue à Londres le 4 février 2016, l'Union européenne s'est engagée à continuer à apporter un soutien important à la Jordanie. Cette nouvelle aide macrofinancière d'un montant de 200 millions d'euros est ainsi accordée sous forme de prêts et reste subordonnée à la condition préalable que la Jordanie respecte les mécanismes démocratiques effectifs, l'état de droit et les droits de l'homme.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención porque, la iniciativa en sí me parece positiva y necesaria, pero se ha abordado desde un ángulo que hace muy poco probable que consiga sus objetivos, y que implica un riesgo notable de que la ayuda tenga, de hecho, un efecto contraproducente.

El objetivo de esta ayuda es ofrecer un balón de oxígeno a Jordania en vista de que su economía ha sido una de las grandes perjudicadas de la guerra en Siria. El descenso de los ingresos, unido a la llegada masiva de refugiados, ha contribuido a un aumento notable de la deuda externa. De ahí la iniciativa de ayuda macrofinanciera que hemos votado.

El motivo por el que pongo en duda que esta ayuda vaya a suponer un auténtico apoyo para la economía y la sociedad jordana, es que el instrumento está vinculado a programas de préstamo del FMI que, como condición, imponen la aplicación de reformas estructurales neo-liberales. Estas reformas, unidas a un posible incremento de la deuda pueden tener consecuencias negativas a largo plazo y no eran la mejor opción disponible.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru acordarea de asistență financiară din partea Uniunii către Iordania.

Alături de Liban, Iordania este țara care a primit cei mai mulți refugiați comparativ cu numărul de locuitori și s-a angajat să faciliteze accesul pe piața muncii pentru sirienii aflați pe teritoriul său. În prezent, 650 000 de sirieni sunt înregistrați oficial ca refugiați, iar autoritățile din Iordania vorbesc chiar despre un număr de 1,4 milioane.

Iordania se confruntă cu un deficit economic important și, de aceea, este crucial ca UE să își arate solidaritatea cu poporul iordanian și să sprijine guvernul acestei țări în gestionarea valului de refugiați sirieni.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La «ayuda macrofinanciera» a Jordania, no es otra cosa que la intermediación de la Unión en un crédito privado de hasta 350 millones de euros como contrapartida a un programa de ajuste del FMI, que impondrá nuevos recortes a los derechos laborales y al presupuesto público de la frágil economía de Jordania. Creo que la imposición de nuevas políticas neoliberales no hará sino aumentar la inestabilidad en la región políticamente. Por ello he votado en contra.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I do not wish to see the EU spend money on foreign aid so I voted against this.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of providing the most effective assistance to Jordan as soon as possible, recognising the role they are playing assisting in the refugee crisis and the need to help their ailing economy. I believe that the EU is in a position to provide greater financial assistance to Jordan than the EUR 200 million proposed.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Plne podporujem poskytnutie makrofinančnej pomoci Jordánskemu kráľovstvu. Jordánsko je jednou z krajín, ktoré sú najpriamejšie postihnuté sýrskou krízou. Napriek tejto ťažkej situácii prijíma Jordánsko významný počet vysídlených osôb. Spolu s Libanonom prijíma najväčší počet utečencov v pomere k počtu obyvateľov na svete. Zároveň sa Jordánsko zaviazalo, že uľahčí Sýrčanom prístup k zamestnaniu – oficiálne je zaregistrovaných 650 000 Sýrčanov ako utečencov a jordánske orgány uvádzajú údaj dokonca 1,4 milióna – nachádzajúcich sa na jeho území. Hlasoval som za.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Jordánsko je v súčasnosti z dôvodu svojej zemepisnej polohy najviac postihnuté sýrskou krízou. Od roku 2011 je jeho hospodárstvo založené najmä na službách a priemysle, poznačené nepokojmi, ktoré otriasli regiónom. Oslabenie cestovného ruchu, blokované obchodné trasy, opakované dodávky zemného plynu z Egypta zabrzdili rast Jordánska. Konflikt v Sýrii a Iraku bráni jordánskym výrobkom, aby sa dostali na svoje historicky dané odbytiská. Napriek tejto ťažkej situácii prijíma Jordánsko významný počet vysídlených osôb. Spolu s Libanonom prijíma najväčší počet utečencov v pomere k počtu obyvateľov na svete. Partnerstvo medzi Jordánskom a EÚ, jeho druhým najväčším obchodným partnerom, je síce len v začiatkoch, no jeho intenzita narastá. V roku 2010 získalo Jordánsko štatút partnera EÚ s posilneným štatútom. Európska únia už Jordánsku poskytla makrofinančnú pomoc vo výške 180 miliónov eur, no vzhľadom na problémy, ktorým čelí v súčasnosti, Jordánsko potrebuje ďalšiu finančnú pomoc EÚ.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Dieser Bericht definiert die Finanzhilfen im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Königreich Jordanien über ein Darlehen von 200 Millionen EUR. Die liberal-konservativen Reformer unterstützen dies vor dem Hintergrund der Krise in Syrien und der Bedeutung der Leistungen Jordaniens in der Flüchtlingsproblematik. Diese Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der geopolitischen Stabilisierung der Region. Ferner ist das jordanische Königshaus international anerkannt und das Land hat seinen Reformwillen in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt. Somit ist das Darlehen trotz des hohen Schuldenstandes von 93,4 % des BIP sinnvoll (Stand 2015) und ich konnte dem Bericht zustimmen.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro poskytnutí makroekonomické pomoci Jordánsku ve formě úvěrů, jejichž maximální výše byla stanovena na 200 milionů EUR. Jedná se o pokračování již započaté pomoci zemi, které je třeba v krizové situaci podat pomocnou ruku. Mezinárodní společenství se včetně EU v roce 2016 zavázalo k finanční podpoře Jordánska v celkové hodnotě 10 miliard USD. Sama EU od začátku krize v Sýrii již poskytla Jordánsku prostředky v hodnotě téměř 1 130 milionů EUR. Pomoc je podmíněna respektováním demokratických mechanismů, dodržováním zásad právního státu a zárukou dodržování lidských práv. Zároveň je kladen důraz na hospodářskou stabilizaci a udržitelný růst země. Jordánsko přispívá v boji proti IS a bojuje za stabilitu v regionu, ve kterém zaujímá strategickou polohu. Nyní je hluboce zasažené krizí v Sýrii. V důsledku syrského konfliktu a s ním spojené migrační krize do země cestuje stále méně turistů a spolu s tím do země proudí i méně zahraničních investic. Dluh Jordánska ke konci minulého roku přesahoval 90 % HDP. Navzdory nepříznivé situaci však Jordánsko přijímá společně s Libanonem nejvíce uprchlíků na počet obyvatel, celkový počet přesahuje 1,3 milionu osob. To představuje zhruba dvojnásobný nárůst během 5 let. Jordánsko je strategický a důvěryhodný partner, který si naši podporu plně zaslouží.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine weitere Makrofinanzhilfe für das Haschemitische Königreich Jordanien habe ich nicht zugestimmt.

Die Union stellt Jordanien eine Makrofinanzhilfe von höchstens 350 Mio. EUR zur Unterstützung der wirtschaftlichen Stabilisierung des Landes und zur Durchführung eines umfassenden Reformprogramms zur Verfügung. Mit der Finanzhilfe wird ein Beitrag zur Deckung des im IWF-Programm festgestellten Zahlungsbilanzbedarfs Jordaniens geleistet.

Makrofinanzhilfen sind falsch. Die Idee an sich ist schon verfehlt. Staaten müssen sich unabhängig voneinander finanzieren. Sie sollen ihre Haushalte selbständig in Ordnung halten. Makrofinanzhilfen verhindern Haushaltsdisziplin, weil sie den Druck wegnehmen, der durch die Notwendigkeit der Finanzierung am Kapitalmarkt geschaffen wird.

Es ist zudem – unabhängig von meiner Abneigung gegenüber Makrofinanzhilfen – auch ganz und gar nicht Aufgabe der EU, andere Staaten zu finanzieren, damit diese Reformprogramme durchführen können. Die EU ist selbst nicht imstande, sich zu reformieren. Daher mutet es zynisch an, wenn sie glaubt, anderen Staaten dabei helfen zu können.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Jordan je vrlo teško pogođen sirijskom krizom. Njegovo gospodarstvo, koje se prije svega temelji na uslugama i industriji, od 2011. znatno je pogođeno nemirima u regiji.

Unatoč teškoj situaciji Jordan je u svjetskim razmjerima, uz Libiju, prihvatio najveći broj izbjeglica u odnosu na veličinu svog stanovništva. Izbjeglice se ne nalaze u kampovima, nego u gradovima, što opterećuje jordansko zdravstvo i obrazovanje.

Europska unija obavezala se osigurati Jordanu 200 milijuna EUR u okviru programa makrofinancijske pomoći.

Vijeće je prihvatilo prijedlog EPP-a i drugih političkih skupina da se iznos makrofinancijske pomoći povisi na 350 milijuna EUR uzimajući u obzir specifične potrebe Jordana vezane uz zbrinjavanje tako velikog broja sirijskih izbjeglica.

Podržavam ovo Izvješće jer je Jordan unatoč svojim gospodarskim teškoćama prihvatio veliki broj sirijskih izbjeglica i omogućio im pristup svom tržištu rada. To je veliki teret za Jordan i treba mu pomoći koliko je god moguće.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Αν και συμμεριζόμαστε πλήρως την ανάγκη ενίσχυσης της ιορδανικής οικονομίας, η οποία δοκιμάζεται εξαιτίας και της φιλοξενίας που παρέχει η χώρα σε εκατομμύρια πρόσφυγες από τη Συρία, εντούτοις ψηφίζουμε αποχή, αφού η υπό εξέταση μακροοικονομική χρηματοδοτική συνδρομή της Ευρωπαϊκής Ένωσης συνδέεται άμεσα με προγράμματα του ΔΝΤ τα οποία επιβάλλουν νεοφιλελεύθερες διαρθρωτικές μεταρρυθμίσεις και ήδη εφαρμόζονται στη χώρα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Ενώπιον των οικονομικών δυσκολιών που αντιμετωπίζει η Ιορδανία, η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να υποστηρίξει τον εταίρο της, του οποίου η πολιτική υποδοχής των προσφύγων είναι αξιέπαινη.

Όμως, τα 350 εκατομμύρια που προτείνει η έκθεση ως μακροοικονομική συνδρομή της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην Ιορδανία είναι απλά εμπαιγμός και προτείνω τον τριπλασιασμό τους, αφαιρώντας αντίστοιχα ποσά από τα κονδύλια που προορίζονται για την Τουρκία.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Földrajzi helyzetéből adódóan Jordánia a szíriai válság által egyik legközvetlenebbül érintett ország. Elsősorban a szolgáltatásokra és az iparra épülő gazdaságát 2011. óta érzékenyen érintik a régiót sújtó zavargások. Ebben a nehéz helyzetben azonban Jordánia kitűnik azzal, hogy jelentős számú, a lakóhelyét elhagyni kényszerült embert fogad be. A Szíriában és Irakban zajló konfliktusok megfosztják a jordán termékeket hagyományos piacaiktól. A szomszédos országokban folyamatosan fennálló konfliktusok 2015-ben továbbra is zavart okoztak Jordánia külkereskedelmében: a növekedés lelassult (2,4%), és a fennmaradó, a 2016 és 2017 közötti időszakra vonatkozó külső finanszírozási igény becsült összege 3,2 milliárd USD. 2016 első félévében a kiugróan magas munkanélküliség az aktív népesség 14,6%-át (az aktív fiatalok 33%-át, az aktív nők 23,7%-át) érinti.

A gazdasági nehézségek leküzdése érdekében az Európai Uniónak biztosítania kell támogatásáról partnerét, amelynek a menekültek befogadásával kapcsolatos politikája elismerésre méltó. A cél az, hogy a makroszintű pénzügyi támogatási program mielőbb érvénybe lépjen annak érdekében, hogy Jordánia ténylegesen kihasználhassa ennek előnyeit e döntő jelentőségű időszakban. A Fidesz–KDNP néppárti delegációjának tagjaként szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen az összhangban áll a magyar kormány azon törekvésével, hogy a háború következtében menekülni kényszerülő, ténylegesen rászorulóknak és az őket befogadó környező államoknak a helyszínen nyújthassunk segítséget.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană are o relație stabilă și de lungă durată cu Regatul Hașemit al Iordaniei, un partener sigur într-o regiune foarte complicată. În ultima perioadă, Iordania a fost afectată de conflictul intern din Siria și de criza refugiaților, care au determinat un influx suplimentar de imigranți, pe lângă comunitățile palestiniene deja existente pe teritoriul țării ca urmare a conflictelor israeliano-arabe.

În aceste condiții, stabilitatea statului iordanian este critică pentru evitarea extinderii crizelor din Orientul Mijlociu. În acest sens, UE, prin intermediul Comisiei, a decis acordarea unei asistențe macrofinanciare în valoare de 200 de milioane de euro pentru perioada 2016-2017, în scopul susținerii economiei iordaniene vulnerabile. Această asistență este subscrisă susținerii internaționale acordate regiunii în contextul conflictului sirian. Iordania a înregistrat progrese importante în ultimii ani în direcția democratizării vieții politice și sociale, ceea ce o face compatibilă cu acordarea acestui tip de ajutor.

De asemenea, UE este al doilea partener comercial al Iordaniei și urmează să încheie un Acord de liber schimb aprofundat și cuprinzător (ALSAC) cu această țară. În aceste condiții, cred că este vorba despre o măsură necesară pentru a sprijini democrația în Orientul Mijlociu și susțin adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte de mon collègue Maurel. Face aux difficultés économiques auxquelles est confrontée la Jordanie, l'Union européenne doit faire la preuve de son soutien à son partenaire, dont la politique d'accueil des réfugiés force le respect. Nous souhaitons donc que le programme d'assistance macrofinancière soit effectif le plus rapidement possible, afin qu'il profite concrètement à la Jordanie en ce moment décisif. Enfin, nous suggérons à la Commission européenne de faire preuve de flexibilité et d'intelligence au moment de négocier le «protocole d'accord» avec les autorités jordaniennes et de travailler, dans les forums internationaux compétents ou via des actions concrètes, à la recherche de solutions de nature à alléger le fardeau de la dette jordanienne, en pleine explosion.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Recently, Jordan has asked for international support in order to cope with the economic and financial consequences of the crisis in Syria and the 1.3 million Syrian refugees Jordan has absorbed. I voted in favour of the proposal for new Micro-Financial Assistance to Jordan of up to EUR 200 million, in the form of loans. I believe the MFA to Jordan is necessary and is much needed in order to assist Jordan on its path to reform, as well as to handle the effects of the war in Syria. Jordan remains one of the last stabilising factors in the region and an EU ally, and the EU must do everything in our power to assure that this status quo does not change.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La Giordania è uno, tra i paesi confinanti con la Siria, che sta sopportando il maggior peso per dell'afflusso di migranti e della gestione della crisi umanitaria in atto. Nel paese, secondo le stime di novembre, si contano all'incirca 1,3 milioni di rifugiati siriani. Questo straordinario afflusso di migranti sta mettendo a dura prova il tessuto economico e sociale del paese.

La stragrande maggioranza dei migranti infatti non è stanziata nei campi profughi ma nelle città giordane. Negli ultimi mesi si è assistito a un notevole peggioramento delle condizioni di vita delle comunità accoglienti che non riescono più ad accedere a beni e servizi essenziali come l' acqua, l'elettricità e i servizi sanitari. Inoltre, il sistema scolastico è al collasso.

Come Unione europea abbiamo il dovere di assistere la Giordania garantendole fondi per gestire l'emergenza. Chiaramente l'erogazione di questi aiuti economici deve corrispondere al rispetto di determinate garanzie democratiche quali lo Stato di diritto, il rispetto della democrazia e il rispetto dei diritti umani.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o Prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o pružanju daljnje makrofinancijske pomoći Hašemitskoj Kraljevini Jordanu. Nemiri u regiji su znatno pogodili gospodarstvo Jordana temeljeno na uslugama i industriji. Rast je usporen (2,4 %), stopa nezaposlenosti je 14,6 %, a nastavljen je i pad turizma kao i priljev izravnih stranih ulaganja. Unatoč gore navedenom, Jordan je, uz Libiju, prihvatio najveći broj sirijskih izbjeglica kojima je garantiran olakšan pristup radnim mjestima.

Budući da je sporazumom sklopljen 1997. Jordan postao trgovinski partner Europske unije, a 2010. godine dobio status „naprednog partnera", Unija ima dužnost pružati makrofinancijsku pomoć. Tim više uzme li se u obzir njihova politika prihvata izbjeglica. Iz tih razloga sam glasao za gore navedeno izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Osnutek zakonodajne resolucije Evropskega parlamenta o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o zagotovitvi nadaljnje makrofinančne pomoči Hašemitski kraljevini Jordaniji sem podprla. Jordanija je po svoji geografski legi ena od držav, ki jih je sirska kriza najbolj prizadela. Od leta 2011 na njeno gospodarstvo, ki temelji predvsem na storitvenih dejavnostih in industriji, močno vplivajo nemiri, ki pretresajo regijo. Kljub notranjim težavam je Jordanija sprejela veliko beguncev in se zavezala, da bo Sircem pomagala do lažje zaposlitve. To je spoštovanja vredno in EU mora svoji partnerici dati vso podporo. Jordanija je nedavno sklenila še tesnejše partnerstvo z Evropsko unijo, ki je njena druga trgovinska partnerica. Želja je, da se finančno pomoč začne izvajati takoj, saj je Jordanija res v kriznih in težkih časih.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención porque, la iniciativa en sí me parece positiva y necesaria, pero se ha abordado desde un ángulo que hace muy poco probable que consiga sus objetivos, y que implica un riesgo notable de que la ayuda tenga, de hecho, un efecto contraproducente.

El objetivo de esta ayuda es ofrecer un balón de oxígeno a Jordania en vista de que su economía ha sido una de las grandes perjudicadas de la guerra en Siria. El descenso de los ingresos, unido a la llegada masiva de refugiados, ha contribuido a un aumento notable de la deuda externa. De ahí la iniciativa de ayuda macrofinanciera que hemos votado.

El motivo por el que pongo en duda que esta ayuda vaya a suponer un auténtico apoyo para la economía y la sociedad jordana, es que el instrumento está vinculado a programas de préstamo del FMI que, como condición, imponen la aplicación de reformas estructurales neo-liberales. Estas reformas, unidas a un posible incremento de la deuda pueden tener consecuencias negativas a largo plazo y no eran la mejor opción disponible.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Bericht definiert die Finanzhilfen im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit dem Königreich Jordanien über ein Darlehen von 200 Millionen EUR. Die liberal-konservativen Reformer unterstützen dies vor dem Hintergrund der Krise in Syrien und der Bedeutung der Leistungen Jordaniens in der Flüchtlingsproblematik. Diese Hilfe ist ein wichtiger Bestandteil der geopolitischen Stabilisierung der Region. Ferner ist das jordanische Königshaus international anerkannt und das Land hat seinen Reformwillen in der Vergangenheit schon unter Beweis gestellt. Somit ist das Darlehen trotz des hohen Schuldenstandes von 93,4 % des BIP sinnvoll (Stand 2015) und ich konnte dem Bericht zustimmen.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Jordanie fait face à un afflux de 1,3 millions de réfugiés syriens. Les frais pris en charge seraient à hauteur de 6,6 milliards de dollars depuis 2011. Il est normal d'aider la Jordanie qui prend largement sa part du fardeau concernant les migrants syriens. Le prêt de l'UE s'élèvant à 200 millions d'euros est légitime.

Seuls points noirs: le FMI et l'UE demandent des ajustements structurels. L'économie jordanienne est en grave difficulté de financement et a cependant besoin de cette aide.

Ces prêts sont subordonnés à la mise en place de règles imposées de l'extérieur en contradiction avec l'état actuel de la société jordanienne. Si ces règles sont appliquées avec trop de rigueur et sans mesure (amendements 1-3 ou 4), cela est potentiellement dangereux pour la stabilité de ce pays.

Je me suis donc abstenue sur cette résolution commune.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Konflikty toczące się u sąsiadów Jordanii, Iraku i Syrii, wywarły duży wpływ na gospodarkę tego kraju. Podczas konferencji poświęconej wsparciu dla Syrii i okolicznych regionów, która odbyła się w Londynie, UE zobowiązała się przekazać kwotę 2,39 mld EUR na rzecz krajów dotkniętych kryzysem uchodźczym w Syrii, a także udzielić pożyczki w wysokości 200 mln EUR na pomoc makrofinansową dla Jordanii. Wypłatą unijnej pomocy makrofinansowej zajmować się będzie Komisja i będzie ją realizować zgodnie z umowami lub porozumieniami zawartymi między Międzynarodowym Funduszem Walutowym a Jordanią, a także w oparciu o główne zasady i cele reform gospodarczych określone w układzie o stowarzyszeniu między UE a Jordanią, jednolite ramy wsparcia na lata 2014-2017, a także priorytety partnerstwa na przyszłość. Warto dostrzec wysiłki Królestwa Jordanii w zakresie przyjmowania uchodźców z Syrii, a także walki z wyzwaniami, jakie niesie ze sobą udzielanie im wsparcia. Wielokrotnie stwierdzaliśmy również, że wsparcie takie jest uzależnione od prawidłowego wykorzystywania funduszy przez państwo. Dlatego głosowałem za.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención porque, la iniciativa en sí me parece positiva y necesaria, pero se ha abordado desde un ángulo que hace muy poco probable que consiga sus objetivos, y que implica un riesgo notable de que la ayuda tenga, de hecho, un efecto contraproducente.

El objetivo de esta ayuda es ofrecer un balón de oxígeno a Jordania en vista de que su economía ha sido una de las grandes perjudicadas de la guerra en Siria. El descenso de los ingresos, unido a la llegada masiva de refugiados, ha contribuido a un aumento notable de la deuda externa. De ahí la iniciativa de ayuda macrofinanciera que hemos votado.

El motivo por el que pongo en duda que esta ayuda vaya a suponer un auténtico apoyo para la economía y la sociedad jordana, es que el instrumento está vinculado a programas de préstamo del FMI que, como condición, imponen la aplicación de reformas estructurales neo-liberales. Estas reformas, unidas a un posible incremento de la deuda pueden tener consecuencias negativas a largo plazo y no eran la mejor opción disponible.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council providing further macro-financial assistance to the Hashemite Kingdom of Jordan. Owing to its geographical location, Jordan is one of the countries most directly affected by the Syrian crisis. Since 2011, its economy, based mainly on services and industry, has been significantly affected by the ongoing regional unrest. Lower levels of tourism and foreign direct investment, blocked trade routes and repeated disruptions to the flow of natural gas from Egypt have put a drag on Jordan's growth and weighed on its fiscal position. Despite the difficult circumstances, Jordan has taken in a large number of displaced persons. Together with Lebanon, it has welcomed more refugees in proportion to its population than any other country in the world. Jordan has a young but increasingly close partnership with the European Union, its second largest trading partner. I voted in favour because I believe that the EU must show support for its partner, whose policy of welcoming refugees is commendable.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Jordania se ha visto gravemente afectada por la crisis de Siria. En los últimos años, a la agitación regional y a la interrupción de varias vías comerciales, ha habido que sumar una afluencia masiva de refugiados que ha provocado grandes desequilibrios en su economía, ya sorprendida por los evidentes riesgos de seguridad con los que el país se ha visto obligado a lidiar. Jordania acoge actualmente a cerca de 1,3 millones de sirios y, pese a los esfuerzos de sus autoridades, la persistencia de los conflictos en la región se ha traducido en un agravamiento de su situación. Ante este escenario, la Unión se ha volcado en apoyo a Jordania, concediéndole ya en 2013 un primer paquete de asistencia macrofinanciera de 180 millones de euros. La presente propuesta incluye ahora el préstamo de 200 millones de euros en el marco de una segunda operación de ayuda macrofinanciera. Como miembro de la Delegación para las Relaciones con los Países del Mashreq y siendo plenamente consciente de que, ante los efectos de la crisis siria, Jordania requiere de un apoyo claro por parte de la Unión, he respaldado con mi voto esta propuesta de decisión para concederle dicho apoyo.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La «ayuda macrofinanciera» a Jordania, no es otra cosa que la intermediación de la Unión en un crédito privado de hasta 350 millones de euros como contrapartida a un programa de ajuste del FMI, que impondrá nuevos recortes a los derechos laborales y al presupuesto público de la frágil economía de Jordania. Creo que la imposición de nuevas políticas neoliberales no hará sino aumentar la inestabilidad en la región políticamente. Por ello he votado en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat minder toerisme en een lagere instroom van buitenlandse directe investeringen (BDI), geblokkeerde handelsroutes en herhaalde verstoringen van de toevoer van aardgas uit Egypte een rem hebben gezet op de groei en hebben gewogen op de begrotingssituatie van Jordanië.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A proposta consiste no aumento do valor da assistência macrofinanceira à Jordânia em 150 milhões, ou seja, na concessão de um valor total de «350 milhões de euros», que «deve incluir um calendário para o cumprimento» de condições financeiras.

Este tipo de assistência tem tipicamente associadas exigências de «reformas estruturais e macroeconómicas», que repudiamos. Em alternativa, apoiamos, sim, o princípio da cooperação e da genuína ajuda ao desenvolvimento, que importa aprofundar, no respeito pela vontade e pelas opções soberanas de cada Estado, livre de condições ou imposições de reformas, destinadas fundamentalmente a impor um modelo assente na liberalização, da vida económica e social dos países.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Aufgrund seiner geografischen Lage gehört Jordanien zu den Ländern, die am unmittelbarsten von der Krise in Syrien betroffen sind. Jordanien übernimmt überproportionale Verantwortung in der Region und erleidet große Einbußen im Bereich des Tourismus. Der nunmehr vorliegende Vorschlag gewährt Jordanien Makrofinanzhilfe im Umfang von 350 Mio. Euro.

Meiner Meinung nach soll dem Königreich diese finanzielle Hilfe gewährt werden und deswegen habe ich diesen Bericht auch mitgetragen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione riguardante l'assistenza macrofinanziaria a favore della Giordania, che a causa della sua posizione geografica, è uno dei paesi più direttamente colpiti dalla crisi siriana. In tale difficile contesto, il paese si distingue però per importanti politiche di accoglienza nei confronti dei rifugiati e per recenti progressi a livello democratico (introduzione di una corte costituzionale e di una commissione elettorale indipendente).

Per questo motivo l'Unione europea deve dar prova del proprio sostegno al suo partner, attraverso lo stanziamento di un prestito a medio e lungo termine, gestito dalla Commissione, di 200 milioni di EUR (di cui 100 milioni alla fine del 2016 e 100 milioni nel secondo trimestre 2017).

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Jordan has taken on the enormous task of hosting hundreds of thousands of refugees from Syria and Iraq. I welcome the fact that the EU is now issuing financial assistance to Jordan to support these efforts.

While we support this current move, the Socialist and Democrats believe that this financial assistance should be even greater than that which has been proposed, and we await the Commission and Council proposals regarding a substantial increase.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul cu privire la acordarea de asistență macrofinanciară Iordaniei în valoare de 350 de milioane EUR, care are ca scop stabilizarea economică a acestui stat și o agendă consistentă de reforme. Iordania este una dintre țările direct afectate de criza din Siria, iar din 2011 economia sa, bazată în principal pe servicii și pe industrie, este afectată în mod evident de tulburările care zguduie regiunea.

În contextul dificil pe care îl traversează, Iordania se distinge prin faptul că găzduiește un număr important de persoane strămutate. Alături de Liban, Iordania este țara care a primit cei mai mulți refugiați comparativ cu numărul de locuitori și s-a angajat să faciliteze accesul pe piața muncii pentru sirienii aflați pe teritoriul său.

Iordania este angajată într-un parteneriat, recent dar tot mai strâns, cu Uniunea Europeană, care este al doilea partener comercial al său.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Dal 2011 l'UE ha destinato più di 500 milioni di euro alla Giordania in programmi di cooperazione bilaterale che rientrano nella sfera della Politica europea di vicinato. Inoltre, la Commissione ha erogato 600 milioni di euro aggiuntivi per far fronte alla sfida degli immigrati e rifugiati siriani.

Nonostante le somme sopraindicate, a giugno la Commissione europea ha proposto ulteriori 200 milioni di euro sotto forma di assistenza macro finanziaria (MFA). Sicuramente la Giordania, per la sua situazione geografica, è uno dei paesi più toccati dalla crisi siriana con conseguente riduzione di turismo, di investimenti esteri, blocco di vie commerciali e sconvolgimenti sull'accesso al gas naturale imposti dall'Egitto. Nel 2015 la crescita economica è rallentata del 2,4% con un tasso di disoccupazione pari al 14,6% nel 2016.

Ad oggi si registrano più di 650 mila rifugiati siriani che sono nei centri urbani a carico dell'amministrazione giordana sia per quanto riguarda il trasporto, la salute e l'educazione. Nonostante io sia titubante sull'utilizzo dello strumento MFA e sull'effettivo controllo dei fondi in loco ho ritenuto opportuno esprimere voto positivo dando un segnale di sostegno al governo giordano.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Jordánsko je náš dlouhodobý strategický partner v boji proti terorismu a především stabilní země v jinak nestabilním regionu. Jordánsko navíc v posledních letech nese obrovskou zátěž uprchlické krize, a to i přesto, že se samo nachází v závažných ekonomických problémech. I přes tento fakt považuji Jordánsko za zemi, která jde svojí politikou přijímání uprchlíků příkladem ostatním. Podporuji proto tuto zprávu, jelikož jsem přesvědčen, že si Jordánsko finanční pomoc ze strany Evropské unie více než zaslouží. Osobně jsem měl před pár měsíci možnost Jordánsko navštívit a mohl sem se tak seznámit s podmínkami, které v tamních táborech a městech panují. Byl jsem překvapen především chudobou, v jaké uprchlíci žijí. Chybí základní věci jako jídlo, hygienické potřeby a oblečení. Vzhledem ke všem problémům, kterým je Jordánsko vystaveno, by měla Evropská unie svému partnerovi prokázat svoji podporu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie o poskytnutí ďalšej makrofinančnej pomoci Jordánskemu kráľovstvu som podporila. Jordánsko je krajina, ktorá si zaslúži z mnohých dôvodov náš obdiv. Hoci je jordánska ekonomika výrazne poznačená konfliktom v Iraku a Sýrii, Jordánsko bolo schopné prijať a starať sa o množstvo utečencov z konfliktných oblastí. Práve preto mu bola poskytnutá finančná asistencia na zvládanie situácie. Táto asistencia je viazaná na splnenie stanovených podmienok, ako je napríklad aj dosiahnutie cieľov kľúčových reforiem. Keďže Jordánsko je už dlhodobo významným partnerom Európskej únie a od roku 2002 má s EÚ vytvorenú zónu voľného obchodu, na ktorú nadväzovali ďalšie dohody, myslím si, že poskytnutie makrofinančnej asistencie je správnym krokom. Nielenže podporí demokratické smerovanie tejto krajiny, ale aj jasne ukáže, že Európska únia oceňuje snahu Jordánska pomáhať utečencom.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće o Prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o pružanju daljnje makrofinancijske pomoći Kraljevini Jordan u iznosu od 200 milijuna dolara jer smatram da je to odgovorna odluka kojom se financijski pomaže državi koja je uslijed migracijske krize iskazala spremnost prihvatiti veliki broj izbjeglica iz ratom zahvaćenih prostora.

Europska unija mora graditi kvalitetne partnerske odnose sa svim zemljama u bližem, daljem i interesnom susjedstvu. Jordan je u toku izbjegličke krize primio veliki broj izbjeglica, prema posljednjim podacima Ujedinjenih naroda radi se o čak gotovo 650 000 registriranih osoba, a procjene ističu da postoji samo milijun i 400 tisuća Sirijaca koji nisu registrirani.

Jordan je mala država ovisna o međunarodnoj pomoći koja se i prije izbjegličke krize nalazila u otežanoj financijskog situaciji, nedostatku resursa i vode koja je važna za obrađivanje poljoprivrednih zemljišta. Prema statistikama, Jordan spada u 10 najsuših zemalja na svijetu. Europska unija ima obavezu prema ovoj državi i dužna je makar financijskim putem pokušati amortizirati i otkloniti štetu koja proizlazi iz smještaja Jordana na karti svijeta. Ipak, pomoć treba biti usmjerena na konkretne razvojne projekte i poticaje, kao i na institucionalnu izgradnju.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o zagotovitvi nadaljnje makrofinančne pomoči Hašemitski kraljevini Jordaniji.

Gospodarstvo Jordanije je utrpelo veliko škodo zaradi stalnih nemirov v regiji. Skupaj s slabšim svetovnim okoljem so ti regionalni nemiri izredno negativno vplivali na zunanje prihodke in izčrpali javne finance. Poleg tega na jordansko gospodarstvo vpliva tudi velik pritok sirskih beguncev, ki povečuje pritisk na njen fiskalni položaj, javne storitve in infrastrukturo. Ker je Jordanija država, ki jo zajema ESP – evropska sosedska politika, bi se morala šteti za upravičenko do makrofinančne pomoči Unije. Iz navedenim razlogov podpiram dodelitev makrofinančne pomoči v obliki posojil za največ 200 milijonov EUR, ki bo namenjena podpori gospodarske stabilizacije in izvedbi reform.

9.2. Tätigkeiten und Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (A8-0011/2016 - Brian Hayes)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly I want to say that I supported this proposal and I would like to compliment my Irish and EPP colleague, Brian Hayes, the rapporteur, who did an excellent job on this report. His belief that the directive would promote the development of safe and adequate occupational pension provision systems across the Member States is correct.

There is no doubt that the ensuing innovation and good governance will contribute towards ensuring sufficient retirement provisions for all, which they need and deserve. This report outlines the ways and means by which pension schemes may move to another Member State so that the funds can get a better return for their beneficiaries. From an Irish perspective, I can appreciate the number of citizens that the directive stands to benefit, given the many Irish citizens who work elsewhere within the EU. Such efforts are essential in facilitating the development of occupational retirement savings. I therefore welcome the recommendations offered in this report and congratulate my colleague, Mr Hayes, once again.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente revisione della direttiva sui fondi pensione (IORP II) si pone l'obiettivo di eliminare le attuali barriere prudenziali per favorire la creazione di un mercato unico europeo dei fondi pensione privati. Si propone pertanto di eliminare le restrizioni previste dalle legislazioni nazionali di sicurezza sociale e del lavoro allo scopo di garantire a questi fondi una maggiore libertà di investimento su tutto il territorio dell'Unione, con conseguenti rischi e complicazioni in termini di sicurezza dei risparmi e di protezione dei diritti dei beneficiari.

L'obiettivo è quindi quello di favorire l'ulteriore espansione dei fondi privati affinché questi si sostituiscano al sistema pensionistico pubblico, reso insostenibile dalle politiche del rigore e dagli effetti della crisi sulle finanze pubbliche. Per evitare il rischio che il risparmio pensionistico dei cittadini venga messo in pericolo dalla finanza speculativa, ho votato sfavorevolmente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener puntos positivos que mejoran el presente funcionamiento transnacional de las pensiones, mantiene el enfoque de tratarlas como meros productos financieros. Existen numerosos problemas para las pensiones transfronterizas que esta directiva trata de solucionar, especialmente aquellos vinculados al riesgo financiero al que pueden someterse este tipo de fondos. Este informe trata muchos de esos problemas; mejora la transparencia y la información obligatoria a los beneficiarios, incluye los riesgos ambientales en el ámbito de aplicación, etc. Sin embargo el informe mantiene el enfoque de financiarizar las pensiones, incluyendo la posibilidad de financiar y participar de mecanismos financieros de riesgo, como los bonos del EFSI. Es por este enfoque de base, por lo que pese a compartir la necesidad de algunas de las mejoras desarrolladas, no he podido votar en favor del presente informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We abstained in the vote on this report, the Commission proposal and the legislative resolution.

The report is on the Commission's proposal to review the Institution for Occupation Retirement Provision Directive (IORPs) to create IOPRsII, which aims to improve the cross-border activities of the pension funds and ensure mobility for workers.

The report amends the Commission's proposal to integrate new requirements on risk, transparency and governance.

There are positive aspects to the report, including criticism of the level of control responsibilities assigned to Member States; a call for a bigger role of the risk analysis on an investment decision; and calls for social and environmental risks to be included in the risk analysis carried out by pension funds.

However, the underlying premise of both the Commission proposal and this report is that pension funds are financial products that should be treated as market goods in the EU financial markets instead of treating them as people's retirement savings that should be carefully protected. The key aim of the proposal is to enhance the mobility of these products in order to ensure a more mobile market for trade in these financial products. For these reasons we abstained.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl direktyvos reguliuojančios įstaigų, atsakingų už profesinių pensijų skyrimą, veiklą ir priežiūrą. Reikia pažymėti, kad norint sudaryti dar palankesnes sąlygas darbuotojų judumui tarp valstybių narių, šia direktyva siekiama užtikrinti gerą profesinių pensijų sistemos valdymą, informacijos teikimą sistemos nariams, skaidrumą ir profesinių pensijų skyrimo saugumą. Ši direktyva turėtų sudaryti palankesnes sąlygas naujų ir inovatyvių pensijų produktų plėtojimui kolektyvinėse sistemose, kuriomis visiems siekiama užtikrinti tinkamas pensijas. Svarbu, kad būtų patikslintos procedūros, kuriomis įstaigoms sudaromos sąlygos tarpvalstybinei veiklai vykdyti, ir kad būtų panaikintos nereikalingos kliūtys, apsunkinančios tokią tarpvalstybinę veiklą. Remiantis atitinkama Sąjungos rizikos ribojimo sistema sudarius palankesnes sąlygas tarpvalstybinei veiklai vykdyti būtų galima tikėtis teigiamo poveikio susijusioms įmonėms ir jų darbuotojams, nesvarbu, kokioje valstybėje narėje jie dirbtų, kadangi profesinių pensijų skyrimo veiklai būtų vadovaujama centralizuotai. Manau, kad tai teisingas žingsnis siekiant didesnio ES piliečių interesų apsaugojimo, kuris prisidės ir prie dar glaudesnės vidaus rinkos kūrimo.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τις δραστηριότητες και την εποπτεία των ιδρυμάτων που προσφέρουν υπηρεσίες επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών, διότι η εν λόγω αναδιατύπωση αποτέλεσε και αποτελεί ένα ουσιαστικό βήμα προς την κατεύθυνση μιας εσωτερικής αγοράς επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών, οργανωμένης σε ευρωπαϊκή κλίμακα.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Face à la crise financière, au vieillissement de la population, à l'augmentation des montants investis dans la retraite professionnelle par capitalisation, et à la capacité de ce secteur à investir dans des actifs à long-terme, la Commission a proposé une refonte d'IORP1 en 2014 qui présente plusieurs dangers: mise en place d'un marché unique de la retraite professionnelle qui permettra aux IRP d'offrir leurs produits dans tous les États membres en supprimant les obstacles règlementaires qui gênent les activités frontalières. Cela donnera un avantage certain aux pays européens qui ont une longue expérience des fonds de pension, notamment le Benelux dont les places financières ont déjà anticipé les avantages que pourrait offrir ce nouveau marché européen; nouvelles règles de placement d'actifs dangereuses qui favoriseront la prise de risque pour des établissements qui n'ont pas les moyens financiers et humains pour pratiquer ces investissements; instauration de règles permettant la création de fonds de pension européens sur le modèle américain, avec les risques que la dernière crise financière a mis au jour; volonté de remplacement progressive des retraites par répartition par des systèmes de retraites par capitalisation rejetés par les Français.

J'ai par conséquent voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because it aims to consolidate and increase the powers of the European Commission and impose new requirements on Member States.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui prévoit la poursuite des efforts vers l'institution d'un marché intérieur des régimes de retraite professionnelle à l'échelle européenne. Cette directive présente l'intérêt de proposer une harmonisation minimale dans ce domaine afin de faciliter davantage la mobilité des travailleurs entre les États membres.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A javaslat a foglalkoztatói nyugellátást szolgáltató intézmények tevékenységének és felügyeletének európai szintű összehangolásáról szól. A „foglalkoztatói nyugellátást szolgáltató intézmény" olyan intézmény, amelyik jogi formájától függetlenül, tőkefedezeti alapon működik, bármilyen támogató vállalkozástól vagy szakmai szervezettől elkülönítetten hozták létre, és amelynek célja a kereső tevékenységgel összefüggésben történő nyugellátás biztosítása. Mindez az úgynevezett hárompilléres nyugdíjrendszer része, amelynek bevezetését – főleg annak tőkefedezeti része miatt, amivel a jelen javaslat is foglalkozik – a Nemzetközi Valutaalap igyekezett a kilencvenes években minden országra ráerőszakolni, amelynek kölcsönt adott. E nyugdíjrendszer lényege az állami felelősség csökkentése (kevesebb állami nyugdíj), az öngondoskodás magánbiztosítókon keresztüli kötelezővé tétele (vagyis a nyugdíjbefizetések elterelése az államtól a magánbiztosítókhoz).

Amit a jelentés akar, az a tőkefedezeti rendszer általánossá tétele oly módon, hogy ebben a fedezeti rendszerben bármely magánnyugdíjalap tudjon szolgáltatást nyújtani bárhol – természetesen uniós biztonsági szabályozás mellett. Az egész lényege természetesen az, hogy a nyugdíjbefizetések nagy részét – egy minimális, az államnak fizetett részen kívül – be lehessen vonni a nemzetközi pénzügyi spekulációba, amint a jelentésből világosan ki is derül.

Mindezekre tekintettel az indítványra nemmel szavaztam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette refonte de la directive propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de déréglementer les normes existantes pour copier le prétendu modèle américain des fonds de pension. Le texte va également dans le sens de la création d'un marché unique de la retraite professionnelle, et les risques sont nombreux: réglementation avantageuse pour les grands fonds d'investissements, règles de placement d'actifs trop risquées ou encore promotion des retraites par capitalisation. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission qui vise à améliorer la gouvernance et la transparence des institutions de retraite professionnelle en Europe, à promouvoir les activités transfrontalières et à favoriser l'investissement à long terme. La Commission a trouvé un juste équilibre entre le renforcement des régimes nationaux et le respect de la discrétion nationale. Le développement de celles transfrontalières. Les IRP (Institut de retraite professionnelle) continueront de se fonder sur les normes sociales et professionnelles nationales reconnaissant les spécificités des régimes nationaux. Ils seront contrôlés au niveau national et aucune supervision européenne n'est créée. Parallèlement, le texte encourage le développement de dispositifs transfrontaliers qui doivent être couplés à des dispositions empêchant l'arbitrage réglementaire.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Hayes sull'attività e la vigilanza degli enti pensionistici aziendali o professionali. Il testo approvato definisce nuove misure per ottimizzare i meccanismi di risparmio destinati alle pensioni aziendali, favorendo la cooperazione tra gli Stati membri e le parti sociali.

L'obiettivo complessivo della proposta è quello facilitare il risparmio pensionistico all'interno dell'Unione, rafforzando il contributo che esso apporta al reddito da pensione. Un punto nodale è la definizione di procedure chiare e trasparenti per consentire agli enti pensionistici di svolgere attività transfrontaliere, migliorando al contempo la disciplina e la trasparenza degli stessi e rafforzando il mercato interno.

La proposta aumenta la capacità dell'economia europea di convogliare il risparmio a lungo termine in investimenti che stimolino la crescita e migliora il ruolo degli EPAP come investitori istituzionali nell'economia reale. Il testo stabilisce anche azioni strutturali per assicurare l'uguaglianza dei livelli pensionistici tra donne e uomini in tutta l'UE, promuovendo inoltre l'equilibrio intergenerazionale negli schemi pensionistici.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe, ya que es una contribución del Parlamento al proceso de refundición de la directiva sobre el segundo pilar de pensiones. Estas pensiones son aquellas que resultan de un acuerdo entre la empresa y los empleados, siendo el empresario el que contribuye a un fondo creado específicamente para ello. Se trata por tanto de un sistema a medio camino entre el sistema público de pensiones y los fondos de pensiones privados, un sistema que está más generalizado en países como Reino Unido y Países Bajos. Si bien entendemos que en algunos casos estos fondos suponen una conquista sindical, y que es positivo para los consumidores que se avance en una mayor estandarización y en la posibilidad de transferir los derechos de un país a otro, nos oponemos a que los fondos de pensiones se consideren como un mero servicio financiero. También nos parece preocupante que se relajen las exigencias de solvencia en estos fondos respecto a otros.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe del Sr. Hayes sobre las actividades y supervisión de los fondos de pensiones de empleo. En el acuerdo se establece que el ámbito de aplicación serán los fondos de pensiones de empleo. Cuando de acuerdo con la legislación nacional de las mismas carezcan de personalidad jurídica, los Estados miembros aplicarán la Directiva a los fondos, o a las entidades autorizadas responsables de gestionarlos y de actuar en su nombre.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis opposée à ce rapport, ainsi qu'à la proposition de la Commission, qui vont dans le sens de la création d'un marché unique de la retraite professionnelle.

Je suis certes consciente des enjeux autour des institutions de retraite professionnelle puisqu'on compte actuellement 125 000 fonds de retraite professionnelle dans toute l'Union européenne, lesquels détiennent 2 500 milliards d'euros d'actifs pour le compte de 75 millions d'Européens.

Je note quelques bonnes idées de la part de la Commission, comme l'obligation d'un contrôle des rémunérations, une meilleure estimation des risques ou encore l'amélioration de l'information à destination des épargnants.

Cependant, derrière ses bonnes intentions figure la volonté réelle de déréglementer les normes existantes en faveur de l'apparition d'un modèle «à l'américaine», ce qui aura pour réelles conséquences de privilégier les grands fonds d'investissement et des règles de placement d'actifs trop risquées, mais aussi, et surtout, cela aboutira à la promotion des systèmes de retraite par capitalisation et donc, in fine, à une remise en cause des systèmes nationaux de retraite par répartition. C'est un débat que l'on est en droit d'avoir, mais au niveau national, et non pas imposé par Bruxelles afin de réaliser son rêve d'américanisation de l'Europe.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo della relazione Hayes che analizza la proposta di direttiva sulle Attività e alla vigilanza degli enti pensionistici aziendali o professionali, è poco equilibrato e non condivisibile. Ritengo che questo provvedimento aprirà la strada a nuovi soggetti privati provenienti da Paesi esteri che potranno entrare nel nostro mercato interno, aggiungendo un ulteriore tassello allo smantellamento del welfare nazionale programmato ed orchestrato dall'UE. Per tutti questi motivi ho votato contro questo provvedimento.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He apoyado con mi voto esta propuesta de Directiva con el fin de mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación, normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania u Holanda. La propuesta también facilita las actividades transfronterizas de los fondos de pensiones de empleo y la transferencia de planes de pensiones para eliminar los obstáculos innecesarios que las entorpecen.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išreiškė savo poziciją dėl direktyvos dėl įstaigų, atsakingų už profesinių pensijų skyrimą, veiklą ir priežiūrą. Bendrasis šios direktyvos tikslas – palengvinti profesinių pensijų kaupimą. Per ankstesnių metų ekonomikos ir finansų krizę daugelyje valstybių narių būta didelio spaudimo visų pirma pirmosios pakopos pensijų sistemoms. Todėl įvairiose šalyse teko mažinti pensijų išmokas. Be to, visų valstybių narių visuomenės sensta. Tuo pačiu metu mažėja darbingo amžiaus gyventojų skaičius ir gimstamumas, jaunimas studijuoja ilgiau ir įsilieja į darbo rinką vyresnio amžiaus. Atsižvelgiant į tai, daugiau valstybių narių turėtų apsvarstyti galimybę sukurti papildomas antrosios pakopos pensijų sistemas, kurios turėtų padėti užtikrinti didesnį pensijų išmokų saugumą. Tačiau, atsižvelgiant į ekonomikos ir finansų krizės patirtį, geros priežiūros ir valdymo taisyklės tikrai suteikia žmonėms didelį pasitikėjimą savo pensijų sistema ir skatina juos dalyvauti tokioje sistemoje. Todėl šios direktyvos nauja redakcija turėtų būti naudinga skatinant valstybes nares kurti profesinių pensijų sistemas, kuriomis žmonės gali pasitikėti.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom, hogy az idősebb, illetve a fogyatékossággal élő személyeket ne fenyegesse a szegénység kockázata, valamint megfelelő életszínvonalon élhessenek. Az idősebb emberek körében a szegénység és a bizonytalanság elleni küzdelem fontos eleme az, hogy a foglalkoztatói nyugdíjak megfelelő védelmet nyújtsanak a biometrikus kockázatokkal szemben is. Valamely nyugdíjkonstrukció létrehozásakor a munkáltatóknak és munkavállalóknak, illetve képviselőiknek mérlegelniük kell annak lehetőségét, hogy a nyugdíjkonstrukció terjedjen ki a magas életkor elérésének és a munkavégzéssel összefüggő megrokkanás kockázatának biztosítására, illetve a túlélő hozzátartozói nyugdíj nyújtására is. Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se s predlogom direktive o dejavnostih in nadzoru institucij za poklicno pokojninsko zavarovanje in sem ga tudi podprl na plenarnem zasedanju, saj sem mnenja, da bi na notranjem trgu morale institucije imeti možnost poslovanja v drugih državah članicah in ob tem tudi zagotavljati visoko stopnjo zaščite pokojninskih načrtov poklicnega zavarovanja. Potrebno je zagotoviti minimalno uskladitev, ki jo države članice lahko nadgradijo. Pozdravljam ukrep na poti k notranjemu trgu za zagotavljanje poklicnega pokojninskega zavarovanja, organiziranega po evropskem merilu, saj je ključnega pomena za gospodarsko rast in ustvarjanje delovnih mest v Evropski uniji ter tudi za spopadanje z izzivi, ki izhajajo iz staranja evropske družbe.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće, jer je korak naprijed ka stvaranju jedinstvenog tržišta mirovinskog sustava EU-a, a što danas u praksi nije slučaj.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on activities and supervision of institutions for occupational retirement provision because it represented a more straightforward codification of the existing legislative acts and did not add any changes in substance. This better codification is important because the issue of the national pension systems concerns many Europeans due to the average age of our society.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – In tutta l'UE è necessario adattare i sistemi pensionistici per garantire pensioni adeguate, sicure e sostenibili. La proposta di revisione della direttiva 2003/41/CE relativa alle attività degli EPAP assicurerà migliori disciplina e trasparenza degli enti, nonché un incremento della loro attività transfrontaliera, rafforzando il mercato interno.

Alcuni enti pensionistici aziendali o professionali sono enti finanziari di grandi dimensioni e un loro fallimento potrebbe incidere sulla stabilità finanziaria. Attualmente sono rari gli enti pensionistici aziendali o professionali transfrontalieri; tuttavia gli EPAP transfrontalieri possono rappresentare una quota crescente degli schemi pensionistici aziendali e professionali.

La revisione della direttiva è intesa a potenziare la capacità degli EPAP di investire in attività a lungo termine e a sostenere il finanziamento della crescita sostenibile nell'economia reale. Senza un quadro normativo aggiornato a livello UE, si rischia che gli Stati membri continuino a elaborare soluzioni diverse, aggravando la frammentazione normativa. L'obiettivo generale della proposta è facilitare il risparmio pensionistico, rafforzando così il contributo che il risparmio destinato alle pensioni complementari apporta al reddito da pensione.

La proposta migliorerà inoltre gli EPAP nella veste d'investitori istituzionali nell'economia reale e rafforzerà la capacità dell'economia europea di convogliare il risparmio a lungo termine in investimenti che stimolino la crescita.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Sectorul instituțiilor pentru furnizarea de pensii ocupaționale se dezvoltă în numeroase state membre în care pensiile ocupaționale jucau până în prezent un rol limitat, inclusiv prin stabilirea de cadre de reglementare.

Sunt necesare standarde mai ridicate de guvernanță, care să reflecte cele mai bune practici la nivel național în urma crizei economice și financiare, pentru a proteja membrii și beneficiarii schemelor și a facilita furnizarea de pensii la nivel transfrontalier în condiții de siguranță.

Trebuie reduse divergențele în materie de reglementare, cerințele care se suprapun și procedurile transfrontaliere excesiv de împovărătoare. Aceste elemente reprezintă bariere în calea dezvoltării piețelor transfrontaliere de pensii ocupaționale. Reducerea acestor obstacole va ajuta întreprinderile, inclusiv IMM-urile și firmele multinaționale, să își organizeze activitățile de furnizare de pensii la nivel european într-un mod mai eficient.

Am votat favorabil acest raport, ținând cont de faptul că existența unor pensii ocupaționale mai sigure și mai eficiente va contribui la adecvarea și viabilitatea pensiilor, prin sporirea contribuției economiilor din pensiile complementare la veniturile din pensii.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Commission a proposé le 27 mars 2014 une refonte de la directive 2003/41/CE concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle (fonds de pension).

L'objectif de cette révision est de moderniser la législation relative aux fonds de pension pour la faire plus justement correspondre aux évolutions démographiques et plus particulièrement au vieillissement de la population. De plus, les fonds de pension ont été gravement touchés par la crise économique et financière de 2008. Il était important de mettre en place un cadre réglementaire renforçant leur résilience. Un fonds de pension est un fonds d'investissements qui investit l'épargne-retraite de nombreux salariés pour la faire fructifier. Il est primordial d'assurer leur bonne gouvernance. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione perché incoraggia gli Stati membri ad una necessaria regolamentazione a livello nazionale e UE per la sicura prestazione di pensioni professionali o aziendali.

È importante che gli Stati membri perseguano l'obiettivo di garantire l'equilibrio intergenerazionale negli schemi pensionistici e incrementino la protezione dei diritti dei cittadini europei che per motivi lavorativi si trovano in un altro paese membro.

La relazione indica la necessità di misure adeguate per ottimizzare il risparmio destinato alle pensioni aziendali e propone l'adozione di misure volte al supporto della cooperazione degli Stati membri con le parti sociali e azioni strutturali per assicurare l'uguaglianza dei livelli pensionistici tra donne e uomini in tutta Europa.

Il funzionamento del mercato interno nel settore in questione deve essere perfezionato attraverso procedure chiare che permettano agli enti di svolgere anche attività transfrontaliere.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this Report as I believe that this directive will facilitate the development of new and innovative pension products that aim to guarantee adequate retirement provisions for all. It aims to clarify the procedures enabling institutions to carry out cross-border activity and remove unnecessary obstacles which hinder cross-border activity. It also increases transparency of information to pension scheme members and beneficiaries and improves the supervision of pension funds and lays down new rules for cross-border activities and transfers.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo implicito della revisione della direttiva sui fondi pensione (IORP II) è chiaramente quello di favorire l'ulteriore espansione e redditività dei fondi privati, affinché questi prendano progressivamente il posto del sistema pensionistico pubblico, reso insostenibile dalle politiche del rigore e dagli effetti della crisi sulle finanze pubbliche.

Riscontrando forti preoccupazioni in merito all'impatto delle nuove regole sul risparmio pensionistico dei cittadini, che verrebbe fortemente esposto ai rischi sistemici legati alla finanza speculativa, ho espresso voto negativo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση που στοχεύει στη διευκόλυνση της ανάπτυξης της αποταμίευσης για επαγγελματική συνταξιοδότηση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης σχετικά με τις δραστηριότητες και την εποπτεία των ιδρυμάτων που προσφέρουν υπηρεσίες επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών. Πρόκειται για μια προσπάθεια εξειδίκευσης συγκεκριμένων όρων που διέπουν τις υπηρεσίες συνταξιοδοτικών παροχών. Καθώς θεωρώ πως η έκθεση δεν εστιάζει επαρκώς στην ενίσχυση του δημόσιου συνταξιοδοτικού μηχανισμού, αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Giacché l'evoluzione demografica nell'Unione e della situazione dei bilanci nazionali lo richiedono, esprimo il mio favore nei confronti della relazione. Infatti, le pensioni aziendali o professionali costituiscono una preziosa integrazione del sistema pensionistico della sicurezza sociale, tuttavia non li possono sostituire vista la loro importanza fondamentale per l'erogazione di prestazioni pensionistiche adeguate, sicure e sostenibili.

Gli Stati membri dovrebbero garantire la protezione sociale dei lavoratori per quanto concerne le pensioni, erogando pensioni pubbliche che consentano loro di mantenere un tenore di vita dignitoso e di essere protetti dalla povertà in età avanzata e promuovendo schemi pensionistici complementari legati ai contratti di lavoro come copertura integrativa.

La direttiva non viene a subire modifiche sostanziali e mira non solo a stabilire norme prudenziali rigorose per fornire e tutelare un'informazione adeguata e completa da fornire agli aderenti e ai beneficiari dei fondi, bensì anche alla realizzazione di attività transfrontaliere. Si potrà, in futuro, perciò parlare di fondi pensione paneuropei grazie ad un'armonizzazione minima, la quale non impedirà, in ogni caso, agli Stati membri di adottare ulteriori disposizioni prudenziali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the activities and supervision of institutions for occupational retirement provision.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – As instituições de realização de planos de pensões profissionais (IRPPP) desempenham um importante papel no financiamento a longo prazo da economia europeia.

A Europa está confrontada com um envelhecimento da população em todos os Estados-Membros. A esperança de vida apresenta variações por toda a Europa, mas a tendência para um aumento da mesma é geral, bem como para o aumento do número de pensionistas a viver mais tempo e de boa saúde.

Tendo em conta esta realidade, os países deveriam pensar em instituir regimes de pensões complementares do segundo pilar. Porém, estes planos deverão ser desenvolvidos sem pôr em causa a importância dos regimes de pensões da segurança social em termos de proteção social segura, duradoura e efetiva.

Apoio o relatório Hayes, pois concordo com a necessidade de clarificação das regras aplicáveis à atividade e às transferências de planos de pensões transfronteiras, e entre Estados-Membros, com o objetivo de proporcionar segurança às instituições que tencionam gerir esses planos de pensões.

Apoio a necessidade de se assegurar uma boa governação e gestão dos riscos, fornecer informações claras e relevantes aos membros e beneficiários e garantir que os supervisores disponham dos instrumentos necessários para supervisionar as IRPPP.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento in quanto il testo prevede un'armonizzazione minima in materia e non dovrebbe pertanto impedire agli Stati membri di mantenere o adottare disposizioni supplementari per tutelare gli aderenti e i beneficiari degli schemi pensionistici aziendali o professionali, a condizione che tali disposizioni siano coerenti con gli obblighi che incombono agli Stati membri in virtù del diritto dell'Unione. Il provvedimento affronta poi in modo corretto la tematica della mobilità dei lavoratori tra gli Stati membri mirando a garantire una sana governance e un'informazione corretta degli aderenti allo schema pensionistico.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I support the call for Member States to be equipped with sufficient flexibility to implement and regulate the requirements set out in this directive in a way that reflects the wide variety of pension systems in Europe. We need to ensure that our national systems are organised, all in the best interest of members and beneficiaries. I am in favour of minimum harmonisation which does not preclude Member States from maintaining or introducing further provisions to protect members and beneficiaries, if such provisions are consistent with Member States' obligations under Union law.

I believe we need to look more at the human element in such instances whereby institutions would not be treated as purely financial service providers as they serve an important social function due to the central role played by social partners in the running of the institutions.

Hence a national minimum pension which does not fall below the risk-of-poverty threshold would be in line with this principle.

Therefore, a recast of this directive under the condition that it has the right focus and does not introduce unnecessary burdens is a step in the right direction.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener puntos positivos que mejoran el presente funcionamiento transnacional de las pensiones, mantiene el enfoque de tratarlas como meros productos financieros. Existen numerosos problemas para las pensiones transfronterizas que esta directiva trata de solucionar, especialmente aquellos vinculados al riesgo financiero al que pueden someterse este tipo de fondos. Este informe trata muchos de esos problemas; mejora la transparencia y la información obligatoria a los beneficiarios, incluye los riesgos ambientales en el ámbito de aplicación, etc. Sin embargo el informe mantiene el enfoque de financiarizar las pensiones, incluyendo la posibilidad de financiar y participar de mecanismos financieros de riesgo, como los bonos del EFSI. Es por este enfoque de base, por lo que pese a compartir la necesidad de algunas de las mejoras desarrolladas, no he podido votar en favor del presente informe.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem tekstu dyrektywy dotyczącej działalności instytucji pracowniczych, programów emerytalnych oraz nadzoru nad takimi instytucjami (IORP). Opracowany tekst uwzględnia zasadę proporcjonalności oraz podkreśla on, że emerytury są kompetencją państw członkowskich. Dyrektywa skupia się na przepisach dotyczących aspektu transgranicznego IORP. Dyrektywa obejmuje ochroną członków IORP i osoby uprawnione, które muszą zostać dostatecznie poinformowane o zasadach programu emerytalnego. Przepisy obecnej dyrektywy mają na celu zapewnienie ochrony przyszłych emerytów, członków programów emerytalnych i osób uprawnionych oraz zabezpieczenie roli państw członkowskich w podejmowanych działaniach.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – European society is ageing and pension systems across the European Union have to adapt in order to ensure sustainable pensions. The report identifies the complexity of the matter and seeks to address the challenges by a closely coordinated action by Member States and seeks to ensure safer and more efficient occupational pensions while reinforcing the capacity of the European economy to channel long-term savings to growth-enhancing investment. For this reason, I voted in favour of the report.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider benefică propunerea ca statele membre să acorde autorizații prealabile acelor instituții care decid să gestioneze o schemă în alt stat membru în baza unor autorizații care să le permită instituțiilor să încaseze contribuții de la întreprinderi cu sediul în orice stat membru. Gestionarea de scheme de pensii cu membri din mai multe state membre trebuie să se facă cu respectarea în totalitate a dispozițiilor în vigoare ale legislației sociale și a muncii din statul membru gazdă referitoare la schemele de pensii ocupaționale, ca de exemplu: stabilirea și plata prestațiilor de pensie și condițiile pentru transferabilitatea drepturilor de pensie. În scopul asigurării securității juridice a activităților transfrontaliere ale instituțiilor, ar trebui clarificat domeniul de aplicare al normelor prudențiale.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport de codécision vise à faciliter le développement de l'épargne-retraite professionnelle. Considérant que cette nouvelle réglementation améliore la gouvernance des fonds de pension, accroît la transparence de l'information des affiliés et des bénéficiaires des régimes de retraite, améliore la surveillance des fonds de pension et fixe de nouvelles règles pour les activités de transfert et les transferts, j'ai décidé de soutenir ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la proposition de directive concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle. Avec le vieillissement des populations se développent des établissements, connus sous le nom d'institutions de retraite professionnelle, qui utilisent les marchés financiers pour fournir des prestations de retraite. Puisque ce phénomène touche l'ensemble des États membres de l'Union, il est indispensable que nous actualisions le cadre réglementaire européen sur la surveillance de ces institutions. En menant une harmonisation minimale, notamment en clarifiant les procédures permettant à ces institutions d'exercer une activité transfrontalière, nous protégeons davantage les citoyens européens et nous favorisons le développement de l'activité de ces institutions sur l'ensemble du territoire européen.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. — В доклада са залегнали наши предложения за нехармонизирани изисквания на ЕС за платежоспособност и по-лек режим на финансиране, а не на съществуващия напълно финансиран модел. Сега текстът дава възможност за периоди на дофинансиране, което е важно, защото има случаи, като например сливания, които биха попречили на средства да бъдат изцяло финансирани по всяко време. Затова подкрепям доклада относно Дейностите и надзора на институциите за професионален пенсионен надзор.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Είναι γεγονός ότι στην Ελλάδα η οικονομική και χρηματοπιστωτική κρίση είχε ως αποτέλεσμα τη μείωση των καταβαλλόμενων συντάξεων. Οι χώρες που εφαρμόζουν διανεμητικό σύστημα, στο οποίοι οι συντάξεις καταβάλλονται από τον υπό εκτέλεση προϋπολογισμό, αντιμετωπίζουν και θα συνεχίσουν να αντιμετωπίζουν ιδιαίτερες δυσκολίες όσον αφορά τη χρηματοδότηση επαρκών συντάξεων.

Κατά συνέπεια, καταψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τις δραστηριότητες και την εποπτεία των ιδρυμάτων που προσφέρουν υπηρεσίες επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the Hayes report on the Activities and Supervision of Institutions for Occupational Retirement Provision. I was satisfied with the content of the report in terms of the situation in Wales where we have had a number of instances of people losing the pension to which they have contributed for years. I was glad to see the obligation to include environmental and social assessments in the investment and risk management procedure, as well as increased transparency.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: cette directive peut s'inscrire dans le cadre d'une volonté de remplacement progressive des retraites par répartition par des systèmes de retraites par capitalisation, ce qui a toujours été rejeté par les Français.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório refere que «a diretiva deve assegurar que as instituições gozem de um nível apropriado de liberdade para investir», podendo as instituições que realizam planos de pensões profissionais investir em ações, sistemas multilaterais de negociação, sistemas de negociação organizados. É assumida ainda a limitação da gestão de risco por via de requisitos quantitativos, sendo, por isso, fundamental assegurar um sistema de governo eficaz.

Esta solução implica que as pensões fiquem à mercê da idoneidade do gestor e do desempenho dos produtos em que o dinheiro das pensões é investido. Num cenário em que o número de planos de pensões profissionais em regime de contribuições definidas é crescente, tal torna-se potencialmente problemático e perigoso.

Por outro lado, no texto posto à votação, é afirmado que as regras de investimento impostas pelos Estados-Membros devem permitir o desenvolvimento de produtos de pensões individuais dentro de um sistema coletivo e não devem impedir a livre circulação de capitais.

Os fundos de pensões não são para nós um produto financeiro banal. Somos contra a criação de um mercado único de pensões, bem como a realização de planos de pensões à escala europeia.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente proposta di direttiva in quanto ritengo che facilitare il risparmio pensionistico di natura aziendale o professionale contribuisca a migliorare e garantire la sicurezza delle prestazioni pensionistiche. Il testo, inoltre, prevedendo adeguate disposizioni in materia di governance, di vigilanza e di trasparenza e assicurando ai pensionati un periodico consulto informativo in merito allo stato dei loro sistemi pensionistici, possa contribuire ad incentivare i singoli Stati membri a definire sistemi pensionistici aziendali o professionali (EPAP) di cui i cittadini possano fidarsi.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Predmetný návrh Európskej komisie si kladie za cieľ zlepšiť riadenie a transparentnosť inštitúcií, ktoré majú za úlohu poskytovať zamestnanecké dôchodky, propagáciu cezhraničných aktivít a dlhodobé investície v Európe. Je veľmi dôležité, aby Európska komisia pri svojom návrhu myslela na udržanie rovnováhy medzi posilnením vnútroštátnych systémov, rešpektovaním národnej diskrétnosti a zároveň sa usilovala o povzbudenie cezhraničných systémov. IORP bude aj naďalej vychádzať z národných sociálnych a pracovných štandardov, ktoré uznávajú špecifiká vnútroštátnych systémov. Budú kontrolované na národnej úrovni a nie je vytvorený žiadny európsky dohľad.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione, un ulteriore tassello per lo smantellamento del welfare nazionale ad opera dell'Ue.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Είναι γεγονός ότι στην Ελλάδα η οικονομική και χρηματοπιστωτική κρίση είχε ως αποτέλεσμα τη μείωση των καταβαλλόμενων συντάξεων. Οι χώρες που εφαρμόζουν διανεμητικό σύστημα, στο οποίοι οι συντάξεις καταβάλλονται από τον υπό εκτέλεση προϋπολογισμό, αντιμετωπίζουν και θα συνεχίσουν να αντιμετωπίζουν ιδιαίτερες δυσκολίες όσον αφορά τη χρηματοδότηση επαρκών συντάξεων.

Κατά συνέπεια, καταψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τις δραστηριότητες και την εποπτεία των ιδρυμάτων που προσφέρουν υπηρεσίες επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the report, as it will improve the protection of members of occupational retirement schemes and will encourage the development of stable cross-border schemes. Member States should take into account the objective for all institutions of ensuring the intergenerational balance of occupational pension schemes, by aiming to have an equitable spread of risks and benefits between generations. I support, especially, the national social and labour provisions that focus on the protection of scheme members and introduce, at the same time, the concept of duty of care in order to avoid a regulatory race to the bottom through cross-border schemes.

For the first time in EU legislation, environmental, social and governance factors have been introduced concerning investment decision, by also avoiding stranded assets due to social and environmental risks through an ex-ante risk assessment. Last, but not least, taking into account that the gender pension gap in the Union is 39% on average, I am of the opinion that an extensive study is needed on the impact of different pillars, pensions systems and their structures on both women and men; to ensure equal levels of pensions for both women and men across the Member States.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que los fondos de pensiones de empleo varían significativamente entre los diferentes Estados miembros de la Unión. Por lo tanto, no es conveniente adoptar un planteamiento de talla única con respecto a los fondos de pensiones de empleo. La Comisión y la Autoridad Europea de Supervisión (Autoridad Europea de Seguros y Pensiones de Jubilación), deben tener en cuenta en el marco de su actividad las diversas tradiciones de los Estados miembros, sin perjuicio de la legislación nacional social y laboral, cuando decidan sobre la organización de los fondos de pensiones de empleo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Elisabetta Gardini (PPE), *in writing*. – This is an important report as IORPs (institutions for occupational retirement provision) play an important role in the long-term financing of the EU's economies and in securing of retirement benefits. The financial importance of IORPs cannot be overstated as they have holding assets worth around EUR 2.5 trillion on behalf of around 75 million members and beneficiaries, a large percentage of the EU population.

This directive aims to ensure that IORPs need to have the possibility to operate in other Member States while ensuring a high level of protection and security for their members and beneficiaries.

It is important that this directive ensure that Member States shall make sure that members and beneficiaries are correctly informed about their respective pension scheme operated by an IORP. This is essential so that members of pension schemes have information on, for example, their financial risks, their investment profile, guarantees for the scheme and the options available to them.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento sulla proposta di direttiva del PE e del Consiglio relativa alle attività e alla vigilanza degli enti pensionistici aziendali o professionali (EPAP) – rifusione – poiché ritengo che alla luce dei *trend* demografici nell'UE e della situazione dei bilanci nazionali gli enti pensionistici EPAP costituiscono un'importante integrazione dei sistemi pensionistici pubblici.

Per tale motivo, a questi enti dovrebbero essere riconosciuto la possibilità di operare in altri Stati membri, garantendo nel contempo un elevato grado di protezione e soprattutto sicurezza dei soggetti aderenti agli schemi EPAP. L'operatività transfrontaliera degli stessi richiede un'armonizzazione minima e soprattutto regole di vigilanza europee, preservando nel contempo la possibilità per gli Stati membri di determinarne l'organizzazione, secondo le diverse tradizioni e nel quadro delle loro attività, nel rispetto del diritto nazionale e della sicurezza sociale e del lavoro.

Condivido la necessità di una regolamentazione e supervisione adeguate a livello dell'Unione e nazionale, perché queste attività sono di fondamentale importanza se si vogliono tutelare i diritti dei beneficiari. Così come condivido la necessita che gli schemi pensionistici aziendali o professionali tengano conto dell'equilibrio intergenerazionali mirando a garantire una equa ripartizione dei rischi e dei benefici nelle prestazioni pensionistiche tra le generazioni.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Betriebliche Altersvorsorge ist gerade für viele Menschen in Deutschland ein unverzichtbarer Bestandteil ihrer Altersvorsorge. Umso wichtiger ist eine funktionierende Aufsicht der entsprechenden Einrichtungen. Deshalb habe ich für den Bericht gestimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Um die Vollendung des europäischen Binnenmarktes weiter voranzubringen, gilt es auch, die betriebliche Altersversorgung europaweit zu etablieren und offen zu gestalten. Dies impliziert, dass grenzübergreifende berufliche Vorsorgeeinrichtungen ermöglicht werden, die einem Risikomanagement unterliegen. Damit ist auch die Möglichkeit verbunden, sich seine Altersansprüche europaweit auszahlen lassen zu können.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the IORP II Directive because it is essential that we have a properly functioning pensions system in place – including state pensions, workplace pensions and private provision – to ensure that people are well looked-after in retirement. The directive ensures that pension schemes are well-run and well-regulated, and that ordinary members of pension schemes have vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive after they retire. And pension schemes will now have to make sure they are investing for the long term, considering the social and environmental implications of their investments, which is a major step forward.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Il n'est sans doute pas innocent que l'on vote dans la même session un texte sur les fonds de retraite professionnels et un autre appelant à encourager un marché européen des services financiers de détail, dont l'épargne retraite volontaire des particuliers. Soit deux des trois niveaux d'assurance vieillesse possibles, avec les systèmes publics.

Il s'agit de créer un marché européen de la retraite professionnelle et de modifier les normes existantes sur le modèle des fonds de pension américains, notamment en facilitant les activités transfrontalières et les transferts internationaux de portefeuilles au sein du marché unique, malgré la diversité des droits sociaux et du travail. Bien sûr, quelques concessions sont faites quant aux règles prudentielles ou de gouvernance, ou encore quant à l'information des épargnants. Mais tout cela ne compense pas les défauts du texte, notamment l'élargissement des classes d'actifs dans lesquels ces fonds pourraient investir, faisant croître le risque. Ni ne parvient à masquer sa philosophie sous-jacente: la promotion des retraites par capitalisation au détriment des systèmes publics par répartition. Il est vrai que les sommes en jeu sont énormes et éveillent bien des appétits.

Il appartient aux Etats, et aux Etats seuls, de définir la nature, l'étendue, l'organisation, le fonctionnement de leur protection sociale.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe, ya que es una contribución del Parlamento al proceso de refundición de la directiva sobre el segundo pilar de pensiones. Estas pensiones son aquellas que resultan de un acuerdo entre la empresa y los empleados, siendo el empresario el que contribuye a un fondo creado específicamente para ello. Se trata por tanto de un sistema a medio camino entre el sistema público de pensiones y los fondos de pensiones privados, un sistema que está más generalizado en países como Reino Unido y Países Bajos. Si bien entendemos que en algunos casos estos fondos suponen una conquista sindical, y que es positivo para los consumidores que se avance en una mayor estandarización y en la posibilidad de transferir los derechos de un país a otro, nos oponemos a que los fondos de pensiones se consideren como un mero servicio financiero. También nos parece preocupante que se relajen las exigencias de solvencia en estos fondos respecto a otros.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this directive because it ensures that pension schemes are well-run and well-regulated, and that ordinary members of pension schemes have vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive after they retire. Pension schemes will now have to make sure they are investing for the long term, considering the social and environmental implications of their investments, which is a major step forward.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Τηρήσαμε αποχή κατά την ψηφοφορία της έκθεσης, αφού, αν και οι τροπολογίες της Ομάδας μας δεν ελήφθησαν υπόψη, εντούτοις η έκθεση ήταν σαφώς καλύτερη από την αρχική της μορφή, ιδιαίτερα όσον αφορά ζητήματα, όπως οι πληροφορίες που δίνονται στους δικαιούχους, ο περιβαλλοντικός κίνδυνος των επενδύσεων, η διαφάνεια και ο περιορισμός των επενδύσεων χαρτοφυλακίου.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report on the activities and supervision of institutions for occupational retirement, which is a redraft of the 2003 IORPS Directive to facilitate the development of occupational retirement pensions in the EU. A satisfactory report has been developed in terms of the key policy areas. In particular, I am pleased with the new structures for risk management and the removal of obstacles to cross-border provision of pension services and facilitation of cross-border transfer of schemes. All or part of the assets and liabilities of occupational pension schemes can now for the first time be transferred from one Member State to another

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll für ein Mindestmaß an Harmonisierung sorgen. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten zu ermuntern, Systeme betrieblicher Altersversorgung zu entwickeln und aufsichtsrechtliche Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen. Dies ist meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Tätigkeit grenzüberschreitender Altersversorgungssysteme wird neu definiert. Dies schafft mehr Rechtsklarheit. Dass die Möglichkeit geschaffen wird, Altersversorgungssysteme grenzüberschreitend übertragen zu können, führt zu einer Stärkung der Effizienz. Da hinsichtlich Auskunft und Anlage die Vorschriften des Herkunftslandes gelten sollen, werden auch die Verwaltungskosten sinken. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht zu.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I believe that the EU should work on protecting the members of occupational retirement schemes and encourage the development of stable cross-border schemes.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o djelatnostima i nadzoru institucija za strukovno mirovinsko osiguranje zbog toga što prijedlog ne sadrži suštinske promjene, već se ograničava samo na kodifikaciju bez važnih izmjena. Smatram međutim da su iznimno bitni prekogranični aspekti mirovinskog sustava i razmjena najboljih praksi među državama članicama, te dostupnost jasnim i relevantnim informacijama za članove i korisnike programa strukovnog mirovinskog osiguranja. Povrh toga, nužno je osigurati da nadzornici imaju na raspolaganju potrebne instrumente za kontrolu, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette refonte de la directive propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de dérèglementer les normes existantes pour copier le modèle américain des fonds de pension. Apparaît naturellement le danger d'une règlementation avantageuse à l'endroit des fonds d'investissement, des règles de placement d'actifs trop risquées et la promotion des retraites par capitalisation. Cette dernière est évidemment un premier pas vers la remise en cause des retraites nationales par répartition.

J'ai donc voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Brian Hayes relatif aux institutions de retraite professionnelle. Ces institutions sont des organismes qui fournissent des prestations de retraite liées à l'emploi en parallèle des systèmes publics de retraite et de sécurité sociale. Bénéficiant des principes de libre circulation des capitaux et de libre prestation, ce rapport s'attache à vouloir encadrer ces entités pour garantir un système de retraites professionnelles sûr pour les citoyens. Pour cela, le rapporteur préconise une politique de rémunération plus saine, la réduction de l'écart de niveau de pension entre hommes et femmes et plus de transparence envers les affiliés.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour but de faciliter le développement de l'épargne-retraite professionnelle avec un double objectif de modernisation et de transparence. Ce texte améliore la gouvernance des fonds de pension, accroît la transparence de l'information des affiliés et des bénéficiaires des régimes de retraite, améliore la surveillance des fonds de pension et fixe de nouvelles règles pour les activités de transfert.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Οι πάροχοι συνταξιοδοτικών προγραμμάτων δεν είναι απλώς χρηματοπιστωτικοί οργανισμοί, αλλά κυρίως δρώντες που υπηρετούν έναν σημαντικό κοινωνικό στόχο: την εξασφάλιση των οικονομικών όρων διαβίωσης των ανθρώπων που βρίσκονται στη τρίτη ηλικία. Με τη δημογραφική πίεση και το αυξανόμενο προσδόκιμο ζωής, τα κράτη μέλη προσπαθούν να βρουν τρόπους που θα εξασφαλίζουν μακροπρόθεσμα τη βιωσιμότητα των ασφαλιστικών σχημάτων. Επιπλέον, λόγω των συνθηκών της κρίσης που χτύπησε σε διαφορετικό βαθμό τα κράτη μέλη, αφήνοντας κάποια από αυτά σε πιο δυσμενή συγκριτικά θέση, είναι σημαντικό η οδηγία αυτή να διασφαλίζει τη μεγαλύτερη δυνατή ευελιξία για κάθε κράτος μέλος με τις ειδικές του συνθήκες.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht betrifft eine Überarbeitung der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung. Diese soll helfen, eine Mindestharmonisierung der europäischen Rentensysteme zu erzielen, um dadurch Rentenansprüche von europäischen Arbeitnehmern, die in anderen EU-Staaten als ihrem Heimatstaat zwischenzeitlich beruflich beschäftigt waren, sicherzustellen. Da auch sehr viele Arbeitnehmer unter diese Kategorie fallen und ihnen eine angemessene, sichere und nachhaltige Rente gewährleistet werden muss, stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll für ein Mindestmaß an Harmonisierung sorgen. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten zu ermuntern, Systeme betrieblicher Altersversorgung zu entwickeln und aufsichtsrechtliche Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen. Dies ist meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Tätigkeit grenzüberschreitender Altersversorgungssysteme wird neu definiert. Dies schafft mehr Rechtsklarheit. Dass die Möglichkeit geschaffen wird, Altersversorgungssysteme grenzüberschreitend übertragen zu können, führt zu einer Stärkung der Effizienz. Da hinsichtlich Auskunft und Anlage die Vorschriften des Herkunftslandes gelten sollen, werden auch die Verwaltungskosten sinken. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht zu.

Béla Kovács (NI), *írásban*. - Ha valami, hát a nyugdíjrendszerek az állatorvosi ló tipikus esete. Miközben a munkavállalótól elvárják a kormányok, hogy élethosszra tervezze az öngondoskodását, a nyugdíjszabályokat folyamatosan változtatják, egyes országokban némi késleltetési mechanizmussal, másutt egészen durván. Pedig a jogszerű és erkölcsös az volna, ha az egyén és az állam között létrejött megállapodást a munkavállaló első munkanapjától kezdődően csak az ő beleegyezésével, illetve annak hiányában az ő javára lehetne megváltoztatni. Semmi utólagos nyugdíjkorhatár emelgetés és trükközések. A jelentésben tetten érhető cél, hogy a nyugdíjbefizetések nagy részét, egy minimális, az államnak fizetett részen kívül be lehessen vonni a nemzetközi pénzügyi spekulációba, teljesen elfogadhatatlan. Egyébiránt a hárompilléres nyugdíjrendszer bevezetése ellen már 1997-ben tiltakoztak a szakszervezetek, jogosan.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям доклада относно предложението за директива на Европейския парламент и на Съвета относно дейностите и надзора на институциите за професионално пенсионно осигуряване.

Предвид демографските промени в Съюза и състоянието на националните бюджети, професионалното пенсионно осигуряване е неизменна част към социалноосигурителните пенсионни системи. Устойчивата пенсионна система включва широк набор от продукти, многообразие на институции, както и ефективни и ефикасни надзорни практики, които са надлежно упоменати в настоящата директива.

Директивата ще засили способността на професионалните пенсионни фондове да инвестират във финансови активи с дългосрочен икономически профил и така ще подкрепи финансирането на растежа в реалната икономика. Приемането на директивата ще улесни допълнително и мобилността на работниците между държавите членки, като се гарантира добро управление чрез прозрачност и безопасност.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – I voted in favour because the proposed directive will facilitate the development of occupational retirement savings. The EU and its Member States need to develop occupational retirement pension systems in which EU citizens can have confidence and which will function effectively in times of economic and financial crisis, ageing population, youth unemployment and shrinking population across Europe. Therefore, I call on the EU and in particular Member States to set up complementary second-pillar pension systems which should lead to more secure pension benefits and a more secure future for EU citizens.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de démanteler la branche retraite de la sécurité sociale pour copier le modèle américain des fonds de pension.

Un tel système plairait sans doute à François Fillon, et à ses amis eurodéputés LR qui l'ont voté, mais pas à moi.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle. L'objectif de la Commission est la mise en place d'un marché unique de la retraite professionnelle qui permettra à tous les IRP d'offrir leurs produits dans tous les États membres. Il s'agit donc de supprimer les obstacles réglementaires qui gênent les activités frontalières, ce qui donnera un avantage certain aux pays qui ont une longue expérience des fonds de pension. De plus, les nouvelles règles de placement d'actifs sont aussi dangereuses car elles favorisent la prise de risque pour des établissements qui n'ont pas les moyens financiers et humains pour pratiquer ces investissements. Et les exigences quantitatives prudentielles demandées sont insuffisantes pour assurer les bénéficiaires des régimes de retraite complémentaire. Au final, l'objectif de cette refonte de directive est d'instaurer des règles pour permettre la création de fonds de pension européens sur le modèle américain, avec les risques que la dernière crise financière a mis au jour. Cette directive peut aussi s'inscrire dans le cadre d'une volonté de remplacement progressive des retraites par répartition par des systèmes de retraites par capitalisation, ce qui a toujours été rejeté par les Français.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Cette refonte de la directive propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de déréglementer les normes existantes pour copier le modèle américain des fonds de pension. Le texte va également dans le sens de la création d'un marché unique de la retraite professionnelle, et les risques sont nombreux: réglementation avantageuse pour les grands fonds d'investissements, règles de placement d'actifs trop risquées ou encore promotion des retraites par capitalisation. J'ai voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva porque pretende mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación (pilar 2), normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania y Holanda.

La propuesta de la Comisión también pretende la creación de fondos transfronterizos, lo que es positivo en el marco de un verdadero mercado interior en el seno de la Unión.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll für ein Mindestmaß an Harmonisierung sorgen. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten zu ermuntern, Systeme betrieblicher Altersversorgung zu entwickeln und aufsichtsrechtliche Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen. Dies ist meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Tätigkeit grenzüberschreitender Altersversorgungssysteme wird neu definiert. Dies schafft mehr Rechtsklarheit. Dass die Möglichkeit geschaffen wird, Altersversorgungssysteme grenzüberschreitend übertragen zu können, führt zu einer Stärkung der Effizienz. Da hinsichtlich Auskunft und Anlage die Vorschriften des Herkunftslandes gelten sollen, werden auch die Verwaltungskosten sinken. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht zu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Izvješće naglašava kako fondovi mirovinskog osiguranja imaju koristi od slobodnog kretanja kapitala unutar EU-a, a glavni cilj ovog prijedloga je omogućiti razvoj profesionalne štednje za mirovinu.

Ovaj prijedlog Direktive ima za cilj uklanjanje prepreka za prekograničnо mirovinsko osiguranje, osiguranje dobrog upravljanja i upravljanja rizicima, pružanje jasnih i relevantnih informacija za korisnike dostupnost potrebnih alata za učinkovito nadziranje supervizora. Kako bi se dodatno olakšala mobilnost radnika među državama članicama, ovom se Direktivom želi zajamčiti dobro upravljanje, obavješćivanje članova programa, transparentnost i sigurnost strukovnog mirovinskog osiguranja. Ovom bi se Direktivom trebala olakšati izrada novih i inovativnih mirovinskih programa unutar kolektivnih sustava kako bi se svima zajamčilo stjecanje odgovarajuće mirovine, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The institutions for occupational retirement provision play an important role in the long-term financing of the Union's economy and in providing secure retirement benefits for citizens of the Union. Member States should take into account the objective for all institutions of ensuring the intergenerational balance of occupational pension schemes, by aiming to have an equitable spread of risks and benefits between generations.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Podporil som kodifikáciu smernice EP a Rady o činnostiach a dohľade nad inštitúciami zamestnaneckého dôchodkového zabezpečenia, ktorá stanovuje postupy pri ich cezhraničnej činnosti. Cieľom smernice je stanoviť minimálnu jednotnú harmonizovanú právnu úpravu pre všetky členské krajiny. Systematické zjednotenie a upravenie právnych pomerov v tejto oblasti zvýši prehľadnosť a zrozumiteľnosť, a tým aj zjednoduší ich aplikáciu a interpretáciu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τις δραστηριότητες και την εποπτεία των ιδρυμάτων που προσφέρουν υπηρεσίες επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the report on activities and supervision of institutions for occupational retirement provision. The report shows a list of benefits, which include, but are not limited to: improving pension funds' governance, increasing transparency of information, enhancing supervision of pension funds, and creating a new set of rules. All of this plays a crucial role, as it will encourage the Institutions for Occupational Retirement Provision to serve as key long-term institutional investors. On the other hand, it is important to stress that the report positively looks forward and aims at ensuring a high level of protection for future pensioners while guaranteeing efficient investment at the same time.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Möglichkeit für Arbeitnehmer, die grenzüberschreitend in Arbeits-/Dienstverhältnissen stehen/standen, durch eine Vereinfachung und Absicherung die Rentenansprüche zu erhalten, erteile ich meine Zustimmung.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Direktyvos pakeitimais siekiama užtikrinti gerą profesinių pensijų sistemos valdymą, informacijos teikimą sistemos nariams, skaidrumą ir profesinių pensijų skyrimo saugumą. Ši direktyva turėtų sudaryti palankesnes sąlygas naujų ir inovatyvių pensijų produktų plėtojimui kolektyvinėse sistemose, kuriomis visiems siekiama užtikrinti tinkamas pensijas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les régimes de retraite, (premier pilier public, deuxième et troisième pilier privés) et en particulier ceux du deuxième et du troisième pilier constituent une part importante du secteur financier.La proposition vise à utiliser ces ressources disponible pour stimuler les investissements. Elle prend en compte le fonctionnement des fond de pension suite à l'affaire «Deepwater Horizon» , quand les autorités américaines ont demandé à BP et Shell de compenser les dommages environnementaux. Ce qui a eut un impact sur l'investissement des fonds de pension dans ces sociétés. La proposition prend donc en compte les risques environnementaux et sociaux dans l'analyse des risques. Elle promeut la mise en place d'un système d'information efficace pour tous les bénéficiaires… Mais la responsabilité des institutions privées reste très peu mise en cause. De même les fonds de pension sont abordés comme des produits financiers devant être traités comme des biens marchands sur les marchés financiers de l'UE. Enfin la proposition ne permet pas de maintenir une séparation nette entre le système privé et le régime public de pensions, comme mon groupe le demandait. Le rapport améliorant tout de même la proposition de la Commission, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission concerne une refonte de la directive 2003/41/EC sur les institutions de retraites professionnelles, dite IORP1. Face à la crise financière, au vieillissement de la population, à l'augmentation des montants investis dans la retraite professionnelle par capitalisation, et à la capacité de ce secteur à investir dans des actifs à long-terme, la Commission a proposé une refonte d'IORP1 en 2014 avec les objectifs suivants: améliorer la gouvernance, améliorer l'information des épargnants par la mise en place du PBS, faciliter les activités transfrontalières et les transferts internationaux de portefeuilles au sein du marché unique, encourager les investissements à long terme en autorisant les IRP à investir dans plus de classes d'actifs. Cette refonte de la directive propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de déréglementer les normes existantes pour copier le modèle américain des fonds de pension. Les dangers sont: une réglementation avantageuse pour les grands fonds d'investissement, des règles de placements d'actifs trop risquées et la promotion des retraites par capitalisation. J'ai ainsi voté contre la proposition de la Commission et la résolution législative.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente diretiva prevê uma harmonização mínima e não deve impedir os Estados-Membros de manterem ou incorporarem outras disposições, a fim de proteger os membros e beneficiários, desde que essas disposições sejam coerentes com as obrigações dos Estados-Membros ao abrigo da legislação da União.

A presente diretiva não diz respeito a questões relacionadas com a legislação nacional em matéria social e laboral, fiscal e contratual, nem à adequação dos planos de pensões nos Estados-Membros, para além das regras relativas aos planos de pensões profissionais, tal como previstas na presente diretiva.

Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because institutions for occupational retirement schemes should be managed safely, transparently and following principles of good governance. Retired workers should be able to rest assured that their occupational pension schemes are safeguarded.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this legislation which aims to improve the protection of members of occupational retirement schemes and will encourage the development of stable cross-border schemes.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatot tett az Európai Parlamentnek és a Tanácsnak a foglalkoztatói nyugellátást szolgáltató intézmények tevékenységéről és felügyeletéről szóló irányelv elfogadására. A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentésében leszögezi, hogy az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport szerint a Bizottság javaslata a benne akként megjelölteken kívül egyéb érdemi módosítást nem tartalmaz, az csupán a meglévő jogszabályok változatlanul hagyott rendelkezései és e módosítások egységes szerkezetbe foglalása. A szakbizottság ezért azt indítványozza, hogy a Parlament az egységes szerkezetbe foglalt jogszabályt első olvasatban az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság jogi szolgálataiból álló tanácsadó munkacsoport ajánlásait figyelembe vevő módosításokkal fogadja el. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La réforme de la directive IORP introduirait largement les systèmes de retraite par capitalisation. Le risque pour un pays comme la France consiste à préparer ainsi l'abandon du modèle par répartition, auquel les citoyens sont attachés. Il s'agit à nouveau de favoriser les marchés financiers et les acteurs établis sur les produits d'épargne professionnelle, essentiellement au Luxembourg ou en Belgique. Le risque sur des retraites financées par capitalisation, à l'heure des taux négatifs et d'une volatilité forte des marchés, est trop fort pour être encouragé davantage. Vote défavorable.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La proposition de la Commission concerne une refonte de la directive 2003/41/CE sur les institutions de retraites professionnelles, dite IORP1. Cette directive laisse craindre une volonté de se diriger un peu plus vers un système de retraite par capitalisation privé. Je vote donc contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the IORP II Directive because it is essential that we have a properly functioning pensions system in place – including state pensions, workplace pensions and private provision – to ensure that people are well looked-after in retirement. The Directive ensures that pension schemes are well-run and well-regulated, and that ordinary members of pension schemes have vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive after they retire. And pension schemes will now have to make sure they are investing for the long term, considering the social and environmental implications of their investments, which is a major step forward.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la directive du Parlement européen et du Conseil concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle. Ce texte a notamment pour objectif de moderniser cette législation pour qu'elle soit plus juste et qu'elle corresponde davantage aux évolutions démographiques et plus particulièrement au vieillissement de la population. Il prévoit notamment de clarifier les procédures permettant aux institutions d'exercer une activité transfrontalière et de supprimer les obstacles superflus entravant cette activité, afin d'améliorer le fonctionnement du marché intérieur dans ce domaine.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that aims to further facilitate the mobility of workers between Member States by ensuring good governance, transparency and safety of occupational retirement provision.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport care își propune crearea unui cadru legal la nivel european în vederea dezvoltării economisirii pentru pensiile ocupaționale. Criza economică și demografică cu care ne confruntăm afectează direct veniturile pe care persoanele ieșite din activitate le vor avea în viitor. Consider foarte important principiul conform căruia statele membre vor dispune de suficientă flexibilitate pentru a aplica și reglementa cerințele prevăzute în directivă într-un mod care să poată reflecta marea varietate de sisteme de pensii din Europa.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen und bin für eine Vereinfachung und Absicherung für Arbeitnehmer, die grenzüberschreitend tätig waren.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Les régimes de retraite constituent une part importante des ressources financières disponibles au sein de l'Union et le but de la présente directive est d'utiliser ces ressources pour motiver les investissements. Afin de garantir la mobilité des travailleurs la directive cherche à unifier les systèmes de pension afin de faciliter la mobilité des travailleurs dans l'UE. Si des avancements significatifs ont été observés dans l'évolution du texte tels que la prise en compte de données environnementales et sociales dans les investissements faits par le fond visant à d'avantage de transparence et d'informations aux bénéficiaires, la nature de fond de pension demeure et les demandes du Parlement, qui cherchaient à restreindre d'avantage les possibilités d'investissement pour assurer sa sécurité n'ont pas été entendus. De fait, malgré des avancées positives le résultat n'est pas satisfaisant, d'où mon abstention.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Direktiivi eesmärk on parandada piiriülest pensionisüsteemi, et kodanikud saaksid liikmesriikide vahel liikuda nii, et neil oleks kindlustatud võrdne pension.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η πρόταση αποσκοπεί στη βελτίωση της διακυβέρνησης και της διαφάνειας των ιδρυμάτων παροχής επαγγελματικών συνταξιοδοτικών παροχών στην Ευρώπη, στην προώθηση της διασυνοριακής δραστηριότητας και στη διευκόλυνση μακροχρόνιων επενδύσεων. Επιδιώκεται επίσης η επίτευξη μιας λεπτής ισορροπίας μεταξύ της ενίσχυσης των εθνικών συστημάτων, του σεβασμού στην εθνική διακριτική ευχέρεια και της ενθάρρυνσης της ανάπτυξης διασυνοριακών συστημάτων. Παράλληλα, το κείμενο προωθεί την ανάπτυξη των διασυνοριακών προγραμμάτων που έπρεπε να γίνουν σε συνδυασμό με τις διατάξεις αποτροπής του ρυθμιστικού αρμπιτράζ.

Μέσω της πρότασης αυτής, την οποία υπερψήφισα, ενισχύθηκαν οι αναφορές στις εθνικο-κοινωνικές και εργατικές διατάξεις, με επίκεντρο την προστασία των ασφαλισμένων, με την εισαγωγή παράλληλα της έννοιας του καθήκοντος μέριμνας, προκειμένου να αποφευχθεί μια ρυθμιστική κούρσα προς τα κάτω μέσω διασυνοριακών προγραμμάτων.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che la rifusione di tale direttiva consentirebbe agli enti pensionistici aziendali o professionali di svolgere un ruolo fondamentale nell'ambito dell'Unione europea, in quanto migliorerebbe il sistema delle pensioni aziendali e professionali, senza discriminazione di sesso tra i singoli cittadini dell'UE, consentendo ad essi di avere uno stile di vita decorso anche al termine della loro vita lavorativa.

Inoltre, con l'istituzione di tali enti si andrebbero ad abbattere le barriere transfrontaliere al fine di consentire il miglior funzionamento del mercato interno, ed agevolerebbero la condizione di vita di coloro, che per motivi di lavoro, vivono distaccati in un altro Stato membro. Con tale direttiva si vogliono anche sviluppare nuove disposizioni prudenziali dirette a garantire un maggiore livello di sicurezza per i futuri beneficiari di pensione.

Questa direttiva non scavalcherebbe la sovranità del singolo Stato membro, ma piuttosto andrebbe ad incoraggiare esso al fine di consentire, da un lato, l'erogazione di pensioni aziendali e occupazionali sicure e, dall'altro, l'agevolazione dell'attività transfrontaliera. Pertanto, esprimerei voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam reviziju Direktive 2003/41/EC čiji je cilj olakšati razvoj profesionalnih štednja za mirovinu. Europsko društvo stari. Mirovinski sustavi diljem Europske unije moraju se prilagoditi kako bi se osigurale odgovarajuće, sigurne i održive mirovine. Institucije za strukovne mirovine igraju važnu ulogu u dugoročnom financiranju gospodarstva Unije i pružanju sigurne mirovine za građane Unije. Revizija Direktive 2003/41/EC o aktivnostima i nadzoru institucija za strukovne mirovine potrebna je zbog zaštite članova i korisnika te omogućavanja sigurnog prekograničnog osiguravanja kroz više standarde upravljana na nacionalnoj razini uz praćenje ekonomske i financijske krize. Tu je i smanjenje prepreka za razvoj prekograničnog mirovinskog tržišta, što pomaže tvrtkama, uključujući mala i srednja poduzeća, kako bi učinkovitije organizirali svoj mirovinski sustav sukladno propisima EU-a. Postoje dokazi o značajnim razlikama u razini informiranosti korisnika mirovinskih sustava diljem EU-a. Ovaj prijedlog nadopunjuje i temelji se na niz inicijativa pokrenutih u posljednjih nekoliko godina, kao što je Bijela knjiga o mirovinama i Zelena knjiga o dugoročnom financiranju europskog gospodarstva.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Otporan mirovinski sustav obuhvaća raznolik raspon proizvoda i učinkovite nadzorne prakse. U svjetlu demografskih kretanja i stanja nacionalnih proračuna, strukovno mirovinsko osiguranje vrijedan je dodatak mirovinskim sustavima socijalne sigurnosti. Oni su pod pritiskom te se sve više oslanjamo na strukovne mirovine kako bi dopunili druge oblike mirovinskog osiguranja. Institucije za strukovno mirovinsko osiguranje imaju važnu ulogu u dugoročnom financiranju gospodarstva. U ime otprilike 75 milijuna članova i korisnika upravljaju imovinom vrijednom 2,5 bilijuna eura. Unatoč stupanju na snagu Direktive 2003/41/EZ, prekogranična djelatnost ograničena je zbog razlika u nacionalnom, socijalnom i radnom pravu. Novom se Direktivom želi postići minimalno usklađivanje i njome se države članice ne sprečava da zadrže ili uvedu dodatne odredbe kako bi se zaštitili članovi i korisnici, pod uvjetom da su te odredbe usklađene s obvezama koje države članice imaju u skladu s pravom Unije. Države članice trebale bi u skladu s načelom supsidijarnosti zadržati punu nadležnost za organizaciju svojih mirovinskih sustava.

Ovom se Direktivom namjerava potaknuti države članice da izgrade održivo strukovno mirovinsko osiguranje te da olakšaju prekograničnu djelatnost. Važno je osigurati da starije osobe i osobe s invaliditetom ne budu izložene riziku siromaštva te da mogu imati dostojan životni standard.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – No relatório aprovado diz-se que «a diretiva deve assegurar que as instituições gozem de um nível apropriado de liberdade para investir», podendo as instituições de realização de planos de pensões profissionais investir em ações, sistemas multilaterais de negociação, sistemas de negociação organizados. É assumida ainda a limitação da gestão de risco por via de requisitos quantitativos, sendo, por isso, fundamental assegurar um sistema de governo eficaz.

Esta solução implica que as pensões fiquem à mercê da idoneidade do gestor e do desempenho dos produtos em que o dinheiro das pensões é investido (isto, num cenário em que o número de planos de pensões profissionais em regime de contribuições definidas é crescente, torna-se potencialmente problemático e perigoso).

Por outro lado, no texto posto à votação, é afirmado que as regras de investimento impostas pelos Estados-Membros devem permitir o desenvolvimento de produtos de pensões individuais dentro de um sistema coletivo e não devem impedir a livre circulação de capitais.

Os fundos de pensões não são para nós um produto financeiro banal. Somos contra a criação de um mercado único de pensões, bem como a realização de planos de pensões à escala europeia.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'obiettivo generale di questa direttiva è quello di facilitare il risparmio pensionistico di natura aziendale o professionale. La proposta della Commissione non contiene modificazioni sostanziali della normativa vigente. Si tratta di una rifusione. Vorrei comunque sottolineare come in tutti gli stati dell'Unione sia necessario vigilare attentamente sulla solidità dei sistemi pensionistici, salvaguardando i diritti acquisiti delle fasce a basso e medio reddito. Ho votato a favore dell'approvazione di questa relazione. Ho votato in favore della proposta di direttiva.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Pierwszą dyrektywę w sprawie IORP wprowadzono w 2003 r., a wnioski dotyczące drugiej dyrektywy w sprawie IORP zaczęły się pojawiać w 2014 r. Instytucje pracowniczych programów emerytalnych (IORP) zarządzają prywatnymi zbiorowymi programami emerytalnymi dla pracodawców, tak aby ich pracownicy mogli skorzystać z emerytury zakładowej obejmującej składki wpłacone przez pracodawcę. IORP nie mają związku z emeryturami państwowymi, które wchodzą w zakres kompetencji krajowych (pierwszy filar), i emeryturami prywatnymi (trzeci filar).

Sprawozdanie obejmuje kwestie zarządzania, zarządzania ryzykiem, przejrzystości i udzielania informacji przez IORP. Podkreśla, że emerytury należą do kompetencji państw członkowskich, kładzie większy nacisk na przepisy dotyczące transgranicznych IORP niż krajowych IORP oraz znosi wszystkie akty delegowane zaproponowane pierwotnie przez Komisję. Zapewnia udzielanie uczestnikom (pracownikom) i emerytom informacji o wszystkich istotnych cechach ich programu emerytalnego w postaci dostosowanego do potrzeb użytkowników rocznego zestawienia świadczeń emerytalnych, a także konsultacje w przypadku podejmowania decyzji wpływających na wypłaty ich emerytur. Forma zestawienia jest mniej nakazowa niż ta, którą pierwotnie zaproponowała Komisja. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui octroie d'avantage de protection, de transparence, d'informations et de sécurité sur la manière dont les fonds de pensions professionnelles sont gérés. Désormais les fournisseurs de régimes de pension professionnelle qui souhaitent déplacer leurs opérations au-delà des frontières nationales devront recevoir l'approbation d'une majorité de leurs membres ainsi que le soutien des réglementateurs, tant dans le pays d'origine que dans le pays bénéficiaire.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He apoyado con mi voto esta propuesta de Directiva con el fin de mejorar la transparencia y la gobernanza de las instituciones proveedoras de pensiones laborales para la jubilación, normalmente ligadas a los agentes sociales y comunes en países como Alemania u Holanda. La propuesta también facilita las actividades transfronterizas de los fondos de pensiones de empleo y la transferencia de planes de pensiones para eliminar los obstáculos innecesarios que las entorpecen.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution législative sur la proposition de directive concernant les activités et la surveillance des institutions de retraite professionnelle. Cette directive vise à assurer une harmonisation minimale et ne devrait pas empêcher les États membres de maintenir ou d'instaurer d'autres dispositions afin de protéger les affiliés et les bénéficiaires des régimes de retraite professionnelle.

Mais en matière de pensions, ma position est claire: je plaide en faveur d'un renforcement du premier pilier de pension.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Profesinių pensijų skyrimą ir priežiūrą atliekančių įstaigų veiklos vertinimui skirta rezoliucija yra gerai parengta ir subalansuota. Svarbu ir tai, jog svarstoma EP rezoliucija apima ir pažangius, su atsakingu požiūriu į aplinką susijusius mūsų pakeitimus. Todėl pritariu šiam dokumentui.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O envelhecimento gradual da sociedade europeia faz com que a UE necessite de adotar medidas que prevejam um nível de pensões adequado, seguro e sustentável pelos seus regimes de segurança social e facilitador do desenvolvimento das poupanças-reforma profissionais.

A ausência de um quadro regulamentar comunitário atualizado tem permitido a manutenção de soluções divergentes e independentes por parte dos Estados-Membros.

Esta proposta, que votei favoravelmente, considera por isso necessária uma revisão da Diretiva 2003/41/CE relativa às atividades e à supervisão das instituições, a realização de planos de pensões profissionais, a necessidade de reduzir os obstáculos ao desenvolvimento dos mercados de pensões transfronteiriças e ainda o colmatar de algumas lacunas existentes ao nível da informação prestada aos membros e beneficiários em toda a UE.

A proposta baseia-se numa série de iniciativas lançadas ao longo dos últimos anos, como o Livro Branco sobre as pensões e o Livro Verde sobre o financiamento a longo prazo da economia europeia.

Considero este debate e as propostas de sustentabilidade existentes extremamente importante, especialmente para as gerações mais jovens.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en este informe, ya que es una contribución del Parlamento al proceso de refundición de la directiva sobre el segundo pilar de pensiones. Estas pensiones son aquellas que resultan de un acuerdo entre la empresa y los empleados, siendo el empresario el que contribuye a un fondo creado específicamente para ello. Se trata por tanto de un sistema a medio camino entre el sistema público de pensiones y los fondos de pensiones privados, un sistema que está más generalizado en países como Reino Unido y Países Bajos. Si bien entendemos que en algunos casos estos fondos suponen una conquista sindical, y que es positivo para los consumidores que se avance en una mayor estandarización y en la posibilidad de transferir los derechos de un país a otro, nos oponemos a que los fondos de pensiones se consideren como un mero servicio financiero. También nos parece preocupante que se relajen las exigencias de solvencia en estos fondos respecto a otros.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zum Vorschlag des Parlaments und des Rates für eine Richtlinie über die Tätigkeiten und Beaufsichtigung der Einrichtungen betrieblicher Altersvorsorge gestimmt.

Das Ziel des Berichtes ist es, die Entwicklung der betrieblichen Altersvorsorge zu vereinfachen. Dies soll erreicht werden durch die Beseitigung der noch übrigen aufsichtsrechtlichen und grenzüberschreitenden Barrieren und durch die Schaffung guter Governance und Risiko Management der beruflichen Vorsorgeeinrichtungen.

Weiterhin sollen Mitglieder ausreichende Informationen empfangen und die Aufsichtsbehörden die notwendigen Instrumente effizient nutzen für eine wirksame Überwachung.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener puntos positivos que mejoran el presente funcionamiento transnacional de las pensiones, mantiene el enfoque de tratarlas como meros productos financieros. Existen numerosos problemas para las pensiones transfronterizas que esta directiva trata de solucionar, especialmente aquellos vinculados al riesgo financiero al que pueden someterse este tipo de fondos. Este informe trata muchos de esos problemas; mejora la transparencia y la información obligatoria a los beneficiarios, incluye los riesgos ambientales en el ámbito de aplicación, etc. Sin embargo el informe mantiene el enfoque de financiarizar las pensiones, incluyendo la posibilidad de financiar y participar de mecanismos financieros de riesgo, como los bonos del EFSI. Es por este enfoque de base, por lo que pese a compartir la necesidad de algunas de las mejoras desarrolladas, no he podido votar en favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I do not wish to see the EU involved in this area so I voted against this.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Hlasovala som za uznesenie, lebo si myslím, že je to dobrý návrh, ktorý zabezpečí vysokú ochranu a bezpečnosť členov a poberateľov zamestnaneckých dôchodkových systémov. Uvedomujem si, že spôsob organizácie a regulácie inštitúcií zamestnaneckého dôchodkového zabezpečenia sa v súčasnosti medzi členskými štátmi významne líši, preto súhlasím s tým, aby sa predkladanou smernicou dosiahla minimálna úroveň harmonizácie, pričom by sa nemalo brániť členským štátom zachovať alebo zaviesť ďalšie ustanovenia, ktoré budú chrániť ich členov a poberateľov. Som taktiež za to, aby inštitúcie na vnútornom trhu mali možnosť fungovať aj v iných členských štátoch. Verím, že aj vďaka predkladanej smernici, ktorá stanovuje postupy potrebné na vykonávanie cezhraničnej činnosti, tak zaručíme zodpovedajúce dôchodkové zabezpečenie pre všetkých. Očakávam, že členské štáty v dôsledku demografického vývoja v Únii zabezpečia lepšiu ochranu pracovníkov, pokiaľ ide o dôchodky, poskytovaním verejných dôchodkov, ktoré sú dostatočné na udržanie dôstojnej životnej úrovne a na ochranu pred chudobou v starobe.

Μαρία Σπυράκη (PPE), *γραπτώς*. – Τα συστήματα κοινωνικής ασφάλισης υφίστανται μεγάλες πιέσεις και για τον λόγο αυτό οι πολίτες ενδέχεται να βασίζονται όλο και περισσότερο στο μέλλον σε επαγγελματικές συνταξιοδοτικές παροχές για τη συμπλήρωση των συνταξιοδοτικών τους αποταμιεύσεων. Οι θεσπιζόμενοι με την παρούσα πρόταση οδηγίας κανόνες αποσκοπούν στην κατοχύρωση ενός υψηλού επιπέδου ασφάλειας για όλους τους μελλοντικούς συνταξιούχους, μέσω της επιβολής αυστηρών προτύπων εποπτείας εντός της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ώστε να εξασφαλισθεί η συνετή διαχείριση των καθεστώτων επαγγελματικής συνταξιοδότησης. Παράλληλα, ενισχύουν τη διαφάνεια, την αποτελεσματική πληροφόρηση των κρατών μελών, αλλά και την ανάπτυξη νέων και καινοτόμων συνταξιοδοτικών προϊόντων, χωρίς ωστόσο να θέτουν τη θεμελιώδη σημασία της κοινωνικής ασφάλισης υπό αμφισβήτηση.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll für ein Mindestmaß an Harmonisierung sorgen. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten zu ermuntern, Systeme betrieblicher Altersversorgung zu entwickeln und aufsichtsrechtliche Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen. Dies ist meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Tätigkeit grenzüberschreitender Altersversorgungssysteme wird neu definiert. Dies schafft mehr Rechtsklarheit. Dass die Möglichkeit geschaffen wird, Altersversorgungssysteme grenzüberschreitend übertragen zu können, führt zu einer

Stärkung der Effizienz. Da hinsichtlich Auskunft und Anlage die Vorschriften des Herkunftslandes gelten sollen, werden auch die Verwaltungskosten sinken. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht zu.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the IORP II Directive because it is essential that we have a properly functioning pensions system in place – including state pensions, workplace pensions and private provision – to ensure that people are well looked-after in retirement. The Directive ensures that pension schemes are well-run and well-regulated, and that ordinary members of pension schemes have vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive after they retire. And pension schemes will now have to make sure they are investing for the long term, considering the social and environmental implications of their investments, which is a major step forward.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (Neufassung) habe ich nicht zugestimmt.

Mit dieser Richtlinie werden Vorschriften für die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung festgelegt. Dabei geht es insbesondere um eine Mindestharmonisierung im grenzüberschreitenden Verkehr. Harmonisierung von Vorschriften lehne ich ab. Die EU sollte sich zurück zu einem freien Markt entwickeln, statt einheitliche Regulierungen für alle Mitgliedstaaten zu entwickeln. Diese unterbinden den Wettbewerb der Regelungssysteme, anstatt ihn zu fördern. Einer der Mängel der Richtlinie ist zudem, dass sie kein allgemeines Gesetz ist, sondern in bestimmten Fällen nach Geschlechtszugehörigkeit differenziert und sogar Geschlechtersensibilität einfordert. In einem freien Staat unterscheidet das Recht nicht nach dem Geschlecht.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Mirovinski sustav EU-a ne djeluje kao jedinstveno tržište.

Definirani su problemi: 1. složenost prekograničnog poslovanja, 2. zahtjevi upravljanja i upravljanja rizicima, 3. komuniciranje s članovima i 4. ovlasti nadzora.

Izvješće potiče države članice na stvaranje sigurnih i primjerenih strukovnih mirovinskih osiguranja.

Operativni cilj jest preinaka zakonodavstva, što će dovesti do ukidanja dodatnih zahtjeva pri prekograničnom poslovanju i stvaranje jedinstvenog tržišta osiguranja.

Očekivane su koristi pojednostavljenje poslovanja, povećanje konkurencije i stvaranje bolje ponude za korisnike mirovinskog sustava. Ojačat će i privatna strukovna mirovinska osiguranja.

Prihvaćam Izvješće jer će strukovna mirovinska osiguranja postati učinkovitija i sigurnija, povećat će se povjerenje klijenata, što će dovesti do smanjenja cijena i povećane potražnje za njihovim financijskim uslugama.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Πρόκειται για μια οδηγία που προωθεί πλήρως την ιδιωτικοποίηση των συνταξιοδοτικών συστημάτων. Ωστόσο, στην έκθεση του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου τονίζεται πως δεν πρέπει να υπάρξει επέμβαση στο κυριαρχικό δικαίωμα των κρατών μελών να καθορίζουν τις διατάξεις των συνταξιοδοτικών τους ταμείων. Έτσι βελτιώνει την οδηγία, αν και στο ελάχιστο, καθώς η αρχή που την διέπει δεν αλλάζει. Για τον λόγο αυτό τηρήσαμε αποχή.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Ez a jogalkotási folyamat javítani fogja a foglalkoztatói nyugdíjellátás tagjainak védelmét és stabil, határokon átnyúló programok fejlesztésére ösztönöz. Éppen ezért a jelentést szavazatommal támogattam. A javaslattal a Bizottságnak az a célja, hogy javítsa a foglalkoztatói nyugdíjellátást nyújtó intézmények irányítását és az átláthatóságot. Mindezt úgy, hogy amellett, hogy tiszteletben tartja a nemzeti hatásköröket, fejlesztéseket ösztönöz. A nyugellátást szolgáló intézmények továbbra is a nemzeti szociális és munkaügyi normák szerint működnek, így a javaslat elismeri a nemzeti rendszerek sajátosságait. Például megmarad a nemzeti ellenőrzés, nem hoz létre EU-szintű felügyeletet.

Mindazonáltal, a szöveg elősegíti a határokon átnyúló programokat, amelyekhez viszont hozzá kell rendelni azokat a rendelkezéseket, amelyek megakadályozzák a lehetséges arbitrázst, azaz a piaci félreárazásból adódó lehetőségeket. A jelentésben erős hangsúlyt kaptak a nemzeti szociális- és munkaügyi rendelkezések, különös tekintettel a program tagjainak védelmére, és bevezeti a gondoskodás kötelezettségének a koncepcióját, amivel elkerülhető a határokon átnyúló együttműködő programok versenye. Talán ez az első olyan nyugdíjellátással kapcsolatos uniós szabályozás, amely egyszerre veszi figyelembe a környezeti, társadalmi és irányítási tényezőket a beruházással kapcsolatos döntéseknél.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – În vederea asigurării echilibrului dintre generații și pentru că sistemele de securitate socială suportă presiuni din ce în ce mai mari, devine necesară dezvoltarea unor pensii ocupaționale sigure și stabile în toate statele membre, în vederea completării surselor de pensii existente, cunoscând faptul că un sistem de pensii viabil include diversificarea produselor și instituțiilor, precum și practici eficiente și eficace. Astfel, statele membre își vor putea proteja cetățenii de sărăcie când aceștia vor fi bătrâni și neajutorați, așa cum nu se întâmplă, în prezent, în unele state membre. Ca atare, este salutară această inițiativă de încurajare a statelor membre privind crearea de scheme de pensii ocupaționale adecvate, sustenabile și sigure, furnizate prin intermediul unor instituții pentru furnizarea de pensii ocupaționale.

IORP, investitori pe termen lung, trebuie să desfășoare activități în conformitate cu legislația europeană și sub responsabilitatea integrală a statelor membre în ceea ce privește rolul și funcțiile lor, asigurând astfel un nivel ridicat de protecție și de siguranță membrilor și beneficiarilor schemelor de pensii ocupaționale. În vederea atingerii acestui deziderat, IORP-urile trebuie să-și implementeze sisteme de guvernanță corporativă, asumându-și responsabilitatea față de toți cei interesați.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – I welcome the legislative resolution on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the activities and supervision of institutions for occupational retirement provision (recast). In the internal market, institutions for occupational retirement provision (IORPs) should have the possibility to operate in other Member States while ensuring a high level of protection and security for members and beneficiaries of occupational pension schemes. Thus, IORPs play an important role in the long-term financing of the Union's economy and in the provision of secure retirement benefits. They are a vital part of the Union economy, holding assets worth EUR 2.5 trillion on behalf of around 75 million members and beneficiaries. In line with the EU law, I welcome the provisions in order to protect members and beneficiaries of occupational pension schemes, provided that such provisions are consistent with Member States' obligations under Union law.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. La présente directive vise à assurer une harmonisation minimale et ne devrait pas empêcher les États membres de maintenir ou d'instaurer d'autres dispositions afin de protéger les affiliés et les bénéficiaires des régimes de retraite professionnelle, à condition que ces dispositions soient conformes aux obligations qui incombent aux États membres en vertu du droit de l'Union. La présente directive ne porte pas sur des questions de droit national social, fiscal, du travail ou des contrats ni sur l'adéquation des prestations de retraite dans les États membres, en dehors des règles concernant les prestations de retraite professionnelle qu'elle-même établit.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the legislative resolution on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the activities and supervision of institutions for occupational retirement provision. This directive is aimed at minimum harmonisation and therefore should not preclude Member States from maintaining or introducing further provisions in order to protect members and beneficiaries of occupational pension schemes, provided that such provisions are consistent with Member States' obligations under Union law. This Directive does not concern issues of national social, labour, tax or contract law, or the adequacy of pension provision in Member States.

Ivica Tolić (PPE), *napisan.* – Podržavam Prijedlog rezolucije o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o djelatnostima i nadzoru institucija za strukovno mirovinsko osiguranje. Smatram da je potrebno zaštiti primatelje mirovina i povlastica iz mirovinskog sustava, kao i uspostaviti na razini država članica visoke standarde upravljanja mirovinskim sustavima. Potrebno je također savladati prepreke kako bi se razvio jedinstven prekogranični i zajednički mirovinski sustav kako bi isplate mirovina bile što učinkovitije. Konačno, postoji dokaz da trenutno postoje izražene praznine u informacijskom sustavu država članica o stvarnom stanju u mirovinskim sustavima na koje će biti potrebno djelovati zajedničkom politikom država članica.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Predlog direktive Evropskega parlamenta in Sveta o dejavnostih in nadzoru institucij za poklicno pokojninsko zavarovanje (2014/0091(COD)) sem podprla. Evropska družba se stara. Pokojninski sistemi se morajo temu prilagajat, da bodo lahko zagotavljali varne in vzdržljive pokojnine. S tem vprašanjem se morajo spopasti države članice. Predlog direktive bo pomagal nacionalnim institucijam pri večji preglednosti, boljšemu vodenju, boljši čezmejni aktivnosti, kar bo okrepilo notranji trg. Cilj predloga je olajšati razvoj poklicnih pokojninskih zavarovanj.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Me he abstenido en este informe, ya que es una contribución del Parlamento al proceso de refundición de la directiva sobre el segundo pilar de pensiones. Estas pensiones son aquellas que resultan de un acuerdo entre la empresa y los empleados, siendo el empresario el que contribuye a un fondo creado específicamente para ello. Se trata por tanto de un sistema a medio camino entre el sistema público de pensiones y los fondos de pensiones privados, un sistema que está más generalizado en países como Reino Unido y Países Bajos. Si bien entendemos que en algunos casos estos fondos suponen una conquista sindical, y que es positivo para los consumidores que se avance en una mayor estandarización y en la posibilidad de transferir los derechos de un país a otro, nos oponemos a que los fondos de pensiones se consideren como un mero servicio financiero. También nos parece preocupante que se relajen las exigencias de solvencia en estos fondos respecto a otros.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich.* – Der Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll für ein Mindestmaß an Harmonisierung sorgen. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Mitgliedstaaten zu ermuntern, Systeme betrieblicher Altersversorgung zu entwickeln und aufsichtsrechtliche Hindernisse für grenzüberschreitend tätige Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung zu beseitigen. Dies ist meines Erachtens ein Schritt in die richtige Richtung. Die Tätigkeit grenzüberschreitender Altersversorgungssysteme wird neu definiert. Dies schafft mehr Rechtsklarheit. Dass die Möglichkeit geschaffen wird, Altersversorgungssysteme grenzüberschreitend übertragen zu können, führt zu einer Stärkung der Effizienz. Da hinsichtlich Auskunft und Anlage die Vorschriften des Herkunftslandes gelten sollen, werden auch die Verwaltungskosten sinken. Aus diesen Gründen stimme ich dem Bericht zu.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Cette refonte de la directive propose de soutenir le développement d'un marché européen de la retraite professionnelle et de déréglementer les normes existantes pour copier le modèle américain des fonds de pension.

Cependant, voici les écueils: réglementation trop avantageuse pour les grands fonds d'investissement, règles de placements d'actifs trop risquées ; promotion de la retraite par capitalisation (en opposition au modèle par répartition).

J'ai voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie.* – Zezwalając na przeniesienia transgraniczne zobowiązań emerytalnych, organy regulacyjne obydwu państw członkowskich muszą opierać zezwolenie na ścisłym zestawie kryteriów. Następnie przeniesienie będą musieli zatwierdzić uczestnicy i beneficjenci programu emerytalnego. To propozycja, która może właściwie poprawić funkcjonowanie tego zagadnienia. Zagłosowałem pozytywnie.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito.* – Me he abstenido en este informe, ya que es una contribución del Parlamento al proceso de refundición de la directiva sobre el segundo pilar de pensiones. Estas pensiones son aquellas que resultan de un acuerdo entre la empresa y los empleados, siendo el empresario el que contribuye a un fondo creado específicamente para ello. Se trata por tanto de un sistema a medio camino entre el sistema público de pensiones y los fondos de pensiones privados, un sistema que está más generalizado en países como Reino Unido y Países Bajos. Si bien entendemos que en algunos casos estos fondos suponen una conquista sindical, y que es positivo para los consumidores que se avance en una mayor estandarización y en la posibilidad de transferir los derechos de un país a otro, nos oponemos a que los fondos de pensiones se consideren como un mero servicio financiero. También nos parece preocupante que se relajen las exigencias de solvencia en estos fondos respecto a otros.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Siekdama užtikrinti sklandų Europos mastu organizuoto profesinių pensijų skyrimo vidaus rinkos veikimą, Komisija, pasikonsultavusi su EDPPI, turėtų peržiūrėti šios direktyvos taikymą, parengti ataskaitą ir ją pateikti Europos Parlamentui ir Tarybai.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on the activities and supervision of institutions for occupational retirement provision. The report notes that institutions for occupational retirement provision play an important role in the long-term financing of the Union's economy and in providing secure retirement benefits for citizens of the Union. It equally underlines that Member States should take into account the objective for all institutions of ensuring the intergenerational balance of occupational pension schemes, by aiming to have an equitable spread of risks and benefits between generations. I voted in favour because I believe that Member States shall ensure that members are sufficiently informed of the conditions of the pension scheme, in particular concerning the risks borne by members and beneficiaries associated with the pension scheme.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este texto tiene como objetivo propiciar el desarrollo de planes ocupacionales de ahorro para la jubilación, en un contexto que viene determinado por la última crisis económica y financiera que ha ocasionado que las pensiones se hayan visto sometidas a una intensa presión en muchos Estados miembros. Valorando los indicadores demográficos (la sociedad europea está envejeciendo, la esperanza de vida va en aumento y se reduce la población activa), se estima que la solidaridad intergeneracional no da más de sí. Teniendo todo esto en cuenta, más países deberían plantearse el establecimiento de regímenes de pensiones del segundo pilar complementarios, que comportarían unas prestaciones de pensión más seguras. Además, se apunta a que unas buenas normas de supervisión y gobernanza son decisivas para proporcionar a los ciudadanos un alto grado de confianza en su sistema, así como para animarlos a participar en él. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor de este documento.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. — Ho votato contro questa revisione della direttiva sui fondi pensione perché, anziché concentrarsi sul rafforzamento della regolamentazione delle attività di investimento di questi fondi, che svolgono una delicatissima funzione sociale, ha come priorità quella di rimuovere le barriere prudenziali poste a tutela della sicurezza sociale e del lavoro, che oggi giustamente ne limitano l'attività transfrontaliera e certe tipologie di investimento.

L'obiettivo della nuova direttiva è quello di favorire la creazione di un vero mercato unico europeo e l'ulteriore espansione di questi fondi privati, perché prendano progressivamente il posto del sistema pensionistico pubblico sempre più in difficoltà, senza al contempo prevedere adeguate tutele. Avevamo chiesto l'introduzione di misure volte ad impedire che i risparmi di una vita finiscano nel gioco a somma zero della finanza casinò.

Le nostre proposte sono state ignorate, per cui oggi i fondi pensione rimangono liberi di operare in mercati non regolamentati e investire in hedge funds o in strumenti rischiosi e complessi come derivati, cartolarizzazioni o obbligazioni subordinate. Addirittura si impedisce agli Stati membri di introdurre restrizioni più rigorose agli investimenti di quelle autorizzate dall'Europa.

Ritengo profondamente immorale e irresponsabile incentivare le speculazioni finanziarie su un diritto fondamentale, come quello alla pensione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener puntos positivos que mejoran el presente funcionamiento transnacional de las pensiones, mantiene el enfoque de tratarlas como meros productos financieros. Existen numerosos problemas para las pensiones transfronterizas que esta directiva trata de solucionar, especialmente aquellos vinculados al riesgo financiero al que pueden someterse este tipo de fondos. Este informe trata muchos de esos problemas; mejora la transparencia y la información obligatoria a los beneficiarios, incluye los riesgos ambientales en el ámbito de aplicación, etc. Sin embargo el informe mantiene el enfoque de financiarizar las pensiones, incluyendo la posibilidad de financiar y participar de mecanismos financieros de riesgo, como los bonos del EFSI. Es por este enfoque de base, por lo que pese a compartir la necesidad de algunas de las mejoras desarrolladas, no he podido votar en favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – No relatório que vai ser votado em plenário é dito que «a diretiva deve assegurar que as instituições gozem de um nível apropriado de liberdade para investir», podendo as instituições de realização de planos de pensões profissionais investir em ações, sistemas multilaterais de negociação, sistemas de negociação organizados.

É assumida ainda a limitação da gestão de risco por via de requisitos quantitativos, sendo, por isso, fundamental assegurar um sistema de governo eficaz; esta solução implica que as pensões ficam à mercê da idoneidade do gestor e do desempenho dos produtos em que o dinheiro das pensões é investido (isto, num cenário em que o número de planos de pensões profissionais em regime de contribuições definidas é crescente, torna-se potencialmente problemático e perigoso).

Por outro lado, no texto posto à votação, é afirmado que as regras de investimento impostas pelos Estados-membros devem permitir o desenvolvimento de produtos de pensões individuais dentro de um sistema coletivo e não devem impedir a livre circulação de capitais.

Os fundos de pensões não são para nós um produto financeiro banal. Somos contra a criação de um mercado único de pensões, bem como a realização de planos de pensões à escala europeia.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – In Anbetracht einer immer weiter alternden europäischen Gesellschaft besteht die Notwendigkeit, die Rentensysteme in der Europäischen Union entsprechend anzupassen, um eine angemessene, sichere und nachhaltige Rente für alle Bürger zu gewährleisten. Um eine wirksame Bewältigung dieser Herausforderungen zu erzielen, ist ein eng koordiniertes Handeln der Mitgliedstaaten gefordert. Die vorgeschlagene Überarbeitung der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung soll dabei helfen, das generationenübergreifende Gleichgewicht der betrieblichen Rentensysteme zu gewährleisten.

Diese Richtlinie zielt auf eine Mindestharmonisierung ab und sollte die Mitgliedstaaten nicht daran hindern, weitere Bestimmungen zum Schutz der Mitglieder und der Begünstigten aufrechtzuerhalten oder einzuführen. Sie behandelt außerdem Fragen des nationalen Sozial-, Arbeits-, Steuer- und Vertragsrechtes noch die Angemessenheit der Rentenbestimmungen in den Mitgliedstaaten.

Dabei handelt es sich weder um Pensionszahlungen an Migranten, noch um eine Harmonisierung der Einzelstaatlichen Pensionssysteme, sondern um eine Vereinfachung für Arbeitnehmer, die grenzüberschreitend tätig waren, um ihre Rentenansprüche zu erhalten. Daher habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the IORP II Directive because it is essential that we have a properly functioning pensions system in place – including state pensions, workplace pensions and private provision – to ensure that people are well looked-after in retirement. The directive ensures that pension schemes are well-run and well-regulated, and that ordinary members of pension schemes have vital information about how their money is being spent and what they can hope to receive after they retire. And pension schemes will also now have to make sure they are investing for the long term, considering the social and environmental implications of their investments, which is a major step forward.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – La revisione di questa direttiva ha l'obiettivo di eliminare le persistenti barriere prudenziali che oggi ne limitano l'attività transfrontaliera per favorire la creazione di un vero mercato unico europeo dei fondi pensione privati, al cuore del progetto dell'unione dei mercati dei capitali.

In particolare, la direttiva considera le restrizioni previste dalle legislazioni nazionali di sicurezza sociale e del lavoro come ostacoli da abbattere per garantire a questi fondi la più ampia libertà di investimento su tutto il territorio europeo, con preoccupanti rischi e complicazioni in termini di sicurezza dei risparmi e di protezione adeguata ed effettiva dei diritti dei beneficiari.

L'obiettivo implicito è chiaramente quello di favorire l'ulteriore espansione e redditività dei fondi privati affinché questi prendano progressivamente il posto del sistema pensionistico pubblico, reso insostenibile dalle politiche del rigore e dagli effetti della crisi sulle finanze pubbliche.

Per questi motivi, pur avendo lavorato in modo costruttivo su alcuni aspetti importanti in merito agli obblighi di trasparenza e al requisito di tener conto dei rischi ambientali, sociali e di governance nelle proprie attività di investimento, ho ritenuto opportuno oppormi strenuamente a questa direttiva, per le forti preoccupazioni che suscita in merito all'impatto delle nuove regole sul risparmio pensionistico dei cittadini.

Željana Zovko (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće o djelatnostima i nadzoru institucija za strukovno mirovinsko osiguranje. Opći cilj ove direktive je olakšavanje razvoja sustava mirovina za zaposlenike u strukovnim zanimanjima. Tijekom posljednje ekonomske i financijske krize u posljednjim godinama, mirovine iz prvog stupa su se našle pod snažnim pritiskom u brojnim državama članicama, a rezultat toga bilo je otežano isplaćivanje mirovina u nekim državama.

Opći demografski trendovi u Europi su zabrinjavajući – stanovništvo stari, postoji niska stopa fertiliteta, nedostaje veliki broj radnika u ključnim nišama tržišta rada kao što su medicina, financije, bankarstvo, IT sektor i građevina. Razvoj strukovnog mirovinskog osiguranja nužan je kako bi se povećalo povjerenje građana i njihovo sudjelovanje u mirovinskim fondovima. Dobar nadzor i upravljanje takvim sustavom preduvjet je povjerenja u mirovinski sustav.

Ova direktiva ne bi trebala stvarati dodatne otežavajuće regulative i okolnosti za države članice, nego treba instrumentalizirati potporu državama u nastojanjima razvoja sustava strukovnog mirovinskog osiguranja.

Milan Zver (PPE), *pisno.* – Glasoval sem za Poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o dejavnostih in nadzoru institucij za poklicno pokojninsko zavarovanje.

Namen te direktive je minimalna harmonizacija poklicnega zavarovanja med državami članicami, ter zagotavljanje dobrega upravljanja, obveščanja članov pokojninskih načrtov ter preglednost in varnost poklicnega pokojninskega zavarovanja, da bi dodatno olajšali mobilnost delavcev med državami članicami. Ob upoštevanju demografskih gibanj v Uniji in razmer glede nacionalnih proračunov, ko so sistemi socialne varnosti pod vse večjimi pritiski je poklicno pokojninsko zavarovanje dragocen dodatek pokojninskim sistemom v okviru socialnega varstva.

9.3. Lage in Syrien (B8-1123/2016, RC-B8-1249/2016, B8-1249/2016, B8-1250/2016, B8-1251/2016, B8-1252/2016, B8-1253/2016, B8-1254/2016, B8-1255/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Branislav Škripek (ECR). – Mr President, the situation in Syria is still far from what we want or what we expect. Many people are dying every day because of the fighting. So-called ISIS, Islamic State or Daesh, al-Nusra, the Syrian Government and many other groups are engaged in daily clashes victimising the Syrian people – the civilian population.

Unfortunately, as the European Union, we are still not able to resolve this conflict. We remain divided, not able to find a solution or to help the millions of people who are suffering and fleeing. However, there is a solution: a solution that comes from the Syrian people themselves. There is regional, democratic self-governance. Syria needs to be turned into a federal state in which all groups can have their share in the regional governments. The Rojava region is a very good example of this. We need to support them.

As this motion for a resolution is a first step on the way, highlighting the importance of democracy and calling for an end to the continuing fighting, I was happy to support it.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil toto usnesení. Je dobře, že na půdě EP v rámci debat o mezinárodní situaci debatujeme i o tragické situaci v Sýrii, že zde debatujeme o tragédii, která nastala ve městě Aleppo. Je dobře, že jsme toto usnesení přijali, byť bohužel usnesení samotné asi nebude mít dopad na řešení této tragické mezinárodní situace.

Usnesení dobře popisuje problémy, se kterými se v Sýrii setkáváme. Popisuje tam roli Assadova režimu. Roli, kterou tam dnes bohužel má také Rusko. Co je důležité, co já kvituji na usnesení, je to, že se tam jasně hovoří o tom, že by válečné zločiny, které jsou na obyvatelstvu v Sýrii páchány, neměly být zapomenuty a že v budoucnu – doufejme, že co nejdříve –, až válečný konflikt v Sýrii pomine, tak by ti, kteří válečné zločiny páchají, měli být hnáni před mezinárodní spravedlnost a měli by být za válečné zločiny odsouzeni.

Jan Zahradil (ECR). – Určitě to není poprvé, co se zabýváme Sýrií v EP, také to není naposled. Myslím, že je to dobře. Myslím, že bychom teď měli situaci tam sledovat velmi pozorně. Měli bychom se také připravit na to, že až začátkem příštího roku nastoupí do úřadu nová americká administrativa, tak že se americká politika vůči Sýrii může pozměnit, minimálně se mohou pozměnit některé důrazy. EU, jednotlivé členské státy by na to měly umět reagovat, měly by se na to umět připravit.

Stejně tak bychom si měli dát pozor, abychom v boji proti tzv. Islámskému státu nezašli tak daleko, abychom podporovali síly, které usilují o teritoriální dezintegraci jiného státu. Mám tím na mysli Turecko. Měli bychom si samozřejmě také dát pozor, abychom příliš nenahrávali Íránu v jeho snaze o regionální hegemonii, protože to je další rizikový faktor, který je teď v Sýrii dobře patrný.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, подкрепих и гласувах за тази резолюция, защото истината за ситуацията в Сирия трябва да бъде казана такава, каквато е. Трябва да бъде изобличавана агресивната политика на съседна Саудитска Арабия, която поддържа ислямистки банди, които налагат крайния, радикалния, салафитски ислямизъм в Сирия. Трябва да бъде изобличено и лицемерието на част от европейските лидери, които се правят, че не виждат престъпната роля на Саудитска Арабия. Трябва да бъде ясно обозначена и ролята на Република Турция, която вече незаконно нахлу на територията на Република Сирия, водейки там незаконни военни действия и стремейки се да анексира част от територията на тази държава. Трябва да бъде изобличена и ролята на диктатора Ердоган, който подпомага, финансира, лекува, обучава бойците на Ислямска държава. Всички тези неща трябва да бъдат казани и те намират място в тази резолюция. Затова я подкрепих.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Konflikt w Syrii pokazuje najdobitniej, jak bardzo zmienił się świat w ostatnich latach. Tragedia przeżywana przez mieszkańców tego państwa jest trudna do opisania: śmierć i cierpienie mogą przyjść z każdej strony w każdym momencie, a świat, w tym Europa, przygląda się temu bezradnie. Nie są szanowane żadne zasady, wszystkie strony dokonują zbrodni wojennych i zbrodni przeciw ludzkości, nie przestrzega się międzynarodowego prawa humanitarnego, atakuje się konwoje z pomocą humanitarną i szpitale leczące rannych cywilów, pomimo tego że wyraźnie są oznakowane. Widać, że celem wszystkich stron jest zastraszenie ludności cywilnej, co ma pomóc w pokonaniu przeciwnika. Od początku konfliktu zginęło ponad 400 tysięcy osób, a blisko 14 milionów wymaga wsparcia humanitarnego.

Specjaliści wskazują, iż konflikt w Syrii już dawno zakończyłby się, gdyby nie przeobraził się w tak zwaną wojną zastępczą. Na terenie tego państwa ścierają się Iran z Arabią Saudyjską, Rosja z Ameryką, a Turcja prowadzi wielostronną grę. Wszystkie te kraje starają się wspierać przychylne sobie siły i utrudniają tym samym zakończenie wojny. Trzeba sobie jasno powiedzieć: to świat zewnętrzny podsyca tę tragedię.

Unia Europejska w pierwszej kolejności powinna próbować przekonać wszystkie strony do zaprzestania angażowania się w ten konflikt, później można dyskutować o planie pokojowym dla Syrii. Jednocześnie powinniśmy przygotować się do działań powojennych, bowiem samo zakończenie walk nie poprawi sytuacji zwykłych ludzi. Już teraz powinny być planowane inicjatywy wspierające odbudowę tego kraju, zarówno infrastruktury i gospodarki, jak i zaufania społecznego. Szczególnie to ostatnie będzie bardzo trudne do osiągnięcia, bowiem wojny domowe, jak żadne inne, tworzą trudne do przezwyciężenia wewnętrzne podziały. Z tego powodu głosowałam za sprawozdaniem.

Ivo Vajgl (ALDE). – Jaz sem glasoval za to resolucijo, zato ker je očitno, da je situacija v Siriji z vsakim dnem bolj dramatična in zahteva našo pozornost. Ta resolucija vsebuje veliko elementov tega, ob katerih se lahko zamislimo.

Predvsem mislim, da nas spodbuja za aktivnejšo vlogo Evropske unije pri iskanju rešitve za to vojno. Predvsem si mora tudi Evropska unija prizadevati, da pri iskanju rešitve v vseh fazah sodelujejo vsi deležniki sedanjih spopadov in kompleksnih problemov. Glasoval sem proti nekaterim amandmajem, ki po mojem mnenju predstavljajo poenostavitev problema, ki izražajo naš kratek spomin, zlasti ko gre za to, kje so vzroki krize v Siriji, v Iraku in na celem področju Bližnjega vzhoda.

Mislim, da je napačno, če v naših resolucijah o Bližnjem vzhodu poskušamo na nek način prenašati tja retoriko intenzije iz hladne vojne, ki jo ustvarjamo v Evropi. Vsaj na tretjem terenu moramo poskušati govoriti z istim jezikom in biti objektivni. Predvsem pa moramo nesrečnim Sirijcem vrniti domovino in perspektivo bivanja v njej.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir sa tuarascáil seo agus glacadh leis le móramh mór.

The situation in Syria continues to represent an area of grave concern for all of us here in the European Union. Faced with escalating hostilities and civilian casualties, I obviously voted for this motion for a solution. It is an outright condemnation of such activities. The role of Russia is deeply worrying, and indeed the role of Turkey is an area which we must also seriously explore, as their support of opposition groups gives rise to warranted concerns as to the likelihood of a lasting political settlement.

Furthermore, I am deeply sorry to learn of an increase in supposed chemical gas attacks being carried out against civilians. The humanitarian aspect of this conflict must henceforth guide our engagement with Syria. Along with my colleagues in the PPE Group, I would urge participants in the Syria Support Group to continue their good work in the crucial negotiations as we endeavour to move towards a stable truce in this most troubled part of the world.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Nella presente risoluzione si esprime ancora una volta la massima preoccupazione per la continuazione del conflitto in Siria, condannando con la massima fermezza le atrocità e le diffuse violazioni dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario commesse dalle forze di entrambi gli schieramenti, chiedendo pertanto, ancora una volta, l'immediata cessazione dei bombardamenti e l'adozione di tutte le misure appropriate per proteggere i civili, conformemente al diritto internazionale.

Tuttavia, alla condanna del ruolo della Russia – prendendo finanche in considerazione eventuali sanzioni – non si affianca anche una censura della condotta statunitense che, pur avendo lo stesso peso, non viene per nulla considerata. Mi sono quindi astenuta.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi voto fue claramente en contra de esta resolución, ya que rechazo frontalmente el calificar de oposición a los terroristas, los mismos de Al-Qaida que atacaron el 11M en España.

Además, el informe «acoge con satisfacción la revisión de las medidas restrictivas de la UE contra Siria» y sostiene que la Unión «debe considerar todas las opciones disponibles, incluyendo una zona de exclusión aérea», aun cuando esta medida es ampliamente criticada y llegó a ser calificada de ilegal. Además, nos oponemos a las sanciones como medida de coacción por afectar principalmente a los pueblos.

Además, el informe sostiene que el principal responsable del conflicto y las masacres a la población siria es el «régimen» de Assad respaldado por «Rusia e Irán», cuando es precisamente el gobierno sirio y la federación rusa quienes luchan más efectivamente contra el terrorismo del que Europa dice sentirse tan amenazada .

El informe además obvia totalmente los esfuerzos del gobierno sirio por conseguir una paz justa mediante el diálogo, como lo muestran la creación del Comité de Reconciliación y la reforma de la Constitución.

La paz sólo llegará a través del dialogo entre el gobierno y la oposición no terrorista.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — I voted against the joint motion for resolution on Syria for a number of reasons. The resolution was particularly one-sided, rightly condemning Assad and Russia, but failing to address US, Saudi and EU involvement in the conflict. Its biggest fault comes from its calls for the EU to intervene directly and indirectly in Syria. The resolution called for the EU to impose 'restrictive measures' on Syria and for the EU to implement a no-fly zone over Aleppo (which would put it in direct conflict with the Russian and Syrian air forces). It continued to call for a common EU strategy on Syria. Whilst aspects of the resolution are positive, as a whole we could not support it, as its proposals would not advance the cause of peace in Syria. Internal dialogue and lasting ceasefires, coupled with the disengagement of international military actors, including the USA, Britain, France, Russia, Turkey and Saudi Arabia, are the only avenues to peace in Syria.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution. L'Union européenne ne doit pas et ne peut pas rester silencieuse devant le massacre actuellement en cours en Syrie. Elle doit agir collectivement par l'intermédiaire de son Haut Représentant et prendre la tête des efforts internationaux afin de trouver rapidement une solution diplomatique à la guerre civile syrienne. Il y a urgence!

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl padėties Sirijoje. Noriu atkreipti dėmesį į Rusijos vaidmenį Sirijos konflikte. Įstūmęs Rusiją į karinį konfliktą Sirijoje, kur masiškai žudomi civiliai, V. Putinas bando įrodyti, kad Rusija yra daugiau nei vieno regiono jėga, kaip prieš kurį laiką sakė JAV Prezidentas B. Obama. Tiesa, Sirijos konflikto nebeįmanoma išspręsti be Maskvos dalyvavimo. Kremliaus tapsmas rimtu žaidėju Sirijoje ir visuose Artimuosiuose Rytuose turi savo kainą. Niekada, net „šaltojo karo" metais, pasaulis nebuvo taip arti rimto nekontroliuojamo karinio konflikto ribos kaip dabar, ir tai yra Kremliaus politikos rezultatas. Situacija tokia trapi, kad JAV ir Rusijos susidūrimą gali išprovokuoti net mažiausia žmogiška klaida. Ir čia nereikia pamiršti, kad Jungtines Valstijas Kremlius laiko svarbiausia varžove pasaulyje. Pritariu, kad tie, kurie yra kalti dėl karo nusikaltimų ir nusikaltimų žmoniškumui, pajustų pasekmes ir būtų patraukti atsakomybėn. Manau, kad Sirijos byla turėtų būti perduota Tarptautiniam baudžiamajam tribunolui (TBT). Todėl lapkričio 16 d. V. Putino sprendimo pasitraukti iš TBT priežastis yra aiški, ir šis sprendimas leidžia daryti išvadas, kad Rusija, nuolatinė JT Saugumo tarybos narė, atsisako įsipareigojimo užtikrinti tarptautinį teisingumą. Toks Rusijos elgesys kvestionuoja jos, kaip JT Saugumo tarybos narės, legitimumą ir prisiimtų įsipareigojimų vykdymo garantijas.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Συρία, διότι πιστεύω πως η ΕΕ δεν πρέπει και δεν μπορεί να παραμείνει σιωπηλή μπροστά στη συνεχιζόμενη σφαγή στη Συρία καθώς και ότι πρέπει να αναλάβει ηγετικό ρόλο και πρωτοβουλίες για την εξεύρεση διπλωματικής λύσης στον συριακό εμφύλιο πόλεμο.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Der Krieg in Syrien geht mit unverminderter Härte weiter. Jeden Tag erreichen uns neue Schreckensnachrichten und grausame Bilder, die von unmenschlichem Leiden zeugen. Der Bericht des Parlamentes, den ich unterstütze, verurteilt das Geschehen auf das Schärfste. Das Parlament äußert seine tiefe Besorgnis über die fortdauernden Kämpfe, Bombardierungen und die Verschlechterung der humanitären Situation in Syrien. Es fordert ein sofortiges Ende der Angriffe auf Zivilisten und verurteilt die Gräueltaten, die vom Assad-Regime mit Hilfe Russlands und des Iraks sowie vom IS und anderen dschihadistischen Gruppen begangen werden. Darüber hinaus begrüßt das Parlament die Bemühungen der HR, eine gemeinsame EU-Syrien-Strategie zu entwickeln, und fordert die Mitgliedstaaten auf, ihren Zusagen für die finanzielle Unterstützung der Nachbarländer Syriens nachzukommen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution commune mensongère sur la situation en Syrie.

Une fois encore le Parlement européen veut renvoyer dos à dos les différentes milices islamistes et les troupes loyalistes syriennes, leurs alliés russes et iraniens. Une fois encore, il maintient des accusations infondées et politiquement désastreuses contre le régime syrien et ses alliés iraniens et russes, contribuant de la sorte à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place, en plus de nuire de manière dramatique aux intérêts des États membres.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I commend aspects of this resolution in the fight against ISIS and aiding in improving the stability of Syria, I believe a number of points in this resolution misunderstand the conflict and therefore I voted to abstain.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution commune car je souhaite exprimer une nouvelle fois mes plus vives préoccupations suite à la prolongation des combats ainsi que des bombardements sur le territoire syrien. Les atrocités et les violations généralisées des droits de l'homme doivent être dénoncées avec la plus vive fermeté. J'espère que ces crimes ne resteront pas impunis car la protection des populations civiles doit être la première priorité dans un conflit de cette ampleur.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – Esta resolução sobre a situação na Síria vem, mais uma vez, alertar para o estado em que este país se encontra depois de seis anos de um conflito que já causou mais de 400 000 mortos e deixou 13 milhões de pessoas com necessidade de ajuda humanitária.

O meu voto favorável é um sinal de apoio a um texto que procura, uma vez mais, apontar as atrocidades e gravíssimas violações dos direitos humanos que ocorrem diariamente na Síria, ao mesmo tempo que insta os diferentes intervenientes a retomar as negociações que possam levar ao estabelecimento de uma verdadeira trégua neste conflito sangrento.

Gostava ainda de, tal como está referido nesta resolução, reiterar o meu apoio à iniciativa humanitária para Aleppo da União Europeia e apelar a todas as partes envolvidas para que a permitam e ajudem à sua implementação.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui maintient les accusations infondées et politiquement catastrophiques à l'encontre du régime syrien et de ses alliés iranien et russe. En renvoyant dos à dos groupes terroristes et autorités légales, elle contribue à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place en plus de nuire aux intérêts économiques des États membres.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui condamne une nouvelle fois fermement toutes les attaques prenant pour cible les civils et les infrastructures civiles.

Les députés condamnent également avec la plus grande fermeté les atrocités et les violations généralisées des droits de l'homme commises par les troupes de Bachar al-Assad avec le soutien de la Russie et de l'Iran.

Saluant les efforts déployés par les travailleurs humanitaires, la résolution invite instamment tous les participants du Groupe d'appui pour la Syrie à reprendre les négociations en vue d'instaurer une trêve solide et à intensifier leurs efforts en vue d'un règlement politique durable de la situation en Syrie.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución sobre la situación en Siria. Suscribo las conclusiones adoptadas y apoyo a la AR/VP Mogherini en sus gestiones con los actores clave en el conflicto. La cooperación con todos ellos es fundamental para conseguir una solución política al conflicto que sea duradera y equilibrada.

En este sentido suscribo el texto en su condena por el sufrimiento indiscriminado de civiles inocentes debido a los bombardeos y otras acciones militares, así como la privación de la ayuda humanitaria, y considero que el uso de munición incendiaria y de otro tipo contra objetivos e infraestructuras civiles equivale a un crimen de guerra.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La Siria vive ormai da sei anni una condizione di conflitto interno in cui violenze e brutalità sono all'ordine del giorno. Sono 4,8 milioni le persone che sono già fuggite dal paese mentre si stima che ammontino a quasi nove milioni gli sfollati interni. Ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla Siria perché ritengo fondamentale riportare, ancora una volta, l'attenzione dell'Europa su una situazione drammatica, che prosegue nonostante si siano nel tempo moltiplicati gli appelli a riprendere i negoziati per facilitare la conclusione di una tregua stabile. Il testo approvato condanna le atrocità commesse dal regime di Assad, dal Da'esh, da al-Nusra e da altre organizzazioni terroristiche; le detenzioni illegali, le torture, i maltrattamenti, le sparizioni forzate e le uccisioni di detenuti nelle carceri del regime e nei centri di detenzione segreti che costituiscono veri e propri crimini contro l'umanità. L'Europa deve garantire che tutti i responsabili di queste violazioni siano assicurati alla giustizia e deve soprattutto intensificare gli sforzi per giungere finalmente ad una soluzione politica duratura per la Siria.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución sobre la situación en Siria, al considerarla parcial y belicista, pues llama al establecimiento de una zona de exclusión aérea, y al no abordar elementos que considero necesarios para alcanzar una paz justa y duradera, como serían una llamada a un alto el fuego por todas las partes, a un diálogo eficaz y constructivo —sin injerencias externas— entre todas las partes en conflicto, y plantear soluciones justas y en consonancia con los derechos humanos respecto a los refugiados.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución sobre la situación de Siria para condenar la situación de emergencia humanitaria que se vive en el país y sobre todo en ciudades como Alepo. La persistencia de los combates y los bombardeos está empeorando la ya muy mala situación de los civiles que son los afectados directos de los mismos.

La comunidad internacional tiene que hacer todo lo posible para que esta situación cese. Es inaceptable.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Si j'ai soutenu la résolution déposée par le groupe ENL, qui souligne notamment, à juste titre, le rôle ambigu de la Turquie dans la crise syrienne, j'ai voté contre la résolution commune aux principaux groupes politiques du Parlement qui ne va qu'aggraver les relations diplomatiques des pays européens avec la Russie ou la Syrie, lesquelles sont pourtant en première ligne dans le combat contre l'État islamique.

J'en profite pour dénoncer l'amalgame scandaleux réalisé dans ce texte entre forces terroristes et États souverains: on atteint ici le degré zéro de la diplomatie, en confondant moralité arbitraire et intérêts stratégiques. Mais c'est, de plus, un véritable mensonge à l'échelle européenne puisque les exactions commises par les terroristes dans la zone sont imputées principalement à la Russie.

Enfin, la demande d'établissement d'une zone d'exclusion aérienne au-dessus d'Alep relève non seulement de l'ignorance stratégique mais encore de l'aveu de l'incompétence et de l'impuissance totale de l'Union européenne dans le conflit.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione non propone nessuna soluzione concreta al conflitto in Siria e comunque non analizza aspetti importanti quali il ruolo ambiguo della Turchia in questo scenario di guerra. Non ho quindi inteso sostenerla col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för resolutionen.

Jag anser att den diktatoriska Assadregimen bär på huvudansvaret för kriget i Syrien, och jag fördömer Rysslands bombkrig. Jag anser dock att resolutionen saknar ett självkritiskt EU-perspektiv. Flera EU-länder exporterar mängder av vapen till olika länder i Mellanöstern och bidrar därmed till fortsatt konflikt. Flera EU-länder stödde också aktivt USA:s angrepp på Irak som i hög grad bidragit till bildandet av IS/Daish, vilket medfört en fördjupad och försvårad konflikt i regionen. Detta borde också ha funnits med i resolutionen.

I frågan om kravet på en ”no-fly zone” över Aleppo så röstade jag emot, eftersom jag anser att bara FN:s säkerhetsråd ska kunna ta ett beslut om en sådan zon. Om EU självt tar ett sådant beslut, med de vida tolkningar som kan göras av begreppet ”no-fly zone”, så skulle konflikten trappas upp betydligt.

Jag gör dessa korta klargörande tillägg för att tydliggöra min ja-röst till resolutionen.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La situación en Siria es dramática y compleja. La complicada realidad sobre el terreno, las difíciles circunstancias internacionales y el sin fin de atrocidades cometidas, hacen que sea necesario apoyar los esfuerzos para un nuevo alto el fuego y garantizar que la ayuda humanitaria llegue a los necesitados.

La Unión debe tener un papel más importante y apoyar los esfuerzos de las Naciones Unidas, sobre la idea de que solo puede haber una solución política, donde todas las partes estén convencidas de que es el único camino a seguir. La Unión Europea tiene que mantener el compromiso para lograr una solución duradera para el conflicto en Siria, donde no cabe esperar una solución militar definitiva. Tiene que seguir y proseguir su labor diplomática y humanitaria. Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl padėties Sirijoje. Einant šeštiesiems konflikto metams dėl kraštutinio smurto ir brutalumo Sirijoje mirė daugiau nei 400 000 žmonių, o daugiau nei 13 mln. žmonių reikalinga humanitarinė pagalba. Numatoma, kad 2016 m. 8,7 mln. žmonių bus perkelta pačioje Sirijoje, o 4,8 mln. pabėgo iš šalies. Šalyje neslūgsta mūšiai ir bombardavimai, o humanitarinė padėtis dar labiau pablogėjo. Visoje Sirijoje patiriama nuolatinė sveikatos krizė; kadangi pagal UNICEF duomenis daugiau negu du trečdaliai sirų regione neturi nuolatinės prieigos prie vandens, o beveik 6 mln. vaikų reikia skubios gyvybių gelbėjimo pagalbos. Todėl Parlamentas reikalauja nedelsiant nutraukti bombardavimą ir beatodairiškas atakas prieš civilius. Taip pat pažymi, kad visos šalys daugiausia dėmesio turi skirti civilių apsaugai, nepaisant jų etninės kilmės ar religinių įsitikinimų, ir šiuo tikslu imtis visų tinkamų priemonių bei griežtai smerkia ginkluotų opozicinių grupuočių nesirenkant taikinio vykdomus gausius civilių gyventojų apgyvendintų vakarinio Alepo priemiesčių apšaudymus raketomis. Pabrėžia, jog sužeidžiama ir žūsta daug civilių, įskaitant vaikus; ragina visas konflikto šalis imtis reikiamų veiksmų civiliams apsaugoti, laikantis tarptautinės teisės, įskaitant į civilinius objektus. Parlamentas pažymi, kad pagrindinė atsakomybė už Sirijos gyventojų apsaugą tenka Sirijos režimui.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Fontosnak tartom, hogy mindenki tartsa tiszteletben valamennyi etnikai és vallási kisebbség, köztük a keresztények jogát arra, hogy továbbra is méltóságban, egyenlőségben és biztonságban élhessenek saját történelmi és hagyományos szülőföldjükön, és teljes körűen és szabadon gyakorolhassák vallásukat és hitüket anélkül, hogy bármilyen kényszert, erőszakot vagy megkülönböztetést kellene elviselniük. A kölcsönös megértés és a fundamentalizmus elleni fellépés előmozdítása érdekében támogatom a vallások közötti párbeszédet. A jelentés elfogadását támogattam.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da so razmere v Siriji nevzdržne, zato podpiram resolucijo, v kateri EP ugotavlja, da je v šestih letih konflikta, izrednega nasilja in brutalnosti v Siriji umrlo več kot 400.000 ljudi, več kot 13 milijonov pa jih potrebuje humanitarno pomoč. Prav tako je zaskrbljujoče dejstvo, da naj bi bilo po podatkih za leto 2016 v tej državi 8,7 milijona razseljenih oseb, medtem ko jih je iz države emigriralo 4,8 milijona. Nevarnosti za prebivalstvo, ki je ostalo v domovini, pa se ne zmanjšujejo, saj se spopadi in bombni napadi v Siriji nadaljujejo v nezmanjšanem obsegu, humanitarne razmere pa se poslabšujejo. Vsi deli države trpijo hudo pomanjkanje osnovnih živil in zdravstvene oskrbe.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – *nedostaje prvi dio teksta*…masakrom koji se događa u Siriji, nego treba djelovati kolektivno preko svog visokog predstavnika i preuzeti vodstvo u međunarodnim naporima za diplomatsko rješenje i završetak krvavog rata.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the situation in Syria because it firmly condemned the atrocities and violations of human rights and international law by Assad, Russia and Iran, as well as by jihadist groups. In addition, it demanded, first of all, an immediate end to bombing attacks on civilians and, secondly, a resumption of the negotiations of the International Syria Support Group in order to establish a stable truce.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La guerra civile siriana sta diventando la più drammatica catastrofe umanitaria dal dopoguerra a oggi ed è alle nostre porte. La priorità ora è salvare i civili di Aleppo. Il regime siriano e la Russia devono fermare i bombardamenti aerei e consentire l'arrivo di aiuti umanitari. Da settimane esiste un piano europeo per fare arrivare aiuti nella parte orientale della città sotto assedio e per trasferire i malati più gravi ma non può essere realizzato senza una tregua tra le parti.

Ma il percorso di risoluzione del conflitto siriano non può essere limitato ad interventi di soccorso isolati, per quanto nobili ed importanti. La via per uscire dal conflitto è diplomatica. Solo quando avremo un accordo sul futuro della regione cesseranno le cause di guerra. Noi europei siamo rinati sulle rovine del conflitto mondiale: siamo rinati grazie ad un progetto di lungo respiro, guardando al futuro, dando seguito concreto ad un serio percorso di diplomazia e ricostruzione.

Questa è la strada da seguire per il futuro della Siria, per mettere fine a questa guerra spietata.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Syrie. Le Parlement a tenu à exprimer ses plus vives préoccupations face à l'aggravation de la situation humanitaire en Syrie. Il condamne toute attaque prenant pour cible des civils et des infrastructures civiles. L'impossibilité d'acheminer l'aide humanitaire vers la population syrienne aggrave la situation humanitaire, c'est pourquoi un accord des parties pour un accès permanent à l'aide humanitaire reste essentiel à obtenir en particulier dans les zones assiégées et difficiles d'accès. Il est primordial de condamner les atrocités commises par Daech et de demander que les minorités religieuses et ethniques de Syrie, notamment les chrétiens, soient respectés et puissent continuer à vivre sur leur terre d'origine en toute sécurité et à pratiquer librement leur religion sans être victimes d'aucune forme de contrainte, de violence ou de discrimination.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione in Siria perché questo paese è al centro di una tragedia umanitaria per un conflitto che attraversa, proprio in questo periodo, le fasi forse più cruente, delicate e decisive. Le organizzazioni umanitarie che operano sul territorio hanno lanciato un appello per una completa cessazione del conflitto declinando i numeri del drammatico quadro umanitario. Ho dato il mio voto a favore della dichiarazione della Mogherini perché non c'è possibilità di risolvere la crisi siriana solo con le armi. La soluzione militare non fa altro che provocare maggiore sofferenza e dolore alle persone. È necessario fare, oggi più che mai, uno sforzo diplomatico. Questa opzione rimane, a mio avviso, l'unica strada per uscire dalla crisi siriana e fermare l'orrore che questa guerra si sta portando dietro.

David Casa (PPE), *in writing*. — The situation in Syria has deteriorated even further since the EP's last resolution. Relentless efforts need to be made in order to bring the plight of the people in Syria to an end, especially in the city of Aleppo. I believe that the EU should consider all options to set out consequences for the most heinous human rights violations and abuses by all perpetrators if the atrocities and disrespect of humanitarian law continue.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La presente risoluzione, pur condannando tutte le parti che possano aver compiuto violazioni dei diritti umani nel conflitto siriano, punta maggiormente il dito contro la Russia non menzionando le responsabilità degli altri attori in gioco. Non posso trovarmi d'accordo con frasi come questa: «considerando che tutte le parti coinvolte nel conflitto hanno compiuto gravi violazioni del diritto internazionale umanitario e in materia di diritti umani, le più gravi delle quali sono state tuttavia commesse dal regime di Assad con il sostegno della Russia». Per questi motivi ho preferito astenermi.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Δηλώνουμε βαθιά συγκλονισμένοι από τις βιαιότητες στη Συρία και καταδικάζουμε απερίφραστα όλες τις επιθέσεις εναντίον πολιτικών υποδομών και αμάχων, τη συνέχιση όλων των πολιορκιών στη Συρία και την έλλειψη δυνατότητας πρόσβασης των ανθρωπιστικών οργανώσεων στον πάσχοντα συριακό λαό. Εκφράζουμε επίσης τη βαθύτατη ανησυχία μας για τον ανθρώπινο πόνο και τη δυστυχία στις πολιορκούμενες περιοχές του Χαλεπίου και σε ολόκληρη τη Συρία, που πλήττουν πολλές γυναίκες και παιδιά τα οποία δεν έχουν πρόσβαση σε βασικά ανθρωπιστικά αγαθά και χρειάζονται απεγνωσμένα τροφή, καθαρό νερό και ιατρικά εφόδια. Ως εκ τούτου, ζητούμε από όλους τους συμμετέχοντες στη Διεθνή Ομάδα Στήριξης της Συρίας να επαναλάβουν τις διαπραγματεύσεις για να διευκολύνουν την καθιέρωση μιας σταθερής εκεχειρίας και να εντείνουν τις εργασίες για την επίτευξη μόνιμης πολιτικής λύσης στη Συρία.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Συρία θα μπορούσε να αποτελέσει μια ευκαιρία για να δηλώσουμε τη συμπαράσταση της Ευρώπης στους πολίτες της περιοχής, που δοκιμάζονται εδώ και χρόνια από τις μάχες και τις αγριότητες που καταγράφονται. Εν τούτοις οι επιδιωκόμενες αναφορές σε ζητήματα εξωτερικής πολιτικής δεν με βρίσκουν σύμφωνο και γι' αυτό αποφάσισα να καταψηφίσω την πρόταση ψηφίσματος.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Dieci anni or sono, tra le numerose mete predilette dal turismo europeo ve ne era una in particolare, ove si poteva percepire una cultura medio-orientale aperta alle influenze occidentali, quel luogo era la Siria, oggi è una terra devastata dagli orrori e dalle atrocità della guerra. Sei anni di conflitto hanno prodotto oltre 400 mila morti e 13 milioni di persone vivono, o meglio, sopravvivono in uno stato di perdurante crisi umanitaria. Il mio voto favorevole alla risoluzione risulta tristemente afflitto dalla considerazione che la situazione in Siria resta pressoché immutata, fatto salvo per il crescente numero di morti. Si prevede che nel 2016 gli sfollati interni ammonteranno a 8,7 milioni, mentre se ne ritengono essere riusciti a sfuggire dallo Stato oltre 4,3. Congiuntamente a ciò, dal luglio 2016 l'assistenza umanitaria non ha accesso alle zone assediate e tutta l'area è afflitta da una crisi sanitaria permanente oltre a una grave carenza di alimenti e forniture mediche. Tramite la risoluzione, il Parlamento propone di accrescere l'invio di aiuti alla popolazione siriana, soprattutto per quanto concerne materiali medici.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the situation in Syria.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A situação de conflito e violência no território sírio atinge níveis de autêntico flagelo humanitário a cada dia que passa, estimando-se que 400 000 pessoas já perderam a sua vida e mais de 13 milhões necessitam de ajuda humanitária. Não obstante os apelos da UE e da comunidade internacional em geral, prosseguem os combates e bombardeamentos e cometem-se graves violações aos direitos humanos e direito internacional humanitário por todas as partes, incluindo a utilização de armas químicas com especial incidência em zonas civis, escolas, hospitais e campos de refugiados.

Apoio a resolução em causa por mais uma vez considerar que temos que acabar com as atrocidades cometidas tanto pelas forças de Assad como pelos grupos terroristas armados não estatais, cessando os bombardeamentos, tomando as medidas necessárias para proteger os civis e responsabilizando os criminosos pelos atos perpetrados.

Reitero a necessidade de prorrogação do mecanismo de investigação OPAQ de modo a apurar responsabilidades no uso de armas químicas, e que o caso da Síria seja remetido para o TPI. Exorto, de igual modo, ao respeito pelas minorias étnicas e religiosas incluindo as cristãs de praticarem em liberdade e segurança as suas fés e prosseguirem as suas vidas com dignidade.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento in quanto la situazione in Siria continua a peggiorare soprattutto sul fronte umanitario. È necessario quindi che l'UE condanni nuovamente con forza tutti gli attacchi rivolti contro i civili e l'impossibilità per gli operatori umanitari di raggiungere la popolazione bisognosa. Tutte le parti interessate devono consentire un accesso umanitario continuo e senza restrizioni che permetta anche la consegna dei prodotti di emergenza.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono astenuto circa la delicata situazione siriana poiché il rapporto è troppo sbilanciato a favore degli Stati Uniti piuttosto che della Russia. Mentre viene evidenziato in negativo il ruolo russo fino a prendere in considerazione eventuali sanzioni, quello statunitense, pur avendo lo stesso peso, non viene per nulla analizzato. La polarizzazione del rapporto pertanto, inficia il valore del rapporto stesso.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi voto fue claramente en contra de esta resolución, ya que rechazo frontalmente el calificar de oposición a los terroristas, los mismos de Al-Qaida que atacaron el 11M en España.

Además, el informe «acoge con satisfacción la revisión de las medidas restrictivas de la UE contra Siria» y sostiene que la Unión «debe considerar todas las opciones disponibles, incluyendo una zona de exclusión aérea», aun cuando esta medida es ampliamente criticada y llegó a ser calificada de ilegal. Además, nos oponemos a las sanciones como medida de coacción por afectar principalmente a los pueblos.

Además, el informe sostiene que el principal responsable del conflicto y las masacres a la población siria es el «régimen» de Assad respaldado por «Rusia e Irán», cuando es precisamente el gobierno sirio y la federación rusa quienes luchan más efectivamente contra el terrorismo del que Europa dice sentirse tan amenazada .

El informe además obvia totalmente los esfuerzos del gobierno sirio por conseguir una paz justa mediante el diálogo, como lo muestran la creación del Comité de Reconciliación y la reforma de la Constitución.

La paz sólo llegará a través del dialogo entre el gobierno y la oposición no terrorista.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il dramma umanitario della Siria è sotto gli occhi di tutti: 400.000 persone morte dall'inizio del conflitto, più di 13 milioni di persone prive di assistenza umanitaria, 4,8 milioni di persone fuggite dal paese. La situazione di Aleppo è particolarmente drammatica, essendo il crocevia degli scontri tra i quartieri controllati dai ribelli e quelli sotto assedio governativo. Attualmente, Aleppo e l'intera Siria sono teatro di una crisi sanitaria permanente. La popolazione è vittima di molteplici atrocità compiute dal governo e da Daesh e il paese è sempre più diviso tra più fronti che non dialogano fra loro in vista di una transizione politica pacifica. In tale scenario, non posso che sostenere, con il mio voto a favore della risoluzione, gli sforzi dell'UE in Siria come parte mediatrice che chiede l'immediata cessazione dei bombardamenti e degli attacchi indiscriminati contro i civili e facilita la consegna degli aiuti umanitari ai civili intrappolati dal conflitto. Infine, nel prossimo futuro l'UE potrebbe avere un ruolo decisivo nel processo di liberazione di tutte le persone detenute arbitrariamente, nonché nell'assicurare alla giustizia internazionale tutti i responsabili di crimini di guerra e crimini contro l'umanità.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram wezwanie do pilnego rozwiązania konfliktu w Syrii, który doprowadza do tragicznej sytuacji w tym państwie. Liczba ofiar przekracza 400 000 osób, a 12 mln osób zostało zmuszonych do opuszczenia swoich domów.

Po tak długotrwałej i tak tragicznej w skutkach wojnie należy jak najszybciej podjąć kroki na szczeblu międzynarodowym, aby zakończyć ten konflikt.

Jako europoseł wzywam również do pilnego rozwiązania konfliktu na poziomie międzynarodowym i potępienia barbarzyńskich ataków na cywilów i pracowników organizacji pomocowych. Konsekwentnie uważam, że należy podejmować wszelkie możliwe działania i kroki mające na celu zakończenie tego brutalnego konfliktu i terroru, w którym najbardziej cierpią cywile.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The situation in Syria is worsening – and the EU cannot stay silent in the face of such an on-going massacre. I am in favour of this resolution as I believe the EU needs to take a leading role in international efforts for a diplomatic solution to the Syrian civil war and push for a stronger political solution. Furthermore, the resolution calls for a no-fly zone over Aleppo, as the situation within the region has reached a catastrophic level and has led to the deaths of thousands of civilians, including children. For this reason I have voted in favour of this resolution.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Questa nuova risoluzione sulla questione siriana, dopo quella già approvata durante la tornata del mese scorso, si rende necessaria in ragione delle ultime vicende che hanno contribuito al deterioramento della situazione nel paese.

Attraverso questo testo, il Parlamento intende ribadire la sua posizione. In particolare, condanna tutte le atrocità commesse durante il conflitto; invita la comunità internazionale a non abbandonare gli impegni adottati al fine di sostenere i civili siriani - i quali versano in un gravissimo stato d'emergenza - nonché evidenzia la necessità di un ruolo più propositivo dell'Unione europea in un conflitto la cui risoluzione potrà essere solamente politica, come ha ricordato l'Alto rappresentante Federica Mogherini.

Nella speranza che una soluzione diplomatica e pacifica giunga al più presto, ho sostenuto convintamente la risoluzione.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — La situation en Syrie est dramatique. J'ai voté en faveur de ce texte bien qu'aucune résolution que nous voterons ne pourra faire réellement état de l'horreur et du chaos qui règnent en Syrie. L'impuissance européenne face au conflit qui sévit et les organisations terroristes qui s'y développement est insupportable. Par ce vote, nous avons une fois encore condamné dans les termes les plus fermes les violences et les attaques aveugles que subissent les civils, notamment à Alep. Je réitère également tout mon soutien aux minorités persécutées, et notamment les chrétiens, face aux atrocités qu'ils subissent.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Vandaag stemde de N-VA-delegatie voor de ontwerpresolutie betreffende de situatie in Syrië. Op deze manier veroordelen wij de aanvallen op burgers en hulpkonvooien die worden uitgevoerd door de Syrische regering met steun van andere buitenlandse mogendheden zoals Rusland. Daarnaast drukken wij onze afkeur uit betreffende alle wreedheden die zijn begaan door het regime, door IS en door alle andere terroristische organisaties. Ook vragen wij de gematigde oppositie uitdrukkelijk afstand te nemen van fundamentalistische ideologieën. Tot slot dringen we aan op een politieke oplossing voor het conflict.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Nous avons voté contre l'ensemble de ces résolutions, qui font un amalgame scandaleux entre les milices rebelles et les forces étatiques de Syrie, ainsi que les forces armées russes.

Le groupe ENF a déposé une proposition de résolution alternative.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Αρνητική στο σύνολό της. Το όλο ζήτημα επικεντρώνεται μόνο στα γεγονότα στο Χαλέπι και δεν προτείνονται κάποιες συγκεκριμένες λύσεις για να λυθεί το σοβαρό αυτό θέμα. Εκφράζονται κατηγορίες μόνο κατά της Ρωσίας και του Ασάντ και φυσικά δεν γίνεται καμία αναφορά στην Τουρκία και τον ρόλο της.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the joint motion on Syria, which condemns the attacks and calls for several non-military measures to help stop the fighting, as well as for humanitarian assistance. I voted in favour because of the strong points in the motion, despite my opposition to a no-fly zone over Aleppo city, which would in all likelihood mean further military escalation.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione sulla situazione in Siria, pur ampiamente condivisibile nelle intenzioni e nei contenuti, appare tuttavia poco equilibrata nella selezione dei responsabili da condannare. Per tale ragione mi sono astenuta.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução revela bem o que tem sido a política de fundo da União Europeia relativamente a este conflito: ingerência, desrespeito pela soberania, pelo Direito Internacional e pela independência do país, e promoção da agressão e da guerra.

A resolução vai ainda mais longe do que o Parlamento Europeu havia ido antes na provocação belicista e na escalada do conflito na Síria, provocando forças que estão a apoiar o Governo sírio contra a agressão externa que o país sofre, nomeadamente a Rússia, quando defende o estabelecimento de uma zona de exclusão aérea sobre a cidade de Alepo.

Recorde-se: o mesmo expediente utilizado aquando da agressão à Líbia - com os resultados que hoje se conhecem. Isto significa abrir a porta ao envio de tropas para assegurar esta zona de exclusão aérea, num claro confronto com o exército sírio. Relembremos o desastre que significou para o povo líbio a imposição de uma zona de exclusão aérea pela NATO, consequências que este país ainda sofre nos dias de hoje.

Só esta enorme irresponsabilidade chegaria para rejeitarmos por completo esta resolução.

Mas outros aspetos negativos existem, e muitos, que convergem para o nosso rotundo voto contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente risoluzione poiché il testo condanna gli attacchi contro i civili e gli operatori umanitari in Siria e, al contempo, sottolinea la necessità di adottare una soluzione urgente, a livello internazionale, per porre fine conflitto in atto nel paese.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia by nemala a nemôže mlčať a zatvárať oči pred prebiehajúcim masakrom v Sýrii. Je potrebné konať kolektívne prostredníctvom vysokej predstaviteľky a ujať sa vedenia v medzinárodnom úsilí o diplomatické riešenie sýrskej občianskej vojny. S ohľadom na rýchlo sa zhoršujúcu situáciu sa v Sýrii a s ohľadom na dlho trvajúce boje chceme nadviazať na uznesenie prijaté počas októbrového zasadnutia. Cieľom novej rezolúcie je presnejšie a jasnejšie pomenovať a odrážať momentálny obraz a situáciu v teréne a takisto nedávny medzinárodný vývoj v oblasti. Opakujeme bezpodmienečné odsúdenie zverstiev v celej Sýrii, nedostatok humanitárnej pomoci a potrebu navýšenia úsilia na dosiahnutie nového prímeria v oblasti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione, non propone niente di nuovo e di concreto per porre fine al conflitto in Siria.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω στο σύνολό τους τις προτάσεις ψηφίσματος. Το ζήτημα επικεντρώνεται μόνο στα γεγονότα στο Χαλέπι και δεν προτείνονται κάποιες συγκεκριμένες λύσεις για να λυθεί το σοβαρό αυτό θέμα. Εκφράζονται κατηγορίες μόνο κατά της Ρωσίας και του Ασάντ και φυσικά δεν γίνεται καμία αναφορά στην Τουρκία και τον ρόλο της.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The situation in Aleppo is dramatic. In spite of the agreement of 9 September 2016 on the cessation of hostilities, the Assad regime, supported by Russia, is continuing to deliberately target civilians, a humanitarian convoy last week, doctors and hospitals. The water supply have also been cut off. Those actions must be strongly condemned, as they are an unacceptable breach of international humanitarian law and could be qualified as war crimes.

I would therefore like to express my deepest concern for the human suffering in the besieged areas of Aleppo and throughout Syria, including many women and children, who do not have access to essential humanitarian goods and desperately need food, clean water and medical supplies.

I support the call on HR/VP Federica Mogherini, on the international community and on the United Nations to use all necessary diplomatic instruments and pressure to end the indiscriminate aerial bombardment of civilians and for the cessation of hostilities to be implemented, respected and prolonged in order to allow full humanitarian access to the besieged areas.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución teniendo presente el continuo deterioro de la situación en Siria. Se calcula que a fecha de abril de 2016, como consecuencia de la guerra civil siria, habían perdido la vida 400 000 personas, 13,5 millones de personas necesitan ayuda humanitaria, hay 8,7 millones de personas desplazadas dentro de Siria, y 4,8 millones de personas han huido del país. No obstante, pese al drama humano que estamos siendo testigos, la falta de unidad a escala internacional hace que resulte mucho más difícil alcanzar una solución negociada a la guerra de Siria. Desde la Unión debemos instar a todos los participantes en el Grupo Internacional de Apoyo a Siria a que reanuden las negociaciones para facilitar el establecimiento de una tregua estable e intensifiquen los trabajos para lograr una solución política duradera para Siria.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione comune del Parlamento europeo sulla situazione in Siria perché ritengo sia inammissibile il perpetrare dei violenti attacchi che la popolazione siriana sta subendo in particolar modo nelle cittadine di Aleppo e Zabadani, prese d'assalto dai gruppi ribelli, dai continui attacchi russi provenienti dall'alto e dai raid delle forze armate di Assad. Sono indignata ed inorridita di fronte alle immagini delle violenze e delle torture a cui migliaia di bambini, donne e uomini sono sottoposti quotidianamente e mi auguro che ben presto vengano identificati i responsabili delle continue violazioni del diritto umanitario internazionale. Sono fermamente convinta che non possa esserci una risoluzione del conflitto con altra violenza e che sia indispensabile fermare il conflitto a fuoco e procedere con la ripresa dei negoziati attraverso azioni diplomatiche specifiche. Sostengo pienamente il lavoro che l'Alto rappresentante della politica estera, Federica Mogherini, che ha come obiettivo quello di riportare le parti coinvolte nel conflitto al tavolo negoziale e rilanciare il processo politico di Ginevra. Auspico che l'intervento dell'UE non si limiti alla mera funzione di mediatore ma che presto si impegni attivamente per fornire aiuti umanitari alle popolazioni in gravi carenze alimentari e di forniture mediche di base.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Die Situation der Menschen in Aleppo und einigen anderen Regionen Syriens ist unerträglich – und die Weltgemeinschaft ist aufgefordert, alles zu tun, um ein weiteres, blindes Töten und eine weitere humanitäre Katastrophe zu verhindern. Ich verurteile auch das Verhalten der türkischen Truppen, die offensiv gegen kurdisch-christliche Truppen im Nordirak vorgehen, die sich als konstruktiver Partner erweisen. Deshalb habe ich für die Resolution gestimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament fordert erneut sämtliche Kriegsparteien in Syrien auf, die Kampfhandlungen einzustellen und humanitären Hilfsdiensten den Zutritt zu den vom Bürgerkrieg betroffenen Regionen zu gewährleisten. Weiterhin müssen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen gegen das humanitäre Völkerrecht geahndet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Diesbezüglich müssen alle Konfliktparteien unverzüglich an den Verhandlungstisch zurückkehren und eine dauerhafte Waffenruhe aushandeln.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which condemns the heavy aerial bombardment by the Assad regime and Russia on Aleppo. The heinous attacks against civilian infrastructures, schools and hospitals cannot be tolerated. The EU needs to step up efforts to ensure accountability for crimes and call out Russia and China for blocking progress on accountability in the Security Council by vetoing a mandate for the ICC to investigate the crimes committed in Syria. If the UNSC is blocked we need to push proactively for alternative ways to break the deadlock. We need to voice support for the International Commission of Inquiry on Syria to conduct a special inquiry into the attacks against civilians and hospitals in Aleppo. We should also take the lead in the UN General Assembly to call for the creation of the post of special Syria War Crimes Rapporteur and push for the establishment of a Syrian war crimes court. Atrocities cannot go unpunished.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché l'Unione europea deve intervenire per la stabilizzazione della Siria e dell'intera regione non rinunciando al richiamo alla cessazione del conflitto armato e al rispetto dei doveri umanitari che il diritto internazionale richiede. Quando parliamo di Siria affrontiamo una discussione emblematica non solo per la politica estera della nostra Unione, ma per la sua proiezione in senso lato, anche sulle nostre comunità nazionali. L'UE si è già mobilitata a livello internazionale per la risoluzione pacifica del conflitto, per una mediazione diplomatica tra le parti, per il sostegno economico al paese e per cercare di far arrivare quanto prima assistenza umanitaria alle popolazioni delle zone più colpite, conformemente agli obblighi presi con le Nazioni Unite. Tuttavia le conseguenze di quel conflitto arrivano direttamente a impattare sulle capacità di reazione anche sul fronte interno dell'Unione e che mettono in discussione le fondamenta del progetto comune del continente. La discussione di oggi assume un valore più rilevante non solo per il futuro della Siria, ma anche per le scelte condivise che faremo a livello di Unione europea.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución sobre la situación en Siria, al considerarla parcial y belicista, pues llama al establecimiento de una zona de exclusión aérea, y al no abordar elementos que considero necesarios para alcanzar una paz justa y duradera, como serían una llamada a un alto el fuego por todas las partes, a un diálogo eficaz y constructivo —sin injerencias externas— entre todas las partes en conflicto, y plantear soluciones justas y en consonancia con los derechos humanos respecto a los refugiados.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which condemns the heavy aerial bombardment by the Assad regime and Russia on Aleppo. The heinous attacks against civilian infrastructure, schools and hospitals cannot be tolerated.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Depuis 6 ans, pas un seul jour ne passe en Syrie sans son lot de malheurs. Partout dans le pays, les combats et les bombardements se poursuivent, prenant toujours davantage pour cible les populations et infrastructures civiles. Entravée, l'aide humanitaire n'atteint plus la population syrienne terrorisée et exsangue. Ce n'est évidemment pas la première fois que le Parlement européen tire la sonnette d'alarme, mais l'intensification de la guerre et la tragédie d'Alep appelaient une nouvelle réaction forte et sans équivoque de notre assemblée. Dans ce contexte, où l'indignation ne suffit plus, on ne peut donc que se réjouir des initiatives diplomatiques récentes de la VP/HR Federica Mogherini pour presser toutes les parties au conflit à reprendre et à intensifier les négociations politiques. Mais aussi louables soient-ils, ces efforts doivent être accélérés et renforcés. Le rôle que l'Union européenne doit accomplir est triple: multiplier les démarches diplomatiques pour parvenir à un cessez-le-feu immédiat et une paix durable ; permettre un accès humanitaire continu et sans entrave ; veiller à ce que tous les responsables de violations du droit humanitaire international et des droits de l'homme soient traduits en justice pour poser les fondations solides de la réconciliation post-conflit.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Καταψηφίσαμε το κοινό ψήφισμα για την κατάσταση στη Συρία διότι είναι φανερό ότι ο στόχος του ψηφίσματος δεν ήταν να αναδείξει την σημερινή τραγική κατάσταση, αλλά για ακόμη μια φορά να επιτεθεί εναντίον της Ρωσίας και του Ασάντ. Η Συρία είναι μια χώρα την οποία έριξαν στην κατάσταση που είναι σήμερα οι πολιτικές των ΗΠΑ και κρατών μελών, αλλά οι κυρίαρχες ομάδες στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο κάνουν πως δεν βλέπουν αυτό το γεγονός.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – The humanitarian situation in Syria has worsened in the last year. The actions of ISIS/Daesh in the region are deplorable and the international community, including the European Union, should work together in order to find a peaceful solution to this conflict, which has claimed countless innocent lives. I support the calls for an immediate cessation of hostilities in the area so that desperately needed humanitarian aid can be provided. The European Union should seek to take a leading role as a peacemaker in the region and aim to assist Syrian civilians in need of help.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The ECR supports calls for an urgent international political solution to the conflict and has condemned attacks on civilians and aid workers.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Prijedlog Rezolucije o stanju u Siriji, prije svega se povodeći motivom da je što prije nužno okončati sukob koji već predugo traje i zbog kojeg nedužno stanovništvo trpi tragične posljedice. Slažem se sa stajalištem Visoke predstavnice Unije za vanjsku i sigurnosnu politiku Mogherini da Europa treba uložiti maksimalne napore u pronalaženje rješenja i zaustavljanje sukoba te smatram da EU ima kredibilitet za sudjelovanje u mirovnim pregovorima. Održivi mir treba biti postignut što prije kako bi se zaustavila stradanja nevinih. Regija se može stabilizirati samo na način da dođe do trajnog rješenja u kojem jedna strana sukoba ne bi proizašla kao veliki pobjednik. Treba izbjeći rješenje nalik na Bosnu i Hercegovinu, a koje se spominje, koje još uvijek generira političku nestabilnost. Ne samo da bi tako Sirija bila nefunkcionalna država već bi to područje postalo stalan izvor novih mogućih ratnih sukoba.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Cette résolution nourrit malheureusement les accusations infondées et politiquement maladroites contre l'État syrien et ses alliés iranien et russe. En établissant un parallèle douteux entre groupes terroristes et États légitimes et reconnus, elle contribue à accroître la gabegie et le désastre humanitaire sur place en plus de nuire de manière dramatique aux intérêts des États membres.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Syrie, qui constate la détérioration de la situation humanitaire. Les parties en présence sont appelées à respecter le droit international humanitaire en mettant fin aux bombardements des civils et des infrastructures civiles. Avec le concours des États membres, la Haute Représentante de l'Union pour les affaires étrangères doit, au nom de l'UE, jouer un rôle plus important dans les négociations d'un accord de paix en Syrie.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle est équilibrée et cherche des réponses à la situation en Syrie qui s'aggrave de jours en jours. Condamnant toutes les attaques contre des civils, elle insiste sur le rôle ambigu de la Turquie, condamne les livraisons d'armes à des groupes djihadistes et invite à reprendre les négociations en vue d'instaurer une trêve solide.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag betrifft die Kriegslage in Syrien und die mit diesem Konflikt hervorgerufene Flüchtlingskrise. Obwohl die islamistischen Terrororganisationen miteinbezogen werden und der Krieg als solches verurteilt wird, wird dennoch immer wieder die Schuld Russlands an den Ausmaßen der Zerstörung und der Gewalt in Aleppo in dieser Resolution betont. Aus diesem Grund enthalte ich diesem Entschließungsantrag meine Stimme.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Situace v Sýrii je velmi složitá a občas mám dojem, že si toho jsou vědomi všichni vyjma Evropského parlamentu. Společný návrh usnesení považuji za nevyvážený a kontraproduktivní. Sice jsem ocenila, že text znovu vyzývá místopředsedkyni Komise, vysokou představitelku k obnovení úsilí o vytvoření společné strategie EU pro Sýrii, vítá a plně podporuje nedávné diplomatické iniciativy místopředsedkyně Komise, vysoké představitelky Federiky Mogheriniové, v souladu s mandátem Evropské rady, jejichž cílem je přivést strany konfliktu zpět k jednacímu stolu a obnovit politický proces v Ženevě, bere se zájmem na vědomí regionální jednání, která vedla společně s Íránem a Saúdskou Arábií, a považuje její činnost za přidanou hodnotu a užitečný příspěvek k úsilí zvláštního vyslance OSN Staffana de Mistury, naléhavě vyzývá všechny strany zapojené do konfliktu, aby v očekávání nového a stabilního příměří, jehož součástí by měla být ujednání zajišťující v Sýrii přechodný soudní systém pro období po ukončení konfliktu, co nejdříve obnovily a zintenzivnily politická jednání a zdůrazňuje, že by tato mírová jednání měla vést k zastavení nepřátelských akcí a k politické transformaci, která bude vedena a kontrolována samotnými Syřany, ale i tak jsem text nemohla v hlasování podpořit.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – За съжаление ситуацията в Сирия остава изключително тревожна и напрегната. След разговорите в Дамаск специалният пратеник на ООН за Сирия потвърди, че режимът на Асад е отхвърлил предложението за примирие, което би позволило на опозицията да администрира източна част на Алепо.

В същото време обстрелът на жилищни райони и цивилни обекти не спира. От юли липсва доставка на каквато и да е хуманитарна помощ, а след нападенията през изминалата седмица не е останала нито една функционираща болница в източната част на Алепо. Тази ситуация удължава страданието на сирийския народ и повече от четири милиона души продължат да се борят за своя живот в обсадените градове и трудно достъпни райони.

Ето защо призовавам Европейския съюз да настоява час по-скоро да се създаде зона, забранена за полети над Алепо, което ще улесни работата на хуманитарните работници и ще позволи доставката помощ от спешна необходимост. Необходимо е също така да предоставим пълна подкрепа на ООН в усилията ѝ да възстанови политическия диалог между враждуващите страни, но и да продължи разследването за използване на химически оръжия в Сирия, за да се подведат под отговорност виновните за това престъпление срещу човечеството.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution car elle maintient les accusations infondées et politiquement désastreuses contre le régime syrien et ses alliés iraniens et russes. En renvoyant dos à dos groupes terroristes et Etats légitimes, elle contribue à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place, et à nuire de manière dramatique aux intérêts des Etats membres de l'UE.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur la situation en Syrie. En renvoyant dos à dos les groupes terroristes et l'armée syrienne et ses alliés, cette résolution contribue à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place, en plus de nuire de manière dramatique aux intérêts des États membres. Le groupe ENF a déposé des amendements soulignant le rôle ambigu de la Turquie, les liens entre la crise syrienne et la crise migratoire, et les risques d'utilisation d'armes chimiques par des groupes terroristes. Ces trois amendements ont été rejetés.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution qui maintient les accusations infondées et politiquement catastrophiques à l'encontre du régime syrien et de ses alliés iraniens et russes. En renvoyant dos à dos groupes terroristes et États légitimes, elle contribue à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place en plus de nuire aux intérêts économiques des États membres.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The situation in Syria remains bad. Let's ask ourselves the question what we, the European Union, can do to stop the bloody war in this state. We don't have any instruments at all! We don't have influence on the key players on the ground like the USA, Russia, Iran, Turkey and Saudi Arabia have. We don't have military forces that we are ready to deploy. Our diplomatic possibilities to stop this conflict are very small. Let's be frank, we can't solve this conflict with resolutions.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Boj v Sýrii nie je len konfliktom dvoch najväčších mocností, ale je aj celosvetovým bojom proti terorizmu a nerešpektovaniu základných práv. Diplomacia EÚ nedosahuje výsledky, aké ľudia očakávajú. Táto situácia je živnou pôdou pre propagandu, nárast rasizmu, xenofóbie a šírenie konšpirácií. Je potrebné zintenzívniť prácu na vytvorení príméria, aby vznikol čas a pokojné prostredie na mierové riešenie konfliktu. Zároveň treba pokračovať v humanitárnej pomoci pre obyvateľstvo, ktoré trpí neschopnosťou a neochotou mocných riešiť konflikt pokojnou cestou.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Συρία, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 22 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω κοινή πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Michał Marusik (ENF), *na piśmie*. – Czy sytuacja w którymkolwiek z krajów, w którym obalono panujący „reżim" i wprowadzono „demokrację" się poprawiła? Podobno za sytuację w Syrii odpowiada Rosja i „reżim" Assada. Z dziennikarskich relacji wiemy, że w tej części, w której „reżim" Assada obalono, szaleją bojówki ISIS i Daesz, ludność cywilną wymordowano, a z zabudowy pozostały jedynie ruiny. A tam, gdzie Assada nie udało się przepędzić, została jeszcze infrastruktura i zostali jeszcze żywi ludzie, którzy usiłują jakoś przeżyć. Niezależne media prawicowe podają, że Assad jest gwarantem przetrwania tych, którzy zostali.

Podczas sesji mówiono, że UE nie może milczeć w sprawie Syrii. No to niech zmusi Rosję, Turcję, a przede wszystkim Stany Zjednoczone do natychmiastowego opuszczenia Syrii i pozostawienia w spokoju zarówno ludności, jak i Baszara El Assada w spokoju. Oni sobie poradzą. Bez nas.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich verurteile Krieg und islamistische Terrororganisationen entschieden. Die Behauptung der Resolution, Russland trägt die Schuld an den Ausmaßen der Zerstörung und der Gewalt in Aleppo, teile ich nicht. Deshalb enthalte ich mich der Abstimmung.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją. Griežtai smerkiu visus išpuolius prieš Sirijos civilius ir civilinę infrastruktūrą, visų apgulčių Sirijoje tęsimą. Kuo greičiau turi būti sudarytos visos sąlygos teikti Sirijos gyventojams humanitarinę pagalbą, būtiniausias prekes, visų pirma į nusiaubtas ir sunkiai pasiekiamas vietoves. Taip pat kuo griežčiausiai smerkiu visus žiaurumus, žmogaus teisių ir tarptautinės humanitarinės teisės pažeidimus, kuriuos padarė nevalstybinės ginkluotos teroristų grupuotės, visų pirma „Da'esh" ir „Jabhat Fateh al-Sham" ir kitos džihadistų grupuotės. Prisidedu prie raginimų visiems Tarptautinės paramos Sirijai grupės dalyviams atnaujinti derybas, sudaryti palankesnes sąlygas paskelbti stabilias paliaubas ir aktyviau dirbti siekiant ilgalaikio politinio sprendimo Sirijoje.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La situation à Alep et plus largement en Syrie reste dramatique du fait d'une part des exactions commises par Daesch et les autres groupes djihadistes, et d'autre part de l'escalade militaire qui en résulte avec le régime de Damas. Mais cette résolution n'est qu'un prétexte pour s'attaquer, encore une fois, à la Russie. Elle condamne dans la même phrase Bashar al-Assad, la Russie et Daesch. Comme s'ils pouvaient être mis sur le même plan! La résolution envisage la création d'une zone d'exclusion aérienne au-dessus d'Alep, sur le modèle de ce qui avait été fait en Lybie pour faciliter ensuite l'invasion aérienne de l'OTAN. Cela reviendrait à accorder une impunité et même une protection aux djihadistes qui tirent chaque semaine des missiles (souvent états-uniens) depuis Alep Est vers le reste de la ville. Je vote contre ce texte qui ne fait qu'exprimer la vision belliciste de l'UE contre la Russie, sans proposer aucune piste utile pour la paix en Syrie.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La résolution commune maintient des accusations infondées et politiquement désastreuses contre le régime syrien et ses alliés iraniens et russes. En renvoyant dos à dos les groupes terroristes et les États légitimes, elle contribue à amplifier le désordre et le désastre humanitaire sur place en plus de nuire de manière dramatique aux intérêts des États membres. J'ai donc voté contre cette résolution commune ainsi que celles des autres groupes politiques, excepté celle du groupe GUE/NGL pour laquelle je me suis abstenue.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A União Europeia presta um dos maiores contributos para a ajuda humanitária destinada às populações que fogem à violência histórica e à destruição na Síria. A falta de unidade internacional compromete as perspetivas de uma solução negociada para a guerra na Síria.

A UE deve prosseguir os seus esforços e assumir um maior protagonismo na mediação para um acordo de paz na Síria. Temos que lamentar tudo o que está a acontecer na Síria e tentar encontrar uma solução pacífica para este conflito. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour. The conflict in Syria has claimed hundreds of thousands of lives and requires our immediate and urgent attention.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution because I am in agreement that the EU should not and cannot stay silent in the face of the ongoing massacre in Syria. It needs to act collectively through its High Representative and take the lead in the international efforts for a diplomatic solution to the Syrian civil war.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban mind a nyolc képviselőcsoport nyújtott be állásfoglalási indítványt. Közülük öten, az ECR, a PPE, az ALDE, az S&D és a Verts/ALEA képviselőcsoportok megállapodásra jutottak és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki, amit megszavaztam.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui appelle une fois de plus à l'arrêt des massacres en Syrie qui ont pour conséquences la mort de nombreuses personnes, parmi lesquelles se trouvent de nombreux civils. L'arrêt des massacres ne pourra se faire que le jour où tous les pays résolus à éradiquer l'État islamique se retrouveront dans une coalition unique et efficace.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding the situation in Syria that strongly condemns all atrocities and widespread violations of human rights and international humanitarian law, and attacks on civilians and civilian infrastructure.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Трагедията, която се развива в Сирия покрай събитията в Алепо, за съжаление, не представлява нищо ново на фона на случващото се в тази страна през последното вече половин десетилетие. За тази драматична ситуация носи отговорност и част от международната общност, а въпросът коя от всичките държави замесени в конфликта има най-голяма вина е неплодотворен.

Трайното решение на военния конфликт в Сирия, както и на производната му бежанска криза, изискват интензивно сътрудничество между страни със значителни политически и културни различия, каквито са държавите от ЕС, Русия, САЩ, Китай, Турция, Египет, Иран и Саудитска Арабия.

От продължаването на войната в Сирия страдат най-вече сирийските граждани, които са директно засегнати от конфликта, както и страни, на които ще им се наложи да се справят със засилен бежански натиск, каквато е моята страна България. Именно поради тази причина аз се въздържах да дам подкрепата си за резолюцията относно положението в Сирия.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat această rezoluție care exprimă preocupările Parlamentului European în legătură cu situația din Siria, blocată de un război interminabil, în care orgoliile politice nu mai țin cont de pierderea de vieți omenești nevinovate.

Deputații europeni insistă asupra faptului că regimul sirian trebuie să își asume responsabilitatea pentru protejarea populației siriene și condamnă cu fermitate atacurile disproporționate și excesive ale regimului și ale aliaților săi. Multe dintre aceste atacuri au fost îndreptate împotriva populației civile, cu precădere asupra copiilor și a personalului medical și umanitar, iar raportul precizează că aceste atacuri au fost comise în mod deliberat.

De asemenea, Parlamentul European solicită prin această rezoluție ca drepturile minorităților religioase din Siria să fie respectate, inclusiv ale creștinilor, pentru asigurarea unui climat de toleranță, atât de necesar în acest moment.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei dieser Resolution habe ich mich meiner Stimme enthalten. Es wird immer wieder die Schuld Russlands an den Ausmaßen der Zerstörung und Gewalt in Aleppo betont. Dennoch werden islamistische Terrororganisationen mit einbezogen und der Krieg als solches verurteilt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Süüria humanitaarolukord on ülimalt kriitiline. Rahuläbirääkimised tuleb taaskord elustada ning tsiviilisikute ja humanitaarabitöötajate täielik kaitse tagada. EL peab kokku leppima Süüria strateegias, mis käsitleks konkreetseid meetmeid pommitamiste lõpetamiseks ja Süüria rahva aitamist. Eeldus mingisugusekski toimivaks lahenduseks Süürias sõja lõpetamiseks on vaid koostöös, mitte Vene globaalse vastasseisu ambitsioonide rahuldamises Süüria rahva arvel. Tegelikult peab Venemaa, ELi ja läänemaailma eesmärk Süürias olema ühine – lõpetada sõda, eemaldada ISIL ja võimaldada inimestel oma kodudesse tagasi pöörduda.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ο κόσμος έχει κατ' επανάληψη συγκλονιστεί από τις φρικαλεότητες εναντίων αμάχων που πραγματοποιούνται στη Συρία από το ISIS και άλλες τρομοκρατικές ομάδες, αλλά και από το καθεστώς Άσαντ.

Καταδικάζω απερίφραστα τις εκτεταμένες παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και του διεθνούς δικαίου και τον αδιάκριτο εναέριο βομβαρδισμό από το καθεστώς Άσαντ, τη Ρωσία και άλλους στο Χαλέπι τις τελευταίες εβδομάδες. Με το εν λόγω ψήφισμα καλούμε όλες τις ένοπλες ομάδες για άμεση παύση των εχθροπραξιών, έτσι ώστε να ανοίξει ο δρόμος για την επανάληψη των διαπραγματεύσεων και να διασφαλιστεί ότι η ανθρωπιστική βοήθεια θα φτάσει σε όλα τα άτομα που έχουν ανάγκη σε όλη τη Συρία.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande notamment que les responsables de crimes de guerre et de crimes contre l'humanité en Syrie soient poursuivis par la justice internationale. Je condamne également les attaques délibérées et continues de civils, des travailleurs humanitaires et des installations de santé à Alep par le régime de Bachar Al-Assad soutenu par la Russie et l'Iran. Je demande à la haute-représentante, Federica Mogherini, d'user de tous les outils diplomatiques à notre disposition pour faire pression sur le régime syrien et ses soutiens. Il est crucial que l'Union européenne joue un rôle de premier plan dans la réconciliation et la reconstruction de la Syrie.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta B8-1250/2016 poiché ritengo che l'Unione europea debba condannare le atrocità che stanno accadendo in Siria, infatti in sei anni di conflitto abbiamo assistito a 400 mila morti, invece sono 13 milioni coloro che necessitano di assistenza umanitaria. L'epicentro del conflitto è rappresentato da Aleppo, che subisce continui bombardamenti dalle forze nemiche, ma l'aspetto peggiore e che dal luglio del 2016 non è più possibile accedere alla zona orientale di Aleppo, per fornire aiuti umanitari, poiché è sotto assedio. Ad oggi, il popolo siriano subisce atrocità da diversi gruppi armati, non solo da Assad, con il sostegno della Russia e dell'Iran, ma in particolare da altri gruppi terroristici come Da'esh, Jabhat Fateh al-Sham/fronte al-Nusra e altri gruppi jihadisti, resosi protagonisti della violazione dei diritti umani e dei diritti internazionali comunitari. L'Unione europea non può e non deve restare a guardare, deve tutelare quei diritti di cui si fa protettrice e condannare i gruppo terroristi che li violano. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Važno je postići hitan dogovor oko dostave humanitarne pomoći u Aleppo te osiguranja humanitarnih koridora kojima će se izvesti evakuacija ranjenih civila i onih koji se žele povući iz grada dok traju borbe. Nužno je osigurati da pomoć koju svijet šalje Siriji i stradalima dođe do onih kojima je ta pomoć zaista i potrebna. U tom smislu podržavam napore koje Visoka predstavnica ulaže u postizanje dogovora svih strana uključenih u sukob.

Uspostava humanitarne pauze preduvjet je osiguranja transporta humanitarne pomoći u ratom razoreni grad i pružanja prve pomoći unesrećenim vojnicima i civilima. Sukobljeni u bitci trebaju prestati s granatiranjem zgrada označenih bolničkim znakovljem, jer u suprotnom teško krše međunarodno pravo.

Izražavam nadu da će se uskoro okončati ovaj sukob i da će se protjerano stanovništvo vratiti u svoje domove. Europska unija i dalje mora biti uporna u pružanju humanitarne pomoći. Mora to činiti tijekom sukoba, ali i nakon samog sukoba kako bi se osiguralo obnavljanje grada, izgradnja porušene infrastrukture, čišćenje grada od eksplozivnih naprava i ostalih zaostataka iz sukoba.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La situazione umanitaria in Siria continua a deteriorarsi. Sei anni di conflitto hanno causato la morte di oltre 400 000 persone e più di 10 milioni di sfollati. Proseguono senza sosta i bombardamenti su aree densamente popolate, in particolare su Aleppo, gli attacchi deliberati su infrastrutture civili come scuole, ospedali e campi profughi, gli assedi a numerose città e le detenzioni arbitrarie, le torture, le sparizioni forzate. Tutte gravi violazioni del diritto internazionale umanitario, commesse sia dal regime di Assad sia dal Da'esh, da Jabhat Fateh al-Sham, affiliato di al Qaeda in Siria, e da altri gruppi jihadisti. La distruzione delle infrastrutture idriche ed elettriche essenziali ha causato una crisi sanitaria permanente, con quasi sei milioni di bambini che necessitano urgentemente di assistenza vitale. Mi associo alla ferma condanna di tutte le violazioni dei diritti umani e del diritto internazionale umanitario e alla richiesta di una definitiva cessazione delle ostilità e dei bombardamenti, dell'immediata liberazione di tutte le persone detenute arbitrariamente e della garanzia di accesso per le organizzazioni umanitarie. Sostengo altresì l'iniziativa dell'Alto rappresentante Mogherini intesa a riportare le parti al tavolo negoziale, per giungere a una soluzione diplomatica definitiva della crisi.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Okršaji na području Sirije se nastavljaju, kao i stalna kršenja ljudskih prava, počinjena od svih strana u sukobu. Stanovništvo je suočeno s ozbiljnim nestašicama hrane i medicinskih potrepština u gradovima diljem zemlje. Škole, bolnice, kao i ostala civilna infrastruktura te humanitarni radnici nisu pošteđeni napada. Odgovornost za ta djela mora biti utvrđena. Dok traje ovo stanje nepostojanja odgovornosti, ono potiče daljnje kršenje ljudskih prava u sukobu, dodatno doprinosi patnji ljudi u tom sukobu. EU i zemlje članice moraju aktivnije podržati posebnu istragu nečuvenih događaja u Aleppu iz listopada 2016. Sve strane u sukobu moraju poduzeti potrebne mjere za zaštitu civila, neovisno o njihovoj etničkoj ili vjerskoj pripadnosti. Sve strane u sukobu također moraju osigurati prolaz humanitarnoj pomoći diljem Sirije te dopustiti evakuaciju onih kojima je hitno potrebna medicinska pomoć. Vojno rješenje ovog sukoba nije moguće.

Pozivam sve strane da što prije prekinu borbe i vrate se za pregovarački stol. Lokalne aktere u Siriji mora se uvjeriti u nužnost prekida sukoba. Očekujem od utjecajnih regionalnih i svjetskih sila da odigraju pozitivnu ulogu u tome. Pozdravljam nedavne inicijative Visoke predstavnice u svrhu revitalizacije procesa u Ženevi te se nadam još uspješnijoj ulozi EU-a u zaustavljanju sukoba te kasnijoj obnovi i pomirbi Sirije.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A presente resolução aprofunda a abordagem de ingerência, de desrespeito pela soberania e integridade territorial da Síria, por parte da UE e do PE. Abre portas a uma ainda maior escalada de agressão militar direta contra o povo sírio, fazendo um apelo explícito à violação do direito internacional, nomeadamente pela proposta de imposição de uma zona de exclusão aérea sobre a cidade de Alepo.

Exemplos como a Líbia confirmam esta formulação como um instrumento que justifique a intervenção e agressão externa de potências europeias a um país soberano, no caso, promovendo um claro confronto com o Exército Sírio e com as forças que com ele colaboram no combate ao terrorismo e na legítima defesa da integridade territorial da Síria.

Há mais de seis anos que a Síria e o seu povo são vítimas de uma sistemática ação de ingerência, de uma cruel guerra de agressão imposta e promovida pelos Estados Unidos, a França, o Reino Unido, Israel, a Turquia, a Arábia Saudita, entre outros, executada por grupos de mercenários que criaram, financiam e armam, que são responsáveis pela brutal violação dos direitos do povo sírio, dos direitos humanos, pelos mais hediondos crimes, por milhões de deslocados e refugiados, pela destruição deste país. Votámos contra.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Je suis pour cette résolution qui condamne les atrocités commises par le régime de Bachar el-Assad, mais aussi par l'État islamique et les organisations terroristes à l'encontre du peuple syrien. Les acteurs du conflit doivent stopper immédiatement les bombardements de la population civile et des infrastructures publiques. Il est primordial que la population ait accès à l'aide humanitaire. Le peuple syrien est victime aujourd'hui de crimes de guerre graves et de crimes contre l'humanité qui ne resteront pas impunis.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report. We are committed to seeing a long lasting and stable peace develop in Syria. However, we do not support the development of EU foreign policy or expenditure. Concerning 14/2 military action, including the enforcement of a no-fly zone, is a sovereign decision taken by the British Government in compliance with international law and not something at the EU level.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Mais uma vez, manifestamos a nossa preocupação face à situação na Síria. A luta continua e piorou a situação humanitária. Por iniciativa dos Socialistas Europeus e com o apoio de todos os outros grupos principais, o Parlamento aprovou hoje uma resolução que sublinha a necessidade de assegurar que todos os responsáveis pelos crimes de guerra e crimes contra a humanidade na Síria não escapem impunes.

Apelamos a todos os atores envolvidos neste conflito para que permitam a cessação imediata das hostilidades e retomem as negociações, assegurando que a assistência humanitária chegue a todas as pessoas em necessidade na Síria.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La situación en Siria es dramática y compleja. La complicada realidad sobre el terreno, las difíciles circunstancias internacionales y el sin fin de atrocidades cometidas, hacen que sea necesario apoyar los esfuerzos para un nuevo alto el fuego y garantizar que la ayuda humanitaria llegue a los necesitados.

La Unión debe tener un papel más importante y apoyar los esfuerzos de las Naciones Unidas, sobre la idea de que solo puede haber una solución política, donde todas las partes estén convencidas de que es el único camino a seguir. La Unión Europea tiene que seguir el compromiso para lograr una solución duradera para el conflicto en Siria, donde no cabe esperar una solución militar definitiva. Tiene que seguir y proseguir su labor diplomática y humanitaria.

Igualmente, la Unión ha ampliado las sanciones a varios miembros del gobierno sirio y responsables de diversos organismos del Estado. Además hay 69 entidades sujetas a la inmovilización de activos, que incluyen, entre otras, el embargo de petróleo, la inmovilización de activos del Banco Central sirio en la Unión y restricciones a la exportación de equipos y tecnología que puedan ser utilizados a la represión interna.

Por todo ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté la résolution relative à la Syrie, plaidant pour l'accès à l'aide humanitaire dans tout le pays, alors que celle-ci est actuellement bloquée. De plus, je ne peux tolérer le bombardement de civils, et les violations des droits de l'homme et du droit international humanitaire, en cours actuellement. Les responsables de ces actes devront être jugés pour leurs crimes abominables.

La situation du pays, singulièrement à Alep, est catastrophique. La population, affamée, peine à accéder à l'aide humanitaire et se sent totalement délaissée. Il est de la responsabilité du pouvoir en place en Syrie d'assurer la protection de la population et de procéder aux évacuations des zones où les combats font rage. L'UE et ses États membres doivent soutenir pleinement l'ONU et l'Organisation pour l'interdiction des armes chimiques (OIAC) afin de poursuivre l'enquête relative à l'utilisation et à la destruction d'armes chimiques par toutes les parties au conflit en Syrie et prôner, par tous les moyens diplomatiques possibles, une résolution pacifique du conflit.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Padėtis Sirijoje kelia viso pasaulio susirūpinimą. Šiuo klausimu parengtas EP rezoliucijos projektas yra išsamus, siekiantis pateikti vieningą ES požiūrį. Palaikau teikiamą projektą. Kartu visgi norėčiau pamatyti daugiau konkrečių pasiūlymų dėl krizės sureguliavimo priemonių, įskaitant ir galimai karines. Deja, kol kas atrodo, jog ES linksta visų pirma kovoti su krizės padariniais, o ne priežastimis.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os seis anos de conflito, violência e brutalidade extremas na Síria causaram já a morte a mais de 400 000 pessoas, estando atualmente 13 milhões a necessitar de ajuda humanitária. De acordo com estimativas de 2016, 8,7 milhões de pessoas encontram-se deslocadas no interior da Síria e 4,8 milhões fugiram do país. Porém, os combates e os bombardeamentos prosseguem a um ritmo avassalador e a situação humanitária continua a deteriorar-se de dia para dia.

A UE continua a demonstrar profunda preocupação com toda a situação e mantém os esforços de apelo à viabilização de facilitação de ajuda humanitária, produtos de emergência e um cessar-fogo imediato.

As atrocidades e as violações dos direitos humanos têm de ser neutralizadas urgentemente, pelo que é imperativo cessarem os ataques indiscriminados contra a população civil e responsabilizar judicialmente os autores destes atos hediondos, através de mecanismos internacionais de justiça penal adequados, imparciais e intransigentes.

Porque é urgente resolver esta devastadora catástrofe e porque é necessário que a UE e os seus Estados-Membros atuem inflexivelmente com vista ao objetivo da cessação das hostilidades e de paz naquele território, votei favoravelmente esta resolução da qual sou um dos proponentes.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui condamne les bombardements et les attaques aveugles contre les civils et les installations civiles en Syrie, particulièrement dans la ville d'Alep. Ce texte appelle toutes les parties au conflit en Syrie à garantir l'accès à l'aide humanitaire pour les Syriens sur l'ensemble du territoire. Le siège d'Alep est l'exemple critique de la volonté de certaines parties au conflit d'affamer les populations. Ceci est une violation intolérable du droit international humanitaire. Les populations doivent avoir accès à l'aide humanitaire, et cet accès doit être assuré par les forces présentes en Syrie. Les responsables de ces crimes devront faire face à la justice internationale.

Il est urgent que les négociations en vue d'une solution politique reprennent et que toutes les parties au conflit y soient associées. Les institutions européennes et les États membres doivent soutenir pleinement l'ONU afin d'aboutir à une solution viable en Syrie qui mette un terme à ce drame humain et humanitaire.

Il n'est plus tolérable que les civils, notamment des enfants, soient les cibles des bombardements aériens et les premières victimes de l'absence d'aide humanitaire.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución sobre la situación en Siria, al considerarla parcial y belicista, pues llama al establecimiento de una zona de exclusión aérea, y al no abordar elementos que considero necesarios para alcanzar una paz justa y duradera, como serían una llamada a un alto el fuego por todas las partes, a un diálogo eficaz y constructivo —sin injerencias externas— entre todas las partes en conflicto, y plantear soluciones justas y en consonancia con los derechos humanos respecto a los refugiados.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi voto fue claramente en contra de esta resolución, ya que rechazo frontalmente el calificar de oposición a los terroristas, los mismos de Al-Qaida que atacaron el 11M en España.

Además, el informe «acoge con satisfacción la revisión de las medidas restrictivas de la UE contra Siria» y sostiene que la Unión «debe considerar todas las opciones disponibles, incluyendo una zona de exclusión aérea», aun cuando esta medida es ampliamente criticada y llegó a ser calificada de ilegal. Además, nos oponemos a las sanciones como medida de coacción por afectar principalmente a los pueblos.

Además, el informe sostiene que el principal responsable del conflicto y las masacres a la población siria es el «régimen» de Assad respaldado por «Rusia e Irán», cuando es precisamente el gobierno sirio y la federación rusa quienes luchan más efectivamente contra el terrorismo del que Europa dice sentirse tan amenazada .

El informe además obvia totalmente los esfuerzos del gobierno sirio por conseguir una paz justa mediante el diálogo, como lo muestran la creación del Comité de Reconciliación y la reforma de la Constitución.

La paz sólo llegará a través del dialogo entre el gobierno y la oposición no terrorista.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report, it is not for the EU to involve themselves in foreign conflicts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of this resolution as the EU should not and cannot stay silent in the face of the ongoing massacre in Syria. It needs to act collectively through its High Representative and take the lead in the international efforts for a diplomatic solution to the Syrian civil war.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Návrh uznesenia o situácií v Sýrii som podporila v hlasovaní, ale aj som sa pod uznesenie podpísala. Za šesť rokov konfliktu, extrémneho násilia a brutality v Sýrii viedlo k smrti viac než 400 000 ľudí, pričom viac ako 13 miliónov ľudí potrebuje humanitárnu pomoc. Boje a bombardovanie aj naďalej pokračuje s nezmenenou intenzitou a humanitárna situácia sa opäť zhoršila. Všetky stránky konfliktu sa dopúšťajú závažného porušovania medzinárodného práva v oblasti ľudských práv a medzinárodného humanitárneho práva. V uznesení žiadame okamžité ukončenie bombardovania a bezohľadných útokov na civilistov, oceňujeme úsilie humanitárnych pracovníkov o poskytovanie potrebnej pomoci, potravín, vody a liekov tým, ktorých postihol konflikt, a vyzvali sme všetky strany zapojené do konfliktu, aby humanitárnym organizáciám zaistili bezpečný, neobmedzený prístup k civilnému obyvateľstvu postihnutému vojnou. Opätovne žiadame, aby osoby vinné zo spáchania vojnových zločinov proti ľudskosti znášali dôsledky svojho konania a zodpovedali sa zaň. Pred súd by mali byť postavené aj osoby, ktoré páchajú trestné činy voči náboženským, etnickým a iným skupinám a menšinám. Účinné riešenie konfliktu ani trvalý mier v Sýrii nemožno dosiahnuť bez vyvodenia zodpovednosti za spáchané zločiny.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – I po šesti letech od svého počátku konflikt v Sýrii stále nebere konce a civilní obyvatelstvo je nadále – nebo dokonce možná stále více – obětí válečných zvěrstev a masivního porušování lidských práv. Současná situace se vyznačuje nejen pokračujícími boji, bombardováním, útoky na civilní obyvatelstvo a civilní infrastrukturu, ale také zhoršeným přístupem humanitárních pracovníků k Syřanům. Jedná se o úmyslné odepírání humanitární pomoci civilnímu obyvatelstvu, což je zcela v rozporu s mezinárodním humanitárním právem. Za dění v Sýrii jsou odpovědné jak Asadovy jednotky podporované především Ruskem, ale i Íránem, ale také nestátní aktéři v podobě ozbrojených teroristických skupin. Jejich konání lze jednoznačně považovat za válečné zločiny a zločiny proti lidskosti. Je velmi důležité, aby byla situaci v Sýrii ze strany EP věnována náležitá pozornost, proto jednoznačně podporuji dané usnesení. Jak je v něm uvedeno a s čím zcela souzním, dění v Sýrii by nemělo být zapomenuto a po skončení válečného konfliktu v Sýrii by pachatelé válečných zločinů měli být hnáni před spravedlnost a měli by být za své konání souzeni.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Ich habe mich bei der Abstimmung über Syrien enthalten. Die Situation ist weitaus zu komplex, als dass das EU-Parlament hier eine klare Position beziehen könnte.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Vijeće naglašava da je EU zgrožena pogoršanjem stanja u Siriji, posebno u Aleppu. Poziva na hitan prekid vatre.

EU će nastaviti intenzivnu humanitarnu diplomaciju te poziva sirijsku vladu da osigura koridore za dostavu pomoći Aleppu.

Sirijski režim treba štititi svoj narod. EU oštro osuđuje njegove napade na vlastito stanovništvo.

Vijeće poziva Rusiju da uloži najveće napore u zaustavljanje vojnih akcija snaga sirijskog režima i omogući dostavu pomoći.

EU najoštrije osuđuje upotrebu kemijskog oružja te zvjerstva koja su počinili Da'esh i ostale terorističke skupine.

Podržavam ovu Rezoluciju jer je sirijski narod u vrlo teškoj humanitarnoj situaciji, osobito u Aleppu. Potrebno je učiniti sve da se prekinu vojne operacije, zaustavi stradanje i patnja te dostavi humanitarna pomoć izgladnjelom narodu.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το όλο θέμα επικεντρώνεται μόνο στα γεγονότα στο Χαλέπι και δεν προτείνονται κάποιες συγκεκριμένες λύσεις για να λυθεί το σοβαρό αυτό θέμα. Εκφράζονται κατηγορίες μόνο κατά της Ρωσίας και του Ασάντ και φυσικά δεν γίνεται καμία αναφορά στην Τουρκία και τον ρόλο της.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a parlamenti határozat elfogadását, mert meggyőződésem, hogy az Európai Unió, s mindenekelőtt az EP, mint politikai testület nem mehet el éles tiltakozás nélkül az utóbbi hónapok szíriai fejleményei, a hadicselekmények örvén elkövetett szisztematikus emberirtás, kínzások és pusztítás mellett. Az Asszad-rezsim csapatai, valamint támogatásuk ürügyén iráni és orosz katonai erők által az ártatlan civil lakosság ellen Aleppóban és másutt végrehajtott megtorló akciók, bombázások semmilyen katonai, vagy politikai érdekkel nem magyarázhatóak.

Egyetértek határozatunk felhívásával a civilekkel szembeni erőszak haladéktalan beszüntetésére és a nemzetközi közösség humanitárius segítségének lehetővé tételére, mint ami a tárgyalásos politikai rendezés mindent megelőző előfeltétele. Ez a határozat alkalmas az EKSZ és a külügyi főképviselő konstruktív szíriai szerepvállalásának megtámogatására is, a mielőbbi béke előmozdítása érdekében. Fontosnak tartom azt is, hogy az Európai Parlament a jövőt illetően már most utal a háborús bűnöket és emberirtást elkövetők személyes felelősségre vonásának elkerülhetetlenségére.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The situation in Syria has escalated to an ongoing massacre, with numerous civilian casualties and a serious shortage of food and medical supplies in areas such as Aleppo. Six years of conflict and extreme violence in Syria have led to the deaths of more than 400 000 people, with more than 13 million people in need of humanitarian assistance.

Our group has requested a new resolution that would reflect a more comprehensive picture of the situation and recent developments, and work toward the aim of a ceasefire and a potential peace deal. I support the need for a new resolution, as the European Union through its role as a meditator should bring all major parties back to the negotiating table and lead the focus to the humanitarian aspect of the conflict.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous condamnons fermement toutes les attaques perpétrées contre les civils et les infrastructures civiles.

L'Union européenne se concentre principalement sur les aspects humanitaires du conflit, mais nous craignons que l'aide humanitaire ne soit détournée au profit de groupes terroristes.

Le Parlement européen veut mettre en lumière le rôle ambigu joué dans le conflit syrien par la Turquie, qui cherche avant tout à porter un coup d'arrêt à l'expansion des milices kurdes, plutôt qu'à combattre le groupe État islamique sur le territoire syrien.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the situation in Syria. Regarding the humanitarian crisis in Syria, the resolution calls on all actors to urgently resume talks in the aim of a cessation of hostilities. The resolution equally calls on the Assad regime and Putin to immediately end all attacks against civilians and civilian infrastructure, to discontinue all sieges and to allow humanitarian access to the Syrian people. Further, the resolution asks that sanctions be imposed on Putin's regime if it continues committing war crimes in Syria. I voted in favour of the resolution because I believe that the EU and its Member States have to play an important role in planning for the long-term recovery and reconstruction of Syria.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije podnesen nakon izjave potpredsjednice Komisije/Visoke predstavnice Unije za vanjske poslove i sigurnosnu politiku u skladu s člankom 123. stavkom 2. Poslovnika o stanju u Siriji (B8 1250/2016).

Oštro osuđujem sve napade na civile i civilnu infrastrukturu, nastavak svih opsada u Siriji i činjenicu da nema humanitarnog pristupa za potrebit sirijski narod. Tražim da svi poštuju prava vjerskih manjina u Siriji, posebno kršćane, kako bi dostojanstveno, u jednakosti i sigurnosti, nastavile živjeti u područjima koja su povijesno i tradicionalno njihova domovina te kako bi slobodno prakticirale svoju vjeru i vjerovanja, bez da su žrtve prisile, nasilja ili diskriminacije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Resolucijo Evropskega parlamenta o zadevah v Siriji sem podprla. Evropo situacija v Siriji skrbi že od samega začetka. Konflikt namreč nima zgolj regionalnih razsežnosti ampak se sprevrača v svetovne razsežnosti. Evropa je posledice občutila že z množičnimi migracijami sirskih beguncev, kakor tudi nekaterimi terorističnimi akcijami. V Siriji se je pojavila največja humanitarna kriza po koncu druge svetovne vojne, saj je kar 13 milijonov Sircev potrebnih humanitarne pomoči. Zavedati se moramo, da otroci in ženske nimajo dostopa do osnovnih življenjskih potrebščin kot je pitna voda, zdravstvena oskrba, hrana in ostalo. Obsoditi je potrebno nenehno bombardiranje območij kjer živi civilno prebivalstvo (recimo zahodni del Allepa) in izpostaviti, da zaradi tega umre veliko nedolžnih otrok in žensk. Obsoditi vsa kršenja človekovih pravic, vojne zločine in zločine proti človečnosti. Potrebno je storiti vse, da se prekine dotok materialnih in finančnih sredstev terorističnim vojaškim skupinam ter ob enem nuditi pomoč vojakom Združenih narodov. Verjeti je potrebno, da lahko EU in države članice igrajo pomembno vlogo pri razrešitvi političnega konflikta v Siriji.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The resolution includes numerous correct statements and criticism concerning the situation in Syria in general and the humanitarian crisis in Aleppo and other places. Nevertheless, I cannot agree with the statement that the most serious violations of international human rights and humanitarian law were committed by the Assad regime. We all are aware of the atrocities of ISIS and other terrorist groups operating in Syria. The resolution is hardly a constructive message to all parties involved that could motivate them to reach a peace agreement. Therefore, I decided to abstain.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución sobre la situación en Siria, al considerarla parcial y belicista, pues llama al establecimiento de una zona de exclusión aérea, y al no abordar elementos que considero necesarios para alcanzar una paz justa y duradera, como serían una llamada a un alto el fuego por todas las partes, a un diálogo eficaz y constructivo —sin injerencias externas— entre todas las partes en conflicto, y plantear soluciones justas y en consonancia con los derechos humanos respecto a los refugiados.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les résolutions proposées ne font que renvoyer dos à dos les différentes milices islamistes et les troupes loyalistes syriennes et leurs alliés légaux russes et iraniens. Ce qui est inacceptable et contraire au droit international.

J'ai voté contre.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – We wrześniu wynegocjowano częściowy rozejm, przy udziale USA i Rosji, kończący naloty na terytorium kontrolowanym przez rebeliantów, a także umożliwiający obu stronom dostęp do pomocy humanitarnej. Niestety syryjskie siły rządowe z rosyjskim poparciem w ostatnim czasie nasiliły ataki na część terenów zajętych przez rebeliantów w drugim co do wielkości mieście kraju, Aleppo. W intensywnych i długotrwałych bombardowaniach lotniczych, w tym na konwoje humanitarne, zginęły tysiące osób, prawie wszystkie z nich to osoby cywilne. USA i ich sojusznicy ocenili te ataki jako zbrodnie wojenne i oskarżyli Rosję o „barbarzyństwo". Moskwa energicznie zaprzeczyła zarzutom i skrytykowała tę „retorykę nie do przyjęcia". Głosowałem za projektem rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de esta resolución sobre la situación en Siria, al considerarla parcial y belicista, pues llama al establecimiento de una zona de exclusión aérea, y al no abordar elementos que considero necesarios para alcanzar una paz justa y duradera, como serían una llamada a un alto el fuego por todas las partes, a un diálogo eficaz y constructivo —sin injerencias externas— entre todas las partes en conflicto, y plantear soluciones justas y en consonancia con los derechos humanos respecto a los refugiados.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu humanitarinę pagalbą teikiančių darbuotojų pastangas siekiant suteikti labai reikalingą paramą, maistą, vandenį ir vaistus į konflikto spąstus patekusiems asmenims.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – En los últimos meses la guerra en Siria se ha recrudecido. Los constantes ataques a civiles restan credibilidad a la capacidad de la comunidad internacional para poner fin al sufrimiento de millones de hombres, mujeres y niños sirios. Urge, por tanto, hallar una solución política urgente que, antes que nada, obligue a un alto el fuego inmediato para que pueda distribuirse de manera eficaz la ayuda humanitaria y los enfermos puedan ser atendidos. En aras de lograr esta solución, el papel de la Unión Europea ha de cobrar más peso en la mesa de negociaciones. Por ello, he votado a favor de esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Mi voto fue claramente en contra de esta resolución, ya que rechazo frontalmente el calificar de oposición a los terroristas, los mismos de Al-Qaida que atacaron el 11M en España.

Además, el informe «acoge con satisfacción la revisión de las medidas restrictivas de la UE contra Siria» y sostiene que la Unión «debe considerar todas las opciones disponibles, incluyendo una zona de exclusión aérea», aun cuando esta medida es ampliamente criticada y llegó a ser calificada de ilegal. Además, nos oponemos a las sanciones como medida de coacción por afectar principalmente a los pueblos.

Además, el informe sostiene que el principal responsable del conflicto y las masacres a la población siria es el «régimen» de Assad respaldado por «Rusia e Irán», cuando es precisamente el gobierno sirio y la federación rusa quienes luchan más efectivamente contra el terrorismo del que Europa dice sentirse tan amenazada .

El informe además obvia totalmente los esfuerzos del gobierno sirio por conseguir una paz justa mediante el diálogo, como lo muestran la creación del Comité de Reconciliación y la reforma de la Constitución.

La paz sólo llegará a través del dialogo entre el gobierno y la oposición no terrorista.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it demands an immediate end to bombing and indiscriminate attacks on civilians; it underlines the need for all parties to pay maximum attention and to take all appropriate measures to protect civilians, irrespective of their ethnic identity or religious or confessional beliefs. It also calls on all parties to the conflict to take all appropriate steps to protect civilians, in compliance with international law, including by ceasing attacks directed against civilian facilities, such as medical centres, schools and water stations, by immediately demilitarising such facilities, by seeking to avoid establishing military positions in densely populated areas and by enabling the evacuation of the wounded and all civilians who wish to leave besieged areas; it underlines that the Syrian regime has the primary responsibility for the protection of the Syrian population.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat tijdens zes jaar van conflict, extreem geweld en wreedheid in Syrië meer dan 400 000 mensen om het leven zijn gekomen, en meer dan 13 miljoen mensen humanitaire hulp nodig hebben.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – C'est la septième résolution sur la Syrie que nous adoptons depuis le début de cette mandature.

Beaucoup de questions graves sont soulevées. Mais cette résolution porte une fois de plus la marque du «deux poids deux mesures».

Certes, toutes les parties au conflit sont condamnées mais les seuls États parties au conflit cités nommément comme telles sont la Syrie de Bachar Al-Assad, la Russie et l'Iran.

Daech, Al Nostra et d'autres groupes djihadistes sont eux aussi cités mais pas un mot n'est dit pour dénoncer ceux qui les ont armés ou les financent. Pas un mot non plus sur notre devoir de solidarité vis-à-vis des réfugiés qui fuient le conflit. Rien sur les visas humanitaires pourtant absolument nécessaires. Rien, sauf un auto-satisfecit sur le fait que l'Union soit l'un des principaux pourvoyeurs de l'aide humanitaire destinée aux populations sur place.

Il est également demandé aux parties d'accorder un accès permanent et sans entrave à l'aide humanitaire aux victimes et la fin immédiate des bombardements et des attaques contre les civils.

J'ai choisi de m'abstenir par solidarité aux victimes regrettant que le Parlement européen ne soit pas capable d'aller au-delà.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A situação na Síria é a todos os títulos inaceitável e representa um eloquente exemplo da desumanidade da política externa da UE. É inaceitável que a UE negue o pleno respeito pela independência, soberania e integridade territorial de Estados como a Síria. O respeito pela natureza multicultural das respetivas sociedades constitui a única forma de evitar a expansão do EIIL e a perpetuação do sofrimento causado às suas populações.

Em vez de fechar os olhos aos múltiplos canais de financiamento e armamento do EIIL, apelamos a que a UE reforce a ajuda humanitária, invista mais esforço no tratamento dos refugiados e promova uma solução política de paz no respeito pela legalidade internacional e pela integridade do estado sírio e no seu governo legítimo.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Entschließungsantrag habe ich mich der Stimme enthalten, da zum einen immer wieder die Schuld Russlands an den Ausmaßen der Zerstörung und Gewalt in Aleppo betont wird, aber andererseits der Krieg aufs Schärfste verurteilt wird.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla situazione in Siria. Ritengo che l'Unione europea non possa e non debba rimanere in silenzio davanti al massacro in corso. Al contrario, l'Unione europea deve agire collettivamente attraverso l'Alto rappresentante e assumere la guida negli sforzi internazionali per trovare una soluzione diplomatica alla guerra civile siriana.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I join my colleagues in condemning and deploring the grave human rights violations, war crimes and crimes against humanity currently taking place in Syria. My heart goes out to all those affected by the conflict, and all those humanitarian aid activists working on the ground in impossible conditions. I support the call in this resolution for the international community to do more to bring the perpetrators of these war crimes to justice. We must find the most adequate available means to do so at international level.

The EU and its Member States must do more to accommodate and welcome Syrian refugees fleeing from conflict. National governments must urgently implement EU decisions and legislation on refugees, including providing aid and support to those Member States most affected. We must engage in a more compassionate and tolerant conversation about how to meet our moral obligations towards human beings that are fleeing war and suffering. We must also pay particular attention to the dramatic situations faced by child migrants and refugees, especially unaccompanied minors. Children must be provided with adequate care and health (including mental health) services, and must be able to access education in their host countries.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that the situation in Syria is very dramatic. Apart from the human tragedy of this war, it is also causing thousands of refugees to flow to Europe, incrementing an already huge problem for the European Union. There is a need to act because IS is trying to influence the region more and more. I support the call on all armed groups to cease collaboration with the former Al-Nusra. A no-fly zone over Aleppo should be established.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Podporila som spoločné uznesenie o situácii v Sýrii, pretože pokladám za dôležité, aby sme neprestali hovoriť o pokračujúcej vážnej humanitárnej kríze v tejto krajine. Takmer nepretržité boje, ktoré trvajú viac ako 6 rokov, si vyžiadali svoju daň nielen na infraštruktúre, ale hlavne na obyvateľstve. Konflikt si doteraz vyžiadal približne 400 000 obetí na životoch a spôsobil jednu z najväčších humanitárnych kríz v súčasnosti. 13 miliónov ľudí sa ocitlo v závislosti na humanitárnej pomoci, nehovoriac o ďalších viac ako 4,8 milióna ľudí, ktorí zo strachu pred vojnou boli nútení odísť z krajiny. Nepretržité bombardovanie a vojenské strety znemožňujú humanitárnym pracovníkom prístup do oblastí najviac zasiahnutých vojnou. Dôrazne odsudzujem všetky útoky na civilné obyvateľstvo a infraštruktúru. Zároveň vyzdvihujem úsilie humanitárnych pracovníkov, ktorí denne riskujú svoje životy, aby pomohli tým najnúdznejším. Je dôležité, aby sa EÚ postavila na stranu civilného obyvateľstva a zabezpečila potrestanie všetkých, ktorí sú zodpovední za porušenia medzinárodného humanitárneho práva. Zároveň podporujem všetky diplomatické snahy, ktoré budú viesť k okamžitému ukončeniu násilia a k návratu za rokovací stôl.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie o situácii v Sýrii som, samozrejme, podporila. Konflikt, ktorý trvá už šiesty rok, má na svedomí státisíce životov, milióny ľudí nachádzajúcich sa v situácii, keď urgentne potrebujú prístup k humanitárnej pomoci, a v neposlednom rade niekoľko miliónov utečencov. V krajine nefunguje vzdelávací systém, zdravotníctvo ani systémy sociálnej pomoci a susedné krajiny sú vyčerpané z neustáleho prílevu ľudí utekajúcich pre konfliktom. Najhoršie na danej situácii je, že strany konfliktu absolútne nedodržiavajú medzinárodné právo, a tým prispievajú k tejto humanitárnej katastrofe. Porušovanie medzinárodného práva, ako aj porušovanie dohôd o zabezpečení prístupu humanitárnej pomoci, ktorý nakoniec nebol umožnený, sme v uznesení ostro odsúdili. Oceňujem, že Európsky parlament situáciu v Sýrii pozorne monitoruje, a hoci si nemyslím, že uznesenia parlamentu prinesú jej zlepšenie, je dôležité, že zo strany Parlamentu ako morálnej autority je takéto zaobchádzanie dôrazne odmietnuté.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam rezoluciju kojom Europski parlament želi upozoriti na stanje u Siriji. Zabrinjavajući razvoj događaja poziva cjelokupnu svjetsku javnost da posebnu pozornost usmjeri na neprihvatljiva stradanja i patnju tisuća stanovnika u ratom zahvaćenoj zemlji. Od početka protuofenzive koju provode režim i njegovi saveznici, povećao se intenzitet i učestalost zračnih napada na Aleppo, a u samom napadu ne štede se ni objekti zaštićeni međunarodnim humanitarnim pravom (bolnice, skloništa, škole).

Stanje totalnog rata i međusobne borbe do iznemoglosti zasigurno nije rješenje složenog političkog stanja u Siriji. Nužno je što prije započeti pregovore koji će biti praćeni uspostavom humanitarnog prekida vatre diljem zemlje, posebice u velikim gradovima, kako bi stanovništvu mogli biti dopremljeni nužni resursi i humanitarna pomoć te kako bi im se omogućilo sigurno napuštanje zone sukoba putem humanitarnih zaštićenih koridora. Sirijsko društvo, a pogotovo politički sustav, mora proći kroz mirnu tranziciju, a svi relevantni akteri na međunarodnoj sceni moraju pomoći ponovnoj izgradnji Sirije, infrastrukturnoj i institucionalnoj.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Siriji.

Poročila o izrednem nasilju in brutalnosti v Siriji in vse slabše humanitarne razmere v Siriji ter napadih na civiliste in civilne objekte so zaskrbljujoči in zahtevajo takojšnje ukrepanje mednarodne skupnosti. Zato se pridružujem pozivom, naj vse strani omogočijo neoviran in neprekinjen humanitarni dostop in dostavo nujnega blaga civilnemu prebivalstvu ter k takojšni prekinitvi sovražnosti, ki jo je treba nadzirati z močnim in preglednim mehanizmom. Ob tem pozivam EU in države članice, naj zagotovijo, da bodo vsi, ki so kršili človekove pravice in mednarodno humanitarno pravo, za svoja dejanja sodno odgovarjali prek ustreznih nepristranskih mednarodnih mehanizmov kazenskega prava ali nacionalnih sodišč in ob uporabi načela splošne sodne pristojnosti.

9.4. Beziehungen zwischen der EU und der Türkei (RC-B8-1276/2016, B8-1276/2016, B8-1277/2016, B8-1278/2016, B8-1279/2016, B8-1280/2016, B8-1281/2016, B8-1282/2016, B8-1283/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil toto usnesení, které osobně vítám. Podpořil jsem také bod, který se týká dalšího vyjednávání o přistoupení Turecka k EU, tzn., že by to vyjednávání v této fázi mělo být pozastaveno.

Já se bohužel obávám, asi jako nemalá část kolegů zde v sále, že Turecko po tzv. puči se vydalo na cestu, kdy se stát Turecko vzdaluje svými parametry tomu, jak my v Evropě vnímáme princip demokratického právního státu. Výrazně posiluje v této zemi autoritativní vláda prezidenta. Je dobré na to upozorňovat. Myslím si, že je třeba to říkat, a já velmi vítám, že to usnesení mimo jiné jasně říká, že Turecko v tuto chvíli nesplňuje podmínky pro zavedení bezvízového režimu. EP nepodporuje, aby s Tureckem byl bezvízový režim.

Chci také upozornit na podivné zadržení dvou Čechů v Turecku, kdy dosud nejsou jasné okolnosti, proč k tomu tak došlo, a doufám, že se celá věc brzy vyjasní.

Jan Zahradil (ECR). – Mně je samozřejmě líto, že došlo k přijetí usnesení, které volá po po zmrazení přístupových rozhovorů s Tureckem. Na druhou stranu je to velmi silný signál.

Já určitě musím říci, že Turecko si zaslouží podporu, pokud jde o boj proti islámskému terorismu, ale i proti terorismu kurdských separatistů snažících se o územní dezintegraci Turecka. Určitě zaslouží podporu, pokud jde o boj proti tzv. paralelnímu státu ve státních strukturách a o snahu neutralizovat různé projevy, které by mohly vést k opakování pokusů o vojenský převrat. Na druhou stranu je nutné si přiznat, že to, co se odehrává především ve vztahu k médiím, co se odehrává v akademické sféře, v justici, v ozbrojených složkách, ve státní správě – čistky a zatýkání nebo zadržování celé řady osob, dnes to jde do desítek tisíc –, tak to je opravdu nepřijatelné a mělo by to být předmětem naší zvýšené pozornosti.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το Κομμουνιστικό Κόμμα Ελλάδας υπερψήφισε το πάγωμα των ενταξιακών διαπραγματεύσεων Ευρωπαϊκής Ένωσης-Τουρκίας. Ωστόσο, το ΚΚΕ, με κριτήριο τα λαϊκά συμφέροντα, αντιτίθεται διαχρονικά στην ένταξη της Τουρκίας όπως και της Ελλάδας και κάθε χώρας της λυκοσυμμαχίας του κεφαλαίου.

Το Ευρωκοινοβούλιο τώρα θυμήθηκε υποκριτικά τον αυταρχισμό των τούρκικων αρχών. Δεσμεύεται να κρατήσει την Τουρκία προσδεδεμένη στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αφήνει ανοιχτή την προενταξιακή χρηματοδότηση και την κατάργηση της βίζας, δηλώνει ετοιμότητα αναθεώρησης της θέσης του.

Το ΚΚΕ καταδικάζει το κύμα διώξεων όσων αντιτίθενται στην αντιλαϊκή πολιτική της τούρκικης κυβέρνησης. Καταδικάζουμε τις επικίνδυνες δηλώσεις Ερντογάν, δηλώσεις αμφισβήτησης της Συνθήκης της Λωζάννης, των συνόρων Ελλάδας και άλλων χωρών. Το Ευρωκοινοβούλιο, με τροπολογία της τελευταίας στιγμής, ασκεί κριτική στις δηλώσεις αυτές, ενώ το Συμβούλιο, η Επιτροπή, οι κυβερνήσεις άλλων κρατών σιωπούν, όπως και για τις συστηματικές τούρκικες προκλήσεις στο Αιγαίο. Ιμπεριαλιστικά παζάρια, στα οποία εμπλέκεται και η κυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ-ΑΝΕΛ για λογαριασμό της ελληνικής πλουτοκρατίας, εγκυμονούν μεγάλους κινδύνους για τους λαούς της περιοχής. Συμφέρον τους είναι η κοινή πάλη ενάντια στον ιμπεριαλισμό, στην καπιταλιστική βαρβαρότητα που γεννάει πολέμους, κρίσεις, φτώχεια και προσφυγιά.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, гласувах за тази резолюция, защото някой най-сетне от тази зала трябваше да каже ясно и недвусмислено какъв е характерът на диктаторския режим на турския президент Ердоган. Трябваше да изброи всички нарушения на човешките права, всички затваряния на медии, атакуване на редакции, арести на журналисти, убийства на журналисти, етническо прочистване върху кюрдското население, незаконно нахлуване на територията на съседната арабска република Сирия, териториалните заплахи, които отправя г-н Ердоган към съседни държави – членки на Европейския съюз и на НАТО, като България и Гърция, неговите три изказвания, с които иска да ревизира договори и не признава нашите териториални граници. Съвсем очевидно е, че този човек превръща своята президентска институция в диктаторска такава.

Именно затова се радвам, че най-сетне предложението, което отправям година вече, две години тук, а именно да бъдат замразени, да бъдат прекъснати преговорите за присъединяване на Турция към Европейския съюз, най-сетне бяха чути. Днес е исторически ден. Турция няма място в Европейския съюз, защото не европейска държава.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Bei uns gab es mal eine Fernsehsendung, die hieß „In aller Freundschaft“, und das heißt, auch Freunde sollen und müssen sich die Wahrheit sagen. Natürlich arbeiten wir mit der Türkei in einem gemeinsamen Militärbündnis zusammen, natürlich wünsche ich mir auch eine vertiefte ökonomische Zusammenarbeit im Sinne einer privilegierten Partnerschaft, und natürlich sind wir auch froh, dass die Einhaltung des sogenannten Asylabkommens von beiden Seiten – von der Europäischen Union und von der Republik Türkei– erfolgt.

Aber es muss auch erlaubt sein – und es ist auch wichtig –, Dinge anzusprechen, die nicht in Ordnung sind. Und wenn die demokratische Republik gerade dabei ist, undemokratisch einen Putsch aufzuarbeiten, können wir nicht einfach zusehen. Deshalb war es richtig und gut, in dieser Entschließung ausgewogen eine Meinung zu äußern. Deshalb war es wichtig, auch der Republik Türkei sehr deutlich zu sagen, auch den Menschen zu sagen, besonders dem Präsidenten zu sagen: Was ihr hier macht, ist nicht in Ordnung und ist mit europäischen Grundrechten unvereinbar. Es ist durchaus mehr als angezeigt und angemessen, die Beitrittsverhandlungen zumindest auszusetzen.

Ivo Vajgl (ALDE). – Obžalujem, da se Turčija odmika od demokratične ureditve, ki jo je imela in kakršno smo poznali v preteklih desetletjih. Kljub temu pa sem se ne glede na širino te resolucije ogradil in se vzdrževal pri glasovanju.

Obsojam avtoritativno kršenje temeljnih človekovih pravic, zatiranje svobode medijev, poseganje v sodstvo, preganjanje intelektualcev, poslancev in javnih uslužbencev. To je treba obsoditi in prav je to, da smo jasno ogradili se od takšnega početja Erdogana in njegove oblasti.

Vse to pa po mojem ne opravičuje naše razmišljanje o tem, da je najboljši odgovor in najboljša pot prekinitev pogovorov in zamrznitev pogajanj. Pravzaprav teh pogajanj, iskreno, nismo vodili nikoli in nismo znotraj Evrope razčistili, kakšen je naš resničen odnos do Turčije kot, mogoče, morebitne članice Evropske unije. Preveč stvari smo puščali odprte in to je lahko eden izmed razlogov za stanje, v katerem smo danes v odnosih s Turčijo. Jaz še naprej verjamem v diplomacijo in v pogovore.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I supported the proposal to freeze Turkey's talks on joining the EU, on the basis that the need to protect human rights and uphold democratic values is imperative. Ireland has always been a strong supporter of human rights, which makes the situation in Turkey a great concern for my country.

The EU must send an unequivocal message that democratic values, due process and free speech are essential preconditions for EU membership, and while they are absent in Turkey it makes sense to freeze talks. More than 110 000 people, in academia, the military and the legal sector, have been dismissed from their posts as part of a government crackdown in Turkey since the attempted coup. Not to take a stance would be to undermine the EU's credibility as a strong global player.

Building on this, it is my belief that we must overcome the challenges of this watershed moment in our relations with Turkey by continuing to encourage Turkey's advancement towards higher standards of democracy and human rights. Europe needs to lead by example and we are happy to continue to engage with Turkey. However, we must also take a strong stance on continued breaches of human rights.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – In questa risoluzione vengono condannate le sproporzionate misure repressive attuate in Turchia dopo il tentativo fallito di colpo di Stato militare del luglio 2016 ma, piuttosto che procedere a un'interruzione formale dei negoziati, al blocco dell'erogazione dei fondi europei di preadesione e la cancellazione dell'accordo sui migranti, si invitano la Commissione e gli Stati membri a procedere soltanto a una sospensione temporanea dei negoziati di adesione in corso con la Turchia. Mi sono pertanto astenuta.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales; al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Se votaba en este caso una resolución sobre las relaciones entre la Unión y Turquía, en la que se habla de revisar el Instrumento Europeo de Preadhesión y llama a la Comisión y a los Estados miembros a congelar temporalmente las negociaciones de preadhesión de Turquía. Además, la resolución comienza con una «fuerte condena de las desproporcionadas medidas represivas de Turquía desde el fallido intento de golpe militar», lo que considero muy positivo.

Si bien el documento también contiene algunos elementos con los que no concuerdo, como la petición de aumentar la contribución a través del Instrumento Europeo para la Promoción de la Democracia y los derechos humanos, también tiene puntos muy positivos, como la referencia a las detenciones de diputados del partido kurdo HDP.

Por esto, mi voto final fue a favor de esta resolución.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This JMR was balanced and included support from a diverse range of delegations and groups. It rightly criticised Turkey for breaches of human rights and which is very critical of the Erdoğan regime's post-coup purge and which calls on the Commission and Member States to freeze the accession negotiations until certain conditions are met.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution appelant à geler les négociations d'adhésion de la Turquie. Les purges continuelles menées depuis la tentative de coup d'État en Turquie nous inquiètent au plus haut point: progressivement, ce sont tous les principes de l'état de droit qui sont démantelés par M. Erdogan. Les atteintes à l'indépendance du pouvoir judiciaire et à la liberté d'expression sont inacceptables à l'intérieur comme à l'extérieur de l'Union européenne.

La place de la Turquie dans la gestion des flux migratoires ne saurait nous faire taire sur les attaques répétées de M. Erdogan contre la démocratie.

Nous envisageons également la suspension des aides de préadhésion. Nous devons tout faire pour que M. Erdogan respecte l'état de droit ainsi que les droits de l'homme. Il en va de notre crédibilité. Mais la porte de l'Union reste ouverte. C'est pourquoi nous avons bloqué les offensives des députés qui souhaitaient une suspension des négociations. Une telle suspension équivaudrait de facto à un arrêt des négociations, puisque leur reprise nécessiterait l'unanimité au Conseil.

Notre condition pour un retour aux discussions est claire, c'est le retour d'un gouvernement turc qui respecte l'état de droit et les droits de l'homme.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the motion for resolution on EU-Turkey relations. Turkey's long journey towards the EU has rather been a bumpy road of twists and turns. I recall voting in this hemicycle in December of 2004 on whether the EU should start accession negotiations with Turkey following an unusually heated debate.

Ever since its accession talks with the EU, that started in 2005, only one out of 35 chapters has been closed. And that could be all that Turkey achieves on its path towards the EU if the current situation in the country will not change.

More than one hundred thousand people have been sacked or suspended, thousands arrested, including 10 lawmakers from the opposition party in parliament, also journalists. This situation is simply not compatible with the status of the EU candidate country.

Our position, reaction and our message to Mr Erdoğan should be clear: fundamental principles like the rule of law, human rights, freedom of speech and freedom of the press are crucial and non-negotiable. Enlargement negotiations with Turkey should be frozen immediately.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τις σχέσεις Τουρκίας-ΕΕ, διότι θεωρώ πως οι εν εξελίξει ενταξιακές διαπραγματεύσεις θα πρέπει να συνεχιστούν μόνο όταν η τουρκική κυβέρνηση επανέλθει στην πορεία του σεβασμού του κράτους δικαίου και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Lage in der Türkei hat sich in den letzten Monaten weiter verschlechtert. Waren Menschenrechte wie Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung bereits vor dem gescheiterten Putschversuch eingeschränkt, geht die Regierung jetzt mit noch größerer Härte gegen vermeintliche Regimegegner und Andersdenkende vor. Präsident Erdoğan setzte massenhafte Entlassungen und Verhaftungen durch und ist dabei, die Türkei in einen autokratischen Staat zu verwandeln. Das Europäische Parlament fordert vor dem Hintergrund dieser äußerst besorgniserregenden Entwicklungen in seiner Entschließung die Kommission und die Mitgliedstaaten dazu auf, die Beitrittsgespräche mit der Türkei vorübergehend auszusetzen. Ich habe für die Entschließung gestimmt, da ich der Meinung bin, dass ein Aussetzen der Gespräche das Mindeste ist, was die EU tun kann, um die Menschenrechtslage in der Türkei klar zu verurteilen, auch wenn in meinen Augen ein noch stärkeres Signal durch den Abbruch der Gespräche wünschenswert wäre.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution préconisant le gel des négociations sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Depuis le début de ces négociations en 2005, c'est la première fois que le Parlement demande une sanction contre ce pays qui ne répond aucunement aux critères d'adhésion à l'UE. Le Front national est favorable à l'arrêt définitif des négociations relatives à l'adhésion de la Turquie.

Non seulement la Turquie n'est pas un pays européen, mais les droits fondamentaux y sont constamment et systématiquement bafoués. Les arrestations de députés, de magistrats et de journalistes sont inacceptables, tout comme la censure des médias et des réseaux sociaux. La Turquie doit également arrêter la persécution des minorités religieuses, notamment. Entre 2005 et 2016, l'Union européenne a versé près de 10 milliards à la Turquie dans le cadre de l'instrument d'aide de préadhésion (IAP). Il est inadmissible de continuer à payer pour la Turquie. Ni par son histoire, ni par sa culture, ni par sa géographie, et encore moins depuis la prise en main autoritaire et islamiste d'Erdogan, la Turquie ne peut prétendre à devenir européenne.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst this resolution is critical of Turkey in a number of places it also calls to 'keep Turkey anchored to the EU'. I believe this resolution does not go far enough in halting Turkish accession therefore I voted to abstain.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution commune car j'estime qu'il est de notre devoir de condamner fermement les mesures répressives démesurées appliquées en Turquie depuis le mois de juillet 2016. De fait, le gel des négociations d'adhésion en cours est une bonne mesure car les dérives relatives à l'État de droit et aux droits de l'homme ne sont pas tolérables.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – O estado das relações entre a União Europeia e a Turquia tem vindo a deteriorar-se nos últimos tempos devido a um extremar de posições do seu Presidente e, tal como é referido nesta resolução, à falta de vontade política do Governo turco em manter-se no caminho definido para a sua adesão à União Europeia.

Este texto merece o meu voto favorável, pois condena vigorosamente as medidas repressivas do Governo turco na sequência da tentativa de golpe e apela à Comissão Europeia para congelar temporariamente as negociações de adesão da Turquia à União Europeia até que as autoridades turcas voltem a respeitar o Estado de Direito e os direitos humanos.

Importa lembrar que este processo de adesão é algo de distinto das relações diplomáticas entre este país e a União Europeia e que devemos continuar empenhados em manter a Turquia «ancorada» à União Europeia, sendo também para mim claro que o lugar de uma Turquia democrática será dentro do projeto europeu.

Johannes Cornelis van Baalen (ALDE), *schriftelijk*. — De VVD heeft voor de resolutie betreffende de EU-Turkije relaties gestemd omdat Turkije zich in toenemende mate verwijdert van de democratische rechtsstaat en daarmee niet in aanmerking kan komen voor toetreding tot de EU. De oproep tot het bevriezen van de toetredingsonderhandelingen is een duidelijk signaal richting Turkije. De VVD hecht aan het akkoord tussen de EU en Turkije over het beheersen van de vluchtelingenstromen. De VVD zal zich inzetten om dit akkoord te behouden. Tevens is Turkije een belangrijk NAVO-lid, hetgeen voor onze veiligheid van belang is.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui, si elle ne demande toujours pas la fin ni même la suspension des négociations, ce qui permettrait d'arrêter les aides à la préadhésion, est la première depuis 2005 à demander une sanction contre la Turquie.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution commune car je suis intimement persuadé qu'il faut dépasser de part et d'autre les discours et actes qui ne font qu'augmenter la tension pour, au contraire, entamer un véritable dialogue structuré entre la Turquie et l'Union européenne

Bas Belder (ECR), *schriftelijk*. – Sinds 1999 heb ik mij als lid van de bevoegde commissie buitenlandse zaken van het Europees Parlement gekeerd tegen toetredingsonderhandelingen met de Republiek Turkije. Verdieping van de vigerende douane-unie tussen de lidstaten van de Europese Gemeenschap en Turkije achtte en acht mijn partij de SGP voldoende voor de onderlinge betrekkingen.

De EP-resolutie waarover vandaag wordt gestemd, roept Commissie en Raad slechts op tot de instelling van een tijdelijke bevriezing van de lopende toetredingsonderhandelingen. Daarmee geeft het EP aan het toetredingsproces, waarvan de uitkomst zeer ongewis is omdat beide partijen zeker op dit ogenblik niet de indruk wekken een Turks lidmaatschap van de EU te ambiëren, ondanks alles te willen continueren. De vraag dringt zich op: wie gijzelt wie ofwel wie kwelt wie op deze onbegaanbare politieke weg? Ik stem dan ook tegen deze Turkije-resolutie!

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – A seguito del fallito colpo di Stato in Turchia il governo del paese ha decretato lo stato di emergenza, avviando una serie di misure repressive allo scopo perseguire i responsabili del tentativo di golpe. La comunità internazionale ha potuto però verificare come la politica del governo si sia tradotta in azioni particolarmente sproporzionate, vere e proprie violazioni di quei diritti e libertà fondamentali, tutelati dalla Costituzione turca, che costituiscono anche i valori fondanti dell'Unione europea. Ho votato a favore della risoluzione presentata oggi in Parlamento perché condivido la necessità di chiedere alla Commissione e agli Stati membri a procedere a una sospensione temporanea dei negoziati di adesione in corso con la Turchia, in base a quanto previsto dall'articolo 5 del quadro negoziale. L'introduzione della pena di morte e le violazioni gravi e persistenti dei principi di libertà, democrazia e rispetto dei diritti umani non possono essere ignorate. Il testo impegna il Parlamento a rivedere la propria posizione qualora fossero revocate le sproporzionate misure adottate nel quadro dello stato di emergenza nel paese.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se acuerda suspender temporalmente los acuerdos de adhesión de Turquía a la Unión, al menos hasta que se levante el estado de emergencia. La resolución condena claramente la represión desproporcionada del gobierno de Erdogan y específicamente la represión al HDP. Deja, sin embargo, la puerta abierta a que se puedan retomar las negociaciones más adelante.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución sobre las relaciones entre la UE y Turquía donde se condena enérgicamente las desproporcionadas medidas represivas adoptadas en Turquía desde la fallida intentona de golpe militar de julio de 2016. Comparto que hay que mantener relación con Turquía pero estoy de acuerdo con que se pida a la Comisión y los Estados miembros que inicien el procedimiento de suspensión temporal de las negociaciones de adhesión en curso con Turquía.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur cette résolution commune concernant le gel des négociations d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne.

Cette résolution ne va, à mon sens, pas assez loin et devrait proposer un arrêt définitif des négociations. Non seulement, sur le plan des «valeurs», la Turquie est loin de répondre aux exigences européennes, notamment en matière de liberté d'expression ou de respect du pluralisme; mais encore, son rôle plus que trouble dans la crise syrienne peut nous faire nous interroger sur la possibilité de continuer à considérer la Turquie comme un allié dans la lutte contre le terrorisme.

Par ailleurs, pour des questions de légitimité démocratique, il faut rappeler qu'une majorité des citoyens des États membres de l'UE sont contre cette adhésion.

Il est également inquiétant qu'au travers de certaines déclarations, la Turquie semble vouloir remettre en cause le Traité de Lausanne, lequel avait fixé les frontières de la Turquie moderne. Cela pourrait constituer une menace, notamment pour Chypre qui, il semble nécessaire de le rappeler, est un État membre de l'Union européenne.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione condanna giustamente la decisione del presidente Erdogan di reintrodurre la pena di morte in Turchia, in quanto essa è nettamente contraria all'*Acquis* dell'UE e al rispetto dei diritti umani. Di conseguenza, mi sarei aspettata che questo testo chiedesse la sospensione immediata dei negoziati per l'adesione della Turchia all'Unione. Mancando il testo di questa chiara presa di posizione, non ho potuto sostenerlo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl ES ir Turkijos santykių. Europos Sąjunga ir Europos Parlamentas griežtai pasmerkė nepavykusį karinį perversmą Turkijoje ir pripažino teisėtą Turkijos valdžios institucijų pareigą patraukti baudžiamojon atsakomybėn asmenis, kurie atsakingi už mėginimą įvykdyti šį perversmą ir su juo yra susiję. Visgi represinės priemonės, kurių Turkijos vyriausybė ėmėsi paskelbus nepaprastąją padėtį, yra neproporcingos ir pažeidžia Turkijos konstitucijos saugomas pagrindines teises ir laisves, demokratines vertybes, kuriomis grindžiama Europos Sąjunga. Yra kilęs didelis susirūpinimas dėl sąlygų, kuriomis laikomi po žlugusio mėginimo įvykdyti perversmą sulaikyti ir suimti asmenys, taip pat dėl griežtų saviraiškos laisvės bei spaudos ir žiniasklaidos suvaržymų Turkijoje. Parlamentas pažymėjo, kad tebėra įsipareigojęs išsaugoti Turkijos saitus su ES, tačiau ragina Komisiją ir valstybes nares inicijuoti laikiną vykstančių stojimo derybų su Turkija įšaldymą. Parlamentas taip pat pakartojo, kad, Turkijos vyriausybei grąžinus mirties bausmę, stojimo procesas būtų oficialiai sustabdytas.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítése tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire. Fontosnak tartom hangsúlyozni, hogy a Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Ocenjujem, da so se odnosi med EU in Turčijo začeli ohlajati že leta 2014, neuspeli vojaški udar pa je zadeve še poslabšal. Evropski parlament je obsodil vojaški udar in potrdil legitimno oblast v Turčiji, vendar pa tudi obsodil nesorazmerne represivne ukrepe, ki se posledično izvajajo. Zato se strinjam, da se naj zamrznejo pristopna pogajanja, dokler se ne odpravijo nesorazmerni ukrepi. Treba je reči bobu bob, absolutistične razmere, ki jih sedaj uvaja turški predsednik, ne sodijo v okvir Evropske unije. Dogajanje v Turčiji trenutno ne sledi vrednotam na katerih temelji EU, zato se mora Turčija izjasniti ali si sploh želi sodelovati v naši družbi, sicer je bolje da se ne igramo slepih miši. Pogajanja se seveda lahko ponovno obnovijo, v kolikor bi se razmere spremenile na bolje.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported this important resolution on the EU-Turkey relations bearing in mind the recent political developments that led to the arrest of many opponents to the Turkish Government. In this regard, we strongly condemn the disproportionate repressive measures taken by Erdoğan and we call on the Commission and the Member States to initiate a temporary freeze of the ongoing accession negotiations with Turkey.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Turchia ci preoccupa perché non è ancora riuscita a definire una strategia economica adeguata per tenere sotto controllo le finanze pubbliche, frenare l'inflazione e stabilizzare la moneta, garantendo nel contempo una crescita economica sostenibile, ma soprattutto è preoccupante la situazione dei diritti umani poiché il processo di democratizzazione del paese ha fatto vigorosi passi indietro negli ultimi due anni. La Turchia è oggi un paese più lontano dall'Unione europea di quanto non fosse dieci anni fa: a un'economia interna squilibrata e con criticità strutturali, si affianca una situazione politica, culturale e religiosa illiberale, non democratica e incompatibile con i valori di un paese moderno. Fino a quando il governo di Ankara non inizierà seriamente a rispettare la libertà di pensiero, di espressione e di religione, a tutelare le minoranze e a non perseguitare i dissidenti politici non ci sarà alcuna possibilità che la Turchia possa aderire all'Unione europea. La UE – non dimentichiamolo mai – è innanzitutto una comunità di libertà, rispetto dei diritti individuali, democrazia, solidarietà e progresso.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution demande le gel des négociations concernant l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Il s'agit d'une première depuis le début des discussions en 2005. Certes, nous sommes favorables à l'arrêt définitif des négociations relatives à l'adhésion de la Turquie. Pays dans lequel les droits fondamentaux sont régulièrement bafoués. Ni par son histoire, ni par sa culture, ni par sa géographie et encore moins sous la présidence autoritaire d'Erdogan, la Turquie ne peut prétendre adhérer à l'Union européenne. J'ai tout de même voté en faveur de ce texte qui souhaite, a minima, geler ces négociations.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Uniunea Europeană și Parlamentul European au condamnat cu fermitate lovitura militară eșuată din Turcia și au recunoscut responsabilitatea legitimă a autorităților turce de a-i aduce în fața justiției pe toți cei responsabili de această tentativă și pe cei implicați.

Măsurile represive ale autorităților turce, care vizează partidele de opoziție, inclusiv arestarea liderilor opoziției și a membrilor Marii Adunări Naționale a Turciei, jurnaliști și alte persoane, sunt însă profund disproporționate și contravin legislației interne turce, încălcând angajamentele asumate de un stat membru al Consiliului Europei și Pactul internațional cu privire la drepturile civile și politice.

Am votat în favoarea rezoluției, apreciind faptul că se subliniază că reintroducerea pedepsei cu moartea contravine în mod flagrant valorilor Uniunii Europene și, bineînțeles, ar duce la întreruperea negocierilor dintre UE și Turcia pe orice palier. Mai mult, până în prezent, Turcia nu și-a îndeplinit 7 din cele 72 de criterii de referință ale foii de parcurs privind liberalizarea vizelor, unele dintre acestea fiind deosebit de importante. Comisia trebuie să stabilească criterii de referință clare pentru reluarea negocierilor de aderare, ținând seama de condițiile prevăzute în criteriile de la Copenhaga și de obligațiile Turciei în calitate de membru al Consiliului Europei.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur les relations UE-Turquie qui demande le gel des négociations d'adhésion avec la Turquie. La Turquie n'a pas vocation à être membre de l'Union européenne et les négociations d'adhésion entretiennent un mensonge auprès du peuple turc. Le Parlement est particulièrement inquiet face à la répression et à la menace du président Erdogan qui souhaite réintroduire la peine de mort. Le déficit démocratique et le fait d'envisager la réintroduction de la peine capitale sont des mesures qui contreviennent aux droits de l'homme. La Turquie doit respecter les acquis de l'Union et arrêter de contester les traités internationaux.

Le partenariat stratégique entre l'Union européenne et la Turquie est en revanche très bénéfique aux deux partenaires et le Parlement européen continuera à défendre l'approfondissement des relations économiques et douanières entre l'Union européenne et la Turquie.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle relazioni UE-Turchia perché persistono le nostre preoccupazioni per la situazione interna della Turchia. Episodi inquietanti, come l'arresto di parlamentari dell'opposizione, le chiusure indiscriminate dei giornali, il progetto di reintrodurre la pena di morte nell'ordinamento giudiziario, in ultimo, la proposta di legge che depenalizza gli abusi sessuali nei confronti dei minorenni, (proposta temporaneamente ritirata per le vibranti proteste), destano sconcerto dentro e fuori il paese. Il mio voto a favore della dichiarazione perché è ormai chiaro che per l'UE, il rispetto per i diritti umani da un punto di vista pratico resta vitale anche per il funzionamento dell'accordo in atto tra UE e Turchia sui flussi migratori. È più che mai necessario che l'Unione europea continui a lavorare affinché siano garantiti, senza compromessi, gli standard europei di democrazia.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution calling for a freeze in Turkey's membership talks in protest of the massive crackdown of opponents of the Turkish Government. I find the disproportionate repressive measures taken in Turkey since the failed coup attempt in July 2016 very worrisome. It is important to highlight that a failed military take-over cannot be used as a pretext for the Turkish Government to further stifle legitimate and peaceful opposition and to prevent journalists and the media in their peaceful exercise of freedom of expression through disproportionate and illegal actions and measures. Mr Erdoğan's authoritarianism has been creeping in slowly but surely for some years now, silencing and jailing his critics. Surely, by President Erdoğan advocating for a referendum on the death penalty is not quite the right signal for future EU membership.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La democrazia in Turchia ormai non esiste più e questo è un dato di fatto di cui dobbiamo prendere atto e reagire di conseguenza. L'astensione del MoVimento 5 Stelle Europa sulla risoluzione sul congelamento temporaneo dei negoziati per l'adesione della Turchia all'Unione europea rappresenta un primissimo passo verso il riconoscimento del mancato rispetto dei criteri necessari per i negoziati, ma bisogna fare di più. Noi chiediamo, infatti, la sospensione formale dei negoziati, il blocco dei fondi europei di preadesione e la cancellazione dell'accordo sui migranti firmato con Erdogan.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as I believe it is a right time to send a strong political message to Turkish authorities that we are deeply concerned by recent developments in their country. There are signs of Turkey drifting away from democratic principles which it has endorsed as a candidate country to the EU accession. We need to keep the dialogue with Turkey, but have to also make clear that there are rules both sides have to respect.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Οι καταγγελίες από όλες τις ομάδες του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου εναντίον της Τουρκίας για την παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, για την περιφρόνηση των αρχών του διεθνούς δικαίου και την πλήρη καταπάτηση των αρχών και αξιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης δεν είναι πρόσφατη υπόθεση. Οφείλουμε να παραδεχθούμε ότι υπήρξε διαχρονικά ανοχή, ατιμωρησία και χαριστική αντιμετώπιση της Τουρκίας από την Ευρωπαϊκή Ένωση. Τα ανθρώπινα δικαιώματα παραβιάζονται από την Τουρκία και σε χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, την Κύπρο, που υφίσταται εισβολή και κατοχή εδώ και 42 χρόνια. Παρά την έντονη προσπάθεια του Προέδρου της Δημοκρατίας, Νίκου Αναστασιάδη, και τη βούλησή του να επιλυθεί ειρηνικά το πρόβλημα, και πάλι η Τουρκία οδήγησε τις διαπραγματεύσεις στην Ελβετία, χωρίς αποτέλεσμα, γιατί ο εισβολέας συνεχίζει να παραμένει προσκολλημένος σε προκλητικά απαράδεκτες θέσεις. Η Τουρκία είναι η κατοχική δύναμη που δημιούργησε το Κυπριακό Πρόβλημα και είναι η μόνη που έχει δυνατότητα να το λύσει άμεσα. Η Ευρωπαϊκή Ένωση αλλά και οι άλλες δυνάμεις οφείλουν να ασκήσουν πραγματικά πίεση προς την Τουρκία. Ακούω συνέχεια ότι η Τουρκία είναι αξιόπιστος και στρατηγικός εταίρος. Στη πράξη αποδεικνύεται ότι ποτέ δεν υπήρξε αξιόπιστη η Τουρκία και ούτε μπορεί να παρουσιάζεται ως στρατηγικός εταίρος. Γι' αυτό οφείλουμε να αποσύρουμε τέτοιες εσφαλμένες και αναληθείς εκτιμήσεις που ακούγονται στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος ως προς τις σχέσεις Ευρωπαϊκής Ένωσης - Τουρκίας αποτελεί μια προσπάθεια αποτύπωσης της απογοήτευσης των Ευρωβουλευτών εξαιτίας της επιθετικής συμπεριφοράς αξιωματούχων του τουρκικού κράτους. Καθώς η Ευρώπη δεν μπορεί να παρακολουθεί απαθής την καταπάτηση θεμελιωδών δικαιωμάτων των πολιτών, τις προκλήσεις και την επεκτατική ρητορική της τουρκικής ηγεσίας, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Appoggio fermamente la risoluzione nei suoi contenuti: se da un lato è in me salda la volontà di condannare il fallito colpo di Stato militare del 15 luglio scorso, altrettanto vigorosa è quella di censurare il comportamento seguito da parte dello Stato turco a seguito del tentato golpe. Inderogabilmente, riconosco la legittima responsabilità della Turchia a punire chi si è macchiato di tramare contro il suo assetto politico, tuttavia l'adozione di misure repressive, di uno sproporzionato uso della forza e arresti politici non sono accettabili. Non bisogna, certo, tralasciare come dal 15 luglio siano state detenute 36 mila persone e 110 mila sospese o sollevate da incarichi militari, politici, accademici e giudiziari. Pertanto, in linea con quanto sostenuto dal PPE, evoco la sospensione dell'accesso ai negoziati finché il governo turco non ritornerà sulla strada del rispetto dello Stato di diritto e dei diritti umani. Inoltre, si potrebbe considerare una sospensione temporanea dei fondi senza che venga meno il supporto a rifugiati e migranti. Parallelamente a quanto enunciato, si ritiene che la Turchia non sia pronta alla liberalizzazione dei visti poiché non sta rispettando ben 7 dei 72 requisiti richiesti.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for resolution on EU-Turkey Relations.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Em março deste ano, logo após a declaração UE-Turquia relativa à chamada crise dos refugiados, alertei para os perigos de tal acordo. Não só manifestei reservas sobre a eficácia e a legalidade do que pedíamos à Turquia, como sobre a exequibilidade das contrapartidas que oferecíamos. Com efeito, duvidei que fossem angariados os milhares de milhões prometidos e hoje apenas uma pequena parte foi, de facto, entregue à Grécia; duvidei que fosse possível liberalizar os vistos com aquele país e hoje essa possibilidade permanece pelo menos tão distante como então e, por fim, duvidei que fosse prudente acenar com a adesão.

Hoje, é evidente que uma adesão será impossível num futuro próximo. Aquilo a que temos assistido na Turquia é contrário aos valores essenciais para qualquer membro da União.

Sendo certo que não podemos ignorar que a Turquia constitui um parceiro natural da União, por evidentes razões geoestratégicas, também é certo que há princípios sobre os quais não podemos transigir. Apoio, pois, esta resolução e sublinho a sua mensagem principal: suspender as negociações de adesão com a Turquia.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstützte die Entschließung, denn unter den gegebenen Umständen müssen die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei ausgesetzt werden. Seit dem gescheiterten Putschversuch im vergangenen Juli wurden Tausende von Beamten entlassen, die Pressefreiheit wird zunehmend eingeschränkt, Medienanstalten wurden geschlossen und frei gewählte Abgeordnete verhaftet. Dieses Vorgehen verstößt gegen alle Grundwerte der EU. Ich hoffe, dass die Türkei ihren Kurs schnellstens ändert, damit die bestehende Partnerschaft bestehen bleiben kann.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in quanto ritengo che sia necessario, da parte delle legittime autorità governative turche, garantire il rispetto dei diritti umani, dello Stato di diritto, delle libertà fondamentali e del diritto universale ad un processo equo all'interno della Turchia coerentemente con i valori su cui si fonda l'UE.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Jag delar oron för och kritiken mot utvecklingen i Turkiet och tar tydligt ställning för mänskliga rättigheter och mediefrihet.

Att frysa medlemskapsförhandlingarna är fel väg att gå. Vi måste engagera oss mer i dialog, inte mindre. Förhandlingarna är vårt viktigaste verktyg för att påverka Turkiet i rätt riktning och driva på för en reformering av rättsstaten. Jag ser inget sätt som avbrutna medlemskapsförhandlingar skulle leda till ett mer demokratiskt Turkiet. Att frysa förhandlingarna underminerar istället de liberala krafterna som vill modernisera Turkiet. De ser EU som ett ankare som hindrar Turkiet att driva längre bort från demokrati.

Turkiets folk som redan traumatiserats av kuppförsöket skulle känna att vi vänder dem ryggen än mer. Regeringar kommer och går. Vi måste blicka framåt och se på det strategiska intresset av en relation mellan EU och Turkiet. Om EU ensidigt skulle frysa förhandlingarna nu, skulle det stärka nationalisterna och Erdoğans försök att centralisera makt, tvärtemot vad vi vill. Det är också fel tidpunkt och skulle äventyra slutförhandlingarna på Cypern och migrationsavtalet med Turkiet.

Mot den bakgrunden var jag övertygad om att rösta emot kravet på en frysning av förhandlingarna och avstod i slutomröstningen.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Se votaba en este caso una resolución sobre las relaciones entre la Unión y Turquía, en la que se habla de revisar el Instrumento Europeo de Preadhesión y llama a la Comisión y a los Estados miembros a congelar temporalmente las negociaciones de preadhesión de Turquía. Además, la resolución comienza con una «fuerte condena de las desproporcionadas medidas represivas de Turquía desde el fallido intento de golpe militar», lo que considero muy positivo.

Si bien el documento también contiene algunos elementos con los que no concuerdo, como la petición de aumentar la contribución a través del Instrumento Europeo para la Promoción de la Democracia y los derechos humanos, también tiene puntos muy positivos, como la referencia a las detenciones de diputados del partido kurdo HDP.

Por esto, mi voto final fue a favor de esta resolución.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione che invita la Commissione e gli Stati membri a sospendere temporaneamente i negoziati di adesione in corso con la Turchia. Infatti, sebbene ritenga la Turchia un partner strategico fondamentale per l'Europa e sebbene la reazione delle autorità turche al golpe sia legittima, sono convinto che la portata repressiva delle misure adottate da luglio in poi sia sproporzionata e violi la libertà di espressione riconosciuta dalla Convenzione europea dei diritti dell'uomo, di cui la Turchia è firmataria. Sono particolarmente preoccupato per le dichiarazioni a favore della reintroduzione della pena di morte in Turchia e credo che un passo di questo tipo non sia giustificato dalla situazione di emergenza e, anzi, può rappresentare una pericolosa deriva autoritaria per la società civile turca e per gli equilibri geo-politici della regione. In linea con la risoluzione, ritengo che l'UE dovrebbe rivedere la propria posizione solo quando la Turchia revocherà lo stato di emergenza e ripristinerà lo Stato di diritto e dei diritti umani in tutto il paese.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. A jelentés azonban rámutat arra, hogy Törökország az utóbbi időben nem tanúsítja ezt a politikai akaratot. A jelentés határozottan elítéli a Törökországban 2016 júliusában megkísérelt katonai puccs kudarca óta foganatosított aránytalan elnyomó intézkedéseket. Súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Wstrzymałem się od głosu jeśli chodzi o rezolucję dotyczącą zamrożenia negocjacji w sprawie przystąpienia Turcji do UE. Uzasadnieniem dla mojego głosu jest sytuacja, która ma miejsce w Turcji od lipcowego zamachu stanu. Uważam, że Turcja jest ważnym partnerem w ujęciu geopolitycznym jeśli chodzi o budowanie strategicznego systemu bezpieczeństwa dla Europy. Jednak występujące kłopoty zarówno dotyczące wewnętrznej destabilizacji jak i zewnętrznych relacji z UE doprowadziły do pogorszenia się sytuacji Turcji w drodze do członkostwa w strukturach wspólnoty. Podjęcie działań zmierzających do jednoznacznego zamrożenia stosunków na linii Turcja a UE, może doprowadzić do ochłodzenia relacji, co może z kolei skutkować nieodwracalnymi konsekwencjami politycznymi.

Peter van Dalen (ECR), *schriftelijk*. – Alle vertegenwoordigers van ChristenUnie-SGP in het Europees Parlement hebben zich altijd verzet tegen Turkse toetreding tot de EU. Ze hebben zich daarom ook verzet tegen toetredingsonderhandelingen en de vele miljarden aan subsidies die in dit kader de afgelopen jaren aan Turkije zijn gegeven. Turkije is geografisch, cultureel en politiek geen Europees land en wordt dat ook nooit.

Tot voor kort was de meerderheid in de Europese Raad, in het Europees Parlement en in de Tweede Kamer van mening dat Turkije best kon toetreden. Deze opvatting brokkelt nu in rap tempo af: prima!

De resolutie van het Europees Parlement over de relatie EU-Turkije is niet perfect. Er wordt niet gesproken over het definitief stoppen met de toetredingsonderhandelingen en ook de toetredingsfondsen kunnen helaas nog niet meteen worden stopgezet.

Toch, voor het eerst in de geschiedenis, roept het Europees Parlement op tot bevriezing van toetredingsonderhandelingen met een officiële kandidaat-lidstaat van de Europese Unie. Een historisch moment en een reuzenstap in de richting van ons standpunt over Turkije.

Ik tel dus mijn politieke zegeningen: het EP beweegt zich voor het eerst in zijn bestaan nadrukkelijk in de richting van onze opvattingen over Turkije. Daarom steun ik deze gezamenlijke resolutie.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I am concerned about the ongoing situation in Turkey following the military coup that occurred in July of this year. The worsening of the situation of media freedom in Turkey and the disproportionate repressive measures being taken by the Turkish Government mean that the EU should suspend accession negotiations until such violations are addressed. Turkey's partnership with the EU must be encouraged in a way which is mutually beneficial for both parties; however, the EU cannot make any exceptions when it comes to human rights violations.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution demande le gel temporaire des négociations d'adhésion de la Turquie à l'UE, compte tenu de l'évolution politique en cours dans ce pays. Cette résolution montre clairement que les positions de la délégation française sur cette question sont en train de gagner du terrain. Pour ma part, je réaffirme que la Turquie n'a pas vocation à devenir membre de l'Union européenne.

Je considère néanmoins que la Turquie est un partenaire indispensable de l'Union européenne, même si à l'heure actuelle, la Turquie est en proie à une dérive inquiétante en matière de violation des droits fondamentaux. Pour ces raisons, j'ai donc voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce texte qui appelle à un gel des négociations d'adhésion avec la Turquie. J'aurais souhaité que nous allions plus loin en se prononçant clairement pour mettre un terme à ces négociations. La Turquie n'a pas vocation à entrer dans l'Union européenne. Les graves inquiétudes soulevées par les mesures répressives mises en place suite à la tentative de coup d'État en sont une nouvelle illustration flagrante. Toutefois, le gel des négociations est aujourd'hui l'approche la plus réaliste, et un signal fort envoyé pour stopper toute avancée dans ces négociations.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur les relations entre l'Union européenne et la Turquie. Nous devons envoyer un message clair à la Turquie, aucune négociation ne peut avoir lieu dans de telles conditions. De plus un gel immédiat des négociations tel que proposé dans cette résolution est la solution la plus réaliste sur le plan international. L'Union européenne et la Turquie ont vocation à être des partenaires économiques et à coopérer sur leur politique de sécurité, c'est pourquoi nous ne devons pas rompre complètement le dialogue. Mais en aucun cas elle n'a sa place en tant qu'État membre, du fait de sa situation géographique et de son instabilité politique.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. Törökország azonban nem tanúsítja ezt a politikai akaratot, hangsúlyozza a jelentés. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. A jelentésben az Európai Parlament határozottan elítéli a törökországi puccskísérletet, nem kevésbé pedig az azt követő, a szükségállapot folyamán foganatosított, aránytalanul súlyos intézkedéseket, melyek az alkotmány által előírt alapvető jogokat és szabadságokat sértik. Továbbá a Parlament súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – La démocratie et l'adhésion à l'Union européenne ont été un moyen pour le président turc Erdogan d'accéder aux responsabilités. Aujourd'hui, le masque tombe. En position de force – notamment vis-à-vis de la crise des réfugiés et de la montée de la menace terroriste – Recep Erdogan met en place tous les ressorts d'une dictature: despotisme, culte de la personnalité, enrichissement de ses proches… La situation est extrêmement inquiétante dont je suis saisi régulièrement par des universitaires et des journalistes. Stratégiquement, Recep Erdogan a intérêt à pousser à la rupture… il veut pouvoir s'appuyer sur les décisions de l'UE pour justifier ses choix, notamment la construction d'autres alliances avec l'Asie centrale et la Russie.

Pour autant, nous devons veiller au respect des valeurs européennes et ne pas les sacrifier sur l'autel de la réalpolitique. Le rétablissement de la peine de mort est une ligne rouge. Le gel des négociations assorti d'un gel budgétaire des sommes versées au titre de la préadhésion – que j'ai souhaité faire rajouter au texte initial – est une première réponse formelle que je soutiens.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte.

Ce texte demande enfin un gel des négociations d'adhésion avec la Turquie, pays qui ne répond à aucun des critères d'adhésion à l'Union européenne: outre la non-appartenance au continent européen, la Turquie s'est récemment distinguée par sa répression sauvage des journalistes, des magistrats et des députés, en plus des entorses aux droits fondamentaux fréquemment signalées dans ce pays (notamment l'oppression des minorités religieuses).

En outre, entre 2005 et 2016, l'Union européenne a versé près de 10 milliards à la Turquie dans le cadre de l'instrument d'aide de préadhésion (IAP), ce qui est inadmissible.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. Törökország azonban nem tanúsítja ezt a politikai akaratot, hangsúlyozza a jelentés. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. A jelentésben az Európai Parlament határozottan elítéli a törökországi puccskísérletet, nem kevésbé pedig az azt követő, a szükségállapot folyamán foganatosított, aránytalanul súlyos intézkedéseket, melyek az alkotmány által előírt alapvető jogokat és szabadságokat sértik. Továbbá a Parlament súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I supported this resolution, which calls for the freezing of accession negotiations with Turkey. It was passed with a substantial majority, indicating the strength of feeling on this issue. The prospect of Turkey joining the EU was used as a scare tactic in the referendum campaign in Wales. This resolution shows clearly that the European Parliament will not allow any country that allows violations of human rights to continue negotiations. Communication channels remain open but progress will not be made on EU membership until there is progress in Turkey in the interests of its people.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Turkiet är ett viktigt grannland och en viktig partner till EU. Turkiet har under många år förhandlat med EU för att på sikt bli ett medlemsland. Centerpartiet har hela tiden varit positivt inställt till dessa förhandlingar. Under en längre tid och särskilt sedan den misslyckade statskuppen i somras har Turkiet utvecklats i en riktning som går helt mot grundläggande värden i EU. Journalister har fängslats, mediehus har stängts ner och parlamentsledamöter har gripits på oklara grunder. I oroliga tider och i ett sådant läge är det extra viktigt att stå upp för liberala och frihetliga principer. Jag har därför valt att rösta för detta betänkande som uppmanar kommissionen och rådet att frysa medlemsförhandlingarna med Turkiet tills den negativa utvecklingen har vänts.

Markus Ferber (PPE), *schriftlich*. – Das Aussetzen der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei ist kein ausreichender Schritt. Angesichts der schwerwiegenden Verstöße gegen Menschenrechte und Pressefreiheit in der Türkei ist ein vollständiger und unwiderruflicher Abbruch der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei das einzig folgerichtige und ehrliche Vorgehen. Dieser Schritt muss umgehend vollzogen werden.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Les députés FN-RBM au Parlement européen ont voté pour la résolution préconisant le gel des négociations sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Depuis le début de ces négociations en 2005, c'est la première fois que le Parlement demande une sanction contre ce pays qui ne répond aucunement aux critères d'adhésion à l'UE.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Nesta resolução salta à vista, desde logo, o que lá não está, nomeadamente o vergonhoso Acordo UE-Turquia. Não se aborda o papel da Turquia na NATO e nos conflitos na Síria e no Iraque. Não há qualquer referência à situação de Chipre.

A situação na Turquia justifica grande preocupação. A detenção de dirigentes do HDP, de comunistas e outros democratas que estão em luta no país merece denúncia, condenação e toda a solidariedade para com as vítimas da repressão.

No entanto, não pode passar em branco o imenso cinismo daqueles que – como a UE, que negoceia a adesão da Turquia – fingem ter descoberto no rescaldo do golpe falhado o carácter repressivo e autoritário da política de Erdogan e do AKP, procurando assim não só influenciar a evolução imediata da situação na Turquia, como encobrir o seu amplo conluio com as autoridades turcas e a sua política, de que são exemplo a ocupação ilegal de território de Chipre, a repressão da população curda, a restrição de liberdades, direitos e garantias fundamentais, a agressão e saque da Síria e do Iraque, promovendo e protegendo grupos terroristas e apoiando a sua sangrenta ação, ou a instrumentalização da dramática situação de milhões de refugiados e a negação dos seus mais elementares direitos.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Európska únia a Turecko majú historicky komplikované vzťahy nielen kvôli neustále odkladajúcemu sa prístupovému procesu Turecka do Európskej únie. Tejto situácii príliš nepomohol ani pokus o vojenský prevrat, ktorý sa v Turecku tento rok odohral a ktorého dozvuky sú v Turecku počuť dodnes vo forme masívneho odvolávania nielen v štátnej správe, ale aj v polícii, armáde, ale napríklad aj v školstve. Európska únia a Turecko však ukázali, že spoločnými silami dokážu aj spolupracovať napríklad pri dohode o utečencoch. Európska únia podporuje vôľu tureckých občanov, ktorí požadujú zachovanie demokratických inštitúcií a slobôd. Turecko sa musí aj v budúcnosti usilovať o zabezpečenie práv menšinám a usilovať sa neohrozovať slobodu médií.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contro alla relazione, sono sempre stato contrario all'ingresso della Turchia in Europa e questa relazione appare debole.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω στο σύνολό τους τις προτάσεις ψηφίσματος, καθώς η Τουρκία δεν έχει καμία θέση στην Ευρωπαϊκή Ένωση διά τον απλούστατο λόγο ότι δεν ανήκει στην Ευρώπη σε όλα τα επίπεδα, όπως η κουλτούρα, τα ήθη, τα έθιμα και η ιστορία.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *în scris*. – Consider că este în interesul ambelor părți - atât al Turciei, cât și al Uniunii Europene - ca procesul de aderare al Turciei la UE să continue, în baza îndeplinirii condiționalităților agreate.

Conform publicării recente, la 9 noiembrie 2016, de către Comisia Europeană a Pachetului anual privind extinderea Uniunii Europene, împărtășesc mesajul pe care acesta îl reconfirmă, și anume că perspectiva fermă de aderare la Uniunea Europeană continuă să exercite un efect transformator și să constituie o ancoră de stabilitate și securitate în statele din sud-estul Europei, inclusiv cu Turcia. Această perspectivă este cu atât mai importantă în contextul crizelor complexe cu care Uniunea s-a confruntat în ultima perioadă.

Raportul Comisiei Europene cu privire la Turcia este unul cuprinzător, evidențiind complexitatea deosebită a relației UE-Turcia. Cu privire la ultimele evoluții din Turcia, consider că unitatea la nivelul UE este esențială.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. Törökország azonban nem tanúsítja ezt a politikai akaratot, hangsúlyozza a jelentés. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. A jelentésben az Európai Parlament határozottan elítéli a törökországi puccskísérletet, nem kevésbé pedig az azt követő, a szükségállapot folyamán foganatosított, aránytalanul súlyos intézkedéseket, melyek az alkotmány által előírt alapvető jogokat és szabadságokat sértik. Továbbá a Parlament súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución teniendo presente el fallido golpe de estado en Turquía, reconociendo la responsabilidad legítima de las autoridades turcas de llevar ante la justicia a los responsables y los participantes en el intento golpista. No obstante, las medidas represivas adoptadas por el Gobierno turco en virtud del estado de excepción son desproporcionadas y vulneran derechos y libertades fundamentales protegidos por la Constitución del país, los valores democráticos en que se fundamenta la Unión. Por lo tanto, mientras persistan estas deficiencias democráticas, no es posible abrir nuevos capítulos de negociación para su adhesión a la Unión. Desde las instituciones de la Unión debemos pedir a las autoridades turcas moderación y cumplimiento de sus obligaciones para con la democracia y el Estado de derecho.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre Turquía y la Unión. En el último pleno, se abordó la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa. Recep Tayyip Erdogan respondió con el cierre de uno de los pocos periódicos independientes y la detención de más periodistas. Además, se produjo la detención de varios diputados kurdos, entre los cuales se encontraba Selahattin Demirtas, líder del HDP, tercero partido del país.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión (a través de los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales) si, al mismo tiempo, el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos. El gobierno turco ha emprendido la senda del retroceso democrático. Si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat mit großer Mehrheit dafür plädiert, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei unter den gegebenen Umständen zu beenden. Wir reagieren damit im Grunde auf eine eher unangebrachte Frage des türkischen Präsidenten, der genau das von uns wissen wollte. Nun hat er die Antwort – auch deshalb habe ich für diese Resolution gestimmt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Auf Grundlage der aktuellen Entwicklungen in der Türkei habe ich mich dafür ausgesprochen, die Beitrittsverhandlungen einzufrieren.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – EU-Turkey relations have become increasingly strained since the attempted coup. The biggest source of tension is the crackdown in the aftermath of the coup, including the persecution of journalists and the possible reintroduction of the death penalty. The viability of the migration deal has been called into question with Erdoğan becoming increasingly frustrated at the lack of progress towards EU accession. He has issued an ultimatum to the EU on this issue and suggested that Turkey may give up its ambitions to become an EU member.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution urging the Council and the European Commission to temporarily freeze accession negotiations with Turkey. We can no longer stay silent on the disproportionate repression measures taken by Erdoğan in the wake of the recent coup attempt.

The freeze should be maintained as long as the Turkish authorities continue to neglect and undermine democracy and the rule of law.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Le notizie di questi ultimi giorni, e fra tutte cito l'arresto per ragioni politiche di parlamentari nazionali e il commissariamento di ben trenta municipalità nei territori a maggioranza curda, non ci lasciano ben sperare sulla volontà delle autorità turche di garantire con responsabilità il normale svolgimento della vita politica in quel paese. L'inflessione avuta nel rispetto dei diritti umani in reazione al tentato colpo di Stato di luglio non sembra arrestarsi. Affrontiamo quindi oggi un dibattito necessario e inevitabile, che non può non avere un impatto sulle relazioni reciproche tra l'Unione e la Turchia. E tuttavia ritengo che il dialogo debba restare aperto: solo in questo modo riusciremo a continuare ad avere nella Turchia un partner cui chiedere un'inversione di tendenza sul rispetto dei diritti umani. Se taglieremo le relazioni non avremo più voce in capitolo nella vita politica internazionale di questo paese. Il dialogo con le autorità turche è l'unica strada che ci consentirà di continuare a denunciare l'attacco alla libertà di stampa, d'espressione e al libero esercizio dei diritti civili e politici a danno delle popolazioni in Turchia. Sì al dialogo quindi, ma non per quello cessiamo di chiedere ai nostri partner turchi il ripristino della democrazia e la liberazione dei prigionieri politici.

Bruno Gollnisch (NI), *par écrit*. – Cette résolution commune, pourtant réduite a minima par rapport aux textes qu'elle compile et remplace et dont certains étaient bien meilleurs, est une bonne surprise.

C'est la première fois en effet que le Parlement appelle lui-même à un gel des négociations.

Ce serait là aussi une grande première: les négociations d'adhésion ont été ouvertes bien que les critères préalables exigés, notamment les «critères de Copenhague», aient été loin d'être remplis. Il n'est que temps de prendre acte qu'ils ne le sont toujours pas, plus de 10 ans après, et même que la situation s'est dégradée.

Je regrette cependant que cet accès de lucidité tardif et lacunaire ne soit pas étendu à la résolution sur la Syrie, dominé par votre haine malsaine de la Russie et du régime syrien. Cette résolution persiste en effet à renvoyer dos à dos les protagonistes du conflit syrien, groupes terroristes ou gouvernements légitimes, à croire à l'existence de rebelles «modérés», à occulter les responsabilités, directes ou indirectes, de pays comme le Qatar ou l'Arabie saoudite. Et même, justement, la Turquie de M. Erdogan.

La cohérence n'est pas votre fort.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se acuerda suspender temporalmente los acuerdos de adhesión de Turquía a la Unión, al menos hasta que se levante el estado de emergencia. La resolución condena claramente la represión desproporcionada del gobierno de Erdogan y específicamente la represión al HDP. Deja, sin embargo, la puerta abierta a que se puedan retomar las negociaciones más adelante.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this this resolution urging the Council and the European Commission to temporarily freeze accession negotiations with Turkey. We cannot continue relations as normal with Turkey all the while that Erdoğan continues to repress human rights and the rule of law.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Le message est clair: le Parlement européen s'est prononcé ce matin en faveur du gel temporaire des négociations d'adhésion à l'UE avec la Turquie. Je me félicite de ce vote qui je l'espère constitue une première étape avant l'arrêt définitif des discussions.

Nous devons aller plus loin, lever les ambigüités et affirmer haut et fort que la Turquie n'a pas vocation à faire partie de l'UE. Son attitude provocatrice et sa politique rétrograde et autoritaire appelle à la fermeté… Par ailleurs, la mauvaise foi de son dirigeant, Tayyip Erdogan, et son mépris envers l'Europe fait de la Turquie un partenaire peu fiable actuellement. La porte des négociations doit définitivement se fermer!

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – La situation en Turquie se dégrade jour après jour; liberté d'expression bafouée, presse muselée, arrestations d'opposants politiques, de défenseurs des droits de l'homme, de journalistes ou d'enseignants; il faut que cela cesse. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de la résolution sur le gel des négociations portant sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne.

Il ne s'agit pas d'abandonner ces négociations mais bien d'envoyer un message clair au président Erdogan: la direction prise par les autorités turques n'est ni acceptable, ni compatible avec une entrée dans l'Union européenne.

Ces négociations pourront reprendre dès que l'État de droit sera restauré à travers le pays et que la défense de la démocratie redeviendra la priorité du gouvernement turc.

Jytte Guteland, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. — Det är med stor oro vi har följt utvecklingen i Turkiet sedan militärkuppförsöket i juli i år. Det omfattande frihetsberövandet av journalister, domare, åklagare och folkvalda representanter (varav 10 ledamöter från oppositionspartiet HDP) samt de kraftiga inskränkningarna av yttrandefriheten som skett under rådande undantagstillstånd är fullständigt oacceptabelt.

Vi svenska socialdemokrater anser att när de demokratiska principerna, respekten för de mänskliga rättigheterna och rättsstatsprincipen åsidosätts som de gjorts i Turkiet under senare tid är det viktigt att Europaparlamentet tydligt markerar mot detta. Därför valde vi att stödja resolutionen som efterfrågar ett tillfälligt avbrott i landets anslutningsförhandlingar med EU.

Vi vill dock understryka att vi anser att detta endast ska vara just en temporär åtgärd, och därför är det också viktigt att tydligt definiera vilka kriterier Turkiet måste uppfylla för att ett snabbt återupptagande av anslutningsförhandlingarna ska vara möjligt. Köpenhamnskriterierna bör vara vägledande i denna bedömning.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε και συνυπογράψαμε το ψήφισμα αναφορικά με τις σχέσεις ΕΕ-Τουρκίας και την κατάσταση στην χώρα. Είναι ένα ακόμη ισχυρό ψήφισμα του Κοινοβουλίου που δείχνει ότι η χώρα αυτή δεν οδεύει προς την σωστή κατεύθυνση. Η κατάσταση εκτάκτου ανάγκης που έχει επιβληθεί στη χώρα με ό,τι αυτό συνεπάγεται, μαζί με τις φυλακίσεις των ηγετών του HDP, υποχρέωσαν το Κοινοβούλιο να προχωρήσει στο συγκεκριμένο ψήφισμα. Ανάμεσα σε άλλα το ψήφισμα καλεί το Συμβούλιο και την Επιτροπή να αναστείλουν τις ενταξιακές διαπραγματεύσεις με την Τουρκία.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the temporary freeze of the ongoing accession negotiations between the EU and Turkey. This resolution is based on the serious concerns and state of emergency currently in Turkey. The Turkish Government are in breach of the principles of liberty, democracy, respect for human rights and fundamental freedoms. I strongly condemn the disproportionate repressive actions taking place there and call for President Erdoğan and members of the Turkish Government to restore the rule of law and human rights throughout the country.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag weist zu Recht auf die sehr problematische Situation in der Türkei bezüglich der Einhaltung von Grundrechten, der Verfolgung von Journalisten und der Unterdrückung der politischen Opposition hin. Um ein Zeichen zu setzen, habe ich entsprechend für das Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, d. h. für diese Entschließung, gestimmt.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Den politiska utvecklingen i Turkiet ger upphov till stor oro. På flera områden går Turkiet i fel riktning, både vad gäller mänskliga fri- och rättigheter och vad gäller de övriga kriterier som gäller för ett medlemskap i EU. Samtidigt är det viktigt att så långt som möjligt ge möjlighet och utrymme för de krafter som vill modernisera det turkiska samhället att kunna peka på Europa som en självklar partner.

Mot den bakgrunden bör man inte i dag kräva en frysning av förhandlingarna mellan EU och Turkiet, samtidigt som den kritik som riktas mot den nuvarande utvecklingen är befogad.

Förhoppningsvis kan den vändas till en riktning som är till fördel för både Turkiet och Europa. Jag har fortfarande förhoppningar om att en sådan vändning kan ske och ser fortsatta förhandlingar som en viktig grund för detta. Mot den bakgrunden röstade jag i dag emot kravet på en frysning av förhandlingarna och valde att avstå i omröstningen om resolutionen i sin helhet.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – Les relations entre l'Union européenne et la Turquie ont toujours été délicates car les messages que nous adressons à ce partenaire stratégique sont brouillés depuis des décennies.

Nous devons réaffirmer notre attachement à une coopération étroite avec la Turquie, qu'il s'agisse des relations commerciales, de la politique de sécurité dans la région méditerranéenne ou de la politique migratoire.

Cependant, la Turquie est un pays de 80 millions d'habitants limitrophe de pays aussi instables que la Syrie et l'Iraq dont seulement 3 % de sa surface territoriale se trouve en Europe. La Turquie n'a pas vocation à entrer dans l'Union européenne. Nous devons être clair sur ce point et clore tous les chapitres de négociations qui ne sont qu'une mascarade.

Les purges menées en Turquie suscitent beaucoup d'inquiétudes en Europe et à juste titre. La dérive autoritaire du président Erdogan et les menaces adressées pour forcer la main des Européens sur les dossiers de l'adhésion et de la libéralisation des visas doivent nous inciter à nous rassembler car si nous cédons à ces pressions ou tenons un message inaudible, l'Europe n'aura décidemment plus aucune crédibilité et ne représentera plus cette chape protectrice qu'elle est déjà bien en peine de défendre aujourd'hui.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za Prijedlog Rezolucije o odnosima EU-a i Turske, s obzirom da se radi o delikatnim odnosima sa zemljom koja je s jedne strane partner EU-a i u pogledu smanjivanja pritiska migrantske krize, sudjelovanjem u NATO savezu i gospodarskoj suradnji, te zemlji koja se dugi niz godina nalazi u procesu pregovora za pristupanje EU-u. Neprihvatljiv je s druge strane demokratski deficit i sve veća represija prema protivnicima vlasti koja se pojačala nakon neuspjelog državnog udara. Potrebno je pronaći rješenje za razvoj partnerskih odnosa i stvaranje uvjeta za političku i sigurnosnu stabilnost u okruženju međutim treba postaviti ozbiljne rezerve u jednom djelu odnosa, osobito u pogledu daljnjih pristupnih pregovora i liberalizacije viznog režima dok se ne postignu za EU prihvatljivi demokratski kriteriji.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Les négociations sont pour l'heure gelées mais il ne s'agit pas encore d'une suspension formelle permettant de mettre fin aux versements relatifs à l'aide à la préadhésion. Toutefois, notons que c'est la première fois depuis 2005 que le Parlement européen appelle à une réelle sanction contre la Turquie, éloignant un peu plus la perspective catastrophique d'une adhésion.

J'ai voté pour.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Renate Sommer sur la résolution UE-Turquie. Depuis la tentative de coup d'État en juillet dernier en Turquie, les arrestations, les purges envers les journalistes et députés pro-kurdes se sont multipliées de manière inquiétante, posant de graves questions sur l'avenir des relations entre l'Union européenne et la Turquie.

Dans ce contexte, et conformément à ma position constante sur le sujet, j'ai voté pour le gel des négociations d'adhésion avec la Turquie, qui n'a – plus que jamais – pas vocation à entrer dans l'Union européenne. Même si elle doit être un partenaire important de l'Europe, la Turquie s'est engagée sur un chemin incompatible avec les valeurs européennes, il était donc temps d'envoyer un signal fort au président Erdogan en demandant à ce que les négociations d'adhésion cessent.

Les dérives autoritaires turques doivent mettre définitivement fin à l'hypocrisie des États membres qui laissent entrevoir de manière irresponsable à la Turquie la perspective d'une adhésion, en sachant pertinemment que cette adhésion ne fait pas l'unanimité et ne pourra donc avoir lieu.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car elle demande le gel immédiat des négociations d'adhésion de la Turquie. Si ce pays est un partenaire stratégique de l'UE, il ne doit en aucun cas en devenir membre. Il faut mettre un terme à ce faux suspens hypocrite. C'est un premier pas, il revient maintenant aux États de mettre un terme définitif à toute perspective d'adhésion de la Turquie.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei dieser Resolution enthalten. Diese Resolution beschäftigt sich mit den unverhältnismäßigen und repressiven Maßnahmen Erdoğans nach dem versuchten Militärputsch im Juli 2016. Die von Erdoğan ergriffenen Maßnahmen müssen aufs Schärfste verurteilt werden. Hier reicht eine einfache, vorübergehende Aussetzung der Beitrittsverhandlungen nicht aus.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā es balsoju pret rezolūciju par Eiropas Savienības un Turcijas attiecībām, jo šīs rezolūcijas galvenā ziņa vai aicinājums ir par Turcijas iestāšanās sarunu Eiropas Savienībā iesaldēšanu. Es uzskatu, ka šāds lēmums ir tuvredzīgs, ņemot vērā Turcijas nozīmi nekontrolētu migrantu plūsmas apturēšanā. Lai gan Turcijā arvien ir vērojami cilvēktiesību pārkāpumi, es uzskatu, ka šis solis tomēr nebija stratēģiski pareizs. Eiropas Savienībai un Turcijai ir vienošanās, ka Turcija palīdzēs apturēt un kontrolēt nelegālās bēgļu plūsmas, bet Eiropas Savienība paātrinās Turcijas iestāšanās sarunas, līdz ar to es uzskatu, ka šī rezolūcija nedod pareizo signālu un stimulu Turcijas pusei šo vienošanos pildīt.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag weist zu Recht auf die sehr problematische Situation in der Türkei bezüglich der Einhaltung von Grundrechten, der Verfolgung von Journalisten und der Unterdrückung der politischen Opposition hin. Auch der Umgang mit Minderheiten wie den Kurden, die Diskussion um die allfällige Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei sowie die zweifelhafte Rolle der Türkei in Nordsyrien sind Gründe zur tiefen Besorgnis. Entsprechend habe ich für das Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, d. h. für diese Entschließung, gestimmt.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort beendet werden sollten. Stattdessen bedarf es einer neuen Grundlage für solide Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Türkei im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Für diese Position, welche zurzeit im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig ist, muss allerdings weiter geworben werden.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu o vztazích mezi EU a Tureckem je především budíčkem představitelům Evropské unie a Turecka, že nemůžeme zavírat oči nad tím, že v Turecku po pokusu o státní převrat jsou zavírány desítky tisíc lidí, další stovky tisíc lidí byly vyhozeny z práce. A to vše bez rozhodnutí soudů, že se dopustili něčeho špatného. Je na Turecku, aby dokázalo, že chce respektovat evropské hodnoty, které jsou nezbytnou podmínkou vstupu do Evropské unie. Turecko je sice pro EU důležitým partnerem, avšak politická vůle ke spolupráci musí přicházet z obou stran partnerství, a domnívám se, že Turecko tuto politickou vůli neprokazuje, jelikož vládní kroky jej stále více odklání od jeho evropské cesty. Hlasovala jsem pro návrh, jelikož vyzývá Komisi a členské státy, aby daly podnět k dočasnému pozastavení probíhajících jednání o přistoupení Turecka do EU.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU-partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. Törökország azonban nem tanúsítja ezt a politikai akaratot, hangsúlyozza a jelentés. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. A jelentésben az Európai Parlament határozottan elítéli a törökországi puccskísérletet, nem kevésbé pedig az azt követő, a szükségállapot folyamán foganatosított, aránytalanul súlyos intézkedéseket, melyek az alkotmány által előírt alapvető jogokat és szabadságokat sértik. Továbbá a Parlament súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям резолюцията на Европейския парламент относно отношенията между ЕС и Турция. Подкрепям работата по либерализирането на визовия режим да бъде предприета след като Турция адекватно изпълни всички условия, определени в графика за либерализиране на визовия режим.

Изразявам сериозна загриженост във връзка с условията, в които са държани задържаните под стража и арестуваните лица след преврата, като има твърдения за мъчения и малтретиране, мащабните уволнения на държавни служители, които все още очакват справедлив съдебен процес, както и изключително строгите ограничения, налагани върху свободата на изразяване на мнение и по отношение на пресата и медиите в Турция.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution. Certes, elle ne demande qu'un gel des négociations avec la Turquie. Ce n'est pas encore une suspension formelle qui permettrait d'arrêter les versements IAP (aide à la préadhésion), mais c'est la première fois depuis 2005 que le Parlement européen demande une réelle sanction contre la Turquie.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – De jour en jour, les signaux se multiplient et prouvent l'éloignement grandissant de la Turquie des valeurs prônées par l'Union européenne: limogeages alarmants parmi les fonctionnaires, magistrats et militaires, arrestations de responsables politiques et de journalistes, possible réintroduction de la peine de mort… La dernière provocation en date est la présentation d'un projet de loi qui propose de supprimer la condamnation pour agression sexuelle sur mineure si son auteur épouse la victime – projet finalement renvoyé en commission mais toujours pas retiré!

J'ai ainsi soutenu cette résolution dans laquelle nous appelons au gel immédiat des négociations d'adhésion entre l'Union européenne et la Turquie. Depuis de nombreuses années, ce pays est engagé dans un processus de discussion et de négociations en vue d'une possible adhésion à l'Union européenne, mais au regard de telles violations des droits de l'homme, de l'état de droit et de la liberté d'expression, nous ne pouvons continuer à faire comme si de rien n'était. Nous nous opposons également avec force à toute libéralisation des visas d'entrée pour les ressortissants turcs sur le territoire de l'Union. La Turquie est certes un partenaire stratégique, incontournable, mais nous ne pouvons pas rester muets face à ces agissements anti-démocratiques.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les relations entre l'Union européenne et la Turquie, car ce texte préconise le gel des négociations sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Depuis le début de ces négociations en 2005, c'est la première fois que le Parlement demande une sanction contre ce pays qui ne répond aucunement aux critères d'adhésion à l'Union.

Le Front national est favorable à l'arrêt définitif des négociations relatives à l'adhésion de la Turquie. Non seulement la Turquie n'est pas un pays européen, mais les droits fondamentaux y sont constamment et systématiquement bafoués. Les arrestations de députés, de magistrats et de journalistes sont inacceptables, tout comme la censure des médias et des réseaux sociaux. La Turquie doit également arrêter la persécution des minorités religieuses et autres. Entre 2005 et 2016, l'Union européenne a versé près de 10 milliards à la Turquie dans le cadre de l'instrument d'aide de préadhésion (IAP). Il est inadmissible de continuer à payer pour la Turquie. Ni par son histoire, ni par sa culture, ni par sa géographie, et encore moins depuis la prise en main autoritaire et islamiste d'Erdoğan, la Turquie ne peut prétendre à devenir européenne.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution qui, si elle ne demande toujours pas la suspension formelle des négociations, qui permettrait d'arrêter le versement des aides à la préadhésion, est la première depuis 2005 à demander une sanction contre la Turquie.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag weist zu Recht auf die sehr problematische Situation in der Türkei bezüglich der Einhaltung von Grundrechten, der Verfolgung von Journalisten und der Unterdrückung der politischen Opposition hin. Auch der Umgang mit Minderheiten wie den Kurden, die Diskussion um die allfällige Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei sowie die zweifelhafte Rolle der Türkei in Nordsyrien sind Gründe zur tiefen Besorgnis. Entsprechend habe ich für das Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, d. h. für diese Entschließung, gestimmt.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort beendet werden sollten. Stattdessen bedarf es einer neuen Grundlage für solide Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Türkei im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Für diese Position, welche zurzeit im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig ist, muss allerdings weiter geworben werden.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – S obzirom na trenutno stanje Turska je i dalje važan partner EU-a i politička volja za suradnjom mora postojati kod obiju strana u partnerstvu. Iz tog razloga nisam podržala ovu rezoluciju jer smatram da nije u interesu niti EU-a niti Hrvatske u ovom trenutku suspendirati pregovore s Turskom.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Since the attempted coup the Turkish authorities have arrested ten members of the Turkish Grand National Assembly belonging to the opposition party HDP and some 150 journalists; 2 386 judges and prosecutors and 40 000 other people have been detained, of whom more than 31 000 remain under arrest; 129 000 public employees either remain suspended (66 000) or have been dismissed (63 000), according to the Commission's Turkey 2016 report. But we are very polite and careful. Why? Because Erdoğan can open the doors and allow millions of migrants to go to the EU, but the EU still cannot adopt a common position about migration policy.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Každý krajina, ktorá má záujem o vstup do EÚ, má jasne a jednoznačne stanovené podmienky. Ich nesplnenie je zásadnou prekážkou pričlenenia do EÚ. EÚ potrebuje mať na svojich hraniciach spoľahlivých partnerov, ktorí dodržiavajú demokratické princípy, kde majú ženy a muži rovnaké práva, kde je funkčné súdnictvo, kde funguje ekonomika, kde účinne bojujú s korupciou. Je na zodpovednosti čelných predstaviteľov Turecka, ako budú k týmto podmienkam pristupovať a plniť ich.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος, καθώς απαιτεί την προσωρινή αναστολή των εν εξελίξει ενταξιακών διαπραγματεύσεων με την Τουρκία, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 22 Νοεμβρίου 2016.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich enthalte mich bei der Abstimmung zu dieser Resolution der Stimme, da einerseits die Forderung nach einem Ende der Beitrittsverhandlungen und andererseits das Ende der Heranführungshilfe vom Parlament abgelehnt wurden und lediglich auf eine vorübergehende Aussetzung der Beitrittsverhandlungen abgezielt wird.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją. Europos Sąjunga ir Europos Parlamentas griežtai smerkia nepavykusį karinį perversmą Turkijoje, tačiau represinės priemonės, kurių ėmėsi Turkijos vyriausybė paskelbus nepaprastąją padėtį, yra neproporcingos ir pažeidžia Turkijos konstitucijos saugomas pagrindines teises ir laisves bei demokratines vertybes.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La situation des droits de l'homme en Turquie s'aggrave depuis plusieurs années et surtout depuis 2009, encore plus depuis les élections parlementaires. Suite à la prétendue tentative de coup d'État de juillet 2016, des milliers de personnes ont été arrêtées. L'État a fermé 112 médias, dont 45 journaux, 26 chaînes de télévision, 23 stations de radio, 3 agences de presse, 15 magazines et 29 maisons d'édition. Plus de 620 cartes de presse ont été annulées, et au moins 200 journalistes interpellés. La résolution condamne fermement les mesures répressives appliquées en Turquie.

Elle rappelle également que le rétablissement de la peine de mort aurait pour conséquence la suspension du processus d'adhésion. Je vote pour cette résolution.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un gel des négociations sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Ce n'est pas encore une suspension formelle qui permettrait d'arrêter les versements IAP (instrument d'aide de préadhésion), mais c'est la première fois depuis 2005 que le Parlement européen demande une réelle sanction contre la Turquie. J'ai donc voté pour. Pour rappel, nous sommes favorables à un arrêt définitif des négociations relatives à l'adhésion de la Turquie.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A eventual adesão da Turquia à União Europeia continua a suscitar as maiores reservas. A persistente ocupação de parte de Chipre, a recusa da abertura dos portos e aeroportos dessa zona, a violação de direitos de minorias políticas, religiosas e étnicas, a discriminação negativa da mulher, a decisão de exclusão de partidos e a anulação da legislação que limitava a jurisdição dos Tribunais Militares são alguns exemplos demonstrativos disso mesmo.

Acrescem questões de fundo: a maior parte da Turquia não é geograficamente Europa; a Turquia tem uma identidade islâmica bem diferente da identidade judaico-cristã da generalidade dos países da UE; o trânsito de pessoas daquele que passaria a ser o mais populoso país da UE garantiria fortes desequilíbrios do mercado laboral.

Tudo isto não obsta ao reconhecimento do esforço feito pela Turquia, nos últimos anos, no sentido de cumprir alguns critérios de exigência da UE, e até se assinala o papel inestimável deste país no seio da NATO.

Questão relevante será ponderar se não será preferível garantir à Turquia um estatuto de parceiro privilegiado e preferencial da UE, muito mais que criar falsas expectativas e esperanças numa adesão, que os factos e as circunstâncias dificilmente permitirão.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion because the political situation in Turkey is becoming more tenuous with every passing day. There have been disproportionate measures taken by the Turkish Government in reaction to a coup attempt earlier on this year.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The situation of journalists, media freedom and human rights abuses has been constantly deteriorating in Turkey. Already before the coup d'état attempt of 15 July, there were numerous journalists and political activists imprisoned. Turkey is, and will remain, one of our most important partners for the EU. However, the resolution sends a clear message that we want Turkey to be anchored to Europe and to democracy, but if nothing happens to restore the rule of law and human rights, than the EU should continue its dialogue with Turkey while temporary freezing the accession talks. I support this approach and therefore I voted in favour of the resolution.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban mind a nyolc képviselőcsoport nyújtott be állásfoglalási indítványt. Közülük hatan, a Verts/ALE, az ALDE, a GUE/NGL, az ECR, a PPE és az S&D képviselőcsoportok megállapodásra jutottak és közös kompromisszumos indítványt dolgoztak ki, amit megszavaztam

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La résolution proposait le gel des négociations pour l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Nous sommes totalement opposés à cette idée, mais cette suspension formelle est insuffisante. Elle ne permet notamment pas d'arrêter les versements dits «IPA» (aide à la préadhésion). Nous voulons un arrêt total des négociations. Abstention.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui propose le gel du processus d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Pour ma part, j'ai toujours considéré que ce pays n'avait pas sa place dans l'Union européenne, que ce soit au niveau géographique, historique ou culturel.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Annak ellenére, hogy az Európai Parlament nagyon fontos partnerként tekint Törökországra, nem hagyhatjuk szó nélkül az elmúlt hónapokban történteket. Támogattam azt az állásfoglalási indítványt, ami a csatlakozási tárgyalások ideiglenes felfüggesztését javasolja. A szükségállapot miatt bevezetett intézkedések egyszerűen aránytalanok és sértik az alapvető emberi jogokat. Egyre több helyen hallunk a halálbüntetés visszaállításának lehetőségéről is, ami a tárgyalások végleges felfüggesztésével járna. Nagyon bízom benne, hogy Törökországban hamarosan helyreáll a rend, és akkor majd újra beszélhetünk az esetleges EU csatlakozásról. Addig azonban világos jelzést küldünk Törökországnak, hogy az európai értékek betartása az egyetlen módja annak, hogy egy ország az Európai Unió részévé válhasson.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding EU-Turkey relations that condemns the military coup in Turkey and recognises the legitimacy of the Turkish authorities to prosecute the persons responsible and involved in this attempt. The resolution also condemns the disproportionate repressive measures undertaken by Turkey and stresses that the political will to cooperate should come from both sides in order for progress to be achieved.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am decis să mă abțin de la votul asupra acestui raport, întrucât am susținut mereu diplomația ca soluție la orice dezacord și cred că agresivitatea este de evitat în domeniul relațiilor externe.

Turcia este un partener esențial al Uniunii Europene în materie de securitate energetică, militară, comercială, culturală etc. Totuși, o declarație de întrerupere a negocierilor de aderare, venită într-un context politic și de securitate în care aceste negocieri nu sunt de actualitate pentru niciuna dintre părți, o consider o temă care nu își are locul și, deci, prefer să mă abțin.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zdržel jsem se hlasování, protože se nedomnívám, že volání po dočasném pozastavení probíhajících jednání o přistoupení Turecka by bylo tou správnou odpovědí na současnou situaci v Turecku. Není pochyb o tom, že opatření proti zaměstnancům státní správy a médiím uplatňovaná od neúspěšného pokusu o vojenský puč jsou nepřiměřeně represivní a že Turecko se dnes vzdaluje od stavu, který odpovídá hodnotám, na nichž Unie stojí. Mám ale za to, že je třeba to Turecku zdůrazňovat v probíhajícím dialogu na nejrůznějších úrovních, přitom ale neumožnit dnešnímu vedení Turecka, aby obrátil tuto kritiku proti Unii samotné. Nepřijatelné represe jsou samozřejmě překážkou pro dosažení jakéhokoliv pokroku v přístupových jednáních, ale jejich pozastavení by umožnilo Erdoganovi vytáhnout novou a silnou protievropskou kartu a ještě snížit naděje velké části tamní společnosti na lepší a svobodné fungování této země.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Türgi on ELile oluline partner, ent praeguses olukorras, kus riigipöördekatsele Türgis on järgnenud repressiivsed meetmed meedia, ajakirjanike ja parlamendiliikmete vastu, tuleb ühinemiskõnelused Türgiga peatada. ELi ja Türgi vahelist rahastusabi ning viisanõude kaotamise poliitikat saab arendada vaid siis, kui Türgi on valmis järgima demokraatia ja põhivabaduste põhimõtteid.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Τέσσερις μήνες μετά την αποτυχημένη απόπειρα πραξικοπήματος στην Τουρκία, η επιδείνωση της κατάστασης της δημοκρατίας στη χώρα προκαλεί τριγμούς στις σχέσεις Ε.Ε - Τουρκίας. Οι ενταξιακές διαπραγματεύσεις με την Τουρκία ξεκίνησαν τον Οκτώβριο του 2005. Από τα 35 κεφάλαια που απαιτείται να ολοκληρωθούν για να προχωρήσει η διαδικασία προσχώρησης έχουν ανοίξει μόνο τα 16 και από αυτά έχει κλείσει μόνο ένα, αυτό για την επιστήμη και έρευνα. Οι ενταξιακές συνομιλίες με την Τουρκία πρέπει να παγώσουν προσωρινά. Με πρωτοβουλία της πολιτικής ομάδας των Σοσιαλιστών και Δημοκρατών, όπου συμμετέχω, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο τονίζει στο εν λόγω ψήφισμα ότι δεν υπάρχει εναλλακτική λύση για όσο διάστημα οι τουρκικές αρχές συνεχίζουν να παραμελούν και να υπονομεύουν την δημοκρατία και το κράτους δικαίου. Ο διάλογος με την Άγκυρα θα πρέπει να διατηρηθεί, αλλά ο Ερντογάν πρέπει να καταλάβει ότι στην Τουρκία, ως υποψήφια χώρα, το κράτος δικαίου, η δημοκρατία, η ελευθερία του Τύπου και τα δικαιώματα των μειονοτήτων πρέπει να είναι άθικτοι πυλώνες. Η Ε.Ε πρέπει να στείλει ένα ισχυρό πολιτικό μήνυμα με το πάγωμα των ενταξιακών συνομιλιών, μέχρι η τουρκική κυβέρνηση να επιστρέψει στον δρόμο του σεβασμού του κράτους δικαίου και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui demande un gel temporaire des négociations d'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Les mesures répressives disproportionnées adoptées par le président turc, Recep Tayyip Erdoğan, depuis l'échec du coup d'État, ont conduit à un recul de l'état de droit et de la démocratie. Si nous devons continuer le dialogue avec la Turquie, avec pour horizon la restauration de l'état de droit et le respect des droits de l'homme, il n'est pas crédible à l'heure actuelle de poursuivre ces négociations. Nous espérons que le Conseil, qui se réunira en décembre, entendra notre message.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta poiché ritengo che il governo turco abbia assunto delle misure repressive che violano i diritti fondamentali umani tutelati dalla Costituzione turca e i valori democratici su cui si fonda l'Unione europea e l'ICCPR e detenga in una situazione preoccupante coloro che sono stati arrestati durante il colpo di Stato. Però sono certo che nonostante il governo turco si sia reso colpevole di gravi condotte, l'Unione europea debba valutare la possibilità di incrementare il sostegno alla società civile turca e offrire alle autorità turche un'assistenza giudiziaria supplementare. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Posljednje izvješće o napretku pokazalo je ozbiljno nazadovanje Turske u području vladavine prava i temeljnih prava, osobito ukoliko se u obzir uzme i funkcioniranje pravosuđa i sloboda izražavanja. Turska, ukoliko želi jednog dana postati članicom Europske unije, mora poštovati najviše standarde u zaštiti ljudskih prava te njegovati ključne europske vrijednosti. Nedvojbeno izražavam podršku već poznatom stavu Europske unije koja je osudila pokušaj državnog udara okarakteriziravši ga izravnim napadom na demokraciju u Turskoj. Ipak, akcije koje je tursko vodstvo poduzelo, a tiču se progona novinara, Kurda, vojnih dužnosnika i njihovih obitelji nedopustive su iz aspekta razumijevanja i poštovanja temeljnih demokratskih postulata i dostupnosti te pravičnosti pravosudnog postupka.

Obrana demokracije ne smije i ne može biti vršena nedemokratskim metodama. Nužno je da Europska unija i dalje daje punu podršku reformskom procesu u Turskoj, a kroz zajednički rad i suradnju treba nadzirati sve procese i promjene te inzistirati na dosljednom, iskrenom i cjelovitom poštovanju svih zahtjeva koje Europska unija postavlja pred Tursku s ciljem osiguranja da ta država poštuje naslijeđe koje je stvarano desetljećima.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Le misure repressive attuate dal governo turco nell'ambito dello stato di emergenza, dichiarato a seguito del fallito colpo di Stato, sono sproporzionate e violano i diritti e le libertà fondamentali tutelati dalla Costituzione turca e i valori democratici su cui si fonda l'Unione europea. L'arresto di parlamentari dell'opposizione, di giornalisti, giudici e pubblici ministeri, sono solo alcuni degli esempi più gravi di tali violazioni. Allo stesso modo, le dichiarazioni di Erdogan sulla reintroduzione della pena di morte e le forti restrizioni imposte alla libertà di espressione, alla stampa e ai media turchi, mettono la Turchia in una posizione oggettivamente incompatibile con una prossima adesione all'Unione. Per questi motivi, condivido la richiesta della relazione perché la Commissione sospenda i negoziati sull'adesione della Turchia all'UE, ponendo come condizione per la loro ripresa il pieno rispetto dei principi di libertà, della democrazia, dello Stato di diritto, dei diritti umani e delle libertà fondamentali su cui si fonda l'Unione. Resto convinta del fatto che la Turchia sia un partner importante per l'Europa e che il suo futuro risieda nell'adesione alla casa comune europea. La politica messa in atto da Erdogan negli ultimi mesi, purtroppo, va però in una direzione completamente diversa.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Europski parlament oštro je osudio pokušaj puča u Turskoj i priznao legitimnu odgovornost vlasti Turske da sankcionira osobe uključene u puč. No, represivne mjere poduzete tokom proglašenog izvanrednog stanja pretjerana su reakcija Ankare i predstavljaju kršenje osnovnih prava i sloboda zagarantiranih Ustavom države. Oni ne priliče zemlji koja se smatra kandidatom za članstvo u našoj Uniji. Posebno me brinu izjave čelnika države o ponovnom uvođenju smrtne kazne, te sam isto tako zabrinut zbog uvjeta u kojima se nalaze pritvoreni. Glasine o mučenjima i drugim ozbiljnim oblicima kršenja ljudskih prava ne možemo ignorirati, kao što nije moguće ne primijetiti i ozbiljno narušavanje slobode izražavanja u Turskoj.

Odluke koje Turska donosi će se morati odraziti na ukupan status njenih pregovora s EU-om i napredak u pregovorima neće biti moguć sve dok Turska ne ukine izvanredno stanje. O liberalizaciji viznog režima ne može biti govora dok Turska doista i ne počne ispunjavati prethodno dogovorene uvjete za to.

Pozivam vlasti Turske da obnove svoju dužnost poštovanja vladavine zakona i ljudskih prava te se uspješno vrate dubokim i međusobno korisnim odnosima s EU-om. Demokratskoj i stabilnoj Turskoj EU je širom otvoren, naše strateško partnerstvo ključ je za mirniju i prosperitetniju regiju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A resolução assume deliberadamente um tom mais moderado que tantas outras resoluções votadas no PE. Os interesses geoestratégicos e políticos da UE, nomeadamente o envolvimento da Turquia no conflito sírio, o seu papel enquanto membro da NATO e os interesses económicos naquele país sobrepesam para essa contenção, mantendo, ainda assim a postura de interferência e ingerência.

Ausência evidente no texto é a referência ao criminoso Acordo UE-Turquia em torno da crise humanitária dos refugiados, que a UE pretende manter a todo o custo. Como é evidente, regista-se também ausência de qualquer referência à resolução da ilegal ocupação de Chipre. Refere-se o congelamento temporário do processo de adesão, associado a um conjunto de críticas às detenções, às perseguições, à repressão depois do golpe.

Estamos atentos e apreensivos quanto à situação na Turquia, nomeadamente no que diz respeito à brutal opressão e repressão contra as classes trabalhadoras e os partidos, as organizações de classe e outras forças progressistas que no terreno lutam pela liberdade e democracia. Uma repressão e autoritarismo das políticas do governo turco que não começaram no golpe de estado, como de forma cínica os dirigentes europeus e este parlamento parecem agora ter descoberto, procurando lavar a cara da cumplicidade que sempre tiveram com as forças no poder.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à geler temporairement les négociations avec la Turquie. Je condamne fermement les agissements et l'attitude de l'administration du président Erdoğan, qui viole régulièrement les droits et les libertés fondamentales en réprimant de manière totalement disproportionnée les opposants au régime, et qui menace d'avoir de nouveau recours à la peine de mort. Je tiens à rappeler mon opposition totale à ce que la Turquie, qui reste toutefois un partenaire clé de l'Union, entre au sein de notre communauté de destin.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris*. – Am votat pentru rezoluția referitoare la relațiile UE-Turcia. Această rezoluție trebuie să fie un puternic semnal adresat Uniunii Europene, Comisiei și Consiliului, pentru a se adopta de îndată o atitudine fermă care să determine Turcia să revină la respectarea statului de drept.

Totodată, luând în considerare relațiile bilaterale apropiate dintre România și Turcia, am susținut introducerea în textul rezoluției a punctului prin care statele membre ale UE își pot defini propria lor relație cu Turcia pentru viitor.

În acest moment, în Turcia nu mai există o democrație funcțională, iar Uniunea Europeană nu trebuie să legitimeze, prin concesii făcute regimului, această situație. Valorile democratice și libertatea de expresie sunt precondiții obligatorii pentru aderarea la UE.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report. We support the elements of the report criticising the crackdown by Erdoğan's government following the attempted coup under state of emergency laws. The report however does not go far enough. It only calls for a temporary freeze of accession negotiations. We want a permanent end to talks on Turkey joining the EU and an end to all pre-accession payments.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O Parlamento Europeu aprovou hoje uma forte resolução sobre o processo das relações UE-Turquia, instando o Conselho e a Comissão Europeia a congelarem temporariamente as negociações de adesão com a Turquia. Pelo menos enquanto as autoridades turcas continuarem a negligenciar e a minar a democracia e o Estado de Direito.

O Parlamento Europeu também alertou as autoridades turcas para o facto de a reintrodução da pena de morte ser incompatível com a continuidade do processo de adesão. Esta resolução é uma mensagem política clara para Erdoğan que não deve ser mal interpretada: queremos reforçar a ligação da Turquia à Europa, à democracia e ao Estado de Direito, mas nunca abdicaremos dos nossos valores. Esperamos que o Estado de Direito e os direitos humanos sejam restabelecidos o quanto antes. Até lá, continua o diálogo, mas devem ficar congeladas as conversações de adesão.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque considero que nos encontramos ante un punto de inflexión en las relaciones entre la Unión y Turquía. En el último pleno, se trató la situación de los periodistas en Turquía y la falta de libertad de prensa, así como las detenciones y encarcelamientos de periodistas. La respuesta de Erdogan ha sido cerrar uno de los pocos periódicos que quedaban independientes y la detención de más periodistas. A eso hay que añadirle la detención del líder del partido HDP, Demirtas, el tercer partido del país, así como otros diputados.

No tiene sentido seguir negociando la adhesión de Turquía a la Unión sobre los capítulos 23 y 24 sobre justicia, libertades y derechos fundamentales al mismo tiempo que el estado de emergencia decretado tras el golpe permite la suspensión de derechos y la purga. El gobierno ha emprendido la senda del retroceso y no de progreso. A su vez marca una línea roja, si Turquía reintroduce la pena de muerte supondrá la suspensión definitiva de las negociaciones de adhesión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – On ne peut rester les bras ballants alors que le pouvoir turc bafoue les droits les plus élémentaires. Non seulement je suis favorable au gel des négociations d'adhésion, comme l'indique mon vote ce jour, mais, plus largement, je suis convaincu que l'heure est davantage au renforcement interne de l'Union européenne qu'aux projets d'élargissement. L'Union européenne doit, bien sûr, nouer des rapports privilégiés avec la Turquie, mais à condition que ses dirigeants respectent les valeurs démocratiques, ce qui n'est manifestement pas le cas.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Labai gaila matyti pastaruoju metu blogėjančius ES ir Turkijos santykius. Pagrindinė to priežastis yra ne ES pusėje. Vis stiprėjantis autokratinis Prezidento T. Erdogano valdymo stilius yra sunkiai suderinamas su ES skatinamomis vertybėmis ir Turkijos ambicijomis tapti ES nare. Todėl narystės derybų sustabdymas atrodo priverstine, bet reikalinga priemone.

Kartu pranešime pasigendu priemonių ir siūlymų dėl to, ką ES gali padaryti tam, kad santykiai su Turkija neblogėtų.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Fui favorável à aprovação desta proposta de resolução que votou o congelamento das negociações com a Turquia, com vista à sua adesão à União Europeia (UE).

É verdade que a Turquia é um país amigo e um importante parceiro estratégico da UE, mas os recentes acontecimentos de repressão desmesurada, adotados pelo governo turco ao abrigo do estado de emergência, não nos podem deixar indiferentes, atenta a sua gravidade, desproporção e mesmo violação dos direitos constitucionais deste país e dos valores democráticos nos quais radica a UE e pelos quais se rege.

Nessa medida, condeno todas as medidas repressivas tomadas pelo governo de Erdogan e que têm sido levadas a cabo desde a tentativa de golpe militar ocorrida em Julho.

Tais ações fazem crer que não existe também do lado do atual Governo da Turquia uma vontade política equiparada e empenhada em manter a relação privilegiada com a UE, seguindo o Governo um caminho diferente.

De todo o modo, a atual situação não deve deixar de acautelar o apoio importante aos cidadãos e à sociedade civil turca e não obsta, naturalmente, a que uma alteração superveniente das circunstâncias possa criar as condições necessárias ao reatar das negociações.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se acuerda suspender temporalmente los acuerdos de adhesión de Turquía a la Unión, al menos hasta que se levante el estado de emergencia. La resolución condena claramente la represión desproporcionada del gobierno de Erdogan y específicamente la represión al HDP. Deja, sin embargo, la puerta abierta a que se puedan retomar las negociaciones más adelante.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Se votaba en este caso una resolución sobre las relaciones entre la Unión y Turquía, en la que se habla de revisar el Instrumento Europeo de Preadhesión y llama a la Comisión y a los Estados miembros a congelar temporalmente las negociaciones de preadhesión de Turquía. Además, la resolución comienza con una «fuerte condena de las desproporcionadas medidas represivas de Turquía desde el fallido intento de golpe militar», lo que considero muy positivo.

Si bien el documento también contiene algunos elementos con los que no concuerdo, como la petición de aumentar la contribución a través del Instrumento Europeo para la Promoción de la Democracia y los derechos humanos, también tiene puntos muy positivos, como la referencia a las detenciones de diputados del partido kurdo HDP.

Por esto, mi voto final fue a favor de esta resolución.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as the report does not go far enough into saying that Turkey should never join the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of the resolution on Turkey which calls on the EU to freeze accession talks with Turkey in response to Ankara's recent crackdown on political opposition and freedom of press, until the Turkish Government returns to the path of respect for the rule of law and human rights. The EU needs to send a strong signal to the Turkish Government that what is going on there is not acceptable. This is necessary for the EU to retain a credible foreign policy.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Turecko je dôležitý partner EÚ a očakáva sa od neho ako od kandidátskej krajiny, aby presadzovalo najvyššie normy demokracie vrátane dodržiavania ľudských práv, zásad právneho štátu, základných slobôd a všeobecného práva na spravodlivý proces. Európska únia a Európsky parlament dôrazne odsúdili neúspešný vojenský prevrat v Turecku a uznali legitímnu zodpovednosť tureckých orgánov za trestné stíhanie osôb, ktoré sú zaň zodpovedné a ktoré sa na ňom podieľali. Represívne opatrenia tureckej vlády počas výnimočného stavu sú však neprimerané, v rozpore so základnými právami a slobodami chránenými tureckou ústavou, s demokratickými hodnotami, na ktorých sa zakladá Európska únia a s Medzinárodným paktom o občianskych a politických právach. Z tohto dôvodu sme uznesením vyzvali Komisiu a členské štáty, aby iniciovali dočasné zmrazenie prebiehajúcich rokovaní s Tureckom o pristúpení. Opätovné zavedenie trestu smrti tureckou vládou by viedlo k formálnemu zastaveniu procesu pristúpenia. Aj keď je Turecko významný partner EÚ, politická vôľa pre spoluprácu musí byť na obidvoch stranách partnerstva. Súčasné opatrenia vlády vzďaľujú Turecko od jeho európskeho smerovania.

Csaba Sógor (PPE), *in writing*. – It is sad to witness how Mr Erdoğan's attempts to handicap the democratic process in Turkey continue to intensify and there are ever fewer pillars of democracy left unscathed.

He started with freedom of speech a while ago, with mass imprisonment of journalists and his latest destruction is that of non-discrimination and human rights by labelling the opposition HDP party leaders as terrorists and lodging a criminal complaint against the CHP party.

Particularly since the 2016 coup attempt, prospects for restoration of democratic structures in Turkey seem to be gravely dim; Erdoğan intends on using all the tools of power at his disposal to wipe out the system of checks and balances.

Despite all the progress that was once made by Turkey which could be largely attributed to the positive effects of the enlargement process, at the moment, it is difficult to see how it is possible to continue enlargement negotiations with such an autocratically-ruled country.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Podpořila jsem usnesení Evropského parlamentu o vztazích EU a Turecka, které jsem spolupodepsala. Turecko se vypořádává s řadou problémů, přesto pro nás zůstává klíčovým partnerem v mnoha ohledech. Avšak vývoj politiky prezidenta Erdogana je velmi znepokojující. Jako příklad lze uvést i to, že parlamentní delegace EU – Turecko se již rok a půl nesešla, a to z důvodů neochoty turecké strany. Přitom oba parlamenty, evropský i turecký, projednávají zásadní otázky pro obě strany a měly by o nich vést společnou diskusi. Souhlasím s tím, že vhodnou reakcí na současný vývoj je dočasné zmrazení jednání o přistoupení Turecka k EU a pozastavení plateb z předvstupní pomoci. Potřebujeme čas na to, abychom si řekli, jaká má být forma budoucí spolupráce. Nejsem zastánkyní plného členství Turecka v EU, ale domnívám se, že vhodnou formou může být privilegované partnerství nebo přidružené členství. Dnes jsme dali Turecku najevo, že vývoj, kterým se ubírá, vzdaluje Turecko od EU. Přestože doporučujeme pozastavit jednání o vstupu, rozhodně nevoláme po ukončení dialogu. Je na Turecku, zda si zvolí cestu definitivního odklonu od hodnot, na kterých stojí Evropské unie a ke kterým ještě donedávna směřovalo.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Terecht vindt een meerderheid van parlementsleden dat het onderhandelingsproces over de eventuele toetreding van Turkije tot de Europese Unie moet worden bevroren. De groene fractie wil graag ook de visumliberalisering, Erdogans stokpaardje, terugdraaien. Door in dialoog te blijven met Turkije kunnen we een ultieme vervreemding van elkaar proberen te verhinderen, maar we mogen onze ogen niet sluiten voor wat vandaag de dag in Turkije gebeurt.

Ik vind het belangrijk dat de rechtsstaat gerespecteerd wordt en dat de coupplegers in Turkije vervolgd worden. Maar de schendingen van de mensenrechten, het onderdrukken van de oppositie en criminaliseren van journalistieke activiteiten hebben niet veel meer te maken met de rechtsstaat. Weerstand bieden aan president Erdogan lijkt een reden op zich om in de gevangenis te belanden, gerechtelijk vervolgd of ontslagen te worden. Hiertegen moet Europa klare taal spreken. Dit kan niet langer door de beugel en legitimeert het bevriezen van de onderhandelingen over eventuele toetreding. Deze boodschap is tevens bedoeld voor Erdogan: bij een eventuele herinvoering van de doodstraf, zullen de onderhandelingen stante pede worden opgeschort.

Сергей Станишев (S&D), *в писмена форма*. – С тази резолюция ЕП дава ясен политически сигнал, че не правим компромис с нашите ценности и принципи, че не може да търгуваме свободата на словото, върховенството на закона и правата на гражданите, че не си затваряме очите за ставащото в страната след провалия опит за преврат. ЕС трябва временно да замрази преговорите за членство на Турция и да оцени внимателно как се използва предприсъединителната помощ. В същото време резолюцията доказва, че ЕС застава твърдо зад турския народ и правото му на свободно, демократично развитие.

Вярвам, че Турция принадлежи към голямото семейство на демократичните европейски страни. Готови сме да преразгледаме нашата позиция веднага щом се убедим, че въведените с извънредното положение репресивни, непропорционални на заплахата за сигурността мерки са отменени. Недопустимо е хиляди хора, включително легитимно избраните лидери и депутати на опозицията, да бъдат хвърляни в затвора без каквито и да било състоятелни обвинения и справедлив процес. Всички тези действия, атаките към Европа като цяло, ревизионизма, връщането на смъртното наказание и т.н. трябва да се разглеждат в контекста на стремежа да се осигури подкрепата на крайните националисти за силна президентска република.

Във всички срещи, които проведох в Турция наскоро, апелът на всички проевропейски сили беше единен: не ни оставяйте на произвола.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag weist zu Recht auf die sehr problematische Situation in der Türkei bezüglich der Einhaltung von Grundrechten, der Verfolgung von Journalisten und der Unterdrückung der politischen Opposition hin. Auch der Umgang mit Minderheiten wie den Kurden, die Diskussion um die allfällige Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei sowie die zweifelhafte Rolle der Türkei in Nordsyrien sind Gründe zur tiefen Besorgnis. Entsprechend habe ich für das Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, d. h. für diese Entschließung, gestimmt.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort beendet werden sollten. Stattdessen bedarf es einer neuen Grundlage für solide Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Türkei im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Für diese Position, welche zurzeit im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig ist, muss allerdings weiter geworben werden.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die jahrzehntelange Unehrlichkeit im Umgang mit der Türkei erklärt heute die Orientierungslosigkeit der EU angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen durch Merkel-Freund Erdoğan. Zwar beklagt die Straßburger Versammlung lautstark die innenpolitische Entwicklung der Türkei, weigert sich aber, die Beitrittsverhandlungen abzubrechen. CSU-Mann Manfred Weber plädiert offen für die Fortführung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, unisono mit den Grünen. Der CSU-Vize will die Verhandlungen halt nur eine Weile aussetzen, um sie später besser weiterführen zu können. Ich sage ganz klar: Wer aussetzt, denkt schon ans Weitermachen. Deswegen müssen die Beitrittsverhandlungen abgebrochen werden. Der Abbruch der Verhandlungen mit der Türkei kann von den EU-Institutionen durch eine einfache „Verbale Note" übermittelt werden. Denn bereits seit 1963 wird der Türkei-Beitritt verhandelt und bereits 2005 wurde die Türkei offiziell Beitrittskandidat. Dadurch erhielt sie bisher mehr als 10 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt als Beitrittshilfen. Während der Despot vom Bosporus weiterhin der beste Freund von Merkel, Schulz und Juncker ist, beantragen türkische Soldaten politisches Asyl in Deutschland. Schluss mit dem Türkei-Beitritt! Deswegen habe ich gemeinsam mit Kollegen namens unserer Fraktion Europa der Freiheit und der Direkten Demokratie (EFDD) einen Entschließungsantrag eingereicht. Darin fordern wir den Rat auf, die Verhandlungen mit der Türkei über einen Beitritt mit sofortiger Wirkung einzustellen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Predsjednik Erdogan i turska vlada udaljavaju se od vladavine prava i koriste se agresivnom komunikacijom prema EU-u te će se predložiti zamrzavanje pregovora i predpristupne pomoći Turskoj, što će biti jasan signal da ne toleriramo trenutačnu situaciju u toj zemlji.

EU je zadnjih deset godina podupirao europski put Turske i njezin prijelaz u modernu demokraciju i tržišnu ekonomiju. Turska je bila viđena kao svijetli primjer demokracije u Islamskoj državi, nasuprot arapskim državama zahvaćenim nemirima i vojnim sukobima.

Autoritaran režim koji je 2013. počeo uvoditi tada premijer, a sada predsjednik Erdogan, udaljio je Tursku od EU-a, a posebno nakon državnog udara iz srpnja ove godine i tada uvedenih represivnih mjera.

Ne podupirem ovu Rezoluciju jer smatram da Turska mora promijeniti svoj politički smjer i vratiti se na put demokracije kako bi mogla ponovno krenuti k Europi. EU će i dalje održavati dobre odnose s ljudima iz Turske koji žive unutar Europe.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Τουρκία δεν έχει καμία θέση στην Ευρωπαϊκή Ένωση διά τον απλούστατο λόγο ότι δεν ανήκει στην Ευρώπη σε όλα τα επίπεδα, όπως η κουλτούρα, τα ήθη, τα έθιμα και η ιστορία.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Annak érdekében, hogy alelnöki tisztségemből fakadó kötelezettségem miatt ne kerüljek önellentmondásba, azokban az esetekben, amikor a név szerinti, gombnyomásos szavazások során a frakció másképpen szavaz, mint a magyar képviselők, akkor közvetlenül nem veszek részt a szavazásban. Vagyis nem nyomom meg a szavazógombot, de feltett kézzel jelzem a néppárti frakciónak a korábban közösen eldöntött szavazási álláspontot. Jelen esetben is így jártam el.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a határozatot, mert úgy látom, az EU többi intézménye részéről megnyilvánuló tartós tétlenség okán az Európai Parlamentnek kell rámutatni, hogy a török kormányzat antidemokratikus politikája, legutóbbi polgári és emberi jogsértései – a puccskísérlettel való leszámolás ürügyén – immár minden nemzetközi jogi normán és különösen az EU értékein és jogán túlmennek.

Elismerem, hogy Törökország az EU különösen fontos partnere, tagjelöltje, amelynek a nemzetközi migrációs válság kezelésében és a terrorizmus elleni harcban is kiemelt szerepe van, de ez nem lehet ok arra, hogy az Erdogan-rezsim politikai zsarolás tárgyává tegye az EU-val és tagállamaival való viszonyát. A tömeges, tízezreket érintő jogellenes megtorlás, a sajtó és számos más hivatás képviselőinek üldözése, a politikai önkény eluralkodása nem maradhat következmény nélkül a csatlakozási folyamat terén sem. Úgy vélem, a koppenhágai kritériumok az EU minden tagjára és tagjelöltjére egyformán érvényesek, ezért a jelen helyzetben egyetértek azzal, hogy bizonyos feltételek teljesüléséig a csatlakozási tárgyalásokat az EU részéről átmenetileg függesszük fel.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Próba zamachu stanu, która miała miejsce w Turcji 15 lipca 2016 roku spowodowała śmierć setek ludzi. Ponad 2 tys. osób zostało rannych. Kilka dni później władze tureckie ustanowiły stan wyjątkowy, który obecnie daje władzy niemal nieograniczoną kontrolę nad społeczeństwem. Parlament Europejski w swojej wcześniejszej rezolucji zdecydowanie potępił zamach stanu w Turcji, ale też podkreślił wagę ochrony demokracji. Ta natomiast w przyjaznym nam do tej pory państwie wydaje się być łamana. Z tych powodów Parlament Europejski powinien dać jednoznaczny sygnał, że negocjacje akcesyjne prowadzone z Turcją powinny zostać zamrożone i nie mogą być kontynuowane w obecnej sytuacji. Państwo, które nie przestrzega zasad demokracji i państwa prawa, rozważa stosowanie kary śmierci, prześladuje setki tysięcy obywateli, ogranicza wolność słowa, działalność niezawisłych sadów i niezależnych mediów nie może stać się częścią europejskiej wspólnoty.

Obie strony powinny podjąć dialog na rzecz pokojowego i demokratycznego rozwiązania napiętej sytuacji w Turcji. Należy bowiem pamiętać, że zamrożenie procesu negocjacyjnego będzie miało negatywne skutki dla obu stron.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Situația din Turcia a devenit foarte complexă în urma tentativei eșuate de lovitură de stat militară de la sfârșitul lunii iulie a acestui an. Măsurile luate de guvernul turc pentru pedepsirea celor implicați se situează dincolo de limita respectării drepturilor fundamentale ce stau la baza valorilor Uniunii Europene. În același timp, Turcia este un partener important al UE în regiunea Orientului Mijlociu, mai ales în contextul răspunsului în fața crizei refugiaților și al combaterii terorismului generat de conflictele civile din Siria și Irak.

În condițiile în care Turcia este stat candidat la statutul de membru al Uniunii Europene, statele membre și instituțiile europene trebuie să analizeze foarte atent măsurile luate de regimul de la Ankara. Măsurile disproporționate luate de autorități nu sunt de natură să normalizeze situația la nivelul țării și pot degrada în mod decisiv calitatea democrației din Turcia. Trebuie să acordăm prioritate drepturilor fundamentale ale cetățenilor turci, indiferent de orientările politice sau originea etnică, și să sprijinim societatea civilă din această țară pentru a contribui la consolidarea democrației. Nu putem însă accepta derapajele democratice ale regimului de la Ankara, dacă avem în vedere o posibilă aderare a Turciei la UE.

Susțin adoptarea acestei rezoluții extrem de importante.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte dont je suis cosignataire, nous condamnons fermement les mesures répressives disproportionnées appliquées en Turquie depuis la tentative manquée de coup d'État militaire en juillet 2016 et réaffirmons notre engagement en faveur du maintien de l'ancrage de la Turquie à l'Union européenne. Nous invitons toutefois la Commission et les États membres à entamer un gel temporaire des négociations d'adhésion en cours avec la Turquie.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Recent developments in Turkey since the failed coup of July 2016 have pointed to the worsening human rights situation in the country, including the muzzling of free press and the detention of thousands of Turkish journalists and political opponents. As a result, the motion for a resolution on EU-Turkey relations calls for a temporary freeze of the ongoing accession negotiations with Turkey. I voted in favour of the motion for a resolution, because I believe that the EU has a responsibility to honour its commitments to protecting human rights and freedom of expression, and it needs to do more to pressure Turkey to reconsider its aggressive measures against its political opposition.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La situazione in Turchia è piuttosto complessa e preoccupante. Dal tentativo di golpe di qualche mese fa stiamo assistendo a un pericoloso avanzamento verso una forma di Stato sempre più autoritario e la democrazia appare in pericolo. Si tratta di una cosa inaccettabile per un paese che ha ambizioni di entrare a far parte dell'Unione europea. In Turchia sono state arrestate, solo negli ultimi mesi, più di 140.000 persone e 11 deputati del partito Curdo HDP sono stati incarcerati. Una Turchia democratica che pone il rispetto dei diritti umani in cima alla propria azione sarebbe un alleato fondamentale per l'Unione europea in uno scenario complicato come quello mediorientale. Purtroppo siamo ben lontani dal raggiungere questo obiettivo. Ho votato quindi a favore di questa risoluzione che afferma che esistono tutte le condizioni per un congelamento temporaneo dei colloqui relativi all'adesione della Turchia all'Unione europea.

László Tőkés (PPE), *írásban*. – Törökország az Európai Unió fontos stratégiai partnere. Tagjelölt országként kötelezettséget vállalt a demokrácia, az emberi jogok, a jogállamiság és az alapvető szabadságok legmagasabb szinten való érvényesítse tekintetében. A tárgyalási keret ötödik pontja úgy rendelkezik, hogy amennyiben Törökországban súlyosan és tartósan megsértik az Európai Unió alapját képező elveket, úgy a Bizottság saját kezdeményezésére vagy a tagállamok egyharmadának kérésére a tárgyalások felfüggesztését ajánlja, és javaslatot tesz a tárgyalások lehetséges folytatásának feltételeire.

A Törökország–EU partnerségben az együttműködésre irányuló politikai akaratnak mindkét fél részéről meg kell lennie. Törökország azonban nem tanúsítja ezt a politikai akaratot, hangsúlyozza a jelentés. A kormány fellépései a júliusi puccskísérlet óta ugyanis egyre inkább eltérítik Törökországot az Európa felé vezető útról. A jelentésben az Európai Parlament határozottan elítéli a törökországi puccskísérletet, nem kevésbé pedig az azt követő, a szükségállapot folyamán foganatosított, aránytalanul súlyos intézkedéseket, melyek az alkotmány által előírt alapvető jogokat és szabadságokat sértik. Továbbá a Parlament súlyos aggodalmát fejezi ki a letartoztatott személyek életkörülményei, valamint a véleménynyilvánítás szabadságát, a sajtót és médiát sújtó megszorítások miatt. Mindezeket szem előtt tartva, szavazatommal támogattam a jelentést.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Ne podržavam Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o odnosima EU-a i Turske. Poštovao sam odluku koja je donesena od strane hrvatskog ministra vanjskih poslova te glasao u skladu s njom.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o odnosih med EU in Turčijo sem podprla. EU je strogo obsodila vojaški udar, ki se je zgodil v Turčiji in stoji za tem, da je potrebno najti odgovorne ljudi ter jih primerno kaznovati. Vendar ne na tako represiven način kot to počne Turčija - referendum o ponovni uvedbi smrtne kazni. Evropa mora poslati jasen signal, da država, ki želi ponovno uvedbo smrtne kazni ne more biti del Evropske Unije. Signal mora biti razumljiv tudi v Turških očeh. Izkoristiti vojaški udar za kršenje človekovih pravic je nedopustno. Na tisoče javnih uslužbencev je izgubilo službo, omejena je medijska svoboda, nekatere medijske hiše/prodajalne so zaprte, v zaporu so nekateri člani turškega parlamenta. Takšen razvoj dogodkov je res zaskrbljujoč. Suverenost se ne sme graditi na podlagi strahu. Turčijo moramo jemati kot prijateljico in partnerico. V dobro svojih državljanom mora Turčija spremeniti tok dogodkov. Vsa nadaljnja pogajanja o vstopu Turčije v Evropsko Unijo morajo biti zamrznjena.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se acuerda suspender temporalmente los acuerdos de adhesión de Turquía a la Unión, al menos hasta que se levante el estado de emergencia. La resolución condena claramente la represión desproporcionada del gobierno de Erdogan y específicamente la represión al HDP. Deja, sin embargo, la puerta abierta a que se puedan retomar las negociaciones más adelante.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Dieser Entschließungsantrag weist zu Recht auf die sehr problematische Situation in der Türkei bezüglich der Einhaltung von Grundrechten, der Verfolgung von Journalisten und der Unterdrückung der politischen Opposition hin. Auch der Umgang mit Minderheiten wie den Kurden, die Diskussion um die Wiedereinführung der Todesstrafe in der Türkei sowie die zweifelhafte Rolle der Türkei in Nordsyrien sind Gründe zur tiefen Besorgnis. Entsprechend habe ich für das Einfrieren der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, d. h. für diese Entschließung, gestimmt.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sofort beendet werden sollten. Stattdessen bedarf es einer neuen Grundlage für solide Beziehungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Türkei im Sinne einer strategischen Partnerschaft. Für diese Position, welche zurzeit im Europäischen Parlament nicht mehrheitsfähig ist, muss allerdings weiter geworben werden.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because a suspension of membership talks is necessary. Turkey and the Erdogan Government are systematically breaching the rule of law and basic democratic principles.

These behaviours are incompatible with EU values. Our citizens would not understand if we wouldn't take such stance.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution préconisant le gel des négociations sur l'adhésion de la Turquie à l'Union européenne. Depuis le début de ces négociations en 2005, c'est la première fois que le Parlement demande une sanction contre ce pays qui ne répond aucunement aux critères d'adhésion à l'Union.

Le Front national est favorable à l'arrêt définitif des négociations relatives à l'adhésion de la Turquie. Non seulement la Turquie n'est pas un pays européen, mais les droits fondamentaux y sont constamment et systématiquement bafoués. Les arrestations de députés, de magistrats et de journalistes sont inacceptables, tout comme la censure des médias et des réseaux sociaux. La Turquie doit également arrêter la persécution des minorités religieuses.

Entre 2005 et 2016, l'Union européenne a versé près de 10 milliards à la Turquie dans le cadre de l'instrument d'aide de préadhésion (IAP). Il est inadmissible de continuer à payer pour la Turquie.

Ni par son histoire, ni par sa culture, ni par sa géographie, et encore moins depuis la prise en mains autoritaire et islamiste d'Erdoğan, la Turquie ne peut prétendre à devenir européenne.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – W Turcji pogłębia się chaos społeczny i polityczny w następstwie domniemanego zamachu stanu z lipca ubiegłego roku. Celem puczu miało być obalenie prezydenta Erdogana, oskarżanego o autorytarny styl rządzenia i podważanie podstawowych praw i wolności. W rezolucji Parlamentu Europejskiego w sprawie Turcji z kwietnia 2016 roku wyrażono głębokie zaniepokojenie z powodu regresu w obszarze demokracji i praworządności oraz spadku ogólnego tempa reform w kraju. Od tego czasu stale rośnie ryzyko zamrożenia przez Komisję i państwa członkowskie rozpoczętych negocjacji akcesyjnych z Turcją. Wstrzymałem się od głosu ze względu na brak nowych wątków w relacjach między oboma podmiotami.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la que se acuerda suspender temporalmente los acuerdos de adhesión de Turquía a la Unión, al menos hasta que se levante el estado de emergencia. La resolución condena claramente la represión desproporcionada del gobierno de Erdogan y específicamente la represión al HDP. Deja, sin embargo, la puerta abierta a que se puedan retomar las negociaciones más adelante.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Esu susirūpinęs dėl teisinės valstybės, demokratijos ir žmogaus teisių.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución por la gravedad de la actuación del Gobierno turco limitando hasta el extremo las libertades en Turquía. Arbitrariamente, sin juicios, han sido separados de la función pública miles de funcionarios; miles de profesores han sido expulsado o detenidos. Medios de comunicación cerrados. Casi doscientos diputados han sido privados de sus derechos. Los líderes del tercer partido de Turquía, el socialdemócrata HDP, han sido encarcelados.

Para quienes queremos una Turquía más cercana a la Unión es muy triste pedir la congelación de las negociaciones de adhesión. Pero se debe mandar un mensaje claro al gobierno turco, que la Unión no puede aceptar que se manipule la justicia y se vulneren las libertades y derechos fundamentales bajo acusaciones sin respaldo judicial.

El estado de emergencia está siendo la coartada para una verdadera purga.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Se votaba en este caso una resolución sobre las relaciones entre la Unión y Turquía, en la que se habla de revisar el Instrumento Europeo de Preadhesión y llama a la Comisión y a los Estados miembros a congelar temporalmente las negociaciones de preadhesión de Turquía. Además, la resolución comienza con una «fuerte condena de las desproporcionadas medidas represivas de Turquía desde el fallido intento de golpe militar», lo que considero muy positivo.

Si bien el documento también contiene algunos elementos con los que no concuerdo, como la petición de aumentar la contribución a través del Instrumento Europeo para la Promoción de la Democracia y los derechos humanos, también tiene puntos muy positivos, como la referencia a las detenciones de diputados del partido kurdo HDP.

Por esto, mi voto final fue a favor de esta resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de repressieve maatregelen van de Turkse regering in het kader van de noodtoestand disproportioneel zijn en in strijd zijn met de fundamentele rechten en vrijheden die in de Turkse grondwet zijn verankerd en met de democratische waarden waarop de Europese Unie is gegrondvest.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite de la tentative de coup d'État en Turquie, unanimement condamnée, le régime de Recep Tayyip Erdoğan s'est lancé dans une répression affectant tous les secteurs de la société.

La répression toucherait aujourd'hui près de 130 000 personnes. L'état d'urgence a été proclamé le 20 juillet 2016 et reconduit pour trois mois à compter du 19 octobre 2016.

Des milliers de fonctionnaires dans l'armée, la police, mais aussi la justice, l'éducation ou la santé ont été démis de leurs fonctions. Les ONG ont alerté quant aux constantes violations des droits humains. De nombreux élus locaux et nationaux du parti progressiste HDP ont été destitués ou arrêtés.

Cette résolution condamne fermement les mesures répressives disproportionnées appliquées en Turquie. Elle demande surtout à la Commission et aux États membres de geler provisoirement les négociations d'adhésion en cours.

Cette résolution indique aussi clairement que le rétablissement de la peine de mort conduirait *ipso facto* à la suspension du processus d'adhésion de la Turquie à l'Union. Encore faut-il qu'elle soit suivie d'effets auprès des autres institutions européennes, et notamment du Conseil, seul compétent pour prendre une décision dans ce domaine.

Cette position du Parlement européen est importante pour tous les démocrates et progressistes de Turquie. J'ai bien évidement voté pour cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – As medidas repressivas tomadas pelo Governo turco ao abrigo do estado de emergência são desproporcionadas e violam os direitos e liberdades fundamentais protegidos pela Constituição turca, os valores democráticos que a União Europeia apregoa.

Desde a tentativa de golpe de Estado, as autoridades detiveram 10 membros da Grande Assembleia Nacional da Turquia e cerca de 150 jornalistas (o maior número de detenções deste tipo a nível mundial). 2386 juízes e procuradores e outras 40 000 pessoas foram detidas, das quais mais de 31 000 continuam detidas. Segundo o relatório de 2016 da Comissão relativo à Turquia, 129 000 funcionários públicos permanecem suspensos (66 000) ou foram demitidos (63 000), na sua maioria sem qualquer acusação até à data.

Esta situação merece naturalmente o nosso repúdio, mas não nos impede de considerar a necessidade de a UE, em matéria de direitos humanos, olhar para dentro das suas fronteiras onde as políticas de austeridade atentam diariamente contra os direitos sociais e humanos mais básicos. Ao mesmo tempo que crescem os milionários europeus, milhões de seres humanos vivem sem trabalho, sem rendimento e muitas vezes sem teto. Esta é a triste realidade.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Da die Änderungsanträge meiner Fraktion (Forderung nach kompletter Beendigung statt bloßer Aussetzung der Beitrittsverhandlungen; Forderung nach Streichung der Heranführungshilfe (rund 1 Mrd. € jährlich)) leider nicht angenommen wurden, musste ich mich meiner Stimme enthalten. Der Umstand mit Blick auf die Aussage Erdoğans, die Einführung der Todesstrafe zu unterzeichnen, würde sie ihm vom türkischen Parlament vorgelegt, und das Ausbleiben jeglicher Sanktion vonseiten der EU lassen darauf schließen, dass die gemeinsame Resolution nicht einmal im eigenen Haus ernst genommen wird.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che prevede il congelamento dei negoziati tra Unione europea e Turchia. Ritengo che non possiamo restare indifferenti davanti alle continue violazioni da parte della Turchia dei diritti fondamentali e delle norme basilari che garantiscono lo Stato di diritto.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I continue to express my strong concern for the grave human rights violations going on in Turkey, which I have witnessed first-hand, especially in the Kurdish regions. The mass arrests and crack down on media outlets and journalists must stop. I therefore welcome the freezing of EU-Turkey accession talks, a step which must be followed by harsher and more determined measures, unless the Turkish Government restores full democracy and upholds human rights and the rule of law. Turkish authorities must also stop committing atrocities in the Kurdish regions, and must allow the world's media to access the area in order for the true situation to be reported on.

I reiterate my call that all imprisoned HDP MPs must be released immediately.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution. However, I condemn the disproportionate repressive measures taken in Turkey after the failed military coup attempt. The ongoing accession of Turkey to the EU should be temporarily frozen. I believe that Europe's approach towards Turkey right now should only change in case the rule of law and human rights are restored throughout the country.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Podporila som dané uznesenie, pretože situácia v Turecku je naďalej vážna a opätovne dochádza k porušovaniu základných ľudských a občianskych práv. Vzťahy EÚ a Turecka sa od neúspešného vojenského prevratu zásadným spôsobom zmenili. Turecko sa začína výrazným spôsobom odkláňať od proeurópskeho smerovania, čoho dôkazom je aj snaha o znovuzavedenie trestu smrti v krajine. Turecko si je vedomé, že takýto krok by definitívne pochoval prístupové rokovania s EÚ. Podporujem výzvu za zmrazenie prístupových rokovaní až dovtedy, kým turecká vláda neustúpi od neprimeraných represívnych opatrení prijatých po neúspešnom pokuse o prevrat. Turecko sa nachádza na pomyselnom rázcestí vzťahov s EÚ. Rozhodnutie Turecka o tom, ktorou cestou sa vyberie, môže zásadným spôsobom predefinovať naše vzájomné vzťahy.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Tuto společnou rezoluci Evropského parlamentu jsem podpořil, protože vztahy EU s Tureckem považuji za velice důležité, a to především při řešení současné migrační krize, kdy spolupráce právě s Tureckem hraje zásadní roli. Z toho důvodu jsem hlasoval proti návrhu, který vzhledem k současnému politickému vývoji v Turecku žadá o dočasné pozastavení probíhajících jednání o přistoupení Turecka. V žádném případě nesmíme zavírat oči před tím, co se v Turecku děje. Hledejme ale jiné nástroje, které budou jasně reflektovat náš nesouhlas s politikou prezidenta Erdogana. Pozastavení jednání situaci nevyřeší a rozhodně nepomůže při řešení pohybu uprchlíků.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Spoločný návrh uznesenia o vzťahoch medzi Európskou úniou a Tureckom som podporila. Hlavnou témou tohto uznesenia bolo zhodnotenie situácie v Turecku po júlovom neúspešnom pokuse o štátny prevrat a represívne opatrenia, ktoré po ňom nasledovali. Hoci si myslím, že Turecko je významným partnerom Európskej únie, nemôžeme zatvárať oči pred vlnou perzekúcií, ku ktorým po neúspešnom pokuse o prevrat pristúpilo. Mnoho novinárov, opozičných politikov, sudcov či akademikov bolo zatknutých alebo prenasledovaných. Situácia sa vyhrotila až do takej miery, že podľa môjho názoru nie je možné pokračovať v prístupových rokovaniach, a to až dovtedy, kým Turecko tieto neprimerané represívne opatrenia nezruší. Opatrenia tejto povahy, a to najmä pokusy o znovuzavedenie trestu smrti, sú totiž v jasnom rozpore so základnými hodnotami Európskej únie, ktoré musí každá krajina usilujúca sa o pristúpenie k EÚ bezpodmienečne dodržiavať.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Ne podržavam prijedlog rezolucije kojom se traži zaustavljanje pregovora s Turskom iz dva jako važna razloga. Prvo, Turska, zbog svojeg izuzetnog geostrateškog i geopolitičkog položaja predstavlja stožernu zemlju na Bliskom istoku te je suradnja Europske unije s Turskom u rješavanju svih sigurnosnih pitanja na tom području ključna. Turska je važan partner Europskoj uniji u upravljanju izbjegličkim valovima i podnijela je značajne napore primanjem velikog broja izbjeglica iz ratom zahvaćenih područja. Aktivni angažman Turske u ratnom sukobu u Siriji odražava spremnost na odgovorno vođenje vanjske politike koja je u skladu s europskim pokušajima okončanja stanja trajnog rata. S druge strane, smisao pristupnih pregovora jest uočavanje nepravilnosti i nedorečenosti sustava, njegovih slabih točaka i pokušaj uspostave okvira koji će biti preduvjet za budući razvoj i napredak u svim područjima, tako i u pitanju zaštite ljudskih prava i demokratskih vrijednosti.

Zaustavljanje pristupnih pregovora u ovom trenutku samo bi poništilo dosada uložene napore u reforme i promjene i nije dobra poruka Turskoj, ali ni drugim zemljama kandidatkinjama jer ne odražava dosljednost politike proširenja.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o odnosih med EU in Turčijo.

Turčija je pomembna partnerica EU in od nje se kot države kandidatke pričakuje spoštovanje najvišjih standardov demokracije, vključno s spoštovanjem človekovih pravic, pravne države, temeljnih svoboščin in splošne pravice do poštenega sojenja. Turčija je članica Sveta Evrope in je zato zavezana spoštovati Evropsko konvencijo o človekovih pravicah.

Ker pa so represivni ukrepi, ki jih je v izrednih razmerah sprejela turška vlada, nesorazmerni in v nasprotju s temeljnimi pravicami in svoboščinami, zagotovljenimi s turško ustavo, ter demokratičnimi vrednotami in načeli pravne države, na katerih temelji Evropska unija, je zamrznitev pogajanj, v skladu s petim odstavkom pogajalskega okvira za pristopna pogajanja s Turčijo, nujen in potreben ukrep, dokler turška vlada ne preneha z omenjenimi kršitvami.

9.5. Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen (B8-1229/2016, B8-1235/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Seán Kelly (PPE). – Mr President, EU accession to the Istanbul Convention on Preventing and Combating Violence against Women would again emphasise our clear condemnation of gender inequality. By setting legally binding standards in this sphere, we would hope to prevent gender-based violence, protect victims, identify and punish perpetrators and raise awareness across the EU. In the light of considerable disparities across the EU, in both the reporting and handling of reports of violence against women, I believe it to be essential that we speed up negotiations and the signing of this Convention.

The implementation and coordination of more proactive policies would therefore represent a marked step towards the protection of human rights for all. In conclusion, I would like to compliment the rapporteurs, my colleagues Anna Maria Corazza Bildt and Barbara Matera, for their good work and I look forward to the day when motions like this will not be necessary and when women do not suffer violence as they are unfortunately continuing to do.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa risoluzione accoglie favorevolmente la proposta della Commissione di firmare e concludere l'adesione dell'UE alla convenzione di Istanbul, in quanto in tal modo ci si potrà dotare di un quadro giuridico europeo coerente al fine di impedire e combattere la violenza nei confronti delle donne e la violenza di genere, oltre a esercitare un'ulteriore pressione politica sugli Stati membri affinché ratifichino anch'essi tale strumento. Per tali motivi ho votato a favore.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El 33 % de las mujeres europeas ha sufrido algún tipo de violencia, familiar, sexual, acoso en el trabajo, etc. Una sociedad donde la mitad de la población, las mujeres, se encuentra en riesgo continúo de ser víctima de violencia de genero nos exige a todos asumir responsabilidades y trabajar para eliminar esta injusticia.

He votado a favor de esta resolución porque considero que es muy importante que la Unión se adhiera cuanto antes al Convenio de Estambul, porque es el primer instrumento jurídicamente vinculante adoptado y constituye el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra la mujer como una grave violación de los derechos humanos. Por ello es también urgente que todos los Estados miembros lo ratifiquen. Es igualmente necesario un acto jurídico de la Unión que permita que las medidas legislativas, preventivas y correctivas del Convenio de Estambul pasen formar parte del sistema jurídico de los Estados miembros, para que el Tribunal de Justicia de la Unión tenga potestad para dictar sentencias.

Soy consciente de que legislar no es la única solución pero sí la manera de comprometer y obligar a las instituciones públicas en la lucha contra la violencia a las mujeres.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, puesto que insta a la Unión y a sus Estados miembros a adherirse al Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres.

Lamentablemente, a pesar de que todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, solo catorce lo han ratificado. Esto es muy grave, puesto que resulta imprescindible una reacción decidida de la Unión para acabar de una vez por todas con la violencia machista. Cada segundo cuenta, y, necesitamos que la Comisión Europea y los Estados se pongan de acuerdo y se tomen en serio este problema con una voluntad política real.

El Convenio reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos y es, sin duda, un paso enorme que la Unión debe aprovechar para tomar medidas políticas y judiciales contra la violencia machista, ante los gravísimos hechos como en el Estado español donde 39 mujeres han sido asesinadas a manos de sus maltratadores en lo que llevamos de año.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The accession to the Convention is an important step forward and can be built upon to go further, but there is more support needed from Member States and the Parliament. The resolution highlights the request for a European framework directive against violence against women, which is very important. It is hoped that this resolution will implore Member States who have not ratified the Convention to do so as a matter of urgency.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution visant à faire de la lutte contre les violences envers les femmes et les filles une priorité pour tous! 45% des femmes en Europe ont eu affaire au moins une fois dans leur vie à une violence sexiste. Du fait de l'absence d'harmonisation des politiques en ce domaine au niveau européen, elles ne sont pas protégées de la même façon selon le pays dans lequel elles vivent.

Un outil existe pour mieux protéger les femmes, prévenir les violences et poursuivre les responsables: c'est la Convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe, premier instrument international juridiquement contraignant sur la question. Si tous les États membres ont signé cette convention, seulement quatorze d'entre eux l'ont ratifiée, dont la France.

C'est pour cette raison que la Commission européenne a proposé, en mars 2016, que l'Union européenne puisse accéder à la Convention d'Istanbul. Cela constituerait un pas en avant très important pour davantage d'uniformisation des mesures de lutte contre cette violence sexiste inacceptable qui perdure aujourd'hui en Europe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl ES prisijungimo prie Stambulo konvencijos dėl smurto prieš moteris prevencijos ir kovos su juo. Apgailestauju, kad smurtas prieš moteris pernelyg dažnai laikomas asmeniniu klausimu ir yra pernelyg lengvai toleruojamas, nors iš tiesų tai yra pagrindinių teisių pažeidimas ir sunkus nusikaltimas, už kuriuos turi būti baudžiama. Nusikaltėlių nebaudžiamumas turi baigtis siekiant pralaužti užburtą moterų ir mergaičių, kurios yra smurto aukos, tylos ir vienišumo ratą. Deja, ES piliečiai ir gyventojai nevienodai saugomi nuo smurto dėl lyties, nes nėra nuoseklios sistemos ir skiriasi valstybių narių politika ir teisės aktai, inter alia, nusikaltimų apibrėžties ir teisės aktų taikymo srities atžvilgiu, todėl jie yra mažiau apsaugoti nuo smurto. Pritariu 2016 m. kovo 4 d. Komisijos pasiūlymui, kad ES prisijungtų prie Stambulo konvencijos – pirmosios teisiškai privalomos priemonės dėl smurto prieš moteris prevencijos ir kovos su juo tarptautiniu lygmeniu. Taip pat pritariu raginimui paspartinti diskusijas Taryboje dėl šio klausimo, o valstybes nares, kurios dar to nepadarė, nedelsiant ratifikuoti Stambulo konvenciją.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das Übereinkommen von Istanbul enthält eine große Anzahl von Maßnahmen, die der Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen dienen sollen. Dazu gehören beispielsweise die Verpflichtungen, die Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren, Daten zur Gewalt gegen Frauen zu sammeln und Gesetze zu erlassen, die unterschiedliche Arten von geschlechtsbezogener Gewalt kriminalisieren. Auf Vorschlag der Kommission hat die EU sich entschlossen, dem Übereinkommen beizutreten, und alle Mitgliedstaaten haben es unterzeichnet. Die Ratifizierung in den Mitgliedstaaten lässt allerdings auf sich warten. Ich unterstütze daher die von den Fraktionen gemeinsam eingebrachte Resolution, die die Mitgliedstaaten auffordert, den Ratifizierungsprozess zu beschleunigen. Darüber hinaus wird ein kohärenter europäischer Rechtsrahmen für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen und geschlechtsbezogener Gewalt im Allgemeinen gefordert.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes est un traité international adopté en 2011 à Istanbul. Elle a vocation à éradiquer tous les actes de violence fondés sur le genre qui entrainent pour les femmes des préjudices ou souffrances de nature physique, sexuelle, psychologique ou économique. Elle impose un cadre juridique contraignant interdisant le mariage forcé, les mutilations génitales féminines, la stérilisation contrainte ainsi que le harcèlement sexuel. À noter également que la convention inclut des objectifs plus discutables, notamment sur l'avortement.

En août 2016, 42 pays l'avaient signée, dont l'ensemble des États membres, et 21 pays l'avaient ratifiée, dont 14 États membres, y compris la France. La proposition de résolution commune demande au Conseil et à la Commission d'accélérer les négociations en vue d'adhérer à cette convention et réclame aux États membres de la ratifier. Le texte met aussi l'accent sur la protection des réfugiées ainsi que des femmes demandeuses d'asile.

L'UE n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention. Il s'agit une fois de plus d'une atteinte à la souveraineté des États membres qui seront désormais contraints de la ratifier. J'ai donc voté contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I fully support the aims of the convention I do not believe I should legitimise the European Union in signing international conventions. The United Kingdom is well on the way to ratifying this convention as a Member State. I voted to abstain on this resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La garantie et la promotion de l'égalité entre les femmes et les hommes est un objectif indiscutable de l'Union européenne, garanti par les traités. L'adhésion de l'Union à la convention d'Istanbul aidera l'Union à garantir un cadre juridique cohérent pour prévenir et combattre les violences à l'égard des femmes. Pour cette raison, j'ai donc salué la proposition de la Commission de signer et de conclure l'adhésion, et ai par conséquent voté en faveur de cette proposition.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Bien que l'objectif de cette résolution soit louable, je considère que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention qu'elle imposerait aux États membres, à qui devrait revenir la décision. L'Union européenne outrepasserait une nouvelle fois ses droits et porterait atteinte à la souveraineté des États, c'est pourquoi j'ai voté contre la résolution.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment approuvé cette résolution commune qui condamne vivement toutes les formes de violence envers les femmes ou les filles et s'inquiète de l'ampleur de la violence à leur égard au sein de l'Union. Le rapport exhorte notamment les États membres à collaborer afin de partager les bonnes pratiques et des méthodes efficaces de prévention de la violence et de protection des hommes et des femmes contre les violences à caractère sexiste.

La résolution constate enfin que les 28 États membres ont signé la convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique, ce qui met en évidence la volonté politique des États membres de faire cesser la violence à l'égard des femmes.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, porque aboga por la ratificación y pronta adhesión de la Unión al Convenio. También quiero expresar mi malestar con el Consejo, ya que las negociaciones no progresan al mismo ritmo que en el resto de instituciones europeas. La adhesión de la Unión garantizará un marco normativo europeo coherente para prevenir y combatir la violencia contra las mujeres y la violencia de género.

Es necesario que la Unión disponga, de una vez por todas, de un instrumento vinculante para perseguir con dureza este tipo de violencia. No es comprensible que países como Alemania o el Reino Unido, cuyas mujeres al frente de los gobiernos respectivos son de las más ponderosas del planeta, sigan sin ratificar el Convenio.

El Convenio reconoce la violencia contra la mujer como una violación de los derechos humanos y como una forma de discriminación, considerando responsables a los Estados si no responden de manera adecuada. Es el primer instrumento de carácter vinculante en el ámbito europeo en materia de violencia contra la mujer y la violencia doméstica.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – La violenza di genere rappresenta una forma estrema di discriminazione, una violazione dei diritti e delle libertà fondamentali delle vittime, che è al tempo stesso causa e conseguenza di ulteriori disuguaglianze. La violenza non genera esclusivamente danni fisici, sessuali, emotivi o psicologici, ma ha forti ripercussioni sui familiari e sulla società nel suo complesso. Ho sostenuto con convinzione la risoluzione presentata oggi in Parlamento perché ritengo un passo importante l'adesione dell'UE alla convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne. Il testo approvato invita il Consiglio e la Commissione ad accelerare i negoziati relativi alla firma e alla conclusione della convenzione, chiedendo a tutti gli Stati membri che non lo abbiano ancora fatto di ratificare quanto prima il trattato e assicurarne una corretta attuazione. Nessun intervento singolo può eliminare la violenza nei confronti delle donne e la violenza di genere, proprio per questo occorrono un insieme di azioni infrastrutturali, giuridiche, giudiziarie, culturali e sociali che spezzino il circolo vizioso del silenzio e della solitudine, aiutando le vittime e sensibilizzando la società. L'Europa può fare molto in questa direzione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – El 25 de noviembre ha sido señalado por las Naciones Unidas como el Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra la Mujer, la cual sigue siendo un fenómeno generalizado en la Unión. Hasta el momento, el Convenio del Consejo de Europa de Estambul es el acuerdo internacional más amplio que aborda la cuestión de la violencia contra las mujeres y las niñas y la violencia basada en el género desde una perspectiva holística. En marzo de 2016, la Comisión propuso que la Unión se adhiriera a la Convención de Estambul. Todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, pero sólo catorce lo han ratificado. La pregunta oral dirigida al Consejo y a la Comisión, así como la JMR, pretende acelerar la adhesión a la Convención y convencer a los Estados miembros que no lo hayan ratificado lo antes posible, conocer el estado de la negociación de la firma, las acciones que la Presidencia ha emprendido para acelerar la firma, el tiempo necesario para concluir la adhesión de la Unión a la Convención y el papel del Parlamento Europeo en el seguimiento de este. Considero que estas son propuestas positivas y por lo tanto he votado a favor.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de voter contre cette proposition de résolution relative à l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes.

À mon sens, la signature de conventions et de traités internationaux doit rester une prérogative des États souverains, les seuls à même de jouer un rôle diplomatique efficient et légitime à l'échelle internationale. Je rappelle à ce titre que la France a d'ores et déjà ratifié la convention d'Istanbul.

Bien sûr, certaines pratiques violentes, visant principalement les femmes, sont insupportables, notamment les mutilations génitales féminines ou la stérilisation contrainte. Je m'étonne cependant qu'on ne mette pas également dans le même sac d'autres types de violence, comme la soumission au voile et à la religion dans certains quartiers communautarisés présents sur le territoire européen, ou l'impossibilité, pour certaines femmes qui le souhaitent, d'avoir accès à des solutions alternatives à l'avortement.

Enfin, j'ai dû mal à voir en quoi les femmes réfugiées et demandeurs d'asile auraient le droit à une protection et à une considération supérieures à celles des femmes européennes, comme cela semble être le cas dans cette résolution.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne è un testo molto importante, entrato in vigore nel 2014, di cui le risoluzioni presentate ben spiegano i contenuti. Per questi motivi ho voluto sostenere questi testi con il mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, nes ja Parlamentas paragino Tarybą kuo greičiau ratifikuoti Europos Tarybos konvenciją dėl smurto prieš moteris ir smurto artimoje aplinkoje prevencijos ir šalinimo (Stambulo konvencija). Tai būtų stiprus impulsas dar aktyviau veikti, išgyvendinant šį gėdingą reiškinį iš mūsų kasdienio gyvenimo. Fizinis, psichologinis ir seksualinis smurtas prieš moteris vis dar išlieka vienu skaudžiausių ir paplitusių reiškinių Lietuvoje ir visoje Europos Sąjungoje. Įvertinta, kad fizinę prievartą Europos Sąjungoje patiria kas ketvirta moteris. Todėl veikti turime nedelsiant tiek ES, tiek valstybių narių lygmeniu.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Úgy ítélem meg, hogy a nők és lányok elleni erőszak felszámolására irányuló uniós erőfeszítéseknek egy, a nemek közötti egyenlőtlenségek valamennyi formájának megszüntetésére irányuló, átfogó terv részét kell képezniük, ezért kérem, hogy dolgozzanak ki uniós stratégiát a nők elleni erőszak és a nemi alapú erőszak leküzdésére. Ebben a reményben szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Močno podpiram pristop k istanbulski konvenciji o preprečevanju nasilja nad ženskami in nasilja v družini ter o boju proti njima. Po podatkih je v EU še vedno razširjeno nasilje nad ženskami in raziskave Agencije za temeljne pravice te podatke potrjujejo. Raziskava odkriva dejstva, ki jih ne moramo ignorirati, saj je tretjina vseh žensk v Evropi vsaj enkrat v odraslem življenju žrtev telesnega ali spolnega nasilja, od tega je bilo 20% deklet med 18. in 29. letom izpostavljenih spolnemu nadlegovanju na spletu, vsaka peta ženska pa je bila žrtev zasledovanja, vsaka dvajseta je bila posiljena. V navedeni raziskavi je tudi pojasnjeno, da večina primerov nasilja ni prijavljenih organom, kar pomeni, da se storilcev ne kaznuje. Zato se strinjam s pozivom Svetu in Komisiji, naj pospešijo potek pogajanj o podpisu in sklenitvi istanbulske konvencije.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – La violenza nei confronti delle donne e la violenza di genere rappresentano un fenomeno ancora diffuso all'interno dell'UE: in Europa una donna su tre ha subito atti di violenza fisica o sessuale almeno una volta in età adulta. In linea con i principi della Carta dei diritti fondamentali, l'UE ha fatto dell'uguaglianza di genere nonché del diritto alla non discriminazione valori cardine del sistema comunitario. Il Parlamento chiede con questa risoluzione, che sostengo, l'adesione dell'UE alla Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza sulle donne. In quanto primo strumento giuridicamente vincolante, la Convenzione definisce infatti la violenza contro le donne come una violazione dei diritti umani e una forma di discriminazione grave. L'adesione dell'UE contribuirà a instituire un quadro giuridico europeo coerente, attraverso norme di diritto penale a tolleranza zero nei riguardi della violenza contro le donne applicabili in tutti i suoi Stati membri.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Na europskoj razini još ne postoji niti strategija, a kamoli zakon kojim se osuđuje takvo nasilje. U EU-u sedam žena umre od posljedica nasilja svaki dan. Ne možemo čekati ni dana!

Europska komisija je u ožujku ove godine pokrenula proces ratifikacije Istanbulske konvencije Vijeća Europe, sveobuhvatnog međunarodnog sporazuma o borbi protiv nasilja nad ženama i obiteljskog nasilja. No, unatoč tome, Vijeće koči napredak procesa, a većina država nije usvojila Konvenciju pravdajući se visokim troškovima implementacije. Trošak nasilja nad ženama na razini EU-a iznosi 1,8 posto BDP-a EU-a ili 228 milijardi godišnje. Ali ne trebaju mi brojke da bih znala da je ljudski život i dostojanstvo najvrjednije.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted against the resolution on the EU accession to the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women because even if they would vote it, they would never fully respect it.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre les violences à l'égard des femmes a vocation à éradiquer tous les actes de violence fondés sur le genre qui entraînent des préjudices et des souffrances de nature physique, sexuelle, psychologique ou économique. Parmi les objectifs louables, on note l'interdiction du mariage forcé, des mutilations génitales féminines et de la stérilisation contrainte dans les pays signataires.

Cette proposition de résolution commune recommande au Conseil et à la Commission de ratifier cette convention et d'allouer les ressources financières suffisantes pour lutter efficacement contre ces violences.

Nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention. Il s'agit en effet d'une nouvelle atteinte à la souveraineté des États membres.

Que l'Union européenne commence d'abord par assurer aux femmes leur premier des droits: celui à la sécurité. Or, le développement du fondamentalisme en Europe et la submersion migratoire actuelle, renforcée par le mécanisme de répartition obligatoire des migrants, menacent directement la liberté et l'intégrité physique des femmes. En atteste l'explosion du nombre des agressions sexuelles, notamment à Cologne ou en Suède. J'ai donc voté contre ce texte.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur de l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul. L'adhésion à cette convention garantira un cadre juridique européen cohérent pour prévenir et combattre la violence à l'égard des femmes et la violence fondée sur le genre pour protéger les victimes de telles violences. L'objectif est non seulement de combattre cette violence, mais également de se donner les moyens pour la prévenir, notamment grâce à la mise en œuvre de la législation, des programmes et des fonds de l'Union pertinents pour le contrôle. La convention permet de mettre en place une meilleure collecte sur la violence à l'égard des femmes et la violence fondée sur le genre à l'échelon de l'Union. L'adhésion renforce la responsabilité de l'Union à l'échelon international et exerce une pression politique sur les États membres afin qu'ils ratifient cet instrument.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sull'adesione dell'UE alla Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne perché è necessario rilanciare l'impegno per superare, prevenire e sconfiggere ogni forma di violenza e di molestia nei confronti delle donne in ogni ambito della vita personale, familiare e sociale, compresi i luoghi di lavoro. Ho dato il mio voto favorevole perché ora serve uno sforzo di tutti sul piano culturale, per abbandonare atteggiamenti sessisti e offensivi verso le donne, ed educare tutti i cittadini al rispetto di ogni persona. È necessario che l'UE aderisca alla Convenzione per assicurare una maggiore efficienza e coerenza delle sue politiche per la prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e la violenza domestica.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted in favour of the first ECR resolution and abstained on the second compromise resolution. Both were non-legislative and non-binding.

The Istanbul Convention is a (non-EU) international convention that will create some legally binding and non-legislative measures which countries who ratify will have to bring in to national law. The UK is in the process of ratifying the Convention in its own right. UKIP voted in favour of the first ECR resolution as the wording was much better than the compromise resolution because it stressed: 'that it is the sovereign right of a Member State to ratify and implement the Convention and its provisions'. UKIP abstained on the second compromise resolution because although on the one hand it called on the EU to sign up to Convention in its own right (UKIP cannot legitimise the EU signing up to international agreements in its own right) – on the other hand we don't want to appear opposed to fighting violence against women.

David Casa (PPE), *in writing*. — I join the other MEPs in calling on all EU Member States to ratify the Istanbul Convention, which is a binding Convention to fight sexual violence against women. Violence against women van never be justified. Too often, violence against women is tolerated and it is our responsibility to act in order to combat violence against women. Too many innocent lives and their families are scared or lost as a result of such violence. To fight against this scourge, the European Commission proposed in March 2016 the EU's accession, within its competences and alongside the Member States, to the Istanbul Convention. It requires amongst others for parties to improve the protection of victims of violence and ensure the prosecution of offenders in several respects such as criminalising violence against women (psychological or physical) and empower the police to remove a perpetrator of domestic violence from the home.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In prossimità della giornata internazionale per l'eliminazione della violenza contro le donne, la Commissione per i diritti delle donne e il Parlamento europeo hanno deciso di rivolgere una interrogazione orale alla Commissione e al Consiglio per chiedere conto dello stato dell'arte delle negoziazioni per la firma e la ratifica da parte dell'UE della Convenzione di Istanbul. Quest'ultima è una Convenzione del Consiglio d'Europa contro la violenza sulle donne e la violenza domestica che è stata approvata il 7 aprile 2011 con lo scopo di prevenire la violenza, proteggere le vittime e impedire l'impunità dei colpevoli. Ad oggi è stata firmata da 32 paesi, tra cui l'Italia, ma solo 14 l'hanno ratificata. Dal momento che si tratta del primo documento internazionale vincolante per gli Stati a definire una definizione sociale di gender, cosa che esula dal contesto e dall'oggetto della Convenzione stessa, molti Stati sono restii a ratificarla perché, essendo giuridicamente vincolante, la sua ratifica comporterebbe automaticamente l'estensione di tale definizione alle proprie legislazioni nazionali. Il mio voto è stato positivo.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it addresses the extremely important issue of the fight against violence on women and other types of gender-based violence. We should do everything we can to make sure our strict stand on this issue is heard and visible also on the international level. Therefore, I fully share the views expressed in the resolution and call on the Council and Commission to speed the process of negotiations on the signing and conclusion of the Istanbul Convention.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Δυστυχώς, η βία κατά των γυναικών πολύ συχνά θεωρείται ιδιωτικό θέμα στο οποίο επιδεικνύεται υπερβολική ανοχή. Στην πραγματικότητα πρόκειται για παραβίαση θεμελιωδών δικαιωμάτων και σοβαρό έγκλημα που πρέπει να τιμωρείται αναλόγως. Η ατιμωρησία των δραστών πρέπει να σταματήσει, προκειμένου να σπάσει ο φαύλος κύκλος της σιωπής και της μοναξιάς για τις γυναίκες και τα κορίτσια που έχουν πέσει θύματα βίας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για την πρόληψη και καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών αποτελεί μια επιπλέον προσπάθεια ενίσχυσης της προστασίας των γυναικών, την οποία πρέπει να συνεχίσουμε θεσπίζοντας συγκεκριμένο ευρωπαϊκό πλαίσιο το επόμενο διάστημα, όπως έχει ήδη προταθεί. Για τους λόγους αυτούς ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Nella Giornata internazionale per l'eliminazione della violenza sulle Donne, accolgo simbolicamente l'adesione dell'Unione alla Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza sulle donne e, parimenti, auspico una pronta ratifica della stessa da parte degli Stati membri per fornire un'irreprensibile attuazione di quanto stabilito. Congiuntamente a ciò, si richiede di destinare risorse finanziarie e umane adeguate alla prevenzione e alla lotta contro la violenza di genere. Non è infatti accettabile che, tutt'oggi, la nostra civiltà possa ancora ammettere o nascondere tali drammi umani. In virtù di ciò, accolgo la decisione di stabilire un quadro giuridico europeo coerente per impedire e combattere la violenza contro le donne e di proteggere le vittime di violenza aumentando la coerenza e l'efficienza delle politiche interne ed esterne, oltre che raccogliendo dati comparabile e disaggregati sulla tematica in esame. La paura e la solitudine che affliggono frequentemente chi è vittima di violenza impediscono di porre la parola fine a fenomeni devastanti, quindi è essenziale implementare al massimo gli sforzi per divulgare le informazioni in merito alla Convenzione, ai programmi UE e ai relativi finanziamenti disponibili. Basta una sola mano per salvare una vita o mutarne le sorti, ma deve essere quella giusta.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on EU accession to the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A violência, doméstica ou outra, em razão do género, permanece infelizmente uma realidade muito presente para demasiadas mulheres, inclusivamente na Europa, em que cerca de uma em cada 20 mulheres foi já vítima de violação. Apesar de a igualdade entre homens e mulheres ser um valor nuclear das sociedades europeias, milhões de mulheres continuam a ser vítimas.

O combate a este flagelo não se fará instantaneamente, nem resultará de uma ação isolada. Pelo contrário, apenas um trabalho constante e em vários níveis produzirá resultados. É por isso que aderir à convenção de Istambul é essencial. Por um lado, para assegurar pelo menos um nível mínimo de proteção em todo o continente Europeu, e, por outro lado, por forma a garantir que a mobilidade das mulheres europeias não se traduza em menos proteção ou numa dupla vitimização. Apoio, por isso, esta resolução.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo provvedimento in quanto, alla vigilia della Giornata internazionale contro la violenza alle donne, il Parlamento europeo rileva che sono stati compiuti ancora pochi progressi nel combattere questo fenomeno. È necessario quindi procedere in modo più celere all'adesione dell'UE alla convenzione di Istanbul che garantirà un quadro giuridico europeo coerente e assicurerà anche una maggiore efficienza delle politiche interne ed esterne dell'Unione garantendo una raccolta maggiormente adeguata e dettagliata dei dati comparabili e disaggregati sulla violenza contro le donne e sulla violenza di genere a livello di Unione europea rafforzandone così anche la responsabilità sul piano internazionale.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La Convenzione di Istanbul è una convenzione del Consiglio d'Europa contro la violenza sulle donne e la violenza domestica. È stata approvata il 7 aprile 2011 con lo scopo di prevenire la violenza, proteggere le vittime e impedire l'impunità dei colpevoli. Gli Stati firmatari si impegnano dunque ad adottare una serie di misure legislative e non al fine di combattere il fenomeno della violenza. Ad oggi è stata firmata da 32 paesi tra cui anche l'Italia. Tuttavia svariati paesi sono restii a ratificare la Convenzione, in particolare per il fatto che la sua ratifica comporterebbe automaticamente l'estensione di tale definizione alle proprie legislazioni nazionali. L'interrogazione orale è volta ad ottenere maggior chiarezza riguardo lo stato delle trattative e del procedimento, quali mosse si prevedono per contrastare concretamente la violenza di genere, se sia possibile accelerare la procedura per giungere più rapidamente alla ratifica e se sia possibile l'attivazione della cosiddetta «clausola passerella» attraverso cui dare una dimensione transnazionale alla violenza di genere permettendo così un inasprimento delle pene in quest'ambito. Quanto detto mi sembra più che sufficiente per dimostrare il mio pieno appoggio e giustificare quindi il mio voto a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, puesto que insta a la Unión y a sus Estados miembros a adherirse al Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres.

Lamentablemente, a pesar de que todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, solo catorce lo han ratificado. Esto es muy grave, puesto que resulta imprescindible una reacción decidida de la Unión para acabar de una vez por todas con la violencia machista. Cada segundo cuenta, y, necesitamos que la Comisión Europea y los Estados se pongan de acuerdo y se tomen en serio este problema con una voluntad política real.

El Convenio reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos y es, sin duda, un paso enorme que la Unión debe aprovechar para tomar medidas políticas y judiciales contra la violencia machista, ante los gravísimos hechos como en el Estado español donde 39 mujeres han sido asesinadas a manos de sus maltratadores en lo que llevamos de año.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw przystąpieniu UE do konwencji stambulskiej w sprawie zapobiegania i zwalczania przemocy wobec kobiet.

Temat jest niezwykle ważny. Należy podejmować działania w celu ochrony kobiet przez przemocą. Nie chciałbym aby postrzegano mnie jako osobę godząca się na przemoc wobec kobiet. O takiej decyzji przesądziły obawy przed przepisami rezolucji, które naruszają zasadę pomocniczości. Przepisy te powodują transpozycję postanowień konwencji do prawa krajowego i systemu prawa karnego. Ochrona kobiet przed przemocą nie może mieć indologicznego podłoża w ideologii gender, a musi opierać się o skuteczne przepisy i działania. Proponowana rezolucja ma charakter ideologiczny. W celu zapewnienia jak najlepszego systemu ochrony kobiet przed przemocą należy podjąć prace nad alternatywnymi projektami rezolucji, które zostały opracowane w celu uzyskania konsensusu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – 45% of all women in Europe have been subject to and suffered from gender-based violence. It is estimated that the total cost of domestic violence within the 28 Member States could be as high as EUR 16 billion. These percentages and figures are a wake-up call to all Member States that they need to ratify the Istanbul Convention. I am in favour of this resolution, which calls for the first legally binding instrument in Europe on violence against women as a serious violation of human rights to be ratified in all signatory countries. We need to act on this silent suffering now and stop all violence against women.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Violența împotriva femeilor și violența pe criterii de gen reprezintă o încălcare a drepturilor fundamentale și o formă extremă de discriminare, constituind atât cauza, cât și consecința inegalității de gen.

Consider că aderarea Uniunii Europene la Convenția de la Istanbul va aduce beneficii tuturor. În primul rând, un mandat pentru o mai bună colectare de date la nivelul UE (în acest moment nu sunt suficiente date care să arate dimensiunea și natura violenței împotriva femeilor), existând astfel necesitatea ca statele membre să colecteze și să raporteze date exacte și comparabile către Eurostat. O mai bună înțelegere a fenomenului va ajuta la prevenirea și abordarea lui.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le 4 mars 2016, la Commission a proposé que l'Union européenne adhère à la convention d'Istanbul, premier instrument international juridiquement contraignant visant à prévenir et à combattre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique. Ainsi, le Parlement européen a été appelé à se prononcer sur cette adhésion. Considérant qu'il est du devoir de l'Union européenne d'être exemplaire en matière de défense du droit des femmes, de sorte à ouvrir la voie pour ses partenaires internationaux, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de cette résolution, dont j'étais cosignataire, pour l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. Les chiffres sont plus qu'alarmants. Une femme sur trois a déjà vécu au moins une expérience de violence physique ou sexuelle dans sa vie d'adulte. Il est indispensable que l'Union européenne s'engage davantage dans le combat que nous menons en se dotant de cet instrument juridiquement contraignant au niveau international. Seuls quatorze des États membres de l'Union européenne ont ratifié cette convention. Je le regrette. Les violences faites aux femmes est un véritable fléau qui touche chacun des États membres. Personne ne peut se permettre de fermer les yeux face à cette brutalité. J'appelle donc le Conseil à conclure dans les plus brefs délais les négociations dans ce sens.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui invite l'Union européenne et ses États membres à ratifier rapidement la convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. Cette convention établit des normes minimales en matière de protection contre les violences faites aux femmes, en instaurant par exemple un dispositif législatif qui permet d'améliorer la protection des victimes et de condamner les agresseurs. La résolution que nous avons votée permet une réelle prise de conscience sur ce sujet, et il me semble essentiel que l'Union européenne s'implique largement dans la lutte contre la violence à l'égard des femmes.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La violenza sulle donne è purtroppo ancora una piaga della società. Essa rappresenta una forma di discriminazione e una violazione dei diritti e delle libertà fondamentali delle donne. Una forma di violenza che va combattuta è quella domestica che spesso non viene denunciata. Ho votato a favore dell'adesione dell'Unione europea alla convenzione di Istanbul perché ritengo che l'uguaglianza di genere sia un valore cardine dell'UE e che non si debba mai abbassare la guardia quando si affronta questo problema.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution visant à encourager vivement les États membres à ratifier le plus rapidement possible la convention du Conseil de l'Europe signée en 2011 à Istanbul et ayant pour but de lutter davantage contre les violences faites aux femmes.

En effet, malgré le fait que tous les États membres de l'Union européenne aient signé cette convention, seuls quatorze d'entre eux l'ont ratifiée. Manquent à l'appel: l'Allemagne, le Royaume-Uni, l'Irlande, le Luxembourg, la Hongrie, la République tchèque, la Slovaquie, la Bulgarie, la Croatie, la Grèce, Chypre, et les trois États baltes (Estonie, Lettonie et Lituanie). Cela est d'autant plus regrettable qu'il s'agit en réalité du premier instrument juridiquement contraignant sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes au niveau international.

Comme bon nombre de mes collègues, je considère en effet que la violence à l'égard des femmes est trop souvent considérée comme une question privée et est trop facilement tolérée. Il s'agit avant tout d'une violation des droits fondamentaux et d'une infraction grave qui doit selon moi être punie en tant que telle.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette convention internationale, signée le 11 mai 2011 à Istanbul, prohibe, notamment, le mariage forcé, les mutilations génitales féminines, la stérilisation contrainte ainsi que le harcèlement sexuel, mais traite également de l'avortement, ce qui est plus discutable.

Cette proposition de résolution commune demande au Conseil et à la Commission européenne d'accélérer les négociations en vue d'adhérer à cette convention. Nous considérons, pour notre part, qu'il incombe aux États membres d'en décider. C'est, au reste, dans cet esprit que nous avons soutenu la résolution alternative du groupe ECR.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – При гласуването за присъединяването на ЕС към Конвенцията от Истанбул относно предотвратяването и борбата с насилието срещу жените се въздържах, но не защото смятам, че не трябва да се борим с това насилие, а защото смятам, че резолюцията, подготвена от ЕКР, беше много по-добра от общата, която бе гласувана от мнозинството в парламента, и съмненията за нарушаване на принципа за субсидиарност в нея бяха очевадни. И все пак насилието над жените, както и домашното насилие, трябва да бъде борено с всякакви средства.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης αναγνωρίζει τη βία κατά των γυναικών ως παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, πράγμα το οποίο δεν επιδέχεται αμφισβήτηση.

Παράλληλα με την ενημέρωση και την ευαισθητοποίηση σε εθνικό και ενωσιακό πλαίσιο, χρειάζονται και μέτρα που να αποσκοπούν στην πρόληψη της βίας, στην προστασία των θυμάτων και στη δίωξη των δραστών.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I support the EU joining the Istanbul Convention to combat violence against women and girls and back the calls for the Council to do so. The UK is one of fourteen Member States that have signed but not ratified the Convention and I have called on the National Assembly for Wales to do so to put pressure on the UK Government to keep its promise.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Ogni essere umano ha il diritto di vivere libero dalla violenza nella sfera pubblica e in quella privata, fenomeno ancora diffuso all'interno dell'UE nei confronti delle donne, principali vittime delle violenze basate sul genere. Un quadro globale e integrato che abbia come obiettivo il contrasto a tali forme di violenza non può prescindere dall'adozione di misure legislative e di altro tipo relative alla prevenzione, all'individuazione di reati perseguibili penalmente, alla protezione e sostegno alle vittime. Un ruolo fondamentale rivestono le misure idonee a promuovere campagne socio-culturali finalizzate a eliminare pregiudizi e costumi che favoriscono o giustificano nei confronti delle donne la violazione dei diritti umani e delle libertà fondamentali.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A violência contra as mulheres continua a ser uma realidade generalizada e com números dramáticos na UE. A resolução recomenda a rápida adesão da UE à Convenção de Istambul, como um instrumento importante no combate e prevenção contra a violência contra as mulheres. Apela igualmente aos Estados-Membros para assegurarem a sua adequada aplicação e afetarem meios financeiros e humanos adequados para a prevenção e combate à violência contra as mulheres e proteção das vítimas.

Não espanta que esta resolução não estabeleça qualquer nexo entre aquilo que são as políticas de direita, de ataque aos direitos sociais e laborais ou das políticas de «austeridade» que a UE tem imposto, e o aumento das desigualdades, da pobreza e exclusão social, dos elevados níveis de desemprego, da precariedade laboral e de como estes fenómenos incidem particularmente sobre as mulheres, e contribuem para o aumento da violência sexual e doméstica, ou no aumento das redes de prostituição e do tráfico de seres humanos.

Uma realidade que determina que a simples assinatura de uma Convenção não se traduzirá, per se, em resultados se não for também acompanhada de políticas sociais a outros níveis de intervenção, nomeadamente políticas concretas de combate à pobreza e à exclusão social. Não obstante estas reservas, votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla seguente proposta di risoluzione. Valuto positivamente la possibilità che i singoli Stati membri recepiscano nel diritto nazionale le disposizioni relative alla convenzione di Istanbul. Ritengo necessario, inoltre, che le misure riguardanti la prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne, inclusa la violenza domestica, debbano trovare applicazione nelle legislazioni nazionali dei singoli Stati membri e nei loro ordinamenti penali.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne* – Aj keď Európska únia za posledných 20 rokov urobila veľmi veľa dobrej práce v oblasti prevencie násilia páchanom na ženách, do cieľa je ešte veľmi ďaleko. Najnovšie štatistiky uvádzajú, že 45% všetkých žien v Európe bolo predmetom a trpelo násilie založené na pohlaví. Odhaduje sa, že celkové náklady na domáce násilie v rámci 28 členských štátov by mohli predstavovať až 16 miliárd eur. Násilie voči ženám má obrovský vplyv na obete a tiež ukladá značné náklady na celú spoločnosť. Istanbulský dohovor o predchádzaní násiliu na ženách a o boji proti nemu je prvým právne záväzným nástrojom v Európe a z hľadiska rozsahu ide o najvýznamnejšiu medzinárodnú zmluvu v tejto oblasti. Počas slovenského predsedníctva sa zrejme nepodarí, avšak mali by sme spoločnými silami robiť všetko preto, aby sa počas maltského predsedníctva už podarilo podpis uskutočniť.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della risoluzione: sostengo la lotta contro la violenza nei confronti delle donne e questo testo rappresenta un aiuto in tale direzione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για την πρόληψη και καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών. Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης αναγνωρίζει τη βία κατά των γυναικών ως παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, πράγμα το οποίο δεν επιδέχεται αμφισβήτηση.

Πέρα από την ενημέρωση και την ευαισθητοποίηση σε εθνικό και ενωσιακό πλαίσιο, χρειάζονται και μέτρα που να αποσκοπούν στην πρόληψη της βίας, στην προστασία των θυμάτων και στη δίωξη των δραστών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Violence against women has a huge impact on victims and also imposes a significant cost on society. In the framework of the international day of combating violence against women, the Commission and Member States should take steps towards its ratification, and the procedure for EU accession should accelerate.

Through this Convention, states will be obliged to change their laws to zero tolerance towards violence against women, and preventing and combating violence becomes legally binding. Finally, violence against women will not be considered as a private matter, but states will be obliged to prevent violence, protect victims and punish the perpetrators.

Considering the fact that the Convention does not have a jurisdictional guaranteeing body, but only a conventional one, it is not guaranteed by a court but by a committee, and I support the call for an EU directive.

Мария Габриел (PPE), *в писмена форма*. — Подкрепих приемането на резолюция относно присъединяването на ЕС към Конвенцията от Истанбул, тъй като това ще бъде решителна стъпка за предотвратяване и борба с насилието срещу жените и основаното на пола насилие. В резолюцията призоваваме да бъдат ускорени преговорите за подписване и сключване на споразумението за присъединяване на ЕС към Конвенцията от Истанбул, както и за ратифицирането ѝ от повече държави членки.

Усилията за изкореняване на насилието срещу жени следва да бъде част от всеобхватен план за борба с всички форми на неравенство между половете. Това предполага съгласуваност на националните разпоредби с тези на Истанбулската конвенция и осигуряването на адекватен финансов и човешки ресурс за елиминиране насилието срещу жените. Резолюцията признава и ключовата роля на неправителствените организации. Сътрудничеството между тях и националните институции допринася за повишаване осведомеността на обществото относно този важен проблем, както и за подписване на Конвенцията от държавите членки.

България е конкретен пример в това отношение, където инициираната от мен национална кампания „Насилието над жените: Да отворим очи и нарушим мълчанието“ насърчи жертвите да говорят, за да може обществото да ги чуе и институциите да бъдат ангажирани по-активно за предотвратяване и борба с насилието над жените, както и със закрилата на жертвите.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de resolución considerando que, tal como reconocen los Tratados y la Carta de los Derechos Fundamentales, la igualdad de género es un valor central de la Unión. No obstante, la violencia contra las mujeres y la violencia de género siguen siendo un fenómeno muy extendido en la Unión, y esto es algo que no podemos tolerar de ninguna manera. Por lo tanto, es indispensable la adhesión de la Unión al Convenio de Estambul, el primer instrumento jurídicamente vinculante sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres a escala internacional.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El 33 % de las mujeres europeas ha sufrido algún tipo de violencia, familiar, sexual, acoso en el trabajo, etc. Una sociedad donde la mitad de la población, las mujeres, se encuentra en riesgo continúo de ser víctima de violencia de genero nos exige a todos asumir responsabilidades y trabajar para eliminar esta injusticia.

He votado a favor de esta resolución porque considero que es muy importante que la Unión se adhiera cuanto antes al Convenio de Estambul, porque es el primer instrumento jurídicamente vinculante adoptado y constituye el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra la mujer como una grave violación de los derechos humanos. Por ello es también urgente que todos los Estados miembros lo ratifiquen.

Es igualmente necesario un acto jurídico de la Unión que permita que las medidas legislativas, preventivas y correctivas del Convenio de Estambul pasen formar parte del sistema jurídico de los Estados miembros, para que el Tribunal de Justicia de la Unión tenga potestad para dictar sentencias.

Soy consciente de que legislar no es la única solución pero sí la manera de comprometer y obligar a las instituciones públicas en la lucha contra la violencia a las mujeres.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El 33 % de las mujeres europeas ha sufrido algún tipo de violencia, familiar, sexual, acoso en el trabajo, etc. Una sociedad donde la mitad de la población, las mujeres, se encuentra en riesgo continúo de ser víctima de violencia de genero nos exige a todos asumir responsabilidades y trabajar para eliminar esta injusticia.

He votado a favor de esta resolución porque considero que es muy importante que la Unión se adhiera cuanto antes al Convenio de Estambul, porque es el primer instrumento jurídicamente vinculante adoptado y constituye el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra la mujer como una grave violación de los derechos humanos. Por ello es también urgente que todos los Estados miembros lo ratifiquen.

Es igualmente necesario un acto jurídico de la Unión que permita que las medidas legislativas, preventivas y correctivas del Convenio de Estambul pasen formar parte del sistema jurídico de los Estados miembros, para que el Tribunal de Justicia de la Unión tenga potestad para dictar sentencias.

Soy consciente de que legislar no es la única solución pero sí la manera de comprometer y obligar a las instituciones públicas en la lucha contra la violencia a las mujeres.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della risoluzione comune sull'adesione dell'UE alla convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne perché la battaglia per porre fine a quest'orribile fenomeno assume sempre più una dimensione europea e l'UE deve agire con forza per fermare le diverse forme di violenza. Gli ultimi dati sul fenomeno del femminicidio in Italia, dopo oltre 1 anno dall'approvazione della legge nazionale, sono scioccanti e mostrano come la violenza sulle donne sia un fenomeno molto difficile da debellare. Violenze domestiche, violenze per motivi sentimentali, violenze legate alla schiavitù, violenze sulle donne migranti: il 2016 ci lascia in dote immagini e storie che vorremmo presto cancellare. L'adesione dell'UE alla Convenzione di Istanbul infonderebbe un'accelerazione al processo di ratifica del primo strumento internazionale vinco-

lante contro la violenza sulle donne, attualmente fermo a 14 Stati membri, sancendo per tutta l'UE il principio che la violenza domestica non è una questione privata, ma un odioso reato. Condivido fortemente, infine, richiesta del gruppo S&D per una direttiva europea sulla violenza di genere, che risolverebbe il problema delle sanzioni a quegli Stati che violano la Convenzione non conformandosi agli obblighi in essa contenuti.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglieder der EKR-Fraktion stellen wir uns klar und entschlossen gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstützen diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Wir sind froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das haben wir in unserer EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht, für die ich gestimmt habe. Meine Enthaltung für die gemeinsame Resolution ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen – unabhängig von der Richtigkeit seines Inhalts.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein unumgängliches europäisches Gut. Damit dieses nicht eingeschränkt wird, habe ich dem Entschließungsantrag nicht zugestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of the first ECR resolution and abstained on the second compromise resolution. The UK is in the process of ratifying the convention in its own right. I voted in favour of the first ECR resolution as the wording was much better than the compromise resolution because it stressed: 'that it is the sovereign right of a Member State to ratify and implement the Convention and its provisions'. I abstained on the second compromise resolution because it called on the EU to sign up to Convention in its own right (I cannot legitimise the EU signing up to international agreements in its own right).

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which calls on the EU to step up its actions on combating violence against women through the adoption of EU legislation to strengthen our response and classify violence against women as a particularly serious crime within the EU Treaties. It is simply unacceptable that a third of all women in Europe have suffered physical or sexual violence.

María Teresa Giménez Barbat (ALDE), *por escrito*. – La lucha para eliminar la violencia contra las mujeres y la violencia doméstica es un propósito noble e irrenunciable que arraiga en valores europeos fundamentales, empezando por el derecho a la igualdad entre hombres y mujeres. Por ello, he apoyado la presente resolución relativa a la adhesión de la Unión al Convenio de Estambul.

Al mismo tiempo, lamento que la presente resolución no recoja en ningún punto que los hombres también padecen violencia doméstica, tal como sí reconoce el preámbulo a la Convención. Aunque las mujeres sufren más violencia doméstica que los hombres —lo que puede justificar un tratamiento legal especial—, las evidencias procedentes de encuestas y estudios internacionales sobre violencia doméstica no respaldan, sin embargo, que los hombres y los niños sean olvidados o no suficientemente reconocidos por nuestra legislación.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El 25 de noviembre ha sido señalado por las Naciones Unidas como el Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra la Mujer, la cual sigue siendo un fenómeno generalizado en la Unión. Hasta el momento, el Convenio del Consejo de Europa de Estambul es el acuerdo internacional más amplio que aborda la cuestión de la violencia contra las mujeres y las niñas y la violencia basada en el género desde una perspectiva holística. En marzo de 2016, la Comisión propuso que la Unión se adhiriera a la Convención de Estambul. Todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, pero sólo catorce lo han ratificado. La pregunta oral dirigida al Consejo y a la Comisión, así como la JMR, pretende acelerar la adhesión a la Convención y convencer a los Estados miembros que no lo hayan ratificado lo antes posible, conocer el estado de la negociación de la firma, las acciones que la Presidencia ha emprendido para acelerar la firma, el tiempo necesario para concluir la adhesión de la Unión a la Convención y el papel del Parlamento Europeo en el seguimiento de este. Considero que estas son propuestas positivas y por lo tanto he votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as currently a third of all women in Europe have suffered physical or sexual violence. This resolution calls on the EU to step up its actions on combating violence against women through the adoption of EU legislation to strengthen our response and classify violence against women as a particularly serious crime within the EU Treaties.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, car elle invite l'Union européenne à adhérer à la convention d'Istanbul, qui est le premier outil international juridiquement contraignant pour lutter contre les violences faites aux femmes. Elle permet par exemple d'ériger en infractions pénales les violences physiques et psychologiques, de proposer des refuges sûrs aux victimes de violences, d'éduquer à l'égalité de genre, etc.

Afin d'éradiquer les violences subies par les femmes, les gouvernements et l'Union européenne ont leur part de responsabilité. Nous devons légiférer afin de faire évoluer le droit et les mentalités en profondeur. Et dans cette lutte, nos législations doivent s'aligner sur la convention d'Istanbul.

Parmi les 28 États membres qui l'ont signée, seule la moitié l'a ratifiée. De son côté, la Commission européenne a proposé l'adhésion de l'UE à cette convention en mars dernier.

Mais il est temps d'accélérer le pas: l'UE doit adhérer et mettre en œuvre la convention, et pousser les États membres à le faire également. C'est le message de cette résolution du Parlement, que j'ai soutenue.

Une approche européenne est indispensable pour protéger les femmes au mieux et de la même façon, indépendamment de leur lieu de vie en Europe.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El 33 % de las mujeres europeas ha sufrido algún tipo de violencia, familiar, sexual, acoso en el trabajo, etc. Una sociedad donde la mitad de la población, las mujeres, se encuentra en riesgo continúo de ser víctima de violencia de genero nos exige a todos asumir responsabilidades y trabajar para eliminar esta injusticia.

He votado a favor de esta resolución porque considero que es muy importante que la Unión se adhiera cuanto antes al Convenio de Estambul, porque es el primer instrumento jurídicamente vinculante adoptado y constituye el tratado internacional de mayor alcance para abordar la violencia contra la mujer como una grave violación de los derechos humanos. Por ello es también urgente que todos los Estados miembros lo ratifiquen.

Es igualmente necesario un acto jurídico de la Unión que permita que las medidas legislativas, preventivas y correctivas del Convenio de Estambul pasen formar parte del sistema jurídico de los Estados miembros, para que el Tribunal de Justicia de la Unión tenga potestad para dictar sentencias.

Soy consciente de que legislar no es la única solución pero sí la manera de comprometer y obligar a las instituciones públicas en la lucha contra la violencia a las mujeres.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I fully supported the joint resolution on EU accession to the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women. This resolution reiterates its call on the Commission to combat violence against women, to submit a legal act providing a coherent system for collecting statistical data as well as a strengthened approach by Member States to the prevention and suppression of all forms of violence against women and girls and of gender-based violence, and to the making of low-threshold access to justice possible. Furthermore, it asks the Council to activate the passerelle clause, by adopting a unanimous decision identifying violence against women and girls as an area of crime listed in Article 83(1) TFEU.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der liberal-konservativen Reformer stelle ich mich klar gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstütze diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Ich bin froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen in einer alternativen EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht. Meine Enthaltung für die gemeinsame Entschließung ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen – unabhängig von der Richtigkeit seines Inhalts.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми г-н Председател, подкрепям призива на ЕС за присъединяване към Конвенцията от Истанбул относно предотвратяването и борбата с насилието срещу жените, както и за нейното ратифициране от повече държави членки.

Истанбулската конвенция е първият инструмент в Европа, с които се създава цялостна правна рамка за превенция и борба с насилието над жените и домашното насилие. Тя представлява своеобразен призив за повече равнопоставеност между половете, което няма как да бъде постигнато докато статистиките сочат, че една от всеки три жени в Европа е била жертва на физическо насилие поне веднъж в живота си. Това е сериозна форма нарушаване на основните права, породена от неравенство между жените и мъжете.

Сред решенията, които Конвенцията предлага, са създаването на достъпни и защитени места за жертвите на насилие, както и изграждането на специализирани центрове за помощ и телефонна линия. Смятам, че широката осведоменост относно проблема и точната информация ще допринесе за правилното и ефективно прилагане на Конвенцията.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije o pristupanju EU-a Istanbulskoj konvenciji o sprečavanju i borbi protiv nasilja nad ženama jer je nasilje nad ženama i rodno uvjetovano nasilje i dalje raširena pojava unutar EU-a na čijem iskorjenjivanju treba učinkovito proraditi. Jednakost spolova jedna je od temeljnih vrijednosti EU-a, te kao strateški cilj, ključna, za postizanje ukupnih ciljeva strategije Europa 2020. u području rasta, zapošljavanja i socijalne uključenosti. Podržao sam ovaj Prijedlog koji jamči usklađen europski pravni okvir za sprečavanje i borbu protiv nasilja nad ženama, te osim toga bolje praćenje, tumačenje i provedbu zakona, programa i fondova EU-a bitnih za Konvenciju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Je considère que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention et que cela met à mal, comme à l'accoutumée, la souveraineté des États membres. La proposition de résolution du groupe ECR défend quant à elle cette souveraineté en se limitant à rappeler aux États leur responsabilité dans la lutte contre toutes les formes de violence, y compris dirigées contre les hommes.

J'ai donc voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues Anna Maria Corazza Bildt et Barbara Matera relatif à l'adhésion de l'UE à la convention d'Istanbul. Adoptée en 2011, cette convention établit des standards minimums en matière de protection des violences faites aux femmes et vise à mieux protéger les victimes en veillant à ce que les auteurs de ces actes soient bien poursuivis en justice.

Cette adhésion n'est pas symbolique, elle envoie un véritable engagement de l'Union européenne et des parlementaires pour la défense des droits des femmes. Par cette adhésion, l'Union pourra inciter les pays européens à transmettre les données sur les violences faites aux femmes et ainsi mieux combattre ce fléau.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui vise à pousser les États membres à ratifier la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. L'Union européenne doit être partie prenante de ce premier outil européen visant à fixer des normes juridiquement contraignantes pour prévenir la violence sexiste, protéger les victimes de la violence et punir les auteurs.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe diesem Entschließungsantrag zugestimmt. Hier werden alle Formen von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufs Schärfste verurteilt. Weiter wird richtigerweise festgestellt, dass Frauen unverhältnismäßig häufig von Gewalt und Missbrauch betroffen sind. Hier wird der politische Wille der Mitgliedstaaten der Europäischen Union zum Aufzeigen der Gewalttaten gegen Frauen eine wichtige Maßnahme sein, dagegen anzukämpfen.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der liberal-konservativen Reformer stelle ich mich klar gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstütze diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Ich bin froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen in einer alternativen EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht. Meine Enthaltung für die gemeinsame Entschließung ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen – unabhängig von der Richtigkeit seines Inhalts.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Bylo mi potěšením společně s kolegy předložit usnesení o přistoupení EU k Istanbulské úmluvě o prevenci a potírání násilí vůči ženám. Jsem přesvědčena, že se jedná o velmi závažné téma, jelikož statistiky jsou skutečně hrozivé. Násilí páchané na ženách a násilí na základě pohlaví je v EU stále široce rozšířeným jevem, a to vzhledem k tomu, že průzkum Agentury Evropské unie pro základní práva z roku 2014 o násilí páchaném na ženách naznačuje, že jedna třetina všech žen v Evropě se setkala s fyzickými nebo sexuálními projevy násilí nejméně jednou za svůj dospělý život, 20 % mladých žen (ve věku 18–29 let) se setkalo s online obtěžováním, jedna pětina žen (18 %) se setkala s nebezpečným pronásledováním (stalking), jedna dvacetina byla znásilněna a více než desetina se setkala se sexuálním násilím vyznačujícím se neprojevením souhlasu z jejich strany či použitím síly. Tento průzkum vysvětluje také to, že většina násilných činů není oznámena orgánům, což ukazuje, že kromě správních statistik mají pro získání úplného obrazu o různých druzích násilí páchaného na ženách zásadní význam šetření viktimizace. Hlasovala jsem tedy pro usnesení, jsou zapotřebí další opatření na povzbuzení žen, které se stanou obětí násilí, aby svoji zkušenost oznámily a vyhledaly pomoc.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against since we need a more immediate and effective instrument to fight against domestic violence than spending time and efforts in monitoring the Istanbul Convention ratification and most importantly implementation of the Istanbul Convention. Instead, we should work on drafting an EU directive on domestic violence.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям резолюцията относно присъединяването на ЕС към Конвенцията от Истанбул относно предотвратяването и борбата с насилието срещу жените. В Договорите и Хартата на Европейския съюз равенството между половете е основна ценност. Не трябва да забравяме, че правото на равно третиране и на недискриминация е основно право. Заставам твърдо зад политиката на ЕС и предприетите дългосрочни действия относно насилието спрямо жени и момичета и премахването на всички форми на дискриминация срещу тях.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Popieram rezolucję w sprawie przystąpienia Unii Europejskiej jako strony do Konwencji Rady Europy o zapobieganiu i zwalczaniu przemocy wobec kobiet i przemocy domowej. Ten dokument, podpisany przez 43 kraje i ratyfikowany przez 15, w 2013 roku na sesji ONZ w Nowym Jorku został uznany za złoty standard polityki antyprzemocowej.

Główną zaletą tej konwencji, oprócz przepisów na temat pomocy ofiarom przemocy, a także rozpoznawania aktów przemocy i karania za nie, jest rozdział dotyczący profilaktyki. Mówi on, że kluczem do zapobiegania przemocy jest promowanie równouprawnienia, upowszechnianie wiedzy na temat praw kobiet, zarówno wśród młodzieży szkolnej, jak i dorosłych kobiet i mężczyzn. Mowa jest też o upowszechnianiu edukacji równościowej i seksualnej oraz warsztatach korekcyjnych dla sprawców przemocy, aby zapobiec powtarzaniu się zachowań przemocowych. Konwencja mówi o włączeniu do walki z przemocą mężczyzn, ponieważ ich oddziaływanie na sprawców przemocy jest bardzo efektywne i skuteczne.

Uważam, że konwencja ta, jako nośnik efektywnego, nowoczesnego podejścia do tematu przemocy, powinna być jak najszybciej ratyfikowana we wszystkich państwach UE, dlatego cieszę się z decyzji Komisji Europejskiej o przystąpieniu do Konwencji całej UE. Jestem też dumna, że Polska jest wśród krajów, które ratyfikowały Konwencję i których legislacja jest nieomal w 100 % zbieżna z wymaganiami tego ważnego dokumentu.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Sadly, violence against women (gender-based violence) continues to happen everywhere, in every society and EU country, regardless of social background, whether at home, at work, at school, in the street or online. The EU tries to prevent it by protecting women and children through legislation and practical measures on victims' rights; by co-funding campaigns run by national governments and non-government organisations; by organising exchanges of good practices among EU countries and by raising awareness about the phenomenon of gender-based violence. Unfortunately, little progress has been made in combating gender-based violence. I supported the resolution because we should welcome the EU's decision to join the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women and domestic violence, the first legally binding instrument at international level. The Istanbul Convention leaves no doubt: there can be no real equality between women and men if women experience gender-based violence on a large-scale and state agencies and institutions turn a blind eye. Importantly, the EU's accession to the Istanbul Convention will enhance the EU's accountability and its role in combating violence against women and gender-based violence on the international stage.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution, car elle rappelle que la ratification et l'application de cette convention relèvent de la souveraineté des États membres.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Le 25 novembre est la journée internationale dédiée à la lutte contre les violences faites aux femmes. Par le dépôt d'une question orale au Conseil et à la Commission, ainsi que de la présente résolution, dont je suis co-auteure, nous avons souhaité attirer l'attention sur ce fléau qui n'épargne aucun pays européen, une honte absolue.

J'ai bien évidemment voté en faveur de cette résolution, pour exhorter l'Union européenne et l'ensemble de ses États membres à ratifier rapidement la convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes et la violence domestique. Au-delà de la ratification par les États membres (la moitié ne l'ont pas encore fait), il me semble important que l'Union européenne envoie un signal fort pour attester de son implication. Cette convention rend par exemple obligatoire la mise en place de législations qui érigent en infraction pénale les violences faites aux femmes, et qui prévoient des sanctions fortes contre les agresseurs. Elle implique également que les pays se dotent de moyens budgétaires et humains renforcés pour la mise en place de centres d'hébergement et d'accueil des femmes violentées, et pour renforcer la sensibilisation afin de changer les comportements.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'adhésion de l'UE à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. La convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes est un traité international adopté le 11 mai 2011 à Istanbul. Cette convention a vocation à éradiquer tous les actes de violence fondés sur le genre qui entrainent pour les femmes des préjudices ou souffrances de nature physique, sexuelle, psychologique ou économique. Elle impose un cadre juridique contraignant aux États signataires visant à interdire le mariage forcé, les mutilations génitales féminines, la stérilisation contrainte ainsi que le harcèlement sexuel.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Bien que l'objectif de cette résolution soit louable, je considère que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention qu'elle imposerait aux États membres, à qui devrait revenir la décision. L'Union européenne outrepasserait une nouvelle fois ses droits et porterait atteinte à la souveraineté des États, c'est pourquoi j'ai voté contre la résolution.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der liberal-konservativen Reformer stelle ich mich klar gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstütze diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Ich bin froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen in einer alternativen EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht. Meine Enthaltung für die gemeinsame Entschließung ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen – unabhängig von der Richtigkeit seines Inhalts.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Jednakost spolova je strateški cilj ključan za postizanje ukupnih ciljeva strategije Europa 2020. u području rasta, zapošljavanja i socijalne uključenosti. Smatram da je nasilje nad ženama kršenje temeljnih prava i teško kazneno djelo. Trebamo se svim sredstvima boriti protiv nasilja nad ženama i za postizanje pune ravnopravnosti, ali suzdržala sam se od glasovanja s obzirom na rodnu ideologiju kojom ovo izvješće obiluje, a kojoj nikako tu ne bi trebalo biti mjesto.

Светослав Христов Малинов (PPE), *в писмена форма*. – На 24 ноември 2016 г. с огромно мнозинство призовахме Съвета на ЕС и Европейската комисия да ускорят преговорите и финалното подписване на Конвенцията от Истанбул относно предотвратяването и борбата с насилието срещу жените. Конвенцията е първият инструмент в Европа, с който се създава правна рамка за превенция и борба срещу насилието над жени и домашното насилие като цяло. Трябва ясно да заявим, че подобна агресия е сериозно нарушаване на основните човешки права и е проява на полова дискриминация, които не може да позволим да се случват в подобен мащаб на нашия континент.

Според данните от гореспоменатата Конвенция, всяка трета жена от Европейския съюз е била жертва на насилие поне веднъж в живота си. Един от основните проблеми с превенцията и предотвратяването на този вид престъпление е трудното му доказване, поради отказа от страна на жертвите да споделят за него. Убеден съм, че трябва да положим повече усилия за разрешаването на този общоевропейски проблем и да насърчаваме жертвите да говорят при проявата на подобно насилие, както и най-вече да гарантираме тяхната защита и превенцията на този вид агресия.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The Convention will not fulfil its main task – to stop violence against women – if state authorities do not adopt supporting amendments in their legislation, and police, judges and other institutions do not ensure its realisation. I think it is important to share good practices between the Member States, because we do not need just talk about stopping violence against women, but real results.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Všetky vyspelé, demokratické a moderné krajiny sveta majú vo svojich právnych poriadkoch, ktoré sú súčasťou Istanbulského dohovoru, prirodzene zakotvené ustanovenia o predchádzaní a boji proti násiliu na ženách. Ak budú vlády krajín plne rešpektovať a vykonávať tieto normy, využívať dobré skúsenosti z iných krajín a zavádzať ich, prijímať prevenčné opatrenia a dbať na dôsledné a včasné vyšetrenie každého násilia a jeho náležité zákonné potrestanie, urobia v tejto otázke viac ako akékoľvek vyhlásenia a výzvy. Tresty musia zodpovedať vykonanému zlu, inak strácajú výchovný a prevenčný charakter.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για την πρόληψη και την καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ich spreche mich für alle Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aus und stimme dieser Resolution zu. Diesen Maßnahmen muss eine rechtliche Grundlage gegeben werden – das wird von dieser Resolution eingefordert, indem Mitgliedstaaten, die das Übereinkommen noch nicht ratifiziert haben, erneut dazu aufgefordert werden.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Pritariu ES prisijungimui prie Stambulo konvencijos dėl smurto prieš moteris prevencijos ir kovos su juo. ES prisijungimu bus užtikrinta nuosekli Europos teisinė sistema, siekiant užkirsti kelią smurtui prieš moteris ir smurtui dėl lyties, kovoti su juo ir apsaugoti smurto aukas. Taip pat bus užtikrintas didesnis ES vidaus ir išorės politikos suderinamumas, veiksmingumas, geresnis ES teisės aktų, programų ir fondų, susijusių su konvencija, įgyvendinimas.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce 25 novembre marque la journée internationale de l'ONU en faveur de l'élimination de la violence faite aux femmes. La convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe (de 2011) est le premier instrument international juridiquement contraignant en la matière. Cette résolution encourage les 14 États membres qui ne l'ont pas encore fait à la ratifier. C'est un symbole fort puisqu'elle exige de garantir les mêmes droits à toutes en Europe, citoyennes, résidentes et aussi réfugiées et demandeuses d'asile. La résolution demande également l'harmonisation par le haut des statistiques de violence faites aux femmes puisque certains pays ne référencent pas certains types de violences. Elle insiste également sur le manque de ressources financières et humaines suffisantes pour la prévention et l'inclusion de l'égalité femme-homme dans toutes les politiques publiques. Je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution commune demande au Conseil et à la Commission européenne d'accélérer les négociations en vue d'adhérer à la convention d'Istanbul. Elle demande ainsi à tous les États membres de ratifier cette convention et d'allouer les ressources financières adéquates afin de lutter efficacement contre les violences que subissent les femmes. Par ailleurs, cette proposition de résolution met l'accent sur la protection des réfugiées ainsi que des femmes demandeuses d'asile.

Nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention. Il s'agit une fois de plus d'une atteinte à la souveraineté des États membres qui seront désormais contraints de la ratifier. Je me suis donc opposée à cette résolution.

En revanche, je me suis exprimée en faveur de la proposition de résolution de l'ECR qui rappelle que la ratification et l'application de cette convention relève de la souveraineté des États membres.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A igualdade de género constitui um valor fundamental da UE, consagrado nos Tratados e na Carta dos Direitos Fundamentais, que a UE se comprometeu a integrar em todas as suas atividades.

A igualdade de género é decisiva, como objetivo estratégico, para atingir as metas gerais da Estratégia Europa 2020 de crescimento, emprego e inclusão social.

A Convenção de Istambul é o primeiro instrumento juridicamente vinculativo a nível internacional em matéria de prevenção e combate à violência contra as mulheres. Concordo assim com a adesão da UE à referida Convenção. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion calling for EU accession to the Istanbul Convention because women who have fallen victim to violent acts must have access to better protection across Europe. One in every three women in the EU has experienced the trauma of physical or sexual violence, or both. This is unacceptable.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The Istanbul Convention on preventing and combating violence against women is the first legally binding instrument in Europe on violence against women and in terms of scope it is the most far reaching international treaty to tackle violence against women as a serious violation of human rights. Three years after its opening for signatures in 2011, the Istanbul convention was entered into force on 1 August 2014. Today, all EU MS have signed the convention, but only 14 have ratified it. Therefore, I have voted in favour of this important report, which calls on Member States to ratify the Istanbul Convention.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A tárgyban az ECR képviselőcsoport önálló, a PPE, az S&D, az ALDE, a GUE/NGL és a Verts/ALE képviselőcsoportok pedig közös állásfoglalási indítványt nyújtottak be. Az utóbbit szavaztam meg.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution commune demande au Conseil et à la Commission européenne d'accélérer les négociations en vue d'adhérer à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. Ils demandent également à tous les États membres de ratifier la convention d'Istanbul et d'allouer les ressources financières adéquates afin de lutter efficacement contre les violences que subissent les femmes. Par ailleurs, cette proposition de résolution met l'accent sur la protection des réfugiées ainsi que des femmes demandeuses d'asile.

Nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention. Il s'agit une fois de plus d'une atteinte à la souveraineté des États membres qui seront désormais contraints de la ratifier.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Seuls les États peuvent légitimement ratifier ou non une convention. Je vote contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte relatif à l'adhésion de l'UE à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre les violences faites aux femmes. Si tous les pays de l'Union ont signé ce texte, tous ne l'ont pas encore ratifié. L'adhésion de l'Union européenne en tant que telle enverra un signal fort aux pays qui n'ont pas encore ratifié ce texte à l'heure où, d'après l'OMS, 30 % des femmes sont victimes de violences conjugales dans le monde.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Teljes mértékben támogatom az EU-nak a nők elleni és a családon belüli erőszak megelőzéséről és felszámolásáról szóló Isztambuli Egyezményhez való csatlakozásáról szóló állásfoglalási indítványát, mivel az elítéli a nőkkel és a lányokkal szemben elkövetett erőszak valamennyi formáját és elismeri, hogy a nemi alapú erőszak pusztító erejűen hat az egész társadalomra.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution regarding the EU's accession to the Istanbul Convention that aims to protect women against all forms of violence and discrimination, and will promote substantive equality between women and men.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece acesta condamnă cu fermitate toate formele de violență împotriva femeilor, luptă pe care am dus-o și în timpul mandatului trecut. Sunt profund dezamăgită să constat faptul că, în continuare, violența împotriva femeilor există în multe state și ia forme multiple, precum abuzul fizic, emoțional, amenințările, abuzul sexual sau folosirea în scopuri de manipulare a copiilor sau a animalelor de companie.

Un alt punct important al raportului este cel referitor la recunoașterea activității esențiale desfășurate de către diferitele organizații ale societății civile pentru prevenirea și combaterea violenței împotriva femeilor, precum și pentru a proteja sau a asista victimele acestui tip de violență. Este important de subliniat faptul că, în acest proces de stopare a violenței împotriva femeilor, asistența pentru recuperarea atât fizică cât și psihică a victimelor este complementară tuturor strategiilor de prevenire și combatere.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Antrag ausgesprochen. Aufgrund der erschreckenden Zahlen, welche jährlich immer mehr ansteigen, sollte man alle Maßnahmen für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen unterstützen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Naistevastane vägivald on probleem, mis puudutab meid kõiki, arvestades, et ELis kannatab naistevastase vägivalla all iga neljas naine. Naistevastane vägivald on ulatuslik inimõiguste rikkumine, millest Euroopa Liit ei tohi mööda vaadata. ELi liikmesriikidel on kõigil vähem või rohkem seadusandlikul tasandil reguleeritud võitlus naistevastase vägivalla vastu, ent mitmetes neist riikidest on võimalik teha rohkem naiste kaitseks ja kurjategijate kohtu ette toomiseks. Seetõttu on mul hea meel, et EL liitub Istanbuli konventsiooniga, mis võimaldab ühtlustada ELi tasandil vastavaid õigusakte ja paremini koguda statistikat. On äärmiselt kahetsusväärne, et seni on Istanbuli konventsiooni ratifitseerinud vaid 14 ELi liikmesriiki. Kutsun siinkohal üles ka Eestit võimalikult kiiresti edasi liikuma Istanbuli konventsiooni ratifitseerimisprotsessiga.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η βία κατά των γυναικών και η έμφυλη βία εξακολουθούν να αποτελούν εκτεταμένα φαινόμενα στην Ευρωπαϊκή Ένωση. Το 33% των γυναικών στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχουν βιώσει φυσική ή και σεξουαλική βία από την ηλικία των 15 ετών. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να δράσει άμεσα. Υπερψήφισα το ψήφισμα το οποίο καλεί το Συμβούλιο και την Επιτροπή να επισπεύσουν τις διαπραγματεύσεις για την προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης στη Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης εξασφαλίζοντας με αυτό τον τρόπο ένα συνεκτικό ευρωπαϊκό νομοθετικό πλαίσιο για την πρόληψη και την καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών και της έμφυλης βίας και για την προστασία των θυμάτων βίας. Επιπλέον, η προσχώρηση της Ευρωπαϊκής Ένωσης θα ασκήσει εκ νέου πολιτική πίεση στα κράτη μέλη ώστε να κυρώσουν την πράξη αυτή. Είναι προφανές ότι οι προσπάθειες της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την εξάλειψη της βίας κατά των γυναικών και των κοριτσιών πρέπει να είναι μέρος ενός συνολικού σχεδίου για την καταπολέμηση των κάθε μορφής ανισοτήτων λόγω φύλου. Μέσω του ψηφίσματος ζητούμε μια στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών και της έμφυλης βίας.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta poiché ritengo che sia necessario tutelare i diritti delle donne e riconoscere pari diritti, in quanto è enunciato sia dai trattati comunitari sia dalla Carta dei diritti fondamentali, che l'uguaglianza di genere è un valore cardine dell'UE; un altro suo principio cardine è la non discriminazione. Purtroppo, la violenza nei confronti delle donne rappresenta ancora un fenomeno diffuso all'interno dell'Unione europea, di conseguenza l'UE si deve far protettrice dei diritti delle donne e combattere contro tali reati, garantendo un maggior controllo a tutela della donna. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – 14 zemalja EU-a nije ratificiralo Istanbulsku konvenciju, među njima je i Hrvatska. Smatram stoga kako bi umjesto forsiranja ratifikacije Istanbulske konvencije, koja očigledno nije svima prihvatljiva, trebalo pronaći prihvatljivo i djelotvorno rješenje za borbu protiv nasilja nad ženama. Jedini pravno obvezujući međunarodni akt koji do sada sadržava definiciju roda je Rimski Statut i on izričito kaže da se rod odnosi na dva spola – muški i ženski, međutim Istanbulska konvencija donosi sasvim drugačiju definiciju.

Stoga se s pravom postavlja i jedno drugo pitanje: naime, ako EU ratificira konvenciju te s njome dio europskog zakonodavstva postanu stvari koje to do sada nisu bile – konkretno definicija roda koja nije temeljena na spolu – to znači da ćemo morati mijenjati ugovore i uvoditi ovu definiciju koja niti je naravna, niti je prihvatljiva, a što će u konačnici i narušiti prava roditelja na odgoj vlastite djece. To će također tražiti i harmonizaciju dijelova nacionalnih zakonodavstva te ulaziti u kazneno zakonodavstvo država članica. Istina je da Istanbulska konvencija sa sobom donosi mnoge korisne odredbe koje bi zaista mogle pomoći žrtvama nasilja, ali većina tih pozitivnih mjera već postoji u zakonodavstvima država članica.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo con questa risoluzione, di cui sono anche tra le firmatarie, sostiene la Commissione e invita il Consiglio a completare celermente l'iter per l'adesione dell'UE alla Convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne. Non si tratta di un atto formale: aderire alla Convenzione di Istanbul vuol dire avere la possibilità di stanziare risorse e di attuare misure concrete per prevenire la violenza di genere. Qualche settimana fa sono stata in Calabria, per sostenere una giovane donna costretta a crescere in fretta a pane, pregiudizi e paura. Per sostenere una ragazza di 16 anni che è stata violentata da un branco di nove ragazzi da quando ne aveva 13, nel silenzio della comunità. La violenza non è un fatto privato, ma un male da estirpare, anche quando, come accade nella maggior parte dei casi, avviene in famiglia. Per vincere questa battaglia abbiamo bisogno di tutti, istituzioni, uomini e donne e con questa adesione l'UE compierebbe un passo in avanti fondamentale. Il Parlamento sostiene con una larghissima maggioranza questa posizione, e auspichiamo che anche il Consiglio trovi al più presto un accordo in tal senso.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – 45% svih žena u Europi bile su žrtve rodnog nasilja. Ono ima ogroman utjecaj na njih i predstavlja veliku ranu naših društava. Ranu koju ne možemo više ignorirati. Nasilje nad ženama se prečesto smatra privatnim pitanjem i vrlo lako tolerira. Potrebno je potaknuti žene koje su žrtve nasilja da prijave što se dogodilo i potraže pomoć te zajamčiti da pružatelji usluga mogu zadovoljiti potrebe žrtava i informirati ih o njihovim pravima i postojećim oblicima potpore. Istraživanja o viktimizaciji, uz administrativne statističke podatke, od ključne su važnosti za dobivanje potpune slike o različitim oblicima nasilja nad ženama. Jednakost spolova jedna je od temeljnih vrijednosti EU-a te je kao strateški cilj ključna za postizanje ukupnih ciljeva strategije Europa 2020. u području rasta, zapošljavanja i socijalne uključenosti.

No Istanbulsku konvenciju ratificiralo je zasad samo četrnaest članica. Stoga pozdravljam prijedlog Komisije da se potpiše i završi pristupanje EU-a konvenciji. Pristupanjem EU-a će se jamčiti usklađen europski pravni okvir za sprečavanje i borbu protiv nasilja nad ženama i rodno uvjetovanog nasilja te za zaštitu žrtava.

Pozivam Vijeće i Komisiju da ubrzaju pregovore o potpisivanju i sklapanju Istanbulske konvencije te da surađuju s Parlamentom i učine velike napore za ispunjenje svojih obveza.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – A violência contra as mulheres continua a ser uma realidade generalizada e com números dramáticos na UE. A resolução recomenda a rápida adesão da UE à Convenção de Istambul, como um instrumento importante no combate e prevenção contra a violência contra as mulheres. Apela igualmente aos Estados-Membros para assegurarem a sua adequada aplicação e afetarem meios financeiros e humanos adequados para a prevenção e combate à violência contra as mulheres e proteção das vítimas.

Não espanta, no contexto do PE, que a resolução não estabeleça qualquer nexo entre aquilo que são as políticas de direita, de ataque aos direitos sociais e laborais ou das políticas de austeridade que a UE tem imposto, e o aumento das desigualdades, da pobreza e exclusão social, dos elevados níveis de desemprego, da precariedade laboral e de como estes fenómenos incidem particularmente sobre as mulheres e contribuem para o aumento da violência sexual e doméstica, ou no aumento das redes de prostituição e do tráfico de seres humanos.

Uma realidade que determina que a simples assinatura de uma Convenção não se traduzirá, per se, em resultados se não for também acompanhada de políticas sociais a outros níveis de intervenção, nomeadamente políticas concretas de combate à pobreza e à exclusão social. Não obstante, votámos favoravelmente.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Jestem za stanowczym zwalczaniem przemocy wobec kobiet, a Polska jest krajem o jednym z najniższych wskaźników tego typu przestępstw. Jednocześnie Polska nie może poprzeć rezolucji, która wzywa UE do przystąpienia do konwencji stambulskiej oraz ustanowienia własnego aktu prawnego. Każde państwo UE ma przepisy zwalczające przemoc i dodatkowe postanowienia nic nie zmienią. Wkraczają natomiast w kompetencje państw. Niniejszym nie poparłem rezolucji.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La veille de la journée internationale contre la violence faite aux femmes, j'ai voté en faveur de cette résolution pour encourager l'adhésion de l'UE à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre les violences faites aux femmes. En Europe, une femme sur trois a déjà été victime de violences physiques ou sexuelles au cours de sa vie, il en va de notre responsabilité de faire en sorte que ce fléau cesse. Cette adhésion nous permettra d'améliorer la protection des victimes et de condamner davantage les agresseurs.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. – Jeden zweiten Tag werden in Europa sieben Frauen getötet und jede dritte Frau wird mindestens einmal im Leben Opfer körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Diese Zahlen sind schockierend, es müssen jetzt dringend Taten folgen. Die Istanbul-Konvention des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt in der EU wurde zwar von allen 28 EU-Mitgliedstaaten unterschrieben, aber nur die Hälfte hat bisher ratifiziert. Die Willensbekundungen der Mitgliedstaaten alleine reichen hier nicht mehr aus. Es genügt auch nicht, jährlich am 25. November auf die Gewalttaten gegen Frauen hinzuweisen, sie aber die restlichen 364 Tage zu vergessen. Auch die EU-Kommission muss tätig werden, damit eine Richtlinie zum EU-weiten Schutz der Frauen gegen Gewalt in ganz Europa Gestalt annimmt. Innerhalb der EU gibt es noch immer keine umfassende Gesetzgebung zum Schutz der Frauen vor Gewalt.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted in favour of the first ECR resolution and abstained on the second compromise resolution. Both were non-legislative and non-binding.

The Istanbul Convention is a (non-EU) international convention that will create some legally binding and non-legislative measures which countries who ratify will have to bring in to national law. The UK is in the process of ratifying the Convention in its own right. UKIP voted in favour of the first ECR resolution as the wording was much better than the compromise resolution because it stressed: 'that it is the sovereign right of a Member State to ratify and implement the Convention and its provisions'. UKIP abstained on the second compromise resolution because although on the one hand it called on the EU to sign up to Convention in its own right (UKIP cannot legitimise the EU signing up to international agreements in its own right) – on the other hand we don't want to appear opposed to fighting violence against women.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – Les violences sexistes, très répandues au sein de l'Union européenne, sont souvent tolérées et rarement punies. Afin de briser la loi du silence et de donner une voix à toutes les victimes, le Parlement a adopté une résolution forte pour rappeler l'urgence d'agir face aux violences envers les femmes et les filles. Lutter contre ces violences, c'est œuvrer en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes. À cette fin, il importe à la fois de prévenir la violence, de protéger les victimes et de poursuivre les responsables, grâce à des ressources adéquates, mobilisables à tous les niveaux de la société.

La convention d'Istanbul, traité international contraignant, adopte justement cette approche globale. L'adhésion de l'Union à cette convention sera un premier pas pour faire avancer le combat contre les violences envers les femmes. Au-delà de la ratification, une directive européenne est l'étape suivante incontournable pour renforcer la mise en œuvre de la convention. Dans ce cadre, je ne cesserai de m'engager pour que l'avortement puisse devenir un droit fondamental reconnu et protégé par l'Union. Dénier ce droit, c'est une violation des droits humains et une violence caractérisée envers les femmes. Je regrette que le texte voté passe cette réalité sous silence.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A igualdade entre mulheres e homens é um valor fundamental da UE e dos seus Estados-Membros. Apesar disso, nem sempre a realidade traduz esse compromisso. Se o Parlamento Europeu tem desempenhado um papel importante na sensibilização para a igualdade entre mulheres e homens e no empoderamento e autonomia das mesmas, são os Estados-Membros que têm claramente impedido a adoção de metas mais ambiciosas em termos de legislação sobre direitos humanos.

O mito de uma «igualdade progressivamente adquirida», ainda muito entranhado na Europa, impede que a igualdade se torne um objetivo efetivo na UE. Se certas medidas foram tomadas num ou noutro domínio, a ausência de uma estratégia global mostra que a igualdade de género não é suficientemente levada a sério. Persistem os estereótipos e a discriminação em todas as esferas da sociedade.

A assinatura e ratificação da Convenção de Istambul é uma medida necessária, ainda que não suficiente, para tentar contrariar este estado de coisas e sensibilizar para a alteração das mentalidades. Precisamos de um instrumento juridicamente vinculativo que previna a violência contra as mulheres e lhe ponha fim.

A violência contra as mulheres não pode permanecer invisível e desvalorizada. A falta de leis e de políticas harmonizadas tem consequências significativas sobre a capacidade de resistência e sobrevivência das mulheres.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En coïncidence avec la journée internationale pour l'élimination de la violence à l'égard des femmes du 25 novembre 2016, j'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur l'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. Cette résolution s'inscrit dans l'objectif de l'UE de promouvoir l'égalité entre les femmes et les hommes et de prendre des mesures en sa faveur. L'adhésion de l'UE à cette convention garantira un cadre juridique cohérent européen pour prévenir et combattre la violence à l'égard des femmes et la violence fondée sur le genre et pour protéger les victimes.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Klausimas dėl ES prisijungimo prie Stambulo konvencijos dėl kovos su smurtu prieš moteris atrodo vienu iš mažiausiai kontraversiškų. Esu įsitikinęs, jog ES, kaip vertybinė bendruomenė, neturi teisės nusišalinti nuo šio klausimo ir privalo tapti šios sutarties dalyve.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution appelant à la prompte adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul. Les violences envers les femmes demeurent une réalité préoccupante dans l'ensemble des États membres. Dans cette perspective, l'Union doit adhérer au plus vite à la convention d'Istanbul, premier instrument international juridiquement contraignant sur la prévention et la lutte contre les violences envers les femmes.

Toutefois, les discussions sur le sujet au Conseil s'éternisent. Cette résolution accentue la pression sur les États membres, afin que tous ratifient la convention, et incite le Conseil à trouver un accord au plus vite. Elle met en évidence la valeur ajoutée de l'adhésion de l'Union à la convention: les mesures de prévention et de lutte contre les violences faites aux femmes seront plus uniformes à l'échelle européenne, et l'action en matière d'égalité entre les sexes, de lutte contre les discriminations et de santé publique sera renforcée. De plus, l'adhésion de l'UE à la convention garantira une meilleure collecte des données sur l'ampleur et la nature de la violence à l'égard des femmes.

Cette résolution constitue un message politique fort et un pas supplémentaire dans le combat contre les violences fondées sur le genre.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia anunciou uma campanha de luta contra a violência sobre mulheres para 2017. Uma em cada três mulheres já foi vítima de violência com base no género durante a sua vida. Embora 96% dos europeus estejam cientes de que a violência doméstica é inaceitável, 27% ainda considera que as relações sexuais sem consentimento podem justificar-se em determinadas circunstâncias, de acordo com um recente inquérito realizado pelo Eurobarómetro.

A presente proposta de resolução vai ao encontro do estipulado no artigo 2.º do TFUE e da Carta dos Direitos Fundamentais, onde incumbe à UE garantir, promover e intervir em prol da igualdade de género, reforçando a importância da adesão da UE à Convenção de Istambul, com vista à adoção de um quadro jurídico europeu coerente na prevenção e combate à violência baseada no género.

A resolução pretende assegurar também um melhor acompanhamento, interpretação e aplicação da legislação, dos programas e dos fundos da UE pertinentes para a Convenção, reforçando a prestação de contas a nível internacional.

Paralelamente, convém não descurar a importância de a UE criar uma estratégia em matéria de combate à violência contra as mulheres e ser parte integrante de um plano abrangente de combate às desigualdades de género.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui appelle instamment l'Union européenne à adhérer à la convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes. Quelques jours avant la journée internationale de lutte contre les violences faites aux femmes, il était crucial que l'Union européenne montre son engagement et sa détermination à lutter contre toute forme de violence à l'égard des femmes, en adhérant à cette convention.

L'adhésion à cette convention aura pour effet de permettre à l'Union de collecter auprès des États membres des données comparables et actualisées sur les violences faites aux femmes, afin de lutter de manière plus efficace contre ce phénomène.

Il est inacceptable qu'aujourd'hui, en Europe, une femme sur trois ait déjà été victime de violences au cours de sa vie. Il est crucial que l'Union européenne et les États membres s'engagent pleinement pour lutter contre ce fléau, protéger les victimes et combattre le silence qui entoure ces violences.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El 25 de noviembre ha sido señalado por las Naciones Unidas como el Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra la Mujer, la cual sigue siendo un fenómeno generalizado en la Unión. Hasta el momento, el Convenio del Consejo de Europa de Estambul es el acuerdo internacional más amplio que aborda la cuestión de la violencia contra las mujeres y las niñas y la violencia basada en el género desde una perspectiva holística. En marzo de 2016, la Comisión propuso que la Unión se adhiriera a la Convención de Estambul. Todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, pero sólo catorce lo han ratificado. La pregunta oral dirigida al Consejo y a la Comisión, así como la JMR, pretende acelerar la adhesión a la Convención y convencer a los Estados miembros que no lo hayan ratificado lo antes posible, conocer el estado de la negociación de la firma, las acciones que la Presidencia ha emprendido para acelerar la firma, el tiempo necesario para concluir la adhesión de la Unión a la Convención y el papel del Parlamento Europeo en el seguimiento de este. Considero que estas son propuestas positivas y por lo tanto he votado a favor.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zum Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen gestimmt.

Das Übereinkommen von Istanbul umfasst eine breite Palette von Maßnahmen bis hin zu rechtlichen Maßnahmen zur Kriminalisierung verschiedener Formen von Gewalt. Es ist das erste Instrument in Europa, welches gesetzlich verbindliche Standards festlegt, um geschlechtsspezifische Gewalt zu verhindern.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Mezinárodní den proti násilí na ženách, který si připomínáme 25. listopadu, by nám měl znovu připomenout, že násilí na ženách není jenom okrajovou záležitostí, ale týká se milionů žen – fyzické či přímo sexuální násilí zažila během svého života každá třetí žena. Doufám proto, že Evropská unie přistoupí k Istanbulské úmluvě co nejdříve.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, puesto que insta a la Unión y a sus Estados miembros a adherirse al Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres.

Lamentablemente, a pesar de que todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, solo catorce lo han ratificado. Esto es muy grave, puesto que resulta imprescindible una reacción decidida de la Unión para acabar de una vez por todas con la violencia machista. Cada segundo cuenta, y, necesitamos que la Comisión Europea y los Estados se pongan de acuerdo y se tomen en serio este problema con una voluntad política real.

El Convenio reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos y es, sin duda, un paso enorme que la Unión debe aprovechar para tomar medidas políticas y judiciales contra la violencia machista, ante los gravísimos hechos como en el Estado español donde 39 mujeres han sido asesinadas a manos de sus maltratadores en lo que llevamos de año.

Branislav Škripek (ECR), *in writing*. – I wholeheartedly support any move that would improve the situation between men and women. No one deserves to be a victim of violence. But instead of tackling the root causes of violence, the Istanbul convention bullies sovereign Member States to give over their judicial powers to a non-EU body (Council of Europe), in the vain hope that some forced group line would solve the problem. Women need help, but that won't come through the EU forcing its Member States to give over their power to the Council of Europe. A better plan should be made.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Istanbulska konvencija o sprečavanju i borbi protiv nasilja nad ženama prvi je pravno obvezujući instrument ovakvog tipa na međunarodnoj razini, a definira pojam nasilja kao sva djela tjelesnog, seksualnog, psihičkog i ekonomskog nasilja koja se događaju u obitelji između partnera.

Sve države članice potpisale su Istanbulsku konvenciju, no polovica ju još uvijek nije ratificirala – između ostalih i Hrvatska.

Pristupanjem Europske unije Istanbulskoj konvenciji omogućit će se veća učinkovitost te usklađenost u provođenju mjera koje bi pridonijele sprečavanju nasilja diljem Europe, a isto tako zajamčile bolju provedbu zakonodavstva, programa i fondova EU-a koji su s tim ciljem uspostavljeni. K tome, pridonijet će se širim ciljevima EU-a u području ravnopravnosti spolova, suzbijanja diskriminacije, javnog zdravlja i gospodarskog rasta te pospješiti odgovornost EU-a kao i njegova uloga u borbi protiv nasilja nad ženama i rodno uvjetovanog nasilja na međunarodnoj razini.

Iz prethodno navedenih razloga, apsolutno podržavam rezoluciju Europskog parlamenta i ovim putem apeliram na čim brže pristupanje Istanbulskoj konvenciji, kao i na ratifikaciju Republike Hrvatske kako bi se jednakost žena i muškaraca jedna od temeljnih vrijednosti Europske unije isticana i u ugovorima i u povelji, zaštitila i u vidu rodno uvjetovanog nasilja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Rodová rovnosť spolu s právom na rovnaké zaobchádzanie a nediskrimináciu tvoria základné práva a hodnoty, ktoré sú zakorenené v európskej spoločnosti. V decembri roku 2015 sa predsednícke trio EÚ, Holandsko, Slovensko a Malta, dohodlo na urýchlení prijatia potrebných opatrení na boj s násilím páchanom na ženách a dievčatách. Problematika násilia páchaného na ženách spôsobuje nemalé spoločenské, ale aj ekonomické škody. Odhadované náklady EÚ spôsobené násilím páchaným na ženách a rodovo motivovaným násilím za rok 2011 predstavujú 228 miliárd EUR. Uznesenie o pristúpení k Istanbulskému dohovoru som podporila, pretože uplatňuje komplexný prístup k problematike násilia páchaného na ženách a dievčatách. Zameriava sa na prevenciu, boj proti diskriminácii, ochranu detí či trestnoprávne opatrenia na boj proti beztrestnosti násilia, ktoré sa v spoločnosti často toleruje, pričom v skutočnosti ide o závažný trestný čin. EÚ vyzýva členské štáty k ratifikácii dohovoru a prideleniu dostatočných zdrojov na prevenciu a boj s násilím. Návrh zároveň vyzýva Komisiu na prijatie právneho aktu, ktorý zabezpečí systém zberu štatistických údajov, ako aj posilnený prístup členských štátov k problematike. Je potrebné, aby Komisia spolu s Radou urýchlili rokovania o podpísaní a uzavretí Istanbulského dohovoru a aby predsednícke trio EÚ akcelerovalo celý proces.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – V Evropském parlamentu jsem dnes hlasovala pro přijetí návrhu usnesení Evropského parlamentu týkajícího se přistoupení EU k Istanbulské úmluvě o prevenci a potírání násilí vůči ženám a domácího násilí. EU by měla podporovat členské státy v jejich úsilí a opatřeních potírajících násilí na ženách. V rámci EU neklesá počet případů sexuálního a domácího násilí, jehož obětí jsou převážně ženy. Vítám proto legislativní záruky potírání násilí vůči ženám stanovené Istanbulskou úmluvou a s ní spojený závazek k přijetí praktických opatření. Mám určité výhrady k terminologii, která je touto úmluvou fixována a dále umožňuje její využívání pro tzv. genderovou ideologii. *Gender equality* chápu jako rovnost žen a mužů a v tomto smyslu podporuji ta opatření, která tento koncept naplňují. Myslím, že bychom měli bojovat proti každému násilí, proti násilí na dětech, včetně nenarozených dětí, na seniorech, zkrátka každé násilí je zlo. Proto jsem hlasovala proti té části usnesení, která požaduje, aby byla na úrovni Evropské unie definována trestná činnost spočívající v násilí vůči ženám a tato skutková podstata byla zanesena do Smlouvy o fungování EU s tím, že lze v této oblasti přijímat právní předpisy. Takové opatření považuji za nadbytečné a nepřiměřené rozšiřování pravomocí Evropské unie, neboť samotná Istanbulská úmluva je již dostatečnou zárukou.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der liberal-konservativen Reformer stelle ich mich klar gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstütze diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Ich bin froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen in einer alternativen EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht. Meine Enthaltung für die gemeinsame Entschließung ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen – unabhängig von der Richtigkeit seines Inhalts.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro usnesení požadující, aby EU přistoupila k Istanbulské úmluvě, která se týká prevence a potírání násilí na ženách a domácího násilí. Jedná se o úmluvu Rady Evropy zahrnující všechny druhy násilí, včetně násilí psychického. Tzv. Istanbulská úmluva je klíčovým a zároveň prvním právně závazným mezinárodním dokumentem, který stanoví právní rámec pro smluvní státy. Cílem dokumentu je nulová tolerance vůči násilí na ženách. Úmluva zavádí definice souvisejících trestných činů a požaduje jejich kriminalizaci. Stanoví sankce pro pachatele a opatření k předcházení násilí a na pomoc jeho obětem. ČR je signatářskou zemí úmluvy, dosud ji ale spolu s mnoha dalšími státy Evropy neratifikovala. Doufám, že se to brzy změní. Jen v ČR se dle průzkumu Agentury EU pro lidská práva z roku 2014 setkalo s fyzickým či sexuálním násilím 32 % žen starších 15 let. V unijním měřítku to bylo 22 %, což ale ve srovnání s celosvětovými 30 % není zrovna chvályhodný výsledek. Oceňuji proto snahu EP a Komise v čele s komisařkou Jourovou o přijetí úmluvy ze strany EU jako celku. Boj proti násilí na ženách by měl být společným tématem k řešení. Věřím, že spoluprací a závazkem ke společným standardům v této oblasti bychom dosáhli hmatatelného pokroku.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die EU soll, wie ein Staat, dem „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ („Istanbul-Konvention“) beitreten. Dass Gewalt gegen Frauen abzulehnen ist, ist eine Selbstverständlichkeit. Dafür braucht es keine Konvention. Der Hase liegt woanders im Pfeffer. Die Konvention legt verpflichtend fest, dass das „Geschlecht“ ein soziales Konstrukt sei: „Der Begriff ‚Geschlecht‘ bezeichnet die gesellschaftlich geprägten Rollen, Verhaltensweisen, Tätigkeiten und Merkmale, die eine bestimmte Gesellschaft als für Frauen und Männer angemessen ansieht“ (Artikel 3 c). Und: Die Konvention ist ohne Rücksicht auf das biologische oder soziale Geschlecht, die sexuelle Ausrichtung oder die Geschlechtsidentität umzusetzen (Art. 4.3).

Alle EU-Abgeordneten von CDU/CSU – bis auf einen –, FDP, SPD, Grünen und Linken haben dafür gestimmt. Auf die Politiker von CDU und CSU ist kein Verlass mehr. Auch sie stimmen jetzt für die Gender-Ideologie.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Istanbulska konvencija predstavlja sveobuhvatan međunarodni ugovor o borbi protiv nasilja nad ženama i nasilja u obitelji. Europska komisija predložila je u ožujku 2016. da Europska unija ratificira Istanbulsku konvenciju Vijeća Europe.

Svaka je treća žena u EU-u pretrpjela fizičko i/ili seksualno nasilje. Više od polovine žena od svoje je 15. godine doživjelo seksualno uznemiravanje. Te su brojke neprihvatljive.

Pristupanje EU-a konvenciji potaknut će bolje prikupljanje podataka na razini EU-a o nasilju nad ženama i ujednačavanje zakonodavstva unutar EU članica. Konvencija inzistira na zaštiti žrtava i kaznenom progonu počinitelja. Konvenciju su potpisale sve članice EU-a, a poziva se na što bržu ratifikaciju u nacionalnim parlamentima one zemlje članice koje to još nisu učinile.

Podupirem ovu Rezoluciju, o kojoj se glasuje uoči Međunarodnog dana borbe protiv nasilja nad ženama. Žrtvama nasilja mora se pružiti pomoć, a počinitelje treba kazniti. Žene koje su žrtve nasilja moraju u Europi biti bolje zaštićene.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Η Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης αναγνωρίζει τη βία κατά των γυναικών ως παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, πράγμα το οποίο δεν επιδέχεται αμφισβήτηση.

Πέρα από την ενημέρωση και την ευαισθητοποίηση σε εθνικό και ενωσιακό πλαίσιο, χρειάζονται και μέτρα που να αποσκοπούν στην πρόληψη της βίας, στην προστασία των θυμάτων και στη δίωξη των δραστών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A nők elleni erőszakról szóló folyamatos társadalmi párbeszéd kiemelkedően fontos, hiszen még Európában is minden harmadik nő átéli ezeket a borzalmakat. Éppen ezért fontosnak tartom ezt az állásfoglalási indítványt és azt szavazatommal támogattam. A főként családokon belül megjelenő fizikai és szexuális erőszak mellett a pszichológiai, illetve a nőkkel szembeni gazdasági sérelmek is általános problémák Magyarországon. Az e téren elérhető statisztikák nem megbízhatóak, hiszen azok pontosságát nagyban meghatározza az, hogy mernek-e az érintettek beszélni róla, mit tekintenek egyáltalán erőszaknak.

Az indítványban megfogalmazottakkal egyetemben üdvözlöm a Bizottság javaslatát, hogy aláírják és szentesítik az Unió csatlakozását az isztambuli egyezményhez (mivel az egyezmény vegyes megállapodás, amely a tagállamok csatlakozásával párhuzamosan lehetővé teszi az Unió csatlakozását is). Ugyanakkor fájlalom, hogy a Tanácson belüli tárgyalások nem haladnak ugyanilyen sebességgel és felhívom a figyelmet, hogy az Unió isztambuli egyezményhez való csatlakozása nem mentesíti a tagállamokat az egyezmény ratifikálása alól. Az Orbán-rezsim nőkhöz és gyermekekhez való hozzáállásáról sokat elmond az a tény, hogy a kormány a mai napig nem volt hajlandó ratifikálni az isztambuli egyezményt, amely kötelező érvényűvé tenné a fenti problémák megoldását célzó intézkedések bevezetését. Arra kell törekednünk, hogy egy mindenki számára biztonságot nyújtó társadalmi egységet és bizalmat teremtsünk, még ha ez ellentétes is a regnáló

rezsim akaratával.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Przemoc wobec kobiet nie jest sprawą prywatną. Jest to poważne przestępstwo i nadal ogromny problem w Europie. Zbyt często niestety przemoc wobec kobiet jest tolerowana, a naszym obowiązkiem powinno być połączenie sił w celu zwalczania bezkarności i ochrony ofiar. Nadszedł zatem czas, aby budować kulturę szacunku dla godności kobiet i dziewcząt, walczyć ze stereotypami i skupić się na ich zapobieganiu.

Niestety, w Unii Europejskiej jedna na trzy kobiety doświadczyła fizycznej albo seksualnej przemocy podczas swojego życia. W związku z tym cieszy decyzja Komisji Europejskiej, która zaproponowała w marcu 2016 roku, żeby także Unia jako całość przystąpiła do konwencji stambulskiej w sprawie zapobiegania i zwalczania przemocy wobec kobiet. Należy jednak podkreślić, iż nadal niektóre kraje Wspólnoty nie przystąpiły do konwencji. Mam nadzieję, że ta sytuacja w najbliższym czasie ulegnie zmianie.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Una dintre valorile fundamentale ale Uniunii Europene este egalitatea dintre femei și bărbați. Din păcate, violența împotriva femeilor continuă să fie un fenomen răspândit la scară largă în cadrul statelor membre, afectând o treime din totalul femeilor din Europa. În același timp, studiile arată că există și acte de violență comise în familie împotriva bărbaților.

Această situație inacceptabilă impune o combinație de acțiuni legate de infrastructură, sistemul judiciar, aplicarea legii, sistemele cultural, social, educațional și de sănătate la nivel european. Utilizarea violenței în relațiile interumane este o practică condamnabilă și care ține de o etapă istorică depășită.

În calitate de membri ai Parlamentului European avem datoria de a combate prin orice mijloace disponibile folosirea violenței, mai ales în cadrul familiei, unde efectele negative se răsfrâng în mod multiplicat asupra tuturor membrilor acesteia și, în special, asupra copiilor. În condițiile în care toate statele membre au semnat Convenția de la Istanbul a Consiliului Europei privind prevenirea și combaterea violenței împotriva femeilor și a violenței domestice, iar 14 au ratificat deja convenția, se recomandă aderarea UE la această Convenție atât de necesară și punerea în aplicare a prevederilor acesteia.

Susțin adoptarea acestei rezoluții mai mult decât necesare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Alors que ce vendredi se déroulera la journée internationale pour l'élimination de la violence à l'égard des femmes, le Parlement européen réaffirme, ce midi, son soutien absolu à la convention d'Istanbul. Cette convention est cruciale, car elle serait le premier instrument juridiquement contraignant de l'histoire en matière de prévention et de lutte contre la violence à l'égard des femmes au niveau international. Cependant, 14 pays n'ont toujours pas ratifié le texte, ce qui retarde la mise en place de mesures qui sauveraient des vies. En Europe, près d'une femme sur trois est victime de violences physiques ou sexuelles au moins une fois dans sa vie: ne rien faire, c'est être complice!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The EU's accession to the Istanbul Convention will reinforce the EU's commitment to combating violence against women, reinforce its credibility and accountability toward its international partners, and consolidate the EU's actions targeting violence against women through a coordinated international effort with the exchange of data and documentation among signatory states. I voted in favour of the motion for a resolution on EU accession to the Istanbul Convention because I believe the EU must do everything in its power to promote and better the combat against violence against women, both within the EU, as well as in third countries.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le 25 novembre a lieu la journée mondiale de lutte contre les violences faites aux femmes. Cette journée doit être l'occasion de rappeler que, chaque année, des milliers de femmes sont victimes de violences. Cela va du harcèlement dans la rue à l'agression sexuelle, aux violences conjugales et parfois jusqu'au meurtre.

Selon un rapport de l'Agence européenne des droits fondamentaux, paru en 2014, près de 67 % des femmes ont estimé avoir été victimes de violences au cours de l'année écoulée.

L'adhésion de l'Union européenne à la convention d'Istanbul était donc attendue. Elle a pour objectif de prévenir les violences, protéger les victimes, et punir les responsables, en prévoyant des ressources suffisantes et adéquates pour mettre en œuvre un ensemble d'actions.

La vote de cette résolution montre que les violences faites aux femmes ne concernent pas uniquement les femmes mais toute la société, qui doit s'engager fortement et de manière urgente contre ce fléau. Cette adhésion n'est que la première étape d'une politique globale.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Nisam podržao Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o pristupanju EU-a Istanbulskoj konvenciji o sprečavanju i borbi protiv nasilja nad ženama. U potpunosti podržavam borbu protiv nasilja nad ženama i smatram kako Europska unija i sve njene institucije moraju aktivirati sve instrumente kako bi se opseg nasilja nad ženama smanjio. Međutim, premda naslov konvencije to ne sugerira, u njenoj sadržaju se na više mjesta ističe pojam roda, odnosno rodno uvjetovanog nasilja. Mišljenja sam da u provođenju zaštite žena nije potrebno isticati pojam roda čiji se sadržaj protivi mojim uvjerenjima i mom svjetonazoru. To je razlog zbog kojeg nisam podržao prijedlog ove rezolucije.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o pristopu EU k istanbulski konvenciji o preprečevanju nasilja nad ženskami tre o boju proti njemu k vprašanjema za ustni odgovor B8.1805/2016 in B8-1806/2016 v skladu s členom 128(5) Poslovnika sem podprla. Enakost spolov je temeljna vrednota EU. Pravica do enakega obravnavanja in nediskriminacije temeljna pravica. Po podatkih iz raziskave Agencije za temeljne pravice o nasilju nad ženskami in drugih raziskav je še vedno razširjeno splošno nasilje nad ženskami - tretjina vseh žensk v Evropi vsaj enkrat v odraslem življenju žrtev telesnega ali spolnega nasilja. Nasilje nad ženskami se jemlje preveč kot zasebno, zato je potrebno o tej temi osveščati s čimer bomo lahko zmanjšali nasilje.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The Istanbul Convention obliges states to act against gender-based violence against women: to prevent it, to protect the victims and take measures against the perpetrators. As long as these necessary steps are taken, gender equality is not possible. All EU Member States have signed the Istanbul Convention, but only 18 have actually ratified it. This is a complete shame. The European Union should set an example by ensuring that all Member States stand against gender-based violence.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El 25 de noviembre ha sido señalado por las Naciones Unidas como el Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra la Mujer, la cual sigue siendo un fenómeno generalizado en la Unión. Hasta el momento, el Convenio del Consejo de Europa de Estambul es el acuerdo internacional más amplio que aborda la cuestión de la violencia contra las mujeres y las niñas y la violencia basada en el género desde una perspectiva holística. En marzo de 2016, la Comisión propuso que la Unión se adhiriera a la Convención de Estambul. Todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, pero sólo catorce lo han ratificado. La pregunta oral dirigida al Consejo y a la Comisión, así como la JMR, pretende acelerar la adhesión a la Convención y convencer a los Estados miembros que no lo hayan ratificado lo antes posible, conocer el estado de la negociación de la firma, las acciones que la Presidencia ha emprendido para acelerar la firma, el tiempo necesario para concluir la adhesión de la Unión a la Convención y el papel del Parlamento Europeo en el seguimiento de este. Considero que estas son propuestas positivas y por lo tanto he votado a favor.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Als Mitglied der liberal-konservativen Reformer stelle ich mich klar gegen jede Form der Gewalt gegen Frauen und unterstütze diesbezüglich auch die Positionen der Istanbul-Konvention. Ich bin froh darüber, dass Deutschland zu den EU-Mitgliedstaaten zählt, die die Konvention unterzeichnet haben. All das habe ich zusammen mit meinen Fraktionskollegen in einer alternativen EKR-Resolution zum Ausdruck gebracht. Meine Enthaltung für die gemeinsame Entschließung ist darin begründet, dass ich auch bei diesem so wichtigen Thema die nationale Souveränität und Subsidiarität achte. Es ist nicht Aufgabe der EU, ein solches Abkommen im Namen ihrer Mitgliedstaaten zu unterzeichnen. Schade ist auch, dass der Bericht trotz vieler guter Elemente die Gender-Ideologie unterstützt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La convention du Conseil de l'Europe sur la prévention et la lutte contre la violence à l'égard des femmes est un traité international adopté le 11 mai 2011 à Istanbul. Cette convention a vocation à éradiquer tous les actes de violence fondés sur le genre qui entraînent pour les femmes des préjudices ou souffrances de nature physique, sexuelle, psychologique ou économique. Elle impose un cadre juridique contraignant aux États signataires visant à interdire le mariage forcé, les mutilations génitales féminines, la stérilisation contrainte ainsi que le harcèlement sexuel.

La proposition de résolution commune demande au Conseil et à la Commission européenne d'accélérer les négociations en vue d'une adhésion de l'UE à cette convention. Ils demandent également à tous les États membres de ratifier la convention d'Istanbul et d'allouer les ressources financières adéquates afin de lutter efficacement contre les violences que subissent les femmes. Par ailleurs, cette proposition de résolution met l'accent sur la protection des réfugiées ainsi que des femmes demandeuses d'asile.

Nous considérons que l'Union européenne n'a aucune légitimité diplomatique pour ratifier une telle convention. Il s'agit une fois de plus d'une atteinte à la souveraineté des États membres qui seront désormais contraints de la ratifier.

J'ai voté contre ce texte.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Wspólny projekt rezolucji otrzymał szerokie poparcie całego Parlamentu. We wspólnym tekście wyraźnie wezwano państwa członkowskie do ratyfikacji (i transpozycji do prawa krajowego) postanowień konwencji stambulskiej, tak aby UE mogła przystąpić do tej konwencji jako podmiot międzynarodowy. Głosowałem za przyjęciem projektu rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El 25 de noviembre ha sido señalado por las Naciones Unidas como el Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra la Mujer, la cual sigue siendo un fenómeno generalizado en la Unión. Hasta el momento, el Convenio del Consejo de Europa de Estambul es el acuerdo internacional más amplio que aborda la cuestión de la violencia contra las mujeres y las niñas y la violencia basada en el género desde una perspectiva holística. En marzo de 2016, la Comisión propuso que la Unión se adhiriera a la Convención de Estambul. Todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, pero sólo catorce lo han ratificado. La pregunta oral dirigida al Consejo y a la Comisión, así como la JMR, pretende acelerar la adhesión a la Convención y convencer a los Estados miembros que no lo hayan ratificado lo antes posible, conocer el estado de la negociación de la firma, las acciones que la Presidencia ha emprendido para acelerar la firma, el tiempo necesario para concluir la adhesión de la Unión a la Convención y el papel del Parlamento Europeo en el seguimiento de este. Considero que estas son propuestas positivas y por lo tanto he votado a favor.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Griežtai smerkiu visų formų smurtą prieš moteris ir mergaites; atkreipiu dėmesį į tai, kad smurtą ir prievartą patiria neproporcingai daug moterų.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motions for a resolution further to Questions for Oral Answer B8 1805/2016 and B8 1806/2016 pursuant to Rule 128(5) of the Rules of Procedure on the EU accession to the Istanbul Convention on preventing and combating violence against women. Gender equality is a core value of the EU which the EU has committed to integrating into all its activities. The resolution emphasises that the EU accession will guarantee a coherent European legal framework to prevent and combat violence against women and gender-based violence and to protect the victims of violence. I voted in favour because I believe that gender equality is essential, as a strategic objective, to achieving the overall Europe 2020 objectives of growth, employment and social inclusion.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El Convenio de Estambul reconoce la violencia contra la mujer como una violación de los derechos humanos y como una forma de discriminación. Partiendo de estas bases, sus objetivos son prevenir este tipo de violencia, proteger a las víctimas, entablar acciones judiciales contra los agresores y sensibilizar a toda la sociedad a este respecto. Contempla como delitos graves la violencia física, psicológica y sexual e introduce una serie de nuevos delitos penales, tales como la mutilación genital femenina o el acoso. Aquí, el Parlamento Europeo pretende apoyar la propuesta que la Comisión lanzó en marzo para la adhesión de la Unión a la totalidad del Convenio. Y es que, a pesar de que la firma de las partes se abrió en 2011, a día de hoy faltan por cumplir con ella Letonia, República Checa y Bulgaria; y más de diez Estados miembros aún no lo han ratificado. En reconocimiento de la importancia de este Convenio, que supone el primer instrumento en el ámbito europeo de carácter vinculante en materia de violencia contra la mujer, además del tratado internacional de mayor alcance para hacer frente a esta grave violación de los derechos humanos, he votado a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución, puesto que insta a la Unión y a sus Estados miembros a adherirse al Convenio de Estambul sobre Prevención y Lucha contra la Violencia contra las Mujeres.

Lamentablemente, a pesar de que todos los Estados miembros de la Unión lo han firmado, solo catorce lo han ratificado. Esto es muy grave, puesto que resulta imprescindible una reacción decidida de la Unión para acabar de una vez por todas con la violencia machista. Cada segundo cuenta, y, necesitamos que la Comisión Europea y los Estados se pongan de acuerdo y se tomen en serio este problema con una voluntad política real.

El Convenio reconoce la violencia contra las mujeres como una violación de los derechos humanos y es, sin duda, un paso enorme que la Unión debe aprovechar para tomar medidas políticas y judiciales contra la violencia machista, ante los gravísimos hechos como en el Estado español donde 39 mujeres han sido asesinadas a manos de sus maltratadores en lo que llevamos de año.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it emphasises that the EU accession will guarantee a coherent European legal framework to prevent and combat violence against women and gender-based violence and to protect the victims of violence. It also stresses that it will provide greater coherence and efficiency in the EU's internal and external policies, will ensure better monitoring, interpretation and implementation of EU laws, programmes and funds relevant to the Convention, as well as more adequate and better collection of comparable desegregated data on violence against women and gender-based violence at EU level, and will reinforce the EU's accountability at international level.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Un rapport de l'Agence européenne des droits fondamentaux (FRA) indique qu'en 2014, un tiers des femmes ont subi des actes de violence sexuelle ou physique au moins une fois dans leur vie au sein de l'Union européenne.

On se rappelle qu'en France, une femme meurt tous les trois jours sous les coups de son mari ou compagnon. Et le machisme ordinaire, source de tous les maux, a de beaux jours devant lui.

En mars 2016, la Commission a proposé l'adhésion de l'UE à la convention d'Istanbul du Conseil de l'Europe – premier instrument juridique contraignant en ce domaine – qui adopte une approche holistique de la violence contre les femmes et de la violence fondée sur le sexe.

La présente résolution encourage les États membres qui ne l'ont pas encore fait (14!) à ratifier la convention et soutient l'adhésion de l'UE – ce qui permettrait à minima d'harmoniser les statistiques des violences faites aux femmes en obligeant les États à reporter tous les incidents et à renforcer leurs prévention.

Cette adhésion est bienvenue, même si elle est insuffisante: il faudrait une directive-cadre européenne. Il s'agit néanmoins d'un pas dans la bonne direction, j'ai donc voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A igualdade de género e o direito à igualdade de tratamento e à não discriminação são direitos fundamentais da UE. A resolução aponta para factos relevantes, não ignora deliberadamente as condições sociais e políticas em que elas ocorrem. E percebe-se porquê: porque a violação de direitos aumenta com as políticas de austeridade, com o desmantelamento das funções sociais do Estado e com o alargamento da desigualdade e da pobreza.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Am 4. März 2016 hat die Kommission den Beitritt der EU zum Übereinkommen von Istanbul, dem ersten rechtsverbindlichen Instrument zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf internationaler Ebene, vorgeschlagen. (Alle EU-Mitgliedstaaten haben es unterzeichnet, jedoch nur vierzehn von ihnen haben es ratifiziert.)

Opfer von Gewalt gegen Frauen müssen in ganz Europa besser geschützt werden. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2014 der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) ist ein Drittel aller Frauen in der EU ab einem Alter von 15 Jahren – ungefähr 62 Millionen – Opfer physischer und/oder sexueller Gewalt geworden (genannte Arten: psychische, physische und sexuelle Gewalt, Stalking, weibliche Genitalverstümmelung, Zwangsheirat, Zwangsabtreibung, Zwangssterilisation und Missbrauch von Frauen im Internet). Vertragsparteien der Konvention von Istanbul müssen den Schutz der Opfer von Gewalt verbessern und die strafrechtliche Verfolgung der Straftäter gewährleisten. Als weitere Ziele werden genannt: Gleichstellung der Geschlechter und Diskriminierungsverbot. Aufgrund der erschreckenden Zahlen sollte man alle Aktivitäten, welche sich für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen aussprechen, unterstützen. Es werden finanzielle und personelle Ressourcen gefordert, um schneller und effektiver handeln zu können. Daher habe ich diesen Antrag mitgetragen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sull'adesione dell'UE alla convenzione di Istanbul sulla prevenzione e la lotta contro la violenza nei confronti delle donne. Considerando che la violenza nei confronti delle donne è un fenomeno ancora diffuso nell'UE e che una donna su tre ha subito atti di violenza fisica o sessuale almeno una volta in età adulta, la risoluzione riconosce che le conseguenze della violenza di genere sono devastanti. Bisogna ricordare che tutti i 28 Stati membri hanno firmato la convenzione di Istanbul del Consiglio d'Europa e che 14 Stati membri hanno ratificato tale convenzione. L'adesione dell'UE assicurerà una maggiore coerenza ed efficienza delle politiche interne ed esterne dell'Unione, garantirà un controllo, un'interpretazione e un'attuazione migliori della normativa, dei programmi e dei fondi UE riguardanti la convenzione.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – As this resolution says, EU accession will guarantee a coherent European legal framework to prevent and combat violence against women and gender-based violence and to protect the victims of violence.

I welcome the Commission's proposal for EU accession to the Istanbul Convention. The Council and the Commission must speed up the process, sign and ratify the Convention without reservations. Member States who have not ratified it yet, including the UK, must do so, and the Convention must be implemented at national and European levels.

Gender-based violence must be tackled holistically, from the perspective of it being a human rights violation, a safety and security risk, a criminal issue, as well as a health, and culture and education issue. These issues must all be tackled in a concerted effort to eliminate the violence that so many women and LGBTI people face daily.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I decided to vote in favour of this motion for resolution because as a liberal I'm a strong supporter of liberty and human rights. Every women has to be treated fairly and should get the same opportunities. All forms of violence against women and girls are unacceptable, and usually they suffer also mentally after the physical violence occurred. Gender-based violence is really at high levels, especially in the domestic environment. Any type of study aimed to preventing this violence to occur is of course very welcome. I believe that is very important for Member States to work together to share best practices and exchange effective ways of preventing violence and protecting men and women from gender-based violence.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Nehlasovala som za uznesenie požadujúce pristúpenie EÚ k Istanbulskému dohovoru Rady Európy. Ako som upozornila v mojom vystúpení v rozprave k tomuto bodu programu, boj proti násiliu na ženách je vo výlučnej kompetencii členských štátov. Na rozdiel od mojich kolegov a kolegýň som presvedčená, že tu neriešime problém diskriminácie žien voči mužom zo strany štátu. Trestné právo vo všetkých členských štátoch totiž nerobí rozdiel medzi obeťami násilia podľa ich pohlavia. Riešime uplatňovanie týchto zákonov v praxi, fungovanie polície a súdov, ale aj to, ako účinne predchádzať násiliu a ako chrániť jeho obete, aj tie potenciálne.

Navyše, Istanbulský dohovor by vniesol do právneho systému EÚ definíciu termínu „rod", ktorú nepoznajú ani zmluvy, ani Charta základných práv. Otvorila by sa tým široká brána pre presadzovanie politík založených na identite. Mám vážne obavy, že práve tento spôsob myslenia spoločnosť polarizuje, pretože umožňuje, aby naratív „my" verzus „oni" prenikol do každej oblasti politiky. Dnes však potrebujeme presný opak: sústrediť sa na to, čo nás spája ako Európanov a občanov, a nie na to, čo nás rozdeľuje.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς*. – Το ψήφισμα δεν φείδεται ευχολογίων για τα δικαιώματα των γυναικών ούτε αναφορών καταδίκης της βίας σε βάρος τους. Το υπαρκτό ζήτημα όμως της βίας κατά των γυναικών που εμφανίζεται στο έδαφος των εκμεταλλευτικών σχέσεων στο ψήφισμα παρουσιάζεται αποκομμένο από αυτό, ενώ η καταπολέμησή της προσεγγίζεται με τη λογική «κόστους - οφέλους». Υπολογίζεται προκλητικά πως η βία κατά των γυναικών το 2011 «κόστιζε» 228 δισεκατομμύρια ευρώ, 45 δισεκατομμύρια ευρώ αντιστοιχούν στο «κόστος» των κρατικών υπηρεσιών και 24 δισεκατομμύρια ευρώ στην «απολεσθείσα οικονομική παραγωγή», αυτό που απασχολεί και τα μονοπώλια. Το ψήφισμα αναθέτει σε ΜΚΟ και «οργανώσεις της κοινωνίας των πολιτών», ακόμη δηλαδή και στην εργοδοσία και κάθε είδους μηχανισμούς της, την ευθύνη για την πληροφόρηση, ενώ Ευρωπαϊκή Ένωση και αστικές κυβερνήσεις απαλλάσσονται από τη λήψη μέτρων ανακούφισης των γυναικών από ό,τι τις βασανίζει, καθώς δεν υπάρχει καμία σχετική αναφορά. Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ που για τους παραπάνω λόγους τοποθετήθηκε με λευκό, σημειώνει ότι καμία ανοχή δεν πρέπει να υπάρχει από την εργατική τάξη και τα λαϊκά στρώματα στο φαινόμενο της βίας. Χρειάζεται να παλέψουν με προοπτική μια κοινωνία χωρίς εκμετάλλευση ανθρώπου από άνθρωπο, στο πλαίσιο της οποίας θα διαμορφωθούν οι προϋποθέσεις για την αντιμετώπιση της βίας κατά των γυναικών και τη λύση της γυναικείας ανισοτιμίας.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Násilí na ženách považuji za závažný trestný čin a za jeden z palčivých problémů současné společnosti. Často je násilí na ženách přehlíženo, a je proto naší povinností na tento problém upozornit, zaměřit se na prevenci a bojovat proti stereotypům. Podporuji proto přistoupení Evropské unie k Istanbulské úmluvě, která vyžaduje, aby její signatáři zlepšili systém ochrany obětí násilí, zajištění stíhání pachatelů nebo například poskytovali rozšířenou psychologickou pomoc. Kromě toho by se také díky úmluvě měl zlepšit systém sběru informací ohledně různých případů násilí, což pomůže lépe pochopit tento fenomén a bojovat proti němu.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Spoločný text uznesenia, ktorý vyzýval na urýchlené pristúpenie Európskej únie k Istanbulskému dohovoru o predchádzaní násiliu na ženách a o boji proti nemu som nepodporila. Istanbulský dohovor sa na jednej strane zaoberá nesmierne dôležitou témou, témou boja proti násiliu páchanému na ženách. Hoci existuje množstvo iniciatív a zákonov, násilie páchané na ženách je, bohužiaľ, v štátoch Európskej únie ešte stále rozšíreným javom. A proti nemu je potrebné zo všetkých síl bojovať. Na druhej strane však Istanbulský dohovor nielenže obsahuje výraznú harmonizáciu trestného práva členských štátov, čím zasahuje do zásady subsidiarity, ale po bližšom pohľade na právne aspekty tohto dohovoru vyvstáva otázka, akým spôsobom bude možné dohovor riadne a v súlade s právom Európskej únie implementovať. Moja druhá vážna výhrada, prečo som túto správu nepodporila je, že tento dohovor je nezdravo zideologizovaný. Myslím si preto, že hoci je potrebné vyvíjať všetku možnú iniciatívu, aby sa násiliu na ženách predchádzalo, Istanbulský dohovor nepovažujem za ten správny nástroj. Práve preto som sa v záverečnom hlasovaní rozhodla zdržať.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente a resolução sobre a adesão da UE à Convenção de Istambul por concordar com a necessidade de ação urgente por parte da UE no combate à violência contra as mulheres.

Destaco que a Convenção de Istambul é o primeiro instrumento juridicamente vinculativo na Europa sobre este tipo de violência e, em termos de âmbito, é o tratado internacional mais abrangente do combate à violência contra as mulheres como grave violação dos direitos humanos.

Por conseguinte, nos termos da Convenção, os Estados são obrigados a adotar legislação no sentido de uma tolerância zero para a violência contra as mulheres. A violência de género deixa, portanto, de ser considerada como uma questão privada, pelo que os Estados serão obrigados a prevenir a violência, a proteger as vítimas e a punir os autores.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o pristupanju Europske unije Istambulskoj konvenciji o sprječavanju i borbi protiv nasilja nad ženama jer taj dokument unosi čitav niz novih definicija koje zahtijevaju sustavne promjene temeljnih ugovora o uniji i nacionalnih zakonodavstava.

Ne osporavajući važnost postojećih napora u borbi i suzbijanju nasilja ne samo nad ženama, nego i nad muškarcima, manjinskim skupinama, izbjeglicama, azilantima i migrantima, smatram da ova rezolucija, ali i sama konvencija konkretiziraju u novoj mjeri same instrumente i mehanizme zaštite žena i muškaraca od psihičkog, fizičkog i spolnog nasilja te uspostavljaju vjerodostojne elemente nadzora provedbe odredbi konvencije na razini zemalja članica. Uz to, opći stav o smanjenju nasilja i nultoj toleranciji prema svim oblicima nasilja već je ugrađen u temeljne ugovore i ustavne tekstove država članica.

Potrebno je na sustavan način provoditi individualizirani pristup pojedinom problemu te ga suzbijati kroz razvoj svijesti o štetnosti nasilja i kroz obrazovni proces koji mora biti usmjeren na prihvaćanje međusobnih razlika koje su karakteristične za pripadnike muškog i ženskog spola.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o pristopu EU k istanbulski konvenciji o preprečevanju nasilja med ženskami ter o boju proti njima.

Pravica do enakega obravnavanja in nediskriminacije je odločilna temeljna pravica, priznana v pogodbah o Evropski uniji. Globoko je zasidrana v evropski družbi ter nujno potrebna za nadaljnji razvoj družbe, veljati pa mora v zakonodaji, praksi, sodni praksi in v vsakdanjem življenju. Strategija poziva države članice, naj zagotovijo pravilno izvrševanje konvencije ter ustrezne finančne in kadrovske vire za preprečevanje nasilja nad ženskami in nasilja na podlagi spola ter boja proti njemu in za zaščito žrtev.

9.6. Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten 2015 (A8-0331/2016 - Notis Marias)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Já obecně podporuji činnost evropského ombudsmana a myslím si, že ombudsman patří do pojetí právního státu a do pojetí ochrany práv občana oproti veřejné moci.

Na druhou stranu jsem nakonec tuto zprávu nepodpořil a zdržel jsem se, a to z jednoho prostého důvodu, proto také vystupuji s vysvětlením. Ta zpráva není jen o tom, co ombudsman, respektive ombudsmanka v posledním roce 2015 konala, není to tedy pouze popis skutečností. Tak bych si já zprávu představoval. Ve zprávě je však celá řada věcí, které směřují k tomu, že by měla být měněna pozice tohoto orgánu veřejné moci. Mělo by dojít k posílení pravomocí ombudsmana a stejně tak prošly některé pozměňovací návrhy, které vedou k tomu, že by měla být měněna i pozice oznamovatele, tzn. těch, kteří se na ombudsmana obracejí.

Myslím si, že tyto věci nemají být předmětem výroční zprávy o tom, co ombudsman v posledním roce dělal. Proto jsem se nakonec zdržel a to zdržení s ombudsmanem nesouvisí a není proti orgánu samotnému.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Ich habe heute Morgen in der Aussprache gesagt, der Berichterstatter zum Jahresbericht des Bürgerbeauftragten hat der Versuchung nicht widerstehen können, den Bericht politisch zu überladen. Er hat also Dinge hereingebracht, die noch im Entscheidungsprozess des Europäischen Parlaments liegen.

Es ist richtig: Wir brauchen zur Europäischen Zentralbank, zur Euro-Gruppe, zum ESM, zur Transparenzoffensive und auch zum Whistleblowerschutz bzw. zum Interessenkonflikt noch Vereinbarungen. Die sollten wir politisch noch diskutieren und dann beschließen. Er hat diesen Bericht überladen.

Aber ich kann nach der Abstimmung feststellen, dass es uns gelungen ist – vielen Dank auch an meine Kolleginnen und Kollegen –, den Bericht quasi wieder zu entschlacken und auf seine Ursprungsform zurechtzustutzen. Deshalb an dieser Stelle nochmal Dankeschön auch an alle Kolleginnen und Kollegen und natürlich auch ein Dankeschön an die Bürgerbeauftragte, die wirklich eine unverzichtbare Einrichtung im Europäischen Parlament geworden ist. Deshalb konnte ich dem Bericht dann zum Schluss zustimmen.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione analizza l'attività del Mediatore europeo, Emily O'Really, nel corso del 2015. Complessivamente l'approccio è da ritenersi soddisfacente, soprattutto dove si enfatizza il contributo fornito dal Mediatore europeo alla gestione dei casi di cattiva amministrazione segnalati dai cittadini riguardo all'operato delle istituzioni e degli organi dell'Unione, così come i passaggi relativi alla necessità di rafforzare la trasparenza delle istituzioni per garantire una buona amministrazione generale. Merita una particolare menzione positiva quanto espresso relativamente alla problematica delle lobby e al contrasto a qualsiasi fattore che possa causare conflitti di interesse al fine di assicurare credibilità all'intero processo decisionale, sia dal punto di vista politico che tecnico. Per tali motivi ho votato favorevolmente.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión.

La Sra. O'Really trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se da a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las Instituciones Europeas.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe felicita a la actual Defensora del Pueblo Europeo por su trabajo durante el año 2015, en el que además de responder a más de 17 000 ciudadanos europeos que denunciaron casos de mala administración, decidió abrir ocho investigaciones estratégicas sobre asuntos fundamentales como la falta de transparencia en las negociaciones del ATCI, la protección de los denunciantes, las puertas giratorias, las limitaciones a la Iniciativa Ciudadana Europea o la violación de derechos humanos fundamentales que suponen las deportaciones forzosas del Frontex.

De hecho, este informe expresa preocupación por el flagrante caso de puertas giratorias representado por el expresidente de la Comisión Europea José Manuel Durão Barroso a la cabeza, actualmente consejero de Goldman Sachs.

Por ello, considero que se trata de un informe positivo que reclama más transparencia y me sumo a su apoyo de la labor de la Defensora del Pueblo Europeo.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — This report approves the 2015 report of activities presented by the European Ombudsman and congratulates her. It welcomes the continued efforts of the European Ombudsman to increase transparency and underlines eight of the strategic inquiries opened by the European Ombudsman on major issues, such as TTIP transparency, whistleblowing, the European Citizens' Initiative, fundamental rights in the EU's cohesion policy and her complaint on Frontex forced returns. It also focuses on the opening of six strategic initiatives (pursuit of important topics without an inquiry), among which are ECB transparency, post-term-of-office activities of former Commissioners, and the Asylum, Migration, and Integration Fund). Therefore, I voted in favour of this report.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl Europos ombudsmeno 2015 m. veiklos, kuriame Europos Parlamentas palankiai vertina nuolatines Europos ombudsmenės pastangas didinti skaidrumą vykstant deryboms dėl Transatlantinės prekybos ir investicijų partnerystės (TPIP) susitarimo. Manau, kad tai aktuali sritis ir kuo didesnis skaidrumas dėl šio susitarimo lems sėkmingą jo baigtį ateityje. Pritariu Komisijos žingsniui paskelbti daug TPIP dokumentų, taip propaguojant skaidrumą kaip vieną iš trijų naujosios prekybos strategijos ramsčių. Manau, kad Europos ombudsmenas gali žymiai prisidėti prie platesnio masto pastangų, kad būtų išsaugotas ir sustiprintas Europos piliečių pasitikėjimas Komisijos veikla ir tarptautinių susitarimų teikiama nauda.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. — Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015, διότι έχουν πραγματοποιηθεί σημαντικές προσπάθειες για τη βελτίωση της ποιότητας των υπηρεσιών που παρέχονται στους πολίτες από τις ευρωπαϊκές διοικήσεις.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Die Position des Europäischen Ombudsmannes wurde geschaffen, um den Bürgern der EU eine Anlaufstelle für ihre Beschwerden bezüglich jeder Art von Missständen in den Tätigkeiten der europäischen Institutionen, Organe, Büros oder Agenturen zu geben. Der Bericht des Parlaments über die Tätigkeiten des Bürgerbeauftragten im Jahr 2015 lobt dessen Arbeit und spricht sich für ein größtmögliches Maß an Transparenz aus. Darüber hinaus wird eine Überarbeitung des Kodex für gute Verwaltungspraxis und die Entwicklung einer Richtlinie über die interne Hinweisgebung gefordert. Ich unterstütze den Bericht, da ich der Überzeugung bin, dass die EU ein hohes Maß an Transparenz und Bürgernähe braucht, um ihre demokratische Legitimierung weiter zu stärken. Die Funktion des Bürgerbeauftragten leistet dazu einen überaus wichtigen Beitrag.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Beaucoup d'esbroufe en matière de transparence, puisque la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile).

Quant à l'aide aux migrants, elle justifie en soi un vote contre. Suite au lancement des propositions de réforme pour le Réseau européen des médiateurs (ENO), ce réseau européen a notamment mené une enquête sur les droits fondamentaux des migrants expulsés. Suite à cette enquête, le Médiateur a fait des recommandations à Frontex pour que les droits fondamentaux des migrants soient respectés (recours). Le Médiateur européen poursuit son action en faveur des migrants en 2015, puisque son bureau a ouvert une initiative stratégique relative aux migrations et aux fonds d'intégration en matière d'asile.

De même, la lutte contre les «revolving doors» apparait comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs.

Par conséquent, je me suis opposée à ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I am happy for EU bodies to criticise EU institutions, the Ombudsman is still part of the European Union mechanism, therefore I voted to abstain on this resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car il est nécessaire de saluer la qualité du travail de la médiatrice européenne. Son activité en faveur d'une plus grande transparence est un facteur essentiel pour la confiance et la crédibilité de l'administration européenne. Dans un climat de défiance à l'égard des institutions, il est donc important de souligner l'efficacité de ces opérations.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui comporte un certain nombre de points avec lesquels je suis en désaccord. Pour en citer quelques-uns: l'enfumage au niveau de la transparence alors que la Commission ne révèle que ce qu'elle veut, notamment au niveau du TTIP, l'aide aux «migrants», l'hypocrisie par rapport aux lanceurs d'alertes qui sont loués alors que les plus célèbres d'entre eux, Julian Assange et Edward Snowden, n'ont pas été protégés en Europe, etc.

Je refuse de voter en faveur d'un texte qui légitime des activités contraires à nos intérêts nationaux.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui souligne la qualité du travail de la médiatrice et son activité incessante pour améliorer la qualité du service rendu aux citoyens par l'administration européenne. À signaler la part élevée de plaintes concernant la transparence, ce qui place celle-ci en tête des sujets de plainte.

S'il salue les efforts consentis par la Médiatrice pour améliorer, en soumettant des propositions en ce sens à la Commission européenne, la transparence des négociations relatives au TTIP, le rapport réaffirme qu'une transparence plus large s'impose dans les négociations des accords internationaux comme le demandent de nombreux citoyens.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Marias concernente le attività del Mediatore europeo nel 2015. Il testo approva la relazione presentata al Parlamento dal Mediatore O'Reilly, lodando l'eccellente lavoro svolto e l'impegno profuso per migliorare la qualità dei servizi offerti ai cittadini da parte dell'amministrazione europea. Nell'ultimo anno sono state particolarmente frequenti le denunce inerenti la trasparenza, un dato che sottolinea come questo tema rappresenti un elemento centrale per i cittadini e un indicatore di garanzia per la buona amministrazione. In questo quadro si situano i casi delle cosiddette porte girevoli, quelle situazioni in cui funzionari dell'UE si sono trovati ad occupare posti di lavoro nel settore privato, nell'ambito di loro competenza, subito dopo aver lasciato gli incarichi istituzionali precedenti. Si tratta di episodi preoccupanti, sui quali occorre un supplemento di vigilanza, sia per i possibili conflitti di interesse sia per i rischi per la credibilità complessiva delle istituzioni, È il caso della recente nomina di Barroso a presidente non esecutivo della banca d'affari *Goldman Sachs International*. Il Parlamento ha anche ribadito l'importanza di una maggiore trasparenza della BCE, in particolare per il suo ruolo di membro della troika, e dei gruppi di esperti della Commissione.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe sobre las actividades de la Defensora del Pueblo Europeo en 2015. El informe recoge muchas de las acciones positivas de la Sra. Emilly O'Reilly, en el que destacamos lo importante de una institución como el Defensor del Pueblo, que vele por los intereses de los ciudadanos y salvaguarde sus derechos frente a posibles malas prácticas de las administraciones. Importante también conocer que España encabeza de lejos el número de reclamaciones a la Defensora del Pueblo, como a la Comisión de Peticiones.

El informe recoge también los esfuerzos por conseguir una mayor transparencia en las negociaciones del ATCI y el CETA, en la toma de decisiones, el acceso público a documentos; el problema de las puertas giratorias, las vulneraciones de derechos por Frontex y los Estados miembros en la crisis de migrantes, o los derechos de grupos minoritarios desfavorecidos; y le insta a salvaguardar los derechos de los ciudadanos y los intereses de la buena administración con respecto al BCE y la Comisión Europea.

Por esto, aunque mejorable, vemos de manera positiva la rendición de cuentas de la Defensora del Pueblo y el informe que se ha presentado sobre cómo mejorar sus actividades.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado este informe sobre la actividad del Defensor del Pueblo Europeo 2015. La labor de la Sra. O' Reilly es remarcable, a la vez que infatigable en el empeño por mejorar la calidad del servicio que la Administración europea presta a los ciudadanos. Hay que buscar la máxima transparencia como elemento clave para generar confianza y buena administración, como pone de relieve el elevado porcentaje de reclamaciones recibidas en relación con la transparencia, superior al de cualquier otro asunto.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport relatif aux activités du Médiateur européen. Je tiens tout d'abord à rappeler quelques chiffres. Le Médiateur européen dispose d'un budget de 10 346 105 euros. Pour quels résultats? En 2015, il a «aidé» 26,7 % moins de citoyens qu'en 2014. Ces soi-disant succès, notamment le fait de pousser la Commission à plus de transparence dans le cadre des négociations du TTIP, restent très relatifs; idem pour les relations de la Commission avec les lobbyistes de l'industrie du tabac puisque la Commission refuse toujours des informations détaillées sur leurs réunions conjointes.

Certes, le Médiateur européen peut sembler plein de bonnes volontés puisqu'il s'oppose notamment à la pratique dite du «revolving doors», c'est-à-dire au fait pour certains experts, juristes ou élites de l'UE de passer du public au privé puis du privé au public sans aucun contrôle. Cela n'a pas empêché José Manuel Barroso de s'offrir tranquillement une retraite dorée chez Goldman Sachs.

Enfin, qui le Médiateur européen prétend-il défendre? Les citoyens européens? Non, sa grande priorité est de permettre aux migrants de mener des recours contre les États lorsqu'ils jugent leurs droits fondamentaux bafoués.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo rappresenta una delle poche forme di controllo esistenti che i cittadini europei hanno a disposizione nei confronti delle istituzioni europee. Ritengo che il Mediatore europeo collabori in modo positivo con altri enti che operano negli Stati membri a difesa dei cittadini, quali la Rete europea dei difensori civici e le commissioni per le petizioni e che le attività da esso svolte abbiano portato finora a buoni risultati. Per questi motivi ho voluto sostenere questo testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe, que evalúa positivamente el trabajo desarrollado por la Defensora del Pueblo Europeo durante 2015 para mejorar la calidad del servicio que la Administración europea presta a los ciudadanos.

El informe valora especialmente la actuación de la Defensora en el ámbito de la transparencia, como pone de relieve el elevado porcentaje de reclamaciones recibidas en relación con la misma (22,4 %), superior al de cualquier otro asunto, así como sus esfuerzos continuados para aumentar la transparencia en las negociaciones sobre el ATCI, mediante la presentación a la Comisión de propuestas a tal fin. En concreto, celebra que, a raíz de ello, la Comisión haya publicado numerosos documentos e incluido la transparencia como uno de los tres pilares de su nueva estrategia de comercio.

La oficina de la Defensora del Pueblo llevó a cabo investigaciones sobre los derechos fundamentales, en particular sobre las devoluciones en caliente. Igualmente investigó cómo los Estados miembros gastan dinero en los proyectos financiados con fondos de la Unión, concretamente proyectos relacionados con personas con discapacidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl pranešimo, nes juo Parlamentas įvertino Europos ombudsmeno 2015 m. veiklą. Parlamentas patvirtino Europos ombudsmenės pristatytą metinį pranešimą apie 2015 m. veiklą ir palankiai vertina nuolatines Europos ombudsmenės pastangas didinti skaidrumą vykstant deryboms dėl TPIP, šiuo tikslu teikiant pasiūlymus Komisijai. Parlamentas remia Europos ombudsmenės pasiryžimą padaryti Europos Centrinio Banko (ECB) veiklą skaidresnę ir atitinkančią aukštus valdymo standartus, ypač dėl to, kad jis yra trejeto ir grupės *Quadriga* narys, prižiūrintis fiskalinio konsolidavimo programas ES šalyse. Parlamentas taip pat palankiai vertina tai, kad Europos ombudsmenė tęsia tyrimus dėl „sukamųjų durų“ reiškinio atvejų Komisijoje ir pripažįsta, kad po šių tyrimų Komisija pateikė daugiau informacijos apie vyresniųjų pareigūnų, kurie perėjo dirbti į privatųjį sektorių, pavardes. Būtent, Parlamentas reiškia didelį susirūpinimą dėl to, kad buvęs Komisijos pirmininkas J. M. Barroso buvo paskirtas įmonės „Goldman Sachs International“ konsultantu ir nevykdomuoju pirmininku.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Szeretném kifejezni elismerésemet az ombudsmannak, amiért vizsgálatot indított arra vonatkozóan, hogy a tagállamok milyen mértékben tartják tiszteletben az Alapjogi Chartát az uniós pénzeszközökből finanszírozott fellépések végrehajtása során, például olyan projektek esetében, amelyek a fogyatékossággal élő személyek társadalomba való integrációja helyett inkább intézményekbe való elhelyezésére irányulnak. Támogatom az európai ombudsmant abban, hogy a projektek átláthatóságának és hozzáadott értékének biztosítása érdekében folytassa ezeket a vizsgálatokat.

Üdvözlöm az ombudsman és az Európai Parlament között a fogyatékossággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-keretegyezmény uniós keretében folyó együttműködést, különösen pedig arra vonatkozó felhívásukat, hogy uniós szinten maradéktalanul hajtsák végre az egyezményt és biztosítsanak számára megfelelő forrásokat. Támogatom az ombudsman azon erőfeszítéseit, amelyeket a hátrányos megkülönböztetéssel, a kisebbségi csoportok jogaival és az idős emberek jogaival kapcsolatos ügyek megoldása érdekében tett. A fentiek fényében szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Odobravam in podpiram letno poročilo za leto 2015, ki ga je predložila evropska varuhinja človekovih pravic. Zadovoljen sem z odličnim delom in prizadevanjem za izboljšanje kakovost storitev, ki jih evropska uprava ponuja državljanom. Strinjam se, da je preglednost osrednji element za pridobitev zaupanja v dobro upravo. To dejstvo izkazuje tudi visok delež pritožb, ki so vložene v zvezi s preglednostjo. Prav tako, pa so pomembna prizadevanja evropske varuhinje človekovih pravic za povečanje preglednosti v trgovinskih pogajanjih. Med drugim pa tudi podpiram njena prizadevanja pri povečevanju transparentnosti delovanja ECB, lobistov in ostalih pomembnih akterjev, ki imajo posredni vpliv na prebivalstvo EU.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće u kojemu se pozdravlja rad Europskog ombudsmana i napominje glavna područja za 2015. godinu.

Uloga ureda je istražiti pritužbe podnesene od strane građana o lošem upravljanju institucija EU-a ili drugih tijela EU-a, što se može istražiti i na vlastitu inicijativu, a cilj je pomoći, kako bi institucije EU-a bile više otvorene i pristupačne građanima.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on activities of the European Ombudsman in 2015 because I think Emily O' Reilly did a great job improving the quality of service offered to European citizens. Moreover, I welcomed the efforts made in order to increase transparency of the recent negotiations of trade agreements by approving this resolution. In short, I believe the Commission and the Member States should empower the European Ombudsman by recognising the need for transparency in the EU decision-making process.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo si occupa di casi di cattiva amministrazione nell'azione delle istituzioni, degli organi o degli organismi dell'Unione a danno di cittadini europei. Nel 2015 l'ufficio del Mediatore europeo ha assistito 17.033 cittadini europei, offrendo consulenza su 13.966 di questi casi (l'81,99 %) attraverso la guida interattiva disponibile sul sito web del Mediatore europeo; 2.077 casi (il 12,19 %) sono stati trattati come denunce e 1.060 casi (il 6,22 %) erano richieste di informazioni cui i servizi del Mediatore europeo hanno fornito una risposta.

Rispetto all'anno precedente, il numero di cittadini assistiti nel 2015 è stato sensibilmente inferiore (erano stati 23.072 nel 2014, con una riduzione del 26,17 %); la quantità di denunce è rimasta invariata ma la percentuale delle denunce rispetto al numero totale di casi è stata superiore nel 2015 (12,19 %) che nel 2014 (9,01 %).

Nel complesso si tratta di una istituzione attiva, che offre un servizio utile alla cittadinanza, ma che è ancora poco conosciuta. È importante sostenerne l'azione sia nel campo della trasparenza delle varie istituzioni n dell'UE che prendono decisioni che hanno un impatto sui cittadini europei, sia nella divulgazione di conoscenze e informazioni corrette sulle normative ed i diritti dei cittadini.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Salut dialogul continuu și relațiile strânse ale Ombudsmanului cu o întreagă serie de instituții ale UE, inclusiv cu Parlamentul European, precum și cu alte agenții, în vederea asigurării cooperării și coeziunii administrative.

Consider că este necesar ca agențiile UE să respecte aceleași standarde ridicate de transparență, responsabilitate și etică, ca toate celelalte instituții. În acest sens, apreciez ca fiind extrem de importantă activitatea desfășurată de Ombudsmanul European în mai multe agenții din întreaga UE, tocmai pentru a respecta aceste standarde.

Sunt de părere că activitatea dnei Emily O'Reilly a avut ca scop îmbunătățirea calității serviciilor oferite cetățenilor de către administrațiile europene, motiv pentru care m-am exprimat favorabil în privința raportului cu privire la activitățile Ombudsmanului European în 2015.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión.

La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che riporta le attività svolte dal Mediatore europeo nell'ultimo anno. Il Mediatore rappresenta una figura indispensabile in quanto, oltre a servire l'interesse pubblico, apporta aiuti rilevanti alle istituzioni UE al fine di migliorarne la qualità dei servizi offerti. La stretta collaborazione dell'ultimo anno con le istituzioni UE ha contribuito a rafforzare la coesione e la cooperazione sul piano amministrativo. La relazione mette in evidenza gli sforzi compiuti, volti alla maggiore trasparenza dei negoziati (molte le proposte rivolte alla Commissione sul TTIP e sul CETA) e delle attività di lobbying. Il mediatore ha avanzato inoltre alcune proposte per migliorare l'iniziativa dei cittadini europei (ICE), al fine di renderla più efficace, agevolando la partecipazione dei cittadini nella definizione delle politiche UE.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this resolution because we feel that the Ombudsman is holding the institutions to account on transparency but is still not going far enough to ensure that all aspects of the EU are transparent and accountable.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione sull'attività annuale del Mediatore mette in evidenza il contributo dello stesso in modo corretto in riferimento ai casi di cattiva amministrazione concernenti l'azione delle istituzioni e degli organi dell'Unione. Particolarmente positivo è il riferimento alla problematica delle lobby, in merito alla quale si chiede la modifica del regolamento 1049/2001 relativo all'accesso del pubblico ai documenti del Parlamento europeo, del Consiglio e della Commissione, nonché in materia di Iniziativa dei cittadini europei (ICE) e sul contrasto alle fonti di conflitto di interesse. Mi sono espresso senza dubbi a favore.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015 αποτελεί μια τακτική ανάλυση και εκτίμηση του έργου που παρουσιάζει η υπηρεσία αυτή. Καθώς η έκθεση προσεγγίζει το ζήτημα με κριτική ματιά, αναλύοντας τα κακώς κείμενα και προτείνοντας λύσεις, θεωρώ πως συνεισφέρει στη βελτίωση του έργου του Διαμεσολαβητή και γι' αυτό τον λόγο ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il lavoro svolto da Emiliy O'Reilly è a dir poco ottimo, pertanto esterno il mio voto favorevole alla relazione presentata in merito all'attività del Mediatore europeo. Tale figura è incaricata di indagare sulle denunce relative ai casi di cattiva amministrazione da parte delle istituzioni o di altri organi dell'UE. Le denunce possono essere presentate da cittadini o residenti dei paesi dell'Unione o da associazioni o aziende con sede europea. Si tratta di un ruolo nevralgico, specialmente in questo momento di forte antieuropeismo, per imprimere fiducia e garantire una buona amministrazione, come emerge dall'alta percentuale di denunce inerenti la trasparenza (22,4%). Non solleva affatto stupore, bensì deciso gradimento il continuo sforzo del Mediatore per migliorare la trasparenza dei negoziati sul TTIP ottenendo la pubblicazione di numerosi documenti a riguardo. Analogamente, richiede più di una mera citazione la tanto anelata pubblicazione da parte della BCE degli elenchi delle riunioni dei membri del Comitato esecutivo, oppure la volontà di un'apertura meno blanda a ciò che accade durante le riunioni dell'Eurogruppo. Squarci verso un sistema più chiaro e accessibile ai cittadini sono stati, dunque, aperti ai cittadini da parte del Mediatore in linea con l'obiettivo di implementare la trasparenza prefissato dalla Commissione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2015.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Provedor de Justiça assume um papel fundamental, nos termos dos tratados, na defesa de princípios de boa administração nas instituições europeias. Ademais, tendo analisado 48 840 queixas entre 2005 e 2015, é uma figura conhecida dos cidadãos europeus (83% têm conhecimento de que se podem dirigir ao Provedor - Eurobarómetro de Outubro de 2015). Assim, torna-se fundamental preservar a independência desta figura para manter a eficácia das suas decisões ou recomendações.

Congratulo-me pela taxa de 90% de cumprimento das decisões e recomendações do Provedor em 2015 e pela boa diligência no tratamento de todos os pedidos que, contudo, foram menores que no ano anterior, o que me preocupa.

Registo que a informação e acesso a documentos é o principal tema dos pedidos. Entendo que esse acesso deve ser o mais alargado possível, em condições de segurança.

Defendo que estes relatórios do Parlamento devem fazer uma avaliação sobre o objeto do trabalho do Provedor e não procurar utilizar o pretexto para ataques políticos. Afasto-me, portanto, de referências a casos mediáticos concretos que, a meu ver, não cabem no âmbito deste relatório. Este facto instrumentaliza o documento e distancia-o do seu objetivo. Pelo exposto, abstenho-me no presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perchè evidenzia l'ottimo lavoro svolto dal Mediatore europeo nel 2015. Il mandato del Mediatore europeo è contenuto nell'articolo 228 TFUE e concerne la ricezione di denunce relative a casi di cattiva amministrazione nelle istituzioni dell'UE, mandato che ha permesso nel 2015 al Mediatore di assistere circa 17 mila casi, di cui 14 mila attraverso la guida interattiva fornita dal sito web dello stesso, 2 mila casi sono stati trattati come denunce e mille sono state le richieste di informazioni. I temi che più sono stati al centro delle attività del Mediatore e delle sue indagini sono stati: le richieste di informazioni e di accesso ai documenti, questioni istituzionali e questioni politiche seguite dalla Commissione. Il ruolo del Mediatore europeo, nell'attuale contesto geopolitico, appare essenziale per riavvicinare i cittadini alle istituzioni e soddisfare la crescente domanda di trasparenza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – It is crucial to achieve good administration and ensure the credibility of political and technical decision-making. For this purpose, I consider that particular attention needs to be paid at EU level, on the basis of high standards and concrete measures that leave no doubt regarding any conflict of interest in appointing candidates for positions in the Union's institutions, agencies and bodies. Efforts to make lobbying more transparent are welcome; however, I regret the Commission's reluctance to publish detailed information on meetings with tobacco lobbyists and urge the Commission to make its workings fully transparent so that the public acquires more trust in its work.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe felicita a la actual Defensora del Pueblo Europeo por su trabajo durante el año 2015, en el que además de responder a más de 17 000 ciudadanos europeos que denunciaron casos de mala administración, decidió abrir ocho investigaciones estratégicas sobre asuntos fundamentales como la falta de transparencia en las negociaciones del ATCI, la protección de los denunciantes, las puertas giratorias, las limitaciones a la Iniciativa Ciudadana Europea o la violación de derechos humanos fundamentales que suponen las deportaciones forzosas del Frontex.

De hecho, este informe expresa preocupación por el flagrante caso de puertas giratorias representado por el expresidente de la Comisión Europea José Manuel Durão Barroso a la cabeza, actualmente consejero de Goldman Sachs.

Por ello, considero que se trata de un informe positivo que reclama más transparencia y me sumo a su apoyo de la labor de la Defensora del Pueblo Europeo.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Ombudsmanul ajută persoanele, întreprinderile și asociațiile care se confruntă cu probleme de administrare defectuoasă în cadrul unei instituții a Uniunii. În 2015, Biroul Ombudsmanului European a ajutat 17 033 de cetățeni europeni, dintre care 13 966 de cazuri (81,99 %) au fost soluționate prin oferirea de consiliere prin intermediul ghidului interactiv de pe site-ul internet al Ombudsmanului European. Acesta servește interesului public, ajutând instituțiile UE să îmbunătățească calitatea serviciilor pe care le furnizează. Pe lângă investigarea plângerilor, Ombudsmanul poate, de asemenea, iniția anchete din proprie inițiativă.

Am votat pentru continuarea transparentizării instituțiilor și a organismelor europene. Identificarea administrațiilor defectuoase reprezintă o prioritate europeană.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az európai ombudsman hivatala panaszokat fogad be az uniós intézmények, szervek és hivatalok tevékenysége során felmerülő visszásságokkal kapcsolatban valamint segít a magánszemélyeknek, társaságoknak és egyesületeknek az uniós intézményeken belül történt hivatali visszássággal kapcsolatos problémák felmerülése esetén. A panaszok kivizsgálása mellett az ombudsman hivatalból is indíthat vizsgálatokat. 2015-ben az ombudsman 8 stratégiai vizsgálat kapcsán foglalkozott alapvető kérdésekkel, mint például a transzatlanti kereskedelmi és beruházási partnerség átláthatóságával, visszaélések bejelentésével, az európai polgári kezdeményezésekkel, az uniós kohéziós politikán belüli alapvető jogokkal, valamint a Frontex általi kitoloncolással is. A jelentés továbbá foglalkozik az európai ombudsman kezdeményezéseivel és intézkedéseivel, a közösségi média használatával az ombudsman tevékenységének előmozdítása érdekében

A parlamenti jelentés kiinduló megközelítése eltér attól, amit véleményem szerint az ombudsman hivatalát illetően meg kell fogalmazni. A Petíciós Bizottság alelnökeként a munkám szerves részét képezi az ombudsman által vizsgált ügyek követése és a hivatallal folytatott együttműködés. Néppárti kollégáimmal egyetértve, a nem objektív mérlegelés kiküszöbölésére és a hivatal valós, a Szerződésekben lefektetett szerepének megőrzésére van szükség.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem raportu z działalności Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich, sporządzonego przez Panią Emily O'Reilly za 2015 rok. Sprawozdanie zostało przedstawione w klarowny i rzeczowy sposób. W raporcie zostały podkreślone główne problemy i zapewnienia o bogatych inicjatywach i działaniach Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich. Sprawozdanie zostało sporządzone w oparciu o konkretne informacje i szczegółowe statystyki przybliżające charakter pracy Rzecznika oraz podkreślając jego znaczenie. W 2015 roku Biuro Europejskiego Rzecznika pomogło 17 033 obywatelom Unii Europejskiej. Przedstawione dane podkreślają znaczenie tej instytucji oraz celowość podejmowanych działań, dlatego zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this report as it recognises and endorses the work of the European Ombudsman, Emily O'Reilly, for 2015. The report encourages the empowerment of the European Ombudsman when it comes to matters of transparency and calls upon the Commission to empower the Ombudsman with the ability to issue a statement of non-compliance should an institution refuse to release public documents that do not endanger public safety or security or put the privacy and integrity of individuals at stake. The report also encourages the European Ombudsman to ensure that Europe's institutions maintain the highest standards for our citizens and commends her efforts to introduce more transparency in the TTIP negotiations following concerns from citizens. Finally, the report also encourages her to do the same when it comes to CETA, to ensure that citizens are informed of the decisions being taken in their name.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Numeroși cetățeni europeni sunt preocupați de politicile europene și de punerea lor în aplicare și consider important faptul că ei adresează petiții când sunt preocupați. Susțin, deci, poziția raportorului privind necesitatea unor eforturi mai susținute și mai ample pentru a proteja încrederea cetățenilor europeni, mai ales având în vedere Regulamentul 1049/2001 privind accesul public la documentele Parlamentului European, ale Consiliului și ale Comisiei, care prevede principiul „celui mai larg acces posibil" și subliniază că transparența și accesul deplin la documentele deținute de instituțiile UE trebuie să reprezinte norma pentru a asigura că cetățenii își pot exercita pe deplin drepturile lor democratice.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur l'action du Médiateur européen pour l'année 2015. Le mandat du Médiateur européen est décrit à l'article 228 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne (traité FUE), permettant à son bureau de recevoir des plaintes concernant des cas de mauvaise administration dans les activités des institutions, organes ou organismes européens. Considérant que le Médiateur européen possède un rôle clé dans les activités des institutions européennes et que le travail de la détenteur actuelle du poste, M^me^ Emily O'Reilly, est salué, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – N-VA stemde voor dit verslag waarin waardering wordt uitgedrukt voor de werkzaamheden van de Europese Ombudsman. De N-VA is zich immers bewust van het grote belang van het door de Europese Ombudsman geleverde werk. Goed bestuur, transparantie en toegankelijkheid zijn immers essentieel, wil de EU haar draagvlak behouden/herstellen. Meer bepaald staat N-VA bijvoorbeeld achter de onderzoeken naar Commissieleden die na hun ambtstermijn in de particuliere sector aan de slag gaan en steunt de N-VA – meer in het algemeen – de vraag naar het doeltreffend aanpakken van belangenconflicten, de roep om meer doorzichtigheid van lobbyactiviteiten en de bescherming van klokkenluiders. Ook is N-VA erg tevreden met de onverkorte steun voor de volledige tenuitvoerlegging van het VN-Verdrag inzake de rechten van personen met een handicap op EU-niveau. Geen geloofwaardig Europa

zonder de betrokkenheid van haar burgers!

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il Mediatore europeo è una figura che fa da tramite tra individui, associazioni e istituzioni europee. In un contesto complesso come lo sono le istituzioni europee è importante avere un organo a cui i singoli individui, aziende e associazioni si possono rivolgere nel caso in cui incontrino problemi di cattiva amministrazione.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

En 2015, le Médiateur européen a aidé 17 033 Européens.

Cependant, on note certaines lacunes de la Commission en matière de transparence, le système des revolving door qui permet au personnel des directions générales de passer successivement des institutions au secteur privé (cabinet d'avocats, etc.).

Enfin, nous ne souscrivons pas à la justification de l'aide apportée aux migrants.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз гласувах в подкрепа на този доклад. Европейският омбудсман представи годишния си доклад по време на срещата на комисията на Европейския парламент по петиции на 20 юни 2016 г. Докладът е представен като предишния доклад от 2014 г., като набляга на основните въпроси и предоставяне на богата информация за инициативите и действията на Европейския омбудсман, използването на социалните медии за насърчаване на дейности на омбудсмана, както и съответните действия от страна на европейските институции.

Аз също подкрепям факта, че файлът разглежда редица ключови въпроси, като например лошото управление във функционирането на ЕЦБ в резултат на конфликт на интереси, произтичащи от статута ѝ на паричен орган и член на Тройката. Освен това, аз силно подкрепям призивите за прозрачност в Европейския механизъм за стабилизиране (ESM) и искането за продължаване на разследванията на Европейския омбудсман в случаи от сорта на „въртящи се врати" (движението на персонал между роли като законодатели и регулатори и отраслите, засегнати от законодателството и регулацията) в Комисията, като например този на бившия председател на Европейската комисия г-н Барозу, който е назначен като съветник и неизпълнителен председател на Goldman Sachs International.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015 της Επιτροπής Αναφορών, καθώς επικροτούμε τις προσπάθειες της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας για εδραίωση της διαφάνειας στα διάφορα θεσμικά όργανα ή οργανισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που λαμβάνουν αποφάσεις με αντίκτυπο στους ευρωπαίους πολίτες, δεδομένου ότι αποφασίζουν επί οικονομικών και νομισματικών θεμάτων (όπως η Ευρωομάδα) ή προσφέρουν χρηματοδότηση σε κράτη μέλη υπό σκληρούς όρους και μνημόνια συμφωνίας (όπως ο Ευρωπαϊκός Μηχανισμός Σταθερότητας).

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the activities of the European Ombudsman in 2015. The report makes some strong points on the lack of transparency in some areas of the EU's activities. It calls for a directive on the protection of whistleblowers, and also a reformed Code of Conduct for Commissioners. There has been interest in Wales in the position of Ombudsperson and I hope that we can build on the EU example.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: le rapport fait la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles voire pénales (point N). Mais les lanceurs d'alerte les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui rend assez hypocrites les bonnes intentions manifestées à leur sujet.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório aborda o trabalho desenvolvido pelo Provedor de Justiça da UE em 2015. Saúda os esforços da Provedora de Justiça para aumentar a transparência nas negociações relativas ao TTIP. Enfatiza a necessidade de transparência no processo de tomada de decisão da UE e apoia a investigação das negociações informais entre as três principais instituições da UE («trílogos»).

Lamenta o facto de a Comissão Europeia só ter fornecido documentação parcial à Comissão de Inquérito ao chamado «escândalo VW». Apoia a determinação da Provedora de aumentar a transparência do funcionamento do BCE. Apela a uma maior transparência nas reuniões do Eurogrupo. Apoia os esforços da Provedora para aumentar a transparência das atividades dos lóbis. Saúda as investigações sobre os casos de «porta giratória» na Comissão Europeia. Faz uma abordagem crítica ao facto de o antigo presidente da Comissão Europeia, José Manuel Barroso, ter sido nomeado consultor e presidente não executivo da Goldman Sachs International.

Reconhecemos o trabalho do Provedor, que inclui algumas dimensões que valorizamos. Todavia, o próprio conteúdo do relatório acaba por evidenciar o seu carácter de mero adorno «democrático» de um processo profundamente antidemocrático, pela forma como condiciona diariamente a vida de milhões de cidadãos, dos Estados-Membros e das suas instituições de soberania, impondo-lhes políticas contrárias aos seus interesses.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole al rapporto annuale delle attività del Mediatore europeo nel 2015, perché fornisce dati completi e interessanti sullo svolgimento, le iniziative e le azioni concrete del lavoro del Mediatore europeo, le cui mansioni si esplicano attraverso le consulenze e gli aiuti diretti ai cittadini europei. Ritengo che il ruolo del Mediatore europeo sia necessario ai fini di un'implementazione della trasparenza nei processi decisionali a livello europeo.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore della relazione: concordo nel chiedere più trasparenza alle istituzione europee.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015 της Επιτροπής Αναφορών, καθώς επικροτώ τις προσπάθειες της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας για εδραίωση της διαφάνειας στα διάφορα θεσμικά όργανα ή οργανισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που λαμβάνουν αποφάσεις με αντίκτυπο στους ευρωπαίους πολίτες, δεδομένου ότι αποφασίζουν επί οικονομικών και νομισματικών θεμάτων (όπως η Ευρωομάδα) ή προσφέρουν χρηματοδότηση σε κράτη μέλη υπό σκληρούς όρους και μνημόνια συμφωνίας (όπως ο Ευρωπαϊκός Μηχανισμός Σταθερότητας).

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I fully endorse the great work of European Ombudsman Emily O'Reilly for 2015. Of special mention for the year in question was her work on transparency (TTIP negotiations, the ECB, EU decision-making, whistle-blowing rules, lobbying transparency, EU agencies); revolving doors and conflict of interests. The Ombudsman also did a great job in investigating respect for fundamental rights, in particular on the role of Frontex in forced returns; as well as when Member States spend money on projects financed by EU funds, for example on projects for disabled people (community-based care as opposed to institutionalisation). I also support the specific mention about former Commission President Barroso's appointment as adviser and non-executive chairman of Goldman Sachs International.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando la importante labor que desempeña, ya que el Defensor del Pueblo ayuda a los ciudadanos, las empresas y las asociaciones que se enfrentan a problemas de mala administración de una institución de la Unión. Del mismo modo, la Defensora del Pueblo debe velar por atajar todo tipo de conflictos de intereses dentro de las Unión, ya que es clave para asegurar la credibilidad de las mismas. En este sentido, es necesario revisar el código de conducta que se aplica a los comisarios, para ampliar el periodo de incompatibilidad de 18 meses a 2 años para los ex comisarios y a 3 años para los ex presidentes.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión. La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión. La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla relazione annuale concernente le attività del Mediatore europeo nel 2015 ed esprimo grande soddisfazione per il lavoro del mediatore europeo Emily O'Reilly perché lo ritengo di fondamentale importanza per migliorare i rapporti tra i cittadini e le istituzioni europee. Ritengo che la figura del Mediatore europeo possa essere un canale di contatto diretto ed efficace tra i cittadini e le istituzioni, dando la possibilità a tutti di poter segnalare eventuali inadeguatezze opacità. Nel 2015 il Mediatore europeo ad esempio si è occupato da vicino di diverse questioni come la segretezza dei negoziati del TTIP, la trasparenza delle lobby e il grande tema dei conflitti d'interessi di membri del Parlamento e della Commissione. Sono fermamente convinta che la figura del Mediatore europeo possa in futuro essere ancora più importante, proprio per il ruolo che svolge di collante tra le comunità e le istituzioni europee, così da poter accrescere il controllo democratico dei cittadini seppur per vie indirette.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht meines Kollegen Notis Marias über den Jahresbericht 2015 über die Tätigkeit des Europäischen Bürgerbeauftragten gestimmt. Die Europäische Bürgerbeauftragte leistet zusammen mit ihrem Straßburger Team eine wertvolle Arbeit und hat es in den vergangenen Jahren geschafft, dieses Amt mehr als bisher in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Tätigkeit des europäischen Bürgerbeauftragten fördert die Transparenz in den europäischen Institutionen. Im Jahr 2015 wurden insgesamt 17.033 Eingaben europäischer Bürger an den Ombudsmann adressiert.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I abstained on this report. The report calls for increased transparency in TTIP negotiations and for the Ombudsman to take action and examine. While I wish for there to be greater transparency I also wish that there wasn't an EU Commission, ECB or other EU institutions that require examination!

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the activities of the European Ombudsman in 2015, given that Ombudsman Emily O'Reilly has done important work on increasing transparency in the context of TTIP negotiations, the work of the ECB, EU decision-making, whistleblowing rules and lobbying transparency. She has also been vital in addressing issues around revolving doors and conflict of interests. I moreover welcome that Ms O'Reilly investigated respect for fundamental rights, in particular on the role of Frontex in forced returns.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe sobre las actividades de la Defensora del Pueblo Europeo en 2015. El informe recoge muchas de las acciones positivas de la Sra. Emilly O'Reilly, en el que destacamos lo importante de una institución como el Defensor del Pueblo, que vele por los intereses de los ciudadanos y salvaguarde sus derechos frente a posibles malas prácticas de las administraciones. Importante también conocer que España encabeza de lejos el número de reclamaciones a la Defensora del Pueblo, como a la Comisión de Peticiones.

El informe recoge también los esfuerzos por conseguir una mayor transparencia en las negociaciones del ATCI y el CETA, en la toma de decisiones, el acceso público a documentos; el problema de las puertas giratorias, las vulneraciones de derechos por Frontex y los Estados miembros en la crisis de migrantes, o los derechos de grupos minoritarios desfavorecidos; y le insta a salvaguardar los derechos de los ciudadanos y los intereses de la buena administración con respecto al BCE y la Comisión Europea.

Por esto, aunque mejorable, vemos de manera positiva la rendición de cuentas de la Defensora del Pueblo y el informe que se ha presentado sobre cómo mejorar sus actividades.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as Labour MEPs support the work and activities of the European Ombudsman, who has done essential work in increasing transparency in the context of TTIP negotiations, the work of the ECB, EU decision-making, whistleblowing rules and lobbying transparency.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión. La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Υπερψηφίσαμε την έκθεση για τον Ευρωπαίο Διαμεσολαβητή, καθώς αναγνωρίζουμε τις προσπάθειες που έχουν γίνει /γίνονται για την ενίσχυση της διαφάνειας σε τέτοια σοβαρά θέματα όπως η TTIP, η Πρωτοβουλία των Ευρωπαίων Πολιτών, τα θεμελιώδη δικαιώματα στο πλαίσιο της πολιτικής συνοχής της Ευρωπαϊκής Ένωσης, η καταγγελία για την Frontex καθώς και η έρευνα για τις «περιστρεφόμενες πόρτες» («revolving doors»), ένα ζήτημα που επανήλθε στο προσκήνιο μετά τον διορισμό Barroso στην Goldman Sachs.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was happy to support the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2015. The promotion of transparency is one of the three pillars of the Commission's new trade strategy and as a member of the ITCO Intergroup (Intergroup on Integrity, Transparency, Corruption and Organised Crime) in the European Parliament, I think it is imperative that the institutions strive to uphold the ideals of transparency and integrity in all aspects of European policy. In that regard, the Ombudsman plays an important role in the functioning of the European Union and its institutions.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o godišnjem izvješću o djelovanju Europskog ombudsmana tijekom 2015. godine jer se rad te institucije pokazao izvrsnim, kao i godišnje izvješće. Europska Ombudsmanica, gđa Emily O'Reilly, primila je mnoge pohvale za njen rad u svrhu poboljšanja kvalitete usluga koje europska administracija pruža građanima. O'Reilly uviđa važnost transparentnosti kao ključne sastavnice stjecanja povjerenja i dobre administracije. Europska je ombudsmanica svojim prijedlozima nagnala Komisiju da poveća transparentnost pregovora o TTIP-u, te je na temelju toga Komisija objavila brojne dokumente o TTIP-u, čime je transparentnost tako uvrštena u jedan od triju stupova nove trgovinske strategije Komisije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La Commission n'a pas fourni les efforts que j'attendais en matière de transparence, puisque les informations qu'elle veut bien révéler sont soigneusement sélectionnées, nous le constatons dans le domaine du tabac ou celui des émissions relatives au secteur automobile.

Les faiblesses du rapport se manifestent à travers l'aide inacceptable souhaitée en faveur des migrants, la lutte contre les «revolving doors» réduite à l'impuissance par l'entrée de M. Barroso à Goldman Sachs ou encore la protection toute théorique apportée aux lanceurs d'alerte.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Notis Marias relatif au bilan des activités du Médiateur européen en 2015. Le Médiateur européen est une institution à part entière qui contribue à faire le lien entre le citoyen, les entreprises et les associations qui se trouvent en difficulté face à une mauvaise administration des institutions européennes. Cette approche a été confortée en 2015, grâce aux efforts déployés par le Médiateur dans l'utilisation et la promotion des réseaux sociaux. Les principales enquêtes menées en 2015 concernent les questions de transparence, les questions institutionnelles et la politique de la Commission en tant que gardienne des traités.

Ce vote est l'occasion de saluer les efforts du Médiateur européen pour renforcer la transparence des institutions européennes, puisqu'il participe à améliorer l'image de l'Union européenne auprès des citoyens.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui met bien en avant le rôle central du Médiateur européen qui participe à renfoncer les liens entre les citoyens et les institutions européennes. Ce texte nous montre le rôle important du Médiateur et son adaptation aux nouveaux enjeux puisque l'utilisation et la promotion des réseaux sociaux sont au cœur de son action en 2015.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem vorliegenden Bericht zugestimmt, da er für Transparenz in Bezug auf die TTIP-Verhandlungen eintritt, bei den europäischen Agenturen und bei der Arbeit mit Verbänden. Der Bericht erkennt richtigerweise, dass nur ein hohes Maß an Transparenz das Vertrauen in die gewählten Volksvertreter legitimiert.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Usnesení Evropského parlamentu ze dne 24. listopadu 2016 o výroční zprávě o činnosti evropského veřejného ochránce práv za rok 2015 jsem v hlasování podpořila. Oceňuji totiž práci evropské ombudsmanky a oceňuji, že usiluje o zvýšení transparentnosti v jednáních o TTIP a předkládá za tím účelem návrhy Komisi. Jakožto místopředsedkyně výboru EMIS jsem ocenila, že text usnesení vyjadřuje politování nad tím, že Vyšetřovací výbor pro měření emisí v automobilovém průmyslu Evropského parlamentu (EMIS) obdržel od Komise neúplnou dokumentaci, v níž chybí informace, které Komise považovala za nepodstatné, že vyzývá Komisi, aby ve své činnosti zajistila co největší přesnost a plnou transparentnost, pokud jde o poskytované dokumenty, a to plně v souladu se zásadou loajální spolupráce, aby mohl výbor EMIS plně a účinně vykonávat své vyšetřovací pravomoci. Vítám také, že evropský veřejný ochránce práv pokračuje ve vyšetřování případů tzv. otáčivých dveří v Komisi a stejně jako usnesení vyjadřuji velké znepokojení nad tím, že bývalý předseda Komise Barroso byl jmenován poradcem a předsedou bez výkonných pravomocí u společnosti Goldman Sachs International, a vyzývám veřejného ochránce práv, aby zahájil strategické šetření toho, jak Komise řeší Barrosův případ otáčivých dveří, a aby vypracoval doporučení pro revizi kodexu chování v souladu se zásadami řádné správy.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of the annual report on the European Ombudsman's activities, since she did a really great job in tackling many important challenges that Europe currently faces, such as whistleblower protection and transparency of ECB activities.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих годишния доклад за дейностите на европейския омбудсман за 2015 година, тъй като в него са откроени основни проблеми и се предоставя богата информация за инициативите и действията на Европейския омбудсман, използването на социалните медии за популяризиране на дейностите на омбудсмана и съответните действия от страна на европейските институции.

Предмет на проверките на омбудсмана за 2015 г. са били: искания за информация и достъп до документи, институционални и политически въпроси, следвани плътно от конкурси и процедури по подбор, администрация и правилник за длъжностните лица и на последно място – възлагане на договори по тръжни процедури или предоставяне на безвъзмездни средства.

Приветствам успехите на Европейския омбудсман, като сред тях са прозрачността на тристранните срещи и оповестяването на документи, повишената прозрачност на работата на Европейския съвет и на Съвета на ЕС.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car, en matière de transparence, la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile).

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur les activités du Médiateur européen en 2015. Il y a beaucoup d'esbroufe en matière de transparence, puisque la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine des émissions dans le secteur automobile.

Quant aux aspects immigrationnistes du rapport, ils justifient en soi un vote contre. De même, la lutte contre les «revolving doors» apparaît comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs.

Le rapport fait également la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles, voire pénales. Mais les lanceurs d'alerte les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui rend assez hypocrites les bonnes intentions manifestées à leur sujet.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui comporte un certain nombre de points avec lesquels je suis en désaccord. Pour en citer quelques-uns: l'enfumage au niveau de la transparence alors que la Commission ne révèle que ce qu'elle veut notamment au niveau du TTIP, l'aide aux migrants, l'hypocrisie par rapport aux lanceurs d'alertes qui sont loués alors que les plus célèbres d'entre eux, Julian Assange et Edward Snowden, n'ont pas été protégés en Europe, etc. Je refuse de voter en faveur d'un texte qui légitime des activités contraires à nos intérêts nationaux.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión. La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión.

La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – I support efforts of the European Ombudsman to increase transparency, especially to make the workings of the European Central Bank more transparent and compliant with a high standard of governance. I agree that the European Ombudsman should add to future annual reports a categorisation of complaints outside the mandate of the Ombudsman's Office, since this would allow Members of the European Parliament an overview of problems affecting EU citizens.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Rozpočet úradu európskej ombudsmanky za rok 2015 bol 10 346 105 EUR. Aj táto suma je dostatočným dôvodom nato, aby sa k výsledkom práce ombudsmanky pristupovalo s maximálnou vážnosťou a rešpektom. Jej správa by mala byť pre Komisiu podkladom na analýzu oblastí, kde dochádza k porušovaniu práv a povinností, a následne na prijímanie opatrení, ktoré zamedzia porušovaniu zákona a nesprávnym úradným postupom. Zvýšené vybavenie sťažností z 33,3 % z roku 2014 na 52,3 % v roku 2015, ako aj poskytnutie pomoci 17 033 európskym občanom dokladuje výrazné zlepšenie činnosti úradu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την ετήσια έκθεση δραστηριοτήτων του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή κατά το 2015, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 24 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω πρόταση ψηφίσματος είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on activities of the European Ombudsman in 2015. Positively supporting the report means encouraging the Ombudsman to continue her noticeable efforts to improve the quality of service offered to citizens by the different European organizations. In addition, supporting the report means that we all believe in the importance of transparency, cooperation and negotiation, and good administration in order to both provide stability in the Member States and safeguard the trust of European citizens. Transparency, however, is one of the most important terms because, when combined with a full access to documents by EU institutions, it will comply with the bloc's core value of allowing citizens to exercise their democratic rights.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Forderung der Resolution nach mehr Transparenz bei Verhandlungen (z. B. TTIP), Lobbyarbeit, Agenturen etc. stimme ich zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. EP rezoliucijoje dėl Europos ombudsmeno veiklos 2015 m. palankiai vertinama nuolatines pastangas didinti skaidrumą, tačiau atkreipiamas dėmesys ir į eilę sričių, kuriose vis dar reikia tobulinti ombudsmeno veiklą - lobistų registro veikla, Komisijos narių viešųjų ir privačių interesų derinimas, Komisijos nagrinėjamų skundų dėl pažeidimų metodai ir panašiai.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis sa nomination, dans les limites que son rôle lui permet, la Médiatrice européenne traque les manquements à la démocratie dans l'Union européenne. L'année dernière, elle a répondu à un grand nombre de pétitions citoyennes et ouvert de sa propre initiative des enquêtes sur le manque de transparence des institutions, en particulier cette instance non officielle qu'est l'eurogroupe, la BCE ou encore dans les agences en charge de la santé publique où le lobbying fait rage pour autoriser OGM et autres pesticides.

Ce rapport soutient ses propositions. Je regrette qu'il n'aille pas plus loin, a fortiori au regard des actualités récentes de pantouflage, comme M. Barroso, l'ancien commissaire passé à Goldman Sachs. Cependant, le rapport se permet de «se féliciter de ce que ces efforts (de transparence) aient porté leurs fruits, la Commission ayant publié de nombreux documents relatifs au TTIP et promu ainsi la transparence». Alors qu'en pratique, il s'agit d'aller consulter dans une «chambre de lecture» des documents de centaines de pages, qui ne sont pas à jour, sans stylo, ni portable, et auxquels les citoyens n'ont toujours pas accès!

Aussi, je préfère m'abstenir tout en saluant certaines proposition de ce rapport.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – En matière de transparence, la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile). Par ailleurs, l'aide aux migrants est bien évidemment problématique en soi. De même, la lutte contre les «revolving doors» apparaît comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs. Le rapport fait enfin la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles, voire pénales, mais les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui décrédibilise les bonnes intentions à leur sujet. Je me suis donc prononcée contre cette résolution.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Em 3 de maio de 2016, a Provedora de Justiça Europeia, Emily O'Reilly, apresentou o seu Relatório Anual relativo a 2015 a Martin Schulz, Presidente do Parlamento Europeu. O Provedor de Justiça ajuda indivíduos, empresas e associações que enfrentam problemas de má administração numa instituição da UE.

Além de apoiar os cidadãos, o Provedor de Justiça Europeu serve o interesse público ajudando as instituições da UE a melhorar a qualidade dos serviços prestados. A par da investigação de queixas, o Provedor de Justiça também pode abrir inquéritos de iniciativa própria. Face ao importante papel que desempenha o Provedor de Justiça Europeu, votei favoravelmente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it clearly outlines the vital work carried out by Ombudsman Emily O'Reilly throughout 2015. The European Ombudsman is essential to combatting maladministration within the EU and upholding the rule of law and principles of good administration within the European Institutions and respecting fundamental rights.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Právo sťažovať sa európskemu ombudsmanovi je jedno zo základných práv poskytovaných občanom členských štátov v súvislosti s ich občianstvom v EÚ. Ombudsman pomáha jednotlivcom, podnikom a združeniam, ktoré čelia problémom súvisiacim s nesprávnym úradným postupom v inštitúciách EÚ. Výročnú správu o svojej činnosti Európskeho ombudsmana za rok 2015 predložila Emily O'Reilly. Výška rozpočtu Európskeho ombudsmana za rok 2015 bola 10 346 105 EUR. Úrad v tomto roku pomohol 17 033 európskym občanom, najviac sťažností bolo podaných od občanov zo Španielska, potom Nemecka, Poľska, Belgicka a Veľkej Británie. Ombudsmanka začala 261 vyšetrovaní na základe sťažností a 17 vyšetrovaní z vlastného podnetu, pričom 261 vyšetrovaní na základe sťažností a 16 vyšetrení z vlastného podnetu bolo uzavretých. Z inštitúcií, ktoré boli predmetom vyšetrovania ombudsmana je na prvom mieste Európska komisia (55,6 %), ďalej agentúry EÚ, Európsky úrad pre výber pracovníkov. V porovnaní s minulým rokom významne narástol počet vyriešených sťažností a počet prípadov, v ktorých nebol zistený nesprávny úradný postup. Na druhej strane sa znížil počet sťažností, v prípade ktorých nebolo ďalšie vyšetrovanie opodstatnené. Európska ombudsmanka taktiež iniciovala reformu Európskej siete ombudsmanov, ktorá posilňuje spoluprácu jej členov, ponúka im možnosť viesť paralelné vyšetrovania s ombudsmanom, diskutovať o určitých prípadoch, radiť sa medzi sebou.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report because I fully endorse the great work of European Ombudsman Emily O'Reilly for 2015.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Emily O'Reilly európai ombudsman 2016. május 3-án nyújtotta be 2015. évi éves jelentését az Európai Parlamentnek. A Petíciós Bizottság jelentésében arról tájékoztat, hogy 2015-ben az európai ombudsman hivatala 17 033 uniós polgárnak nyújtott segítséget. 261 vizsgálatot indított panaszok alapján, 17-et pedig hivatalból, és ezeket, egy hivatalból indított vizsgálat híján le is zárta. Közülük 8 stratégiai vizsgálat volt, amely olyan alapvető kérdésekkel foglalkozott, mint például a transzatlanti kereskedelmi és beruházási partnerség átláthatósága, visszaélés bejelentése, európai polgári kezdeményezés, az uniós kohéziós politikán belüli alapvető jogok, valamint a Frontex általi kitoloncolás.

Az ombudsman által 2015-ben lezárt 145 vizsgálat (a teljes ügyszám 52,3%-a) esetében a panasz tárgyát képező ügyet megoldotta az érintett intézmény, illetve sikerült békés megoldást elérni. 79 ügy esetében (28,5%) nem találtak hivatali visszásságot, 59 ügy esetében (19,5%) nem volt indokolt a további vizsgálat, 30 ügynél (10,8%) pedig hivatali visszásságot állapítottak meg. 19 ügyben (2,2%) egyéb intézkedést hoztak. Az ombudsman 19 ügyben intézett kritikai észrevételt az intézményekhez, 11 ügyben ajánlástervezetet adott ki, amelyet az intézmény teljes mértékben vagy részben elfogadott. Mindezek alapján a Petíciós Bizottság azt indítványozta, hogy a Parlament hagyja jóvá a 2015-ös évre előterjesztett jelentést. Ennek megfelelően szavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le rapport présente les remarques du Médiateur européen sur 2015. On note beaucoup de velléités en matière de transparence, puisque la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile). Quant à l'aide aux migrants ouverte par le Médiateur, elle justifie en soi un vote contre. De même, la lutte contre les «*revolving doors*» apparait comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs. Le rapport fait également la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles voire pénales. Mais les lanceurs d'alerte les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui rend assez hypocrites les bonnes intentions manifestées à leur sujet. Enfin, le rapport entend utiliser les pétitions pour inciter la Commission à aller plus loin dans les procédures d'infraction, en lui reprochant à demi-mot de ne pas toujours lancer ces procédures, notamment au titre des procédures «UE Pilot». J'ai voté contre.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Avec ce rapport, nous avons beaucoup d'esbroufe en matière de transparence, puisque la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile).

Le point sur l'aide aux migrants n'est pas acceptable.

De même, la lutte contre les «*revolving doors*» apparait comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs.

Le rapport fait également la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles, voire pénales (point N). Mais les lanceurs d'alerte les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui rend assez hypocrites les bonnes intentions manifestées à leur sujet.

Enfin, le rapport entend utiliser les pétitions pour inciter la Commission à aller plus loin dans les procédures d'infraction, en lui reprochant à demi-mot de ne pas toujours lancer ces procédures, notamment au titre des procédures «UE - Pilot» (point E, points 17 et 18). Ceci n'est pas acceptable non plus.

Je vote contre ce rapport.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report, which highlights the key work of the Ombudsman, who plays an important role in upholding democracy and fundamental rights across the EU. It is important that more efforts are made to strengthen democracy as well as accountability.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif aux activités du Médiateur européen en 2015. Le Médiateur européen, institué en 2005 par le traité de Maastricht, a instruit près de 50 000 plaintes de citoyens européens en 20 ans d'existence. Sa mission est d'enquêter sur les cas de mauvaise administration dans les institutions et organes de l'Union européenne. Le texte salue le travail accompli par le Médiateur et l'encourage à poursuivre son action pour introduire davantage de transparence dans le fonctionnement de l'Union.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Támogatom a jelentést és egyben az európai ombudsman munkáját is. Az ombudsmanok munkája sajnos még mindig kevésbé elismert az egyes európai országokban, annak ellenére, hogy munkájuk nagyban hozzájárul az országok demokratikus értékeinek védelméhez. Így például az európai ombudsman az Európai Parlamenttel együtt nagyszerű munkát végez a fogyatékkal élők, illetve a kisebbségek jogainak érdekvédelmében.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Ombudsman was established by the Maastricht Treaty in 1995 and investigates complaints about maladministration in the institutions and bodies of the European Union. I have voted for the 2015 annual report regarding the European Ombudsman, which states the office helped 17 033 European citizens.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat acest raport deoarece acesta încurajează Comisia Europeană, precum și statele membre, să capaciteze Ombudsmanul European cu competența de a emite o declarație de nerespectare a Regulamentului 1049/2001 privind accesul public la documentele Parlamentului European, Consiliului și Comisiei, cu prevederea ca aceste documente să nu intre în domeniul de aplicare al articolului 9 alineatul (1) din acest regulament. De asemenea, raportul ia act de statutul Băncii Centrale Europene, atât în calitate de autoritate monetară, cât și ca membru cu statut consultativ al troicii și al cvadripartidei.

Salut faptul că raportul invită Ombudsmanul European să protejeze interesele unei bune administrări a uneia dintre cele mai importante autorități financiare și faptul că subliniază dreptul cetățenilor de a avea un cuvânt de spus în cadrul procesului de elaborare a politicilor UE.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da hier mehr Transparenz bei Verhandlungen wie zum Beispiel TTIP gefordert wird. Des Weiteren wird auch mehr Transparenz bei Lobbyarbeiten und Agenturen gefordert.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Ombudsman Emily O'Reilly on seisnud aktiivselt institutsioonide tegevuse parema läbipaistvuse eest.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση χαιρετίζει το έργο του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή και επισημαίνει τους κύριους τομείς δραστηριοτήτων για το έτος 2015. Ο ρόλος του γραφείου του Ευρωπαίου Διαμεσολαβητή είναι να διερευνά τις καταγγελίες που υποβάλλονται από πολίτες σχετικά με την κακή διοίκηση που ασκείται από τα θεσμικά όργανα της ΕΕ ή άλλους φορείς της ΕΕ ή μπορεί να διενεργεί έρευνες ιδία πρωτοβουλία, με στόχο να καταστούν τα θεσμικά όργανα της ΕΕ πιο ανοικτά και πιο φιλικά προς τον πολίτη.

Για το εν λόγω έτος έγινε ειδική μνεία στο θέμα της διαφάνειας (διαπραγματεύσεις TTIP, ΕΚΤ, λήψη αποφάσεων της ΕΕ, whistleblower και σύγκρουση συμφερόντων). Ο Ευρωπαίος Διαμεσολαβητής διερεύνησε επίσης τον σεβασμό των θεμελιωδών δικαιωμάτων, ιδίως όσον αφορά τον ρόλο του Frontex, καθώς και τη δαπάνη χρημάτων από τα κράτη μέλη σχετικά με τα έργα που χρηματοδοτούνται από κονδύλια της ΕΕ, για παράδειγμα όσον αφορά τα έργα για άτομα με ειδικές ανάγκες.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Mi asterrei dal votare la proposta dei miei colleghi poiché ritengo che il Mediatore europeo sia una figura molto importante in quanto aiuta singoli individui, aziende e associazioni. Questa figura, inoltre, ha risolto problemi di cattiva amministrazione di cui si è resa responsabile l'Unione europea, nel 2015 ha assistito 17.033 cittadini europei offrendo consulenze su 13.966 di questi casi, quindi va a migliorare, anche, la qualità dei servizi offerti dall'Unione europea. Il mediatore europeo ha un ruolo che aiuta, anche, l'Unione europea con le sue istituzioni. Però, allo stesso tempo a causa delle situazioni di pericolo che caratterizzano gli Stati membri dell'Unione europea, può essere imprudente facilitare l'accesso pubblico a documenti del Parlamento, della Commissione e del Consiglio. Pertanto mi asterrei.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da je Europska ombudsmanica kroz svoje izvješće o radu za 2015. godinu pokazala da je savjesno i učinkovito obavljala svoju dužnost. Institucija Europskog ombudsmana bitan je faktor demokratičnosti europskih institucija zbog čega smatram iznimno bitnim da je adekvatna osoba na ovoj poziciji, osoba koja će proaktivno raditi na zadovoljstvu građana Europe i na poboljšanju rada institucija.

Ombudsman pomaže pojedincima, poduzećima i udrugama suočenima s nepravilnostima u postupanju institucija Europske unije stoga je izuzetno važno da građani osjećaju povjerenje u instituciju Ombudsmana te da on ulaže stalne napore da se poboljša kvaliteta europske administracije i osigura transparentnost kao ključna polaznica rada institucija, kao i pregovaračkih postupaka i postupaka donošenja odluka.

Posebno važnim smatram i napore europske ombudsmanice u cilju zaštite zviždača, kao i istraga o pridržavanju Povelje o temeljnim pravima pri provedbi mjera koje se financiraju sredstvima iz europskih fondova.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pravo građana na to da se pri donošenju politika EU-a čuje njihov glas važnije je nego ikad prije te su u tom smislu transparentnost i pun pristup dokumentima institucija nužan preduvjet potpunog ostvarivanja demokratskih prava građana. Zato treba pohvaliti napore Europskog ombudsmana da svojim prijedlozima Komisiji poveća transparentnost pregovora o TTIP-u, te pozdraviti uvrštavanje transparentnosti u stupove nove trgovinske strategije Komisije.

Podržavam i odlučnost Europskog ombudsmana da rad Europske središnje banke učini transparentnijim i usklađenim s visokim standardima upravljanja. Interese dobre uprave u jednom od najvažnijih europskih financijskih tijela mora se zaštititi. Stoga također pozivam i na veću transparentnost sastanaka Euroskupine. Lobiranje se također treba učiniti transparentnijim te bi Komisija trebala sve informacije o utjecaju lobista učiniti lako dostupnima javnosti preko jedinstvene centralizirane internetske baze podataka. Žalim zbog toga što je Komisija Istražnom odboru za mjerenje emisija u automobilskom sektoru (EMIS) dostavila nepotpunu dokumentaciju – nužno je ubuduće u cijelosti poštovati načela iskrene suradnje. Europski ombudsman nastavlja istraživati slučajeve „kružnih vrata" u Komisiji, no želim podsjetiti da je sukob interesa širi pojam od slučajeva „kružnih vrata".

Čestitam gđi Emily O'Reilly na njezinu izvrsnom radu s ciljem stvaranja europske administracije kakvu svi naši građani zaslužuju.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório saúda um conjunto de aspetos relativamente aos quais discordamos. Para nós, não há nem houve transparência nas negociações do TTIP, e muito menos no BCE.

Não deixando de reconhecer aspetos positivos como a condenação da promiscuidade entre a Comissão Europeia e os grandes grupos económicos, designadamente ao nível das chamadas portas giratórias, pensamos que o texto continua a passar ao lado do enorme défice democrático de todo o processo de integração desta UE.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Evropský ombudsman je orgán, na který se může obracet každý občan Unie v případě, že má stížnost týkající se nesprávného úředního postupu orgánů, institucí nebo jiných subjektů Evropské unie. Funguje v podstatě jako mezičlánek mezi občany a institucemi, které se s ním často zdráhají komunikovat při řešení jeho problému. Jelikož tímto způsobem významně přispívá k zvýšení transparentnosti velmi komplexního správního systému, hlasoval jsem pro přijetí výroční zprávy tohoto orgánu. Emily O'Reillyová, která v čele této instituce stojí, svou aktivitou zlepšila kvalitu strategických šetření, která jsou nutná pro zlepšení současné situace. Osobně jsem velmi rád za úsilí ombudsmanky vynaložené v řešení problematiky neveřejné skladby odborných skupin Komise a za tlak ohledně podrobného zveřejňování informací o schůzkách s lobbisty. Stejně tak jsem rád za skutečnost, že se ombudsmanka věnuje také vyšetřování případů, kdy se bývalí úředníci Komise přesouvají do soukromého sektoru. Instituce evropského ombudsmana zvyšuje možnosti, jak se běžní občané mohou vyjádřit k tvorbě politik EU. Tato možnost je v současné době, kdy se stále více obyvatel od Evropské unie odcizuje a kdy podobnou tendenci chvílemi vidíme i u samotných institucí, extrémně důležitá. Musí opět dojít k propojení evropských struktur s občany. Pro ty tady totiž primárně jsou.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il diritto di sporgere denuncia presso il Mediatore europeo costituisce uno dei diritti fondamentali conferiti ai cittadini degli Stati membri attraverso la cittadinanza dell'UE. Il Mediatore aiuta i singoli individui, le aziende e le associazioni che sono vittime di cattiva amministrazione da parte di un'istituzione dell'UE. Il Mediatore europeo serve l'interesse pubblico aiutando le istituzioni dell'UE a migliorare la qualità dei servizi offerti, conducendo indagini sulle denunce ricevute e, in alcuni casi, conducendo indagini di propria iniziativa. Se un'istituzione, un organo o un organismo dell'UE non riesce a rispondere in maniera soddisfacente a un progetto di raccomandazione, il Mediatore può redigere e inviare una relazione speciale al Parlamento europeo. La relazione speciale è lo strumento di ultima istanza del Mediatore e costituisce l'ultimo passo del Mediatore nel trattare un caso di denuncia. Pertanto reputo che il ruolo svolto da questo organismo abbia una grande importanza per garantire una maggiore trasparenza nelle decisioni assunte dalle varie istituzioni e organi dell'UE. Per queste ragioni ho votato in favore di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie podnosi wiele ważnych zagadnień, takich jak niewłaściwe administrowanie w funkcjonowaniu EBC ze względu na konflikt interesów wynikający z jego statusu, jako władz monetarnych oraz jako członka trojki/Kwadryga. Ponadto domaga się przejrzystości w działaniu europejskiego mechanizmu stabilizacji (ESM) i wreszcie pyta Europejskiego Rzecznika o dochodzenia w sprawie tzw. „drzwi obrotowych" w Komisji, tak jak w przypadku byłego przewodniczącego Komisji Europejskiej José Manuela Barroso, który został zatrudniony, jako doradca i być może w przyszłości prezes Goldman Sachs International. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur les activités du Médiateur européen qui a pour mission d'enquêter sur des cas de «mauvaise administration» dans les agissements des institutions, des organes et des organismes de l'Union européenne, en cas de plainte déposée par les citoyens, les entreprises ou les associations. Le Médiateur européen permet de veiller au respect des droits mais sert également l'intérêt général en aidant les institutions de l'Union à accroitre l'efficacité de l'action publique au service des citoyens européens.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP chose to abstain on this resolution because we feel that the Ombudsman is holding the institutions to account on transparency but is still not going far enough to ensure that all aspects of the EU are transparent and accountable.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe sobre las Actividades de la Oficina de la Defensora del Pueblo Europeo. Esta oficina es la institución que más acerca la ciudadanía a las instituciones, es fundamental la labor de que hace en pro de la transparencia en la Unión.

La Sra. O'Reilly trabaja sin descanso para solventar los errores que comenten las instituciones, para mejorar el servicio y las respuestas que se dan a la sociedad europea. Como socialista considero que hay que velar por la transparencia y el buen funcionamiento de las instituciones europeas.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel relatif aux activités du Médiateur européen en 2015 dont l'activité, et notamment les enquêtes stratégiques, a consacré la nécessité de transparence afin d'assurer une bonne administration. À l'heure où de nombreux citoyens s'interrogent sur le bien-fondé des traités commerciaux, il est indispensable de se faire le relais de leurs préoccupations et de leur fournir tout élément nécessaire à la construction de leur propre opinion.

Par ailleurs, nous ne pourrons réenchanter le projet européen si nous ne sommes pas en mesure d'investiguer sur les cas de pantouflage de fonctionnaires de la Commission, comme celui de l'ancien président de la Commission, M. Barroso, à présent nommé au poste de conseiller et de directeur non exécutif de Goldman Sachs International. Il est du rôle du Médiateur de formuler des recommandations concernant la réforme du code de conduite des fonctionnaires afin que ceux-ci soient dans l'obligation – puisque le seul bon sens ne suffit pas – de respecter les exigences d'éthique et les principes de bonne administration.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Pritariu ES ombudsmeno veiklos ataskaitai. Kartu noriu pabrėžti, kad balsavimui pateiktas Europos Parlamento rezoliucijos tekstas yra tikrai ne be trūkumų. Pradinis jos variantas neskyrė deramo dėmesio su TTIP susijusioms skaidrumo problemoms, tokioms problemoms, kaip Europos centrinio banko neutralumo klausimas, kartu dalyvavimui pirmininkaujančio trejeto veikloje, ar su Elgesio kodekso įgyvendinimu susijusioms problemoms. Taip pat džiugu, jog dokumentą pavyko pagerinti pasiūlymais suteikti ombudsmenui daugiau galių išviešinant dokumentus, teigiamai įvertinant ombudsmeno veiklą tiriant Komisijos ekspertų grupių veiklos skaidrumą, stiprinant lobistų registro veiklą, buvusio Komisijos pirmininko J. M. Baroso veiklos suderinamumo su elgesio kodeksu vertinimui bei šiuo metu dirbančių Komisijos narių, tokių kaip M. A. Cañete ar N. Kroes, interesų konfliktų problematikai.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Na apresentação que a Provedora de Justiça Europeia - Emily O'Reilly - efetuou sobre o Relatório Anual alusivo a 2015, salientou aquela que é a missão e as principais funções desempenhadas por este organismo europeu ao serviço dos cidadãos, elencando o conjunto de dados relativos às queixas apresentadas, ao aconselhamento prestado, aos inquéritos iniciados e ao apoio à melhoria da qualidade dos serviços prestados por parte das instituições europeias.

Em sede de debate no Plenário, foram afloradas algumas propostas de regulamentação em matéria de denúncia de irregularidades, de aumento da transparência do BCE e do Eurogrupo, bem como dos grupos de interesse, com as quais concordo. Foi igualmente debatida a eventual necessidade de reformar o Código de Conduta dos Comissários. Por concordar com o teor do relatório, votei-o favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui dresse le bilan des activités du Médiateur européen en 2015. La Médiatrice européenne, Emily O'Reilly, a, au cours de l'année 2015, ouvert 278 enquêtes sur la base de plaintes. Il convient de rappeler que la Médiatrice a pour mission d'instruire les plaintes relatives à des cas de mauvaise administration dans l'action des institutions européennes. Elle dispose également du pouvoir d'initier des enquêtes.

J'ai donc soutenu cette résolution qui souligne le rôle crucial de la Médiatrice européenne afin de garantir le respect des règles procédurales et éthiques au sein des institutions européennes, et d'éviter ainsi tout conflit d'intérêts ou mauvaise administration.

La Médiatrice européenne possède un rôle essentiel afin d'assurer le respect des droits fondamentaux et des principes de l'état de droit dans l'action des institutions européennes.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe sobre las actividades de la Defensora del Pueblo Europeo en 2015. El informe recoge muchas de las acciones positivas de la Sra. Emilly O'Reilly, en el que destacamos lo importante de una institución como el Defensor del Pueblo, que vele por los intereses de los ciudadanos y salvaguarde sus derechos frente a posibles malas prácticas de las administraciones. Importante también conocer que España encabeza de lejos el número de reclamaciones a la Defensora del Pueblo, como a la Comisión de Peticiones.

El informe recoge también los esfuerzos por conseguir una mayor transparencia en las negociaciones del ATCI y el CETA, en la toma de decisiones, el acceso público a documentos; el problema de las puertas giratorias, las vulneraciones de derechos por Frontex y los Estados miembros en la crisis de migrantes, o los derechos de grupos minoritarios desfavorecidos; y le insta a salvaguardar los derechos de los ciudadanos y los intereses de la buena administración con respecto al BCE y la Comisión Europea.

Por esto, aunque mejorable, vemos de manera positiva la rendición de cuentas de la Defensora del Pueblo y el informe que se ha presentado sobre cómo mejorar sus actividades.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht des Petitionsausschusses zum jährlichen Bericht über die jährlichen Tätigkeiten des europäischen Bürgerbeauftragten gestimmt.

Im Jahr 2015 hat die europäische Bürgerbeauftragte 17.033 europäischen Bürgern geholfen. Dabei werden vor allem Anliegen der Bürger im Bereich der Transparenz der europäischen Institutionen, institutionelle und politische Fragen und das Erhalten von Informationen und Dokumenten bearbeitet.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe felicita a la actual Defensora del Pueblo Europeo por su trabajo durante el año 2015, en el que además de responder a más de 17 000 ciudadanos europeos que denunciaron casos de mala administración, decidió abrir ocho investigaciones estratégicas sobre asuntos fundamentales como la falta de transparencia en las negociaciones del ATCI, la protección de los denunciantes, las puertas giratorias, las limitaciones a la Iniciativa Ciudadana Europea o la violación de derechos humanos fundamentales que suponen las deportaciones forzosas del Frontex.

De hecho, este informe expresa preocupación por el flagrante caso de puertas giratorias representado por el expresidente de la Comisión Europea José Manuel Durão Barroso a la cabeza, actualmente consejero de Goldman Sachs.

Por ello, considero que se trata de un informe positivo que reclama más transparencia y me sumo a su apoyo de la labor de la Defensora del Pueblo Europeo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this. Whilst I do not agree that the EU should exist, at least the Ombudsman is trying to keep an eye on it.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Zwiększenie jakości usług, jakie oferuje obywatelom europejska administracja, powinno stanowić wysoki priorytet Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich, który w sposób ciągły podejmuje wysiłki mające na celu chociażby zwiększenie przejrzystości negocjacji TTIP oraz dostarczania dodatkowych wyjaśnień w oparciu o dialog z Komisją Europejską. Aby budować dialog i współpracę Parlamentu Europejskiego ze społeczeństwem obywatelskim bardzo ważna jest kwestia jawności, która jest konieczna dla prawidłowego funkcjonowania demokracji. Zwiększenie publicznego dostępu do dokumentów instytucji europejskich może zatem przyczynić się do podniesienia jakości tego dialogu.

Bardzo istotna jest również przejrzystość w kontekście prowadzenia lobbingu oraz stosownego uzasadniania podejmowanych na szczeblu europejskim decyzji, których skutki mają wpływ na prowadzenie działalności przez przedsiębiorstwa w UE, a w szczególności te największe, posiadające dominującą pozycję. Rozwiązania w tym zakresie powinny być pożądane również przez samych lobbystów, pozwolą im bowiem uniknąć posądzeń o niedozwolone praktyki wywierania presji na polityków.

Do ważnych spraw, którymi zajmuje się Europejski Rzecznik Praw Obywatelskich, należy również usprawnienie europejskiej inicjatywy obywatelskiej oraz większe włączenie ich w proces tworzenia polityki UE, co zarazem przyczyni się do zwiększenia wiarygodności instytucji europejskich. Urząd ten rozpatruje coraz więcej spraw dotyczących również różnego rodzaju nieprawidłowości czy też przestrzegania praw podstawowych w ramach unijnej polityki spójności.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan.* – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Transparentnosť je jeden z pilierov európskej obchodnej stratégie a je potrebné, aby občanom boli poskytnuté rozsiahle informácie v prípade rokovaní o medzinárodných dohodách ako TTIP alebo CETA. Výročnú správu som podporila, pretože úrad ombudsmana vykonáva skvelú prácu v skvalitňovaní inštitúcií EÚ. Úrad európskeho ombudsmana pomohol v roku 2015 viac ako 17-tisíc občanom. Transparentnosť administratívy pomáha európskym občanom získať dôveru pre európsky projekt spolupráce. Vďaka lepšiemu prístupu k informáciám môžu občania lepšie vykonávať svoje demokratické práva. Právo občanov vyjadriť sa k tvorbe politiky je v súčasnosti prioritou, a preto súhlasím s usmerneniami, ktoré navrhla ombudsmanka v oblasti zlepšenia fungovania európskej iniciatívy občanov. Komisia je vyzvaná k zvýšeniu transparentnosti v oblasti lobizmu, ako aj v činnosti expertných skupín Komisie. Schvaľujem návrh EP, aby boli vytvorené kanály na oznamovanie a postupy na odsúdenie protispoločenskej činnosti. Zavedenie mechanizmu podávania sťažností agentúre FRONTEX ohľadne porušovaní základných práv pri vykonávaní návratov neregulárnych migrantov hodnotím ako pozitívny krok, ktorý spolu s činnosťou ombudsmanky v oblasti vyšetrovania dodržiavania Charty základných práv Európskej únie pri vykonávaní opatrení financovaných z prostriedkov EÚ pomáhajú uchovávať právne hodnoty EÚ. Dialóg je základom demokratickej spoločnosti, a preto uznávam vedenie dialógov ombudsmanky s celým spektrom európskych inštitúcií.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich.* – Ich unterstütze den Europäischen Bürgerbeauftragten. Von ihrem Einsatz für mehr Transparenz profitieren alle. Deswegen habe ich für diese Entschließung gestimmt. Die Bürgerbeauftragte setzt sich beispielsweise dafür ein, die Tätigkeit der Europäischen Zentralbank – insbesondere als Mitglied der Troika/Quadriga, die die politisch motivierten Haushaltskonsolidierungsprogramme in den EU-Ländern überwacht – transparenter zu machen und dafür zu sorgen, dass in Bezug auf die Rechenschaftspflicht der EZB-Leitungsstrukturen hohe Standards eingehalten werden. Jedoch: Selbst die MdEP dürfen EZB-Unterlagen nur in speziellen Leseräumen unter Aufsicht von Sicherheitspersonal, ohne Smartphone oder Notizblock und Stift ansehen. Die MdEP sollen die EZB gar nicht kontrollieren dürfen. Wenn wir Mitglieder schon Probleme haben beim Umgang mit den Organen der EU, was blüht dann den Bürgern? Ich habe für diese Entschließung gestimmt.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Η έκθεση εγκρίνει την έκθεση των δραστηριοτήτων που υποβλήθηκε το 2015 και την συγχαίρει. Χαιρετίζει τις προσπάθειες για την εδραίωση της διαφάνειας στα διάφορα θεσμικά όργανα και οργανισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης και υπογραμμίζει τις 8 στρατηγικές έρευνες που ξεκίνησαν για σημαντικά θέματα, όπως είναι η διαφάνεια στις διαπραγματεύσεις TTIP, η δημοσιοποίηση εγγράφων, η Πρωτοβουλία των Ευρωπαίων Πολιτών, τα θεμελιώδη δικαιώματα στο πλαίσιο της πολιτικής συνοχής της ΕΕ και η καταγγελία εναντίον της Frontex. Επίσης εστιάζει στο άνοιγμα των 6 στρατηγικών πρωτοβουλιών, μεταξύ των οποίων είναι η διαφάνεια της ΕΚΤ, οι δραστηριότητες των πρώην Επιτρόπων, και το Ταμείο Ασύλου, Μετανάστευσης, και Ένταξης. Η έκθεση γενικά τηρεί κριτική προσέγγιση σε διάφορα σημαντικά ζητήματα. Για αυτό και την υπερψηφίσαμε.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Επικροτούμε τις προσπάθειες της Ευρωπαίας Διαμεσολαβήτριας για εδραίωση της διαφάνειας στα διάφορα θεσμικά όργανα ή οργανισμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που λαμβάνουν αποφάσεις με αντίκτυπο στους ευρωπαίους πολίτες, δεδομένου ότι αποφασίζουν επί οικονομικών και νομισματικών θεμάτων (όπως η Ευρωομάδα) ή προσφέρουν χρηματοδότηση σε κράτη μέλη υπό σκληρούς όρους και μνημόνια συμφωνίας (όπως ο Ευρωπαϊκός Μηχανισμός Σταθερότητας).

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az Európai Ombudsman tavalyi tevékenységét értékelő jelentés elfogadását. Egyetértek azzal az alapvetően kedvező mérleggel, amelyet a jelentés Ombudsman asszony erőfeszítéseinek eredményeiről az EP elé tárt, elsősorban az uniós intézmények tevékenységének transzparenciája, az uniós tisztviselők összeférhetetlenségi ügyei, a korrupció elleni harc, a lobby-regiszter és -ellenőrzés szigorítása, a TTIP, a CETA, illetve más uniós szintű nemzetközi tárgyalások átláthatósága, a „whistleblower"-védelem és más, az állampolgár szemében az EU hitelességét, tekintélyét és hatékonyságát egyaránt érintő kérdésekben.

Az állampolgárokkal rendszeres kapcsolatban lévő politikusként természetesen tudatában vagyok az Európai Ombudsman tevékenységének jogalapjából fakadó szűk korlátoknak, főleg a tagállami szinten jelentkező hiányosságok, korrupció és más visszaélések esetében, ám a mostani jelentésből kiolvasható pozitív irány és korrekciós javaslatok fényében bízom abban, hogy az EP ezen határozata is hozzájárul majd az ilyen esetek kezelését is lehetővé tevő jövőbeni jogi és gyakorlati változásokhoz az Ombudsman munkájában.

Claudia Țapardel (S&D), *in writing*. – The European Ombudsman investigates complaints about maladministration in the institutions and bodies of the European Union. Its role is to help make EU institutions friendlier and more open to citizens. The Ombudsman investigates areas such as respect for fundamental rights, transparency, conflicts of interests, and so on. This report reviews the work of the European Ombudsman for the year 2015 and notes the main areas of work. I support this report and would like to praise the good work of the Ombudsman.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte. Celui-ci met en exergue les problématiques les plus importantes et fournit des informations détaillées concernant les initiatives et les activités du Médiateur européen, l'utilisation des réseaux sociaux pour promouvoir les activités de l'institution et les actions entreprises par les autres institutions de l'Union en réponse aux recommandations du Médiateur. Il s'accompagne de statistiques aussi informatives que détaillées dans les mêmes domaines, à peu de choses près, que l'année précédente, ce qui permet d'établir aisément des comparaisons directes.

Il est néanmoins à déplorer que le rapport ne soit publié qu'en anglais sur le site du Médiateur, ce qui limite, tant que toutes les autres versions linguistiques ne seront pas disponibles, le nombre de lecteurs potentiels.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The report on the activities of the European Ombudsman in 2015 focus on the successes of the Ombudsman in the promotion of transparency. The report cites the improvements in the quality of service offered to EU citizens by the European administration and its improved transparency. I voted in favour of the report because I believe in the importance of transparency as a core element in gaining the trust of EU citizens, a trust that should be ensured at all levels of the EU administration.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – In un'epoca in cui l'idea stessa di Unione europea è sotto attacco da parte dei populisti, la trasparenza e la buona amministrazione diventano ancora più fondamentali agli occhi dei cittadini europei. Solo un'amministrazione efficiente che sappia non solo tutelare, ma anche rafforzare, i diritti dei cittadini europei, può fungere da argine contro l'avanzare di forze che si oppongono allo sviluppo della nostra Unione. La figura del Mediatore europeo, ancora purtroppo poco conosciuta dalla stragrande maggioranza dei cittadini, è e deve essere sempre di più il primo argine contro le azioni irregolari o compiute in maniera illegittima da parte di qualsiasi istituzione dell'UE. Ritengo che l'attività svolta nel 2015 sia stata buona. Invito la Commissione a promuovere sempre di più, fra i cittadini, la figura del Mediatore europeo.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o godišnjem izvješću o djelovanju Europskog ombudsmana tijekom 2015. godine. Aktivnost Emily O'Reilly kao Europskog ombudsmana koja spaja u mrežu pučke pravobranitelje država članica uspješno odgovara pritužbama građana Unije. Gore navedeno izvješće pouzdan je pokazatelj iscrpnosti Ombudsmanovog rada koji pomaže pojedincima, poduzećima i udrugama suočenim s nepravilnostima u postupanju institucija EU-a.

U 2015. godini Ured Europskog ombudsmana je pomogao 17 033 europska građana te taj podatak sam govori o nužnosti njegovanja tradicije postojanja institucije pučkog pravobranitelja, kako na razini Europske unije, tako i na razini svih država članica.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o letnem poročilo od dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic v letu 2015 sem podprla. Poročilo je bilo podobno tistemu za letu 2014. Povzelo je glavne težave in podalo ključne informacije o aktivnostih Evropskega varuha človekovih pravic. Varuh pomaga posameznikom, podjetjem in združenjem, ki se srečujejo z nepravilnostmi v Evropskih institucijah. V letu 2015 je pisarna Evropske varuhinje človekovih pravic pomagala 17.033 državljanom. Malo več kot polovica težav s katerimi se je varuhinja ukvarjala so se nanašale na Evropsko komisijo. Največ več pritožb ali želje po pomoči je prišlo s strani Španije. Pisarna varuhinje je izdala tudi kar nekaj poročil kako izboljšati nekatere postopke in kakšen vpliv bi te izboljšave imele. Evropski varuh človekovih pravic tesno sodeluje z državami članicami. Te vključujejo nacionalne in regionalne varuhe človekovih pravic, peticijske komisije in podobne strukture. Leto 2015 je bilo prelomno v tem smislu, ker je varuhinja začela z reformami celotnega sistema varuhov človekovih pravic (preko 95 pisarn v 36 evropskih državah).

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe sobre las actividades de la Defensora del Pueblo Europeo en 2015. El informe recoge muchas de las acciones positivas de la Sra. Emilly O'Reilly, en el que destacamos lo importante de una institución como el Defensor del Pueblo, que vele por los intereses de los ciudadanos y salvaguarde sus derechos frente a posibles malas prácticas de las administraciones. Importante también conocer que España encabeza de lejos el número de reclamaciones a la Defensora del Pueblo, como a la Comisión de Peticiones.

El informe recoge también los esfuerzos por conseguir una mayor transparencia en las negociaciones del ATCI y el CETA, en la toma de decisiones, el acceso público a documentos; el problema de las puertas giratorias, las vulneraciones de derechos por Frontex y los Estados miembros en la crisis de migrantes, o los derechos de grupos minoritarios desfavorecidos; y le insta a salvaguardar los derechos de los ciudadanos y los intereses de la buena administración con respecto al BCE y la Comisión Europea.

Por esto, aunque mejorable, vemos de manera positiva la rendición de cuentas de la Defensora del Pueblo y el informe que se ha presentado sobre cómo mejorar sus actividades.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I abstained on the European Ombudsman 2015 report because despite attention paid in violations of certain EU citizens' rights in several countries, in particular Hungary and Poland, she didn't pay attention to what is happening in Catalonia: Spain's judicial actions against Catalans and violation of fundamental democratic rights of the Catalans, including the right to decide their future in a referendum.

Moreover when I requested a meeting with the EU ombudsman last year, she didn't take the time to listen to me.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Beaucoup d'esbroufe en matière de transparence, puisque la Commission ne donne que ce qu'elle veut, que ce soit dans le domaine du TTIP, du tabac ou dans le domaine d'EMIS (émissions dans le secteur automobile).

Quant à l'aide aux migrants, elle justifie en soi un vote contre.

De même, la lutte contre le pantouflage apparaît comme défaillante avec le recrutement de Barroso chez Goldman Sachs.

Le rapport fait également la promotion des lanceurs d'alerte, trop souvent exposés à des représailles professionnelles voire pénales (point N). Mais les lanceurs d'alerte les plus connus, Snowden et Assange, n'ont pas été protégés en Europe, ce qui rend assez hypocrite les bonnes intentions manifestées à leur sujet.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie zostało przedstawione w atrakcyjny sposób podkreślając główne problemy i zapewniając o adekwatnych inicjatywach i działaniach Europejskiego Rzecznika Praw Obywatelskich. Tak jak w ubiegłym roku prezentacji towarzyszył szereg informacji i szczegółowych statystyk przybliżających pracę Rzecznika, co pozwala na bezpośrednie i łatwe porównanie. Niestety raport ukazał się na stronie internetowej Europejskiego Rzecznika tylko w języku angielskim, co ogranicza zakres czytelników. Poparłem rezolucję akceptującą sprawozdanie ERPO.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor en este informe sobre las actividades de la Defensora del Pueblo Europeo en 2015. El informe recoge muchas de las acciones positivas de la Sra. Emilly O'Reilly, en el que destacamos lo importante de una institución como el Defensor del Pueblo, que vele por los intereses de los ciudadanos y salvaguarde sus derechos frente a posibles malas prácticas de las administraciones. Importante también conocer que España encabeza de lejos el número de reclamaciones a la Defensora del Pueblo, como a la Comisión de Peticiones.

El informe recoge también los esfuerzos por conseguir una mayor transparencia en las negociaciones del ATCI y el CETA, en la toma de decisiones, el acceso público a documentos; el problema de las puertas giratorias, las vulneraciones de derechos por Frontex y los Estados miembros en la crisis de migrantes, o los derechos de grupos minoritarios desfavorecidos; y le insta a salvaguardar los derechos de los ciudadanos y los intereses de la buena administración con respecto al BCE y la Comisión Europea.

Por esto, aunque mejorable, vemos de manera positiva la rendición de cuentas de la Defensora del Pueblo y el informe que se ha presentado sobre cómo mejorar sus actividades.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Pritariu ombudsmenės tyrimui dėl Komisijos ekspertų grupių sudarymo ir jų darbo skaidrumo; pažymiu, kad Komisija stengiasi šias grupes atverti visuomenei, ir pabrėžiu, kad būtina imtis tolesnių veiksmų siekiant užtikrinti visapusišką skaidrumą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the annual report on the activities of the European Ombudsman in 2015. The resolution welcomes the continued efforts of the European Ombudsman to increase transparency in the TTIP negotiations through proposals to the Commission. Moreover, it supports the Ombudsman's efforts to make lobbying more transparent. I voted in favour because I believe that effectively tackling all sources of conflict of interest is crucial in order to achieve good administration and ensure the credibility of political and technical decision-making.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Este informe felicita a la actual Defensora del Pueblo Europeo por su trabajo durante el año 2015, en el que además de responder a más de 17 000 ciudadanos europeos que denunciaron casos de mala administración, decidió abrir ocho investigaciones estratégicas sobre asuntos fundamentales como la falta de transparencia en las negociaciones del ATCI, la protección de los denunciantes, las puertas giratorias, las limitaciones a la Iniciativa Ciudadana Europea o la violación de derechos humanos fundamentales que suponen las deportaciones forzosas del Frontex.

De hecho, este informe expresa preocupación por el flagrante caso de puertas giratorias representado por el expresidente de la Comisión Europea José Manuel Durão Barroso a la cabeza, actualmente consejero de Goldman Sachs.

Por ello, considero que se trata de un informe positivo que reclama más transparencia y me sumo a su apoyo de la labor de la Defensora del Pueblo Europeo.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat het bureau van de Europese Ombudsman sinds 2005 48 840 klachten heeft behandeld.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório saúda um conjunto de aspetos relativamente aos quais discordamos. Para nós, não há nem houve transparência nas negociações do TTIP, e muito menos no BCE. Não deixando de reconhecer aspetos positivos como a condenação da promiscuidade entre a Comissão Europeia e os grandes grupos económicos, designadamente ao nível das chamadas portas giratórias, pensamos que o texto continua a passar ao lado do enorme défice democrático de todo o processo de integração desta UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht befasst sich mit den Tätigkeiten des Europäischen Bürgerbeauftragten für das Jahr 2015. Hier werden verschiedene Initiativen und Maßnahmen des Europäischen Bürgerbeauftragten vorgestellt.

Die Bemühungen des Europäischen Bürgerbeauftragten, die Transparenz in den TTIP-Verhandlungen zu erhöhen, werden begrüßt. Die Kommission soll zahlreiche TTIP-Dokumente veröffentlichen. Es wird bedauert, dass der Untersuchungsausschuss des EP für Emissionsmesswerte im Automobilsektor (EMIS) von der Kommission nur mit Teilunterlagen beliefert wurde und somit rel. Informationen fehlen können. Fordert mehr Transparenz bei den Tagungen der Eurogruppe.

Die Einführung eines Beschwerdemechanismus für mögl. Grundrechtsverletzungen von Frontex im Zusammenhang mit der erzwungenen Rückkehr von irregulären Migranten wird unterstützt. Weiter wird die Aufnahme eines solchen Mechanismus in die Europäische Border and Coast Guard-Verordnung gelobt. Lobbyarbeit soll transparenter gestaltet werden. Insbesondere im Zusammenhang mit dem Treffen der Kommission mit den Tabakerzeugern.

Da im Allgemeinen mehr Transparenz vor allem bei den zahlreichen TTIP-Dokumenten, bei den Tagungen der Eurogruppe und der Lobbyarbeit gefordert wird, habe ich diesen Bericht mitgetragen.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sull'attività del Mediatore europeo nel 2015. È necessario evidenziare il buon lavoro svolto dal Mediatore europeo Emily O'Reilly nel 2015 e per questo motivo ritengo opportuno estendere il mandato del Mediatore, che è una figura centrale per avvicinare l'Europa ai cittadini.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – The EU Ombudsman does important work to guarantee the EU carries out its work to a high standard. I welcome the Ombudsman's effort to promote greater transparency in EU decision-making, and wholeheartedly support her recent work in bringing about the investigation of Manuel Barroso for conflict of interests regarding his Goldman Sachs appointment.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I decided to vote in favour of this resolution since I agree with the call to inquire into the establishment of 'secure reading rooms'. I welcome the Frontex complaints mechanism and I commend the inclusion of such a mechanism in the new European Border and Coast Guard regulation. I believe that transparency here is again a crucial element. I support the European Ombudsman's determination to make the workings of the European Central Bank more transparent and compliant with a high standard of governance. I agree with the call for greater transparency in Eurogroup meetings, beyond the steps already taken by its President following an intervention by the European Ombudsman. Since I care a lot about human rights, I welcome the introduction of a complaints mechanism for potential fundamental rights infringements. Finally, I support the Ombudsman's efforts in dealing with discrimination cases and the efforts to ensure impartiality in Commission decision-making on competition matters.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – S radostí podporuji tuto zprávu ombudsmanky O'Reillyové, která stejně jako minulý rok odvedla v této pozici skvělou práci. Zpráva obsahuje spoustu zajímavých informací o iniciativách a opatřeních týkajících se její agendy. Úřad veřejného ochránce práv považuji za velmi důležitý, protože možnost obrátit se na něj je jedním ze základních práv občanů EU. Mimo toho také oceňuji, že evropský veřejný ochránce je jednak v blízkém kontaktu s institucemi EU, kterým pomáhá zlepšovat kvalitu služeb, ale i se svými protějšky v jednotlivých členských státech skrze nově reformovanou a rozšířenou evropskou síť veřejných ochránců práv.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie mapujúce aktivity európskej ombudsmanky za rok 2015 som podporila. Toto nadväzovalo práve na výročnú správu ombudsmanky, ktorú podrobne zhodnotilo a navrhlo jej schválenie. Správa vyjadrila ombudsmanke svoje uznanie za vynikajúcu prácu a úsilie a zdôraznila niekoľko najvýznamnejších bodov. K nim nepochybne patrí snaha o dosiahnutie čo najväčšej transparentnosti v rámci inštitúcií Európskej únie a otázky týkajúce sa transparentnosti loby. Správa sa zaoberala aj konfliktmi záujmov v Európskej komisii či postupmi vybavovania sťažností. Osobitne oceňujem aj časť správy venovanú prípadom diskriminácie a pomoci pre osoby so zdravotným postihnutím.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam rezoluciju o godišnjem izvješću o radu Europskog pravobranitelja u 2015. godini. U rezoluciji se izražavaju čestitke Emily O'Reilly za njen izniman rad i trud u obnašanju funkcije pravobraniteljice s ciljem da poboljša kvalitetu usluga koje građanima nudi europska administracija. Ova rezolucija i dalje adresira postojeće probleme svakodnevnog funkcioniranja Europske unije koja se i dalje bori s problemima niske transparentnosti, demokratskog deficita te velikog udjela neformalnih pregovora nedostupnih javnosti između tri glavne institucije Europske unije.

Cjelokupni procesi pregovora, u onoj mjeri u kojoj to dozvoljava materija pregovora, trebali bi biti otvoreniji javnosti jer se stječe dojam da je proces donošenja odluka u potpunosti izdvojen i oduzet građanima te da se promoviraju partikularni interesi pregovaračkih strana. U dobroj vjeri i nadi u europske institucije, bitno je ipak osvijestiti građane o aktivnostima, pregovorima, dogovorima te detaljno informirati o promjenama koje svaka odluka ili akt imaju za svakodnevni život građana. Europski parlament treba izraziti nedvojbenu podršku radu europskog pravobranitelja, ali i nacionalnim pravobraniteljima. Sustav mora služiti i biti odgovoran građanima.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Poročilo o letnem poročilu o dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic v letu 2015, ker menim, da predstavlja uravnoteženo oceno o dejavnostih Evropskega varuha človekovih pravic.

Strinjam se, da je pravica državljanov EU do sodelovanja pri oblikovanju politik EU zdaj pomembnejša kot kdaj koli. Zato podpiram smernice, ki jih je varuhinja človekovih pravic predlagala za izboljšanje delovanja evropske državljanske pobude, da bi bila ta pobuda bolj učinkovita. Menim, da se bo z večjim vključevanjem državljanov v oblikovanje politik EU izboljšala verodostojnost evropskih institucij.

9.7. Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug (A8-0307/2016 - Werner Langen)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, Comisia ne spune că noul sistem de colectare a TVA-ului a redus pierderile cu peste 40 de miliarde de EUR. E vorba de taxele necolectate până acum. Vreau să fac o susținere rațională, absolut necesară pentru instituțiile europene și pentru fiecare stat membru … de impozitare a taxei pe valoarea adăugată în toate statele membre … și, mai ales în Directiva privind protejarea intereselor financiare ale Uniunii, adică a banilor noștri, trebuie să fie definită ca o infracțiune. Știu că multe state membre se opun definirii fraudării TVA-ului ca infracțiune. Trebuie să fie infracțiune.

Cei mai mulți bani sunt pierduți tocmai datorită caruselului TVA-urilor pe fondurile europene. Dacă lăsăm acești bani să intre iarăși în buzunarele unor hoți transfrontalieri, care fură transfrontalier, nu o să facem nimic, nu o să economisim nimic și nu o să ne luptăm cu frauda deloc. Deci, încă o dată, fraudarea prin TVA trebuie să fie infracțiune în toate statele membre în noua directivă.

Marian Harkin (ALDE). – Mr President, I supported this report on the fight against VAT fraud.

Right now, Irish Revenue is carrying out an extensive examination and review of the flat-rate scheme for farmers and other players in the poultry sector. The Commission is also investigating the matter on the basis of a complaint that a colleague and I submitted, specifically in respect of Sicín Co-operative Society and the processor Carton Bros. In particular, Irish Revenue has said, in response to the Commission, that Ireland is aware there is a risk that manipulation of the price of feed sold by the processor to the Co-op, and then on to the members of the Co-op, could artificially increase the consideration charged by the member to the Co-op for his rearing services, thereby increasing the amount of the flat-rate addition in respect of the rearing services.

In my view, when the price of feed is artificially increased it increases the price of flesh and artificially increases the amount of flat-rate VAT that can be claimed back. This basically means that it is taken out of the amount of VAT paid by ordinary citizens on their purchases and by businesses who do not have specific arrangements. We are all the poorer for it.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Po raz kolejny potwierdziła się stara prawda, iż rozwiązania tymczasowe są najbardziej trwałe. Niedługo minie ćwierćwiecze, od kiedy zaczął obowiązywać w ramach jednolitego rynku tymczasowy system VAT. Wszyscy mieli wtedy świadomość, że jest on niedoskonały, podatny na oszustwa i manipulacje. Komisja zobowiązała się wtedy, iż szybko przygotuje ostateczne, udoskonalone regulacje, ale dopiero teraz zapowiada, że taki projekt zamierza zaproponować do 2017 roku.

Założenia przedstawione przez Komisję wskazują, iż przyjęła ona minimalistyczne cele. Nie należy jednak temu się dziwić, biorąc pod uwagę fakt, iż na ten akt prawny muszą się zgodzić wszystkie państwa członkowskie. Luka w płatnościach z tytułu podatku VAT w niektórych państwach członkowskich wynosi blisko 40 %. Ta sytuacja wymaga szybkiej poprawy, dobrze byłoby się przyjrzeć rozwiązaniom stosowanym w niektórych państwach członkowskich i poddać je pod dyskusję. Jednym z rozwiązań jest przyjęcie tak zwanego odwróconego VAT, a więc zasady, że płatnikiem byłby konsument produktu i usługi. Rozwiązanie to pozwala choć częściowo zlikwidować wiele luk i utrudnić omijanie prawa. Takie przynajmniej wnioski płyną z państw, gdzie częściowo wprowadzono taki system.

Unia i jej państwa członkowskie nie mogą sobie pozwolić na tak ogromne straty w podatkach, zwłaszcza w okresie problemów ze stabilnością budżetową i wzrastających wydatków publicznych. Dlatego życzę Komisji powodzenia i wytrwałości w tym temacie i stąd też głosowałam za sprawozdaniem.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I am pleased to support this report, which seeks to curb widespread fraud involving VAT by establishing a reverse charging system, as excellently authored by my colleague, Werner Langen.

Putting in place a definitive VAT system will help to close the VAT gap, which for Ireland was under 10% in 2014. This still equates to over EUR 1 billion in uncollected VAT revenue, which through the provisions contained in the report will hopefully be better channelled into meeting the exigencies of the country in the future. I think we are heading in the right direction, and I look forward to the evaluation of pilot programmes in other Member States, which highlight how knowledge sharing and systems of best practice are central elements to the success and development of the Union.

The fight against fraud has to continue. During the week we also discussed fighting against money laundering and its impact on terrorist activities, etc. If we can close the gap there in a whole area of fraud, citizens would have to pay less tax and services could be improved.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Idag röstade Europaparlamentet om ett betänkande som behandlar kommissionens pågående arbete med att revidera EU:s momslagstiftning. EU har, med några mindre uppdateringar, haft samma momslagar sedan tidigt 90-tal, och systemet är så pass komplext att det utgör ett verkligt hinder för små företag med verksamhet i flera europeiska länder. Betänkandet välkomnar därför översynen, vilket jag också gör. Jag röstade därför för betänkandet. Jag vill dock i sammanhanget understryka att jag förutsätter att Sveriges möjlighet till momsbefrielse för ideell sektor och en lägre kulturmoms värnas i framtida förhandlingar. Likaså vill jag framhäva betydelsen av att i framtiden undanta digitala publikationer från den gemensamma miniminivån för moms. Mediebranschen utvecklas, och det är viktigt att momsreglerna inte står i vägen.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione intende riformare il sistema dell'IVA, proponendo di applicare il principio dell'imposizione nel paese di destinazione di beni e servizi, in sostituzione dell'attuale principio del paese di origine, che non si è dimostrato abbastanza efficace nel tutelare adeguatamente la concorrenza e prevenire le frodi. Questo nuovo sistema viene inoltre esteso alle operazioni transfrontaliere. Pur contenendo alcune proposte positive, permangono alcune criticità, come l'armonizzazione e la totale convergenza dei sistemi che mal si concilia con i valori di giustizia ed equità sociale, di crescita sostenibile e di sviluppo. Manca oltretutto un registro unico europeo trasparente, pubblico e digitale delle imprese e non viene fatta alcuna menzione circa una maggiore responsabilizzazione del sistema bancario. Per questi motivi mi sono astenuta.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, pese a contener muchos puntos positivos, debido a que no es posible hablar del IVA sin entender sus implicaciones sociales y redistributivas. El informe contiene numerosas medidas que deben ser contempladas de cara a la próxima propuesta del IVA de 2017; desde la señalización de priorizar la investigación a los grandes defraudadores, hasta muchos puntos sobre la simplificación absolutamente necesarios para las pymes. Sin embargo, en este informe resulta marcada la ausencia de consideración del impacto social de este impuesto, incluso en un contexto donde la Comisión «recomienda» recaudar más a través de este tipo de impuestos indirectos. Esta ausencia es inexplicable cuando estamos debatiendo nuestra posición política sobre el mismo y, es por ello que, pese al buen número de propuestas lógicas, he tenido que votar en contra del presente informe.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — While there were some positive aspects in this report, we voted against overall due to its infringements on national sovereignty in relation to tax, and its promotion of a regressive tax (VAT). The report supports a further transfer of powers on VAT to the Commission by calling for a single common EU VAT area.

While we need to tackle VAT fraud across the EU, we also need to ensure decisions about VAT rates and exemptions are in the hands of locally accountable governments. For example, the Irish Government claims that EU rules don't allow a lower rate on life-saving defibrillators.

VAT, like all indirect taxes, has a regressive effect on distribution, and the poor lose the largest portion of their income. We should ensure our VAT systems include both luxury rates and reduced rates on essential items, and this report calls for a reduction in the items of VAT that can receive an exception or reduced rate, which we are opposed to.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – Au mois d'avril dernier, en tant que socialistes, nous avions salué la présentation faite par la Commission européenne d'un plan d'action sur la TVA, première étape indispensable. Le rapport adopté aujourd'hui en plénière nous permet d'aller plus loin.

Pour rappel, la fraude transfrontalière à la TVA représente une perte annuelle de 50 milliards d'euros pour la France. Au total, ce sont plus de 170 milliards d'euros qui s'évaporent chaque année, alors que les États ont besoin de cet argent pour investir, innover et créer des emplois.

Le futur système de TVA doit reposer sur le principe de destination: elle doit être payée là où les biens et les services sont consommés.

Je me félicite que l'ensemble des demandes S&D aient été prises en compte dans ce rapport :

L'unanimité requise pour réviser le système de TVA est la difficulté majeure, d'où l'importance à mes yeux que le Conseil écoute le Parlement européen.

Enfin, en parallèle de cette réforme, je salue l'annonce par M. Moscovici d'une proposition spécifique pour aligner les taux de TVA du livre numérique et de la presse en ligne sur ceux des supports papier.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl galutinės PVM sistemos kūrimo ir kovos su sukčiavimu PVM. PVM yra reikšmingas ir augantis ES pajamų šaltinis – 2014 m. iš jo gauta beveik 1 trln. EUR. Jis sudaro apie 7 proc. ES bendrojo vidaus produkto, taip pat yra vienas iš ES nuosavų išteklių šaltinių. Esama PVM sistema nuo pat pradžių nebuvo apsaugota nuo sukčiavimo. Nors imtasi įvairių iniciatyvų, sukčiavimo sumažinti kol kas nepavyko. Didžiausia PVM sistemos reformavimo kliūtis – būtinas vieningas valstybių narių pritarimas. Iki šiol esminių reformų vykdymas buvo atidėliojamas arba blokuojamas dėl valstybių narių, kurios tebegina savo senąsias pirmines sistemas ir nepakankamai vykdo su kova su sukčiavimu susijusias pareigas ir kontrolę. Pritariu pranešėjui, kad galutinės PVM sistemos sukūrimas prisidės prie kovos su PVM sukčiavimu, o siūlomo atvirkštinio apmokestinimo sistemos išplėtimas ir taikymas visoje ES visiems verslininkų sandoriams galėtų būti naudingas tvariai PVM sistemai. Taikant šį modelį, būtų nebereikalinga visa mokesčio atskaitymo ir grąžinimo procedūra, sumažėtų konkurencijos iškraipymas bei verslininkams tenkanti finansavimo ir administravimo našta.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης με θέμα «Προς ένα οριστικό σύστημα φόρου προστιθέμενης αξίας (ΦΠΑ) και την καταπολέμηση της απάτης στον τομέα του ΦΠΑ», διότι θεωρώ πως είναι σημαντικό να βελτιωθεί το υφιστάμενο σύστημα και να πραγματοποιηθούν θεμελιώδεις μεταρρυθμίσεις προκειμένου να εξαλειφθούν ή να περιοριστούν σημαντικά τα προβλήματα που παρουσιάζει.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Das momentan gültige gemeinsame Mehrwertsteuersystem der EU wurde 1993 als Übergangslösung auf dem Weg zu einer endgültigen Regelung geschaffen. Der Bericht ist die Reaktion des EU-Parlaments auf den im April vorgelegten Aktionsplan im Bereich Mehrwertsteuer der Kommission. Die aktuelle Rechtslage ist überaus kompliziert, da eine Vielzahl von unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen und Ausnahmen besteht. Der Aktionsplan sieht vor, dass ein einfacheres, gerechteres und endgültiges Mehrwertsteuersystem eingeführt wird, welches auf dem Prinzip der Besteuerung im Bestimmungsland der Waren und Dienstleistungen beruht. Das Parlament begrüßt diesen Plan und fordert unter anderem, dass auf EU-Ebene die Waren und Dienstleistungen bestimmt werden, auf die ermäßigte Steuersätze angewandt werden dürfen, und dass die Mitgliedstaaten die Steuersätze selbst bestimmen dürfen, solange sie über einem festgelegten Mindeststeuersatz liegen. Ich unterstütze den Bericht des Parlaments, da eine Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems notwendig ist, um das Funktionieren des digitalen Binnenmarktes zu garantieren und die Situation grenzüberschreitend handelnder KMU zu verbessern.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La Commission a annoncé en avril plusieurs initiatives afin de lutter contre la fraude à la TVA. L'actuel système date de 1993 et se voulait transitoire, mais n'est pas adapté à l'ère du numérique, crée des surcoûts nombreux, notamment pour les PME et les opérations transfrontalières, et favorise la fraude. Pour y remédier, la Commission propose l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, des mesures à court terme contre la fraude, plus de latitude pour les États en matière de fixation des taux et des mesures spécifiques au commerce électronique. Le rapport entérine surtout l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. C'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Concrètement, le fournisseur de biens ou de services procèdera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger. Le principal risque est d'aboutir à un système rapidement ingérable, puisque les entreprises vendant à l'export devront jongler avec les 89 taux en vigueur dans l'Union. La Commission pourrait en tirer argument pour mieux imposer par la suite sa solution ultime, à savoir l'harmonisation des taux. Je me suis abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution because it calls for further EU-wide cooperation on VAT and will lead to further powers being handed to the EU Commission.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – La réflexion sur la problématique de la TVA est importante car celle-ci a généré près de mille milliards d'euros en 2014, soit environ 7% du PIB européen. Jusqu'à aujourd'hui, rien n'a réussi à prévenir la fraude, qui représente d'importants montants. La réduction des distorsions de concurrence est donc nécessaire pour tenter d'endiguer ces pratiques frauduleuses. La consolidation du système est prioritaire et doit s'accompagner de nouveaux mécanismes. Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce texte.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A jelentés a végleges hozzáadottérték-adó (héa) felé vezető útról és a héacsalás elleni küzdelemről szól. Az Európai Unióban 1993 óta fennálló héarendszert átmeneti szabályozásnak tervezték, ugyanakkor az kezdettől fogva ki volt szolgáltatva a csalás veszélyének. Számos kezdeményezés ellenére eddig még nem tudták megszüntetni a csalásokat. A Bizottság becslése szerint a héabevétel-kiesés az Unió egészében évente mintegy 170 milliárd euró, amelyből csak az eltűnő kereskedő (körhintacsalás) típusú bűnszervezetek évi 40–60 milliárd euró bevételkiesést okoznak. Az is problémát jelent, hogy a sok különböző héakulcs jelenlegi egymás melletti létezése a határokon átnyúló üzleti tevékenységet folytató vállalatok számára nagy bizonytalanságot okoz.

A jelentés szerint a Bizottság jövő évben javaslatot tesz egy végleges héarendszer kialakítására, amely egyszerű, megfelelően stabil és hatékony lesz és kevésbé ad lehetőséget a csalásra. Ugyanakkor a tagállamok számára lehetővé kell tenni, hogy maguk határozzák meg adókulcsaikat, mindaddig, amíg azok megfelelnek a héairányelv értelmében alkalmazandó minimális adókulcsoknak.

Az adózás ugyan nemzeti hatáskör, de ez esetben a javaslat indokoltnak tűnik, az adócsalásokkal hatalmas pénzeket vonnak el a tagállamok költségvetéséből, ezért támogattam az indítvány elfogadását.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport part d'un constat évident, la nécessité de lutter contre la fraude, pour arriver à un projet complexe et inachevé. Il entérine l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Concrètement, le fournisseur de biens ou de services procèdera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger. La situation pourrait vite devenir ingérable et donnerait à la Commission des munitions pour mener à bien son projet, qui est l'harmonisation des taux. Il y a toutefois des points positifs non négligeables, notamment une diminution de la charge administrative pour les PME. Je me suis donc abstenu sur ce vote.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La TVA a levé près de 1 000 milliards d'euros en 2014. Cependant, une fraude massive est constatée dans la plupart des Etats membres. Ce qui correspond à une perte de près de 170 milliards d'euros.

Nous proposons, dans ce rapport, des mesures visant à améliorer le système de perception de la TVA, à éliminer la fraude à la TVA et à réduire les formalités administratives.

Ce texte vise à simplifier les opérations commerciales des PME et à souligner la nécessité d'une harmonisation au niveau de l'Union européenne en matière de politique fiscale.

Nous demandons également un réexamen régulier de l'annexe de la directive TVA avec la liste des biens et services réduits en TVA. Je tiens à rappeler que la TVA est un impôt injuste qui touche dans la même proportion toutes les catégories de la population. Ici aussi, ce sont les travailleurs et pensionnés qui financent la réduction d'impôt des plus riches et des grandes fortunes.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Le norme sull'IVA attualmente in vigore risalgono al 1993, esse compongono un sistema concepito originariamente come transitorio che dovrebbe quindi essere soggetto a modifiche al fine di completare il sistema comune d'IVA. In Europa dal pagamento di questa imposta sono ricavati annualmente circa 1000 miliardi di euro, corrispondenti al 7% del PIL del continente. Ho votato a favore della relazione Langen perché ritengo necessario procedere rapidamente a un aggiornamento delle regole, per soddisfare non solo le esigenze delle aziende in espansione e dell'e-commerce ma soprattutto per ridurre il numero delle truffe e delle frodi che si verificano ogni anno. Il testo prevede la riduzione del numero di prodotti esenti da IVA, la semplificazione delle norme, l'applicazione di un'aliquota che sia la più bassa possibile e l'introduzione di un sistema di pagamento di tale imposta che si basi sul versamento nel paese di destinazione finale del bene o del servizio. La Commissione viene inoltre invitata a studiare attentamente le conseguenze del meccanismo di inversione contabile, per verificare che questa procedura riduca effettivamente le truffe all'imposta e semplifichi realmente la situazione per le PMI.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque considero que ignora completamente la dimensión y el impacto social de los impuestos indirectos. Considero que era necesaria una simplificación en la reglamentación, pero no por ello se justifica la reducción de los tipos sobre bienes de lujo y otros. Por último el informe ignora el papel que las multinacionales han jugado al favorecer la competencia fiscal a la baja.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre un sistema de IVA definitivo y lucha contra el fraude en el ámbito del IVA. El sistema actual fue concebido en 1993 como sistema transitorio y la comunicación de la Comisión de abril de 2016 relativa a la acción sobre el IVA, pone fin a la dilatada espera para avanzar hacia un espacio único del IVA indicando que por fin ha llegado el momento de las reformas. Han pasado demasiados años y ya es hora de tener una actuación que vaya en ese sentido.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport qui comporte des éléments positifs malheureusement contrebalancés par d'autres points plus négatifs.

Chacun s'accorde en effet à reconnaître que l'actuel système relatif à la TVA, qui date de 1993, n'est plus adapté aux réalités du monde actuel, particulièrement face aux défis posés par l'ère du numérique et aux surcharges administratives et financières portées par les PME. Selon la Commission, cette inadaptation représenterait 170 milliards d'euros de manque à gagner annuel et presque 50 milliards d'euros de fraude.

Cependant, les solutions proposées par la Commission et, pire encore, le rapport de la commission ECON sur ce sujet, loupent complètement le coche d'une actualisation du système au profit des entreprises. L'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine au profit du pays de destination est rejeté par les professionnels.

On sait que derrière cela se cache une véritable stratégie du choc, la Commission cherchant à créer une cacophonie pour mieux imposer, à terme, son système d'harmonisation des taux et donc créer une «TVA européenne», qui priverait les États membres d'une importante partie de leurs recettes fiscales (50 % pour le budget français).

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il testo della relazione Langen che analizza la relazione d'iniziativa sui possibili sviluppi della regolamentazione dell'IVA non mi convince perché presenta dei passaggi che potrebbero aprire a forti criticità future. Per questo non ho inteso sostenere questo testo con il mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl galutinės PVM sistemos kūrimo ir kovos su sukčiavimu PVM. 1993 m. sausio 1 d. įsteigus bendrąją rinką buvo panaikintos sienų kontrolės prekybai Bendrijos viduje ir kadangi nuo 1993 m. veikianti Europos Sąjungos pridėtinės vertės mokesčio sistema pagal galiojančios Pridėtinės vertės mokesčio direktyvos 402–404 straipsnius yra tik laikinojo pobūdžio ir pereinamojo laikotarpio procedūra. Komisija yra įpareigota kas ketverius metus Europos Parlamentui ir Tarybai teikti pranešimą apie tai, kaip veikia esama PVM sistema ir, visų pirma, pereinamojo laikotarpio procedūros. Esama PVM sistema – visų pirma, kai ją tarpvalstybiniams sandoriams taiko didelės korporacijos, – yra neapsaugota nuo sukčiavimo, mokesčių vengimo strategijų, dėl nemokumo nesurinkto PVM ar neteisingo apskaičiavimo. Todėl palankiai vertina Komisijos ketinimą iki 2017 m. pateikti pasiūlymą dėl galutinės PVM sistemos, kuri būtų paprasta, teisinga, patikima, veiksminga ir labiau apsaugota nuo sukčiavimo.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se z namero, da se sprejmejo dodatni ukrepi proti goljufijam in podpre nadaljnji razvoj obstoječega sistema davka na dodano vrednost zato vsa moja podpora tem predlogom tudi v Evropskem parlamentu. Za to pomembno izboljšavo rabimo temeljite reforme, s katerimi bomo odpravili ali vsaj znatno zmanjšali težave pri pobiranju DDV v EU. Menim, da so za dogovor o dokončni ureditvi davka na dodano vrednost potrebna skupna prizadevanja držav članic, ki lahko pripeljejo do soglasja o bolje delujočem sistemu DDV. Prav tako se mi zdijo upravičeni pozivi k jasnejši viziji o preprostejšem sistemu z manj izjemami in v povezavi s pragmatičnim pristopom, ki bo spoštoval interese hitro razvijajočega se digitalnega gospodarstva.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje ima za cilj popraviti prijedloge za poboljšanje sustava prikupljanja PDV-a, iskorijeniti prijevare preko PDV-a i smanjiti crvene vrpce. Isto tako, ima za cilj pojednostavniti poslovanje i što je najvažnije, istaknuti potrebu za usklađivanjem na razini EU-a u vezi s poreznim pravilima.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted for the establishment of a Valued Added Tax system and for strengthening the fight against VAT fraud by endorsing this resolution. As a matter of fact, the Commission will propose a VAT system by 2017 and in the resolution we stressed the need to have it less susceptible to fraud. In this regard, we urged the Commission to amend the VAT Directive with the aim of achieving further harmonisation between Member States' systems.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'imposta sul valore aggiunto nell'UE costituisce una fonte significativa di entrate; ma il suo attuale sistema è vulnerabile alle frodi. Il requisito dell'unanimità fra gli Stati membri è tuttavia un ostacolo alla riforma del sistema IVA.

Nel suo piano d'azione, la Commissione presenterà una proposta legislativa per un sistema dell'IVA definitivo, fondato sul principio dell'imposizione nel paese di destinazione; allontanandosi dal principio del paese di origine. Inoltre, presenterà una proposta per modernizzare l'IVA sul commercio transfrontaliero e per concedere maggiore libertà agli Stati membri, sollevando l'UE da controversie inutili.

In linea generale, la Commissione si accontenta di proposte di cooperazione rafforzata e di speranze di una maggiore fiducia tra le amministrazioni fiscali. Un sistema IVA duraturo potrebbe consistere nell'estensione del meccanismo d'inversione contabile a tutta l'UE e per tutte le operazioni tra imprese. Con esso, la riscossione e il rimborso dell'imposta a monte diventano superflue, le distorsioni della concorrenza verrebbero ridotte e gli imprenditori godrebbero di enormi sgravi in termini di finanziamenti e obblighi amministrativi.

È quindi incomprensibile la posizione di riserva della Commissione per l'utilizzo di questo meccanismo. Esso si è, infatti, già dimostrato efficace in alcuni settori particolarmente vulnerabili alle frodi di taluni Stati membri.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à lutter contre la fraude à la TVA, évaluée à 50 milliards d'euros. Pour y remédier, la Commission européenne a présenté, en avril dernier, un projet comprenant l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, plus de latitude pour les États membres en matière de fixation des taux ainsi que des mesures spécifiques au commerce électronique. Or, ce rapport se montre réservé sur l'efficacité de ces propositions considérant qu'elles reposent sur la capacité des gouvernements nationaux à mieux se coordonner. Il est donc demandé de mettre en place la généralisation de l'auto-liquidation pour les opérations entre professionnels. Cette mesure fera peser la charge du paiement sur le dernier maillon de la chaine, rendant le système encore plus vulnérable à la fraude. Par ailleurs, avec l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, nos exportateurs devront jongler en permanence avec les 89 taux de TVA en vigueur dans l'Union, donnant ainsi un argument supplémentaire à la Commission européenne pour imposer aux États une harmonisation des taux. Je me suis toutefois abstenu sur ce rapport, qui tente d'apporter des réponses concrètes pour lutter contre cette fraude fiscale.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Circulația liberă a persoanelor și mărfurilor în UE atrage după sine și ilegalități săvârșite de cetățenii europeni la nivel transfontalier. Numai în ceea ce privește fraudele la plata TVA sunt estimate pierderi anuale de 60 de miliarde de euro.

Tranzacțiile transfrontaliere implică costuri administrative ridicate, care sunt greu de suportat pentru IMM-uri. Pentru evitarea acestora, se impun reguli mai simplificate prin cooperare transfrontalieră între autorități, care să reducă sarcina administrativă utilizând o bază digitală comună de raportare.

Având în vedere evoluția rapidă a comerțului electronic, este necesară identificarea măsurilor ce urmăresc creșterea cooperării între statele membre în materie de tranzacții digitale, pentru a pune în aplicare o strategie integrată și cuprinzătoare de combatere a fraudelor electronice.

Pentru a face față noilor provocări, autoritățile fiscale sunt nevoite să adopte tehnologii noi, astfel încât supravegherea fluxului de tranzacții să se desfășoare în timp real. Racordarea tuturor terminalelor de plată la un sistem on-line constituie un mod sigur și eficient de combatere a fraudei la plata TVA-ului.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, ținând seama de faptul că transmiterea cu întârziere a raportărilor constituie un alt obstacol în lupta împotriva fraudei, iar autoritățile fiscale naționale trebuie să trateze cu prioritate facilitarea schimbului de informații cu autoritățile judiciare, precum și cu autoritățile Europol și OLAF.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Union n'a pas de pouvoir en matière de fiscalité sauf pour la fiscalité indirecte: TVA et droits d'accise (alcool, tabac, pétrole). Une partie des recettes de la TVA constitue une ressource propre de l'Union, elle représente 17,667 milliards d'euros du budget européen, soit 12,27% des recettes totales de l'Union. Nous avons besoin d'un cadre européen pour la TVA afin d'éviter que les États membres modifient le taux de TVA pour faire baisser le coût des biens ou des services et ainsi créer de la concurrence déloyale. C'est pour cette raison que nous avons la directive TVA, qui instaure un taux normal minimal de 15%. Cependant, nous devons aller plus loin et créer un véritable système de TVA définitif qui offrira davantage de convergence tout en laissant de la flexibilité aux États membres pour définir leurs taux. De plus, un système européen permettra de lutter plus efficacement contre la fraude à la TVA. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in aula ho dato il mio voto positivo alla relazione sul tema «Verso un sistema IVA definitivo e lotta contro le frodi ai danni dell'IVA», in quanto credo che essa contenga numerose istanze e punti programmatici che possono ispirare e favorire un miglioramento dell'attuale sistema IVA, come annunciato dalla Commissione nella comunicazione del 7 aprile. Come è noto, infatti, gli effetti dannosi delle distorsioni in tema di IVA si riflettono negativamente sui principi basilari dell'Unione, se sono si considerano gli effetti sulla libera concorrenza, sul corretto approvvigionamento delle risorse finanziarie UE, sulle piccole e medie imprese, creando un ambiente fiscale distorto. Tali distorsioni si associano, con effetto moltiplicativo, con quelli della elusione ed evasione fiscale, del tax ruling, della vulnerabilità alle frodi del regime IVA. Va strenuamente combattuto infatti innanzitutto il fenomeno delle frodi carosello, linfa finanziaria delle attività criminali, le quali sfruttano le divergenze informative tra i vari Stati membri e generano fino a 53 miliardi di EUR di mancato gettito IVA ogni anno.

David Casa (PPE), *in writing*. — I voted in favour of this report as I welcome in principle the Commission's intention to propose a definitive VAT system by 2017 that is simple, fair, robust, efficient and less susceptible to fraud. Although ambitious, I believe it will aid the proper functioning of the digital single market and enhance cross-border trading.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I am convinced that the system of VAT in the EU needs modernisation and reform. We should aim at simplification of the system and development of mechanisms which can prevent frauds in VAT area. We also need to improve cooperation between the Member States and to enhance exchange of information.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε σχετικά με την έκθεση προς ένα οριστικό σύστημα φόρου προστιθέμενης αξίας και την καταπολέμηση της απάτης στον τομέα του ΦΠΑ, η οποία περιλαμβάνει ορισμένα θετικά στοιχεία στην προσπάθεια να εξασφαλιστεί η τήρηση της νομιμότητας. Η έκθεση αυτή όμως δεν καταφέρνει να βρει επαρκείς λύσεις για την κάλυψη των διαφορών ανάμεσα στα κράτη μέλη και, παρότι η πρόταση απλοποίησης των συστημάτων ΦΠΑ είναι ορθή, η προτεινόμενη διαδικασία είναι αόριστη και ατελής. Ως εκ τούτου, αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con estrema compiacenza l'intenzione della Commissione di proporre un sistema IVA definitivo entro il 2017, a patto che esso sia quanto più semplice, equo, robusto, efficiente possibile oltre che inespugnabile dalle frodi. I ricavi prodotti dal gettito dell'IVA ammontavano ad EUR 1 bln nel 2014, tuttavia il sistema presenta vulnerabilità sotto numerosi aspetti e, parallelamente, esige meno esenzioni e deroghe da parte degli Stati membri affinché il corretto funzionamento sia realizzabile. Pertanto, l'unanimità sarà una premessa necessaria per ottenere un accordo più funzionale. Il sistema definitivo è basato sul principio della tassazione nel paese che è la destinazione finale dei beni e spetterà alle autorità dei singoli Stati garantire che l'IVA venga pagata attraverso modalità semplici e favorevoli alle PMI. Di conseguenza, la collaborazione e lo scambio di informazioni tra le singole amministrazioni fiscali degli Stati membri vanno arricchite, del pari la debole attività di Eurofisc, la piattaforma europea di consulenza fiscale, richiede piani di sviluppo. Appoggio, infine, l'opzione proposta dalla Commissione di riesaminare regolarmente l'elenco di beni e servizi che possono beneficiare di aliquote ridotte, a patto che l'elenco in questione tenga conto delle priorità politiche quali gli aspetti sociali, di genere, sanitari, ambientali, nutrizionali e culturali.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the report 'Towards a definitive VAT system and fighting VAT fraud'.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn ich unterstütze die Einführung eines endgültigen Mehrwertsteuersystems, das einfach anwendbar ist, wenig Ausnahmeklauseln vorsieht, dabei gerecht ist und wenig Spielraum für Betrügereien lässt. Die derzeitige Besteuerung im Ursprungsmitgliedstaat hat sich als nicht praktikabel erwiesen. Gerade für KMU sind aber praktikable und verständliche Vorschriften notwendig, damit der grenzüberschreitende Verkehr einfacher wird. Gleiches gilt für den digitalen Binnenmarkt.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La lotta contro la frode fiscale è una delle principali sfide in campo per gli Stati membri; ogni anno infatti le frodi IVA costano quasi 50 miliardi di euro ai paesi e di conseguenza, ai contribuenti europei. Non solo: la tutela degli interessi finanziari dell'Unione è un elemento chiave per rafforzare e accrescere la fiducia dei cittadini. L'idea di un nuovo piano d'azione sull'IVA è dunque fondamentale per la realizzazione di un mercato interno più profondo e più equo così da realizzare con ancora più efficacia giustizia fiscale, occupazione, investimenti e competitività. Per questo il Parlamento europeo ha avanzato precise richieste: adottare misure per rafforzare l'efficacia dei sistemi IVA per assicurare una migliore osservanza delle norme in materia di IVA; ridurre al minimo gli oneri amministrativi superflui, in particolare per le PMI; introdurre una soglia esente da IVA per aiutare le start up e le microimprese; estendere la procedura elettronica unica per la registrazione e il pagamento dell'IVA alle vendite online transfrontaliere. La crescita potrà partire anche da qui!

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I agree that the Commission should propose amendments to the VAT Directive with a view to enabling a technologically neutral application of VAT rules that will ensure that the physical and digital versions of a given product are treated in the same way for e-commerce sales. The lack of harmonisation in the VAT threshold entails high transaction costs for SMEs operating in e-commerce activities and needs to be addressed.

I favour greater transparency allowing for proper scrutiny, and the adoption of a more structured and 'risk-based' approach, since such are key to detect and prevent fraud schemes and corruption.

I regret that administrative cooperation among Member States in fighting VAT fraud is still not efficient when it comes to coping with intra-EU VAT evasion and fraud mechanisms, or to managing cross-border transactions or trading.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – A tal proposito il mio voto è di astensione, è neutrale. Poiché, se da un lato il rapporto propone positivi sviluppi in materia, grazie anche agli emendamenti da noi presentati e inclusi, riguardo una maggiore trasparenza, dall'altro purtroppo non ha saputo rispondere adeguatamente ad altre problematiche in merito. Ad esempio: manca la creazione di un registro europeo unico che sia pubblicamente accessibile e di conseguenza che sia trasparente, poi non si prevede una maggiore responsabilizzazione del sistema bancario, nonostante noi avessimo presentato degli emendamenti al fine di far sì che ciò venisse tenuto in considerazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, pese a contener muchos puntos positivos, debido a que no es posible hablar del IVA sin entender sus implicaciones sociales y redistributivas. El informe contiene numerosas medidas que deben ser contempladas de cara a la próxima propuesta del IVA de 2017; desde la señalización de priorizar la investigación a los grandes defraudadores, hasta muchos puntos sobre la simplificación absolutamente necesarios para las pymes. Sin embargo, en este informe resulta marcada la ausencia de consideración del impacto social de este impuesto, incluso en un contexto donde la Comisión «recomienda» recaudar más a través de este tipo de impuestos indirectos. Esta ausencia es inexplicable cuando estamos debatiendo nuestra posición política sobre el mismo y, es por ello que, pese al buen número de propuestas lógicas, he tenido que votar en contra del presente informe.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – L'ammontare di IVA raccolto è quasi 1 trilione di euro nel 2014 ed è una delle principali fonti di entrate nell'UE. Esso rappresenta circa il 7% del PIL dell'Unione e fornisce parte delle risorse proprie dell'Unione europea. Fin dall'inizio, l'attuale sistema dell'IVA è stato vulnerabile alle frodi ed è ora in gran parte obsoleto. Nonostante le numerose iniziative per porvi rimedio, il problema rimane, e la Commissione ritiene che le frodi siano responsabili di un «gap IVA» complessivo di circa 170 miliardi di euro all'anno, di cui almeno 50 miliardi, a causa di frodi transfrontaliere. Abbiamo compiuto due importanti battaglie a questo riguardo nei dossier. La prima riguarda la semplificazione ulteriore delle operazioni di business per le PMI armonizzando a livello europeo per quanto riguarda le politiche fiscali. La seconda riguarda invece la promozione di modelli alternativi al *reverse charge mechanism* in modo da garantire delle politiche più serie e rigide sulla lotta all'evasione. Dato che entrambi questi due obiettivi sono stati raggiunti nel testo finale, voto in maniera positiva a questi testo, al fine di compiere un importante cambiamento in questo senso verso un'Europa più unita.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Sistemul TVA actual al Uniunii Europene, înființat în 1993, a fost conceput ca o reglementare tranzitorie, care generează o sursă de venituri importantă și din ce în ce mai valoroasă în UE. Aceasta reprezintă aproximativ 7 % din produsul intern brut al UE și este, de asemenea, o sursă de venituri proprii a Uniunii Europene. Comisia estimează că pierderile legate de încasarea TVA datorate fraudei se ridică, în total, la aproximativ 170 de miliarde de euro anual.

Un obstacol deosebit în calea realizării reformei sistemului TVA s-a dovedit a fi unanimitatea ce trebuie obținută în rândul statelor membre. Am votat pentru inițierea unei reforme care să ofere statelor membre mai multă libertate și care să creioneze un model de sistem de TVA definitiv. În acest fel, sarcinile întreprinderilor din punct de vedere financiar și birocratic s-ar reduce în mod considerabil, iar fraudarea ar fi treptat eliminată.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zagłosowałem przeciw reformie europejskiego systemu podatkowego VAT, w zawiązku z obawami przed możliwością ingerencji w kompetencje należące wyłącznie do kompetencji państw członkowskich. Uważam, iż obecne przepisy podatkowe nie powinny podlegać harmonizacji. Unia Europejska może w tym zakresie stosować ogólne wskazówki dla państw. Przepisy podatkowe stanowią wyłączną kompetencję państw członkowskich i to do państw członkowskich należy praktyczna organizacja stawek i poboru podatku VAT. W związku z obawami przed zbyt daleko idącą ingerencją w sprawy wewnętrze państwa w tym zakresie, zagłosowałem przeciw.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as it focuses on the creation of measures to simplify VAT, encourage trade and enhance the fight against VAT fraud. Furthermore, it looks towards measures which are simple, fair, robust, efficient and less susceptible to fraud while also recognising that it is the responsibility of the tax authorities in the various individual Member States to ensure that VAT is paid in a proper and simple way.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative porte sur la communication de la Commission Européenne le 7 avril 2016 concernant le plan d'action sur la TVA. Dans son plan d'action, la Commission annonce vouloir présenter une proposition législative relative à un régime définitif de TVA. En effet, le système actuel de TVA de l'UE est en vigueur depuis 1993, et était pourtant conçu comme un arrangement transitoire, n'ayant pas vocation à devenir définitif.

Je m'étais particulièrement investi sur la question des taux réduits et de la liste des activités pouvant bénéficier de ces dits taux réduits. L'existence de tels dispositifs peut parfois contribuer au maintien d'une activité économique et structurante dans les territoires ruraux, comme celles des centres équestres. Je souhaite, même s'il existe une nécessité de simplifier le système TVA européen et de lutter contre la fraude, que ce système de taux réduit reste flexible et efficace. Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le thème «Vers un système de TVA définitif, et lutte contre la fraude à la TVA». Ce rapport propose plusieurs éléments de réflexion pour simplifier le système de TVA et le rendre moins susceptible à la fraude, qui aujourd'hui atteint un montant de 170 millions d'euros par an. Ne pouvant nous orienter vers un système d'imposition de la TVA sur les biens et les services dans le pays d'origine, car il provoque trop de distorsions de la concurrence, nous devons simplifier et sécuriser le système de TVA en renforçant la coopération entre les États membres.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'IVA è un'imposta sul consumo a carico del consumatore finale e non dovrebbe gravare per quanto possibile sulle imprese. La Commissione europea stima tuttavia che le frodi causate dalle diverse imposizioni dell'IVA ammontano a circa 170 miliardi di EUR all'anno. Ritengo che un sistema IVA definitivo sia necessario anche per lo svantaggio competitivo rappresentato dalle aziende non comunitarie che sono esenti da IVA per le importazioni di piccole spedizioni. Questi motivi mi hanno convinta a votare a favore della relazione.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce rapport.

L'actuel système européen de TVA date de 1993 et visait l'imposition dans le pays d'origine: peu adapté à l'ère du numérique, il crée de nombreux surcoûts et l'insuffisante collaboration des autorités fiscales favorise la fraude.

Le rapport est mesuré sur certaines propositions de la Commission, comme la généralisation de l'autoliquidation.

Nous avons opté pour une position neutre: en effet, si nous sommes sceptiques quant à l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, la simplification administrative, la lutte contre la fraude et l'adaptation à l'économie numérique nous semblent des mesures souhaitables.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах „въздържал се“ по доклада относно окончателната система на ДДС и борбата срещу измамите с ДДС, тъй като смятам, че макар да съдържа в себе си положителни елементи като ефективни начини за борба с данъчни измами и добри практики за ДДС, има и такива, които по-скоро биха довели до увеличаването на влиянието на ЕС и отнемане на суверенитет от страните членки. Не съм съгласен с призива за повече хармонизация на ниво ЕС на правилата за ДДС, както и предложението Съветът да взима решенията за мерките за хармонизирането на тези правила.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Για την Ελλάδα η επιβολή υψηλότατου ΦΠΑ αποτελεί, μεταξύ άλλων στην παρούσα περίοδο, εργαλείο δημοσιονομικής υποταγής στις απαιτήσεις των δανειστών. Δεν βοηθά στην ανάπτυξη της οικονομίας η ύπαρξη τέτοιου ΦΠΑ, ο οποίος βαραίνει τον τελικό αποδέκτη του προϊόντος ή της αντίστοιχης υπηρεσίας. Ο εξορθολογισμός του ΦΠΑ είναι το πρώτιστο ζητούμενο, αντικείμενο που η συγκεκριμένη έκθεση το εξετάζει επιφανειακά και με τρόπο αρνητικό όσον αφορά τις οικονομικά αδύνατες χώρες.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: le rapport entérine l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Or, c'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Concrètement, le fournisseur de bien ou de services procèdera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa é uma resposta do Parlamento Europeu ao Plano de Ação sobre o IVA que a Comissão Europeia publicou em abril deste ano. Prevê uma harmonização das taxas e mais rigidez na constituição das listas com produtos sujeitos a taxas reduzidas, posição da qual discordamos. Prevê igualmente um novo regime de cobrança nas transações internacionais com o pagamento do imposto no local de compra.

O relatório considera que os bens e serviços aos quais se podem aplicar taxas reduzidas devem ser reduzidos. Considera que, para alguns dos bens e serviços para os quais se podem aplicar taxas reduzidas, tal seja fixado, em conjunto, ao nível da UE.

Pela nossa parte, entendemos que as taxas mínimas e reduzidas de IVA desempenham um papel positivo, redistributivo, num imposto que é altamente regressivo e, por essa razão, não aceitamos que se altere, para pior e em nome da redução da complexidade e dos consequentes obstáculos à concorrência e ao mercado único, a forma como são definidas as taxas reduzidas e mínimas de IVA.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione nonostante ci siano alcuni punti positive e condivisibili; non condivido invece la scelta di accelerare le ipotesi di riforma dell'Iva, soprattutto se in direzione di una armonizzazione europea spinta.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Για την Ελλάδα η επιβολή υψηλότατου ΦΠΑ αποτελεί, μεταξύ άλλων στην παρούσα περίοδο, εργαλείο δημοσιονομικής υποταγής στις απαιτήσεις των δανειστών. Δεν βοηθά στην ανάπτυξη της οικονομίας η ύπαρξη τέτοιου ΦΠΑ, ο οποίος βαραίνει τον τελικό αποδέκτη του προϊόντος ή της αντίστοιχης υπηρεσίας. Ο εξορθολογισμός του ΦΠΑ είναι το πρώτιστο ζητούμενο, αντικείμενο που η συγκεκριμένη έκθεση το εξετάζει επιφανειακά και με τρόπο αρνητικό όσον αφορά τις οικονομικά αδύνατες χώρες. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση με θέμα «Προς ένα οριστικό σύστημα φόρου προστιθέμενης αξίας (ΦΠΑ) και την καταπολέμηση της απάτης στον τομέα του ΦΠΑ».

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – VAT is a major and growing source of tax revenue in the EU, but however, the current VAT system is too vulnerable to fraud, too burdensome and complex for businesses that wish to expand beyond the Member State in which they are established. Therefore, I support the outcome of the report, which puts forward proposals to improve the VAT collection system, eradicate VAT fraud and reduce red tape, supporting the need to reform the VAT system with the aim of achieving a single EU VAT area that helps promoting employment, growth, investment and competitiveness.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que la Comisión presento, el 7 de abril de 2016, una comunicación relativa a un plan de acción sobre el IVA, que pone fin a la dilatada espera para avanzar hacia un espacio europeo único del IVA. La recaudación de cerca de un billón de euros en 2014 hace que el IVA sea para la Unión una fuente de financiación importante, ya que asciende al 7 % del PIB. No obstante, el actual sistema del IVA ya era desde un primer momento vulnerable al fraude, el cual la Comisión estima que representa unos 170 000 millones de euros anuales, 50 000 millones de los cuales, como mínimo, se deben exclusivamente al fraude transfronterizo. La Comisión afirma en su plan de acción que va a presentar una propuesta legislativa con el fin de establecer un régimen de IVA definitivo que se basará en el principio de la tributación en el país de destino de las mercancías y los servicios. Debemos poner fin a los 23 años de interinidad del sistema actual para dejar paso a un sistema permanente más eficaz y común.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – 170 miliardi di EURO: il 7% del prodotto interno lordo dell'UE, poco meno di quello di un paese membro come la Romania o la Repubblica Ceca. Questo il valore enorme del «divario dell'IVA», ovvero dell'evasione del pagamento delle imposte sul valore aggiunto in Europa. Di questi 170 miliardi, tra i 45 e i 53 sono imputabili alla frode intracomunitaria, la cosiddetta «frode carosello», mentre altri 40-60 miliardi sono invece riconducibili direttamente all'azione dei gruppi criminali organizzati. 50 sono infine i miliardi di EURO che tali frodi al sistema IVA costano ai contribuenti europei. Sono passati circa 23 anni dall'introduzione della direttiva IVA in Europa - una direttiva che avrebbe dovuto peraltro avere un carattere puramente provvisorio. L'iniziativa della Commissione mette fine a una prolungata attesa. Nelle parole della Commissione il sistema dovrebbe essere «semplice, giusto, solido, efficiente e meno vulnerabile alle frodi». Nello specifico la proposta abbandona il principio del paese di origine, ovvero la regola per la quale il fornitore del bene riscuote l'IVA dal cliente solo all'interno del paese d'origine, lasciando ampio spazio alle frodi transfrontaliere.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla relazione periodica della CE «verso un sistema IVA e lotta contro le frodi ai danni dell'IVA» perché ritengo sia giunto il momento che gli Stati membri, facciano una seria riflessione sul funzionamento del vigente sistema transitorio dell'IVA entrato in vigore con il mercato interno nel 1993, per addivenire ad un sistema definitivo in grado di superare le pecche del sistema attuale, che ha generato frode intracomunitaria ed elusione dell'Iva per un gettito calcolato fra i 45 e i 53 miliardi annui e ponga fine al sistema delle deroghe che hanno alimentato frodi e elusione. Ho condiviso, pertanto, il richiamo del PE agli Stati membri al fine di facilitare lo scambio di informazioni con le autorità giudiziarie e preposte all'applicazione della legge quali Europol e Olaf, come raccomandato dalla Corte dei conti europea. Infine, concordo con la Commissione sul fatto che il sistema dell'IVA debba fondarsi sul principio dell'imposizione nel paese di destinazione di beni e servizi, così come ritengo sia necessario il piano d'azione unico europeo dell'IVA, che possa sostenere un mercato unico più approfondito ed equo, che contribuisca ad incentivare l'equità fiscale, consumi sostenibili, crescita investimenti e leale concorrenza.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über das Thema „Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug“ gestimmt. Als Europaabgeordneter der Familien-Partei trete ich ein für volle Steuergerechtigkeit und Transparenz. Das muss auch für Unternehmen bei der grenzübergreifenden Mehrwertsteuer gelten.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Seit dem Bestehen des Mehrwertsteuersystems im Jahr 1993 gilt dieses als vorläufig. Es ist zu befürworten, dass die Kommission einen Vorschlag zum endgültigen Mehrwertsteuersystem einreicht, welches im Vergleich zur derzeitigen Übergangsregelung einfach, gerecht, robust, effizient und weniger betrugsanfällig sein sollte. Im Unterschied zur Übergangsregelung soll das endgültige Mehrwertsteuersystem auf dem Prinzip der Besteuerung im Bestimmungsland der Waren und Dienstleistungen beruhen und nicht auf dem Ursprungsprinzip.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report given it is a crucial instrument to address the loss of EUR 170 billion through the so-called 'VAT gap' each year. I welcome that the report provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. It moreover is important to reinforce help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque considero que ignora completamente la dimensión y el impacto social de los impuestos indirectos. Considero que era necesaria una simplificación en la reglamentación, pero no por ello se justifica la reducción de los tipos sobre bienes de lujo y otros. Por último el informe ignora el papel que las multinacionales han jugado al favorecer la competencia fiscal a la baja.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report as it will help tackle the EUR 170 million lost through the so-called VAT gap each year. It also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif de définir d'ici 2017, un système de TVA juste et solide pour lutter efficacement contre la fraude. Pour cela, les États membres doivent simplifier leur système fiscal national pour qu'à terme nous parvenions à une harmonisation fiscale au niveau européen et mettre ainsi un terme aux écarts de TVA entre les États-membres. Il en va du bon fonctionnement du marché unique et de la compétitivité de nos entreprises.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Es ist ein wichtiges Ziel, gegen den grenzüberschreitenden MwSt.-Betrug vorzugehen. Der im Bericht angestoßene Vorschlag, beim grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen und Gütern in weiteren Bereichen ein Reverse-Charge-Verfahren einzuführen, ist dabei ein guter Ansatz. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren kann der Mehrwertsteuerbetrug im EU-Binnenhandel drastisch gesenkt werden. Nach Schätzungen entsteht durch diesen jährlich ein Schaden in Höhe von 170 Milliarden Euro. Auch kann die Verfahrensumstellung eine erhebliche bürokratische Entlastung, gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen, mit sich bringen. Ich habe daher für den Bericht gestimmt.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Vi har idag röstat för betänkandet om ett nytt momssystem i EU. Vi är tveksamma till ett införande av metoden *reverse charge* som pilotprojekt i enstaka medlemsländer. Det är viktigt med ett enkelt system som underlättar för företag. Därför får inte ländernas system se för olika ut. Det är viktigt att metoden *reverse charge* analyseras och utvärderas noga innan beslut tas om att använda den. Vidare är vi positiva till att använda sig av destinationsprincipen för att ta in moms. Huruvida det är destinationslandet eller ursprungslandet som ska ta in moms behöver dock utvärderas innan några beslut tas.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće na temu „Prema konačnom sustavu PDV-a i borbi protiv prijevara u vezi s PDV-om" jer smatram da je važno poboljšati postojeći sustav, te kao što i samo izvješće govori, provesti temeljite reforme kojima će se ukloniti ili barem znatno smanjiti problemi postojećeg sustava, a posebice problem naplate PDV-a u Europi. Za dobro funkcioniranje jedinstvenog digitalnog tržišta potreban je jednostavan sustav PDV-a koji zahtijeva manje iznimki, stoga će Komisija, do 2017. godine, iznijeti prijedlog konačnog sustava PDV-a koji će biti jednostavan, pravedan, čvrst, učinkovit i manje podložan prijevarama.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Le système actuel avait besoin d'être refondu car inadapté à la modernité et l'ère du numérique. Toutefois, bien que je m'associe à la volonté de lutte contre la fraude transfrontalière à la TVA et en faveur d'une simplification administrative, il y a un risque de voir naître un nouveau système difficilement gérable pour les entreprises exportatrices compte tenu du grand nombre de taux en vigueur dans l'Union. Cela pourrait conduire la Commission à tirer profit de la situation pour imposer ses vues, c'est-à-dire l'harmonisation des taux.

Je me suis abstenu.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Současný systém daně z přidané hodnoty je nedokonalý, a proto je namístě, že Komise předložila návrh akčního plánu k DPH. Modernizace a zjednodušení systému jsou potřebné. Stávající systém nedostatečně brání podvodům a jejich rozsah je ohromný. V rámci opatření proti daňovým podvodům považuji za významné a téměř nezbytné uplatnit mechanismus přenesení daňové povinnosti na konečného plátce. Širší zavedení mechanismu přenesení daňové povinnosti představuje třetí pilíř reformy správy daní v České republice a zcela odstraňuje tzv. kolotočové podvody na DPH. I zpráva Evropského parlamentu se tímto mechanismem zabývá, proto jsem hlasoval v její prospěch. Zásadním předpokladem úspěšného boje proti podvodům je spolupráce uvnitř Evropské unie, ale i s třetími zeměmi. Především rychlá a pravidelná výměna informací v oblasti vnitřního trhu je účinným nástrojem. Je tedy nutné vybavit naše národní orgány tak, aby mohly zlepšit výběr daní, rozsah kontrol a vzájemnou komunikaci. I s ohledem na četná odhalení propojení daňových úniků na DPH s organizovaným zločinem a závažnou trestnou činností, včetně financování terorismu, je modernizace stávajícího systému nutná.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Werner Langen relatif à un système de TVA définitif et la lutte contre la fraude à la TVA. En reprenant le plan d'action sur la TVA de la Commission, ce rapport préconise une simplification du système actuel de TVA, notamment au vu du nombre exponentiel de taux applicables au sein de l'UE. Cette situation engendre énormément d'insécurité juridique pour les entreprises et constitue une barrière aux échanges transfrontières. Le rapport prévoit la mise en place d'une liste commune des biens faisant l'objet de taux réduit de TVA et de se baser sur le principe de taxation dans l'État membre de destination final des biens et non plus sur le principe du pays d'origine. Je soutiens cette initiative qui répond à certaines préoccupations des PME en réduisant les obstacles administratifs.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport pour mettre enfin en place un régime définitif de TVA. Le nouveau système prévu par ce texte sera simplifié et le principe de la taxation dans le pays de destination des biens et services est bien plus efficace, plus facile à mettre en place et permet mieux de lutter contre la fraude que le principe actuel du pays d'origine.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Ο ΦΠΑ αποτελεί σημαντικό παράγοντα εισοδήματος για τα κράτη μέλη που χρειάζονται τους πόρους αυτούς προκειμένου να χρηματοδοτήσουν ένα κοινωνικά δίκαιο και λειτουργικό επίπεδο ζωής. Στην Ευρωπαϊκή Ένωση ο ΦΠΑ ισοδυναμεί με το 7% του ΑΕΠ της Ένωσης. Ωστόσο υπολογίζεται ότι υπάρχει ένα κενό εισοδήματος από τον ΦΠΑ περίπου 150 δισεκατομμυρίων ευρώ τον χρόνο, το οποίο δημιουργείται κυρίως από διακρατικές εμπορικές συναλλαγές εξαιτίας του διαφορετικού συστήματος που διέπει τον ΦΠΑ στα διάφορα κράτη μέλη, κάποια από τα οποία αρνούνται να εναρμονιστούν με τα υπόλοιπα κράτη μέλη με αποτέλεσμα να μεγιστοποιούν τους κινδύνους φοροαποφυγής ή απάτης. Το χρηματοδοτικό κενό επιστρέφει λοιπόν πάλι στους πολίτες είτε με χαμηλής ποιότητας υπηρεσίες είτε με αυξημένη φορολογική επιβάρυνση της κατανάλωσης. Τα κράτη μέλη που αρνούνται να ευθυγραμμιστούν πρέπει να το κάνουν άμεσα και η Επιτροπή πρέπει να αναλάβει πρωτοβουλίες που τελικά θα εξασφαλίζουν ότι η δυνατότητα των κρατών μελών να ορίζουν το ύψος του ΦΠΑ θα είναι επίσης οικονομικά ουδέτερη, απλή, διαφανής και λειτουργική.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fokussiert auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um Steuerhinterziehung und Betrug zu bekämpfen. Die MS verlieren jährlich 50 Mrd. Euro durch MwSt.-Betrug. Allein in Österreich beträgt die „Mehrwertsteuerlücke", verursacht durch Betrug und Steuervermeidung, 2,9 Mrd. Euro. Dieser Bericht soll dazu beitragen, den MwSt.-Betrug einzugrenzen und die MwSt.-Lücke zu reduzieren, ohne dabei einen administrativen Mehraufwand für KMU herbeizuführen bzw. es soll das Wachstum von KMU gefördert und grenzüberschreitende Umsätze sollen erleichtert werden. Daher stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Es ist ein wichtiges Ziel, gegen den grenzüberschreitenden MwSt.-Betrug vorzugehen. Der im Bericht angestoßene Vorschlag, beim grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen und Gütern in weiteren Bereichen ein Reverse-Charge-Verfahren einzuführen, ist dabei ein guter Ansatz. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren kann der Mehrwertsteuerbetrug im EU-Binnenhandel drastisch gesenkt werden. Nach Schätzungen entsteht durch diesen jährlich ein Schaden in Höhe von 170 Milliarden Euro. Auch kann die Verfahrensumstellung eine erhebliche bürokratische Entlastung, gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen, mit sich bringen. Ich habe daher für den Bericht gestimmt.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на доклада относно окончателна система на ДДС и борба срещу измамите с ДДС. За правилното функциониране на цифровия единен пазар е необходима опростена система на ДДС. Подкрепям да се въведе единно европейско пространство по отношение на ДДС, което следва да бъде опора на един по-задълбочен и по-справедлив единен пазар и да допринася за насърчаването на данъчната справедливост, устойчивото потребление, заетостта, растежа, инвестициите и конкурентоспособността, като същевременно се ограничи възможността за измама с ДДС.

Освен това смятам, че Комисията следва да следи отблизо функционирането на националните данъчни органи и да подобри съгласуването помежду им. Призовавам да се проучат всички предложения, за да се ограничи в максимална степен бюрократичната тежест на данъка върху оборота за МСП. В това отношение Комисията трябва да проучи най-добрите международни практики, като например схемата „златна карта", приложима в Сингапур и Австралия, като отчита, че рискът от измама от страна на някои доставчици е много нисък.

Призовавам Комисията да продължи да следи приходите, получени от престъпни организации чрез измами с ДДС, и да представи стратегия за противодействие на бизнес моделите на престъпните организации за измами с ДДС, включително чрез съвместни екипи за разследване, когато това е необходимо.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport. Certes, il tente de lutter contre la fraude à la TVA, mais il semble préparer une unification de ses taux.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – Depuis 1993, la taxation des échanges de biens et services entre les États membres est régie par un arrangement, prévu alors comme «transitoire» . Ce système, qu'il est difficile désormais de qualifier de «provisoire» puisqu'il s'applique depuis 23 années, s'avère très complexe car les taux de TVA diffèrent d'un État à l'autre, avec des niveaux sensiblement inégaux pour les mêmes produits. La Commission a annoncé en avril 2016 qu'elle entendait établir un régime définitif de TVA, visant à harmoniser les dispositifs et les taux existants. Le niveau sera ensuite librement fixé par les autorités nationales, pourvu qu'il respecte un taux minimal afin d'éviter toute concurrence déloyale.

J'ai donc soutenu ce rapport, qui propose une simplification des règles existantes et qui prévoit le principe de taxation dans le pays où le bien est utilisé. Cela permettra, d'une part, une plus grande lisibilité pour les entreprises qui participent aux échanges internationaux et, d'autre part, de lever les incertitudes créées par ce système, qui le rendent plus vulnérable à la fraude.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport intitulé «Vers un système de TVA définitif, et lutte contre la fraude à la TVA». L'actuel système n'est plus adapté à l'ère du numérique, il crée des surcouts nombreux, notamment pour les PME et les opérations transfrontalières, et il favorise la fraude en raison d'une insuffisante collaboration des autorités fiscales. La Commission avance le chiffre de 170 milliards de manque à gagner annuel, et environ 50 milliards de fraude. Le rapport admet la nécessité de lutter contre la fraude transfrontalière à la TVA. Idem pour la simplification administrative, notamment pour les PME. Le rapport entérine aussi l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Or, c'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Concrètement, le fournisseur de biens ou de services procèdera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger. Le principal risque est d'aboutir à un système ingérable.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce rapport part d'un constat évident, la nécessité de lutter contre la fraude, pour arriver à un projet complexe et inachevé. Il entérine l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Concrètement, le fournisseur de biens ou de services procèdera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger. La situation pourrait vite devenir ingérable et donnerait à la Commission des munitions pour mener à bien son projet, qui est l'harmonisation des taux. Il y a toutefois des points positifs non négligeables, notamment une diminution de la charge administrative pour les PME. Je me suis donc abstenu sur ce vote.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Volgend jaar komt de Europese Commissie met een voorstel voor een definitief btw-stelsel. In de aanloop daarnaar lanceerde de Commissie in april al een actieplan over de btw. De grote lijnen daarin zien er goed uit, maar het is wachten op de concrete uitwerking. Belangrijk is dat er eindelijk een definitieve btw-regeling komt volgens het principe van de belastingheffing in het land van bestemming. Ook is het van belang dat er meer aandacht komt voor e-commerce en kmo's, dat fraude aangepakt wordt en dat de lidstaten meer vrijheid krijgen wat betreft de tarieven.

De N-VA stemde tegen dit verslag waarin het Parlement zijn visie kenbaar maakt, omdat hierin wordt gepleit voor minder vrijheid voor de lidstaten en meer harmonisatie. Het Parlement gaat zo helaas in tegen de goede intenties van de Commissie om de lidstaten wat meer vrijheid te geven.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Es ist ein wichtiges Ziel, gegen den grenzüberschreitenden MwSt.-Betrug vorzugehen. Der im Bericht angestoßene Vorschlag, beim grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen und Gütern in weiteren Bereichen ein Reverse-Charge-Verfahren einzuführen, ist dabei ein guter Ansatz. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren kann der Mehrwertsteuerbetrug im EU-Binnenhandel drastisch gesenkt werden. Nach Schätzungen entsteht durch diesen jährlich ein Schaden in Höhe von 170 Milliarden Euro. Auch kann die Verfahrensumstellung eine erhebliche bürokratische Entlastung, gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen, mit sich bringen. Ich habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Postojeći sustav PDV-a je kompliciran, zahtjeva veliku administraciju na razini poduzetnika i poreznih uprava i ostavlja puno prostora za porezne prijevare. Zbog toga sam podržala ovo Izvješće i prijedloge da se sustav PDV-a pojednostavi, ali niti reforma PDV-a, niti bilo koja druga, ne može biti uspješna bez zajedništva svih država članica. Ne slažem se s potpunim ukidanjem minimalne stope PDV-a, ali smatram kako je usklađivanje na razini EU-a svakako potrebno stoga podržavam sastavljanje jedinstvenog europskog popisa proizvoda i usluga na koje se primjenjuje snižena stopa.

Nužno je da Komisija odigra važnu ulogu koju ima u harmonizaciji čitavog sustava. Već samom boljom suradnjom i razmjenom informacija čak i bez drugih promjena sigurno bismo smanjili broj i poguban financijski učinak prijevara. Pozivam sve, za početak, dok radimo na novom pojednostavljenom i harmoniziranom sustavu PDV-a, da napravimo ovaj prvi korak i zaštitimo poštene poduzetnike i građane od prijevara.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – The current VAT system, in particular as it is applied by large corporations to cross-border transactions, is vulnerable to fraud. According to a Commission study, MTIC fraud alone is responsible for a VAT revenue loss of approximately EUR 45-53 billion annually. The estimated 'VAT gap' amounts to around EUR 170 billion annually, and better digital technologies are becoming available to help close this gap. Administrative cooperation among Member States in fighting VAT fraud is still not efficient when it comes to coping with intra-EU VAT evasion and fraud mechanisms, or to managing cross-border transactions or trading. I support the call on the Commission to carry out more monitoring visits to Member States, selected on a risk basis, when assessing administrative cooperation agreements.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Súčasný sytém dane z pridanej hodnoty v Únii bol zavedený v roku 1993 ako dočasný a prechodný. DPH pritom tvorí významný a neustále rastúci príjem rozpočtov členských krajín a vlastných zdrojov EÚ. Spôsoby daňových podvodov sa menia a využívajú často nedostatočnú legislatívu v tejto oblasti. Preto podporujem návrh, aby Komisia do roku 2017 predložila definitívny systém dane z pridanej hodnoty, ktorý bude jednoduchý, spravodlivý, spoľahlivý, účinný a zároveň flexibilný, tak, aby dokázal reagovať na podvody, eliminovať ich a efektívne ich vyšetrovať a sankcionovať. Doterajšie praktické skúsenosti s rôznymi podobami daňových podvodov musia byť podkladom pre spracovanie funkčnejšej legislatívy v tejto oblasti.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans le cadre du Plan d'action TVA publié par la Commission européenne en avril dernier qui vise à réformer le système TVA mis en place en 1993.

En effet, la TVA constitue une source majeure du budget européen, d'où la nécessité de lutter résolument contre la fraude en la matière. Ainsi, le présent rapport propose plusieurs mesures afin de créer un environnement TVA simple, efficace, adapté aux défis actuels et facilitant les opérations transfrontalières.

La réforme du système de TVA est un enjeu important pour l'amélioration du marché unique européen. Ce rapport étant équilibré dans les réponses proposées contre la fraude, je vote pour.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση με θέμα «Προς ένα οριστικό σύστημα φόρου προστιθέμενης αξίας (ΦΠΑ) και την καταπολέμηση της απάτης στον τομέα του ΦΠΑ» για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on towards a definitive VAT system and fighting VAT fraud as its proposals show signs of strengthening cooperation, increasing mutual trust among tax administrations, and decreasing distortion of competition. Supporting the report means that a wide economic burden would be lifted off companies and accounting would become an easier process. On the other hand, the report also emphasizes that companies will not have to be responsible for a 'pre-finance prior to VAT charges' and finally, that cases of non-payment of VAT because of insolvency can be greatly avoided.

Marisa Matias (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório vem propor a alteração do atual regime transitório do IVA na União Europeia para um regime definitivo baseado no princípio da tributação no país de origem da entrega de bens e da prestação de serviços.

Em 2014, o IVA atingiu uma receita de quase um bilião de euros, o correspondente a 7% do PIB da UE, constituindo uma importante fonte financeira de recursos próprios para a UE. Infelizmente, o atual sistema de IVA tem sido, desde o início, sujeito a fraudes e evasões fiscais. A Comissão estima que o «hiato do IVA» em consequência da fraude atinge anualmente 170 mil milhões de euros, dos quais 50 mil milhões se devem a fraude transfronteiras.

Neste sentido, torna-se urgente uma reforma deste regime, uma simplificação dos sistemas burocráticos e administrativos e consequente redução dos custos regulamentares, assim como uma maior coordenação entre Estados Membros na aplicação e controlo do mesmo.

Apesar de algumas lacunas, como a avaliação do impacto social destas medidas, este relatório vem apresentar alguns passos importantes para a concretização da alteração do regime de IVA e combate a fraude. Abstive-me.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Créé en 1993, le système TVA était une première étape, un système transitoire. Fragmenté, complexe et couteux, il doit être réformé pour permettre au marché unique européen d'offrir aux entreprises un environnement TVA simple. Une réforme sera lancée par la Commission en 2017 sur le sujet (TVA/PME, e-commerce, coopération administrative et Eurofisc). À terme, l'objectif est d'atteindre un système TVA européen harmonisé facilitant le commerce et assurant une concurrence équitable.

Le rapport Langen prépare la position du Parlement sur cette future réforme. Le mécanisme d'autoliquidation a été au centre des négociations. Certains pays (République Tchèque, Autriche) sont très favorables à l'utilisation générale de ce système puisqu'il permettrait, selon eux, de réduire la fraude à la TVA — plus élevée dans ces pays. En tant que socialistes et en tant que Français, nous y sommes formellement opposés puisqu'il ne ferait que déplacer le problème vers les États membres voisins. C'est une solution non-coopérative pour l'Europe.

Enfin, l'ensemble des lignes rouges et des requêtes des sociaux-démocrates ont été prises en compte, notamment les services financiers qui doivent être sujets à la TVA et l'exigence de convergence des taux TVA.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht legt ein Augenmerk auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um Steuerhinterziehung und —betrug zu bekämpfen und den damit verursachten Schaden zu verringern. Dies allerdings nicht verbunden mit einem administrativen Mehraufwand für KMU. Dies findet meine Zustimmung.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Tarpvalstybinis sukčiavimas PVM ES valstybėms narėms ir Europos mokesčių mokėtojams kasmet kainuoja apie 50 mlrd. EUR. Tikiuosi, jog Komisijos pateiktas pasiūlymas padės labiau apsaugotti PVM sistemą nuo sukčiavimo, o mokesčių surinkimo sistema bus patikimesnė ir veiksmingesnė.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis 1993, le système de TVA en vigueur dans l'Union européenne est conçu comme un régime transitoire. La «taxation des échanges entre les États membres» doit être remplacée par un régime définitif reposant sur le principe d'imposition des livraisons de biens et des prestations de services dans l'État membre d'origine. Le Conseil adopte des directives appropriées en vue de compléter le système commun de TVA et, notamment, de restreindre progressivement ou de supprimer les dérogations à ce système. Avec pour objectif de «créer un espace TVA unique dans l'Union, qui soit un pilier pour un marché intérieur approfondi». Ce rapport suit cette logique. Il vise à renforcer ce système de taxe injuste. Il propose, en outre, de «limiter les exceptions» au taux normal de TVA, ce qui revient à restreindre l'exonération des produits de première nécessité. Je vote contre ce texte profondément injuste.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La Commission a présenté une communication annonçant plusieurs initiatives afin de lutter contre la fraude à la TVA. L'actuel système date de 1993 et se voulait transitoire, il devait aboutir à l'imposition dans le pays d'origine. Il n'est plus adapté à l'ère du numérique. Il crée des surcoûts nombreux, notamment pour les PME et les opérations transfrontalières, et il favorise la fraude en raison d'une insuffisante collaboration des autorités fiscales. Pour y remédier, la Commission a présenté un projet autour de quatre axes: l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, des mesures à court terme contre la fraude, plus de flexibilité pour les États en matière de fixation des taux et des mesures spécifiques au commerce électronique. Le rapport admet donc la nécessité de lutter contre la fraude transfrontalière à la TVA. En revanche, il se montre réservé sur certaines propositions de la Commission, les considérant comme insuffisantes et reposant exagérément sur la confiance dans les États de mieux se coordonner. Le rapport entérine surtout l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Or, c'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Je me suis donc abstenue sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Comunicação da Comissão, de 7 de abril de 2016, relativa a um plano de ação sobre o IVA, veio pôr cobro ao longo atraso no caminho rumo a um espaço único do IVA na UE, chamando a atenção para o facto de ter chegado o momento de decidir.

A Comissão comunicou que vai apresentar uma proposta legislativa sobre um regime definitivo do IVA, de acordo com a qual o referido regime deverá assentar no princípio da tributação dos bens e serviços no país de destino. Com esta proposta, a Comissão distancia-se definitivamente do princípio da tributação no país de origem inicialmente solicitado, que, aparentemente, não é viável, em virtude de uma série de problemas e distorções da concorrência.

Concretamente, tal significa que a disposição fiscal segundo a qual o fornecedor dos bens cobra o IVA ao cliente se estenderá ao comércio transfronteiras, reduzindo desta forma significativamente as oportunidades de fraude ao IVA. Concordo com as futuras alterações a serem propostas pela Comissão, daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it prioritises the reduction of VAT fraud. It is estimated that fraud is the reason for a 'VAT gap' of around EUR 170 billion annually.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report 'Towards a definite VAT system and fighting VAT fraud', because the report simply aims to put forward proposals to improve the VAT collection system, eradicate VAT fraud and reduce red tape. It furthermore aims to simplify business operations for SMEs and most importantly, highlights the need for harmonisation at the EU level regarding taxation policies. Having said that however, I do have some reservation on certain paragraphs, which are going out of the scope of this report and are not even envisaged in the VAT Action Plan.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unióban 1993 óta fennálló héarendszert átmeneti szabályozásnak tervezték. „A tagállamok közötti kereskedelem adóztatása" helyébe a termékértékesítés vagy szolgáltatásnyújtás származási tagállama szerinti adózáson alapuló végleges szabályozás fog lépni. A Tanácsnak megfelelő irányelveket kell elfogadnia a közös héarendszer kiteljesítésére és „különösen az e rendszertől eltérő szabályozások fokozatos korlátozására, illetve megszüntetésére". A 2016. április 7-i, a héára vonatkozó cselekvési tervről szóló bizottsági közlemény kijelenti, hogy eljött a reform ideje, és ezzel véget ér a hosszú halogatás az egységes uniós héaövezet felé vezető úton.

A Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentése szerint viszont a javasolt kezdeményezések és az időzítés egyáltalán nem jelentenek döntő áttörést. Egy húsz éve fennálló átmeneti rendszer alapvető reformja helyett a Bizottság megelégszik a megerősített együttműködésre irányuló javaslatokkal, reményének ad hangot, hogy az adóügyi hatóságok több bizalmat szavaznak egymásnak, menetrendet állít fel és egyéb értékeléseket végez. A jelentés szerint állandó héarendszert lehetne létrehozni azáltal, hogy a fordított adózást Európa valamennyi vállalatok közötti ügyletére átfogóan kiterjesztik. Ez az eljárás a csalásnak kitett ágazatokban már számos tagállamban sikeresnek bizonyult, és nem lehet megállapítani azt, hogy a rendszer szélesebb körben alkalmazva ne működne. Az állásfoglalás-tervezetet megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La lutte contre la fraude à la TVA est un enjeu majeur. On suivra le rapport sur les objectifs et certaines propositions pour la lutte contre la fraude à la TVA, la nécessaire adaptation à l'économie numérique ainsi que la diminution de la charge administrative, notamment pour les PME. Le rapport formule cependant quelques propositions mal évaluées, comme la généralisation de l'autoliquidation pour les opérations entre professionnels. Cette solution fait peser la charge du paiement sur le dernier maillon, ce qui rend le système vulnérable à la fraude et à une faillite. Le rapport entérine surtout l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Or, c'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Le principal risque est d'aboutir à un système rapidement ingérable (89 taux en vigueur dans l'Union). La Commission pourrait en tirer argument pour mieux imposer par la suite sa solution ultime, à savoir l'harmonisation des taux. C'en serait probablement fini de l'unanimité. D'où notre abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport admet la nécessité de lutter contre la fraude transfrontalière à la TVA, notamment les carrousels, ce sur quoi tout le monde s'accorde. Idem pour la simplification administrative, notamment pour les PME.

En revanche, il se montre réservé sur certaines propositions de la Commission, les considérant comme insuffisantes et reposant exagérément sur la confiance dans les États de mieux se coordonner. Il propose notamment comme solution alternative la généralisation de l'autoliquidation pour les opérations entre professionnels. Cette solution fait peser la charge du paiement sur le dernier maillon, ce qui rend le système vulnérable à la fraude et à une faillite. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report as it will help tackle the EUR 170 billion lost through the so-called 'VAT gap' each year. The report also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. The report also reinforces help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui constitue une réponse du Parlement européen au plan d'action sur la TVA présenté par la Commission le 7 avril 2016. Ce plan prévoit une proposition législative, d'ici 2017, relative à un régime définitif de TVA, qui reposera sur le principe de la taxation dans le pays de destination des biens et services et non plus dans le pays d'origine, impossible à mettre en pratique du fait de nombreux problèmes de distorsion de la concurrence et de fraudes. Le rapport salue la volonté de la Commission de mettre en œuvre un système de TVA définitif simple, juste, solide, efficace et moins vulnérable à la fraude, ce qui sera aussi un atout pour le marché unique numérique.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Annak érdekében, hogy bármilyen rendszer jól működhessen, időközönkénti megfigyelésre és kiértékelésre van szükség. Most a tagállamok közötti kereskedelem adózatására került a sor. A jelenleg használt szabályozást az Európai Unió 1993-ben fogadta el, és csak ideiglenesnek tervezte. Meggyőződésem, hogy egy sokkal időszerűbb és egyben hatékonyabb szabályozást sikerül majd kialakítanunk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – In 1993 the European Union VAT system was put in place as a provisional arrangement stating that the taxation of trade between Member States should be based on the principle of taxing goods and services in the country of origin. I have voted for this report that proposes to modernise VAT for cross-border e-commerce in order to try and eliminate competitive disadvantages of EU companies against third-country suppliers that can supply VAT-free goods to consumers in the EU under the exemption for imports of small consignments.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider combaterea fraudei fiscale ca fiind una dintre principalele provocări căreia trebuie să îi facem față în contextul acestei piețe unice pe care ne-o dorim cu toții cât mai corect reglementată.

În acest sens, raportul adoptat astăzi invită Comisia Europeană să creeze un sistem de TVA definitiv, prin extinderea procedurii de impozitare inversă la toate tranzacțiile comerciale efectuate în întreaga Europă. Actuala procedură de pre-impozitare și de rambursare a sumelor încasate în exces nu ar mai fi necesară, reducându-se astfel pericolul de comitere a fraudelor.

În același timp, prin facilitarea și ameliorarea schimbului de informații dintre statele membre și autoritățile judiciare competente (OLAF, Europol), fraudele aferente tranzacțiilor dintre state cu regimuri de TVA diferite pot fi prevenite și combătute mai eficient.

Cora van Nieuwenhuizen (ALDE), *schriftelijk*. – De VVD is tegen de instelling van een Europees Openbaar Ministerie en de introductie van btw-heffing voor financieel dienstverleners, zoals voorgesteld in het rapport over de bestrijding van btw-fraude. Gezien het grote belang van fraudebestrijding in de EU heeft de VVD echter besloten om bij de eindstemming over het rapport voor te stemmen.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът посочва, че с почти 1 милиард евро за 2014 г., ДДС е един от основните източници на приходи в ЕС и неговият принос нараства. ДДС представлява около 7% от брутния вътрешен продукт на Съюза и осигурява част от собствените ресурси на ЕС.

Според предложеният доклад, трансграничните измами с ДДС водят до загуби за държавите членки и за европейските данъкоплатци в размер на почти 50 милиарда евро годишно. Измамите с ДДС водят също така до загуба на приходи за държавите членки, а следователно и за ЕС, създават изкривена фискална среда, която е особено вредна за малките и средните предприятия.

Докладът отбелязва необходимостта от съгласуване на усилията на държавите членки за постигането на споразумение относно окончателна система на ДДС. Докладът приветства също така и намерението на Комисията да предложи до 2017 г. окончателна система на ДДС, която да бъде опростена и справедлива, и която да ограничава възможностите за измами.

Правилното функциониране на цифровия единен пазар се основава също върху опростена система на ДДС.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Mehrwertsteuer mit einem Aufkommen von fast einer Billion Euro im Jahr stellt eine bedeutende und wachsende Einnahmequelle der einzelnen Mitgliedstaaten dar. Die Mitgliedstaaten verlieren aufgrund Mehrwertsteuerbetrugs 50 Milliarden Euro. Daher habe ich mich für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ausgesprochen und bin für eine aktive Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Resolutsioon käsitleb õiglase, pettusekindla ja tõhusa käibemaksusüsteemi püstitamist. Põhimuudatus seisneb selles, et käibemaksu makstakse selles riigis, mis on toote või teenuse lõplik sihtriik.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Το ΦΠΑ είχε έσοδα σχεδόν 1 τρισεκατομμύριο ευρώ το 2014 και είναι μια σημαντική πηγή εσόδων στην ΕΕ. Αντιπροσωπεύει περίπου το 7% του ΑΕΠ της Ένωσης και παρέχει μέρος των ιδίων πόρων της ΕΕ. Από την αρχή, το ισχύον σύστημα ΦΠΑ ήταν ευάλωτο στην απάτη και είναι πλέον σε μεγάλο βαθμό ξεπερασμένο. Παρά τις πολυάριθμες πρωτοβουλίες, για να διορθωθεί αυτό, το πρόβλημα παραμένει.

Υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση που υποβάλλει προτάσεις βελτίωσης του συστήματος είσπραξης του ΦΠΑ, την εξάλειψη της απάτης ΦΠΑ και τη μείωση της γραφειοκρατίας, με στόχο την περαιτέρω απλοποίηση των επιχειρηματικών δραστηριοτήτων για τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις και, το σημαντικότερο, υπογραμμίζει την ανάγκη εναρμόνισης σε επίπεδο ΕΕ όσον αφορά τη φορολογική πολιτική.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei colleghi poiché ritengo che il sistema di imposta del valore aggiunto, in vigore nell'Unione europea dal 1993 è sempre stato considerato un regime transitorio. Il Consiglio è tenuto ad adottare una direttiva idonea, da un lato, a completare il sistema comune d'IVA e, dall'altro, a sopprimere gradualmente le deroghe allo stesso sistema. Inoltre, l'attuale sistema di imposta si sta dimostrando vulnerabile alle frodi, infatti, ad oggi, la Commissione stima che «il divario dell'IVA» dovuto dalle frodi è di 170 miliardi di euro. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o stvaranju konačnog sustava PDV-a i borbe protiv prijevara u vezi s PDV-om. Cilj novog akcijskog plana za PDV je sveobuhvatnije i poštenije unutarnje tržište i to preko Strategije EU-a za jedinstveno digitalno tržište i jedinstveno europsko područje PDV-a. Borba protiv gubitka prihoda od PDV-a i poreznih prijevara povezanih s PDV-om trebala bi biti prioritet za EU i države članice, također se ističe potreba za sveobuhvatnijim i pravednijim jedinstvenim tržištem kojim bi se poticala porezna pravda, održiva potrošnja, zapošljavanje, rast, ulaganje i konkurentnost. Novi akcijski plan bi trebalo podvrgnuti detaljnoj procijeni učinka.

PDV je regresivan porez i najveći utjecaj ima na skupine s niskim prihodima, stoga bi države članice trebale uzeti u obzir tu činjenicu kod određivanja stopa za robu koje skupine s niskim prihodima često koriste. Stručno mišljenje na kojem se zasnivaju prijedlozi Komisije je snažno uporište za sustav PDV-a.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Nell'Unione europea l'imposta sul valore aggiunto rappresenta una fonte di entrate importante e in crescita, con un gettito di quasi mille miliardi di euro nel 2014. Equivale a circa il 7% del PIL europeo e genera parte delle risorse proprie dell'Unione. Studi della Commissione, tuttavia, mostrano che ogni anno circa 170 miliardi di euro vengono persi a causa delle frodi, di cui almeno 50 miliardi negli scambi transfrontalieri. Il sistema d'imposta sul valore aggiunto nell'UE, in vigore dal 1993, è stato concepito come transitorio e si è dimostrato inadeguato a contrastare le frodi. È più che mai ora di definire un regime definitivo che elimini le scappatoie che rendono possibili queste frodi e che, al tempo stesso, elimini le lungaggini burocratiche, semplifichi le operazioni contabili per le PMI e contribuisca all'armonizzazione a livello europeo delle politiche fiscali. Ho votato quindi a favore della relazione affinché la Commissione si impegni in questa direzione.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – PDV je važan i rastući izvor prihoda država članica te pridonosi vlastitim sredstvima EU-a, no postojeći je sustav podložan prijevarama, strategijama izbjegavanja poreza i nemogućnosti naplate. Vrste prijevara su raznolike i obuhvaćaju brojne ekonomske sektore. Potrebna je brza prilagodba zakonodavstva kako bi se ostvario napredak u smjeru efikasnijeg sustava PDV-a kojim bi se stalo na kraj gubitcima prihoda od poreza.

Prijevare u području PDV-a narušavaju fiskalno okruženje, što posebno šteti malim i srednjim poduzećima, te se njima služe kriminalne organizacije koje iskorištavaju postojeće zakonodavne praznine među državama članicama. Nužno je uskladiti porezne politike i uvesti učinkovitije razmjene informacija u vezi s trgovinom unutar Zajednice. Zato bi Komisija trebala analizirati učinak neusklađenosti poreznih stopa na razini Unije, posebno kada je riječ o prekograničnom djelovanju, te razmotriti načine ukidanja navedenih prepreka.

Pozivam na žurno i potpuno uključivanje usluga u novi sustav i pritom posebice pozivam na to da financijske usluge podliježu plaćanju PDV-a. Treba nam jedinstveno europsko područje PDV-a – istinski oslonac za produbljeno i poštenije unutarnje tržište što će doprinositi poticanju porezne pravde, održive potrošnje, zapošljavanja, rasta, ulaganja i konkurentnosti smanjujući pritom mogućnost počinjenja prijevara u vezi s PDV-om.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa é uma resposta do Parlamento Europeu ao Plano de Ação sobre o IVA que a Comissão publicou em abril deste ano. Prevê uma harmonização das taxas e mais rigidez na constituição das listas com produtos sujeitos a taxas reduzidas.

Prevê igualmente um novo regime de cobrança nas transações internacionais com o pagamento do imposto no local de compra. Considera, porém, que os bens e serviços aos quais se podem aplicar taxas reduzidas devem ser reduzidos e que para alguns aos quais se podem aplicar essas taxas sejam fixadas em conjunto ao nível da UE.

Acreditamos que as taxas mínimas e reduzidas de IVA desempenham um papel redistributivo num imposto que é altamente regressivo e, por isso, não aceitamos que se altere, para pior e em nome da redução da complexidade e dos consequentes obstáculos à concorrência e ao mercado único, a forma como são definidas as taxas reduzidas e mínimas de IVA.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il sistema d'imposta sul valore aggiunto, in vigore nell'Unione europea dal 1993, è stato concepito come un regime transitorio. Al fine di evitare che le imprese europee subiscano uno svantaggio competitivo, il regime di «tassazione degli scambi fra Stati membri» deve essere sostituito da un regime definitivo fondato sul principio dell'imposizione delle cessioni di beni e delle prestazioni di servizi nello Stato membro di origine. La situazione attuale vede fornitori extra-UE vendere beni esenti da IVA a consumatori dell'Unione grazie all'esenzione riservata alle importazioni di piccole spedizioni. La Commissione si è pertanto impegnata a presentare una proposta per modernizzare l'IVA che grava sul commercio elettronico transfrontaliero, in particolare per le PMI. La relazione accoglie con favore l'intenzione della Commissione di proporre un sistema IVA definitivo entro il 2017 semplice, equo, robusto, efficiente e meno soggetto a frodi.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Celem niniejszego sprawozdania jest omówienie prac Komisji dotyczących reformy europejskiego systemu podatku VAT oraz zwalczania oszustw związanych z VAT w całej Europie. Możliwe kierunki reform określono bardziej szczegółowo w planie działania Komisji dotyczącym VAT, który opublikowano wiosną ubiegłego roku. Parlament Europejski oczekuje, że do 2017 r. Komisja przedstawi wniosek w sprawie ostatecznego systemu VAT. Niemniej jednak w sprawozdaniu pojawia się wiele zapisów zmierzających ku harmonizacji polityki podatkowej pomiędzy państwami członkowskimi UE. Nie popieram również objęcia usług finansowych opodatkowaniem VAT oraz utworzeniem kolejnego organu, którym byłaby niezależna Prokuratura Europejska. Niniejszym nie poparłem sprawozdania.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – La fraude à la taxe sur la valeur ajoutée et la non-perception des prélèvements représentent une perte estimée à 168 milliards d'euros par an dans l'Union européenne. Le système actuel en vigueur date de 1993 et nécessitait une réforme afin de faire face aux défis liés aux échanges transfrontaliers et au commerce en ligne. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit la mise en place d'un régime définitif de TVA reposant sur le principe de la taxation dans le pays de destination des biens et services. Ce nouveau système de TVA définitif est plus simple, plus juste, plus efficace et dès lors moins vulnérable à la fraude.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe de propia iniciativa que fija la posición del Parlamento respecto del plan de acción de la Comisión que busca establecer una zona única europea del IVA.

El IVA es un impuesto que recauda alrededor de 1 billón de euros al año, además de ser en parte un recurso propio de la Unión. Sin embargo, el fraude en IVA se estima en 170 000 millones de euros, de los cuales 50 000 se deben al fraude transfronterizo.

Los distintos intentos de actualizar el sistema han fracasado por la falta de consenso en el Consejo.

El informe en general es positivo, al solicitar mayor armonización, al tiempo que se ha logrado rebajar la propuesta del Mecanismo de Reversión de la Carga en el IVA entre empresarios, que el Grupo S&D y los socialistas españoles no comparten.

Asimismo, el PSOE espera que en la próxima revisión de la Directiva del IVA se materialice la propuesta de crear una lista europea de productos y servicios que pueden beneficiarse de los tipos reducido y superreducido.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement européen sur le thème «Vers un système de TVA définitif, et lutte contre la fraude à la TVA» car j'estime qu'elle contient des recommandations intéressantes, notamment en vue de combattre la fraude fiscale. Je suis en effet en faveur d'un meilleur échange d'informations entre les autorités fiscales des États membres.

Selon la Commission, pas moins de 160 milliards d'euros de recettes TVA ont été perdus depuis septembre 2014 suite en raison de l'optimisation fiscale légale, de fraudes, d'erreurs, d'imprécisions et de négligences, de retards de paiement ou de faillites. Espérons que le paquet TVA que présentera la Commission permettra de mettre fin à ces pratiques au mieux éthiquement douteuses, au pire frauduleuses.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – PVM - vienas svarbiausių mokestinių pajamų šaltinių. Ir kartu vienas svarbiausių mokestinio sukčiavimo šaltinių. Todėl vieningos jo sistemos sukūrimas taptų svarbiu žingsniu užtikrinant skaidresnį viešųjų finansų valdymą. Pateiktas dokumentas yra geras. Jį pagerinti gali keleto pakeitimų įtraukimas - pakeitimų kuriais raginama mažinti išimčių skaičių, stiprinti valstybių bendradarbiavimą, kovoti su mokestine konkurencija, taip išvengiant vienų valstybių narių parazitavimo kitų sąskaita.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A comunicação da Comissão relativa a um plano de ação sobre o IVA, publicada em abril deste ano, vem sugerir novas propostas e diretrizes rumo a um espaço único do IVA na UE.

Este imposto constitui uma importante fonte de receita no conjunto da União, correspondente a 7% do PIB. Não obstante, o sistema vigente é pouco fiável e muito suscetível a fraudes.

Por essa razão, considero, à semelhança do relator, que esta proposta é insuficiente e que não representa uma reforma de fundo, já que para tal deveria avançar-se com a aplicação de um sistema de autoliquidação em toda a Europa e a todas as trocas comerciais entre as empresas.

Trata-se de um regime mais simples, mais unificado e mais duradouro, com menos perdas de receita e menos fraude. Sendo um regime já em vigor noutros Estados-Membros, não se compreende que a Comissão não se permita ser mais exigente e faça uma proposta mais arrojada, no sentido de aplicar este regime ao conjunto dos Estados-Membros, de forma uniforme. Atento o supraexposto e por concordar com as considerações tecidas pelo relator, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque considero que ignora completamente la dimensión y el impacto social de los impuestos indirectos. Considero que era necesaria una simplificación en la reglamentación, pero no por ello se justifica la reducción de los tipos sobre bienes de lujo y otros. Por último el informe ignora el papel que las multinacionales han jugado al favorecer la competencia fiscal a la baja.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht für Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug gestimmt.

Die Kommission hat 2016 einen Aktionsplan vorgelegt, in dem ein Legislativvorschlag für ein endgültiges Mehrwertsteuersystem mitgeteilt wurde. Damit rückt die Kommission von dem geforderten Ursprungslandprinzip ab, da dies aufgrund vielfältiger Probleme und Wettbewerbsverzerrungen nicht durchsetzbar war.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, pese a contener muchos puntos positivos, debido a que no es posible hablar del IVA sin entender sus implicaciones sociales y redistributivas. El informe contiene numerosas medidas que deben ser contempladas de cara a la próxima propuesta del IVA de 2017; desde la señalización de priorizar la investigación a los grandes defraudadores, hasta muchos puntos sobre la simplificación absolutamente necesarios para las pymes. Sin embargo, en este informe resulta marcada la ausencia de consideración del impacto social de este impuesto, incluso en un contexto donde la Comisión «recomienda» recaudar más a través de este tipo de impuestos indirectos. Esta ausencia es inexplicable cuando estamos debatiendo nuestra posición política sobre el mismo y, es por ello que, pese al buen número de propuestas lógicas, he tenido que votar en contra del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this due to the fact that it calls for a harmonised tax scheme.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — I voted in favour of the VAT Report as it will help tackle the EUR 170 billion lost through the so-called 'VAT gap' each year. The report also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. The report also reinforces help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Podporila som návrh uznesenia, pretože súčasný systém DPH, najmä pokiaľ ho uplatňujú veľké korporácie na cezhraničné transakcie, považujem za nedostatočne odolný voči podvodom, stratégiám vyhýbania sa daňovým povinnostiam, nevybratiu DPH v dôsledku platobnej neschopnosti alebo interpretácii. Napriek tomu, že EÚ a jej členské štáty neustále prijímajú opatrenia na boj proti podvodom v oblasti DPH, sme naďalej svedkami toho, že výpadok príjmov z DPH sa aj tak odhaduje v rozmedzí od menej ako 5 % až po viac ako 40 % v závislosti od príslušnej krajiny. Aj pre mňa je zarážajúce, že členské štáty strácajú 40 – 60 miliárd EUR svojho ročného príjmu z DPH v dôsledku pôsobenia skupín organizovaného zločinu (odhady Europolu), čím u nich dochádza k vážnemu narúšaniu snahy o konsolidáciu verejných financií. V danom kontexte preto súhlasím s tým, aby sme vyvinuli ešte väčšie úsilie, posilnili spoluprácu medzi členskými štátmi a vytvorili komplexné a integrované stratégie boja proti podvodom, najmä na súčasné rozpočtové obmedzenia EÚ a nárast elektronického obchodu cez internet, ktorý oslabil územnú kontrolu nad výberom DPH.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Es ist ein wichtiges Ziel, gegen den grenzüberschreitenden MwSt.-Betrug vorzugehen. Der im Bericht angestoßene Vorschlag, beim grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen und Gütern in weiteren Bereichen ein Reverse-Charge-Verfahren einzuführen, ist dabei ein guter Ansatz. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren kann der Mehrwertsteuerbetrug im EU-Binnenhandel drastisch gesenkt werden. Nach Schätzungen entsteht durch diesen jährlich ein Schaden in Höhe von 170 Milliarden Euro. Auch kann die Verfahrensumstellung eine erhebliche bürokratische Entlastung, gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen, mit sich bringen. Ich habe daher für den Bericht gestimmt.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report as it will help tackle the EUR 170 billion lost through the so-called 'VAT gap' each year. The report also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. The report also reinforces help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu dem Thema „Wege zu einem endgültigen Mehrwertsteuersystem und zur Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug“ habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht unterstützt, einen einheitlichen europäischen Mehrwertsteuerraum einzuführen. Das halte ich für falsch, denn wir benötigen bei der Ausgestaltung der Mehrwertsteuer einen Wettbewerb innerhalb der EU.

Der Bericht befürwortet auch die allgemeine Anwendung des Bestimmungslandprinzips bei Fernverkäufen an Privatpersonen. Das bedeutet ein Unterlaufen des Steuerwettbewerbs, denn im Zeitalter des Internets und Versandhandels muss es Privatpersonen möglich sein, von niedrigeren Mehrwertsteuersätzen im EU-Ausland zu profitieren.

Schließlich fordert der Bericht zu allem Übel Mindestsätze bei der Mehrwertsteuer, die ebenfalls dazu geeignet sind, den Wettbewerb bei der Steuer zu beeinträchtigen.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Sustav PDV-a koji u Europskoj uniji postoji od 1993. zamišljen je kao prijelazni sustav, ali je na snazi već 23 godine.

Komisija će do 2017. iznijeti prijedlog konačnog sustava PDV-a koji će biti pravedan i manje podložan prijevarama te ističe da je za dobro funkcioniranje jedinstvenog digitalnog tržišta potreban jednostavan sustav PDV-a s manje iznimki.

Slažemo se s Komisijom da bi konačni sustav PDV-a trebao počivati na načelu oporezivanja u zemlji odredišta proizvoda i usluga jer provedba načela zemlje podrijetla nije bila moguća.

Mi smo za uvođenje jedinstvenog europskog područja PDV-a.

Tražimo od Komisije da analizira učinak različitih poreznih stopa u EU-u jer one stvaraju veliku nesigurnost kod malih i srednjih poduzetnika koji posluju izvan vlastite zemlje.

Prihvaćam izvješće jer će promjena načina obračuna poreza te njegovo pojednostavljivanje pridonijeti smanjenju poreznih prijevara i olakšati prekogranično poslovanje unutar EU-a posebno za brzorastuće digitalno tržište usluga.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Παρόλο που χρειάζεται απλοποίηση του συστήματος ΦΠΑ για την καταπολέμηση της απάτης, δεν μπορεί αυτό να γίνεται για περισσότερη κερδοσκοπία των πολυεθνικών. Μεταξύ άλλων, πρέπει να φορολογηθεί ο πλούτος και να γίνει δικαιότερη ανακατανομή του παραγόμενου πλούτου. Η έκθεση δεν αγγίζει καθόλου αυτά τα θέματα. Καταψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Για την Ελλάδα η επιβολή υψηλότατου ΦΠΑ αποτελεί, μεταξύ άλλων στην παρούσα περίοδο, εργαλείο δημοσιονομικής υποταγής στις απαιτήσεις των δανειστών. Δεν βοηθά στην ανάπτυξη της οικονομίας η ύπαρξη τέτοιου ΦΠΑ, ο οποίος βαραίνει τον τελικό αποδέκτη του προϊόντος ή της αντίστοιχης υπηρεσίας. Ο εξορθολογισμός του ΦΠΑ είναι το πρώτιστο ζητούμενο, αντικείμενο που η συγκεκριμένη έκθεση το εξετάζει επιφανειακά και με τρόπο αρνητικό όσον αφορά τις οικονομικά αδύνατες χώρες.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a végleges héarendszer felé vezető útról és a héacsalás elleni küzdelemről szóló jelentést. Ahogy azt a jelentés is említi, héacsalások elképesztő összegű bevételkiesést jelentenek az Unió számára, amelyből csak a határokon átnyúló csalás értéke legalább 50 milliárd euró tesz ki.

A jelentéshez hasonlóan úgy vélem, hogy kizárólag a tagállamok összehangolt erőfeszítésével lehet ezen a helyzeten változtatni. Egyetértek azzal a megállapítással, hogy az egyes tagállami adóhatóságok közötti együttműködés és információcsere a múltban nem volt kielégítő, ezért elengedhetetlen a héa-információcsere-rendszer hatékonyságának fokozása. Ezentúl, különösen a kkv-k érdekében nagy szükség van a héarendszer egyszerűsítésére az adminisztrációs terhek és a fogalommeghatározások tekintetében is.

A jelentés további fontos eleme, amelyet szintén támogatok, az a tagállamok felé megfogalmazott felhívás, hogy az Európai Számvevőszék ajánlásával összhangban tegyék lehetővé az igazságügyi és bűnüldöző hatóságokkal, például az Europollal és az OLAF-fal folytatott információcserét. Emellett támogatom egy egységes, erős és független Európai Ügyészség létrehozását, amely képes az Unió pénzügyi érdekeit érintő bűncselekmények, többek között a héacsalás elkövetőinek felderítésére, a velük szembeni vádemelésre és bíróság elé állításukra.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Istniejący od 1993 r. system VAT w ramach Unii Europejskiej został przewidziany jako rozwiązanie przejściowe. Miał on bowiem zostać zastąpiony przepisami ostatecznymi opartymi, co do zasady, na opodatkowaniu dostaw towarów i świadczenia usług w państwie członkowskim przeznaczenia. Niestety po 23 latach system pozostaje bez zmian, co przyczynia się do powiększania luki w podatku VAT i istotnych oszustw transgranicznych.

W 2016 roku Komisja Europejska w końcu zdecydowała się złożyć wniosek ustawodawczy, według którego system VAT ma opierać się na zasadzie opodatkowania w kraju przeznaczenia towarów i usług, a nie jak do tej pory kraju pochodzenia. Komisja zapowiedziała również przedstawienie propozycji mającej na celu modernizację i uproszczenie systemu VAT w odniesieniu do transgranicznego handlu elektronicznego. Istotą tego rozwiązania ma być wprowadzenie punktu kompleksowej obsługi podatkowej dla internetowej sprzedaży rzeczy materialnych konsumentom końcowym i zniesienie zwolnienia z VAT dla przywozów małych partii towarów od dostawców z państw trzecich.

Uważam, że propozycja Komisji idzie w dobrym kierunku, ułatwi prowadzenie działalności transgranicznej i przyczyni się do zmniejszenia obecnej luki w podatku VAT. Jednocześnie cieszę się, że w dokumencie Parlamentu Europejskiego wyraźnie podkreślono, że państwa członkowskie pozostają niezależne w ustanawianiu stawki standardowej i obniżonej stawki VAT.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Necesitatea unui sistem de TVA definitiv, facil și eficient, care să contribuie la combaterea fraudei în domeniul TVA este evidentă, datorită faptului că TVA-ul reprezintă o sursă de venituri importantă, valoroasă pentru statele membre, dar vulnerabilă. Lumea afacerilor, dezvoltând strategii și modele dintre cele mai neașteptate de evitare a obligațiilor fiscale, și era digitală au facilitat demersul acestei lumi, negativ pentru cetățenii și actanții responsabili de pe piețele europene.

În acest context, statele membre sunt chemate să dezvolte strategii integrate pentru combaterea fraudei, cu măsuri simplificate de colectare, care să utilizeze instrumente facile și transparente de raportare, modele fiscale eficiente, baze de date adecvate și care să faciliteze fluxul de informații între autoritățile fiscale și cele vamale privind importurile, armonizate la nivel european. Acest demers la nivelul fiecărui stat membru trebuie monitorizat sub aspectul performanțelor obținute de autoritățile fiscale naționale și coordonat la nivel european.

Categoric, am votat pentru facilitarea fundamentării și operaționalizării strategiilor integrate în vederea combaterii fraudei prin înființarea unui portal accesibil publicului larg și actanților, cu informații viabile, detaliate privind toate aspectele legate de TVA, fiind de acord cu faptul că statele membre trebuie să-și creeze astfel de sisteme de informare publice necesare informării consumatorilor finali.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Taxa pe valoare adăugată (TVA) este o importantă sursă de venit pentru statele membre ale Uniunii Europene, reprezentând nu mai puțin de 7 % din PIB-ul UE în 2014. Din păcate, reglementările separate la nivel național duc anual la pierderi de 170 de milioane de euro, dintre care 50 de milioane în urma fraudelor transfrontaliere.

UE și-a propus armonizarea cotelor de TVA la nivelul Uniunii ca țintă pe termen mediu și lung, în vederea eficientizării atât a procedurilor de colectare, cât și pentru eradicarea fraudelor și combaterea corupției din acest domeniu. Acest lucru va fi benefic pentru simplificarea operațiunilor desfășurate de IMM-uri la nivel european și pentru generarea unei creșteri economice sustenabile.

În ciuda numeroaselor inițiative de remediere a situației, însă, propunerile de reformă sunt, în mod constant, blocate de anumite state membre. Documentul de față vine cu propuneri concrete din partea Comisiei, vizând impozitarea bunurilor și serviciilor în țara de destinație, introducerea unui mecanism de tip ghișeu unic pentru vânzările online, aplicarea amplă a procedurii de impozitare inversă, dezvoltarea rețelei Eurofisc și îmbunătățirea cooperării între structurile specializate ale statelor membre.

Consider că este o reglementare necesară și susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte dénonçant la position frileuse de la Commission.

Les initiatives proposées et le calendrier sont loin d'être une avancée particulièrement décisive. Au lieu de réformer de fond en comble un système transitoire qui est entré en vigueur il y a plus de 20 ans, la Commission se contente de proposer un renforcement de la coopération, d'espérer une confiance accrue entre les administrations fiscales, de fixer un calendrier et de procéder à d'autres évaluations de la situation.

Un système durable de TVA pourrait consister en l'extension du mécanisme d'autoliquidation à toute l'Europe pour toutes les opérations entre professionnels. Dans ce modèle, il n'y a plus de perception de l'impôt en amont et de remboursement. En l'absence de flux financiers, tous les risques de fraude disparaissent. Ainsi, les distorsions de concurrence seraient considérablement réduites.

En outre, ce serait un allègement considérable pour les entreprises en ce qui concerne le financement et les obligations administratives. La facturation serait sensiblement simplifiée. Les entrepreneurs ne devraient plus préfinancer la TVA en amont.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The common Value Added Tax (VAT) system plays an important role in Europe's Single Market. Intended to limit market competition distortion, today VAT represents a major and growing source of revenue in the EU. The report on 'Towards a definitive VAT system and fighting VAT fraud' outlines the Action Plan, which seeks to modernise current EU VAT rules, including key principles for a future single European VAT system, short-term measures to tackle VAT fraud, update the framework for VAT rates granting Member States greater flexibility in setting them, and the simplification of VAT rules for e-commerce in the context of the Digital Single Market (DSM) Strategy and for a comprehensive VAT package to make life easier for SMEs. I voted in favour of the report because I see the value of the VAT system for the EU and believe that by improving the framework, VAT can further contribute to a strong single market.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – La fraude à la TVA représente 170 milliards d'euros par an en revenus perdus pour les États membres. Il devient donc nécessaire d'adopter des outils afin de lutter contre cette fraude, dans un contexte de difficultés budgétaires. Une réforme ambitieuse de la TVA, comme proposée dans ce rapport d'initiative, devient donc urgente.

L'ensemble des exigences du groupe S&D ont été entendues. Les services financiers doivent être sujets à la TVA et une convergence des taux entre Etats membre doit être mise en place. Par ailleurs, la Commission doit engager une étude sur le coût de la non-convergence. Enfin, une révision de la liste des taux réduits doit être mise en place en tenant compte des aspects sociaux, sanitaires, environnementaux, nutritionnels, culturels et liés à l'égalité entre les hommes et les femmes.

Si le rapport initial mettait en avant le principe du mécanisme d'autoliquidation, qui déplace les phénomènes de fraude dans les pays voisins, je me félicite que celui-ci ait été amoindri dans le rapport que nous avons voté.

C'est maintenant à la Commission et au Conseil de prendre en main ce sujet, dans un domaine où l'unanimité est nécessaire.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije prema konačnom sustavu PDV-a i borbi protiv prijevara u vezi s PDV-om budući da postavlja temelj za usklađivanje sustava PDV-a kada je riječ o borbi s prijevarama s PDV-om. Za prevenciju učestalih prijevara potrebno je učiniti promptnu prilagodnu zakonodavstava koja bi uspostavila jedinstven sustav PDV-a sa što je manje moguće iznimki.

Također, pozdravljam poziv državama članicama da postave jednake uvjete za privatna i javna poduzeća u sektorima u kojima si ona međusobno konkuriraju. Ukidanje eventualnih privilegija javnim poduzećima uvelike povećava konkurentnost i olakšava startnu poziciju na tržištu privatnim poduzećima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o prizadevanjih za dokončni sistem DDV in boj proti goljufijam na področju DDV sem podprla. V EU je bil sistem DDV uveden leta 1993 kot prehodna ureditev. Predvideno je bilo, da se dokončna rešitev preloži in jo nadomestijo začasne rešitve. Davek DDV je davek na porabo, ki ga mora nositi končni potrošnik. Ta je v EU blagajno v letu 2014 prinesel skoraj bilijon evrov zato je pomemben in vedno večji vir dohodka EU. Zaradi slabo urejenega sistema glede tolmačenja DDV znotraj članic EU je prihajalo do denarnih goljufij in sive ekonomije. Zato je bilo še toliko bolj pomembno, da se najde čim hitrejša rešitev glede vrednotenja DDV med članicami EU. Obstoječi sistem je dovzeten za goljufije, kar je potrebno rešiti. Potrebno je določiti znotraj katerega države članice določajo stopnje DDV (več svobode, zmanjšani sodni postopki). Potrebno je izvesti zanesljive in kakovostne ocene učinka v sodelovanje z raziskovalci in davčnimi upravami ter podjetji EU v želji, da se zmanjšajo tudi birokratske težave. Trajni sistem davka bi lahko ustvarili z razširitvijo sistema splošne obrnjene davčne obveznosti na vse transakcije znotraj EU. Tako bi vračilo in obračunavanje DDV postalo odveč, kar zmanjša možnosti goljufij.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque considero que ignora completamente la dimensión y el impacto social de los impuestos indirectos. Considero que era necesaria una simplificación en la reglamentación, pero no por ello se justifica la reducción de los tipos sobre bienes de lujo y otros. Por último el informe ignora el papel que las multinacionales han jugado al favorecer la competencia fiscal a la baja.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Es ist ein wichtiges Ziel, gegen den grenzüberschreitenden MwSt.-Betrug vorzugehen. Der im Bericht angestoßene Vorschlag, beim grenzüberschreitenden Verkehr von Dienstleistungen und Gütern in weiteren Bereichen ein Reverse-Charge-Verfahren einzuführen, ist dabei ein guter Ansatz. Mit dem Reverse-Charge-Verfahren kann der Mehrwertsteuerbetrug im EU-Binnenhandel drastisch gesenkt werden. Nach Schätzungen entsteht durch diesen jährlich ein Schaden in Höhe von 170 Milliarden Euro. Auch kann die Verfahrensumstellung eine erhebliche bürokratische Entlastung, gerade für exportorientierte kleine und mittlere Unternehmen, mit sich bringen. Ich habe daher für den Bericht gestimmt.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La Commission a présenté en avril dernier une communication annonçant plusieurs initiatives afin de lutter contre la fraude à la TVA. Ressource essentielle des États (50 % des recettes fiscales du budget français), ressource propre de l'Union (environ 10 % du budget), la TVA a fait l'objet de très nombreux textes au niveau européen depuis 1970.

Pour y remédier, la Commission a présenté un projet autour de quatre axes: l'abandon du principe d'imposition dans le pays d'origine, des mesures à court terme contre la fraude, plus de latitude pour les États en matière de fixation des taux et des mesures spécifiques au commerce électronique.

Le rapport entérine l'abandon du principe de l'imposition dans le pays d'origine pour celui du pays de destination. Or, c'est la mesure la plus contestée par les professionnels. Concrètement, le fournisseur de biens ou de services procédera au recouvrement de la TVA auprès de son client et, s'il réside à l'étranger, en appliquant le taux étranger.

Le principal risque est d'aboutir à un système rapidement ingérable, puisque les entreprises vendant à l'export devront jongler avec les 89 taux en vigueur dans l'Union.

J'ai choisi l'abstention.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Celem niniejszego sprawozdania jest omówienie prac Komisji dotyczących reformy europejskiego systemu podatku VAT oraz zwalczania oszustw związanych z VAT w całej Europie. Niestety obrany kierunek nie gwarantuje skutecznego zwalczania oszustw związanych z VAT, powodując większy chaos w instytucjach odpowiedzialnych za system VAT. Jednocześnie należy dodać że to kraje członkowskie powinny w wymierny sposób korzystać z dostępnych środków zwalczania oszustw związanych z VAT. Dlatego zagłosowałem przeciwko rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, porque considero que ignora completamente la dimensión y el impacto social de los impuestos indirectos. Considero que era necesaria una simplificación en la reglamentación, pero no por ello se justifica la reducción de los tipos sobre bienes de lujo y otros. Por último el informe ignora el papel que las multinacionales han jugado al favorecer la competencia fiscal a la baja.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu naujausią 2016 m. balandžio 7 d. Komisijos komunikatą ir ketinimą imtis tolesnių priemonių siekiant užkirsti kelią sukčiavimui ir padėti gerinti esamą PVM sistemą.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report 'Towards a definitive VAT system and fighting VAT fraud'. VAT is a major and growing source of revenue in the Member States and contributes to EU own resources, the EU's total revenue from the VAT own resource standing at EUR 17 667 million and accounting for 12.27% of the total revenue of the EU in 2014. However, Member States differ in the effectiveness with which they are able to address VAT fraud and VAT avoidance, since the VAT gap is estimated to vary from less than 5% to over 40% depending on the country considered. The report emphasises that it is the responsibility of the tax authorities in the individual Member States to ensure that VAT is paid in a proper and simple way. It equally notes that the lack of comparable data and of adequate relevant indicators to measure Member States' performance affects the effectiveness of the EU system in tackling intra-EU VAT fraud. I voted in favour because I believe that national tax administrations must take greater responsibility for ensuring tax compliance and reducing opportunities for evasion in the general implementation of the country-of-destination principle.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe saluda la intención de la Comisión de proponer un sistema definitivo del IVA para 2017 que sea simple, justo, eficiente, sólido y menos susceptible al fraude. Su objetivo más ambicioso es implementar un sistema definitivo de tributación en destino (es decir, en el Estado miembro donde se produzca el consumo de los bienes o servicios). Otorga un valor notable al Plan de Acción en el IVA presentado por la Comisión en abril, que a su vez da gran relevancia al refuerzo de la cooperación administrativa existente y al incremento de la eficiencia de las administraciones tributarias nacionales. En aras de mejorar la lucha contra el fraude y modernizar el presente sistema comunitario del IVA —que fue introducido de forma provisional en 1993—, he votado a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe, pese a contener muchos puntos positivos, debido a que no es posible hablar del IVA sin entender sus implicaciones sociales y redistributivas. El informe contiene numerosas medidas que deben ser contempladas de cara a la próxima propuesta del IVA de 2017; desde la señalización de priorizar la investigación a los grandes defraudadores, hasta muchos puntos sobre la simplificación absolutamente necesarios para las pymes. Sin embargo, en este informe resulta marcada la ausencia de consideración del impacto social de este impuesto, incluso en un contexto donde la Comisión «recomienda» recaudar más a través de este tipo de impuestos indirectos. Esta ausencia es inexplicable cuando estamos debatiendo nuestra posición política sobre el mismo y, es por ello que, pese al buen número de propuestas lógicas, he tenido que votar en contra del presente informe.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report as it will help tackle the EUR 170 billion lost through the so-called 'VAT gap' each year. The report also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. The report also reinforces help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat btw-fraude een zeer schadelijke praktijk is die aanzienlijke bedragen aan de begrotingen van de lidstaten onttrekt en hun inspanningen om de overheidsfinanciën te consolideren ondergraaft.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório de iniciativa é uma resposta do Parlamento Europeu ao Plano de Ação sobre o IVA que a CE publicou em abril deste ano. Prevê uma harmonização das taxas e mais rigidez na constituição das listas com produtos sujeitos a taxas reduzidas. Prevê igualmente um novo regime de cobrança nas transações internacionais com o pagamento do imposto no local de compra. Considera, porém, que os bens e serviços aos quais se podem aplicar taxas reduzidas devem ser reduzidos e que para alguns aos quais se podem aplicar essas taxas sejam fixadas em conjunto ao nível da UE.

Acreditamos que as taxas mínimas e reduzidas de IVA desempenham um papel redistributivo num imposto que é altamente regressivo e, por isso, não aceitamos que se altere, para pior e em nome da redução da complexidade e dos consequentes obstáculos à concorrência e ao mercado único, a forma como são definidas as taxas reduzidas e mínimas de IVA.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Mehrwertsteuer mit einem Aufkommen von fast einer Billion Euro im Jahr stellt eine bedeutende und wachsende Einnahmequelle der einzelnen Mitgliedstaaten dar. Die Mitgliedstaaten verlieren jährlich 50 Mrd. Euro durch MwSt.-Betrug. Allein in Österreich beträgt die „Mehrwertsteuerlücke", verursacht durch Betrug und Steuervermeidung, 2,9 Mrd. Euro. Der Bericht fokussiert auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, um Steuerhinterziehung und Betrug zu bekämpfen. Dieser Bericht soll dazu beitragen, den MwSt.-Betrug einzugrenzen und die MwSt.-Lücke zu reduzieren, ohne dabei einen administrativen Mehraufwand für KMUs herbeizuführen, und gleichzeitig sollen das Wachstum von KMUs gefördert und grenzüberschreitende Umsätze erleichtert werden. Daher habe ich für den Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perché credo che la criticità maggiore dell'attuale regime di tassazione sia la sua estrema vulnerabilità alle frodi: circa 170 miliardi di EUR all'anno, di cui almeno 50 miliardi di EUR imputabili alle sole frodi transfrontaliere. Questa relazione si propone di presentare proposte per migliorare il sistema di riscossione dell'IVA e di combattere le frodi IVA. Mira a semplificare le operazioni di business per le PMI e soprattutto, sottolinea la necessità di armonizzare le politiche fiscali a livello europeo. Condivido questo rapporto nel suo complesso e in particolar modo val la pena sottolineare alcuni punti chiave: i servizi finanziari devono essere soggetti a IVA e gli Stati membri sono invitati a concordare una crescente convergenza delle aliquote IVA.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the VAT report as it will help tackle the EUR 170 billion lost through the so-called 'VAT gap' each year. The report also provides for a review of the goods and services eligible for reduced rates, allowing the UK Government to bring an end to the sanitary tax and other unfair taxes. The report also reinforces help for small and micro-businesses in the UK by calling for a reintroduction of a VAT threshold. Fair taxation is a cornerstone of a progressive society as tax income is required to help fund state spending, ensuring that disadvantaged and vulnerable people can receive a basic level of support and that universal services such as the NHS remain FREE at the point of delivery.

Lieve Wierinck (ALDE), *in writing*. — I voted in favour of this resolution since I believe that the existing VAT system should be improved, allowing for fewer exemptions. In my opinion an efficient VAT system is fundamental for the functioning of the single market. In order to reach a definitive VAT system, but also to detect VAT fraud, the efforts among Member States become fundamental. The current system is not totally bad, but it can be simplified, making Member States comply with minimum tax rates. Very important in my opinion is that VAT are equal for public and private companies. So even if tax-legislation is exclusive competence of each Member State, there is a need for higher harmonisation.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – V rámci EÚ existuje v oblasti systému dane z pridanej hodnoty od roku 1993 tzv. prechodný režim. Tento mal byť nahradený definitívnym systémom zdaňovania založeným na zásade, že dodanie tovaru a služieb musí byť zdaňované v krajine pôvodu. Treba si uvedomiť, že DPH predstavuje v EÚ výrazný zdroj financií a tvorí 7 % HDP celej Únie. Avšak doterajší systém bol často zneužívaný na podvody, čo potvrdzujú i štatistiky, podľa ktorých 170 miliárd eur ročne sa stratí na daňových podvodoch. Významnú sumu predstavujú i cezhraničné podvody s DPH v celkovej hodnote 50 miliárd eur ročne. K prijatiu nového systému je však potrebná politická vôľa k reformám potrebným na boj proti podvodom, zníženie administratívnej záťaže a zníženie regulačných nákladov. Nový systém DPH by mohol plošne zaviesť daňovú povinnosť na všetky transakcie medzi hospodárskymi subjektmi v celej Európe, a tým výraze posilniť pravidlá hospodárskej súťaže. Preto som správu podporila.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Secondo questa relazione, il nuovo sistema l'imposta sul valore aggiunto dovrà fondarsi sul principio dell'imposizione nel paese di destinazione di beni e servizi, abbandonando l'attuale principio del paese di origine, che non è abbastanza efficace nel tutelare la concorrenza e prevenire le frodi, in particolare le cosiddette frodi carosello. Col nuovo sistema, inoltre, la disposizione fiscale secondo la quale il fornitore del bene riscuote l'IVA dal cliente viene estesa alle operazioni transfrontaliere, riducendo sensibilmente la possibilità di frode IVA. In sede di emendamenti ho avanzato alcune richieste, poi accolte, su maggiore trasparenza, responsabilizzazione della amministrazioni fiscali nazionali e maggiore cooperazione. Tuttavia permangono alcune criticità, come la creazione di un elenco unico europeo di beni e servizi ad aliquota ridotta, così come l'armonizzazione e la totale convergenza dei vari sistemi che va in direzione opposta ai valori di giustizia ed equità sociale, di crescita sostenibile e di sviluppo. Inoltre manca la creazione e di un registro unico europeo trasparente, pubblico e digitale delle imprese che coordini meglio la questione IVA e non vi è alcun riferimento ad una maggiore responsabilizzazione del sistema bancario, come invece avevo richiesto negli emendamenti. Per questi motivi ho optato per un'astensione.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, protože podle mě signalizuje snahu Evropské unie o rozhodný a společný boj proti podvodům z DPH. Zároveň však mám značné výhrady k Úřadu evropského veřejného žalobce. Nemyslím si, že by tento úřad byl efektivní a navíc představuje značné finanční náklady pro rozpočet EU. Co se týče oblasti daní, je jasné, že současný systém není dlouhodobě udržitelný, a proto bych osobně klidně uvítal i rozsáhlejší změny, než které naznačuje tato zpráva. Pouze rozsáhlá reforma totiž může přinést do současného systému efektivitu a spravedlnost.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam rezoluciju o izvješću na temu „Prema konačnom sustavu PDV-a i borbi protiv prijevara u vezi s PDV-om". Države članice imaju različit uspjeh u detekciji poreznih prijevara i izbjegavanju poreza tako da razlika ubranog poreza od realnog iznosi od 5 do 40 posto ovisno o državama članicama. Akteri poreznih prijevara su pojedinci, pravne i fizičke osobe, ali i tvrtke i organizirani kriminal.

Visoki administrativni troškovi u postojećem sustavu poreza, posebice u prekograničnim transakcijama, mogu biti značajno smanjeni za mala i srednja poduzeća ukoliko se uključe mjere pojednostavljenja koje će činiti digitalni alati izvještavanja i zajedničke baze podataka. Nedostatak usporedivih podataka i adekvatnih indikatora koji mjere učinak država članica utječu na mogućnost i učinkovitost sustava Europske unije u borbi protiv poreznih prijevara unutar same Unije.

Stoga smatram važnim da se ovom rezolucijom pozovu porezne vlasti na uspostavu zajedničkog sustava procjene veličine unutarnjih poreznih prijevara u suradnji s Komisijom te stvaranje ciljeva smanjenja ukupne količine novca koji se nalazi u ovakvim nedopuštenim tokovima. Nastanak područja konačnog sustava PDV-a preduvjet je stvaranja dubljeg i ujednačenijeg jedinstvenog tržišta koje se vodi poreznom pravdom, održivom potrošnjom, zaposlenjem, rastom, investicijama i konkurentnosti.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo Na poti k dokončnemu sistemu DDV in boju proti goljufijam pri DDV.

Poročilo je odgovor na sporočilo Komisije z dne 7. aprila 2016 in njeno namero, da sprejme dodatne ukrepe proti goljufijam in podpre nadaljnji razvoj obstoječega sistema davka na dodano vrednost. Komisija namerava v Akcijskem načrtu pripraviti zakonodajni predlog za dokončno ureditev sistema DDV, ki temelji na načelu obdavčitve v namembni državi blaga in storitev. To označuje odločilen premik od prvotno predvidenega načela obdavčitve v državi porekla, ki se je izkazal za neizvedljiv zaradi številnih primerov izkrivljanja konkurence.

Ker menim, da bo Akcijski načrt Komisije prispeval k spodbujanju pravičnega obdavčenja, trajnostne potrošnje, zaposlovanja, rasti, naložb in konkurenčnosti, obenem pa omejil možnosti goljufij v zvezi z DDV, sem podprl Poročilo.

9.8. EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels (A8-0303/2016 - Catherine Bearder)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem tuto zprávu s radostí podpořil. Jsem rád, že do agendy EP vedle ochrany lidských práv a demokracie patří také ochrana jiných živých tvorů této planety a že touto zprávou chráníme volně žijící živočichy a vzdorujeme nelegálnímu a neetickému obchodu s ohroženými volně žijícími živočichy.

Jsem velmi rád, že zde jasně kritizujeme lov zvířat za účelem získání trofejí, který vedl k tomu, že došlo ke kritickému ohrožení některých druhů zvířat, a jsem také velmi rád, že jsme v tomto textu přijali podporu úplného zákazu obchodu se slonovinou.

Myslím si, že EU má být v těchto etických otázkách lídrem, a je dobře, že takovýto materiál byl přijat. Teď je třeba udělat vše pro to, aby nezůstalo pouze u deklarací, ale aby zákazy byly také reálně dodržovány. Je třeba tedy bojovat s pašeráky a lovci zvířat.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La relazione valuta il piano d'azione dell'UE contro il traffico illegale di specie selvatiche elaborato nel quadro della risposta dell'UE all'agenda 2030 (obiettivo di sviluppo sostenibile 15). Attraverso questo piano d'azione verrà rafforzerà il ruolo dell'Unione nella lotta globale al traffico illegale di specie selvatiche fissando una serie di priorità: la prevenzione, l'applicazione del quadro vigente, la cooperazione e il riconoscimento dell'Unione europea quale mercato di destinazione e come punto di origine e di transito dei prodotti di specie selvatiche. In aggiunta, viene richiesto di stabilire un divieto totale e immediato a livello europeo riguardo al commercio, all'esportazione o riesportazione verso destinazioni extra-UE dell'avorio e dei corni di rinoceronte. Per questi motivi ho votato a favore.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución que acoge con satisfacción el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres, presentado por la Comisión, puesto que en él se subraya la necesidad de emprender acciones coordinadas para abordar las causas de este tráfico, aplicar y hacer cumplir de forma efectiva las normas vigentes, y reforzar la cooperación mundial entre países de origen, tránsito y destino.

Asimismo el texto pide a la Comisión, a los Estados miembros, al Servicio Europeo de Acción Exterior, a Europol y a Eurojust que reconozcan que los delitos contra las especies silvestres constituyen una amenaza grave y cada vez mayor y que los aborden con la mayor urgencia posible. Además, insiste en la necesidad de planteamientos globales y coordinados entre los diferentes ámbitos políticos.

Dado que el texto también insta de forma urgente a garantizar una mayor protección para las zonas designadas como ecosistemas marinos vulnerables, las zonas marinas de importancia ecológica o biológica y los sitios de la red Natura 2000, mi voto ha sido favorable, puesto que apoya medidas imprescindibles para proteger y combatir el tráfico de especies silvestres.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — We voted in favour of this report on the EU action plan against wildlife trafficking, which has become one of the largest and most profitable forms of cross-border crime at the same time as global biodiversity is being severely threatened. The EU is unfortunately a significant destination market for illegally-traded wildlife.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl ES kovos su neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais veiksmų plano. Prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais pavirto milijardų eurų vertės kriminaline pramonės šaka, kuriai vadovauja organizuoti nusikaltėlių tinklai. Pavojus būti nustatytam nedidelis, o finansinis atlygis didžiulis – tai traukia kriminalines grupuotes panaudoti neteisėtai sugautus ir išvežtus laukinius gyvūnus savo kriminalinei veiklai finansuoti. Manau, kad naujasis 2016-2020 m. veiksmų planas sustiprins ES vaidmenį pasaulinėje kovos su neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais arenoje įgyvendinant šiuos prioritetus: prevenciją, vykdymą, bendradarbiavimą, taip pat pripažįstant ES kaip laukinių augalų ir gyvūnų produktų paklausos paskirties rinką ir kilmės bei tranzito punktą. Pritariu pranešėjai, kad ES valstybės narės turi prisiimti bendrą atsakomybę ir dėti daugiau pastangų, kad būtų susidorota su šiuo uždaviniu ir būtų sustabdytas greitas kai kurių labiausiai saugomų rūšių nykimas. Imdamiesi šių veiksmų mes ne tik išsaugosime biologinę įvairovę ateities kartoms, bet ir patobulinsim bei paremsime ES saugumo sistemą, pagerinsime vietos bendruomenių gyvenimą, paspartinsime darnų vystymąsi ir sustiprinsime teisinę valstybę.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών, διότι θεωρώ πως πρέπει άμεσα να καταπολεμηθεί το φαινόμενο αυτό, το οποίο έχει εξελιχθεί σε εγκληματική βιομηχανία αξίας εκατομμυρίων ευρώ.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte qui mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, comme l'y invitait déjà la Convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (convention CITES), à des atteintes manifestes à la souveraineté des États. Il invite à plusieurs reprises à augmenter les moyens financiers de l'UE ou à créer des fonds internationaux à cette fin. Or l'Union européenne n'a pas à prendre de telles décisions, qui relèvent de la compétence des États, déjà tous parties à la Convention CITES. S'il est important de soutenir dans les pays concernés les initiatives locales pour trouver des revenus de substitution à ceux engendrés par les trafics, aucune ingérence ne doit être acceptée, comme plusieurs pays africains l'ont d'ailleurs rappelé. En outre, les recommandations en matière de droit pénal sont problématiques étant donné qu'elles empiètent sur un domaine majeur de la souveraineté nationale.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – Whilst I fully support the aims of this resolution, I fully believe these issues should be decided at a Member State level. I therefore voted to abstain on this resolution.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui prévoit des mesures strictes pour lutter contre le commerce croissant de produits illicites de la faune sauvage, qui détruit l'écosystème de la planète. Les crimes commis par les trafiquants sont trop longtemps restés impunis. Or ceux-ci sont le fruit d'organisations criminelles souvent internationales et très organisées. Il appartient désormais aux États membres et à la Commission de mettre en œuvre ces mesures au plus vite.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Europe has been one of the biggest destination markets and transit points for illegal wildlife smuggling. Not only do these practices take many endangered species to the brink of extinction, but they also create a security problem in many countries. Because it is easy to harnessing, wildlife trafficking is preferred by many organized crime groups and terrorist organizations over smuggling such things as drugs, cigarettes or migrants. This action plan calls for three major goals and priorities. The first is start battling wildlife trafficking at its roots; this can be done through the many tools available to the European Union already, such as those focusing on combating corruption or awareness raising campaigns. Secondly, the action plan calls for more scrutiny and transparency when it comes to seizure information and data in Member States. The third point focuses on global partnerships and how we should amend trade deals and incorporate clauses in future ones about wildlife trafficking and measures to stop it.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az Európai Unió fontos szereplő a vadon élő állatokkal és növényekkel kapcsolatos bűnözés elleni küzdelemben, ugyanakkor a vadon élő növényekből és állatokból készült illegális termékek egyik legfontosabb célpiaca. Ez a jogellenes kereskedelem eurómilliárdos bűnözési iparággá vált, melyet bűnszervezetek uralnak. A lelepleződés veszélye elenyésző, a pénzügyi nyereség pedig magas. A tágabb értelemben vett környezeti bűnözés visszaszorítását célzó törekvések különösen fontos szerepet játszanak a béke és a biztonság ellen irányuló fenyegetések elleni küzdelemben.

A 2016-2020 közötti cselekvési terv megerősíti az EU szerepét a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme elleni globális küzdelemben. Az EU-nak vissza kell szorítania a vadon élő növényekből és állatokból készült illegális termékek keresletét és kínálatát a rendelkezésre álló eszközök felhasználásával. Az uniós tagállamok közös felelőssége az, hogy szembenézzenek ezzel a kihívással, és megállítsák egyes nagy becsben tartott fajok gyors pusztulását a világban. Ezáltal nem csak a biológiai sokféleséget őrizhetjük meg a jövő generációi számára, de az uniós biztonsági keretet is fejlesztjük és megerősítjük, a helyi közösségek életminősége javul, a jogállamiság pedig megerősödik. Mindezek alapján a jelentést támogattam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de m'abstenir sur ce texte, qui comporte certes des intentions très louables quant à la protection des animaux sauvages, mais porte atteinte à la souveraineté des États. En effet, on y trouve notamment la volonté de créer des fonds internationaux et d'augmenter le budget de l'Union, ainsi que des recommandations en matière de droit pénal, autant de mesures qui empièteraient sur la compétence des États.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le trafic d'espèces sauvages constitue un crime international organisé qui rapporte environ 20 milliards d'euros par an aux malfaiteurs et a des incidences graves sur la biodiversité.

Le présent rapport, que j'ai approuvé, demande à la Commission européenne, aux États membres, à Europol et à Eurojust de reconnaître que la criminalité liée aux espèces sauvages représente une menace grave et croissante et de la combattre dès aujourd'hui avec la plus grande volonté politique.

Le rapport insiste notamment sur la nécessité de mettre en place des stratégies globales et coordonnées dans les domaines d'action visés, de prévoir les moyens suffisants, et d'instaurer un mécanisme permanent de suivi et d'évaluation afin de mesurer les progrès accomplis.

Il souligne également la nécessité de fournir une assistance, des orientations et des formations aux autorités dans les pays d'origine, de transit et de destination en ce qui concerne les enquêtes, ainsi que les procédures répressives et judiciaires aux niveaux local, régional et national.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Ogni anno il traffico di fauna selvatica genera un fatturato stimato in 20 milioni di euro. Si tratta della quarta attività criminale più redditizia dopo il narcotraffico, la tratta di essere umani e le armi. Rinoceronti, elefanti, grandi primati e tigri sono solo alcune delle specie animali maggiormente colpite dall'azione dei bracconieri, con danni irreparabili per l'ecosistema e la biodiversità. La relazione Bearder approvata oggi dal Parlamento, e da me sostenuta, chiede il divieto totale e immediato a livello europeo del commercio, dell'esportazione o della riesportazione dell'avorio e delle corna di rinoceronte. L'Unione e i suoi Stati membri devono rafforzare la cooperazione con il settore finanziario, dialogare con gli operatori delle piattaforme dei media sociali, i motori di ricerca e le piattaforme di commercio elettronico e di intensificare i controlli per fermare il commercio illegale di fauna selvatica su internet. Serve un approccio precauzionale, che tocchi anche l'importazione di trofei di caccia ottenuti da specie protette, ma occorre soprattutto definire nuovi reati e sanzioni che riguardino il traffico di specie selvatiche, un'attività sempre più legata a forme di criminalità organizzata, al riciclaggio di denaro e al finanziamento di milizie e gruppi terroristici.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. La trata de especies silvestres se ha convertido en una industria criminal multimillonaria montada por grupos criminales. El plan de acción de la Unión propone una serie de medidas que considero imprescindibles y que buscan la cooperación de los actores implicados (dentro de la Unión y fuera). El informe hace un llamamiento a los Estados miembros para que incrementen el nivel de vigilancia a este respecto. Además de apoyar propuestas incluidas en el informe como una partida apropiada y unos recursos humanos necesarios para la implementación del plan o el monitoreo de la evaluación de los mecanismos llevados a cabo por los Estados, apoyamos también aquellas que salieron de la comisión de ENVI y del *shadow* del GUE/NGL, como introducir un punto sobre la importación de trofeos de caza, marfil, y la participación de ONG y de la sociedad civil en este proceso.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a la Sra. Bearder, su trabajo en este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. En él, entre otras cosas, se pide la prohibición total e inmediata a escala europea del comercio, la exportación o la reexportación de la Unión y a destinos fuera de la Unión del marfil, incluido el marfil preconvención, y cuernos de rinocerontes, y además se pide que se establezca un mecanismo para evaluar la necesidad de restricciones similares para las demás especies amenazadas de extinción.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport relatif au plan d'action de l'Union européenne contre le trafic d'espèces sauvages.

Il faut reconnaître à ce texte des intentions louables, notamment le soutien aux initiatives visant à promouvoir le développement des moyens de subsistance alternatifs pour les communautés vivant à proximité des espèces sauvages. À ce sujet, je salue le travail de mes collègues ENL membres de la commission ENVI, qui ont réussi à intégrer dans le rapport la nécessité que ces initiatives soient menées en concertation avec les communautés concernées, et non en parfait ingérence.

Il est par ailleurs positif de reconnaître la convention des Nations unies contre la corruption comme cadre approprié pour cette lutte.

Je trouve cependant dommageable qu'une nouvelle fois, les institutions européennes instrumentalisent des combats légitimes afin de renforcer leur pouvoir et leur prégnance sur les États membres. Il est ici proposé le budget européen soit renforcé, que la Commission surveille l'action des États membres ou encore que l'Union dispose d'un pouvoir diplomatique illégitime en concluant des accords bilatéraux ou multilatéraux à l'international.

C'est d'autant plus regrettable qu'une coopération entre nations souveraines a d'ores et déjà fait ses preuves, notamment dans le cadre de la convention CITES.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il provvedimento presenta passaggi condivisibili e spunti interessanti, ma permangono talune criticità che mi hanno spinta a esprimermi con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El tráfico ilegal de especies es un fenómeno cuya escala ha aumentado considerablemente en los últimos años. El furtivismo ha alcanzado cifras sin precedentes para algunas especies como elefantes, rinocerontes, tiburones, tigres, grandes simios, tortugas, pangolines o corales, con lo que sus poblaciones están viéndose reducidas alarmantemente. Los efectos negativos de esta actividad no se limitan sólo a la biodiversidad, sino que afectan también al crecimiento económico, a la aplicación de la ley y, en algunas regiones, a su estabilidad política a causa de la financiación de milicias con estas actividades. Para combatir estas actividades delictivas, he apoyado este Plan de Acción (2016-2020) basado en tres pilares: prevención, implementación y cooperación, partiendo de que el principal instrumento jurídico a escala internacional y a escala de la propia Unión es la Convención CITES sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres. El plan aporta un punto de vista de conjunto de todo lo que pueden hacer los Estados miembros y la Comisión, estableciendo una serie completa de medidas que deben adoptar las instituciones para hacer frente al reto de detener el rápido descenso de algunas de las especies más valiosas y apreciadas del mundo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl ES veiksmų plano siekiant sustabdyti neteisėtą prekybą laukiniais augalais ir gyvūnais. 2015 m. Pasaulio laukinės gyvūnijos dieną JT Generalinis Sekretorius Ban Ki-moon pareiškė, kad „Laikas pradėti rimtai vertinti nusikaltimus laukinei gamtai“. Tai buvo paprastas, bet tvirtas teiginys, kad neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais kelia rimtą ir vis didėjančią grėsmę ne tik daugelio floros ir faunos rūšių išlikimui, bet ir teisinės valstybės principams, žmogaus teisėms, pasauliniam valdymui, vietos bendruomenių gerovei ir, svarbiausia, pačiam pasaulio ekosistemų išlikimui. Prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais pavirto milijardų eurų vertės kriminaline pramonės šaka, kuriai vadovauja organizuotų nusikaltėlių

tinklai. Pavojus būti nustatytam nedidelis, o finansinis atlygis didžiulis – tai traukia kriminalines grupuotes panaudoti neteisėtai sugautus ir išvežtus laukinius gyvūnus savo kriminalinei veiklai finansuoti. Parlamentas paragino Komisiją, valstybes nares, Europos išorės veiksmų tarnybą ir ES agentūras Europolą ir Eurojustą pripažinti, kad nusikaltimai laukinei gamtai yra didelė ir auganti grėsmė, ir dėl to kuo skubiausiai imtis politinių sprendimų. O taip pat palankiai įvertino Komisijos kovos su neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais veiksmų planą, kuriame pabrėžiamas poreikis imtis suderintų veiksmų siekiant šalinti neteisėtos prekybos laukiniais augalais ir gyvūnais priežastis, veiksmingai taikyti ir įgyvendinti galiojančias taisykles ir stiprinti pasaulinį kilmės, tranzito ir paskirties šalių bendradarbiavimą.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem akcijski načrt EU za boj proti nezakoniti trgovini s prostoživečimi vrstami, saj gre za obliko organiziranega mednarodnega kriminala, ki je v zadnjih letih v porastu. Tovrsten kriminal je postal eden izmed največjih in najbolj dobičkonosnih oblik organiziranega čezmejnega kriminala. Jasna je potreba po usklajenem ukrepanju za odpravo vzrokov, ki pripeljejo do te trgovine. Za učinkovito izvajanje in izvrševanje veljavnih pravil in za okrepitev sodelovanja na svetovni ravni med izvornimi, tranzitnimi in namembnimi državami pa je potrebno organizirati ustrezne finančne in človeške vire.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il traffico illegale di specie selvatiche è una forma di criminalità organizzata transfrontaliera tra le più sviluppate e redditizie, con un giro d'affari stimato di oltre 20 milioni di euro annui. Questo rappresenta una minaccia grave e crescente, con importanti ripercussioni negative non solo sulla sopravvivenza degli ecosistemi mondiali, ma anche sullo stato di diritto e sul benessere di numerose comunità locali. L'UE rappresenta un attore chiave in quanto territorio di origine, destinazione nonché transito del commercio illecito di queste specie. Sostengo dunque questa relazione che chiede un piano d'azione a livello europeo per la lotta globale al traffico di specie selvatiche. L'UE deve delineare infatti priorità e strumenti, concentrandosi sulla prevenzione in modo da ridurre sia la domanda che l'offerta di queste specie a rischio sul mercato internazionale. Si sottolinea inoltre la necessità di un meccanismo di monitoraggio che assicuri un'applicazione efficace delle norme vigenti e preveda sanzioni ben definite e uniformi per i trafficanti.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the EU action plan against wildlife trafficking because I shared with my colleagues the idea that Europol and Eurojust have to recognise wildlife crimes as serious. In this regard, we called on the Commission to establish a dedicated Wildlife Trafficking Coordinator's office aimed at preventing wildlife trafficking and addressing its roots causes.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à mettre en place un plan d'action à l'échelle européenne afin de lutter efficacement contre le trafic d'espèces sauvages. Certes, de nombreuses propositions vont dans le bon sens, comme l'interdiction du commerce de l'ivoire et des cornes de rhinocéros en Europe, une meilleure prévention et consultation auprès des communautés locales concernées, ou encore une lutte acharnée contre la corruption. Néanmoins, ce texte préconise également d'augmenter les budgets nationaux et européens, avec l'introduction d'un fonds fiduciaire pour la préservation des zones protégées et un renforcement du Fonds européen de développement. Par ailleurs, ce rapport appelle l'Union européenne à renforcer sa position sur la scène internationale par la conclusion d'accords bilatéraux et multilatéraux menaçant directement la souveraineté des États membres. Enfin, il est demandé d'établir des règles minimales relatives à la définition des infractions pénales. Or nous nous opposons fermement à tout embryon d'un droit pénal européen. Pour toutes ces raisons, je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Traficul cu specii sălbatice este o formă de criminalitate internațională organizată de o valoare estimată de aproximativ 20 de miliarde EUR anual și care a crescut în întreaga lume în ultimii ani, devenind una dintre cele mai mari și mai profitabile forme de criminalitate organizată transfrontalieră.

De asemenea, acesta constituie o amenințare tot mai gravă la adresa securității globale, stabilității politice, dezvoltării economice, mijloacelor de trai locale și statului de drept și, prin urmare, necesită o abordare strategică, coordonată la nivelul UE, cu participarea tuturor actorilor implicați.

În acest sens, salut Planul de acțiune al Comisiei împotriva traficului cu specii sălbatice, fiind evidențiată necesitatea unor acțiuni coordonate, care să abordeze cauzele traficului cu specii sălbatice, pentru a pune în aplicare și a asigura respectarea eficientă a normelor existente, precum și pentru a consolida cooperarea la nivel mondial între țările de origine, de tranzit și de destinație.

Am votat în favoarea acestui raport, ținând cont de nevoia de a acționa, având în vedere că Uniunea Europeană reprezintă atât un punct de tranzit și de destinație pentru comerț, cât și o sursă de produse ilegale din specii sălbatice protejate în temeiul legislației UE.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Bearder pour un plan d'action contre le trafic d'espèces sauvages, qui comprend une série de mesures devant être prises par les institutions de l'Union et les États membres afin de renforcer les synergies, dans l'objectif de mieux lutter contre le trafic de la faune dans l'ensemble de l'Union et dans le monde. La pêche illicite, non déclarée et non réglementée, par exemple, conduit entre autres au trafic d'espèces sauvages marines et représente de ce fait une menace pour l'exploitation durable des ressources aquatiques vivantes. Elle met en péril la santé des océans. Ce plan d'action global permet de renforcer le rôle de l'Union européenne en tant qu'acteur mondial au travers de mesures précises et d'une participation renforcée et plus unifiée dans les instances internationales.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione perché ritengo necessario un maggior impegno nella lotta al traffico illegale di specie selvatiche che costituisce una pericolosa minaccia per la sopravvivenza degli ecosistemi globali.

L'Unione europea deve dimostrarsi un protagonista importante nella lotta ai reati contro le specie selvatiche, essendo un punto di transito essenziale per i traffici provenienti dall'Africa, dall'Asia e dall' America latina.

La relazione raccomanda a tutte le parti interessate al contrasto del traffico di avviare molteplici campagne di sensibilizzazione mirate alla prevenzione, affrontando le cause alla radice.

La Commissione è chiamata ad intervenire il prima possibile, vista l'influenza del problema sullo sviluppo economico delle comunità costiere europee.

Anche gli Stati membri devono affrontare questa sfida con senso di responsabilità, per favorire lo sviluppo sostenibile, per rafforzare lo Stato di diritto, consolidare il quadro sicurezza UE e preservare la biodiversità per le generazioni future.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP abstained on the non-legislative report on wildlife trafficking. We in UKIP are aware that wildlife trafficking poses a serious and growing threat. However, we believe that national parliaments, not the unelected EU Commission, should decide with regard to updating and improving animal welfare

David Casa (PPE), *in writing*. — I agree that the protection of wild flora and fauna is of paramount importance and by regulating trade in them significant progress can be made. We need to also resist trophy hunting as it contributed to large-scale decline in endangered species and urge the Commission and the Member States to establish a precautionary approach for the import of hunting trophies from species protected under the EU Wildlife Trade Regulations. I also call for the immediate ban at European level of trading in ivory and for the establishment of a mechanism to assess the need for similar restrictions for endangered species.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il traffico di fauna selvatica ha un valore stimato di 20 miliardi di euro all'anno e recentemente è cresciuto, diventando una delle più grandi e redditizie forme di criminalità organizzata transfrontaliera. Ho votato a favore della risoluzione della collega Bearder in cui si chiede il divieto totale e immediato a livello europeo del commercio, dell'esportazione o della riesportazione dell'avorio e delle corna di rinoceronte e si e chiedono sanzioni comuni a livello UE contro il traffico illegale della fauna selvatica.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και με ανησυχία τονίζουμε ότι η παράνομη εμπορία άγριων ειδών έχει εξελιχθεί σε εγκληματική βιομηχανία αξίας δισεκατομμυρίων ευρώ, την οποία ελέγχουν οργανωμένες εγκληματικές ομάδες. Ο χαμηλός κίνδυνος ανίχνευσης και τα υψηλά κέρδη προσελκύουν συμμορίες, οι οποίες εκμεταλλεύονται την παράνομη παγίδευση και μεταφορά άγριων ειδών προκειμένου να χρηματοδοτήσουν τις εγκληματικές τους δραστηριότητες.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της έκθεσης για το σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης σχετικά με την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών. Η έκθεση αυτή συνιστά μια ιδιαίτερα σημαντική προσπάθεια προστασίας ειδών που απειλούνται άμεσα ή έμμεσα από το παράνομο εμπόριο, ενώ παράλληλα αποσκοπεί στην προστασία του περιβάλλοντος. Θεωρώ πως πρόκειται για μια πολύ θετική πρωτοβουλία και, ως εκ τούτου, ψήφισα θετικά.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Plaudo alla relazione e al piano d'azione presentato dalla Commissione poiché sono strenuamente convinto che il traffico illegale di specie selvatiche rappresenti una forma vera e propria di criminalità organizzata e non solo uno strumento di finanziamento della stessa. Si rende necessario ricordare come il giro d'affari stimato ammonti a circa EUR 20 mln all'anno e che abbia avuto un trend orribilmente positivo negli ultimi anni fino a rendersi una delle forme di criminalità organizzata transfrontaliera più vasta e redditizia. Pertanto, il piano d'azione previsto racchiude modalità per prevenire ed affrontare le cause del traffico illegale, tra cui in primis campagne di informazione. In secondo luogo, promuovere lo sviluppo di mezzi di sussistenza sostenibili e alternativi per le comunità che vivono nei pressi delle specie selvatiche, affinché si aumentino i benefici delle misure di conservazione a livello locale e venga promossa una visione delle specie selvatiche come preziosa fonte di reddito per le comunità. Tali iniziative, se adottate in consultazione con le comunità interessate, aumenteranno il sostegno a favore della conservazione e contribuiranno alla ricostituzione, alla conservazione e alla gestione sostenibile delle popolazioni delle specie selvatiche nonché dei loro habitat.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O tráfico de espécies selvagens é um crime internacional organizado cujo valor é estimado em cerca de 20 mil milhões de euros por ano, o que o coloca entre as formas de criminalidade organizada transfronteiriça mais lucrativas do mundo.

O tráfico de espécies selvagens tem grandes impactos negativos na biodiversidade, nos ecossistemas existentes, no património natural dos países de origem, nos recursos naturais e na conservação das espécies.

Congratulo-me com o Plano de Ação contra o tráfico de animais selvagens, o qual sublinha a necessidade de ações coordenadas para tratar as causas do tráfico de vida selvagem, para aplicar e fazer cumprir eficazmente as normas em vigor, sendo necessário, para a execução do plano, recursos humanos e financeiros adequados no orçamento comunitário e nos orçamentos nacionais.

É igualmente necessário prestar assistência, orientação e formação às autoridades nos países de origem, de trânsito e de destino, no que respeita à investigação, à execução e aos processos judiciais a nível local, regional e nacional. Pelo exposto, apoiei o presente relatório.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché attraverso la definizione del piano d'azione si rafforzerà il ruolo dell'Unione europea nella lotta globale contro i reati ambientali. Il piano d'azione riguarda tre grandi priorità: la prevenzione del traffico illegale di specie selvatiche, l'attuazione e l'applicazione delle norme esistenti contro la criminalità organizzata, il riconoscimento dell'UE come mercato e come punto di origine e di transito di prodotti collegati alle specie selvatiche. Attraverso interventi mirati come la riduzione della domanda e dell'offerta globali all'interno dell'UE di prodotti derivanti da specie selvatiche, la sensibilizzazione dei cittadini, il coordinamento da parte delle autorità nazionali ed europee per un efficace prosecuzione nei confronti dei trafficanti e l'inasprimento delle pene per questo tipo di reati, collegati ad un sostegno politico attivo ed un assistenza tecnica da parte dell'UE nei confronti dei paesi d'origine, di transito e di destinazione, permetteranno di preservare la biodiversità e perfezioneranno il quadro di sicurezza dell'UE.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – We need to acknowledge that wildlife trade has become a billion-euro criminal industry dominated by organised criminal groups. The risk of detection is low and the financial reward is high, attracting criminal gangs to exploit illegally caught and removed wildlife to fund their criminal activity. As the report clearly highlights, the identification and allocation of appropriate financial and human resources is essential for the implementation of the Action Plan. It underlines the need to provide adequate financial resources in the EU budget and the national budgets to ensure effective implementation of this plan, which are realistic and enforceable. The links between wildlife crime and other forms of organised crime, including money laundering and the financing of militias and terrorist groups, are a reality. For this reason, I consider international cooperation for the combating of illicit financial flows to be a priority and appropriate decisions need to be taken on aid for prevention activities and the investigation of irregularities in the supply chain when tackling wildlife trafficking, for example suspicious shipments and financial transactions.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il traffico illegale di specie selvatiche è un business molto proficuo per le organizzazioni criminali. Innanzitutto è molto basso il rischio di essere scoperti e poi i profitti sono così elevati che hanno permesso lo sviluppo di un giro d'affari di miliardi di euro. Per tal motivo l'Unione europea ha elaborato un piano d'azione volto a limitare e possibilmente eliminare questo traffico illegale attraverso prevenzione e cooperazione. Nella presente relazione si richiede inoltre il divieto totale e immediato del commercio di avorio e corna di rinoceronte all'interno dei confini europei. In poche parole avorio e corna di rinoceronte non possono né entrare né uscire né transitare dall'Europa. Di conseguenza io mi esprimo favorevolmente nei confronti di una tematica come questa che spesso non riceve le dovute attenzioni.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. –He votado a favor de esta resolución que acoge con satisfacción el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres, presentado por la Comisión, puesto que en él se subraya la necesidad de emprender acciones coordinadas para abordar las causas de este tráfico, aplicar y hacer cumplir de forma efectiva las normas vigentes, y reforzar la cooperación mundial entre países de origen, tránsito y destino.

Asimismo el texto pide a la Comisión, a los Estados miembros, al Servicio Europeo de Acción Exterior, a Europol y a Eurojust que reconozcan que los delitos contra las especies silvestres constituyen una amenaza grave y cada vez mayor y que los aborden con la mayor urgencia posible. Además, insiste en la necesidad de planteamientos globales y coordinados entre los diferentes ámbitos políticos.

Dado que el texto también insta de forma urgente a garantizar una mayor protección para las zonas designadas como ecosistemas marinos vulnerables, las zonas marinas de importancia ecológica o biológica y los sitios de la red Natura 2000, mi voto ha sido favorable, puesto que apoya medidas imprescindibles para proteger y combatir el tráfico de especies silvestres.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Comerțul cu specii sălbatice a devenit un sector de activități criminale ce generează venituri de miliarde de euro, dominat de către grupuri criminale organizate. Uniunea Europeană este un actor important atât în lupta împotriva infracțiunilor legate de speciile sălbatice, cât și un punct de tranzit.

Am votat planul de acțiune valabil până în anul 2020, ce are ca scop combaterea la nivel mondial a traficului cu specii sălbatice printr-un set de priorități: prevenirea, aplicarea normelor, cooperarea. Este responsabilitatea comună a statelor membre ale UE de a răspunde la această provocare și a opri declinul rapid al unora dintre cele mai apreciate specii din lume. În acest fel, nu numai că vom menține biodiversitatea pentru generațiile viitoare, dar vom îmbunătăți și consolida cadrul de securitate al UE.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem planu działania Unii Europejskiej przeciwko nielegalnemu handlowi dziką fauną i florą. Przyjęty plan ma na celu walkę i zapobieganie przestępstwom związanym z nielegalnym handlem na terytorium UE. Uważam, że należy podjąć działania mające na celu skuteczne zwalczanie tych procederów. W tym celu należy zawiązać lepszą koordynację współpracy oraz wprowadzać skuteczniejsze systemy zapobiegania. Występuje również potrzeba budowy kompleksowych i skoordynowanych działań państw członkowskich w różnych obszarach polityki. Ważną kwestią jest również sprawa wzmocnienia unijnych przepisów regulujących przywóz do państw członkowskich przedmiotów objętych ochroną z mocy unijnych rozporządzeń. Dostrzegając konieczność uregulowania tych kwestii zagłosowałem za.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report calls for the EU and each Member State to address wildlife crime with the greatest political urgency and highlights the need for comprehensive and coordinated approaches across policy areas. Wildlife trafficking is worth an estimated €20 billion annually, which makes it one of the biggest and most profitable forms of organised cross-border crime. We require regular monitoring and evaluation mechanisms, stronger and better structured cooperation among Member States, tackling the potential illegal activities on internet, and EU support to third countries in fighting wildlife trafficking. For this reason, I voted in favour of this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome calls for tighter controls on the international trade in wildlife, wildlife products and wildlife trafficking; and to set standards applying to international trade in hunting trophies of species. The Commission's action plan will strengthen the EU's role in the global fight against wildlife trafficking and promote better coordination across Europe.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană este și trebuie să rămână un actor important în lupta împotriva infracțiunilor legate de speciile sălbatice. Motivul principal este că Europa este o destinație importantă pentru produsele ilegale derivate din specii sălbatice, dar și un punct de tranzit și, adesea, de origine pentru traficul cu specii sălbatice, în special între Africa, Asia și America Latină, dar și în interiorul UE.

Susțin, deci, planul de acțiune al Uniunii Europene care face parte din răspunsul UE la Agenda 2030 pentru dezvoltare durabilă a ONU. Acesta solicită măsuri urgente pentru a pune capăt braconajului și traficului cu specii protejate și pentru a combate cererea și oferta de produse ilegale din specii sălbatice. Susțin, totodată, organizarea unor campanii de informare și conștientizare a cetățenilor privind prevenirea traficului cu specii sălbatice, abordarea cauzelor sale profunde pentru a putea reduce cererea globală și oferta de produse ilegale din specii sălbatice prin utilizarea instrumentelor disponibile.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente la position du Parlement concernant le plan d'action de l'Union européenne contre le trafic d'espèces sauvages proposé par la Commission. Ce commerce représente une manne financière très lucrative pour les organisations criminelles, qui s'élève à 22 milliards d'euros par an. L'Afrique, l'Asie, l'Amérique latine, mais aussi l'Union européenne sont des points de transit ou d'origine du trafic d'espèces sauvages. Les députés européens appellent donc à mettre un terme au braconnage et au trafic d'espèces protégées. Soutenant ces objectifs, j'ai voté en faveur du rapport. J'ai toutefois voté contre un amendement sur les trophées de chasse, qui faisait un amalgame avec les pratiques de chasse autorisées et dûment encadrées dans l'Union européenne.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur du rapport sur le plan d'action de l'Union européenne contre le trafic d'espèces sauvages. Ce plan d'action, publié le 26 février 2016 par la Commission européenne, comprend un certain nombre de mesures qui doivent être mises en œuvre rapidement afin de lutter efficacement contre le trafic d'espèces sauvages, l'un des crimes organisés les plus lucratifs, auquel les groupes terroristes ont recours pour financer leurs activités. La coopération entre les secteurs public et privé doit être efficace et les mécanismes de traçabilité renforcés.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Ce rapport souligne trois objectifs qui me paraissent fondamentaux dans le combat contre le trafic d'espèces sauvages: la prévention, le respect des règles existantes, et la coopération. C'est le premier pas qu'il fallait faire pour mettre en place une lutte efficace contre les pratiques criminelles, et c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport, qui me paraît très équilibré. Je regrette simplement la mention qui est faite de la chasse au trophée. C'est en effet une pratique bien particulière déjà encadrée par des règles strictes et spécifiques. À cause de cette spécificité, elle n'a pas sa place dans ce rapport, même s'il faut effectivement lutter contre les pratiques illicites de chasse au trophée.

Il est urgent de mettre en place une lutte coordonnée contre le trafic d'espèces sauvages. L'Union européenne doit prendre ses responsabilités dans cette lutte, car l'Europe fait partie des lieux d'origine, de transit et de destination des produits illicites issus de ce commerce. Pour cela, il m'apparaît important de davantage prendre en compte la biodiversité et le développement durable dans les échanges commerciaux.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto il traffico illegale della fauna selvatica è una pratica inaccettabile che deve essere fermata. Ritengo che il divieto debba essere immediato per preservare il benessere degli animali e impedire la minaccia di estinzione di specie animali come elefanti e rinoceronti. Esorto dunque gli stati membri a definire gli opportuni livelli di sanzioni per i reati riguardanti il traffico di specie selvatiche.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

Il contient en effet des aspects positifs: lutte contre la corruption, le trafic d'ivoire, le développement de moyens de subsistance alternatifs. Néanmoins, il appelle également à la création de programmes financiers ou de plans d'intervention, et constitue une atteinte manifeste à la souveraineté des États.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Знаем, че Европейският съюз постоянно подава нови и в повечето случаи излишни законодателства и аз се опитвам да пресявам онези, от които наистина имаме нужда. Темата за трафика на екземпляри от дивата флора и фауна ме вълнува, работих по нея като докладчик в сянка в правната комисия и смятам, че крайният резултат на тази резолюция заслужава нашата подкрепа. И ще цитирам един параграф: „призовава следователно ЕС да преразгледа съществуващата законодателна рамка, с цел тя да бъде допълнена със забрана на предоставянето и пускането на пазара, транспорта, купуването и притежанието на екземпляри от дивата флора и фауна, които са незаконно придобити или търгувани в трети държави; в този контекст подчертава, че това законодателство трябва да осигурява пълна прозрачност по отношение на забраните за търговия с животински видове въз основа на незаконния характер на тази търговия в дадена трета държава, така че да бъде осигурена правна сигурност за участващите в тази търговия;".

Допълнително незаконодателният доклад подчертава необходимостта от по-всеобхватни и координирани подходи за всички области на политиката, включително търговията, развитието, външните работи и правосъдието, както и да настоява за своевременно изпълнение на всички елементи от плана за действие на Комисията от 26 февруари 2016 г.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζουμε την έκθεση της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων σχετικά με το σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών, καθώς πρώτη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η πρόληψη της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών και η αντιμετώπιση των βαθύτερων αιτιών της, δεύτερη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η διασφάλιση της αποτελεσματικής εφαρμογής και επιβολής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος εις βάρος άγριων ειδών, τρίτη προτεραιότητα είναι η ενίσχυση της παγκόσμιας συνεργασίας των χωρών προέλευσης, κατανάλωσης και διαμετακόμισης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών. Και τέλος, η Ευρωπαϊκή Ένωση αυτή καθαυτήν αποτελεί εξαιρετικά ενεργό αγορά για την εμπορία παράνομων προϊόντων άγριων ειδών. Αποτελεί όχι μόνο σημείο διαμετακόμισης και αγορά προορισμού, αλλά και πηγή για παράνομα προϊόντα άγριων ειδών, τα οποία προστατεύονται δυνάμει του ενωσιακού δικαίου.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this report on an EU action plan against wildlife trafficking. I know it is an issue about which my constituents in Wales feel very strongly because they have contacted me to ask for my support. Wildlife crime is extremely profitable globally, which is why it is so vital that the EU takes a lead in ending it. I hope that all Member States, and particularly the UK, will now follow this example, and that the Welsh Government will play its part.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention: ce texte mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, qui figurent déjà dans la convention CITES, à des atteintes manifestes à la souveraineté des États.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os crimes contra a vida selvagem, como a caça furtiva, o comércio ilegal de espécies ou o trânsito ilegal de produtos e derivados da fauna e da flora selvagens tornaram-se uma indústria criminosa de mil milhões de euros dominada por grupos criminosos organizados. O risco de deteção é baixo e a repercussão financeira é alta, atraindo gangues criminosos para explorar a vida selvagem ilegalmente capturada, deslocada e comercializada para financiar sua atividade criminosa.

A UE é um destino importante para os produtos selvagens ilegais, bem como um ponto de trânsito e muitas vezes fonte para o tráfico de animais selvagens, especialmente entre a África, a Ásia e a América Latina, tendo por isso responsabilidades no combate a este fenómeno.

O plano de ação da UE apresentado pela Comissão enumera uma série de medidas a tomar pelas instituições da UE ou pelos Estados-Membros. As medidas destinam-se essencialmente a melhorar a cooperação entre todos os intervenientes, a utilizar de forma mais eficaz os instrumentos e políticas existentes e a reforçar as sinergias entre eles, para que o combate ao tráfico de animais selvagens possa ser mais eficazmente abordado em toda a UE e a nível mundial. Votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Il traffico illegale di specie selvatiche rappresenta una minaccia grave e crescente, non solo per la sopravvivenza di numerose specie vegetali e animali, ma anche per lo Stato di diritto, per i diritti umani, per la governance globale, per il benessere delle comunità locali e, soprattutto, per la stessa sopravvivenza degli ecosistemi mondiali. Ho espresso il mio voto favorevole al piano d'azione dell'UE contro il traffico illegale di specie selvatiche, perché si tratta di un'industria criminale dominata da gruppi della criminalità organizzata con un giro d'affari di miliardi di euro. Gli Stati membri potranno agire in prima linea, con un approccio globale e coordinato, al fine di ridurre e prevenire il traffico illegale di specie selvatiche, affrontando le cause alla radice.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla relazione: concordo su alcune cose, ma sono scettico sulla armonizzazione a livello europeo di alcuni punti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση της Επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων σχετικά με το σχέδιο δράσης της ΕΕ για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών, καθώς πρώτη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η πρόληψη της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών και η αντιμετώπιση των βαθύτερων αιτιών της, δεύτερη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η διασφάλιση της αποτελεσματικής εφαρμογής και επιβολής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος εις βάρος άγριων ειδών, τρίτη προτεραιότητα είναι η ενίσχυση της παγκόσμιας συνεργασίας των χωρών προέλευσης, κατανάλωσης και διαμετακόμισης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών. Και τέλος, η Ευρωπαϊκή Ένωση αυτή καθαυτήν αποτελεί εξαιρετικά ενεργό αγορά για την εμπορία παράνομων προϊόντων άγριων ειδών. Αποτελεί όχι μόνο σημείο διαμετακόμισης και αγορά προορισμού, αλλά και πηγή για παράνομα προϊόντα άγριων ειδών, τα οποία προστατεύονται δυνάμει του ενωσιακού δικαίου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The need to protect our planet's flora and fauna from the predation of transnational organised crime has become a major priority for the international community in recent years.

I believe the EU has the duty to continue to lead the fight against wildlife trafficking, to take strong action to prevent these illegal activities and to better cooperate with third countries to face the dramatic surge we have seen in the last years.

Wildlife trafficking has devastating consequences for the sustainable development and for the well-being of the local populations which are affected by it. Wildlife trafficking and poaching damage ecosystems and present great risks for rural communities, which are often threatened by heavily armed criminal groups, often acting on a transnational level. Moreover, its negative consequences for ecotourism harm local economies.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe considerando que el tráfico de especies silvestres constituye una amenaza grave y creciente, no solo para la supervivencia de numerosas especies de flora y fauna, sino también para el Estado de Derecho, los derechos humanos y, lo que es más importante, la propia supervivencia de los ecosistemas del mundo. El plan de acción forma parte de la respuesta de la Unión a la Agenda 2030 de las Naciones Unidas para el Desarrollo Sostenible y, en particular, al Objetivo de Desarrollo Sostenible 15, que exige una acción inmediata para poner fin a la caza furtiva y al tráfico de especies protegidas y abordar la demanda y la oferta de productos ilegales de especies silvestres. De 2016 a 2020, el plan de acción fortalecerá el papel de la Unión en la lucha mundial contra el tráfico de especies silvestres a través de una serie de prioridades: prevención, cumplimiento de la ley y cooperación, así como el reconocimiento de la Unión como mercado de destino y punto de origen y tránsito de productos de especies silvestres.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il mercato nero di animali selvatici mette a rischio la sopravvivenza di numerose specie animali e vegetali. Il traffico internazionale di fauna selvatica è cresciuto molto negli ultimi anni, confermandosi come una delle maggiori emergenze nazionali e internazionali: si tratta di un *business* che, stando ai dati del 2015, si aggira tra gli 8 e i 10 miliardi di dollari. La fauna selvatica del mondo è diminuita del 58% dal 1970. La causa principale che ha contribuito alla decimazione delle specie è l'attività umana, e in particolare il commercio della fauna selvatica. Per far fronte a questi crimini è necessario un coordinamento strategico delle polizie degli Stati membri, come peraltro recentemente indicato dalla Commissione, in occasione della Conferenza mondiale sul commercio di specie selvatiche, svoltasi poco più di un mese fa. Quindi, ben venga il piano d'azione dell'UE contro la tratta della fauna selvatica, lanciato nel mese di febbraio, che mostra l'impegno dell'UE e degli Stati membri a contrastare il traffico di fauna selvatica, nei paesi di origine, nella fase di transito e nei paesi di destinazione, mirando ad affrontare anche il problema della corruzione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sul piano di azione dell'UE sul traffico delle specie animali selvatiche perché ritengo sia importante contrastare un fenomeno criminale in continua crescita che conta un giro di affari pari a 20 miliardi di euro annui. Credo vivamente che sia indispensabile un piano di azione che coinvolga tutti i paesi membri dell'UE per garantire una adeguata protezione degli ecosistemi naturali delle specie in questione e un efficace controllo per evitare che il traffico clandestino di questi esemplari rappresenti una grave minaccia per la biodiversità della fauna. Poiché il problema della sicurezza dei paesi di origine è certamente legato alla domanda del commercio illegale, è necessario proporre una collaborazione delle istituzioni europee con i paesi partner attraverso la Convenzione delle Nazioni Unite contro la corruzione. L'applicazione di politiche di sostegno in loco, volte a promuovere lo sviluppo di mezzi di sussistenza sostenibili e alternativi per le comunità rurali, può essere la giusta via da

percorrere per trarre diretto beneficio dalla partecipazione alla tutela delle specie selvatiche. Per contrastare definitivamente il mercato illegale di specie protette ritengo necessaria maggiore fermezza contro gli autori dei traffici illegali, da attuare attraverso forti sanzioni e l'applicazione della legge.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht über den EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels gestimmt. Illegaler Artenhandel ist kriminell – und die Grundlage für millionenfaches Leid an Tieren, das es mit aller Macht zu stoppen gilt.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze den EU-Aktionsplan, der zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels beiträgt. Gleichzeitig darf sich ein solcher Aktionsplan nicht gegen die legale Jagd richten, die bereits jetzt sehr streng reguliert ist und zur Artenvielfalt beiträgt. Daher habe ich gegen Ziffer 56 des Aktionsplans gestimmt.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – I am against the creation of new EU legislation on wildlife trafficking. However, I do agree with this wildlife tracking plan, if implemented at national level. This is why I abstained.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Wildlife trafficking is one of the major forms of organised crime, and the EU is one of the main markets. This has a detrimental impact on wildlife. Every year, there is an 8% decline in the elephant population through poaching. The picture for other iconic species is similarly gloomy. To stop these harmful practices, I voted in favour of an immediate EU ban on the trade of ivory and rhinoceros horn, and called for proper sanctions. I also supported a ban on wildlife which has been illegally harvested or traded in third countries.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. La trata de especies silvestres se ha convertido en una industria criminal multimillonaria montada por grupos criminales. El plan de acción de la Unión propone una serie de medidas que considero imprescindibles y que buscan la cooperación de los actores implicados (dentro de la Unión y fuera). El informe hace un llamamiento a los Estados miembros para que incrementen el nivel de vigilancia a este respecto. Además de apoyar propuestas incluidas en el informe como una partida apropiada y unos recursos humanos necesarios para la implementación del plan o el monitoreo de la evaluación de los mecanismos llevados a cabo por los Estados, apoyamos también aquellas que salieron de la comisión de ENVI y del *shadow* del GUE/NGL, como introducir un punto sobre la importación de trofeos de caza, marfil, y la participación de ONG y de la sociedad civil en este proceso.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za sprawozdaniem w sprawie planu działania UE przeciwko nielegalnemu handlowi dziką fauną i florą.

Handel dziką fauną i florą to wart miliardy euro biznes przestępczy zdominowany przez zorganizowane grupy przestępcze, które zachęcone wysokimi zyskami i niskim ryzykiem od lat niszczą, często bezpowrotnie, cenne gatunki flory i fauny.

Przygotowany przez Parlament Europejski plan działania zbudowany wokół

3 priorytetów: zapobiegania handlowi dziką fauną i florą oraz przeciwdziałania jego przyczynom, zapewnienie skutecznego wdrożenia i egzekwowania obowiązujących przepisów dotyczących walki z zorganizowaną przestępczością przeciwko dzikiej faunie i florze oraz pogłębienie globalnego partnerstwa z krajami pochodzenia, tranzytu i przeznaczenia w walce z nielegalnym handlem dziką fauną i florą jest w mojej ocenie niezbędny dla ochrony przyrody i dziedzictwa przyrodniczego Europy i świata.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this action plan as wildlife trafficking represents a serious and endemic form of organised crime, and the EU is one of the main markets. I voted in favour of an immediate EU ban on the trade of ivory and rhinoceros horn, and called for proper sanctions. I also supported a ban on wildlife which has been illegally harvested or traded in third countries.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η παράνομη εμπορία άγριων ειδών έχει εξελιχθεί σε εγκληματική βιομηχανία αξίας δισεκατομμυρίων ευρώ, την οποία ελέγχουν οργανωμένες εγκληματικές ομάδες. Ο χαμηλός κίνδυνος ανίχνευσης και τα υψηλά κέρδη προσελκύουν συμμορίες, οι οποίες εκμεταλλεύονται την παράνομη παγίδευση και μεταφορά άγριων ειδών προκειμένου να χρηματοδοτήσουν τις εγκληματικές τους δραστηριότητες.

Το σχέδιο δράσης ορίζει κάποιες προτεραιότητες για τη χρονική περίοδο 2016-2020 που θα ενισχύσουν τον ρόλο της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών σε παγκόσμιο επίπεδο: πρόληψη, επιβολή του νόμου, συνεργασία, καθώς και αναγνώριση της Ευρωπαϊκής Ένωσης ως αγοράς προορισμού, πηγής και σημείου διαμετακόμισης για προϊόντα άγριων ειδών. Για αυτό και υπερψηφίσαμε την παρούσα έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I full supported this own-initiative report on the EU action plan against wildlife trafficking. Wildlife trade has become a billion-euro criminal industry dominated by organised criminal groups. The risk of detection is low and the financial reward is high, attracting criminal gangs to exploit illegally caught and removed wildlife to fund their criminal activity. There is a need to review the current EU legislation to close gaps concerning imports of illegally harvested wildlife and in particular to control imports of hunting trophies from protected species.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – On 26 February 2016, the Commission adopted a Communication on the EU Action Plan (AP) against Wildlife Trafficking setting out a blueprint for joined-up efforts to fight wildlife crime inside the EU, and for strengthening the EU's role in the global fight against these illegal activities. The plan has three key strands – greater enforcement, better cooperation, and more effective prevention. The AP is to be implemented jointly by the EU (Commission services, EEAS, Europol, Eurojust) and the Member States until 2020. This non-legislative report sets out the Parliament's response to the AP, calling for the EU and each Member State to address wildlife crime and its root causes with the greatest political urgency, highlighting the need for comprehensive and coordinated approaches across policy areas including trade, development, foreign affairs, and justice and home affairs, and insisting on the timely implementation of all elements of the AP. The final report includes 19 compromise amendments, all endorsed by the shadow rapporteur, as well as amendments from opinions delivered by the Committees on International Trade, Legal Affairs, Fisheries and Development. I voted in line with my Group.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o Akcijskom planu EU-a za suzbijanje nezakonite trgovine divljom faunom i florom jer ta trgovina ima ozbiljne negativne učinke na biološku raznolikost, postojeće ekosustave, prirodnu baštinu matičnih zemalja, prirodne resurse i očuvanje vrsta. Osim toga, spomenuta trgovina posljednjih je godina porasla u svijetu i čini jedan od najvećih i najunosnijih oblika organiziranog prekograničnog kriminala, čime se financiraju i drugi oblici teškog i organiziranog kriminala. Ovo izvješće, za koje sam glasovao, poziva Komisiju, države članice, Europsku službu za vanjsko djelovanje i agencije EU-a Europol i Eurojust da prime na znanje da su kaznena djela u području divlje faune i flore ozbiljna prijetnja u porastu te da ih treba hitno rješavati na političkoj razini. Javlja se potreba za sveobuhvatnim i koordiniranim pristupima u svim područjima politika jer je ova trgovina rastuća prijetnja svjetskoj sigurnosti, političkoj stabilnosti, ekonomskom razvoju, izvorima prihoda lokalnog stanovništva i vladavini prava.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La protection des espèces sauvages est un objectif noble, qui ne doit néanmoins pas s'accompagner d'atteintes à la souveraineté des États. Ce que préconise le rapport en matière d'augmentation ou de création de fonds est censé relever de la seule compétence, trop souvent contournée, des États membres. Le soutien porté aux initiatives locales doit être la seule ingérence permise, ce que certains pays africains n'ont d'ailleurs pas manqué de rappeler.

J'ai choisi de m'abstenir.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Catherine Bearder relatif au plan d'action européen contre le trafic d'espèces sauvages. Considéré comme l'une des activités criminelles les plus lucratives, le trafic d'espèces sauvages est une menace qui pèse sur la biodiversité; il implique également des considérations de politique étrangère relatives à l'état de droit, à la stabilité et à la bonne gouvernance. Néanmoins, j'ai exprimé mon opposition aux dispositions relatives à la chasse au trophée, dans la mesure où celle-ci est règlementée et n'est pas la cause du déclin massif d'espèces menacées. Toutefois, je soutiens ce rapport qui a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car la lutte contre le trafic d'espèces sauvages est pour moi très importante. Nous devons coordonner nos politiques commerciales, de développement et nos politiques étrangères en prenant en compte cet objectif. Plus particulièrement, le rapport appelle à adopter des mesures visant à prévenir la traite des espèces sauvages et à remédier à ses causes profondes.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe für diesen Bericht gestimmt, da der europäische Tier- und Pflanzenbestand nachhaltig geschützt werden muss. Weiters ist der Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen internationalen Artenhandels eine Kampfansage an terroristische Gruppen, da sich Terrorgruppen unter anderem durch den Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten direkt oder indirekt finanzieren.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Akční plán EU pro boj proti nezákonnému obchodu s volně žijícími a planě rostoucími druhy jsem podpořila. Rostoucí zločinnost v této oblasti je výsledkem modifikace současného organizovaného zločinu, který se snaží najít nové zdroje, a tak se obchodování s volně žijícími druhy stalo čtvrtým nejvíce profitujícím zdrojem organizovaného zločinu, který nepřináší taková rizika právě díky nízké politické prioritě. Pašování a pytlačení má obzvláště negativní dopady na biologickou rozmanitost, ekosystémy, přírodní dědictví, a tím pádem i zachování druhů. A právě z těchto důvodů se touto problematikou zabýváme i v Evropském parlamentu. Musíme si totiž uvědomit, že tyto druhy zločinů přispívají do kasy organizovanému zločinu po celém světě. A proto jsme schválili, aby se každý členský stát EU touto problematikou začal významněji zabývat a povýšil tento druh zločinu na úroveň jiných druhů organizovaného zločinu, a tím pádem k tomu připravil i adekvátní zákony a jejich vynucování. Je také důležité informovat a vzdělávat veřejnost o této problematice.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour since the report is aimed at fighting wildlife trafficking by establishing, inter alia, the full and immediate ban of the trade of ivory at EU level.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада относно Плана за действие на ЕС срещу трафика на екземпляри от дивата флора и фауна. Смятам, че планът за действие е важна крачка за осъществяването на поставените от ЕС цели и политики, свързани с опазването на околната среда и регулирането на международната търговия със застрашени видове от дивата фауна и флора. Той ще спомогне и за осъществяване на целите, приети по Конвенцията CITES и поетите от ЕС ангажименти за устойчиво развитие в Програмата 2030 г.

ЕС е транзитна зона и основен пазар за голяма част от незаконната търговия и трафик на екземпляри от дивата флора и фауна, затова трябва да бъдат предприети незабавни законодателни мерки за прекратяване на бракониерството и трафика на защитени видове. Голяма част от незаконната търговия се извършва от незаконни групировки, посредством която те финансират незаконната си дейност и с която застрашават както биологичното разнообразие на защитени видове от флората и фауната, така и ощетяват бюджета на ЕС.

Смятам, че трафикът на екземпляри от дивата флора и фауна трябва да бъде разглеждан като организирана транснационална престъпност и трябва да се инкриминират всички действия, извършени в разрез със законите на държавата на произход, на транзитно преминаване и на територията на ЕС.

Cécile Kashetu Kyenge (S&D), *per iscritto*. – È con grande convinzione e senso di responsabilità che quest'Aula ha sostenuto, con il voto di oggi, il bando totale e immediato dell'esportazione o della riesportazione dell'avorio e delle corna di rinoceronte, nonché sanzioni comuni contro il traffico illegale della fauna selvatica.

Si tratta di un commercio particolarmente grave e in continua espansione, il cui valore contribuisce ad alimentare la criminalità organizzata. Il nesso tra questi reati ed altre forme di criminalità organizzata, compresi il riciclaggio di denaro e il finanziamento di milizie e gruppi terroristici, è oramai provato.

Chiediamo quindi con insistenza all'UE e ai suoi Stati membri di utilizzare tutti gli strumenti pertinenti, compresa la cooperazione con il settore finanziario, per rilevare questi legami e spezzare questa catena con strumenti appropriati, comprese sanzioni severe, sanzioni armonizzate in tutti i Paesi europei. Alla Commissione, chiediamo inoltre di procedere all'adozione di norme comuni relative alla definizione dei reati e delle sanzioni riguardanti il traffico di specie selvatiche.

Un ulteriore impegno da parte dell'UE affinché si riesamini al più presto e il quadro normativo vigente per integrarlo con il divieto di mettere a disposizione, immettere sul mercato, trasportare, acquisire e possedere specie selvatiche ottenute o scambiate illegalmente in Paesi terzi.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – De bonnes intentions sont mêlées à des violations de la souveraineté des États. L'Union instrumentalise cette question du trafic d'espèces sauvages pour remplacer les États dans le cadre de l'action internationale sur le sujet. C'est pourquoi je me suis abstenu.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur le rapport concernant le plan d'action de l'Union européenne contre le trafic d'espèces sauvages. Ce texte mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, déjà contenues dans la convention CITES, à des atteintes manifestes à la souveraineté des États. Il invite à plusieurs reprises à augmenter les moyens financiers de l'Union ou à créer des fonds internationaux à cette destination. Or l'Union européenne n'a pas à prendre de telles décisions, qui relèvent de la compétence des États, déjà tous parties à la CITES. S'il est important de soutenir dans les pays concernés les initiatives locales pour trouver des revenus alternatifs à ceux engendrés par les trafics, aucune ingérence ne doit être acceptée, comme plusieurs pays africains l'ont d'ailleurs rappelé. En outre, les recommandations en matière de droit pénal posent problème dans la mesure où cela empiète sur un domaine majeur de la souveraineté nationale.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai décidé de m'abstenir sur ce texte, qui comporte des intentions très louables quant à la protection des animaux sauvages, mais porterait atteinte à la souveraineté des États. Il y a en effet une volonté de créer des fonds internationaux, d'augmenter le budget de l'Union et le texte comporte des recommandations en matière de droit pénal, autant de mesures qui empièteraient sur la compétence des États.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe del Parlamento sobre el Plan de Acción presentado por la Comisión Europea porque hace un llamamiento a la Unión y a cada Estado miembro para que aborden los delitos relacionados con la vida silvestre con la mayor urgencia política. Destaca la necesidad de un enfoque estructurado y coordinado en todos los ámbitos políticos, incluidos el comercio, el desarrollo, los asuntos exteriores y justicia y los asuntos de interior.

Presenta una serie de medidas destinadas a abordar sus causas fundamentales, a hacer más eficaz la aplicación y cumplimiento y a fortalecer una asociación mundial. Sólo mediante una mejora de los medios de cooperación entre todas las partes interesadas, con el fin de lograr una aplicación y cumplimiento mejores y más eficaces de las herramientas y políticas existentes, se puede lograr una reducción real del tráfico de flora y fauna silvestres.

La Unión y los Estados miembros tienen una responsabilidad compartida de hacer frente al reto de detener el rápido descenso de algunas de las especies más valiosas y apreciadas del mundo. Al hacerlo, se preserva la biodiversidad para las generaciones futuras.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nezakonita trgovina florom i faunom postala je jedan od oblika međunarodnog kriminala. Vrijednost te djelatnosti se procjenjuje na više milijardi eura, a ono što stvara još veći problem je što se taj iznos iz godine u godinu sve više povećava. Dodatan problem stvara i činjenica da se od tog novca financiraju i drugi oblici organiziranog kriminala kao što su trgovina ljudima ili krijumčarenje drogom koji isto tako onda stvaraju problem na drugim područjima. Europska unija bi prema ovom problemu trebala pristupiti strateški budući da nezakonita trgovina florom i faunom može dovesti u pitanje svjetsku sigurnost te političku stabilnost, a isto tako je upitan i ekonomski razvoj.

U posljednje vrijeme možemo primijetiti smanjenje biološke raznolikosti, što nas zaista dovodi do pitanja prijeti li nam još jedan val masovnog izumiranja vrsta. Svijest među ljudima nije probuđena, a to predstavlja veliki problem prilikom borbe protiv nezakonite trgovine florom i faunom. Kako bi se počelo raditi na tome i probudila svijest ljudi, nužan je politički angažman. Također, kako bi se održao UN-ov cilj održivog razvoja, ključno je spriječiti daljnju nezakonitu trgovinu florom i faunom.

Europska unija se mora suočiti s ovim pitanjem što prije kako bi spriječila daljnje opadanje broja ovih dragocjenih vrsta, stoga sam podržala ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Wildlife trafficking has major negative impacts on biodiversity, existing ecosystems, the natural heritage of the countries of origin, natural resources and the conservation of species. It is a serious and growing threat to global security. I welcome the Commission action plan against wildlife trafficking. We have to recognise that wildlife crime is a serious and growing threat and to address it with the greatest political urgency.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Obchod s voľne žijúcimi druhmi sa stal súčasťou medzinárodného organizovaného zločinu, ktorý okrem finančných a hospodárskych škôd a nerešpektovania zásad právneho štátu ohrozuje aj svetové ekosystémy. Únia je v tomto obchodovaní nielen tranzitnou, ale aj cieľovou destináciou. Zisky z tejto nezákonnej činnosti naviac plynú aj na financovanie ďalšej trestnej činnosti vrátane podpory terorizmu, konfliktov a mocenských záujmov. Preto žiadame Komisiu a členské krajiny, aby prijali potrebné osvedčené postupy na zamedzenie takejto činnosti. Rovnako žiadame vlády dodávateľských krajín, aby dôsledným vyšetrovaním, náležitým trestaním, odstraňovaním korupcie a zavádzaním zásad právneho štátu zastavili takéto obchodovanie vo svojich krajinách.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το σχέδιο δράσης της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on EU action plan against wildlife trafficking. Tackling wildlife crime is important because flora and fauna are not the only ones facing danger. Wildlife crime is considered a growing threat that may severely impact the rule of law, human rights, global governance, and the well-being of local communities. Trading of wildlife has proved to be a lucrative activity highly dominated by organized criminal groups, which thereby have an impact peace and security. Member States should address the ongoing wildlife situation because it is affecting many sectors of society. Hence, only by taking a hands-on approach will the EU be able to preserve biodiversity for future generations, improve the life of local peoples, and increase sustainable development.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der österreichische Tier- und Pflanzenbestand muss nachhaltig geschützt werden! Der Bericht ignoriert aber mit der Forderung nach einer teils willkürlichen Beschränkung der Trophäenjagd die nicht abschätzbaren Folgen für den Artenschutz im Allgemeinen.

Aus diesem Grund enthalte ich mich der Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais kelia rimtą grėsmę daugelio floros ir faunos rūšių išlikimui, pažeidžia teisinės valstybės principus. Organizuotų nusikaltėlių tinklai užsiimdami nelegalia laukinių augalų ir gyvūnų prekyba generuoja milijardų eurų vertės pajamas. Dėl šių priežasčių būtina kuo skubiau imtis atitinkamų politinių sprendimų, veiksmingiau taikyti ir įgyvendinti galiojančias taisykles bei stiprinti šalių bendradarbiavimą.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le trafic d'espèces sauvages constitue un crime international organisé dont la valeur annuelle est estimée à environ 20 milliards d'euros par an. De plus, le trafic d'espèces sauvages a des incidences négatives majeures sur la biodiversité, les écosystèmes existants, le patrimoine naturel des pays d'origine, les ressources naturelles et la conservation des espèces. Le rapport salue le plan d'action de la Commission contre le trafic d'espèces sauvages. Il demande en outre à la Commission et aux États membres d'améliorer encore la protection des habitats des espèces ciblées et des zones classées «écosystèmes marins vulnérables», et propose également d'instaurer des sanctions plus sévères et dissuasives pour le trafic illicite.

Je vote pour ce texte.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, qui figurent déjà dans la convention CITES, à des atteintes manifestes à la souveraineté des États. Il invite à plusieurs reprises à augmenter les moyens financiers de l'Union, ou à créer des fonds internationaux spécifiques. Or l'Union n'a pas à prendre de telles décisions, qui relèvent de la compétence des États, déjà tous parties à la CITES. S'il est important de soutenir dans les pays concernés les initiatives locales pour trouver des revenus alternatifs à ceux engendrés par les trafics, aucune ingérence ne doit être acceptée, comme plusieurs pays africains l'ont d'ailleurs rappelé. En outre, les recommandations en matière de droit pénal posent problème dans la mesure où cela empiète sur un domaine majeur de la souveraineté nationale. Je me suis ainsi abstenue sur ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O que provoca grandes quebras das espécies ameaçadas é a caça ilegal. Os troféus são normalmente uma expressão da caça legal e seletiva que, sendo gerida pelas autoridades oficiais dos países, contribui para o financiamento da preservação das espécies e da proteção da natureza. A União Europeia deve ser implacável no combate à caça ilegal.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Wildlife trafficking is contributing to the steady decline of animal populations across the globe and to the endangerment and extinction of some species.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne* — Obchod s voľne žijúcimi druhmi je kriminálnym odvetvím s dominanciou organizovaných zločineckých skupín. Lákadlom je najmä nízke riziko odhalenia a vysoká finančná odmena. Európska únia je dôležitým hráčom v boji proti trestnej činnosti v oblasti voľne žijúcich druhov, na druhej strane je aj jedným z hlavných trhov pre odbyt nelegálnych výrobkov z ohrozených druhov, ako aj miestom tranzitu a často pôvodu nezákonného obchodovania s týmito druhmi. EÚ a jej členské štáty nesú spoločnú zodpovednosť, aby zabránili prudkému úbytku niektorých najvzácnejších druhov na svete. Akčný plán EÚ proti nezákonnému obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi je súčasťou odpovede EÚ na program udržateľného rozvoja OSN do roku 2030, najmä cieľ udržateľného rozvoja č. 15, podľa ktorého je potrebné nielen zabezpečiť skoncovanie s pytliactvom a nezákonným obchodovaním s chránenými druhmi, ale zaoberať sa zároveň dopytom po nezákonných výrobkoch z voľne žijúcich druhov a ich ponukou. Prvou prioritou akčného plánu EÚ je zabrániť obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi a zaoberať sa jeho príčinami. Druhou je zabezpečiť účinné vykonávanie a presadzovanie existujúcich pravidiel na boj proti organizovanej trestnej činnosti v oblasti voľne žijúcich druhov. Treťou prioritou je posilniť globálne partnerstvo medzi krajinami pôvodu, spotreby a tranzitu v boji proti nezákonnému obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report, which calls on the EU and Member States to have a shared responsibility to step up to the challenge of halting the rapid decline in some of the world's more valuable and cherished species. In doing so, we will be preserving our rich biodiversity for future generations, which is essential.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottság jelentésében leszögezi: a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme komoly veszélyt jelent nemcsak számos növény- és állatfaj túlélésére, hanem a jogállamiságra, az emberi jogokra, a globális kormányzásra és a helyi közösségek jólétére is, de legfőképpen a világ ökoszisztémáinak fennmaradására. A vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme eurómilliárdos bűnözési iparággá nőtte ki magát, melyet bűnszervezetek uralnak. A lelepleződés veszélye elenyésző, a pénzügyi nyereség pedig magas.

Az Európai Unió fontos szereplő a vadon élő állatokkal és növényekkel kapcsolatos bűnözés elleni küzdelemben, ugyanakkor a vadon élő növényekből és állatokból készült illegális termékek egyik legfontosabb célpiaca, valamint tranzit- és gyakran származási pont is a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelmében. A cselekvési terv azonnali cselekvésre szólít fel a védett fajok befogásának és a velük való jogellenes kereskedelemnek a befejezése, valamint a vadon élő növényekből és állatokból készült illegális termékek keresletének és kínálatának visszaszorítása érdekében. Megerősíti az EU szerepét a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme elleni globális küzdelemben a megelőzés, a végrehajtás, az együttműködés révén. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce texte mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, comme l'y invitait déjà la convention sur le commerce international des espèces de faune et de flore sauvages menacées d'extinction (CITES), à des atteintes manifestes à la souveraineté des États. Il invite à plusieurs reprises à augmenter les moyens financiers de l'UE ou à créer des fonds internationaux à cette destination. Or l'Union européenne n'a pas à prendre de telles décisions qui relèvent de la compétence des États, déjà tous parties à la Convention CITES.

S'il est important de soutenir dans les pays concernés les initiatives locales pour trouver des revenus alternatifs à ceux engendrés par les trafics, aucune ingérence ne doit être acceptée, comme plusieurs pays africains l'ont d'ailleurs rappelé. En outre, les recommandations en matière de droit pénal posent problème dans la mesure où cela empiète sur un domaine majeur de la souveraineté nationale. Abstention.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce texte mêle des intentions très louables de protection des espèces sauvages, comme l'y invitait déjà la convention CITES, à des atteintes manifestes à la souveraineté des États. Il invite à plusieurs reprises à augmenter les moyens financiers de l'UE ou à créer des fonds internationaux à cette destination. Or l'Union européenne n'a pas à prendre de telles décisions qui relèvent de la compétence des États, déjà tous parties à la convention CITES.

S'il est important de soutenir dans les pays concernés les initiatives locales pour trouver des revenus alternatifs à ceux engendrés par les trafics, aucune ingérence ne doit être acceptée, comme plusieurs pays africains l'ont d'ailleurs rappelé. En outre, les recommandations en matière de droit pénal posent problème dans la mesure où cela empiète sur un domaine majeur de la souveraineté nationale. Je m'abstiens donc sur ce texte.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report which states that wildlife crime needs to be recognised as a major international issue, with profound implications for the environment, governance, local economies, and so on. It requires urgent attention in terms of political and financial support for the countries affected by it, as well as a more responsible approach to global trade.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui propose d'interdire le commerce de l'ivoire et de corne de rhinocéros et appelle à l'adoption de sanctions communes renforcées contre le trafic d'espèces sauvages. Ce trafic représente environ 20 milliards d'euros par an et devient l'une des principales formes de crime organisé transnational. Nous devons donc nous doter de nouveaux outils pour mieux le combattre.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Teljes mértékben támogatom a jelentést, mivel a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme jelentős negatív hatást gyakorol a biológiai sokféleségre, a meglévő ökoszisztémákra, a származási országok természeti örökségére, a természeti erőforrásokra és a fajok védelmére. Úgy vélem, hogy a kereskedelmi és a fejlesztési politikáknak többek között az emberi jogok, az állatjólét és a környezetvédelem tiszteletben tartásának fokozását kell szolgálniuk.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Wildlife crimes poses a real threat to biodiversity and is currently being regarded as a security issue in some source countries. I have voted in favour of this report that will put in place an EU action plan aiming to prevent wildlife trafficking and address its root causes.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că problema traficului cu specii sălbatice este una foarte mare la nivel mondial, cu implicații majore și ramificații în toate tipurile de activități ilegale. Cartelurile care asigură fluxul de specii sălbatice pe piețele din întreaga lume sunt aceleași sau sunt în strânsă legătură cu cele care fac trafic de persoane, de droguri, de arme de foc și, în cele din urmă, susțin prin acțiuni directe sau indirecte instabilitatea în anumite state sau regiuni și chiar organizații teroriste.

Salut faptul că toate statele membre UE s-au angajat să ducă o luptă împotriva traficului cu specii sălbatice, deoarece consider că aceasta trebuie să urmeze aceeași cale și determinare demonstrată deja în lupta împotriva pescuitului INN. Planul de acțiune al UE în materie de combatere a traficului cu specii sălbatice propus de Comisie prezintă dimensiunea problemelor pe care le avem în acest moment la nivel mondial și european.

De asemenea, susțin acest raport deoarece în acest document sunt prezentate obiective și acțiuni care vor completa strategiile deja existente în anumite sectoare specifice.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht habe ich mich meiner Stimme enthalten, da ich der Meinung bin, dass der österreichische Tier- und Pflanzenbestand nachhaltig geschützt werden muss. Weiteres ist ein Aktionsplan zur Bekämpfung des internationalen Artenhandels eine Kampfansage an Milizen und terroristische Gruppen, die unter anderem mit dem Handel mit wildlebenden Tierarten und Pflanzenarten direkt oder indirekt finanziert werden.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le trafic d'espèces sauvages est une industrie qui génère plusieurs milliards d'euros et permet notamment le financement de groupes criminels de par le monde. En tant que principal acteur de la lutte contre ce trafic, mais également plaque tournante et cible de celui-ci, l'Union européenne se devait de se doter d'un plan d'action digne de ce nom. C'est chose faite avec le présent rapport. Les discussions ont été particulièrement riches et constructives, le sujet remportant une large adhésion, et les amendements relatifs aux trophées de chasse, ou encore à la définition des moyens financiers et humains nécessaires à la mise en place du plan, ont été intégrés de façon satisfaisante. J'ai voté en faveur de ce rapport, dans la continuité de ma position sur cette question que je défends au sein de la commission ENVI.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Taime- ja loomaliikide ellujäämine on oluline maailma ökosüsteemi püsimiseks. Looduslike liikidega organiseeritud rahvusvahelise kuritegevuse vastu võitlemiseks on vaja riikide koordineeritud tegutsemist.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Υπερψήφισα το εν λόγω σχέδιο δράσης επειδή η Ευρωπαϊκή Ένωση αποτελεί σημαντικό παράγοντα στην καταπολέμηση της εγκληματικότητας εις βάρος άγριων ειδών, διότι συνιστά μείζονα προορισμό για παράνομα προϊόντα άγριων ειδών, καθώς και σημείο διαμετακόμισης και συχνά πηγή για την παράνομη εμπορία άγριων ειδών, ιδίως μεταξύ των χωρών της Αφρικής, της Ασίας και της Λατινικής Αμερικής, αλλά και της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Το σχέδιο δράσης αποτελεί μέρος της απάντησης της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο θεματολόγιο του ΟΗΕ για τη βιώσιμη ανάπτυξη με ορίζοντα το 2030. Η πρώτη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η πρόληψη της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών και η αντιμετώπιση των βαθύτερων αιτιών της. Η δεύτερη προτεραιότητα είναι η διασφάλιση της αποτελεσματικής εφαρμογής και επιβολής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος εις βάρος άγριων ειδών. Η τρίτη προτεραιότητα είναι η ενίσχυση της παγκόσμιας συνεργασίας των χωρών προέλευσης, κατανάλωσης και διαμετακόμισης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών. Τέλος, τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης φέρουν κοινή ευθύνη για την αντιμετώπιση του προβλήματος αυτού και την αποτροπή της ταχείας μείωσης του πληθυσμού ορισμένων από τα πιο σπάνια άγρια είδη στον κόσμο.

Gilles Pargneaux (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce plan d'action contre le trafic d'espèces sauvages. Avec ses 8 à 20 milliards d'euros de bénéfices par an, le trafic d'espèces sauvages est la 4e activité illicite la plus lucrative après le trafic de drogue, la traite d'êtres humains et le commerce des armes. De grands animaux emblématiques comme le rhinocéros, l'éléphant ou encore les grands singes sont concernés, ce qui n'est pas sans impact sur la survie de ces espèces. Je soutiens donc le plan d'action de la Commission européenne pour lutter contre ces trafics et demande également l'interdiction totale et immédiate du commerce d'ivoire et de corne de rhinocéros en Europe.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei colleghi poiché ritengo che già nel 2015 si è affermata la necessità di combattere i reati commessi contro le specie selvatiche in quanto rappresentano un crimine grave e, sempre più, in crescita, infatti il commercio di specie interessa un giro d'affari di miliardi di euro. Questo piano di azione si andrebbe a iscrivere nel quadro delle risposte dell'UE all'agenda 2030 per lo sviluppo sostenibile delle Nazioni Unite e, in particolare, all'obiettivo di sviluppo sostenibile 15, che invita ad adottare provvedimenti contro il bracconaggio e il traffico di specie selvatiche. Inoltre, l'Unione europea ha un ruolo fondamentale in tale lotta poiché il territorio europeo rappresenta, non solo, il punto di transito ma anche l'origine del traffico illegale. Gli Stati membri che compongono l'Unione europea non possono restare fermi perché questo traffico illegale di animali danneggia i diritti umani, il benessere della comunità locale e la sopravvivenza dell'ecosistema mondiale. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam izvješće o Akcijskom planu EU-a za suzbijanje nezakonite trgovine divljom faunom i florom. Izvješće prepoznaje sve izazove globalnog svijeta te upozorava na prijetnje koje za društva predstavlja nezakonita trgovina divljom florom i faunom. Također izvješće prepoznaje poziciju i važnost europskog prostora i kao prostora tranzita i kao prostora krajnjeg odredišta te ilegalne trgovine. Pozdravljam pozive za unaprjeđenjem i svih oblika borbe protiv tog oblika organiziranog kriminala. Ta borba mora biti adekvatno financirana. Države članice, ali i sama Europska unija moraju se pobrinuti za osiguranje potrebnih administrativnih kapaciteta a dionici, neovisno o njihovoj funkciji koju u toj borbi obavljaju, moraju biti adekvatno materijalno i stručno osposobljeni.

Također, želim iskoristiti priliku kako bih odala priznanje za svu pomoć i podržala aktivnosti nevladinih udruga građana koje poduzimaju u toj borbi protiv nezakonite trgovine divljom faunom i florom kako na području EU-a tako i na području trećih država iz kojih primjerci dolaze. Odgovarajući zakonodavni okvir imamo te će se u nadolazećem vremenu samo poboljšavati. Vrijeme je da ga dosljedno provodimo jer nema valjanih razloga da to ne činimo.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Nonostante la crescente attenzione e sensibilità dell'opinione pubblica, il bracconaggio e il traffico di animali selvatici continuano a crescere e sono diventati ormai una delle forme di crimine organizzato più rilevanti e lucrative, con un valore annuo stimato di circa 20 miliardi di euro. Alcuni studi rivelano un picco senza precedenti nel commercio di avorio e corni di rinoceronte. Oltre a rappresentare una grave minaccia alla biodiversità, questi traffici costituiscono anche un serio problema per la sicurezza dei paesi di origine. E l'Europa è uno dei principali mercati di sbocco. Condivido perciò l'appello formulato dalla relazione, perché l'Unione e ciascun Stato membro affrontino questo tipo di crimini come una vera e propria emergenza politica, migliorando la cooperazione tra tutti gli attori coinvolti e sviluppando un approccio coordinato delle varie politiche settoriali: commercio, sviluppo, affari esteri, giustizia e affari interni. Solo così sarà possibile combattere efficacemente il traffico di animali selvatici e il bracconaggio. È indispensabile che tutti si adoperino per fermare il rapido declino delle specie animali più a rischio e per tutelare la ricchezza della biodiversità e il futuro dei nostri figli.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nezakonita trgovina divljom faunom i florom je oblik organiziranog međunarodnog kriminala čija se godišnja vrijednost procjenjuje na iznos od otprilike 20 milijardi eura te se njome financiraju drugi oblici organiziranog kriminala. Smatram tu vrstu trgovine ozbiljnom prijetnjom svjetskoj sigurnosti, političkoj stabilnosti i ekonomskom razvoju. Nužno je sustavnije istražiti veze između nezakonite trgovine divljom faunom i florom te regionalnih sukoba i terorizma. EU mora izgraditi koordinirani i strateški pristup koji će obuhvaćati sve relevantne dionike. Zato pozdravljam Akcijski plan Komisije u kojem se ističe potreba za koordiniranim djelovanjem u cilju suzbijanja uzroka, učinkovite primjene postojećih pravila te jačanja globalne suradnje matičnih, tranzitnih i ciljnih zemalja.

EU, treće zemlje i civilno društvo trebaju voditi serije kampanja za podizanje razine osviještenosti kako bi se istinskim i trajnim promjenama ponašanja pojedinaca i društva postiglo smanjenje potražnje za tom trgovinom. EU se također treba hitno pozabaviti problemom korupcije i nedostacima mjera međunarodnog upravljanja duž lanca nezakonite trgovine divljom faunom i florom. Ne smijemo biti generacija što je svjedočila šestom velikom izumiranju vrsta na našem planetu, kojemu nezakonita trgovina divljom faunom i florom pridonosi, a da pritom ništa nismo poduzeli. Buduće generacije zaslužuju vidjeti prirodu u svom njenom bogatstvu kao što je mi poznajemo.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Os crimes contra a vida selvagem, como a caça furtiva, o comércio ilegal de espécies ou o trânsito ilegal de produtos e derivados da fauna e da flora selvagens tornaram-se uma indústria criminosa de mil milhões de euros dominada por grupos criminosos organizados. O risco de deteção é baixo e a repercussão financeira é alta, atraindo gangues criminosos para explorar a vida selvagem ilegalmente capturada, deslocada e comercializada para financiar sua atividade criminosa.

A UE é um destino importante para os produtos selvagens ilegais, bem como um ponto de trânsito e muitas vezes fonte para o tráfico de animais selvagens, especialmente entre a África, a Ásia e a América Latina, tendo por isso responsabilidades no combate a este fenómeno.

O plano de ação da UE apresentado pela Comissão enumera uma série de medidas a tomar pelas instituições da UE ou pelos Estados-Membros. As medidas destinam-se essencialmente a melhorar a cooperação entre todos os intervenientes, a utilizar de forma mais eficaz os instrumentos e políticas existentes e a reforçar as sinergias entre eles, para que o combate ao tráfico de animais selvagens possa ser mais eficazmente abordado em toda a UE e a nível mundial. Votámos favoravelmente.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – L'Unione europea rappresenta un attore importante nella lotta ai reati contro le specie selvatiche in quanto importante destinazione delle specie selvatiche di origine illegale sia come punto di transito per il traffico illegale tra Africa, Asia e America Latina. Il piano d'azione presentato dalla Commissione elenca una serie di misure che le istituzioni comunitarie e gli Stati membri devono adottare al fine di contrastare il traffico illegale della fauna selvatica in tutta l'UE e nel mondo. Ritengo necessario rafforzare il partenariato globale tra paesi di origine, di consumo e di transito contro il traffico illegale di specie selvatiche, offrendo sostegno politico e assistenza tecnica ai principali paesi di origine, di transito e di destinazione. L'UE dovrebbe sfruttare il proprio potere economico per inserire, negli accordi commerciali vigenti e futuri, clausole che rimandino alla necessità di combattere il traffico illegale di specie selvatiche. Concordo pienamente con le soluzioni e con gli spunti offerti dal relatore nel

documento in esame. Per questo motivo ho votato a favore.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Le trafic d'espèces sauvages est une des formes les plus lucratives de criminalité organisée et sert bien souvent à financer les activités des groupes terroristes. En outre, il nuit à l'équilibre des écosystèmes et met en danger de nombreuses espèces animales. J'ai donc décidé de voter en faveur de ce rapport, qui prévoit de mettre en place des sanctions communes contre le trafic d'espèces sauvages et vise aussi à interdire complètement le commerce de l'ivoire.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP abstained on the non-legislative report on wildlife trafficking. We in UKIP are aware that wildlife trafficking poses a serious and growing threat. However, we believe that national parliaments, not the unelected EU Commission, should decide with regard to updating and improving animal welfare.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le Parlement européen a répondu ce midi au plan d'action de la Commission pour lutter contre le trafic d'espèces sauvages. Un trafic très lucratif, qui produit entre 8 et 20 milliards d'euros chaque année et menace la survie de nombreuses espèces (rhinocéros, éléphants, grands singes, tigres, mais aussi pangolins et esturgeons). Deux propositions fortes sont formulées: tout d'abord, interdire sur le territoire de l'Union tout achat d'ivoire et de corne de rhinocéros. Il est hors de question d'ignorer la réalité des chiffres: un éléphant est tué toutes les douze minutes, et l'ivoire de ses défenses rapporte plus en Afrique que le trafic de drogue! L'Union doit donner les moyens à Europol de lutter plus efficacement contre cette activité criminelle. Par ailleurs, il est indispensable d'harmoniser les sanctions pénales au sein de l'Union et de garantir qu'elles soient réellement dissuasives. Il est inadmissible que les trafiquants n'encourent dans certains pays de l'Union que de simples amendes de 15 000 euros maximum, alors que la corne de rhinocéros sur le marché noir peut atteindre le prix de 50 000 euros. Défendre les grands mammifères et toutes les espèces menacées est un devoir moral pour l'Europe et les Européens. Cela devrait être une priorité.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O Plano de Ação faz parte da resposta da UE à Agenda 2030 das Nações Unidas para o Desenvolvimento Sustentável, e em particular o Objetivo de Desenvolvimento Sustentável n.º 15, que requer ações urgentes para pôr termo à caça furtiva e ao tráfico de espécies protegidas, e ainda para lidar com a procura e a oferta de produtos ilegais de espécies selvagens.

O comércio de espécies selvagens tornou-se um setor dominado por grupos criminosos organizados, envolvendo somas da ordem dos milhares de milhões. O risco de descoberta é baixo e o retorno financeiro elevado, atraindo grupos criminosos para a exploração ilegal de espécies selvagens capturadas e retiradas do ambiente selvagem a fim de financiarem as suas atividades criminosas.

Em todo o mundo, grupos armados não estatais, grupos terroristas e outros estão cada vez mais implicados em crimes ambientais, aproveitando-se da exploração dos recursos naturais, já que são mais fáceis de utilizar que os rendimentos provenientes de outras formas de exploração, como, por exemplo, o tráfico ilícito de droga, cigarros ou migrantes.

Por isso, defendemos medidas imediatas para proteger melhor os animais e plantas em perigo, com a proibição imediata do seu comércio e a aplicação de sanções adequadas.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El tráfico ilegal de especies es un fenómeno cuya escala ha aumentado considerablemente en los últimos años. El furtivismo ha alcanzado cifras sin precedentes para algunas especies como elefantes, rinocerontes, tiburones, tigres, grandes simios, tortugas, pangolines o corales, con lo que sus poblaciones están viéndose reducidas alarmantemente. Los efectos negativos de esta actividad no se limitan sólo a la biodiversidad, sino que afectan también al crecimiento económico, a la aplicación de la ley y, en algunas regiones, a su estabilidad política a causa de la financiación de milicias con estas actividades. Para combatir estas actividades delictivas, he apoyado este Plan de Acción (2016-2020) basado en tres pilares: prevención, implementación y cooperación, partiendo de que el principal instrumento jurídico a escala internacional y a escala de la propia Unión es la Convención CITES sobre el Comercio Internacional de Especies Amenazadas de Fauna y Flora Silvestres. El plan aporta un punto de vista de conjunto de todo lo que pueden hacer los Estados miembros y la Comisión, estableciendo una serie completa de medidas que deben adoptar las instituciones para hacer frente al reto de detener el rápido descenso de algunas de las especies más valiosas y apreciadas del mundo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution du Parlement sur le plan d'action de l'Union européenne contre le trafic d'espèces sauvages. À ce sujet, je souhaite être très clair. L'Union européenne doit interdire immédiatement et sans exception le commerce de l'ivoire et de la corne de rhinocéros au sein de ses frontières. De plus, je suis en faveur d'une harmonisation des sanctions envers les autours de ces atrocités.

Cette résolution contient également d'autres recommandations auxquelles la Commission et les États membres devraient donner suite pour lutter efficacement contre le trafic d'espères sauvages.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Kova su neteisėta prekyba gyvūnais - svarbi tiek humanizmo, tiek ir atsakingo požiūrio į aplinkos apsaugą išraiška. Sveikintina, kad jau yra parengtas kovos su tokia prekyba veiksmų planas. Remiu šią iniciatyvą ir netgi raginu ją tobulinti, daugiau dėmesio skiriant bendradarbiavimui su trečiosiomis šalimis šioje srityje, pavyzdžiui išplečiant anksčiau aptartą vystomojo bendradarbiavimo su kai kuriomis šalimis sąvoką, į ją įtraukiant daugiau aspektų, susijusių su neteisėtos prekybos gyvūnais mažinimu.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O tráfico de espécies selvagens constitui, cada vez mais, uma grave ameaça à sobrevivência de múltiplas espécies da fauna e da flora, representando igualmente um atentado aos valores do Estado de Direito, da governação global, da preservação dos ecossistemas mundiais e do bem-estar das comunidades locais.

O comércio de animais selvagens tem-se revelado um negócio milionário, dominado por grupos criminosos organizados que exploram, de forma vil e totalmente ilegal, espécies selvagens que são capturadas e retiradas do seu habitat natural para com elas obterem lucros avultados.

Por isso, congratulo-me com a aprovação deste relatório, no qual a UE assume um papel importante na luta contra os crimes contra a vida selvagem, que têm no continente europeu um ponto de trânsito, de destino e muitas vezes de origem do tráfico de espécies selvagens.

Este plano de ação representa um ponto positivo neste combate, na medida em que integra igualmente a Agenda 2030 das Nações Unidas para o Desenvolvimento Sustentável, designadamente, no que respeita ao pilar da caça furtiva e ao tráfico e comércio de espécies protegidas.

Considero globalmente positivo o conjunto de prioridades constantes do Plano de Ação e, por essa razão, o meu voto foi favorável à aprovação deste relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande la mise en place de politiques et de sanctions communes contre le trafic d'espèces sauvages. Ce texte appelle, notamment, à interdire le commerce, l'exportation et la réexportation de l'ivoire et de la corne de rhinocéros. Le trafic d'espèces sauvages est la quatrième plus importante activité criminelle et génère environ 20 milliards d'euros par an. Il est urgent que l'Union européenne établisse des règles communes pour définir les infractions et les sanctions liées à cette activité criminelle. À ce titre, la chasse aux trophées, qui est une des causes de l'extinction de certaines espèces sauvages, doit être très strictement encadrée et sanctionnée.

Le trafic d'espèces sauvages est souvent lié à d'autres formes de criminalité organisée, comme le blanchiment d'argent. C'est pourquoi les États membres doivent utiliser tous les moyens et instruments disponibles, notamment la coopération avec le secteur financier, afin de lutter efficacement contre cette importante activité criminelle.

Enfin, j'ai soutenu ce texte parce qu'il appelle à une plus grande coopération des institutions européennes et des États membres avec les sites de vente en ligne pour contrer le phénomène de vente illégale de produits d'espèces sauvages.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. La trata de especies silvestres se ha convertido en una industria criminal multimillonaria montada por grupos criminales. El plan de acción de la Unión propone una serie de medidas que considero imprescindibles y que buscan la cooperación de los actores implicados (dentro de la Unión y fuera). El informe hace un llamamiento a los Estados miembros para que incrementen el nivel de vigilancia a este respecto. Además de apoyar propuestas incluidas en el informe como una partida apropiada y unos recursos humanos necesarios para la implementación del plan o el monitoreo de la evaluación de los mecanismos llevados a cabo por los Estados, apoyamos también aquellas que salieron de la comisión de ENVI y del *shadow* del GUE/NGL, como introducir un punto sobre la importación de trofeos de caza, marfil, y la participación de ONG y de la sociedad civil en este proceso.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu einem EU-Aktionsplan zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels gestimmt, da dieser konkrete Maßnahmen gegen Wildtierhandel in der EU benennt.

Der Aktionsplan wurde im Februar 2016 von der Kommission herausgegeben. Es geht dabei vor allem um die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und um die Förderung der effektiven Nutzung vorhandener Instrumente gegen Wildtierhandel.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. –He votado a favor de esta resolución que acoge con satisfacción el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres, presentado por la Comisión, puesto que en él se subraya la necesidad de emprender acciones coordinadas para abordar las causas de este tráfico, aplicar y hacer cumplir de forma efectiva las normas vigentes, y reforzar la cooperación mundial entre países de origen, tránsito y destino.

Asimismo el texto pide a la Comisión, a los Estados miembros, al Servicio Europeo de Acción Exterior, a Europol y a Eurojust que reconozcan que los delitos contra las especies silvestres constituyen una amenaza grave y cada vez mayor y que los aborden con la mayor urgencia posible. Además, insiste en la necesidad de planteamientos globales y coordinados entre los diferentes ámbitos políticos.

Dado que el texto también insta de forma urgente a garantizar una mayor protección para las zonas designadas como ecosistemas marinos vulnerables, las zonas marinas de importancia ecológica o biológica y los sitios de la red Natura 2000, mi voto ha sido favorable, puesto que apoya medidas imprescindibles para proteger y combatir el tráfico de especies silvestres.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il traffico illegale di specie selvatiche origina profitti che si aggirano intorno ai 20 miliardi di euro l'anno, affermandosi tra i più grandi e redditizi reati di criminalità organizzata transfrontaliera. La crescita di tale attività criminale nell'ultimo decennio sta fortemente minacciando la biodiversità e la sopravvivenza delle specie a rischio estinzione. Ho deciso di esprimermi a favore di questa relazione nella speranza che si adottino le misure necessarie per rafforzare il partenariato globale tra gli Stati membri e i paesi terzi, per migliorare l'efficacia degli strumenti esistenti e per adottare norme comuni relative alle sanzioni riguardanti tale commercio illegale.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this issue, whilst I care deeply for the protection of animals. I also whole heartily believe that we should ban the illegal ivory trade. However, I cannot support the EU implementing this.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of the report on the EU action plan against wildlife trafficking. It is fully in line with Labour's initiatives in the field of wildlife protection and conservation as well as the tackling of wildlife crime. Wildlife crime needs to be recognised as a major international issue, with profound implications on the environment, governance, local economies, and so on.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za toto uznesenie. Obchod s voľne žijúcimi druhmi treba kontrolovať. V súčasnosti mu dominujú rôzne organizované zločinecké skupiny, ktoré využívajú fakt, že riziko odhalenia je malé a zisky veľké. Vítam akčný plán EÚ v tejto oblasti, ktorého jednou z priorít je zabránenie obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi, pričom tento plán považuje za nevyhnutné zaoberať sa aj jeho príčinami (napr. vysoký dopyt na trhu po nelegálnych výrobkoch).

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Nezakonita trgovina divljom florom i faunom oblik je organiziranog međunarodnog kriminala koji svojim porastom posljednjih nekoliko godina ukazuje na ozbiljnu prijetnju svjetskoj sigurnosti, političkoj stabilnosti, ekonomskom razvoju te vladavini prava.

Europska unija nalazi se na redovitoj ruti kao ciljno tržište, tranzitni put, ali i izvor nezakonite trgovine ugroženim europskim biljnim i životinjskim vrstama. Nastavi li se ovakva praksa, sasvim je jasno kako će doći do nestajanja ugroženih vrsta stoga je pravovremeno i ciljano rješavanje cjelokupne situacije, kako unutar tako i izvan granica, iznimno važno za efikasno zaustavljanje ovakvih djelovanja.

Problem suzbijanja nezakonite trgovine divljom florom i faunom obuhvaćen je u Programu sigurnosti EU-a za razdoblje 2015. – 2020. u kojem se navodi kako se ovakvim nezakonitim djelovanjem prijeti biološkoj raznolikosti u izvornim regijama, održivom razvoju i regionalnoj stabilnosti.

Sukladno tome, potrebno je mobilizirati i uključiti civilno društvo s ciljem poticanja svijesti o prestanku kupovanja proizvoda sumnjiva porijekla. Isto tako, uloga prometnog sektora trebala bi biti naglašenija zbog važnosti uvođenja sustava ranog upozoravanja i otkrivanja kriminalnih radnji.

Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta svjestan razmjera ovog rastućeg problema kako bi se omogućila primjena izvršavanja zakonodavstva, povećala suradnja i prevencija kriminalnih radnji te prepoznao EU kao odredišno tržište, izvorišna i tranzitna točka nezakonite trgovine.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Nezákonné obchodovanie s voľne žijúcimi druhmi patrí v rámci medzinárodnej trestnej činnosti medzi najlukratívnejšie formy nezákonného obchodovania vo svete. Svedčí o tom skutočnosť, že hodnota v rámci tohto obchodovania sa odhaduje na 20 miliárd EUR ročne a v posledných rokoch ešte táto suma narastá. Hlasovala som za uznesenie, lebo som presvedčená o tom, že proti nezákonnému obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi potrebujeme prijať také opatrenia, ktoré zabezpečia účinné vykonávanie a presadzovanie existujúcich pravidiel a ktoré posilnia globálnu spoluprácu medzi krajinami pôvodu a tranzitnými a cieľovými krajinami. Akčný plán som podporila aj preto, že obchodovanie s voľne žijúcimi druhmi považujem za veľmi vážnu hrozbu pre celosvetovú bezpečnosť, politickú stabilitu a hospodársky rozvoj. Verím, že rovnako ako EÚ, tak aj jednotlivé členské štáty zavedú vnútroštátne akčné plány v oblasti obchodovania s voľne žijúcimi druhmi, v ktorých podrobne uvedú politiky presadzovania a sankcie voči porušovateľom. V danom kontexte zároveň očakávam, že v záujme zabránenia trestnej činnosti páchanej v oblasti voľne žijúcich druhov dôjde k lepšej spolupráci medzi agentúrami a medzi zainteresovanými aktérmi tak na úrovni európskej, ako aj na národnej úrovni.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Illegale handel in wilde planten en dieren door criminele organisaties wordt een steeds groter probleem. Het verband tussen de twee zit hem in het feit dat de opbrengsten ervan op een relatief makkelijke manier veel winst opleveren en dus een aantrekkelijke bron zijn voor criminelen om hier hun activiteiten mee te financieren.

De Europese Unie heeft hiertegen een actieplan opgesteld dat erop is gericht dit soort handel zoveel mogelijk te minimaliseren. Er staat onder andere in dat voorkomen beter is dan genezen en dat er dus via campagnes allereerst moet worden ingezet op het doen dalen van de vraag naar en het aanbod van wilde dieren en planten. Ook het correct bestraffen van illegale handelaren kan dergelijke praktijken doen afnemen. Nauwe samenwerking tussen herkomst-, afzet- en doorvoerlanden van de illegale smokkel is hierbij essentieel.

Samen met een gedeelde verantwoordelijkheid van alle lidstaten rond deze punten kunnen we zowel verschillende dieren-en plantensoorten redden als het behoud van ons ecosysteem waarborgen.

De groene fractie steunt dit plan, maar pleit voor radicale aanvullingen. Zo moet er een verbod komen op ivoorhandel, jachttrofeeën en de illegale jacht op wilde dieren in Europa.

Beatrix von Storch (EFDD), *in writing*. — I voted against this resolution. First and foremost this should not be an area in which the EU intervenes. However, this resolution also fails to grasp the nature of the problem. Just as with overfishing, the real problem with wildlife trafficking is that a tragedy of the commons combined with the high demand for certain products created from exotic animals contributes towards their potential extinction. The EU cannot really contribute a solution to this problem.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Kaznena djela u području divlje flore i faune u porastu su i prijete daljnjim gubitkom vrsta.

Pozivamo EU i treće zemlje na provedbu kampanja u cilju promjene ponašanja pojedinaca i društva, što bi dovelo do smanjenja potražnje za nezakonitom divljom florom i faunom.

Nezakonita trgovina divljom florom i faunom postala je djelatnost čija se vrijednost mjeri u milijardama eura i u kojoj glavnu riječ vode kriminalne skupine, a pomaže financiranju i terorističkih skupina.

Prihvaćam izvješće jer naglašava zajedničku odgovornost država članica EU-a i potrebu da se suoče s izazovom nezakonite trgovine divljom florom i faunom. Time nećemo samo očuvati biološku raznolikost za buduće generacije, nego ćemo i unaprijediti i ojačati sigurnosni okvir EU-a.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η παράνομη εμπορία άγριων ειδών έχει εξελιχθεί σε εγκληματική βιομηχανία αξίας δισεκατομμυρίων ευρώ, την οποία ελέγχουν οργανωμένες εγκληματικές ομάδες. Ο χαμηλός κίνδυνος ανίχνευσης και τα υψηλά κέρδη προσελκύουν συμμορίες, οι οποίες εκμεταλλεύονται την παράνομη παγίδευση και μεταφορά άγριων ειδών προκειμένου να χρηματοδοτήσουν τις εγκληματικές τους δραστηριότητες.

Το σχέδιο δράσης ορίζει κάποιες προτεραιότητες για τη χρονική περίοδο 2016-2020 που θα ενισχύσουν τον ρόλο της Ευρωπαϊκής Ένωσης στην καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών σε παγκόσμιο επίπεδο: πρόληψη, επιβολή του νόμου, συνεργασία, καθώς και αναγνώριση της Ευρωπαϊκής Ένωσης ως αγοράς προορισμού, πηγής και σημείου διαμετακόμισης για προϊόντα άγριων ειδών. Για τους λόγους αυτούς υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Πρώτη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η πρόληψη της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών και η αντιμετώπιση των βαθύτερων αιτιών της, δεύτερη προτεραιότητα του σχεδίου δράσης είναι η διασφάλιση της αποτελεσματικής εφαρμογής και επιβολής των υφιστάμενων κανόνων για την καταπολέμηση του οργανωμένου εγκλήματος εις βάρος άγριων ειδών, τρίτη προτεραιότητα είναι η ενίσχυση της παγκόσμιας συνεργασίας των χωρών προέλευσης, κατανάλωσης και διαμετακόμισης για την καταπολέμηση της παράνομης εμπορίας άγριων ειδών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió és a tagállamok közös felelőssége, hogy fellépjen a világ több értékes fajainak drasztikus ütemű csökkenése ellen például úgy, hogy teszünk a vadon élő állatok jogellenes kereskedelme ellen. Így megőrizhetjük a biodiverzitást a jövő generációi számára is, ennek tükrében szavazatommal támogattam a jelentést.

A jelentés leírja, hogy a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme szervezett nemzetközi bűnözésnek minősül, amelynek éves becsült értéke mintegy 20 milliárd EUR, és hogy ez a tevékenység szoros kapcsolatban áll a szervezett bűnözés más formáival is. Ez a gyakorlat a fajok tömeges kipusztulása hatodik hullámának felel meg és ezt meg kell állítani. Éppen ezért osztom a jelentés örömét a Bizottság vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelme elleni cselekvési tervével kapcsolatban. Ez a cselekvési terv rámutat arra, hogy összehangolt fellépésekre van szükség a vadon élő állatok és növények jogellenes kereskedelmét kiváltó okok kezelése, a meglévő jogszabályok tényleges végrehajtása és érvényesítése, valamint a származási, tranzit- és célországok közötti globális együttműködés erősítése érdekében.

A jelentés kiemeli, hogy a megfelelő pénzügyi és humán erőforrások azonosítása és allokációja nélkülözhetetlen a cselekvési terv végrehajtásához, és javasolja, hogy az emberkereskedelem elleni küzdelem során használatos modellre épülő koordinátori irodát és szankciórendszert hozzanak létre a tagállamok.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – W ostatnich latach na świecie obserwuje się wzrost przestępczości przeciwko dzikiej przyrodzie. Codziennością stały się szokujące zdjęcia: wykrwawiające się na śmierć nosorożce i słonie, czy też ptaki, płazy i gady przemycane przez granice i przetrzymywane w niehumanitarnych warunkach. Co więcej, nielegalny handel dziką fauną i florą stał się jedną z najbardziej dochodowych form działalności zorganizowanych grup przestępczych, a wielkość jego obrotów szacuje się na poziomie od 8 do 20 mld euro rocznie. W ostatnich latach odnotowano także znaczny wzrost światowego popytu na same zwierzęta lub wyrabiane z nich produkty, a skala handlu jest już tak wielka, że obecnie zagraża istnieniu bardzo wielu najbardziej rozpoznawalnych gatunków na Ziemi.

Jednym z czynników, który sprzyja nielegalnemu handlowi fauną i florą, jest niejednolity system prawny poszczególnych państw, co powoduje, że międzynarodowa przestępczość zorganizowana przenosi się ze sprzedażą do krajów o niskich sankcjach lub niskiej skuteczności działania właściwych służb. Walka z tym procederem wymaga zatem ściślejszego partnerstwa między krajami pochodzenia i tranzytu oraz krajami docelowej sprzedaży, a także współpracy między podmiotami regionalnymi. Bez spełnienia tego warunku obawiam się, że niebawem będziemy świadkami wyginięcia bardzo wielu cennych gatunków roślin i zwierząt w różnych krajach świata.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Traficul cu specii sălbatice este una dintre principalele cauze ale creșterii numărului de specii pe cale de dispariție la nivel mondial. Uniunea Europeană este principala piață pentru acest tip de comerț dăunător, cu venituri de miliarde de euro, inclusiv în ceea ce privește trofeele de vânătoare. În acest context, se impune reglementarea adecvată a acestei practici, considerată o amenințare la adresa biodiversității la nivel european și la adresa păcii și securității internaționale, în condițiile implicării unor grupuri de crimă organizată.

Astfel, pentru perioada 2016-2020, a fost elaborat un Plan de acțiune al UE, ca răspuns la Agenda 2030 pentru dezvoltare durabilă a ONU, prin care se solicită măsuri urgente pentru eradicarea braconajului și traficului cu specii protejate. Acest document va consolida rolul UE în combaterea traficului cu specii sălbatice la nivel mondial, prin prevenirea cauzelor profunde ale practicii și prin implementarea normelor existente împotriva crimei organizate cu specii sălbatice.

De asemenea, un accent important este pus pe consolidarea parteneriatului global între țările de origine, țările consumatoare și țările de tranzit. UE și statele membre sunt responsabile pentru păstrarea biodiversității pentru generațiile viitoare. Susțin adoptarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Trafic de drogues, traite d'êtres humains, commerce des armes: voici les trois activités les plus lucratives dans le milieu criminel. Au pied de ce podium, avec jusqu'à 20 milliards d'euros de bénéfices annuels, se place le trafic d'espèces sauvages, de plantes et d'objets tirés de ces commerces illicites. La situation empire d'année en année entraînant la disparition de certaines espèces. Comble de l'horreur: plus une espèce devient rare, plus le prix des produits liés à ces meurtres augmente, causant par là même l'intensification du massacre. Le Parlement européen propose un plan d'action et demande des sanctions exemplaires pour lutter contre ce fléau. Sans biodiversité, il n'y aura plus d'humanité.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Wildlife trafficking is the world's fourth-largest criminal activity, with rhino horns now worth more in weight than gold. The smuggling of wildlife goods is worth around 20 billion euros annually, with devastating effects on wildlife and biodiversity across the world. Further, trafficking has had major implications for the rule of law, security and the economic development of many countries. The EU, as an important destination and transit point, must urgently step up its efforts to combat this criminal activity, which is why I voted in favour of the report on the EU action plan against wildlife trafficking.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le plan d'action contre le trafic d'espèces sauvages. On en parle peu, et pourtant ce type de trafic est la quatrième activité illicite la plus lucrative après le trafic de drogue, la traite d'êtres humains et le commerce des armes. Le rapport d'initiative du Parlement vient en soutien à un plan d'action présenté par la Commission européenne en février 2016.

En tant que membre de la commission de la pêche, je suis convaincue que c'est à travers la lutte contre ce type de trafic que nous pourrons endiguer la pêche illégale non documentée et non déclarée. Car c'est souvent à travers les contrôles à terre qu'on peut influer sur les actions en mer.

Concrètement, pour des espèces telles que l'anguille, très fortement sujette au braconnage, le contrôle devrait se traduire par la mise en œuvre de mécanismes de traçabilité, évitant ainsi aux pêcheurs licites de payer le prix d'une mauvaise réputation de la filière induite par des actes illicites fréquents.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o Akcijskom planu EU-a za suzbijanje nezakonite trgovine divljom faunom i florom. Smatram da prijedlog rezolucije adekvatno adresira uspostavljanje prevencije protiv nezakonite trgovine divljom faunom i florom naglašavajući važnost njenog suzbijanja za očuvanje okoliša, ali i za zaštitu vladavine prava te sustava ljudskih prava. Stava sam, također, da je potrebno povećati efikasnost u provođenju suzbijanja nezakonite trgovine faunom i florom koja bi se trebala temeljiti na višim kaznama te većoj učinkovitosti državnih represivnih aparata. Budući da je trgovina divljom faunom i florom problem koji ima globalne razmjere, a u kojem je Europska unija često tranzitna točka, potrebno je postići konsenzus na razini cijele međunarodne zajednice te ojačati globalno partnerstvo po tom pitanju.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o akcijskem načrtu EU za boj proti nezakoniti trgovini s prostoživečimi vrstami sem podprla. Na svetovni dan prostoživečih živali in rastlin leta 2015 je generalni sekretar ZN Ban Ki Mun izjavil, da je čas, da se začnejo resno obravnavati kazniva dejanja, povezana s prostoživečimi vrstami. Industrija s prostoživečimi živali in rastlina je postala kriminalna industrija vredna milijarde evrov. Potrebno si je prizadevat za zajezitev tega. Evropska unija je ena izmed glavnih akterjev za rešitev tega problema, saj je ena izmed ciljev trgovine kakor tudi je tranzitna pot. In ne samo to, Evropa je tudi sama izvorna točka te nezakonite trgovine. Zato je potrebno preprečiti nezakonito trgovino in najti njene vzroke. Učinkovito je potrebno izvajati in izvrševati veljavna pravila za boj proti organiziranemu kriminalu, povezanemu s prostoživečimi vrstami. Okrepiti moramo tudi globalno partnerstvo za lažje preprečevanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. La trata de especies silvestres se ha convertido en una industria criminal multimillonaria montada por grupos criminales. El plan de acción de la Unión propone una serie de medidas que considero imprescindibles y que buscan la cooperación de los actores implicados (dentro de la Unión y fuera). El informe hace un llamamiento a los Estados miembros para que incrementen el nivel de vigilancia a este respecto. Además de apoyar propuestas incluidas en el informe como una partida apropiada y unos recursos humanos necesarios para la implementación del plan o el monitoreo de la evaluación de los mecanismos llevados a cabo por los Estados, apoyamos también aquellas que salieron de la comisión de ENVI y del *shadow* del GUE/NGL, como introducir un punto sobre la importación de trofeos de caza, marfil, y la participación de ONG y de la sociedad civil en este proceso.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres. La trata de especies silvestres se ha convertido en una industria criminal multimillonaria montada por grupos criminales. El plan de acción de la Unión propone una serie de medidas que considero imprescindibles y que buscan la cooperación de los actores implicados (dentro de la Unión y fuera). El informe hace un llamamiento a los Estados miembros para que incrementen el nivel de vigilancia a este respecto. Además de apoyar propuestas incluidas en el informe como una partida apropiada y unos recursos humanos necesarios para la implementación del plan o el monitoreo de la evaluación de los mecanismos llevados a cabo por los Estados, apoyamos también aquellas que salieron de la comisión de ENVI y del *shadow* del GUE/NGL, como introducir un punto sobre la importación de trofeos de caza, marfil, y la participación de ONG y de la sociedad civil en este proceso.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu Komisijos kovos su neteisėta prekyba laukiniais augalais ir gyvūnais veiksmų planą, kuriame pabrėžiamas poreikis imtis suderintų veiksmų siekiant šalinti neteisėtos prekybos laukiniais augalais ir gyvūnais priežastis, veiksmingai taikyti ir įgyvendinti galiojančias taisykles.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the EU action plan against wildlife trafficking. Wildlife trafficking is an organised international crime which is estimated to be worth approximately EUR 20 billion annually and which has increased worldwide in recent years, becoming one of the biggest and most profitable forms of organised cross-border crime. The report welcomes the Commission's action plan against wildlife trafficking, which highlights the need for coordinated actions to address the causes of wildlife trafficking. It calls for a targeted and coordinated series of awareness-raising campaigns by the EU, third countries, stakeholders and civil society with the aim of reducing demand related to the illegal trade in wildlife products. I voted in favour because I strongly believe that that wildlife protection must be a key element in the EU's global poverty reduction strategies.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este Plan de Acción de la UE está integrado por 32 medidas de amplio espectro, diseñadas para mejorar la cooperación entre los distintos actores, hacer más efectivo el uso de las herramientas y políticas existentes y fortalecer las sinergias entre ellas, de manera que el tráfico de especies silvestres pueda ser atajado de forma global. La problemática ligada a los fenómenos de furtivismo y tráfico ilegal reporta cada año beneficios de entre 8 000 y 20 000 millones de euros, de ahí que se haya convertido en una de las actividades ilícitas organizadas más lucrativas a nivel mundial. Estas prácticas tienen un efecto desastroso sobre la biodiversidad y suponen una amenaza para la supervivencia de algunas especies como los elefantes, los rinocerontes, los grandes simios o los tigres. Además, especialmente en algunas regiones de África constituyen un incentivo para la corrupción y, por tanto, tienen un impacto ciertamente negativo sobre su potencial de desarrollo económico. En apoyo a aquellas actuaciones que refuercen los mecanismos de control, coordinación y cooperación en fronteras, así como que sirvan de apoyo técnico a los países de origen en el marco de los programas internacionales, he estimado oportuno votar a favor de este texto.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. –He votado a favor de esta resolución que acoge con satisfacción el plan de acción de la UE contra el tráfico de especies silvestres, presentado por la Comisión, puesto que en él se subraya la necesidad de emprender acciones coordinadas para abordar las causas de este tráfico, aplicar y hacer cumplir de forma efectiva las normas vigentes, y reforzar la cooperación mundial entre países de origen, tránsito y destino.

Asimismo el texto pide a la Comisión, a los Estados miembros, al Servicio Europeo de Acción Exterior, a Europol y a Eurojust que reconozcan que los delitos contra las especies silvestres constituyen una amenaza grave y cada vez mayor y que los aborden con la mayor urgencia posible. Además, insiste en la necesidad de planteamientos globales y coordinados entre los diferentes ámbitos políticos.

Dado que el texto también insta de forma urgente a garantizar una mayor protección para las zonas designadas como ecosistemas marinos vulnerables, las zonas marinas de importancia ecológica o biológica y los sitios de la red Natura 2000, mi voto ha sido favorable, puesto que apoya medidas imprescindibles para proteger y combatir el tráfico de especies silvestres.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my Labour colleagues, I voted in favour of this report as it remains fully in line with our initiatives in the field of wildlife protection and conservation as well as the tackling of wildlife crime. Wildlife crime needs to be recognised as a major international issue, with profound implications on the environment, governance, local economies, and so on. It requires urgent attention in terms of political and financial support for the countries affected by it, as well as a more responsible approach to global trade.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor, omdat de illegale handel in wilde dieren en planten een criminele miljardenindustrie geworden is die gedomineerd wordt door georganiseerde criminele groeperingen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le trafic d'espèces sauvages menacées et de leurs produits dérivés viole la souveraineté des États et met en danger des écosystèmes entiers.

Il constitue un manque à gagner substantiel au détriment des populations concernées, tout particulièrement dans les pays «en développement».

Il est souvent lié à d'autres crimes internationaux organisés, notamment les trafics d'armes et de drogue.

On ne peut donc que se féliciter que l'Union européenne veuille de plus en plus prendre en compte la gravité de ces crimes.

Ce rapport appelle à prendre des sanctions pénales dissuasives et à mettre en place les moyens humains, financiers et d'expertise nécessaires pour que celles-ci soient réellement appliquées.

Je regrette cependant que le texte incite à utiliser l'aide au développement dans ce but. Il faut impérativement utiliser des fonds distincts, issus par exemple des amendes imposées.

Je déplore aussi question de la biopiraterie ne soit pas une seule fois évoquée.

La lutte contre le braconnage à destination des marchés du luxe est certes primordiale, mais le trafic de données génétiques issues d'espèces sauvages et leurs bénéficiaires peu scrupuleux ne doivent pas être oubliés.

J'ai néanmoins voté pour ce rapport, qui va dans le bon sens.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O tráfico de espécies selvagens representa uma ameaça grave e crescente, não só para a sobrevivência de inúmeras espécies da flora e da fauna, mas também para o Estado de direito, os direitos humanos, a governação global, o bem-estar das comunidades locais e, sobretudo, a sobrevivência dos ecossistemas mundiais.

O comércio de espécies selvagens tornou-se um setor dominado por grupos criminosos organizados, envolvendo somas da ordem dos milhares de milhões. O risco de descoberta é baixo e o retorno financeiro elevado, atraindo grupos criminosos para a exploração ilegal de espécies selvagens capturadas e retiradas do ambiente selvagem a fim de financiarem as suas atividades criminosas.

A União Europeia e os países ricos são os maiores responsáveis por estes crimes na medida em que estes beneficiam do caos promovido pelo imperialismo no continente africano, usam os paraísos fiscais criados pelos grandes centros financeiros e finalmente são o destino final das mercadorias obtidas ilicitamente, seja na forma de peles, marfins ou outros derivados. Razões suficientes para não assobiar para o lado e agir o quanto antes de forma determinada.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die Mitgliedstaaten sind nicht nur Absatz-, sondern auch Ursprungsmarkt für den Handel mit gefährdeten europäischen Tier- und Pflanzenarten. Der österreichische Tier- und Pflanzenbestand muss nachhaltig geschützt werden – ein strukturierter Austausch der Mitgliedstaaten darüber (unter Einbeziehung von Europol) kann einen wesentlichen Anteil daran haben.

Weiteres ist ein Aktionsplan zur Bekämpfung des internationalen Artenhandels eine Kampfansage an Milizen und terroristische Gruppen, die unter anderem aus dem Handel mit wildlebenden Tier- und Pflanzenarten direkt oder indirekt finanziert werden.

Kritisch gegenüber stehen muss man der Forderung nach einem uneingeschränkten und umgehenden Verbot des Elfenbein- und Nashorn-Horn-Handels (auch des legalen staatlichen) mit der Option auf eine mögliche Ausweitung auf andere vom Aussterben bedrohte Arten. Ein kategorisches Verbot der Bejagung gewisser Tierarten fördert die Wilderei und den illegalen Handel mit z. B. Jagdtrophäen und hat somit den gegenteiligen Effekt, als vom EU-Aktionsplan beabsichtigt.

Auch von einer Anlehnung der geplanten/überarbeiteten Rechtsvorschriften an den US-Lacey-Act mit seinen Rechtswurzeln im amerikanischen Case-Law sollte man Abstand nehmen.

Diese Einwände stehen aber in keinem Verhältnis zu Themen wie Pflanzen- und Tierschutz bzw. Terrorismusbekämpfung.

Aus diesen Gründen habe ich für den Bericht gestimmt.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted for this report together with fellow Labour MEPs as it is fully in line with Labour's initiatives in the field of wildlife protection and conservation (at home and abroad) as well as the tackling of wildlife crime. Wildlife crime must be recognised as a major international issue, with profound implications for the environment, bio-diversity, governance, sustainable tourism, local economies, and so on. It requires urgent attention in terms of political and financial support for affected countries, as well as a more responsible approach to global trade. I would like to acknowledge the excellent work undertaken by civil society in raising awareness of the issue and helping to build public and political support. In line with my parliamentary work on this issue I have also taken personal action by sponsoring one of the threatened species, namely a young male Black Rhino called Lankieu.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă care salută Planul de acțiune al Comisiei împotriva traficului cu specii sălbatice.

Traficul cu specii sălbatice este o formă de criminalitate internațională organizată care are o valoare estimată la aproximativ 20 de miliarde EUR anual și a crescut în întreaga lume în ultimii ani, devenind una dintre cele mai mari și mai profitabile forme de criminalitate organizată transfrontalieră. Acest tip de trafic este strâns legat de alte forme de criminalitate gravă și organizată pe care le finanțează.

Traficul cu specii sălbatice are un impact negativ major asupra biodiversității, ecosistemelor existente, patrimoniului natural al țărilor de origine, resurselor naturale și conservării speciilor.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραπτώς.* – Το παράνομο εμπόριο άγριων ζώων είναι μια μάστιγα σύμφυτη με τον καπιταλιστικό τρόπο παραγωγής, καθώς ανθεί σε συνθήκες που το κυνήγι του κέρδους αποτελεί το κριτήριο της κάθε ανθρώπινης δραστηριότητας είτε με νόμιμο είτε με παράνομο τρόπο. Η έκθεση προτείνει ορισμένα μέτρα (κυρώσεις, ειδικές αναφορές σε εμπορικές συμβάσεις, ανταλλαγή πληροφοριών, χρηματοδοτική ενίσχυση ενεργειών ευαισθητοποίησης σε τρίτες χώρες) που επιδιώκεται να αξιοποιηθούν ως ευκαιρία διείσδυσης και ως μηχανισμός έμμεσης εμπορικής προστασίας προς όφελος επιχειρήσεων. Αναθέτει σε κατασταλτικούς μηχανισμούς, όπως Europol, Eurojust, ΕΥΕΔ, την εφαρμογή της πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης και στις «γνωστές» ΜΚΟ, άλλο ένα εργαλείο διείσδυσης με πρόσχημα την «ευαισθητοποίηση των τοπικών πληθυσμών». Η ενασχόληση της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το παράνομο εμπόριο εντάσσεται στους επιχειρηματικούς ανταγωνισμούς για τον έλεγχο πεδίων της αγοράς και καθόλου δεν αποσκοπεί στην πάταξη του λαθρεμπορίου ή την προστασία των άγριων ζώων, αφού στην καπιταλιστική οικονομία που υπηρετεί η Ευρωπαϊκή Ένωση δημιουργούνται οι προϋποθέσεις για να διαιωνίζονται τέτοια φαινόμενα και θυσιάζονται όλα στο βωμό της κερδοφορίας. Γι' αυτό η προστασία του περιβάλλοντος δεν μπορεί να αντιμετωπιστεί ανεξάρτητα από το κίνητρο της παραγωγής. Μόνο ένας δρόμος ανάπτυξης με οργάνωση οικονομίας και κοινωνίας που θα στηρίζεται στην κοινωνική ιδιοκτησία όλων των φυσικών πόρων με εργατική εξουσία μπορεί να διαμορφώσει τις προϋποθέσεις προστασίας του περιβάλλοντος.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Správu pani poslankyne Bearderovej o akčnom pláne proti nezákonnému obchodovaniu s voľne žijúcimi druhmi som podporila. Akčný plán EÚ, ktorý má byť plne implementovaný do roku 2020, má za cieľ najmä boj proti týmto trestným činom, ako aj posilnenie úlohy Európskej únie ako lídra v globálnom boji proti nelegálnym aktivitám namiereným proti voľne žijúcim druhom. S cieľmi, ako aj prístupom tohto akčného plánu súhlasím. Trestná činnosť spojená s voľne žijúcimi druhmi je vecou nadnárodného významu a treba si jednoznačne uvedomiť jej negatívne dopady na biodiverzitu, ako aj prípadné financovanie ďalšej trestnej činnosti práve prostredníctvom výnosov nelegálnej obchodnej činnosti s voľne žijúcimi druhmi. Práve preto by štáty mali považovať túto tému za vec politickej urgencie a mali by v boji proti činnosti ohrozujúcej voľne žijúce druhy zvoliť koordinovaný a efektívny prístup.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito.* – Votei favoravelmente o relatório Bearder por considerar que a UE e os Estados-Membros têm uma responsabilidade partilhada de travar o rápido declínio das espécies selvagens. Congratulo-me com o plano de ação da Comissão contra o tráfico de animais selvagens, que sublinha a necessidade de ações coordenadas para tratar as causas do tráfico de vida selvagem, para aplicar e fazer cumprir eficazmente as normas em vigor, e para reforçar a cooperação global entre países de origem, de trânsito e de destino.

Destaco o apelo às instituições e agências europeias a reconhecerem que os crimes contra a vida selvagem são uma ameaça grave e crescente e a conferirem a máxima urgência política à sua abordagem. Só através de uma abordagem abrangente e coordenada em domínios de intervenção como o comércio, o desenvolvimento, a política externa, os transportes e o turismo, a justiça e os assuntos internos poderemos preservar a biodiversidade para as gerações futuras.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto.* — Il traffico di fauna selvatica ha un valore stimato di 20 miliardi di euro all'anno e recentemente è cresciuto, diventando una delle più grandi e redditizie forme di criminalità organizzata transfrontaliera. Siamo di fronte alla quarta maggiore attività criminale organizzata sul pianeta. Poiché il rischio di essere scoperti è basso, mentre i profitti sono elevati, sfruttare le specie selvatiche catturate o rimosse illegalmente per finanziare la propria attività criminale risulta allettante per i gruppi criminali. È davvero giunto il momento di agire seriamente e insieme ai miei colleghi del M5S abbiamo chiesto il divieto totale e immediato a livello europeo del commercio, dell'esportazione o della riesportazione all'interno dell'UE e verso destinazioni al di fuori dell'UE dell'avorio e delle corna di rinoceronte. Abbiamo esortato gli Stati membri a definire gli opportuni livelli di sanzioni per i reati contro le specie selvatiche e abbiamo sollecitato la Commissione ad attivarsi per l'adozione di norme comuni relative alla definizione dei reati e delle sanzioni riguardanti il traffico di specie selvatiche. Le sanzioni contro il traffico della fauna selvatica devono essere molto severe per riflettere la gravità di questo reato e devono essere uguali in tutta l'UE. Ho dunque dato voto favorevole alla relazione.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o akcijskem načrtu EU za boj proti nezakoniti trgovini s prostoživečimi vrstami.

Nezakonita trgovina s prostoživečimi vrstami oblika organiziranega mednarodnega kriminala, ki naj bi bila vredna približno 20 milijard EUR letno, v zadnjih letih pa po vsem svetu narašča in postaja ena izmed največjih in najbolj dobičkonosnih oblik organiziranega čezmejnega kriminala.

Ker nezakonita trgovina s prostoživečimi vrstami zelo negativno učinkuje na biotsko raznovrstnost, obstoječe ekosisteme, naravno dediščino držav izvora, naravne vire in ohranjanje vrst podpiram dodelitev ustreznih finančnih in človeških virov, ki so potrebni za učinkovit zagon Akcijskega načrta za boj proti nezakoniti trgovini s prostoživečimi vrstami.

9.9. Neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen (A8-0304/2016 - Dominique Riquet)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Temat poruszany w niniejszym sprawozdaniu jest niezwykle ważny z licznych powodów. Dokument skupia się na wyzwaniach, jakie stoją przed firmami w sektorze transportowym, oraz na rekomendacjach, w jaki sposób wykorzystać istniejący potencjał.

Chciałabym dzisiaj zwrócić uwagę Państwa na szalenie ważny element, którego w omawianym dokumencie niestety zabrakło. Chodzi o jasność, praworządność oraz przewidywalność, które pozwalają przedsiębiorstwom rozwijać się i inwestować. Niestety, ze względu na działania podejmowane w niektórych państwach członkowskich, jak Francja czy Niemcy, wielu przedsiębiorców świadczących transgraniczne usługi znalazło się w sytuacji niejasności prawnej. Sytuacja ta w przypadku Niemiec trwa już od początku 2015 roku (za chwilę będą to dwa lata) i nadal nie została wyjaśniona przez Komisję Europejską.

Chciałabym bardzo jasno podkreślić, że problemem nie jest wprowadzenie płacy minimalnej – to decyzja bardzo pozytywna, którą trzeba rozważyć i pochwalić – problemem są natomiast niejasne zasady oraz ogrom obciążeń administracyjnych, które uderzą w najmniejsze przedsiębiorstwa. Sytuacja w sektorze transportowym ma ogromne przełożenie na konkurencyjność całej europejskiej gospodarki, chociażby ze względu na poziom kosztów transportowych. Dlatego chciałabym jeszcze raz z tego miejsca zaapelować do Komisji Europejskiej o jak najszybsze wyjaśnienie wątpliwości związanych ze stosowaniem płacy minimalnej w odniesieniu do różnych usług transportowych.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I was pleased to vote in favour of this report on unlocking opportunities for small transport businesses. The sharing economy's potential to create jobs and wealth and to tap into underused resources, its collaborative function, and even its vision for improved resource consumption, make it a good fit for modern-day society. However, the report acknowledges the impact that the take-up of digital technologies in the sector can have on working conditions. It is termed the 'gig economy' for a reason.

Our efforts are rightly focused on improving the wage-earning opportunities and ensuring competition for small transport businesses. It is important to make the economy more inclusive in this regard. Ireland is in the vanguard of embracing opportunities within collaborative business models, according to a recent Eurobarometer poll. I therefore welcome the recommendations offered in this report on how to ensure that the collaborative transport sector, as popularised by Uber, works for everyone involved.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La presente relazione si propone di analizzare la realtà delle piccole imprese di trasporto in Europa, soprattutto alla luce delle nuove opportunità offerte dalla digitalizzazione e dai modelli di economia collaborativa. L'obiettivo principale è modificare le attuali norme sul trasporto internazionale e sul cabotaggio, allo scopo di superare le gravi perturbazioni dei mercati nazionali dei trasporti verificatesi in seguito all'introduzione del regolamento (CE) n. 1072/2009 del Parlamento europeo e del Consiglio, come i fenomeni di dumping sociale e di concorrenza sleale da parte di imprese provenienti in particolare dall'est Europa. Nello specifico, si chiede di migliorare l'accesso al credito per le piccole imprese, di introdurre un quadro normativo multimodale ammodernato che promuova l'innovazione e la competitività, la protezione dei consumatori e dei loro dati e la tutela dei diritti dei lavoratori. Per questi motivi ho votato favorevolmente.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque considero que la economía colaborativa, en la que se centra el informe no supone una nueva oportunidad, sino una etiqueta que distrae la atención de los cambios experimentados en los sectores afectados. No debe confundirse la oportunidad tecnológica que ofrecen los nuevos desarrollos tecnológicos con su utilización para precarizar el trabajo en el sector respectivo y eludir las obligaciones fiscales y sociales existentes, por ejemplo en el transporte: una realidad que no debe esconderse, ni disfrazarse.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — While this voting list offered many new opportunities for small transport businesses, it made no differentiation between a transport company and those transport sharing services operating in the collaborative economy. There were elements of the file that were in essence the thin end of the wedge to allowing for recognition of Uber, etc. More so, it calls for a single European transport area, to which we are opposed.

Eric Andrieu (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport sur l'économie numérique et les transports, tant il a été détourné de son objectif. Le développement des plateformes numériques dans les transports doit être encadré, et je ne peux que regretter que ce rapport contienne des éléments qui visent à limiter la capacité des États à règlementer des plateformes comme Uber. C'est contradictoire avec le message envoyé en faveur d'un cadre règlementaire modernisé, notamment pour défendre les droits des travailleurs.

Je soutiens avec force les innovations qui relèvent clairement de l'économie collaborative, fondamentalement basée sur le partage, comme BlaBlaCar dans le secteur des transports.

Mais ça va mieux en le disant: Uber et ses clones n'appartiennent pas à l'économie collaborative! Ceux qui le prétendent font fausse route! Il s'agit davantage d'une économie de plateformes numériques pour laquelle une régulation est indispensable. Ma responsabilité en tant que socialiste est de lutter contre les formes de dumping social et fiscal afin de garantir les droits des travailleurs, de lutter contre la précarisation des parcours, d'assurer la formation des chauffeurs et de promouvoir une concurrence équitable au profit des petites entreprises face aux grandes entreprises.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už pranešimą dėl naujų galimybių mažosioms transporto įmonėms. Trūkstant svarbių statistinių duomenų sunku suvokti tikrąją mažųjų transporto įmonių padėtį Europoje. Mažąsias transporto įmones sunku vertinti, nes jos yra labai skirtingo pobūdžio, priklausančio nuo transporto rūšies, šalies, teikiamų paslaugų tipo ir rinkos, kurioje jos veikia, konkurencinės struktūros. Tačiau šios įmonės atlieka svarbų vaidmenį vežant ir keleivius, ir prekes ir palengvina istoriškai didžiųjų įmonių organizuojamą judumą. Geriau išmanydamos vietos rinkos subtilybes, būdamos arčiau klientų ir (arba) dažnai būdamos lanksčios ir gebėdamos kurti inovacijas mažosios įmonės išvystė individualų vežimą, ypač likusias paskutines mylias tankiai apgyvendintose vietovėse. Deja, apibrėžties „transporto paslaugų teikėjai“ teisinis netikrumas trukdo įgyvendinti sąžiningą konkurenciją ir mažina daugelio mažųjų įmonių užmojus, o įvairia ir ES, ir nacionaliniu lygmeniu mažosioms įmonėms prieinama viešąja pagalba ne visada lengva pasinaudoti, terminai nelabai atitinka inovacijų ciklus. Pritariu, kad Europa turi būti atidesnė mažosioms įmonėms bei imtis aktyvesnių veiksmų siekiant sukurti bendrą Europos transporto erdvę ir suvienodinti teisės aktų taikymą, pagerinti vartotojų apsaugą ir skatinti sąžiningą konkurenciją bei labiau suderinti vietos institucijų ir mažųjų transporto įmonių veiksmus, siekiant pagerinti judumą miestuose, dėl kurio ateityje į aplinką bus išskiriama mažiau anglies dioksido.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ της έκθεσης σχετικά με νέες ευκαιρίες για μικρές μεταφορικές επιχειρήσεις, συμπεριλαμβανομένων των συνεργατικών επιχειρηματικών μοντέλων, διότι θεωρώ πως οι εν λόγω επιχειρήσεις αποτελούν αναπόσπαστο κομμάτι της κινητικότητας στην Ευρώπη.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui vise à améliorer les performances des petites entreprises de transport, notamment en raison de l'importance qu'a pris l'internet dans le passage des commandes de livraison ou de transport de passagers.

Les défis pour les petites entreprises de transport sont définis assez justement. Les problèmes du dumping social, de la répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport de marchandises ou de passagers sont abordés.

Mais, une fois encore, l'idéologie européiste aveugle les recommandations. La principale d'entre elles, visant à permettre un développement harmonieux et compétitif des petites entreprises de transport, serait l'intégration du marché des transports, en uniformisant les législations. En clair, une fois de plus, un nivellement par le bas dans les pays d'Europe occidentale et septentrionale… Ici, comme dans la plupart des rapports européistes, certaines orientations reviennent sans cesse, notamment une uniformisation du cadre juridique (sauf pour les charges salariales, sociales et fiscales), une libéralisation accentuée et un rejet des subventions de manière générale, et des considérations cosmétiques: la diminution de la pollution et la lutte contre le dumping social qui sont pourtant la conséquence logique et immédiate des deux points précédents, mais qui ne servent qu'à l'affichage politique.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted against this resolution as the United Kingdom is already investing heavily in small transport and the over-regulation that this resolution talks about is caused by the EU itself.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte: il est nécessaire de prendre en compte les défis auxquels sont confrontées les entreprises de transport. Avec des moyens souvent limitées, elles doivent faire face à une demande de mobilité grandissante sous la contrainte d'infrastructures limitées et d'exigences environnementales. De fait, il faut agir dans le but d'achever l'espace européen unique des transports en prenant en compte les spécificités des différents acteurs du secteur.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He apoyado este informe de iniciativa porque presenta una serie recomendaciones para que las pymes de transporte puedan beneficiarse del potencial que ofrece las nuevas formas de economía colaborativa. Además, en él se recoge la necesidad de suplir varios de los vacíos en normativa de la Unión, especialmente en materia fiscal y social, que están siendo utilizados para que algunas empresas, aunque sean pequeñas de momento, se escapen a la reglamentación nacional en materias tan importantes como seguridad social, derecho de los consumidores, en cuanto a la calidad del servicio y la seguridad. Apoyo la innovación en el sector del transporte y las iniciativas por un transporte más eficiente que permitan a las pymes beneficiarse de las nuevas tecnologías. Sin embargo, no estoy de acuerdo en la desregulación y el «todo vale» para ofrecer un servicio más barato en detrimento de los derechos de los trabajadores, la fiscalidad a las empresas y la seguridad en el transporte. Estaré por tanto atenta a las medidas anunciadas para el año próximo por la Comisión Europea.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Alors que l'intérêt du sujet est réel, le rapport est miné par un point de vue idéologique et européiste; entre uniformisation du cadre juridique, libéralisation outrancière et rejet des subventions, le tout à peine masqué par des considérations pseudo-écologiques, ce rapport tirerait à coup sûr les pays d'Europe occidentale et septentrionale vers le bas. J'ai voté contre.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Toutes les entreprises dont il est question jouent un rôle crucial pour le transport des passagers comme des marchandises en mettant de l'huile dans les rouages d'une mobilité historiquement structurée par les «grands». Grâce à une connaissance du marché local plus fine, une plus grande proximité avec le client et/ou souvent une agilité et une capacité à innover, les petites entreprises améliorent le transport individuel de passagers, notamment lors du fatidique dernier kilomètre dans les zones densément peuplées. De même, dans les zones enclavées où la construction d'une infrastructure ferroviaire ou l'organisation d'un transport collectif seraient trop coûteuses, la voiture particulière est souvent le seul moyen de déplacement possible pour certaines catégories de la population.

Les petites entreprises de transport sont donc consubstantielles à la mobilité européenne. Or elles regorgent de talents qui ont besoin d'un environnement favorable pour se déployer. C'est là que le régulateur peut et doit accomplir sa mission en constituant un environnement réglementaire, social et fiscal le plus favorable possible. Ainsi les petites entreprises de transport seront à même de transformer en opportunités les nombreux défis qui se posent à elles aujourd'hui, au premier rang desquels la révolution des TIC.

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione Riquet sulle nuove opportunità per le piccole imprese di trasporto, compresi i modelli di economia collaborativa. Si tratta di un testo importante che analizza le difficoltà e le opportunità per le PMI, le microimprese e le start up, nel settore dei trasporti, mantenendo come riferimento i nuovi modelli commerciali e il contesto dell'economia collaborativa. La crescita dell'economia digitale e l'emergere delle piattaforme stanno mutando profondamente l'ambiente in cui le piccole imprese di trasporto si trovano ad operare, con nuove sfide che derivano anche dallo sviluppo di veicoli connessi e autoguidati. Realtà complesse che richiedono nuovi strumenti e impegni a livello europeo volti a favorire una crescita equa e una corretta concorrenza nel mercato emergente. Il testo approvato sottolinea la necessità di produrre un quadro giuridico chiaro, in particolare per le piattaforme, che consenta di realizzare finalmente un vero spazio unico europeo dei trasporti, con misure per affrontare le pratiche anticoncorrenziali, per incoraggiare start up europee e per garantire investimenti adeguati. L'approccio europeo è l'unico possibile per creare un vero sistema integrato di mobilità e per sostenere l'emergere di nuovi modelli di *business*.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar en contra de este informe, porque entiendo no se posiciona con suficiente rotundidad frente a los riesgos que conlleva la aparición incontrolada de algunas plataformas digitales en el sector transporte. Entiendo que la aparición de nuevos operadores en el mercado, no debe menoscabar los derechos de los operadores ya presentes, ni la capacidad de las autoridades públicas competentes de definir sus estrategias de movilidad.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Malheureusement, ce rapport est un nouvel exemple de la capacité des institutions européennes à reconnaître les conséquences d'une situation qu'ils ont eux-mêmes créée mais à proposer des solutions qui ne feront que répéter ce schéma destructeur.

Ainsi, le texte de M. Riquet pose les bons constats relatifs aux défis auxquels doivent faire face les petites entreprises de transport: dumping social ou encore répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport qui se font souvent au détriment des petites entreprises ou des auto-entrepreneurs au profit des grandes entreprises.

Cependant, les remèdes proposés se veulent létaux puisqu'encore et toujours la solution préconisée passe par une harmonisation des législations nationales; comme d'habitude, leur raisonnement est le suivant: l'UE est dysfonctionnelle? Il faut donc plus d'UE! L'uniformisation des législations, notamment en matière de sécurité et de formation, conduirait en réalité à un nivellement par le bas, empêchant les industries nationales d'être compétitives, au nom de la sacro-sainte lutte contre la distorsion de concurrence.

Parce que je crois au savoir-faire et au potentiel des entreprises françaises de transport, j'ai voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur avendo il testo spunti condivisibili, vi sono passaggi poco chiari che potrebbero dar luogo a criticità future, mi sono quindi espressa con un voto di astensione.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas pasisakė dėl mažųjų transporto įmonių padėties Europoje. Mažosios transporto įmonės atlieka svarbų vaidmenį užtikrinant sklandų judumą Europoje, bet dažnai joms sunku patekti į šią rinką arba joje išsilaikyti, ypač dėl monopolijų šioje rinkoje. Mažosios įmonės suteikia papildomos naudos visų pirma atokioms ir tankiai apgyvendintoms vietovėms, nes puikai žino vietos rinką, yra arti klientų ir (arba) gyvybingos ir geba kurti inovacijas. Taip pat, mažosios įmonės gali teikti pritaikytas paslaugas ir padeda kovoti su socialine atskirtimi, kurti darbo vietas, ekonominę veiklą, tobulinti judumo valdymą ir prisidėti prie turizmo plėtros. Transporto įmonės susiduria su problemomis, siekdamos reaguoti į didėjantį judumo poreikį esant neišvystytoms infrastruktūroms ir vis didesniems aplinkosaugos reikalavimams. Visos transporto priemonės patiria spaudimą pateikti saugius, tvarius ir labai konkurencingus sprendimus, kurie būtų pagal COP21 aplinkos požiūriu atsakingi, ir sumažinti spūstis, tačiau mažosioms įmonėms su tuo sunkiau ir brangiau susidoroti. Todėl Parlamentas ragina valstybes nares panaikinti perteklinį reguliavimą, kuris dažnai susijęs su protekcionizmo ir korporatyvizmo refleksais, kuriuo skatinamas vidaus rinkos susiskaidymas, sudėtingėjimas ir nelankstumas bei didinama nelygybė.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól ezért nagyon fontos, hogy a plenáris napirendjére került. Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban.

Le kell azonban szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többlet-terhet róhat rájuk. Ezért nem tudom támogatni a jelentésnek ezen pontját. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Strinjam se, da je potrebno zagotoviti nove priložnosti za mala prevozna podjetja in sem podprl poročilo, saj se ta srečujejo z velikimi izzivi pri odzivanju na naraščajoče potrebe po mobilnosti ob omejeni infrastrukturi in vse večjih okoljskih zahtevah. Prav tako jih pri tem ovira sedanja pravna negotovost, neenaki konkurenčni pogoji in težak dostop pri razvijanju in ponujanju novih storitev. Zato je treba podpreti nove priložnosti, ki jih zagotavljajo majhna prevozna podjetja ter nove sodelovalne in poslovne modele. Ovire, ki so povzročene z neenako uporabo predpisov EU med državami članicam, pa je potrebno odpraviti in tako zagotoviti večjo konkurenčnost ter enake pogoje za vse.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Con lo sviluppo di nuovi modelli economici, le piccole e medie imprese europee soprattutto nel settore dei trasporti si trovano confrontate a sfide notevoli per rispondere a una domanda crescente di mobilità, con il vincolo di infrastrutture limitate e crescenti requisiti ambientali. Tutte queste imprese svolgono un ruolo essenziale per il trasporto di passeggeri e merci, proprio dove le «grandi» reti di trasporti non arrivano a fornire i propri servizi. Per far fronte a questa esigenza, il settore si è rivelato terreno fertile per l'economia collaborativa, sistema in grado di ottimizzare l'incontro tra offerta e domanda sul mercato, mettendo però spesso in difficoltà le PMI in termini di prezzo e competitività. Sostengo dunque la relazione presentata dal Parlamento europeo in quanto contiene proposte finalizzate a tradurre queste numerose sfide in altrettante opportunità per le PMI. Questo vuol dire accelerare gli sforzi al fine di completare lo spazio unico europeo dei trasporti, ponendo fine alle disparità nell'applicazione del diritto in materia. Da sottolineare inoltre è l'interesse posto nell'analisi di nuovi modelli di economia collaborativa volto a incoraggiare una convergenza tra economia tradizionale e piattaforme collaborative per favorire innovazione, protezione dei consumatori e concorrenza leale in un quadro legislativo flessibile e armonizzato.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I supported this resolution as it suggested how to transform current challenges into new opportunities for small transport businesses. First of all, I consider that a more integrated European mobility system is the best way to offer a better and competitive environment to all companies. Last, I think new forms of service provision in the goods transport sector need to be taken into consideration looking at the potential of new technologies.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le piccole imprese di trasporto in Europa sono più difficili da valutare poiché i loro profili sono diversi, secondo il Paese, il tipo di servizio prestato e la struttura concorrenziale del mercato in cui operano.

Si riscontrano: imprese a conduzione familiare, PMI, microimprese, imprese artigiane e imprese di nuova creazione. Tutte svolgono un ruolo essenziale per il trasporto dei passeggeri e delle merci, grazie ad una conoscenza del mercato locale più fine, una maggiore vicinanza al cliente e/o un'agilità e capacità d'innovazione.

Le nuove tecnologie, accessibili per le piccole imprese, ottimizzando l'incontro dell'offerta con la domanda, introducono un radicale sconvolgimento, che pone, per le piccole imprese, la sfida di trarre vantaggio dalla transizione digitale. Vi è inoltre l'urgente necessità per il settore del trasporto, di diminuire le sue emissioni di carbonio.

Infine, importanti sono i problemi nell'applicazione del diritto per cui le piccole imprese subiscono maggiormente la mancanza di uno spazio unico europeo dei trasporti. Pertanto bisogna accelerare gli sforzi per completare tale spazio unico, per favorire l'innovazione, la protezione dei consumatori e la concorrenza leale; e per organizzare una migliore concertazione tra le autorità locali e le piccole imprese di trasporto per migliorare la mobilità urbana.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à contribuer au développement et à accroître les performances des petites entreprises de transport. Au lieu de s'attaquer aux menaces qui pèsent réellement sur les professionnels du secteur comme le dumping social au sein de l'Union européenne, exacerbé par la directive sur le détachement des travailleurs, ou le problème lié à la répartition inégale des bénéfices avec les plateformes de commandes, ce rapport profite de ce sujet pour déverser la propagande habituelle de l'Union européenne. En effet, il est demandé d'uniformiser les cadres juridiques nationaux, et d'achever la libéralisation de ces activités notamment en rejetant toutes les subventions nationales. Or la première mesure favorisera le dumping social avec une harmonisation sociale vers le bas des systèmes de protection sociale tandis que la seconde affaiblira les entreprises soutenues par le biais d'un patriotisme économique. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii (IMM-urile) constituie motorul principal al economiei europene, reprezentând în 2014 99,8 % din toate întreprinderile din sectorul nefinanciar.

În ultimii ani, IMM-urile creatoare de locuri de muncă se găsesc în principal în sectorul serviciilor, jucând un rol esențial în buna funcționare a mobilității în Europa. Din păcate, ele se confruntă adesea cu dificultăți în ceea ce privește accesul și menținerea pe piață, în special din cauza prezenței monopolurilor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece consider că este necesar un cadru normativ și administrativ care să încurajeze investițiile și accesul la finanțare, asigurând în același timp creșterea durabilă și locuri de muncă de calitate în întreprinderile mici din sectorul transporturilor.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato in favore della relazione in questione che prevede nuove opportunità di sviluppo per le piccole imprese di trasporto e ne favorisce la qualità dei servizi offerti. La domanda crescente di mobilità e le conseguenti pressioni per apportare soluzioni sicure e sostenibili rappresentano una sfida difficile per le piccole imprese soprattutto in termini di costi. A tal proposito, il Fondo europeo per gli investimenti strategici (FEIS) può essere uno strumento utile per contribuire allo sviluppo di soluzioni innovative di mobilità per le PMI che operano nel settore dei trasporti. È fondamentale migliorare la mobilità urbana, attraverso una maggiore collaborazione tra autorità locali e le piccole imprese, soprattutto in previsione dei futuri cambiamenti legati al settore dei trasporti. La relazione ha lo scopo di tradurre queste sfide in concrete opportunità, attuando lo spazio unico europeo dei trasporti e promuovendo una convergenza tra economia tradizionale e le piattaforme, in modo tale da sostenere l'innovazione.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The UK is already investing in the future of small transport businesses. In 2013, UK competitiveness recovered in comparison to the rest of the EU and the world. The report calls for Member States to put an end to over-regulation. However we know through the EU's REFIT programme that they admit to over-regulation themselves.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that time is ripe for the Commission to present a road map on connected cars, and to analyse the potential effects that the widespread use of this technology could have on the European transport sector. One of the big challenges for the future is to create a positive business environment for entrepreneurs in the collaborative economy. The proposed measures/recommendations need to help attain a level playing field, reduce bureaucratic burdens, ensure sufficient workers and consumer rights whilst at the same time laying the foundations for enterprises to take advantage of all available opportunities to grow.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione mira ad analizzare il settore delle piccole imprese di trasporto in Europa, una realtà molto difficile da tracciare, alla luce delle nuove opportunità offerte dalla digitalizzazione e dai modelli di economia collaborativa. Vengono quindi fatte alcune proposte importanti di sviluppo in questo senso. Tra queste: la richiesta di revisione del regolamento 1072/2009 (la cui introduzione ha creato perturbazioni sui mercati nazionali) che regolamenta le attuali norme sul trasporto internazionale e sul cabotaggio; la creazione di strutture di cooperazione tra piccole imprese di trasporto, istituti di ricerca scientifica e autorità locali e regionali per favorire la mobilità sostenibile; l'identificazione di un quadro normativo multimodale ammodernato che promuova l'innovazione e la competitività, la protezione dei consumatori e dei loro dati, la tutela dei diritti dei lavoratori. Ho votato certamente a favore.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le imprese di trasporto europee devono affrontare sfide notevoli per rispondere all'aumento della domanda di mobilità e ai crescenti requisiti ambientali. Queste sfide possono e devono essere trasformate in opportunità.

In particolare, credo che lo sviluppo di modelli collaborativi di impresa possa dare un grande contributo all'ottimizzazione dell'uso dei veicoli e delle infrastrutture, indebolendo le posizioni di monopolio esistenti e permettendo anche alle piccole imprese di emergere in questi settori.

Tuttavia, molte rimangono le questioni aperte in materia di economia collaborativa e trasporto, sia a livello nazionale che a livello europeo. Ritengo che gli Stati membri debbano porre fine al fenomeno dell'eccessiva regolamentazione, che frammenta il mercato interno e non garantisce chiarezza ai prestatori e ai fruitori di servizi di trasporto. Allo stesso tempo, l'Unione è chiamata a realizzare un quadro giuridico chiaro e multimodale, che promuova l'innovazione e la competitività, nonché la protezione dei consumatori e dei loro dati.

Ho ritenuto di votare a favore della relazione in quanto credo che il completamento dello spazio unico europeo dei trasporti sia indispensabile per il funzionamento del mercato interno, ma sia anche una grande opportunità di sviluppo per le piccole e medie imprese europee.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokratiet er for platformsøkonomi og anerkender fuldt ud de gevinster, onlineplatforme i transportsektoren kan medføre i form af f.eks. mindre klima- og miljøbelastning og øget fleksibilitet. Derfor er vi optaget af at sikre fair vilkår for platformsøkonomien. Samtidig er det afgørende for os at bevare de ordnede forhold på det danske arbejdsmarked for at forhindre social dumping og unfair konkurrence. Vi insisterer på, at onlineplatforme, der leverer tjenesteydelser og skaber profit, opfylder deres forpligtelser i forhold til arbejdstagerrettigheder, skatteindbetaling og sikkerhed for forbrugerne.

I betænkningen udtrykkes kritik af regulering og af samarbejde mellem regering, folketing og arbejdsmarkedets parter, som fungerer godt i Danmark og andre lande. Vi har derfor undladt at stemme for betænkningen.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την έκθεση και τονίζουμε πως οι μικρές επιχειρήσεις μεταφοράς αποτελούν αναπόσπαστο κομμάτι της κινητικότητας στην Ευρώπη. Επιπλέον διαθέτουν άφθονα ταλέντα που χρειάζονται ευνοϊκό περιβάλλον για να εκφραστούν. Αυτή είναι λοιπόν η αποστολή που μπορεί και πρέπει να επιτελέσει ο νομοθέτης: να διαμορφώσει όσο το δυνατόν πιο ευνοϊκές ρυθμιστικές, κοινωνικές και φορολογικές συνθήκες. Μόνο έτσι θα καταφέρουν οι μικρές επιχειρήσεις να μετατρέψουν σε ευκαιρίες τις πολυάριθμες προκλήσεις που αντιμετωπίζουν σήμερα, και πρωτίστως τις προκλήσεις που οφείλονται στην επανάσταση των ΤΠΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση σχετικά με νέες ευκαιρίες για μικρές μεταφορικές επιχειρήσεις, συμπεριλαμβανομένων των συνεργατικών επιχειρηματικών μοντέλων, αποτελεί μια προσπάθεια αναζωογόνησης και ώθησης του τομέα των επιχειρήσεων μεταφορών, εστιάζοντας ιδιαίτερα στις μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις. Παρότι περιλαμβάνει θετικά στοιχεία, συγκεκριμένες αναφορές σε εργασιακά ζητήματα με βρίσκουν αντίθετο και γι' αυτό τον λόγο αποφάσισα να απέχω.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Il ruolo delle piccole e medie imprese in Europa è a dir poco singolare: rappresentano il 99,8 % di tutte le imprese del settore non finanziario e sono responsabili dei due terzi di tutti i posti di lavoro. Rappresentano una realtà che, unita al fondamentale e crescente peso di logistica e trasporti, richiede misure ad hoc per svilupparsi in toto. Pertanto, appoggio la relazione con la fiducia di far sbocciare nuove opportunità per le piccole imprese di trasporto. Si tratta di un settore assai complicato e, dunque, le sfide sono molte quali la domanda crescente di mobilità con il vincolo di infrastrutture limitate e crescenti requisiti ambientali ai quali è difficile fare fronte. Tuttavia, bisogna imporsi di trasformare le sfide in opportunità compiendo sforzi per completare lo spazio unico europeo dei trasporti e stabilendo regolamentazioni che impongano nuovi requisiti alle piccole imprese più adatti alla loro conformazione e alle loro necessità, segnatamente in materia fiscale. Congiuntamente, si invita a un efficace utilizzo del Fondo europeo degli investimenti strategici, esso va, perciò, accelerato nella sua attuazione per aumentarne l'assistenza destinata alle piccole imprese e alle start up nella preparazione di progetti innovativi basati sullo sviluppo di nuove soluzioni di mobilità.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the Report on new opportunities for small transport businesses, including collaborative business models.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Todas as empresas desempenham um papel crucial para o transporte de passageiros e mercadorias. Graças a um conhecimento mais específico do mercado local, uma maior proximidade do cliente e capacidade de inovação, as pequenas empresas melhoram o transporte individual de passageiros. As pequenas empresas de transportes são, portanto, inerentes à mobilidade europeia.

As novas tecnologias modernizam fortemente a economia da mobilidade. Essas plataformas, nomeadamente as ligadas à economia colaborativa, otimizando simultaneamente a afetação da oferta e da procura, introduzem uma mudança radical no panorama dos transportes.

Em face da chegada de novos operadores, a incerteza jurídica relativa à definição dos prestadores dos serviços de transporte impede a criação de uma concorrência leal e entrava muitas ambições das pequenas empresas. Apoio a necessidade de acelerar esforços para concluir o espaço único europeu de transportes, pondo fim às disparidades na aplicação do Direito.

Devemos incentivar uma convergência entre a economia tradicional e as plataformas, e seus modelos de economia colaborativa, de modo a favorecer a inovação, a proteção dos consumidores e uma concorrência leal.

Pelo exposto, apoio o presente relatório, que contribuirá para a melhoria da mobilidade urbana que no futuro será totalmente hipocarbónica.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore in quanto il provvedimento incoraggia una convergenza tra l'economia tradizionale e le nuove piattaforme - tra cui i modelli di economia collaborativa - in modo da favorire l'innovazione, la protezione dei consumatori e la concorrenza leale tra le piccole imprese di trasporto che svolgono oggi un ruolo essenziale per il trasporto dei passeggeri e delle merci rendendo più agevole una mobilità storicamente articolata per le «grandi» aziende grazie anche a una conoscenza del mercato locale più accurata.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Sustainable development and the revolution in the field of information and communication technology have created unprecedented opportunities and challenges for firms of all sizes in terms of responding to the increasing demand for sustainable mobility within the constraints of limited infrastructure. This is a reality and we need to combat anti-competitive practices by large integrated groups to tackle discrimination and market access restrictions.

I agree with the rapporteur who calls for integrated and coordinated European mobility system as the best way of properly integrating all companies offering all modes of transport into a common dynamic process in which digitisation and promoting innovation from within the transport sector is most effective method of ensuring that customers have a single coherent system and that professionals are best placed to add value.

Consumer expectations seek easily accessible, convenient and flexible ways to use transport services while prices are maintained reasonable.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque considero que la economía colaborativa, en la que se centra el informe no supone una nueva oportunidad, sino una etiqueta que distrae la atención de los cambios experimentados en los sectores afectados. No debe confundirse la oportunidad tecnológica que ofrecen los nuevos desarrollos tecnológicos con su utilización para precarizar el trabajo en el sector respectivo y eludir las obligaciones fiscales y sociales existentes, por ejemplo en el transporte: una realidad que no debe esconderse, ni disfrazarse.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le piccole imprese di trasporto svolgono un ruolo essenziale per il trasporto dei passeggeri e delle merci, grazie a una conoscenza del mercato locale più fine, una maggiore vicinanza al cliente e spesso un'agilità e capacità di innovazione. Pertanto, credo sia importante definirne un contesto normativo, sociale e fiscale quanto più favorevole possibile, soprattutto alla luce delle evoluzioni tecnologiche che vedono in questo settore un terreno molto fertile. In quest'ottica, è importante che gli Stati membri sviluppino una risposta strutturata di business collaborativo, che favorisca la competitività. A tal fine credo che il completamento di un'unica area europea dei trasporti, affiancata da misure per affrontare le prassi anticompetitive, sia la chiave per incoraggiare lo sviluppo delle start up e per assicurare che i fondi EFSI siano resi disponibili anche nel settore dei trasporti.

Andi Cristea (S&D), *în scris*. – Întreprinderile mici de transport reunesc toate acele întreprinderi care prestează servicii de transport de pasageri sau de mărfuri. Toate acestea joacă un rol decisiv în transportul de călători și de mărfuri, facilitând mobilitatea. Importanța informației și comunicării în domeniul transporturilor a făcut ca acest sector să devină în mod natural un teren fertil pentru economia digitală, iar prima provocare pentru aceste întreprinderi o reprezintă tranziția digitală. Chiar dacă sunt participanți activi sau nu, acestea trebuie să se adapteze pentru a evita declinul.

În prezent, din cauza diferențelor de aplicare a legislației și a utilizării ei neconforme, distorsiunile economice și sociale ale pieței rămân larg răspândite, iar, în același timp, întreprinderile mici sunt grav afectate de către absența unui spațiu european unic al transporturilor.

Am votat pentru accelerarea eforturilor în vederea finalizării spațiului european unic al transporturilor, punând capăt astfel unor nereguli izvorâte din lacunele legislative.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól. Rámutat arra, hogy minden fuvarozással foglalkozó vállalkozásra nyomás nehezedik, hogy biztonságos, fenntartható, rendkívül versenyképes, innovatív, a COP21-nek megfelelő, környezettudatos megoldásokat kínáljon. Úgy véli, hogy az Uniónak több innovatív induló vállalkozásra és egyben fiatal vállalkozókra van szüksége a fuvarozási ágazatban. Megjegyzi, hogy az új technológiák, drónok hatalmas potenciált jelentenek az áruszállítási ágazatban. Illetve felkéri a Bizottságot, hogy a tagállamok együttműködve fejlesszenek ki együttműködési és kommunikációs platformokat.

A jelentés 37. pontjában megfogalmazottakkal viszont nem értek egyet, mert az megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban. Egyrészt erre vonatkozó megbízható adat nem áll rendelkezésre, továbbá ha a kis-és középvállalkozó fuvarozóknak be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást, ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róna rájuk. Ezért a jelentésnek ezen pontját nem támogattam. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The transport sector faces many challenges and possibilities in the emergence of the collaborative economy. A coherent European approach is needed to support the emergence of new business models and SMEs and to provide services with and alongside existing operators on the market. I am in favour of this own-initiative report which identifies both the challenges and opportunities for small businesses in the transport sector while also encouraging the completion of a single European transport area.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I chose to abstain on this item because, whilst the report makes many admirable conclusions and I welcomed the attack on protectionist barriers in transport, I could not support the claims and implications of 'social dumping' also contained in the report. The report claims new business models such as Uber can create distortions in terms of pay and social security systems, thereby leading to 'social dumping' and then goes on to suggest that a coordinated multi-modal European regulatory framework is the best way these new businesses have of outcompeting established firms in the market.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Întreprinderile mici și mijlocii joacă un rol decisiv în transportul de călători și de mărfuri, facilitând mobilitatea, structurată tradițional de către „marii actori". Ele au avantajul de a cunoaște mai bine pieţele locale, sunt mai apropiate de clienți și aduc beneficii importante în zonele dens populate, dar și în zonele îndepărtate în care construirea infrastructurii feroviare sau organizarea transportului în comun ar fi prea costisitoare, iar autoturismul particular este adesea singurul mijloc de transport posibil pentru anumite categorii de populație.

Susțin deci sprijinirea acestor întreprinderi - întreprinderi familiale, IMM-uri, microîntreprinderi, întreprinderi artizanale sau start-up-uri - pentru că ele operează pe un segment de piață bine definit și depind adesea de întreprinderile mari, fără a urmări neapărat o creștere exponențială. În plus, ele își aduc o contribuție importantă la asigurarea mobilității cetățenilor la nivel european.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'economia collaborativa sta concorrendo in maniera attiva allo sviluppo di forme e modelli di impresa più efficienti e sostenibili, in particolare nel settore dei trasporti e della mobilità urbana. Una vera e propria risorsa importante che spesso va a beneficio dei consumatori, che hanno maggiore scelta a costi più bassi, e migliorano la connettività nelle regioni periferiche, montane e rurali. D'altro canto, come sostenuto nel testo della relazione Riquet sulle nuove opportunità per le piccole imprese di trasporto, compresi i modelli di economia collaborativa, l'autoregolamentazione dei mercati oppure l'attuale frammentazione normativa a livello nazionale, talvolta addirittura regionale o locale, non garantiscono un ambiente normativo adeguato per lo sviluppo delle piccole imprese europee e delle start up innovative nel settore dei trasporti. La vera sfida che ci attende, infatti, sarà quella di stabilire un campo di azioni e regole coordinate a livello europeo, che garantisca il pieno sviluppo di questi nuovi modelli di business collaborativi, ma che allo stesso tempo sia equo nei confronti degli attori dell'economia tradizionale, che non devono rimanere ingiustamente penalizzati da una concorrenza sleale o dalla mancanza di certezza giuridica in merito da una precisa definizione di prestatori di servizio nel settore dei trasporti.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative contient plusieurs propositions visant à transformer de nombreux défis en opportunités pour les petites entreprises de transport. En effet, parmi ces propositions se trouvent celles qui visent à accélérer les efforts pour achever l'espace unique européen des transports, mettre fin aux disparités dans l'application de la loi, encourager la convergence entre l'économie traditionnelle et les plates-formes d'intermédiation, y compris les modèles de collaboration, et enfin organiser une meilleure coordination entre les autorités locales et les petites entreprises de transport afin d'améliorer la mobilité urbaine, qui devrait être décarbonée dans un avenir très proche.

Considérant que ces mesures sont des moyens efficaces permettant de promouvoir l'innovation, de protéger les consommateurs et la concurrence loyale, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de ce rapport sur les nouvelles opportunités pour les petites entreprises de transport. Ce rapport présente des recommandations crédibles pour que les petites entreprises, sources d'innovation, du secteur du transport ne succombent pas aux pratiques anticoncurrentielles des grands groupes. Dans ce contexte, il me semble particulièrement important que l'Union européenne encourage la coordination entre les autorités locales et les PME pour améliorer la qualité des offres de transports.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól ezért nagyon fontos, hogy a plenáris napirendjére került. Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban.

Le kell azonban szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róhat rájuk. Ezért nem tudom támogatni a jelentésnek ezen pontját. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Kleine vervoersondernemingen met een uiteenlopend profiel, van familiebedrijven tot kmo's, van ambachtelijke bedrijven tot beginnende innovatieve ondernemingen, spelen een grote rol in het vervoer van zowel goederen als personen. Omdat ze doorgaans beter de lokale markt kennen en dichter bij hun klanten staan, leveren ze vaak erg waardevolle diensten, ook en vooral in het fijnmazig vervoersnetwerk.

Aangezien nieuwe informatie- en communicatietechnologieën nu ook toegankelijk zijn geworden voor deze kleine vervoersondernemingen, kan de sector voluit moderniseren, waarbij niet alleen de leverancier en de klant beter af zullen zijn, maar er ook positieve effecten kunnen optreden voor het duurzame gebruik van de beperkte capaciteit van onze vervoersinfrastructuur. Het spreekt voor zich dat het van groot belang is dat het Europese beleid deze evolutie niet belemmert door slecht afgestelde regels die enkel op maat zijn van de grotere ondernemingen.

Dit verslag ijvert voor een zo gunstig mogelijk regelgevend, sociaal en fiscaal klimaat voor de kleine vervoersondernemingen, zodat ook zij zich kunnen aanpassen en kunnen inspelen op de opportuniteiten die geboden worden door deze nieuwe technologieën. Daarom steunen de Europarlementsleden van de N-VA dit verslag.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto provengo da un paese come l'Italia, in cui le piccole e medie imprese sono fondamentali per lo sviluppo territoriale. L'economia collaborativa, di cui sono convinta sostenitrice, mette in moto l'economia digitale a cui le piccole e medie imprese di trasporto possono accedere per l'ottimizzazione dell'uso dei veicoli e la riduzione dei costi. Inoltre, le ridotte dimensioni delle PMI hanno spesso il vantaggio di essere più competitive sul territorio che coprono, sia nelle zone densamente popolate, sia in quelle più isolate, per la loro conoscenza del mercato locale, maggiore vicinanza al cliente e capacità di innovazione.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte.

Ce texte vise à améliorer les performances des petites entreprises de transport. Le dumping social, le problème de la répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport de marchandises ou de passagers sont les principales difficultés rencontrées par ces dernières.

Les solutions proposées à ces difficultés réelles sont néanmoins insatisfaisante, puisque le texte propose l'instauration d'un marché unique impliquant notamment une uniformisation du cadre juridique et une limitation des aides publiques. Nous ne saurions donc soutenir ce rapport.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих становището относно новите възможности за малките транспортни предприятия, в това число съвместните бизнес модели.

В доклада се подчертава, че държавите членки трябва да се справят със свръхрегулациите и антиконкурентното поведение, което води до фрагментиране на правилата и създава затруднения за малките предприятия. Призовава се за хармонизиране на правилата за достъп до регулираните професии и дейности, които ще улеснят развитието на нови оператори и услуги, свързани с цифровите платформи.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Σήμερα εξαιτίας των αποκλίσεων αλλά και των αστοχιών στην εφαρμογή του δικαίου εξακολουθούν να υπάρχουν οικονομικές και κοινωνικές στρεβλώσεις της αγοράς, ενώ οι μικρές επιχειρήσεις πλήττονται ακόμη περισσότερο από την απουσία ενός γνήσιου ενιαίου ευρωπαϊκού χώρου μεταφορών. Υπερψηφίζουμε την έκθεση, καθώς συμφωνούμε με τον εισηγητή και τις προτάσεις του, προκειμένου να μετατραπούν οι πολυάριθμες προκλήσεις σε ευκαιρίες για τις μικρές επιχειρήσεις.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól ezért nagyon fontos, hogy a plenáris napirendjére került. Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban.

Le kell azonban szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róhat rájuk. Ezért nem tudom támogatni a jelentésnek ezen pontját. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Vote contre: l'intérêt du sujet est réel mais le rapport est vicié par son appréhension européiste, utopiste et faussement écolo-sociale.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende focar-se na necessidade de dinamizar o mercado dos transportes, ao nível das pequenas e médias empresas, dando um especial enfoque às empresas da chamada economia colaborativa. Na verdade, o que visa é branquear os processos em curso de desregulação do sector e aplanar caminho às multinacionais que ambicionam dominá-lo.

O relatório diagnostica a realidade do sector, com referências à existência de monopólios (o que não seria bom para o seu desenvolvimento), a grande flexibilidade trazida pela digitalização, em contraponto com a sobrerregulamentação, protecionismo e corporativismo que põem em causa o mercado interno.

O relatório congratula-se com a emergência dos novos modelos da economia colaborativa, que a UE deve apoiar (considerando as oportunidades abertas pelos FEIE e tendo em conta que a maioria das que operam no mercado interno são americanas), criticando-se a resposta fragmentada dos Estados-Membros face ao crescimento destes modelos, o que seria incoerente com o potencial e os benefícios do sector e contrário às expectativas dos consumidores.

O relatório faz, ainda, a apologia de modelos de trabalho flexíveis, que seriam benéficos para os trabalhadores. O relatório esconde a falta de apoios às políticas públicas de transportes e às estratégias públicas de mobilidade. O seu objetivo é outro: promover as UBER desta vida. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto ritengo necessario supportare il ruolo di quelle piccole e medie imprese, ma anche start up, che operano nel settore dei trasporti. In particolare giudico positivo la richiesta di misure di semplificazione normativa, legate ad un quadro giuridico chiaro e proporzionato per le piccole imprese di trasporto, insieme al bisogno di regolare con norme europee il crescente utilizzo di veicoli leggeri per il trasporto internazionale di merci.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo in quanto da un certo punto di vista è una relazione positiva che critica la troppa legislazione e burocrazia in materia, ma dall'altra presenta alcuni passaggi troppo neoliberisti.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Σήμερα εξαιτίας των αποκλίσεων αλλά και των αστοχιών στην εφαρμογή του δικαίου εξακολουθούν να υπάρχουν οικονομικές και κοινωνικές στρεβλώσεις της αγοράς, ενώ οι μικρές επιχειρήσεις πλήττονται ακόμη περισσότερο από την απουσία ενός γνήσιου ενιαίου ευρωπαϊκού χώρου μεταφορών. Υπερψηφίζω την έκθεση, καθώς συμφωνώ με τον εισηγητή και τις προτάσεις του, προκειμένου να μετατραπούν οι πολυάριθμες προκλήσεις σε ευκαιρίες για τις μικρές επιχειρήσεις.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. — The report criticises anti-competitive practices which can lead to serious distortions such as social dumping. It notes the importance of flexible working models as negotiated with social partners, while also emphasising the opportunities in increased digitalisation in monitoring driving time and rest time. It warns of the dangers of a concentration of data by a limited number of platforms. It also notes the importance of decarbonisation in the sector, and the role of public transport in rural and remote areas which should be maintained. The transport sector faces many challenges and possibilities in the emergence of the collaborative economy. A coherent European approach is needed to support the emergence of new business models and SMEs and to provide services with

and alongside existing operators on the market.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe teniendo presente que las pequeñas empresas de transporte son particularmente difíciles de evaluar, puesto que sus perfiles son muy variados en función del modo de transporte, el país, el tipo de servicio prestado y la estructura competitiva del mercado en el que operan. Gracias a su conocimiento más minucioso del mercado local, su mayor proximidad con el cliente y, a menudo, su agilidad y capacidad de innovación, las pequeñas empresas mejoran el transporte de pasajeros individuales, especialmente en las zonas más alejadas de las grandes urbanizaciones. Estas empresas deben aprovechar la transición digital y responder de manera respetuosa con el medio ambiente a las crecientes necesidades de movilidad. No obstante, desde las instituciones de la Unión, debemos acelerar los esfuerzos destinados a poner en marcha el espacio único europeo de transporte para ayudar a crear un sector más competitivo y eficiente.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He apoyado este informe de iniciativa porque presenta una serie recomendaciones para que las pymes de transporte puedan beneficiarse del potencial que ofrece las nuevas formas de economía colaborativa.

Además, en él se recoge la necesidad de suplir varios de los vacíos en normativa de la Unión, especialmente en materia fiscal y social, que están siendo utilizados para que algunas empresas, aunque sean pequeñas de momento, se escapen a la reglamentación nacional en materias tan importantes como seguridad social, derecho de los consumidores, en cuanto a la calidad del servicio y la seguridad.

Apoyo la innovación en el sector del transporte y las iniciativas por un transporte más eficiente que permitan a las pymes beneficiarse de las nuevas tecnologías. Sin embargo, no estoy de acuerdo en la desregulación y el «todo vale» para ofrecer un servicio más barato en detrimento de los derechos de los trabajadores, la fiscalidad a las empresas y la seguridad en el transporte. Estaré por tanto atenta a las medidas anunciadas para el año próximo por la Comisión Europea.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. –He apoyado este informe de iniciativa porque presenta una serie recomendaciones para que las pymes de transporte puedan beneficiarse del potencial que ofrece las nuevas formas de economía colaborativa.

Además, en él se recoge la necesidad de suplir varios de los vacíos en normativa de la Unión, especialmente en materia fiscal y social, que están siendo utilizados para que algunas empresas, aunque sean pequeñas de momento, se escapen a la reglamentación nacional en materias tan importantes como seguridad social, derecho de los consumidores, en cuanto a la calidad del servicio y la seguridad.

Apoyo la innovación en el sector del transporte y las iniciativas por un transporte más eficiente que permitan a las pymes beneficiarse de las nuevas tecnologías. Sin embargo, no estoy de acuerdo en la desregulación y el «todo vale» para ofrecer un servicio más barato en detrimento de los derechos de los trabajadores, la fiscalidad a las empresas y la seguridad en el transporte. Estaré por tanto atenta a las medidas anunciadas para el año próximo por la Comisión Europea.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Le piccole, medie e microimprese costituiscono il 99 % delle imprese europee. Si contano circa 21 milioni di PMI, che danno lavoro a circa 133 milioni di persone. Parallelamente, oltre ad essere un settore chiave dell'economia, i trasporti contribuiscono in misura determinante allo sviluppo economico (4,8 % in valore aggiunto lordo totale per i 28 paesi dell'UE) e creano oltre 11 milioni di posti di lavoro in Europa. Le PMI attive nel settore del trasporto rendono più agevole la mobilità laddove risulta troppo articolata per le grandi imprese (compagnie aeree, navali e ferroviarie) sia per il trasporto di persone che di merci. Quindi, le piccole imprese di trasporto sono parte integrante della mobilità europea. In un Europa che prevede il coinvolgimento delle PMI nello sviluppo tecnologico attraverso diverse misure di finanziamento, anche le piccole industrie per il trasporto devono essere incluse. Infine, i singoli individui che creano start up nel settore del trasporto possono essere considerati come liberi professionisti. I liberi professionisti, in Europa, sono 4 milioni e corrispondono a 11 milioni di posti di lavoro. Anche nel caso del settore dei trasporti, dobbiamo continuare a lottare per far sì che la loro attività venga riconosciuta come pari a quelle delle PMI.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für den „Bericht über neue Chancen für kleine Verkehrsunternehmen einschließlich solcher, die kollaborative Geschäftsmodelle verfolgen" gestimmt, weil ich glaube, dass es durchaus moderne Alternativmodelle zu Bus, Bahn und Taxi geben kann. Allerdings fordert der Bericht die Mitgliedstaaten explizit dazu auf, Probleme zu benennen – etwa Steuerbetrug – und aus den Herausforderungen gesetzliche Lösungen zu entwickeln.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich befürworte das Bestreben, kleinen Verkehrsunternehmen neue Möglichkeiten zu schaffen, da es angesichts technologischer Neuerungen, neuer Geschäftsmodelle und der Digitalisierung zum Wandel in der Verkehrsbranche gekommen ist. Es besteht die Notwendigkeit, kohärente und nachhaltige Rahmenbedingungen zu etablieren, in denen Innovation, Konsumentenschutz und fairer Wettbewerb gewährleistet sind.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – The UK is already investing in the future of small transport businesses. In 2013 the UK competitiveness recovered in comparison to the rest of the EU and the world. This report called for EU Member States to put an end to over-regulation, however, we know through the EU's REFIT programme that they admit to over-regulation themselves: so who is to blame here? I voted against this resolution.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report which underlines the necessity to support transport SMEs at European level. Investing in these businesses and deploying synergies between different Member States is vital for developing the single European transport area in a manner that benefits passengers. With more detailed knowledge of the local market, greater proximity to the customer and in many cases agility and ability to innovate, small businesses are instrumental in improving transport for each individual passenger.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar en contra de este informe, porque entiendo no se posiciona con suficiente rotundidad frente a los riesgos que conlleva la aparición incontrolada de algunas plataformas digitales en el sector transporte. Entiendo que la aparición de nuevos operadores en el mercado, no debe menoscabar los derechos de los operadores ya presentes, ni la capacidad de las autoridades públicas competentes de definir sus estrategias de movilidad.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – În calitate de raportor alternativ pentru Comisia pentru transport și turism, am votat acest raport datorită propunerilor concrete de îmbunătățire a situației întreprinderilor mici de transport prin crearea de noi oportunități. IMM-urile din domeniul transporturilor trebuie să facă față multor provocări pentru a rezista pe piață. Instituțiile europene și naționale trebuie să le sprijine.

În cadrul raportului, am propus ca statele membre și Comisia să ia măsuri adecvate pentru a combate practicile anticoncurențiale ale marilor grupuri integrate aferente marilor transportatori. De asemenea, am solicitat să se publice o foaie de parcurs privind eliberarea datelor referitoare la transportul finanțat din fonduri publice, pentru asigurarea transparenței. În plus, raportul solicită și instituirea unor structuri de cooperare între întreprinderile mici de transport, institutele de cercetare și autoritățile locale și regionale, cu scopul de a organiza mobilitatea urbană și interurbană.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which underlines the necessity to support transport SMEs at European level. European Member States will benefit hugely from improving the European transport area. This will be of great benefit to small businesses and to passengers.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. –He apoyado este informe de iniciativa porque presenta una serie recomendaciones para que las pymes de transporte puedan beneficiarse del potencial que ofrece las nuevas formas de economía colaborativa.

Además, en él se recoge la necesidad de suplir varios de los vacíos en normativa de la Unión, especialmente en materia fiscal y social, que están siendo utilizados para que algunas empresas, aunque sean pequeñas de momento, se escapen a la reglamentación nacional en materias tan importantes como seguridad social, derecho de los consumidores, en cuanto a la calidad del servicio y la seguridad.

Apoyo la innovación en el sector del transporte y las iniciativas por un transporte más eficiente que permitan a las pymes beneficiarse de las nuevas tecnologías. Sin embargo, no estoy de acuerdo en la desregulación y el «todo vale» para ofrecer un servicio más barato en detrimento de los derechos de los trabajadores, la fiscalidad a las empresas y la seguridad en el transporte. Estaré por tanto atenta a las medidas anunciadas para el año próximo por la Comisión Europea.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση είναι γραμμένη με σκοπό να εκπροσωπήσει τα συμφέροντα των πολυεθνικών επιχειρήσεων των μεταφορών, προκειμένου να δημιουργηθεί ένα σταθερό νομικό πλαίσιο για τις προσπάθειες που αποσκοπούν στην προώθηση της ανάπτυξης της συνεργατικής οικονομίας και, στο όνομα του εν λόγω νομικού πλαισίου, θεωρεί ότι η ασφάλεια χρησιμοποιείται ως πρόσχημα για τη δημιουργία τεχνητών εμποδίων. Η έκθεση αυτή υπερασπίζεται το επιχειρηματικό πνεύμα, όχι όμως και τα δικαιώματα των εργαζομένων, ζητώντας πιο ευέλικτες σχέσεις εργασίας και χρόνου εργασίας. Επίσης υπερασπίζεται τον Ενιαίο Ευρωπαϊκό Χώρο Μεταφορών, που είναι ο ευρωπαϊκός τρόπος για να προωθηθεί η ιδιωτικοποίηση του τομέα. Η έκθεση δεν αναφέρει ένα ισχυρό δίκτυο δημόσιων συγκοινωνιών, δεν εξηγεί γιατί τα μέσα μαζικής μεταφοράς έχουν χαμηλή χρήση και ανάπτυξη σε ορισμένες περιοχές. Επίσης δεν αναφέρεται πουθενά κάποιος στόχος για επανεπένδυση σε μέσα μαζικής μεταφοράς, ενισχύοντας τα δημόσια δίκτυα, αλλά αναφέρει ότι: «Οι ΜΜΕ αποτελούν σημαντικό συμπληρωματικό στοιχείο». Γι' αυτούς τους λόγους θεωρούμε ενδεδειγμένη στάση αυτή της καταψήφισης.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on new opportunities for small transport business. Transport business across the EU faces considerable challenges in order to respond to the increasing demand for mobility in a sector that is particularly complex concerning safety and environmental regulation. Small transport businesses are finding it harder and more expensive than ever to remain in this competitive market due to over-regulation, in particular regarding access to the profession, the marketing of transport services and subsidisation. This resolution calls on the Member States to end this over-regulation and specifically to improve the serious disruption that has occurred on national transport markets in several states since the introduction of regulation EC No 1072/2009.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – This report deals with the issue of small transport undertakings that are particularly hard to evaluate because of varied profiles depending on the mode of transport, country, type of service provided and the competition structure of the market in which they operate. There are family businesses, SMEs, micro-businesses, craft trades and start-ups. As they all fall to a greater or lesser extent within the interstices of the mobility system, they each require a differentiated Approach. I voted in favour.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o novim prilikama za mala prijevoznička poduzeća, uključujući poslovne modele temeljene na suradnji jer su upravo mala i srednja poduzeća glavni pokretač europske ekonomije, te im treba pomoći da se izazovi, stavljeni pred njih u ovom Izvješću, pretvore u prilike. Sva prijevoznička poduzeća pod pritiskom su da ponude sigurna, održiva i visoko konkurentna rješenja kojima se istodobno štiti okoliš u skladu sa sporazumom COP21 i ograničava gužva. Malim poduzećima teže je i skuplje suočiti se s tim i mnogim drugim izazovima, stoga ovo Izvješće smatra da svaka regulativa, kojom se malim poduzećima nameću novi uvjeti, između ostalog u poreznim, socijalnim i ekološkim pitanjima, mora biti razmjerna, jednostavna i jasna, ne smije kočiti njihov razvoj i kad je to potrebno mora odražavati regionalna i nacionalna obilježja pojedinih država članica.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport compte un certain nombre de remarques très justes sur le problème du dumping social ou de la répartition des profits, mais l'ensemble est terni par l'idéologie européiste dans ses recommandations visant l'intégration du marché des transports par l'uniformisation des législations. Malgré l'intérêt réel du sujet, le reste des orientations appelle à une libéralisation plus affirmée et à un intérêt faussement écologiste et social, en définitive un nivellement par le bas.

J'ai voté contre.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Dominique Riquet relatif aux nouvelles opportunités pour les petites entreprises de transport. L'objectif de ce texte est de mettre en place un cadre normatif favorable et de mettre fin aux disparités législatives qui entravent le développement des nouvelles entreprises de transport, notamment celles issues de l'économie collaborative. J'apporte mon soutien à ce texte qui s'attache à mettre en lumière les conséquences de ces disparités qui mènent à de graves distorsions, comme le dumping qui doit être vivement combattu.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il contient un certain nombre de propositions visant à créer des opportunités pour les petites entreprises de transport: accélérer les efforts pour achever l'espace unique européen des transports, mettre fin aux disparités nationales, encourager la convergence entre l'économie traditionnelle et les plateformes afin de promouvoir l'innovation, de protéger les consommateurs et de favoriser la concurrence loyale ou encore organiser une meilleure coordination entre les autorités locales et les petites entreprises de transport pour améliorer la mobilité urbaine dans une perspective de développement durable.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht geht auf kleine Verkehrsunternehmen – Kleinstunternehmen und Familienunternehmen – ein. Solche kleinen Verkehrsunternehmen sind für die Mobilität in den europäischen MS von wesentlicher Bedeutung, jedoch leiden diese Unternehmen derzeit unverhältnismäßig stark unter dem Fehlen eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums. Der Berichterstatter versucht daher, möglichst günstige regulatorische, soziale und steuerliche Rahmenbedingungen zu schaffen und jene Vorteile, die derzeit KMUs genießen, auch diesen Kleinstunternehmen zukommen zu lassen, um ihnen dadurch eine grenzüberschreitend Tätigkeit zu ermöglichen. Daher stimme ich für den vorliegenden Bericht.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokratiet er for platformsøkonomi og anerkender fuldt ud de gevinster, onlineplatforme i transportsektoren kan medføre i form af f.eks. mindre klima- og miljøbelastning og øget fleksibilitet. Derfor er vi optaget af at sikre fair vilkår for platformsøkonomien. Samtidig er det afgørende for os at bevare de ordnede forhold på det danske arbejdsmarked for at forhindre social dumping og unfair konkurrence. Vi insisterer på, at onlineplatforme, der leverer tjenesteydelser og skaber profit, opfylder deres forpligtelser i forhold til arbejdstagerrettigheder, skatteindbetaling og sikkerhed for forbrugerne.

I betænkningen udtrykkes kritik af regulering og af samarbejde mellem regering, folketing og arbejdsmarkedets parter, som fungerer godt i Danmark og andre lande. Vi har derfor undladt at stemme for betænkningen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A közlekedésben tevékenykedő kis- és középvállalkozások jelentős szerepet játszanak az európai utakon történő forgalom lebonyolításában és jelentős mértékben hozzájárulnak az EU gazdaságához és a munkahelyteremtéshez. A most megszavazott jelentés e vállalatok előtt álló lehetőségekről és kihívásokról szól ezért nagyon fontos, hogy a plenáris napirendjére került. Sajnos azonban ezzel a pozitív vonallal ellentétesnek érzem a jelentés 37-es pontját, amely megkérdőjelezi a könnyűgépjárművekre vonatkozó derogációt arra hivatkozva, hogy indokolatlanul magas a jelenlétük a nemzetközi forgalomban.

Le kell azonban szögeznünk, hogy erre vonatkozó megbízható adatok nincsenek és ha ezeknek a fuvarozóknak is be kellene tartaniuk a 3,5 tonna fölötti járművekre vonatkozó összes előírást ez aránytalanul magas pénzügyi és adminisztratív többletterhet róhat rájuk. Ezért nem tudom támogatni a jelentésnek ezen pontját. Összességében azonban egyetértek a jelentéssel és szavazatommal támogattam azt.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained from voting on this report since while I am sharing many points that the rapporteur has presented here, the report as a whole lacks clarity and requires further research especially when it comes to the differentiation between SME and collaborative business models.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих създаването на нови възможности за малките транспортни предприятия, тъй като те са включени в системата за мобилност в по-голяма или по-малка степен и всяко от тези предприятия изисква диференциран подход. Малките и средните предприятия се възползват от редица помощи, извършват дейност в един добре определен пазарен сегмент и често зависят от големи предприятия, докато стартиращите предприятия в повечето случаи създават свои собствени пазари чрез използването на дадена идея, отличават се с по-голяма гъвкавост и често имат необходимия потенциал, за да се развиват на международно равнище.

Благодарение на по-детайлно познаване на местния пазар, по-голяма близост с клиента и/или често способност за бърза реакция и способност за иновации, малките предприятия подобряват индивидуалния превоз на пътници в гъсто населените райони. По същия начин, в отдалечените райони, където изграждането на железопътна инфраструктура или организацията на обществен транспорт биха били прекалено скъпи, лекият автомобил е често единственото възможно превозно средство за транспорт за определени групи от населението.

Именно тук законодателят може и трябва да изпълнява своята мисия чрез създаването на възможно най-благоприятна регулаторна, социална и данъчна среда. По този начин малките транспортни предприятия ще могат да превърнат във възможности множеството предизвикателства, пред които са изправени днес.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Demand for transport in the EU is growing and undoubtedly SMEs and in particular small transport businesses will play an ever increasing role in meeting this demand. It is important to note that the EU is supporting the development of transport SMEs through a range of programmes, notably through the executive agency for SMEs (EASME) and programmes such as COSME and the SME instrument within the Horizon 2020 framework programme, thus stimulating market access for innovative SMEs. However, in order to unleash the full potential of small transport business the EU should try to remove the barriers SMEs face when applying for EU subsidies. The EU should also support innovation in the sector by enhancing a supranational European approach towards collaborative business models and by completing the single European transport area.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport car il est perverti par l'idéologie intégrationniste, ce qui le rend inacceptable.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport intitulé «Nouvelles opportunités pour les petites entreprises de transport». Les défis pour les petites entreprises de transport sont définis assez justement. Sont notamment pointés: le problème du dumping social, le problème de la répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport de marchandises ou de passagers (au profit des plateformes et au détriment des petites entreprises, notamment unipersonnelles, familiales ou auto-entrepreneurs, qui contrairement aux grandes entreprises ne peuvent pas lutter pour une meilleure répartition de la valeur ajoutée à leur profit).

Malheureusement, une fois de plus, l'idéologie européiste aveugle le plus souvent les recommandations: la principale d'entre elles serait l'intégration du marché des transports, en uniformisant les législations, notamment en matière d'exigence de sécurité, de formation, exigences qui sont vues comme un moyen de distorsion de concurrence. En clair, une fois de plus, un nivellement par le bas dans les pays d'Europe occidentale et septentrionale. Dommage: l'intérêt du sujet est réel, mais le rapport est vicié par son appréhension européiste, utopiste et faussement écolo-sociale.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Alors que l'intérêt du sujet est réel, le rapport est miné par un point de vue idéologique et européiste; entre uniformisation du cadre juridique, libéralisation outrancière et rejet des subventions, le tout à peine masqué par des considérations pseudo-écologiques, ce rapport tirerait à coup sûr les pays d'Europe occidentale et septentrionale vers le bas. J'ai voté contre.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre nuevas oportunidades para pymes de transporte, porque pretende la optimización del uso de los vehículos y de la infraestructura, haciendo más sostenible el transportes, el fomento de un mercado más orientado hacia el consumidor, tiene en cuenta las oportunidades de negocio para pymes, hace una crítica indirectamente la regulación estricta a la que está sometido parte del sector de transportes (número de licencias, derechos exclusivos) que en algunos casos se utilizan indebidamente como «barreras injustificadas» y critica la adopción de medidas injustificadas unilaterales que unos países y otros no han tomado sobre la legalidad de las plataformas.

El informe pide, asimismo, una clara distinción entre los intermediarios con ánimo de lucro y autónomos, de aquellos que tienen una relación de dependencia y por tanto deben de operar como asalariados y respetar las obligaciones de seguridad social, cotizaciones, desempleo etc.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Mala prijevoznička poduzeća u Europi poboljšavaju individualni prijevoz putnika te imaju ključnu ulogu u prijevozu putnika i robe. Radi dobrog poznavanja lokalnog tržišta, povezanosti s klijentom te sposobnosti za inovacije, mala prijevoznička poduzeća su ključni element europske mobilnosti te doprinose povećanju kvalitete individualnog prijevoza putnika.

Izvješće nudi nekoliko prijedloga za pretvaranje brojnih izazova u prilike za mala poduzeća, poput jačanja europskog prometnog prostora, uklanjanja razlika u primjeni prava, poticanja konvergencije između tradicionalnog gospodarstva i platformi među koje se ubrajaju i poslovni modeli temeljeni na suradnji te jačanja koordinacije između lokalnih vlasti i malih prijevozničkih poduzeća u cilju bolje mobilnosti.

Budući da novi poslovni modeli, digitalizacija i tehnološka otkrića znatno mijenjaju sektor prijevoza i snažno utječu na tradicionalne poslovne modele, kao i na radne uvjete i zapošljavanje u tom sektoru, podržala sam ovo izvješće.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Transport businesses face considerable challenges in order to respond to the increasing demand for mobility within the constraints of limited infrastructure and increasing environmental requirements. We have to develop cooperation and communication platforms in order to advise and train SMEs with regard to different funding schemes, grants and internationalisation and to promote innovations in the sharing economy.

Louis-Joseph Manscour (S&D), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à une communication de la Commission sur l'économie collaborative et traite du récent développement de plateformes dans le secteur des transports (par exemple Uber, Blablacar, Heetch…).

Ce texte met en exergue les incertitudes sur le statut juridique de ces plateformes sans toutefois trancher la question. Les avis de la CJUE sur les différentes affaires qui opposent «Uber» à plusieurs États membres seront déterminants pour trancher sur la nature juridique des plateformes. Il souligne aussi les risques liés à l'émergence de monopoles dans ce secteur et appelle à favoriser une saine concurrence entre les plateformes au bénéfice des petites et moyennes entreprises.

Néanmoins, ce texte n'apporte pas les garanties nécessaires à la protection sociale ainsi qu'aux droits des travailleurs, garanties auxquelles les Socialistes et démocrates sont particulièrement attachés. Par conséquent, je vote contre ce rapport.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με νέες ευκαιρίες για μικρές μεταφορικές επιχειρήσεις, συμπεριλαμβανομένων των συνεργατικών επιχειρηματικών μοντέλων, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 23 Νοεμβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω έκθεση δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Fulvio Martusciello (PPE), *in writing*. – I expressed a favourable vote for the report on new opportunities for small transport businesses, including collaborative business models. Currently, there are a variety of circumstances hindering the establishment of fair competition and growth of small businesses. In order to manage and improve these situations, the report has proposed a list of ideas, which seem to have a positive impact on small businesses by bringing opportunity and change. By supporting the report, we can look forward to providing even safer, more sustainable, and more competitive small businesses.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die Verwirklichung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraums kann die unterschiedliche Anwendung von Rechtsvorschriften beseitigen, die es kleinen Verkehrsunternehmen derzeit sehr schwer macht, grenzüberschreitend tätig zu werden.

Kleinen Verkehrsunternehmen müssen die gleichen Vorteile wie KMUs zuteilwerden, da erstgenannte einen wichtigen Beitrag zur Mobilität in den Mitgliedstaaten leisten.

Deshalb stimme ich der vorliegenden Fassung zu.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Mažąsias transporto įmones sunku vertinti, nes jos yra labai skirtingo pobūdžio, priklausančio nuo transporto rūšies, šalies, teikiamų paslaugų tipo ir rinkos, kurioje jos veikia, konkurencinės struktūros. Tačiau šios įmonės atlieka svarbų vaidmenį vežant ir keleivius, ir prekes ir palengvina istoriškai didžiųjų įmonių organizuojamą judumą. Geriau išmanydamos vietos rinkos subtilybes, būdamos arčiau klientų ir (arba) dažnai būdamos lanksčios ir gebėdamos kurti inovacijas mažosios įmonės išvystė individualų vežimą, ypač likusias paskutines mylias tankiai apgyvendintose vietovėse. Deja, apibrėžties „transporto paslaugų teikėjai“ teisinis netikrumas trukdo įgyvendinti sąžiningą konkurenciją ir mažina daugelio mažųjų įmonių užmojus, o įvairia ir ES, ir nacionaliniu lygmeniu mažosioms įmonėms prieinama viešąja pagalba ne visada lengva pasinaudoti, terminai nelabai atitinka inovacijų ciklus. Pritariu, kad Europa turi būti atidesnė mažosioms įmonėms bei imtis aktyvesnių veiksmų siekiant sukurti bendrą Europos transporto erdvę ir suvienodinti teisės aktų taikymą, pagerinti vartotojų apsaugą ir skatinti sąžiningą konkurenciją bei labiau suderinti vietos institucijų ir mažųjų transporto įmonių veiksmus, siekiant pagerinti judumą miestuose, dėl kurio ateityje į aplinką bus išskiriama mažiau anglies dioksido.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans la logique du renforcement du marché unique européen dans le secteur des transports et donc dans la casse du service public et la libéralisation.

Ainsi il soutient la poursuite des efforts en vue d'achever l'espace européen unique des transports. Il invite les États membres à «évaluer la nécessité d'adapter leur droit du travail à l'ère numérique en tenant compte des caractéristiques des modèles de l'économie collaborative et du droit du travail de chaque État membre». Ce qui équivaut à un soutien aux entreprises du type UBER, que je combats. Je vote contre ce texte et soutient au contraire les services publics de transport.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de fixer à la Commission un cadre d'intervention pour améliorer les performances des petites entreprises de transport, notamment en raison de l'importance qu'a pris l'internet dans le passage des commandes de livraison ou de transport de passagers. Les défis auxquels sont confrontées les petites entreprises de transport sont définis assez justement. Ainsi, la problématique du dumping social et celle de la répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport de marchandises ou de passagers sont bien ciblés.

Cependant, le rapport est critiquable sur plusieurs points: l'uniformisation du cadre juridique, la libéralisation accentuée et une approche faussement écologiste. Aussi ai-je voté contre ce rapport en ayant à l'esprit la nécessité réelle de soutenir nos petites entreprises de transport et les vraies mesures nécessaires pour leur sauvegarde.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Na falta de dados estatísticos pertinentes, a realidade das pequenas empresas de transportes na Europa é difícil de avaliar. Se a constatação de que a sua importância varia de um modo para outro (sendo os transportes rodoviários, fluviais e marítimos fortemente visados, os modos ferroviário e aéreo um pouco menos), nada permite conhecer com precisão o seu número, a sua quota no emprego ou a sua proporção na riqueza criada no seio da União.

As pequenas empresas de transportes desempenham um papel fundamental no bom funcionamento da mobilidade na Europa, mas enfrentam frequentemente dificuldades para aceder ao mercado ou manter-se no mesmo, nomeadamente devido à existência de monopólios nesse mercado. É o momento de fazermos algo para alterar essas situações e ajudar estas empresas a desenvolverem-se de forma mais adequada e eficaz. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. Transport-related businesses are crucial for EU cohesion and keeping citizens connected and ensuring the EU economy grows.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the Report on New Opportunities for small transport businesses, which analyses challenges and opportunities for small businesses in the transport sector, particularly in the context of the collaborative economy and new business models. The growth of the digital economy and emergence of platforms is changing the way small transport businesses operate, and is challenging the existing operators. Collaborative economy is a new model of economic activity empowering consumers to capitalise on their own property and skills and providing a new range of opportunities for micro-entrepreneurship. This makes it difficult to establish sometimes who is the consumer, who is the employer and the employee, and who is the entrepreneur and the business. Therefore, we need to look very closely at the dynamics of change so as not to stifle economic benefits emerging from these new economic models, whilst at the same time safeguarding existing employment rights, high quality working conditions and social welfare schemes, and ensure that a real level playing field in the single market is maintained.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Közlekedési és Idegenforgalmi Bizottság jelentése szerint a fuvarozással foglalkozó kisvállalkozások nélkülözhetetlenek az európai mobilitás szempontjából. A helyi piac alaposabb ismeretének, az ügyfelekhez való közelségüknek és/vagy gyakran dinamizmusuknak és innovatív képességüknek köszönhetően javítják az egyéni személyszállítást, különösen a sűrűn lakott övezeteken belül a „végzetes utolsó kilométeren". A jelentés úgy értékeli, hogy a helyzet soha nem kedvezett ennyire az olyan fenntartható megoldások kidolgozásának, amelyek a fuvarozási infrastruktúrák korlátozott kapacitása ellenére lehetővé teszik, hogy környezetbarát válaszintézkedések szülessenek az egyre fokozódó mobilitási igényekre. (Míg az elmúlt tíz évben az európai gazdaság más ágazataiban átfogóan csökkent a kibocsátási szint, a közlekedési szektorban továbbra is nő, és jelenleg az Unió teljes kibocsátásának kb. negyedét adja.)

Az éghajlatváltozás elleni küzdelemről szóló 21. konferencia megerősítette, hogy a közlekedési ágazatnak a lehető leghamarabb ki kell vennie a részét a szén-dioxid-mentesített gazdaság felé tartó átmenetből. 2050-ben, azaz rövid időn belül a lakosság 80%-a városokban fog élni. A városi mobilitás jelentősége ennek következtében még nagyobb lesz, és elkerülhetetlenné válik a multimodális, tiszta és integrált közlekedés kialakítása. A jelentés arra nézve fogalmaz meg javaslatokat, hogy a kisvállalkozások számára sok kihívás lehetőséggé váljék. Elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de fixer, pour la Commission, un cadre d'intervention pour améliorer les performances des petites entreprises de transport, notamment en raison de l'importance qu'a pris internet dans le passage des commandes de livraison ou de transport de passagers. Malheureusement, une fois de plus, l'idéologie européiste aveugle le plus souvent les recommandations: la principale d'entre elles qui vise à permettre un développement harmonieux et compétitif des petites entreprises de transport (particulièrement importantes pour les derniers kilomètres) serait l'intégration du marché des transports, en uniformisant les législations, notamment en matière d'exigence de sécurité. Le leitmotiv en faveur de la libéralisation accentuée fait qu'il n'est pas possible de soutenir ce texte.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est outrancièrement européiste et faussement écolo-social. Je vote contre.

Claude Moraes (S&D), *in writing*. – Small transport businesses are particularly hard to evaluate because of their varied profiles depending on the mode of transport, country, type of service provided and the competition structure of the market in which they operate. Thanks to their more detailed knowledge of the local market, greater proximity to the customer and in many cases agility and ability to innovate, small businesses can improve transport for each individual passenger. This report underlines the necessity of support for SMEs at European level, in order to face the considerable challenges they are constantly confronting. Investing in their development and deploying synergies between different Member States would assist in building the single European transport area for the benefit of passengers.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport sur les nouvelles opportunités pour les petites entreprises de transport, y compris les modèles commerciaux collaboratifs. Le texte invite notamment les États membres à mettre fin à leur surrèglementation des transports, qui empêche les petites entreprises d'accéder au marché. Il dénonce le dumping social pratiqué dans ce secteur au niveau intra-européen et formule de nombreuses propositions pour soutenir l'activité des PME du transport.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Il mondo dei trasporti, sia di merci che di passeggeri, è una realtà che coinvolge un numero molto elevato di piccole e medie imprese, delle quali, tuttavia, molto spesso non si riesce a definire il profilo. Queste PMI, in generale, si integrano nel sistema della mobilità operando in un settore specifico e sfruttando la maggiore conoscenza del mercato locale e la vicinanza al cliente. Questo permette loro di avere un vantaggio enorme nell'offerta dei propri servizi. L'avvento dell'economia digitale e delle piattaforme di intermediazione ha favorito il proliferare delle piccole e micro imprese, soprattutto start up, del settore, creando il terreno ideale per lo sviluppo della cosiddetta economia collaborativa. Questo processo, destinato nei prossimi anni sicuramente ad accelerare, chiama il legislatore a trovare soluzioni adeguate e ideali per questo settore. Due sono le sfide principali che siamo chiamati ad affrontare: da un lato, garantire che la transizione digitale vada a vantaggio delle PMI e microimprese; dall'altro, spingere affinché lo sviluppo del settore dei trasporti bilanci rispetto dell'ambiente e necessità di mobilità. Per questo ho deciso di votare a favore di questa importante iniziativa.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Small transport undertakings in Europe are strongly represented in road, river and marine transport, and less so in railways and aviation. I have voted for this report that will identify new opportunities for small transport businesses and how they can better take advantage of the digitalisation transition.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията на г-н Рике, тъй като считам, че развитието на малките и средните предприятия, които са основният двигател на европейската икономика, като ангажират две трети от всички работни места, трябва да бъде наш приоритет. В последните години малките и средните предприятия, особено в сектора на услугите, са тези, които създават работни места. Подпомагането на развиването и работата на малките транспортни предприятия ще допринесе за правилното функциониране на мобилността в Европа.

България е една от държавите, които започват да развиват все повече услуги, предоставени от икономиката на споделянето, а крайните потребители очакват използването на бързодостъпни и качествени транспортни услуги. Имайки предвид, че само 1,7% от предприятията в ЕС се възползват напълно от напредналите цифрови технологии, трябва да насочим усилията си в развиването на нови възможности в сектора на транспорта, за да може да подобрим съществуващите традиционни модели и условията на труд и заетостта в отрасъла.

Създаването на нови платформи за посредничество трябва да бъде съчетано със засилване на правоприлагането, което същевременно ще създаде пазар, насочен към търсенето на потребителите, но и ще осигури нужната правна рамка за лоялна конкуренция. В рамките на ЕС трябва да има повече иновативни стартиращи предприятия в транспортния сектор, но и да се насърчи по-голяма подкрепа за тях.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris.* – Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că întreprinderile mici și mijlocii sunt principalele motoare creatoare de locuri de muncă în sectorul serviciilor, dar și principalul motor al economiei europene. În acest sens, raportul adoptat astăzi invită statele membre să pună capăt fenomenului de suprareglementare, fenomen ce sporește inegalitățile.

În același timp, apreciez ideea de a invita statele membre și Comisia Europeană să ia în considerare punerea în comun a întreprinderilor mici de transport, ceea ce ar facilita dezvoltarea de parteneriate între ele.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът припомня, че малките и средните предприятия са основният двигател на европейската икономика и представляват 99,8% (цифри от 2014 г.) от всички предприятия извън финансовия сектор. В тях са концентрирани две трети от всички работни места. Малките и средните предприятия, създаващи работни места през последните години, са предимно в сектора на услугите.

Малките транспортни предприятия играят решаваща роля за правилното функциониране на мобилността в Европа, но често срещат затруднения да навлязат или да задържат мястото си на пазара.

Докладът отбелязва, че ЕФСИ е бил създаден, за да допринесе за силно новаторски пазарни проекти, и затова е важен инструмент за подпомагане на МСП от транспортния сектор при разработването на нови решения за мобилност, и призовава Комисията и държавите членки да ускорят неговото прилагане и да увеличат предоставяната на МСП и на стартиращите предприятия помощ при изготвянето на такива проекти.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich.* – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da ich der Meinung bin, dass jede Regelung, die Kleinunternehmen neue Anforderungen auferlegt, verhältnismäßig, klar, einfach und eindeutig sein muss. Des Weiteren darf die Entwicklung des Unternehmens nicht behindert werden.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. — Le présent rapport vise à créer de nouvelles opportunités pour les PME impliquées dans le domaine des transports. Il est ainsi proposé d'associer les PME aux futurs projets de «transports doux» et peu polluants menés par les villes, de lutter contre le dumping social ou d'améliorer le statut d'auto-entrepreneur.

Seulement, au-delà de cette rhétorique bienveillante on distingue dans le rapport une volonté de libéralisation du marché européen du transport, d'entrave au service public. En témoigne par exemple l'incitation des États membres à prendre des mesures nécessaires en vue «de combattre les pratiques anticoncurrentielles des grands groupes intégrés afin de lutter contre les discriminations et les restrictions d'accès au marché». Je ne pense pas que ce soit ce dont ont besoin les citoyens européens, c'est pourquoi j'ai décidé de voter contre ce rapport.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Nõudlus transpordi järele aina kasvab ja väikeettevõtjad täidavad olulist rolli linnalähedaste piirkondade ning hõreda liiklusega kellaaegade transpordivajaduse katmiseks, seepärast on oluline neile tagada õiglased normid, et püsida konkurentsis. Seetõttu on vaja toetavaid meetmeid, mis aitavad ettevõtete kaasas käimist digitaalteenustega, säästva arengu eesmärkide täitmist ja vajalike ohutusnõuete rakendamist.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η έκθεση επικρίνει τις αντι-ανταγωνιστικές πρακτικές, οι οποίες μπορούν να οδηγήσουν σε σοβαρές στρεβλώσεις, όπως το κοινωνικό ντάμπινγκ.

Οι μικρές επιχειρήσεις μεταφοράς αποτελούν συνεπώς αναπόσπαστο κομμάτι της κινητικότητας στην Ευρώπη. Επιπλέον διαθέτουν άφθονα ταλέντα που χρειάζονται ευνοϊκό περιβάλλον για να εκφραστούν. Πρέπει να διαμορφωθούν όσο το δυνατόν πιο ευνοϊκές ρυθμιστικές, κοινωνικές και φορολογικές συνθήκες, επειδή μόνο έτσι θα καταφέρουν οι μικρές επιχειρήσεις να μετατρέψουν σε ευκαιρίες τις πολυάριθμες προκλήσεις που αντιμετωπίζουν σήμερα.

Οι ανάγκες του κλάδου των μεταφορών στα πεδία της πληροφορίας και της επικοινωνίας είναι τόσο σημαντικές ώστε να μετατρέπεται ο τομέας αυτός σε γόνιμο έδαφος για την ψηφιακή οικονομία και, κατά μείζονα λόγο, για τις πλατφόρμες διαμεσολάβησης. Οι νέες τεχνολογίες, οι οποίες έχουν γίνει προσιτές στις μικρές επιχειρήσεις, εκσυγχρονίζουν σημαντικά την οικονομία της κινητικότητας. Η πρώτη πρόκληση για τις μικρές επιχειρήσεις είναι να μπορέσουν να επωφεληθούν από αυτή την ψηφιακή μετάβαση. Κατά δεύτερο λόγο, διανύουμε την καλύτερη δυνατή συγκυρία για την ανάπτυξη βιώσιμων λύσεων που θα μας επιτρέψουν, παρά την περιορισμένη ικανότητα των μεταφορικών υποδομών, να καλύψουμε με τρόπο φιλικό προς το περιβάλλον τις αυξανόμενες ανάγκες κινητικότητας.

Για όλους αυτούς τους λόγους, υπερψήφισα την εν λόγω έκθεση.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei colleghi poiché ritengo che, nonostante, queste piccole imprese siano difficili da valutare in quanto agiscono in diversi settori, svolgono un ruolo fondamentale sia per il trasporto dei passeggieri e sia per quello delle merci. Infatti, in assenza di dati statistici è impossibile comprendere la realtà delle piccole imprese di trasporto in Europa per quanto riguarda: il numero preciso, i posti di lavoro e la ricchezza che garantisce all'Unione europea. Queste imprese, poiché sono molto vicine al cliente, migliorano il loro servizio di trasporto individuale in particolare nell'ultimo miglio di viaggio. Dato che sono molto importanti per l'Unione europea è necessario costituire un nuovo contesto normativo, sociale e fiscale positivo, che permetterebbe una efficace convergenza tra economia tradizionale e piattaforme al fine di favorire, allo stesso tempo, una maggiore tutela del consumatore e l'attuazione della concorrenza leale. Come politico ritengo, inoltre, opportuno incentivare e investire nelle piccole imprese perché, molto spesso, sono composte da persone che vivono solo di questa attività. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće o novim prilikama za mala prijevozničke poduzeća. Jasan je stav svih vodećih ekonomskih i financijskih institucija da je održiv gospodarski rast moguć jedino ukoliko postoji snažna poduzetnička aktivnost, pogotovo u sektoru malih i srednjih poduzeća. Ovo izvješće sadrži nekoliko ključnih prijedloga kojima se izazovi s kojima se susreću mala prijevozničke poduzeća žele pretvoriti u prilike. Primjerice, izvješće poziva na ubrzavanje napora koji se ulažu u stvaranje jedinstvenog prijevozničkog ili transportnog područja kojim bi se dokinule sve razlike i dispartiteti među državama. Nadalje, ovo izvješće poziva i na dosljednu primjenu zakona, pogotovo onih koji uređuju tržišno natjecanje i antitrustovsku politiku.

Prednost i poticaj koji ovo izvješće daje posebno je vidljiv u zamahu koji se odnosi na poticanje konvergencije između tradicionalnog gospodarstva i prijelaznih suvremenih aktivnosti koje zahtijevaju poslovne modele koji se temelje na suradnji i uspostavi okvira u kojima će svi gospodarski subjekti sudjelovati u osiguravanju postojanja kvalitetne infrastrukture i ulaganja u društvo. Organizacija bolje koordiniranosti lokalnih vlasti i malih prijevozničkih poduzeća preduvjet je uspostave kvalitetne gradske mobilnosti koja će u budućnosti biti nositelj putničkog i teretnog prijevoza koji će biti prijateljski nastrojen prema okolišu.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché fornisce una serie di importanti raccomandazioni per promuovere una crescita equa e bilanciata del settore dei trasporti, tenendo conto delle nuove condizioni determinate dall'emergere dell'economia collaborativa e prestando la necessaria attenzione alle PMI. Sono d'accordo sul fatto che il completamento di un'area comune dei trasporti europea sia determinante, assieme alla necessità di assicurare un quadro legislativo chiaro, che garantisca condizioni eque perché tutte le aziende possano competere su un piano di parità. La relazione, infatti, critica anche le più comuni pratiche anticoncorrenziali che possono determinare serie distorsioni, come il social dumping, mentre allo stesso tempo, sottolinea l'importanza dei modelli di lavoro flessibili negoziati tra le parti sociali e le opportunità create dalle tecnologie informatiche. Riconosce l'importanza del tras-

porto pubblico per le aree rurali e, infine, ricorda la rilevanza che il settore ha per le questioni ambientali, proponendo legislazioni e finanziamenti che promuovano una mobilità totalmente priva di emissioni nocive, in tempi brevi. Il settore dei trasporti ha di fronte molte sfide e opportunità, grazie all'emergere dell'economia collaborativa. Un approccio europeo coerente è necessario per promuovere le PMI e nuovi modelli di business, in maniera integrata con gli operatori già presenti sul mercato.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Mala poduzeća ključni su element europske mobilnosti te obiluju talentima koji trebaju poticajno okruženje kako bi se razvijali. Naime, ona često nailaze na poteškoće pri ulasku na tržište i pri zadržavanju svojeg položaja na njemu, prije svega zbog prisutnosti monopola na tom tržištu. Tako zbog trenutačne pravne nesigurnosti u pogledu definiranja pružatelja usluga i u prijevozničkom sektoru nije moguće uspostaviti pravednu konkurenciju. Komisija i države članice trebaju poduzeti mjere u cilju borbe protiv praksi kojima velika udružena poduzeća narušavaju tržišno natjecanje. Potencijalno rješenje jest okupljanje malih prijevozničkih poduzeća, poticanje partnerstva i pronalaženja korisnih usluga što ih zahtijevaju potrošači.

Smanjenje transakcijskih troškova i važnosti fizičke lokacije pružatelja usluga što je omogućeno kroz nove tehnologije i digitalne alate moramo znati iskoristiti u najvećoj mogućoj mjeri. Potreban je suvremeni multimodalni regulatorni okvir kojim se potiču inovativnost, konkurentnost i zaštita potrošača te prava radnika. Zbog toga je nužno dovršiti jedinstveni europski prometni prostor jer je poticanje integriranog i koordiniranog europskog sustava mobilnosti najbolji način stvaranja zajedničkih dinamika u svrhu ponude sigurnih, održivih i visokokonkurentnih rješenja kojima se istodobno štiti okoliš u skladu sa sporazumom COP21 i ograničava gužva. Potrebno nam je „više Europe" i u ovom sektoru.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório pretende focar-se na necessidade de dinamizar o mercado dos transportes, ao nível das pequenas e médias empresas, dando um especial enfoque às empresas da chamada economia colaborativa. Na verdade, o que visa é branquear os processos em curso de desregulação do sector e aplanar caminho às multinacionais que ambicionam dominá-lo.

O relatório diagnostica a realidade do sector, com referências à existência de monopólios (o que não seria bom para o seu desenvolvimento), a grande flexibilidade trazida pela digitalização, em contraponto com a sobrerregulamentação, protecionismo e corporativismo que põem em causa o mercado interno. O relatório congratula-se com a emergência dos novos modelos da economia colaborativa, que a UE deve apoiar (considerando as oportunidades abertas pelos FEIE e tendo em conta que a maioria das que operam no mercado interno são americanas), criticando-se a resposta fragmentada dos Estados-Membros face ao crescimento destes modelos, o que seria incoerente com o potencial e os benefícios do sector e contrário às expectativas dos consumidores.

O relatório faz, ainda, a apologia de modelos de trabalho flexíveis, que seriam benéficos para os trabalhadores. O relatório esconde a falta de apoios às políticas públicas de transportes e às estratégias públicas de mobilidade. O seu objetivo é outro: promover as UBER desta vida. Votámos contra.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La relazione contiene una serie di proposte che cercano di trasformare molte delle sfide attuali in opportunità per le piccole imprese di trasporto. Ciò premesso ritengo necessario aumentare gli sforzi per completare una singola area di trasporto europea, mettendo fine alla disparità nell'applicazione della legge, alle pratiche di dumping e incoraggiare la convergenza tra l'economia tradizionale e le piattaforme di intermediazione, tra cui i modelli di business collaborativo, in modo da promuovere l'innovazione, proteggere i consumatori e la concorrenza leale. Pertanto, ho votato in favore dell'approvazione di questa relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy kwestii małych przedsiębiorstw transportowych, które są szczególnie trudne do oceny ze względu na zróżnicowane profile działalności w zależności od środka transportu, kraju, rodzaju świadczonych usług i struktury konkurencyjnej na rynku, na którym działają. Wśród nich są firmy rodzinne, MŚP, mikroprzedsiębiorstwa, przedsiębiorstwa prowadzące działalność rzemieślniczą i start-upy. Ponieważ wszystkie wchodzą w większym lub mniejszym stopniu w zakres systemu przemieszczania się, każdy z nich wymaga zróżnicowanego podejścia. Sprawozdanie wspiera nowe modele biznesowe i wzywa do ustanowienia jasnych i proporcjonalnych ram prawnych dla małych firm transportowych. Niniejszym poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les petites entreprises de transport jouent un rôle important dans le fonctionnement de la mobilité en Europe et sont fortement créatrices d'emploi. Cependant, elles traversent de nombreuses difficultés pour accéder au marché et s'y développer. J'ai voté pour ce rapport qui encourage l'élaboration d'un cadre règlementaire approprié, l'achèvement de l'espace de transport unique européen et la mise en place d'une concurrence plus loyale, pour permettre à ces entreprises de libérer leur potentiel.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The UK is already investing in the future of small transport businesses. In 2013 the UK competitiveness recovered in comparison to the rest of the EU and the world. The report calls for Member States to put an end to over-regulation, however we know through the EU's REFIT programme that they admit to over regulation themselves.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – É importante que analisemos os desafios e oportunidades colocados aos pequenos negócios no sector dos transportes, particularmente no contexto de uma economia colaborativa e de novos modelos comerciais, principalmente no âmbito das PME, microempresas e *start ups*. Temos também de ter em atenção a economia digital e a influência desta na mudança da forma como as pequenas empresas de transporte operam.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen sur les nouvelles opportunités pour les petites entreprises de transport, y compris les modèles commerciaux collaboratifs. Si cette résolution comporte plusieurs éléments intéressants, je souhaiterais insister sur le paragraphe 37 dans lequel le Parlement européen exprime des préoccupations quant à la question de savoir s'il continue d'exister des raisons d'exonérer les véhicules utilitaires légers de l'application d'un certain nombre de règles européennes, compte tenu de l'utilisation croissante de véhicules utilitaires légers dans le transport international de marchandises.

Je demande à la Commission de se pencher sur cette question sans attendre. L'utilisation de ces petits camions exempts d'un nombre important de règles entraîne en effet une distorsion de concurrence extrêmement néfaste ainsi que des conditions de travail déplorables pour les chauffeurs de ces véhicules.

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Rezoliucija dėl naujų galimybių mažosioms transporto įmonėms yra reikalingas ir neblogai parengtas dokumentas. Tinkamas šios srities reglamentavimas padėtų kurti daug naujų darbo vietų ir geriau patenkinti klientų poreikius.

Virginie Rozière (S&D), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport de Dominique Riquet sur l'économie numérique et les transports. Il est tout d'abord caractérisé par une contradiction majeure: alors qu'il prétend poser les bases d'un cadre réglementaire modernisé et adapté aux plateformes de transports, il appelle dans le même temps les États membres à ne pas trop réguler ce secteur.

Par ailleurs, il ne répond absolument pas aux enjeux soulevés par l'essor de ces plateformes en matière de protection des travailleurs. Le rapport soulève certes les risques de dumping social engendrés par les insuffisances de la réglementation existante, mais il passe sous silence les risques de précarisation des parcours professionnels des chauffeurs utilisant les plateformes et de paupérisation de ces derniers, en l'absence de protection sociale adaptée. Le rapport élude également la question de la formation des chauffeurs. Enfin, il ne qualifie pas ces plateformes de véritables entreprises de transport, alors qu'elles proposent tout simplement un service de transport de particuliers via un outil numérique.

Dès lors, ce rapport sur les plateformes numériques dans le secteur des transports est bien loin d'être à la hauteur des défis posés par les bouleversements que connaît ce secteur.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório da iniciativa versa sobre as novas oportunidades para as pequenas e médias empresas de transporte, incluindo modelos empresariais colaborativos.

Salienta que as pequenas empresas de transporte são, de facto, essenciais para uma economia digital forte, dinâmica e economicamente rentável, pelo que devem existir modelos empresariais colaborativos que criem novas oportunidades de negócios para este tipo de empresas, que se vêm muitas vezes confrontadas com a complexidade legal e burocrática, bem como com a concorrência desleal, criada por mecanismos nacionais protecionistas, geradores de insegurança jurídica.

Os novos modelos empresariais colaborativos deverão, por isso, ser voltados para a inovação tecnológica, assente numa maior desburocratização legislativa e procedimental, que proporcione mais justiça, maior equilíbrio e seja capaz de gerar maior competitividade e eficiência às pequenas empresas de transporte, para que também estas consigam promover uma maior interconexão entre consumidores e produtores e, por essa via, auxiliem no processo de coesão económica, social e territorial das regiões.

No que respeita às plataformas digitais que vieram revolucionar o sector dos transportes, concordo que a lógica deve ser a de abertura à inovação e à concorrência leal, numa vertente de cooperação e uniformização da regulamentação destes segmentos inovadores com os sectores tradicionais.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar en contra de este informe, porque entiendo no se posiciona con suficiente rotundidad frente a los riesgos que conlleva la aparición incontrolada de algunas plataformas digitales en el sector transporte. Entiendo que la aparición de nuevos operadores en el mercado, no debe menoscabar los derechos de los operadores ya presentes, ni la capacidad de las autoridades públicas competentes de definir sus estrategias de movilidad.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Socialdemokratiet er for platformsøkonomi og anerkender fuldt ud de gevinster, onlineplatforme i transportsektoren kan medføre i form af f.eks. mindre klima- og miljøbelastning og øget fleksibilitet. Derfor er vi optaget af at sikre fair vilkår for platformsøkonomien. Samtidig er det afgørende for os at bevare de ordnede forhold på det danske arbejdsmarked for at forhindre social dumping og unfair konkurrence. Vi insisterer på, at onlineplatforme, der leverer tjenesteydelser og skaber profit, opfylder deres forpligtelser i forhold til arbejdstagerrettigheder, skatteindbetaling og sikkerhed for forbrugerne.

I betænkningen udtrykkes kritik af regulering og af samarbejde mellem regering, folketing og arbejdsmarkedets parter, som fungerer godt i Danmark og andre lande. Vi har derfor undladt at stemme for betænkningen.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht zu neuen Chancen für kleine Verkehrsunternehmen, einschließlich gemeinschaftlicher Geschäftsmodelle, gestimmt.

Der Bericht enthält einige Vorschläge, wie Herausforderungen für kleine Verkehrsunternehmen zu neuen Chancen umgesetzt werden können. So wird gefordert, dass es zu einer Beschleunigung der Vollendung eines einheitlichen europäischen Verkehrsraumes kommt.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque considero que la economía colaborativa, en la que se centra el informe no supone una nueva oportunidad, sino una etiqueta que distrae la atención de los cambios experimentados en los sectores afectados. No debe confundirse la oportunidad tecnológica que ofrecen los nuevos desarrollos tecnológicos con su utilización para precarizar el trabajo en el sector respectivo y eludir las obligaciones fiscales y sociales existentes, por ejemplo en el transporte: una realidad que no debe esconderse, ni disfrazarse.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Le imprese di trasporto di piccole dimensioni sono piuttosto difficili da valutare a causa della varietà delle tipologie - imprese familiari, piccole e medie, microimprese, artigianato e start up - del paese in cui operano e del tipo di servizio che forniscono. Le piccole medie imprese rappresentano circa il 55% dell'occupazione nel settore dei trasporti e grazie alle innovazioni tecnologiche e ai nuovi modelli di business collaborativi la domanda di tale tipo di trasporto è destinata a crescere. Ritengo importante che l'Unione europea e gli Stati membri affrontino l'eccesso di regolamentazione esistente e sostengano le PMI al fine di trasformare le sfide attuali in nuove opportunità di sviluppo per il settore dei trasporti in Europa. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it calls for the Member States to deregulate transport which I find hypocritical.

Also it calls on the commission to legislate.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. — Today I voted in favour of this report. Small transport businesses are particularly hard to evaluate because of their varied profiles depending on the mode of transport, country, type of service provided and the competition structure of the market in which they operate. Thanks to their more detailed knowledge of the local market, greater proximity to the customer and in many cases agility and ability to innovate, small businesses can improve transport for each individual passenger. This report underlines the necessity of support for SMEs at European level, in order to face the considerable challenges they are constantly confronting. Investing in their development and deploying synergies between different Member States would assist in building the single European transport area for the benefit of passengers.

Branislav Škripek (ECR), *písomne* – Hlasoval som za. Malé a stredné podniky (MSP) sú hlavným motorom európskeho hospodárstva. Myslím si, že podpora integrovaného a koordinovaného európskeho systému mobility je dobrý spôsob, ako vhodne integrovať všetky podniky ponúkajúce všetky spôsoby dopravy do spoločného dynamického procesu. MSP v odvetví dopravy by bolo dobré zapojiť napríklad do plánov integrovaného európskeho systému vydávania cestovných lístkov, čo by umožnilo ich rozvoj. Podporujem tiež výmenu informácií a skúseností medzi veľkými subjektmi a MSP, ktorá môže viesť k veľmi prospešným synergiám v oblasti vytvárania efektívnej dopravnej siete v Európe.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Mala i srednja prijevoznička poduzeća glavni su pokretač europske ekonomije zbog ključne uloge u mobilnosti diljem Europe. Važna su nadopuna mreži javnog prijevoza u gradskim čvorištima osobito u vrijeme velikih gužvi, a isto tako u udaljenim i gusto naseljenim područjima gdje svojim djelovanjem doprinose smanjenju socijalne isključenosti, kreiranju radnih mjesta te razvoju turizma.

Uzmemo li u obzir da današnji prijevoz mora biti integriran, multimodalan i digitaliziran, postoji zabrinjavajući podatak da se čak 41% poduzeća uopće ne služi naprednim digitalnim tehnologijama. Digitalizacija prometnog sektora od presudne je važnosti kojom se zadržava i povećava konkurentnost pa je iznova potrebno isticati važnu ulogu koju ima u današnjem modernom svijetu.

Vrlo brzo, već 2050. godine, 80% ljudi živjet će u gradovima što znači da će gradska mobilnost postati iznimno važan faktor svakodnevnog života. Kako je prometni sektor odgovoran za jednu četvrtinu ukupnih emisija štetnih plinova, tako je od velike važnosti njegova uloga u prelasku na karbonizirano gospodarstvo u skladu sa sporazumom COP21.

Podržao sam rezoluciju Europskog parlamenta s ciljem ulaganja daljnjih napora u dovršavanje jedinstvenog europskog prometnog prostora čime će se doprinijeti daljnjem rastu i razvoju malih i srednjih prijevozničkih poduzeća koja će nuditi sigurna, održiva i visokokonkurentna rješenja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Hlasovala som za uznesenie, pretože malé dopravné podniky vnímam ako významný doplnok verejnej dopravnej siete v mestských uzloch a súhlasím s tým, že tieto podniky zohrávajú kľúčovú úlohu v oblasti mobility v Európe. Ako človek pochádzajúci z regiónu východného Slovenska za mimoriadne dôležité považujem najmä to, že malé dopravné podniky poskytujú pridanú hodnotu najmä vo vzdialených a v husto osídlených regiónoch vďaka výbornej znalosti miestneho trhu, blízkosti k zákazníkovi a prispôsobivosti a schopnosti inovovať. Aj keď aj v mojom regióne podobne ako v iných regiónoch sa odvetvie dopravy otvorilo, v mnohých prípadoch sa zhoršili pracovné podmienky a zamestnanosť. Osobitne ma mrzí, že profily malých dopravných podnikov sú veľmi rozdielne v závislosti od druhu dopravy, krajiny, druhu poskytovanej služby a štruktúry hospodárskej súťaže na trhu, na ktorom pôsobia. Znepokojuje ma najmä to, že naďalej existuje nerovnosť pri uplatňovaní pravidiel EÚ v jednotlivých členských štátoch, najmä pokiaľ ide o mzdy a systémy sociálneho zabezpečenia. Od navrhovaných opatrení preto očakávam, že tieto urýchlia úsilie na dokončenie jednotného európskeho dopravného priestoru a pomôžu pri odstraňovaní rozdielov a uplatňovaní práva.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Kmo's spelen een enorm belangrijke rol in onze samenleving. Op het vlak van personen - en goederentransport vullen zij de gaten op die niet gedicht kunnen worden door de grotere spelers. Denk maar aan gebieden die je enkel kan bereiken met een personenwagen. Dit is een concreet voorbeeld van hoe kleine vervoersondernemingen kunnen inspelen op de noden en behoeften van de burger.

Echter, voor kmo's is het vaak moeilijker dan voor grotere spelers om de nodige inspanningen te leveren om dit op een milieuvriendelijke en financieel haalbare manier te doen. Daarom moeten er kansen worden gecreëerd voor deze kleinere ondernemingen.

Het rapport was aanvankelijk zeer marktgericht, maar onder invloed van de groene fractie is dit socialer, duurzamer en milieuvriendelijker geworden. Enkele van onze toevoegingen betreffen een combinatie van samenwerkingsmodellen met aandacht voor onder andere duurzaamheid en milieu, de behoefte aan een regelgevend kader voor collaboratieve platforms, aansluiting op duurzame stedelijke mobiliteitsplannen en tot slot het bedenken van alternatieven voor het gebruik van de auto.

De groenen gaan hier dus mee akkoord, maar willen daarnaast dat er een onderscheid wordt gemaakt tussen de non-profit-ondernemingen en de ondernemingen die zich op winstmaximalisatie richten.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – Small transport businesses are particularly hard to evaluate because of their varied profiles depending on the mode of transport, country, type of service provided and the competition structure of the market in which they operate. Thanks to their more detailed knowledge of the local market, greater proximity to the customer and in many cases agility and ability to innovate, small businesses can improve transport for each individual passenger. This report underlines the necessity of support for SMEs at European level, in order to face the considerable challenges they are constantly confronting. Investing in their development and deploying synergies between different Member States would assist in building the single European transport area for the benefit of passengers.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Der Entschließung des EU-Parlaments zu neuen Chancen für kleine Verkehrsunternehmen einschließlich solcher, die kollaborative Geschäftsmodelle verfolgen, habe ich nicht zugestimmt.

Der Bericht fordert die Umsetzung der COP 21 und die CO_2-Reduktion. Er begrüßt die durch den EFSI geschaffenen Möglichkeiten. Er fordert den Aufbau eines integrierten europäischen Fahrkartenvertriebssystems.

Und schließlich fordert der Bericht alle möglichen und unmöglichen Formen der Rechtsvereinheitlichung und mischt sich ins Sozial- und Arbeitsrecht der Mitgliedstaaten ein.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Mala prijevoznička poduzeća imaju ključnu ulogu u dobrom funkcioniranju mobilnosti u Europi, ali često nailaze na teškoće pri ulasku na tržište i u obavljanju svoje djelatnosti.

Kako bi se odgovorilo na izazove u toj djelatnosti, potrebno je:

— povećati napore s ciljem stvaranja jedinstvenog europskog prometnog prostora te otkloniti razlike u primjeni raznih prava

— poticati približavanje tradicionalnog modela prijevoza i novih modela, kao na primjer platformi za „dijeljenje prijevoza uz naknadu”, kako bi se poticale inovacije, zaštita potrošača i pošteno tržišno natjecanje

— organizirati bolju koordiniranost lokalnih vlasti i malih prijevozničkih poduzeća u cilju poboljšanja gradske mobilnosti koja će u bliskoj budućnosti biti u potpunosti dekarbonizirana

Prihvaćam Izvješće jer naglašava potrebne promjene koje treba provesti kako bi mala prijevoznička poduzeća bila što bolje pripremljena za budućnost koja donosi platforme za „dijeljenje prijevoza uz naknadu” i dekarboniziranu mobilnost.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Dnes jsem hlasoval pro zprávu o nových příležitostech pro malé dopravní podniky, včetně obchodních modelů založených na užší spolupráci. Zpráva obsahuje řadu návrhů snažících se podporovat příležitosti pro malé a střední dopravní společnosti. Podporuje vhodná opatření s cílem bojovat proti protisoutěžním praktikám velkých integrovaných skupin za účelem řešení diskriminace a omezení přístupu na trh. EU potřebuje rozvíjet inovativnější začínající podniky v odvětví dopravy a vybízí ke zvýšené podpoře těchto firem, zvláště pokud jde o odborné vzdělávání mladých podnikatelů v této oblasti. Tato zpráva také usiluje o odstranění nadměrné regulace. Regulace by měla být přiměřená, jednoduchá a jasná, neměla by narušit rozvoj malých a středních podniků. Mimo jiné také podporuje nové technologie pro vznik nových forem poskytování služeb v odvětví přepravy zboží, jako jsou např. drony, které již nyní představují velmi účinný nástroj pro práci v náročných podmínkách.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η έκθεση επιδιώκει να εκπροσωπήσει τα συμφέροντα των πολυεθνικών επιχειρήσεων των μεταφορών, ανοίγει τον δρόμο για την ενίσχυση των μονοπωλίων, ζητεί πιο ευέλικτες σχέσεις εργασίας και χρόνου εργασίας και προωθεί τις ιδιωτικοποιήσεις. Επίσης δεν θέτει κανένα στόχο για επανεπένδυση σε μέσα μαζικής μεταφοράς, ενισχύοντας τα δημόσια δίκτυα. Καθώς λοιπόν η έκθεση είναι απολύτως σύμφωνη με τα συμφέροντα των πολυεθνικών και παραμελεί το δημόσιο συμφέρον και την ανάπτυξη των κεντρικών υπηρεσιών μαζικής μεταφοράς στα κράτη μέλη, αποφασίσαμε να καταψηφίσουμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Εξαιτίας των αποκλίσεων αλλά και των αστοχιών στην εφαρμογή του δικαίου εξακολουθούν να υπάρχουν οικονομικές και κοινωνικές στρεβλώσεις της αγοράς, ενώ οι μικρές επιχειρήσεις πλήττονται ακόμη περισσότερο από την απουσία ενός γνήσιου ενιαίου ευρωπαϊκού χώρου μεταφορών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A jelentés megfogalmazza, hogy a vonatkozó statisztikai adatok hiánya miatt nehéz felmérni a fuvarozással foglalkozó kisvállalkozások valós helyzetét Európában. Az viszont bizonyos, hogy a fuvarozási szektor is komoly kihívásokkal és lehetőségekkel szembesül az együttműködésen alapuló gazdaság megjelenése révén. Éppen ezért olyan javaslatokat fogalmaz meg a jelentés, amelyek lehetőségként jelennek meg e vállalkozások számára. Mivel fontosnak tartom a kis- és közepes méretű vállalkozásokat, a jelentést szavazatommal támogattam.

Egyetértek azzal, hogy fel kell gyorsítani az egységes európai közlekedési térség kialakítását célzó erőfeszítéseket, és hogy ehhez meg kell szüntetni a jogalkalmazás terén meglévő különbségeket. A jelenleg meglévő mentességeket, ellenőrzéseket harmonizálni kell, a versenyellenes gyakorlatokat pedig meg kell szüntetni, hiszen például a szociális dömping is komoly torzuláshoz vezethet.

Fontos elemnek tartom azt is, hogy ösztönözni kell a konvergenciát a hagyományos gazdaság és az új üzleti modellek, köztük a közösségi gazdasági modellek között oly módon, hogy az kedvezzen az innovációnak, a fogyasztóvédelemnek és a tisztességes versenynek.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Małe i średnie przedsiębiorstwa transportowe odgrywają kluczową rolę w zapewnieniu prawidłowej mobilności w Europie, często jednak napotykają na znaczne trudności w uzyskaniu dostępu do rynku lub utrzymaniu się na nim, głównie z powodu istniejących na nim monopoli.

Dzięki dokładniejszej znajomości lokalnego rynku, bliższemu kontaktowi z klientem lub – częstokroć – elastyczności działania i zdolności do wprowadzania innowacji małe przedsiębiorstwa poprawiają indywidualny transport pasażerów, w szczególności na trudnym ostatnim etapie dojazdów w rejonach gęsto zaludnionych czy mocno odizolowanych. Dlatego tak istotne jest ich wsparcie.

Należy zatem zwrócić szczególną uwagę na dalsze ograniczanie istniejących utrudnień biurokratycznych czy walkę z monopolami, jak również wsparcie technologiczne i rozwijanie gospodarki współdzielenia dla MŚP. Konieczna jest promocja konwergencji między tradycyjną gospodarką, jak i nowymi platformami, które wspierają innowacyjność MŚP. Aby osiągnąć ten cel, należy rozwijać bardziej ponadnarodowe, europejskie podejście w kwestii modelu biznesowego opartego na współpracy.

Claudiu Ciprian Tănăsescu (S&D), *în scris*. – Motorul economiei europene este dat de IMM-uri, cele care creează locuri de muncă și care, prin numărul lor în creștere, generează inovare și creativitate, respectiv o manifestare eficientă a spiritului antreprenorial, cele care promovează incluziunea socială și care respectă principiile egalității de șanse și de gen. IMM-urile reprezintă contexte favorabile implementării metodelor și instrumentelor de management eficient. Cunoscut este faptul că sectorul serviciilor este cel care atrage IMM-urile, cu deosebire datorită costurilor reduse de intrare pe piață, generând dezvoltare socio-economică. Evident, sunt de acordul cu faptul că IMM-urile din sectorul transporturilor contribuie la eficientizarea mobilității în UE, dar au nevoie de crearea de contexte generatoare de noi oportunități de dezvoltare durabilă, tocmai datorită caracterului complex al sectorului (spre exemplu, definirea incoerentă a prestatorilor de servicii, utilizarea și comercializarea serviciilor de transport, siguranța și securitatea etc.) și al sistemului său de guvernanță. Mai ales că economia digitală a generat provocări sub toate aspectele, pentru toate întreprinderile, indiferent de dimensiune și de domeniul de activitate. Modelele de economie colaborativă pot fi aplicate cu succes în dezvoltarea IMM-urilor din sectorul transporturilor, dacă statele membre respectă normele europene în ceea ce privește condițiile sociale și de muncă (salariile și sistemele de securitate socială) și libertățile fundamentale ale UE.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris*. – Creșterea spectaculoasă a economiei digitale și apariția platformelor vor schimba radical piața transporturilor, mai ales dacă ne referim la întreprinderile mici. Acestea vin cu servicii noi și cu un grad de flexibilitate greu de egalat de către jucătorii tradiționali. Totodată, aceștia ridică problema menținerii unui echilibru între inovație și protejarea drepturilor sociale.

Parlamentul European propune o abordare realistă, ancorată în certitudinea că tehnologia avansează și lucrurile se schimbă. Trebuie să ne mobilizăm să acționăm înainte de a fi copleșiți de complexitatea noilor condiții. Avem nevoie de un sistem de transporturi modern, precum și de servicii noi, care să răspundă cererii din ce în ce mai mari din partea cetățenilor noștri. Raportul de față este o bună oportunitate de a începe discuția despre cum pot instituțiile europene să creeze un cadru legislativ care să propulseze Europa pe un loc fruntaș în materie de inovație și calitate a serviciilor de transport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Toutes les entreprises dont il est question jouent un rôle crucial pour le transport des passagers comme des marchandises en mettant de l'huile dans les rouages d'une mobilité historiquement structurée par les «grands». Grâce à une connaissance du marché local plus fine, une plus grande proximité avec le client et/ou souvent une agilité et une capacité à innover, les petites entreprises améliorent le transport individuel de passagers, notamment lors du fatidique dernier kilomètre dans les zones densément peuplées. De même, dans les zones enclavées où la construction d'une infrastructure ferroviaire ou l'organisation d'un transport collectif seraient trop coûteuses, la voiture particulière est souvent le seul moyen de déplacement possible pour certaines catégories de la population.

Les petites entreprises de transport sont donc consubstantielles à la mobilité européenne. Or elles regorgent de talents qui ont besoin d'un environnement favorable pour se déployer. C'est là que le régulateur peut et doit accomplir sa mission en constituant un environnement réglementaire, social et fiscal le plus favorable possible. Ainsi les petites entreprises de transport seront à même de transformer en opportunités les nombreux défis qui se posent à elles aujourd'hui, au premier rang desquels la révolution des TIC.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report: SMEs in the transport sector play a major role in delivering effective mobility services to passengers and businesses, including at local level and in less-populated areas where they can rely on their knowledge of the market. In recent years, digitalisation and the emergence of the collaborative economy businesses contributed to blur the lines between the traditional transport operators, passengers and new business models. Digital tools open unprecedented opportunities for companies in the transport sector, including for SMEs, provided that the framework in place leaves room for innovation. Those new opportunities aim at delivering better-fit services and I believe that passengers' interests should always be the aim of the transport policies. Our role is therefore to ensure that the legislative framework provides adequate regulatory and fiscal safeguards without hampering innovation or protecting individual interests.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le numérique, offre de véritables opportunités dans un contexte où l'utilisation des innovations technologiques est infinie. Cependant, celles-ci ne doivent pas s'accompagner de régressions sociales.

Les plateformes numériques dans le secteur des transports posent de sérieux problèmes, notamment par l'absence de protection sociale pour ceux qui y travaillent. Ainsi, une régulation forte est indispensable pour lutter contre les formes de dumping social afin de garantir les droits des travailleurs, lutter contre la précarisation des parcours, assurer la formation des chauffeurs et promouvoir une concurrence équitable au profit des petites entreprises.

Si le rapport souligne les incertitudes sur le statut juridique des plateformes, il ne tranche pas cette question et s'en remet au respect par les États membres de la directive services.

Je regrette que les amendements soulignant le risque de précarisation du parcours professionnel et de paupérisation des chauffeurs indépendants qui ne bénéficient pas ou peu d'une protection sociale, aient été rejetés.

Si nous devons nous opposer fortement aux manœuvres d'Uber visant à utiliser la législation européenne pour empêcher la régulation de son activité par les États membres, nous devons valoriser les plateformes qui font appel à l'économie collaborative, comme Blablacar.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije o novim prilikama za mala prijevoznička poduzeća. Smatram da je bilo potrebno na razini Europske unije prepoznati važnost koju mala prijevoznička poduzeća, bilo da prijevoze robu ili ljude, imaju u gospodarstvu Europske unije. Podupirem i poziv Komisiji i državama članicama da poduzmu primjerene mjere u cilju borbe protiv praksi kojima velika udružena poduzeća narušavaju tržišno natjecanje kako bi se riješio problem diskriminacije i ograničenog pristupa tržištu bez obzira na veličinu ili vrstu poduzeća. Također, smatram da se ne smiju stvarati dodatna administrativna opterećenja i dodatni troškovi za mala prijevoznička poduzeća, već da treba prilagoditi zakonodavstvo koje će ojačati njihovo poslovanje i učiniti ih konkurentnijima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o novih priložnostih za mala prevozna podjetja, tudi sodelovalnih poslovnih modelih sem podprla. Zaradi pomanjkanja ustreznih statističnih podatkov si je težko ustvariti realno sliko o malih prevoznih podjetjih v Evropi. Izraz prevozna podjetja v tem kontekstu pomeni podjetja, ki se ukvarjajo s prevozom blaga in ljudi. Težko je določiti točen profil malin prevoznih podjetij vendar imajo vsa pomembno vlogo pri zagotavljanju mobilnosti, lahko bi rekli, da so ključni element evropske mobilnosti. Potrebe po tehnologiji v prometnem sektorju so velike in predstavljajo plodna tla za digitalno gospodarstvo. Za malo prevozna podjetja bo to izziv kako izkoristiti ta prehod. Malim podjetjem je potrebno reševati nekatere težave, ki jih velika prevozna podjetja nimajo, saj so finančno dovolj stabilna. Tudi pri izvajanju prava se pojavljajo pogosta gospodarska in socialna izkrivljenja, ki so jih deležna manjša podjetja. Zato je potrebno pospešiti prizadevanja za dokončanje enotnega evropskega prometnega prostora, da bi odpravili neenakosti pri izvajanju zakonodaje ter poskrbeti za boljšo koordinacijo med malimi podjetji.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar en contra de este informe, porque entiendo no se posiciona con suficiente rotundidad frente a los riesgos que conlleva la aparición incontrolada de algunas plataformas digitales en el sector transporte. Entiendo que la aparición de nuevos operadores en el mercado, no debe menoscabar los derechos de los operadores ya presentes, ni la capacidad de las autoridades públicas competentes de definir sus estrategias de movilidad.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de fixer à la Commission un cadre d'intervention pour améliorer les performances des petites entreprises de transport, notamment en raison de l'importance qu'a pris l'internet dans le passage des commandes de livraison ou de transport de passagers.

Les défis pour les petites entreprises de transport sont définis assez justement et sont notamment pointés le problème du dumping social, le problème de la répartition des profits entre les plateformes de commandes de transport de marchandises ou de passagers.

Malheureusement, une fois de plus, l'idéologie européiste aveugle le plus souvent les recommandations: la principale d'entre elles visant à permettre un développement harmonieux et compétitif des petites entreprises de transport, serait l'intégration du marché des transports, en uniformisant les législations, notamment en matière d'exigence de sécurité, de formation, exigences qui sont vues comme un moyen de distorsion de concurrence; uniformisation du cadre juridique (sauf en ce qui concerne les charges salariales, sociales et fiscales); libéralisation accentuée et un rejet des subventions de manière générale; considérations cosmétiques: la diminution de la pollution et la lutte contre le dumping social qui sont pourtant la conséquence logique et immédiate des 2 points précédents, mais qui ne servent qu'à l'affichage politique.

J'ai voté contre ce rapport.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy kwestii małych przedsiębiorstw transportowych, które są szczególnie trudne do oceny ze względu na zróżnicowane profile działalności w zależności od środka transportu, kraju, rodzaju świadczonych usług i struktury konkurencyjnej na rynku, na którym działają. Wśród nich są firmy rodzinne, MŚP, mikroprzedsiębiorstwa, przedsiębiorstwa prowadzące działalność rzemieślniczą i start-upy. Co ważne sprawozdanie wspiera nowe modele biznesowe i wzywa do ustanowienia jasnych i proporcjonalnych ram prawnych dla małych firm transportowych; podkreśla, że państwa członkowskie powinny zająć się zjawiskiem przeregulowania i zachowań anty-konkurencyjnych, które prowadzą do rozdrobnienia zasad i powodują trudności dla małych przedsiębiorstw; wzywa do harmonizacji przepisów dotyczących dostępu do zawodów regulowanych i działalności, co ułatwiłoby rozwój nowych podmiotów i usług powiązanych z platformami cyfrowymi i gospodarką współdzielenia się; odnosi się do problemu rosnącego wykorzystania lekkich samochodów dostawczych (LCV) w międzynarodowym transporcie towarów. Poparłem wspomnianą rezolucje.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He decidido votar en contra de este informe, porque entiendo no se posiciona con suficiente rotundidad frente a los riesgos que conlleva la aparición incontrolada de algunas plataformas digitales en el sector transporte. Entiendo que la aparición de nuevos operadores en el mercado, no debe menoscabar los derechos de los operadores ya presentes, ni la capacidad de las autoridades públicas competentes de definir sus estrategias de movilidad.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Palankiai vertinu naujas galimybes, suteiktas mažosioms transporto įmonėms ir naujiems bendradarbiavimu grindžiamiems verslo modeliams.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the report on new opportunities for small transport businesses, including collaborative business models. Small and medium-sized enterprises (SMEs) are the main engine of the European economy, representing, on 2014 figures, 99.8% of all undertakings outside the financial sector and accounting for two out of three of all jobs. The report calls on the Member States to put an end to over-regulation, which is often linked to protectionist and corporatist instincts that give rise to fragmentation, complexity and rigidity within the internal market, thus increasing inequality. It welcomes the new opportunities afforded by small transport businesses and new collaborative business models. I voted in favour because I believe that collaborative business models constitute a major resource for the sustainable development of connections in outlying, mountainous and rural regions, and offer indirect benefits for the tourism sector.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de este informe porque considero que la economía colaborativa, en la que se centra el informe no supone una nueva oportunidad, sino una etiqueta que distrae la atención de los cambios experimentados en los sectores afectados. No debe confundirse la oportunidad tecnológica que ofrecen los nuevos desarrollos tecnológicos con su utilización para precarizar el trabajo en el sector respectivo y eludir las obligaciones fiscales y sociales existentes, por ejemplo en el transporte: una realidad que no debe esconderse, ni disfrazarse.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor gestemd, omdat de kleine en middelgrote ondernemingen (kmo's) de belangrijkste motor van de Europese economie zijn en omdat zij in 2014 99,8 % van alle ondernemingen buiten de financiële sector vertegenwoordigden en twee op de drie banen verschaften.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A digitalização e os serviços da chamada economia colaborativa apresentam benefícios interessantes, na ótica do utilizador, que não podem ser descurados. O que o relatório omite, no entanto, é a política de privatização de serviços de transportes e a depleção dos serviços de transportes públicos, que reduz qualidade de serviço aos utentes, desregulamenta as relações de trabalho e desresponsabiliza os responsáveis políticos das estratégias de mobilidade - cada vez mais ligadas ao mercado e a uma lógica *on-demand*, individualizada.

Porque este relatório esconde a falta de apoios às políticas públicas de transportes e às estratégias públicas de mobilidade e porque se concentra numa concorrência direta entre as empresas ditas colaborativas fora da UE e as que poderão ser criadas na UE (esquecendo as contradições que, por exemplo, a Uber promove do ponto de vista de taxação ou da aplicação da legislação laboral), não na sua regulamentação, não o podemos apoiar.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Berichterstatter will jene Vorteile, die KMUs derzeit genießen (Zuschüsse, definiertes Marktsegment), auch den kleinen Verkehrsunternehmen zukommen lassen. Da kleine Verkehrsunternehmen für die Mobilität in den europäischen MS von wesentlicher Bedeutung sind, will der Berichterstatter möglichst günstige regulatorische, soziale und steuerliche Rahmenbedingungen schaffen, um das Blühen, Wachsen und Gedeihen von den eben genannten Verkehrsunternehmen zu gewährleisten.

Europa sollte den „Kleinen" daher mehr Aufmerksamkeit widmen.

Diesen Ansatz habe ich unterstützt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione concernente le nuove opportunità per le piccole imprese che forniscono servizi di trasporto per i passeggeri e le merci. Questa relazione d'iniziativa analizza le sfide e le opportunità per le piccole imprese nel settore dei trasporti, in particolare nel contesto dell'economia collaborativa. La crescita dell'economia digitale e l'emergere di piattaforme devono essere viste come delle grandi opportunità per favorire la crescita, una concorrenza leale all'interno di un quadro giuridico chiaro. Le due grandi sfide per le PMI sono quelle di sapersi adattare ai cambiamenti in atto e di rispondere alle esigenze della società attraverso soluzioni sostenibili, che tengano conto del rispetto dell'ambiente.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul din proprie inițiativă referitor la noile oportunități pentru întreprinderile mici din sectorul transporturilor, inclusiv modelele de economie colaborativă.

IMM-urile din domeniul transportului joacă un rol esențial în buna funcționare a mobilității în Europa, dar se confruntă adesea cu dificultăți în ceea ce privește accesul și menținerea pe piață, în special din cauza prezenței monopolurilor pe această piață. Prin întreprinderile de transport, raportorul înțelege acele întreprinderi care prestează servicii de transport de pasageri sau de mărfuri.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji tuto zprávu, jelikož z mého pohledu obsahuje řadu vhodných opatření podporujících malé a střední dopravní podniky. Tyto společnosti jsou v současné době zatíženy složitými předpisy, národním protekcionismem a v mnohých případech i nekalou soutěží. Jsem přesvědčen, že Evropská unie potřebuje konkurenceschopné a efektivní dopravní firmy. Z tohoto důvodu vítám, že zpráva usiluje především o odstranění nadměrných regulací. Z mého pohledu mohou hrát malé dopravní podniky do budoucna podstatnou roli v nových obchodních modelech. Již dnes můžeme například vidět, jak Uber nebo Deliveroo mění v mnoha ohledech dopravu ve městech.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Návrh uznesenia o nových príležitostiach pre malé podniky v odvetví dopravy som podporila. Malé podniky pôsobiace v odvetví dopravy sú v skutočnosti veľmi rôznorodou skupinou podnikov s rôznorodými potrebami. Práve preto je zložité ich zhrnúť pod jednotnú politiku či iniciatívu. Faktom však je, že tieto podniky zohrávajú kľúčovú úlohu pre mobilitu v Európe a poskytujú nové možnosti, ale napríklad aj nižšie náklady pre spotrebiteľov. Napriek tomu čelia väčším ťažkostiam ako veľké podniky. Práve preto sme v uznesení zdôraznili, že je potrebné bojovať proti prílišnej regulácii, ako aj správaniu narušujúcemu hospodársku súťaž. Rovnako sme sa zaoberali možnosťami využívania nových technológií a možnosťami financovania malých podnikov prostredníctvom fondov na európskej úrovni. Uvítala som tiež, že správa neobišla ani aktuálne výzvy súvisiace s modelmi hospodárstva spoločného využívania zdrojov, ktoré môžu byť práve v súvislosti s malými dopravnými podnikmi prospešné.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório Riquet por concordar com uma abordagem europeia coerente para apoiar a emergência de novos modelos de negócio no que toca às pequenas empresas de transporte. Destaco o apelo à Comissão de ter em consideração a dificuldade de penetração dos novos modelos empresariais colaborativos nos meios rurais e não urbanos quando elaborar diretrizes sobre esta matéria.

Sublinho também que as oportunidades decorrentes do desenvolvimento de veículos conectados e autopilotados (automóveis, navios, *drones*, *platooning)* devem levar a Comissão a apresentar um roteiro sobre os veículos conectados e automatizados e a analisar os efeitos potenciais que esta tecnologia possa ter sobre o sector europeu dos transportes, especialmente nas pequenas e médias empresas.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije o novim prilikama za mala prijevoznička poduzeća, uključujući poslovne modele temeljene na suradnji. Mala i srednja poduzeća glavni su pokretači europske ekonomije i pružaju dvije trećine radnih mjesta, posebice u uslužnom sektoru. Potražnja za uslugama prijevoza, za osobe kao i za robi i uvjeti pod kojima se one pružaju bitno se razlikuju te smanjenje mobilnosti ne dolazi u obzir. Tehnološka otkrića znatno mijenjaju prometni sektor i utječu na tradicionalne poslovne modele, kao i na radne uvjete i zapošljavanje u tom sektoru. Usluge samozapošljavanja mogu biti dobar način samozapošljavanja i promicanja poduzetničke kulture.

Ovom rezolucije pozivaju se Komisija i države članice da razmotre okupljanje malih prijevozničkih poduzeća, čime bi se među njima potaknuo razvoj partnerstva, a potrošačima pomoglo pronalaženje potrebnih usluga malih prijevozničkih poduzeća ovisno o potrebama. Rezolucija potiče nadležne institucije u ulaganje dodatnih napora u dovršavanje jedinstvenog europskog prometnog prostora i na razmjernost novih uvjeta u poreznim, socijalnim i ekološkim pitanjima.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Poročilo o novih priložnostih za mala prevozna podjetja, tudi sodelovalnih poslovnih modelih.

Prevozna podjetja srečujejo z velikimi izzivi pri odzivanju na naraščajoče potrebe po mobilnosti ob omejeni infrastrukturi in vse večjih okoljskih zahtevah. Vsa prevozna podjetja morajo zagotoviti varne, trajnostne in zelo konkurenčne rešitve, ki bodo prijazne do okolja in bodo hkrati zmanjšale zastoje. Predvsem mala podjetja, ki so glavno gonilo evropskega gospodarstva, težje in dražje izpolnijo ta pričakovanja.

Zato menim, da mora biti vsa zakonodaja, ki določa nove zahteve za mala podjetja, zlasti ukrepe na davčnem, socialnem in okoljskem področju, sorazmerna, enostavna in jasna, ne sme zavirati njihovega razvoja in mora po potrebi odražati regionalne in nacionalne značilnosti različnih držav članic.

9.10. Lage in Belarus (RC-B8-1232/2016, B8-1232/2016, B8-1233/2016, B8-1234/2016, B8-1237/2016, B8-1238/2016, B8-1239/2016, B8-1240/2016)

Ustne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Jiří Pospíšil (PPE). – Já jsem podpořil tento návrh rezoluce, protože spadá přesně do agendy lidských práv, kterou EP často řeší, a je tak správně, že jsme orgánem, který vnímá a hlídá stav lidských práv i mimo území EU.

Důvodem, proč jsem se přihlásil k vysvětlení a proč já sám osobně považuji tuto zprávu za zvláště důležitou, je téma trestu smrti. Já jsem se snažil ve své politické pozici v ČR, ale i zde vždy angažovat proti tomuto nehumánnímu trestu, který je v zásadě nevratný. V případě, že je spáchán justiční omyl a je vykonán na někom trest smrti, tak zkrátka již nelze nikdy exekuci takového trestu zvrátit. Jsem moc rád, že my v té rezoluci vyzýváme Bělorusko, naléhavě ho přímo žádáme, aby přestalo uplatňovat trest smrti, protože je to víceméně asi jediná země v Evropě, která tento nehumánní trest vykonává. Je třeba tedy proti němu bojovat.

Vedle toho souhlasím i s dalšími částmi usnesení, ale mě osobně nejvíce zajímá trest smrti, a považuji za důležité proti němu bojovat.

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). – Panie Przewodniczący! Bardzo dobrze, że przyjęliśmy jako Parlament Europejski tak krytyczną rezolucję w sprawie Białorusi, natomiast nie jest ona tak wyrazista, jak powinna być. Gdzieś jeszcze w tle pielęgnujemy złudzenia co do prezydenta Łukaszenki. To nie były wybory na Białorusi, to była nominacja. Sytuacja praw człowieka i opozycji się nie zmieniła.

Czy Unia w tej materii nie popełniła błędu? Mnie się wydaje, że tak, i pośrednio to, jak te wybory przebiegły, i że są te wybory (w cudzysłowie oczywiście) tak niesatysfakcjonujące, to jest nasza wina z dwóch powodów. Po pierwsze, za wcześnie znieśliśmy sankcje. Jeśli trzeba było to zrobić, to dopiero po wyborach – pozbawiliśmy się instrumentu presji. Po drugie, udzieliliśmy – my, Zachód – pożyczki Międzynarodowego Funduszu Walutowego, również zdejmując jakąkolwiek presję z Białorusi w myśl mniemania, które moim zdaniem jest błędne, że coś się Białorusi należy, bo była organizatorem tzw. rozmów mińskich w sprawie wojny Rosji przeciwko Ukrainie. Pogwałciliśmy wobec Białorusi zasadę „więcej za więcej", bo tak naprawdę dostali więcej za mniej. Uważam, że to Parlament Europejski powinien pilnować nadal krytycznej linii Unii Europejskiej wobec Białorusi.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Panie Przewodniczący! Zabieram głos jako autor tej rezolucji, zgłaszając dwie uwagi. Pierwsza to podziękowania – podziękowania dla tych eurodeputowanych, którzy zgłaszali rozmaite poprawki wykraczające poza tekst rezolucji, ale koniec końców wycofali się zarówno z tych, które łagodziły rezolucję, jak i tych, które wprowadzały do rezolucji rzeczy zbędne. Bardzo dziękuję, bo rezolucja dzięki temu jest czytelniejsza.

A druga uwaga jest związana z koniecznością utrzymywania konsekwentnej polityki wobec takich państw jak Białoruś. Mam wrażenie, że od czasu do czasu rezolucje idą swoją drogą, a praktyka nieco inną. Dla mnie bardzo istotne jest, aby spójność w tej materii była rzeczywiście na najwyższym poziomie.

Pisemne wyjaśnienia dotyczące głosowania

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Questa risoluzione prende atto delle carenze riscontrate durante le elezioni presidenziali del 2015 e le elezioni parlamentari del 2016 e invita le autorità bielorusse a riprendere l'attività di riforma elettorale nel quadro di un più ampio processo di democratizzazione e in collaborazione con i partner internazionali. Si esorta inoltre la Bielorussia, in quanto unico paese in Europa ad applicare ancora la pena capitale, ad aderire alla moratoria globale sull'esecuzione della pena di morte come primo passo verso la sua abolizione definitiva. Infine, si esprime preoccupazione per i problemi di sicurezza sollevati dalla costruzione della centrale nucleare bielorussa di Ostrovets, a meno di 50 km da Vilnius, capitale della Lituania, e vicino al confine polacco; sottolinea l'esigenza di una vigilanza internazionale completa sulla realizzazione del progetto al fine di garantirne la conformità ai requisiti e agli standard internazionali in materia di sicurezza nucleare e ambientale. Tuttavia sono molti i punti sui quali bisognerebbe fare maggiore chiarezza e per questo ho deciso di astenermi.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución sobre Bielorrusia es una intervención directa en los asuntos internos del país, lo que constituye una violación de los principios básicos del Derecho internacional, pidiendo el apoyo político y financiero a la oposición «independiente», los medios de comunicación y la sociedad civil bielorrusa.

Además, afirma que desde 1994 no se han celebrado en Bielorrusia elecciones libres y justas y se centra en denunciar la represión de la oposición, sin tener en cuenta que desde las últimas elecciones parlamentarias hay miembros de la oposición representados en el Parlamento.

Es necesario reconocer la soberanía y la independencia de los países para definir el sistema político, económico y social que mejor responda a los intereses y aspiraciones de su pueblo.

Además, lamento que no se utilice el potencial de Bielorrusia para superar la confrontación entre Rusia, Ucrania y la Unión, sino que se continúe en la lógica de confrontación con nuestros países vecinos.

Por esto, voté en contra de esta resolución.

Martina Anderson, Lynn Boylan and Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. — The motion for a resolution on Belarus was not critical enough of the human rights breaches that happen in that country and it also tried to criticise other countries adjacent to Belarus for the issues in that country. It was not as balanced as it should have been and in places it was unduly lenient towards the last remaining dictatorship in Europe.

Laima Liucija Andrikienė (PPE), *raštu*. – Balsavau už rezoliuciją dėl padėties Baltarusijoje. Tai svarbus dokumentas ypač po neseniai vykusių parlamento rinkimų, kuriuose tarptautinė bendruomenė įžvelgė daug trūkumų ir pažeidimų. Akivaizdu, kad demokratija ir žmogaus teisės Baltarusijoje nėra svarbiausios, kaip ir piliečių sveikata bei saugumas. Šioje srityje turime nuolat kelti saugumo problemų dėl Baltarusijos atominės elektrinės, statomos Astrave – mažiau nei 50 km atstumu nuo Vilniaus, Lietuvos sostinės, ir visai netoli Lenkijos sienos, klausimus. Įgyvendinant šį projektą reikalinga atidi tarptautinė priežiūra siekiant užtikrinti, kad jis atitiktų tarptautinius branduolinės saugos ir aplinkos apsaugos reikalavimus ir standartus, įskaitant JT Espo ir Orhuso konvencijų taikymą. Todėl Komisija privalo įtraukti šios statomos atominės elektrinės saugumo ir skaidrumo klausimus į savo dialogą su Baltarusija ir Rusija, turint omenyje tai, kad jos statybą finansuoja Rusija ir kad joje naudojama įmonės „Rosatom“ technologija. Astravo atominės elektrinės statybos kelia itin didelį susirūpinimą, todėl tikiuosi aktyvaus Komisijos įsikišimo bei visų turimų priemonių ir instrumentų panaudojimo siekiant kuo skaidresnių rezultatų bei kuo didesnio saugumo užtikrinimo.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – In seiner Entschließung zieht das Europäische Parlament Bilanz über die Parlamentswahlen in Belarus vom 12. September 2016. Die Lage in Belarus in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte ist sehr besorgniserregend und daher unterstütze ich die Entschließung des Parlaments, die die Verhältnisse in Belarus kritisiert. Zu den Missständen, die angesprochen werden, gehören die Mängel bei der Wahl, die von internationalen Beobachtern festgestellt wurden, sowie die Anwesenheit von nur zwei Vertretern der Opposition im Parlament, deren Wahl eher als eine Ernennung zu sehen ist. Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament eine umfassende Wahlreform, die Freilassung politischer Gefangener sowie die Achtung der demokratischen Grundsätze und Menschenrechte.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Située entre la Russie et la Pologne, la Biélorussie est un axe de transit majeur entre l'Union européenne et la Russie. Le pays est gouverné depuis 1994 par Alexandre Loukachenko. Celui-ci a mis fin aux réformes de libéralisation de l'économie commencées par son prédécesseur Chouchkievitch, et instauré un pouvoir présidentiel fort, grâce aux référendums de 1994 et 1996.

Les tensions avec l'UE commencent en 1998. Du fait du maintien de la peine de mort, la Biélorussie a vu sa demande d'adhésion au Conseil de l'Europe suspendue en 1996. L'UE a imposé à partir de 2002 des sanctions économiques et des interdictions de visa croissantes et à partir de 2008, elle finance directement des ONG et des médias d'opposition à destination de la Biélorussie, comme la chaîne Belsat qui émet depuis la Pologne.

Après les événements en Ukraine en 2014, les États-Unis et l'UE ont fait volte-face dans leurs relations avec la Biélorussie, en faisant entrer ce pays dans le partenariat oriental, en levant les sanctions contre des avancées cosmétiques dans la démocratisation du pays. Je me suis abstenue sur ce rapport qui approuve la levée des sanctions contre la Biélorussie, mais contient de nombreuses ingérences dans les affaires politiques et économiques biélorusses.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted to abstain on this resolution because I do not believe that the European Union should be getting involved in the matters of other Member States.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – Au vu des défaillances constatées par des observateurs internationaux indépendants lors des élections présidentielles de 2015 et législatives de 2016, il m'apparaît nécessaire de demander au pouvoir biélorusse de garantir le respect des droits démocratiques, des droits de l'homme et des libertés fondamentales. De fait, une réforme électorale globale, inscrite dans le cadre d'un processus de démocratisation plus large, doit être entamée. Pour ces raisons, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport qui, s'il approuve la levée des sanctions contre la Biélorussie, contient malheureusement de nombreuses ingérences dans les affaires politiques et économiques de ce pays d'Europe.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Je considère que tout pays qui met en place une force nucléaire doit impérativement adhérer aux critères et principes internationaux de sécurité nucléaire et environnementale, et que le gouvernement de la Biélorussie, qui assume l'entière responsabilité de la sûreté et de la sécurité des installations nucléaires sur son territoire, doit satisfaire à ses obligations, tant envers sa propre population qu'envers les pays voisins. La mise en place, l'exploitation et le démantèlement des installations nucléaires doivent être dictés par les principes d'ouverture et de transparence.

Nous reconnaissons les progrès effectués par la Biélorussie si on compare les élections législatives de 2016 avec les élections antérieures. Nous constatons que l'opposition disposera de deux représentants au parlement nouvellement élu. Toutefois, on ne peut que déplorer que ces élections ne respectent pas plusieurs normes internationales fondamentales s'appliquant aux élections libres et démocratiques et qu'elles ne soient pas conformes au code électoral du pays!

Brando Benifei (S&D), *per iscritto*. – A più di vent'anni dalla caduta dell'Unione Sovietica, il continente europeo si trova a convivere con una realtà che è stata più volte definita come l'ultima dittatura d'Europa: la Bielorussia. Dal 1994 nel paese non si sono svolte elezioni democratiche, dal 2000 non si registra la nascita di nuovi partiti politici e sono stati invece introdotti nuovi strumenti per incarcerare e molestare le opposizioni. La risoluzione approvata oggi, e da me sostenuta, chiede al governo di porre fine alle persecuzioni e promuovere, come primo passo, una moratoria globale sulla pena di morte. Il Parlamento europeo continua a sostenere le aspirazioni filodemocratiche del popolo bielorusso e invita la Commissione e Il Servizio europeo per l'azione esterna a rafforzare il sostegno alle organizzazioni della società civile in Bielorussia e all'estero. Il testo chiede inoltre la supervisione internazionale della realizzazione della prima centrale nucleare bielorussa a Ostrovets, a meno di 50 km dalla capitale lituana Vilnius. Occorrono garanzie sugli standard di sicurezza nucleare e ambientale, per questo il Consiglio e la Commissione devono spingere affinché la Bielorussia conduca stress-test sul suo sito nucleare.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta propuesta de resolución sobre la situación política en Bielorrusia, que no fue apoyada por nuestro grupo parlamentario, porque considero que, aun estando de acuerdo con algunas cuestiones relacionadas con la protección de los derechos humanos y las libertades civiles, la resolución plantea cuestiones que implican cambios en la legislación nacional de dicho país, lo que supone una clara injerencia de la Unión y no resuelve las cuestiones que plantea la propia resolución.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución sobre la situación en Bielorrusia, pero he votado diferido en el voto sobre la enmienda 3 del grupo ECR, la cual he apoyado. Creo que hay que condenar taxativamente la política del Gobierno bielorruso de utilizar fuerzas especiales para interferir en los asuntos internos de las organizaciones de la sociedad civil, incluidas las que representan a minorías nacionales, como por ejemplo la ONG independiente Unión de Polacos de Bielorrusia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce rapport qui, certes, approuve la levée des sanctions à l'encontre de la Biélorussie, mais continue de relever de la plus pure ingérence eurofédéraliste.

Un chantage est ainsi mené envers les autorités biélorusses, qui seraient autorisées à participer à l'assemblée parlementaire du partenariat oriental, mais si et seulement si la Biélorussie se décidait à s'éloigner de son partenaire russe. Outre les critiques envers les choix diplomatiques de cet État souverain, les groupes politiques se permettent en plus de lui donner des leçons en matière de politique économique, alors même que la Biélorussie dispose du meilleur IDH parmi les États membres de la Communauté des États Indépendants.

Enfin, puisque la liste ne serait pas complète sans cela, la résolution critique également le système institutionnel biélorusse en niant notamment les efforts, pourtant reconnus par l'OSCE, d'ouverture politique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido totalmente alcuni passaggi di questa risoluzione, ho quindi deciso di esprimere un voto di astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för resolutionen.

Vitryssland bryter mot de mänskliga rättigheterna på många punkter, vilket bevisas exempelvis i Amnesty Internationals årsbok med tydliga exempel. För att understödja en utveckling mot demokrati är det viktigt att demokratiska fackliga och folkliga rörelser ges möjligheter att verka fritt och får stöd till sin verksamhet. EU, men också folkrörelser i EU-länder, kan spela en viktig roll för att bidra till en sådan utveckling.

Jag har röstat för den skarpa kritiken mot Vitrysslands deltagande i Rysslands militärövningar som också inkluderat simulerade anfall på Sverige. Jag vill dock understryka att för att skapa avspänning och gemensam säkerhet i Europa så måste också Natos militärövningar, och svenskt deltagande i dessa, kritiseras.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Bielorrusia ha vuelto a ejecutar sentencias de muerte, siendo el único país europeo en aplicarlas. Ya van 4 condenas en 2016 y 400 desde 1991, fecha de su independencia.

Esta aplicación ininterrumpida contradice la declarada intención del Estado de introducir una moratoria en el uso de la pena de muerte, un compromiso que Bielorrusia había adquirido con la Unión y en respuesta al informe periódico universal del Consejo de Derechos Humanos de la ONU.

Por otra parte, en las elecciones de septiembre los observadores de la OSCE apreciaron claros esfuerzos por resolver problemas del proceso electoral: es la primera vez desde el año 2000 que la oposición obtiene representación, 2 escaños de 110. Sin embargo, no se han cumplido un gran número de recomendaciones del Consejo de Europa y de la propia OSCE. Es necesaria una reforma electoral como parte de un proceso más amplio de democratización.

Bielorrusia debe avanzar hacia la abolición total de la pena capital. Existe una violación sistemática por parte del Estado bielorruso del derecho a la vida, así como, también del derecho a la defensa letrada independiente.

Por todo ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliucijos, nes ja Parlamentas pasisakė dėl padėties Baltarusijoje. 2016 m. rinkimuose pastebėta teigiamų tendencijų, pvz., tai, kad valdžios institucijos nesudarė didelių kliūčių rinkti parašus dėl kandidatų skyrimo ir vykdyti kampanijas ir kad atvejai, kai buvo atsisakyta registruoti paskirtas grupes ir kandidatus, sudarė tik nedidelę procentinę dalį. Remiantis ESBO Demokratinių institucijų ir žmogaus teisių biuro misijos vertinimu, 2016 m. parlamento rinkimai buvo organizuoti veiksmingai. Vis dėlto liko ilgalaikių sisteminių trūkumų, įskaitant politinių teisių ir pagrindinių laisvių teisinio pagrindo apribojimus. Todėl Parlamentas pripažįsta Baltarusijos pažangą vykdant 2016 m. parlamento rinkimus, palyginti su ankstesniais rinkimais ir pažymi, kad naujai išrinktame parlamente opozicija turės du atstovus. Vis dėlto apgailestauja, kad rinkimai neatitiko daugelio pagrindinių tarptautinių demokratinių ir laisvų rinkimų standartų arba šalies rinkimų teisės aktų. Ypač pabrėžia, kad ne visi kandidatai turėjo vienodas galimybes naudotis valstybine žiniasklaida, rinkimų komisijos nebuvo nešališkos, buvo piktnaudžiaujama administraciniais ištekliais vyriausybę remiančių kandidatų naudai, kad buvo nemažai atvejų, kai rinkėjai buvo verčiami dalyvauti išankstiniame balsavime, o stebėtojams kai kurios procedūros atrodė neskaidrios.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés sürgeti a belarusz hatóságokat, hogy vizsgálják felül azt a politikát, mely szerint a belarusz nem kormányzati szektornak nyújtott nemzetközi pénzügyi támogatást továbbra is súlyos adók terhelik. Elítéli a belarusz kormány azon politikáját, hogy a különleges erőket bevetve a civil társadalmi szervezetek – köztük a nemzeti kisebbségeket képviselő szervezetek, mint például a „Belarusz Lengyelek Uniója" független, nem kormányzati szervezet – belügyeibe avatkozik. A fentiek fényében támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podpiram resolucijo o razmerah v Belorusiji, ker sem precej dobro seznanjen s stanjem v tej državi in sem še vedno zaskrbljen zaradi pomanjkljivosti, ki so jih neodvisni mednarodni opazovalci zaznali med predsedniškimi volitvami leta 2015 in parlamentarnimi volitvami leta 2016. Prav tako so zaznani poskusi za izboljšanje stanja, ki pa nažalost ne zadostujejo. Zaskrbljen sem nad podatkom, da bo v novoizvoljenem parlamentu zgolj en predstavnik opozicijske stranke in en predstavnik nevladnega sektorja. Težko verjamem, da gre za odraz dejanskega stanja na volitvah, zato pozdravljam pozive EU, da naj Belorusija brez odlašanja nadaljuje celovito reformo volilnega sistema kot del širšega demokratičnega procesa.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće o stanju u Bjelorusiji, uz napomenu kako stanje u toj zemlji treba i dalje budno pratiti.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – The resolution on the situation in Belarus highlighted the fact that since 1994 no free and fair elections have been conducted in the country. Thus, I voted in favour of this resolution because it called on the Belarusian authorities to resume work on a new electoral reform and to ensure respect for democratic principles, human rights and fundamental freedoms.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La Bielorussia è uno Stato non democratico in cui ancora vigono la pena di morte, la repressione sistematica del dissenso e la vessazione delle opposizioni. Dalla sua indipendenza dall'Unione Sovietica ad oggi non vi sono mai state elezioni libere nel Paese, che è sempre stato governato da Alexander Grigoryevich Lukashenko.

Negli ultimi anni si è assistito ad un moderato miglioramento delle condizioni di vita e del rispetto dei diritti umani nel Paese, grazie alla costante pressione dell'Unione europea e degli organismi internazionali. Questi progressi non sono tuttavia sufficienti e la Bielorussia rimane ancora soggetta ad un governo autoritario e nazionalista.

L'Unione europea deve proseguire i suoi sforzi culturali, politici e diplomatici per aiutare il popolo bielorusso a progredire lungo la strada della democrazia e a integrarsi pacificamente nello scenario internazionale.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Progresele înregistrate de Belarus în ultimii doi ani au contribuit la îmbunătățirea relațiilor UE-Belarus. Concret, este vorba despre participarea proactivă a Belarusului la Parteneriatul estic și la etapa intermediară a consultărilor pe teme legate de modernizare, reluarea dialogului UE-Belarus privind drepturile omului, dar și începerea negocierilor privind acordurile de facilitare a eliberării vizelor și de readmisie și privind un parteneriat pentru mobilitate.

Din păcate, însă, bunăstarea cetățenilor din Belarus este periclitată de anumite politici care nu deservesc societatea în ansamblul său, ci doar anumite grupuri. În acest context, vorbim despre încălcarea libertății de exprimare și cea a mass-mediei, limitarea drepturilor civile și politice, dar și stagnarea economiei de peste 20 de ani, sectoarele importante fiind în continuare în proprietatea statului.

De asemenea, trebuie menționat faptul că Belarus este singura țară europeană care încă mai aplică pedeapsa cu moartea, un tratament inuman și degradant.

Am votat în favoarea acestei rezoluții în speranța unui tratament mai bun aplicat cetățenilor, a unui stat care respectă valorile democratice, dar și pentru o societate civilă dinamică, care să poată contribui la bunăstarea socială și economică a acestei țări.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Il mio voto a favore della proposta di risoluzione sulla situazione in Bielorussia perché quello bielorusso rimane l'unico parlamento in Europa che per vent'anni non ha avuto una opposizione. Le elezioni, tenute nel 2010, sono state definite dall'OSCE «né libere, né imparziali». Secondo la valutazione dell'OSCE / ODIHR, anche per quanto riguarda le elezioni tenute nel 2016 si registra un significativo numero di irregolarità procedurali e mancanza di trasparenza. A mio avviso, nonostante si debbano agevolare tentativi di dialogo, almeno per mitigare la difficile situazione politica e alleggerirne il peso sui cittadini, la Bielorussia rimane un regime autoritario e le violazioni dei diritti umani pongono problemi difficili da superare per l'UE. Dobbiamo ricordare a noi stessi che l'UE

rimane una comunità di valori che ha come preoccupazione principale il rispetto dei principi democratici, delle libertà civili, dei diritti umani.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Bielorussia viene spesso definita «l'ultima dittatura d'Europa». Il suo presidente, Alexander Lukashenko, continua ad essere eletto con maggioranze di voti incredibili dal 1991, mentre al Parlamento il suo partito si aggiudica regolarmente 110 seggi su 110. La Bielorussia è anche l'unico paese del continente europeo che ancora applica la pena di morte: almeno quattro persone sono state condannate a morte da febbraio e circa 400 persone sono state giustiziate da quando il paese ha ottenuto l'indipendenza nel 1991. Mi sono astenuto sul voto finale.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I fully supported this report as I believe there is a need for a strong, continued pressure on Belarus and its official representatives when it comes to the elementary principle of democracy, rule of law and good governance. Despite some improvements and openings on the side of Belarus, there are still serious shortcomings, which should be addressed. Being the only European country with a death penalty is one of the most critical.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραπτώς*. – Στηρίζουμε την κοινή πρόταση ψηφίσματος και καλούμε τις αρχές της Λευκορωσίας να συνεχίσουν χωρίς αναβολή τις εργασίες για μια συνολική μεταρρύθμιση του εκλογικού συστήματος στο πλαίσιο της ευρύτερης διαδικασίας εκδημοκρατισμού και σε συνεργασία με διεθνείς εταίρους.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ψηφίσαμε επί της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λευκορωσία. Παρότι η πρόταση αυτή περιέχει θετικές προτάσεις για τη βελτίωση των δημοκρατικών και κοινωνικών μηχανισμών, η έντονη στόχευσή της σε ζητήματα εξωτερικής πολιτικής και διεθνών σχέσεων δεν με βρίσκει σύμφωνο. Γι' αυτό και αποφάσισα να απέχω.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on the situation in Belarus.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A UE tem um importante papel a desempenhar no esforço de democratização da Bielorrússia, país que tem uma importância geoestratégica fundamental.

Manifesto-me contra a aplicação da pena de morte, em qualquer circunstância, pelo que não posso aceitar que só este ano a mesma tenha sido aplicada quatro vezes. Acompanho o apelo para a adesão da Bielorrússia à moratória internacional, mas defendo, por princípio, a sua abolição.

Partilho a preocupação com a transparência dos atos eleitorais, considerando as dificuldades das eleições presidenciais de 2015 e parlamentares de 2016. Entendo que deve ser empreendida uma profunda reforma eleitoral que facilite a constituição de partidos e promova a participação dos cidadãos.

A UE não pode admitir a prisão política. Defendo a restituição imediata de todos os direitos civis a presos políticos libertados e uma ampla reforma dos códigos administrativo e penal que preserve a liberdade de expressão e de imprensa.

Vejo com apreensão a construção de uma central nuclear em Ostrovets, junto da Lituânia e da Polónia.

Entendo que qualquer decisão relativa a facilitação de atribuição de vistos deve considerar o respeito pelos direitos fundamentais da parte das autoridades bielorrussas.

Por considerar todas estas dimensões, apoio a proposta de resolução.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione in quanto, tra le altre cose, invita le autorità bielorusse a riprendere il lavoro su una completa riforma elettorale e chiede di riabilitare tutti i prigionieri politici rilasciati e il ripristino completo dei loro diritti proseguendo in un percorso costruttivo e positivo a favore dell'intero popolo bielorusso che possa portare a sostenere le loro legittime aspirazioni e le iniziative a favore della democrazia necessarie per contribuire a creare un futuro stabile, democratico e prosperoso per il paese.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución sobre Bielorrusia es una intervención directa en los asuntos internos del país, lo que constituye una violación de los principios básicos del Derecho internacional, pidiendo el apoyo político y financiero a la oposición «independiente», los medios de comunicación y la sociedad civil bielorrusa.

Además, afirma que desde 1994 no se han celebrado en Bielorrusia elecciones libres y justas y se centra en denunciar la represión de la oposición, sin tener en cuenta que desde las últimas elecciones parlamentarias hay miembros de la oposición representados en el Parlamento.

Es necesario reconocer la soberanía y la independencia de los países para definir el sistema político, económico y social que mejor responda a los intereses y aspiraciones de su pueblo.

Además, lamento que no se utilice el potencial de Bielorrusia para superar la confrontación entre Rusia, Ucrania y la Unión, sino que se continúe en la lógica de confrontación con nuestros países vecinos.

Por esto, voté en contra de esta resolución.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Condivido la preoccupazione per le carenze riscontrate in Bielorussia dagli osservatori internazionali indipendenti durante le elezioni presidenziali. Pertanto ho accolto favorevolmente la presente risoluzione che esorta le autorità bielorusse ad adottare misure che possano favorire il superamento di una serie di carenze sistemiche, fra cui restrizioni del quadro giuridico per i diritti politici e le libertà fondamentali. Giudico molto importante e attendo con interesse l'adesione della Bielorussia all'AP Euronest, in conformità dell'atto costitutivo, non appena le condizioni politiche siano soddisfatte, poiché tale adesione sarebbe la prosecuzione naturale della partecipazione della Bielorussia al quadro di cooperazione multilaterale del partenariato orientale.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Popieram Oświadczenie Komisji w sprawie sytuacji na Białorusi oraz konieczność przyjęcia w tym celu wspólnego projektu rezolucji. Kolejne wybory parlamentarne na Białorusi, które odbyły się 11 września 2016 roku, zostały przeprowadzone z rażącym naruszeniem zasad demokratycznych wyborów oraz pozbawione pożądanej przejrzystości. Chociaż obserwatorzy zauważyli oznaki poprawy standardów odnoszących się do zasad wyborczych (łatwiejsza rejestracja, lepszy dostęp do mediów, brak masowych prześladowań oraz wybór dwóch członków opozycji do 110-osobowego parlamentu) to miały one jednak charakter fasadowy a proces wyłaniania parlamentarzystów okazał się zafałszowany. W tym przypadku nie można zatem postrzegać parlamentu białoruskiego jako przedstawiciela woli narodu. Mając powyższe na uwadze zagłosowałem za przyjęciem procedowanego dokumentu.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I am in favour of this resolution as it calls upon Belarus to set up its game in assuring human rights, while also noting the improvements made on freedom of speech and freedom of the media. The resolution calls for the Government of Belarus to abolish the death penalty, and reminds Belarus that accession to the EU cannot be considered with the death penalty in place as it goes against the EU's Charter of Fundamental Rights. The resolution encourages Belarus to tackle these issues and more, and for this reason I voted in favour of this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution porte sur la situation politique en Biélorussie. Il est à noter que les progrès réalisés en matière de promotion des valeurs démocratiques restent insuffisants: nouveaux prisonniers politiques, harcèlement de l'opposition démocratique et recours à la peine de mort sont le lot quotidien en Biélorussie. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. — J'ai voté en faveur de la résolution sur la situation en Biélorussie. La promotion de bonnes pratiques électorales et la lutte contre les atteintes aux droits de l'homme font partie des socles de l'action extérieure européenne. À ces égards, les efforts de la Biélorussie ne sont pas suffisants. Nous appelons, avec plus d'insistance encore, à ce que l'Union européenne use de la totalité de son influence, pour amener les autorités biélorusses à participer au moratoire international sur l'exécution de la peine de mort.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – Vandaag keurde de N-VA-delegatie een ontwerpresolutie goed die de situatie in Wit-Rusland aan de kaak stelt. Op 11 september vonden er in Wit-Rusland verkiezingen plaats die verre van democratisch en transparant zijn verlopen. Ondanks enkele verwaarloosbare hervormingen in de organisatie van deze verkiezingen, kan het nieuw verkozen parlement niet gezien worden als een democratische reflectie van de Wit-Russische bevolking. De toestand in het land blijft ook voor de rest zorgwekkend. Wij roepen Loekasjenko op zijn buitenlandbeleid meer te oriënteren op het Westen en dringen aan op democratische hervormingen.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte.

La Biélorussie, gouvernée depuis 1994 par Alexandre Loukachenko, a fait l'objet de restrictions successives de la part de l'Union européenne, notamment sur le plan économique en 2002. En outre, l'Union européenne finance directement des ONG et des médias d'opposition au pouvoir.

Des libéralisations du système politique ont permis au pays d'intégrer le partenariat oriental et ont conduit à un réchauffement relatif des relations avec les États-Unis et l'Union européenne en 2014.

Le présent rapport contient encore des exigences supplémentaires, notamment un droit de regard européen sur la construction de la centrale et une ouverture sans limite aux médias et ONG étrangères.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Abstention sur la résolution commune: la motion conjointe a un aspect positif, en ce qu'elle acte et soutient le processus de rétablissement du dialogue et de levée des sanctions. Mais d'un autre côté elle ne peut être soutenue car elle fait de la surenchère politique et géopolitique tant vis-à-vis du régime biélorusse que de sa relation avec la Russie.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução prossegue uma linha de ingerência e de interferência externa relativamente à situação política e social da Bielorrússia, que consideramos inaceitável. A resolução aborda a «aproximação» da Bielorrússia à UE, que levou ao levantamento de parte das sanções antes aplicadas, num processo que impôs mudanças, que a resolução refere terem sido feitas com «relutância».

Critica-se o processo eleitoral na Bielorrússia, ao mesmo tempo que se elogiam outros processos eleitorais, como o da Geórgia, tudo em função dos interesses que os vencedores estão (ou não) disponíveis para servir. Dois pesos, duas medidas. A resolução desenvolve a visão da UE relativamente à situação na Ucrânia. Tece considerações sobre o que quer ou deseja o povo bielorrusso. Defende a interferência na situação interna bielorrussa, por via do apoio às «organizações da sociedade civil». Tece considerações críticas relativamente a opções da Bielorrússia no domínio da política energética.

Independentemente da opinião ou posição que tenhamos relativamente ao governo bielorrusso, de reservas ou a razões de distanciamento, a linha de ingerência que esta resolução desenvolve é inaceitável. Cabe a cada povo definir o sistema político, económico e social que melhor satisfaz os seus interesses e aspirações. Não é à UE que cabem essas decisões. Votámos contra.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della dichiarazione della Commissione sulla situazione in Bielorussia. Le recenti elezioni parlamentari in Bielorussia hanno ampiamente dimostrato che il processo di democratizzazione è ancora poco efficace, basti osservare la mancanza di trasparenza nell'ultimo processo elettorale. Considerando la situazione economica e geopolitica del paese, alquanto delicata, auspico un maggior impegno da parte del governo bielorusso nelle relazioni con l'Europa, ma soprattutto nell'implementazione dello Stato di diritto, valore imprescindibile per noi occidentali.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Mi astengo dalla risoluzione che contiene buoni intenti, ma cade poi nella solita retorica anti Russia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω το ψήφισμα σχετικά με την κατάσταση στη Λευκορωσία. Καλό θα ήταν οι παρεμβάσεις στο Σύνταγμα ανεξαρτήτων κρατών από μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των ΗΠΑ, να παραμένουν σε ένα πιο διακριτικό επίπεδο. Η Λευκορωσία είναι ένα κράτος που προσπαθεί να ανακάμψει και χρειάζεται ουσιαστική βοήθεια και όχι υποδείξεις για το πως θα πρέπει να λειτουργήσει σαν έθνος.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The continuing use of the death penalty in Belarus, the only country on the European continent that still applies the death penalty, is to be deplored. I strongly support the call on the authorities of Belarus to commute the remaining death sentences and establish without delay a formal moratorium on executions as a first step towards abolition of the death penalty. The introduction of the moratorium would be a decisive step in bringing Belarus closer to the pan-European legal standards.

It is important to increase cooperation in the areas of legal and labour migration; asylum and the protection of refugees; prevention and combating of irregular migration and on maximising the development impact of migration and mobility. However, we cannot forget that the situation in Belarus is not improving from a political rights and social freedoms point of view. The repression of democratic opposition and of independent civil society activity has to be condemned by all means.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la resolución considerando que, según la evaluación de las elecciones parlamentarias de 2016 efectuada por la OSCE, estas se organizaron de manera eficiente, aunque persistieron antiguas deficiencias sistémicas, incluidas las restricciones que impone el marco jurídico a los derechos políticos y las libertades fundamentales, se constataron numerosas irregularidades de procedimiento en relación con el recuento y la tabulación anticipados y que no fueron transparentes. Por lo tanto, debemos pedir a las autoridades bielorrusas que reanuden sin demora los trabajos de reforma exhaustiva del sistema electoral en el marco de un proceso de democratización global y que garanticen en cualquier circunstancia el respeto de los principios democráticos, los derechos humanos y las libertades fundamentales.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune del Parlamento europeo sulla situazione in Bielorussia perché purtroppo ancora oggi la Bielorussia, nonostante i tanti richiami dalle comunità internazionale, resta ancora un regime autoritario e illiberale. Quello Bielorusso è infatti l'unico Parlamento in Europa che da oltre vent'anni non ha una vera opposizione: le ultime elezioni del 2010 sono state definite «né libere né trasparenti». Sono molto preoccupata dalla assenza di pluralismo politico e democrazia politica in Bielorussia, dove da 16 anni non si registrano nuovi partiti. Chiedo quindi che siano abbandonate tutte le restrizioni al riguardo e che tutti i partiti politici possano esercitare le loro attività politiche senza ostacoli. Restano forti inoltre le preoccupazioni per l'istituto della pena di morte e le sorti dei prigionieri politici, motivo di dure critiche internazionali. Sono fermamente convinta che sia necessario agevolare i tentativi di dialogo, perché la diplomazia è la nostra principale arma per cercare di alleggerire la pressione sulle libertà dei cittadini, da parte del regime. Ribadisco il mio appello alle autorità bielorusse affinché garantiscano in ogni circostanza il rispetto dei principi democratici e delle libertà fondamentali, conformemente alla Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Resolution zur neuen Lage in Belarus gestimmt, da ich die Probleme dort auch im globalen und geostrategischen Zusammenhang sehe. Die EU ist gut beraten, hier eine überlegte und aktive Rolle zu spielen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Aufgrund der vorherrschenden Mängel, die von unabhängigen internationalen Beobachtern bei der Parlamentswahl 2016 in Belarus festgestellt wurden, ist der Entschließungsantrag zu befürworten. Es gilt die politischen Missstände zu beseitigen. Es besteht die Notwendigkeit einer umfassenden Wahlreform. Außerdem gilt es, die freigelassenen politischen Gefangenen zu rehabilitieren und ihnen wieder ihre vollen Bürgerrechte anzuerkennen. Zudem fordere ich die Republik Belarus mit Nachdruck auf, dem internationalen Moratorium für die Todesstrafe beizutreten.

Nathan Gill (EFDD), *in writing*. – There have been two major developments in Belarus. First, there has been the resumption of death sentences carried out after a two-year pause. The EU considers the death penalty a major sticking point in diplomatic and economic relations. It had recently unfrozen the assets of 150 major figures in Belarus following this pause and the release of some political prisoners. The second concerns the planned development of a nuclear plant near the border with Lithuania. There have been questions raised over the planning processes' compliance with international safety standards and other requirements of the Belarusian Government through its membership of the International Atomic Energy Agency.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on Belarus, which expresses grave concern about the shortcomings observed by independent international observers during the 2015 presidential and 2016 parliamentary elections as well as harassment of media and journalists. Belarusian authorities need to implement measures outlined in the report to improve respect of fundamental freedoms, the rule of law and democracy as a matter of urgency.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta propuesta de resolución sobre la situación política en Bielorrusia, que no fue apoyada por nuestro grupo parlamentario, porque considero que, aun estando de acuerdo con algunas cuestiones relacionadas con la protección de los derechos humanos y las libertades civiles, la resolución plantea cuestiones que implican cambios en la legislación nacional de dicho país, lo que supone una clara injerencia de la Unión y no resuelve las cuestiones que plantea la propia resolución.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on Belarus which expresses grave concern about the current situation there, including the harassment of media and journalists.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this motion. I am deeply concerned by the shortcomings observed by independent international observers during the 2015 presidential and 2016 parliamentary elections. The Belarusian authorities should ensure, in all circumstances, respect for democratic principles, human rights and fundamental freedoms, in accordance with the Universal Declaration of Human Rights and the international and regional human rights instruments ratified by Belarus. This is essential for the security of the region and it should be imperative upon the Union to advance the cause of human rights, democracy and rule of law throughout the world, most of all in our immediate region.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I have voted in favour since I have no objections.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. — On 11 September 2016 parliamentary elections took place in Belarus, the first parliamentary elections after the EP delegation visit to Belarus in 2015. Given the geopolitical situation in the region and a very difficult economic situation of Belarus, there were some expectations that the election process would have been more transparent than in the previous elections. Although some signs of improvement have been noticed (easier registration, better access to media, no mass persecutions and, finally, two opposition members elected to the 110-member Parliament), it is clear that the elections were very far from being conducted in a democratic and transparent way. The Belarusian Parliament thus cannot be seen as representing the will of the Belarusians. Yet it is also clear that Lukashenko hopes not to disrupt his relations with the western world, which have substantially improved in the last two to three years. I have voted in favour of this motion for a resolution.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Rezoluciju o stanju u Bjelorusiji budući da se unatoč određenim poboljšanjima napreci u toj zemlji presporo događaju uzimajući u obzir ranija izvješća Europskog Parlamenta. Posebno se to tiče reforme izbornog zakonodavstva, a uočeni su i brojni nedostaci tijekom predsjedničkih izbora 2015. i parlamentarnih 2016. Nedovoljni su napreci u poštivanju političkih prava, slobode govora i slobode mišljenja, slobode medija, djelovanja nevladinog sektora. Unatoč poboljšanjima poziva se vladu Bjelorusije na rehabilitaciju i puštanje na slobodu političkih zatvorenika. Treba nastaviti s razvojem suradnje između EU-a i Bjelorusije na gospodarskom planu. Potrebno je pozvati na moratorij i kasnije ukidanje smrtne kazne koja se još uvijek izvršava u toj zemlji.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Au-delà d'une saillie positive en faveur d'une levée des sanctions contre la Biélorussie, ce rapport promeut de trop nombreuses ingérences dans les affaires internes biélorusses pour gagner mon soutien.

Je me suis donc abstenu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution de mon collègue Bogdan Zdrojewski relatif à la situation en Biélorussie. L'adoption de ce texte était l'occasion d'exprimer notre inquiétude quant à la dégradation de la situation politique en Biélorussie. Le Parlement européen condamne le harcèlement et l'emprisonnement des opposants politiques et par le concours du Service européen pour l'action extérieure, apporte son soutien à toutes les initiatives pro-démocratiques.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me réjouis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur la Biélorussie qui fait le point sur les dernières élections législatives de septembre. Nous sommes préoccupés par certaines insuffisances constatées par les observateurs internationaux, demandons de reprendre le travail sur une réforme électorale globale et appelons à réhabiliter les prisonniers politiques libérés.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Entschließungsantrag enthalten. Dieser Entschließungsantrag ist zwar größtenteils ausgewogen, jedoch wird hier eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates gefordert.

Андрей Ковачев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепям резолюцията на Европейския парламент относно положението в Беларус. В страната продължават да се наблюдават недемократични закони и практики, което прави целия изборен процес непрозрачен и недемократичен. Беларус продължава да бъде централизирана и автократична държава, управлявана от „мека диктатура“, където правата на човека продължават да бъдат систематично нарушавани от държавните органи, особено срещу лица, изразяващи несъгласие или протестиращи срещу управлението на страната.

Обезпокоително е продължаващото изграждане на атомна електроцентрала в Островец, област Гродно, финансирана от Русия и използваща руска технология, което ще доведе до по-нататъшна зависимост на Беларус от Русия по отношение на енергийната сигурност. Не подкрепям политиката на правителството на Беларус за използване на специални сили за намеса във вътрешните работи на организациите на гражданското общество.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Głosowałam za rezolucją w sprawie sytuacji na Białorusi, przygotowaną przez przewodniczącego Delegacji Parlamentu Europejskiego ds. Stosunków z Białorusią, uznając zawarte w niej treści i apele. W rezolucji zauważa się, że zmiany na Białorusi, choć powoli, to jednak sukcesywnie zachodzą, a także popiera się politykę stopniowego wychodzenia z polityki izolacji. Jednak biorąc pod uwagę wciąż dalekie od międzynarodowych standardów procedury wyborcze, w rezolucji podtrzymuje się politykę tzw. krytycznego zaangażowania.

Spośród pozytywnych zmian na podkreślenie zasługuje wybranie do Pałaty przedstawicielki opozycji politycznej oraz jednej kandydatki niezależnej, otwarcie na obserwatorów podczas wyborów i zmiana nastawienia, która daje nadzieję na zmiany legislacyjne. Białoruś jest jedynym krajem w Europie, w którym obywatele nie mogą poznać wyników wyborów w swoich obwodach, gdyż publikowane wyniki są wysoce zagregowane. Odbiera to obywatelom poczucie wpływu na kształt parlamentu, gdyż nie widzą efektów swojej aktywności lokalnej w kontekście wyborów, ale też uniemożliwia analizę wyników i obywatelską kontrolę wyborów.

Mimo tych nieprawidłowości i powolności zmian uważam, że obecny kierunek otwierania się UE na Białoruś, szczególnie w obszarze ekonomicznym, jest właściwy. Białoruś jest potencjalnie ważnym partnerem dla UE i powinniśmy intensyfikować dialog i współpracę z naszym wschodnim sąsiadem nie tylko w dziedzinie ekonomii, ale także kapitału ludzkiego, edukacji, kultury i innowacji społecznych.

Ilhan Kyuchyuk (ALDE), *in writing*. – Earlier this year, President Lukashenko released the last of the country's political prisoners, prompting the EU to lift sanctions in place since the 2010 crackdown against the opposition. Furthermore, in recent parliamentary elections in the country, the Belarusian authorities allowed the democratic opposition to register, participate and even to win seats in the parliament. Unfortunately, these signs of democratisation have persuaded the EU to maintain the fiction that the Belarusian regime is changing. In fact, President Lukashenko's 22 years autocratic rule continues to be repressive. It is not surprising, therefore, that Belarus has a crumbling Soviet-style economy and a despicable human rights record. Belarus continues to be the only country in Europe which has the death penalty. Moreover, the Belarusian authorities continue regularly to harass and arrest human rights activists, journalists, and opposition and civil society leaders. Clearly, this is contrary to European values and norms. For that reason, I urge the EU not only to increase its support for the opposition and civil society in Belarus but also to seek a deeper human rights dialogue with the Belarusian authorities.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce rapport qui, s'il approuve la levée des sanctions contre la Biélorussie, contient malheureusement de nombreuses ingérences dans les affaires politiques et économiques de ce pays.

Javi López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta resolución porque expone la situación actual que sufre Bielorrusia, que ha vuelto a ejecutar sentencias de muerte. Esta aplicación contradice la declarada intención del Estado de introducir una moratoria en el uso de la pena de muerte. Ese es un compromiso que Bielorrusia había tomado con la Unión y en respuesta al informe periódico universal del Consejo de Derechos Humanos de la ONU.

Bielorrusia es el único país europeo que aplica la pena capital, y debe introducir una moratoria mientras avanza en la abolición total. Las organizaciones de derechos humanos denuncian el uso generalizado de torturas y tratamientos médicos para forzar a los procesados a la autoincriminación, sin capacidad de acceso a defensa letrada. Se describe que hay una violación sistemática del derecho a la defensa independiente. Las familias de los condenados son sometidas a gran estrés: no se les informa de la fecha de la ejecución; no se les entregan los cuerpos. Se mantienen en secreto los lugares de sepultura de los ejecutados.

Monica Macovei (ECR), *în scris*. – Știm că ministrul rus de externe Serghei Lavrov s-a aflat la Minsk. Mai știm că Aleksandr Lukașenko va fi primit la Kremlin de Putin. Iată de ce nu putem să nu privim cu circumspecție evoluțiile pozitive din ultima perioadă din Belarus.

Alegerile din septembrie s-au organizat mai democratic ca alte dăți: au fost mai transparente, iar membrii opoziției au putut să se înscrie mai lesne în cursa electorală și au avut acces la mass-media. Cu toate acestea, parlamentul nu reprezintă voința cetățenilor din Belarus, de vreme ce, după 20 de ani, doar doi politicieni ai opoziției au câștigat un loc în parlament.

Pe de altă parte, Belarus construiește în prezent prima sa centrală nucleară la Ostroveț, la granița UE. Cerem ca această centrală să respecte cu strictețe cerințele internaționale de securitate nucleară și de mediu.

Guvernul din Belarus trebuie să reabiliteze prizonierii politici eliberați și să le restabilească pe deplin drepturile civile și politice, precum și să oprească hărțuirea din motive politice a presei independente. Doar în aceste condiții UE poate dezvolta pe mai departe relații cu Belarus, stat care s-a dovedit, de altfel, extrem de important în procesul de pace din Ucraina.

Andrejs Mamikins (S&D), *in writing*. – Relations between the European Union and Belarus need to be revised. Belarusians have to do their work on democratisation, human rights and open elections. But the European Union also has much to do on the path to normalisation of our relations.

The EU's attitude to Belarus is symptomatic. Often it was a mix of ignorance and arrogance. One shining example is the question of participation of the Belorussian parliament in Euronest. There are still deep discussions in the European Parliament on whether to invite the newly-elected Belorussian parliament representatives to take part in Euronest meetings or not.

I think that the Commission approach of critical involvement is strategically right. Involvement, not arrogance, will give us positive results.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne* — Ak chce byť Bielorusko plne rešpektovanou demokratickou krajinou, musí pristúpiť k zásadnej reforme občianskych a politických práv a slobôd, rešpektovaniu zásad právneho štátu, reforme volebného práva a zrušeniu trestu smrti. Európska únia musí poskytnúť Bielorusku maximálnu podporu na ceste k demokracii tak, aby sa prioritne zabránilo v tejto lokalite vzniku možného vnútorného alebo vonkajšieho konfliktu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Δεν στηρίζω την κοινή πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την κατάσταση στη Λευκορωσία, για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στο Στρασβούργο στις 26 Οκτωβρίου 2016, καθώς και διότι η εν λόγω κοινή πρόταση ψηφίσματος δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Da ich der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates sehr skeptisch gegenüberstehe, enthalte ich mich bei dieser Abstimmung der Stimme.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už. Pritariu rezoliucijoje išdėstytoms nuostatoms dėl demokratijos principų ir žmogaus teisių netoleruotinų pažeidimų Baltarusijoje. Rezoliucijoje taip pat keliamas klausimas dėl kylančių problemų statomoje Astravo atominėje elektrinėje. Šis klausimas turi būti aktualus ne tik Lietuvai, bet ir visam Europos regionui dėl galimo pavojaus aplinkai, žmonių sveikatai ir visuomenės saugumui.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Biélorussie vient de tenir des élections en septembre. Pour la première fois depuis 12 ans, des membres de l'opposition sont représentés au Parlement. Comme le souligne l'OSCE, des «efforts manifestes ont été consentis» mais il est vrai aussi qu' «un certain nombre de lacunes systémiques persistent, aboutissant à un cadre juridique restrictif des droits politiques et des libertés fondamentales».

La résolution s'inquiète à raison du manque de respect des droits de l'homme, comme la peine de mort encore appliquée. Mais elle demande surtout de soutenir «les radios et les télévisions qui émettent en biélorusse depuis l'étranger». Des radios chargées «de promouvoir les valeurs sur lesquelles repose l'Union et ses objectifs en tant qu'acteur international». Encore une fois, l'indépendance des médias est un principe relatif et l'ingérence un maître mot.

Cette position du Parlement est en opposition avec celle de la Commission qui vient justement de lever les sanctions contre ce pays pour pouvoir rétablir un dialogue. Cet hémicycle choisit une approche vindicative et conditionnelle inapte à faire ce qu'elle veut: promouvoir les droits de l'homme. Dans ces conditions, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La motion conjointe a un aspect positif, en ce qu'elle acte et soutient le processus de rétablissement du dialogue et de levée des sanctions. Cependant, elle ne peut être soutenue car elle fait de la surenchère politique et géopolitique tant vis-à-vis du régime biélorusse que de sa relation avec la Russie. Je me suis donc abstenue sur ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – As autoridades bielorrussas devem retomar, sem demora, os trabalhos sobre uma reforma profunda do sistema eleitoral no âmbito do processo mais vasto de democratização, em cooperação com os parceiros internacionais.

A Bielorrússia deve garantir, em todas as circunstâncias, o respeito pelos princípios democráticos, pelos direitos humanos e pelas liberdades fundamentais, em conformidade com a Declaração Universal dos Direitos do Homem e com os instrumentos internacionais e regionais em matéria de direitos humanos, ratificados pela Bielorrússia.

A UE está empenhada em trabalhar no interesse da população bielorrussa, apoiando as suas aspirações e iniciativas em prol da democracia e contribuindo para um futuro estável, democrático e próspero do país. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour. Fundamental freedoms and political rights in Belarus remain undermined, while opposition and political dissent continues to be stifled. It is unacceptable that these conditions persist.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the resolution because it is important that Parliament remains attentive and is closely following the latest evolutions in Belarus, after two election years (presidential in 2015, parliamentary in 2016) in what has been called 'the last dictatorship in Europe'.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution relative à la Biélorussie qui utilise à l'égard de la Russie des termes inappropriés qui ont pour unique conséquence l'escalade stérile des sanctions réciproques. Il faut d'urgence rétablir un dialogue avec la Russie, qui est le plus grand du monde, afin, d'une part, de mettre un terme aux sanctions dont pâtissent chaque jour les producteurs et les agriculteurs européens et, d'autre part, de coordonner la lutte indispensable contre l'État islamique.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A Törökországgal kapcsolatos állásfoglalási indítvány elfogadása után Fehéroroszország is napirendi pontra került. Igaz, hogy az állásfoglalás kicsit kritikus hangnemű lett, nagy örömmel fogadtuk a pozitív változások szelét. Fehéroroszország elindult a jó irányba vezető úton és bízunk benne, hogy ezen is fog továbbhaladni, teljesítve az Európai Parlament javaslatait.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this motion for a resolution that stresses the shortcomings observed during the 2015 presidential elections and the 2016 parliamentary elections, calling on Belarusian authorities to begin work on a comprehensive electoral reform as part of a broader democratisation process.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich hier meiner Stimme enthalten, da der Antrag unterm Strich über die Maße hinausgeht und sich in innere Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischt.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Valgevene eelnevad presidendi- ja parlamendivalimised on tekitanud muret, kuna Valgevene opositsioon eirab õigusriigile omaseid tavasid ja riigis on jätkuvalt palju inimõiguste rikkumisi. Tuleb jätkata valitsusreformi teostamist, tagada demokraatlike põhimõtete järgimine, põhivabaduste järgimine ja tuleb keelustada surmanuhtlus.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Voterei a favore della proposta dei miei colleghi poiché ritengo che, nonostante, l'impegno del governo Bielorusso ad allacciare rapporti con l'Occidente e a cercare di conformarsi alle richieste dell'Unione europea, possiamo notare che c'è ancora tanta strada da fare. Di conseguenza, l'Unione europea deve ribadire il proprio impegno a lavorare nell'interesse del popolo bielorusso, sostenendone le aspirazioni e iniziative a favore della democrazia e contribuendo a un futuro stabile, democratico e prosperoso per il paese. Pertanto esprimerei voto positivo.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam donošenje rezolucije kojom će se jasno odrediti stav Europske unije o političkom i socioekonomskom životu Bjelorusije. To je država koja slovi za posljednju diktaturu na europskom kontinentu. Bilo kakav oblik ekonomske suradnje ne smije biti ostvaren ukoliko se kao preduvjet takvoj suradnji ne postavi poštovanje ljudskih prava kao apsolutni prioritet. Posljednji izbori održani u Bjelorusiji potvrdili su, nažalost, da ta država i dalje nema namjeru krenuti putem demokratskih reformi. Nužno je provesti *screening* bjeloruskog političkog sustava i uočiti nedostatke te u budućoj suradnji postaviti reformski plan kao preduvjet daljnje suradnje.

Zaštita ljudskih i građanskih prava je temelj Europske unije te djelovanje na vanjskopolitičkom planu mora biti odraz onoga što unija u svojoj srži jest – prostor najviše zaštite svih prava. Kao dodatan problem javlja se i smrtna kazna, postupak i sankcija koju je moderan svijet odbacio. Demokratizacija i izgradnja demokratskih institucija mora biti apsolutni prioritet Europske unije kada je riječ o Bjelorusiji. Osiguranje osnovnih sloboda i zaštita od bilo kakvog progona, pogotovo političkog, mora biti put kojim će Bjelorusija krenuti, ukoliko želi ostvarivati ikakve veze s Europskom unijom. Ova poruka mora biti jasno poslana.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Postignuti napredak treba pozdraviti, ali napominjem da on još uvijek nije dovoljan. Prvi put nakon dugo vremena demokratska će oporba imati predstavnike u bjeloruskom parlamentu, no od dvojice neovisnih članova parlamenta ne može se očekivati preuzimanje uloge istinske oporbe. Kritični glasovi iz same zemlje osudili su nedavne izbore i ustanovili da ponovno nisu vjerodostojan odraz volje građana. Bjeloruske vlasti trebaju bez odgađanja nastaviti s radom na sveobuhvatnoj izbornoj reformi, koja je dio šireg procesa demokratizacije, uz suradnju s međunarodnim partnerima. Našu politiku „kritičkog angažmana" prema bjeloruskim vlastima treba nastaviti i stoga pozivam Izaslanstvo za odnose s Bjelorusijom te Komisiju da pomno prate zakonodavne inicijative i nadziru njihovu provedbu.

Bjelorusija je jedina zemlja u Europi koja i dalje provodi smrtnu kaznu te vlasti nisu prestale s političkim protivnicima postupati na represivan način. Potrebno je ukidanje ograničenja u pogledu vođenja političkih stranaka te poduzimanje prvih koraka ka ukidanju smrtne kazne. Mora se rehabilitirati oslobođene političke zatvorenike i vratiti im sva građanska i politička prava. Želim istaknuti i da sam zabrinut zbog sigurnosnih problema oko nuklearne elektrane u Ostrovecu u neposrednoj blizini granica EU-a. Potrebno je sveobuhvatnim međunarodnim nadzorom provedbe tog projekta zajamčiti njegovu usklađenost s međunarodnim sigurnosnim uvjetima i normama.

João Pimenta Lopes (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução prossegue uma linha de ingerência e interferência externa relativamente à situação política e social da Bielorrússia tendo em vista a sua mudança interna, confluindo com os interesses da União Europeia.

Apesar de identificar o que identificam como uma aproximação da Bielorrússia à UE, a resolução prossegue com um chorrilho de considerações, recomendações e exigências que são absolutamente inaceitáveis numa lógica de relações institucionais com um Estado soberano e que violam o direito internacional.

Pede reformas para o sistema eleitoral bielorrusso falando de democratização do país. Tece considerações sobre o sistema judicial e os princípios do Estado de direito naquele país. Promove o apoio externo a organizações e fontes de informação, ditas independentes, que, claro, se posicionem em direto confronto com o governo bielorrusso. Apresenta críticas ao modelo de desenvolvimento do país que visam o seu condicionamento.

Independentemente de considerações quanto ao modelo económico, social e político de desenvolvimento daquele país, entendemos inaceitável a permanente sobranceria da UE perante países terceiros, ousando dar lições e interferir diretamente onde não tem que interferir, promovendo a desestabilização dos Estados. Cabe a cada povo, no quadro da sua suprema soberania, decidir dos rumos e das vias de desenvolvimento do seu país. Votámos contra.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui condamne les agissements de la Biélorussie qui vont à l'encontre des principes démocratiques, des libertés fondamentales et des droits de l'homme. Actuellement, la Biélorussie multiplie les arrestations politiques particulièrement au sein de l'opposition au pouvoir. En outre, elle reste le seul pays européen qui applique encore la peine de mort. Au-delà, la construction de la première centrale nucléaire du pays, dont le respect des normes en matière de sûreté nucléaire et d'environnement reste encore à prouver, est préoccupante.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report. Whilst we are concerned about the state of democracy in Belarus, we cannot support the development of EU foreign policy or the potential for EU action.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O Parlamento Europeu manifestou a sua preocupação com as deficiências constatadas por observadores internacionais independentes durante as eleições presidenciais de 2015 e as eleições legislativas de 2016. Reconheceu que foram efetuados esforços para melhorar a situação, mas que estes não foram suficientes.

As autoridades bielorrussas devem retomar, sem demora, os trabalhos para uma reforma profunda do sistema eleitoral no âmbito do processo mais vasto de democratização, em cooperação com os parceiros internacionais. Instamos também as autoridades da Bielorrússia para que garantam o respeito pelos princípios democráticos, pelos direitos humanos e pelas liberdades fundamentais, em conformidade com a Declaração Universal dos Direitos do Homem e com os instrumentos internacionais e regionais em matéria de direitos humanos ratificados pela Bielorrússia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Bielorrusia ha vuelto a ejecutar sentencias de muerte, siendo el único país europeo en aplicarlas. Ya van 4 condenas en lo que va de 2016 y 400 desde 1991, su independencia.

Esta aplicación ininterrumpida contradice la declarada intención del Estado de introducir una moratoria en el uso de la pena de muerte. Ese es un compromiso que Bielorrusia había tomado con la Unión y en respuesta al informe periódico universal del Consejo de Derechos Humanos de la ONU.

Por otra parte, en las elecciones que tuvieron lugar en septiembre los observadores de la OSCE apreciaron claros esfuerzos por resolver problemas del proceso electoral: es la primera vez desde el año 2000 que la oposición obtiene representación, 2 escaños de 110. Sin embargo, no se han cumplido un gran número de recomendaciones del Consejo de Europa y de la propia OSCE. Es necesaria una reforma electoral como parte de un proceso más amplio de democratización.

Bielorrusia debe avanzar hacia la abolición total de la pena capital. Existe una violación sistemática por parte del Estado bielorruso del derecho a la vida, así como, también del derecho a la defensa letrada independiente.

Es por ello que he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur la situation en Biélorussie, convaincu de l'insuffisance des progrès réalisés par la Biélorussie en matière de défense des valeurs démocratiques. En signant cette résolution, je m'associe à l'engagement du Parlement européen de «travailler dans l'intérêt de la population biélorusse, en soutenant ses aspirations et ses initiatives démocratiques et en contribuant à l'avenir stable, démocratique et prospère du pays». Avec mes collègues du Parlement européen, nous demandons aussi instamment à la Biélorussie, pays qui applique encore la peine capitale, de «s'associer à un moratoire mondial sur l'application de la peine de mort et de poser ainsi le premier jalon sur la voie de son abolition définitive».

Bronis Ropė (Verts/ALE), *raštu*. – Baltarusija - svarbi Europos Sąjungos kaimynė. Mūsų negali nejaudinti padėtis šioje šalyje. Ypač, kai galima įžiūrėti šiokią tokią pažangą žmogaus teisių srityje, nors egzistuoja pagrindas bijoti, ji gali likti tik deklaratyvi, kaip jau yra buvę ne kartą.

Dabar, kai Baltarusija ieško ryšių su ES galimybių, mes turime puikią progą priminti jos valdžiai, jog ilgalaikis stabilumas ir gerovė yra įmanomi tik gerai valdomose, demokratiškose, rinkos ekonomikos šalyse.

Kartu svarbu atkreipti dėmesį į neatsakingą Baltarusijos elgesį. Tik už keliolikos kilometrų nuo išorinių ES sienų ši šalis, tiksliau - šioje šalyje Rusija stato pavojingą atominę elektrinę. Apie pagrindinio statybų rangovo - Rosatom „saugos kultūrą“ esame girdėją nemažai. Blogą nuojautą stiprina tiek keisti konstrukciniai sprendimai, kaip statyba ne prie vandens telkinio, ketinimai reaktoriaus aušinimui pumpuoti vandenį iš keliasdešimt metrų žemiau esančios ir keletą kilometrų nutolusios upės, tiek ir naujienos apie avarijas - pradedant sienų griuvimu ir baigiant reaktoriaus korpuso nukritimu, ar faktai, kad Baltarusijos valdžia atsisako atlikti atsparumo testus. Kitaip tariant - autoritarinėje šalyje statoma užDelsto veikimo bomba, galinti pakenkti daugiau nei 100 milijonų europiečių.

Todėl šiai rezoliucijai pateikiau pakeitimo projektą, kuriuo Komisija yra raginama skirti didelį dėmesį šiai statybai. Žinoma, geriausia būtų, jei Baltarusija apskritai atsisakytų šios beprasmiškos statybos. Tą ir raginu padaryti.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Bielorrússia tem envidado esforços para o aprofundamento e melhoria das suas relações com o Ocidente, pese embora ainda subsistam alguns problemas no âmbito do seu quadro jurídico nomeadamente quanto aos direitos políticos e liberdades fundamentais.

A UE tem levantado algumas restrições impostas à Bielorrússia, como gesto de boa vontade destinado a encorajar o país a melhorar a situação em matéria de direitos humanos e princípios democráticos. A cooperação entre ambos carece, no entanto, de ser reforçada numa série de domínios.

Para além do interesse em assegurar a reforma e democratização geral do sistema bielorusso, em conjunto com os parceiros internacionais, a UE pretende também promover a reabilitação dos presos políticos libertados, abolir a pena de morte, neste que é ainda o único país da Europa que a aplica, e acompanhar a construção da central nuclear em Ostrovets, através da supervisão internacional que assegure o respeito dos requisitos e das normas internacionais em matéria de segurança nuclear e ambiental.

Por considerar que estes esforços devem ter em consideração os interesses da população bielorrussa, apoiando as suas aspirações e iniciativas em prol da democracia e contribuindo para um futuro estável, democrático e próspero do país, votei favoravelmente esta proposta de resolução.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui juge les efforts réalisés par la Biélorussie en matière de respect et de défense des valeurs démocratiques insuffisants. La Biélorussie s'était engagée, début 2016, à améliorer la situation politique et celle des droits de l'homme. Cet engagement n'a pas été respecté. Le régime biélorusse continue d'emprisonner les opposants politiques, de museler toute contestation politique et de recourir à la peine de mort. Cette résolution appelle instamment à la mise en place d'un moratoire sur l'application de la peine de mort en Biélorussie.

D'autre part, ce texte demande la mise en place d'une surveillance internationale de la construction de la première centrale nucléaire biélorusse, à seulement 50 kilomètres de Vilnius. Ce projet doit être mené en conformité avec les normes internationales en matière de sûreté nucléaire et de respect de l'environnement.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta propuesta de resolución sobre la situación política en Bielorrusia, que no fue apoyada por nuestro grupo parlamentario, porque considero que, aun estando de acuerdo con algunas cuestiones relacionadas con la protección de los derechos humanos y las libertades civiles, la resolución plantea cuestiones que implican cambios en la legislación nacional de dicho país, lo que supone una clara injerencia de la Unión y no resuelve las cuestiones que plantea la propia resolución.

Sven Schulze (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Entschließungsantrag zur Lage in Belarus, der eine Bilanz zu den diesjährigen Parlamentswahlen zieht, gestimmt.

Die EVP konnte in den Bericht u. a. die Aufforderung an belarussische Behörden, alle freigelassenen politischen Gefangenen zu rehabilitieren und demokratische Grundsätze wie Menschenrechte und die Grundfreiheiten zu wahren, einbringen.

Maria Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución sobre Bielorrusia es una intervención directa en los asuntos internos del país, lo que constituye una violación de los principios básicos del Derecho internacional, pidiendo el apoyo político y financiero a la oposición «independiente», los medios de comunicación y la sociedad civil bielorrusa.

Además, afirma que desde 1994 no se han celebrado en Bielorrusia elecciones libres y justas y se centra en denunciar la represión de la oposición, sin tener en cuenta que desde las últimas elecciones parlamentarias hay miembros de la oposición representados en el Parlamento.

Es necesario reconocer la soberanía y la independencia de los países para definir el sistema político, económico y social que mejor responda a los intereses y aspiraciones de su pueblo.

Además, lamento que no se utilice el potencial de Bielorrusia para superar la confrontación entre Rusia, Ucrania y la Unión, sino que se continúe en la lógica de confrontación con nuestros países vecinos.

Por esto, voté en contra de esta resolución.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as I do not wish the EU to get involved in foreign affairs.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Pozitivno sam glasao za ovo izvješće, no ovo obrazloženje glasovanja nastaje kao kritika postojećem sustavu vrednovanja rada zastupnika u Europskom parlamentu isključivo na osnovu statističkog broja parlamentarnih aktivnosti potenciranog u Hrvatskoj, a koji zapravo ne odražava stvarnu kvalitetu i količinu rada, učinkovitost te ponajviše uspjeh zastupničkog djelovanja.

Monika Smolková (S&D), *písomne* – Uznesenie o situácii v Bielorusku som podporila, pretože verím v pridanú hodnotu dialógu medzi EÚ a bieloruskou vládou. Stanovisko, ktoré v tomto texte Európsky parlament zaujal, je najmä reakciou na septembrové parlamentné voľby, ktoré v Bielorusku prebehli. Do určitej miery vyvolali výsledky volieb nádej, pretože boli po prvýkrát do Dolnej komory zvolení dvaja opoziční poslanci. Na druhej strane odhalili pozorovateľské misie konkrétne dôkazy o rozsiahlych celoštátnych pokusoch o zvýšenie celkovej účasti. Aj napriek nedostatkom, na ktoré pozorovatelia upozorňujú, dúfam, že dvaja novozvolení opoziční poslanci nebudú považovaní len za politicky menovaných poslancov, ale budú pôsobiť ako skutočná opozícia. EÚ má záujem na dobrých vzťahoch s Bieloruskom, čo vyplýva aj z nedávneho zrušenia väčšiny reštriktívnych opatrení voči bieloruským predstaviteľom, ku ktorému došlo vo februári 2016. Keďže prežíva bieloruské hospodárstvo viac ako dvadsaťročné obdobie stagnácie, zlepšenie vzťahov s jeho západnými susedmi by bieloruskému ľudu mohlo výrazne pomôcť. Tamojší režim však bude musieť zintenzívniť dodržiavanie základných práv. Bielorusko by sa malo pripojiť ku globálnemu moratóriu na vykonávanie trestu smrti a pre zdravú spoločnosť je rovnako dôležité, aby nezávislé médiá neboli politicky prenasledované. Zastávam názor, že Bielorusko by malo pristúpiť k Parlamentnému zhromaždeniu Euronest, kde by bolo dostatok priestoru, aby boli sporné otázky vyjasnené.

Beatrix von Storch (EFDD), *schriftlich*. – Die Lage in Belarus ist weitaus zu komplex, als dass das EU-Parlament zu diesem Thema eine ausgewogene Position finden könnte. Daher habe ich mich hier enthalten.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Rezolucija se odnosi na nedavne parlamentarne izbore u Bjelorusiji.

Izražava se zabrinutost oko izbornih nepravilnosti koje su uočili nezavisni promatrači.

Poziva se Bjelorusiju da nastavi s reformom izbornog sustava.

Potrebno je rehabilitirati oslobođene političke zatvorenike i vratiti im sva građanska prava.

Potičemo Bjelorusiju na uvođenje moratorija na smrtnu kaznu.

Pozivamo Komisiju na poduzimanje potrebnih mjera u cilju pojednostavljivanja viznog režima s Bjelorusijom.

Bjeloruske vlasti moraju u svim okolnostima jamčiti poštivanje demokratskih načela, ljudskih prava i sloboda.

Stanovništvu Bjelorusije treba pomoći razviti demokraciju.

Podupirem ovu Rezoluciju u nadi da će rezultirati pozitivnim pomacima u Bjelorusiji. Rezolucija slijedi dobar primjer Rezolucije, koju je Europski parlament usvojio nakon prošlogodišnjih predsjedničkih izbora u Bjelorusiji.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Οι παρεμβάσεις στο Σύνταγμα ανεξαρτήτων κρατών από μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης πρέπει να είναι εντός ορίων πριν καταστούν «ωμές». Η Λευκορωσία είναι ένα κράτος που προσπαθεί να ανακάμψει και χρειάζεται ουσιαστική βοήθεια και όχι υποδείξεις για το πως θα πρέπει να λειτουργήσει σαν έθνος.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a határozati javaslatot, abban a meggyőződésben, hogy az európai intézmények részéről megnyilvánuló figyelem, ezen belül az Európai Parlament ehhez hasonló korábbi jelentései és politikai állásfoglalásai a belorusz belső helyzetről érdemben hozzájárultak ahhoz, hogy a mostani helyzetelemzés számos ponton az emberi jogok érvényesülése, a jogállamiság és a politikai nyitás szempontjából javuló körülményekről számolhat be.

Úgy vélem, a belorusz társadalom és politikai elit számára az európai normák felértékelődését és az Oroszországgal való kizárólagos kapcsolatépítés veszélyeinek felismerését és tanulságait hozta el Moszkva agresszív terjeszkedése a térségben, ezen belül Ukrajna szuverenitását sértő lépései, a Krím erőszakos annektálása. Fontosnak tartom a jelentésben annak a pozitív szerepnek az elismerését az EU részéről, amelyet Minszk játszott az ukrajnai béke megteremtését célzó nemzetközi erőfeszítésekben.

Úgy ítélem meg, hogy a jelentés és a határozat – a pozitív fejlemények elismerése mellett – kellő erővel mutat rá a belorusz jogállamiság még meglévő súlyos hiányosságaira (halálbüntetés, ellenzékiek háttérbe szorítása, a választási jog problémája, a független sajtó helyzete stb.) és jól kijelöli az Európai Unió részéről célszerű, kritikusan támogató, s a kondicionalitásra épülő további kapcsolatépítésünk irányait és kereteit ezzel a fontos partnerországgal.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie.* – Po ponad 20 latach białoruska opozycja ma w końcu swoich przedstawicieli w parlamencie wybranych w powszechnych wyborach. Mimo iż ten fakt należy postrzegać bardziej w kategoriach nominacji politycznej niż rzeczywistego rezultatu wyborów, powinniśmy dostrzec ten gest władz Białorusi. Nie można go jednak przeceniać, a reakcja Unii musi być starannie wyważona.

Zarówno podczas wyborów prezydenckich w 2015 roku, jak i niedawnych wyborów parlamentarnych w 2016 roku mieliśmy do czynienia z wieloma nieprawidłowościami. Władze białoruskie powinny niezwłocznie przystąpić do podjęcia prac nad kompleksową reformą kodeksu wyborczego jako części szerszego procesu demokratyzacji państwa.

Poszanowanie zasad demokratycznych, praw człowieka oraz podstawowych wolności obywatelskich, jak również rehabilitacja zwolnionych więźniów politycznych stanowią warunek *sine qua non* dalszego postępu w stosunkach UE-Białoruś.

Claudia Țapardel (S&D), *în scris.* – Situația din Belarus a evoluat în mod semnificativ în ultimii ani, deși este încă departe de a îndeplini standardele Uniunii în privința democrației și statului de drept. În urma eliberării ultimilor deținuți politici la sfârșitul anului 2015 de către regimul de la Minsk, UE a ridicat sancțiunile la adresa statului belarus și a demarat un dialog critic cu acesta. Alegerile legislative din 11 septembrie 2016 au marcat alegerea a doi deputați independenți ai opoziției în cadrul camerei inferioare a Parlamentului belarus. Este un pas înainte, deși forțele opoziției democratice din Belarus au condamnat aceste alegeri ca fiind incorecte.

Din punct de vedere economic, regimul de la Minsk are nevoie de resurse financiare pentru a depăși situația dificilă din prezent. UE poate oferi aceste resurse, însă doar în schimbul democratizării susținute a structurilor statului belarus și a renunțării la metodele dictatoriale și autoritare de conducere. Principalul obiectiv al Uniunii trebuie să fie promovarea valorilor sale în Belarus, stat important din vecinătatea sa estică, și o situație economică mai bună pentru cetățenii belarușii.

Susțin adoptarea acestei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour ce texte. Je considère que tout pays qui met en place une force nucléaire doit impérativement adhérer aux critères et principes internationaux de sécurité nucléaire et environnementale, et que le gouvernement de la Biélorussie, qui assume l'entière responsabilité de la sûreté et de la sécurité des installations nucléaires sur son territoire, doit satisfaire à ses obligations, tant envers sa propre population qu'envers les pays voisins. La mise en place, l'exploitation et le démantèlement des installations nucléaires doivent être dictés par les principes d'ouverture et de transparence.

Nous reconnaissons les progrès effectués par la Biélorussie si on compare les élections législatives de 2016 avec les élections antérieures. Nous constatons que l'opposition disposera de deux représentants au parlement nouvellement élu. Toutefois, on ne peut que déplorer que ces élections ne respectent pas plusieurs normes internationales fondamentales s'appliquant aux élections libres et démocratiques et qu'elles ne soient pas conformes au code électoral du pays!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the motion for a resolution on the situation in Belarus, which speaks out against the undemocratic nature of the 2015 and 2016 parliamentary elections in Belarus and criticises the Belarusian government for not carrying out electoral reforms as part of the democratisation process. Further, the resolution urges Belarus to release its political prisoners and observe international laws on human rights and freedom of expression. Lastly, the resolution expresses concern over the construction of the Russian-sponsored Belarusian nuclear power plant in Ostrovets, less than 50 km from Vilnius, and fears for EU security as a result.

Ivica Tolić (PPE), *napisan*. – Podržavam Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stanju u Bjelorusiji. Preporuke OESS-a/ODIHR-a treba provesti na vrijeme, prije lokalnih izbora u ožujku 2018. Smatram da je to ključ ostvarenja željenog poboljšanja odnosa između EU-a i Bjelorusije. Smatram da bjeloruska vlada treba rehabilitirati oslobođene političke zatvorenike te im vratiti građanska i politička prava.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o razmerah v Belorusiji sem podprla. V Belorusiji vlada še vedno tako zvani „zadnji diktator Evrope" Aleksander Lukašenko. Leta 2015 je zmagal že na petih predsedniških volitvah in je na oblasti že od leta 1994. Belorusija je v želji po zbližanju z zahodom naredila velik korak, ko je upoštevala nekatera priporočila s strani OVSE/ODIHR(urad za demokratične institucije in človekove pravice) in Beneške komisije Sveta Evrope(svetovalni organ Sveta Evrope o ustavnih vprašanjih) za parlamentarne volitve 2016. Po njihovih ocenah so bile volitve opravljene učinkovito ampak kljub vsemu še prihaja do sistemskih napak in omejitev političnih svoboščin. Od leta 1994 so to prve svobodne volitve v Belorusije. V parlamentu bodo prvič po tem letu zastopana tudi demokratična opozicija. Belorusija je imela konstruktivno vlogo pri prekinitvi ognja v Ukrajini, morebiti tudi zaradi strahu pred Rusijo. Vsekakor je potrebno okrepiti sodelovanje med EU in Belorusijo. A Belorusija mora nadaljevati z volilno reformo kot del širšega procesa demokratizacije in odpraviti mehanizme, ki kratijo demokratična načela, človekove pravice in temeljne svoboščine. Potrebna bi bila rehabilitacija političnih zapornikov in vrnitev državljanskih in političnih pravic. EU naj še naprej nadaljuje z njeno politiko „kritičnega sodelovanja", ki jo goji do Belorusije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta propuesta de resolución sobre la situación política en Bielorrusia, que no fue apoyada por nuestro grupo parlamentario, porque considero que, aun estando de acuerdo con algunas cuestiones relacionadas con la protección de los derechos humanos y las libertades civiles, la resolución plantea cuestiones que implican cambios en la legislación nacional de dicho país, lo que supone una clara injerencia de la Unión y no resuelve las cuestiones que plantea la propia resolución.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *na piśmie*. – Dnia 11 września 2016 r. odbyły się wybory parlamentarne na Białorusi. Były to pierwsze wybory parlamentarne po wizycie delegacji PE na Białorusi w 2015 r. Mając na względzie sytuację geopolityczną w regionie oraz trudną sytuację gospodarczą Białorusi, oczekiwano, że proces wyborczy będzie bardziej przejrzysty niż w przypadku poprzednich wyborów. Chociaż zauważono pewne oznaki poprawy, to jednak sposób przeprowadzenia wyborów był daleki od demokratycznego i przejrzystego. Z drugiej strony oczywiste jest również, że prezydent Łukaszenka nie chce pogarszać swoich stosunków z Zachodem, które uległy znacznej poprawie w ostatnich 2-3 latach. Poparłem projekt rezolucji.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado abstención en esta propuesta de resolución sobre la situación política en Bielorrusia, que no fue apoyada por nuestro grupo parlamentario, porque considero que, aun estando de acuerdo con algunas cuestiones relacionadas con la protección de los derechos humanos y las libertades civiles, la resolución plantea cuestiones que implican cambios en la legislación nacional de dicho país, lo que supone una clara injerencia de la Unión y no resuelve las cuestiones que plantea la propia resolución.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on situation in Belarus. Since 1994 no free and fair elections have been conducted in Belarus. Its attempts to make progress during 2015 presidential and 2016 parliamentary elections were insufficient. Key sectors of the Belarusian economy are still under state control, no new political party has been registered since 2000 and new ways to harass or even jail the opposition are being found. Moreover, Belarus is the only country in Europe still applying capital punishment. The resolution calls on Belarus to stop these developments and reiterates the European Parliament's commitment to support the pro-democratic aspirations of its people. I voted in favour because I believe that Belarus should join a global moratorium on execution of the death penalty as a first step towards permanent abolition.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La presentación de esta moción de resolución viene precedida por el buen ejemplo que constituyó el pasado año la adopción de una resolución similar por parte de la Eurocámara, tras las elecciones presidenciales en Bielorrusia. En este caso, la moción responde a las observaciones recogidas tras las elecciones parlamentarias, que han tenido lugar este pasado 12 de septiembre. En el texto se expresa la preocupación comunitaria por las irregularidades anotadas por observadores internacionales independientes y, se pide a las autoridades bielorrusas que lleven a cabo acciones encaminadas a una reforma electoral, así como, a la rehabilitación de todos los prisioneros políticos liberados, reinstaurándoles por completo sus derechos. Asimismo, se urge a Bielorrusia a suscribir la moratoria internacional en relación a la pena de muerte y se llama a sus autoridades a respetar los principios democráticos, los derechos humanos y las libertades fundamentales. Por todo ello, he considerado oportuno votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolución sobre Bielorrusia es una intervención directa en los asuntos internos del país, lo que constituye una violación de los principios básicos del Derecho internacional, pidiendo el apoyo político y financiero a la oposición «independiente», los medios de comunicación y la sociedad civil bielorrusa.

Además, afirma que desde 1994 no se han celebrado en Bielorrusia elecciones libres y justas y se centra en denunciar la represión de la oposición, sin tener en cuenta que desde las últimas elecciones parlamentarias hay miembros de la oposición representados en el Parlamento.

Es necesario reconocer la soberanía y la independencia de los países para definir el sistema político, económico y social que mejor responda a los intereses y aspiraciones de su pueblo.

Además, lamento que no se utilice el potencial de Bielorrusia para superar la confrontación entre Rusia, Ucrania y la Unión, sino que se continúe en la lógica de confrontación con nuestros países vecinos.

Por esto, voté en contra de esta resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb voor gestemd, omdat de parlementsverkiezingen van 2016 volgens de beoordeling door de OVSE/ODIHR efficiënt waren georganiseerd, maar dat er nog steeds sprake is van een aantal sinds lange tijd bestaande systemische tekortkomingen, waaronder beperkingen in het rechtskader voor politieke rechten en fundamentele vrijheden.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – De acordo com dados do relatório da Organização das Nações Unidas, a Bielorrússia, país socialista que integrava a ex-União Soviética, tem vindo a elevar a sua qualidade de vida. Apesar das sanções económicas da União Europeia e da opressão imposta pelos Estados que compõem a UE-OTAN, este país, que recusou aplicar as receitas puras e duras do FMI e mantém um estreito relacionamento com a Rússia, e que por isso é rotulado de «não democrático», ao contrário das outras repúblicas bálticas, mantém um elevado nível de cobertura social pública, e decidiu não romper com o seu passado socialista.

Dito isto, consideramos como positivas todas as medidas que visam melhorar as relações entre a UE e a Bielorrússia e entendemos que o levantamento de sanções deve evoluir para a sua completa anulação, no respeito pela soberania daquele países e pelo seu direito de decidir do seu futuro liberta de qualquer pressão externa.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla situazione in Bielorussia. Al fine di costruire migliori relazioni con l'Occidente, le autorità bielorusse hanno consentito ai partiti democratici dell'opposizione di registrarsi con maggior facilità rispetto alle precedenti elezioni e gli osservatori stranieri hanno beneficiato di un migliore accesso al conteggio dei voti. La risoluzione ribadisce comunque il suo appello alle autorità bielorusse affinché garantiscano in ogni circostanza il rispetto dei principi democratici, dei diritti umani e delle libertà fondamentali, conformemente alla Dichiarazione universale dei diritti dell'uomo e agli strumenti internazionali e regionali in materia di diritti umani, ratificati dalla Bielorussia. Si invita poi il governo bielorusso a riabilitare i prigionieri politici liberati e a ripristinarne pienamente i diritti civili e politici e ad aderire alla moratoria globale sull'esecuzione della pena di morte, come primo passo verso la sua abolizione definitiva.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Together with my colleagues, I welcome the EU's action to promote democracy and the rule of law in Belarus. I join the call for all political prisoners in the country to be immediately released, and for legitimate political opposition and civil society to be allowed to operate freely. I echo my colleagues' concerns about the construction of the Belarusian nuclear power plant in Ostrovets, and support international action to address the problem. I also welcome the ongoing work of Nuclear Transparency Watch, which provides an important platform for civil society scrutiny of the nuclear industry.

Anna Záborská (PPE), *písomne* – Bielorusko je jedinou krajinou v Európe, ktorá vykonáva trest smrti. Kontroverzný režim prezidenta Lukašenka je naďalej terčom kritiky hlavne v oblasti rešpektovania práv politických oponentov, dodržiavania základných ľudských a občianskych práv a demokratických zásad. I preto som podporila túto správu, pretože dobre odráža súčasnú realitu v Bielorusku a reaguje na aktuálne bezpečnostné otázky, akým je napríklad výstavba jadrovej elektrárne v meste Ostrovets blízko hraníc s Poľskom a Litvou. Pre zmiernenie regionálneho napätia je potrebné, aby realizácia tohto projektu podliehala prísnemu a komplexnému medzinárodnému dohľadu. Je nutné zabezpečiť súlad s medzinárodnými požiadavkami a normami v oblasti jadrovej a environmentálnej bezpečnosti. V súvislosti so zabezpečením fungovania demokratických princípov v krajine vyzýva správa na to, aby príslušné bieloruské orgány obnovili prácu na komplexnej volebnej reforme. Podporujem výzvu na prepustenie a rehabilitáciu politických väzňov v krajine a obnovenie ich občianskych práv. Od roku 2000 nebola v krajine zaregistrovaná žiadna nová politická strana. Slobodná politická súťaž je pritom jedným z hlavných atribútov fungujúcej demokratickej spoločnosti.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne* – Uznesenie o situácii v Bielorusku som podporila. Toto uznesenie analyzuje situáciu po septembrových parlamentných voľbách, ktoré napriek určitým pokrokom, ktoré sa v krajine v poslednom čase podarilo dosiahnuť, mali ešte stále ďaleko k transparentným a demokratickým. V uznesení sme preto vyjadrili svoje znepokojenie nad organizáciou volieb, ako aj nad skutočnosťou, že sa do Parlamentu dostali iba dvaja opoziční poslanci. Vládu Bieloruska sme zároveň vyzvali na demokratické reformy a dodržiavanie základných ľudských práv. Bez povšimnutia nezostal ani fakt, že Bielorusko je jedinou krajinou v Európe, ktorá ešte stále vykonáva trest smrti a vyzvali sme na okamžité moratórium a následné trvalé zrušenie.

Željana Zovko (PPE), *napisan*. – Podržavam rezoluciju kojom se želi potaknuti bjeloruske vlasti na provođenje sustavne demokratizacije cjelokupnog socioekonomskog i političkog života u državi. Bjelorusija je posljednji autoritarni sustav u Europi i Europska unija mora aktivno djelovati kako bi omogućila prodor demokracije u tu državu. U Bjelorusiji je vidljiv čitav niz kršenja demokratskih načela, ljudskih prava i temeljnih sloboda. Preduvjet bilo kakve gospodarske suradnje Europske unije i Bjelorusije te ikakvih aranžmana financijskih pomoći i investicija moraju biti uvjetovani sveobuhvatnom izbornom reformom, demokratizacijom, puštanjem i rehabilitiranjem oslobođenih političkih zatvorenika i vraćanjem svih građanskih i političkih prava, slobodnim procesom registracije političkih stranaka te ukidanje prakse prekršajnog progona i proizvoljne primjene zakona kojim se omogućio progon nezavisnih medija.

Europska unija mora čvrsto stajati iza vrijednosti na kojima je nastala i koje njeguje te ne smije nikakve gospodarske interese pretpostavljati poštivanju ljudskih prava i temeljnih sloboda u trećim zemljama.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o razmerah v Belorusiji.

Strinjam se s pozivom EU, naj ohrani zagon za nadaljnjo normalizacijo odnosov z Belorusijo. Menim, da bo sodelovanje EU pri dialogu z Belorusijo, njenimi državljani in civilno družbo ter s parlamentom in različnimi političnimi strankami prineslo oprijemljive rezultate. Tesni diplomatski odnosi lahko prispevajo k doslednejšemu spoštovanju načel pravne države, spoštovanju človekovih pravic in blaginji države.

Przewodniczący. – Niniejszym zamykam wyjaśnienia dotyczące głosowania.

10. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Posiedzenie zostało zawieszone o godz. 13.15 i wznowione o godz. 15.00)

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

11. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

12. Zugang zu Energie in Entwicklungsländern (Aussprache)

Przewodniczący. — Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Lindę McAvan w imieniu Komisji Rozwoju w sprawie dostępu do energii w krajach rozwijających się (O-000134/2016 - B8-1803/2016).

Bogdan Brunon Wenta, *deputising for the author*. – Mr President, having electricity at home, at work, and virtually everywhere, is so obvious that we rarely give this any thought, but more than a billion people live without electricity and still more only have unreliable access. This is but one aspect of the shocking gap between living conditions in our world, but it has a number of consequences for people's health and safety, education, well-being and chance to earn a living; for women who carry out the difficult, time-consuming and sometimes risky task of collecting firewood and have to use unhealthy and hazardous cooking methods; for the development progress – or lack thereof – of communities and countries; for the preservation of vegetation, forest and biodiversity; for local climates and for the global effort to limit climate change and handle its consequences; and of course sometimes also for peace and security, as the energy issue can spawn conflict.

Access to energy is a key driver of development. Ensuring access to affordable, reliable, sustainable and modern energy for all is one of the SDGs adopted in the United Nations last year. This goal should be achieved by 2030. Getting there will take truly huge efforts but it is possible and necessary. How, then, should it be done? What is the EU's contribution and what progress is being achieved with this contribution? These are the core issues of the oral question to the Commission and the motion for a resolution prepared by the Committee on Development.

Our Parliament has been emphasising for years that the focus should be on the small-scale production of renewable energy, local networks and off-grid solutions. Such solutions produce the biggest contribution to development and are best at avoiding negative impacts on the environment. We have also seen that the regulation on the Development Cooperation Instrument prescribes this orientation of EU development policy in the energy area. Not least, we note in our scrutiny of the draft development assistance programming documents that the prescription is being followed.

The potential for renewable energy production is particularly great in Africa, which is also where electrification is least developed. Solar and wind power generation should be expanded faster. Insufficient and hazardous traditional use of biomass, such as firewood and charcoal, currently dominates Africa's energy consumption. A cautious approach to more modern types of bioenergy is necessary since such energy production can come at the cost of food production, affect land use rights, cause deforestation and degradation of land and reduce the availability of water for other purposes.

Energy poverty is most widespread in rural areas, but providing access to energy in rapidly growing cities is also a massive challenge. The unsatisfied needs are particularly extensive in Africa. In fact, the number of people without electricity on this continent is increasing, while population growth is faster than the progress of electrification. Climate finance provided by developed to developing countries is another important source. Together with technology transfer, it also affects Africa leaders' wish to focus on renewable energy sources and industrialisation processes. In parallel with public funds, more private money must go into energy investment. Public-private partnerships can be useful and the general trend in EU development policy towards providing grants, loans, subsidies and other incentives for private investment is particularly strong in the area of energy investment.

The EU has recently launched an electrification financing initiative, ElectriFI and facilitating energy investment is also among the central aims of the European External Investment Plan proposed by the Commission. Development effectiveness principles should always be followed. The EU can be proud of the scale of its work to extend energy provision in developing countries. In the period 2014-2020 we are spending EUR 3.5 billion on development assistance in the energy area. The Commission proposal for a new European consensus on development rightly points to the crucial role of energy for development and in climate action. In 2012 the Commission set out to provide access to sustainable energy for an additional 500 million people in developing countries by 2030. We are now asking the Commission to tell us about the general state of progress, the main challenges encountered and the outlook for the continued implementation of development assistance in the energy area. We would also like to know what proportion of the funds engaged is going to local renewable energy projects and how we can achieve the target of EUR 500 billion. I look forward to listening to the Commission's reply.

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would like to thank the Committee on Development and its Chair, Mrs McAvan, for putting energy high on the development agenda. European Union development cooperation in sustainable energy is supporting developing countries to advance towards economic growth powered by sustainable, affordable, reliable and modern energy for all. The three objectives of our energy and development engagements are to address the lack of energy access, to increase renewable energy generation and to contribute to the fight against climate change while ensuring sustainable use of resources. Specific attention is given to sub-Saharan Africa. Half of the global population without access to energy lives in this region and demographics aggravate the issue, with repercussions for political stability and migration to Europe.

In order to achieve our ambition, three factors are critical for success. First is policy ownership at the highest level. The promotion of energy, in particular renewable energy, must be owned by the partners. In the current financial framework, energy is a focal sector in about 30 national and regional indicative programmes. The Commission has signed, on behalf of the European Union and together with several Member States, 21 joint declarations on enhanced energy cooperation with developing countries' partners. Second is the creation of an enabling environment. Through our technical assistance facility, the Commission provides support to partner countries on improving governance, legal and regulatory reforms and capacity building. Third is sufficient capital. The Commission has advanced considerably in generating more funding from banks and the private sector. It is estimated that, through blending, EUR 3.7 billion allocated for energy cooperation in the current multiannual financing framework period will leverage investments of EUR 15 to EUR 20 billion, or even more.

Earlier this year, the electrification financing initiative, the so-called 'Electrify initiative', which is an innovative mechanism to leverage investments, generated through its first invitation for applications 290 proposals requiring EUR 800 million of financial support to leverage a potential total investment amount of EUR 8.5 billion. This illustrates the significant contribution it can make to reaching universal access to energy.

The proposed external investment plan would be one more important step in this direction. Our vision cannot be implemented by governments and the private sector alone. There is also an important role for the participation of civil society, as organisations with a long presence and relationships of trust with local populations can be excellent partners in the energy sector. Likewise, women need to play a major role in the integration of renewable energies in local economies and everyday life. A gender window has been created in 'Electrify' to stimulate and exploit further this potential. There are still important risks impeding the investments which are necessary to meeting Sustainable Development Goal No 7 – among others political instability, current fluctuations and insufficient market sizes. The Commission is working together with all stakeholders to set up the right conditions in order to mitigate such risks.

Finally, let me address one specific issue. As regards the 11th EDF national indicative programme for Eritrea, the preparations for the implementation of a solar mini-grid programme with a pro-poor focus are underway. They are fully in line with the preconditions and principles defined by the Member States at the EDF Committee meeting in November 2015. I am fully aware of the Parliament's concerns. Let me reconfirm that No 11th EDF projects in the energy sector will be presented as long as there is not a substantial project in support of the implementation of the UN-led universal periodic review recommendations for Eritrea under the governance sector. Progress in the field of human rights will have to be seen for the European Union to engage further in Eritrea by committing funds under the 11th EDF.

Bogdan Andrzej Zdrojewski, *w imieniu grupy PPE.* – Panie Przewodniczący! Najpierw zacznę od smutnej konstatacji: rozmawiamy o energetyce, o możliwościach zapewnienia przede wszystkim krajom rozwijającym się lepszego dostępu do źródeł, także odnawialnych, natomiast na sali mamy zaledwie kilkanaście osób. I są to przeważnie mówcy. Niestety, podczas tego posiedzenia Parlamentu potwierdziła się zasada, iż bardzo wiele tematów niezwiązanych z głównymi kompetencjami Parlamentu pojawia się wcześniej, a dopiero później czy na końcu – te tematy, które ja uznaję za kluczowe. Przy tej okazji postulat, aby problematyka gospodarcza, finansowa, transportowa, edukacyjna, przemysłów kreatywnych była jednak preferowana w tym nurcie głównym.

Teraz przechodzę do zasadniczego tematu, pytania dzisiejszego. Mamy tu dwie perspektywy. Pierwszą krótszą, sześcioletnią, finansową. Tu pojawiają się konkretne kwoty. Trzy i pół miliarda – to jest wzrost nakładów na tę problematykę, o której rozmawiamy, i 2030, czyli to, co jest związane z konwencją paryską i programem dotyczącym właśnie poszerzania możliwości dostępu do energii dla krajów rozwijających się. Te dwie perspektywy zarówno w pytaniu, jak i w projekcie rezolucji zostały prawidłowo sformułowane, można więc powiedzieć, że pytanie dało efekt w postaci dobrej, kompletnej, zrozumiałej, konsekwentnej rezolucji.

Na co chcę zwrócić uwagę? Po pierwsze, na konieczność uwzględniania zróżnicowanych możliwości poszczególnych państw, tych państw, które się rozwijają, bo nie są one równe. Konieczność stosowania rozmaitych polityk jest o tyle istotna, że są państwa, które nie radzą sobie, ale mogą sobie poradzić, i są takie państwa, które nie poradzą sobie z tą problematyką, bo takich możliwości z różnych powodów po prostu nie mają.

Druga rzecz zawarta także w projekcie rezolucji to rozmaitość kosztów produkcji energii elektrycznej w zależności od wykorzystanych źródeł. Zwracam uwagę, że w samej Afryce odnawialność energetyczna jest dość wysoka, ale wykorzystanie na przykład możliwości baterii słonecznych – niezwykle skromne.

Trzeci element – elastyczność procesu wdrażania. Według mojej oceny im efektywniej będziemy zarządzać nowymi technologiami, im lepiej będziemy się nimi zajmować, będziemy mieli wyższą efektywność i niższe koszty samego projektu.

Po czwarte, chcę zwrócić uwagę na konieczność uwzględniania także bezpieczeństwa, szeroko rozumianego bezpieczeństwa, czyli tego, które jest związane z samą produkcją, przesyłem, wykorzystaniem rozmaitych źródeł energii i zabezpieczeniem przed zdarzeniami losowymi.

I po piąte, wykorzystywanie także systemu nawigacji satelitarnej czy systemów satelitarnych, przede wszystkim Copernicusa, do diagnozowania, inwentaryzowania, obserwowania tego wszystkiego, co jest związane z zużyciem energii. Ten system, który budujemy w Europie, jako jedyny na świecie cywilny, ma dać nam szansę na to, abyśmy mogli realizować konkretniej pewne projekty, więcej wiedzieć i lepiej się tym zajmować.

Chcę również zwrócić uwagę na jeden z punktów rezolucji: konieczność informowania. Jest taki postulat, aby Europejczycy, ale także odbiorcy naszej polityki, mieli większą i lepszą wiedzę, bardziej aktualną wiedzę na temat realizacji tych właśnie zadań.

Zwrócę uwagę także na trzy nieco mniej istotne, ale dość jednak ważne kwestie związane z samą rezolucją. Mówimy tu o konieczności wspomagania lokalnych rynków, o konieczności budowania także możliwości produkcji energii w oparciu o nieduże podmioty. Trzeba pamiętać, iż rozproszenie, to urbanistyczne rozproszenie w krajach rozwijających się, też musi być uwzględniane. I kolejna rzecz – dzielenie się technologiami. Technologii, z których możemy skorzystać, jest bardzo wiele. Musimy korzystać z nich wszystkich, ale co istotne – musimy robić to lepiej.

I na koniec tych 18 ustępów projektu rezolucji zacytuję fragment nr 11. Dotyczy on przede wszystkim wytycznych Światowej Komisji ds. Zapór Wodnych: „w szczególności podkreśla się, że planowanie jakichkolwiek zapór należy oceniać pod względem pięciu wartości: sprawiedliwości, wydajności, podejmowania decyzji z udziałem zainteresowanych stron, zrównoważonego charakteru i rozliczalności." Wydaje mi się, że trzeci człon tego punktu można odnieść do całości problematyki.

Gilles Pargneaux, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, enfin, nous avons ce débat en plénière du Parlement européen sur le sujet de politique extérieure le plus important pour notre continent, à savoir l'Afrique et son accès à l'énergie, car les chiffres sont éloquents: sur plus de 1 milliard d'Africains, 700 millions n'ont pas accès à l'électricité. D'ici à 2030, si rien n'est fait, ce chiffre pourrait passer à 1,3 milliard. Autrement dit, c'est le futur continent le plus peuplé de la planète qui aura le moins accès à l'électricité et à la lumière. Pouvons-nous décemment accepter cela pour un continent qui n'est séparé du nôtre que par une dizaine de kilomètres et avec lequel nous partageons tant, que ce soit historiquement ou culturellement? Je ne crois pas, nous ne le croyons pas.

À cela, il faut évidemment ajouter la perspective démographique d'un continent qui comptera près de 2 milliards d'habitants d'ici à 2050 et qui subira le changement climatique de plein fouet, avec tout ce que cela implique en matière de sécurité alimentaire, d'accès à l'énergie ou de tensions autour de l'utilisation des terres agricoles. C'est pour cela qu'avec une quarantaine de mes collègues d'abord, puis à travers la commission du développement régional présidée par Linda McAvan, nous avons souhaité avoir ce débat en plénière cet après-midi au Parlement européen. Je les remercie de m'avoir soutenu dans cette démarche. Notre message est simple: allons-y, il est grand temps d'aider les pays en développement, et en particulier l'Afrique, à développer leur accès à l'énergie. Les enjeux sont gigantesques: éducation, développement économique, mais aussi migration, stabilité, sécurité dans un continent en proie au terrorisme. Voilà ce qui se cache derrière l'accès à l'énergie.

Chers collègues, Monsieur le Commissaire, beaucoup de choses sont désormais en train de se passer, car le continent africain a compris les opportunités énormes qui sont devant lui. Le Maroc a ainsi développé la plus grande centrale thermo-solaire du monde à Ouarzazate, qui va permettre de fournir dès 2018 une énergie propre à plus de 1 million de Marocaines et de Marocains. Je prends un autre exemple, celui du Kenya, où seul un tiers des habitants a accès à l'électricité et qui a développé le parc éolien du lac Turkana. Celui -ci devrait générer 20 % de l'énergie du Kenya d'ici à l'été 2017.

De façon plus générale, les bassins hydrauliques d'Afrique centrale, la faille de la Rift Valley ainsi que l'ensoleillement dont bénéficie le continent en général sont des sources d'énergie hydraulique, géothermique ou solaire peu égalées dans le reste du monde. À l'heure actuelle, néanmoins, seule une infime partie de ce potentiel est exploitée (7 % seulement des capacités hydrauliques et moins de 1 % des capacités géothermiques) et les initiatives photovoltaïques restent encore trop embryonnaires.

On sent ces prémices d'un continent qui pourrait devenir un vivier d'énergies renouvelables si on l'accompagne correctement, Monsieur le Commissaire, chers collègues. Pour cela, le continent a besoin d'un soutien inconditionnel de notre part et de votre part. Pourtant, malgré l'urgence et le consensus sur le sujet, on a le sentiment que la machine a du mal à se mettre en route. Sur les 10 milliards d'euros promis l'année dernière à la COP21 – dont j'ai été le rapporteur pour le Parlement européen – à l'Agence pour les énergies renouvelables africaine, seule une moitié a été fournie par les pays les plus développés.

Pourtant, les bonnes volontés ne manquent pas à la Commission européenne, au sein du Parlement européen, des États membres ou de la société civile. Je pense notamment au travail énorme réalisé par Jean-Louis Borloo avec son initiative «Énergie pour l'Afrique». Il est désormais temps de passer le cap et de mettre en œuvre ce grand plan Marshall pour l'accès à l'énergie en Afrique, tel que le réclament Jean-Louis Borloo et sa fondation – en cela, je m'associe pleinement à son combat.

C'est la raison d'être de notre action parlementaire aujourd'hui: aider à transformer une volonté politique indéniable en actions concrètes. La COP22, la semaine dernière, qui vient de s'achever à Marrakech, a porté un message similaire. L'Afrique est l'enjeu crucial des prochaines décennies. Aussi, après les décisions, l'action! Avec ce grand plan Marshall pour l'accès à l'énergie, nous avons l'occasion de mettre en œuvre cette grande et belle action en faveur du développement de notre voisin. Dans ce cadre, je me félicite du lancement, par la Commission européenne, de l'instrument d'investissements extérieurs. Il me semble absolument nécessaire qu'un tel instrument fasse la part belle à l'accès à l'énergie et soit prêt le plus rapidement possible, notamment avant le prochain sommet Union européenne-Afrique de l'automne 2017, comme le propose d'ailleurs la Commission européenne.

Plan Marshall pour l'électrification de l'Afrique, instruments d'investissements extérieurs, soutien à l'Agence de l'énergie renouvelable africaine: voilà comment, Monsieur le Commissaire, nous pouvons, de façon très concrète, aider le développement de l'accès à l'énergie sur un continent qui en a tant besoin. J'attends que vous nous donniez les perspectives et les réponses pour que nous puissions être ainsi dans l'action concrète, Monsieur le Commissaire. C'est ainsi que nous replacerons de fait l'Europe au centre de la scène internationale vu les multiples ramifications qui dépendent du développement africain. En un mot, Monsieur le Commissaire, allons-y et ne perdons plus de temps!

Czesław Hoc, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Prąd elektryczny definiuje się jako uporządkowany ruch ładunków elektrycznych. Skoro matka natura tak precyzyjnie uporządkowała energię elektryczną, to dlaczego współczesny świat nie potrafi czy też nie chce uporządkować i w sposób zrównoważony zapewnić dostępu do energii elektrycznej wszystkim regionom świata? Niektóre kraje mają w związku z tym o wiele za dużo energii elektrycznej, niektóre za mało, a wiele krajów nie ma jej wcale. Blisko 2 miliardy ludzi na świecie nie ma w ogóle dostępu do sieciowej energii elektrycznej, a przecież każdy z nas wie, że sieć energetyczna jest warunkiem gospodarczego i cywilizacyjnego rozwoju świata. Co więcej – istnieje ścisły związek pomiędzy biedą a brakiem dostępu do nowoczesnych usług elektrycznych. Wskaźnik elektryfikacji dla krajów Afryki Środkowej sięga zaledwie 23 %, a 500 milionów Afrykanów nie ma dostępu do elektryczności.

Unia z jednej strony podejmuje inicjatywę energetyzacji rozwoju, mającą na celu zapewnienie dostępu do zrównoważonej energii dodatkowym 500 milionom osób do 2030 roku, i jednocześnie akceptuje informację, że do 2030 roku udział gazu płynącego rurociągami Gazpromu wzrośnie do 50 % wszystkich europejskich dostaw gazu, co zresztą ma potwierdzać umowa pomiędzy niemiecką spółką a rosyjskim Gazpromem. Zatem Unia raczej nie równoważy dostępu do energii, a raczej przyzwala na element politycznego oddziaływania energii elektrycznej.

Co więcej, Unia promuje, a wręcz zmusza kraje bogate w energię elektryczną do produkcji biopaliw, które zresztą niewiele dobrego wnoszą dla polityki klimatycznej i energetycznej tych krajów. I ta sama Unia ogranicza i stawia bariery w produkcji biopaliw w krajach rozwijających się, w których koszt wyprodukowania biopaliw jest o wiele niższy i jest to łatwiejsze. W proponowanej rezolucji jest też zapis ograniczający stopniowo dotacje do paliw kopalnych, czyli zapis zaburzający politykę energetyczną niektórych państw członkowskich Unii, na przykład Polski, w której podstawowym źródłem pozyskiwania energii jest paliwo kopalne – węgiel.

W konkluzji – bardzo dobrze, że Unia Europejska stawia na zapewnienie dostępu do zrównoważonej energii w krajach rozwijających się, w tym w krajach Afryki Subsaharyjskiej czy odnośnie do programu dla Erytrei, bo tego wymaga poczucie solidarności ze wszystkimi krajami na świecie i umiejętność dzielenia się bogatszych z biedniejszymi. Tego wymagają także względy polityki migracyjnej. Byłoby jeszcze lepiej, gdyby polityka Unii w tym zakresie była racjonalna i zrównoważona, bez cech protekcjonalizmu, oraz by nie zakłócała polityki energetycznej państw członkowskich Unii.

I pytanie – czy Komisja może przedstawić własną ocenę globalnych warunków osiągnięcia celu zrównoważonego rozwoju numer 7 i wyrazić opinię w kwestiach nowych i pilnie koniecznych działań oraz czy może opinie inicjować i realizować? Jak bardzo Unia przybliżyła się do celu dostępu do zrównoważonej energii dla 500 milionów osób?

Jozo Radoš, *u ime kluba ALDE.* – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, veliki dio problema s kojima se svijet danas suočava, pa jednako tako i Europska unija, je problem nerazvijenosti. Veliki jaz u nerazvijenosti zemalja uzrokuje siromaštvo, nerazumijevanje i sukobe. A jedan od važnih elemenata na koji način se može i treba smanjiti jaz u razvijenosti je naravno i energetska politika. I zato pozdravljam inicijativu kolege zastupnika Wente kao i Odbora za razvoj Europskog parlamenta koji su potaknuli ovo pitanje o pristupu energiji u zemljama u razvoju.

Jednako tako zahvaljujem gospodinu povjereniku Mimici na objašnjenjima koja je dao u pogledu onoga s kakvim se poteškoćama Komisija suočava i što Komisija u daljnjem nastoji napraviti u pogledu realizacije ovog programa. Riječ je o vrlo ambicioznom programu, o tome da se ne energija nego samo električna struja, koja je najelementarniji oblik energetske politike, dovede do 500 milijuna ljudi do 2030. godine, što je samo po sebi, makar se radi o elementarnom, a ne stvarnom pristupu energiji u svim aspektima djelovanja, jedan vrlo ambiciozan cilj i važno je da je postavljen. Jednako je važno da se mi u Europskom parlamentu pitamo na koji način je taj cilj realiziran.

To je samo dio ukupne razvojne suradnje koju Europska unija ima s cijelim svijetom. Treba napomenuti da zemlje Europske unije u pogledu razvojne suradnje daju više nego cijeli ostali svijet zajedno, oko 60 milijardi eura godišnje, a to je i zbog toga da se, kao što sam rekao, smanji taj jaz u razvijenosti, odnosno u siromaštvu, koji je uzrok ove krize.

Važno je napomenuti da je suvremena energetska politika Europske unije u biti nova europska politika zbog toga što je sve teži pristup energiji, zbog novih zahtjeva u pogledu čiste energije i bilo bi dobro da se te nove europske politike u tom obliku kao moderne i suvremene mogu implementirati i u onim zemljama koje su energetski siromašne. Dakle, ovdje se najviše govori o tome da se dovede električna energija, ali gospodin povjerenik Mimica je govorio i o drugim aspektima energetske suradnje koji su puno ozbiljniji nego što je puko dovođenje električne struje do nekog sela u Africi.

Posebno važna dimenzija ovoga projekta, odnosno cijele ideje, je činjenica da je on usmjeren prema Africi, kontinentu koji je u najtežem položaju, a pogotovo činjenica da se polovica od ovih trideset projekata tiče upravo subsaharske Afrike, našeg susjedstva, prostora koji je izložen nestabilnostima i iz kojeg zapravo i prijete i dolaze u Europu veliki migracijski valovi. Stoga, zbog svih ovih aspekata ponovno pozdravljam inicijativu kolega iz Odbora za razvoj i nastojanja Komisije u tom smislu.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL.* – Señor Presidente, el acceso a la energía sostenible es una de las metas de los objetivos de desarrollo sostenible de las Naciones Unidas, y esto es así porque el acceso a ella es pieza clave para la consecución de los derechos básicos de la gente.

La pobreza energética es un problema global. Mil doscientos millones de personas la sufren en el mundo desarrollado; también en Europa, donde, según la propia Comisión, un 11 % de la población la sufre.

En España, más de cinco millones de personas pasan frío en invierno; la factura de la luz ha subido en ocho años un 73 %; y, según la Academia de Ciencias Ambientales, al año hay más muertes por pobreza energética que por accidentes de tráfico.

En Europa, vemos que la pobreza energética deriva de la desregulación de un sector estratégico que ha sido dejado en manos de la avaricia ilimitada del sector privado. Por eso debemos aprender de nuestra propia experiencia y no recetar en África las medidas que han llevado a Europa a este drama.

Para garantizar el acceso a la energía es esencial que el Estado mantenga su espacio político para regular y garantizar el acceso efectivo a la energía por parte de todos los ciudadanos. Por ello, instrumentos como el apoyo presupuestario y el fomento de la inversión pública son las vías para superar la pobreza energética en los países en desarrollo; y no incrementar el rol del sector privado a través de la financiación combinada, porque estaremos exportando un modelo energético que se demuestra ineficaz y que, además, es indecente.

Florent Marcellesi, *en nombre del Grupo Verts/ALE.* – Señor Presidente, yo la semana pasada estaba en la COP 22, y, ahí, recordamos claramente, en esta Cumbre sobre el cambio climático, que el acceso a la energía es central para los países del sur, sobre todo teniendo en cuenta que mil millones de personas ahora mismo —y la mitad de ellos en África— no tienen acceso a la energía.

Pero aquí no estamos hablando de cualquier tipo de acceso a cualquier tipo de energía, porque sabemos perfectamente que hay tipos de energía que no nos podemos permitir ahora mismo, tanto para la reducción de la pobreza como para la lucha contra el cambio climático. Y aquí nos referimos, por ejemplo, a los grandes proyectos, grandes infraestructuras, acaparamiento de tierras y también, por ejemplo, a los monocultivos de agrocarburantes: estos significan desplazamientos de personas, de poblaciones; significan vulneraciones de derechos humanos, más pobreza, más conflictos armados.

Si hablamos de acceso a la energía en los países del sur, tenemos que hablar sobre todo de un acceso a una energía que sea sostenible; a una energía que sea limpia; a una energía que luche por la justicia social; que luche por la justicia climática; que luche por cubrir las necesidades básicas de las personas; y, también, que luche por los derechos humanos, empezando por las mujeres, que son realmente las primeras que sufren por el cambio climático.

Dicho esto, nosotros estamos contentos con esta Resolución, porque lo que hace también es hablar de un tipo de energía diferente: una energía que sea descentralizada; una energía que sea de pequeña escala, desconectada de la red. Es decir, una energía realmente adaptada a las necesidades que tienen esas poblaciones, sobre todo en África.

Me gustaría también volver sobre dos puntos importantes. Uno es la financiación, y aquí somos bastante críticos con las herramientas de cooperación entre el sector privado y el sector público, porque la experiencia nos enseña que la mayoría de esos fondos van sobre todo a los grandes proyectos, grandes infraestructuras que no son en absoluto sostenibles.

Por otro lado, también nos gustaría que esos fondos, por lo menos si hay una relación entre privado y público, fueran fondos en línea con los objetivos de desarrollo sostenible y en línea con los acuerdos climáticos de París.

También estamos de acuerdo con otro punto: tenemos que desinvertir cuanto antes de todos los combustibles fósiles, y ese dinero ponerlo cuanto antes en la lucha contra el cambio climático y, además, a favor de los objetivos de desarrollo sostenible.

Por último, me gustaría terminar recordando una frase de esta Resolución: que las políticas de lucha contra el cambio climático tienen que ser sostenibles y tienen que ser sobre todo coherentes con las políticas comerciales; o, mejor dicho, tenemos que tener coherencia entre acuerdos como el CETA y acuerdos como el de París. Y me gustaría que esta fuera la tónica general de hecho de todas políticas de la Unión Europea.

Ojalá esta Resolución y lo que usted ha dicho, señor Mimica, fueran la tónica de todas las políticas, sean las de esa Resolución o económicas de la Unión Europea.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF.* – Monsieur le Président, chers collègues, permettez-moi d'abord de vous parler de mon expérience. Quand j'étais chef du secteur de l'énergie en Alsace – c'était mon premier poste de fonctionnaire –, je voulais faire quelque chose pour l'Afrique. Je n'avais pas le soutien du conseil régional, à l'époque, et j'avais obtenu un million de francs. Grâce à cette somme, dans la Sanaga-Maritime, au Cameroun, nous avons fait l'électrification rurale et, à partir de cette électrification rurale, nous avons lancé des exploitations agricoles, une petite menuiserie et nous avons aussi mis autour les infrastructures qui vont avec le développement, c'est-à-dire l'eau et la santé. L'électricité est donc un moyen indispensable pour le développement. C'est une condition nécessaire, mais ce n'est pas une condition suffisante – j'y reviendrai.

Je voudrais tout d'abord souligner tout le soutien que notre groupe accorde à cette initiative. 3,5 milliards au niveau de l'Union, c'est bien. Un milliard pour la France, c'est bien également. Tout cela pour des objectifs qui restent modestes pour 2020 — parce que je ne vous parlerai pas de 2030 avec 300 gigawatts. Faisons d'abord avec ces 10 gigawatts, ce qui est tout à fait possible. 1 gigawatt, c'est autour d'un milliard.

Permettez-moi de vous donner une méthodologie. Pendant 20 ans, je me suis consacré au développement de l'Afrique, à titre privé, en dehors de mes autres occupations professionnelles au sein de l'Institut régional de coopération de la région Alsace et de l'Institut européen de coopération.

Premièrement, il s'agit de nous appuyer sur les initiatives locales africaines. Je pense que l'initiative de Youba Sokona avec la Banque africaine de développement, l'AFD, KFW (Kréditanstalt für Wiederaufbau), c'est vraiment ce qu'il faut faire, à savoir que nous avons des agences de développement chez nous et nous avons un potentiel en Afrique. Il faut travailler ensemble. Il ne faut pas créer de nouvelles structures. J'aime beaucoup M. Borloo, mais je suis opposé en cela à mon collègue.

Deuxièmement, il faut avoir une approche multilatérale et non pas simplement une approche européenne. Il faut être conscient que c'est très bien d'associer les Émirats arabes unis, les États-Unis, la Chine et la Russie. Il faut utiliser tous les moyens de financement qui sont disponibles avec la cohérence des initiatives africaines au niveau local.

Troisièmement – et là je m'adresse à vous, Monsieur le Commissaire, c'est très important ce que je vais vous dire et je ne sais pas si votre oreille l'entendra: il faut éviter les leviers!

L'effet de levier, cela ne marchera pas! Vous devez investir là où il y a les populations et pas forcément là où il y a le plus d'argent et le plus de rentabilité, si vous voulez faire du développement rural et si vous voulez véritablement développer l'Afrique. Là où c'est rentable, cela se fera de toute façon tout seul.

Il faut donc avoir une approche comme celle du plan Marshall. Ce plan est parti de l'idée de prêts et s'est fini par plus de 90 % de dons. Il faut avoir une approche où nous investissons carrément de l'argent nouveau dans cette électrification rurale et dans ce développement rural.

Je tiens à dire que même la France coloniale était capable d'investir sans avoir la perspective de retour d'investissement quand elle a développé, par exemple, tout le système d'assainissement à Douala ou quand elle a créé le train qui reliait le Sud au Nord du Cameroun. Nous étions capables d'avoir une vision à long terme.

Quatrièmement, l'électricité est une condition nécessaire mais pas suffisante. L'électricité est un moyen, comme la route. Ce n'est pas parce que vous avez de l'électricité ou que vous avez une route que vous créez des richesses. C'est une condition nécessaire, mais pas suffisante. Autour de l'électricité, il faut véritablement bâtir des programmes de développement. Je voudrais qu'on fasse prioritairement ces programmes dans les pays qui en ont le plus besoin. Je pense évidemment à la région subsaharienne des Grands Lacs, là où il y a encore un peu de stabilité, au Cameroun, en Centrafrique puis après en République démocratique du Congo, avec tout son potentiel. Je pense aussi au Maghreb, à l'Égypte et à l'Algérie.

Mais je reviens à ce qu'il nous faut, à savoir un véritable plan Marshall de dons par création monétaire, comme la France qui a financé ses centrales après la guerre. Elle l'a fait par la création monétaire. Ce sont des avances du Trésor faites à Électricité de France qui ont permis cela. C'était de la création monétaire, de la pure création monétaire. Tout ceci, nous devons le faire dans une perspective de développement autour des industries pour pouvoir véritablement mettre en avant le développement rural et le développement local.

Andrejs Mamikins (S&D). – Dārgie kolēģi! Komisāra kungs!

Viens no ilgtspējīgas attīstības mērķiem ir nodrošināt visiem cilvēkiem piekļuvi cenas ziņā pieejamiem, uzticamiem, ilgtspējīgiem un moderniem energopakalpojumiem. Āfrikas valstis dotajā brīdī sastopas ar milzīgiem ierobežojumiem energoapgādē, kas būtiski bremzē tās attīstību. Āfrikas kontinents strauji attīstās un pārdzīvo demogrāfisko sprādzienu.

Kopā ar vājo izglītības un veselības aizsardzības sistēmu neattīstīta energoapgāde veido apburto nabadzības loku, no kura Āfrikas iedzīvotājiem ir ļoti grūti izrauties. Kolēģi, pat salīdzinoši nelielas investīcijas energoapgādē var dot milzīgu ekonomisko izrāvienu un būtiski, būtiski uzlabot dzīves un darba apstākļus daudziem Āfrikas kontinenta iedzīvotājiem.

No Eiropas puses tā nav tikai labdarība. Āfrikas ilgtspējīga attīstība palīdzēs mīkstināt migrācijas krīzi un izveidos jaunas iespējas mūsu biznesam nākotnē. Eiropas Savienības iniciatīva enerģijas attīstībai līdz 2030. gadam paredz nodrošināt piekļuvi ilgtspējīgai enerģijai vēl 500 miljoniem cilvēku. Pusmiljards cilvēku! Un piešķirs 3,5 miljardus EUR attīstības palīdzībai enerģētikas jomā no 2014. līdz 2020. gadam.

Mums ir mērķi un nauda. Tātad ir svarīgi, lai paredzētās 30 programmas strādātu precīzi un efektīvi. Šeit Parlamentam, es minu Eiropas Parlamentu un Komisiju, jāstrādā kopīgi, lai novērstu problēmas un koordinētu mūsu pūles mērķu sasniegšanai. Tāpēc deputātiem ir svarīgi saņemt Komisijas redzējumu un laicīgi uzzināt par programmu realizēšanas sarežģījumiem nākotnē.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, povući ću jednu paralelu. Vi jako dobro znate odakle dolazim - dolazim iz Hrvatske, iz Istre i znate da sam se u Hrvatskoj jako dugo bavio politikom, više od 20, oko 25 godina, da sam u Istri puno djelovao i da sam puno učinio za ruralni razvoj Istre. Mogu reći da su u ranim 90-im godinama, kada smo krenuli u izgradnju infrastrukture u Istri, struja i voda bile ključne stvari. Ljudi su odlazili iz sela u Istri, koja je najzapadnija i, po nekim mjerilima, možda i najbogatija hrvatska regija, u gradove uz more. Jednostavno nisu htjeli živjeti na selu u kojem nema ni struje ni vode. To je bilo prije samo 25 godina, što nije ni tako davno.

Povlačim tu paralelu jer imamo istu situaciju malo globalnije - imamo činjenicu da nemamo energije ni vode. Ako nemamo energije i vode, nemamo razvoja. Što onda imamo? Migrante koji dolaze u Europu. Ta simbolika, paralela koju želim povući je vrlo jednostavna, vrlo banalna i svi je jako dobro razumijemo.

Što učiniti u ovakvoj situaciji? Zagovornik sam sinergije zajedničkog djelovanja svih ključnih aktera na svjetskoj sceni. Tu prije svega mislim na nas, na Europsku uniju koja je ionako najdarovitija od svih partnera na našem planetu, ali isto tako mislim i na one koji imaju interese u Africi, kao što su SAD, Kina, Rusija, i moguće još netko.

Mislim da bi iskrena suradnja svih ključnih aktera svima trebala biti cilj radi spašavanja situacije u Africi i omogućavanja ljudima u Africi da dođu do energije, vode i svega onoga što trebaju u ključnim infrastrukturnim projektima. Ako tome pristupimo na takav način, možemo razriješiti veći dio problema s kojim se danas suočavamo.

Vjerojatno će pojedinačni napori uroditi nekim rezultatima, ali siguran sam ne kao sinergija, ako je politički moguća, jer je Europa jedini ključni politički faktor koji može spojiti možda i neke nespojive elemente te napraviti značajne, brze i jake korake u Africi.

Druga stvar koju bih htio predložiti je da možda ne treba dati previše novaca direktno u afričke države. Možda treba dati više novaca, ali indirektno. Ulaganjem u infrastrukturu gdje će na kraju krajeva i naša europska industrija imati ciljeve i koristi te na taj način možemo izbjeći nešto što se zna itekako dešavati, a to je pitanje korupcije. U afričkim i nažalost, europskim zemljama to je sveprisutno i to vrlo dobro znamo.

Sklon sam tome i da govorimo i o većim sredstvima koja bi se ulagalo u energetiku u afričkim zemljama, kao što su energija sunca i vjetra, i da ne činimo, što je moja zadnja i treća poruka, one pogreške koje smo učinili u razvoju energetike u Europi. Dakle, da što više idemo prema obnovljivim izvorima energije pa čak i onim lokalnim izvorima koji neće biti umreženi. I to je dobar put za razvoj ruralnih područja na području Afrike. S tim idejama, gospodine povjereniče, želim vam čestitati na vašem naporu i radu i vjerujem da ćete se sigurno založiti da se barem dio toga i ostvari.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señor Presidente, valoramos positivamente que la Resolución presentada promueva políticas europeas de desarrollo para la lucha contra la pobreza energética en los países empobrecidos, pero la verdad es que de poco sirve esto mientras se mantienen las actuales políticas económicas y comerciales de la Unión Europea. De nada sirve si continuamos exportando el modelo europeo de convertir una necesidad básica —el acceso a la energía— en un negocio y dejar en manos privadas y europeas un sector estratégico como es el energético.

Ahí tenemos, por ejemplo, lo que sucedió en Perú: se recortó el gas a disposición de los y las peruanas en favor de la exportación del recurso por parte de multinacionales, como Repsol, que obtienen mejor precio en el mercado internacional. Así actúan las empresas europeas por el mundo.

No estamos en la Unión Europea para dar lecciones prácticamente sobre nada, pero menos sobre lucha contra la pobreza energética. Sin ir más lejos, la semana pasada murió en Reus (Cataluña) una mujer de 81 años porque se incendió su piso por el fuego de unas velas, porque le habían cortado la electricidad hacía dos meses.

En la Unión Europea, el número de personas que sufre pobreza energética va en aumento. Por ejemplo, en España, desde 2008, se han triplicado las personas en situación de pobreza energética y son ya cerca de cinco millones de personas, mientras las compañías energéticas tienen beneficios astronómicos.

Las tres grandes eléctricas españolas han ganado más de 56 000 millones durante los años más duros de la crisis: mientras el recibo de luz subía más de un 52 %, las compañías eléctricas ganaban 20 millones de euros al día en beneficios. Estaban haciendo negocio con nuestros derechos aquí y expoliando los recursos naturales en los países empobrecidos.

Y claramente, como en todos los tipos de pobreza, las mujeres son las más golpeadas. De los mil trescientos millones de personas que hay en el mundo sin acceso a electricidad, el 70 % son mujeres. Es el resultado de combinar las políticas de expolio con la opresión.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL). – Señor Presidente, el acceso a la energía por parte de las personas de los países en desarrollo es una cuestión prioritaria a nuestro entender. La energía es un derecho y es necesaria para la vida tanto como el agua; por tanto, es una responsabilidad global garantizarla.

Durante muchos años se ha buscado que los países en desarrollo transitaran el mismo camino que Occidente a lo largo de los siglos: iniciar su desarrollo con una era industrial altamente contaminante y baja en derechos laborales para convertirse, poco a poco, en industrias y sociedades más avanzadas tecnológicamente y, en principio, menos emisoras de CO_2. Y digo en principio, porque Occidente aún está lejos de este objetivo.

Por suerte, el consenso es que debemos transitar directamente hacia sociedades desarrolladas justas y bajas en emisiones de manera global, para cumplir con los objetivos internacionales, como es el Acuerdo de París, que establecía el objetivo de evitar el aumento de la temperatura global por encima de los dos grados.

Por tanto, es de justicia universal y de justicia climática que los países desarrollados colaboren en el desarrollo del sur global, garantizando, entre otros, el acceso a la energía a través de fuentes limpias y renovables, pero también dotando de herramientas para la adaptación al cambio climático. La oportunidad para hacerlo fue Marrakech y se ha dejado pasar. Los países desarrollados no quieren aceptar y diluyen constantemente la responsabilidad compartida pero diferenciada.

Y esto no debe ser una invitación a abrir la puerta a las multinacionales y al sector privado. Claro ejemplo es el efecto de los biocombustibles o las hidroeléctricas en América Latina. Las multinacionales aprovechan el tirón de las renovables para violar derechos humanos, como está pasando en Brasil y en Centroamérica con presas hidroeléctricas.

En la región de Baixo Iguazú, en Brasil, las filiales de Iberdrola, empresa con sede en mi país, en España, han expulsado a más de 1 000 familias de sus tierras, sin ninguna alternativa. Las protestas de estas familias ante esta situación fueron respondidas con brutalidad policial y gas lacrimógeno, tanto les daba que fuesen adultos o niños y niñas.

La energía no es renovable, Señorías, si va manchada de sangre.

Pytania z sali

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, thank you for calling my modest personality important. If you allow me to speak in Estonian it will be even more important.

Suurem osa tänapäeva tarbimisest on seotud elektrienergiaga ning kui me soovime arengumaadele head, siis me teeme kõik selleks, et aidata neil toota taastuvenergiat, peamiselt muidugi päikesest, aga kliimamuutust arvesse võttes üha rohkem ka tuulest. Kõik see kokkuvõttes võib abiks olla ka meile endale, nn rikkas maailmas, aidates käivitada meie liiga aeglaselt arenevat majandust, luues töökohti ning vähendades kasvuhoonegaaside emissioone.

Nagu mainis härra Schaffhauser, saame nii vallandada Aafrika potentsiaali, kaasates Saudi-Araabiat, Hiinat ja Venemaad. Absoluutselt, selles ongi Pariisi kliimalepingu mõte, rahvusvaheline koostöö on selle mõte, ja ma usun, et lihtsalt kogemata härra Schaffhauser ei nimetanud USAd ja tema vastvalitud president Donald Trumpi, kes on ka selles koostöös väga olulised. Aitäh.

(Koniec pytań z sali)

Neven Mimica, *Member of the Commission*. – Mr President, the European Commission is committed to the goal of assisting developing countries in providing energy access for 500 million people by 2030. This is of course a target that cannot be achieved by the EU funds alone; the contribution of all global actors will be required. Today we estimate that the projects supported with EU funds under the current multiannual financial framework by 2020 will contribute to provide on-grid and off-grid access to energy for up to 40 million people, generate 6.5 gigawatts of renewable energy capacity and save 15 million tonnes of CO_2 per year in our developing country partners.

I would like to thank the Parliament for its full support and I am pleased to see that our visions of this subject are aligned.

Przewodniczący. – Otrzymałem jeden projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 128 ust. 1 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się podczas późniejszej sesji miesięcznej.

13. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 16.05)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss

DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos